Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Drucksache 19/1100
15.08.2023

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)

Der Senat von Berlin
Fin II B – H 1120 – 5/2022
+49 30 9020-2202

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Vorblatt

Vorlage - zur Beschlussfassung -
über Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 - HG 24/25)

A. Problem
Nach Artikel 85 Abs. 1 Satz 1 Verfassung von Berlin müssen alle Einnahmen und Ausgaben für jedes Haushaltsjahr in dem durch Gesetz festzustellenden Haushaltsplan veranschlagt werden. Nach § 30 der Landeshaushaltsordnung ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes mit dem Entwurf des Haushaltsplans vor Beginn des Haushaltsjahres beim Abgeordnetenhaus einzubringen, in der Regel in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses im September.

B. Lösung
Dem Abgeordnetenhaus wird der Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit dem Entwurf des Haushaltsplans zur Beschlussfassung vorgelegt.

C. Alternative/Rechtsfolgenabschätzung
Zur Vorlage des Haushaltsentwurfs gibt es keine Alternative. Das Nichtvorliegen eines vom Parlament beschlossenen Haushaltsplans zu Beginn des neuen Haushaltsjahres hat die vorläufige Haushaltswirtschaft nach Art. 89 Abs. 1 der Verfassung von Berlin zu Folge.

D. Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Umwelt
Das Haushaltsgesetz 2024/2025 selbst hat keine Auswirkungen auf das Klima. Der als Anlage zum Haushaltgesetz beigefügte Haushaltsplan enthält Ausgaben für eine Vielzahl von Maßnahmen, die Auswirkungen auf das Klima haben können. Der Haushaltsplan stellt

die bloße Ermächtigung dar, diese Ausgaben leisten zu dürfen. Auswirkungen auf das Klima einzelner Maßnahmen können im Rahmen der Haushaltswirtschaft bei der Prüfung von Handlungsalternativen geklärt werden.

E. Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter
Einzelne Ausgaben können Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter haben. Die haushaltsplanerische Berücksichtigung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern (Geschlechtergerechter Haushalt, früher Gender Budgeting) sowie der Förderung von Frauen gegen Benachteiligungen und Diskriminierungen im Sinne des Artikel 10 Abs. 3 VvB können im Haushaltsplanentwurf den Erläuterungen zu den Einzelplänen und Kapiteln sowie zu einzelnen Titeln entnommen werden. Ziel des Geschlechtergerechten Haushalts ist es, die Mittel so zu verwenden, dass Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen davon profitieren. Die Leitstelle Geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (LGH) bei der Senatsverwaltung für Finanzen koordiniert diesen Prozess.

F. Auswirkungen auf das elektronische Verwaltungshandeln
Der Haushaltsplan 2024/2025 enthält Ausgaben für die weitere Digitalisierung von Verwaltungsprozessen sowie die Beschaffung von verfahrensunabhängiger wie verfahrensabhängiger Informations- und Kommunikationstechnik.

G. Kostenauswirkungen auf Privathaushalt und/oder Wirtschaftsunternehmen
Durch den Haushaltsplan entstehen weder Kosten für Privathaushalte noch für Wirtschaftsunternehmen, da nach § 3 Abs. 2 LHO durch den Haushaltsplan weder Ansprüche noch Verbindlichkeiten begründet oder aufgehoben werden. Soweit Änderungen bei Einnahme- und Ausgabeansätzen mit Veränderungen bei öffentlichen Abgaben oder Leistungen zusammenhängen, wird das bei den jeweiligen Ansätzen im Haushaltsplan erläutert.

H. Gesamtkosten
Die Gesamtkosten sind dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans zu entnehmen.

I. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg
Auswirkungen sind gegebenenfalls bei Einzelpositionen des vorliegenden Entwurfs des Haushaltsplans dargestellt.

J. Flächenmäßige Auswirkungen
Auswirkungen sind gegebenenfalls bei Einzelpositionen des vorliegenden Entwurfs des Haushaltsplans dargestellt.

K. Zuständigkeit
Senatsverwaltung für Finanzen

Der Senat von Berlin
Fin II B – H 1120 - 5/2022
+49 30 9020-2202

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Vorlage

- zur Beschlussfassung -

über Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 - HG 24/25)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 - HG 24/25)

Abschnitt I
Allgemeine Ermächtigungen

§ 1
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 wird für 2024 in Einnahmen und Ausgaben auf 39.065.519.700 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 53.406.794.900 Euro und für 2025 in Einnahmen und Ausgaben auf 40.316.688.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 45.249.632.100 Euro festgestellt, und zwar

1. für das Haushaltsjahr 2024
a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 27.839.844.700 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 52.613.793.900 Euro,
b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 11.225.675.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 793.001.000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans;

2. für das Haushaltsjahr 2025
a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 28.928.535.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 44.604.760.100 Euro,
b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 11.388.153.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 644.872.000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans.

§ 2
Kreditermächtigungen

(1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für finanzielle Transaktionen (Anlage 8 zum Haushaltsplan) im Haushaltsjahr 2024 bis zur Höhe von 381.000.000 Euro und im Haushaltsjahr 2025 bis zur Höhe von 381.000.000 Euro Kredite aufzunehmen. Mehrausgaben für finanzielle Transaktionen dürfen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch Kredite finanziert werden, sofern die Gesamthöhe der Kreditermächtigung dadurch nicht überschritten wird. Diese Mehrausgaben sind keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Januar 2009 (GVBl. S. 31, 486), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 30) geändert worden ist.

(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Kredite aufzunehmen zur Tilgung von in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 jeweils fällig werdenden Krediten, zur vorzeitigen Tilgung von Schulden, zur Tilgung kurzfristiger Kredite und zum Kauf von Inhaberschuldverschreibungen des Landes, der aus Gründen der Marktpflege erforderlich ist.

(3) Erfolgt die Kreditaufnahme im Sinne der Absätze 1 und 2 in fremder Währung, ist das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhe durch Wechselkurssicherungsgeschäfte auszuschließen.

(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung Darlehen beim Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und beim Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.

(5) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt innere Darlehen bei Rücklagen, die ihrer Verwaltung unterstehen, aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen inneren Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.

(6) Die Ermächtigungen der Absätze 4 und 5 gelten bei Anwendung des Artikels 89 Absatz 2 der Verfassung von Berlin entsprechend.

(7) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, in den jeweiligen Haushaltsjahren Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 13 Prozent der in § 1 festgestellten Beträge und darüber hinaus für die Stellung von Sicherheiten nach Absatz 9 Satz 3 aufzunehmen.

(8) Ab dem 1. Oktober der Haushaltsjahre 2024 und 2025 dürfen im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 2 Prozent der in § 1 festgestellten Ausgaben aufgenommen werden. Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(9) Im Rahmen der Kreditfinanzierung dürfen ergänzende Vereinbarungen, die der Steuerung von Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen, getroffen werden. In der Summe dürfen diese ergänzenden Vereinbarungen 40 Prozent des Gesamtschuldenstandes am Ende des jeweils vorangegangenen Haushaltsjahres nicht überschreiten. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Sicherheiten in Form verzinster Barmittel zu stellen und entgegenzunehmen.

§ 3
Gewährleistungsermächtigungen

(1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und der freien Berufe im Land Berlin

1. Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalsammelstellen, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Bürgschaftsbanken, dem Bund und den Ländern bis zu 1.200.000.000 Euro,
2. Ausfallgarantien für Arbeitnehmerbeteiligungsvorhaben bis zu 2.000.000 Euro

zu übernehmen. Nach Satz 1 Nummer 1 geförderte Unternehmen und Angehörige freier Berufe müssen im Land Berlin eine Betriebsstätte im Sinne des § 12 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, unterhalten. Nach Satz 1 Nummer 2 geförderte Arbeitnehmerbeteiligungen müssen an Unternehmen mit Sitz und Betriebsstätte im Land Berlin erfolgen.

(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften und -garantien

1. zur Förderung des Wohnungsbaus, der Modernisierung, der Instandsetzung und des Rückbaus von Wohngebäuden im Land Berlin,
2. zur Förderung des Baus, der Modernisierung und Instandsetzung sowie der Umnutzung gewerblicher Räume, soweit dies im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nummer 1 geboten erscheint,
3. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Selbstnutzung und zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften nach § 2 Absatz 1 Satz 2 des Altschuldenhilfe-Gesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 986), das zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, abzuschließende Kreditverträge,
4. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen abzuschließende Kreditverträge

bis zu 5.500.000.000 Euro zu übernehmen.

(3) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Absicherung von Krediten der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH für den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg Bürgschaften bis zu 1.295.000.000 Euro, höchstens jedoch 37 Prozent der Verpflichtungen entsprechend dem Anteil des Landes Berlin an dieser Gesellschaft, zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 Prozent des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Die Übernahme von Bürgschaften im Sinne der Sätze 1 und 2 sowie jede sonstige Unterstützung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH setzen voraus, dass dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses zuvor die Bürgschafts- und sonstigen Unterstützungskonditionen übermittelt sind, sobald sie feststehen.

(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, bei Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften im Sinne des § 8 für von Objektträgern aufzunehmende Fremdmittel zur Verbesserung der Kreditkonditionen, insbesondere zur Inanspruchnahme von Krediten aus Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Bürgschaften bis zu 200.000.000 Euro zu übernehmen.

(5) Die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Förderung von Sozialunternehmen im Land Berlin und an Unternehmen von Angehörigen aus dem Nicht-EU-Ausland sowie von Geflüchteten Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Bürgschaftsbanken bis zu 50.000.000 Euro zu übernehmen.

(6) Die für Kultur und für Sport zuständigen Senatsverwaltungen werden ermächtigt, zur Stellung von Sicherheiten für Eingangsabgaben im Zusammenhang mit der vorübergehenden Einfuhr von Kunstgegenständen sowie zur Deckung des Risikos des Landes Berlin und von Zuwendungsempfängern des Landes Berlin aus der Haftung für Leihgaben im Bereich von Kunst und Kultur Gewährleistungen bis zu 500.000.000 Euro zu übernehmen.

(7) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften zur Förderung des Erwerbs von Arbeitsraum durch Künstlerinnen und Künstler zur Selbstnutzung bis zu 15.000.000 Euro zu übernehmen. Nach Satz 1 geförderte Künstlerinnen und Künstler müssen ihren Wohnsitz im Sinne des § 8 der Abgabenordnung oder bei einer

wirtschaftlichen Tätigkeit eine Betriebsstätte im Sinne des § 12 der Abgabenordnung im Land Berlin haben.

(8) Die für Forschung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung des Risikos des Landes Berlin für wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die vom Land und vom Bund gemeinsam getragen werden, und aus der Haftung für Leihgaben an wissenschaftliche Forschungseinrichtungen Gewährleistungen bis zu 93.000.000 Euro zu übernehmen.

(9) Die für Raumordnung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für Haftungsfreistellungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsinitiativen Gewährleistungen bis zu 33.000.000 Euro zu übernehmen.

(10) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Bürgschaften und Garantien zur Absicherung von Krediten im Zusammenhang mit öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen bis zu 8.500.000.000 Euro zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 Prozent des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Unter öffentliche Infrastrukturmaßnahmen im Sinnes des Satzes 1 fallen auch die Gründung und der Erwerb von Beteiligungen auf dem Gebiet der Wasser-, Energie- und Fernwärmeversorgung, der Schulbau und strategische Investitionen von Landesunternehmen. Für einen Betrag von bis zu 600.000.000 Euro wird die für Energie zuständige Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung im Rahmen des in Satz 1 genannten Höchstbetrages ermächtigt, einen Kreditauftrag gemäß § 778 des Bürgerlichen Gesetzbuches an die Investitionsbank Berlin zur Finanzierung der Übernahme von betreffenden Netzen durch eine landeseigene Gesellschaft zu erteilen.

(11) Auf die Höchstbeträge nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 sowie Absatz 2 werden jeweils die Bürgschaften und Garantien auf Grund des Landesbürgschaftsgesetzes vom 14. Februar 1964 (GVBl. S. 244), das zuletzt durch Gesetz vom 19. Oktober 1995 (GVBl. S. 688) geändert worden ist, und des Rückbürgschaftsgesetzes in der Fassung vom 15. November 1993 (GVBl. S. 584), das zuletzt durch Gesetz vom 25. November 1996 (GVBl. S. 507) geändert worden ist, auf den Höchstbetrag nach Absatz 2 Nummer 1 bis 3 zudem die Bürgschaften auf Grund des Vierten Wohnungsbaubürgschaftsgesetzes vom 13. Februar 1979 (GVBl. S. 345), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Februar 1995 (GVBl. S. 56) geändert worden ist, auf den Höchstbetrag nach Absatz 3 die Bürgschaften auf

Grund des BBI-Finanzierungs-Sicherstellungsgesetzes vom 1. Oktober 2008 (GVBl. S. 273) angerechnet. Weiterhin werden auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 bis 10 die Gewährleistungen auf Grund der jeweiligen Ermächtigungen bisheriger Haushaltsgesetze angerechnet, soweit das Land Berlin noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit es in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachte Leistung keinen Ersatz erlangt hat. Soweit das Land Berlin ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für die erbrachte Leistung erlangt hat, sind übernommene Bürgschaften und Garantien auf die Höchstbeträge nicht mehr anzurechnen.

(12) Sind aus vorangegangenen Haushaltsjahren Bürgschaften oder Gewährleistungen in Deutscher Mark übernommen worden, sind sie mit dem festgesetzten Umrechnungskurs auf die Höchstbeträge in Euro anzurechnen.

(13) Zur Ausführung der in diesem Gesetz eingeräumten Ermächtigungen kann der Senat Bürgschaftsrichtlinien erlassen.

§ 4
Hebesätze

(1) Die Hebesätze für die Grundsteuer werden für das Jahr 2024
1. für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft auf 150 Prozent
2. für Grundstücke auf 810 Prozent

des Steuermessbetrages festgesetzt.

(2) Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird für die Jahre 2024 und 2025 auf 410 Prozent des Steuermessbetrages festgesetzt.

§ 5
Haushaltsüberschreitungen

(1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung wird für die Jahre 2024 und 2025 auf jeweils 5.000.000 Euro festgesetzt. Sofern über- und außerplanmäßige Ausgaben im Einzelfall den in Satz 1 festgelegten Betrag, im Falle der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen einen Betrag von 50.000.000 Euro, überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur Unterrichtung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(2) Der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung wird für die Jahre 2024 und 2025 auf jeweils 15.000.000 Euro festgesetzt. Für die im Zusammenhang mit der Anmietung neuer oder zusätzlicher Büroflächen für die Bezirke oder die Hauptverwaltung entstehenden Miet- und Betriebskosten wird dieser Betrag auf jeweils 50.000.000 Euro, begrenzt auf einen Zeitraum von höchstens 10 Jahren festgelegt. Sofern über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen den in Satz 1 festgelegten Betrag überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur Unterrichtung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(3) Der Betrag nach § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung wird für die Jahre 2024 und 2025 für über- und außerplanmäßige Ausgaben auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt. Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen wird der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2024 und 2025 auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt.

(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für das Eingehen von Verpflichtungen im Verkehrsbereich (Kapitel 0730) überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bei den Titeln 54045 und 54081 über den in Absatz 2 Satz 1 festgesetzten Betrag hinaus mit vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses zuzulassen.

Abschnitt II
Bewirtschaftung von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

§ 6
Haushaltswirtschaftliche Sperre

Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann von ihren Befugnissen nach § 41 Absatz 1 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung auch dann Gebrauch machen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit missachtet worden sind oder missachtet werden.

§ 7
Gesetzliche Sperre

(1) Zur Aufhebung einer Sperre gemäß § 24 Absatz 3 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung bedarf es bei Baumaßnahmen mit einem Gesamtkostenrahmen von über 1.000.000 Euro zusätzlich zur Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung der Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses, sofern die Prüfung der Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung ergibt, dass der Rahmen der bei Veranschlagung dargelegten Gesamtkosten überschritten wird.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Maßnahmen, die mittels standardisiertem Typenbau umgesetzt werden, sofern geprüfte Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung für den Typenentwurf bereits vorliegen, sowie für Leistungen der Bauvorbereitung.

§ 8
Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften

(1) Durch den Abschluss von Leasing-, Mietkauf- und ähnlichen Verträgen (Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften) dürfen Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre eingegangen werden. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften zuzulassen; § 38 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt. Die aus Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften entstehenden Verpflichtungen des Landes Berlin dürfen das vertretbare Maß für die Belastung künftiger Haushaltsjahre nicht überschreiten. Ein Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft setzt die Feststellung eines unabdingbaren Investitions- und Beschaffungsbedarfs voraus, der auch ohne öffentlich-private Partnerschaft aus dem Haushalt realisiert würde.

(2) Im Haushalt bereits veranschlagte Investitionsmaßnahmen können mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch alternative Beschaffungs- und Errichtungsformen wie Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften ersetzt werden. In diesen Fällen dürfen die veranschlagten Mittel im laufenden Haushaltsjahr nur für die Absicherung und Leistung der vertraglichen Raten und nur bis zu deren notwendiger Höhe verwendet werden.

(3) Die Wirtschaftlichkeit von Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften ist in jedem Einzelfall zu belegen.

(4) Grenzüberschreitendes Leasing sowie Sale-and-Lease-Back-Geschäfte sind ausgeschlossen.

(5) Die Übertragung von Schulgrundstücken an Dritte ist ausgeschlossen, soweit diese Dritten sich nicht direkt oder indirekt in vollständigem Landeseigentum befinden. Gleiches gilt für Erbbaurechte an solchen Grundstücken. Schulgrundstücke im Sinne dieser Norm sind Grundstücke, die für öffentliche Schulen im Sinne des § 6 Absatz 2 des Schulgesetzes vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juni 2023 (GVBl. S. 226) geändert worden ist, genutzt werden. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Ausnahmen zulassen.

§ 9
Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen

(1) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 der Landeshaushaltsordnung dürfen Datenverarbeitungsprogramme der Berliner Verwaltung unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Inland abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Dem entgegenstehende vertragliche Regelungen bleiben unberührt.

(2) Nach § 63 Absatz 5 in Verbindung mit § 63 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung dürfen leerstehende Immobilien mit Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung Künstlerinnen und Künstlern, gemeinnützigen Gruppen, Jugendprojekten und -initiativen, Bürgervereinen und freien Trägern unter dem vollen Wert zur Zwischennutzung überlassen werden. Die Zwischennutzungen sind zeitlich so zu befristen, dass die Immobilie für das Land Berlin bei Bedarf für eigene Verwendungszwecke schnell verfügbar bleibt. Bei einer Vergabe an Dritte ist unbeachtlich, ob eine Veräußerung, die Bestellung eines Erbbaurechts oder die dauerhafte Vermietung bevorzugt wird. Bei der Überlassung für Zwischennutzungen sind von den Nutzerinnen und Nutzern mindestens die damit verbundenen Betriebs- und Unterhaltungskosten zu übernehmen. Bei der Berechnung des darüber hinaus gehenden Mietzinses ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nutzerinnen und Nutzer zu berücksichtigen.

§ 10
Einschränkung der gesetzlichen Deckungsfähigkeit und der Verwendung von in den Haushaltsberatungen verstärkten Ansätzen

(1) Die Deckungsfähigkeit nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 bis 5 der Landeshaushaltsordnung und für die Bezirke nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 und 4 der Landeshaushaltsordnung wird ausgeschlossen. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. Satz 1 gilt nicht für die weisungsunabhängigen Verfassungsorgane und weisungsunabhängigen Landesbeauftragten.

(2) Macht das Land von einer Aufstockungsfinanzierung Gebrauch, indem es bestehende bezirkliche Leistungen hinsichtlich einzelner bezirklicher Projekte durch oder auf Grund des Haushaltsgesetzes verstärkt, ist eine Absenkung der bisherigen bezirklichen Leistungen weder im Ansatz noch in der Auskehrung zulässig.

(3) Durch das Abgeordnetenhaus verstärkte oder geschaffene Teilansätze dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses zur Auflösung pauschaler Minderausgaben herangezogen werden. Gleiches gilt für die Heranziehung zur Deckung, soweit in den jeweiligen Erläuterungen nicht ausdrücklich anders vorgesehen.

§ 11
Regelungen im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt

(1) Sofern die sich nach § 4 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Errichtung eines Nachhaltigkeitsfonds vom 17. Dezember 2014 (GVBl. S. 521), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. November 2019 (GVBl. S. 742) geändert worden ist, ergebende Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt die dafür im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben übersteigt, wird die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, eine höhere Zuführung an das Sondervermögen zu leisten. Diese höheren Ausgaben sind keine überplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.

(2) Für Investitionen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt gelten die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung mit der Maßgabe, dass die Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung zu nutzen sind. Dies gilt nicht für § 24 Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung.

§ 12
Parlamentsvorbehalt

Vertragliche Verpflichtungen, auch Zuschlagserteilungen nach Ausschreibungsverfahren, darf das Land Berlin ab einem Gesamtvolumen von 500.000.000 Euro nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses eingehen (Parlamentsvorbehalt).

§ 13
Ergebnisrücklage der Bezirke

(1) Jeder Bezirk bildet eine Ergebnisrücklage.

(2) Beim Jahresabschluss führen die Bezirke ein positives Jahresergebnis (Saldo der Einnahmen und Ausgaben nach Basiskorrektur) ihrer Ergebnisrücklage zu. Negative Jahresergebnisse sind durch Entnahmen aus ihrer Ergebnisrücklage auszugleichen.

(3) Der Bestand der Ergebnisrücklage steht, vorbehaltlich der vorrangigen Abdeckung negativer Jahresergebnisse, überjährig für Entnahmen zur Verfügung. Durch Mehreinnahmen aus der Ergebnisrücklage finanzierte Mehrausgaben sind keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.

§ 14
Haushaltssystematische Veränderungen

(1) Ausgaben, die im Haushaltsplan in falschen Titeln veranschlagt wurden, dürfen mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung in entsprechender Anwendung des § 50 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung umgesetzt werden. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ist zu unterrichten.

(2) Absatz 1 gilt auch für Ausgaben in Titeln, die auf Grund von Änderungen des bundeseinheitlichen Gruppierungsplans umgesetzt werden müssen.

(3) Die Ausgaben zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Sondervermögen Klima, Resilienz und Transformation werden in gesonderten Kapiteln ausgewiesen, die im Haushaltsvollzug eingerichtet werden. Das Nähere dazu regelt die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung.

Abschnitt III
Personalwirtschaftliche Regelungen und Personalausgaben

§ 15
Personalwirtschaftliche Ermächtigungen

(1) Leistungsprämien und -zulagen an Beamtinnen und Beamte dürfen nach der jeweils geltenden landesrechtlichen Verordnung im Rahmen der den Behörden und Einrichtungen zur Verfügung gestellten Personalmittel gezahlt werden.

(2) Unter den Voraussetzungen des § 45 Absatz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin nach Artikel III § 1 Nummer 3 des Gesetzes vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 266), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 58) geändert worden ist, darf im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung eine Zulage gezahlt werden. Die Zulage darf bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe der Beamtin oder des Beamten und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe, die der Wertigkeit der wahrgenommenen Funktion entspricht, höchstens jedoch der zweiten folgenden Besoldungsgruppe und nicht einstiegsamtübergreifend gewährt werden. Die für Besoldung zuständige Senatsverwaltung kann hinsichtlich der Beschränkung zur einstiegsamtübergreifenden Gewährung im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

§ 16
Personalwirtschaftliche Einschränkungen

Die im Stellenplan angebrachten Sperrvermerke an Planstellen, Stellen und Beschäftigungspositionen und die sonstigen haushaltswirtschaftlichen Einschränkungen bewirken in Höhe der von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung festgesetzten Durchschnittssätze Mittelsperren. Unterjährig wirksam werdende Sperrvermerke und haushaltswirtschaftliche Einschränkungen sind anteilig zu berücksichtigen.

§ 17
Deckungsfähigkeit und Zweckbindung

(1) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Titeln 42221, 42722, 42735 und 42821 für Anwärterinnen und Anwärter, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Stipendiatinnen und Stipendiaten ausgewiesenen Mittel nur untereinander und auch einzelplanübergreifend deckungsfähig, ausnahmsweise auch mit den übrigen Personalausgaben, soweit es sich um auf zwölf Monate befristete Weiterbeschäftigungen im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung handelt, sowie abweichend von § 10 Absatz 1 auch mit den konsumtiven Sachausgaben, soweit es sich um Zuschüsse zur Ausweitung des Ausbildungsangebots handelt. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können Personalausgaben auch für zusätzliche Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter im Rahmen der Deckungsfähigkeit geleistet werden, wenn eine geplante Ausweitung des Ausbildungsangebotes anderenfalls nicht realisierbar ist. Die Finanzierung befristeter Weiterbeschäftigungen nach Satz 1 sowie von Praxisanleiterinnen und Praxisanleitern nach Satz 2 ist nur zulässig, sofern die Ansätze der übrigen Titel der Hauptgruppe 4 im jeweiligen Bezirksplan oder Einzelplan der Hauptverwaltung überschritten werden. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können nicht verbrauchte Mittel der in Satz 1 genannten Titel in die Folgejahre übertragen sowie auch in Unternehmen und Einrichtungen außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung verausgabt werden, sofern damit zusätzliche Ausbildungsplätze in zukunftsträchtigen Ausbildungsberufen neu geschaffen werden.

(2) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Kapiteln des Personalüberhangs veranschlagten Personalausgaben nur deckungsberechtigt.
Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.

(3) In den einzelnen Kapiteln fließen die Einnahmen aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung behinderter Menschen (Titel 23601) den Ausgaben bei Titel 42811 zu.

Abschnitt IV
Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 18
Weitergeltung von Vorschriften

§ 2 Absatz 2 bis 6 und 9 sowie die §§ 3, 4, 6, 9 und 15 bis 17 gelten bis zur Verkündung des auf dieses Gesetz folgenden Haushaltsgesetzes weiter.

§ 19
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

A. Begründung:

a) Allgemeine Begründung

1. Vorbemerkungen

Der vom Senat am 11.07.2023 beschlossene und dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2024 und 2025 gliedert sich aufgrund der veränderten Ressortzuschnitte für die Senatsverwaltungen ab dem Jahr 2024 in folgende Einzelpläne:

03 - Regierender Bürgermeister/Regierende Bürgermeisterin
05 - Senatsverwaltung für Inneres und Sport
06 - Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
07 - Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
08 - Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
09 - Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
10 - Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
11 - Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
12 - Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
13 - Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
15 - Senatsverwaltung für Finanzen

Die Einzelpläne der weisungsungebundenen Verfassungsorgane (01, 02, 20, 21 und 22) sowie die Einzelpläne 25, 27 und 29 sind unverändert.

2. Rahmenbedingungen der Haushaltsplanung

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Doppelhaushalt 2024/2025 sind verhalten. Der erhoffte kraftvolle Aufschwung im Jahr 2023 ist – trotz eines robusten Arbeitsmarkts – aufgrund von Inflation, Zinssteigerungen und anhaltenden geopolitischen Spannungen ausgeblieben. Auch für die Jahre 2024 und 2025 sind aus heutiger Sicht nur Wachstumsraten in Höhe der Potentialrate zu erwarten, wofür neben einer gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft v.a. sinkendes Erwerbspersonenpotential beiträgt. Ungeachtet der Tatsache, dass die Wachstumsraten in Berlin wie in der Vergangenheit auch künftig leicht oberhalb des Bundesdurchschnitts liegen sollten, sind nennenswerte Zuwächse auf der Einnahmeseite des Haushalts damit, wie auch die jüngste Steuerschätzung zeigte, unwahrscheinlich.

Mit Blick auf die kommenden Jahre überwiegen zudem die Risiken deutlich die Chancen. Neben der konjunkturellen Entwicklung, erneuten Finanzmarktturbulenzen und den geopolitischen Risiken ist hier insbesondere auf das Risiko weiter steigender Zinsen sowie die finanziellen Auswirkungen des Zensus 2022 hinzuweisen, dessen Ergebnisse im Frühjahr 2024 verkündet werden. Der Entwurf des Doppelhaushalts 2024/2025 trägt diesen Risiken in den Ansätzen Rechnung.

Der Doppelhaushalt 2024/2025 ist unter den Regelbedingungen der Schuldenbremse aufzustellen. Die Schuldenbremse verlangt, dass der Haushalt des Landes Berlin grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen ist und das Land einen strukturell (d.h. insbesondere unter Berücksichtigung konjunktureller Effekte und finanzieller Transaktionen) ausgeglichenen Haushalt hat. Für die Festlegung der Konjunkturkomponente wird final die Herbstprojektion der Bundesregierung, die voraussichtlich in der ersten Oktoberhälfte des Jahres veröffentlicht wird, relevant sein. Auf der Basis der Frühjahrsprognose ergibt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt, dass für die beiden Jahre des kommenden Doppelhaushalts nur eine geringe konjunkturbedingte Kreditaufnahme von jeweils knapp über 100 Mio. Euro erlaubt wäre.

Neben den rechtlichen Beschränkungen unterliegt auch der Doppelhaushalt 2024/2025 den materiellen Beschränkungen, die sich aus der Tatsache ergeben, dass der Haushalt des Landes nach wie vor ein strukturelles Defizit aufweist. Die strukturelle Unterdeckung kann wie in den Vorjahren nur durch den Rückgriff auf naturgemäß endliche Rücklagen sowie durch pauschale Minderausgaben gedeckt werden.

3. Kernpunkte des Doppelhaushaltsentwurfs 2024/2025

Der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 hat ein Gesamthaushaltsvolumen von rund 39.066 Mio. Euro in 2024 und rund 40.317 Mio. Euro in 2025. Zu Ausgaben in dieser Höhe ermächtigt § 1 des Haushaltsgesetzes 2024/2025. Das Haushaltsvolumen setzt sich zusammen aus dem Volumen der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben, die den überwiegenden Teil des Haushaltsvolumens ausmachen (92 % der Einnahmen, 99 % der Ausgaben) und die im Saldo das Finanzierungsdefizit ergeben, und den Einnahmen und Ausgaben aus den besonderen, weil nicht finanzwirksamen Finanzierungsvorgängen. Die Diskrepanz im Anteil zwischen der Einnahme- und Ausgabeseite ergibt sich aus den hohen Entnahmen aus Rücklagen, insbesondere aus:

- Pandemierücklage (528 Mio. Euro; das Fortdauern der Auswirkungen der Corona-Pandemie in einigen Politikfeldern erfordert das zur Verfügung halten dieses Betrages über das Jahr 2023 hinaus),
- Haushaltsentlastungsrücklage (750 Mio. Euro),
- Innovationsförderfonds (430 Mio. Euro),
- Rücklage zur Vorsorge im Zusammenhang mit Energiekostensteigerungen im öffentlichen und privaten Bereich (600 Mio. Euro),
- Rücklage zur Vorsorge von Baukostensteigerungen (552 Mio. Euro),
- Zensusrücklage (167 Mio. Euro),
- Resilienzrücklage (750 Mio. Euro)
- Konjunkturausgleichsrücklage (238 Mio. Euro),

Der Saldo der besonderen Finanzierungsvorgänge bestimmt die Abweichung zwischen dem Finanzierungsdefizit und der Kreditaufnahme.

Die **Eckzahlen** des Entwurfs des Doppelhaushaltsplans 2024/2025 im Überblick:

in Mio. Euro	Ist 2022	Plan 2023	Entwurf 2024	Entwurf 2025
Einnahmen				
Steuereinnahmen, Finanzkraftausgleich, Bundesergänzungszuweisungen*	29.131	28.817	28.965	30.645
Zuweisungen, Zuschüsse	6.016	4.568	4.625	4.356
sonstige Einnahmen	2.276	1.765	2.276	2.345
Bereinigte Einnahmen	**37.423**	**35.149**	**35.866**	**37.346**
Ausgaben				
Personalausgaben	10.941	11.377	12.227	12.799
Konsumtive Sachausgaben**	21.114	21.277	21.364	21.857
Investitionsausgaben	3.633	3.993	3.841	3.869
Tilgungsausgaben öffentlicher Bereich	19	18	16	15
Zinsausgaben	966	1.080	1.180	1.330
Bereinigte Ausgaben	**36.673**	**37.745**	**38.629**	**39.871**

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

* inkl. pauschaler Mindereinnahmen: 2023 aufgrund von Auswirkungen laufender Gesetzgebungsverfahren im Steuerrecht (588 Mio. Euro); 2024 und 2025 inkl. pauschaler Mindereinnahmen aufgrund des Zensus-Ergebnisses (-600 bzw. -310 Mio. Euro)

**ohne Zinsausgaben

Kennzahlen des Haushalts 2024/2025:

in Mio. Euro	Ist 2022	Plan 2023	Entwurf 2024	Entwurf 2025
Finanzierungssaldo	**750**	**-2.596**	**-2.763**	**-2.525**
Nettokreditaufnahme***	0	103	378	378
Davon				
Kreditaufnahme zur Transaktionsfinanzierung		*505*	*381*	*381*
Konjunkturbedingte Kreditaufnahme		*409*		
Tilgung von Immobilienkrediten			*-3*	*-3*
Tilgung des Notfallkredits aus dem Jahr 2020:				
- reguläre Tilgungsrate 2023		-270		
- vorzeitige Tilgungsraten 2024 und 2025		-541		
Saldo der Rücklagenbewegungen (Zuführungen (-)/Entnahmen (+))	-752	2.487	2.385	2.147

*** inkl. inneres Darlehen (2022: 473 Mio. Euro)

Steuern und bundesstaatlicher Finanzausgleich

Der vorliegende Haushaltsentwurf 2024/2025 für Berlin basiert auf der Steuerschätzung vom Mai 2023. Nach dem coronabedingten Einbruch der Steuereinnahmen im Jahr 2020 erfolgten sehr starke Anstiege des Steueraufkommens in den Jahren 2021 und 2022, die sowohl durch die konjunkturelle Erholung nach Überwinden der Corona-Pandemie als auch durch die stark gestiegene Inflation gekennzeichnet waren. Gleichzeitig haben Bund und Länder eine Vielzahl von steuerlichen Entlastungspaketen (u.a. Inflationsausgleichsgesetz, Jahressteuergesetz 2022, temporäre Umsatzsteuersatzsenkung auf Gas und Fernwärme) umgesetzt, um die Folgen der Corona-Pandemie, der Inflation und des Energiepreisanstieges infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zu begrenzen. Diese Entlastungsmaßnahmen wirken in den Zeitraum des Doppelhaushaltes 2024/2025 hinein.

Nach der Steuerschätzung vom Mai 2023 steigen die Steuereinnahmen (ggü. dem nach der Steuerschätzung erwartenden Soll 2023) um 1.290 Mio. Euro im Jahr 2024 und um weitere 1.390 Mio. Euro im Jahr 2025.

Die Prognoseunsicherheiten sind vor dem Hintergrund der geopolitischen Spannungen und Kriegshandlungen Russlands gegen die Ukraine weiterhin sehr hoch. Weitere finanzielle Risiken für den Berliner Haushalt bestehen im Zusammenhang mit den beabsichtigten Gesetzgebungsvorhaben des Bundes, wie etwa die Kindergrundsicherung, das Superabschreibungsprogramm oder die Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer. Die finanziellen Auswirkungen dieser Maßnahmen sind aktuell noch nicht abzusehen. Letztendlich werden sich auch aus dem Zensus 2022 voraussichtlich erheblich negative finanzielle Wirkungen ergeben.

Personalausgaben gesamt

Ausgangspunkt der Ermittlung der Personalausgaben waren die Ist-Ausgaben 2022, die um alle bekannten bzw. prognostizierten Sachverhalte fortgeschrieben wurden.

in Mio. Euro	2022 Ist	2023 Ansatz	2024 Entwurf	2025 Entwurf
Personalausgaben	10.942	11.377	12.227	12.799
relative Veränderung gegenüber Vorjahr		4,0 %	7,5 %	4,7 %

Auch wenn sich das Bevölkerungswachstum der Metropole Berlin im Hinblick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre mittlerweile abgeflacht hat, besteht nach wie vor die Notwendigkeit, die Personalstärke des Landes Berlin an das weiter steigende Aufgaben- und Fallzahlenvolumen anzupassen. Dies betrifft vor allem den Bereich der Berliner Schulen, aber auch die bürgernahen Bereiche der Berliner Bezirke und der Hauptverwaltung.

Im Februar 2023 belief sich der Personalbestand auf rund 122.660 Vollzeitäquivalente (VZÄ). Wegen des immer noch steigenden Umfangs der Aufgabenerledigung wird auch weiterhin ein moderater Anstieg des Personalbestandes und somit der Personalausgaben erforderlich sein.

Die erwarteten Kosten, die aus dem kommenden TdL-Tarifabschluss Ende 2023 sowie aus der vorgesehenen Übertragung auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich resultieren, sind durch entsprechende Vorsorgen im Haushaltsplanentwurf vollständig abgedeckt.

Ebenfalls Vorsorge wurde getroffen für die schrittweise Anpassung der Besoldung an das Bundesniveau.

Hinzu kommen die einmaligen Kosten, die aus den ausstehenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation in der A-Besoldung resultieren, für die ebenfalls eine Vorsorge getroffen wurde.

Daneben trägt auch der fortschreitende Aufwuchs der Zahl der Versorgungsfälle zu spürbaren finanziellen Mehrbelastungen bei. Nach den aktuellen Prognosen des Versorgungsberichts 2021 steigt die Zahl der Versorgungsfälle von derzeit rund 63.000 bis zum Jahre 2031 auf den dann zu verzeichnenden Höchststand von rund 68.200 Versorgungsfälle an.

Ferner wirken sich auch die weiterhin steigenden Kosten im Gesundheitswesen erheblich bei den Beihilfeaufwendungen aus. Es ist von steigenden Ausgaben im Umfang von durchschnittlich 50 Mio. Euro p.a. auszugehen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt weiterhin bei den Ausgaben für die Ausbildung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin. Lag das Ausgabevolumen im Jahr 2018 noch bei landesweit rund 156 Mio. Euro, wurden im Jahre 2021 bereits rund 190 Mio. Euro für die Ausbildung aufgewendet. Hier sind weitere Erhöhungen von durchschnittlich 5 Mio. Euro p.a. geplant.

Digitalisierung der Verwaltung

Die Mittel für die Digitalisierung der Berliner Verwaltung werden mit dem Haushalt 2024/2025 gegenüber dem Ansatz 2023 jeweils um rund 43 Mio. Euro erhöht. Ziel ist unter anderem die Erhöhung der IKT-Sicherheit, die technische Ertüchtigung der Behörden und die Umsetzung der One-Device-Strategie zum weiteren Ausbau der ortsunabhängigen Arbeitsfähigkeit der Berliner Verwaltung. Dafür werden den Behörden insgesamt rund 20 Mio. Euro mehr als in den Vorjahren zur Verfügung gestellt. Wie im Berliner EGovernment-Gesetz vorgesehen, stehen auch die erfolgreiche Umsetzung des Projektes zur Einführung der elektronischen Akte und die Zentralisierung der IKT-Betriebes (OneIT@Berlin) der Berliner Verwaltung weiterhin im Mittelpunkt. Die Einführung von einheitlichen Standards soll einen wirtschaftlichen Einsatz der IKT gewährleisten. Ferner bilden die IKT-Basisdienste, die einen besonderen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger haben und in Zukunft weiter ausgebaut werden, einen wichtigen Schwerpunkt.

Innere Sicherheit und Ordnung

Im Bereich der Inneren Sicherheit werden die Polizei sowie die Feuerwehr weiterhin personell deutlich gestärkt. Zur Erhöhung und Verbesserung der Einsatzbereitschaft werden 205 zusätzliche Stellen bei der Polizei und 66 Stellen bei der Feuerwehr in den

Jahren 2024 und 2025 eingerichtet. Mit weiteren zusätzlichen 335 Stellen bei der Polizei wird darüber hinaus der Einsatz aller erfolgreichen Absolventen im Landesdienst sichergestellt.

Förderung des Sports

Mit dem Abschluss eines Unternehmensvertrages mit den Berliner-Bäder-Betrieben in 2022 wurde die Grundlage für ein langfristiges und planvolles Handeln für den Betrieb, die Unterhaltung und die Verwaltung von Schwimmbädern geschaffen. Die Schwimmbäder sollen zur sportlichen Betätigung, Erholung und Entspannung dienen. Die Nutzung durch Schulen, Kindertagesstätten und förderungswürdige Sportorganisationen wird hierbei sichergestellt. Daneben soll wird die Attraktivität der Bäder durch Instandsetzungen weiter erhöht. Zur Umsetzung des Unternehmensvertrags werden konsumtive und investive Mittel in Höhe von 71 Mio. Euro in 2024 und 94,5 Mio. Euro in 2025 bereitgestellt.

Für die Ausrichtung der UEFA-Fußball-Europameisterschaft 2024 sind zur Vorbereitung und Durchführung insgesamt 38,9 Mio. Euro in 2024 vorgesehen.

Des Weiteren wurde eine Erhöhung der allgemeinen Sportförderung, u.a. für den Zuschuss an den Landessportbund und für die Stärkung des Ehrenamtes im Kinder- und Jugendsport, um 5 Mio. Euro auf 30,53 Mio. Euro in 2024 bzw. um 6,6 Mio. Euro auf 32,0 Mio. Euro in 2025 vorgenommen.

Justiz

Das Ziel effektiver Kriminalitätsbekämpfung, vor allem in den Bereichen Organisierte Kriminalität und Jugendkriminalität, wird in der Justiz insbesondere durch die Stärkung der Strafverfolgungsbehörden (und des Justizvollzugs) verfolgt. Außerdem wird die Gewaltschutzambulanz verstetigt.

Der Senat trifft Vorsorge für eine professionelle Digitalisierung bei der Einführung der eAkte, für einen stabilen und separierten IT-Betrieb sowie die Unterstützung der IT-Anwendenden. Er wird ein Legal-Tech-Zentrum gründen und das zentrale Serviceportal der Justiz weiter ausbauen. Maßnahmen der Personalgewinnung und -bindung sowie die Ausbildung im nichtrichterlichen Bereich werden ausgebaut. Insbesondere wird die Justizakademie des Landes Berlin angemessen ausgestattet, so dass sie zeitnah eröffnet werden kann. Für den Campus Moabit wird eine Zielplanung erstellt werden, um damit die Grundlage zu schaffen, die Justiz mit ausreichendem Büroraum und Hochsicherheitssälen zu versorgen.

Verbraucherschutz

Die Einführung moderner Fachverfahren im Bereich des Verbraucherschutzes wird fortgeführt. Der funktionsfähige gesundheitliche Verbraucherschutz wird gewährleistet.

Die Berliner Ernährungsstrategie wird fortgesetzt.

Der Taubenschutz wird im Sinne einer sauberen Stadt ebenso wie des Tierwohls systematisch ausgebaut.

Erstmals ist eine institutionelle Förderung der Berliner Tiertafel vorgesehen.

Sicherstellung eines leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) erhalten Zahlungen auf der Grundlage des 2020 in Kraft getretenen neuen Verkehrsvertrages für die Bestellung von Verkehrs- und Infrastrukturleistungen zur Sicherstellung des innerstädtischen ÖPNV mit den Verkehrsmitteln U-Bahn, Straßenbahn, Bus und Fähre. In den Ansätzen sind Anpassungen für Mehrleistungen der BVG im Zusammenhang mit der Umstellung der Busflotte auf Elektromobilität und andere Maßnahmen auch auf Basis des Mobilitätsgesetzes enthalten. Der aktuelle Verkehrsvertrag mit der BVG hat eine Laufzeit von 15 Jahren bis zum August 2035.
Im Bereich der Zuschüsse für Investitionen des ÖPNV sind u. a. Zahlungen für den

- die Tunnelsanierung des U-Bahnnetzes,
- die Grundinstandsetzung des U-Bahn- und Straßenbahnstreckennetzes,
- den barrierefreien Ausbau der Bahnhofszugänge und den
- Netzausbau der Straßenbahn

vorgesehen.

Für den Abschluss von Verkehrsverträgen im S- und Regionalbahnverkehr sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund 20 Mrd. € eingeplant, insbesondere für den S-Bahnverkehr der Jahre ab 2027.

Ausbau des Radverkehrs

Der Finanzrahmen wurde in der Größenordnung verstetigt. Ziel ist der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur sowie die Entwicklung und Qualifizierung des bestehenden Routennetzes u.a. durch Inanspruchnahme von Bundesmitteln. Hierzu gehören unter anderem die Anlage von Radverkehrsanlagen an Hauptverkehrsstraßen, die Schaffung von Fahrradstraßen und der Bau von Radschnellwegen. Kurzfristig sollen in erster Linie Maßnahmen für den „ruhenden Radverkehr“ umgesetzt werden, z. B. das Aufstellen von Fahrradabstellanlagen an Verkehrsknotenpunkten.

Kultur

Der Kulturbereich wird auf allen Ebenen weitergeführt und sogar ausgebaut. Der Kulturhaushalt wird erstmals in 2025 – trotz Verkleinerung im Zuge der Senatsneubildung – die Grenze von 1 Milliarde Euro durchbrechen. Insgesamt stehen über 100 Mio. Euro aus dem Innovationsförderfonds – IFF – zur Verfügung, die neben der Kofinanzierung von wichtigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen auch zur weiteren Schaffung und Erweiterung der räumlichen Infrastruktur für künstlerische Arbeit genutzt werden sollen.

Im Bereich Kultur stehen Mittel bereit, um Maßnahmen fortsetzen zu können, bspw. der in Corana-Zeiten erstmals eingeführte stadtweite Kultursommer. Zur weiteren Unterstützung eines Neustarts für Künstlerinnen und Künstler werden weitere (Post-) Coronahilfen und -programme mit insgesamt 15 Mio. Euro fortgeführt und weiterentwickelt. Erstmals werden bestehende Maßnahmen zur digitalen Entwicklung der Berliner Kultur zu einem „Fonds Digitaler Wandel“ ab 2024 zusammengefasst und die Mittel deutlich aufgestockt.

In den Bezirken werden der Ausbau und die Erweiterung der Bibliotheken weiterhin umgesetzt. Durch den Abschluss von Zielvereinbarungen in diesem Bereich konnte ebenfalls viel für die Nutzer und Nutzerinnen von Bibliotheken erreicht werden.

Bereits begonnenen Baumaßnahmen werden fortgeführt und auch höhere Finanzierungskosten im Gesamtkontext ausfinanziert. Wichtige Baumaßnahmen wie z.B. die Sanierung des Bröhan-Museums, Bauhausarchiv oder Komische Oper wurden durch die Veranschlagung auskömmlicher Bauraten abgesichert.

Somit kann Berlin weiterhin auf eine starke und abwechslungsreiche Kulturlandschaft blicken.

Wissenschaft

Berlin ist ein attraktiver Wissenschaftsstandort. Um diese Attraktivität und Innovationskraft auch in Zukunft beizubehalten, sichert der Senat sowohl die vorhandene Infrastruktur als auch eine bessere finanzielle Ausstattung im staatlichen Hochschulbereich ab.
Die Hochschulverträge und der Vertrag mit der Charité werden für den Zeitraum 2024 bis 2028 neu abgeschlossen. Die konsumtiven Zuschüsse an die Vertragshochschulen einschließlich der Charité werden sich im Vertragszeitraum stetig um 5 % p. a. erhöhen. Damit erreichen sie im Jahr 2028 ein Volumen von 2.023 Mio. Euro.
Ab 2021 wurde der Hochschulpakt 2020 einer Neuorientierung unterzogen. Die Nachfolgevereinbarung gilt unbefristet; Hauptziele sind der Kapazitätserhalt sowie die Qualitätsverbesserung. Eine Unterzeichnung der Bund-Länder-Vereinbarung gemäß

Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes über den Zukunftsvertrag *Studium und Lehre stärken* (Nachfolge Hochschulpakt) erfolgte in der Ministerpräsidentenkonferenz und der Besprechung mit der Bundeskanzlerin am 6. Juni 2019.
Die Berliner Hochschulen werden weiterhin im Rahmen der „Exzellenzstrategie“ (Nachfolgeprogramm der Exzellenzinitiative) mit sieben Clusters gefördert. Darüber hinaus erhalten die Berliner Universitäten eine Förderung als Exzellenzuniversität (Berlin University Alliance). Förderbeginn der Exzellenzuniversitäten war der 01.11.2019. Die Exzellenzuniversitäten werden dauerhaft mit rund 23,5 Mio. Euro pro Jahr gefördert.

Der Einstein Stiftung Berlin, die inzwischen einen festen Platz in der Wissenschaftsförderung der Stadt eingenommen hat und die nach wettbewerblichen Verfahren institutionsübergreifende Projekte und herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fördert, werden mit dem Doppelhaushalt weiterhin Mittel für die Forschungsförderung zur Verfügung gestellt werden.

Im staatlichen Hochschulbereich einschließlich der Charité wurde beginnend ab 2017 ein langfristiges Investitionsprogramm 2017-2026 aufgelegt, um die Defizite der baulichen und technischen Infrastruktur an den Berliner Hochschulen weiter kontinuierlich abzubauen. Der Einstieg erfolgte 2017 mit 60 Mio. Euro. Ab 2019 wurde der Investitionspakt auf jährlich 100 Mio. Euro erhöht. Der Investitionspakt Wissenschaftsbauten 2017 bis 2026 wurde beginnend ab 2022 mit einer im Grundsatz festen Steigerungsrate von 5 % p.a. um 10 Jahre verlängert und bis einschließlich 2036 fortgeschrieben. Somit sollen für Investitionen in den Hochschulbau und die Charité-Universitätsmedizin bis zum Jahr 2036 allein durch den Investitionspakt Wissenschaftsbauten ca. 2.720 Mio. Euro bereitgestellt werden. Mit den im Doppelhaushalt veranschlagten investiven Mitteln für den Wissenschaftsbereich inkl. Charité in Höhe von 205 Mio. Euro 2024 und 211 Mio. Euro 2025 werden die im Investitionspakt Wissenschaftsbauten jeweils formulierten Zielbeträge in Höhe von 116 Mio. Euro bzw. 122 Mio. Euro bei Weitem übererfüllt.
Ein besonderes Vorhaben stellt dabei die Errichtung eines Neubaus für die Herzmedizin am Standort des Virchowklinikums der Charité dar. Gemäß geprüfter Bauplanungsunterlage werden in den kommenden Jahren 521 Mio. Euro bereitgestellt. Die Prognose der Kostenentwicklung bis zur Baufertigstellung liegt bei rund 800 Mio. Euro. Der Bund beteiligt sich an diesem Projekt mit einem Festbetrag i.H.v. 100 Mio. Euro.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Der Haushalt des Sekretariats der Kultusministerkonferenz (KMK) (Kapitel 0991) ist gem. Beschlussfassung der Amtschefkonferenz der KMK im Doppelhaushalt berücksichtigt. Die Beratung und Beschlussfassung durch die Haushaltskommission und die Finanzministerkonferenz stehen noch aus.

Forschung

Berlin profitiert von dem wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potenzial der hier ansässigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Im Gegenzug erhalten die Wissenschaftsorganisationen einen regelmäßigen Budgetzuwachs der Grundfinanzierung von 3 Prozent pro Jahr. Bund und Länder haben im Juni 2019 beschlossen, den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) in einer vierten Phase fortzusetzen. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft. Der PFI IV läuft über einen Zeitraum von zehn Jahren von 2021 bis 2030, wodurch die Wissenschaftsorganisationen finanzielle Planungssicherheit über einen langen Zeitraum erhalten. Der 3%-ige Aufwuchs wird vom Bund und den Ländern nach den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln gemeinsam getragen. Anders als beim PFI III, bei dem der Aufwuchs bis 2020 vom Bund alleine finanziert wurde, kehren Bund und Länder ab 2024 bis 2030 sukzessive zu den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln zurück. Die geplanten Steigerungen wurden landesseitig vollständig im Haushalt berücksichtigt.
Darüber hinaus ist die Finanzierung des „Zukunftsplan“ für das Museum für Naturkunde in Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses sowie auf der Grundlage der zwischen dem Land Berlin und dem Bund geschlossenen Verwaltungsvereinbarung sichergestellt worden. Das finanzielle Gesamtvolumen zur Erweiterung und Sanierung des Museums für Naturkunde beträgt 660 Mio. Euro und wird vom Land Berlin und dem Bund paritätisch finanziert.
Zudem werden für die Realisierung des Fraunhofer-Standorts für Translationale Medizin und Pharmakologie - Institutsteil Allergologie (ITMP-IA) am Standort Charité Campus Benjamin Franklin sowie für die Gründung des Fraunhofer-Zentrums für die Sicherheit Sozio-Technischer Systeme (SIRIOS) mit dem Doppelhaushalt rund 41 Mio. Euro aus Mitteln des Innovationsförderfonds bereitgestellt.

Gesundheit

Zur Stärkung des Gesundheitsstandortes, finanziert Berlin weiterhin auf einem hohen Niveau Investitionen für die Krankenhäuser. Zusätzlich stehen für weitere Maßnahmen Mittel aus dem „Green Hospital“ zur Verfügung.

In Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus im Maßregelvollzug - KMV - wurden Strategien erarbeitet, die die Situation vor Ort verbessern. Dazu wurden Baumaßnahmen vorgezogen und nach zusätzlichen Standorten gesucht, um die Unterbringung so schnell wie möglich zu verbessern. Hierfür konnten die dafür benötigten Mittel zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Auch in den Bezirken wurden gesundheitsfördernde Maßnahmen weiterfinanziert, was die dezentrale Versorgung weiterhin stärkt. Hierfür wird insbesondere der Pakt für die öffentlichen Gesundheitsämter weiter finanziert.

Bildung, Jugend und Familie

Mit dem Doppelhaushaltsplan 2024/2025 werden die personellen, konsumtiven und investiven Mehrbedarfe aufgrund steigender Schülerzahlen an öffentlichen Schulen und in der ergänzenden Förderung und Betreuung berücksichtigt.

So werden im Jahr 2024 allein insgesamt rund 475 neue Stellen für Lehrkräfte geschaffen; 2025 sind es weitere rund 289 Stellen für Lehrkräfte und rund 116 Stellen für weiteres pädagogisches Personal.

Um diesen Personalaufwuchs nachhaltig sicherzustellen, hat der Senat die Verbeamtung der Lehrkräfte wiedereingeführten. Gleichzeitig stehen für Bestandslehrkräfte, die nicht verbeamtet werden wollen oder können, Mittel für die Zahlung eines Nachteilsausgleichs zur Verfügung.

Zudem gewährleistet der Senat in den Jahren ab 2024 die weitere Verbesserung der Ganztagsbetreuung an den Berliner Schulen. Im Rahmen des Ganztagsfinanzierungsprogramms werden hierfür allein in den Jahren 2024 und 2025 insgesamt Mittel von mehr als 70 Mio. Euro bereitgestellt.

Nach der Kündigung des Staatsvertrages zum Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) zum 31.12.2024 enthält der Doppelhaushaltsplan folgerichtig Mittel zur Vorbereitung und zum Betrieb eines Berliner Landesinstitutes zur Aus-, Fort- und Weiterbildung, das ab 2025 die verschiedenen Maßnahmen zur Qualifizierung des pädagogischen Fachpersonals bündeln soll.

Die Weiterfinanzierung der in 2023 im Rahmen des Gipfels gegen Jugendgewalt vereinbarten 60 zusätzlichen VZÄ im „Landesprogramm Jugendsozialarbeit an Schulen“

ist auch im Haushaltsplan 2024/2025 mit jeweils rund 4,1 Mio. Euro sichergestellt. Mit dieser Maßnahme wird dem weiteren Ausbau des Programms Rechnung getragen. Ebenso wird das Programm Berlin Challenge mit 6,5 Mio. Euro in 2024 und 4,5 Mio. Euro in 2025 für alle Gebiete in schwieriger Lage weiterhin geöffnet.

Neben dem im Jahr 2024 auslaufenden Digital-Pakt Schule wird ab dem Jahr 2024 weiter sukzessive in die weitere Digitalisierung der Berliner Schulen investiert, um diese auch in diesem Bereich zukunftsfähig zu machen. Die Ausstattung mit digitalen Endgeräten von Schülerinnen und Schülern wird dabei genauso forciert wie der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen, die Fortbildung der Lehrkräfte und der Ausbau des Berliner Schulportals. Flankiert wird dies durch die Digitalisierung des administrativen Bereichs der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Insgesamt beträgt das finanzielle Volumen für die Jahre 2024/2025 über 260 Mio. Euro.

Mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 werden die Voraussetzungen geschaffen, um die Maßnahmen im Rahmen des Jugendgewaltgipfels erfolgreich fortsetzen zu können. Hierfür stehen in den Bereichen Bildung, Jugend und Familie in den Jahren 2024 und 2025 jeweils über 30 Mio. Euro zur Verfügung.

Berlin hat als erstes Land ein Gesetz zur Stärkung von Familien auf den Weg gebracht. Auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung und Beteiligung von Familien (Familienfördergesetz) wird das Land Berlin weiterhin langfristig die Angebote der Familienförderung in Umfang, Qualität und Finanzierung sichern und damit Maßstäbe für eine bedarfsgerechte Unterstützung von Familien setzen. Das Gesetz zielt auf eine grundsätzliche Verbesserung der Beratungs- und Entlastungsangebote für Eltern ab, um diese bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder zu stärken.

Neben der Fortsetzung des bedarfsgerechten Ausbaus von Plätzen in vorschulischen Kindertageseinrichtungen, wofür in den Jahren 2024 und 2025 insgesamt rund 76 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden, sichert der Senat mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 auch die Finanzierung des KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetzes ab.

Die **Berliner Schulbauoffensive** (BSO) wird mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 fortgesetzt und tritt dann in die Hauptfinanzierungsphase ein. Die Bestandteile der BSO bleiben weiterhin die Schaffung neuer Schulplatzkapazitäten, der Abbau des Instandhaltungsrückstaus und die bauliche Unterhaltung. Für investive Maßnahmen im Bereich Schulbau und den schulischen Bauunterhalt wurden von 2016 bis 2020 rund 3,7 Mrd. Euro verausgabt. Für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 sind mehr als

2,1 Mrd. Euro (inklusive des schulischen Bauunterhalts) aus dem Haushalt vorgesehen. Zusätzlich werden von der HOWOGE im gleichen Zeitraum 861 Mio. Euro investiert. Für temporäre Maßnahmen werden im Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) rund 95,3 Mio. Euro bereitgestellt, die aus der SIWA-Zuführung aus dem Jahresüberschuss 2022 resultieren.

Zusammen ergeben sich damit über 3 Mrd. Euro für Schulbaumaßnahmen in 2023 bis 2025. Somit sind die finanziellen Voraussetzungen gegeben, um mittelfristig mehr Schulplätze zu schaffen als neue Schülerinnen und Schüler im gleichen Zeitraum hinzukommen. Unter sonst gleichen Bedingungen ist damit eine Entlastung der Situation zu erwarten.
Für den zentralen Schulbau durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie durch die BIM GmbH, inklusive Bauunterhaltung, sind Ausgaben kumuliert über beide Planjahre von mindestens 1,2 Mrd. Euro vorgesehen. Die Bezirke leisten ebenfalls einen erheblichen Anteil an der BSO. Für Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sind für die Haushaltjahre 2024 und 2025 mehr als 600 Mio. Euro berücksichtigt. Im Rahmen des in Höhe von 1,32 % des Wiederbeschaffungswertes bemessenen baulichen Unterhalts sind jährlich rund 165 Mio. Euro vorgesehen. Damit beträgt der Beitrag der Bezirke an der BSO ca. 930 Mio. Euro im Zeitraum des Doppelhaushaltes 2024/2025.

Antidiskriminierung und Vielfalt, Frauen und Gleichstellung
Die Arbeit gegen Diskriminierung und für Gleichstellung wird fortgesetzt, weiterentwickelt und aktiv gefördert. Der Senat bekennt sich zur Vielfalt und unterstützt mit zahlreichen Maßnahmen die gleichberechtigte Teilhabe von LSBTIQ*-Personen, Regenbogenfamilien und allen anderen Berlinerinnen und Berlinern. Dies beinhaltet auch Maßnahmen zur Prävention und Schutz vor jeglicher Form von Rassismus, insbesondere Antiziganismus, Antisemitismus, anti-Schwarzem Rassismus und antimuslimischen Rassismus.
Zudem soll die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen mit entsprechenden Maßnahmen weiter vorangetrieben werden.
Das internationale Abkommen des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen (Istanbul-Konvention) wird konsequent umgesetzt und ausreichende Schutzplätze für von Gewalt betroffene Frauen, ihren Kindern und weiteren von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffene Personen bereitgestellt. Dabei werden besondere Bedarfe – etwa von Frauen und Kindern mit Behinderungen – berücksichtigt.

Integration, Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten

Die Integrationsmaßnahmen des Senats werden weitergeführt. Das Landesrahmenprogramm „Integrationslotsinnen und Integrationslotsen“ sieht den Einsatz der Beschäftigten in sozialversicherungspflichtigen Anstellungen vor und unterstützt eine berufsbegleitende Qualifizierung. Es werden Begleitmaßnahmen, Vernetzungsangebote und eine landesweite Koordinierung vorgesehen. Das Partizipationsgesetz bleibt erhalten, wird evaluiert und fortentwickelt.

Für die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten einschließlich deren Unterbringung und Integration wird mit dem Haushalt entsprechende Vorsorge getroffen und das Regelsystem gestärkt. Dem hohen Zugang von Geflüchteten aus der Ukraine und Asylsuchenden aus anderen Ländern im Jahr 2022 wurde durch eine Aufstockung der Platzkapazitäten Rechnung getragen. Mit einer pauschalen Mehrausgabe kann auf die aktuell noch nicht genauer bestimmbaren, finanziellen Mehrbedarfe aufgrund der sich dynamisch entwickelnden Fluchtbewegung reagiert werden.

Arbeit und Ausbildung

Gute Arbeit in allen Bereichen ist oberste Prämisse und wird entsprechend befördert. Verstärkt in den Blick genommen werden die Übergänge zwischen Schule und Beruf, um mehr junge Menschen in Ausbildung zu bringen. Angebote der Berufsorientierung werden zielgerichtet eingesetzt und weiterentwickelt. Mit einem Bündnis für Ausbildung wird gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft und weiteren Akteuren der Berufsbildung angestrebt, dass in den Berliner Betrieben bedarfsgerecht ausgebildet wird.
Der Senat unterstützt zudem die zielgruppenspezifische Erarbeitung von Strategien für Qualifizierungsangebote, insbesondere zur Aneignung von digitalen Kompetenzen. Erwerbspotenziale werden besser gefördert und Fachkräftestrategien weiterentwickelt.

Soziales

Berlin beteiligt sich am Härtefallfonds des Bundes zur Ost-West Rentenüberleitung, für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge.

Berlin steht wie keine andere Stadt für das soziale Miteinander und unterhält ein beispielloses Netz an Einrichtungen und Angeboten. Dazu zählen Stadtteilzentren, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenfreizeitstätten und soziale Beratungsangebote. Diese sozialen Angebote werden bedarfsgerecht weiterentwickelt, insbesondere in den Sozialräumen mit hohen Unterstützungsbedarfen und hoher Armut. Soziale Teilhabe soll wohnortnah, intergenerativ, interkulturell und inklusiv ermöglicht werden.

Zur Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit werden bestehende Beratungsangebote fortgesetzt und weiterentwickelt. Es sollen umfassende Maßnahmen erfolgen, um die Situation von Wohnungs- und Obdachlosen in Berlin zu verbessern. Der Senat wirkt bei der Gestaltung eines inklusiven Berlins mit dem Anspruch einer gleichberechtigten, vollen und wirksamen Teilhabe mit und fördert Chancengerechtigkeit, Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit.

Wohnungsbau

Zentraler Bestandteil der Regierungspolitik ist das Thema bezahlbares Wohnen. Erklärtes Ziel ist der Neubau von jährlich 20.000 Wohnungen inkl. der dafür erforderlichen Infrastruktur. Prioritär soll dabei der Wohnungsbau in den Neuen Stadtquartieren intensiviert und beschleunigt werden.

Die Neuen Stadtquartiere sind als lebendige Quartiere, das heißt sozial gemischt, grün und partizipativ sowie mit einer leistungsfähigen ÖPNV-Anbindung zu entwickeln. Die Planung erfolgt mit den betroffenen Bezirken und breiter Öffentlichkeitsbeteiligung. Es handelt sich um insgesamt 22 neue Stadtquartiere mit einem Potential von mindestens 66.000 Wohnungen. Mit den neuen Stadtquartieren sollen Mehrwerte erzielt und vor allen Quartiere insgesamt entwickelt werden.

Die Bezirke werden in die Verfahren eingebunden. Dafür wird die Arbeit der Senatskommission Wohnungsbau fortgeführt. Ziel ist hier die Beschleunigung priorisierter Wohnungsbauvorhaben, die Herbeiführung von politischen Entscheidungen in kurzer Taktung und ein Monitoring von zentralen Einzelprojekten.

Wohnungsneubauförderung

Um dem gestiegenen Bedarf an mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen insbesondere für einkommensschwache Haushalte gerecht zu werden, fördert das Land Berlin seit dem Jahr 2014 wieder den Wohnungsneubau. Die Förderung wurde seitdem kontinuierlich ausgeweitet und die Wohnungsbauförderungsbestimmungen (WFB) regelmäßig an die sich ändernden Marktbedingungen angepasst.

Die neuen WFB 2023, die am 30.06.2023 in Kraft getreten sind, bilden das geänderte Marktumfeld hinsichtlich erhöhter Kapitalkosten und Baukosten ab, sichern eine angemessene Wirtschaftlichkeit der Immobilien und tragen damit zur Zielerreichung der Neubauziele der Koalition (5.000 WE p. a.) bei.

Neben der deutlichen Erhöhung der Förderintensität ist eine wesentliche Änderung die Einführung einer 3. Förderstufe für erweiterte WBS-Gruppen/mittlere Einkommensgruppen (bis 220 % Einkommensgrenze § 9 WoFG mit einer Eingangsmiete

von 11,50 Euro/m². Voraussetzung für die Nutzung dieser neuen Förderstufe ist die Mindestinanspruchnahme des Fördermodells 1 für untere Einkommensgruppen).

Der Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2024/25 berücksichtigt die Förderung von je 5.000 Wohnungen. Die Förderung pro Wohnung beträgt rund 300.000 Euro, das Programmvolumen 1,5 Mrd. Euro.

Im Doppelhaushaltsplan 2024/2025 sind auch Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Förderprogramm „Klimagerechtes Bauen“ und „Junges Wohnen“ veranschlagt.

Im **Förderprogramm „Klimagerechtes Bauen“** sind zur Einhaltung der Klimaschutzziele Berlins ab 2023 Mittel zur Förderung der energetischen Modernisierung von Wohnungsbeständen veranschlagt. Durch Sicherung bzw. Neuschaffung von Bindungen wird dem Abschmelzen des Sozialwohnungsbestands entgegengewirkt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Förderung ist die Erreichung eines energetischen Mindeststandards (Effizienzhaus 85); das Gesamtziel kann durch kumulative energetische Einzelmaßnahmen, wie Dämmung von Fassaden und Dächern, energetische Sanierung von Fenstern/ Holzkastendoppelfenstern, Austausch von Anlagen zur Wärmeerzeugung etc., erfolgen. Das Modernisierungs-Programm der sozialen Wohnraumförderung besteht komplementär zu allgemeinen Programmen (ohne Bindungen).

Im **Förderprogramm „Junges Wohnen“** dienen die Mittel der Förderung des studentischen Wohnens und Wohnen für Auszubildende als Teilbereich des sozialen Wohnungsbaus zur Schaffung neuer Wohnheimplätze durch Neu-, Aus- oder Umbau, einschließlich des erstmaligen Erwerbs von Wohnheimplätzen innerhalb von zwei Jahren nach Fertigstellung (Ersterwerb), und Modernisierung von Wohnheimplätzen.

Nachnutzung des ehemaligen Flughafens Tegel

Ende Oktober 2020 wurde der Flughafen BER eröffnet und gleichzeitig der Flughafen Berlin-Tegel geschlossen. Damit ist der Weg frei für die Realisierung des Zukunftsstandorts Berlin TXL mit der Entwicklung des Forschungs- und Industrieparks: „The Urban Tech Republic“ als wichtiger Beitrag für die innovationsorientierte Re-Industrialisierung Berlins im Bereich der urbanen Technologien, der Nachnutzung des Terminalgebäudes A durch die Berliner Hochschule für Technik sowie der Entwicklung des „Schumacher Quartiers" mit über 5.000 Wohneinheiten für mehr als 10.000 Menschen als Modellprojekt für urbanen Holzbau sowie nachhaltige, klimaresiliente und soziale Quartiersentwicklung.

Die Flächen im Eigentum des Bundes, vertreten durch die BImA, müssen gem. § 9 des Hauptstadtfinanzierungsvertrages vom Land Berlin zum vollen Wert erworben werden. In Umsetzung dieser Vorgaben des Hauptstadtfinanzierungsvertrages wurde am 25. November 2022 zunächst ein Kaufvertrag des Landes Berlin, vertreten durch SenFin über den Erwerb von Grundstücksteilflächen des sog. Schumacher Quartiers von der BImA notariell beurkundet. Zugleich wurden am selben Tag sowohl ein Kaufvertrag der Grün Berlin GmbH über den Erwerb der BImA-Flächen der Tegeler Stadtheide im sog. Landschaftsraum als auch ein Kaufvertrag der Tegel Projekt GmbH über den Erwerb der BImA-Flächen der Urban Tech Republic und des sog. Landschaftsparks sowie einer Fläche in Tegel Nord-Ost notariell beurkundet.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat dem Grundstücksgeschäft des Landes Berlin mit der BImA am 27. Januar 2023 zugestimmt, so dass die entsprechende als Wirksamkeitsvoraussetzung vereinbarte aufschiebende Bedingung zwar bereits eingetreten ist. Der Abschluss der Verträge muss nach den vertraglichen Regelungen aber auch noch durch das Bundesministerium für Finanzen (BMF) genehmigt werden, bevor sie rechtswirksam werden. Die Erteilung der BMF-Genehmigung steht derzeit noch aus.

Wirtschaft

Wirtschaftsförderung wird auf einem hohen Niveau weiter fortgeführt. Es sind insbesondere Förderprogramme zur weiteren Überwindung der Folgen der Corona- und Energiekrise (wie bspw. das Neustartprogramm) vorgesehen.

Investitionen allgemein

Aktuelle Zielgröße der Haushaltsplanung ist ein Investitionsplafond in Höhe von 3.400 Mio. Euro, der in den Folgejahren verstetigt werden soll. Der Investitionsbedarf erforderte maßnahmenbezogene Investitionsausgaben in Höhe von 4.344 Mio. Euro in 2024 und 4.446 Mio. Euro in 2025. Auf Grund statistischer Erfahrungswerte stellen sich regelmäßig Verzögerungen beim geplanten Mittelabfluss ein, die jedoch im Vorfeld nicht maßnahmenscharf vorhersehbar sind. Vor diesem Hintergrund erfolgt eine Veranschlagung investiver pauschaler Minderausgaben (PMiA) in Höhe von 503 bzw. 576 Mio. Euro. Der Haushaltsplanentwurf 2024/2025 enthält unter Berücksichtigung investiver PMiA haushaltsfinanzierte Investitionen von 3.460 Mio. Euro in 2024 und 3.488 Mio. Euro in 2025. Hinzu kommen die aus Krediten finanzierbaren finanziellen Transaktionen von jeweils 381 Mio. Euro. Im Ergebnis steht somit ein Investitionsvolumen aus dem Haushalt von jeweils rund 3,8 Mrd. Euro pro Jahr zur Verfügung. Aus dem SIWA

werden weitere Investitionsausgaben in Höhe von rund 392 Mio. Euro (2024) bzw. 473 Mio. Euro (2025) erwartet.

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG)

Der Bund hat ein Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ (KInvFF) in Höhe von zunächst 3.500 Mio. Euro aufgelegt, aus dem in den Jahren 2015 bis 2022 Investitionen mit einem Fördersatz von bis zu 90 % gefördert wurden. Diesem Sondervermögen sind 2017 weitere 3.500 Mio. Euro zugeflossen. Berlin erhält daraus einen Anteil in Höhe von insgesamt rund 278,2 Mio. Euro. Einschließlich des Landesanteils von 10 % beläuft sich das zur Verfügung stehende Investitionsvolumen Berlins somit auf rund 309,2 Mio. Euro. Durch Art. 3 „Aufbauhilfegesetz 2021 – AufbhG 2021“ vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) ist die Laufzeit des Kommunalinvestitionsprogramms um zwei Jahre verlängert worden. Gemäß KInvFG Kap. 1 mit Bundesmitteln geförderte Investitionsmaßnahmen sind nun bis zum 31.12.2023 fertigzustellen und abzunehmen und können bis zum 31.12.2024 gegenüber dem Bund abgerechnet werden. Maßnahmen, die gemäß KInvFG Kap. 2 gefördert werden (Schulinvestitionsmaßnahmen), sind nun bis zum 31.12.2025 fertigzustellen und abzunehmen und können bis zum 31.12.2026 gegenüber dem Bund abgerechnet werden Aus dem Fördertopf gemäß KInvFG Kap. 1 (rund 153,2 Mio. Euro inkl. Landesanteil) konnten bis zum 31.12.2022 bereits rund 144,2 Mio. Euro investiert werden. Aus dem Fördertopf gemäß KInvFG Kap. 2 (rund 156,0 Mio. Euro inkl. Landesanteil) sind gegenwärtig bereits rund 141,4 Mio. Euro in 115 Maßnahmen gebunden; bis zum 31.12.2022 wurden rund 102,6 Mio. Euro verausgabt. Im Jahr 2024 sollen rund 16,8 Mio. Euro, im Jahr 2025 rund 3,4 Mio. Euro ausgegeben werden. Dementsprechend sollen 2024 rund 15,1 Mio. Euro und 2025 rund 3 Mio. Euro Bundeszuschuss als Einnahmen fließen. Diese Mittel sind integraler Bestandteil der Berliner Schulbauoffensive.

Innovationsförderfonds (IFF)

Der Koalitionsausschuss auf Bundesebene hat 2020 ein Konjunkturpaket mit insgesamt 57 Maßnahmenbereichen beschlossen, mit denen die Folgen der Pandemie für die Wirtschaft im Inland abgemildert werden sollen. Daraufhin hat der Senat mit dem 2. Nachtrag für das Haushaltsjahr 2020 und dem Nachtrag für das Haushaltsjahr 2021 mit der Einrichtung eines Innovationsförderfonds (IFF) eine Vorsorge in Höhe von 450 Mio. Euro geschaffen. Diese Mittel wurden unter anderem auf die Bereiche Wissenschaft/Forschung, Ganztagsbetreuung in Grundschulen, Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Raumlufttechnik in öffentlichen Gebäuden verteilt. Mit dem

Doppelhaushalt 2022/2023 wurden weitere Mittel in Höhe von insgesamt 300 Mio. Euro für den IFF veranschlagt, so dass dieser mit Stand 2023 ein Gesamtvolumen in Höhe von 750 Mio. Euro umfasst. Davon sind bisher in 2021 und 2022 insgesamt 46,6 Mio. Euro abgeflossen. Für das Jahr 2024 ist ein Abfluss für IFF-Projekte von 153 Mio. Euro und für 2025 in Höhe von 170 Mio. Euro geplant.

Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

Aus den Überschüssen der Jahre 2015 bis 2019 konnte dem SIWA nach § 4 SIWA Errichtungsgesetz für Investitionsmaßnahmen ein Betrag in Höhe von rund 3,8 Mrd. Euro zugeführt werden. Pandemiebedingt gab es im Jahr 2020 nur eine planmäßige Sonderzuführung in Höhe von 70 Mio. Euro zur Ausübung von Vorkaufsrechten. In 2021 wurden Mittel ebenfalls nur außerhalb des Regelverfahrens durch Sonderzuführungen und im Rahmen von Eigenanteilen bzw. Kostenbeteiligung Dritter in Höhe von rund 9,9 Mio. Euro in das SIWA eingestellt. In 2022 betrugen diese Sonderzuführungen außerhalb des Regelverfahrens rund 140,2 Mio. Euro und in 2023 bisher rund 170,7 Mio. Euro. Das SIWA-Volumen per 31.12.2022 betrug rund 4,04 Mrd. Euro (ohne SIWA VII-Zuführung aus dem Jahresüberschuss 2022).

Nach einem erwartungsgemäß anfänglich zögerlichen Abfluss sind die Ausgaben seit 2015 über fünf Jahre kontinuierlich gestiegen. Die Pandemie und der Kriegsbeginn in der Ukraine wirkten sich auf den Mittelabfluss seit 2021 aus. Insgesamt flossen bislang rund 2,36 Mrd. Euro ab, davon rund 283 Mio. Euro im Jahr 2022. Es wird jedoch damit gerechnet, dass sich der jährliche SIWA-Mittelabfluss wieder erhöht; für die Jahre 2024 und 2025 werden Abflüsse in Höhe von 392 Mio. Euro bzw. 473 Mio. Euro erwartet.

Gemäß § 15 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2022/2023 werden aus dem Haushalt nicht verbrauchte Mittel bis zu einer Höhe von 750 Mio. Euro der Haushaltsentlastungsrücklage zugeführt. Den Betrag von 750 Mio. Euro übersteigende Überschüsse werden zu Gunsten des SIWA verwendet. Aufgrund dieser haushaltsgesetzlichen Vorgaben konnte dem SIWA für das Jahr 2022 eine Regelzuführung in Höhe von 241.539.970,71 Euro zugewiesen werden.

Bezirke

Für die Zuweisung an die Bezirke werden mit dem Bezirksplafond im Haushalt insgesamt 8.362,9 Mio. Euro in 2024 sowie 8.438,6 Mio. Euro in 2025 bereitgestellt. Gegenüber dem Jahr 2022 entspricht dies (bereinigt um haushaltsneutrale und strukturelle Veränderungen) einer Steigerung um 690,5 Mio. Euro in 2024 bzw. 768,8 Mio. Euro in 2025.

Mit dem Bezirksplafond und der Zuweisung 2024/2025 werden die aus Art. 85 Abs. 2 VvB normierten Mittel zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen des Haushaltsgesetzes zur Verfügung gestellt. Zugleich werden Vorgaben aus den Richtlinien der Regierungspolitik umgesetzt, soweit diese bereits veranschlagungsreif sind.
Durch die Bereitstellung von zusätzlichen 100 Mio. Euro in den Bezirkshaushalten werden die Bezirke strukturell gestärkt und bezirkliche Handlungsspielräume geschaffen um den Anspruch an eine funktionierende Stadt gerecht zu werden. Diese Anhebung im Bezirksplafond 2024/2025 würdigt die besondere Bedeutung der Bezirke für die Leistungserbringung in unserer Stadt. Sie ermöglicht den Bezirken den jeweils bezirksindividuellen Herausforderungen adäquat zu begegnen und bezirkliche Prioritäten auch im Spiegel inflationsbedingter Kostensteigerungen fortzuführen.

Für die Ausweitung des Personalbestandes in den Bezirken insb. für Bürgerdienstleistungen, hatte der Senat zuletzt im Haushalt 2022/2023 eine zentrale Vorsorge für bis zu 200 VZÄ p.A. (also insgesamt bis zu 400 VZÄ in 2023) gebildet. Dieser Weg wird – in modifizierter Form – im Haushalt 2024/2025 fortgesetzt. Dabei ist vorgesehen, dass zur personellen Umsetzung der Schwerpunkte der Regierungspolitik bis zu 100 VZÄ p.A. (also insgesamt bis zu 200 VZÄ in 2025) zur Verfügung gestellt werden. Die Etatisierung erfolgt an zentraler Stelle im Kapitel 2729; über die Verteilung und innerbezirkliche Umsetzung dieser VZÄ soll innerhalb der AG Ressourcensteuerung beraten werden.

Darüber hinaus sind für die Umsetzung der Regierungspolitik in den Bezirken weitere finanzielle Vorsorgen im Einzelplan 27 getroffen worden. Allein im Kapitel 2729 stehen hierfür – einschließlich der o.g. Mehrmittel für 100 VZÄ – 18 Mio. Euro in 2024 sowie 20 Mio. Euro in 2025 zur Verfügung, u.a. für die Erprobung eines zusätzlichen digitalen Bürgeramtes, die Stärkung von psychosozialen Zentren sowie die Anpassung des baulichen Unterhaltes.
Für die Stärkung und den Ausbau der Bibliotheken im Rahmen der Umsetzung der unterzeichneten Zielvereinbarung sind 4 Mio. Euro im Kapitel 2729 vorgesehen. Weitere Mittel für die Umsetzung gesamtstädtischer Zielvereinbarungen sind je nach fachlicher Schwerpunktsetzung der zuständigen Senatsfachverwaltung im Kopfkapitel des jeweiligen Einzelplans unter dem Titel 97114 (Pauschale Mehrausgaben in Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG) etatisiert.

Insgesamt beläuft sich der Teilplafond Personal (Hauptgruppe 4) auf 1.528,8 Mio. Euro in 2024 bzw. 1.584,7 Mio. Euro in 2025. Er weist damit einen bereinigten Anstieg von 8,3% (2024) bzw. 12,3% (2025) gegenüber dem Jahr 2022 auf.

Die Kalkulation des Teilplafonds Transferausgaben (Hauptgruppe 6) sieht im Ergebnis Zuweisungen in 2024 von 7.740,9 Mio. Euro und in 2025 von 7.794,7 Mio. Euro vor. Damit steigt der gesamte Transferplafond (T-und Z-Teil) gegenüber dem Jahr 2022 bereinigt um 446,0 Mio. Euro bzw. um 6,1 % für 2024 und um 499,8 Mio. Euro bzw. 6,8 % für 2025. Folgende Sachverhalte sind für diese Plafondsteigerungen im Wesentlichen ursächlich:

- Durch das zum 01.01.2023 in Kraft getretene Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes (Wohngeld-Plus-Gesetz) ist von einer höheren Anzahl leistungsberechtigter Haushalte als auch von höheren Leistungsbeträgen auszugehen. Der Teilplafond Transfer 2024/2025 wurde um rund 133 Mio. Euro gegenüber 2022 angehoben.
- Ein weiterer Anstieg ist auch im Bereich Kita und Tagespflege (einschl. vorschulischer Sprachförderung) zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 2022 sieht der Teilplafond Transfer in 2024 rund 117 Mio. Euro und in 2025 rund 134 Mio. Euro höhere Ausgaben vor. Diese resultieren aus den Tarifanpassungen sowie den weiter steigenden Fallzahlen insbesondere auch für geflüchtete Kinder aus der Ukraine.
- Im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach SGB IX ist eine Erhöhung in 2024/2025 von rund 99 Mio. Euro gegenüber 2022 vorgesehen. Mit dieser werden die mit den Trägern vereinbarten Entgeltsteigerungen finanziert, die sich sowohl aus rahmenvertraglich vereinbarten als auch aus individuell mit einzelnen Trägern ausgehandelten Steigerungen zusammensetzen.
- Auch für die Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist im Plafond wieder eine erhebliche Steigerung vorgesehen. Die zu Beginn des Jahres 2023 bundesgesetzlich vereinbarte außerordentliche Regelsatzsteigerung sowie die regulären Regelsatz - und Mietkostensteigerungen führen zu einem Anstieg von rund 117 Mio. Euro in 2024 bzw. von 143 Mio. Euro in 2025.

Für ggf. weitere Steigerungen im Transferbereich ist an zentraler Stelle im Einzelplan 2729 eine Vorsorge getroffen worden.

Der Teilplafond Sonstige Sachausgaben (Hauptgruppen 5 und 9, ohne kalk. Kosten) beläuft sich auf 846,7 Mio. Euro in 2024 bzw. 852,3 Mio. Euro in 2025. Bereinigt um haushaltsneutrale und strukturelle Veränderungen weist er einen Anstieg von 7,0% (2024) bzw. 8,0% (2025) gegenüber dem Jahr 2022 auf.

Für diesen Anstieg haben insbesondere die Mittelaufstockungen im Bereich der Bauunterhaltung beigetragen. Hinzu treten die Mittel, die für den Ausgleich allgemeiner Preissteigerungen für Tiefbauunterhaltung, Grünflächenunterhaltung, Beschaffungen, Grundstücksbewirtschaftung sowie pauschalierten Verwaltungsausgaben (ohne zusätzliche Energiekostensteigerungen) bereitgestellt wurden.

Durch den entfallenen Teilplafond Pauschale Minderausgabe, der insb. durch die Beteiligung der Bezirke an den Steuermehreinnahmen mit der Fortschreibung 2023 aufgelöst wurde, erhöht sich zudem der Ausgabeplafond im Vergleich zu 2022 um weitere rund +78 Mio. Euro.

Unterrichtung des Abgeordnetenhauses über für notwendig gehaltene Änderungen im Kapitel die/der Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Der Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) hat für das Jahr 2024 im Kapitel 2101 zwei neue Stellen (1x E14, 1x E10), eine Umwandlung einer Beschäftigungsposition (BePos) in eine Stelle (1x E13) sowie den Zugang einer BePos der Wertigkeit E13 (befristet auf ein Jahr) angemeldet. Weiterhin wurden 4 Hebungen vorgesehen, davon die Stelle des BAB (durch Änderung des Stellenvermerks: von der Wertigkeit A16 nach B3) sowie 3 weitere Hebungen (1x E13 nach E14, 2x E10 nach E11).
Der BAB ist nach AT eingruppiert. Gemäß dem Stellenvermerk erhält der/die Stelleninhaber/in „Entgelt in Höhe der Dienstbezüge der BesGr. A16 (Endstufe)“. Der BAB hat folgende Änderung des Stellenvermerks vorgesehen: „Bezüge in Höhe des Grundgehalts der BesGr. B 3“. Die Änderung des Stellenvermerks ist gleichbedeutend mit einer Hebung der Stelle.
Darüber hinaus wurde beim Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland - ein Aufwuchs von ca. 10 Mio. Euro angemeldet. Diese zusätzlichen Mittel i.H. v. 10 Mio. Euro sind für die Feierlichkeiten zum Jubiläum 35 Jahre Mauerfall vorgesehen. Die Veranschlagung der Mittel im Kapitel 2101 erfolgte durch den BAB, um die Mittel im Haushalt zu sichern und somit die Durchführung der Feierlichkeiten zu gewährleisten.
Gemäß § 29 Absatz 3 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung unterrichtet der Senat das Abgeordnetenhaus, wenn er Änderungen in den Einzelplänen des Abgeordnetenhauses, des Berliner Rechnungshofes, des oder der Bürger- und Polizeibeauftragten oder der/des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit für erforderlich hält. Da der BAB dem Geschäftsbereich der Berliner Datenschutzbeauftragten (BlnDSB) angehört und im Einzelplan der Datenschutzbeauftragten geführt wird, ist § 29 Absatz 3 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung auch auf ihn anzuwenden.
Aus Sicht des Senats ist die vorgesehene Hebung der Stelle des BAB von A16 auf B3 nicht gerechtfertigt sowie die Veranschlagung der Mittel für die Feierlichkeiten zum Jubiläum „35 Jahre Mauerfall“ im Kapitel 2101 nicht sachgerecht.

Es sind keine Gründe für die Hebung der Stelle des BAB erkennbar. Aufgabenänderungen oder -zuwächse sind nicht bekannt. Zudem ist die in Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern niedrigere Besoldungsstruktur in den Leitungs- und Führungsebenen zu beachten. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Vergütung nach A 16 angemessen.
Auch aus dem AufarbBG Bln ergibt sich kein Anspruch auf eine konkrete Vergütungshöhe. Bereits im ursprünglichen Stasibeauftragtengesetz (StasiBeauftrG), welches durch das AufarbBG Bln aufgehoben wurde (inkl. Entfristung der Aufgabe), wurde keine Notwendigkeit gesehen, hinsichtlich der Vergütung eine anderweitige Regelung zu treffen, die eine bestimmte Höhe vorsehen würde. Insofern gelten die allgemeinen Regelungen zum Besoldungsgefüge.
Die Veranschlagung der Mittel für die Feierlichkeiten zum Jubiläum „35 Jahre Mauerfall“ von 10 Mio. Euro im Kapitel 2101 wird als nicht zweckmäßig erachtet. Dem BAB fehlen die personellen Ressourcen, um diese Summe ordnungsgemäß bewirtschaften zu können.
Der Senat wurde im Herbst 2022 vom Abgeordnetenhaus aufgefordert, „das 35. Jubiläum der Friedlichen Revolution im Jahr 2024 vorzubereiten.“. Es fand eine Vorabstimmung unter Federführung der Kulturprojekte Berlin GmbH statt. Diese liegt im Zuständigkeitsbereich der Senatsverwaltung für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Außerdem waren bereits die Mittel für die Feierlichkeiten „30 Jahre Mauerfall“ (ebenfalls 10 Mio. Euro) im Nachtragshaushalt 2018/2019 im Epl. 08 veranschlagt.
Insofern wird es aus Sicht des Senats als sachgerecht angesehen, die Mittel für die Feierlichkeiten zum 35. Jubiläum im Epl. 08 zu etatisieren.
Das Abgeordnetenhaus möge diese Gründe, die aus Sicht des Senats gegen die Stellenhebung sowie gegen die Etatisierung der Mittel für die Feierlichkeiten zum 35. Jubiläum im Kapitel 2101 sprechen, bei seiner Entscheidung über den Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 berücksichtigen.

b) Einzelbegründungen
Auf Anpassungen aus Gründen der Rechtsförmlichkeit wird hier nicht weiter eingegangen.

Zu § 1:
Die Regelung enthält die Beträge für die gesetzliche Feststellung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Haushaltspläne. Die Volumina der

Einnahmen der Bezirke und der daraus zu leistenden Ausgaben sowie der Verpflichtungsermächtigungen sind bis zur Beschlussfassung durch das Abgeordnetenhaus vorläufig.

Zu § 2:
Absatz 1 legt die Höhe der maximalen Nettokreditaufnahmen fest. Nach dem Gesetz zur Landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse ist für das Land Berlin ein strukturell ausgeglichener Haushalt aufzustellen. Kredite dürfen deshalb lediglich aufgenommen werden zum Ausgleich einer negativen ex ante Konjunkturkomponente (die Herleitung dieser Kennziffer ist in Anlage 7 zum Haushaltsplan dargestellt) sowie für finanzielle Transaktionen (zur Verfügung Stellung kreditfinanzierter Mittel an ein Landesunternehmen, wenn und solange damit ein Wertzuwachs verbunden ist; Anlage 8 zum Haushaltsplan). In den Jahren 2024 und 2025 werden keine Kredite zum Ausgleich einer negativen ex ante Konjunkturkomponente aufgenommen; konjunkturell bedingte Deckungslücken werden durch vorrangig einzusetzenden Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage ausgeglichen. Die bisherige Verpflichtung zum Ausschluss von Kursrisiken durch Abschluss von Wechselkurzsicherungsgeschäften (bisheriger Satz 5) wird neuer eigenständiger Absatz 3.

Absatz 2 entspricht der Regelung des § 2 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2022/2023 (HG 22/23).

Absatz 3 entspricht der Regelung des § 2 Abs. 1 Satz 6 HG 22/23 und ist wegen des Bezugs zur Kreditaufnahme in Absatz 1 und 2 separat gestellt worden.

Absatz 4 entspricht der Regelung des § 2 Abs. 3 HG 22/23 und regelt wie bisher die Darlehensaufnahme beim Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt. Neu hinzugetreten ist die Ermächtigung zur Nutzung des Liquiditätsbestandes zur Vermeidung einer Kreditaufnahme beim Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB). Sobald Mittel eines der genannten Sondervermögen für die jeweils eigentlich vorgesehenen Zwecke benötigt werden, sind die beim Sondervermögen für den Haushalt aufgenommenen Darlehensmittel an dieses zu tilgen und durch Aufnahme von Krediten am Kreditmarkt zu ersetzen. Analog der Refinanzierung von fällig werdenden Krediten nach § 2 Abs. 2 wachsen diese Tilgungsbeträge dem Kreditrahmen zu.

Absatz 5 entspricht der Regelung des § 2 Abs. 4 HG 22/23 und ermöglicht die Inanspruchnahme großvolumiger Rücklagen für eine Aufnahme innerer Darlehen.

Sobald Rücklagemittel für ihre Zwecke benötigt werden, sind die für den Haushalt aufgenommenen inneren Darlehensmittel zu tilgen und durch Aufnahme von Krediten am Kreditmarkt zu ersetzen. Analog der Refinanzierung von fällig werdenden Krediten nach § 2 Abs. 2 wachsen diese Tilgungsbeträge dem Kreditrahmen zu.

Absatz 6 entspricht im Wesentlichen der Regelung des § 2 Abs. 5 HG 22/23, lediglich die Nummern der in Bezug genommenen Absätze sind fortgeschrieben worden.

Absatz 7 entspricht im Wesentlichen der Regelung des§ 2 Abs. 6 HG 22/23 und regelt unverändert die Höhe der Kassenverstärkungskredite zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen. Diese Höhe ist auch weiterhin erforderlich, um einerseits der auch in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 stark ausgeprägten Bündelung von Haushaltskreditaufnahmen in Form von großvolumigen Landesschatzanweisungen einen temporären Liquiditätsausgleich im Vorfeld derartiger Emissionen zu schaffen, und andererseits eine ausreichende Flexibilität hinsichtlich des Finanzierungszeitpunktes von fälligen Tilgungen zu haben. Außerdem ist die Liquiditätssicherung durch Kassenkredite in dieser Größenordnung auch im Interesse der Vereinbarung günstiger Zinssätze notwendig, um auf Entwicklungen am Kapitalmarkt flexibel reagieren zu können.
Die Ermächtigung von 13 Prozent ermöglicht die zeitweilige Aufnahme von Kassenkrediten von bis zu 5.079 Mio. Euro in 2024 und 5.241 Mio. Euro in 2025.
Darüber hinaus wird die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, Kassenverstärkungskredite für die Stellung von Barsicherheiten nach Abs. 8 Satz 3 aufzunehmen. Die Ermächtigung wird benötigt, da die den zu stellenden Barsicherheiten zugrundeliegenden Barwerte zinsabhängigen Schwankungen unterliegen und die Flexibilität beim Liquiditätsausgleich gewahrt bleiben muss. Wegen des Einschubs von Absatz 3 wird der Bezug auf Absatz 9 geändert.

Absatz 8 entspricht mit angepassten Jahreszahlen der Regelung des § 2 Abs. 7 HG 22/23. Die Vorgriffermächtigung nimmt Bezug auf die Bruttokreditermächtigung, die sich aus der Nettokreditermächtigung nach Abs. 1 und den dieser nach den Abs. 2 bis 4 zuwachsenden Beträgen ergibt.

Absatz 9 entspricht der Regelung des § 2 Absatz 8 HG 22/23.
Das Gesamtabschlussvolumen derivativer Finanzinstrumente beträgt bei einer Ermächtigungssumme für solche ergänzenden Vereinbarungen in Höhe von 40 Prozent bezogen auf den Schuldenstand am 31. Dezember 2022 (Wertpapierschulden, Kredite beim öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich sowie innere Darlehen in Höhe von

insgesamt rund 65.903,5 Mio. Euro) rund 26.361,4 Mio. Euro. Entsprechend dem Wirtschaftlichkeitsgebot soll die Senatsverwaltung für Finanzen im bisherigen Umfang ermächtigt bleiben, Zinsausgaben durch den Einsatz von Derivaten zu optimieren und Zinsänderungsrisiken zu begrenzen. Ferner wird die für die Finanzen zuständige Senatsverwaltung weiterhin ermächtigt, Sicherheiten in Form verzinster Barmittel für barwertige Verbindlichkeiten aus dem Derivatgeschäft zu stellen und für barwertige Forderungen aus dem Derivatgeschäft entgegenzunehmen. Aus bankenregulatorischen Gründen ist das unbesicherte Derivatgeschäft nur mit deutlichen wirtschaftlichen Nachteilen gegenüber dem besicherten Derivatgeschäft umsetzbar. Die zweiseitige Besicherung ist auch zukünftig erforderlich, um im Derivatgeschäft uneingeschränkt handlungsfähig zu bleiben.

Zu § 3:
Der im Haushaltsgesetz festgesetzte Gewährleistungsrahmen für Bürgschaften und Garantien setzt sich nicht nur aus den in den Jahren 2024 und 2025 neu zu vergebenen Bürgschaften und Garantien zusammen, sondern auch aus den noch bestehenden Verpflichtungen aus Bürgschafts-, Garantie- und ähnlichen Verträgen vergangener Jahre. Es werden jeweils die Höchstsummen als Rahmenbetragsermächtigung genannt. Die Regelungen entsprechen bis auf nachstehend genannte Absätze den Regelungen des § 3 HG 22/23.

Mit dem Absatz 5 wurde im Haushaltsgesetz 2020/2021 eine Ermächtigung für die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung zur Übernahme von Bürgschaften für Sozialunternehmen, Angehörige aus dem Nicht-EU-Ausland und Geflüchtete erstmalig aufgenommen. Der Ermächtigungsrahmen nach § 3 Abs. 1 kann nicht angewendet werden, da es sich bei der angesprochenen Zielgruppe um nicht gewerbliche Unternehmen handelt. Danach obliegt der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung die Aufgabe, Förderprogramme des Landes Berlin der solidarischen Wirtschaft besser nutzbar zu machen.

Absatz 6
Der stetige Wertzuwachs bei Kunstgegenständen führt – wie auch die aktuelle Inflationsentwicklung - dazu, dass der Wert von Kunstgegenständen steigt. Um einen Inflationsausgleich zu schaffen, sind die Kunstgegenstände daher entsprechend höher abzusichern.

Absatz 8

Gemäß § 9a Abs. 3 Satz 1 des Atomgesetzes (AtG) ist das Land Berlin verpflichtet, eine Landessammelstelle die Zwischenlagerung der in seinem Gebiet angefallenen radioaktiven Abfälle einzurichten. Die Landessammelstelle des Landes Berlin wird als Zentralstelle für radioaktive Abfälle (ZRA) von der Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH in Berlin-Wannsee betrieben. Der Umgang mit Kernbrennstoffen oder sonstigen radioaktiven Stoffen erfordert nach dem Atomgesetz und der gemäß § 11 Abs. 1 AtG erlassenen Strahlenschutzverordnung entsprechend den Genehmigungstatbeständen die Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzpflichten (Deckungsvorsorge). Die Höhe der Deckungsvorsorge (Deckungssumme) wird von der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde entsprechend den jeweils geltenden gesetzlichen Vorgaben festgesetzt. Die Deckungssumme für die ZRA wird durch das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin als zuständiger Genehmigungsbehörde ab dem Haushaltsjahr 2024 von bisher 7 Mio. Euro auf 70 Mio. Euro erhöht. Rechtsgrundlage hierfür ist § 8 Abs. 3 der im Jahr 2022 geänderten Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung (AtDeckV) des Bundes. Danach richtet sich die Höhe der Regeldeckungssumme für Kernanlagen im Sinne des § 2 Abs. 4 AtG nach § 11 Abs. 1 AtDeckV und beträgt zukünftig 70 Mio. Euro. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Erhöhung der Deckungssumme um 63 Mio. Euro.

In Folge der vorgenannten geänderten gesetzlichen Vorgaben der AtDeckV wurde zudem die Regeldeckungssumme für den BER II von der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde von 7 Mio. Euro auf 70 Mio. Euro erhöht. Auf Grund der überwiegenden Finanzierung (90 %) durch das BMBF entfällt jedoch lediglich ein Anteil von 10 % auf das Land Berlin. Zur vollständigen Erbringung des Mitfinanzierungsanteils des Landes Berlin ist eine Erhöhung der Deckungssumme für den Forschungsreaktor BER II um 2,6 Mio. Euro erforderlich.

Auf Grund der geänderten rechtlichen Bestimmungen und für die finanzielle Absicherung von Exponaten, die vom Museum für Naturkunde als Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Berlin von Dritten geliehen werden, muss die Gewährleistungssumme gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen (Deckungsvorsorge) der für Forschung zuständigen Senatsverwaltung, auf insgesamt 93.000.000 Euro erhöht werden.

Absatz 10 entspricht der mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2022/2023 (NHG 22/23) geänderten Regelung des § 3 Abs. 10 HG 22/23.

Zu § 4:
Die Regelung in Absatz 1 entspricht für das Jahr 2024 der Regelung des § 4 Abs. 1 HG 22/23. Die Hebesätze bleiben unverändert. Im Zuge der Grundsteuer-Reform können die Hebesätze ab dem Jahr 2025 erst zu einem späteren Zeitpunkt neu festgelegt werden. Dies soll für das Jahr 2025 mit einem eigenständigen Gesetz erfolgen.
Absatz 2 entspricht der Regelung des § 4 Abs. 2 HG 22/23.

Zu § 5:
Durch die erforderliche Vielzahl der Konsultationsverfahren auf Grund der Corona-Pandemie, wurde mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2020 (NHG 20) und dem Nachtragshaushaltsgesetz 2020/2021 (NHG 20/21) ein vorheriger Zustimmungsvorbehalt des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren aufgenommen. Nach dem Ende der Pandemielage wird nun zur Unterrichtungspflicht zurückgekehrt.

Mit der Vorschrift werden die nach § 37 Abs. 1 Satz 4 LHO und nach § 38 Abs. 1 Satz 2 LHO festzulegenden Beträge der Höhe nach bestimmt. Abs. 1 Satz 2 bzw. Abs. 2 Satz 3 regeln jeweils die besonderen Prüfungs- und Verfahrenspflichten der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung gegenüber dem Abgeordnetenhaus bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben bzw. Verpflichtungsermächtigungen. Im konkreten Falle heißt das:

Bestehen begründete Zweifel, dass der Haushaltsgesetzgeber in der Lage sein wird, rechtzeitig einen Nachtrag zu bewilligen, soll im Rahmen des Konsultationsverfahrens der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses für den Fall, dass auch aus seiner Sicht eine Zurückstellung der neuen oder höheren Ausgaben bzw. Verpflichtungsermächtigungen bis zur Verabschiedung des nächsten Haushalts- oder Nachtragshaushaltsgesetzes aus vorgenannten zeitlichen Gründen nicht möglich ist, von der beabsichtigten Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung in die Haushaltsüberschreitungen gemäß §§ 37 und 38 LHO Kenntnis nehmen.

Bestehen jedoch für die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung im Ergebnis der Unabweisbarkeitsprüfung nach Sachlage des Einzelfalls - jeweils vor dem verfassungsrechtlichen Hintergrund der Organtreue in Verbindung mit der parlamentarischen Haushaltshoheit - nachprüfbar keine begründeten Zweifel, dass die

rechtzeitige Bewilligung eines Nachtrags objektiv ausgeschlossen ist, weil auf Grund einer besonderen Eilbedürftigkeit und zeitlichen Unaufschiebbarkeit anderenfalls schwerwiegende Folgen drohen, wird sie nach vorheriger Unterrichtung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses von ihrem Notbewilligungsrecht aus den §§ 37 und 38 LHO Gebrauch machen.

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz der Unterrichtungspflicht kann nur gerechtfertigt werden, wenn selbst die vorherige Unterrichtung zeitlich nicht möglich ist.

§ 37 Abs. 4 Satz 1 LHO ermöglicht die Festlegung einer Bagatellgrenze, ab der über- und außerplanmäßige Ausgaben dem Abgeordnetenhaus zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Unter diesem Schwellenwert wird auf eine Genehmigung verzichtet, weil deren Gesamtbetrag im Verhältnis zum Gesamthaushalt unbedeutend ist und die Notwendigkeit einer Einzelbegründung nicht besteht. Über § 38 Abs. 1 Satz 2 LHO gilt diese Regelung auch für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen.

Diese Beträge sind im jeweiligen Haushaltsgesetz festzulegen und werden für 2024 und 2025 gegenüber dem HG 22/23 unverändert gelassen

Absatz 4 wird neu gefasst. Im Laufe des Doppelhaushalts 2024/2025 sind die Revision bestehender bzw. der Abschluss neuer Verträge mit der BVG und der S-Bahn erforderlich. Dafür sieht der Haushaltsplan bei den Titeln 0730/54045 und 0730/54081 Verpflichtungsermächtigungen von 10 bzw. 20 Mio. Euro vor. Diese Beträge sind auf Basis der bisherigen Verträge geschätzt, um nicht bereits durch eine zu hohe Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen ein Verhandlungsergebnis zu präjudizieren. Für den Fall, dass die endgültigen Vertragsvolumina die veranschlagten Beträge der Verpflichtungsermächtigungen überschreiten, ermächtigt der Absatz 2 die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung mit vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses überplanmäßige Ausgaben über den in Absatz 1 festgelegten Betrag von 15 Mio. Euro hinaus zuzulassen, ohne dass es dafür eines Nachtragshaushalts bedarf.

Zu den §§ 6 und 7:
Die Regelungen entsprechen den Regelungen der §§ 6 und 7 HG 22/23.

Zu § 8:
Die Absätze 1 bis 4 entsprechen den Regelungen des § 8 HG 22/23.
Absatz 5 wurde um eine Regelung ergänzt, dass die Senatsverwaltung für Finanzen mit Zustimmung des Hauptausschusses zur Beschleunigung von Schulbaumaßnahmen

neben der HOWOGE ausnahmsweise auch private Investoren in die Berliner Schulbauoffensive einbinden kann.

Zu den §§ 9 bis 13:
Die Regelungen entsprechen den Regelungen der §§ 9 bis 12 HG 22/23.

Zu § 14:
Die Bezeichnung des Paragrafen ist auf Grund seiner Ausweitung gegenüber der Regelung des § 13 HG 22/23 neu gefasst worden. Die Absätze 1 und 2 entsprechen den Regelungen des § 13 Abs. 1 und 2 HG 22/23. Der neue Absatz 3 gestattet die Einrichtung eines weiteren Kapitels in den Einzelplänen, in denen die Ausgaben für die Maßnahmen geleistet werden, die durch Zuführungen aus dem Sondervermögen Klima, Resilienz und Transformation finanziert werden. Damit soll die Transparenz über die Verwendung der Mittel aus dem Sondervermögen gewährleistet werden.

Zu § 15:
Die Regelung entspricht im Wesentlichen der Regelung des § 16 HG 22/23. Lediglich eine redaktionelle Anpassung in Absatz 2 ist vorgenommen.

Zu den §§ 16 und 17:
Die Regelungen entsprechen den Regelungen der §§ 17 und 18 HG 22/23.

Zu § 18:
Die Regelung entspricht in Kern der Regelung des § 19 HG 22/23. Grundsätzlich ist es erforderlich, bestimmte Vorschriften des Haushaltsgesetzes für den Fall weiter gelten zu lassen, dass das Haushaltsgesetz 2026 nicht rechtzeitig in Kraft treten kann. In solch einem Falle wären ansonsten die Gewährleistungsermächtigungen (§ 3), die Hebesatzermächtigungen für die Realsteuern (§ 4), die Überlassungsregelungen von Vermögensgegenständen (§ 9) und die personalwirtschaftlichen Vorschriften (§§ 15 bis 17) ohne Rechtsgrundlage.
Die Weitergeltung des § 2 Abs. 2 bis 6 und 9 ist erforderlich, um innerhalb einer vorläufigen Haushaltswirtschaft Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken steuern und bei entsprechenden Marktbedingungen günstigere Konditionen erzielen zu können.
Durch die Weitergeltung des § 6 soll es der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung ermöglicht werden, auch in Zeiten ohne beschlossenes Haushaltsgesetz haushaltswirtschaftliche Maßnahmen zur Wahrung der haushaltsrechtlichen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ergreifen zu können.

Zu § 19:
Das Gesetz soll mit Beginn des Haushaltsjahres 2024 in Kraft treten.

B. Rechtsgrundlage:
Artikel 59 Absatz 2 und Artikel 85 Verfassung von Berlin

C. Gesamtkosten:
Die Gesamtkosten sind dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024/2025 zu entnehmen.

D. Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter:
Einzelne Ausgaben können Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter haben. Die haushaltsplanerische Berücksichtigung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern (Geschlechtergerechter Haushalt, früher Gender Budgeting) sowie der Förderung von Frauen gegen Benachteiligungen und Diskriminierungen im Sinne des Artikel 10 Abs. 3 VvB können im Haushaltsplanentwurf den Erläuterungen zu den Einzelplänen und Kapiteln sowie zu einzelnen Titeln entnommen werden. Ziel des Geschlechtergerechten Haushalts ist es, die Mittel so zu verwenden, dass Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen davon profitieren. Die Leitstelle Geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (LGH) bei der Senatsverwaltung für Finanzen koordiniert diesen Prozess.

E. Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und/oder Wirtschaftsunternehmen:
Durch den Haushaltsplan entstehen weder Kosten für Privathaushalte noch für Wirtschaftsunternehmen, da nach § 3 Abs. 2 LHO durch den Haushaltsplan weder Ansprüche noch Verbindlichkeiten begründet oder aufgehoben werden. Soweit Änderungen bei Einnahme- und Ausgabeansätzen mit Veränderungen bei öffentlichen Abgaben oder Leistungen zusammenhängen, wird das bei den jeweiligen Ansätzen im Haushaltsplan erläutert.

F. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg:
Auswirkungen sind gegebenenfalls bei Einzelpositionen des vorliegenden Entwurfs des Haushaltsplans dargestellt.

G. Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Umwelt:
Auswirkungen sind gegebenenfalls bei Einzelpositionen des vorliegenden Entwurfs des Haushaltsplans dargestellt.

H. Auswirkungen auf das elektronische Verwaltungshandeln:
Der Haushaltsplan 2024/2025 enthält Ausgaben für die weitere Digitalisierung von Verwaltungsprozessen sowie die Beschaffung von verfahrensunabhängiger wie verfahrensabhängiger Informations- und Kommunikationstechnik.

I. Flächenmäßige Auswirkungen
Auswirkungen sind gegebenenfalls bei Einzelpositionen des vorliegenden Entwurfs des Haushaltsplans dargestellt

J. Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:
Erst das Haushaltsgesetz mit dem Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Dabei können Ausgaben auch Finanzierungslasten in Folgejahren nach sich ziehen. Die im Haushaltsplanentwurf ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen ermächtigen die Exekutive zum Eingehen von Verpflichtungen zu Lasten der Folgejahre, die dort dann entsprechende Ausgaben nach sich ziehen.
Das Volumen des Haushaltsplans kann § 1 des Haushaltsgesetzesentwurfs entnommen werden. Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche oder Verpflichtungen weder begründet noch erhoben. Der Haushalt ist grundsätzlich ohne die Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben auszugleichen, Ausnahmen sind nur im Rahmen der gesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse zulässig.

b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:
Die personalwirtschaftlichen Auswirkungen können der Stellenübersicht sowie den Stellenplänen im Entwurf des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 entnommen werden.

Berlin, den 4. August 2023

Der Senat von Berlin

Kai Wegner
Regierender Bürgermeister

Stefan Evers
Senator für Finanzen

I. Gegenüberstellung der Gesetzestexte

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
Abschnitt I Allgemeine Ermächtigungen	Abschnitt I Allgemeine Ermächtigungen
§ 1 Feststellung des Haushaltsplans Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 wird für 2022 in Einnahmen und Ausgaben auf 39.793.392.300 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 33.024.065.400 Euro und für 2023 in Einnahmen und Ausgaben auf 39.165.572.900 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 30.946.051.300 Euro festgestellt, und zwar 1. für das Haushaltsjahr 2022 a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 29.212.872.900 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 32.523.462.700 Euro, b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 10.580.519.400 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 500.602.700 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans; 2. für das Haushaltsjahr 2023 a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 28.525.778.500 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 30.373.732.800 Euro, b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 10.639.794.400 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 572.318.500 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans.	§ 1 Feststellung des Haushaltsplans Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre **2024** und **2025** wird für **2024** in Einnahmen und Ausgaben auf **39.065.519.700** Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von **53.406.794.900** Euro und für **2025** in Einnahmen und Ausgaben auf **40.316.688.000** Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von **45.249.632.100** Euro festgestellt, und zwar 1. für das Haushaltsjahr **2024** a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von **27.839.844.700** Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von **52.613.793.900** Euro, b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von **11.225.675.000** Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von **793.001.000** Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans; 2. für das Haushaltsjahr **2025** a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von **28.928.535.000** Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von **44.604.760.100** Euro, b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von **11.388.153.000** Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von **644.872.000** Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
§ 2 Kreditermächtigungen	§ 2 Kreditermächtigungen
(1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für die in der Anlage 8 zum Haushaltsplan aufgeführten finanziellen Transaktionen im Haushaltsjahr 2022 bis zur Höhe von 1.000.000.000 Euro und im Haushaltsjahr 2023 bis zur Höhe von 750.000.000 Euro Kredite aufzunehmen. Mehrausgaben für finanzielle Transaktionen dürfen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch Kredite finanziert werden, sofern die Gesamthöhe der Kreditermächtigung dadurch nicht überschritten wird. Diese Mehrausgaben sind keine Mehrausgaben im Sinne des § 37 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung. Darüber hinaus wird die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, für weitere Ausgaben Kredite im Jahr 2022 in Höhe von 145.300.000 Euro und im Jahr 2023 in Höhe von 408.948.000 Euro aufzunehmen. Erfolgt die Kreditaufnahme in fremder Währung, so ist das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhe durch Wechselkurssicherungsgeschäfte auszuschließen.	(1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben **für finanzielle Transaktionen (Anlage 8 zum Haushaltsplan)** im Haushaltsjahr 2024 bis zur Höhe von 381.000.000 Euro und im Haushaltsjahr 2025 bis zur Höhe von 381.000.000 Euro Kredite aufzunehmen. Mehrausgaben für finanzielle Transaktionen dürfen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch Kredite finanziert werden, sofern die Gesamthöhe der Kreditermächtigung dadurch nicht überschritten wird. Diese Mehrausgaben sind keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung **in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Januar 2009 (GVBl. S. 31, 486), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 30) geändert worden ist.**
(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Kredite aufzunehmen zur Tilgung von in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 jeweils fällig werdenden Krediten, zur vorzeitigen Tilgung von Schulden, zur Tilgung kurzfristiger Kredite sowie zum Kauf von Inhaberschuldverschreibungen des Landes, der aus Gründen der Marktpflege erforderlich ist.	(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Kredite aufzunehmen zur Tilgung von in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 jeweils fällig werdenden Krediten, zur vorzeitigen Tilgung von Schulden, zur Tilgung kurzfristiger Kredite **und** zum Kauf von Inhaberschuldverschreibungen des Landes, der aus Gründen der Marktpflege erforderlich ist. **(3) Erfolgt die Kreditaufnahme im Sinne der Absätze 1 und 2 in fremder Währung, ist das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhe durch Wechselkurssicherungsgeschäfte auszuschließen.**

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
(3) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung Darlehen beim Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.	(**4**) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung Darlehen beim Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt **und beim Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin** anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.
(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt innere Darlehen bei Rücklagen, die ihrer Verwaltung unterstehen, aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen inneren Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.	(**5**) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt innere Darlehen bei Rücklagen, die ihrer Verwaltung unterstehen, aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen inneren Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.
(5) Die Ermächtigungen der Absätze 3 und 4 gelten bei Anwendung des Artikels 89 Absatz 2 der Verfassung von Berlin entsprechend.	(**6**) Die Ermächtigungen der Absätze **4** und **5** gelten bei Anwendung des Artikels 89 Absatz 2 der Verfassung von Berlin entsprechend.
(6) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, in den jeweiligen Haushaltsjahren Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 13 vom Hundert der in § 1 festgestellten Beträge sowie darüber hinaus für die Stellung von Sicherheiten nach Absatz 8 Satz 3 aufzunehmen.	(**7**) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, in den jeweiligen Haushaltsjahren Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 13 **Prozent** der in § 1 festgestellten Beträge **und** darüber hinaus für die Stellung von Sicherheiten nach Absatz **9** Satz 3 aufzunehmen.
(7) Ab dem 1. Oktober der Haushaltsjahre 2022 und 2023 dürfen im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 2 vom Hundert der in § 1 festgestellten Ausgaben aufgenommen werden. Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.	(**8**) Ab dem 1. Oktober der Haushaltsjahre **2024** und **2025** dürfen im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 2 **Prozent** der in § 1 festgestellten Ausgaben aufgenommen werden. Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
(8) Im Rahmen der Kreditfinanzierung dürfen ergänzende Vereinbarungen, die der Steuerung von Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen, getroffen werden. In der Summe dürfen diese ergänzenden Vereinbarungen 40 vom Hundert des Gesamtschuldenstandes am Ende des jeweils vorangegangenen Haushaltsjahres nicht überschreiten. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Sicherheiten in Form verzinster Barmittel zu stellen sowie entgegenzunehmen.	(**9**) Im Rahmen der Kreditfinanzierung dürfen ergänzende Vereinbarungen, die der Steuerung von Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen, getroffen werden. In der Summe dürfen diese ergänzenden Vereinbarungen 40 **Prozent** des Gesamtschuldenstandes am Ende des jeweils vorangegangenen Haushaltsjahres nicht überschreiten. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Sicherheiten in Form verzinster Barmittel zu stellen **und** entgegenzunehmen.
§ 3 Gewährleistungsermächtigungen (1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und der freien Berufe in Berlin 1. Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalsammelstellen, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Bürgschaftsbanken, dem Bund und den Ländern bis zu 1.200.000.000 Euro, 2. Ausfallgarantien für Arbeitnehmerbeteiligungsvorhaben bis zu 2.000.000 Euro zu übernehmen. Nach Satz 1 Nummer 1 geförderte Unternehmen und Angehörige freier Berufe müssen in Berlin eine Betriebsstätte im Sinne von § 12 der Abgabenordnung unterhalten. Nach Satz 1 Nummer 2 geförderte Arbeitnehmerbeteiligungen müssen an Unternehmen mit Sitz und Betriebsstätte in Berlin erfolgen.	§ 3 Gewährleistungsermächtigungen (1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und der freien Berufe **im Land** Berlin 1. Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalsammelstellen, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Bürgschaftsbanken, dem Bund und den Ländern bis zu 1.200.000.000 Euro, 2. Ausfallgarantien für Arbeitnehmerbeteiligungsvorhaben bis zu 2.000.000 Euro zu übernehmen. Nach Satz 1 Nummer 1 geförderte Unternehmen und Angehörige freier Berufe müssen in Berlin eine Betriebsstätte im Sinne **des** § 12 der Abgabenordnung **in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist,** unterhalten. Nach Satz 1 Nummer 2 geförderte Arbeitnehmerbeteiligungen müssen an

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025
	Unternehmen mit Sitz und Betriebsstätte **im Land** Berlin erfolgen.
(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften und -garantien 1. zur Förderung des Wohnungsbaus, der Modernisierung, der Instandsetzung und des Rückbaus von Wohngebäuden in Berlin, 2. zur Förderung des Baus, der Modernisierung und Instandsetzung sowie der Umnutzung gewerblicher Räume, soweit dies im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nummer 1 geboten erscheint, 3. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Selbstnutzung und zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften nach § 2 Absatz 1 Satz 2 des Altschuldenhilfe-Gesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 986), das zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, abzuschließende Kreditverträge, 4. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen abzuschließende Kreditverträge bis zu 5.500.000.000 Euro zu übernehmen.	(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften und -garantien 1. zur Förderung des Wohnungsbaus, der Modernisierung, der Instandsetzung und des Rückbaus von Wohngebäuden **im Land** Berlin, 2. zur Förderung des Baus, der Modernisierung und Instandsetzung sowie der Umnutzung gewerblicher Räume, soweit dies im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nummer 1 geboten erscheint, 3. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Selbstnutzung und zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften nach § 2 Absatz 1 Satz 2 des Altschuldenhilfe-Gesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 986), das zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, abzuschließende Kreditverträge, 4. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen abzuschließende Kreditverträge bis zu 5.500.000.000 Euro zu übernehmen.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
(3) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Absicherung von Krediten der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) für den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg Bürgschaften bis zu 1.295.000.000 Euro – höchstens jedoch 37 vom Hundert der Verpflichtungen entsprechend dem Anteil des Landes Berlin an dieser Gesellschaft – zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 vom Hundert des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Die Übernahme von Bürgschaften im Sinne der Sätze 1 und 2 sowie jede sonstige Unterstützung der FBB setzen voraus, dass dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zuvor die Bürgschafts- und sonstigen Unterstützungskonditionen übermittelt sind, sobald sie feststehen. (4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, bei Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften im Sinne von § 8 für von Objektträgern aufzunehmende Fremdmittel zur Verbesserung der Kreditkonditionen, insbesondere zur Inanspruchnahme von Krediten aus Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Bürgschaften bis zu 200.000.000 Euro zu übernehmen. (5) Die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Förderung von Sozialunternehmen in Berlin und an Unternehmen von Angehörigen aus dem Nicht-EU-Ausland sowie von Geflüchteten Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Bürgschaftsbanken bis zu 50.000.000 Euro zu übernehmen.	(3) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Absicherung von Krediten der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH für den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg Bürgschaften bis zu 1.295.000.000 Euro – höchstens jedoch 37 **Prozent** der Verpflichtungen entsprechend dem Anteil des Landes Berlin an dieser Gesellschaft – zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 **Prozent** des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Die Übernahme von Bürgschaften im Sinne der Sätze 1 und 2 sowie jede sonstige Unterstützung der **Flughafen Berlin Brandenburg GmbH** setzen voraus, dass dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses zuvor die Bürgschafts- und sonstigen Unterstützungskonditionen übermittelt sind, sobald sie feststehen. (4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, bei Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften im Sinne **des** § 8 für von Objektträgern aufzunehmende Fremdmittel zur Verbesserung der Kreditkonditionen, insbesondere zur Inanspruchnahme von Krediten aus Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Bürgschaften bis zu 200.000.000 Euro zu übernehmen. (5) Die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Förderung von Sozialunternehmen in Berlin und an Unternehmen von Angehörigen aus dem Nicht-EU-Ausland sowie von Geflüchteten Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Bürgschaftsbanken bis zu 50.000.000 Euro zu übernehmen.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
(6) Die für Kultur und für Sport zuständigen Senatsverwaltungen werden ermächtigt, zur Stellung von Sicherheiten für Eingangsabgaben im Zusammenhang mit der vorübergehenden Einfuhr von Kunstgegenständen, zur Deckung des Risikos des Landes Berlin und von Zuwendungsempfängern Berlins aus der Haftung für Leihgaben im Bereich von Kunst und Kultur Gewährleistungen bis zu 400.000.000 Euro zu übernehmen.	(6) Die für Kultur und für Sport zuständigen Senatsverwaltungen werden ermächtigt, zur Stellung von Sicherheiten für Eingangsabgaben im Zusammenhang mit der vorübergehenden Einfuhr von Kunstgegenständen **sowie** zur Deckung des Risikos des Landes Berlin und von Zuwendungsempfängern **des Landes** Berlin aus der Haftung für Leihgaben im Bereich von Kunst und Kultur Gewährleistungen bis zu **500.000.000** Euro zu übernehmen.
(7) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften zur Förderung des Erwerbs von Arbeitsraum durch Künstlerinnen und Künstler zur Selbstnutzung bis zu 15.000.000 Euro zu übernehmen. Nach Satz 1 geförderte Künstlerinnen und Künstler müssen ihren Wohnsitz im Sinne von § 8 der Abgabenordnung oder bei einer wirtschaftlichen Tätigkeit eine Betriebsstätte im Sinne von § 12 der Abgabenordnung in Berlin haben.	(7) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften zur Förderung des Erwerbs von Arbeitsraum durch Künstlerinnen und Künstler zur Selbstnutzung bis zu 15.000.000 Euro zu übernehmen. Nach Satz 1 geförderte Künstlerinnen und Künstler müssen ihren Wohnsitz im Sinne **des** § 8 der Abgabenordnung oder bei einer wirtschaftlichen Tätigkeit eine Betriebsstätte im Sinne **des** § 12 der Abgabenordnung in Berlin haben.
(8) Die für Forschung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung des Risikos des Landes Berlin für wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die vom Land und vom Bund gemeinsam getragen werden, und aus der Haftung für Leihgaben an wissenschaftliche Forschungseinrichtungen Gewährleistungen bis zu 17.000.000 Euro zu übernehmen.	(8) Die für Forschung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung des Risikos des Landes Berlin für wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die vom Land und vom Bund gemeinsam getragen werden, und aus der Haftung für Leihgaben an wissenschaftliche Forschungseinrichtungen Gewährleistungen bis zu **93.000.000** Euro zu übernehmen.
(9) Die für die Raumordnung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für Haftungsfreistellungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsinitiativen Gewährleistungen bis zu 35.800.000 Euro zu übernehmen.	(9) Die für Raumordnung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für Haftungsfreistellungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsinitiativen Gewährleistungen bis zu **33.000.000** Euro zu übernehmen.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025
(10) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Bürgschaften und Garantien zur Absicherung von Krediten im Zusammenhang mit öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen bis zu 8.500.000.000 Euro zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 vom Hundert des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Unter öffentliche Infrastrukturmaßnahmen fallen auch die Gründung und der Erwerb von Beteiligungen auf dem Gebiet der Wasser-, Energie-und Fernwärmeversorgung, der Schulbau sowie strategische Investitionen von Landesunternehmen. Für einen Betrag von bis zu 600.000.000 Euro wird die für Energie zuständige Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung im Rahmen der 8.500.000.000 Euro ermächtigt, einen Kreditauftrag gemäß § 778 des Bürgerlichen Gesetzbuches an die Investitionsbank Berlin zur Finanzierung der Übernahme von betreffenden Netzen durch eine landeseigene Gesellschaft zu erteilen.	(10) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Bürgschaften und Garantien zur Absicherung von Krediten im Zusammenhang mit öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen bis zu 8.500.000.000 Euro zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 **Prozent** des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Unter öffentliche Infrastrukturmaßnahmen **im Sinne des Satzes 1** fallen auch die Gründung und der Erwerb von Beteiligungen auf dem Gebiet der Wasser-, Energie- und Fernwärmeversorgung, der Schulbau **und** strategische Investitionen von Landesunternehmen. Für einen Betrag von bis zu 600.000.000 Euro wird die für Energie zuständige Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung **im Rahmen des in Satz 1 genannten Höchstbetrages** ermächtigt, einen Kreditauftrag gemäß § 778 des Bürgerlichen Gesetzbuches an die Investitionsbank Berlin zur Finanzierung der Übernahme von betreffenden Netzen durch eine landeseigene Gesellschaft zu erteilen.
(11) Auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 und 2 werden jeweils die Bürgschaften und Garantien auf Grund des Landesbürgschaftsgesetzes vom 14. Februar 1964 (GVBl. S. 244), das zuletzt durch Gesetz vom 19. Oktober 1995 (GVBl. S. 688) geändert worden ist, des Rückbürgschaftsgesetzes in der Fassung vom 15. November 1993 (GVBl. S. 584), das zuletzt durch Gesetz vom 25. November 1996 (GVBl. S. 507) geändert worden ist, auf den Höchstbetrag nach Absatz 2 Nummer 1 bis 3 die Bürgschaften auf Grund des Vierten Wohnungsbaubürgschaftsgesetzes vom 13. Februar 1979 (GVBl. S. 345), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Februar 1995 (GVBl. S. 56) geändert worden	(11) Auf die Höchstbeträge nach **Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 sowie Absatz 2** werden jeweils die Bürgschaften und Garantien auf Grund des Landesbürgschaftsgesetzes vom 14. Februar 1964 (GVBl. S. 244), das zuletzt durch Gesetz vom 19. Oktober 1995 (GVBl. S. 688) geändert worden ist, und des Rückbürgschaftsgesetzes in der Fassung vom 15. November 1993 (GVBl. S. 584), das zuletzt durch Gesetz vom 25. November 1996 (GVBl. S. 507) geändert worden ist, **zudem** auf den Höchstbetrag nach Absatz 2 Nummer 1 bis 3 die Bürgschaften auf Grund des Vierten Wohnungsbaubürgschaftsgesetzes vom 13. Februar 1979 (GVBl. S. 345), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Februar 1995 (GVBl. S. 56) geändert worden

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
ist, auf den Höchstbetrag nach Absatz 3 die Bürgschaften auf Grund des BBI-Finanzierungs-Sicherstellungsgesetzes vom 1. Oktober 2008 (GVBl. S. 273) angerechnet. Weiterhin werden auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 bis 10 die Gewährleistungen auf Grund der jeweiligen Ermächtigungen bisheriger Haushaltsgesetze angerechnet, soweit das Land Berlin noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit es in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachte Leistung keinen Ersatz erlangt hat. Soweit Berlin ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für die erbrachte Leistung erlangt hat, sind übernommene Bürgschaften und Garantien auf die Höchstbeträge nicht mehr anzurechnen. (12) Sind aus vorangegangenen Haushaltsjahren Bürgschaften oder Gewährleistungen in Deutscher Mark übernommen worden, so sind sie mit dem festgesetzten Umrechnungskurs auf die Höchstbeträge in Euro anzurechnen. (13) Zur Ausführung der in diesem Gesetz eingeräumten Ermächtigungen kann der Senat Bürgschaftsrichtlinien erlassen.	ist, **und** auf den Höchstbetrag nach Absatz 3 **Satz 1** die Bürgschaften auf Grund des BBI-Finanzierungs-Sicherstellungsgesetzes vom 1. Oktober 2008 (GVBl. S. 273) angerechnet. Weiterhin werden auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 bis 10 die Gewährleistungen auf Grund der jeweiligen Ermächtigungen bisheriger Haushaltsgesetze angerechnet, soweit das Land Berlin noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit es in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachte Leistung keinen Ersatz erlangt hat. Soweit **das Land** Berlin ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für die erbrachte Leistung erlangt hat, sind übernommene Bürgschaften und Garantien auf die Höchstbeträge nicht mehr anzurechnen. (12) Sind aus vorangegangenen Haushaltsjahren Bürgschaften oder Gewährleistungen in Deutscher Mark übernommen worden, sind sie mit dem festgesetzten Umrechnungskurs auf die Höchstbeträge in Euro anzurechnen. (13) Zur Ausführung der in diesem Gesetz eingeräumten Ermächtigungen kann der Senat Bürgschaftsrichtlinien erlassen.
§ 4 Hebesätze (1) Die Hebesätze für die Grundsteuer werden für die Jahre 2022 und 2023 1. für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft auf 150 vom Hundert, 2. für Grundstücke auf 810 vom Hundert des Steuermessbetrages festgesetzt. (2) Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird für die Jahre 2022 und 2023 auf 410 vom Hundert des Steuermessbetrages festgesetzt.	§ 4 Hebesätze (1) Die Hebesätze für die Grundsteuer werden für **das Jahr 2024** 1. für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft auf 150 **Prozent**, 2. für Grundstücke auf 810 **Prozent** des Steuermessbetrages festgesetzt. (2) Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird für die Jahre **2024** und **2025** auf 410 **Prozent** des Steuermessbetrages festgesetzt.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
§ 5 Haushaltsüberschreitungen (1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung wird für 2022 und 2023 auf jeweils 5.000.000 Euro festgesetzt. Sofern über- und außerplanmäßige Ausgaben im Einzelfall den in Satz 1 festgelegten Betrag, im Falle der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen einen Betrag von 50.000.000 Euro, überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur vorherigen Zustimmung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist. (2) Der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung wird für 2022 und 2023 auf jeweils 15.000.000 Euro festgesetzt. Für die im Zusammenhang mit der Anmietung neuer oder zusätzlicher Büroflächen für die Bezirke oder die Hauptverwaltung entstehenden Miet- und Betriebskosten wird dieser Betrag auf jeweils 50.000.000 Euro, begrenzt auf einen Zeitraum von höchstens 10 Jahren festgelegt. Sofern über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen den in Satz 1 festgelegten Betrag überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur vorherigen Zustimmung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.	§ 5 Haushaltsüberschreitungen (1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung wird für **die Jahre 2024** und **2025** auf jeweils 5.000.000 Euro festgesetzt. Sofern über- und außerplanmäßige Ausgaben im Einzelfall den in Satz 1 festgelegten Betrag, im Falle der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen einen Betrag von 50.000.000 Euro, überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren **zur Unterrichtung** vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist. (2) Der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 **in Verbindung mit § 37 Abs. 1** der Landeshaushaltsordnung wird für **die Jahre 2024** und **2025** auf jeweils 15.000.000 Euro festgesetzt. Für die im Zusammenhang mit der Anmietung neuer oder zusätzlicher Büroflächen für die Bezirke oder die Hauptverwaltung entstehenden Miet- und Betriebskosten wird dieser Betrag auf jeweils 50.000.000 Euro, begrenzt auf einen Zeitraum von höchstens 10 Jahren festgelegt. Sofern über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen den in Satz 1 festgelegten Betrag überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren **zur Unterrichtung** vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
(3) Der Betrag nach § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung wird für 2022 und 2023 für über- und außerplanmäßige Ausgaben auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt. Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen wird der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung für 2022 und 2023 auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt. (4) Auf Beschluss des Hauptausschusses können die nötigen Verpflichtungen eingegangen werden, um einen Unternehmensvertrag mit den Berliner Bäder-Betrieben abzuschließen.	(3) Der Betrag nach § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung wird für **für die Jahre 2024** und **2025** für über- und außerplanmäßige Ausgaben auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt. Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen wird der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung für **die Jahre 2024** und **2025** auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt. **(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für das Eingehen von Verpflichtungen im Verkehrsbereich (Kapitel 0730) überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bei den Titeln 54045 und 54081 über den in Absatz 2 Satz 1 festgesetzten Betrag hinaus mit vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses zuzulassen.**
Abschnitt II Bewirtschaftung von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen	Abschnitt II Bewirtschaftung von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
§ 6 Haushaltswirtschaftliche Sperre Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann von ihren Befugnissen nach § 41 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung auch dann Gebrauch machen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit missachtet worden sind oder missachtet werden.	§ 6 Haushaltswirtschaftliche Sperre Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann von ihren Befugnissen nach § 41 Absatz 1 **Satz 1** der Landeshaushaltsordnung auch dann Gebrauch machen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit missachtet worden sind oder missachtet werden.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
§ 7 Gesetzliche Sperre (1) Zur Aufhebung der Sperre gemäß § 24 Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung bedarf es bei Baumaßnahmen mit einem Gesamtkostenrahmen von über 1.000.000 Euro zusätzlich zur Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung der Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses, sofern die Prüfung der Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung ergibt, dass der Rahmen der bei Veranschlagung dargelegten Gesamtkosten überschritten wird. (2) Absatz 1 gilt nicht für Maßnahmen, die mittels standardisiertem Typenbau umgesetzt werden, sofern geprüfte Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung für den Typenentwurf bereits vorliegen, sowie für Leistungen der Bauvorbereitung.	§ 7 Gesetzliche Sperre (1) Zur Aufhebung **einer** Sperre gemäß § 24 Absatz 3 **Satz 3** der Landeshaushaltsordnung bedarf es bei Baumaßnahmen mit einem Gesamtkostenrahmen von über 1.000.000 Euro zusätzlich zur Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung der Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses, sofern die Prüfung der Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung ergibt, dass der Rahmen der bei Veranschlagung dargelegten Gesamtkosten überschritten wird. (2) Absatz 1 gilt nicht für Maßnahmen, die mittels standardisiertem Typenbau umgesetzt werden, sofern geprüfte Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung für den Typenentwurf bereits vorliegen, sowie für Leistungen der Bauvorbereitung.
§ 8 Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften (1) Durch den Abschluss von Leasing-, Mietkauf- und ähnlichen Verträgen (Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften) dürfen Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre eingegangen werden. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften zuzulassen; § 38 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt. Die aus Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften entstehenden Verpflichtungen Berlins dürfen das vertretbare Maß für die Belastung künftiger Haushaltsjahre nicht überschreiten. Ein Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft setzt die Feststellung eines unabdingbaren Investitions- und Beschaffungsbedarfs voraus, der auch ohne	§ 8 Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften (1) Durch den Abschluss von Leasing-, Mietkauf- und ähnlichen Verträgen (Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften) dürfen Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre eingegangen werden. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften zuzulassen; § 38 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt. Die aus Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften entstehenden Verpflichtungen **des Landes** Berlin dürfen das vertretbare Maß für die Belastung künftiger Haushaltsjahre nicht überschreiten. Ein Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft setzt die Feststellung eines unabdingbaren Investitions- und Beschaffungsbedarfs voraus, der auch ohne

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
öffentlich-private Partnerschaft aus dem Haushalt realisiert würde. (2) Im Haushalt bereits veranschlagte Investitionsmaßnahmen können mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch alternative Beschaffungs- und Errichtungsformen (wie Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften) ersetzt werden. In diesen Fällen dürfen die veranschlagten Mittel im laufenden Haushaltsjahr nur für die Absicherung und Leistung der vertraglichen Raten und nur bis zu deren notwendiger Höhe verwendet werden. (3) Die Wirtschaftlichkeit von Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften ist in jedem Einzelfall zu belegen. (4) Cross-Border-Leasing sowie Sale-and-Lease-Back-Geschäfte sind ausgeschlossen. (5) Die Übertragung von Schulgrundstücken an Dritte ist ausgeschlossen, soweit diese Dritten sich nicht direkt oder indirekt in vollständigem Landeseigentum befinden. Gleiches gilt für Erbbaurechte an solchen Grundstücken. Schulgrundstücke im Sinne dieser Norm sind Grundstücke, die für öffentliche Schulen (§ 6 Absatz 2 des Schulgesetzes) genutzt werden.	öffentlich-private Partnerschaft aus dem Haushalt realisiert würde. (2) Im Haushalt bereits veranschlagte Investitionsmaßnahmen können mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch alternative Beschaffungs- und Errichtungsformen (wie Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften) ersetzt werden. In diesen Fällen dürfen die veranschlagten Mittel im laufenden Haushaltsjahr nur für die Absicherung und Leistung der vertraglichen Raten und nur bis zu deren notwendiger Höhe verwendet werden. (3) Die Wirtschaftlichkeit von Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften ist in jedem Einzelfall zu belegen. (4) **Grenzüberschreitendes**-Leasing sowie Sale-and-Lease-Back-Geschäfte sind ausgeschlossen. (5) Die Übertragung von Schulgrundstücken an Dritte ist ausgeschlossen, soweit diese Dritten sich nicht direkt oder indirekt in vollständigem Landeseigentum befinden. Gleiches gilt für Erbbaurechte an solchen Grundstücken. Schulgrundstücke im Sinne dieser Norm sind Grundstücke, die für öffentliche Schulen **im Sinne des** § 6 Absatz 2 des Schulgesetzes **vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juni 2023 (GVBl. S. 226) geändert worden ist**, genutzt werden. **Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Ausnahmen zulassen.**
§ 9 Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen (1) Nach § 63 Absatz 3 der Landeshaushaltsordnung dürfen Datenverarbeitungsprogramme der Berliner Verwaltung unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Inland abgegeben werden, soweit	§ 9 Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen (1) Nach § 63 Absatz 3 **Satz 2 in Verbindung mit Satz 1** der Landeshaushaltsordnung dürfen Datenverarbeitungsprogramme der **Verwaltung des Landes Berlin** unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Inland abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Dem

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
Gegenseitigkeit besteht. Dem entgegen stehende vertragliche Regelungen bleiben unberührt. (2) Nach § 63 Absatz 5 in Verbindung mit § 63 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung dürfen leerstehende Immobilien mit Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung Künstlern, gemeinnützigen Gruppen, Jugendprojekten und -initiativen, Bürgervereinen und freien Trägern unter dem vollen Wert zur Zwischennutzung überlassen werden. Die Zwischennutzungen sind zeitlich so zu befristen, dass die Immobilie für das Land Berlin bei Bedarf für eigene Verwendungszwecke schnell verfügbar bleibt. Bei einer Vergabe an Dritte ist unbeachtlich, ob eine Veräußerung, die Bestellung eines Erbbaurechts oder die dauerhafte Vermietung bevorzugt wird. Bei der Überlassung für Zwischennutzungen sind von den Nutzern mindestens die damit verbundenen Betriebs- und Unterhaltungskosten zu übernehmen. Bei der Berechnung des darüber hinaus gehenden Mietzinses ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Nutzers zu berücksichtigen.	entgegenstehende vertragliche Regelungen bleiben unberührt. (2) Nach § 63 Absatz 5 in Verbindung mit § 63 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung dürfen leerstehende Immobilien mit Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung **Künstlerinnen und** Künstlern, gemeinnützigen Gruppen, Jugendprojekten und -initiativen, Bürgervereinen und freien Trägern unter dem vollen Wert zur Zwischennutzung überlassen werden. Die Zwischennutzungen sind zeitlich so zu befristen, dass die Immobilie für das Land Berlin bei Bedarf für eigene Verwendungszwecke schnell verfügbar bleibt. Bei einer Vergabe an Dritte ist unbeachtlich, ob eine Veräußerung, die Bestellung eines Erbbaurechts oder die dauerhafte Vermietung bevorzugt wird. Bei der Überlassung für Zwischennutzungen sind von den **Nutzerinnen und** Nutzern mindestens die damit verbundenen Betriebs- und Unterhaltungskosten zu übernehmen. Bei der Berechnung des darüber hinaus gehenden Mietzinses ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit **der Nutzerinnen und Nutzer** zu berücksichtigen.
§ 10 Einschränkung der gesetzlichen Deckungsfähigkeit und der Verwendung von in den Haushaltsberatungen verstärkten Ansätzen (1) Die Deckungsfähigkeit nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 bis 5 der Landeshaushaltsordnung und für die Bezirke nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 und 4 der Landeshaushaltsordnung wird ausgeschlossen. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. Satz 1 gilt nicht für die weisungsunabhängigen Verfassungsorgane und weisungsunabhängigen Landesbeauftragten.	§ 10 Einschränkung der gesetzlichen Deckungsfähigkeit und der Verwendung von in den Haushaltsberatungen verstärkten Ansätzen (1) Die Deckungsfähigkeit nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 bis 5 der Landeshaushaltsordnung und für die Bezirke nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 und 4 der Landeshaushaltsordnung wird ausgeschlossen. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. Satz 1 gilt nicht für die weisungsunabhängigen Verfassungsorgane und weisungsunabhängigen Landesbeauftragten.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
(2) Greift das Land zu einer Aufstockungsfinanzierung, indem es bestehende bezirkliche Leistungen hinsichtlich einzelner bezirklicher Projekte durch oder auf Grund des Haushaltsgesetzes verstärkt, ist eine Absenkung der bisherigen bezirklichen Leistungen weder im Ansatz noch in der Auskehrung zulässig. (3) Durch das Berliner Abgeordnetenhaus verstärkte oder geschaffene Teilansätze dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses zur Auflösung pauschaler Minderausgaben herangezogen werden. Gleiches gilt für die Heranziehung zur Deckung, soweit in den jeweiligen Erläuterungen nicht ausdrücklich anders vorgesehen.	(2) **Macht das Land von einer Aufstockungsfinanzierung Gebrauch**, indem es bestehende bezirkliche Leistungen hinsichtlich einzelner bezirklicher Projekte durch oder auf Grund des Haushaltsgesetzes verstärkt, ist eine Absenkung der bisherigen bezirklichen Leistungen weder im Ansatz noch in der Auskehrung zulässig. (3) Durch das Abgeordnetenhaus verstärkte oder geschaffene Teilansätze dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses **des Abgeordnetenhauses** zur Auflösung pauschaler Minderausgaben herangezogen werden. Gleiches gilt für die Heranziehung zur Deckung, soweit in den jeweiligen Erläuterungen nicht ausdrücklich anders vorgesehen.
§ 11 Regelungen im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (1) Sofern die sich nach § 4 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Errichtung eines Nachhaltigkeitsfonds ergebende Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt die dafür im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben übersteigt, wird die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, eine höhere Zuführung an das Sondervermögen zu leisten. Diese höheren Ausgaben sind keine Mehrausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.	§ 11 Regelungen im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (1) Sofern die sich nach § 4 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Errichtung eines Nachhaltigkeitsfonds vom 17. Dezember 2014 (GVBl. S. 521), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. November 2019 (GVBl. S. 742) geändert worden ist, ergebende Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt die dafür im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben übersteigt, wird die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, eine höhere Zuführung an das Sondervermögen zu leisten. Diese höheren Ausgaben sind keine überplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
(2) Für Investitionen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt gelten die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung mit der Maßgabe, dass die Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung zu nutzen sind. Dies gilt nicht für § 24 Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung.	(2) Für Investitionen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt gelten die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung mit der Maßgabe, dass die Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung zu nutzen sind. Dies gilt nicht für § 24 Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung.
§ 11a Parlamentsvorbehalt Vertragliche Verpflichtungen, auch Zuschlagserteilungen nach Ausschreibungsverfahren, darf das Land Berlin ab einem Gesamtvolumen von 500.000.000 Euro nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses eingehen (Parlamentsvorbehalt).	§ **12** Parlamentsvorbehalt Vertragliche Verpflichtungen, auch Zuschlagserteilungen nach Ausschreibungsverfahren, darf das Land Berlin ab einem Gesamtvolumen von 500.000.000 Euro nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses **des Abgeordnetenhauses** eingehen (Parlamentsvorbehalt).
§ 12 Ergebnisrücklage der Bezirke (1) Jeder Bezirk bildet eine Ergebnisrücklage. (2) Beim Jahresabschluss führen die Bezirke ein positives Jahresergebnis (Saldo der Einnahmen und Ausgaben nach Basiskorrektur) ihrer Ergebnisrücklage zu. Negative Jahresergebnisse sind durch Entnahmen aus ihrer Ergebnisrücklage auszugleichen. (3) Der Bestand der Ergebnisrücklage steht, vorbehaltlich der vorrangigen Abdeckung negativer Jahresergebnisse, überjährig für Entnahmen zur Verfügung. Durch Mehreinnahmen aus der Ergebnisrücklage finanzierte Mehrausgaben sind keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.	§ **13** Ergebnisrücklage der Bezirke (1) Jeder Bezirk bildet eine Ergebnisrücklage. (2) Beim Jahresabschluss führen die Bezirke ein positives Jahresergebnis (Saldo der Einnahmen und Ausgaben nach Basiskorrektur) ihrer Ergebnisrücklage zu. Negative Jahresergebnisse sind durch Entnahmen aus ihrer Ergebnisrücklage auszugleichen. (3) Der Bestand der Ergebnisrücklage steht, vorbehaltlich der vorrangigen Abdeckung negativer Jahresergebnisse, überjährig für Entnahmen zur Verfügung. Durch Mehreinnahmen aus der Ergebnisrücklage finanzierte Mehrausgaben sind keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.
§ 13 Titelverwechslungen (1) Ausgaben, die im Haushaltsplan in falschen Titeln veranschlagt wurden, dürfen mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung analog § 50 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung umgesetzt werden. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ist zu unterrichten.	§ **14** **Haushaltssystematische Veränderungen** (1) Ausgaben, die im Haushaltsplan in falschen Titeln veranschlagt wurden, dürfen mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung **in entsprechender Anwendung** des § 50 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung umgesetzt werden. Der

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
(2) Absatz 1 gilt ebenso für Ausgaben in Titeln, die aufgrund von Änderungen des bundeseinheitlichen Gruppierungsplans umgesetzt werden müssen.	Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ist zu unterrichten. (2) Absatz 1 gilt **auch** für Ausgaben in Titeln, die auf Grund von Änderungen des bundeseinheitlichen Gruppierungsplans umgesetzt werden müssen. **(3) Die Ausgaben zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Sondervermögen Klima, Resilienz und Transformation werden in gesonderten Kapiteln ausgewiesen, die im Haushaltsvollzug eingerichtet werden. Das Nähere dazu regelt die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung.**
§ 14 Corona-Sonderzahlung an Beschäftigte von Zuwendungsempfängern Gewährt ein Zuwendungsempfänger auch ohne rechtliche Verpflichtung die Corona-Sonderzahlung im Sinne des Tarifvertrags über eine einmalige Corona-Sonderzahlung an die darin genannten begünstigten Personen, kann dies noch zu einem späteren Zeitpunkt bei der Bestimmung der Höhe der Zuwendung berücksichtigt werden.	*entfällt*
§ 15 Regelungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie und zur Verwendung von Haushaltsüberschüssen (1) Die in der Anlage 9 zum Haushaltsplan aufgeführten Ausgaben sind nur gegenseitig deckungsfähig sowie deckungspflichtig gegenüber dem Titel 97118 im Kapitel 2910. (2) Aus dem Haushalt nicht verbrauchte Mittel bis zu einer Höhe von 750 Mio. Euro werden der Haushaltsentlastungsrücklage zugeführt. Eine Entnahme aus dieser Rücklage bedarf der vorherigen Zustimmung des Hauptausschusses; § 37 der Landeshaushaltsordnung findet insoweit keine Anwendung. Den Betrag von 750 Mio. Euro übersteigende Überschüsse werden dem Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt zugeführt.	*entfällt*

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
Abschnitt III Personalwirtschaftliche Regelungen und Personalausgaben	Abschnitt III Personalwirtschaftliche Regelungen und Personalausgaben
§ 16 Personalwirtschaftliche Ermächtigungen (1) Leistungsprämien und -zulagen an Beamte dürfen nach der jeweils geltenden landesrechtlichen Verordnung im Rahmen der den Behörden und Einrichtungen zur Verfügung gestellten Personalmittel gezahlt werden. (2) Unter den Voraussetzungen des § 45 Absatz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin nach Artikel III § 1 Nummer 3 des Gesetzes vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 266), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. September 2021 (GVBl. S. 1039) geändert worden ist, darf im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung eine Zulage gezahlt werden. Die Zulage darf bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe der Beamtin oder des Beamten und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe, die der Wertigkeit der wahrgenommenen Funktion entspricht, höchstens jedoch der zweiten folgenden Besoldungsgruppe und nicht einstiegsamtübergreifend gewährt werden. Die für Besoldung zuständige Senatsverwaltung kann hinsichtlich der Beschränkung zur einstiegsamtübergreifenden Gewährung im Einzelfall Ausnahmen zulassen.	§ **15** Personalwirtschaftliche Ermächtigungen (1) Leistungsprämien und -zulagen an **Beamtinnen und** Beamte dürfen nach der jeweils geltenden landesrechtlichen Verordnung im Rahmen der den Behörden und Einrichtungen zur Verfügung gestellten Personalmittel gezahlt werden. (2) Unter den Voraussetzungen des § 45 Absatz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin nach Artikel III § 1 Nummer 3 des Gesetzes vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 266), das zuletzt durch **Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 58)** geändert worden ist, darf im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung eine Zulage gezahlt werden. Die Zulage darf bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe der Beamtin oder des Beamten und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe, die der Wertigkeit der wahrgenommenen Funktion entspricht, höchstens jedoch der zweiten folgenden Besoldungsgruppe und nicht einstiegsamtübergreifend gewährt werden. Die für Besoldung zuständige Senatsverwaltung kann hinsichtlich der Beschränkung zur einstiegsamtübergreifenden Gewährung im Einzelfall Ausnahmen zulassen.
§ 17 Personalwirtschaftliche Einschränkungen Die im Stellenplan angebrachten Sperrvermerke an Planstellen, Stellen und Beschäftigungspositionen und die sonstigen haushaltswirtschaftlichen Einschränkungen bewirken in Höhe der von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung festgesetzten Durchschnittssätze Mittelsperren. Unterjährig wirksam werdende Sperrvermerke und	§ **16** Personalwirtschaftliche Einschränkungen Die im Stellenplan angebrachten Sperrvermerke an Planstellen, Stellen und Beschäftigungspositionen und die sonstigen haushaltswirtschaftlichen Einschränkungen bewirken in Höhe der von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung festgesetzten Durchschnittssätze Mittelsperren. Unterjährig wirksam werdende Sperrvermerke und

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
haushaltswirtschaftliche Einschränkungen sind anteilig zu berücksichtigen.	haushaltswirtschaftliche Einschränkungen sind anteilig zu berücksichtigen.
§ 18 Deckungsfähigkeit und Zweckbindung (1) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Titeln 42221, 42722, 42735 und 42821 für Anwärterinnen und Anwärter, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Stipendiaten ausgewiesenen Mittel nur untereinander und auch einzelplanübergreifend deckungsfähig, ausnahmsweise auch mit den übrigen Personalausgaben, soweit es sich um eine auf zwölf Monate befristete Weiterbeschäftigung im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung handelt, sowie abweichend von § 10 auch mit den konsumtiven Sachausgaben, soweit es sich um Zuschüsse zur Ausweitung des Ausbildungsangebots handelt. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können Personalausgaben auch für zusätzliche Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter im Rahmen der Deckungsfähigkeit geleistet werden, wenn eine geplante Ausweitung des Ausbildungsangebotes anderenfalls nicht realisierbar ist. Die Finanzierung der befristeten Weiterbeschäftigung nach Satz 1 sowie der Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter nach Satz 2 ist nur zulässig, sofern die Ansätze der übrigen Titel der Hauptgruppe 4 im jeweiligen Bezirksplan oder Einzelplan der Hauptverwaltung überschritten werden. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können nicht verbrauchte Mittel der in Satz 1 genannten Titel in die Folgejahre übertragen sowie auch in Unternehmen und Einrichtungen außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung verausgabt werden, sofern damit zusätzliche Ausbildungsplätze in zukunftsträchtigen Ausbildungsberufen neu geschaffen werden.	§ **17** Deckungsfähigkeit und Zweckbindung (1) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Titeln 42221, 42722, 42735 und 42821 für Anwärterinnen und Anwärter, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie **Stipendiatinnen und** Stipendiaten ausgewiesenen Mittel nur untereinander und auch einzelplanübergreifend deckungsfähig, ausnahmsweise auch mit den übrigen Personalausgaben, soweit es sich um auf zwölf Monate befristete Weiterbeschäftigung**en** im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung handelt, **und** abweichend von § 10 **Absatz 1** auch mit den konsumtiven Sachausgaben, soweit es sich um Zuschüsse zur Ausweitung des Ausbildungsangebots handelt. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können Personalausgaben auch für zusätzliche Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter im Rahmen der Deckungsfähigkeit geleistet werden, wenn eine geplante Ausweitung des Ausbildungsangebotes anderenfalls nicht realisierbar ist. Die Finanzierung befristete**r** Weiterbeschäftigung**en** nach Satz 1 sowie **von** Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter**n** nach Satz 2 ist nur zulässig, sofern die Ansätze der übrigen Titel der Hauptgruppe 4 im jeweiligen Bezirksplan oder Einzelplan der Hauptverwaltung überschritten werden. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können nicht verbrauchte Mittel der in Satz 1 genannten Titel in die Folgejahre übertragen sowie auch in Unternehmen und Einrichtungen außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung verausgabt werden, sofern damit zusätzliche Ausbildungsplätze in zukunftsträchtigen Ausbildungsberufen neu geschaffen werden.

Haushaltsgesetz 2022/2023 vom 28. Juni 2022 (GVBl. S. 430, ber. S. 503), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 43)	**Entwurf Haushaltsgesetz 2024/2025**
(2) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Kapiteln des Personalüberhangs veranschlagten Personalausgaben nur deckungsberechtigt. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. (3) In den einzelnen Kapiteln fließen die Einnahmen aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung behinderter Menschen (Titel 23601) den Ausgaben bei Titel 42811 zu.	(2) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Kapiteln des Personalüberhangs veranschlagten Personalausgaben nur deckungsberechtigt. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. (3) In den einzelnen Kapiteln fließen die Einnahmen aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung behinderter Menschen (Titel 23601) den Ausgaben bei Titel 42811 zu.
Abschnitt IV Übergangs- und Schlussvorschriften § 19 Weitergeltung von Vorschriften § 2 Absatz 2 bis 4 und 8 sowie die §§ 3, 4, 6, 9 und 16 bis 18 gelten bis zur Verkündung des auf dieses Gesetz folgenden Haushaltsgesetzes weiter.	Abschnitt IV Übergangs- und Schlussvorschriften **§ 18** Weitergeltung von Vorschriften § 2 Absatz 2 bis **6** und **9** sowie die §§ 3, 4, 6, 9 und **15** bis **17** gelten bis zur Verkündung des auf dieses Gesetz folgenden Haushaltsgesetzes weiter.
§ 20 Inkrafttreten Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2022 in Kraft.	§ **19** Inkrafttreten Dieses Gesetz tritt **am** 1. Januar **2024** in Kraft.

II. Wortlaut der zitierten Rechtsvorschriften

1. **Verfassung von Berlin**

Vom 23. November 1995 (GVBl. S. 779), zuletzt geändert durch Art. 1 Fünfzehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin vom 17. Mai 2021 (GVBl. S. 502)

Artikel 85

(1) Alle Einnahmen und Ausgaben müssen für jedes Rechnungsjahr in dem Haushaltsplan veranschlagt werden; er wird durch ein Gesetz festgestellt (Haushaltsgesetz). Durch Gesetz kann eine Veranschlagung und Feststellung für einen längeren Zeitabschnitt und in besonderen Ausnahmefällen ein Nachweis von Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Haushaltsplans zugelassen werden.

(2) ...

Artikel 87

(1) Ohne gesetzliche Grundlage dürfen weder Steuern oder Abgaben erhoben noch Anleihen aufgenommen oder Sicherheiten geleistet werden.

(2) Kredite dürfen nur aufgenommen werden, wenn andere Mittel zur Deckung nicht vorhanden sind. Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Nähere wird durch Gesetz geregelt.

Artikel 89

(1) Ist der Haushaltsplan zu Beginn des neuen Rechnungsjahres noch nicht festgestellt, so ist der Senat zu vorläufigen Regelungen ermächtigt, damit die unbedingt notwendigen Ausgaben geleistet werden können, um bestehende Einrichtungen zu erhalten, die gesetzlichen Aufgaben und die rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, Bauvorhaben weiterzuführen und eine ordnungsgemäße Tätigkeit der Verwaltung aufrechtzuerhalten. Für den Bezirkshaushalt ist das Bezirksamt zu ergänzenden Regelungen ermächtigt.

(2) ...

2. Landeshaushaltsordnung (LHO)

In der Fassung vom 30. Januar 2009 (GVBl. S. 31, ber. S. 486), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 30)

§ 3

Wirkungen des Haushaltsplans

(1) Der Haushaltsplan ermächtigt die Verwaltung, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen.

(2) Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

§ 6

Notwendigkeit der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

Bei Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sind nur die Ausgaben und die Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren (Verpflichtungsermächtigungen) zu berücksichtigen, die zur Erfüllung der Aufgaben Berlins notwendig sind.

§ 20

Deckungsfähigkeit

(1) Innerhalb des Kapitels eines Leistungs- und Verantwortungszentrums oder einer Serviceeinheit und, wenn darüber hinaus ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht, innerhalb eines Einzelplans oder eines Bezirkshaushaltsplans sind jeweils deckungsfähig

1. die Personalausgaben gegenseitig,
2. die konsumtiven Sachausgaben gegenseitig,
3. die konsumtiven Sachausgaben einseitig (deckungsberechtigt) gegenüber den Personalausgaben,
4. die Investitionsausgaben einseitig (deckungsberechtigt) gegenüber den Personalausgaben und den konsumtiven Sachausgaben,
5. Personalausgaben (ausgenommen Ausgaben für planmäßige Dienstkräfte) einseitig (deckungsberechtigt) gegenüber konsumtiven Sachausgaben, falls eine bestimmte notwendige Verwaltungsleistung damit insgesamt wirtschaftlicher oder wirksamer

erbracht wird und dies, im Einzelnen durchgerechnet, schriftlich nachgewiesen ist, soweit eine Gegen- oder Ergänzungsfinanzierung durch Dritte nicht zu Einnahmeverlusten führt.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Ausgaben im Haushaltsplan für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden, wenn ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung gefördert wird; dies gilt für Verpflichtungsermächtigungen entsprechend.

(3) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, die ohne nähere Angabe des Verwendungszwecks veranschlagt sind, sind nicht deckungsfähig.

§ 22
Sperrvermerk

Ausgaben, die aus besonderen Gründen zunächst noch nicht geleistet oder zu deren Lasten noch keine Verpflichtungen eingegangen, sowie Stellen, die zunächst noch nicht besetzt werden sollen, sind im Haushaltsplan als gesperrt zu bezeichnen. Entsprechendes gilt für Verpflichtungsermächtigungen. In Ausnahmefällen kann durch Sperrvermerk bestimmt werden, dass die Leistung von Ausgaben, die Besetzung von Stellen oder die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen der Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses bedarf (qualifizierter Sperrvermerk). In den Bezirkshaushaltsplänen kann die Einwilligung der Bezirksverordnetenversammlung oder des Haushaltsausschusses vorgesehen werden; Satz 3 bleibt unberührt.

§ 24
Baumaßnahmen, größere Beschaffungen, größere Entwicklungsvorhaben

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Baumaßnahmen dürfen erst veranschlagt werden, wenn Pläne, Kostenermittlungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Kosten der Baumaßnahme, des Grunderwerbs und der Einrichtungen sowie die vorgesehene Finanzierung und ein Zeitplan ersichtlich sind. Den Unterlagen ist eine Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden Haushaltsbelastungen beizufügen. Für kleine Maßnahmen kann die Senatsverwaltung für Finanzen besondere Regelungen treffen.

(2) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für größere Beschaffungen und größere Entwicklungsvorhaben dürfen erst veranschlagt werden, wenn Planungen und Schätzungen der Kosten und Kostenbeteiligungen vorliegen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Ausnahmen von den Absätzen 1 und 2 sind nur zulässig, wenn es im Einzelfall nicht möglich ist, die Unterlagen rechtzeitig fertigzustellen, und aus einer späteren Veranschlagung Berlin ein Nachteil erwachsen würde. Die Notwendigkeit einer Ausnahme ist in den Erläuterungen zu begründen. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Maßnahmen, für welche die Unterlagen noch nicht vorliegen, sind gesperrt.

(4) Auf Zuwendungen für Baumaßnahmen, größere Beschaffungen und größere Entwicklungsvorhaben sind die Absätze 1 bis 3 entsprechend anzuwenden. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen.

(5) Baukosten sind vor Veranschlagung auf den voraussichtlichen Fertigstellungszeitpunkt jährlich um die durchschnittlichen statistischen Baukostensteigerungen der letzten fünf Jahre fortzuschreiben. Nach Veranschlagung vorgenommene Änderungen des Bedarfsprogramms bedürfen der Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen; soweit sie insgesamt mehr als 10 Prozent des veranschlagten Betrages ausmachen, des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.

(6) Die vorstehenden Absätze gelten für Baumaßnahmen von Landesbeteiligungen und -körperschaften auf Veranlassung des Landes und außerhalb ihres gewöhnlichen Geschäftsbetriebs entsprechend, soweit ihr jeweiliges Gesamtvolumen 3.000.000 Euro übersteigt. Soweit für solche Baumaßnahmen keine Veranschlagung im Haushalt erfolgt, tritt an die Stelle der Veranschlagung eine Vorlage an den Hauptausschuss über die Durchführung der Maßnahme.

§ 30
Vorlagefrist

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes ist mit dem Entwurf des Haushaltsplans vor Beginn des Haushaltsjahres beim Abgeordnetenhaus einzubringen, in der Regel in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses im September. Die von den Bezirksverordnetenversammlungen beschlossenen Bezirkshaushaltspläne sind dem Abgeordnetenhaus von den Bezirksämtern unmittelbar zuzuleiten.

§ 36
Aufhebung der Sperre

(1) Nur mit vorheriger Zustimmung (Einwilligung) der Senatsverwaltung für Finanzen dürfen Ausgaben, die durch Gesetz oder im Haushaltsplan als gesperrt bezeichnet sind, geleistet sowie Verpflichtungen zur Leistung solcher Ausgaben eingegangen werden. Bei Sperren im Bezirkshaushaltsplan, die vom Bezirk in eigener Verantwortung angebracht worden sind, tritt an die Stelle der Senatsverwaltung für Finanzen das Bezirksamt. In den Fällen des § 22 Satz 3 ist die Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch die jeweils zuständige Senatsverwaltung, in den Fällen des § 22 Satz 4 die Einwilligung der Bezirksverordnetenversammlung oder des Haushaltsausschusses durch das Bezirksamt einzuholen.

(2) ...

§ 37
Über- und außerplanmäßige Ausgaben

(1) Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der Einwilligung der Senatsverwaltung für Finanzen. Sie darf nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden. Eine Unabweisbarkeit liegt insbesondere nicht vor, wenn die Ausgaben bis zur Verabschiedung des nächsten Haushaltsgesetzes oder des nächsten Nachtrages zum Haushaltsgesetz zurückgestellt werden können. Eines Nachtrages bedarf es nicht, wenn die überplanmäßigen oder außerplanmäßigen Ausgaben im Einzelfall einen im jeweiligen Haushaltsgesetz festzusetzenden Betrag nicht übersteigen oder der Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen dienen.

...

§ 38
Verpflichtungsermächtigungen

(1) Maßnahmen, die zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren verpflichten können, sind nur zulässig, wenn der Haushaltsplan dazu ermächtigt. § 37 Abs. 1, 4 und 7 gilt entsprechend.

...

§ 41
Haushaltswirtschaftliche Sperre

(1) Wenn die Entwicklung der Einnahmen oder Ausgaben es erfordert, kann die Senatsverwaltung für Finanzen es von ihrer Einwilligung abhängig machen, ob Verpflichtungen eingegangen oder Ausgaben geleistet werden. Die Senatsverwaltung für Finanzen nimmt im Einvernehmen mit der für die Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung auch die Zuständigkeiten nach § 6 Abs. 1 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft wahr.

(2) Die Rechte nach Absatz 1 Satz 1 stehen auch dem Bezirksamt zu.

(3) ...

§ 46
Deckungsfähigkeit

Deckungsfähige Ausgaben dürfen, solange sie verfügbar sind, nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 oder des Deckungsvermerks zugunsten einer anderen Ausgabe verwendet werden; dies gilt für Verpflichtungsermächtigungen entsprechend. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann die Verwendung von ihrer Einwilligung abhängig machen, wenn die Entwicklung der Einnahmen oder Ausgaben es erfordert.

§ 50
Umsetzung von Mitteln und Stellen

(1) Der Senat kann Mittel und Stellen umsetzen, wenn Aufgaben von einer Organisationseinheit auf eine andere übergehen; eines Beschlusses des Senats bedarf es nicht, wenn Aufgaben innerhalb eines Verwaltungszweigs auf eine andere Organisationseinheit übergehen oder beim Übergang auf einen anderen Verwaltungszweig die Leiter der beteiligten Verwaltungszweige und die Senatsverwaltung für Finanzen über die Umsetzung einig sind. Abweichend von Satz 1 bedürfen Umsetzungen innerhalb eines Bezirkshaushaltsplans der Einwilligung des Bezirksamts. Gehen Aufgaben von der Hauptverwaltung auf die Bezirksverwaltung über, sind die Mittel und Stellen umzusetzen.

(2) ...

§ 63
Erwerb und Veräußerung von Vermögensgegenständen

(1) ...

(2) Vermögensgegenstände dürfen nur veräußert werden, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben Berlins in absehbarer Zeit nicht benötigt werden. Die Veräußerung von Grundstücken mit dem Ziel der weiteren langfristigen Eigennutzung ist im Einzelfall zulässig, wenn dies ausschließlich der wirtschaftlichen Sanierung dieser Grundstücke dient und die Möglichkeit eines Rückerwerbs gewährleistet ist. Ein Portfolioausschuss bewertet die landeseigenen Grundstücke nach Maßgabe einer vom Abgeordnetenhaus genehmigten und auf dem Prinzip des Einvernehmens beruhenden Geschäftsordnung unter Beteiligung aller Fachverwaltungen. Dissensfälle entscheidet der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses.

(3) Vermögensgegenstände dürfen nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden. Ausnahmen können im Haushaltsplan zugelassen werden.

(4) Ist der Wert gering oder besteht ein dringendes Interesse Berlins, so kann die Senatsverwaltung für Finanzen oder der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses Ausnahmen zulassen. Eine solche Ausnahme kann beispielsweise vorliegen bei der Veräußerung von Grundstücken im Rahmen eines konzeptorientierten Entwicklungsverfahrens oder etwa bei Direktvergaben nach einem vom Abgeordnetenhaus genehmigten Liegenschaftskonzept. Solche Geschäfte stellen stets ein dringendes Interesse Berlins dar.

(5) Für die Überlassung der Nutzung eines Vermögensgegenstandes gelten die Absätze 2 bis 4 entsprechend.

§ 64
Grundstücke

(1) Grundstücke dürfen nur mit Einwilligung der Senatsverwaltung für Finanzen erworben, belastet oder veräußert werden, soweit nicht die Bezirke nach § 4 Absatz 1 des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes zuständig sind.

(2) Der Einwilligung des Abgeordnetenhauses bedürfen

1. der Erwerb von Grundstücken und Erbbaurechten,
   a) wenn der Kaufpreis 3.000.000 Euro übersteigt,
   b) wenn der Kaufpreis 125.000 Euro übersteigt und sie beträchtlich über Wert erworben werden sollen,
2. der Erwerb von Vorkaufsrechten, wenn der Wert des Grundstücks 3.000.000 Euro übersteigt,
3. die Veräußerung von Grundstücken und Erbbaurechten
   a) wenn der Kaufpreis 3 000 000 Euro übersteigt,
   b) wenn der Wert 125 000 Euro übersteigt und sie unentgeltlich oder beträchtlich unter Wert veräußert werden sollen,
4. die Bestellung von Erbbaurechten oder Grundpfandrechten
   a) wenn der Grundstückswert 3 000 000 Euro übersteigt,
   b) wenn Laufzeiten von mehr als 40 Jahren (inklusive Verlängerungsoptionen) vereinbart werden sollen,
5. der Verzicht auf Zuordnung oder Rückerstattung nach dem Einigungsvertrag bei Grundstücken mit einem Wert von mehr als 125 000 Euro, wenn auf eine Gegenleistung verzichtet wird oder die Gegenleistung beträchtlich unter dem Grundstückswert liegt,
6. die Veräußerung von Grundstücken nach § 63 Absatz 2 Satz 2,
7. städtebauliche Verträge oder ähnliche Geschäfte, soweit sie eine unmittelbare oder mittelbare Verpflichtung zum Erwerb, zur Belastung oder zur Veräußerung von Grundstücken beinhalten, wenn die Grundstückwerte insgesamt 3 000 000 Euro übersteigen,
8. Erwerb, Belastung oder Veräußerung von Grundstücken, wenn der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses die Einwilligungsbedürftigkeit aufgrund der besonderen politischen Bedeutung des Geschäfts durch Beschluss feststellt. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, soweit kein Fall nach Satz 1 Nummer 8 vorliegt,
   1. bei Ausübung des Vorkaufsrechts,
   2. bei Erwerb im Wege der von einem anderen beantragten Zwangsversteigerung, soweit das Land Berlin an diesem anderen nicht beteiligt ist,
   3. bei Enteignungen oder Umlegungen,
   4. bei Erwerb von Grundstücken
      a) für die Gewerbe- oder Industrieansiedlung,
      b) für den Wohnungsbau,
      c) von herausragender städtebaulicher Bedeutung oder
      d) zur Erhaltung mietgünstigen Wohnraums,
   5. bei Gewerbe- oder Industrieansiedlung, wenn Grundstücke zu einem ihrem Wert entsprechenden Kaufpreis veräußert oder Erbbaurechte bestellt werden.

(3) Dem Abgeordnetenhaus ist halbjährlich über die Grundstücksgeschäfte Berlins zu berichten. Es ist darüber hinaus in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 vierteljährlich zu unterrichten.

(4) Der zuständige Ausschuss des Abgeordnetenhauses ist vor Abschluss des Kaufvertrages oder des Erbbaurechtsvertrages mit Kaufoption zu beteiligen, wenn

1. in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 Nummer 4 der Kaufpreis den Wert des Grundstücks überschreitet oder
2. es sich in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 Nummer 5 um Grundstücke
   a) von herausragender städtebaulicher Bedeutung oder
   b) in einer exponierten Lage von besonderem öffentlichen Interesse handelt und der Wert des Grundstücks 3 000 000 Euro übersteigt.

(5) Für zu erwerbende, zu belastende oder zu veräußernde Grundstücke ist eine Wertermittlung aufzustellen. Bei der Veräußerung von Grundstücken kann die Wertermittlung auch über ein allgemeines, transparentes und bedingungsfreies Bieterverfahren erfolgen; Gebote im Rahmen eines Bieterverfahrens sind zumindest am Ergebnis einer Verkehrswertaussage (gestrafftes Wertermittlungsverfahren) zu messen. Das Recht des Abgeordnetenhauses, durch Beschluss andere Werte zugrunde zu legen, bleibt unberührt.

(6) Beim Erwerb von Grundstücken können Hypotheken, Grund- und Rentenschulden unter Anrechnung auf den Kaufpreis ohne die Voraussetzungen des § 38 Absatz 1 übernommen werden.

(7) Die Wertgrenzen umfassen den Wert ohne Wertminderungen, die sich aus grundstücksbedingten Sachverhalten ergeben (Kontaminierungen, vorhandene bauliche Anlagen, Dienstbarkeiten, Anrechnungen auf den Kaufpreis und Ähnliches), soweit sie zum Zeitpunkt der Wertermittlung bekannt sind.

...

§ 113
Grundsatz

(1) Auf Sondervermögen sind die Teile I bis IV, VIII und IX dieses Gesetzes einschließlich der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften entsprechend, die Zuständigkeitsregelungen

in den §§ 64 und 65 unmittelbar anzuwenden, soweit nicht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes etwas anderes bestimmt ist. Der Rechnungshof prüft die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Sondervermögen; Teil V dieses Gesetzes ist entsprechend anzuwenden.

...

3. Gesetz zur landesrechtlichen Umsetzung der Schuldenbremse (BerlSchuldenbremseG)

Vom 25. November 2019, verkündet als Artikel 2 des Gesetzes zur Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in Berliner Landesrecht vom 25. November 2019 (GVBl. S. 742)

§ 6

Überschüsse, Konjunkturausgleichsrücklage

(1) Die mit einer positiven ex ante Konjunkturkomponente verbundenen Überschüsse sind im Haushalt zur Tilgung ausstehender konjunkturbedingter Kredite, die nach Beginn des Jahres 2020 aufgenommen wurden, vorzusehen und, sofern sie sich im Haushaltsvollzug realisieren, entsprechend einzusetzen.

(2) ...

4. Nachtragshaushaltsgesetz 2012/2013

Vom 19. November 2012 (GVBl. S. 369)

§ 3

Rücklage, innere Darlehen

(1) Die nicht zur Deckung des Finanzbedarfs der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH benötigten Haushaltsmittel werden einer Rücklage gemäß § 62 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung zugeführt.

(2) Die Rücklage dient zur Finanzierung der notwendigen Ausgaben an die Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH zur Fertigstellung des Flughafens Berlin-Brandenburg.

(3) Solange die Rücklage für ihren Zweck nicht benötigt wird, kann sie als inneres Darlehen an Stelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme ist auf die Kreditermächtigung nach § 2 des Haushaltsgesetzes 2012/2013 anzurechnen.

5. Bürgerliches Gesetzbuch

In der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Ermöglichung hybrider und virtueller Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht vom 14.3.2023 (BGBl. I Nr. 72)

§ 778
Kreditauftrag

Wer einen anderen beauftragt, im eigenen Namen und auf eigene Rechnung einem Dritten ein Darlehen oder eine Finanzierungshilfe zu gewähren, haftet dem Beauftragten für die aus dem Darlehen oder der Finanzierungshilfe entstehende Verbindlichkeit des Dritten als Bürge.

6. Abgabenordnung

in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist

§ 8
Wohnsitz

Einen Wohnsitz hat jemand dort, wo er eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass er die Wohnung beibehalten und benutzen wird.

§ 12
Betriebsstätte

(1) Betriebstätte ist jede feste Geschäftseinrichtung oder Anlage, die der Tätigkeit eines Unternehmens dient. Als Betriebstätten sind insbesondere anzusehen:

1. die Stätte der Geschäftsleitung,

2. Zweigniederlassungen,
3. Geschäftsstellen,
4. Fabrikations- oder Werkstätten,
5. Warenlager,
6. Ein- oder Verkaufsstellen,
7. Bergwerke, Steinbrüche oder andere stehende, örtlich fortschreitende oder schwimmende Stätten der Gewinnung von Bodenschätzen,
8. Bauausführungen oder Montagen, auch örtlich fortschreitende oder schwimmende, wenn
   a) die einzelne Bauausführung oder Montage oder
   b) eine von mehreren zeitlich nebeneinander bestehenden Bauausführungen oder Montagen oder
   c) mehrere ohne Unterbrechung aufeinander folgende Bauausführungen oder Montagen

länger als sechs Monate dauern.

7. Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Errichtung eines Nachhaltigkeitsfonds

Vom 17. Dezember 2014 (GVBl. S. 521), geändert durch Art. 1 Erstes ÄndG vom 6. Februar 2017 (GVBl. S. 215)

§ 4
Finanzierung

(1) Vom vorläufigen Haushaltsüberschuss (Summe der Gesamteinnahmen abzüglich Summe der Gesamtausgaben nach Abschluss aller Buchungen ohne Ausgaben für die Nettoschuldentilgung) wird eine Nettoschuldentilgung von mindestens 80 Mio. Euro geleistet. Der danach verbleibende Teil des Überschusses wird dem Sondervermögen zugeführt.

(2) Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses kann auf Vorschlag des Senats eine höhere Nettoschuldentilgung zu Lasten der Zuführung an das Sondervermögen beschließen.

(3) Eine Finanzierung der Zuführung an das Sondervermögen durch Einnahmen aus Kreditmarktmitteln ist nicht zulässig.

§ 5
Haushaltsplan, Haushaltsrecht

Alle Einnahmen und Ausgaben des Sondervermögens werden in einem Haushaltsplan veranschlagt. Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen; im Übrigen ist § 113 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung anzuwenden. Die Senatsverwaltung für Finanzen legt jährlich bis Ende des ersten Quartals zum Stichtag 31. Dezember Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens. Die Rechnung ist als Anhang der Haushaltsrechnung des Landes Berlin beizufügen.

8. Gesetz über die Zuständigkeiten in der Allgemeinen Berliner Verwaltung (Allgemeines Zuständigkeitsgesetz - AZG)
In der Fassung vom 22. Juli 1996 (GVBl. S. 302, ber. S. 472), zuletzt geändert durch Art. 1 13. ÄndG vom 12.5.2022 (GVBl. S. 191)

§ 6
Allgemeine Verwaltungsvorschriften

(1) Verwaltungsvorschriften zur Ausführung von Gesetzen (Ausführungsvorschriften) und andere allgemeine Verwaltungsvorschriften für die Behörden und nichtrechtsfähigen Anstalten der Berliner Verwaltung erläßt der Senat.

(2) Die zuständige Senatsverwaltung kann erlassen
a) Ausführungsvorschriften, soweit sie in einem Gesetz dazu ermächtigt ist;
b) Verwaltungsvorschriften für die ihr nachgeordneten Sonderbehörden und nichtrechtsfähigen Anstalten der Hauptverwaltung;
c) Verwaltungsvorschriften für die Bezirksverwaltungen, sofern sie im wesentlichen Verfahrensabläufe oder technische Einzelheiten regeln;
d) Verwaltungsvorschriften in Personalangelgenheiten der Dienstkräfte und Versorgungsempfänger sowie der zu Aus- und Fortbildungszwecken beschäftigten Personen;
e) zur Gewährleistung der inneren Sicherheit gemeinsame Verwaltungsvorschriften für die Dienstkräfte des Landes Berlin und der landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(3) Verwaltungsvorschriften sind auf das zwingend gebotene Mindestmaß zu beschränken. Sie sollen nur erlassen werden, soweit sich die Beteiligten nicht auf den wesentlichen Regelungsgehalt verständigen können. Sie dürfen die ausführenden Verwaltungsstellen nicht hindern, im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften der Lebenswirklichkeit in den unterschiedlichsten Einzelfällen gerecht zu werden.

(4) Beim Erlaß von Verwaltungsvorschriften mit Wirkung auf die Bezirke hat die Senatsverwaltung für Inneres als Bezirksaufsichtsbehörde für die Einhaltung des Absatzes 3 und dafür zu sorgen, daß die verfassungsmäßig gewährleistete Mitwirkung der Bezirke an der Verwaltung gefördert und geschützt und die Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit der bezirklichen Organe nicht beeinträchtigt wird.

(5) Verwaltungsvorschriften sollen eine Begrenzung ihrer Geltungsdauer enthalten. Die Geltungsdauer darf nicht über fünf Jahre, bei Verwaltungsvorschriften des Senats nicht über zehn Jahre hinaus erstreckt werden. Ist die Geltungsdauer von Verwaltungsvorschriften nicht begrenzt, so treten sie fünf Jahre, solche des Senats zehn Jahre nach Ablauf des Jahres außer Kraft, in dem sie erlassen worden sind.

(6) Sind Verwaltungsvorschriften über die Erhebung von Einnahmen oder die Leistung von Ausgaben mit Wirkung auf die Bezirke geboten, so sollen sie nur Bandbreiten vorgeben.

9. Gesetz über Altschuldenhilfen für Kommunale Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften und private Vermieter in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Altschuldenhilfe-Gesetz)

Vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 986), zuletzt geändert durch Art. 6 der Verordnung vom 19.6.2020 (BGBl. I S. 1328)

§ 2
Antragberechtigte

(1) Antragberechtigte sind:

1. Kommunale Wohnungsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, auf die die Wohnzwecken dienenden Grundstücke und das sonstige Wohnungsvermögen, die auf Grund des Einigungsvertrages und der zu seinem Vollzug erlassenen Gesetze auf die

Gemeinden übergegangen sind, mit den zugehörigen Altverbindlichkeiten im Sinne des § 3 übertragen worden sind oder bei denen ihre Übertragung mit Sicherheit erwartet werden kann;

2. Kommunen, soweit oder solange eine Übertragung ihrer Wohnzwecken dienenden Grundstücke und des sonstigen Wohnungsvermögens auf Wohnungsunternehmen, insbesondere wegen geringen Umfangs dieses Vermögens, betriebswirtschaftlich nicht vertretbar oder eine vollständige oder teilweise Übertragung, insbesondere wegen ausstehender Vermögenszuordnung und Sachenrechtsbereinigung, rechtlich noch nicht möglich ist;
3. Wohnungsgenossenschaften;
4. private Vermieter von Wohnraum, die die Verfügungsbefugnis über die Wohnung haben. Für Wohnungsbestände im Eigentum der Treuhandanstalt und ihrer Unternehmen sowie der Nachfolgeunternehmen der früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften einschließlich der ab 1. Juli 1990 bereits veräußerten Wohnungen werden Altschuldenhilfen (§§ 4 und 7) nicht gewährt.

Die Antragberechtigten müssen die Altverbindlichkeiten gegenüber der kreditgebenden Bank spätestens bis zur Gewährung der Teilentlastung nach § 4 oder der Zinshilfe nach § 7 schriftlich anerkennen und hierüber einen rechtswirksamen Kreditvertrag abgeschlossen haben. Die in Satz 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Antragberechtigten sind Wohnungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes.

(2) ...

10. Landesbürgschaftsgesetz

Vom 14. Februar 1964, zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 19. Oktober 1995 (GVBl. S. 688), aufgehoben durch Gesetz vom 22. Dezember 1998 (GVBl. S. 434)

§ 1

(1) Der Senat wird ermächtigt, zur Förderung der Wirtschaft in Berlin

1. Ausfallbürgschaften für Kredite an Berliner Betriebe,
2. Garantien für Beteiligungen an Berliner Betrieben und
3. Garantien für Haftungsfreistellungsprogramme

gegenüber Kreditinstituten, Kapitalsammelstellen, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, dem Bund und den anderen Bundesländern zu übernehmen. Die übernommenen

Ausfallbürgschaften und Garantien dürfen einen Rahmenbetrag von 2,4 Milliarden DM nicht überschreiten.

(2) Gegenüber Kreditinstituten, Kapitalsammelstellen und Kapitalbeteiligungsgesellschaften ist die Haftung in der Weise zu übernehmen, daß Berlin für den Einzelkredit oder die Beteiligung in der Regel höchstens mit 80 vom Hundert eines Ausfalles haftet. In volkswirtschaftlich begründeten Sonderfällen kann eine höhere Haftung übernommen werden. In Ausnahmefällen kann mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen durch Senatsbeschluß die Haftung für den vollen Betrag übernommen werden; ein Senatsbeschluß ist nicht erforderlich, wenn der Bund oder ein anderes Bundesland an einem Ausfall Berlins beteiligt ist.

§ 2

(1) Die Kreditinstitute, Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Kapitalsammelstellen nach § 1 müssen ihren Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum haben.

(2) Berliner Betriebe im Sinne des § 1 sind gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe sowie Angehörige freier Berufe des überregionalen Dienstleistungsbereichs, die ihren Sitz in dem in Absatz 1 genannten Gebiet haben, soweit sie in Berlin eine Betriebsstätte im Sinne von § 12 der Abgabenordnung unterhalten.

§ 3

(1) Der Senat wird ermächtigt, zur Förderung der Wirtschaft in Berlin Garantien für Arbeitnehmerbeteiligungsvorhaben zu übernehmen.

(2) Die Garantien dürfen einen Rahmenbetrag von 50 Millionen DM, der innerhalb des in § 1 Abs. 1 genannten Betrags liegt, nicht überschreiten.

(3) Der Senat erläßt die zur Regelung der Übernahme von Landesgarantien bei Arbeitnehmerbeteiligungen erforderlichen Richtlinien.

(4) Die Garantie ist in der Weise zu übernehmen, daß Berlin mit 80 vom Hundert eines Ausfalls haftet.

(5) Förderungsfähig sind Arbeitnehmerbeteiligungsvorhaben an Unternehmen, die in Berlin ihren Sitz haben und dort eine Betriebsstätte im Sinne von § 12 der Abgabenordnung unterhalten.

11. Rückbürgschaftsgesetz

In der Fassung vom 15. November 1993 (GVBl. S. 584), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 25. November 1996 (GVBl. S. 507), aufgehoben durch Gesetz vom 22. Dezember 1998 (GVBl. S. 434)

§ 1

(1) Der Senat wird ermächtigt, zur Förderung der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin für Betriebsmittelkredite und für Investitionskredite an Berliner Betriebe sowie für Investitionskredite an Träger der Freien Wohlfahrtspflege Rückbürgschaften bis zu einem Rahmenbetrag von 320 Mio. DM gegenüber Kreditgarantiegemeinschaften, die Ausfallbürgschaften gewähren, zu übernehmen.

(2) Als Ausfallbürgschaft im Sinne des Absatzes 1 gelten auch solche Bürgschaften, bei denen die Zahlungspflicht des Bürgen entsteht,

a) wenn und soweit die Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers durch Zahlungseinstellung, Eröffnung des Konkurs- oder Vergleichsverfahrens, durch Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung gemäß §§ 807, 883 ZPO oder auf sonstige Weise nachgewiesen wird und nennenswerte Eingänge aus der Verwertung der etwa bestehenden Sicherheiten oder des sonstigen Vermögens des Kreditnehmers nicht oder nicht mehr zu erwarten sind oder
b) wenn der Kreditnehmer nach Fälligkeit der durch die Bürgschaft gesicherten Verbindlichkeit, ohne daß es einer vorherigen Klage und Zwangsvollstreckung bedarf, auf eingeschriebenen Brief nicht binnen sechs Monaten Zahlung geleistet und eine Verwertung etwaiger anderer Sicherheiten nicht innerhalb der gleichen Frist zur Befriedigung des Kreditgebers geführt hat.

§ 2

Die Rückbürgschaft ist in der Weise zu übernehmen, daß Berlin für den Einzelkredit höchstens mit 60 vom Hundert eines Ausfalls haftet.

§ 3

(1) Die Kreditgarantiegemeinschaften im Sinne des § 1 Abs. 1 müssen ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland haben.

(2) Förderfähig sind gewerbliche Betriebe, Gartenbaubetriebe und Investitionen von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, die in Berlin ihren Sitz haben oder eine Betriebsstätte im Sinne von § 12 der Abgabenordnung unterhalten. Förderfähig sind auch Angehörige freier Berufe; die Voraussetzungen des Satzes 1 gelten entsprechend.

(3) Voraussetzungen für die Übernahme von Rückbürgschaften zugunsten von Trägern der Freien Wohlfahrtspflege sind der von der zuständigen Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen anerkannte Bedarf sowie die Optimierung der Wirtschaftlichkeit im Rahmen von Interessenbekundungsverfahren im Sinne von § 7 Abs. 2 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung.

§ 4

Der Senat wird ermächtigt, zur Förderung der Wirtschaft in Berlin Garantien, die im Rahmen des in § 1 Abs. 1 genannten Betrages einen Rahmenbetrag von 30 Mio. DM nicht überschreiten dürfen, gegenüber Garantiegemeinschaften, die Garantien für Beteiligungen gewähren, zu übernehmen.

§ 5

(1) Die Garantie ist in der Weise zu übernehmen, daß Berlin für die Einzelbeteiligung höchstens mit 35 vom Hundert eines Ausfalls haftet.

(2) Förderfähig sind Beteiligungsempfänger, die die Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 erfüllen.

12. Viertes Wohnungsbaubürgschaftsgesetz

Vom 13. Februar 1979 (GVBl. S. 345), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 17. Februar 1995 (GVBl. S. 56), aufgehoben durch Gesetz vom 22. Dezember 1998 (GVBl. 434)

§ 1

Der Senat wird ermächtigt, zur Förderung

1. des Wohnungsbaues, der Modernisierung und der Instandsetzung von Wohngebäuden in Berlin,
2. des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen geboten erscheint, und
3. des Erwerbs vorhandener familiengerechter Wohnungen, wenn diese eigengenutzt werden,

Bürgschaften, die einen Rahmenbetrag von 17 Milliarden Deutsche Mark nicht überschreiten dürfen, zu übernehmen.

§ 2

Der Bürgschaftsbetrag nach § 1 erhöht sich um den Betrag, für den die Ermächtigung nach § 1 des dritten Wohnungsbaubürgschaftsgesetzes in der Fassung vom 4. März 1974 (GVBl. S. 574) nicht in Anspruch genommen worden ist, sowie um die infolge Tilgung der verbürgten Darlehen nicht in Anspruch genommenen Beträge.

13. Gesetz zur Sicherstellung der Finanzierung des Flughafens Berlin-Brandenburg International

Vom 1. Oktober 2008 (GVBl. S. 273), außer Kraft seit 1. Januar 2010

§ 1

Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, zur Absicherung von Krediten der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) für den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) Bürgschaften über die in § 3 Abs. 2 Nr. 5 des Haushaltsgesetzes 2008/2009 vom 18. Dezember 2007 (GVBl. S. 686) zur Absicherung von Krediten der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) für den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) erteilte Ermächtigung zur Übernahme von Bürgschaften in Höhe von 715 000 000 Euro hinaus bis

zu 888 000 000 Euro – höchstens jedoch 37 vom Hundert der Verpflichtungen entsprechend dem Anteil des Landes an dieser Gesellschaft - zu übernehmen.

§ 2

Die in § 3 Abs. 2 Nr. 5 des Haushaltsgesetzes 2008/2009 zur Absicherung von Krediten der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) für den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) erteilte Ermächtigung zur Übernahme von Bürgschaften in Höhe von 715 000 000 Euro wird im Rahmen dieses Gesetzes in Anspruch genommen.

§ 3

Die Bürgschaften nach §§ 1 und 2 können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über 100 vom Hundert des Kreditbetrages, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft. Es tritt mit Inkrafttreten des auf das Haushaltsgesetz 2008/2009 folgenden Haushaltsgesetzes außer Kraft.

14. Schulgesetz für das Land Berlin (Schulgesetz - SchulG)

Vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juni 2023 (GVBl. S. 226)

§ 6

Begriffsbestimmungen und Anwendungsbereich

(1) ...

(2) Dieses Gesetz gilt für die öffentlichen Schulen im Land Berlin. Öffentliche Schulen sind Schulen, deren Träger das Land Berlin ist. Auf Volkshochschulen, Musikschulen, Jugendkunstschulen, Jugendverkehrsschulen und Gartenarbeitsschulen findet dieses Gesetz nur Anwendung, soweit es ausdrücklich bestimmt ist.

...

15. Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin

nach Art. III § 1 Nummer 3 des Gesetzes vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 266), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10.02.2023 (GVBl. S. 58)

§ 45
Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen

(1) Wird einem Beamten oder Soldaten außer in den Fällen des § 46 eine herausgehobene Funktion befristet übertragen, kann er eine Zulage zu seinen Dienstbezügen erhalten. Satz 1 gilt entsprechend für die Übertragungen einer herausgehobenen Funktion, die üblicherweise nur befristet wahrgenommen wird. Die Zulage kann ab dem siebten Monat der ununterbrochenen Wahrnehmung bis zu einer Dauer von höchstens fünf Jahren gezahlt werden.

(2) Die Zulage wird bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Grundgehalt seiner Besoldungsgruppe und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe, die der Wertigkeit der wahrgenommenen Funktion entspricht, höchstens jedoch der dritten folgenden Besoldungsgruppe, gewährt. Die Zulage vermindert sich bei jeder Beförderung um den jeweiligen Erhöhungsbetrag. § 13 findet keine Anwendung.

(3) Die Entscheidung über die Zahlung der Zulage trifft im Rahmen haushaltsrechtlicher Bestimmungen die oberste Dienstbehörde.

(4) Durch Landesrecht kann bestimmt werden, dass für die Gewährung der Zulage das Einvernehmen des für das Besoldungsrecht zuständigen Ministeriums erforderlich ist.

§ 46
Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes

(1) Werden einem Beamten oder Soldaten die Aufgaben eines höherwertigen Amtes vorübergehend vertretungsweise übertragen, erhält er nach achtzehn Monaten der ununterbrochenen Wahrnehmung dieser Aufgaben eine Zulage, wenn in diesem Zeitpunkt die haushaltsrechtlichen und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen für die Übertragung dieses Amtes vorliegen. Ein Beamter, dem auf Grund besonderer landesrechtlicher Rechtsvorschrift ein höherwertiges Amt mit zeitlicher Begrenzung übertragen worden ist, erhält für die Dauer der Wahrnehmung eine Zulage, wenn er das höherwertige Amt auf

dem übertragenen Dienstposten wegen der besonderen Rechtsvorschrift nicht durch Beförderung erreichen kann.

(2) Die Zulage wird in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Grundgehalt seiner Besoldungsgruppe und dem Grundgehalt gewährt, der das höherwertige Amt zugeordnet ist. Auf die Zulage ist eine nach Nummer 27 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B zustehende Stellenzulage anzurechnen, wenn sie in dem höherwertigen Amt nicht zustünde.

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 1

- Haushaltsgesetz
- Gesamtpläne
- Übersichten zu den Haushaltsplänen

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

Band/Seite

Haushaltsgesetz

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25) (Entwurf) ..... 1 - 17

Haushaltsplan 2024/2025

Gesamtplan

Haushaltsübersicht 2024 ..... 1 - 28

Haushaltsübersicht 2025 ..... 1 - 29

Finanzierungsübersicht 2024 ..... 1 - 30

Finanzierungsübersicht 2025 ..... 1 - 31

Kreditfinanzierungsplan 2024 ..... 1 - 32

Kreditfinanzierungsplan 2025 ..... 1 - 33

Betriebshaushalt/Vermögenshaushalt 2024 und 2025..... 1 - 35

Anlagen zum Haushaltsplan

Anlage 1 Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptverwaltung nach Arten und Aufgabenbereichen

Gruppierungsübersicht ..... 1 - 36

Funktionenübersicht ..... 1 - 44

Haushaltsquerschnitt 2024 ..... 1 - 54

Haushaltsquerschnitt 2025 ..... 1 - 55

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan und deren Fälligkeiten (Einzelpläne 01 – 29) ..... 1 - 57

Anlage 2 Stellenübersicht Hauptverwaltung ..... 1 - 59

Stellenübersicht Bezirksverwaltungen ..... 1 - 77

Anlage 3 Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten ..... 1 - 79

Anlage 4 Übersicht über Investitionen (Immobilien) im Sonderfinanzierungsverfahren und Einnahmeverzichte im Zusammenhang mit besonderen Finanzierungsvorgängen ..... 1 - 81

Anlage 5 Übersicht über Bürgschaften, Garantien sowie sonstige Gewährleistungen und Einstandspflichten ..... 1 - 83

Anlage 6 Übersicht über die Sonderabgaben ..... 1 - 99

Anlage 7 Berechnung der strukturellen Nettokreditaufnahme 2024 und 2025, Überblick über die Konjunkturausgleichsrücklage sowie Nachweis über die Voraussetzungen für die Kreditaufnahme aufgrund einer Ausnahmesituation, ihrer Höhe sowie der geplanten Tilgungsstruktur ..... 1 - 103

Anlage 8 Übersicht über die kreditfinanzierten finanziellen Transaktionsausgaben ..... 1 - 107

Band/Seite

Einzelpläne 01 bis 29

Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus

Kapitel 0100 Abgeordnetenhaus ..... 2 - 5
Stellenplan ..... 2 - 19
Stellenübersicht ..... 2 - 25

Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof

Kapitel 0200 Verfassungsgerichtshof ..... 2 - 27
Stellenplan ..... 2 - 33
Stellenübersicht ..... 2 - 37

Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister 3 - 5
Kapitel 0300 Senatskanzlei ..... 3 - 11
Produktdarstellung ..... 3 - 37
Kapitel 0309 Senatskanzlei
- Personalüberhang - ..... 3 - 47
Kapitel 0350 Senatskanzlei
- Europa - ..... 3 - 49
Produktdarstellung ..... 3 - 55
Kapitel 0360 Senatskanzlei
- Digitalisierung - ..... 3 - 59
Stellenplan ..... 3 - 63
Stellenübersicht ..... 3 - 77

Einzelplan 05 Inneres und Sport 5 - 5
Kapitel 0500 Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service - ..... 5 - 15
Produktdarstellung ..... 5 - 39
Kapitel 0509 Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Personalüberhang - ..... 5 - 45
Kapitel 0510 Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport - ..... 5 - 47
Produktdarstellung ..... 5 - 75
Kapitel 0511 Olympiapark Berlin..... 5 - 79
Produktdarstellung ..... 5 - 87
Kapitel 0512 Sportforum Berlin..... 5 - 89
Produktdarstellung ..... 5 - 95
Kapitel 0520 Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz - ..... 5 - 97
Produktdarstellung ..... 5 - 103
Kapitel 0531 Polizei Berlin
- Behördenleitung - ..... 5 - 105
Produktdarstellung ..... 5 - 115
Kapitel 0532 Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion - ..... 5 - 127

	Band/Seite
Kapitel 0543 Polizei Berlin - Landeskriminalamt -	5 - 141
Kapitel 0552 Polizei Berlin - Polizeiakademie -	5 - 161
Kapitel 0556 Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service -	5 - 171
Kapitel 0559 Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin	5 - 205
Kapitel 0561 Berliner Feuerwehr - Behördenleitung -	5 - 213
Produktdarstellung	5 - 221
Kapitel 0562 Berliner Feuerwehr - Einsatzbereiche -	5 - 225
Kapitel 0565 Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -	5 - 227
Kapitel 0566 Berliner Feuerwehr - Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -	5 - 265
Kapitel 0571 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -	5 - 271
Kapitel 0572 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -	5 - 281
Produktdarstellung	5 - 289
Kapitel 0573 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugzulassung -	5 - 295
Produktdarstellung	5 - 303
Kapitel 0574 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -	5 - 305
Produktdarstellung	5 - 313
Kapitel 0575 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Entschädigungsleistungen -	5 - 315
Produktdarstellung	5 - 323
Kapitel 0581 Landesamt für Einwanderung	5 - 325
Produktdarstellung	5 - 335
Stellenplan	5 - 339
Stellenübersicht	5 - 415
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6 - 5
Kapitel 0600 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	6 - 13
Produktdarstellung	6 - 35
Kapitel 0601 umgegliedert	6 - 39
Kapitel 0605 Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt	6 - 41
Produktdarstellung	6 - 47
Kapitel 0608 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -	6 - 49
Übersicht zum Wirtschaftsplan des institutionellen Zuwendungsempfängers Verbraucherzentrale Berlin e. V.	6 - 71
Produktdarstellung	6 - 73
Kapitel 0609 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Personalüberhang -	6 - 79

	Band/Seite
Kapitel 0611 Generalstaatsanwaltschaft	6 - 81
Produktdarstellung	6 - 91
Kapitel 0612 Staatsanwaltschaft	6 - 93
Produktdarstellung	6 - 101
Kapitel 0613 Amtsanwaltschaft	6 - 105
Kapitel 0614 Europäische Staatsanwaltschaft	6 - 111
Kapitel 0615 Kammergericht	6 - 115
Produktdarstellung	6 - 133
Kapitel 0616 Landgericht I - Strafsachen -	6 - 137
Produktdarstellung	6 - 143
Kapitel 0617 Landgericht II - Zivilsachen -	6 - 145
Kapitel 0619 Amtsgericht Charlottenburg	6 - 151
Produktdarstellung	6 - 155
Kapitel 0621 Amtsgericht Köpenick	6 - 161
Kapitel 0622 Amtsgericht Lichtenberg	6 - 165
Kapitel 0623 Amtsgericht Mitte	6 - 169
Kapitel 0624 Amtsgericht Neukölln	6 - 173
Kapitel 0625 Amtsgericht Pankow	6 - 177
Kapitel 0626 Amtsgericht Schöneberg	6 - 183
Kapitel 0627 Amtsgericht Spandau	6 - 187
Kapitel 0628 Amtsgericht Kreuzberg	6 - 191
Kapitel 0630 Amtsgericht Tiergarten	6 - 195
Produktdarstellung	6 - 201
Kapitel 0631 Amtsgericht Wedding	6 - 205
Kapitel 0632 Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg	6 - 211
Kapitel 0641 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	6 - 217
Produktdarstellung	6 - 227
Kapitel 0642 Verwaltungsgericht	6 - 229
Produktdarstellung	6 - 239
Kapitel 0651 Sozialgericht	6 - 243
Produktdarstellung	6 - 251
Kapitel 0661 Justizvollzugsanstalt Plötzensee	6 - 255
Produktdarstellung	6 - 275
Kapitel 0663 Justizvollzugsanstalt für Frauen	6 - 281
Kapitel 0664 Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin	6 - 289
Kapitel 0666 Justizvollzugsanstalt Moabit	6 - 299
Kapitel 0668 Justizvollzugsanstalt Tegel	6 - 307
Kapitel 0669 Jugendstrafanstalt	6 - 317
Kapitel 0671 Jugendarrestanstalt	6 - 325
Kapitel 0672 Justizvollzugsanstalt Heidering	6 - 331
Kapitel 0691 Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -	6 - 339
Produktdarstellung	6 - 345
Stellenplan	6 - 349
Stellenübersicht	6 - 443

	Band/Seite
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7 - 5
Kapitel 0700 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	7 - 19
Produktdarstellung	7 - 39
Kapitel 0705 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Grundsatz -	7 - 41
Produktdarstellung	7 - 47
Kapitel 0709 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Personalüberhang -	7 - 51
Kapitel 0710 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -	7 - 53
Produktdarstellung	7 - 81
Kapitel 0720 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Integrativer Umweltschutz -	7 - 87
Produktdarstellung	7 - 107
Kapitel 0721 Fischereiamt	7 - 117
Produktdarstellung	7 - 125
Kapitel 0730 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Verkehr -	7 - 127
Produktdarstellung	7 - 179
Kapitel 0732 Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg	7 - 185
Kapitel 0740 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Tiefbau -	7 - 187
Produktdarstellung	7 - 251
Kapitel 0750 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -	7 - 261
Produktdarstellung	7 - 337
Kapitel 0751 Berliner Forsten	7 - 345
Produktdarstellung	7 - 363
Kapitel 0752 Pflanzenschutzamt	7 - 367
Produktdarstellung	7 - 375
Kapitel 0770 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Integratives Verkehrsmanagement -	7 - 377
Produktdarstellung	7 - 387
Kapitel 0780 umgegliedert	7 - 389
Stellenplan	7 - 391
Stellenübersicht	7 - 431

	Band/Seite
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8 - 5
Kapitel 0800 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	8 - 15
Kapitel 0809 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Personalüberhang -	8 - 25
Kapitel 0810 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Kultur -	8 - 27
Produktdarstellung	8 - 117
Kapitel 0812 Brücke-Museum	8 - 121
Kapitel 0813 Gedenkstätte Deutscher Widerstand	8 - 127
Kapitel 0814 Landesarchiv	8 - 133
Produktdarstellung	8 - 141
Kapitel 0820 Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	8 - 143
Produktdarstellung	8 - 149
Kapitel 0830 umgegliedert	8 - 153
Kapitel 0840 umgegliedert	8 - 155
Kapitel 0841 umgegliedert	8 - 157
Kapitel 0850 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Engagement und Demokratieförderung -	8 - 159
Stellenplan	8 - 163
Stellenübersicht	8 - 191
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9 - 5
Kapitel 0900 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	9 - 15
Kapitel 0909 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Personalüberhang -	9 - 23
Kapitel 0910 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Hochschulen -	9 - 25
Produktdarstellung	9 - 73
Kapitel 0920 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Gesundheit -	9 - 77
Produktdarstellung	9 - 105
Kapitel 0921 Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin	9 - 113
Produktdarstellung	9 - 119
Kapitel 0922 Gemeinsames Krebsregister	9 - 123
Kapitel 0930 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Pflege -	9 - 127
Produktdarstellung	9 - 137
Kapitel 0940 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Außeruniversitäre Forschung und Charité -	9 - 143
Produktdarstellung	9 - 187
Kapitel 0950 umgegliedert	9 - 189
Kapitel 0991 Sekretariat der Kultusministerkonferenz	9 - 191
Stellenplan	9 - 237
Stellenübersicht	9 - 267

	Band/Seite
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10 - 5
Kapitel 1000 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	10 - 17
Kapitel 1009 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Personalüberhang -	10 - 55
Kapitel 1010 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -	10 - 57
Produktdarstellung	10 - 89
Kapitel 1011 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -	10 - 97
Produktdarstellung	10 - 111
Kapitel 1012 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -	10 - 115
Produktdarstellung	10 - 139
Kapitel 1014 Berliner Landeszentrale für politische Bildung	10 - 143
Kapitel 1015 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundschulen -	10 - 149
Produktdarstellung	10 - 153
Kapitel 1016 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gemeinschaftsschulen -	10 - 157
Produktdarstellung	10 - 161
Kapitel 1018 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gymnasien -	10 - 163
Produktdarstellung	10 - 167
Kapitel 1019 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Integrierte Sekundarschulen -	10 - 169
Produktdarstellung	10 - 175
Kapitel 1020 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Sonderpädagogische Förderzentren -	10 - 179
Produktdarstellung	10 - 185
Kapitel 1021 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Berufsbildende Schulen -	10 - 189
Produktdarstellung	10 - 201
Kapitel 1022 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Staatliche Technikerschule -	10 - 205
Kapitel 1023 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -	10 - 211
Kapitel 1024 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Zentral verwaltete Schulen -	10 - 219
Kapitel 1040 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familie und frühkindliche Bildung -	10 - 231
Produktdarstellung	10 - 247
Kapitel 1041 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familienpolitik und Familienförderung -	10 - 251
Produktdarstellung	10 - 257
Kapitel 1042 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Jugend und Kinderschutz -	10 - 261
Produktdarstellung	10 - 273

	Band/Seite
Kapitel 1043 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Berliner Notdienst Kinderschutz -	10 - 277
Produktdarstellung	10 - 283
Kapitel 1045 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -	10 - 285
Produktdarstellung	10 - 291
Kapitel 1051 Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg	10 - 295
Produktdarstellung	10 - 303
Kapitel 1061 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -	10 - 305
Kapitel 1080 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schule in der digitalen Welt -	10 - 311
Stellenplan	10 - 329
Stellenübersicht	10 - 421
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11 - 5
Kapitel 1100 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	11 - 17
Kapitel 1109 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Personalüberhang -	11 - 29
Kapitel 1120 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -	11 - 33
Produktdarstellung	11 - 45
Kapitel 1130 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -	11 - 49
Produktdarstellung	11 - 57
Kapitel 1140 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -	11 - 59
Produktdarstellung	11 - 87
Kapitel 1141 Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg	11 - 93
Produktdarstellung	11 - 101
Kapitel 1142 Arbeitsgericht	11 - 103
Produktdarstellung	11 - 111
Kapitel 1145 Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit	11 - 113
Produktdarstellung	11 - 121
Kapitel 1150 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales -	11 - 125
Produktdarstellung	11 - 149
Kapitel 1160 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Leitung der Behörde und Service -	11 - 155

	Band/Seite
Kapitel 1162 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Gesundheits- und Verbraucherschutz -	11 - 169
Produktdarstellung	11 - 183
Kapitel 1164 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Versorgung -	11 - 185
Produktdarstellung	11 - 201
Kapitel 1166 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Soziales -	11 - 205
Produktdarstellung	11 - 233
Kapitel 1167 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -	11 - 237
Kapitel 1170 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Leitung der Behörde und Service -	11 - 249
Kapitel 1171 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -	11 - 259
Produktdarstellung	11 - 267
Kapitel 1172 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Berliner Unterbringungsleitstelle -	11 - 269
Kapitel 1180 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung -	11 - 277
Produktdarstellung	11 - 285
Kapitel 1192 Sozialleistungen (Kriegsopferfürsorge) mit einem Bundesanteil von 80 v. H.	11 - 291
Stellenplan	11 - 295
Stellenübersicht	11 - 343
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12 - 5
Kapitel 1200 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	12 - 19
Kapitel 1209 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Personalüberhang -	12 - 35
Kapitel 1210 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Stadtplanung -	12 - 37
Produktdarstellung	12 - 45
Kapitel 1214 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Gemeinsame Landesplanung -	12 - 51
Kapitel 1220 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Städtebau und Projekte -	12 - 53
Produktdarstellung	12 - 81
Kapitel 1230 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Geoinformation -	12 - 87
Produktdarstellung	12 - 95
Kapitel 1240 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -	12 - 99
Produktdarstellung	12 - 127
Kapitel 1250 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -	12 - 131
Produktdarstellung	12 - 187

	Band/Seite
Kapitel 1260 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -	12 - 189
Produktdarstellung	12 - 197
Kapitel 1270 Denkmalschutz und Denkmalpflege	12 - 205
Produktdarstellung	12 - 211
Kapitel 1271 Landesdenkmalamt	12 - 213
Produktdarstellung	12 - 227
Kapitel 1295 Förderung des Wohnungsbaus	12 - 231
Übersicht über den Haushaltsplan für das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)	12 - 242
Stellenplan	12 - 247
Stellenübersicht	12 - 275
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13 - 5
Kapitel 1300 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	13 - 17
Produktdarstellung	13 - 29
Kapitel 1309 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Personalüberhang -	13 - 33
Kapitel 1320 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -	13 - 35
Produktdarstellung	13 - 77
Kapitel 1330 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik -	13 - 91
Produktdarstellung	13 - 139
Kapitel 1350 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie, Digitalisierung und Innovation -	13 - 151
Produktdarstellung	13 - 181
Stellenplan	13 - 193
Stellenübersicht	13 - 209
Einzelplan 15 Finanzen	14 - 7
Kapitel 1500 Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	14 - 15
Produktdarstellung	14 - 27
Kapitel 1502 Senatsverwaltung für Finanzen - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -	14 - 37
Produktdarstellung	14 - 43
Kapitel 1509 Senatsverwaltung für Finanzen - Personalüberhang -	14 - 45
Kapitel 1510 Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen -	14 - 47
Wirtschaftsplan der Staatlichen Münze Berlin	14 - 56
Wirtschaftsplan der Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH	14 - 58
Produktdarstellung	14 - 61
Kapitel 1520 Senatsverwaltung für Finanzen - Haushalt -	14 - 73
Produktdarstellung	14 - 77

	Band/Seite
Kapitel 1521 Nebenforderungen Landesebene	14 - 83
Kapitel 1523 Landesfinanzservice	14 - 85
Produktdarstellung	14 - 93
Kapitel 1530 Senatsverwaltung für Finanzen - Steuern -	14 - 99
Produktdarstellung	14 - 105
Kapitel 1531 Finanzämter	14 - 107
Produktdarstellung	14 - 127
Kapitel 1532 Finanzamt Berlin International	14 - 137
Produktdarstellung	14 - 143
Kapitel 1540 Senatsverwaltung für Finanzen - Landespersonal -	14 - 145
Produktdarstellung	14 - 153
Kapitel 1541 Landesverwaltungsamt - Leitung und Zentraler Service -	14 - 159
Produktdarstellung	14 - 167
Kapitel 1542 Landesverwaltungsamt - Logistikservice -	14 - 169
Produktdarstellung	14 - 173
Kapitel 1543 Landesverwaltungsamt - Personalservice -	14 - 177
Produktdarstellung	14 - 181
Kapitel 1544 Landesverwaltungsamt - Beihilfeservice -	14 - 185
Produktdarstellung	14 - 189
Kapitel 1545 Landesverwaltungsamt - IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -	14 - 191
Produktdarstellung	14 - 195
Kapitel 1547 Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung	14 - 199
Produktdarstellung	14 - 203
Kapitel 1599 Senatsverwaltung für Finanzen - Personalüberhang - (ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement)	14 - 205
Produktdarstellung	14 - 207
Stellenplan	14 - 209
Stellenübersicht	14 - 257
Einzelplan 20 Rechnungshof	
Kapitel 2000 Rechnungshof	2 - 39
Stellenplan	2 - 51
Stellenübersicht	2 - 55
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2 - 57
Kapitel 2100 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2 - 59
Kapitel 2101 Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)	2 - 67
Stellenplan	2 - 73
Stellenübersicht	2 - 79

	Band/Seite
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	
Kapitel 2200 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2 - 87
Stellenplan	2 - 93
Stellenübersicht	2 - 97
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	4 - 5
Kapitel 2500 Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung	4 - 11
Kapitel 2503 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	4 - 25
Kapitel 2505 Senatsverwaltung für Inneres und Sport	4 - 29
Kapitel 2506 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz	4 - 33
Kapitel 2507 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	4 - 37
Kapitel 2508 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	4 - 41
Kapitel 2509 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	4 - 45
Kapitel 2510 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	4 - 49
Kapitel 2511 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	4 - 53
Kapitel 2512 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	4 - 57
Kapitel 2513 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	4 - 61
Kapitel 2515 Senatsverwaltung für Finanzen	4 - 65
Kapitel 2531 Bezirksamt Mitte	4 - 69
Kapitel 2532 Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg	4 - 73
Kapitel 2533 Bezirksamt Pankow	4 - 77
Kapitel 2534 Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf	4 - 81
Kapitel 2535 Bezirksamt Spandau	4 - 85
Kapitel 2536 Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf	4 - 89
Kapitel 2537 Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg	4 - 93
Kapitel 2538 Bezirksamt Neukölln	4 - 97
Kapitel 2539 Bezirksamt Treptow-Köpenick	4 - 101
Kapitel 2540 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf	4 - 105
Kapitel 2541 Bezirksamt Lichtenberg	4 - 109
Kapitel 2542 Bezirksamt Reinickendorf	4 - 113
Kapitel 2552 Polizei Berlin	4 - 117
Kapitel 2554 Berliner Feuerwehr	4 - 127
Kapitel 2555 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten	4 - 131
Kapitel 2557 Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg	4 - 135
Kapitel 2558 Landesamt für Gesundheit und Soziales	4 - 139
Kapitel 2559 Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit	4 - 143
Kapitel 2560 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten	4 - 147
Kapitel 2561 Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin	4 - 151
Kapitel 2562 Landesverwaltungsamt	4 - 155
Kapitel 2563 Landesamt für Einwanderung	4 - 159

Band/Seite

Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke 14 - 269

Kapitel 2705 Aufwendungen der Bezirke
- Inneres und Sport - ... 14 - 275

Kapitel 2707 Aufwendungen der Bezirke
- Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - ... 14 - 279

Kapitel 2708 Aufwendungen der Bezirke
- Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - ... 14 - 287

Kapitel 2709 Aufwendungen der Bezirke
- Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - ... 14 - 291

Kapitel 2710 Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie - ... 14 - 295

Kapitel 2711 Aufwendungen der Bezirke
- Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - ... 14 - 305

Kapitel 2712 Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - ... 14 - 309

Kapitel 2713 Aufwendungen der Bezirke
- Wirtschaft, Energie und Betriebe - ... 14 - 327

Kapitel 2729 Zuweisungen an die Bezirke ... 14 - 329

Kapitel 2730 Kalkulatorische Verrechnungen ... 14 - 337

Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten 14 - 341

Kapitel 2900 Steuern und Finanzausgleich ... 14 - 347

Produktdarstellung ... 14 - 351

Kapitel 2902 Darlehen und Schuldendienst ... 14 - 353

Produktdarstellung ... 14 - 357

Kapitel 2910 Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten ... 14 - 359

Übersicht über den Haushaltsplan für das
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt
(SIWA) ... 14 - 365

Produktdarstellung ... 14 - 367

Kapitel 2920 Kommunalinvestitionsprogramm ... 14 - 369

Produktdarstellung ... 14 - 375

Kapitel 2931 Landesweite Aufgaben im Zusammenhang
mit der Fluchtbewegung (Ukraine) ... 14 - 377

Produktdarstellung ... 14 - 281

Kapitel 2940 Versorgungsausgaben und
weitere zentrale Personalangelegenheiten ... 14 - 383

Produktdarstellung ... 14 - 391

Kapitel 2990 Vermögen ... 14 - 393

Übersicht zum Wirtschaftsplan – 1. Entwurf
Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung
- Betriebsteil A Gebäudedienstleistungen ... 14 - 400

Übersicht zum Wirtschaftsplan
Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung
- Betriebsteil B Betreiber von Flüchtlingsunterkünften ... 14 - 402

Produktdarstellung ... 14 - 405

Kapitel 2991 Immobilienbezogene Sondervermögen ... 14 - 407

Übersicht zum Wirtschaftsplan – 1. Entwurf
Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin ... 14 - 410

	Band/Seite
Übersicht zum Wirtschaftsplan – 1. Entwurf Sondervermögen für Daseinsvorsorge und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin ..	14 - 412
Produktdarstellung	14 - 415

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25) (Entwurf)

Abschnitt I
Allgemeine Ermächtigungen

§ 1
Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 wird für 2024 in Einnahmen und Ausgaben auf 39.065.519.700 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 53.406.794.900 Euro und für 2025 in Einnahmen und Ausgaben auf 40.316.688.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 45.249.632.100 Euro festgestellt, und zwar

1. für das Haushaltsjahr 2024
a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 27.839.844.700 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 52.613.793.900 Euro,
b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 11.225.675.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 793.001.000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans;

2. für das Haushaltsjahr 2025
a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 28.928.535.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 44.604.760.100 Euro,
b) in den Einzelplänen 31 bis 45 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 11.388.153.000 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 644.872.000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans.

§ 2
Kreditermächtigungen

(1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für finanzielle Transaktionen (Anlage 8 zum Haushaltsplan) im Haushaltsjahr 2024 bis zur Höhe von 381.000.000 Euro und im Haushaltsjahr 2025 bis zur Höhe von 381.000.000 Euro Kredite aufzunehmen. Mehrausgaben für finanzielle Transaktionen dürfen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch Kredite finanziert werden, sofern die Gesamthöhe der Kreditermächtigung dadurch nicht überschritten wird. Diese Mehrausgaben sind keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Januar 2009 (GVBl. S. 31, 486), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2023 (GVBl. S. 30) geändert worden ist.

(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Kredite aufzunehmen zur Tilgung von in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 jeweils fällig werdenden Krediten, zur vorzeitigen Tilgung von Schulden, zur Tilgung kurzfristiger Kredite und zum Kauf von Inhaberschuldverschreibungen des Landes, der aus Gründen der Marktpflege erforderlich ist.

(3) Erfolgt die Kreditaufnahme im Sinne der Absätze 1 und 2 in fremder Währung, ist das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhe durch Wechselkurssicherungsgeschäfte auszuschließen.

(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung Darlehen beim Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und beim Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.

(5) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigung anstelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen am Kreditmarkt innere Darlehen bei Rücklagen, die ihrer Verwaltung unterstehen, aufzunehmen, solange die Mittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Beträge zur Tilgung von in Vorjahren aufgenommenen inneren Darlehen wachsen dem Kreditrahmen zu.

(6) Die Ermächtigungen der Absätze 4 und 5 gelten bei Anwendung des Artikels 89 Absatz 2 der Verfassung von Berlin entsprechend.

(7) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, in den jeweiligen Haushaltsjahren Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 13 Prozent der in § 1 festgestellten Beträge und darüber hinaus für die Stellung von Sicherheiten nach Absatz 9 Satz 3 aufzunehmen.

(8) Ab dem 1. Oktober der Haushaltsjahre 2024 und 2025 dürfen im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 2 Prozent der in § 1 festgestellten Ausgaben aufgenommen werden. Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(9) Im Rahmen der Kreditfinanzierung dürfen ergänzende Vereinbarungen, die der Steuerung von Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen, getroffen werden. In der Summe dürfen diese ergänzenden Vereinbarungen 40 Prozent des Gesamtschuldenstandes am Ende des jeweils vorangegangenen Haushaltsjahres nicht überschreiten. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Sicherheiten in Form verzinster Barmittel zu stellen und entgegenzunehmen.

§ 3
Gewährleistungsermächtigungen

(1) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und der freien Berufe im Land Berlin

1. Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalsammelstellen, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Bürgschaftsbanken, dem Bund und den Ländern bis zu 1.200.000.000 Euro,
2. Ausfallgarantien für Arbeitnehmerbeteiligungsvorhaben bis zu 2.000.000 Euro

zu übernehmen. Nach Satz 1 Nummer 1 geförderte Unternehmen und Angehörige freier Berufe müssen im Land Berlin eine Betriebsstätte im Sinne des § 12 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, unterhalten. Nach Satz 1 Nummer 2 geförderte Arbeitnehmerbeteiligungen müssen an Unternehmen mit Sitz und Betriebsstätte im Land Berlin erfolgen.

(2) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften und -garantien

1. zur Förderung des Wohnungsbaus, der Modernisierung, der Instandsetzung und des Rückbaus von Wohngebäuden im Land Berlin,
2. zur Förderung des Baus, der Modernisierung und Instandsetzung sowie der Umnutzung gewerblicher Räume, soweit dies im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nummer 1 geboten erscheint,
3. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Selbstnutzung und zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften nach § 2 Absatz 1 Satz 2 des Altschuldenhilfe-Gesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 986), das zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, abzuschließende Kreditverträge,
4. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen abzuschließende Kreditverträge

bis zu 5.500.000.000 Euro zu übernehmen.

(3) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Absicherung von Krediten der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH für den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg Bürgschaften bis zu 1.295.000.000 Euro, höchstens jedoch 37 Prozent der Verpflichtungen entsprechend dem Anteil des Landes Berlin an dieser Gesellschaft, zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 Prozent des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Die Übernahme von Bürgschaften im Sinne der Sätze 1 und 2 sowie jede sonstige Unterstützung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH setzen voraus, dass dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses zuvor die Bürgschafts- und sonstigen Unterstützungskonditionen übermittelt sind, sobald sie feststehen.

(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, bei Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften im Sinne des § 8 für von Objektträgern aufzunehmende Fremdmittel zur Verbesserung der Kreditkonditionen, insbesondere zur Inanspruchnahme von Krediten aus Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Bürgschaften bis zu 200.000.000 Euro zu übernehmen.

(5) Die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Förderung von Sozialunternehmen im Land Berlin und an Unternehmen von Angehörigen aus dem Nicht-EU-Ausland sowie von Geflüchteten Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Bürgschaftsbanken bis zu 50.000.000 Euro zu übernehmen.

(6) Die für Kultur und für Sport zuständigen Senatsverwaltungen werden ermächtigt, zur Stellung von Sicherheiten für Eingangsabgaben im Zusammenhang mit der vorübergehenden Einfuhr von Kunstgegenständen sowie zur Deckung des Risikos des Landes Berlin und von Zuwendungsempfängern des Landes Berlin aus der Haftung für Leihgaben im Bereich von Kunst und Kultur Gewährleistungen bis zu 500.000.000 Euro zu übernehmen.

(7) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften zur Förderung des Erwerbs von Arbeitsraum durch Künstlerinnen und Künstler zur Selbstnutzung bis zu 15.000.000 Euro zu übernehmen. Nach Satz 1 geförderte Künstlerinnen und Künstler müssen ihren Wohnsitz im Sinne des § 8 der Abgabenordnung oder bei einer wirtschaftlichen Tätigkeit eine Betriebsstätte im Sinne des § 12 der Abgabenordnung im Land Berlin haben.

(8) Die für Forschung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Deckung des Risikos des Landes Berlin für wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die vom Land und vom Bund gemeinsam getragen werden, und aus der Haftung für Leihgaben an wissenschaftliche Forschungseinrichtungen Gewährleistungen bis zu 93.000.000 Euro zu übernehmen.

(9) Die für Raumordnung zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für Haftungsfreistellungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsinitiativen Gewährleistungen bis zu 33.000.000 Euro zu übernehmen.

(10) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, Bürgschaften und Garantien zur Absicherung von Krediten im Zusammenhang mit öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen bis zu 8.500.000.000 Euro zu übernehmen. Die Bürgschaften können auch als selbstschuldnerische Bürgschaften auf erstes Anfordern über bis zu 100 Prozent des Kreditbetrags, als entsprechende Garantien oder als sonstige Gewährleistungen übernommen werden. Unter öffentliche Infrastrukturmaßnahmen im Sinnes des Satzes 1 fallen auch die Gründung und der Erwerb von Beteiligungen auf dem Gebiet der Wasser-, Energie- und Fernwärmeversorgung, der Schulbau und strategische Investitionen von Landesunternehmen. Für einen Betrag von bis zu 600.000.000 Euro wird die für Energie zuständige Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung im Rahmen des in Satz 1 genannten Höchstbetrages ermächtigt, einen Kreditauftrag gemäß § 778 des Bürgerlichen Gesetzbuches an die Investitionsbank Berlin zur Finanzierung der Übernahme von betreffenden Netzen durch eine landeseigene Gesellschaft zu erteilen.

(11) Auf die Höchstbeträge nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 sowie Absatz 2 werden jeweils die Bürgschaften und Garantien auf Grund des Landesbürgschaftsgesetzes vom 14. Februar 1964 (GVBl. S. 244), das zuletzt durch Gesetz vom 19. Oktober 1995 (GVBl. S. 688) geändert worden ist, und des Rückbürgschaftsgesetzes in der Fassung vom 15. November 1993 (GVBl. S. 584), das zuletzt durch Gesetz vom 25. November 1996 (GVBl. S. 507) geändert worden ist, auf den Höchstbetrag nach Absatz 2 Nummer 1 bis 3 zudem die Bürgschaften auf Grund des Vierten Wohnungsbaubürgschaftsgesetzes vom 13. Februar 1979 (GVBl. S. 345), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Februar 1995 (GVBl. S. 56) geändert worden ist, auf den Höchstbetrag nach Absatz 3 die Bürgschaften auf Grund des BBI-Finanzierungs-Sicherstellungsgesetzes vom 1. Oktober 2008 (GVBl. S. 273) angerechnet. Weiterhin werden auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 bis 10 die Gewährleistungen auf Grund der jeweiligen Ermächtigungen bisheriger Haushaltsgesetze angerechnet, soweit das Land Berlin noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit es in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachte Leistung keinen Ersatz erlangt hat. Soweit das Land Berlin ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für die erbrachte Leistung erlangt hat, sind übernommene Bürgschaften und Garantien auf die Höchstbeträge nicht mehr anzurechnen.

(12) Sind aus vorangegangenen Haushaltsjahren Bürgschaften oder Gewährleistungen in Deutscher Mark übernommen worden, sind sie mit dem festgesetzten Umrechnungskurs auf die Höchstbeträge in Euro anzurechnen.

(13) Zur Ausführung der in diesem Gesetz eingeräumten Ermächtigungen kann der Senat Bürgschaftsrichtlinien erlassen.

§ 4
Hebesätze

(1) Die Hebesätze für die Grundsteuer werden für das Jahr 2024
1. für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft auf 150 Prozent
2. für Grundstücke auf 810 Prozent
des Steuermessbetrages festgesetzt.

(2) Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird für die Jahre 2024 und 2025 auf 410 Prozent des Steuermessbetrages festgesetzt.

§ 5
Haushaltsüberschreitungen

(1) Der Betrag nach § 37 Absatz 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung wird für die Jahre 2024 und 2025 auf jeweils 5.000.000 Euro festgesetzt. Sofern über- und außerplanmäßige Ausgaben im Einzelfall den in Satz 1 festgelegten Betrag, im Falle der Erfüllung von Rechtsverpflichtungen einen Betrag von 50.000.000 Euro, überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur Unterrichtung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(2) Der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung wird für die Jahre 2024 und 2025 auf jeweils 15.000.000 Euro festgesetzt. Für die im Zusammenhang mit der Anmietung neuer oder zusätzlicher Büroflächen für die Bezirke oder die Hauptverwaltung entstehenden Miet- und Betriebskosten wird dieser Betrag auf jeweils 50.000.000 Euro, begrenzt auf einen Zeitraum von höchstens 10 Jahren festgelegt. Sofern über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen den in Satz 1 festgelegten Betrag überschreiten sollen, sind sie vor Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses im Konsultationsverfahren zur Unterrichtung vorzulegen, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.

(3) Der Betrag nach § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung wird für die Jahre 2024 und 2025 für über- und außerplanmäßige Ausgaben auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt. Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen wird der Betrag nach § 38 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Absatz 4 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2024 und 2025 auf jeweils 50.000 Euro festgesetzt.

(4) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für das Eingehen von Verpflichtungen im Verkehrsbereich (Kapitel 0730) überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bei den Titeln 54045 und 54081 über den in Absatz 2 Satz 1 festgesetzten Betrag hinaus mit vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses zuzulassen.

Abschnitt II
Bewirtschaftung von Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

§ 6
Haushaltswirtschaftliche Sperre

Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann von ihren Befugnissen nach § 41 Absatz 1 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung auch dann Gebrauch machen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit missachtet worden sind oder missachtet werden.

§ 7
Gesetzliche Sperre

(1) Zur Aufhebung einer Sperre gemäß § 24 Absatz 3 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung bedarf es bei Baumaßnahmen mit einem Gesamtkostenrahmen von über 1.000.000 Euro zusätzlich zur Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung der Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses, sofern die Prüfung der Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung ergibt, dass der Rahmen der bei Veranschlagung dargelegten Gesamtkosten überschritten wird.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Maßnahmen, die mittels standardisiertem Typenbau umgesetzt werden, sofern geprüfte Unterlagen nach § 24 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung für den Typenentwurf bereits vorliegen, sowie für Leistungen der Bauvorbereitung.

§ 8
Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften

(1) Durch den Abschluss von Leasing-, Mietkauf- und ähnlichen Verträgen (Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften) dürfen Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre eingegangen werden. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften zuzulassen; § 38 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt. Die aus Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften entstehenden Verpflichtungen des Landes Berlin dürfen das vertretbare Maß für die Belastung künftiger Haushaltsjahre nicht überschreiten. Ein Projekt in öffentlich-privater Partnerschaft setzt die Feststellung eines unabdingbaren Investitions- und Beschaffungsbedarfs voraus, der auch ohne öffentlich-private Partnerschaft aus dem Haushalt realisiert würde.

(2) Im Haushalt bereits veranschlagte Investitionsmaßnahmen können mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses durch alternative Beschaffungs- und Errichtungsformen wie Sonderfinanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften ersetzt werden. In diesen Fällen dürfen die veranschlagten Mittel im laufenden Haushaltsjahr nur für die Absicherung und Leistung der vertraglichen Raten und nur bis zu deren notwendiger Höhe verwendet werden.

(3) Die Wirtschaftlichkeit von Sonderfinanzierungen und öffentlich-privaten Partnerschaften ist in jedem Einzelfall zu belegen.

(4) Grenzüberschreitendes Leasing sowie Sale-and-Lease-Back-Geschäfte sind ausgeschlossen.

(5) Die Übertragung von Schulgrundstücken an Dritte ist ausgeschlossen, soweit diese Dritten sich nicht direkt oder indirekt in vollständigem Landeseigentum befinden. Gleiches gilt für Erbbaurechte an

solchen Grundstücken. Schulgrundstücke im Sinne dieser Norm sind Grundstücke, die für öffentliche Schulen im Sinne des § 6 Absatz 2 des Schulgesetzes vom 26. Januar 2004 (GVBl. S. 26), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juni 2023 (GVBl. S. 226) geändert worden ist, genutzt werden. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Ausnahmen zulassen.

§ 9
Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen

(1) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 der Landeshaushaltsordnung dürfen Datenverarbeitungsprogramme der Berliner Verwaltung unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Inland abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Dem entgegenstehende vertragliche Regelungen bleiben unberührt.

(2) Nach § 63 Absatz 5 in Verbindung mit § 63 Absatz 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung dürfen leerstehende Immobilien mit Einwilligung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung Künstlerinnen und Künstlern, gemeinnützigen Gruppen, Jugendprojekten und -initiativen, Bürgervereinen und freien Trägern unter dem vollen Wert zur Zwischennutzung überlassen werden. Die Zwischennutzungen sind zeitlich so zu befristen, dass die Immobilie für das Land Berlin bei Bedarf für eigene Verwendungszwecke schnell verfügbar bleibt. Bei einer Vergabe an Dritte ist unbeachtlich, ob eine Veräußerung, die Bestellung eines Erbbaurechts oder die dauerhafte Vermietung bevorzugt wird. Bei der Überlassung für Zwischennutzungen sind von den Nutzerinnen und Nutzern mindestens die damit verbundenen Betriebs- und Unterhaltungskosten zu übernehmen. Bei der Berechnung des darüber hinaus gehenden Mietzinses ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nutzerinnen und Nutzer zu berücksichtigen.

§ 10
Einschränkung der gesetzlichen Deckungsfähigkeit
und der Verwendung von in den Haushaltsberatungen verstärkten Ansätzen

(1) Die Deckungsfähigkeit nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 bis 5 der Landeshaushaltsordnung und für die Bezirke nach § 20 Absatz 1 Nummer 3 und 4 der Landeshaushaltsordnung wird ausgeschlossen. Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. Satz 1 gilt nicht für die weisungsunabhängigen Verfassungsorgane und weisungsunabhängigen Landesbeauftragten.

(2) Macht das Land von einer Aufstockungsfinanzierung Gebrauch, indem es bestehende bezirkliche Leistungen hinsichtlich einzelner bezirklicher Projekte durch oder auf Grund des Haushaltsgesetzes verstärkt, ist eine Absenkung der bisherigen bezirklichen Leistungen weder im Ansatz noch in der Auskehrung zulässig.

(3) Durch das Abgeordnetenhaus verstärkte oder geschaffene Teilansätze dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses zur Auflösung pauschaler Minderausgaben herangezogen werden. Gleiches gilt für die Heranziehung zur Deckung, soweit in den jeweiligen Erläuterungen nicht ausdrücklich anders vorgesehen.

§ 11
Regelungen im Zusammenhang mit dem
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt

(1) Sofern die sich nach § 4 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Errichtung eines Nachhaltigkeitsfonds vom 17. Dezember 2014 (GVBl. S. 521), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. November 2019 (GVBl. S. 742) geändert worden ist, ergebende Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt die dafür im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben übersteigt, wird die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, eine höhere Zuführung an das Sondervermögen zu leisten. Diese höheren Ausgaben sind keine überplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.

(2) Für Investitionen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt gelten die Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung mit der Maßgabe, dass die Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung zu nutzen sind. Dies gilt nicht für § 24 Absatz 5 der Landeshaushaltsordnung.

§ 12
Parlamentsvorbehalt

Vertragliche Verpflichtungen, auch Zuschlagserteilungen nach Ausschreibungsverfahren, darf das Land Berlin ab einem Gesamtvolumen von 500.000.000 Euro nur nach vorheriger Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses eingehen (Parlamentsvorbehalt).

§ 13
Ergebnisrücklage der Bezirke

(1) Jeder Bezirk bildet eine Ergebnisrücklage.

(2) Beim Jahresabschluss führen die Bezirke ein positives Jahresergebnis (Saldo der Einnahmen und Ausgaben nach Basiskorrektur) ihrer Ergebnisrücklage zu. Negative Jahresergebnisse sind durch Entnahmen aus ihrer Ergebnisrücklage auszugleichen.

(3) Der Bestand der Ergebnisrücklage steht, vorbehaltlich der vorrangigen Abdeckung negativer Jahresergebnisse, überjährig für Entnahmen zur Verfügung. Durch Mehreinnahmen aus der Ergebnisrücklage finanzierte Mehrausgaben sind keine über- oder außerplanmäßigen Ausgaben im Sinne des § 37 der Landeshaushaltsordnung.

§ 14
Haushaltssystematische Veränderungen

(1) Ausgaben, die im Haushaltsplan in falschen Titeln veranschlagt wurden, dürfen mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung in entsprechender Anwendung des § 50 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung umgesetzt werden. Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ist zu unterrichten.

(2) Absatz 1 gilt auch für Ausgaben in Titeln, die auf Grund von Änderungen des bundeseinheitlichen Gruppierungsplans umgesetzt werden müssen.

(3) Die Ausgaben zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Sondervermögen Klima, Resilienz und Transformation werden in gesonderten Kapiteln ausgewiesen, die im Haushaltsvollzug eingerichtet werden. Das Nähere dazu regelt die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung.

Abschnitt III
Personalwirtschaftliche Regelungen und Personalausgaben

§ 15
Personalwirtschaftliche Ermächtigungen

(1) Leistungsprämien und -zulagen an Beamtinnen und Beamte dürfen nach der jeweils geltenden landesrechtlichen Verordnung im Rahmen der den Behörden und Einrichtungen zur Verfügung gestellten Personalmittel gezahlt werden.

(2) Unter den Voraussetzungen des § 45 Absatz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin nach Artikel III § 1 Nummer 3 des Gesetzes vom 21. Juni 2011 (GVBl. S. 266), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Februar 2023 (GVBl. S. 58) geändert worden ist, darf im Einvernehmen mit der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung eine Zulage gezahlt werden. Die Zulage darf bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe der Beamtin oder des Beamten und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe, die der Wertigkeit der wahrgenommenen Funktion entspricht, höchstens jedoch der zweiten folgenden Besoldungsgruppe und nicht einstiegsamtübergreifend gewährt werden. Die für Besoldung zuständige Senatsverwaltung kann hinsichtlich der Beschränkung zur einstiegsamtübergreifenden Gewährung im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

§ 16
Personalwirtschaftliche Einschränkungen

Die im Stellenplan angebrachten Sperrvermerke an Planstellen, Stellen und Beschäftigungspositionen und die sonstigen haushaltswirtschaftlichen Einschränkungen bewirken in Höhe der von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung festgesetzten Durchschnittssätze Mittelsperren. Unterjährig wirksam werdende Sperrvermerke und haushaltswirtschaftliche Einschränkungen sind anteilig zu berücksichtigen.

§ 17
Deckungsfähigkeit und Zweckbindung

(1) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Titeln 42221, 42722, 42735 und 42821 für Anwärterinnen und Anwärter, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Stipendiatinnen und Stipendiaten ausgewiesenen Mittel nur untereinander und auch einzelplanübergreifend deckungsfähig, ausnahmsweise auch mit den übrigen Personalausgaben, soweit es sich um auf zwölf Monate befristete Weiterbeschäftigungen im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung handelt, sowie abweichend von § 10 Absatz 1 auch mit den konsumtiven Sachausgaben, soweit es sich um Zuschüsse zur Ausweitung des Ausbildungsangebots handelt. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können Personalausgaben auch für zusätzliche Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter im Rahmen der Deckungsfähigkeit geleistet werden, wenn eine geplante Ausweitung des Ausbildungsangebotes anderenfalls nicht realisierbar ist. Die Finanzierung befristeter Weiterbeschäftigungen nach Satz 1 sowie von Praxisanleiterinnen und Praxisanleitern nach Satz 2 ist nur zulässig, sofern die Ansätze der übrigen Titel der Hauptgruppe 4 im jeweiligen Bezirksplan oder Einzelplan der Hauptverwaltung überschritten werden. Mit Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung können nicht verbrauchte Mittel der in Satz 1 genannten Titel in die Folgejahre übertragen sowie auch in Unternehmen und Einrichtungen

außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung verausgabt werden, sofern damit zusätzliche Ausbildungsplätze in zukunftsträchtigen Ausbildungsberufen neu geschaffen werden.

(2) Abweichend von § 20 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung sind die in den Kapiteln des Personalüberhangs veranschlagten Personalausgaben nur deckungsberechtigt.
Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.

(3) In den einzelnen Kapiteln fließen die Einnahmen aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung behinderter Menschen (Titel 23601) den Ausgaben bei Titel 42811 zu.

Abschnitt IV
Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 18
Weitergeltung von Vorschriften

§ 2 Absatz 2 bis 6 und 9 sowie die §§ 3, 4, 6, 9 und 15 bis 17 gelten bis zur Verkündung des auf dieses Gesetz folgenden Haushaltsgesetzes weiter.

§ 19
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

G E S A M T P L A N

Haushaltsübersicht 2024

Einzel-plan	Bezeichnung	Einnahmen €	Ausgaben €	Fehlbetrag (-) Überschuss €	Verpflichtungs-ermächtigungen €
01	Abgeordnetenhaus	58.500	95.879.400	-95.820.900	---
02	Verfassungsgerichtshof	1.000	980.000	-979.000	---
03	Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister	2.655.000	114.549.400	-111.894.400	89.699.000
05	Inneres und Sport	419.893.300	3.066.175.300	-2.646.282.000	693.188.800
06	Justiz und Verbraucherschutz	344.945.900	1.207.435.500	-862.489.600	106.068.000
07	Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	940.592.000	3.279.105.100	-2.338.513.100	31.619.741.000
08	Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	29.929.000	947.347.900	-917.418.900	1.337.213.900
09	Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	745.987.400	3.482.352.000	-2.736.364.600	9.193.268.000
10	Bildung, Jugend und Familie	220.877.300	5.382.735.800	-5.161.858.500	611.600.000
11	Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	243.345.900	2.263.765.200	-2.020.419.300	1.009.527.000
12	Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	290.593.000	1.221.044.700	-930.451.700	2.758.585.000
13	Wirtschaft, Energie und Betriebe	315.420.200	922.895.300	-607.475.100	581.155.000
15	Finanzen	257.060.000	705.253.800	-448.193.800	297.722.000
20	Rechnungshof	56.200	28.879.000	-28.822.800	6.918.000
21	Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	206.000	23.661.000	-23.455.000	---
22	Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	1.000	1.530.000	-1.529.000	---
25	Landesweite Maßnahmen des E-Governments	62.002.000	317.871.100	-255.869.100	970.401.200
27	Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	-8.295.539.000	1.062.505.000	-9.358.044.000	3.094.707.000
29	Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	32.261.760.000	3.715.879.200	28.545.880.800	244.000.000
∑	**SUMME EINZELPLÄNE 01 - 29**	**27.839.844.700**	**27.839.844.700**	**---**	**52.613.793.900**

G E S A M T P L A N

Haushaltsübersicht 2025

Einzel-plan	Bezeichnung	Einnahmen €	Ausgaben €	Fehlbetrag (-) Überschuss €	Verpflichtungs-ermächtigungen €
01	Abgeordnetenhaus	58.500	100.186.000	-100.127.500	---
02	Verfassungsgerichtshof	1.000	1.026.000	-1.025.000	---
03	Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister	2.694.000	123.166.800	-120.472.800	65.032.000
05	Inneres und Sport	424.054.300	3.166.288.600	-2.742.234.300	554.038.000
06	Justiz und Verbraucherschutz	349.945.900	1.251.048.700	-901.102.800	90.534.000
07	Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	1.032.426.000	3.481.287.800	-2.448.861.800	31.683.291.000
08	Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	29.940.000	1.000.659.500	-970.719.500	1.253.553.900
09	Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	768.733.400	3.665.107.500	-2.896.374.100	1.013.615.000
10	Bildung, Jugend und Familie	161.757.300	5.531.573.600	-5.369.816.300	394.456.000
11	Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	244.124.700	2.132.086.800	-1.887.962.100	1.164.511.000
12	Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	281.671.000	1.355.633.200	-1.073.962.200	2.769.783.000
13	Wirtschaft, Energie und Betriebe	278.267.700	860.775.300	-582.507.600	425.426.000
15	Finanzen	256.875.000	730.385.600	-473.510.600	265.100.000
20	Rechnungshof	41.200	29.831.000	-29.789.800	7.698.000
21	Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	206.000	14.020.800	-13.814.800	---
22	Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	1.000	1.565.000	-1.564.000	---
25	Landesweite Maßnahmen des E-Governments	60.002.000	318.485.500	-258.483.500	967.357.200
27	Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	-8.388.000.000	1.226.450.000	-9.614.450.000	3.706.365.000
29	Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	33.425.736.000	3.938.957.300	29.486.778.700	244.000.000
∑	**SUMME EINZELPLÄNE 01 - 29**	**28.928.535.000**	**28.928.535.000**	**---**	**44.604.760.100**

Gesamtplan

Finanzierungsübersicht 2024

Ermittlung des Finanzierungssaldos			Mio. €
1.	Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen und Einnahmen aus Überschüssen sowie Verrechnungen)		35.866,1
2.	Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen sowie Verrechnungen)		38.629,3
3.	Finanzierungssaldo		-2.763,2
Deckung des Finanzierungsdefizits			
4.	Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt		
	Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt	5.704,8	
	Ausgaben zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	5.326,9	377,9
5.	Rücklagenbewegung		
	Entnahmen aus Rücklagen	2.397,3	
	Zuführungen an Rücklagen	12,0	2.385,3
6.	Ausgleich früherer Haushaltsjahre		
	Einnahmen aus Überschüssen	5,3	
	darunter: Überschüsse der Bezirke	*0*	
	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	5,3	
	darunter: Fehlbetrag der Bezirke	*5,3*	0,0
7.	Verrechnungsbewegungen		
	einnahmeseitige Verrechnungen	415,8	
	ausgabeseitige Verrechnungen	415,8	0,0
8.	Summe		2.763,2

Gesamtplan

Finanzierungsübersicht 2025

Ermittlung des Finanzierungssaldos			Mio. €
1.	Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen und Einnahmen aus Überschüssen sowie Verrechnungen)		37.346,1
2.	Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen sowie Verrechnungen)		39.870,8
3.	Finanzierungssaldo		-2.524,7
Deckung des Finanzierungsdefizits			
4.	Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt		
	Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt	5.789,6	
	Ausgaben zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	5.411,7	377,9
5.	Rücklagenbewegung		
	Entnahmen aus Rücklagen	2.173,3	
	Zuführungen an Rücklagen	26,5	2.146,8
6.	Ausgleich früherer Haushaltsjahre		
	Einnahmen aus Überschüssen	0,0	
	darunter: Überschüsse der Bezirke	*0,0*	
	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	0,0	
	darunter: Fehlbetrag der Bezirke	*0,0*	0,0
7.	Verrechnungsbewegungen		
	einnahmeseitige Verrechnungen	416,3	
	ausgabeseitige Verrechnungen	416,3	0,0
8.	Summe		2.524,7

Gesamtplan

Kreditfinanzierungsplan 2024

I. Einnahmen aus Krediten (brutto)	In Mio. EUR
1. aus Kreditmarktmitteln (2902/32500)	5.704,9
2. aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32	0,0
Summe I	5.704,9

II. Tilgungsausgaben für Kredite	
1. für Kreditmarktmittel (2902/32500)	5.323,9
2. Tilgung der notsituationsbedingten Kredite aus dem Jahr 2020 (2902/32502)	0,0
3. Tilgung von Immobilienkredite (2990/59101)	3,1
4. für Kredite im öffentlichen Bereich (Obergruppe 58)	14,8
Summe II	5.341,8

III. Einnahmen aus Krediten	
1. aus Kreditmarktmittel (Abschnitt I Nr.1 abzgl. Abschnitt II Nr. 1, 2 und 3)	377,9
2. aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr.2 abzgl. Abschnitt II Nr.4)	-14,8
Summe III (Summe I abzgl. Summe II)	363,1

Gesamtplan

Kreditfinanzierungsplan 2025

I. Einnahmen aus Krediten (brutto)	In Mio. EUR
1. aus Kreditmarktmitteln (2902/32500)	5.789,7
2. aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32	0,0
Summe I	5.789,7

II. Tilgungsausgaben für Kredite	
1. für Kreditmarktmittel (2902/32500)	5.408,7
2. Tilgung der notsituationsbedingten Kredite aus dem Jahr 2020 (2902/32502)	0,0
3. Tilgung von Immobilienkredite (2990/59101)	3,1
4. für Kredite im öffentlichen Bereich (Obergruppe 58)	13,2
Summe II	5.425,0

III. Einnahmen aus Krediten	
1. aus Kreditmarktmittel (Abschnitt I Nr.1 abzgl. Abschnitt II Nr. 1, 2 und 3)	377,9
2. aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr.2 abzgl. Abschnitt II Nr.4)	-13,2
Summe III (Summe I abzgl. Summe II)	364,7

Betriebshaushalt/Vermögenshaushalt
Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo
des Berliner Haushalts 2024 und 2025

	Ansatz 2024 Mio. €	Ansatz 2025 Mio. €	Ansatz 2023 Mio. €	Ist 2022 Mio. €
Laufende Rechnung (Betriebshaushalt)				
Einnahmen der laufenden Rechnung	35.379	36.819	34.530	36.551
Ausgaben der laufenden Rechnung	35.026	36.095	32.415	32.962
Saldo der laufenden Rechnung (Betriebshaushalt)	**353**	**724**	**2.115**	**3.589**
Kapitalrechnung (Vermögenshaushalt)				
Einnahmen der Kapitalrechnung	1.031	709	887	871
darunter Zuweisungen für Investitionen	*876*	*580*	*694*	*634*
Vermögensaktivierung	*13*	*13*	*17*	*20*
Ausgaben der Kapitalrechnung	3.951	3.978	4.096	3.711
darunter Investitionsausgaben	*3.841*	*3.869*	*3.993*	*3.632*
Saldo der Kapitalrechnung (Vermögenshaushalt)	**-2.920**	**-3.267**	**-3.209**	**-2.839**
nachrichtlich:				
Globalpositionen (Saldo)	-196	20	-1.502	0-
Finanzierungssaldo	**-2.763**	**-2.525**	**-2.596**	**750**

A N L A G E 1

Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptverwaltung nach Arten und Aufgabenbereichen

- Gruppierungsübersicht -

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach Arten

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €		Ist / €	*Verpflichtungsermächtigungen / €*	
		2024	2025	2022	2024	2025
0	**Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel**	**27.577.410.000**	**28.874.260.000**	**27.261.977.076,90**	**---**	**---**
01	**Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage**	**19.276.450.000**	**20.140.200.000**	**18.667.716.848,05**	**---**	**---**
011	Lohnsteuer	5.193.500.000	5.571.750.000	4.568.081.964,92	---	---
012	Veranlagte Einkommensteuer	1.483.250.000	1.576.750.000	1.439.864.662,75	---	---
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	455.000.000	465.000.000	467.917.515,90	---	---
014	Körperschaftsteuer	1.295.000.000	1.335.000.000	1.268.539.513,01	---	---
015	Umsatzsteuer	8.698.000.000	8.953.000.000	8.751.670.087,29	---	---
016	Einfuhrumsatzsteuer	1.882.000.000	1.958.000.000	1.872.123.756,69	---	---
017	Gewerbesteuerumlage	148.700.000	157.500.000	169.856.354,17	---	---
018	Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	121.000.000	123.200.000	129.662.993,32	---	---
05/06	**Landessteuern**	**1.812.300.000**	**1.897.300.000**	**2.361.613.977,30**	**---**	**---**
051	Vermögensteuer	---	---	122,01	---	---
052	Erbschaftsteuer	580.000.000	590.000.000	808.696.129,98	---	---
053	Grunderwerbsteuer	1.100.000.000	1.175.000.000	1.416.235.982,84	---	---
055	Totalisatorsteuer	1.300.000	1.300.000	1.331.882,65	---	---
057	Lotteriesteuer	55.000.000	55.000.000	56.113.313,86	---	---
058	Andere Steuern nach dem Rennwett- und Lotteriegesetz	42.000.000	42.000.000	46.796.854,05	---	---
059	Feuerschutzsteuer	21.000.000	21.000.000	19.186.350,30	---	---
061	Biersteuer	13.000.000	13.000.000	13.253.341,61	---	---
07/08	**Gemeindesteuern**	**6.445.660.000**	**6.793.760.000**	**6.190.814.355,54**	**---**	**---**
071	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	2.356.500.000	2.523.000.000	2.120.451.750,96	---	---
072	Grundsteuer A	60.000	60.000	---	---	---
073	Grundsteuer B	870.000.000	880.000.000	852.993.257,91	---	---
075	Gewerbesteuer	2.975.000.000	3.150.000.000	3.033.946.637,02	---	---

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €		Ist / €	*Verpflichtungsermächtigungen / €*	
		2024	2025	2022	2024	2025
076	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	341.000.000	350.000.000	323.950.393,34	---	---
077	Gewerbesteuerumlage	-253.900.000	-268.900.000	-289.998.653,47	---	---
078	Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	33.000.000	33.600.000	35.362.634,55	---	---
082	Vergnügungsteuern	40.000.000	40.000.000	39.885.373,59	---	---
083	Hundesteuer	12.000.000	12.000.000	13.048.325,95	---	---
089	Sonstige Gemeindesteuern (nur Stadtstaaten)	72.000.000	74.000.000	61.174.635,69	---	---
09	**Steuerähnliche Abgaben**	**43.000.000**	**43.000.000**	**41.831.896,01**	**---**	**---**
093	Abgaben von Spielbanken	28.000.000	28.000.000	28.518.469,33	---	---
099	Sonstige steuerähnliche Abgaben	15.000.000	15.000.000	13.313.426,68	---	---
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**1.565.760.900**	**1.555.606.900**	**1.776.576.058,88**	**---**	**---**
11	**Verwaltungseinnahmen**	**951.166.500**	**970.588.500**	**1.086.243.997,32**	**---**	**---**
111	Gebühren, sonstige Entgelte	764.430.800	770.810.800	766.483.174,94	---	---
112	Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	85.634.700	91.334.700	83.117.362,98	---	---
119	Sonstige Verwaltungseinnahmen	101.101.000	108.443.000	236.643.459,40	---	---
12	**Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)**	**440.399.900**	**436.475.900**	**457.317.309,82**	**---**	**---**
121	Einnahmen aus Gewinnen von Unternehmen und Beteiligungen	287.707.000	282.903.000	288.673.970,98	---	---
122	Konzessionsabgaben	137.949.300	138.829.300	149.863.632,20	---	---
124	Mieten und Pachten	9.168.100	9.168.100	14.490.111,80	---	---
125	Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	5.575.500	5.575.500	4.289.594,84	---	---
13	**Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.**	**13.370.400**	**13.370.400**	**20.928.668,39**	**---**	**---**
131	Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen, soweit nicht Gruppe 135	12.511.000	12.511.000	20.326.440,47	---	---
132	Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	599.400	599.400	534.452,13	---	---
134	Kapitalrückzahlungen	260.000	260.000	67.775,79	---	---
14	**Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen**	**15.073.000**	**14.113.000**	**23.499.807,60**	**---**	**---**
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	15.073.000	14.113.000	23.499.807,60	---	---
16	**Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen**	**21.249.000**	**21.507.000**	**11.154.171,25**	**---**	**---**
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	7.713.000	7.971.000	5.510.736,28	---	---
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	13.536.000	13.536.000	5.643.434,97	---	---

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €		Ist / €	*Verpflichtungsermächtigungen / €*	
		2024	2025	2022	2024	2025
18	**Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen**	**124.502.100**	**99.552.100**	**177.432.104,50**	**---**	**---**
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	105.949.000	80.997.000	159.234.794,21	---	---
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	18.553.100	18.555.100	18.197.310,29	---	---
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**3.926.402.800**	**4.011.275.100**	**5.441.648.744,13**	**---**	**---**
21	**Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich**	**2.030.225.000**	**2.123.225.000**	**1.910.778.041,58**	**---**	**---**
211	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	2.030.225.000	2.123.225.000	1.910.767.690,53	---	---
214	Allgemeine Zuweisungen von Sondervermögen	---	---	10.351,05	---	---
23	**Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich**	**1.557.307.000**	**1.545.199.300**	**3.118.446.536,13**	**---**	**---**
231	Sonstige Zuweisungen vom Bund	1.426.054.400	1.412.878.900	2.991.273.892,95	---	---
232	Sonstige Zuweisungen von Ländern	113.454.600	114.532.400	108.952.347,30	---	---
233	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	474.000	474.000	288.237,35	---	---
234	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen	1.290.000	1.290.000	948.515,28	---	---
235	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	4.530.000	4.530.000	4.973.436,50	---	---
236	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	11.504.000	11.494.000	12.010.106,75	---	---
26	**Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen**	**32.492.700**	**34.750.700**	**26.071.988,01**	**---**	**---**
261	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	32.492.700	34.750.700	26.071.988,01	---	---
27	**Zuschüsse von der EU**	**183.599.000**	**177.074.000**	**173.596.620,21**	**---**	**---**
271	Erstattungen von der EU	3.908.000	3.987.000	4.137.660,78	---	---
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	179.691.000	173.087.000	169.458.959,43	---	---
28	**Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen**	**120.775.100**	**129.022.100**	**211.084.668,21**	**---**	**---**
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	93.094.100	101.641.100	174.132.806,10	---	---
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	27.681.000	27.381.000	36.951.862,11	---	---
29	**Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen**	**2.004.000**	**2.004.000**	**1.670.889,99**	**---**	**---**
298	Vermögensübertragungen von Sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	2.004.000	2.004.000	1.670.889,99	---	---
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**-5.229.729.000**	**-5.512.607.000**	**-4.412.247.385,98**	**---**	**---**
32	**Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt**	**381.000.000**	**381.000.000**	**-473.418.015,43**	**---**	**---**
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt im Inland	381.000.000	381.000.000	-473.418.015,43	---	---

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €		Ist / €	*Verpflichtungsermächtigungen / €*	
		2024	2025	2022	2024	2025
33	**Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich**	**736.702.000**	**436.643.000**	**456.926.813,94**	**---**	**---**
331	Zuweisungen für Investitionen vom Bund	363.055.000	386.923.000	377.781.424,79	---	---
334	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen	373.647.000	49.720.000	79.145.389,15	---	---
34	**Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen**	**139.643.000**	**143.364.000**	**165.960.896,73**	**---**	**---**
341	Beiträge	4.572.000	2.583.000	10.275.086,30	---	---
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	101.506.000	101.106.000	121.236.370,96	---	---
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	33.565.000	39.675.000	34.449.439,47	---	---
35	**Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken**	**2.353.307.000**	**2.128.750.000**	**3.256.035.358,96**	**---**	**---**
355	Entnahmen aus Konjunkturausgleichsrücklage	130.360.000	108.450.000	---	---	---
359	Entnahmen aus sonstigen Rücklagen	2.222.947.000	2.020.300.000	3.256.035.358,96	---	---
36	**Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre**	**5.294.000**	**1.000**	**86.940.066,60**	**---**	**---**
360	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	5.294.000	1.000	86.940.066,60	---	---
37	**Globale Mehr- und Mindereinnahmen**	**-543.999.000**	**-181.999.000**	**---**	**---**	**---**
371	Globale Mehreinnahmen	56.001.000	128.001.000	---	---	---
372	Globale Mindereinnahmen	-600.000.000	-310.000.000	---	---	---
38	**Haushaltstechnische Verrechnungen**	**-8.301.676.000**	**-8.420.366.000**	**-7.904.692.506,78**	**---**	**---**
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln	8.687.000	9.202.000	5.809.569,22	---	---
384	Interne Zahlungsströme (nur Berlin und Bremen)	407.090.000	407.090.000	429.960.883,00	---	---
385	Interne Zahlungsströme (nur Berlin und Bremen)	-354.592.000	-398.043.000	-273.129.096,00	---	---
386	Interne Zahlungsströme (nur Berlin und Bremen)	-8.362.861.000	-8.438.615.000	-8.067.333.863,00	---	---
∑	**Einnahmen des Haushalts**	**27.839.844.700**	**28.928.535.000**	**30.067.954.493,93**	**---**	**---**
4	**Personalausgaben**	**10.590.202.100**	**11.102.508.300**	**9.430.143.051,79**	**---**	**---**
41	**Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige**	**50.689.400**	**54.584.400**	**40.332.667,35**	**---**	**---**
411	Aufwendungen für Abgeordnete	48.413.000	52.308.000	38.193.761,40	---	---
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	2.276.400	2.276.400	2.138.905,95	---	---
42	**Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen**	**7.279.688.500**	**7.648.982.600**	**6.594.977.716,28**	**---**	**---**
421	Bezüge des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, des Ministerpräsidenten, der Bürgermeister, der Minister, der Senatoren, der Parlamentarischen Staatssekretäre und sonstiger Amtsträgerinnen und Amtsträger	2.651.000	2.753.000	2.307.866,12	---	---
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	3.553.908.900	3.755.276.700	3.129.621.875,54	---	---

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €		Ist / €	*Verpflichtungsermächtigungen / €*	
		2024	2025	2022	2024	2025
424	Zuführung an die Versorgungsrücklage	29.001.000	29.001.000	29.000.000,00	---	---
427	Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	26.501.800	26.887.900	31.605.503,39	---	---
428	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.667.625.800	3.835.064.000	3.402.442.471,23	---	---
43	**Versorgungsbezüge und dgl.**	**2.414.336.000**	**2.536.878.000**	**2.211.385.275,28**	**---**	**---**
431	Versorgungsbezüge der Ministerpräsidentinnen, der Ministerpräsidenten, der Bürgermeister, der Minister, der Senatoren, Parlamentar. Staatssekretäre und sonstiger Amtsträgerinnen und Amtsträger	2.878.000	2.994.000	2.699.288,07	---	---
432	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	2.355.579.000	2.478.436.000	2.151.793.084,37	---	---
434	Zuführung an die Versorgungsrücklage	51.500.000	51.500.000	51.500.000,00	---	---
437	Versorgungsbezüge nach G 131	279.000	248.000	348.109,51	---	---
438	Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.100.000	3.700.000	5.044.793,33	---	---
44	**Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.**	**617.902.400**	**639.428.400**	**561.874.195,70**	**---**	**---**
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	150.889.800	155.422.900	144.016.585,63	---	---
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	30.097.400	25.245.100	21.568.802,98	---	---
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und dgl.	436.915.200	458.760.400	396.288.807,09	---	---
45	**Sonstige personalbezogene Ausgaben**	**20.227.800**	**20.222.900**	**21.573.197,18**	**---**	**---**
452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger, soweit nicht unter Obergruppen 41 bis 44 erfasst	13.301.400	13.296.500	13.313.656,39	---	---
453	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen	480.700	480.700	427.389,41	---	---
459	Sonstige personalbezogene Ausgaben	6.445.700	6.445.700	7.832.151,38	---	---
46	**Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben**	**207.358.000**	**202.412.000**	**---**	**---**	**---**
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	217.000.000	213.000.000	---	---	---
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	-9.642.000	-10.588.000	---	---	---
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**6.232.648.700**	**6.470.546.800**	**5.376.540.542,56**	***35.477.069.000***	***35.765.393.200***
51-54	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**5.033.478.200**	**5.122.966.500**	**4.391.621.313,17**	***35.477.069.000***	***35.765.393.200***
511	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	593.146.800	587.540.400	397.719.948,71	*1.525.799.000*	*1.491.186.000*
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	65.330.800	68.468.900	144.601.056,30	*48.575.000*	*64.527.000*
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	449.174.200	455.376.900	313.874.497,94	*142.058.800*	*122.524.000*
518	Mieten und Pachten	617.328.700	641.377.100	549.167.280,41	*2.829.801.000*	*3.257.715.000*
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	94.265.300	97.016.500	90.142.254,25	*51.275.000*	*21.185.000*
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	307.307.800	317.734.800	269.788.659,71	*74.640.000*	*78.850.000*
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	512.000	515.000	585.235,86	---	---

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €		Ist / €	*Verpflichtungsermächtigungen / €*	
		2024	2025	2022	2024	2025
525	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	147.878.500	160.598.400	68.880.884,53	*92.985.000*	*36.977.000*
526	Ausgaben für Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	213.590.200	213.711.900	202.253.074,73	*10.014.000*	*25.624.000*
527	Dienstreisen	5.981.000	5.992.300	4.157.915,82	*200.000*	*200.000*
529	Verfügungsmittel	205.300	221.300	120.777,08	---	---
531-546	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	2.523.257.600	2.549.413.000	2.350.329.727,83	*30.701.721.200*	*30.666.605.200*
548	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	15.500.000	25.000.000	---	---	---
56	**Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse**	**200.500**	**164.300**	**313.461,14**	**---**	**---**
561	Zinsausgaben an Bund	200.500	164.300	313.461,14	---	---
57	**Zinsausgaben an Kreditmarkt**	**1.179.800.000**	**1.329.836.000**	**965.285.441,11**	**---**	**---**
575	Zinsausgaben an sonstigen inländischen Kreditmarkt	1.179.800.000	1.329.836.000	965.285.441,11	---	---
58	**Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse**	**16.070.000**	**14.480.000**	**19.320.327,14**	**---**	**---**
581	Tilgungsausgaben an Bund	15.016.000	14.480.000	18.267.065,86	---	---
584	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	1.054.000	---	1.053.261,28	---	---
59	**Tilgungsausgaben an Kreditmarkt**	**3.100.000**	**3.100.000**	**---**	**---**	**---**
591	Tilgungsausgaben an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	3.100.000	3.100.000	---	---	---
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**7.906.435.000**	**8.100.558.000**	**8.297.002.803,43**	***10.972.772.900***	***3.242.991.900***
63	**Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich**	**519.541.200**	**495.456.800**	**529.700.872,77**	***918.000***	***7.105.000***
631	Sonstige Zuweisungen an Bund	347.309.100	324.454.600	381.825.996,11	*393.000*	*393.000*
632	Sonstige Zuweisungen an Länder	95.154.100	92.956.200	88.017.450,57	*525.000*	*6.712.000*
633	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.151.000	2.151.000	2.054.359,49	---	---
634	Sonstige Zuweisungen an Sondervermögen	29.540.000	29.540.000	16.862.147,82	---	---
636	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	45.387.000	46.355.000	40.940.918,78	---	---
66	**Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche**	**9.341.000**	**11.959.000**	**11.613.016,96**	**---**	***79.758.000***
661	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	7.000.000	10.000.000	7.635.383,84	---	*79.758.000*
662	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	1.500.000	1.500.000	1.500.000,00	---	---
663	Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland	841.000	459.000	2.477.633,12	---	---
67	**Erstattungen an sonstige Bereiche**	**808.854.100**	**834.327.600**	**1.196.087.431,15**	***431.168.000***	***370.146.000***
671	Erstattungen an Inland	808.854.100	834.327.600	1.196.087.431,15	*431.168.000*	*370.146.000*

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €		Ist / €	*Verpflichtungsermächtigungen / €*	
		2024	2025	2022	2024	2025
68	**Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche**	**6.474.712.700**	**6.664.941.600**	**6.500.301.017,95**	***10.440.686.900***	***2.710.671.900***
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	667.312.400	670.464.500	595.484.937,60	*8.411.000*	*7.572.000*
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen, soweit nicht Gruppe 661	1.220.806.200	1.255.548.200	607.886.301,35	*1.769.082.000*	*1.291.350.000*
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen, soweit nicht Gruppe 662	375.020.800	378.402.800	1.512.592.746,75	*501.115.000*	*400.628.000*
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (ohne öffentliche Einrichtungen)	748.504.100	764.638.500	563.304.761,03	*367.412.900*	*691.639.900*
685	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	3.139.761.000	3.286.177.400	2.920.900.754,94	*7.672.400.000*	*240.067.000*
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	318.862.000	306.224.000	294.343.945,34	*122.266.000*	*79.415.000*
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland, soweit nicht Gruppe 689	4.446.200	3.486.200	5.787.570,94	---	---
69	**Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen**	**93.986.000**	**93.873.000**	**59.300.464,60**	***100.000.000***	***75.311.000***
691	Vermögensübertragungen an Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	25.100.000	25.100.000	24.778.876,20	---	---
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	68.886.000	68.773.000	34.521.588,40	*100.000.000*	*75.311.000*
7	**Baumaßnahmen**	**461.199.000**	**334.737.000**	**498.721.712,93**	***1.149.351.000***	***1.314.281.000***
70/71	**Baumaßnahmen des Hochbaus, Architektenhonorare**	**401.813.000**	**259.938.000**	**468.138.018,17**	***1.057.341.000***	***1.147.421.000***
719	Pauschale Ausgaben für Bauinvestitionen	-482.647.000	-556.032.000	---	---	---
72	**Baumaßnahmen des Tiefbaus**	**59.386.000**	**74.799.000**	**30.583.694,76**	***92.010.000***	***166.860.000***
720	Allgemeiner Straßenbau	39.554.000	46.138.000	20.797.272,23	*70.850.000*	*82.450.000*
722	Brücken- und Tunnelbau	200.000	260.000	90.892,21	*4.050.000*	*3.800.000*
723	Wasserbau	3.030.000	3.020.000	927.953,21	*5.000.000*	*6.000.000*
727	Brücken- und Tunnelbau (Ersatzbau)	12.825.000	19.821.000	7.470.978,23	*4.010.000*	*60.660.000*
728	Wasserbau (Ersatzbau)	3.777.000	5.560.000	1.296.598,88	*8.100.000*	*13.950.000*
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**2.976.538.000**	**3.086.698.000**	**2.856.823.338,12**	***4.800.251.000***	***4.177.744.000***
81	**Erwerb von beweglichen Sachen**	**267.434.000**	**206.702.000**	**180.507.971,89**	***193.334.000***	***150.609.000***
811	Erwerb von Fahrzeugen	37.492.000	41.986.000	31.963.801,01	*42.709.000*	*55.902.000*
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	229.942.000	164.716.000	148.544.170,88	*150.625.000*	*94.707.000*
82	**Erwerb von unbeweglichen Sachen**	**12.553.000**	**10.826.000**	**6.384.748,50**	***12.603.000***	***12.202.000***
821	Erwerb von unbeweglichen Sachen, soweit nicht Gruppen 822 oder 823	8.506.000	7.106.000	3.800.757,14	*12.603.000*	*12.202.000*
822	Erwerb von unbebauten Grundstücken	1.550.000	1.550.000	---	---	---
823	Erwerbsanteile im Rahmen von ÖPP-Projekten sowie Erwerb von privat vorfinanzierten unbeweglichen Sachen	2.497.000	2.170.000	2.583.991,36	---	---

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €		Ist / €	*Verpflichtungsermächtigungen / €*	
		2024	2025	2022	2024	2025
83	**Erwerb von Beteiligungen und dgl.**	**384.253.000**	**383.103.000**	**661.597.346,37**	***299.000.000***	***284.000.000***
831	Erwerb von Beteiligungen und dgl. im Inland	384.253.000	383.103.000	661.597.346,37	*299.000.000*	*284.000.000*
86	**Darlehen an sonstige Bereiche**	**106.667.000**	**106.786.000**	**122.943.364,40**	***1.800.000***	***1.800.000***
861	Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	3.000	3.000	20.000.000,00	---	---
862	Darlehen an private Unternehmen	1.000	1.000	10.000.000,00	---	---
863	Darlehen an Sonstige im Inland	106.663.000	106.782.000	92.943.364,40	*1.800.000*	*1.800.000*
87	**Inanspruchnahme aus Gewährleistungen**	**5.701.000**	**6.101.000**	**1.650.409,31**	**---**	**---**
871	Ausgaben für die Inanspruchnahme aus Gewährleistungen an das Inland	5.701.000	6.101.000	1.650.409,31	---	---
88	**Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich**	**693.728.000**	**817.510.000**	**801.982.963,63**	***1.847.485.000***	***1.826.539.000***
881	Zuweisungen für Investitionen an Bund	2.606.000	2.091.000	2.939.160,00	---	---
883	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	138.583.000	178.955.000	121.439.624,92	*250.423.000*	*229.477.000*
884	Zuweisungen für Investitionen an Sondervermögen	552.539.000	636.464.000	677.604.178,71	*1.597.062.000*	*1.597.062.000*
89	**Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche**	**1.506.202.000**	**1.555.670.000**	**1.081.756.534,02**	***2.446.029.000***	***1.902.594.000***
891	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	567.794.000	627.830.000	362.031.204,80	*839.179.000*	*850.263.000*
892	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	286.156.000	301.379.000	293.525.625,47	*271.403.000*	*189.795.000*
893-898	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	372.086.000	325.791.000	239.660.699,12	*336.767.000*	*309.244.000*
894	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	280.166.000	300.670.000	186.539.004,63	*998.680.000*	*553.292.000*
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**-327.178.100**	**-166.513.100**	**3.603.428.633,76**	***214.350.000***	***104.350.000***
91	**Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke**	**12.000.000**	**26.510.000**	**3.371.405.565,25**	**---**	**---**
915	Zuführungen an Konjunkturausgleichsrücklage	1.000	1.000	163.500.000,00	---	---
919	Zuführungen an sonstige Rücklagen	11.999.000	26.509.000	3.207.905.565,25	---	---
96	**Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren**	**---**	**1.000**	**226.614.024,24**	**---**	**---**
960	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	---	1.000	226.614.024,24	---	---
97	**Globale Mehr- und Minderausgaben**	**-347.865.100**	**-202.226.100**	**---**	***214.350.000***	***104.350.000***
971	Globale Mehrausgaben	630.011.900	742.155.900	---	*214.350.000*	*104.350.000*
972	Globale Minderausgaben	-977.877.000	-944.382.000	---	---	---
98	**Haushaltstechnische Verrechnungen**	**8.687.000**	**9.202.000**	**5.409.044,27**	**---**	**---**
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln	8.687.000	9.202.000	5.409.044,27	---	---
∑	**Ausgaben des Haushalts**	**27.839.844.700**	**28.928.535.000**	**30.062.660.082,59**	***52.613.793.900***	***44.604.760.100***

Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptverwaltung nach Aufgabenbereichen

Kenn-zahl	Aufgabenbereiche	Ansatz / € 2024 Einnahmen	Ansatz / € 2024 Ausgaben	Ansatz / € 2025 Einnahmen	Ansatz / € 2025 Ausgaben	Ist / € 2022 Einnahmen	Ist / € 2022 Ausgaben	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2024*	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2025*
0	**Allgemeine Dienste**	**947.436.300**	**7.600.205.700**	**962.844.300**	**7.897.553.500**	**932.341.001,57**	**6.758.463.321,78**	***2.553.728.000***	***2.356.791.200***
01	**Politische Führung und zentrale Verwaltung**	**116.638.900**	**2.162.095.400**	**121.889.400**	**2.233.882.700**	**124.653.173,90**	**1.766.122.960,47**	***1.816.758.200***	***1.647.219.200***
011	Politische Führung	76.171.900	1.146.661.200	78.438.400	1.195.945.800	73.102.646,28	896.751.645,88	*767.471.200*	*616.376.200*
012	Innere Verwaltung	3.284.000	332.199.700	3.284.000	328.363.400	3.402.343,21	235.736.178,47	*1.032.287.000*	*1.007.843.000*
013	Informationswesen	---	909.500	---	909.500	---	894.886,85	---	---
016	Hochbauverwaltung	7.003.000	26.095.000	10.003.000	25.945.000	18.224.340,87	20.543.006,53	*17.000.000*	*23.000.000*
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, soweit nicht unter Funktion 038, 039, 048, 058, 068, 118 und 138	30.180.000	656.230.000	30.164.000	682.719.000	29.923.843,54	612.197.242,74	---	---
02	**Auswärtige Angelegenheiten**	**6.262.000**	**8.083.000**	**6.282.000**	**8.276.000**	**3.019.918,27**	**5.354.886,90**	***2.345.000***	***4.238.000***
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	---	6.913.000	---	6.977.000	---	4.485.224,85	*2.345.000*	*4.238.000*
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	6.262.000	---	6.282.000	---	3.019.918,27	---	---	---
029	Sonstige auswärtige Angelegenheiten	---	1.170.000	---	1.299.000	---	869.662,05	---	---
04	**Öffentliche Sicherheit und Ordnung**	**379.506.100**	**3.303.638.500**	**384.606.100**	**3.443.657.500**	**369.374.847,56**	**3.025.423.866,59**	***631.552.800***	***584.129.000***
042	Polizei	220.338.300	1.971.643.200	226.038.300	2.041.813.700	208.239.212,71	1.819.908.976,45	*340.533.000*	*334.765.000*
043	Öffentliche Ordnung	43.204.000	148.001.500	42.604.000	154.374.600	42.946.253,18	151.522.593,72	*6.993.000*	*8.805.000*
044	Brandschutz	115.950.000	482.910.700	115.950.000	511.363.100	118.180.021,67	411.336.751,68	*284.026.800*	*240.559.000*
045	Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	---	15.000	---	15.000	---	10.118,95	---	---
047	Schutz der Verfassung	12.800	18.024.100	12.800	18.700.100	9.360,00	17.864.571,62	---	---
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	1.000	683.044.000	1.000	717.391.000	---	624.780.854,17	---	---

Kenn-zahl	Aufgabenbereiche	Ansatz / € 2024 Einnahmen	Ansatz / € 2024 Ausgaben	Ansatz / € 2025 Einnahmen	Ansatz / € 2025 Ausgaben	Ist / € 2022 Einnahmen	Ist / € 2022 Ausgaben	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2024*	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2025*
05	**Rechtsschutz**	**346.878.300**	**1.435.384.200**	**351.880.800**	**1.492.672.900**	**332.286.577,57**	**1.331.551.718,68**	***102.547.000***	***121.205.000***
051	Gerichte und Staatsanwaltschaften	342.936.900	844.984.000	347.939.400	874.553.000	328.919.113,45	783.304.007,63	*86.492.000*	*78.140.000*
056	Justizvollzugsanstalten	2.837.400	299.527.900	2.837.400	313.114.700	2.400.980,33	285.041.403,44	*15.055.000*	*41.165.000*
058	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich des Rechtsschutzes	---	270.056.000	---	283.542.000	---	247.438.505,86	---	---
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	1.104.000	20.816.300	1.104.000	21.463.200	966.483,79	15.767.801,75	*1.000.000*	*1.900.000*
06	**Finanzverwaltung**	**98.151.000**	**691.004.600**	**98.186.000**	**719.064.400**	**103.006.484,27**	**630.009.889,14**	***525.000***	**---**
061	Steuer- und Zollverwaltung	96.171.000	508.522.100	96.171.000	526.320.100	101.159.705,91	455.334.375,89	---	---
062	Schulden-, Vermögens- und sonstige Finanzverwaltung	1.980.000	20.632.300	2.015.000	21.331.900	1.846.778,36	29.325.646,39	*525.000*	---
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Finanzverwaltung	---	161.850.200	---	171.412.400	---	145.349.866,86	---	---
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**1.129.777.200**	**10.724.891.800**	**821.370.200**	**11.091.318.400**	**792.844.652,79**	**9.539.270.292,23**	***13.576.974.900***	***6.181.472.900***
11	**Allgemeinbildende und berufliche Schulen**	**16.096.000**	**4.628.959.000**	**18.087.000**	**4.876.408.000**	**24.512.257,04**	**4.240.037.198,18**	***2.542.754.000***	***3.026.735.000***
111	Unterrichtsverwaltung	1.834.000	75.397.700	1.834.000	78.008.300	4.956.390,75	56.507.436,07	*17.020.000*	*8.932.000*
112	Öffentliche Grundschulen	5.341.000	1.547.946.000	5.445.000	1.624.267.000	10.718.033,62	1.420.757.339,07	---	---
113	Private Grundschulen	5.881.000	203.844.000	8.297.000	211.829.000	7.636.132,91	201.375.945,70	*8.489.000*	*6.622.000*
114	Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen)	3.040.000	1.496.843.300	2.511.000	1.591.314.700	1.201.699,76	1.363.977.559,94	*2.517.245.000*	*3.011.181.000*
115	Private weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen)	---	180.473.000	---	186.047.000	---	175.406.369,14	---	---
118	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Schulen	---	1.124.455.000	---	1.184.942.000	---	1.022.012.548,26	---	---
12	**Allgemeinbildende und berufliche Schulen**	**465.387.200**	**1.996.780.500**	**135.693.200**	**1.915.401.900**	**127.739.065,26**	**1.623.570.357,13**	***639.468.000***	***720.907.000***
124	Öffentliche Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	42.000	294.466.000	42.000	306.924.000	14.270,00	272.020.504,85	---	---
125	Private Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	---	30.124.000	---	30.992.000	---	27.869.461,76	---	---

Kenn-zahl	Aufgabenbereiche	Ansatz / € 2024 Einnahmen	Ansatz / € 2024 Ausgaben	Ansatz / € 2025 Einnahmen	Ansatz / € 2025 Ausgaben	Ist / € 2022 Einnahmen	Ist / € 2022 Ausgaben	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2024*	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2025*
127	Öffentliche berufliche Schulen	2.036.200	536.345.800	2.036.200	551.594.200	2.531.253,47	520.209.953,94	*151.000*	*11.000*
128	Private berufliche Schulen	---	96.318.000	---	104.574.000	---	80.700.193,03	---	---
129	Sonstige schulische Aufgaben	463.309.000	1.039.526.700	133.615.000	921.317.700	125.193.541,79	722.770.243,55	*639.317.000*	*720.896.000*
13	**Hochschulen**	**211.997.000**	**2.313.875.200**	**218.748.000**	**2.417.520.000**	**225.771.998,78**	**2.130.781.088,32**	***8.787.945.000***	***769.117.000***
132	Hochschulkliniken	750.000	140.221.000	1.000	141.881.000	---	142.069.980,01	*769.901.000*	*522.359.000*
133	Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien	208.673.000	2.054.787.200	213.774.000	2.164.145.000	224.128.478,58	1.904.365.899,76	*8.018.044.000*	*246.758.000*
134	Private Hochschulen und Berufsakademien	---	49.607.000	---	37.947.000	---	20.804.663,52	---	---
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	---	64.449.000	---	66.167.000	---	59.830.050,68	---	---
139	Sonstige Hochschulaufgaben	2.574.000	4.811.000	4.973.000	7.380.000	1.643.520,20	3.710.494,35	---	---
14	**Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen**	**229.273.000**	**277.582.000**	**229.429.000**	**284.026.000**	**219.765.451,66**	**245.758.293,88**	***112.500.000***	***192.657.000***
142	Förderung für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs	221.171.000	266.996.000	221.171.000	273.240.000	212.150.711,23	235.898.142,71	*112.500.000*	*192.657.000*
144	Förderung für Weiterbildungsteilnehmende	8.102.000	10.586.000	8.258.000	10.786.000	7.614.740,43	9.860.151,17	---	---
15	**Sonstiges Bildungswesen**	**105.000**	**14.935.400**	**93.000**	**9.436.700**	**1.102.620,95**	**14.858.419,79**	***1.000***	***1.000***
152	Volkshochschulen	2.000	128.000	2.000	128.000	613.592,80	128.000,00	---	---
153	Sonstige Weiterbildung (ohne Förderung für Teilnehmende)	103.000	4.709.400	91.000	4.882.400	489.028,15	4.462.005,87	---	---
154	Ausbildung der Lehrkräfte	---	5.177.000	---	4.425.300	---	5.590.575,22	---	---
155	Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte	---	4.921.000	---	1.000	---	4.677.838,70	*1.000*	*1.000*
16	**Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen**	**156.571.000**	**453.802.600**	**169.308.000**	**510.210.500**	**146.633.198,35**	**375.345.135,37**	***15.238.000***	***12.856.000***
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentren	475.000	11.421.600	475.000	11.696.500	404.183,41	9.195.325,92	*2.300.000*	---
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern (ohne Deutsche Forschungsgemeinschaft)	156.096.000	407.071.000	168.833.000	460.496.000	146.229.014,94	339.572.598,29	*8.598.000*	*8.950.000*
165	Forschung und experimentelle Entwicklung	---	35.310.000	---	38.018.000	---	26.577.211,16	*4.340.000*	*3.906.000*

Kenn-zahl	Aufgabenbereiche	Ansatz / € 2024 Einnahmen	Ansatz / € 2024 Ausgaben	Ansatz / € 2025 Einnahmen	Ansatz / € 2025 Ausgaben	Ist / € 2022 Einnahmen	Ist / € 2022 Ausgaben	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2024*	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2025*
18	**Kultur und Religion**	**36.066.000**	**876.854.700**	**35.724.000**	**911.645.900**	**37.947.435,34**	**762.896.725,53**	***1.400.017.900***	***1.419.225.900***
181	Theater	---	406.046.500	---	418.869.500	---	363.730.679,29	*1.097.641.000*	*1.163.993.000*
182	Musikpflege	1.000	61.409.000	1.000	63.295.000	256.815,29	57.455.645,34	*91.466.000*	*92.466.000*
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	18.951.000	211.052.400	18.609.000	224.093.600	19.213.450,53	162.047.669,13	*108.860.000*	*79.123.000*
184	Zoologische und botanische Gärten	---	7.616.000	---	9.121.000	---	11.365.700,68	*14.500.000*	*12.000.000*
185	Musikschulen	---	20.187.000	---	20.187.000	---	7.537.637,02	*28.800.000*	*29.800.000*
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	---	36.102.000	---	36.783.000	---	32.212.966,37	---	---
187	Sonstige Kulturpflege	17.014.000	125.287.800	17.014.000	130.132.800	18.398.008,52	120.177.160,53	*58.750.900*	*41.843.900*
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	100.000	9.154.000	100.000	9.164.000	79.161,00	8.369.267,17	---	---
19	**Kultur und Religion**	**14.282.000**	**162.102.400**	**14.288.000**	**166.669.400**	**9.372.625,41**	**146.023.074,03**	***79.051.000***	***39.974.000***
195	Denkmalschutz und -pflege	13.284.000	58.578.400	13.290.000	61.348.400	8.304.212,85	50.677.360,27	*75.693.000*	*36.616.000*
199	Kirchliche Angelegenheiten	998.000	103.524.000	998.000	105.321.000	1.068.412,56	95.345.713,76	*3.358.000*	*3.358.000*
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**351.688.200**	**2.460.584.500**	**354.485.500**	**2.418.725.900**	**463.824.242,92**	**2.188.281.954,91**	***809.888.000***	***911.416.000***
21	**Verwaltung für soziale Angelegenheiten**	**5.891.600**	**167.929.900**	**5.894.100**	**165.453.200**	**5.803.503,63**	**272.371.251,00**	***4.125.000***	***3.488.000***
219	Sonstige Verwaltung für soziale Angelegenheiten	5.891.600	167.929.900	5.894.100	165.453.200	5.803.503,63	272.371.251,00	*4.125.000*	*3.488.000*
22	**Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung**	**---**	**269.801.000**	**---**	**275.851.000**	**---**	**252.380.478,01**	**---**	**---**
229	Sonstige Sozialversicherungen	---	269.801.000	---	275.851.000	---	252.380.478,01	---	---
23	**Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)**	**144.398.400**	**570.768.200**	**157.872.400**	**582.560.300**	**132.064.843,39**	**396.512.948,22**	***362.286.000***	***573.386.000***
233	Wohngeld	1.000	---	1.000	---	-105,85	---	---	---
235	Soziale Einrichtungen	56.897.400	335.702.200	67.571.400	336.626.300	54.733.738,68	193.893.679,03	*349.776.000*	*268.577.000*
236	Förderung der Wohlfahrtspflege	500.000	74.266.000	400.000	79.774.000	521.373,48	44.789.246,46	*12.510.000*	*304.809.000*
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	87.000.000	160.800.000	89.900.000	166.160.000	76.809.837,08	157.830.022,73	---	---
24	**Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen**	**25.271.700**	**90.888.700**	**26.064.700**	**57.919.700**	**28.342.394,00**	**54.233.850,18**	***3.733.000***	***2.000.000***
241	Kriegsopferversorgung und -fürsorge und gleichartige Leistungen	---	12.967.000	---	5.737.000	2.787.813,44	3.347.428,22	---	---

Kenn-zahl	Aufgabenbereiche	Ansatz / € 2024 Einnahmen	Ansatz / € 2024 Ausgaben	Ansatz / € 2025 Einnahmen	Ansatz / € 2025 Ausgaben	Ist / € 2022 Einnahmen	Ist / € 2022 Ausgaben	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2024*	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2025*
244	Wiedergutmachung	5.266.800	16.339.400	4.327.800	14.890.400	6.628.212,89	18.116.035,47	---	---
246	Vertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler	---	3.750.000	---	3.750.000	---	3.593.635,34	*3.733.000*	*2.000.000*
249	Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	20.004.900	57.832.300	21.736.900	33.542.300	18.926.367,67	29.176.751,15	---	---
25	**Arbeitsmarktpolitik**	**34.330.000**	**188.238.200**	**36.078.000**	**177.705.200**	**39.533.144,92**	**206.890.548,70**	***139.350.000***	***119.142.000***
252	Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	1.000	---	1.000	---	---	---	---	---
253	Aktive Arbeitsmarktpolitik	25.229.000	167.802.100	26.977.000	155.819.100	29.966.215,47	189.285.507,18	*139.350.000*	*119.142.000*
259	Sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	9.100.000	20.436.100	9.100.000	21.886.100	9.566.929,45	17.605.041,52	---	---
26	**Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)**	**20.061.900**	**146.842.000**	**20.100.900**	**151.877.600**	**23.633.018,37**	**142.488.576,54**	***44.625.000***	***820.000***
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	17.167.000	55.954.200	17.167.000	57.206.200	21.225.724,06	39.660.512,44	*1.200.000*	---
262	Jugendsozialarbeit	22.900	7.059.600	22.900	7.906.600	22.817,88	31.817.717,09	---	---
263	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	---	25.536.000	---	27.632.000	179.658,50	21.149.955,27	---	---
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	535.000	29.070.600	535.000	28.782.600	381.745,05	12.967.002,95	*41.532.000*	---
266	Weitere Aufgaben der Jugendhilfe	2.337.000	29.221.600	2.376.000	30.350.200	1.823.072,88	36.893.388,79	*1.893.000*	*820.000*
27	**Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII**	**72.000**	**149.613.000**	**72.000**	**127.219.000**	**19.560.279,20**	**121.044.915,50**	***37.555.000***	***20.600.000***
270	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	72.000	149.613.000	72.000	127.219.000	19.560.279,20	121.044.915,50	*37.555.000*	*20.600.000*
28	**Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX**	**30.595.900**	**526.687.800**	**30.597.900**	**547.874.100**	**36.024.600,95**	**497.281.413,22**	***94.544.000***	***87.020.000***
281	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII	110.000	4.000	112.000	4.000	86.925,40	565,00	---	---
282	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII	21.911.000	25.029.000	21.911.000	26.279.000	21.909.511,80	22.363.241,49	---	---
283	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX	61.700	145.769.000	61.700	161.309.000	60.661,93	141.678.258,85	---	---
285	Weitere Leistungen nach dem SGB XII	4.041.200	2.643.000	4.041.200	2.765.000	4.430.077,26	2.407.535,03	---	---
287	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	4.472.000	353.242.800	4.472.000	357.517.100	9.537.424,56	330.831.812,85	*94.544.000*	*87.020.000*

Kenn-zahl	Aufgabenbereiche	Ansatz / € 2024 Einnahmen	Ansatz / € 2024 Ausgaben	Ansatz / € 2025 Einnahmen	Ansatz / € 2025 Ausgaben	Ist / € 2022 Einnahmen	Ist / € 2022 Ausgaben	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2024*	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2025*
29	**Sonstige soziale Angelegenheiten**	**91.066.700**	**349.815.700**	**77.805.500**	**332.265.800**	**178.862.458,46**	**245.077.973,54**	***123.670.000***	***104.960.000***
290	Sonstige soziale Angelegenheiten	91.066.700	349.815.700	77.805.500	332.265.800	178.862.458,46	245.077.973,54	*123.670.000*	*104.960.000*
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**72.929.100**	**1.108.889.400**	**74.648.600**	**1.117.549.200**	**651.855.096,38**	**1.330.985.930,00**	***699.488.000***	***652.991.000***
31	**Gesundheitswesen**	**8.535.500**	**577.438.900**	**8.490.500**	**600.968.300**	**600.713.086,19**	**901.272.360,56**	***139.984.000***	***199.252.000***
311	Gesundheitsverwaltung	966.000	3.220.200	966.000	2.599.300	2.493.882,81	7.077.405,29	*54.000*	---
312	Krankenhäuser und Heilstätten	290.000	442.852.500	292.000	463.705.600	350.648.348,02	644.920.778,37	*97.701.000*	*10.505.000*
313	Arbeitsschutz	315.800	14.490.200	315.800	14.947.200	299.222,03	9.798.829,71	---	---
314	Gesundheitsschutz	6.963.700	116.876.000	6.916.700	119.716.200	247.271.633,33	239.475.347,19	*42.229.000*	*188.747.000*
32	**Sport und Erholung**	**24.646.300**	**335.840.800**	**24.246.300**	**338.498.700**	**20.012.084,84**	**304.993.786,38**	***346.047.000***	***242.881.000***
321	Park- und Gartenanlagen	401.000	86.309.000	1.000	98.854.000	5.000,00	51.094.045,23	*78.333.000*	*97.032.000*
322	Sport	24.245.300	249.531.800	24.245.300	239.644.700	20.007.084,84	253.899.741,15	*267.714.000*	*145.849.000*
33	**Umwelt- und Naturschutz**	**39.747.300**	**195.609.700**	**41.911.800**	**178.082.200**	**31.129.925,35**	**124.719.783,06**	***213.457.000***	***210.858.000***
331	Umwelt- und Naturschutzverwaltung	59.000	10.013.700	59.000	10.312.700	---	8.061.959,74	*15.000.000*	*15.000.000*
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	39.688.300	185.596.000	41.852.800	167.769.500	31.129.925,35	116.657.823,32	*198.457.000*	*195.858.000*
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**275.851.000**	**870.685.400**	**264.022.000**	**931.062.400**	**276.877.704,48**	**838.580.624,01**	***2.125.848.000***	***2.168.364.000***
41	**Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie**	**207.183.000**	**530.716.100**	**198.149.000**	**587.214.300**	**188.335.215,22**	**304.965.595,80**	***1.641.677.000***	***1.720.015.000***
411	Förderung des Wohnungsbaues	207.183.000	521.859.100	198.149.000	578.386.300	188.335.215,22	300.605.021,96	*1.635.962.000*	*1.714.300.000*
419	Sonstiges Wohnungswesen	---	8.857.000	---	8.828.000	---	4.360.573,84	*5.715.000*	*5.715.000*
42	**Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung**	**68.668.000**	**335.549.300**	**65.873.000**	**341.351.100**	**88.542.489,26**	**532.299.084,67**	***483.181.000***	***447.833.000***
421	Geoinformation	216.000	1.596.800	216.000	1.620.200	271.862,12	1.131.250,42	*335.000*	*335.000*
422	Raumordnung und Landesplanung	5.030.000	109.149.400	5.065.000	112.535.800	8.208.165,46	361.534.049,82	*238.572.000*	*208.722.000*
423	Städtebauförderung	63.422.000	224.803.100	60.592.000	227.195.100	80.062.461,68	169.633.784,43	*244.274.000*	*238.776.000*
43	**Kommunale Gemeinschaftsdienste (ohne Straßenbeleuchtung, Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft)**	**---**	**4.420.000**	**---**	**2.497.000**	**---**	**1.315.943,54**	***990.000***	***516.000***
430	Kommunale Gemeinschaftsdienste (ohne Straßenbeleuchtung, Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft)	---	4.420.000	---	2.497.000	---	1.315.943,54	*990.000*	*516.000*

Kenn-zahl	Aufgabenbereiche	Ansatz / € 2024 Einnahmen	Ansatz / € 2024 Ausgaben	Ansatz / € 2025 Einnahmen	Ansatz / € 2025 Ausgaben	Ist / € 2022 Einnahmen	Ist / € 2022 Ausgaben	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2024*	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2025*
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**5.218.500**	**38.195.100**	**5.208.500**	**38.272.000**	**4.404.626,46**	**27.771.682,71**	***6.234.000***	***6.427.000***
51	**Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)**	**4.299.500**	**36.556.300**	**4.289.500**	**36.539.200**	**3.567.342,95**	**26.570.673,39**	***5.396.000***	***5.810.000***
511	Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft	75.500	2.158.300	65.500	2.240.300	46.256,48	2.015.632,47	---	---
512	Forst-, Jagd- und Fischereiverwaltung	4.224.000	34.398.000	4.224.000	34.298.900	3.521.086,47	24.555.040,92	*5.396.000*	*5.810.000*
52	**Landwirtschaft und Ernährung**	**139.000**	**1.379.700**	**139.000**	**1.378.700**	**50.510,78**	**1.044.722,52**	***738.000***	***617.000***
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung	139.000	1.379.700	139.000	1.378.700	50.510,78	1.044.722,52	*738.000*	*617.000*
53	**Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei**	**780.000**	**259.100**	**780.000**	**354.100**	**786.772,73**	**156.286,80**	***100.000***	**---**
532	Fischerei	780.000	259.100	780.000	354.100	786.772,73	156.286,80	*100.000*	---
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**546.904.200**	**1.064.054.000**	**497.879.700**	**1.055.749.000**	**1.595.392.139,41**	**2.173.827.223,20**	***917.773.000***	***457.609.000***
61	**Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen**	**4.000.000**	**4.477.000**	**4.000.000**	**4.701.000**	**5.985.414,16**	**1.883.531,37**	**---**	***6.712.000***
610	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	4.000.000	4.477.000	4.000.000	4.701.000	5.985.414,16	1.883.531,37	---	*6.712.000*
62	**Wasserwirtschaft, Hochwasser und Küstenschutz**	**60.000.000**	**24.201.000**	**60.000.000**	**23.784.000**	**58.429.680,55**	**16.388.155,34**	***33.451.000***	***35.151.000***
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	60.000.000	24.201.000	60.000.000	23.784.000	58.429.680,55	16.388.155,34	*33.451.000*	*35.151.000*
63	**Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe**	**---**	**1.200.000**	**---**	**1.200.000**	**---**	**268.000,00**	**---**	**---**
635	Handwerk und Kleingewerbe	---	1.200.000	---	1.200.000	---	268.000,00	---	---
64	**Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung**	**244.720.000**	**273.311.000**	**218.800.000**	**276.662.000**	**266.700.326,51**	**237.949.413,16**	***18.200.000***	***15.710.000***
643	Elektrizitätsversorgung	130.600.000	---	131.600.000	---	140.357.447,42	---	---	---
644	Wasserversorgung	107.300.000	---	80.500.000	---	117.334.663,57	---	---	---
645	Abwasserentsorgung	---	129.771.000	---	131.122.000	---	123.279.582,78	*9.000.000*	*9.000.000*
649	Sonstige Energie- und Wasserversorgung	6.820.000	143.540.000	6.700.000	145.540.000	9.008.215,52	114.669.830,38	*9.200.000*	*6.710.000*
65	**Handel und Tourismus**	**---**	**82.373.000**	**---**	**88.708.000**	**---**	**32.568.037,97**	***49.915.000***	***28.100.000***
651	Handel	---	50.873.000	---	56.453.000	---	8.484.575,94	*27.340.000*	*13.100.000*
652	Tourismus	---	31.500.000	---	32.255.000	---	24.083.462,03	*22.575.000*	*15.000.000*

Kenn-zahl	Aufgabenbereiche	Ansatz / € 2024 Einnahmen	Ansatz / € 2024 Ausgaben	Ansatz / € 2025 Einnahmen	Ansatz / € 2025 Ausgaben	Ist / € 2022 Einnahmen	Ist / € 2022 Ausgaben	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2024*	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2025*
66	**Geld- und Versicherungswesen**	**---**	**19.001.000**	**---**	**19.001.000**	**---**	**6.151.415,77**	**---**	**---**
661	Banken und Kreditinstitute	---	19.001.000	---	19.001.000	---	6.151.415,77	---	---
68	**Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen**	**116.328.200**	**405.219.000**	**105.129.700**	**378.669.000**	**223.624.409,63**	**314.718.886,51**	***577.207.000***	***148.936.000***
680	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	116.328.200	405.219.000	105.129.700	378.669.000	223.624.409,63	314.718.886,51	*577.207.000*	*148.936.000*
69	**Regionale Fördermaßnahmen**	**121.856.000**	**254.272.000**	**109.950.000**	**263.024.000**	**1.040.652.308,56**	**1.563.899.783,08**	***239.000.000***	***223.000.000***
691	Betriebliche Investitionen	---	87.500.000	---	87.500.000	---	75.531.299,08	*87.500.000*	*87.500.000*
692	Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastruktur	121.856.000	166.772.000	109.950.000	175.524.000	1.040.652.308,56	1.488.368.484,00	*151.500.000*	*135.500.000*
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**786.178.200**	**2.900.035.100**	**798.954.200**	**3.075.619.500**	**1.002.108.558,52**	**2.269.724.182,97**	***31.709.510.000***	***31.765.339.000***
71	**Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens**	**26.841.000**	**82.059.300**	**31.818.000**	**82.369.300**	**45.786.911,51**	**63.502.074,48**	***29.930.000***	***178.320.000***
711	Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	24.873.000	33.480.500	30.050.000	33.620.500	37.881.750,67	28.815.211,02	*5.110.000*	*5.110.000*
719	Sonstige Verkehrs- und Nachrichtenverwaltung	1.968.000	48.578.800	1.768.000	48.748.800	7.905.160,84	34.686.863,46	*24.820.000*	*173.210.000*
72	**Straßen**	**3.260.900**	**134.887.000**	**3.240.900**	**161.246.000**	**11.008.954,67**	**80.481.310,71**	***154.548.000***	***213.703.000***
721	Bundesautobahnen	150.000	2.205.000	150.000	2.205.000	3.113.343,00	103.680,18	---	---
722	Bundesstraßen	1.000.000	1.001.000	1.000.000	1.001.000	3.602.622,43	4.053.959,06	---	---
723	Landesstraßen	40.000	---	40.000	---	35.296,97	---	---	---
725	Gemeindestraßen	2.068.900	89.198.000	2.048.900	113.206.000	4.257.692,27	46.142.356,49	*110.998.000*	*180.903.000*
726	Straßenbeleuchtung	---	29.360.000	---	30.691.000	---	23.731.234,11	*28.000.000*	*28.000.000*
729	Sonstiger Straßenverkehr	2.000	13.123.000	2.000	14.143.000	---	6.450.080,87	*15.550.000*	*4.800.000*
73	**Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt**	**---**	**3.788.000**	**---**	**5.567.000**	**---**	**1.346.598,88**	***8.100.000***	***13.950.000***
731	Wasserstraßen und Häfen	---	3.788.000	---	5.567.000	---	1.346.598,88	*8.100.000*	*13.950.000*
74	**Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr**	**756.015.300**	**2.678.440.100**	**763.834.300**	**2.825.554.100**	**945.312.692,34**	**1.977.391.419,02**	***31.272.932.000***	***31.115.366.000***
741	Öffentlicher Personennahverkehr	755.760.000	2.667.873.900	763.579.000	2.809.987.900	943.838.641,56	1.975.263.940,93	*31.272.932.000*	*31.115.366.000*
742	Eisenbahnen	255.300	10.566.200	255.300	15.566.200	1.474.050,78	2.127.478,09	---	---

Kenn-zahl	Aufgabenbereiche	Ansatz / € 2024 Einnahmen	Ansatz / € 2024 Ausgaben	Ansatz / € 2025 Einnahmen	Ansatz / € 2025 Ausgaben	Ist / € 2022 Einnahmen	Ist / € 2022 Ausgaben	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2024*	*Verpflichtungs-ermächtigungen / € 2025*
75	**Luftfahrt**	**61.000**	**860.700**	**61.000**	**883.100**	**---**	**147.002.779,88**	***244.000.000***	***244.000.000***
750	Luftfahrt	61.000	860.700	61.000	883.100	---	147.002.779,88	*244.000.000*	*244.000.000*
8	**Finanzwirtschaft**	**23.723.862.000**	**1.072.303.700**	**25.149.122.000**	**1.302.685.100**	**24.348.306.471,40**	**4.935.754.870,78**	***214.350.000***	***104.350.000***
81	**Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen**	**192.300.000**	**329.647.000**	**214.250.000**	**313.503.000**	**183.803.608,15**	**308.611.708,27**	**---**	**---**
811	Grundvermögen	190.197.000	209.374.000	212.147.000	193.230.000	182.265.592,52	9.258.941,04	---	---
812	Kapitalvermögen	2.003.000	171.000	2.003.000	171.000	1.538.015,63	777.077,26	---	---
813	Sondervermögen	100.000	120.102.000	100.000	120.102.000	---	298.575.689,97	---	---
82	**Steuern und Finanzzuweisungen**	**29.637.635.000**	**1.200**	**31.027.485.000**	**1.200**	**29.199.637.939,90**	**994,36**	**---**	**---**
820	Steuern und Finanzzuweisungen	29.637.635.000	1.200	31.027.485.000	1.200	29.199.637.939,90	994,36	---	---
83	**Schulden**	**381.001.000**	**1.202.020.500**	**381.001.000**	**1.350.430.300**	**-473.417.995,43**	**987.984.481,10**	**---**	**---**
830	Schulden	381.001.000	1.202.020.500	381.001.000	1.350.430.300	-473.417.995,43	987.984.481,10	---	---
85	**Rücklagen**	**2.353.307.000**	**41.101.000**	**2.128.750.000**	**55.611.000**	**3.256.035.358,96**	**3.400.418.118,07**	**---**	**---**
850	Rücklagen	2.353.307.000	41.101.000	2.128.750.000	55.611.000	3.256.035.358,96	3.400.418.118,07	---	---
86	**Sonstiges**	**---**	**106.501.100**	**---**	**112.482.700**	**---**	**6.716.500,47**	**---**	**---**
860	Sonstiges	---	106.501.100	---	112.482.700	---	6.716.500,47	---	---
87	**Abwicklung der Vorjahre**	**5.294.000**	**---**	**1.000**	**1.000**	**86.940.066,60**	**226.614.024,24**	**---**	**---**
870	Abwicklung der Vorjahre	5.294.000	---	1.000	1.000	86.940.066,60	226.614.024,24	---	---
88	**Globalposten**	**-543.999.000**	**-615.654.100**	**-181.999.000**	**-538.546.100**	**---**	**---**	***214.350.000***	***104.350.000***
880	Globalposten	-543.999.000	-615.654.100	-181.999.000	-538.546.100	---	---	*214.350.000*	*104.350.000*
89	**Haushaltstechnische Verrechnungen**	**-8.301.676.000**	**8.687.000**	**-8.420.366.000**	**9.202.000**	**-7.904.692.506,78**	**5.409.044,27**	**---**	**---**
890	Haushaltstechnische Verrechnungen	-8.301.676.000	8.687.000	-8.420.366.000	9.202.000	-7.904.692.506,78	5.409.044,27	---	---
Σ	**Summen des Haushalts**	**27.839.844.700**	**27.839.844.700**	**28.928.535.000**	**28.928.535.000**	**30.067.954.493,93**	**30.062.660.082,59**	***52.613.793.900***	***44.604.760.100***

Anlage 1
Haushaltsquerschnitt
2024

Haushaltsquerschnitt

Die Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach Funktionen und nach Gruppen werden im endgültigen Druckstück berücksichtigt.

Haushaltsquerschnitt

Die Übersichten über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach Funktionen und nach Gruppen werden im endgültigen Druckstück berücksichtigt.

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan und deren Fälligkeiten

Epl	Bezeichnung	Verpflich-tungser-mächtigung 2024 T €	Verpflich-tungser-mächtigung 2025 T €	von dem Gesamtbetrag dürfen fällig werden			
				2025 T €	2026 T €	2027 T €	Folgejahre T €
1	2	3	4	5	6	7	8
03	Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister	89.699,0		52.475,0	18.178,0	10.178,0	8.868,0
			65.032,0		31.118,0	16.178,0	17.736,0
05	Inneres und Sport	693.188,8		224.613,9	155.743,9	134.682,0	178.149,0
			554.038,0		228.174,0	128.030,0	197.834,0
06	Justiz und Verbraucherschutz	106.068,0		31.656,0	20.542,0	17.722,0	36.148,0
			90.534,0		27.578,0	14.829,0	48.127,0
07	Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	31.619.741,0		1.360.531,0	1.295.399,0	1.804.604,0	27.159.207,0
			31.683.291,0		1.381.865,0	1.888.303,0	28.413.123,0
08	Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	1.337.213,9		364.506,9	341.311,0	308.887,0	322.509,0
			1.253.553,9		333.561,9	322.027,0	597.965,0
09	Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9.193.268,0		2.077.142,0	2.134.223,0	2.203.283,0	2.778.620,0
			1.013.615,0		221.139,0	224.695,0	567.781,0
10	Bildung, Jugend und Familie	611.600,0		147.112,0	125.083,0	118.034,0	221.371,0
			394.456,0		103.518,0	86.833,0	204.105,0
11	Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	1.009.527,0		582.366,0	178.024,0	158.435,0	90.702,0
			1.164.511,0		489.127,0	305.564,0	369.820,0
12	Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	2.758.585,0		536.144,0	585.636,0	778.839,0	857.966,0
			2.769.783,0		582.090,0	619.815,0	1.567.878,0
13	Wirtschaft, Energie und Betriebe	581.155,0		272.479,0	148.232,0	87.469,0	72.975,0
			425.426,0		218.221,0	125.993,0	81.212,0
15	Finanzen	297.722,0		18.002,0	18.965,0	19.515,0	241.240,0
			265.100,0		12.550,0	14.850,0	237.700,0
20	Rechnungshof	6.918,0		1.393,0	1.413,0	1.455,0	2.657,0
			7.698,0		1.950,0	1.668,0	4.080,0
25	Landesweite Maßnahmen des E-Governments	970.401,2		213.803,2	195.046,0	198.668,0	362.884,0
			967.357,2		204.768,2	200.866,0	561.723,0
27	Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	3.094.707,0		386.190,0	215.224,0	60.873,0	2.432.420,0
			3.706.365,0		234.846,0	398.869,0	3.072.650,0
29	Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	244.000,0			244.000,0		
			244.000,0		244.000,0		
		52.613.793,9	**44.604.760,1**	**6.268.414,0**	**9.991.526,0**	**10.251.164,0**	**70.707.450,0**

Stellenübersicht

Hauptverwaltung

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Hauptverwaltung	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A B9	B8	B7	B6	B5
Einzelplan 01	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
Einzelplan 02	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 03	2025	-	-	3,000	-	7,000
	2024	-	-	3,000	-	7,000
	2023	-	-	2,000	-	5,000
Einzelplan 05	2025	-	-	3,000	-	7,000
	2024	-	-	3,000	-	7,000
	2023	-	-	4,000	-	9,000
Einzelplan 06	2025	-	-	2,000	-	3,000
	2024	-	-	2,000	-	3,000
	2023	-	-	2,000	-	3,000
Einzelplan 07	2025	-	-	2,000	-	6,000
	2024	-	-	2,000	-	6,000
	2023	-	-	3,000	-	5,000
Einzelplan 08	2025	-	-	2,000	-	1,000
	2024	-	-	2,000	-	1,000
	2023	-	-	2,000	-	1,000
Einzelplan 09	2025	1,000	-	2,000	-	5,000
	2024	1,000	-	2,000	-	5,000
	2023	1,000	-	2,000	-	5,000
Einzelplan 10	2025	-	-	3,000	-	6,000
	2024	-	-	3,000	-	6,000
	2023	-	-	2,000	-	5,000
Einzelplan 11	2025	-	-	3,000	-	3,000
	2024	-	-	3,000	-	3,000
	2023	-	-	2,000	-	2,000
Einzelplan 12	2025	-	-	3,000	-	3,000
	2024	-	-	3,000	-	3,000
	2023	-	-	3,000	-	3,000
Einzelplan 13	2025	-	-	2,000	-	1,000
	2024	-	-	2,000	-	1,000
	2023	-	-	2,000	-	1,000
Einzelplan 15	2025	-	-	2,000	-	5,000
	2024	-	-	2,000	-	5,000
	2023	-	-	2,000	-	5,000
Einzelplan 20	2025	-	1,000	-	1,000	5,000
	2024	-	1,000	-	1,000	5,000
	2023	-	1,000	-	1,000	-
Einzelplan 21	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 22	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	1,000
Summe	2025	1,000	1,000	27,000	2,000	52,000
	2024	1,000	1,000	27,000	2,000	52,000
	2023	1,000	1,000	26,000	2,000	45,000

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Hauptverwaltung
B4	**B3**	**B2**	**Teilsumme**	**A16Z**	jahr	
3,000	-	4,000	8,000	-	2025	**Einzelplan 01**
3,000	-	4,000	8,000	-	2024	
3,000	-	-	4,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 02**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	6,000	7,000	23,000	-	2025	**Einzelplan 03**
-	6,000	7,000	23,000	-	2024	
-	2,000	3,000	12,000	-	2023	
2,000	10,000	30,000	52,000	-	2025	**Einzelplan 05**
2,000	10,000	30,000	52,000	-	2024	
-	14,000	29,000	56,000	-	2023	
2,000	5,000	13,000	25,000	4,000	2025	**Einzelplan 06**
2,000	5,000	13,000	25,000	4,000	2024	
1,000	4,000	10,000	20,000	4,000	2023	
2,000	6,000	21,000	37,000	-	2025	**Einzelplan 07**
2,000	6,000	21,000	37,000	-	2024	
4,000	7,000	17,000	36,000	-	2023	
1,000	1,000	3,000	8,000	-	2025	**Einzelplan 08**
1,000	1,000	3,000	8,000	-	2024	
1,000	1,000	4,000	9,000	-	2023	
1,000	9,000	6,000	24,000	-	2025	**Einzelplan 09**
1,000	9,000	6,000	24,000	-	2024	
2,000	9,000	5,000	24,000	-	2023	
-	8,000	17,000	34,000	-	2025	**Einzelplan 10**
-	8,000	16,000	33,000	-	2024	
-	5,000	17,000	29,000	-	2023	
3,000	3,000	11,000	23,000	-	2025	**Einzelplan 11**
3,000	3,000	11,000	23,000	-	2024	
3,000	3,000	9,000	19,000	-	2023	
6,000	4,000	20,000	36,000	-	2025	**Einzelplan 12**
6,000	4,000	20,000	36,000	-	2024	
6,000	4,000	15,000	31,000	-	2023	
1,000	1,000	7,000	12,000	-	2025	**Einzelplan 13**
1,000	1,000	7,000	12,000	-	2024	
1,000	1,000	5,000	10,000	-	2023	
1,000	6,000	23,000	37,000	7,000	2025	**Einzelplan 15**
1,000	6,000	23,000	37,000	7,000	2024	
-	7,000	19,000	33,000	7,000	2023	
-	1,000	10,000	18,000	-	2025	**Einzelplan 20**
-	1,000	9,000	17,000	-	2024	
5,000	1,000	7,000	15,000	-	2023	
-	2,000	2,000	4,000	-	2025	**Einzelplan 21**
-	2,000	2,000	4,000	-	2024	
-	2,000	1,000	3,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 22**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	1,000	-	2023	
22,000	62,000	174,000	341,000	11,000	2025	**Summe**
22,000	62,000	172,000	339,000	11,000	2024	
26,000	60,000	141,000	302,000	11,000	2023	

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Hauptverwaltung	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A16	**A15**	**A15GD**	**A14**	**A14GD**
Einzelplan 01	2025	3,000	20,000	-	9,000	-
	2024	3,000	20,000	-	9,000	-
	2023	7,000	16,000	-	9,000	-
Einzelplan 02	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
Einzelplan 03	2025	15,000	36,000	-	84,500	-
	2024	15,000	34,000	-	82,000	-
	2023	9,000	23,000	-	20,000	-
Einzelplan 05	2025	70,000	250,000	-	335,550	-
	2024	68,000	248,000	-	325,550	-
	2023	71,000	239,000	-	364,700	-
Einzelplan 06	2025	32,000	39,750	-	106,308	14,000
	2024	32,000	39,750	-	106,308	14,000
	2023	28,000	36,750	-	78,049	14,000
Einzelplan 07	2025	17,000	42,000	-	102,000	-
	2024	17,000	42,000	-	94,000	-
	2023	24,000	41,000	-	99,000	-
Einzelplan 08	2025	6,000	3,000	-	16,000	-
	2024	6,000	3,000	-	15,000	-
	2023	6,000	6,000	-	18,000	-
Einzelplan 09	2025	28,000	51,000	-	68,500	-
	2024	28,000	51,000	-	68,500	-
	2023	28,000	47,000	-	71,000	-
Einzelplan 10	2025	223,000	1.297,550	579,000	1.533,210	659,000
	2024	223,000	1.295,550	575,000	1.533,210	649,000
	2023	221,000	1.261,550	549,000	1.469,210	631,000
Einzelplan 11	2025	24,000	55,500	-	123,050	-
	2024	24,000	55,500	-	122,050	-
	2023	20,000	55,500	-	112,150	-
Einzelplan 12	2025	26,000	46,000	-	94,000	-
	2024	26,000	46,000	-	93,000	-
	2023	29,000	42,000	-	84,000	-
Einzelplan 13	2025	9,000	30,000	-	38,000	-
	2024	9,000	30,000	-	38,000	-
	2023	9,000	26,000	-	33,900	-
Einzelplan 15	2025	49,000	122,000	-	250,000	-
	2024	49,000	121,000	-	249,000	-
	2023	41,000	124,000	-	228,000	-
Einzelplan 20	2025	16,000	30,000	-	35,000	-
	2024	14,000	27,000	-	38,000	-
	2023	13,000	25,000	-	39,000	-
Einzelplan 21	2025	5,000	12,000	-	19,000	-
	2024	5,000	12,000	-	18,000	-
	2023	6,000	12,000	-	16,000	-
Einzelplan 22	2025	-	1,000	-	-	-
	2024	-	1,000	-	-	-
	2023	1,000	1,000	-	-	-
Summe	2025	523,000	2.035,800	579,000	2.815,118	673,000
	2024	519,000	2.025,800	575,000	2.792,618	663,000
	2023	513,000	1.955,800	549,000	2.643,009	645,000

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Hauptverwaltung
A13	**A13Z**	**A13GD**	**A13S**	**A12**	jahr	
3,000	-	-	8,000	10,000	2025	**Einzelplan 01**
3,000	-	-	8,000	10,000	2024	
5,000	-	-	8,000	9,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 02**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
2,000	-	-	22,000	28,000	2025	**Einzelplan 03**
2,000	-	-	22,000	27,000	2024	
2,000	-	-	11,000	12,000	2023	
315,000	25,000	-	925,250	1.909,170	2025	**Einzelplan 05**
315,000	25,000	-	920,250	1.899,170	2024	
231,000	25,000	-	907,100	1.867,770	2023	
41,000	2,000	3,000	147,000	358,500	2025	**Einzelplan 06**
41,000	2,000	3,000	147,000	351,500	2024	
44,000	2,000	3,000	149,000	324,000	2023	
42,500	-	-	39,000	76,500	2025	**Einzelplan 07**
42,500	-	-	39,000	76,500	2024	
39,500	-	-	41,000	78,500	2023	
9,000	-	-	8,000	20,000	2025	**Einzelplan 08**
9,000	-	-	8,000	20,000	2024	
8,000	-	-	9,000	21,000	2023	
21,000	-	-	29,670	42,750	2025	**Einzelplan 09**
20,000	-	-	29,670	41,750	2024	
20,000	-	-	27,620	46,250	2023	
16.904,918	-	1.607,000	42,250	5.265,657	2025	**Einzelplan 10**
16.826,278	-	1.199,000	42,250	5.491,297	2024	
16.852,630	-	752,000	46,250	5.626,412	2023	
53,000	2,000	-	74,000	171,750	2025	**Einzelplan 11**
53,000	2,000	-	74,000	168,750	2024	
46,000	2,000	-	71,000	158,250	2023	
38,000	5,000	-	36,880	49,000	2025	**Einzelplan 12**
34,000	5,000	-	36,880	49,000	2024	
26,000	4,000	-	33,880	48,000	2023	
22,000	1,000	-	16,000	45,000	2025	**Einzelplan 13**
21,000	1,000	-	16,000	45,000	2024	
24,000	1,000	-	15,000	36,000	2023	
110,000	-	-	414,000	871,000	2025	**Einzelplan 15**
108,000	-	-	413,000	863,000	2024	
97,000	-	-	419,000	844,000	2023	
49,000	-	-	45,000	33,000	2025	**Einzelplan 20**
52,000	-	-	50,000	28,000	2024	
47,000	-	-	57,000	28,000	2023	
-	-	-	5,000	15,000	2025	**Einzelplan 21**
-	-	-	5,000	15,000	2024	
-	-	-	5,000	14,000	2023	
9,000	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 22**
9,000	-	-	-	-	2024	
9,000	-	-	-	-	2023	
17.619,418	35,000	1.610,000	1.812,050	8.895,327	2025	**Summe**
17.535,778	35,000	1.202,000	1.811,050	9.085,967	2024	
17.451,130	34,000	755,000	1.799,850	9.113,182	2023	

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Hauptverwaltung	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A A11	A11MD	A10	A10MD	A9
Einzelplan 01	2025	8,000	-	1,000	-	-
	2024	8,000	-	1,000	-	-
	2023	8,000	-	1,000	-	-
Einzelplan 02	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 03	2025	24,000	-	12,000	-	1,000
	2024	23,500	-	12,000	-	1,000
	2023	7,500	-	9,000	-	-
Einzelplan 05	2025	5.461,432	-	6.277,380	-	3.864,000
	2024	5.459,432	-	6.276,380	-	3.514,000
	2023	5.442,442	-	6.209,280	-	3.643,250
Einzelplan 06	2025	640,000	60,000	400,660	35,000	116,500
	2024	640,000	60,000	398,660	35,000	116,500
	2023	610,126	58,000	384,660	34,000	122,500
Einzelplan 07	2025	105,000	-	34,050	-	12,000
	2024	105,000	-	35,050	-	12,000
	2023	109,000	-	41,150	-	13,000
Einzelplan 08	2025	28,000	-	15,000	-	7,000
	2024	27,000	-	15,000	-	7,000
	2023	26,000	-	16,000	-	7,000
Einzelplan 09	2025	27,983	-	8,250	-	4,500
	2024	27,983	-	8,250	-	4,500
	2023	26,733	-	13,250	-	4,500
Einzelplan 10	2025	127,250	-	272,430	-	331,871
	2024	127,250	-	272,430	-	331,871
	2023	130,492	-	274,430	-	331,871
Einzelplan 11	2025	198,560	-	171,500	-	26,500
	2024	195,560	-	170,500	-	26,500
	2023	184,385	-	166,500	-	29,500
Einzelplan 12	2025	15,000	-	12,000	-	4,000
	2024	15,000	-	12,000	-	4,000
	2023	16,000	-	11,500	-	3,000
Einzelplan 13	2025	38,500	-	27,000	-	3,000
	2024	38,500	-	27,000	-	3,000
	2023	40,500	-	30,000	-	5,000
Einzelplan 15	2025	1.344,250	-	972,750	-	141,000
	2024	1.343,250	-	969,750	-	141,000
	2023	1.251,250	-	1.133,250	-	172,000
Einzelplan 20	2025	2,000	-	15,500	-	4,000
	2024	2,000	-	15,500	-	4,000
	2023	2,000	-	17,000	-	3,000
Einzelplan 21	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
Einzelplan 22	2025	-	-	4,000	-	-
	2024	-	-	4,000	-	-
	2023	-	-	4,000	-	-
Summe	2025	8.019,975	60,000	8.224,520	35,000	4.515,371
	2024	8.012,475	60,000	8.218,520	35,000	4.165,371
	2023	7.854,428	58,000	8.312,020	34,000	4.334,621

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Hauptverwaltung
A9Z	**A9S**	**A8**	**A7**	**A6**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 01**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 02**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	3,000	3,000	-	-	2025	**Einzelplan 03**
-	3,000	3,000	-	-	2024	
-	3,000	3,000	-	-	2023	
805,000	1.362,000	3.928,000	1.363,200	112,500	2025	**Einzelplan 05**
805,000	1.362,000	3.928,000	1.228,200	100,500	2024	
818,000	1.338,190	3.930,250	1.219,950	71,500	2023	
212,836	840,706	2.042,566	844,077	126,500	2025	**Einzelplan 06**
212,836	840,706	2.041,566	842,077	126,500	2024	
212,020	785,886	1.989,606	827,256	124,000	2023	
1,000	8,000	8,000	1,000	-	2025	**Einzelplan 07**
1,000	8,000	8,000	1,000	-	2024	
1,000	9,000	9,000	1,000	-	2023	
-	-	2,000	-	-	2025	**Einzelplan 08**
-	-	2,000	-	-	2024	
-	-	1,000	-	-	2023	
-	1,800	5,000	-	-	2025	**Einzelplan 09**
-	1,800	5,000	-	-	2024	
-	3,625	6,000	1,250	-	2023	
-	135,000	86,631	9,750	-	2025	**Einzelplan 10**
-	135,000	86,631	9,750	-	2024	
-	134,000	85,631	9,750	-	2023	
2,000	22,200	35,000	43,250	2,000	2025	**Einzelplan 11**
2,000	22,200	35,000	43,250	2,000	2024	
2,000	20,000	34,000	43,500	3,000	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**Einzelplan 12**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	1,000	-	-	2023	
-	-	9,000	8,300	-	2025	**Einzelplan 13**
-	-	9,000	8,300	-	2024	
-	-	9,800	8,050	-	2023	
63,000	521,500	942,500	793,000	3,000	2025	**Einzelplan 15**
63,000	521,500	941,500	793,000	3,000	2024	
113,000	478,500	822,220	995,000	3,000	2023	
-	1,000	0,500	-	-	2025	**Einzelplan 20**
-	1,000	0,500	-	-	2024	
-	2,000	1,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 21**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 22**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	1,000	-	-	2023	
1.083,836	2.895,206	7.062,197	3.062,577	245,000	2025	**Summe**
1.083,836	2.895,206	7.060,197	2.925,577	233,000	2024	
1.146,020	2.774,201	6.893,507	3.105,756	201,500	2023	

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Hauptverwaltung	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A A6S	A5	Teilsumme		
Einzelplan 01	2025	-	-	62,000		
	2024	-	-	62,000		
	2023	-	-	63,000		
Einzelplan 02	2025	-	-	1,000		
	2024	-	-	1,000		
	2023	-	-	1,000		
Einzelplan 03	2025	-	-	230,500		
	2024	-	-	224,500		
	2023	-	-	99,500		
Einzelplan 05	2025	6,000	11,000	27.020,482		
	2024	6,000	11,000	26.491,482		
	2023	6,000	12,000	26.396,432		
Einzelplan 06	2025	608,000	41,000	6.715,403		
	2024	608,000	41,000	6.703,403		
	2023	605,000	42,000	6.477,853		
Einzelplan 07	2025	-	-	488,050		
	2024	-	-	481,050		
	2023	-	-	506,150		
Einzelplan 08	2025	-	-	114,000		
	2024	-	-	112,000		
	2023	-	-	118,000		
Einzelplan 09	2025	-	-	288,453		
	2024	-	-	286,453		
	2023	-	-	295,228		
Einzelplan 10	2025	-	-	29.074,517		
	2024	-	-	28.797,517		
	2023	-	-	28.375,226		
Einzelplan 11	2025	3,000	5,000	1.012,310		
	2024	3,000	5,000	1.004,310		
	2023	3,000	5,000	955,785		
Einzelplan 12	2025	-	-	326,880		
	2024	-	-	321,880		
	2023	-	-	298,380		
Einzelplan 13	2025	-	-	246,800		
	2024	-	-	245,800		
	2023	-	-	238,250		
Einzelplan 15	2025	17,000	9,000	6.630,000		
	2024	17,000	9,000	6.612,000		
	2023	22,000	22,000	6.772,220		
Einzelplan 20	2025	-	-	231,000		
	2024	-	-	232,000		
	2023	-	-	234,000		
Einzelplan 21	2025	-	-	57,000		
	2024	-	-	56,000		
	2023	-	-	54,000		
Einzelplan 22	2025	-	-	14,000		
	2024	-	-	14,000		
	2023	-	-	16,000		
Summe	2025	634,000	66,000	72.512,395		
	2024	634,000	66,000	71.645,395		
	2023	636,000	81,000	70.901,024		

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R					Haus- halts-	Hauptverwaltung
R8	**R6**	**R5**	**R4**	**R3**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 01**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 02**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 03**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 05**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
2,000	4,000	3,000	6,000	70,000	2025	**Einzelplan 06**
2,000	4,000	3,000	6,000	70,000	2024	
2,000	4,000	3,000	6,000	69,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 07**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 08**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 09**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 10**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	-	-	2,000	22,000	2025	**Einzelplan 11**
1,000	-	-	2,000	22,000	2024	
1,000	-	-	2,000	23,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 12**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 13**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 15**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 20**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 21**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 22**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
3,000	4,000	3,000	8,000	92,000	2025	**Summe**
3,000	4,000	3,000	8,000	92,000	2024	
3,000	4,000	3,000	8,000	92,000	2023	

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Hauptverwaltung	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R				
		R2	**R1**	**Teilsumme**		
Einzelplan 01	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 02	2025	-	3,000	3,000		
	2024	-	3,000	3,000		
	2023	-	3,000	3,000		
Einzelplan 03	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 05	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 06	2025	494,000	1.396,032	1.975,032		
	2024	494,000	1.391,032	1.970,032		
	2023	492,000	1.366,032	1.942,032		
Einzelplan 07	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 08	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 09	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 10	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 11	2025	4,000	42,000	71,000		
	2024	4,000	42,000	71,000		
	2023	4,000	44,000	74,000		
Einzelplan 12	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 13	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 15	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 20	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 21	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Einzelplan 22	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
Summe	2025	498,000	1.441,032	2.049,032		
	2024	498,000	1.436,032	2.044,032		
	2023	496,000	1.413,032	2.019,032		

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus-halts-	Hauptverwaltung
E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**	jahr	
5,000	1,000	8,000	10,000	7,250	2025	**Einzelplan 01**
5,000	1,000	8,000	10,000	7,250	2024	
3,000	1,000	4,000	9,000	7,250	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 02**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
15,500	39,000	2,500	6,500	13,000	2025	**Einzelplan 03**
15,500	38,000	2,500	6,500	13,000	2024	
15,500	32,000	0,500	5,500	11,000	2023	
25,500	96,450	121,000	217,500	275,500	2025	**Einzelplan 05**
23,500	94,450	114,000	202,000	272,500	2024	
18,500	95,750	111,500	205,500	261,000	2023	
33,500	61,000	63,050	41,500	55,000	2025	**Einzelplan 06**
33,500	61,000	62,050	41,500	55,000	2024	
35,500	55,000	71,050	34,500	40,000	2023	
41,000	234,000	189,290	94,950	64,000	2025	**Einzelplan 07**
41,000	225,000	189,290	94,950	64,000	2024	
42,000	205,350	190,230	99,050	65,550	2023	
8,000	39,750	10,000	5,500	60,280	2025	**Einzelplan 08**
8,000	38,750	9,750	5,500	60,030	2024	
12,000	54,250	18,250	7,500	59,280	2023	
39,500	81,000	86,750	28,500	131,100	2025	**Einzelplan 09**
38,500	80,000	80,750	28,500	125,150	2024	
33,500	78,000	91,250	26,500	123,150	2023	
161,000	243,500	1.110,741	31,000	2.960,650	2025	**Einzelplan 10**
161,000	243,500	1.101,741	31,000	2.961,650	2024	
164,000	247,610	1.093,741	29,800	2.958,650	2023	
77,250	81,750	80,750	78,950	203,400	2025	**Einzelplan 11**
76,250	81,750	77,750	76,950	193,400	2024	
67,250	67,750	50,750	73,700	184,300	2023	
39,000	144,900	195,580	113,300	111,000	2025	**Einzelplan 12**
39,000	145,900	194,580	108,300	110,000	2024	
39,000	134,900	179,080	113,300	105,000	2023	
21,000	45,000	26,000	11,500	28,500	2025	**Einzelplan 13**
21,000	44,000	23,000	11,500	28,500	2024	
20,000	44,500	25,000	12,250	24,500	2023	
13,000	46,000	34,000	37,500	107,000	2025	**Einzelplan 15**
13,000	46,000	34,000	37,500	106,000	2024	
15,000	37,000	20,000	40,500	101,000	2023	
-	4,000	1,000	7,000	-	2025	**Einzelplan 20**
-	4,000	1,000	7,000	-	2024	
-	4,000	1,000	7,000	-	2023	
3,000	9,000	3,000	3,000	3,000	2025	**Einzelplan 21**
3,000	9,000	3,000	3,000	3,000	2024	
3,000	6,000	4,000	3,000	1,000	2023	
-	1,000	-	-	-	2025	**Einzelplan 22**
-	1,000	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
482,250	1.127,350	1.931,661	686,700	4.019,680	2025	**Summe**
478,250	1.113,350	1.901,411	664,200	3.999,480	2024	
468,250	1.063,110	1.860,351	667,100	3.941,680	2023	

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Hauptverwaltung	Haushaltsjahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**
Einzelplan 01	2025	4,000	17,500	-	23,500	4,000
	2024	4,000	17,500	-	23,500	4,000
	2023	5,000	16,500	-	22,500	4,000
Einzelplan 02	2025	-	-	1,000	1,000	-
	2024	-	-	1,000	1,000	-
	2023	-	-	1,000	1,000	-
Einzelplan 03	2025	12,000	14,500	3,000	23,500	2,000
	2024	12,000	14,500	3,000	23,500	2,000
	2023	10,000	9,700	6,000	21,000	2,000
Einzelplan 05	2025	94,330	413,050	547,430	483,420	122,000
	2024	94,830	398,050	547,430	483,420	122,000
	2023	92,170	348,980	498,350	488,720	125,000
Einzelplan 06	2025	23,000	66,000	1.129,889	83,000	14,000
	2024	23,000	65,000	1.129,889	83,000	14,000
	2023	32,000	58,000	52,500	685,240	17,000
Einzelplan 07	2025	56,710	56,880	79,750	80,050	19,400
	2024	56,710	56,880	79,750	80,050	19,400
	2023	57,100	58,880	77,750	82,130	13,400
Einzelplan 08	2025	2,500	19,750	2,500	9,250	3,000
	2024	2,500	19,750	2,500	8,750	3,000
	2023	4,500	24,825	8,500	10,000	3,000
Einzelplan 09	2025	26,000	74,900	19,250	21,800	-
	2024	26,000	73,400	19,250	21,800	-
	2023	27,000	75,850	26,000	20,000	-
Einzelplan 10	2025	151,300	155,100	1.223,700	274,646	9,110
	2024	151,300	151,100	1.211,700	273,646	9,110
	2023	146,050	139,096	1.122,900	282,136	9,110
Einzelplan 11	2025	97,750	301,850	164,500	114,300	-
	2024	95,750	291,850	164,500	114,300	-
	2023	83,350	290,330	94,500	120,300	-
Einzelplan 12	2025	35,130	23,575	46,350	27,200	-
	2024	35,130	22,575	46,350	27,200	-
	2023	27,380	21,000	42,200	27,500	-
Einzelplan 13	2025	3,000	23,500	6,000	17,000	-
	2024	3,000	23,500	6,000	17,000	-
	2023	3,000	21,500	6,000	20,000	-
Einzelplan 15	2025	141,500	286,500	191,550	337,500	1,000
	2024	141,500	285,500	192,050	337,500	1,000
	2023	126,500	286,500	197,280	287,500	1,000
Einzelplan 20	2025	-	-	-	5,000	-
	2024	-	-	-	5,000	-
	2023	-	-	-	3,000	-
Einzelplan 21	2025	4,000	4,000	2,000	7,000	-
	2024	4,000	4,000	2,000	7,000	-
	2023	5,000	4,000	2,000	7,000	-
Einzelplan 22	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	651,220	1.457,105	3.416,919	1.509,166	174,510
	2024	649,720	1.423,605	3.405,419	1.507,666	174,510
	2023	619,050	1.355,161	2.134,980	2.078,026	174,510

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus-halts-	Hauptverwaltung
E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**	jahr	
13,000	23,000	8,000	-	-	2025	**Einzelplan 01**
13,000	23,000	8,000	-	-	2024	
15,000	23,000	8,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 02**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
24,110	6,500	5,000	1,000	-	2025	**Einzelplan 03**
24,110	6,500	5,000	1,000	-	2024	
23,110	6,500	6,000	1,000	-	2023	
1.144,125	2.285,040	282,793	170,130	0,500	2025	**Einzelplan 05**
1.144,125	2.285,040	282,793	170,130	0,500	2024	
1.144,849	681,830	1.933,923	177,080	0,500	2023	
98,070	9,500	18,000	22,750	5,250	2025	**Einzelplan 06**
98,070	9,500	18,000	22,750	5,250	2024	
677,418	20,455	20,000	29,750	11,875	2023	
54,688	94,650	3,000	1,000	3,000	2025	**Einzelplan 07**
54,688	94,650	3,000	1,000	3,000	2024	
59,600	102,340	3,000	3,000	3,000	2023	
20,500	15,000	14,500	5,000	1,000	2025	**Einzelplan 08**
20,500	15,000	14,500	5,000	1,000	2024	
24,500	14,500	14,000	7,000	1,000	2023	
42,675	16,080	18,250	5,200	1,000	2025	**Einzelplan 09**
42,675	16,080	18,250	5,200	1,000	2024	
42,615	21,000	18,250	5,200	-	2023	
1.181,835	161,350	14,000	58,750	7,000	2025	**Einzelplan 10**
1.181,835	161,350	14,000	58,750	7,000	2024	
1.148,256	167,248	15,000	60,750	7,981	2023	
151,000	29,500	47,570	4,500	1,000	2025	**Einzelplan 11**
151,000	29,500	46,570	4,500	1,000	2024	
217,400	36,150	37,050	13,000	2,000	2023	
17,500	3,000	3,000	5,000	0,500	2025	**Einzelplan 12**
17,500	3,000	3,000	5,000	1,500	2024	
18,500	3,000	3,000	5,000	1,500	2023	
19,500	2,890	2,000	1,800	1,000	2025	**Einzelplan 13**
19,000	2,890	2,000	1,800	1,000	2024	
18,900	2,750	2,000	1,800	1,000	2023	
251,554	70,230	115,000	144,000	1,649	2025	**Einzelplan 15**
251,554	70,230	115,000	144,000	2,649	2024	
164,554	58,280	92,000	143,000	3,649	2023	
10,000	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 20**
10,000	-	-	-	-	2024	
10,000	-	-	-	-	2023	
4,000	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 21**
4,000	-	-	-	-	2024	
2,000	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 22**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
3.032,557	2.716,740	531,113	419,130	21,899	2025	**Summe**
3.032,057	2.716,740	530,113	419,130	23,899	2024	
3.566,702	1.137,053	2.152,223	446,580	32,505	2023	

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Hauptverwaltung	Haushaltsjahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		Teilsumme	**KR7**	**Teilsumme**	**S18**	**S17**
Einzelplan 01	2025	124,250	-	-	-	-
	2024	124,250	-	-	-	-
	2023	118,250	-	-	-	-
Einzelplan 02	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	2,000	-	-	-	-
Einzelplan 03	2025	168,110	-	-	-	-
	2024	167,110	-	-	-	-
	2023	149,810	-	-	-	-
Einzelplan 05	2025	6.278,768	1,000	1,000	-	-
	2024	6.234,768	1,000	1,000	-	-
	2023	6.183,652	1,000	1,000	-	-
Einzelplan 06	2025	1.723,509	2,000	2,000	-	1,000
	2024	1.721,509	2,000	2,000	-	1,000
	2023	1.840,288	2,000	2,000	-	1,000
Einzelplan 07	2025	1.072,368	-	-	-	-
	2024	1.063,368	-	-	-	-
	2023	1.062,380	-	-	-	-
Einzelplan 08	2025	216,530	-	-	-	-
	2024	214,530	-	-	-	-
	2023	263,105	-	-	-	-
Einzelplan 09	2025	592,005	-	-	-	-
	2024	576,555	-	-	-	-
	2023	588,315	-	-	-	-
Einzelplan 10	2025	7.743,682	2,000	2,000	23,000	157,570
	2024	7.718,682	2,000	2,000	23,000	147,570
	2023	7.592,328	2,000	2,000	23,000	147,078
Einzelplan 11	2025	1.434,070	1,000	1,000	-	4,000
	2024	1.405,070	1,000	1,000	-	4,000
	2023	1.337,830	1,000	1,000	-	4,000
Einzelplan 12	2025	765,035	-	-	-	-
	2024	759,035	-	-	-	-
	2023	720,360	-	-	-	-
Einzelplan 13	2025	208,690	-	-	-	-
	2024	204,190	-	-	-	-
	2023	203,200	-	-	-	-
Einzelplan 15	2025	1.777,983	1,000	1,000	-	-
	2024	1.777,483	1,000	1,000	-	-
	2023	1.573,763	1,000	1,000	-	-
Einzelplan 20	2025	27,000	-	-	-	-
	2024	27,000	-	-	-	-
	2023	25,000	-	-	-	-
Einzelplan 21	2025	42,000	-	-	-	-
	2024	42,000	-	-	-	-
	2023	37,000	-	-	-	-
Einzelplan 22	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	22.178,000	7,000	7,000	23,000	162,570
	2024	22.039,550	7,000	7,000	23,000	152,570
	2023	21.697,281	7,000	7,000	23,000	152,078

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus-halts-	Hauptverwaltung
S15	**S14**	**S12**	**S11B**	**S9**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 01**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 02**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 03**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	2,000	-	-	2025	**Einzelplan 05**
-	-	2,000	-	-	2024	
-	-	1,000	-	-	2023	
8,000	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 06**
8,000	-	-	-	-	2024	
8,750	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 07**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 08**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**Einzelplan 09**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	-	-	1,000	-	2023	
242,000	98,690	16,000	69,000	49,000	2025	**Einzelplan 10**
242,000	92,690	16,000	69,000	49,000	2024	
247,060	84,690	15,000	78,000	41,000	2023	
1,000	-	14,000	11,000	-	2025	**Einzelplan 11**
1,000	-	14,000	11,000	-	2024	
1,000	-	14,000	11,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 12**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 13**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 15**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 20**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 21**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 22**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
251,000	98,690	32,000	81,000	49,000	2025	**Summe**
251,000	92,690	32,000	81,000	49,000	2024	
256,810	84,690	30,000	90,000	41,000	2023	

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Hauptverwaltung	Haushaltsjahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		S8B	S8A	Teilsumme	AT5	AT4
Einzelplan 01	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 02	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 03	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
Einzelplan 05	2025	-	1,000	3,000	-	-
	2024	-	1,000	3,000	-	-
	2023	-	1,000	2,000	-	-
Einzelplan 06	2025	-	2,000	11,000	-	-
	2024	-	2,000	11,000	-	-
	2023	-	2,000	11,750	-	-
Einzelplan 07	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 08	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 09	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
Einzelplan 10	2025	1.934,700	3.844,093	6.434,053	2,000	-
	2024	1.919,700	3.743,093	6.302,053	2,000	-
	2023	1.979,246	3.800,010	6.415,084	1,000	-
Einzelplan 11	2025	-	-	30,000	1,000	-
	2024	-	-	30,000	1,000	-
	2023	-	1,000	31,000	1,000	-
Einzelplan 12	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	1,000	1,000	-	-
Einzelplan 13	2025	-	-	-	1,000	1,000
	2024	-	-	-	1,000	1,000
	2023	-	-	-	1,000	1,000
Einzelplan 15	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 20	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 21	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Einzelplan 22	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	1.934,700	3.847,093	6.479,053	5,000	1,000
	2024	1.919,700	3.746,093	6.347,053	5,000	1,000
	2023	1.979,246	3.805,010	6.461,834	4,000	1,000

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus-halts-	Hauptverwaltung
AT3	**AT2**	**AT1**	**AT**	**Teilsumme**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 01**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 02**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	2,000	9,000	-	12,000	2025	**Einzelplan 03**
-	2,000	9,000	-	12,000	2024	
-	2,000	8,000	-	11,000	2023	
-	-	-	1,000	1,000	2025	**Einzelplan 05**
-	-	-	1,000	1,000	2024	
-	-	-	1,000	1,000	2023	
-	2,000	1,000	4,000	7,000	2025	**Einzelplan 06**
-	2,000	1,000	4,000	7,000	2024	
-	3,000	-	4,000	7,000	2023	
-	1,000	-	-	1,000	2025	**Einzelplan 07**
-	1,000	-	-	1,000	2024	
-	1,000	-	-	1,000	2023	
-	0,500	6,000	-	6,500	2025	**Einzelplan 08**
-	0,500	6,000	-	6,500	2024	
-	0,500	7,000	-	7,500	2023	
-	-	5,000	-	5,000	2025	**Einzelplan 09**
-	-	5,000	-	5,000	2024	
-	-	4,000	-	4,000	2023	
-	7,000	19,000	36,000	64,000	2025	**Einzelplan 10**
-	7,000	19,000	36,000	64,000	2024	
-	5,000	16,000	36,000	58,000	2023	
-	1,000	5,000	-	7,000	2025	**Einzelplan 11**
-	1,000	5,000	-	7,000	2024	
-	-	3,000	-	4,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 12**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	2,000	2,000	-	6,000	2025	**Einzelplan 13**
-	2,000	2,000	-	6,000	2024	
-	3,000	1,000	-	6,000	2023	
1,000	8,000	1,000	-	10,000	2025	**Einzelplan 15**
1,000	8,000	1,000	-	10,000	2024	
2,000	7,000	2,000	-	11,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 20**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 21**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**Einzelplan 22**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	23,500	48,000	41,000	119,500	2025	**Summe**
1,000	23,500	48,000	41,000	119,500	2024	
2,000	21,500	41,000	41,000	110,500	2023	

Anlage 2
Stellenübersicht
2024/2025

Hauptverwaltung	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbeschäftigte	Insgesamt		
Einzelplan 01	2025	70,000	124,250	194,250		
	2024	70,000	124,250	194,250		
	2023	67,000	118,250	185,250		
Einzelplan 02	2025	4,000	2,000	6,000		
	2024	4,000	2,000	6,000		
	2023	4,000	2,000	6,000		
Einzelplan 03	2025	253,500	180,110	433,610		
	2024	247,500	179,110	426,610		
	2023	111,500	160,810	272,310		
Einzelplan 05	2025	27.072,482	6.283,768	33.356,250		
	2024	26.543,482	6.239,768	32.783,250		
	2023	26.452,432	6.187,652	32.640,084		
Einzelplan 06	2025	8.715,435	1.743,509	10.458,944		
	2024	8.698,435	1.741,509	10.439,944		
	2023	8.439,885	1.861,038	10.300,923		
Einzelplan 07	2025	525,050	1.073,368	1.598,418		
	2024	518,050	1.064,368	1.582,418		
	2023	542,150	1.063,380	1.605,530		
Einzelplan 08	2025	122,000	223,030	345,030		
	2024	120,000	221,030	341,030		
	2023	127,000	270,605	397,605		
Einzelplan 09	2025	312,453	598,005	910,458		
	2024	310,453	582,555	893,008		
	2023	319,228	593,315	912,543		
Einzelplan 10	2025	29.108,517	14.243,735	43.352,252		
	2024	28.830,517	14.086,735	42.917,252		
	2023	28.404,226	14.067,412	42.471,638		
Einzelplan 11	2025	1.106,310	1.472,070	2.578,380		
	2024	1.098,310	1.443,070	2.541,380		
	2023	1.048,785	1.373,830	2.422,615		
Einzelplan 12	2025	362,880	765,035	1.127,915		
	2024	357,880	759,035	1.116,915		
	2023	329,380	721,360	1.050,740		
Einzelplan 13	2025	258,800	214,690	473,490		
	2024	257,800	210,190	467,990		
	2023	248,250	209,200	457,450		
Einzelplan 15	2025	6.667,000	1.788,983	8.455,983		
	2024	6.649,000	1.788,483	8.437,483		
	2023	6.805,220	1.585,763	8.390,983		
Einzelplan 20	2025	249,000	27,000	276,000		
	2024	249,000	27,000	276,000		
	2023	249,000	25,000	274,000		
Einzelplan 21	2025	61,000	42,000	103,000		
	2024	60,000	42,000	102,000		
	2023	57,000	37,000	94,000		
Einzelplan 22	2025	14,000	2,000	16,000		
	2024	14,000	2,000	16,000		
	2023	17,000	-	17,000		
Summe	2025	74.902,427	28.783,553	103.685,980		
	2024	74.028,427	28.513,103	102.541,530		
	2023	73.222,056	28.276,615	101.498,671		

Stellenübersicht

Bezirksverwaltungen

Die Stellenübersicht der Bezirksverwaltungen ist dem Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus nicht beigefügt.

Anlage 3
2024/2025

Übersicht
über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten

Durchlaufende Posten sind Berlin zustehende Beträge, die in gleicher Höhe und ohne Einsatz zusätzlicher Landesmittel an andere weitergeleitet werden, denen die Auszahlung an die Letztempfänger obliegt (§ 14 Abs. 1 Nr. 2 LHO).

Der Vorabdruck des Haushaltsplans 2024/2025 enthält keine den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten.

Übersicht
über Investitionen (Immobilien) im Sonderfinanzierungsverfahren und Einnahmeverzichte im Zusammenhang mit besonderen Finanzierungsvorgängen

1. Investitionen im Sonderfinanzierungsverfahren

Kapitel Titel	Bezeichnung des Objekts	Gesamt-investitions-kosten Mio. Euro	Finanzierungsverlauf – Mio. Euro –				Laufzeit bis Vertrags-ende (Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags-ende/ optional Mio. Euro
			in Vor-jahren bereits geleistet	fällig in 2024	fällig in 2025	durch-schnittl. künftige Belastung pro Jahr		
0814	Landesarchiv	59,50					2031	–
51827	– Zinsanteil –	34,18	30,00	0,86	0,78	0,42		
82301	– Tilgungsanteil –	25,32	9,55	1,16	1,26	2,23		
0910	Neubau der Zentralbibliothek der TU/UdK	28,57					2025	–
51827	– Zinsanteil –	8,36	8,28	0,06	0,02	0,00		
82301	– Tilgungsanteil –	20,21	18,88	0,89	0,45	0,00		
0910	Neubau der Germanistik der HU	24,16					2027	
51827	– Zinsanteil –	7,08	7,03	0,02	0,01	0,01		
82301	– Tilgungsanteil –	17,08	14,20	0,90	0,91	0,53		

Anlage 4
2024/2025

1a. Zusammenstellung nach Einzelplänen

		Finanzierungsverlauf			
		– Mio. Euro –			
Einzelplan	Gesamtinvestitions-kosten Mio. Euro	in Vorjahren bereits geleistet	Fällig in 2024	Fällig in 2025	durchschnittl. künftige Belastung pro Jahr
08	59,50	39,55	2,02	2,04	2,65
09	52,73	48,39	1,87	1,39	0,54

1b. Zusammenstellung nach Gesamtsumme für Zins- und Tilgungsanteil

		Finanzierungsverlauf			
		– Mio. Euro –			
Titel	Gesamtinvestitions-kosten Mio. Euro	in Vorjahren bereits geleistet	Fällig in 2024	Fällig in 2025	durchschnittl. künftige Belastung pro Jahr
51827 – Zinsanteil –	49,62	45,31	0,94	0,81	0,43
82301 – Tilgungsanteil –	62,61	42,63	2,95	2,62	2,76

2. Einnahmeverzichte (laufende Einnahmen) im Zusammenhang mit besonderen Finanzierungsvorgängen

Der Haushaltsplan 2024/2025 enthält keine Einnahmeverzichte (laufende Einnahmen) im Zusammenhang mit besonderen Finanzierungsvorgängen.

Übersicht über Bürgschaften, Garantien sowie sonstige Gewährleistungen und Einstandspflichten

Tabelle 1: Ausnutzung der Ermächtigungsrahmen für Bürgschaften

	Ermächtigungsrahmen Haushaltsgesetz		Ausnutzung des Rahmens per 31.12.2022		
	2022/2023	2024/2025	**Gesamt**	Nettoinan-spruch-nahme[1]	Bestand Bürgschaftsver-pflichtungen (valutarisch)
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Gewerbliche Wirtschaft, Landwirtschaft und freie Berufe:					
Bürgschaften für die gewerbliche Wirtschaft	1.200,0	1.200,0	**414,3**	236,8	177,5
Garantien für Arbeitnehmerbeteiligungen	2,0	2,0	**0,7**	0,7	0,0
Wohnungsbaubürgschaften	5.500,0	5.500,0	**979,3**	482,9	496,4
Sonderfinanzierungen	200,0	200,0	**1,2**	0,0	1,2
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	1.295,0	1.295,0	**865,7**	0,0	865,7
Bankgesellschaft Gesetz vom 05.11.2012 [2]	3.800,0	3.800,0	**0,0**	0	0
Fondsanteilerwerb durch die BIH	0,0	0,0	**0,0**	0	0
Ausfallbürgschaften zur Unterstützung von Existenzgründungen	50,0	50,0	**2,0**	0,0	2,0
Gewährleistungen für Leihgaben Dritter im Bereich Kunst und Kultur	399,75	499,75	**259,3**	0,0	259,3
Gewährleistungen für Leihgaben Dritter im Bereich Sport	0,25	0,25	**0,0**	0,0	0,0
Ausfallbürgschaften zur Förderung des Erwerbs von Arbeitsraum durch Künstlerinnen und Künstler	15,0	15,0	**0,0**	0,0	0,0
Deckung des Risikos für wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, die vom Land und vom Bund gemeinsam getragen werden, und aus der Haftung für Leihgaben an wissenschaftliche Forschungseinrichtungen	17,0	93,0	**16,5**	0,0	16,5
Transnationale Zusammenarbeit (Interreg)	35,8	33,0	34,5	0,0	34,5
Öffentliche Infrastrukturmaßnahmen					
Wasserversorgung			**921,6**	0,0	921,6
Energieversorgung	8.500,0	8.500,0	**1.725,6**	0,0	1.725,6
Schulneubau-Zwischenfinanzierung			**93,3**	0,0	93,3
Berliner Bodenfonds GmbH	250,0				

[1] erbrachte Leistungen aus Bürgschaftsinanspruchnahmen, für die noch kein Ersatz erlangt worden ist (§ 3 Abs. 11 Satz 2 HG 22/23).

[2] Gesetz über die Ermächtigungen im Zusammenhang mit der Abschirmung des ehemaligen Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft (BerlAGRAbschEG)

Tabelle 2: Netto-Haushaltsbelastung aus Bürgschaftsinanspruchnahmen

Gewerbliche Wirtschaft	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins 1510/87101	3.312,0	1.128,3	1.648,8
Netto-Rückzahlungen an Berlin 1510/14102-101	427,9	689,7	659,5
Einnahmen aus Entgelten 1510/14101	314,9	776,4	938,8
Nettozahlung Berlins	2.569,2	-337,8	50,5
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	125.004,0	166.191,3	177.551,5
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	1,53%	0,85%	0,49%

Wohnungsbaubürgschaften	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins 1510/87102	5,4	10,6	1,6
Zahlungen Berlins 2990/87102 (Wegfall Anschlussförderung)	0,0	0,0	0,0
Erstattungen durch Bund 1510/14103	2,6	5,0	0,0
Netto-Rückzahlungen an Berlin 1510/14102-103	894,4	1.794,2	2.527,7
Einnahmen aus Entgelten 1510/14101	465,6	352,3	259,1
Nettozahlung Berlins	-1.357,2	-2.140,9	-2.785,2
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	759.573,9	618.445,6	496.394,4
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	-2,68%	-0,38%	-0,34%

Gewerbliche Wirtschaft und Wohnungsbau	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Nettozahlung Berlins insgesamt	1.212,0	-2.478,7	-2.734,7

Sonderfinanzierungen	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins	0,0	0,0	0,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0
Nettozahlung Berlins	0,0	0,0	0,0
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	24.953,4	1.829,7	1.151,6
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	0%	0%	0%

Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins	0,0	0,0	0,0
Einnahmen aus Entgelten 1510/14101	10.422,3	11.025,1	10.535,9
Nettozahlung Berlins	-10.422,3	-11.025,1	-10.535,9
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	1.124.166,3	1.118.122,0	865.697,3
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	-0,92%	-0,94%	-1,03%

Risikoabschirmung Bankgesellschaft	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins 2990/87130	7.000,0	10.184,4	0,0
Einnahmen aus Entgelten 1510/14101	0,0	0,0	0,0
Nettozahlung Berlins	7.000,0	10.184,4	0,0
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (ohne Revalutierungslinie)	0,0	0,0	0,0
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	0%	0%	0%

Ausfallbürgschaften zur Unterstützung von Existenzgründungen	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins 1330/87106	-	-	0,0
Einnahmen 1330/14102	-	-	0,0
	-	-	0,0
Nettozahlung Berlins	-	-	0,0
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	-	-	0,0
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	-	-	0%

Gewährleistungen für Leihgaben Dritter im Bereich Kunst und Kultur	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins 0810/68102	0,0	0,0	0,9
Einnahmen	0,0	0,0	0,0
Nettozahlung Berlins	0,0	0,0	0,9
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	186.805,4	217.177,7	259.254,4
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	0%	0%	0%

Gewährleistungen für Leihgaben Dritter im Bereich Sport	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins	0,0	0,0	0,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0
Nettozahlung Berlins	0,0	0,0	0,0
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	0,0	0,0	0,0
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	0%	0%	0%

Ausfallbürgschaften zur Förderung des Erwerbs von Arbeitsraum durch Künstlerinnen und Künstler	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins 1510/87103	0,0	0,0	0,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0
Nettozahlung Berlins	0,0	0,0	0,0
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	0,0	0,0	0,0
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	0%	0%	0%

Deckung des Risikos des Landes Berlin für wissenschaftliche Forschungsinstitute, die vom Land und vom Bund gemeinsam getragen werden	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins	0,0	0,0	0,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0
Nettozahlung Berlins	0,0	0,0	0,0
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	13.625,9	13.468,8	16.467,7
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	0%	0%	0%

Transnationale Zusammenarbeit (Interreg)	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins 1214/63201	0,0	0,0	0,0
Einnahmen	0,0	0,0	0,0
Nettozahlung Berlins	0,0	0,0	0,0
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	29.700	32.100	34.500
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	0%	0 %	0 %

Öffentliche Infrastrukturmaßnahmen	**2020**	**2021**	**2022**
	T €	T €	T €
Zahlungen Berlins	0,0	0,0	0,0
Einnahmen	0,0	3.541,3	8.460,3
Nettozahlung Berlins	0,0	0,0	0,0
Bestand Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12. (valutarisch)	973.628,7	2.711.320,6	2.740.548,1
Quote (= Verhältnis des Mittelwertes der Nettozahlungen des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre zum Mittelwert der Bestände des Betrachtungsjahres und der zwei Vorjahre)	0%	0%	0%

Tabelle 3: Leistungen bzw. haushaltsmäßige Vorsorge für Inanspruchnahme aus Bürgschaften/Gewährleistungen

Kapitel/Titel	Bezeichnung	Ist 2021	Ist 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
		T €	T €	T €	T €	T €
0810/68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen	0,0	0,9	1,0	1,0	1,0
1214/63201	Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder*	0	0	0	0	0
1330/87106	Inanspruchnahme aus Bürgschaften für Sozialunternehmen, Nicht –EU-Angehörige und Flüchtlinge	0	0	1.000,0	700,0	1.100,0
1510/87101	Inanspruchnahme aus Bürgschaften für die gewerbliche Wirtschaft	1.128,3	1.648,8	3.000,0	5.000,0	5.000,0
1510/87102	Inanspruchnahme aus Bürgschaften für den Wohnungsbau	10,6	1,6	4.000,0	1.500,0	1.500,0
1510/87103	Inanspruchnahme aus Bürgschaften im Zusammenhang mit dem Erwerb selbstgenutzten Arbeitsraums	0,0	0,0	500,0	500,0	500,0

* Berlin erstattet dem Land Brandenburg gem. Verwaltungsvereinbarung vom 6. April 1995 die Hälfte der „normalen“ Sachkosten der Abt. GL (Ansätze 2021, 2022 und 2023 jeweils rund 0,9 Mio. Euro). Sollte es aufgrund der Inanspruchnahme aus Gewährleistungen tatsächlich zu Zahlungen kommen, wären diese zunächst von Brandenburg zu leisten und müssten dann durch Berlin aus Kapitel 1214 Titel 63201 teilweise erstattet werden. Dies hätte entsprechende überplanmäßige Ausgaben zur Folge.

Tabelle 4: Jährliche Veränderungen der Ausnutzung des Bürgschaftsrahmens 2020 - 2022

	Freier Rahmen per 31.12.2022	Bürgschaftsübernahmen		
		01.01. – 31.12.2020	01.01. – 31.12.2021	01.01. – 31.12.2022
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Bürgschaften für die gewerbliche Wirtschaft § 3 Abs. 1 Nr. 1 HG 22/23	785,7	48,9	41,2	13,3
Garantien für Arbeitnehmerbeteiligungen § 3 Abs. 1 Nr. 2 HG 22/23	1,3	-0,3	0,0	0,0
Wohnungsbaubürgschaften § 3 Abs. 2 Nrn.1 bis 4 HG 22/23	4.520,7	-183,1	-141,0	-122,1
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, § 3 Abs. 3 HG 22/23	429,3	160,6	-6,1	-252,4
Bankgesellschaft Gesetz vom 05.11.2012[1]	entfällt[1]	0,0	0,0	0,0
Sonderfinanzierungen § 3 Abs. 4 HG 22/231	198,8	-1,2	-23,2	-0,6
Existenzgründungen § 3 Abs. 5 HG 22/23	48,0	-	-	2,0
Gewährleistungen für Leihgaben im Bereich Kunst und Kultur § 3 Abs. 6 HG 22/23	140,45	19,5	36,4	101,0
Gewährleistungen für Leihgaben im Bereich Sport § 3 Abs. 6 HG 22/23	0,25	0,0	0,0	0,0
Förderung des Erwerbs von Arbeitsraum durch Künstlerinnen und Künstler § 3 Abs. 7 HG 22/23	15,0	0,0	0,0	0,0
Deckung des Risikos des Landes Berlin für wissenschaftliche Forschungsinstitute, die vom Land und vom Bund gemeinsam getragen werden § 3 Abs. 8 HG 22/23	0,0	0,0	0,0	0,0
Transnationale Zusammenarbeit (Interreg III B, IV B + V B) § 3 Abs. 9 HG 22/23	35,8	2,4	2,4	2,4
Öffentliche Infrastrukturmaßnahmen § 3 Abs. 10 HG 22/23	5.759,5	-33,8	1.737,8	29,1

[1] Die Übernahme neuer Bürgschaften ist im BerlAGRAbschEG nicht vorgesehen

Anlage 5
2024/2025

Tabelle 5: Sonstige Einstandspflichten – Anstalten des öffentlichen Rechts –

Einzel-plan (ggf.: Bezirk)	Einstandspflicht		Haftungs-umfang 2022	Landes-anteil* 2022	Inanspruch-nahme 2022
05	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Gesetzliche Einstandspflicht Art. 2 Abs. 3 des Staatsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin - Brandenburg vom 13. Dezember 2005	Beschränkt (Ausgleich zu gleichen Teilen: Berlin / BrB)	50%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Gesetzliche Einstandspflicht §4 Bäder-Anstaltsgesetz (BBBG)	Unbe-schränkt	100%	Nein
09	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Studierendenwerk Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 6 Abs. 7 Studierendenwerksgesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Zuse-Institut Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 10 des Gesetzes über das Zentrum für Informationstechnik i.V.m. § 28 AZG	Unbe-schränkt	100%	Nein
13	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Investitionsbank Berlin Unternehmensverwaltung (IBB UV) Gesetzliche Einstandspflicht IBB-Gesetz	Beschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) Gesetzliche Einstandspflicht Berliner Betriebe-Gesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Gesetzliche Einstandspflicht Berliner Betriebe-Gesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Berliner Wasserbetriebe (BWB) Gesetzliche Einstandspflicht Berliner Betriebe-Gesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
15	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Verwaltungsakademie Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 21 des Gesetzes über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten	Unbe-schränkt	100%	Nein
25	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	IT-Dienstleistungszentrum Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Anstalt des öffentlichen Rechts IT-Dienstleistungszentrum Berlin vom 19. November 2004	Unbe-schränkt	100%	Nein

* Landesanteil am Umfang der Haftung

** Entsprechend der Leistungen nach den Vorschriften des Dritten Buches Sozialgesetzbuch über das Insolvenzgeld von der Agentur für Arbeit und nach den Vorschriften des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom Träger der Insolvenzversicherung für Arbeitnehmer

Tabelle 6: Sonstige Einstandspflichten – Körperschaften des öffentlichen Rechts –

Einzel-plan (ggf.: Bezirk)	Einstandspflicht		Haftungs-umfang 2022	Landes-anteil* 2022	Inanspruch-nahme 2022
06	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Rechtsanwaltskammer Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 12 Abs. 2 InsO in Verbindung mit den §§ 359 Abs. 2 S. 2 SGB III und 17 Abs. 2 BetrAVG	Beschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Notarkammer Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 12 Abs. 2 InsO in Verbindung mit den §§ 359 Abs. 2 S. 2 SGB III und 17 Abs. 2 BetrAVG	Beschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Versorgungswerk der Rechtsanwälte Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 12 Abs. 2 InsO in Verbindung mit den §§ 359 Abs. 2 S. 2 SGB III und 17 Abs. 2 BetrAVG	Beschränkt	100%	Nein
07	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Abwasserverband der Fahrgastschifffahrt von Berlin Gesetzliche Einstandspflicht Rechtsaufsicht nach dem Wasserverbandsgesetz	Beschränkt auf Lohn-kosten (65.500 €)	100%	Nein
09	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Freie Universität Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Technische Universität Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Humboldt-Universität zu Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Universität der Künste Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Kunsthochschule Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Charité Universitätsmedizin Berlin einschließlich Translationsforschungsbereich (TFB) ** Gesetzliche Einstandspflicht § 1 Abs. 6 Berliner Universitätsmedizingesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Hochschule für Musik „Hans Eisler“ Gesetzliche Einstandspflicht § 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ Gesetzliche Einstandspflicht § 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Berliner Hochschule für Technik Gesetzliche Einstandspflicht § 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz	Unbe-schränkt	100%	Nein

Einzel-plan (ggf.: Bezirk)	Einstandspflicht		Haftungs-umfang 2022	Landes-anteil* 2022	Inanspruch-nahme 2022
09	Begünstigter/ Adressat:	Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	§ 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz			
	Begünstigter/ Adressat:	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	§ 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz			
	Begünstigter/ Adressat:	Alice-Salomon-Hochschule Berlin	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	§ 87 Abs. 4 Berliner Hochschulgesetz			
	Begünstigter/ Adressat:	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissen-schaften	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Staatsvertrag über die Errichtung einer Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften			
	Begünstigter/ Adressat:	Ärztekammer Berlin	Beschränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Insolvenzordnung			
	Begünstigter/ Adressat:	Zahnärztekammer Berlin	Beschränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Insolvenzordnung			
	Begünstigter/ Adressat:	Tierärztekammer Berlin	Beschränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Insolvenzordnung			
	Begünstigter/ Adressat:	Apothekerkammer Berlin	Beschränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Insolvenzordnung			
	Begünstigter/ Adressat:	Kammer für psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendpsychotherapeuten Berlin	Beschränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Insolvenzordnung			
	Begünstigter/ Adressat:	Kassenärztliche Vereinigung Berlin	Beschränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Insolvenzordnung			
	Begünstigter/ Adressat:	Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin	Beschränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Insolvenzordnung			
	Begünstigter/ Adressat:	Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in der Helmholz-Gemeinschaft	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	§ 5 Abs. 3 MDC-Gesetz über die Errichtung der Stiftung			
11	Begünstigter/ Adressat:	Hospitäler zum Heiligen Geist und St. Georg	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Berliner Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)			

Einzel-plan (ggf.: Bezirk)	Einstandspflicht		Haftungs-umfang 2022	Landes-anteil * 2022	Inanspruch-nahme 2022
11	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	St. Gertraudt-Stiftung Gesetzliche Einstandspflicht Berliner Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung Gesetzliche Einstandspflicht Berliner Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbe-schränkt	100%	Nein
12	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Architektenkammer Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 12 Abs. 2 InsO in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbe-schränkt ***	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Baukammer Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 12 Abs. 2 InsO in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbe-schränkt***	100%	Nein
13	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Industrie- und Handelskammer zu Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 12 Abs. 2 Insolvenzordnung	Beschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Handwerkskammer Berlin Gesetzliche Einstandspflicht § 12 Abs. 2 Insolvenzordnung	Beschränkt	100%	Nein

* Landesanteil am Umfang der Haftung

** Der TFB (Berliner Institut für Gesundheitsforschung – „BIH“ gemäß Satzung) wird im verhältnis 90:10 vom Bund und Land finanziert. Die Gewährträgerhaftung des Landes für die Charité umfasst auch den TFB. Aufgrund Verwaltungsvereinbarung gilt für diesen eine anteilige Freistellung durch den Bund im Umfang von 90%.

*** Entsprechend der Leistungen nach den Vorschriften des Dritten Buches Sozialgesetzbuch über das Insolvenzgeld von der Agentur für Arbeit und nach den Vorschriften des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom Träger der Insolvenzversicherung für Arbeitnehmer

Tabelle 7: Sonstige Einstandspflichten – Stiftungen des öffentlichen Rechts –

Einzelplan (ggf.: Bezirk)	Einstandspflicht		Haftungsumfang 2022	Landesanteil * 2022	Inanspruchnahme 2022
07	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Naturschutz Gesetzliche Einstandspflicht § 12 Abs. 2 InsO in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbeschränkt **	100%	Nein
08	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Preußischer Kulturbesitz Einstandspflicht als Annex einer Rechtsbeziehung Abkommen über die gemeinsame Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz vom 11. Dezember 1996	Unbeschränkt	8,71% am Sockelbetrag zzgl. 25% des Fehlbetrags über Sockelbetrag	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin Gesetzliche Einstandspflicht Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbeschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Berlinische Galerie – Landesmuseum für Moderne Kunst, Photographie und Architektur Gesetzliche Einstandspflicht Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbeschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Bröhan-Museum – Landesmuseum für Jugendstil, Art Deco und Funktionalismus Gesetzliche Einstandspflicht Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbeschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Stadtmuseum Berlin Gesetzliche Einstandspflicht Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbeschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin Gesetzliche Einstandspflicht Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbeschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Gesetzliche Einstandspflicht Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbeschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Deutsches Technikmuseum Gesetzliche Einstandspflicht Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbeschränkt	100%	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Oper in Berlin Gesetzliche Einstandspflicht Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)	Unbeschränkt	100%	Nein

Einzel-plan (ggf.: Bezirk)	Einstandspflicht		Haftungs-umfang 2022	Landes-anteil * 2022	Inanspruch-nahme 2022
08	Begünstigter/ Adressat:	Stiftung Berliner Philharmoniker	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)			
	Begünstigter/ Adressat:	Stiftung Berliner Mauer – Gedenkstätte Berliner Mauer und Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)			
	Begünstigter/ Adressat:	Stiftung kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)			
	Begünstigter/ Adressat:	Stiftung Neue Synagoge Berlin Centrum Judaicum	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)			
09	Begünstigter/ Adressat:	Stiftung Museum für Naturkunde – Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	§ 3 Abs. 5 Naturkundemuseumsgesetz			
10	Begünstigter/ Adressat:	Lette-Verein	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Gesetz über den Lette-Verein und das Pestalozzi-Fröbel-Haus vom 18. Januar 1963 in der Fassung vom 2. August 1982			
	Begünstigter/ Adressat:	Pestalozzi-Fröbel-Haus	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Gesetz über den Lette-Verein und das Pestalozzi-Fröbel-Haus vom 18. Januar 1963 in der Fassung vom 2. August 1982			
	Begünstigter/ Adressat:	Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	§ 1 G über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (Berlin 3210-7) (BlnInsoUnFG), § 12 Abs. 2 InsO			
	Begünstigter/ Adressat:	Stiftung Demokratische Jugend	Unbe-schränkt	100% im Aussenver-hältnis (16,67% im Innenver-hältnis)	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	§ 1 G über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (Berlin 3210-7) (BlnInsoUnFG), § 12 Abs. 2 InsO			
	Begünstigter/ Adressat:	Stiftung Planetarium Berlin	Unbe-schränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Gesetzliche Einstandspflicht			
	Rechtsgrundlage:	Gesetz über die Insolvenzunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts (BlnInsoUnFG)			

* Landesanteil am Umfang der Haftung

** Entsprechend der Leistungen nach den Vorschriften des Dritten Buches Sozialgesetzbuch über das Insolvenzgeld von der Agentur für Arbeit und nach den Vorschriften des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom Träger der Insolvenzversicherung für Arbeitnehmer

Tabelle 8: Sonstige Gewährleistungen und Einstandspflichten – Sonstige Adressaten –

Einzel-plan (ggf.: Bezirk)	Einstandspflicht		Haftungs-umfang 2022	Landes-anteil * 2022	Inanspruch-nahme 2022
05	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG) Einstandspflicht als Annex einer Rechtsbeziehung Pacht- und Betreibervertrag	Beschränkt	100%	Nein
07	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Wasserverband Pfefferluchgraben Gesetzliche Einstandspflicht Rechtsaufsicht nach dem Wasserverbandsgesetz	Nicht bekannt	Nicht bekannt	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Spree-Havel-Verband Gesetzliche Einstandspflicht Rechtsaufsicht nach dem Wasserverbandsgesetz	Nicht bekannt	Nicht bekannt	Nein
08	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Georg-Kolbe-Stiftung Einstandspflicht als Annex einer Rechtsbeziehung § 3 Berliner Stiftungsgesetz i.V.m. § 2 Abs. 1 lit. a der Satzung	Vermögens-erhalt	Nicht benannt	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Stiftung Domäne Dahlem Einstandspflicht als Annex einer Rechtsbeziehung § 3 Berliner Stiftungsgesetz i.V.m. § 4 Abs. 2 der Satzung	Vermögens-erhalt	Nicht benannt	Nein
12	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage	Grundstücksverkäufer Haftungsrisiken aus der Ausübung von Vorkaufs-rechten** § 27a Abs. 2 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB)	unbeschränkt	100%	Nein
13	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Berliner Wasserbetriebe (BWB) Gesetzliche Einstandspflicht i. R. d. Berliner Betriebe-Gesetzes Bürgschaftsverträge der BWB gegenüber der Berliner Stadtwerke GmbH	Beschränkt 13,03 Mio. €	80% 10,42 Mio. €	Nein
	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Landesbank Berlin AG Gesetzliche Einstandspflicht § 11 Abs. 1 und 2 des Berliner Sparkassen-gesetzes	a) Unbeschränkt für bis zum 18.7.2001 vereinbarte Verbindlich-keiten b) Beschränkt für danach bis zum 18.7.2005 vereinbarte Verbindlich-keiten (Lauf-zeit bis 31.12.2015)	0%	Nein
15	Begünstigter/ Adressat: Bezeichnung: Rechtsgrundlage:	Landesbank Berlin AG Gesetzliche Einstandspflicht Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG von den we-sentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleis-tungsgeschäft	Beschränkt	Nicht benannt	Nein

Einzel-plan (ggf.: Bezirk)	Einstandspflicht		Haftungs-umfang 2022	Landes-anteil * 2022	Inanspruch-nahme 2022
	Begünstigter/ Adressat:	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.	Beschränkt	Nicht benannt	Nein
	Bezeichnung:	Einstandspflicht als Annex einer Rechtsbeziehung			
	Rechtsgrundlage:	Vertrag über den Verkauf sämtlicher Stückaktien an der Landesbank Berlin Holding AG vom 15.6.2007			
	Begünstigter/ Adressat:	The Bank of New York Mellon Corporation (BNY Mellon)	Beschränkt	Nicht benannt	Nein
	Bezeichnung:	Einstandspflicht als Annex einer Rechtsbeziehung			
	Rechtsgrundlage:	US-Cross-Border-Lease (Messehallen - 1.-4. Bau-abschnitt)			
29	Begünstigter/ Adressat:	BF Rückversicherungs-AG/ AXA LM Investments S.C.A., Colisée Re S.A.	Beschränkt	68,69%	Nein
	Bezeichnung:	Einstandspflicht als Annex einer Rechtsbeziehung			
	Rechtsgrundlage:	Kaufvertrag über sämtliche Aktien an der BF Rückversicherungs-AG vom 4.12.2009			
	Begünstigter/ Adressat:	Veolia Aqua GmbH	Beschränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Einstandspflicht als Annex einer Rechtsbeziehung			
	Rechtsgrundlage:	Rekommunalisierungskaufvertrag “Wasserbe-triebe” vom 02.12.2013			
	Begünstigter/ Adressat:	RWE Aqua GmbH (nunmehr Innogy Aqua GmbH)	Beschränkt	100%	Nein
	Bezeichnung:	Einstandspflicht als Annex einer Rechtsbeziehung			
	Rechtsgrundlage:	Rekommunalisierungskaufvertrag “Wasserbe-triebe” vom 18.07.2012			

* Landesanteil am Umfang der Haftung

** Das Land Berlin haftet bei der Ausübung eines städtebaulichen Vorkaufsrechts zugunsten eines Dritten gemäß § 27a Abs. 2 Satz 2 BauGB für Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag neben dem begünstigten Dritten als Gesamtschuldner. Dabei muss der Verkäufer grundsätzlich keine Rücksicht darauf nehmen, dass im Innenverhältnis der begünstigte Dritte sämtliche Verpflichtungen allein zu tragen und dieser das Land Berlin insofern freizustellen hat. Anders als bei einer Bürgschaft kann das Land Berlin den Verkäufer nicht darauf verweisen, dass er sich vorrangig an den begünstigten Dritten wenden müsse.

Übersicht über die Sonderabgaben

Kapitel Titel	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Tsd. Euro			
			2024 Ansatz	2025 Ansatz	2023 Ansatz	2022 Ist
0543 11990	**Bezeichnung:** Rechtsgrundlage: Abgabezweck: Verpflichtete: Begünstigte:	**Jagdabgabe** § 21 Landesjagdgesetz Berlin Förderung des Jagdwesens Jagdscheininhaber Verbände und Vereine der Jäger Die Jagdabgabe wird für die Ausstellung eines Jagdscheines erhoben und fließt nach § 21 Abs. 1 LJagdG Bln direkt der Stiftung Naturschutz zu und wird von ihr zweckgebunden verwendet.	1,0	1,0	1,0	102,0
0720 09901	**Bezeichnung:** Rechtsgrundlage: Abgabezweck: Verpflichtete: Begünstigte:	**Abwasserabgabe** §§ 1 und 2 Abwassergesetz Schutz der Gewässer Berliner Wasserbetriebe, Land Berlin und sonstige Einleiter Abwassereinleiter und Gewässerunterhaltungspflichtige, die in Gewässerschutzmaßnahmen investieren	15.000,0	15.000,0	15.000,0	13.313,4
0721 11139	**Bezeichnung:** Rechtsgrundlage: Abgabezweck: Verpflichtete: Begünstigte:	**Fischereiabgabe** § 8 Abs. 4 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 Landesfischereischeingesetz Förderung der Fischbestände, insbesondere 1. Maßnahmen zur Regulierung der Fischbestände sowie zur Durchführung hierzu erforderlicher fischereiwissenschaftlicher Begleituntersuchungen 2. Untersuchungen der Lebens- und Umweltbedingungen der Fische sowie der Möglichkeiten zur Verhütung und Verhinderung von Fischkrankheiten und Maßnahmen zur Information über das Gebiet der Fischerei Fischereischeininhaber Land Berlin	480,0	480,0	480,0	476,6
0750 11193	**Bezeichnung:** Rechtsgrundlage: Abgabezweck: Verpflichtete: Begünstigte:	**Ausgleichsabgabe** § 14 Abs. 6 Naturschutzgesetz Berlin (NatSchGBln) Die Ausgleichsabgabe wird erhoben, wenn eine Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme bei Eingriffen in Natur und Landschaft nicht möglich ist Verursacher von Eingriffen in Natur und Landschaft gemäß § 14 NatSchGBln Träger von Maßnahmen zur Verbesserung von Natur und Landschaft	100,0	100,0	100,0	1.460,1

Anlage 6
2022/2023

Kapitel Titel	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Tsd. Euro			
			2024 Plan	2025 Plan	2023 Ansatz	2022 Ist
0751 11193	**Bezeichnung:** Rechtsgrundlage: Abgabezweck: Verpflichtete: Begünstigte:	**Walderhaltungsabgabe** § 6 Abs. 2 Landeswaldgesetz (LWaldG) Wird erhoben, wenn eine Ersatzfläche aufgrund einer Waldumwandlung nicht bereitgestellt werden kann. Verursacher der Waldumwandlung gemäß § 6 LWaldG Land Berlin	1,0	1,0	1,0*	348,3
	Bezeichnung: Rechtsgrundlage: Abgabezweck: Verpflichtete: Begünstigte:	**Reitwegeunterhaltungsabgabe** § 16 Abs. 2 LWaldG Anlage und Unterhaltung von Reitwegen einschließlich Beseitigung der durch die Nutzung der Reitwege verursachten Schäden Reitwegenutzer Land Berlin			**	
1162 11191	**Bezeichnung:** Rechtsgrundlage: Abgabezweck: Verpflichtete: Begünstigte:	**Beiträge zur Tierseuchenentschädigung** Verordnung über die Erhebung von Beiträgen zur Tierseuchenentschädigung Bildung einer Rücklage für Entschädigungen Halter von Schafen, Schweinen und Rindern Halter von Schafen, Schweinen und Rindern	1,0	1,0	2,0	0,0
1166 11198	**Bezeichnung:** Rechtsgrundlage: Abgabezweck: <

Kapitel Titel	Sonderabgabe		Abgabevolumen in Tsd. Euro			
			2024 Plan	2025 Plan	2023 Ansatz	2022 Ist
Sonder- vermö- gen Aus- gleichs- fonds	**Bezeichnung:** Rechtsgrundlage: Abgabezweck: Verpflichteter: Begünstigte:	**Umlagebetrag zum Ausgleichfonds** § 33 Abs. 1 Nr. 3 Pflegeberufegesetz Finanzierung der Pflegeausbildung Land Berlin (0930/63430) Träger der praktischen Ausbildung, Pflegeschulen sowie Auszubildende	29.540,0	29.540,0	29.540,0	16.862,1
	Bezeichnung: Rechtsgrundlage: Abgabezweck: Verpflichtete: Begünstigte:	**Umlagebetrag zum Ausgleichfonds** § 33 Abs. 1 Nrn. 1, 2 und 4 Pflegeberufegesetz*** Finanzierung der Pflegeausbildung Krankenhäuser, ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen, Pflegeversicherung Träger der praktischen Ausbildung, Pflegeschulen sowie Auszubildende***	Wird erst im Herbst 2024 kalkuliert	Wird erst im Herbst 2025 kalkuliert	Wird erst im Herbst 2023 kalkuliert	171.655,5

* Genaue Höhe nicht kalkulierbar; abhängig von den Anträgen der Unternehmen und Privatpersonen

** Genaue Höhe nicht kalkulierbar; abhängig vom Kauf der Reitmarken durch Bürgerinnen und Bürger

*** Auf Grundlage der §§ 26 – 35 des Pflegeberufegesetzes (PflBG) in Verbindung mit der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (PflAFinV) setzt die gemäß § 26 Abs. 4 PflBG in Verbindung mit § 2 Nr. 2 Berliner Ausführungsgesetz zum Pflegeberufegesetz zuständige Stelle im Land Berlin den Finanzierungsbedarf für die Pflegeausbildung fest. Es erfolgt eine jährliche Bekanntmachung am 15. September im Jahr vor dem Finanzierungszeitraum. Genaue Höhe aktuell nicht kalkulierbar.

Die Aufnahme einer Abgabe in diese Übersicht qualifiziert die Abgabe nicht als Sonderabgabe.

I. Berechnung der strukturellen Nettokreditaufnahme

(in Mio. €)

2024

Finanzierungssaldo		**-2.763,2**
+	Zuführung Versorgungsrücklage	80,5
-	Entnahme Versorgungsrücklage	0,0
=	**Finanzierungssaldo II**	**-2.682,7**
+	Entnahme zweckgebundene Rücklagen (ohne KAR)	2.266,9
-	Zuführung zweckgebundene Rücklagen	12,0
=	**Finanzierungssaldo III**	**-427,8**
kalk. NKA Kernhaushalt		**427,8**
+	Saldo der finanziellen Transaktionen	-382,2
+	Tilgung Notfallkredit	0,0
+	ex ante Konjunkturkomponente	-130,8
=	**Strukturelle Nettokreditaufnahme**	**-85,3**

Nebenrechnungen:

I .Saldo der finanziellen Transaktionen

Obergruppe/Gruppe		Ansatz
133	Veräußerung von Beteiligungen	0,0
134	Kapitalrückzahlungen	0,3
31	Schuldenaufnahme öffentlichen Bereich	0,0
17	Darlehensrückflüsse öffentlichen Bereich	0,0
18	Sonstige Darlehensrückflüsse	124,5
	Rückflussgleiche Darlehensverzichte	
Summe Einnahmen		**124,8**
58	Tilgungsausgaben öffentlichen Bereich	16,1
83	Erwerb von Beteiligungen	384,3
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	0,0
86	Darlehen an sonstige Bereiche	106,7
Summe Ausgaben		**507,0**
Saldo der finanziellen Tranktionen		**-382,2**

II. Ex ante Konjunkturkomponente

Quelle: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung, Stand: 27.04.2022

lfd. Nr.		
1	nominales BIP	4.269.000
2	nominales Produktionspotenzial	4.280.900
3=1-2	Produktionslücke	-11.900
4	Budgetsemielastizität Länder (ohne Einheit)	0,1341
5=3*4	ex ante Konjunkturkomponente Ländergesamtheit	-1.595,8
6	Anteil Berlins	0,0622
7=5*6	**Anteil Berlins**	**-99,3**
8	Budgetsemielastizität Gemeinden (ohne Einheit)	0,0574
9=3*8	ex ante Konjunkturkomponente Gemeindegesamtheit	-683,1
10	Anteil Berlins	0,0462
11=9*10	**Anteil Berlins**	**-31,6**
12=7+11	**ex ante Konjunkturkomponente Berlin**	**-130,8**

Anlage 7
2024/2025

I. Berechnung der strukturellen Nettokreditaufnahme

(in Mio. €)

2025

Finanzierungssaldo		**-2.524,7**
+	Zuführung Versorgungsrücklage	80,5
-	Entnahme Versorgungsrücklage	0,0
=	**Finanzierungssaldo II**	**-2.444,2**
+	Entnahme zweckgebundene Rücklagen (ohne KAR)	2.064,9
-	Zuführung zweckgebundene Rücklagen	26,5
=	**Finanzierungssaldo III**	**-405,8**

kalk. NKA Kernhaushalt		**405,8**
+	Saldo der finanziellen Transaktionen	-404,6
+	Tilgung Notfallkredit	0,0
+	ex ante Konjunkturkomponente	-108,8
=	**Strukturelle Nettokreditaufnahme**	**-107,5**

Nebenrechnungen:

I .Saldo der finanziellen Transaktionen

Obergruppe/Gruppe		Ansatz
133	Veräußerung von Beteiligungen	0,0
134	Kapitalrückzahlungen	0,3
31	Schuldenaufnahme öffentlichen Bereich	0,0
17	Darlehensrückflüsse öffentlichen Bereich	0,0
18	Sonstige Darlehensrückflüsse	99,6
	Rückflussgleiche Darlehensverzichte	
Summe Einnahmen		**99,8**
58	Tilgungsausgaben öffentlichen Bereich	14,5
83	Erwerb von Beteiligungen	383,1
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	0,0
86	Darlehen an sonstige Bereiche	106,8
Summe Ausgaben		**504,4**
Saldo der finanziellen Tranktionen		**-404,6**

II. Ex ante Konjunkturkomponente

Quelle: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung, Stand: 27.04.2022

lfd. Nr.		
1	nominales BIP	4.390.400
2	nominales Produktionspotenzial	4.400.300
3=1-2	Produktionslücke	-9.900
4	Budgetsemielastizität Länder (ohne Einheit)	0,1341
5=3*4	ex ante Konjunkturkomponente Ländergesamtheit	-1.327,6
6	Anteil Berlins	0,0622
7=5*6	**Anteil Berlins**	**-82,6**
8	Budgetsemielastizität Gemeinden (ohne Einheit)	0,0574
9=3*8	ex ante Konjunkturkomponente Gemeindegesamtheit	-568,3
10	Anteil Berlins	0,0462
11=9*10	**Anteil Berlins**	**-26,3**
12=7+11	**ex ante Konjunkturkomponente Berlin**	**-108,8**

II. Überblick über die Konjunkturausgleichsrücklage

Stand per Ende

2020*.....0 Mio. €
2021:.....0 Mio. €
2022:.....163,5 Mio. €
2023** .....327,0 Mio. €

* Überführung des Bestands des Nachhaltigkeitsfonds (327,0 Mio. €) in die Konjunkturausgleichsrücklage und vollständige Entnahme im Rahmen des 2. Nachtragshaushaltsplans 2020
** geplant

nachrichtlich: Zielvolumen der Konjunkturausgleichsrücklage
(nach § 6 Abs. 3 S. 2 BerlSchuldenbremseG mindestens 1 Prozent der kumulierten bereinigten Einnahmen der vergangenen fünf Jahre)

Bereinigte Einnahmen (Ist):

2018:.....29.339,7 Mio. €
2019:.....29.844,1 Mio. €
2020:.....32.901,6 Mio. €
2021:.....35.897,1 Mio. €
2022.....37.422,7 Mio. €
Summe:.....165.405,2 Mio. €

Zielvolumen:.....1.654,1 Mio. €

III. Nachweis über die Voraussetzungen für die Kreditaufnahme aufgrund einer Ausnahmesituation, ihrer Höhe sowie der geplanten Tilgungsstruktur

Nicht erforderlich, da das Haushaltsgesetz 2024/2025 keine Kreditaufnahme aufgrund einer Ausnahmesituation vorsieht.

Anlage 8
2024/2025

Übersicht über die kreditfinanzierten finanziellen Transaktionsausgaben

(zu § 2 Abs. 1 HG 24/25)

in Mio. €

Kapitel	Titel	**Zweckbestimmung**	**Plan 2024**	**Plan 2025**
1220	83111	Kapitalzuführung an die Tegel Projekt GmbH	40,0	40,0
1330	83103	Kapitalzuführung an die Messe Berlin GmbH	25,0	25,0
2990	83108	Kapitalzuführung an die BIM GmbH für die Berliner Bodenfonds GmbH	142,0	142,0
2990	83132	Kapitalzuführung an die Vivantes GmbH	134,0	134,0
2990	83106	Kapitalzuführung an die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB)	40,0	40,0
		Summe	**381,0**	**381,0**

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 2

Einzelpläne 01, 02, 20, 21, 22

- Abgeordnetenhaus
- Verfassungsgerichtshof
- Rechnungshof
- Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit
- Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	
Kapitel 0100 Abgeordnetenhaus	2 - 5
Stellenplan	2 - 19
Stellenübersicht	2 - 25
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	
Kapitel 0200 Verfassungsgerichtshof	2 - 27
Stellenplan	2 - 33
Stellenübersicht	2 - 37
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	
Kapitel 2000 Rechnungshof	2 - 39
Stellenplan	2 - 51
Stellenübersicht	2 - 55
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2 - 57
Kapitel 2100 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2 - 59
Kapitel 2101 Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)	2 - 67
Stellenplan	2 - 73
Stellenübersicht	2 - 79
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	
Kapitel 2200 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2 - 87
Stellenplan	2 - 93
Stellenübersicht	2 - 97
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	4
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	14

Abgeordnetenhaus

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Abgeordnetenhaus ist die Volksvertretung der Berliner/innen.

Es beschließt die Gesetze, wählt den Regierenden Bürgermeister und kontrolliert den Senat.

Dem am 12. Februar 2023 gewählten Abgeordnetenhaus der 19. Wahlperiode gehören 159 Abgeordnete an. Politisch gliedert sich das Abgeordnetenhaus derzeit wie folgt:

Fraktion der CDU:	52 Mitglieder
Fraktion der SPD:	34 Mitglieder
Fraktion Grüne:	34 Mitglieder
Fraktion der Linkspartei:	22 Mitglieder
Fraktion der AfD:	17 Mitglieder

Der Präsident/Die Präsidentin

des Abgeordnetenhauses führt die Geschäfte des Parlaments und vertritt es nach außen; er/sie fertigt die vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten Gesetze aus. Außerdem führt er/sie den Vorsitz im Präsidium und im Ältestenrat.

Die Verwaltung des Abgeordnetenhauses hat die Aufgabe, die Arbeit des Parlaments zu unterstützen. Sie untersteht dem Präsidenten/der Präsidentin und wird vom Direktor/von der Direktorin bei dem Abgeordnetenhaus geleitet. Die Verwaltung des Abgeordnetenhauses gliedert sich wie folgt:

Präsidialbereich

Leiter/in des Büros
Social Media
Vorzimmer des Präsidenten/der Präsidentin und der Vizepräsidenten/der Vizepräsidentinnen

Direktor/in bei dem Abgeordnetenhaus

Presse

Kontakt zu Presse, Hörfunk und Fernsehen
Redaktion des Landespressedienstes, Teil »Aus dem Abgeordnetenhaus«
Redaktion der Internet-Teile »Aktuelles« und »Landespressedienst«

Öffentlichkeitsarbeit

Publikationen des Parlaments
Redaktion des Handbuchs
Veranstaltungen, Ausstellungen
Galerie im Parlament
Betreuung von Besucher(inne)n, Führungen, Referate
Gesamtredaktion Internet

Protokoll

Programmgestaltung offizieller Besuche auswärtiger Parlamentarier/innen
Vorbereitung und Durchführung repräsentativer Veranstaltungen und Empfänge des Abgeordnetenhauses
Betreuung von Städtepartnerschaften Berlins

Abteilung I (Allgemeine Verwaltung)

MdA-Angelegenheiten und Haushalt
Personalangelegenheiten
Drucksachen- und Vervielfältigungsstelle sowie Poststelle
IT-Stelle
Hausverwaltung sowie Sicherheits- und Ordnungsdienst
Büroorganisation
Technischer Dienst

Abgeordnetenhaus

Abteilung II (Wissenschaftlicher Dienst)

Wissenschaftlicher Parlamentsdienst, Gutachten in Rechtsfragen, Justitiariat, Schlussredaktion der Gesetzesbeschlüsse und Vorbereitung der Gesetzesausfertigung
Dokumentation der Parlamentspapiere
Bibliothek
Bearbeitung der Schriftlichen Anfragen

Abteilung III (Plenar- und Ausschussdienst)

Assistenz im Plenum, im Ältestenrat, in den Ausschüssen sowie in den Enquete-Kommissionen
Sekretariat des Petitionsausschusses
Anfertigung der Plenar- und Ausschussprotokolle

Abgeordnetenhaus

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**57.500**	**57.500**	**86.800**	**39.941,73**
11	Verwaltungseinnahmen	11.000	11.000	13.000	1.510,51
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	46.500	46.500	73.800	38.431,22
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	1.000	1.000	1.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**58.500**	**58.500**	**87.800**	**39.941,73**
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**63.503.400**	**67.851.000**	**60.520.200**	**49.336.039,57**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	48.413.000	52.308.000	47.257.000	38.193.761,40
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	14.895.400	15.344.000	13.067.200	10.948.884,42
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	193.000	197.000	195.000	193.393,75
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	2.000	2.000	1.000	---
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**7.596.800**	**7.372.800**	**6.601.800**	**4.604.549,00**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	7.596.800	7.372.800	6.601.800	4.604.549,00
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**18.764.200**	**20.217.200**	**17.989.200**	**14.699.780,51**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	210.000	210.000	210.000	98.068,74
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	18.554.200	20.007.200	17.779.200	14.601.711,77
7	**Baumaßnahmen**	**4.400.000**	**3.800.000**	**1.390.000**	**62.732,08**
70	Baumaßnahmen des Hochbaus, Architektenhonorare	4.400.000	3.800.000	1.390.000	62.732,08
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**1.615.000**	**945.000**	**620.000**	**494.098,03**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	1.615.000	945.000	620.000	494.098,03
∑	**Summe Ausgaben**	**95.879.400**	**100.186.000**	**87.121.200**	**69.197.199,19**

Abgeordnetenhaus

Funktionenübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**58.500**	**58.500**	**87.800**	**39.941,73**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	58.500	58.500	87.800	39.941,73
∑	**Summe Einnahmen**	**58.500**	**58.500**	**87.800**	**39.941,73**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**95.879.400**	**100.186.000**	**87.121.200**	**69.197.199,19**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	95.879.400	100.186.000	87.121.200	69.197.199,19
∑	**Summe Ausgaben**	**95.879.400**	**100.186.000**	**87.121.200**	**69.197.199,19**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Es wurden folgende Maßnahmegruppen gebildet:

Maßnahmegruppe 31 – Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT – (2024: 1.322.000 €, 2025: 787.000 €)
Maßnahmegruppe 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT – (2024: 711.000 €, 2025: 621.000 €)

D. Gender Budgeting

Gender Budgeting hilft, die Haushaltsplanung auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen hin zu orientieren. Die Verwaltung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist nahezu ausschließlich Serviceeinrichtung des Parlaments; unmittelbar wirksame Tätigkeiten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sei es in der Form von Dienstleistungen, sei es in der Form von direkten Steuerungsleistungen, spielen nur eine untergeordnete Rolle. Daher kann sich Gender Budgeting in der Haushaltsplanung des Abgeordnetenhauses im Wesentlichen auch nur auf die Binnenstruktur der Parlamentsverwaltung, hier insbesondere auf die Beschäftigtenstruktur und die spezifischen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, auswirken.

Die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur der Verwaltung des Abgeordnetenhauses stellt sich wie folgt dar:

	2020		2021		2022	
planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	9	10	9	9	9	10
Relativer Anteil	8,9	13,2	9,0	11,2	9,1	12,5
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	91,7	65,5	90,7	71,5	90,4	69,7
Relativer Anteil	91,1	86,8	91,0	88,8	90,9	87,5

Ausgehend von der obigen Beschäftigtenstruktur unterstützt die Präsidentin des Abgeordnetenhauses u. a. folgende Maßnahmen:

1. Erhöhung des Frauenanteils in unterrepräsentierten Bereichen und Funktionen
2. Ermunterung von Frauen, sich bei Stellenausschreibungen insbesondere für Leitungsfunktionen zu bewerben
3. Ermöglichung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen speziell für Teilzeitbeschäftigte
4. Förderung der Telearbeit und der mobilen Arbeit

Bei den Titeln 41101 (Aufwendungen für Abgeordnete), 41103 (Versorgungsbezüge der ehemaligen Abgeordneten), 68401 (Zuschüsse an Fraktionen und Gruppen) und 68405 (Zuschüsse für den Wahlkampf) wird darauf hingewiesen, dass die Bemessung und Verwendung dieser Mittel auf demokratischen Wahlergebnissen und nicht auf geschlechtsspezifischen Erwägungen beruht und somit vom Land Berlin nicht zu beeinflussen ist.

Abgeordnetenhaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11201	**011**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
		Verwarnungs- und Bußgelder nach § 112 des Ordnungswidrigkeitengesetzes sowie § 7 des Nichtraucherschutzgesetzes i. V. m. der Hausordnung des Abgeordnetenhauses				
11906	**011**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
		Entgelte für die nicht dienstliche Benutzung von Dienstfernsprechern				
11961	**011**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**510,51**
		Steuererstattungen im Zusammenhang mit den Betrieben gewerblicher Art „kurzfristige Vermietung“ und „Parkplatzvermietung“				
11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**1.000,00**
		Entgelte für die Nutzung von Kopierern, Schadensersatzleistungen, Verkauf von ausgemusterten Möbeln und Gerätschaften sowie diverse Rückzahlungen				
12401	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**20.000**	**20.000**	**45.000**	**11.971,22**
		Einnahmen (vor Steuer) für die Vermietung von Räumlichkeiten im Abgeordnetenhaus von Berlin gemäß Beschluss des Präsidiums (Betrieb gewerblicher Art „kurzfristige Vermietung“).				
12406	**011**	**Mieten für Stellplätze auf Dienstgrundstücken**	**26.500**	**26.500**	**28.800**	**26.460,00**
		Einnahmen (vor Steuer) für die Vermietung von Stellplätzen auf dem Gelände des Abgeordnetenhauses von Berlin an Abgeordnete sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Verwaltung des Abgeordnetenhauses (Betrieb gewerblicher Art „Parkplatzvermietung“)				
23601	**011**	**Ersatz von Ausgaben durch Sozialversicherungsträger**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**58.500**	**58.500**	**87.800**	**39.941,73**
		Prozentuale Veränderung	**-33,4 %**	**—**		

Abgeordnetenhaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
41101	**011**	**Aufwendungen für Abgeordnete**	**38.244.000**	**40.938.000**	**37.625.000**	**31.352.836,56**

Übertragbarkeitsvermerk:
Die nicht verbrauchten Mittel für die IT-Ausstattung der Abgeordneten in Höhe von 1.500 € pro Wahlperiode (§ 7 Abs. 4 Nr. 1 LAbgG) sowie die Ausstattung der externen Abgeordnetenbüros in Höhe von 5.000 € pro Wahlperiode (§ 7 Abs. 2 Satz 5 LAbgG) sind in das folgende Haushaltsjahr übertragbar.

Leistungen nach §§ 6 bis 8, 10, 19 und 19a des Landesabgeordnetengesetzes (LAbgG) sind auf Grundlage der für das Haushaltsjahr 2023 festgesetzten Ansprüche und der Anzahl der Abgeordneten bemessen. Die monatliche Entschädigung beträgt 6.910 €, die monatliche Kostenpauschale (Aufwandsentschädigung) 3.055 €. Diese enthält auch die laufenden Kosten für ein externes Abgeordnetenbüro und wird ggf. um einen monatlichen Mietzuschuss von bis zu 500 € ergänzt. Hinzu kommt ein Betrag von monatlich bis zu 7.125 € für die Beschäftigung von bis zu vier Mitarbeitenden zur Unterstützung bei der Erledigung der parlamentarischen Arbeit zzgl. der gesetzlichen Lohnnebenkosten des Arbeitgebers für diese Arbeitsverhältnisse.

Während der 19. Wahlperiode wird die Entschädigung in einem auf den Nominallohnindex bezogenen Verfahren angepasst. Die Kostenpauschale wird entsprechend der Entwicklung des Verbraucherpreisindex in Berlin angepasst, die Anpassung der Mittel für die Beschäftigung von Mitarbeitenden folgt der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin. Es wird für 2024 und 2025 eine Kostenvorsorge für die vorstehend genannten gesetzlichen Leistungen eingeplant.

Bei gefährdeten Mitgliedern des Abgeordnetenhauses können nach § 7 Abs. 4 Nr. 2 LAbgG Maßnahmen für die Erhöhung der persönlichen Sicherheit umgesetzt werden; dafür ist ein Betrag von bis zu 100.000 € jährlich veranschlagt. Für die Erstattung von Vandalismusschäden an MdA-Büros sind bis zu 150.000 € jährlich vorgesehen.

Aufgrund des Ausscheidens von MdA entstehen Übergangsgeldansprüche für einen individuell berechneten Zeitraum von bis zu 18 Monaten. Die Höhe des monatlichen Übergangsgeldes entspricht dem jeweiligen Betrag der Abgeordnetenentschädigung; eine entsprechende Kostenvorsorge wurde eingeplant.

	2024	2025
Entschädigung inkl. Zuschläge	13.221.000 €	14.279.000 €
Kostenpauschale inkl. Zuschläge	5.970.000 €	6.568.000 €
Büroausstattung	456.000 €	304.000 €
Büromehrkosten 50 MdA	300.000 €	300.000 €
IT-Ausstattung	138.000 €	92.000 €
Übergangsgelder	148.000 €	0 €
Unfallversicherung für die Abgeordneten nach § 19a LAbgG	22.000 €	22.000 €
Zuschüsse zu den Krankenversicherungsbeiträgen nach § 19 LAbgG	538.000 €	556.000 €
Leistungen für Mitarbeitende der MdA (einschließlich gesetzlicher Lohnnebenkosten des Arbeitgebers)	17.081.000 €	18.447.000 €
Kosten für das Abrechnungsverfahren	120.000 €	120.000 €
Kosten für Sicherungsmaßnahmen bei gefährdeten Mitgliedern des Abgeordnetenhauses	100.000 €	100.000 €
Erstattung Vandalismusschäden MdA-Büro	150.000 €	150.000 €
insgesamt	38.244.000 €	40.938.000 €

Abgeordnetenhaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
41103	**011**	**Versorgungsbezüge der ehemaligen Abgeordneten**	**10.169.000**	**11.370.000**	**9.632.000**	**6.840.924,84**

Altersentschädigung für ehemalige Abgeordnete und darauf basierende Hinterbliebenenversorgung sowie weitere laufende und einmalige Versorgungsleistungen nach den §§ 11 bis 20 und 39 Abs. 5 LAbgG. Eine Kostenvorsorge für die lineare Erhöhung der Ansprüche ist in den veranschlagten Beträgen enthalten.

Aufgrund des Ausscheidens von MdA entstehen nach Ablauf der Übergangsgeldzahlungen weitere Ansprüche auf laufende Altersversorgung sowie einmalige Versorgungsleistungen nach § 15 LAbgG (z.B. für Versorgungsabfindungen).

42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**5.785.000**	**5.959.000**	**5.257.000**	**3.309.323,52**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**1.450,02**
42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**8.584.000**	**8.842.000**	**7.304.000**	**7.321.219,24**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**414.000**	**427.000**	**398.000**	**235.504,34**
42821	**011**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**99.400**	**103.000**	**95.200**	**81.387,30**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**134.000**	**138.000**	**138.000**	**130.039,12**
44304	**011**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**29.000**	**29.000**	**29.000**	**24.314,49**

Versicherungs-Pflichtbeiträge für Arbeitnehmer/innen an die Unfallkasse Berlin nach dem Sozialgesetzbuch - Siebtes Buch - (SGB VII)

44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**30.000**	**30.000**	**28.000**	**39.040,14**

Ausgaben für ärztliche Untersuchungen, arbeitsmedizinische und -technische Betreuungsleistungen auf der Grundlage des Arbeitssicherheitsgesetzes sowie Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements

45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**459.000**	**459.000**	**450.000**	**372.720,36**

Bei den Ausgaben handelt es sich insbesondere um

	2024	2025
Geschäftsbedarf allgemein	144.000 €	144.000 €
Bibliothek	205.000 €	205.000 €
Drucksachen	15.000 €	15.000 €
Bedarf Sondergremien	95.000 €	95.000 €

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

51111	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**360.000**	**360.000**	**300.000**	**172.224,16**

Wartungen, Reparaturen, Ersatzbeschaffungen (insbesondere Bild- und Tontechnik), Ergänzung von Raumausstattungen (insbesondere sukzessive Erneuerung des Mobiliars der Sitzungssäle) sowie Modernisierung der Veranstaltungstechnik in den Sitzungssälen

Abgeordnetenhaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51143	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51408	**011**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**35.000**	**35.000**	**20.000**	**41.512,13**

Es sind Dienstkräfte aus den Bereichen Ordnungsdienst, Transportarbeiter und Haushandwerker mit Dienst- und Schutzkleidung auszustatten.

Höherer Bedarf wegen mehr Personal im Ordnungsdienst

51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.900.000**	**1.900.000**	**1.450.000**	**1.542.699,84**

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat seinen Sitz seit 1993 in Berlin-Mitte im historischen Gebäude des ehemaligen Preußischen Landtags. Dieser Gebäudekomplex umfasst neben dem Hauptgebäude (mit einigen Erweiterungsbauten im Innenbereich) auch einen Verbindungsbau zum Gebäude des Bundesrats sowie Außenanlagen, die (u. a. aus Sicherheitsgründen) in Abstimmung mit dem angrenzenden Bundesrat und dem Bundesfinanzministerium gestaltet werden. In diesem Gebäudekomplex sind neben den Räumen des unmittelbaren Parlamentsbetriebs (Plenarsaal, Sitzungssäle) auch die Räume der Fraktionen (Büroräume, Sitzungssäle), Gemeinschaftsbüros der Abgeordneten sowie die Büroräume der Verwaltung des Abgeordnetenhauses untergebracht. Das Gebäude wird eigenverantwortlich bewirtschaftet.

Die Bewirtschaftungskosten entfallen auf folgende Kostenblöcke:

Versorgungs- und Energiekosten	1.289.000 €
Entsorgungs- und Reinigungskosten	472.000 €
sonstige Bewirtschaftungskosten	139.000 €

In den Versorgungs- und Energiekosten sind Wasser (einschließlich nicht getrennt darstellbarer Entwässerung), Strom sowie Fernwärme und -kälte enthalten. Die Entsorgungs- und Reinigungskosten umfassen Straßenreinigung, Müllabfuhr (einschließlich Sondermüll), Hausreinigung sowie Schnee- und Glättebeseitigung. Sonstige Bewirtschaftungskosten enthalten neben Steuern und Versicherungen auch alle Verbrauchsmittel, Arbeitsmittel- und Kleingeräte, die zur Gebäudebewirtschaftung benötigt werden und nicht der baulichen Unterhaltung zuzuordnen sind.

Mehr wegen zu erwartender Preissteigerungen im Bereich der Versorgungs- und Energiekosten.

51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**35.000**	**20.000**	**92.000**	**779,98**

Anmietung von Fahrzeugen anlässlich von Informationsfahrten der Ausschüsse, für eingeladene Besuchergruppen der MdA, Gästegruppen des Protokolls sowie für Transportzwecke der Verwaltung

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**61.154,36**

Leasingverträge für Multifunktionsgeräte sowie mehrerer Hochleistungskopierer zur bedarfsoptimierten hausinternen Erstellung kleinerer Drucksachen

51900	**011**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**1.500.000**	**1.400.000**	**1.300.000**	**639.039,68**

Bauliche Unterhaltung - einschließlich Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit - unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung des Parlamentsgebäudes und der Vorgaben des Denkmalschutzes für historische Gebäude und Aufwendungen für die Gebäudetechnik. Das Gebäude wird eigenverantwortlich bewirtschaftet.
Die Betriebs- und Versorgungstechnik ist kontinuierlich zu erneuern und zu optimieren.

Für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 ist insbesondere der Ausbau des VS-Sicherheitsbereiches, der Austausch der Beleuchtung im Gebäude durch LED sowie die Sanierung der Personen- und Lastenaufzüge vorgesehen.

Abgeordnetenhaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**13.873,69**

Kosten für die Fortbildung der Beschäftigten

52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**35.000**	**35.000**	**35.000**	**10.386,38**

Kosten für Gerichtsverfahren in Verfassungs-, Verwaltungs-, Arbeits-, Zivil- und Strafsachen (einschließlich Anwaltsgebühren)

52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**288,49**

Kosten für die Tätigkeit der Beschäftigtenvertretungen auf der Grundlage des PersVG, des LGG und des SGB IX

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

52610	**011**	**Gutachten**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**988,84**

Insbesondere für Gutachten und Sachverständigenentschädigungen für Enquete-Kommissionen (§ 8 Abs. 3 EnqueteG) und Untersuchungsausschüsse (§ 20 UntAG) nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz. Für anlassbezogene Einzel-Gutachten für die G10-Kommission, mit denen externer Sachverstand in die parlamentarische Beratung einfließen soll, werden nach § 2 Abs. 7 des AG G10-Gesetzes 10.000 € veranschlagt.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**260.000**	**260.000**	**230.000**	**70.425,18**

Reisekosten für Abgeordnete, Dienstkräfte der Verwaltung des Abgeordnetenhauses und für andere Beauftragte

	2024	2025
Reisen von Ausschüssen und Delegationen	210.000 €	210.000 €
sonstige Reisen von Abgeordneten und Gremien	40.000 €	40.000 €
Reisen von Dienstkräften der Verwaltung	10.000 €	10.000 €

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**7.800**	**7.800**	**7.800**	**4.789,68**

Außerordentliche Repräsentationsverpflichtungen der Präsidentin und der Vizepräsidenten/-präsidentinnen. Hier werden u. a. die Kosten für die Betreuung persönlicher Gäste (außerhalb protokollarischer Veranstaltungen) nachgewiesen.

zur Verfügung der Präsidentin	6.300 €
zur Verfügung jedes/jeder Vizepräsidenten/-präsidentin	750 €

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**420.000**	**420.000**	**405.000**	**171.119,66**

Taschenbuch des Abgeordnetenhauses und Herausgabe sonstiger Veröffentlichungen sowie für Ausstellungen, Veranstaltungen und besondere Ausgaben im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments; Internetauftritt

Hierunter fallen z. B. Ausgaben für den „Tag der offenen Tür“, das Jugendprojekt "denk!mal" aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus, die Teilnahme an der Jugendmesse „YOU“, die Ausstellungen im Rahmen der „Galerie im Parlament“, Sonderveranstaltungen wie „Tag des offenen Denkmals“.

53103	**011**	**Empfänge, Feierlichkeiten**	**470.000**	**320.000**	**350.000**	**183.172,61**

Aufwendungen in Wahrnehmung der Interessen des Abgeordnetenhauses im außer- und innerparlamentarischen Bereich; Repräsentation des Parlaments und Besuchergruppen der MdA, soweit nicht Titel 52906.

Mehr in 2024 wegen der turnusmäßigen Ausrichtung der Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten sowie der diese Konferenz vorbereitenden Direktorenkonferenz.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**30.000**	**30.000**	**50.000**	**18.113,17**

Kosten für Stellenausschreibungen und andere Bekanntmachungen, die überwiegend aufgrund rechtlicher Verpflichtungen erfolgen (Landesbeamtengesetz, Landesgleichstellungsgesetz, vergaberechtliche Bestimmungen)

Abgeordnetenhaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53118	**011**	**Auswärtige Städteverbindungen**	**45.000**	**35.000**	**45.000**	**—**

Ausgaben im Zusammenhang mit den auswärtigen Städteverbindungen Berlins auf parlamentarischer Ebene, insbesondere für die Besuche von Delegationen aus den Partnerstädten Berlins.

54010	**011**	**Dienstleistungen**	**870.000**	**870.000**	**870.000**	**789.584,76**

Hier werden u. a. Ausgaben für den Einsatz von Gebärdendolmetscher/innen zu den Plenarsitzungen, den Einsatz externer Medientechniker/innen, das Streaming von Ausschusssitzungen sowie für das von einer Dienstleistungsfirma gestellte Garderoben- und Kontrollpersonal - z. B. für Plenartage und besondere Veranstaltungen – und nachgewiesen.

	2024	2025
Gebärdensprachdolmetschung und Untertitelung des Livestreams	200.000 €	200.000 €
Einsatz von Medientechnikern/innen und Streamingdienstleistungen	435.000 €	435.000 €
Einsatz von externem Sicherheitsdienst sowie Garderobenpersonal	235.000 €	235.000 €

54020	**011**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**5.196,81**

Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden „Galerie im Parlament“ werden im Gebäude des Abgeordnetenhauses Werke verschiedener Künstler ausgestellt, die ebenso wie die ständig hier befindlichen Kunstwerke (z. B. Galerie der Ehrenbürger Berlins) gegen Schäden versichert werden müssen.

54025	**011**	**Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche**	**209.000**	**215.000**	**177.000**	**145.668,13**

Vergütung an „Presse Monitor“ und die „VG Wort“ für die Nutzung eines elektronischen Pressespiegels durch die Abgeordnetenhausverwaltung und die Fraktionen; außerdem Zahlungen an die GEMA für vergütungspflichtige Veranstaltungen sowie Kosten für Bild-, Video- und Tonrechte im Zusammenhang mit SocialMedia.

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**10.000**	**10.000**	**20.000**	**1.917,45**

Steuerzahlungen im Zusammenhang mit den Betrieben gewerblicher Art „kurzfristige Vermietung“ und „Parkplatzvermietung“ sowie Gebühren für die Inanspruchnahme eines Steuerberaters.

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**5.060,21**

Ausgaben für Nachrufe, Kränze und die Erste-Hilfe-Ausstattung

63610	**011**	**Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger**	**210.000**	**210.000**	**210.000**	**98.068,74**

Teilweise mehrjährig rückwirkende Ausgleichszahlungen an Rentenversicherungsträger zugunsten der geschiedenen Ehegatten von versorgungsberechtigten Abgeordneten als Folge von Scheidungsurteilen mit Versorgungsausgleich

68123	**011**	**Ehrungen, Preise**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**20.000,00**

Kosten für die Anfertigung von Porträts für die Gemäldesammlung der Ehrenbürger/innen Berlins

68401	**011**	**Zuschüsse an Fraktionen und Gruppen**	**17.620.000**	**19.073.000**	**16.845.000**	**13.637.954,57**

Die Mittel dienen der Wahrnehmung der parlamentarischen Aufgaben der Fraktionen und der Parlamentarischen Gruppen. Ein Anspruch nach § 8 Abs. 6 FraktG für die anlassbezogene Beschäftigung zusätzlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter für Sondergremien und Parlamentarische Konferenz wurde ebenfalls veranschlagt.

Die Anspruchsbeträge richten sich nach der Zusammensetzung des gewählten Abgeordnetenhauses der 19. Wahlperiode.

Für die Anpassung nach § 8 Abs. 3 FraktG wurde eine Kostenvorsorge für jährliche Steigerungen eingeplant.

68405	**011**	**Zuschüsse für den Wahlkampf**	**910.000**	**910.000**	**910.000**	**939.590,74**

Mittel als Teilfinanzierung der Parteien für die ihnen nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeiten. Berechnung und Auszahlung der Beträge erfolgen nach den Vorschriften des Parteiengesetzes. Die Ansprüche ergeben sich aus der Zahl der abgegebenen gültigen Zweitstimmen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus.

Abgeordnetenhaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**011**	**Mitgliedsbeiträge**	**4.200**	**4.200**	**4.200**	**4.166,46**

Vereinigung Partnerschaft der Parlamente - Deutsch-Amerikanische Vereinigung der Länderparlamentarier e.V. - ..... 2.560 €
Parlamentarische Vereinigung Berlin e.V. ..... 1.100 €
Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. ..... 150 €
Europäisches Ombudsmann-Institut ..... 350 €

70101	**011**	**Barrierefreier Ausbau des Abgeordnetenhauses**	**100.000**	**100.000**	**200.000**	**23.596,59**

Installation eines taktilen Gebäudeleitsystems für das gesamte Haus in beiden Jahren

70103	**011**	**Installation eines neuen Datennetzes**	**300.000**	**300.000**	**150.000**	**—** **R 150.000,00**

Schrittweise Teilerneuerung des Datennetzes im gesamten Gebäude sowie der Elektrounterverteilungen. Vorrang hat dabei die Infrastruktur der Sitzungssäle, um den gestiegenen medientechnischen Anforderungen des Sitzungsbetriebes der parlamentarischen Gremien Rechnung zu tragen.

70104	**011**	**Maßnahmen zur Verbesserung des Wärme- und Kälteschutzes**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**39.135,49**

Energetische Maßnahmen des Wärme- und Kälteschutzes, insbesondere die Erneuerung der Fenster.

70105	**011**	**Einbau von RLT-Anlagen in die Sitzungssäle 311 und 376**	**2.700.000**	**2.700.000**	**540.000**	**—**

Einbau von Raumlufttechnischen (RLT) - Anlagen in die Sitzungssäle 311 und 376

70106 (neu)	**011**	**Neugestaltung des Außengeländes auf der Westseite**	**300.000**	**100.000**		

Das Außengelände auf der Westseite des Gebäudes soll an die geplante Außengestaltung des benachbarten Erweiterungsbaus des Bundesumweltministeriums angeglichen und neu gestaltet werden. Vorgesehen sind die Ertüchtigung des Kontrollhauses für die Westzufahrt, die Erweiterung der Fahrradabstellflächen (einschließlich Ladeoptionen für eBikes), die Gestaltung der Parkplatzflächen (einschließlich Ladeoptionen) sowie die Neugestaltung der Gartenflächen und des Müllplatzes. Basierend auf einer in 2023 beauftragten Machbarkeitsstudie soll in 2024 und 2025 schrittweise die Umsetzung erfolgen.

70107 (neu)	**011**	**Erweiterung Notstromanlage**	**500.000**	**100.000**		

Die bestehende Notstromanlage bedarf einer Erneuerung, um auch im Bedarfsfall autark, unabhängig von externer Stromversorgung und ohne zeitliche und funktionale Einschränkungen einen Notsitzungsbetrieb des Plenums und der Ausschüsse durchführen zu können.

81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
81279	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**85.408,09** **R 160.000,00**

Erneuerung der Funktechnik im Haus (einschließlich stationärer Hardware, Sender und Empfangsgeräte), Erneuerung der Zugangskontrollsysteme sowie Verbesserung der Sicherheitsausstattung am Eingang West und im Übergang zum Gebäude des Bundesrates (Glastunnel)

81289	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				

Abgeordnetenhaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Auf die tabellarischen Angaben zur MG 31 wird aufgrund der nachfolgend dargestellten Besonderheiten verzichtet:

Für die Verwaltung des Abgeordnetenhauses liegen zum einen keine Daten der Kosten- und Leistungsrechnung vor (siehe § 1 Abs. 2 Satz 2 VGG). Deshalb ist ein Vergleich auf der Basis des produktbezogen ermittelten Kostendurchschnitts pro IT-Arbeitsplatz der Berliner Verwaltung nicht möglich. Zum anderen orientiert sich der Großteil der Ausgaben für die IuK-Infrastruktur nicht an den Bedürfnissen der (ca. 180) Arbeitsplätze der Parlamentsverwaltung, sondern beinhaltet die Versorgung des gesamten Parlamentsbetriebes einschließlich der Abgeordneten und Fraktionen sowie der Öffentlichkeit (ca. 1600 Netzwerkzugänge zzgl. WLAN). Insofern wäre eine auf Arbeitsplätze reduzierte Darstellung weder aussagekräftig noch geeignet für eine vergleichende Betrachtung mit Kennzahlen anderer Berliner Verwaltungen.

Für die obigen - ausschließlich in Eigenleistung erbrachten - Aufgaben der MG 31 wurden im Jahr 2022 insgesamt 562.535,29 € verausgabt. Für das Jahr 2024 sind insgesamt 1.322.000 € und für das Jahr 2025 insgesamt 787.000 € veranschlagt.

51111	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**17.000**	**8.075,35**

Zubehör und Verbrauchsmaterial (u. a. Toner für Drucker)

51143	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**230.000**	**250.000**	**210.000**	**165.250,22**

Aus diesem Titel ist der infrastrukturbezogene Teil der laufenden Kosten für die Softwarepflege zu zahlen, außerdem Ersatz- bzw. Neubeschaffungen von Hard- und Software sowie Ausgaben für die Telefonie.

Mehr wegen zunehmend steigender Lizenzkosten sowie Aufbau digitaler Geschäftsabläufe.

51145	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**55.000**	**60.000**	**50.000**	**46.107,88**

Kosten für Datenleitungen (BeLa) sowie Internet

Mehr wegen allgemeiner Preissteigerungen und für zusätzliche Streamingformate

51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**232.000**	**252.000**	**130.000**	**53.392,05**

Umsetzung des IT-Sicherheitskonzeptes, Digitalisierungsmaßnahmen, Infrastrukturbedingte Ausgaben für Dienstleistungen im Zusammenhang mit Hard- und Softwareumstellungen sowie für die Hardware-Wartung (außerhalb der Gewährleistungsfristen)

Höherer Bedarf für gestiegene Anforderungen an die IT-Sicherheit

81289	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**790.000**	**210.000**	**270.000**	**289.709,79**

Erneuerung der PC-Hardware wegen Windows 11-Migration und Aktualisierung der Office-Version. Erneuerung der Netzwerk Core-Switche. Erneuerung Backup-Tape Library. Maßnahmen zur kontinuierlichen Erneuerung und Modernisierung der Veranstaltungstechnik im Plenarsaal und in den Ausschussräumen.

Summe Maßnahmegruppe 31	**1.322.000**	**787.000**	**677.000**	**562.535,29**

Abgeordnetenhaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**186.000**	**186.000**	**160.000**	**81.007,93**

Weiterentwicklung und Software-Pflege folgender Anwendungen: Parlamentsdokumentation PARDOK, Abgeordnetenhaus-Dokumenten-System (ADOS), EU-Portal, Internetauftritt, Sitzungssystem (SiSy), Petitionssystem (Petsy), Suchmaschine sowie laufende Kosten für Softwarepflege

81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**525.000**	**435.000**	**50.000**	**118.980,15** **R 310.000,00**

Einführung der veröffentlichten Onlinepetition, Aufbau eines Mediacenters für Plenar- und Ausschussaufzeichnungen, Übernahme des EU-Portals in das neue Content Management System, Maßnahmen zur Digitalisierung der Parlamentsverwaltung (Vorbereitung zur eAkte) sowie Digitalisierung der Schriftlichen Anfragen

		Summe Maßnahmegruppe 32	**711.000**	**621.000**	**210.000**	**199.988,08**
		Gesamtausgaben	**95.879.400**	**100.186.000**	**87.121.200**	**69.197.199,19**
		Prozentuale Veränderung	**10,1 %**	**4,5 %**		

Abschluss Kapitel 0100

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**57.500**	**57.500**	**86.800**	**39.941,73**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**58.500**	**58.500**	**87.800**	**39.941,73**
411-462	**Personalausgaben**	**63.503.400**	**67.851.000**	**60.520.200**	**49.336.039,57**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**7.596.800**	**7.372.800**	**6.601.800**	**4.604.549,00**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**18.764.200**	**20.217.200**	**17.989.200**	**14.699.780,51**
700-739	**Investitionsausgaben für bauliche Zwecke**	**4.400.000**	**3.800.000**	**1.390.000**	**62.732,08**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.615.000**	**945.000**	**620.000**	**494.098,03**
	Gesamtausgaben	**95.879.400**	**100.186.000**	**87.121.200**	**69.197.199,19**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-95.820.900**	**-100.127.500**	**-87.033.400**	**-69.157.257,46**

Abgeordnetenhaus

Stellenplan

Abgeordnetenhaus

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Direktor/in bei dem Abgeordnetenhaus	B6	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	3,000		3,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	B2	4,000		4,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	3,000		3,000		7,000	
Regierungsdirektor/in	A15	20,000	0,500 *(0532)*	20,000	0,500 *(0532)*	16,000	0,500 *(0532)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	9,000		9,000		9,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	3,000		3,000		5,000	
Bibliotheksoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	7,000		7,000		7,000	
Amtsrätin/-rat	A12	9,000		9,000		8,000	
Bibliotheksamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Bibliotheksamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	6,000		6,000		6,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		70,000		70,000		67,000	
Teilsumme (Teilplan A):		70,000		70,000		67,000	
Summe:		70,000		70,000		67,000	

Stellenvermerke

0532 Stelle ist für die Wahrnehmung der Aufgaben der "G-10"-Kommission vorgesehen.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	5,000		5,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		2,000	

Abgeordnetenhaus

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	14,000		14,000		13,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E8	18,500	0,500 *(0532)*	18,500	0,500 *(0532)*	18,500	0,500 *(0532)*
Tarifbeschäftigte/r	E7	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	10,000		10,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	5,000	4,000 *(2128)*	5,000	4,000 *(2128)*	5,000	4,000 *(2128)*
Zwischensumme:		69,000		69,000		69,000	
Teilsumme (Teilplan A):		69,000		69,000		69,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	5,000		5,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	5,000		5,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,250		3,250		3,250	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E7	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	20,000		20,000		20,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		55,250		55,250		49,250	
Teilsumme (Teilplan B):		55,250		55,250		49,250	
Summe:		124,250		124,250		118,250	

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Stellenvermerke							
0532 Stelle ist für die Wahrnehmung der Aufgaben der "G-10"-Kommission vorgesehen.							
2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,000		5,000		5,000	
Summe:		5,000		5,000		5,000	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan B							
Azubi Elektroniker/in	AUSBEG-1-AUSBEG-4	1,000		1,000		1,000	
Azubi Fachangestellte/r für Medien-/Informationsdienste	AUSBEG-1-AUSBEG-4	1,000		1,000		1,000	
Azubi Fachkraft für Veranstaltungstechnik	AUSBEG-1-AUSBEG-4	1,000		1,000		1,000	
Azubi Verwaltungsfach-angestellte/r	AUSBEG-1	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan B):		5,000		5,000		5,000	
Summe:		5,000		5,000		5,000	

Abgeordnetenhaus

Stellenübersicht

Der Einzelplan 01 - Abgeordnetenhaus - umfasst nur ein Kapitel, so dass die Stellenübersicht je Kapitel der des Einzelplans entspricht. Da die Stellenübersicht des Einzelplans bereits im Band 1 (Anlage 2) ausgewiesen wird, wird an dieser Stelle auf deren Darstellung verzichtet.

Verfassungsgerichtshof

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der Verfassungsgerichtshof ist ein den übrigen Verfassungsorganen des Landes Berlin gegenüber selbständiger und unabhängiger Gerichtshof. Er entscheidet über die in § 14 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof vom 8. November 1990, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12.10.2020 (GVBl. S.787) beschriebenen Streitigkeiten.

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
11	Verwaltungseinnahmen	1.000	1.000	1.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**798.000**	**821.000**	**727.000**	**689.408,27**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	250.000	250.000	250.000	190.215,00
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	528.000	550.000	460.000	484.398,90
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	20.000	21.000	17.000	14.794,37
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**162.000**	**165.000**	**152.000**	**88.021,25**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	162.000	165.000	152.000	88.021,25
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**20.000**	**40.000**	**25.000**	**11.781,00**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	20.000	40.000	25.000	11.781,00
∑	**Summe Ausgaben**	**980.000**	**1.026.000**	**904.000**	**789.210,52**

Verfassungsgerichtshof

Funktionenübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
05	Rechtsschutz	1.000	1.000	1.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**980.000**	**1.026.000**	**904.000**	**789.210,52**
05	Rechtsschutz	980.000	1.026.000	904.000	789.210,52
∑	**Summe Ausgaben**	**980.000**	**1.026.000**	**904.000**	**789.210,52**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Es wurden folgende Maßnahmegruppen gebildet:

Maßnahmegruppe 31 – Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT – (2024: 87.000 €, 2025: 90.000 €)
Maßnahmegruppe 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT – (2024: 37.000 €, 2025: 57.000 €)

D. Gender Budgeting

Für den Planungszeitraum wurde ein durchschnittliches Monatseinkommen getrennt nach weiblichen (6) und männlichen (0) Beschäftigten unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen nach VZÄ männlich:	--- €
Monatliches Durchschnittseinkommen nach VZÄ weiblich:	6.607,52 €

Verfassungsgerichtshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
41204	**051**	**Entschädigungen der ehrenamtlichen Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**190.215,00**

Grund- und Aufwandsentschädigungen für den Präsidenten/die Präsidentin, den Vizepräsidenten/die Vizepräsidentin und die übrigen Verfassungsrichter/innen gemäß § 13 (1) und (2) des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof in der Fassung des letzten Änderungsgesetzes

42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**388.000**	**404.000**	**328.000**	**353.873,29**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**140.000**	**146.000**	**132.000**	**130.525,61**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**15.000**	**16.000**	**12.000**	**14.004,68**
44304	**051**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**382,86**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**406,83**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften einschließlich der Umsetzung der verordneten Maßnahmen, vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**14.000**	**14.000**	**18.000**	**10.877,65**

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	7.800 €	7.800 €	7.800 €
2. Bücher, Zeitschriften	4.000 €	4.000 €	8.000 €
3. Postgebühren	2.000 €	2.000 €	2.000 €
4. GEZ	200 €	200 €	200 €
	14.000 €	14.000 €	18.000 €

51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**1.124,77**

Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen und Schaffung ergonomischer Arbeitsplätze sowie Wartungen und Reparaturen

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51408	**051**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Neu- und Ersatzbeschaffung der Roben für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

Verfassungsgerichtshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51802	**051**	**Mieten für Fahrzeuge**	**7.000**	**7.000**	**5.000**	**3.728,32**
51813 (neu)	**051**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Ausgaben für Zeugen- und Sachverständigenentschädigungen und sonstige Auslagen, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften zu leisten sind				
52703	**051**	**Dienstreisen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**816,80**
53101	**051**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**
		Anstehende Teilneuwahlen von Verfassungsrichterinnen/Verfassungsrichtern sowie Festakt 30 Jahre Verfassungsgerichtshof				
53108	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**3.000**	**3.000**	**2.000**	**—**
54053	**051**	**Veranstaltungen**	**12.000**	**12.000**	**10.000**	**8.522,79**
		Veranstaltungen mit in- und ausländischen Delegationen, Festakte aus Anlass der anstehenden Teilneuwahlen von Verfassungsrichterinnen/Verfassungsrichtern sowie Festakt 30 Jahre Verfassungsgerichtshof				
54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**600,00**
81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				

Verfassungsgerichtshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Anzahl	Istausgaben MG 31 2022 in €	Max. Veranschlagungswert in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.180	26	57.923	30.680	87.000	90.000
Fremdleistung IT						
Summe IT	---	26	57.923	30.680	87.000	90.000
TK						
Gesamt	---	---	57.923	30.680	87.000	90.000

Die Überschreitung der maximalen Veranschlagung insgesamt ergibt sich im Wesentlichen aus dem notwendigen eigenen Standardnetzzugang des VerfGH; die Kosten hierfür sind im Ansatz des Titels 51145 – Datenfernübertragung – abgebildet.

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**17.000**	**10.000**	**1.290,40**

Neu- und Ersatzbeschaffungen, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen. Einführung der elektronischen Akte und des elektronischen Rechtsverkehrs

51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**53.000**	**53.000**	**52.000**	**42.000,00**
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**16.000**	**21.000**	**14.632,26**
51813 (neu)	**051**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**4.000**	**4.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Multifunktionsgeräten beim ITDZ

		Summe Maßnahmegruppe 31	**87.000**	**90.000**	**83.000**	**57.922,66**

Verfassungsgerichtshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**17.000**	**17.000**	**12.000**	**4.428,26**
		Betriebs- und Entwicklungskosten für das Fachverfahren EUREKA				
		Einführung der elektronischen Akte und des elektronischen Rechtsverkehrs				
81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**20.000**	**40.000**	**25.000**	**11.781,00**
		Einführung der elektronischen Akte im Verwaltungsbereich und Ersatzbeschaffungen				
		Summe Maßnahmegruppe 32	**37.000**	**57.000**	**37.000**	**16.209,26**
		Gesamtausgaben	**980.000**	**1.026.000**	**904.000**	**789.210,52**
		Prozentuale Veränderung	**8,4 %**	**4,7 %**		
		Abschluss Kapitel 0200				
111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
411-462		**Personalausgaben**	**798.000**	**821.000**	**727.000**	**689.408,27**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**162.000**	**165.000**	**152.000**	**88.021,25**
811-899		**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**20.000**	**40.000**	**25.000**	**11.781,00**
		Gesamtausgaben	**980.000**	**1.026.000**	**904.000**	**789.210,52**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-979.000**	**-1.025.000**	**-903.000**	**-789.210,52**

Verfassungsgerichtshof

Stellenplan

Verfassungsgerichtshof

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatsanwältin/-anwalt	R1	3,000		3,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		4,000	
Summe:		4,000		4,000		4,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Verfassungsgerichtshof

Stellenübersicht

Der Einzelplan 02 - Verfassungsgerichtshof - umfasst nur ein Kapitel, so dass die Stellenübersicht je Kapitel der des Einzelplans entspricht. Da die Stellenübersicht des Einzelplans bereits im Band 1 (Anlage 2) ausgewiesen wird, wird an dieser Stelle auf deren Darstellung verzichtet.

Rechnungshof

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines

Der Rechnungshof ist nach Artikel 95 Abs. 1 VvB eine unabhängige, nur dem Gesetz unterworfene oberste Landesbehörde. Er prüft die Rechnungen sowie die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der gesamten Haushalts- und Wirtschaftsführung Berlins. Er berichtet darüber jährlich dem Abgeordnetenhaus und unterrichtet gleichzeitig den Senat.

Näheres regeln das Haushaltsgrundsätzegesetz, die Landeshaushaltsordnung und das Rechnungshofgesetz.

Der Rechnungshof gliedert sich in sieben Prüfungsgebiete und einen Präsidialbereich. Die Prüfungsgebiete und der Präsidialbereich gliedern sich in Referate.

Präsidialbereich	Prüfungsgebiet Pr	Prüfungsgebiet I	Prüfungsgebiet II
Grundsatzangelegenheiten: Kontakt mit dem Abgeordnetenhaus, Angelegenheiten der Präsidenten- und Regionalkonferenzen Büro der Präsidentin, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Zentraler Service mit den Bereichen - Personal - Haushalt, Innere Dienste - E-Government, Digitalisierung - IT-Stelle - Justiziariat	Finanzen Abgeordnetenhaus Beauftragte/Beauftragter für den Datenschutz und Informationsfreiheit Beauftragte/Beauftragter für die Berliner Polizei und Bürgerbeauftragte/Bürgerbeauftragter Finanzwirtschaftliche Entwicklung Berlins Bezirksverordnetenversammlung Angelegenheiten mit besonderer finanzpolitischer Bedeutung	Stadtentwicklung, Stadterneuerung Bauwesen Schulbauoffensive der Berliner Bezirksämter Liegenschaften Wohnungsbauförderung	Verfassungsgerichtshof Inneres Sport Verbraucherschutz Steuern Arbeitsgerichtsbarkeit Kultur Bezirksämter (Politisch-Administrativer Bereich), Ordnungsämter, Ämter für Bürgerdienste

Prüfungsgebiet III	Prüfungsgebiet IV	Prüfungsgebiet V	Prüfungsgebiet VI
Personalausgaben Stellenwirtschaft Organisations- und IT-Prüfungen Landesweite Maßnahmen des E-Government	Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister Umwelt Klimaschutz Europa und Internationales Wissenschaft Forschung Bildung, einschl. Kindertagesbetreuung Energie Rundfunk Filmförderung Universitätsmedizin, Krankenhausbetriebe und –unternehmen des Landes Berlin	Gesundheit Pflege Gleichstellung Jugend und Familie Integration Arbeit Soziales Vielfalt und Antidiskriminierung	Beteiligungen an Unternehmen des privaten Rechts soweit Anstalten des öffentlichen Rechts Beteiligungsmanagement und –controlling Wirtschaft und Betriebe Wirtschaftsförderung Mobilität und Verkehr

Rechnungshof

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**21.200**	**21.200**	**2.000**	**37.052,46**
11	Verwaltungseinnahmen	21.200	21.200	2.000	37.052,46
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**35.000**	**20.000**	**21.000**	**27.881,60**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	35.000	20.000	21.000	27.881,60
∑	**Summe Einnahmen**	**56.200**	**41.200**	**23.000**	**64.934,06**
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**22.034.000**	**22.709.000**	**21.040.200**	**16.920.632,66**
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	21.343.000	21.998.000	20.367.100	16.270.616,74
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	678.000	698.000	660.700	636.006,86
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	13.000	13.000	12.400	14.009,06
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**6.622.000**	**7.062.000**	**5.049.000**	**3.915.098,09**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	6.622.000	7.062.000	5.049.000	3.915.098,09
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**66.078,46**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	1.000	1.000	1.000	66.078,46
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	2.000	2.000	2.000	---
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**220.000**	**57.000**	**554.000**	**255.341,03**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	220.000	57.000	554.000	255.341,03
∑	**Summe Ausgaben**	**28.879.000**	**29.831.000**	**26.646.200**	**21.157.150,24**

Rechnungshof

Funktionenübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**56.200**	**41.200**	**23.000**	**64.934,06**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	56.200	41.200	23.000	64.934,06
∑	**Summe Einnahmen**	**56.200**	**41.200**	**23.000**	**64.934,06**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**28.879.000**	**29.831.000**	**26.646.200**	**21.157.150,24**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	28.879.000	29.831.000	26.646.200	21.157.150,24
∑	**Summe Ausgaben**	**28.879.000**	**29.831.000**	**26.646.200**	**21.157.150,24**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Es wurden folgende Maßnahmegruppen gebildet:

Maßnahmegruppe 31 – Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT – (2024: 2.834.000 €, 2025: 3.025.000 €)
Maßnahmegruppe 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT – (2024: 242.000 €, 2025: 242.000 €)

D. Gender Budgeting

Der Rechnungshof von Berlin unterstützt ausdrücklich die Zielstellung des Senats, Gender Budgeting zum integralen Bestandteil der Haushaltspolitik zu machen. Er setzt daher - auf freiwilliger Basis - die entsprechenden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und die dazu getroffenen Festlegungen des Senats sinngemäß um.

Der Rechnungshof von Berlin als Sonderbehörde wird nicht unmittelbar gegenüber einzelnen Bürgerinnen und Bürgern wirksam (z. B. durch Dienst- und Steuerungsleistungen). Die Haushaltsplanung umfasst hinsichtlich der Gender Budgetierung im Wesentlichen intern wirkende Ausgaben für Personalkosten entsprechend der Beschäftigungsstruktur.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Insgesamt	213		214		219	
Absoluter Anteil	136	77	131	83	135	84
Relativer Anteil	64 %	36 %	63 %	37 %	62 %	38 %
*Führungskräfte**	30		33		35	
Absoluter Anteil	16	14	19	14	20	15
Relativer Anteil	53 %	47 %	58 %	42 %	57 %	43 %
Mitarbeitende	183		181		185	
Absoluter Anteil	121	63	112	69	115	69
Relativer Anteil	66 %	34 %	61 %	39 %	63 %	37 %

* Die Führungskräftedaten beziehen sich auf alle Erst- und Zweitbeurteilenden des Rechnungshofs von Berlin.

Rechnungshof

Die nachstehende Tabelle stellt das durchschnittliche Jahresgehalt unterteilt in Führungskräfte und Mitarbeitende dar.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Durchschnittliches Jahresgehalt	88.189 €	94.551 €	84.294 €	100.742 €	87.353 €	102.198 €
Mitarbeitende						
Durchschnittliches Jahresgehalt	58.482 €	62.993 €	62.966 €	65.602 €	64.784 €	67.762 €

Die Dienstkräfte des Rechnungshofs von Berlin werden entsprechend der einheitlich geltenden tariflichen und besoldungsrechtlichen Regelungen bezahlt. Der Berechnung der Durchschnittseinkommen liegt das Haushaltsbrutto zugrunde.

Die Differenz zwischen den Durchschnittseinkommen der männlichen und weiblichen Führungskräfte ergibt sich durch den höheren Anteil der männlichen Führungskräfte an den höheren Besoldungsgruppen. Der Rechnungshof von Berlin ist weiterhin bemüht, den Anteil der weiblichen Führungskräfte in den höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen auszubauen.

Die Differenz der Durchschnittseinkommen bei den Führungskräften und bei den Mitarbeitenden ist durch den hohen Anteil der Frauen an den Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen begründet. Ein Drittel der weiblichen Dienstkräfte arbeitet in Teilzeit. Bei den männlichen Dienstkräften sind es hingegen nur 6 %.

Eine genderpolitische Analyse erfolgt alle zwei Jahre im Rahmen der Überprüfung und Anpassung des Frauenförderplans.

Rechnungshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11902	**011**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**	**20.200**	**20.200**	**1.000**	**—**
		Einnahmen aus der Tätigkeit bei der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF).				
11977 (neu)	**011**	**Andere Rückzahlungen**	**—**	**—**		**36.065,70**
11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**986,76**
23207	**011**	**Ersatz von Personalausgaben durch die Länder**	**35.000**	**20.000**	**20.000**	**27.881,60**
		Erstattung anteiliger Dienstbezüge für Mitarbeitende des Mitgliedes der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF).				
23502	**011**	**Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
		Gesamteinnahmen	**56.200**	**41.200**	**23.000**	**64.934,06**
		Prozentuale Veränderung	**144,3 %**	**-26,7 %**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**19.212.000**	**19.901.000**	**18.409.000**	**12.020.593,85**
42260	**011**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**113.000**	**18.000**	**116.000**	**—**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.850,00**
42735 (neu)	**011**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**		
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.013.000**	**2.074.000**	**1.811.000**	**4.182.878,80**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**65.294,09**
42860	**011**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**28.100**	**—**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**643.000**	**663.000**	**596.000**	**605.963,45**
44304	**011**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**15.000**	**15.000**	**14.000**	**12.000,00**
44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**20.000**	**20.000**	**50.700**	**18.043,41**
45201	**011**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.400**	**894,35**
45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**13.114,71**

Rechnungshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**105.004,68**

Bücher, Zeitschriften, Ergänzungslieferungen (2023: 31.000 €) ..... 31.000 €
Wolters Kluwer Online (2023: 15.500 €) ..... 15.500 €
Beck Online (2023: 35.700 €) ..... 35.700 €
JURIS Online (2023: 21.500 €) ..... 21.500 €
Büromaterial (2023: 6.100 €) ..... 6.100 €
Kopierpapier (2023: 7.000 €) ..... 7.000 €
Rundfunkbeiträge (2023: 2.200 €) ..... 2.200 €
Postgebühren (2023: 1.000 €) ..... 1.000 €
120.000 €

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

51111	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**20.000**	**20.000**	**45.000**	**9.488,72**
51143	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51163	**011**	**Dienstleistungen für die landesweite elektronische Aktenführung (E-Akte)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**011**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.235,40**

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

51479	**011**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**956,89**

Ausgaben für Erste-Hilfe-Material, Desinfektionsmittel etc.

51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.140.000**	**1.200.000**	**1.023.000**	**1.198.163,29**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben für angemietete Büroflächen im Gebäude Alt-Moabit 101 c/d.

51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**2.789,16**
51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Rechnungshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51813	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.768.000**	**1.835.000**	**1.566.000**	**1.699.792,93**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben für angemietete Büroflächen im Gebäude Alt-Moabit 101 c/d.

51921 (neu)	**011**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**80.000**	**80.000**	**105.000**	**20.849,27**

Einführung und Einrichtung neuer Arbeitsplatzumgebungen zur Unterstützung des mobilen Arbeitens.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**198.000**	**198.000**	**129.000**	**104.126,00**

Fortführung des Onboardingprozesses für neue Mitarbeitende (Qualifizierung, Mentoring), Führungskräftefortbildung.

Ausgaben für Reisekosten, die in Verbindung mit Aus- und Fortbildung anfallen, werden ebenfalls bei diesem Titel nachgewiesen.

52511	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52610	**011**	**Gutachten**	**65.000**	**65.000**	**65.000**	**—**

Vergabe externer Gutachten zur Unterstützung von Prüfungsvorhaben.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**25.000**	**25.000**	**20.000**	**21.487,74**
52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**23.000**	**23.000**	**5.000**	**22.865,99**

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**7.237,33**

Ausgaben für den Druck des Jahresberichts. Ausgaben für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**6.000**	**6.000**	**3.000**	**948,00**
53118	**011**	**Auswärtige Städteverbindungen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Ausgaben in Zusammenhang mit auswärtigen Städteverbindungen Berlins auf der Ebene der Rechnungsprüfungsbehörden, insbesondere für Besuche von Delegationen im Rahmen der Städtepartnerschaften.

53301 (neu)	**011**	**Kränze, Blumenspenden, Nachrufe**	**1.000**	**1.000**		

Rechnungshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**252.000**	**231.000**	**35.000**	**783,53**

Ausgaben für Führungskräfte-Coaching und Teambildungsmaßnahmen. Fortführung des Veränderungsprozesses (2024: Durchführung einer Mitarbeitendenbefragung, Begleitung im Prozess „Gütesiegel“).

2025: Einführung eines digitalen Zeiterfassungssystems.

54010	**011**	**Dienstleistungen**	**25.000**	**5.000**	**5.000**	**30.418,14**

2024: Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel nach DGUV.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**494,00**

Workshops, unter anderem zu Finanzthemen mit Abgeordneten, Umsetzung LGG etc.

54077 (neu)	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Hier sind Kostenentschädigungen für den Personalrat in Höhe von 300 € veranschlagt.

Die Personalratsausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

63202	**011**	**Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**66.078,46**
68579	**011**	**Mitgliedsbeiträge**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Mitgliedsbeitrag für die Europäische Organisation regionaler Institutionen zur Kontrolle des öffentlichen Finanzwesens (EURORAI).

81289	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

Rechnungshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Istausgaben MG 31 2022 in €	Maximale Veranschlagung in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140	400		456.000	
Fremdleistung IT	1.790	310		554.900	
Summe IT	---	710		1.010.900	
Eigenleistung TK	220	---		---	---
Fremdleistung TK ITDZ	280	320		89.600	
Summe TK	---	320		89.600	
Gesamt	---	---	940.400	1.100.500	2.834.000

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Istausgaben MG 31 2022 in €	Maximale Veranschlagung in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140	---		---	---
Fremdleistung IT	1.790	310		554.900	
Summe IT	---	310		554.900	
Eigenleistung TK	220	---		---	---
Fremdleistung TK ITDZ	280	320		89.600	
Summe TK	---	320		89.600	
Gesamt	---	---	940.400	644.500	3.025.000

Die Überschreitung der maximalen Veranschlagung insgesamt ergibt sich aus den folgenden Maßnahmen:

Ausgaben für die geplante Migration des IT-Betriebes zum ITDZ Berlin. Der RHvB unterliegt nicht den haushaltsrechtlichen Regelungen des Einzelplans 25 und ist nicht abnahmepflichtig nach dem EGovG Bln. Die Ziele des EGovG Bln, wie die Standardisierung und Zentralisierung des IT-Betriebs, werden vom RHvB jedoch freiwillig umgesetzt. Die Maßnahmen sind in den Titeln 51143 (Betriebskosten) und 51160 (Projektkosten) veranschlagt.

Ausgaben für vorbereitende Maßnahmen zur Angleichung an das EGovG Bln, insbesondere für die Vorbereitung und Einführung des IKT-Basisdienstes Digitale Akte. Die Maßnahmen sind im Titel 51163 veranschlagt.

51111	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**10.546,18**

Rechnungshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51143	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**770.000**	**1.890.000**	**391.000**	**244.524,31**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 6.309.000,0 EUR gesperrt. Deckungsvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 1.065.000,0 EUR gegenseitig deckungsfähig nur mit der Verpflichtungsermächtigung bei 51163.				
		Verpflichtungsermächtigung	**6.918.000**	**7.374.000**		
		Davon fällig 2025	**1.393.000**			
		Davon fällig 2026	**1.413.000**	**1.626.000**		
		Davon fällig 2027	**1.455.000**	**1.668.000**		
		Davon fällig 2028	**1.499.000**	**1.712.000**		
		Davon fällig 2029	**1.158.000**	**1.757.000**		
		Davon fällig 2030		**611.000**		

2024 oder 2025: Abschluss eines Betriebsvertrages mit dem ITDZ Berlin für den IKT-Basisdienst „IKT-Arbeitsplatz“.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	1.071.000 €	1.071.000 €	3.213.000 €

Keine Inanspruchnahme der VE 2023 zu Lasten 2024ff.

2025: Abschluss eines Betriebsvertrages für die landesweite elektronische Aktenführung (E-Akte).

51145	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**176.000**	**166.000**	**570.000**	**105.387,43**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	84.000 €	84.000 €	168.000 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2022 zu Lasten der Jahre 2023ff nur bis zur Höhe von 420.000 € aufgrund von Anpassungen zum Basisdienst-Betriebsvertrag „Berliner Landesnetz“.

51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.348.000**	**503.000**	**477.000**	**285.911,88**
51163	**011**	**Dienstleistungen für die landesweite elektronische Aktenführung (E-Akte)**	**180.000**	**324.000**	**76.000**	**—**
		Deckungsvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 324.000,0 EUR gegenseitig deckungsfähig nur mit der Verpflichtungsermächtigung bei 51143.				
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**324.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**324.000**		

Projektkosten für die Einführung der landesweiten elektronischen Aktenführung (E-Akte) im Rechnungshof.

51813	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**1.000**	**25.000**	**27.672,34**

Ausgaben für die Anmietung von Multifunktionsgeräten.

Rechnungshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51921 (neu)	**011**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**30.000**			
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.				
52511	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**75.000**	**69.000**	**90.000**	**11.020,00**
81289	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**220.000**	**57.000**	**554.000**	**255.341,03**
		Summe Maßnahmegruppe 31	**2.834.000**	**3.025.000**	**2.198.000**	**940.403,17**

Rechnungshof

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**30.000**	**50.000**	**150.000**	**—**
51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**40.000**	**45.000**	**40.000**	**681,28**

Beschaffung von Prüfungssoftware und Ausstattung des Projektteams ADA (Automatisierte Datenanalyse).

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**167.000**	**142.000**	**47.000**	**1.713,60**

Ausgaben für das Projekt ADA (Automatisierte Datenanalyse). Die Maßnahme wurde bisher im Titel 51160 nachgewiesen (Teilansatz 2023: 107.000 €).

Ausgaben für Datenbanken der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder und prüferbezogene Leistungen.

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Ausgaben für Fortbildungen im Rahmen des Projekts ADA (Automatisierte Datenanalyse).

	Summe Maßnahmegruppe 32	**242.000**	**242.000**	**242.000**	**2.394,88**
	Gesamtausgaben	**28.879.000**	**29.831.000**	**26.646.200**	**21.157.150,24**
	Prozentuale Veränderung	**8,4 %**	**3,3 %**		

Abschluss Kapitel 2000

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**21.200**	**21.200**	**2.000**	**37.052,46**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**35.000**	**20.000**	**21.000**	**27.881,60**
	Gesamteinnahmen	**56.200**	**41.200**	**23.000**	**64.934,06**
411-462	**Personalausgaben**	**22.034.000**	**22.709.000**	**21.040.200**	**16.920.632,66**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**6.622.000**	**7.062.000**	**5.049.000**	**3.915.098,09**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**66.078,46**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**220.000**	**57.000**	**554.000**	**255.341,03**
	Gesamtausgaben	**28.879.000**	**29.831.000**	**26.646.200**	**21.157.150,24**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-28.822.800**	**-29.789.800**	**-26.623.200**	**-21.092.216,18**

Rechnungshof

Stellenplan

Rechnungshof

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Präsident/in des Rechnungshofs	B8	1,000		1,000		1,000	
Vizepräsident/in des Rechnungshofs	B6	1,000		1,000		1,000	
Direktor/in bei dem Rechnungshof	B5	5,000		5,000		0,000	
Direktor/in bei dem Rechnungshof	B4	0,000		0,000		5,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	9,000		10,000		7,000	
Senatsrätin/-rat	A16	14,000		16,000		13,000	
Regierungsdirektor/in	A15	27,000		30,000		25,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	36,000		33,000		37,000	
Baurätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	50,000		47,000		45,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Oberrechnungsrätin/-rat	A13S	49,000		44,000		56,000	
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Rechnungsrätin/-rat	A12	26,000		31,000		26,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	15,500		15,500		17,000	
Regierungsinspektor/in	A9	4,000		4,000		3,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,500		0,500		1,000	
Zwischensumme:		249,000		249,000		249,000	
Teilsumme (Teilplan A):		249,000		249,000		249,000	
Summe:		249,000		249,000		249,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	5,000		5,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	10,000		10,000		10,000	
Zwischensumme:		27,000		27,000		25,000	
Teilsumme (Teilplan A):		27,000		27,000		25,000	
Summe:		27,000		27,000		25,000	

Rechnungshof

Stellenübersicht

Der Einzelplan 20 - Rechnungshof - umfasst nur ein Kapitel, so dass die Stellenübersicht je Kapitel der des Einzelplans entspricht. Da die Stellenübersicht des Einzelplans bereits im Band 1 (Anlage 2) ausgewiesen wird, wird an dieser Stelle auf deren Darstellung verzichtet.

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der Einzelplan 21 beinhaltet die folgenden Kapitel:

Kapitel 2100 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit (BInBDI)

Kapitel 2101 Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**56.000**	**56.000**	**31.000**	**205.212,06**
11	Verwaltungseinnahmen	56.000	56.000	31.000	205.212,06
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**150.000**	**150.000**	**---**	**25.000,00**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	150.000	150.000	---	---
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	---	---	---	25.000,00
∑	**Summe Einnahmen**	**206.000**	**206.000**	**31.000**	**230.212,06**
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**8.567.100**	**8.899.100**	**6.834.500**	**6.063.512,16**
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	8.454.100	8.784.100	6.738.500	5.992.575,74
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	107.000	109.000	95.000	70.936,42
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	6.000	6.000	1.000	---
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**2.891.900**	**2.867.700**	**2.558.600**	**2.146.904,97**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	2.891.900	2.867.700	2.558.600	2.146.904,97
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**12.202.000**	**2.254.000**	**2.051.000**	**1.620.845,48**
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	12.202.000	2.254.000	2.051.000	1.620.845,48
∑	**Summe Ausgaben**	**23.661.000**	**14.020.800**	**11.444.100**	**9.831.262,61**

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Funktionenübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**206.000**	**206.000**	**31.000**	**230.212,06**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	206.000	206.000	31.000	230.212,06
∑	**Summe Einnahmen**	**206.000**	**206.000**	**31.000**	**230.212,06**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**23.661.000**	**14.020.800**	**11.444.100**	**9.831.262,61**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	23.661.000	14.020.800	11.444.100	9.831.262,61
∑	**Summe Ausgaben**	**23.661.000**	**14.020.800**	**11.444.100**	**9.831.262,61**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Es wurden folgende Maßnahmegruppen (MG) gebildet:

MG 31 – Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT – (2024: 235.000 €, 2025: 212.000 €)
MG 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT – (2024: 300.000 €, 2025: 278.000 €)

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit kontrolliert nach § 8 Abs.1 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten in der Verwaltung (Berliner Datenschutzgesetz) die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz bei den Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen des Landes Berlin sowie nach § 40 Bundesdatenschutzgesetz in Verbindung mit § 8 Abs. 2 des Berliner Datenschutzgesetzes bei nicht-öffentlichen Stellen. Ferner ist sie mit der Wahrung des Rechts auf Akteneinsicht und Informationszugang nach § 18 des Gesetzes zur Förderung der Informationsfreiheit (Informationsfreiheitsgesetz) vom 15. Oktober 1999 beauftragt.

B. Gender Budgeting

Die Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit unterstützt seit Jahren die Zielstellung des Senats, Gender Budgetierung zum integralen Bestandteil der Haushaltspolitik zu machen. Sie setzt daher – auf freiwilliger Basis – die entsprechenden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und die dazu getroffenen Festlegungen des Senats sinngemäß um.

Eine ausführliche genderpolitische Analyse erfolgt alle zwei Jahre im Rahmen der Überprüfung und Anpassung des Frauenförderplans.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	2	2	2	2	3	2
Relativer Anteil	50,0 %	50,0 %	50,0 %	50,0 %	60,0 %	40,0 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	30	22	36	30	33	32
Relativer Anteil	57,7 %	42,3 %	54,5 %	45,5 %	50,8 %	49,2 %

Stichtag der Auswertung ist jeweils der 1. Juli.

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11152	011	Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften	2.000	2.000	1.000	2.211,66
11153	011	Gebühren nach Bundesrecht	1.000	1.000	2.000	151,00
11201	011	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder	50.000	50.000	25.000	168.700,75
11979	011	Verschiedene Einnahmen	1.000	1.000	1.000	370,00
23190 (neu)	011	Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke	150.000	150.000		

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890 und 54690.

Einnahmen zur Finanzierung eines drittmittelfinanzierten Forschungsprojekts im Bereich Datenschutz im Internet.

	Gesamteinnahmen	204.000	204.000	29.000	171.433,41
	Prozentuale Veränderung	603,4 %	—		
	Ausgaben				
42100	011	Amtsbezüge	125.000	129.000	117.000	10.766,80
42201	011	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	2.067.000	2.229.000	1.690.000	1.214.298,54
42701 (neu)	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	21.600	21.600		

Personalmittel für Honorarkräfte in Weiterbildungsprojekten der BlnBDI.

42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	4.229.000	4.398.000	3.398.000	3.430.107,22
42811 (neu)	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	60.700	62.500		

Personalmittel für Teilzeitbeschäftigte in medienpädagogischen Projekten zur Vermittlung von datenschutzrechtlichen Themen an Berliner Schulen.

42850	011	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000	1.000	—
42890 (neu)	011	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen	1.000	1.000		

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben für Personalmittel eines drittmittelfinanzierten Forschungsprojekts im Bereich Datenschutz im Internet.

44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	50.000	50.000	50.000	35.954,39
44304	011	Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	23.000	25.000	17.000	18.109,82

Hier sind die Beiträge für die Kapitel 2100 und 2101 gemeinsam veranschlagt.

44379	011	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	30.000	30.000	25.000	14.932,22

Ausgaben für ärztliche Untersuchungen, arbeitsmedizinische Betreuungsleistungen auf der Grundlage des Arbeitssicherheitsgesetzes sowie Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**5.000**	**5.000**	**1.000**	**—**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**75.000**	**75.000**	**90.000**	**60.352,40**
51111	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51114	**011**	**Migrationsreadiness Systemtechnik** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**50.000**	**50.000**	**60.000**	**1.334,45**
51143	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**2.500**	**2.500**	**1.000**	**2.073,66**
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**205.000**	**218.000**	**182.000**	**167.461,80**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten für die Dienststelle:
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, 5. und 6. Etage (2.970 m²)
Vermieter: BIM.

51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**5.500**	**5.500**	**5.000**	**19.225,96**
51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**3.500**	**3.500**	**5.000**	**2.486,66**
51813	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**459.000**	**459.000**	**459.000**	**439.596,51**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für die Dienststelle:
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, 5. und 6. Etage (2.970 m²)
Vermieter: BIM.

51838	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51921	**011**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**157.193,39**

Nutzerspezifische Ausgaben für die Dienststelle:
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, 5. und 6. Etage (2.970 m²)
Vermieter: BIM.

Wartungs- und Reparaturkosten für Klimaanlagen, Sauerstoffreduzierungsanlage und Überfall-Einbruch-Melde-Anlage (ÜEMA).

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**15.000**	**15.000**	**10.000**	**5.385,53**
52511	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**7.663,07**

Gerichtskosten und außergerichtliche Kosten im Zusammenhang mit Klageverfahren gegen die BInBDI (Klagen gegen Abschlussentscheidungen, Klagen gegen Verwarnungen und sonstige Maßnahmen außerhalb von Bußgeldverfahren, Arbeitsrechtsstreitigkeiten).

52610	**011**	**Gutachten**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**—**

Gutachten für die Erfüllung der Aufgaben nach § 24 und § 33 BInDSG.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**75.000**	**75.000**	**60.000**	**13.545,46**

Mehr aufgrund des Personalzuwachses seit dem HHJ 2020 und des steigenden Abstimmungsbedarfs bundes- und EU-weit.

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**1.900**	**1.900**	**1.500**	**184,68**
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**70.000**	**71.000**	**75.000**	**35.176,78**

Zur Erfüllung der Aufgaben nach Art. 57 Abs. 1 lit. b DS-GVO (Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die Risiken, Vorschriften, Garantien und Rechte im Zusammenhang mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten; insbesondere bei Kindern).

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**10.000**	**10.000**	**8.500**	**4.980,15**

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**23.000**	**23.000**	**15.000**	**116,62**

Mehr, da hier zukünftig auch Kosten für Übersetzungen nachgewiesen werden.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**25.000**	**77.200**	**25.000**	**1.177,77**

Mehr, da Berlin im Konferenzjahr 2025 den Vorsitz der Konferenz der Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder (DSK) innehaben wird. Diese Rolle umfasst neben repräsentativen Aufgaben vor allem auch die Durchführung von insgesamt zehn Veranstaltungen:

3 x Zwischenkonferenz (eintägig),
2 x Hauptkonferenz (zweitägig mit Programm am Vorabend des ersten Konferenztags),
2 x Vorkonferenz (eintägig),
2 x Treffen mit den spezifischen Aufsichtsbehörden (halbtägig),
1 x Europäischer Datenschutztag (halbtägig).

54077 (neu)	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**88,21**
54690 (neu)	**011**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**150.000**	**150.000**		

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für ein drittmittelfinanziertes Forschungsprojekt im Bereich Datenschutz im Internet.

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Menge	Istausgaben MG 31 2022 in €	Max. Veranschlagungswert in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.180	170		200.600	201.000	178.000
Fremdleistung IT	1.590	---		---	---	---
Summe IT	---	170		200.600	201.000	178.000
Eigenleistung TK	160	170		27.200	34.000	34.000
Fremdleistung TK ITDZ	240	---		---	---	---
Summe TK	---	170		27.200	34.000	34.000
Gesamt	---	---	178.040	227.800	235.000	212.000

Die Mobilfunkkosten haben sich durch die Einführung von Homeoffice deutlich erhöht.

51111	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**12.000**	**12.000**	**10.000**	**5.568,10**
51114	**011**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51143	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**57.000**	**50.000**	**39.600**	**46.786,90**
51145	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**63.000**	**63.000**	**49.200**	**86.938,12**

Mehr aufgrund des Internetanschlusses in der neuen Dienststelle (nur Glasfaseranschluss möglich).

51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**76.000**	**60.000**	**21.200**	**23.567,84**

Ausgaben für Einführung mobiler Zugriff auf die Infrastruktur, Mobile Geräte Kontrollsoftware (MobileDeviceManagement), Monitoringsoftware.

Mehr, da Ausgaben für Mobilfunk bisher aus 51170 geleistet wurden.
Mehr, da Ausgaben für die Wartung des Internetauftritts bisher aus 51185 geleistet wurden.

51813	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**13.000**	**13.000**	**10.000**	**10.572,14**
51921	**011**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52511	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**4.604,60**
		Summe Maßnahmegruppe 31	**235.000**	**212.000**	**144.000**	**178.037,70**

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**72.000**	**44.000**	**48.000**	**60.988,02**

2024: Mehr aufgrund Ersatzbeschaffung Hardware Zugriffclient VVS und Beschaffung Netzwerkkomponenten, Projekt Adminnetz.

51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**4.000**	**4.000**	**21.800**	**3.324,13**
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**208.000**	**214.000**	**232.000**	**351.324,65**

Ausgaben für Entwicklung Formularserver (gem. § 4 Abs. 3 E-Government-Gesetz), Anpassung der qualifizierten elektronischen Signatur an die E-Akte, Lizenzen, Wartungs- und Updatekosten.

51838	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT**	**2.000**	**2.000**	**4.000**	**207,80**
52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**14.000**	**14.000**	**14.000**	**1.100,75**
		Summe Maßnahmegruppe 32	**300.000**	**278.000**	**319.800**	**416.945,35**
		Gesamtausgaben	**8.381.700**	**8.741.700**	**6.820.800**	**6.237.195,14**
		Prozentuale Veränderung	**22,9 %**	**4,3 %**		

Abschluss Kapitel 2100

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**54.000**	**54.000**	**29.000**	**171.433,41**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**150.000**	**150.000**	**—**	**—**
	Gesamteinnahmen	**204.000**	**204.000**	**29.000**	**171.433,41**
411-462	**Personalausgaben**	**6.614.300**	**6.953.100**	**5.299.000**	**4.724.168,99**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.767.400**	**1.788.600**	**1.521.800**	**1.513.026,15**
	Gesamtausgaben	**8.381.700**	**8.741.700**	**6.820.800**	**6.237.195,14**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-8.177.700**	**-8.537.700**	**-6.791.800**	**-6.065.761,73**

Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der/Die Beauftragte berät nach § 2 des Gesetzes über den Beauftragten oder die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin die öffentlichen Stellen des Landes und die Bürgerinnen und Bürger in Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Er/Sie fördert die politische und historische Aufarbeitung der SED-Diktatur unter besonderer Berücksichtigung des Staatssicherheitsdienstes. Zur Erfüllung der Aufgaben unterrichtet er/sie die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes und anderer Organe der SED-Diktatur im Gebiet des Landes Berlin und fördert die Errichtung und Unterhaltung eines Dokumentations- und Ausstellungszentrums. Er/Sie berichtet dem Abgeordnetenhaus jährlich über seine/ihre Tätigkeit.

Er/Sie ist in Ausübung seines/ihres Amtes unabhängig.

Näheres regelt das Gesetz über den Beauftragten oder die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin (Berliner Aufarbeitungsbeauftragtengesetz – AufarbBG Bln) vom 10. Oktober 2017.

B. Gender Budgeting

Der/Die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützt seit Jahren die Zielstellung des Senats, Gender Budgetierung zum integralen Bestandteil der Haushaltspolitik zu machen. Er/Sie setzt daher – auf freiwilliger Basis – die entsprechenden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und die dazu getroffenen Festlegungen des Senats sinngemäß um.

Eine ausführliche genderpolitische Analyse erfolgt alle zwei Jahre im Rahmen des Berichts zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) und der Überprüfung und ggf. Anpassung des Frauenförderplans.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Absoluter Anteil	10	5	13	6	13	6
Relativer Anteil	66,7 %	33,3 %	68,4 %	31,6 %	68,4 %	31,6 %
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	1	3	2	3	2	3
Relativer Anteil	25 %	75 %	40 %	60 %	40 %	60 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	9	2	11	3	11	3
Relativer Anteil	81,8 %	18,2 %	78,6 %	21,4 %	78,6 %	21,4 %

Stichtag der Auswertung ist jeweils der 30. Juni.

Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	011	Rückzahlungen von Zuwendungen	1.000	1.000	1.000	30.021,33
11979	011	Verschiedene Einnahmen	1.000	1.000	1.000	3.757,32
28290	011	Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke	—	—	—	25.000,00
		Gesamteinnahmen	2.000	2.000	2.000	58.778,65
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
42100	011	Amtsbezüge	131.000	136.000	142.000	103.077,48
42722	011	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)	12.000	12.000	12.000	—
42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	1.724.000	1.793.000	1.304.000	1.161.079,04
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	81.800	1.000	74.500	73.246,66
44379	011	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	4.000	4.000	3.000	1.939,99
		Ausgaben für Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements.				
51101	011	Geschäftsbedarf	21.000	21.000	31.000	6.981,70
		Ausgaben für Büromaterial, Bücher, Zeitschriften, Ergänzungslieferungen, Postgebühren, Rundfunk- und Fernsehgebühren.				
51111	011	Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT Siehe Maßnahmegruppe 31				
51114 (neu)	011	Migrationsreadiness Systemtechnik Siehe Maßnahmegruppe 31				
51136	011	Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	15.000	12.000	15.000	2.079,65
51143	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	011	Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	011	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	011	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT Siehe Maßnahmegruppe 32				
51432	011	Film- und Fotomaterial, Ton- und Videobänder	1.000	1.000	1.000	—

Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**113.000**	**116.000**	**110.000**	**108.868,20**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten für die Diensträume in der Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin, angemietet von der BIM (Berliner Immobilienmanagement).

51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**433,40**
51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**4.500**	**4.500**	**4.300**	**2.963,12**
51813	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**155.000**	**140.000**	**168.000**	**134.489,26**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietausgaben für die Diensträume in der Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin, angemietet von der BIM (Berliner Immobilienmanagement).

51921 (neu)	**011**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**101.000**	**1.000**	**2.000**	**—**

Nutzerspezifische Nebenkosten für die Dienststelle Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin (angemietet von der BIM)

2024: Es fallen nutzerspezifische Kosten für den vorgesehenen Umbau von Archivräumen zu Büroräumen i. H. v. rd. 100.000 EUR an.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**10.000**	**10.000**	**3.000**	**1.826,69**

Mehr aufgrund des Aufgaben- und Personalzuwachses.

52511	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**6.000**	**6.000**	**1.000**	**4.207,50**

Ausgaben für Gerichtsverfahren sowie außergerichtliche Verfahren.

2024/2025: Mehr wegen des Aufgabenzuwachses.

52610	**011**	**Gutachten**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**119.416,25**

Forschungsaufträge und Gutachten zur Erfüllung der Aufgaben.
2024:
Weiterführung der Erarbeitung des Sachstandsberichtes zur Evaluierung der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin.
2025:
Fertigstellung des Sachstandsberichtes und darauf aufbauend laufende Evaluation der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**1.841,45**

Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**130.000**	**130.000**	**163.000**	**65.266,89**

Finanzierung der Print- und Online-Publikationen des BAB, insbesondere für die Konzeption, Programmierung und Gestaltung von Internetpublikationen, Social-Media-Auftritten u. a. digitalen Angeboten. Finanzierung von Ausstellungen einschließlich Begleitprogrammen, von Bildungsangeboten und verschiedenen Informationsmaterialien über die Arbeit des BAB.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**948,00**
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**26.000**	**26.000**	**20.000**	**24.976,91**

Verschiedene Dienstleistungen für die Behörde, z. B. Handwerkerleistungen, Kurierdienste, Sicherheitstechnik.
2024/2025:
Mehr wegen geplanter Umbaumaßnahmen von Archiv- zu Büroräumen.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**192.000**	**262.000**	**168.000**	**107.615,79**

Finanzierung von Veranstaltungsreihen, verschiedenen Fachtagungen, Einzel- und Sonderveranstaltungen des Bundeskongresses des BAB mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen sowie Supervisionen und Beratertreffen. Im Rahmen der Neuausrichtung der Behörde werden neue Veranstaltungsformate durchgeführt, insbesondere in der historisch-politischen Bildungsarbeit.

2024/2025:
Mehr wegen Erhöhung des Finanzierungsanteils am Campus-Kino (80 T€/Jahr) und der Ausrichtung des Bundeskongresses durch den BAB (2024: +10 T€, 2025: +82,5 T€).

54077 (neu)	**011**	**Steuern, Abgaben**		**1.000**		
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**145,17**
68169	**011**	**Besondere Entschädigungen und Ausgleichszahlungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**21.431,22**

Der Härtefallfonds soll einmalige finanzielle Hilfe für anerkannte politisch Verfolgte der SED-Diktatur in Berlin leisten, die sich in Notlagen befinden, in denen keine sonstigen staatlichen Unterstützungssysteme greifen. Dabei sollten die Hilfen möglichst nachhaltig wirken.

68569	**011**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**12.102.000**	**2.154.000**	**1.951.000**	**1.574.414,26**

Zuschüsse für die soziale Beratungs- und Betreuungstätigkeit der Verfolgtenverbände sowie die politische und historische Aufarbeitung der SED-Diktatur von Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen mittels Öffentlichkeits-, Bildungs- und Dokumentationsarbeit.

2024:
10 Mio. € mehr zur vorsorglichen Sicherung der Gesamtfinanzierung des Jubiläums 35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall, das laut Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 20.10.2022 in Berlin begangen werden soll (Drucksache 19/0578).
250 T€ mehr wegen Mehrbedarfs in der Projektförderung (Archiv der DDR-Opposition, Forum Opposition und Widerstand).
2025:
250 T€ mehr wegen Mehrbedarfs in der Projektförderung (Archiv der DDR-Opposition, Forum Opposition und Widerstand).

68590	**011**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**25.000,00**

Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Menge	Istausgaben MG 31 2022 in €	Max. Veranschlagung in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.180	55	---	64.900	76.900	75.500
Fremdleistung IT	1.590		---	---	---	---
Summe IT	---	55	20.386	64.900	76.900	75.500
Eigenleistung TK	160	30	---	4.800	4.800	4.800
Fremdleistung TK ITDZ	240	---	---	---	---	---
Summe TK	---	30	3.102	4.800	4.800	4.800
Gesamt	---	---	23.488	69.700	83.700	82.300

2024/2025:
Mehr aufgrund des Stellenaufwuchses und weil die Ausgaben für den Standardnetzzugang (SNZ) i. H. v. 28 T€ bisher in MG 32 veranschlagt waren und nun in MG 31 ausgewiesen werden.

51111	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**2.501,76**
51114 (neu)	**011**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**		
51143	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**1.221,98**
51145	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**35.500**	**34.100**	**5.000**	**1.375,90**
51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**21.000**	**21.000**	**25.000**	**18.388,70**
51813	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**3.000**	**—**
51921 (neu)	**011**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**		
52511	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**4.000**	**—**
		Summe Maßnahmegruppe 31	**84.500**	**83.100**	**61.000**	**23.488,34**

Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

2024/2025:
Weniger, weil die bisher in der MG 32 ausgewiesenen Ausgaben für den Standardnetzzugang (SNZ) i. H. v. 28 T€ ab 2024 in MG 31 veranschlagt werden.

51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**2.000**	**—**
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**28.000**	**28.330,50**
		Summe Maßnahmegruppe 32	**7.000**	**7.000**	**31.000**	**28.330,50**
		Gesamtausgaben	**15.279.300**	**5.279.100**	**4.623.300**	**3.594.067,47**
		Prozentuale Veränderung	**230,5 %**	**-65,4 %**		

Abschluss Kapitel 2101

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**33.778,65**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**25.000,00**
	Gesamteinnahmen	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**58.778,65**
411-462	**Personalausgaben**	**1.952.800**	**1.946.000**	**1.535.500**	**1.339.343,17**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.124.500**	**1.079.100**	**1.036.800**	**633.878,82**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**12.202.000**	**2.254.000**	**2.051.000**	**1.620.845,48**
	Gesamtausgaben	**15.279.300**	**5.279.100**	**4.623.300**	**3.594.067,47**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-15.277.300**	**-5.277.100**	**-4.621.300**	**-3.535.288,82**

Beauftragte / Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Stellenplan

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Datenschutzbeauftragte/r	AT	1,000	1,000 *(0601)*	1,000	1,000 *(0601)*	1,000	1,000 *(0601)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0601 Bezüge in Höhe des Grundgehalts der BesGr. B 5

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	2,000		2,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	5,000		5,000		6,000	
Regierungsdirektor/in	A15	12,000		12,000		12,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	18,000		19,000		16,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	5,000		5,000		5,000	
Amtsrätin/-rat	A12	15,000		15,000		14,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		60,000		61,000		57,000	
Teilsumme (Teilplan A):		60,000		61,000		57,000	
Summe:		60,000		61,000		57,000	

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,000		4,000		2,000	
Zwischensumme:		21,000		21,000		19,000	
Teilsumme (Teilplan A):		21,000		21,000		19,000	
Summe:		21,000		21,000		19,000	

2100
2024/2025

Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		0,000	
Summe:		1,000		1,000		0,000	

Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan B							
Landesbeauftragte/r	AT	1,000	1,000 *(0608)*	1,000	1,000 *(0608)*	1,000	1,000 *(0811)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan B):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0608 Bezüge in Höhe des Grundgehalts der BesGr. B 3

0811 Stelleninhaber/in erhält Entgelt in Höhe der Dienstbezüge der BesGr. A 16 (Endstufe).

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	7,000		7,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		18,000		18,000		15,000	
Teilsumme (Teilplan A):		18,000		18,000		15,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan B):		3,000		3,000		3,000	
Summe:		21,000		21,000		18,000	

2101
2024/2025

Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		0,000		1,000	
Summe:		1,000		0,000		1,000	

Beauftragte / Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 21	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B3	**B2**	**Teilsumme**	**A16**	**A15**
2100	2025	2,000	2,000	4,000	5,000	12,000
	2024	2,000	2,000	4,000	5,000	12,000
	2023	2,000	1,000	3,000	6,000	12,000
2101	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	2,000	2,000	4,000	5,000	12,000
	2024	2,000	2,000	4,000	5,000	12,000
	2023	2,000	1,000	3,000	6,000	12,000

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 21
A14	**A13S**	**A12**	**A10**	**Teilsumme**	jahr	
19,000	5,000	15,000	1,000	57,000	2025	**2100**
18,000	5,000	15,000	1,000	56,000	2024	
16,000	5,000	14,000	1,000	54,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**2101**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
19,000	5,000	15,000	1,000	57,000	2025	**Summe**
18,000	5,000	15,000	1,000	56,000	2024	
16,000	5,000	14,000	1,000	54,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 21	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
2100	2025	2,000	2,000	-	2,000	1,000
	2024	2,000	2,000	-	2,000	1,000
	2023	2,000	2,000	-	2,000	1,000
2101	2025	1,000	7,000	3,000	1,000	2,000
	2024	1,000	7,000	3,000	1,000	2,000
	2023	1,000	4,000	4,000	1,000	-
Summe	2025	3,000	9,000	3,000	3,000	3,000
	2024	3,000	9,000	3,000	3,000	3,000
	2023	3,000	6,000	4,000	3,000	1,000

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 21
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E6**	jahr	
-	3,000	-	7,000	4,000	2025	**2100**
-	3,000	-	7,000	4,000	2024	
-	3,000	-	7,000	2,000	2023	
4,000	1,000	2,000	-	-	2025	**2101**
4,000	1,000	2,000	-	-	2024	
5,000	1,000	2,000	-	-	2023	
4,000	4,000	2,000	7,000	4,000	2025	**Summe**
4,000	4,000	2,000	7,000	4,000	2024	
5,000	4,000	2,000	7,000	2,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 21	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		Teilsumme				
2100	2025	21,000				
	2024	21,000				
	2023	19,000				
2101	2025	21,000				
	2024	21,000				
	2023	18,000				
Summe	2025	42,000				
	2024	42,000				
	2023	37,000				

Stellenübersicht 2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt			Haus-halts-jahr	Einzelplan 21
61,000	21,000	82,000			2025	**2100**
60,000	21,000	81,000			2024	
57,000	19,000	76,000			2023	
-	21,000	21,000			2025	**2101**
-	21,000	21,000			2024	
-	18,000	18,000			2023	
61,000	42,000	103,000			2025	**Summe**
60,000	42,000	102,000			2024	
57,000	37,000	94,000			2023	

Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der oder die Bürger- und Polizeibeauftragte hat als Bürgerbeauftragter oder Bürgerbeauftragte die Aufgabe, im Rahmen des parlamentarischen Kontrollrechts des Abgeordnetenhauses die Stellung des Bürgers oder der Bürgerin im Verkehr mit den Behörden zu stärken. Er oder sie unterstützt dabei die Arbeit des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses.

Der oder die Bürger- und Polizeibeauftragte hat als Polizeibeauftragter oder Polizeibeauftragte die Aufgabe, das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Polizei zu stärken. Er oder sie unterstützt die Bürgerinnen und Bürger im Dialog mit der Polizei und wirkt darauf hin, dass begründeten Beschwerden abgeholfen wird. Ihm oder ihr obliegt auch die Befassung mit Vorgängen aus dem innerpolizeilichen Bereich, die an ihn oder sie im Rahmen einer Eingabe oder durch sonstige Hinweise herangetragen werden. Der oder die Polizeibeauftragte nimmt seine oder ihre Aufgabe als Hilfsorgan des Abgeordnetenhauses bei der Ausübung parlamentarischer Kontrolle wahr.

Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
11	Verwaltungseinnahmen	1.000	1.000	1.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**1.218.000**	**1.252.000**	**1.134.000**	**48.832,72**
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	1.176.000	1.210.000	1.132.000	48.832,72
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	40.000	40.000	2.000	---
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	2.000	2.000	---	---
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**312.000**	**313.000**	**565.000**	**28.841,94**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	312.000	313.000	565.000	28.841,94
∑	**Summe Ausgaben**	**1.530.000**	**1.565.000**	**1.699.000**	**77.674,66**

Funktionenübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
05	Rechtsschutz	1.000	1.000	1.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**1.530.000**	**1.565.000**	**1.699.000**	**77.674,66**
05	Rechtsschutz	1.530.000	1.565.000	1.699.000	77.674,66
∑	**Summe Ausgaben**	**1.530.000**	**1.565.000**	**1.699.000**	**77.674,66**

Bürger- und Polizeibeauftragte/
Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979	**059**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42100 (neu)	**059**	**Amtsbezüge**	**125.000**	**128.000**		
42201	**059**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**879.000**	**905.000**	**1.132.000**	**48.832,72**
42801 (neu)	**059**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**172.000**	**177.000**		
44100	**059**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**34.000**	**34.000**	**1.000**	**—**
44304 (neu)	**059**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**1.000**	**1.000**		
44379	**059**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**5.000**	**5.000**	**1.000**	**—**
45902 (neu)	**059**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903 (neu)	**059**	**Prämien für besondere Leistungen**	**1.000**	**1.000**		
51101	**059**	**Geschäftsbedarf**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**1.500,64**
51111	**059**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51140	**059**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**2.750,10**
51143	**059**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**059**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**059**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51715	**059**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**20.000**	**20.000**	**100.000**	**4.457,43**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten für die Dienststelle:
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, 3. Etage (433 m²)

Vermieter BIM

51813	**059**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				

Bürger- und Polizeibeauftragte/
Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**059**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**68.000**	**68.000**	**320.000**	**16.921,79**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für die Dienststelle:
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, 3. Etage (433 m²)

Vermieter BIM

51925	**059**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Nutzerspezifische Kosten für die Dienststelle:
Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, 3. Etage (433 m²)

Vermieter BIM

52501	**059**	**Aus- und Fortbildung**	**3.000**	**3.000**	**1.000**	**—**
52511	**059**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
52601	**059**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52610	**059**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52703	**059**	**Dienstreisen**	**4.000**	**4.000**	**1.000**	**—**
52906 (neu)	**059**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**1.000**	**1.000**		
53101	**059**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**40.000**	**40.000**	**1.000**	**—**

Im Zuge der Einrichtung des Bürger- und Polizeibeauftragten wurde im Haushalt 2022/2023 lediglich ein Merkansatz von 1.000 € veranschlagt.

Nach seinem gesetzlichen Auftrag soll der Bürger- und Polizeibeauftragte als Bürgerbeauftragter die Stellung von Bürgerinnen und Bürgern im Verkehr mit den Behörden stärken, in seiner Rolle als Polizeibeauftragter das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei fördern, Bürgerinnen und Bürger im Dialog mit der Polizei unterstützen und darauf hinwirken, dass begründeten Beschwerden abgeholfen wird.

Die Umsetzung dieser gesetzlichen Ziele setzt voraus, dass der Bürger- und Polizeibeauftragte, seine Aufgaben und Befugnisse den Bürgerinnen und Bürgern bekannt sind. Zu diesem Zwecke ist eine proaktive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Der vorgeschlagene Ansatz orientiert sich an den Ansätzen der Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sowie der Landesantidiskriminierungsstelle im Haushalt 2022/2023.

53111	**059**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54010	**059**	**Dienstleistungen**	**3.000**	**3.000**	**1.000**	**130,90**
54077 (neu)	**059**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		
54079	**059**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Bürger- und Polizeibeauftragte/
Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Menge	Istausgaben MG 31 2022 in €	Max. Veranschlagungswert in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.180	---		---	---	---
Fremdleistung IT	1.590	17		27.030	61.000	62.000
Summe IT	---	17		27.030	61.000	62.000
Eigenleistung TK	160	---		---	---	---
Fremdleistung TK ITDZ	240	17		4.080	4.080	4.080
Summe TK	---	17		4.080	4.080	4.080
Gesamt	---	---	3.081,10	31.110	65.080.	66.080

51111	**059**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.000**	**2.000**	**31.000**	**—**
51143	**059**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**1.000**	**1.230,68**
51145	**059**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.495,20**
51160	**059**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**54.000**	**55.000**	**1.000**	**355,20**

Die vom ITDZ angesetzten jährlichen Kosten für einen Arbeitsplatz nach dem Modell Berlin PC Mobil liegen über der in der Maßnahmengruppe 31 für Fremdleistungen IT vorgesehenen Berechnungsgröße. Im Hinblick auf das Ziel der Standardisierung und Zentralisierung des IKT-Betriebs sowie die beabsichtigte Einführung der digitalen Aktenführung unter Nutzung des landesweit eingesetzten Produkts nscale ist das ITDZ als Dienstleister alternativlos.

51813	**059**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**6.000**	**6.000**	**1.000**	**—**
52511	**059**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Summe Maßnahmegruppe 31	**67.000**	**68.000**	**36.000**	**3.081,08**
		Gesamtausgaben	**1.530.000**	**1.565.000**	**1.699.000**	**77.674,66**
		Prozentuale Veränderung	**-9,9 %**	**2,3 %**		

Bürger- und Polizeibeauftragte/
Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2200				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	1.000	—
		Gesamteinnahmen	1.000	1.000	1.000	
411-462		Personalausgaben	1.218.000	1.252.000	1.134.000	48.832,72
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	312.000	313.000	565.000	28.841,94
		Gesamtausgaben	1.530.000	1.565.000	1.699.000	77.674,66
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-1.529.000	-1.564.000	-1.698.000	-77.674,66

Bürger- und Polizeibeauftragte / Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Stellenplan

Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Bürger- und Polizeibeauftragte/r	AT	1,000	1,000 *(0601)*	1,000	1,000 *(0601)*	0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		0,000	
Summe:		1,000		1,000		0,000	

Stellenvermerke

0601 Bezüge in Höhe des Grundgehalts der BesGr. B 5

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	0,000		0,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	9,000		9,000		9,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	4,000		4,000		4,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		14,000		14,000		17,000	
Teilsumme (Teilplan A):		14,000		14,000		17,000	
Summe:		14,000		14,000		17,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		0,000	
Summe:		2,000		2,000		0,000	

Bürger- und Polizeibeauftragte / Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Stellenübersicht

Der Einzelplan 22 - Bürger- und Polizeibeauftragte / Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin - umfasst nur ein Kapitel, so dass die Stellenübersicht je Kapitel der des Einzelplans entspricht. Da die Stellenübersicht des Einzelplans bereits im Band 1 (Anlage 2) ausgewiesen wird, wird an dieser Stelle auf deren Darstellung verzichtet.

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 3

Einzelplan 03

Regierende Bürgermeisterin/
Regierender Bürgermeister

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3 - 5
Kapitel 0300 Senatskanzlei	3 - 11
Produktdarstellung	3 - 37
Kapitel 0309 Senatskanzlei - Personalüberhang -	3 - 47
Kapitel 0350 Senatskanzlei - Europa -	3 - 49
Produktdarstellung	3 - 55
Kapitel 0360 Senatskanzlei - Digitalisierung -	3 - 59
Stellenplan	3 - 63
Stellenübersicht	3 - 77
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2 4
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	14
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der Einzelplan 03 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für folgende Bereiche:

Abteilung I	-	Bundes- und Europaangelegenheiten, Medienpolitik
Abteilung II	-	Internationales und Protokoll, Protokollchef/in des Landes Berlin
Abteilung III	-	Koordinierung Landespolitik
Abteilung IV	-	Kommunikation und Information
Abteilung V	-	IKT-Steuerung, IKT-Haushalt, Strategische Planung, Digitalisierung der Verwaltung (Betriebsaufgaben)
Abteilung VI	-	Verwaltungsmodernisierung und –steuerung, Digitalisierung der Verwaltung (Entwicklungsaufgaben)
Abteilung ZS	-	Zentrale Steuerung, E-Government, Personalkommission des Senats

Einzelheiten zur Darstellung der Aufbauorganisation sind den allgemeinen Erläuterungen zu den Kapiteln 0300 bis 0360 zu entnehmen.

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**527.000**	**527.000**	**519.600**	**1.927.506,81**
11	Verwaltungseinnahmen	483.000	483.000	507.000	1.917.100,21
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	44.000	44.000	12.600	10.406,60
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**2.128.000**	**2.167.000**	**1.804.000**	**752.779,74**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	2.118.000	2.157.000	1.799.000	471.992,79
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	10.000	10.000	5.000	280.786,95
∑	**Summe Einnahmen**	**2.655.000**	**2.694.000**	**2.323.600**	**2.680.286,55**
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**32.482.300**	**34.319.400**	**21.708.300**	**20.279.086,35**
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	31.648.500	33.473.200	21.355.400	19.875.734,19
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	745.800	758.200	309.400	370.464,52
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	88.000	88.000	43.500	32.887,64
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**29.500.900**	**29.772.200**	**24.080.800**	**24.771.057,35**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	29.500.900	29.772.200	24.080.800	24.771.057,35
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**43.435.200**	**55.043.200**	**42.747.200**	**19.066.817,29**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	32.000	32.000	28.000	22.858,17
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	43.403.200	55.011.200	42.719.200	19.043.959,12
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**131.000**	**32.000**	**64.000**	**9.500,00**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	130.000	31.000	63.000	9.500,00
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	1.000	1.000	1.000	---
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**9.000.000**	**4.000.000**	**-199.000**	**---**
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	9.000.000	4.000.000	-199.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**114.549.400**	**123.166.800**	**88.401.300**	**64.126.460,99**

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**2.654.000**	**2.693.000**	**2.322.600**	**2.672.135,68**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	2.654.000	2.693.000	2.322.600	2.672.135,68
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**8.150,87**
18	Kultur und Religion	1.000	1.000	1.000	8.150,87
∑	**Summe Einnahmen**	**2.655.000**	**2.694.000**	**2.323.600**	**2.680.286,55**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**67.837.300**	**70.521.000**	**50.660.800**	**48.989.461,83**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	66.667.300	69.222.000	49.527.800	48.119.799,78
02	Auswärtige Angelegenheiten	1.170.000	1.299.000	1.133.000	869.662,05
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**37.568.000**	**48.496.000**	**37.828.000**	**15.011.472,69**
13	Hochschulen	10.722.000	14.432.000	7.990.000	6.590.000,00
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8.856.000	16.074.000	6.938.000	3.184.970,12
18	Kultur und Religion	17.990.000	17.990.000	22.900.000	5.236.502,57
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
25	Arbeitsmarktpolitik	1.000	1.000	1.000	---
8	**Finanzwirtschaft**	**9.143.100**	**4.148.800**	**-88.500**	**125.526,47**
86	Sonstiges	143.100	148.800	110.500	125.526,47
88	Globalposten	9.000.000	4.000.000	-199.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**114.549.400**	**123.166.800**	**88.401.300**	**64.126.460,99**

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Es wurden folgende Maßnahmegruppen gebildet:

Kapitel 0300:
Maßnahmegruppe 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT –

D. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur des Kapitels 0300 (Senatskanzlei, einschl. 0309):

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	15	20	17	16	16	12
Relativer Anteil	42,9%	57,1%	51,5%	48,5%	57,1%	42,9%
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	154	90	157	94	150	89
Relativer Anteil	63,1%	36,9%	62,5%	37,5%	62,8%	37,2%

Monatliches Durchschnittseinkommen für den Einzelplan 03:

	2021
VZÄ männlich	6.675 €
davon Führungskräfte	8.685 €
VZÄ weiblich	5.796 €
davon Führungskräfte	8.161 €
Differenz	879 €
davon Führungskräfte	524€

Genderrelevante Daten der übrigen Kapitel sind – sofern erhoben – in den jeweiligen Kapiteln nachgewiesen.

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

E - Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet, sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
0300; 0350

Zusammenfassende Übersicht 53 - RBm - SKzl

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	6	Personalkosten	12.681.070	38.850.675	-67,36
Kostenträgergruppen	21	Sachkosten	8.319.313	15.928.077	-47,77
Kostenträger	52	Transferkosten	1.776.445	19.375.293	-90,83
davon		Verrechnungskosten	785.612	350.645	+124,05
Produkte	4	kalkulatorische Kosten	1.987.953	3.471.852	-42,74
MGF	43	Gemeinkosten	18.057.184	39.862.600	-54,70
Projekte	5	**Summe Verwaltungskosten**	43.607.577	117.839.143	-62,99
		Transfers	16.953.298	2.475.636.309	-99,32
		Gesamtsumme	60.560.875	2.593.475.452	-97,66

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

F. Haushaltsvermerke

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 03, mit Ausnahme der Obergruppe 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.

Senatskanzlei

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Senatskanzlei.

Der Senatskanzlei obliegen folgende Aufgaben:

Abteilung ZS (Zentrale Steuerung, E-Government, Personalkommission des Senats)

Personal, Organisation
Zentrales Finanzmanagement
Informationstechnik, E-Government
Innere Dienste
Rechtsangelegenheiten, Vergabe-Service, Personalkommission, Registratur

Abteilung I (Bundes- und Europaangelegenheiten, Medienpolitik)

Vertretung des Landes Berlin beim Bund
Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung
Vorbereitung der CdS- und MP-Konferenzen und ihren Besprechungen mit der Bundesregierung und sich daraus ergebender Projekte
Medien- und Rundfunkangelegenheiten, Netzpolitik

Abteilung II (Internationales und Protokoll, Protokollchef/in des Landes Berlin)

Protokoll des Landes Berlin und des Senats von Berlin
Sprachendienst und Emigrantenprogramm
Auslandsangelegenheiten und ausländische Vertretungen, Streitkräfteangelegenheiten
Städteverbindungen, Regional- und Kommunalkontakte, Entwicklungszusammenarbeit

Abteilung III (Koordinierung Ressorts und Landespolitik)

Mitwirkung an der Aufstellung der Finanzplanung und des Sanierungsprogramms
Koordinierung der Ressortpolitik
Geschäftsstelle des Senats, der Staatssekretärskonferenz, des Rats der Bürgermeister
Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung des Senats
Leitstelle zum Abgeordnetenhaus, Petitionsleitstelle, Bürgerberatung
Angelegenheiten Berlins als Hauptstadt
Koordinierung der Regionalpolitik, insbesondere Berlin-Brandenburg
Gesamtstädtische Koordination des bürgerschaftlichen Engagements
Sekretariat des Städtetages

Abteilung IV (Kommunikation und Information)

Hauptansprechpartner im Land Berlin für Presse, Funk, Fernsehen und Nachrichtenagenturen
Redaktion und Herausgabe der Pressedienste des Landes Berlin und aktueller Verlautbarungen des Senats
Entwicklung und Erstellung neuer elektronischer Informations- und Kommunikationsdienste, Social Media
Landesredaktion berlin.de
Journalistische Vorbereitung und Betreuung von Staatsbesuchen und anderen Großereignissen
Publizistische Aufgaben
Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit des Senats
Veröffentlichungen auch mittels elektronischer Medien, Veranstaltungen, Ausstellungen, sonstige Projekte der Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst
Grundsatzangelegenheiten Medien
Berlin-Marketing
Veranstaltungsorganisation, Partizipation und Sonderformate

Senatskanzlei

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur des Kapitels 0300 (Senatskanzlei, einschl. 0309):

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	15	20	17	16	16	12
Relativer Anteil	42,9%	57,1%	51,5%	48,5%	57,1%	42,9%
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	154	90	157	94	150	89
Relativer Anteil	63,1%	36,9%	62,5%	37,5%	62,8%	37,2%

Aktive Maßnahmen zur Verschiebung des Geschlechterverhältnisses und der voraussichtlichen Ressourceninanspruchnahme sind im Planungszeitraum nicht vorgesehen. Es besteht jedoch wie bisher das Bestreben, ein Gleichgewicht herzustellen.

Genderpolitische Analyse der Zuschüsse des Kapitels 0300

Im Geschäftsbereich des Regierenden Bürgermeisters – Senatskanzlei Kapitel 0300 – sind 12 Titel der Hauptgruppen 6 und 8 veranschlagt mit einem Ausgabevolumen von 42.951.700 € in 2024 bzw. 54.330.700 € in 2025. Das entspricht rd. 51 % der Sachmittel-Gesamtausgaben des Kapitels 0300 in 2024 bzw. rd. 57 % in 2025.

Es sind bei fünf Titeln geschlechtssensitive Daten erhoben worden. Es liegen also für rd. 95 % in 2024 und rd. 96 % in 2025 des Ausgabevolumens der Hauptgruppen 6 und 8 geschlechtssensitive Daten vor.

Genderrelevante Daten liegen vor:

Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie

Titel 68230 – Zuschuss CityLAB

Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH

Titel 68535 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Europagedankens

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland, hier Deutsche Institut für Urbanistik und Europa-Union

Anzahl der Titel HGr. 6 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechts-verhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht erforder-lich)	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich)	
5	3	0	2	

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105 (neu)	**011**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**		**254,45**
11902	**011**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**	**10.000**	**10.000**	**2.000**	**12.365,74**
11921	**011**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**116.554,82**
11934	**011**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.411.054,84**
11960	**011**	**Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain "berlin"**	**417.000**	**417.000**	**450.000**	**363.879,84**

Durch die Einführung der Top Level-Domain „berlin“ und deren Betrieb durch die dotBerlin GmbH erhält das Land Berlin Einnahmen.

11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**4.839,65**

1.000,0 EUR werden künftig bei 0850/11979 nachgewiesen.

12401	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	**1.680,00**

Miete aus der Vermietung von Räumen im Berliner Rathaus (Trauungen)

12406	**011**	**Mieten für Stellplätze auf Dienstgrundstücken**	**36.000**	**36.000**	**4.600**	**8.726,60**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51890.

23190	**011**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**2.118.000**	**2.157.000**	**1.799.000**	**471.992,79**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42231, 42831, 54690, 68590 und 89361.

Zuschuss des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat für Projekte der Senatskanzlei im Rahmen der Smart-Cities-Strategie Berlins; Für Ausgaben aus den zweckgebundenen Mitteln sind die Titel 42231, 42831, 54690, 68590 und 89361 vorgesehen.

Das Land beteiligt sich in Höhe von 35 % an den Gesamtausgaben der Projekte; ab 2023 wird der Landesanteil bei Titel 68569 nachgewiesen.

28290	**011**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**10.000**	**10.000**	**5.000**	**280.786,95**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54690.

Es werden Zuwendungen Dritter erwartet, insbesondere für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen.

		Gesamteinnahmen	**2.654.000**	**2.693.000**	**2.322.600**	**2.672.135,68**
		Prozentuale Veränderung	**14,3 %**	**1,5 %**		
		Ausgaben				
42100	**011**	**Amtsbezüge**	**241.000**	**251.000**	**211.000**	**227.103,00**
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**8.672.000**	**9.250.000**	**7.591.000**	**7.455.098,59**

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42231	**011**	**Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)**	**130.000**	**135.000**	**121.000**	**33.769,70**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben aus Bundesmitteln für Projekte zur Smart-Cities-Strategie Berlins, s. a. Titel 23190, 42831, 54690 und 68590 und 89361

Das Land beteiligt sich in Höhe von 35 % an den Gesamtausgaben der Projekte; der Landesanteil wird bei Titel 68569 nachgewiesen.

42260	**011**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**10,00**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**6.800**	**6.800**	**6.800**	**4.289,62**
42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**28.500**	**29.600**	**26.600**	**12.613,32**
42735	**011**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42760	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**10.735.000**	**11.244.000**	**10.510.000**	**9.394.220,14**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**582.000**	**602.000**	**641.000**	**904.193,15**
42831	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung / Zweckbindung / Ausgleichsabgabe)**	**646.000**	**672.000**	**620.000**	**294.391,79**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben aus Bundesmitteln für Projekte zur Smart-Cities-Strategie Berlins, s. a. Titel 23190, 42231, 54690 und 68590 und 89361

Das Land beteiligt sich in Höhe von 35 % an den Gesamtausgaben der Projekte; der Landesanteil wird bei Titel 68569 nachgewiesen.

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42860	**011**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42861	**253**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**238.000**	**245.000**	**207.000**	**223.865,81**
44304	**011**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**162.000**	**162.000**	**37.000**	**36.114,05**

Der Bedarf wurde in Höhe des mit Bescheids der Unfallkasse Berlin vom 12.12.2022 mitgeteiltem Umlagebetrags für 2023 veranschlagt. Mehr wegen Senatsumbildung „Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung“.

44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**157.000**	**157.000**	**45.000**	**92.044,57**

Aufwendungen für Dienstkräfte im Rahmen der Fürsorgepflicht, insbesondere Kostenübernahmen augenärztlicher Untersuchungen an Bildschirmen arbeitender Dienstkräfte, Betriebsärztin/-arzt und Sicherheitsingenieur/in. Mehr infolge gestiegenem Bedarf und wegen Senatsumbildung „Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung“.

45201	**011**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**33.000**	**33.000**	**6.400**	**—**

Mehr wegen Senatsumbildung „Europa“.

45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**53.000**	**53.000**	**14.100**	**—**

Mehr wegen Senatsumbildung „Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung“.

51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**263.000**	**263.000**	**186.000**	**176.573,18**

2.000,0 EUR werden künftig bei 0850/51101 nachgewiesen.

	2024	2025
Bücher, Zeitschriften	151.000 €	151.000 €
Allgemeiner Bürobedarf	39.450 €	39.450 €
Portokosten	25.000 €	25.000 €
Rundfunkgebühren	2.100 €	2.100 €
Druckaufträge/Vordrucke	30.450 €	30.450 €
Sonstiges	15.000 €	15.000 €
	263.000 €	263.000 €

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	
		Siehe Maßnahmegruppe 32	
51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	
		Siehe Maßnahmegruppe 32	

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**184.000**	**184.000**	**184.000**	**124.437,47**

	2024	2025
Ersatzbeschaffung von Büroausstattung	113.000 €	113.000 €
Wartung und Reparaturen von Geräten und Büroausstattung	59.000 €	59.000 €
Bestückung von 9 Fahnenmasten	12.000 €	12.000 €
	184.000 €	184.000 €

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**011**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**2.000**	**2.000**	**4.000**	**1.467,60**

Ersatzteile und Wartungskosten, Kraftfahrzeugsteuer, sonstige Aufwendungen für ein Fahrzeug

51408	**011**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**6.552,75**
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**2.710.000**	**2.757.000**	**2.642.900**	**2.679.462,04**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
48.700,0 EUR wurden bislang bei 0800/51715 nachgewiesen.
347.200,0 EUR wurden bislang bei 0500/51715 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**11.028.000**	**11.028.000**
Davon fällig 2025	**2.757.000**	
Davon fällig 2026	**2.757.000**	**2.757.000**
Davon fällig 2027	**2.757.000**	**2.757.000**
Davon fällig 2028	**2.757.000**	**2.757.000**
Davon fällig 2029	**—**	**2.757.000**

Landeseigene Dienstgebäude:

Jüdenstraße 1 (Rotes Rathaus)
Brüssel, Avenue Michel Ange 71, Büro des Landes Berlin bei der EU
Martin-Hoffmann-Str. 16

Mehr durch Senatsneubildung.

51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**11.000**	**11.000**	**11.000**	**5.249,28**

Anmietung von Bussen und Pkw für Informationsfahrten sowie sonstige Anmietung von Fahrzeugen für Dienstfahrten und Transporte

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**30.000**	**30.000**	**30.100**	**10.838,52**

Miete für Multifunktionsgeräte und leitungsgebundene Wasserspender

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**3.883.000**	**3.935.000**	**3.691.500**	**3.814.868,38**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
141.000,0 EUR wurden bislang bei 0800/51820 nachgewiesen.
1.174.500,0 EUR wurden bislang bei 0500/51820 nachgewiesen.

Landeseigene Dienstgebäude:

Jüdenstraße 1 (Rotes Rathaus)
Brüssel, Avenue Michel Ange 71, Büro des Landes Berlin bei der EU
Martin-Hoffmann-Str. 16

Mehr durch Senatsneubildung.

51890	**011**	**Mieten und Pachten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**36.000**	**36.000**	**4.600**	**10.852,80 R 1.946,42**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 12406. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Die Anmietung der Stellplätze erfolgt zur Erhaltung und Sicherstellung des Notfall- und Katastrophenschutzmanagements.

51920	**011**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**5.529,10**

Die analoge Tontechnik der Versammlungsstätte des Roten Rathauses wird auf digitale Technik umgestellt.

51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**602.000**	**502.000**	**502.000**	**5.335.902,45**

2.000,0 EUR wurden bislang bei 0800/51925 nachgewiesen.

Neugestaltung der öffentlichen Bereiche des Berliner Rathauses, Instandhaltung von nutzerspezifischen Anlagen und Einrichtungen

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**48.000**	**48.000**	**28.500**	**30.908,89**

2.000,0 EUR werden künftig bei 0850/52501 nachgewiesen.

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**27.000**	**27.000**	**53.000**	**705,51**

Gerichts-, Anwalts- und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitverfahren

52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**225,41**

Kosten für die Tätigkeit des Personalrats (§ 40 Abs. 1 PersVG), der Frauenvertreterin (§ 16 LGG) und der Schwerbehindertenvertretung (§ 178 SGB IX)

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**011**	**Gutachten**	**858.000**	**1.258.000**	**1.002.000**	**349.673,40**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 700.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
2.000,0 EUR werden künftig bei 0850/52610 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**5.032.000**	**5.032.000**	
Davon fällig 2025	**1.258.000**		
Davon fällig 2026	**1.258.000**	**1.258.000**	
Davon fällig 2027	**1.258.000**	**1.258.000**	
Davon fällig 2028	**1.258.000**	**1.258.000**	
Davon fällig 2029	**—**	**1.258.000**	

Ausgaben für Gutachten und Beratungsdienstleistungen u. a. in den Bereichen
- Medien, hier auch zur Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrags 2021
- Verwaltungssteuerung auf Grundlage des Zukunftspakts Verwaltung

52703	**011**	**Dienstreisen**	**99.000**	**99.000**	**139.000**	**62.310,96**

6.000,0 EUR werden künftig bei 0850/52703 nachgewiesen.

Dienstreisekosten für den/die Regierenden/Regierende Bürgermeister/Bürgermeisterin und Bürgermeister, für die Dienstkräfte der Senatskanzlei sowie für die in Vertretung des/der Regierenden/Regierende Bürgermeisters/Bürgermeisterin und Bürgermeister reisenden Senats- oder Bezirksamtsmitglieder und andere Beauftragte

Reisekosten 2022	männlich	weiblich	Anteil der Frauen in %
Anzahl der Dienstreisen	70	86	55,1

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**10.900**	**10.900**	**6.900**	**17.845,89**

4.000,0 EUR werden künftig bei 0850/52906 nachgewiesen.

	2024	2025
Repräsentationsmittel des/der Regierenden Bürgermeisters/Bürgermeisterin und Bürgermeister	8.900 €	8.900 €
Außergewöhnliche Repräsentationsverpflichtungen der Senatskanzlei	2.000 €	2.000 €
	10.900 €	10.900 €

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Senatskanzlei

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53102	**013**	**Berlin-Informationen**	**898.000**	**898.000**	**843.000**	**889.192,67**

2.000 Euro werden künftig bei 0850/53102 nachgewiesen.

Die Mittel sind für die strukturellen Kosten der aktualitätsbezogenen und klassischen Öffentlichkeitsarbeit der Senatskanzlei bestimmt.

	2024	2025
Public Relations	323.500 €	323.500 €
Agenturen, Pressedienste	220.500 €	220.500 €
Stadtinformationssystem Berlin.de	105.000 €	105.000 €
Printpublikationen, Markenrecht, Fotonutzungsrechte, Corporate Design	105.000 €	105.000 €
Social Media	67.000 €	67.000 €
Pressekonferenzen	15.000 €	15.000 €
Ausstellungen, Präsentationen	12.000 €	12.000 €
Mehrsprachigkeit Online-Auftritt der Berliner Landesregierung	50.000 €	50.000 €
	898.000 €	898.000 €

53103	**011**	**Empfänge, Feierlichkeiten**	**900.000**	**780.000**	**874.000**	**507.488,95**

Ausgaben für Empfänge und Feierlichkeiten aller Senatsverwaltungen, soweit sie nicht in anderen Kapiteln veranschlagt sind

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**4.000**	**1.083,70**
53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**14.000**	**14.000**	**14.200**	**—**

Ausgaben im Zusammenhang mit strukturierten Auswahlverfahren und Stellenausschreibungen

53118	**011**	**Auswärtige Städteverbindungen**	**195.000**	**145.000**	**252.000**	**105.785,76**

Ausgaben im Zusammenhang mit den auswärtigen Städteverbindungen Berlins.

54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**910.000**	**1.310.000**	**809.000**	**388.357,84**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 700.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**3.930.000**	**2.620.000**
Davon fällig 2025	**1.310.000**	
Davon fällig 2026	**1.310.000**	**1.310.000**
Davon fällig 2027	**1.310.000**	**1.310.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2023 €	für 2024 €	ab 2025 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	412.037,50	-

U. a. zentral konzipierte Unterstützungsleistungen zum Veränderungsmanagement in der Berliner Verwaltung

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**5.000**	**5.000**	**93.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 51135 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**5.894.000**	**6.123.000**	**2.477.000**	**3.068.339,66**

2.000,0 EUR werden künftig bei 0850/54010 nachgewiesen.

	2024	2025
Anteil Berlins am Aufwendungsersatz für den Betrieb der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH	2.600.000 €	2.678.000 €
Gebärdensprachvideos und Leichte Sprache für Berlin.de	60.000 €	60.000 €
Steuerberatung, insbesondere zur Umsatzbesteuerung	25.000 €	25.000 €
Sonstige Dienstleistungen	34.000 €	34.000 €
Forschungsvertrag zur wissenschaftlichen Begleitung und Evaluierung der Metropolis-Arbeit	175.000 €	175.000 €
Digitalstrategie Gemeinsam Digital: Berlin	3.000.000 €	3.151.000 €
	5.894.000 €	6.123.000 €

Der Anteil Berlins an den laufenden Film- und Medienfördermitteln wird bei Titel 68324 nachgewiesen.

54020	**011**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**6.721,03**
54053	**011**	**Veranstaltungen**	**2.120.000**	**1.521.000**	**1.209.000**	**129.541,65**

4.000,0 EUR werden künftig bei 0850/54053 nachgewiesen.

	2024	2025
1. Vor- und Nachbereitung von internationalen Konferenzen im Ausland und in Berlin, Regionalsekretärs- und Aufsichtsratssitzungen sowie Vor- und Nachbereitung von Metropolis- und UCLG-Kongressen, Peer Review Prozesse	100.000 €	96.000 €
2. Verwaltungssteuerung	100.000 €	100.000 €
3. Verleihung des Berliner Theaterpreises und des Berliner Literaturpreises in Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußische Seehandlung	25.000 €	25.000 €
4. Ministerpräsidentenkonferenz und Ost-Ministerpräsidentenkonferenz	5.000 €	5.000 €
5. 100 Jahre S-Bahn in Berlin, Jubiläum 2024	1.000.000 €	750.000 €
6. Ost-MPK	65.000 €	-
7. Fußball-EM Sonderformat	250.000 €	-
8. Beste im Handwerk	20.000 €	20.000 €
9. Wissenschaftspreis	25.000 €	25.000 €
10. Veranstaltungen zu Internationalen Fragen, Demokratieförderung, Gesellschaft	500.000 €	500.000 €
11. Oderpartnerschaft	30.000 €	-
	2.120.000 €	1.521.000 €

54066	**011**	**Gedenkveranstaltungen für Terroropfer**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**10.572,49**

Ausgaben für eine zentrale Gedenkveranstaltung für Terroropfer

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**2.700**	**111.000**	**36.000**	**419,00**

2.000,0 EUR werden künftig bei 0850/54077 nachgewiesen.

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.700**	**990,82**

1.000,0 EUR werden künftig bei 0850/54079 nachgewiesen.

Aufwendungen u. a. für allgemeine Verbrauchsmittel, Kontogebühren, Kränze, Blumenspenden und Nachrufe

54104	**011**	**Betreuung von Verfolgten des NS-Regimes bei Berlin-Besuchen**	**160.000**	**160.000**	**160.000**	**115.317,18**

Ausgaben für die Betreuung von in der nationalsozialistischen Zeit Verfolgten und aus der Stadt Emigrierten, die zu Besuchen in Berlin eingeladen werden

Die Ausgaben sind insbesondere für Reisekosten, Unterbringung und Verpflegung sowie für die politische und kulturelle Information dieses Personenkreises bestimmt, u. a. durch Herstellung und Versand der Zeitschrift „aktuell“.

Gefördert wird die Begegnungsarbeit im Rahmen der Initiative ’Stolpersteine’. Zudem wird das Emigrantenprogramm auf Besuche von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern ausgeweitet.

54302	**011**	**Aufwendungen für die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg**			**2.600**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

54606	**011**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern.

Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

54609	**011**	**Maßnahmen zur Förderung institutionalisierter Patenschaften Berlins**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**4.585,35**

Die Mittel dienen Maßnahmen zur Stärkung der institutionalisierten Patenschaften zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und den Besatzungen ihrer beiden Patenschiffe, dem Einsatzgruppenversorger „BERLIN“ der Deutschen Marine und dem Seenotrettungskreuzer „BERLIN“ der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, bspw. zur Finanzierung von Berlin-Besuchen der Besatzungsmitglieder oder zur Ausstattung der Mannschafts- und Offiziersmessen mit Exponaten mit Berlin-Bezug.

54611	**011**	**Kommunikation Hauptstadtmarke**	**2.000.000**	**2.000.000**	**2.000.000**	**1.868.033,93**

Die Mittel dienen der Entwicklung und Weiterführung von Kommunikationsmaßnahmen zur nationalen und internationalen Bewerbung der Hauptstadt und der Hauptstadtmarke.

54613	**011**	**Sachausgaben für nachweispflichtige Vordrucke und Dokumente**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54690	**011**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.134.000**	**1.134.000**	**929.000**	**762.161,89 R 795.824,14**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Die Zuwendungen sollen insbesondere für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen und das Projekt Smart City verwendet werden.

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68122	**011**	**Vergünstigungen für Ehrenbürgerinnen/Ehrenbürger und Stadtälteste**	**55.000**	**55.000**	**55.000**	**40.028,87**

Jahresfreikarten der BVG, Gesetz- und Verordnungsblatt und Amtsblatt für Berlin, Begräbniskostenzuschüsse für Stadtälteste auf Antrag

68123	**011**	**Ehrungen, Preise**	**72.700**	**72.700**	**72.700**	**15.000,00**

1. Verleihung des Wissenschaftspreises..... 50.000 €
2. Geldpreis des/der Regierenden Bürgermeisters/Bürgermeisterin für den Bundeswettbewerb Gesang..... 22.700 €

Summe 72.700 €

68207	**133**	**Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie**	**10.722.000**	**14.432.000**	**7.990.000**	**6.590.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**10.709.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**10.709.000**			

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2023 €	für 2024 €	ab 2025 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	6.114.691	3.723.000

Aufgabe der Akademie ist die Ausbildung von künstlerischem Nachwuchs für Film und Fernsehen.

Genderrelevante Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Mitarbeitende						
Absolut	25	16	26	17	23	19
Relativ	61%	39%	60,5%	39,5%	54,8%	42,2%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	3.214,7	2.055,3	3.308,14	2.159,86	3.611,32	2.780,98
Führungskräfte						
Absolut	2	3	4	3	3	3
Relativ	40%	60%	57%	43%	50%	50%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	2.108	3.162	3.116,76	2.351,24	3.295	3.295
Studierende						
Absolut	125	114	112	104	138	120
Relativ	52,30%	47,70%	51,85%	48,15%	53,49%	46,51
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	2.756,21	2.513,79	2.835,16	2.632,84	3.524,99	3.065,01

Senatskanzlei

Zielgruppe:	*Mitarbeitende*
Zielsetzung:	Das Geschlechterverhältnis in der Grundzielgruppe ist zuletzt ausgeglichener. Zuletzt angestrebtes Geschlechterverhältnis ist ein ausgeglichenes Verhältnis beider Geschlechter unter Berücksichtigung der Maßgabe, eine starke Fluktuation von Mitarbeitenden zu vermeiden. Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt: für 2024: 45 % Frauen: 55 % Männer (Entspricht Erhöhung des Männeranteils) für 2025: 48 % Frauen: 52 % Männer (Entspricht Erhöhung des Männeranteils)
Steuerungsmaßnahmen:	Bisherige Steuerungsmaßnahmen und deren Wirkung: keine, da erstmalige Abfrage. Aktuell notwendige Steuerungsmaßnahmen: aktive Maßnahmen zur Verschiebung des Geschlechterverhältnisses und der voraussichtlichen Ressourceninanspruchnahme sind im Planungszeitraum nicht vorgesehen, da sich die Zahlen zunehmend angleichen und da das Landesgleichstellungs-gesetz Berlin (LGG) die Einrichtungen des Landes Berlin bereits zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur aktiven Frauenförderung verpflichtet. Zu den gesetzlichen Instrumentarien gehören Frauenförderpläne, Frauenvertreterinnen und beispielsweise im Fall von Unterrepräsentanz die Verpflichtung, eine Frau mit gleichwertiger Qualifikation einem männlichen Bewerber vorzuziehen. Bei Stellenabbau ist der Frauenanteil mindestens zu erhalten. Die regelmäßig erscheinenden Berichte zum LGG zeigen, dass die gesetzlichen Regelungen in den Landesbehörden, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, umgesetzt werden.
Zielgruppe:	*Führungskräfte*
Zielsetzung:	Das Geschlechterverhältnis in der Grundzielgruppe ist ausgeglichen. Zuletzt angestrebtes Geschlechterverhältnis ist ein ausgeglichenes Verhältnis beider Geschlechter unter Berücksichtigung der Maßgabe, eine starke Fluktuation von Führungskräften zu vermeiden. Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt: für 2024: 50 % Frauen: 50 % Männer (Entspricht Beibehaltung bisheriger Verteilung) für 2025: 50 % Frauen: 50 % Männer (Entspricht Beibehaltung bisheriger Verteilung)
Steuerungsmaßnahmen:	Bisherige Steuerungsmaßnahmen und deren Wirkung: keine, da erstmalige Abfrage. Aktuell notwendige Steuerungsmaßnahmen: keine, da das Verhältnis ausgeglichen ist.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	*Studierende*
Zielsetzung:	Das Geschlechterverhältnis in der Grundzielgruppe ist leicht schwankend aber nahezu ausgeglichen. Zuletzt angestrebtes Geschlechterverhältnis ist ein ausgeglichenes Verhältnis beider Geschlechter unter Berücksichtigung der Maßgabe, dass Studierende aufgrund ihrer Qualifikation und künstlerischen Leistung beurteilt werden und einen Studienplatz erhalten und insofern eine Abhängigkeit von der Lage der sich Bewerbenden besteht. Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt: für 2024: 46 % Frauen: 54 % Männer (Entspricht Erhöhung des Männeranteils) für 2025: 48 % Frauen: 52 % Männer (Entspricht Erhöhung des Männeranteils)
Steuerungsmaßnahmen:	Bisherige Steuerungsmaßnahmen und deren Wirkung: keine, da erstmalige Abfrage. Aktuell notwendige Steuerungsmaßnahmen: derzeit kein unmittelbar gleichstellungsrelevanter Steuerungsbedarf, da die Zahlen lediglich leicht schwanken aber nahezu ausgeglichen sind und von der Bewerbendenlage abhängen.

68230	**011**	**Zuschuss CityLAB**	**2.800.000**	**3.300.000**	**2.000.000**	**1.714.908,95**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**4.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**—**		

Mit dem CityLAB richtete Berlin einen physischen Ort ein, an dem die Stadtgesellschaft gemeinsam mit Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft an konkreten Lösungen für die Herausforderungen der wachsenden Stadt arbeitet. Das Ziel des CityLAB ist es, die Potenziale von Digitalisierung und Smart-City-Technologie auszuloten und praxistaugliche Lösungen für Berlin und andere Städte zu entwickeln. Das CityLAB fungiert dabei als ein Dienstleister und Vordenker für Stadt und Stadtgesellschaft gleichermaßen. Als zentrale Anlaufstelle in Berlin für die Themen Digitalisierung und Smart City vereint das CityLAB Veranstaltungsort, Think Tank, Co-Working Space, Versuchslabor und Ausstellungsfläche und steht sämtlichen relevanten Akteuren für einen kollaborativen Austausch offen.

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte im CityLAB	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absolut	0	2	0	2	0	2
Relativ	0 %	8,3%	0 %	8,7%	0 %	5,6%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	-	72,9,	-	72,1	-	95,7
Mitarbeitende						
Absolut	10	12	8	13	22	12
Relativ	41,7%	50%	34,8%	56,5 %	61,1 %	33,3 %
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	364,6	437,6	288,2	468,3	1.052,5	574,1

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Akteure aus den Bezirks- und Landesverwaltungen, der Politik, der Wirtschaft sowie die Berliner Zivilgesellschaft
Zielsetzung:	Als öffentliches Innovationslabor dient das CityLAB Berlin als Austausch- und Entwicklungsort für partizipative Digitalisierung der Stadt. Ziel ist es, für von Politik, Wirtschaft und Stadtgesellschaft formulierte Probleme praxistaugliche Lösungsansätze und -ideen zu konzipieren und die Möglichkeit zu schaffen, diese vor Ort offen zu erproben und zu diskutieren.
Steuerungsmaßnahmen:	Das Geschlechterverhältnis in der Zielgruppe ist nicht zu erheben bzw. steuerbar, da das CityLAB Berlin eine Vielzahl (100+/Jahr) unterschiedlicher Formate und Veranstaltungen anbietet, die grundsätzlich allen Menschen der Stadtgesellschaft offen stehen.

68324	**187**	**Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH**	**17.990.000**	**17.990.000**	**17.900.000**	**4.661.480,68**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 5.000.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**17.990.000**	**17.990.000**
Davon fällig 2025	**11.990.000**	
Davon fällig 2026	**6.000.000**	**11.990.000**
Davon fällig 2027	**—**	**6.000.000**

Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH hat die Aufgabe, die Entwicklung der gemeinsamen Medienregion zu fördern mit dem Ziel der Sicherung und Stärkung der medienwirtschaftlichen und filmkulturellen Infrastruktur unter künstlerischen, wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten.

Der Ansatz enthält den Anteil Berlins an den laufenden Film- und Medienfördermitteln. Der Anteil Berlins am Aufwendungsersatz für den Betrieb der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH wird beim Titel 54010 nachgewiesen. Die Mittel werden von der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH treuhänderisch im Auftrag Berlins verwaltet.

Vom Ansatz sind bis zu 1.500.000 € für die Förderung von Kinder-, Dokumentar-, künstlerischem Film sowie Kurz- und Animationsfilm vorgesehen.

Vom Ansatz sind bis zu 1.300.000 € für die Förderung von Filmfestivals vorgesehen.

Vom Ansatz sind bis zu 2.300.000 € für die Förderung von Preisverleihungen, davon 1.500.000 für den Kinoprogrammpreis, vorgesehen.

Vom Ansatz sind bis zu 350.000 € für die Reduzierung des Vorwegabzugs vorgesehen.

Vom Ansatz dürfen bis zu 10 % zur Förderung der Filmkultur und weiterer Medienvorhaben in Berlin eingesetzt werden.

Übersicht über die Mittelherkunft und -verwendung des Förderfonds:

Mittelherkunft	2018 IST T€		2019 IST T€	2020 IST T€
Liquide Mittel am Jahresanfang	19.907		21.287	19.367
Mittel Berlin	13.648		13.440	18.113
Mittel Brandenburg	8.353		7.736	7.828
Mittel gemäß Sendervereinbarung	7.012		7.398	8.308
Darlehenstilgungen	3.934		4.110	2.864
Zinseinnahmen aus der Zwischenanlage	0		0	0
Fondseinnahmen	32.947		32.684	37.114
verfügbare Mittel gesamt	52.854		53.971	56.481

Senatskanzlei

Mittelverwendung	2018 IST T€	2019 IST T€	2020 IST T€
Auszahlung auf			
Bewilligung der Vorjahre	15.232	17.107	14.523
Bewilligung lfd. Jahr	12.963	12.018	7.789
sonst. Maßnahmen (z. B. Medienkulturelle)	3.372	5.479	5.991
Fondsausgaben gesamt	31.567	34.604	28.303
liquide Mittel am Jahresende	21.287	19.367	28.178
Fondsentwicklung (kumuliert)	2018 IST T€	2019 IST T€	2020 IST T€
Fondszuflüsse gesamt	559.147	591.831	628.945
Auszahlungen gesamt	-532.264	-566.868	-595.171
Auszahlungsverpflichtungen gesamt *	-24.880	-22.572	-29.594
unbelegte Mittel	-906	3.648	3.743
liquide Barmittel im Jahresdurchschnitt **	6.811	6.500	7.138

* Die Auszahlungsverpflichtungen beinhalten alle noch nicht ausgezahlten Zusagen.

** Es handelt sich um den durchschnittlichen Bestand der Landesmittel.

Genderrelevante Daten für das Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Anträge Stoffentwicklung/ Projektentwicklung (Autorinnen/ Autoren)						
Absolut	23	39	24	19	18	22
Relativ	37%	63%	56%	44%	45%	55%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	5.075,66	8.642,34	7.682,08	6.035,92	7.740,00	9.460,00
Förderungen Stoffentwicklung/ Projektentwicklung (Autorinnen/ Autoren)						
Absolut	5	6	13	6	5	4
Relativ	45%	55%	68%	32%	56%	44%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	6.173,10	7.544,90	9.328,24	4.389,76	9.632,00	7.568,00

Zielgruppe:	*Anträge Stoffentwicklung/ Projektentwicklung (Autorinnen/ Autoren)*
Zielsetzung:	Das Geschlechterverhältnis in der Grundzielgruppe ist leicht schwankend aber zunehmend ausgeglichener. Zuletzt angestrebtes Geschlechterverhältnis ist ein ausgeglichenes Verhältnis beider Geschlechter. Das Geschlechterverhältnis der Antragstellenden schwankt leicht und hat sich in den letzten Jahren mehrfach nahezu spiegelverkehrt umgedreht. Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt für 2024: 50 % Frauen: 50 % Männer (Entspricht einem ausgeglichenen Verhältnis) für 2025: 50 % Frauen : 50 % Männer (Entspricht einem ausgeglichenen Verhältnis)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Steuerungsmaßnahmen:	Bisherige Steuerungsmaßnahmen und deren Wirkung: keine, da erstmalige Abfrage. Aktuell notwendige Steuerungsmaßnahmen: aktive Maßnahmen zur Verschiebung des Geschlechterverhältnisses und der voraussichtlichen Ressourceninanspruchnahme sind im Planungszeitraum nicht vorgesehen, da die Zahlen nur leicht schwanken und zunehmend ausgeglichen sind und in den Jahren 2021 und 2022 jeweils nahezu spiegelverkehrt ausbalanciert waren. Das Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG) verpflichtet die Einrichtungen des Landes Berlin zudem zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur aktiven Frauenförderung.
Zielgruppe:	*Förderungen Stoffentwicklung/ Projektentwicklung (Autorinnen/ Autoren)*
Zielsetzung:	Das Geschlechterverhältnis in der Grundzielgruppe ist leicht unausgeglichen. Zuletzt angestrebtes Geschlechterverhältnis ist ein ausgeglichenes Verhältnis beider Geschlechter. Die Anzahl von geförderten Anträgen von Frauen war in den letzten Jahren höher als die Anzahl geförderter Anträge von Männern. Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt für 2024: 44 % Frauen: 56 % Männer (Entspricht Erhöhung des Männeranteils) für 2025: 48 % Frauen : 52 % Männer (Entspricht Erhöhung des Männeranteils)
Steuerungsmaßnahmen:	Bisherige Steuerungsmaßnahmen und deren Wirkung: keine, da erstmalige Abfrage. Aktuell notwendige Steuerungsmaßnahmen: aktive Maßnahmen zur Verschiebung des Geschlechterverhältnisses und der voraussichtlichen Ressourceninanspruchnahme sind im Planungszeitraum nicht vorgesehen. Das Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG) verpflichtet die Einrichtungen des Landes Berlin bereits zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur aktiven Frauenförderung.

68535	**029**	**Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit**	**612.000**	**612.000**	**600.000**	**600.000,00**

Zweck der Europäischen Akademie Berlin e. V. ist es, zur Völkerverständigung beizutragen und die europäische Bildung zu fördern, um so einen Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit und Einigung in Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und zum Schutz der Umwelt zu leisten. Schwerpunkt ist die Wissensvermittlung über Europa.

Genderrelevante Daten:

Gender-Analyse der Beschäftigungsstruktur:

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Absolut	33,2	29,8	32,5	27,5	30,9	25,8
Relativ	89,7 %	10,3 %	84,6 %	15,4 %	83,8 %	16,2 %

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**164**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**8.856.000**	**16.074.000**	**6.938.000**	**3.184.970,12**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 5.000.000,0 EUR gesperrt. 4.000,0 EUR werden künftig bei 0850/68569 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**8.598.000**	**8.950.000**		
		Davon fällig 2025	**8.598.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**8.950.000**		

	2024	2025
1. Zuschuss an das Deutsche Institut für Urbanistik gGmbH	769.000 €	792.000 €
2. Digitalisierung des Filmerbes	180.000 €	180.000 €
3. Zuschuss an Villa Aurora und Thomas Mann House	34.000 €	34.000 €
4. Zuschuss an die Checkpoint-Charlie-Stiftung	34.000 €	34.000 €
5. Zuschüsse für auswärtige Städteverbindungen	8.000 €	8.000 €
6. Zuschuss für Smart-Cities-Projekte	1.141.000 €	1.162.000 €
7. Zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen	911.000 €	984.000 €
8. Internationale Computerspielesammlung	300.000 €	550.000 €
9. Europäische Filmakademie	400.000 €	400.000 €
10. Förderung der Marlene-Dietrich-Ausstellung	150.000 €	-
11. Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin	2.229.000 €	3.430.000 €
12. Neuausbau der Zielvereinbarungen	100.000 €	100.000 €
13. Prüfung von Planungs-und Genehmigungsverfahren	600.000 €	400.000 €
14. Zuschuss House of Games	2.000.000 €	3.000.000 €
15. Einführung Kinoförderung	-	5.000.000 €
Summe	8.856.000 €	16.074.000 €

Zu 1.:

Zweck dieser Förderung ist, als Sitzland das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in seinen Aufgaben zu unterstützen:

- im Interesse der Allgemeinheit die Aufgabenerfüllung der Kommunen interdisziplinär zu erforschen und Anstöße zur weiteren Forschung zu geben,
- aktuelle kommunale Probleme praxisorientiert und wissenschaftlich zu untersuchen,
- methodische Grundlagen für die kommunale Entwicklung zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen,
- die Erkenntnisse eigener allgemeiner und fremder Forschung wissenschaftlich zu koordinieren, im Interesse der Nutzer aufzuarbeiten und an sie zu vermitteln.

Genderrelevante Daten für das Deutsche Institut für Urbanistik

Planmäßig Beschäftigte:

	2018			**2019**			**2020**		
Planmäßige Beschäftigte	w	m	d	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	50	25	0	50	21	0	48	18	0
Relativer Anteil	67 %	33 %	0 %	70 %	30 %	0 %	73 %	27 %	0%

Genderrelevante Daten für das Deutsche Institut für Urbanistik

	2020		2021		2022	
Beschäftigte:	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte:						
Absolut	11 (VZÄ: 9,70)	10 (VZÄ: 9,31)	13 (VZÄ: 11,82)	9 (VZÄ: 7,92)	13 (VZÄ: 11,93)	8 (VZÄ: 7,77)
Relativ	52,4%	47,6%	59,1%	40,9%	61,9%	38,1%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	915	968	1.163	821	1.177	820

Senatskanzlei

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Mitarbeitende:						
Absolut	102 (VZÄ: 70,72)	51 (VZÄ: 34,68)	104 (VZÄ: 71,24)	45 (VZÄ: 32,62)	113 (VZÄ: 76,18)	44 (VZÄ: 33,89)
Relativ	66,7%	33,3%	69,8%	30,2%	72,0%	28,0%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	5.094	2.627	5.186	2.518	5.533	2.638

Zu 3.:
Die Villa Aurora war der letzte Wohnsitz von Leon und Marta Feuchtwanger im Exil in den USA. Der Verein vergibt jährlich bis zu zwölf Stipendien an Künstlerinnen und Künstler in den Sparten Bildende Kunst, Komposition, Film, Literatur und Performance für einen dreimonatigen Aufenthalt in der Villa Aurora in Los Angeles.

Thomas Mann und seine Familie ließen ein Haus in Pacific Palisades errichten und wohnten dort bis 1952. Der Verein vergibt drei- bis zehnmonatige Thomas-Mann-Fellowships als Aufenthaltsstipendien an Intellektuelle beziehungsweise Persönlichkeiten, die sich in ihren Vorhaben mit grundlegenden Fragen unserer Zeit beschäftigen, die auf beiden Seiten des Atlantiks von Relevanz sind.

Zu 4.:
Die Checkpoint Charlie Stiftung ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Zweck der Stiftung ist die Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der USA in Berlin in den Jahren 1945 bis 1994, insbesondere durch Symposien, Gesprächskreise, Begegnungen der Bürgerinnen und Bürger beider Länder sowie der Förderung von Schriften, die die Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen zum Gegenstand haben.

Zu 6.:
Projekte der Senatskanzlei zur Smart-City-Strategie Berlins werden vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gefördert. Der hier veranschlagte Zuschuss dient der notwendigen Kofinanzierung durch das Land Berlin in Höhe von 35 % der Gesamtausgaben (verbindliche Erläuterung). Der Bundeszuschuss wird in Kapitel 0300 in Titel 23190 vereinnahmt; die Ausgaben hieraus werden in den Titeln 42231, 42831, 54690, 68590 und 89361 nachgewiesen.

Gender-Daten zum Smart-City-Projekt Smart Water:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absolut						1
Relativ						1
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)						
Mitarbeitende						
Absolut					1	1
Relativ					1	1
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)						

* Laut Zuwendungsbescheid begann das Projekt erst im November 2022, daher bleiben die Spalten für 2020 und 2021 leer. Außerdem wurden in 2022 keine Personalkosten abgerufen, daher bleibt die Ressourcen-Zeile leer.

Zielgruppe:	*Mitarbeitende der Senats- und Bezirksverwaltungen Berlin*
Zielsetzung:	*Die Prototypen des SmartWater Projektes sollen sowohl männlichen als auch weiblichen Nutzerinnen in der Senats- und Bezirksverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Die Nutzung der Prototypen hängt stark von den Tätigkeitsbereichen der Mitarbeitenden in den Senats- und Bezirksverwaltungen ab, daher kann eine paritätische Nutzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht angestrebt werden.*
Steuerungsmaßnahmen:	Das Geschlechterverhältnis in der Zielgruppe ist nicht steuerbar, da die Nutzung der mithilfe von SmartWater entwickelten Prototypen sehr stark von den *Tätigkeitsbereichen der Mitarbeitenden in den Senats- und Bezirksverwaltungen abhängen.*

Genderdaten zum Pilotprojekt: Smart Space Hardenbergplatz

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte					1	0
Absolut					1	0
Relativ					100 %	0
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)					55,25	0
Mitarbeitende					0	0
Absolut					0	0
Relativ					0	0
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)					0	0

Zielgruppe:	Die Zielgruppe ist nicht personenspezifisch.
Zielsetzung:	Das Projekt ist nicht personenspezifisch. Ziel ist es, eine bedarfsorientierte, verwaltungsvereinfachende und übertragbare Zuteilung von öffentlichen Flächen zu erreichen, unter dem Einsatz eines rechtlich wie wirtschaftlich tragfähigen Managements.
Steuerungsmaßnahmen:	Das Geschlechterverhältnis in der Zielgruppe ist nicht zu erheben bzw. steuerbar, da es nicht personenspezifisch ist.

Genderdaten zum Smart-City-Pilotprojekt: Data&Governance)

	2020		2021		2022 (06 bis 12)	
	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absolut					0	3
Relativ					0	2,95
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)					0	19

Senatskanzlei

	2020		2021		2022 (06 bis 12)	
	w	m	w	m	w	m
Mitarbeitende						
Absolut					4	2
Relativ					6,48	3,2
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)					31	17

Zielgruppe:	Akteure aus den Bezirks- und Landesverwaltungen, der Wirtschaft und der Berliner Zivilgesellschaft
Zielsetzung:	Das Projekt wird vom Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) durchgeführt. Das HIIG setzt u.a. folgende Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gemäß § 14 LGG i.V.m. der Leistungsgewährungsverordnung (LGV) um: ● Bereitstellung der Plätze bei sonstigen Bildungsmaßnahmen für Frauen zumindest entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten ● Bereitstellung der Plätze bei externen, vom Leistungsempfangenden finanzierten Bildungsmaßnahmen für Frauen zumindest entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten ● Angebot flexibler, den individuellen Bedürfnissen entsprechender Gestaltung der Arbeitszeit ● Bereitstellung geeigneter Unterstützung und Flexibilität am Arbeitsplatz für Beschäftigte, die Erziehungs- und Pflegeaufgaben wahrnehmen Weitere Erläuterungen zur Gender Equality am HIIG sind zu finden unter: https://www.hiig.de/wp-content/uploads/2023/03/Gender-Equality-@-HIIG.pdf

Zu 9:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Mitarbeitende						
Absolut	5	2	4	3	5	3
Relativ	71,43%	28,57%	57,14%	42,86%	62,50%	37,50%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)						
Mitglieder						
Absolut	1.378	2.588	1.489	2.736	1.614	2.862
Relativ	34,75%	65,25%	35,24%	64,76%	36,06%	63,94%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)						

Senatskanzlei

Zielgruppe:	*Mitarbeitende*
Zielsetzung:	Das Geschlechterverhältnis in der Grundzielgruppe ist leicht unausgeglichen. Zuletzt angestrebtes Geschlechterverhältnis ist ein ausgeglichenes Verhältnis beider Geschlechter unter Berücksichtigung der Maßgabe, eine starke Fluktuation von Mitarbeitenden zu vermeiden. Die Förderung durch das Land Berlin beginnt erst im Jahr 2023. Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt für 2024: 45 % Frauen: 55 % Männer (Entspricht Erhöhung des Männeranteils) für 2025: 50 % Frauen : 50 % Männer (Entspricht Erreichung einer ausgeglichenen Verteilung)
Steuerungsmaßnahmen:	Bisherige Steuerungsmaßnahmen und deren Wirkung: keine, da erstmalige Abfrage und da Förderung erst im Jahr 2023 beginnt. Aktuell notwendige Steuerungsmaßnahmen: aktive Maßnahmen zur Verschiebung des Geschlechterverhältnisses und der voraussichtlichen Ressourceninanspruchnahme sind im Planungszeitraum nicht vorgesehen, da das Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG) die Einrichtungen des Landes Berlin zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur aktiven Frauenförderung verpflichtet. Die EFA gibt zudem an: „Erhalt und weiterer Ausbau des Angebots flexibler, den individuellen Bedürfnissen entsprechender Gestaltung der Arbeitszeit“.
Zielgruppe:	*Mitglieder*
Zielsetzung:	Das Geschlechterverhältnis in der Grundzielgruppe ist unausgeglichen. Zuletzt angestrebtes Geschlechterverhältnis keine, da erstmalige Abfrage und da die Förderung erst im Jahr 2023 beginnt. Die Mitgliederzahlen steigen sowohl auf weiblicher als auch männlicher Seite kontinuierlich an. Das Verhältnis zwischen Frauen und Männern gleicht sich dabei sehr langsam an. Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt für 2024: 65 % Frauen: 35 % Männer (Entspricht Erhöhung des Frauenanteils) für 2025: 60 % Frauen: 40 % Männer (Entspricht Erhöhung des Frauenanteils) Die EFA gibt an: „Mittelfristig wird mindestens ein Geschlechterverhältnis bei den Mitgliedern von 50/50 angestrebt.“
Steuerungsmaßnahmen:	Bisherige Steuerungsmaßnahmen und deren Wirkung: keine, da erstmalige Abfrage und da die Förderung erst im Jahr 2023 beginnt. Die EFA gibt an: „Unterstützung und Umsetzung der Eurimages Gender equality strategy https://www.coe.int/en/web/eurimages/gender-equality bei Zusammenstellung von Auswahlgremien und Einladung neuer Mitglieder und vermehrte Unterstützung intersektionaler Genderrepräsentation in der deutschen und europäischen Filmlandschaft.“ Aktuell notwendige Steuerungsmaßnahmen: das Landesgleichstellungsgesetz Berlin (LGG) verpflichtet die Einrichtungen des Landes Berlin zur Gleichstellung von Frauen und Männern und zur aktiven Frauenförderung. Zu den gesetzlichen Instrumentarien gehören Frauenförderpläne, Frauenvertreterinnen und beispielsweise im Fall von Unterrepräsentanz die Verpflichtung, eine Frau mit gleichwertiger Qualifikation einem männlichen Bewerber vorzuziehen. Bei Stellenabbau ist der Frauenanteil mindestens zu erhalten. Die regelmäßig erscheinenden Berichte zum LGG zeigen, dass die gesetzlichen Regelungen in den Landesbehörden, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, umgesetzt werden. Die EFA gibt zudem an: „Erhöhung des Anteils der weiblichen Mitglieder, unter anderem durch Vernetzung und Unterstützung von Initiativen, Festivals und Filmschaffenden, die die Teilhabe von Frauen in der Filmindustrie einfordern und Vorstellung dieser Initiativen bei Mitgliedern der Academy. Schaffung eines Bewusstseins über die verschiedenen Konstrukte von Gender inklusive non-binäre und transgender innerhalb und außerhalb der European Film Academy, unter anderem durch Darstellung der Diversity & Inclusion Strategie in Bezug auf das Thema Gender auf Festivals, Panels und Veranstaltungen durch einen seit 2022 von der EFA beauftragten Diversity & Inclusion Officer.“

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

Abgang der Teilansätze für Sonderformate, Urania und das Migrationsmuseum durch Senatsumbildung zum Kapitel 0850.

68579	**011**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.496.000**	**1.539.000**	**1.473.000**	**1.376.586,56**

1.000,0 EUR werden künftig bei 0850/68579 nachgewiesen.

	2024	2025
1. Deutscher Städtetag	1.118.000 €	1.146.000 €
2. Deutsches Institut für Urbanistik	358.000 €	373.000 €
3. Metropolis	17.900 €	17.900 €
4. Europäische Städtekoalition gegen Rassismus	1.500 €	1.500 €
5. Villa Aurora & Thomas Mann House e.V.	50 €	50 €
6. Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.	550 €	550 €
Summe	1.496.000 €	1.539.000 €

Mehr für die Positionen zu 1. und 2. wegen der gestiegenen Einwohnerzahlen des Landes Berlin, die als Faktor in die Berechnung des jeweiligen Zuschusses einfließen. Die Position zu 2. ist die Umlage, mit der sich das Land Berlin über den Zuschuss aus Titel 68569 hinaus am Deutschen Institut für Urbanistik (difu) beteiligt, und wird vom Verein für Kommunalwissenschaften für das difu erhoben.

Abgang der Teilansätze für das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und für das Landesnetzwerk Bürgerengagement durch Senatsumbildung zum Kapitel 0850.

68580	**187**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für coronabedingte Ausgaben**			**5.000.000**	**575.021,89**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

68590	**011**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**217.000**	**225.000**	**134.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuschüsse aus Bundesmitteln für Projekte zur Smart-Cities-Strategie Berlins, siehe auch Titel 23190, 42231, 42831, 54690 und 89361

Das Land beteiligt sich in Höhe von 35 % an den Gesamtausgaben der Projekte; ab 2023 wird der Landesanteil bei Titel 68569 nachgewiesen.

81259 (neu)	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

81279	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**30.000**	**30.000**	**63.000**	**9.500,00**
89361	**011**	**Investive Zuschüsse im Rahmen des Modellprojekts Smart City**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Zuschüsse aus Bundesmitteln für Projekte zur Smart-Cities-Strategie Berlins, siehe auch Titel 23190, 42231, 42831, 54690 und 68590

Das Land beteiligt sich in Höhe von 35 % an den Gesamtausgaben der Projekte; ab 2023 wird der Landesanteil bei Titel 68569 nachgewiesen.

Senatskanzlei

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
97110	**880**	**Verstärkungsmittel**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
97114 (neu)	**880**	**Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**	**9.000.000**	**9.000.000**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 4.000.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 4.000.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 4.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**9.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**9.000.000**			
97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**		**-5.000.000**	**-200.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Das Kapitel 0300 enthält Ausgaben für die Aus- und Fortbildung sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem SIDOK-Betrieb und anderen Fachverfahren.

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**10.000**	**10.000**	**47.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 54003 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz

51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**2.287,45**
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**2.500**	**381,60**
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**5.587.000**	**5.687.000**	**5.239.000**	**3.866.724,13**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**19.412.000**	**19.412.000**
Davon fällig 2025	**4.853.000**	
Davon fällig 2026	**4.853.000**	**4.853.000**
Davon fällig 2027	**4.853.000**	**4.853.000**
Davon fällig 2028	**4.853.000**	**4.853.000**
Davon fällig 2029	**—**	**4.853.000**

	für 2023 €	für 2024 €	ab 2025 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	125.000

		2024	2025
1.	Dienstleistungen des ITDZ für das SIDOK-Fachverfahren	586.700 €	621.000 €
2.	Betrieb Berlin.de	4.156.000 €	4.250.000 €
3.	Veranstaltungssoftware für die Räumlichkeiten des Berliner Rathauses	5.000 €	5.000 €
4.	Pflege des Elektronischen Zeiterfassungssystems	15.000 €	10.000 €
5.	Pflege der Adressdatenbank für das Protokoll	25.000 €	25.000 €
6.	Pflege des Systems e-MPK Verteilung der Kosten auf Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel	28.800 €	14.000 €
7.	Betrieb des landesweiten Beschäftigtenportals b-intern.de	70.000 €	80.000 €
8.	Betrieb der landesweiten E-Partizipations-Plattform	344.000 €	344.000 €
9.	Software Regierungsprogramm	60.000 €	60.000 €
10.	Internetanschlusskosten für WLAN im Berliner Rathaus	35.000 €	23.000 €
11.	Digitale Medienauswertung	133.000 €	135.000 €
12.	Digitale Signage	15.000 €	15.000 €
13.	Dienstleistungskontingent Einführung Digitale Akte	45.000 €	30.000 €
14.	Digitale Service-Management-Plattform	24.000 €	25.000 €
15.	e-Bundesrat	15.000 €	10.000 €
16.	Kleinere Fachverfahren	19.500 €	20.000 €
17.	Serviceleistungen für Videokonferenzanlage	10.000 €	20.000 €
		5.587.000 €	5.687.000 €

Mehr wegen Nummer 2

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**37.500**	**37.500**	**35.000**	**23.647,00**

Ausgaben im Zusammenhang mit dem SIDOK-Fachverfahren und der E-Partizipationsplattform

Senatskanzlei

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81259 (neu)	011	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT	100.000	1.000		
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.				
		Summe Maßnahmegruppe 32	**5.740.500**	**5.741.500**	**5.328.500**	**3.893.040,18**
		Gesamtausgaben	**102.323.100**	**110.326.500**	**85.630.100**	**61.830.246,54**
		Prozentuale Veränderung	**19,5 %**	**7,8 %**		

Abschluss Kapitel 0300

111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	526.000	526.000	518.600	1.919.355,94
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.128.000	2.167.000	1.804.000	752.779,74
		Gesamteinnahmen	**2.654.000**	**2.693.000**	**2.322.600**	**2.672.135,68**
411-462		Personalausgaben	21.691.300	22.847.400	20.042.900	18.677.713,74
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	28.680.100	29.147.400	23.559.500	24.385.035,73
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	42.820.700	54.299.700	42.162.700	18.757.997,07
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	131.000	32.000	64.000	9.500,00
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	9.000.000	4.000.000	-199.000	—
		Gesamtausgaben	**102.323.100**	**110.326.500**	**85.630.100**	**61.830.246,54**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-99.669.100**	**-107.633.500**	**-83.307.500**	**-59.158.110,86**

Senatskanzlei

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000546 Politische Koordination und Steuerung ressortübergreifender Landesangelegenheiten zur Umsetzung des Regierungsprogramms

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	11	Personalkosten	10.630.364	10.018.755	+6,10
Kostenträger	39	Sachkosten	8.010.184	9.899.147	-19,08
davon		Transferkosten	1.753.587	4.214.142	-58,39
Produkte	3	Verrechnungskosten	779.417	317.075	+145,81
MGF	33	kalkulatorische Kosten	1.558.891	1.486.580	+4,86
Projekte	3	Gemeinkosten	15.395.261	17.651.172	-12,78
		Summe Verwaltungskosten	38.127.703	43.586.872	-12,52
		Transfers	16.741.026	23.247.573	-27,99
		Gesamtsumme	54.868.729	66.834.446	-17,90

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
000999	2022	3.546.227	50.258	3.596.485
Protokoll	2021	3.415.391	35.197	3.450.587

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77177	2022	3.541.672	50.258	3.591.930
Protokoll (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	3.409.469	35.197	3.444.666

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	6,55	5,15
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	15.000,00	15.000,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Umfasst alle Tätigkeiten im Bereich Protokoll: konzeptionelle Vorbereitungen von Besucherprogrammen und Veranstaltungen, Information und Beratung, Amtshilfe und ähnliche Vorgänge

Ziele 1. Teil:
Gewährleistung einer leistungsfähigen aktualitätsbezogenen Logistik der protokollarischen Aufgaben

Senatskanzlei

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
003873	2022	9.574.930	0	9.574.930
Presse und Information	2021	12.415.309	4.223.800	16.639.109

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
73408	2022	2.516.935	0	2.516.935
Stadtinformationssystem Berlin.de (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.320.856	4.223.800	6.544.656

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,59	9,79
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	363.879,84	329.482,40
Kostendeckungsgrad in %	14,46	5,03

Ausbau und Betrieb eines umfassenden Stadtinformationssystems in Kooperation mit einem privaten Betreiber zur Verbreitung von Berlininformationen über moderne elektronische Informationsmedien, als Plattform für Online-Services und Online-Partizipation (eGovernment)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
74630	2022	1.577.481	0	1.577.481
Presse- und Informationsarbeit (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.489.854	0	1.489.854

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,88	2,23
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Nachrichtenauswertung, aktuelle Pressearbeit, Journalisten- und Multiplikatorenbetreuung

Ziele 1. Teil:
Analyse u. Aufbereitung von Meldungen d. Agenturen u.Printmedien f. d. Senat, Vermittlg. der Politik der SKzl und des Gesamtsenats ggü den Medien, Erfüllung der gesetzl. Pflicht ggü der Öffentlichkeit

Senatskanzlei

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
74631	2022	1.231.935	0	1.231.935
Berlin-Marketing/Öffentlichkeitsarbeit (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	3.129.526	0	3.129.526

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,25	4,68
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Berlin-Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

Ziele 1. Teil:
Politische, einheitliche, abgestimmte und positive Außendarstellung Berlins

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
74633	2022	856.498	0	856.498
Reden, Grußworte, Schirmherrschaften und publizistische Sonderaufgaben (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.710.335	0	1.710.335

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,56	2,56
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Unterstützung der Hausleitung durch Politikberatung, Reden etc., Schirmherrschaften

Ziele 1. Teil:
Positive Darstellung Berlins und der Berliner Politik, Beratung in Grundsatzfragen

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80454	2022	2.087.629	0	2.087.629
Kommunikation Stadt des Wandels (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.152.846	0	2.152.846

Senatskanzlei

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,80	3,22
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Stadt-Marketing regional, national und international;
Politische, einheitliche, abgestimmte und positive Außendarstellung Berlins

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81227	2022	697.185	0	697.185
Social Media (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.249.874	0	1.249.874

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,27	1,87
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Kommunikation der Senatskanzlei auf den Social-Media-Kanälen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin @RegBerlin
- Erfüllung der gesetzlichen Informationspflicht zur Arbeit des Berliner Senats und der Verwaltung des Landes Berlin gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit;
- Aufbereitung und Vermittlung von Regierungsentscheidungen;
- Veröffentlichung von Statements des Regierenden Bürgermeisters;
- Management der Communities, die den @RegBerlin-Kanälen folgen;
- Direkter BürgerInnen-Dialog und Umgang mit Anfragen aus den nichtöffentlichen Bereichen der @RegBerlin-Kanäle;
- Steuerung von ressortübergreifender Kommunikation des Senats in den Sozialen Medien;
- Monitoring sozialer Netzwerke und Reporting für den Berliner Senat;
- Handlungsempfehlende Zusammenarbeit innerhalb des Social-Media-Netzwerkes des Landes Berlin

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
003954	2022	3.397.929	702.576	4.100.505
Auslandsangelegenheiten	2021	3.549.407	728.443	4.277.850

Senatskanzlei

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77176	2022	3.397.929	702.576	4.100.505
Auslandsangelegenheiten, Städteverbindungen und regionale sowie kommunale Kontakte (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	3.549.407	728.443	4.277.850

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,47	6,40
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	20.470,00	20.470,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Auslandsbesuche des RBm, von Senatsmitgliedern und Fachdelegationen im Ausland, Betreuung der auswärtigen Vertretungen und Streitkräfteangelegenheiten, Pflege und Ausbau der formalisierten Städtverbindungen, regionaler und kommunaler Kontakte

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81087	2022	48.145	1.774.104	1.822.248
CityLAB (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	61.096	1.221.600	1.282.696

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,32	1,92
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Erarbeitung von konkreten Lösungen für die Herausforderungen der wachsenden und smarten Stadt Berlin gemeinsam mit der Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Ziel des CityLAB ist es, die Potenziale insbesondere von Smart-City-Technologien auszuloten und praxistaugliche Lösungen für Berlin und andere Städte zu entwickeln.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76462	2022	1.732.271	0	1.732.271
Pflege der RBm-Bürgerkontakte (schriftlich und mündlich)	2021	1.581.880	0	1.581.880

Senatskanzlei

	2022	2021
Menge: Bezugsgröße: Anzahl der Bürgerkontakte pro Monat	23.260	26.376
Kosten je ME in €	74,47	59,97
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,16	2,37
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung von Bürgeranfragen und -eingaben und deren Auswertung im Hinblick auf mögliche Reformansätze.

Beitrag zur praktischen Umsetzung des Demokratiegedankens und umfassender Bürgerservice, Auswertung von Bürgeranfragen

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004917	2022	220.657	0	220.657
Emigrantenprogramm	2021	237.647	0	237.647

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
66386	2022	220.657	0	220.657
Betreuung von Verfolgten des NS-Regimes bei Berlin-Besuchen				

	2022
Menge: Zahl der betreuten Gäste	8
Kosten je ME in €	27.582,10
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,40
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00
IST - Erträge in €	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00

Programme für ehemalige Berliner

Ziele 1. Teil:
Präsentation des Landes Berlin unter dem Schwerpunkt der Interessenlage des speziellen Besucherkreises

Senatskanzlei

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005558	2022	3.842.062	1.064.545	4.906.607
Koordinierung Verwaltungssteuerung und Infrastruktur	2021	3.953.852	47.558	4.001.410

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28396	2022	333.048	322.486	655.534
Smart City Strategie	2021	254.780	47.558	302.338

	2022	2021
Menge: Projektaufwand	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,19	0,45
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Mit den Zuschusszusagen der KfW Bankengruppe vom 28.12.2020 zur Entwicklung kommunaler Ziele, Strategien und Maßnahmen sowie zur Umsetzung des Modellprojektvorhabens Smart Cities des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat stehen dem Land Berlin bis Ende 2026 insgesamt 17,5 Mio EUR für das Modellprojekt „Berlin lebenswert smart“ zur Verfügung. Davon werden circa 6 Mio EUR vom Land Berlin selbst eingebracht.

Die Phase A des Projekts beschäftigt sich mit der Erarbeitung einer Smart City-Strategie für das Land Berlin.

Finanzen/Projektbudget:
Phase A
Zuschussbescheid der KfW Bankengruppe vom 28.12.2020 i. H. v. 1.842.750,- EUR (65 % der zuschussfähigen Kosten) + Eigenmittel i. H. v. 992.250 EUR (35 %)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28397	2022	293.709	742.059	1.035.768
Smart City Umsetzung	2021	0	0	0

	2022	2021
Menge: Projektaufwand	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,89	0,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Senatskanzlei

Mit den Zuschusszusagen der KfW Bankengruppe vom 28.12.2020 zur Entwicklung kommunaler Ziele, Strategien und Maßnahmen sowie zur Umsetzung des Modellprojektvorhabens Smart Cities des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat stehen dem Land Berlin bis Ende 2026 insgesamt 17,5 Mio EUR für das Modellprojekt „Berlin lebenswert smart“ zur Verfügung. Davon werden circa 6 Mio EUR vom Land Berlin selbst eingebracht.

Die Phase B des Projekts beschäftigt sich mit der Umsetzung und fortlaufende Weiterentwicklung der in Phase A erarbeiteten Smart City-Strategie in Form von 5 Umsetzungsprojekten.

Finanzen/Projektbudget:
Phase B
Zuschussbescheid der KfW Bankengruppe vom 28.12.2020 i. H. v. 9.532.250,00,- EUR (65 % der zuschussfähigen Kosten)
+ Eigenmittel i. H. v. 5.132.750,- EUR (35 %)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81088	2022	2.062.270	0	2.062.270
Verwaltungssteuerung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.477.010	0	2.477.010

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,76	3,71
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

- Systematisierung und Weiterentwicklung der gesamtstädtischen Verwaltungssteuerung
- Entwicklung und Umsetzung strategischer Konzepte insbes. für die Themenfelder Zielvereinbarungen, Gesamtstädtisches Monitoring
-Koordinierung der verantwortlichen Akteure im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81089	2022	1.153.035	0	1.153.035
Steuerung von Wohnungsbau und Infrastruktur (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.222.062	0	1.222.062

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,10	1,83
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Überwachung der Umsetzung vereinbarter politischer Vorhaben und Planungen sowie Erarbeitung von Empfehlungen hierzu. Konzeption und Koordination zur Vor- und Nachbereitung von Senatsentscheidungen, Informationsaufbereitung und -bereitstellung für die Hausleitung, Ressortkoordinierung

Senatskanzlei

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005569	2022	4.718.712	12.195.161	16.913.873
Medien-und Rundfunkangelegenheiten, Netzpolitik	2021	3.613.154	15.449.452	19.062.606

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
74632	2022	1.515.262	8.095.161	9.610.423
Medienangelegenheiten (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	914.018	6.215.942	7.129.960

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	17,52	10,67
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Stärkung des Medienstandortes Berlin

Ziele 1. Teil:
Wirksame Förderung medienpolitischer und -kultureller Aktivitäten

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78828	2022	3.086.638	4.100.000	7.186.638
Förderung der Medienbranche in der Region Berlin-Brandenburg durch die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH	2021	2.161.698	9.233.510	11.395.208

	2022	2021
Menge: keine	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	13,10	17,05
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Förderung der Medienbranche in der Region Berlin-Brandenburg

Senatskanzlei
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte dieses Einzelplans veranschlagt. Es handelt sich dabei um

a) bereits vor Auflösung des ZeP vorhandene Überhangkräfte, die nicht zum bisherigen Kapitel 2809 – Zentrales Personalüberhangmanagement – versetzt werden mussten (Ausnahmen von der Versetzungspflicht),

b) um Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement – EZeP – in die Dienststelle versetzt worden sind

c) Dienstkräfte, die nach Auflösung des ZeP in diesem Personalwirtschaftsbereich neu dem Personalüberhang zugeordnet worden sind.

Die Unterscheidung der drei unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merkansatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften VV Prämie, VV Teilausgleiche, VV Rente und VV Besitzstand. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

Senatskanzlei
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	76.000	79.000	103.000	120.097,21
42801	860	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	63.200	65.800	—	-37,61
42850 (neu)	860	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000		
44100	860	Beihilfen für Dienstkräfte	2.900	3.000	7.500	5.466,87
		Gesamtausgaben	143.100	148.800	110.500	125.526,47
		Prozentuale Veränderung	29,5 %	4,0 %		
		Abschluss Kapitel 0309				
411-462		Personalausgaben	143.100	148.800	110.500	125.526,47
		Gesamtausgaben	143.100	148.800	110.500	125.526,47
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-143.100	-148.800	-110.500	-125.526,47

Senatskanzlei
- Europa -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben des Europabereichs in Berlin und Brüssel (Büro des Landes Berlin bei der Europäischen Union).

Folgende Schwerpunkte werden hierbei verfolgt:

- Fachübergreifende Koordinierung der Berliner Europapolitik inkl. Entwicklung und Begleitung einer Berliner Europastrategie
- Bündelung, Ausrichtung und Durchsetzung der europapolitischen Interessen und Positionen Berlins auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in europäischen Städtenetzwerken
- Stärkere Nutzung des Berliner Büros in Brüssel als Schnittstelle zwischen der Europäischen Union und dem Land Berlin
- Förderung der aktiven Debatte zur Zukunft der Europäischen Union, zur Stärkung der europäischen Demokratie, der sozialen und ökologischen Dimension Europas, des Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Weiterentwicklung
- Förderung einer europäischen Identität und Stärkung der europäischen Werte durch Debatten, Diskussionen und interaktive Angebote
- Stärkung von Partizipation und Europa-Engagement
- Stärkung der nachbarschaftlichen und europaweiten Zusammenarbeit durch Netzwerkarbeit und Austausch u. a. mit Polen im Rahmen der Oder-Partnerschaft
- Verbesserung der Europa- und Sprachkompetenzen der Berliner Verwaltung und Förderung der Auseinandersetzung mit der europäischen Dimension des Berliner Verwaltungshandelns (Förderung der Europakompetenz der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst)

Senatskanzlei
- Europa -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Wurde bislang bei Kapitel 0830 nachgewiesen.				
		Einnahmen				
11921	**187**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**8.150,87**
		Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**8.150,87**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**512.000**	**532.000**	**279.000**	**363.258,58**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**714.000**	**743.000**	**926.000**	**703.084,53**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**389.000**	**405.000**	**314.000**	**363.642,17**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**10.900**	**11.200**	**12.900**	**12.973,22**
45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**—**	**—**	**22.000**	**32.887,64**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**14.408,79**
		Bücher, Zeitschriften, Fachliteratur, Medienbedarf, Anzeigen (Print und Online), Druck. Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Bewirtschaftungsausgaben des Büros des Landes Berlin bei der Europäischen Union in Brüssel; Energie, Steuern, Reinigung, Reparaturen etc. Aufgrund der Überführung des Dienstgebäudes Büro Brüssel in das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) ab dem 01.01.2022 werden diese Ausgaben künftig bei Kapitel 0800, Titel 51715 nachgewiesen.				
51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**3.656,87**
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**1.300**	**1.300**	**1.300**	**—**
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.107,93**
52610	**011**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52703	**011**	**Dienstreisen**	**32.000**	**32.000**	**32.000**	**14.317,31**
		Reisekosten für Reisen zwischen Berlin-Brüssel/Straßburg und andere Reisen aus Berlin und Brüssel in europäische und außereuropäische Länder für die Teilnahme an regelmäßigen Gremien und politischen Abstimmungen zwischen der Berliner Landesverwaltung und dem Berliner Büro in Brüssel.				
53102	**013**	**Berlin-Informationen**	**9.500**	**9.500**	**9.500**	**3.694,18**
		Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit, Verstetigung des kulturellen Veranstaltungsangebots im Berliner Büro in Brüssel. Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				

Senatskanzlei
- Europa -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53103	**011**	**Empfänge, Feierlichkeiten**	**341.000**	**72.000**	**166.000**	**155.459,07**

Aufwendungen für die Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, Aktionen und Fachveranstaltungen in Berlin und Brüssel. Mehr für Ausbau der Repräsentationstermine in Brüssel. Weitere lokale Begleitung der Debatte zur Zukunft der EU im Nachgang zur „Konferenz zur Zukunft Europas“.

Förderung der interregionalen Beziehungen mit Polen im Rahmen der Oder-Partnerschaft.

Mehr in 2024 für Aktivitäten im Vorfeld der Europawahl im Juni 2024 (z.B. zentrales Berliner Europafest; Infospots).

Mehr in 2024 und 2025 zur Sucherstellung der Rolle des Koordinators der Oder-Partnerschaft von Mai 2022 bis einschließlich 2025 sowie Vor- und Nachbereitung und Durchführung des fachlichen Teils des politischen Spitzentreffens.

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**276,50**

Aufwendungen im Zusammenhang mit der Betreuung von Gästen aus dem In- und Ausland für europapolitische Vorträge, Seminare, Netzwerktreffen, Arbeitsgruppen.

53131	**011**	**Europapolitische Kommunikationsarbeit**	**90.000**	**80.000**	**120.000**	**55.459,39**

Aufwendungen im Zusammenhang mit Maßnahmen der europapolitischen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Wettbewerbe, Veranstaltungen, Feste, Ehrungen, Bürgerdialoge, Publikationen, Workshops) sowie die Entwicklung und Begleitung einer Berliner Europastrategie.

54010	**011**	**Dienstleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**30,99**

Aufwendungen für notwendige Transporte von Unterlagen und Materialien.

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-7.439,29**

Kontogebühren, Handys, Verbrauchsgüter u.ä. (für das Büro des Landes Berlin bei der Europäischen Union in Brüssel). Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

63201	**011**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**32.000**	**32.000**	**28.000**	**22.858,17**

Beteiligung Berlins an den Aufwendungen des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union; Berechnung des Anteiles nach dem Königsteiner Schlüssel.

68123	**011**	**Ehrungen, Preise**	**7.500**	**7.500**	**7.500**	**—**

Preisgelder für den jährlichen Europa-Ehrenamtspreis „Blauer Bär“ für beispielhaftes Freiwilligenengagement von Berliner*innen.

68535	**029**	**Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit**	**558.000**	**687.000**	**533.000**	**269.662,05**

Kofinanzierung des Berliner Europe Direct Informationszentrums 2021-2025 (Grundfinanzierung durch die Europäische Kommission) mit 25.000 €.

Zuschüsse für Europa-Institutionen und Projekte zur Stärkung und zum Ausbau des zivilgesellschaftlichen Europaengagements in Berlin und der Zusammenarbeit mit Partnern anderer europäischer Länder (u. a. an die Berliner Europa-Union und für den Europa HUB Berlin).

Verstetigung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Rahmen der Oder-Partnerschaft über Projektzuschüsse.

Bezirk-Europafonds zur Förderung von lokalen Kleinprojekten und Veranstaltungen zur Stärkung des Europagedankens (12 x 5.000 € = 60.000 €).

Kulturzug Berlin-Breslau:
In 2024: Pilotprojekt zur Ausweitung des Kulturzugs Berlin-Breslau auf andere Strecken
In 2025: zusätzlich in 2025 Sicherstellung des Programms im Kulturzug Berlin-Breslau, Federführung 2025 beim Land Berlin (Sonst im Wechsel mit Brandenburg)

Senatskanzlei
- Europa -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	011	Mitgliedsbeiträge	17.000	17.000	16.000	16.300,00

Mitgliedsbeitrag Berlins an den Europäischen Städteverbund EUROCITIES, der mit über 140 Städten aus 39 Staaten das größte und wichtigste europäische Städtenetzwerk ist.

Senatskanzlei
- Europa -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**11.159,13**
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**

Anschaffung einer Adress- und Veranstaltungsdatenbank in Berlin, Pflege der Adress- und Veranstaltungsdatenbank in Brüssel.

Summe Maßnahmegruppe 32	**14.000**	**14.000**	**14.000**	**11.159,13**
Gesamtausgaben	**2.758.200**	**2.673.500**	**2.511.200**	**2.039.797,23**
Prozentuale Veränderung	**9,8 %**	**-3,1 %**		

Abschluss Kapitel 0350

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**8.150,87**
	Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**8.150,87**
411-462	**Personalausgaben**	**1.626.900**	**1.692.200**	**1.554.900**	**1.475.846,14**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**516.800**	**237.800**	**371.800**	**255.130,87**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**614.500**	**743.500**	**584.500**	**308.820,22**
	Gesamtausgaben	**2.758.200**	**2.673.500**	**2.511.200**	**2.039.797,23**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-2.757.200**	**-2.672.500**	**-2.510.200**	**-2.031.646,36**

Senatskanzlei
- Europa -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001033 Wahrnehmung der Interessen Berlins in der Bundes- und Europapolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	6	Personalkosten	1.895.671	.1.201.413	+57,79
Kostenträger	6	Sachkosten	235.374	314.259	-25,10
davon		Transferkosten	22.858	36.862	-37,99
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	26.352	-100,00
MGF	6	kalkulatorische Kosten	400.006	237.595	+68,36
Projekte	0	Gemeinkosten	2.387.015	1.663.437	+43,50
		Summe Verwaltungskosten	4.940.924	3.479.920	+41,98
		Transfers	212.272	284.717	-25,44
		Gesamtsumme	5.153.196	3.764.637	+36,88

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004785	2022	183.430	0	183.430
Steigerung der Europakompetenz in der Berliner Verwaltung	2021	154.516	0	154.516

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78188	2022	183.430	0	183.430
Europakompetenz der Berliner Verwaltung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	154.516	0	154.516

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,56	4,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Initiierung und Koordinierung von landesweiten Maßnahmen zur optimalen Sicherstellung der Vertretung und Durchsetzung Berliner Interessen im europäischen Legislativprozess, Entwicklung und Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen, Entwicklung von Strategien zur Optimierung der Entsendungen Berliner Beschäftigter in europäische und Bundeseinrichtungen, frühzeitige Einflussnahme und Stärkung von Organisationsstrukturen innerhalb der Berliner Verwaltung

Senatskanzlei
- Europa -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004786	2022	1.222.340	5.467	1.227.807
Erarbeitung und Vertretung von Berliner Positionen und Interessen	2021	1.050.466	0	1.050.466

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78187	2022	1.222.340	5.467	1.227.807
Europäische Politikbereiche (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.050.466	0	1.050.466

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	23,83	27,90
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	22.858,17	29.361,85
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Koordinierung der Berliner Europapolitik, Informationsvermittlung und Vertretung Berliner Interessen in den unter 2 genannten Gremien und zu Fachthemen, die nicht gesondert als Produkt ausgewiesen sind

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005518	2022	298.058	163.736	461.794
Europapolitische Kommunikation (zielgruppengerechte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit)	2021	157.101	132.763	289.864

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80732	2022	298.058	163.736	461.794
Förderung des Europagedankes bei der Berliner Bevölkerung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	157.101	132.763	289.864

Senatskanzlei
- Europa -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,96	7,70
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	7.500,00
IST - Erträge in €	4.450,37	6.691,54
Kostendeckungsgrad in %	0,96	2,31

- Strategische Konzeption, operative Umsetzung, Steuerung und Evaluation der Europakommunikation des Landes Berlin
- Umsetzung der Senatspolitik, Beschlusslage des Abgeordnetenhauses und der Europaministerkonferenz in Hinblick auf eine Stärkung des Europagedankens (Unterstützung des EU-Integrationsprozesses sicherstellen)

Senatskanzlei
- Digitalisierung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dieses Kapitel enthält die Ausgaben für die Abteilung V – IKT-Steuerung, IKT-Haushalt, Strategische Planung, Digitalisierung der Verwaltung (Betriebsaufgaben) – und die Abteilung VI – Verwaltungsmodernisierung und -steuerung, Digitalisierung der Verwaltung (Entwicklungsaufgaben).

Der Abteilung V und Abteilung VI der Senatskanzlei obliegen folgende Aufgaben:

Abteilung V (IKT-Steuerung, IKT-Haushalt, Strategische Planung, Digitalisierung der Verwaltung (Betriebsaufgaben))

Strategische Planung, Gremienbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit, Barrierefreiheit, IKT-Organisation und Haushalt
Verwaltungsdigitalisierung, E-Government, Dienstleistungskoordinierung und Verwaltungszugänge
Berliner IKT-Strategie, Steuerung IKT, IT-Fachverfahren, IKT-Arbeitsplatz

Abteilung VI (Verwaltungsmodernisierung und -steuerung, Digitalisierung der Verwaltung (Entwicklungsaufgaben))

Neue Verwaltungskultur, OZG-Koordinierung
Grundsatzangelegenheiten Egov. Recht, Personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten i. V. m. EGoVG Berlin
Grundsatzangelegenheiten und Gesamtstädtische Steuerung Bürgerdienste, Ordnungsämter

Senatskanzlei
- Digitalisierung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201 (neu)	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**7.061.000**	**7.594.000**		
42701 (neu)	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**		
42801 (neu)	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.783.000**	**1.855.000**		
42811 (neu)	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**		
44100 (neu)	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**175.000**	**180.000**		
51101 (neu)	**011**	**Geschäftsbedarf**	**34.000**	**34.000**	**30.000**	**33.142,89**
		30.000,0 EUR wurden bislang bei 0500/51101 nachgewiesen.				
51168 (neu)	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51803 (neu)	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**18.000**	**1.000**	**61.000**	**71.253,75**
		Wurde bislang bei 0500/51803 nachgewiesen.				
52501 (neu)	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**16.000**	**16.000**	**5.300**	**7.332,02**
		5.300,0 EUR wurden bislang bei 0500/52501 nachgewiesen.				
52536 (neu)	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703 (neu)	**011**	**Dienstreisen**	**15.000**	**15.000**	**7.200**	**9.696,26**
		7.200,0 EUR wurden bislang bei 0500/52703 nachgewiesen.				
54002 (neu)	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**10.000**	**10.000**	**4.200**	**4.047,58**
		4.200,0 EUR wurden bislang bei 0500/54002 nachgewiesen.				
54050 (neu)	**011**	**Innovationsfonds**	**200.000**	**300.000**	**40.000**	**3.949,26**
		Wurde bislang bei 0500/54050 nachgewiesen.				

Senatskanzlei
- Digitalisierung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32 (neu)		**Ausgaben für die verfahrensabhängige IKT**				
51168 (neu)	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**7.000**	**7.000**	**700**	**739,91**
		700,0 EUR wurden bislang bei 0500/51168 MG 32 nachgewiesen.				
52536 (neu)	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**4.000**	**4.000**	**1.100**	**729,08**
		1.100,0 EUR wurden bislang bei 0500/52536 MG 32 nachgewiesen.				
		Summe Maßnahmegruppe 32	**11.000**	**11.000**	**1.800**	**1.468,99**
		Gesamtausgaben	**9.325.000**	**10.018.000**	**149.500**	**130.890,75**
		Prozentuale Veränderung	**6 137,5 %**	**7,4 %**		

		Abschluss Kapitel 0360				
411-462		**Personalausgaben**	**9.021.000**	**9.631.000**	**—**	**—**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**304.000**	**387.000**	**149.500**	**130.890,75**
		Gesamtausgaben	**9.325.000**	**10.018.000**	**149.500**	**130.890,75**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-9.325.000**	**-10.018.000**	**-149.500**	**-130.890,75**

Regierende Bürgermeisterin /
Regierender Bürgermeister

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 0300 – Senatskanzlei

Die in dem vorgenannten Kapitel im Titel 42801 unter der Zwischenüberschrift „Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs“ ausgewiesenen Stellen dürfen ausschließlich mit ehemaligen Auszubildenden oder ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten besetzt werden, die dauerhaft in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden und zum Zeitpunkt ihrer Einstellung nicht sofort auf freien Stellen untergebracht werden können. Die unter dieser Zwischenüberschrift etatisierten Stellen entfallen bei Unterbringung der Dienstkräfte auf freie Stellen.

Infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung wurde die Zuständigkeit für den Bereich „Bürgerschaftliches Engagement und Demokratieförderung“ dem Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zugeordnet. Die bislang hierfür vorgesehenen Stellen werden ab dem Haushaltsjahr 2024 im Kapitel 0850 der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt nachgewiesen.

Kapitel 0309 – Senatskanzlei - Personalüberhang -

Alle Stellen des Kapitels tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 0350 – Senatskanzlei - Europa -

Infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung wurde die Zuständigkeit für den Bereich „Europaangelegenheiten“ dem Geschäftsbereich der Regierenden Bürgermeisterin / des Regierenden Bürgermeisters zugeordnet. Die bislang im Kapitel 0830 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Europa - geführten Stellen und Beschäftigungspositionen werden künftig im vorgenannten Kapiteln 0350 des Einzelplans 03 nachgewiesen.

Kapitel 0360 – Senatskanzlei - Digitalisierung -

Infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung wurden die bislang im Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service - unter Zwischenüberschriften geführten Abteilungen V - Digitalisierung und Informationstechnik - und IV - Verwaltungsmodernisierung - dem Geschäftsbereich der Regierenden Bürgermeisterin / des Regierenden Bürgermeisters zugeordnet. Der Nachweis der betreffenden Stellen erfolgt künftig im vorgenannten Kapiteln 0360 des Einzelplans 03.

Senatskanzlei

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Regierende(r) Bürgermeister/in	SEN3	1,000	1,000 *(0604)*	1,000	1,000 *(0604)*	1,000	1,000 *(0604)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	
Stellenvermerke							
0604 Amtsgehalt in Höhe von 120 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11							
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	3,000		3,000		2,000	
Senatsdirigent/in	B5	5,000		5,000		5,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	4,000		4,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	A16	9,000		9,000		9,000	
Regierungsdirektor/in	A15	25,000		26,000		23,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	28,000		28,500		20,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		2,000	
Erste(r) Polizeihaupt-kommissar/in	A13S	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	8,000		8,000		11,000	
Amtsrätin/-rat	A12	12,000		13,000		11,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	7,500		8,000		7,500	
Regierungsoberinspektor/in	A10	8,000		8,000		8,000	
Amtsinspektor/in	A9S	3,000		3,000		3,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		118,500		121,500		109,500	
Teilsumme (Teilplan A):		118,500		121,500		109,500	
Summe:		118,500		121,500		109,500	
42231 Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk (ohne Übernahmeverpflichtung)							
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Senatskanzlei

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42231							
Stellenvermerke							
0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT5	1,000		1,000		1,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		1,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	11,500		11,500		11,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	9,000		9,000		8,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Konferenzdolmetscher/in	E12-E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,500		3,500		3,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	8,000		8,000		7,200	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	13,500		13,500		14,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	20,110		20,110		18,110	
Tarifbeschäftigte/r in der Registratur	E6	0,000		0,000		2,000	2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,500		1,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r	E4	5,000	2,000 *(2128)*	5,000	2,000 *(2128)*	6,000	3,000 *(2128)*
Zwischensumme:		89,110		89,110		89,310	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		90,110		90,110		90,310	

Senatskanzlei

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Teilplan B							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		1,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	22,000		23,000		23,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Übersetzer/in	E13	0,500		0,500		0,500	0,500 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,500		0,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r	E11	6,000		6,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	8,500		8,500		6,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	6,500		6,500		2,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektriker/in)	E7	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Registratur	E6	2,000	2,000 *(2128)*	2,000	2,000 *(2128)*	2,000	2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		68,000		69,000		68,500	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan B):		70,000		71,000		70,500	
Summe:		160,110		161,110		160,810	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatskanzlei

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,500		2,500		2,500	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000	3,000 *(0107)*	3,000	3,000 *(0107)*	3,000	3,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		3,000		3,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan B):		5,000		5,000		6,000	
Summe:		7,500		7,500		8,500	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Senatskanzlei

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42831 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)							
Teilplan B							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk (ohne Übernahmeverpflichtung)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000	2,000 *(0120)*	2,000	2,000 *(0120)*	2,000	2,000 *(0120)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000	4,000 *(0120)*	4,000	4,000 *(0120)*	4,000	4,000 *(0120)*
Zwischensumme:		7,000		7,000		7,000	
Teilsumme (Teilplan B):		7,000		7,000		7,000	
Summe:		7,000		7,000		7,000	

Stellenvermerke

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

Senatskanzlei
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die auch während der Gültigkeit des Stellenpoolgesetzes dezentral veranschlagt wurden							
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Stellen mit Wegfallvermerk ab 2012							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		2,000	
Summe:		1,000		1,000		2,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan B							
Stellen mit Wegfallvermerk ab 2012							
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		1,000		1,000		0,000	
Summe:		1,000		1,000		0,000	

Senatskanzlei
- Europa -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		0,000	
Dienstkräfte mit Anspruch auf Auslandszuschlag Stufe 2							
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		7,000		0,000	
Summe:		7,000		7,000		0,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Dienstkräfte mit Anspruch auf Auslandszuschlag Stufe 2							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		0,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		2,000		2,000		0,000	
Summe:		6,000		6,000		0,000	

Senatskanzlei
- Europa -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Personalmittelpool für Verbesserung der Europafähigkeit der Berliner Verwaltung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	9,000		9,000		0,000	
Zwischensumme:		9,000		9,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		9,000		9,000		0,000	
Summe:		9,000		9,000		0,000	

Senatskanzlei
- Digitalisierung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	2,000		2,000		0,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	2,000		2,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	B2	4,000		4,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	5,000		5,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	9,000		10,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	52,000		54,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	12,000		12,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	14,000		14,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	14,000		14,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	4,000		4,000		0,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		121,000		124,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		121,000		124,000		0,000	
Summe:		121,000		124,000		0,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		0,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		8,000		8,000		0,000	
Summe:		12,000		12,000		0,000	

Regierende Bürgermeisterin /
Regierender Bürgermeister

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 03	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B3**	**B2**	**Teilsumme**
0300	2025	3,000	5,000	4,000	2,000	14,000
	2024	3,000	5,000	4,000	2,000	14,000
	2023	2,000	5,000	2,000	3,000	12,000
0309	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0350	2025	-	-	-	1,000	1,000
	2024	-	-	-	1,000	1,000
	2023	-	-	-	-	-
0360	2025	-	2,000	2,000	4,000	8,000
	2024	-	2,000	2,000	4,000	8,000
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	3,000	7,000	6,000	7,000	23,000
	2024	3,000	7,000	6,000	7,000	23,000
	2023	2,000	5,000	2,000	3,000	12,000

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 03
A16	**A15**	**A14**	**A13**	**A13S**	jahr	
9,000	26,000	28,500	-	9,000	2025	**0300**
9,000	25,000	28,000	-	9,000	2024	
9,000	23,000	20,000	2,000	11,000	2023	
-	-	1,000	-	-	2025	**0309**
-	-	1,000	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	-	1,000	-	1,000	2025	**0350**
1,000	-	1,000	-	1,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
5,000	10,000	54,000	2,000	12,000	2025	**0360**
5,000	9,000	52,000	2,000	12,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
15,000	36,000	84,500	2,000	22,000	2025	**Summe**
15,000	34,000	82,000	2,000	22,000	2024	
9,000	23,000	20,000	2,000	11,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 03	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A12	**A11**	**A10**	**A9**	**A9S**
0300	2025	13,000	8,000	8,000	-	3,000
	2024	12,000	7,500	8,000	-	3,000
	2023	11,000	7,500	8,000	-	3,000
0309	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	-	1,000	-	-
0350	2025	1,000	2,000	-	-	-
	2024	1,000	2,000	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0360	2025	14,000	14,000	4,000	1,000	-
	2024	14,000	14,000	4,000	1,000	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	28,000	24,000	12,000	1,000	3,000
	2024	27,000	23,500	12,000	1,000	3,000
	2023	12,000	7,500	9,000	-	3,000

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus-halts-	**Einzelplan 03**
A8	**Teilsumme**				jahr	
3,000	107,500				2025	**0300**
3,000	104,500				2024	
3,000	97,500				2023	
-	1,000				2025	**0309**
-	1,000				2024	
-	2,000				2023	
-	6,000				2025	**0350**
-	6,000				2024	
-	-				2023	
-	116,000				2025	**0360**
-	113,000				2024	
-	-				2023	
3,000	230,500				2025	**Summe**
3,000	224,500				2024	
3,000	99,500				2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 03	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
0300	2025	14,500	32,000	2,500	4,500	10,000
	2024	14,500	31,000	2,500	4,500	10,000
	2023	15,500	32,000	0,500	5,500	11,000
0309	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0350	2025	1,000	2,000	-	-	-
	2024	1,000	2,000	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0360	2025	-	5,000	-	2,000	3,000
	2024	-	5,000	-	2,000	3,000
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	15,500	39,000	2,500	6,500	13,000
	2024	15,500	38,000	2,500	6,500	13,000
	2023	15,500	32,000	0,500	5,500	11,000

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 03
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**	jahr	
12,000	14,500	2,000	20,500	2,000	2025	**0300**
12,000	14,500	2,000	20,500	2,000	2024	
10,000	9,700	6,000	21,000	2,000	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**0309**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	1,000	-	-	2025	**0350**
-	-	1,000	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	2,000	-	2025	**0360**
-	-	-	2,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
12,000	14,500	3,000	23,500	2,000	2025	**Summe**
12,000	14,500	3,000	23,500	2,000	2024	
10,000	9,700	6,000	21,000	2,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 03	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E6	**E5**	**E4**	**E3**	**Teilsumme**
0300	2025	23,110	6,500	5,000	1,000	150,110
	2024	23,110	6,500	5,000	1,000	149,110
	2023	23,110	6,500	6,000	1,000	149,810
0309	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
0350	2025	1,000	-	-	-	5,000
	2024	1,000	-	-	-	5,000
	2023	-	-	-	-	-
0360	2025	-	-	-	-	12,000
	2024	-	-	-	-	12,000
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	24,110	6,500	5,000	1,000	168,110
	2024	24,110	6,500	5,000	1,000	167,110
	2023	23,110	6,500	6,000	1,000	149,810

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 03
AT5	**AT2**	**AT1**	**Teilsumme**		jahr	
1,000	2,000	8,000	11,000		2025	**0300**
1,000	2,000	8,000	11,000		2024	
1,000	2,000	8,000	11,000		2023	
-	-	-	-		2025	**0309**
-	-	-	-		2024	
-	-	-	-		2023	
-	-	1,000	1,000		2025	**0350**
-	-	1,000	1,000		2024	
-	-	-	-		2023	
-	-	-	-		2025	**0360**
-	-	-	-		2024	
-	-	-	-		2023	
1,000	2,000	9,000	12,000		2025	**Summe**
1,000	2,000	9,000	12,000		2024	
1,000	2,000	8,000	11,000		2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 03	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt		
0300	2025	121,500	161,110	282,610		
	2024	118,500	160,110	278,610		
	2023	109,500	160,810	270,310		
0309	2025	1,000	1,000	2,000		
	2024	1,000	1,000	2,000		
	2023	2,000	-	2,000		
0350	2025	7,000	6,000	13,000		
	2024	7,000	6,000	13,000		
	2023	-	-	-		
0360	2025	124,000	12,000	136,000		
	2024	121,000	12,000	133,000		
	2023	-	-	-		
Summe	2025	253,500	180,110	433,610		
	2024	247,500	179,110	426,610		
	2023	111,500	160,810	272,310		

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 4

Einzelplan 25

Landesweite Maßnahmen des E-Governments

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	4 - 5
Kapitel 2500 Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung	4 - 11
Kapitel 2503 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	4 - 25
Kapitel 2505 Senatsverwaltung für Inneres und Sport	4 - 29
Kapitel 2506 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz	4 - 33
Kapitel 2507 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	4 - 37
Kapitel 2508 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	4 - 41
Kapitel 2509 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	4 - 45
Kapitel 2510 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	4 - 49
Kapitel 2511 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	4 - 53
Kapitel 2512 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	4 - 57
Kapitel 2513 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	4 - 61
Kapitel 2515 Senatsverwaltung für Finanzen	4 - 65
Kapitel 2531 Bezirksamt Mitte	4 - 69
Kapitel 2532 Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg	4 - 73
Kapitel 2533 Bezirksamt Pankow	4 - 77
Kapitel 2534 Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf	4 - 81
Kapitel 2535 Bezirksamt Spandau	4 - 85

	Band/Seite
Kapitel 2536 Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf	4 - 89
Kapitel 2537 Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg	4 - 93
Kapitel 2538 Bezirksamt Neukölln	4 - 97
Kapitel 2539 Bezirksamt Treptow-Köpenick	4 - 101
Kapitel 2540 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf	4 - 105
Kapitel 2541 Bezirksamt Lichtenberg	4 - 109
Kapitel 2542 Bezirksamt Reinickendorf	4 - 113
Kapitel 2552 Polizei Berlin	4 - 117
Kapitel 2554 Berliner Feuerwehr	4 - 127
Kapitel 2555 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten	4 - 131
Kapitel 2557 Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg	4 - 135
Kapitel 2558 Landesamt für Gesundheit und Soziales	4 - 139
Kapitel 2559 Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit	4 - 143
Kapitel 2560 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten	4 - 147
Kapitel 2561 Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin	4 - 151
Kapitel 2562 Landesverwaltungsamt	4 - 155
Kapitel 2563 Landesamt für Einwanderung	4 - 159
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	14

Landesweite Maßnahmen des E-Governments

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Finanzierung der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) wird in folgende Ausgabenblöcke unterschieden:
- Die Betriebsfinanzierung für die verfahrensunabhängige IKT (vu IKT – Maßnahmegruppe (MG) 31 z. B. IKT-Arbeitsplätze und IKT-Basisdienste) einerseits sowie die IT-Fachverfahren einschließlich ihrer verfahrensabhängigen IKT-Infrastruktur (va IKT - Maßnahmegruppe (MG) 32) andererseits.
- Die Projektfinanzierung für die Weiter- und Neuentwicklung von IKT-Basisdiensten und Fachverfahren.
- Migrationsprogramm für die stufenweise Betriebsübernahme der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur durch den zentralen IKT-Dienstleister, das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ).
- Die Anschubfinanzierungen zur weiteren Umsetzung des E-Government-Gesetzes Berlin (EGovG Bln).

Auf der Grundlage des § 21 Abs. 3 EGovG Bln werden daher seit dem Haushaltsjahr 2018 die Sachausgaben und die Investitionen für die verfahrensunabhängige IKT in der Berliner Verwaltung im Einzelplan 25 gebündelt.

Für folgende Bereiche bleibt es für den Haushalt 2024/2025 bei einem dezentralen Nachweis:

- Abgeordnetenhaus (Einzelplan 01)
- Verfassungsgerichtshof (Einzelplan 02)
- Sekretariat der Kultusministerkonferenz (Kapitel 0391)
- Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz (Einzelplan 06), mit Ausnahme des Stammhauses SenJustV, dessen vu IKT im Kapitel 2506 veranschlagt wird
- Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg (Kapitel 1141) und Arbeitsgericht (Kapitel 1142)
- Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz (Kapitel 1502)
- Rechnungshof (Einzelplan 20)
- Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit (Einzelplan 21)
- Beauftragte/Beauftragter für die Berliner Polizei und Bürgerbeauftragte/Bürgerbeauftragter (Einzelplan 22)
- Gemeinsames Krebsregister (Kapitel 0922)
- Betriebe nach § 26 LHO, Eigenbetriebe und nicht rechtsfähige Anstalten

Die Sachausgaben und Investitionen für IT-Fachverfahren werden unverändert in den Fachkapiteln nachgewiesen. Die Personalausgaben werden weiterhin in den Kapiteln nachgewiesen, denen die Stellen organisatorisch und personalwirtschaftlich zugeordnet sind. Zudem werden die zur zentralen Steuerung der IKT (Abschnitt 3 EGovG Bln) und der Geschäftsprozessoptimierung (§ 10 EGovG Bln) erforderlichen Mittel im Einzelplan 25 nachgewiesen.

Die Kapitelgliederung des Einzelplans folgt grundsätzlich der Struktur der Einzelpläne der Behörden.

Grobgliederung:

2500	Kopfkapitel		
2503 bis 2563	Behördenkapitel		
	Davon:	2503 bis 2515	Ressorts (Hauptverwaltung)
		2531 bis 2542	Bezirksverwaltung
		2552 bis 2563	Nachgeordnete Behörden und Einrichtungen mit relevanter Größe oder rechtlichen Besonderheiten

Kapitelgliederung im Einzelnen:

2500	Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung
2503	Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister
2505	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
2506	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz (Stammhaus)
2507	Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
2508	Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
2509	Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
2510	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
2511	Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
2512	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
2513	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
2515	Senatsverwaltung für Finanzen
2531	Bezirksamt Mitte
2532	Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg
2533	Bezirksamt Pankow
2534	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
2535	Bezirksamt Spandau

2536 Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf
2537 Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
2538 Bezirksamt Neukölln
2539 Bezirksamt Treptow-Köpenick
2540 Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
2541 Bezirksamt Lichtenberg
2542 Bezirksamt Reinickendorf
2552 Polizei Berlin
2554 Berliner Feuerwehr
2555 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
2557 Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg
2558 Landesamt für Gesundheit und Soziales
2559 Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit
2560 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
2561 Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin
2562 Landesverwaltungsamt
2563 Landesamt für Einwanderung

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel der Hauptgruppen 5 und 8 in den Kapiteln 2503 bis 2563 sind nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorschriften gegenseitig deckungsfähig.

Landesweite Maßnahmen des E-Governments

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**840.539,35**
11	Verwaltungseinnahmen	1.000	1.000	1.000	840.539,35
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**62.001.000**	**60.001.000**	**56.601.000**	**---**
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	62.001.000	60.001.000	56.601.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**62.002.000**	**60.002.000**	**56.602.000**	**840.539,35**
	Ausgaben				
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**277.075.100**	**280.519.500**	**249.094.900**	**171.905.729,89**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	277.075.100	280.519.500	249.094.900	171.905.729,89
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**7.657.000**	**7.238.000**	**3.408.000**	**3.817.984,14**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	6.264.000	6.676.000	3.408.000	3.817.984,14
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	1.085.000	251.000	---	---
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	308.000	311.000	---	---
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**33.138.000**	**30.727.000**	**24.398.000**	**25.349.808,38**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	33.138.000	30.727.000	24.398.000	25.349.808,38
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**---**
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	1.000	1.000	1.000	---
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	---	---	1.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**317.871.100**	**318.485.500**	**276.902.900**	**201.073.522,41**

Landesweite Maßnahmen des E-Governments

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**840.539,35**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	1.000	1.000	1.000	840.539,35
8	**Finanzwirtschaft**	**62.001.000**	**60.001.000**	**56.601.000**	**---**
85	Rücklagen	62.001.000	60.001.000	56.601.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**62.002.000**	**60.002.000**	**56.602.000**	**840.539,35**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**300.977.100**	**292.922.500**	**270.100.900**	**201.073.522,41**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	300.977.100	292.922.500	270.100.900	201.073.522,41
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**1.393.000**	**562.000**	**---**	**---**
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1.393.000	562.000	---	---
8	**Finanzwirtschaft**	**15.501.000**	**25.001.000**	**6.802.000**	**---**
85	Rücklagen	1.000	1.000	1.000	---
88	Globalposten	15.500.000	25.000.000	6.801.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**317.871.100**	**318.485.500**	**276.902.900**	**201.073.522,41**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Im Einzelplan 25 werden nur die eingerichteten Maßnahmegruppen 31 – Ausgaben für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) – und 32 – Ausgaben für die verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (va IKT) – verwendet. Das Kopfkapitel 2500 enthält darüber hinaus weitere notwendige Titel außerhalb der Maßnahmegruppen, z. B. Geschäftsprozessoptimierung.

Gemäß § 20 Abs. 2 Ziffer 3 EGovG Bln hat die IKT-Steuerung „die Wirtschaftlichkeit für die verfahrensunabhängige IKT und Kommunikationsinfrastruktur durch zentrale Mittelbemessung“ zu gewährleisten. Hiernach sind in der Maßnahmegruppe 31 für Bezirks- und Hauptverwaltung einheitliche Veranschlagungspreise auf Basis der Ergebnisse der Kostenrechnung festgelegt.

Für Behörden, die ihre verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur überwiegend mieten, ist ein jährlicher Veranschlagungspreis in Höhe von 1.790 Euro pro IT-Endgerät (in Fremdleistung) festgelegt. Für Behörden, die ihre verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur überwiegend durch eigene IKT-Serviceeinheiten erbringen, ist ein jährlicher Veranschlagungspreis in Höhe von 1.140 Euro pro IT-Endgerät (in Eigenleistung) festgelegt. Für Endgeräte der Telekommunikation (TK) ist ein Veranschlagungspreis in Höhe von 280 Euro pro TK-Endgerät (in Fremdleistung) und ein Veranschlagungspreis in Höhe von 220 Euro pro TK-Endgerät (in Eigenleistung) festgelegt.

Das Ergebnis der Multiplikation der anerkannten Anzahl von Endgeräten mit den Veranschlagungspreisen bildet die Veranschlagungsleitlinie für die Ausgaben der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Im Kapitel 2500 ist zudem eine gesonderte haushaltsmäßige Vorsorge für pauschale Mehrausgaben im Rahmen des Betriebs der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur veranschlagt.

Landesweite Maßnahmen des E-Governments

Übersicht Veranschlagungsleitlinie:

	Anzahl Endgeräte 2024	Veranschlagungsleitlinie 2024 in Euro	Ansatz 2024 in Euro	Anzahl Endgeräte 2025	Veranschlagungsleitlinie 2025 in Euro	Ansatz 2025 in Euro
Eigenleistung IT	13.275	15.133.500		12.367	14.098.380	
Fremdleistung IT	10.396	18.608.840		10.396	18.608.840	
Eigenleistung TK	2.313	508.860		2.403	528.660	
Fremdleistung TK	22.925	6.419.000		23.453	6.566.840	
Hauptverwaltung		**40.670.200**	**42.981.100**		**39.802.720**	**41.690.900**
Eigenleistung IT	33.010	37.631.400		31.240	35.613.600	
Fremdleistung IT	3.152	5.642.080		3.059	5.475.610	
Eigenleistung TK	44.715	9.837.300		45.663	10.045.860	
Fremdleistung TK	3.598	1.007.440		3.598	1.007.440	
Bezirksverwaltung		**54.118.220**	**52.757.500**		**52.142.510**	**51.487.500**
Eigenleistung IT	32.860	37.460.400		32.850	37.449.000	
Fremdleistung IT	3.194	5.717.260		3.009	5.386.110	
Eigenleistung TK	35.964	7.912.080		37.154	8.173.880	
Fremdleistung TK	5.209	1.458.520		5.259	1.472.520	
Sonstige Behörden		**52.548.260**	**51.520.000**		**52.481.510**	**51.174.700**
Eigenleistung IT	79.145	90.225.300		76.457	87.160.980	
Fremdleistung IT	16.742	29.968.180		16.464	29.470.560	
Eigenleistung TK	82.992	18.258.240		85.220	18.748.400	
Fremdleistung TK	31.732	8.884.960		32.310	9.046.800	
Insgesamt		**147.336.680**	**147.258.600**		**144.426.740**	**144.353.100**

D. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die zentrale Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) gem. Abschnitt 3 EGovG Bln und der Geschäftsprozessoptimierung gemäß § 10 EGovG Bln. Hierfür sind die Abteilungen V und VI des Regierenden Bürgermeisters von Berlin – Senatskanzlei mit folgenden Aufgabenbereichen zuständig:

Abteilung V (IKT-Steuerung, IKT-Haushalt, Strategische Planung, Digitalisierung der Verwaltung (Betriebsaufgaben):

A) Strategische Planung, Gremienbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit, Barrierefreiheit, IKT-Organisation und IKT-Haushalt
- Haushaltsplanung und IKT-Finanzierung Einzelplan 25, Haushaltswirtschaft, Anlagenbuchhaltung, IKT-Controlling, Vertragscontrolling

B) Verwaltungsdigitalisierung, E-Government, Dienstleistungskoordinierung und Verwaltungszugänge
- Weiterentwicklung ITDZ, Aufsicht über das ITDZ-Berlin und Berlin Online
- E-Government-Projekte und IKT-Basisdienste für E-Government
- IKT-Basisdienste, Verwaltungszugänge, Multikanalstrategie, Dienstleistungskoordinierung

C) Berliner IKT-Strategie, Steuerung IKT, IT-Fachverfahren und IKT-Arbeitsplatz
- Strategie Berliner Verwaltungs-IKT, IKT-Architektur, IKT-Architektur-Board
- Steuerung verfahrensabhängige IKT (va IKT), Steuerung IKT-Fachverfahren
- Steuerung verfahrensunabhängig IKT (vu IKT), Programm „OneIT@Berlin“ zur Zentralisierung des IKT-Betriebs

D) Landesbevollmächtigter für Informationssicherheit / Stabsstelle IKT-Sicherheit

Abteilung VI (Verwaltungsmodernisierung und -steuerung Digitalisierung der Verwaltung (Entwicklungsaufgaben):

A) Neue Verwaltungskultur, OZG-Koordinierung
- Transformationsmanagement, Digitale Akte, Digtialisierung des Posteingangs (DIP)
- OZG-Koordinierung, Landesweites Digitalisierungsmanagement, Geschäftsprozessmanagement
- Strategisches Datenmanagement, Registermodernisierung, OpenData

B) Grundsatzangelegenheiten E-Government-Recht, Personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten i.V. mit EGovG Bln, Neuordnung der Beziehungen Senat / Bezirke

C) Grundsatzangelegenheiten und gesamtstädtische Steuerung Bürgerdienste, Ordnungsämter
- strategische Steuerung Bürgerdienste
- Projekt: Bürgerämter 14 Tage, Programm Digitalisierung Bürgerdienste
- strategische Steuerung Ordnungsämter, zukunftsfähige Ordnungsämter

In dem Kapitel 2500 werden seit dem Haushaltsjahr 2018 die zentral erforderlichen Mittel zur Umsetzung des E-Governmentgesetzes Berlin (EGovG Bln) sowie des Onlinezugangsgesetzes des Bundes (OZG) mit folgenden Schwerpunkten nachgewiesen:

1. Einheitlicher, gesamtstädtischer und komfortabler Ausbau von Online-Zugängen und –Verfahren für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen
- Koordinierung Umsetzung Onlinezugangsgesetz (OZG)
- IKT-Basisdienste für E-Government (insbesondere Vermittlung und Auskunft, Digitaler Antrag, Service-Portal)
- Steuerung der Bürgerdienste und Ordnungsämter

2. Optimierung und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und Beschleunigung der Bearbeitung
- Landesweites Digitalisierungsmanagement sowie Koordination und Steuerung des Geschäftsprozessmanagements
- Interne IKT-Basisdienste für E-Government (insbesondere Digitale Akte, Digitaler Posteingang)
- Strategisches Datenmanagement, Registermodernisierung, OpenData

3. Standardisierung und Modernisierung der verfahrensunabhängigen IKT der Berliner Verwaltung
- IKT-Arbeitsplatz (insbesondere Umsetzung der One-Device-Strategie)
- Infrastruktur-Basisdienste (insbesondere Berliner Landesnetz)
- Zentralisierung des Betriebs der Informations- und Kommunikationstechnik im ITDZ Berlin
- Informationssicherheit
- Digitale Barrierefreiheit

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Zur Anschub- und Projektfinanzierung werden ergänzend Mittel aus dem Deckungskreis „Digitalisierung der Berliner Verwaltung“ des Sondervermögens „Infrastruktur Wachsende Stadt“ (SIWA) herangezogen.

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**840.539,35**
		Verschiedene Einnahmen, die sich im Laufe der Haushaltswirtschaft ergeben können.				
35903	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Entnahme aus der Kassenrücklage Verwaltungsreform und Digitale Akte.				
35940	**850**	**Entnahme aus der Rücklage "Absicherung des Betriebs der verfahrensunabhängigen IKT und zur Umsetzung des EGovG"**	**62.000.000**	**60.000.000**	**56.600.000**	**—**
		Entnahme aus der Rücklage „Absicherung des Betriebs der verfahrensunabhängigen IKT und zur Umsetzung des EGovG“.				
		Gesamteinnahmen	**62.002.000**	**60.002.000**	**56.602.000**	**840.539,35**
		Prozentuale Veränderung	**9,5 %**	**-3,2 %**		
		Ausgaben				
51112	**012**	**Migrationsreadiness**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51113	**012**	**Anschluss an das Berliner Landesnetz**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51161	**012**	**IKT-Basisdienste für E-Government als Bausteine in fachverfahrensorientierten Online-Prozessen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51162	**012**	**IKT-Basisdienste für Verwaltungszugänge zum elektronischen, telefonischen und persönlichen Verwaltungskontakt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51163	**011**	**Dienstleistungen für die landesweite elektronische Aktenführung (E-Akte)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51164	**012**	**IKT-Basisdienste für Infrastruktur und IKT-Arbeitsplatz**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51165	**012**	**IKT-Basisdienste für Informationssicherheit**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**766.000**	**192.000**	**176.000**	**216.322,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**960.000**	**960.000**		
		Davon fällig 2025	**192.000**			
		Davon fällig 2026	**192.000**	**192.000**		
		Davon fällig 2027	**192.000**	**192.000**		
		Davon fällig 2028	**192.000**	**192.000**		
		Davon fällig 2029	**192.000**	**192.000**		
		Davon fällig 2030		**192.000**		

Zum einen für die externe Kommunikation insbesondere zum Zweck des Imageaufbaus der digitalen Hauptstadtverwaltung und zum anderen für die interne Kommunikation zur Vorbereitung und Begleitung der digitalen Veränderungen im Arbeitsalltag der Beschäftigten.

Mehr aufgrund der gestiegenen Anforderungen an Informationsflüsse.

53105	**011**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**8.300**	**5.200**	**5.100**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.200**	**5.200**		
		Davon fällig 2025	**5.200**			
		Davon fällig 2026	**—**	**5.200**		

Teilnahme unter anderem an Messen und Kongressen im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit für die IKT-Steuerung und im Rahmen der Umsetzung des E-Government-Gesetzes Berlin.

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**785.000**	**785.000**	**175.000**	**10.200,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.925.000**	**3.925.000**		
		Davon fällig 2025	**785.000**			
		Davon fällig 2026	**785.000**	**785.000**		
		Davon fällig 2027	**785.000**	**785.000**		
		Davon fällig 2028	**785.000**	**785.000**		
		Davon fällig 2029	**785.000**	**785.000**		
		Davon fällig 2030		**785.000**		

250.000 € wurden bisher bei 2500/54803 nachgewiesen.

Ausgaben für zentrale Maßnahmen zur Geschäftsprozessoptimierung nach dem EGovG Bln, insbesondere für Bürgerdienstleistungen einschließlich "Sprint-Programme" (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik).

54010 (neu)	**011**	**Dienstleistungen**	**1.600.000**	**1.000.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2029	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2030		**1.000.000**		

800.000 € wurden bisher bei 1230/54010 nachgewiesen

800.000 € wurden bisher bei 1350/54010 nachgewiesen.

Dienstleistungen in Ausgestaltung der Rolle des Chief Digital Officer (CDO):

		2024	2025
1.	Umsetzung der Open Data Verordnung.....	800.000 €	800.000 €
2.	Berliner Data Hub	800.000 €	200.000 €
	Summe.....	1.600.000 €	1.000.000 €

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**011**	**Veranstaltungen**	**352.000**	**252.000**	**210.000**	**467,72**
		Verpflichtungsermächtigung	**252.000**	**252.000**		
		Davon fällig 2025	**252.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**252.000**		

Ausrichtung des Verwaltungskongresses Berlin, der Digitalwerkstatt (ehemals Hackathon) für digitale Bürgerservices und Verwaltungsdienstleistungen im Land Berlin (gem. Beschluss des AGH 18/0721 vom 11.01.2018) sowie weiterer Veranstaltungen u. a. zur Umsetzung des EGovG Bln.

54614 (neu)	**011**	**WLAN-Initiativen des Senats**	**800.000**	**250.000**	**2.105.000**	**11.984,51**
		Wurde bislang bei 0500/54614 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.600.000**	**1.600.000**		
		Davon fällig 2025	**250.000**			
		Davon fällig 2026	**300.000**	**250.000**		
		Davon fällig 2027	**350.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2028	**350.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2029	**350.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2030		**350.000**		

Beschaffung und Herstellung eines Regelbetriebs Public WLAN nach Auslaufen des Pilotprojekts „Free Wifi Berlin“; Bereitstellung eines kostenfrei nutzbaren WLAN an ausgewählten Standorten wie z. B. im Innenbereich von öffentlichen Gebäuden, in öffentlichen Außenbereichen von besonderer Relevanz sowie für besondere Zielgruppen.

54803	**880**	**Pauschale Mehrausgaben für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
63207	**011**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**6.264.000**	**6.676.000**	**3.408.000**	**3.817.984,14**

Anteil des Landes Berlin an den bundesweiten Maßnahmen zur Digitalisierung des IT-Planungsrats

68569 (neu)	**680**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**1.085.000**	**251.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.255.000**	**1.255.000**		
		Davon fällig 2025	**251.000**			
		Davon fällig 2026	**251.000**	**251.000**		
		Davon fällig 2027	**251.000**	**251.000**		
		Davon fällig 2028	**251.000**	**251.000**		
		Davon fällig 2029	**251.000**	**251.000**		
		Davon fällig 2030		**251.000**		

83.800 € wurden bisher bei 1350/54010 nachgewiesen.

Vernetzungsaktivitäten in Ausgestaltung der Rolle des Chief Digital Officer (CDO):

		2024	2025
1.	Mitgliedschaft und Förderung des GovTech Campus Deutschland e.V.	84.880 €	1.000 €
2.	Errichtung Govtech Campus Berlin (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik)	1.000.000 €	250.000 €
	Summe	1.084.880 €	251.000 €
	Summe rd.	1.085.000 €	251.000 €

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
69806 (neu)	**680**	**Innovationsförderung**	**308.000**	**311.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.555.000**	**1.555.000**		
		Davon fällig 2025	**311.000**			
		Davon fällig 2026	**311.000**	**311.000**		
		Davon fällig 2027	**311.000**	**311.000**		
		Davon fällig 2028	**311.000**	**311.000**		
		Davon fällig 2029	**311.000**	**311.000**		
		Davon fällig 2030		**311.000**		

308.000 € (2024) / 311.000 € (2025) wurden bisher bei 1350/69806 nachgewiesen.

Open Data Informationsstelle

81263	**012**	**Lizenzerwerb für den landesweiten Basisdienst E-Akte**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
91903	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO (u. a. Verwaltungsreform und Digitale Akte).

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51112	**012**	**Migrationsreadiness**	**1.000**	**1.000**	**1.000.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Pauschale Mehrbedarfe für Gebäudetechnik, bauliche Infrastruktur und Systemtechnik (verfahrensunabhängige IKT).

51113	**012**	**Anschluss an das Berliner Landesnetz**	**36.200.000**	**32.200.000**	**24.239.000**	**11.046.767,66**
		Verpflichtungsermächtigung	**176.830.000**	**176.830.000**		
		Davon fällig 2025	**32.200.000**			
		Davon fällig 2026	**35.040.000**	**32.200.000**		
		Davon fällig 2027	**36.530.000**	**35.040.000**		
		Davon fällig 2028	**36.530.000**	**36.530.000**		
		Davon fällig 2029	**36.530.000**	**36.530.000**		
		Davon fällig 2030		**36.530.000**		

Mittel für Standardnetzzugänge sowie Neubau und Betrieb von Lichtwellenleitern und Kabelkanalanlagen.

		2024	2025
1.	Betrieb des Berliner Landesnetzes (BeLa).....	26.200.000 €	28.240.000 €
2.	Betriebskosten der Systeme zur Eindringenserkennung und Eindringensverhinderung (IDS / IPS = Intrusion Detection System / Intrusion Protection System) auf Ebene der Standardnetzzugänge für ein hohes gemeinsames Informationssicherheitsniveau (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik)	10.000.000 €	3.960.000 €
	Summe.....	36.200.000 €	32.200.000 €

Mehr insbesondere aufgrund der Maßnahmen zur Umsetzung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**200.000**	**200.000**	**550.000**	**19.682,32**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2029	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2030		**200.000**		

Ausgaben für die vu IKT im Zusammenhang mit IKT-Basisdiensten.

51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**7.155.000**	**6.453.000**	**21.088.000**	**12.858.335,24**
		Verpflichtungsermächtigung	**19.769.000**	**19.769.000**		
		Davon fällig 2025	**6.049.000**			
		Davon fällig 2026	**3.940.000**	**6.049.000**		
		Davon fällig 2027	**3.260.000**	**3.940.000**		
		Davon fällig 2028	**3.260.000**	**3.260.000**		
		Davon fällig 2029	**3.260.000**	**3.260.000**		
		Davon fällig 2030		**3.260.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	392.000 €	404.000 €	0 €

Zentral finanzierte verfahrensunabhängige Maßnahmen zur Umsetzung des EGovG Bln:

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

		2024	2025
1.	Projektmittel StS IKT / CDO	100.000 €	100.000 €
2.	Etablierung Struktur Chief Digital Officer (CDO) Land Berlin	150.000 €	150.000 €
3.	IKT-Benchmarking	250.000 €	250.000 €
4.	Programmmanagement der Zentralisierung des IKT-Betriebs im Programm „OneIT@Berlin“ (ehemals Migrationsprogramm)	4.000.000 €	4.000.000 €
5.	Überwachungsstelle Barrierefreiheit	420.000 €	420.000 €
6.	Umsetzung der Technischen Richtlinie Notrufverbindungen (TR – Notruf 2.0) gem. § 108 Absatz 4 Telekommunikationsgesetz (TKG)	100.000 €	100.000 €
7.	Weiterentwicklung ITDZ Berlin	500.000 €	500.000 €
8.	Beratung und Information der Behörden zu IKT-Fachkräften und IKT-Organisation (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik)	129.160 €	150.000 €
9.	Prüfung der Gründung eines zusätzlichen IT-Dienstleisters (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik)	500.000 €	0 €
10.	Schaffen von Handlungs- und Planungsgrundlagen zur Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes im Land Berlin (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik)	450.000 €	450.000 €
11.	Projekt Neuordnung der Beziehungen zwischen Senat und Bezirken (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik)	50.000 €	50.000 €
12.	Sonstige Dienstleistungen für die vu IKT	505.810 €	482.560 €
	Summe	7.154.970 €	6.452.560 €
	Summe rd.	7.155.000 €	6.453.000 €

51161	**012**	**IKT-Basisdienste für E-Government als Bausteine in fachverfahrensorientierten Online-Prozessen**	**11.791.000**	**11.159.000**	**10.789.000**	**7.225.751,92**
		Verpflichtungsermächtigung	**56.421.000**	**56.421.000**		
		Davon fällig 2025	**11.001.000**			
		Davon fällig 2026	**11.271.000**	**11.001.000**		
		Davon fällig 2027	**11.383.000**	**11.271.000**		
		Davon fällig 2028	**11.383.000**	**11.383.000**		
		Davon fällig 2029	**11.383.000**	**11.383.000**		
		Davon fällig 2030		**11.383.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.183.000 €	158.500 €	0 €

Ausgaben für zentral finanzierte IKT-Basisdienste für E-Government:

		2024	2025
1.	IKT-Basisdienst E-Payment	739.000 €	739.000 €
2.	IKT-Basisdienst Service-Konto Berlin	2.164.470 €	1.307.580 €
3.	IKT-Basisdienst Digitaler Antrag	5.100.000 €	5.200.000 €
4.	IKT-Basisdienst De-Mail	190.000 €	208.000 €
5.	IKT-Basisdienst eID	599.000 €	615.000 €
6.	IKT-Basisdienst E-Signatur und -Siegel	1.250.000 €	1.250.000 €
7.	Überlassung Governikus-Module und Betrieb der Governikus-Infrastruktur	1.125.710 €	1.166.430 €
8.	IKT-Basisdienste zur sicheren und datenschutzgerechten Umsetzung der elektronischen Verwaltungskommunikation (Elektronisches Behördenpostfach, Virtuelle Poststelle und Transportschnittstellen zu Fachverfahren)	663.000 €	673.000 €
	Summe	11.791.180 €	11.159.010 €
	Summe rd.	11.791.000 €	11.159.000 €

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51162	**012**	**IKT-Basisdienste für Verwaltungszugänge zum elektronischen, telefonischen und persönlichen Verwaltungskontakt**	**25.476.000**	**27.027.000**	**23.744.000**	**19.945.892,74**
		Verpflichtungsermächtigung	**134.984.000**	**134.984.000**		
		Davon fällig 2025	**26.318.000**			
		Davon fällig 2026	**26.265.000**	**26.318.000**		
		Davon fällig 2027	**27.401.000**	**26.265.000**		
		Davon fällig 2028	**27.500.000**	**27.401.000**		
		Davon fällig 2029	**27.500.000**	**27.500.000**		
		Davon fällig 2030		**27.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	689.100 €	709.800 €	195.100 €

Zentral finanzierte IKT-Basisdienste für Verwaltungszugänge zur Umsetzung des EGovG Bln:

		2024	2025
1.	IKT-Basisdienst Vermittlung und Auskunft (Bürgertelefon 115)	20.654.820 €	21.687.560 €
2.	IKT-Basisdienst Zeitmanagementsystem (ZMS).....	932.500 €	950.500 €
3.	IKT-Basisdienst Online-Zugänge	423.000 €	423.000 €
4.	Umsetzung der Multikanalstrategie für die Zugangskanäle zu Verwaltungsdienstleistungen (inkl. Bürgerterminals)	1.000.000 €	1.500.000 €
5.	Besonderes elektronisches Behördenpostfach (beBPo).....	1.120.000 €	1.120.000 €
6.	Berlin App	1.000.000 €	1.000.000 €
7.	Einsatz des Deutschen Verwaltungsdiensteverzeichnisses (DVDV) in Berlin	346.000 €	346.000 €
	Summe.....	25.476.320 €	27.027.060 €
	Summe rd.	25.476.000 €	27.027.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51163	**011**	**Dienstleistungen für die landesweite elektronische Aktenführung (E-Akte)**	**36.297.000**	**39.047.000**	**35.050.000**	**14.233.077,54**
		Verpflichtungsermächtigung	**179.543.000**	**179.543.000**		
		Davon fällig 2025	**37.547.000**			
		Davon fällig 2026	**36.354.000**	**37.547.000**		
		Davon fällig 2027	**35.214.000**	**36.354.000**		
		Davon fällig 2028	**35.214.000**	**35.214.000**		
		Davon fällig 2029	**35.214.000**	**35.214.000**		
		Davon fällig 2030		**35.214.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 81263 und 51163 sind nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorschriften gegenseitig deckungsfähig.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	32.500.000 €	1.500.000 €	0 €

Dienstleistungen zum weiteren Rollout (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik) und Betrieb des landesweiten Basisdienstes „Digitale Akte“ (u. a. Betriebskosten) einschließlich der Digitalisierung des Posteingangs.

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51164	**012**	**IKT-Basisdienste für Infrastruktur und IKT-Arbeitsplatz**	**10.727.000**	**7.533.000**	**5.705.000**	**3.471.416,12**
		Verpflichtungsermächtigung	**37.265.000**	**37.265.000**		
		Davon fällig 2025	**7.533.000**			
		Davon fällig 2026	**8.525.000**	**7.533.000**		
		Davon fällig 2027	**7.069.000**	**8.525.000**		
		Davon fällig 2028	**7.069.000**	**7.069.000**		
		Davon fällig 2029	**7.069.000**	**7.069.000**		
		Davon fällig 2030		**7.069.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	3.181.000 €	0 €	0 €

Zentral finanzierte IKT-Basisdienste für Infrastruktur und IKT-Arbeitsplatz zur Umsetzung des EGovG Bln:

		2024	2025
1.	Weiterentwicklung IKT-Arbeitsplatz (einschl. mobiles Arbeiten) .	2.900.000 €	2.134.100 €
2.	IKT-Basisdienst für Videokonferenzsysteme und digitale Kollaboration (einschließlich Verfahren OfficeNet).....	2.076.000 €	1.376.000 €
3.	OpenSource- und Cloudstrategie (einschl. Konzept Berlin-PC Open Source)	2.370.000 €	902.500 €
4.	Berlineinheitlicher Verzeichnisdienst (Nutzendenverwaltung)	3.180.580 €	2.920.000 €
5.	Einführung von KI-gestützter Entlastungsmaßnahmen (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik).....	200.000 €	200.000 €
	Summe.....	10.726.580 €	7.532.600 €
	Summe rd.	10.727.000 €	7.533.000 €

Mehr aufgrund Weiterentwicklung der Konzepte und Ausbau der IKT-Basisdienste.

51165	**012**	**IKT-Basisdienste für Informationssicherheit**	**12.111.000**	**13.219.000**	**9.305.000**	**5.454.541,05**
		Verpflichtungsermächtigung	**67.010.000**	**67.010.000**		
		Davon fällig 2025	**11.953.000**			
		Davon fällig 2026	**13.330.000**	**11.953.000**		
		Davon fällig 2027	**13.909.000**	**13.330.000**		
		Davon fällig 2028	**13.909.000**	**13.909.000**		
		Davon fällig 2029	**13.909.000**	**13.909.000**		
		Davon fällig 2030		**13.909.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.575.000 €	1.266.000 €	400.000 €

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	

Zentral finanzierte IKT-Basisdienste für Informationssicherheit zur Umsetzung des EGovG Bln:

		2024	2025
1.	IKT-Basisdienst Sicherheit und Datenschutz	2.491.710 €	2.491.710 €
2.	Zentrale Bereitstellung von Werkzeugen zur Gewährleistung der landesweiten Informationssicherheit	285.500 €	289.900 €
3.	IKT-Basisdienst “Verschlüsselung” – Public Key Infrastructure (PKI)	404.750 €	2.484.000 €
4.	Landesweite Sensibilisierung der Beschäftigten für Informationssicherheit (Awareness) und Durchführung von Informationssicherheitsübungen	426.000 €	426.000 €
5.	Cyber Defense Center Landesverwaltung (CDC-LV)	5.711.530 €	5.882.820 €
6.	Sonstige Maßnahmen zu Datenschutz und Informationssicherheit	340.000 €	330.000 €
7.	Maßnahmen zum technischen Schutz der Landesinfrastruktur, insbesondere proaktive DDos Abwehr	452.000 €	465.000 €
8.	Umsetzung der EU NIS-2-Richtlinie (RL (EU) 2022/2555) über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Informationssicherheitsniveau (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik) insbesondere im Rahmen der IKT-Basisdienste für Informationssicherheit	2.000.000 €	850.000 €
	Summe	12.111.490 €	13.219.430 €
	Summe rd.	12.111.000 €	13.219.000 €

Mehr insbesondere aufgrund Umsetzung der EU NIS-2-Richtlinie.

54803	**880**	**Pauschale Mehrausgaben für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.500.000**	**25.000.000**	**6.800.000**	**—**

250.000 € werden künftig bei 2500/54003 nachgewiesen.

Pauschale Mehrausgaben für die verfahrensunabhängige IKT – insbesondere:

		2024	2025
1.	Differenz Preis IKT-Arbeitsplatz zu Veranschlagung Bestand	9.000.000 €	8.500.000 €
2.	Differenz Preis IKT-Arbeitsplatz zu Veranschlagung künftig	4.500.000 €	14.500.000 €
3.	Mehrbedarfe im Zuge der Anpassung an die IKT-Architektur, der Dienstkräfteanmeldung sowie Umsetzung der One-Device-Strategie	2.000.000 €	2.000.000 €
	Summe	15.500.000 €	25.000.000 €

Mehr aufgrund steigender Betriebskosten sowie beschleunigter Zentralisierung des IKT-Betriebs über das Programm „OneIT@Berlin“.

81263	**012**	**Lizenzerwerb für den landesweiten Basisdienst E-Akte**	**200.000**	**200.000**	**800.000**	**6.152.813,25**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2029	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2030		**200.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 81263 und 51163 sind nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorschriften gegenseitig deckungsfähig.

Erwerb von Lizenzen und Einführung (Rollout) des landesweiten Basisdienstes "Digitale Akte". Dies erfolgt im Zuge der Umsetzung des § 7 EGovG Bln und der damit einhergehenden Verpflichtung der Berliner Verwaltung, landesweit zur elektronischen Vorgangsbearbeitung und Aktenführung überzugehen.

Weniger aufgrund des Übergangs in die Betriebsphase.

		Summe Maßnahmegruppe 31	**155.658.000**	**162.039.000**	**139.070.000**	**80.408.277,84**

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**220.000**	**120.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**120.000**			
		Davon fällig 2026	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2027	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2028	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2029	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2030		**120.000**		

Ausgaben für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die va IKT; Anschubfinanzierung für mobile Bürgeramts-Einheiten (gemäß Richtlinien der Regierungspolitik).

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**2.765.000**	**2.250.000**	**2.975.000**	**625.631,33**
		Verpflichtungsermächtigung	**10.750.000**	**10.750.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**2.250.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2028	**2.250.000**	**2.250.000**		
		Davon fällig 2029	**2.250.000**	**2.250.000**		
		Davon fällig 2030		**2.250.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	250.000 €	250.000 €	250.000 €

Zentral finanzierte verfahrensabhängige Maßnahmen zur Umsetzung des EGovG Bln:

		2024	2025
1.	Digitalisierung Bürgerdienste (Ausstattung neuer Standorte, Dokumentenprüfgeräte)	800.000 €	800.000 €
2.	Umfassendes Berichts- und Controllingssystem	360.000 €	260.000 €
3.	Projektmanagementplattform Berlin (ProMaP), Digitalisierungs-Dashboard	700.000 €	500.000 €
4.	Prozessmodellierungssoftware (ADONIS NP)	250.000 €	250.000 €
5.	Unterstützung von IT-Fachverfahren bei deren Anbindung an eGovernment-Dienste (u. a. „Low Code“-Plattform für Ersatz von Kleinstverfahren)	555.000 €	340.000 €
6.	Projektmittel StS IKT/CDO	100.000 €	100.000 €
	Summe	2.765.000 €	2.250.000 €

Summe Maßnahmegruppe 32	**2.985.000**	**2.370.000**	**2.976.000**	**625.631,33**
Gesamtausgaben	**170.612.300**	**174.132.200**	**148.127.100**	**85.090.867,54**
Prozentuale Veränderung	**15,2 %**	**2,1 %**		

Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2500				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	1.000	840.539,35
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	62.001.000	60.001.000	56.601.000	—
		Gesamteinnahmen	62.002.000	60.002.000	56.602.000	840.539,35
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	162.754.300	166.693.200	143.917.100	75.120.070,15
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.657.000	7.238.000	3.408.000	3.817.984,14
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	200.000	200.000	800.000	6.152.813,25
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	1.000	1.000	2.000	—
		Gesamtausgaben	170.612.300	174.132.200	148.127.100	85.090.867,54
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-108.610.300	-114.130.200	-91.525.100	-84.250.328,19

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	473	---	539.220 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	109	---	195.110 €	---
Summe IT	---	582	---	734.330 €	---
Eigenleistung TK	220 €	257	---	56.540 €	---
Fremdleistung TK	280 €	532	---	148.960 €	---
Summe TK	---	789	---	205.500 €	---
Gesamt	---	---	864.734 €	939.830 €	1.323.800 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	475	---	541.500 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	109	---	195.110 €	---
Summe IT	---	584	---	736.610 €	---
Eigenleistung TK	220 €	257	---	56.540 €	---
Fremdleistung TK	280 €	532	---	148.960 €	---
Summe TK	---	789	---	205.500 €	---
Gesamt	---	---	864.734 €	942.110 €	1.393.800 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) sowie dem Neuzuschnitt des Ressorts.

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.500**	**1.500**	**1.200**	**—**
		Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 03 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.				

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**105.000**	**150.000**	**110.000**	**42.463,21**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

davon insbesondere

	2024	2025
Erneuerung Hardware (PC, Notebooks und Peripheriegeräte)	75.000 €	125.000 €
Neu- und Ersatzbeschaffungen von Mobiltelefonen, Tablets sowie anderen Einzelbeschaffungen	30.000 €	25.000 €
Summe	105.000 €	150.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**201.000**	**201.000**	**87.000**	**104.615,01**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Anschluss an das Berliner Landesnetz (Standardnetzzugang)	186.000 €	186.000 €
Sonstige nicht vom Betriebsvertrag Berliner Landesnetz abgedeckte Fernübertragung	15.000 €	15.000 €
Summe	201.000 €	201.000 €

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**736.000**	**736.000**	**339.000**	**573.135,81**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**200.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	148.000 €	0 €	0 €

	2024	2025
Betreuung der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur durch das ITDZ	481.000 €	481.000 €
Lizenzierung Produkte Microsoft (Enterprise-Agreement)	150.000 €	150.000 €
Sonstige Dienstleistungen	65.000 €	65.000 €
Mobilfunk	40.000 €	40.000 €
Summe	736.000 €	736.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**8.000**	**8.000**	**16.000**	**702,97**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 03 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**60.300**	**60.300**	**65.000**	**52.314,40**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete für Multifunktionsgeräte und Großdrucktechnik via ITDZ	60.300 €	60.300 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**40.000**	**58.016,25**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
ISMS und Fortschreibung standortbezogener Sicherheits- und Notfallkonzepte sowie Sensibilisierungsmaßnahmen	50.000 €	50.000 €

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**145.000**	**170.000**	**135.000**	**33.127,10**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erneuerung Servertechnik	75.000 €	75.000 €
Erneuerung/Erweiterung Präsentationstechnik/Videoendpunkte	10.000 €	10.000 €
Erneuerung Netzwerkkomponenten	10.000 €	10.000 €
Zentrale Komponente (On Premise Videokonferenz Gateway)	0 €	50.000 €
Erneuerung Sicherheitskomponenten (Firewall, USV etc.)	50.000 €	25.000 €
Summe	145.000 €	170.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**1.323.800**	**1.393.800**	**810.200**	**864.374,75**
Gesamtausgaben	**1.323.800**	**1.393.800**	**810.200**	**864.374,75**
Prozentuale Veränderung	**63,4 %**	**5,3 %**		

Abschluss Kapitel 2503

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.178.800**	**1.223.800**	**675.200**	**831.247,65**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**145.000**	**170.000**	**135.000**	**33.127,10**
	Gesamtausgaben	**1.323.800**	**1.393.800**	**810.200**	**864.374,75**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.323.800**	**-1.393.800**	**-810.200**	**-864.374,75**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	15	---	17.100 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	724	---	1.295.960 €	---
Summe IT	---	739	---	1.313.060 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.307	---	365.960 €	---
Summe TK	---	1.307	---	365.960 €	---
Gesamt	---	---	3.684.400 €	1.679.020 €	1.698.200 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	15	---	17.100 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	724	---	1.295.960 €	---
Summe IT	---	739	---	1.313.060 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.385	---	387.800 €	---
Summe TK	---	1.385	---	387.800 €	---
Gesamt	---	---	3.684.400 €	1.700.860 €	1.720.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) sowie dem Neuzuschnitt des Ressorts.

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die niedrigeren Ansätze gegenüber dem Ist 2022 sind darin begründet, dass für das Veranschlagungsmodell überschreitende Bedarfe an zentraler Stelle (2500/54803) Vorsorge getroffen wird.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.200**	**22.000**	**26.000**	**18.743,67**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 05 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z.B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**25.000**	**54.000**	**260.766,81**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatzbeschaffung und Neuausstattungen (Tablets, Smartphones, Head-Sets, PC)	10.000 €	20.000 €
Ausstattung für den Standort Klosterstraße 59	5.000 €	5.000 €
Summe	15.000 €	25.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**218.000**	**218.000**	**284.000**	**505.193,56**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	158.600 €	158.600 €	196.800 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024	2025
Standardnetzzugang Standorte SenInnDS (Stammhaus Klosterstraße 47, zentrale Sportstätten, Außenstellen)	118.500 €	118.500 €
Sonstige nicht vom Betriebsvertrag Berliner Landesnetz (BeLa) abdeckte Datenfernübertragung (Mobile Zugänge Heimarbeit, Blackberry-Zugänge)	69.500 €	69.500 €
WLAN	30.000 €	30.000 €
Summe	218.000 €	218.000 €

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.233.000**	**1.243.000**	**2.163.000**	**2.488.100,81**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	201.040 €	201.040 €	178.520 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024	2025
Dienstleistungsvertrag Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur mit dem ITDZ Berlin an den Standorten des Ressorts	1.111.000 €	1.121.000 €
Betrieb IKT-Infrastruktur außerhalb des Dienstleistungsvertrages (z. B. besondere Anforderungen, weitere Software-Lizenzen, Anbindung mobile Endgeräte, Wartung/Pflege WLAN)	122.000 €	122.000 €
Summe	1.233.000 €	1.243.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**44.000**	**5.191,58**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 05 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**60.000**	**60.000**	**102.000**	**53.688,11**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**125.197,53**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**21.500**	**6.690,75**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

Hier insbesondere Schulungen, Kongresse und Zertifikate Bereich IKT-Sicherheit.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erstellung und Fortschreibung standortbezogener Sicherheitskonzepte	25.000 €	25.000 €

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**30.000**	**220.785,67**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ertüchtigung Sitzungsräume	100.000 €	100.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**1.698.200**	**1.720.000**	**2.751.500**	**3.684.358,49**
Gesamtausgaben	**1.698.200**	**1.720.000**	**2.751.500**	**3.684.358,49**
Prozentuale Veränderung	**-38,3 %**	**1,3 %**		

Abschluss Kapitel 2505

511-549 **Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.598.200**	**1.620.000**	**2.721.500**	**3.463.572,82**
811-899 **Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**100.000**	**100.000**	**30.000**	**220.785,67**
Gesamtausgaben	**1.698.200**	**1.720.000**	**2.751.500**	**3.684.358,49**
Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.698.200**	**-1.720.000**	**-2.751.500**	**-3.684.358,49**

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	686	---	782.040 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	686	---	782.040 €	---
Eigenleistung TK	220 €	51	---	11.220 €	---
Fremdleistung TK	280 €	447	---	125.160 €	---
Summe TK	---	498	---	136.380 €	---
Gesamt	---	---	1.366.300 €	918.420 €	1.624.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	686	---	782.040 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	686	---	782.040 €	---
Eigenleistung TK	220 €	51	---	11.220 €	---
Fremdleistung TK	280 €	447	---	125.160 €	---
Summe TK	---	498	---	136.380 €	---
Gesamt	---	---	1.366.300 €	918.420 €	1.736.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) sowie dem Neuzuschnitt des Ressorts.

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**2.558,50**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 06 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**64.000**	**55.000**	**45.000**	**10.276,42**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Standardausgaben IT, Geräte und Ausstattung	24.000 €	15.000 €
IT-Serverinfrastruktur, Backup, Storage	10.000 €	10.000 €
Neubeschaffung APCs	20.000 €	20.000 €
Neubeschaffung Monitore	10.000 €	10.000 €
Summe	64.000 €	55.000 €

Neu- und Ersatzbeschaffungen, Wartung und Instandsetzung von Geräten und Netzkomponenten.

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**89.000**	**89.000**	**135.000**	**87.452,90**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standleitung/externe Anbindung (Kosten für Campus-Anbindung SenJustV 10GBit an BeLa und sonstige DFÜ-Leistungen, DS-Anbindung Senatorenbüro, Krisenstabraum und Zusatzdienste)	80.000 €	80.000 €
Externe Server, Zertifikate, WAF Justiz	4.000 €	4.000 €
Datenschleuse	5.000 €	5.000 €
Summe	89.000 €	89.000 €

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**821.000**	**862.000**	**699.000**	**786.495,83**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**200.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	70.000 €	40.000 €	120.000 €

	2024	2025
IT-Serverinfrastruktur (Service, Wartung, Support)	150.000 €	150.000 €
Microsoft Enterprise Agreement (Lizenzen)	208.000 €	208.000 €
Serververwaltungssoftware inklusive Backup (Lizenzen und Pflege)	32.000 €	32.000 €
GroupWare/Exchange	20.000 €	20.000 €
Ertüchtigung Wiring Center/Serverraum	15.000 €	15.000 €
Perimeter/Absicherung externe Anbindung	30.000 €	30.000 €
IT-Infrastruktur für mobiles Arbeiten	25.000 €	25.000 €
Wartung USV	6.000 €	8.000 €
Managed LAN Ombudsstelle	14.000 €	14.000 €
TK-Anlage und Carrier-Gebühren	210.000 €	210.000 €
Anti-Spam-/Anti-Viren-System	6.000 €	6.000 €
VPN-Zugänge (G/On) für alle Mitarbeitende	80.000 €	80.000 €
Mobile Device Management	25.000 €	25.000 €
Kosten für Blackberry	-- €	30.000 €
Softwareverteilung und Support	-- €	6.000 €
Verschlüsselungssoftware (Lizenz und Wartung)	-- €	3.000 €
Summe	821.000 €	862.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für den Neuabschluss eines Vertrages für die Telefonanlage sowie für den Neuabschluss eines Microsoft Enterprise Agreement Vertrages ab 2024.

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**35.000**	**35.000**	**30.000**	**25.276,97**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 06 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**12.000**	**12.000**	**32.000**	**9.856,44**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete für Multifunktionsgeräte und Großdrucktechnik via ITDZ	12.000 €	12.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**30.000**	**11.971,40**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Merkansatz: Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**540.000**	**620.000**	**428.000**	**432.362,92**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
IT-Serverinfrastruktur/Storage/Backup (Erweiterung, Hardware)	52.000 €	52.000 €
Neubeschaffung/Reinvestition APCs	120.000 €	120.000 €
Neubeschaffung/Reinvestition Monitore	70.000 €	70.000 €
Aktive Netzwerkkomponenten (Austausch, Erneuerung, Erweiterung)	70.000 €	170.000 €
Passive Netzwerkkomponenten	10.000 €	10.000 €
Anbindung weiterer Standorte	30.000 €	30.000 €
Ertüchtigung WiringCenter/Serverraum (Klima, USV, Serverracks)	20.000 €	20.000 €
Perimeter/Absicherung externe Anbindung	20.000 €	20.000 €
IT-Infrastruktur für mobiles Arbeiten/virtuelle Arbeitsplätze	68.000 €	68.000 €
Mobile Device Management (Aufbau und Implementierung)	80.000 €	60.000 €
Erweiterung IT-Infrastruktur bei Neuverkabelung	1.000.000 €	1.000.000 €
Summe	1.540.000 €	1.620.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**1.624.000**	**1.736.000**	**1.412.000**	**1.366.251,38**
Gesamtausgaben	**1.624.000**	**1.736.000**	**1.412.000**	**1.366.251,38**
Prozentuale Veränderung	**15,0 %**	**6,9 %**		

Abschluss Kapitel 2506

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.084.000**	**1.116.000**	**984.000**	**933.888,46**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**540.000**	**620.000**	**428.000**	**432.362,92**
	Gesamtausgaben	**1.624.000**	**1.736.000**	**1.412.000**	**1.366.251,38**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.624.000**	**-1.736.000**	**-1.412.000**	**-1.366.251,38**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.357	---	2.686.980 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.357	---	2.686.980 €	---
Eigenleistung TK	220 €	1.065	---	234.300 €	---
Fremdleistung TK	280 €	2.228	---	623.840 €	---
Summe TK	---	3.293	---	858.140 €	---
Gesamt	---	---	2.397.900 €	3.545.120 €	3.335.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.057	---	2.344.980 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.057	---	2.344.980 €	---
Eigenleistung TK	220 €	1.065	---	234.300 €	---
Fremdleistung TK	280 €	2.228	---	623.840 €	---
Summe TK	---	3.293	---	858.140 €	---
Gesamt	---	---	2.397.900 €	3.203.120 €	3.211.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) sowie dem Neuzuschnitt des Ressorts.

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die niedrigeren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind in der Anmeldung der Behörde begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**426.000**	**355.000**	**641.000**	**405.743,31**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Geräte, Ersatzteile, Reparaturen für die Einzelarbeitsplätze	294.000 €	234.000 €
Beschaffung von IT-gestützter Präsentationstechnik	32.000 €	20.000 €
Mobile Ausstattung	60.000 €	60.000 €
Geräte, Ersatzteile, Reparaturen für die Standorte Berliner Forsten, Pflanzenschutzamt, Fischereiamt	40.000 €	41.000 €
Summe	426.000 €	355.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**935.000**	**925.000**	**824.000**	**180.594,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.900.000**	**6.900.000**		
		Davon fällig 2025	**1.380.000**			
		Davon fällig 2026	**1.380.000**	**1.380.000**		
		Davon fällig 2027	**1.380.000**	**1.380.000**		
		Davon fällig 2028	**1.380.000**	**1.380.000**		
		Davon fällig 2029	**1.380.000**	**1.380.000**		
		Davon fällig 2030		**1.380.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

Verpflichtungen aus Vorjahren

	für 2024	für 2025	ab 2026
Verpflichtungen aus Vorjahren bis 31.12.2022	149.100,00 €	149.100,00 €	149.100.00 €

	2024	2025
LWL (Lichtwellenleiter) Anbindung Standort Brunnenstraße 111	18.500 €	18.500 €
Betriebsleistungen für Standardnetzzugänge (SNZ): Verkehrsinformationszentrale Berlin(VIZ)	23.000 €	23.000 €
Betriebsleistungen für Standardnetzzugänge (SNZ): Standort: Rubensstraße 111	18.000 €	18.000 €
EthernetConnect nachgeordnete Einrichtungen und Standorte Dahlwitzer Landstr.4, Havelchaussee 149, Mohriner Allee 137, Blankenfelder Chaussee 7, Koenigsallee 82 und Ruppiner Chaussee 78	70.000 €	70.000 €
Carrier-Leistungen (Dahlwitzer Landstr.4, Havelchaussee 149, Mohriner Allee 137, Blankenfelder Chaussee 7, Koenigsallee 82 und Ruppiner Chaussee 78)	45.000 €	45.000 €
Neue Standorte Sonnenallee, Schlangenbader Straße (LTE-Router)	5.500 €	5.500 €
Sonstige Datenfernübertragung (z. B. DSL-Zugänge) lfd. DSL-Anschlusskosten der Außenstandorte (ITDZ)	60.000 €	50.000 €
Breitbandverkabelung der Berliner Forsten: lfd. Betriebskosten	695.000 €	695.000 €
Summe	935.000 €	925.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.676.000**	**1.652.000**	**1.738.000**	**1.674.896,51**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**200.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Telefonie Bereitstellungskosten für die Telefone und mobile Telekommunikation	814.900 €	794.900 €
Lizenzausgaben für die Einzelarbeitsplätze	861.100 €	857.100 €
Summe	1.676.000 €	1.652.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**55.000**	**51.000**	**51.000**	**11.498,84**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 07 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**190.000**	**190.000**	**193.000**	**119.568,86**
		Verpflichtungsermächtigung	**570.000**	**570.000**		
		Davon fällig 2025	**190.000**			
		Davon fällig 2026	**190.000**	**190.000**		
		Davon fällig 2027	**190.000**	**190.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**190.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete Multifunktionsgeräte	190.000 €	190.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**25.000**	**15.000**	**15.000**	**5.587,65**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**25.000**	**20.000**	**20.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erstellung und Fortschreibung standortbezogener Sicherheits- und Notfallkonzepte	25.000 €	20.000 €

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**50.000**	**—**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	Summe Maßnahmegruppe 31	**3.335.000**	**3.211.000**	**3.534.000**	**2.397.890,12**
	Gesamtausgaben	**3.335.000**	**3.211.000**	**3.534.000**	**2.397.890,12**
	Prozentuale Veränderung	**-5,6 %**	**-3,7 %**		

Abschluss Kapitel 2507

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**3.334.000**	**3.210.000**	**3.484.000**	**2.397.890,12**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.000**	**1.000**	**50.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**3.335.000**	**3.211.000**	**3.534.000**	**2.397.890,12**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-3.335.000**	**-3.211.000**	**-3.534.000**	**-2.397.890,12**

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	928	---	1.057.920 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	25	---	44.750 €	---
Summe IT	---	953	---	1.102.670 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---		---
Fremdleistung TK	280 €	631	---	176.680 €	---
Summe TK	---	631	---	176.680 €	---
Gesamt	---	---	1.046.700 €	1.279.350 €	1.117.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	928	---	1.057.920 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	25	---	44.750 €	---
Summe IT	---	953	---	1.102.670 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---		---
Fremdleistung TK	280 €	631	---	176.680 €	---
Summe TK	---	631	---	176.680 €	---
Gesamt	---	---	1.046.700 €	1.279.350 €	1.035.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) sowie dem Neuzuschnitt des Ressorts.

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die niedrigeren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind in der Anmeldung der Behörde begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**94,96**
		Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 08 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.				

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**206.000**	**160.000**	**230.000**	**189.646,16**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Politisch-Administrativer Bereich und Service	74.000 €	74.000 €
Brücke-Museum	44.000 €	24.000 €
Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW)	30.000 €	20.000 €
Landesarchiv Berlin (LAB)	58.000 €	42.000 €
Summe	206.000 €	160.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**149.000**	**149.000**	**98.900**	**242.346,40**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	97.400 €	97.400 €	89.300 €

	2024	2025
Standardnetzzugänge zweier Standorte	147.000 €	147.000 €
Sonstige Datenfernübertragung	2.000 €	2.000 €
Summe	149.000 €	149.000 €

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**525.000**	**525.000**	**558.000**	**513.778,25**
		Verpflichtungsermächtigung	**720.000**	**360.000**		
		Davon fällig 2025	**192.000**			
		Davon fällig 2026	**192.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2027	**192.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2028	**72.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2029	**72.000**	**—**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	64.000 €	64.000 €	

	2024	2025
Politisch-Administrativer Bereich und Service	183.000 €	183.000 €
Büro des Landes Berlin in Brüssel	23.000 €	23.000 €
Brücke-Museum	6.000 €	6.000 €
Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW)	23.000 €	23.000 €
Landesarchiv Berlin (LAB)	98.000 €	98.000 €
Telefonie Bereitstellung, Grundgebühren (Miete für das Brücke-Museum, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, das Landesarchiv Berlin)	192.000 €	192.000 €
Summe	525.000 €	525.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**44.000**	**44.000**	**43.000**	**33.751,78**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 08 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813 (neu)	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**		
51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**13.000**	**13.000**	**15.000**	**11.373,43**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**106.000**	**70.000**	**65.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erstellung und Fortschreibung standortbezogener Sicherheits- und Notfallkonzepte politisch-administrativer Bereich	40.000 €	40.000 €
Notfallmanagement politisch-administrativer Bereich	20.000 €	20.000 €
Fortschreibung Sicherheitskonzept Brücke Museum	16.000 €	10.000 €
Erstellen Sicherheitskonzept Gedenkstätte Deutscher Widerstand	30.000 €	€
Summe	106.000 €	70.000 €

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**70.000**	**70.000**	**72.000**	**55.736,61**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Politisch-Administrativer Bereich und Service (Ersatz und Neubeschaffung IT-Infrastruktur sowie Netzkomponenten im zentralen Wiring-Center DG Brunnenstraße)....	55.000 €	55.000 €
Landesarchiv (Ersatz und Neubeschaffung IT-Infrastruktur)	15.000 €	15.000 €
Summe	70.000 €	70.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**1.117.000**	**1.035.000**	**1.084.900**	**1.046.727,59**
Gesamtausgaben	**1.117.000**	**1.035.000**	**1.084.900**	**1.046.727,59**
Prozentuale Veränderung	**3,0 %**	**-7,3 %**		

Abschluss Kapitel 2508

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.047.000**	**965.000**	**1.012.900**	**990.990,98**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**70.000**	**70.000**	**72.000**	**55.736,61**
	Gesamtausgaben	**1.117.000**	**1.035.000**	**1.084.900**	**1.046.727,59**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.117.000**	**-1.035.000**	**-1.084.900**	**-1.046.727,59**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	705	---	803.700 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	154	---	275.660 €	---
Summe IT	---	859	---	1.079.360 €	---
Eigenleistung TK	220 €	163	---	35.860 €	---
Fremdleistung TK	280 €	605	---	169.400 €	---
Summe TK	---	768	---	205.260 €	---
Gesamt	---	---	1.477.800 €	1.284.620 €	1.517.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	565	---	644.100 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	154	---	275.660 €	---
Summe IT	---	719	---	919.760 €	---
Eigenleistung TK	220 €	163	---	35.860 €	---
Fremdleistung TK	280 €	605	---	169.400 €	---
Summe TK	---	768	---	205.260 €	---
Gesamt	---	---	1.477.800 €	1.125.020 €	1.502.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) sowie dem Neuzuschnitt des Ressorts.

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111 (neu)	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**		

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 09 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**375.000**	**333.000**	**358.000**	**160.235,37**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	190.000 €	173.000 €
Ersatz und Ergänzung Server- und Netzwerktechnik	170.000 €	150.000 €
Technik für Video- und Telefonkonferenzen	15.000 €	10.000 €
Summe	375.000 €	333.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**127.000**	**126.000**	**41.000**	**33.815,52**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Betriebsleistungen für Standardnetzzugänge Warschauer Straße (SNZ)	65.000 €	65.000 €
Betriebsleistungen für Standardnetzzugänge Oranienstraße (SNZ)	45.000 €	44.000 €
Betriebsleistungen für Lichtwellenleiter Warschauer Straße (LWL)	10.000 €	10.000 €
Carrier-Leistungen	7.000 €	7.000 €
Summe	127.000 €	126.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**858.000**	**884.000**	**1.175.000**	**1.281.184,69**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.200.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**400.000**			
		Davon fällig 2026	**400.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2027	**400.000**	**—**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Lizenzierung Microsoft-Produkte (Enterprise Agreement)	180.000 €	180.000 €
Leistungen des ITDZ für Mehrwertdienste, Serverzertifikate, VPN-Zugänge	110.000 €	110.000 €
Virenschutz	4.000 €	30.000 €
Telefonie	180.000 €	180.000 €
Lizenzen Infrastrukturbetrieb, Online-Zugriffe, Netzwerksicherheit	153.000 €	153.000 €
IKT-Betrieb Wissenschaft und Forschung durch das ITDZ	231.000 €	231.000 €
Summe	858.000 €	884.000 €

Weit überwiegend ist hier lediglich der Kostenanteil der SenGPG an der am Standort Oranienstraße gemeinsam mit der SenIAS betriebenen IKT-Infrastruktur ausgewiesen.

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**12.000**	**12.000**	**10.400**	**2.647,37**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 09 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**22.000**	**24.000**	**20.000**	**—**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Rahmenverträge für Multifunktionsgeräte	22.000 €	24.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**98.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Überarbeitung und Fortschreibung Standortsicherheitskonzept.....	100.000 €	100.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**1.517.000**	**1.502.000**	**1.724.400**	**1.477.882,95**
Gesamtausgaben	**1.517.000**	**1.502.000**	**1.724.400**	**1.477.882,95**
Prozentuale Veränderung	**-12,0 %**	**-1,0 %**		

Abschluss Kapitel 2509

511-549 **Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.517.000**	**1.502.000**	**1.724.400**	**1.477.882,95**
Gesamtausgaben	**1.517.000**	**1.502.000**	**1.724.400**	**1.477.882,95**
Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.517.000**	**-1.502.000**	**-1.724.400**	**-1.477.882,95**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.249	---	2.563.860 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	9.384	---	16.797.360 €	---
Summe IT	---	11.633	---	19.361.220 €	---
Eigenleistung TK	220 €	3.765	---	1.051.680 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	3.765	---	1.051.680 €	---
Gesamt	---	---	14.562.600 €	20.412.900 €	20.933.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.249	---	2.563.860 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	9.384	---	16.797.360 €	---
Summe IT	---	11.633	---	19.361.220 €	---
Eigenleistung TK	220 €	3.765	---	1.051.680 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	3.765	---	1.051.680 €	---
Gesamt	---	---	14.562.600 €	20.412.900 €	19.941.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.339,87**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 10 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.478.000**	**3.400.000**	**3.967.000**	**1.931.460,02**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.000.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	361.000 €	0 €	0 €

	2024	2025
Verfahrensunabhängige IKT für den ministeriellen Verwaltungsbereich der SenBildJugFam (Ersatz- und Neubeschaffung)	1.408.000 €	1.405.000 €
Verfahrensunabhängige IKT für die Verwaltungsbereiche der Berliner Schulen (Ersatz und Neubeschaffung)	2.070.000 €	1.995.000 €
Summe	3.478.000 €	3.400.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.163.000**	**1.139.000**	**952.000**	**707.789,20**
		Verpflichtungsermächtigung	**7.098.000**	**7.098.000**		
		Davon fällig 2025	**1.209.000**			
		Davon fällig 2026	**1.394.000**	**1.209.000**		
		Davon fällig 2027	**1.394.000**	**1.394.000**		
		Davon fällig 2028	**1.440.000**	**1.394.000**		
		Davon fällig 2029	**1.661.000**	**1.440.000**		
		Davon fällig 2030		**1.661.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	812.880,00 €	451.920,00 €	487.560 €

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**13.749.000**	**13.865.000**	**11.982.000**	**11.173.324,01**
		Verpflichtungsermächtigung	**64.383.000**	**69.873.000**		
		Davon fällig 2025	**10.726.000**			
		Davon fällig 2026	**7.981.000**	**8.413.000**		
		Davon fällig 2027	**15.060.000**	**15.179.000**		
		Davon fällig 2028	**15.308.000**	**15.427.000**		
		Davon fällig 2029	**15.308.000**	**15.427.000**		
		Davon fällig 2030		**15.427.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportaufwand (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Ausgaben für die Lizenzierung von Produkten der Firma Microsoft.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.828.194 €	8.079.977€	2.315.810 €

	2024	2025
Telefonie für den ministeriellen Verwaltungsbereich der SenBildJugFam (ohne Schulen)	902.000 €	902.000 €
Verfahrensunabhängige IKT für den ministeriellen Verwaltungsbereich der SenBildJugFam (Dienstleistungen, Lizenzen)	2.797.000 €	2.913.000 €
Verfahrensunabhängige IKT für die Verwaltungsbereiche der Berliner Schulen (Dienstleistungen, Lizenzen)	10.050.000 €	10.050.000 €
Summe	13.749.000 €	13.865.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**538.000**	**538.000**	**368.000**	**382.518,09**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 10 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**150.000**
Davon fällig 2025	**150.000**	
Davon fällig 2026	**—**	**150.000**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für die an den Arbeitsplätzen eingesetzten Ausgabegeräte.

	2023	2024
Verfahrensunabhängige IKT für den ministeriellen Verwaltungsbereich der SenBildJugFam (Verbrauchsmittel)	20.000 €	20.000 €
Verfahrensunabhängige IKT für die Verwaltungsbereiche der Berliner Schulen (Verbrauchsmittel)	518.000 €	518.000 €
Summe	538.000 €	538.000 €

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**320.000**	**320.000**	**550.000**	**241.405,15**
		Verpflichtungsermächtigung	**804.000**	**1.090.000**		
		Davon fällig 2025	**34.000**			
		Davon fällig 2026	**34.000**	**34.000**		
		Davon fällig 2027	**103.000**	**103.000**		
		Davon fällig 2028	**313.000**	**313.000**		
		Davon fällig 2029	**320.000**	**320.000**		
		Davon fällig 2030		**320.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	150.000 €	150.000 €	0 €

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
				Beträge in EURO		

	2024	2025
Miete für Multifunktionsgeräte an Standorten des ministeriellen Verwaltungsbereiches der SenBildJugFam (ohne Schulen)	320.000 €	320.000 €
Summe	320.000 €	320.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**2.142,00**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.640.000**	**634.000**	**1.185.000**	**122.747,75**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.320.000**	**660.000**		
		Davon fällig 2025	**880.000**			
		Davon fällig 2026	**220.000**	**220.000**		
		Davon fällig 2027	**220.000**	**220.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**220.000**		

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Verfahrensunabhängige IKT für die ministeriellen Verwaltungsbereiche der SenBildJugFam (Ersatz- und Neubeschaffung)	1270.000 €	214.000 €
Sitzungsräume	150.000 €	200.000 €
Verfahrensunabhängige IKT für die Verwaltungsbereiche der Berliner Schulen	220.000 €	220.000 €
Summe	1.640.000 €	634.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**20.933.000**	**19.941.000**	**19.049.000**	**14.562.726,09**
Gesamtausgaben	**20.933.000**	**19.941.000**	**19.049.000**	**14.562.726,09**
Prozentuale Veränderung	**9,9 %**	**-4,7 %**		

Abschluss Kapitel 2510

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**19.293.000**	**19.307.000**	**17.864.000**	**14.439.978,34**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.640.000**	**634.000**	**1.185.000**	**122.747,75**
	Gesamtausgaben	**20.933.000**	**19.941.000**	**19.049.000**	**14.562.726,09**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-20.933.000**	**-19.941.000**	**-19.049.000**	**-14.562.726,09**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	991	---	1.129.740 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	991	---	1.129.740 €	---
Eigenleistung TK	220 €	218	---	47.960 €	---
Fremdleistung TK	280 €	661	---	185.080 €	---
Summe TK	---	879	---	233.040 €	---
Gesamt	---	---	953.300 €	1.362.780 €	1.652.300 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	991	---	1.129.740 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	991	---	1.129.740 €	---
Eigenleistung TK	220 €	218	---	47.960 €	---
Fremdleistung TK	280 €	661	---	185.080 €	---
Summe TK	---	879	---	233.040 €	---
Gesamt	---	---	953.300 €	1.362.780 €	1.572.300 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) sowie dem Neuzuschnitt des Ressorts.

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111 (neu)	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.500**	**1.500**		

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 11 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**577.000**	**497.000**	**577.000**	**204.315,22**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	373.000 €	293.000 €
Ersatz und Ergänzung Server- und Netzwerktechnik	279.000 €	279.000 €
Drucker	5.000 €	5.000 €
Summe	657.000 €	577.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**92.800**	**92.800**	**106.000**	**67.712,20**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standardnetzzugang (BeLa) - SenIAS (DG Oranienstr.)	48.000 €	48.000 €
Standardnetzzugang (BeLa) - SenIAS (DG Potsdamer Straße)	44.600 €	44.600 €
Summe	92.600 €	92.600 €

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**932.000**	**932.000**	**800.000**	**677.219,52**
		Verpflichtungsermächtigung	**720.000**	**720.000**		
		Davon fällig 2025	**240.000**			
		Davon fällig 2026	**240.000**	**240.000**		
		Davon fällig 2027	**240.000**	**240.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**240.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Lizenzierung ITDZ-Verträge: Microsoft-Produkte MEA und True Up	334.000 €	334.000 €
Leistungen des ITDZ für Mehrwertdienste, Serverzertifikate, VPN-Zugänge, Blackberry Dienste, Firewall-Wartung, Software Barrierefreiheit	249.000 €	249.000 €
Telekommunikation Gebühren Festnetz und Mobilfunk, TK-Anlage	200.000 €	200.000 €
Lizenzen Infrastrukturbetrieb, Online-Zugriffe, IT-Sicherheit	149.000 €	149.000 €
Summe	932.000 €	932.000 €

Weit überwiegend ist hier lediglich der Kostenanteil der SenIAS an der am Standort Oranienstraße gemeinsam mit der SenGPG betriebenen IKT-Infrastruktur ausgewiesen.

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**18.000**	**18.000**	**18.000**	**4.053,18**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 11 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**18.000**	**18.000**	**18.000**	**—**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT	18.000 €	18.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**25.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	012	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT	1.000	1.000	1.000	—

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	Summe Maßnahmegruppe 31	1.652.300	1.572.300	1.547.000	953.300,12
	Gesamtausgaben	1.652.300	1.572.300	1.547.000	953.300,12
	Prozentuale Veränderung	6,8 %	-4,8 %		

Abschluss Kapitel 2511

511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	1.651.300	1.571.300	1.546.000	953.300,12
811-899	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	1.000	1.000	1.000	—
	Gesamtausgaben	1.652.300	1.572.300	1.547.000	953.300,12
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-1.652.300	-1.572.300	-1.547.000	-953.300,12

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.404	---	2.740.560 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.404	---	2.740.560 €	---
Eigenleistung TK	220 €	480	---	105.600 €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.769	---	495.320 €	---
Summe TK	---	2.249	---	600.920 €	---
Gesamt	---	---	2.426.600 €	3.341.480 €	3.144.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.104	---	2.398.560 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.104	---	2.398.560 €	---
Eigenleistung TK	220 €	480	---	105.600 €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.769	---	495.320 €	---
Summe TK	---	2.249	---	600.920 €	---
Gesamt	---	---	2.426.600 €	2.999.480 €	3.002.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT) sowie dem Neuzuschnitt des Ressorts.

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**324.000**	**339.000**	**560.000**	**349.366,70**
		Verpflichtungsermächtigung	**240.000**	**240.000**		
		Davon fällig 2025	**80.000**			
		Davon fällig 2026	**80.000**	**80.000**		
		Davon fällig 2027	**80.000**	**80.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**80.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Geräte, Ersatzteile, Reparaturen für die Einzelarbeitsplätze der SenStadtWohn	200.000 €	200.000 €
Betriebskosten für Server und Systeme	40.000 €	40.000 €
Mobile Ausstattungen	30.000 €	30.000 €
Sitzungsräume	20.000 €	20.000 €
Landesdenkmalamt (Ausstattung)	34.000 €	49.000 €
Summe	324.000 €	339.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**125.000**	**125.000**	**113.000**	**112.922,24**
		Verpflichtungsermächtigung	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2025	**25.000**			
		Davon fällig 2026	**25.000**	**25.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**25.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standardnetzanschluss	74.000 €	74.000 €
Betriebsleistungen für Lichtwellenleiter (LWL): hier Fehrbelliner Platz 1 nach Bürodienstgebäude Am Köllnischen Park 3	17.000 €	17.000 €
Anbindung von Außenstellen über DSL-VPN/UMTS	19.000 €	19.000 €
Sonstige Standortanbindungen	5000 €	5000 €
Carrier Leistungen	10.000 €	10.000 €
Summe	125.000 €	125.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.305.000**	**2.210.000**	**1.720.000**	**1.756.718,07**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.100.000**	**1.100.000**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			
		Davon fällig 2026	**350.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2028	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**200.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	273.105,00 €	0 €	0 €

	2024	2025
Telefonie		
Bereitstellungskosten für die Telefone und mobile Telekommunikation	560.000 €	560.000 €
Netz- und Mehrwertdienstleistungen des ITDZ	185.000 €	185.000 €
Lizenzen für die Einzelarbeitsplätze der SenStadtWohn	700.000 €	700.000 €
Lizenzen für Server und Systeme	105.000 €	105.000 €
Betriebskosten mobile Arbeitsplätze	550.000 €	550.000 €
Supportleistungen	100.000 €	0 €
Landesdenkmalamt	105.000 €	110.000 €
Summe	2.305.000 €	2.210.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**45.000**	**45.000**	**45.000**	**14.683,54**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 12 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**76.000**	**81.000**	**161.000**	**77.858,19**
		Verpflichtungsermächtigung	**420.000**	**420.000**		
		Davon fällig 2025	**80.000**			
		Davon fällig 2026	**85.000**	**80.000**		
		Davon fällig 2027	**85.000**	**85.000**		
		Davon fällig 2028	**85.000**	**85.000**		
		Davon fällig 2029	**85.000**	**85.000**		
		Davon fällig 2030		**85.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete 46 Multifunktionsgeräte inkl. Verbrauchskosten	76.000 €	81.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**72.000**	**30.000**	**30.000**	**38.164,20**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**25.000**	**20.000**	**20.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erstellung von behördenspezifischen Standortsicherheitskonzepten	25.000 €	20.000 €

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**170.000**	**150.000**	**200.000**	**76.849,90**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erneuerung der Netzwerktechnik	120.000 €	120.000 €
Ersatzbeschaffung von Servern und Domaincontrollern für die IKT-Infrastruktur	10.000 €	10.000 €
Batteriebeschaffung für USVs	10.000 €	10.000 €
Landesdenkmalamt	30.000 €	10.000 €
Summe	170.000 €	150.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**3.144.000**	**3.002.000**	**2.851.000**	**2.426.562,84**
Gesamtausgaben	**3.144.000**	**3.002.000**	**2.851.000**	**2.426.562,84**
Prozentuale Veränderung	**10,3 %**	**-4,5 %**		

Abschluss Kapitel 2512

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.974.000**	**2.852.000**	**2.651.000**	**2.349.712,94**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**170.000**	**150.000**	**200.000**	**76.849,90**
	Gesamtausgaben	**3.144.000**	**3.002.000**	**2.851.000**	**2.426.562,84**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-3.144.000**	**-3.002.000**	**-2.851.000**	**-2.426.562,84**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	872	---	994.080 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	872	---	994.080 €	---
Eigenleistung TK	220 €	79	---	17.380 €	---
Fremdleistung TK	280 €	511	---	143.080 €	---
Summe TK	---	590	---	160.460 €	---
Gesamt	---	---	1.202.000 €	1.154.540 €	1.481.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	872	---	994.080 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	872	---	994.080 €	---
Eigenleistung TK	220 €	169	---	37.180 €	---
Fremdleistung TK	280 €	511	---	143.080 €	---
Summe TK	---	680	---	180.260 €	---
Gesamt	---	---	1.202.000 €	1.174.340 €	1.448.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 13 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**323.000**	**245.000**	**421.000**	**60.855,37**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	298.000 €	240.000 €
IT-gestützte Präsentationstechnik	5.000 €	5.000 €
Erneuerung USVen für Wiringcenter	20.000 €	0 €
Summe	323.000 €	245.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**90.000**	**90.000**	**84.000**	**89.278,20**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Betriebsleistungen für Standardnetzzugänge (SNZ)	80.000 €	80.000 €
Gebühren und Wartung für Homeoffice, separate Internetanschlüsse, WLAN	10.000 €	10.000 €
Summe	90.000 €	90.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**791.000**	**761.000**	**925.000**	**663.878,85**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.400.000**	**2.400.000**		
		Davon fällig 2025	**800.000**			
		Davon fällig 2026	**800.000**	**800.000**		
		Davon fällig 2027	**800.000**	**800.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**800.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
ITDZ-Dienstleistungen insgesamt	80.000 €	50.000 €
Lizenzen Microsoft (EA-Vertrag, Office), Serverzertifikate, Lizenzen Infrastrukturbetrieb	381.000 €	381.000 €
Wartung und Pflege Server- und Netzwerktechnik	90.000 €	90.000 €
Telefonie (Festnetz- und Mobil-Telefonie: Betrieb, Ersatz, Wartung, Pflege, Gesprächsgebühren)	210.000 €	210.000 €
Sonstige Dienstleistungen und Software	30.000 €	30.000 €
Summe	791.000 €	761.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**27.993,32**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 13 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**37.000**	**37.000**	**1.000**	**—**

Merkansatz: Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.123,75**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**5.000**	**30.000**	**5.000**	**56.401,80**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erneuerung und Fortschreibung des behördlichen Sicherheitskonzepts	5.000 €	30.000 €

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**200.000**	**250.000**	**1.000**	**300.466,13**
		Verpflichtungsermächtigung	**650.000**	**650.000**		
		Davon fällig 2025	**450.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**200.000**		

Merkansatz: Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Turnusmäßige Erneuerung der Server-/SAN-Ausstattung	200.000 €	250.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**1.481.000**	**1.448.000**	**1.472.000**	**1.201.997,42**
Gesamtausgaben	**1.481.000**	**1.448.000**	**1.472.000**	**1.201.997,42**
Prozentuale Veränderung	**0,6 %**	**-2,2 %**		

Abschluss Kapitel 2513

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.281.000**	**1.198.000**	**1.471.000**	**901.531,29**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**200.000**	**250.000**	**1.000**	**300.466,13**
	Gesamtausgaben	**1.481.000**	**1.448.000**	**1.472.000**	**1.201.997,42**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.481.000**	**-1.448.000**	**-1.472.000**	**-1.201.997,42**

Senatsverwaltung für Finanzen

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	1.595	---	1.818.300 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	1.595	---	1.818.300 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €	10.478	---	2.933.840 €	---
Summe TK	---	10.478	---	2.933.840 €	---
Gesamt	---	---	3.922.100 €	4.752.140 €	5.156.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	1.425	---	1.624.500 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	1.425	---	1.624.500 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €	10.928	---	3.059.840 €	---
Summe TK	---	10.928	---	3.059.840 €	---
Gesamt	---	---	3.922.100 €	4.684.340 €	5.130.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 15 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.				

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**842.000**	**724.000**	**323.000**	**886.281,66**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz- und Neubeschaffung IKT-Arbeitsplatzausstattung	400.000 €	430.000 €
Ersatz und Ergänzung Server- und Netzwerktechnik	122.000 €	122.000 €
Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit	75.000 €	0 €
Ersatz- und Neubeschaffung Mobiltelefonie/Tablets	245.000 €	172.000 €
Summe	842.000 €	724.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**216.000**	**230.000**	**82.000**	**97.203,55**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	168.000 €	228.000 €	481.000 €

	2024	2025
Standardnetzzugang Behördenstandorte der SenFin sowie weitere Datenanbindungen	97.400 €	97.400 €
Betriebsleistungen für Lichtwellenleiter und Carrier-Leistungen	32.800 €	32.800 €
BeLa Voice Anbindung für die Finanzämter	70.300 €	84.300 €
WLAN-Anbindung Klosterstraße 59	15.500 €	15.500 €
Summe	216.000 €	230.000 €

Senatsverwaltung für Finanzen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.967.000**	**4.045.000**	**2.729.000**	**2.863.569,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Verfahrensunabhängige Infrastruktur (u. a. mobile Netzzugänge Exchange Grundgebühren, Nutzung eID für das Beschäftigtenportal, elektronisches Behördenpostfach (eBPF), Firewall, Wartungsverträge, Softwarelizenzen)	911.500 €	989.500 €
TK-Anlagen der Senatsverwaltung, des LFS und der Finanzämter	3.055.500 €	3.055.500 €
Summe	3.967.000 €	4.045.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**105.000**	**74.999,23**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 15 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 2500/51112.

	Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**	
	Davon fällig 2025	**1.000**		
	Davon fällig 2026	**—**	**1.000**	

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

Senatsverwaltung für Finanzen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**27.000**	**27.000**	**852.000**	**—**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Neuausstattung Präsentationstechnik (75" Panel mit Wandhalterung und 86" Panel mit manueller Höhenverstellung und Flügel, Austausch Projektor).....	27.000 €	27.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**5.156.000**	**5.130.000**	**4.095.000**	**3.922.053,48**
Gesamtausgaben	**5.156.000**	**5.130.000**	**4.095.000**	**3.922.053,48**
Prozentuale Veränderung	**25,9 %**	**-0,5 %**		

Abschluss Kapitel 2515

511-549 **Sächliche Verwaltungsausgaben**	**5.129.000**	**5.103.000**	**3.243.000**	**3.922.053,48**
811-899 **Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**27.000**	**27.000**	**852.000**	**—**
Gesamtausgaben	**5.156.000**	**5.130.000**	**4.095.000**	**3.922.053,48**
Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-5.156.000**	**-5.130.000**	**-4.095.000**	**-3.922.053,48**

Bezirksamt Mitte

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	---	---	- €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	3.152	---	5.642.080 €	---
Summe IT	---	3.152	---	5.642.080 €	---
Eigenleistung TK	220 €	6.318	---	1.389.960 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	6.318	---	1.389.960 €	---
Gesamt	---	---	4.815.700 €	7.032.040 €	5.822.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	150	---	171.000 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	3.059	---	5.475.610 €	---
Summe IT	---	3.209	---	5.646.610 €	---
Eigenleistung TK	220 €	6.318	---	1.389.960 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	6.318	---	1.389.960 €	---
Gesamt	---	---	4.815.700 €	7.036.570 €	5.139.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die niedrigeren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind in der Anmeldung der Behörde begründet.

Bezirksamt Mitte

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**40.000**	**40.000**	**50.000**	**32.613,05**

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.523.000**	**750.000**	**1.156.000**	**830.055,29**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz- und Neubeschaffung IKT-Arbeitsplatzausstattung	1.523.000 €	750.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**758.000**	**758.000**	**804.000**	**698.040,27**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	97.400 €	97.400 €	194.800 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024	2025
Standardnetzzugang	400.000 €	400.000 €
Standortanbindung an bezirkliche Netzwerkinfrastruktur (LWL ITDZ)	160.000 €	160.000 €
Anbindung Dienstgebäude über DSL/VPN-DSL, Leitungsgebühren	125.000 €	125.000 €
Weitere Datenanbindungen (Sicherheit, Funk, BeLa-/IP-Sec)	73.000 €	73.000 €
Summe	758.000 €	758.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.953.000**	**2.972.000**	**2.880.000**	**2.852.866,10**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.600.000**	**3.600.000**		
		Davon fällig 2025	**1.200.000**			
		Davon fällig 2026	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2027	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.200.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
ITDZ-Dienstleistungen VITBL (IT- und TK-Infrastruktur)	1.193.000 €	1.193.000 €
Telefonie	490.000 €	490.000 €
Lizenzen Microsoft (über Enterprise-Agreement)	900.000 €	900.000 €
Wartung und Pflege Server- und Netzwerktechnik	370.000 €	389.000 €
Summe	2.953.000 €	2.972.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**160.000**	**160.000**	**150.000**	**157.688,34**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**140.000**	**140.000**	**135.000**	**128.556,67**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Multifunktionsgeräte, Drucker, Vervielfältigung im Netz	140.000 €	140.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**23.702,90**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**70.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Kapitels 2531 verstärkt.

Bezirksamt Mitte

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**220.000**	**291.000**	**200.000**	**92.128,83**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatzbeschaffung Zentrale Netzwerktechnik	220.000 €	291.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**5.822.000**	**5.139.000**	**5.472.000**	**4.815.651,45**
Gesamtausgaben	**5.822.000**	**5.139.000**	**5.472.000**	**4.815.651,45**
Prozentuale Veränderung	**6,4 %**	**-11,7 %**		

Abschluss Kapitel 2531

511-549 **Sächliche Verwaltungsausgaben**	**5.602.000**	**4.848.000**	**5.272.000**	**4.723.522,62**
811-899 **Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**220.000**	**291.000**	**200.000**	**92.128,83**
Gesamtausgaben	**5.822.000**	**5.139.000**	**5.472.000**	**4.815.651,45**
Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-5.822.000**	**-5.139.000**	**-5.472.000**	**-4.815.651,45**

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.826	---	3.221.640 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.826	---	3.221.640 €	---
Eigenleistung TK	220 €	2.454	---	539.880 €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.073	---	300.440 €	---
Summe TK	---	3.527	---	840.320 €	---
Gesamt	---	---	3.927.900 €	4.091.960 €	4.619.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.226	---	2.537.640 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.226	---	2.537.640 €	---
Eigenleistung TK	220 €	2.502	---	550.440 €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.073	---	300.440 €	---
Summe TK	---	3.575	---	850.880 €	---
Gesamt	---	---	3.927.900 €	3.388.520 €	4.662.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**4.000**	**5.788,57**

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**947.000**	**717.000**	**737.000**	**1.039.323,74**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	900.000 €	670.000 €
Ersatz und Ergänzung Telefonie	22.000 €	22.000 €
Reparaturen und sonstige IKT-Zubehör, Präsentationstechnik	25.000 €	25.000 €
Summe	947.000 €	717.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.193.000**	**1.193.000**	**681.000**	**670.280,65**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.870.000**	**4.870.000**		
		Davon fällig 2025	**974.000**			
		Davon fällig 2026	**974.000**	**974.000**		
		Davon fällig 2027	**974.000**	**974.000**		
		Davon fällig 2028	**974.000**	**974.000**		
		Davon fällig 2029	**974.000**	**974.000**		
		Davon fällig 2030		**974.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Verpflichtungen aus Vorjahren

	für 2024	für 2025	ab 2026
Eingegangene Verpflichtungen bis 31.12.2022	336.690 €	336.690 €	280.520 €

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	900.000 €	670.000 €
Ersatz und Ergänzung Telefonie	22.000 €	22.000 €
Reparaturen und sonstige IKT-Zubehör, Präsentationstechnik	25.000 €	25.000 €
Summe	947.000 €	717.000 €

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.631.000**	**2.074.000**	**1.894.000**	**1.662.195,44**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.350.000**	**1.350.000**		
		Davon fällig 2025	**450.000**			
		Davon fällig 2026	**450.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2027	**450.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**450.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Wartungsverträge	125.000 €	120.000 €
Telefonanschlüsse und -gebühren	560.000 €	560.000 €
Support für die zentralen Systeme und Datensicherungssysteme	265.000 €	524.000 €
Lizenzen Software (Microsoft Enterprise Agreement, Sonstige)	681.000 €	870.000 €
Summe	1.631.000 €	2.074.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**299.165,83**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**65.000**	**65.000**	**65.000**	**64.191,67**
		Verpflichtungsermächtigung	**325.000**	**325.000**		
		Davon fällig 2025	**65.000**			
		Davon fällig 2026	**65.000**	**65.000**		
		Davon fällig 2027	**65.000**	**65.000**		
		Davon fällig 2028	**65.000**	**65.000**		
		Davon fällig 2029	**65.000**	**65.000**		
		Davon fällig 2030		**65.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Mietkosten für im Bezirk eingesetzte Multifunktionsgeräte	65.000 €	65.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.936,87**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**25.000**	**25.000**	**24.000**	**33.987,19**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613 (neu)	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**		

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**500.000**	**330.000**	**175.000**	**150.000,00**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Austausch Server- und Netzwerkarchitektur	500.000 €	330.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**4.619.000**	**4.662.000**	**3.832.000**	**3.927.869,96**
Gesamtausgaben	**4.619.000**	**4.662.000**	**3.832.000**	**3.927.869,96**
Prozentuale Veränderung	**20,5 %**	**0,9 %**		

Abschluss Kapitel 2532

511-549 **Sächliche Verwaltungsausgaben**	**4.119.000**	**4.332.000**	**3.657.000**	**3.777.869,96**
811-899 **Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**500.000**	**330.000**	**175.000**	**150.000,00**
Gesamtausgaben	**4.619.000**	**4.662.000**	**3.832.000**	**3.927.869,96**
Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-4.619.000**	**-4.662.000**	**-3.832.000**	**-3.927.869,96**

Bezirksamt Pankow

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	3.581	---	4.082.340 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	3.581	---	4.082.340 €	---
Eigenleistung TK	220 €	4.407	---	969.540 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	4.407	---	969.540 €	---
Gesamt	---	---	4.080.000 €	5.051.880 €	5.083.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	3.281	---	3.740.340 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	3.281	---	3.740.340 €	---
Eigenleistung TK	220 €	4.507	---	991.540 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	4.507	---	991.540 €	---
Gesamt	---	---	4.080.000 €	4.731.880 €	4.873.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Bezirksamt Pankow

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**15.000**	**555,24**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**780.000**	**780.000**	**1.188.000**	**635.406,06**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**700.000**	**725.000**	**575.000**	**782.299,29**
		Verpflichtungsermächtigung	**950.000**	**950.000**		
		Davon fällig 2025	**190.000**			
		Davon fällig 2026	**190.000**	**190.000**		
		Davon fällig 2027	**190.000**	**190.000**		
		Davon fällig 2028	**190.000**	**190.000**		
		Davon fällig 2029	**190.000**	**190.000**		
		Davon fällig 2030		**190.000**		

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	650.000 €	650.000 €
Ersatz- und Zusatzbeschaffung von Druckern und Multifunktionsgeräten	70.000 €	70.000 €
Ersatz und Ergänzung Telefonie	35.000 €	35.000 €
Reparaturen und sonstige IKT-Zubehör, Entsorgung	25.000 €	25.000 €
Summe	780.000 €	780.000 €

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	97.400 €	97.400 €	194.800 €

	2024	2025
Standardnetzzugang an das Berliner Landesnetz	190.000 €	190.000 €
Datenanbindung Lichtwellenleiter (LWL)	30.000 €	35.000 €
Sonstige Kosten für Datenfernübertragung	380.000 €	380.000 €
mobile Telefonie	100.000 €	120.000 €
Summe	700.000 €	725.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.060.000**	**2.060.000**	**1.690.000**	**1.490.417,45**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.905.000**	**1.905.000**		
		Davon fällig 2025	**635.000**			
		Davon fällig 2026	**635.000**	**635.000**		
		Davon fällig 2027	**635.000**	**635.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**635.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Maintenance für die zentrale Systemumgebung sowie zusätzlich benötigte Lizenzen bei Personalaufwuchs	370.000 €	370.000 €
Maintenance für die zentralen Systeme und Datensicherungssysteme	65.000 €	65.000 €
Leistungen aus Dienstleistungsvertrag AraneaConsult GmbH	30.000 €	30.000 €
Leistungen aus Dienstleistungsvertrag NETFOX AG	20.000 €	20.000 €
Leistungen aus Dienstleistungsvertrag Simlogics GmbH	45.000 €	45.000 €
Leistungen aus Dienstleistungsvertrag Merz & Stein GmbH	15.000 €	15.000 €
Wartung und Maintenance für die Telefonanlage	55.000 €	55.000 €
Wartungsverträge und Maintenance für Netzwerkkomponenten	60.000 €	60.000 €
Zertifikationskosten des ITDZ für mobile Zugänge, Einzelarbeitsplätze und Home-Office-Plätze	500.000 €	500.000 €
ITDZ Infrastrukturserver (SAZ)	10.000 €	10.000 €
Microsoft Enterprise Agreement und True Up	735.000 €	735.000 €
Lizenzerweiterungen CITRIX-Umgebung	120.000 €	120.000 €
Sonstige Softwarelizenzen	35.000 €	35.000 €
Summe	2.060.000 €	2.060.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**300.000**	**300.000**	**250.000**	**257.596,37**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**200.000**	**200.000**	**180.000**	**141.665,91**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.260.000**	**1.260.000**		
		Davon fällig 2025	**220.000**			
		Davon fällig 2026	**242.000**	**220.000**		
		Davon fällig 2027	**266.000**	**242.000**		
		Davon fällig 2028	**266.000**	**266.000**		
		Davon fällig 2029	**266.000**	**266.000**		
		Davon fällig 2030		**266.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

Bezirksamt Pankow

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**37.243,70**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

	2024	2025
Schulungen für Mitarbeiter des FB IKT	60.000 €	60.000 €
Maßnahmen zu Fragen der IT-Sicherheit	15.000 €	15.000 €
Summe	75.000 €	75.000 €

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**960.000**	**725.000**	**500.000**	**734.754,70**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.195.000**	**2.195.000**		
		Davon fällig 2025	**845.000**			
		Davon fällig 2026	**1.350.000**	**845.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.350.000**		

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatzbeschaffung und Erweiterung BLADE-Serversystem	350.000 €	175.000 €
Ausstattung verschiedener Besprechungsräume mit moderner Präsentationstechnik bzw. deren Erneuerung	50.000 €	50.000 €
Ersatzbeschaffung der eingesetzten Securitysysteme (Deep-Systeme und Firewallübergänge)	150.000 €	130.000 €
Erweiterung des zentralen Datensicherungssystems	60.000 €	60.000 €
Erneuerung aktiver Netzwerkkomponenten	350.000 €	310.000 €
Summe	960.000 €	725.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**5.083.000**	**4.873.000**	**4.476.000**	**4.079.938,72**
	Gesamtausgaben	**5.083.000**	**4.873.000**	**4.476.000**	**4.079.938,72**
	Prozentuale Veränderung	**13,6 %**	**-4,1 %**		

Abschluss Kapitel 2533

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**4.123.000**	**4.148.000**	**3.976.000**	**3.345.184,02**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**960.000**	**725.000**	**500.000**	**734.754,70**
	Gesamtausgaben	**5.083.000**	**4.873.000**	**4.476.000**	**4.079.938,72**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-5.083.000**	**-4.873.000**	**-4.476.000**	**-4.079.938,72**

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	3.522	---	4.015.080 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	3.522	---	4.015.080 €	---
Eigenleistung TK	220 €	4.480	---	985.600 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	4.480	---	985.600 €	---
Gesamt	---	---	3.902.700 €	5.000.680 €	5.135.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	3.472	---	3.958.080 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	3.472	---	3.958.080 €	---
Eigenleistung TK	220 €	4.600	---	1.012.000 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	4.600	---	1.012.000 €	---
Gesamt	---	---	3.902.700 €	4.970.080 €	4.743.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**201,13**

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**717.000**	**712.000**	**785.000**	**357.173,40**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	638.000 €	633.000 €
Ersatz und Ergänzung Telefonie	64.000 €	64.000 €
Reparaturen und sonstiges IKT-Zubehör, Entsorgung	15.000 €	15.000 €
Summe	717.000 €	712.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**315.000**	**315.000**	**300.000**	**283.344,60**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	194.800 €	194.800 €	194.800 €

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	195.000 €	195.000 €
Datenanbindung Behördenstandorte an das bezirkliche Netzwerk	120.000 €	120.000 €
Summe	315.000 €	315.000 €

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.844.000**	**2.994.000**	**1.806.000**	**2.160.746,05**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.450.000**			
		Davon fällig 2026	**1.450.000**	**1.450.000**		
		Davon fällig 2027	**1.100.000**	**1.450.000**		
		Davon fällig 2028	**500.000**	**1.100.000**		
		Davon fällig 2029	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2030		**500.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	600.000 €	600.000 €	600.000 €

	2024	2025
Wartung und Pflege Server- und Netzwerktechnik, Lizenzen	1.140.000 €	1.088.000 €
Telefonie (Wartung und Pflege TK-Anlage, Gebühren, mobile TK).....	483.000 €	485.000 €
Dienstleistungen für ämterübergreifende Maßnahmen	1.221.000 €	1.421.000 €
Summe.....	2.844.000 €	2.994.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**149.395,46**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**80.000**	**80.000**	**70.000**	**77.324,91**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete für Multifunktionsgeräte	80.000 €	80.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**20.772,08**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**25.000**	**1.170,00**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

81266	**012**	**Aktive Netzwerkkomponenten ab 2011**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**—**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Fortsetzung der Ersatzbeschaffung aktiver Netzwerkkomponenten und der Erneuerung der Datenverkabelung zur Aufrechterhaltung des Inhouse-Netzes. Versorgung und Erschließung neue DG mit Netzwerktechnik.....	50.000 €	50.000 €

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81268	**012**	**Update Betriebssystem und Standard-SW**			**10.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**960.000**	**423.000**	**835.000**	**852.558,86**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Server- und Systemtechnik	935.000 €	348.000 €
Storageerweiterung	0 €	50.000 €
Lizenzen für den Serverbetrieb (Microsoft Enterprise Agreement)	25.000 €	25.000 €
Summe	960.000 €	423.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**5.135.000**	**4.743.000**	**4.035.000**	**3.902.686,49**
Gesamtausgaben	**5.135.000**	**4.743.000**	**4.035.000**	**3.902.686,49**
Prozentuale Veränderung	**27,3 %**	**-7,6 %**		

Abschluss Kapitel 2534

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**4.125.000**	**4.270.000**	**3.140.000**	**3.050.127,63**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.010.000**	**473.000**	**895.000**	**852.558,86**
	Gesamtausgaben	**5.135.000**	**4.743.000**	**4.035.000**	**3.902.686,49**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-5.135.000**	**-4.743.000**	**-4.035.000**	**-3.902.686,49**

Bezirksamt Spandau

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.902	---	3.308.280 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.902	---	3.308.280 €	---
Eigenleistung TK	220 €	1.885	---	414.700 €	---
Fremdleistung TK	280 €	599	---	167.720 €	---
Summe TK	---	2.484	---	582.420 €	---
Gesamt	---	---	2.894.000 €	3.890.700 €	3.195.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.752	---	3.137.280 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.752	---	3.137.280 €	---
Eigenleistung TK	220 €	1.885	---	414.700 €	---
Fremdleistung TK	280 €	599	---	167.720 €	---
Summe TK	---	2.484	---	582.420 €	---
Gesamt	---	---	2.894.000 €	3.719.700 €	3.104.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die niedrigeren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind in der Anmeldung der Behörde begründet.

Bezirksamt Spandau

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**1.394,36**

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**600.000**	**600.000**	**500.000**	**497.850,40**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz- und Neubeschaffungen IKT-Arbeitsplätze, Beschaffung Peripherie One Device Strategie	600.000 €	600.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**447.000**	**447.000**	**205.000**	**287.183,38**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	310.000 €	310.000 €
Datenanbindung Behördenstandorte an das bezirkliche Netzwerk und Sonstige nicht vom Betriebsvertrag Berliner Landesnetz (BeLa) abdeckte Datenfernübertragung (Einzelplatzzugänge, Carrier-Internet oder Datenzugänge, DSL-Zugänge bei Heim-Arbeitsplätzen)	137.000 €	137.000 €
Summe	447.000 €	447.000 €

51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.598.000**	**1.557.000**	**1.253.000**	**1.618.909,53**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.650.000**	**1.650.000**		
		Davon fällig 2025	**550.000**			
		Davon fällig 2026	**550.000**	**550.000**		
		Davon fällig 2027	**550.000**	**550.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**550.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025
Wartung und Pflege Server- und Netzwerktechnik	375.000 €	360.000 €
Telefonie (Wartung und Pflege TK-Anlage, Gebühren, mobile TK, VPN-Gebühren)	530.000 €	530.000 €
Betriebsleistungen ITDZ Telefonie	168.000 €	202.000 €
Lizenzen (u. a. Microsoft Enterprise Agreement, McAfee)	525.000 €	465.000 €
Summe	1.598.000 €	1.557.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**171.000**	**171.000**	**130.000**	**170.756,28**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**217.000**	**217.000**	**170.000**	**216.310,68**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete für Multifunktionsgeräte	217.000 €	217.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.972,53**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**150.000**	**100.000**	**—**	**99.560,00**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erneuerung aktive Netzkomponenten Dienstgebäude Rathaus Spandau	150.000 €	100.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**3.195.000**	**3.104.000**	**2.270.000**	**2.893.937,16**
	Gesamtausgaben	**3.195.000**	**3.104.000**	**2.270.000**	**2.893.937,16**
	Prozentuale Veränderung	**40,7 %**	**-2,8 %**		

Abschluss Kapitel 2535

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**3.045.000**	**3.004.000**	**2.270.000**	**2.794.377,16**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**150.000**	**100.000**	**—**	**99.560,00**
	Gesamtausgaben	**3.195.000**	**3.104.000**	**2.270.000**	**2.893.937,16**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-3.195.000**	**-3.104.000**	**-2.270.000**	**-2.893.937,16**

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	3.568	---	4.067.520 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	3.568	---	4.067.520 €	---
Eigenleistung TK	220 €	3.591	---	790.020 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	3.591	---	790.020 €	---
Gesamt	---	---	4.010.300 €	4.857.540 €	4.113.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.768	---	3.155.520 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.768	---	3.155.520 €	---
Eigenleistung TK	220 €	3.591	---	790.020 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	3.591	---	790.020 €	---
Gesamt	---	---	4.010.300 €	3.945.540 €	4.052.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**4.000**	**4.000**	**226.000**	**3.069,97**

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.275.000**	**825.000**	**690.000**	**722.231,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	1.035.000 €	585.000 €
Umstellung auf VoIP Telefone & Aufbereitung Telefonapparate	60.000 €	60.000 €
Ersatz und Ergänzung Server- und Netzwerktechnik	180.000 €	180.000 €
Summe	1.220.000 €	825.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**388.000**	**388.000**	**346.000**	**329.344,89**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	97.400 €	97.400 €	97.400 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	169.000 €	169.000 €
Standortanbindung an bezirkliche Netzwerkinfrastruktur (LWL-Subnetz)	140.000 €	140.000 €
Weitere Datenanbindungen	79.000 €	79.000 €
Summe	388.000 €	388.000 €

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.524.000**	**1.973.000**	**1.701.000**	**2.114.262,47**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.700.000**	**1.700.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**100.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2029	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2030		**100.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	700.000 €	700.000 €	700.000 €

	2024	2025
Wartung und Pflege IT-Systeme und Software	165.000 €	365.000 €
Lizenzen Software (Microsoft, MikroFokus, Sonstige)	705.000 €	954.000 €
Wartung und Pflege TK-Anlage	264.000 €	264.000 €
Telefongebühren	390.000 €	390.000 €
Summe	1.542.000 €	1.973.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**115.000**	**115.000**	**105.000**	**110.800,58**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**240.000**	**240.000**	**240.000**	**200.642,09**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u.a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzeplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**25.000**	**25.000**	**20.000**	**51.375,70**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**31.416,00**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**490.000**	**430.000**	**190.000**	**447.170,57**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatzbeschaffung/Erweiterung von Serversysteme	210.000 €	160.000 €
Erneuerung Netzwerktechnik (Switche, Router, Umstellung auf MacSec für Endgeräte)	50.000 €	50.000 €
Firewall.....	30.000 €	100.000 €
Einrichtung Videokonferenzräume	100.000 €	100.000 €
Lizenzerweiterung für Softphones.....	100.000 €	20.000 €
Summe.....	490.000 €	430.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**4.113.000**	**4.052.000**	**3.570.000**	**4.010.314,22**
Gesamtausgaben	**4.113.000**	**4.052.000**	**3.570.000**	**4.010.314,22**
Prozentuale Veränderung	**15,2 %**	**-1,5 %**		

Abschluss Kapitel 2536

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**3.623.000**	**3.622.000**	**3.380.000**	**3.563.143,65**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**490.000**	**430.000**	**190.000**	**447.170,57**
	Gesamtausgaben	**4.113.000**	**4.052.000**	**3.570.000**	**4.010.314,22**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-4.113.000**	**-4.052.000**	**-3.570.000**	**-4.010.314,22**

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	3.303	---	3.765.420 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	3.303	---	3.765.420 €	---
Eigenleistung TK	220 €	5.711	---	1.256.420 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	5.711	---	1.256.420 €	---
Gesamt	---	---	3.825.100 €	5.021.840 €	3.792.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	3.303	---	3.765.420 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	3.303	---	3.765.420 €	---
Eigenleistung TK	220 €	5.711	---	1.256.420 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	5.711	---	1.256.420 €	---
Gesamt	---	---	3.825.100 €	5.021.840 €	4.552.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die niedrigeren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind in der Anmeldung der Behörde begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**15.000**	**9.875,58**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**908.000**	**958.000**	**495.000**	**612.577,44**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**832.000**	**832.000**	**654.000**	**639.876,65**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.410.000**	**1.500.000**	**1.215.000**	**1.698.295,66**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.039.000**	**3.039.000**		
		Davon fällig 2025	**985.000**			
		Davon fällig 2026	**1.012.000**	**985.000**		
		Davon fällig 2027	**1.042.000**	**1.012.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.042.000**		

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	908.000 €	958.000 €

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Betriebsleistungen für Standardnetzzugänge (SNZ)	500.000 €	500.000 €
Betriebsleistungen für Lichtwellenleiter (LWL)	40.000 €	40.000 €
Carrier-Leistungen	70.000 €	70.000 €
Weitere Datenanbindungen	222.000 €	222.000 €
Summe	832.000 €	832.000 €

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025
Wartung und Pflege Server- und Netzwerktechnik	230.000 €	230.000 €
Lizenzen Software (Microsoft über Enterprise-Agreement, Sonstige)	895.000 €	985.000 €
Serviceverträge, Betreuung TK an Verwaltungsstandorten und Schulen	225.000 €	225.000 €
Softwaresupport	60.000 €	60.000 €
Summe	1.410.000 €	1.500.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**85.936,23**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**160.000**	**160.000**	**160.000**	**159.987,24**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete Multifunktionsgeräte	160.000 €	160.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**45.000**	**30.402,37**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**30.000**	**10.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**310.000**	**910.000**	**55.000**	**588.112,87**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erneuerung Firewall und peripherer Serverinfrastruktur	310.000 €	910.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**3.792.000**	**4.552.000**	**2.771.000**	**3.825.064,04**
Gesamtausgaben	**3.792.000**	**4.552.000**	**2.771.000**	**3.825.064,04**
Prozentuale Veränderung	**36,8 %**	**20,0 %**		

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2537				
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.482.000	3.642.000	2.716.000	3.236.951,17
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	310.000	910.000	55.000	588.112,87
		Gesamtausgaben	3.792.000	4.552.000	2.771.000	3.825.064,04
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-3.792.000	-4.552.000	-2.771.000	-3.825.064,04

Bezirksamt Neukölln

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.665	---	3.038.100 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.665	---	3.038.100 €	---
Eigenleistung TK	220 €	3.267	---	718.740 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	3.267	---	718.740 €	---
Gesamt	---	---	3.987.600 €	3.756.840 €	3.827.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.690	---	3.066.600 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.690	---	3.066.600 €	---
Eigenleistung TK	220 €	3.332	---	733.040 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	3.332	---	733.040 €	---
Gesamt	---	---	3.987.600 €	3.799.640 €	3.561.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Bezirksamt Neukölln

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**717.000**	**707.000**	**608.000**	**331.028,31**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	472000 €	522.000 €
Ersatz und Ergänzung Server- und Netzwerktechnik	60.000 €	60.000 €
Ersatz und Ergänzung Telefonie	35.000 €	25.000 €
Wartungsverträge	150.000 €	100.000 €
Summe	717.000 €	707.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**387.000**	**387.000**	**306.000**	**388.739,38**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

Verpflichtungen aus Vorjahren

	für 2024	für 2025	ab 2026
Eingegangene Verpflichtungen bis 31.12.2022	97.400 €	97.400 €	194.800 €

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	98.000 €	98.000 €
Standortanbindung an bezirkliche Netzwerkinfrastruktur	200.000 €	200.000 €
Weitere Datenanbindungen (inkl. Carrier-Leistungen)	59.000 €	59.000 €
Mobilfunkkosten	30.000 €	30.000 €
Summe	387.000 €	387.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.789.000**	**1.384.000**	**1.312.000**	**1.396.272,88**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.050.000**	**1.050.000**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			
		Davon fällig 2026	**350.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2027	**350.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**350.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Wartung und Pflege Server- und Netzwerktechnik	549.000 €	549.000 €
Lizenzen Software (Microsoft über Enterprise-Agreement, Sonstige)	715.000 €	715.000 €
Telefongebühren, Mobilfunkkosten	525.000 €	120.000 €
Summe	1.789.000 €	1.384.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**210.000**	**210.000**	**230.000**	**129.262,96**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**80.000**	**80.000**	**90.000**	**48.835,88**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**30.000**	**36.411,62**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**50.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Bezirksamt Neukölln

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**620.000**	**720.000**	**200.000**	**1.657.092,46**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Computer Node System und Infrastruktur	120.000 €	220.000 €
Erneuerung und Neustrukturierung der Server- und Netzwerkinfrastruktur	500.000 €	500.000 €
Summe	620.000 €	720.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**3.827.000**	**3.561.000**	**2.780.000**	**3.987.643,49**
	Gesamtausgaben	**3.827.000**	**3.561.000**	**2.780.000**	**3.987.643,49**
	Prozentuale Veränderung	**37,7 %**	**-7,0 %**		

Abschluss Kapitel 2538

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**3.207.000**	**2.841.000**	**2.580.000**	**2.330.551,03**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**620.000**	**720.000**	**200.000**	**1.657.092,46**
	Gesamtausgaben	**3.827.000**	**3.561.000**	**2.780.000**	**3.987.643,49**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-3.827.000**	**-3.561.000**	**-2.780.000**	**-3.987.643,49**

Bezirksamt Treptow-Köpenick

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.240	---	2.553.600 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.240	---	2.553.600 €	---
Eigenleistung TK	220 €	2.819	---	620.180 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	2.819	---	620.180 €	---
Gesamt	---	---	2.402.900 €	3.173.780 €	3.094.500 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.460	---	2.804.400 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.460	---	2.804.400 €	---
Eigenleistung TK	220 €	3.196	---	703.120 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	3.196	---	703.120 €	---
Gesamt	---	---	2.402.900 €	3.507.520 €	3.360.500 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Bezirksamt Treptow-Köpenick

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.500**	**1.500**	**1.000**	**855,27**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.512.000**	**1.613.000**	**1.412.000**	**1.307.241,13**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**375.000**	**385.000**	**365.000**	**226.218,91**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**797.000**	**933.000**	**858.000**	**571.518,79**
		Verpflichtungsermächtigung	**450.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2027	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**150.000**		

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	1.150.000 €	1.210.000 €
Ersatz und Ergänzung Server- und Netzwerktechnik	200.000 €	230.000 €
Ersatz und Ergänzung Telefonie	112.000 €	123.000 €
Neu-/Ersatzbeschaffung Präsentationstechnik	50.000 €	50.000 €
Summe	1.512.000 €	1.613.000 €

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	65.000 €	65.000 €
Standortanbindung an bezirkliche Netzwerkinfrastruktur (LWL-Subnetz)	60.000 €	65.000 €
Standortanbindung an bezirkliche Netzwerkinfrastruktur (TDN-Vertrag)	150.000 €	150.000 €
Weitere Datenanbindungen (u. a. mobiles Arbeiten, Telearbeit)	100.000 €	105.000 €
Summe	375.000 €	385.000 €

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

Bezirksamt Treptow-Köpenick

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025
Wartung und Pflege Server- und Netzwerktechnik	46.000 €	52.000 €
Lizenzen Software (Microsoft über Enterprise-Agreement, Sonstige)	157.000 €	259.000 €
Wartung und Pflege TK-Anlage	100.000 €	100.000 €
Telefongebühren	480.000 €	500.000 €
Sonstige Dienstleistungen	14.000 €	22.000 €
Summe	797.000 €	933.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**172.000**	**180.000**	**163.000**	**133.300,52**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**90.000**	**93.000**	**85.000**	**73.655,87**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**39.000**	**42.000**	**35.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**105.000**	**110.000**	**100.000**	**90.072,45**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erneuerung Netzwerktechnik, Ertüchtigung Wiringcenter	105.000 €	110.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**3.094.500**	**3.360.500**	**3.022.000**	**2.402.862,94**
Gesamtausgaben	**3.094.500**	**3.360.500**	**3.022.000**	**2.402.862,94**
Prozentuale Veränderung	**2,4 %**	**8,6 %**		

Bezirksamt Treptow-Köpenick

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2539				
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.989.500	3.250.500	2.922.000	2.312.790,49
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	105.000	110.000	100.000	90.072,45
		Gesamtausgaben	3.094.500	3.360.500	3.022.000	2.402.862,94
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-3.094.500	-3.360.500	-3.022.000	-2.402.862,94

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	3.723	---	4.244.220 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	3.723	---	4.244.220 €	---
Eigenleistung TK	220 €	3.964	---	872.080 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	3.964	---	872.080 €	---
Gesamt	---	---	4.061.600 €	5.116.300 €	5.116.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	3.753	---	4.278.420 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	3.753	---	4.278.420 €	---
Eigenleistung TK	220 €	4.102	---	902.440 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	4.102	---	902.440 €	---
Gesamt	---	---	4.061.600 €	5.180.860 €	4.918.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**19.360,16**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**500.000**	**500.000**	**600.000**	**868.886,83**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	500.000 €	500.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**926.000**	**926.000**	**408.000**	**320.391,36**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	659.000 €	659.000 €
Standortanbindung an bezirkliche Netzwerkinfrastruktur (Campusnetz)	240.000 €	240.000 €
Weitere Verträge im Sachzusammenhang (Fasererweiterung, SAZ-Dienste)	27.000 €	27.000 €
Summe	926.000 €	926.000 €

51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.425.000**	**2.425.000**	**2.680.000**	**2.512.942,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.830.000**	**1.830.000**		
		Davon fällig 2025	**610.000**			
		Davon fällig 2026	**610.000**	**610.000**		
		Davon fällig 2027	**610.000**	**610.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**610.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Wartung und Pflege Server- und Netzwerktechnik	611.000 €	611.000 €
Wartung und Pflege Systemsoftware (Microsoft Enterprise Agreement, MikroFocus MS Exchange, Sonstige)	1.077.000 €	1.077.000 €
Wartung und Pflege TK-Anlage	20.000 €	20.000 €
Telefongebühren, Mobilfunk	468.000 €	468.000 €
Dienstleistungen im Zuge mobiler und alternierender Telearbeit	249.000 €	249.000 €
Summe	2.425.000 €	2.425.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**210.000**	**210.000**	**220.000**	**278.715,90**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

	2024	2025
Tinte und Toner für Drucker	210.000 €	220.000 €

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**106.000**	**115.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**460.000**	**460.000**		
		Davon fällig 2025	**115.000**			
		Davon fällig 2026	**115.000**	**115.000**		
		Davon fällig 2027	**115.000**	**115.000**		
		Davon fällig 2028	**115.000**	**115.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**115.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**23.915,96**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**8.193,15**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**937.000**	**730.000**	**125.000**	**29.192,30**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.264.000**	**1.264.000**		
		Davon fällig 2025	**730.000**			
		Davon fällig 2026	**267.000**	**730.000**		
		Davon fällig 2027	**267.000**	**267.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**267.000**		

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
				Beträge in EURO		

	2024	2025
Erneuerung/Erweiterung von Infrastrukturkomponenten in den Bürodienstgebäuden und regionalen Standorten	60.000 €	50.000 €
Erweiterung Unterbrechungsfreie Stromversorgung für zentrale Standorte	5.000 €	5.000 €
Erneuerung/Erweiterung Standort-Server und NAS (netzgebundener Speicher)	0 €	10.000 €
Erneuerung/Erweiterung Serverinfrastruktur	702.000 €	565.000 €
Erneuerung/Erweiterung aktiver Komponenten Serverraum Riesaer Straße 94	75.000 €	75.000 €
Erneuerung der Präsentationstechnik im Rathaus, Tagungsräume Alice-Salomon-Platz 3	20.000 €	0 €
Erneuerung / Erweiterung WAN-Verbindungen aller bezirklichen Standorte	25.000 €	25.000 €
Erneuerung/Erweiterung TK-Anlage	50.000 €	0 €
Summe	937.000 €	730.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**5.116.000**	**4.918.000**	**4.045.000**	**4.061.597,66**
	Gesamtausgaben	**5.116.000**	**4.918.000**	**4.045.000**	**4.061.597,66**
	Prozentuale Veränderung	**26,5 %**	**-3,9 %**		

Abschluss Kapitel 2540

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**4.179.000**	**4.188.000**	**3.920.000**	**4.032.405,36**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**937.000**	**730.000**	**125.000**	**29.192,30**
	Gesamtausgaben	**5.116.000**	**4.918.000**	**4.045.000**	**4.061.597,66**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-5.116.000**	**-4.918.000**	**-4.045.000**	**-4.061.597,66**

Bezirksamt Lichtenberg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.875	---	3.277.500 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.875	---	3.277.500 €	---
Eigenleistung TK	220 €	1.393	---	306.460 €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.926	---	539.280 €	---
Summe TK	---	3.319	---	845.740 €	---
Gesamt	---	---	4.949.900 €	4.123.240 €	5.482.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.575	---	2.935.500 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.575	---	2.935.500 €	---
Eigenleistung TK	220 €	1.493	---	328.460 €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.926	---	539.280 €	---
Summe TK	---	3.419	---	867.740 €	---
Gesamt	---	---	4.949.900 €	3.803.240 €	5.482.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Bezirksamt Lichtenberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**2.715,41**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**440.000**	**440.000**	**340.000**	**963.225,81**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**651.000**	**651.000**	**518.000**	**424.400,23**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.065.000**	**1.065.000**		
		Davon fällig 2025	**213.000**			
		Davon fällig 2026	**213.000**	**213.000**		
		Davon fällig 2027	**213.000**	**213.000**		
		Davon fällig 2028	**213.000**	**213.000**		
		Davon fällig 2029	**213.000**	**213.000**		
		Davon fällig 2030		**213.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	440.000 €	440.000 €

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	295.600 €	183.400 €	366.800 €

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	100.000 €	100.000 €
Standortanbindung an bezirkliche Netzwerkinfrastruktur (Campusnetz)	236.000 €	236.000 €
Weitere Verträge im Sachzusammenhang (Telefonie, Telex)	120.000 €	120.000 €
Migrationsreadiness IP-Telefonie, Standardnetzzugang	195.000 €	195.000 €
Summe	651.000 €	651.000 €

Bezirksamt Lichtenberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.848.000**	**3.848.000**	**3.402.000**	**2.891.551,81**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.930.000**	**3.930.000**		
		Davon fällig 2025	**1.310.000**			
		Davon fällig 2026	**1.310.000**	**1.310.000**		
		Davon fällig 2027	**1.310.000**	**1.310.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.310.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.910.000 €	1.460.000 €	0 €

	2024	2025
Wartung, Pflege und Lizenzen für Server-, Netzwerktechnik und Systemsoftware (MikroFokus, MS Exchange, Sonstige)	1.018.000 €	1.018.000 €
Lizenzen Microsoft Enterprise Agreement	650.000 €	650.000 €
Telefonie (IP-Telefonie, Grund- und Gesprächsgebühren)	1.080.000 €	1.080.000 €
Dienstleistungen im Zuge mobiler und alternierender Telearbeit	1.100.000 €	1.100.000 €
Summe	3.848.000 €	3.848.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**165.000**	**92.394,81**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**150.000**	**150.000**	**110.000**	**81.435,00**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete Multifunktionsgeräte	150.000 €	150.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**11.400**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Bezirksamt Lichtenberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**250.000**	**250.000**	**800.000**	**494.174,43**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.250.000**	**4.250.000**		
		Davon fällig 2025	**950.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**950.000**		
		Davon fällig 2027	**1.800.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.800.000**		

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatzbeschaffung Dienste-Server	150.000 €	150.000 €
Erneuerung Rechenzentrum (u. a. Servernetz und Speichersysteme, USV Ersatz)	100.000 €	100.000 €
Summe	250.000 €	250.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**5.482.000**	**5.482.000**	**5.369.400**	**4.949.897,50**
	Gesamtausgaben	**5.482.000**	**5.482.000**	**5.369.400**	**4.949.897,50**
	Prozentuale Veränderung	**2,1 %**	**—**		

Abschluss Kapitel 2541

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**5.232.000**	**5.232.000**	**4.569.400**	**4.455.723,07**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**250.000**	**250.000**	**800.000**	**494.174,43**
	Gesamtausgaben	**5.482.000**	**5.482.000**	**5.369.400**	**4.949.897,50**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-5.482.000**	**-5.482.000**	**-5.369.400**	**-4.949.897,50**

Bezirksamt Reinickendorf

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	1.805	---	2.057.700 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	1.805	---	2.057.700 €	---
Eigenleistung TK	220 €	4.426	---	973.720 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	4.426	---	973.720 €	---
Gesamt	---	---	1.576.700 €	3.031.420 €	3.479.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	1.810	---	2.063.400 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	1.810	---	2.063.400 €	---
Eigenleistung TK	220 €	4.426	---	973.720 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	4.426	---	973.720 €	---
Gesamt	---	---	1.576.700 €	3.037.120 €	3.041.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Bezirksamt Reinickendorf

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**8.000**	**8.000**	**12.000**	**4.667,34**

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**722.000**	**675.000**	**503.000**	**311.889,52**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten	510.000 €	490.000 €
Ersatz und Ergänzung Telefonie (u. a. Voice over IP, Mobilfunk)	32.000 €	35.000 €
Beschaffung von Lizenzen	95.000 €	95.000 €
Hochleistungsscanner für die e-Akte	50.000 €	20.000 €
sonstige Hardware	35.000 €	35.000 €
Summe	722.000 €	675.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**238.000**	**238.000**	**322.000**	**157.483,43**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	97.500 €	97.500 €	195.000 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	97.500 €	97.500 €
Standortanbindung an bezirkliche Netzwerkinfrastruktur (LWL ITDZ)	90.000 €	90.000 €
Standortanbindung an bezirkliche Netzwerkinfrastruktur (sonstige Anbieter)	27.500 €	27.500 €
Weitere Datenanbindungen	23.000 €	23.000 €
Summe	238.000 €	238.000 €

Bezirksamt Reinickendorf

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.370.000**	**1.377.000**	**1.574.000**	**807.832,55**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.100.000**	**2.100.000**		
		Davon fällig 2025	**700.000**			
		Davon fällig 2026	**700.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2027	**700.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**700.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	775.000 €	775.000 €	625.000 €

	2024	2025
Wartung und Pflege Server- und Netzwerktechnik	160.000 €	160.000 €
Wartung und Pflege Systemsoftware	335.000 €	332.000 €
Lizenzen Software Microsoft (Enterprise Agreement)	580.000 €	580.000 €
Telefonie (Wartung und Pflege TK-Anlage, Gebühren)	295.000 €	305.000 €
Summe	1.370.000 €	1.377.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**100.000**	**75.000**	**125.000**	**124.082,09**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**125.000**	**125.000**	**150.000**	**99.529,16**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2027	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2028	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2029	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2030		**300.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**8.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Bezirksamt Reinickendorf

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**903.000**	**530.000**	**1.516.000**	**71.167,35**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatzbeschaffung und Erweiterung der Netzwerktechnik	503.000 €	219.000 €
Ersatzbeschaffung von Server- und Speicherkomponenten	200.000 €	111.000 €
Erneuerung von Telefonanlagen in Bürodienstgebäuden und Schulen	200.000 €	200.000 €
Summe	903.000 €	530.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**3.479.000**	**3.041.000**	**4.213.000**	**1.576.651,44**
Gesamtausgaben	**3.479.000**	**3.041.000**	**4.213.000**	**1.576.651,44**
Prozentuale Veränderung	**-17,4 %**	**-12,6 %**		

Abschluss Kapitel 2542

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.576.000**	**2.511.000**	**2.697.000**	**1.505.484,09**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**903.000**	**530.000**	**1.516.000**	**71.167,35**
	Gesamtausgaben	**3.479.000**	**3.041.000**	**4.213.000**	**1.576.651,44**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-3.479.000**	**-3.041.000**	**-4.213.000**	**-1.576.651,44**

Polizei Berlin

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	26.649	---	30.379.860 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	26.649	---	30.379.860 €	---
Eigenleistung TK	220 €	30.711	---	6.756.420 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	30.711	---	6.756.420 €	---
Gesamt	---	---	21.075.300 €	37.136.280 €	34.726.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	26.649	---	30.379.860 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	26.649	---	30.379.860 €	---
Eigenleistung TK	220 €	31.761	---	6.987.420 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	31.761	---	6.987.420 €	---
Gesamt	---	---	21.075.300 €	37.367.280 €	34.922.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.502.000**	**1.626.000**	**1.127.000**	**856.508,12**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2027	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2028	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2029	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2030		**600.000**		

Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von verfahrensunabhängigen IKT-Geräten, Zubehör und neuer Netzkomponenten sowie Wartung dieses Bestandes und laufende Wartung des Bestandes.

Es entstehen Ausgaben für:

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung Server- und Netzwerktechnik	452.000 €	453.200 €
Ersatzbeschaffung von diversen Endgeräten (Smartphones, etc.), die aus zentralen Mitteln beschafft wurden, für die gesamte Polizei	200.000 €	200.000 €
HW-Wartung Bladeserver diverse Verfahren und Dienste	115.000 €	117.500 €
HW-Wartung LAN-Datennetz (ehemals Netzwerk Enterasys)	87.000 €	86.800 €
Wartungsvertrag für Notrufabfrage 110	65.200 €	65.200 €
XCARE / Juniper	68.000 €	68.000 €
FlexiMAP 3 HW und Lic ohne Citrix	0 €	51.600 €
Instandhaltung Aufzeichnungstechnik in der ELZ (ASC-Telekommunikationssystem)	39.500 €	39.500 €
TK-Anlagen Alcatel / Unify - Instandhaltung und Reparaturen	10.000 €	10.000 €
Sonstiger Unterhaltungsbedarf	465.300 €	534.200 €
Summe	1.502.000 €	1.626.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.347.000**	**2.297.000**	**2.379.000**	**2.237.066,08**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2029	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2030		**1.000.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	97.400 €	97.400 €	194.800 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Es entstehen Ausgaben:

	2024	2025
diverse Festverbindungen	330.500 €	330.500 €
Festnetz Telekom Notruf 110 und IP	46.000 €	46.000 €
Betriebsleistungen für Standardnetzzugänge (SNZ)	97.400 €	97.400 €
diverse Internet/Telefonie/Domain/DVB-T2/Erstattung Vorrechte, Dienstgespräche	18.000 €	18.000 €
Mobilfunk mPOLIKS (Datenpool), PG MIKT	450.000 €	450.000 €
Amtsköpfe, Amtsköpfe Vodafone	350.000 €	300.000 €
Support Internet-Service-Provider (ISP)	96.000 €	96.000 €
Spezieller Bedarf der Dienststellen insbesondere Mobilfunk	913.200 €	913.200 €
Internetzugänge - 10GB/5GB für MAP (zuvor 500 MB), Behördenleitung	45.900 €	45.900 €
Summe	2.347.000 €	2.297.000 €

51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**7.913.000**	**7.948.000**	**6.636.000**	**6.284.485,47**
		Verpflichtungsermächtigung	**30.000.000**	**30.000.000**		
		Davon fällig 2025	**6.000.000**			
		Davon fällig 2026	**6.000.000**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2027	**6.000.000**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2028	**6.000.000**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2029	**6.000.000**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2030		**6.000.000**		

Ausgaben für externe Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IuK-Technik, Softwarepflege und Lizenzgebühren insbesondere Lizenzgebühren für die Software der dezentralen forensischen IT (Iuk-Ermittlungsgruppen).

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	264.600 €	1.058.400 €	0 €
VE Plan 2023	6.128.000 €	5.600.000 €	5.600.000 €

	2024	2025
Microsoft Enterprise Agreement	5.371.400 €	5.371.400 €
Microsoft Lizenzen	590.400 €	590.400 €
Wartung und Pflege Software	927.400 €	956.800 €
Softwarelizenzen	396.200 €	391.200 €
Support für Endgeräte	175.000 €	185.000 €
LAN-Netzwerkkomponenten (Auftrag aus 2020), SW-Lizenzen u. -pflege	268.700 €	268.700 €
LAN-Netzwerkkomponenten (WLAN ab 2022), SW-Lizenzen u. -pflege	30.000 €	30.000 €
Unterhaltskosten für Konferenzsysteme	12.000 €	12.000 €
sonstige Dienstleistungen und Verträge	141.900 €	142.500 €
Summe	7.913.000 €	7.948.000 €

Mehr insbesondere aufgrund zwingend erforderlicher Beschaffungen von Software-Lizenzen im Rahmen der Umsetzung behördlicher Sicherheitsrichtlinien.

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**410.000**	**410.000**	**85.100**	**374.233,41**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 05 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.617.000**	**1.684.000**	**1.859.000**	**947.604,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2029	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2030		**1.000.000**		

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u.a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	260.000 €	260.000 €	216.700 €
VE Plan 2023	362.000 €	362.000 €	1.086.000 €

	2024	2025
Miete Produktionsdrucksystem	59.000 €	59.000 €
Leasing Multifunktionsgeräte inkl. verbrauchsabhängige Kosten	1.558.000 €	1.625.000 €
Summe	1.617.000 €	1.684.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**123.000**	**123.000**	**233.000**	**93.144,66**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

81264	**012**	**Erhalt der Alttechnik TK-Anlagen**			**—**	**222.331,60**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Mit dem Fernsprechnetz der Polizei Berlin wird für ca. 25.000 Dienstkräfte in 68 Standorten flächendeckend der Telefon- und Faxdienst bereitgestellt.

Es wird der Kommunikationsbedarf von und zu verschiedenen externen Fernsprechnetzen gewährleistet, unter anderem zu
- dem öffentlichen Fernsprechnetz (Amt) und den Mobilfunknetzen,
- der oberen Netzebene im CNP–ON,
- allen anderen öffentlichen Verwaltungen in Berlin über das Berliner Landesnetz und
- den Nutzern des Digitalfunknetzes.

Neben den Telefon- und Faxdiensten werden zusätzliche Kommunikationsmöglichkeiten, wie Sprachnachrichtendienste (Voice-Mail), Sprachkonferenzen, Ansage- und Auskunftsdienste, Callcenter-Funktionalitäten und andere über das Fernsprechnetz der Polizei Berlin realisiert.
Dafür werden durch die Dienstkräfte der Abteilung Informations- und Kommunikationstechnik insgesamt 85 TK-Anlagen betrieben, die über eigene Festverbindungen über das in Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr betriebene BOS-Netz sowie einige wenige Mietleitungen externer Provider vernetzt sind. Die Anbindung der TK-Anlagen an das öffentliche Fernsprechnetz wird über den Provider Versatel im Rahmen eines Vertrages mit dem ITDZ bereitgestellt.
Die Ausfallsicherheit der TK–Anlagen wird durch die Ausstattung mit redundanten zentralen Baugruppen und durch eine leistungsfähige Netztopologie mit vermaschter Leitungsführung zwischen den Direktionsstandorten gewährleistet.

Für den Betrieb der TK-Anlagen der Polizei Berlin sind folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Sicherung und Gewährleistung des störungsfreien Betriebs der vorhandenen TK-Anlagen, bis zur flächendeckenden Einführung von VoIP
- Vorhalten einer Ersatz- und Endstörreserve für Baugruppen der TK-Anlagen für drahtgebundene TK-Endgeräte (Telefone, Faxgeräte)
- Durchführung von Hochrüstungen und Erweiterungen der TK-Anlagen und Teilnehmerschnittstellen auf Anforderung der Nutzenden
- Migration der ISDN-Festnetzanschlüsse auf VoIP Geschäftskundenanschlüsse
- Schulungen und Lehrgänge

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Nichtdurchführung der oben genannten Maßnahmen kann schnell schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. So kann unter anderem durch den Ausfall von TK-Komponenten der Fernsprechverkehr der Polizei Berlin eingeschränkt werden oder im schlimmsten Fall komplett ausfallen. Bis zur flächendeckenden Einführung von VoIP in der Polizei Berlin muss deshalb der Betrieb der vorhandenen TK-Anlagen gewährleistet werden.

Der Gesamtbedarf ist abhängig von der Realisierung der Ablösung der TK-Anlagen (VoIP) beim Titel 81265 und wurde bereits ab 2020 stufenweise reduziert.

Planungsunterlagen vom 26.3.2020 über 700.000 € für 2020 und 2021 liegen vor und werden für die Maßnahmen ab 2022 zeitgerecht erstellt.

Zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Durchführung der Beschaffungen ist in 2022 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe des Jahresbetrages 2023 vorgesehen.

Finanzierung:

Ansatz 2021	.....	300.000 €
Ansatz 2022	.....	300.000 €
Ansatz 2023	.....	300.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81265	**012**	**Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur**	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.000.000**	**145.492,11**
		Verpflichtungsermächtigung	**14.875.000**	**14.875.000**		
		Davon fällig 2025	**3.000.000**			
		Davon fällig 2026	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2027	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2028	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2029	**2.875.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2030		**2.875.000**		

Die Investitionsmaßnahme dient der Erneuerung des 10-20 Jahre alten Fernsprechnetzes der Polizei Berlin, bestehend aus Telekommunikationsanlagen (TK-Anlagen) in einem heterogenen Netz. Dem aktuellen Stand der Technik entsprechend ist ein neues homogenes Voice-over-IP (VoIP)-basiertes TK-Netz aufzubauen. Dieses umfasst die benötigte Endgerätetechnik und die Bereitstellung dringend notwendiger moderner Kommunikationsleistungsmerkmale zur Unterstützung und Verbesserung der täglichen Arbeit der Vollzugs- und Dienstkräfte der Polizei Berlin.

Die Modernisierungsmaßnahme ist unumgänglich, weil die bisher verwendete analoge bzw. digitale Telefontechnik in absehbarer Zeit nicht mehr am Markt verfügbar sein wird.

Die VoIP-Technik benötigt eine moderne und leistungsfähige Netzinfrastruktur, basierend auf einer strukturierten Verkabelung in den Polizeidienstgebäuden und aktiven Netzwerkkomponenten mit hoher Leistungsfähigkeit. Die Modernisierung der Netzinfrastruktur wurde in 2017 von der Serviceeinheit Informations- und Kommunikationstechnik begonnen und soll bis 2024 abgeschlossen werden.
Für die bestehende analoge und digitale (ISDN) Fernsprechtechnik im Großkundenbereich wird in absehbarer Zeit der Software-Support und die Serienherstellung von Komponenten der TK-Anlagen sowie von Endgeräten eingestellt. Die Fernsprechkommunikation in der Polizei Berlin wäre dann nicht mehr sicher zu gewährleisten. Mit der Umstellung auf die VoIP-Technologie wird diesem Umstand Rechnung getragen und zusätzlich ein erhebliches Rationalisierungspotenzial genutzt, da die Sprachkommunikation zukünftig über die gleiche technische Basis abgewickelt wird wie der Datenverkehr.
Nachfolgende Verbesserungen ergeben sich durch den Einsatz von Voice Over IP und Unified Communication:
Mit Voice over IP werden die zur Verfügung stehenden Übertragungsmedien wesentlich ressourcenschonender genutzt, unter anderem durch die gleichzeitige Nutzung der Infrastruktur für die Sprach- und Datenkommunikation.
Voice over IP und Unified Communication Systeme ermöglichen die großflächige Bereitstellung von Mehrwertdiensten wie One Number Service, Collaboration-Anwendungen, CTI Funktionalitäten (Wahl vom PC aus auslösen), Präsenzinformationen, ereignisgesteuerte Kommunikation, Telefon- und Video-Konferenzen, Sprachaufzeichnung, Fax-Server Funktionen, automatische Vermittlung u.a.
Durch Voice over IP und Unified Communication wird die Zusammenführung von Sprache, Video, E-Mail, Instant-Messaging, Desktop und Application-Sharing, gemeinsame Dateiablagen, Fax, SMS und Chat in einer geräteunabhängigen Instanz ermöglicht.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Damit wird die Arbeitsplatzkommunikation vollumfänglich und bedarfsgerecht für alle Mitarbeitenden sowohl am Büroarbeitsplatz als auch mobil verfügbar. Dieses flankiert sowohl die ortsunabhängige polizeiliche Sachbearbeitung für mehr Bürgernähe als auch die bereits umgesetzte Stärkung des mobilen Arbeitens zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
Planungsunterlagen vom 5.9.2019 und ergänzende Planungsunterlagen vom 20.09.2021 über nunmehr 16.000.000 € im Zeitraum 2020 – 2026 liegen vor.

Die ursprünglich geplante Ausschreibung zur Beauftragung musste aufgrund der Corona-Pandemie nunmehr auf 2022 verschoben werden.

Finanzierung:

Finanziert bis 2022	985.000 €
Ansatz 2023	3.000.0000 €
Ansatz 2024	3.000.0000 €
Ansatz 2025	3.000.0000 €
Ansatz 2026	3.000.0000 €
Rest ab 2027	3.015.0000 €
Gesamt	16.000.000 €

Ab 2028 ist für den laufenden Altgeräteaustausch mit jährlichen Folgekosten in Höhe von ca. 750.000 € zu rechnen.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	3.000.000 €	3.000.000 €	8.875.000 €

81267	**012**	**Serververfahrensunabhängige Technik**	**1.600.000**	**1.412.000**	**357.000**	**1.127.954,63**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.412.000**	**812.000**		
		Davon fällig 2025	**1.412.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**812.000**		

Dieser Titel stellt eine Zusammenfassung der Beschaffungen von verfahrensunabhängigen IKT- Komponenten zum Rechenzentrumsbetrieb dar. Zum überwiegenden Teil werden hier Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, Verbesserungen der Infrastruktur innerhalb der Rechenzentren sowie Beschaffungen und Ersatz von verfahrensunabhängiger IKT-Hardware umgesetzt. Zum großen Teil wird mit den Maßnahmen dieses Titels der Grundstock für die Schaffung der Infrastruktur gelegt, auf der dann die verschiedensten anderen Projekte und der Betrieb der polizeilichen Verfahren aufbauen.

Nur durch die stetige Anpassung der Kapazitäten, des Datendurchsatzes, sowie der Erneuerung der sensiblen Technik und Erweiterung der Basis-Lizenzen kann der sichere Betrieb des Rechenzentrums und somit die zwingend notwendige IT-Unterstützung der gesamten Polizei Berlin gewährleistet werden.

Die Ausschreibung der Lieferungen und Leistungen erfolgt mit entsprechenden Service-Packs, die die Funktionsfähigkeit über die vorgesehene Betriebsdauer sicherstellen. Insoweit entstehen keine zusätzlichen konsumtiven Folgekosten für diesen Zeitraum.

Planungsunterlagen vom 23.06.2020 und ergänzende Planungsunterlagen vom 23.09.2021 über insgesamt 5.269.000 € für 2020 bis 2024 liegen vor. Weiterführende Planungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

Zur ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Durchführung der Beschaffungen sind in den Jahren 2024 und 2025 jeweils Verpflichtungsermächtigungen in Höhe des Ansatzes des Folgejahres vorgesehen.

Ab 2026 werden weitere jährliche Folgekosten i. H. v. 812.000 € erwartet.

81269	**012**	**Aktive Netzkomponenten**	**2.700.000**	**950.000**	**950.000**	**1.018.095,21**
		Verpflichtungsermächtigung	**950.000**	**950.000**		
		Davon fällig 2025	**950.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**950.000**		

Die Anzahl der polizeilichen Fachverfahren steigt permanent und erzeugt ein immer höheres Datenvolumen, dass zwischen den PCs und den Servern transportiert werden muss. Dies erfolgt über das polizeiliche Datennetz. Im Datennetz sind außerdem zentrale Services wie DHCP (dynamische Adressvergabe), DNS (Namensservice) und die Authentisierung von Endgeräten (Portsecurity) mit Hilfe von separaten Appliances zwingend durchzuführen.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Verfügbarkeit des Datennetzes ist inzwischen unverzichtbar für die tägliche Arbeit der Polizei. Ein Ausfall einzelner Komponenten gefährdet den Zugriff zahlreicher Dienststellenbereiche auf sämtliche polizeilichen DV-Verfahren und muss somit unbedingt verhindert werden.

Das Datennetz verbindet alle polizeilichen Liegenschaften und basiert im Backbonebereich auf 10-Gigabit-Ethernet-Technik. Im Kern des Backbones sind drei Rechenzentren auf Basis von 2x10 Gigabit-Ethernet vernetzt. Mittelfristig ist die Erweiterung auf 40 und 100 Gigabit-Ethernet geplant, um dem anwachsenden Datenverkehr gerecht zu werden.

Durch eine Teilvermaschung bestehen redundante Verbindungswege. Zentrale Komponenten sind in der Regel redundant aufgebaut. Für die Verbindungswege werden überwiegend landeseigene Glasfasern genutzt. Einige Großstandorte erstrecken sich über ein größeres Areal mit mehreren Dienstgebäuden. Die Campusvernetzung erfolgt klassisch über LWL-Fasern.

Im Tertiärbereich (in den Gebäuden) wird gemanagtes Ethernet ebenso wie VDSL2-Technik verwendet.

Im Jahr 2020 wurde im Rahmen des anstehenden Austauschs von aktiven Netzwerkkomponenten eine Homogenisierung der aktiven Netzwerkkomponenten begonnen, die im Jahr 2024 abgeschlossen werden soll. Der zeitgleiche Betrieb unterschiedlicher technischer Konzepte verschiedener Hersteller hat sich in der Praxis zuvor nicht bewährt.

Die Weiterentwicklungen der technischen Standards, zusätzliche Funktionalitäten wie z.B. die Nutzung von künstlicher Intelligenz im Netz, um den steigenden Sicherheitsbedürfnissen in Anbetracht der möglichen realistischen Sicherheitsvorfälle gerecht zu werden, und eine steigende Anzahl von Nutzungsmöglichkeiten führen zu einem erhöhten Bedarf an aktiven Netzkomponenten, der sich in einem höheren Finanzbedarf widerspiegelt.

Alle im Datennetz betriebenen Komponenten müssen regelmäßig ausgetauscht werden, um zeitgemäße Leistungsmerkmale nutzen zu können, auf den steigenden Bedarf an Bandbreite im Server-/Anwendungsbereich zu reagieren, und einen Anstieg der Ausfallzeiten zum Ende der Lebenszeit zu vermeiden.

Die Ablösezeit wurde bei den LAN-Komponenten aus Kostengründen bereits auf 7 Jahre erhöht und ist damit absolut in einem kritischen Bereich.

Planungsunterlagen vom 25.03.2022 über nunmehr 4.750.000 € für den Zeitraum 2022 bis 2026 liegen vor.

Ab 2026 werden Folgekosten i.H.v. 950.000 € erwartet.

Zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Durchführung der Beschaffung sind im Jahr 2024 und im Jahr 2025 Verpflichtungsermächtigung in Höhe der jeweiligen Jahresbeträge 2025 und 2026 vorgesehen.

81283	**012**	**IT-Sicherheit in Netzschnittstellen**	**475.000**	**745.000**	**900.000**	**75.203,08**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.345.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2025	**745.000**			
		Davon fällig 2026	**600.000**	**400.000**		

Auch wenn Sicherheitsbehörden nicht direkt dem Bereich kritischer Infrastrukturen (KRITIS) zugerechnet werden, gilt es dennoch, die polizeiliche Infrastruktur sicher zu betreiben, unerlaubten Zugriff auch auf virtuellem Wege zu unterbinden und somit den originären 24/7-Betrieb, der für eine Sicherheitsbehörde zwingend erforderlich ist, sicherzustellen.

Um dabei die Vorgaben des BSI zu erfüllen und den Empfehlungen der BitKom Folge zu leisten, sind sicherheitstechnische Betrachtungen und umfangreiche Modernisierungen erforderlich.

Eine besondere Gefährdungsquelle stellen die Verbindungen zwischen dem gesicherten Netz der Polizei Berlin und den diversen externen Netzen (BeLa, CNPON, Digitalfunk, Internet, uvm.) dar. Zugriffe aufs Internet z.B. durch die Nutzung von E-Mail oder den Besuch von Webseiten zu Recherche- oder Ermittlungszwecken sind auch aus dem Arbeitsalltag der Polizei nicht mehr wegzudenken. Das Risiko des Kontakts mit Schad- oder Spähsoftware (sog. Trojaner) ist immanent. Jede Möglichkeit, aus einem gesicherten Netz auf das Internet zuzugreifen, ist auch als Risiko eines nicht autorisierten Zugriffs von außen auf das gesicherte Netz zu betrachten.

Daher sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Netzschnittstellen den Anforderungen einer Sicherheitsbehörde angemessen abzusichern und die Sicherheit der Netzschnittstellen auf dem Stand der technischen Entwicklung und auf einem hohen Niveau zu halten.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zur Erhöhung der Sicherheit wurden die Einführung eines Intrusion Detection und Intrusion Prevention Systems, die Überführung der Intranetseiten auf das verschlüsselte Protokoll HTTPS sowie die technische Realisierung eines sicheren Internetzugriffs (SIZ) identifiziert.

Das Intrusion Detection System ermöglicht die frühzeitige Identifikation von Penetrationsversuchen sowie von unerkannten erfolgreichen Schadsoftwarebefällen in der Infrastruktur. Mittels der Auswertung der gewählten Zugriffsvektoren können so zielgerichtet Gegenmaßnahmen konzipiert und implementiert werden, um die Hürden für einen unautorisierten Zugriff der Bedrohungslage angemessen zu erhöhen. Auch ohne Auswahl von bekannten Zugriffsvektoren können über eine sog. Anomalie Erkennung im Netzwerktraffic, Indizien für einen unbekannten Schadsoftwarebefall gewonnen werden.

Um die Sicherheit für Netzwerke weiter zu erhöhen, empfiehlt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Verwendung von Remote-Controlled Browser-Systemen als sicheren Internetzugriff (SIZ). Dadurch erfolgt eine physische Trennung zwischen dem Internet und dem Netzwerk der Polizei Berlin.

In diesem Titel sind perspektivisch weitere Maßnahmen abzubilden, die zur Einhaltung der Sicherheitsanforderungen erforderlich werden. Ab 2026 werden weitere jährliche Folgekosten i.H.v. 1.000.000 € in 2026 und 750.000 € in 2027 erwartet.

Planungsunterlagen vom 25. März 2022 über 4.170.000 € für den Zeitraum von 2022 bis 2026 liegen vor.

81284	**012**	**Erneuerung und Erweiterung der multifunktionalen Arbeitsplätze**	**10.660.000**	**12.433.000**	**5.908.000**	**6.221.344,19**
		Verpflichtungsermächtigung	**12.433.000**	**7.772.000**		
		Davon fällig 2025	**12.433.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**7.772.000**		

Nach den Vorgaben der IKT-Steuerung zur One-Device-Strategie ist es erklärtes Ziel, die Dienstkräfte mit einem mobilen Endgerät mit VPN-Zugang auszustatten. Somit soll den Mitarbeitenden ermöglicht werden, von zu Hause oder einem anderen Arbeitsplatz in der Verwaltung zu arbeiten. Die Ausstattung mit Notebooks und dienstlicher SIM-Karte wurde als neuer Landesstandard festgelegt. Für Dienstkräfte des Polizeivollzugs ist jedoch nicht der Büroarbeitsplatz Standard, sondern die IT-Arbeitsplatzausstattung ist mobil mitzuführen. Im Sinne der One-Device-Strategie sollen daher Polizeivollzugskräfte in Abhängigkeit ihres Aufgabengebietes mit geeigneten mobilen Endgeräten, also Smartphones oder Tablets, ausgestattet werden und Zugang zu einem vollwertigen Poolarbeitsplatz erhalten.
Dieser Titel umfasst alle Maßnahmen zur Beschaffung der benötigten Endgeräte (Notebooks, Desktop-PCs, mobile Endgeräte) mit der entsprechenden Peripherie (Dockingstations, Monitore, Tastaturen etc.) und den erforderlichen Lizenzen.

Es sind sowohl quantitative und qualitative Erweiterungsbeschaffungen, der turnusmäßige Altgeräteaustausch (bei Notebooks und Desktop-PCs nach fünf Jahren, bei Tablets nach vier Jahren) sowie der Austausch defekter Technik durchzuführen. Die Beschaffung von Arbeitsplatzdruckern wird aufgrund der verstärkten Nutzung von Multifunktionsgeräten deutlich reduziert.

Planungsunterlagen vom 30.01.2023 über 42.962.000 € für die Jahre 2022 bis 2026 liegen vor. Für die Jahre 2026 werden weitere Folgekosten i.H.v. 7.772.000 € und 2027 i.H.v. 8.458.000 € erwartet.

Zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Durchführung der Beschaffung sind im Jahr 2024 und im Jahr 2025 Verpflichtungsermächtigung in Höhe der jeweiligen Jahresbeträge der Folgejahre vorgesehen.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	6.035.000 €	4.970.000 €	0 €

81285	**012**	**Zukunftsfähige Infrastruktur**	**2.000.000**	**2.000.000**	**3.145.000**	**1.212.474,68**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.000.000**		

Die Dienstkräfte der Polizei Berlin haben bei ihrer Aufgabenerfüllung einen immer höheren Bedarf an mobiler, bedarfsorientierter, zuverlässiger und sicherer Kommunikationstechnik, die moderne Kommunikationsleistungsmerkmale wie Unified Communication and Collaboration (Messaging, Wählen von Rufnummern aus Computeranwendungen heraus, Video-Telefonie, Voice- und Fax-Mail, Telefonkonferenzplattform, Web-Konferenz, Präsenz und präsenzgesteuerte Kommunikation) bereitstellt. Die verzugslose Verfügbarkeit von Informationen in Form von Videos, Bildern und Datenbankauswertungen unterstützt die polizeiliche Ermittlungsarbeit, die Verbrechensprävention und den Eigenschutz.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die verwendeten Endgeräte (81284) und die aktive Netzwerktechnik (81269) reichen allein nicht aus, um die erforderlichen Datentransaktionen zu ermöglichen. Die landesweit lichtwellenleiterbasiert vernetzten Technikräume und Rechenzentren bilden das Herzstück des polizeilichen IT-Betriebes und des performanten Zugriffs von über 20.000 Nutzern.

Die vorhandene Ausstattung erfüllt die aktuellen Anforderungen bei vorhandenem und bekanntem Optimierungspotenzial in Hinblick auf Sicherheit. Dennoch zeichnen sind in der Praxis immer wieder Schwachstellen und Handlungsbedarf ab.

So ist zum Beispiel in den Polizeiliegenschaften eine primäre und sekundäre Campusverkabelung nach den Vorgaben der IKT Steuerung des Landes Berlins zu schaffen. An der Polizeiakademie kann diese durch die besonderen Anforderungen des flexiblen Lernens in Hörsälen und Unterkunftsbereichen durch ein campusweites WLAN in Teilen ersetzt und ergänzt werden. Ebenso ist die flexiblere Arbeit im polizeilichen Datennetz, vor allem bei der Umsetzung der One-Device-Strategie, eine geforderte Ausrichtung der IKT.

Einzelne Rechenzentren und Technikräume, die dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT dienen, sind den Anforderungen des BSI entsprechend zu modernisieren, um die Betriebssicherheit und die Ausfallsicherheit der Anwendungen zu gewährleisten.

Die Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit an Netzschnittstellen (vgl. Titel 81283) ermöglichen die sichere Durchführung der erforderlichen Tätigkeiten aus dem gesicherten Netz der Polizei, so dass die Netzinfrastruktur in ihrer Gesamtheit homogener gestaltet werden kann und sich der Aufwand für den Betrieb reduziert.

Die aufgeführten Maßnahmen stellen nur einen kleinen Ausschnitt des Potenzials zur Verbesserung der IT-Infrastruktur dar, der in Einzelmaßnahmen ganzheitlich geplant und zeitnah umgesetzt werden kann.
Perspektivisch sind in diesem Titel weitere Maßnahmen zur Modernisierung der IT-Infrastruktur abzubilden.

Ab 2026 werden weitere jährliche Folgekosten i.H.v. 2.200.000 € erwartet.

Planungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**377.000**	**292.000**	**327.000**	**259.376,58**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Erneuerung/Erweiterung des Gerätebestandes

	2024	2025
Digitalisierung Lehrsäle Polizeiakademie	210.000 €	210.000 €
Ausstattung LKA KTI		50.000 €
	110.000 €	
Präsentationstechnik und Videokonferenzsysteme	57.000 €	32.000 €
Summe	377.000 €	292.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**34.726.000**	**34.922.000**	**26.908.100**	**21.075.314,77**
Gesamtausgaben	**34.726.000**	**34.922.000**	**26.908.100**	**21.075.314,77**
Prozentuale Veränderung	**29,1 %**	**0,6 %**		

Abschluss Kapitel 2552

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**13.914.000**	**14.090.000**	**12.321.100**	**10.793.042,69**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**20.812.000**	**20.832.000**	**14.587.000**	**10.282.272,08**
	Gesamtausgaben	**34.726.000**	**34.922.000**	**26.908.100**	**21.075.314,77**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-34.726.000**	**-34.922.000**	**-26.908.100**	**-21.075.314,77**

Berliner Feuerwehr

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.744	---	3.128.160 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.744	---	3.128.160 €	---
Eigenleistung TK	220 €	5.114	---	1.125.080 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	5.114	---	1.125.080 €	---
Gesamt	---	---	3.458.000 €	4.253.240 €	4.407.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	2.749	---	3.133.860 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	2.749	---	3.133.860 €	---
Eigenleistung TK	220 €	5.254	---	1.155.880 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	5.254	---	1.155.880 €	---
Gesamt	---	---	3.458.000 €	4.289.740 €	4.528.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**751,67**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 05 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**430.000**	**430.000**	**465.000**	**462.336,41**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ausstattung, Instandhaltung, Ersatz und Reparatur von Hardware	350.000 €	350.000 €
Hardware-Wartung und Hardware-Ersatz des IT-Infrastrukturnetzes	80.000 €	80.000 €
Summe	430.000 €	430.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**389.000**	**389.000**	**238.000**	**236.729,57**
		Verpflichtungsermächtigung	**384.000**	**384.000**		
		Davon fällig 2025	**96.000**			
		Davon fällig 2026	**96.000**	**96.000**		
		Davon fällig 2027	**96.000**	**96.000**		
		Davon fällig 2028	**96.000**	**96.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**96.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	42.000 €	42.000 €
Standortanbindung an behördliche Netzwerkinfrastruktur	80.000 €	80.000 €
Weitere Datenanbindungen (Mobilfunk, Telefonie)	267.000 €	267.000 €
Summe	389.000 €	389.000 €

Berliner Feuerwehr

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.759.000**	**2.130.000**	**1.826.000**	**1.643.929,15**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.555.000**	**4.610.000**		
		Davon fällig 2025	**1.780.000**			
		Davon fällig 2026	**1.380.000**	**1.795.000**		
		Davon fällig 2027	**1.380.000**	**1.380.000**		
		Davon fällig 2028	**15.000**	**1.420.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**15.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Wartung und Pflege Netzwerk- und Servertechnik, IT-Systeme, Software	671.000 €	772.000 €
Wartung und Pflege Software Microsoft (Enterprise Agreement Vertrag) sowie damit in Verbindung stehende Unterstützungsleistungen	1.088.000 €	1.088.000 €
Storage-System als Teil des Infrastrukturnetzes	0 €	270.000 €
Summe	1.759.000 €	2.130.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**39.956,32**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 05 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**86.000**	**86.000**	**52.000**	**74.461,41**

52.000,0 EUR wurden bislang bei 0565/51803 nachgewiesen.

		Verpflichtungsermächtigung	**400.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2025	**126.000**			
		Davon fällig 2026	**135.000**	**126.000**		
		Davon fällig 2027	**139.000**	**135.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**139.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzeplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**14.570,40**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**100.000,00**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Berliner Feuerwehr

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	2024	2025
Erstellung und Fortschreibung des behördenbezogenen IT-Sicherheitskonzepts	100.000 €	100.000 €

81260	**012**	**Erneuerung Server und APC**	**1.030.000**	**780.000**	**591.000**	**584.057,27**
		Verpflichtungsermächtigung	**620.000**	**310.000**		
		Davon fällig 2025	**310.000**			
		Davon fällig 2026	**310.000**	**310.000**		

Im Zuge der Serverkonsolidierung werden sukzessive vermehrt virtuelle Systeme eingesetzt. Dies hat die Beschaffung hoch performante Hardware zur Folge.

	2024	2025
Erneuerung und Erweiterung der Servertechnik und Netzwerksicherheit sowie IKT Arbeitsplätze	1.030.000 €	780.000 €

81261	**012**	**Ausstattung der Dienststellen mit WLAN**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**94.614,53**
		Verpflichtungsermächtigung	**350.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2025	**175.000**			
		Davon fällig 2026	**175.000**	**175.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**175.000**		

Ausgaben für den Ausbau und die Modernisierung der drahtlosen Übertragungstechnik.

81262	**012**	**Systemmonitoring**			**150.000**	**150.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**455.000**	**455.000**	**150.000**	**131.131,96**
		Verpflichtungsermächtigung	**430.000**	**290.000**		
		Davon fällig 2025	**140.000**			
		Davon fällig 2026	**140.000**	**140.000**		
		Davon fällig 2027	**75.000**	**75.000**		
		Davon fällig 2028	**75.000**	**75.000**		

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Hardwareausstattung für Videokonferenzsysteme.....	25.000 €	25.000 €
Ertüchtigung von Netzwerktechnik für Breitbandanwendungen (Tele- und/oder Videokonferenzsysteme).....	0 €	140.000 €
Ertüchtigung und Erneuerung von Server- und Managementinfrastruktur	430.000 €	290.000 €
Summe.....	455.000 €	455.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**4.407.000**	**4.528.000**	**3.730.000**	**3.532.538,69**
Gesamtausgaben	**4.407.000**	**4.528.000**	**3.730.000**	**3.532.538,69**
Prozentuale Veränderung	**18,2 %**	**2,7 %**		

Abschluss Kapitel 2554

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.822.000**	**3.193.000**	**2.739.000**	**2.572.734,93**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.585.000**	**1.335.000**	**991.000**	**959.803,76**
	Gesamtausgaben	**4.407.000**	**4.528.000**	**3.730.000**	**3.532.538,69**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-4.407.000**	**-4.528.000**	**-3.730.000**	**-3.532.538,69**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	1.593	---	1.816.020 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	1.593	---	1.816.020 €	---
Eigenleistung TK	220 €	77	---	16.940 €	---
Fremdleistung TK	280 €	943	---	264.040 €	---
Summe TK	---	1.020	---	280.980 €	---
Gesamt	---	---	2.027.900 €	2.097.000 €	2.069.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	1.493	---	1.702.020 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	1.493	---	1.702.020 €	---
Eigenleistung TK	220 €	77	---	16.940 €	---
Fremdleistung TK	280 €	943	---	264.040 €	---
Summe TK	---	1.020	---	280.980 €	---
Gesamt	---	---	2.027.900 €	1.983.000 €	2.117.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**5.432,49**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 05 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**305.000**	**340.000**	**300.000**	**280.226,79**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten und Präsentationstechnik	305.000 €	340.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**616.000**	**616.000**	**565.000**	**623.848,65**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2027	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2028	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2029	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2030		**600.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Behördliche Netzwerkinfrastruktur (Standardnetzzugang Berliner Landesnetz, weitere Dienstleistungen des ITDZ Berlin)	616.000 €	616.000 €

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**874.000**	**887.000**	**899.000**	**794.398,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.780.000**	**1.780.000**		
		Davon fällig 2025	**460.000**			
		Davon fällig 2026	**460.000**	**460.000**		
		Davon fällig 2027	**460.000**	**460.000**		
		Davon fällig 2028	**200.000**	**460.000**		
		Davon fällig 2029	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2030		**200.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	250.000 €	250.000 €	250.000 €

	2024	2025
Wartung und Pflege Netzwerk- und Servertechnik, Lizenzen	138.000 €	152.000 €
Wartung und Pflege TK-Anlage	279.000 €	278.000 €
Wartung und Pflege Software Microsoft (Enterprise Agreement)	262.000 €	262.000 €
Betrieb der IKT-Infrastruktur- und Arbeitsplätze durch ITDZ (ITIS-Vertrag)	195.000 €	195.000 €
Summe	874.000 €	887.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**60.000**	**60.000**	**30.000**	**73.129,31**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 05 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**45.000**	**45.000**	**40.000**	**42.311,58**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete Multifunktionsgeräte	45.000 €	45.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**20.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**150.000**	**150.000**	**122.000**	**208.482,76**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatzbeschaffungen, Ertüchtigung von Server- und Managementinfrastruktur	150.000 €	150.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**2.069.000**	**2.117.000**	**1.985.000**	**2.027.829,62**
Gesamtausgaben	**2.069.000**	**2.117.000**	**1.985.000**	**2.027.829,62**
Prozentuale Veränderung	**4,2 %**	**2,3 %**		

Abschluss Kapitel 2555

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.919.000**	**1.967.000**	**1.863.000**	**1.819.346,86**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**150.000**	**150.000**	**122.000**	**208.482,76**
	Gesamtausgaben	**2.069.000**	**2.117.000**	**1.985.000**	**2.027.829,62**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-2.069.000**	**-2.117.000**	**-1.985.000**	**-2.027.829,62**

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	106	---	120.840 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	106	---	120.840 €	---
Eigenleistung TK	220 €	48	---	10.560 €	---
Fremdleistung TK	280 €	83	---	23.240 €	---
Summe TK	---	131	---	33.800 €	---
Gesamt	---	---	301.600 €	154.640 €	350.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	106	---	120.840 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	106	---	120.840 €	---
Eigenleistung TK	220 €	48	---	10.560 €	---
Fremdleistung TK	280 €	83	---	23.240 €	---
Summe TK	---	131	---	33.800 €	---
Gesamt	---	---	301.600 €	154.640 €	407.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**39.000**	**70.000**	**71.200**	**44.045,82**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung Netzwerktechnik, IKT-Arbeitsplätze, mobiles Arbeiten...	39.000 €	70.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**70.000**	**70.000**	**58.000**	**53.085,24**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT	70.000 €	70.000 €

51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**130.000**	**123.000**	**160.000**	**183.658,85**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Wartung und Pflege Netzwerk- und Servertechnik.....	52.000 €	48.000 €
Telefonie	36.000 €	36.000 €
Software-Lizenzen	42.000 €	39.000 €
Summe.....	130.000 €	123.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.247,59**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 10 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**15.000**	**5.915,90**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete Multifunktionsgeräte	10.000 €	10.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Gutachten (u. a. Fortschreibung Sicherheitskonzept, mobiles Arbeiten).....	10.000 €	10.000 €

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**76.000**	**109.000**	**74.000**	**13.677,53**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Erneuerung Server und IKT Arbeitsplätze.....	76.000 €	109.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**350.000**	**407.000**	**403.200**	**301.630,93**
Gesamtausgaben	**350.000**	**407.000**	**403.200**	**301.630,93**
Prozentuale Veränderung	**-13,2 %**	**16,3 %**		

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2557				
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	274.000	298.000	329.200	287.953,40
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	76.000	109.000	74.000	13.677,53
		Gesamtausgaben	350.000	407.000	403.200	301.630,93
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-350.000	-407.000	-403.200	-301.630,93

Landesamt für Gesundheit und Soziales

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	1.184	---	1.349.760 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	1.184	---	1.349.760 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.300	---	364.000 €	---
Summe TK	---	1.300	---	364.000 €	---
Gesamt	---	---	2.308.200 €	1.713.760 €	2.016.900 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	1.224	---	1.395.360 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	1.224	---	1.395.360 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €	1.350	---	378.000 €	---
Summe TK	---	1.350	---	378.000 €	---
Gesamt	---	---	2.308.200 €	1.773.360 €	1.776.900 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Landesamt für Gesundheit und Soziales

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**15,27**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 11 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**138.000**	**138.000**	**184.000**	**188.238,72**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung Netzwerktechnik, IKT-Arbeitsplätze, mobile Arbeitsplätze...	138.000 €	138.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**189.000**	**189.000**	**204.000**	**120.101,88**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Betriebsleistungen für Standardnetzzugänge (SNZ) DG Turmstr. und Sächsische Str.	165.000 €	165.000 €
Betriebsleistungen für Lichtwellenleiter (LWL) - Anbindung DG Ringstr	16.000 €	16.000 €
Sonstige nicht vom Betriebsvertrag Berliner Landesnetz (BeLa) abdeckte Datenfernübertragung (z.B. Einzelplatzzugänge, Carrier, Datenzugänge)	8.000 €	8.000 €
Summe	189.000 €	189.000 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**858.000**	**855.000**	**789.000**	**766.614,71**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Dienstleistungen für die IT-Sicherheit	15.000 €	15.000 €
Wartung und Pflege Netzwerk- und Servertechnik Sonstige	30.000 €	30.000 €
Nutzung von ITDZ-Dienstleistungen	350.000 €	350.000 €
Telefonie, TK-Leistungen	364.000 €	378.000 €
Software-Lizenzen	63.000 €	46.000 €
Sonstige Dienstleistungen (IT-Sicherheit, fallabhängiger Support)	36.000 €	36.000 €
Summe	858.000 €	855.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.900**	**10.900**	**10.900**	**1.292,22**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 11 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**180.000**	**180.000**	**209.000**	**106.632,94**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT	180.000 €	180.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**22.000**	**22.000**	**38.100**	**12.116,58**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

Landesamt für Gesundheit und Soziales

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**614.000**	**377.000**	**99.000**	**1.113.148,47**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ausgaben für den verfahrensunabhängigen Anteil an der zyklischen Server-Aktualisierung	9.000 €	9.000 €
Umsetzung der One-Device-Strategie für alternierende und mobile Telearbeit	490.000 €	253.000 €
Ausbau Scanstrecke, Implementierung Scanner, Software und Prozesse	115.000 €	115.000 €
Summe	614.000 €	377.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**2.016.900**	**1.776.900**	**1.539.000**	**2.308.160,79**
	Gesamtausgaben	**2.016.900**	**1.776.900**	**1.539.000**	**2.308.160,79**
	Prozentuale Veränderung	**31,1 %**	**-11,9 %**		

Abschluss Kapitel 2558

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.402.900**	**1.399.900**	**1.440.000**	**1.195.012,32**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**614.000**	**377.000**	**99.000**	**1.113.148,47**
	Gesamtausgaben	**2.016.900**	**1.776.900**	**1.539.000**	**2.308.160,79**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-2.016.900**	**-1.776.900**	**-1.539.000**	**-2.308.160,79**

Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	478	---	544.920 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	478	---	544.920 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	116.480 €	---
Fremdleistung TK	280 €	416	---	- €	---
Summe TK	---	416	---	116.480 €	---
Gesamt	---	---	354.300 €	661.400 €	1.048.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	478	---	544.920 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	478	---	544.920 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	116.480 €	---
Fremdleistung TK	280 €	416	---	- €	---
Summe TK	---	416	---	116.480 €	---
Gesamt	---	---	354.300 €	661.400 €	781.000 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111 (neu)	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**		

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 11 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**295.000**	**285.000**	**64.100**	**38.181,58**
		Verpflichtungsermächtigung	**225.000**	**225.000**		
		Davon fällig 2025	**85.000**			
		Davon fällig 2026	**35.000**	**85.000**		
		Davon fällig 2027	**35.000**	**35.000**		
		Davon fällig 2028	**35.000**	**35.000**		
		Davon fällig 2029	**35.000**	**35.000**		
		Davon fällig 2030		**35.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobile Arbeitsplätze	200.000 €	200.000 €
Serverinfrastruktur.....	95.000 €	85.000 €
Summe.....	295.000 €	285.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**108.000**	**101.000**	**86.000**	**84.348,14**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz, Dienste des ITDZ	108.000 €	101.000 €

51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**268.000**	**268.000**	**137.000**	**160.301,44**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	2024	2025
Wartung und Pflege Netzwerk-, Servertechnik ITDZ, Systemsoftware und Lizenzen (Microsoft Enterprise-Agreement)	196.000 €	196.000 €
Telefonie und TK-Betrieb	72.000 €	72.000 €
Summe	268.000 €	268.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**6.000**	**6.000**	**4.000**	**—**

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**8.000**	**8.000**	**4.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613 (neu)	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**		

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**350.000**	**100.000**	**—**	**71.549,63**

Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Geräte technische Einrichtungen, Ausstattungen verfahrensunabhängige IKT	350.000 €	100.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**1.048.000**	**781.000**	**297.100**	**354.380,79**
	Gesamtausgaben	**1.048.000**	**781.000**	**297.100**	**354.380,79**
	Prozentuale Veränderung	**252,7 %**	**-25,5 %**		

Abschluss Kapitel 2559

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**698.000**	**681.000**	**297.100**	**282.831,16**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**350.000**	**100.000**	**—**	**71.549,63**
	Gesamtausgaben	**1.048.000**	**781.000**	**297.100**	**354.380,79**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.048.000**	**-781.000**	**-297.100**	**-354.380,79**

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	---	---	- €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	885	---	1.584.150 €	---
Summe IT	---	885	---	1.584.150 €	---
Eigenleistung TK	220 €		---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €		---	238.000 €	---
Summe TK	---		---	238.000 €	---
Gesamt	---	---	3.990.600 €	1.822.150 €	2.145.000 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	35	---	39.900 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	850	---	1.521.200 €	---
Summe IT	---	885	---	1.561.400 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €	850	---	238.000 €	---
Summe TK	---	850	---	238.000 €	---
Gesamt	---	---	3.990.600 €	1.799.400 €	1.887.700 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die niedrigeren Ansätze gegenüber dem Ist 2022 sind darin begründet, dass für das Veranschlagungsmodell überschreitende Bedarfe an zentraler Stelle (2500/54803) Vorsorge getroffen wird.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**455,79**
		Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 11 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.				

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**148.000**	**23.000**	**28.400**	**121.676,31**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung IKT-Arbeitsplätze, mobile Arbeitsplätze	148.000 €	23.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**246.000**	**216.000**	**382.000**	**279.508,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**196.000**	**196.000**		
		Davon fällig 2025	**196.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**196.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standortanbindungen des LAF (Standardnetzzugang Berliner Landesnetz weitere Standortanbindungen)	246.000 €	216.000 €

51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.585.000**	**1.532.000**	**2.670.000**	**3.455.465,83**
		Verpflichtungsermächtigung	**17.500.000**	**17.500.000**		
		Davon fällig 2025	**3.500.000**			
		Davon fällig 2026	**3.500.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2027	**3.500.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2028	**3.500.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2029	**3.500.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2030		**3.500.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025
Dienstleistungen für den Betrieb der IKT-Infrastruktur (insbesondere IKT-Arbeitsplatzservice des ITDZ)	1.585.000 €	1.532.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**104.000**	**104.000**	**94.000**	**133.488,19**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 11 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**50.500**	**1.200**	**1.200**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

81289 (neu)	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**		

Merkansatz - Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	Summe Maßnahmegruppe 31	**2.145.000**	**1.887.700**	**3.186.100**	**3.990.594,16**
	Gesamtausgaben	**2.145.000**	**1.887.700**	**3.186.100**	**3.990.594,16**
	Prozentuale Veränderung	**-32,7 %**	**-12,0 %**		

Abschluss Kapitel 2560

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.144.000**	**1.886.700**	**3.186.100**	**3.990.594,16**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
	Gesamtausgaben	**2.145.000**	**1.887.700**	**3.186.100**	**3.990.594,16**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-2.145.000**	**-1.887.700**	**-3.186.100**	**-3.990.594,16**

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	74	---	84.360 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	74	---	84.360 €	---
Eigenleistung TK	220 €	62	---	17.360 €	---
Fremdleistung TK	280 €	---	---	- €	---
Summe TK	---	62	---	17.360 €	---
Gesamt	---	---	48.000 €	101.720 €	83.200 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	74	---	84.360 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	---	---	- €	---
Summe IT	---	74	---	84.360 €	---
Eigenleistung TK	220 €		---	17.360 €	---
Fremdleistung TK	280 €		---	- €	---
Summe TK	---		---	17.360 €	---
Gesamt	---	---	48.000 €	101.720 €	78.200 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die niedrigeren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind in der Anmeldung der Behörde begründet.

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**7.470,30**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatz und Ergänzung von Geräten, IKT-Arbeitsplätze	19.000 €	19.000 €
Softwarelizenzen/MEA/Antivirensoftware/Firewall	5.000 €	5.000 €
Wartung und Reparatur	1.000 €	1.000 €
Summe	25.000 €	25.000 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**23.300**	**23.300**	**23.300**	**23.655,36**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standortanbindung an das Berliner Landesnetz	23.300 €	23.300 €

51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**14.000**	**14.000**	**11.800**	**11.350,99**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
TK-Anlage (Wartung und Pflege)	14.000 €	14.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**4.500**	**4.206,79**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 09 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.900**	**1.900**	**1.900**	**1.231,11**

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

52613	**012**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**10.000**	**5.000**	**10.000**	**—**

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Weiterentwicklung und Umsetzung des standortbezogenen Sicherheitskonzeptes ...	10.000 €	5.000 €

81289	**012**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**15.000**	**—**

Merkansatz - Ausgaben für investive Maßnahmen in Bezug auf den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	Summe Maßnahmegruppe 31	**83.200**	**78.200**	**94.500**	**47.914,55**
	Gesamtausgaben	**83.200**	**78.200**	**94.500**	**47.914,55**
	Prozentuale Veränderung	**-12,0 %**	**-6,0 %**		

Abschluss Kapitel 2561

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**82.200**	**77.200**	**79.500**	**47.914,55**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.000**	**1.000**	**15.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**83.200**	**78.200**	**94.500**	**47.914,55**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-83.200**	**-78.200**	**-94.500**	**-47.914,55**

Landesverwaltungsamt

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	32	---	36.480 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	1.000	---	1.790.000 €	---
Summe IT	---	1.032	---	1.826.480 €	---
Eigenleistung TK	220 €	14	---	3.080 €	---
Fremdleistung TK	280 €	631	---	176.680 €	---
Summe TK	---	645	---	179.760 €	---
Gesamt	---	---	1.594.100 €	2.006.240 €	1.993.400 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	42	---	47.880 €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	850	---	1.521.500 €	---
Summe IT	---	892	---	1.569.380 €	---
Eigenleistung TK	220 €	14	---	3.080 €	---
Fremdleistung TK	280 €	631	---	176.680 €	---
Summe TK	---	645	---	179.760 €	---
Gesamt	---	---	1.594.100 €	1.749.140 €	1.993.400 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Der höhere Ansatz gegenüber der Veranschlagungsleitlinie im 2. Planjahr ist insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.400**	**20.400**	**20.400**	**4.280,42**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**227.000**	**227.000**	**245.000**	**223.248,69**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.056.000**	**1.056.000**		
		Davon fällig 2025	**352.000**			
		Davon fällig 2026	**352.000**	**352.000**		
		Davon fällig 2027	**352.000**	**352.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**352.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Standardnetzzugang Berliner Landesnetz	190.000 €	190.000 €
Betriebsleistungen für Lichtwellenleiter (LWL)	23.000 €	23.000 €
Sonstige nicht vom Betriebsvertrag Berliner Landesnetz abdeckte Datenfernübertragung (Einzelplatzzugänge, Carrier-Internet oder Datenzugänge sowie andere Anbindungen z.B. DSL-Zugänge bei Heim- Arbeitsplätzen)	14.000 €	14.000 €
Summe	227.000 €	227.000 €

51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.637.000**	**1.637.000**	**1.583.000**	**1.299.725,03**
		Verpflichtungsermächtigung	**8.400.000**	**8.400.000**		
		Davon fällig 2025	**2.800.000**			
		Davon fällig 2026	**2.800.000**	**2.800.000**		
		Davon fällig 2027	**2.800.000**	**2.800.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**2.800.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
IT-Arbeitsplatzservice des ITDZ inkl. Software (ITIS, Berlin-PC oder ähnlich)	1.400.000 €	1.400.000 €
Telefonie (IP-Telefonie, Grund- und Gesprächsgebühren, mobile Endgeräte)	237.000 €	237.000 €
Summe	1.637.000 €	1.637.000 €

Landesverwaltungsamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 15 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**105.000**	**105.000**	**120.000**	**66.866,75**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**120.000**			
		Davon fällig 2026	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2027	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2028	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2029	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2030		**120.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Anmietung und Verbrauchskosten Multifunktionsgeräte	27.000 €	27.000 €
Anmietung und Verbrauchskosten AP-Drucker	75.000 €	75.000 €
Sonstiges (Fax, Geräteumzüge u. a.)	3.000 €	3.000 €
Summe	105.000 €	105.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

	Summe Maßnahmegruppe 31	**1.993.400**	**1.993.400**	**1.972.400**	**1.594.120,89**
	Gesamtausgaben	**1.993.400**	**1.993.400**	**1.972.400**	**1.594.120,89**
	Prozentuale Veränderung	**1,1 %**	**—**		

Abschluss Kapitel 2562

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.993.400**	**1.993.400**	**1.972.400**	**1.594.120,89**
	Gesamtausgaben	**1.993.400**	**1.993.400**	**1.972.400**	**1.594.120,89**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.993.400**	**-1.993.400**	**-1.972.400**	**-1.594.120,89**

Landesamt für Einwanderung

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die behördenbezogenen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zum Betrieb der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

B. Gender Budgeting

Auf eine übergreifende Darstellung von geschlechtssensitiven Daten wird hier verzichtet, da keine Personalausgaben ausgewiesen werden und die der Versorgung mit IKT-Infrastruktur dienenden Titel für eine Genderbetrachtung wenig ergiebig sind.

C. Veranschlagungsmodell Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik

Haushaltsjahr 2024	Preis in €	Menge 2024	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2024 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	---	---	- €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	1.309	---	2.343.110 €	---
Summe IT	---	1.309	---	2.343.110 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €	924	---	258.720 €	---
Summe TK	---	924	---	258.720 €	---
Gesamt	---	---	2.411.900 €	2.601.830 €	2.681.500 €

Haushaltsjahr 2025	Preis in €	Menge 2025	Ist 2022 in €	Veranschlagungs-leitlinie in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5
Eigenleistung IT	1.140 €	---	---	- €	---
Fremdleistung IT	1.790 €	1.309	---	2.343.110 €	---
Summe IT	---	1.309	---	2.343.110 €	---
Eigenleistung TK	220 €	---	---	- €	---
Fremdleistung TK	280 €	924	---	258.720 €	---
Summe TK	---	924	---	258.720 €	---
Gesamt	---	---	2.411.900 €	2.601.830 €	2.683.500 €

Veränderte Ansätze gegenüber den Vorjahren beruhen zunächst auf der ermittelten Veranschlagungsleitlinie in Anwendung des Veranschlagungsmodells für die verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (vu IKT).

Bezüglich der zu finanzierenden Mengen können zum einen mehr IT- und TK-Endgeräte im Einsatz sein als zuvor bzw. deren Neubeschaffung ist geplant. Zum anderen wird durch den Abbau von Doppelausstattungen im Zuge der Umsetzung der OneDevice-Strategie eine Reduktion erreicht. Ein weiterer Faktor ist die Festlegung von zum Teil höheren Veranschlagungspreisen aufgrund der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Die höheren Ansätze gegenüber der Veranschlagungsleitlinie sind insbesondere aufgrund vorhandener Verträge sowie in der allgemeinen Preisentwicklung begründet.

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111	**012**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**22.000**	**15.000**	**11.579,49**

Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans 05 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben für externe Datenträger (z. B. CD, DVD, USB-Stick), Datensicherungsbänder und spezielle Reinigungsmittel für den IKT-Bedarf.

51114	**012**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Ertüchtigung der IKT-Infrastruktur finanziert, die für einen Betrieb durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

51143	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**12.500**	**12.500**	**10.000**	**24.215,89**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Ausgaben für den Ersatz und die Neubeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	2024	2025
Ersatzbeschaffungen, Reparaturen Geräte, Zubehör	12.500 €	12.500 €

51145	**012**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**176.000**	**176.000**	**593.000**	**135.997,48**
		Verpflichtungsermächtigung	**925.000**	**925.000**		
		Davon fällig 2025	**185.000**			
		Davon fällig 2026	**185.000**	**185.000**		
		Davon fällig 2027	**185.000**	**185.000**		
		Davon fällig 2028	**185.000**	**185.000**		
		Davon fällig 2029	**185.000**	**185.000**		
		Davon fällig 2030		**185.000**		

Ausgaben für die IKT-Anbindung von Behördenstandorten an Netzwerkinfrastrukturen sowie den über diese Anbindungen abzuwickelnden Datenverkehr.

	2024	2025
Betriebsleistungen für Standardnetzzugänge (SNZ)	164.000 €	164.000 €
Betrieb lokale Netze (LAN Bereitstellung)	5.000 €	5.000 €
Datenanbindung Standort Fasanenstr. 85.....	7.000 €	7.000 €
Summe.....	176.000 €	176.000 €

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.378.000**	**2.378.000**	**1.762.000**	**2.165.495,57**
		Verpflichtungsermächtigung	**15.250.000**	**15.250.000**		
		Davon fällig 2025	**3.050.000**			
		Davon fällig 2026	**3.050.000**	**3.050.000**		
		Davon fällig 2027	**3.050.000**	**3.050.000**		
		Davon fällig 2028	**3.050.000**	**3.050.000**		
		Davon fällig 2029	**3.050.000**	**3.050.000**		
		Davon fällig 2030		**3.050.000**		

Ausgaben für Dienstleistungen des ITDZ Berlin sowie anderer vertraglich gebundener Dienstleister, Softwarelizenzen für die bereitgestellte Systemumgebung sowie deren Supportkosten (Softwarewartung und -pflege), insbesondere Kosten für die Lizenzierung von Produkten der Fa. Microsoft.

	2024	2025
Wartung und Pflege Netzwerk- und Servertechnik, Lizenzen	462.000 €	462.000 €
Wartung und Pflege TK-Anlage	262.000 €	262.000 €
Wartung und Pflege Software Microsoft (Enterprise Agreement)	4.000 €	4.000 €
Betrieb der IKT-Infrastruktur- und Arbeitsplätze durch ITDZ (ITIS-Vertrag)	1.650.000 €	1.650.000 €
Summe	2.378.000 €	2.378.000 €

51428	**012**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**6.000**	**6.000**	**5.000**	**5.397,98**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorschriften mit den Ausgaben des Einzelplans 05 einzelplanübergreifend deckungsfähig.

Verbrauchsabhängige Ausgaben z. B. für Toner, Tintenpatronen und weitere Materialien für an den Arbeitsplätzen eingesetzte Ausgabegeräte.

51813	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**85.000**	**85.000**	**85.000**	**69.242,97**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**120.000**			
		Davon fällig 2026	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2027	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2028	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2029	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2030		**120.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Geräten der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur, u. a. Multifunktionsgeräte über Rahmenverträge des ITDZ Berlin.

	2024	2025
Miete für Multifunktionsgeräte	6.000 €	6.000 €

51921	**012**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Merkansatz. Im Bedarfsfall wird dieser Titel aus Mitteln des Einzelplans verstärkt.

Hier werden Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur finanziert, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind.

52511	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für fachbezogene Fortbildungen des eigenen IKT-Personals, welche nicht durch das Standardangebot der Verwaltungsakademie abgedeckt sind.

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52613	012	Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT	1.000	1.000	1.000	—

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen in Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur.

	Summe Maßnahmegruppe 31	**2.681.500**	**2.683.500**	**2.474.000**	**2.411.929,38**
	Gesamtausgaben	**2.681.500**	**2.683.500**	**2.474.000**	**2.411.929,38**
	Prozentuale Veränderung	**8,4 %**	**0,1 %**		

Abschluss Kapitel 2563

511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.681.500**	**2.683.500**	**2.474.000**	**2.411.929,38**
	Gesamtausgaben	**2.681.500**	**2.683.500**	**2.474.000**	**2.411.929,38**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-2.681.500**	**-2.683.500**	**-2.474.000**	**-2.411.929,38**

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 5
Einzelplan 05
Inneres und Sport

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5 - 5
Kapitel 0500 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	5 - 15
Produktdarstellung	5 - 39
Kapitel 0509 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Personalüberhang -	5 - 45
Kapitel 0510 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport -	5 - 47
Produktdarstellung	5 - 75
Kapitel 0511 Olympiapark Berlin	5 - 79
Produktdarstellung	5 - 87
Kapitel 0512 Sportforum Berlin	5 - 89
Produktdarstellung	5 - 95
Kapitel 0520 Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Verfassungsschutz -	5 - 97
Produktdarstellung	5 - 103
Kapitel 0531 Polizei Berlin - Behördenleitung -	5 - 105
Produktdarstellung	5 - 115
Kapitel 0532 Polizei Berlin - Landespolizeidirektion -	5 - 127
Kapitel 0543 Polizei Berlin - Landeskriminalamt -	5 - 141
Kapitel 0552 Polizei Berlin - Polizeiakademie -	5 - 161
Kapitel 0556 Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service -	5 - 171
Kapitel 0559 Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin	5 - 205
Kapitel 0561 Berliner Feuerwehr - Behördenleitung -	5 - 213
Produktdarstellung	5 - 221
Kapitel 0562 Berliner Feuerwehr - Einsatzbereiche -	5 - 225
Kapitel 0565 Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -	5 - 227
Kapitel 0566 Berliner Feuerwehr - Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -	5 - 265
Kapitel 0571 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -	5 - 271
Kapitel 0572 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -	5 - 281

	Band/Seite
Produktdarstellung	5 - 289
Kapitel 0573 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugzulassung -	5 - 295
Produktdarstellung	5 - 303
Kapitel 0574 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -	5 - 305
Produktdarstellung	5 - 313
Kapitel 0575 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Entschädigungsleistungen -	5 - 315
Produktdarstellung	5 - 323
Kapitel 0581 Landesamt für Einwanderung	5 - 325
Produktdarstellung	5 - 335
Stellenplan	5 - 339
Stellenübersicht	5 - 415
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2 4
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	14
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	

Inneres und Sport

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gliedert sich wie folgt:

Leitung

Leitungsstab der Senatorin / des Senators inkl. Pressestelle (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Büros der Staatssekretärin/Staatssekretäre
Arbeitsgruppe „Kontrolle Verfassungsschutz“
Angelegenheiten der EU, Internationale Zusammenarbeit

Abteilung I - Staats- und Verwaltungsrecht -

Staats-, Verwaltungsrecht, Datenschutzrecht, Bezirksangelegenheiten
Ausländer- und Asylrecht, sonstiges Ordnungsrecht
Sicherheit und Rückkehrmanagement
Staatsangehörigkeits- und Personenstandsrecht
Wahlen, Volksbegehren, Volksentscheid,
Glücksspielrecht
Aufsicht über die Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB), DKLB-Stiftung und Spielbanken
Korruptionsbekämpfung
Geschäftsstelle des Landeswahlleiters

Abt. II - Verfassungsschutz –

Verfassungsschutzangelegenheiten

Abt. III - Öffentliche Sicherheit und Ordnung –

Aufsicht über die Polizei, die Feuerwehr und den Rettungsdienst
Lagezentrale
Katastrophen- und Zivilschutz
Cyber-Sicherheit, Sicherheitsforschung
Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einschließlich Waffenrecht
Aus- und Fortbildung, Laufbahn-, Dienst-, Disziplinar-, Beamten- und Tarifrecht der Polizei und Feuerwehr
Ressourcen, IT-Angelegenheiten für Polizei und Feuerwehr
Landesweite Koordinierungsstelle Digitalfunk

Abteilung IV - Sport –

Sportpolitik
Internationale und überregionale Angelegenheiten auf dem Gebiet des Sports
Sportförderung und -verwaltung
Sportentwicklungsplanung und Infrastruktur
Veranstaltungsförderung und -service
Sportmetropole Berlin
Sportanlagen-Infrastruktur (Bau von Sportanlagen und Bädern)
Staatsaufsicht über Berliner Bäderbetriebe einschließl. Bäderangelegenheiten
Bädersanierungsprogramm
Betrieb des Olympiaparks Berlin einschließlich der Sportanlage Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks
Betrieb des Sportforums Berlin einschließlich der Sportanlage Paul-Heyse-Straße
Grundstücksverwaltung für die Max-Schmeling-Halle, das Velodrom sowie die
Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark
Planung und Durchführung des Sportanlagensanierungsprogramms
Sportfachliche Grundsatz-und Rechtsangelegenheiten
Sport- und Wassersportmuseum
Geschäftsstelle Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Abteilung ZS - Zentraler Service -

Personal, Innerer Dienst, Finanzen, Informations- und Kommunikationstechnik
Zentrale Vergabestelle für die SenInnSport
Koordinierungsstelle AG Menschen mit Behinderung
Justiziariat und Wiedergutmachungsangelegenheiten
Behördliche Datenschutzbeauftragte
Ausbildungs- und Einstellungsbehörde allgemeiner nichttechnischer Verwaltungsdienst,
Dienstaufsicht über das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten und das Landesamt für Einwanderung,
Rechts- und Fachaufsicht über das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Inneres und Sport

Der Aufsicht der Senatsverwaltung für Inneres und Sport unterstehen:

Sonderbehörden:

Polizei Berlin
Berliner Feuerwehr
Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Landesamt für Einwanderung

Anstalten des Öffentlichen Rechts:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Berliner Bäder-Betriebe

Mit dem Haushaltsplan 2024/2025 wurden die Kapitelstruktur und -bezeichnungen des Einzelplans in Teilen verändert. Die folgende Tabelle stellt die gegenüber dem Haushaltsplan 2022/2023 vorgenommenen Veränderungen dar:

Kapitel	alt - Haushaltsplan 2022/2023	neu - Haushaltsplan 2024/2025
0562	Direktionen	Einsatzbereiche
0573	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Kraftfahrzeugwesen -	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten – Kraftfahrzeugzulassung -
0574		Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 05, mit Ausnahme der Obergruppe 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.

Für folgende Maßnahmen wurden Daten zum klimagerechten Haushalten erhoben:
• Errichtung von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden; hier: Schwimmbäder und -hallen
• Beschaffung und Leasing von Kraftfahrzeugen durch Stellen der öffentlichen Hand; hier: Fuhrpark der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr
• Schaffung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge; hier: Polizei Berlin und Berliner Feuerwehr.

Inneres und Sport

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**265.899.200**	**271.599.200**	**251.744.700**	**260.344.721,24**
11	Verwaltungseinnahmen	257.037.200	262.737.200	243.116.700	253.033.427,56
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	6.876.000	6.876.000	6.722.000	5.539.496,68
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	505.000	505.000	425.000	471.756,42
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	7.919,47
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	1.480.000	1.480.000	1.480.000	1.292.121,11
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**142.189.100**	**141.250.100**	**138.944.100**	**141.499.750,45**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	134.766.100	133.827.100	130.537.100	130.956.337,08
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	4.000	4.000	124.000	---
27	Zuschüsse von der EU	5.000	5.000	5.000	171.714,15
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	7.413.000	7.413.000	8.277.000	10.351.699,22
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	1.000	1.000	1.000	20.000,00
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**11.805.000**	**11.205.000**	**11.601.000**	**16.409.952,29**
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	700.000	100.000	500.000	1.632.401,29
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	1.105.000	1.105.000	1.101.000	1.221.000,00
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	10.000.000	10.000.000	10.000.000	13.556.551,00
Σ	**Summe Einnahmen**	**419.893.300**	**424.054.300**	**402.289.800**	**418.254.423,98**

Inneres und Sport

Gruppierungsübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**2.133.066.200**	**2.247.038.700**	**2.002.279.300**	**1.928.070.468,76**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	1.000	1.000	1.000	---
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	2.015.865.900	2.133.029.300	1.901.620.600	1.812.158.720,13
43	Versorgungsbezüge und dgl.	34.608.000	34.608.000	34.608.000	34.608.000,00
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	81.289.400	78.233.400	70.585.500	71.921.625,49
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	9.003.900	9.004.000	7.977.200	9.382.123,14
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	-7.702.000	-7.837.000	-12.513.000	---
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**533.692.400**	**510.843.200**	**519.753.700**	**495.073.752,71**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	533.692.400	510.843.200	519.753.700	495.073.752,71
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**300.319.700**	**293.958.700**	**308.347.700**	**298.813.150,65**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	115.333.000	115.511.600	116.605.700	108.633.017,92
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	1.000	1.000	1.000	1.333,12
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	35.573.100	36.759.100	33.971.100	37.171.940,38
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	149.412.600	141.687.000	157.769.900	153.006.859,23
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**99.096.000**	**101.447.000**	**127.920.000**	**146.600.366,04**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	83.904.000	78.457.000	66.937.000	60.900.989,04
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	1.000	1.000	21.049.000	33.866.000,00
86	Darlehen an sonstige Bereiche	1.800.000	1.938.000	1.314.000	762.948,96
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	2.000	1.000	36.000.000	35.250.000,00
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	13.389.000	21.050.000	2.620.000	15.820.428,04
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**1.000**	**13.001.000**	**-5.249.000**	**---**
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	---	13.000.000	---	---
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	1.000	1.000	-5.249.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**3.066.175.300**	**3.166.288.600**	**2.953.051.700**	**2.868.557.738,16**

Inneres und Sport

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**383.880.200**	**388.980.200**	**365.285.500**	**378.596.274,41**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	4.377.100	4.377.100	1.786.300	9.221.426,85
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	379.503.100	384.603.100	363.499.200	369.374.847,56
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**5.268.800**	**4.329.800**	**5.685.000**	**6.630.550,24**
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	2.000	2.000	2.000	2.337,35
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	5.266.800	4.327.800	5.683.000	6.628.212,89
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**20.744.300**	**20.744.300**	**21.319.300**	**19.471.048,33**
32	Sport und Erholung	20.744.300	20.744.300	21.319.300	19.471.048,33
8	**Finanzwirtschaft**	**10.000.000**	**10.000.000**	**10.000.000**	**13.556.551,00**
85	Rücklagen	10.000.000	10.000.000	10.000.000	13.556.551,00
∑	**Summe Einnahmen**	**419.893.300**	**424.054.300**	**402.289.800**	**418.254.423,98**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**2.754.453.200**	**2.867.186.500**	**2.654.380.400**	**2.538.493.267,69**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	143.715.700	160.177.000	159.418.700	123.471.165,49
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2.610.737.500	2.707.009.500	2.494.961.700	2.415.022.102,20
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**133.000**	**133.000**	**130.000**	**117.992,10**
13	Hochschulen	133.000	133.000	130.000	117.992,10
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**109.034.300**	**109.198.400**	**110.108.500**	**105.545.682,90**
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	1.393.900	1.457.000	1.338.100	1.304.280,68
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	91.301.000	92.851.000	90.845.000	86.125.366,75
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	16.339.400	14.890.400	17.925.400	18.116.035,47
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**209.147.800**	**183.535.700**	**204.672.900**	**223.117.902,07**
32	Sport und Erholung	209.147.800	183.535.700	204.672.900	223.117.902,07
8	**Finanzwirtschaft**	**-6.593.000**	**6.235.000**	**-16.240.100**	**1.282.893,40**
85	Rücklagen	---	13.000.000	---	---
86	Sonstiges	1.108.000	1.071.000	1.521.900	1.282.893,40
88	Globalposten	-7.701.000	-7.836.000	-17.762.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**3.066.175.300**	**3.166.288.600**	**2.953.051.700**	**2.868.557.738,16**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Im Einzelplan 05 wird nur die Maßnahmegruppe 32 – Ausgaben für die verfahrensabhängige IKT – verwendet.

Gesamtausgaben für die verfahrensabhängige IKT-Infrastruktur der einzelnen Behörden (MG 32):

Kapitel	Behörde	2024	2025	2023	Ist (Rest) 2022
0500-0520	Senatsverwaltung für Inneres und Sport	5.391.600	5.051.600	4.214.600	7.482.145,22
0531-0559	Polizei Berlin	57.297.100	51.268.100	42.074.700	38.535.046,48
0561-0567	Berliner Feuerwehr	9.928.000	14.099.000	10.453.000	9.574.929,40
0571-0575	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten	12.776.900	15.245.900	15.434.400	9.995.068,85
0581	Landesamt für Einwanderung	5.600.000	5.181.000	4.029.000	2.930.562,24
	Einzelplan 05 gesamt	90.993.600	90.845.600	76.205.700	68.517.752,19

D. Gender Budgeting

„Das strategische Ziel einer gendergerechten Verwendung öffentlicher Mittel in der Hauptverwaltung wirft vor allem auf der Sachbearbeitungsebene nach wie vor Fragen auf und wird dort hinsichtlich ihrer konkreten organisationsbezogenen Umsetzungsmöglichkeiten intensiv diskutiert. Die Weiterentwicklung der Genderkompetenz und der Akzeptanz des Themas bei Beschäftigten bleibt somit auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe in der Berliner Verwaltung.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport führt nicht nur im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung, sondern auch als permanenten Arbeitsprozess eine kritische Analyse sämtlicher Titel der Hauptgruppen 5 und 6 des Kapitels 0500 durch. Die Zielausrichtung und Steuerungsmöglichkeiten werden überprüft und ggf. in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachbereichen überarbeitet und geschärft.

Im Ergebnis der bisherigen Aktivitäten stellt sich die genderbezogene Mittelverwendung des gesamten Einzelplans 05 wie folgt dar:

Anzahl der Titel HGr. 5, 6 und 8 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht erforderlich)	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht möglich)	
18	26	50	41	

Im Einzelnen:

Titel HGr. 5, 6 und 8 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht erforderlich)	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht möglich)	
nein		0500 / 511 01		

Inneres und Sport

Titel HGr. 5, 6 und 8 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht erforderlich)	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht möglich)	
nein		0500 / 511 36		
nein		0500 / 511 40		
nein		0500 / 511 68		
nein		0500 / 511 70		
nein		0500 / 511 85		
nein		0500 / 514 53		
nein		0500 / 518 01		
nein		0500 / 518 02		
nein	0500 / 525 01			Erhebung erforderlich
nein		0500 / 525 36		
nein			0500 / 526 01	
nein		0500 / 526 10		
nein		0500 / 526 38		
nein	0500 / 527 03			Erhebung erforderlich
nein		0500 / 529 06		
nein		0500 / 531 01		
nein		0500 / 531 05		
nein	0500 / 531 11			
nein	0500 / 540 02			Ziele werden derzeit entwickelt (Teil Gesundheitsmanagement)
nein		0500 / 540 10		
nein		0500 / 540 50		
nein			0500 / 540 53	
nein		0500 / 546 15		
nein			0500 / 632 01	
nein		0500 / 632 10		
nein			0500 / 671 01	
nein			0500 / 681 23	
nein		0500 / 684 32		
nein		0500 / 685 69		(Teilansatz Stiftung NS-Opfer)
ja	0500 / 685 69			Steuerung wird derzeit geprüft (Teilansatz IOM)
nein			0500 / 685 69	(Teilansatz ZIRF)
nein		0510 / 526 10		
nein		0510 / 531 01		
ja			0510 / 684 02	
ja			0510 / 684 19	
ja			0510 / 684 90	
ja			0510 / 863 05	
ja			0510 / 893 60	
nein		0511 / 531 01		
nein		0512 / 531 01		
nein		0520 / 531 01		
ja		0520 / 632 13		

Inneres und Sport

Titel HGr. 5, 6 und 8 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht erforderlich)	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht möglich)	
nein	0531 / 525 01			
nein	0531 / 527 03			
nein	0531 / 531 01			
nein	0531 / 531 11			
ja			0531 / 681 23	
ja			0531 / 681 24	
nein	0532 / 525 01			
nein		0532 / 526 10		
nein	0532 / 527 03			
nein		0532 / 531 01		
nein	0543 / 525 01			
nein		0543 / 526 10		
nein	0543 / 527 03			
nein		0543 / 531 01		
nein		0543 / 531 11		
nein		0543 / 681 02		
ja			0543 / 681 24	
nein			0543 / 685 20	
nein	0552 / 525 01			
nein	0552 / 527 03			
nein		0552 / 531 01		
nein		0552 / 531 11		
ja	0552 / 681 23			
nein		0552 / 685 79		
nein	0556 / 525 01			
nein		0556 / 526 10		
nein	0556 / 527 03			
nein		0556 / 531 01		
nein		0556 / 531 11		
nein			0556 / 685 79	
nein	0559 / 527 03			
nein		0561 / 511 01		
nein		0561 / 526 01		
nein			0561 / 526 10	
nein			0561 / 531 01	
nein	0561 / 531 05			
nein			0561 / 531 08	
nein			0561 / 540 20	
nein			0561 / 540 53	
nein			0562 / 526 02	
nein			0565 / 511 01	
nein			0565 / 514 20	

Inneres und Sport

Titel HGr. 5, 6 und 8 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht erforderlich)	ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht möglich)	
nein			0565 / 518 01	
nein	0565 / 525 01			
nein	0565 / 525 36			
nein			0565 / 526 02	
nein		0565 / 526 10		
nein			0565 / 527 03	
nein	0565 / 531 11			
nein			0565 / 540 02	
nein			0565 / 681 02	
nein			0565 / 681 90	
nein			0565 / 681 99	
nein			0565 / 685 69	
nein			0565/ 685 79	
nein			0566 / 511 40	
nein	0566 / 525 01			
nein		0566 / 525 02		
nein		0566 / 525 09		
nein	0566 / 671 01			
nein		0571 / 526 10		
nein		0571 / 531 01		
nein	0571 / 531 11			
nein		0575 / 526 10		
ja			0575 / 636 10	
ja			0575 / 681 03	
ja			0575 / 681 12	
ja			0575 / 681 13	
ja			0575 / 681 14	
ja			0575 / 687 03	
ja			0575 / 687 06	
nein		0581 / 526 10		
nein		0581 / 531 01		
nein		0581 / 531 11		

Inneres und Sport

E. Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungs-kosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet, sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
0500; 0510; 0511; 0512; 0520; 0531; 0561; 0572; 0573; 0574; 0575; 0581

Zusammenfassende Übersicht 55 - SenInnSport

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	16	Personalkosten	1.554.731.682	1.448.537.594	+7,33
Kostenträgergruppen	47	Sachkosten	169.914.073	149.127.645	+13,94
Kostenträger	112	Transferkosten	54.960.888	51.352.061	+7,03
davon		Verrechnungskosten	90.850.383	82.475.691	+10,15
Produkte	88	kalkulatorische Kosten	563.742.299	526.890.203	+6,99
MGF	16	Gemeinkosten	783.784.265	802.760.353	-2,36
Projekte	8	**Summe Verwaltungskosten**	3.217.983.590	3.061.143.547	+5,12
		Transfers	231.516.719	212.950.230	+8,72
		Gesamtsumme	3.449.500.309	3.274.093.777	+5,36

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für den Leitungsbereich, für die Beschäftigtenvertretungen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, für die Landeskommission Berlin gegen Gewalt, für die Abteilung I – Staats-, Verwaltungs- und Dienstrecht -, für die Abteilung III – Öffentliche Sicherheit und Ordnung – und für die Abteilung ZS – Zentraler Service -. Darüber hinaus sind in diesem Kapitel in einigen Titeln zentral auch Ausgaben für die Abteilung II – Verfassungsschutz und für die Abteilung IV – Sport veranschlagt.

B. Gender Budgeting

Die Aussagen zu Gender Budgeting werden für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport für vergleichbare Beschäftigungen in folgenden Kapitelkreisen zusammengefasst und jeweils im ersten aufgeführten Kapitel ausgewiesen. Zusammengefasst wurden:

Kapitel 0500 – Politisch–Administrativer Bereich und Service und
Kapitel 0510 – Abteilung IV – Sport sowie

Kapitel 0511 – Olympiapark Berlin und
Kapitel 0512 – Sportforum Berlin

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

Kapitel 0500/0510

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftige	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	44	52	44	58	44	60
Relativer Anteil (in %)	46	54	43	57	42	58
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	223	158	283	174	306	197
Relativer Anteil (in %)	58	42	62	38	61	39

Für den Planungszeitraum wurde das durchschnittliche Jahresgehalt (2022) getrennt nach weiblichen und männlichen Führungskräften und Mitarbeitenden unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	86.862,93 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	79.763,26 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	55.665,12 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	50.042,03 €

Begründung:

Die bestehende Differenz zwischen den durchschnittlichen Jahreseinkommen der Führungskräfte ergibt sich durch den höheren Anteil männlicher Führungskräfte in den Führungsebenen 1 und 2. Weibliche Führungskräfte nehmen Führungsaufgaben in den Führungsebenen 2 und 3 wahr. Das Verhältnis zwischen den männlichen und weiblichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern.

Bei den Mitarbeitenden ergibt sich die Differenz durch die unterschiedliche Verteilung von weiblichen und männlichen Beschäftigten in verschiedenen Entgelt- und Besoldungsgruppen. Weibliche Beschäftigte befinden sich überwiegend in den Ämtern ab dem ersten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 und im ersten Beförderungsamt ab dem zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 sowie in vergleichbaren Entgeltgruppen. Das durchschnittliche Jahresgehalt der männlichen Beschäftigten ist gegenüber dem vorherigen Planungszeitraum leicht gestiegen. Bei den weiblichen Beschäftigten gab es keine Veränderungen. Aufgrund der altersbedingten Fluktuation und einer möglichen Rekrutierung weiblicher Beschäftigter im Rahmen der Bestenauslese ist eine Annäherung der durchschnittlichen Jahreseinkommen möglich.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11132	**011**	**Ersatz von Prozesskosten**	**5.000**	**5.000**	**3.300**	**1.771,99**

Kostenfestsetzungen aus entsprechenden Urteilen bzw. Vergleichsergebnisse.

11152	**011**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**400.000**	**400.000**	**120.000**	**604.989,51**

Einnahmen im Zusammenhang mit der zentralen Zuständigkeit des Landes Hessen für den nunmehr dauerhaft ausgegliederten Betrieb das Spielersperrsystem OASIS gemäß des Glücksspielstaatsvertrages 2021 (GlüStV 2021) und der 1. Änderung des GlüStV 2021. Die Aufteilung erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

Höhere Ansätze gegenüber 2023, da aufgrund einer Ausweitung der Inanspruchnahme dieses Systems durch den neuen GlüStV 2021 mit deutlich höheren Einnahmen zu rechnen ist.

11153	**011**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**809,17**

Archivauskünfte in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten

11902	**011**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**	**4.100**	**4.100**	**—**	**4.061,00**

Ablieferung der Vergütungen für die Mitgliedschaft im Aufsichts-/Verwaltungsrat von Unternehmen im Auftrag des Senats, soweit sie den Betrag der entsprechenden Pauschalaufwandsentschädigung für unmittelbare Landesbeamte und Landesbeamtinnen übersteigen (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder des Senats in Verbindung mit § 6 der Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten).

11903	**011**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**2.978,32**

Ersatz von Dienstbezügen nach Verkehrsunfällen, Körperverletzungen und Glatteisunfällen.

11921	**011**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**136.090,91**

Rückforderungen an Zuwendungsempfangende aus Projekten, die im Vorjahr beendet wurden.

Die Höhe der zu erwartenden Rückzahlungen nach der Abrechnung von Zuwendungen ist nicht planbar. Insofern ist das hohe IST 2022 nicht repräsentativ für die Einnahmeerwartungen der kommenden Jahre.

11934	**011**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**			**—**	**10.622,50**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11977	**011**	**Andere Rückzahlungen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**2.421,74**

Verschiedene Einnahmen, deren jeweiliger Entstehungsgrund 1.000 € überschreitet.

11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.031,04**

Verschiedene Einnahmen, deren jeweiliger Entstehungsgrund 1.000 € unterschreitet.

23102	**011**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund**	**3.700.000**	**3.700.000**	**—**	**5.765.427,35**

Kostenerstattung des Bundes für die Europawahl 2024 gemäß § 25 Europawahlgesetz i.V.m. § 50 Bundeswahlgesetz (BWG) und für die Bundestagswahl 2025 gemäß § 50 BWG.

Das Ist in 2022 bildet Kostenerstattungen des Bundes für die Bundestagswahl 2021 sowie für die Vorbereitung und Durchführung des registergestützten Zensus ab.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23190	**011**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**140.674,99**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890.

Zweckgebundene Einnahmen durch den Bund zur Umsetzung des Projektes „Rückkehrkoordination Berlin“.

23204	**011**	**Anteil der Länder an den Ausgaben**	**180.000**	**180.000**	**180.000**	**205.175,70**

Erstattung von Personalausgaben für die Geschäftsstelle der Innenministerkonferenz.
Die Ausgaben der Geschäftsstelle werden entsprechend dem Königsteiner Schlüssel anteilig durch die Länder getragen.

26101	**011**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
26109	**011**	**Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln**	**1.000**	**1.000**	**100.000**	**—**

Einnahmen für Bauvorbereitungsmittel für SILB.

28107	**011**	**Ersatz von Personalausgaben**			**1.297.000**	**2.345.372,63**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

33190	**043**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**	**700.000**	**100.000**	**500.000**	**1.632.401,29**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 81290.

Einnahmen werden aufgrund der Beteiligung des Bundes im Zusammenhang mit dem landesweiten Ausbau des Digitalfunks erwartet. Die Höhe der Einnahmen ist abhängig vom Baufortschritt.

		Gesamteinnahmen	**5.077.100**	**4.477.100**	**2.286.300**	**10.853.828,14**
		Prozentuale Veränderung	**122,1 %**	**-11,8 %**		
		Ausgaben				
41201	**011**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sitzungsgelder für den Beirat in Wiedergutmachungsangelegenheiten nach dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus i. d. F. vom 21.01.1991 (PrVG).

42100	**011**	**Amtsbezüge**	**205.000**	**213.000**	**106.000**	**193.086,41**
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**54.779.000**	**65.312.000**	**59.588.000**	**39.475.113,21**

4,8 TEUR werden künftig bei 1540/42201 nachgewiesen.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport ist zentrale Ausbildungsbehörde für die Nachwuchskräfte des gehobenen und höheren allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes für die Haupt- und Bezirksverwaltung. Die Nachwuchskräfte im Beamtenverhältnis auf Probe werden auf den im Stellenplan unter der Zwischenüberschrift „Nachwuchskräfte des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes für den unmittelbaren Landesdienst Berlin“ ausgewiesenen Planstellen geführt und aus dem Titel 42201 finanziert.

42221	**011**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**1.167.000**	**1.359.000**	**1.276.000**	**970.798,89**
42260	**011**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.000,00**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**105.000**	**105.000**	**105.000**	**25.036,78**
42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**21.800**	**22.700**	**1.000**	**20.350,57**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42735	011	Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen	1.000	1.000	1.000	72.295,98
42760	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	3.360,00
42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	7.017.000	7.298.000	7.534.000	8.543.862,59

Die unter der Zwischenüberschrift „Nachwuchskräfte des Tarifbereichs“ ausgewiesenen Stellen dürfen ausschließlich mit ehemaligen Auszubildenden besetzt werden, die dauerhaft in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden und zum Zeitpunkt ihrer Einstellung nicht sofort auf freien Stellen untergebracht werden können. Die unter dieser Zwischenüberschrift etatisierten Stellen entfallen bei Unterbringung der Dienstkräfte auf freien Stellen.

42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	15.436.000	20.280.000	24.423.000	10.528.493,52

Im Rahmen des systematischen Aufbaus einer landesweiten Führungskräfte- und Führungskräftenachwuchsentwicklung, sowie Öffnung verschiedener Studienfachrichtungen, erfolgt die Einstellung von 140 Beschäftigungspositionen für Trainees zum Erwerb der Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2.

42821	011	Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)	9.546.000	11.599.000	6.049.000	4.645.608,39
42860	011	Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	1.422,31
42890	011	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen	75.000	75.000	75.000	134.336,66
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	1.448.000	1.492.000	1.349.000	1.574.696,34
44304	011	Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.157.000	1.157.000	1.102.000	1.256.671,98
44379	011	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	367.000	367.000	221.000	431.293,20
45201	011	Nachversicherungen	70.700	70.700	38.800	70.625,44

Nachversicherungsbeiträge für aus dem Dienst des Landes Berlin ausgeschiedene Beamtinnen/Beamte im Beamtenverhältnis auf Probe.

45300	011	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen	61.100	61.100	34.200	61.098,04
45902 (neu)	011	Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien	1.000	1.000		
45903	011	Prämien für besondere Leistungen	206.000	206.000	8.900	244.251,77

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**197.000**	**198.000**	**170.000**	**187.809,74**

30.000,0 EUR werden künftig bei 0360/51101 nachgewiesen.

	2024	2025	Ist 2022
Geschäftsbedarf inkl. Rundfunk- und Fernsehgebühren, Porto	68.000 €	68.000 €	68.042,63 €
Geschäftsbedarf Bibliothekswesen inkl. Lizenzen	123.900 €	124.000 €	148.561,30 €
Geschäftsbedarf für die IT-Verbindungsstelle	5.100 €	6.000 €	4.348,70 €
	197.000 €	198.000 €	220.952,63 €

Ansatzerhöhungen wegen zu erwartender Preissteigerungen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretungen der SenInnSport
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die Ausgaben für Standardarbeitsmaterialien und Medien unabhängig vom Geschlecht anfallen.

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**150.000**	**150.000**	**138.000**	**516.815,64**

Ersatzbeschaffung von Möbeln sowie fortlaufend adäquate, zeitgemäße und geräuschdämmende Ausstattung aller Arbeitsplätze.

Hohes Ist in 2022 wegen der Ausstattung von Arbeitsplätzen im neu angemieteten Dienstgebäude Klosterstraße 64.
Ab 2024 Ansatzerhöhungen wegen zu erwartender Preissteigerungen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretungen der SenInnSport
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die Ausgaben für Standardmobiliar und Systemausstattung unabhängig vom Geschlecht anfallen.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51453	**011**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.726.000**	**1.770.000**	**1.581.800**	**1.838.421,33**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
347.200,0 EUR werden künftig bei 0300/51715 nachgewiesen.

Bewirtschaftungsausgaben für die durch SenInnSport im Rahmen des Berliner Immobilienmanagements angemieteten Räume:

	2024	2025	Ist 2022
Klosterstraße 47	1.577.000	1.616.200	1.482.041,93 €
Fehrbelliner Platz 1	36.400	37.300	30.712,92 €
Klosterstraße 64	112.600	116.500	127.940,00 €
	1.726.000	1.770.000	1.640.694,85 €

Höhere Ansätze in 2024 und 2025 aufgrund von Preiserhöhungen der BIM (Zielreport für den Haushalt 2024/2025). Höheres Ist 2022 gegenüber den Ansätzen 2022 und 2023, da die Anmietung der Klosterstraße 64 erst nach dem Anmeldeverfahren zum Haushalt 2022/2023 erfolgt ist.

51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**9.000**	**9.000**	**6.000**	**9.123,72**

Anmietung von Räumen, vorrangig für Veranstaltungen der Personalvertretungen.
Mehr wegen allgemeiner Preissteigerungen für die Anmietung von Räumen (siehe auch Ist 2022).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretungen der SenInnSport
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da sich die Ausgaben - unabhängig vom Geschlecht - nach der Anzahl der Beschäftigten und Nachwuchskräfte richten.

51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**8.000**	**8.000**	**7.300**	**9.085,53**

Anmietung von Fahrzeugen für Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Verwaltungszusammenarbeit, insbesondere zur Betreuung ausländischer Delegationen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter aus internationalen Berliner Partnerstädten
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die Ausgaben sich nach der Anzahl der zu transportierenden Personen richten; das Geschlecht wird nicht als Kriterium herangezogen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**3.662.000**	**3.686.000**	**3.175.500**	**3.491.044,89**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
1.174.500,0 EUR werden künftig bei 0300/51820 nachgewiesen.

Anmietung von Räumen im Rahmen des Berliner Immobilienmanagements durch SenInnSport:

	2024	2025	Ist 2022
Klosterstraße 47	2.973.433 €	2.973.433 €	2.973.433,08 €
Fehrbelliner Platz 1	58.528 €	58.528 €	58.527,60 €
Klosterstraße 64	629.951 €	653.889 €	563.553,70 €
	3.661.912 €	3.685.850 €	3.595.514,38 €

Höheres Ist 2022 gegenüber den Ansätzen 2022 und 2023, da die Anmietung der Klosterstraße 64 erst nach dem Anmeldeverfahren zum Haushalt 2022/2023 erfolgt ist.

51838	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.220.000**	**390.000**	**250.000**	**207.741,76**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.170.000**	**780.000**		
		Davon fällig 2025	**390.000**			
		Davon fällig 2026	**390.000**	**390.000**		
		Davon fällig 2027	**390.000**	**390.000**		

Wartungen, Reparaturen und Ersatzbeschaffungen nutzerspezifischer Anlagen. Mehr ab 2024 wegen der weiteren sicherheitstechnischen Ertüchtigung des Alten Stadthauses bzw. für nutzerspezifische Maßnahmen in allen angemieteten Dienstgebäuden. Außerdem Umgestaltung von Sitzungsräumen sowie von Räumlichkeiten im Hinblick auf die Umsetzung moderner Arbeitsmodelle.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**256.000**	**264.000**	**83.700**	**114.868,46**

5.300,0 EUR werden künftig bei 0360/52501 nachgewiesen.

	2024	2025	Ist 2022
Arbeitsmaterialien und Betreuungsausgaben für Nachwuchskräfte	146.000 €	154.000 €	76.899,83 €
Katastrophenschutzübungen und Seminare	21.000 €	21.000 €	0,00 €
Fortbildungsmaßnahmen für Dienstkräfte	89.000 €	89.000 €	45.300,65 €
	256.000 €	264.000 €	122.200,48 €

Ab 2024 höhere Ausgaben

- für die Betreuung von Nachwuchskräften, da entsprechend der Studienverträge mit Dual Studierenden die Studiengebühren zu übernehmen sind. Im Haushalt 2022/2023 wurden keine Mittel vorgesehen, da die Studiengänge erst nach der Haushaltsanmeldung umgestellt wurden.

- für Übungen im Bereich des Katastrophenschutzes gem. § 8 KatsG. Die Übungen sind jährlich durchzuführen. Für eine erfolgreiche Katastrophenschutzübung müssen im Vorfeld durch Aus- und Fortbildungen relevante Themen in diesem Zusammenhang geschult werden bzw. gehen aus Übungen weitere Schulungsbedarfe hervor.

- für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen bei externen Fortbildungsträgern. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Personalbindung ist es zwingend erforderlich, das vorhandene Personal fachgerecht aus- und weiterzubilden. Hinzu kommen Fortbildungsbedarfe aufgrund gesetzlicher Vorgaben.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretungen der SenInnSport.
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte sollen über die gleichen Möglichkeiten verfügen, im Rahmen ihrer Tätigkeiten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese auch für ihren Aufstieg zu nutzen. Beschäftigten mit familiären Verpflichtungen wird die Chance gegeben teilzunehmen.
Steuerungsmaßnahmen	Werden nach Durchführung und Auswertung einer Erhebung formuliert.

52536 011 Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT

Siehe Maßnahmegruppe 32

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**245.000**	**130.000**	**130.000**	**266.687,57**

Rechtsanwalts- und Gerichtskosten, auch für Personalvertretungsangelegenheiten.
Hier Ansatzerhöhung in 2024:
Wegen einer Entscheidung zur Berliner Richterbesoldung des Bundesverfassungsgerichts im Mai 2020 ist mit einer vergleichbaren Entscheidung zur Berliner Beamtenbesoldung zu rechnen. 20 anhängige Verfahren werden daher zu einer Kostentragungslast führen. Die Gesamtkosten werden auf 115.000 € geschätzt und voraussichtlich im Jahr 2024 fällig.

Von der SenInnSport geführte Vereinsverbotsverfahren führen häufig zu Rechtsstreitigkeiten, in denen eine anwaltliche Vertretung in Anspruch genommen werden muss und Gerichtskosten entstehen können. Zudem fallen in Vereinsverbotsverfahren auch sonstige Kosten an wie z.B. für die Spiegelung von beschlagnahmten Datenträgern, Speditions- und Transportkosten für sichergestellte Gegenstände, Kosten für Unterstützungseinsätze durch die Polizeien anderer Bundesländer und des Bundes.

Sofern Zahlungen an die Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit zu leisten sind, erfolgt dies über Interne Verrechnungen (Kapitel 0641/0642 bzw. 1141/1142), jeweils Titel 11109.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Mit den Mitteln wird keine spezielle Zielgruppe gefördert.
GB Zielsetzung	Entfällt
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt

52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**18.000**	**18.000**	**1.000**	**—**

Aufwandsentschädigungen für den Landeswahlleiter.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**011**	**Gutachten**	**691.000**	**301.000**	**51.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**903.000**	**602.000**		
		Davon fällig 2025	**301.000**			
		Davon fällig 2026	**301.000**	**301.000**		
		Davon fällig 2027	**301.000**	**301.000**		

	2024	2025	Ist 2022
Evaluierung des Versammlungsfreiheitsgesetzes	150.000 €	50.000 €	0,00 €
Evaluierungen gemäß ASOG	151.000 €	51.000 €	0,00 €
Sicherheitsforschung	340.000 €	150.000 €	0,00 €
Evaluation Verfassungsschutz	50.000 €	50.000 €	0,00 €
	691.000 €	301.000 €	0,00 €

Ab 2024 höhere Ausgaben

- für eine umfangreiche unabhängige wissenschaftliche Evaluation des gesamten Versammlungsfreiheitsgesetzes Berlin.
- Für unabhängige wissenschaftliche Evaluierungen gem. § 24c Abs.7 Satz 2 ASOG (Einsatz von Bodycams), § 25a Abs.15 Satz 2 ASOG (Telekommunikationsüberwachung) und § 25b Abs.6 Satz 2 ASOG (Standortermittlung bei Telekommunikationsendgeräten).
- für Studien- und Forschungsaufträge zu Themen der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- für das Projekt „Wissenschaftliche Evaluation des Verfassungsschutzes“.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises im Rahmen kleinerer Auftragsvergaben erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten, so wird z. B. bei der Ermittlung des Bieterkreises neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Bei der Durchführung von Vergabeverfahren mit einem Auftragswert ab 10.000 € netto können Genderaspekte in der Regel nicht berücksichtigt werden. Allerdings finden die Besonderen Vertragsbedingung zur Förderung von Frauen und/ oder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf Anwendung.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt

52638	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703	**011**	**Dienstreisen**	**85.000**	**85.000**	**40.800**	**54.945,53**

7.200,0 EUR werden künftig bei 0360/52703 nachgewiesen.

Reisekosten, CO2-Abgabe

Ansatzerhöhungen, da das Dienstreiseaufkommen nach der Pandemie wieder ansteigt. Außerdem starke Preiserhöhungen für Hotels sowie Preissteigerungen für Bahn und Flüge.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der SenInnSport inklusive Beschäftigtenvertretungen
GB Zielsetzung	Geschlechtergerechte Möglichkeit zur Teilnahme an Dienstreisen bei fachlicher Notwendigkeit. Beseitigung von Hemmnissen aufgrund familienbezogener Aufgaben (z.B. Kinderbetreuung) von Dienstkräften.
Steuerungsmaßnahmen	Werden nach Durchführung einer Erhebung formuliert, durch die ermittelt wird, welche Hemmnisse die Bereitschaft von Dienstkräften zur Teilnahme an Dienstreisen in der Vergangenheit eingeschränkt haben bzw. grundsätzlich einschränken.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**6.500**	**6.500**	**5.000**	**2.136,52**

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Eingeladene der Hausleitung
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit besteht
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da sich der Adressatenkreis aus vorgegebenen Fach– und Politikthemen ergibt

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**120.000**	**140.000**	**115.000**	**43.716,07**

Erstellung und Gestaltung von Broschüren im Rahmen moderner Werbestrategien zur Gewinnung geeigneter Nachwuchskräfte.

Ausgabensteigerungen ab 2024 für Veröffentlichungen wegen der regelmäßigen Erhöhung der Anzahl der Einstiegswege. Zudem werden häufiger Stellenanzeigenplattformen genutzt, die besonders kostenintensiv sind.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Potentielle Nachwuchskräfte
GB Zielsetzung	Ziel sollte grundsätzlich der Ausgleich der geschlechterspezifischen Unterrepräsentanzen sein; dies ist jedoch gegenüber dem aktuell weitreichenden Personalmangel nachrangig.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt

53105	**011**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**30.000**	**30.000**	**15.000**	**19.393,56**

Teilnahme an Ausbildungs- und Jobmessen.

Höhere Ansätze ab 2024, da die Kosten für die einzelnen Messen jährlich steigen. Zudem müssen zukünftig mehr Messen besucht werden, um höhere Einstellungszahlen zu erreichen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Potentielle Nachwuchskräfte
GB Zielsetzung	Ziel sollte grundsätzlich der Ausgleich geschlechtsspezifischer Unterrepräsentanz durch angemessene Ansprache und Präsentation sein. Wegen des massiven Personalkräftemangels im Land Berlin ist gegenwärtig eine geschlechterspezifische Gewinnung von Nachwuchskräften gegenüber der allgemeinen Nachwuchsgewinnung nachrangig.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**46.500**	**46.500**	**30.000**	**16.625,49**

Ausschreibungen zur Nachwuchsgewinnung und zur Gewinnung neuer Mitarbeitenden.

Ansatzerhöhungen ab 2024 für die Veröffentlichung von Ausschreibungen auf kostenpflichtigen Portalen, da die Findung von qualifiziertem Personal, vor allem im Bereich IT und Sport, immer schwieriger wird. Zudem werden herausragende Führungsfunktionen zusätzlich auch in verschiedenen Printmedien veröffentlicht. Durch die regelmäßige Erhöhung der Anzahl der Einstiegswege für Nachwuchskräfte steigen auch die Kosten für die Stellenausschreibungen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Potentiell neue Mitarbeitende (u.a. Nachwuchskräfte)
GB Zielsetzung	Gendergerechte und gezielte Ansprache von Frauen bei Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen zum Abbau von Benachteiligungen und Unterrepräsentanzen (vgl. Frauenförderplan SenInnSport)
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei der Formulierung von Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen berücksichtigt werden.

53113 (neu)	**011**	**Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**55.000**	**55.000**		

Ausgaben im Rahmen der Zentralen Öffentlichkeitsarbeit der SenInnDS, u.a. Kampagnen, Veröffentlichungen, Social-Media-Präsenz.

54001	**011**	**Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**60.000**	**55.000**	**23.800**	**22.936,32**

4.200,0 EUR werden künftig bei 0360/54002 nachgewiesen.

Projekte und Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements, Maßnahmen im Bereich des Personalmanagements sowie externe Begleitung von Auswahlverfahren.

Ansatzerhöhungen, da der Personalbestand der SenInnSport angewachsen ist, so dass der Umfang der durchzuführenden Maßnahmen erweitert werden muss. Außerdem sind allgemeine Preissteigerungen zu berücksichtigen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Gesundheitsmanagement

Zielgruppe	Beschäftigte der SenInnSport
GB Zielsetzung	Frauen und Männer sollen ausgewogen und angemessen von den gesundheitspolitischen Maßnahmen profitieren. Für eine weitere Präzisierung ist die Ermittlung der behördenspezifischen Bedarfe durch den jeweiligen Fachbereich notwendig.
Steuerungsmaßnahmen	Steuerungsbedarfe können derzeit nicht genannt werden; die gleichstellungspolitische Zielsetzung wird zur Zeit erarbeitet.

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**730.000**	**730.000**	**2.400.000**	**664.720,72**
		Verpflichtungsermächtigung	**730.000**	**2.400.000**		
		Davon fällig 2025	**730.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.400.000**		

Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 51135 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**155.000**	**155.000**	**135.000**	**31.614,24**
		Verpflichtungsermächtigung	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**50.000**		

	2024	2025	Ist 2022
Voruntersuchung zur Umsetzung des Berliner Transparenzgesetzes	55.000 €	55.000 €	0 €
Archivierung von Staatsangehörigkeitsakten	45.000 €	45.000 €	0 €
Dienstleistungen für Forschungs- und Innovationsvorhaben zu Themen der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung	10.000 €	10.000 €	7.338,24 €
Dienstleistungen zum Thema Cybersicherheit	35.000 €	35.000 €	24.276,00 €
Steuerberatungsleistungen	10.000 €	10.000 €	0 €
	155.000 €	155.000 €	31.614,24 €

Ab 2024 höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Staatsangehörigkeitsangelegenheiten im Land Berlin. Konkret werden Dienstleistungen für die zentrale Einlagerung (inklusive Abrufmöglichkeit und Transport) der bezirklichen Archivakten bei einem Archivdienstleister benötigt.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises im Rahmen kleinerer Auftragsvergaben erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten, so wird z. B. bei der Ermittlung des Bieterkreises neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Bei der Durchführung von Vergabeverfahren mit einem Auftragswert ab 10.000 € netto können Genderaspekte in der Regel nicht berücksichtigt werden. Allerdings finden die Besonderen Vertragsbedingung zur Förderung von Frauen und/ oder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf Anwendung.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt

54051	**011**	**Prävention im Bereich der inneren Sicherheit**	**900.000**	**1.000.000**	**2.300.000**	**770.703,49**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**550.000**			
		Davon fällig 2026	**550.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**550.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**350.000**	**—**		

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt fördert vielfältige Maßnahmen der Gewaltprävention, beauftragt langjährig angelegte wissenschaftliche Expertisen, das Monitoring zur Gewaltentwicklung sowie zu speziellen Gewaltphänomenen in Berlin und setzt öffentlichkeitswirksame Kampagnen um. Darüber hinaus führt sie Veranstaltungen für Interessierte sowie für Vertreterinnen und Vertreter von Wissenschaft und Praxis und insbesondere den Berliner Präventionstag durch.

	2024	2025	Ist 2022
Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, Wettbewerbe, Veranstaltungen, Expertisen	300.000 €	300.000 €	229.742,40 €
Urbane Sicherheit (ab 2024 bei 0500/68558)	0 €	0 €	110.855,08 €
Arbeitsstelle Gewaltdelinquenz; Wissenschaftliche Begleitung	350.000 €	350.000 €	307.227,65 €
Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch extremistischer Gewalt	250.000 €	350.000 €	122.878,36 €
	900.000 €	1.000.000 €	770.703,49 €

Sowohl Titel 54051 als auch 68558 werden von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt bewirtschaftet und sind zusammen zu betrachten.

Ausweitung der Dunkelfeldstudie auf Grund des Jugendgewaltgipfels am 22.02.2023.

Ansatzsenkung gegenüber 2023, da die Mittel für Urbane Sicherheit ab 2024 vollständig auf dem Titel 68558 geführt werden. Dieser Titel ist zwingend zu verwenden, da die entsprechenden Mittel (per Auftragswirtschaft) als Zuwendungen verausgabt werden.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**011**	**Veranstaltungen**	**218.000**	**213.000**	**599.000**	**130.851,38**

	2024	2025	Ist 2022
Durchführung von Seminaren im Rahmen der internationalen Verwaltungszusammenarbeit	60.000 €	60.000 €	40.397,98 €
Fachtagungen und Konferenzen zu Themen der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie Ehrenzeichenverleihungen	102.900 €	97.900 €	33.413,74 €
Durchführung von Veranstaltungen zur Nachwuchskräftebindung und -gewinnung	45.000 €	45.000 €	6.532,18 €
Durchführung von sonstigen Veranstaltungen	10.000 €	10.000 €	30.047,00 €
Durchführung der Innenministerkonferenz 2023	0 €	0 €	20.460,48 €
	217.900 €	212.900 €	130.851,38 €

Ansatzsenkung ab 2024 nach Abschluss der Innenministerkonferenz 2023.

Angaben zum Gender Budget (GB):

1. Internationale Verwaltungszusammenarbeit

Zielgruppe	Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter aus internationalen Berliner Partnerstädten
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da es ausschließlich im Ermessen der Partnerstädte liegt, welcher Teilnehmerkreis ausgewählt wird.

2. Verleihung von Ehrenzeichen

Zielgruppe	Auszuzeichnende und Gäste der Veranstaltungen
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt da der Kreis der zu Ehrenden zum Zeitpunkt der Veranstaltung bereits feststeht (Steuerung ggf. über Titel 681 23).

3. Sonstige Veranstaltungen

Zielgruppe	Überwiegend externe Gäste der SenInnSport
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, weil der jeweilige Adressatenkreis feststeht und die vorgegebenen Fachthemen nicht steuerbar sind.

54057	**011**	**Wahlen**	**5.000.000**	**5.000.000**	**10.800.000**	**732.331,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**750.000**	**750.000**		
		Davon fällig 2025	**750.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**750.000**		

Sachaufwendungen der Geschäftsstelle des Landeswahlleiters im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Europawahl 2024 und Bundestagswahl 2025 sowie ggf. anlässlich der Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheiden, z.B. Druck- und Portokosten. Den Kosten stehen teilweise Einnahmen aus Kostenerstattungen des Bundes beim Titel 23102 gegenüber.

Höherer Ansatz in 2023 (Nachtragshaushalt) zur Finanzierung der Wiederholungswahl.

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**32.080,08**
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.100**	**1.100**	**1.000**	**403,17**

Verschiedene Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 von weniger als 1000 € je Einzelzweck

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54615	**011**	**Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen**	**18.609.000**	**20.224.000**	**22.857.000**	**33.779.786,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**22.454.000**	**18.924.000**		
		Davon fällig 2025	**20.224.000**			
		Davon fällig 2026	**1.100.000**	**18.924.000**		
		Davon fällig 2027	**565.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**565.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	17.904.000 e	17.904.000 e	0 €

Zahlungen an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) auf der Grundlage von Servicevereinbarungen.

	2024	2025	Ist 2022
Allgemeine Unterstützungsleistungen	400.000 €	400.000 €	
Abgeordnetenhauswahl 2026	0 €	100.000 €	
BVV-Wahl 2026	0 €	100.000 €	
Bundestagswahl 2025	100.000 €	700.000 €	
Europawahl 2024	700.000 €	0 €	
Zwischensumme Wahlen	1.200.000 €	1.300.000 €	350.000,00 €
Amtliche Statistik (Entgelt)	16.000.000 €	17.500.000 €	
Kommunalstatistik Berlin	600.000 €	600.000 €	
Ausbildungsstatistik	4.000 €	4.000 €	
Zensus 2022	805.000 €	820.000 €	
Zwischensumme Statistik	17.409.000 €	18.924.000 €	33.429.786,00 €
Gesamt	18.609.000 €	20.224.000 €	33.779.786,00 €

Die jährlichen Ansätze unterliegen regelmäßig einzelfallbezogenen Schwankungen.

Höhere Ausgaben für Wahlen wegen der Durchführung der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025.

Zensusbedingt geringere Ausgaben für Statistiken in 2024 und 2025. Die diesbezüglichen Hauptaufwände lagen im Jahr 2022. Die in den Jahren 2024 und 2025 noch erforderlichen statistischen Zensusauswertungsaufwände liegen deutlich unter denjenigen des Jahres 2023.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte des AfS
GB Zielsetzung	Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Interessen und Bedarfe für männliche und weibliche Beschäftigte des AfS
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da das AfS selbst gleichstellungspolitische Zielsetzungen gem. LGG Brandenburg verfolgt.

Zielgruppe	Nutzende der gesetzlich vorgeschriebenen Statistiken
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die Erhebung und Zusammenfassung von statistischen Daten ausschließlich zweckbezogen aufgrund der Anforderungen der jeweils Datennutzenden durchgeführt werden.

63107	**011**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**112.000**	**212.000**	**11.900**	**1.000,00**

Beteiligung am Bund-Länder-Projekt "URA" (Reintegration und Unterstützung kosovarischer Staatsangehöriger in ihrem Heimatland). Geringes Ist in 2022 wegen rückläufiger Zuwanderungszahlen aus dem Kosovo.

Mehr ab 2024 für den Betrieb des gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz (Personal- und Sachkosten sowie Projektfinanzierungen, z.B. Aufbau digitales Lagebild Bevölkerungsschutz). Die Ansatzbildung erfolgt aufgrund der Kostenschätzung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Die Abrechnung erfolgt anteilig auf Basis des Königsteiner Schlüssels.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63201	**011**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**1.070.000**	**1.070.000**	**500.000**	**1.189.588,45**

Anteilmäßige Ausgaben für die länderübergreifenden Aufgaben der Gemeinsamen Glücksspielbehörde der Länder (GGL) sowie die Ausgaben des Landes Hessen für den bundesweiten Betrieb des Spielersperrbetriebes OASIS. Die Pflicht zur Kostenerstattung besteht aufgrund staatsvertraglicher und gesetzlicher Grundlagen (GlüStV 2021 und VwV GlüStV 2021).

Ausgaben für die GGL = rd. 690.000 €
Ausgaben für OASIS = rd. 380.000 €

Ansatzerhöhung ab 2024, da durch den 1. GlüÄndStV mit Wirkung zum 01.01.2023 das Spielersperrsystem OASIS dauerhaft aus dem Bereich der GGL ausgegliedert wurde. Dies hat zur Konsequenz, dass die Einnahmen und Kosten für das Spielersperrsystem OASIS auch 2024 und 2025 gesondert und parallel zur GGL auf die Länder umgelegt werden. Insofern werden neben der Ausgabenerhöhung auch zusätzliche Einnahmen beim Titel 111 52 erwartet.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Bundesländer, die Erstattungen für ihre Aufgaben in zentralen Zuständigkeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrags erhalten.
GB Zielsetzung	Entfällt, da die Zuständigkeit für die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Erreichung der o.g. Ziele, insbesondere unter Berücksichtigung angemessener Geschlechterverhältnisse, in Berlin der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung obliegt.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, s.o.

63210	**133**	**Zuschuss an die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften und das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung**	**133.000**	**133.000**	**130.000**	**117.992,10**

Anteilige Finanzierung des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) in Speyer nach dem Königsteiner Schlüssel gemäß Verwaltungsabkommen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Hörerinnen und Hörer der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften
GB Zielsetzung	Gleichberechtigte Teilhabe von männlichen und weiblichen Hörern an den Bildungsangeboten und Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Bedarfe für männliche und weibliche Beschäftigte.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die DUVw selbst gleichstellungspolitische Ziele für Beschäftigte und Hörerinnen und Hörer definiert hat und deren Umsetzung verfolgt.

63620	**011**	**Beiträge an Sozialversicherungsträger**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.050,18**

Beiträge für die Künstlersozialkasse aufgrund von gebuchten selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**011**	**Ersatz von Ausgaben**	**70.000**	**70.000**	**42.000**	**—**

Kostenerstattungen an die Träger von Volksbegehren oder Volksentscheiden gemäß § 40e Abstimmungsgesetz in Höhe von jeweils bis zu 35.000 Euro. Es wird mit bis zu zwei Ereignissen pro Jahr gerechnet.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Abhängig vom Anliegen des Volksbegehrens oder Volksentscheids
GB Zielsetzung	Entfällt
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die Kostenerstattungsregelungen für die Träger eines Volksbegehrens oder Volksentscheids die Berücksichtigung genderpolitischer Aspekte nicht vorsehen. Maßgebliches Ziel ist allein die Erstattung von nachgewiesenen Kosten der Trägerin, die zum Betreiben des Vorhabens sowie für eine angemessene Information der Öffentlichkeit über die Ziele des Volksbegehrens oder des Volksentscheids notwendig gewesen sind.

67112	**011**	**Ersatz von Personalaufwendungen**	**105.000**	**105.000**	**1.000**	**—**

Erstattung der Kosten für die Tätigkeit als Landeswahlleiter Berlin im Rahmen der erforderlichen Lehrentlastung an die Hochschule für Wirtschaft und Recht.

68123	**011**	**Ehrungen, Preise**	**14.500**	**14.500**	**10.000**	**8.690,22**

Beschaffung von Ehrenzeichen

- für 10-, 25-, 40-, 50- und 60-jähriges ehrenamtliches Engagement bei den Freiwilligen Feuerwehren Berlins, den privaten Hilfsorganisationen oder den Berliner Ortsverbänden der Bundesanstalt des Technischen Hilfswerkes sowie als Sonderstufe für besondere Verdienste
- für besondere Leistungen im Dienst der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr.

Höhere Ansätze gegenüber 2023 wegen allgemeiner Preissteigerungen bei der Herstellung von Ehrenzeichen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Frauen und Männer, die sich bei den Freiwilligen Feuerwehren Berlins, den privaten Hilfsorganisationen, der Gesellschaft für Zivilschutz bzw. den Berliner Ortsverbänden des Technischen Hilfswerks ehrenamtlich engagieren bzw. bei besonderen Verdiensten um die Feuerwehr, den Rettungsdienst, den Zivil- oder Katastrophenschutz bzw. für besonders mutige und entschlossene Hilfeleistung bei der Brandbekämpfung, bei Unglücksfällen oder anderen Notlagen. Außerdem Beamtinnen und Beamte der Polizei und Feuerwehr für besondere Leistungen im Dienst.
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, weil die Hilfsorganisationen bei der Gewinnung von Mitgliedern autonom sind. Gleichwohl sind sie interessiert, auch Frauen und Mädchen zu gewinnen. Entsprechende Werbeaktionen, die sich an Frauen und Mädchen richten, werden aus eigenem Interesse heraus durchgeführt. Zur Würdigung ehrenamtlicher Arbeiten im Bereich von Fürsorge und Gesundheit, die deutlich häufiger von Frauen übernommen werden, verleiht der Berliner Senat zweimal jährlich die “Berliner Ehrennadel für besonderes soziales Engagement”. Die Würdigung besonderer Leistungen im Dienst von Polizei und Feuerwehr erfolgt geschlechterunabhängig.

68262	**011**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**—**

Korrespondierender Titel ist 26109.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68406	**011**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**450.000**	**450.000**	**450.000**	**—**

Täterarbeitsprojekt Beratungszentrum zum Schutz vor Gewalt in der Familie und im sozialen Nahfeld.
Die Ausgaben wurden bis 2022 bei 0950/68406, Teilansatz 60 nachgewiesen.

68432	**012**	**Zuschüsse für besondere soziale Projekte**	**67.700**	**70.100**	**30.000**	**32.136,75**

Gemeinsam mit dem Land Brandenburg gewährt Berlin der Caritas auf vertraglicher Grundlage jährlich einen Anteil zur Finanzierung von zwei Teilzeitstellen (bis 2023 jeweils 50%-Teilzeitstellen, ab 2024 geplant zwei 75%-Teilzeitstellen) zur Wahrnehmung der Abschiebungsbeobachtung am Flughafen BER.

Mehr ab 2024 wegen Stellenaufstockung und Berücksichtigung der vertraglich vereinbarten Tarifvorsorge.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Ausländer und Ausländerinnen die gem. AufenthG zur Ausreise verpflichtet sind und deren Ausreise zwangsweise durchzusetzen ist (Abschiebung).
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Die Mittel werden geschlechterunabhängig verwendet. Die Institution des Abschiebebeobachters dient der Sicherstellung einer menschenrechtskonformen und transparenten Durchführung der Abschiebung in einem üblicherweise nicht öffentlich zugänglichen Bereich.

68558	**011**	**Zuschüsse für Projekte der Landeskommission Berlin gegen Gewalt**	**7.501.000**	**5.651.000**	**4.252.000**	**4.092.128,97**

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt fördert vielfältige Maßnahmen der Gewaltprävention.

	2024	2025	Ist 2022
Urbane Sicherheit (bisher bei 0500/54051)/ Präventionsräte/ kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention	3.100.000 €	1.800.000 €	1.498.323,12 €
Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention	2.101.000 €	2.101.000 €	1.572.720,77 €
Modellprojekte	600.000 €	500.000 €	326.103,00 €
Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch extremistischer Gewalt	1.700.000 €	1.250.000 €	694.982,08 €
	7.501.000 €	5.651.000 €	4.092.128,97 €

Sowohl Titel 54051 als auch 68558 werden von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt bewirtschaftet und sind zusammen zu betrachten.

Ansatzerhöhung ab 2024 aufgrund der geplanten Weiterentwicklung einzelner Themengebiete entsprechend des Gesamtkonzepts Berlin gegen Gewalt sowie aufgrund des Jugendgewaltgipfels am 22.02.2023. So sind in der kiezorientierten Gewaltprävention zusätzliche Mittel für hoch belastete öffentliche Räume, Grünflächen und Parks notwendig. Und es sollen Modellprojekte zur Jugendgewaltprävention durch digitale Methoden, präventive Angebote mit Communitybildung sowie Stärkung des Rechtsbewusstseins verstetigt und ausgebaut werden.
Die Mittel für die bezirklichen Präventionsräte sind für akute, modellhafte und kleinteilige Maßnahmen in mit Gewalt besonders belasteten Quartieren eingeplant, ebenso zur Entwicklung von Präventionsplänen und für quartierbezogene präventive Maßnahmen z. B. bei Großveranstaltungen.

Die Prävention von Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes soll durch ressortübergreifende Strategien und Konzepte verstärkt und durch wissenschaftliche Expertise und Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Grundlage hierfür ist ebenfalls der Jugendgewaltgipfel am 22.02.2023.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**244**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**468.000**	**474.000**	**452.000**	**445.661,54**

	2024	2025	Ist 2022
Zuschuss an die Stiftung „Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft“	280.000 €	280.000 €	280.000,00 €
Zuwendung an die Internationale Organisation für Migration (IOM); Rückkehrberatung.....	183.300 €	188.000 €	159.251,35 €
Zuwendung an IOM für das Bund-Länder-Projekt „Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung (ZIRF)“.....	4.700 €	5.200 €	6.410,19 €
	468.000 €	473.200 €	445.661,54 €

Ab 2024 mehr bei IOM wegen gestiegener Personalkosten aufgrund von Tarifanpassungen sowie wegen gestiegener Sachkosten.

Angaben zum Gender Budget (GB):

1. Stiftung „NS-Willkürherrschaft“

Zielgruppe	Opfer der NS-Willkürherrschaft, die von der Entschädigungsgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland unberücksichtigt bleiben.
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, weil sich das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Empfängern allein aufgrund des Alters der Empfänger verändert und nicht steuerbar ist.

2. IOM-Rückkehrberatungsstelle

Zielgruppe	Drittstaatangehörige mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die eine freiwillige Rückkehr ins Heimatland anstreben.
GB Zielsetzung	ausgewogenes Verhältnis der zu Beratenden in Bezug auf das Geschlechterverhältnis der Zielgruppe.
Steuerungsmaßnahmen	Steuerungsmaßnahmen werden nach Erhebung der zielgruppendifferenzierten Analyse nach Geschlecht beschrieben.

	2020		2021			2022*		
	W	M	W	M	D	W	M	D
Absolut	102	300	132	254	3	206	330	1
Relativ (in %)	25,4	74,6	33,9	65,3	0,8	38,4	61,5	0,8
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	31,6	92,8	42,9	82,7	1,0	61,1	97,9	0,3

* bei den genannten Beträgen handelt es sich um vorläufige Zahlen, da die Abrechnung für das Jahr 2022 noch nicht vorliegt.

3. ZIRF

Zielgruppe	Rückkehrberatende im Bundesgebiet
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da es sich um ein Bund-Länder-Projekt handelt, bei dem keine geschlechterspezifischen Daten erhoben werden. Zielsetzung ist vielmehr die bedarfsorientierte Beschaffung von Informationen für Rückkehr-beratende zu/ in den Herkunftsstaaten potentieller Rückkehrerinnen und Rückkehrer.

68579	**011**	**Mitgliedsbeiträge**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**8.625,00**

Beitrag für die Mitgliedschaft beim European Forum for Urban Security (EFUS/ DEFUS).

81240 043 Weiterentwicklung der Reform des Personenstandswesens
Siehe Maßnahmegruppe 32

81244 043 Projekt Digitalisierung Direkte Demokratie
Siehe Maßnahmegruppe 32

81250 043 2. Ausbaustufe Digitalfunk
Siehe Maßnahmegruppe 32

81251 043 Digitalfunk/Landesertüchtigung
Siehe Maßnahmegruppe 32

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81290	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**700.000**	**100.000**	**500.000**	**—** **R 3.827.117,51**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 33190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Die Kosten der Maßnahmen der 2. Ausbaustufe des Digitalfunks im Land Berlin werden zu 50% durch den Bund rückerstattet. Diese Rückerstattung soll zum weiteren Aufbau der Digitalfunkversorgung in Berlin dienen. Maßgeblich für die Ausgaben sind die Vereinbarungen im Einzelabruf zu § 13.3 des Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle BOS.

88401	**043**	**Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**	**1.000**	**1.000**	**35.000.000**	**35.000.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt gegenüber folgenden Kapitel- und Titelkreisen:
Kapitel 0532 bis 0565. Titel 81101 bis 81179.

Die Deckungsfähigkeit soll in Anspruch genommen werden soweit die Mittel bei den genannten Fahrzeugbeschaffungstiteln per Jahresende nicht abgeflossen sein sollten. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich aus Lieferengpässen bei der Beschaffung von Fahrzeugen, insbesondere bei Fahrzeugen mit elektrischem Antrieb.

Die verbindliche Erläuterung aus dem Doppelhaushalt 2022/2023 bei diesem Titel wird insoweit aufgehoben, da für die Zuführung an das SIWA in Höhe von insgesamt 20 Mio. € für Baukostensteigerungen bei Maßnahmen im Deckungskreis 38 (Polizei) aufgrund des weitgehenden Abschlusses der aktuell veranschlagten Maßnahmen das Erfordernis zur Abfederung von Baukostensteigerungen nicht mehr besteht. Die Mittel sollen alternativ für die Fertigstellung des Einsatztrainingszentrums Cecilienstraße (2. Bauabschnitt ETZ) verwendet werden, das seinerzeit aufgrund von Kostensteigerungen in 2. Bauabschnitte geteilt werden musste. (verbindliche Erläuterung).

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

97114 (neu)	**880**	**Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**	**1.000**	**1.000**		

Mittel im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen i.S. der Leistungsverbesserung in den Bezirken

97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**			**-5.250.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Grundsätzliche Hinweise zur Veranschlagung der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur befinden sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**1.200.000**	**1.200.000**	**1.200.000**	**929.398,94**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2025	**1.200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	1.200.000 €	1.200.000 €	0 €

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz.

Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit Titel 54003 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretungen der SenInnSport
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die Ausgaben für den IKT-Geschäftsbedarf unabhängig vom Geschlecht anfallen.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**328.000**	**318.000**	**34.300**	**36.255,80**

700,0 EUR werden künftig bei 0360/51168 MG 32 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**954.000**	**636.000**
Davon fällig 2025	**318.000**	
Davon fällig 2026	**318.000**	**318.000**
Davon fällig 2027	**318.000**	**318.000**

	2024	2025	Ist 2022
Mobile Endgeräte für die Administration im Rahmen der Verfahrensverantwortung für das Katastrophenschutzportal „Digitale Daten im Katastrophenschutz“ (DiDaKat).	10.000 €	10.000 €	14.151,84 €
Lizenzbeschaffungen (Viko-Tools, Liz-Booker, etc.), Intrexx	318.000 €	308.000 €	17.378,49 €
	328.000 €	318.000 €	31.530,33 €

Ansatzerhöhungen ab 2024 wegen der Beschaffung der Entwicklungsumgebung Intrexx.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretungen der SenInnDS
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die Ausgaben für Hard- und Software unabhängig vom Geschlecht anfallen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Internetzugang für IT-Lösungen, die außerhalb des Berliner Landesnetzes zur Verfügung zu stellen sind.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretungen der SenInnSport
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da Ausgaben für den Internetzugang für IT-Lösungen, die außerhalb des Berliner Landesnetzes zur Verfügung zu stellen sind, unabhängig vom Geschlecht der Bedarfsträger anfallen.

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.665.000**	**1.555.000**	**1.000.000**	**944.616,44**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.485.000**	**1.790.000**		
		Davon fällig 2025	**695.000**			
		Davon fällig 2026	**695.000**	**695.000**		
		Davon fällig 2027	**1.095.000**	**1.095.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	500.000 €	500.000 €	600.000 €
VE Plan 2023	360.000 €	360.000 €	720.000 €

	2024	2025	Ist 2022
Bereitstellung von Software (Paketierungkosten), Chatbot, Ablösung Access-Terminalserver bzw. Betrieb neue SQL-Datenbank, Zertifizierung von Dateien mit Makros, Einführung Netz des Bundes Anpassung Intrexx- Apps	415.000 €	305.000 €	80.700,53 €
Betrieb DiRegiSta Berlin für ProStand II	120.000 €	120.000 €	0,00 €
Leistungen aus dem Vertrag "Wartung und Pflege" für das Katastrophenschutzportal "Digitale Daten im Katastrophenschutz" (DiDaKat)	230.000 €	230.000 €	127.931,97 €
Aufwendungen für den Betrieb des Lagebildes Berlin.	900.000 €	900.000 €	735.983,94 €
	1.665.000 €	1.555.000 €	944.616,44 €

Begründung der Ansatzerhöhungen:
Aufgrund des Verbots von Acessdatenbanken und Kleinstanwendungen (IKT-Architektur) erfolgt eine Umwandlung in eine SQL-Datenbank, die monatliche Kosten verursachen wird. Außerdem Anschluss an das Netz des Bundes sowie Einsatz der neue Intrexx-Plattform ab 2024.

Preissteigerung beim Lagebild Berlin für die Kosten des Hostings beim ITDZ sowie bei der Beschaffung von Lizenzen. Durchführung eines Penetrationstests sowie zusätzliche Ausgaben für die Bereitstellung von drei Subdomains.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises im Rahmen kleinerer Auftragsvergaben erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten, so wird z. B. bei der Ermittlung des Bieterkreises neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Bei der Durchführung von Vergabeverfahren mit einem Auftragswert ab 10.000 € netto können Genderaspekte in der Regel nicht berücksichtigt werden. Allerdings finden die Besonderen Vertragsbedingung zur Förderung von Frauen und/ oder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf Anwendung.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51453	**011**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**—**

Druckerpatronen/-papier für va IKT (Plotter, mobiler Drucker)

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretungen der SenInnSport
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT unabhängig vom Geschlecht anfallen.

51838	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**31.000**	**31.000**	**8.900**	**5.898,92**

1.100,0 EUR werden künftig bei 0360/52536 MG 32 nachgewiesen.

Schulungen für va IKT (SQL, SharePoint, etc.) sowie Schulungen zur Informationssicherheit. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Administratoren und Nutzer des Katastrophenschutzportals "Digitale Daten im Katastrophenschutz" (DiDaKat).

Geringes IST in 2022 durch den coronabedingten Ausfall von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.
Höhere Ansätze ab 2024 für hausweite Schulungen zur Informationssicherheit sowie weitere Sensibilisierungsmaßnahmen zur Informationssicherheit.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der SenInnSport
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt. Gleichwohl werden bei der Planung und Durchführung entsprechender Veranstaltungen auch genderpolitische Aspekte (Schulungszeiten auch geeignet für Teilzeitkräfte,…) berücksichtigt.

52638	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT**	**85.000**	**55.000**	**15.000**	**—**

Gutachten für IT-Projekte sowie für die Erstellung von Sicherheitskonzepten für jedes Fachverfahren/ jede Anwendung der va IKT (z.B. Ablöse Access-Datenbank, NdB).

Ansatzerhöhung wegen der ermittelten Kostenintensität von Sicherheitskonzepten.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises im Rahmen kleinerer Auftragsvergaben erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten, so wird z. B. bei der Ermittlung des Bieterkreises neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Bei der Durchführung von Vergabeverfahren mit einem Auftragswert ab 10.000 € netto können Genderaspekte in der Regel nicht berücksichtigt werden. Allerdings finden die Besonderen Vertragsbedingung zur Förderung von Frauen und/ oder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf Anwendung.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81240	**043**	**Weiterentwicklung der Reform des Personenstandswesens**	**370.000**	**180.000**	**1.000**	**-28.004,72**
		Verpflichtungsermächtigung	**780.000**	**750.000**		
		Davon fällig 2025	**180.000**			
		Davon fällig 2026	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2027	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2028	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2029	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2030		**150.000**		

Fortführung des Projekts ProPstand II - DiRegiSta Berlin, Digitalisierung der Geburtenbücher von 1990-2008, nach erfolgreichem Abschluss des Pilotprojekts. Seit der Verabschiedung des 3. Personenstandsänderungsgesetzes (Drittes Gesetz zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften - 3. PStRÄndG) ist mit Wirkung vom 01.11.2022 in § 76 geregelt, dass Einträge elektronisch nacherfasst werden sollen.

Das Ist 2022 enthält einen Minusbetrag aufgrund einer Rückzahlung des ITDZ iHv. 200 T€ aus dem Jahr 2021. Diese Rückzahlung in ein folgendes Haushaltsjahr war zulässig gemäß Nr. 2.2.2 AV § 35 LHO, da es sich bei Investitionsausgaben um übertragbare Ausgaben im Sinne § 19 LHO handelt.

81244	**043**	**Projekt Digitalisierung Direkte Demokratie**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Umsetzung des Projektes wurde zurückgestellt.

81250	**043**	**2. Ausbaustufe Digitalfunk**			**80.000**	**150.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

81251	**043**	**Digitalfunk/Landesertüchtigung**			**1.000**	**2.722.418,31**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Summe Maßnahmegruppe 32	**3.688.500**	**3.348.500**	**2.350.700**	**4.760.583,69**
Gesamtausgaben	**140.359.400**	**156.100.700**	**185.426.400**	**156.855.701,23**
Prozentuale Veränderung	**-24,3 %**	**11,2 %**		

Abschluss Kapitel 0500

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**420.100**	**420.100**	**133.300**	**764.776,18**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**3.957.000**	**3.957.000**	**1.653.000**	**8.456.650,67**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**700.000**	**100.000**	**500.000**	**1.632.401,29**
	Gesamteinnahmen	**5.077.100**	**4.477.100**	**2.286.300**	**10.853.828,14**
411-462	**Personalausgaben**	**91.667.600**	**109.623.500**	**101.915.900**	**68.253.402,08**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**37.517.600**	**37.834.600**	**47.187.600**	**44.860.012,35**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**10.101.200**	**8.359.600**	**5.988.900**	**5.897.873,21**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.072.000**	**282.000**	**35.583.000**	**37.844.413,59**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**-5.249.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**140.359.400**	**156.100.700**	**185.426.400**	**156.855.701,23**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-135.282.300**	**-151.623.600**	**-183.140.100**	**-146.001.873,09**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001022 Innere Sicherheit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	23	Personalkosten	1.357.188.780	1.264.068.647	+7,37
Kostenträger	42	Sachkosten	34.435.437	33.683.141	+2,23
davon		Transferkosten	22.387.550	21.880.400	+2,32
Produkte	35	Verrechnungskosten	70.601.401	63.509.014	+11,17
MGF	7	kalkulatorische Kosten	507.464.368	474.086.448	+7,04
Projekte	0	Gemeinkosten	612.155.759	640.646.184	-4,45
		Summe Verwaltungskosten	2.604.233.294	2.497.873.836	+4,26
		Transfers	4.252.154	7.085.697	-39,99
		Gesamtsumme	2.608.485.449	2.504.959.532	+4,13

Die Kosten im Politikfeld Innere Sicherheit fallen behördenübergreifend in den an der Erreichung des strategischen Ziels arbeitenden Verwaltungsbereichen des Ressorts an. Dies bezieht sich auf die Kosten der SenInnSport-Stamm für die ministerielle Steuerung des Politikfeldes, des Verfassungsschutzes, der Polizei und der Feuerwehr. Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Gesamtübersicht zu diesem Bereich/Strategischen Ziel bei den jeweils betroffenen Behörden wiederholt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004857	2022	9.426.640	0	9.426.640
Polizeiangelegenheiten	2021	8.021.310	0	8.021.310

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77492	2022	9.426.640	0	9.426.640
Polizeiangelegenheiten (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	8.021.310	0	8.021.310

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,36	0,32
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	2.410,57
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

- Aufsichtliche Betreuung (ohne Fachaufsicht in Ordnungsaufgaben aus den Geschäftsbereichen anderer Senatsverwaltungen) und Prüfung der Polizeibehörde unter fachlichen, organisatorischen, haushaltstechnischen und personellen Gesichtspunkten, insbes. Erstellung von und Kontrolle der fachlichen Vorgaben, Organisationsgutachten und -betrachtungen, Prüfungsverfahren der Haushalts- und Investitionsplanung und -ausführung, dienstrechtliche Kontrolle, disziplinarrechtliche Kontrolle und Maßnahmen, personalvertretungsrechtliche Beteiligungen und Beteiligungen nach dem LGG, ausbildungs- und prüfungsrechtliche Aufsicht, Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für die Laufbahnen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes, Berufung der Mitglieder der Ausschüsse und Organisation der Laufbahnprüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst, Vertretung vor Gerichten, LPA, Einigungsstelle, HPR;

- Technik (auch Informations- und Nachrichtentechnik) der Polizei

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004858	2022	1.741.146	0	1.741.146
Feuerwehrangelegenheiten	2021	1.494.424	0	1.494.424

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77493	2022	1.741.146	0	1.741.146
Feuerwehrangelegenheiten (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.494.424	0	1.494.424

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,07	0,06
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	8.867,43
IST - Erträge in €	0,00	357,90
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,02

- Aufsichtliche Betreuung und Prüfung der Feuerwehr unter fachlichen, rechtlichen, organisatorischen, haushaltstechnischen und personellen Gesichtspunkten, insbes. Erstellung von und Kontrolle der fachlichen Vorgaben, Organisationsgutachten und -betrachtungen, Prüfungsverfahren der Haushalts- und Investitionsplanung und -ausführung, dienstrechtliche Kontrolle, disziplinarrechtliche Kontrolle und Maßnahmen, personalvertretungsrechtliche Beteiligungen und Beteiligungen nach dem LGG, ausbildungs- und prüfungsrechtliche Aufsicht, Vertretung vor Gerichten, LPA, Einigungsstelle, HPR;

- Technik (auch Informations- und Nachrichtentechnik) der Feuerwehr

- Übertragung der Ordnungsaufgabe Notfallrettung auf Private;

- Organisation und Durchführung des Luftrettungsdienstes und des Wasserrettungsdienstes sowie Aufsicht über dieselben, insbesondere Genehmigungen, Bedarfsanalysen zum Zwecke der Erteilung oder Versagung von Zulassungen im Rettungsdienst, Organisationsuntersuchungen zur Feststellung der fachgerechten Wahrnehmung des Rettungsdienstes, Abschluss von Vereinbarungen mit privaten Trägern;

- Aufsichtliche Betreuung und Prüfung des LABO in Angelegenheiten des Rettungsdienstes unter personellen, organisatorischen und fachlichen Gesichtspunkten

- Genehmigung von Vereinbarungen über Krankentransportentgelte, ggf. Festsetzung durch Verordnung;

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001024 Bürger- und Ordnungsangelegenheiten

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	4.920.476	4.851.889	+1,41
Kostenträger	3	Sachkosten	33.842.323	28.853.434	+17,29
davon		Transferkosten	905.179	657.545	+37,66
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	1	kalkulatorische Kosten	1.339.467	1.140.556	+17,44
Projekte	2	Gemeinkosten	4.708.005	4.092.716	+15,03
		Summe Verwaltungskosten	45.715.450	39.596.141	+15,45
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	45.715.450	39.596.141	+15,45

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004860	2022	45.715.450	0	45.715.450
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Ausländer- und Asylrecht, Ordnungsrecht, Staatsangehörigkeits- und Personenstandsrecht, Statistik, Wahlen	2021	39.596.141	0	39.596.141

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78859	2022	45.083.618	0	45.083.618
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten inkl. Ausländer- und Asylrecht, Ordnungsrecht, Staatsangehörigkeits- und Personenstandsrecht und Statistik (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	38.988.323	0	38.988.323

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	98,62	98,46
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	905.178,87	657.545,20
IST - Erträge in €	6.349.445,87	8.153.857,66
Kostendeckungsgrad in %	14,08	20,91

Zu den Aufgaben gehören u.a:
- Umsetzung von Grundsatzangelegenheiten des Ausländer- und Asylrechts sowie Bezirksangelegenheiten der Bürgerdienste und Ordnungsämter.
- Erlass von landeseinheitlichen Regelungen zu sonstigen Ordnungsaufgaben nachdem Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben
- Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für den Erlass von landeseinheitlichen Regelungen für Organisationseinrichtungen in Bürger- und Ordnungsangelegenheiten

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

- Grundsatzangelegenheiten des Staatsangehörigkeitsrechts
- Dienstaufsicht über das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) und das Landesamt für Einwanderung (LEA)
- Regelungen im Zusammenhang mit dem Statistikrecht
- Fachliche Wahrnehmung der Aufgaben der für Statistik zuständigen Senatsverwaltung, Fachaufsicht und Rechtsaufsicht über das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS)
- Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001149 Landesweite Querschnittsaufgaben

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	2.439.954	2.072.542	+17,73
Kostenträger	6	Sachkosten	506.242	545.581	-7,21
davon		Transferkosten	305.250	101.083	+201,98
Produkte	0	Verrechnungskosten	1.118.041	749.600	+49,15
MGF	4	kalkulatorische Kosten	620.415	562.016	+10,39
Projekte	2	Gemeinkosten	4.093.441	3.804.826	+7,59
		Summe Verwaltungskosten	9.083.343	7.835.647	+15,92
		Transfers	219.151	417.181	-47,47
		Gesamtsumme	9.302.494	8.252.828	+12,72

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005362	2022	3.278.261	219.151	3.497.412
Organisationsmanagement/Recht (ministeriell)	2021	2.747.299	417.181	3.164.480

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77396	2022	1.675.205	26.751	1.701.956
Staats-, Verfassungs-, Verwaltungsrecht, Bezirksangelegenheiten (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.202.482	137.181	1.339.663

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	18,30	16,23
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	305.249,78	101.082,53
IST - Erträge in €	23.552,15	46.241,30
Kostendeckungsgrad in %	1,38	3,45

Bearbeitung von Grundsatz- und Einzelangelegenheiten auf dem Gebiet des Staats-, Verfassungs-, Verwaltungsrechts und der Bezirksangelegenheiten

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005532	2022	5.805.082	0	5.805.082
Aus- und Fortbildung für die Hauptverwaltung	2021	5.088.348	0	5.088.348

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81002	2022	5.805.082	0	5.805.082
Ausbildungsbehörde für Nachwuchskräfte des nichttechnischen Verwaltungsdienstes für die Hauptverwaltung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	5.088.348	0	5.088.348

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	62,40	61,66
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	2.345.372,63	0,00
Kostendeckungsgrad in %	40,40	0,00

Einstellungs- und Ausbildungsbehörde für Ausbildungsberufe im allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienst, insbesondere der Verwaltungsfachangestellten und Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter für den Bereich der Hauptverwaltung (ohne Polizei);
Einstellungsbehörde, Dienstbehörde und oberste Dienstbehörde für Nachwuchskräfte im allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienst, insbesondere im Beamtenverhältnis auf Probe der Laufbahnen des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes: Regierungsinspektorinnen/Regierungsinspektoren und Regierungsrätinnen/Regierungsräte;
Einstellungsbehörde für Regierungsreferendarinnen/ Regierungsreferendare beziehungsweise für Nachwuchskräfte im Angestelltenverhältnis vor Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe; Fachoberschulpraktikantinnen/ Fachoberschulpraktikanten

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001150 Behördenbezogener Service

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	576.891	540.769	+6,68
Kostenträger	1	Sachkosten	1.680	184.502	-99,09
davon		Transferkosten	0	387	-100,00
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	1	kalkulatorische Kosten	231.846	200.569	+15,59
Projekte	0	Gemeinkosten	583.661	749.569	-22,13
		Summe Verwaltungskosten	1.394.078	1.675.797	-16,81
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	1.394.078	1.675.797	-16,81

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005367	2022	1.394.078	0	1.394.078
Finanzmanagement	2021	1.675.797	0	1.675.797

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77389	2022	1.394.078	0	1.394.078
Dienst- und Staatsaufsicht (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.675.797	0	1.675.797

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	100,00	100,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	387,03
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

a)
Die Dienstaufsicht für das LABO und für das LEA, die Rechtsaufsicht für das Amt für Statistik (AfS) und die Fachaufsicht für den Logistikservice des LVwA (Amtsblatt) dienen als allgemeine Behördenaufsicht der Sicherstellung der ordnungsgemäßen Amtsführung. Sie bezieht sich auf die innere Ordnung, die Art und Weise der Erledigung der Amtsgeschäfte und insbesondere der Personalangelegenheiten.

b)
Die Ressourcensteuerung umfasst Planung und Bereitstellung von Mitteln für die Betreuung der der Senatsverwaltung für Inneres und Sport übertragene Fachaufgaben und Gebäude.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte dieses Einzelplans veranschlagt. Es handelt sich dabei um

a) um Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement – EZeP – in die Dienststelle versetzt worden sind,

b) Ehemalige Dienstkräfte der City-BKK, die ein Rückkehrrecht zum Land Berlin haben.

Die Unterscheidung der unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merksatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**860**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**			**123.000**	**48.896,50**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
42801	**860**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.106.000**	**1.069.000**	**1.356.000**	**1.233.080,34**
42850	**860**	**Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44100	**860**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**41.900**	**916,56**
		Gesamtausgaben	**1.108.000**	**1.071.000**	**1.521.900**	**1.282.893,40**
		Prozentuale Veränderung	**-27,2 %**	**-3,3 %**		
		Abschluss Kapitel 0509				
411-462		**Personalausgaben**	**1.108.000**	**1.071.000**	**1.521.900**	**1.282.893,40**
		Gesamtausgaben	**1.108.000**	**1.071.000**	**1.521.900**	**1.282.893,40**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.108.000**	**-1.071.000**	**-1.521.900**	**-1.282.893,40**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung IV - Sport - mit Ausnahme der zentralen Sportanlagen Olympiapark Berlin (Kapitel 0511) einschließlich Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark und Sportforum Berlin (Kapitel 0512) einschließlich Sportkomplex Berlin (Paul-Heyse-Straße).

Darüber hinaus sind die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Grundstücksverwaltung für die Max-Schmeling-Halle und für das Velodrom sowie für die Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark (SSE) (jeweils bei den Titeln 12401, 11961, 51701 und 54077) enthalten.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen aufgrund der jährlichen Vereinsstatistik des Landessportbundes Berlin e.V. (LSB) vor. Sie gelten für alle Titel der Hauptgruppen 6 und 8. Zum Stichtag 01.01.2023 hat der LSB folgende Zahlen veröffentlicht:

Mitgliedschaften zum 01.01.2023	Insgesamt (Anteil in %)	Veränderung ggü.2022
Gesamtmitgliedschaften	729.622 (100,00 %)	+ 45.324 (+6,62 %)
männlich	462.918 (63,45 %)	+ 24.338 (+ 5,5 %)
weiblich	265.423 (36,38 %)	+ 19.855 (+ 8,09 %)
divers	1.212 (0,17 %)	+ 1.070 (+ 753,52 %)
ohne Angabe	69 (0,01 %)	+ 61 (+ 762,50 %)

	Gesamt	Veränderung ggü. 2022	männlich	weiblich	Divers/ohne Angabe
Kinder u. Jugendliche	222.667 (30,52 %)	+ 19.866 (+ 9,80 %)	138.957	83.631	79
Erwachsene (ab 19 Jahre)	506.955 (69,48 %)	+ 25.458 (+ 5,29 %)	323.961	181.792	1.202

Weitere Angaben zum durchschnittlichen Jahreseinkommen siehe bei Kapitel 0500.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11116	**322**	**Benutzungsentgelte**	**160.000**	**160.000**	**160.000**	**160.133,95**

Einnahmen aus der Überlassung der Max-Schmeling-Halle gemäß den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften (SPAN).

11921	**322**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**460.000**	**460.000**	**310.000**	**566.642,07**

Rückzahlungen aus Zuwendungen insbesondere aufgrund des tatsächlich geringeren Mittelbedarfs bei einzelnen Projekten/Maßnahmen und als Ergebnis der Prüfung der Verwendungsnachweise.

In 2022 vermehrt Rückzahlungen insbesondere aufgrund pandemiebedingter geringerer Inanspruchnahme der Zuwendungen.

Höhere Einnahmeerwartung in Anpassung an die Entwicklung der geförderten Projekte/Maßnahmen.

11961	**322**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**214.000**	**214.000**	**364.000**	**156.435,87**

Vorsteuererstattungen für den Betrieb gewerblicher Art “Verpachtung Max-Schmeling-Halle/Velodrom“.

Geringere Einnahmeerwartung aufgrund Abnahme rückwirkender Erstattungen.

11979	**322**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**120,00**
12401	**322**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**710.000**	**710.000**	**710.000**	**791.840,88**

Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	2024/2025 in €	Ist 2022 in €
Velomax Berlin Hallenbetriebs GmbH Max-Schmeling-Halle, Velodrom	680.400	759.716,59
Berliner Bäder-Betriebe Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark	18.600	22.139,31
Sonstige Anmietungen	11.000	9.984,98
	710.000	791.840,88

Lage	Fläche in m²	Mtl. Miete/ Pacht pro m² in €	Einnahmen in €
Falkplatz 1 Verpachtung der Max-Schmeling-Halle	–	Pauschale	363.000
Paul-Heyse-Straße 26 Verpachtung des Velodroms	–	Pauschale	274.000
Verpachtung Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark	–	Pauschale	18.600

2022 höhere Einnahmen aufgrund Gewinnabgabe der Velomax Berlin Hallenbetriebs GmbH.

16210	**322**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**7.919,47**

Einnahmen aus Zinszahlungen der Zuwendungsempfangenden aufgrund nicht rechtzeitig innerhalb von 2 Monaten verwendeter Zuwendungsmittel, verspäteter Rückzahlungen sowie aus gestundeten Darlehenstilgungen nach Einzelfallentscheidungen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
18210	**322**	**Tilgungen**	**1.480.000**	**1.480.000**	**1.480.000**	**1.292.121,11**

Zweckbindungsvermerk:
Von den bei diesem Titel eingegangenen Einnahmen, die aus bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2003 ausgezahlten Darlehen resultieren, sind 19,8 v.H. zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 86305.
Eingegangene Einnahmen, die ab dem Haushaltsjahr 2004 ausschließlich aus Darlehen aus Mitteln der Lotto-Stiftung Berlin resultieren, sind in voller Höhe zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 86305.

Einnahmen aus Tilgungsraten in Abhängigkeit von den in den Vorjahren gewährten Darlehen an Sportorganisationen im Rahmen des Vereinsinvestitionsprogramms - VIP - für die Errichtung und die Unterhaltung von Vereinssportanlagen einschließlich des ggf. notwendigen Grunderwerbs von Privaten für Zwecke des gemeinnützigen Vereinssports.

23190	**322**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**690.444,38**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68490 sowie Kapitel 0511, Titel 51990 und Kapitel 0512, Titel 51990.

Ansatz für Einnahmen aus Zuwendungen des Bundes für den Bau und die Sanierung von Sportstätten für den Hochleistungssport nach den jeweiligen Bewilligungsbescheiden auf der Basis insbesondere der Förderrichtlinien des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI).

Einnahmen fallen in Abhängigkeit von der Anzahl und Größenordnung der geförderten Maßnahmen und den zeitlichen Bauabläufen an. Die Mittelzuweisungen des Bundes sind daher in ihrer Höhe jährlich unterschiedlich.

28290	**322**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**4.349.000**	**4.349.000**	**4.099.000**	**4.669.146,60**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 51890, 54690, 66390, 67190, 68490, sowie Kapitel 0511, Titel 51990, 54690 und Kapitel 0512, Titel 51990, 54690.

Einnahmen werden erwartet von der Lotto-Stiftung Berlin aus der Zweckabgabe der Deutschen Klassenlotterie Berlin (DKLB) für sportliche Zwecke (§ 11 Satzung der Stiftung DKLB). Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre wird mit einer leicht erhöhten Einnahme gerechnet.

28291	**322**	**Durchlaufspenden**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68491.

Spenden von Dritten zur Weiterleitung an Sportorganisationen.

34290	**322**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für Investitionen**	**1.101.000**	**1.101.000**	**1.101.000**	**1.101.000,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 86305 und 89360.

Einnahmen werden erwartet von der Lotto-Stiftung Berlin aus der Zweckabgabe der Deutschen Klassenlotterie Berlin für sportliche Zwecke (§ 11 Satzung der Stiftung DKLB) zur Mitfinanzierung des Vereinsinvestitionsprogramms (VIP) für die Errichtung und die Unterhaltung von Vereinssportanlagen einschließlich des ggf. notwendigen Grunderwerbs von Privaten für Zwecke des gemeinnützigen Vereinssports

Die Einnahmen sind abhängig vom Mittelbedarf der jeweils umzusetzenden Maßnahmen und den sich daraus ergebenden Rückzahlungsverpflichtungen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
35903	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO**	**10.000.000**	**10.000.000**	**10.000.000**	**13.556.551,00**

Geplante Entnahme aus der mit dem Nachtragshaushalt 2018/2019 in 2018 erfolgten Zuführung an die Rücklage für die Berliner Bäder-Betriebe (60,0 Mio. €).

		Gesamteinnahmen	**19.477.000**	**19.477.000**	**19.227.000**	**22.992.355,33**
		Prozentuale Veränderung	**1,3 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.035.000**	**2.117.000**	**2.012.000**	**1.936.807,49**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**103.000**	**103.000**	**103.000**	**360.970,53**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.372.000**	**2.742.000**	**1.900.000**	**1.875.339,95**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**443.000**	**1.000**	**791.000**	**755.362,68**
44100	**322**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**43.600**	**44.900**	**46.700**	**42.318,70**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**2.300**	**2.300**	**2.300**	**1.833,87**
51136	**322**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51168	**322**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**322**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51453	**322**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**322**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**525.000**	**525.000**	**525.000**	**525.887,20**

lfd. Nr.	Ausgaben für Grundsteuern und Straßenreinigungsgebühren	2024	2025	2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	*2*	*3*	*4*	*5*	*6*
1	Grundsteuer				
1.1	Max-Schmeling-Halle	197.000	197.000	197.000	197.222,28
1.2	Velodrom	275.000	275.000	275.000	276.421,92
1.3	Schwimm- und Sprunghalle	2.000	2.000	2.000	1.130,56
2	Straßenreinigung				
2.1	Max-Schmeling-Halle	28.000	28.000	28.000	28.379,38
2.2	Velodrom	22.000	22.000	22.000	21.811,24
2.3	Schwimm- und Sprunghalle	1.000	1.000	1.000	921,82
	Summe	525.000	525.000	525.000	525.887,20

Die Erstattung der anteiligen Ausgaben durch die Velomax Berlin Hallenbetriebs GmbH und die Berliner Bäder-Betriebe ist im Titel 12401 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**322**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**190.000**	**190.000**	**150.000**	**284.702,20**
		Verpflichtungsermächtigung	**190.000**	**190.000**		
		Davon fällig 2025	**190.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**190.000**		

Ausgaben für die Anmietung von Sportanlagen in Zusammenhang mit der Durchführung von Sportveranstaltungen. Zur Erweiterung des Angebots an Sportanlagen können gemäß § 11 Sportförderungsgesetz im Einzelfall geeignete private Anlagen angemietet werden und den förderungswürdigen Sportorganisationen für die Durchführung von Sportveranstaltungen überlassen werden (z.B. das Olympiastadion Berlin für die Durchführung des traditionellen ISTAF oder die Mercedes-Benz-Arena für Länderspiele in Ballsportarten).

In 2022 Nutzungsentgelt für die Durchführung des ISTAF 2022 im Olympiastadion Berlin.

Mehr aufgrund Zunahme der Veranstaltungen ohne Zuwendungsbedarf, die ansonsten ohne eine Anmietung und Überlassung einer Veranstaltungsstätte nicht stattfinden könnten (z.B. EURO Handball 2024, ISTAF).

51890	**322**	**Mieten und Pachten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist beim Vorliegen entsprechender zweckgebundener Einnahmen insbesondere bestimmt für Ausgaben in Zusammenhang mit Sportveranstaltungen.

52536	**322**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52610	**011**	**Gutachten**	**75.000**	**1.000**	**100.000**	**93.216,97**

Bis 2024 insbesondere Ausgaben für die rechtliche Beratung und Begleitung der Planung und Durchführung der UEFA Fußball-Europameisterschaft 2024. Ab 2025 Merkansatz für eine ggf. erforderliche Mittelverstärkung zur Begutachtung sonstiger aufkommender sportbezogener Fragestellungen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten, so wird z. B. bei der Ermittlung des Bieterkreises neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt; im Falle einer wesentlichen Erhöhung der Fallzahlen wird eine Erhebung vorgenommen und ausgewertet.

53101	**322**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**7.700**	**7.700**	**7.700**	**142,80**

Für den Druck von Broschüren zu sportfachlichen Themen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Öffentlichkeit
GB Zielsetzung	Keine, da die Informationsübermittlung sportfachlicher Themen an die Öffentlichkeit geschlechterneutral erfolgt.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

53108	**322**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.545,00**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53110 (neu)	**322**	**Programminformation und Werbung**	**50.000**	**50.000**		

Ausgaben für Werbemaßnahmen der Bewegungsangebote im öffentlichen Raum des Projekts „Berlin bewegt sich“.

Die Ausgaben waren bis 2023 in Kapitel 0920, Titel 54010 veranschlagt.

53118	**322**	**Auswärtige Städteverbindungen**	**44.000**	**44.000**	**44.000**	**6.991,40**

Für die Förderung von Austauschfahrten und Jugendbegegnungen im Sport. Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Pandemiebedingt geringere Ausgaben in 2022 (insb. für Fünf-Städte-Turnier Leichtathletik - Glasgow, Brüssel, Paris, Helsinki, Berlin -). Durch das Abklingen der Pandemie wird erwartet, Veranstaltungen wieder in dem vorpandemischen Umfang durchführen zu können.

54010	**322**	**Dienstleistungen**	**510.000**	**475.000**	**110.000**	**71.562,08**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	100.000	-	-

Ausgaben für erforderliche Analysen und Expertisen für mittel- bis langfristige fundierte Planungen bzw. Beratungsdienstleistungen zur fachliche Unterstützung komplexer Themenstellungen. Bedarf besteht für folgende Themen:

Lfd. Nr.	Thema	2024 In €	2025 In €
1	Sport im Park (Webseite)	100.000	100.000
2	Strategische Gesamtplanung Sportinfrastruktur	100.000	100.000
3	Angebote für den nichtorganisierten Sport erweitern – Förderung Individualsport	30.000	30.000
4	Berliner Sportanlagen sukzessive inklusiv, barrierefrei und multifunktional gestalten	20.000	20.000
5	Externe Expertise Studie Velodrom (Nutzungsoptionen)	150.000	150.000
6	Neuvergabe Pacht- und Betreibervertrag Max-Schmeling-Halle und Velodrom sowie Olympiastadion	75.000	60.000
7	Fragestellungen § 2b Umsatzsteuergesetz ;	25.000	5.000
8	Im Bedarfsfall Aufträge in Zusammenhang mit der Prüfung von Bauunterlagen von Bauunterhaltungsmaßnahmen insbesondere in Zusammenhang mit dem Vereinsinvestitionsprogramm.	10.000	10.000

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für überjährige Aufträge erforderlich.

In 2022 Ausgaben in Zusammenhang mit dem Projekt „Sport im Park“ (Pflege der Webseite, Social Media Management).

Mehr aufgrund anstehender komplexer Fragestellungen und Neuvergabe Pachtverträge.

54034	**322**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Im Bedarfsfall Leistungen der Selbstversicherung nach den Haftpflicht- und Eigenschädengrundsätzen (HEGr).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**322**	**Veranstaltungen**	**145.000**	**145.000**	**48.800**	**56.453,78**

Ausgaben für zentrale Veranstaltungen und Empfänge/Senatsempfänge anlässlich bedeutender Sportveranstaltungen, Veranstaltungen für die Verleihung der Senatsehrenplakette und Ehrungsveranstaltung für die beste Jugendarbeit.

In 2022 Ausgaben in Zusammenhang mit Berlin Marathon, ISTAF Indoor, Mitgliederversammlung IPC.

Höhere Ausgaben aufgrund einer höheren Anzahl an Empfängen zu Sportgroßveranstaltungen, der Erhöhung des Mindestlohns und gestiegener Ausgaben in den Bereichen Energie, Nahrungsmittel, Transport (Lieferung), Anmietung von Equipment etc.

54077	**322**	**Steuern, Abgaben**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**8.523,79**

Gesetzliche Umsatzsteuer für die Betriebe gewerblicher Art.

Im Jahr 2022 geringere Ausgaben aufgrund Verrechnung mit Steuererstattungen.

54107	**322**	**Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin**	**450.000**	**450.000**	**50.000**	**208.231,66**
		Verpflichtungsermächtigung	**450.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2025	**450.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**450.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	50.000 €	-	-

Ausgaben für die strategische Ausrichtung der Sportmetropole Berlin, für nachhaltige Sport-Standortmarketing-Effekte, eine verstärkte Zusammenarbeit für den Bereich Sport mit Berlin Partner über die Rahmenvereinbarung, Sachkosten für Marketingmaßnahmen für die Weiterentwicklung der Sportmetropole Berlin als nachhaltige Marke und deren Bedeutung als national und international anerkannter Austragungsort, Teilnahme Berlins an der Sport Accord Convention, Mitgliedsbeiträge für die „Host City Association“ Präsentation Berlins bei Olympischen und Paralympischen Spielen erforderlich.

- Ausgaben in Zusammenhang mit dem Rahmenvertrag mit Berlin Partner und Weiterführung der begleitenden Standortmarketingaktivitäten (z. B. 2024 Laver Cup, Final Four Euroleague Basketball) (jährlich ca. 260.000 €).
- Präsentation beim SportAccord (jährlich ca. 30.000 €)
- Projektmittel für die Initiative Sportmetropole Berlin, Mitgliedsbeitrag für die Internationale Host City Association, Produktion Give aways u. ä. (jährlich ca. 20.000 €)
- Olympische und paralympische Projekte (z.B. Paris 2024 – 140.000 €)

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für überjährige Maßnahmen/Saisonlaufzeiten erforderlich.

Mehr für die Weiterentwicklung der Sportmetropole Berlin als nachhaltige Marke und deren Bedeutung als national und international anerkannter Austragungsort. auszubauen. Darüber hinaus Mittel für olympische und paralympische Projekte in Zusammenhang mit einer möglichen Bewerbung Deutschlands für Olympische Spiele.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54113	**322**	**Vorbereitung und Durchführung der Special Olympics Weltspiele 2023**	**10.000**	**1.000**	**1.760.000**	**693.703,49**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	-	-	-

Aufwendungen für Sach- und Organisationsleistungen Berlins in Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Special Olympics Weltspiele 2023 (SOWG 2023).

Ausgaben für ein attraktives Berliner Rahmenprogramm zur Verbesserung der Stadtrendite sowie für begleitende Kommunikations- und Standortmarketingaktivitäten (Herstellung von Informationsmaterialien, Kommunikationsmaßnahmen, City Dressing), um die nachhaltige Wirkung der Veranstaltung im ökonomischen, ökologischen und sozialen Kontext zu erhöhen. Aufwendungen für die Verbesserung der Barrierefreiheit und Barrierearmut der landeseigenen Sport- und Veranstaltungsstätteninfrastruktur, insbesondere im Hinblick auf die Bedürfnisse von Menschen mit geistiger Behinderung.

Geringerer Ansatz für Restausgaben in 2024, ggf. auch 2025 (Merkansatz) nach Durchführung der Veranstaltung in 2023.

Der Zuschuss an den Ausrichter der Veranstaltung (Special Olympics Deutschland e.V. - SOD -) zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Special Olympics Weltspiele 2023 ist bei Titel 68426 veranschlagt.

Übersicht über den aktualisierten Finanzierungsbedarf SOWG 2023:

Titel	Zweck	Bis 2022 in €	2024 in €	2025 in €	Gesamt
54113	Sach- und Organisationsleistungen	4.199.000	10.000	1.000	4.210.000
68426	Zuschuss SOD	43.256.000	4.630.000	-	47.886.000
Gesamt		47.455.000	4.640.000	1.000	52.096.000

Insgesamt höhere Gesamtausgaben nach Anpassung des Finanzierungsbedarfs an Kostensteigerungen und geringerer EU-Mittelförderung als geplant und dadurch höherer Restfinanzierung in 2024 (+4,35 Mio. €) bei Titel 68426.

54114	**322**	**Vorbereitung und Durchführung der EURO-Basket 2021**	**—**	**—**	**—**	**110.455,99**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54117	**322**	**Vorbereitung und Durchführung von in Berlin ausgetragenen Spielen der UEFA Fußballeuropameisterschaft EURO 2024**	**32.440.000**	**1.000**	**2.503.000**	**780.087,18**

Aufwendungen für Sach- und Organisationsleistungen Berlins und das „Host City Programm“ in Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Fußball-Europameisterschaft 2024 (UEFA EURO 2024).

Mit der Bewerbung als Austragungsort zur UEFA Fußball-Europameisterschaft 2024 hat sich das Land Berlin gegenüber der UEFA zu zahlreichen Veranstalteraufgaben außerhalb des Stadions verpflichtet. Zur Vorbereitung und Durchführung der in Berlin ausgetragenen Spiele müssen in allen klassischen Veranstaltungsbereichen (Sicherheit, Mobilität, Öffentlichkeitsarbeit, Nachhaltigkeit, Marketing, Rechtsangelegenheiten, Medizinische Versorgung, etc.) Konzepte erstellt und Maßnahmen ergriffen werden. Hierunter fällt unter anderem die Organisation eines zentralen Fan Fests inkl. Public-Viewing, die Aufstellung eines sportlichen und kulturellen Rahmenprogramms zur vierwöchigen Veranstaltung sowie notwendige sportanlagenbezogene Ertüchtigungsmaßnahmen im Olympiapark Berlin.

Übersicht über den aktualisierten Finanzierungsbedarf UEFA EURO 2024:

Titel	Zweck	Bis 2022 in €	2023 in €	2024 in €	Gesamt
52610	Rechtliche Beratungsleistungen	175.000	100.000	75.000	350.000
54117	Sach- und Organisationsleistungen, Host City Programm	1.568.000	2.503.000	32.440.000	36.511.000
68245	Ausgabenersatz OstaBG für stadionbezogene Maßnahmen	14.430.000	6.950.000	5.659.000	27.039.000
68486	Zuwendungen UEFA EURO 2024	-	-	700.000	700.000
	Gesamt	16.173.000	9.553.000	38.874.000	64.600.000

Höhere Ausgaben in 2024 aufgrund der Durchführung der Veranstaltung sowie höherer Ausgaben für die Organisation des zentralen Fan Festes.

54123	**322**	**Unterstützungsmaßnahmen für die Sportmetropole Berlin**	**—**	**—**	**—**	**2.278.253,57**

Der Ansatz 2022 war ausschließlich zum Zwecke der Pandemiebekämpfung (Unterstützungsmaßnahmen für die Aushängeschilder der Sportmetropole Berlin) vorgesehen.

54124 (neu)	**322**	**Sicherheitsausgaben in Zusammenhang mit dem DFB-Pokalfinale**	**350.000**	**350.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**350.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**350.000**		

Der Rahmenvertrag mit dem Deutschen Fußball Bund e.V. (DFB) zur jährlichen Ausrichtung des DFB-Pokalfinales im Olympiastadion Berlin verpflichtet Berlin zur Übernahme von Sicherheitskosten. Diese ergeben sich insbesondere aus den Auflagen und Maßnahmen im Gesamtkontext der Absicherung der Veranstaltung außerhalb des Geländes des Olympiastadions und somit nicht im alleinigen Zuständigkeitsbereich des Veranstalters DFB. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtungen ist eine Veranschlagung der Ausgaben im Haushaltsplan erforderlich.

54690	**322**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**35.000**	**107.627,81** **R 530.408,67**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ansatzsenkung, da Jugendbegegnungen aus Titel 53118 finanziert werden.

In 2022 fielen Ausgaben für die Erstellung von Sportentwicklungsplänen in den Bezirken Pankow, Spandau und Lichtenberg an.

54691	**322**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen (nur Haushaltswirtschaft)**	**—**	**—**	**—**	**10.815,20** **R 5.184,80**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
63203	**322**	**Ersatz von Ausgaben an Länder**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**74.693,04**

Länderanteil Berlins auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels für das Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT) zur Förderung von Projekten im Bereich des Nachwuchsleistungssports.

66390	**322**	**Schuldendiensthilfen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.333,12** **R 32.580,13**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zinszuschüsse aus Einnahmen der Zweckabgabe der Lotto-Stiftung Berlin an Sportorganisationen zur Erleichterung ihrer Verpflichtungen gegenüber Darlehensgebern.

67101	**322**	**Ersatz von Ausgaben**	**6.950.000**	**8.500.000**	**5.700.000**	**5.751.867,36**
		Verpflichtungsermächtigung	**29.080.000**	**4.600.000**		
		Davon fällig 2025	**7.100.000**			
		Davon fällig 2026	**5.253.000**	**4.600.000**		
		Davon fällig 2027	**5.411.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**5.574.000**	**—**		
		Davon fällig 2029	**5.742.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	Ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.250.000	-	-
VE Plan 2023	2.000.000	-	-

lfd. Nr.	Aufwendungsersatz	2024	2025	2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	*2*	3	4	5	6
1	- an die Velomax Hallenbetriebs GmbH für die Nutzung der Max-Schmeling-Halle (MSH) und des Velodroms	4.500.000	5.100.000	3.860.000	3.861.444,00
2	- an die Velomax Hallenbetriebs GmbH für die Durchführung von laufenden Bauunterhaltungsmaßnahmen und Ersatzbeschaffungen des Eigentümers Land Berlin	1.000.000	1.000.000	1.000.000	602.037,27
3	- an die Velomax Hallenbetriebs GmbH für die Durchführung von größeren Bauunterhaltungsmaßnahmen und Ersatzbeschaffungen des Eigentümers Land Berlin:				
3.1	Ersatz Gebäudeleittechnik Velodrom	-	-	-	422.704,66
3.2	LED-Umrüstung Beleuchtung MSH	-	-	-	417.363,91
3.3	Ersatz Arenabeschallung Velodrom	-	-	-	448.317,52
3.4	Modernisierung Aufzugssteuerung Velodrom	-	-	400.000	
3.5	Sanierung Niederspannungsschaltanlagen Velodrom/MSH	400.000	300.000	440.000	
3.6	Sanierung Lüftung MSH	300.000	300.000	-	-
3.7	Sanierung Fluchttreppen über Nebenhallen MSH	200.000	200.000	-	-
3.8	Ersatz Arenabeschallung MSH	300.000	200.000	-	-
3.9	Dachsanierung Max-Schmeling-Halle 2026: 2,6 Mio. € (GK 4,25 Mio. €)	250.000	1.400.000	-	-
	Summe	6.950.000	8.500.000	5.700.000	5.751.867,36

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zu lfd. Nr. 1)
Mehr aufgrund Anpassung an Preisindexsteigerungen gem. Pacht- und Betreibervertrag.
Ab 2025 höherer Teilansatz aufgrund geplanter Neuvergabe eines Pacht- und Betreibervertrags in 2024 ab 2025.
Zu lfd. Nr.3.9)
Zur Sicherstellung der weiteren Nutzung der Max-Schmeling-Halle, u.a. auch für die Bundesligaspiele der Ankernutzer Füchse Berlin und BR Volleys, ist die Sanierung der Dachhaut der Halle erforderlich.

Mehr aufgrund des steigenden Sanierungsbedarfs.

Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2,0 Mio. € p.a. sind zur kontinuierlichen Fortführung der Bauunterhaltungsmaßnahmen erforderlich.
In 2024 zudem Verpflichtungsermächtigungen über insgesamt 27.080.000 € aufgrund Neuvergabe Pacht- und Betreibervertrag in 2024 für 5 Jahre ab 2025.

In 2025 Verpflichtungsermächtigungen über 2,6 Mio. € zur Beauftragung und kontinuierlichen Fortführung der Dachsanierung.

67190	**322**	**Ersatz von Aufwendungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**395.579,25 R 97.352,13**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ansatz für Ersatzleistungen bei Eingang entsprechender zweckgebundener Einnahmen.

In 2022 als Eigentümer der Sportanlage Zahlungen an die Olympiastadion GmbH für Sanierungsmaßnahmen am Olympiastadion (Teilinstandsetzung Notlichtanlage, Instandsetzung Sprinkleranlage und Unterflurhydranten Instandsetzungen Großer Marchhof - Beseitigung Feuchtschäden, Erneuerung Dach- und Außenwandabdichtung, Gang- und Schließbarmachung Fenster -).

68123	**322**	**Ehrungen, Preise**	**14.000**	**14.000**	**14.000**	**4.706,51**

Ausgaben für Preise und Präsente an Sportorganisationen, insbesondere anlässlich der Verleihung der Senatsehrenplakette und von Vereinsjubiläen sowie Sonderpreise für die beste Jugendarbeit.

Die Ausgaben für die festliche Gestaltung der Verleihung der Senatsehrenplakette und der Ehrenveranstaltung für die beste Jugendarbeit sind bei Titel 54053 veranschlagt.

In 2022 pandemiebedingt geringere Ausgaben aufgrund des Ausfalls entsprechender Veranstaltungen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68245	**322**	**Ausgabenersatz an die Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG) für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen**	**5.659.000**	**1.000.000**	**6.950.000**	**8.526.781,78**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Aufwandsersatz an die Olympiastadion Berlin GmbH für notwendige veranstaltungsbezogene und Sanierungsmaßnahmen am Olympiastadion Berlin als Spielstätte der UEFA EURO 2024 sowie nach der Veranstaltung ab 2025 zur Weiterführung der Sanierung und Instandhaltung des Stadions als herausragende Sportanlage.

Die dringend notwendigen Maßnahmen sind zur UEFA EURO 2024 erforderlich, um die Anforderungen der UEFA zu erfüllen und das Olympiastadion Berlin als renommierte Veranstaltungsstätte zu sichern und den Anspruch an eine ökologische und soziale Nachhaltigkeit in Zukunft noch besser erfüllen zu können. Die verteilte Umsetzung der Maßnahmen über die Jahre 2020 bis 2024 ermöglicht einen kontinuierlichen Veranstaltungsbetrieb im Stadion trotz notwendiger baulicher Maßnahmen. Nach dem Umsetzungsplan sind insgesamt vorgesehen:

Maßnahmen	Bis 2023 in €	2024 in €	Gesamt in €
Erhöhung Anzahl Zuschauertoiletten Erhöhung der Anzahl behindertengerechter Toiletten	7.429.800	2.000.000	9.429.800
Verbesserung der Teilhabe von körperlich beeinträchtigten Zuschauern	2.823.400	-	2.823.400
Modernisierung Kameratechnik	192.000	110.000	302.000
Umbau der Eingangsanlagen auf mannshohe Drehsperren	2.613.200	-	2.613.200
Erneuerung Zaunanlagen	-	200.000	200.000
Modernisierung und Erweiterung der Glasfaser-Infrastruktur	246.900	-	246.900
Einbau WLAN	3.999.900	-	3.999.900
Digital Signage	1.113.100	1.399.000	2.512.100
Energetische Nachhaltigkeitsprojekte	93.100	1.350.000	1.443.100
Sanierung Natursteinköpfe Außenfassade	1.002.100	600.000	1.602.100
Austausch von Rauchschutzvorhängen	164.200	-	164.200
	19.677.700	5.659.000	25.336.700

Ab 2025 Ausgaben zur Weiterführung der Sanierung und Instandhaltung des Stadions als herausragende Sportanlage unabhängig von der Durchführung einer internationalen Sportgroßveranstaltung.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für überjährige Maßnahmendurchführungen erforderlich.

68276	**322**	**Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der großen Mehrzweckhallen**	**5.200.000**	**6.575.000**	**4.520.000**	**4.516.300,26**
		Verpflichtungsermächtigung	**34.915.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**6.575.000**			
		Davon fällig 2026	**6.773.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**6.977.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**7.187.000**	**—**		
		Davon fällig 2029	**7.403.000**	**—**		

Aufwendungen für den Ausgleich des Betriebsverlustes der Max-Schmeling-Halle und des Velodroms (Deckungsbeitrag gem. Pacht- und Betreibervertrag).

Mehr aufgrund Anpassung an Preisindexsteigerungen gem. Pacht- und Betreibervertrag.

Ab 2025 höherer Teilansatz aufgrund erwarteter Kostensteigerungen im Rahmen der geplanten Neuvergabe eines Pacht- und Betreibervertrages in 2024 ab 2025.

In 2024 zudem Verpflichtungsermächtigungen über insgesamt 34.915.000 € aufgrund Neuvergabe Pacht- und Betreibervertrag in 2024 für 5 Jahre ab 2025.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68402	**322**	**Zuschuss an die DKLB-Stiftung**	**1.350.000**	**1.350.000**	**1.050.000**	**981.200,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**600.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	Ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	500.000	-	-

Zuschuss an die Lotto-Stiftung Berlin zur Förderung von Berliner Mannschaften insbesondere in den ersten Bundesligen der jeweiligen Sportart.

Mehr für eine beabsichtigte verstärkte Förderung.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind wegen der teilweise über den Jahreswechsel hinausgehenden Saisonzeiten erforderlich.

Geschlechtsspezifische Daten (Gender Budget):
-Primärebene (beteiligte Sportlerinnen und Sportler):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	320	528	207	455	281	434
Relativ	37,7%	62,3%	31,3%	68,7%	39,3%	60,7%
Ressourcen (in Tsd. €)	389,1	643,1	383	842	495	764

-Sekundärebene (Vereinsmitglieder):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	2959	6824	2754	7378	2976	6520
Relativ	30,3%	69,7%	27,2%	72,8%	31,3%	68,7%
Ressourcen (in Tsd. €)	312,8	719,4	333	892	395	865

Zielgruppe:	Förderungswürdige Sportorganisationen mit Mannschaften beiderlei Geschlechts in den 1. Bundesligen
Zielsetzung:	Finanzielle Förderung der Sportorganisationen bei der Durchführung des Spielbetriebes der 1. Bundesligen und gleichzeitige Werbung für die Sportmetropole Berlin nach Maßgabe des sportlichen Erfolges im nationalen und internationalen Wettbewerb
Steuerungsmaßnahmen:	Der sportliche Erfolg in den 1. Bundesligen entzieht sich einer geschlechtsspezifischen Steuerung, daher entfallen entsprechende Maßnahmen

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68406	**322**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**191.000**	**191.000**	**351.000**	**75.068,92**

lfd. Nr.	Inhalt	Zuschuss 2024	Zuschuss 2025	Zuschuss 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
1	Länderanteil Berlins auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels an den Aufwendungen der Nationalen Anti Doping Agentur Deutschland (NADA) zur Verstärkung der Dopingprävention. Die Länder beteiligen sich insgesamt mit einem Betrag von bis zu 700.000 € jährlich.	38.000	38.000	41.000	32.177,68
2	Maßnahmen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt: Stärkung Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV)	90.000	90.000	110.000	42.891,24
3	Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle Gewalt und Diskriminierung im Sport	63.000	63.000	200.000	-
		191.000	191.000	351.000	75.068,92

In 2022 pandemiebedingt geringere Ausgaben bei den lfd. Nrn. 1 und 2.
Ansatzanpassung an die Bedarfslage.

68419	**322**	**Förderung des Sports**	**30.538.000**	**32.022.000**	**25.489.000**	**21.773.298,25**
		Verpflichtungsermächtigung	**73.168.000**	**14.493.000**		
		Davon fällig 2025	**17.490.000**			
		Davon fällig 2026	**13.800.000**	**6.493.000**		
		Davon fällig 2027	**13.800.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2028	**14.039.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2029	**14.039.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2030		**2.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	Ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	8.326.000	6.982.000	6.982.000

Zuschüsse für die Förderung des Sports nach § 15 Sportförderungsgesetz.
Übersicht der Förderungen:

lfd. Nr.	Träger/ Projekt	Zuschuss 2024	Zuschuss 2025	Zuschuss 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
Zuschüsse an den Landessportbund Berlin e. V. (LSB)					
	Zuschuss an den LSB gem. mehrjähriger Fördervereinbarung 2024 - 2029 für sportliche Zwecke, darunter				
1	Grundsicherung und Stärkung der Vereins- und Verbandsstrukturen (Allgemeine Verbandsförderung, Zuwendungen für Sportliche Aufgaben, Verbandsförderung LSB, Vereinsentwicklungsprogramm, Vereinsentwicklung Kinder, Jugendliche und Frauen, Vereinsentwicklung im Kiez, Förderung des Jugendwettkampfsports)	6.015.000	6.015.000	5.303.000	4.168.813,82
2	Zuschuss an Vereine für Digitalisierungsmaßnahmen……..	335.000	335.000	335.000	-
3	Hauptberufliche Verwaltungskräfte in den Bezirkssportbünden…….	610.000	610.000	478.000	371.664,32

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

lfd. Nr.	Träger/ Projekt	Zuschuss 2024	Zuschuss 2025	Zuschuss 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
4	Zuschüsse für die Beschäftigung von hauptamtlichen Verwaltungskräften in Verbänden und Vereinen…….	1.219.000	1.219.000	1.219.000	509.287,50
5	Zuschüsse an Vereine zur Förderung der Vereinsmanagement-Ausbildung……	88.000	88.000	-	-
6	Zuschuss für die Beschäftigung von Sporttrainerinnen und Sporttrainern mit Schwerpunkt im Kinder- und Jugendsport…….	2.700.000	2.700.000	1.993.000	1.587.806,38
7	Zuschuss für das Projekt „Berlin hat Talent“….	600.000	600.000	500.000	407.278,33
	Summe 1 Fördervereinbarung	11.567.000	11.567.000	9.828.000	7.044.850,35
	Sonstige Zuschüsse an den LSB				
8	Zuschüsse an Vereine für die Beschäftigung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern	3.661.000	3.861.000	3.461.000	2.910.878,61
9	Zuschuss zur Förderung von Leistungssportlerinnen und Leistungssportlern.....	250.000	250.000	250.000	174.000,00
10	Zuschuss Förderung Nachwuchskader (NK2)	240.000	260.000	200.000	128.000,00
11	Zuschuss für die Beschäftigung von Trainerinnen und Trainern für den Spitzensport	3.646.000	3.746.000	3.446.000	3.180.999,22
12	Zuschuss zur Sanierung des Horst-Korber-Sportzentrums (Fassade, Stützwand)……	420.000	500.000	-	-
13	Fairtrade im Sport Zuschuss zur Förderung fair gehandelter Sportausstattungen	100.000	100.000	100.000	26.000,00
14	Zuschuss zur Förderung des paralympischen Leistungssports	354.000	354.000	304.000	301.145,42
	Summe 2 Sonstige Zuschüsse LSB	8.671.000	9.071.000	7.761.000	6.721.023,25
	Zuschüsse an sonstige Sportorganisationen				
15	Zuschuss an den Olympiastützpunkt Berlin für die Beschäftigung von Trainerinnen und Trainern für den Spitzensport ……	750.000	750.000	650.000	553.632,92
16	Zuschuss zur anteiligen Finanzierung der Betreuung der Landeskaderathleten am Olympiastützpunkt Berlin…..	600.000	600.000	543.000	471.512,51
17	Zuschuss zur Förderung von Projekten im Bereich Integration, Inklusion, Gesundheit, Ältere, Mädchen/Frauen und LGBTI (Teilhabeprogramm)	274.000	274.000	274.000	378.760,84
18	Bewegungsförderung im öffentlichen Raum (einschl. „Berlin bewegt sich“ (bis 2023 anteilig im Kapitel 0920)……	400.000	400.000	100.000	-
19	Förderung sozial benachteiligter Gebiete……	900.000	900.000	190.000	-
20	Zuschüsse für nationale und internationale Sportveranstaltungen……..	2.000.000	2.100.000	1.800.000	1.996.197,34
21	Zuschuss für Betriebskosten und Instandhaltungsmaßnahmen an den Großverein SC Siemensstadt für die landeseigene Freizeit-Sportanlage "Sport Centrum Siemensstadt"……..	1.900.000	1.900.000	1.400.000	1.463.000,00
22	Zuschuss an den SC Siemensstadt für größere Sanierungsmaßnahmen am „Sport Centrum Siemensstadt“……	100.000	1.000.000	-	-

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

lfd. Nr.	Träger/ Projekt	Zuschuss 2024	Zuschuss 2025	Zuschuss 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
23	Zuschuss für Betriebskosten und Instandhaltungsmaßnahmen an den freizeit-sportorientierten Großverein TSV GutsMuths für das landeseigene Sportzentrum "Turn- und Freizeitzentrum Wullenweberwiese"	615.000	665.000	465.000	599.605,00
24	Zuschüsse für die Bundeslehr- und Forschungsstätte der DLRG	70.000	70.000	70.000	70.000,00
25	Zuschuss zur Förderung des Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands Berlin e.V. (BSBerlin)	150.000	154.000	136.000	112.351,00
26	Zuschuss an den Sport-Gesundheitspark Berlin e. V, für die sportmedizinische Betreuung der Landeskaderathletinnen und –athleten…….	656.000	656.000	517.000	537.000,00
27	Zuschuss an den Berliner Fußball-Verband für das Mädchenfußballprojekt ……..	200.000	210.000	170.000	169.865,00
28	Zuschüsse zur Umsetzung des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter……..	1.000.000	1.000.000	900.000	900.455,50
29	Zuschüsse an Sportorganisationen für hauptamtliches Leitungspersonal im Leistungssport (Bundesstützpunktleiter/in) ……..	400.000	420.000	380.000	347.961,54
30	Zuschuss an den Behinderten- und Rehabilitationssportverband Berlin e.V. (BSBerlin) für die Beratungskampagne „Inklusion durch Sport“…….	60.000	60.000	60.000	57.083,00
31	Überdachung einer bestehenden Skate-Rampe im Mellowpark ……	-	-	-	350.000,00
32	Zuschuss zur Förderung der Geschäftsstelle des Landesverbands „Special Olympics Deutschland in Berlin“……	225.000	225.000	225.000	-
33	Zuschuss an BSV Victoria 90 Friedrichshain e. V zur Errichtung eines Sozialgebäudes……	-	-	20.000	-
	Summe der Zuschüsse an sonstige Organisationen	10.300.000	11.384.000	7.900.000	8.007.424,65
	Ansatz	30.538.000	32.022.000	25.489.000	21.773.298,25

Ergänzende Erläuterungen:

Lfd. Nr. 1)
Anpassung an die aktuelle Mitgliederentwicklung.

Lfd. Nr. 3)
Anpassung an die Berücksichtigung von Volltagsstellen.

Lfd. Nr. 5)
Neue Fördermaßnahme zur Stärkung der Vereinsstrukturen. Vereinsmanager*innen sind Schlüsselfiguren für eine erfolgreiche Zukunft der Sportvereine. Ihre Kenntnisse und Fähigkeiten werden durch die VereinsManagement-Ausbildungen gestärkt. Mit der Förderung sollen VM-Ausbildungen attraktiv gemacht werden, um dem Vereinssport einen Impuls zu geben und die Vereinsstrukturen zu stärken.

Lfd. Nr. 6)
Ausweitung der Förderung bei steigenden Mitgliederzahlen auf weitere Vereine zur Stärkung der Vereinsstrukturen sowie Berücksichtigung des Mindestlohns.

Lfd. Nr. 7)
Ausweitung des Programms auch auf 5 Klassen u.a. als Ergebnis des Jugendgewaltgipfels und mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie, insbesondere auf Kinder und Jugendliche.

Lfd. Nr. 8)
Mehr zur Gewinnung, Ausbildung und Beschäftigung von Übungsleitenden in Vereinen. Anpassung an die Einsatzzahlen der berlinweit tätigen Übungsleitenden und Sicherstellung der Mindeststundensätze.

Lfd. Nr. 10)
Mehr insbesondere aufgrund Gehaltsanpassungen als Folge der allgemeinen Tarifentwicklung.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Lfd. Nr. 11)
Anpassung insbesondere aufgrund Gehaltsanpassungen als Folge der allgemeinen Tarifentwicklung sowie Fortführung der Anpassung an Gehälter des Lehramts zur Gewinnung geeigneter Trainerinnen und Trainer.
Bei Titel 68490 sind zur Finanzierung der Landestrainer und -trainerinnen weitere 736.000 € jährlich veranschlagt.

Lfd. Nr. 12)
Zuschuss für größere Sanierungsmaßnahmen am Horst-Korber-Sportzentrum, insbesondere für Fassadensanierungen.

Lfd. Nr. 14)
Anpassung an den Trainerinnen- und Trainerbestand. Gehaltsanpassungen als Folge der allgemeinen Tarifentwicklung.

Lfd. Nr. 15) + 16)
Anpassung insbesondere aufgrund Gehaltsanpassungen als Folge der allgemeinen Tarifentwicklung

Lfd. Nr. 18) + 19)
Als Ergebnis des Jugendgewaltgipfels und mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie, insbesondere für Kinder und Jugendliche, werden mit einem Bündel an Maßnahmen folgende Schwerpunkte gesetzt:
Lfd. Nr. 18
- Übernahme Teil-Modul „*Berlin bewegt sich*“ (von SenWGPG, Kapitel 0920) 250.000 €
- *Sport im Park* 150.000 €
  (bisher 100.000 € anteilig unter lfd. Nr. 16 – Teilhabeprogramm -)

Lfd. Nr. 19
- lfd. GI-Kofinanzierungsmaßnahmen von *Sport vernetzt* und Bewegungsförderung Marzahn-Hellersdorf 190.000 €
  (bisher 190.000 € anteilig unter lfd. Nr. 16 – Teilhabeprogramm -)
- Ausbau GI-Förderung von *Sport vernetzt* 340.000 €
- *Sport 365* (Umsetzung Maßnahme Gewaltprävention) 370.000 €

Lfd. Nr. 20)
Mehr zur Finanzierung der regelmäßig wiederkehrenden Sportveranstaltungen.

Lfd. Nr. 21)
Anpassung an die laufenden gestiegenen Betriebskosten.

Lfd. Nr. 22)
Aufgrund des Alters der Sportanlage „Sport Centrum Siemensstadt“ stehen dringende grundhafte Sanierungen an, um den Betrieb der Sportanlage einschließlich des Schwimmbades auch künftig gewährleisten zu können. Vorrangig sind Sanierungsmaßnahmen an den Hauptgebäuden, sowohl an der Bausubstanz als auch zur Erneuerung der technischen Ausstattung, erforderlich.

Lfd. Nr. 23)
Anpassung an die laufenden gestiegenen Betriebskosten.

Lfd. Nr. 25)
Berücksichtigung von Tarifsteigerungen.

Lfd. Nr. 26)
Anpassung der Personalkostenfinanzierung an den TV-L und an die laufenden gestiegenen Betriebskosten.

Lfd. Nr. 27)
Ausweitung der Förderung als eine Maßnahme im Ergebnis des Jugendgewaltgipfels.

Lfd. Nr. 28)
Mehr aufgrund der weiter andauernden und aktuellen Flüchtlingssituation.

Lfd. Nr. 29)
Anpassung an den Bundestützpunktleiterbestand sowie erwarteter Zugang weiterer Stützpunkte/Sportarten.

Lfd. Nr. 33)
Wegfall.

Verpflichtungsermächtigungen

Lfd. Nr. 1-7)
In 2024 erforderliche Verpflichtungsermächtigungen über 59.245.000 € für den Neuabschluss einer Fördervereinbarung mit dem LSB über sechs Jahre (2024 bis 2029).

Lfd. Nr. 6 und 8)
Erforderliche Verpflichtungsermächtigungen in 2024 und 2025 für die Sportförderungsprogramme „Beschäftigung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern“ und „Beschäftigung von Sporttrainerinnen und Sporttrainern mit Schwerpunkt im Kinder- und Jugendsport“, weil in diesen Programmen 20 % bzw. 10 % der bewilligten Mittel erst nach Vorlage des Schlussverwendungsnachweises der Vereine im folgenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden.

Lfd. Nr. 11)
Verpflichtungsermächtigungen 2024 über 500.000 € zur überjährigen Beauftragung der Gesamtmaßnahme.

Lfd. Nr. 17, 18, 19)
Jährlich 1.000.000 € für erwartete überjährige Maßnahmen der Programme.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Lfd. Nr. 20)
Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind mit jährlich 2 Mio. € (insgesamt 10 Mio. €) erforderlich, da Bewerbungen Berlins um nationale und internationale Sportveranstaltungen aufgrund des mehrjährigen Vorlaufs haushaltsrechtlich abgesichert werden müssen.

Lfd. Nr. 21)
Verpflichtungsermächtigungen in 2024 (1,0 Mio. €) und 2025 (2,0 Mio. €) zur kontinuierlichen Fortführung der Sanierungsmaßnahmen.

Lfd. Nr. 29)
Erforderliche Verpflichtungsermächtigungen (400.000 €) für den Abschluss mehrjähriger Arbeitsverträge.

Geschlechtsspezifische Daten:

Primärebene (Mitarbeiter in den Sportorganisationen):

Sportförderung		2020		2021		2022	
		W	M	W	M	W	M
Breitensport	Absolut	2.374	3.637	2.360	3.984	2.238	3.656
	Relativ	39,5%	60,5%	37,2%	62,8%	38,0%	62,0%
	Ressourcen (in Tsd. €)	2.786	4.446	3.010	4.699	3.304	5.355
Leistungssport	Absolut	98	200	103	199	92	168
	Relativ	32,9%	67,1%	34,1%	65,9%	35,4%	64,6%
	Ressourcen (in Tsd. €)	1.461	3.051	1.614	3.100	1.435	2.870
Veranstaltungen	Absolut	831	1.182	1.133	2.145	1.700	2.430
(Teilnehmer)	Relativ	41,3%	58,7%	34,6%	65,4%	41,2%	58,8%
	Ressourcen (in Tsd. €)	557	792	304	576	898	1.283

Sekundärebene (Nutzer des Programms):

Sportförderung		2020		2021		2022	
		W	M	W	M	W	M
Breitensport	Absolut	332.231	501.008	332.432	533.163	388.628	561.379
	Relativ	39,9%	60,1%	38,4%	61,6%	40,9%	59,1%
	Ressourcen (in Tsd. €)	3.793	3.440	3.640	4.065	4.377	4.282
Leistungssport	Absolut	3.003	3.531	2.152	2.928	2.136	2.673
	Relativ	46,0%	54,0%	42,4%	57,6%	44,4%	55,6%
	Ressourcen (in Tsd. €)	2.141	2.370	1.855	2.609	2.069	2.581
Veranstaltungen	Absolut	15.339	16.860	2.453	2.574	15.597	15.976
(Zuschauer)	Relativ	47,6%	52,4%	48,8%	51,2%	49,4%	50,6%
	Ressourcen (in Tsd. €)	643	707	429	451	1.077	1.103

Zielgruppe 1:	Förderungswürdige Sportorganisationen (Breitensport)
Zielsetzung:	Durch die Förderung sollen die Sportorganisationen darin unterstützt werden, den Sportlerinnen und Sportlern aller Altersgruppen ein breites sportliches Angebot zur Verfügung stellen zu können. Gleichzeitig wird so auch die Attraktivität der Sportmetropole Berlin gestärkt. Dazu gehört insbesondere die finanzielle Unterstützung der Durchführung von nationalen und internationale Sportgroßveranstaltungen in Berlin (vgl. lfd. 14 der Erläuterungen)
Steuerungsmaßnahmen:	In Wahrung des verfassungsrechtlichen Prinzips der Autonomie des Sports kann nur mittelbar auf Sportorganisationen eingewirkt werden

Zielgruppe 2:	Spitzensportlerinnen und Spitzensportler (Leistungssport)
Zielsetzung:	Herausgehobene sportliche Erfolge durch Finanzierung der Trainerinnen und Trainer von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern (Landeskader), Förderung der Leistungssportler und -sportlerinnen und deren sportmedizinischer Betreuung.
Steuerungsmaßnahmen:	Der sportliche Erfolg (Qualifizierung zum Kaderathleten) entzieht sich einer geschlechtsspezifischen Steuerung, daher entfallen entsprechende Maßnahmen

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68426	**322**	**Zuschuss für die Durchführung der Special Olympics Weltspiele 2023**	**4.630.000**		**21.056.000**	**16.607.635,54**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Zuschuss an Special Olympics Deutschland e.V. - SOD - als Ausrichter der Veranstaltung für Aufwendungen in Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Special Olympics Weltspiele 2023 (SOWG 2023). Der Bund beteiligt sich in vergleichbarer Größenordnung mit einem Zuschuss an den Gesamtkosten der Veranstaltung. Darüber hinaus sind im Rahmen des Berliner Nachhaltigkeitsprogramms "Inklusion 23" (BNHP) Zuschüsse außerhalb der Förderung von Sportorganisationen vorgesehen, um im Zusammenhang mit der Ausrichtung der SOWG langfristig wirksame Strukturen zu etablieren, die die dauerhafte Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung in der Gesellschaft, insbesondere im Sport, ermöglichen.

Die Ausgaben für Sach- und Organisationsleistungen Berlins sind bei Titel 54113 veranschlagt.

Übersicht über den aktualisierten Finanzierungsbedarf SOWG 2023:

Titel	Zweck	Bis 2023 in €	2024 in €	2025 in €	Gesamt
54113	Sach- und Organisationsleistungen	4.199.000	10.000	1.000	4.210.000
68426	Zuschuss SOD	43.256.000	4.630.000	-	47.886.000
Gesamt		47.455.000	4.640.000	1.000	52.096.000

Insgesamt höhere Gesamtausgaben nach Anpassung des Finanzierungsbedarfs an Kostensteigerungen und geringerer EU-Mittelförderung als geplant und dadurch höherer Restfinanzierung in 2024 (+4,35 Mio. €).

68467	**322**	**Zuschuss an das Sekretariat für Sportwissenschaft und Leibeskörpererziehung**			**—**	**150.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

68472	**322**	**Zuschüsse an Organisationen des Sports für die Bewerbung um Großveranstaltungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zuschüsse an Sportorganisationen für die Akquisition von herausragenden nationalen und internationalen Sportveranstaltungen (Merkansatz).

68482	**322**	**Zuschüsse an Sportorganisationen**	**—**	**—**	**—**	**1.064.857,42**

Der Ansatz 2022 war ausschließlich zum Zwecke der Pandemiebekämpfung (Hilfsfonds für Sportvereine und –verbände; Bundesligistenförderung) vorgesehen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68486 (neu)	**322**	**Zuschüsse zur Förderung von Projekten im Rahmen des Nachhaltigkeitsprogramms der UEFA EURO 2024**	**700.000**	**1.000**		

Aufwendungen für Sach- und Organisationsleistungen Berlins und das „Host City Programm“ in Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Fußball-Europameisterschaft 2024 (UEFA EURO 2024).

Mit der Bewerbung als Austragungsort zur UEFA Fußball-Europameisterschaft 2024 hat sich das Land Berlin gegenüber der UEFA zu zahlreichen organisatorischen Aufgaben außerhalb des Stadions verpflichtet. Ein Bestandteil hiervon war die Erstellung eines Nachhaltigkeitskonzepts und die Umsetzung der in diesem Konzept erfassten Maßnahmen. Die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen ist an die UN-Leitprinzipien für Nachhaltigkeit geknüpft. Darüber hinaus hat sich das Land Berlin in den sog. „Tournament Requirements" (Sektor 03) zur UEFA EURO 2024 gegenüber dem DFB/der UEFA zur Berücksichtigung von Standards bzgl. sozialer Verantwortung und Nachhaltigkeit verpflichtet.

Zur Umsetzung eines gesamtstädtischen Nachhaltigkeits- und Rahmenprogramms müssen zahlreiche Akteure aus den relevanten Themenfeldern eingebunden werden. Es ist deshalb im Rahmen der Nachhaltigkeit beabsichtigt u.a. auch Zuschüsse außerhalb der Förderung von Sportorganisationen vorzusehen, um im Zusammenhang mit der Ausrichtung der UEFA EURO 2024 langfristig wirksame Strukturen zu etablieren. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in der Gesamtkalkulation der Veranstaltung bereits berücksichtigt gewesen.

Übersicht über den aktualisierten Finanzierungsbedarf UEFA EURO 2024:

Titel	Zweck	Bis 2022 in €	2023 in €	2024 in €	Gesamt
52610	Rechtliche Beratungsleistungen	175.000	100.000	75.000	350.000
54117	Sach- und Organisationsleistungen, Host City Programm	1.568.000	2.503.000	32.440.000	36.511.000
68245	Ausgabenersatz OstaBG für stadionbezogene Maßnahmen	14.430.000	6.950.000	5.659.000	27.039.000
68486	Zuwendungen UEFA EURO 2024	-	-	700.000	700.000
	Gesamt	16.173.000	9.553.000	38.874.000	64.600.000

2025 Merkansatz für ggf. noch anstehende Restzahlungen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68490	**322**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**4.342.000**	**4.342.000**	**4.058.000**	**4.169.810,80 R 1.738.337,75**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuschüsse für die Förderung des Sports aus der Zweckabgabe der Lotto-Stiftung Berlin.

Übersicht der Maßnahmen:

lfd. Nr.	Träger/ Projekt	Zuschuss 2024	Zuschuss 2025	Zuschuss 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
An den Landessportbund Berlin					
1	Für die Beschäftigung von Trainerinnen und Trainern für den Spitzensport	750.000	750.000	736.000	310.445,26
2	für die Folgekosten zum Betrieb des Horst-Korber-Sportzentrums – HKS – (LSP Volleyball, Hockey, Leichtathletik).....	2.220.000	2.220.000	2.020.000	2.090.358,17
An Berliner Sportverbände für die Folgekosten zum Betrieb der Landesstützpunkte - LSP -.					
3	LSP Kanu.....	365.000	365.000	350.000	392.960,00
4	LSP Bowling.....	72.000	72.000	62.000	70.014,15
5	LSP Moderner Fünfkampf	115.000	115.000	115.000	111.911,00
6	LSP Rudern.....	340.000	340.000	300.000	334.700,00
7	LSP Segeln	80.000	80.000	75.000	82.037,10
8	Einmalige Unterhaltungs- und Beschaffungsmaßnahmen im Rahmen der Folgekosten der LSP	400.000	400.000	400.000	65.979,19
An sonstige Sportorganisationen für dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen					
9	TSV GutsMuths für die Sanierung der Lüftungsanlage im „Turn- und Freizeitzentrum Wullenweberwiese“	-	-	-	151.215,01
10	SC Siemensstadt für die Sanierung/Erneuerung der Kunstrasenplätze im „Sport Centrum Siemensstadt“	-	-	-	560.190,92
	Summe				711.405,93
	Gesamt	4.342.000	4.342.000	4.058.000	4.169.810,80

Ergänzende Erläuterungen:
Lfd. Nr. 1)
Bei Titel 68419 (lfd. Nr. 7) sind zur Finanzierung der Landestrainerinnen und –trainer weitere Mittel in Höhe von 3.646.000 € in 2024 und 3.746.000 € in 2025 veranschlagt. Insgesamt höhere Ausgaben aufgrund von Tarifanpassungen.
Lfd. Nr. 2 bis 7)
Anpassung der Teilbeträge an die landesstützpunktbezogenen laufenden Folgekosten.
Lfd. Nr. 8)
Steigender Instandhaltungsbedarf in den Landesstützpunkten. Jährliche bedarfsbezogene Aufteilung auf die Landesstützpunkte. Einmalige Beschaffungen, insb. von Booten. In 2022 Außenwandsanierungen am LSP Kanu.

Geschlechtsspezifische Daten

- Primärebene (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sportorganisationen):

Sportförderung		2020		2021		2022	
		W	M	W	M	W	M
Leistungssport	Absolut	59	193	52	138	57	126
	Relativ	23,4%	76,6%	27,4%	72,6%	31,1%	68,9%
	Ressourcen (in Tsd. €)	707	2.012	714	2.408	814	2.564

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

- Sekundärebene (Nutzerinnen und Nutzer des Programms):

Sportförderung		2020		2021		2022	
		W	M	W	M	W	M
Leistungssport	Absolut	10.764	14.995	7.084	7.468	16.309	16.753
	Relativ	41,8%	58,2%	48,7%	51,3%	49,3%	50,7%
	Ressourcen (in Tsd. €)	1.187	1.533	1.587	1.668	1.802	1.838

Zielgruppe:	Spitzensportlerinnen und Spitzensportler
Zielsetzung:	Herausgehobene sportliche Erfolge durch Finanzierung der Trainerinnen und Trainer von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern und Finanzierung der Folgekosten von Landesstützpunkten.
Steuerungsmaßnahmen:	Der sportliche Erfolg (Qualifizierung zum Kaderathleten) entzieht sich einer geschlechtsspezifischen Steuerung, daher entfallen entsprechende Maßnahmen

68491	**322**	**Durchlaufspenden an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28291. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Spenden von Dritten zur Weiterleitung an Sportorganisationen (Merkansatz).

68506	**322**	**Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe**	**68.000.000**	**70.000.000**	**66.000.000**	**67.077.893,00**

Zuschuss zur Sicherung der finanziellen Voraussetzungen, um die Berliner Bäder-Betriebe als Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in die Lage zu versetzen, in allen Bezirken und für breite Schichten der Bevölkerung eine entsprechende Versorgung anzubieten. Nach dem Bäder-Anstaltsgesetz – BBBG – haben die BBB für Planung, Errichtung, Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Schwimmbädern zu sorgen. Insbesondere werden Schwimmbäder zur sportlichen Betätigung, Erholung und Entspannung für die Angehörigen aller Bevölkerungsgruppen angeboten, die Nutzung durch Schulen, Kindertagesstätten und förderungswürdige Sportorganisationen sichergestellt und Angebote für den Hochleistungssport in der Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark gewährleistet.

Die Zuschussleistung erfolgt nach § 4 Abs. 2 Bäder-Anstaltsgesetz – BBBG - i.V.m. dem zwischen dem Land Berlin und den BBB abgeschlossenen Bädervertrag, der den Zuschuss detailliert an die von den BBB zu erbringenden einzelnen Leistungen (hier: dem Betrieb der Bäder und dem Erhalt der Bäder-Infrastruktur) ausrichtet.

Mehr aufgrund höherer Betriebs- und Erhaltungsausgaben für die Bereitstellung der erforderlichen Betriebsstunden und Wasserflächen aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten, der Preisindexsteigerungen und der Berücksichtigung von Tarifsteigerungen beim Personal.

68523	**322**	**Ausgabenersatz an die BBB für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an landeseigenen Bädern**	**1.000.000**	**1.500.000**	**2.000.000**	**700.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen		-	-
VE Plan 2023	1.500.000	-	-

Für Maßnahmen der Sanierung und Instandhaltung an den landeseigenen Bädern (Schwimmhalle Sportforum Berlin, Schwimmhalle Forumbad Olympiapark, Sommerbad Olympiastadion, Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark sowie im Einzelfall Strandbad Wannsee –Fachvermögen Berliner Forsten-). Die genannten Bäder unterliegen aufgrund des Eigentümers Land Berlin nicht der Instandhaltungspflicht der BBB und der Finanzierung über den Zuschuss nach § 4 Abs. 2 Bäder-Anstaltsgesetz – BBBG-. Notwendige Maßnahmen werden mit den BBB einzelfallbezogen abgestimmt, die die entstandenen Aufwendungen gegen Ausgabenersatz abrechnen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für überjährige Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen erforderlich.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**322**	**Mitgliedsbeiträge**	**2.300**	**2.300**	**2.300**	**1.415,00**

Ausgaben fallen für nachfolgende Mitgliedschaften an:

Deutsche Olympische Gesellschaft (DOG)
Internationale Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen e. V. (IAKS Deutschland)
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter (ADS)
Deutsche Gesellschaft für das Badewesen e. V. (DGfdB)
Deutsche Arbeitsgemeinschaft von Sportmuseen, Sportarchiven und Sportsammlungen e. V. (DAGS)
Deutscher Museumsbund e. V. (DMB)

68630	**322**	**Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte**	**2.500.000**	**2.700.000**	**2.700.000**	**4.446.741,92** **R 1.330.412,31**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2025	**2.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	2.000.000	-	-

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind in Höhe von 10 % des Ansatzes deckungspflichtig gegenüber den Ausgaben des Kapitels 0510, Titel 42801; die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Ausgaben zur Förderung von besonderen Projekten im Bereich des Sports, darunter auch z.B. Ausgaben zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin, für nationale und internationale Sportveranstaltungen und zur Akquise von Sportveranstaltungen.

Die Mittel für besondere sportbezogene Projekte ermöglichen es der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, kurz- und mittelfristig Chancen des Standortmarketings zur Profilierung der Sportmetropole Berlin zu nutzen. Folgende Kriterien bzw. Aspekte werden bei der Bewirtschaftung des Titels und der Bewertung von Projekten oder Maßnahmen berücksichtigt:

- Themen von besonderer, gesamtstädtischer Bedeutung für die Sportmetropole Berlin
- Kurzfristige Zuschläge bzw. Akquiseoptionen von Veranstaltungen
- Verstärkung laufender Standortmarketing-Aktivitäten
- Besondere Ertüchtigung von Sportanlagen in Verbindung mit Veranstaltungen (innovativ, state-of-the-art) als Zuschauer- bzw. Tourismusmagneten
- Innovative Sportprojekte für die Sportentwicklung

Folgende Projekte sollen in 2024 und 2025 aus dem Titel finanziert werden:

- EURO Handball 2024
- Vorlaufkosten für Die Finals 2026
- Rahmenprogramme zu Sportveranstaltungen
- Olympiaqualifikationen
- IOC Qualifier Series in Urban Sports (neue Olympische Sportarten)
- höhere Anforderungen und Ausgaben bei der Veranstaltungsumsetzung in den Bereichen: Sicherheit, Ökologische Standards, Energie, Personal (Mindestlohn), etc.
- Evaluation von Sportgroßveranstaltungen
- Sportwirtschaftsbericht 2024
- Prüfung Olympia-Bewerbung des Landes Berlin sowie in diesem Zusammenhang Umsetzung Olympischer und Paralympischer Projekte (Der DOSB hat dazu einen mehrstufigen Strategieprozess für eine mögliche Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele beschlossen.)

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für überjährige Projekte bzw. Projektzusagen erforderlich.

83110	**322**	**Kapitalzuführung an die Berliner Bäderbetriebe**	**1.000**	**1.000**	**21.049.000**	**33.866.000,00**

Merkansatz. In 2022 und 2023 Ausgaben zur Umsetzung der Vorhabenplanung nach dem Bädervertrag für die Entwicklung der Bäderinfrastruktur (Maßnahmen der Modernisierung von Schwimmbädern und Verbesserung der Schwimmbadsituation der BBB -).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
86305	**322**	**Darlehen an Sportorganisationen**	**1.800.000**	**1.938.000**	**1.314.000**	**762.948,96** **R 2.084.511,23**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungshinweis zu den Titeln 18210 und 34290. Ausgaben von mehr als 28.000,0 EUR (Eigenmittelanteil) dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Verpflichtungsermächtigung	**1.800.000**	**1.800.000**
Davon fällig 2025	**1.800.000**	
Davon fällig 2026	**—**	**1.800.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	810.000	810.000	-

Rückzahlbare Zuschüsse an Sportorganisationen im Rahmen des Vereinsinvestitionsprogramms - VIP - für die Errichtung und die Unterhaltung von Vereinssportanlagen einschließlich des ggf. notwendigen Grunderwerbs von Privaten für Zwecke des gemeinnützigen Vereinssports.

Deckung der Ausgaben:

	2024	2025	2023	Ist 2022
19,8 v.H. der bei Titel 18210 - Tilgungen - eingegangenen Einnahmen	10.000 €	10.000 €	10.000 €	734.948,96 €
100 v.H. der bei Titel 18210 - Tilgungen - eingegangenen Einnahmen auf der Grundlage des Finanzierungskonzeptes ab 2004	709.000 €	709.000 €	709.000 €	
Einnahmen aus der Zweckabgabe der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin	567.000 €	567.000 €	567.000 €	
Landesmittel	514.000 €	652.000 €	28.000 €	28.000 €
	1.800.000 €	1.938.000 €	1.314.000 €	762.948,96 €

Die Höhe der tatsächlichen Ausgaben ist abhängig vom Fortschritt der einzelnen von den Vereinen durchgeführten Maßnahmen und daher jährlich schwankend.

Mehr aufgrund verstärkter Nachfrage des Programms sowie steigender Baukosten.

Zur kontinuierlichen Durchführung des Vereinsinvestitionsprogramms werden weiterhin Verpflichtungs-ermächtigungen benötigt.

Geschlechtsspezifische Daten:
-Sekundärebene (Nutzerinnen und Nutzer des Programms):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	5.556	7.962	4612	6418	4084	6467
Relativ	41,10%	58,90%	41,81%	58,19%	38,71%	61,29%
Ressourcen (in Tsd. €)	747,2	1.070,8	1.348	1.876	860	1.362

Zielgruppe:	Förderungswürdige Sportorganisationen mit Sportlerinnen und Sportlern aller Altersgruppen
Zielsetzung:	Förderung von Kauf, Errichtung und Unterhaltung von Sportanlagen (einschließlich des ggf. notwenigen Grunderwerbs), die Sportorganisationen im Eigentum oder langfristig gepachtet haben.
Steuerungsmaßnahmen:	Die Entscheidung zu Kauf bzw. zur Pflege oder Verbesserung der sportlichen Infrastruktur setzt sehr erhebliche wirtschaftliche Eigenleistungen der Sportorganisationen voraus und liegt in der Autonomie des Sports. In Anbetracht der hohen wirtschaftlichen Belastung der Sportorganisationen sind Steuerungsmaßnahmen obsolet.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89201	**322**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**	**2.339.000**	**10.000.000**	**1.000**	**13.700.324,11**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.412.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.412.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**10.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen			-
VE Plan 2023	25.000.000	25.000.000	-

Zur Finanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung der Vorhabenplanung nach dem Bädervertrag für die Entwicklung der Bäderinfrastruktur (grundhafte Sanierung, Modernisierung und Verbesserung von Schwimmbädern einschließlich der für ihren Betrieb erforderlichen technischen Anlagen). Grundlage für die „Bestellung“ der Leistungspflicht „Entwicklung der Bäderinfrastruktur“ ist die vom Aufsichtsrat am 22.11.2022 beschlossene Vorhabenplanung.

Aufgrund des Sanierungsstaus soll verstärkt in die Sanierung und Instandhaltung investiert werden, um im Rahmen der Daseinsfürsorge die Berliner Bevölkerung bedarfsgerecht mit ausreichend verfügbaren Schwimmflächen und -zeiten zu versorgen. Über den Ansatz hinausgehender Mittelbedarf soll über Entnahmen aus der Rücklage der BBB finanziert werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Fortführung der laufenden und Umsetzung weiterer Maßnahmen der Entwicklung der Bäderinfrastruktur in den Jahren 2025 und 2026 über einen Zuschuss an die Berliner Bäder-Betriebe nach § 4 Bäder-Anstaltsgesetz erforderlich.

Ferner stehen über den Innovationsförderfonds (IFF) u.a. Mittel für das Bauprojekt „Sanierung Sommerbad Humboldthain“ von insgesamt 2.500.000 € zur Verfügung. Die Umsetzung des Projekts erstreckt sich über mehrere Jahre.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89360	**322**	**Zuschüsse an Sportorganisationen**	**1.450.000**	**1.450.000**	**1.000.000**	**778.103,93** **R 905.933,90**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungshinweis zu Titel 34290. Ausgaben von mehr als 695.000,0 EUR (Eigenmittelanteil) dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

	Verpflichtungsermächtigung	**725.000**	**725.000**
	Davon fällig 2025	**725.000**	
	Davon fällig 2026	**—**	**725.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen		-	-
VE Plan 2023	725.000	725.000	-

Nicht rückzahlbare Zuschüsse an Sportorganisationen im Rahmen des Vereinsinvestitionsprogramms - VIP - für die Errichtung und die Unterhaltung von Vereinssportanlagen einschließlich des ggf. notwendigen Grunderwerbs von Privaten für Zwecke des gemeinnützigen Vereinssports.

Deckung der Ausgaben:

	2024/2025	2023	Ist 2022
Einnahmen aus der Zweckabgabe der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin	534.000 €	534.000 €	312.103,93 €
Landesmittel	916.000 €	466.000 €	466.000,00 €
	1.450.000 €	1.000.000 €	778.103,93 €

Die Höhe der tatsächlichen Ausgaben ist abhängig vom Fortschritt der einzelnen von den Vereinen durchgeführten Maßnahmen und daher jährlich schwankend. Geringerer Landesmittelanteil aufgrund der finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Mehr aufgrund der starken Inanspruchnahme des Programms sowie steigender Baukosten.

Zur kontinuierlichen Durchführung des Vereinsinvestitionsprogramms werden weiterhin Verpflichtungsermächtigungen benötigt.

Geschlechtsspezifische Daten:
-Sekundärebene (Nutzerinnen und Nutzer des Programms):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	5.556	7.962	4612	6418	4084	6467
Relativ	41,10%	58,90%	41,81%	58,19%	38,71%	61,29%
Ressourcen (in Tsd. €)	747,2	1.070,8	1.348	1.876	860	1.362

Zielgruppe:	Förderungswürdige Sportorganisationen mit Sportlerinnen und Sportlern aller Altersgruppen
Zielsetzung:	Förderung von Kauf, Errichtung und Unterhaltung von Sportanlagen (einschließlich des ggf. notwenigen Grunderwerbs), die Sportorganisationen im Eigentum oder langfristig gepachtet haben.
Steuerungsmaßnahmen:	Die Entscheidung zu Kauf bzw. zur Pflege oder Verbesserung der sportlichen Infrastruktur setzt sehr erhebliche wirtschaftliche Eigenleistungen der Sportorganisationen voraus und liegt in der Autonomie des Sports. In Anbetracht der hohen wirtschaftlichen Belastung der Sportorganisationen sind Steuerungsmaßnahmen obsolet.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024		Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
91944 (neu)	**850**	**Zuführung an die Rücklage für die Berliner Bäderbetriebe**		**—**	**13.000.000**		

BBB AöR
Zuführung an die Rücklage für die maßnahmenbezogene Absicherung der Finanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung der Vorhabenplanung nach dem Bädervertrag (BBB AöR) für die Entwicklung der Bäderinfrastruktur (grundhafte Sanierung, Modernisierung und Verbesserung von Schwimmbädern einschließlich der für ihren Betrieb erforderlichen technischen Anlagen). Grundlage für die „Bestellung“ der Leistungspflicht „Entwicklung der Bäderinfrastruktur“ ist die vom Aufsichtsrat am 22.11.2022 beschlossene Vorhabenplanung. Aufgrund des Sanierungsstaus soll verstärkt in die Sanierung und Instandhaltung investiert werden, um im Rahmen der Daseinsfürsorge die Berliner Bevölkerung bedarfsgerecht mit ausreichend verfügbaren Schwimmflächen und -zeiten zu versorgen.

Die Rücklagenzuführung ist erforderlich für die überjährige Sicherstellung der Finanzierung einzelner Maßnahmen. Je nach Bauverlauf und entsprechendem Finanzierungsbedarf soll aus der Rücklage eine bedarfsgerechte Entnahme zu Gunsten des Titels 0510/89201 erfolgen.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Ausgaben in Zusammenhang mit verfahrensabhängig eingesetzter IKT.
Im Wesentlichen Ausgaben in Zusammenhang mit dem Verfahren „Transparente Sportstättenvergabe“.

Grundsätzliche Hinweise zur Veranschlagung der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur befinden sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51136	**322**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**
51168	**322**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51185	**322**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**364.000**	**364.000**	**364.000**	**7.150,43**

Ausgaben für Lizenzkosten sowie Migration und Betrieb der Datenbank.

51453	**322**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**
52536	**322**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Summe Maßnahmegruppe 32	**381.000**	**381.000**	**381.000**	**7.150,43**
		Gesamtausgaben	**177.030.900**	**162.405.200**	**174.010.800**	**195.644.542,94**
		Prozentuale Veränderung	**1,7 %**	**-8,3 %**		

Abschluss Kapitel 0510

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**3.026.000**	**3.026.000**	**3.026.000**	**2.975.213,35**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**5.350.000**	**5.350.000**	**5.100.000**	**5.359.590,98**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**1.101.000**	**1.101.000**	**1.101.000**	**1.101.000,00**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**10.000.000**	**10.000.000**	**10.000.000**	**13.556.551,00**
	Gesamteinnahmen	**19.477.000**	**19.477.000**	**19.227.000**	**22.992.355,33**
411-462	**Personalausgaben**	**4.996.600**	**5.007.900**	**4.852.700**	**4.970.799,35**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**35.284.000**	**2.727.000**	**5.819.800**	**5.247.184,42**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**131.160.300**	**128.281.300**	**139.974.300**	**136.319.182,17**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**5.590.000**	**13.389.000**	**23.364.000**	**49.107.377,00**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**—**	**13.000.000**	**—**	**—**
	Gesamtausgaben	**177.030.900**	**162.405.200**	**174.010.800**	**195.644.542,94**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-157.553.900**	**-142.928.200**	**-154.783.800**	**-172.652.187,61**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000839 Sport

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	14.635.700	13.531.992	+8,16
Kostenträger	11	Sachkosten	7.080.475	4.882.041	+45,03
davon		Transferkosten	27.569.966	25.207.247	+9,37
Produkte	10	Verrechnungskosten	43.440	49.894	-12,94
MGF	1	kalkulatorische Kosten	1.520.905	1.526.137	-0,34
Projekte	0	Gemeinkosten	60.672.154	62.932.197	-3,59
		Summe Verwaltungskosten	111.522.640	108.129.508	+3,14
		Transfers	123.068.944	99.257.314	+23,99
		Gesamtsumme	234.591.584	207.386.823	+13,12

Die Kosten im Politikfeld Sport fallen bereichsübergreifend in den an der Erreichung des Strategischen Ziels arbeitenden Verwaltungsbereichen des Ressorts an. Dies bezieht sich auf die Kosten bei SenInnSport für die ministerielle Steuerung des Politikfeldes, den Olympiapark und das Sportforum. Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Gesamtübersicht zu diesem Bereich/Strategischen Ziel in den betreffenden Kapiteln wiederholt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
003961	2022	103.167.477	94.419.019	197.586.496
Sportförderung, Sportanlagenentwicklung und Sportanlagenbau, Sportanlagenbereitstellung	2021	100.801.900	91.353.033	192.154.933

Die Sportförderung bezieht sich auf die Förderung des Leistungssports und des Breitensports. Weitere Kostenblöcke sind der Betrieb und Erhaltung der großen Mehrzweckhallen Max-Schmeling Halle und Velodrom, der Berliner Bäder sowie die Erhaltung und Entwicklung der bezirklichen Sportstätten auf der Basis des Sportstättensanierungsprogramms. Der Betrieb der Sportanlagen Olympiapark Berlin (einschließlich Olympiastadion), Friedrich-Ludwig-Sportpark, Sportforum Berlin und Sportkomplex Berlin wird in den Kapiteln 0511 und 0512 nachgewiesen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
75936	2022	14.279.384	4.666.400	18.945.784
Förderung des Breitensports, Nachwuchsförderung	2021	13.240.981	6.928.726	20.169.707

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

	2022	2021
Menge: Anzahl der geförderten Breitensportler	684.298	662.076
Kosten je ME in €	20,87	20,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,08	9,73
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	13.504.688,54	12.495.206,62
IST - Erträge in €	395.465,70	262.240,33
Kostendeckungsgrad in %	2,09	1,30

Förderung des Breitensports, Nachwuchsförderung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
75937	2022	6.500.604	2.391.137	8.891.741
Förderung des Leistungssports	2021	6.037.426	3.925.646	9.963.072

	2022	2021
Menge: Anzahl der geförderten Leistungssportler	4.212	4.064
Kosten je ME in €	1.543,35	1.485,59
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,79	4,80
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	6.038.835,11	5.529.557,17
IST - Erträge in €	124.471,24	169.637,21
Kostendeckungsgrad in %	1,40	1,70

Förderung des Leistungssports

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
003963	2022	8.355.163	28.649.924	37.005.087
Sportentwicklung und Veranstaltungsförderung	2021	7.327.608	7.904.281	15.231.889

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
75944	2022	7.183.291	28.649.924	35.833.216
Veranstaltungsförderung, Sportstandortmarketing	2021	6.224.919	7.904.281	14.129.200

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

	2022	2021
Menge: Anzahl der geförderten Maßnahmen	46	43
Kosten je ME in €	156.158,51	144.765,56
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	15,27	6,81
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	2.014.277,34	837.677,66
IST - Erträge in €	46.680,94	93.091,41
Kostendeckungsgrad in %	0,13	0,66

Veranstaltungsförderung, Entwicklung des Sportstandortes Berlin

Olympiapark Berlin

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden alle Einnahmen und Ausgaben für den Olympiapark Berlin (ohne verpachtetes Olympiastadion) mit allen Nebenanlagen einschließlich Waldbühne sowie die Einnahmen und Ausgaben für die Sportanlage Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Cantianstraße 24, 10437 Berlin, nachgewiesen.

Seit 01.07.2004 ist ein Teil des Gesamtgeländes, nämlich das sanierte Olympiastadion, an die Olympiastadion Berlin GmbH als private Betreiberin übergeben.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

Kapitel 0511/0512

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftige	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	1	1	1	1	2	1
Relativer Anteil (in %)	50	50	50	50	67	33
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	30	140	30	141	34	143
Relativer Anteil (in %)	18	82	18	82	19	81

Für den Planungszeitraum wurde das durchschnittliche Jahreseinkommen (2022) getrennt nach weiblichen und männlichen Mitarbeitenden unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	51.752,62 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	47.721,88 €

Begründung:

In den Kapiteln 0511/0512 beträgt der Unterschiedsbetrag beim durchschnittliches Jahresgehalt der Mitarbeitenden 4.030,74 €. Das ist eine leichte Steigerung zum vorherigen Planungszeitraum. In den Sporteinrichtungen sind vorwiegend männliche gewerblich Beschäftigte tätig. Keiner der männlichen Beschäftigten ist in Teilzeit tätig, so dass aufgrund dessen, Unterschiede im durchschnittlichen Jahreseinkommen entstehen. Des Weiteren sind als Vorarbeiter überwiegend männliche Beschäftigte in einer höheren Entgeltgruppe tätig. Der geringe Anteil weiblicher Mitarbeitender konnte im Planungszeitraum nicht erheblich gesteigert werden.

Eine Aussage zum durchschnittlichen Jahreseinkommen der Führungskräfte kann für die zentral verwalteten Sportstätten nicht getätigt werden, da nach der Kategorisierung der Führungsebenen zwei weibliche Beschäftigte und ein männlicher Beschäftigter Führungsaufgaben wahrnehmen und daher Rückschlüsse auf das Einkommen abgeleitet werden können.

Olympiapark Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11116	**322**	**Benutzungsentgelte**	**900.000**	**900.000**	**900.000**	**1.057.028,52**

Einnahmen aus der entgeltpflichtigen Überlassung der Sportanlagen gemäß den Sportanlagennutzungsvorschriften (SPAN). Der Olympiapark Berlin darf unter Wert zur Nutzung überlassen werden.

11961	**322**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**500.000**	**500.000**	**404.000**	**620.405,95**

Vorsteuererstattungen in Abhängigkeit zu den Aufwendungen in den Betrieben gewerblicher Art
- Verpachtung des Olympiastadions (Konzessionsfläche)
- Verpachtung der Waldbühne
- Verpachtung der Bäder im Bereich des Olympiaparks
- Verpachtung im Bereich der Maifeldtribüne (Glockenturm)

Die IST-Einnahmen sind jährlich abhängig von den jeweils möglichen Vorsteuererstattungen.

11979	**322**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.200**	**1.200**	**1.200**	**18.247,10**
12401	**322**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**4.900.000**	**4.900.000**	**4.900.000**	**3.716.603,34**

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen aus der Pacht der Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG) über der Pauschale von 2.279.000 € hinaus können bis zu einem Betrag von 500.000 € zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 51900 für Bauunterhaltungsmaßnahmen im Olympiastadion Berlin gem. Pacht- und Betreibervertrag herangezogen werden.

Einnahmen aus der Vermietung von Freiflächen, Gebäuden und Räumen
Der Ansatz umfasst auch den Ersatz von Bewirtschaftungsausgaben (u.a. für die Lieferung von Wärme, Strom und Wasser).

Lage	Fläche in m²	Mtl. Miete/Pacht pro m² in €	Einnahme in € 2024	Einnahme in € 2025
- Förderungswürdige Sportorganisationen	rd. 259.286	von 0,03 bis 3,00	501.000 €	501.000 €
- Gewerbliche Nutzer (einschl. Mietwohnungen)	rd. 103.910	von 0,31 bis 10,50 bzw. Umsatzpacht/ Pauschale	1.335.000 €	1.335.000 €
- Olympiastadion Berlin	rd. 160.000	Pauschale	2.279.000 €	2.279.000 €
- Verpachtung der Waldbühne	rd. 69.590	Pauschale	775.000 €	775.000 €
- Verpachtung der Bäder	rd. 3.480	19,31	10.000 €	10.000 €
			4.900.000 €	4.900.000 €

2022 pandemiebedingt geringere Einnahmen.

23143	**322**	**Anteil des Bundes an der Unterhaltung von Sporteinrichtungen des Spitzensports**	**50.000**	**50.000**	**—**	**57.884,00**

In 2022 Einnahmen aus der Trainingsstättenförderung des Bundes für die Bundesstützpunkte Hockey, Rhythmische Sportgymnastik und Moderner Fünfkampf.

26101	**322**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**22.000**	**—**

Einnahmen aus der kostenpflichtigen Bereitstellung von Personal bei Veranstaltungen (Merkansatz).

28103	**322**	**Ersatz von Bewirtschaftungsausgaben**	**2.700.000**	**2.700.000**	**2.590.000**	**2.460.160,19**

Entgelte für die Lieferung von Strom, Gas, Wasser, Wärme und Reinigungsleistungen sowie Ersatz von Grünpflegekosten.

		Gesamteinnahmen	**9.052.200**	**9.052.200**	**8.817.200**	**7.930.329,10**
		Prozentuale Veränderung	**2,7 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**322**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**304.000**	**316.000**	**81.900**	**281.872,33**

Olympiapark Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42801	**322**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.659.000**	**2.924.000**	**2.457.000**	**2.291.351,05**
44100	**322**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**19.200**	**19.800**	**7.500**	**18.591,50**
51101	**322**	**Geschäftsbedarf**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**6.216,97**
51136	**322**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**322**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**77.000**	**77.000**	**67.000**	**62.790,67**

Ersatz und Neubeschaffung, Reparatur und Wartung von Sport- und sonstigen technischen Geräten, auch für den Betrieb des Sportmuseums.

51168	**322**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**322**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**322**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**20.000**	**20.000**	**18.000**	**20.000,00**

Ausgaben für die Pflegefahrzeuge des Olympiaparks und des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks sowie für ein Transportfahrzeug des Sportmuseums.

51408	**322**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**4.000**	**4.000**	**3.500**	**3.500,00**

Dienst- und Schutzkleidung für Sportplatz- und Sporthallenwarte, technische Beschäftigte sowie für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Sportmuseums.

51453	**322**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51479	**322**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**28.500**	**28.500**	**26.500**	**27.115,88**

Reinigungs- und Sanitärartikel und sonstige Verbrauchsmittel für den Sport-, Veranstaltungs-, Verwaltungs-, Museums- und Schulbetrieb.

51701	**322**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**7.043.000**	**7.210.000**	**6.093.000**	**6.927.912,97**

Mehr aufgrund steigender Kosten bei Dienstleistungen Dritter (Reinigung, Bewachung, Technische Dienstleistungen) aufgrund der Mindestlohn- und Tarifentwicklung sowie erheblicher Energiekostensteigerungen auf Basis der Prognosen der Energiewirtschaftsstelle.

51801	**322**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**1.000**	**1.000**	**1.200**	**1.200,00**

Anmietung von Lagerflächen für das Sportmuseum.

51802 (neu)	**322**	**Mieten für Fahrzeuge**	**15.500**	**15.500**		

Ausgaben für ein Leasing-Fahrzeug.

51803	**322**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**1.000**	**1.000**	**1.200**	**1.159,58**

Mietausgaben für Kopierer und Multifunktionsgeräte.

Olympiapark Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51900	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**6.350.000**	**6.349.000**	**7.678.000**	**4.306.781,15**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.000.000**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2025	**3.500.000**			
		Davon fällig 2026	**2.500.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen		-	-
VE Plan 2023	3.500.000	2.500.000	

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 12401.
Mehrausgaben in Zusammenhang mit dem Eigenanteil der Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG) übersteigenden Aufwendungen dürfen in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Instandhaltungsausgaben für den Olympiapark Berlin und den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark (JSP) für Maßnahmen der unabweisbaren Substanzsicherung und zur Aufrechterhaltung des Sportbetriebes. Ausgaben aufgrund der vertraglichen Verpflichtung Berlins aus dem Pacht- und Betreibervertrag (PBV) zur Übernahme von Aufwendungen der Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG), die den Eigenanteil der OStaBG übersteigen. Seit 2023 sind anteilig 900.000 € für Maßnahmen der OStaBG im Olympiastadion veranschlagt.

Weniger unter Berücksichtigung der Gesamthaushaltssituation.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur laufenden Fortführung einzelner Bauunterhaltungsmaßnahmen erforderlich.

In 2022 höhere Ausgaben in Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtkonzepts zum Neubau des JSP, Umbaumaßnahmen am Steinhaus (JSP) zur Alba Geschäftsstelle sowie Übernahme von Aufwendungen der OStaBG gem. PBV.

51903	**322**	**Unterhaltung der Gartenanlagen**	**1.700.000**	**1.700.000**	**1.292.000**	**1.622.817,49**

Unterhaltung und Pflege der Grünflächen auf dem gesamten Gelände des Olympiaparks Berlin (Gartendenkmal) und des Friedrich-Ludwig-Jahn Sportparks durch Fremdfirmen.

Höhere Ausgaben aufgrund gestiegener Grünpflegekosten (Preisindexsteigerungen, Mindestlohn) sowie Kostensteigerungen bei Ausgaben für Baumpflege und Kontrolle (Verkehrssicherungspflicht, Unfallgefahr) sowie für Baumpflege- und Parkpflegewerk (Baum- und Gartendenkmal).

51990	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**30.189,98** **R 210.231,62**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 0510/23190 und 0510/28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist beim Vorliegen entsprechender zweckgebundener Einnahmen bestimmt für Bauunter-haltungsmaßnahmen aus Mitteln der Zweckabgabe der Lotto-Stiftung Berlin und ggf. im Einzelfall für Maßnahmen im Rahmen der Förderung von Baumaßnahmen für den Spitzensport durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI).

In 2022 fielen Ausgaben in Zusammenhang mit der Dachsanierung Block 1 an.

52305	**322**	**Ergänzung des Büchergrundbestandes**	**1.000**	**1.000**	**1.800**	**1.498,43**

Pflege der sporthistorischen Bibliothek, Ankauf von Fachliteratur und -zeitschriften, Abonnements sowie antiquarischer Literatur für das Sportmuseum.

52306	**322**	**Archive und Sammlungen**	**23.000**	**26.000**	**13.200**	**12.474,93**

Erweiterung (Erwerb), Instandsetzung und Pflege der Sammlungen des Sportmuseums, auch Fachbedarf zur Lagerung und zum Schutz der Bestände, Reparatur- und Restaurationsmaßnahmen.

Olympiapark Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	**322**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
53101	**322**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**9.000**	**11.000**	**8.000**	**8.000,00**

Aufwendungen für die Herstellung von Broschüren und sonstigen Informationsmaterialien.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Öffentlichkeit
GB Zielsetzung	Keine, da die Informationsübermittlung sportfachlicher Themen des Olympiaparks an die Öffentlichkeit geschlechterneutral erfolgt.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

54010	**322**	**Dienstleistungen**	**30.000**	**30.000**	**15.000**	**14.875,00**

Ausgaben für die Erstellung und laufende Fortschreibung von Sicherheitskonzepten für Versammlungsstätten und Großsportveranstaltungen, externe Beratungsleistungen für die Unterstützung bei Vergabeverfahren und in Zusammenhang mit dem Betrieb der Großsportanlagen.

54053	**322**	**Veranstaltungen**	**16.000**	**16.000**	**10.000**	**10.000,00**

Ausgaben in Zusammenhang mit der Durchführung von Veranstaltungen und bei Ausstellungen des Sportmuseums und des Grünauer Wassersportmuseums, z.B. Pflege/Erweiterung der Interimsausstellung Grünauer Wassersportmuseum, Vorbereitung Dauerausstellungen, kurzfristige Kooperationsprojekte.

Ausgaben sind ab 2024 beim Titel 54079 veranschlagt (Gesamtausgaben Sportmuseum).

54077	**322**	**Steuern, Abgaben**	**602.000**	**602.000**	**500.000**	**500.000,00**

Gesetzliche Umsatzsteuer für die Betriebe gewerblicher Art (BgA) im Olympiapark Berlin sowie des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks.

54079	**322**	**Verschiedene Ausgaben**	**20.000**	**15.000**	**1.000**	**484,17**

Pauschale Berücksichtigung anteiliger Ausgaben für das Sportmuseum Berlin aufgrund Inbetriebnahme nach Abschluss der Baumaßnahmen.

54090	**322**	**Beseitigung von Gewährleistungsmängeln aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**45.245,64** **R 4.312,11**
54690	**322**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.667,00** **R 50.666,16**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 0510/28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bei vorliegenden entsprechender zweckgebundener Einnahmen bestimmt für Ausgaben im Rahmen der Sportanlagenverwaltung.

81179	**322**	**Fahrzeuge**	**50.000**	**100.000**	**50.000**	**35.006,59**

(Ersatz-)Beschaffung von Elektro- und anderen Pflegefahrzeugen

2024:
1 E-Fahrzeug und Batterien ……. ..... 50.000 €

2025:
1 E-Fahrzeug und Batterien ……. ..... 50.000 €
1 E-Fahrzeug und Batterien für das Sportmuseum ..... 50.000 €

Olympiapark Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**322**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**120.000**	**140.000**	**80.000**	**30.080,96**

Ersatzbeschaffungen von Großsportgeräten., Ausstattungen Olympiapark (Betriebshof), Sportmuseum, Jahn-Sportpark

2024

Neuausstattung Bundesstützpunkt Moderner Fünfkampf ……	75.000 €
Regalanlagen …….....	25.000 €
Ausstattungen Sportmuseum……	20.000 €

2025

Cricket Pitches ……	35.000 €
Mobile Tribünen……..……..	25.000 €
Ersatzbeschaffung Pflegetechnik……	25.000 €
Ersatzbeschaffung Sportgeräte……..	35.000 €
Ausstattungen Sportmuseum……	20.000 €

Olympiapark Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
Ausgaben in Zusammenhang mit verfahrensabhängig eingesetzter IKT.						
51136	**322**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**774,38**
51168	**322**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.000,00**
51185	**322**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**21.000**	**21.000**	**15.000**	**19.390,84**
Insbesondere Ausgaben für museale IKT, IKT-Dienstleistungen für verfahrensabhängige Softwareprogramme (z.B. PIT).						
51453	**322**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.000,00**
52536	**322**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Summe Maßnahmegruppe 32	**25.000**	**25.000**	**19.000**	**22.165,22**
		Gesamtausgaben	**19.132.200**	**19.645.800**	**18.438.800**	**16.283.997,51**
		Prozentuale Veränderung	**3,8 %**	**2,7 %**		
		Abschluss Kapitel 0511				
111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**6.301.200**	**6.301.200**	**6.205.200**	**5.412.284,91**
211-299		**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**2.751.000**	**2.751.000**	**2.612.000**	**2.518.044,19**
		Gesamteinnahmen	**9.052.200**	**9.052.200**	**8.817.200**	**7.930.329,10**
411-462		**Personalausgaben**	**2.982.200**	**3.259.800**	**2.546.400**	**2.591.814,88**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**15.980.000**	**16.146.000**	**15.762.400**	**13.627.095,08**
811-899		**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**170.000**	**240.000**	**130.000**	**65.087,55**
		Gesamtausgaben	**19.132.200**	**19.645.800**	**18.438.800**	**16.283.997,51**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-10.080.000**	**-10.593.600**	**-9.621.600**	**-8.353.668,41**

Olympiapark Berlin

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000839 Sport

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	14.635.700	13.531.992	+8,16
Kostenträger	11	Sachkosten	7.080.475	4.882.041	+45,03
davon		Transferkosten	27.569.966	25.207.247	+9,37
Produkte	10	Verrechnungskosten	43.440	49.894	-12,94
MGF	1	kalkulatorische Kosten	1.520.905	1.526.137	-0,34
Projekte	0	Gemeinkosten	60.672.154	62.932.197	-3,59
		Summe Verwaltungskosten	111.522.640	108.129.508	+3,14
		Transfers	123.068.944	99.257.314	+23,99
		Gesamtsumme	234.591.584	207.386.823	+13,12

Die Kosten im Politikfeld Sport fallen bereichsübergreifend in den an der Erreichung des Strategischen Ziels arbeitenden Verwaltungsbereichen des Ressorts an. Dies bezieht sich auf die Kosten bei SenInnSport für die ministerielle Steuerung des Politikfeldes, den Olympiapark und das Sportforum. Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Gesamtübersicht zu diesem Bereich/Strategischen Ziel in den betreffenden Kapiteln wiederholt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
003961	2022	103.167.477	94.419.019	197.586.496
Sportförderung, Sportanlagenentwicklung und Sportanlagenbau, Sportanlagenbereitstellung	2021	100.801.900	91.353.033	192.154.933

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77551	2022	35.285.094	0	35.285.094
Betrieb des Olympiaparks Berlin (Waldbühne, Reiterstadion, Hockeystadion, Deutsches Sportforum mit Außenanlagen) und Sportanlage Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark	2021	34.484.512	0	34.484.512

	2022	2021
Menge: Verrechnungseinheit 1/Jahr	1	1
Kosten je ME in €	35.285.093,72	34.484.511,66
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	15,04	16,63
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	130,00
IST - Erträge in €	620.805,95	1.099.555,17
Kostendeckungsgrad in %	1,76	3,19

Bereitstellung und Betrieb der zentral verwalteten Sportanlage des Olympiaparks Berlin / Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks

Sportforum Berlin

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Einnahmen und Ausgaben für die nachfolgenden Sportanlagen nachgewiesen:

Sportforum Berlin (SFO), Weißenseer Weg 53, 13053 Berlin
Sportkomplex Berlin (Paul-Heyse-Straße - PHS), Paul-Heyse-Str. 25, 10407 Berlin

B. Gender Budgeting

Hierzu siehe Angaben bei Kapitel 0511.

Sportforum Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11116	**322**	**Benutzungsentgelte**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**142.439,67**

Einnahmen aus der entgeltpflichtigen Überlassung der Sportanlagen Sportforum Berlin und Sportkomplex Berlin (Paul-Heyse-Straße) gemäß den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften (SPAN). Die Sportanlagen dürfen unter Wert zur Nutzung überlassen werden.

11903	**322**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**409,05**
11961	**322**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**5.191,24**

Vorsteuererstattungen in Abhängigkeit zu den Aufwendungen in den Betrieben gewerblicher Art.
In 2022 weniger bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in Sportanlagen mit Vorsteuerabzugsberechtigung.

11979	**322**	**Verschiedene Einnahmen**	**4.100**	**4.100**	**4.100**	**1.914,46**

Sonstige Einnahmen z. B. aus dem Verkauf ausgesonderter Fahrzeuge und Maschinen.

12401	**322**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**585.000**	**585.000**	**585.000**	**360.648,86**

Einnahmen aus der Vermietung von Freiflächen, Gebäuden und Räumen in beiden Sportanlagen.
Der Ansatz umfasst auch den Ersatz von Bewirtschaftungsausgaben (u.a. für die Lieferung von Wärme, Strom und Wasser).

Lage	Fläche in m^2	Mtl. Miete/Pacht in m^2 in €	Einnahme in € 2024/2025
Sportforum			
– Förderungswürdige Sportorganisationen			
Raumfläche	3.781,41	SPAN Nr. 25 (1) a	99.500 €
Freifläche	402,90	SPAN Nr. 25 (1) b	290 €
– Gewerbliche Nutzer			
Verpachtung öffentliches Eislaufen	pro Veranst.	122,71 bis 306,78	165.000 €
Verpachtung Schwimmhalle an BBB			7.950 €
Längerfristige Vermietung von Räumen	860,26	1,53 bis 9,20	116.000 €
Vermietung von Freiflächen	2.984,00	153 bis 2,30	85.000 €
– Vermietung von Sporträumen für Veranstaltungen und Sonstige			
Standflächen			27.000 €
Telefongebühren von Mietern			10.000 €
		Summe	510.710 €
Sportkomplex Berlin (Paul-Heyse-Straße)			
– Förderungswürdige Sportorganisationen			
Raumfläche	1.181,65	SPAN Nr. 25 (1) a	24.000 €
Freifläche	126,00	SPAN Nr. 25 (1) b	40 €
– Gewerbliche Nutzer			
Miete Funkstationen und Vermietung von Räumen	213,00	Pauschale	46.000 €
– Standmieten, Fotoerlaubnis, Kioske und kurzzeitige Vermietungen	–	Pauschal	4.220 €
		Summe	74.260 €
		gesamt	585.000 €

Pandemiebedingt geringere Einnahmen in 2022.

23143	**322**	**Anteil des Bundes an der Unterhaltung von Sporteinrichtungen des Spitzensports**	**1.252.000**	**1.252.000**	**2.352.000**	**1.190.827,00**

Zuschüsse des Bundes zu den Betriebskosten der Trainingsstätten des Olympiastützpunktes (OSP) Berlin sowie diverser Bundesstützpunkte.

Anpassung des Ansatzes an geringere Einnahmen aufgrund der Neuordnung der Finanzierungsbeiträge des Bundes anlässlich der Neustrukturierung des olympischen und paralympischen Leistungssports und der Spitzensportförderung (B-L-V-Sport).

26101	**322**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus der kostenpflichtigen Bereitstellung von Personal bei Veranstaltungen.

Sportforum Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
28103	**322**	**Ersatz von Bewirtschaftungsausgaben**	**236.000**	**236.000**	**196.000**	**403.484,62**

Einnahmen aus der Erstattung für die Lieferung von Strom, Gas, Wasser aufgrund bestehender Miet- und Pachtverhältnisse.

In 2022 höhere Einnahmen insbesondere von den Berliner Bäder-Betrieben, auch für 2021.

		Gesamteinnahmen	**2.215.100**	**2.215.100**	**3.275.100**	**2.104.914,90**
		Prozentuale Veränderung	**-32,4 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**322**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**			**96.600**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
42801	**322**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.959.000**	**7.341.000**	**6.299.000**	**6.663.499,46**
42811	**322**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**107.000**	**111.000**	**102.000**	**102.145,96**
51101	**322**	**Geschäftsbedarf**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**4.017,30**
51131	**322**	**Bekleidung, Wäsche**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Reinigung und Ersatz der Bettwäsche für das Haus der Athleten.

51136	**322**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**322**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**150.000**	**150.000**	**133.000**	**147.578,84**

Ersatzbeschaffung und Reparatur von Sportgeräten insbesondere für den Olympiastützpunkt Berlin sowie für Bundes- und Landesstützpunkte und den Schul- und Vereinssport.
Ersatz und Neuanschaffung von Maschinen, Pflegegeräten, Werkzeugen für beide Sportanlagen.

51168	**322**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**322**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**322**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**41.000**	**41.000**	**31.000**	**43.082,10**

Ausgaben für die Pflegefahrzeuge in den Sportanlagen.

51408	**322**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**20.000**	**20.000**	**14.000**	**10.070,71**

Ausgaben für Dienst-, Winter- und Arbeitsschutzkleidung für Sportplatz- und Sporthallenpersonal, Kunstbahnwarte, Maschinisten und handwerklich Beschäftigte auf beiden Sportanlagen.

51453	**322**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51479	**322**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**34.000**	**34.000**	**27.000**	**31.469,13**

Ausgaben insbesondere für Reinigungsmittel, Materialien zur Markierung der Spielfelder, Hygiene- und Verbandsmaterial, technische Gase.

Sportforum Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51701	**322**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**4.450.000**	**4.750.000**	**3.750.000**	**4.184.125,35**

Mehr aufgrund steigender Kosten bei Dienstleistungen Dritter (Reinigung, Bewachung, Technische Dienstleistungen) aufgrund der Mindestlohn- und Tarifentwicklung sowie erheblicher Energiekostensteigerungen auf Basis der Prognosen der Energiewirtschaftsstelle.

51803	**322**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**144,29**

2022 pandemiebedingte Minderausgaben.

51900	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**4.314.000**	**5.064.000**	**5.064.000**	**3.217.624,65**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.500.000**	**4.500.000**		
		Davon fällig 2025	**3.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2021 eingegangene Verpflichtungen			-
VE Plan 2023	3.000.000	1.500.000	

Instandhaltungsausgaben für die Sportanlagen Sportforum Berlin und Sportkomplex Berlin für Maßnahmen der unabweisbaren Substanzsicherung und zur Aufrechterhaltung des Sportbetriebs.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur laufenden Fortführung einzelner Bauunterhaltungsmaßnahmen erforderlich.

51903	**322**	**Unterhaltung der Gartenanlagen**	**400.000**	**400.000**	**250.000**	**393.028,34**

Pflege der Grünanlagen inklusive Baumschnitt.

Höhere Ausgaben aufgrund gestiegener Grünpflegekosten (Preisindexsteigerungen, Mindestlohn) sowie Kostensteigerungen bei Ausgaben für Baumpflege und Kontrolle (Verkehrssicherungspflicht, Unfallgefahr).

51990	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.087.628,54 R 1.492.714,44**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 0510/23190 und 0510/28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Finanzierung von Bauunterhaltungsmaßnahmen durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) im Rahmen der Förderung von Baumaßnahmen für den Spitzensport sowie ggf. aus Mitteln der Zweckabgabe der Lotto-Stiftung Berlin.

52536	**322**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
53101	**322**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.399,66**

Erstellung von Informationsmaterial über die Sportanlagen sowie das Wegeleitkonzept.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Öffentlichkeit
GB Zielsetzung	Keine, da die Informationsübermittlung sportfachlicher Themen des Sportforums an die Öffentlichkeit geschlechterneutral erfolgt.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Sportforum Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**322**	**Dienstleistungen**	**13.000**	**13.000**	**13.000**	**7.282,80**

Insbesondere Aufstellung und Fortschreibung von Gefahrenabwehrplänen (NH3-Anlagen), Feuerwehrplänen, Sicherheits- und Brandschutzplänen einschl. Flucht- und Rettungswegeplänen für beide Sportanlagen.

54077	**322**	**Steuern, Abgaben**	**28.000**	**28.000**	**28.000**	**30.977,08**

Gesetzliche Umsatzsteuer für die Betriebe gewerblicher Art.

54079	**322**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**770,05**
54690	**322**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 0510/28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bei Vorliegen entsprechender zweckgebundener Einnahmen bestimmt für Ausgaben im Rahmen der Sportanlagenverwaltung.

81179	**322**	**Fahrzeuge**	**100.000**	**100.000**	**50.000**	**—**

Ersatzbeschaffungen

2024:
Ersatz von Kraftfahrzeugen durch Elektrofahrzeuge 100.000 €

2025:
Ersatz von Kraftfahrzeugen durch Elektrofahrzeuge 100.000 €

81279	**322**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**375.000**	**375.000**	**250.000**	**281.496,38**

Ersatzbeschaffungen von Ausstattungen für diverse Sporthallen und Sportanlagen sowie Pflegegeräte nebst Zubehör.

2024
Ersatzbeschaffung Eisbearbeitungsmaschine ..... 150.000 €
Ersatzbeschaffung (handgeführte) Pflegetechnik (Rasenmäher, Laubsauger, Schneefräsen) ..... 20.000 €
Ersatzbeschaffung Pflegetechnik (Rasentraktor) ..... 50.000 €
Ersatzbeschaffung (Kraft-)Sportgeräte
a) Olympiastützpunkt Berlin ..... 45.000 €
b) div. Bundestützpunkte / Landesstützpunkte ..... 60.000 €
Ersatz Großsportgeräte Leichtathletikstadion ..... 50.000 €

2025
Ersatzbeschaffung Eisbearbeitungsmaschine ..... 150.000 €
Ersatzbeschaffung (handgeführte) Pflegetechnik (Rasenmäher, Laubsauger, Schneefräsen) ..... 20.000 €
Ersatzbeschaffung Pflegetechnik (Rasentraktor) ..... 50.000 €
Ersatz Mobiliar ..... 30.000 €
Ersatzbeschaffung (Kraft-)Sportgeräte
a) Olympiastützpunkt Berlin ..... 40.000 €
b) div. Bundestützpunkte / Landesstützpunkte ..... 85.000 €

Sportforum Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
Ausgaben in Zusammenhang mit verfahrensabhängig eingesetzter IKT.						
51136	**322**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**147,09**
51168	**322**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**593,81**
51185	**322**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.811,57**
Ausgaben zur Sicherstellung der Verwaltungsaufgaben im Bereich Bau/Technik, insbesondere im Zusammenhang mit Maßnahmen der baulichen Unterhaltung sowie zur IKT-Sicherheit.						
51453	**322**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52536	**322**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Summe Maßnahmegruppe 32	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**4.552,47**
		Gesamtausgaben	**18.015.000**	**19.451.000**	**17.131.600**	**16.212.893,11**
		Prozentuale Veränderung	**5,2 %**	**8,0 %**		

Abschluss Kapitel 0512

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**726.100**	**726.100**	**726.100**	**510.603,28**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.489.000**	**1.489.000**	**2.549.000**	**1.594.311,62**
	Gesamteinnahmen	**2.215.100**	**2.215.100**	**3.275.100**	**2.104.914,90**
411-462	**Personalausgaben**	**7.066.000**	**7.452.000**	**6.497.600**	**6.765.645,42**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**10.474.000**	**11.524.000**	**10.334.000**	**9.165.751,31**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**475.000**	**475.000**	**300.000**	**281.496,38**
	Gesamtausgaben	**18.015.000**	**19.451.000**	**17.131.600**	**16.212.893,11**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-15.799.900**	**-17.235.900**	**-13.856.500**	**-14.107.978,21**

Sportforum Berlin

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000839 Sport

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	14.635.700	13.531.992	+8,16
Kostenträger	11	Sachkosten	7.080.475	4.882.041	+45,03
davon		Transferkosten	27.569.966	25.207.247	+9,37
Produkte	10	Verrechnungskosten	43.440	49.894	-12,94
MGF	1	kalkulatorische Kosten	1.520.905	1.526.137	-0,34
Projekte	0	Gemeinkosten	60.672.154	62.932.197	-3,59
		Summe Verwaltungskosten	111.522.640	108.129.508	+3,14
		Transfers	123.068.944	99.257.314	+23,99
		Gesamtsumme	234.591.584	207.386.823	+13,12

Die Kosten im Politikfeld Sport fallen bereichsübergreifend in den an der Erreichung des Strategischen Ziels arbeitenden Verwaltungsbereichen des Ressorts an. Dies bezieht sich auf die Kosten bei SenInnSport für die ministerielle Steuerung des Politikfeldes, den Olympiapark und das Sportforum. Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Gesamtübersicht zu diesem Bereich/Strategischen Ziel in den betreffenden Kapiteln wiederholt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
003961	2022	103.167.477	94.419.019	197.586.496
Sportförderung, Sportanlagenentwicklung und Sportanlagenbau, Sportanlagenbereitstellung	2021	100.801.900	91.353.033	192.154.933

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77550	2022	27.305.846	0	27.305.846
Betrieb der Zentralen Sportanlagen Sportforum Berlin Weißenseer Weg 53 und Sportkomplex Berlin Paul-Heyse-Straße 25	2021	27.233.055	0	27.233.055

	2022	2021
Menge: Verrechnungseinheit 1/Jahr	1	1
Kosten je ME in €	27.305.846,30	27.233.055,05
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	11,64	13,13
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	1.317.037,22	190.286,50
Kostendeckungsgrad in %	4,82	0,70

Betrieb der Zentralen Sportanlagen

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0520 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde gem. § 2 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz i.V.m. § 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Berlin.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftige	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	7	12	8	13	8	14
Relativer Anteil (in %)	37	63	38	62	36	64
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	93	122	94	127	105	135
Relativer Anteil (in %)	43	57	43	57	44	56

Für den Planungszeitraum wurde das durchschnittliche Jahreseinkommen (2022) getrennt nach weiblichen und männlichen Führungskräften und Mitarbeitenden unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	91.579,08 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	77.043,31 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	52.067,38 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	47.691,91 €

Begründung:

Im Kapitel 0520 ergibt sich der Unterschiedsbetrag in Höhe von 14.535,77 € beim durchschnittlichen Jahresgehalt 2022 der Führungskräfte, aufgrund eines langfristig krankheitsbedingten Ausfalls bei den weiblichen Führungskräften sowie aus der Zuordnung der Führungskräfte zu den Laufbahngruppen. Die männlichen Führungskräfte sind in der Regel Ämtern ab dem zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 zuzuordnen und nehmen Führungsaufgaben in den Ebenen 1 und 2 wahr. Die weiblichen Führungskräfte sind sowohl Ämtern ab dem ersten und zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 zuzuordnen und nehmen Führungsaufgaben in den Führungsebenen 2 und 3 wahr. Es ist davon auszugehen, dass perspektivisch wieder eine Angleichung der Jahreseinkommen zu verzeichnen ist.

Bei den Mitarbeitenden hat sich das Verhältnis der Jahreseinkommen im Vergleich zu Analyse 2020 verändert. Der Unterschiedsbetrag ergibt sich aus der Beschäftigung in Teilzeit. Mehr weibliche Mitarbeitende nehmen die Möglichkeit in Teilzeit zu arbeiten wahr. Des Weiteren sind mehr männliche Mitarbeitende in Entgeltgruppe vglb. der Laufbahnen ab dem ersten und zweiten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 tätig.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
13203	**047**	**Verkauf von beweglichem Vermögen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**
23101	**047**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**7.800**	**7.800**	**7.800**	**9.360,00**
		Gesamteinnahmen	**12.800**	**12.800**	**12.800**	**9.360,00**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**047**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**10.029.000**	**10.510.000**	**10.561.000**	**9.350.048,81**
		Besonders auszuweisende Sachverhalte:				
		Sicherheitszulagen				
		je 2.500 € für 136 136 (128)				
		Beamte/Beamtinnen der BesGr. A 10 und höher	340.000	340.000	320.000	
		je 2.000 € für 75 75 (74)				
		Beamte/Beamtinnen der BesGr. A 6 bis A 9	150.000	150.000	148.000	
42701	**047**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**047**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.567.000**	**4.750.000**	**3.764.000**	**4.351.844,27**
		Besonders auszuweisende Sachverhalte:				
		Sicherheitszulagen				
		je 2.500 € für 33 33 (31)				
		Dienstkräfte vergl. BesGr. A 10 und höher	82.500	82.500	77.500	
		je 2.000 € für 15,57 15,57 (18)				
		Dienstkräfte vergl. BesGr. A 6 bis A 9	31.200	31.200	36.000	
		je 1.500 € für 6 6 (6)				
		Dienstkräfte vergl. BesGr. A 1 bis A 5	9.000	9.000	9.000	
44100	**047**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**390.000**	**402.000**	**411.000**	**378.486,40**
51101	**047**	**Geschäftsbedarf**	**40.000**	**40.000**	**32.000**	**37.257,25**
		Postgebühren, Rundfunkgebühren; Bücher und Zeitschriften; mehr wegen gestiegener Papierkosten.				
51140	**047**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**52.000**	**52.000**	**52.000**	**79.717,02**
		Ersatzbeschaffungen und Einrichtung von Arbeitsplätzen.				
51168	**047**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51170	**047**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**047**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51403	**047**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**180.000**	**180.000**	**180.000**	**128.078,98**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 51403, 51802 und 81179 sind zusätzlich zur gesetzlichen Deckungsfähigkeit nach § 20 LHO gegenseitig deckungsberechtigt.

In 2022 Corona-bedingte verminderte Fahrzeugnutzung wie erwartet.

51453	**047**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51802	**047**	**Mieten für Fahrzeuge**	**45.000**	**45.000**	**45.000**	**21.745,24**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 51403, 51802 und 81179 sind zusätzlich zur gesetzlichen Deckungsfähigkeit nach § 20 LHO gegenseitig deckungsberechtigt.

Leasingraten für Dienstfahrzeuge der Abteilung II

Weniger in 2022 wegen kostengünstigerer Leasingverträge.

51803	**047**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**9.363,33**

Mieten für Fotokopiergeräte

51920	**047**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**13.016,25**

Laufende Wartungskosten.

52536	**047**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703	**047**	**Dienstreisen**	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**29.336,65**

Reisekosten, Erstattungen nach dem Bundesreisekostengesetz.

Geringeres Ist in 2022 wegen Corona-bedingter verminderter Reisetätigkeit.

53101	**047**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**34.353,84**

Druck- und sonstige Herstellungskosten für den Jahresbericht und für weitere Publikationen und Dokumentationen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Unterrichtung der Öffentlichkeit, aller Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen, des Senats, des Abgeordnetenhauses und anderer zuständiger staatlicher Stellen
GB Zielsetzung	Der Jahresbericht und weitere Publikationen und Dokumentationen dienen der Erfüllung des Auftrags der Verfassungsschutzbehörde, u.a. der Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 26 i.V.m. § 5 VSG Berlin und sind somit geschlechtsneutral.
Steuerungsmaßnahmen	Genderaspekte, z. B. bei der Ermittlung des Bieterkreises für die Herstellung werden neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend berücksichtigt.

53108	**047**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**153,29**
54006	**047**	**Besondere Aufgaben**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**536.977,06**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**047**	**Veranstaltungen**	**15.000**	**15.000**	**1.000**	**—**

Mehr wegen Wiederaufnahme von Veranstaltungen nach Corona-bedingter Unterbrechung.

63213	**047**	**Zuschuss an die Akademie für Verfassungsschutz**	**180.000**	**180.000**	**114.000**	**175.892,60**

Anteilige Finanzierung gemäß Abkommen vom 01.01.2000 über die verfassungsschutzspezifische Aus- und Fortbildung von Dienstkräften der Abteilung II in Höhe des auf Berlin entfallenden Anteils gemäß Königsteiner Schlüssel.
Die Teilnehmerzahlen waren in den Jahren seit 2020 stark rückläufig, da Seminare Corona-bedingt abgesagt wurden.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	16	27	12	16	20	29
Relativ	37%	63%	43%	57%	41%	59%
Ressourcen (in Tsd. €)	55 T€	93,8 T€	70 T€	93 T€	72 T€	104 T€

Zielgruppe	Die Akademie für Verfassungsschutz ist eine zentrale Aus- und Fortbildungseinrichtung des Bundes und der Länder für die Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörden.
Zielsetzung	Fortbildung der Dienstkräfte der Abteilung Verfassungsschutz des Landes Berlin in fachübergreifenden und fachbezogenen Veranstaltungen und fachtheoretischen Fortbildungen jeweils unter Berücksichtigung des Aspekts der Geschlechtergerechtigkeit
Steuerungsmaßnahmen	Die Steuerung des Angebots der Akademie für Verfassungsschutz erfolgt auf Grundlage des Bedarfes der 16 Landesämter für Verfassungsschutz bzw. entsprechender Ministerial- bzw. Senatsabteilungen für Verfassungsschutz und des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der einschlägigen gesetzlichen und politischen Rahmenvorgaben. Bei der Zulassung zu Qualifizierungsveranstaltungen wird die Geschlechterverteilung innerhalb der einzelnen Zielgruppen im Land Berlin als eine wesentliche Bezugsgröße berücksichtigt.

81179	**047**	**Fahrzeuge**	**120.000**	**120.000**	**—**	**32.076,21**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 51403, 51802 und 81179 sind zusätzlich zur gesetzlichen Deckungsfähigkeit nach § 20 LHO gegenseitig deckungsberechtigt.

81230 047 Aufbau eines Dokumentenmangementsystems im Verfassungsschutz Berlin
Siehe Maßnahmegruppe 32

81241 047 Ausgaben für die Ausstattung der G10-Stelle
Siehe Maßnahmegruppe 32

81259 047 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT
Siehe Maßnahmegruppe 32

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Grundsätzliche Hinweise zur Veranschlagung der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur befinden sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51168	**047**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**44.100**	**44.100**	**44.100**	**73.124,79**

51170	**047**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**162,57**

51185	**047**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**450.000**	**450.000**	**446.000**	**407.589,31**

Verfahrensabhängige IT-Infrastruktur	2024	2025	2022
NADIS (Nachrichtendienstliches Informationssystem) / AMANDA (Amts- u. Analysedatei), Lizenzen + Pflege	120.000 €	120.000 €	100.574,38 €
G 10 (Lizenzkosten für Maßnahmen nach G 10 Gesetz)	250.000 €	250.000 €	233.768,82 €
Netzkosten / ITDZ-Zugänge	12.000 €	12.000 €	11.723,72 €
Wartungsverträge SINA etc.	3.000 €	3.000 €	2.063,69 €
Lizenzkosten, Software (Pflege/Kauf/externe Dienstleistung ITDZ)	60.000 €	60.000 €	54.610,87 €
Sonstiges	5.000 €	5.000 €	4.847,83 €
	450.000 €	450.000 €	407.589,31 €

Mehr wegen des auf Berlin entfallenden Anteils Bund-Länder-Finanzierung NADIS und G 10-Lizenzen.

51453	**047**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**20.379,13**

Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

52536	**047**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**—**

Mehr wegen erhöhter Sicherheitsanforderungen; es konnten in 2022 keine externen Schulungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden.

81230	**047**	**Aufbau eines Dokumentenmangementsystems im Verfassungsschutz Berlin**	**90.000**	**90.000**	**—**	**33.000,00**

81241	**047**	**Ausgaben für die Ausstattung der G10-Stelle**	**400.000**	**400.000**	**400.000**	**351.968,62**

Ersatzbeschaffung / Erweiterung der G 10-Anlage aufgrund der technischen Entwicklung.
Eine Planungsunterlage liegt vor.

81259	**047**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**230.000**	**230.000**	**500.000**	**1.800.000,00**

	2024	2025
Ersatzbeschaffung Infrastrukturserver aus den Jahren 2015 bis 2018	118.000 €	0 €
Ersatz Tape-Library	20.000 €	
Hard-und Softwareersatz SINA	92.000 €	
Software Plattformwechsel Betriebssysteme (Ablösung der Serverlizenzen 2016 zu 2022)	0 €	150.000 €
Software Ablösung Exchange 2019	0 €	37.000 €
Ersatz von Infrastrukturservern aus dem Jahr 2020	0 €	43.000 €
	230.000 €	230.000 €

Summe Maßnahmegruppe 32	**1.277.100**	**1.277.100**	**1.453.100**	**2.686.224,42**
Gesamtausgaben	**18.024.100**	**18.700.100**	**17.742.100**	**17.864.571,62**
Prozentuale Veränderung	**1,6 %**	**3,8 %**		

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0520				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	5.000	5.000	5.000	—
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	7.800	7.800	7.800	9.360,00
		Gesamteinnahmen	12.800	12.800	12.800	9.360,00
411-462		Personalausgaben	14.987.000	15.663.000	14.737.000	14.080.379,48
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.017.100	2.017.100	1.991.100	1.391.254,71
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	180.000	180.000	114.000	175.892,60
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	840.000	840.000	900.000	2.217.044,83
		Gesamtausgaben	18.024.100	18.700.100	17.742.100	17.864.571,62
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-18.011.300	-18.687.300	-17.729.300	-17.855.211,62

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001022 Innere Sicherheit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	23	Personalkosten	1.357.188.780	1.264.068.647	+7,37
Kostenträger	42	Sachkosten	34.435.437	33.683.141	+2,23
davon		Transferkosten	22.387.550	21.880.400	+2,32
Produkte	35	Verrechnungskosten	70.601.401	63.509.014	+11,17
MGF	7	kalkulatorische Kosten	507.464.368	474.086.448	+7,04
Projekte	0	Gemeinkosten	612.155.759	640.646.184	-4,45
		Summe Verwaltungskosten	2.604.233.294	2.497.873.836	+4,26
		Transfers	4.252.154	7.085.697	-39,99
		Gesamtsumme	2.608.485.449	2.504.959.532	+4,13

Die Kosten im Politikfeld Innere Sicherheit fallen behördenübergreifend in den an der Erreichung des Strategischen Ziels arbeitenden Verwaltungsbereichen des Ressorts an. Dies bezieht sich auf die kosten des der SenInnSport-Stamm für die ministerielle Steuerung des Politikfeldes, Verfassungsschutzes, der Polizei und der Feuerwehr. Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Gesamtübersicht zu diesem Bereich/Strategischen Ziel bei den jeweils betroffenen Behörden wiederholt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004856	2022	22.513.167	175.893	22.689.060
Beobachtung von Ausländer-, Rechts- und Linksextremismus; Abwehr geheimdienstlicher Tätigkeiten	2021	22.266.131	163.116	22.429.247

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77497	2022	22.513.167	175.893	22.689.060
Unterrichtung über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung und für den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	22.266.131	163.116	22.429.247

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,87	0,90
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	9.360,00	15.500,00
Kostendeckungsgrad in %	0,04	0,07

Beobachtung und Analyse des ausländischen Extremismus und Terrorismus, des Rechts- und Linksextremismus; Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht; Mitwirkungsangelegenheiten nach § 5 Abs. 3 VSG

Polizei Berlin
- Gesamt -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Polizei Berlin hat mit seinen Gliederungseinheiten folgende Aufgaben:

1. Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die unaufschiebbar notwendig erscheinen (§ 1 Abs. 1 und 3 sowie § 5 Abs. 1 i. V. m. § 4 ASOG),
2. Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, soweit sie der Polizei durch Rechtsvorschriften übertragen sind (§ 1 Abs. 2 ASOG),
3. Erfüllung der Ordnungsaufgaben, die der Polizei nach Nr. 23 des Zuständigkeitskatalogs Ordnungsaufgaben (Anlage 2 zum 2. VerwRefG) zugewiesen sind,
4. Vollzugshilfe für andere Berliner Behörden (§ 1 Abs. 5 ASOG).

Unter Berücksichtigung der mit der Projektgruppe Struktur erfolgten Neuordnung weist die Polizei Berlin Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen in folgender Kapitelstruktur nach:

Kapitel
0531 Polizei Berlin - Behördenleitung -
0532 Polizei Berlin - Landespolizeidirektion -
0543 Polizei Berlin - Landeskriminalamt -
0552 Polizei Berlin - Polizeiakademie -
0556 Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service -

Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit den hauptstadtbedingten Aufgaben werden - gemeinsam mit den entsprechenden Angaben für die Berliner Feuerwehr - in folgendem Kapitel nachgewiesen:

0559 Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlins.

Gesamtdarstellung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel 0531 bis Kapitel 0556 - Polizei Berlin - zuzüglich der Einnahmen und Ausgaben im Hauptstadtkapitel - 0559 -:

Hauptgruppe	Bezeichnung	Ansatz 2024 (in €)	Ansatz 2025 (in €)	Ansatz 2023 (in €)
1	Verwaltungseinnahmen	97.059.800	102.759.800	94.410.100
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	123.279.500	123.279.500	121.136.300
	(nachrichtlich: im Kapitel 0559 nachgewiesen	120.000.000	120.000.000	120.000.000
	davon auf die Polizei entfallender Anteil)	120.000.000	120.000.000	120.000.000
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahme, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, Besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
	Summe der Einnahmen	**220.339.300**	**226.039.300**	**215.546.400**
4	Personalausgaben	1.606.309.800	1.680.986.400	1.508.740.500
	(nachrichtlich: im Kapitel 0559 nachgewiesen	158.125.000	165.897.000	149.269.000
	davon auf die Polizei entfallender Anteil)	156.573.600	161.422.000	143.994.000
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	290.336.600	290.621.400	301.246.100
	(nachrichtlich: im Kapitel 0559 nachgewiesen	3.575.000	3.581.800	3.566.600
	davon auf die Polizei entfallender Anteil)	3.299.500	3.305.800	3.292.100
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	115.293.800	114.552.400	117.023.900
	(nachrichtlich: im Kapitel 0559 nachgewiesen	764.000	764.000	1.249.000
	davon auf die Polizei entfallender Anteil)	764.000	764.000	1.249.000
7	Investitionsausgaben für bauliche Zwecke	0	0	0
8	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderung	45.910.000	34.337.000	29.968.000
	(nachrichtlich: im Kapitel 0559 nachgewiesen	930.000	930.000	1.037.000
	davon auf die Polizei entfallender Anteil)	930.000	930.000	1.037.000
9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
	Summe der Ausgaben	**2.057.850.200**	**2.120.497.200**	**1.956.978.500**
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (–)	- 1.837.510.900	- 1.894.457.900	- 1.741.432.100

Polizei Berlin
- Gesamt -

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

Berliner Polizei	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	W	M	W	M	W	M
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	341	991	329	1.039	345	1.053
Relativer Anteil (in %)	26	74	24	76	25	75
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	6.484	15.699	6.735	15.821	6.939	15.849
Relativer Anteil (in %)	29	71	30	70	30	70

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	75.888 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	72.227 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	55.474 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	54.851 €

Führungskräfte:
Die bestehenden Differenzen zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergeben sich aus dem geringeren Anteil weiblicher Dienstkräfte im gehobenen Polizeivollzugsdienst, der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) sowie vergleichbarer Entgeltgruppen und aus der unterschiedlichen Verteilung der Beschäftigten auf die Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen sowie Erfahrungsstufen und Erschwerniszulagen in der Polizei Berlin. Im Rahmen der Maßnahmen zum Frauenförderplan ist die Polizei Berlin bestrebt, den Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter zu erhöhen.

Mitarbeitende:
Die bestehenden Differenzen zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergeben sich aus dem geringeren Anteil weiblicher Dienstkräfte im mittleren Polizeivollzugsdienst sowie vergleichbarer Entgeltgruppen der Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt (ehem. einfacher Dienst) und aus der unterschiedlichen Verteilung der Beschäftigten auf die Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen sowie Erfahrungsstufen und Erschwerniszulagen in der Polizei Berlin. Im Rahmen der Maßnahmen zum Frauenförderplan ist die Polizei Berlin bestrebt, den Anteil an weiblichen Dienstkräften weiter zu erhöhen.

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Allgemeine Erläuterung

Das Kapitel 0531 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Behördenleitung.

Die Behördenleitung ist dabei wie folgt organisiert:

Polizeipräsidium Stab
Leitungsbereich
Interne Dienste
Steuerung
Kommunikation
Personalmanagement höherer Dienst

Internes Risikomanagement

Beratungsstelle für Konfliktmanagement

Gesamtbehördlicher Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement

Justiziariat

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11151	**042**	**Gebühren nach der Gebührenordnung für die Benutzung polizeilicher Einrichtungen**	**24.000**	**24.000**	**20.000**	**23.335,07**

Einnahmen nach der Gebührenordnung für die Benutzung polizeilicher Einrichtungen.

11153	**042**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**2.500**	**2.500**	**1.800**	**2.196,20**

Gebühren für Widerspruchsbescheide nach dem Gesetz über Gebühren und Beiträge.

11903	**042**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**290.000**	**290.000**	**345.000**	**244.156,10**

Ersatz für Beschädigungen von Landeseigentum und Erfüllung übergegangener Schadensersatzansprüche.
Die tatsächlichen Einnahmen sind abhängig von den Fallzahlen und der Schadenshöhe und daher nicht steuerbar.
Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der letzten Jahre.

11979	**042**	**Verschiedene Einnahmen**	**10.000**	**10.000**	**3.000**	**10.806,85**

Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

27290	**042**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**163.585,88**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54690.
Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890.

Zuwendungen werden erwartet für sonstige sächliche Verwaltungsausgaben (Titel 54690).

28290	**042**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**993,11**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 51190 und 54690.

Zuwendungen werden erwartet für:

Geräte und Gebrauchsgegenstände (Titel 51190)	1.000 €
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben (Titel 54690)	1.000 €
Gesamt:	2.000 €

Gesamteinnahmen	**330.500**	**330.500**	**373.800**	**445.073,21**
Prozentuale Veränderung	**-11,6 %**	**—**		
Ausgaben				
42201 **042** **Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**11.875.000**	**12.350.000**	**9.256.000**	**10.675.030,32**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte:	300 €	300 €	300 €	0 €
Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (§ 5 LBesG der aktuellen Fassung)				

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42701	**042**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**75.100**	**75.100**	**30.000**	**79.911,94**

Honorare nach dem „Honorarerlass“ der Senatsverwaltung für Inneres und Sport für die fachliche Fortbildung der Dienstkräfte und freie Mitarbeiter der Polizei Berlin.
Mehr in Anpassung an die Istausgaben 2022.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42801	**042**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**5.924.000**	**6.161.000**	**1.718.000**	**4.835.293,44**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte:	100 €	100 €	100 €	0 €
Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (analog § 5 LBesG der aktuellen Fassung)				

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42890	**042**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Merkansatz für Kostenerstattungen aus EU-Projekten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44379	**042**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**4.870.000**	**4.906.000**	**470.000**	**1.003.372,02**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024	2025	Ist 2022
Besondere Einsätze	0 €	0 €	6.972,00 €
Rechtsschutz	2.000 €	2.000 €	0 €
Arbeitsschutz- und Sicherheit zentral	4.867.000 €	4.903.000 €	996.400,02 €
	4.869.000 €	4.905.000 €	1.003.372,02 €

Zwingend erforderliche Erhöhungen ggü. dem Ansatz ergeben sich insbesondere aus der Finanzierung von neuen vertraglichen Verpflichtungen, der extern zu vergebenden sicherheitstechnischen Betreuung, der internen SiFa sowie der arbeitsmedizinischen Betreuung.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
45903	**042**	**Prämien für besondere Leistungen**	**4.728.000**	**4.728.000**	**4.728.000**	**4.683.165,92**

Sichtbarmachung und Würdigung herausragender Leistungen für Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte der Polizei Berlin als Anreiz- und Motivationssystem.
Ausgaben für Leistungsprämien, orientierend an der in der Verordnung über die Gewährung von Prämien und Zulagen für besondere Leistungen (LPZVO) vom 17. Juli 2001 und in dem Rundschreiben IV Nr. 17/2018 der Senatsverwaltung zur Gewährung von Leistungsprämien und -zulagen an Tarifbeschäftigte vorgegebenen Zielgröße von 10 % der Mitarbeitenden.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**042**	**Geschäftsbedarf**	**57.000**	**57.000**	**57.000**	**57.438,29**

	2024/2025	Ist 2022
Allgemeiner Geschäftsbedarf	11.000 €	11.479,41 €
Geschäftsbedarf für Bürotechnik	200 €	203,98 €
Bücher, Zeitschriften	39.300 €	39.204,01 €
Postgebühren	6.500 €	6.550,89 €
	57.000 €	57.438,29 €

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**33.000**	**33.000**	**20.300**	**26.823,72**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024/2025	Ist 2022
Instrumentenwartung	4.000 €	2.849,15 €
Waffen, Einsatzgeräte, ballistische Schutzwesten und Zusatzausstattung	500 €	0 €
Sondertechnik	1.500 €	53,17 €
Unterkunftsausstattungen/Mobiliar	27.000 €	23.921,40 €
	33.000 €	26.823,72 €

Mehr aufgrund gestiegener Ausgaben für Desk-Sharing-Arbeitsplätze und Preissteigerungen bei den Rahmenverträgen für Unterkunftsausstattungen.

51190	**042**	**Geschäftsbedarf, Geräte, Gebrauchsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 5.077,69**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

51408	**042**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**—**	**—**	**1.000**	**75,79**

Wegfallvermerk: Die Ausgaben fallen künftig weg.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

52501	**042**	**Aus- und Fortbildung**	**14.200**	**14.200**	**14.200**	**17.568,73**

Teilnahmegebühren anlässlich von Aus- und Fortbildung bei externen Fortbildungsträgern.
Das hohe Ist 2022 ist zurückzuführen auf eine Vielzahl von Fortbildungen, die infolge der Pandemie in 2022 nachgeholt wurden sowie auf vermehrte Fortbildungen im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte und insbesondere Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen verfügen über die gleichen Möglichkeiten, im Rahmen ihrer Tätigkeiten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese auch für ihren Aufstieg zu nutzen.
Steuerungsmaßnahmen	Bei der Planung und Durchführung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden genderpolitische Aspekte (z.B. Schulungszeiten auch geeignet für Teilzeitkräfte) berücksichtigt.

52502	**042**	**Sport**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Die Ausgaben fallen künftig weg.

52601	**042**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**74.000**	**74.000**	**74.000**	**66.302,07**

Gerichts-, Notariats-, Gerichtsvollziehungs-, und ähnliche Kosten.
Interne Verrechnungen an die Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 0641/0642 bzw. 0941/0942), jeweils Titel 11109.

Die Ausgaben sind nicht steuerbar, da die Anzahl der Fälle und die Höhe des Streitwertes für die Höhe der Kosten maßgebend sind. Die Ansatzbildung erfolgte auf Grundlage der durchschnittlichen Ausgaben der letzten Jahre.

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**042**	**Dienstreisen**	**33.300**	**33.300**	**33.300**	**34.921,70**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts, Dienstreisen für Mitglieder der Personalvertretungen (§ 42 Abs. 3 PersVG), Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an Schulungseinrichtungen des Bundes und der Länder, des BKA, der LKÄ und anderer.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin
GB Zielsetzung	Geschlechtergerechte Möglichkeit zur Teilnahme an Dienstreisen bei fachlicher Notwendigkeit.
Steuerungsmaßnahmen	Berücksichtigung genderpolitischer Aspekte wie z.B. die Beseitigung von Hemmnissen aufgrund familienbezogener Aufgaben (z.B. Kinderbetreuung) von Dienstkräften

53101	**042**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**34.000**	**34.000**	**34.000**	**49.937,92**

Einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit, Präventionsmaßnahmen, insbesondere solche der Verkehrsunfallprävention sowie Mittel für Streuartikel und aktuelles Informationsmaterial der Polizei Berlin für die Nachwuchsgewinnung.

Die hohen Istausgaben 2022 sind zurückzuführen auf die erweiterte Öffentlichkeitsarbeit zur Imagepflege und zur Nachwuchsgewinnung.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger sowie potentielle Nachwuchskräfte
GB Zielsetzung	Geschlechterunabhängige Informationsübermittlung sowie im Rahmen der Nachwuchsgewinnung der Ausgleich der geschlechterspezifischen Unterrepräsentanz; Letzteres ist jedoch gegenüber dem aktuell weitreichenden Personalmangel nachrangig.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei den verschiedenen Maßnahmen der Öffentlichkeits-arbeit und Nachwuchsgewinnung berücksichtigt werden.

53108	**042**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**7.800**	**7.800**	**15.000**	**9.144,97**

Unterbringung und Betreuung von Fachbesuchern im Rahmen des nationalen und internationalen Erfahrungsaustausches durch die Polizeiführung.
Weniger in Anpassung an die durchschnittlichen Ausgaben der letzten Jahre.

53111	**042**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**3.178,57**

Mittel für die Werbung von Dienstkräften und für Stellenausschreibungen.
Die niedrigen Istausgaben 2022 sind zurückzuführen auf eine unerwartet geringe Anzahl von Ausschreibungen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Potentiell neue Mitarbeitende (u.a. Nachwuchskräfte)
GB Zielsetzung	Gendergerechte und gezielte Ansprache von Frauen bei Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen zum Abbau von Benachteiligungen und Unterrepräsentanzen (vgl. Frauenförderplan der Polizei Berlin)
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei der Formulierung von Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen berücksichtigt werden.

53301	**042**	**Kränze, Blumenspenden, Nachrufe**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**2.187,50**

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54002	**042**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**53.000**	**53.000**	**61.000**	**45.823,72**

Ausgaben für gesamtbehördliche Maßnahmen u.a. des Personalmanagements, Coaching für gesundheitsorientiertes Führen, Supervisionen, Gesundheitskurse, Organisationsmanagement, Geschäftsprozessanalysen. Ersatz und Erweiterung des Sportgerätebestandes für die Gesundheitsprävention und den Vollzugssport.

Das niedrige Ist 2022 resultiert insbesondere aus pandemiebedingt abgesagten Veranstaltungen und veränderten haushaltsmäßigen Schwerpunktsetzungen. Infolge des daraus resultierenden Umstiegs auf vermehrte Online-Veranstaltungen werden auch zukünftig geringere Ausgaben erwartet.

54010	**042**	**Dienstleistungen**	**624.000**	**582.000**	**250.000**	**339.726,43**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	250.000	250.000	250.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Lohnaufträge an Dritte/Dienstleistungen von Dritten.

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024	2025	Ist 2022
Werbekonzept zur Nachwuchsgewinnung und Imagekampagne.....	520.000 €	520.000 €	248.477,23 €
Sonstiges	104.000 €	62.000 €	91.249,20 €
	624.000 €	582.000 €	339.726,43 €

Mehr aufgrund gestiegener Ausgaben für die Nachwuchsgewinnung und der Imagekampagne.

54034	**042**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Die Ausgaben fallen künftig weg.				
54053	**042**	**Veranstaltungen**	**35.000**	**35.000**	**45.000**	**26.083,57**

Ausgaben für verschiedene gesamtbehördliche Veranstaltungen u.a. für Führungskräftetagungen, Amtseinführungen etc. Das niedrige Ist 2022 resultiert aus pandemiebedingt ausgefallenen Veranstaltungen. Ab 2024 wird auch insgesamt ein geringerer Bedarf erwartet.

54077	**042**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**042**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**400**	**664,99**

Ausgaben der Obergruppe 51 bis 54 von weniger als 1.000 € je Einzelzweck.

54610	**042**	**Sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen im Rahmen europäischer Netzwerke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Veranschlagung des Landesanteils für EU-Projekte der Polizei Berlin und für die Durchführung von Hospitationen im Polizeiwesen auf Grundlage länderübergreifender Vereinbarungen.
In 2022 sind pandemiebedingt keine Ausgaben angefallen, da die geplanten Hospitationen nicht stattgefunden haben.

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54690	**042**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**140.208,94 R 465.025,36**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290; 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
68123	**042**	**Ehrungen, Preise**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.728,20**

Preise für besondere Verdienste. Die hohen Ist-Ausgaben 2022 sind zurückzuführen auf einen erhöhten Bedarf an verschiedenen Preisen.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	16	17	5	26	10	23
Relativ (%)	48	52	16	84	30	70
Ressourcen (in T€)	1,7	1,9	0,0	0,2	0,8	1,9

Zielgruppe:	Mitarbeitende der Berliner Polizei
Zielsetzung:	Anerkennung besonderer Verdienste
Steuerungsmaßnahmen:	Bedingt steuerbar

68124	**042**	**Belohnungen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.500,00**

Belohnungen an Privatpersonen für die Mitwirkung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen.
Die unterjährige Auszahlung von Belohnungen an Privatpersonen für die Mitwirkung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen unterliegt starken Schwankungen. Die geringen Ist-Ausgaben 2022 sind in Anlehnung an die Ausgabenentwicklung der letzten Jahre nicht repräsentativ.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	5	13	6	28	3	16
Relativ (%)	28	72	19	81	16	84
Ressourcen (in T€)	0,6	1,4	0,8	3,6	0,6	2,9

Zielgruppe:	Bürgerinnen und Bürger
Zielsetzung:	Anerkennung von besonderen Leistungen und Zivilcourage
Steuerungsmaßnahmen:	keine

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**4.800**	**5.113,84**

Beschaffungen von Tintenpatronen, Farbbändern, Datenträger sowie sonstiger Geschäftsbedarf für die eingesetzte verfahrensabhängige IK-Technik.

		Summe Maßnahmegruppe 32	**5.000**	**5.000**	**4.800**	**5.113,84**
		Gesamtausgaben	**28.467.400**	**29.173.400**	**16.838.000**	**22.108.202,59**
		Prozentuale Veränderung	**69,1 %**	**2,5 %**		

Abschluss Kapitel 0531

111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**326.500**	**326.500**	**369.800**	**280.494,22**
211-299		**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**164.578,99**
		Gesamteinnahmen	**330.500**	**330.500**	**373.800**	**445.073,21**
411-462		**Personalausgaben**	**27.473.100**	**28.221.100**	**16.203.000**	**21.276.773,64**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**987.300**	**945.300**	**628.000**	**825.200,75**
611-699		**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**6.228,20**
		Gesamtausgaben	**28.467.400**	**29.173.400**	**16.838.000**	**22.108.202,59**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-28.136.900**	**-28.842.900**	**-16.464.200**	**-21.663.129,38**

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001022 Innere Sicherheit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	23	Personalkosten	1.357.188.780	1.264.068.647	+7,37
Kostenträger	42	Sachkosten	34.435.437	33.683.141	+2,23
davon		Transferkosten	22.387.550	21.880.400	+2,32
Produkte	35	Verrechnungskosten	70.601.401	63.509.014	+11,17
MGF	7	kalkulatorische Kosten	507.464.368	474.086.448	+7,04
Projekte	0	Gemeinkosten	612.155.759	640.646.184	-4,45
		Summe Verwaltungskosten	2.604.233.294	2.497.873.836	+4,26
		Transfers	4.252.154	7.085.697	-39,99
		Gesamtsumme	2.608.485.449	2.504.959.532	+4,13

Die Kosten im Politikfeld Innere Sicherheit fallen behördenübergreifend in den an der Erreichung des strategischen Ziels arbeitenden Verwaltungsbereichen des Ressorts an. Dies bezieht sich auf die Kosten der SenInnSport-Stamm für die ministerielle Steuerung des Politikfeldes, des Verfassungsschutzes, der Polizei und der Feuerwehr. Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Gesamtübersicht zu diesem Bereich/Strategischen Ziel bei den jeweils betroffenen Behörden wiederholt.

Die produktorientierte Darstellung für die Polizei Berlin erfolgt zum Kapitel der Behördenleitung – 0531. Die dargestellten Produkte wurden jedoch durch die Gesamtheit der Polizei Berlin erbracht. Eine Aufteilung der Ergebnisse zu den einzelnen Kapiteln ist nicht möglich.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004840	2022	216.464.416	0	216.464.416
Personen-, Zeugen- und Objektschutz	2021	134.944.596	0	134.944.596

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78265	2022	216.464.416	0	216.464.416
Personen-, Zeugen- und Objektschutz	2021	134.944.596	0	134.944.596

	2022	2021
Menge: Anzahl der zu schützenden Objekte	15.335	16.227
Kosten je ME in €	14.115,71	8.316,05
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,30	5,39
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Schutz von Personen und Objekten zur Gewährleistung der Sicherheit und Verhinderung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004841	2022	250.627.299	0	250.627.299
Veranstaltungs- und Versammlungsschutz	2021	249.868.136	0	249.868.136

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78267	2022	250.627.299	0	250.627.299
Veranstaltungs- und Versammlungsschutz	2021	249.868.136	0	249.868.136

	2022	2021
Menge: Anzahl der Veranstaltungen	10.402	8.758
Kosten je ME in €	24.094,15	28.530,27
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	9,61	9,97
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Anlassbezogenes Tätigwerden zur Verhinderung von Störungen von Veranstaltungen und Versammlungen

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004842	2022	25.153.247	0	25.153.247
Schutz von Staats- und anderen Besuchen	2021	35.853.066	0	35.853.066

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78266	2022	25.153.247	0	25.153.247
Schutz von Staatsbesuchen und anderen Besuchen	2021	35.853.066	0	35.853.066

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Staats- und Arbeitsbesuche	290	219
Kosten je ME in €	86.735,33	163.712,63
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,96	1,43
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	509.737,82	1.372.622,25
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Zielgerichtete polizeiliche Maßnahmen anlässlich von Staatsbesuche und anderen Besuchen

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004843	2022	97.764.217	0	97.764.217
Kriminalprävention	2021	98.460.323	0	98.460.323

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78268	2022	90.842.846	0	90.842.846
Kriminalprävention	2021	91.898.479	0	91.898.479

	2022	2021
Menge: Anzahl von Präventionsveranstaltungen (AGV, TIV, Info-Stände, Beratungsgespräche)	10.211	6.362
Kosten je ME in €	8.896,57	14.444,90
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,48	3,67
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Schutz der Gesellschaft vor Straftaten bzw. Minderung der Folgen von Straftaten

Fachspezifische Informationen

Training deeskalierenden Verhaltens in Konfliktsituationen
Das Konzept „Training deeskalierenden Verhaltens in Konfliktsituationen“ (alt: Anti-Gewalt-Veranstaltungen, AGV) ist ein Programm zur Gewaltprävention für Schülerinnen und Schüler ab Klassestufe 5. Im Rahmen der Qualitätsentwicklung in der polizeilichen Präventionsarbeit wurden die Anti-Gewalt-Veranstaltungen, die die Präventionsbeauftragten der Polizeiabschnitte seit 1992 an Berliner Schulen durchführen, evaluiert (FU Berlin 2013-2015). Auf Grundlage der Evaluationsergebnisse wurde das Präventionskonzept nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ergänzt und optimiert, um eine nachhaltige gewaltpräventive Wirkung zu erreichen.
Das neue Konzept verbindet die Verhaltenstipps und Rollenspiele der polizeilichen Akteure mit der Kompetenzvermittlung der pädagogischen Themen durch die Lehrkräfte.

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Themenbezogene Informations-Veranstaltungen (TIV)
Eine Themenbezogene Informations-Veranstaltung (TIV) ist eine zielgerichtete präventive Informationsveranstaltung zu einem klar definierten kriminalitätsbezogenen Thema für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche. Sie wird insbesondere durch die örtlich zuständigen Präventionsbeauftragten der Abschnitte an Berliner Schulen durchgeführt und umfasst mindestens zwei Unterrichtsstunden.
Um zu gewährleisten, dass berlinweit einheitliche Standards angeboten werden, ist eine TIV konzeptionell hinterlegt und durch LKA Präv geprüft. In jedem Konzept sind thematische Kernbotschaften aufgeführt, die den Schülerinnen und Schülern vermittelt sowie der Lehrkraft in Form eines Merkblattes „Kernbotschaften“ ausgehändigt werden/wird. Die Konzeption erfolgt gemäß der „Beccaria-Standards zur Qualitätssicherung in der Kriminalprävention“ unter Fachaufsicht der thematisch zuständigen Fachdienststelle im LKA in enger Zusammenarbeit mit LKA Präv und den Direktionen.
Die TIV bestehen aus einem Konzept, einem Handlungsleitfaden und einer Power-Point Präsentation (PPP). Der Handlungsleitfaden dient der durchführenden Polizeidienstkraft als „Unterrichtsmanual“. Er stellt gemeinsam mit der PPP ein unterstützendes Angebot dar und soll dem PrävBA als roter Faden dienen.
Zur Förderung der Nachhaltigkeit sollte eine TIV nur durchgeführt werden, wenn diese thematisch durch eine Vor- und Nachbereitung durch die Lehrkräfte begleitet wird, z.B. durch einen vorangestellten Elternabend. Dieser kann auch ohne Teilnahme der Polizei erfolgen. Dieser Aspekt ist der Schule mitzuteilen; die Verantwortung für die Umsetzung obliegt ausschließlich der Schule selbst.
Aktuell gibt es folgende Themenbezogene Informations-Veranstaltungen (TIV):
- Themenbezogene Informationsveranstaltung (TIV) “Messer machen Mörder”
- Themenbezogene Informationsveranstaltung (TIV) “Drogen”
- Themenbezogene Informationsveranstaltung (TIV) “Demonstrationsfreiheit“
- Themenbezogene Informationsveranstaltung (TIV) “Cybermobbing”

Projekt Rechtsstaat und Demokratie
Mit dem Projekt „Rechtsstaat und Demokratie“ vermittelt die Stiftung SPI Programmagentur Rechtskunde Berliner Schülerinnen und Schülern die Bedeutung des Rechtsstaats und rechtsstaatlicher Verfahren für das demokratische Gemeinwesen. Insbesondere am Beispiel des speziell auf ihre Altersgruppe zugeschnittenen Jugendstrafrechts erleben die Jugendlichen die Praxis der Gewaltenteilung und erfahren die Bedeutung des Rechtsstaats nicht zuletzt als Wahrer und Garant ihrer Rechte. Es werden ein- bis dreitägige Module angeboten zu Themen wie (Cyber-)Mobbing (seit September 2022), Hate Speech, Jugendstrafverfahren, Wiedergutmachung, Menschenrechte oder digitalem Verbraucherschutz (Bildrechte im Netz etc.). Ein Schwerpunkt wird hierbei auf das Thema Raub gelegt. Hierzu gibt es zusätzlich eine Gerichtsverhandlung oder ein angepasstes Modul 3 des Trainings „deeskalierenden Verhaltens in Konfliktsituationen“ von der Polizei Berlin. Das Modul dauert 3 Tage und wird am meisten von den Schulen gebucht.

Zielgruppe von „Rechtsstaat und Demokratie“ sind vorrangig Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 8 an Berliner Integrierten Sekundarschulen (inklusive Gemeinschaftsschulen) und Gymnasien aller Schulträger im Land Berlin. Je nach Bedarf der Schulen und Leistungsstärke der einzelnen Klasse können die Module auch mit neunten oder im Einzelfall zehnten Klassen durchgeführt werden.
Ein herausragendes Merkmal von „Rechtsstaat und Demokratie“ ist die intensive Zusammenarbeit unter anderem mit
- Präventionsbeauftragten der Polizei Berlin,
- Jugendgerichtshelfer/-innen der Berliner Jugendämter,
- (Jugend-)Richter/-innen und
- (Jugend-)Staatsanwälte/-innen,

deren Einsatz – insbesondere in den 3-tägigen Basismodulen mit gespielter Gerichtsverhandlung im Jugendgericht – dem Projektangebot ein besonders hohes Maß an Authentizität verleiht.

Ansprechpersonen für verhaltensorientierte Gewaltprävention
Die Ansprechpersonen für verhaltensorientierte Gewaltprävention beraten zu verschiedenen gewaltbezogenen Themenfeldern, wie z.B. Gewalt im öffentlichen Raum, Gewalt am Arbeitsplatz, Raub, Konfliktsituationen, Zivilcourage.
Des Weiteren gehören die Beantwortung von Bürgeranfragen, die Erarbeitung von Verhaltenshinweisen, die Erstellung von Präventionsmaterialien, die Durchführung von Gewaltpräventionsseminaren für Erwachsene und Beratungen von Institutionen, Einrichtungen und Behörden zu gewaltpräventiven Aspekten zu ihren Aufgaben. Regelmäßig werden Gewaltpräventionsseminare „Umgang mit Aggression und Gewalt im öffentlichen Raum“ angeboten und Beratungen zur Vermeidung von Gewaltfällen für Ämter, Behörden und sensible Einrichtungen durchgeführt.

Vorträge zum Thema Seniorensicherheit
Ältere Menschen (60 Jahre und älter) sind in bestimmten Deliktsbereichen stärker als Opfer disponiert als jüngere Menschen. In Informationsveranstaltungen werden schwerpunktmäßig die Themen Trickdiebstahl in der Wohnung in allen Facetten, Betrugstaten bei Haustürgeschäften, Taschendiebstahl, Zahlungskartendelikte Tricktaten am Telefon, Nachläufertaten, Handtaschenraub und der Missbrauch von Vorsorgevollmachten angeboten.
Zusätzlich werden Pflegekräfte, Mitarbeitende von Senioreneinrichtungen, Angehörige und Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen von Geldinstituten informiert und geschult, um diese für Straftaten zum Nachteil von Senioren zu sensibilisieren. Erstellung von Informationsmaterial (z.B. Plakate, Faltblätter, Türanhänger) in Bezug auf Senioren-sicherheit.

Jeden letzten Dienstag im Monat finden im LKA-Gebäude öffentliche, kostenfreie Informationsveranstaltungen für Senioren und Seniorinnen und deren persönliches Umfeld durch die Ansprechpersonen für Seniorensicherheit des LKA Präv statt.
Die Beratungen des LKA Präv werden in der Regel durch ehrenamtliche Personen (pensionierte Polizeiangehörige) unterstützt.
Die Direktionen führen lageabhängig eine Vielzahl von Präventionsveranstaltungen mit der Zielgruppe Seniorinnen und Senioren durch.
Das Präventionstheater für Seniorinnen und Senioren der Dir 2 A 22 stellt im Rahmen einer Theateraufführung verschiedene Tricktaten an der Wohnungstür bzw. am Telefon für die Zielgruppe dar. Durch die Darstellung des jeweiligen Modus operandi in zwei Szenen - erst als Tatvollendung und dann noch einmal durch richtiges Verhalten als verhinderte Tat - werden die Präventionsbotschaften für die älteren Menschen erlebbar. Das Stück besteht aus sechs Szenen - Enkeltrick, Zettel-/ Tüchertrick, Falscher Handwerker, Vogeltrick, Neuer Nachbar, Falscher Polizeibeamter, die durch eine Moderation begleitet werden. Pandemiebedingt fanden in den Jahren 2020-2022 kaum Veranstaltungen statt. Nunmehr besteht einmal monatlich wieder das Angebot, das Seniorentheater am neuen Standort im Olof-Palme-Zentrum zu besuchen. Mithin wurde das Präventionstheater verfilmt, um es noch einem breiteren Publikum zur Verfügung stellen zu können.
Ein Beratungstelefon „Seniorensicherheit“, 030 4664-979222 steht den Bürgern zu den Bürozeiten zur Verfügung und wird durch die Ansprechpersonen Seniorensicherheit des LKA bedient.

Gemeinsames Präventionskonzept für den öffentlichen Personennahverkehr des Landes Berlin
Basierend auf dem Gemeinsamen Präventionskonzept für den öffentlichen Personennahverkehr des Landes Berlin (Stand 2015) führen die Sicherheitspartner der Deutschen Bahn AG (DB AG), der S-Bahn Berlin GmbH, der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), unterstützt durch die Bundespolizei (BPOL) und die Polizei Berlin jährlich durchschnittlich vier stadtweite Präventionsaktionen bzw. Veranstaltungen durch. Unter Berücksichtigung des Know-hows aller Netzwerkpartner werden Verhaltenshinweise und Empfehlungen zum Schutz vor Straftaten z. B. Trick- und Taschendiebstahl sowie zum Thema Zivilcourage gegeben. Darüber hinaus soll das Sicherheitsgefühl sowie das Vertrauen in die Zusammenarbeit der Netzwerkpartner gestärkt werden. Die Veranstaltungen finden an ausgewählten Bahnhöfen statt, die Knotenpunkte des ÖPNV darstellen und eine starke Fahrgastfrequenz aufweisen. So kann eine Vielzahl von Personen erreicht und eine hohe Wirksamkeit der Präventionsmaßnahmen erzielt werden. Gemäß Einsatzkonzeption für die polizeilichen Maßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), erstellt durch LPD St 12, führt jede Direktion selbständig mindestens zwei weitere, eigene Präventionseinsätze im ÖPNV durch. Dabei ist eine Beteiligung der Verkehrsunternehmen anzustreben. Derzeit wird das Präventionskonzept überarbeitet.

Behördenweite Gesamtstrategie der Polizei Berlin zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls - Ansätze der Kriminalprävention
Ende 2018 wurde eine behördenweite Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls konzipiert, welche mit Stand 03.06.2022 aktualisiert wurde. Ziel dieser Strategie ist die Senkung der Fallzahlen, Steigerung der Aufklärungsquote und Anhebung des Sicherheitsgefühls. Um diese Ziele erreichen zu können, muss die Akzeptanz von Eigenverantwortlichkeit der Nutzerinnen und Nutzer von Fahrrädern gefördert und das Abstellverhalten von Fahrrädern verändert werden. Weitere Aufgaben und Maßnahmen sind die Steigerung der Verwendung von technischen Sicherungsmöglichkeiten von höherer Qualität, Erhöhung der Sachfahndungseignung von Fahrrädern, Durchführung von Präventionseinsätzen unter Berücksichtigung von Lagebildern sowie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit.
Darüber hinaus führt die Polizei Berlin Fahrradkennzeichnungen durch, bei denen ein stark haftender Aufkleber aus Spezialmaterial auf den Rahmen von Fahrrädern oder Fahrradanhängern aufgebracht wird. Dieser Aufkleber weist neben einem kriminalpräventiven Slogan ("Finger weg! Mein Fahrrad ist codiert") eine individuelle Nummer auf. In der seit dem 11. Juli 2015 eingeführten Fahrradkennzeichnungsdatenbank sind aktuell ca. 66.700 Datensätze erfasst und ermöglichen so eine schnellere Zuordnung aufgefundener Fahrräder. Die Kennzeichnung von Fahrrädern und die damit einhergehende freiwillige Speicherung von Fahrrad- und Personaldaten in der Fahrradhalterdatenbank stellt eine bedeutende Maßnahme der Kriminalprävention bei der Bekämpfung des Fahrraddiebstahls dar.
Da die derzeit vorhandene Präventionsdatenbank zur Kennzeichnung von Fahrrädern bereits seit längerer Zeit ihre Kapazitäten übersteigt und die hierzu verwendete Software nicht mehr aktualisierbar ist, wurde die Notwendigkeit einer Neuprogrammierung der Datenbank erkannt. Eine behördenweite Datenbank wurde in Zusammenarbeit mit Dir ZS IKT bereits entwickelt. Im Ergebnis soll diese Fahrradkennzeichnungsdatenbank in das System PolMan implementiert werden. Derzeit befindet sich der Vorgang zur Beteiligung der Gesamtbeschäftigungsvertretungen in der Bearbeitung.

Technische Prävention
Die Technische Prävention - LKA Präv 3 - wird in verschiedensten Bereichen zur Erstellung von Sicherheitskonzepten beteiligt. Der Schwerpunkt liegt in der kostenfreien Beratung von Bürgerinnen und Bürgern, Firmen und Institutionen zum Einbruchschutz.

Städtebauliche Kriminalprävention (SKP)
Maßnahmen der Städtebaulichen Kriminalprävention sind u.a. Präventionsrund-gänge. Diese werden i.d.R. von der Polizei Berlin initiiert und finden einmal jährlich statt. Sie dienen der Vermittlung von Problemstellungen aus Sicht der Städtebaulichen Kriminalitätsprävention (Kriminalitätslagen, Beeinträchtigungen des Sicherheitsempfindens, Verwahrlosungstendenzen) und der gemeinsamen Findung von Lösungsansätzen. Durch den spezifischen Aufbau von der Auftaktveranstaltung, über den anschließendem Rundgang und die wichtige Abschlussveranstaltung unterscheiden sich Präventionsrundgänge von Kiezspaziergängen und Vorortterminen.

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Bei den Teilnehmenden handelt es sich um relevante lokale Akteurinnen und Akteure, Eigentümerinnen und weitere behördliche vor Ort Verantwortliche, die gemeinschaftlich Lösungsansätze und Maßnahme verbindlich abstimmen um eine Verbesserung der Lage zu erzielen. Die Verantwortung für die Organisation und Durchführung liegt in den Stäben 42 der jeweiligen örtlich zuständigen Direktion in Abstimmung mit den betroffenen Abschnitten. Die fachliche Beteiligung erfolgt durch LKA Präv. In den Jahren 2021/2022 wurden insgesamt 2 Präventionsrundgänge durchgeführt. Auf Grund der Corona-Pandemie musste ein im Jahr 2021 geplanter Präventionsrundgang in das Jahr 2022 verschoben werden.

Präventionsmedium Sprühschablonen
Im Rahmen der Fahrrad- und Taschendiebstahlsprävention finden die Sprühschablonen „angeschlossen“ und „pickpockets“ stadtweite Anwendung.
Mit Sprühkreide werden Piktogramme an geeigneten Stellen, primär an Orten mit hohen Fallzahlen (Brennpunkten), am Boden aufgebracht. Die Sprühschablonen werden mit nichtpermanenter, auffälliger Farbe (Haltbarkeit je nach Witterung mehrere Wochen) auf Gehwegen und Abstellflächen im öffentlichen Bereich eingesetzt.

Eine Übersicht aller durch die Polizei Berlin angebotenen Maßnahmen der Kriminalprävention für die verschiedenen Altersgruppen wie Kinder und Jugendliche, Erwachsene sowie Seniorinnen und Senioren ist auf der Internetseite der Polizei Berlin unter folgendem Link aufgeführt: https://www.berlin.de/polizei/aufgaben/praevention/praeventionsangebote/.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004844	2022	908.517.307	0	908.517.307
Strafverfolgung / Gefahrenabwehr	2021	881.018.032	0	881.018.032

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78264	2022	906.103.066	0	906.103.066
Strafverfolgung/Gefahrenabwehr	2021	879.203.088	0	879.203.088

	2022	2021
Menge: ausgangsstatistisches Straftatenaufkommen als gleitender Durchschnitt über 12 Monate	498.039	457.997
Kosten je ME in €	1.819,34	1.919,67
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	34,74	35,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Verfolgung und Verhütung von Straftaten

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Fachspezifische Informationen

	Ist 2022	Ist 2021
Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) Gesamtzahl	519.827	482.127
Aufklärungsquote	44,91%	45,35%
Anzahl Diebstahlskriminalität	213.803	179.455
Anzahl Vermögens- und Fälschungsdelikte	92.428	102.562
Anzahl Rohheitsdelikte	70.374	61.528
Anzahl Verstöße gg. strafr. Nebengesetze	45.044	39.244
Anzahl Straftaten gg. das Leben	162	159
Anzahl Straftaten gg. die sex. Selbstbestimmung	6.944	6.650
Anzahl „Sonstige Straftatbestände“	91.072	92.529

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004845	2022	201.230.956	0	201.230.956
Gefahrenabwehr in originärer Zuständigkeit	2021	202.211.410	0	202.211.410

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78269	2022	201.230.956	0	201.230.956
Gefahrenabwehr in originärer Zuständigkeit	2021	202.211.410	0	202.211.410

	2022	2021
Menge: Ergebnis der Standardabfrage aus PO-LIKS	130.118	120.526
Kosten je ME in €	1.546,53	1.677,74
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,71	8,07
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	5.560,17	6.667,99
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Wahrnehmung von Aufgaben durch die Polizei, die in deren originärer Zuständigkeit liegen

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Fachspezifische Informationen

	Ist 2022	Ist 2021
Gesamtzahl der Einsätze im FuwED	780.426	757.316
davon in den Dienstgruppen	116.277	116.366

Reaktionszeiten im Funkwageneinsatzdienst

Jahr	Reaktionsklasse	R1	R2	R3	R4	R5	R6	R7	Summe
		<=5	<=10	<=15	<=20	<=25	<=30	>30	Alle
2022	Gesamtanzahl	6.142	104.875	80.113	57.195	43.721	33.166	127.052	482.264
	Prozent-Anteil an Gesamt	7,49	21,75	16,61	11,86	9,07	6,88	26,34	100
2021	Gesamtanzahl	34.320	99.835	78.701	57.677	43.869	33.098	118.975	466.475
	Prozent-Anteil an Gesamt	7,36	21,4	16,87	12,36	9,4	7,1	25,51	100

Erläuterungen:
FuwED = Funkwageneinsatzdienst
R = Reaktionszeitklasse
Die Reaktionszeitklassen werden von der Annahme des Auftrags in der Einsatzleitzentrale bis zum Eintreffen der ersten dem Einsatz zugeordneten Polizeikräfte vor Ort ermittelt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004846	2022	67.302.608	0	67.302.608
Gefahrenabwehr in subsidiärer Zuständigkeit	2021	64.349.612	0	64.349.612

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78270	2022	65.776.221	0	65.776.221
Gefahrenabwehr in subsidiärer Zuständigkeit	2021	62.802.239	0	62.802.239

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

	2022	2021
Menge: Ergebnis der Standardabfrage aus POLIKS	126.765	116.733
Kosten je ME in €	518,88	538,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,52	2,51
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	-5,00	120,00
Kostendeckungsgrad in %	-0,00	0,00

Wahrnehmung von Aufgaben durch die Berliner Polizei, sofern die primär zuständige Ordnungsbehörde dazu nicht in der Lage ist

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004848	2022	139.272.617	0	139.272.617
Verkehrsunfallbekämpfung	2021	149.011.398	0	149.011.398

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78272	2022	138.732.577	0	138.732.577
Verkehrsunfallbekämpfung	2021	148.985.920	0	148.985.920

	2022	2021
Menge: Verkehrsunfälle	131.321	128.225
Kosten je ME in €	1.056,44	1.161,91
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,32	5,95
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	80,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Repressive Maßnahmen und ermittelnde Tätigkeiten im Rahmen des Gesetzesvollzuges zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Straßenverkehr (Generalprävention)

	Ist 2022	**Ist 2021**
Anzahl Verkehrssonderkontrollen	10.824	10.250
Anzahl Geschwindigkeitseinsätze mit Verkehrsradargeräten und Lasermessgeräten	7.297	7.731

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004849	2022	33.696.355	0	33.696.355
Verkehrsunfallprävention	2021	42.145.887	0	42.145.887

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78273	2022	33.696.355	0	33.696.355
Verkehrsunfallprävention	2021	42.145.887	0	42.145.887

	2022	2021
Menge: Anzahl der Verkehrssicherheitsberatungen/-beschulungen	13.463	8.847
Kosten je ME in €	2.502,89	4.763,86
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,29	1,68
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Verkehrsunfallprävention ist die anlassbezogene Verkehrssicherheitsberatung sowie -beschulung von relevanten Zielgruppen, das Mitwirken bei der Verkehrsraumgestaltung und das Durchführen der Unfallauswertung

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001113 Service PolBln

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	114.844.624	106.368.342	+7,97
Kostenträger	6	Sachkosten	291.281	228.880	+27,26
davon		Transferkosten	540	896	-39,74
Produkte	6	Verrechnungskosten	1.627.171	1.439.450	+13,04
MGF	0	kalkulatorische Kosten	46.500.918	43.121.973	+7,84
Projekte	0	Gemeinkosten	45.071.323	47.343.455	-4,80
		Summe Verwaltungskosten	208.335.857	198.502.996	+4,95
		Transfers	86.125.367	86.083.336	+0,05
		Gesamtsumme	294.461.224	284.586.332	+3,47

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005198	2022	207.985.471	0	207.985.471
Aus- und Fortbildung	2021	198.127.200	0	198.127.200

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80708	2022	75.625.165	0	75.625.165
Ausbildung mittlerer Polizeivollzugsdienst	2021	75.896.650	0	75.896.650

	2022	2021
Menge: Anzahl der Polizeischüler/innen im Monat	14.880	14.491
Kosten je ME in €	5.082,34	5.237,50
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	25,68	26,67
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	896,07
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das Produkt bildet alle in Zusammenhang mit der Ausbildung zum mittleren Polizeivollzugsdienst anfallenden Kosten ab, d.h. einerseits die originären Kosten, wie Personalkosten der Polizeischüler/innen und deren Heilfürsorgekosten, andererseits die Ausbildungskosten selbst, die für die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten für die Berufsanfänger/innen anfallen.

Fachspezifische Informationen

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80709	2022	108.801.509	0	108.801.509
Ausbildung gehobener Polizeivollzugsdienst	2021	96.266.544	0	96.266.544

	2022	2021
Menge: Anzahl der Polizeischüler/innen im Monat	21.873	20.874
Kosten je ME in €	4.974,24	4.611,79
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	36,95	33,83
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	187,91
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das Produkt bildet alle in Zusammenhang mit der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst anfallenden Kosten ab, d.h. einerseits die originären Kosten, wie Personalkosten der Anwärter/innen und, andererseits die Ausbildungskosten selbst, die für die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten für die Berufsanfänger/innen anfallen.

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80710	2022	21.182.153	0	21.182.153
Fachliche Fort- und Weiterbildung	2021	23.507.654	0	23.507.654

	2022	2021
Menge: Unterrichtseinheit je Teilnehmer/in	386.318	294.354
Kosten je ME in €	54,83	79,86
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,19	8,26
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	540,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten berufsspezifischer Themenfelder vorher festgelegter Zielgruppen

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0532 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Landespolizeidirektion (LPD).

Zur LPD gehören der Leitungsbereich, die Stabsbereiche 1 -6, der Informations- und Sicherheitsverantwortliche (IFSV), das LPD Einsatzleit- und Lagezentrum (LPD ELZ), die Direktionen 1 – 5 (Dir 1-5), die Direktion Einsatz/Verkehr (Dir E/V) mit der Bußgeldstelle und die Direktion Zentrale Sonderdienste (Dir ZeSo).

Die LPD ist dabei wie folgt organisiert:

Leitungsebene
LPD Stab mit den Stabsbereichen
LPD Stab Leitungsbüro
LPD St 1 – Besondere Einsatzanlässe/Täglicher Dienst/Kriminalitätsbekämpfung/Verkehr
LPD St 2 - Information und Kommunikation/Datenverarbeitung/Kraftfahrzeugwesen/Waffen und Geräte
LPD St 3 – Personalentwicklung/Personaleinsatz/Personalsteuerung/Disziplinarangelegenheiten/Beschwerden/Strafanträge
LPD St 4 - Presse und Öffentlichkeitsarbeit/Interkulturelle Aufgaben/Jugendbeauftragte/Diversion/Integrative Prävention/Opferschutz/Häusliche Gewalt/Verkehrsunfallprävention
LPD St 5 – Haushalt/Kosten- und Leistungsrechnung/Versorgung und Liegenschaften/Büroleitung
LPD St 6 – Veranstaltungen/Versammlungen
LPD St IFSV – Informations- und Sicherheitsverantwortlicher
LPD ELZ – Einsatzleit- und Lagezentrum

Direktionen
Direktion 1 (Nord)
Direktion 2 (West)
Direktion 3 (Ost)
Direktion 4 (Süd)
Direktion 5 (City)
Direktion E/V
Direktion ZeSo

Die Direktionen 1- 5 haben in den Grenzen ihrer Verwaltungsbezirke Aufgaben zu erfüllen, die der Polizei Berlin aufgrund von Rechtsvorschriften übertragen worden sind. Dazu gehören:

1. Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die unaufschiebbar notwendig erscheinen (§ 1 Abs. 1 und 3 sowie § 5 Abs. 1 i. V. mit § 4 ASOG),
2. Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, soweit sie der Polizei durch Rechtsvorschriften übertragen sind (§ 1 Abs. 2 ASOG),
3. Erfüllung der Ordnungsaufgaben, die der Polizei Berlin nach Nr. 23 des Zuständigkeitskatalogs Ordnungsaufgaben zugewiesen sind,
4. Vollzugshilfe für andere Berliner Behörden durch Anwendung unmittelbaren Zwangs (§ 1 Abs. 5 ASOG).

Diese Aufgaben erfüllen die Direktionen 1-5 durch ihre Direktionsleitungen, ihre Stäbe 1-5, den Führungsunterstützungen, den Informations- und Sicherheitsverantwortlichen, den Gliederungseinheiten Kriminalitätsbekämpfung und den Abschnitten.

Die Direktion E/V hat berlinweit zusätzlich zu den o.a. Aufgaben 1. bis 4. noch folgende Aufgabe:

5. Länderübergreifende Unterstützungseinsätze gem. Art. 35 Abs. 2 und 3, Art. 91 Abs. 1 und 2 sowie Art. 115 f Abs. 1 Nr. 2 GG.

Ihre Aufgaben erfüllt die Direktion E/V mit ihrer Direktionsleitung, dem Stab mit den Stabsbereichen 1-5, der Führungsunterstützung, der Bußgeldstelle, dem Informations- und Sicherheitsverantwortlichen sowie den Referaten Wasserschutzpolizei, Zentraler Verkehrsdienst und Begleitschutz, Hubschrauberstaffel sowie der Bereitschaftspolizei des Landes Berlin mit drei Abteilungen einschließlich der Zentralen Diensthundeführereinheit mit ihren besonderen Einsatzformen und –mitteln.

Die Direktion ZeSo hat berlinweit folgenden Aufgaben:

1. Objektschutz für Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung (z.B. Botschaften, Institutionen mit Hauptstadtbezug),
2. Gewährleistung des polizeilichen Gefangenenwesens.

Diese Aufgaben erfüllt die Direktion ZeSo mit ihrer Direktionsleitung, dem Stab mit den Stabsbereichen 1-3 und 5, der Führungsunterstützung, dem Informations- und Sicherheitsverantwortlichen sowie den Referaten Zentraler Objektschutz und dem Gefangenenwesen.

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11151	**042**	**Gebühren nach der Gebührenordnung für die Benutzung polizeilicher Einrichtungen**	**14.200.000**	**14.200.000**	**10.520.000**	**11.339.705,13**

Einnahmen nach der Gebührenordnung für die Benutzung polizeilicher Einrichtungen, insbesondere im Zusammenhang mit Kfz-Umsetzungen und –Sicherstellungen, dem Transport hilfloser Personen sowie Überfall- und Einbruchmeldeanlagen.
Die Gebührensätze wurden auf Grundlage der Personalbedarfs- und Arbeitsplatzkostenberechnung sowie der Ausschreibungsergebnisse für Gefahrenstellen- und Türsicherungen bzw. für Umsetzungen und Sicherstellungen von Fahrzeugen ermittelt.
Mehr infolge gestiegener Fallzahlen und höherer Gebühren im Einzelfall.

11201	**042**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**78.500.000**	**84.200.000**	**80.983.000**	**75.477.493,03**

Einnahmen aus Geldbußen aufgrund des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit landesrechtlichen und bundesrechtlichen Gesetzen und Verordnungen, nach denen Zuwiderhandlungen als Ordnungswidrigkeiten mit Verwarnungsgeld und Geldbußen geahndet werden sowie aus Verwarnungs- und Zwangsgeldern.
In Anpassung an die Einnahmeentwicklung weniger in 2024 gegenüber 2023.
Mehr in 2025 aufgrund steigender Fallzahlen (insbesondere BOWI-Verfahren) infolge der Anschaffung weiterer AVÜK-Anlagen sowie Geschwindigkeitsmessanhänger und der daraus resultierenden Einnahmeentwicklung.

11903	**042**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.600.000**	**1.600.000**	**891.000**	**1.809.282,12**

Ersatz bei Beschädigung von Landeseigentum und Erfüllung übergegangener Schadensersatzansprüche.
Die hohen Ist-Einnahmen 2022 resultieren aus wenigen Einzelfällen mit überdurchschnittlichen Schadenssummen.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

11909	**042**	**Verwertungen**	**300.000**	**300.000**	**130.000**	**325.537,88**

Einnahmen aus der Versteigerung bzw. Verwertung von Geräten, sonstigen Gegenständen und Fahrzeugen.
Die hohen Ist-Einnahmen 2022 resultieren aus überdurchschnittlich hohen Einzelfällen in Zusammenhang mit der Verwertung von Gegenständen und Fahrzeugen.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

11979	**042**	**Verschiedene Einnahmen**	**70.000**	**70.000**	**8.000**	**84.949,80**

Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

12504	**042**	**Erlöse für Dienstleistungen**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**299.319,09**

Einnahmen aus dem „Erlass über Leistungen der Polizei außerhalb ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben (Entgelterlass)“ und aus dem Begleitschutz von Geldtransporten.

23103	**042**	**Ersatz von Personalausgaben durch den Bund bei Abordnungen und Versetzungen**	**20.000**	**20.000**	**100.000**	**—**

Einnahmen aus der Kostenerstattung des Bundes für Abordnungen und Versetzungen und für Unterstützungskräfte.
In 2022 erfolgten keine Entsendungen von Unterstützungskräften zum Bund. Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der letzten Jahre.

23203	**042**	**Ersatz von Personalausgaben durch die Länder bei Abordnungen und Versetzungen**	**1.500.000**	**1.500.000**	**609.000**	**3.216.384,10**

Einnahmen aus der Kostenerstattung der Länder für Abordnungen und Versetzungen und für Unterstützungskräfte.
Die Entsendung von Unterstützungskräften ist stark abhängig von eigenen Einsatzlagen Berlins. Grundsätzlich ist eine steigende Anzahl an Entsendungen von Unterstützungskräften an die Länder zu verzeichnen.
Die einmalig hohen Ist-Einnahmen 2022 sind jedoch für die Folgejahre nicht repräsentativ.

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
23211	**042**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**10.000**	**10.000**	**17.300**	**5.976,32**

Erstattungsfähige Kosten der Amtshilfe bei Abschiebungen.
Das niedrige Ist 2022 resultiert aus geringeren Fallzahlen.

28101	**042**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erstattung von Haftkosten.
In 2022 erfolgte keine Erstattung von Haftkosten.

28290	**042**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0532/54690.

Zuwendungen werden erwartet für Präventionsveranstaltungen.

Gesamteinnahmen	**96.502.000**	**102.202.000**	**93.560.300**	**92.558.647,47**
Prozentuale Veränderung	**3,1 %**	**5,9 %**		

Ausgaben

42201	**042**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**787.287.000**	**818.779.000**	**752.902.000**	**737.973.600,79**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte:	35.000 €	35.000 €	37.000 €	14.394,05 €
Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (§ 5 LBesG der aktuellen Fassung)				

42801	**042**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**127.991.000**	**133.413.000**	**120.950.000**	**118.542.650,58**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte:	300 €	300 €	500 €	0 €
Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (analog § 5 LBesG der aktuellen Fassung)				

42811	**042**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.964.000**	**5.163.000**	**1.130.000**	**169.028,65**
51101	**042**	**Geschäftsbedarf**	**5.616.000**	**5.616.000**	**5.116.000**	**5.595.396,43**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024/2025	Ist 2022
Allgemeiner Geschäftsbedarf	510.700 €	624.709,43 €
Aufwandsentschädigungen	5.200 €	7.719,11 €
Geschäftsbedarf Bürotechnik	20.000 €	28.067,51 €
Bücher, Zeitschriften	58.200 €	33.847,45 €
Postgebühren	273.900 €	345.669,10 €
Postgebühren Bußgeldstelle	4.748.000 €	4.553.051,43 €
Ausgaben für Schutzsuchende aus der Ukraine	0 €	2.332,40 €
	5.616.000 €	5.595.396,43 €

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51131	**042**	**Bekleidung, Wäsche**	**22.000**	**22.000**	**20.800**	**45.420,06**

Beschaffung von Einwegdecken für die Polizeigewahrsame und Bereitstellung von Bekleidung (Schuhe, Hosen, Oberteile) für das Referat Gefangenenwesen als Ersatz für sichergestellte oder beschlagnahmte Bekleidung der Beschuldigten.
Die hohen Ist Ausgaben in 2022 sind zur Bildung von Einnahmeerwartungen in Folgejahren nicht repräsentativ, dennoch mehr in Anpassung an die gestiegenen Preise bedingt durch die hohe Inflation.

51133	**042**	**Erwerb von Tieren**	**22.000**	**22.000**	**10.000**	**7.700,00**

Aufwendungen für die (Ersatz-)beschaffung von Diensthunden.
Höhere Ausgaben werden erwartet für mehr Neukäufe aufgrund zusätzlichen Personals und infolge vermehrt anstehender Aussonderungen aufgrund des Dienstalters sowie wegen der starken Preissteigerungen beim Kauf von Neuhunden.

51140	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**3.000.000**	**2.600.000**	**2.625.000**	**2.057.436,83**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	100.000	100.000	100.000
VE Plan 2023	242.000	242.000	242.000

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024	2025	Ist 2022
Waffen- und Einsatzgeräte	1.352.000 €	987.000 €	878.624,07 €
Fernmeldeanlagen, Drahtlose Anlagen	300.000 €	300.000 €	266.063,49 €
Unterkunftsausstattungen / Mobiliar	1.339.000 €	1.304.000 €	890.788,25 €
Kriminaltechnische Geräte	9.000 €	9.000 €	8.901,62 €
Pandemiebedingte Ausgaben	0 €	0 €	11.058,47 €
Ausgaben für Schutzsuchende aus der Ukraine	0 €	0 €	2.000,93 €
	3.000.000 €	2.600.000 €	2.057.436,83 €

Erhöhte Ausgaben werden erwartet für die Betriebskosten und Wartungsverträge für die zusätzlich beschafften AVÜK-Anlagen und Geschwindigkeitsmessanhänger. Ferner erhöhte Ausgaben für die Neubeschaffung von Dienstfahrrädern sowie höhere Wartungskosten für die bereits beschafften. Des Weiteren notwendige Ersatzbeschaffungen im Bereich Unterkunftsausstattung, insbesondere für ergonomisches Mobiliar im Rahmen des Arbeitsschutzes und des Gesundheitsmanagements aufgrund ärztlicher Atteste.

51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	
		Siehe Maßnahmegruppe 32	

51185	**042**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	
		Siehe Maßnahmegruppe 32	

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51403	**042**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**10.178.000**	**10.178.000**	**8.178.000**	**10.928.000,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**21.414.000**	**30.534.000**
Davon fällig 2025	**5.118.000**	
Davon fällig 2026	**6.118.000**	**10.178.000**
Davon fällig 2027	**10.178.000**	**10.178.000**
Davon fällig 2028	**—**	**10.178.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	5.060.000	5.060.000	4.060.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Treibstoffe und Öle sowie Wartungs-, Reparatur- und Ersatzteilkosten für Polizeifahrzeuge und -boote.
Die hohen Ist-Ausgaben 2022 sowie der höhere Bedarf ab 2024 zum Ansatz 2023 sind zurückzuführen auf die stark gestiegenen Preise für Treibstoffe und Öle sowie für die Wartung und Instandsetzung der Polizeifahrzeuge und -boote bedingt durch die hohe Inflation und erhöhten Kosten für Ersatzteile.

51408	**042**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**342.000**	**342.000**	**1.008.000**	**221.417,65**

Ausgaben zur Beschaffung von Dienstkleidung und Arbeitsschutzbekleidung außerhalb der Kontenwirtschaft, für die Erstattung von Auslagen für die online im elektronischen Warenhaus beschafften Dienstkleidungsstücke (auch für die Ausstattung der Fahrradstreifen) sowie Ausgaben für Schutzbekleidung und Arbeitsschutzartikel.

Weniger, da der Ansatz 2023 einen Anteil von 500.000 € ausschließlich für Zwecke der Pandemiebekämpfung, hier insbesondere für Mundschutz (FFP2 Masken) enthielt, der nicht mehr erforderlich ist.
Mehr im Vergleich zum Ist 2022 aufgrund der Verdreifachung der Fahrradstreifen und der in diesem Zusammenhang erforderlichen Beschaffung von Fahrradbekleidung. Zudem ist für die bereits vorhandenen Mitarbeitenden der Fahrradstaffel, Fahrradstreifen und Verkehrssicherheitsberatenden ein Kontingent an Fahrradbekleidung für Ersatzausstattungen vorzuhalten.

51420	**042**	**Beköstigung**	**467.000**	**467.000**	**867.000**	**403.433,43**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**754.000**	**694.000**
Davon fällig 2025	**227.000**	
Davon fällig 2026	**227.000**	**227.000**
Davon fällig 2027	**300.000**	**167.000**
Davon fällig 2028	**—**	**300.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	317.000	140.000	140.000
VE Plan 2023*	100.000	100.000	100.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Bereitstellung von Sachleistungen bei Einsätzen, insbesondere Einsatzverpflegung sowie Verpflegung der Insassen des Polizeigewahrsams Tempelhof und der Gefangenensammelstellen.

Weniger, da der Ansatz in 2023 einen Anteil von 400.000 € ausschließlich für Zwecke der Pandemiebekämpfung enthielt, der nicht mehr erforderlich ist.
Mehr im Vergleich zum Ist 2022, da aufgrund des neuen Vertrages zur Einsatzverpflegung hohe Preissteigerungen eingetreten sind und sich zudem die Verpflegungskosten für Einsatzkräfte in Hotels erhöht haben.

51429	**042**	**Verbrauchsmittel für Bewaffnung und Einsatzgerät**	**333.000**	**333.000**	**333.000**	**331.315,28**

Ausgaben für Patronen für Reizstoffsprühgeräte, Schießstandmaterial für die örtlichen Direktionen und die Dir E/V, Drogenschnelltests und Alkotestmaterial sowie Material zur Reparatur von Waffen und Einsatzgeräten.

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51432	**042**	**Film- und Fotomaterial, Ton- und Videobänder**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Die Ausgaben fallen künftig weg.				
51433	**042**	**Laborbedarf und kriminaltechnisches Verbrauchsmaterial**	**200.000**	**200.000**	**224.000**	**197.923,16**

Ausgaben für Spurensicherungsmaterial im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51479	**042**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**22.000**	**22.000**	**18.500**	**21.173,98**

Einweggeschirr und Verpackungsmaterial für die Verpflegung der Einsatzkräfte und der Gewahrsamsinsassen.
Mehr wegen des Verbots der Nutzung von Plastikbesteck und –geschirr. Die Alternativen aus Holz sind kostenintensiver und aufgrund der hohen Inflation und gestiegener Kosten (Material- und Energiekosten) im Rahmen der Herstellung zusätzlich im Preis gestiegen.

51803	**042**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**3.000**	**3.000**	**240.000**	**80,44**

Miete für Kopiergeräte.
Weniger, da die bisher hier verbuchten Mieten für Kopiergeräte bereits seit 2022 bei 2552/51813/000 nachgewiesen werden.

52501	**042**	**Aus- und Fortbildung**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**120.373,11**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**330.000**	**330.000**		
		Davon fällig 2025	**110.000**			
		Davon fällig 2026	**110.000**	**110.000**		
		Davon fällig 2027	**110.000**	**110.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**110.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	100.000	100.000	100.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Teilnahmegebühren für Aus- und Fortbildung bei externen Fortbildungsträgern, insbesondere für die Bundespolizeiakademie Lübeck und die Wasserschutzpolizeischule Hamburg sowie der Deutschen Hochschule der Polizei.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin – Landespolizeidirektion
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte und insbesondere Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen verfügen über die gleichen Möglichkeiten, im Rahmen ihrer Tätigkeiten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese auch für ihren Aufstieg zu nutzen.
Steuerungsmaßnahmen	Bei der Planung und Durchführung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden genderpolitische Aspekte (z.B. Schulungszeiten auch geeignet für Teilzeitkräfte) berücksichtigt.

52502	**042**	**Sport**	**16.200**	**16.200**	**26.200**	**8.101,74**

Ausgaben für den dezentralen Gesundheits- und Präventionssport.
Gegenüber dem geringen Ist 2022 werden höhere Ausgaben erwartet für zwingend notwendige Ersatzbeschaffungen von Sportgeräten (Verschleiß/Unfallschutz). Insgesamt weniger in Anpassung an den durchschnittlichen Bedarf.

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52512	**042**	**Verkehrserziehung**	**240.000**	**340.000**	**440.000**	**202.078,31**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	200.000	200.000	0

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Die Mittel sind für Präventionsprojekte im Bereich der Verkehrsunfallprävention an Schulen innerhalb der gesetzlich eingeräumten Befugnisse hinsichtlich der polizeilichen Präventionsarbeit, hier insbesondere auch für die situative/situationsbezogene Prävention einzusetzen.

Das niedrige Ist 2022 ist auf eine Umverteilung der Mittel zugunsten eines für die Umsetzung des Verkehrsunfallpräventionskonzeptes der Landespolizeidirektion zu beschaffenden Verkehrsunfallpräventionsfahrzeuges zurückzuführen und daher nicht repräsentativ.
Weniger ab 2024 in Anpassung an den derzeit prognostizierten Bedarf.

52601	**042**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**140.000**	**140.000**	**179.000**	**131.709,49**

Gerichts-, Notariats-, Gerichtsvollziehungs- und ähnliche Kosten.
Interne Verrechnungen an die Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 0641/0642 bzw. 0941/0942), jeweils Titel 11109.
Die Ausgaben sind nicht steuerbar, da die Anzahl der Fälle und die Höhe des Streitwertes für die Kosten maßgeblich sind. Die Ansatzbildung erfolgt in Anlehnung an die Ausgabeentwicklung der vergangenen Jahre.

52610	**042**	**Gutachten**	**3.385.000**	**3.385.000**	**3.015.000**	**2.997.850,84**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**8.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**2.000.000**		

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:
Entschädigungen für

	2024/2025	Ist 2022
Dolmetscher	1.350.000 €	1.226.901,58 €
Sachverständige / Gutachter	145.000 €	148.984,72 €
Sachverständige / Gutachter (Bußgeldstelle)	1.500.000 €	1.286.210,38 €
Zeugen	70.000 €	53.507,66 €
Auskunftsersuchen und Anschlussinhaberfeststellungen	320.000 €	282.246,50 €
	3.385.000 €	2.997.850,84 €

Mehr ab 2024 wegen neuer Rahmenverträge für die Erstellung der Gutachten und damit verbundenen höheren Kosten sowie der Steigerung der Fallzahlen in diesem Bereich und bei den Dolmetschern.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Mit den Mitteln wird keine spezielle Zielgruppe gefördert.
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**042**	**Dienstreisen**	**460.000**	**460.000**	**485.000**	**459.325,78**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts, Dienstreisen für Mitglieder der Personalvertretungen (§ 42 Abs. 3 PersVG), Dienstreisen zur Gefangenenüberführung, Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an Schulungseinrichtungen des Bundes und der Länder, des BKA, der LKÄ und anderer. Erstattung der Wegstreckenentschädigungen bei Alarmierungen der Bereitschaftspolizeivollzugsbeamten nach § 5 (2) BRKG bei Vorliegen eines erheblichen dienstlichen Interesses.

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus den folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024/2025	Ist 2022
Klimaschutzabgabe	2.000 €	0 €
Dienstreisen Gefangenenüberführung	210.000 €	216.755,47 €
Andere Dienstreisen/ Fahrgelder	171.000 €	172.095,23 €
Dienstreisen für Mitglieder Personalvertretungen	10.000 €	9.791,45 €
Dienstreisen für die Aus- und Fortbildung	67.000 €	60.683,63 €
	460.000 €	459.325,78 €

Der hohe Ansatz 2023 ist nicht repräsentativ für die Ansatzbildung, da er auf die verstärkten Dienstreisen zurückzuführen ist, welche in den Vorjahren pandemiebedingt ausgefallen sind.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin – Landespolizeidirektion
GB Zielsetzung	Geschlechtergerechte Möglichkeit zur Teilnahme an Dienstreisen bei fachlicher Notwendigkeit.
Steuerungsmaßnahmen	Berücksichtigung genderpolitischer Aspekte wie z.B. die Beseitigung von Hemmnissen aufgrund familienbezogener Aufgaben (z.B. Kinderbetreuung) von Dienstkräften

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**042**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**10.000**	**10.000**	**23.800**	**6.492,63**

Ausgaben im Zusammenhang mit der dezentralen Präventionsarbeit.
Das geringe Ist 2022 ist vor allem auf pandemiebedingte Ausfälle von Präventionsveranstaltungen sowie einem restriktiven Verhalten der Dienststellen bei der Durchführung von Veranstaltungen, aufgrund der vorläufigen Haushaltswirtschaft zu Beginn des Haushaltsjahres 2022 zurückzuführen. Weniger in Anpassung an das Ist 2022, da zur Erbringung von Einsparungen weiterhin ein restriktives Verhalten erforderlich ist.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger sowie potentielle Nachwuchskräfte
GB Zielsetzung	Geschlechterunabhängige Informationsübermittlung
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei den verschiedenen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigt werden.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54002	**042**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**10.000**	**10.000**	**19.800**	**8.308,53**

Ausgaben im Rahmen des dezentralen Gesundheitsmanagements.
Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung der vergangenen Jahre.

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**042**	**Dienstleistungen**	**13.000.000**	**13.000.000**	**7.883.000**	**9.928.959,65**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**52.000.000**	**52.000.000**
	Davon fällig 2025	**13.000.000**	
	Davon fällig 2026	**13.000.000**	**13.000.000**
	Davon fällig 2027	**13.000.000**	**13.000.000**
	Davon fällig 2028	**13.000.000**	**13.000.000**
	Davon fällig 2029	**—**	**13.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	3.783.000	3.783.000	3.783.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme und Veränderung der Jahresscheiben erwartet.

Lohnaufträge an Dritte/Dienstleistungen von Dritten.

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024/2025	Ist 2022
Sicherstellung von Fahrzeugen	2.000.000 €	1.670.164,09 €
Umsetzung von Fahrzeugen	10.990.000 €	8.242.557,66 €
Sicherungsmaßnahmen im Rahmen von Demonstrationen	10.000 €	16.237,90 €
	13.000.000 €	9.928.959,65 €

Wesentlich höhere Ausgaben werden ab 2024 erwartet aufgrund gestiegener Fallzahlen sowie erheblich gestiegener Transportkosten im Einzelfall. In 2024 ist der Abschluss neuer Rahmenverträge erforderlich.

54011	**042**	**Überführungen, Überstellungen**	**500.000**	**500.000**	**375.000**	**651.318,98**

Für Häftlingsüberführungen, Abschiebungen und Rückführungen einschließlich eventueller Passersatzkosten.

Mehr in Anpassung an das Ist 2022 infolge höherer Fallzahlen sowie einem starken Preisanstieg bei den Charterflügen und den Verpflegungskosten für die zu überführenden/überstellenden Personen.

54012	**042**	**Ersatzvornahmen**	**1.520.000**	**1.550.000**	**1.249.000**	**1.439.798,99**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**6.200.000**	**6.200.000**
	Davon fällig 2025	**1.550.000**	
	Davon fällig 2026	**1.550.000**	**1.550.000**
	Davon fällig 2027	**1.550.000**	**1.550.000**
	Davon fällig 2028	**1.550.000**	**1.550.000**
	Davon fällig 2029	**—**	**1.550.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen*	850.000	850.000	0
VE Plan 2023*	250.000	250.000	250.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Ersatzvornahmen aufgrund des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und unmittelbare Ausführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr durch Beauftragte nach § 15 ASOG.

Mehr in Anpassung an das Ist 2022 infolge gestiegener Kosten für Ersatzvornahmen im Einzelfall infolge des erforderlichen Abschlusses neuer Verträge.

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54034	**042**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	**5.511,26**

Schadensersatzforderungen von Dritten bis 200 € im Einzelfall.

Die Ausgaben sind abhängig von den Fallzahlen und nicht steuerbar. Die Ist-Ausgaben 2022 sind im Vergleich zu der Ausgabenentwicklung der vergangenen Jahre nicht repräsentativ.

54039	**042**	**Haltung von Tieren**	**210.000**	**210.000**	**210.000**	**212.766,81**

Für aktive und ausgesonderte Diensthunde entstehen Aufwendungen für Futterkosten sowie Reinigung, Versorgung und Pflege, veterinärmedizinischer Bedarf und Betreuung (Medikamente, tierärztliche Leistungen) sowie Aufwendungen für aktive Diensthunde für Ausrüstungen, Übungs- und Stallgeräte.

54053	**042**	**Veranstaltungen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**706,98**

Ausgaben für die Ausrichtung von Veranstaltungen und die jährliche Durchführung von Vergleichsübungen der Bereitschaftspolizeiabteilungen.

Das geringe Ist 2022 ist vor allem auf pandemiebedingte Ausfälle von Veranstaltungen und dem restriktiven Verhalten der Dienststellen bei der Durchführung, aufgrund der vorläufigen Haushaltswirtschaft zu Beginn des Haushaltsjahres 2022 zurückzuführen.

54079	**042**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.000**	**5.000**	**7.000**	**4.749,24**

Ausgaben der Obergruppe 51 bis 54 von weniger als 1.000 € je Einzelzweck.

Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

54690	**042**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**322,20** **R 5.167,32**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 0532/28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

63102	**042**	**Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen und Versetzungen**	**200.000**	**200.000**	**1.649.000**	**406.266,65**

Erstattungsleistungen, insbesondere an die Bundespolizei für Unterstützungskräfte.

Der Ansatz 2023 enthält anteilige Ausgaben ausschließlich für Zwecke der Pandemiebekämpfung, die ab 2024 nicht mehr benötigt werden. Aus diesem Grund weniger ab 2024 gegenüber dem Ansatz 2023.
Die Ausgaben sind nicht steuerbar. Das Ist 2022 ist nicht repräsentativ für die Ansatzbildung, da die Ausgaben nicht steuerbar sind. Bei der Ansatzbildung wurden die Durchschnittswerte der letzten Jahre zugrunde gelegt.

63107	**042**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**297.272,96**

Ausgaben für den Einsatz des gemeinsamen Hubschraubers Bund - Berlin gemäß Vertrag.
Die Ausgaben sind nicht steuerbar. Die Ansätze sind aufgrund von Durchschnittswerten der letzten Jahre gebildet worden.

63202	**042**	**Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen**	**2.600.000**	**2.600.000**	**4.050.000**	**5.842.146,91**

Erstattungsleistungen an andere Bundesländer, insbesondere für Unterstützungseinsätze.

Das hohe Ist 2022 resultiert aus einer hohen Anforderung von Unterstützungskräften der Länder. Diese Ausgaben sind nicht steuerbar.
Der Ansatz 2023 enthält anteilige Ausgaben ausschließlich für Zwecke der Pandemiebekämpfung (hier für den Einsatz von Länderpolizeieinheiten im Rahmen von Demonstrationen), die ab 2024 nicht mehr benötigt werden.
Die Ansätze sind aufgrund der Durchschnittswerte der letzten Jahre gebildet worden.

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63203	**042**	**Ersatz von Ausgaben an Länder**	**1.000**	**1.000**	**365.000**	**—**

Erstattungsleistungen an andere Bundesländer, hier die Erstattung des Haftkostensatzes an Brandenburg für das per Verwaltungsvereinbarung über die Unterbringung von Abschiebungshäftlingen vereinbarte Haftplatzkontingent.

Die Verwaltungsvereinbarung mit der Einrichtung in Eisenhüttenstadt ist zwar weiterhin in Kraft, es ist jedoch davon auszugehen, dass das darin vereinbarte Haftplatzkontingent wie in 2022 nicht in Anspruch genommen wird.

63207	**042**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**196.000**	**197.000**	**422.000**	**409.980,59**

Ausgaben für den Anteil Berlins an den Kosten der Wasserschutzpolizeischule Hamburg.

81213 (neu)	**042**	**Mobile Sperren**	**6.647.000**	**—**		

Beschaffung von mobilen Sperren für den Schutz von Versammlungen und Veranstaltungen. Im Hinblick auf die Verhinderung des unberechtigten Einfahrens in den Veranstaltungsbereich ist ein geeigneter mobiler Zufahrtschutz notwendig. Die veralteten und teilweise nicht mehr einsatzfähigen Indutainer (wassergefüllte Behälter) sollen ersetzt werden durch Pitagonen und Oktablöcke.

81230 (neu)	**042**	**Drohnen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81233 (neu)	**042**	**Verkehrsunfallprävention**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**1.850.000**	**1.850.000**	**1.850.000**	**748.971,10**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.850.000**	**1.850.000**		
		Davon fällig 2025	**1.850.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.850.000**		

2024
Erneuerung des Gerätebestandes

Erneuerung AVÜK-Anlagen	370.000 €
Elektronische Radlastwaage (Dir E/V)	10.000 €
2 gerichtsverwertbare Alkomaten (Dir ZeSo)	14.000 €
Austausch von Waffenschließfachanlagen	105.000 €
Fototechnik (Dir 5)	29.000 €

Erweiterung des Gerätebestandes

Kombigerät Schere/Spreizer (Dir E/V)	15.000 €
Absturz- und Auffangsicherungen (Dir E/V)	50.000 €
3 Geschwindigkeitsmessanhänger (EFT)	540.000 €
1 Selectric-Anlage DCN-Box (Dir E/V)	130.000 €
1 VDO DSRC Enforcement Kit (Auslesung von digitalen Fahrtenschreibern)	10.000 €
2 Powerstationen mobile Stromversorgung (Dir E/V)	8.000 €
Ausstattung Fahrradstaffel und örtliche Fahrradstreifen (LPD)	430.000 €
2 x Diagnosetechnik Güter-Personenverkehr (Dir E/V)	19.000 €
Motorradhelme mit kabelloser Übertragungstechnik (Dir E/V)	50.000 €
Radaranlagen für Boote (Dir E/V)	70.000 €
Gesamt:	**1.850.000 €**

2025
Erneuerung des Gerätebestandes

Erneuerung AVÜK-Anlagen	370.000 €
2 gerichtsverwertbare Alkomaten (Dir ZeSo)	14.000 €
Austausch Waffenschließfachanlagen	245.000 €
Erneuerung Fototechnik	15.000 €

Erweiterung des Gerätebestandes

3 Geschwindigkeitsmessanhänger (EFT)	540.000 €
2 Powerstationen für mobile Stromversorgung	8.000 €
Ausstattung Fahrradstaffel und örtliche Fahrradstreifen (LPD)	420.000 €
Kehrmaschine (Dir E/V)	20.000 €
Absturz- und Auffangsicherungen (Dir E/V)	53.000 €
1 VDO DSRC Enforcement Kit (Auslesung von digitalen Fahrtenschreibern)	10.000 €
Motorradhelme mit kabelloser Übertragungstechnik (Dir E/V)	50.000 €
Radaranlagen für Boote (Dir E/V)	105.000 €
Gesamt:	**1.850.000 €**

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**39.000**	**39.000**	**69.800**	**39.188,09**

Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von verfahrensabhängigen IKT-Geräten und Zubehör, Beschaffung neuer Netzkomponenten und laufende Wartung des Bestandes.

Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

51185	**042**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**561.000**	**561.000**	**292.000**	**111.936,92**

Ausgaben für externe Dienstleistungen, Softwarepflege und Lizenzgebühren für die in der LPD eingesetzte verfahrensabhängige IK-Technik u.a. Monobildverfahren. Ab 2024 werden höhere Ausgaben erwartet infolge der Betriebskosten für die bereits vorhandenen und neu zu beschaffenden Bodycams.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**530.000**	**530.000**	**530.000**	**518.966,24**

Beschaffung von Papier, Tintenpatronen, Farbbändern, Datenträgern sowie sonstigem Geschäftsbedarf für die in der LPD eingesetzte verfahrensabhängige IK-Technik (Videodistanzanalyse /-auswertung zur Verkehrsunfallbekämpfung (TopView), Monobildverfahren, PELZ (Einsatzleitstellensoftware) etc..

81230 (neu)	**042**	**Drohnen**	**3.024.000**	**—**		

Beschaffung von Drohnenabwehrtechnik/Schulungs- und Einsatzdrohnen zur Abwehr von Gefahren aus dem Luftraum.
Die Drohnenabwehr erlangt bundesweit und international an Bedeutung für die Sicherung von Veranstaltungen und auch Staatsbesuchen. Das tatsächliche Gefahrenpotenzial durch missbräuchlich verwendete Drohnen ist bereits erheblich und potenziert sich für den Bereich der Terrorabwehr.
Geplant ist die Beschaffung von mobilen als auch stationären Systemen zur Detektion, Verifikation und Abwehr von Drohnen. Die hierfür benötigte Technik in Form von Jamming, Spoofing, Radar, Peilung, Akustik, Videoaufnahmen und Netzwerfern bildet in der Kombination die technischen Voraussetzungen zur Drohnenabwehr.

81233 (neu)	**042**	**Verkehrsunfallprävention**	**120.000**	**—**		

Beschaffung einer Lernsoftware für die Verkehrsunfallprävention.
Für die qualitativ erfolgreiche Umsetzung der Verkehrssicherheitskonzeption „Verkehrsunfallprävention der Polizei Berlin“, Teil 1 „Verkehr macht Schule“ und die darin beschriebenen Maßnahmen bedarf es der Anschaffung eines geeigneten, zeitgemäßen und modernen digitalen Lernprogramms. Das Programm ist der zentrale Baustein im Konzept und daher unabdingbar für die Unterstützung der Verkehrssicherheitsberatenden beim Verkehrsunterricht an Grundschulen. Sowohl die Ausrichtung des Lehrplanes, als alle anderen Folgemaßnahmen haben als Basis die Softwareanwendung. Dieses digitale Instrument ermöglicht in einem stadtweiten Rahmen individuell auf Unfallgefahren hinzuweisen und somit Kinderunfälle auf den Schulwegen zu vermeiden.
Maßnahme wurde bereits in 2023 begonnen.

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
81259	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**270.000**	**270.000**	**90.000**	**547.763,33**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

2024
Erneuerung des Gerätebestandes

Gehörschutz/Kommunikation (Dir E/V)	40.000 €
Video- Auswertetechnik zur Beweisdokumentation (Dir E/V)	137.000 €
30 Auswerte-Laptops für Sichtungstechnik TEAF (Dir E/V)	25.000 €
Beweismittelserver (Dir E/V)	15.000 €
1 Videokamera (Dir E/V)	20.000 €
Foto- und Videodokumentationstechnik (Dir 4)	9.000 €
Ortungstechnik (Dir 5)	24.000 €
Gesamt:	**270.000 €**

2025
Erneuerung des Gerätebestandes

Luftbildkamera (Dir E/V)	12.000 €
BeDo Video- Auswertetechnik (Dir E/V)	163.000 €
14 x PC gestützte Auswertetechnik (Dir E/V)	75.000 €
BOS Videoobservationsübertragungssystem (Dir 5)	20.000 €
Gesamt:	**270.000 €**

	Summe Maßnahmegruppe 32	**4.544.000**	**1.400.000**	**981.800**	**1.217.854,58**
	Gesamtausgaben	**976.357.200**	**1.003.410.200**	**917.229.900**	**901.595.444,61**
	Prozentuale Veränderung	**6,4 %**	**2,8 %**		

Abschluss Kapitel 0532

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**94.970.000**	**100.670.000**	**92.832.000**	**89.336.287,05**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.532.000**	**1.532.000**	**728.300**	**3.222.360,42**
	Gesamteinnahmen	**96.502.000**	**102.202.000**	**93.560.300**	**92.558.647,47**
411-462	**Personalausgaben**	**920.242.000**	**957.355.000**	**874.982.000**	**856.685.280,02**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**40.957.200**	**40.687.200**	**33.571.900**	**36.657.763,05**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**3.247.000**	**3.248.000**	**6.736.000**	**6.955.667,11**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**11.911.000**	**2.120.000**	**1.940.000**	**1.296.734,43**
	Gesamtausgaben	**976.357.200**	**1.003.410.200**	**917.229.900**	**901.595.444,61**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-879.855.200**	**-901.208.200**	**-823.669.600**	**-809.036.797,14**

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0543 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für alle Bereiche des Landeskriminalamtes.

Das Landeskriminalamt ist dabei wie folgt organisiert:

1 Leitungsebene
LKA Stab mit den Stabsbereichen
LKA St Leitungsbüro
LKA St 1 – Grundsatzangelegenheiten, Einsatz, Strategische Analysen
LKA St 2 – Informationstechnik/IT-Sicherheit/Führungs- und Einsatzmittel
LKA St 3 – Personal
LKA St 5 – Haushalt/Verwaltung
LKA St FuÜ – Controlling, Führungsunterstützung
LKA St ZSt Polizei 2020

2 Zentralstelle für Prävention
- Extremismusbeauftragte
- Beauftragte Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

LKA Präv 1 – Strategische Prävention
LKA Präv 2 – Delikts-/Verhaltensorientierte Prävention
LKA Präv 3 – Technische Prävention
LKA Präv 4 – Radikalisierungsprävention, Deradikalisierung

3 Abteilungen
LKA 1 – Delikte am Menschen
LKA 2 – Betrug
LKA 3 – Wirtschaftskriminalität, Korruption, Umwelt-/Verbraucherschutzdelikte, Polizeidelikte
LKA 4 – OK, Banden und qualifizierte Eigentumskriminalität, Rauschgiftdelikte
LKA 5 – Allgemeiner Polizeilicher Staatsschutz
LKA 6 – Operative Dienste
LKA 7 – Zentrum für Ermittlungsunterstützung, Auswertung und Cybercrime
LKA 8 – Islamistischer Extremismus/Terrorismus
LKA KTI – Kriminaltechnisches Institut

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11149	**042**	**Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz**	**200.000**	**200.000**	**166.000**	**198.457,05**

Gebühren für die Erteilung von Jagdscheinen.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

11153	**042**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**500.000**	**500.000**	**264.000**	**710.685,27**

Gebühren nach dem Waffengesetz. Es handelt sich um nicht steuerbare Einnahmen.
Das hohe Ist 2022 resultiert aus einer neuen Gebührenverordnung. Danach werden zusätzlich Gebühren für Zuverlässigkeitsüberprüfungen erhoben.

11201	**042**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**210.000**	**210.000**	**181.000**	**212.592,27**

Einnahmen aus Verwarnungs- und Zwangsgeldern. Die Einnahmen sind abhängig von den nicht steuerbaren Fallzahlen. Mehr in Anpassung an die Einnahmenentwicklung der letzten Jahre.

11903	**042**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**200.000**	**200.000**	**150.000**	**262.257,69**

Ersatz bei Beschädigung von Landeseigentum und Erfüllung übergegangener Schadensersatzansprüche.
Das einmalig hohe Ist 2022 ist nicht repräsentativ zur Bildung von Einnahmeerwartungen in Folgejahren, dennoch mehr in Anpassung an die durchschnittliche Einnahmenentwicklung der letzten Jahre.

11934	**042**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**2.300**	**2.300**	**2.300**	**47.788,07**

Einnahmen aus Verrechnung von Abschlagszahlungen im Rahmen des Zeugenschutzes sowie für Dienstreisen aus Vorjahren.
Das einmalig hohe Ist 2022 ist nicht repräsentativ zur Bildung von Einnahmeerwartungen in Folgejahren, da vermehrt Dienstreisen nachgeholt wurden, welche pandemiebedingt in den Vorjahren nicht durchgeführt werden konnten.

11979	**042**	**Verschiedene Einnahmen**	**37.000**	**37.000**	**37.000**	**4.607,10**

Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund.
Die Einnahmen sind nicht steuerbar. Die niedrigen Einnahmen in 2022 sind im Vergleich zu den Vorjahren nicht repräsentativ für die Bildung von Einnahmeerwartungen in den Folgejahren.

11981	**042**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**30.000**	**30.000**	**17.000**	**69.066,31**

Einnahmen aus dem Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Verbrauchsgütern. Das einmalig hohe Ist 2022 ist nicht repräsentativ zur Bildung von Einnahmeerwartungen in Folgejahren, dennoch mehr in Anpassung an die durchschnittliche Einnahmenentwicklung der letzten Jahre.

11990	**042**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**101.965,50**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54690.

Einnahmen aus der Erhebung der Jagdabgabe, welche nicht steuerbar sind. Gemäß Landesjagdgesetz Berlin sind diese Einnahmen direkt an die Stiftung Naturschutz Berlin abzuführen.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
23112	**042**	**Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke**	**400.000**	**400.000**	**280.000**	**1.025.872,60**

Erstattungen des Bundes zur Abgeltung der Leistungen, die Berlin im Zuge der Gefahrenabwehr zur Ermittlung, Bergung und Beseitigung von ehemals reichseigenen Kampfmitteln erbringt. Die von Berlin zu erbringenden Leistungen sind nicht steuerbar. Das hohe Ist 2022 ist in dem Maße nicht repräsentativ zur Bildung von Einnahmeerwartungen in Folgejahren, jedoch erfolgt eine Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

23190	**042**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**91.000**	**91.000**	**91.000**	**147.802,24**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 42890 i. H. v. 70.000 Euro und bei Titel 54690 i. H. v. 21.000 Euro.

Kostenerstattung des Bundes für Aufwendungen der Analytischen Task Force (ATF). Es werden Zuschüsse des Bundes für verschiedene Projekte erwartet. Die Einnahmen sind nicht steuerbar.

27102	**042**	**Ersatz von Ausgaben durch die EU**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ersatz von Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit der Durchführung von EU-Projekten.

27290	**042**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**8.128,27**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42290 und 54690.

Es werden Zuschüsse der EU für verschiedene Projekte erwartet.

28106	**042**	**Ersatz von Ausgaben für Dienst- und Sachleistungen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Ersatz von Ausgaben für Dienst- und Sachleistungen.

28290	**042**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**—**	**103.338,33**
		Gesamteinnahmen	**1.677.300**	**1.677.300**	**1.194.300**	**2.892.560,70**
		Prozentuale Veränderung	**40,4 %**	**—**		

Ausgaben

42201	**042**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**195.320.000**	**203.189.000**	**185.069.000**	**178.434.255,56**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte:				
Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (§ 5 LBesG der aktuellen Fassung)	35.000 €	35.000 €	40.000 €	15.878,02 €
Einkleidungsbeihilfen für Dienstkräfte des Personenschutzes (Erstausstattung 550 €, danach alle 3 Jahre 480 €);	44.000 €	48.000 €	47.000 €	36.422,00 €

42290	**042**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuschüsse der EU für Twinning-Projekte.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42701	**042**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**22.400**	**22.400**	**17.700**	**22.340,19**

Honorare nach dem „Honorarerlass“ der Senatsverwaltung für Inneres und Sport für die fachliche Fortbildung der Dienstkräfte und für freie Mitarbeiter der Polizei Berlin. Enthalten sind auch Ausgaben für Experten/-innen im Ruhestand.

42801	**042**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**53.341.000**	**56.415.000**	**47.422.000**	**45.344.290,08**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte:				
Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (analog § 5 LBesG der aktuellen Fassung)	1.000 €	1.000 €	1.000 €	301,80 €

42811	**042**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**164.000**	**171.000**	**2.000**	**—**
42890	**042**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**91.000**	**91.000**	**70.000**	**146.115,13 R 428,93**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Kostenerstattung vom Bund im Rahmen der Mitarbeit am Projekt „Analytische Task Force“ (ATF).

51101	**042**	**Geschäftsbedarf**	**273.000**	**273.000**	**273.000**	**347.514,14**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024/2025	Ist 2022
Allgemeiner Geschäftsbedarf	153.000 €	202.083,06 €
Sonstiges	1.000 €	389,72 €
Geschäftsbedarf Bürotechnik	9.000 €	9.009,16 €
Bücher, Zeitschriften	30.000 €	39.820,72 €
Postgebühren	80.000 €	96.211,48 €
	273.000 €	347.514,14€

Das hohe Ist 2022 ist nicht repräsentativ für die Ansatzbildung in den Folgejahren. Aufgrund restriktiver Vorgaben zur Erbringung von Einsparungen wird ein geringeres Ausgabevolumen erwartet.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**2.316.000**	**2.466.000**	**2.066.000**	**2.387.943,25**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	200.000	200.000	200.000

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024	2025	Ist 2022
Waffen und Einsatzgerät	500.000 €	500.000 €	389.083,35 €
Sondertechnik	500.000 €	500.000 €	375.101,19 €
Unterkunftsausstattungen / Mobiliar	1.056.000 €	1.206.000 €	1.397.225,35 €
Kriminaltechnische Geräte	260.000 €	260.000 €	214.713,98 €
	2.316.000 €	2.466.000 €	2.376.123,87 €

Aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen und des stetig steigenden Personalkörpers werden weiterhin höhere Ausgaben für Ausrüstungsgegenstände und Mobiliar in den Folgejahren erwartet.

51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**042**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**042**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**2.598.000**	**2.598.000**	**1.698.000**	**2.558.734,61**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.400.000**	**2.400.000**		
		Davon fällig 2025	**800.000**			
		Davon fällig 2026	**800.000**	**800.000**		
		Davon fällig 2027	**800.000**	**800.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**800.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	211.000	47.000	0
VE Plan 2023	760.000	760.000	610.000

Treibstoffe und Öle sowie Wartungs-, Reparatur- und Ersatzteilkosten für Polizeifahrzeuge.
Das hohe Ist 2022 ist zurückzuführen auf hohe Wartungs- und Reparaturkosten, insbesondere für die vom LKA genutzten Polizei- und Spezialfahrzeuge sowie auf die stark gestiegenen Preise für Treibstoffe und Öle.
Mehr in Anpassung an diese Ausgabenentwicklung.

51408	**042**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**102.000**	**102.000**	**102.000**	**240.853,92**

Beschaffung von Sonderbekleidung, insbesondere für die Spezialeinheiten und nach den Arbeitsschutzvorschriften.
Die hohen Istausgaben 2022 resultieren aus einem einmalig hohen Bedarf für die Ausstattung der Spezialeinheiten von persönlicher Schutzausstattung und Sonderbekleidung.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51429	**042**	**Verbrauchsmittel für Bewaffnung und Einsatzgerät**	**357.000**	**357.000**	**357.000**	**522.451,59**
		Verpflichtungsermächtigung	**107.000**	**357.000**		
		Davon fällig 2025	**107.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**357.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	250.000	250.000	0

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Ausgaben für Übungs- und Einsatzmunition, Patronen für Reizstoffsprühgeräte (RSG), Schießstandmaterial sowie Sonder- und Übungsmunition für das Spezialeinsatzkommando und die Präzisionsschützen.
Die Istausgaben 2022 sind zurückzuführen auf erhöhten Trainingsbedarf, insbesondere aufgrund neu beschaffter Waffen und der damit verbundenen Beschaffung verschiedener Munitionsarten.

51432	**042**	**Film- und Fotomaterial, Ton- und Videobänder**	**25.500**	**25.500**	**25.500**	**26.137,62**

Film- und Fotomaterial im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung sowie Ton- und Videomaterial für die Dokumentation von Großeinsätzen und Demonstrationen.

51433	**042**	**Laborbedarf und kriminaltechnisches Verbrauchsmaterial**	**2.300.000**	**2.500.000**	**2.700.000**	**2.038.044,40**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.500.000**	**7.500.000**		
		Davon fällig 2025	**2.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**2.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.300.000	0	0

Spurensicherungsmaterial, Chemikalien und Laborbedarf für polizeitechnische Untersuchungen.

Das vergleichbar niedrige Ist 2022 ist zurückzuführen auf vermehrte Lieferschwierigkeiten infolge der Pandemie sowie des Russland-Ukraine-Konflikts, so dass die notwendigen Beschaffungen von Verbrauchsmaterialien nicht wie gewohnt umgesetzt werden konnten. Weiterhin unterliegt die Beschaffung von Verbrauchsmaterialien starken Preisschwankungen, bedingt durch sich stets verändernde Rohstoffpreise und wirtschaftliche Veränderungen in den Herstellungsländern. In Anpassung an die durchschnittliche Ausgabenentwicklung werden ab 2024 geringere Ausgaben gegenüber dem Ansatz 2023 erwartet.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51802	**042**	**Mieten für Fahrzeuge**	**50.000**	**50.000**	**1.000**	**48.322,75**

Ausgaben für die Anmietung von Fahrzeugen, insbesondere sondergeschützte Fahrzeuge und Tarn-Kfz.

Die Ausgaben 2022 sind zurückzuführen auf die hohen Kosten für die Anmietung sondergeschützter Fahrzeuge. Die Anmietung von Fahrzeugen ist aus taktischen Gründen auch weiterhin erforderlich.

51803	**042**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**8.000**	**8.000**	**79.600**	**2.955,96**

Miete für die Abrechnung von Erfassungsgeräten (Kartenlesegeräte).
Weniger, da die bis 2022 hier verbuchten Mieten für Kopiergeräte im Kapitel 2552 nachgewiesen werden.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**042**	**Aus- und Fortbildung**	**79.300**	**79.300**	**79.300**	**189.519,86**

Teilnahmegebühren für Aus- und Fortbildung bei externen Fortbildungsträgern, insbesondere für die Deutsche Hochschule der Polizei.
Das hohe Ist 2022 ist insbesondere zurückzuführen auf die notwendige zusätzliche Anmietung geeigneter Trainingsstätten für die Spezialeinheiten sowie auf den Schulungsbedarf für neu eingestelltes Personal.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin – Landeskriminalamt
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte und insbesondere Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen verfügen über die gleichen Möglichkeiten, im Rahmen ihrer Tätigkeiten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese auch für ihren Aufstieg zu nutzen.
Steuerungsmaßnahmen	Bei der Planung und Durchführung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden genderpolitische Aspekte (z.B. Schulungszeiten auch geeignet für Teilzeitkräfte) berücksichtigt.

52502	**042**	**Sport**	**10.000**	**10.000**	**8.000**	**13.316,56**

Maßnahmen im Rahmen des Gesundheits- und Präventionssports.
Das hohe Ist 2022 resultiert aus dem Ersatzbedarf an Sportartikeln und -geräten für den Gesundheits- und Präventionssport. Es werden auch weiterhin höhere Ausgaben für zwingende Ersatzbeschaffungen aufgrund von Verschleiß / Unfallschutz erwartet.

52601	**042**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**22.000**	**22.000**	**37.000**	**21.512,15**

Gerichts-, Notariats-, Gerichtsvollziehungs- und ähnliche Kosten.
Interne Verrechnungen an die Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 0641/0642 bzw. 0941/0942), jeweils Titel 11109.

Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung der vergangenen Jahre.

52610	**042**	**Gutachten**	**4.027.000**	**4.032.000**	**3.000.000**	**5.434.190,15**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

Entschädigungen für

	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ist 2022
Dolmetscher	2.250.000 €	2.250.000 €	2.254.402,81 €
Sachverständige/Gutachter	190.000 €	190.000 €	188.712,26 €
Zeugen	130.000 €	130.000 €	129.689,50 €
Auskunftsersuchen und Anschlussinhaberfeststellung	370.000 €	370.000 €	391.407,67 €
Externe Gutachten	1.087.000 €	1.092.000 €	2.469.977,91 €
	4.027.000 €	4.032.000 €	5.434.190,15 €

Das hohe Ist 2022 resultiert aus der zunehmenden Beauftragung und Bezahlung von externen Dienstleistungen bei Dolmetschenden und in Fällen von IT-Auswertungen. Die Ansatzbildung erfolgte in Anpassung an die aktuelle Ausgabenentwicklung.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Mit den Mitteln wird keine spezielle Zielgruppe gefördert.
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**042**	**Dienstreisen**	**550.000**	**550.000**	**550.000**	**953.200,26**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts, Dienstreisen für Mitglieder der Personalvertretungen (§ 42 Abs. 3 PersVG), Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an Schulungseinrichtungen des Bundes und der Länder, des BKA, der LKÄ und anderer.

Das hohe Ist 2022 beruht auf Dienstreisen, die aufgrund von pandemiebedingtem Ausfall in den Vorjahren nachgeholt werden mussten.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin – Landeskriminalamt
GB Zielsetzung	Geschlechtergerechte Möglichkeit zur Teilnahme an Dienstreisen bei fachlicher Notwendigkeit.
Steuerungsmaßnahmen	Berücksichtigung genderpolitischer Aspekte wie z.B. die Beseitigung von Hemmnissen aufgrund familienbezogener Aufgaben (z.B. Kinderbetreuung) von Dienstkräften

53101	**042**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**8.200**	**8.200**	**12.200**	**4.661,85**

Verbrechensvorbeugung, Einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit/ aktuelles Informationsmaterial der Polizei Berlin, Streuartikel, Informationsmaßnahmen der kriminalpolizeilichen Bürgerberatung.

Die geringen Ist-Ausgaben 2022 sind zurückzuführen auf die pandemiebedingt noch eingeschränkte Öffentlichkeitsarbeit. Die Ausgaben ab 2024 wurden auf ein realistisches Maß kalkuliert.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger
GB Zielsetzung	Geschlechterunabhängige Informationsübermittlung
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

53111	**042**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**38.000**	**38.000**	**19.800**	**30.383,50**

Mittel für die Werbung von Dienstkräften und für Ausschreibungen.

Das höhere Ist 2022 ist auf eine hohe Anzahl von Ausschreibungen in Folge von Neueinstellungen und Nachbesetzungen zurückzuführen, die auch weiterhin in den Folgejahren zu erwarten sind.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Potentiell neue Mitarbeitende
GB Zielsetzung	Gendergerechte und gezielte Ansprache von Frauen bei Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen zum Abbau von Benachteiligungen und Unterrepräsentanzen (vgl. Frauenförderplan der Polizei Berlin)
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei der Formulierung von Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen berücksichtigt werden.

54002	**042**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**39,98**

Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements.
Das geringe Ist 2022 ist zurückzuführen auf pandemiebedingt abgesagte Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Gesundheitsprävention.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**042**	**Dienstleistungen**	**1.007.000**	**807.000**	**1.600.000**	**975.418,52**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.100.000**	**2.100.000**		
		Davon fällig 2025	**700.000**			
		Davon fällig 2026	**700.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2027	**700.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**700.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.000.000	0	0
VE Plan 2023*	1.000.000	1.000.000	1.000.000

* Die Verpflichtungen gemäß VE Plan 2023 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Lohnaufträge an Dritte/Dienstleistungen von Dritten, hier Akkreditierungskosten an das DAP (Deutsches Akkreditierungssystem Prüfwesen), Bestattungsabrechnungen sowie forensische Dienstleistungen.
Das geringe Ist 2022 gegenüber dem Ansatz 2023 resultiert aus der nicht fristgerechten Bearbeitung von DNA Spuren eines vertragsmäßig beauftragten Labors. In Folge dessen sind Rechnungen von diesem Labor in nur sehr geringem Umfang gestellt worden.

Insgesamt reduziert sich der Bedarf ab 2025 infolge der beabsichtigten kompletten Durchführung von DNA-Untersuchungen durch eigenes Personal und keiner weiteren Fremdvergabe.

54020	**042**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**1.297,67**

Gruppenunfallversicherung für die Beschäftigten im Kampfmittelbeseitigungsdienst.

54023	**042**	**Fahndungsmaßnahmen**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**966.410,32**

Auslagen und andere Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ermittlung rechtswidriger Handlungen sowie für vorbeugende Maßnahmen.

54030	**042**	**Bergung nicht-chemischer Kampfmittel und Beseitigung ehemaliger Kampf- und Schutzanlagen**	**35.000**	**35.000**	**35.000**	**211.388,12**

Beschaffung von Gasen, Sprengstoff und Geräten, ggf. Beauftragung von Dritten im Zusammenhang mit der Beförderung und Beseitigung von Fundmunition sowie Unterhaltung des Sprengplatzes Grunewald.
Die einmalig hohen Istausgaben in 2022 sind zurückzuführen auf das Schadensereignis am Sprengplatz Grunewald.

54053	**042**	**Veranstaltungen**	**5.000**	**5.000**	**1.000**	**10.232,74**

Ausgaben für die Ausrichtung von Veranstaltungen. Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

54079	**042**	**Verschiedene Ausgaben**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**11.136,11**

Ausgaben der Obergruppe 51 bis 54 von weniger als 1.000 € je Einzelfall.
Das hohe Ist 2022 ist nicht repräsentativ für die Ansatzbildung der Folgejahre.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54690	**042**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**23.000**	**23.000**	**23.000**	**324.602,68 R 200.907,34**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990, 23190 und 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Erwartet werden Zuweisungen aus ATF-Mitteln (Analytic Task Force) und aus der Erhebung der Jagdabgabe. Gemäß Landesjagdgesetz Berlin sind die Zuweisungen aus der Erhebung der Jagdabgabe direkt an die Stiftung Naturschutz Berlin abzuführen.

Die hohen Istausgaben 2022 sind zurückzuführen auf entsprechende Einnahmen zur Finanzierung verschiedener Einzelprojekte.

63107	**042**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**35.000**	**31.600**	**31.600**	**68.243,49**

Ausgaben für Übungsstunden am Hubschrauber der Bundespolizei sowie Zahlungen an deutsche Botschaften im Zusammenhang mit Echtheitsüberprüfungen von Personenstandsurkunden.
Das hohe Ist 2022 resultiert aus höheren Ausgaben für Übungsstunden am Hubschrauber und aus Ausgaben gemäß der Innenministerkonferenz mit Kostenumlage nach dem „Königsteiner Schlüssel“.

63207	**042**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**1.726.000**	**2.570.000**	**4.623.000**	**2.270.899,02**

Anteil Berlins an den Steuerungs- und Betriebsausgaben des Nationalen Waffenregisters (inkl. Fachliche Leitstelle), für die Kriminalprävention und am Aufbau und Betrieb eines gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung der Teilnehmerländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin (GKDZ).
Kostenumlage der Länderanteile nach dem jeweils aktuellen „Königsteiner Schlüssel“.

Der Ansatz setzt sich wie folgt zusammen:

	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ist 2022
1. Kriminalprävention	99.000 €	99.000 €	64.297,88 €
2. Nationales Waffenregister	120.000 €	120.000 €	115.901,14 €
3. Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum TKÜ	1.507.000 €	2.351.000 €	2.090.700,00 €
	1.726.000 €	2.570.000 €	2.270.899,02 €

Die Ausgabenentwicklung sowie die Ansatzbildung sind im Wesentlichen zurückzuführen auf den von Berlin zu zahlenden Anteil für das GKDZ TKÜ gemäß den jeweiligen Wirtschaftsplänen.

67101	**042**	**Ersatz von Ausgaben**	**2.100**	**2.100**	**2.100**	**1.331,00**

Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtliche Arbeit der Seniorenberater.

Die Ausgaben 2022 sind nicht repräsentativ für die Ansatzbildung in den Folgejahren, da pandemiebedingt eine geringere Anzahl an Beratungen durchgeführt wurde.

68102	**042**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.138,29**

Schadensersatzleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Mit den Mitteln wird keine spezielle Zielgruppe gefördert.
GB Zielsetzung	Entfällt, da die Ausgaben abhängig von den Fallzahlen sind.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68124	**042**	**Belohnungen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**4.394,88**

Belohnungen an Privatpersonen für die Mitwirkung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen.
Die unterjährige Auszahlung von Belohnungen an Privatpersonen für die Mitwirkung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen unterliegt starken Schwankungen und ist kaum steuerbar.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	2	7	4	19	6	14
Relativ	22,22 %	77,78 %	17,39 %	82,61 %	30,0 %	70,0 %
Ressourcen (in T€)	0,8	2,8	0,6	2,9	1,3	3,1

Zielgruppe:	Bürgerinnen und Bürger
Zielsetzung:	Anerkennung und Belohnung für die Mitwirkung bei der Aufklärung von Straftaten
Steuerungsmaßnahmen:	keine

68520	**042**	**Zuschüsse an Universitäten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Anteil der Polizei Berlin an Zuwendungen im Rahmen von Kooperationen mit Universitäten.

Die Projektförderung an die forensische Psychiatrie der Charité Berlin für das Projekt „Rahmenkonzept Risikomanagement haft- und maßregelvollzugsentlassener Risikotäter“ wurde 2022 beendet, aus diesem Grund existieren keine Ist-Ausgaben 2022.
Ab 2024 wird für die künftige Zusammenarbeit mit der Humboldt Universität und weiteren Wissenschaftsträgern für das Projekt „Polizeipräsenz und subjektive Sicherheit“ wieder mit Ausgaben gerechnet.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Variabel; abhängig vom Sachverhalt
GB Zielsetzung	Entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

81220	**042**	**DNA-Gerätschaften**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**49.212,25**
		Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**800.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**300.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**300.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	150.000	0	0

Die technische Geräteausstattung im Bereich der DNA muss erneuert werden. Durch den Einsatz der neuen Technologie können mehr Vorgänge in der gleichen Zeit bearbeitet werden. Die regelmäßig zu ersetzenden Geräte sind durchschnittlich über 10 Jahre alt.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81222	**042**	**Technisches Analysesystem Internet/Telekommunikation (IMSI)**	**—**	**650.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**950.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**650.000**			
		Davon fällig 2026	**150.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**150.000**	**—**		

Aufgrund der Entwicklung der Mobilfunktechnologie und der damit verbundenen Einführung des neuen 5G-Standards ist eine Erkennung, Erfassung, Kommunikationsunterdrückung bzw. Lokalisierung der neuen Generation von Mobilfunkendgeräten (Smartphones, Kfz Module, etc.) mit dem gegenwärtigen Technischen Analysesystem (IMSI Catcher) nicht mehr möglich. Deshalb soll zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages ein Nachfolgesystem SUPI Catcher mit Trägerfahrzeug für die Ermittlungen in 5G-Mobilfunknetzwerken beschafft werden.

81226	**042**	**Spektrometer**	**700.000**	**650.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**650.000**	**580.000**		
		Davon fällig 2025	**650.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**580.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	700.000	0	0

In den nächsten Jahren wird eine Vielzahl notwendiger Ersatzbeschaffungen von Analysegeräten notwendig. Die zu ersetzenden Spektrometer sind in der Regel im Dauerbetrieb und über 15 Jahre alt. Es handelt sich im Einzelnen um chromatographische, spektroskopische, elektroanalytische sowie weitere instrumentelle analytische Geräte, die aus den verschiedenen Fachbereichen des KTI kommen. Generell beruht die Analytik auf hochpräzisen Messprinzipien, die insbesondere in den letzten 5 Jahren komplett neu entwickelt worden sind, um den gestiegenen Anforderungen der Behörden und Justiz entsprechen zu können. Auch die Handhabung der Geräte wurde in diesem Zeitraum weiterentwickelt. Sämtliche Messungen mit Hilfe der neuen Geräte können schneller, präziser, trennscharf und mit den kleinsten Mengen durchgeführt werden. Viele Stoffe (Prüfsubstanzen) sind so bis in den für Laien kaum vorstellbaren Bereich von wenigen Piktogramm hinein messbar geworden. Die Vorgaben der Akkreditierungsstellen können nur mit den neuen Geräten erfüllt werden.

81232 042 Auswertung und Analyse (AuA)
Siehe Maßnahmegruppe 32

81240 042 Informationssystem CASA/PIAV
Siehe Maßnahmegruppe 32

81252 042 Aufbau Zentralstelle Cybercrime
Siehe Maßnahmegruppe 32

81253 (neu) 042 Sicherung und Aufbereitung digitaler Spuren/IuK-Forensik
Siehe Maßnahmegruppe 32

81256 042 VS-Datenverarbeitung EVSB (alt SiWoDat)
Siehe Maßnahmegruppe 32

81257 042 Selbstverbindende Daten- und Kommunikationsnetzwerke
Siehe Maßnahmegruppe 32

81258 042 Verdeckte Überwachungstechnik der Spezialeinheiten
Siehe Maßnahmegruppe 32

81259 042 Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT
Siehe Maßnahmegruppe 32

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**1.548.000**	**1.100.000**	**1.761.000**	**1.054.495,13**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.100.000**	**1.100.000**		
		Davon fällig 2025	**1.100.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.100.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	680.000	0	0

2024

LKA (ohne KTI (Kriminaltechnisches Institut))

Erweiterung des Gerätebestandes
Wärmebildfusionsgeräte ..... 100.000 €
Nachtsichtgeräte ..... 210.000 €

Erneuerung des Gerätebestandes
Helmunabhängige Hör-/Sprechgarnituren (SEK) ..... 95.000 €
Großgeräte (LKA 6) ..... 75.000 €
Türöffnungstechnik (SEK) ..... 48.000 €
Aufklärungstechnik (SEK) ..... 48.000 €
Zielmittelroboter für Präzisionsschützen ..... 7.000 €
Chromatographisch-Massenspektrometrisches Mess- und Auswertesystem für Betäubungsmittel TruNarc 36.000 €

LKA KTI

Erweiterung des Gerätebestandes
Kampfstoffschutzausrüstung ..... 60.000 €
Fernlenktechnik Entschärfung ..... 150.000 €
Brennroboter ..... 70.000 €
Messsystem für Elementanalytik ..... 70.000 €
Headspace-GC-System ..... 60.000 €
Laserablation ..... 214.000 €
Mobile Bedampfungsgeräte HUSSA ..... 10.000 €
Vergleichsmikroskop mit Hard- und Software ..... 100.000 €

Erneuerung des Gerätebestandes
Asbestabzug ..... 20.000 €
Hochvakuumbedampfungsanlage ..... 90.000 €
Mikroskop für Lackprobenuntersuchung ..... 85.000 €

Gesamt: 1.548.000 €

2025

LKA (ohne KTI)

Erweiterung des Gerätebestandes
Hör-/Sprechgarnituren (Präzisionsschützen) ..... 115.000 €
Nachtsichgeräte ..... 155.000 €
Großgeräte (LKA 6) ..... 75.000 €
Aufklärungstechnik SEK ..... 52.000 €
Fahrzeugausbau MEK ..... 40.000 €

Erneuerung des Gerätebestandes
Helmunabhängige Hör-/Sprechgarnituren (SEK) ..... 95.000 €
Türöffnungstechnik SEK ..... 45.000 €
Werkstattausbau Containerbau ..... 15.000 €

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81290	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**11.196,00** **R 147.684,17**

LKA KTI

Erneuerung des Gerätebestandes

Cyanacrylatbedampfungsanlage (Superfume)	28.000 €
Entschärfungstechnik (Einsatztauchen)	60.000 €
Entschärfungstechnik (Untersuchung und Aufklärung)	60.000 €
Entschärfungstechnik Fahrzeugausstattung	60.000 €
Wärmebildkamera	170.000 €
Probenbeschichtungsanlage	25.000 €
Headspace-GC-System	60.000 €
Spezialschutzkleidung Entschärfung	45.000 €
Gesamt:	1.100.000 €

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**400.000**	**400.000**	**400.000**	**491.031,03**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**800.000**	**800.000**		
		Davon fällig 2025	**400.000**			
		Davon fällig 2026	**400.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**400.000**		

Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von verfahrensabhängigen IKT-Geräten und Zubehör, Beschaffung neuer Netzkomponenten und laufende Wartung des Bestandes.

	2024/2025	Ist 2022
Wartungs- und Pflegeverträge (TKÜ, Sonstiges)	210.000 €	257.756,86 €
Beschaffungen	190.000 €	233.274,17 €
	400.000 €	491.031,03 €

Die hohen Ist-Ausgaben 2022 sind zurückzuführen auf einen erhöhten Bedarf in 2022 und der stark gestiegenen Preise bedingt durch die hohe Inflation.

51185	**042**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**4.000.000**	**3.500.000**	**1.450.000**	**1.902.153,34**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.500.000**	**4.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000.000	0	0

Ausgaben für externe Dienstleistungen, Softwarepflege und Lizenzgebühren.

Es entstehen Ausgaben für:

	2024	2025	Ist 2022
1. SW-Pflege IDEA (Auswertung und Analyse von Buchungsdaten)	7.000 €	7.000 €	6.824,65 €
2. SW-Pflege BZR / Waffenverwaltung (Auskunft aus dem Bundeszentralregister)	2.500 €	2.500 €	2.510,44 €
3. SW-Pflege InfoZoom (Auswertung von Kommunikationsdaten)	39.400 €	39.400 €	39.377,70 €
4. SW-Pflege Photogrammetrie (Tatort-/Beweismittel-/Spuren-/Personenfotografie)	3.900 €	3.900 €	3.894,40 €
5. SW-Pflege Map & Guide (Navigations-Software)	12.500 €	12.500 €	12.505,71 €
6. SW-Pflege rsCoala (Auswertung von Kommunikationsdaten)	10.720 €	10.720 €	10.710,00 €
7. SW-Pflege AFIS (Automatisches Fingerabdruck-Informations-System)	37.000 €	37.000 €	36.899,52 €
8. SW-Pflege TKÜ (Telekommunikationsüberwachung)	1.000.000 €	1.000.000 €	609.632,57 €
9. SW-Pflege TKÜ/Christo – Erweiterung	56.000 €	56.000 €	55.485,21 €
10. SW-Pflege ArcGis (Geografisches Informationssystem)	26.000 €	26.000 €	25.924,15 €
11. SW-Pflege Analyst´s Notebook (Visualisierung von Daten)	23.000 €	23.000 €	22.192,31 €
12. SW-Pflege Zeusware Hinweisgebersystem zur Korruptionsbekämpfung	8.600 €	8.600 €	8.568,00 €
13. SW-Abo LIKA-Online	2.640 €	2.640 €	2.640,00 €
14. Jahresabonnement Banknoten	400 €	400 €	357,00 €
15. SW-Pflege GeoTime Analysesoftware	20.000 €	20.000 €	19.577,88 €
16. Maintenance-Lizenz Datacore-Server	4.300 €	4.300 €	4.237,97 €
17. SW-Pflege SOLIDWORKS	2.000 €	2.000 €	2.023,00 €
18. Wartung und Kalibrierung mobiler und stationärer Anlagen	74.200 €	74.200 €	74.518,41 €

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025	Ist 2022
19. TecSOS-Notrufdienst für Opfer häuslicher Gewalt……..	6.500 €	6.500 €	0,00 €
20. SW-Pflege für Schlüsselfräsmaschinen UNOCODE + Quadrocode…….	600 €	600 €	268,95 €
21. Datenbankzugriff GSMA Lizenz für die Device Database Enterprise…..	13.000 €	13.000 €	12.680,83 €
22. SW-Pflege iBase mit SQL-Server	6.000 €	6.000 €	5.860,75 €
23. Software XWays Investigator……..	16.000 €	0 €	-
24. Software MSAB XRY Office…….	5.000 €	5.000 €	-
25. Datenbankzugriff Bureau van Dijk……..	140.000 €	140.000 €	-
26. AFIS PlusLizenzen für AFIS mobil……..	20.000 €	0 €	-
27. Verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform (VeRA) …..	570.000 €	440.000 €	-
28. Gesichtswiedererkennungssoftware ..……	157.000 €	73.000 €	-
29. Laborinformationssystem (LIMS) ……	450.000 €	450.000 €	-
30. Sonstiger Bedarf……	1.285.740 €	1.035.740 €	945.463,89 €
	4.000.000 €	3.500.000 €	1.902.153,34 €

Softwarelizenzen und Software-Upgrades unterliegen starken Preisschwankungen und führen zu höheren Ausgaben.
Mehr, weil im Zuge der Erweiterungen von Anwendungen neue Lizenzen hinzukommen, die ebenfalls regelmäßig erneuert werden müssen.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**250.000**	**250.000**	**219.000**	**260.995,89**

Beschaffung von Papier, Tinten- und Tonerpatronen, Farbbändern, Datenträgern sowie sonstigem Geschäftsbedarf für die dezentral eingesetzte verfahrensabhängige IKT.

Es entstehen Ausgaben für die Fachverfahren POLIKS (Polizeiliches Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung), Profiskal (Finanzsoftware zum Neuen Berliner Rechnungswesen), PuZMan (Personal- und Zeitmanagement), TKÜ (Telekommunikationsüberwachung), IDEA (Auswertung und Analyse von Buchungsdaten), BZR / Waffenverwaltung (Auskunft aus dem Bundeszentralregister), InfoZoom (Auswertung von Kommunikationsdaten), Photogrammetrie (Tatort-/ Beweismittel-/ Spuren-/ Personenfotografie), AFIS (Automatisches Fingerabdruck-Informations-System), ArcGIS (Geografisches Informationssystem), Analyst´s Notebook (Visualisierung von Daten), Sonstige.

Das Ist 2022 resultiert aus dem stetig steigenden Bedarf an qualitativ hochwertigen Speichermedien.

81232	**042**	**Auswertung und Analyse (AuA)**	**405.000**	**405.000**	**405.000**	**288.983,77**
		Verpflichtungsermächtigung	**405.000**	**414.000**		
		Davon fällig 2025	**405.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**414.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen			
VE Plan 2023	405.000	0	0

Kriminalitätsformen wie Terrorismus, Wirtschaftskriminalität, Internetkriminalität (Straftaten bei denen u. a. das Internet als Tatmittel genutzt wird), Cybercrime (Straftaten, die sich gegen das Internet, Datennetze, informationstechnische Systeme oder deren Daten richten), Kinderpornografie, Produktfälschung oder Organisierte Kriminalität erfordern im Bereich der fall-, struktur- und querschnittsbezogenen operativen "Auswertung- und Analyse“ eine permanente Optimierung der eingesetzten notwendigen Techniken, Verfahren, Methoden und Werkzeuge hinsichtlich ihrer erfolgsorientierten Effizienz.

Die zunehmende Komplexität des Aufgabenfeldes „Auswertung und Analyse“ macht – vor dem Hintergrund der rasanten technologisch-infrastrukturellen Entwicklung(en) – die langfristig gesicherte materiell technische Grundausstattung der zuständigen Gliederungen (Auswerteeinheiten der Abteilungen, Internetermittler, Analytiker, Übersetzer etc.) unabdingbar.

LKA-weit sind den Aufgabenbereichen "Auswertung und Analyse" mehr als 2.900 technische Systeme zugeordnet. Hierzu zählen insbesondere hochleistungsfähige und standardisierte Auswerte-PC, entsprechend angepasste Monitor- und Druckerstrukturen, Datenspeicher - hier insbesondere für sog. „Schmutzdaten“, Server mit unterschiedlichen Aufgaben (Bild-, GPS-, Rechte- und andere Server), Analysesoftware, forensische Software, aktuelle Darstellungs- bzw. Grafiksoftware, Transfersoftware (für z.B. Foren, Chats, Tor- und Darknet) etc..

Diese Systeme sind aus ermittlungstaktischen und sicherheitstechnischen Vorgaben grundsätzlich nicht mit der behördlichen MAP-Struktur verbindbar und bilden neben der MAP-Architektur die zweite Säule der informationstechnischen Grundvoraussetzungen für eine zeitgemäße Kriminalitätsbekämpfung.

Planungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81240	**042**	**Informationssystem CASA/PIAV**			**200.000**	**76.655,89**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
81252	**042**	**Aufbau Zentralstelle Cybercrime**	**1.842.000**	**1.770.000**	**750.000**	**437.690,15**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.770.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2025	**1.770.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**700.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	750.000	0	0

2015 wurde die von der Innenministerkonferenz (IMK) im Gremienweg beauftragte "Strategie zur Bekämpfung von Cybercrime" erarbeitet und bundesweit beschlossen. In diesem Zusammenhang ist der Aufbau einer Zentralstelle Cybercrime beim LKA Berlin notwendig geworden. Im Hinblick auf organisatorische Strukturen und Abläufe sowie auf die einzusetzenden Technologien sind regelmäßige Anpassungsbedarfe zwingend erforderlich.

Dies setzt sich in weiteren Ausbau-/Erweiterungsstufen für die kommenden Haushaltsjahre fort. Das Kriminalitätsfeld Cybercrime, wobei es sich im engeren Sinne um Straftaten gegen das Internet, Datennetze, informationstechnische Systeme oder deren Daten handelt, hat sich in den vergangenen Jahren sowohl quantitativ als auch qualitativ rasant verändert. Um dieser Entwicklung begegnen zu können und für eine adäquate Bekämpfung dieser Kriminalitätsform gerüstet zu sein, muss das LKA Berlin eine gesicherte technisch-infrastrukturelle Grundlage bereitstellen. Dies beinhaltet insbesondere eine Kombination aus verschiedenster Hardware (u.a. mobile und stationäre Rechnersysteme, Speichersysteme, Netzwerktechnik), die für den Betrieb der Hardware notwendigen Software (Betriebssysteme, Lizenzen etc.) und den darauf laufenden, fachlichen Spezialanwendungen.

Planungsunterlagen vom 24.08.2017 liegen vor. Ergänzungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

81253 (neu)	**042**	**Sicherung und Aufbereitung digitaler Spuren/IuK-Forensik**	**800.000**	**800.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**800.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2025	**800.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**500.000**		

Für die Aufrechterhaltung der Tätigkeiten im Arbeitsbereich der Sicherung und Aufbereitung digitaler Spuren sind verschiedene Investitionen erforderlich. Dazu gehört u.a. die Beschaffung

- forensischer Arbeitsplätze. Mithilfe verschiedener Analysesoftware werden Daten, insbesondere Bilddateien, analysiert um Objekte wie Waffen, Dokumente oder Kinder zu erkennen und Bilddateien zu kategorisieren.
- von Dekryptierungstechnik.
- eines Spezialeinsatzfahrzeuges IT-Forensik. Die zunehmende Unterstützung der ermittelnden Dienstkräfte durch die Durchsuchungsteams bedingen die Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges mit Ausrüstung für eine optimale Unterstützung der Fachkraft am Durchsuchungsort. Hierzu wird innerhalb des Fahrzeuges die Ausstattung für eine unabhängige sofortige Vor-Ort-Datensicherung unterschiedlichster Datenträger benötigt.
- von Vergleichsgeräten zur Erforschung von Funktionsweisen und der Überwindung von Schutzmechanismen von bestimmten Geräten, die als Beweismittel beschlagnahmt wurden,
- technischer Laborausstattung für die Entwicklung und Anwendung von besonderen, neuartigen Verfahren zur Sicherung von Spuren an speziellen IT-Beweismitteln.
- von Datenträgersicherungsmedien, die als beim LKA 7 als unverzichtbares Mittel im Rahmen der forensischen Untersuchung benötigt werden. Da die zu untersuchenden Beweisdatenträger nicht verändert werden dürfen, ist eine Sicherung dieser Beweisdatenträger auf entsprechenden Datensicherungsmedien erforderlich.
- Software-Lizenzen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes beim LKA 7 für Datensicherungen, Aufbereitungen und Untersuchungen.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81256	**042**	**VS-Datenverarbeitung EVSB (alt SiWoDat)**	**50.000**	**50.000**	**42.000**	**34.832,62**
		Verpflichtungsermächtigung	**50.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			

Beschaffung / Implementierung eines VS-konformen und workflowbasierten Systems zur durchgehend digitalen Bearbeitung von Verschlusssachen / Daten / Dokumenten der Klassifizierung "geheim" und höher.

Implementiert wird eine sichere, durchgängige und vorschriftenkonforme Umsetzung polizeilicher Geschäftsprozesse (Workflow) mit VS-Daten. Der zu implemetierende Workflow greift bereits mit der Erstellung der Daten und begleitet den Prozess bis zu deren Vernichtung. Das System ist modular aufgebaut. Es unterstützt den Import und Export von VS-Daten und ist vorbereitet für den Domänenübergreifenden (Amtübergreifenden) VS-Datenaustausch.

Physkalisch ist das Workflowsystem ein Systemverbund gesicherter Arbeitsplätze (Workstations) auf Basis der BSI-zertifizierten SINA-Architektur, wie sie auch für die Strukturen der Rechtsextremismus- und Antiterrordatei (RED und ATD) eingesetzt werden, und skalierbarer gesicherter Server mit integrierter elektronischer VS-Registratur.

Zur Zeit erabeitet das BKA im Auftrag des BMI eine entsprechende Basisarchitektur, damit es perspektivisch verbundbasiert bundesweit ein geschlossenes IT-System für zu bearbeitende VS-Daten gibt. Die Arbeiten des BKA sind bereits weitgehend erfolgreich abgeschlossen.
Aktuell existiert keine vollumfängliche, d.h. VS-konforme Lösung zur Bearbeitung von klassifizierten Daten der Stufe(n) "geheim" und höher. Die im Rahmen der beauftragten NSU-Nachbereitung angefallenen klassifizierten Dokumente der Stufe(n) "geheim" und höher können nur in einem provisorischen Rahmen digital verarbeitet werden. Die "Ausnahmegenehmigung" hierzu ist an die Beschaffung und Implementierung einer nachhaltigen VS-konformen Gesamtlösung geknüpft worden. Es besteht daher die Notwendigkeit, möglichst zeitnah, ein workflowbasiertes VS-System einzuführen.
Ohne die Einführung eines workflowbasierten VS-Systems können die gültigen Organisationsveränderung hinsichtlich der VS-Registratur nicht umgesetzt werden.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81257	**042**	**Selbstverbindende Daten- und Kommunikationsnetzwerke**			**70.000**	**65.141,30**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81258	**042**	**Verdeckte Überwachungstechnik der Spezialeinheiten**	**500.000**	**500.000**	**496.000**	**430.178,32**
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**500.000**		

Das LKA 6 unterstützt als Servicedienststelle alle örtlichen Direktionen und das LKA bei der operativen Bekämpfung schwerer und schwerster Gewaltkriminalität.
Dies erfordert eine entsprechende technische Ausstattung und die Fähigkeit, auf innovative technische Veränderungen reagieren zu können. Dies ist die Voraussetzung, um die gesetzlichen und /oder richterlichen Vorgaben erfüllen zu können.

Insbesondere bei Großlagen wie z. B. bei Geisellagen / Erpressungen arbeiten die Spezialeinheiten sehr eng zusammen und sind auf eine funktionierende und untereinander einheitlich kompatible technische Ausstattung angewiesen. Nur so ist ein Einsatzerfolg zu gewährleisten.

Zur langfristigen Sicherung der Qualität und der Kompatibilität der Einsatztechnik sind die hierzu notwendigen Beschaffungen einheitlich und übergreifend geplant und in der – laufend aktualisierten - Planungsunterlage „Überwachungstechnik der Spezialeinheiten LKA 6“ abgebildet.

Neben den für alle Polizeidienststellen verbindlichen Gesetzesvorschriften gelten die im Rahmen der operativen technischen Überwachung speziellen Vorschriften der §§ 100c, 100f und 100h StPO sowie § 25 ASOG. Darüber hinaus sind die Vorgaben des BKA bezgl. technischer Standards beim Einsatz verdeckter Überwachungstechnik und die gesetzlichen Regelungen zur Nutzung konkreter Frequenzen bei der Signalübertragung von Bilddaten und Ortungsdaten zu berücksichtigen.

Planungsunterlagen vom 27.08.2018 über 2.333.000 € liegen vor.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81259	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-abhängige IKT**	**1.200.000**	**620.000**	**997.000**	**689.151,96**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	800.000	0	0

2024

LKA (ohne KTI)
Erneuerung des Gerätebestandes

Informationstechnische Überwachung (ITÜ) und Netzwerkforensik (alt QuellenTKÜ)	10.000 €
Fortschreibung TKÜ-System Syborg/Dialogika	109.000 €
Anonymes Hinweisgebersystem (AHS)	18.000 €
Hochdistanzbeobachtung	60.000 €
Ersatzbeschaffungen ATD/RED	96.000 €
LKA spezifisches Zubehör für Informationstechnik	20.000 €
Raumleitsystem	10.000 €
Verwaltung – Innovationskonto	50.000 €
Online-Vernehmungen	50.000 €

Erweiterung des Gerätebestandes

Ergänzende Umsetzungsbedarfe Programm Polizei 2020	100.000 €

LKA KTI
Erneuerung des Gerätebestandes

Colormanagement-Systemkomponenten	20.000 €
Terminallösung zur Einsichtnahme Lichtbildvorzeigedatei	195.000 €
Rework-Station	30.000 €
Datenbank für digitale Handschriftensammlung	50.000 €
ed-Aufnahmegerät	30.000 €
Soft- und Hardware Labor	20.000 €
Workstations zur Administrierung der KT-Domäne	10.000 €
Beschaffung von Hard- u. Software Datenbus-Analyse	12.000 €
Phonetik-System	60.000 €
Forensicher Arbeitsplätze Gesichtserkennung	80.000 €
Großformatdrucker	90.000 €
IT-Anwendung Formspurendatenbank	80.000 €
Gesamt:	1.200.000 €

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

2025

LKA (ohne KTI)
Erneuerung des Gerätebestandes
Informationstechnische Überwachung (ITÜ) und Netzwerkforensik (alt QuellenTKÜ) ..... 10.000 €
Fortschreibung TKÜ-System Syborg/Dialogika ..... 90.000 €
Anonymes Hinweisgebersystem (AHS)..... 19.000 €
Verwaltung – Innovationskonto ..... 50.000 €
Online-Vernehmungen ..... 50.000 €

Erweiterung des Gerätebestandes
Ergänzende Umsetzungsbedarfe Programm Polizei 2020 ..... 216.000 €
Hochdistanzbeobachtung ..... 60.000 €
LKA spezifisches Zubehör für Informationstechnik..... 20.000 €

LKA KTI
Erneuerung des Gerätebestandes
Diagnoseequipment Datenauslesung Kfz..... 10.000 €
ed-Aufnahmeplätze ..... 30.000 €
Soft- und Hardware Labor ..... 20.000 €

Erweiterung des Gerätebestandes
Forensische Arbeitsplätze (Vergleichsplätze) ..... 45.000 €
Gesamt: 620.000 €

		Summe Maßnahmegruppe 32	**9.447.000**	**8.295.000**	**5.029.000**	**4.676.814,27**
		Gesamtausgaben	**277.397.000**	**288.342.600**	**257.861.300**	**249.404.994,00**
		Prozentuale Veränderung	**7,6 %**	**3,9 %**		

Abschluss Kapitel 0543

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.180.300**	**1.180.300**	**818.300**	**1.607.419,26**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**497.000**	**497.000**	**376.000**	**1.285.141,44**
	Gesamteinnahmen	**1.677.300**	**1.677.300**	**1.194.300**	**2.892.560,70**
411-462	**Personalausgaben**	**248.939.400**	**259.889.400**	**232.581.700**	**223.947.000,96**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**19.495.500**	**19.150.500**	**15.747.900**	**19.974.448,97**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.767.100**	**2.607.700**	**4.660.700**	**2.346.006,68**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**7.195.000**	**6.695.000**	**4.871.000**	**3.137.537,39**
	Gesamtausgaben	**277.397.000**	**288.342.600**	**257.861.300**	**249.404.994,00**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-275.719.700**	**-286.665.300**	**-256.667.000**	**-246.512.433,30**

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0552 enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Polizeiakademie (PA) der Polizei Berlin.

Die PA stellt die verwaltungsmäßige Betreuung und Versorgung im Bereich der Aus- und Fortbildung innerhalb der Polizei Berlin sicher. Dazu gehören auch die gesamtbehördlichen Bereiche, wie z.B. der Betrieb der Raumschießanlagen und Einsatztrainingszentren, die Druckerei und die Bibliothek.

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11903	**042**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**15.000**	**15.000**	**1.000**	**13.521,26**

Ersatz bei Beschädigung von Landeseigentum und Erfüllung übergegangener Schadensersatzansprüche.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

11979	**042**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**365,01**

Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund.
Das niedrige Ist 2022 ist nicht repräsentativ für die Bildung von Einnahmeerwartungen in Folgejahren.

12504	**042**	**Erlöse für Dienstleistungen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.422,68**

Einnahmen aus dem „Erlass über Leistungen der Polizei außerhalb ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben (Entgelterlass)“.
Das geringe Ist 2022 ist nicht repräsentativ für die Einnahmeerwartungen in den Folgejahren.

23111	**042**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
23211	**042**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**5.000**	**5.000**	**—**	**8.725,00**

Einnahmen aus dem „Erlass über Leistungen der Polizei außerhalb ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben (Entgelterlass)“.
Das höhere Ist 2022 ist nicht repräsentativ für die Einnahmeerwartungen in den Folgejahren.

		Gesamteinnahmen	**25.000**	**25.000**	**6.000**	**25.033,95**
		Prozentuale Veränderung	**316,7 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**042**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**36.214.000**	**37.662.000**	**33.877.000**	**31.961.459,13**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte:	100 €	100 €	100 €	0 €
Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (analog § 5 LBesG der aktuellen Fassung)				

42221	**042**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**64.022.000**	**67.169.000**	**61.525.000**	**57.531.700,45**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte:	2.000 €	2.000 €	1.000 €	873,50 €
Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (analog § 5 LBesG der aktuellen Fassung)				

42701	**042**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**60.100**	**60.100**	**127.000**	**53.836,76**

Honorare nach dem „Honorarerlass“ der Senatsverwaltung für Inneres und Sport für die fachliche Weiterbildung der Dienstkräfte und freie Mitarbeiter der Polizei Berlin.

Das geringe Ist 2022 ist zurückzuführen auf die pandemiebedingte Absage von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere im ersten Halbjahr 2022.

42801	**042**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.570.000**	**6.833.000**	**6.428.000**	**6.003.696,81**

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42811	**042**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**64.000**	**66.600**	**58.700**	**61.152,53**
51101	**042**	**Geschäftsbedarf**	**243.000**	**243.000**	**243.000**	**260.484,92**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus den folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024/2025	Ist 2022
Allgemeiner Geschäftsbedarf	130.000 €	134.305,32 €
Aufwandsentschädigungen	10.000 €	14.862,37 €
Geschäftsbedarf Bürotechnik	9.000 €	8.345,16 €
Bücher, Zeitschriften	87.000 €	96.010,34 €
Postgebühren	7.000 €	6.961,73 €
	243.000 €	260.484,92 €

51131	**042**	**Bekleidung, Wäsche**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Die Ausgaben fallen künftig weg.

51140	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**700.000**	**700.000**	**1.453.000**	**644.195,76**
		Verpflichtungsermächtigung	**664.000**	**1.992.000**		
		Davon fällig 2025	**664.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**664.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**664.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**664.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	655.000	0	0

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus den folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024	2025	Ist 2022
Waffen und Einsatzgeräte	548.000 €	548.000 €	515.083,78 €
Sondertechnik	82.000 €	82.000 €	75.585,38 €
Unterkunftsausstattungen / Mobiliar	70.000 €	70.000 €	53.526,60 €
	700.000 €	700.000 €	644.195,76 €

Die Ansatzbildung erfolgt in Anpassung an die durchschnittlichen Ausgaben der letzten Jahre.

51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**

Siehe Maßnahmegruppe 32

51185	**042**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**

Siehe Maßnahmegruppe 32

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51403	**042**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**318.000**	**318.000**	**318.000**	**376.488,30**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**679.000**	**804.000**		
		Davon fällig 2025	**175.000**			
		Davon fällig 2026	**204.000**	**204.000**		
		Davon fällig 2027	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**300.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	143.000	143.000	114.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Treibstoffe und Öle sowie Wartungs-, Reparatur- und Ersatzteilkosten für Fahrzeuge der Polizeiakademie.
Das hohe Ist 2022 ist zurückzuführen auf hohe Wartungs- und Reparaturkosten infolge der stark gestiegenen Preise und der immer komplexer werdenden Fahrzeugtechnik.

51408	**042**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**100.000**	**100.000**	**210.000**	**82.245,99**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000**		

Ausgaben zur Beschaffung von Dienstkleidung außerhalb der Kontenwirtschaft, für die Erstattung von Auslagen, für die online im elektronischen Warenhaus beschafften Dienstkleidungsstücke sowie für Schutzbekleidung und Arbeitsschutzartikel.
Der Bedarf an Ersatzbeschaffungen von Dienstkleidung ist nicht planbar. Das geringe Ist 2022 resultiert aus dem unerwartet niedrigen Ersatzbedarf an Dienstkleidung. Die Ansatzbildung erfolgt in Anpassung an die durchschnittlichen Ausgaben der letzten Jahre.

51429	**042**	**Verbrauchsmittel für Bewaffnung und Einsatzgerät**	**977.000**	**977.000**	**977.000**	**773.327,70**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.931.000**	**1.954.000**		
		Davon fällig 2025	**477.000**			
		Davon fällig 2026	**477.000**	**477.000**		
		Davon fällig 2027	**477.000**	**477.000**		
		Davon fällig 2028	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	500.000	500.000	1.000.000

Ausgaben für Übungs- und Einsatzmunition, Patronen für Reizstoffsprühgeräte (RSG) sowie Schießstandmaterial, Drogenschnelltests und Alkotestmaterial sowie Material zur Reparatur von Waffen.

Mehr im Vergleich zu den Ist-Ausgaben 2022, insbesondere infolge der gestiegenen Kosten für die Übungs- und Einsatzmunition und für das Schießstandmaterial sowie der Inbetriebnahme von neuen Raumschießanlagen (RSA) und der Verbrauchsmittel für die DEIG (Distanzelektroimpulsgeräte).

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51801	**042**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**42.556,85**

Anmietung von Räumlichkeiten im Zusammenhang mit der Vereidigung, Personalversammlung, JAV-Versammlung u. a..
Das hohe Ist 2022 ist zurückzuführen auf die Durchführung vieler Veranstaltungen.

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51802	**042**	**Mieten für Fahrzeuge**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**15.711,60**

Anmietung von Fahrzeugen, insbesondere im Zusammenhang mit der Vereidigung.

51803	**042**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**1.000**	**1.000**	**78.000**	**—**

Miete für Zeitmessgeräte für die Durchführung von Sportveranstaltungen.
Miete von Kopiergeräten und Hochleistungsdruckern (Druckerei) wird seit 2022 im Kapitel 2552 nachgewiesen. Deshalb sind in 2022 auch keine Ausgaben angefallen und auch in den Folgejahren nur noch geringe Ausgaben zu erwarten.

52501	**042**	**Aus- und Fortbildung**	**135.000**	**135.000**	**130.000**	**136.233,93**

Teilnahmegebühren für Aus- und Fortbildung bei externen Fortbildungsträgern sowie externe Prüfungsgebühren im Zusammenhang mit der internen Fahrschulausbildung.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin – Polizeiakademie
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte und insbesondere Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen verfügen über die gleichen Möglichkeiten, im Rahmen ihrer Tätigkeiten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese auch für ihren Aufstieg zu nutzen.
Steuerungsmaßnahmen	Bei der Planung und Durchführung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden genderpolitische Aspekte (z.B. Schulungszeiten auch geeignet für Teilzeitkräfte) berücksichtigt.

52502	**042**	**Sport**	**61.000**	**61.000**	**159.000**	**60.676,89**

Ausgaben für Unterhaltung und Beschaffung von Sportgeräten sowie die Ausrichtung von Vergleichswettkämpfen.
Die Ansatzbildung erfolgt in Anpassung an die Istausgaben 2022.

52509	**042**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**23.000**	**23.000**	**22.000**	**28.618,71**

Ergänzungslieferungen und Unterrichtsmaterial für die Aus- und Fortbildung sowie Material für die Nutzung der Tatortstraße.
Das hohe Ist 2022 ist zurückzuführen auf die gestiegenen Preise bedingt durch die hohe Inflation.

52601	**042**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**9.221,67**

Gerichts-, Notariats-, Gerichtsvollziehungs- und ähnliche Kosten.
Interne Verrechnungen an die Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 0641/0642 bzw. 0941/0942), jeweils Titel 11109.
Die Anzahl der Fälle sowie die Höhe des Streitwertes sind maßgeblich für die anfallenden Kosten und grundsätzlich nicht steuerbar, somit ist das hohe Ist 2022 nicht repräsentativ für die Ansatzbildung der Folgejahre.

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**042**	**Dienstreisen**	**37.000**	**37.000**	**35.000**	**95.660,80**

Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an Schulungseinrichtungen des Bundes und der Länder, des BKA, der LKÄ und anderer.

Das hohe Ist 2022 ist insbesondere auf die im zweiten Halbjahr erfolgte Wiederaufnahme von Dienstreisen, die aus pandemischen Gründen verschoben werden mussten, zurückzuführen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin – Polizeiakademie
GB Zielsetzung	Geschlechtergerechte Möglichkeit zur Teilnahme an Dienstreisen bei fachlicher Notwendigkeit.
Steuerungsmaßnahmen	Berücksichtigung genderpolitischer Aspekte wie z.B. die Beseitigung von Hemmnissen aufgrund familienbezogener Aufgaben (z.B. Kinderbetreuung) von Dienstkräften

53101	**042**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**192,60**

Mittel für Streuartikel und aktuelles Informationsmaterial der Polizei Berlin, insbesondere für die Nachwuchsgewinnung sowie im Rahmen von Präventionseinsätzen.
Das geringe Ist 2022 resultiert aus pandemiebedingt weniger durchgeführten Veranstaltungen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger sowie potentielle Nachwuchskräfte
GB Zielsetzung	Geschlechterunabhängige Informationsübermittlung sowie im Rahmen der Nachwuchsgewinnung der Ausgleich der geschlechterspezifischen Unterrepräsentanz; Letzteres ist jedoch gegenüber dem aktuell weitreichenden Personalmangel nachrangig.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei den verschiedenen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchsgewinnung berücksichtigt werden.

53111	**042**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**5.100**	**—**

Mittel für Ausschreibungen, soweit die Veröffentlichung nicht im Karriereportal erfolgt.

In 2022 erfolgten nur Ausschreibungen im Karriereportal. Reduzierung des Ansatzes, da auch ab 2024 nur wenige Ausschreibungen außerhalb des Karriereportals erwartet werden.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Potentiell neue Mitarbeitende (u.a. Nachwuchskräfte)
GB Zielsetzung	Gendergerechte und gezielte Ansprache von Frauen bei Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen zum Abbau von Benachteiligungen und Unterrepräsentanzen (vgl. Frauenförderplan der Polizei Berlin)
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei der Formulierung von Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen berücksichtigt werden.

54002	**042**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**257,74**

Ausgaben im Rahmen des dezentralen Gesundheitsmanagements.
Das niedrige Ist 2022 resultiert aus pandemiebedingten Absagen von Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Gesundheitsmanagement.

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
54010	**042**	**Dienstleistungen**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Die Ausgaben fallen künftig weg.				
54053	**042**	**Veranstaltungen**	**125.000**	**125.000**	**125.000**	**146.577,72**

Ausgaben für die Ausrichtung und Durchführung von Sportveranstaltungen sowie den Tag der offenen Tür der Polizei Berlin (TdoT).
Mehr in 2022 aufgrund der Ausrichtung der Deutschen Polizeimeisterschaften im Volleyball.

54079	**042**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**5.240,93**

Ausgaben der Obergruppe 51 bis 54 von weniger als 1.000 € je Einzelzweck.
Das einmalig hohe Ist 2022 ist nicht repräsentativ zur Bildung von Ausgabeerwartungen in Folgejahren.

54690	**042**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**— R 9.325,82**
67101	**042**	**Ersatz von Ausgaben**	**3.183.000**	**2.363.000**	**3.253.000**	**6.670.439,23**

Aufgrund der Überschreitung der im Hochschulvertrag vereinbarten Studienplätze im Fachbereich Polizei an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) wird gemäß der Kooperationsvereinbarung mit der HWR zur Finanzierung von zusätzlichen Studienplätzen für den gehobenen Polizeivollzugsdienst ein Zuschuss zur Deckung der Kosten gezahlt. Weiterhin fallen Ausgaben im Zusammenhang mit der Kooperation mit Brandenburg zur Finanzierung des Masterstudienganges „Öffentliche-Verwaltung-Polizeimanagement“ (bis 2025) und Ausgleichzahlungen anlässlich der Sicherheitskooperation der Länder an.

Die hohen Istausgaben 2022 sind zurückzuführen auf die Finanzierung der tatsächlich in Anspruch genommenen zusätzlichen Studienplätze für den gehobenen / höheren Polizeivollzugsdienst.

Weniger ab 2024 da gemäß der aktuellen Kooperationsvereinbarung angestrebt ist, eine erhöhte Anzahl an Studienplätzen als Basiszahl im Hochschulvertrag fortzuschreiben.

68123	**042**	**Ehrungen, Preise**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.377,12**

Medaillen, Wimpel und Pokale für die Ehrungen der Sportler/Sportlerinnen gemäß Jahressportprogramm der Polizeiakademie sowie Auszeichnungen für Nachwuchskräfte und Preise für sonstige Verdienste.
Eine geschlechterspezifische Erfassung erfolgt für Auszeichnungen im Rahmen des Sportprogrammes, die pandemiebedingt in 2021 und 2022 nicht im geplanten Umfang stattgefunden haben.

	2020		2021		2022*	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	55	105	41	56	35	45
Relativ	34,4 %	65,6 %	42,3 %	57,7 %	43,7 %	56,3 %
Ressourcen (in T€)	0,2	0,5	0,2	0,2	0,1	0,1

Zielgruppe:	Dienstkräfte und NWK der Polizei Berlin
Zielsetzung:	Teilnahme der Sportler/innen an den Wettkämpfen soll erhöht werden; Bereitschaft für die Übernahme besonderer Aufgaben von NWK soll erhöht werden.
Steuerungsmaßnahmen:	Unterbreitung von gezielten Angeboten/Wettkämpfen für Sportlerinnen und Sportler; teilweise nur bedingt steuerbar

*Die Differenz zum Ist 2022 resultiert aus Auszeichnungen von besonderen Leistungen, die nicht geschlechterspezifisch erfasst worden sind.

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68462	**042**	**Zuschüsse im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Gewaltprävention, insbesondere Präventionsprojekte für Kinder (z.B. „Sicher mit Brummi – bärenschlau“). Ausgaben werden u.a. für Referenten sowie für die Anschaffung von Kostümen, Bühnenbildern, Flyern und Unterrichtsbegleitmaterial geleistet.

In 2022 sind keine Ausgaben getätigt worden, weil aufgrund anderer zwingender Bedarfe Maßnahmen zurückgestellt wurden und der erwartete Bedarf sich somit voraussichtlich in 2023 abbilden wird.

In 2022 sind pandemiebedingt keine Ausgaben für Präventionsveranstaltungen angefallen.

68579	**042**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.200**	**1.200**	**1.200**	**1.200,00**

Beitrag für das Deutsche Polizeisportkuratorium (DPSK).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Mit den Mitteln wird keine spezielle Zielgruppe gefördert.
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

81259 (neu)	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81279	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**202.000**	**202.000**	**150.000**	**153.648,74**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**332.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**332.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	200.000	0	0

2024
Ersatz technischer Einrichtung
Austausch von veralteter Schießkinotechnik in einer Raumschießanlage (RSA) ..... 202.000 €

2025
Erweiterung des Gerätebestandes / Ersatz technischer Einrichtung
Austausch von veralteter Schießkinotechnik in einer Raumschießanlage (RSA) ..... 202.000 €

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**3.000**	**—**

Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von verfahrensabhängigen IKT-Geräten und Zubehör, Beschaffung neuer Netzkomponenten und laufende Wartung des Bestandes.

In 2022 sind keine Ausgaben getätigt worden, weil aufgrund anderer zwingender Bedarfe erforderliche Maßnahmen zurückgestellt wurden. Weniger ab 2024 in Anpassung an die durchschnittliche Ausgabenentwicklung der letzten Jahre.

51185	**042**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**451.000**	**500.000**	**251.000**	**432.550,97**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**750.000**	**750.000**
Davon fällig 2025	**250.000**	
Davon fällig 2026	**250.000**	**250.000**
Davon fällig 2027	**250.000**	**250.000**
Davon fällig 2028	**—**	**250.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	251.000	0	0

Ausgaben für externe Dienstleistungen, Softwarepflege und Lizenzgebühren.
Es entstehen Ausgaben für

	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ist 2022
1. BBCOM Win 32 (Bibliothekssoftware)	2.000 €	2.000 €	2.070,60 €
2. ZAMIK-PSK (7 Schulungslizenzen)	4.000 €	4.000 €	3.998,40 €
3. iBMS (integriertes Bildungsmanagementsystem)	364.000 €	364.000 €	344.330,00 €
4. Spezielle IT-Verfahren der Polizeiakademie	70.000 €	119.000 €	70.297,67 €
5. SW-Pflege Stundenplanung	2.000 €	2.000 €	2.334,30 €
6. SW-Pflege Fahrsimulatoren	9.000 €	9.000 €	9.520,00 €
	451.000 €	500.000 €	432.550,97 €

Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung der vergangenen Jahre infolge der verschiedenen Verpflichtungen.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**35.000**	**35.000**	**45.000**	**32.045,07**

Beschaffung von Tintenpatronen, Toner, Datenträgern und sonstigen Verbrauchsmitteln sowie Geschäftsbedarf für die eingesetzte verfahrensabhängigen IK- Technik.
Die Ansatzbildung erfolgt in Anpassung an die Istausgaben 2022.

81259 (neu)	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**		**—**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**236.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**236.000**		
		Summe Maßnahmegruppe 32	**487.000**	**536.000**	**299.000**	**464.596,04**
		Gesamtausgaben	**113.570.300**	**117.659.900**	**109.522.000**	**105.580.798,92**
		Prozentuale Veränderung	**3,7 %**	**3,6 %**		

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0552				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	19.000	19.000	5.000	16.308,95
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	6.000	6.000	1.000	8.725,00
		Gesamteinnahmen	25.000	25.000	6.000	25.033,95
411-462		Personalausgaben	106.930.100	111.790.700	102.015.700	95.611.845,68
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.252.000	3.301.000	4.100.100	3.142.288,15
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.186.200	2.366.200	3.256.200	6.673.016,35
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	202.000	202.000	150.000	153.648,74
		Gesamtausgaben	113.570.300	117.659.900	109.522.000	105.580.798,92
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-113.545.300	-117.634.900	-109.516.000	-105.555.764,97

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0556 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Direktion Zentraler Service (Dir ZS).

Die Dir ZS nimmt die Grundsatzverantwortung für die Bereiche Finanzen, Informations- und Kommunikationstechnik, Personal sowie Technik und Logistik wahr und agiert in diesen Themen als zentrale Dienstleisterin für die Polizei Berlin. Zur Dir ZS gehören ein Leitungsbereich und vier Abteilungen.

Die Dir ZS ist dabei wie folgt organisiert:

Leitungsebene
Leitung mit Führungsunterstützung

Abteilungen

Dir ZS Fin	- Finanzen
Dir ZS IKT	- Informations- und Kommunikationstechnik
Dir ZS Pers	- Personal
Dir ZS TL	- Technik und Logistik

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11151	**042**	**Gebühren nach der Gebührenordnung für die Benutzung polizeilicher Einrichtungen**	**40.000**	**40.000**	**20.000**	**37.683,02**

Einnahmen nach der Gebührenordnung für die Benutzung polizeilicher Einrichtungen, insbesondere im Zusammenhang mit Überfall- und Einbruchmeldeanlagen. Ansatzbildung in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

11201	**042**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**6.000**	**6.000**	**4.000**	**8.900,00**

Geldbußen aus Disziplinarverfahren nach dem Disziplinargesetz sowie Zwangsgelder nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz. Ansatzbildung in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

11903	**042**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**7.794,43**

Ersatz für Beschädigungen von Landeseigentum und Erfüllung übergegangener Schadensersatzansprüche.
Die Einnahmen sind abhängig von den Fallzahlen und nicht steuerbar. Das hohe Ist 2022 ist nicht repräsentativ zur Bildung von Einnahmeerwartungen in Folgejahren.

11934	**042**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**110.000**	**110.000**	**40.000**	**114.053,27**

Einnahmen aus Verrechnung von Abschlagszahlungen aus Vorjahren, insbesondere i. V. m. Dienstreisen und der Dienstunfallfürsorge.
Die Ansätze sind der Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre angepasst.

11955	**048**	**Rückzahlung überzahlter Versorgungsleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Festgestellte Überzahlungen von Versorgungsleistungen nach § 9 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) - (vgl. auch Titel 63115) - sind beim Titel 11955 zu vereinnahmen und der Deutschen Rentenversicherung Bund in gleicher Höhe zurückzuerstatten (Titel 63116).

11979	**042**	**Verschiedene Einnahmen**	**5.000**	**5.000**	**3.000**	**20.843,93**

Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund.
Das hohe Ist 2022 resultiert aus unvorhergesehenen Einnahmen, die nicht repräsentativ sind für die Einnahmeerwartung in Folgejahren.

11981	**042**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
12504	**042**	**Erlöse für Dienstleistungen**	**100.000**	**100.000**	**15.000**	**95.928,06**

Einnahmen aus dem „Erlass über Leistungen der Polizei außerhalb ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben (Entgelterlass)“.

Das hohe Ist 2022 begründet sich durch gestiegene Baumaßnahmen, die zur Errichtung von Objektversorgungsanlagen verpflichten und eine gebührenpflichtige Abnahme durch die Landesstelle Digitalfunk erfordern. Ansatzbildung in Anpassung an die Ist-Einnahmen 2022.

13203	**042**	**Verkauf von beweglichem Vermögen**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**264.802,73**

Erlöse aus dem Verkauf von Dienstfahrzeugen und ausgesonderten Investitionsgütern.
Verkaufserlöse von Altgeräten und Altfahrzeugen.
Die Einnahmen 2022 sind nicht repräsentativ zur Bildung von Einnahmeerwartungen in Folgejahren.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23101	**042**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**1.500**	**1.500**	**13.000**	**1.247,30**

Ersatz von Kraftstoff-, Wartungs- und Reparaturkosten für Fahrzeuge und Boote.

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre.

23103	**042**	**Ersatz von Personalausgaben durch den Bund bei Abordnungen und Versetzungen**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000**	**1.505.550,57**

Einnahmen aus der Kostenerstattung des Bundes für Abordnungen und Versetzungen.

Die hohen Ist-Einnahmen 2022 sind zurückzuführen auf unerwartet viele Abordnungen und Versetzungen. Ein annähernd hohes Einnahmeniveau ist auch in den Folgejahren zu erwarten.

23104	**042**	**Ersatz von Personalausgaben durch den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erstattung von Bezügebestandteilen durch den Bund.

23152	**042**	**Sonstige Zuweisungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
23203	**042**	**Ersatz von Personalausgaben durch die Länder bei Abordnungen und Versetzungen**	**200.000**	**200.000**	**1.000**	**221.266,64**

Einnahmen aus den Kostenerstattungen der Länder für Abordnungen und Versetzungen.

Die hohen Ist-Einnahmen 2022 sind zurückzuführen auf unerwartet viele Abordnungen und Versetzungen in andere Länder. Ein annähernd hohes Einnahmeniveau ist auch in den Folgejahren zu erwarten.

23211	**042**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**1.000**	**1.000**	**6.000**	**918,00**

Ersatz von Kraftstoff-, Wartungs- und Reparaturkosten für Fahrzeuge, insbesondere der Wasserschutzpolizei Brandenburg. Die Ansätze sind der Einnahmeentwicklung der vergangenen Jahre angepasst.

28101	**042**	**Ersatz von Ausgaben**	**35.000**	**35.000**	**3.000**	**38.909,43**

Verstärkungsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 51101, 51140, 51925, 52501.

Einnahmen im Wege der internen Verrechnung für die Inanspruchnahme der Sozialbetreuung der Polizei Berlin durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales.

28290	**042**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 44390.

Zuwendungen werden erwartet für Fürsorgeleistungen

		Gesamteinnahmen	**1.804.500**	**1.804.500**	**412.000**	**2.317.897,38**
		Prozentuale Veränderung	**338,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**042**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**28.921.000**	**45.639.000**	**32.520.000**	**26.077.797,28**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte: Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (§ 5 LBesG der aktuellen Fassung)	100 €	100 €	100 €	0 €

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42221	**042**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**902.000**	**871.000**	**1.721.000**	**932.838,24**
42701	**042**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**176.000**	**176.000**	**38.300**	**175.913,24**

Honorare nach dem „Honorarerlass“ der Senatsverwaltung für Inneres und Sport für die fachliche Weiterbildung der Dienstkräfte und freie Mitarbeiter der Polizei.
Mehr aufgrund verstärkter Inanspruchnahme von Honorarärzten für Einstellungsuntersuchungen.

42722	**042**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**69.800**	**72.600**	**32.600**	**65.226,61**
42735	**042**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**	**12.200**	**1.711,63**
42801	**042**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**60.653.000**	**63.618.000**	**53.733.000**	**57.869.171,68**
42811	**042**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**53.100**	**55.300**	**54.100**	**50.953,87**
42821	**042**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**381.000**	**488.000**	**351.000**	**280.718,30**
44100	**042**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**48.868.000**	**50.334.000**	**47.699.000**	**47.443.914,81**
44379	**042**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**8.910.000**	**3.910.000**	**5.998.000**	**4.934.919,71**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024	2025	Ist 2022
Besondere Einsätze	30.000 €	30.000 €	0 €
Dienstunfallkosten	2.500.000 €	2.500.000 €	2.103.017,90 €
Rechtsschutz	64.000 €	64.000 €	44.792,12 €
Freie Heilfürsorge für Auszubildende	1.082.000 €	1.082.000 €	1.043.159,94 €
Kinderbetreuungskosten	4.000 €	4.000 €	2.700,00 €
Datensichtbrillen / sonst. Fürsorgeleistungen	20.000 €	20.000 €	19.968,24 €
Sonstige personalrechtliche Atteste	0 €	0 €	166,60 €
Entschädigungsleistungen Schießstätten	5.000.000 €	0 €	273.000,00 €
Zuschuss zur Fahrerlaubnis für Auszubildende	209.000 €	209.000 €	138.056,89 €
Beschaffung von Schnelltests	0 €	0 €	1.310.058,02 €
	8.909.000 €	3.909.000 €	4.934.919,71 €

Die Erhöhungen sind vor allem auf Nachzahlungen bzw. Anpassungen im Rahmen der Entschädigungsleistungen „Schießstätten“ aufgrund von Korrekturen der Sichtungskommission zurückzuführen.
Der Ansatz enthält in 2023 noch einen Anteil von 1.750.000 € ausschließlich für Zwecke der Pandemiebekämpfung, hier insbesondere für die Beschaffung von Schnelltests.

Aus dem Titel werden auch Zahlungen zum Ausgleich der mit dem häufigen und regelmäßigen Schießtraining auf veralteten Schießanlagen der Polizei verbundenen besonderen Belastungen geleistet. Es ist beabsichtigt, den Entschädigungsfonds für Vielschießer (SEK/PSK/MEK, Schießtrainer) sowie Servicepersonal der Schießstände in der Weise zu ergänzen, dass die Dauer des Einsatzes auf den kontaminierten Schießständen deutlicher berücksichtigt wird.
Höhere Ausgaben werden insbesondere erwartet für Dienstunfallkosten und für Entschädigungsleistungen.

44390	**042**	**Fürsorgeleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

45201	**042**	**Nachversicherungen**	**3.370.000**	**3.370.000**	**2.466.000**	**3.369.920,64**
45300	**042**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**49.300**	**49.300**	**11.900**	**49.295,56**

Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen bei Abordnungen

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
46201	**880**	**Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben**	**-6.203.000**	**-6.277.000**	**-10.949.000**	**—**

Finanzielle Auswirkungen der demografischen Entwicklung (Monetärabschöpfung)

51101	**042**	**Geschäftsbedarf**	**177.000**	**177.000**	**171.000**	**194.385,23**

	Ansatz 2024/2025	Ist 2022
Allgemeiner Geschäftsbedarf	71.000 €	78.016,44 €
Geschäftsbedarf für Bürotechnik	3.000 €	3.028,05 €
Bücher, Zeitschriften	35.000 €	38.977,01 €
Postgebühren	62.000 €	68.770,05 €
Rundfunk- und Fernsehgebühren	6.000 €	5.593,68 €
	177.000 €	194.385,23 €

Die höheren Ist-Ausgaben 2022 sind nicht repräsentativ bezüglich der Ausgabeerwartungen in den Folgejahren.

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sozialberatung der Polizei Berlin dürfen in Höhe der beim Titel 28101 aus internen Verrechnungen eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28101).

51131	**042**	**Bekleidung, Wäsche**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.014,29**

Ausgaben für Waschpulver, Wäsche und Reinigungskosten sowie Wäschebeschaffung.
Die einmalig hohen Ausgaben 2022 sind im Vergleich zu der Ausgabenentwicklung der vergangenen Jahre nicht repräsentativ.

51140	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**3.000.000**	**2.500.000**	**2.396.000**	**2.001.492,67**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**4.000.000**	**4.000.000**
	Davon fällig 2025	**2.000.000**	
	Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**
	Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024	2025	Ist 2022
Medizinische Geräte	55.000 €	55.000 €	54.725,75 €
Waffen, Einsatzgeräte, ballistische Schutzwesten und Zusatzausstattung	2.517.000 €	2.017.000 €	1.506.254,57 €
Sondertechnik	53.000 €	53.000 €	52.847,58 €
Unterkunftsausstattungen/Mobiliar	315.000 €	315.000 €	314.569,71 €
Werkstatteinrichtungen	60.000 €	60.000 €	61.500,00 €
Corona bedingte Ausgaben ……..			11.595,06 €
	3.000.000 €	2.500.000 €	2.001.492,67 €

Aufgrund von Lieferproblemen der Hersteller konnten notwendige Maßnahmen in 2022 nicht umgesetzt werden, was zu einem geringen Ist 2022 führte.

Mehr auch aufgrund von Erweiterungen der Einsatz- und Schutzausstattungen, vor allem für den Ersatz des Einsatzstocks, Ersatz der Anhaltesysteme sowie den Ersatz der Splitterschutzvisiere.

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sozialberatung der Polizei Berlin dürfen in Höhe der beim Titel 28101 aus internen Verrechnungen eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28101).

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**3.000.000**	**2.500.000**	**2.396.000**	**2.001.492,67**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**4.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**		

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024	2025	Ist 2022
Medizinische Geräte	55.000 €	55.000 €	54.725,75 €
Waffen, Einsatzgeräte, ballistische Schutzwesten und Zusatzausstattung	2.517.000 €	2.017.000 €	1.506.254,57 €
Sondertechnik	53.000 €	53.000 €	52.847,58 €
Unterkunftsausstattungen/Mobiliar	315.000 €	315.000 €	314.569,71 €
Werkstatteinrichtungen	60.000 €	60.000 €	61.500,00 €
Corona bedingte Ausgaben ……..			11.595,06 €
	3.000.000 €	2.500.000 €	2.001.492,67 €

Aufgrund von Lieferproblemen der Hersteller konnten notwendige Maßnahmen in 2022 nicht umgesetzt werden, was zu einem geringen Ist 2022 führte.

Mehr auch aufgrund von Erweiterungen der Einsatz- und Schutzausstattungen, vor allem für den Ersatz des Einsatzstocks, Ersatz der Anhaltesysteme sowie den Ersatz der Splitterschutzvisiere.

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sozialberatung der Polizei Berlin dürfen in Höhe der beim Titel 28101 aus internen Verrechnungen eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28101).

51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**042**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**042**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**710.000**	**710.000**	**546.000**	**1.236.514,17**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.466.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**466.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	244.000	244.000	197.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Treibstoffe und Öle sowie Wartungs- und Ersatzteilkosten für Polizeifahrzeuge.
Das hohe Ist 2022 begründet sich aus gestiegenen Reparaturkosten und Preissteigerungen bei Verbrauchsstoffen.
Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51408	**042**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.806.000**	**2.734.693,78**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**3.000.000**
Davon fällig 2025	**1.000.000**	
Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**
Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	2.000.000	2.000.000	2.000.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Gesamtbehördliche Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung, insbesondere für die geschlossenen Einheiten sowie Beschaffung von Schutzkleidung nach den Arbeitsschutzvorschriften. Weitere Ausgaben für schneidermäßige Änderungen der Serviceeinheiten.
Weniger gegenüber 2023 in Anpassung an die Ausgabenentwicklung der vergangenen Jahre.

51410	**042**	**Allgemeine Dienstkleidung (Kontenwirtschaft)**	**3.500.000**	**3.500.000**	**3.761.000**	**3.504.524,79**

Beschaffung der Dienstkleidungsstücke der allgemeinen Dienstbekleidung unter Berücksichtigung der Tragezeiten für die Dienstkleidungsträger.

Der Regelbedarf orientiert sich an den persönlichen Budgets für Dienstkleidungsträger/-innen. Hinzu kommen Ausgaben für die Neuausstattungen der Anwärterinnen und Anwärter und der Neueinsteller im Bereich des zentralen Objektschutzes.

51426	**042**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**211.000**	**211.000**	**261.000**	**287.111,34**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**330.000**	**330.000**
Davon fällig 2025	**110.000**	
Davon fällig 2026	**110.000**	**110.000**
Davon fällig 2027	**110.000**	**110.000**
Davon fällig 2028	**—**	**110.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	110.000	110.000	110.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Verbrauchsstoffe, Medikamente, Erste Hilfe, (Blut-) Entnahmematerial einschließlich Atemteströhrchen und Urinbehälter.
Die hohen Istausgaben 2022 sind zurückzuführen auf einen erhöhten Bedarf an Verbrauchsmaterialien infolge der Pandemie.
Die Ausgaben ab 2024 wurden auf ein realistisches Maß kalkuliert.

51429	**042**	**Verbrauchsmittel für Bewaffnung und Einsatzgerät**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**52.895,16**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**40.000**	**40.000**
Davon fällig 2025	**20.000**	
Davon fällig 2026	**20.000**	**20.000**
Davon fällig 2027	**—**	**20.000**

Ausgaben für Übungs- und Einsatzmunition (Patronen).
Das hohe Ist 2022 resultiert aus den gestiegenen Kosten für die Einsatz- und Übungsmunition.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

51701	**042**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**90.000**	**90.000**	**90.000**	**140.931,75**

Bewirtschaftungsausgaben für nutzerspezifischen Müll (Asservate, Tresore etc.) und Reinigung von Postenhäusern.
In 2022 sind pandemiebedingt besonders hohe Ausgaben für die Entsorgung von infektiösem Abfall angefallen.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**042**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**57.789.000**	**59.361.000**	**55.846.000**	**55.140.301,72**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Lfd. Nr.	R*	Lage des Gebäudes oder Grundstücks	Betriebs-/ Nebenkosten 2024	Betriebs-/ Nebenkosten 2025
1		Adalbertstr. 3		
2		Alemannenstr. 10		
3		Alexanderplatz 1		
4		Alt-Biesdorf 33		
5	R	Alt-Friedrichsfelde 60		
6		Alt-Moabit 5		
7		Am Nordgraben 6,7,8		
8	R	Am Pichelssee 20,21		
9		An der alten Försterei		
10		Augustaplatz 7		
11		Baumschulenstr. 1		
12		Bayernring 44		
13	R	Belziger Str. 52-58		
14		Berliner Allee 210		
15		Berliner Str. 35		
16	R	Bernauer Str. 171		
17	R	Bernhard-Weiß-Str. 6		
18		Bismarckstr. 111		
19		Brunnenstr. 175		
20		Bulgarische Str. 55		
21	R	Bundesgrenzschutzallee 1		
22		Cecilienstr. 92/ Blumberger Damm 7		
23		Charlottenburger Chaussee 67,75		
24	R	diverse Antennenanlagen		
25		Dominicusstr. 12		
26		Eberswalder Str. 6-9		
27	R	Friedrichstr. 219		
28		Friedrichstr. 79,80		
29		Friesenstr. 16		
30		Gallwitzallee 87,95		
31		Gothaer Str. 19		
32		Götzstr. 6		
33		Grunewaldstr. 66-67		
34		Hadlichstr. 37		
35		Hauptstr. 45		
36		Heinrich-Grüber-Str. 35		
37		Idastr. 6		
38		Invalidenstr. 57,58		
39		Kaiserdamm 1		
40		Karlstr. 8		
41		Keithstr. 28		

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Lfd. Nr.	R*	Lage des Gebäudes oder Grundstücks	Betriebs-/ Nebenkosten 2024	Betriebs-/ Nebenkosten 2025
42		Königstr. 5		
43		Kronprinzessinnenweg, Jagen 65 (Sprengplatz)		
44		Kruppstr. 15		
45		Kruppstr. 2-4		
46		Lichtenrader Damm 211		
47		Magazinstr. 5		
48	R	Martin-Luther-Str. 105		
49	R	Mehringdamm 110		
50		Mertensstr. 140		
51		Moritzstr. 10		
52		Neues Ufer 1		
53		Nipkowstr. 23		
54		Nöldnerstr. 35		
55		Nürnberger Str. 5-7		
56		Oudenarder Str. 16		
57		Pablo-Picasso-Str. 4		
58		Pankstr. 28		
59	R	Pariser Platz 3		
60		Pionierstr. 160,204		
61	R	Platz der Luftbrücke 6		
62		Poelchaustr. 1		
63		Radelandstr. 21		
64		Riedemannweg 57-60		
65		Ringbahnstr. 132		
66		Rollbergstr. 9		
67		Rubensstr. 111		
68		Rudolstädter Str. 79,85		
69		Ruppiner Chaussee 240,268		
70		Schießstand Plessow		
71		Schmidt-Knobelsdorf-Str. 27		
72		Segelfliegerdamm 42		
73		Sewanstr. 262		
74		Skybox Olympiastadion		
75		Sonnenallee 107		
76		Stahnsdorfer Damm		
77		Storkower Str. 101		
78		Straße zur Försterei (Fahrsicherheitstraining)		
79		Tempelhofer Damm 12		
80		Thomas-Dehler-Str. 4		
81		Turmstr. 21		
82		Wackenbergstr. 81		
83		Waldgrundstück Pionierstr. 160-206		
84		Wedekindstr. 10		
85		Zimmerstr. 55		
86		Zwickauer Damm 58		
		Gesamt:		
		rund:	**57.789.000 €**	**59.361.000 €**

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

*R: Räume in einem Gebäude und/oder Teile des Grundstücks

Die konkreten Beträge zu den einzelnen Mietobjekten liegen noch nicht vor.

51801	**042**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**900.000**	**900.000**	**2.200.000**	**875.037,82**
		Verpflichtungsermächtigung	**900.000**	**900.000**		
		Davon fällig 2025	**900.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**900.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	900.000	0	0

Anmietung von Räumlichkeiten für

	2024/2025	Ist 2022
1. Personalversammlungen, Tagungen, Messen, Trainingsanlagen etc.	130.000 €	107.871,07 €
2. Unterbringung von Unterstützungskräften (z.B. 1. Mai).....	770.000 €	767.166,75 €
	900.000 €	875.037,82 €

Die Ausgaben für die Anmietung von Hotels zur Unterbringung von Unterstützungskräften bei Einsätzen, die nicht hauptstadtbedingt sind, sind nicht vorausplanbar und abhängig von den polizeilichen Großlagen und den in diesem Zusammenhang angeforderten Fremdkräften sowie von der Auslastung der eigenen Unterbringungsmöglichkeiten.

Der Ansatz 2023 enthält noch einen Anteil von 1.300.000 € ausschließlich für Zwecke der Pandemiebekämpfung, hier für die erforderliche Unterbringung der Fremdeinheiten in Einzelzimmern.

51802	**042**	**Mieten für Fahrzeuge**	**10.000**	**10.000**	**11.000**	**7.201,08**

Anmietung von Fahrzeugen, insbesondere aufgrund von Leasing-Verträgen und Miete für Batterien für Elektrofahrzeuge.
Das geringe Ist 2022 begründet sich aus einer geringeren Anzahl vertraglicher Verpflichtungen.

51803	**042**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**178.000**	**178.000**	**152.000**	**179.593,23**

Miete für Geräte des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.
Mehr in Anpassung an die tatsächlichen Ausgaben.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**042**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**117.375.000**	**117.252.000**	**141.793.000**	**133.186.698,28**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	1.800.000	1.800.000	14.400.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Lfd. Nr.	R*	Lage des Gebäudes oder Grundstücks	Nettokaltmiete 2024	Nettokaltmiete 2025
1		Adalbertstr. 3		
2		Alemannenstr. 10		
3		Alexanderplatz 1		
4		Alt-Biesdorf 33		
5	R	Alt-Friedrichsfelde 60		
6		Alt-Moabit 5		
7		Am Nordgraben 6,7,8		
8	R	Am Pichelssee 20,21		
9		An der alten Försterei		
10		Augustaplatz 7		
11		Baumschulenstr. 1		
12		Bayernring 44		
13	R	Belziger Str. 52-58		
14		Berliner Allee 210		
15		Berliner Str. 35		
16	R	Bernauer Str. 171		
17	R	Bernhard-Weiß-Str. 6		
18		Bismarckstr. 111		
19		Brunnenstr. 175		
20		Bulgarische Str. 55		
21	R	Bundesgrenzschutzallee 1		
22		Cecilienstr. 92/ Blumberger Damm 7		
23		Charlottenburger Chaussee 67,75		
24	R	diverse Antennenanlagen		
25		Dominicusstr. 12		
26		Eberswalder Str. 6-9		
27	R	Friedrichstr. 219		
28		Friedrichstr. 79,80		
29		Friesenstr. 16		
30		Gallwitzallee 87,95		
31		Gothaer Str. 19		
32		Götzstr. 6		
33		Grunewaldstr. 66-67		
34		Hadlichstr. 37		

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Lfd. Nr.	R*	Lage des Gebäudes oder Grundstücks	Nettokaltmiete 2024	Nettokaltmiete 2025
35		Hauptstr. 45		
36		Heinrich-Grüber-Str. 35		
37		Idastr. 6		
38		Invalidenstr. 57,58		
39		Kaiserdamm 1		
40		Karlstr. 8		
41		Keithstr. 28		
42		Königstr. 5		
43		Kronprinzessinnenweg, Jagen 65 (Sprengplatz)		
44		Kruppstr. 15		
45		Kruppstr. 2-4		
46		Lichtenrader Damm 211		
47		Magazinstr. 5		
48	R	Martin-Luther-Str. 105		
49	R	Mehringdamm 110		
50		Mertensstr. 140		
51		Moritzstr. 10		
52		Neues Ufer 1		
53		Nipkowstr. 23		
54		Nöldnerstr. 35		
55		Nürnberger Str. 5-7		
56		Oudenarder Str. 16		
57		Pablo-Picasso-Str. 4		
58		Pankstr. 28		
59	R	Pariser Platz 3		
60		Pionierstr. 160,204		
61	R	Platz der Luftbrücke 6		
62		Poelchaustr. 1		
63		Radelandstr. 21		
64		Riedemannweg 57-60		
65		Ringbahnstr. 132		
66		Rollbergstr. 9		
67		Rubensstr. 111		
68		Rudolstädter Str. 79,85		
69		Ruppiner Chaussee 240,268		
70		Schießstand Plessow		
71		Schmidt-Knobelsdorf-Str. 27		
72		Segelfliegerdamm 42		
73		Sewanstr. 262		
74		Skybox Olympiastadion		
75		Sonnenallee 107		
76		Stahnsdorfer Damm		
77		Storkower Str. 101		
78		Straße zur Försterei (Fahrsicherheitstraining)		
79		Tempelhofer Damm 12		
80		Thomas-Dehler-Str. 4		

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Lfd. Nr.	R*	Lage des Gebäudes oder Grundstücks	Nettokaltmiete 2024	Nettokaltmiete 2025
81		Turmstr. 21		
82		Wackenbergstr. 81		
83		Waldgrundstück Pionierstr. 160-206		
84		Wedekindstr. 10		
85		Zimmerstr. 55		
86		Zwickauer Damm 58		
		Gesamt:		
		rund:	**117.375.000 €**	**117.252.000 €**

*R: Räume in einem Gebäude und/oder Teile des Grundstücks

Die konkreten Beträge zu den einzelnen Mietobjekten liegen noch nicht vor.
Weniger ab 2024, da die Mittel zum Abbau des Sanierungsstaus nicht mehr im EPl. 05 abgebildet werden.

51920	**042**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**1.015.000**	**1.045.000**	**832.000**	**706.081,75**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.032.000**	
Davon fällig 2025	**800.000**		
Davon fällig 2026	**200.000**	**832.000**	
Davon fällig 2027	**—**	**200.000**	

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	400.000	200.000	0

Nutzerspezifische Bauunterhaltungsmaßnahmen für die Informations- und Kommunikations-Technik (IKT).
Es entstehen Ausgaben für:

	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ist 2022
1. Bauunterhaltung IKT, allgemein	590.200 €	620.200 €	655.391,92 €
2. Bauunterhaltung IKT, speziell Digitalfunk, davon			
Instandhaltung Digitalfunkstandorte allgemein	150.000 €	150.000 €	0 €
Instandhaltung Klimageräte an Digitalfunkstandorten.....	13.800 €	13.800 €	0 €
Instandhaltung Videoanlagen an Digitalfunkstandorten.....	11.000 €	11.000 €	0 €
Neu- u. Umbauten (u.a. Netzhärtungsmaßnahmen), einschl. Planungsleistungen an Bestandsstandorten (außerhalb der 2. Ausbaustufe).....	250.000 €	250.000 €	45.184,30 €
Sonstiger Bedarf (Werkzeuge, Messtechnik etc.).	0 €	0 €	5.505,53 €
	1.015.000 €	1.045.000 €	706.081,75 €

Mehr, weil für die in den vergangenen Jahren durchgeführten und in 2023 noch durchzuführenden baulichen Ertüchtigungen an Digitalfunkstandorten ab 2024 Folgekosten für Instandhaltungsmaßnahmen entstehen. Zudem sind weitere Umbauten (u.a. Netzhärtungsmaßnahmen) an Bestandsstandorten nach Beendigung der 2. Ausbaustufe erforderlich.
Des Weiteren kam es in den letzten Jahren pandemiebedingt zu zeitlichen Verzögerungen bei der Beauftragung und Durchführung von Maßnahmen der allgemeinen IKT-spezifischen Bauunterhaltung. Dies führt nach Fertigstellung der bereits begonnenen Maßnahmen ab 2024 zu höheren Ausgaben gegenüber dem Rechnungsergebnis 2022 und dem Haushaltsansatz 2023.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**042**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**2.130.000**	**2.137.000**	**2.627.000**	**10.079.207,61**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.137.000**	**2.180.000**		
		Davon fällig 2025	**2.137.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.180.000**		

Instandhaltung, Wartung, Erneuerung und Ersatzbeschaffung von nutzerspezifischen Anlagen und Einrichtungen sowie Ausgaben für nicht-investive, funktionsbedingte Umbauten.

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

	2024	2025	Ist 2022
Wartungs- und Instandhaltungskosten: TÜV-Gebühren Sicherheitstechnik	2.130.000 €	2.137.000 €	3.870.717,96 €
Nutzerspezifische Baumaßnahmen und Baunebenkosten	0 €	0 €	5.691.439,30 €
Nutzerspezifische Wartungs- und Instandhaltungskosten einschließlich der Überprüfung ortsveränderlicher elektr. Betriebsmittel	0 €	0 €	517.050,35 €
Gesamt:	2.130.000 €	2.137.000 €	10.079.207,61 €

Die hohen Ist-Ausgaben 2022 sind zurückzuführen auf dringend erforderliche bauliche Maßnahmen im Rahmen der nutzerspezifischen Zuständigkeit sowie auf zusätzliche Wartungs- und Prüfpflichten infolge von Novellierungen bei Normen und gesetzlichen Vorgaben.

Ausgaben für TÜV-Gebühren und Sicherheitstechnik bei nutzerspezifischen Anlagen entfallen auf:

Lfd. Nr.	Lage des Gebäudes oder Grundstücks	Wartungs- und Instandhaltungskosten 2024	Wartungs- und Instandhaltungskosten 2025
1	Adalbertstr. 3		
2	Alemannenstr. 10		
3	Alexanderplatz 1		
4	Alt-Biesdorf 33		
5	Alt-Friedrichsfelde 60		
6	Alt-Moabit 5		
7	Am Nordgraben 6,7,8		
8	Am Pichelssee 20,21		
9	An der alten Försterei		
10	Augustaplatz 7		
11	Baumschulenstr. 1		
12	Bayernring 44		
13	Belziger Str. 52-58		
14	Berliner Allee 210		
15	Berliner Str. 35		
16	Bernauer Str. 171		
17	Bernhard-Weiß-Str. 6		
18	Bismarckstr. 111		
19	Brunnenstr. 175		
20	Bulgarische Str. 55		
21	Bundesgrenzschutzallee 1		
22	Cecilienstr. 92/ Blumberger Damm 7		
23	Charlottenburger Chaussee 67,75		
24	diverse Antennenanlagen		

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Lfd. Nr.	Lage des Gebäudes oder Grundstücks	Wartungs- und Instand-haltungskosten 2024	Wartungs- und Instand-haltungskosten 2025
25	Dominicusstr. 12		
26	Eberswalder Str. 6-9		
27	Friedrichstr. 219		
28	Friedrichstr. 79,80		
29	Friesenstr. 16		
30	Gallwitzallee 87,95		
31	Gothaer Str. 19		
32	Götzstr. 6		
33	Grunewaldstr. 66-67		
34	Hadlichstr. 37		
35	Hauptstr. 45		
36	Heinrich-Grüber-Str. 35		
37	Idastr. 6		
38	Invalidenstr. 57,58		
39	Kaiserdamm 1		
40	Karlstr. 8		
41	Keithstr. 28		
42	Königstr. 5		
43	Kronprinzessinnenweg, Jagen 65 (Sprengplatz)		
44	Kruppstr. 15		
45	Kruppstr. 2-4		
46	Lichtenrader Damm 211		
47	Magazinstr. 5		
48	Martin-Luther-Str. 105		
49	Mehringdamm 110		
50	Mertensstr. 140		
51	Moritzstr. 10		
52	Neues Ufer 1		
53	Nipkowstr. 23		
54	Nöldnerstr. 35		
55	Nürnberger Str. 5-7		
56	Oudenarder Str. 16		
57	Pablo-Picasso-Str. 4		
58	Pankstr. 28		
59	Pariser Platz 3		
60	Pionierstr. 160,204		
61	Platz der Luftbrücke 6		
62	Poelchaustr. 1		
63	Radelandstr. 21		
64	Riedemannweg 57-60		
65	Ringbahnstr. 132		
66	Rollbergstr. 9		
67	Rubensstr. 111		
68	Rudolstädter Str. 79,85		
69	Ruppiner Chaussee 240,268		
70	Schießstand Plessow		

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Beträge in EURO Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Lfd. Nr.	Lage des Gebäudes oder Grundstücks	Wartungs- und Instandhaltungskosten 2024	Wartungs- und Instandhaltungskosten 2025
71	Schmidt-Knobelsdorf-Str. 27		
72	Segelfliegerdamm 42		
73	Sewanstr. 262		
74	Skybox Olympiastadion		
75	Sonnenallee 107		
76	Stahnsdorfer Damm		
77	Storkower Str. 101		
78	Straße zur Försterei (Fahrsicherheitstraining)		
79	Tempelhofer Damm 12		
80	Thomas-Dehler-Str. 4		
81	Turmstr. 21		
82	Wackenbergstr. 81		
83	Waldgrundstück Pionierstr. 160-206		
84	Wedekindstr. 10		
85	Zimmerstr. 55		
86	Zwickauer Damm 58		
	Gesamt:		
	rund:	**2.130.000 €**	**2.137.000 €**

Die Ansätze beruhen auf der abgeleiteten Kosteneinschätzung der BIM GmbH (Berliner Immobilienmanagement).
Die konkreten Beträge zu den einzelnen Mietobjekten liegen noch nicht vor.

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sozialberatung der Polizei Berlin dürfen in Höhe der beim Titel 28101 aus internen Verrechnungen eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28101).

52501	**042**	**Aus- und Fortbildung**	**195.000**	**195.000**	**195.000**	**262.802,20**

Teilnahmegebühren anlässlich von Aus- und Fortbildung bei externen Fortbildungsträgern.

Mehr in 2022 aufgrund von Personalentwicklungsmaßnahmen und Fortbildungsmaßnahmen zur Nachbesetzung freier Stellen.

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sozialberatung der Polizei Berlin dürfen in Höhe der beim Titel 28101 aus internen Verrechnungen eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28101)

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin – Direktion Zentraler Service
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte und insbesondere Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen verfügen über die gleichen Möglichkeiten, im Rahmen ihrer Tätigkeiten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese auch für ihren Aufstieg zu nutzen.
Steuerungsmaßnahmen	Bei der Planung und Durchführung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden genderpolitische Aspekte (z.B. Schulungszeiten auch geeignet für Teilzeitkräfte) berücksichtigt.

52502	**042**	**Sport**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für den dezentralen Gesundheits- und Präventionssport.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52509	**042**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**10.000**	**10.000**	**35.000**	**6.036,33**

Erste-Hilfe-Material für die Aus- und Fortbildung.
Ansatzbildung in Anpassung an die Ist-Ausgaben 2022.

52536	**042**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52610	**042**	**Gutachten**	**413.000**	**413.000**	**413.000**	**714.360,82**

Ausgaben für fachärztliche Gutachten.
Höhere Ausgaben waren in 2022 erforderlich für die vermehrte Anforderung fachärztlicher Gutachten sowie für Laborkosten im Rahmen der Durchführung von PCR-Tests durch den Ärztlichen Dienst.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

52703	**042**	**Dienstreisen**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**65.821,87**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts, Dienstreisen für Mitglieder der Personalvertretungen (§ 42 Abs. 3 PersVG), Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an Schulungseinrichtungen des Bundes und der Länder, des BKA, der LKÄ und anderer.

Das hohe Ist 2022 beruht auf Dienstreisen, die aufgrund von pandemiebedingtem Ausfall in den Vorjahren nachgeholt werden mussten.
Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretungen der Polizei Berlin
GB Zielsetzung	Geschlechtergerechte Möglichkeit zur Teilnahme an Dienstreisen bei fachlicher Notwendigkeit.
Steuerungsmaßnahmen	Berücksichtigung genderpolitischer Aspekte wie z.B. die Beseitigung von Hemmnissen aufgrund familienbezogener Aufgaben (z.B. Kinderbetreuung) von Dienstkräften

53101	**042**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**30.000**	**30.000**	**1.000**	**30.685,99**

Einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit, Präventionsmaßnahmen, insbesondere solche der Verkehrsunfallprävention sowie Mittel für Streuartikel und aktuelles Informationsmaterial der Polizei Berlin für die Nachwuchsgewinnung.

Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung und den tatsächlichen Bedarf für Maßnahmen der erforderlichen imagefördernden Öffentlichkeitsarbeit.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger sowie potentielle Nachwuchskräfte
GB Zielsetzung	Geschlechterunabhängige Informationsübermittlung sowie im Rahmen der Nachwuchsgewinnung der Ausgleich der geschlechterspezifischen Unterrepräsentanz; Letzteres ist jedoch gegenüber dem aktuell weitreichenden Personalmangel nachrangig.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53105	**042**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**15.148,09**

Mittel für die Beteiligung an Messen und Ausstellungen im Rahmen der Nachwuchsgewinnung.

Die hohen Ist-Ausgaben 2022 sind auf vermehrte Maßnahmen zur Personalgewinnung und die Durchführung von Image- und Werbemaßnahmen zurückzuführen.

53111	**042**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**120.000**	**120.000**	**190.000**	**119.481,63**

Mittel für die Werbung von Dienstkräften und für Stellenausschreibungen.

Das geringe Ist 2022 resultiert aus vermehrten internen Personalgewinnungsmaßnahmen. Weniger in Anpassung an die Ist-Ausgaben 2022.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Potentiell neue Mitarbeitende
GB Zielsetzung	Gendergerechte und gezielte Ansprache von Frauen bei Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen zum Abbau von Benachteiligungen und Unterrepräsentanzen (vgl. Frauenförderplan der Polizei Berlin)
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei der Formulierung von Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen berücksichtigt werden.

54002	**042**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**12.000**	**12.000**	**85.000**	**6.228,37**

Ausgaben für gesamtbehördliche Maßnahmen u.a. des Personalmanagements, Coaching für gesundheitsorientiertes Führen, Supervisionen, Gesundheitskurse, Organisationsmanagement, Geschäftsprozessanalysen. Ersatz und Erweiterung des Sportgerätebestandes für die Gesundheitsprävention und den Vollzugssport.

Weniger in Anpassung an die Ersatznotwendigkeiten von Ausstattungen der Gesundheitsräume und der Durchführung von Seminaren.
Die sehr geringen Ist-Ausgaben 2022 sind auf pandemiebedingte Ausfälle von Veranstaltungen zurückzuführen.

54010	**042**	**Dienstleistungen**	**800.000**	**800.000**	**800.000**	**740.372,88**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**—**	**2.400.000**
Davon fällig 2026	**—**	**800.000**
Davon fällig 2027	**—**	**800.000**
Davon fällig 2028	**—**	**800.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	800.000	800.000	800.000

Lohnaufträge an Dritte/Dienstleistungen von Dritten, hier insbesondere für Medizinische Dienstleistungen.

54053	**042**	**Veranstaltungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Durchführung von Veranstaltungen der Direktion Zentraler Service.

54079	**042**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.302,44**

Ausgaben der Obergruppe 51 bis 54 von weniger als 1.000 € je Einzelzweck.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54606	**042**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
63102	**042**	**Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen und Versetzungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erstattungsleistungen an den Bund für zur Polizei Berlin versetzte Beamte.

63107	**042**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**13.288.000**	**10.975.000**	**8.569.000**	**7.766.338,72**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	6.778.000	6.637.000	7.354.000
VE Plan 2023	0	0	0

Zwecke der VE aus Vorjahren: Zur Aufrechterhaltung und Sicherstellung des Betriebes des Digitalfunks ist das Eingehen von vertraglichen Verpflichtungen mit der BDBOS auf Grundlage des Verwaltungsabkommens erforderlich.

Aufgrund bestehender vertraglicher Verpflichtungen entstehen Ausgaben für:

	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ist 2022
1. SW-Pflege Abgleichservice	19.000 €	19.000 €	18.610,00 €
2. Länderanteil EPOST810	20.500 €	20.500 €	20.149,00 €
3. Länderanteil VS-Mail	8.000 €	8.000 €	11.034,40 €
4. Nutzungsvereinbarung EAC (Extended Access Control) – PKI zwecks Zugriff auf die Fingerabdrücke in elektronischen Reisepässen sowie amtliche Daten des neuen elektronischen Personalausweises	17.000 €	17.000 €	16.261,00 €
5. Einsatz von SE-Netz 2.0 als zentrales Einsatzkommunikations- und Unterstützungssystem (EKUS) für die Spezialeinheiten in der deutschen Polizei	91.500 €	91.500 €	39.154,42 €
6. Länderanteil Polizei IT-Fonds (Polizei 2020)	3.178.000 €	3.178.000 €	2.587.700,22 €
7. Länderanteil Berlins an den Betriebskosten der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS), davon			
§ 15 Verwaltungsabkommen (VwA)	5.537.000 €	5.055.000 €	4.631.292,00 €
§ 14 Verwaltungsabkommen (VwA), EA-Betrieb	1.465.000 €	1.362.000 €	442.137,68 €
§ 13.2 Verwaltungsabkommen (VwA), EA-Betrieb	948.000 €	874.000 €	(§ 13.2 u. § 14 zusammen)
Netzmodernisierung	1.654.000 €	0 €	0 €
Austausch USV BS (NetSure)	350.000 €	350.000 €	0 €
	13.288.000 €	10.975.000 €	7.766.338,72 €

Die Verpflichtung zur Zahlung des Länderanteils Berlins an den Betriebskosten für den BOS-Digitalfunk ergibt sich aus dem im Jahr 2006 zwischen der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS), dem Bund und den Ländern geschlossenen Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit beim Aufbau und Betrieb eines digitalen Sprech- und Datenfunks. Grundlage ist der jeweilige jährlich festgelegte Wirtschaftsplan der BDBOS sowie die mit der BDBOS für §§ 13 Abs. 2 und 14 VwA geschlossenen bzw. zu schließenden Einzelabrufe.

Die Verpflichtung zur Zahlung des Länderanteils am Polizei-IT-Fond erfolgt auf Basis der zwischen Bund und Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung über die Grundlagen der Zusammenarbeit bei der Modernisierung des polizeilichen Informationswesens v. 06.12.2019 und des jährlich festgelegten Wirtschaftsplans.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftsplanentwürfe werden für den Berliner Länderanteil an den Betriebskosten der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) sowie am Polizei IT-Fonds höhere Ausgaben erwartet.

Zudem werden zusätzliche Kosten aufgrund einer Vereinbarung über vergaberechtliche, betriebliche und finanzielle Rahmenbedingungen eines Einsatzes von SE-Netz 2.0 als zentrales Einsatzkommunikations- und Unterstützungssystem (EKUS) für die Spezialeinheiten in der deutschen Polizei entstehen.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63115	**229**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR**	**91.300.000**	**92.850.000**	**90.844.000**	**86.125.366,75**

Erstattungen an den Bund für Aufwendungen aus dem Sonderversorgungssystem der Volkspolizei, der Feuerwehr und des Justizvollzugs des ehemaligen Ministeriums des Innern aufgrund des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG).
Die Erstattungszahlungen der neuen Bundesländer an den Bund werden pauschal geleistet. Ein eigenständiger Gender-Bezug ist daher nicht herstellbar. Die Erhebung der geschlechtsspezifischen Daten erfolgt durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Die Aufwendungserstattungen aus dem Zusatzversorgungssystem werden im Kapitel 1150 nachgewiesen.

63116	**229**	**Abführung zurückgezahlter Versorgungsleistungen an die Deutsche Rentenversicherung Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Festgestellte Überzahlungen nach § 9 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) – vgl. auch Titel 63115 - sind beim Titel 11955 zu vereinnahmen und der Deutschen Rentenversicherung Bund in gleicher Höhe zurückzuerstatten.

63202	**042**	**Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erstattungsleistungen an andere Bundesländer für zur Polizei Berlin versetzte Beamte.

63203	**042**	**Ersatz von Ausgaben an Länder**	**912.000**	**912.000**	**912.000**	**953.014,59**

Zahlungen an den Zentraldienst der Polizei Brandenburg (ZDPol) für die anfallenden Logistikkosten infolge der Umsetzung des Bekleidungskonzeptes.

63207	**042**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**816.000**	**816.000**	**785.000**	**699.410,79**

Anteil Berlins an den Kosten für die Deutsche Hochschule der Polizei und für den Berliner Anteil an den Kosten für die Notruf-App.
Die Einrichtung eines barrierefreien Zugangs zu den Notrufdiensten einschließlich eines Sprachnotrufs ist infolge einer entsprechenden EU-Vorgabe erforderlich. Beabsichtigt ist die Einführung einer bundesweit einheitlichen Notruf-App unter der Federführung eines Bundeslandes. Die anteiligen Kosten der einzelnen Bundesländer werden nach dem Königsteiner Schlüssel berechnet.

Der Ansatz setzt sich wie folgt zusammen:

	2024/2025	Ist 2022
1. Deutsche Hochschule der Polizei	686.000 €	599.141,97 €
2. Notruf-App	130.000 €	100.268,82 €
	816.000 €	699.410,79 €

Mehr gegenüber dem Ist 2022 infolge der Fortschreibung der nach dem Königsteiner Schlüssel für das Land Berlin anteilig berechneten Kosten.

68262 (neu)	**042**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB**	**1.000**	**1.000**		
68579	**042**	**Mitgliedsbeiträge**	**2.500**	**2.500**	**2.000**	**2.436,00**

Beiträge für Verband Deutscher Sicherheitsingenieure e.V. (VDS) und Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Mit den Mitteln wird keine spezielle Zielgruppe gefördert.
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81179	**042**	**Fahrzeuge**	**10.000.000**	**10.000.000**	**13.068.000**	**11.569.567,76**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**24.500.000**	**29.000.000**		
		Davon fällig 2025	**10.000.000**			
		Davon fällig 2026	**14.500.000**	**14.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**14.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.413.267	0	0
VE Plan 2023	5.000.000	0	0

Es sind eine Vielzahl notwendiger Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen durchzuführen, die im täglichen Streifen- u. Einsatzdienst verwendet werden. Aufgrund der sehr hohen Km-Laufleistung und Beanspruchung dieser Fahrzeuge ist ein kontinuierlicher Austausch erforderlich, um die Einsatzbereitschaft rund um die Uhr zu gewährleisten. Jeder auch nur kurzfristige Fahrzeugausfall bis hin zum Totalausfall beeinträchtigt die uneingeschränkt sicherzustellende Einsatzbereitschaft. Fahrzeugbeschaffungen können auch als Sonderfinanzierungsmaßnahme (Leasing) durchgeführt werden.

2024

19	Einsatzwagen Abschnitt	1.696.000 €
2	Bundesautobahnstreifenwagen	228.000 €
19	Neutraler Einsatzwagen	1.026.000 €
10	Tarn-PKW	432.000 €
10	Ausbaukosten Tarn-PKW	194.000 €
2	Geschwindigkeitsmesskraftwagen	168.000 €
15	Spezialermittlungskraftwagen	1.800.000 €
5	Videokraftwagen	360.000 €
1	neutrales Krad	22.000 €
3	Führungsfahrzeuge	252.000 €
17	Gruppenkraftwagen	2.640.000 €
10	Transporter	396.000 €
1	Mannschaftskraftwagen	156.000 €
30	Einsatzwagen VkD	630.000 €
	Gesamt:	10.000.000 €

2025

19	Einsatzwagen Abschnitt	1.683.000 €
5	Einsatzwagen VkD	218.000 €
15	Neutraler Einsatzwagen	837.000 €
10	Tarn-PKW	432.000 €
10	Ausbaukosten Tarn-PKW	204.000 €
3	Geschwindigkeitsmesskraftwagen	252.000 €
1	Spezialermittlungskraftwagen	1.800.000 €
1	Gefangenenkraftwagen	180.000 €
4	Videokraftwagen	288.000 €
10	Transporter	378.000 €
4	Bus	264.000 €
2	Befehlskraftwagen	480.000 €
17	Gruppenkraftwagen	2.472.000 €
1	Lautsprecherkraftwagen	260.000 €
1	Führungsfahrzeug	252.000 €
	Gesamt:	10.000.000 €

Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81214 (neu)	**042**	**Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG)**	**700.000**	**—**		

Das Ergebnis der positiven Erkenntnisse aus der Evaluation des Probelaufs macht nunmehr einen flächendeckenden Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräten notwendig. Durch einen haushaltsjahrübergreifenden Entwicklungsprozess können die Evaluationsergebnisse auf eine breitere Datenbasis gestellt und in der Folge abschließend validiert werden. Ziel ist die Beschaffung von bis zu 250 DEIG.

81235	**042**	**Beistellungen zur Anbindung der KoopLSt an die Anwendungen der Polizei Berlin**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81236	**042**	**Mobile Kommunikation**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81242	**042**	**Infrastruktur Massendaten**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81246	**042**	**Server - verfahrensabhängig**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81247 (neu)	**043**	**Digitalinfrastruktur (landesweit)**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81248	**042**	**Austausch und Erneuerung von Digitalfunktechnik**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81249	**042**	**Einsatzleitzentrale (Stützungsmaßnahmen)**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81251	**042**	**Modernisierung der bestehenden Rechenzentren der Polizei Berlin**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81252	**042**	**Ablösung Alttechnik Firewall (Sicherheitsgateway) zentral**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81256	**042**	**Geräte und Sondertechnik**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81259	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**
		Siehe Maßnahmegruppe 32

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**500.000**	**600.000**	**200.000**	**179.246,27**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**500.000**		

2024

ProViDa	300.000 €
Defibrilator AED LP 15	16.000 €
Dämmerungssehprüfgerät	6.000 €
Rodatest (Sehtestgeräte)	8.000 €
Reifenmontagegerät	12.000 €
Klimaservicegeräte Werkstätten	12.000 €
Servicepaket Kradbau	18.000 €
VDE-Messgeräte mit Kalibrierung	8.000 €
Batterietestgeräte	20.000 €
Personalisierungsmaschinen für Dienstausweise	100.000 €
Gesamt:	500.000 €

2025

ProViDa	240.000 €
Perimeter	20.000 €
Ambu Man Advanced	8.000 €
Erstattung Logistikzentrum	100.000 €
Zweisäulenhebebühnen Werkstätten	75.000 €
Diagnosegeräte	32.000 €
Bremsenprüfstand	60.000 €
3D-Drucker inkl. Zubehör	40.000 €
Achsvermessung Pkw	25.000 €
Gesamt:	600.000 €

89120 (neu)	**043**	**Zuschuss an das SILB für das Investitionsprogramm Objektfunkversorgung**	**1.500.000**	**1.500.000**

Aufgrund der baulichen Gegebenheiten ist in Gebäuden die Digitalfunkversorgung häufig nicht oder nur eingeschränkt gegeben.
Durch die beabsichtigte Änderung des Berliner Feuerwehrgesetzes sollen Objekteigentümerinnen und -eigentümer von Sonderbauten (gem. BauOBln) verpflichtet werden, entsprechend dem aktuellen Stand der Technik Objektfunkversorgungen in den Gebäuden einzubauen, anzubinden, nachzurüsten bzw. bereits errichtete Objektfunkversorgungen umzurüsten, um es den Einsatz- und Rettungskräften innerhalb dieser Gebäude auf Basis eines bundeseinheitlichen Systems (BOS Digitalfunk) zu ermöglichen, ihre Einsatzsprachkommunikation erfolgreich miteinander durchführen. Dies ist zwingend erforderlich für solche Sonderbauten, bei denen aufgrund der baulichen Gegebenheiten die Kommunikation der Einsatzkräfte beeinträchtigt oder gar unmöglich ist, um unnötige Gefahrensituationen für Einsatzkräfte und andere im Gebäudeinnern sich aufhaltende Personen zu verhindern.
Dies betrifft auch öffentliche Bauten. Mit einem langfristig über 10 Jahre aufgestellten Investitionsprogramm sollen der BIM GmbH die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Maßnahmen des Objektfunks für die von ihr verwalteten Gebäude des SILB zugewiesen werden.
Die Landesstelle für den Digitalfunk verantwortet die umfängliche Koordinierung aller Maßnahmen des digitalen Objektfunks, weshalb die Veranschlagung dieser Mittel bei der Polizei Berlin erfolgt.
Ab 2024 sollen entsprechend der Planung mit der Ausstattung der Gebäude mit den notwendigen Objektfunkanlagen begonnen werden.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**761.000**	**761.000**	**1.172.000**	**761.240,75**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**2.500.000**	**2.500.000**
Davon fällig 2025	**500.000**	
Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**
Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**
Davon fällig 2028	**500.000**	**500.000**
Davon fällig 2029	**500.000**	**500.000**
Davon fällig 2030		**500.000**

Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von verfahrensabhängigen IKT-Geräten und Zubehör, Beschaffung neuer Netzkomponenten und laufende Wartung des Bestandes.
Es entstehen Ausgaben für

	Ansatz 2024/2025	Ist 2022
1. Digitalfunk, davon		
Systemvertrag ELS	299.500 €	295.465,88 €
Wartung Digitalfunkeinrichtungen Olympiastadion	8.500 €	8.152,39 €
Reparatur CT-Bedienteile	15.000 €	15.553,62 €
Spezieller Bedarf Dir E/V (58 Bediengeräte für MTM800FuG und 58 Handbedienhörer)	0 €	44.709,78 €
Unterhaltungsbedarf (Reparaturen, Ersatzteile, etc.)	162.000 €	161.373,16 €
2. Diverse IT-Verfahren (POLIKS, PELZ, PuZMan, etc.)	276.000 €	235.985,92 €
	761.000 €	761.240,75 €

Weniger gegenüber dem Ansatz 2023, weil die Investitionen für verbesserte Massendatenauswertung (Encrochat) in 2023 voraussichtlich abgeschlossen sein werden.

51185	**042**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**29.450.000**	**29.350.000**	**26.055.000**	**23.026.762,63**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**50.000.000**	**50.000.000**
Davon fällig 2025	**10.000.000**	
Davon fällig 2026	**10.000.000**	**10.000.000**
Davon fällig 2027	**10.000.000**	**10.000.000**
Davon fällig 2028	**10.000.000**	**10.000.000**
Davon fällig 2029	**10.000.000**	**10.000.000**
Davon fällig 2030		**10.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	9.134.680	3.461.485	1.455.100
VE Plan 2023	10.100.000	9.800.000	29.400.000

Ausgaben für externe Dienstleistungen, Softwarepflege und Lizenzgebühren.

Es entstehen Ausgaben für

	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ist 2022
1. BOWI (Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten)	14.113.000 €	13.852.000 €	9.817.923,67 €
2. POLIKS (Polizeiliches Landessystem für Informationen, Kommunikation und Sachbearbeitung)	10.667.600 €	10.541.400 €	10.328.392,31 €
3. IKT Sicherheit	667.100 €	671.500 €	374.156,85 €
4. Digitalfunk, davon			
Support Endgeräte	515.000 €	515.000 €	505.036,00 €
Support für Tonaufzeichnung Digitalfunk -mobil-	16.000 €	16.000 €	15.993,89 €
Sonstiges (Lizenzen, Updates, etc.)	119.700 €	119.700 €	120.248,30 €

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
				Beträge in EURO		

	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ist 2022
5. PELZ (Polizeieinsatzleitzentrale)	601.300 €	615.000 €	455.963,89 €
6. PuZMan (Personal- und Zeitmanagement)	369.300 €	801.700 €	360.691,31 €
7. MDSDNet (Massendaten- und Schmutzdatennetz)	331.100 €	257.500 €	0,00 €
8. Projekt Datenaustausch Polizei/Justiz (DAPJ)	280.000 €	280.000 €	0,00 €
9. eWarenhaus	250.000 €	250.000 €	0,00 €
10. Bild- und Videoauswertetool	200.000 €	200.000 €	0,00 €
11. BIDAVIS/FABIS (Bild-/Daten-Verarbeitungs- und Informationssystem / Fingerabdruck-Identifizierungssystem	190.000 €	190.000 €	248.024,89 €
12. EuA (Einstellungs- und Aufstiegsverfahren)	181.900 €	181.900 €	75.416,25 €
13. proITSM / assyst (IT-Servicemanagement)	136.500 €	136.500 €	134.033,91 €
14. EGovernment – Geschäftsprozessmanagement	72.300 €	72.300 €	53.714,36 €
15. EPOST810 (Elektronische Post)	64.100 €	64.500 €	65.481,86 €
16. Dokumentenprüfgeräte zur elektronische Erfassung von Ausweisen und Kennzeichen	56.500 €	56.500 €	56.496,44 €
17. ESVB (Elektronische Verschlusssachenbearbeitung)	54.000 €	54.000 €	0,00 €
18. Interne Auswahlverfahren	50.000 €	50.000 €	0,00 €
19. iFinder5 - Suchwerkzeug für das Datennetz	46.500 €	46.500 €	46.412,86 €
20. GSL-net (IT-Plattform Personenauskunftsstelle)	36.000 €	36.500 €	30.627,64 €
21. Personalisierungsmaschinen	30.000 €	16.000 €	0,00 €
22. RBS-Datenlieferung	29.600 €	29.600 €	0,00 €
23. Kooperative Leitstelle Polizei / Feuerwehr	23.900 €	23.900 €	12.471,14 €
24. PABS	0 €	0 €	130.020,00 €
25. CASA (Computergesteuerte Anwendung für Sachbearbeitung und Auswertung)	0 €	0 €	45.712,33 €
26. Sonstige IT-Verfahren (Octoware TN, Führerscheinwesen, Photogrammetrie, ZAMIK, RAN – Rentenanwartschaften –, Bauregeln Online, etc.)	348.600 €	272.000 €	149.944,73 €
	29.450.000 €	29.350.000 €	23.026.762,63 €

Mehr gegenüber den Ist-Ausgaben 2022 und dem Ansatz 2023 aus folgenden Gründen:

In 2022 und 2023 wurden bzw. werden zusätzliche Geschwindigkeitsmessanlagen beschafft. Hinzu kommt eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf den gesamten Innenstadtring. In diesem Zusammenhang wird es zu einem erheblichen Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Bußgeldstelle kommen. Dies hat Auswirkungen auf die zum Teil mengenabhängigen Verträge bezüglich des BOWI-Verfahrens, wie z. B. für Druckdienstleistungen und Vorverarbeitung.
Das Fachverfahren BOWI 21 stößt aktuell bereits an seine Grenzen und muss für die mögliche Verdopplung der Fallzahlen technisch ertüchtigt werden. Nach Abschluss der betriebsstabilisierenden Maßnahmen muss in 2023 ein entsprechendes Projekt begonnen werden.
Weitere Erhöhungen ergeben sich durch steigende Bedarfe bei bestehenden Verfahren (z.B. für POLIKS, IKT-Sicherheit, PELZ, Einstellungs- und Aufstiegsverfahren) als auch durch die Einführung neuer Verfahren (z.B. Projekt Datenaustausch Polizei/Justiz, Massendaten- und Schmutzdatennetz, eWarenhaus, Bild- und Videoauswertetool, Elektronische Verschlusssachenbearbeitung, interne Auswahlverfahren, Personalisierungsmaschinen).
Für das Verfahren PuZMan werden ab 2025 die Supportleistungen eingestellt, weshalb im Rahmen einer Ausschreibung eine neue Software zu beschaffen ist, wodurch in 2025 zusätzlich einmalige Kosten von rd. 450.000 € einzuplanen sind.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**51.500**	**51.500**	**51.500**	**72.504,19**

Beschaffung von Papier, Tintenpatronen, Dienstausweisen sowie sonstigem Verbrauchsmaterial für die eingesetzte verfahrensabhängige IKT.

Mehr in 2022 für die erforderliche Einführung des neuen Personalisierungssystems.

52536	**042**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**57.100**	**57.100**	**57.100**	**93.423,42**

Maßnahmen der Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der verfahrensabhängigen IK-Technik.

Mehr in 2022 weil im Rahmen von personalentwicklungsmaßnahmen zusätzliche Fortbildungen erforderlich waren.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81235	**042**	**Beistellungen zur Anbindung der KoopLSt an die Anwendungen der Polizei Berlin**	**500.000**	**1.500.000**	**300.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**900.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**900.000**		

Mit der Kooperativen Leitstelle erhalten die beiden örtlich getrennten Einsatzleit- und Lagezentren der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr eine gemeinsame technische und organisatorische Infrastruktur. Aus Sicht des polizeilichen Datennetzes ist das Netz der Kooperativen Leitstelle ein Drittnetz. Um trotz der Trennung der Netze polizeiliche Anwendungen in der Kooperativen Leitstelle zur Verfügung stellen zu können, ist eine VirtualDesktopUmgebung aufzubauen. Diese Aufwendungen und die weiteren nachfolgend beschriebenen Maßnahmen sind von der Polizei Berlin zu erbringen und zur Inbetriebnahme der Kooperativen Leitstelle zwingend erforderlich.

Die Standorte der Kooperativen Leitstelle werden mit einer einheitlichen Leitstellentechnik ausgestattet. Diese Technik besteht aus drei Säulen:

- dem Produktivsystem
- der Referenzumgebung
- der Schulungsumgebung für Dienstkräfte der Leitstelle, Administratoren, Betriebspersonal.

Die Referenzumgebung ist wichtig für die Erprobung und Weiterentwicklung der Leitstellentechnik. Gemäß dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist die fehlerfreie Funktionsfähigkeit des Leitstellensystems zwingend im Referenzsystem vor der Installation nachzuweisen.
Es ist zwingend erforderlich, dass die neue Leitstelle sowie die dafür notwendigen Redundanzen (das „Gesamtsystem Kooperative Leitstelle“) in die vorhandenen (und zukünftigen) umfangreichen IT-Verfahren bzw. IT-Diensten der beiden Behörden voll funktionsfähig eingefügt werden können.
Die einzelnen polizeilichen Fachverfahren benötigen zur Integration in das neue Leitstellensystem Anpassungen bedingt z.B. durch das zukünftig verwendete Betriebssystem. Neben den Fachverfahren sind allgemeine polizeiliche Anwendungen, wie z.B. E-Mail, Internetzugriff, virtualisierte Anwendungen mit Netzzertifikaten und Verfahrenszulassung, zu implementieren.

Zeitplanung

2024 Maßnahmen

- Einführung der SIP-Notrufleitungen mit Anbindung ans Referenzsystem
- Einrichtung TK-Anlage als Rückfallebene
- Bereitstellung, Netzübergang Polizei zur KoopLst im Referenzsystem 1. Teil und Produktivsystem
- Errichtung des RAN
- Planung und Umsetzung Spiegelserver für Nutzung polizeilicher Anwendungen innerhalb der Kooperativen Leitstelle
- Einbindung polizeilicher Medien
- Beschaffung von Prüfwerkzeugen Anbindung der Bundespolizei
- Bauliche Ertüchtigung der Elektrohauptverteilung

2025 Maßnahmen

- Erweiterung TK-Anlage
- Planung und Entwicklung von Schnittstellen zu den benötigten polizeilichen Anwendungen POLIKS, POLTAS, BOWI und RegOA
- Planung und Entwicklung von Schnittstellen zur BVG, Bundespolizei und Polizei Brandenburg

Maßnahmen Folgejahre

- Arbeitsplatzausstattung Gallwitzallee
- Ausstattung Besprechungsräume
- Bereitstellung Netzübergang Polizei zur KoopLst im Referenzsystem 2. Teil

Die Planungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81236	**042**	**Mobile Kommunikation**	**200.000**	**200.000**	**400.000**	**20.983,33**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	400.000	0	0

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Nach erfolgreicher Ausstattung der Polizeivollzugskräfte im Außendienst mit Tablets und Smartphones ist das weitergehende Ziel dieses Projekts, die Möglichkeiten der mobilen Sachbearbeitung außerhalb von Dienststellen zu stärken. Die telefonische und schriftliche Erreichbarkeit von Dienstkräften unabhängig vom Einsatzort sowie die bidirektionale Übermittlung von Daten und Bilddaten einschließlich der Möglichkeit der Aufnahme von Fotos und Videos, ist bereits gewährleistet.
Im weiteren Projektverlauf sind weitere Applikationen zu entwickeln, bereitzustellen und an die polizeilichen Vorgangsbearbeitungssysteme anzubinden bzw. in diese zu integrieren. So soll ein größerer Anteil der polizeilichen Sachbearbeitung mobil und am Ort des Geschehens abgeschlossen werden können. Zugleich reduziert sich die Vorgangsnachbereitung auf der Dienststelle. Es sind Dienstleistungen zur App-Entwicklung und Anwendungsprogrammierung zu beauftragen und soweit möglich marktverfügbare Softwarelösungen zu beschaffen, um ergänzend zu Eigenentwicklungen der Polizei Berlin eine ganzheitlich konzipierte und strukturierte mobile Vorgangsbearbeitung realisieren zu können.

Zu den geplanten Applikationen gehören:
- Bearbeitung von Bußgeldern
- Bordbuch für die Wasserschutzpolizei
- Anwendung für das Gefangenenwesen
- Vernehmungsprotokoll
- Tatortbericht
- Anzeigenaufnahme
- Opferschutz

Die Planungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

81242	**042**	**Infrastruktur Massendaten**	**2.500.000**	**3.500.000**	**3.000.000**	**1.619.881,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2025	**3.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	2.500.000	0	0

Mit steigender Digitalisierung verändern sich gleichermaßen die Anforderungen an die Aufgaben des Landeskriminalamtes, welches zur ordnungsgemäßen Erhebung und Verarbeitung/ Auswertung der steigenden Datenmengen gesetzlich verpflichtet ist. Die Anzahl und Menge an digital zu untersuchenden Beweismitteln hat eine Größenordnung erreicht, bei der eine Auswertung mit klassischen IT Systemen nicht mehr möglich ist. Im Durchschnitt werden ca. 900 Terrabyte Daten im Jahr sichergestellt, die 3 Jahre lang aufbewahrt werden müssen, bis ein Fall abgeschlossen werden kann.
Darüber hinaus gibt es spontane polizeiliche Lagen, bei denen zusätzlich große Datenmenge zur Auswertung anfallen. Unabdingbar ist, dass die hier auszuwertenden Daten als so genannte „Schmutzdaten“ getrennt vom eigentlichen Datennetz der Berliner Polizei verarbeitet werden müssen (Datensicherheit).
Mit dieser Maßnahme ist in einer ersten Stufe eine zentrale Infrastruktur in polizeilichen Rechenzentren bereitgestellt worden, die aus schnellen Massendatenspeichersystemen zur direkten Analyse, Objektstorage für eine sicheren Langzeitspeicherung der Daten und Bereitstellung von Rechenleistung besteht.
Aufbauend auf dieser zentralen Infrastruktur in den Rechenzentren ist eine integrierte Softwareumgebung zur serverbasierten technischen Aufbereitung (inklusive Sicherheits- und Betriebskonzept) und vergleichenden kriminalistischen Analyse sowie zum Export beschafft und geschult worden.
Der finanzielle Schwerpunkt der Maßnahme in den kommenden Jahren bildet die Erweiterung des Systems in Hardware und Softwarelizenzen sowie ein Ausbau der Auswertefähigkeiten analog zu den sich entwickelnden technischen Möglichkeiten und den ermittlungstaktischen Anforderungen.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Das lernfähige System soll u. a. mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (KI) automatisiert Inhalte klassifizieren und für die Auswertereihenfolge unverbindlich priorisieren. Hierbei sollen Gesichter, Personen und Objekte wie Waffen etc. in Video- und Bildmaterial mit steigender Zuverlässigkeit automatisch erkannt werden. Die Software soll es dabei komfortabel ermöglichen, Spuren unabhängig von Format und Herkunft miteinander in Relation zu setzen, um bisher unbekannte Zusammenhänge zu erkennen und darstellen zu können. Ab 2025 sind erste Hardwarekomponenten nach Ablauf der Nutzungszeit turnusmäßig zu ersetzen und Storagesysteme, Langzeitspeicher und die Rechenleistung der Massendateninfrastruktur dem steigenden Bedarf angemessen zu erweitern.

Planungsunterlagen vom 22.04.2020 über 9.715.000 € für den Zeitraum 2020 bis 2024 liegen vor.
Eine Fortschreibung der Planungsunterlagen erfolgt zeitgerecht.

81246	**042**	**Server - verfahrensabhängig**	**1.260.000**	**1.500.000**	**920.000**	**564.975,78**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**1.600.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.600.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	660.000	0	0

Bei diesem Titel werden fortlaufend Mittel für die turnusgemäßen Ersatzbeschaffungen der seit 2004 beschafften Komponenten für alle im polizeilichen Rechenzentrum (RZ) betriebenen Verfahren sowie die Erweiterungen, die für die zunehmenden Kapazitätsanforderungen sowie weitere polizeiliche Verfahren notwendig sind, veranschlagt.

Dies sind u.a. das bundesweite formelle Nachrichtensystem der Polizeien (E-Post), der elektronische Nachrichtenversand (E-Mail - auch als Basis für das POLIKS-Verfahren erforderlich -), das Personal- und Zeitmanagement, einschließlich eines polizeilichen Personalsteuerungssystems (PuZMan), erkennungsdienstliche Verfahren (FABIS und BIDAVIS), diverse Auswertungsverfahren (DataWarehouse), mobile Zugänge, spezielle LKA-Anwendungen sowie viele weitere Verfahren. Insbesondere die stetig steigenden Anforderungen des LKA an Speicherkapazitäten und Rechenleistung müssen bedarfsorientiert angepasst werden.

Insgesamt werden derzeit ca. 140 Verfahren im polizeilichen Rechenzentrum, welches aus Sicherheitsgründen auf drei Standorte verteilt ist, betrieben.
Dieser Bereich umfasst auch den verfahrensabhängigen Teil eines hochperformanten, gedoppelten Storage Area Networks (SAN) einschließlich Peripherie (Verkabelung, aktive Netzwerkkomponenten im SAN). Eine Erneuerung ist aus betrieblichen und sicherheitsrelevanten Gründen alle 5 Jahre erforderlich. Ferner muss dem wachsenden Speicherbedarf (digitale Tatortbilder) der Anwendungen durch bedarfsgerechte zusätzliche Speicherkapazitäten Rechnung getragen werden.
Durch die massive Einführung mobiler Endgeräte (insbesondere Tablets) sowie der Entwicklung entsprechender Apps zur Unterstützung der polizeilichen Arbeit ist es erforderlich, die zur Speicherung der umfangreichen zusätzlichen Datenmengen notwendigen Server und Speicherkapazitäten aufzurüsten und zu erweitern. Wegen der Eilbedürftigkeit, diese moderne, die polizeiliche Arbeit optimierenden Softwareapplikationen zeitnah mit den mobilen Endgeräten in den Einsatz zu bringen, sind regelmäßig zusätzliche Maßnahmen erforderlich.

Neben der Erneuerung der Technik ist auch das Wissen der Mitarbeitenden mit Schulungen auf dem Stand der beschafften Technik zu halten.

Planungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

Die Ausschreibung der Lieferungen und Leistungen erfolgt mit entsprechenden Service-Packs, die den Betrieb über die vorgesehene Betriebsdauer sicherstellen. Insoweit entstehen keine zusätzlichen konsumtiven Folgekosten für diesen Zeitraum.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81247 (neu)	**043**	**Digitalinfrastruktur (landesweit)**	**—**	**1.000.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			

Um den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) eine dem Entwicklungsstand entsprechende Funktechnik zur Verfügung zu stellen und somit auch eine bundesweit einheitliche Funkkommunikation zwischen den Einsatzkräften zu gewährleisten, wurde auf Grundlage der in 2006 definierten Anforderungen die analoge Funktechnik durch die digitale Technik abgelöst. Der Erstaufbau der digitalen Funkinfrastruktur ist grundsätzlich abgeschlossen.

Der Digitalfunk als kritische Infrastruktur der BOS ist ein unerlässliches Kommunikationsmittel, mit dessen Hilfe die Einsatzkräfte der BOS die Erhaltung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleisten. Die seit 2006 geänderte Sicherheitslage (u.a. die konkrete Bedrohungslage in der Bundesrepublik, die in diesem Zusammenhang erhöhten Sicherheitsanforderungen zum Schutz der Bevölkerung und der öffentlichen Einrichtungen, insbesondere bei Großveranstaltungen), der städtebauliche Aufwuchs, die regionalen Besonderheiten, die veränderten Gebäudestrukturen und Bauweisen (z.B. abschirmender Stahlbeton oder metallbedampfte Fenster) in der Bundeshauptstadt sowie die gestiegenen Nutzeranforderungen und steigenden Einsatzzahlen und Einsatzkräfte erfordern zwingend eine Erweiterung und Verdichtung der digitalen Infrastruktur auch über die zweite Ausbaustufe hinaus. Nur so kann eine den erhöhten Einsatzerfordernissen entsprechend gesicherte und zuverlässige Funkkommunikation für die Einsatzkräfte auch künftig gewährleistet werden.

Zur flächendeckenden Verfügbarkeit des Digitalfunks und zur prozess- und anforderungsgerechten Bereitstellung von Standorten und Leitungsanbindungen nach den Vorgaben des bundesweiten Digitalfunks und des Metropolenkonzepts, sind landesseitig die hierfür erforderlichen Voraussetzungen u.a. die Ertüchtigung und Herrichtung der digitalen Infrastrukturkomponenten (z.B. Standorte, Übertragungsnetz) zu schaffen. Zur nachhaltigen und ressourcen- und klimaschonenden Netzhärtung des Digitalfunks ist die Notstromversorgung schrittweise auf Brennstoffzellen umzurüsten.

Planungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

81248	**042**	**Austausch und Erneuerung von Digitalfunktechnik**	**2.300.000**	**2.300.000**	**1.282.000**	**1.860.844,65**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.300.000**	**3.160.000**		
		Davon fällig 2025	**2.300.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**3.160.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.800.000	0	0

Die vorliegende Planung beinhaltet hauptsächlich Erneuerungsmaßnahmen für digitale Funkgeräte und deren Zubehör.

Der aktuelle Bestand der Berliner Polizei (ohne Ausstattung der Bereitschaftspolizei) beträgt rund 8.000 Handsprechfunkgeräte (Standard), 428 Handsprechfunkgeräte für die verdeckte Trageweise, 216 explosionsgeschützte Handsprechfunkgeräte sowie rund 3.500 Fahrzeugfunkgeräte für Kfz - inklusive ortsfest oder in Tragekoffern eingebaute Geräte -. Der Bestand an Handsprechfunkgeräten, der hauptsächlich aus Beschaffungen durch die Landesprojektgruppe Digitalfunk BOS-Berlin stammt, ist zum größten Teil in 2010 und zum Teil in 2011 erfolgt. Der Großteil der vorhandenen Fahrzeugfunkgeräte wurde ab dem Jahr 2012 ausgeliefert.
Die Ausfallrate ist aktuell noch gering. Jedoch sind Abkündigungen des Funkgeräteherstellers der jeweiligen Hardwareplattform der Handsprechfunkgerätetypen für eine weitere Unterstützung der internen Software für neue Leistungsmerkmale und Verbesserungen bereits angekündigt worden. Die Hardwareplattform der Fahrzeugfunkgeräte befindet sich gegenwärtig auf einem aktuellen Hardwarestand.
Hier müssen nunmehr die bereits zeitlich deutlich überschrittenen Austauschzyklen von rund 6 Jahren für Handsprechfunkgeräte und von rund 8 Jahren für Fahrzeugfunkgeräte in eine Haushaltsvorsorge überführt werden, so dass der Austausch der Handsprechfunkgeräte zeitnah abgeschlossen werden kann und dann spätestens ab 2024 die Fahrzeugfunkgeräte erneuert werden können. Die Ablösung der Handsprechfunkgeräte wurde bereits in 2020 begonnen.

Mit einem technischen Fortschritt bei der Endgeräteentwicklung in 2022 konnte seitdem das bereits vorhandene technische Zubehör, z.B. Hör-/Sprechgarnituren, nicht mehr ohne Adapter oder technische Anpassungen verwendet werden und war daher ergänzend in der Planung zu berücksichtigen.
Nach einer Softwareanpassung ist bei Verwendung der vorhandenen Fahrzeugbedienteile die Funktion des Notrufs nicht mehr gewährleistet. Somit ist eine Aufrüstung der verwendeten Fahrzeugbedienteile auf die aktuelle Gerätegeneration zwingend erforderlich und erklärt den im Titel ausgewiesenen Mehrbedarf. Ebenfalls auszutauschen ist die Bedientechnik für stationäre Digitalfunkgeräte in Leit- und Befehlsstellen.

Zudem ist der Gerätezuwachs zu finanzieren, der mit der Personalentwicklung einhergeht.

Planungsunterlagen vom 29.05.2020 sowie ergänzende Planungsunterlagen vom 09.05.2022 über insgesamt 15.714.000 € liegen vor.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81249	**042**	**Einsatzleitzentrale (Stützungsmaßnahmen)**	**1.920.000**	**790.000**	**900.000**	**1.237.731,09**
		Verpflichtungsermächtigung	**790.000**	**180.000**		
		Davon fällig 2025	**790.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**180.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.450.000	0	0

Die Einsatzleitzentrale der Polizei Berlin stellt sowohl den Notruf 110 als auch die Steuerung von Einsätzen im 24/7 Betrieb für das Land Berlin sicher. Ein Ausfall der Leitstelle hat unmittelbar Auswirkungen auf die Sicherheit der Stadt, da Notrufe nicht mehr in der erforderlichen Zeit verarbeiten werden können. Aus diesem Grund wird die Einsatzleitzentrale durch ein Einsatzleitsystem der Firma Hexagon SI (ehemals Intergraph) EDV-Technisch unterstützt.
Über dieses System erfolgen die Notrufannahme, die Georeferenzierung des Einsatzortes und die Ermittlung des zuständigen Funkleitplatzes. Dort erfolgt dann die Einsatzsteuerung über Zuordnung der Einsatzfahrzeuge, die Priorisierung der Einsätze sowie im Weiteren die funktechnische Abwicklung der Einsätze.
Das Einsatzleitsystem wurde im Jahr 2007 in Betrieb genommen und im Laufe der Jahre auf neue Bedürfnisse angepasst. Im Jahr 2013 erfolgte ein Soft- und Hardwareupdate. Das derzeitige System soll bis zur Inbetriebnahme der kooperativen Leitstelle den Betrieb der Notrufzentrale sicherstellen. Die Kündigung der technischen Unterstützung von Systemkomponenten durch die Herstellerfirmen erfolgt meist mit kurzem zeitlichen Vorlauf, so dass zum Erhalt der Einsatzfähigkeit des Notrufs 110 auch weiterhin Komponenten ausgetauscht oder aktualisiert werden müssen. In 2024 sind zur Einhaltung der Vorgaben des Arbeitsschutzes die Leitstellentische in der Einsatzleitzentrale zu ersetzen. In 2025 ist die Arbeitsplatzausstattung an den Leitstellenplätzen aufgrund des geplanten Lebenszyklus der eingesetzten Technik auszutauschen.
Eine weitere bereits bekannte Maßnahme sind Investitionen in die Notrufabfrageeinrichtung im Jahr 2024. Für den Überbrückungszeitraum bis zur Inbetriebnahme der Kooperativen Leitstelle sind weitere nicht planbare betriebserhaltende Maßnahmen vorzunehmen, die den Ersatz nicht mehr funktionsfähiger oder nicht mehr unterstützter Komponenten beinhalten.

Planungsunterlagen vom 12.08.2021 bis 2024 über 4.225.000 € liegen vor. Ergänzende Planungsunterlagen für die Maßnahmen ab 2024 werden zeitgerecht erstellt.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81251	**042**	**Modernisierung der bestehenden Rechenzentren der Polizei Berlin**	**3.572.000**	**770.000**	**1.400.000**	**1.770.992,14**
		Verpflichtungsermächtigung	**770.000**	**800.000**		
		Davon fällig 2025	**770.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**800.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.181.865	0	0
VE Plan 2023	300.000	0	0

Die bestehenden Rechenzentren (RZ) erfüllen nicht mehr in allen Punkten die Anforderungen des BSI für kritische Anwendungen, wie sie bei der Polizei betrieben werden. Sie müssen unabdingbar modernisiert und dem Stand der Technik angepasst werden.
Durch die kurz- und mittelfristigen Mehrbedarfe des

- LKA im Bereich Forensik und der technischen Umsetzung für die Speicherung von Massendaten
- und der Bereitstellung von mobilen Anwendungen wie der App VU –Verkehrsunfallaufnahme und dem polizeiinternen Messenger

ist die Erweiterung der Rechenzentrumskapazitäten durch die Einrichtung eines neuen Rechenzentrums zwingend erforderlich. Damit einhergehend können perspektivisch bestehende nicht BSI-konforme Rechenzentren entlastet und möglicherweise gänzlich migriert und aufgegeben werden.

Ein Erweitern der beiden vorhandenen Rechenzentren mit zusätzlicher IT- Technik ist aus Gründen der nicht ausreichenden Klimatisierung und der im Grenzbereich betriebenen Stromversorgung sowie der ausgereizten Deckentraglast nicht möglich.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Der Bedarf umfasst Maßnahmen zum Ausbau vorhandener Flächen zu einem Rechenzentrum inklusive der benötigten Stromversorgung, Klimatechnik und der Erweiterung der Netzersatzanlage. Mit den Baumaßnahmen zur Ertüchtigung der Flächen wurde bereits 2020 begonnen.
Nach dem Abschluss der Maßnahmen ist der Rückbau von zuvor als Rechenzentrum genutzten Flächen sowie die Modernisierung bestehender Rechenzentren geplant.
Aufgrund der polizeilichen Anwendungen ist ein sicheres, BSI-konformes Rechenzentrum Voraussetzung für einen 24/7 Betrieb in den nächsten Jahren. Es bildet den Grundstock für viele andere Maßnahmen, wie z.B. die technische Grundlage der IT-basierte Verbrechungsbekämpfung. Durch die schnell ansteigende Kriminalität in Bereichen, die eine forensische Untersuchung von Daten notwendig macht, ist eine technische Unterstützung des LKA zwingend erforderlich.

Planungsunterlagen vom 13.02.2020 sowie ergänzende Planungsunterlagen vom 09.06.2022 über insgesamt 6.300.000 € für die IuK-technischen Maßnahmen liegen vor. Für die baulichen Maßnahmen wurden mit der BIM GmbH eine Projektvereinbarung vom 24.07.2019 über 2.410.000 € sowie in 2021 eine Nachtragsvereinbarung über 900.000 € abgeschlossen. Weitere ergänzende Planungsunterlagen werden bei Bedarf zeitgerecht erstellt.

81252	**042**	**Ablösung Alttechnik Firewall (Sicherheitsgateway) zentral**	**500.000**	**510.000**	**300.000**	**942.339,53**
		Verpflichtungsermächtigung	**510.000**	**530.000**		
		Davon fällig 2025	**510.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**530.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen*)	0	0	0
VE Plan 2023	300.000	0	0

Ein Sicherheitsgateway (auch Firewall genannt) ist ein komplexes System aus soft- und hardware-technischen Komponenten. Es gewährleistet die sichere Kopplung von IP-Netzen im Rahmen der durch eine IT-Sicherheitsrichtlinie definierten Kommunikation. Sicherheit bei der Netzkopplung bedeutet hierbei im Wesentlichen, dass ausschließlich erwünschte Zugriffe oder Datenströme zwischen verschiedenen Netzen zugelassen und die übertragenen Daten kontrolliert werden.

Die Internet-Anbindung einer Sicherheitsbehörde ist ohne Sicherheitsgateway undenkbar. Das Sicherheitsgateway der Polizei Berlin ist darüber hinaus mit verschiedenen anderen Fremdnetzen verbunden (Berliner Landesnetz, Obere Netzebene CNP/ON, Digitalfunk, Berliner Feuerwehr, usw.), die alle ein unterschiedliches Sicherheitsniveau bieten. Dabei reicht die Firewall vom ITDZ am Übergang vom Landesnetz zum Internet zum alleinigen Schutz der Polizeifachverfahren nicht aus. Die Polizei Berlin benötigt ein weiteres, gesondertes Sicherheitsgateway, um dem besonderen Schutzbedarf der eigenen Zone Rechnung zu tragen.

Zur IT-Infrastruktur gehören auch aktive Verbundelemente (Router, Switche etc.) zwischen den einzelnen externen und internen Rechnernetzen und sog. demilitarisierten Zonen (DMZ). Diese sind spezielle, durch eine Firewall kontrollierte kleine Rechnernetze, in denen Serversysteme betrieben werden, die Verbindungen von externen Netzen entgegennehmen müssen. Dabei ist dieses DMZ-Rechnernetz auch vom internen Rechnernetz (MAP-Datennetz) quasi getrennt. Wird ein Serversystem innerhalb einer DMZ erfolgreich angegriffen, so bleibt der Angriff innerhalb einer DMZ. Das schützenswerte interne Datennetz bleibt unberührt.

Ziel der Maßnahme ist es, die Verfügbarkeit und den Sicherheitsstandard der Firewall durch regelmäßige Erneuerung veralteter Technik auf einem hohen Sicherheitsniveau zu halten.

In den nächsten Jahren steht vor allem die sichere Implementierung von IPv6 und Voice-over-IP im Datennetz der Polizei im Vordergrund. Das Sicherheitsgateway muss teilweise einer Neukonzeption unterzogen werden, was zur Nutzung neuer Sicherheitstechnologien führen wird. Dadurch entstehen Schulungsbedarfe in den Folgejahren.

Die Möglichkeit, auch Echtzeitdaten wie Video- und Audiodatenströme durch ein Sicherheitsgateway zu leiten, kommt in den Folgejahren zum Tragen. Technologien wie Multicast Proxy und Quality of Service müssen daher zum Einsatz gebracht werden. Hier muss die Hardware im Sicherheitsgateway den Anforderungen nach und nach angepasst werden.

Die Folgen bei einer Nichtdurchführung aller geplanten Maßnahmen sind erheblich, weil die im Einsatz befindlichen IT-Systeme des Sicherheitsgateways lizenzabhängig agieren. Bei Überschreitung der Laufzeiten können teilweise Fehlfunktionen von genutzten Sicherheitskomponenten bis hin zur fehlenden Administrationsfähigkeit auftreten. Auch Updates und Patches könnten nicht mehr eingespielt werden, das Risiko eines Übergriffes durch Dritte auf das Sicherheitsgateway wäre um ein Vielfaches höher. Auch IT-Fachverfahren kämen teilweise zum Erliegen oder könnten Fehlfunktionen aufweisen.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Maßnahme ist in gesamter Höhe zur Erhöhung der IKT-Sicherheit erforderlich. Aufgrund von Änderungen der Bedrohungslage in der IT-Sicherheit und der Anpassung rechtlicher Vorgaben des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) als Reaktion auf die Bedrohungslage können immer wieder kurzfristige Anpassungen der Sicherheitsarchitektur notwendig werden, um die IKT-Sicherheit zu gewährleisten.

Planungsunterlagen vom 02.12.2020 über 2.721.000 € für die Jahre 2021 – 2025 liegen vor.

81256	**042**	**Geräte und Sondertechnik**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**152.056,88**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen*)	0	0	0
VE Plan 2023	200.000	0	0

Die Polizei Berlin betreibt eine Vielzahl von Spezialtechnologien im Bereich der integrativen Kommunikation, die weder einzelnen Investitionsmaßnahmen noch einzelnen Dienststellen zuzuordnen sind. Dazu gehören beispielsweise Führungskommunikationsmittel, wie sie in der Einsatzleitzentrale sowie zentralen und örtlichen Leit- und Befehlsstellen zum Einsatz kommen. Eine besondere Bedeutung hat die gerichtsverwertbare Dokumentation der Sprachkommunikation in Einsatz- und Notfalllagen. Aus technischer Sicht ist somit Vorsorge zu treffen und alle Kommunikationsoptionen sind in der Planung der Dokumentation zu berücksichtigen.
Führungskommunikationsmittel umfassen neben der Sprachkommunikation auch die drahtlose Medienübertragung im elektromagnetischen Spektrum, sowohl ergänzend als auch überlagernd zu den im Digitalfunk genutzten Frequenzbereichen.
Zum störungsfreien Betrieb der eingesetzten Sondertechnik sind unter anderem Maßnahmen zur laufenden Aktualisierung, zur Erweiterung der Technik sowie die Einführung neuer Funktionen und Leistungsmerkmale erforderlich, um den kontinuierlich steigenden rechtlichen und benutzerspezifischen Anforderungen Rechnung zu tragen.

Den finanziellen Schwerpunkt der Maßnahmen bilden die für die Jahre 2024/2025 anstehende zyklische Erneuerung der veralteten Endgeräte sowie die Erneuerung der dezentralen Sprachaufzeichnungssysteme in den Fernmeldebetriebszentralen und Leitstellen. Einschränkungen bei der Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen können Behinderungen bei der Einsatzführung der Polizei und damit zu Gefährdungen von Leib und Leben der Bevölkerung führen.

Planungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

81259	**042**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**—**	**24.431,41**
		Verpflichtungsermächtigung	**20.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2025	**20.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**20.000**		

2024
Erneuerung des Gerätebestandes
Erneuerung Messtechnik für Funküberwachung ..... 15.000 €
Kommandorufanlagen ..... 5.000 €
Gesamt: 20.000 €

2025
Erneuerung des Gerätebestandes
Erneuerung Messtechnik für Funküberwachung ..... 15.000 €
Kommandorufanlagen ..... 5.000 €
Gesamt: 20.000 €

Summe Maßnahmegruppe 32	**43.291.600**	**42.509.600**	**36.037.600**	**32.148.167,75**
Gesamtausgaben	**500.216.300**	**515.213.300**	**500.405.700**	**492.987.855,49**
Prozentuale Veränderung	**-0,0 %**	**3,0 %**		

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0556				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	564.000	564.000	385.000	550.005,44
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.240.500	1.240.500	27.000	1.767.891,94
		Gesamteinnahmen	1.804.500	1.804.500	412.000	2.317.897,38
411-462		Personalausgaben	146.152.200	162.308.200	133.689.100	141.252.381,57
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	222.069.600	222.955.600	243.631.600	236.245.856,28
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	106.322.500	105.559.500	101.115.000	95.546.566,85
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	25.672.000	24.390.000	21.970.000	19.943.050,79
		Gesamtausgaben	500.216.300	515.213.300	500.405.700	492.987.855,49
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-498.411.800	-513.408.800	-499.993.700	-490.669.958,11

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Durch den am 08. Mai 2017 unterzeichneten Hauptstadtfinanzierungsvertrag 2017 hat sich der Bund gegenüber dem Land Berlin verpflichtet, in den Jahren 2018 bis 2027 zur pauschalen Abgeltung von Sonderbelastungen des Landes Berlin im Sicherheitsbereich (Artikel 106 Abs. 8 GG) insgesamt 1,11 Mrd. € bereitzustellen.

Die für die Aufgabenwahrnehmung – im Zusammenhang mit der Hauptstadtfunktion Berlins – zu veranschlagenden Einnahmen und Ausgaben werden in diesem Kapitel dargestellt. Die Aufwendungen entstehen sowohl bei der Polizei Berlin als auch bei der Berliner Feuerwehr; sie entstehen insbesondere für den Objektschutz von Bundeseinrichtungen sowie ausländischen und sonstigen Einrichtungen, für zusätzliche Personenschutzaufgaben, für begleitende und verkehrslenkende Maßnahmen im Rahmen protokollarischer Aufgaben, für die Bewältigung hauptstadtbedingter Großlagen sowie für allgemeine polizeiliche Aufgaben und für Aufgaben des Brandschutzes, der technischen Hilfeleistung und des Rettungsdienstes im Parlaments- und Regierungsviertel.

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
23141	**042**	**Zuweisungen des Bundes für hauptstadtbedingte Mehraufwendungen für die innere Sicherheit**	**120.000.000**	**120.000.000**	**120.000.000**	**110.000.000,00**

Zuweisung des Bundes als pauschale Abgeltung von Sonderbelastungen des Landes Berlin im Sicherheitsbereich gem. dem Hauptstadtfinanzierungsvertrag 2017.

		Gesamteinnahmen	**120.000.000**	**120.000.000**	**120.000.000**	**110.000.000,00**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**042**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**66.604.000**	**69.268.000**	**63.840.000**	**63.964.279,52**

	2024	2025	2023	Ist 2022
Besonders auszuweisende Sachverhalte:	15.000 €	15.000 €	15.000 €	8.628,63 €
Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ermittlungskosten nach Einzelabrechnung (§ 5 LBesG der aktuellen Fassung)				

42801	**042**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**52.472.000**	**54.571.000**	**48.092.000**	**48.408.113,98**
43204	**048**	**Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**	**34.608.000**	**34.608.000**	**34.608.000**	**34.608.000,00**

Nachweis der Gemeinkostenzuschläge und der Versorgungskosten.
Die Ansätze werden entsprechend dem jährlichen Haushaltswirtschaftsrundschreiben zum Versorgungskapitel zur Finanzierung der laufenden Versorgungsausgaben umgebucht.

44100	**042**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**2.889.000**	**2.975.000**	**2.729.000**	**2.804.135,15**
51101	**042**	**Geschäftsbedarf**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**80.000,00**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten hauptstadtbedingter Aufgabenwahrnehmung zusammen:

	2024/2025	Ist 2022
Allgemeiner Geschäftsbedarf	64.000 €	64.000,00 €
Postgebühren	16.000 €	16.000,00 €
	80.000 €	80.000,00 €

51133	**042**	**Erwerb von Tieren**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**7.000,00**

Aufwendungen für die Ersatzbeschaffung von im Rahmen hauptstadtbedingter Aufgabenwahrnehmung eingesetzten Diensthunden, insbesondere Sprengstoffspürhunden.

51140	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**500.000,00**

Die Ausgaben des Titels setzen sich aus folgenden Sachverhalten hauptstadtbedingter Aufgabenwahrnehmung zusammen:

	2024/2025	Ist 2022
Medizinisches Gerät	8.500 €	8.500 €
Waffen und Einsatzgeräte	195.400 €	195.400 €
Sondertechnik	118.400 €	118.400 €
Unterkunftsausstattungen / Mobiliar	167.500 €	167.500 €
Werkstatteinrichtung	8.200 €	8.200 €
Kriminaltechnische Geräte	2.000 €	2.000 €
	500.000 €	500.000 €

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**042**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**566.000**	**566.000**	**566.000**	**566.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**900.000**	**900.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2027	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**300.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	300.000	0	0
VE Plan 2023	253.000	253.000	204.000

Treibstoffe und Öle für die im hauptstadtbezogenen Objekt-, Begleit-, Personen- und Brandschutz, des Rettungsdienstes sowie im Rahmen hauptstadtbedingter Verkehrs- und Großlagenbewältigung eingesetzten Fahrzeuge, Ersatzteile und Wartung der Fahrzeuge der Berliner Feuerwehr und der Polizei Berlin.

51408	**042**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**332.000**	**332.000**	**332.000**	**332.000,00**

Beschaffung und Pflege von Dienstkleidungsstücken für die bei hauptstadtbezogenen Aufgaben eingesetzten Dienstkräfte der Berliner Feuerwehr und der Polizei Berlin.

51420	**042**	**Beköstigung**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**84.901,87**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	200.000	0	0

Ausgaben für die Bereitstellung von Sachleistungen bei hauptstadtbedingten Sonder- und Großlagen.
Das geringe Ist 2022 resultiert aus einer geringeren Anzahl an Unterstützungseinsätzen mit Verpflegungserfordernisse, ist aber nicht repräsentativ für die Ansatzbildung.

51426	**042**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**47.200**	**47.200**	**47.200**	**47.200,00**

Ausgaben für Sanitätsmaterial und Verbrauchsstoffe im Rahmen hauptstadtbedingter Aufgabenwahrnehmung.

51429	**042**	**Verbrauchsmittel für Bewaffnung und Einsatzgerät**	**33.000**	**33.000**	**33.000**	**33.000,00**

Ausgaben für besondere Munition im Rahmen hauptstadtbedingter Aufgabenwahrnehmung.

51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51479	**042**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**17.100**	**17.100**	**17.100**	**17.100,00**

Ausgaben für Desinfektions- und Ölbindemittel, Abdeckfolien, Batterien usw. im Rahmen hauptstadtbedingter Aufgabenwahrnehmung.

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**042**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**337.000**	**343.000**	**330.000**	**348.754,04**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten für das Gebäude Alt-Moabit 145.

51801	**042**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**336.000**	**336.000**	**336.000**	**453.926,08**
		Verpflichtungsermächtigung	**336.000**	**336.000**		
		Davon fällig 2025	**336.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**336.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	336.000	0	0

Anmietung von Räumlichkeiten zur Unterbringung der Unterstützungskräfte im Rahmen hauptstadtbedingter Einsätze.
Das hohe Ist 2022 resultiert aus der pandemiebedingt weiterhin notwendigen Anmietung von Einzelzimmern an Stelle von Doppelzimmern.

51802	**042**	**Mieten für Fahrzeuge**	**17.000**	**17.000**	**17.000**	**2.565,65**

Anmietung von Fahrzeugen im Rahmen hauptstadtbedingter Aufgabenwahrnehmung.
In 2022 war nur eine geringe Anmietung erforderlich. Insofern ist das Ist 2022 nicht repräsentativ für die Ansatzbildung.

51803	**042**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**7.800**	**7.800**	**7.800**	**7.800,00**
51820	**042**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**785.000**	**785.000**	**785.000**	**766.245,96**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietausgaben für das Gebäude Alt-Moabit 145 (Wache „Regierungsviertel“) sowie die angemieteten Container im Zusammenhang mit dem Schutz ausländischer Botschaften und Vertretungen.

51925	**042**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**10.400**	**10.700**	**10.000**	**9.900,00**

Instandhaltung, Wartung, Erneuerung und Ersatzbeschaffung von nutzerspezifischen Anlagen und Einrichtungen sowie Ausgaben für nicht-investive, funktionsbedingte Umbauten.

Ausgaben für die Bauunterhaltung mit nutzerspezifischen Hintergrund entfallen auf:

Lage des Gebäudes oder Grundstücks	Wartungs- und Instandhaltungskosten 2024	Wartungs- und Instandhaltungskosten 2025	Ist 2022
Alt-Moabit 145 (Wache „Regierungsviertel“)	10.356 €	10.719 €	9.900 €
rund:	10.400 €	10.700 €	

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**042**	**Dienstreisen**	**96.000**	**96.000**	**96.000**	**96.000,00**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts, insbesondere wegen hauptstadtbedingter Personenschutzreisen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der Polizei Berlin
GB Zielsetzung	Geschlechtergerechte Möglichkeit zur Teilnahme an Dienstreisen bei fachlicher Notwendigkeit.
Steuerungsmaßnahmen	Berücksichtigung genderpolitischer Aspekte wie z.B. die Beseitigung von Hemmnissen aufgrund familienbezogener Aufgaben (z.B. Kinderbetreuung) von Dienstkräften.

54010 (neu)	**044**	**Dienstleistungen**	**1.000**	**1.500**		

Für die Matratzen- und Polsterreinigung im Bereich der Feuerwache Tiergarten zur Einhaltung von Hygienestandards.

54012	**042**	**Ersatzvornahmen**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**58.306,85**
		Verpflichtungsermächtigung	**450.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2027	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**150.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	150.000	0	0

Ausgaben im Zusammenhang mit Sicherungsmaßnahmen bei Staatsbesuchen.
Das geringe Ist in 2022 resultiert aus einer geringen Anzahl an erforderlichen Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit hauptstadtbedingten Einsätzen.

54039	**042**	**Haltung von Tieren**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000,00**

Unterhaltungskosten für die im Rahmen der hauptstadtbedingten Aufgabenwahrnehmung eingesetzten Diensthunde, insbesondere auch Sprengstoffspürhunde (u.a. Futter, Ausrüstung und veterinärmedizinischer Bedarf).

63102	**042**	**Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen und Versetzungen**	**105.000**	**105.000**	**105.000**	**—**

Erstattungen, insbesondere an die Bundespolizei für Unterstützungseinsätze im Rahmen der Hauptstadtfunktion Berlins.
In 2022 wurden anders als in den Vorjahren keine Kräfte der Bundespolizei für hauptstadtbedingte Einsätze in Anspruch genommen.

63107	**042**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**59.000**	**59.000**	**59.000**	**59.000,00**

Ausgaben für den gemeinsam vom Bund und Berlin betriebenen Hubschrauber im Rahmen hauptstadtbedingter Aufgabenwahrnehmung.

63202	**042**	**Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen**	**600.000**	**600.000**	**1.085.000**	**509.737,82**

Erstattungen an andere Bundesländer für Unterstützungseinsätze im Rahmen der Hauptstadtfunktion Berlins.
Die geringen Istausgaben 2022 resultieren aus einer geringeren Anforderung von Unterstützungskräften der Länder bei hauptstadtbedingten Einsatzlagen. Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81123	**042**	**Sonderfahrzeuge**	**350.000**	**350.000**	**394.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**350.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	350.000	0	0

Die sondergeschützten Fahrzeuge weisen sehr hohe Fahrleistungen auf.
Das hohe Fahrzeuggewicht bedingt zwangsläufig auch einen außerordentlichen Verschleiß, der trotz permanenter Wartung und Reparatur auch einen Totalausfall nicht ausschließt. Aufgrund der besonderen Einsatzsituation in der Hauptstadt Berlin ist die Beanspruchung und die Einsatzhäufigkeit der Fahrzeuge so hoch, dass ein kontinuierliches Austauschprogramm unumgänglich ist, weil jegliche technische Unzulänglichkeit Leib und Leben von Schutzpersonen bedroht. Daher wird die Ersatzbeschaffung von sondergeschützten Fahrzeugen unabweisbar notwendig.

Das Erneuerungsprogramm wird mit folgenden Jahresraten fortgesetzt:
2024 1 Fahrzeug 350.000 €
2025 1 Fahrzeug 350.000 €

Planungsunterlagen werden zeitgerecht erstellt.

Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

81179	**042**	**Fahrzeuge**	**580.000**	**580.000**	**643.000**	**642.999,99**
		Verpflichtungsermächtigung	**580.000**	**580.000**		
		Davon fällig 2025	**580.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**580.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	580.000	0	0

Es sind eine Vielzahl notwendiger Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen für den täglichen hauptstadtbedingten Objektschutzstreifendienst sowie für Eskorten usw. durchzuführen. Aufgrund der sehr hohen Kilometer-Laufleistung und Einsatzbeanspruchung der Fahrzeuge ist ein kontinuierlicher Austausch erforderlich, um die Einsatzbereitschaft rund um die Uhr zu gewährleisten. Jeder auch nur kurzfristige Fahrzeugausfall bis hin zum Totalausfall beeinträchtigt die uneingeschränkt sicherzustellende Einsatzbereitschaft, da aufgrund der Fahrzeugreduzierungen keinerlei Reserven vorhanden sind.

Im Hinblick auf die Hauptstadtfunktion Berlins sind nachstehende Beschaffungen geplant:

2024
14 Einsatzwagen für den Objektschutz ..... 580.000 €

2025
6 Einsatzwagen für den Objektschutz ..... 230.000 €
10 Kräder ..... 350.000 €
Gesamt: 580.000 €

Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Grundsätzliche Hinweise zur Veranschlagung der verfahrensabhängigen IT-Infrastruktur befinden sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51168	**042**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**13.500**	**13.500**	**13.500**	**13.500,00**
51453	**042**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**9.000,00**
		Summe Maßnahmegruppe 32	**22.500**	**22.500**	**22.500**	**22.500,00**
		Gesamtausgaben	**161.842.000**	**166.697.800**	**155.121.600**	**154.459.466,91**
		Prozentuale Veränderung	**4,3 %**	**3,0 %**		

Abschluss Kapitel 0559

211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**120.000.000**	**120.000.000**	**120.000.000**	**110.000.000,00**
	Gesamteinnahmen	**120.000.000**	**120.000.000**	**120.000.000**	**110.000.000,00**
411-462	**Personalausgaben**	**156.573.000**	**161.422.000**	**149.269.000**	**149.784.528,65**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**3.575.000**	**3.581.800**	**3.566.600**	**3.463.200,45**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**764.000**	**764.000**	**1.249.000**	**568.737,82**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**930.000**	**930.000**	**1.037.000**	**642.999,99**
	Gesamtausgaben	**161.842.000**	**166.697.800**	**155.121.600**	**154.459.466,91**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-41.842.000**	**-46.697.800**	**-35.121.600**	**-44.459.466,91**

Berliner Feuerwehr
- Gesamt -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Berliner Feuerwehr hat Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren, die durch Brände, Explosionen, Überschwemmungen, Unfälle und ähnliche Ereignisse entstehen (§ 1 Abs. 1 des Feuerwehrgesetzes und § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes). Sie ist insbesondere zuständig für den Notfallrettungsdienst und für die Rettungsgeräte an den Berliner Gewässern (§ 5 des Rettungsdienstgesetzes). Daneben hat die Berliner Feuerwehr die ihr übertragenen Aufgaben des Vorbeugenden Brandschutzes zu erfüllen.

Die Berliner Feuerwehr weist die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen in folgender Kapitelstruktur nach:

Kapitel
0561 Berliner Feuerwehr - Behördenleitung -,
0562 Berliner Feuerwehr - Einsatzbereiche -,
0565 Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -,
0566 Berliner Feuerwehr - Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Die Einbindung der Freiwilligen Feuerwehren ist ein wichtiger Bestandteil des Einsatzkonzeptes der Berliner Feuerwehr. Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren werden verstärkt planmäßig am Ausbildungs- und Übungsdienst, an Fortbildungsmaßnahmen und nach Abschluss der Grundausbildung regelmäßig am Einsatzdienst teilnehmen. Die entsprechenden Einnahmen und Ausgaben werden im Kapitel 0562 nachgewiesen.

Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit den hauptstadtbedingten Aufgaben werden – gemeinsam mit den entsprechenden Ausgaben Polizei Berlin – in folgendem Kapitel nachgewiesen:

0559 Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlins.

Gesamtdarstellung der Einnahmen und Ausgaben – Berliner Feuerwehr – (Kapitel 0561, 0562, 0565 und 0566).

Hauptgruppe	Bezeichnung	Ansatz 2024 (in €)	Ansatz 2025 (in €)	Ansatz 2023 (in €)
1	Verwaltungseinnahmen	115.827.000	115.827.000	107.657.000
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	119.000	119.000	234.000
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahme, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, Besondere Finanzierungseinnahmen	4.000	4.000	0
	Summe der Einnahmen	115.950.000	115.950.000	107.891.000
4	Personalausgaben			
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	94.510.500	103.016.100	94.510.500
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	26.612.000	27.068.000	26.321.300
7	Investitionsausgaben für bauliche Zwecke	0	0	0
8	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderung	41.003.000	47.497.000	35.013.000
9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
	Summe der Ausgaben	162.125.500	177.581.100	155.844.800
	Überschuss (+) / Fehlbetrag (–)	-46.175.500	-61.631.100	-47.954800

Berliner Feuerwehr
- Gesamt -

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

Berliner Feuerwehr	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	W	M	W	M	W	M
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	56	353	61	373	55	355
Relativer Anteil (in %)	14	86	14	86	13	87
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	254	3563	320	3671	367	3776
Relativer Anteil (in %)	7	93	8	92	9	91

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	65.795,67
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	66.890,46
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	50.833,31
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	52.468,75

Die bestehende Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen begründet sich durch einen deutlich höheren Anteil weiblicher Tarifbeschäftigter, deren Bruttomonatsgehalt im Vergleich zur Besoldung der Beamten höher ist.

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0561 enthält die Einnahmen und Ausgaben der Behördenleitung und des Leitungsstabes. In diesem Kapitel werden auch die Bereiche Einsatzvorbereitung Brand- und Bevölkerungsschutz/ Techn. Gefahrenabwehr (inkl. Einsatzplanung, Veranstaltungssicherheit und Vorbeugender Brand und Gefahrenschutz), Einsatzvorbereitung Rettungsdienst, sowie der Arbeits- und Gesundheitsschutz, das Betriebliche Gesundheitsmanagement und Interne Revision berücksichtigt.

Darüber hinaus sind die Ausgaben für die Beschäftigtenvertretungen (Personalrat, Frauenvertretung und die Vertrauensperson der Schwerbehinderten) bei 0561 veranschlagt.

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11122	**044**	**Eintrittsgelder**	**40.000**	**40.000**	**35.000**	**18.753,00**

Eintrittsgelder für das Feuerwehrmuseum.
Das geringe Ist in 2022 ist auf die COVID-19 Pandemie und die damit verbundene Schließung zurückzuführen. Das Museum wurde am 19.06.2022 wiedereröffnet.

11979	**044**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Verschiedene Einnahmen, deren jeweiliger Entstehungsgrund 1.000 € nicht überschreitet.

12511	**044**	**Verkaufserlöse**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

23190	**044**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**40.000**	**40.000**	**56.000**	**49.592,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54690.

Zuwendungen werden vom Bund erwartet für ärztliche Untersuchungen der Helfer im Katastrophenschutz gemäß G26 II und G26 III der „Berufsgenossenschaftlichen Grundsätze für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen“.

		Gesamteinnahmen	**81.000**	**81.000**	**93.000**	**68.345,00**
		Prozentuale Veränderung	**-12,9 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**044**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**11.466.000**	**11.925.000**	**5.934.000**	**4.715.379,06**
42735	**044**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-2.550,00**
42801	**044**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.002.000**	**3.122.000**	**2.265.000**	**2.947.728,25**
42811	**044**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**415.000**	**432.000**	**251.000**	**387.852,65**
44100	**044**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**204.000**	**210.000**	**123.000**	**197.635,98**
44379	**044**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.992.000**	**1.992.000**	**1.747.000**	**1.991.575,22**

Es handelt sich insbesondere um (weitestgehend vertraglich gebundene) Ausgaben für:
- arbeitsmedizinische Untersuchungen und Betreuung,
- Umsetzung der Maßnahmen aus dem Projekt „Mehr Blau und Rot für Berlin“ und für den Gesundheits- und Präventionssport,
- Unfallaufwendungen,
- Kostenübernahmen für Führerscheinverlängerungen bzw. Umschreibungen, Bootsführerscheinpatente, und damit verbundene Kostenübernahmen,
- Zulassung zur Prüfung zum Rettungsassistenten, Stundenanerkennung und Urkundenbeantragung sowie
- Impfstoffe.

45201	**044**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.100**	**10.700**	**—**

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**044**	**Geschäftsbedarf**	**7.000**	**7.000**	**1.100**	**809,62**

Kleinere Beschaffungen im Behördenbereich (z.B. Präsentationsmappen, besonderes Briefpapier, Einladungskarten etc.).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da die Ausgaben unabhängig vom Geschlecht anfallen

51140	**044**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**9.000**	**9.000**	**10.200**	**2.334,28**

Unterhaltung und Beschaffung für die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Feuerwehrmuseum sowie für den Arbeits- und Gesundheitsschutz.

52601	**044**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**55.000**	**55.000**	**15.000**	**38.135,55**

Gerichts-, Notariats-, Gerichtsvollziehungskosten sowie Kosten von beklagten Personalauswahlverfahren.
Interne Verrechnungen an die Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 0641/0642 bzw. 0941/0942), jeweils Titel 11109. Es handelt sich um nicht steuerbare Ausgaben.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Mit den Mitteln wird keine spezielle Zielgruppe gefördert.
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

52610	**044**	**Gutachten**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Inanspruchnahme Sachverständigen und Erstellung diverser Gutachten z.B. für den Rettungsdienst und die Leitstellenbedarfsplanung. Es handelt sich dabei um nicht steuerbare Ausgaben.

Mehr aufgrund der Erstellung externer Gutachten.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**044**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**200.000**	**200.000**	**125.000**	**217.468,82**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.175.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**575.000**	**—**		

Ausgaben für die Herausgabe von Informationsmaterial im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Berliner Feuerwehr, u.a. für:
- den Jahresbericht,
- Mitarbeiterzeitung 333er
- einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen zu Präventionsmaßnahmen
- sowie Informationsmaterialien und Werbemittel zur Nachwuchsgewinnung.

Das höhere Ist 2022 ist auf Kostensteigerungen für die Mitarbeiterzeitung 333er und den Jahresbericht sowie intensivierte Werbemaßnahmen zur Nachwuchsgewinnung zurückzuführen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der Berliner Feuerwehr, potentielle Nachwuchskräfte und Angehörige der freiwilligen Feuerwehr, sonstige Dritte
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte sollen über die gleichen Möglichkeiten verfügen, Informationsmaterial im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu erhalten.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

53105	**044**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**10.200**	**10.200**	**30.400**	**31.785,03**

Ausgaben für die Präsentation der Berliner Feuerwehr auf Fach- und Bildungsmessen und sonstigen berufsorientierenden Veranstaltungen (z.B. Stuzubi Berlin I und II, Vocatium Berlin I und II, Abi Zukunft, Ausbildungstag Süd-Ost, Berufsmesse Wildau, Barlag Jobmesse) für die Nachwuchsgewinnung.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	potentielle Nachwuchskräfte
GB Zielsetzung	Ziel sollte grundsätzlich der Ausgleich geschlechtsspezifischer Unterrepräsentanz durch angemessene Ansprache und Präsentation sein.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

53108	**044**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**21.000**	**21.000**	**14.000**	**1.778,87**

Betreuung von Gästen und Gesprächsteilnehmern bei fachlichen Veranstaltungen, Pressekonferenzen und Auswahlverfahren u.ä. sowie von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen.

Mehr aufgrund der Erhöhung der Auswahlverfahren im Zuge der Nachwuchsgewinnung.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	externe Gäste der Berliner Feuerwehr und potenzielle Nachwuchskräfte
GB Zielsetzung	entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**044**	**Dienstleistungen**	**334.000**	**335.000**	**564.000**	**133.716,18**
		Verpflichtungsermächtigung	**800.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**300.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**100.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	119.000	0	0
VE Plan 2023	200.000*	206.000*	432.000*

*) Die für das HH-Jahr 2023 eingestellte Verpflichtungsermächtigung wird nicht in Anspruch genommen.

Ausgaben für u.a. Potentialanalyse, Hygieneberatung und Eignungsdiagnostik, Notfallseelsorge, Übersetzungen von Karrierewebseiten und Materialien für die Berufsinformation, Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung Freiwillige Feuerwehr und anwaltliche Dienstleistungen.

54020	**044**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**10.000**	**10.000**	**8.000**	**8.062,52**

Versicherung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren und Jugendfeuerwehren gegen Invalidität und Tod sowie für Personen, die nicht von anderer Stelle versichert werden (sog. Vor-Praktika). Zusätzlich müssen die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr im Rahmen der Dozententätigkeit an der BFRA versichert werden.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Angehörige der freiwilligen Feuerwehr, Jugendfeuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

54053	**044**	**Veranstaltungen**	**768.000**	**768.000**	**30.500**	**17.409,67**

Ausgaben für den „Erlebnistag“, den „Tag der Schwerbehinderten Menschen“ sowie Ehrungsveranstaltungen, wie bspw. „Engel der Großstadt“, die Katastrophenschutz-Ehrenzeichenverleihung und Veranstaltungen zur Nachwuchsbindung und -gewinnung u.a. für die Jugendfeuerwehr.

Mehr aufgrund vorbereitender Maßnahmen für die Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr „175 Jahre Berliner Feuerwehr“.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und externe Gäste der Berliner Feuerwehr sowie Angehörige der freiwilligen Feuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

54079	**044**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.000**	**5.000**	**3.100**	**2.990,05**

Verschiedene konsumtive Ausgaben, deren jeweiliger Entstehungsgrund 1.000 € nicht überschreitet. Der Titel beinhaltet u.a. Kosten für die Erstellung und Beschaffung von Foto- und Präsentationsmaterialen (Öffentlichkeitsarbeit, Feuerwehrmuseum) sowie Ausgaben für Kränze, Blumenspenden und Nachrufe.

54690	**044**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**40.000**	**40.000**	**56.000**	**316.085,84 R 26.041,99**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Bundeszuwendungen für ärztliche Untersuchungen der Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz gemäß den Berufsgenossenschaftlichen Grundsätzen für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen (G26 II und G26 III).

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63211	044	Zuschuss an die Forschungsstelle für Brandschutz	24.000	24.000	23.300	21.709,34

Zuschuss auf Basis des Verwaltungsabkommens der Bundesländer über die Forschung auf dem Gebiet des Brandschutz- und Rettungswesens

	Gesamtausgaben	18.574.200	19.177.300	11.222.300	11.029.906,93
	Prozentuale Veränderung	65,5 %	3,2 %		

Abschluss Kapitel 0561

111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	41.000	41.000	37.000	18.753,00
211-299	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	40.000	40.000	56.000	49.592,00
	Gesamteinnahmen	81.000	81.000	93.000	68.345,00
411-462	Personalausgaben	17.081.000	17.683.100	10.331.700	10.237.621,16
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	1.469.200	1.470.200	867.300	770.576,43
611-699	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	24.000	24.000	23.300	21.709,34
	Gesamtausgaben	18.574.200	19.177.300	11.222.300	11.029.906,93
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-18.493.200	-19.096.300	-11.129.300	-10.961.561,93

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001022 Innere Sicherheit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	23	Personalkosten	1.357.188.780	1.264.068.647	+7,37
Kostenträger	42	Sachkosten	34.435.437	33.683.141	+2,23
davon		Transferkosten	22.387.550	21.880.400	+2,32
Produkte	35	Verrechnungskosten	70.601.401	63.509.014	+11,17
MGF	7	kalkulatorische Kosten	507.464.368	474.086.448	+7,04
Projekte	0	Gemeinkosten	612.155.759	640.646.184	-4,45
		Summe Verwaltungskosten	2.604.233.294	2.497.873.836	+4,26
		Transfers	4.252.154	7.085.697	-39,99
		Gesamtsumme	2.608.485.449	2.504.959.532	+4,13

Die Kosten im Politikfeld Innere Sicherheit fallen behördenübergreifend in den an der Erreichung des strategischen Ziels arbeitenden Verwaltungsbereichen des Ressorts an. Dies bezieht sich auf die Kosten der SenInnSport-Stamm für die ministerielle Steuerung des Politikfeldes, des Verfassungsschutzes, der Polizei und der Feuerwehr. Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Gesamtübersicht zu diesem Bereich/Strategischen Ziel bei den jeweils betroffenen Behörden wiederholt.

Die produktorientierte Darstellung für die Berliner Feuerwehr erfolgt zum Kapitel der Behördenleitung/Stab. Die dargestellten Produkte wurden jedoch durch die Gesamtheit der Berliner Feuerwehr erbracht. Eine Aufteilung der Ergebnisse zu den einzelnen Kapiteln ist nicht möglich.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004852	2022	290.739.529	0	290.739.529
Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	2021	284.905.212	382.430	285.287.642

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80246	2022	272.476.303	0	272.476.303
Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	2021	268.477.688	382.430	268.860.118

	2022	2021
Menge: Fläche in qkm	891	891
Kosten je ME in €	305.809,54	301.321,76
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	10,45	10,73
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Fachspezifische Informationen	2022	2021
Einsätze/Fehleinsätze zu Bränden	18.708	16.401
Einsätze/Fehleinsätze Techn. Hilfeleistung	21.356	17.994
Hilfsfrist Schutzziel	15 Minuten	15 Minuten
Erreichungsgrad Schutzziel SOLL	90,0%	90,0%
Erreichungsgrad Schutzziel IST (gesamtes Stadtgebiet)	81,8%	86,8%

Vergleichswerte aus dem KGSt-Vergleichsring für Berufsfeuerwehren (2021)

Kennzahl KGSt	Berlin	Median
Berufsfeuerwehren je 100.000 Einwohner	0,90	1,04
Brandeinsätze je 100.000 Einwohner	434	507
Brandmeldeanlagen (BMA) je km²	2,7	4,9
Alarme je Brandmeldeanlage	1,7	1,2
Brandschutz-Funktionen je 100.000 Einwohner	7,1	11,8

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004854	2022	221.700.136	352.259	222.052.395
Rettungsdienst	2021	211.175.548	465.500	211.641.048

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80248	2022	221.700.136	352.259	222.052.395
Rettungsdienst	2021	211.175.548	465.500	211.641.048

	2022	2021
Menge: Anzahl der Einwohner	3.821.881	3.666.488
Kosten je ME in €	58,01	57,60
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,51	8,45
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	21.873.648,54	20.495.656,00

Der Rettungsdienst ist in Berlin durch das Rettungsdienstgesetz geregelt. Die Kostenträger des Rettungsdienstes umfassen die Einsatzmittel der „Notfallrettung mit Arzt" (Rettungshubschrauber (RTH), Notarzt-Einsatzfahrzeug (NEF), und der „Notfallrettung ohne Arzt" (Rettungstransportwagen (RTW).

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Fachspezifische Informationen	2022	2021
Alarmierungen des Einsatzmittels NEF	122.252	109.026
Alarmierungen des Einsatzmittels RTW	509.536	474.525
Hilfsfrist Schutzziel	10 Minuten	10 Minuten
Erreichungsgrad Schutzziel SOLL	90,0%	90,0%
Erreichungsgrad Schutzziel IST (gesamtes Stadtgebiet)	44,8%	48,8%

Vergleichswerte aus dem KGSt-Vergleichsring für Berufsfeuerwehren (2021)

Kennzahl KGSt	Berlin	Median KGSt
RTW-Alarmierungen je 100.000 Einwohner	12.571	12.872
NEF/RTH-Alarmierungen je 100.000 Einwohner	3.166	3.097
RTW-Besetztstunden je 100.000 Einwohner	28.230	33.402
NEF/RTH-Besetztstunden je 100.000 Einwohner	6.625	8.933

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004855	2022	5.366.604	0	5.366.604
Vorbeugender Brandschutz	2021	5.263.371	0	5.263.371

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80249	2022	5.366.604	0	5.366.604
Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz	2021	5.263.371	0	5.263.371

	2022	2021
Menge: Anzahl der Maßnahmen	15.514	9.043
Kosten je ME in €	345,92	582,04
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,21	0,21
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	100,00	100,00

Der Kostenträger "Vorbeugender Brandschutz" umfasst das Einrichten von Brandsicherheitswachdienst, das Einrichten von Übertragungseinrichtungen für Brandmeldeanlagen (BMA); Beratungen, Stellungnahmen und Mitwirkungen im Baugenehmigungsverfahren; Brandsicherheitsschauen; das Erarbeiten von Objekt- und Feuerwehrplänen sowie weitere Aufgaben des allgemeinen vorbeugenden Brandschutzes.

Berliner Feuerwehr
- Einsatzbereiche -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0562 enthält die Personalausgaben (HGr. 4) der Einsatzbereiche (EB 1-7) und die konsumtiven Ausgaben in Zusammenhang mit etwaigen Kostenentschädigungen für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Berlin.

Berliner Feuerwehr
- Einsatzbereiche -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Ausgaben				
42201	044	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	176.667.000	183.733.000	159.455.000	158.433.734,78

Um die Vorgaben des Notfallsanitätergesetzes zu erreichen, ist darauf hinzuwirken, mindestens pro Jahr hundert der zusätzlichen Stellen mit Notfallsanitäter:innen zu besetzen.

42801	044	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	16.094.000	16.805.000	12.725.000	15.539.669,45
42811	044	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	1.000	1.100	52.400	—
44100	044	Beihilfen für Dienstkräfte	6.854.000	7.060.000	6.079.000	6.654.000,85
45201	044	Nachversicherungen	114.000	114.000	357.000	113.372,62
52602	044	Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen	2.957.000	3.157.000	1.826.000	1.923.309,48

Aufwandsentschädigungen für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren, Lohnersatzleistungen, Schadensregulierungen sowie gemeinschaftsfördernde Veranstaltungen und Jubiläumszuwendungen gemäß Gesetz über die Feuerwehren im Land Berlin (FwG) i.V.m. der Verordnung über die Festsetzung von Pauschalbeträgen als Auslagenersatz für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren Berlins (PauschVO) i.d.g.F.

Mehr aufgrund der Erhöhung der Pauschalbeträge als Auslagenersatz für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren Berlins (PauschVO).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Angehörige der freiwilligen Feuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

	Gesamtausgaben	**202.687.000**	**210.870.100**	**180.494.400**	**182.664.087,18**
	Prozentuale Veränderung	**12,3 %**	**4,0 %**		

	Abschluss Kapitel 0562				
411-462	**Personalausgaben**	**199.730.000**	**207.713.100**	**178.668.400**	**180.740.777,70**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.957.000**	**3.157.000**	**1.826.000**	**1.923.309,48**
	Gesamtausgaben	**202.687.000**	**210.870.100**	**180.494.400**	**182.664.087,18**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-202.687.000**	**-210.870.100**	**-180.494.400**	**-182.664.087,18**

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Berliner Feuerwehr hat Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren, die durch Brände, Explosionen, Überschwemmungen, Unfälle und ähnliche Ereignisse entstehen (§ 1 Abs. 1 des Feuerwehrgesetzes und § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes). Sie ist insbesondere zuständig für den Notfallrettungsdienst und für die Rettungsgeräte an den Berliner Gewässern (§ 5 des Rettungsdienstgesetzes).

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben des Zentralen Service. Dieser unterteilt sich in:

- Personal
- Finanzen
- Recht
- Bauplanung und Gebäudemanagement
- Technik und Logistik
- Projekt- und Prozessmanagement.

Darüber hinaus beinhaltet das Kapitel auch die Einnahmen und Ausgaben der Einsatzsteuerung (Informations- und Kommunikationstechnik - IKT, Leitstelle, Führung und Lage) sowie des Stabsbereichs Forschungsprojekte (Stab FP).

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	044	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	1.000	1.000	1.000	91,82

Einnahmen im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Förderung der Informationsfreiheit im Land Berlin (Berliner Informationsfreiheitsgesetz - IFG).

11133	044	**Sonstige Entgelte**	272.000	272.000	195.000	270.092,18

Entgelte für den Anschluss von Gefahrenmeldeanlagen Dritter an die öffentliche Notrufmeldeanlage. Es handelt sich um regelmäßige, monatliche Einnahmen, welche abhängig von der Anzahl angeschlossener Notrufmeldeanlagen (Brandmeldeanlagen) sind.

11152	044	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	115.000.000	115.000.000	107.000.000	114.624.089,48

Gebühren für Leistungen, die nach den Tarifsätzen der Feuerwehrbenutzungsgebührenordnung (FwBenGebO), Gebührenverzeichnis B (Benutzungsgebühren) und K (kostersatzpflichtige Einsätze nach § 17 des Feuerwehrgesetzes) abgerechnet werden.

Mehr aufgrund erhöhtem Einsatzaufkommen im Rettungsdienst.

11201	044	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	1.000	1.000	1.000	1.700,00

Einnahmen aus Geldbußen im Rahmen von Disziplinarmaßnahmen im Sinne des § 7 DiszG.

11903	044	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	35.000	35.000	35.000	2.071.023,99

Ersatz für Beschädigung von Landeseigentum sowie Erfüllung übergegangener Schadenersatzansprüche. Hierbei handelt es sich um nicht steuerbare Einnahmen.

Das hohe IST 2022 basiert auf einem gesetzlichen Schadenersatzanspruch eines Beamten der Behörde, der gemäß §79 des Landesbeamtengesetzes auf den Dienstherrn übergeht.

11934	044	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	1.000	1.000	1.000	29.121,42

Gutschriften für Garantieleistungen sowie aus Rückforderungen von Heilbehandlungskosten durch die Dienstunfallstelle. Hierbei handelt es sich um nicht steuerbare Einnahmen.

11977	044	**Andere Rückzahlungen**	1.000	1.000	1.000	18.953,42

Verschiedene Einnahmen, deren jeweiliger Entstehungsgrund 1.000 € überschreitet.

11979	044	**Verschiedene Einnahmen**	1.000	1.000	5.000	140,40

Verschiedene Einnahmen, deren jeweiliger Entstehungsgrund 1.000 € unterschreitet wie bspw. Einnahmen aus Veröffentlichungen und Werbeerlöse.

11981	044	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	1.000	1.000	58.000	22.262,90

Erlöse aus dem Verkauf ausgesonderter Geräte, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenstände sowie Fahrzeug- und IKT-Technik. Hierbei handelt es sich um nicht steuerbare Einnahmen.

Mindereinnahmen aufgrund rechtlicher Regelungen im Gesundheitsschutz, die den Verkauf von persönlicher Schutzausrüstung untersagen. Darüber hinaus ist auch der Verkauf alter Feuerwehrhelme nicht mehr möglich.

12401	044	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	—	—	—	20,45
12406	044	**Mieten für Stellplätze auf Dienstgrundstücken**	—	—	—	-214,00

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
12504	044	Erlöse für Dienstleistungen	270.000	270.000	200.000	268.547,32

Nicht steuerbare Entgelte für Vertragsleistungen nach dem „Erlass über Leistungen der Berliner Feuerwehr außerhalb ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben (Entgelterlass)“ wie z.B. durch die Bereitstellung von Feuerwehrausstattung (Fahrzeuge/Geräte), Einnahmen aus Beratungsleistungen im Vorbeugenden Brandschutz und Gefahrenschutz, Entgelte für die Bereitstellung des Alarmrufsystems sowie weitere Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen.

13203	044	Verkauf von beweglichem Vermögen	200.000	200.000	120.000	206.953,69

Erlöse aus dem Verkauf auszusondernder Fahrzeuge, Geräte und sonstigem beweglichen Vermögen. Hierbei handelt es sich um nicht steuerbare Einnahmen.

23190	044	Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke	73.000	73.000	73.000	197.910,68

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51490 und 51890.

Zuwendungen des Bundes für die anteiligen Garagenmieten der Katastrophenschutzfahrzeuge sowie für die Lagerungskosten der Persönlichen Schutzausrüstungen (PSA) der Katastrophenschutzhelfer/-innen

28106	044	Ersatz von Ausgaben für Dienst- und Sachleistungen	1.000	1.000	1.000	15.231,17

Erstattungen aus Versicherungs- und Schadensangelegenheiten.

28290	044	Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke	3.000	3.000	3.000	245.751,75

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890, 54690 und 68190.

Projekt- bzw. anlassbezogene Zuwendungen wie bspw. Einnahmen für Drittmittelprojekte und zweckgebundene Spenden.

29899	044	Erbschaften für konsumtive Zwecke	1.000	1.000	1.000	20.000,00

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68199.

34290	044	Sonstige zweckgebundene Einnahmen für Investitionen	2.000	2.000	—	120.000,00

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 81190 und 81290.

34299	044	Erbschaften für Investitionen	2.000	2.000	—	—

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 81199 und 81299.

		Gesamteinnahmen	115.865.000	115.865.000	107.695.000	118.111.676,67
		Prozentuale Veränderung	7,6 %	—		

Ausgaben

42201	044	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	16.361.000	17.015.000	29.451.000	24.336.313,59
42801	044	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	27.974.000	29.093.000	23.829.000	23.556.437,10
42811	044	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	798.000	890.000	939.000	707.746,96
42821	044	Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)	81.000	161.000	28.000	62.515,50

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42890	**044**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.100**	**1.000**	**—** **R 493,53**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Personalausgaben für Beschäftigte, die im Rahmen von projektgebundenen, befristeten Beschäftigungsverhältnissen aus Projektmitteln erstattet werden.

44100	**044**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.280.000**	**1.318.000**	**917.000**	**1.241.766,71**
45201	**044**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
45300	**044**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**184.000**	**184.000**	**100.000**	**183.312,60**
45903	**044**	**Prämien für besondere Leistungen**	**1.200**	**1.200**	**1.200**	**33.500,07**

Ausgaben für Leistungsprämien und -zulagen.

46201	**880**	**Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben**	**-1.499.000**	**-1.560.000**	**-1.564.000**	**—**
51101	**044**	**Geschäftsbedarf**	**196.000**	**196.000**	**220.000**	**160.439,61**

Allgemeiner Bürobedarf, Post-/Paketgebühren und Gebühren für die Nutzung von Rundfunk- und Fernsehgeräten (GEZ) für Kabelanschlüsse. Zentrale Beschaffungen von Rechtsvorschriften (Kommentare, Ergänzungslieferungen usw.).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da die Ausgaben unabhängig vom Geschlecht anfallen

51131	**044**	**Bekleidung, Wäsche**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

51136	**044**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

51140	**044**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**4.800.000**	**5.500.000**	**4.378.000**	**6.099.164,76**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.162.000**	**10.166.000**		
		Davon fällig 2025	**1.980.000**			
		Davon fällig 2026	**1.517.000**	**1.882.000**		
		Davon fällig 2027	**1.610.000**	**2.397.000**		
		Davon fällig 2028	**1.055.000**	**4.452.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**1.435.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.669.028	1.321.335	0
VE Plan 2023	1.942.000	1.993.000	3.594.000

Instandhaltungsausgaben oder Ersatzbeschaffungen von feuerwehr- und medizintechnischen Ausrüstungsgegenständen, drahtgebundenen und drahtlosen Informations- und Kommunikationsgeräten sowie Geräte des allgemeinen Unterhaltungsbedarfs des feuerwehrtechnischen Einsatzdienstes. Möbel und Inventar für die Standorte der Berliner Feuerwehr.

Mehr aufgrund allgemeiner Preiserhöhungen und Kostensteigerungen bspw. für Instandhaltungsausgaben von feuerwehr- und medizintechnischen Ausrüstungsgegenständen und Ausstattung Möbel für neue Standorte der Berliner Feuerwehr.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51168	**044**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51170	**044**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**044**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**044**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**7.729.000**	**9.177.000**	**5.721.000**	**11.598.180,14**
		Verpflichtungsermächtigung	**13.200.000**	**3.968.000**		
		Davon fällig 2025	**4.400.000**			
		Davon fällig 2026	**4.400.000**	**1.040.000**		
		Davon fällig 2027	**4.400.000**	**1.112.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.216.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**600.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.715.000	220.000	0
VE Plan 2023	3.415.000	3.460.000	3.510.000

Aufwendungen für die Wartung und Instandhaltung der Fahrzeuge der Berliner Feuerwehr sowie für Kraft- und Schmierstoffe. Beinhaltet auch die Ausgaben für die Betankung der Notstromanlagen.

Mehr durch allgemeine Preiserhöhungen und Kostensteigerungen bspw. für Ersatzteile.

51408	**044**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**4.783.000**	**4.783.000**	**5.685.000**	**5.850.465,52**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	370.000	0	0
VE Plan 2023	6.653.000*	6.680.000	7.992.000

* Für die in 2023 geplanten Verpflichtungen wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Ausgaben für die Wartung, Pflege und Ersatzbeschaffung von Bekleidung und Ausrüstungskomponenten der Berliner Feuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr Berlin.

51420	**044**	**Beköstigung**	**38.000**	**38.000**	**17.000**	**31.999,77**

Notwendige Versorgung der Einsatzkräfte bei schwerer oder lang andauernder Tätigkeit auf Brand- und Unfallstellen gemäß gesetzlicher Arbeitsschutzregelungen sowie Getränkeausgabe im Rahmen des Atemschutznotfalltrainings.

Mehr aufgrund der Zunahme von Großschadensereignissen und Klimaveränderungen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der Berliner Feuerwehr und Angehörige der freiwilligen Feuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	Die Mittel werden geschlechterunabhängig verwendet.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51426	**044**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**3.200.000**	**4.700.000**	**6.140.000**	**3.133.137,66**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**10.292.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**3.577.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**3.230.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**3.485.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.781.463	2.023.145	0
VE Plan 2023	2.498.000*	2.919.000	3.051.000

* die VE‘s für 2024 werden nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen.

Verbrauchsmaterialien (einschließlich Medikamente) für die Stützpunkte der Notarzteinsatzfahrzeuge und Rettungstransportwagen.

Mehr durch allgemeine Preiserhöhungen und Kostensteigerungen insbesondere für Medikamente.

51453	**044**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51479	**044**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**950.000**	**950.000**	**1.014.000**	**951.564,43**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	508.193	258.947	0
VE Plan 2023	0	0	440.000

Aufwendungen in Zusammenhang mit der Umsetzung des „Einsatzstellenhygiene-Konzeptes“, die flächendeckende Anwendung des bundesweit einheitlichen Löschmittels („CAFS“) sowie sonstige auf das Einsatzaufkommen bezogene Ausgaben.

51490	**044**	**Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**119.771,96** **R 1.178,61**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
51701	**044**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**64.900**	**64.900**	**64.800**	**174.105,83**
		Verpflichtungsermächtigung	**129.800**	**—**		
		Davon fällig 2025	**64.900**			
		Davon fällig 2026	**64.900**	**—**		

Bewirtschaftungsausgaben für nutzerspezifischen Abfall (u.a. infektiösen-/medizinischen Abfällen, Feuerlöschmitteln, Altfette, Ölabfälle) und Betriebskosten (u.a. Stromkosten, Schneebeseitigung) für die Unterbringung der Katastrophenschutzfahrzeuge. Die anfallenden Mengen zu entsorgender Spezialabfälle sind vorab nicht quantifizierbar.

Höheres Ist in 2022 aufgrund neuer Hygienebestimmungen sowie aufgrund von Preissteigerungen bei den Abfall- und Betriebskosten.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**044**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**14.687.000**	**14.981.000**	**14.399.000**	**12.520.033,19**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten für die bei der BIM GmbH angemieteten Objekte:

	2024	2025
	Betriebs- und Nebenkosten in €	Betriebs- und Nebenkosten in €
I. Wach- und Dienstgebäude		
Adlergestell 782		
Alt-Biesdorf 58		
Alt-Blankenburg 9		
Alt-Heiligensee 68		
Alt-Karow 10,11		
Alt-Lübars 12		
Alt-Moabit 59-61		
Alt-Rudow 67,69		
Berliner Str. 16		
Betckestr. 13		
Blenheimstr. 65,67		
Borussiastr. 16,17		
Buschkrugallee 95		
Charlottenburger Str. 10,12		
Dönhoffstr. 30,31		
Dorfstr. 4		
Edelweißstr. 35		
Edinburger Str. 7		
Fehrbelliner Platz 2		
Ferdinand-Schultze-Str. 128,130,132		
Flughafen Berlin Tegel, Feuerwache Gebäude L		
Feurigstr. 58		
Frankenbergstr. 23		
Friederikestr. 19		
Gasteiner Str. 19-20		
Gatower Str. 333		
Goethestr. 7		
Gravensteinstr. 9, 4-18		
Groß-Berliner Damm 18		
Grunowstr. 18		
Hackbuschstr. 65		
Hauptstr. 14		

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

	2024	2025
	Betriebs- und Nebenkosten in €	Betriebs- und Nebenkosten in €
Hausvaterweg 16		
Heinsestr. 24		
Hellersdorfer Str. 143-147		
Im Domstift 22		
Jagowstr. 31		
Johannisthaler Chaussee 222		
Josef-Orlopp-Str. 69		
Katzengraben 1,1a		
Kirchhofstr. 20		
Kladower Damm 367		
Krampenburger Weg 1,3		
Kronprinzessinnenweg 20		
Kummerower Ring 80		
Linienstr. 128-129		
Mädewalder Weg 21,23		
Märkische Allee 181, 189		
Müggelseedamm 178		
Mühlenweg 8		
Nikolaus-Groß-Weg 2		
Nöldnerstr. 36		
Oderberger Str. 24,25		
Parkstr. 38-39		
Pasewalker Str. 120		
Paulsternstr. 34		
Pölnitzweg 3,5		
Rankestr. 10-12		
Rathausstr. 70,72		
Reinickendorfer Str. 15a-15c		
Remstaler Str. 9		
Roedernallee 55		
Romain-Rolland-Str. 103,105,107		
Ruppiner Chaussee 240,268		
Schieritzstr. 24,26		
Schlierseestr. 10		
Schmöckwitzer Damm 60		
Selchowstr. 4		
Semmelweisstr. 83-87		
Semmelweisstraße 56-64		
Siemensstr. 22		
Siemensstraße 26		
Stiftsweg 1a		

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

	2024	2025
	Betriebs- und Nebenkosten in €	Betriebs- und Nebenkosten in €
Suarezstr. 9-10		
Südendstr. 18a		
Triftstr. 8		
Voltairestr. 2		
Waltersdorfer Str. 107		
Wedekindstr. 10		
Wendenschloßstr. 348 / Werft Bootshaus		
Wiener Str. 64		
Wilhelm-von-Siemens-Str. 15		
Wilmsstr. 19,20		
Wittestr. 30G Haus J und M		
Wittestr. 30G Haus G		
Teilsumme:		

II. RTW-Stützpunkte

Anna-Seghers-Str. 171		
Blankenburger Str. 19		
Breite Str. 46,47		
Budapester Str. 15-19		
Donizettistr. 4		
Gallwitzallee 123-143		
Höhensteig 1		
Landsberger Allee 49		
Lützowstr. 24-26		
Myslowitzer Str. 45		
Neue Bergstr. 6		
Schwanebecker Chaussee 50		
Stadtrandstr. 555		
Teilsumme:		

III. Katastrophenschutz

Brunsbüttler Damm 120-130		
Buckower Damm 106, 108, 110		
Flankenschanze 44-54		
General-Pape-Straße 2 – 66		
Köpenicker Allee 146-162		
Miraustraße 27-29		
Teilsumme:		

IV. Geplante neue Wach- und Dienstgebäude

Adlergestell, Godbersenstr. 31		
Danziger Str., Kniprodestr.		
Fürstenwalder Allee 356		
Grünauer Str. 140		

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
				Beträge in EURO		

	2024	2025
	Betriebs- und Nebenkosten in €	Betriebs- und Nebenkosten in €
Pablo-Picasso-Str. 34		
Senheimer Str. 69		
Teilsumme :		

V. Wasserrettungsstationen angemietet		
VI. Wasserrettungsstation SILB		
VII. Antennenstandorte		
VIII. Kabelkanäle		
Summe:		
GESAMT gerundet:	**14.687.000***	**14.981.000***

*Die konkreten Beträge zu den einzelnen Mietobjekten liegen noch nicht vor.

Mehr aufgrund der im Zusammenhang gestiegener Betriebs- und Nebenkosten.

51801	**044**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**291.000**	**291.000**	**291.000**	**80.979,80**

	2024/2025	Ist 2022
Mieten für Veranstaltungsräume (u. a. Dienst-, Personalversammlung)	5.400 €	
Anmietung von Containern für Liegenschaft Nikolaus-Groß-Weg sowie temporäre Liegenplätze Boote und Stellplätze für Außendienststellen	285.600 €	
	291.000 €	80.979,80 €

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretungen der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da sich die Ausgaben – unabhängig vom Geschlecht – nach der Anzahl der Beschäftigten und Nachwuchskräfte richten

51802	**044**	**Mieten für Fahrzeuge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Anmietung von Fahrzeugen, insbesondere Drehleiterfahrzeuge für den Einsatz- und Ausbildungsbetrieb.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**044**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**36.564.000**	**36.564.000**	**36.364.000**	**23.251.834,09**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietausgaben (Nettokaltmiete) für die bei der BIM GmbH angemieteten Objekte:

Wirtschaftseinheit	2024 Nettokaltmiete in €	2025 Nettokaltmiete In €
I. Wach- und Dienstgebäude		
Adlergestell 782		
Alt-Biesdorf 58		
Alt-Blankenburg 9		
Alt-Heiligensee 68		
Alt-Karow 10,11		
Alt-Lübars 12		
Alt-Moabit 59-61		
Alt-Rudow 67,69		
Berliner Str. 16		
Betckestr. 13		
Blenheimstr. 65,67		
Borussiastr. 16,17		
Buschkrugallee 95		
Charlottenburger Str. 10,12		
Dönhoffstr. 30,31		
Dorfstr. 4		
Edelweißstr. 35		
Edinburger Str. 7		
Fehrbelliner Platz 2		
Ferdinand-Schultze-Str. 128,130,132		
Flughafen Berlin Tegel, Feuerwache Gebäude L		
Feurigstr. 58		
Frankenbergstr. 23		
Friederikestr. 19		
Gasteiner Str. 19-20		
Gatower Str. 333		
Goethestr. 7		
Gravensteinstr. 9, 4-18		
Groß-Berliner Damm 18		
Grunowstr. 18		
Hackbuschstr. 65		
Hauptstr. 14		

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Wirtschaftseinheit	2024	2025
	Nettokaltmiete in €	Nettokaltmiete In €
Hausvaterweg 16		
Heinsestr. 24		
Hellersdorfer Str. 143-147		
Im Domstift 22		
Jagowstr. 31		
Johannisthaler Chaussee 222		
Josef-Orlopp-Str. 69		
Katzengraben 1,1a		
Kirchhofstr. 20		
Kladower Damm 367		
Krampenburger Weg 1,3		
Kronprinzessinnenweg 20		
Kummerower Ring 80		
Linienstr. 128-129		
Mädewalder Weg 21,23		
Märkische Allee 181, 189		
Müggelseedamm 178		
Mühlenweg 8		
Nikolaus-Groß-Weg 2		
Nöldnerstr. 36		
Oderberger Str. 24,25		
Parkstr. 38-39		
Pasewalker Str. 120		
Paulsternstr. 34		
Pölnitzweg 3,5		
Rankestr. 10-12		
Rathausstr. 70,72		
Reinickendorfer Str. 15a-15c		
Remstaler Str. 9		
Roedernallee 55		
Romain-Rolland-Str. 103,105,107		
Ruppiner Chaussee 240,268		
Schieritzstr. 24,26		
Schlierseestr. 10		
Schmöckwitzer Damm 60		
Selchowstr. 4		
Semmelweisstr. 83-87		
Semmelweisstraße 56-64		
Siemensstr. 22		
Siemensstraße 26		
Stiftsweg 1a		

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Wirtschaftseinheit	2024 Nettokaltmiete in €	2025 Nettokaltmiete In €
Suarezstr. 9-10		
Südendstr. 18a		
Triftstr. 8		
Voltairestr. 2		
Waltersdorfer Str. 107		
Wedekindstr. 10		
Wendenschloßstr. 348 / Werft Bootshaus		
Wiener Str. 64		
Wilhelm-von-Siemens-Str. 15		
Wilmsstr. 19,20		
Wittestr. 30G Haus J und M		
Wittestr. 30G Haus G		
Teilsumme:		

II. RTW-Stützpunkte

Anna-Seghers-Str. 171		
Blankenburger Str. 19		
Breite Str. 46,47		
Budapester Str. 15-19		
Donizettistr. 4		
Gallwitzallee 123-143		
Höhensteig 1		
Landsberger Allee 49		
Lützowstr. 24-26		
Myslowitzer Str. 45		
Neue Bergstr. 6		
Schwanebecker Chaussee 50		
Stadtrandstr. 555		
Teilsumme:		

III. Katastrophenschutz

Brunsbüttler Damm 120-130		
Buckower Damm 106, 108, 110		
Flankenschanze 44-54		
General-Pape-Straße 2 – 66		
Köpenicker Allee 146-162		
Miraustraße 27-29		
Teilsumme:		

IV. Geplante neue Wach- und Dienstgebäude

Adlergestell, Godbersenstr. 31		
Danziger Str., Kniprodestr.		
Fürstenwalder Allee 356		
Grünauer Str. 140		

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
				Beträge in EURO		

Wirtschaftseinheit	2024 Nettokaltmiete in €	2025 Nettokaltmiete In €
Pablo-Picasso-Str. 34		
Senheimer Str. 69		
Teilsumme:		

V. Wasserrettungsstationen angemietet		
VI. Wasserrettungsstation SILB		
VII. Antennenstandorte		
VIII. Kabelkanäle		
Summe:		

Abbau Sanierungsstau diverser Liegenschaften	10.000.000	10.000.000
GESAMT gerundet:	**36.564.000***	**36.564.000***

*Die konkreten Beträge zu den einzelnen Mietobjekten liegen noch nicht vor.

Mehr wegen der für die Berliner Feuerwehr errichteten Neubauten und Neuanmietungen.

51838	**044**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51890	**044**	**Mieten und Pachten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**72.000**	**72.000**	**72.000**	**15.130,91** **R 133.801,81**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
51920	**044**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**375.000**	**375.000**	**375.000**	**374.895,19**

Nutzerspezifische Bauunterhaltungsmaßnahmen wie BOS-Sondernetz und -Funknetze, Alarmierungs- und Dispositionssysteme, Managementsysteme sowie Netzersatz- und unterbrechungsfreie Stromversorgungsanlagen.
Erweiterungen der IKT-Infrastruktur und Systeme (u.a. Beschaffung von Systemeschränken) und div. Serviceleistungen u.a. für die Zutrittskontrollanlagen, Antennen und Antennenträgersysteme, Kleinspannungssysteme, Alarmlichtanschaltung, Gebäudeinfrastruktursysteme.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**044**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**5.299.000**	**5.299.000**	**5.339.000**	**5.337.874,22**
		Verpflichtungsermächtigung	**11.050.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**4.100.000**			
		Davon fällig 2026	**4.100.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**2.850.000**	**—**		

	2024		2025	
Wirtschaftseinheit	nutzer-spezifische Wartungs-kosten in €	Kosten für nutzer-spezifische Maßnahmen in €	nutzer-spezifische Wartungs-kosten in €	Kosten für nutzer-spezifische Maßnahmen in €
I. Wach- und Dienstgebäude				
Adlergestell 782				
Alt-Biesdorf 58				
Alt-Blankenburg 9				
Alt-Heiligensee 68				
Alt-Karow 10,11				
Alt-Lübars 12				
Alt-Moabit 59-61				
Alt-Rudow 67,69				
Berliner Str. 16				
Betckestr. 13				
Blenheimstr. 65,67				
Borussiastr. 16,17				
Buschkrugallee 95				
Charlottenburger Str. 10,12				
Dönhoffstr. 30,31				
Dorfstr. 4				
Edelweißstr. 35				
Edinburger Str. 7				
Fehrbelliner Platz 2				
Ferdinand-Schultze-Str. 128,130,132				
Flughafen Berlin Tegel, Feuerwache Gebäude L				
Feurigstr. 58				
Frankenbergstr. 23				
Friederikestr. 19				
Gasteiner Str. 19-20				
Gatower Str. 333				
Goethestr. 7				
Gravensteinstr. 9, 4-18				
Groß-Berliner Damm 18				
Grunowstr. 18				
Hackbuschstr. 65				
Hauptstr. 14				

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

	2024		2025	
Wirtschaftseinheit	nutzer-spezifische Wartungs-kosten in €	Kosten für nutzer-spezifische Maßnahmen in €	nutzer-spezifische Wartungs-kosten in €	Kosten für nutzer-spezifische Maßnahmen in €
Hausvaterweg 16				
Heinsestr. 24				
Hellersdorfer Str. 143-147				
Im Domstift 22				
Jagowstr. 31				
Johannisthaler Chaussee 222				
Josef-Orlopp-Str. 69				
Katzengraben 1,1a				
Kirchhofstr. 20				
Kladower Damm 367				
Krampenburger Weg 1,3				
Kronprinzessinnenweg 20				
Kummerower Ring 80				
Linienstr. 128-129				
Mädewalder Weg 21,23				
Märkische Allee 181, 189				
Müggelseedamm 178				
Mühlenweg 8				
Nikolaus-Groß-Weg 2				
Nöldnerstr. 36				
Oderberger Str. 24,25				
Parkstr. 38-39				
Pasewalker Str. 120				
Paulsternstr. 34				
Pölnitzweg 3,5				
Rankestr. 10-12				
Rathausstr. 70,72				
Reinickendorfer Str. 15a-15c				
Remstaler Str. 9				
Roedernallee 55				
Romain-Rolland-Str. 103,105,107				
Ruppiner Chaussee 240,268				
Schieritzstr. 24,26				
Schlierseestr. 10				
Schmöckwitzer Damm 60				
Selchowstr. 4				
Semmelweisstr. 83-87				
Semmelweisstraße 56-64				
Siemensstr. 22				
Siemensstraße 26				
Stiftsweg 1a				

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

	2024		2025	
Wirtschaftseinheit	nutzer-spezifische Wartungs-kosten in €	Kosten für nutzer-spezifische Maßnahmen in €	nutzer-spezifische Wartungs-kosten in €	Kosten für nutzer-spezifische Maßnahmen in €
Suarezstr. 9-10				
Südendstr. 18a				
Triftstr. 8				
Voltairestr. 2				
Waltersdorfer Str. 107				
Wedekindstr. 10				
Wendenschloßstr. 348 / Werft Bootshaus				
Wiener Str. 64				
Wilhelm-von-Siemens-Str. 15				
Wilmsstr. 19,20				
Wittestr. 30G Haus J und M				
Wittestr. 30G Haus G				
Teilsumme:				

II. RTW-Stützpunkte

Anna-Seghers-Str. 171				
Blankenburger Str. 19				
Breite Str. 46,47				
Budapester Str. 15-19				
Donizettistr. 4				
Gallwitzallee 123-143				
Höhensteig 1				
Landsberger Allee 49				
Lützowstr. 24-26				
Myslowitzer Str. 45				
Neue Bergstr. 6				
Schwanebecker Chaussee 50				
Stadtrandstr. 555				
Teilsumme:				

III. Katastrophenschutz

Brunsbüttler Damm 120-130				
Buckower Damm 106, 108, 110				
Flankenschanze 44-54				
General-Pape-Straße 2 – 66				
Köpenicker Allee 146-162				
Miraustraße 27-29				
Teilsumme:				

IV. Geplante neue Wach- und Dienstgebäude

Adlergestell, Godbersenstr. 31				
Danziger Str., Kniprodestr.				
Fürstenwalder Allee 356				
Grünauer Str. 140				

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	2024		2025	
Wirtschaftseinheit	nutzer-spezifische Wartungs-kosten in €	Kosten für nutzer-spezifische Maßnahmen in €	nutzer-spezifische Wartungs-kosten in €	Kosten für nutzer-spezifische Maßnahmen in €
Pablo-Picasso-Str. 34				
Senheimer Str. 69				
Teilsumme:				

V. Wasserrettungsstationen angemietet				
VI. Wasserrettungsstation SILB				
VII. Antennenstandorte				
VIII. Kabelkanäle				

IX. Sonstige Ausstattungen der Liegenschaften

Hallenprogramm (Nachverdichtung)				
Nachverdichtung Lichterfelde				
Abgasabsauganlagen (Neubau & Instandsetzung)				
Mehrzweckboote				
Ladestationen E-Mobilität				
Erneuerung Hausanschlüsse				
RTW X – Überdachungen				
Neuanschaffung Küchen und Geräte				
Umbau- und Malerarbeiten Feuerwachen				
Unterhaltung Sirenen				
Neubau Stützpunktdesinfektionen				
Service Notstromaggregate (NSA)				
Ansatzerhöhung Serviceleistungen				
Reparaturen Top/Tegel				
Ausgaben für externe Anmietungen				
Teilsumme:				

Summe:				

Gesamtsumme:	**5.299.000***	**5.299.000***

*Die konkreten Beträge zu den einzelnen Mietobjekten liegen noch nicht vor.

Mehr aufgrund von Kosten für nutzerspezifische Maßnahmen z.B. in den Wach- und Dienstgebäuden Goethestr. 7, Ruppiner Chaussee 24,26, Voltairestr. 2; sowie für sonstige Ausstattungen der Liegenschaften z.B. Abgasabsauganlagen (Neubau & Instandhaltung), Umbau- und Malerarbeiten auf diversen Feuerwachen etc.).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52132	**044**	**Unterhaltung von Brunnenanlagen**	**46.000**	**46.000**	**34.000**	**45.674,19**

Unterhaltung von Löschbrunnen und Zisternen.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52137	**044**	**Unterhaltung und Veränderung des IKT-Leitungsnetzes**	**83.000**	**82.000**	**75.000**	**44.446,17**

Unterhaltung, Service und Erneuerung der passiven Komponenten, wie Lichtwellenleiter und Kupferkabel sowie der Kabelführungssysteme im öffentlichen und privaten Straßenland. Bereitstellung von diversem Material für die kurzfristige Störungsbeseitigung, zur planmäßigen Revision von Übertragungswegen sowie zur Finanzierung der Umverlegung von Kabelsegmenten. Finanzierung redundanter Anschaltungen von Feuerwehrdienststellen, Fremdmontagen und Kabelmieten. Darüber hinaus werden BOS-Sicherheitsnetz Übertragungswege für die Alarmierung, Information und Kommunikation der feuerwehrtechnischen Einsatzkräfte geschaltet.

52501	**044**	**Aus- und Fortbildung**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**59.995,57**

Aus- und Fortbildungsbedarf u.a. für
- Kfz-Prüfstelle und -Werkstatt,
- Atemschutzwerkstatt,
- Technischer Dienst,
- Abfallbeauftragter, Desinfektion,
- elektrotechnisch unterwiesene Personen (EuP).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte des Zentralen Services Technik und Logistik (ZS TL) der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte sollen über die gleichen Möglichkeiten verfügen, im Rahmen ihrer Tätigkeiten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese für ihren Aufstieg zu nutzen.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da überwiegend externe Fortbildungsveranstaltungen stattfinden

52536	**044**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52602	**044**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**77.000**	**77.000**	**78.000**	**317.569,07**

	2024/2025	Ist 2022
Übungen bspw. fachdienstübergreifende Katastrophenschutz-Übungen oberhalb der Standortebene mit Zivilschutzbezug und Stabsübung der Berliner Feuerwehr	70.000 €	
Entschädigung an Dritte im Falle der Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Einsätzen der Berliner Feuerwehr bei witterungs- und gesundheitsbedingten Großschadensereignissen.....	7.000 €	
	77.000 €	317.569,07 €

In Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport wurde ein Übungsplanungskonzept erarbeitet. Es sieht jährlich vier fachdienstübergreifende Katastrophenschutz-Übungen vor.

Das erhöhte IST in 2022 resultiert aus einem Großschadensereignis im Berliner Grunewald.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Private Hilfsorganisationen, Technisches Hilfswerk (THW) und sonstige Dritte
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Angehörige der Hilfsorganisationen und des THWs sollen über die gleichen Möglichkeiten verfügen, an der Katastrophenschutz-Übung teilzunehmen.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da nicht steuerbar

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**044**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Inanspruchnahme von Sachverständigen und Gutachtern.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**044**	**Dienstreisen**	**96.000**	**96.000**	**155.000**	**183.071,99**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts vorrangig zu Aus- und Fortbildungszwecken.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Beschäftigtenvertretung der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	Geschlechtergerechte Möglichkeit zur Teilnahme an Dienstreisen bei fachlicher Notwendigkeit.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da sich der Adressatenkreis aus der fachlichen Notwendigkeit ergibt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53111	**044**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**150.000**	**150.000**	**30.000**	**55.950,45**

Stellenausschreibungen in verschiedenen Veröffentlichungsblättern, Tageszeitungen sowie Fachmagazinen, Nutzung von weiteren Plattformen für öffentliche Ausschreibungen in elektronischer Form.

Die Ansatzerhöhung basiert auf einer notwendigen Steigerung von Stellenausschreibungen in verschiedenen Medien und Plattformen mit dem Ziel, insbesondere im Rettungsdienst und bei Fachpositionen in Mangelberufen wie IKT, ein Wachstum der Bewerberzahlen sowie eine Verbesserung der Bewerbungsqualität herbeizuführen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	potentiell neue Mitarbeiter (u.a. Nachwuchskräfte)
GB Zielsetzung	Gendergerechte und gezielte Ansprache von Frauen bei Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen zum Abbau von Benachteiligungen und Unterrepräsentanzen.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei der Formulierung von Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen berücksichtigt werden

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54002	**044**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**50.000**	**50.000**	**1.100**	**—**

Ausgaben für das Personalmanagement (z.B. externe Beratung für Teamentwicklungsworkshops oder Führungskräfteentwicklung sowie Begleitung bei Geschäftsprozessoptimierungen, das Betriebliche Gesundheitsmanagement (z.B. Coaching für gesundheitsorientiertes Führen, Supervision und Gesundheitskurse) sowie das Organisationsmanagement (z.B. für externe Projektbegleitungen, Geschäftsprozessanalysen bzw. -optimierungen).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte sollen ausgewogen und angemessen von Maßnahmen zur Personalentwicklung, betrieblichem Gesundheitsmanagement oder Organisationsmanagement profitieren.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, können derzeit nicht genannt werden

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**044**	**Dienstleistungen**	**203.000**	**405.000**	**250.000**	**189.301,66**
		Verpflichtungsermächtigung	**609.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**203.000**			
		Davon fällig 2026	**203.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**203.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	192.000	202.000	438.000

Inanspruchnahme externer Firmen zur Unterstützung bei Reparaturen und Serviceleistungen, Wartungs-, Instandhaltungs- und Serviceverträge u.a. für Zutrittskontrollsysteme, die BOS-Übertragungstechnik, USV-Anlagen sowie die Finanzierung externer Unterstützung für komplexe bauliche Maßnahmen (Bedarfsbestimmung, Feststellung und Anerkennung von Raum-, Funktions- und Ausstattungsprogrammen etc.).

54034	**044**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.908,60**

Regulierung und Entschädigung von Haftpflichtansprüchen bei Feuerwehr-Einsätzen bis 200 € je Einzelfall auf Grundlage der Haftpflicht- und Eigenschädengrundsätze (HEGr). Es handelt sich um nicht steuerbare Ausgaben.

54038	**044**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**260,14**
54077 (neu)	**044**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		
54079	**044**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**20,00**

Nicht planbare verschiedene Ausgaben, deren jeweiliger Entstehungsgrund 1.000 € nicht überschreitet.

54690	**044**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**252.668,73 R 168.939,25**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
Wurde bislang bei 0566/54690 nachgewiesen.

63107	**044**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**—**

Zuschuss für das Bund-Länder-Projekt „Warnung der Bevölkerung“ auf Basis des Königsteiner Schlüssels.

63207	**044**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**128.000**	**128.000**	**128.000**	**100.010,10**
		Verpflichtungsermächtigung	**525.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**128.000**			
		Davon fällig 2026	**128.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**128.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**128.000**	**—**		
		Davon fällig 2029	**13.000**	**—**		

Anteil des Landes Berlin am bundesweiten Notruf-App-System (nora) gem. Ländervereinbarung

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**044**	**Ersatz von Ausgaben**	**25.000.000**	**25.000.000**	**24.620.000**	**24.123.648,54**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**185.000.000**	**160.000.000**
Davon fällig 2025	**25.000.000**	
Davon fällig 2026	**40.000.000**	**40.000.000**
Davon fällig 2027	**40.000.000**	**40.000.000**
Davon fällig 2028	**40.000.000**	**40.000.000**
Davon fällig 2029	**40.000.000**	**40.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*	25.000.000	25.000.000	50.000.000

* die VE 2023 wird nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen. Die Jahresscheiben ab 2025 entfallen.

	2024	2025	Ist 2022
Vertragsgemäßer Ausgabenersatz zur Erbringung notärztlicher Leistungen auf Notarzteinsatzfahrzeug-Stützpunkten, Vorhaltung und Inanspruchnahme des Leitenden Notarztes, Inanspruchnahme des ärztlichen Einsatztrupps, zusätzliche Bestellung von Notärzten für Übungen sowie Sonder-Spitzenbedarf	20.900.000 €	20.900.000 €	18.876.847,64 €
Einsatz und Betrieb von Stroke-Einsatz-Mobilen einschließlich radiologischer Befundung	0 €	0 €	2.343.761,27 €
Auslagenersatz für die im Rettungsdienst eingesetzten Fahrzeuge der Bundeswehr und für die Hilfsorganisationen.	2.250.000 €	2.250.000 €	2.903.093,63 €
Multiprofessionelle Kriseninterventionsteams (18 sozialpsychiatrische Einsatzkräfte	1.800.000 €	1.800.000 €	0 €
Statistikleistungen	50.000 €	50.000 €	0 €
	25.000.000 €	25.000.000 €	24.123.648,54 €

Das Ist in 2022 beinhaltet zusätzliche Ausgaben für Zwecke der Pandemiebekämpfung.
Die Ansatzerhöhung basiert u.a. auf der sukzessiven Erhöhung der Anzahl notärztlicher Stützpunkte in Berlin.

68102	**044**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.953,48**

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der Berliner Feuerwehr, sonstige Dritte
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68190	**044**	**Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 8.195,64**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Unterstützung und Anerkennung von Leistungen aus Spenden.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

68199	**044**	**Unterstützungen und sonstige Geldleistungen aus Erbschaften**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**55.046,84 R 149.635,19**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 29899. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

68569	**044**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**1.171.000**	**1.171.000**	**1.171.000**	**1.014.469,39**

Zuwendungen u.a. für den Fachnormausschuss Feuerwehrwesen, für die Arbeitsgemeinschaft Wasserrettungsdienst sowie für die Abgeltung von Aufwendungen aufgrund der Mitwirkung am Katastrophenschutz

	2024/ 2025	Ist 2022
Zuwendungen an den Fachnormausschuss Feuerwehrwesen	5.500 €	4.052,61 €
Zuwendungen an die Arbeitsgemeinschaft Wasserrettungsdienst (ASB, DLRG und DRK)	465.500 €	465.500,00 €
Zuwendungen an private Hilfsorganisationen (ASB, DLRG, DRK, JUH und MHD) zur Abgeltung der ihnen durch ihre Mitwirkung im Katastrophenschutz entstehenden Aufwendungen	700.000 €	544.916,78 €
	1.171.000 €	1.014.469,39 €

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Private Hilfsorganisationen, Fachnormausschuss Feuerwehrwesen
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**044**	**Mitgliedsbeiträge**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**9.808,04**

Ausgaben fallen für die Mitgliedschaften u.a. bei dem Deutschen Feuerwehrverband, der Arbeitsgemeinschaft Betrieblicher Brandschutz e.V., dem Verband Deutscher Sicherheitsingenieure e.V., dem Deutschen Sportförderverein e.V., der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren, dem Forum Vergabe e.V., dem Deutschen Jungendherbergswerk, der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V., dem Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V., dem Fachverband Leitstellen e.V., der European Fire Service Colleges Association, dem PROTECT im Notfall für Berlin, der Deutschen Gesellschaft für Qualität und dem Deutschen Institut für interne Revision e.V. an.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Mit den Mitteln wird keine spezielle Zielgruppe gefördert.
GB Zielsetzung	entfällt
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

81101	**044**	**Lösch-Hilfeleistungsfahrzeuge**	**7.000.000**	**6.922.000**	**4.354.000**	**5.422.240,75**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.583.000**	**8.811.000**		
		Davon fällig 2025	**5.583.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**8.811.000**		

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	4.901.000	0	0

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
7/3	LHF –Ausbau & Beladung-	4.901.000 €	2.791.000 €
3/5	LHF -Basisfahrzeug-	2.099.000 €	4.131.000 €
		7.000.000 €	6.922.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

81103	**044**	**Hubrettungsfahrzeuge**	**2.100.000**	**2.534.000**	**2.764.000**	**1.933.945,22**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.534.000**	**2.534.000**		
		Davon fällig 2025	**2.534.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.534.000**		

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.676.000	0	0

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
3/0	Hubrettungsfahrzeuge -Basisfahrzeug-	424.000 €	0 €
1/3	Hubrettungsfahrzeuge -Aufbau & Beladung-	753.000 €	2.534.000 €
1/0	Drehleiterfahrzeug 42 m -Aufbau & Beladung-	923.000 €	0 €
		2.100.000 €	2.534.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81105	**044**	**Gerätewagen, Wechselladerfahrzeuge, Abrollbehälter**	**1.905.000**	**1.671.000**	**649.000**	**960.349,24**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**633.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**633.000**		

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
1/0	Gerätewagen Wasser -Fahrgestell-	121.000 €	0 €
0/1	Gerätewagen Wasser -Aufbau & Ausstattung-	0 €	890.400 €
1/0	Gerätewagen Höhenrettung	341.000 €	0 €
0/2	Wechselladerfahrzeuge	0 €	780.600 €
4/0	Abrollbehälter für UEFA EURO 2024	1.405.000 €	0 €
1/0	Rollcontainer Strom/Licht	38.000 €	0 €
		1.905.000 €	1.671.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

81106	**044**	**Tanklöschfahrzeuge**	**946.000**	**1.584.000**	**705.000**	**571.999,88**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.212.000**	**1.333.000**		
		Davon fällig 2025	**1.212.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.333.000**		

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	607.000	0	0

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
2/2	Tanklöschfahrzeug - Fahrgestell -	339.000 €	372.700 €
1/2	Tanklöschfahrzeug -Ausbau & Beladung-	607.000 €	1.211.300 €
		946.000 €	1.584.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

81107	**044**	**Notarzteinsatzfahrzeuge**	**590.000**	**649.000**	**594.000**	**609.137,36**

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
2/2	Notarzteinsatzfahrzeuge -komplett-	590.000 €	649.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81108	**044**	**Fernmeldefahrzeuge Feuerwehr**	**246.000**	**—**	**70.000**	**—**

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	246.000	0	0

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
1/0	Fernmeldeeinsatzwagen - Aufbau & Beladung -	246.000 €	0 €

Planungsunterlagen liegen vor.

81109	**044**	**Lastkraftwagen**	**628.000**	**2.037.000**	**283.000**	**226.000,00**

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
1/3	LKW 3 (>7,5 t).....	628.000 €	2.037.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

81110	**044**	**Rüstwagen**	**862.000**	**—**	**197.000**	**699.235,00**

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	862.000	0	0

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
1/0	Rüstwagen - Aufbau & Beladung-	862.000 €	0 €

Planungsunterlagen liegen vor.

81112	**044**	**Rettungswagen**	**5.626.000**	**6.970.000**	**6.334.000**	**6.616.570,16**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.970.000**	**8.970.000**		
		Davon fällig 2025	**6.970.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**8.970.000**		

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
48/0	Rettungswagen - Basisfahrzeug -.....	4.821.000 €	0 €
0/21	Rettungswagen – Aufbau & Beladung -.....	0 €	6.970.000 €
2/0	Rettungswagen - komplett -.....	805.000 €	0 €
		5.626.000 €	6.970.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81117	**044**	**Bettentransportwagen**	**309.000**	**—**	**—**	**—**

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	309.000	0	0

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
1/0	RTW-S Bettentransportwagen -Aufbau & Beladung-	309.000 €	0 €

Planungsunterlagen liegen vor.

81120	**044**	**Löschboote**	**—**	**1.331.000**	**274.000**	**148.420,01**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**1.331.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**1.331.000**		

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
0/1	Löschboot -Basis-	0 €	1.331.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

81150	**044**	**Fahrzeuge des Katastrophenschutzes**	**3.124.000**	**3.445.000**	**239.000**	**1.016.919,13**

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
0/1	Mannschaftstransportfahrzeug –Betreuung	0 €	97.000 €
1/1	Gerätewagen Logistik-Betreuung	332.000 €	365.000 €
2/0	Gerätewagen Behandlung	893.000 €	0 €
1/1	Gerätewagen Dekontamination Personen	385.000 €	423.000 €
1/1	Gerätewagen Dekontamination Geräte	506.000 €	556.000 €
0/2	Krankentransportwagen Typ B	0 €	704.000 €
2/2	Lastkraftwagen Technische Sicherheit	661.000 €	727.000 €
2/3	Feldkochherd	347.000 €	573.000 €
		3.124.000 €	3.445.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

81179	**044**	**Fahrzeuge**	**550.000**	**1.529.000**	**5.450.000**	**484.591,37**

Deckungsvermerk: Über den Deckungsvermerk im Einzelplan 05 hinaus sind die Ausgaben deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0500 Titel 88401.

Für 2024 und 2025 sind folgende Beschaffungen geplant:

		2024	2025
0/8	Einsatzleitwagen Erkunder	0 €	747.000 €
1/0	Einsatzleitwagen A-Dienst / LBD	150.000 €	0 €
2/3	Einsatzleitwagen B&C-Dienst Allrad	400.000 €	782.000 €
		550.000 €	1.529.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
81190	**044**	**Erwerb von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**54.772,92** **R 287.227,08**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 34290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).				
81199	**044**	**Erwerb von Fahrzeugen aus Erbschaften und Spenden**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—** **R 6.579,07**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 34299. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).				
81213	**044**	**Überwachung der Notstromversorgung**	**300.000**	**300.000**	**96.000**	**212.714,88**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**300.000**	**—**		

Erforderliche Systemerweiterungen und Anpassungen des Tank-Not-Strom-Systems (TNS) entsprechend der gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf den Katastrophenschutz.

81214	**044**	**Ausbau und Modernisierung des Lichtwellenleiternetz**	**1.900.000**	**1.900.000**	**3.000.000**	**2.223.672,74**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.500.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.750.000**			
		Davon fällig 2026	**1.250.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.250.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**1.250.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	550.000	0	0
VE Plan 2023	1.925.000*	1.675.000*	0

*) Die für das HH-Jahr 2023 eingestellte Verpflichtungsermächtigung wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

LWL-Anbindung BOS-Standorte (je 1 Mio. € in 2024 und 2025)
Bereitstellung/ Erschließung von Kabelkanalanlagen (KKA) zur Integration von BOS-Standorten für den Digitalfunk und damit Sicherstellung von Netzabdeckung und Verfügbarkeit.

Kabelbeschaffung für alle BOS-Projekte der Feuerwehr und Polizei (je 150T € in 2024 und 2025)
Fortführung von Baumaßnahmen am BOS-Sondernetz und damit einhergehende Beschaffung von Kabeln.

Fortführung von Baumaßnahmen - Glasfaserstrecken für die Kooperative Leitstelle (KoopLtS.), den Digitalfunk sowie zur Modernisierung und Ausbau des BOS-Netzes (je 750T € in 2024 und 2025):
Ausbau der Kabeltrassen, Modernisierung und Erweiterung bestehender Übertragungsstrecken und Vernetzung der beiden Standorte für die neue KoopLtS.

81215 (neu)	**044**	**Body- und Dashcams**		**800.000**		
81230	**044**	**Erweiterung und Erneuerung der Übertragungstechnik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81231	**044**	**Anlagen zur Sicherstellung der unterbrechungsfreien Stromversorgung der IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81235 (neu)	**044**	**Beistellungen zur Anbindung der KoopLSt an die Anwendungen der Berliner Feuerwehr**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81240	**044**	**Ertüchtigung des Einsatzleitsystems IGNIS**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81241	**044**	**Erneuerung der zentralen Komponenten des Leitstellensystems IGNIS**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81242	**044**	**Erneuerung der dezentralen Komponenten des Leitstellensystems IGNIS**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81243	**044**	**Erneuerung der digitalen Funkgeräte für Fahrzeuge des Typs MRT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81245	**044**	**Systemerweiterungen für verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81246	**044**	**Flottenmanagement**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81247	**044**	**Erneuerung der Helmsprechgarnituren**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81248	**044**	**Erneuerung der digitalen Alarmierungstechnik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81249	**044**	**IT-Ausstattung zur mobilen Datenerfassung in der Notfallrettung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81250	**044**	**IT-Ausstattung zum elektronischen Versorgungskapazitätennachweis**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81251	**044**	**Feuerwehr-Informations-System**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**044**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**044**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**2.000.000**	**900.000**	**2.676.000**	**3.216.070,92**
		839.000,0 EUR wurden bislang bei 0566/81279 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**120.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**120.000**			

Erneuerung des Gerätebestandes in den Bereichen Technik und Logistik (ZS TL), Bauplanung und Gebäudemanagement (ZS G), Informations- und Kommunikationstechnik (ES IKT) sowie im Katastrophenschutz (KatS) und Rettungsdienst (RD).

In 2024 und 2025 sind folgende Maßnahmen geplant:

		2024	2025
ZS TL u. RD	u.a. Geräte und Ausrüstungen für den Regeleinsatzdienst und Ausstattung der Werkstätten und der Prüfstelle, Medizingeräte, Brunnen	594.000 €	220.000 €
ZS G	Beschaffung ortsveränderlicher Notstromanlagen und Kraftstoffbehälter im Rahmen der Daseinsvorsorge und des Katastrophenschutzes ...	36.000 €	56.000 €
ES IKT	Austausch und Standorterweiterungen elektroakustischer Lautsprecher-Anlagen-Systeme (ELA-Systeme), Beschaffung mobiler unterbrechungsfreier Stromversorgungsanlagen (USV) und Zubehör	9.000 €	14.000 €
KatS	u.a. persönliche CBRN-Ausstattung für Helfende im Katastrophenschutz des Landes Berlin, Erhöhung Reserve Chemieschutzanzüge, Ausstattung und Geräte.....	1.361.000 €	610.000 €
		2.000.000 €	900.000 €

81299	**044**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände aus Erbschaften**	**—**	**—**	**—**	**— R 659,67**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 34299. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).				
88401	**044**	**Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**	**—**	**—**	**1.000.000**	**250.000,00**

Im Zuge der Sanierung der Feuerwache Lichtenrade Errichtung eines Erweiterungsbaus mit vier Stellplätzen für die Freiwilligen Feuerwehren

89101	**044**	**Zuweisung an das SILB für den Neubau der Rettungswache Oberschöneweide, Siemensstr. 22**	**1.100.000**	**1.100.000**	**982.000**	**618.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.300.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.100.000**			
		Davon fällig 2026	**1.100.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.100.000**	**—**		

Neubau der Rettungswache Oberschöneweide, Siemensstr. 21 im Zuge der Bedarfsabdeckung der Feuerwehr zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung sowie der Notfallrettung

89120	**044**	**Neubau von Wachen der Freiwilligen Feuerwehr**	**7.000.000**	**7.000.000**	**637.000**	**724.000,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.000.000	5.000.000	2.639.000
VE Plan 2023	1.000.000	2.000.000	4.500.000

Zuweisung an das SILB für die dringend erforderlichen Ersatzneubauten der Freiwilligen Feuerwehren Wilhelmshagen und Müggelheim.

MG 32

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51136	**044**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**115.000**	**115.000**	**228.000**	**80.539,83**

Ausgaben für die „Mobile Datenerfassung (MoDE)“ für die funktechnische Weitergabe der Eingaben auf dem Rettungsdienst-Einsatzbogen an das Einsatzberichterstattungssystem IGNIS.

51168	**044**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**928.000**	**754.000**	**784.000**	**645.521,67**
		Verpflichtungsermächtigung	**582.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**191.000**			
		Davon fällig 2026	**191.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	191.000	0	0
VE Plan 2023	0	0	0

Aufwendungen für Ausstattung, Instandhaltung/ Wartung, Ersatz und Reparatur für Digitalfunktechnik, digitale Melde- und Personenrufempfängern sowie Personenrufanlage (DME/PRE/PRA), Alarmierungstechnik inkl. elektroakustische Beschallungsanlagen (ELA) und analoger Funktechnik, IP-Telekommunikationssysteme, Berichtswesen, Feuerwehr-/Wach-Info-Systems, „Telenotarzt“, Einsatzleitsystem, Feuerwehr-Abrechnungs-System (FAS), Netzwerkkomponenten- und Server.

	2024	2025	Ist 2022
Service- und Wartungsverträge (Digit. Alarmierung, Berliner Feuerwehr und Datennetz, Alarmserver etc.)	199.000 €	199.000 €	
Digitalfunktechnik, Meldeempfänger etc.	265.000 €	265.000 €	
Alarmierungs- und Informationstechnik	281.000 €	107.000 €	
Ersatzbeschaffung Hardware für Bodycams	183.000 €	183.000 €	
	928.000 €	754.000 €	645.521,67 €

Mehr durch allgemeine Preiserhöhungen und Kostensteigerungen u.a. bei Wartung und Instandhaltung.

51170	**044**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**427.000**	**427.000**	**523.000**	**436.584,27**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.260.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**420.000**			
		Davon fällig 2026	**420.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**420.000**	**—**		

Ausgaben für die Bereitstellung und den Betrieb der Internet /DSL-Leitungen auf den Dienststellen (über ITDZ), die Anmietung von Leitungen für die BOS-Versorgung, die Bereitstellung von breitbandige Internetzugänge/ Datenverbindungen für Einsatz- und Führungskräfte, Einsatzmittel und Fahrzeuge sowie für die Umstellung des Notrufdienstes auf IP-Telefonie (112er Notrufannahme).

51185	**044**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**4.115.000**	**6.445.000**	**4.067.000**	**3.866.896,91**
		Verpflichtungsermächtigung	**12.680.000**	**15.590.000**		
		Davon fällig 2025	**2.722.000**			
		Davon fällig 2026	**3.835.000**	**2.265.000**		
		Davon fällig 2027	**3.094.000**	**3.076.000**		
		Davon fällig 2028	**3.029.000**	**3.095.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**7.154.000**		

MG 32

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	544.475	313.640	0
VE Plan 2023	3.295.000	3.000.000*	54.177.000*

*) Anpassung VE Plan 2023 entsprechend Mitteilung Änderung Jahresscheiben VE vom 13.02.2023.

Ausgaben für die Entwicklung und Weiterentwicklung feuerwehrspezifischer IKT-Fachverfahren (u.a. Feuerwehrabrechnungssystem - FAS, integriertes Bildungsmanagement-System - iBMS, die FIRE-App) und damit verbundene Lizenzen, Unterstützungs- und Dienstleistungen durch externe Firmen z.B. für die IT-Sicherheit, Softwarepflege/-anpassungen u.a. für Subsysteme des Einsatzleitsystems (ELS) und das Tetra Netz des-Funk-Draht-Vermittlung-System(FDV) sowie Wartungsverträge u.a. für das Standardisierte-Notruf-Abfrage-Protokoll (SNAP). Service und Wartung sämtlicher Firewallsysteme innerhalb verschiedener Zonen des BFDN wie IGNIS-Schnittstelle, Server, Clients, sowie für die Übergänge zum MAN Landesnetz und Polizei.

Veranschlagung der Service- und Betriebsunterstützung für die Kooperative Leitstelle.

	2024	2025	IST 2022
DL und Software (Dienstleistungen, Software-Erweiterungen der Fachverfahren über die vertraglichen Verpflichtungen hinaus) ...	73.000 €	115.500 €	18.749,51 €
Vertragliche Verpflichtungen EA-Vertrag Microsoftlizenzen anteilig Verfahrensabhängig	890.000 €	1.414.000 €	658.392,22 €
IGNIS-Plus (ELS) Servicevertrag Softwarepflege des Einsatzleitsystems	792.000 €	1.253.000 €	1.204.014,05 €
IGNIS-FDV Wartung/Servicevertrag der Funk-Draht-Vermittlung	376.000 €	595.000 €	548.114,00 €
SNAP (ELS) Softwareüberlassungsvertrag Standardisiertes Notruf-Abfrage-Protokoll	85.000 €	135.000 €	128.520,00 €
ELS – diverse Software- u. Lizenzverträge aller Subsysteme der Leitstellensoftware (z.B. VmWare, DataProtektor, RedHat, CrashRecovery-System)	63.000 €	104.500 €	88.918,91 €
Digitale Einsatzberichterstattung (z B. RIKS, Telemedizin, Medienarchiv) Wartungs-, Software und Serviceverträge sowie Erweiterung, Updates, Upgrades im Zusammenhang mit der Einsatzdokumentation und -Berichterstattung.....	234.000 €	438.000 €	0,00 €
FAS Softwarepflege Feuerwehr-Abrechnungs System	15.000 €	23.000 €	21.781,80 €
FIRE Verträge zur Lizenz- und Softwarepflege für die FIRE-App u. FIRE-Analytics-Funktion.....	247.000 €	390.000 €	299.193,68 €
Firewall Serviceverträge und Dienstleistungen (IT-Sicherheit)....	132.000 €	209.000 €	0,00 €
Geoportal Softwarepflege und Lizenzkosten für die Bereitstellung von Geodaten für Einsatzkräfte in Verbindung mit dem Lagebild – anteilig Fw – siehe auch 0500/51185	195.000 €	309.000 €	300.167,25 €
HelpLine Verträge zur Softwarewartung und Dienst-Unterstützungsleistungen	74.000 €	117.000 €	52.692,73 €
iBMS Vertrag beim ITDZ zur Nutzung des integrierten Bildungsmanagementsystems	95.000 €	150.500 €	160.080,50 €
KatSchutz Wartungskosten für Bevölkerungswarn-Apps (KatWarn, KATRETTER	5.000 €	8.000 €	7.140,00 €
TNS Wartung-Pflegevertrag Tank-Not-Stromsystem	49.500 €	78.000 €	68.152,72 €
112 Notruf Servicevertrag Notruf TK-Anlagen u. Dekoder	11.000 €	18.000 €	16.505,29 €
PlaSMa Wartung und Softwarepflege der Planungssoftware für Mitarbeiter (Personalplanung, Terminüberw., Wachbüro etc)	198.000 €	325.000 €	138.409,06 €
Div. SW Pflege/Wartungsverträge (z.B. eStraße, BeckOnline, Dräger-SW, Antivirenschutz usw)	112.000 €	105.500 €	120.163,67 €
KoopLtS Wartung u. Softwarepflege (ab Testbetrieb) für Leitstellensystem der KoopLtS	287.000 €	369.000 €	0,00 €
Jährliche Betriebskosten für Bodycams	181.500 €	288.000 €	0,00 €
DFIR-Digital Forensics Incident Response-Emergency (Ukraine)	0 €	0 €	35.901,52 €
	4.115.000 €	6.445.000 €	3.866.896,91 €

Mehr aufgrund der Bereitstellung verfahrensabhängiger mobiler Arbeitsplätze, zusätzlicher Lizenzen, Wartung und Service für IGNIS, FAS, Helpline, RIKS und Testbetrieb für KLST-Software etc. sowie jährliche Betriebskosten für Bodycams.

MG 32

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51453	**044**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**80.000**	**80.000**	**88.000**	**87.604,18**

Verbrauchsmittelbedarf für die verfahrensabhängige IKT wie z.B. Farbbänder, Druckerpatronen, Druckertoner und Tintenpatronen für Drucker sowie Sicherungsmedien

51838	**044**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**1.311,45**

Aufwendungen für externe Server zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit der mobilen Führungsunterstützungssystems für Leitungsfunktionen im Einsatzdienst.

52536	**044**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**35.000**	**35.000**	**52.000**	**32.231,62**

Ausgaben für externe Schulungen und Fortbildungen für das technische bzw. feuerwehrtechnische Betriebspersonal und den technischen Support (Administratoren) zur Verfahrensbetreuung.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte des Bereiches der Einsatzsteuerung Informations- und Kommunikationstechnik (ES IKT) der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte sollen über die gleichen Möglichkeiten verfügen, im Rahmen ihrer Tätigkeiten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese für ihren Aufstieg zu nutzen.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da überwiegend externe Fortbildungsveranstaltungen stattfinden

81230	**044**	**Erweiterung und Erneuerung der Übertragungstechnik**	**100.000**	**500.000**	**307.000**	**195.529,94**

Netz-Sicherheit (50T € in 2024 und 100T € in 2025)
Beschaffung, Erweiterung und Realisierung (standortbezog.) von Netz-Sicherheitsmechanismen zum Schutz vor weltweiten Cyber-Attacken entsprechend den Richtlinien des BSI-Grundschutzes, den gestellten Sicherheitsanforderungen an KRITIS-Betreiber.

Modernisierung des BOS-Sondernetzes auf IP Rahmenvereinbarung (50T € in 2024 und 400T € in 2025)
Fortführung des systematischen Netzausbaus von zusätzlich geschätzten 70 IP-basierten Komponenten, zur Anschaltung und Aggregation neuer Standorte. Planung, Aufbau, Betrieb systemtechnischer MPLS- und WDM-Geräte für die Objektfunkvernetzung. Durchführung von technischen Neuerschließungen und Erweiterungen sowie erforderlichen Nacharbeiten und Umbauarbeiten.

81231	**044**	**Anlagen zur Sicherstellung der unterbrechungsfreien Stromversorgung der IKT**	**—**	**300.000**	**61.000**	**79.398,39**

Modernisierung und Erweiterung von bestehenden Anlagen für die unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV) für den Digitalfunk und damit einhergehende Beschaffung von Infrastrukturkomponenten bspw. 48V-Gleichrichter.

81235 (neu)	**044**	**Beistellungen zur Anbindung der KoopLSt an die Anwendungen der Berliner Feuerwehr**	**588.000**	**581.000**		
81240	**044**	**Ertüchtigung des Einsatzleitsystems IGNIS**	**525.000**	**525.000**	**525.000**	**524.842,93**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	138.000	0	0
VE Plan 2023	387.000	525.000*	1.050.000*

*) Die für das HH-Jahr 2023 eingestellte Verpflichtungsermächtigung wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

MG 32

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Anpassungen und funktionale Erweiterungen des Leitstellensystems IGNIS-Plus (je 300T € 2024 und 2025)
Umsetzung erforderlicher Neuerungen und Bereitstellung von Schnittstellen u. a. für die Kassenärztliche Vereinigung.

Aufrechterhaltung der Leistungsbereitschaft der Funk-Draht-Vermittlung inkl. 112er-Notrufannahme und Dokumentation (je125T € in 2024 und 2025):
Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft der Leistelle und Erfüllung der Vorgaben der Bundesbehörde der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) u. a. Umstellung der Digitalfunk-Leitstellen-Schnittstelle auf IP.

Umsetzung des Barrierefreiheitsgesetzes im Notruf 112 (100T in 2024 und 100T € in 2025)
Schaffung eines barrierefreien Notrufes 112 gemäß Barrierefreiheitsgesetz.

81241	**044**	**Erneuerung der zentralen Komponenten des Leitstellensystems IGNIS**	**589.000**	**589.000**	**589.000**	**586.779,47**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	389.000	0	0
VE Plan 2023	200.000	589.000*	1.178.000*

*) Die für das HH-Jahr 2023 eingestellte Verpflichtungsermächtigung wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Anpassungen und funktionale Erweiterungen des Leitstellensystems IGNIS-Plus (je 161T € in 2024 und 2025) sowie Aufrechterhaltung der Leistungsbereitschaft der Funk-Draht-Vermittlung inkl. 112er-Notrufannahme und Dokumentation (je 364T in 2024 und 2025).

Weiterentwicklung/Austausch von Hardware im Leitstellensystem (je 64T € in 2024 und 2025)
Ausgaben für turnusmäßig erforderlichen Hardwarerefresh der zentralen Komponenten der Datenverarbeitung und der Funk-Draht-Vermittlung sowie des IGNIS-Betriebssystems.

81242	**044**	**Erneuerung der dezentralen Komponenten des Leitstellensystems IGNIS**	**413.000**	**413.000**	**378.000**	**377.664,43**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	161.000	0	0
VE Plan 2023	252.000	413.000*	826.000*

*) Die für das HH-Jahr 2023 eingestellte Verpflichtungsermächtigung wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Anpassungen und funktionale Erweiterungen des Leitstellensystems IGNIS-Plus (je 100T € in 2024 und 2025) sowie Aufrechterhaltung der Leistungsbereitschaft der Funk-Draht-Vermittlung inkl. 112er-Notrufannahme und Dokumentation (je 200T in 2024 und 2025).

FDV - IP-Migration des Digitalfunks (je 100T € in 2024 und 2025):
Migration der klassischen Kommunikationsverbindungen des Sprachkommunikationssystems der Leitstelle auf IP-Technologie.

Erneuerung dezentraler Komponenten des Leitstellensystems (je 13T € in 2024 und 2025):
Ausgaben für turnusmäßig erforderlichen Hardwarerefresh der dezentralen Komponenten der Datenverarbeitung und der Funk-Draht-Vermittlung sowie des IGNIS-Betriebssystems.

81243	**044**	**Erneuerung der digitalen Funkgeräte für Fahrzeuge des Typs MRT**	**390.000**	**390.000**	**163.000**	**171.725,04**

Beschaffung von zusätzlichen TETRA-Endgeräten (Fahrzeugfunkgeräte) für die zusätzlichen Einsatzfahrzeuge und Erwerb von Navigations- und Datendisplays im Rahmen der Erneuerung der Funksysteme auf den Bestandfahrzeugen. Digitale Standard Handfunkgeräte und ATEX-Handfunkgeräte sowie Beschaffung von TETRA- Handfunkgeräten als Ergänzung der Fahrzeugbeladung im Zuge des technischen Generationswechsels.

- Digitale TETRA- Fahrzeugfunkgeräte je 30T € in 2024 und 2025
- Navigations- und Datendisplays je 130T € in 2024 und 2025
- Digitale TETRA- Standard-Handfunkgeräte je 80T € in 2024 und 2025
- Digitale TETRA- ATEX- Handfunkgeräte je 150T € in 2024 und 2025

MG 32

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81245	**044**	**Systemerweiterungen für verfahrensabhängige IKT**	**200.000**	**100.000**	**136.000**	**227.806,22**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**100.000**		

Erneuerung des Feuerwehrabrechnungssystems - FAS (60T € in 2024 und 26T € in 2025)
Neugestaltung des Feuerwehrabrechnungssystems zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen.

Erweiterung der Dienst- und Funktionsplanungssoftware „plano“ für 1.000 Mitarbeiter (100T in 2024 und 41T € in 2025)
Beschaffung von 1.000 Lizenzen für die „stationäre“ Variante der Dienstplanungssoftware und 6.000 Lizenzen für eine App-Lösung.

Lizenzerweiterung der Software zur Termin- und Personaldatenverwaltung (10T € in 2024 und 8T € in 2025)

Modernisierung und Prozessoptimierung der Anwendung helpline (30T € in 2024 und 25T € in 2025)
Bereitstellung eines mobilen webbasierten Zugriffs, Optimierung der Ticketaufnahme und Automatisierung der Inventarisierung über Schnittstellen.

81246	**044**	**Flottenmanagement**	**100.000**	**500.000**	**123.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**—**		

Beschaffung von Lizenzen und Fahrzeugdatentrackern und Ausgaben für die Entwicklung von Anwendungen und Schnittstellen

	2024	2025
Lizenzen	0 €	500.000 €
Kompatibilität Benutzer- und Rechtesystem	100.000 €	0 €
	100.000 €	**500.000 €**

81247	**044**	**Erneuerung der Helmsprechgarnituren**	**200.000**	**500.000**	**168.000**	**179.706,65**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**—**		

Beschaffung von Handbedienteilen (120T € in 2025) und Maskensprechgarnituren ATEX (180T € in 2025)
Erwerb von Handbedienteilen und Sprechgarnituren (Austausch aufgrund von hohem Verschließ)

Beschaffung neuer Helmsprechgarnituren für Führungsdienste und Atemschutzgeräteträger:innen (je 200T € in 2024 und 2025)
Austausch der bisherigen Geräte im Zuge des neu angeschafften Feuerwehrhelmmodells erforderlich

81248	**044**	**Erneuerung der digitalen Alarmierungstechnik**	**50.000**	**125.000**	**300.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**375.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**125.000**			
		Davon fällig 2026	**125.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**125.000**	**—**		

Erneuerung von Personenrufanlagen (PRA) und Personenrufsendern sowie -empfängern (PRE) auf den Berufsfeuerwachen.

Mehr im Zuge der Ausbildungsoffensive und damit einhergehender Bedarf an zusätzlichen PRE bzw. digitalen Meldeempfängern (DME).

MG 32

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81249	**044**	**IT-Ausstattung zur mobilen Datenerfassung in der Notfallrettung**	**1.000.000**	**1.000.000**	**762.000**	**746.249,54**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.100.000*	1.100.000*	2.750.000*

*) Die für das HH-Jahr 2023 eingestellte Verpflichtungsermächtigung wird eine geringere Inanspruchnahme erwartet.

Weiterentwicklung der mobilen Berichterstattung im Rettungsdienst, des Informations- und Kommunikationssystem (RIKS) sowie für die Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung (je 250T € in 2024 und 2025)
Ausgaben für Softwareanpassungen und Modulerweiterungen

Betrieb und Weiterentwicklung KATRETTER System inkl. technische Weiterentwicklung Einsatzleitsystem und Schnittstelle (je 50T € in 2024 und 2025)
Entwicklungskosten für KATHELFER-APP und KATSPENDER-App, sowie Betriebs- und Weiterentwicklungskosten KAT-RETTER-APP und Ausgaben zur Implementierung einer neuen Schnittstelle.

Weiterentwicklung FIRE-APP (je 50T € in 2024 und 2025)

Ausbau des Telenotarztsystems insb. Ausstattung des Telenotarzt-Arbeitsplatzes in der Leitstelle und Ausstattung der Rettungsmittel (je 250T € in 2024 und 2025)

Ausbau Schnittstellen (je 200T € in 2024 und 2025)

Erneuerung von iPads (je 200T € in 2024 und 2025): 250 iPads für Einsatz- und Führungskräfte

81250	**044**	**IT-Ausstattung zum elektronischen Versorgungskapazitätennachweis**	**—**	**500.000**	**646.000**	**476.595,88**
		Verpflichtungsermächtigung	**550.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**50.000**	**—**		

Entwicklungskosten Digitale Einsatz- und Patientenakte - PDV (50T € in 2025) und Skills- und Qualifikationsmanagement-Software (50T € in 2025)
Zur rechtssicheren digitalen Archivierung von Einsatz- bzw. Patienten-bezogenen Informationen bedarf es der Weiterentwicklung der Digitalen Einsatz- und Patientenakte.

Einführung eines QM-Fachverfahrens (50T € in 2025)
Zur Umsetzung eines umfassenden und rechtlich geforderten behördlichen Qualitätsmanagements (QM-Prozessmodellierung) und zur informationstechnischen Unterstützung und gesetzlich geforderten Dokumentation ist eine entsprechende Softwarelösung erforderlich.

Beschaffung einer digitalen Atemschutzüberwachungs-Hardware (50T € in 2025)
Beschaffung von Einsatztablets einschl. Schutzgehäuse, Halterung und Lademöglichkeit für die Fahrzeuge und zur Montage im Pumpenraum bzw. zur Nutzung durch die Maschinisten, sowie Tablets für die Ausbildung an der BFRA bzw. Ausbildung durch die Freiwilligen Feuerwehren.

Einführung und Betrieb eines Critical Incident Reporting Systems (CIRS) (100T € in 2025)

Beschaffung einer digitalen Anwendung zur Atemschutzeinsatzführung (200T € in 2025)

81251	**044**	**Feuerwehr-Informations-System**	**50.000**	**100.000**	**25.000**	**88.536,68**

Erneuerung der Displays des Feuerwehr-Informations-System
Sukzessiver Austausch von 200 Altgeräten.

MG 32

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81259	**044**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**610.000**	**700.000**	**526.000**	**769.404,30**
		Wurde bislang bei 0566/81259 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			

Beschaffung von Drohnen (je 60T € in 2024 und in 2025)
Erwerb von Drohnen inkl. Zubehör zur Führungsunterstützung an 4 Drohnenstandorten und Beschaffung eines Tethering-systems.

Erweiterung der Netzwerksicherung (100T € in 2024 und 400T € in 2025)
Beschaffung, Einrichtung und Betrieb einer Sicherheitskomponente - Network-Access-Control (NAC).

Roboter zur Fernerkundung und Gefahrgutanalyse (250T € in 2024)
Beschaffung eines vierfüßigen Roboters für Erkundungen vor allem bei Gefahrenlagen.

Beschaffung von TETRA-Digitalfunkrepeatern TMO-A und DMO 1-B (200T € in 2024).

Hardwarebeschaffungen
iPads (180T € in 2025) und iPhones (60T € in 2025) für Einsatz- und Führungskräfte

Summe Maßnahmegruppe 32	**10.516.000**	**14.680.000**	**10.453.000**	**9.574.929,40**
Gesamtausgaben	**198.042.100**	**212.757.200**	**201.184.100**	**181.843.541,55**
Prozentuale Veränderung	**-1,6 %**	**7,4 %**		

Abschluss Kapitel 0565

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**115.783.000**	**115.783.000**	**107.617.000**	**117.512.783,07**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**78.000**	**78.000**	**78.000**	**478.893,60**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**4.000**	**4.000**	**—**	**120.000,00**
	Gesamteinnahmen	**115.865.000**	**115.865.000**	**107.695.000**	**118.111.676,67**
411-462	**Personalausgaben**	**45.182.200**	**47.104.300**	**53.702.200**	**50.121.592,53**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**85.530.900**	**91.829.900**	**86.522.900**	**76.003.133,58**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**26.326.000**	**26.326.000**	**25.946.000**	**25.305.936,39**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**41.003.000**	**47.497.000**	**35.013.000**	**30.412.879,05**
	Gesamtausgaben	**198.042.100**	**212.757.200**	**201.184.100**	**181.843.541,55**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-82.177.100**	**-96.892.200**	**-93.489.100**	**-63.731.864,88**

Berliner Feuerwehr
- Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie (BFRA).

Die Berliner Feuerwehr ist zuständig für die Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Berufsfeuerwehr, der Freiwilligen Feuerwehren und Dritten.

In diesem Kapitel werden seit 2018 auch konsumtive Einnahmen und Ausgaben des Kapitels 0565 sowie Personalausgaben der Kapitel 0561 bis 0565 nachgewiesen.

Berliner Feuerwehr
- Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11934	**044**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Es handelt sich um nicht steuerbare Einnahmen.				
11977	**044**	**Andere Rückzahlungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verschiedene Einnahmen, deren jeweiliger Entstehungsgrund 1.000 € überschreitet.				
11979	**044**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verschiedene Einnahmen, deren jeweiliger Entstehungsgrund 1.000 € unterschreitet.				
23190	**044**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**100.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 52590.				
		Zuwendungen des Bundes für die Katastrophenschutzausbildung an der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie in den Fachdiensten Brandschutz und ABC und sonstige Kostenerstattungen aus Bundesmitteln (z.B. Bundesfreiwilligendienst).				
		Gesamteinnahmen	**4.000**	**4.000**	**103.000**	
		Prozentuale Veränderung	**-96,1 %**			
		Ausgaben				
42201	**044**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**12.638.000**	**13.144.000**	**10.280.000**	**7.887.432,81**
42221	**044**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**31.127.000**	**35.356.000**	**28.662.000**	**16.867.749,68**
42701	**044**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**400.000**	**400.000**	**400.000**	**355.456,00**
		Honorare für Lehrtätigkeit und Abnahme von Prüfungen im Rahmen der feuerwehrtechnischen Aus- und Fortbildung von Beamtinnen/Beamten und von Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren, Aufwendungen für die Rettungsdienstausbildung (allgemeinbildende und klinische Unterweisung) und Atemschutz-Notfall-Training sowie sonstige Honorarkosten für Arztunterricht und Klinikpraktika, Aus- und Weiterbildung, Prüfungen und sonstige Vergütungen für freiwillige Dienste wie beispielsweise im Rahmens des Bundesfreiwilligendienstes.				
42722	**044**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**7.900**	**7.900**	**7.900**	**20.153,14**
42801	**044**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.641.000**	**2.747.000**	**2.525.000**	**2.052.868,63**
42811	**044**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**40.500**	**42.100**	**27.100**	**37.822,77**
42821	**044**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**1.395.000**	**1.597.000**	**219.000**	**870.598,82**
44100	**044**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**680.000**	**700.000**	**603.000**	**659.558,59**
45201	**044**	**Nachversicherungen**	**176.000**	**176.000**	**180.000**	**175.989,57**

Berliner Feuerwehr
- Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**044**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**250.000**	**250.000**	**61.000**	**114.720,83**

61.000,0 EUR werden künftig bei 51408 nachgewiesen.

Ausgaben für notwendige Reparaturen sowie Instandsetzung, Wartung und Ersatzbeschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen (z.B. Austausch von Verschleißteilen, Überprüfung).

Mehr aufgrund allgemeiner Preiserhöhungen und Kostensteigerungen bspw. für Instandhaltungsausgaben von feuerwehr- und medizintechnischen Ausrüstungsgegenständen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretung der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	entfällt, da keine Steuerungsmöglichkeit gegeben ist
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da die Ausgaben unabhängig vom Geschlecht anfallen

51408 (neu)	**044**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**61.000**	**41.000**	**61.000**	

61.000,0 EUR wurden bislang bei 51140 nachgewiesen.

Kleidung, die ausschließlich für Ausbildungszwecke zur Verfügung gestellt wird, wie Schutzkleidung für die Rauchgasdurchzündungsanlage (RDA), Eisrettungsübungsanzüge und Chemikalienschutzoveralls.

51426	**044**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**150.000**	**150.000**	**84.300**	**79.225,48**

Im Rahmen der praktischen Ausbildung gemäß Notfallsanitäter- und Rettungsdienstgesetz wird der Umgang mit medizinischen Einwegmaterialien geschult.

Mehr aufgrund von Preiserhöhungen und Kostensteigerungen bei medizinischen Einwegmaterial.

51803 (neu)	**044**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**270.000**	**270.000**	**270.000**	

270.000,0 EUR wurden bislang bei 52509 nachgewiesen.

	Verpflichtungsermächtigung	**810.000**	**—**
	Davon fällig 2025	**270.000**	
	Davon fällig 2026	**270.000**	**—**
	Davon fällig 2027	**270.000**	**—**

Speziell angemietete Geräte (Sets u.a. bestehend aus interaktiven Ausbildungspuppen) für das Programm Resuscitation Quality Improvement (RQI).

Berliner Feuerwehr
- Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**044**	**Aus- und Fortbildung**	**5.150.000**	**5.150.000**	**4.126.000**	**3.090.210,51**
		Verpflichtungsermächtigung	**15.450.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**5.150.000**			
		Davon fällig 2026	**5.150.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**5.150.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026*
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.692.4800	0	0
VE Plan 2023	0	0	3.400.000*

*) Die für das Haushaltsjahr in 2023 geplante Verpflichtungsermächtigung, mit Jahresscheiben für 2026 und 2027 wird nicht in Anspruch genommen.

Ausgaben für die Notfallsanitäter-Ausbildung, duale Studiengänge für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst, Führerscheinausbildung und -erweiterung, allgemeine Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Klinikpraktika, berufsbegleitende Lehrgänge und Qualifizierungsmaßnahmen und externe Bildungsträger etc.

Erhöhter Mittelbedarf aufgrund geplanter Einstellungs-/Ausbildungsoffensive und damit verbundene kostenintensive Auslagerung einzelner Ausbildungskomponenten wie bspw. Klinikpraktika, Lehrgänge für Brandreferendare/-innen und -oberinspektoren/-innen, Rettungssanitäter/-innen Ausbildung, Führerscheinausbildung und Fahrsicherheitstraining u.a.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Nachwuchskräfte der Berliner Feuerwehr sowie die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte sollen über die gleichen Möglichkeiten verfügen, im Rahmen ihrer Tätigkeiten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese für ihren Aufstieg zu nutzen.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt, da zum großen Teil externe Fortbildungsveranstaltungen stattfinden

52502	**044**	**Sport**	**98.000**	**98.000**	**100.000**	**99.376,47**

Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten für den Kraft- und Ausdauersport sowie sonstiger Trainingsgeräte, die den aktuellen gesundheitlichen und arbeitsschutzrechtlichen Anforderungen entsprechen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte, Nachwuchskräfte und Beschäftigtenvertretung der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte sollen über die gleichen Möglichkeiten verfügen, um den aktuellen gesundheitlichen und arbeitsrechtlichen Anforderungen zu entsprechen.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die Ausgaben unabhängig vom Geschlecht anfallen.

Berliner Feuerwehr
- Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	
52509	**044**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**609.000**	**598.000**	**440.000**	**490.099,65**	

270.000,0 EUR werden künftig bei 51803 nachgewiesen.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	146.000	250.000	500.000

Aufwendungen für die Bereitstellung notwendiger Materialen und Hilfsmittel für die Aus- und Fortbildung.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Beschäftigte und Nachwuchskräfte der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Beschäftigte sollen über die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Lern- und Lehrmaterialien im Rahmen ihrer Tätigkeiten bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen verfügen.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

52535 (neu)	**044**	**Aufwendungen im Kontext dualer Studiengänge**	**1.000**	**1.000**			

Aufwendungen, die in Zusammenhang mit der Durchführung dualer Studiengänge stehen.

52590	**044**	**Aus- und Fortbildung und Umschulung aus Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**100.000**		**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Bundeszuwendungen für Ausgaben in der Katastrophenschutzausbildung in den Fachdiensten Brandschutz und ABC.

Berliner Feuerwehr
- Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**044**	**Ersatz von Ausgaben**	**262.000**	**718.000**	**352.000**	**229.075,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**2.400.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**400.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**400.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**400.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**400.000**		
		Davon fällig 2030 FF		**800.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	262.000	718.000	0
VE Plan 2023	563.000*	1.013.000*	2.926.000*

*) Die mit dem DHH 2022/2023 Einführung eines Modellstudiengangs wird nicht umgesetzt werden. Folglich sind geplante Verpflichtungen nicht vollumfänglich eingegangen worden. Gleichermaßen ist von einer geringeren Inanspruchnahme in 2023 auszugehen.

Mehr durch geplante Verlängerung der Kooperationsvereinbarung über den Studiengang Brandschutz und Sicherheitstechnik mit der Beuth Hochschule für Technik Berlin und damit einhergehende Erhöhung der Kohorten ab 2025 bis 2030.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Nachwuchskräfte der Berliner Feuerwehr
GB Zielsetzung	Männliche und weibliche Nachwuchskräfte sollen über die gleichen Möglichkeiten verfügen, um Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und diese auch für ihren Aufstieg zu nutzen.
Steuerungsmaßnahmen	entfällt

Gesamtausgaben	**55.957.400**	**61.447.000**	**48.498.300**	**33.030.337,95**
Prozentuale Veränderung	**15,4 %**	**9,8 %**		

Abschluss Kapitel 0566

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**100.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**4.000**	**4.000**	**103.000**	
411-462	**Personalausgaben**	**49.105.400**	**54.170.000**	**42.904.000**	**28.927.630,01**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**6.590.000**	**6.559.000**	**5.242.300**	**3.873.632,94**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**262.000**	**718.000**	**352.000**	**229.075,00**
	Gesamtausgaben	**55.957.400**	**61.447.000**	**48.498.300**	**33.030.337,95**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-55.953.400**	**-61.443.000**	**-48.395.300**	**-33.030.337,95**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Gesamt -

Allgemeines

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten obliegt die Wahrnehmung der nach Nummer 33 der Anlage zum Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz - ASOG - zugewiesenen Aufgaben, soweit sie durch Rechtsvorschriften übertragen worden sind. Dazu gehören Ordnungsaufgaben aus dem Bereich des Melde-, Pass-, Personalausweis-, Glücksspiel- und Kraftfahrzeugwesens, des Personenstandswesens sowie die Durchführung des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG), des BEG - Schlussgesetzes, des Gesetzes über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus (BerlEG), des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (PrVG).

Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten weist Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen in folgender Kapitelstruktur nach:

Kapitel
0571 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -
0572 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -
0573 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugzulassung –
0574 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung –
0575 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Entschädigungsleistungen -

Gesamtdarstellung der Einnahmen und Ausgaben – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (Kapitel 0571 – 0575)

Hauptgruppe	Bezeichnung	Ansatz 2024 (in €)	Ansatz 2025 (in €)	Ansatz 2023 (in €)
1	Verwaltungseinnahmen	31.856.000	31.856.000	31.907.000
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	5.155.800	4.216.800	5.572.000
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahme, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	---	---	---
	Summe der Einnahmen	37.011.800	36.072.800	37.479.000
4	Personalausgaben	44.881.600	46.660.500	38.752.400
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	22.809.500	24.002.500	24.526.700
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	16.972.400	15.517.400	18.925.300
7	Investitionsausgaben für bauliche Zwecke	---	---	---
8	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderung	2.259.000	3.380.000	2.107.000
9	Besondere Finanzierungsausgaben	---	---	---
	Summe der Ausgaben	86.922.500	89.560.400	84.311.400
	Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)	-49.910.700	-53.487.600	-46.832.400

Als eine der größten Publikumsbehörden Berlins steht das LABO vor der Herausforderung, die Digitalisierung seiner Dienstleistungen weiter voranzutreiben. Die Steuerung dieses Entwicklungsprozesses hin zu einer modernen, dienstleistungsorientierten und digital aufgestellten Publikumsbehörde ist die zentrale Aufgabe derzeit.
Die Kundinnen und Kunden sollen zukünftig die Dienstleistungen online beantragen können. Dabei stehen die gewerblichen Kundinnen und Kunden in der Zulassungsstelle oder bei der Personenbeförderung genauso im Fokus wie die Digitalisierung der Dienstleistungen für die privaten Kundinnen und Kunden.

So liegt der Schwerpunkt in der Abteilung II – Personenstands- und Einwohnerwesen – in der Umsetzung des Bundesmeldegesetzes sowie dem Vorhalten und der Weiterentwicklung der in den bezirklichen Bürger-, Standes- und Ordnungsämtern genutzten Fachverfahren. Grundlage ist u.a. das E-Governmentgesetz Berlin, das den Berliner Bürgerinnen und Bürgern weitere Online-Zugangsmöglichkeiten zu den Verwaltungsangeboten eröffnen soll sowie die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten, für die das LABO zuständig ist, vorsieht.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Gesamt -

Die Abteilung III - Kraftfahrzeugzulassung - hat mit der internetbasierten Kfz-Zulassung für private Kundinnen und Kunden ihr digitales Angebot weiter ausgebaut. Die Großkundenschnittstelle und die Erweiterung der internetbasierten Kfz-Zulassung für gewerbliche Kundinnen und Kunden werden das digitale Angebot in den Jahren 2024/2025 erweitern. Zudem wird die Sanierung des Standortes Jüterboger Straße - bei gleichzeitig weiterhin angebotenem Dienstleistungsbetrieb für Privatkundinnen und -kunden im Rahmen einer Containerlösung - umgesetzt.

Im Bereich der Fahrerlaubnisbehörde - Abteilung IV des LABO - wird der im Jahr 2021 begonnene Pflichtumtausch der Führerscheine fortgesetzt, die Überwachung im Bereich der gewerblichen Personenbeförderung deutlich ausgebaut und verschiedene Onlinedienstleistungen im Rahmen des EfA-Prinzips (Einer für Alle) neu eingeführt.

B. Gender Budgeting

Das Beschäftigtenverhältnis zwischen weiblichen und männlichen Dienstkräften wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern. Aktive Maßnahmen zur Verschiebung des Geschlechterverhältnisses und der voraussichtlichen Ressourceninanspruchnahme sind im Planungszeitraum nicht vorgesehen.

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	28	24	30	27	28	31
Relativer Anteil (in %)	54	46	53	47	47	53
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	469	152	511	195	529	216
Relativer Anteil (in %)	76	24	72	28	71	29

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZA männlich	71.798 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZA weiblich	71.336 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZA männlich	57.666 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZA weiblich	55.144 €

Darstellung der Aus- und Fortbildung

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Absoluter Anteil	138	62	264	108	340	195
Relativer Anteil (in %)	69	31	71	29	64	36
Ressource (in T. €)	16,8	7,6	33,1	13,5	27,6	15,6

Darstellung zur Wahrnehmung von Dienstreisen

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Absoluter Anteil	32	21	18	6	40	46
Relativer Anteil (in %)	60	40	75	25	46	54
Ressource (in T. €)	10	7	13,5	4,5	8,5	10

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der Leitung des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten obliegt es, die zentralen und koordinierenden Aufgaben der Behörde in den Themenfeldern Personal, Finanzen und Innerer Dienst inkl. IT-Koordination und verfahrensunabhängige IT wahrzunehmen.

Die Jahre 2024/2025 werden durch vielfältige Herausforderungen geprägt sein:

- Die Umsetzung des Personalmanagementkonzepts des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten und der im Rahmen des Gütesiegelverfahrens „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Berlin“ beschlossenen Maßnahmen wird federführend vom Personalbereich bearbeitet. Dazu gehören Themenschwerpunkte wie die Weiterentwicklung der Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Pflege und Privatleben durch zentrale Rahmenbedingungen zu verbessern.

- Mehrere große Bauvorhaben, insbesondere die Sanierung des Dienstgebäudes Jüterboger Straße und die Umsetzung des Zutrittsmanagements an den verschiedenen Standorten des LABO werden durch den Bereich Facility Management begleitet.

- Die Umsetzung der landesweiten verfahrensunabhängigen IT-Strategie OneIT@Berlin, so dass voraussichtlich bis Mitte/Ende 2025 die IT-Arbeitsplätze im LABO auf OneDevice umgestellt werden.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11903	**043**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**17.146,64**

Einnahmen aus Rückgriffansprüchen, insbesondere Verdienstausfallschäden von Dienstkräften infolge von Unfällen und für Sachschäden sowie Rückzahlung von fehlerhaften Erstattungen.

11979	**043**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**40,00**

Einnahmen für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.

		Gesamteinnahmen	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**17.186,64**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**043**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.182.000**	**3.309.000**	**1.919.000**	**2.703.811,82**
42722	**043**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**19.700**	**20.500**	**18.400**	**3.252,71**
42735	**043**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-673,48**
42801	**043**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.301.000**	**2.393.000**	**2.095.000**	**2.556.918,38**
42811	**043**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**186.000**	**194.000**	**293.000**	**198.134,43**
44100	**043**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**90.600**	**93.300**	**116.000**	**87.895,01**
44379	**043**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**43.600**	**44.000**	**6.700**	**43.502,48**
45903	**043**	**Prämien für besondere Leistungen**	**23.500**	**23.500**	**40.500**	**219.089,05**
51101	**043**	**Geschäftsbedarf**	**45.000**	**45.000**	**35.000**	**51.278,23**

Ausgaben für Büromaterial, Kopierpapier, Stempel, Literatur, Postgebühren, Rundfunkbeiträge, Vordrucke.

	2024/25	IST 2022
Bürobedarf, Rundfunkbeiträge	9.000 €	7.160,06 €
Literatur	7.000 €	5.920,53 €
Postgebühren	29.000 €	37.779.90 €
coronabedingte Ausgaben	0 €	417,74 €
	45.000 €	51.278,23 €

Das hohe Ist 2022 und die Erhöhung des Ansatzes resultieren aus gestiegenen Ausgaben für Bürobedarf und Postgebühren.

51140	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**35.000**	**35.000**	**45.000**	**22.604,84**

Wartungs- und Reparaturkosten sowie Ausgaben für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen; insbesondere für Büroeinrichtungen und -geräte.
Das geringe Ist 2022 resultiert aus einem geringeren Beschaffungsbedarf als geplant und zunehmenden Lieferschwierigkeiten der Vertragspartner.

51170	**043**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51701	**043**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**1.036,12**

Ausgaben für die Entsorgung von Datenmüll, Elektroschrott und Sperrmüll.

51715	**043**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**2.661.000**	**2.715.000**	**2.608.000**	**2.901.994,05**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

	2024	2025	IST 2022
Friedrichstr. 219	1.005.000 €	1.038.000 €	938.619,96 €
Schönstedtstr. 5	313.000 €	322.000 €	261.882,34 €
Ferdinand-Schultze-Str. 55	983.000 €	998.000 €	870.728,15 €
Jüterboger Str. 3	0 €	0 €	615.145,08 €
Alt-Friedrichsfelde 60	92.000 €	94.000 €	81.704,16 €
Fehrbelliner Platz 1	65.000 €	68.000 €	57.306,36 €
Klosterstr. 71	0 €	0 €	76.608,00 €
Anmietung von Containern am Standort Jüterboger Str. 3	203.000€	195.000 €	0,00 €
	2.661.000 €	2.715.000 €	2.901.994,05 €

Die Zahlungen werden an die BIM GmbH geleistet.

Die Anmietung von Büroräumen als Drehscheibe in der Klosterstr. 71 bis zum 30.09.2023 war im Zusammenhang mit der Netzwerkertüchtigung im Dienstgebäude Friedrichstr. 219 erforderlich.

Die temporäre Anmietung von Containern am Standort Jüterboger Str. 3 ist im Zusammenhang mit der Ertüchtigung des Dienstgebäudes im Rahmen von SIWA erforderlich. Während der Ertüchtigung werden vereinbarungsgemäß keine Betriebs- und Nebenkostenzahlungen an die BIM GmbH geleistet.

51801	**043**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**17.000**	**17.000**	**10.000**	**25.044,14**

Ausgaben für die Anmietung von Räumen, vorrangig für Veranstaltungen der Personalvertretungen und für Schulungen, die infolge von Verdichtungen in den Dienstgebäuden nicht mehr ausschließlich in eigenen Räumlichkeiten durchgeführt werden können.
Das hohe Ist 2022 und die Erhöhung des Ansatzes resultieren aus gestiegenen Ausgaben für die Anmietung von Räumen.

51803	**043**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**4.254,66**

Ausgaben für Miete und Betriebskosten für stationär installierte Wasserspender.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**043**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**4.992.000**	**4.992.000**	**4.976.000**	**4.723.151,52**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

	2024	2025	IST 2022
Friedrichstr. 219	2.297.131 €	2.297.131 €	2.297.130,60 €
Schönstedtstr. 5	432.681 €	432.681 €	432.681,36 €
Ferdinand-Schultze-Str. 55	998.266 €	998.266 €	913.059,72 €
Jüterboger Str. 3	749.052 €	749.052 €	749.048,88 €
Alt-Friedrichsfelde 60	59.393 €	59.393 €	59.392,80 €
Fehrbelliner Platz 1	120.592 €	120.592 €	120.591,72 €
Klosterstr. 71	0 €	0 €	151.246,44 €
Anmietung von Containern am Standort Jüterboger Str. 3	333.921 €	333.921 €	0,00 €
	4.991.036 €	4.991.036 €	4.723.151,52 €
rd.	4.992.000 €	4.992.000 €	

Die Zahlungen werden an die BIM GmbH geleistet.

Die Anmietung von Büroräumen als Drehscheibe in der Klosterstr. 71 bis zum 30.09.2023 war im Zusammenhang mit der Netzwerkertüchtigung im Dienstgebäude Friedrichstr. 219 erforderlich.

Die temporäre Anmietung von Containern am Standort Jüterboger Str. 3 ist im Zusammenhang mit der Ertüchtigung des Dienstgebäudes im Rahmen von SIWA erforderlich.

51920	**043**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**10.000**	**10.000**	**30.000**	**5.958,74**

Ausgaben für Nachinstallationen sowie Reparaturen der lokalen Datennetze und weiterer baulicher, gebäudebezogener Komponenten der IT-Infrastruktur (passive Komponenten) gemäß der Verwaltungsvorschrift für die Steuerung des IT-Einsatzes in der Berliner Verwaltung (VV IT-Steuerung).

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**043**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**750.000**	**650.000**	**95.000**	**1.094.304,42**

Ausgaben für die vom Nutzer geforderten Anlagen und funktionsbedingten Umbauten der Dienstgebäude (DG) sowie mögliche Folge- und Sanierungskosten.

	2024	2025	IST 2022
Nutzerspezifische Nebenkosten (BIM)	417.277 €	377.358 €	36.535,91 €
Friedrichstr. 219 (Wegeleitsystem, Brandschutztüren, Einbau von Duschen)	115.000 €	90.000 €	0,00 €
Schönstedtstr. 5 (allgemeine Renovierungsarbeiten in den Büros)	25.000 €	25.000 €	0,00 €
Jüterboger Str. 3 (Parkplatzumgestaltung, Einbau von Duschen)	75.000 €	100.000 €	0,00 €
Ferdinand-Schultze-Str. 55 (Sanierung des bisherigen Parkplatzes, E-Ladesäulen, Einbau von Duschen)	200.000 €	160.000 €	864,59 €
Alt-Friedrichsfelde 60	1.068 €	1.106 €	0,00 €
Fehrbelliner Platz 1	1.209 €	1.252 €	0,00 €
Instandsetzungsmaßnahmen in allen DG	32.723 €	23.021 €	0,00 €
Schließpunkte und Wandterminals im Zusammenhang mit dem Zutrittsmanagement in allen Dienstgebäuden	150.000 €	50.000 €	0,00 €
Überdachung von Parkplätzen (DG PU) im Zusammenhang mit der Begutachtung von Taxen und Mietwagen	0 €	0 €	65.903,92 €
Ertüchtigung Einbruchmeldeanlage DG FSS	0 €	0 €	200.000,00 €
Umbau des Kassenbereichs im DG FSS	0 €	0 €	434.000,00 €
Errichtung von Containern am Standort DG JÜ	150.000 €	199.621 €	357.000,00 €
	750.000 €	650.000 €	1.094.304,42 €

Das hohe Ist in 2022 resultiert aus zwingend erforderlichen Umbaumaßnahmen am Standort Ferdinand-Schultze-Straße nach einem erneuten Einbruch ins Dienstgebäude.

Die temporäre Aufstellung von Containern am Standort Jüterboger Str. 3 ist im Zusammenhang mit der Ertüchtigung des Dienstgebäudes im Rahmen von SIWA erforderlich.

52501	**043**	**Aus- und Fortbildung**	**50.000**	**50.000**	**40.000**	**43.209,76**

Ausgaben für Fortbildungsmaßnahmen für die Dienstkräfte des LABO, insbesondere für
- gezielte, individuelle Personalentwicklung von Einzelpersonen
- gezielte Stärkung der Führungskräfte
- gezielte Stärkung von Quereinsteigenden
- Stärkung der Sozial- und Methodenkompetenz
- Fortbildungsmaßnahmen der Beschäftigtenvertretung und Gremien.

52601	**043**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**15.000**	**—**

Ausgaben für Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, die Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige sowie den Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner. Eine Schätzung der tatsächlichen Prozesskosten ist lediglich anhand von aktuell laufenden Verfahren und Erfahrungswerten möglich.

52610	**043**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Beauftragung von Sachverständigen für die Erstellung von Gutachten.
Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten, so wird z.B. bei der Ermittlung des Bieterkreises neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt; im Falle einer wesentlichen Erhöhung der Fallzahlen wird eine Erhebung vorgenommen und ausgewertet.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**043**	**Dienstreisen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**11.891,65**

Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts von Mitarbeitenden der Abt. ZS, der Hausleitung und der Beschäftigtenvertretungen.
Erstattungen nach dem Bundesreisekostengesetz, Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an externen Schulungseinrichtungen, Dienstfahrscheine (ÖPNV), Wegstreckenentschädigungen bei Vorliegen eines erheblichen dienstlichen Interesses.

52906	**043**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**2.332,84**

Ausgaben im Zusammenhang bzw. aus Anlass dienstlicher Veranstaltungen, u.a. Auswahlgespräche, Dienstbeginn von neuen Mitarbeitenden, von Auszubildenden, Regierungsinspektoren/innen auf Probe, Regierungsräte/innen auf Probe und Trainees.

53101	**043**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**6.693,95**

Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen, u.a. Geschäftsbericht, Präsentationsmappen, Werbemittel, Broschüren.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	variabel
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten, so wird z.B. bei der Ermittlung des Bieterkreises neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, im Falle einer wesentlichen Erhöhung der Fallzahlen wird eine Erhebung vorgenommen und ausgewertet

53111	**043**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**5.000**	**5.000**	**1.500**	**4.678,65**

Ausgaben für öffentliche Ausschreibungen und Stellenausschreibungen.
Erhöhung des Ansatzes, da es zunehmend schwierig ist, ausreichend Bewerbende über die üblichen Bewerberportale anzusprechen. Durch die Veröffentlichung von Ausschreibungen auf anderen kostenpflichtigen Portalen soll ein größerer Kreis von Bewerbenden angesprochen werden.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Potentiell neue Mitarbeitende (u.a. Nachwuchskräfte)
GB Zielsetzung	Gendergerechte und gezielte Ansprache von Frauen bei Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen zum Abbau von Benachteiligungen und Unterrepräsentanzen (vgl. Frauenförderplan)
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei der Formulierung von Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen berücksichtigt werden.

54002	**043**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**76.914,81**

Ausgaben für die Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen des Personal- und Organisationsmanagements, z.B. für Supervision, Teamentwicklungen, externe Projektbegleitungen sowie im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.
Das hohe Ist 2022 resultiert aus einer Mitarbeitendenbefragung, die coronabedingt in den Vorjahren nicht durchgeführt werden konnte und aus vermehrten Teamentwicklungsworkshops, die als flankierende Maßnahmen im Zusammenhang mit der Teilung der bisherigen Abteilung Kraftfahrzeugwesen in zwei Abteilungen durchgeführt wurden. Erhöhung des Ansatzes, da weiterhin ein hoher Bedarf an Teamentwicklungsworkshops besteht.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**043**	**Dienstleistungen**	**25.000**	**25.000**	**31.000**	**36.389,48**

Ausgaben für Dienstleistungen durch Dritte, u.a. Umzüge infolge von organisatorischen Veränderungen sowie Transportarbeiten.

	2024/25	IST 2022
Transportarbeiten, Umzüge	20.000 €	27.539,02 €
Honorarvertrag mit einer Seniorexpertin im Rahmen des Wissensmanagements	0 €	1.980,00 €
Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel/Geräte	3.000 €	4.227,15 €
Sonstige Dienstleistungen	2.000 €	2.643,31 €
	25.000 €	36.389,48 €

54034	**043**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.996,55**

Ausgaben für Schadensersatz aus Amtspflichtverletzungen.

54053	**043**	**Veranstaltungen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**10.823,77**

Ausgaben für Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.
Das hohe Ist 2022 resultiert aus der Ausrichtung eines Unterarbeitskreises des Deutschen Städtetages.

54079	**043**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.231,24**

Ausgaben für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.
Das hohe Ist 2022 resultiert aus der Zahlung des Arbeitgeberanteils zum Jobticket an die BVG.

81201	**043**	**Erneuerung der passiven Netzwerkinfrastruktur**	**108.000**		**60.000**	**309.916,19**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

	2024	IST 2022
Erneuerung Infrastruktur – Verkabelung Ferdinand-Schultze-Str. und Schönstedtstr…	0 €	270.000,00 €
Einbau der unterbrechungsfreien Stromversorgung zur Absicherung bei Stromausfall und Ertüchtigung von Wiringcentern	0 €	22.091,77 €
Anschluss der passiven Infrastruktur an die aktiven Komponenten des ITDZ	0 €	17.824,42 €
Erneuerung Infrastruktur – Schlussabrechnung der Gesamtmaßnahme durch die BIM	108.000 €	0,00 €
	108.000 €	309.916,19 €

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51170	**043**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51185	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**484.000**	**569.000**	**557.000**	**315.367,74**

	2024	2025	IST 2022
Betriebskosten für die zentrale verfahrensabhängige IKT-Infrastruktur im ITDZ (HarVe)	334.000 €	410.000 €	172.781,02 €
Weiterentwicklung des Auftrags- und Störungsmanagements und Anbindung an die digitale Akte	50.000 €	50.000 €	56.361,06 €
Erstellung von Sicherheitskonzepten	0 €	0 €	77.017,17 €
Sonstige IT-Dienstleistungen	20.000 €	29.000 €	9.208,49 €
Betriebskosten für das Beschäftigtenportal	60.000 €	60.000 €	0,00 €
Unterstützungsleistungen zur Weiterentwicklung der digitalen Akte	20.000 €	20.000 €	0,00 €
	484.000 €	569.000 €	315.367,74 €

Die Erhöhung des Ansatzes 2025 resultiert aus der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen des ITDZ.

Summe Maßnahmegruppe 32	**485.000**	**570.000**	**558.000**	**315.367,74**
Gesamtausgaben	**15.084.900**	**15.246.800**	**13.047.600**	**15.466.003,75**
Prozentuale Veränderung	**15,6 %**	**1,1 %**		

Abschluss Kapitel 0571

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**17.186,64**
	Gesamteinnahmen	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**17.186,64**
411-462	**Personalausgaben**	**5.847.400**	**6.078.300**	**4.489.600**	**5.811.930,40**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**9.129.500**	**9.168.500**	**8.498.000**	**9.344.157,16**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**108.000**		**60.000**	**309.916,19**
	Gesamtausgaben	**15.084.900**	**15.246.800**	**13.047.600**	**15.466.003,75**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-15.068.900**	**-15.230.800**	**-13.031.600**	**-15.448.817,11**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Abteilung II – Personenstands- und Einwohnerwesen – erfüllt gesetzliche Ordnungsaufgaben aus den Bereichen des Melde-, Pass-, Personalausweis- und Glücksspielwesen.

Hierzu obliegt ihr die Durchführung von Verwaltungs- u. Verwaltungszwangsverfahren und die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, soweit sie ihr nach den Rechtsvorschriften übertragen worden sind.

Zu den Aufgaben der Abteilung II gehört darüber hinaus – jeweils temporär – die Vorbereitung von Wahlen zum EU-Parlament, zum Deutschen Bundestag, zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen sowie für die Durchführung der plebiszitären Elemente der Verfassung auf Landes- und Bezirksebene.

Weitere Aufgaben sind der Betrieb und die Weiterentwicklung der IT-Fachverfahren in den Bereichen Einwohner- und Personenstandswesen sowie weiterer IT-Fachverfahren auf der Grundlage von Verfahrensaufträgen.

Das Standesamt I in Berlin hat Bundesaufgaben für die im Ausland lebenden deutschen Antragstellerinnen und Antragsteller, die niemals einen Wohnsitz im Inland hatten, sowie für alle Bundesländer zu erfüllen. Es fungiert in diesen Aufgaben als einziges Auslandsstandesamt der Bundesrepublik Deutschland sowie als Ersatzstandesamt für die ehemaligen deutschen Ostgebiete und als Zentralstandesamt.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11105	**043**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**3.500.000**	**3.500.000**	**3.500.000**	**2.836.670,25**

Gebühren für Auskünfte aus dem Melderegister.

11152	**043**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**994.706,23**

Gebühren nach der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes im Land Berlin.

11153	**043**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**120.000**	**120.000**	**100.000**	**114.133,99**

Gebühren nach den Gebührenverordnungen zu den Gesetzen über das Pass- und Ausweiswesen.
Teilweise korrespondierende Ausgaben bei 0572/54613.

11201	**043**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**30.000**	**30.000**	**100.000**	**25.450,58**

Verwarnungsgelder und Geldbußen aufgrund des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit landes- und bundesrechtlichen Gesetzen und Verordnungen, nach denen Zuwiderhandlungen als Ordnungswidrigkeiten mit Verwarnungsgeld oder Geldbuße geahndet werden; Zwangsgelder nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz.
Teilweise korrespondierende Ausgaben bei 0572/54010.

11903	**043**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**4.000**	**363,54**

Einnahmen aus Rückzahlungen verauslagter Rechtsanwaltskosten aus Verwaltungsstreitverfahren im Bereich Glücksspielwesen.

11979	**043**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**21.390,84**

Einnahmen für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.
Das hohe Ist 2022 resultiert aus einer Rückzahlung des ITDZ für eine nicht realisierte Leistung.

		Gesamteinnahmen	**4.652.000**	**4.652.000**	**4.705.000**	**3.992.715,43**
		Prozentuale Veränderung	**-1,1 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**043**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**5.591.000**	**5.815.000**	**4.843.000**	**5.219.437,87**
42801	**043**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.142.000**	**4.308.000**	**3.885.000**	**3.960.199,53**
42811	**043**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**587.000**	**610.000**	**82.700**	**336.652,58**
44100	**043**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**165.000**	**170.000**	**216.000**	**159.816,21**
44379	**043**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**63.600**	**64.300**	**14.500**	**63.564,82**
51101	**043**	**Geschäftsbedarf**	**135.000**	**135.000**	**100.000**	**133.542,38**

Ausgaben für Büromaterial, u.a. Kopierpapier, Stempel, Rundfunkbeiträge, Literatur und Postgebühren.

	2024/2025	IST 2022
Bürobedarf, Rundfunkbeiträge	21.000 €	21.663,28 €
Literatur	9.000 €	10.120,64 €
Postgebühren	105.000 €	101.758,46 €
	135.000 €	133.542,38 €

Das hohe Ist 2022 und der erhöhte Ansatz resultieren aus gestiegenen Ausgaben für Bürobedarf und Postgebühren.

51136	**043**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**42.000**	**42.000**	**47.000**	**23.107,11**

Wartungs- und Reparaturkosten sowie Ausgaben für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen; insbesondere für Büroeinrichtungen und -geräte.
Das Geringe Ist 2022 resultiert aus einem geringeren Beschaffungsbedarf als geplant und zunehmenden Lieferschwierigkeiten der Vertragspartner.

51168	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**043**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**7.500**	**7.500**	**7.500**	**5.861,28**

Ausgaben für die Entsorgung von Datenmüll, Elektroschrott und Sperrmüll und für die Wartung und Instandhaltung der Alarmanlage.

51803	**043**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**10.000**	**10.000**	**25.500**	**6.742,79**

Ausgaben für Miete und Betriebskosten für stationär installierte Wasserspender.

52536	**043**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**043**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**13.273,69**

Ausgaben für Gerichts- und Anwaltskosten sowie Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages. Die als Zweitschuldner verauslagten und wieder beigetriebenen Rechtsanwaltskosten werden bei 0572/11903 nachgewiesen. Eine Schätzung der tatsächlichen Ausgaben ist lediglich anhand von aktuell laufenden Verfahren und Erfahrungswerten möglich.

52703	**043**	**Dienstreisen**	**5.000**	**5.000**	**11.000**	**4.296,40**

Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts von Mitarbeitenden der Abt. II.
Erstattungen nach dem Bundesreisekostengesetz, Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an externen Schulungseinrichtungen, Dienstfahrscheine (ÖPNV), Wegstreckenentschädigungen bei Vorliegen eines erheblichen dienstlichen Interesses.

54010	**043**	**Dienstleistungen**	**50.000**	**50.000**	**75.000**	**46.865,81**

Ausgaben für Dienstleistungen durch Dritte, u.a. Umzüge in Folge von organisatorischen Veränderungen, Transportarbeiten, Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel/Geräte, Testkäufe im Rahmen des Jugendschutzes (Lottoannahmestellen), Geldbearbeitung und -abholung.
Teilweise korrespondierende Einnahmen bei 0572/11201.

	2024/25	IST 2022
Transportarbeiten, Umzüge	25.000 €	23.295,74 €
Geldbearbeitung	2.000 €	1.672,96 €
Testkäufe im Rahmen des Jugendschutzes	10.000 €	9.012,39 €
Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel/Geräte	6.000 €	6.571,64 €
Sonstige Dienstleistungen	7.000 €	6.313,08 €
	50.000 €	46.865,81 €

54033	**043**	**Dienstleistungen für Kartenzahlungen**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**636,41**

Ausgaben für Gebühren für das Kartenzahlungsverfahren in der Zahlstelle.
Anpassung des Ansatzes an den Bedarf, da die Möglichkeit der Kreditkartenzahlung ab 2023 mit erhöhten Gebühren einhergeht.

54079	**043**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.200,00**

Ausgaben für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54613	**043**	**Sachausgaben für nachweispflichtige Vordrucke und Dokumente**	**70.000**	**70.000**	**100.000**	**63.988,44**

Ausgaben für Dokumente und Vordrucke der Bundesdruckerei, die entgeltpflichtig an die Bürgerinnen und Bürger ausgegeben werden.
Teilweise korrespondierende Einnahmen bei 0572/11153.
Anpassung des Ansatzes an den tatsächlichen Bedarf.

54615	**043**	**Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen**	**5.000**	**5.000**	**8.000**	**4.760,31**

Ausgaben für die vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS BBB) zur Verfügung gestellten Regionaldaten.

81242	**043**	**Digitalisierung Mikrofilmarchiv**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81243	**043**	**Beschaffung von MDE-Geräten**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81248	**043**	**Verfahren zur digitalen Übermittlung biometrischer Lichtbilder**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81250	**043**	**Ablösung des IT-Fachverfahrens NOWI**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**043**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51136	**043**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**12.500**	**339,15**

Ausgaben für Ersatz- und Neubeschaffung der in den Berliner Bürgerämtern und im LABO genutzten Kryptochipkarten und Signaturkarten zum Digitalisieren hoheitlicher Dokumente bei der Bundesdruckerei sowie in den Berliner Standesämtern und im Standesamt I in Berlin.
Geringes Ist in 2022 und Anpassung des Ansatzes, da der Bedarf geringer ist als angenommen.

51168	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**30.000**	**30.000**	**50.000**	**920,47**

Ausgaben für Reparaturen, Ersatz und Erweiterungsbeschaffungen verfahrensabhängiger IKT.

	2024/25	IST 2022
Reparatur Kassenautomat und MDE-Geräte	6.000 €	920,47 €
Ersatz- und Erweiterungsbeschaffung (z.B. Spezialdrucker, Signaturtablets, Notebooks für das Testlabor)	24.000 €	0,00 €
	30.000 €	920,47 €

Das geringe Ist 2022 resultiert aus fehlendem Reparatur- und Ersatzbeschaffungsbedarf.
Eine Schätzung der tatsächlichen Ausgaben für Reparaturen ist lediglich anhand von Erfahrungswerten möglich und kann nicht verlässlich prognostiziert werden. Ersatzbeschaffungen erfolgen entweder nach Ablauf einer definierten Einsatzdauer oder wenn eine Reparatur nicht mehr wirtschaftlich ist.

51185	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**7.717.000**	**8.458.000**	**10.102.000**	**6.651.609,87**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**350.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**400.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**450.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.012.000 €	1.578.000 €	1.578.000 €
VE Plan 2023	746.000 €	746.000 €	3.068.000 €

Ausgaben für den Betrieb der durch die Abteilung II landes- und bundesweit zur Verfügung gestellten IT-Fachverfahren in den Bereichen:

- Bereitstellung übergreifender Systeme: z.B. VOIS-Fachverfahrensplattform (**V**erwalten, **O**rganisieren, **I**ntegrieren und **S**ystematisieren), Informationsregister und VOIS Online 2.0 als Plattform für Onlineverfahren
- Einwohnerwesen: VOIS-Meldesoftware (VOIS-MESO), VOIS-Melderegister-Intranet-Auskunft (VOIS-MIA), VOIS-Pass- und Ausweiswesen (VOIS-Pass/PA), VOIS-eID-Karte für Unionsbürger (VOIS-eID), Online Melderegisterauskunft (OLMERA), Online Statusabfrage Pass/PA, Online Meldebescheinigung, digitalisierte Meldekartei (DigiMelKa), unterstützende Komponenten für gesetzlich vorgeschriebene Datenübermittlungen
- Wahlen: VOIS-Wahlen, Votemanager, Online Wahlscheinantrag (OLIWA), Online-Bereitschaftserklärung für Wahlhelfende, VOIS-Verfahren für die Wahlen von ehrenamtlichen Richtern und Schöffen (VOIS-ERS)
- Weitere in den Bürgerämtern eingesetzte IT-Verfahren: VOIS-Bewohnerparken (VOIS-PAM), Online-Bewohnerparken, Führerscheinantrag (VOIS-FSW Bürgerbüro), VOIS-KfZ-Bürgerbüro, VOIS-Verfahren zur Beantragung von elektronischen Aufenthaltstiteln (VOIS-ADVIS Bürgerbüro)
- VOIS-Querschnittsverfahren: VOIS-Gebührenkasse (VOIS-GeKa), VOIS-Verfahren zur Beantragung von Führungszeugnissen und Auskünften aus den Gewerbezentralregistern (VOIS-BZR/GZR)
- Personenstandswesen: Elektronisches Personenstandsregister; Automation im Standesamt (AutiSta); Komponente zur Anbindung des Basisdienstes Digitaler Antrag an AutiSta (BDA2XPERS); Online-Datenbank im Standesamt I (O-DiS I)
- Ordnungswesen: IT-Fachverfahren mobile Datenerfassung (MDE) und mobile Endgeräte, nichtverkehrsrechtliche Ordnungswidrigkeiten (NOWI); Anliegenmanagementsystem/Ordnungsamt Online (AMS und AMS Mobile App für Bürgerinnen und Bürger, AMS Backend-App für Beschäftigte des Landes Berlin)
- Fischereiwesen: Online-Angelkarte, technische Bereitstellung der Plattform für den Onlineverkauf von Angelkarten

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Darüber hinaus fallen Ausgaben für die Sicherstellung der bundesweiten Datenkommunikation u.a. gemäß § 3 IT-NetzG und die Bereitstellung der Kommunikationsstandards (XÖV) / XInneres sowie für verfahrensspezifische Ausgaben zur Anbindung und Nutzung von IKT-Basisdiensten an.

Der Ansatz enthält vertraglich gebundene Ausgaben für den Betrieb der verfahrensabhängigen IKT-Infrastruktur im ITDZ, für Lizenzen, Softwarepflege und –wartung und für Datenaustausch z.B. für den sicheren Kommunikationsstandard des Bundes (OSCI).

	2024	2025	IST 2022
1. Betriebskosten für die zentrale verfahrensabhängige IKT-Infrastruktur im ITDZ (HarVe und weitere Betriebsumgebungen) für alle oben genannten Verfahren	1.256.000 €	1.992.000 €	2.133.537,94 €
2. Betriebskosten für Lizenzen, Wartung, Pflege und Anpassungen der IT-Fachverfahren durch Hersteller / Vertragspartner	6.268.000 €	6.273.000 €	4.197.855,05 €
davon			
EWW (VOIS-MESO, Wahlkomponenten, Inforegister und Auskunftsportal, Datenübermittlung, Bereitstellung Gebührenkasse)	2.957.000 €	3.111.000 €	1.634.283,92 €
BePersReg/ePR	576.000 €	311.000 €	249.982,60 €
AutiSta	398.000 €	398.000 €	261.211,47 €
ODiS I	356.000 €	356.000 €	294.794,24 €
MDE Geräte- und MDM-Service, SIM-Karten	1.146.000 €	1.247.000 €	1.041.136,41 €
NOWI	550.000 €	500.000 €	294.882,00 €
Ordnungsamt Online (AMS)	285.000 €	300.000 €	421.564,41 €
Digitale Meldekartei (DigiMelKa)	0 €	50.000 €	0,00 €
3. Betriebskosten für die Bereitstellung / Nutzung verfahrensübergreifender Komponenten / Systeme / Dienste und Dienstleistungen	193.000 €	193.000 €	320.216,88 €
davon			
ePayment Transaktionskosten	22.000 €	22.000 €	12.605,16 €
XÖV / XInneres (Betrieb, XMeld, XPersonenstand, XPersonenstandsregister, XAusländer)	71.000 €	71.000 €	70.398,24 €
Dienstleistungen ITDZ außerhalb von HarVe (z.B. Rufbereitschaften, Supportdienstleistungen)	50.000 €	50.000 €	192.460,82 €
Sonstige Dienstleistungen und Lizenzen (u.a. eCash über MAN, Stiller Alarm, Wartung/Pflege Kassenautomat, Integrationskosten Subdomains)	50.000 €	50.000 €	44.752,66 €
	7.717.000 €	8.458.000 €	6.651.609,87 €

Die Erhöhung des Ansatzes 2025 resultiert aus der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen des ITDZ.

52536	**043**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**40.000**	**40.000**	**50.000**	**38.961,26**

Ausgaben für Schulungen im Zusammenhang mit den betriebenen Fachverfahren.

81242	**043**	**Digitalisierung Mikrofilmarchiv**	**—**	**531.000**	**—**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.026.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**531.000**			
		Davon fällig 2026	**495.000**	**—**		

Das Mikrofilmarchiv enthält analog verfilmte Karteikarten von Melderegistern, die aus rechtlichen Gründen aufbewahrt werden müssen. Mikrofilmlesegeräte sind künftig nicht mehr am Markt verfügbar, daher musste eine zeitgemäße Aufbewahrungsform gewählt werden. Die Abbildung der Karteikarten als digitale Dateien ist abgeschlossen, nunmehr bedarf es eines Recherchetools, um mit den digitalen Dateien arbeiten zu können.

	2025	IST 2022
IT-Verfahren/Werkzeug für Recherche	400.000 €	0,00 €
Externe Begleitung, Konzepte und Planung (ITDZ)	131.000 €	0,00 €
	531.000 €	0,00 €

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
81243	**043**	**Beschaffung von MDE-Geräten**	**1.000.000**	**800.000**	**1.400.000**	**853.726,64**

Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen der Hard- und Software der insbesondere in den Berliner Ordnungsämtern eingesetzten mobilen Datenerfassungsgeräte (MDE).

81248	**043**	**Verfahren zur digitalen Übermittlung biometrischer Lichtbilder**	**400.000**	**169.000**	**—**	**—**

	2024	2025
Externe Begleitung für Konzepte und Planung	70.000 €	0 €
Projektbegleitung, Konzeption und Aufbau der Infrastruktur	230.000 €	0 €
Bereitstellung der Hard- und Software	100.000 €	0 €
Einführung, Rollout und Schulungen	0 €	50.000 €
Schnittstellenmanagement, Konzeptanpassungen (ITDZ)	0 €	119.000 €
	400.000 €	169.000 €

81250	**043**	**Ablösung des IT-Fachverfahrens NOWI**	**250.000**		**100.000**	**20.893,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

	2024	IST 2022
Unterstützung bei der Ablösung des bisherigen Fachverfahrens durch das ITDZ	0 €	20.893,00 €
Datenmigration	150.000 €	0,00 €
Einführung, Rollout und Schulungen	100.000 €	0,00 €
	250.000 €	20.893,00 €

81259	**043**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**		**150.000**	**—**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**9.442.000**	**10.183.000**	**11.714.500**	**7.566.450,39**
	Gesamtausgaben	**20.328.100**	**21.487.800**	**21.141.700**	**17.610.396,02**
	Prozentuale Veränderung	**-3,8 %**	**5,7 %**		

Abschluss Kapitel 0572

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**4.652.000**	**4.652.000**	**4.705.000**	**3.992.715,43**
	Gesamteinnahmen	**4.652.000**	**4.652.000**	**4.705.000**	**3.992.715,43**
411-462	**Personalausgaben**	**10.548.600**	**10.967.300**	**9.041.200**	**9.739.671,01**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**8.129.500**	**8.870.500**	**10.600.500**	**6.996.105,37**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.650.000**	**1.650.000**	**1.500.000**	**874.619,64**
	Gesamtausgaben	**20.328.100**	**21.487.800**	**21.141.700**	**17.610.396,02**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-15.676.100**	**-16.835.800**	**-16.436.700**	**-13.617.680,59**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001145 Für den Bürger dienstleistende Stadt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	3.895.770	3.545.475	+9,88
Kostenträger	6	Sachkosten	159	15.342	-98,96
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	6	Verrechnungskosten	7.915.357	8.165.051	-3,06
MGF	0	kalkulatorische Kosten	729.696	678.711	+7,51
Projekte	0	Gemeinkosten	2.224.324	1.921.106	+15,78
		Summe Verwaltungskosten	14.765.307	14.325.686	+3,07
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	14.765.307	14.325.686	+3,07

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004870	2022	6.569.169	0	6.569.169
Wahrnehmung der Aufgaben eines Auslands-, Ersatz- und Zentralstandesamtes der Bundesrepublik Deutschland	2021	5.881.523	0	5.881.523

Fachspezifische Informationen	2022	2021
Anzahl der Beurkundungen im Personenstandsregister (Ehe, Geburt, Lebenspartnerschaft, Sterbefall) durch das Standesamt I in Berlin	5.959	6.856
Anzahl der im Standesamt I bearbeiteten Personenstandsurkunden, Beglaubigungen/Ablichtungen, Namensbescheinigungen (G36, E25) Negativauskünfte (SG 3 u 4)	14.871	17.274
Anzahl von Ehefähigkeitszeugnissen, Ehenamenserklärungen, Namenserklärungen, Angleichungserklärungen, Todeserklärungen, Folgebeurkundungen Sterberegister, - Eheregister, - Geburtenregister, Austauschurkunden, beigeschriebene Hinweise (SG 3 u 4)	36.951	64.7620
Anzahl der Fallzahlen in der DB ODIS I	53.520	44.057
Verwaltungserträge	994.725	934.695
Kostendeckungsgrad in %	17,01	17,87

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Interne Grundzahlen der Abteilung

Anzahl der Stellen nach Haushaltsplan	69,85	55,94
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %*	73,56	63,84
Zahl der Führungskräfte	6	6
*davon Frauen	4	4
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren*	50	49
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	23,08	21,67
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %*	84,30	88,63

*Angaben beziehen sich auf das Kapitel

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004873	2022	8.196.138	0	8.196.138
Berlinweit abgestimmter Bürgerservice	2021	8.444.162	0	8.444.162

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78942	2022	4.710.035	0	4.710.035
Zentrale Weiterentwicklung der Bürgerämter/Bürgerdienste	2021	4.379.194	0	4.379.194

	2022	2021
Menge: Anzahl der Ämter für Bürgerdienste	12	12
Kosten je ME in €	392.502,94	364.932,84
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	31,90	30,57
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Unterstützende und koordinierende Aufgaben zur Weiterentwicklung der Bürgerdienste in Berlin. Koordinierende Maßnahmen zur Erreichung einer einheitlichen Rechtsanwendung im Hinblick auf die in den Bürgerdiensten angebotenen Dienstleistungen gem. Produktkatalog in der jeweils geltenden Fassung.
Einleitung und Moderation landesweiter Abstimmungsprozesse und von (IT-)Projekten in den Bürgerdiensten im Rahmen der gesetzlichen und politischen Vorgaben. Controlling und Berichtswesen im Zusammenhang mit der Rahmenzielvereinbarung zu den Bürgerdiensten. Fachliche Beratung in Grundsatzangelegenheiten.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79689	2022	3.486.103	0	3.486.103
Zentrale Weiterentwicklung der bezirklichen Ordnungsämter	2021	4.064.968	0	4.064.968

	2022	2021
Menge: Anzahl der Ordnungsämter	12	12
Kosten je ME in €	290.508,55	338.747,36
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	23,61	28,38
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Einleitung und Moderation der landesweiten Abstimmungsprozesse und von (IT-) Projekten der Ordnungsämter im Rahmen der gesetzlichen und politischen Vorgaben. Einführung eines Verfahrens zum ziel- und wirkungsorientierten Controlling und Unterstützung des Controllingprozesses (ganzheitliche Steuerung) in den Ordnungsämtern; Berichtswesen. Unterstützung und Begleitung der Aktivitäten zur Erreichung der einheitlichen Umsetzung der Aufgaben. Fachliche Beratung in Grundsatzangelegenheiten

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001146 Bürgerverwaltende Stadt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	3.247.455	3.317.655	-2,12
Kostenträger	9	Sachkosten	81.668	55.204	+47,94
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	9	Verrechnungskosten	2.014.037	1.811.247	+11,20
MGF	0	kalkulatorische Kosten	344.166	310.726	+10,76
Projekte	0	Gemeinkosten	2.589.015	3.035.441	-14,71
		Summe Verwaltungskosten	8.276.342	8.530.273	-2,98
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	8.276.342	8.530.273	-2,98

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004871	2022	7.426.843	0	7.426.843
Verfügbare und aktuelle Ausweis-, Pass- und Melderegister	2021	7.632.300	0	7.632.300

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Fachspezifische Informationen	2022	2021
Anzahl der Vorgänge in Passangelegenheiten	91.730	76.254
Anzahl der Vorgänge in Personalausweisangelegenheiten	11.021	15.604
Zentrale Aufgaben des Meldewesens für alle in Berlin gemeldeten Einwohner	3.942.018	3.870.638
Zahl der automatischen Privatauskünfte	357.991	494.219
Zahl der manuellen Privatauskünfte	18.235	29.775
Zahl der Behördenanfragen	15.874.676	26.880.000
Verwaltungserträge	2.634.323	3.197.856
Kostendeckungsgrad in %	42,51	40,04

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004872	2022	849.499	0	849.499
Geordnetes Leben der Einwohner/innen	2021	897.973	0	897.973

Fachspezifische Informationen	2022	2021
Anzahl der mündlichen und schriftlichen Bescheide bei Sportwetten, gewerbliche Spielvermittler Lotterien/Tombolen, Pokerveranstaltungen, Genehmigung von Annahmestellen	1.704	77
Anzahl der Bußgeldbescheide und Verwarnungen nach §§ 111 ff OWiG	812	480
Anzahl aller amtlichen und sonstigen Beglaubigungen	11.310	1.854
Verwaltungserträge	379.753	243.153
Kostendeckungsgrad in %	56,68	25,61

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Interne Grundzahlen der Abteilung

Anzahl der Stellen nach Haushaltsplan	115	122,15
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %*	73,56	63,84
Zahl der Führungskräfte	8	9
*davon Frauen	6	4
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren*	50	49,1
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	23,08	21,67
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %*	84,30	88,63

*Angaben beziehen sich auf das Kapitel

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der Abteilung III - Kraftfahrzeugzulassung - obliegt die Wahrnehmung der nach Nummer 33 Abs. 8 der Anlage zum Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz – ASOG - zugewiesenen Aufgaben, sowie die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, soweit sie durch Rechtsvorschriften übertragen worden ist.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11105	**043**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
11152	**043**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**1.000**	**1.000**	**3.000**	**2.354,33**
		297.000,0 EUR werden künftig bei 0574/11152 nachgewiesen.				
11153	**043**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**16.500.000**	**16.500.000**	**15.970.200**	**15.091.354,94**
		10.646.800,0 EUR werden künftig bei 0574/11153 nachgewiesen.				
		Gebühren nach den Gebührenordnungen für Maßnahmen im Straßenverkehr. Teilweise korrespondierende Ausgaben bei 0573/54077.				
11201	**043**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.600**	**2.091,81**
		149.400,0 EUR werden künftig bei 0574/11201 nachgewiesen.				
		Verwarnungsgelder und Geldbußen aufgrund des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit landesrechtlichen und bundesrechtlichen Gesetzen und Verordnungen, nach denen Zuwiderhandlungen als Ordnungswidrigkeiten mit Verwarnungsgeld oder Geldbuße geahndet werden.				
11961 (neu)	**043**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**1.000**	**1.000**		
11979	**043**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**500**	**7.107,91**
		500,0 EUR werden künftig bei 0574/11979 nachgewiesen.				
		Einnahmen für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.				
11981	**043**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**3.113,38**
		Einnahmen aus dem Verkauf von Altkennzeichen, die von den Eigentümern aufgegeben werden.				
		Gesamteinnahmen	**16.507.000**	**16.507.000**	**15.979.300**	**15.106.022,37**
		Prozentuale Veränderung	**3,3 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**043**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**7.736.000**	**8.046.000**	**6.996.600**	**7.316.460,90**
		3.767.400,0 EUR werden künftig bei 0574/42201 nachgewiesen.				
42801	**043**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.838.000**	**7.111.000**	**6.606.100**	**5.835.327,65**
		3.715.900,0 EUR werden künftig bei 0574/42801 nachgewiesen.				
42811	**043**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.690.000**	**2.797.000**	**1.876.400**	**2.024.556,66**
		729.600,0 EUR werden künftig bei 0574/42811 nachgewiesen.				
44100	**043**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**153.000**	**157.000**	**200.400**	**147.592,42**
		98.600,0 EUR werden künftig bei 0574/44100 nachgewiesen.				

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44379	**043**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**185.000**	**187.000**	**19.200**	**184.611,43**
		9.000,0 EUR werden künftig bei 0574/44379 nachgewiesen.				
51101	**043**	**Geschäftsbedarf**	**220.000**	**220.000**	**163.200**	**224.797,14**
		108.800,0 EUR werden künftig bei 0574/51101 nachgewiesen.				

Ausgaben für Büromaterial, u.a. Kopierpapier, Stempel und Vordrucke, Rundfunkbeiträge, Literatur und Postgebühren.

	2024/2025	IST 2022
Bürobedarf, Rundfunkbeiträge	25.000 €	28.115,87 €
Literatur	6.000 €	6.259,94 €
Postgebühren	189.000 €	190.421,33 €
	220.000 €	224.797,14 €

Das hohe Ist 2022 und die Erhöhung des Ansatzes resultieren aus gestiegenen Ausgaben für Bürobedarf und Postgebühren.
Die Ist-Beträge für 0573/51101 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in 2022 in dem Titel ausgewiesen sind.

51136	**043**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**100.000**	**100.000**	**115.000**	**30.068,42**
		115.000,0 EUR werden künftig bei 0574/51140 nachgewiesen.				

Wartungs- und Reparaturkosten sowie Ausgaben für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen; insbesondere für Büroeinrichtungen und -geräte. Das geringe Ist 2022 resultiert aus einem geringeren Beschaffungsbedarf als geplant und zunehmenden Lieferschwierigkeiten der Vertragspartner.
Die Ist-Beträge für 0573/51140 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

51168	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51453	**043**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**043**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**3.000**	**3.000**	**13.200**	**3.030,94**
		8.800,0 EUR werden künftig bei 0574/51701 nachgewiesen.				

Ausgaben für die Entsorgung von Datenmüll, Elektroschrott und Sperrmüll.
Anpassung des Ansatzes an den tatsächlichen Bedarf.
Die Ist-Beträge für 0573/51701 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

51803	**043**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**11.500**	**11.500**	**7.800**	**11.326,79**
		4.200,0 EUR werden künftig bei 0574/51803 nachgewiesen.				

Ausgaben für Miete und Betriebskosten für stationär installierte Wasserspender.
Die Ist-Beträge für 0573/51803 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	**043**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**043**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**5.856,18**

34.000,0 EUR werden künftig bei 0574/52601 nachgewiesen.

Ausgaben für Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Entschädigungen für Zeuginnen und Zeugen und Sachverständige sowie den Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner. Eine Schätzung der tatsächlichen Prozesskosten ist lediglich anhand von aktuell laufenden Verfahren und Erfahrungswerten möglich.

Die Ist-Beträge für 0573/52601 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

52703	**043**	**Dienstreisen**	**1.500**	**1.500**	**7.100**	**1.259,91**

3.400,0 EUR werden künftig bei 0574/52703 nachgewiesen.

Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts von Mitarbeitenden der Abt. III.
Erstattungen nach dem Bundesreisekostengesetz, Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an externen Schulungseinrichtungen, Dienstfahrscheine (ÖPNV), Wegstreckenentschädigungen bei Vorliegen eines erheblichen dienstlichen Interesses.

Anpassung des Ansatzes an den Bedarf.
Die Ist-Beträge für 0573/52703 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

53111	**043**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**17.500**	**17.500**	**17.500**	**15.888,00**

Ausgaben für die Veröffentlichung von gesetzlich vorgeschriebenen Aufbietungen von Zulassungsbescheinigungen im Verkehrsblatt.

54010	**043**	**Dienstleistungen**	**100.000**	**100.000**	**67.000**	**123.609,10**

33.000,0 EUR werden künftig bei 0574/54010 nachgewiesen.

Ausgaben für Dienstleistungen durch Dritte, u.a. Umzüge infolge von organisatorischen Veränderungen sowie Transportarbeiten, Geldbearbeitung und -abholung, Prüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel/Geräte.

	2024/25	IST 2022
Transportarbeiten, Umzüge	54.000 €	54.424,26 €
Geldbearbeitung	30.000 €	33.136,83 €
Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel/Geräte	6.000 €	12.288,13 €
Sonstige Dienstleistungen	10.000 €	23.759,88 €
	100.000 €	123.609,10 €

Anpassung des Ansatzes an den Bedarf.
Die Ist-Beträge für 0573/54010 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

54033	**043**	**Dienstleistungen für Kartenzahlungen**	**25.000**	**25.000**	**26.400**	**14.492,40**

3.600,0 EUR werden künftig bei 0574/54033 nachgewiesen.

Ausgaben für Gebühren für das Kartenzahlungsverfahren in den Zahlstellen.
Anpassung des Ansatzes an den Bedarf, da die Möglichkeit der Kreditkartenzahlung ab 2023 mit erhöhten Gebühren einhergeht.
Die Ist-Beträge für 0573/54033 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54077 (neu)	**043**	**Steuern, Abgaben**	**75.000**	**75.000**		

Ausgaben für zu entrichtende Steuern für den Betrieb gewerblicher Art - Verkauf von Feinstaubplaketten.
Korrespondierende Einnahmen bei 0573/11153.

54079	**043**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.500**	**102,35**

1.000,0 EUR werden künftig bei 0574/54079 nachgewiesen.

Ausgaben für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.

54613	**043**	**Sachausgaben für nachweispflichtige Vordrucke und Dokumente**	**900.000**	**900.000**	**760.800**	**856.148,16**

1.141.200,0 EUR werden künftig bei 0574/54613 nachgewiesen.

Ausgaben für Dokumente und Vordrucke der Bundesdruckerei sowie sonstige Vordrucke, Plaketten, Klebesiegel etc. und digitale Speicherkarten, die entgeltpflichtig an die Bürgerinnen und Bürger ausgegeben werden.

Teilweise korrespondierende Einnahmen auf 0573/11153.

	2024/25	IST 2022
Zulassungsbescheinigungen Teil I und II, Fahrzeugscheine „Kurzzeit“	740.000 €	700.953,90 €
Digitale Speicherkarte	80.000 €	73.654,00 €
Dokumentenklebesiegel	30.000 €	31.482,07 €
Diverse Plaketten (Stempel, Feinstaub, Hauptuntersuchung, iKfz) und Prüfmarken	50.000 €	50.058,19 €
	900.000 €	856.148,16 €

Anpassung des Ansatzes an den Bedarf.
Die Ist-Beträge für 0573/54613 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

63107	**043**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**400.000**	**400.000**	**449.500**	**340.034,35**

1.000.500,0 EUR werden künftig bei 0574/63107 nachgewiesen.

Ausgaben für den Bundesanteil an Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr sowie an das zentrale Fahrzeugregister auf Grundlage bundesrechtlicher Vorschriften.
Die Ist-Beträge für 0573/63107 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

81245	**043**	**Umsetzung der IKT-Richtlinien und Ausbau der Online-Angebote im Führerscheinwesen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81246	**043**	**Anpassung der Fachverfahren im Kraftfahrzeugwesen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**043**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
88401 (neu)	**043**	**Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**	**1.000**			

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Die Ausgaben sind dem SIWA zur Verstärkung der Mittel im Zusammenhang mit dem Neubau des Parkplatzes am Standort Ferdinand-Schultze-Straße zuzuführen.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugzulassung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51136	**043**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**6.700**	**176,03**

2.800,0 EUR werden künftig bei 0574/51136 nachgewiesen.

Ausgaben für Bonrollen aus Spezial-Thermopapier für die Ausstattung der Zahlstellen.
Anpassung des Ansatzes an den Bedarf.

51168	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**46.800**	**46.800**	**30.000**	**10.432,34**

70.000,0 EUR werden künftig bei 0574/51168 nachgewiesen.

Ausgaben für Reparaturen von Kassenautomaten, Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von Hardware.

	2024/25	IST 2022
Ersatzbeschaffung und Reparaturen von Druckern, Scannern u.a.	38.800 €	0,00 €
Reparaturen Kassenautomaten	8.000 €	10.432,34 €
	46.800 €	10.432,34 €

51185	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.375.000**	**1.600.000**	**1.563.300**	**1.239.067,61**

841.700,0 EUR werden künftig bei 0574/51185 nachgewiesen.

	2024	2025	IST 2022
1. Betriebskosten für die zentrale verfahrensabhängige IKT-Infrastruktur im ITDZ (HarVe)	1.129.000 €	1.339.000 €	1.022.625,83 €
2. Betriebskosten für Lizenzen, Wartung, Pflege und Anpassungen der IT-Fachverfahren durch Hersteller / Vertragspartner	220.000 €	235.000 €	196.832,49 €
davon			
VIATO-Z / VOIS	150.000 €	160.000 €	132.751,96 €
Kassenautomaten und dazugehörige Systeme	70.000 €	75.000 €	64.080,53 €
3. Betriebskosten für die Bereitstellung / Nutzung verfahrensübergreifender Komponenten / Systeme / Dienste und Dienstleistungen	25.000 €	25.000 €	19.040,61 €
davon			
ePayment	20.000 €	20.000 €	16.372,11 €
eCash über MAN	3.000 €	3.000 €	939,42 €
Stiller Alarm	2.000 €	2.000 €	1.729,08 €
4. Sonstige IT-Dienstleistungen	1.000 €	1.000 €	568,68 €
	1.375.000 €	1.600.000 €	1.239.067,61 €

Die Erhöhung des Ansatzes 2025 resultiert aus der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen des ITDZ.

51453	**043**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**27.300**	**14.228,99**

9.100,0 EUR werden künftig bei 0574/51453 nachgewiesen.

Ausgaben für spezielle Tonerkartuschen, Tintenpatronen und Farbbänder.
Die Ist-Beträge für 0573/51453 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. III in dem Titel ausgewiesen sind.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	**043**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**2.500**	**2.500**	**4.000**	**3.808,00**

1.000,0 EUR werden künftig bei 0574/52536 nachgewiesen.

Ausgaben für Schulungen im Zusammenhang mit den betriebenen Fachverfahren.

81245	**043**	**Umsetzung der IKT-Richtlinien und Ausbau der Online-Angebote im Führerscheinwesen**	**—**	**—**	**295.000**	**—**
81246	**043**	**Anpassung der Fachverfahren im Kraftfahrzeugwesen**	**90.000**	**152.000**	**205.000**	**82.986,90**

	2024	2025	IST 2022
Stufenweise Integration der Fachverfahren zur Harmonisierung / Standardisierung in die Plattform VOIS (hier KfZ-Zulassungswesen)	0 €	0 €	82.986,90 €
Anpassung des Fachverfahrens im Kfz-Wesen für die Implementierung des Basisdienstes Digitaler Antrag und die Digitalisierung der Polizeikommunikation (Teil I: Maßnahmen zur zwangsweisen Außerbetriebsetzung von Fahrzeugen)	90.000 €	0 €	0,00 €
Anpassung des Fachverfahrens im KfZ-Wesen für die Anbindung der Digitalen Akte	0 €	80.000 €	0,00 €
Externe Begleitung und Anpassung der IT-Infrastruktur im ITDZ	0 €	72.000 €	0,00 €
	90.000 €	152.000 €	82.986,90 €

81259	**043**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**			**47.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Erweiterung und Ersatzbeschaffung des Zahlungssystems am Standort Ferdinand-Schultze-Str.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**1.530.300**	**1.817.300**	**2.178.300**	**1.350.699,87**
	Gesamtausgaben	**20.993.800**	**21.975.800**	**19.512.000**	**18.485.862,67**
	Prozentuale Veränderung	**7,6 %**	**4,7 %**		

Abschluss Kapitel 0573

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**16.507.000**	**16.507.000**	**15.979.300**	**15.106.022,37**
	Gesamteinnahmen	**16.507.000**	**16.507.000**	**15.979.300**	**15.106.022,37**
411-462	**Personalausgaben**	**17.602.000**	**18.298.000**	**15.698.700**	**15.508.549,06**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.900.800**	**3.125.800**	**2.816.800**	**2.554.292,36**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**400.000**	**400.000**	**449.500**	**340.034,35**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**91.000**	**152.000**	**547.000**	**82.986,90**
	Gesamtausgaben	**20.993.800**	**21.975.800**	**19.512.000**	**18.485.862,67**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-4.486.800**	**-5.468.800**	**-3.532.700**	**-3.379.840,30**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001147 Mobile Stadt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	21.301.449	19.299.195	+10,37
Kostenträger	9	Sachkosten	2.232.850	2.130.006	+4,83
davon		Transferkosten	1.096.885	881.223	+24,47
Produkte	9	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	1.862.247	1.855.992	+0,34
Projekte	0	Gemeinkosten	19.506.809	17.475.374	+11,62
		Summe Verwaltungskosten	46.000.239	41.641.792	+10,47
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	46.000.239	41.641.792	+10,47

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004875	2022	27.950.653	0	27.950.653
Technische und versicherungsrechtlich einwandfreier Kfz-Bestand	2021	25.663.675	0	25.663.675

Fachspezifische Informationen	2022	2021
Zahl der zugelassenen Fahrzeuge	1.599.969	1.585.453
Zahl i-KfZ 1.-3. Stufe alle Vorgangsarten SUMME ab 2018*	78.891	46.255
i-Kfz Außerbetriebsetzung	48.953	29.140
i- Kfz Wiederzulassung	540	323
i-Kfz Neuzulassung	3.611	2.310
i-Kfz Umschreibung	15.731	9.274
i-Kfz Adressänderung	10.056	5.208
Anzahl der Fahrzeugbefassungen (Zulassungen)	535.542	564.758
Anzahl der Fahrzeugbefassungen (Überwachungen von Halterpflichten)	184.946	187.164
Anzahl der Fahrtenbucheingänge	3.522	2.934
Verwaltungserträge in €	16.894.320	17.395.753
Kostendeckungsgrad in %	61,77	68,08

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Interne Grundzahlen der Abteilung

Anzahl der Stellen nach Haushaltsplan	294,75	270,25
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %*	68	73
Zahl der Führungskräfte	19	18
* davon Frauen	7	9
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren*	47	48
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	58	25
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %*	91,46	87,03

*Angaben beziehen sich auf das Kapitel

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Abteilung IV – Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung – nimmt die Aufgaben nach Nummer 33 Abs. 8 Nr. 7, 8 (teilweise), 9, und 10 der Anlage zum Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz - ASOG - wahr. Hierzu gehören neben den Aufgaben der Fahrerlaubnisbehörde für das gesamte Land Berlin auch solche der gewerblichen Personen- und Güterverkehrsgenehmigung und -überwachung einschließlich der Aufgaben der Bußgeldbehörde im Rahmen des Zuständigkeitskreises.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11152 (neu)	**043**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**250.000**	**250.000**	**297.000**	**233.078,32**
		297.000,0 EUR wurden bislang bei 0573/11152 nachgewiesen.				

Gebühren nach der Gebührenordnung im Gesundheits- und Sozialwesen für die Ausgabe von Fahrer-, Werkstatt- und Unternehmenskarten, nach der Personenbeförderungskostenverordnung und der Landesgebührenordnung Berlin für Personenbeförderung und Konzessionen.

11153 (neu)	**043**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**10.117.000**	**10.117.000**	**10.646.800**	**10.060.903,29**
		10.646.800,0 EUR wurden bislang bei 0573/11153 nachgewiesen.				

Gebühren nach der Gebührenordnung für Amtshandlungen im entgeltlichen und im geschäftsmäßigen Personen- und Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen.
Teilweise korrespondierende Ausgaben auf 0574/52602 und 0574/54613.

11201 (neu)	**043**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**200.000**	**200.000**	**149.400**	**207.088,87**
		149.400,0 EUR wurden bislang bei 0573/11201 nachgewiesen.				

Verwarnungsgelder und Geldbußen aufgrund des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit landesrechtlichen und bundesrechtlichen Gesetzen und Verordnungen, nach denen Zuwiderhandlungen als Ordnungswidrigkeiten mit Verwarnungsgeld oder Geldbuße geahndet werden.

11979 (neu)	**043**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**500**	**7.107,90**
		500,0 EUR wurden bislang bei 0573/11979 nachgewiesen.				

Einnahmen für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.

		Gesamteinnahmen	**10.568.000**	**10.568.000**	**11.093.700**	**10.508.178,38**
		Prozentuale Veränderung	**-4,7 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201 (neu)	**043**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**4.290.000**	**4.462.000**	**3.767.400**	**3.939.632,79**
		3.767.400,0 EUR wurden bislang bei 0573/42201 nachgewiesen.				
42801 (neu)	**043**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.942.000**	**4.100.000**	**3.715.900**	**3.282.371,80**
		3.715.900,0 EUR wurden bislang bei 0573/42801 nachgewiesen.				
42811 (neu)	**043**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.236.000**	**1.286.000**	**729.600**	**787.327,59**
		729.600,0 EUR wurden bislang bei 0573/42811 nachgewiesen.				
44100 (neu)	**043**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**74.900**	**77.200**	**98.600**	**72.694,76**
		98.600,0 EUR wurden bislang bei 0573/44100 nachgewiesen.				
44379 (neu)	**043**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**86.900**	**87.800**	**9.000**	**86.875,96**
		9.000,0 EUR wurden bislang bei 0573/44379 nachgewiesen.				

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101 (neu)	**043**	**Geschäftsbedarf**	**130.000**	**130.000**	**108.800**	**149.864,75**

108.800,0 EUR wurden bislang bei 0573/51101 nachgewiesen.

Ausgaben für Büromaterial, u.a. Kopierpapier, Stempel und Vordrucke, Rundfunkbeiträge, Literatur und Postgebühren.

	2024/2025	IST 2022
Bürobedarf, Rundfunkbeiträge	25.000 €	28.444,01 €
Literatur	5.000 €	10.912,42 €
Postgebühren	100.000 €	110.508,32 €
	130.000 €	149.864,75 €

Das hohe Ist 2022 und die Erhöhung des Ansatzes resultieren aus gestiegenen Ausgaben für Bürobedarf und Postgebühren.
Die Ist-Beträge für 0574/51101 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in 2022 in dem Titel ausgewiesen sind.

51136 (neu)	**043**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140 (neu)	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**100.000**	**100.000**	**115.000**	**30.068,41**

115.000,0 EUR wurden bislang bei 0573/51140 nachgewiesen.

Wartungs- und Reparaturkosten sowie Ausgaben für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen; insbesondere für Büroeinrichtungen und -geräte.
Das geringe Ist 2022 resultiert aus einem geringeren Beschaffungsbedarf als geplant und zunehmenden Lieferschwierigkeiten der Vertragspartner.
Die Ist-Beträge für 0574/51140 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

51168 (neu)	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185 (neu)	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51453 (neu)	**043**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701 (neu)	**043**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**3.000**	**3.000**	**8.800**	**2.020,62**

8.800,0 EUR wurden bislang bei 0573/51701 nachgewiesen.

Ausgaben für die Entsorgung von Datenmüll, Elektroschrott und Sperrmüll.
Anpassung des Ansatzes an den Bedarf.
Die Ist-Beträge für 0574/51701 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

51803 (neu)	**043**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**6.500**	**6.500**	**4.200**	**6.099,03**

4.200,0 EUR wurden bislang bei 0573/51803 nachgewiesen.

Ausgaben für Miete und Betriebskosten für stationär installierte Wasserspender.
Die Ist-Beträge für 0574/51803 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536 (neu)	**043**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601 (neu)	**043**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**34.000**	**34.000**	**34.000**	**33.184,99**

34.000,0 EUR wurden bislang bei 0573/52601 nachgewiesen.

Ausgaben für Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Entschädigungen für Zeuginnen und Zeugen und Sachverständige sowie den Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner. Eine Schätzung der tatsächlichen Prozesskosten ist lediglich anhand von aktuell laufenden Verfahren und Erfahrungswerten möglich.

Die Ist-Beträge für 0574/52601 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

52602 (neu)	**043**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**140.000**	**140.000**	**100.000**	**139.507,68**

Wurde bislang bei 0573/52602 nachgewiesen.

Ausgaben für Entschädigungen der Mitglieder des Prüfungsausschusses für Fahrlehrer/innen sowie für sachverständige Gutachterinnen und Gutachter im Rahmen der pädagogisch-qualifizierten Fahrschulüberwachung.
Anpassung des Ansatzes an den Bedarf.
Korrespondierende Einnahmen bei 0574/11153.

52703 (neu)	**043**	**Dienstreisen**	**1.500**	**1.500**	**3.400**	**620,54**

3.400,0 EUR wurden bislang bei 0573/52703 nachgewiesen.

Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts von Mitarbeitenden der Abt. IV.
Erstattungen nach dem Bundesreisekostengesetz, Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an externen Schulungseinrichtungen, Dienstfahrscheine (ÖPNV), Wegstreckenentschädigungen bei Vorliegen eines erheblichen dienstlichen Interesses.

Anpassung des Ansatzes an den Bedarf.
Die Ist-Beträge für 0574/52703 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

54010 (neu)	**043**	**Dienstleistungen**	**50.000**	**50.000**	**33.000**	**60.882,09**

33.000,0 EUR wurden bislang bei 0573/54010 nachgewiesen.

Ausgaben für Dienstleistungen durch Dritte, u.a. Umzüge infolge von organisatorischen Veränderungen sowie Transportarbeiten, Geldbearbeitung und -abholung, Übersetzungen, Prüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel/Geräte, Auskünfte aus dem Berufskraftfahrerqualifikationsregister (BQR).

	2024/25	IST 2022
Transportarbeiten, Umzüge	15.000 €	25.985,50 €
Geldbearbeitung	2.000 €	2.142,97 €
Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel/Geräte	6.000 €	5.957,42 €
Auskünfte aus dem Berufskraftfahrerqualifikationsregister (BQR)	25.000 €	25.273,90 €
Übersetzungen	1.000 €	940,37 €
Sonstige Dienstleistungen	1.000 €	581,93 €
	50.000 €	60.882,09 €

Das hohe Ist resultiert u.a. daraus, dass die Fahrerlaubnisbehörden seit 2021 verpflichtet sind, Auskünfte zu Qualifikation von Berufskraftfahrern und Berufskraftfahrerinnen beim Kraftfahrtbundesamt (KBA) einzuholen. Die Auskünfte sind kostenpflichtig und wurden in 2022 rückwirkend auch für 2021 erstmals vom KBA in Rechnung gestellt.
Anpassung des Ansatzes an den Bedarf.
Die Ist-Beträge für 0574/54010 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54033 (neu)	**043**	**Dienstleistungen für Kartenzahlungen**	**5.000**	**5.000**	**3.600**	**1.976,23**

3.600,0 EUR wurden bislang bei 0573/54033 nachgewiesen.

Ausgaben für Gebühren für das Kartenzahlungsverfahren in den Zahlstellen.
Anpassung des Ansatzes an den Bedarf, da die Möglichkeit der Kreditkartenzahlung ab 2023 mit erhöhten Gebühren einhergeht.
Die Ist-Beträge für 0574/54033 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

54079 (neu)	**043**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**68,22**

1.000,0 EUR wurden bislang bei 0573/54079 nachgewiesen.

Ausgaben für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.

54613 (neu)	**043**	**Sachausgaben für nachweispflichtige Vordrucke und Dokumente**	**1.200.000**	**1.200.000**	**1.141.200**	**1.284.222,22**

1.141.200,0 EUR wurden bislang bei 0573/54613 nachgewiesen.

Ausgaben für Dokumente der Bundesdruckerei und nachweispflichtige Vordrucke wie Internationale Führerscheine und Führerscheine zur Fahrgastbeförderung, die entgeltpflichtig an Bürgerinnen und Bürger ausgegeben werden.
Teilweise korrespondierende Einnahmen auf 0574/11153.

	2024/25	IST 2022
Bundesdruckerei (EU-Führerscheine, Fahrerqualifikationsnachweise).	1.120.000 €	1.276.281,21 €
Internationale Führerscheine, Führerscheine zur Fahrgastbeförderung	8.000 €	7.941,01 €
	1.200.000 €	1.284.222,22 €

Die Ist-Beträge für 0574/54613 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

63107 (neu)	**043**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**700.000**	**700.000**	**1.000.500**	**756.850,65**

1.000.500,0 EUR wurden bislang bei 0573/63107 nachgewiesen.

Ausgaben für den Bundesanteil an Gebühren für das zentrale Fahrerlaubnisregister und Fahreignungsregister auf Grundlage bundesrechtlicher Vorschriften.

Die Ist-Beträge für 0574/63107 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

81246 (neu)	**043**	**Ablösung der bisher genutzten Fachverfahren (Führerschein- und Konzessionswesen)**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81247 (neu)	**043**	**Anpassung u.a. durch Implementierung von Schnittstellen**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81248 (neu)	**043**	**Digitalisierung im Rahmen der Einführung der Digitalen Akte**
		Siehe Maßnahmegruppe 32

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32 (neu)		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres, Digitalisierung und Sport“.

51136 (neu)	**043**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**2.800**	**75,43**
		2.800,0 EUR wurden bislang bei 0573/51136 nachgewiesen.				
51168 (neu)	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**55.100**	**55.100**	**70.000**	**24.342,10**
		70.000,0 EUR wurden bislang bei 0573/51168 nachgewiesen.				

Ausgaben für Reparaturen von Kassenautomaten, Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von Hardware.

	2024/25	IST 2022
Ersatzbeschaffung und Reparaturen von Druckern, Scannern u.a.	54.100 €	24.151,10 €
Reparaturen Kassenautomaten	1.000 €	191,00 €
	55.100 €	24.342,10 €

51185 (neu)	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**775.000**	**950.000**	**841.700**	**667.190,25**
		841.700,0 EUR wurden bislang bei 0573/51185 nachgewiesen.				

Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**—**
Davon fällig 2025	**200.000**	
Davon fällig 2026	**200.000**	**—**
Davon fällig 2027	**200.000**	**—**
Davon fällig 2028	**200.000**	**—**
Davon fällig 2029	**200.000**	**—**

	2024	2025	IST 2022
1. Betriebskosten für die zentrale verfahrensabhängige IKT-Infrastruktur im ITDZ (HarVe)	561.000 €	670.000 €	492.399,90 €
2. Betriebskosten für Lizenzen, Wartung, Pflege und Anpassungen der IT-Fachverfahren durch Hersteller / Vertragspartner	151.000 €	212.000 €	122.843,57 €
davon			
Führerscheinwesen (FSW)/ Güterkraftverkehr (GÜKA)/ Linienverkehr (ALVA9 / OWI9)	140.000 €	200.000 €	113.046,23 €
Kassenautomaten und dazugehörige Systeme	11.000 €	12.000 €	9.797,34 €
3. Betriebskosten für die Bereitstellung / Nutzung verfahrensübergreifender Komponenten / Systeme / Dienste und Dienstleistungen	53.000 €	58.000 €	45.435,97 €
davon			
ePayment.....	50.000 €	55.000 €	44.060,93 €
eCash über MAN	1.000 €	1.000 €	221,31 €
Stiller Alarm	2.000 €	2.000 €	1.153,73 €
4. Sonstige IT-Dienstleistungen	10.000 €	10.000 €	6.510,81 €
	775.000 €	950.000 €	667.190,25 €

Die Erhöhung des Ansatzes 2025 resultiert aus der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen des ITDZ.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51453 (neu)	**043**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**6.000**	**6.000**	**9.100**	**4.742,99**

9.100,0 EUR wurden bislang bei 0573/51453 nachgewiesen.

Ausgaben für spezielle Tonerkartuschen, Tintenpatronen und Farbbänder.

Die Ist-Beträge für 0574/51453 resultieren aus den Ausgaben, die in den eingerichteten Unterkonten für die Abt. IV in dem Titel ausgewiesen sind.

52536 (neu)	**043**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**2.500**	**2.500**	**1.000**	**952,00**

1.000,0 EUR wurden bislang bei 0573/52536 nachgewiesen.

81246 (neu)	**043**	**Ablösung der bisher genutzten Fachverfahren (Führerschein- und Konzessionswesen)**	**310.000**	**1.328.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.687.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.238.000**			
		Davon fällig 2026	**449.000**	**—**		

	2024	2025
Software und Dienstleistungen des Verfahrensherstellers	200.000 €	1.000.000 €
Unterstützung durch das ITDZ	50.000 €	238.000 €
Unterstützung durch Externe	60.000 €	90.000 €
	310.000 €	1.328.000 €

81247 (neu)	**043**	**Anpassung u.a. durch Implementierung von Schnittstellen**		**150.000**		

Anpassung der Fachverfahren im Führerscheinwesen für die Anbindung der digitalen Akte.

81248 (neu)	**043**	**Digitalisierung im Rahmen der Einführung der Digitalen Akte**	**100.000**	**100.000**		

Digitalisierung der Bestandsakten im Rahmen der Einführung der digitalen Akte.

		Summe Maßnahmegruppe 32	**1.249.600**	**2.592.600**	**924.600**	**697.302,77**
		Gesamtausgaben	**13.250.400**	**14.976.600**	**11.798.600**	**11.331.571,10**
		Prozentuale Veränderung	**12,3 %**	**13,0 %**		

Abschluss Kapitel 0574

111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**10.568.000**	**10.568.000**	**11.093.700**	**10.508.178,38**
		Gesamteinnahmen	**10.568.000**	**10.568.000**	**11.093.700**	**10.508.178,38**
411-462		**Personalausgaben**	**9.629.800**	**10.013.000**	**8.320.500**	**8.168.902,90**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.510.600**	**2.685.600**	**2.477.600**	**2.405.817,55**
611-699		**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**700.000**	**700.000**	**1.000.500**	**756.850,65**
811-899		**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**410.000**	**1.578.000**	**—**	**—**
		Gesamtausgaben	**13.250.400**	**14.976.600**	**11.798.600**	**11.331.571,10**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-2.682.400**	**-4.408.600**	**-704.900**	**-823.392,72**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001147 Mobile Stadt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	21.301.449	19.299.195	+10,37
Kostenträger	9	Sachkosten	2.232.850	2.130.006	+4,83
davon		Transferkosten	1.096.885	881.223	+24,47
Produkte	9	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	1.862.247	1.855.992	+0,34
Projekte	0	Gemeinkosten	19.506.809	17.475.374	+11,62
		Summe Verwaltungskosten	46.000.239	41.641.792	+10,47
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	46.000.239	41.641.792	+10,47

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004874	2022	18.049.586	0	18.049.586
Geeignete Fahrerlaubnis- und Konzessionsinhaber/innen im Straßenverkehr	2021	15.978.116	0	15.978.116

Fachspezifische Informationen	2022	2021
Zahl der Fahrerlaubnisinhaber	2.796.216	2.751.637
Allgemeine fahrerlaubnisrechtliche Entscheidungen	223.100	258.179
Anzahl der Entscheidungen / Anzahl der Auskünfte zum Produkt Fahrerlaubnis	194.732	214.425
Zahl der Versagungen der Fahrerlaubnis	2.098	2.300
Zahl der behördlichen Entziehungen der Fahrerlaubnis	2.126	1.993
Zahl der Verzichte auf die Fahrerlaubnis	844	618
Zahl der umgestellten Führerscheine	45.075	35.483
Zahl der Maßnahmen gegen Fahrerlaubnisinhaber/innen und Bewerber/innen	24.094	21.170
Zahl der Ausstellung von digitalen Speicherkarten	6.381	6.362
Zahl der Vorgänge für Dienstleistungen Gewerbe	8.878	7.887
Zahl gewerblicher Maßnahmen	2.770	1.737

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung (P-Schein)	10.433	10.786
79973 Bekämpfung der Schwarzarbeit im Taxengewerbe - Entfällt ab 2023	-	-
Verwaltungserträge	8.720.089	8.076.608
Kostendeckungsgrad in %	51,52	52,78
Interne Grundzahlen der Abteilung		
Anzahl der Stellen nach Haushaltsplan	169,75	151,50
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %*	68	73
Zahl der Führungskräfte	13	13
* davon Frauen	7	7
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren*	47	48
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	58	25
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %*	91,46	87,03

*Angaben beziehen sich auf das Kapitel

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Abteilung I – Entschädigungsbehörde – ist für die Durchführung des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG), des BEG-Schlussgesetzes, des Gesetzes über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus (BerlEG) sowie des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (PrVG) zuständig. In diesem Kapitel werden die erforderlichen Ausgaben und damit zusammenhängenden Einnahmen veranschlagt und die in diesem Zusammenhang erforderlichen Personal- und sächlichen Verwaltungsausgaben nachgewiesen.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11908	**244**	**Rückzahlungen von PRV-Leistungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.126,97**

Rückzahlung von PRV-Renten und anrechnungspflichtiger Einkünfte (Sozialversicherungsrenten) bei Überzahlungen der Anspruchsberechtigten.

11911	**244**	**Rückzahlungen von Entschädigungsleistungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**102.787,71**

Rückzahlung von Leistungen nach dem BerlEG und dem BEG.

11921	**244**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11979	**219**	**Verschiedene Einnahmen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.337,35**

Einnahmen für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge sowie aus Schwankungen von Devisenkursen.

23101	**244**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**5.143.000**	**4.204.000**	**5.555.000**	**6.503.878,53**

Nach § 172 Abs. 1 und 3 BEG werden die von Berlin zu leistenden Entschädigungsaufwendungen zu 60 v.H. vom Bund und zu 25 v.H. von der Gesamtheit der übrigen Länder der Bundesrepublik, die der Bund zunächst vorleistet und nachträglich erstattet bekommt, übernommen. Die Einnahme entspricht 85 v.H. der Ausgaben der Titel 63610, 68103, 68112, 68703 und 68706 nach Absetzung der Ausgaben, die nach dem Berliner Entschädigungsgesetz geleistet wurden aber nicht ersetzt werden, sowie der Einnahmen aus den Entschädigungsleistungen, an denen Bund und Länder beteiligt waren.

Weniger entsprechend verringerter Ansätze bei den BEG-Ausgaben.

23132	**244**	**Ersatz von Pflegeversicherungsbeiträgen durch den Bund**	**12.800**	**12.800**	**17.000**	**11.419,68**

Erstattung von Pflegeversicherungsaufwendungen durch den Bund analog § 172 BEG zu 60 v. H. vom Bund und zu 25 v. H. von der Gesamtheit der übrigen Länder. Die Einnahme entspricht 85 v. H. der Ausgaben des Titels 68254.

		Gesamteinnahmen	**5.268.800**	**4.329.800**	**5.685.000**	**6.630.550,24**
		Prozentuale Veränderung	**-7,3 %**	**-17,8 %**		
		Ausgaben				
42201	**219**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**223.000**	**232.000**	**296.000**	**214.566,40**
42801	**219**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.025.000**	**1.066.000**	**904.000**	**975.984,43**
44100	**219**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**3.300**	**3.400**	**800**	**3.164,93**
44379	**219**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**2.500**	**2.500**	**1.600**	**2.440,57**
51101	**219**	**Geschäftsbedarf**	**15.000**	**15.000**	**7.500**	**14.328,68**

Ausgaben für Büromaterial, Kopierpapier, Stempel, Literatur, Postgebühren, Rundfunkbeiträge, Vordrucke.

	2024/2025	IST 2022
Bürobedarf, Rundfunkbeiträge	4.000 €	4.085,55 €
Literatur	1.000 €	987,40 €
Postgebühren	10.000 €	9.254,73 €
	15.000 €	14.328,68 €

Das hohe Ist 2022 und die Erhöhung des Ansatzes resultieren aus gestiegenen Ausgaben für Bürobedarf und Postgebühren.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**6.500**	**6.500**	**6.500**	**1.708,86**

Wartungs- und Reparaturkosten sowie Ausgaben für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen; insbesondere für Büroeinrichtungen und -geräte.
Das Geringe Ist 2022 resultiert aus einem geringeren Beschaffungsbedarf als geplant und zunehmenden Lieferschwierigkeiten der Vertragspartner.

51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51803	**219**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**1.500**	**1.500**	**7.200**	**1.310,47**

Ausgaben für Miete und Betriebskosten für stationär installierte Wasserspender.

52601	**219**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**5.000**	**—**

Ausgaben für Gerichts-, Anwalts-, und Notariatskosten, die Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige sowie der Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner.
Eine Schätzung der tatsächlichen Prozesskosten ist lediglich anhand von laufenden Verfahren und Erfahrungswerten möglich.

52610	**219**	**Gutachten**	**5.000**	**5.000**	**8.000**	**825,00**

Ausgaben für die Beauftragung von Sachverständigen (u.a. fachärztliche Gutachten) für die Erstellung von Gutachten.
Das niedrige IST 2022 resultiert aus pandemiebedingten Minderausgaben wg. nicht erfolgter Erstellung von Kurgutachten. Weniger wegen allgemein sinkender Fallzahlen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Ärztl. Gutachter*innen weltweit mit spez. Fachkenntnissen auf dem Gebiet der Wiedergutmachung.
GB Zielsetzung	Eine gendergerechte Auswahl bei der Vergabe des Auftrages ist nicht möglich, da die Anzahl derartiger Spezialisten/-innen immer kleiner wird.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt.

52703	**219**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.500**	**502,95**

Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts von Mitarbeitenden der Abt. I. Erstattungen nach dem Bundesreisekostengesetz, Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an externen Schulungseinrichtungen, Dienstfahrscheine (ÖPNV), Wegstreckenentschädigungen bei Vorliegen eines erheblichen dienstlichen Interesses.

54010	**219**	**Dienstleistungen**	**1.800**	**1.800**	**1.800**	**1.590,06**

Ausgaben für Dienstleistungen durch Dritte, u.a. Umzüge infolge von organisatorischen Veränderungen sowie Transportarbeiten und Prüfung elektrischer Betriebsmittel, Übersetzungen.

54038	**219**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**36.300**	**36.300**	**36.300**	**22.610,25**

Ausgaben für Bankspesen und Währungsverluste bei Rücküberweisung von Entschädigungsleistungen.
Mit steigenden Ausgaben im Vergleich zum Ist 2022 wird aufgrund der mit der Hausbank neu vereinbarten Dienstleistungsgebühren gerechnet.

54079	**219**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Entsorgung von Datenmüll und Elektroschrott sowie Sperrmüll. Zudem Ausgaben für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63201	**219**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**1.000**	**1.000**	**1.900**	**—**

Ausgaben für den Anteil Berlins an den Kosten der Bundeszentralkartei.
Personal- und Sachkosten der Bundeszentralkartei werden zu 2/3 vom Bund und zu 1/3 von den Ländern (anteilig nach Einwohneranzahl) übernommen.
Keine Ausgaben in 2022 wegen verspäteter Rechnungsstellung.
Geringerer Ansatz wegen geringerer Personal- und Sachkosten in Folge der Digitalisierung der Bundeszentralkartei.

63601	**244**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**212,02**

Verwaltungsausgaben von AOK-Krankenkassen für Anspruchsberechtigte in den neuen Bundesländern für die Durchführung der Krankenversorgung gemäß §§ 141a und c BEG.

63610	**244**	**Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger**	**400.000**	**400.000**	**400.000**	**445.306,80**

Ausgaben für die Krankenversorgung gemäß §§ 141a und c BEG für im Inland lebende Anspruchsberechtigte mit nicht verfolgungsbedingten Leiden.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	22	19	20	17	16	15
Relativ	54	46	54	46	52	48
Ressourcen (in Tsd. €)	297,0	253,0	270,0	230,0	234,0	216,0

68103	**244**	**Entschädigungsleistungen für Empfängerinnen und Empfänger im Inland**	**1.170.000**	**1.030.000**	**1.240.000**	**1.362.023,00**

Ausgaben für Entschädigungsaufwendungen nach dem BEG. Weniger wegen sinkender Fallzahlen.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	91	64	80	54	70	47
Relativ	59	41	60	40	60	40
Ressourcen (in Tsd. €)	985,3	684,7	882,0	588,0	720,0	480,0

68112	**244**	**Heilverfahren und Hausgeld für Berechtigte im Inland**	**40.000**	**35.000**	**45.000**	**32.901,30**

Ausgaben für die Krankenversorgung gemäß § 30 BEG und Hausgeld gemäß § 38 BEG für im Inland lebende Anspruchsberechtigte mit verfolgungsbedingten Leiden.
Weniger wegen sinkender Fallzahlen. Die durch die allgemeine Steigerung und den zunehmenden Altersdurchschnitt bedingten höheren Krankenversorgungskosten wurden berücksichtigt.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	60	36	52	32	44	29
Relativ	62	38	62	38	60	40
Ressourcen (in Tsd. €)	86,8	53,2	74,4	45,6	30,0	20,0

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68113	**244**	**PRV-Renten**	**6.400.000**	**6.050.000**	**7.250.000**	**7.145.860,54**

Ausgaben für Altersrenten nach § 12 Abs. 1 PrVG, Erwerbsunfähigkeitsrenten nach § 12 Abs. 2 Buchst. a und b PrVG und Hinterbliebenenrenten nach §§ 15 und 16 PrVG einschließlich zu gewährender Pflegezulagen und Hilflosenpflegegelder.
Weniger durch Anpassung an die zu erwartende Anzahl tatsächlicher Zahlungsempfängerinnen und Zahlungsempfänger.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	512	342	467	312	426	273
Relativ	60	40	60	40	61	39
Ressourcen (in Tsd. €)	5.520,0	3.680,0	5.370,0	3.580,0	4.697,0	3.003,0

68114	**244**	**PRV-Heilbehandlungen und -Sozialleistungen**	**3.400.000**	**3.400.000**	**3.662.000**	**2.881.023,26**

Ausgaben für die gesundheitliche Versorgung nach §§ 26 und 27 PrVG, soziale Leistungen nach § 28 PrVG, Bestattungsgelder nach § 29 PrVG, Bestattungshilfen nach § 30 PrVG.
Weniger durch Wegfall von einigen besonders kostenintensiven Betreuungsfällen (häusliche Krankenpflege). Die durch die allgemeine Steigerung und den zunehmenden Altersdurchschnitt bedingten höheren Krankenversorgungskosten wurden berücksichtigt.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	482	308	460	297	444	277
Relativ	61	39	61	39	62	38
Ressourcen (in Tsd. €)	2.233,8	1.428,2	2.233,8	1.428,2	2.270,4	1.391,6

68254	**244**	**Beiträge nach dem Pflegeversicherungsgesetz für Krankenversorgungsberechtigte**	**15.000**	**15.000**	**20.000**	**12.121,53**

Ausgaben für Beiträge zur Pflegeversicherung nach § 21 Nr. 5 SGB XI für Krankenversorgungsberechtigte nach § 141a BEG.
Weniger wg. sinkender Fallzahlen unter Berücksichtigung höherer Beitragssätze.

68569	**244**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**5.400**	**5.400**	**5.400**	**4.348,90**

Ausgaben für den Zuschuss zur Deckung der Personal- und Sachkosten, die der Arbeitsgemeinschaft der Vertretungen politisch, rassisch und religiös Verfolgter und der ihr angeschlossenen Verfolgtenverbände durch die Information und Beratung der NS-Verfolgten entstehen.

68703	**244**	**Entschädigungsleistungen für Empfängerinnen und Empfänger im Ausland**	**4.100.000**	**3.160.000**	**4.490.000**	**5.697.532,31**

Ausgaben für die Entschädigungsaufwendungen nach BEG.
Weniger wegen sinkender Fallzahlen.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	425	283	360	240	309	198
Relativ	60	40	60	40	61	39
Ressourcen (in Tsd. €)	4.944,0	3.296,0	4.344,0	2.896,0	3.172,0	2.028,0

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68706	**244**	**Heilverfahren und Hausgeld für Berechtigte im Ausland**	**340.000**	**320.000**	**360.000**	**89.044,27**

Ausgaben für die Krankenversorgung gem. § 30 BEG und das Hausgeld gem. § 38 BEG für im Ausland lebende Anspruchsberechtigte mit verfolgungsbedingten Leiden.
Zahlungen an israelische Krankenkassen zur Abgeltung von Ansprüchen für Heilverfahren.
Das geringe IST 2022 resultiert aus fehlender Abrechnung der den israelischen Krankenkassen zustehenden Auslagen auf Grund verspäteter Vergleichsvereinbarung für 2022. Weniger wegen sinkender Fallzahlen. Die durch die allgemeine Steigerung und den zunehmenden Altersdurchschnitt bedingten höheren Krankenversorgungskosten wurden berücksichtigt.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	184	123	158	106	135	87
Relativ	60	40	60	40	61	39
Ressourcen (in Tsd. €)	264,0	176,0	252,0	168,0	231,8	148,2

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**70.000**	**83.000**	**59.000**	**65.248,08**

Ausgaben für den Betrieb des Fachverfahrens zur Zahlbarmachung für das Entschädigungsrentenverfahren.
Die Erhöhung des Ansatzes resultiert aus allgemeinen Kostensteigerungen und der Umsatzsteuerpflicht für Leistungen des ITDZ ab 2025.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**70.000**	**83.000**	**59.000**	**65.248,08**
	Gesamtausgaben	**17.265.300**	**15.873.400**	**18.811.500**	**18.974.654,61**
	Prozentuale Veränderung	**-8,2 %**	**-8,1 %**		

Abschluss Kapitel 0575

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**113.000**	**113.000**	**113.000**	**115.252,03**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**5.155.800**	**4.216.800**	**5.572.000**	**6.515.298,21**
	Gesamteinnahmen	**5.268.800**	**4.329.800**	**5.685.000**	**6.630.550,24**
411-462	**Personalausgaben**	**1.253.800**	**1.303.900**	**1.202.400**	**1.196.156,33**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**139.100**	**152.100**	**133.800**	**108.124,35**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**15.872.400**	**14.417.400**	**17.475.300**	**17.670.373,93**
	Gesamtausgaben	**17.265.300**	**15.873.400**	**18.811.500**	**18.974.654,61**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-11.996.500**	**-11.543.600**	**-13.126.500**	**-12.344.104,37**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001144 Verantwortung lebende Stadt

			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Anzahl der					
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	873.149	819.407	+6,56
Kostenträger	6	Sachkosten	1.807	482	+275,30
davon		Transferkosten	445.519	373.279	+19,35
Produkte	6	Verrechnungskosten	7.372	8.242	-10,56
MGF	0	kalkulatorische Kosten	29.204	40.541	-27,96
Projekte	0	Gemeinkosten	1.147.700	968.797	+18,47
		Summe Verwaltungskosten	2.504.751	2.210.748	+13,30
		Transfers	17.200.760	19.260.534	-10,69
		Gesamtsumme	19.705.512	21.471.282	-8,22

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004865	2022	2.504.751	17.200.760	19.705.512
Soziale Absicherung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus	2021	2.210.748	19.260.534	21.471.282

Fachspezifische Informationen	2022	2021
Zahl der Rentenempfänger	1.372	1.546
Zahl der in Berlin gemeldeten Rentenempfänger (PrVG)	724	792
Zahl der im Bundesgebiet betreuten Rentenempfänger (BEG)	97	113
Zahl der im Ausland betreuten Rentenempfänger (BEG)	551	641
Zahl der Länder, in die denen die betreuten Personen heute leben	28	29
Zuwendungen	6.629.002	7.487.623
Kostendeckungsgrad in %	34,54	34,75

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Die Fallzahlen:

Anzahl der Rentenleistungen nach dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten (PrVG)	8.977	9.813
Anzahl der Rentenleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG)	8.262	9.638
Anzahl der Fälle zur Krankenversorgung nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG)	503	495
Anzahl der Fälle zur Betreuung nach dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten (PrVG)	8.563	10.018
Anzahl der Fälle für Heilverfahrensleistungen für Verfolgungsleiden nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG)	1.074	1.702
Informationen, Beratungen und Erinnerungen zur Erfüllung der Historische Verantwortung	10.101	8.730

Landesamt für Einwanderung

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Berliner Landesamt für Einwanderung steht seit Jahren vor denkbar großen Herausforderungen: Berlin als international sehr attraktive Stadt wächst auch und vor allem durch den Zuzug aus dem Ausland. In der Folge wachsen auch die Aufgaben, die vom Landesamt für Einwanderung wahrgenommen werden müssen, und zwar qualitativ wie quantitativ. Hierbei treffen Gesetzesänderungen und ein sich ausweitendes Tagesgeschäft auf krisenhaftes Geschehen infolge von humanitären Notlagen in der Welt: Neben die reguläre Einwanderung von Fachkräften, Studierenden und nachziehenden Familienangehörigen, die jährlich um rund 10% aufwächst, tritt die Aufnahme und langfristige aufenthaltsrechtliche Betreuung von mehr als 50.000 Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine sowie einer deutlich gestiegenen Zahl von Asylsuchenden. Auch das schwere Erdbeben in der Türkei im Februar 2023 führte aufgrund der großen türkischstämmigen Community in Berlin zu einer erheblichen Migrationsbewegung. Die Antragszahlen werden im Hinblick auf die mit der Einführung der Chancen-Aufenthaltserlaubnis für Menschen mit einer Duldung sowie der zu erwartenden Einreisen in Folge des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes immer weiter steigen. Weitere Kernaufgaben wie die Rückführung ausreisepflichtiger Drittstaatsangehöriger oder die Kooperation mit den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus dürfen nicht zurückstehen.

Hinzu kommt eine neue Zuständigkeit: Zum 1.1.2024 geht die Zuständigkeit für Staatsangehörigkeitsangelegenheiten von den Bezirken und der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung auf das Landesamt für Einwanderung über. Ziel der Zentralisierung ist es, die Einbürgerungszahlen zu steigern und die Antragsrückstände von mehreren Jahren abzubauen, so dass es gut integrierten Eingewanderten erleichtert wird, Deutsche zu werden. Die bisher für die Aufgabe vorgesehenen rd. 90 Stellen der Bezirke gehen auf das Landesamt für Einwanderung über; zusätzlich erfährt dieses einen Stellenaufwuchs von weiteren 120 Stellen. Ein neues Dienstgebäude wird angemietet und das bestehende ausländerbehördliche Fachverfahren und E-Akte für die neue Aufgabe erweitert. Durch verbesserte und digitalisierte Prozesse sollen die Verfahrensabläufe wesentlich gestrafft und kundenfreundlicher gestaltet sowie der Output massiv gesteigert werden.

B. Gender Budgeting

Das Beschäftigtenverhältnis zwischen weiblichen und männlichen Dienstkräften wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern. Aktive Maßnahmen zur Verschiebung des Geschlechterverhältnisses und der voraussichtlichen Ressourceninanspruchnahme sind im Planungszeitraum nicht vorgesehen.

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	20	8	17	8	23	9
Relativer Anteil (in %)	71,0	29,0	68,0	32,0	71,9	28,1
Durchschnittliches Jahresgehalt (in T. €)	67,82	79,10	73,75	76,78	74,59	76,62
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	323	152	329	150	386	161
Relativer Anteil (in %)	68,0	32,0	68,7	31,3	70,6	29,4
Durchschnittliches Jahresgehalt (in T. €)	46,86	52,25	45,65	47,37	43,26	47,60

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZA männlich	76.624,10 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZA weiblich	74.587,41 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZA männlich	47.600,02 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZA weiblich	43.258,73 €

Das höhere Einkommen bei den männlichen Beschäftigten und Führungskräften ist darauf zurückzuführen, dass nur ein geringer Anteil von männlichen Mitarbeitenden in Teilzeit beschäftigt ist, während Frauen in allen Entgeltgruppen, auch im Führungsbereich, von der Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung Gebrauch machen. Des Weiteren sind im IT- Bereich, in dem vergleichsweise hoch bewertete Stellen angesiedelt sind, Frauen unterrepräsentiert. Es wird angestrebt, den Frauenanteil im IT- Bereich zu erhöhen.

Landesamt für Einwanderung

Aus- und Fortbildung

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Absoluter Anteil	232	127	346	158	409	170
Relativer Anteil (in %)	65,6	34,4	68,7	31,4	70,6	29,4
Ressource (in T. €)	22,4	11,7	20,6	9,4	21,2	8,8

Abgebildet ist hier nur die Anzahl der Beschäftigten, die an Fortbildungen teilgenommen haben. Weibliche und männliche Dienstkräfte nehmen Fortbildungsangebote entsprechend ihrem Anteil an der Belegschaft wahr. Maßnahmen unter Genderaspekten sind daher nicht erforderlich, wohl aber eine Erhöhung der Fortbildungsquote unabhängig von Geschlecht.

Wahrnehmung von Dienstreisen

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	W	M	w	m	w	m
Absoluter Anteil	5	2	36	19	35	19
Relativer Anteil (in %)	71,0	29,0	65,5	34,6	64,8	35,2
Ressource (in T. €)	1,0	1,0	11,9	6,1	12,0	6,1

Abgebildet ist die Anzahl der Beschäftigten, die im jeweiligen Jahr mindestens eine Dienstreise wahrgenommen haben. Die Dienstreisen werden von männlichen und weiblichen Beschäftigten annähernd entsprechend ihrem Anteil an der Belegschaft durchgeführt. Maßnahmen zur Erhöhung der Inanspruchnahme durch Frauen sind nicht vorgesehen.

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**043**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**25.000**	**25.000**	**35.000**	**59.982,00**

Gebühren nach Verwaltungsgebührenordnung, u.a. für Akteneinsichten. Das hohe IST 2022 resultiert aus der Verdopplung der Anträge auf Akteneinsicht im Zuge der allgemeinen Erhöhung des Antragsaufkommens. Zudem wurden die Gebühren für Akteneinsichten erhöht.

11153	**043**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**10.600.000**	**10.600.000**	**7.600.000**	**11.494.691,91**

Gebühren nach § 69 Aufenthaltsgesetz i.V.m. der Aufenthaltsverordnung.
Höhere Gebühreneinnahmen aufgrund deutlich erhöhter Zahl erteilter Titel und Bescheinigungen (50% im Vergleich zu 2019).

Korrespondierende Ausgaben bei 0581/54613.

11201	**043**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**32.000**	**32.000**	**20.000**	**9.115,00**

Verwarnungsgelder und Geldbußen aufgrund des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit landesrechtlichen und bundesrechtlichen Gesetzen und Verordnungen, nach denen Zuwiderhandlungen als Ordnungswidrigkeiten mit Verwarnungsgeld oder Geldbuße geahndet werden.

11903	**043**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**11.313,84**

Schadenersatzzahlungen Dritter bei erlittenen Dienstunfällen der Dienstkräfte. Das hohe IST 2022 ist auf drei Einzelfälle zurückzuführen.

11934	**043**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**812,87**

Kostenerstattungen im Verwaltungsstreitverfahren. Zahlungseingänge infolge rückwirkender Änderung von Kostenfestsetzungsbeschlüssen nach Obsiegen in zweiter Instanz im Verwaltungsstreitverfahren. Die Höhe der tatsächlichen Einnahmen kann lediglich anhand von Erfahrungswerten geschätzt werden und variiert stark.

11979	**043**	**Verschiedene Einnahmen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**40.142,06**

Unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Einnahmen. Das hohe IST 2022 resultiert aus den Erstattungen des Bundes für Dolmetscherleistungen bei Rückführungsmaßnahmen aus zurückliegenden Jahren.

12401	**043**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	**4.380,00**

Einnahmen aus der Aufstellung von Fotoautomaten/ Münzkopierern.

28101	**043**	**Ersatz von Ausgaben**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**69.311,39**

Rückzahlungen von Abschiebungskosten und Kautionen.
Die Höhe der tatsächlichen Rückzahlungen kann lediglich anhand von Erfahrungswerten geschätzt werden und variiert stark.

		Gesamteinnahmen	**10.758.000**	**10.758.000**	**7.755.000**	**11.689.749,07**
		Prozentuale Veränderung	**38,7 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**043**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**27.915.000**	**29.720.000**	**21.588.000**	**16.841.380,69**
42722	**043**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**56.500**	**58.800**	**1.000**	**30.413,33**
42801	**043**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**13.164.000**	**13.767.000**	**12.435.000**	**8.347.607,50**
42811	**043**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.369.000**	**6.624.000**	**2.727.000**	**5.281.375,97**

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44100	**043**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**365.000**	**375.000**	**331.000**	**353.442,84**
44379	**043**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**82.200**	**82.200**	**26.600**	**82.170,34**

Ausgaben im Rahmen vertraglicher Verpflichtungen für arbeitssicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung inkl. Grippeschutzimpfungen, aber auch Beschaffungen im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements zur Gesunderhaltung von Dienstkräften. Die Ansatzerhöhung ab 2024 erfolgt im Hinblick auf die zu erwartende Kostensteigerung wegen des Personalaufwuchses zum 1.1.2024.

45903	**043**	**Prämien für besondere Leistungen**	**17.100**	**17.100**	**—**	**178.501,86**
51101	**043**	**Geschäftsbedarf**	**181.000**	**159.000**	**154.000**	**171.310,95**

Ausgaben für Büromaterial, Kopierpapier, Stempel, Literatur, Postgebühren, Rundfunkbeiträge und Vordrucke.

	2024	2025	IST 2022
Bürobedarf, Rundfunkbeiträge, Vordrucke	55.000 €	48.000 €	52.848,53 €
Literatur	18.000 €	16.000 €	17.745,48 €
Postgebühren	108.000 €	95.000 €	98.135,17 €
Pandemiebedingte Ausgaben	0 €	0 €	2.581,77 €
	181.000 €	159.000 €	171.310,95 €

51140	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**180.000**	**180.000**	**300.000**	**244.508,48**

Wartungs- und Reparaturkosten sowie Ausgaben für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen; insbesondere für Büroeinrichtungen und -geräte.
Das hohe IST in 2022 beruht auf dem zusätzlichen Bedarf an Arbeitsplatzausstattungen für die neue Abteilung Staatsangehörigkeitsangelegenheiten.

51168	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51426	**043**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**829,67**

Ausgaben für Verbrauchsstoffe, Medikamente, Erste Hilfe.

51453	**043**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**043**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.441,17**

Ausgaben für die Entsorgung von Datenmüll, Elektronikschrott und Sondermüll.

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**043**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**3.956.000**	**3.790.000**	**3.999.000**	**3.414.372,79**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungsermächtigung	**—**	**3.339.000**
Davon fällig 2026	**—**	**1.113.000**
Davon fällig 2027	**—**	**1.113.000**
Davon fällig 2028	**—**	**1.113.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	391.000 €	391.000 €	782.000 €

	2024	2025	IST 2022
Friedrich-Krause-Ufer 24	2.319.000 €	2.137.000 €	2.827.635,91 €
Keplerstr. 2	942.000 €	942.000 €	447.123,00 €
Fasanenstr. 85	173.000 €	173.000 €	139.613,88 €
Neues Dienstgebäude Einbürgerung Sellerstr. 16	522.000 €	538.000 €	0 €
	3.956.000 €	3.790.000 €	3.414.372,79 €

Im Rahmen des Projekts „Zentralisierung der Staatsangehörigkeitsangelegenheiten im Land Berlin“ ist die Anmietung eines neuen Dienstgebäudes erforderlich.
Die Zahlungen werden an die BIM GmbH geleistet.

51801	**043**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**9.260,88**

Ausgaben für die Anmietung von Räumen, vorrangig für Veranstaltungen der Personalvertretungen und für Schulungen, die infolge von Verdichtungen in den Dienstgebäuden nicht mehr ausschließlich in eigenen Räumlichkeiten durchgeführt werden können.

51803	**043**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.351,72**

Ausgaben für Miete und Betriebskosten, u.a. für stationär installierte Wasserspender und Luftreinigungsgeräte.

51820	**043**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**4.230.000**	**4.295.000**	**3.467.000**	**2.492.315,64**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungsermächtigung	**—**	**4.716.000**
Davon fällig 2026	**—**	**1.572.000**
Davon fällig 2027	**—**	**1.572.000**
Davon fällig 2028	**—**	**1.572.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	415.000 €	415.000 €	832.000 €

	2024	2025	IST 2022
Friedrich-Krause-Ufer 24	1.089.396 €	1.154.396 €	1.007.486,88 €
Keplerstr. 2	1.344.940 €	1.344.940 €	1.344.939,24 €
Fasanenstr. 85	148.220 €	148.220 €	139.889,52 €
Neues Dienstgebäude Einbürgerung Sellerstr. 16	1.647.444 €	1.647.444 €	0 €
	4.230.000 €	4.295.000 €	2.492.315,64 €

Im Rahmen des Projekts „Zentralisierung der Staatsangehörigkeitsangelegenheiten im Land Berlin“ ist die Anmietung eines neuen Dienstgebäudes erforderlich.
Die Zahlungen werden an die BIM GmbH geleistet.

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51920	**043**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**6.728,76**

Ausgaben für Nachinstallationen sowie Reparaturen der lokalen Datennetze und weiterer baulicher, gebäudebezogener Komponenten der IT-Infrastruktur (passive Komponenten) gemäß der Verwaltungsvorschrift für die Steuerung des IT-Einsatzes in der Berliner Verwaltung (VV IT-Steuerung).

51925	**043**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**421.000**	**421.000**	**385.000**	**359.979,00**

Ausgaben für die nutzerspezifischen Anlagen und funktionsbedingten Umbauten der Dienstgebäude (DG) des Landesamtes für Einwanderung sowie mögliche Folge- und Sanierungskosten.

	2024/2025	IST 2022
Nutzerspezifische Wartungskosten (BIM)	151.000 €	106.443,59 €
davon		
Fasanenstr. 85	1.000 €	208,01 €
Friedrich-Krause-Ufer 24-25	20.000 €	16.235,58 €
Keplerstr. 2	5.000 €	0 €
Neues Dienstgebäude Einbürgerung	125.000 €	90.000,00 €
Wegeleitsystem U-Bahn/S-Bahn	20.000 €	4.783,80 €
Nachrüstung CO2 Warner Wasserspender	0 €	23.176,44 €
Nutzerspezifische Sanierungs- und Umbaumaßnahmen.	250.000 €	225.575,17 €
davon		
Umbau weiterer Kellerräume zu Büros	100.000 €	0 €
E-Mobilität: Einrichtung einer Ladeinfrastruktur	60.000 €	0 €
weitere Maßnahmen Dienstgebäude Friedrich-Krause-Ufer	90.000 €	0 €
	421.000 €	359.979,00 €

52501	**043**	**Aus- und Fortbildung**	**82.000**	**82.000**	**141.000**	**20.367,67**

Ausgaben für aufgabenspezifische Fortbildungsmaßnahmen für die Dienstkräfte des LEA, insbesondere zu den Themen
- Umgang mit vulnerablen Personen
- Interkulturelle Öffnung
- Sprachkurse in Englisch
- Passprüfung und Identitätsbetrug
- Fortbildungsmaßnahmen der Beschäftigtenvertretung und Gremien.

52536	**043**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

52601	**043**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**129.969,86**

Ausgaben für Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, die Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige sowie der Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner. Die Höhe der tatsächlichen Prozesskosten kann lediglich anhand von Erfahrungswerten geschätzt werden.

52610	**043**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Merkansatz: Ausgaben für die Beauftragung von Sachverständigen für die Erstellung von Gutachten (u.a. für Fachärzte und für Gutachten in verwaltungsgerichtlichen Streitverfahren).

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Variabel; abhängig von der fachbezogenen Fragestellung
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten, so wird z.B. bei der Ermittlung des Bieterkreises neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt; im Falle einer wesentlichen Erhöhung der Fallzahlen wird eine Erhebung vorgenommen und ausgewertet.

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**043**	**Dienstreisen**	**21.000**	**21.000**	**15.000**	**18.357,79**

Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Einwanderung.
Erstattungen nach dem Bundesreisekostengesetz, Dienstreisen für Aus- und Fortbildung an externen Schulungseinrichtungen, Dienstfahrscheine (ÖPNV), Erstattungen der Wegstreckenentschädigungen bei Vorliegen eines erheblichen dienstlichen Interesses, Klimaschutzabgabe zur Kompensation der CO2 - Emission bei Dienstflügen.

52906	**043**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**2.121,13**

Ausgaben im Zusammenhang bzw. aus Anlass dienstlicher Veranstaltungen, u.a. Auswahlgespräche, Dienstbeginn Nachwuchskräfte und Bewirtung externer Gäste.

53101	**043**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**

Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen, u.a. Geschäftsbericht, Präsentationsmappen, Werbemittel, Broschüren.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	variabel
GB Zielsetzung	Die Ermittlung des Bieterkreises erfolgt verstärkt unter Berücksichtigung von Genderaspekten, so wird z. B. bei der Ermittlung des Bieterkreises neben der wesentlichen fachlichen Expertise ergänzend auch der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, im Falle einer wesentlichen Erhöhung der Fallzahlen wird eine Erhebung vorgenommen und ausgewertet

53111	**043**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für öffentliche Ausschreibungen und Stellenausschreibungen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Potentiell neue Mitarbeiter (u.a. Nachwuchskräfte)
GB Zielsetzung	Gendergerechte und gezielte Ansprache von Frauen bei Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen zum Abbau von Benachteiligungen und Unterrepräsentanzen (vgl. Frauenförderplan)
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die o.g. gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bereits bei der Formulierung von Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen berücksichtigt werden.

54002	**043**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**11.000**	**11.000**	**8.000**	**7.205,00**

Ausgaben für die Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen des Personal- und Organisationsmanagements, z.B. für Teamentwicklungen, externe Projektbegleitungen sowie Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**043**	**Dienstleistungen**	**1.009.000**	**1.009.000**	**709.000**	**827.905,58**

Ausgaben für Dienstleistungen, u.a. Umzüge infolge von organisatorischen Veränderungen, Transportarbeiten, Geldtransport, Übersetzungen.

	2024/2025	IST 2022
Geldtransport / Wechselgeld	15.000 €	13.124,87 €
Transporte / Umzüge	10.000 €	889,66 €
Übersetzungen	850.000 €	734.487,96 €
Prüfung ortsveränderliche elektrische Betriebsmittel/ Geräte	25.000 €	23.367,25 €
Kurierdienste	40.000 €	40.117,04 €
Aufwandsentschädigung Ombudsmann	12.000 €	8.000,00 €
Sonstige Dienstleistungen	57.000 €	7.918,80 €
	1.009.000 €	827.905,58 €

Die Ansatzerhöhung ist bedingt durch den gestiegenen Bedarf aufgrund des allgemein stark erhöhten Antragsaufkommens. Das hohe IST 2022 ist auf die Ukrainekrise und den dadurch entstandenen höheren Bedarf an Dolmetscherleistungen zurückzuführen.

54033	**043**	**Dienstleistungen für Kartenzahlungen**	**90.000**	**90.000**	**9.000**	**48.005,62**

Ausgaben für Gebühren für das Kartenzahlungsverfahren in der Zahlstelle.
Das hohe IST 2022 ist auf eine Steigerung des Anteils der bargeldlosen Zahlungen zurückzuführen, was eine Steigerung der Transaktionsgebühren zur Folge hat.
Da Vorsprechende die bargeldlose Zahlung zunehmend bevorzugen, sowie durch Einführung des E-Payment, wird sich der Anteil bargeldloser Zahlungen perspektivisch weiter erhöhen, weshalb der Ansatz zu erhöhen war.

54053	**043**	**Veranstaltungen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**

Ausgaben für Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

54077 (neu)	**043**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand.

54079	**043**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.489,82**

Ausgaben für unvorhergesehene, geringfügige und sachlich nicht zuzuordnende Beträge.

54613	**043**	**Sachausgaben für nachweispflichtige Vordrucke und Dokumente**	**8.460.000**	**8.460.000**	**5.505.000**	**6.006.037,77**

Ausgaben für Dokumente und Vordrucke der Bundesdruckerei, die gebührenpflichtig an die Bürgerinnen und Bürger ausgegeben werden (u.a. Reiseausweise und elektronische Aufenthaltstitel (eAT) und sonstige sensible Dokumente).
Aufgrund deutlich erhöhter Zahl der erteilten Titel und Bescheinigung (50% im Vergleich zu 2019), sind auch die Ausgaben für nachweispflichtige Dokumente gestiegen.
Korrespondierende Einnahmen auf 0581/11153.

81240	**043**	**Anpassung zur Realisierung des Standards X-Ausländer**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81242	**043**	**Umsetzung E-Government, Digitalisierung von Prozessen, Erweiterung/Modernisierung des Fachverfahrens**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81244	**043**	**IT-Ertüchtigung eines neuen Dienstgebäudes für Zentralisierung Einbürgerung**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81259	**043**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**
		Siehe Maßnahmegruppe 32

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Eine Übersicht der Gesamtausgaben des Einzelplans 05 für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur befindet sich in den Allgemeinen Erläuterungen Teil C zum Einzelplan 05 „Inneres und Sport“.

51168	**043**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**127.000**	**10.000**	**10.000**	**13.179,10**

Ausgaben für Reparaturen von Kassenautomaten, Ersatz- und Erweiterungsbeschaffungen von Hardware und Patchkabeln.

	2024	2025	IST 2022
Ersatzbeschaffungen und Reparaturen	9.000 €	9.000 €	7.972,00 €
Reparaturen Kassenautomaten	1.000 €	1.000 €	5.207,10 €
Beschaffung von Unterschriftentablets	117.000 €	0 €	0 €
	127.000 €	10.000 €	13.179,10 €

Die Ergänzungsbeschaffung von Unterschriftentablets erfolgt im Zuge des Personalzuwachses.

51185	**043**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**3.506.000**	**3.951.000**	**3.409.000**	**2.556.477,90**

Ausgaben für Betriebskosten für die zentrale verfahrensabhängige IKT-Infrastruktur im ITDZ (HarVe, für Lizenzen, Wartung und Pflege der IT-Fachverfahren durch Hersteller / Vertragspartner, für die Bereitstellung / Nutzung verfahrensübergreifender Komponenten / Systeme / Dienste und Dienstleistungen sowie den IT-Arbeitsplatzservice (ITIS).

	2024	2025	IST 2022
1. Betriebskosten für die zentrale verfahrensabhängige IKT-Infrastruktur im ITDZ (HarVe)	1.800.000 €	1.872.000 €	1.739.745,28 €
2.Betriebskosten für Lizenzen, Wartung und Pflege der IT-Fachverfahren durch Hersteller / Vertragspartner	961.000 €	1.146.000 €	450.030,16 €
davon			
AusReg	635.000 €	720.000 €	361.998,00 €
VOIS eAT	146.000 €	156.000 €	35.700,00 €
Serverhosting, Wartung und Pflege Auftrags- und Störungsmanagement myCMDB	130.000 €	150.000 €	21.420,00 €
Kassenautomaten und dazugehörige Systeme (eCash)	50.000 €	120.000 €	30.912,16 €
3. Betriebskosten für die Bereitstellung / Nutzung verfahrensübergreifender Komponenten / Systeme / Dienste und Dienstleistungen	145.000 €	235.000 €	61.592,01 €
davon			
Formularservice und Aufrufanlage Zeitmanagementsystem (ZMS)	35.000 €	45.000 €	23.083,36 €
Anpassung IT-Sicherheitskonzept	0 €	70.000 €	2.744,23 €
JAVA	45.000 €	55.000 €	35.764,42 €
Betriebskosten für Beschäftigtenportal	65.000 €	65.000 €	0 €
4. IT-Arbeitsplatzservice (verfahrensabhängige Maßnahmen)	450.000 €	550.000 €	305.110,45 €
5. sonstige IT-Dienstleistungen	150.000 €	148.000 €	0 €
	3.506.000 €	3.951.000 €	2.556.477,90 €

Die Steigerung der Ansätze 2024/2025 ist auf die Erweiterung des Fachverfahrens AusReg aufgrund der Zentralisierung der Staatsangehörigkeiten im Land Berlin, sowie in 2025 zusätzlich auf die Umsatzsteuerpflicht für verfahrensabhängige Dienstleistungen des ITDZ zurückzuführen.
Aufgrund der Trennung der Datenbanken für das Auftrags- und Störungsmanagement myCMDB vom LABO müssen die Kosten in eigener Zuständigkeit getragen werden.

51453	**043**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**185.000**	**208.000**	**50.000**	**130.331,67**

Ausgaben für Tonerkartuschen für verfahrensabhängige Drucker. Das hohe IST 2022 sowie die Ansatzerhöhung ab 2024/25 sind auf die Erhöhung der Anzahl an verfahrensabhängigen Druckern aufgrund des Personalzuwachses seit 2022, sowie in 2025 zusätzlich auf die Umsatzsteuerpflicht für verfahrensabhängige Dienstleistungen des ITDZ zurückzuführen.

52536	**043**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Ausgaben für Schulungen im Zusammenhang mit den betriebenen Fachverfahren.
Das geringe IST 2022 ist auf den pandemiebedingten Ausfall von Schulungen zurückzuführen.

Landesamt für Einwanderung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
81240	**043**	**Anpassung zur Realisierung des Standards X-Ausländer**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**33.391,40**

Umsetzung Erweiterungen des IT-Standards X-Ausländer im ausländerbehördlichen Fachverfahren aufgrund gesetzlicher Vorgaben.

81242	**043**	**Umsetzung E-Government, Digitalisierung von Prozessen, Erweiterung/Modernisierung des Fachverfahrens**	**1.670.000**	**900.000**	**458.000**	**160.114,50**

	2024	2025
Reform des Visa-Informationssystems (Revised VIS)	1.211.000 €	370.000 €
European Travel Information and Authorization System (ETIAS)	10.000 €	0 €
Interoperabilität der EU-Informationssysteme	60.000 €	20.000 €
Umwandlung des AZR zum Kerndatensystem	200.000 €	200.000 €
Registermodernisierung	0 €	10.000 €
Digitale Erstellung, Empfang und Übermittlung von Lichtbildern für hoheitliche Dokumente	70.000 €	220.000 €
Anpassung der Sicherheits-, Infrastruktur- und Betriebsführungskonzepte	0 €	80.000 €
weitere noch nicht vorhersehbare Digitalisierungserfordernisse	119.000 €	0 €
	1.670.000 €	900.000 €

81244	**043**	**IT-Ertüchtigung eines neuen Dienstgebäudes für Zentralisierung Einbürgerung**			**10.000**	**—** **R 554.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

81259	**043**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**80.000**	**37.067,67**

	2024	2025
Erneuerung von Hochleistungsscannern	0 €	45.000 €
Hardware Revised VIS (EU)	89.000 €	34.000 €
Hardware Digitale Lichtbildintegration	10.000 €	20.000 €
Erweiterung und Ersatzbeschaffung des Zahlungssystems	1.000 €	1.000 €
	100.000 €	100.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 32	**5.600.000**	**5.181.000**	**4.029.000**	**2.930.562,24**
	Gesamtausgaben	**72.472.300**	**74.605.600**	**56.091.100**	**47.840.014,07**
	Prozentuale Veränderung	**29,2 %**	**2,9 %**		

Abschluss Kapitel 0581

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**10.678.000**	**10.678.000**	**7.675.000**	**11.620.437,68**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**69.311,39**
	Gesamteinnahmen	**10.758.000**	**10.758.000**	**7.755.000**	**11.689.749,07**
411-462	**Personalausgaben**	**47.968.800**	**50.644.100**	**37.108.600**	**31.114.892,53**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**22.726.500**	**22.954.500**	**18.427.500**	**16.494.547,97**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.777.000**	**1.007.000**	**555.000**	**230.573,57**
	Gesamtausgaben	**72.472.300**	**74.605.600**	**56.091.100**	**47.840.014,07**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-61.714.300**	**-63.847.600**	**-48.336.100**	**-36.150.265,00**

Landesamt für Einwanderung

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001148 Bürgerintegrierende Stadt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	26.106.539	27.140.562	-3,81
Kostenträger	4	Sachkosten	7.013.062	5.909.477	+18,67
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	4	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	2.148.614	2.798.448	-23,22
Projekte	0	Gemeinkosten	24.795.338	15.021.929	+65,06
		Summe Verwaltungskosten	60.063.554	50.870.415	+18,07
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	60.063.554	50.870.415	+18,07

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004876	2022	50.393.354	0	50.393.354
Geregelter Aufenthalt der Ausländer/innen, die sich zur Erwerbstätigkeit, zur Ausbildung, aus humanitären, politischen oder familiären Gründen in Berlin aufhalten	2021	42.643.532	0	42.643.532

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
68760	2022	5.723.847	0	5.723.847
Einreise	2021	4.940.676	0	4.940.676

	2022	2021
Menge: Zahl der erteilten und abgelehnten Aufenthaltserlaubnisse und der Entscheidungen über Zustimmung im Visa-Verfahren	10.178	8.966
Kosten je ME in €	562,37	551,05
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	9,53	9,71
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	41.751,84	47.457,82
Kostendeckungsgrad in %	0,73	0,96

Regelung (Gestattung und Beendigung) des Aufenthalts von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten, die sich zur Erwerbstätigkeit in Berlin aufhalten.

Landesamt für Einwanderung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
68761	2022	43.143.368	0	43.143.368
Aufenthalt	2021	36.881.295	0	36.881.295

	2022	2021
Menge: Zahl der ausgestellten Bescheinigungen über das Recht der Freizügigkeit	251.467	182.164
Kosten je ME in €	171,57	202,46
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	71,83	72,50
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	11.530.401,45	9.854.459,59
Kostendeckungsgrad in %	26,73	26,72

Regelung (Gestattung und Beendigung) des Aufenthalts von Staatsangehörigen der EU, EFTA und der Schweiz

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77020	2022	1.526.139	0	1.526.139
Verpflichtungserklärungen nach § 68 und §§ 66, 67 Aufenthaltsgesetz	2021	821.561	0	821.561

	2022	2021
Menge: Anzahl der Verpflichtungserklärungen	20.038	7.620
Kosten je ME in €	76,16	107,82
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,54	1,62
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	16.136,37	121.126,64
Kostendeckungsgrad in %	1,06	14,74

Alle Aufgaben und Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Entgegennahme von Verpflichtungserklärungen stehen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004878	2022	9.670.200	0	9.670.200
Beendigung unrechtmäßigen Aufenthalts	2021	8.226.883	0	8.226.883

Landesamt für Einwanderung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
68764	2022	9.670.200	0	9.670.200
Beendigung	2021	8.226.883	0	8.226.883

	2022	2021
Menge: Anzahl der Abschiebungen	897	1.005
Kosten je ME in €	10.780,60	8.185,95
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	16,10	16,17
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	71.150,84	83.436,63
Kostendeckungsgrad in %	0,74	1,01

Alle Maßnahmen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht

Inneres und Sport

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung wurden die im vorgenannten Kapitel 0500 bislang unter Zwischenüberschriften geführten Abteilungen V - Digitalisierung und Informationstechnik - und VI - Verwaltungsmodernisierung - dem Geschäftsbereich der Regierenden Bürgermeisterin/des Regierenden Bürgermeisters zugeordnet. Der Nachweis der Stellen dieser Bereiche erfolgt ab dem Jahr 2024 im Kapitel 0360 – Senatskanzlei - Digitalisierung - des Einzelplans 03.

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -,
Kapitel 0556 – Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service -,
Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -,
Kapitel 0571 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Leitung -,
Kapitel 0572 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Personenstands- und Einwohnerwesen -,
Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugzulassung -,
Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -,
Kapitel 0581 – Landesamt für Einwanderung

Die in den vorgenannten Kapiteln im Titel 42801 unter der Zwischenüberschrift „Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs“ ausgewiesenen Stellen dürfen ausschließlich mit ehemaligen Auszubildenden oder ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten besetzt werden, die dauerhaft in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden und zum Zeitpunkt ihrer Einstellung nicht sofort auf freien Stellen untergebracht werden können. Die unter dieser Zwischenüberschrift etatisierten Stellen entfallen bei Unterbringung der Dienstkräfte auf freie Stellen.

Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -,
Kapitel 0552 – Polizei Berlin - Polizeiakademie -,
Kapitel 0556 – Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service -,
Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Zentraler Service -,
Kapitel 0566 – Berliner Feuerwehr - Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Die Beschäftigungspositionen für Auszubildende (vgl. Titel 42221 und 42821) werden als Vollzeitäquivalente ausgewiesen. Dies bietet einen besseren Bezug zum Haushaltsansatz, da Beginn und Ende von Ausbildungsgängen grundsätzlich nicht dem Jährlichkeitsprinzip des Haushaltes entsprechen. Im Rahmen des systematischen Aufbaus einer landesweiten Führungskräfte- und Führungsnachwuchskräfteentwicklung, sowie Öffnung verschiedener Studienfachrichtungen, erfolgt die Einstellung von Trainees E13 und E9B zum Erwerb der Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2 (vgl. Kapitel 0500, Titel 42811).

Kapitel 0509 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Personalüberhang -

Alle Stellen des Kapitels tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Das Kapitel wurde infolge einer aufbauorganisatorischen Veränderung im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) neu eingerichtet. In ihm werden Stellen und Beschäftigungspositionen nachgewiesen, die bislang im Kapitel 0573 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugzulassung - (bis 2023 Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Kraftfahrzeugwesen -) geführt wurden.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Senator/in	SEN1	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0605 Amtsgehalt in Höhe von 100 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	2,000		2,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	5,000		5,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	5,000		6,000		6,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		2,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		21,000		23,000		15,000	
Abteilung ZS - Querschnittsaufgaben landesweiter Bedeutung							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	3,000		3,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	A16	3,000		3,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	7,000		7,000		7,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	11,850		11,850		9,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	8,000		8,000		8,850	
Amtsrätin/-rat	A12	13,000		14,000		12,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	11,650		12,650		15,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	8,000		8,000		7,000	
Regierungsinspektor/in	A9	0,000		0,000		0,750	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		0,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		69,500		71,500		67,600	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Abteilung I - Staats-, Verwaltungs- und Dienstrecht							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	2,000		2,000		2,000	1,000 *(0032)*
Senatsrätin/-rat	B2	3,000		3,000		4,000	
Senatsrätin/-rat	A16	5,000		5,000		5,000	
Regierungsdirektor/in	A15	8,000		8,000		7,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	15,600		19,600		10,600	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	5,750		5,750		6,750	
Amtsrätin/-rat	A12	11,970	1,000 *(0209)*	13,970	1,000 *(0209)*	9,970	1,000 *(0209)*
Regierungsamtfrau/-mann	A11	7,942		7,942		7,942	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		2,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		63,262		69,262		57,262	
Abteilung III - Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	4,000		4,000		4,000	
Senatsrätin/-rat	A16	5,000		7,000		5,000	
Regierungsdirektor/in	A15	9,000		10,000		8,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	22,100		24,100		20,100	
Polizeioberrätin/rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		0,000	
Erste(r) Polizeihaupt-kommissar/in	A13S	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	19,500		21,500		20,500	
Amtsrätin/-rat	A12	10,800		11,800		6,800	
Kriminalhauptkommissar/in	A12	1,000		1,000		1,000	
Polizeihauptkommissar/in	A12	11,000		11,000		11,000	
Polizeihauptkommissar/in	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	6,750		7,750		7,750	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		98,150		107,150		91,150	
Abt. V Digitalisierung und Informationstechnik							
Senatsdirigent/in	B5	0,000		0,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	0,000		0,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	0,000		0,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		9,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		51,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		12,000	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A, Abt. V Digitalisierung und Informationstechnik							
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		14,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		14,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		4,000	
Regierungsinspektor/in	A9	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		114,000	
Abteilung VI - Verwaltungsmodernisierung und -steuerung							
Senatsdirigent/in	B5	0,000		0,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	0,000		0,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	0,000		0,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		7,000	
Geschäftsstelle "Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder" (PAB)							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		0,500	
Zwischensumme:		2,000		2,000		5,500	
Landeskommission gegen Gewalt							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,000		4,000		4,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		8,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Nachwuchskräfte des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes für den unmittelbaren Landesdienst Berlin							
Regierungsrätin/-rat	A13	255,000		255,000		171,000	
Regierungsinspektor/in	A9	471,000		636,000		611,000	
Regierungssekretär/in	A6	49,000		61,000		20,000	
Zwischensumme:		775,000		952,000		802,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1.037,912		1.233,912		1.168,512	
Summe:		1.037,912		1.233,912		1.168,512	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42201

Stellenvermerke

0032 Die erste freiwerdende Planstelle der BesGr. B 2 oder B 3 der Abteilung I fällt bei Freiwerden weg.

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

0209 Stelle darf nur bis zur BesGr. A 11 in Anspruch genommen werden.

42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter

Teilplan A

Nachwuchskräfte des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes für den unmittelbaren Landesdienst Berlin

Regierungssekretäranwärter/in	V06	56,000	64,000	78,000
Zwischensumme:		56,000	64,000	78,000
Teilsumme (Teilplan A):		56,000	64,000	78,000
Summe:		56,000	64,000	78,000

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000	2,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r	E9B	7,000	7,000	7,000
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000	1,000	1,000
Zwischensumme:		12,000	12,000	11,000

Abteilung ZS - Querschnittsaufgaben landesweiter Bedeutung

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000	3,000	3,000
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000	2,000	0,000
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000	1,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000	2,000	2,000
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000	3,000	2,000
Tarifbeschäftigte/r in der Registratur	E6	0,000	0,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r	E5	2,000	2,000	2,000
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000	1,000	1,000
Zwischensumme:		15,000	15,000	13,000

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Abteilung I - Staats-, Verwaltungs- und Dienstrecht							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schreibdienst)	E4	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Abteilung III - Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Abt. V Digitalisierung und Informationstechnik							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		2,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		3,000	
Abteilung VI - Verwaltungsmodernisierung und -steuerung							
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Geschäftsstelle "Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder" (PAB)							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Landeskommission gegen Gewalt							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
(Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000	1,000 *(0019)*	1,000	1,000 *(0019)*	1,000	1,000 *(0019)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		40,000		40,000		41,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		2,000	
Abteilung ZS - Querschnittsaufgaben landesweiter Bedeutung							
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,500		4,500		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,500	
Zwischensumme:		17,500		17,500		19,500	
Abteilung I - Staats-, Verwaltungs- und Dienstrecht							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		4,000	
Abteilung III - Öffentliche Sicherheit und Ordnung							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Abt. V Digitalisierung und Informationstechnik							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		8,000	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	12,000		12,000		12,000	
Zwischensumme:		17,000		17,000		17,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan B):		41,500		41,500		53,500	
Summe:		81,500		81,500		94,500	

Stellenvermerke

0019 *Stelle fällt nach Auflösung der Geschäftsstelle der Stiftung "Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft" bei Freiwerden weg (ohne Übernahmeverpflichtung für die Dauer eines Jahres nach Auflösung d. Geschäftsstelle).*

0132 *Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).*

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,000		5,000		5,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E8-E10	0,000		0,000		4,000	4,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		122,000	122,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		127,000	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan B							
Entgelte der Trainees							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	80,000		90,000		60,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	188,000		208,000		241,000	
Zwischensumme:		268,000		298,000		301,000	
Teilsumme (Teilplan B):		268,000		298,000		428,000	
Summe:		273,000		303,000		433,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)

Teilplan A

Abteilung ZS - Querschnittsaufgaben landesweiter Bedeutung

Azubi Verwaltungsfach-angestellte/r	AUSBEG-3	241,000		261,000		235,000	
Azubi Bauingenieurwesen	STUDENT	3,000		0,000		0,000	
Azubi Öffentliche Verwaltung	STUDENT	166,000		186,000		110,000	
Azubi Verwaltungsinformatik	STUDENT	53,000		73,000		0,000	
Zwischensumme:		463,000		520,000		345,000	
Teilsumme (Teilplan A):		463,000		520,000		345,000	
Summe:		463,000		520,000		345,000	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		2,000	
Regierungsinspektor/in	A9	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		4,000	
Summe:		0,000		0,000		4,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	7,000		7,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,500	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		10,000		9,000		16,500	
Teilsumme (Teilplan A):		10,000		9,000		16,500	
Teilplan B							
Personalüberhang ehemals Beschäftigte City BKK							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E2	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		5,500		5,500		7,500	
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Fernsprecher/in	E5	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan B):		7,500		7,500		9,500	
Summe:		17,500		16,500		26,000	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	3,000		3,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	8,000		8,000		3,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		7,000	
Amtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		5,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,800		2,800		3,880	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,750		3,750		4,000	
Zwischensumme:		31,550		31,550		30,880	
Teilsumme (Teilplan A):		31,550		31,550		30,880	
Summe:		31,550		31,550		30,880	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,700		4,700		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,500		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		3,000	
Zwischensumme:		12,200		15,700		10,000	
Teilsumme (Teilplan A):		12,200		15,700		10,000	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Sport -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,660		1,660		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		9,660		9,660		9,000	
Teilsumme (Teilplan B):		9,660		9,660		9,000	
Summe:		21,860		25,360		19,000	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0106)*	0,000		2,000	1,000 *(0105)* 1,000 *(0106)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000	2,000 *(0106)*	0,000		3,000	1,000 *(0105)* 2,000 *(0106)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000	1,000 *(0106)*	0,000		1,000	1,000 *(0106)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000	2,000 *(0106)*	0,000		5,000	3,000 *(0105)* 2,000 *(0106)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000	1,000 *(0106)*	0,000		1,000	1,000 *(0106)*
Zwischensumme:		7,000		0,000		12,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		0,000		12,000	
Summe:		7,000		0,000		12,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

Olympiapark Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		3,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,000		5,000		5,000	
Summe:		5,000		5,000		5,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektriker/in)	E7	3,000		3,000		3,000	
Fahrer/in	E6	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r (Gärtner/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Metallhandwerker/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Sporthallen-/-platz-, Kunsteis-bahnwart/in	E4-E5	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		23,500		25,500		21,500	
Teilsumme (Teilplan A):		23,500		25,500		21,500	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektriker/in)	E7	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektromechaniker/in)	E7	2,000		2,000		2,000	
Fahrer/in	E6	1,000		1,000		1,000	
Maschinist/in (Maschinenwärter/in)	E6	2,000		2,000		2,000	

Olympiapark Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (Handwerker/in)	E5	1,000		1,000		1,000	
Sporthallen-/-platz-, Kunsteis-bahnwart/in	E4-E5	8,000		8,000		8,000	
Gartenarbeiter/in	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		18,000		18,000		17,000	
Teilsumme (Teilplan B):		18,000		18,000		17,000	
Summe:		41,500		43,500		38,500	

Sportforum Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	7,000		7,000		7,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektriker/in)	E7	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektromechaniker/in)	E7	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (Metallhandwerker/in)	E7	2,000		2,000		2,000	
Maschinist/in (Maschinenwärter/in)	E6	14,000		14,000		14,000	
Fahrer/in von Mehrzweckfahrzeugen	E5	2,000		2,000		2,000	
Sporthallen-/-platz-, Kunsteis-bahnwart/in	E5	14,000		14,000		14,000	
Tarifbeschäftigte/r (Handwerker/in)	E5	8,000		8,000		8,000	
Sporthallen-/-platz-, Kunsteis-bahnwart/in	E4-E5	32,000		32,000		32,000	
Pförtner/in	E3	7,000		7,000		7,000	
Zwischensumme:		107,000		108,500		107,000	
Teilsumme (Teilplan B):		107,000		108,500		107,000	
Summe:		107,000		108,500		107,000	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan B							
Ersatzkräfte für freigestellte Hauptpersonalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan B):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	4,000		4,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	A16	3,000		3,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	7,000		7,000		8,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	7,000		8,000		6,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	30,000		30,000		28,000	
Amtsrätin/-rat	A12	38,000		38,000		39,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	24,000		24,000		24,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	28,000		28,000		29,000	
Regierungsinspektor/in	A9	20,000		20,000		20,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	23,000		23,000		23,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	25,000		25,000		25,000	
Zwischensumme:		215,000		216,000		214,000	
Teilsumme (Teilplan A):		215,000		216,000		214,000	
Summe:		215,000		216,000		214,000	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E13	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	10,000		10,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	8,000		8,000		8,000	

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- Verfassungsschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,606		4,606		4,830	
Tarifbeschäftigte/r (Schreibdienst)	E5	1,000		1,000		1,000	
Pförtner/in	E3	6,000		6,000		6,000	
Zwischensumme:		52,606		52,606		52,830	
Teilsumme (Teilplan A):		52,606		52,606		52,830	
Summe:		52,606		52,606		52,830	

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Polizeipräsident/in	B7	1,000		1,000		1,000	
Polizeivizepräsident/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leiter/in der Zentralen Serviceeinheit beim Polizeipräsidenten in Berlin	B3	1,000		1,000		1,000	
Direktor/in bei der Polizei Berlin	B2	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Polizeidirektor/in	A16	2,000		2,000		1,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	2,000		2,000		1,000	
Kriminaldirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Polizeidirektor/in	A15	6,000		6,000		6,000	
Regierungsdirektor/in	A15	4,000		4,000		4,000	
Kriminaloberrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	7,000		7,000		6,000	
Polizeioberrätin/rat	A14	6,000		6,000		10,000	
Kriminalrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Erste(r) Kriminalhaupt-kommissar/in	A13S	1,000		1,000		1,000	
Erste(r) Polizeihaupt-kommissar/in	A13S	19,000		19,000		18,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Polizeioberamtsrätin/-rat	A13S	7,000		7,000		6,900	
Kriminalhauptkommissar/in	A12	10,000		10,000		10,000	
Polizeiamtsrätin/-rat	A12	22,000		22,000		21,000	
Polizeihauptkommissar/in	A12	24,000		24,000		23,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A11	4,000		4,000		4,000	
Polizeiamtfrau/-mann	A11	26,000		26,000		26,000	
Polizeihauptkommissar/in	A11	24,000		24,000		24,000	
Kriminaloberkommissar/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Polizeioberinspektor/in	A10	7,750		7,750		7,750	
Polizeioberkommissar/in	A10	6,000		6,000		6,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Polizeiamtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		2,000	
Polizeihauptsekretär/in	A8	5,000		5,000		4,000	
Zwischensumme:		194,750		194,750		193,650	
Teilsumme (Teilplan A):		194,750		194,750		193,650	
Summe:		194,750		194,750		193,650	

Polizei Berlin
- Behördenleitung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	5,000		5,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	4,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	5,000		5,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	4,250		4,250		5,250	
Tarifbeschäftigte/r (Magazin oder Lager)	E4	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		45,250		45,250		35,250	
Teilsumme (Teilplan A):		45,250		45,250		35,250	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan B):		3,000		3,000		3,000	
Summe:		48,250		48,250		38,250	

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Erste/r Direktor/in bei der Polizei Berlin	B3	1,000		1,000		1,000	
Direktor/in bei der Polizei Berlin	B2	8,000		8,000		7,000	
Leitende(r) Kriminaldirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Polizeidirektor/in	A16	10,000		10,000		10,000	
Kriminaldirektor/in	A15	8,000		8,000		8,000	
Polizeidirektor/in	A15	48,000		48,000		44,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Kriminaloberrätin/-rat	A14	18,000		18,000		18,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Polizeioberrätin/rat	A14	67,000		67,000		70,000	
Kriminalrätin/-rat	A13	1,000		1,000		3,000	
Polizeirätin/-rat	A13	12,000		12,000		14,000	
Erste(r) Kriminalhaupt-kommissar/in	A13S	65,000		65,000		65,000	
Erste(r) Polizeihaupt-kommissar/in	A13S	314,000		314,000		310,000	
Polizeioberamtsrätin/-rat	A13S	8,000		8,000		8,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A12	156,000		156,000		156,000	
Polizeiamtsrätin/-rat	A12	14,000		14,000		12,000	
Polizeihauptkommissar/in	A12	622,000		622,000		618,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A11	377,000		377,000		377,000	
Polizeiamtfrau/-mann	A11	46,000		46,000		46,000	
Polizeihauptkommissar/in	A11	2.832,000		2.832,000		2.816,000	
Kriminaloberkommissar/in	A10	327,000		327,000		327,000	
Polizeioberinspektor/in	A10	59,000		59,000		56,000	
Polizeioberkommissar/in	A10	3.934,000		3.934,000		3.919,000	
Kriminalkommissar/in	A9	210,500		210,500		210,500	
Polizeiinspektor/in	A9	8,000	1,000 *(1704)*	8,000	1,000 *(1704)*	8,000	1,000 *(0135)* 1,000 *(1704)*
Polizeikommissar/in	A9	2.100,500		2.100,500		2.100,500	
Polizeiamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Polizeiamtsinspektor/in	A9S	21,000		21,000		21,000	
Polizeihauptsekretär/in	A8	41,000	2,000 *(0104)*	41,000	2,000 *(0104)*	41,750	3,000 *(0104)*
Polizeiobermeister/in	A8	2.164,500		2.164,500		2.164,500	
Polizeimeister/in	A7	480,000		480,000		480,000	
Polizeiobersekretär/in	A7	58,500		58,500		59,050	2,000 *(0105)*
Polizeisekretär/in	A6	28,500		28,500		26,500	
Oberamtsmeister/in	A5	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		14.047,500		14.047,500		14.004,800	

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Polizeiamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		14.048,500		14.048,500		14.004,800	
Summe:		14.048,500		14.048,500		14.004,800	

Stellenvermerke

0104 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 8 Polizeiobermeister/in

0105 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 7 Polizeimeister/in

0135 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle für Tarifbeschäftigte der E 9B.

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

1704 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 9 Polizeikommissar/in.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	0,000		0,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	73,050		73,050		69,050	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	11,000		11,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	54,400		54,400		52,400	
Tarifbeschäftigte/r	E8	44,000		44,000		41,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	55,500		55,500		55,500	
Tarifbeschäftigte/r (Gefangenen-bewachungsdienst)	E6	476,669		476,669		475,669	
Tarifbeschäftigte/r	E5	107,000		107,000		113,110	
Tarifbeschäftigte/r (Ermittlungsdienst)	E5	107,250		107,250		107,250	
Tarifbeschäftigte/r (Objektschutz)	E5	563,500		563,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Sicherheits- und Ordnungsdienst)	E5	81,500		81,500		81,500	
Tarifbeschäftigte/r	E4	10,904		10,904		22,484	

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (Objektschutz)	E4	0,000		0,000		553,500	
Tarifbeschäftigte/r	E3	39,880		39,880		43,030	
Tarifbeschäftigte/r im Fernmeldebetriebsdienst	E3	10,000		10,000		10,000	
Wagenpfleger/in	E3	8,000		8,000		8,000	
Zwischensumme:		1.646,653		1.650,653		1.656,493	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1.647,653		1.651,653		1.656,493	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	5,000		5,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	7,000		7,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	14,950		14,950		15,950	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	80,400		80,400		80,400	
Tarifbeschäftigte/r	E8	10,500		10,500		10,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	17,500		17,500		16,500	
Tarifbeschäftigte/r (Gefangenen-bewachungsdienst)	E6	129,000		129,000		129,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	36,000		36,000		36,060	
Tarifbeschäftigte/r (Ermittlungsdienst)	E5	24,000		24,000		24,000	
Tarifbeschäftigte/r (Objektschutz)	E5	214,000		214,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Sicherheits- und Ordnungsdienst)	E5	11,000		11,000		11,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	2,919		2,919		6,219	
Tarifbeschäftigte/r (Objektschutz)	E4	0,000		0,000		214,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		559,269		559,269		553,629	
Teilsumme (Teilplan B):		559,269		559,269		553,629	
Summe:		2.206,922		2.210,922		2.210,122	

Polizei Berlin
- Landespolizeidirektion -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (Objektschutz)	E5	33,000	33,000 *(0107)*	33,000	33,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Sicherheits- und Ordnungsdienst)	E5	9,000	9,000 *(0107)*	9,000	9,000 *(0107)*	5,000	
Zwischensumme:		42,000		42,000		5,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Gefangenen-bewachungsdienst)	E6	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (Ermittlungsdienst)	E5	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Sicherheits- und Ordnungsdienst)	E5	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		9,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		51,000		51,000		16,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000	2,000 *(0107)*	2,000	2,000 *(0107)*	1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	16,000	16,000 *(0107)*	16,000	16,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	12,000	12,000 *(0107)*	12,000	12,000 *(0107)*	10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	7,000	7,000 *(0107)*	7,000	7,000 *(0107)*	0,000	
Zwischensumme:		39,000		39,000		11,000	
Teilsumme (Teilplan B):		39,000		39,000		11,000	
Summe:		90,000		90,000		27,000	

Stellenvermerke

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Direktor/in des Landeskriminalamts	B3	1,000		1,000		1,000	
Direktor/in bei der Polizei Berlin	B2	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Kriminaldirektor/in	A16	8,000		8,000		7,000	
Leitende(r) Polizeidirektor/in	A16	3,000		3,000		3,000	
Leitende(r) Wissenschaftliche(r) Direktor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Kriminaldirektor/in	A15	28,000		28,000		25,000	
Polizeidirektor/in	A15	4,000		4,000		4,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Wissenschaftliche(r) Direktor/in	A15	4,000		4,000		4,000	
Kriminaloberrätin/-rat	A14	18,000		18,000		22,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Polizeioberrätin/rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Wissenschaftliche/r Oberrätin/-rat	A14	19,000		19,000		19,000	
Kriminalrätin/-rat	A13	8,000		8,000		10,000	
Polizeirätin/-rat	A13	4,000		4,000		6,000	
Wissenschaftliche/r Rätin/Rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Erste(r) Gewerbehauptkommissar/in	A13S	7,000		7,000		7,000	
Erste(r) Kriminalhauptkommissar/in	A13S	154,000		154,000		152,000	
Erste(r) Polizeihauptkommissar/in	A13S	22,000		22,000		22,000	
Polizeioberamtsrätin/-rat	A13S	5,000		5,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Gewerbehauptkommissar/in	A12	10,000		10,000		10,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A12	276,000		276,000		273,000	
Polizeiamtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		7,000	
Polizeihauptkommissar/in	A12	82,000		82,000		82,000	
Amtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		4,000	
Gewerbehauptkommissar/in	A11	62,000		62,000		62,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A11	780,000		780,000		769,000	
Polizeiamtfrau/-mann	A11	16,000		16,000		16,000	
Polizeihauptkommissar/in	A11	199,000		199,000		198,000	
Gewerbeoberkommissar/in	A10	34,000		34,000		34,000	
Kriminaloberkommissar/in	A10	606,500		606,500		593,500	
Polizeioberinspektor/in	A10	23,000		24,000		26,000	
Polizeioberkommissar/in	A10	242,000		242,000		243,000	
Kriminalkommissar/in	A9	197,000		197,000		197,000	
Polizeiinspektor/in	A9	8,000	1,000 *(0135)* 1,000 *(1704)*	8,000	1,000 *(0135)* 1,000 *(1704)*	9,000	1,000 *(0135)* 1,000 *(1704)*

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Polizeikommissar/in	A9	118,000		118,000		118,000	
Polizeiamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Hauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Polizeihauptsekretär/in	A8	15,000	1,000 *(0104)*	15,000	1,000 *(0104)*	16,000	2,000 *(0104)*
Polizeiobermeister/in	A8	82,000		82,000		82,000	
Polizeiobersekretär/in	A7	34,000		34,000		35,000	
Polizeisekretär/in	A6	15,000		15,000		15,000	
Oberamtsmeister/in	A6S	2,000		2,000		2,000	
Oberamtsmeister/in	A5	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		3.110,500		3.111,500		3.091,500	
Teilsumme (Teilplan A):		3.110,500		3.111,500		3.091,500	
Summe:		3.110,500		3.111,500		3.091,500	

Stellenvermerke

0104 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 8 Polizeiobermeister/in

0135 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle für Tarifbeschäftigte der E 9B.

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

1704 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 9 Polizeikommissar/in.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	9,000		11,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	54,000		56,000		54,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	40,000		45,000		45,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	42,000		44,000		75,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	6,000		6,000		0,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	58,000		58,000		29,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	10,000		10,000		6,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	16,000		16,000		15,500	
Übersetzer/in	E11	6,000		6,000		5,000	

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Vermessungstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	5,000		5,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	23,000		23,000		23,000	
Übersetzer/in	E10	1,000		1,000		2,000	
Vermessungstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	32,880		32,880		28,880	
Technische/r Assistent/in	E9B	1,000		1,000		1,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E9A	7,500		7,500		7,500	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	11,000		11,000		11,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	71,000		71,000		56,000	
Technische/r Assistent/in	E9A	59,920		59,920		59,920	
Vermessungstechniker/in	E9A	2,000		2,000		0,000	
Fotograf/in	E8	15,000		15,000		17,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	36,420		36,420		30,420	
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E8	1,000		1,000		1,000	
Fotolaborant/in	E6	10,500		10,500		9,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	31,000		31,000		33,000	
Tarifbeschäftigte/r (Gefangenen-bewachungsdienst)	E6	0,000		0,000		1,000	
Zeichner/in	E6	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	21,040		21,040		21,040	
Tarifbeschäftigte/r (Ermittlungsdienst)	E5	123,750		123,750		113,750	
Fahrer/in	E4	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	38,220		38,220		67,970	
Tarifbeschäftigte/r in der Tätigkeit von Laboranten	E4	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	8,750		8,750		9,750	
Tarifbeschäftigte/r (Fernschreibdienst)	E3	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Tätigkeit von Laboranten	E3	1,000		1,000		1,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S12	1,000		1,000		0,000	
Erzieher/in	S8A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		760,980		771,980		751,230	
Teilsumme (Teilplan A):		760,980		771,980		751,230	

Polizei Berlin
- Landeskriminalamt -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (Ermittlungsdienst)	E5	13,000		13,000		13,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	6,750		6,750		6,750	
Zwischensumme:		19,750		19,750		19,750	
Teilsumme (Teilplan B):		19,750		19,750		19,750	
Summe:		780,730		791,730		770,980	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000	2,000 *(0107)*	2,000	2,000 *(0107)*	0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		1,000	
Summe:		3,000		3,000		1,000	

Stellenvermerke

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Direktor/in bei der Polizei Berlin	B2	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Polizeidirektor/in	A16	2,000		2,000		1,000	
Kriminaldirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Polizeidirektor/in	A15	3,000		3,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Kriminaloberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Polizeioberrätin/rat	A14	3,000		3,000		4,000	
Erste(r) Kriminalhaupt-kommissar/in	A13S	2,000		2,000		2,000	
Erste(r) Polizeihaupt-kommissar/in	A13S	22,000		22,000		22,000	
Polizeioberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		1,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A12	18,000		18,000		18,000	
Polizeiamtsrätin/-rat	A12	5,750		5,750		6,750	
Polizeihauptkommissar/in	A12	98,000		98,000		97,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A11	21,000		21,000		21,000	
Polizeiamtfrau/-mann	A11	10,000		10,000		10,000	
Polizeihauptkommissar/in	A11	234,000		234,000		231,000	
Kriminaloberkommissar/in	A10	6,000		6,000		6,000	
Polizeioberinspektor/in	A10	13,000		13,000		8,000	
Polizeioberkommissar/in	A10	94,000		94,000		94,000	
Polizeiinspektor/in	A9	1,000	1,000 *(1704)*	1,000	1,000 *(1704)*	1,000	1,000 *(1704)*
Polizeikommissar/in	A9	14,000		14,000		14,000	
Polizeiamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Polizeiamtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		2,000	
Polizeihauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Polizeiobermeister/in	A8	2,000		2,000		2,000	
Polizeiobersekretär/in	A7	3,000		3,000		1,750	
Zwischensumme:		561,750		561,750		551,500	
Teilsumme (Teilplan A):		561,750		561,750		551,500	
Summe:		561,750		561,750		551,500	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

1704 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 9 Polizeikommissar/in.

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter							
Teilplan A							
Polizeireferendar/in	V13	12,010		20,340		0,000	
Kriminalkommissaranwärter/in	V09	630,000		630,000		630,000	
Polizeikommissaranwärter/in	V09	1.170,000		1.170,000		1.170,000	
Polizeimeisteranwärter/in	V07	1.520,000		1.560,000		1.320,000	
Polizeioberwachtmeister/in	A5MD	8,000		0,000		192,000	
Zwischensumme:		3.340,010		3.380,340		3.312,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3.340,010		3.380,340		3.312,000	
Summe:		3.340,010		3.380,340		3.312,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	17,000		17,000		17,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	20,500		20,500		20,500	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	10,000		10,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E7	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	17,000		17,000		14,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	15,000		15,000		15,000	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	0,000		0,000		0,800	
Tarifbeschäftigte/r	E3	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Magazin-/Lagervorsteher/in)	E3	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		98,500		98,500		94,300	
Teilsumme (Teilplan A):		98,500		98,500		94,300	

Polizei Berlin
- Polizeiakademie -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan B):		4,000		4,000		4,000	
Summe:		102,500		102,500		98,300	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Kriminaldirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	3,000		3,000		3,000	
Direktor/in im technischen Dienst	A15	2,000		2,000		2,000	
Kriminaldirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Medizinaldirektor/in	A15	19,000		19,000		19,000	
Polizeidirektor/in	A15	3,000		3,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	8,000		8,000		6,000	
Obermedizinalrätin/-rat	A14	12,000		12,000		12,000	
Oberrätin/-rat im technischen Dienst	A14	6,000		6,000		6,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	10,000		10,000		9,000	
Obersozialrätin/rat	A14	0,000		1,000		0,000	
Polizeioberrätin/rat	A14	6,000		6,000		3,000	
Kriminalrätin/-rat	A13	1,000		1,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Erste(r) Kriminalhaupt-kommissar/in	A13S	3,000		3,000		3,000	
Erste(r) Polizeihaupt-kommissar/in	A13S	13,000		13,000		13,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	6,000		6,000		6,000	
Polizeioberamtsrätin/-rat	A13S	36,000		36,000		31,100	
Amtsrätin/-rat	A12	28,000		29,000		28,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A12	3,000		3,000		3,000	
Polizeiamtsrätin/-rat	A12	50,000		50,000		50,750	
Polizeihauptkommissar/in	A12	32,000		32,000		30,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Amtfrau/-mann	A11	80,000		80,000		80,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A11	2,000		2,000		2,000	
Polizeiamtfrau/-mann	A11	72,000		72,000		71,250	
Polizeihauptkommissar/in	A11	64,000		64,000		61,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Oberinspektor/in	A10	40,000		40,000		40,000	
Polizeioberinspektor/in	A10	63,000		63,000		73,900	
Polizeioberkommissar/in	A10	31,000		31,000		31,000	
Sozialoberinspektor/in	A10	8,000		8,000		8,000	
Polizeiinspektor/in	A9	4,000		4,000		6,000	2,000 *(1704)*
Polizeikommissar/in	A9	6,000		6,000		6,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	6,000		6,000		6,000	
Polizeiamtsinspektor/in	A9S	9,000		9,000		8,000	

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Hauptsekretär/in	A8	44,000		44,000		44,000	
Polizeihauptsekretär/in	A8	47,000		47,000		47,000	
Obersekretär/in	A7	11,000		11,000		11,200	
Polizeiobersekretär/in	A7	8,950		8,950		10,200	
Polizeisekretär/in	A6	8,000		8,000		10,000	
Oberamtsmeister/in	A6S	4,000		4,000		4,000	
Oberamtsmeister/in	A5	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		760,950		762,950		761,400	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Polizeiamtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		3,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		3,000	
Nachwuchskräfte für den Polizeivollzugsdienst							
Kriminalkommissar/in	A9	5,000	5,000 *(0119)*	80,000	80,000 *(0119)*	0,000	
Polizeikommissar/in	A9	5,000	5,000 *(0119)*	115,000	115,000 *(0119)*	0,000	
Polizeimeister/in	A7	5,000	5,000 *(0119)*	140,000	140,000 *(0119)*	0,000	
Zwischensumme:		15,000		335,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		777,950		1.099,950		764,400	
Summe:		777,950		1.099,950		764,400	

Stellenvermerke

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

1704 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 9 Polizeikommissar/in.

42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter

Teilplan A							
Polizeisekretäranwärter/in	V06	53,340		50,010		53,340	
Zwischensumme:		53,340		50,010		53,340	
Teilsumme (Teilplan A):		53,340		50,010		53,340	
Summe:		53,340		50,010		53,340	

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Fachärztin/Facharzt	E15	2,500		2,500		2,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	8,000		8,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	10,000		10,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	9,000		9,000		0,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	3,000		4,000		3,500	
Tarifbeschäftigte/r	E12	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		9,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	12,500		18,500		12,500	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	48,000		48,000		35,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	25,000		25,000		30,000	
Leitende(r) medizinisch-technische/r Assistent/in	E10	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	0,000		0,000		8,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	11,420		11,420		11,420	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	4,000		4,000		4,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	30,080		30,080		30,080	
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E9A	3,000		3,000		3,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E8	4,750		4,750		4,750	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E8	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	26,500		26,500		34,800	
Tarifbeschäftigte/r (Elektriker/in)	E8	14,000		14,000		13,000	

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E8	22,000		22,000		22,000	
Tarifbeschäftigte/r (Metallhandwerker/in)	E8	19,000		19,000		19,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E7	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E7	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E7	43,000		43,000		43,000	
Fahrer/in (Pauschalentgelt)	E6	93,000		93,000		93,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Handwerker/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Medizinische/r Fachangestellte/r	E5	15,500		15,500		15,500	
Tarifbeschäftigte/r	E5	9,000		9,000		17,620	
Fahrer/in	E4	111,000		111,000		111,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (Magazin oder Lager)	E4	8,000		8,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	53,000		53,000		53,500	
Wagenpfleger/in	E3	4,000		4,000		4,000	
Gesundheits- und Krankenpfleger/in	KR7	1,000	1,000 *(0023)*	1,000	1,000 *(0023)*	1,000	1,000 *(0023)*
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		631,250		638,250		644,170	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	10,000		20,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	12,000		12,000		12,000	
Zwischensumme:		22,000		32,000		12,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		654,250		671,250		658,170	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	19,000		19,000		21,000	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	9,830		9,830		8,750	
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E9A	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E8	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektromechaniker/in)	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E8	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E7	19,000		19,000		19,000	
Fahrer/in (Pauschalentgelt)	E6	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		1,000	
Fahrer/in	E4	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (Magazin oder Lager)	E4	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	11,000		11,000		11,000	
Tarifbeschäftigte/r (Magazin oder Lager)	E3	1,000		1,000		1,000	
Wagenpfleger/in	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		96,830		96,830		100,750	
Teilsumme (Teilplan B):		96,830		96,830		100,750	
Summe:		751,080		768,080		758,920	

Stellenvermerke

0023 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle für Medizinische/r Fachangestellte/r der E 5.

Polizei Berlin
- Direktion Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Azubi für IT-Systemelektronik	AUSBEG-1-AUSBEG-4	0,750		3,750		0,000	
Azubi Informatik	STUDENT	16,500		17,750		19,500	
Azubi Öffentliche Verwaltung	STUDENT	0,000		0,000		12,500	
Zwischensumme:		17,250		21,500		32,000	
Teilsumme (Teilplan A):		17,250		21,500		32,000	
Summe:		17,250		21,500		32,000	

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Polizeidirektor/in	A15	3,000		3,000		3,000	
Polizeioberrätin/rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Erste(r) Kriminalhaupt-kommissar/in	A13S	2,000		2,000		2,000	
Erste(r) Polizeihaupt-kommissar/in	A13S	18,000		18,000		18,000	
Polizeioberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A12	3,000		3,000		3,000	
Polizeihauptkommissar/in	A12	48,000		48,000		48,000	
Kriminalhauptkommissar/in	A11	11,000		11,000		11,000	
Polizeiamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Polizeihauptkommissar/in	A11	184,000		184,000		184,000	
Kriminaloberkommissar/in	A10	14,000		14,000		14,000	
Polizeioberkommissar/in	A10	194,000		194,000		194,000	
Kriminalkommissar/in	A9	5,000		5,000		5,000	
Polizeikommissar/in	A9	283,000		283,000		283,000	
Polizeiobermeister/in	A8	213,000		213,000		213,000	
Polizeimeister/in	A7	210,000		210,000		210,000	
Polizeiobersekretär/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1.193,000		1.193,000		1.193,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst mit Feuerwehrzulage							
Brandamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Brandoberinspektor/in	A10	4,000		4,000		4,000	
Hauptbrandmeister/in	A9S	14,000		14,000		14,000	
Oberbrandmeister/in	A8	14,500		14,500		14,500	
Brandmeister/in	A7	10,000		10,000		10,000	
Zwischensumme:		43,500		43,500		43,500	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1.238,500		1.238,500		1.238,500	
Summe:		1.238,500		1.238,500		1.238,500	

Hauptstadtbedingte Aufwendungen im Sicherheitsbereich des Landes Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	8,000		8,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (Objektschutz)	E5	839,000		839,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Objektschutz)	E4	0,000		0,000		839,000	
Zwischensumme:		866,000		866,000		866,000	
Teilsumme (Teilplan A):		866,000		866,000		866,000	
Summe:		866,000		866,000		866,000	

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Medizinaldirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Medizinaldirektor/in	A15	12,000		12,000		12,000	
Regierungsdirektor/in	A15	4,000		4,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		3,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	6,000		6,000		5,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	5,000		5,000		5,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	4,000		4,000		4,000	
Zwischensumme:		39,000		39,000		38,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Landesbranddirektor/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Branddirektor/in	B3	1,000	1,000 *(0518)*	1,000	1,000 *(0518)*	1,000	1,000 *(0518)*
Leitende(r) Branddirektor/in	A16	2,000		2,000		1,000	
Branddirektor/in	A15	9,000		9,000		8,000	
Brandoberrätin/-rat	A14	12,000		12,000		8,000	
Brandrätin/-rat	A13	0,000		0,000		2,000	
Brandoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	3,000	2,000 *(0323)*	3,000	2,000 *(0323)*	2,000	1,000 *(0323)*
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	14,000		14,000		7,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	36,000		36,000		14,000	
Brandamtfrau/-mann	A11	37,000		37,000		14,000	
Brandoberinspektor/in	A10	12,000		12,000		2,000	
Brandinspektor/in	A9	3,000		3,000		3,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	15,000	15,000 *(0325)*	15,000	15,000 *(0325)*	9,000	9,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	12,000		12,000		8,000	
Oberbrandmeister/in	A8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		158,000		158,000		80,000	
Teilsumme (Teilplan A):		197,000		197,000		118,000	
Summe:		197,000		197,000		118,000	

Stellenvermerke

0323 Amtszulage nach Fußnote 11 zur BesGr. A 13 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0518 Als Vertreter/in d. Landesbranddirektors/in

Berliner Feuerwehr
- Behördenleitung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		2,000	
Teilplan B							
Fachärztin/Facharzt	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E13	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		12,000		12,000		15,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E11	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan B):		14,000		14,000		17,000	
Summe:		18,000		18,000		19,000	

Berliner Feuerwehr
- Einsatzbereiche -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Regierungsinspektor/in	A9	2,000		2,000		0,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst mit Feuerwehrzulage							
Brandamtsrätin/-rat	A12	13,000		13,000		11,000	
Brandamtfrau/-mann	A11	83,000		83,000		80,000	
Brandoberinspektor/in	A10	170,000		170,000		174,000	
Brandinspektor/in	A9	0,000		0,000		1,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	675,000	675,000 *(0325)*	675,000	675,000 *(0325)*	663,000	663,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	996,000		996,000		914,000	
Oberbrandmeister/in	A8	1.161,000		1.161,000		1.047,000	
Brandmeister/in	A7	272,000		272,000		274,000	
Zwischensumme:		3.370,000		3.370,000		3.164,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Leitende(r) Branddirektor/in	A16	1,000		1,000		3,000	
Branddirektor/in	A15	6,000		6,000		5,000	
Brandoberrätin/-rat	A14	3,000		3,000		7,000	
Brandrätin/-rat	A13	2,000		2,000		0,000	
Brandoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	9,000	9,000 *(0323)*	9,000	9,000 *(0323)*	10,000	10,000 *(0323)*
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	12,000		12,000		16,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	39,000		39,000		60,000	
Brandamtfrau/-mann	A11	11,000		11,000		34,000	
Brandoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		4,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	6,000	6,000 *(0325)*	6,000	6,000 *(0325)*	12,000	12,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	3,000		3,000		8,000	
Oberbrandmeister/in	A8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		94,000		94,000		159,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3.467,000		3.467,000		3.323,000	
Summe:		3.467,000		3.467,000		3.323,000	

Stellenvermerke

0323 Amtszulage nach Fußnote 11 zur BesGr. A 13 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

Berliner Feuerwehr
- Einsatzbereiche -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		2,000	
Fahrer/in	E4	0,000		0,000		15,000	12,000 *(2128)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		17,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst mit Feuerwehrzulage							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E9A	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E8	160,000		160,000		163,000	
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E6	4,000		4,000		0,000	
Zwischensumme:		173,000		173,000		172,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		176,000		176,000		191,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		1,000		1,000		0,000	
Summe:		177,000		177,000		191,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	4,000		4,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	10,000		10,000		10,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	5,000		5,000		5,000	
Amtsrätin/-rat	A12	10,000		10,000		11,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	14,750		14,750		13,750	
Regierungsoberinspektor/in	A10	16,000		16,000		15,750	
Regierungsinspektor/in	A9	2,000		2,000		4,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Regierungshauptsekretär/in	A8	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		69,750		69,750		69,500	
Fahrzeug- und Gerätetechnik							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		5,000	
Informationstechnik							
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		3,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		3,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		11,000		11,000		7,000	
Einsatzlenkung/Leitstelle							
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		1,000	
Einsatzlenkung/Leitstelle; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst ohne Feuerwehrzulage							
Leitende(r) Branddirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	
Branddirektor/in	A15	2,000		2,000		1,000	
Brandoberrätin/-rat	A14	4,000		4,000		3,000	

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A, Einsatzlenkung/Leitstelle; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst ohne Feuerwehrzulage							
Brandoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	5,000	5,000 *(0323)*	5,000	5,000 *(0323)*	2,000	2,000 *(0323)*
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		7,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	14,000		14,000		10,000	
Brandamtfrau/-mann	A11	13,000		13,000		14,000	
Brandoberinspektor/in	A10	7,000		7,000		8,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	38,000	38,000 *(0325)*	38,000	38,000 *(0325)*	39,000	39,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	93,000		93,000		92,000	
Oberbrandmeister/in	A8	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		183,000		183,000		178,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst mit Feuerwehrzulage							
Hauptbrandmeister/in	A9S	0,000		0,000		5,000	
Oberbrandmeister/in	A8	0,000		0,000		5,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		10,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Branddirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Brandoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	1,000	1,000 *(0323)*	1,000	1,000 *(0323)*	1,000	1,000 *(0323)*
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		3,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	10,000		10,000		8,000	
Brandamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		6,000	
Brandoberinspektor/in	A10	8,000		8,000		7,000	
Brandinspektor/in	A9	6,000		6,000		3,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	6,000	6,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	16,000		16,000		13,000	
Oberbrandmeister/in	A8	5,000		5,000		3,000	
Brandmeister/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		55,000		55,000		52,000	
Fahrzeug- und Gerätetechnik; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Branddirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Brandoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	2,000	2,000 *(0323)*	2,000	2,000 *(0323)*	2,000	2,000 *(0323)*
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		3,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	10,000		10,000		3,000	
Brandamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		6,000	
Brandoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		1,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	10,000	10,000 *(0325)*	10,000	10,000 *(0325)*	9,000	9,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	11,000		11,000		7,000	

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A, Fahrzeug- und Gerätetechnik; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Oberbrandmeister/in	A8	12,000		12,000		3,000	
Brandmeister/in	A7	7,000		7,000		0,000	
Zwischensumme:		61,000		61,000		36,000	
Fahrzeug- und Gerätetechnik; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst mit Feuerwehrzulage							
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Brandamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		8,000	
Brandoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		3,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	0,000		0,000		20,000	20,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	0,000		0,000		68,000	
Oberbrandmeister/in	A8	0,000		0,000		96,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		197,000	
Informationstechnik; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Leitende(r) Branddirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Branddirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Brandoberrätin/-rat	A14	2,000		2,000		3,000	
Brandrätin/-rat	A13	2,000		2,000		1,000	
Brandoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	3,000	2,000 *(0323)*	3,000	2,000 *(0323)*	3,000	2,000 *(0323)*
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	9,000		9,000		6,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	12,000		12,000		10,000	
Brandamtfrau/-mann	A11	8,000		8,000		2,000	
Brandoberinspektor/in	A10	7,000		7,000		0,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	20,000	20,000 *(0325)*	20,000	20,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	22,000		22,000		0,000	
Oberbrandmeister/in	A8	6,000		6,000		2,000	
Zwischensumme:		94,000		94,000		31,000	
Informationstechnik; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst mit Feuerwehrzulage							
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		3,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		2,000	
Brandamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		4,000	
Brandoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		3,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	0,000		0,000		24,000	24,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	0,000		0,000		22,000	
Oberbrandmeister/in	A8	0,000		0,000		4,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		62,000	
Teilsumme (Teilplan A):		480,750		480,750		648,500	
Summe:		480,750		480,750		648,500	

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201							
Stellenvermerke							
0323 Amtszulage nach Fußnote 11 zur BesGr. A 13 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin							
0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	6,000		6,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	9,000		9,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	33,000		33,000		34,000	
Fahrer/in	E5	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		0,000	
Fahrer/in	E4	14,000	12,000 *(2128)*	14,000	12,000 *(2128)*	0,000	
Zwischensumme:		78,000		78,000		60,000	
Fahrzeug- und Gerätetechnik							
Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	7,000		7,000		6,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		4,000	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E9A	11,000		11,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	6,000		6,000		6,000	

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Fahrzeug- und Gerätetechnik							
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E8	11,000		11,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E7	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E7	34,000	8,000 *(2128)*	34,000	8,000 *(2128)*	37,000	8,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Metallhandwerker/in)	E7	1,000		1,000		0,000	
Fahrer/in	E6	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	6,000		6,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r (Metallhandwerker/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Fahrer/in	E5	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (Metallhandwerker/in)	E5	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		101,000		101,000		102,000	
Informationstechnik							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	5,000		5,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	24,000		24,000		23,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	22,000		22,000		26,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	11,000		11,000		11,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Informationstechnik							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	27,000		27,000		27,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektromechaniker/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		97,000		97,000		102,000	
Einsatzlenkung/Leitstelle							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	15,000		15,000		15,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		22,000		22,000		24,000	
Einsatzlenkung/Leitstelle; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst ohne Feuerwehrzulage							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E9A	40,000		40,000		40,000	
Zwischensumme:		40,000		40,000		40,000	
Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E9A	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Fahrzeug- und Gerätetechnik; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Fahrzeug- und Gerätetechnik; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst mit Feuerwehrzulage							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		2,000	

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Informationstechnik; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E9A	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		1,000	
Informationstechnik; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst mit Feuerwehrzulage							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E9A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		344,000		344,000		334,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		5,000	
Fahrer/in	E5	1,000		1,000		1,000	
Fahrer/in	E4	4,000		4,000		4,000	
Zwischensumme:		17,000		17,000		17,000	
Fahrzeug- und Gerätetechnik							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,000		10,000		0,000	
Zwischensumme:		5,000		10,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		23,000		28,000		18,000	
Summe:		367,000		372,000		352,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Berliner Feuerwehr
- Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Hauptpersonalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		0,000		1,000		0,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		2,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		10,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		10,000		11,000		10,000	
Summe:		10,000		11,000		10,000	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Fahrzeug- und Gerätetechnik							
Azubi Elektroniker/in	AUSBEG-1-AUSBEG-4	2,000		2,000		0,000	
Azubi Kfz-Nutzfahrzeug-mechaniker/in	AUSBEG-1-AUSBEG-4	6,000		9,000		3,000	
Zwischensumme:		8,000		11,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		8,000		11,000		3,000	
Summe:		8,000		11,000		3,000	

Berliner Feuerwehr
- Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Feuerwehrschule							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	14,000		14,000		13,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	4,000		4,000		4,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		25,000		25,000		24,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Brandamtsrätin/-rat	A12	2,000	2,000 *(0132)*	2,000	2,000 *(0132)*	2,000	2,000 *(0132)*
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Feuerwehrschule; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Leitende(r) Branddirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Branddirektor/in	A15	3,000		3,000		2,000	
Brandoberrätin/-rat	A14	4,000		4,000		3,000	
Brandrätin/-rat	A13	7,000		7,000		1,000	
Brandoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	2,000		2,000		5,000	3,000 *(0323)*
Brandoberamtsrätin/-rat	A13S	22,000		22,000		23,000	
Brandamtsrätin/-rat	A12	44,500		44,500		41,500	
Brandamtfrau/-mann	A11	30,000		30,000		29,000	
Brandoberinspektor/in	A10	56,000		56,000		56,000	
Brandinspektor/in	A9	12,000		12,000		12,000	
Hauptbrandmeister/in mit Amtszulage	A9Z	16,000	16,000 *(0325)*	16,000	16,000 *(0325)*	12,000	12,000 *(0325)*
Hauptbrandmeister/in	A9S	32,000		32,000		29,000	
Oberbrandmeister/in	A8	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		232,500		232,500		217,500	
Teilsumme (Teilplan A):		259,500		259,500		243,500	
Summe:		259,500		259,500		243,500	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

0323 Amtszulage nach Fußnote 11 zur BesGr. A 13 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

Berliner Feuerwehr
- Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter							
Teilplan A							
Feuerwehrschule; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst mit Feuerwehrzulage							
Brandreferendar/in	V13	12,000		12,000		10,000	
Brandoberinspektoranwärter/in	V10	275,000		326,000		177,000	
Brandmeisteranwärter/in	V07	1.183,000		1.243,000		904,500	
Zwischensumme:		1.470,000		1.581,000		1.091,500	
Teilsumme (Teilplan A):		1.470,000		1.581,000		1.091,500	
Summe:		1.470,000		1.581,000		1.091,500	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Feuerwehrschule							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E13	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	8,000		8,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r (Lehrkraft)	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		24,000		24,000		24,000	
Feuerwehrschule; Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst (ohne Feuerwehrzulage)							
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E9A	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E8	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r im feuerwehrtechnischen Dienst	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		28,000		28,000		28,000	
Summe:		28,000		28,000		28,000	

Berliner Feuerwehr
- Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Feuerwehrschule							
Azubi Notfallsanitäter/in	AUSBEG-1-AUSBEG-3	58,000		58,000		14,670	
Zwischensumme:		58,000		58,000		14,670	
Teilsumme (Teilplan A):		58,000		58,000		14,670	
Summe:		58,000		58,000		14,670	

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		0,000	
Direktor/in des LABO	B3	0,000		0,000		1,000	
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	0,000		0,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	4,000		4,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000		4,000		4,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	7,000		7,000		5,000	
Amtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		7,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	6,000		6,000		8,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	6,000		6,000		5,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	5,000		5,000		3,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		1,000	
Oberamtsmeister/in	A5	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		47,000		47,000		44,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*	0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*	0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*	0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		51,000		51,000		45,000	
Summe:		51,000		51,000		45,000	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	10,000		10,000		11,000	
Zwischensumme:		25,000		25,000		28,000	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	3,000		3,000		4,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		30,000		30,000		34,000	
Summe:		30,000		30,000		34,000	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Leitung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		3,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		5,000	
Summe:		2,000		2,000		5,000	

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	3,000		3,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	6,000		6,000		5,000	
Amtsrätin/-rat	A12	9,000		9,000		9,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	28,370		28,370		28,370	
Regierungsoberinspektor/in	A10	17,380		17,380		17,380	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	15,000		15,000		15,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	23,250		23,250		20,250	
Zwischensumme:		109,000		109,000		104,000	
Teilsumme (Teilplan A):		109,000		109,000		104,000	
Summe:		109,000		109,000		104,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	9,000		9,000		11,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	8,750		8,750		7,750	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	8,750		8,750		8,750	
Tarifbeschäftigte/r	E6	30,350		30,350		32,350	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		61,850		61,850		64,850	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	5,000		5,000		4,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		69,850		69,850		71,850	
Summe:		69,850		69,850		71,850	

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Personenstands- und Einwohnerwesen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	5,000	5,000 *(0107)*	5,000	5,000 *(0107)*	0,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,000		5,000		1,000	
Summe:		5,000		5,000		1,000	

Stellenvermerke

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	5,000		5,000		8,000	
Amtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		11,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	9,000		9,000		16,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	10,000		10,000		15,000	
Regierungsinspektor/in	A9	6,000		6,000		7,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	6,000	6,000 *(0325)*	6,000	6,000 *(0325)*	8,000	8,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	19,000		19,000		33,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	19,000		19,000		41,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	75,500		75,500		94,500	
Zwischensumme:		157,500		157,500		240,500	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0132)*
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0132)*
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0132)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		157,500		157,500		243,500	
Summe:		157,500		157,500		243,500	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	11,000		11,000		22,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		25,750	
Tarifbeschäftigte/r	E8	22,000		22,000		17,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	64,750		64,750		102,750	10,000 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,500		1,500		3,500	
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Zwischensumme:		102,250		102,250		175,000	

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	2,000		2,000		4,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		4,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	3,000		3,000		7,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		7,000	
Teilsumme (Teilplan A):		107,250		107,250		186,000	
Teilplan B							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	25,000		25,000		25,000	
Zwischensumme:		27,000		27,000		28,000	
Teilsumme (Teilplan B):		27,000		27,000		28,000	
Summe:		134,250		134,250		214,000	

Stellenvermerke

0101 Stelle/Beschäftigungsposition ist gesperrt.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E6	15,000	15,000 *(0107)*	15,000	15,000 *(0107)*	25,000	10,000 *(0101)* 5,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E4	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		15,000		15,000		26,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		16,000		16,000		28,000	
Summe:		16,000		16,000		28,000	

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Kraftfahrzeugzulassung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42811

Stellenvermerke

0101 Stelle/Beschäftigungsposition ist gesperrt.

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	8,000		8,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	7,000		7,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	6,000		6,000		0,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		0,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	0,000	
Amtsinspektor/in	A9S	16,000		16,000		0,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	19,000		19,000		0,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	16,000		16,000		0,000	
Zwischensumme:		82,000		82,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		82,000		82,000		0,000	
Summe:		82,000		82,000		0,000	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

Bezeichnung	Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	11,000		11,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	26,750		26,750		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	33,000		33,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		75,750		75,750		0,000	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	4,000		4,000		0,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		81,750		81,750		0,000	
Summe:		81,750		81,750		0,000	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	5,000	5,000 *(0107)*	5,000	5,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	5,000	5,000 *(0107)*	5,000	5,000 *(0107)*	0,000	
Zwischensumme:		10,000		10,000		0,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		13,000		13,000		0,000	
Summe:		13,000		13,000		0,000	

Stellenvermerke

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
- Entschädigungsleistungen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		5,000	
Summe:		4,000		4,000		5,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Fachärztin/Facharzt	E15	1,000		1,000		1,000	
Ärztin/Arzt	E14	0,750		0,750		0,750	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,170		1,170		1,170	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	6,000		6,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	0,750	0,750 *(2128)*	0,750	0,750 *(2128)*	0,750	0,750 *(2128)*
Zwischensumme:		12,670		12,670		13,670	
Teilsumme (Teilplan A):		12,670		12,670		13,670	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan B):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		13,670		13,670		14,670	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesamt für Einwanderung

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		0,000	
Direktor/in des Landesamtes für Einwanderung	B3	0,000		0,000		1,000	
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	2,000		2,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	6,000		7,000		5,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	14,000		15,000		11,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	26,000		29,000		20,000	
Amtsrätin/-rat	A12	39,000		43,000		32,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	45,000		45,000		48,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	112,000		112,000		108,000	
Regierungsinspektor/in	A9	23,000		23,000		17,500	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	28,000		28,000		30,190	
Regierungshauptsekretär/in	A8	12,000		12,000		41,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	9,000		9,000		10,000	
Zwischensumme:		321,000		330,000		328,690	
Service Zentrale Dienste							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	5,000		5,000		3,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	6,000		6,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	19,000		19,000		3,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	12,000		12,000		2,500	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		1,000	
Regierungsinspektor/in	A9	0,000		0,000		1,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	4,000		4,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	3,000		3,000		0,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	2,000		2,000		0,000	
Oberamtsmeister/in	A5	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		58,000		58,000		16,500	
Landeseinbürgerumszentrum (LEZ)							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	2,000		2,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		3,000	

Landesamt für Einwanderung

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A, Landeseinbürgerumszentrum (LEZ)							
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	6,150		6,150		18,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	17,170		17,170		16,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	84,000		84,000		44,000	
Amtsinspektor/in	A9S	20,000		20,000		22,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		135,320		135,320		110,000	
Teilsumme (Teilplan A):		514,320		523,320		455,190	
Summe:		514,320		523,320		455,190	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	28,000		28,000		27,930	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	50,550		50,550		26,550	
Tarifbeschäftigte/r	E6	47,750		47,750		50,750	
Zwischensumme:		134,300		135,300		111,230	
Service Zentrale Dienste							
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	4,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	5,000		5,000		2,000	
Zwischensumme:		22,000		22,000		17,000	
Landeseinbürgerumszentrum (LEZ)							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	28,000		28,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	11,000		11,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	0,500		0,500		0,000	
Zwischensumme:		41,500		41,500		10,000	

Landesamt für Einwanderung

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	11,000		11,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	32,000		32,000		10,500	
Tarifbeschäftigte/r	E5-E8	0,000		0,000		25,000	
Zwischensumme:		43,000		43,000		42,500	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		242,800		243,800		182,730	
Summe:		242,800		243,800		182,730	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E10	10,000	10,000 *(0107)*	10,000	10,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	42,000	42,000 *(0107)*	42,000	42,000 *(0107)*	10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	37,000	37,000 *(0107)*	37,000	37,000 *(0107)*	9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	17,000	17,000 *(0107)*	17,000	17,000 *(0107)*	7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	23,000	23,000 *(0107)*	23,000	23,000 *(0107)*	5,000	
Zwischensumme:		129,000		129,000		31,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		133,000		133,000		35,000	
Summe:		133,000		133,000		35,000	

Stellenvermerke

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Inneres und Sport

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**
0500	2025	2,000	3,000	-	4,000	11,000
	2024	2,000	3,000	-	4,000	11,000
	2023	3,000	5,000	-	6,000	15,000
0509	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0510	2025	-	1,000	-	1,000	1,000
	2024	-	1,000	-	1,000	1,000
	2023	-	1,000	-	1,000	1,000
0511	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0512	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0520	2025	-	1,000	-	1,000	4,000
	2024	-	1,000	-	1,000	4,000
	2023	-	1,000	-	1,000	3,000
0531	2025	1,000	1,000	-	1,000	1,000
	2024	1,000	1,000	-	1,000	1,000
	2023	1,000	1,000	-	1,000	1,000
0532	2025	-	-	-	1,000	8,000
	2024	-	-	-	1,000	8,000
	2023	-	-	-	1,000	7,000
0543	2025	-	-	-	1,000	1,000
	2024	-	-	-	1,000	1,000
	2023	-	-	-	1,000	1,000
0552	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
0556	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0559	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0561	2025	-	1,000	-	1,000	1,000
	2024	-	1,000	-	1,000	1,000
	2023	-	1,000	-	1,000	1,000
0562	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0565	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0566	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0571	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	-	1,000	-
0572	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 05**
B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**0573**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0574**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0575**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	1,000	-	1,000	2025	**0581**
-	-	1,000	-	1,000	2024	
-	-	-	1,000	-	2023	
3,000	7,000	2,000	10,000	30,000	2025	**Summe**
3,000	7,000	2,000	10,000	30,000	2024	
4,000	9,000	-	14,000	29,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		Teilsumme	**A16**	**A15**	**A14**	**A13**
0500	2025	20,000	15,000	32,000	66,550	257,000
	2024	20,000	13,000	31,000	59,550	257,000
	2023	29,000	19,000	36,000	103,700	173,000
0509	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0510	2025	3,000	3,000	2,000	8,000	-
	2024	3,000	3,000	2,000	8,000	-
	2023	3,000	3,000	2,000	3,000	-
0511	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0512	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0520	2025	6,000	3,000	7,000	8,000	1,000
	2024	6,000	3,000	7,000	7,000	1,000
	2023	5,000	3,000	8,000	6,000	1,000
0531	2025	4,000	4,000	11,000	15,000	1,000
	2024	4,000	4,000	11,000	15,000	1,000
	2023	4,000	2,000	11,000	18,000	2,000
0532	2025	9,000	11,000	57,000	88,000	13,000
	2024	9,000	11,000	57,000	88,000	13,000
	2023	8,000	11,000	53,000	91,000	17,000
0543	2025	2,000	12,000	37,000	39,000	14,000
	2024	2,000	12,000	37,000	39,000	14,000
	2023	2,000	11,000	34,000	43,000	18,000
0552	2025	1,000	2,000	5,000	4,000	-
	2024	1,000	2,000	5,000	4,000	-
	2023	-	1,000	5,000	6,000	-
0556	2025	-	4,000	33,000	35,000	3,000
	2024	-	4,000	33,000	34,000	3,000
	2023	-	4,000	31,000	30,000	4,000
0559	2025	-	-	3,000	1,000	-
	2024	-	-	3,000	1,000	-
	2023	-	-	3,000	1,000	-
0561	2025	3,000	3,000	25,000	14,000	6,000
	2024	3,000	3,000	25,000	14,000	6,000
	2023	3,000	2,000	23,000	11,000	7,000
0562	2025	-	1,000	6,000	3,000	2,000
	2024	-	1,000	6,000	3,000	2,000
	2023	-	3,000	5,000	7,000	-
0565	2025	-	3,000	10,000	18,000	4,000
	2024	-	3,000	10,000	18,000	4,000
	2023	-	2,000	10,000	17,000	1,000
0566	2025	-	1,000	4,000	5,000	8,000
	2024	-	1,000	4,000	5,000	8,000
	2023	-	1,000	3,000	4,000	2,000
0571	2025	2,000	-	4,000	3,000	4,000
	2024	2,000	-	4,000	3,000	4,000
	2023	1,000	1,000	3,000	2,000	4,000
0572	2025	-	1,000	3,000	2,000	1,000
	2024	-	1,000	3,000	2,000	1,000
	2023	-	1,000	3,000	1,000	1,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus-halts-	**Einzelplan 05**
Teilsumme	**A16**	**A15**	**A14**	**A13**	jahr	
-	1,000	1,000	3,000	-	2025	**0573**
-	1,000	1,000	3,000	-	2024	
-	2,000	2,000	4,000	-	2023	
-	1,000	1,000	2,000	-	2025	**0574**
-	1,000	1,000	2,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0575**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
2,000	5,000	8,000	21,000	1,000	2025	**0581**
2,000	5,000	7,000	20,000	1,000	2024	
1,000	5,000	6,000	17,000	1,000	2023	
52,000	70,000	250,000	335,550	315,000	2025	**Summe**
52,000	68,000	248,000	325,550	315,000	2024	
56,000	71,000	239,000	364,700	231,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A13Z	**A13S**	**A12**	**A11**	**A10**
0500	2025	-	41,250	55,770	31,342	14,000
	2024	-	39,250	50,770	29,342	14,000
	2023	-	54,100	56,770	45,692	16,000
0509	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	1,000	2,000	-
0510	2025	-	4,000	5,000	2,800	3,750
	2024	-	4,000	5,000	2,800	3,750
	2023	-	7,000	5,000	3,880	4,000
0511	2025	-	-	-	1,000	2,000
	2024	-	-	-	1,000	2,000
	2023	-	-	-	-	3,000
0512	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0520	2025	-	30,000	38,000	24,000	28,000
	2024	-	30,000	38,000	24,000	28,000
	2023	-	28,000	39,000	24,000	29,000
0531	2025	-	28,000	56,000	54,000	14,750
	2024	-	28,000	56,000	54,000	14,750
	2023	-	26,900	54,000	54,000	14,750
0532	2025	-	387,000	793,000	3.255,000	4.320,000
	2024	-	387,000	793,000	3.255,000	4.320,000
	2023	-	383,000	786,000	3.239,000	4.302,000
0543	2025	-	188,000	376,000	1.061,000	906,500
	2024	-	188,000	376,000	1.061,000	905,500
	2023	-	185,000	374,000	1.049,000	896,500
0552	2025	-	26,000	121,750	265,000	113,000
	2024	-	26,000	121,750	265,000	113,000
	2023	-	25,000	121,750	262,000	108,000
0556	2025	-	58,000	117,000	219,000	142,000
	2024	-	58,000	116,000	219,000	142,000
	2023	-	53,100	115,750	215,250	152,900
0559	2025	-	22,000	52,000	198,000	212,000
	2024	-	22,000	52,000	198,000	212,000
	2023	-	22,000	52,000	198,000	212,000
0561	2025	3,000	16,000	37,000	42,000	13,000
	2024	3,000	16,000	37,000	42,000	13,000
	2023	2,000	8,000	15,000	19,000	4,000
0562	2025	9,000	12,000	52,000	94,000	171,000
	2024	9,000	12,000	52,000	94,000	171,000
	2023	10,000	16,000	71,000	114,000	178,000
0565	2025	11,000	29,000	62,000	44,750	38,000
	2024	11,000	29,000	62,000	44,750	38,000
	2023	8,000	31,000	49,000	54,750	37,750
0566	2025	2,000	24,000	47,500	44,000	60,000
	2024	2,000	24,000	47,500	44,000	60,000
	2023	5,000	25,000	44,500	42,000	60,000
0571	2025	-	7,000	7,000	7,000	6,000
	2024	-	7,000	7,000	7,000	6,000
	2023	-	5,000	8,000	8,000	5,000
0572	2025	-	6,000	9,000	28,370	17,380
	2024	-	6,000	9,000	28,370	17,380
	2023	-	5,000	9,000	28,370	17,380

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus-halts-	**Einzelplan 05**
A13Z	**A13S**	**A12**	**A11**	**A10**	jahr	
-	5,000	3,000	9,000	10,000	2025	**0573**
-	5,000	3,000	9,000	10,000	2024	
-	8,000	12,000	17,000	15,000	2023	
-	3,000	8,000	7,000	6,000	2025	**0574**
-	3,000	8,000	7,000	6,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	1,000	-	1,000	2025	**0575**
-	-	1,000	-	1,000	2024	
-	-	1,000	-	1,000	2023	
-	39,000	68,150	74,170	199,000	2025	**0581**
-	36,000	64,150	74,170	199,000	2024	
-	25,000	53,000	66,500	153,000	2023	
25,000	925,250	1.909,170	5.461,432	6.277,380	2025	**Summe**
25,000	920,250	1.899,170	5.459,432	6.276,380	2024	
25,000	907,100	1.867,770	5.442,442	6.209,280	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A9	**A9Z**	**A9S**	**A8**	**A7**
0500	2025	636,000	-	2,000	2,000	-
	2024	471,000	-	2,000	2,000	-
	2023	612,750	-	1,000	1,500	-
0509	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-
0510	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0511	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0512	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0520	2025	20,000	3,000	23,000	25,000	-
	2024	20,000	3,000	23,000	25,000	-
	2023	20,000	3,000	23,000	25,000	-
0531	2025	-	-	2,000	5,000	-
	2024	-	-	2,000	5,000	-
	2023	-	-	3,000	4,000	-
0532	2025	2.319,000	1,000	22,000	2.205,500	538,500
	2024	2.319,000	1,000	22,000	2.205,500	538,500
	2023	2.319,000	1,000	22,000	2.206,250	539,050
0543	2025	323,000	2,000	-	98,000	34,000
	2024	323,000	2,000	-	98,000	34,000
	2023	324,000	2,000	-	99,000	35,000
0552	2025	15,000	1,000	2,000	3,000	3,000
	2024	15,000	1,000	2,000	3,000	3,000
	2023	15,000	1,000	2,000	3,000	1,750
0556	2025	205,000	1,000	15,000	91,000	159,950
	2024	20,000	1,000	15,000	91,000	24,950
	2023	12,000	1,000	14,000	91,000	21,400
0559	2025	288,000	-	14,000	227,500	221,000
	2024	288,000	-	14,000	227,500	221,000
	2023	288,000	-	14,000	227,500	221,000
0561	2025	3,000	15,000	12,000	5,000	-
	2024	3,000	15,000	12,000	5,000	-
	2023	3,000	9,000	8,000	4,000	-
0562	2025	2,000	681,000	1.000,000	1.162,000	272,000
	2024	2,000	681,000	1.000,000	1.162,000	272,000
	2023	1,000	675,000	922,000	1.047,000	274,000
0565	2025	8,000	72,000	143,000	30,000	8,000
	2024	8,000	72,000	143,000	30,000	8,000
	2023	7,000	101,000	208,000	121,000	1,000
0566	2025	13,000	16,000	32,000	3,000	-
	2024	13,000	16,000	32,000	3,000	-
	2023	13,000	12,000	29,000	3,000	-
0571	2025	-	2,000	5,000	2,000	-
	2024	-	2,000	5,000	2,000	-
	2023	-	2,000	3,000	1,000	-
0572	2025	1,000	-	2,000	15,000	23,250
	2024	1,000	-	2,000	15,000	23,250
	2023	1,000	-	2,000	15,000	20,250

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 05
A9	**A9Z**	**A9S**	**A8**	**A7**	jahr	
6,000	6,000	19,000	19,000	75,500	2025	**0573**
6,000	6,000	19,000	19,000	75,500	2024	
7,000	8,000	33,000	41,000	94,500	2023	
1,000	2,000	16,000	19,000	16,000	2025	**0574**
1,000	2,000	16,000	19,000	16,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	-	-	-	1,000	2025	**0575**
1,000	-	-	-	1,000	2024	
1,000	-	-	-	2,000	2023	
23,000	3,000	52,000	16,000	11,000	2025	**0581**
23,000	3,000	52,000	16,000	11,000	2024	
18,500	3,000	53,190	41,000	10,000	2023	
3.864,000	805,000	1.362,000	3.928,000	1.363,200	2025	**Summe**
3.514,000	805,000	1.362,000	3.928,000	1.228,200	2024	
3.643,250	818,000	1.338,190	3.930,250	1.219,950	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A			
		A6	**A6S**	**A5**	**Teilsumme**
0500	2025	61,000	-	-	1.213,912
	2024	49,000	-	-	1.017,912
	2023	20,000	-	-	1.139,512
0509	2025	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-
	2023	-	-	-	4,000
0510	2025	-	-	-	28,550
	2024	-	-	-	28,550
	2023	-	-	-	27,880
0511	2025	-	-	-	5,000
	2024	-	-	-	5,000
	2023	-	-	-	5,000
0512	2025	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-
0520	2025	-	-	-	210,000
	2024	-	-	-	209,000
	2023	-	-	-	209,000
0531	2025	-	-	-	190,750
	2024	-	-	-	190,750
	2023	-	-	-	189,650
0532	2025	28,500	-	1,000	14.039,500
	2024	28,500	-	1,000	14.039,500
	2023	26,500	-	1,000	13.996,800
0543	2025	15,000	2,000	2,000	3.109,500
	2024	15,000	2,000	2,000	3.108,500
	2023	15,000	2,000	2,000	3.089,500
0552	2025	-	-	-	560,750
	2024	-	-	-	560,750
	2023	-	-	-	551,500
0556	2025	8,000	4,000	5,000	1.099,950
	2024	8,000	4,000	5,000	777,950
	2023	10,000	4,000	5,000	764,400
0559	2025	-	-	-	1.238,500
	2024	-	-	-	1.238,500
	2023	-	-	-	1.238,500
0561	2025	-	-	-	194,000
	2024	-	-	-	194,000
	2023	-	-	-	115,000
0562	2025	-	-	-	3.467,000
	2024	-	-	-	3.467,000
	2023	-	-	-	3.323,000
0565	2025	-	-	-	480,750
	2024	-	-	-	480,750
	2023	-	-	-	648,500
0566	2025	-	-	-	259,500
	2024	-	-	-	259,500
	2023	-	-	-	243,500
0571	2025	-	-	2,000	49,000
	2024	-	-	2,000	49,000
	2023	-	-	2,000	44,000
0572	2025	-	-	-	109,000
	2024	-	-	-	109,000
	2023	-	-	-	104,000

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 05
A6	**A6S**	**A5**	**Teilsumme**		jahr	
-	-	-	157,500		2025	**0573**
-	-	-	157,500		2024	
-	-	-	243,500		2023	
-	-	-	82,000		2025	**0574**
-	-	-	82,000		2024	
-	-	-	-		2023	
-	-	-	4,000		2025	**0575**
-	-	-	4,000		2024	
-	-	-	5,000		2023	
-	-	1,000	521,320		2025	**0581**
-	-	1,000	512,320		2024	
-	-	2,000	454,190		2023	
112,500	6,000	11,000	27.020,482		2025	**Summe**
100,500	6,000	11,000	26.491,482		2024	
71,500	6,000	12,000	26.396,432		2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
0500	2025	-	3,000	1,000	3,000	10,000
	2024	-	3,000	1,000	3,000	10,000
	2023	-	9,000	1,000	4,000	11,000
0509	2025	-	-	-	1,000	1,000
	2024	-	-	-	1,000	1,000
	2023	-	1,000	-	2,000	1,000
0510	2025	2,000	5,700	2,000	3,000	6,000
	2024	2,000	5,700	2,000	1,500	4,000
	2023	2,000	4,000	1,000	1,000	5,000
0511	2025	-	3,000	4,000	1,000	4,000
	2024	-	3,000	3,000	1,000	3,000
	2023	-	2,000	2,000	1,000	2,000
0512	2025	1,000	2,000	1,000	1,000	8,000
	2024	1,000	2,000	1,000	-	8,000
	2023	1,000	1,000	2,000	-	8,000
0520	2025	1,000	3,000	4,000	7,000	4,000
	2024	1,000	3,000	4,000	7,000	4,000
	2023	1,000	3,000	4,000	7,000	4,000
0531	2025	2,000	2,000	4,000	8,000	2,000
	2024	2,000	2,000	4,000	8,000	2,000
	2023	1,000	1,000	4,000	7,000	2,000
0532	2025	-	-	-	6,000	11,000
	2024	-	-	-	2,000	11,000
	2023	-	-	-	2,000	7,000
0543	2025	11,000	56,000	45,000	108,000	39,000
	2024	9,000	54,000	40,000	106,000	39,000
	2023	4,000	54,000	45,000	104,000	33,500
0552	2025	-	-	17,000	4,000	24,500
	2024	-	-	17,000	4,000	24,500
	2023	-	-	17,000	5,000	24,500
0556	2025	4,500	9,000	25,000	28,500	83,000
	2024	4,500	9,000	24,000	22,500	83,000
	2023	4,500	8,000	15,500	29,500	76,000
0559	2025	-	1,000	-	-	-
	2024	-	1,000	-	-	-
	2023	-	1,000	-	-	-
0561	2025	1,000	1,000	5,000	1,000	5,000
	2024	1,000	1,000	5,000	1,000	5,000
	2023	2,000	2,000	6,000	-	4,000
0562	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0565	2025	2,000	6,000	9,000	29,000	39,000
	2024	2,000	6,000	9,000	29,000	39,000
	2023	2,000	4,000	10,000	28,000	44,000
0566	2025	-	2,000	3,000	8,000	2,000
	2024	-	2,000	3,000	8,000	2,000
	2023	-	2,000	3,000	8,000	2,000
0571	2025	-	1,000	1,000	2,000	4,000
	2024	-	1,000	1,000	2,000	4,000
	2023	-	2,000	1,000	2,000	4,000
0572	2025	-	-	-	1,000	14,000
	2024	-	-	-	1,000	14,000
	2023	-	-	-	1,000	15,000

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 05
E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**	jahr	
-	-	-	2,000	4,000	2025	**0573**
-	-	-	2,000	4,000	2024	
-	-	-	2,000	9,000	2023	
-	-	-	-	5,000	2025	**0574**
-	-	-	-	5,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	1,750	-	-	-	2025	**0575**
1,000	1,750	-	-	-	2024	
1,000	1,750	-	-	-	2023	
-	-	-	4,000	10,000	2025	**0581**
-	-	-	3,000	10,000	2024	
-	-	-	2,000	9,000	2023	
25,500	96,450	121,000	217,500	275,500	2025	**Summe**
23,500	94,450	114,000	202,000	272,500	2024	
18,500	95,750	111,500	205,500	261,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**
0500	2025	6,000	19,000	11,000	11,500	-
	2024	6,000	19,000	11,000	11,500	-
	2023	4,000	17,000	12,000	16,000	-
0509	2025	1,000	10,000	-	-	-
	2024	2,000	10,000	-	-	-
	2023	3,000	13,000	-	1,500	-
0510	2025	2,660	-	2,000	2,000	-
	2024	2,660	-	2,000	2,000	-
	2023	2,000	-	1,000	3,000	-
0511	2025	2,000	-	-	1,000	6,000
	2024	2,000	-	-	1,000	6,000
	2023	1,000	-	1,000	1,000	6,000
0512	2025	1,500	-	1,000	4,000	12,000
	2024	1,000	-	1,000	4,000	12,000
	2023	-	-	1,000	5,000	12,000
0520	2025	2,000	10,000	2,000	8,000	-
	2024	2,000	10,000	2,000	8,000	-
	2023	2,000	9,000	3,000	8,000	-
0531	2025	6,000	2,000	4,000	5,000	-
	2024	6,000	2,000	4,000	5,000	-
	2023	3,000	2,000	2,000	3,000	-
0532	2025	8,000	88,000	145,800	54,500	-
	2024	8,000	88,000	145,800	54,500	-
	2023	10,000	85,000	144,800	51,500	-
0543	2025	31,000	33,880	151,420	52,420	-
	2024	31,000	33,880	151,420	52,420	-
	2023	29,000	29,880	134,420	48,420	-
0552	2025	3,000	10,000	2,000	4,000	1,000
	2024	3,000	10,000	2,000	4,000	1,000
	2023	1,000	10,000	2,000	3,000	1,000
0556	2025	9,000	53,420	51,910	97,250	67,000
	2024	9,000	43,420	51,910	97,250	67,000
	2023	14,000	35,420	50,830	109,550	68,000
0559	2025	-	8,000	2,000	9,000	-
	2024	-	8,000	2,000	9,000	-
	2023	-	8,000	2,000	9,000	-
0561	2025	1,000	-	2,000	1,000	-
	2024	1,000	-	2,000	1,000	-
	2023	1,000	-	1,000	1,000	-
0562	2025	-	-	10,000	163,000	-
	2024	-	-	10,000	163,000	-
	2023	-	-	10,000	166,000	-
0565	2025	16,000	61,000	70,000	31,000	36,000
	2024	16,000	56,000	70,000	31,000	36,000
	2023	18,000	51,000	68,000	30,000	38,000
0566	2025	1,000	3,000	5,000	2,000	-
	2024	1,000	3,000	5,000	2,000	-
	2023	1,000	3,000	4,000	2,000	-
0571	2025	1,000	4,000	1,000	2,000	-
	2024	1,000	4,000	1,000	2,000	-
	2023	-	7,000	1,000	3,000	-
0572	2025	-	8,750	3,000	8,750	-
	2024	-	8,750	3,000	8,750	-
	2023	-	7,750	3,000	8,750	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 05
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**	jahr	
-	12,000	-	22,000	-	2025	**0573**
-	12,000	-	22,000	-	2024	
-	23,000	26,750	17,000	-	2023	
-	11,000	26,750	2,000	-	2025	**0574**
-	11,000	26,750	2,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,170	6,000	2,000	-	-	2025	**0575**
1,170	6,000	2,000	-	-	2024	
1,170	7,000	2,000	-	-	2023	
2,000	73,000	54,550	3,000	-	2025	**0581**
2,000	73,000	54,550	3,000	-	2024	
2,000	40,930	28,550	2,000	-	2023	
94,330	413,050	547,430	483,420	122,000	2025	**Summe**
94,830	398,050	547,430	483,420	122,000	2024	
92,170	348,980	498,350	488,720	125,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**
0500	2025	-	16,000	1,000	-	-
	2024	-	16,000	1,000	-	-
	2023	3,500	15,000	2,000	-	-
0509	2025	1,000	2,000	-	-	0,500
	2024	1,000	2,000	-	-	0,500
	2023	1,000	3,000	-	-	0,500
0510	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0511	2025	7,500	1,000	13,000	1,000	-
	2024	7,500	1,000	13,000	1,000	-
	2023	7,500	1,000	13,000	1,000	-
0512	2025	14,000	24,000	32,000	7,000	-
	2024	14,000	24,000	32,000	7,000	-
	2023	14,000	24,000	32,000	7,000	-
0520	2025	4,606	1,000	-	6,000	-
	2024	4,606	1,000	-	6,000	-
	2023	4,830	1,000	-	6,000	-
0531	2025	6,000	1,000	6,250	-	-
	2024	6,000	1,000	6,250	-	-
	2023	6,000	1,000	6,250	-	-
0532	2025	678,669	1.144,250	13,823	60,880	-
	2024	678,669	1.144,250	13,823	60,880	-
	2023	676,669	372,920	796,203	64,030	-
0543	2025	44,500	157,790	48,970	9,750	-
	2024	44,500	157,790	48,970	9,750	-
	2023	47,500	147,790	79,720	11,750	-
0552	2025	18,000	-	15,000	4,000	-
	2024	18,000	-	15,000	4,000	-
	2023	15,000	-	15,000	4,800	-
0556	2025	102,000	36,500	129,000	70,000	-
	2024	102,000	36,500	129,000	70,000	-
	2023	102,000	46,120	127,000	70,500	-
0559	2025	1,000	845,000	-	-	-
	2024	1,000	845,000	-	-	-
	2023	1,000	6,000	839,000	-	-
0561	2025	-	1,000	-	-	-
	2024	-	1,000	-	-	-
	2023	1,000	1,000	-	-	-
0562	2025	4,000	-	-	-	-
	2024	4,000	-	-	-	-
	2023	-	-	15,000	-	-
0565	2025	43,000	10,000	19,000	1,000	-
	2024	43,000	10,000	19,000	1,000	-
	2023	46,000	7,000	5,000	1,000	-
0566	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	3,000	-	-	-	-
0571	2025	1,000	1,000	2,000	10,000	-
	2024	1,000	1,000	2,000	10,000	-
	2023	1,000	1,000	1,000	11,000	-
0572	2025	30,350	4,000	-	-	-
	2024	30,350	4,000	-	-	-
	2023	32,350	4,000	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 05
E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**	jahr	
89,750	3,500	1,000	-	-	2025	**0573**
89,750	3,500	1,000	-	-	2024	
127,750	7,500	1,000	-	-	2023	
33,000	4,000	-	-	-	2025	**0574**
33,000	4,000	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	1,750	-	-	2025	**0575**
-	-	1,750	-	-	2024	
-	-	1,750	-	-	2023	
63,750	33,000	-	0,500	-	2025	**0581**
63,750	33,000	-	0,500	-	2024	
54,750	43,500	-	-	-	2023	
1.144,125	2.285,040	282,793	170,130	0,500	2025	**Summe**
1.144,125	2.285,040	282,793	170,130	0,500	2024	
1.144,849	681,830	1.933,923	177,080	0,500	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		Teilsumme	**KR7**	**Teilsumme**	**S12**	**S8A**
0500	2025	81,500	-	-	-	-
	2024	81,500	-	-	-	-
	2023	94,500	-	-	-	-
0509	2025	16,500	-	-	-	-
	2024	17,500	-	-	-	-
	2023	26,000	-	-	-	-
0510	2025	25,360	-	-	-	-
	2024	21,860	-	-	-	-
	2023	19,000	-	-	-	-
0511	2025	43,500	-	-	-	-
	2024	41,500	-	-	-	-
	2023	38,500	-	-	-	-
0512	2025	108,500	-	-	-	-
	2024	107,000	-	-	-	-
	2023	107,000	-	-	-	-
0520	2025	52,606	-	-	-	-
	2024	52,606	-	-	-	-
	2023	52,830	-	-	-	-
0531	2025	48,250	-	-	-	-
	2024	48,250	-	-	-	-
	2023	38,250	-	-	-	-
0532	2025	2.210,922	-	-	-	-
	2024	2.206,922	-	-	-	-
	2023	2.210,122	-	-	-	-
0543	2025	788,730	-	-	1,000	1,000
	2024	777,730	-	-	1,000	1,000
	2023	768,980	-	-	-	1,000
0552	2025	102,500	-	-	-	-
	2024	102,500	-	-	-	-
	2023	98,300	-	-	-	-
0556	2025	766,080	1,000	1,000	1,000	-
	2024	749,080	1,000	1,000	1,000	-
	2023	756,920	1,000	1,000	1,000	-
0559	2025	866,000	-	-	-	-
	2024	866,000	-	-	-	-
	2023	866,000	-	-	-	-
0561	2025	18,000	-	-	-	-
	2024	18,000	-	-	-	-
	2023	19,000	-	-	-	-
0562	2025	177,000	-	-	-	-
	2024	177,000	-	-	-	-
	2023	191,000	-	-	-	-
0565	2025	372,000	-	-	-	-
	2024	367,000	-	-	-	-
	2023	352,000	-	-	-	-
0566	2025	28,000	-	-	-	-
	2024	28,000	-	-	-	-
	2023	28,000	-	-	-	-
0571	2025	30,000	-	-	-	-
	2024	30,000	-	-	-	-
	2023	34,000	-	-	-	-
0572	2025	69,850	-	-	-	-
	2024	69,850	-	-	-	-
	2023	71,850	-	-	-	-

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 05
Teilsumme	**KR7**	**Teilsumme**	**S12**	**S8A**	jahr	
134,250	-	-	-	-	2025	**0573**
134,250	-	-	-	-	2024	
214,000	-	-	-	-	2023	
81,750	-	-	-	-	2025	**0574**
81,750	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
13,670	-	-	-	-	2025	**0575**
13,670	-	-	-	-	2024	
14,670	-	-	-	-	2023	
243,800	-	-	-	-	2025	**0581**
242,800	-	-	-	-	2024	
182,730	-	-	-	-	2023	
6.278,768	1,000	1,000	2,000	1,000	2025	**Summe**
6.234,768	1,000	1,000	2,000	1,000	2024	
6.183,652	1,000	1,000	1,000	1,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		Teilsumme	**AT**	**Teilsumme**		
0500	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0509	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0510	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0511	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0512	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0520	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0531	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0532	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0543	2025	2,000	1,000	1,000		
	2024	2,000	1,000	1,000		
	2023	1,000	1,000	1,000		
0552	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0556	2025	1,000	-	-		
	2024	1,000	-	-		
	2023	1,000	-	-		
0559	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0561	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0562	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0565	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0566	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0571	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0572	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 05**
Teilsumme	**AT**	**Teilsumme**			jahr	
-	-	-			2025	**0573**
-	-	-			2024	
-	-	-			2023	
-	-	-			2025	**0574**
-	-	-			2024	
-	-	-			2023	
-	-	-			2025	**0575**
-	-	-			2024	
-	-	-			2023	
-	-	-			2025	**0581**
-	-	-			2024	
-	-	-			2023	
3,000	1,000	1,000			2025	**Summe**
3,000	1,000	1,000			2024	
2,000	1,000	1,000			2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 05	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbeschäftigte	Insgesamt		
0500	2025	1.233,912	81,500	1.315,412		
	2024	1.037,912	81,500	1.119,412		
	2023	1.168,512	94,500	1.263,012		
0509	2025	-	16,500	16,500		
	2024	-	17,500	17,500		
	2023	4,000	26,000	30,000		
0510	2025	31,550	25,360	56,910		
	2024	31,550	21,860	53,410		
	2023	30,880	19,000	49,880		
0511	2025	5,000	43,500	48,500		
	2024	5,000	41,500	46,500		
	2023	5,000	38,500	43,500		
0512	2025	-	108,500	108,500		
	2024	-	107,000	107,000		
	2023	-	107,000	107,000		
0520	2025	216,000	52,606	268,606		
	2024	215,000	52,606	267,606		
	2023	214,000	52,830	266,830		
0531	2025	194,750	48,250	243,000		
	2024	194,750	48,250	243,000		
	2023	193,650	38,250	231,900		
0532	2025	14.048,500	2.210,922	16.259,422		
	2024	14.048,500	2.206,922	16.255,422		
	2023	14.004,800	2.210,122	16.214,922		
0543	2025	3.111,500	791,730	3.903,230		
	2024	3.110,500	780,730	3.891,230		
	2023	3.091,500	770,980	3.862,480		
0552	2025	561,750	102,500	664,250		
	2024	561,750	102,500	664,250		
	2023	551,500	98,300	649,800		
0556	2025	1.099,950	768,080	1.868,030		
	2024	777,950	751,080	1.529,030		
	2023	764,400	758,920	1.523,320		
0559	2025	1.238,500	866,000	2.104,500		
	2024	1.238,500	866,000	2.104,500		
	2023	1.238,500	866,000	2.104,500		
0561	2025	197,000	18,000	215,000		
	2024	197,000	18,000	215,000		
	2023	118,000	19,000	137,000		
0562	2025	3.467,000	177,000	3.644,000		
	2024	3.467,000	177,000	3.644,000		
	2023	3.323,000	191,000	3.514,000		
0565	2025	480,750	372,000	852,750		
	2024	480,750	367,000	847,750		
	2023	648,500	352,000	1.000,500		
0566	2025	259,500	28,000	287,500		
	2024	259,500	28,000	287,500		
	2023	243,500	28,000	271,500		
0571	2025	51,000	30,000	81,000		
	2024	51,000	30,000	81,000		
	2023	45,000	34,000	79,000		
0572	2025	109,000	69,850	178,850		
	2024	109,000	69,850	178,850		
	2023	104,000	71,850	175,850		

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe- schäftigte	Insgesamt			Haus- halts- jahr	Einzelplan 05
157,500	134,250	291,750			2025	**0573**
157,500	134,250	291,750			2024	
243,500	214,000	457,500			2023	
82,000	81,750	163,750			2025	**0574**
82,000	81,750	163,750			2024	
-	-	-			2023	
4,000	13,670	17,670			2025	**0575**
4,000	13,670	17,670			2024	
5,000	14,670	19,670			2023	
523,320	243,800	767,120			2025	**0581**
514,320	242,800	757,120			2024	
455,190	182,730	637,920			2023	
27.072,482	6.283,768	33.356,250			2025	**Summe**
26.543,482	6.239,768	32.783,250			2024	
26.452,432	6.187,652	32.640,084			2023	

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 6
Einzelplan 06
Justiz und Verbraucherschutz

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6 - 5
Kapitel 0600 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	6 - 13
Produktdarstellung	6 - 35
Kapitel 0601 umgegliedert	6 - 39
Kapitel 0605 Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt	6 - 41
Produktdarstellung	6 - 47
Kapitel 0608 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -	6 - 49
Übersicht zum Wirtschaftsplan des institutionellen Zuwendungsempfängers Verbraucherzentrale Berlin e. V.	6 - 71
Produktdarstellung	6 - 73
Kapitel 0609 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Personalüberhang -	6 - 79
Kapitel 0611 Generalstaatsanwaltschaft	6 - 81
Produktdarstellung	6 - 91
Kapitel 0612 Staatsanwaltschaft	6 - 93
Produktdarstellung	6 - 101
Kapitel 0613 Amtsanwaltschaft	6 - 105
Kapitel 0614 Europäische Staatsanwaltschaft	6 - 111
Kapitel 0615 Kammergericht	6 - 115
Produktdarstellung	6 - 133
Kapitel 0616 Landgericht I - Strafsachen -	6 - 137
Produktdarstellung	6 - 143
Kapitel 0617 Landgericht II - Zivilsachen -	6 - 145
Kapitel 0619 Amtsgericht Charlottenburg	6 - 151
Produktdarstellung	6 - 155
Kapitel 0621 Amtsgericht Köpenick	6 - 161
Kapitel 0622 Amtsgericht Lichtenberg	6 - 165
Kapitel 0623 Amtsgericht Mitte	6 - 169
Kapitel 0624 Amtsgericht Neukölln	6 - 173
Kapitel 0625 Amtsgericht Pankow	6 - 177
Kapitel 0626 Amtsgericht Schöneberg	6 - 183
Kapitel 0627 Amtsgericht Spandau	6 - 187
Kapitel 0628 Amtsgericht Kreuzberg	6 - 191

	Band/Seite
Kapitel 0630 Amtsgericht Tiergarten	6 - 195
Produktdarstellung	6 - 201
Kapitel 0631 Amtsgericht Wedding	6 - 205
Kapitel 0632 Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg	6 - 211
Kapitel 0641 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	6 - 217
Produktdarstellung	6 - 227
Kapitel 0642 Verwaltungsgericht	6 - 229
Produktdarstellung	6 - 239
Kapitel 0651 Sozialgericht	6 - 243
Produktdarstellung	6 - 251
Kapitel 0661 Justizvollzugsanstalt Plötzensee	6 - 255
Produktdarstellung	6 - 275
Kapitel 0663 Justizvollzugsanstalt für Frauen	6 - 281
Kapitel 0664 Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin	6 - 289
Kapitel 0666 Justizvollzugsanstalt Moabit	6 - 299
Kapitel 0668 Justizvollzugsanstalt Tegel	6 - 307
Kapitel 0669 Jugendstrafanstalt	6 - 317
Kapitel 0671 Jugendarrestanstalt	6 - 325
Kapitel 0672 Justizvollzugsanstalt Heidering	6 - 331
Kapitel 0691 Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -	6 - 339
Produktdarstellung	6 - 345
Stellenplan	6 - 349
Stellenübersicht	6 - 443
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2 4
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	14
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	

Justiz und Verbraucherschutz

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Im Einzelplan 06 - Justiz und Verbraucherschutz - besteht die im Folgenden dargestellte Kapitelstruktur:

Kapitel-kenn-zahl	Bezeichnung
0600	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -
0605	Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt
0608	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -
0609	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Personalüberhang -
0611	Generalstaatsanwaltschaft
0612	Staatsanwaltschaft
0613	Amtsanwaltschaft
0614	Europäische Staatsanwaltschaft
0615	Kammergericht
0616	Landgericht I - Strafsachen -
0617	Landgericht II - Zivilsachen -
0619	Amtsgericht Charlottenburg
0621	Amtsgericht Köpenick
0622	Amtsgericht Lichtenberg
0623	Amtsgericht Mitte
0624	Amtsgericht Neukölln
0625	Amtsgericht Pankow
0626	Amtsgericht Schöneberg
0627	Amtsgericht Spandau
0628	Amtsgericht Kreuzberg
0630	Amtsgericht Tiergarten
0631	Amtsgericht Wedding
0632	Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg
0641	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
0642	Verwaltungsgericht
0651	Sozialgericht
0661	Justizvollzugsanstalt Plötzensee
0663	Justizvollzugsanstalt für Frauen
0664	Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin
0666	Justizvollzugsanstalt Moabit
0668	Justizvollzugsanstalt Tegel
0669	Jugendstrafanstalt
0671	Jugendarrestanstalt
0672	Justizvollzugsanstalt Heidering
0691	Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Daten zum klimagerechten Haushalten wurden für Maßnahmen bei Kapitel 0661, Titel 81179 und 81180 sowie Kapitel 0664, Titel 81179 erhoben.

Justiz und Verbraucherschutz

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**337.608.500**	**342.608.500**	**315.741.400**	**325.655.450,95**
11	Verwaltungseinnahmen	336.381.600	341.381.600	314.361.300	324.517.677,45
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	1.045.500	1.045.500	1.244.100	1.045.015,25
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	45.400	45.400	---	45.389,30
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	377,27
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	135.000	135.000	135.000	46.991,68
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**7.337.400**	**7.337.400**	**6.627.500**	**6.391.441,68**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	7.333.400	7.333.400	6.623.500	6.209.470,40
27	Zuschüsse von der EU	1.000	1.000	1.000	1.963,29
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	3.000	3.000	3.000	180.007,99
∑	**Summe Einnahmen**	**344.945.900**	**349.945.900**	**322.368.900**	**332.046.892,63**

Justiz und Verbraucherschutz

Gruppierungsübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**690.375.600**	**722.539.700**	**644.676.300**	**643.222.991,38**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	1.099.500	1.099.500	944.300	1.096.535,93
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	661.760.200	693.230.700	619.063.200	616.115.582,31
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	23.848.600	24.542.200	21.794.500	22.356.799,36
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	3.667.300	3.667.300	3.994.300	3.654.073,78
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	---	---	-1.120.000	---
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**415.081.100**	**421.342.700**	**400.522.800**	**393.460.146,31**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	415.081.100	421.342.700	400.522.800	393.460.146,31
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**73.901.800**	**75.573.300**	**72.903.500**	**67.505.720,51**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	14.775.000	15.181.500	12.824.200	14.369.863,54
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	7.929.800	7.632.800	9.338.800	7.433.309,27
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	51.197.000	52.759.000	50.740.500	45.702.547,70
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**28.077.000**	**31.593.000**	**23.327.000**	**16.323.754,58**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	27.863.000	31.379.000	23.113.000	16.199.442,48
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	214.000	214.000	214.000	124.312,10
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**---**	**---**	**-1.022.000**	**---**
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	---	---	-1.022.000	---
Σ	**Summe Ausgaben**	**1.207.435.500**	**1.251.048.700**	**1.140.407.600**	**1.120.512.612,78**

Justiz und Verbraucherschutz

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**344.692.900**	**349.692.900**	**322.116.900**	**330.462.738,39**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	1.972.000	1.972.000	2.221.000	2.568.732,68
05	Rechtsschutz	342.720.900	347.720.900	319.895.900	327.894.005,71
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**116.000**	**116.000**	**115.000**	**1.534.822,00**
31	Gesundheitswesen	116.000	116.000	115.000	1.534.822,00
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**137.000**	**137.000**	**137.000**	**49.332,24**
52	Landwirtschaft und Ernährung	137.000	137.000	137.000	49.332,24
∑	**Summe Einnahmen**	**344.945.900**	**349.945.900**	**322.368.900**	**332.046.892,63**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**1.166.086.400**	**1.208.533.300**	**1.103.417.100**	**1.084.869.723,89**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	25.786.500	27.946.100	23.305.600	21.766.162,60
05	Rechtsschutz	1.140.299.900	1.180.587.200	1.080.111.500	1.063.103.561,29
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**39.209.600**	**40.399.400**	**36.636.800**	**33.730.368,86**
31	Gesundheitswesen	39.209.600	40.399.400	36.636.800	33.730.368,86
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**1.376.000**	**1.375.000**	**1.466.000**	**1.042.018,52**
52	Landwirtschaft und Ernährung	1.376.000	1.375.000	1.466.000	1.042.018,52
8	**Finanzwirtschaft**	**763.500**	**741.000**	**-1.112.300**	**870.501,51**
86	Sonstiges	763.500	741.000	1.029.700	870.501,51
88	Globalposten	---	---	-2.142.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**1.207.435.500**	**1.251.048.700**	**1.140.407.600**	**1.120.512.612,78**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Im Einzelplan 06 werden die Maßnahmegruppe 31 - Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT - und die Maßnahmegruppe 32 - Ausgaben für verfahrensabhängige IKT - verwendet.

Die nachfolgende Tabelle weist die verfahrensunabhängigen Ausgaben für IKT der einzelnen Behörden aus.

Kapitel	Behörde	Ansatz / €	
		2022	2023
0600-0608	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz	0	0
0611-0614	Strafverfolgungsbehörden	1.538.500	1.545.500
0615-0632	Kammergericht, Landgericht, Amtsgerichte	15.897.000	15.515.000
0641	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	541.500	535.000
0642	Verwaltungsgericht	879.000	1.043.000
0651	Sozialgericht	653.500	647.500
0661-0691	Justizvollzugsanstalten und Soziale Dienste der Justiz	4.178.500	4.401.100
Σ	**Summe**	**23.688.000**	**23.687.100**

Die nachfolgende Tabelle weist die verfahrensabhängigen Ausgaben für IKT der einzelnen Behörden aus.

Kapitel	Behörde	Ansatz / €	
		2022	2023
0600-0608	Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz	6.127.000	6.992.000
0611-0614	Strafverfolgungsbehörden	3.144.300	4.103.300
0615-0631	Kammergericht, Landgericht, Amtsgerichte	29.699.000	33.979.000
0632	Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg	1.454.000	1.504.000
0641	Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg	238.800	247.800
0642	Verwaltungsgericht	351.000	371.000
0651	Sozialgericht	341.500	301.500
0661-0691	Justizvollzugsanstalten und Soziale Dienste der Justiz	2.679.000	3.068.000
Σ	**Summe**	**44.034.600**	**50.566.600**

Darüber hinaus wird im Kapitel 0608 - Verbraucherschutz - die Maßnahmegruppe 02 - Landwirtschaft - verwendet.

Justiz und Verbraucherschutz

D. Gender Budgeting

Nach den Kriterien der unmittelbaren Nutzeranalyse konnten auf Basis des Jahres 2022 für folgende Titel geschlechtssensitive Daten erhoben werden:

Anzahl der Titel Hgr. 6 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht erforderlich)	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich)	
6	0	0	6	-

Anzahl der Titel Hgr. 5 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht erforderlich)	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich)	
49	21	0	28	-

Bei den übrigen Titeln der Hauptgruppen ist die Erhebung geschlechtssensitiver Daten nicht weiterführend, da diese Mittel für gesetzlich bindende oder aus sonstigen Gründen zwingende Zwecke vorgesehen sind, die unabhängig vom Geschlecht des Begünstigten zu erfüllen sind.

E. Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Die vorliegenden Daten betreffen die Politikfelder Justiz und Verbraucherschutz

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
0600; 0605; 0608; 0611; 0612; 0615; 0616; 0619; 0630; 0641; 0642; 0651; 0661; 0691

Bei den Gerichten fehlen weiterhin die Personalkosten des richterlichen Personals im Bereich der Rechtspflege

Zusammenfassende Übersicht 56 - SenJustV

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	13	Personalkosten	348.833.550	330.157.522	+5,66
Kostenträgergruppen	34	Sachkosten	187.608.457	183.760.613	+2,09
Kostenträger	173	Transferkosten	59.360.688	56.771.837	+4,56
davon		Verrechnungskosten	70.487.207	65.327.680	+7,90
Produkte	153	kalkulatorische Kosten	97.538.241	91.160.572	+7,00
MGF	14	Gemeinkosten	387.330.986	368.625.441	+5,07
Projekte	6	**Summe Verwaltungskosten**	1.151.159.130	1.095.803.666	+5,05
		Transfers	3.257.891	3.395.138	-4,04
		Gesamtsumme	1.154.417.021	1.099.198.803	+5,02

Justiz und Verbraucherschutz

F. Haushaltsvermerke

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 06, mit Ausnahme der Obergruppe 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Im Kapitel 0600 sind die Einnahmen und Ausgaben der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz nachgewiesen. Ausgenommen ist das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg, das wegen der vereinbarten anteiligen Übernahme der Kosten durch beide Länder im Kapitel 0605 gesondert erfasst wird sowie der Verbraucherschutz, der im Kapitel 0608 nachgewiesen wird.

Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz gliedert sich wie folgt:

Zentrale Dienste (Servicebereiche Innerer Dienst)

Servicebereich Innerer Dienstbetrieb

Abteilung I (Personal, Organisation, Haushalt, Personal-/Finanzservice, Steuerungsdienst, Informations- und Kommunikationstechnik)

Richterrecht
Recht der Rechtsanwaltschaft und Notarangelegenheiten, Rechtsbeistände und Schiedspersonen
Eingaben und Beschwerden in Angelegenheiten der Zivil-, Straf-, Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit
Allgemeine und grundsätzliche Personalangelegenheiten der Gerichte und Sonderbehörden sowie vorbehaltene Einzelpersonalangelegenheiten der Richter und Staatsanwälte
Organisation und Geschäftsgang der Gerichte und Sonderbehörden
Gerichtsverfassung
Angelegenheiten des Haushaltswesens der Gerichte und Sonderbehörden, Grundsatzangelegenheiten in Verbindung mit dem zentralen Facility Management
IT-Stelle der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
Steuerungsdienst, Zentrales Controlling, Angelegenheiten der Kosten- und Leistungsrechnung

Abteilung II (Öffentliches Recht, Gesetzgebung und Verfahren, Zivilrecht, Zivilverfahrensrecht, internationale Rechtshilfe in Zivil- und Verwaltungssachen, Europarecht, Fiskussachen)

Mitwirkung an Entwürfen von Gesetzen und Rechtsverordnungen aller Senatsverwaltungen, in Angelegenheiten internationaler Verträge und bei der Gesetzgebung
Beteiligung bei grundsätzlichen Rechtsfragen
Verfassungsgerichtsbarkeit
Staats- und Verfassungsrecht
Verfahrensrecht der allgemeinen Verwaltungs-, Sozial-, Arbeits- und Finanzgerichtsbarkeit
Völkerrecht
Angelegenheiten des Europarechts
Rechtsbereinigung
Herausgabe der Sammlung Berliner Rechtsvorschriften
Verkündungswesen, Herausgabe und Redaktion des Gesetz- und Verordnungsblattes für Berlin
Bürgerliches Recht
Handels- und Wirtschaftsrecht
Recht des gewerblichen Rechtsschutzes, des Wettbewerbs- und Urheberrechts
Insolvenzrecht
Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen
Kostenrecht auf dem Gebiet der Zivil-, Straf-, Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit
Zivilrechtliche Ansprüche des Justizfiskus und Schadenersatzansprüche gegen diesen
Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
Verfahrensrecht der Zivilgerichtsbarkeit
Legalisation
Übermittlungsstelle nach dem UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland
Übermittlungsstelle nach dem Europäischen Übereinkommen betreffend Auskünfte über ausländisches Recht

Abteilung III (Justizvollzug, Gnadenwesen, Soziale Dienste der Justiz – Gerichts- und Bewährungshilfe, Strafrecht, Strafverfahrensrecht, Strafvollstreckung)

Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten und die Sozialen Dienste der Justiz
Allgemeine, grundsätzliche und vorbehaltene Personalangelegenheiten
Dienstrechtliche und Prozessangelegenheiten
Organisationsentwicklung
Vollzugsrecht, Vollzugsgestaltung und Statistik
Bildungs-, Arbeits- und Freizeitwesen der Gefangenen
Informations- und Kommunikationstechnik im Vollzug
Bauangelegenheiten des Vollzuges
Aufsicht über das Gesundheitswesen im Vollzug
Sicherheitsangelegenheiten des Vollzuges

Kriminologie
Frauenförderung im Justizvollzug, Gender Mainstreaming
Ausbildung der Vollzugsbediensteten
Fortbildung der Vollzugsbediensteten und der Sozialen Dienste der Justiz
Gnadenwesen
Stiftung Gustav Radbruch - Unterstützungsfonds -
Strafrecht
Strafverfahrensrecht
Fachaufsicht über die Strafverfolgungsbehörden
Angelegenheiten der Strafvollstreckung einschließlich freiheitsentziehender Maßnahmen
Grundsatzangelegenheiten der Kriminalpolitik

Abteilung IV / Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg
(Aus- und Fortbildung in der Rechtspflege, Prüfungswesen)
- veranschlagt im Kapitel 0605 -

Abnahme der 1. Staatsprüfung
Abnahme der 2. Staatsprüfung
Grundsatzangelegenheiten der Juristenausbildung
Grundsatzangelegenheiten der Ausbildung und Prüfung des nichtrichterlichen Dienstes
Grundsatzangelegenheiten der Fortbildung des richterlichen und nichtrichterlichen Dienstes sowie der ehrenamtlichen Richter
Einzelaspekte der Fortbildung der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen, Staatsanwälte sowie Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes
Angelegenheiten der Deutschen Richterakademie, der Europäischen Rechtsakademie, der Fortbildung von Assessoren einschließlich der Zusammenarbeit im Nordverbund (BE, BB, HB, HH, MV, NI, ST, SH)
Angelegenheiten der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR)
Fachaufsicht über den Fachbereich 4 der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR)
Fachaufsicht über die Justizakademie des Landes Brandenburg (JAK)
Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie (Berlin) und der Landesakademie für öffentliche Verwaltung (Brandenburg)
Austausch Berlin - Peking

Abteilung V (Justiz und Gesellschaft)

Ministerielle Grundsatzangelegenheiten im Themenfeld Justiz in der vielfältigen Gesellschaft
Entwicklung von Kooperationen und Lösungskonzepten zum Abbau von strukturellen, gruppenbezogenen Teilhabehürden beim Zugang zu Recht und Justiz
Fachlich-inhaltliche Belange der Sozialberatung der Berliner Justiz
Justizielle Opferhilfe und justizieller Opferschutz
Zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen und deren Angehörige
Stiftungsrecht
Stiftungsaufsicht
Angelegenheiten der wirtschaftlichen Vereine nach §§ 22, 33 Abs. 2 sowie § 43 BGB
Mitwirkung bei der Rechtsetzung im Bereich Opferschutz sowie in den Bereichen Vielfalt und Antidiskriminierung der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Abteilung VI (Verbraucherschutz)
- veranschlagt im Kapitel 0608 -

Grundsatzfragen der Verbraucher- und Agrarpolitik
Grundsatzfragen des Verbraucherschutzes
Wirtschaftlicher und gesundheitlicher Verbraucherschutz
Lebensmittelüberwachung und Futtermittelrecht
Grundsatzangelegenheiten der Gentechnik
Tierschutz

Der Aufsicht der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz unterstehen:

Sonderbehörden:

Generalstaatsanwaltschaft
Staatsanwaltschaft Berlin
Amtsanwaltschaft Berlin
Europäische Staatsanwaltschaft
Acht Justizvollzugsanstalten
Soziale Dienste der Justiz
Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin
(soweit Gentechnik, Lebensmittelrecht und Medizinproduktesicherheit)

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Gerichte:

Kammergericht
Landgericht Berlin I
Landgericht Berlin II
Elf Amtsgerichte
Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
Verwaltungsgericht Berlin
Sozialgericht Berlin

Körperschaften des öffentlichen Rechts:

Rechtsanwaltskammer Berlin
Notarkammer Berlin
Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Berlin

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts:

Landeslabor Berlin-Brandenburg - Institut für Lebensmittel, Arzneimittel, Tierseuchen und Umwelt (LLBB)

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	11	10	8	8	12	6
Relativer Anteil	52 %	48 %	50 %	50 %	67 %	33 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	119	50	80	51	118	51
Relativer Anteil	70 %	30 %	61 %	39 %	70 %	30 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	101.268,33 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	96.839,17 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	69.339,02 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	64.909,41 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil männlicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2. 2. Einstiegsamt (ehem. höherer Dienst) und vergleichbaren Entgeltgruppen.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 1. 2. Einstiegsamt (ehem. mittlerer Dienst) und vergleichbaren Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11132	**011**	**Ersatz von Prozesskosten**	**10.000**	**10.000**	**18.000**	**8.815,74**
		Rückzahlung verauslagter Prozesskosten, die nach der Rechtsentscheidung nicht vom Land Berlin zu tragen sind. Es werden hier alle Rückflüsse dieser Art aus dem Bereich der Justiz vereinnahmt.				
11152	**051**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**300.000**	**300.000**	**350.000**	**293.275,90**
		Gebühren in Justizverwaltungsangelegenheiten aufgrund des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung sowie aufgrund anderer landesrechtlicher Vorschriften.				
11153	**051**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**199.260,57**
		Gebühren nach dem Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz).				
11903	**011**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**24.621,99**
		Ersatzleistungen für Personenschäden und für Sachschäden				
11906	**011**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
11921	**011**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**200.000**	**200.000**	**130.000**	**265.479,81**
11934	**011**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.761,78**
11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**30.000**	**30.000**	**40.000**	**28.583,95**
23101	**051**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Ersatz von Entschädigungszahlungen nach dem Strafrechtsentschädigungsgesetz (StrEG) durch den Bund				
23103	**011**	**Ersatz von Personalausgaben durch den Bund bei Abordnungen und Versetzungen**	**1.200.000**	**1.200.000**	**1.500.000**	**1.272.672,26**
23203	**011**	**Ersatz von Personalausgaben durch die Länder bei Abordnungen und Versetzungen**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**786.329,16**
28101	**011**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**179.467,99**
		Verstärkungsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 51101, 51140, 51925, 52501 und 54010.				
		Beteiligung anderer Ressorts an den Kosten der Sozialberatung der Berliner Justiz im Wege von internen Verrechnungen.				
		Gesamteinnahmen	**2.473.000**	**2.473.000**	**2.772.000**	**3.061.269,15**
		Prozentuale Veränderung	**-10,8 %**	**—**		

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
41201	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	1.000	1.000	1.000	400,00

Sitzungsgelder werden gezahlt für die Mitglieder des Gnadenausschusses nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über den Ausschuss für Gnadensachen in Verbindung mit Artikel II des Gesetzes zur Änderung des Berliner Richtergesetzes und des Gesetzes über den Ausschuss für Gnadensachen sowie für die Mitglieder des Richterwahlausschusses nach § 18 Abs. 2 des Berliner Richtergesetzes in Verbindung mit Artikel I des Gesetzes zur Änderung des Berliner Richtergesetzes und des Gesetzes über den Ausschuss für Gnadensachen.

41210	056	Aufwendungen für Beiräte	10.000	10.000	9.100	9.980,00

Nach Maßgabe des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Deputationsmitglieder und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen und der dazu erlassenen Durchführungsverordnung werden Sitzungsgelder für die Mitglieder des Berliner Vollzugsbeirats, der Anstaltsbeiräte und der Teilanstaltsbeiräte gezahlt.

42100	011	Amtsbezüge	230.000	239.000	176.000	216.846,03
42201	011	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	10.477.000	10.896.000	9.477.000	8.914.878,02
42202	011	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	1.000	1.000	1.000	162.792,31
42260	011	Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	116,47
42701	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	61.000	61.000	61.000	376,00
42722	011	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)	82.700	82.700	82.700	28.441,41
42735	011	Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen	1.000	1.000	1.000	-3.882,88
42760	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	1.260,00
42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	5.041.000	5.242.000	3.408.000	3.305.741,70
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	62.000	65.000	206.000	63.169,29
42860	011	Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—
44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	395.000	407.000	311.000	372.086,94
44304	011	Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	670.000	670.000	592.000	497.967,21
44379	011	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	26.400	27.000	22.700	26.375,16

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**345.000**	**345.000**	**351.000**	**344.493,63**
46201	**880**	**Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben**			**-1.120.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**865.000**	**909.000**	**865.000**	**823.121,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**935.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**305.000**			
		Davon fällig 2026	**315.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**315.000**	**—**		

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	70.000 €	70.000 €	50.000 €
2. Postgebühren	23.000 €	23.000 €	20.000 €
3. Kopierkosten	10.000 €	10.000 €	20.000 €
4. Zeitschriften/Fachliteratur/Infomaterialien	3.000 €	6.000 €	10.000 €
5. Juris, Beck-Online	759.000 €	793.000 €	765.000 €
	865.000 €	909.000 €	865.000 €

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sozialberatung der Berliner Justiz dürfen in Höhe der beim Titel 28101 aus internen Verrechnungen eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28101)

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für den Neuabschluss des Vertrages mit Beck-Online.

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**41.000**	**41.000**	**41.000**	**24.716,63**

	2024	2025	2023
Technische Geräte	10.000 €	15.000 €	22.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	15.000 €	21.000 €	15.000 €
Reparatur- und Servicedienstleistungen	4.000 €	5.000 €	4.000 €
Neuausstattung Presseraum	12.000 €	--- €	--- €
	41.000 €	41.000 €	41.000 €

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sozialberatung der Berliner Justiz dürfen in Höhe der beim Titel 28101 aus internen Verrechnungen eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28101)

51168 (neu)	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.351.000**	**1.378.000**	**1.325.000**	**1.285.032,51**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

Landeseigene Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Salzburger Straße 21-25	1.304.330 €	1.330.420 €	1.278.750 €
Rubensstraße 111.....	46.640 €	47.580 €	45.720 €
	1.350.970 €	1.378.000 €	1.324.470 €
rd.	1.351.000 €		1.325.000 €

51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**110.000**	**180.000**	**110.000**	**177.318,31**

Ausgaben für Aktentransporte zwischen allen Justizbehörden durch private Firmen

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.977.000**	**1.977.000**	**1.858.000**	**1.857.144,84**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Landeseigene Dienstgebäude:

	2024/2025	2023
Salzburger Straße 21-25	1.933.910 €	1.814.340 €
Rubensstraße 111.....	42.310 €	42.310 €
Stellplatzmiete Kirchstraße 6/7 für die Gesamtschwerbehindertenvertretung	500 €	500 €
	1.976.720 €	1.857.150 €
rd.	1.977.000 €	1.858.000 €

51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**350.000**	**400.000**	**350.000**	**1.189.271,10**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen sowie funktionsbedingte Umbauten.

	2024	2025	2023
1. Wartungsverträge	12.450 €	12.870 €	12.000 €
2. Maßnahmen zur Schaffung Barrierefreiheit im Dienstgebäude.....	60.000 €	60.000 €	50.000 €
3. Hitzeschutzmaßnahmen	82.000 €	282.000 €	38.000 €
4. Planungsleistungen zur Umsetzung des Sicherheitskonzepts	150.000 €	--- €	--- €
5. Mietkosten für mobile Netzersatzanlage	45.000 €	45.000 €	--- €
6. Planungsleistungen zur Weiterentwicklung des Justiz-Campus Moabit unter Einbeziehung des Flächenpotentials des aktuellen Parkhausstandortes	--- €	--- €	250.000 €
	349.450 €	399.870 €	350.000 €
rd.	350.000 €	400.000 €	

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**42.000**	**42.000**	**40.000**	**40.195,71**

Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeitende der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sozialberatung der Berliner Justiz dürfen in Höhe der beim Titel 28101 aus internen Verrechnungen eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28101).

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	134	54	48	19	72	55
Relativ	71%	29%	72%	28%	57%	43%

Zielgruppe:	Beschäftigte der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz an kostenpflichtigen Fortbildungen
Zielsetzung:	keine
Steuerungsmaßnahmen:	keine

52535	**011**	**Aufwendungen im Kontext dualer Studiengänge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**102.051,70**

Ausgaben für außergerichtliche Kosten, die durch die Prozessführung Berlins in Rechtssachen der Justizverwaltung entstehen, insbesondere für Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten. Die Ausgaben sind hier für den gesamten Bereich der Justizverwaltung zusammengefasst veranschlagt. Ferner Kosten für Übersetzungen in Rechtssachen, die an vereidigte Dolmetscher vergeben werden.

52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**186,91**

Kosten für die Tätigkeit des Personalrats (§ 40 Abs. 1 Satz 1 PersVG) sowie für die Tätigkeit der Richter- und Präsidialräte (§ 58 Abs. 2 des Deutschen Richtergesetzes und § 22 Abs. 2 und § 35 des Berliner Richtergesetzes). Die Kosten für die Tätigkeit des Personalrats sowie der Richter- und Präsidialräte sind hier für den gesamten Bereich der Justizverwaltung zusammengefasst veranschlagt. Hieraus sind auch die Sitzungsgelder für den beratenden Ausschuss nach § 11 des Sozialgerichtsgesetzes (Verordnung über den beratenden Ausschuss nach § 11 des Sozialgerichtsgesetzes) zu bestreiten.

52610	**011**	**Gutachten**	**375.000**	**625.000**	**285.000**	**50.000,00**

75.000,0 EUR werden künftig bei 68406 nachgewiesen.

Bereich Justiz:

		2024	2025	2023
1.	Gutachten aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	5.000 €	5.000 €	5.000 €
2.	Andere Gutachten (Jugendstrafrecht, Betäubungsmittelrecht, Wohnungseinbruchdiebstahl)	5.000 €	5.000 €	5.000 €
3.	Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Arbeitswelten am Campus Moabit	125.000 €	175.000 €	--- €
4.	Wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Berliner Justiz/Justizverwaltung - Evaluation	--- €	--- €	50.000 €
5.	Arbeitspsychologische Untersuchung der Belastungssituation am Landgericht für Strafsachen	--- €	--- €	25.000 €
6.	Forschungsprojekt „Zugang zum Recht“	--- €	--- €	--- €
7.	Überprüfung von Strukturen bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden	--- €	--- €	50.000 €
8.	Zielplanung für die Entwicklung des Standortes Campus Moabit	100.000 €	300.000 €	--- €
	Zwischensumme	235.000 €	485.000 €	135.000 €

Ziffer 6. (ursprünglich 75.000 €) wird jetzt bei 0600/68406 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Bereich Vielfalt:

		2024	2025	2023
9.	Gutachten im Rahmen der zentralen Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen	50.000 €	50.000 €	30.000 €
10.	Gutachten zum Berufsbild von Richter*innen und Staatsanwält*innen sowie Beschäftigten in weiteren justizförmigen Berufen	30.000 €	--- €	--- €
11.	Gutachten zu Gleichstellungsdaten im Justizbereich	18.000 €	--- €	--- €
12.	Gutachten zur Errichtung eines Kompetenzzentrums Barrierefreiheit im Hinblick auf das Querschnittsthema Zugang zum Recht	42.000 €	--- €	--- €
13.	Gutachten aufbauend auf der Studie „Wahrnehmung der Justiz in Schule und Berufsbildung“	--- €	90.000 €	--- €
14.	Gutachten – bislang nachgewiesen im Kapitel 0601	--- €	--- €	120.000 €
	Zwischensumme	140.000 €	140.000 €	150.000 €
	Gesamtsumme	375.000 €	625.000 €	285.000 €

52703	**011**	**Dienstreisen**	**65.000**	**65.000**	**65.000**	**37.875,31**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG), insbesondere für Austauschreisen Europa und Teilnahme an Sitzungen der IT-Entwicklungsverbünde.

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	45	49	27	21	72	53
Relativ	48%	52%	56%	44%	58%	42%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
Zielsetzung:	keine
Steuerungsmaßnahmen:	keine

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**284,80**
53101	**059**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**115.000**	**140.000**	**115.000**	**80.753,41**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**580.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**116.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**116.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**116.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**116.000**		
		Davon fällig 2030		**116.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren (Berliner Landesrecht im Internet):

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	86.000 €	86.000 €	0 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

Für die Unterrichtung der Bevölkerung über rechtspolitische Fragen sowie für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

		2024	2025	2023
1.	Lizenzgebühren Pressespiegel (VG Wort)	9.000 €	9.000 €	9.000 €
2.	Berliner Landesrecht im Internet	81.000 €	86.000 €	86.000 €
3.	Öffentlichkeitsarbeit Justiz und Rechtsstaat	10.000 €	25.000 €	10.000 €
4.	Infomaterialien Europarecht	5.000 €	10.000 €	--- €

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025	2023
5. Zentrale Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen	5.000 €	5.000 €	10.000 €
6. Broschüre Stiftungsrecht und Stiftungsaufsicht	5.000 €	--- €	--- €
7. Broschüre „Wahrnehmung der Justiz in Schule und Berufsbildung“	--- €	5.000 €	--- €
	115.000 €	140.000 €	115.000 €

Die Verpflichtungsermächtigung in 2025 ist vorgesehen für eine Neuausschreibung des Vertrages zu Ziffer 2. (Berliner Landesrecht im Internet).

53105 (neu)	**059**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**10.000**	**10.000**		

Beteiligung an Messen zur Personalnachwuchsgewinnung und -bindung.

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**2.200**	**2.200**	**2.200**	**343,57**

Für die Betreuung auswärtiger Gäste im Rahmen der Städtepartnerschaften; insbesondere soll der Erfahrungsaustausch mit Peking intensiviert werden.

53111	**056**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**200.000**	**250.000**	**105.000**	**121.587,82**

Verpflichtungen aus Vorjahren (Gesetz- und Verordnungsblatt):

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	70.000 €	70.000 €	70.000 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024	2025	2023
Allgemeine Ausschreibungen/Bekanntmachungen, insbesondere Stellenausschreibungen von Stellen des höheren Justizdienstes	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Ausgaben für die Herausgabe und den Vertrieb des Gesetz- und Verordnungsblattes für Berlin	110.000 €	110.000 €	70.000 €
Online-Portal Justiz	50.000 €	100.000 €	25.000 €
Werbemaßnahmen zur Bewerbung von Justizberufen	30.000 €	30.000 €	--- €
	200.000 €	250.000 €	105.000 €

Zu dem Teilansatz Ausschreibungen, Bekanntmachungen ist anzumerken, dass diese grundsätzlich geschlechterneutral erfolgen und das Prinzip der Bestenauslese gilt.

54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**38.200**	**38.200**	**137.000**	**25.967,50**

Aufwendungen für das Personal- und Organisationsmanagement und die betriebliche Gesundheitsförderung.

Gemäß § 6 Absatz 7 VGG (Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz) sind regelmäßig Maßnahmen zur Führungskräftequalifikation durchzuführen.

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**305.000**	**305.000**	**942.000**	**239.699,07**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 51135 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz betreffend die Hauptverwaltung (Kapitel 0600 bis 0608) sowie betreffend den gesamten nachgeordneten Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz (Strafverfolgungsbehörden 0611 – 0614, Gerichtsbarkeiten 0615 – 0651, Justizvollzug und Soziale Dienste der Justiz 0661 – 0691).

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**059**	**Dienstleistungen**	**1.694.000**	**1.844.000**	**1.464.000**	**590.822,81**
		65.000,0 EUR werden künftig bei 68406 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**920.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**230.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**230.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**230.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**230.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren (Werbekampagne, Verwaltungskostenpauschale):

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	351.167,50 €	350.991,37 €	83.000 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

		2024	2025	2023
1.	Verwaltungskostenpauschale für die Zuwendungssachbearbeitung	150.000 €	150.000 €	197.000 €
2.	Ausbildungsoffensive und Personalmarketing (externe Beratungsdienstleistung)	300.000 €	300.000 €	300.000 €
3.	externe Beratungsdienstleistung Gesundheitspakt Justizvollzug	60.000 €	60.000 €	60.000 €
4.	Vertrauensanwalt	53.700 €	53.700 €	35.700 €
5.	Arbeits- und Klausurtagung und Weiterbetreibung des „Prozesses Schmöckwitz“	10.000 €	10.000 €	10.000 €
6.	Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention	20.000 €	20.000 €	25.000 €
7.	Forensische Datenanalyse	50.000 €	50.000 €	50.000 €
8.	Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz	10.000 €	10.000 €	10.000 €
9.	Modellprojekt „Zustellung von Räumungsklagen“	--- €	--- €	50.000 €
10.	Modellprojekt „Ausbau Beratungshilfe und Rechtsantragstellen“	--- €	--- €	250.000 €
11.	Innovationszentrum Legal Tech	100.000 €	150.000 €	100.000 €
12.	Entwicklung einer Arbeitgeber Dachmarke Justiz inklusive Durchführung weiterer Werbemaßnahmen	500.000 €	500.000 €	--- €
13.	Vorprojekt elektronische Verkündung des Gesetz- und Verordnungsblattes für Berlin	--- €	100.000 €	--- €
14.	Externe Unterstützung für die Erstellung von Vorsorge-, Notfall- und Katastrophenschutzplänen	30.000 €	30.000 €	--- €
15.	Dienstleistungen Vielfalt allgemein – bisher bei 0601/54010	--- €	--- €	230.000 €
16.	Opferbeauftragter	35.700 €	35.700 €	35.700 €
17.	Stiftungsaufsicht	--- €	--- €	40.000 €
18.	Zentrale Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen	80.000 €	80.000 €	70.000 €
19.	Notfallseelsorge/Krisenintervention	94.150 €	94.150 €	--- €
20.	Extern begleitete Bestandsaufnahme im Themenfeld Vielfalt in der Justiz	50.000 €	--- €	--- €
21.	Übersetzung und Evaluation eines Equal Treatment Book	40.000 €	--- €	--- €
22.	Studie zur „Wahrnehmung der Justiz in Schule und Berufsbildung“	80.000 €	150.000 €	--- €
23.	Konzeption und Umsetzung einer Kommunikationsstrategie	20.000 €	15.000 €	--- €
24.	Diversitätsorientierter Personal- und Organisationsentwicklungsprozess der Abteilung V	10.150 €	10.150 €	--- €
25.	Konzipierung und Umsetzung der Website der Abteilung V	--- €	25.000 €	--- €
		1.693.700 €	1.843.700 €	1.463.400 €
	rd.	1.694.000 €	1.844.000 €	1.464.000 €

Ziffer 19. wurde bislang bei 0600/68406 nachgewiesen,

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 ist vorgesehen für die Ausschreibung einer Werbekampagne „Arbeitgeber-Dachmarke“ Justiz. Die Verpflichtungsermächtigung in 2025 ist für die Weiterführung der Werbekampagne zur Personalakquise für den Berliner Justizvollzug und die Sozialen Dienste der Justiz vorgesehen.

Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Sozialberatung der Berliner Justiz dürfen in Höhe der beim Titel 28101 aus internen Verrechnungen eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28101)

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54034	**011**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**120.000**	**120.000**	**70.000**	**158.287,31**

Schadensersatz in Fällen allgemeiner Amtshaftung.

Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**310.000**	**118.000**	**310.000**	**51.892,19**

	2024	2025	2023
1. Bund-Länder-Kommission IT-Justiz	5.000 €	5.000 €	5.000 €
2. Arbeits- und Klausurtagung auf ministerieller Ebene	13.000 €	25.000 €	34.000 €
3. Sonstige Veranstaltungen (u.a. eJustice-Tage)	--- €	4.000 €	10.000 €
4. Arbeits- und Klausurtagung zur Fortführung des Prozesses für eine gesundheitsorientierte Unternehmenskultur und zur Personalpflege	20.000 €	20.000 €	20.000 €
5. Veranstaltungen zur Personalakquise im Bereich Verwaltung	2.000 €	2.000 €	2.000 €
6. Länderübergreifende Dienstbesprechungen, Symposien und Arbeitsgruppen im Rahmen der bundesweiten Justiz-Zusammenarbeit	3.000 €	2.000 €	2.000 €
7. Bund-Länder-Arbeitsgruppen Fachabteilung Recht	2.000 €	2.000 €	2.000 €
8. Justizstatistikausschuss	--- €	--- €	5.000 €
9. Ausrichtung Amtschefkonferenz in Berlin	50.000 €	--- €	--- €
10. Ausrichtung Strafvollzugsausschuss	50.000 €	--- €	--- €
11. Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Taskforce Geldwäsche	10.000 €	10.000 €	10.000 €
12. Ausrichtung Justizministerkonferenz 2023	20.000 €	--- €	200.000 €
13. Digitaltage Justiz	100.000 €	--- €	--- €
14. Karrieretage (Personalgewinnung, Personalbindung)	3.000 €	3.000 €	--- €
15. AK „Justiz-Auktion“ in Berlin	2.000 €	--- €	--- €
16. Fachveranstaltungen Europa	10.000 €	25.000 €	--- €
17. Veranstaltungen im Themenfeld Justiz und Gesellschaft	5.000 €	5.000 €	--- €
18. Veranstaltungen der Zentralen Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen	15.000 €	15.000 €	20.000 €
	310.000 €	118.000 €	310.000 €

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**26.000**	**390.000**	**1.000**	**6.583,55**
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.000**	**5.000**	**7.000**	**894,71**
54606	**011**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54615	**011**	**Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen**	**187.000**	**187.000**	**145.000**	**233.750,00**

Ausgaben für die Durchführung der Strafrechtspflege- und Justizgeschäftsstatistiken, die bundesweit erhoben und ausgewertet werden.

	2024/2025	2023
Durchführung der Strafrechtspflegestatistik	65.000 €	65.000 €
Durchführung der Justizgeschäftsstatistik	122.000 €	80.000 €
	187.000 €	145.000 €

Grundlage ist eine zwischen dem Land Berlin und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg geschlossene Servicevereinbarung. Anpassung an die Ausgabeentwicklung und die vereinbarten Vergütungsmodalitäten.

63102	**051**	**Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen und Versetzungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**136.641,81**

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
63201	**051**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**10.200.000**	**10.600.000**	**9.000.000**	**10.511.332,63**

	2024	2025	2023
Ausgleichszahlungen für das gemeinsame Landessozialgericht	6.400.000 €	6.600.000 €	6.300.000 €
Ausgleichszahlungen für das gemeinsame Finanzgericht	3.800.000 €	4.000.000 €	2.700.000 €
	10.200.000 €	10.600.000 €	9.000.000 €

Mehr in Anpassung an die tatsächliche Ausgabenentwicklung. Grundlage sind zwischen Berlin und Brandenburg geschlossene Staatsverträge.

63202	**051**	**Ersatz von Personalausgaben an Länder bei Abordnungen und Versetzungen**	**600.000**	**600.000**	**600.000**	**621.470,88**
63207	**059**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**1.550.000**	**1.580.000**	**1.180.000**	**1.193.882,28**

Anteil Berlins an den Ausgaben der	2024	2025	2023
a) Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg	85.000 €	90.000 €	81.000 €
b) Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau (überregionale Fortbildung der Richter aller Gerichtszweige und der Staatsanwälte)	164.000 €	167.000 €	135.000 €
c) Kriminologischen Zentralstelle	26.000 €	24.000 €	26.000 €
d) Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter	23.000 €	17.000 €	23.000 €
e) Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle für die elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) im Land Hessen	300.000 €	310.000 €	225.000 €
f) Anteil des Landes Berlin an Bund-Länder-Projekten (Register- und Justizportal)	791.000 €	811.000 €	647.000 €
g) Evaluation des Jugendstrafvollzuges (länderübergreifendes Projekt der Arbeitsgruppe der Kriminologischen Dienste)	13.000 €	13.000 €	13.000 €
h) Aufbau einer E-Justiz Koordinierungsstelle EU	30.000 €	30.000 €	30.000 €
i) Aufbau und Betrieb eines KI-Portals	50.000 €	50.000 €	30.000 €
j) Programm Digitaler Austausch zwischen Polizei und Justiz (DAPJ)	68.000 €	68.000 €	30.000 €
	1.550.000 €	1.580.000 €	1.180.000 €

63302	**059**	**Ersatz von Ausgaben an Jugendhilfeträger**	**1.038.000**	**1.038.000**	**1.038.000**	**939.317,67**

Ausgaben für 10 Therapieplätze in Einrichtungen der Jugendhilfe mit pädagogischer Entweichungssicherung gemäß §§ 71 Abs. 2, 72 Abs. 4 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG).

68102	**051**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**230.000**	**230.000**	**230.000**	**273.762,09**

Entschädigungen für Strafverfolgungsmaßnahmen, aus vorzeitig eingezogenen Hinterlegungen sowie aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung

Geschlechtssensitive Daten für das Haushaltsjahr 2022:

Ausgabezweck	Empfänger	Frauen	Männer
Entschädigungen, Ersatzleistungen	66	7 / 10,61 %	59 / 89,39 %

68262	**056**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**—**

Die Mittel sind für folgende in der Investitionsplanung enthaltene Maßnahmen vorgesehen:

JVA Tegel

Umbau und Sanierung Teilanstalt III (geschätzte GK: 53.200.000 €, 1. Baurate: 2026)

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

JVA Plötzensee

Zentrale Versorgungsküche, Teilprojekt 1 (geschätzte GK: 21.035.000 €, 1. Baurate: 2026)
Zentrale Versorgungsküche, Teilprojekt 2 – Speiseausgabestellen (geschätzte GK: 8.458.000 €, 1. Baurate: 2027)

68302	**056**	**Zuschüsse für Veröffentlichungen und Dokumentationen**	**1.800**	**1.800**	**1.000**	**1.740,00**

Zuschuss für die „Zeitschrift für Strafvollzug“

68406	**056**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**10.449.000**	**10.647.000**	**10.215.000**	**8.222.930,80**

75.000,0 EUR wurden bislang bei 52610 nachgewiesen.
65.000,0 EUR wurden bislang bei 54010 nachgewiesen.

	2024	2025	2023
Projekte im Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz“			
Beratung für Männer - gegen Gewalt (Kooperationsverbund mit Kind im Blick)	269.600 €	367.600 €	149.200 €
Kind im Blick (Kooperationsverbund mit Beratung für Männer - gegen Gewalt)	44.300 €	44.300 €	44.300 €
Einzel- und Gruppentherapie von Tätern mit Weisung	72.100 €	72.100 €	72.100 €
Servicestelle Beschuldigtenkontakt	112.000 €	112.000 €	108.000 €
Berliner Zentrum für Gewaltprävention	150.000 €	150.000 €	150.000 €
Childhood-House	194.000 €	194.000 €	194.000 €
	842.000 €	940.000 €	717.600 €
Projekte im Förderbereich „Arbeit statt Strafe“			
Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit	197.050 €	197.050 €	197.050 €
Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit	283.100 €	283.100 €	255.200 €
ISI - Integration statt Inhaftierung	256.300 €	256.300 €	256.300 €
Arbeit statt Strafe - Sozialpädagogisch betreute Beschäftigungseinrichtung	423.100 €	423.100 €	391.200 €
	1.159.550 €	1.159.550 €	1.099.750 €
Projekte im Förderbereich „Justizvollzug“			
1. Arbeitsfeld Beratung und Betreuung von Inhaftierten/Übergangsmanagement			
Freie und ehrenamtliche Mitarbeit im Justizvollzug	80.900 €	80.900 €	75.900 €
Beratung und Unterstützung von Inhaftierten mit Alkoholproblematik	--- €	--- €	15.320 €
Beratung und Betreuung von Inhaftierten der JVA Moabit	70.000 €	70.000 €	67.800 €
Übergangsmanagement für erwachsene inhaftierte Männer (insbesondere JVA’en Tegel und Heidering); BISHER: Strukturierte Entlassungsvorbereitung in der Teilanstalt II der Justizvollzugsanstalt Tegel	195.200 €	195.200 €	72.800 €
Sozialpädagogische Hilfen für straffällige sowie inhaftierte Frauen im Rahmen der Entlassungsvorbereitung	106.500 €	106.500 €	100.100 €
Übergangsmanagement und Berufsplanung für junge straffällige Frauen bis 27 Jahre	112.000 €	112.000 €	105.600 €
Übergangsmanagement und Berufswegeplanung für erwachsene straffällige Frauen über 27 Jahre	116.300 €	116.300 €	111.500 €
Beratung von Untersuchungs- und Strafgefangenen in der JVA Moabit	--- €	--- €	73.430 €
Radikalisierungspräventive Maßnahmen für junge Strafgefangene (ab 2023)	74.000 €	74.000 €	--- €
Vorbereitung, Beratung, Begleitung und Nachsorge im vollzuglichen Übergangsmanagement in der JSA Berlin	77.200 €	77.200 €	70.500 €
Schuldner- und Insolvenzberatung für den Berliner Justizvollzug	298.000 €	298.000 €	255.400 €
Beratung und Information für inhaftierte schwule und bisexuelle Männer, für Männer mit Missbrauchserfahrungen sowie zum Thema Geschlechtsidentität, Vermittlung von Vollzugshelferschaften	135.800 €	135.800 €	110.500 €
Altern im Vollzug - Information, Beratung und Case Management für ältere Straffällige sowie begleitende Maßnahmen	137.400 €	137.400 €	124.510 €
Theaterprojekte mit Inhaftierten in Berliner Justizvollzugsanstalten	202.000 €	202.000 €	192.800 €
Hafträume & Kinderzimmer	62.000 €	62.000 €	41.900 €

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

	2024	2025	2023
Projekte im Förderbereich „Justizvollzug“			
1.			
Arbeitsfeld Beratung und Betreuung von Inhaftierten/Übergangsmanagement			
Präfix Berlin - Durchführung von Elterncoaching in Berliner Haftanstalten	180.000 €	180.000 €	124.750 €
Niederschwelliges Beratungsangebot für Angehörige - Familienarbeit in Berliner Justizvollzugsanstalten	450.900 €	450.900 €	359.300 €
Übergangsmanagement für erwachsene inhaftierte Männer	261.600 €	261.600 €	--- €
Eingliederungshilfe für Sicherungsverwahrte aus Anlass der Entlassung (Neu)	90.000 €	90.000 €	--- €
Projekt Gruppenangebot „Rechtshilfekurs“ für die Jugendstrafanstalt und Einzelgesprächsangebote für die JAA (Neu ab 2024).....	11.500 €	11.500 €	--- €
	2.661.300 €	2.661.300 €	1.902.110 €
2.			
Arbeitsfeld schulische und berufliche Qualifizierung sowie Beschäftigung			
Strukturiertes, motivierendes Kompetenztraining unter Verwendung sozio-therapeutischer Maßnahmen im Bereich Sicherungsverwahrung der JVA Tegel	88.900 €	88.900 €	79.700 €
Umschulungsmaßnahmen und Berufsfördermaßnahmen in der JVA Tegel....	402.100 €	402.100 €	335.200 €
Berufsfördermaßnahme in der JVA Lichtenberg	60.300 €	60.300 €	54.280 €
Berufsfördermaßnahme in der JVA Plötzensee	53.450 €	53.450 €	53.430 €
Beschäftigung im Bereich Garten- und Landschaftsbau in der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg.....	--- €	--- €	73.700 €
Beschäftigung in einer Holzwerkstatt in der JAA Berlin-Brandenburg	60.500 €	60.500 €	--- €
Bildungsmaßnahmen für jugendliche, nicht schulpflichtige und heranwachsende männliche Inhaftierte in der JSA Berlin.....	635.900 €	635.900 €	549.600 €
Berufliche und schulische Bildung in der JVA für Frauen Berlin.....	222.200 €	222.200 €	213.830 €
Beschäftigung und Qualifizierung von Inhaftierten mit integrierter Vermittlung von Schlüsselqualifikationen in der JVA für Frauen	167.200 €	167.200 €	167.200 €
Förderunterricht „Sprache und szenisches Spiel“ in der JSA Berlin	70.000 €	70.000 €	68.900 €
Deutschkurs in der JSA Berlin	67.100 €	67.100 €	63.630 €
Empowerment durch IT- und Deutschtraining im Trainingszentrum der Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin.....	--- €	--- €	123.470 €
ABA-Arbeitsbegleitende Alphabetisierung in der JSA Berlin	89.700 €	89.700 €	--- €
Kreative Sprachförderung in Verbindung mit Medien-/IT-Bildung in der JSA Berlin	32.100 €	32.100 €	--- €
	1.949.450 €	1.949.450 €	1.782.940 €
3.			
Arbeitsfeld Netzwerkarbeit, Informationsversorgung, religiöse Betreuung			
Unterstützung und Organisation der ehrenamtlichen Tätigkeit des Berliner Vollzugsbeirates (BVB).....	54.000 €	54.000 €	48.740 €
Runder Tisch zur Informationsversorgung und Betreuung ausländischer Gefangener sowie Projektumsetzung „Religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten des Landes Berlin“	142.700 €	142.700 €	142.700 €
	196.700 €	196.700 €	191.440 €
Summe Justizvollzug	6.809.000 €	6.907.000 €	5.693.840 €
Sonstige Projekte			
Projekt „Programmagentur Rechtskunde/Demokratie und Rechtsstaat" Kofinanzierung mit SenBildJugFam – bisher bei 0600/54010 veranschlagt.	65.000 €	65.000 €	65.000 €
Projekt „Zugang zum Recht – bisher bei 0600/52610 veranschlagt	75.000 €	75.000 €	75.000 €
Summe	140.000 €	140.000 €	140.000 €

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

	2024	2025	2023
Projekte der Abteilung V der SenJustV:			
Gewaltschutzambulanz	1.296.000 €	1.334.880 €	1.374.600 €
Proaktiv Servicestelle für Betroffene von Straftaten	732.850 €	754.840 €	711.500 €
Beratungsstelle für Opfer von Straftaten, Angehörige und Zeugen/Zeuginnen	722.240 €	743.910 €	701.200 €
iTOB – Stalking beenden	470.300 €	484.410 €	456.600 €
Zeugenbetreuungsstelle im Kriminalgericht Moabit	272.690 €	275.870 €	222.100 €
Zeug(inn)enbegleitprogramm	5.920 €	6.090 €	5.740 €
Summe	3.500.000 €	3.600.000 €	3.471.740 €
Notfallseelsorge/Krisenintervention – künftig bei 0600/54010 ausgewiesen	--- €	--- €	94.150 €
Mittel für Tarifanpassungen bei den Zuwendungsempfangenden	--- €	--- €	815.000 €
Summe	10.449.000 €	10.647.000 €	10.214.730 €
rd.			10.215.000 €

Geschlechtssensitive Daten:

Ausgabezweck	Nutzende	Frauen	Männer	Divers
Projekt Einzel- u. Gruppentherapie von Tätern mit Weisung (2021)	93	1/1,0 %	90/97,0 %	2/2,0 %
Projekt Einzel- u. Gruppentherapie von Tätern mit Weisung (2022)	89	1/1,0 %	87/98,0 %	1/1,0 %
Projekt Beratung für Männer – gegen Gewalt (2021)	265	34/13,0 %	231/87,0 %	0/0,0 %
Projekt Beratung für Männer – gegen Gewalt (2022)	269	50/19,0 %	219/81,0 %	0/0,0 %
Projekt Kind im Blick (2021)	157	77/49,0 %	80/51,0 %	0/0,0 %
Projekt Kind im Blick (2022)	153	74/48,0 %	79/52,0 %	0/0,0 %
Projekt Servicestelle Beschuldigtenkontakt (Pilotstart 2023)	---	---	---	---
Projekt Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit (2021)	624	86/14,0 %	538/86,0 %	0/0,0 %
Projekt Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit (2022)	539	68/13 %	471/87,0 %	0/0,0 %
Projekt Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit (2021)	539	99/18,0 %	439/81,0 %	1/0,2 %
Projekt Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit (2022)	525	84/16,0 %	441/84,0 %	1/0,2 %
Projekt ISI – Integration statt Inhaftierung (2021)	212	39/18,0 %	173/82,0 %	0/0,0 %
Projekt ISI – Integration statt Inhaftierung (2022)	210	36/17,0 %	174/83,0 %	0/0,0 %
Projekt Arbeit statt Strafe IsA-K (2021)	96	94/98,0 %	0/0,0 %	2/2,0 %
Projekt Arbeit statt Strafe IsA-K (2022)	88	88/100 %	0/0,0 %	0/0,0 %
Projekt Freie und ehrenamtliche Mitarbeit im Justizvollzug (2021)	162	92/57,0 %	70/43,0 %	0/0,0 %
Projekt Freie und ehrenamtliche Mitarbeit im Justizvollzug (2022)	138	80/58,0 %	58/42,0 %	0/0,0 %
Projekt Beratung und Betreuung von Inhaftierten der JVA Moabit (2021)	156	0/0,0 %	155/99,0 %	1/0,06 %
Projekt Beratung und Betreuung von Inhaftierten der JVA Moabit (2022)	194	0/0,0 %	194/100 %	0/0,0 %
Projekt Strukturierte Entlassungsvorbereitung JVA Tegel (2021)	179	0/0,0 %	179/100 %	0/0,0 %
Projekt Strukturierte Entlassungsvorbereitung JVA Tegel (2022)	203	0/0,0 %	203/100 %	0/0,0 %
Projekt Sozialpädagogische Hilfen für straffällige sowie inhaftierte Frauen im Rahmen der Entlassungsvorbereitung (2021)	115	115/100 %	0/0,0 %	0/0,0 %
Projekt Sozialpädagogische Hilfen für straffällige sowie inhaftierte Frauen im Rahmen der Entlassungsvorbereitung (2022)	146	145/99,0 %	0/0,0 %	1/1,0 %
Projekt Übergangsmanagement und Berufswegeplanung für junge straffällige Frauen bis 27 Jahre (2021)	24	22/92,0 %	0/0,0 %	2/8,0 %
Projekt Übergangsmanagement und Berufswegeplanung für junge straffällige Frauen bis 27 Jahre (2022)	27	26/96,0 %	0/0,0 %	1/4,0 %
Projekt Übergangsmanagement und Berufswegeplanung für erwachsene straffällige Frauen über 27 Jahre (2021)	44	44/100 %	0/0,0 %	0/0,0 %
Projekt Übergangsmanagement und Berufswegeplanung für erwachsene straffällige Frauen über 27 Jahre (2022)	38	37/100 %	0/0,0 %	1/3,0 %
Projekt Vorbereitung, Begleitung und Nachsorge im vollzuglichen Übergangsmanagement in der JSA Berlin (2021)	52	0/0,0 %	52/100 %	0/0,0 %
Projekt Vorbereitung, Begleitung und Nachsorge im vollzuglichen Übergangsmanagement in der JSA Berlin (2022)	50	0/0,0 %	50/100 %	0/0,0 %
Projekt Schuldner- und Insolvenzberatung für den Berliner Justizvollzug (2021)	289	24/8,0 %	265/92,0 %	0/0,0 %

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Geschlechtssensitive Daten:

Ausgabezweck	Nutzende	Frauen	Männer	Divers
Projekt Schuldner- und Insolvenzberatung für den Berliner Justizvollzug (2022)	306	29/9,0 %	277/91,0 %	0/0,0 %
Projekt Beratung und Information für schwule und bisexuelle Männer, für Männer mit Missbrauchserfahrungen sowie zum Thema Geschlechtsidentität (2021)	61	0/0,0 %	59/97 %	2/3,0 %
Projekt Beratung und Information für schwule und bisexuelle Männer, für Männer mit Missbrauchserfahrungen sowie zum Thema Geschlechtsidentität (2022)	61	0/0,0 %	60/98,0 %	1/2,0 %
Vermittlung von Vollzugshelferschaften (Ehrenamtliche) (2021)	9	0/0,0 %	9/100 %	0/0,0 %
Vermittlung von Vollzugshelferschaften (Ehrenamtliche) (2022)	10	0/0,0 %	10/100 %	0/0,0 %
Projekt Altern im Vollzug – Information, Beratung und Case Management für ältere Straffällige sowie begleitende Maßnahmen (2021)	92	16/17,0 %	76/83,0 %	0/0,0 %
Projekt Altern im Vollzug – Information, Beratung und Case Management für ältere Straffällige sowie begleitende Maßnahmen (2022)	90	13/14,0 %	77/86,0 %	0/0,0 %
Theaterprojekte mit Inhaftierten in Berliner Justizvollzugsanstalten (2021)	59	2/3,0 %	57/97,0 %	0/0,0 %
Theaterprojekte mit Inhaftierten in Berliner Justizvollzugsanstalten (2022)	75	6/8,0 % %	69/92,0 %	0/0,0 %
Projekt Hafträume und Kinderzimmer (2021)	54	54/100 %	0/0,0 %	0/0,0 %
Projekt Hafträume und Kinderzimmer (2022)	10	10/100 %	0/0,0 %	0/0,0 %
Projekt Präfix Berlin – Durchführung von Elterncoachings in Berliner Haftanstalten (2021)	35	9/26,0 %	26/74,0 %	0/0,0 %
Projekt Präfix Berlin – Durchführung von Elterncoachings in Berliner Haftanstalten (2022)	43	11/26,0 %	32/74,0 %	0/0,0 %
Projekt Niederschwelliges Beratungsangebot für Angehörige – Familienarbeit in Berliner Justizvollzugsanstalten (2021)	339	54/16,0 %	285/84,0 %	0/0,0 %
Projekt Niederschwelliges Beratungsangebot für Angehörige – Familienarbeit in Berliner Justizvollzugsanstalten (2022)	392	0/0,0 %	392/100 %	0/0,0 %
Projekt strukturiertes, motivierendes Kompetenztraining unter Verwendung soziotherapeutischer Maßnahmen im Bereich der Sicherungsverwahrung der JVA Tegel (2021)	12	0/0,0 %	12/100 %	0/0,0 %
Projekt strukturiertes, motivierendes Kompetenztraining unter Verwendung soziotherapeutischer Maßnahmen im Bereich der Sicherungsverwahrung der JVA Tegel (2022)	7	0/0,0 %	7/100 %	0/0,0 %
Projekt Umschulungsmaßnahmen und Berufsfördermaßnahmen in der JVA Tegel (2021)	100	0/0,0 %	100/100 %	0/0,0 %
Projekt Umschulungsmaßnahmen und Berufsfördermaßnahmen in der JVA Tegel (2022)	100	0/0,0 %	100/100 %	0/0,0 %
Projekt Berufsfördermaßnahme in der JVAF Teilanstalt Lichtenberg (2021)	38	36/95,0 %	0/0,0 %	2/5,0 %
Projekt Berufsfördermaßnahme in der JVAF Teilanstalt Lichtenberg (2022)	28	28/100 %	0/0,0 %	0/0,0 %
Projekt Berufsfördermaßnahme in der JVA Plötzensee (2021)	14	0/0,0 %	13/93,0 %	1/7,0 %
Projekt Berufsfördermaßnahme in der JVA Plötzensee (2022)	3	0/0,0 %	3/100 %	0/0,0 %
Projekt Beschäftigung im Bereich Garten- und Landschaftsbau in der JAA Berlin-Brandenburg (2021)	65	12/18,0 %	53/82,0 %	0/0,0 %
Projekt Beschäftigung im Bereich Garten- und Landschaftsbau in der JAA Berlin-Brandenburg (2022)	136	6/4,0 %	130/96,0 %	0/0,0 %
Projekt Kompetenzfeststellungsverfahren JSA Berlin (2021)	81	0/0,0 %	81/100 %	0/0,0 %
Projekt Kompetenzfeststellungsverfahren JSA Berlin (2022)	64	0/0,0 %	64/100 %	0/0,0 %
Projekt Grundbildungskurs Haus 8/9 JSA Berlin (2021)	50	0/0,0 %	50/100 %	0/0,0 %
Projekt Grundbildungskurs Haus 8/9 JSA Berlin (2022)	60	0/0,0 %	60/100 %	0/0,0 %
Projekt Beschäftigungswerkstatt/Förder- u. Stützkurs JSA Berlin (2021)	20	0/0,0 %	20/100 %	0/0,0 %
Projekt Beschäftigungswerkstatt/Förder- u. Stützkurs JSA Berlin (2022)	21	0/0,0 %	21/100 %	0/0,0 %
Projekt Schlüsselkompetenztraining Haus 9 JSA Berlin (2021)	66	0/0,0 %	66/100 %	0/0,0 %
Projekt Schlüsselkompetenztraining Haus 9 JSA Berlin (2022)	73	0/0,0 %	73/100 %	0/0,0 %
Projekt Berufsausbildung Kfz Mechatroniker JSA Berlin (2021)	18	0/0,0 %	18/100 %	0/0,0 %
Projekt Berufsausbildung Kfz Mechatroniker JSA Berlin (2022)	19	0/0,0 %	19/100 %	0/0,0 %

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Geschlechtssensitive Daten:

Ausgabezweck	Nutzende	Frauen	Männer	Divers
Projekt DaF/DaZ JSA Berlin (2021)	35	0/0,0 %	35/100 %	0/0,0 %
Projekt DaF/DaZ JSA Berlin (2022)	13	0/0,0 %	13/100 %	0/0,0 %
Projekt Berufsausbildung Friseur JSA Berlin (2021)	19	0/0,0 %	19/100 %	0/0,0 %
Projekt Berufsausbildung Friseur JSA Berlin (2022)	16	0/0,0 %	16/100 %	0/0,0 %
Projekt Berufliche und schulische Bildung in der JVAF (2021)	58	55/95,0 %	0/0,0 %	3/5,0 %
Projekt Berufliche und schulische Bildung in der JVAF (2022)	70	69/99,0 %	0/0,0 %	1/1,0 %
Projekt WERTRAUM goes JVAF (2021)	51	51/100 %	0/0,0 %	0/0,0 %
Projekt WERTRAUM goes JVAF (2022)	41	0/0,0 %	41/100 %	0/0,0 %
Projekt Förderunterricht „Sprache und szenisches Spiel“ in der JSA Berlin (2021)	24	0/0,0 %	24/100 %	0/0,0 %
Projekt Förderunterricht „Sprache und szenisches Spiel“ in der JSA Berlin (2022)	27	0/0,0 %	27/100 %	0/0,0 %
Projekt Crashkurs Deutsch – Sprache und Orientierungswissen (2021)	40	0/0,0 %	40/100 %	0/0,0 %
Projekt Crashkurs Deutsch – Sprache und Orientierungswissen (2022)	33	0/0,0 %	33/100 %	0/0,0 %
Projekt Entlassungsvorbereitung für ausländische Romnja in Berlin (2021)	23	23/100 %	0/0,00 %	0/0,0 %
Projekt Übergangsbegleitung erwachsene Männer (2022)	69	0/0,0 %	69/100 %	0/0,0 %
Projekt ABA Alphabetisierung JSA (2022)	5	0/0,0 %	5/100 %	0/0,0 %
Projekt ZweiDrittel FM Podcast JSA (2022)	11	0/0,0 %	11/100 %	0/0,0 %

81230	**051**	**Neuverkabelung Campus Moabit**					
		Siehe Maßnahmegruppe 32					
81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**					
		Siehe Maßnahmegruppe 32					
97101	**880**	**Pauschale Mehrausgaben**	**—**	**—**	**627.000**		**—**
97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**1.000**		**—**
97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**	**—**	**—**	**-1.650.000**		**—**

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**518.000**	**965.000**	**566.000**	**508.384,75**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 54003 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz.

51168 (neu)	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**40.000**	**40.000**		

20.000 € pro Haushaltsjahr für die Hardwareausstattung eines Innovationszentrums Legal Tech.
20.000 € pro Haushaltsjahr für die Hardwareausstattung eines Kompetenzzentrums Barrierefreiheit.

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**720.000**	**670.000**	**543.000**	**130.795,41**

	2024	2025	2023
1. Betrieb Justizaktenmanagementsystem (JAM)	80.000 €	80.000 €	175.000 €
2. Betrieb Zeiterfassungssystem Interflex	10.000 €	10.000 €	10.000 €
3. Betrieb Funkzellentransparenzsystem	250.000 €	200.000 €	25.000 €
4. Betrieb Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS)	120.000 €	120.000 €	40.000 €
5. Betrieb diverser Fachverfahren (z. B. Schlüsselverwaltung)	15.000 €	15.000 €	10.000 €
6. Betrieb BSCW-Server	--- €	--- €	13.000 €
7. Länderarbeitsgruppe zur Zukunft der IT-Fachverfahren	--- €	--- €	250.000 €
8. IT-Dienstleistungen Innovationszentrum Legal Tech (Lizenzen etc.)	80.000 €	80.000 €	--- €
9. IT-Dienstleistungen Kompetenzzentrum Barrierefreiheit (Lizenzen etc.)	80.000 €	80.000 €	--- €
10. Cyber Innovation Hub	65.000 €	65.000 €	--- €
11. Betrieb Stiftungsportal	10.000 €	10.000 €	10.000 €
12. Betrieb Stiftungsdatenbank	10.000 €	10.000 €	10.000 €
	720.000 €	670.000 €	543.000 €

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**30.000**	**—**
81230	**051**	**Neuverkabelung Campus Moabit**	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.000.000**	**420.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.130.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**2.630.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	3.000.000 €	2.500.000 €	0 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

Erneuerung der Digitalen Netze am Campus Moabit

Es besteht Handlungsbedarf zur Erneuerung der Digitalen Netze am Campus Moabit. Am größten Standort der Berliner Justiz muss das digitale Netz für die Erfordernisse des Einsatzes der elektronischen Akte und des elektronischen Rechtsverkehrs ertüchtigt werden. Die Maßnahme ist in 2022 begonnen werden und soll fortgesetzt werden. In Folge der Preissteigerungen im Baubereich (Baupreisindex 3/2021=129,6; 3/2022=151,0; 3/2023 +8,1% jährliche durchschnittliche Indexsteigerung) werden die Gesamtbaukosten gegenüber der ursprünglichen Planung (9.000.000 €) zum 3. Quartal 2023 hochgerechnet um 2.350.000 € auf rund 11.350.000 € steigen. Zusätzlich werden Kosten für die Anmietung von Ersatzflächen zur Unterbringung von jeweils 40 Arbeitsplätzen anfallen, um in einzelnen Bauabschnitten über die Möglichkeiten non-territorialen Arbeitens hinaus Baufreiheit schaffen zu können; hinzu kommen Umzugskosten für rund 1.800 Arbeitsplätze inklusive Mehrwertsteuer und Managementfee der BIM GmbH – diese zusätzlichen Kosten belaufen sich auf rd. 700.000 €.
Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich danach auf insgesamt 12.050.000 €.
Die Fertigstellung der Maßnahme ist für das 4. Quartal 2025 vorgesehen.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Finanzierung:

Bis 2022 finanziert	420.000 €
2023	3.000.000 €
2024	3.000.000 €
2025	3.000.000 €
2026	2.630.000 €
	12.050.000 €

81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-abhängige IKT**	**578.000**	**1.075.000**	**806.000**	**891.303,48**
		Verpflichtungsermächtigung	**900.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**900.000**			

Verpflichtungen aus Vorjahren

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	403.000 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024	2025	2023
1. Einführung Kollaborationswerkzeug auf Basis von Share Point	80.000 €	80.000 €	65.000 €
2. Einführung zentraler Service Desk	25.000 €	25.000 €	23.000 €
3. Ausbau ISMS (Informations-Sicherheits-Management-System)	5.000 €	5.000 €	5.000 €
4. Ausbau Fortbildungsverwaltungssystem	--- €	--- €	10.000 €
5. Einführung zentrale Vertragsverwaltung	15.000 €	15.000 €	15.000 €
6. Einführung zentrales Adressmanagement	--- €	--- €	50.000 €
7 Weiterentwicklung Stiftungsportal	--- €	--- €	20.000 €
8. Weiterentwicklung und Migration Justizaktenmanagementsystem (JAM)	--- €	--- €	50.000 €
9. Erneuerung Hardwareausstattung	50.000 €	50.000 €	--- €
10. Erneuerung Netz-Infrastruktur Dienstgebäude Salzburger Straße 21-25	403.000 €	900.000 €	568.000 €
	578.000 €	1.075.000 €	806.000 €

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für die Erneuerung der Netz-Infrastruktur im Dienstgebäude Salzburger Straße 21-25.

Summe Maßnahmegruppe 32	**4.906.000**	**5.800.000**	**4.945.000**	**1.950.483,64**
Gesamtausgaben	**54.785.300**	**57.789.900**	**48.221.700**	**44.890.384,80**
Prozentuale Veränderung	**13,6 %**	**5,5 %**		

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0600				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	771.000	771.000	770.000	822.799,74
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.702.000	1.702.000	2.002.000	2.238.469,41
		Gesamteinnahmen	2.473.000	2.473.000	2.772.000	3.061.269,15
411-462		Personalausgaben	17.407.100	18.051.700	13.582.500	13.941.041,29
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	9.630.400	10.865.400	9.490.200	7.736.961,87
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	24.169.800	24.797.800	22.365.000	21.901.078,16
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	3.578.000	4.075.000	3.806.000	1.311.303,48
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	-1.022.000	—
		Gesamtausgaben	54.785.300	57.789.900	48.221.700	44.890.384,80
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-52.312.300	-55.316.900	-45.449.700	-41.829.115,65

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001045 Sicherstellung der Rechtsordnung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	3.244.474	3.092.459	+4,92
Kostenträger	19	Sachkosten	409.011	302.593	+35,17
davon		Transferkosten	10.672.191	9.890.188	+7,91
Produkte	11	Verrechnungskosten	31.622	19.192	+64,76
MGF	7	kalkulatorische Kosten	1.232.695	1.165.876	+5,73
Projekte	1	Gemeinkosten	2.259.065	2.004.253	+12,71
		Summe Verwaltungskosten	17.849.057	16.474.560	+8,34
		Transfers	273.762	550.776	-50,30
		Gesamtsumme	18.122.819	17.025.336	+6,45

Die aufgeführten Kosten sind nur im Kapitel 0600 (Stammhaus) angefallen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005464	2022	11.742.581	0	11.742.581
Dienst- und Fachaufsicht sowie Transferprodukte (Gerichte)	2021	10.913.425	0	10.913.425

In dieser Produktgruppe gibt es insgesamt zwei ministerielle Geschäftsfelder und zwei (Transfer-)Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/ Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79632	2022	4.151.661	0	4.151.661
Kostenerstattung für das Finanzgericht (Transferprodukt)	2021	3.775.580	0	3.775.580

	2022	2021
Menge: keine (Transfer)	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	22,91	22,18
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	4.148.179,90	3.771.938,34
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Kostenerstattung an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg für die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des gemeinsamen Finanzgerichts

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79633	2022	6.367.747	0	6.367.747
Kostenerstattung für das LSG (Transferprodukt)	2021	6.065.513	0	6.065.513

	2022	2021
Menge: keine (Transfer)	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	35,14	35,63
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	6.363.152,73	6.061.844,22
IST - Erträge in €	509,45	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,01	0,00

Kostenerstattung an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg für die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des gemeinsamen Landessozialgerichts.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005481	2022	2.667.722	273.762	2.941.484
Ministerielle Einzelangelegenheiten der Senatsverwaltung für Justiz	2021	2.253.011	550.776	2.803.787

Zu dieser Kostenträgergruppe gehören neun externe Produkte und ein Projekt.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/ Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79197	2022	1.107.944	0	1.107.944
Stiftungs- und Vereinswesen	2021	1.001.048	0	1.001.048

	2022	2021
Menge: Anzahl der beaufsichtigten Stiftungen und Vereine sowie Anzahl der neuen Stiftungs- und Vereinseinzelsachen	12.603	**12.355**
Kosten je ME in €	87,91	81,02
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	6,11	5,88
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	68.304,08	66.621,68
Kostendeckungsgrad in %	6,16	6,66

Stiftungen bedürfen zu ihrer Entstehung der aufsichtsbehördlichen Anerkennung. Nach erfolgter Anerkennung werden sie staatlich beaufsichtigt. Dazu gehören die Prüfung und ggf. Genehmigung von Beschlüssen zu Satzungsänderungen, der Zusammenlegung mitanderen Stiftungen oder der Aufhebung der Stiftung, die Überwachung der satzungsgemäßen Organzusammensetzung, die Prüfung der Jahresberichte und die anlassbezogene Aufklärung zu Maßnahmen der Stiftungsverwaltung. Erforderlichenfalls sind Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um die ordnungsgemäße Stiftungsverwaltung zu gewährleisten. Ferner ist die Öffentlichkeit über die bestehenden Stiftungen zu unterrichten, sind allgemeine Eingaben und Anfragen zu bearbeiten und werden Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Errichtung von Stiftungen unterstützt. Im Vereinswesen sind Satzungsänderungen wirtschaftlicher Vereine zu genehmigen und Vertretungsbescheinigungen für solche Vereine auszustellen. Ferner sind Anträge auf Genehmigung neuer wirtschaftlicher Vereine zu bescheiden.

Fachspezifische Informationen

Die Menge ist über 12 Monate kumuliert, d.h. jeden Monat wird neben den im jeweiligen Monat eingegangenen neuen Stiftungsvorhaben die Anzahl der am Monatsende vorhandenen Stiftungen erhoben. Gleiches gilt für die Vereine.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005482	2022	3.438.755	0	3.438.755
Mitwirkung an der Rechtssetzung und Grundsatzangelegenheiten der Senatsverwaltung für Justiz	2021	3.308.123	0	3.308.123

Zu dieser Kostenträgergruppe gehören fünf ministerielle Geschäftsfelder.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/ Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung
(Landesantidiskriminierungsstelle) -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wird künftig bei Kapitel 1130 nachgewiesen.				

Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg ist zuständig für die Abnahme der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung, die Grundsatzfragen der Aus- und Fortbildung für Juristen/Juristinnen und sonstige Justizbedienstete in den beiden Ländern sowie die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für den höheren Dienst.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	0	1	1	1	1	1
Relativer Anteil		100 %	50 %	50 %	50 %	50 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	9	3	9	3	10	3
Relativer Anteil	75 %	25 %	75 %	25 %	77 %	23 %

Die an das GJPA abgeordneten Richterinnen und Richter sind nicht erfasst, sondern den jeweiligen Stammdienststellen zugeordnet.

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	112.200,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	97.870,00 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	55.140,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	54.795,00 €

Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11152	**059**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**100.000**	**100.000**	**150.000**	**76.548,98**

Gebühren für Justizverwaltungsangelegenheiten aufgrund des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung sowie aufgrund anderer landesrechtlicher Vorschriften

11979	**059**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
23211	**059**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**1.000.000**	**1.000.000**	**780.000**	**886.561,96**

Ausgleichszahlung des Landes Brandenburg für das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt.

		Gesamteinnahmen	**1.101.000**	**1.101.000**	**931.000**	**963.110,94**
		Prozentuale Veränderung	**18,3 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**059**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**564.000**	**587.000**	**487.000**	**539.163,18**
42701	**059**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.470.000**	**1.470.000**	**950.000**	**880.020,82**

Der Titel umfasst die Honorare für die Prüfer*innen in den staatlichen Prüfungen Berlin und Brandenburg sowie die Honorare und Reisekosten der Dozent*innen für die Fortbildung des höheren Dienstes in beiden Ländern.

Der Anstieg der Ansätze 2024 und 2025 basiert auf der Anpassung der Höhe der Honorare der nebenamtlichen Prüfer/innen an die berlinweit geltende Bandbreitenregelung zur Absicherung der Aufgabenwahrnehmung.

42801	**059**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**424.000**	**441.000**	**452.000**	**403.581,25**
44100	**059**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**32.600**	**34.000**	**14.900**	**30.731,29**
44379	**059**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**059**	**Geschäftsbedarf**	**37.700**	**37.700**	**37.700**	**31.094,16**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	12.700 €	12.700 €
2. Bücher, Zeitschriften	18.000 €	18.000 €
3. Postgebühren	7.000 €	7.000 €
	37.700 €	37.700 €

51140	**059**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**2.400**	**2.400**	**2.400**	**2.819,19**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024/2025	2023
Technische Geräte	1.000 €	1.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	1.400 €	1.400 €
	2.400 €	2.400 €

51185	**059**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51801	**059**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**540.000**	**540.000**	**540.000**	**446.596,31**

Raummiete für Säle für die Staatsprüfungen.

Anmietungen sind erforderlich, da am Standort der SenJustV Prüfungsräume für die schriftlichen Prüfungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Neu ist die Planung, die schriftlichen Klausuren im 2. Examen am Computer durchzuführen, wofür gesonderte, speziell ausgestattete Prüfungsräume anzumieten sind. Der weitere Bedarf ergibt sich aus der Anmietung externer Prüfungssäle für die schriftlichen Klausuren der staatlichen Pflichtfachprüfung.

Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51802	**059**	**Mieten für Fahrzeuge**	**20.000**	**20.000**	**15.000**	**28.591,94**
52501	**059**	**Aus- und Fortbildung**	**130.000**	**130.000**	**130.000**	**59.036,51**

Sachkosten aus Anlass der Fortbildung der Berufsrichter/innen
Vermehrte Fortbildungsangebote in interdisziplinären Themen sowie Ausbau und Neukonzeption der Fortbildungen.

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	676	399	780	345	1172	484
Relativ	63 %	37 %	69 %	31 %	70%	30%

Zielgruppe:	Beschäftigte des höheren Dienstes der Länder Berlin und Brandenburg
Zielsetzung:	keine
Steuerungsmaßnahmen:	keine

52601	**059**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**13.000**	**13.000**	**13.000**	**8.251,27**

Ausgaben für außergerichtliche Kosten, die durch die Prozessführung Berlins in Rechtssachen der Justizverwaltung entstehen, insbesondere für Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten.

52703	**059**	**Dienstreisen**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**4.775,88**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG)

	2024/2025	2023
1. Dienstreisen	4.500 €	4.500 €
2. Dienstreisen für Aus- und Fortbildung	4.500 €	4.500 €
	9.000 €	9.000 €

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	0	0	3	1	7	16
Relativ			75%	25%	30%	70%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamtes der Länder Berlin und Brandenburg
Zielsetzung:	keine
Steuerungsmaßnahmen:	keine

54010	**059**	**Dienstleistungen**	**245.000**	**245.000**	**245.000**	**153.067,94**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**400.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**100.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**100.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**100.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	85.000 €	85.000 €	0 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

Im Hinblick auf die Belastung des Geschäftsbereichs muss zunehmend auf externe Kräfte von Sicherheitsfirmen zurückgegriffen werden. Die Erhöhung des Mindestlohns führt zu einer Erhöhung der Kosten. Darüber hinaus sind Mittel für die Fortführung einer Studie zu sozialen und diskriminierenden Faktoren (intersektional) in der juristischen Ausbildung vorgesehen.

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für eine Neuausschreibung eines Dienstleistungsvertrages zur Durchführung von Flur- und Saalaufsichten bei den juristischen Staatsprüfungen ab 2026.

Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079	059	Verschiedene Ausgaben	5.000	5.000	5.000	686,22
68123	059	Ehrungen, Preise	5.000	5.000	5.000	5.000,00

Berlin-Brandenburgischer Preis für die beste Dissertation, die nicht nur eine vorzügliche fachwissenschaftliche Leistung darstellt, sondern auch geeignet ist, die Lösung drängender Probleme der Jurisprudenz, verstanden als die praktische Wissenschaft vom Recht, in besonderer Weise zu befördern.

Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**059**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**300.000**	**270.000**	**90.000**	**68.899,62**

Der Titel umfasst die Kosten für die Weiterentwicklung der Lernsoftware ELAN-REF, des Aufbaus einer Plattform für elektronische Anmeldungen für Fortbildungen und für die Kommunikation mit den nebenamtlichen Prüfer*innen, für Entwicklungen weiterer Funktionen in dem abteilungsinternen Fachverfahren Progreso sowie Fortentwicklung einer Lernplattform für Rechtsreferendar*innen und Vorarbeiten für computergestützte Staatsprüfungen.

Mehr insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Aufgaben im Bereich der elektronischen Klausuren, hier insbesondere die Einrichtung einer Schnittstelle und deren fortlaufender Anpassung in der eigenen Prüfungssoftware. Dies umfasst den beabsichtigten Abschluss einer Projektvereinbarung mit dem Cedis, um den dort zwecks Einführung eines medienbruchfreien Prüfungsverfahrens anfallenden zusätzlichen personellen und sachlichen Aufwand abzugelten.

Summe Maßnahmegruppe 32	**300.000**	**270.000**	**90.000**	**68.899,62**
Gesamtausgaben	**3.798.700**	**3.810.100**	**2.997.000**	**2.662.315,58**
Prozentuale Veränderung	**26,8 %**	**0,3 %**		

Abschluss Kapitel 0605

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**101.000**	**101.000**	**151.000**	**76.548,98**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000.000**	**1.000.000**	**780.000**	**886.561,96**
	Gesamteinnahmen	**1.101.000**	**1.101.000**	**931.000**	**963.110,94**
411-462	**Personalausgaben**	**2.491.600**	**2.533.000**	**1.904.900**	**1.853.496,54**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.302.100**	**1.272.100**	**1.087.100**	**803.819,04**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000,00**
	Gesamtausgaben	**3.798.700**	**3.810.100**	**2.997.000**	**2.662.315,58**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-2.697.700**	**-2.709.100**	**-2.066.000**	**-1.699.204,64**

Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001052 Sicherstellung der juristischen Aus- und Fortbildung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	23.361.730	22.031.297	+6,04
Kostenträger	7	Sachkosten	747.819	732.495	+2,09
davon		Transferkosten	159.384	189.450	-15,87
Produkte	6	Verrechnungskosten	1.849.947	1.605.405	+15,23
MGF	1	kalkulatorische Kosten	788.131	784.515	+0,46
Projekte	0	Gemeinkosten	2.265.881	2.129.357	+6,41
		Summe Verwaltungskosten	29.172.892	27.472.519	+6,19
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	29.172.892	27.472.519	+6,19

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung der juristischen Aus- und Fortbildung“: Die entstehenden Kosten werden hier leistungsstrangbezogen und behördenübergreifend beim Gemeinsamen Justizprüfungsamt (GJPA) und beim Kammergericht gebündelt. Die dargestellten Kosten entsprechen den Ausgaben in den Kapiteln 0605 (GJPA) und 0615 (KG), wobei der Schwerpunkt im Kammergericht liegt.

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004999	2022	5.349.617	0	5.349.617
Sicherstellung der juristischen Aus- und Fortbildung im GJPA	2021	5.189.655	0	5.189.655

In dieser Kostenträgergruppe existieren fünf externe Produkte und je ein ministerielles Geschäftsfeld.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/ Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79628	2022	1.630.301	0	1.630.301
Zweites juristisches Staatsexamen (einschl. Eignungsprüfung EURAG)	2021	1.615.303	0	1.615.303

Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

	2022	2021
Menge: Anzahl der Kandidat/innen, die die zweite juristische Staatsprüfung abgelegt haben	973	968
Kosten je ME in €	1.675,54	1.668,70
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,59	5,88
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	344.925,14	387.315,44
Kostendeckungsgrad in %	21,16	23,98

Alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der zweiten juristischen Staatsprüfung (einschl. Eignungsprüfung EURAG)Ausnahme: Klageverfahren bei der zweiten juristischen Staatsprüfung (Produkt 67718)

Fachspezifische Informationen

ggf. Text

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79629	2022	1.651.389	0	1.651.389
Erstes juristisches Staatsexamen (einschl. Eignungsprüfung nach Morgenbesser)	2021	1.663.181	0	1.663.181

	2022	2021
Menge: Anzahl der Kandidat/innen, die die erste juristische Staatsprüfung und die Eignungsprüfung abgelegt haben	1.350	1.375
Kosten je ME in €	1.223,25	1.209,59
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,66	6,05
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	284.087,20	299.147,51
Kostendeckungsgrad in %	17,20	17,99

Alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der ersten juristischen Staatsprüfung (einschl. Eignungsprüfung / Morgenbesser)
Ausnahme: Klageverfahren bei der ersten juristischen Staatsprüfung (Produkt 67714)

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Im Kapitel 0608 sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Abteilung Verbraucherschutz - sowie der Landestierschutzbeauftragten veranschlagt.

Hierzu zählen:

- Grundsatzfragen der Verbraucher-, Ernährungs- und Agrarpolitik
- Grundsatzfragen des Verbraucherschutzes
- Wirtschaftlicher und gesundheitlicher Verbraucherschutz
- Lebensmittelüberwachung und Futtermittelrecht
- Grundsatzangelegenheiten der Gentechnik
- Tierschutz

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	4	2	1	4	6	5
Relativer Anteil	67 %	33 %	20 %	80 %	55 %	45 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	28	8	9	27	6	27
Relativer Anteil	78 %	22 %	25 %	75 %	18 %	82 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	86.755,50 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	83.005,18 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	74.388,07 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	65.362,07 €

Führungskräfte: Die bestehende Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich aus einem höheren Anteil männlicher Dienstkräfte in höheren Besoldungsstufen der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt (ehem. höherer Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt (ehem. mittlerer Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wurde bislang bei Kapitel 0780 nachgewiesen.				
		Einnahmen				
11105	**311**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.432,10**

Gebühren für die Bestellung von landwirtschaftlichen Sachverständigen nach Tarifstelle 2242 der VGebO,
Gebühren für die Genehmigung der Tarife der Berliner Wasserbetriebe (BWB) für Wasser, Schmutz- und Niederschlagswasser sowie Fäkalwasser und –schlamm und
Gebühren für die Genehmigung der Tarife der Berliner Stadtreinigung (BSR) für die Abfallwirtschaft und Straßenreinigung nach Tarifstelle 2004 der VGebO,
Gebühren für die Amtshandlungen nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz und vergleichbarer gesetzlicher Informationsansprüche nach Tarifstelle 1004 der VGebO

11150	**311**	**Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Arbeits- und gesundheitlichen Verbraucherschutz**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**334,00**

Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen für die Einfuhr von Forschungs- und Diagnoseproben und Warnmuster tierischer Herkunft sowie für die Einfuhr von Tieren.
Gebühren für Anerkennung von Sachverständigen gem. HundeG auf Grundlage der VSGebO.

11921	**314**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**513.838,76**

Erwartete Einnahmen aus Rückzahlungen im Rahmen von Zuwendungsgewährungen

11934	**314**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**929.542,50**

Einnahmen aus überzahlten Rechnungen, gesetzlichen Verpflichtungen oder Bund-Länder-Vereinbarungen, z.B. Rückerstattung einer anteiligen Verbindlichkeit des LLBB

11979	**314**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**37,52**
16210	**523**	**Zinsen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
18210	**523**	**Tilgungen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
23190	**314**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**—**	**80.637,12**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68690.

Einnahmen werden erwartet aus Förderung des Bundes für Zuwendungsprojekte und andere Maßnahmen

23294 (neu)	**314**	**Zweckgebundene Einnahmen von Ländern für Zuschüsse an Dritte**	**1.000**	**1.000**		

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68594.

Einnahmen werden erwartet aus Förderung der Länder für Zuwendungsprojekte

23601	**314**	**Ersatz von Ausgaben durch Sozialversicherungsträger**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

27201	**523**	**Zuschüsse der EU für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.963,29**

u. a. EU-Kofinanzierungen von Tierseuchenuntersuchungsprogrammen
In Abhängigkeit von der Bedeutung eines Tierseuchenerregers werden Untersuchungsprogramme der Länder von der EU anteilig kofinanziert.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Landwirtschaft**				
16210	**523**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**377,27**

Einnahmen aus Zinsleistungen für Darlehen, die im Rahmen des ländlichen Siedlungswesens für die Ansiedelung landwirtschaftlicher Unternehmen und für Darlehen, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ für Investitionsmaßnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben gewährt wurden.

60% der Einnahmen für die GAK-Maßnahmen stehen dem Bund zu und werden über den korrespondierenden Titel 63111 an die Bundeskasse abgeführt.

18210	**523**	**Tilgungen**	**135.000**	**135.000**	**135.000**	**46.991,68**

Einnahmen aus Tilgungsleistungen für Darlehen, die im Rahmen des ländlichen Siedlungswesens für die Ansiedelung landwirtschaftlicher Unternehmen und für Darlehen, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ für Investitionsmaßnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben gewährt wurden.

60% der Einnahmen für die GAK-Maßnahmen stehen dem Bund zu und werden über den korrespondierenden Titel 63111 an die Bundeskasse abgeführt.

Summe Maßnahmegruppe 02	**136.000**	**136.000**	**136.000**	**47.368,95**
Gesamteinnahmen	**253.000**	**253.000**	**252.000**	**1.584.154,24**
Prozentuale Veränderung	**0,4 %**	**—**		

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
41210	**314**	**Aufwendungen für Beiräte**	**1.200**	**1.200**	**1.200**	**967,00**
		Pauschale monatliche Aufwandsentschädigung für die/den Beiratsvorsitzende/n des Berliner Tierschutzbeirates				
42201	**314**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.050.000**	**2.067.000**	**2.228.000**	**1.572.926,51**
42701	**314**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42722	**314**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**191.000**	**124.560,07**
42801	**314**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.853.000**	**1.859.000**	**834.000**	**1.450.133,14**
42811	**314**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42821 (neu)	**011**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**200.000**	**208.000**		
44100	**314**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**41.000**	**42.200**	**88.600**	**38.642,96**
44379	**314**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**311**	**Geschäftsbedarf**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**3.063,82**
		12.000,0 EUR werden künftig bei 0700/51101 nachgewiesen.				
		Ausgaben für allgemeinen Geschäftsbedarf, Bücher, Zeitschriften und Lose-Blatt-Sammlungen. Davon sind 2.100 € für die Landestierschutzbeauftragte vorgesehen.				
51140	**311**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**2.000**	**2.000**	**4.000**	**—**
		Zentrale Beschaffung und ggf. notwendige Bevorratung von Sachmitteln zur Tierseuchenbekämpfung im Notfall, z. B. Schutzkleidung, Kohlendioxid etc.				
51185	**314**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51479	**311**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Für die Beschaffung von Ködern zur Auslage von Impfstoffen zur oralen Bekämpfung der Tollwut des Fuchses (Bundesprogramm) sowie Tierseuchen-Notstandsbedarf.				

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**311**	**Aus- und Fortbildung**	**14.900**	**15.000**	**8.700**	**1.521,82**

Gebühren für Fortbildungsveranstaltungen
Davon sind jährlich 6.950 € für Fortbildungen der Landestierschutzbeauftragten vorgesehen.

Mehr aufgrund der vertraglichen Verpflichtung für die in der Abteilung Verbraucherschutz beschäftigte Tierärztin zur Weiterbildung (öffentliches Veterinärwesen) und der Vergrößerung des Teams der Landestierschutzbeauftragten (2 Tierärztinnen in Weiterbildung zur Fachtierärztin für Tierschutz mit Fortbildungsverpflichtung und eine Freiwillige/ein Freiwilliger zum FÖJ).

Genderpolitische Analyse:

	2020			2021			2022		
	m	w	div	m	w	div	m	w	div
absolut							2	8	0
relativ							20	80	0
Ressourcen in €							330	1.191,82	0
	Daten wurden nicht erfasst								

Die Verteilung der Anmeldungen zu Fortbildungen entspricht dem Anteil an weiblichen und männlichen Mitarbeitenden der Abteilung.

52536	**314**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**314**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.122,50**
52610	**314**	**Gutachten**	**12.000**	**12.000**	**16.000**	**595,00**

Die Ausgaben sind vorgesehen für Gutachten der Landestierschutzbeauftragten, die die Evaluierung des Erfolgs von Pilot-Taubenschlägen und der weiteren begleitenden Maßnahmen des Berliner Stadttaubenkonzepts fachlich begutachten lassen soll.

52703	**314**	**Dienstreisen**	**20.000**	**20.000**	**25.000**	**2.792,73**

Dienstreisen zu Fachkongressen und Fachveranstaltungen.
Davon sind jährlich 3.300 € für Dienstreisen der Landestierschutzbeauftragten vorgesehen.

Genderpolitische Analyse:

	2020			2021			2022		
	m	w	div	m	w	div	m	w	div
absolut							4	9	0
relativ							31	69	0
Ressourcen in €							901,70	1.891,03	0
	Daten wurden nicht erfasst								

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**314**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**14.000**	**14.000**	**109.000**	**42.654,97**

z. B. Faltblatt "Amtliche Lebensmittelüberwachung"

Davon sind jährlich 5.000 € für Veröffentlichungen für verschiedene Publikationen der LTB, v. a. für open-access-Gebühren von Veröffentlichungen der LTB und ihrer Mitarbeitenden in Fachzeitschriften vorgesehen.

Weniger, da keine Mittel mehr für die Aufklärungskampagne zu der am 08.06.2022 in Kraft getretenen Katzenschutzverordnung zu berücksichtigen sind.

53105	**314**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**341.000**	**366.000**	**285.000**	**32.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**366.000**	**366.000**		
		Davon fällig 2025	**366.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**366.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
VE Plan 2023	285.000	285.000	285.000

Die Verpflichtungsermächtigung 2023 wird voraussichtlich nur für das Jahr 2024 in Anspruch genommen werden.

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Beteiligung des Landes Berlin an der Internationalen Grünen Woche (IGW) mit einer Länderpräsentation und Beteiligung und Ausgestaltung an ausgewählten Foren der IGW.

Mehr, da eine Anpassung der Mittelansätze an die seit Jahren gestiegenen Kosten für Personal, Material und Dienstleistungen für den Messeauftritt des Landes Berlin bei der Internationalen Grünen Woche erfolgt. Dabei werden tarifliche Steigerungen berücksichtigt sowie die derzeitige wirtschaftliche Lage, die v.a. zu deutlich höheren Material- und Kosten für Bauleistungen geführt hat.

Die Verpflichtungsermächtigung 2024 ist vorgesehen für den Abschluss des Messevertrages für die Internationale Grüne Woche (IGW), die im Januar 2025 stattfindet.
Die Verpflichtungsermächtigung 2025 ist vorgesehen für den Abschluss des Messevertrages für die Internationale Grüne Woche (IGW), die im Januar 2026 stattfindet.

53111	**311**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**—**

Für Stellenausschreibungen einschließlich der Kosten für Auswahlverfahren, amtliche Bekanntmachungen und öffentliche Ausschreibungen

54010	**314**	**Dienstleistungen**	**710.000**	**665.000**	**379.000**	**318.272,17**
		Verpflichtungsermächtigung	**470.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**340.000**			
		Davon fällig 2026	**130.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	210.000	210.000	210.000
VE Plan 2023	---	---	---

Keine Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2022 zu Lasten des Jahres 2027.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Nr.	Maßnahme	2024	2025	2023
		€	€	€
1	Ernährungsbereich	335.300	340.000	265.000
2	Radioaktivitätsuntersuchungen Lebens- und Futtermittel	7.000	7.000	---
3	Bewirtschaftung von Zuwendungen (Beleihungsvertrag) inkl. der Zuwendungen der Landestierschutzbeauftragten	270.000	270.000	105.000
4	Monitoringsysteme gem. Tiergesundheitsgesetz	8.000	8.000	8.000
5	Studie gefährliche Hunde	50.000	---	---
6	Durchführung von Resilienztrainings für Berliner Amtstierärzt:innen bei den Veterinärbehörden durch psychologische Dienstleister (Landestierschutzbeauftragte)	24.800	25.000	---
7	Tierschutzbildungs-Workshops an Berliner Schulen	14.900	15.000	---
8	Dienstleistungen für den Agrarbereich	---	---	1.000
	Summe	710.000	665.000	379.000

Die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für längerfristige Vertragsabschlüsse im Ernährungsbereich.

Zu 1.
Im Ernährungsbereich werden Maßnahmen nach der Pilotphase z.T. nicht mehr als Projekt, sondern als Dienstleistung fortgeführt. Geplant sind folgende Dienstleistungen:

Verbraucherinformation zu bioregionalen Wertschöpfungsketten, Ausgabekräfteschulungen, bezirkliche Regionalkonzepte und Ernährungsstrategien; Maßnahmen mit der Zielgruppe Migranten

Das Hauptziel der Berliner Ernährungsstrategie ist der Zugang zu gesunden Lebensmitteln für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch Informationsbereitstellung für migrantische Bevölkerungsgruppen.

Zu 2.
Untersuchungsleistungen i. H. v. 7.000 € vorsorglich im Ereignisfall
Diese Kosten sind lediglich grob abschätzbar, da das Messprogramm stark von der Art des Ereignisses abhängig ist und der Umfang somit erheblich variieren kann. Es können auch erheblich höhere Kosten anfallen.

Zu 3.
Durch die Abteilung Verbraucherschutz werden jährlich bis zu 50 Projekte und die Verbraucherzentrale Berlin sowie die Tiertafel institutionell gefördert.
Die Zuwendungssachbearbeitung und Verwendungsnachweisprüfung ist auf einen beliehenen Dienstleister übertragen. Im Ergebnis einer 2022 durchgeführten öffentlichen Ausschreibung ergab sich hierfür ein jährlicher Bedarf in der angegebenen Höhe.

Zu 4.
Beim Auftreten neuer oder neuartiger Tierseuchen oder bei Tierkrankheiten, die insbesondere für das Land Berlin von großem Interesse sind (z.B. auf den Menschen übertragbar), können gemäß § 10 Abs. 2 Tiergesundheitsgesetz Monitoringsysteme etabliert werden, die dann der Finanzierung durch das Land als Auftraggeber der Untersuchungen bedürfen.

Zu 5.
Es soll eine Studie erstellt werden, ob eine Abschaffung der sog. Rasseliste gem. § 5 des Berliner Hundegesetzes und ein verpflichtender Sachkundenachweis (Hundeführerschein) zu mehr Tier- und Menschenwohl führen.
Der Senat setzt sich gem. Richtlinien der Regierungspolitik für die Abschaffung der Rasseliste bei Hunden ein. Das Ergebnis der Studie bildet die Entscheidungsgrundlage.

Zu 6.
Zur Förderung des Tierschutzes im Land Berlin hat die LTB bereits 2022 ein Konzept für die Durchführung von Resilienz-Trainings für Berliner Amtstierärztinnen und -ärzten bei den Veterinärbehörden ausgearbeitet, welches mit Hilfe von mit den praktischen Vollzugsherausforderungen von Amtstierärztinnen und –ärzten erfahrenen psychologischen Dienstleistenden fortan kontinuierlich einmal pro Monat angeboten werden soll.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zu 7.
Mit Hilfe externer Bildungsdienstleister sollen Tierschutzbildungs-Workshops an Berliner Schulen finanziert werden. Damit kommt das Land Berlin seinem staatlichen Bildungsauftrag nach, wie er in Art. 7 Abs. 1 GG, Art. 20 Abs. 1 BlnVerf verankert ist. Nach § 1 S. 2 BlnSchulG sollen Schüler dazu erzogen werden, das staatliche und gesellschaftliche Leben im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten. Eine Aufklärung zum in der heutigen Gesellschaft zentralen Thema des Tierschutzes findet im regulären Unterricht an Berliner Schulen bisher nicht statt. Um diesem Mangel abzuhelfen, vergibt die Landestierschutzbeauftragte Aufträge zur Durchführung monatlicher Workshops, deren Kosten mit jeweils 1.200 € veranschlagt sind.

Mehr wegen:

- steigender Anzahl von Zuwendungen
- Ausbau der Ernährungsstrategie
- neue Vorhaben der Landestierschutzbeauftragten

54026	**314**	**Tierkörperbeseitigung**	**356.000**	**356.000**	**260.000**	**253.666,20**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**181.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**181.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	356.000	356.000	175.000
VE Plan 2023	---	---	---

Berlin ist gemäß Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, der dazugehörigen Verordnung und dem Ausführungsgesetz zur Beseitigung von Tieren stammender Abfälle (tierischer Nebenprodukte) verpflichtet und bedient sich zur Erfüllung eines Dritten. Die Laufzeit des abgeschlossenen Tierkörperbeseitigungsvertrages begann am 01.09.2022 und endet zum 31.08.2025 mit einer Verlängerungsoption um 1 Jahr (bis 31.08.2026), von der wahrscheinlich Gebrauch gemacht wird. Der Dritte handelt gemäß dem Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz im Auftrag des Landes Berlin. Während die bisherigen Verträge die Zahlung einer Entgeltpauschale für die Leistungen vorsahen, gilt mit dem Neuvertrag die Vorgabe einer Einzelabrechnung der erbrachten Leistungen. Die Kosten sind daher abhängig vom anfallenden Beseitigungsaufwand. Dieser kann erheblich variieren (insbesondere beim Auftreten von Tierseuchen). Aus diesem Grunde können die künftigen Kosten nicht genau beziffert werden. Eine Kalkulation ist auf Basis der im Jahr 2020 angefallenen Beseitigungsmengen und -leistungen erfolgt und der mit dem Vertragsabschluss in Kraft getretenen neuen Entgelte.

Dementsprechend sind für das Land Berlin künftig jährliche Gesamtkosten in Höhe von ca. 356.000 € zu erwarten.

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 wird zur haushaltsmäßigen Absicherung im Falle eines neuen Vertrages veranschlagt.

54038	**523**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**314**	**Veranstaltungen**	**90.000**	**230.000**	**31.100**	**5.481,47**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Nr.	Maßnahme	2024	2025	2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	Durchführung der Amtschefkonferenz anlässlich der Internationalen Grünen Woche (IGW)	5.000	5.000	5.000	---
2	Verbraucherinformationsveranstaltungen	7.000	7.000	7.000	---
3	Jährliche Informationsveranstaltung und IT-Schulung der Landwirte zur Online-Antragstellung der Agrarbeihilfen im jeweils laufenden Jahr	5.000	5.000	5.000	---
4	Schulungen zum Qualitätsmanagement (QM) für QM-Beauftragte, Auditoren und Führungskräfte (auch Bezirke)	5.000	5.000	5.000	3.476,04
5	Futtermitteljahrestagung 2025 von Bund und Ländern	---	40.000	---	---
6	Fortbildungstagung zu Tierseuchen und Übungen für den Krisenfall	3.500	3.500	2.100	---
7	Vorsitz 2025 der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK)	51.900	151.900	---	---
8	Bund-Länder-AG Food Fraud	600	600	600	---
9	Veranstaltungen der Landestierschutzbeauftragten	12.000	12.000	5.000	2.005,43
10	AGT-Vorsitz BE/BB in 2022 und 2023	---	---	1.400	---
	Summe	90.000	230.000	31.100	5.481,47

Zu 1.
Die ACK fand 2023 erstmals wieder in Präsenz statt.

Zu 4.
Das amtliche Kontrollpersonal der zuständigen Behörden der Veterinär-, Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung muss nach Art. 5 VO (EU) Nr. 2017/625 für die Wahrung ihrer hoheitlichen Aufgaben angemessen ausgebildet und geschult sein und hat sich regelmäßig weiterzubilden. Dies schließt die Schulungen zum Qualitätsmanagement des gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Land Berlin mit ein, deren Koordination zentral durch die Abteilung Verbraucherschutz erfolgt, um einen berlinweiten Schulungsstandard zu garantieren. Durch die Unterlassung der Aus- und Weiterbildung kann eine ausreichende Qualifikation nicht gewährleistet werden, was sich negativ auf die Effektivität des Kontrollsystems der Veterinär-, Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung im Land Berlin auswirken könnte.

Zu 5.
In 2025 hat das Land Berlin die Futtermitteljahrestagung der Länder und des Bundes auszurichten. Diese Tagung dient der Erfüllung der rechtlichen Fortbildungspflichten auf dem Gebiet der amtlichen Futtermittelüberwachung und wird jedes Jahr von einem anderen Land ausgerichtet. Die Tagung erstreckt sich über 3 Tage, die durchschnittliche Teilnehmerzahl liegt bei ca. 220 Personen. Vom mit der Ausrichtung beauftragten Land sind die Kosten für die Organisation und Ausrichtung der Tagung zu tragen (u.a. Raummieten: 1 Hauptsaal für 220 Personen, 2 Nebensäle für jeweils 50 Personen für parallel stattfindende Foren; Veranstaltungstechnik; Referentenhonorare; Pausenversorgung). Das Land Sachsen wird in 2023 die Jahrestagung ausrichten und hat dafür Haushaltsmittel von 40.000 € eingestellt. Für die organisatorische Abwicklung der Jahrestagung (Tagungsbüro) bedient sich das Land Sachsen eines externen Unternehmens.

Zu 7.
Berlin hat im Jahr 2025 den Vorsitz der Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) inne. Zur Ausrichtung der VSMK werden umfangreiche Mittel benötigt. Neben der eigentlichen Ministerkonferenz (Tagungsraum für ca. 5 Tage für ca. 60 Teilnehmende plus zwei separate Räume) werden auf Arbeitsebene verschiedene bundesweite Dienstbesprechungen (Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz) auszurichten sein. Die Vorbereitungen beginnen in 2024.

Zu 9.
Zusätzlich zu den bereits durch die Landestierschutzbeauftragte etablierten Bildungs- und Fortbildungsformaten im Tierschutzbereich (Berliner Tierschutztag, Berliner Tierschutzforum, verschiedene adressatengerechte Fachfortbildungen und Kongresse) plant die Landestierschutzbeauftragte zur Steigerung der Sichtbarkeit des Berliner Tierschutzes als Mitorganisatorin und Mitveranstalterin des Berliner Umweltfestivals sowie des veganen Sommerfests am Alexanderplatz zu fungieren sowie die Preise für Alternativmethoden zum Tierversuch im Rahmen einer eigenen Veranstaltung zu verleihen.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54068	**523**	**Ausgaben für den Tierschutz**	**230.000**	**230.000**	**100.000**	**—**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Nr.	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Kastration von Katzen	30.000	30.000	100.000
2	Stadttaubenmanagement (Landestierschutzbeauftragte)	200.000	200.000	---
	Summe	230.000	230.000	100.000

Mehr, da die Landestierschutzbeauftragte die Umsetzung des in 2022/2023 von SenUMVK entwickelten Berliner Stadttaubenmanagementkonzepts plant.

54079	**314**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**37,52**

z. B. Abgaben an den Deutschen Weinfonds

63107	**314**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**128.000**	**93.500**	**35.200**	**37.342,68**

Anteil des Landes Berlin an:

Nr.	Maßnahme	2024	2025	2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	Gemeinsame Internetplattform der Länder www.lebensmittelwarnung.de zu nicht sicheren Lebensmitteln und Erweiterung der Plattform um Kosmetika und Bedarfsgegenstände (gem. Verwaltungsvereinbarung lt. VSMK Beschluss)	57.500	21.500	3.200	1.584,30
2	Gemeinsame Zentralstelle zur Überprüfung des Internethandels mit Lebensmitteln und Tabakerzeugnissen G@ZIELT(gem. Verwaltungsvereinbarung lt. VSMK-Beschluss)	70.500	72.000	32.000	35.758,38
	Summe	128.000	93.500	35.200	37.342,68

Mehr, da gestiegene Kosten:

Zu 1.
Gemeinsames Internetportal www.Lebensmittelwarnung.de

Nach § 40 Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) besteht für die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder die Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit in den in § 40 LFGB geregelten Fällen der Gesundheitsgefährdung. Diese Information erfolgt derzeit bundesweit über das Internetportal Lebensmittelwarnung.de. Die finanzielle Verpflichtung resultiert aus der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund (04/2017) für die dauerhafte Einrichtung des Internetportals zentral beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL).
Das gemeinsame Internetportal dient im Sinne einer transparenten und überregionalen Information der Öffentlichkeit der effizienten Bereitstellung öffentlicher Warnungen, die durch die Länder zu Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und kosmetischen Mitteln über Gesundheitsgefahren nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) bereitgestellt werden. Die Einstellung dieser Warnungen und Informationen im Portal dient der Abwehr von Gesundheitsgefahren.

Die o.g. Verwaltungsvereinbarung regelt die Finanzierung für den Betrieb des Internetportals; die Gesamtkosten betragen derzeit rund 56.000 € / jährlich und werden nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die Länder umgelegt. Die Finanzierung des Berliner Anteils beträgt in 2022/2023 somit 3.200 € / jährlich und ist in jedem Fall fortzuschreiben.
Die Verbraucherschutzministerkonferenz – VSMK (VSMK-Umlaufbeschluss 04/2022) hat bezüglich einer verbraucherfreundlichen Überarbeitung des Internetportals dem Budget für Entwicklungskosten von 720.000 € brutto und für laufende Kosten von jährlich 430.000 € brutto bei einer Aufteilung der Kosten nach Länderanteilen gemäß „Königsteiner Schlüssel“ zugestimmt. Weiterhin hat die VSMK eine diesbezügliche Änderung der o.g. Verwaltungsvereinbarung für die Festschreibung der o.g. Finanzierung des Betriebs des verbraucherfreundlich überarbeiteten Internetportals zu Ende 2023 vorgesehen.
Nach Umlage dieser Kosten auf die Länder gemäß „Königsteiner Schlüssel“ beträgt der Berliner Anteil 2024 57.500 € und ab 2025 jährlich 21.500 €.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Ziffer 2
Gemeinsame Zentralstelle der Länder "Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und Tabakerzeugnisse – G@ZIELT"
Die Verpflichtung zur Kontrolle der Erzeugnisse des LFGB und von Tabakerzeugnissen folgt aus Art. 9 Abs. 1 VO (EU) 2017/625 vom 15. März 2017 bzw. § 28 Tabakerzeugnisgesetz. Beide Kontroll-/ Marktüberwachungspflichten beinhalten auch die Verpflichtung, die im Internet gehandelten Erzeugnisse zu kontrollieren bzw. zu überwachen.
Die finanzielle Verpflichtung resultiert aus der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund (02/2022) für die zentrale Recherchestelle „Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und Tabakerzeugnisse“ – G@ZIELT der Länder, die permanent beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) eingerichtet ist. Die Zentralstelle der Länder dient der effizienten Überwachung des Internethandels / Onlinehandels mit Erzeugnissen nach dem LFGB und mit Tabakerzeugnissen, indem dort vorbereitende Tätigkeiten für die amtliche Kontrolle des Handels von Erzeugnissen des LFGB und Tabakerzeugnissen über das Internet durchführt werden.
Die o.g. Verwaltungsvereinbarung regelt die Kosten für den Betrieb der G@ZIELT, die insgesamt rund 1.410.000 € / Jahr betragen und die nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die Länder umgelegt werden, d.h. für Berlin ca. 70.500 € / Jahr. Hinzu kommen die Kosten für Anpassungen laufender Personal- und/oder Sachkosten.

63111	**523**	**Abführung von Zins- und Tilgungseinnahmen an den Bund**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
63201	**311**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**629.000**	**640.000**	**587.000**	**572.031,91**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Nr.	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Erstattung an das Land Brandenburg für die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Landwirtschaft gemäß des Landwirtschaftsstaatsvertrages vom 10.07./03.08.2020	568.000	579.000	556.000	545.544,14
2	Anteil des Landes Berlin an den Kosten für Monitoring und Evaluierung des EU-Schulprogramms gem. Landwirtschaftsstaatsvertrag vom 10.07./03.08.2020	15.000	15.000	---	15.000,00
3	Anteil des Landes Berlin an den Kosten für die Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau (LÖK) und Projekte gem. Ländervereinbarung vom 01.07.2019	6.000	6.000	6.000	3.330,89
4	Anteil des Landes Berlin am Herkunfts- und Informationssystem Tiere (HIT) einschl. InVekos-Anteil (ZID) und Ausgaben für die TaskForce Tierseuchen	40.000	40.000	25.000	8.156,88
	Summe	629.000	640.000	587.000	572.031,91

Mehr, da

Zu 1.
Gem. § 4 Abs. 1 und 2 der Verwaltungsvereinbarung zum Landwirtschaftsstaatsvertrag vom 10.07./03.08.2020 ist eine jährliche Dynamisierung des finanziellen Ausgleichs an das Land Brandenburg in Höhe von 2% festgeschrieben worden.

Zu 4.
Die zentrale Datenbank wird im Rahmen einer Ländervereinbarung um die Erfassung von Tierarzneimittelanwendungen erweitert.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**314**	**Ersatz von Ausgaben**	**399.000**	**102.000**	**1.000**	**816,28**

Die Ausgaben sind vorgesehen für den Anteil des Landes Berlin

1. an den Kosten des Zaunbaus und Unterhaltung lt. Ländervereinbarung über ein solidarisches Finanzierungsmodell für Wildschutzzäune zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)
2. gemäß Rahmenvereinbarung vom 12.08.2015 zur Notfallreserve Tollwutimpfung mit Fuchsoral in Deutschland,
3. gemäß Vertrag über die MKS- Antigenbank für die Bundesländer und
4. am Internetauftritt der Bio-Städte.

Zu 1.
Die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder hat sich am 2. Dezember 2020 für eine solidarische Finanzierung der Wildschweinschutzzäune im Grenzgebiet ausgesprochen. Dementsprechend hat Berlin für die im Jahr 2020 errichteten Zäune anteilig Kosten in Höhe von 102.000 € übernommen. Auf der Amtschefkonferenz/ Agrarministerkonferenz (ACK/AMK) vom 18.01. bis 19.01.2023 stand die Vereinbarung über ein solidarisches Finanzierungsmodell für die Errichtung und Bewirtschaftung eines Schutzkorridors entlang der deutsch-polnischen Grenze zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest für die Jahre 2021 und 2022 auf der Tagesordnung und wurde positiv votiert. Die Kosten sind im Vergleich zu 2020 gestiegen, weil viel umfangreichere Zaunbauarbeiten für einen Schutzkorridor notwendig und geleistet worden ist. Dafür sind 397.000 € in 2024 und 99.000 € in 2025 vorgesehen.

Zu 2. und 3.
Anteil Land Berlin gem. Rahmenvereinbarung vom 12.08.2015 zur Notfallreserve Tollwutimpfung mit Fuchsoral in Deutschland sowie gem. Vertrag über die MKS- Antigenbank (MKS= Maul- und Klauenseuche) für die Bundesländer 2016-2020, der ab 2021 und bis 2024 fortgeführt wird. Eine Ausschreibung der Leistung über 2025 hinaus wird erwartet, da die Vorhaltung bestimmter Impfstoffe und Diagnostika EU-rechtlich vorgeschrieben ist.
Dafür sind 1.000 € vorgesehen.

Zu 4.
Im Netzwerk der deutschen Bio-Städte, -Gemeinden und –Landkreise arbeiten Kommunen zusammen, um den ökologischen Landbau und die verstärkte Nutzung ökologisch erzeugter Lebensmittel im kommunalen und regionalen Kontext zu fördern. Für den gemeinsamen Internetauftritt sind 1.000 € vorgesehen.

68123	**314**	**Ehrungen, Preise**	**75.000**	**85.000**	**30.000**	**114.993,65**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

1. Die Beteiligung des Landes Berlin am Forschungspreis für Alternativmethoden zu Tierversuchen in Höhe von jährlich 15.000 €
2. Preis gegen Lebensmittelverschwendung in Höhe von 10.000 € (im 2-Jahres-Rhythmus)
3. Preise der Landestierschutzbeauftragten in Höhe von 60.000 € jährlich

Mehr aufgrund der Auslobung weiterer Preise der Landestierschutzbeauftragten:

- Berliner Tierschutz-Preis
- Berliner Jugend-Tierschutz-Preis
- Berliner Ehren-Tierschutz-Preis
- Berliner Preis für tierfreie Forschung (Person)
- Berliner Preis für Forschung und Lehre für innovative tierfreie Methoden (Institution)
- Berliner Preis zum Ersatz von Tieren in der Lehre
- Berliner Preis für die Lehre von innovativen und tierfreien Methoden (NAMs)

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68250	**314**	**Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB)**	**26.106.000**	**27.140.000**	**24.613.000**	**24.260.041,63**

Finanzierung der durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes (EU-, Bundes-, Landesrecht) verpflichtend vorzunehmenden amtlichen Untersuchungsaufgaben des Landes Berlin im gesundheitlichen Verbraucherschutz, im umweltbezogenen Gesundheitsschutz, im Arzneimittelwesen, im Veterinärwesen, in der Umweltüberwachung, in der Landwirtschaft und in der Geologie.

Für das Land Berlin werden diese amtlichen Untersuchungsleistungen und Begutachtungen durch das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) erbracht.

Mit Staatsvertrag vom 30.09.2008 ist zum 01.01.2009 das LLBB als gemeinsame rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts der Länder Berlin und Brandenburg gegründet worden. Gemäß Artikel 9 Abs. 1 des Staatsvertrages über die Errichtung eines Landeslabors Berlin-Brandenburg besteht eine gemeinsame Finanzierungsverpflichtung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg gegenüber der Anstalt.

Das LLBB wird nach kaufmännischen Gesichtspunkten auf der Grundlage eines Wirtschaftsplans geführt. Träger der Anstalt sind die Länder Berlin und Brandenburg, die verpflichtet sind, rechtzeitig die Haushaltsvoraussetzungen für die Aufgabenwahrnehmung des LLBB zu schaffen.

Zur Ermittlung des Zuschussbedarfs des Landes Berlin für die Jahre 2024 und 2025 wurde die Finanzplanung 2023–2027 des LLBB (Bestandteil des Wirtschaftsplans 2023 des LLBB) herangezogen.

Gegenüber dem Jahr 2023 war der Zuschussanteil des Landes Berlin dabei unter Berücksichtigung tarif- und besoldungsrechtlicher Steigerungen, allgemeiner Preissteigerungen bei Material- und Verbrauchsmitteln sowie durch Steigerungen beim sonstigen betrieblichen Aufwand entsprechend anzupassen.

Daneben besteht zusätzlicher Mehrbedarf für die, an die gestiegene Einwohnerzahl Berlins, anzupassende Probenmenge amtlicher Untersuchungen nach dem Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) in Verbindung mit der AVV-Rahmen-Überwachung (AVV-Rüb), für Kurierdienstleitungen zur Sicherstellung und Aufrechterhaltung der Probenlogistik sowie der Einrichtung einer Rufbereitschaft zur Sicherstellung veterinärmedizinischer Untersuchungen und Diagnostik an Wochenenden und Feiertagen im LLBB.

68304	**523**	**Förderung der Tierzucht** Siehe Maßnahmegruppe 02				
68337	**523**	**Besondere Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft mit Bundes- und EU-Beteiligung** Siehe Maßnahmegruppe 02				
68451	**523**	**Zuschüsse für den Tierschutz**	**376.000**	**376.000**	**627.000**	**552.006,79**

Die Ausgaben sind vorgesehen für

1. Unterstützung von Projekten von Tierschutzorganisationen und –verbänden i. H. v. jährlich 150.000 €
2. Tierheim Berlin i. H. v. jährlich 50.000 €
3. Berliner Tiertafel – institutionelle Förderung i. H. v. jährlich 110.000 €
4. Projekte der Landestierschutzbeauftragten i. H. v. jährlich 66.000 €

Genderpolitische Analyse für den Berliner Tiertafel e.V.:

	2021			2022			Plan 2023		
	m	w	div	m	w	div	m	w	div
Beschäftigte gesamt									
absolut	1	1	0	1	2	0	1	2	0
relativ	50%	50%		33%	67%		33%	67%	
Beschäftigte im Projekt									
absolut	1	1	0	1	2	0	1	2	0
relativ	50%	50%		33%	67%		33%	67%	
Durchschnittseinkommen	450 €	450 €		485 €	485 €		520 €	520 €	

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68461	**314**	**Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie**	**2.206.000**	**2.227.000**	**2.535.000**	**2.142.593,39**
		Verpflichtungsermächtigung	**177.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**177.000**			

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	---	---	---
VE Plan 2023	1.950.000	2.050.000	4.880.000

Gemäß den Richtlinien der Regierungspolitik wird die Berliner Ernährungsstrategie fortgesetzt. Der angemeldete Mittelbedarf orientiert sich an den bisherigen Planungen.

Kernprojekt der Berliner Ernährungsstrategie ist der Betrieb der Kantine Zukunft. Zur Vorbereitung einer erwünschten Überführung in eine dauerhafte Struktur (Verstetigung) ist eine Projektverlängerung erforderlich. Dafür sind vorgesehen:

1.300.000 € in 2024 und
1.400.000 € in 2025.

Das Handlungsfeld „Aufbau und Weiterentwicklung von regionalen Wertschöpfungsketten“ hat grundlegende Bedeutung. Berliner haben in den letzten Jahren erleben müssen, dass Lieferketten für Lebensmittel in großem Umfang nur eingeschränkt funktionieren. Der Aufbau kleinteiliger regionaler Wertschöpfungsketten ist eine wichtige Maßnahme, um für mehr Resilienz unserer Lebensmittelversorgung in der Stadt zu sorgen und zeigt die Handlungsmöglichkeiten kommunaler Ernährungspolitik auf. Zu diesem Themenfeld sind weitere Maßnahmen mit der Ernährungswirtschaft geplant.

Die Initiierung von Lebensmittelpunkten in jedem Berliner Bezirk benötigen mehrere Jahre zum Aufbau selbstragender Funktionseinheiten.

Darüber hinaus sollen im Rahmen der Umsetzung und Weiterentwicklung der Berliner Ernährungsstrategie Verbraucherinformations- und Verbraucherbildungsmaßnahmen sowie die Implementierung von bezirklichen Ernährungsstrategien und Ernährungsbotschaftern/innen und Vorhaben zur Bekämpfung von Fehlernährung mit erheblichen Folgekosten für das Gesundheitssystem, der Ernährungsarmut und Lebensmittelverschwendung gefördert werden. Weitere Vorhaben zielen auf die Mobilisierung von Fachkräften in Ernährungsberufen.

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für die längerfristige Förderung und Planungssicherheit bei den Projektträgern.

Gender Budgeting für die Kantine Zukunft:

	2021			**2022**			**Plan 2023**		
	m	w	div.	m	w	div.	m	w	div.
Beschäftigte									
absolut	4	5	0	7	8	0	9	8	0
relativ	44%	56%		47%	53%		53%	47%	
Durchschnittseinkommen/€	3.526	4.910		3.465	4.647		3.133	4.628	

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68469	**314**	**Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.**	**2.368.000**	**2.768.000**	**2.301.000**	**2.043.036,51**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	für 2026 €
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	---	---	---
VE Plan 2023	2.368.000	2.768.000	2.768.000

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

1. Institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Berlin e.V.:

   2024 ..... 2.067.000 €
   2025 ..... 2.467.000 €

   Die Institutionelle Förderung beinhaltet auch die Förderung des neuen Standorts im Ostteil der Stadt, die mobile Verbraucherberatung sowie die Energieschuldenberatung.

   Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 der Verbraucherzentrale Berlin e.V. sind am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 0608 dargestellt.

2. Duale Förderung (Berlin, Bund) des Projektes „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung“:

   2024 ..... 160.000 €
   2025 ..... 160.000 €

3. Duale Förderung (Berlin, Bund) des Projektes „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes“:

   2024 ..... 141.000 €
   2025 ..... 141.000 €

Zu 2. und 3.
Die duale Finanzierung des Landes Berlin bedingt die Förderung beider Bundesprojekte in gleicher Höhe durch das BMUV und das BMEL. Die eingetragenen Schätzungen können sich jährlich ändern, da sie sich stets an der Förderhöhe durch das jeweilige Bundesministerium orientieren.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigungsstruktur:

Planmäßige Beschäftigte	**Ist 2021**			**Ist 2022**			**Plan 2023**		
	w	m	div	w	m	div	w	m	div
Absoluter Anteil	41	15	0	40	15	0	43	18	0
Relativer Anteil	73,21%	26,79%	0,00%	72,73%	27,27%	0,00%	70,49%	29,51%	0,00%
monatliches durchschnittliches Gehalt									
Frauen	4.604 €			4.416 €			4.552 €		
Männer	4.252,04 €			4.700,09 €			4.820,26 €		

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verbraucherkontakte (statistische Erfassungsmethode als Stichprobe)	Ist 2021			Ist 2022			Plan 2023		
	w	m	div	w	m	div	w	m	div
Kontakte gesamt	18.182	16.877	69	17.449	15.849	84	17.300	16.100	84
in %	51,76%	48,04%	0,20%	52,27%	47,48%	0,25%	51,67%	48,08%	0,25%
davon:									
Beratung	5.458	4.151	55	5.521	4.292	84	5.500	4.300	84
Verweise	4.302	4.408	5	4.028	3.861	0	4.000	4.000	0
Auskunft	8.422	8.318	9	7.900	7.696	0	7.800	7.800	0
Schuldnerberatung	0	0	0	0	0	0	0	0	0

68475	**314**	**Förderung der Verbraucheraufklärung**	**850.000**	**750.000**	**1.132.000**	**347.287,57**

Die Ausgaben sind vorgesehen für Projekte aus den nachfolgenden Bereichen der Verbraucheraufklärung:

1. Energieberatung
2. Digitales
3. Geflüchtete

68594 (neu)	**314**	**Sonstige Ausgaben für konsumtive Zwecke aus zweckgebundenen Einnahmen der Länder**	**1.000**	**1.000**		

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23294. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zweckgebundene Ausgaben aus Einnahmen für Zuwendungsprojekte bei 23294

68690	**314**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**80.637,12**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zweckgebundene Ausgaben aus Einnahmen bei 23190

89237	**523**	**Zuschüsse für besondere Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft mit EU- und Bundesbeteiligung**				

Siehe Maßnahmegruppe 02

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Landwirtschaft**				
54038	**523**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**13.000**	**13.000**	**13.000**	**4.074,91**

Verwaltungskosten und Ersatz von Aufwendungen der Postbank Bonn, die mit der Verwaltung der im Rahmen des ländlichen Siedlungswesens sowie der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) vergebenen Darlehen für die Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben und Investitionsmaßnahmen beauftragt ist.

63111	**523**	**Abführung von Zins- und Tilgungseinnahmen an den Bund**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**1.852,32**

Von den bei den Titeln 16210 und 18210 eingehenden Zins- und Tilgungsbeträgen aus Darlehen (60% Bundes- und 40% Landesmitteln) für die Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist der 60%ige Bundesanteil an den Bund abzuführen.

68304	**523**	**Förderung der Tierzucht**	**474.000**	**473.000**	**443.000**	**343.711,18**
		Verpflichtungsermächtigung	**404.000**	**403.000**		
		Davon fällig 2025	**404.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**403.000**		

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	---	---	---
VE Plan 2023	383.000	---	---

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Nr.	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Landeskofinanzierung im Rahmen des Deutschen EU-GAP-Strategieplanes zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenerzeugnisse. Laufzeit 2023 bis 2027. Geplant ist die Förderung von Projekten des Mehrländerbieneninstituts in Hohen Neuendorf (LIB). Betrifft EU-Mittel aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)	45.000	45.000	45.000	50.000,00
2	Landeskofinanzierung für die nachhaltige Entwicklung der Fischerei und für Maßnahmen zum Schutz der Wasserfauna und –flora wie:				24.920,00
	a) Aalbesatz im Rahmen des Aalbewirtschaftungsplans	52.500	52.500	52.500	
	b) andere Maßnahmen für die Fischwirtschaft	30.000	30.000	30.000	
	Das Land Berlin ist am genehmigten Deutschen Programm in der Förderperiode 2021-2027 beteiligt. Die EU beteiligt sich mit 70% an den Projektkosten. Betrifft EU-Mittel aus dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF).				
3	Landesanteil zur Finanzierung von Gemeinschaftsprojekten der Förderländer des Mehrländerbieneninstitutes in Hohen Neuendorf (LIB) außerhalb des EGFL. Dient ebenfalls der Umsetzung der „Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“.	50.500	50.500	50.500	42.000,00

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Nr.	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
4	Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der „Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“ für:				
	a) Die Stabilisierung der Bienenbestände und deren Gesunderhaltung	21.000	20.000	60.000	---
	b) Die Unterstützung von Projekten zur Haltung von Bienenstöcken in Kitas, Schulen, Bildungseinrichtungen, öffentlichen Einrichtungen, in Kleingärten und auf Wohngebäuden	55.000	55.000	55.000	56.080,05
	c) Bienenseuchen-Monitoring (Amerikanische Faulbrut (AFB), Durchführung der labordiagnostischen Untersuchungen	80.000	80.000	50.000	109.203,50
	d) Bienenkoordinationsstelle zur wissenschaftlichen Begleitung der Bienenhaltung, der Bienengesundheit und des Bienenschutzes in der Forschung, Lehre und Weiterbildung	100.000	100.000	100.000	61.507,63
5	Projekte zur Förderung der Schafs- und Ziegenzucht in Berlin	40.000	40.000	---	---
	Summe	474.000	473.000	443.000	343.711,18

Die EU-Mittel werden im Haushalt des Landes Brandenburg in den Titelgruppen 80 und 85 nachgewiesen. Die Länder Berlin und Brandenburg haben dafür gemäß Landwirtschaftsstaatsvertrag eine gemeinsame EU-Zahlstelle beim Brandenburgischen Ministerium für Ländlichen Raum, Umwelt und Landwirtschaft eingerichtet.

Mehr wegen:

Zu 4c.
Erhöhung zur Umsetzung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses Nrn. 18/0634 und 18/1009 mit dem Ziel der Entwicklung einer Strategie gegen die Amerikanische Faulbrut.

Zu 5.
neue Projekte im Bereich der Schaf- und Ziegenzucht

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt und sind vorgesehen für die Nummern 1, 2a, 3 und 4a-d.

Gender-Budget:

Zu 1. und 3.:
Finanzielle Beteiligung des Landes Berlin an der Mehrländerforschungsanstalt/Länderinstitut für Bienenkunde Hohen Neuendorf (LIB e.V.)

	Ist 2021		Plan 2022		Plan 2023	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte Gesamt	29	21	29	18	28	18
davon:						
Festangestellte MA	8	9	9	8	9	6
Azubis/ inkl. Umschüler*	2	0	2	0	2	0
Drittmittelfinanzierte MA	16	10	13	9	13	10
Davon:						
Postdoc/Wiss.	4	2	4	4	3	4

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	Ist 2021		Plan 2022		Plan 2023	
	w	m	w	m	w	m
Doktoranden	6	4	5	2	5	3
sonstige	6	4	4	3	5	3
Studentische Hilfskräfte	0	0	0	0	0	0
Aushilfen	2	0	3	0	3	0
FÖJ-ler/ inkl. BFD*	1	2	1	1	1	2

68337	**523**	**Besondere Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft mit Bundes- und EU-Beteiligung**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**16.061,22**
		Verpflichtungsermächtigung	**120.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**60.000**			
		Davon fällig 2026	**60.000**	**—**		

Nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist auf der Grundlage des Rahmenplans in Verbindung mit dem genehmigten GAP-Strategieplan Deutschlands für die EU-Förderperiode 2023-2027 flächenbezogene Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben durch Gewährung von Zuschüssen, wie z. B. die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (AGZ), Förderung von Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM), die Förderung des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt wie z.B. für Blühstreifen vorgesehen.

Die EU beteiligt sich aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Förderperiode 2023-2027 je nach Maßnahme zwischen 43 und 80% an der Förderung. Die übrigen Mittel in Höhe von 20-57% sind nationale Kofinanzierung, die das Land Berlin zu erbringen hat. Sofern es sich dabei um Maßnahmen nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) handelt, beteiligt sich der Bund an der nationalen Kofinanzierung in Höhe von 60%.

Die Bundes- und EU-Mittel werden im Haushalt des Landes Brandenburg in der Titelgruppe 62, 80 und 85 nachgewiesen. Die Länder Berlin und Brandenburg haben dafür gemäß Landwirtschaftsstaatsvertrag eine gemeinsame EU-Zahlstelle beim Brandenburgischen Ministerium für Ländlichen Raum, Umwelt und Landwirtschaft eingerichtet.

Die Landesmittel des Landes Berlin sind dem Land Brandenburg für alle Fördermaßnahmen zum Jahresbeginn in ausreichender Höhe zuzuweisen, um den Aufruf für das Beantragungsverfahren online zu veröffentlichen und damit die Antragstellung für Berliner Betriebe zu ermöglichen.
Die tatsächliche Höhe des Bedarfes an Berliner Landesmitteln ist abhängig von der Zahl der Antragsteller, dem Umfang der Flächen und den zur Verfügung stehenden (EU-)Mitteln.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für die Absicherung der Antragstellung auf flächenbezogene Förderung für landwirtschaftliche Betriebe, die in Berlin landwirtschaftliche Nutzflächen bewirtschaften, benötigt.

89237	**523**	**Zuschüsse für besondere Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft mit EU- und Bundesbeteiligung**	**214.000**	**214.000**	**214.000**	**124.312,10**
		Verpflichtungsermächtigung	**214.000**	**214.000**		
		Davon fällig 2025	**214.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**214.000**		

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Beträge in EURO Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Nr.	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Landeskofinanzierung für Maßnahmen gemäß genehmigtem Deutschem GAP-Strategieplan in Verbindung mit der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur (GAK) für die Umsetzung von investiven Vorhaben in der EU-Förderperiode (FP) 2023-2027.	100.000	100.000	100.000	114.000,00
2	Landeskofinanzierung für die nachhaltige Entwicklung der Fischerei	20.000	20.000	20.000	---
3	Landeskofinanzierung für Maßnahmen nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ohne EU-Beteiligung	94.000	94.000	94.000	10.312,10
	Summe	214.000	214.000	214.000	124.312,10

Zu 1.
Hierzu zählen u.a.

- Agrarinvestitionsförderung und Förderung zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft
- Maßnahmen des vorbeugenden Waldbrandschutzes

Die EU beteiligt sich zwischen 43 und 80% je nach Maßnahme an dieser Förderung.
Die übrigen Mittel in Höhe von 20-57% sind nationale Kofinanzierung, die das Land Berlin zu erbringen hat. Sofern es sich dabei um Maßnahmen nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) handelt, beteiligt sich der Bund an der nationalen Kofinanzierung in Höhe von 60%.
Dies betrifft Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK).

Zu 2.
Hierbei handelt es sich um investive Maßnahmen vor allem zur Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur und Binnenfischerei.
Das Land Berlin ist am genehmigten Deutschen Programm in der Förderperiode 2021-2027 beteiligt. Die EU beteiligt sich mit 70% an den Projektkosten aus Mitteln des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF).

Zu 3.
Hierzu zählen

- Einzelbetriebliche Investitionsförderung in landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und
- Förderung nach der Richtlinie zur Erhaltung des natürlichen Erbes und der Erhaltung von Kulturlandschaften

Der Bund beteiligt sich aus Mitteln der GAK an der Förderung für diese Maßnahmen in Höhe von 60%.

Die Bundes- und EU-Mittel werden im Haushalt des Landes Brandenburg in der Titelgruppe 62, 80 und 85 nachgewiesen. Die Länder Berlin und Brandenburg haben dafür gemäß Landwirtschaftsstaatsvertrag eine gemeinsame EU-Zahlstelle beim Brandenburgischen Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) eingerichtet.

Die Landesmittel des Landes Berlin sind dem Land Brandenburg für alle Fördermaßnahmen zum Jahresbeginn in ausreichender Höhe zuzuweisen, um den Aufruf für das Beantragungsverfahren online zu veröffentlichen und damit die Antragstellung für Berliner Betriebe zu ermöglichen.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden benötigt, um Investitionsförderungen, die über ein Jahr hinausgehen, absichern zu können. Hier ist Planungssicherheit erforderlich.

	Summe Maßnahmegruppe 02	**770.000**	**769.000**	**739.000**	**490.011,73**

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**314**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**899.000**	**900.000**	**900.000**	**276.962,24**
		Verpflichtungsermächtigung	**165.000**	**165.000**		
		Davon fällig 2025	**165.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**165.000**		

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	---	---	---
VE Plan 2023	79.000	---	---

1. Datenbankpflege Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK)
2. Nutzung und Pflege der Datenbank der Amtschef- und Agrarministerkonferenz (AMK)
3. Nutzung und Pflege der Agrarmarktberichterstattungsdatenbank der Agrarmarktinformationsgesellschaft mbH (AMI)
4. Nutzung und Pflege des Internet-Portals www.versuchsberichte.de des Planungs-, Informations- und Auswertungssystems (PIAF)
5. Nutzung und Pflege der Forschungsinformationssytemdatenbank (FISA)
6. Nutzung und Pflege der Software für die Qualitätskontrolle im Bereich Obst und Gemüse (DVQK)
7. Bundesweites Sachverständigenverzeichnis im Internet
8. OXS - Datenbankpflege für Datenbank für Saat- und Pflanzengut im Ökobereich
9. OXL - Datenbankpflege für Tierdatenbank im Ökobereich
10. Betriebskosten Onlinedienst Weinbau
11. BALVI IP – Bereich Geoschutz (Nutzung und Pflege)
12. Lebensmittelüberwachungstransparenzgesetz (Balvi iP, Nutzung und Pflege Internetauftritt)
13. BALVI iP (Softwaresystem zur behördlichen Überwachung im Veterinär- und Lebensmittelbereich; Landesadministration, Betrieb, Pflege- und Speicherkosten)
14. BALVI mobil
15. Betrieb und programmtechnische Weiterentwicklung Hunderegister
16. zentrale IT-Architektur gesundheitlicher Verbraucherschutz (ZITA gV)
17. Schnittstelle zwischen dem Fachverfahren der bezirklichen Lebens- und Futtermittelüberwachung (BALVI iP 2) und dem Laborinformationssystem in der Strahlenmessstelle Berlin

Bei den zu erwartenden Ausgaben wurden u.a. berücksichtigt:

- Anpassung bestehender Verträge an IKT-Vorgaben des Landes Berlin
- anstehende Erweiterungen bestehender Verträge zum Fachverfahren BALVI, insbesondere die Einbindung digitaler Anträge zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und Erweiterung um zusätzliche Module (Tierseuchen, Tierschutz, tierische Nebenprodukte) und des sich dadurch zusätzlich ergebenden Bedarfs an Speicherplatz
- regelmäßige Programmanpassungen verschiedener BALVI-Module. Hierzu sind auch grundlegende Anpassungen der Serverarchitektur sowie der Sicherheits- und Betriebskonzepte im ITDZ erforderlich, welche schwerpunktmäßig in 2024 und 2025 anfallen werden.

Die Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2024 ist in Höhe von 165.000 € vorgesehen für die Einführung neuer IT-Verfahren im Agrarbereich
Die Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2025 ist in Höhe von 165.000 € vorgesehen für die Einführung neuer IT-Verfahren im Agrarbereich.

52536	**314**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**22.000**	**22.000**	**22.500**	**6.188,00**

Schulungen für die Verfahren BALVI iP (Softwaresystem zur behördlichen Überwachung im Veterinär- und Lebensmittelbereich), TSN (Tierseuchennachrichtensystem) und DVQK (Datenverarbeitungssystem Qualitätskontrolle).
Durch Programmneuerungen und Personalwechsel sind regelmäßig Nachschulungen notwendig.

Summe Maßnahmegruppe 32	**921.000**	**922.000**	**922.500**	**283.150,24**
Gesamtausgaben	**40.785.600**	**41.982.400**	**38.102.800**	**34.772.387,38**
Prozentuale Veränderung	**7,0 %**	**2,9 %**		

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0608				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	250.000	250.000	250.000	1.501.553,83
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.000	3.000	2.000	82.600,41
		Gesamteinnahmen	253.000	253.000	252.000	1.584.154,24
411-462		Personalausgaben	4.149.200	4.181.400	3.345.800	3.187.229,68
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.740.400	2.861.500	2.169.800	948.433,35
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	33.682.000	34.725.500	32.373.200	30.512.412,25
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	214.000	214.000	214.000	124.312,10
		Gesamtausgaben	40.785.600	41.982.400	38.102.800	34.772.387,38
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-40.532.600	-41.729.400	-37.850.800	-33.188.233,14

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Titel: 68469
Übersicht zum Wirtschaftsplan des institutionellen Zuwendungsempfängers Verbraucherzentrale Berlin e.V.

		Betrag/ €			Ergebnis/ €
		2024	2025	2023	2022
Bilanzpositionen					
Aktiva					
I.	Anlagevermögen (Summe)	93.000,00	74.000,00	125.000,00	129.439,64
I. a)	Sachanlagen	93.000,00	74.000,00	125.000,00	129.439,64
I. b)	Finanzanlagen				
II.	Umlaufvermögen (Summe)	643.400,00	668.400,00	713.400,00	917.698,41
II. a)	Vorräte/Material				
II. b)	Fertigerzeugnisse				
II. c)	Forderungen	40.000,00	40.000,00	40.000,00	40.288,82
II. d)	liquide Mittel	600.000,00	625.000,00	670.000,00	874.188,67
II. e)	Rechnungsabgrenzung	3.400,00	3.400,00	3.400,00	3.220,92
III.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				
Passiva					
I.	Eigenkapital (Summe)	252.602,49	252.602,49	252.602,49	201.375,93
I. a)	Grundkapital (gezeichnetes Kapital)	252.602,49	252.602,49	201.375,93	110.313,81
I. b)	Rücklagen				
I. c)	Bilanzergebnis				
I. ca)	Jahresergebnis	0,00	0,00	51.226,56	91.062,12
I. cb)	Ergebnisvortrag				
I cc)	Rücklagenveränderungen				
II.	Sonderposten für Zuschüsse	85.000,00	70.000,00	110.000,00	114.913,86
III.	Fremdkapital (Summe)	398.797,51	419.797,51	475.797,51	730.848,26
III. a)	Rückstellungen	56.000,00	56.000,00	56.000,00	55.986,48
III. b)	Kurzfristige Verbindlichkeiten	342.797,51	363.797,51	419.797,51	578.861,78
III. c)	Langfristige Verbindlichkeiten				
III. d)	Rechnungsabgrenzung				96.000,00
Erfolgsrechnung (GuV)					
Erträge (Summe)		**4.014.052,18**	**4.282.663,64**	**4.592.349,88**	**3.914.073,86**
I.	Betriebsertrag (Summe)	530.125,00	396.250,00	721.059,31	615.948,62
I. a)	Umsatzerlöse (auch Gebühren, Beiträge)	370.880,00	396.250,00	369.200,00	328.210,90
I. aa)	Mieten und Pachten				
I. ab)	Verwaltungskostenerstattung				
I. b)	Sonstige Betriebserträge	159.245,00	0,00	351.859,31	287.737,72
II.	Betriebsfremde Erträge (Summe)	437.653,64	437653,64	571.544,88	522.011,74
II. a)	Zuwendungen des Bundes und von anderen Ländern	437.653,64	437653,64	571.544,88	522.011,74
II. b)	Zuwendungen Dritter				
II. c)	Zinserträge				
III.	Zuschüsse des Landes Berlin	3.046.273,54	3.448.760,00	3.299.745,69	2.776.113,50
III. a)	konsumtiv (Kapitel …… Titel …68469…..)	2.368.000,00	2.768.000,00	2.401.000,00	2.043.036,51
	konsumtiv (Kapitel …… Titel …Klimaprojekte	478.273,54	480.760,00	503.511,07	377.682,67
	konsumtiv (Kapitel …… Titel …Projekte..)			195.234,62	163.385,57
	konsumtiv (Kapitel …… Titel …SenGPG…..)	200.000,00	200.000,00	200.000,00	192.008,75
III b)	investiv (Kapitel …, Titel .....)				
Aufwendungen (Summe)		**4.014.052,18**	**4.282.663,64**	**4.541.123,32**	**3.823.011,74**
I.	Personalaufwand	3.178.852,18	3.435.663,64	3.485.123,32	2.703.409,03
II.	Sachaufwand	742.000,00	745.000,00	716.000,00	618.114,74
III.	Abschreibungen	43.200,00	40.000,00	48.000,00	75.057,12
IV.	Sonstiger Aufwand (Summe)	50.000,00	62.000,00	292.000,00	426.430,85
IV. a)	Schuldendienst (Zinsaufwendungen/Tilgungen)				
IV. b)	Zuwendungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				
IV. c)	Besondere Finanzierungsausgaben				
IV. d)	Sonstiger betrieblicher Aufwand	50.000,00	62.000,00	292.000,00	426430,85
Jahresergebnis (Erträge abzgl. Aufwendungen)		**0,00**	**0,00**	**51.226,56**	**91.062,12**
nachrichtlich:					
Investives Volumen					
Projektförderung					

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Stellenübersicht des institutionellen Zuwendungsempfängers Verbraucherzentrale Berlin e.V.

Planstellen/Stellenübersicht der Verbraucherzentrale Berlin e.V.									
	Anzahl								
Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Stellen (unbefristete Stellen)			Beschäftigungspositionen (befristete Beschäftigungen)			Stellen/ Beschäftigungspositionen (für drittmittelfinanzierte Dienstkräfte)		
	2024	2025	2023	2024	2025	2023	2024	2025	2023
Beamtinnen und Beamte									
W 3									
W 1									
B4									
A16									
A15									
A14									
A13									
A13S									
A12									
A11									
A10									
A9									
A9S									
A8									
A7									
A6									
Summe									
Tarifbeschäftigte									
E 15	1,00	0,25	1,00		1,00				
E14	2,00	2,00	2,00						
E13	6,36	7,50	5,36	2,50	2,75	4,00	1,26	0,45	2,76
E12									
E11				3,00	3,00	3,00			
E10	7,82	7,82	1,06	3,51	4,51	12,53	1,60	1,60	0,85
E9	5,30	5,30	5,30	0,61	0,61	1,37	1,48	0,65	1,99
E8	0,77	0,77	0,39						0,38
E6	3,33	5,35	3,33	2,02		2,02	0,51		0,51
E5	0,76	0,76	0,76		0,50				
E3									
Summe	**27,34**	**29,75**	**19,20**	**11,64**	**12,37**	**22,29**	**4,85**	**2,70**	**6,49**

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001168 Allgemeiner, gesundheitlicher und wirtschaftlicher Verbraucherschutz sowie Agrarpolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	2.644.689	2.195.321	+20,47
Kostenträger	10	Sachkosten	880.125	980.003	-10,19
davon		Transferkosten	27.400.930	25.928.114	+5,68
Produkte	6	Verrechnungskosten	192.775	140.431	+37,27
MGF	4	kalkulatorische Kosten	641.035	438.878	+46,06
Projekte	0	Gemeinkosten	1.206.384	2.347.508	-48,61
		Summe Verwaltungskosten	32.965.938	32.030.255	+2,92
		Transfers	2.903.274	2.576.987	+12,66
		Gesamtsumme	35.869.212	34.607.242	+3,65

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005484	2022	27.001.290	115.371	27.116.662
Gewährleistung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes	2021	25.539.145	155.619	25.694.764

In dieser Kostenträgergruppe existieren zwei externe Produkte und ein Ministerielles Geschäftsfeld.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79124	2022	2.553.151	115.371	2.668.523
Gewährleistung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.571.527	120.619	2.692.146

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,44	7,78
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	8.239,69	16.241,22
IST - Erträge in €	4.883,09	1.266,48
Kostendeckungsgrad in %	0,18	0,05

Lebensmittelwesen:
Grundsatz- und ministerielle Einzelangelegenheiten von Lebensmitteln und Lebensmittelhygiene sowie Fleischhygiene und Geflügelfleischhygiene, Tabakerzeugnissen und verwandte Erzeugnissen, kosmetischen Mitteln, Mitteln zum Tätowieren und Bedarfsgegenständen bereichsbezogene Koordinierung der bezirklichen Veterinär- und Lebensmittelaufsicht Futtermittelwesen:

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Grundsatz- und ministerielle Einzelangelegenheiten des Futtermittelwesens, bereichsbezogene Koordinierung der bezirklichen Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
Tierarzneimittelwesen:
Grundsatz- und ministerielle Einzelangelegenheiten des Tierarzneimittelwesens, bereichsbezogene Fachaufsicht über das LAGeSo, bereichsbezogene Koordinierung der bezirklichen Veterinär- und Lebensmittelaufsicht

Tierschutz:
Grundsatz- und ministerielle Einzelangelegenheiten des Tierschutzes, bereichsbezogene Fachaufsicht über das LAGeSo, bereichsbezogene Koordinierung der bezirklichen Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
Die Tätigkeiten der Landestierschutzbeauftragten sind in einem gesonderten Produktblatt festgelegt.

Tiergesundheit:
Grundsatz und ministerielle Einzelangelegenheiten der Tiergesundheit, der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Tieren und Waren tierischen Ursprungs, der Tierkörperbeseitigung; tierische Nebenprodukte-Beseitigungsrecht; Tierseuchennotstandszentrum; bereichsbezogene Fachaufsicht LAGeSo, bereichsbezogene Koordinierung der bezirklichen Veterinär- und Lebensmittelaufsicht

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80515	2022	24.407.884	0	24.407.884
Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB)	2021	22.862.903	0	22.862.903

	2022	2021
Menge: keine, da Transferprodukt	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	68,05	66,06
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	24.260.041,63	22.651.000,00
IST - Erträge in €	926.966,70	4.185.690,08
Kostendeckungsgrad in %	3,80	18,31

Beauftragung und Abrechnung des LLBB sowie Aufsicht über das LLBB

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80517	2022	40.255	0	40.255
Ausgabeersatzleistungen im Rahmen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes	2021	104.715	35.000	139.715

	2022	2021
Menge: keine, da Transferprodukt	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,11	0,40
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	37.342,68	36.690,13
IST - Erträge in €	0,00	1.634,44
Kostendeckungsgrad in %	0,00	1,17

Das Produkt umfasst die finanzielle Abwicklung von Ausgabeersatzleistungen im Rahmen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005485	2022	5.359.645	2.787.903	8.147.548
Gewährleistung des allgemeinen und wirtschaftlichen Verbraucherschutzes sowie Agrarpolitik	2021	5.881.745	2.421.368	8.303.113

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
74467	2022	10.819	0	10.819
Genehmigung der Tarife der Berliner Wasserbetriebe	2021	13.260	0	13.260

	2022	2021
Menge: Anzahl der Genehmigungsbescheide	0	1
Kosten je ME in €	0,00	13.260,27
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,03	0,04
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	6.182,59
Kostendeckungsgrad in %	0,00	46,62

Genehmigung von BWB-Tarifen (Wasserversorgung und Entwässerung)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
74468	2022	10.819	0	10.819
Genehmigung der Tarife der Berliner Stadtreinigung	2021	13.260	0	13.260

	2022	2021
Menge: Anzahl der Genehmigungsbescheide	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,03	0,04
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	7.037,20	0,00
Kostendeckungsgrad in %	65,04	0,00

Genehmigung von BSR-Tarifen (Bereiche des Anschluss- und Benutzerzwangs)

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79104	2022	128.286	0	128.286
Internationale Grüne Woche (IGW)	2021	123.846	0	123.846

	2022	2021
Menge: Anzahl der Messen	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,36	0,36
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Beteiligung des Landes Berlin an der Internationalen Grüne Woche (IGW)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79125	2022	1.178.920	32.048	1.210.968
Gewährleistung des allgemeinen Verbraucher-schutzes (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.438.179	0	1.438.179

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,38	4,16
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	5.000,00
IST - Erträge in €	0,00	53,48
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Grundsatzfragen des Verbraucherschutzes in Berlin

Hinweis: Nachfolger der Kostenträger 78130 und 78161; ab 2012 eigenes Transferprodukt 80513

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80513	2022	2.724.720	2.471.799	5.196.518
Zuwendungen im Verbraucherschutz nach §§ 23, 44 LHO	2021	2.774.052	2.133.484	4.907.536

	2022	2021
Menge: keine, da Transferprodukt	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	14,49	14,18
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	2.391.057,55	2.543.547,71
IST - Erträge in €	511.761,95	378.870,90
Kostendeckungsgrad in %	9,85	7,72

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Das Produkt umfasst die Gewährung von finanziellen Zuwendungen an Dritte im Verbraucherschutz.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80514	2022	1.306.081	284.056	1.590.137
Agrarpolitik (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.519.148	287.884	1.807.031

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,43	5,22
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	704.248,35	675.634,56
IST - Erträge in €	3.799,69	2.558,16
Kostendeckungsgrad in %	0,24	0,14

Grundsatzfragen der Agrarpolitik

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005493	2022	605.003	0	605.003
Abwehr und Verhütung von Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt	2021	609.365	0	609.365

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80503	2022	605.003	0	605.003
Abwehr und Verhütung von Gefahren für Mensch, Tier, Umwelt (Ministerielles Geschäftsfeld) (bis Version 15: PNr. 79132)	2021	609.365	0	609.365

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,69	1,76
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Gentechnik:
Ministerielle Grundsatz- und Einzelangelegenheiten des Gentechnikgesetzes und der Folgeverordnungen

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Gefahrenabwehr - Polizeirecht (Schutz vor gefährlichen Tieren):
Ministerielle Grundsatz- und Einzelangelegenheiten des HundeGesBerlin und der VO über das Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten

Notfallvorsorge im Falle von Krisenfällen im Lebensmittel-, Futtermittel- oder Veterinärbereich:
Sicherstellung personeller, materieller und technischer Ressourcen für den Krisenstab;
Koordination der Krisenvorsorge; Erstellung und Fortschreibung von Alarmierungs- und Einsatzunterlagen

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte dieses Einzelplans veranschlagt. Es handelt sich dabei um

a) bereits vor Auflösung des ZeP vorhandene Überhangkräfte, die nicht zum bisherigen Kapitel 2809 – Zentrales Personalüberhangmanagement – versetzt werden mussten (Ausnahmen von der Versetzungspflicht),

b) um Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement – EZeP – in die Dienststelle versetzt worden sind,

c) Dienstkräfte, die nach Auflösung des ZeP in diesem Personalwirtschaftsbereich neu dem Personalüberhang zugeordnet worden sind.

Die Unterscheidung der drei unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merkansatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften VV Prämie, VV Teilausgleiche, VV Rente und VV Besitzstand. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	144.000	96.000	193.000	179.417,48
42801	860	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	612.000	637.000	829.000	684.952,62
42850	860	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000	1.000	—
44100	860	Beihilfen für Dienstkräfte	6.500	7.000	6.700	6.131,41
		Gesamtausgaben	763.500	741.000	1.029.700	870.501,51
		Prozentuale Veränderung	-25,9 %	-2,9 %		
		Abschluss Kapitel 0609				
411-462		Personalausgaben	763.500	741.000	1.029.700	870.501,51
		Gesamtausgaben	763.500	741.000	1.029.700	870.501,51
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-763.500	-741.000	-1.029.700	-870.501,51

Generalstaatsanwaltschaft

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der Generalstaatsanwaltschaft obliegt die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft Berlin und die Amtsanwaltschaft. Ferner ist sie für gewichtige Rechtsmittelverfahren zuständig. In bundesgesetzlich definierten Fällen ist sie aber auch selbst Ermittlungs- und Anklagebehörde, insbesondere bei Staatsschutzdelikten. Außerdem führt sie die Verfahren in ehren- und berufsrechtlichen Angelegenheiten.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	13	15	15	14	13	19
Relativer Anteil	46 %	54 %	52 %	48 %	41 %	59 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	46	37	47	39	49	35
Relativer Anteil	55 %	45 %	55 %	45 %	58 %	42 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	91.296,84 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	81.745,38 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	77.488,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	63.986,94 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil männlicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil männlicher Beschäftigter in höheren Besoldungsgruppen der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Generalstaatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**100.000**	**100.000**	**40.000**	**104.229,38**

Einnahmen aus Geldbußen in Dienststrafverfahren, aus eingezogenen Geldern und aus Verwaltungskosten sowie aus dem Ersatz von Auslagen in Ehrengerichtsverfahren

Verwaltungskosten werden nach der Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung, Auslagen in Ehrengerichtsverfahren nach der Bundesrechtsanwaltsordnung in Verbindung mit den Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes und dem Kostenverzeichnis erhoben.

Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**532,42**
11906	**051**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Entgelte für die private Benutzung von Dienstfernsprechern

11923	**051**	**Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**179,17**

Insbesondere Einnahmen aus dem Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen.

		Gesamteinnahmen	**104.000**	**104.000**	**44.000**	**104.940,97**
		Prozentuale Veränderung	**136,4 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**5.744.000**	**5.974.000**	**5.247.000**	**5.245.041,39**
42701	**051**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**990,00**
42722	**051**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.298.000**	**3.430.000**	**3.512.000**	**3.079.967,77**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**74.000**	**77.000**	**78.900**	**70.515,43**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**171.000**	**176.000**	**191.000**	**161.026,59**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**11.500**	**12.000**	**9.500**	**11.439,90**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**152.000**	**152.000**	**152.000**	**143.483,79**

	2024	2025	2023
1. Schreib- und Bürobedarf inkl. Papierkosten	28.000 €	28.000 €	24.000 €
2. Kopierkosten	9.000 €	9.000 €	9.000 €
3. Bücher, Zeitschriften	20.000 €	20.000 €	27.000 €
4. Postgebühren	65.000 €	65.000 €	66.000 €
5. Rundfunkgebühren	10.000 €	10.000 €	11.000 €
6. Gebühren für die Nutzung von Rechtsportalen	15.000 €	15.000 €	15.000 €
7. pandemiebedingte Verbrauchsmittel (zentral für 0611 bis 0614)	5.000 €	5.000 €	--- €
	152.000 €	152.000 €	152.000 €

Generalstaatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.109,14**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024/2025	2023
Büromaschinen	1.000 €	1.000 €
Ersatzbeschaffung von Büro- und/oder Geschäftsstellenmobiliar	8.000 €	8.000 €
Reparaturen, Serviceleistungen	1.000 €	1.000 €
	10.000 €	10.000 €

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**346.000**	**353.000**	**339.000**	**309.254,77**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Elßholzstraße 30-33

51802	**051**	**Mieten für Fahrzeuge**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**447,96**
51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**625.000**	**625.000**	**631.000**	**630.399,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Elßholzstraße 30-33

Generalstaatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**55.000**	**55.000**	**45.000**	**45.436,44**

	2024/2025	2023
1. Allgemeines	--- €	5.000 €
2. Kosten für Maßnahmen des Hitzeschutzes	20.000 €	5.000 €
3. Kosten für die Schaffung weiterer Diensträume	15.000 €	15.000 €
4. Kosten für Baumaßnahmen zur Umsetzung des Sicherheitsrahmenkonzeptes	--- €	20.000 €
5. Kosten für Baumaßnahmen zur Umsetzung der BSI-konformen Sicherung der IT-Abteilung	20.000 €	--- €
	55.000 €	45.000 €

52501	**051**	**Aus- und Fortbildung**	**4.000**	**4.000**	**3.500**	**3.141,89**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Gesamtansatz	3.100 €		3.500 €		3.500 €	
Absolut in €	1.798	1.302	1.650	1.850	2.345	1.155
Relativ	61%	39%	47%	53%	67%	33%

Zielgruppe:	Beschäftigte der Generalstaatsanwaltschaft Berlin an kostenpflichtigen Fortbildungen
Zielsetzung:	Durch das Wahrnehmen von Aus- und Fortbildungsangeboten soll jedem/jeder Mitarbeitenden ermöglicht werden, das für die dienstliche Tätigkeit notwendige Fachwissen zu erlangen bzw. im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen zu erweitern.
Steuerungsmaßnahmen:	Gezielte Beratung durch Führungskräfte, sowie bedarfsorientierte Angebote

52511 051 Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT

Siehe Maßnahmegruppe 31

52536 051 Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT

Siehe Maßnahmegruppe 32

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**270.000**	**270.000**	**250.000**	**264.629,96**

Für Auslagen nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen und für sonstige Verfahrensausgaben, insbesondere Kosten für Übersetzungstätigkeiten im Rahmen der Rechtshilfe.
Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung durch Erhöhungen der gesetzlichen Sachverständigenhonorare und der Honorare für Übersetzer und Dolmetscher.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**18.000**	**18.000**	**18.000**	**12.195,01**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG)

	2024	2025
1. Generalstagungen	3.000 €	3.000 €
2. Dienstreisen in Rechtssachen	4.500 €	4.500 €
3. Dienstreisen in Verwaltungssachen	6.500 €	6.500 €
4. Dienstreisen im Zusammenhang mit dem EJN	2.000 €	2.000 €
5. Reisekostenerstattung für Fortbildungen	2.000 €	2.000 €
	18.000 €	18.000 €

Generalstaatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Gesamtansatz	18.000 €		18.000 €		10.000 €	
Absolut in €	13.860	4.140	9.000	9.000	7.100	2.900
Relativ	77%	23%	50%	50%	71%	29%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten der Generalstaatsanwaltschaft Berlin
Zielsetzung:	Alle beantragten Dienstreisen sollen ermöglicht werden, soweit sie von Nutzen für die dienstliche Tätigkeit sind bzw. im Interesse des Landes Berlin liegen.
Steuerungsmaßnahmen:	Förderung von Dienstreiseinteressen ggf. Beratung und Unterstützung bei der Organisation und Buchung

53108	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**415,95**

Ausgaben für überwiegend ausländische Besucher/-gruppen und Gäste, die insbesondere den rechtlichen Erfahrungsaustausch mit der Generalstaatsanwaltschaft Berlin in ihrer Hauptstadtfunktion suchen.

53111	**051**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**5.000**	**5.000**	**2.500**	**4.307,80**

Gender-Daten:
Zu dem Titel 53111 - Ausschreibungen, Bekanntmachungen - ist anzumerken, dass diese grundsätzlich geschlechtsoffen erfolgen und das Prinzip der Bestenauslese gilt.

Mehr wegen zentraler Zuständigkeit für Bekanntmachungen in Printmedien bei Ausschreibungen und Todesanzeigen für die Kapitel 0611 bis 0614.

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**17.000**	**17.000**	**7.000**	**6.640,70**

Aufwendungen für das Personal- und Organisationsmanagement und die betriebliche Gesundheitsförderung.
Mehr durch externe Begleitprozesse für alle Mitarbeitenden zur Einführung des ERV und der eAkte unter Berücksichtigung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes.

54053	**051**	**Veranstaltungen**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**1.544,66**

Im Rahmen nationaler und internationaler Zusammenarbeit ist die Generalstaatsanwaltschaft Berlin in turnusmäßiger Reihenfolge als organisationsverantwortliche Behörde verpflichtet, Arbeitstagungen zu veranstalten.
In 2024 richtet das Land Berlin den bundesweiten Erfahrungsaustausch der Schwerpunktstaatsanwaltschaften für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität aus.

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**618,36**
68124	**051**	**Belohnungen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**

Gemäß der Gemeinsamen Allgemeinen Verfügung über die Aussetzung von Belohnungen für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung strafbarer Handlungen oder der Ergreifung flüchtiger Straftäterinnen und Straftäter können Belohnungen ausgelobt werden.

81240	**051**	**KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81260	**051**	**KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft**
		Siehe Maßnahmegruppe 31

Generalstaatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0611 – 0614:

Art	Preis in €	Anzahl	Istausgaben MG 31 2022 in €	Maximale Veranschlagung in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.140	2.088	811.680,69	2.380.320	1.139.500	1.146.500
Fremdleistung IT	1.790	---	---	---	---	---
Summe IT	---	2.088	811.680,69	2.380.320	1.139.500	1.146.500
Eigenleistung TK	220	238	31.793,90	52.360	35.000	35.000
Fremdleistung TK ITDZ	280	1.310	300.444,48	366.800	364.000	364.000
Summe TK	---	1.548	332.238,38	419.160	399.000	399.000
Gesamt	---	---	1.143.919,07	2.799.480	1.538.500	1.545.500

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.164,98**

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**60.000**	**60.000**	**55.000**	**57.341,46**

Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und deren Wartung für die verfahrensunabhängige IKT-Technik

51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**200.000**	**225.000**	**200.000**	**185.848,52**

Aufwendungen für den Anschluss an das Berliner Landesnetz.

Mehr durch Umsatzbesteuerung der Dienstleistungen des ITDZ ab 2025.

51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**786.000**	**768.000**	**713.000**	**516.211,18**

	2024	2025	2023
1. Telefonie	340.000 €	340.000 €	340.000 €
2. Mobiltelefone für Rufbereitschaft	35.000 €	35.000 €	20.000 €
3. Gesprächsgebühren	24.000 €	24.000 €	24.000 €
4. verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur	291.000 €	291.000 €	291.000 €
5. Überprüfung der ortsveränderlichen elektrischen IT-Betriebsmittel	56.000 €	38.000 €	38.000 €
6. Dienstleistungen zur Sicherstellung der IT-Sicherheit	40.000 €	40.000 €	--- €
	786.000 €	768.000 €	713.000 €

52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**11.500**	**11.500**	**11.500**	**1.129,31**

Generalstaatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81260	**051**	**KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft**	**400.000**	**400.000**	**500.000**	**345.420,00**

Erläuterungen 2024

IT-Verfahrensunabhängige Maßnahmen im Zusammenhang mit SbC-Geräteausstattung (Infrastruktur):

Ersatz Drucker	275.000 €
Endgeräte für Administratoren	45.000 €
Aktive Netzwerkkomponenten	20.000 €
Remote Controlled Browser System	20.000 €
Security Checks / Sicherheitskonzept IFS	40.000 €
	400.000 €

Erläuterungen 2025

IT-Verfahrensunabhängige Maßnahmen im Zusammenhang mit SbC-Geräteausstattung (Infrastruktur):

Ersatz Notebooks (300 Geräte)	300.000 €
Aktive Netzkomponenten	60.000 €
Security Checks / Sicherheitskonzept IFS	40.000 €
	400.000 €

Die Maßnahmen sollen in künftigen Haushaltsjahren fortgesetzt werden.

Summe Maßnahmegruppe 31	**1.460.500**	**1.467.500**	**1.482.500**	**1.107.115,45**

Generalstaatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**5.000**	**6.163,73**

Mehrbedarf für Tintenpatronen.
Bis zur Einführung der digitalen Strafakte in 2026 sind alle elektronischen Eingänge auszudrucken.

51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**43.643,74**

Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und deren Wartung für die verfahrensabhängige IKT-Technik.

51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**950.000**	**1.004.000**	**950.000**	**782.182,48**
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**150.000**	**—**		

Dienstleistungen für das Verfahren Mesta/Fame und eVerwaltungsakte.

	2024	2025	2023
Betrieb der Mesta-Datenbank im ITDZ	150.000 €	179.000 €	150.000 €
ORBIS-Datenbank	150.000 €	150.000 €	--- €
Betrieb der Mesta-Datenbank bei Dataport	--- €	--- €	150.000 €
Datenleitungen Mesta/Fame	180.000 €	205.000 €	125.000 €
Supportkosten Oracle	60.000 €	60.000 €	50.000 €
Supportkosten JAVA SE	--- €	--- €	95.000 €
Pflegekosten Mesta / Verbund	90.000 €	90.000 €	90.000 €
Pflegekosten Mesta / Schreibwerk Verbund	120.000 €	120.000 €	95.000 €
Supportkosten Tools in der Mesta-Umgebung	180.000 €	180.000 €	180.000 €
Supportkosten VIS	20.000 €	20.000 €	15.000 €
	950.000 €	1.004.000 €	950.000 €

Mehr durch Bandbreitenerweiterung der Datenleitung MESTA/Fame, Kostensteigerung der Pflegekosten für das Schreibwerk im Verbund, Umsatzbesteuerung der Dienstleistungen des ITDZ zur Anbindung des Fachverfahrens Mesta und den Betrieb der Mesta-Datenbank ab 2025.
Wegfall der Lizenzkosten JAVA SE durch Umstieg auf die kostenfreie Version JAVA 17.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für die Online-Zugänge auf die ORBIS-Datenbank.

52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**12.800**	**12.800**	**12.800**	**10.717,14**
81240	**051**	**KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft**	**2.000.000**	**2.905.000**	**4.015.000**	**1.423.065,78**

Erläuterungen 2024

IT-Verfahrensabhängige Maßnahmen im Zusammenhang mit Mesta/Fame und der elektronischen Verfahrensakte

Produktivsystem:	
Ersatz Server-Hardware	90.000 €
Ersatz Switche für Mesta-Datenleitung	90.000 €
Modernisierung Schreibwerk für MESTA	150.000 €
Modernisierung Anwendersoftware (Mesta)	150.000 €
Maßnahmen zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehr/ e-Verfahrensakte:	
E-Aktenportal (EIP / E²A) Clientlizenzen	240.000 €
Support Einführung/Betrieb Beratung	250.000 €
MESTA Ertüchtigung für ERV / E-Akte	150.000 €
Schreibwerk / Ertüchtigung / Einführung / Umsetzung	150.000 €
Server für Scannen	75.000 €
Erweiterung VM-Ware-Server für elektronischen Rechtsverkehr	200.000 €

Generalstaatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

Scanner Tischgeräte	150.000 €
Zusätzlicher Load-Balancer für mobile Arbeitsplätze	5.000 €
Videokonferenzsystem Server&Clients	150.000 €
Statistiktools	150.000 €
	2.000.000 €

Erläuterungen 2025

IT-Verfahrensabhängige Maßnahmen im Zusammenhang mit Mesta/Fame und der elektronischen Verfahrensakte:

Produktivsystem:	
Ersatz Server-Hardware	600.000 €
Ersatz Switche für Mesta-Datenleitung	90.000 €
Modernisierung Schreibwerk für MESTA	150.000 €
Modernisierung Anwendersoftware (Mesta)	150.000 €
Maßnahmen zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehr/ e-Verfahrensakte:	
Support Einführung/Betrieb Beratung	125.000 €
MESTA Ertüchtigung für ERV / E-Akte	150.000 €
Schreibwerk / Ertüchtigung / Einführung / Umsetzung	150.000 €
Server für Scannen	90.000 €
Ersatz für Notebooks zzgl. Dockingstation (Ersatz für ThinClient) für Entscheider Vollausstattung	600.000 €
Scanner Tischgeräte	150.000 €
Ersatz-Router für CDA-Lösung für Notebook	45.000 €
Ersatzbeschaffung Firewall CDA-Lösung	30.000 €
Lizenzen für Serverbetriebssysteme (>Server2019)	350.000 €
Lizenzen für User-Zugriffs-Lizenzen	225.000 €
	2.905.000 €

Die Maßnahmen sollen in künftigen Haushaltsjahren fortgesetzt werden.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**3.022.800**	**3.981.800**	**5.032.800**	**2.265.772,87**
	Gesamtausgaben	**15.312.300**	**16.655.800**	**17.040.200**	**13.374.494,83**
	Prozentuale Veränderung	**-10,1 %**	**8,8 %**		

Abschluss Kapitel 0611

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**104.000**	**104.000**	**44.000**	**104.940,97**
	Gesamteinnahmen	**104.000**	**104.000**	**44.000**	**104.940,97**
411-462	**Personalausgaben**	**9.300.500**	**9.671.000**	**9.040.400**	**8.568.981,08**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**3.607.800**	**3.675.800**	**3.480.800**	**3.037.027,97**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**2.400.000**	**3.305.000**	**4.515.000**	**1.768.485,78**
	Gesamtausgaben	**15.312.300**	**16.655.800**	**17.040.200**	**13.374.494,83**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-15.208.300**	**-16.551.800**	**-16.996.200**	**-13.269.553,86**

Generalstaatsanwaltschaft

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001051 Sicherstellung von Strafverfolgung und Strafvollstreckung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	60.781.736	58.335.365	+4,19
Kostenträger	2**7**	Sachkosten	7.131.277	8.300.622	-14,09
davon		Transferkosten	3.288.229	2.968.913	+10,76
Produkte	24	Verrechnungskosten	4.388.577	4.055.641	+8,21
MGF	3	kalkulatorische Kosten	19.730.702	18.878.072	+4,52
Projekte	**0**	Gemeinkosten	56.452.201	54.545.419	+3,50
		Summe Verwaltungskosten	151.772.723	147.084.031	+3,19
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	151.772.723	147.084.031	+3,19

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung von Strafverfolgung und Strafvollstreckung“: Die entstehenden Kosten werden hier leistungsstrangbezogen und behördenübergreifend gebündelt. Dies bezieht sich auf die Kosten bei der Senatsverwaltung und bei den Strafverfolgungsbehörden.

Die Kosten dieses Bereichs entsprechen den Ausgaben der Kapitel 0611 bis 0613 (Strafverfolgungsbehörden) sowie in Teilen dem Kapitel 0600 (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz). Die Kosten der Generalstaatsanwaltschaft werden beim Kapitel 0611 (GStA) ausgewiesen, die der Staatsanwaltschaft und Amtsanwaltschaft ausschließlich beim Kapitel 0612 (StA).

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005516	2022	8.742.576	0	8.742.576
Sicherstellung von Strafverfolgung und Strafvollstreckung - hier nur Generalstaatsanwaltschaft Berlin	2021	8.667.387	0	8.667.387

Zu dieser Kostenträgergruppe gehören zehn Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/ Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79588	2022	1.630.023	0	1.630.023
Einstellungsbeschwerden einschl. Klageerzwingungsverfahren (GStA)	2021	1.695.732	0	1.695.732

Generalstaatsanwaltschaft

	2022	2021
Menge: Anzahl abgeschlossener Beschwerdeverfahren im Zs-Bereich	3.378	3.808
Kosten je ME in €	482,54	445,31
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,07	1,15
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung der Beschwerden, die sich gegen eine Einstellung im Ermittlungsverfahren richten.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79589	2022	1.299.570	0	1.299.570
Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland (eingehend) bei der GStA	2021	1.319.091	0	1.319.091

	2022	2021
Menge: Anzahl abgeschlossenen Auslieferungs- und internationaler Sachen	1.740	1.769
Kosten je ME in €	746,88	745,67
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,86	0,90
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung von Ersuchen und zu stellenden Anträgen im Rahmen des Rechtshilfeverkehrs

Staatsanwaltschaft

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Staatsanwaltschaft ist Ermittlungs- und Anklagebehörde bei Verdacht strafbarer Handlungen. Der Staatsanwaltschaft obliegt außerdem die Strafvollstreckung, soweit sie nicht den Jugendrichtern übertragen ist.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	113	80	160	85	149	77
Relativer Anteil	59 %	41 %	65 %	35 %	66 %	34 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	592	185	546	176	557	184
Relativer Anteil	76 %	24 %	76 %	24 %	75 %	25 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	82.440,65 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	64.022,89 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	68.364,35 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	63.596,28 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen, insbesondere der Laufbahngruppe 1,1 sowie 1.2. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Staatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**40.250.000**	**40.250.000**	**39.100.000**	**40.245.165,47**

Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11104	**051**	**Verfallene Haftkautionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**29.483,26**
11906	**051**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**18,10**
11923	**051**	**Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten**	**10.300.000**	**15.300.000**	**10.000.000**	**6.299.211,17**

Anpassung an die Einnahmeentwicklung und erwartete Mehreinnahmen im Bereich der Vermögensabschöpfung

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**20.000**	**20.000**	**30.000**	**14.110,52**

Insbesondere unanbringliche Gelder aus Strafverfahren

11981	**051**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**67.301,79**
		Gesamteinnahmen	**50.628.000**	**55.628.000**	**49.188.000**	**46.655.290,31**
		Prozentuale Veränderung	**2,9 %**	**9,9 %**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**46.054.000**	**48.648.000**	**41.798.000**	**41.706.428,59**
42701	**051**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**14.034.000**	**14.742.000**	**12.422.000**	**13.186.546,31**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**83.400**	**87.000**	**83.200**	**84.169,99**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**2.293.000**	**2.362.000**	**1.930.000**	**2.162.784,66**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**30.400**	**31.000**	**50.900**	**30.326,41**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**350.000**	**350.000**	**320.000**	**359.553,28**

	2024	2025	2023
1. Schreib- und Bürobedarf inkl. Papierkosten	220.000 €	220.000 €	190.000 €
2. Kopierkosten	75.000 €	75.000 €	75.000 €
3. Bücher, Zeitschriften	55.000 €	55.000 €	55.000 €
	350.000 €	350.000 €	320.000 €

Mehrbedarf für Papier unter Berücksichtigung stetig steigender Kosten und steigendem Bedarf für Druckerpapier und die Fertigung von Aktenhüllen. Bis zur Einführung der digitalen Strafakte in 2026 sind alle elektronischen Eingänge auszudrucken.

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Staatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**49.771,88**

	2024/2025	2023
1. Technische Geräte	10.000 €	3.000 €
2. Büroeinrichtungsgegenstände (Ersatzbeschaffungen)	38.000 €	45.000 €
3. Reparatur- und Serviceleistungen	2.000 €	2.000 €
	50.000 €	50.000 €

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**051**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**6.500**	**6.500**	**6.500**	**5.826,45**
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**3.362.000**	**3.429.000**	**3.296.000**	**2.696.629,92**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	228.000 €	718.000 €	2.801.000 €

Bewirtschaftungsausgaben für die Dienstgebäude Turmstraße 91, Turmstraße 22, Kirchstraße 6-7, Riedemannweg 57-60 und Archiv Westhafen

Angemietete Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Kirchstraße 6-7	217.670 €	222.030 €	213.400 €
Riedemannweg 57-60	507.300 €	517.450 €	497.350 €
Westhafenstraße 1	268.900 €	274.280 €	263.620 €

Landeseigene Dienstgebäude:

Turmstraße 91	1.964.910 €	2.004.210 €	1.926.380 €
Turmstraße 22	402.660 €	410.710 €	394.760 €
Summe	3.361.440 €	3.428.680 €	3.295.510 €
rd.	3.362.000 €	3.429.000 €	3.296.000 €

51802	**051**	**Mieten für Fahrzeuge**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**2.816,35**
51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**6.021.000**	**6.083.000**	**6.066.000**	**6.028.324,95**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Staatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	461.000 €	1.449.000 €	5.522.000 €

Mieten für die Dienstgebäude Turmstraße 91, Turmstraße 22, Kirchstraße 6-7, Riedemannweg 57-60 und Archiv Westhafen

Angemietete Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Kirchstraße 6-7	395.530 €	410.560 €	377.990 €
Riedemannweg 57-60	1.221.560 €	1.267.980 €	1.058.480 €
Westhafenstraße 1	443.140 €	443.140 €	459.230 €

Landeseigene Dienstgebäude:

Turmstraße 91	3.343.080 €	3.343.080 €	3.552.570 €
Turmstraße 22	617.250 €	617.250 €	617.250 €
Summe	6.020.560 €	6.082.010 €	6.065.520 €
rd.	6.021.000 €	6.083.000 €	6.066.000 €

Allgemeine Kostensteigerung aufgrund von Indexanpassungen

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**61.800**	**61.800**	**40.600**	**27.215,33**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen

	2024/2025	2023
1. Wartungskosten	37.800 €	40.600 €
2. Ausweitung der elektronischen Schließanlage im Kriminalgericht	24.000 €	--- €
	61.800 €	40.600 €

52501	**051**	**Aus- und Fortbildung**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**5.809,57**

	2024/2025	2023
1. Erreichen des Zielwertes von 2 Fortbildungstagen je aktivem Beschäftigten unterhalb des höheren Dienstes	17.000 €	17.000 €
2. Ausgaben für die Fortbildung von Mitarbeitern zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben (Schulungen für Ersthelfer, Suchthelfer, Brandschutzkräfte, Personalräte)	3.000 €	3.000 €
	20.000 €	20.000 €

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Gesamtansatz	20.000 €		20.000 €		10.000 €	
Absolut in €	14.200	5.800	14.800	5.200	6.500	3.500
Relativ	71%	29%	74%	26%	65%	35%

Zielgruppe:	Beschäftigte der Staatsanwaltschaft Berlin an kostenpflichtigen Fortbildungen
Zielsetzung:	Durch das Wahrnehmen von Aus- und Fortbildungsangeboten soll jedem/jeder Mitarbeitenden ermöglicht werden, das für die dienstliche Tätigkeit notwendige Fachwissen zu erlangen bzw. im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen zu erweitern.
Steuerungsmaßnahmen:	Gezielte Beratung durch Führungskräfte, sowie bedarfsorientierte Angebote

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**9.600.000**	**9.600.000**	**11.000.000**	**9.562.326,82**

Auslagen nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen und sonstige Verfahrensausgaben, insbesondere Kosten für Obduktionen, Gutachten und Maßnahmen der Telefonüberwachung. Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Staatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**051**	**Dienstreisen**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**13.201,53**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG)

	2024	2025
1. Pauschvergütung gemäß § 9 BRKG	1.700 €	1.700 €
2. Dienstreisen in Rechtssachen	5.000 €	5.000 €
3. Dienstreisen in Verwaltungssachen	11.300 €	11.300 €
4. Reisekostenerstattung für Fortbildungen	7.000 €	7.000 €
	25.000 €	25.000 €

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Gesamtansatz	23.500 €		25.000 €		10.000 €	
Absolut in €	15.510	7.990	18.750	6.250	5.000	5.000
Relativ	66%	34%	75%	25%	50%	50%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten der Staatsanwaltschaft Berlin
Zielsetzung:	Alle beantragten Dienstreisen sollen ermöglicht werden, soweit sie von Nutzen für die dienstliche Tätigkeit sind bzw. im Interesse des Landes Berlin liegen.
Steuerungsmaßnahmen:	Förderung von Dienstreiseinteressen; Ggf. Beratung und Unterstützung bei der Organisation und Buchung

53108	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Ausgaben für überwiegend ausländische Besucher/innen-Gruppen und Gäste, die sowohl den allgemeinen rechtlichen Erfahrungsaustausch mit der Staatsanwaltschaft Berlin als auch die Koordination bei internationaler Zusammenarbeit (JIT) suchen.

53111	**051**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Gesamtansatz	2.000 €		2.000 €		2.000 €	
Absolut in €	0	2.000	0	0	0	0
Relativ	0%	100%	0%	0%	0%	0%

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**97.700**	**97.900**	**18.300**	**5.604,00**

Aufwendungen für das Personal- und Organisationsmanagement und die betriebliche Gesundheitsförderung.
Mehr durch externe Begleitprozesse für alle Mitarbeitenden zur Einführung des ERV und der eAkte unter Berücksichtigung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes.

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**7.000**	**7.000**	**3.500**	**5.006,50**
68102 (neu)	**051**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**1.000**	**1.000**		

Entschädigungen und Ersatzleistungen aus Verwahrgeldern und eingezogenen Geldern, die in den Vorjahren dem Landeshaushalt zugeflossen sind.

68124	**051**	**Belohnungen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**

Gemäß der Gemeinsamen Allgemeinen Verfügung über die Aussetzung von Belohnungen für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung strafbarer Handlungen oder der Ergreifung flüchtiger Straftäterinnen und Straftäter können Belohnungen ausgelobt werden.

Staatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0611-0614 ist beim Kapitel 0611 dargestellt.						
51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**69.000**	**69.000**	**69.000**	**27.181,32**
Ausgaben für Druckerverbrauchsmaterialien						
51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**3.794,95**
		Summe Maßnahmegruppe 31	**72.000**	**72.000**	**72.000**	**30.976,27**

Staatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**47.819,32**
		Ausgaben für Druckerverbrauchsmaterialien der Fachverfahren				
51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**6.000,00**
		Summe Maßnahmegruppe 32	**56.000**	**56.000**	**56.000**	**53.819,32**
		Gesamtausgaben	**82.238.800**	**85.743.200**	**77.272.000**	**76.017.138,13**
		Prozentuale Veränderung	**6,4 %**	**4,3 %**		
		Abschluss Kapitel 0612				
111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**50.628.000**	**55.628.000**	**49.188.000**	**46.655.290,31**
		Gesamteinnahmen	**50.628.000**	**55.628.000**	**49.188.000**	**46.655.290,31**
411-462		**Personalausgaben**	**62.495.800**	**65.871.000**	**56.285.100**	**57.170.255,96**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**19.738.000**	**19.867.200**	**20.982.900**	**18.846.882,17**
611-699		**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**5.000**	**5.000**	**4.000**	**—**
		Gesamtausgaben	**82.238.800**	**85.743.200**	**77.272.000**	**76.017.138,13**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-31.610.800**	**-30.115.200**	**-28.084.000**	**-29.361.847,82**

Staatsanwaltschaft

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001051 Sicherstellung von Strafverfolgung und Strafvollstreckung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	60.781.736	58.335.365	+4,19
Kostenträger	27	Sachkosten	7.131.277	8.300.622	-14,09
davon		Transferkosten	3.288.229	2.968.913	+10,76
Produkte	24	Verrechnungskosten	4.388.577	4.055.641	+8,21
MGF	3	kalkulatorische Kosten	19.730.702	18.878.072	+4,52
Projekte	0	Gemeinkosten	56.452.201	54.545.419	+3,50
		Summe Verwaltungskosten	151.772.723	147.084.031	+3,19
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	151.772.723	147.084.031	+3,19

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung von Strafverfolgung und Strafvollstreckung“: Die entstehenden Kosten werden hier leistungsstrangbezogen und behördenübergreifend gebündelt. Dies bezieht sich auf die Kosten bei der Senatsverwaltung und bei den Strafverfolgungsbehörden.

Die Kosten dieses Bereichs entsprechen den Ausgaben der Kapitel 0611 bis 0613 (Strafverfolgungsbehörden) sowie in Teilen dem Kapitel 0600 (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz). Die Kosten der Generalstaatsanwaltschaft werden beim Kapitel 0611 (GStA) ausgewiesen, die der Staatsanwaltschaft und Amtsanwaltschaft ausschließlich beim Kapitel 0612 (StA).

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005517	2022	139.025.563	0	139.025.563
Sicherstellung von Strafverfolgung und Strafvollstreckung - hier nur Staats- und Amtsanwaltschaft	2021	134.696.268	0	134.696.268

Zu dieser Kostenträgergruppe gehören elf Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/ Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Staatsanwaltschaft

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79592	2022	52.701.341	0	52.701.341
Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene (StA und AA)	2021	51.444.417	0	51.444.417

	2022	2021
Menge: Anzahl abgeschlossener Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene; vgl. Bemerkungen	246.061	238.187
Kosten je ME in €	214,18	215,98
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	34,72	34,98
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	5.000,00
IST - Erträge in €	-47.212,48	-3.230,67
Kostendeckungsgrad in %	-0,09	-0,01

Bearbeitung des Ermittlungsverfahrens gegen Erwachsene mit Ausnahme von Ermittlungsverfahren in Wirtschaftsstrafsachen und Verkehrsstrafsachen;
Anträge, Stellungnahmen, Entscheidungen, Darlegung von Tatvorwurf und Strafmaß für gerichtliche Entscheidungen, Verfahrensbeendigung wegen fehlenden hinreichenden Tatverdachts und in Fällen von untergeordneter Bedeutung

Fachspezifische Informationen
Die Mengen (Verfahren) der Produkte 79592 und 79594 können durch Abgaben zwischen den Kostenstellen doppelt gezählt werden, sofern nach erfolgten Ermittlungstätigkeiten z.B. bei der Amtsanwaltschaft in Berlin festgestellt wird, dass die der Ermittlung zugrundeliegenden Tatvorwürfe nunmehr die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Berlin begründen und das Verfahren zur weiteren Ermittlung an diese abgegeben wird.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79593	2022	11.157.963	0	11.157.963
Ermittlungsverfahren gegen Kinder, Jugendliche / Heranwachsende (StA)	2021	11.102.743	0	11.102.743

	2022	2021
Menge: Anzahl abgeschlossener Ermittlungsverfahren gegen Kinder, Jugendliche und Heranwachsende; vgl. Bemerkungen	48.396	40.967
Kosten je ME in €	230,56	271,02
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,35	7,55
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	-65,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	-0,00	0,00

Bearbeitung des Ermittlungsverfahrens gegen Kinder, Jugendliche oder Heranwachsende mit Ausnahme von Ermittlungsverfahren in Wirtschaftsstrafsachen

Staatsanwaltschaft

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79594	2022	13.657.279	0	13.657.279
Ermittlung gegen unbekannte Täter (StA und AA)	2021	13.409.559	0	13.409.559

	2022	2021
Menge: Anzahl abgeschlossener Verfahren gegen Unbekannt; vgl. Bemerkungen	318.084	346.237
Kosten je ME in €	42,94	38,73
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	9,00	9,12
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	151,55
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung des Ermittlungsverfahrens; Anträge, Stellungnahmen, Entscheidungen für gerichtliche Entscheidungen, Verfahrensbeendigung wegen fehlenden hinreichenden Tatverdachts und in Fällen von untergeordneter Bedeutung

Fachspezifische Informationen
Die Mengen (Verfahren) der Produkte 79592 und 79594 können durch Abgaben zwischen den Kostenstellen doppelt gezählt werden, sofern nach erfolgten Ermittlungstätigkeiten z.B. bei der Amtsanwaltschaft in Berlin festgestellt wird, dass die der Ermittlung zugrundeliegenden Tatvorwürfe nunmehr die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Berlin begründen und das Verfahren zur weiteren Ermittlung an diese abgegeben wird.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79595	2022	18.162.144	0	18.162.144
Mitwirkung im Strafverfahren (StA und AA)	2021	17.368.800	0	17.368.800

	2022	2021
Menge: Anzahl der Verfahren; vgl. Bemerkungen	55.303	59.685
Kosten je ME in €	328,41	291,01
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	11,97	11,81
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	540,00	5.170,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,03

Tätigkeiten der Staatsanwaltschaft und der Amtsanwaltschaft im Zwischen-, Haupt- und Rechtsmittelverfahren

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79597	2022	21.327.440	0	21.327.440
Vollstreckungssachen (GStA und StA)	2021	20.319.805	0	20.319.805

Staatsanwaltschaft

	2022	2021
Menge: Anzahl abgeschlossener Vollstreckungen vgl. Bemerkungen	25.353	11.933
Kosten je ME in €	841,22	1.702,82
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	14,05	13,82
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.066.245,63	1.045.299,56
IST - Erträge in €	46.725.371,71	43.446.033,13
Kostendeckungsgrad in %	219,09	213,81

Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und Ordnungsgeldverfügungen der Staatsanwaltschaft

Amtsanwaltschaft

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Amtsanwaltschaft nimmt in Fällen geringer und mittlerer Kriminalität die Aufgaben und Befugnisse der Staatsanwaltschaft wahr.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	20	12	19	13	23	14
Relativer Anteil	63 %	37 %	59 %	41 %	62 %	38 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	129	44	129	47	125	46
Relativer Anteil	75 %	25 %	73 %	27 %	73 %	27 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	72.260,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	64.885,22 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	54.347,17 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	57.238,40 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungsgruppen der Laufbahngruppe 2. 1. Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Amtsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**1.070.000**	**1.070.000**	**1.200.000**	**1.073.546,88**

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**1.200,00**
11906	**051**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Entgelte für die private Benutzung von Diensttelefonen.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11981	**051**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**1.079.000**	**1.079.000**	**1.209.000**	**1.074.746,88**
		Prozentuale Veränderung	**-10,8 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**9.082.000**	**9.798.000**	**8.456.000**	**8.120.436,43**
42701	**051**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**6.776,00**

Honorarzahlungen für die Amtsanwaltsanwärterausbildung im II. Ausbildungsabschnitt des jeweiligen Ausbildungslehrganges.

42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.958.000**	**3.076.000**	**2.888.000**	**2.722.003,84**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**35.500**	**37.000**	**41.900**	**33.137,67**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**453.000**	**466.000**	**613.000**	**426.661,42**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**15.000**	**15.000**	**11.600**	**14.918,15**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

45300	**051**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**2.600**	**2.600**	**2.600**	**746,98**
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**99.000**	**99.000**	**99.000**	**97.016,17**

	2024/2025	2023
1. Schreib- und Bürobedarf inkl. Papierkosten	74.000 €	70.000 €
2. Kopierkosten	12.000 €	12.000 €
3. Bücher, Zeitschriften	13.000 €	13.000 €
4. Rundfunkgebühren	--- €	4.000 €
	99.000 €	99.000 €

Rundfunkgebühren werden im Kapitel 0611 nachgewiesen.

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Amtsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**18.800**	**18.800**	**18.800**	**18.205,61**

	2024	2025	2023
Technische Geräte	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände (Ersatzbeschaffungen)	15.000 €	15.000 €	15.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	1.800 €	1.800 €	1.800 €
	18.800 €	18.800 €	18.800 €

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**532.000**	**543.000**	**521.000**	**298.887,59**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	144.000 €	502.000 €	2.082.000 €

Bewirtschaftungsausgaben für das angemietete Dienstgebäude Kirchstraße 6-7

51802	**051**	**Mieten für Fahrzeuge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**965.000**	**1.002.000**	**922.000**	**910.081,62**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	251.000 €	873.000 €	3.354.000 €

Miete für das angemietete Dienstgebäude Kirchstraße 6-7

Allgemeine Kostensteigerung aufgrund von Indexanpassungen

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**6.100**	**6.100**	**13.300**	**5.001,02**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen

Amtsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
52501	**051**	**Aus- und Fortbildung**	**35.000**	**35.000**	**42.000**	**51.906,86**

	2024/2025	2023
1. Lehrgangs- und Prüfungskosten für Amtsanwaltsanwärter/innen in Bad Münstereifel	31.000 €	38.000 €
2. Fortbildungskosten in der Justizakademie in Königs Wusterhausen	3.000 €	3.000 €
3. Fortbildung zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben Ersthelfer, Brandschutzbeauftragte, Schulung der Personalräte.....	1.000 €	1.000 €
	35.000 €	42.000 €

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Gesamtansatz	40.000 €		42.000 €		53.000 €	
Absolut in €	25.600	14.400	23.100	18.900	40.280	12.720
Relativ	64%	36%	55%	45%	76%	24%

Zielgruppe:	Beschäftigte der Amtsanwaltschaft Berlin an kostenpflichtigen Fortbildungen
Zielsetzung:	Durch das Wahrnehmen von Aus- und Fortbildungsangeboten soll jedem/jeder Mitarbeitenden ermöglicht werden, das für die dienstliche Tätigkeit notwendige Fachwissen zu erlangen bzw. im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen zu erweitern.
Steuerungsmaßnahmen:	Gezielte Beratung durch Führungskräfte, sowie bedarfsorientierte Angebote

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**190.000**	**190.000**	**160.000**	**182.928,51**

Auslagen nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen und sonstige Verfahrensausgaben.

Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung durch Erhöhungen der gesetzlichen Sachverständigenhonorare und der Honorare für Übersetzer und Dolmetscher.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**051**	**Dienstreisen**	**4.000**	**4.000**	**5.000**	**2.216,30**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG)

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	w	w	m	w	m
Gesamtansatz	5.000 €		5.000 €		5.000 €	
Absolut in €	3.900	1.100	2.550	2.450	4.350	650
Relativ	78%	22%	51%	49%	87%	13%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten der Amtsanwaltschaft Berlin
Zielsetzung:	Alle beantragten Dienstreisen sollen ermöglicht werden, soweit sie von Nutzen für die dienstliche Tätigkeit sind bzw. im Interesse des Landes Berlin liegen.
Steuerungsmaßnahmen:	Förderung von Dienstreiseinteressen; Ggf. Beratung und Unterstützung bei der Organisation und Buchung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53111	**051**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zu dem Titel 53111 - Ausschreibungen, Bekanntmachungen - ist anzumerken, dass diese grundsätzlich geschlechtsoffen erfolgen und das Prinzip der Bestenauslese gilt.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**31.000**	**31.000**	**11.000**	**3.011,76**

Aufwendungen für das Personal- und Organisationsmanagement und die betriebliche Gesundheitsförderung. Mehr durch externe Begleitprozesse für alle Mitarbeitenden zur Einführung des ERV und der eAkte unter Berücksichtigung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.000**	**5.000**	**1.000**	**4.770,08**

Vorsorge für Schadenersatzansprüche in Rechtssachen.

Amtsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0611-0614 ist beim Kapitel 0611 dargestellt.

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.116,32**

Druckerverbrauchsmaterial für verfahrensunabhängige IKT-Technik.

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**2.711,03**

Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und deren Wartung für die verfahrensunabhängige IKT-Technik.

		Summe Maßnahmegruppe 31	**6.000**	**6.000**	**7.000**	**5.827,35**

Amtsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**60.000**	**60.000**	**18.000**	**28.131,00**

Druckerverbrauchsmaterial für verfahrensabhängige IKT-Technik.
Mehrbedarf für Tintenpatronen. Bis zur Einführung der digitalen Strafakte in 2026 sind alle elektronischen Eingänge auszudrucken.

51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**5.500**	**5.500**	**5.500**	**6.562,80**

Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und deren Wartung für die verfahrensabhängige IKT-Technik.

		Summe Maßnahmegruppe 32	**65.500**	**65.500**	**23.500**	**34.693,80**
		Gesamtausgaben	**14.511.500**	**15.408.000**	**13.844.700**	**12.939.227,16**
		Prozentuale Veränderung	**4,8 %**	**6,2 %**		

Abschluss Kapitel 0613

111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.079.000**	**1.079.000**	**1.209.000**	**1.074.746,88**
		Gesamteinnahmen	**1.079.000**	**1.079.000**	**1.209.000**	**1.074.746,88**
411-462		**Personalausgaben**	**12.551.100**	**13.399.600**	**12.018.100**	**11.324.680,49**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.960.400**	**2.008.400**	**1.826.600**	**1.614.546,67**
		Gesamtausgaben	**14.511.500**	**15.408.000**	**13.844.700**	**12.939.227,16**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-13.432.500**	**-14.329.000**	**-12.635.700**	**-11.864.480,28**

Europäische Staatsanwaltschaft

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Im Zentrum Berlin der Europäischen Staatsanwaltschaft führen die Delegierten Europäischen Staatsanwält*innen dezentral Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen auf nationaler Ebene im Auftrag und Namen der Europäischen Staatsanwaltschaft zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union durch. Dazu stellen die nationalen Behörden den Delegierten Europäischen Staatsanwält*innen Ressourcen und Ausstattung zur Verfügung, die für die Wahrnehmung der Aufgaben notwendig sind, und die die vollständige Einbindung in die nationalen Strafverfolgungsbehörden ermöglichen. Die allgemeinen Arbeitsbedingungen und das Arbeitsumfeld der Delegierten Europäischen Staatsanwälte fallen in den Verantwortungsbereich der zuständigen nationalen Justizbehörden.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil					1	1
Relativer Anteil					50 %	50 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil					2	0
Relativer Anteil					100 %	0 %

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	--- €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	--- €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	0,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	61.780,00 €

Europäische Staatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979	051	Verschiedene Einnahmen	4.000	4.000	4.000	—
23211	051	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	800.000	800.000	569.000	—

Einnahmen des Landes Berlin als Zentrumsland gemäß der Verwaltungsvereinbarung über den Ausgleich von Kosten und Entschädigungszahlungen im Zusammenhang mit Ermittlungen der in Deutschland tätigen Delegierten Europäischen Staatsanwälte aus anderen Bundesländern.

		Gesamteinnahmen	804.000	804.000	573.000
		Prozentuale Veränderung	40,3 %	—	
		Ausgaben			
42201	051	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	168.000	175.000	298.000	70.308,85
42801	051	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	37.700	40.000	192.000	111.714,39
44100	051	Beihilfen für Dienstkräfte	1.000	1.000	1.000	—
44379	051	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	1.000	1.000	1.000	—

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

51101	051	Geschäftsbedarf	10.000	10.000	10.000	1.562,21

	2024/2025	2023
1. Schreib- und Bürobedarf inkl. Papierkosten	9.000 €	9.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	1.000 €	1.000 €
	10.000 €	10.000 €

51140	051	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	5.000	5.000	5.000	1.842,60

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

51925	051	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	40.000	40.000	40.000	6.913,42

Sicherheitstechnische Ertüchtigung der Räume und Aktenlager der EUStA.

	2024/2025	2023
1. Kosten für die Schaffung gesicherter Lagerräume und weiterer Diensträume	20.000 €	20.000 €
2. Kosten für Baumaßnahmen zur Umsetzung der Sicherheitsanforderungen	20.000 €	20.000 €
	40.000 €	40.000 €

52501	051	Aus- und Fortbildung	5.000	5.000	5.000	177,24

Die Tätigkeiten bei der Europäischen Staatsanwaltschaft setzen die fortlaufenden Fortbildungen in europäischen Rechtsfragen voraus. Ferner müssen alle Mitarbeitenden über gute Kenntnisse der englischen Sprache verfügen, der Arbeitssprache der Europäischen Staatsanwaltschaft.

52601	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	20.000	20.000	20.000	10.287,98

Auslagen nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen und sonstige Verfahrensausgaben, insbesondere Kosten für Gutachten und Maßnahmen der Telefonüberwachung.

Europäische Staatsanwaltschaft

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
52703	**051**	**Dienstreisen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**228,20**

Die Delegierten der EUStA müssen zur Wahrnehmung von Sitzungsvertretungen bei Amtsgerichten und Landgerichten sowie zur Teilnahme an Ermittlungshandlungen im In- und Ausland und zur Kontaktpflege mit Ermittlungsdienststellen in einem erheblichen Umfang reisen.

	2024/2025	2023
1. Bahncard 100 für 2 Personen	8.000 €	8.000 €
2. anderweitige Verkehrsmittel, Übernachtungen, Tagespauschalen	12.000 €	12.000 €
	20.000 €	20.000 €

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**
63201	**051**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**260.000**	**260.000**	**30.000**	**—**

Erstattung der Aufwände für IT-Dienstleistungen gegenüber NRW gemäß der Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung und Unterhaltung der IT-Dienstleistungen auf nationaler Ebene für die in Deutschland tätigen Delegierten Europäischen Staatsanwälte.
Ersatzleistungen gemäß der Verwaltungsvereinbarung über den Ausgleich von Kosten und Entschädigungszahlungen im Zusammenhang mit Ermittlungen der in Deutschland tätigen Delegierten Europäischen Staatsanwälte.

68124	**051**	**Belohnungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gemäß der Gemeinsamen Allgemeinen Verfügung über die Aussetzung von Belohnungen für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung strafbarer Handlungen oder der Ergreifung flüchtiger Straftäterinnen und Straftäter können Belohnungen ausgelobt werden.

	Gesamtausgaben	**574.700**	**584.000**	**629.000**	**203.034,89**
	Prozentuale Veränderung	**-8,6 %**	**1,6 %**		

Abschluss Kapitel 0614

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**800.000**	**800.000**	**569.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**804.000**	**804.000**	**573.000**	
411-462	**Personalausgaben**	**207.700**	**217.000**	**492.000**	**182.023,24**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**106.000**	**106.000**	**106.000**	**21.011,65**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**261.000**	**261.000**	**31.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**574.700**	**584.000**	**629.000**	**203.034,89**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**229.300**	**220.000**	**-56.000**	**-203.034,89**

Kammergericht

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kammergericht ist als Oberlandesgericht zuständig für zivilrechtliche Streitigkeiten und Strafsachen. In zivilrechtlichen Verfahren entscheidet es über Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Landgerichts sowie des Familiengerichts, in Strafsachen über Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Landgerichts und des Amtsgerichts. Als Strafgericht ist es ferner erstinstanzlich für Staatsschutzsachen zuständig.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	37	16	36	21	40	21
Relativer Anteil	70 %	30 %	63 %	37 %	66 %	34 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	362	173	343	145	348	177
Relativer Anteil	68 %	32 %	70 %	30 %	66 %	34 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	87.799,52 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	71.239,25 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	72.194,69 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	60.581,84 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil männlicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**12.830.000**	**12.830.000**	**9.200.000**	**12.831.561,87**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, dem Gerichts- und Notarkostengesetz, dem Justizverwaltungskostengesetz sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben. Auslagen in Anwaltsgerichtsverfahren werden nach der Bundesrechtsanwaltsordnung erhoben.
Hier werden auch die gerichtlichen Ordnungsgelder sowie Geldbußen aus Dienststrafverfahren vereinnahmt.

Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11152	**051**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**77.000**	**77.000**	**75.000**	**76.939,25**

Einnahmen aufgrund des Justizverwaltungskostengesetzes Berlin

	2024	2025	2023
Bestellungen von Notarvertretern	36.000 €	36.000 €	35.000 €
Notarbesetzungsverfahren	41.000 €	41.000 €	40.000 €
	77.000 €	77.000 €	75.000 €

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**8.900**	**8.900**	**13.000**	**8.898,07**
11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**4.600**	**4.600**	**3.000**	**4.542,57**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind

11925	**051**	**Rückzahlungen von Ausbildungskosten**	**4.100**	**4.100**	**3.000**	**4.020,00**
11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**6.000**	**6.000**	**1.000**	**5.951,84**
11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**29.400**	**29.400**	**33.000**	**29.387,80**
11981	**051**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**12.900**	**12.900**	**15.000**	**12.864,00**

Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterialien sowie aus der Verwertung unbrauchbarer Geräte

23101	**051**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**3.671,61**

Kostenausgleich in Gerichtsverfahren

23211	**051**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**91.156,09**

Erstattungsleistungen beitretender Länder zum Entwicklerverbund der Fachverfahren forumSTAR, eKP und eIP
Kostenausgleich in Staatsschutzstrafsachen zwischen den Ländern gemäß Staatsvertrag

Gesamteinnahmen	**13.052.900**	**13.052.900**	**9.423.000**	**13.068.993,10**
Prozentuale Veränderung	**38,5 %**	**—**		

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
41201	**051**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**3.700**	**3.700**	**2.500**	**3.678,45**

Die Entschädigungen für die anwaltlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofes sind nach der Bundesrechtsanwaltsordnung und die für die Beisitzer/innen der Disziplinargerichte für Notare sind nach der Bundesnotarordnung zu zahlen.

42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**15.662.000**	**16.401.000**	**12.295.000**	**12.808.429,98**
42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**13.410.000**	**13.947.000**	**13.043.000**	**12.748.131,80**
42221	**051**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**42.125.000**	**45.761.000**	**39.031.000**	**35.345.803,20**

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Für Gerichtsreferendarinnen/-referendare stehen zu jedem der jährlich vier Einstellungstermine maximal Mittel für 144 Positionen zur Verfügung (jährlich 576 Positionen).

42701	**051**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.375.000**	**1.475.000**	**1.325.000**	**1.319.154,09**

Dozentenhonorare (gemäß der Honorarordnung vom 1. April 2021)

1. 348, 348 (348) Arbeitsgemeinschaften für Referendare/innen
2. Gastvorträge
3. Besichtigungen
4. Lehrgänge für Rechtspflegeranwärter/innen
5. Lehrgänge für Gerichtsvollzieheranwärter/innen
6. Lehrgänge für die Anwärter/innen des Justizwachtmeisterdienstes
7. Lehrgänge für die Anwärter/innen des Allgemeinen Justizdienstes
8. Judolehrgänge für die Gerichtsvollzieher/innen und den Justizwachtmeisterdienst
9. Coaching
10. Honorare für Prüfungskräfte
11. Wissenschaftliche Mitarbeiter/innen (Richterassistenz)

Mehr wegen des Pilotprojekts Einführung Justizassistenz (2024: 50.000 €, 2025: 150.000 €)

42722	**051**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.210,00**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**10.196.000**	**10.603.000**	**8.869.000**	**9.111.337,25**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**27.500**	**29.000**	**7.900**	**25.689,53**
42821	**051**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**			**185.000**	**598.552,25**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.780.000**	**1.834.000**	**1.236.000**	**1.679.209,69**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**26.000**	**26.000**	**26.200**	**25.947,03**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften einschließlich der Umsetzung der verordneten Maßnahmen, vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

45201	**051**	**Nachversicherungen**	**3.297.000**	**3.297.000**	**3.620.000**	**3.296.058,68**

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**750.000**	**750.000**	**809.000**	**724.504,24**

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	115.000 €	115.000 €	108.000 €
2. Bücher, Zeitschriften, Juristische Datenbanken	520.000 €	520.000 €	534.000 €
3. Postgebühren	100.000 €	100.000 €	143.000 €
4. GEZ	5.000 €	5.000 €	2.000 €
5. pandemiebedingte Schutzausrüstung	10.000 €	10.000 €	--- €
	750.000 €	750.000 €	809.000 €

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51114	**051**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**460.000**	**140.000**	**160.000**	**91.775,64**

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und ausstattungen

	2024	2025	2023
Technische Geräte	30.000 €	60.000 €	30.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	70.000 €	70.000 €	70.000 €
Reparatur-und Serviceleistungen	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Einrichtung der Justizakademie	350.000 €	--- €	50.000 €
	460.000 €	140.000 €	160.000 €

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51170	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51186	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT (Rechenzentrum der Justiz)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51408	**051**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**125.000**	**125.000**	**125.000**	**104.820,82**

Zentrale Veranschlagung für Ausrüstungsgegenstände der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Fachgerichte und der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere auch für die Justizwachtmeisteranwärterinnen und Justizwachtmeisteranwärter.

51428	**051**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51453	**051**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.527.000**	**1.558.000**	**1.497.000**	**1.218.693,80**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungsermächtigung	**2.460.000**	**—**
Davon fällig 2025	**492.000**	
Davon fällig 2026	**492.000**	**—**
Davon fällig 2027	**492.000**	**—**
Davon fällig 2028	**492.000**	**—**
Davon fällig 2029	**492.000**	**—**

Landeseigene Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Elßholzstraße 30-33	1.143.870 €	1.166.750 €	1.121.440 €
Fehrbelliner Platz 1	87.630 €	89.390 €	85.910 €
Turmstraße 21	246.450 €	251.380 €	241.610 €
Klosterstraße 71	--- €	--- €	47.810 €
Littenstraße 12-17	40.000 €	40.800 €	--- €
Turmstraße 91	9.000 €	9.500 €	--- €
Summe	1.526.950 €	1.557.820 €	1.496.770 €
rd.	1.527.000 €	1.558.000 €	1.497.000 €

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für den Neuabschluss eines Mietvertrages für das Dienstgebäude Turmstraße 21 (Justizausbildungszentrum).

51801	**051**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**90.000**	**90.000**	**40.000**	**18.290,00**

Anmietung externer Räumlichkeiten für den Unterricht während der Ausbildung sowie Sonderveranstaltungen für Behördenleitertagungen.

51802	**051**	**Mieten für Fahrzeuge**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.016,30**

Personalaktentransporte und Dienstfahrten für die Behördenleitung

51813	**051**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**3.271.000**	**3.276.000**	**2.772.000**	**2.438.228,04**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungsermächtigung	**2.005.000**	**—**
Davon fällig 2025	**401.000**	
Davon fällig 2026	**401.000**	**—**
Davon fällig 2027	**401.000**	**—**
Davon fällig 2028	**401.000**	**—**
Davon fällig 2029	**401.000**	**—**

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Landeseigene Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Elßholzstr. 30-33	2.092.410 €	2.092.410 €	2.087.250 €
Fehrbelliner Platz 1	296.860 €	296.860 €	241.410 €
Turmstraße 21	394.920 €	400.710 €	389.130 €
Klosterstraße 71	--- €	--- €	53.650 €
Littenstraße 12-17	461.610 €	461.610 €	--- €
Turmstraße 91	24.260 €	24.260 €	--- €
Summe	3.270.060 €	3.275.850 €	2.771.440 €
rd.	3.271.000 €	3.276.000 €	2.772.000 €

Mehr aufgrund der Verschiebung von Flächen innerhalb der Liegenschaften.

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für den Neuabschluss eines Mietvertrages für das Dienstgebäude Turmstraße 21 (Justizausbildungszentrum).

51920	**051**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**3.126,13**

Wartung und Reparaturen von Klimageräten

51921	**051**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**50.000**	**50.000**	**22.600**	**50.000,00**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen

	2024	2025	2023
1. Einbruchshemmende Folierung der Fenster im Sockelgeschoss	28.000 €	--- €	22.600 €
2. Brandschutzgerechte Umbauten	10.000 €	--- €	--- €
3. Einbau einer Dusche	12.000 €	--- €	--- €
4. Bauliche Trennung der Kellerabteile	--- €	20.000 €	--- €
5. Einbau einer Teeküche	--- €	30.000 €	--- €
	50.000 €	50.000 €	22.600 €

52501	**051**	**Aus- und Fortbildung**	**160.000**	**160.000**	**90.000**	**89.028,15**

	2024	2025	2023
Sicherheits- und Deeskalationstraining	30.000 €	30.000 €	20.000 €
Gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen mit dem Land Brandenburg.	8.000 €	8.000 €	8.000 €
Fortbildungsveranstaltung für Personalratsmitglieder	7.000 €	7.000 €	7.000 €
Besichtigungen von Gedenkstätten	1.000 €	1.000 €	1.000 €
Brandschutz- und Erste Hilfe-Lehrgänge	12.000 €	12.000 €	12.000 €
Führungskräftequalifizierung	10.000 €	10.000 €	7.000 €
Weitere Fortbildung der Beamten und Angestellten	15.000 €	15.000 €	5.000 €
Lern- und Lehrmittel	20.000 €	20.000 €	16.000 €
Reisekosten	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Ausbildungsoffensive	25.000 €	25.000 €	12.000 €
Fortbildungsbedarfe Diversity	30.000 €	30.000 €	--- €
	160.000 €	160.000 €	90.000 €

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	434	190	706	404	627	415
Relativ	70%	30%	64 %	36 %	60 %	40 %

Zielgruppe:	Beschäftigten des Kammergerichts, Landgerichts und der Amtsgerichte an kostenpflichtigen Fortbildungen
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.186.000**	**1.186.000**	**1.031.000**	**1.185.550,56**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen; Ersatz der notwendigen Auslagen von Beschuldigten, die nach der Strafprozessordnung der Staatskasse auferlegt werden; Gerichtlich bestellte Verteidiger sowie beigeordnete Rechtsanwältinnen/-anwälte in Strafsachen nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz; Aufwendungen nach dem Zeugenschutzgesetz

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (StPO)	180.000 €	200.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	430.000 €	400.000 €
3. Sachverständige und Zeugen (FFG)	20.000 €	20.000 €
4. Prozesskostenhilfe	52.000 €	20.000 €
5. Pflichtverteidiger	413.000 €	300.000 €
6. Auslagen des Beschuldigten	3.000 €	3.000 €
7. Verfahrensbeistände gemäß § 158 FamFG	88.000 €	88.000 €
	1.186.000 €	1.031.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt.

52610 (neu)	**051**	**Gutachten**	**288.000**	**288.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**864.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**288.000**			
		Davon fällig 2026	**288.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**288.000**	**—**		

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für den Abschluss eines Vertrages zur Durchführung ärztlicher Einstellungsuntersuchungen im nichtrichterlichen Dienst sowie ärztlicher Gutachterleistungen bei Zurruhesetzungsverfahren.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**52.000**	**52.000**	**52.000**	**18.741,51**

Dienstreisen insbesondere für die Teilnahme an länderübergreifenden Arbeitstagungen auch für IT-Projekte (forumSTAR, AuREGIS) sowie notwendige Dienstreisen in allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten und für die Teilnahme an Tagungen der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	24	30	14	6	34	35
Relativ	44%	56%	70%	30%	49%	51%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Kammergerichts
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

53105	**051**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000,00**

Beteiligung an Ausbildungsmessen zur Gewinnung geeigneter Nachwuchskräfte („Ausbildungsoffensive“)

53108	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**1.321,65**

Betreuung ausländischer Delegationen

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53111	**051**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**93.500**	**93.500**	**53.500**	**41.222,90**

Veröffentlichung von Stellenausschreibungen und Ausbildungspositionen, Printwerbung (insbesondere Zeitungen, Plakate, Druckkosten Zukunftssäulen) und diversitätsorientierte Akquise

Gender-Daten:

Zielgruppe:	Gleichstellungsrelevante Bekanntmachung an Bewerber*innen durch Zeitungen, Internet-Portale zur Ausbildung: Rechtspfleger*innen, Justizsekretäre*innen, Justizwachtmeister*innen, Auszubildende sowie Gerichtsvollzieher*innen und Stellenausschreibung zur Nachbesetzung
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

Im Haushaltsjahr 2020 erfolgten 7 Veröffentlichungen 7.650 €
Im Haushaltsjahr 2021 erfolgten 6 Veröffentlichungen 16.400 €
Im Haushaltsjahr 2022 erfolgten 7 Veröffentlichungen 41.300 €

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**16.000**	**16.000**	**14.800**	**10.795,75**
54010	**051**	**Dienstleistungen**	**325.000**	**225.000**	**125.000**	**120.572,01**

	2024	2025	2023
Einstellungstests für Anwärter/innen	70.000 €	70.000 €	70.000 €
Akquisition für Anwärter/innen	100.000 €	100.000 €	50.000 €
Restaurierung des schimmelsanierten bibliophilen Altbestands	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Neuausrichtung der aktuellen Werbekampagne	150.000 €	50.000 €	--- €
	325.000 €	225.000 €	125.000 €

54053	**051**	**Veranstaltungen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**300,60**

Veranstaltungen im Rahmen nationaler und internationaler justizieller Zusammenarbeit

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**97.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.349,42**
81251	**051**	**Rechnereinsatz im Handelsregister - HAREG -**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81253	**051**	**Automation der Kosteneinziehungstelle der Justiz AJUKA**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81254	**051**	**Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81255	**051**	**Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (forumSTAR)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81256	**051**	**Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (eJustice-Basisdienste)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81276	**051**	**Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**850.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000,00**

	2024	2025	2023
Herrichtung von Schulungsräumen zur Modernisierung der Ausbildung……	30.000 €	30.000 €	30.000 €
Ertüchtigung der Sitzungssäle in der ordentlichen Gerichtsbarkeit im Rahmen der Einführung der elektronischen Akte……	820.000 €	--- €	--- €
	850.000 €	30.000 €	30.000 €

81289	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Menge	Istausgaben MG 31 2022 in €	Max. Veranschlagung in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.140	---		---	---	---
Fremdleistung IT	1.790	7.191	9.949.179,61	12.871.890	14.522.000	14.140.000
Summe IT		7.191	9.949.179,61	12.871.890	14.522.000	14.140.000
Eigenleistung TK	220	---	---	---		
Fremdleistung TK ITDZ	280	6.116	1.144.487,00	1.712.480	1.375.000	1.375.000
Summe TK	---	6.116	1.144.487,00	1.712.480	1.375.000	1.375.000
Gesamt	---	---	11.093.666,61	14.584.370	15.897.000	15.515.000

In diesem Kapitel werden die Ausgaben für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Kammergericht, Landgericht, Amtsgerichte) veranschlagt.

Die höheren Ansätze beruhen auf der Anwendung des Veranschlagungsmodells für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur (vu IKT). Der IKT-Standardarbeitsplatz wird für die Ordentliche Gerichtsbarkeit durch das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) als JustizPC bereitgestellt.

Die Überschreitung der maximalen Veranschlagung insgesamt ergibt sich aus der folgenden Maßnahme, welche in den Vorjahren nicht anfiel: Betriebsvertrag mit dem ITDZ zum JustizPC. Die Maßnahme ist im Titel 51160 veranschlagt.

Die Überschreitung des max. Veranschlagungswerts wird durch eine entsprechende Unterschreitung in anderen Kapiteln des Einzelplans 06 ausgeglichen.

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**3.000,00**
51114	**051**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**114.000**	**114.000**	**114.000**	**112.235,47**

	2024/2025	2023
Hardwareinstandsetzung	25.000 €	25.000 €
Konsolidierung/Ersatzbeschaffung für Hardware	51.000 €	51.000 €
Sonstiges (einschl. Ergonomieausstattung)	38.000 €	38.000 €
	114.000 €	114.000 €

51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.200.000**	**771.752,28**

Standardnetzzugang der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**12.882.000**	**13.116.000**	**8.954.000**	**9.314.000,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.841.000 €	10.824.000 €	5.412.000 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024	2025	2023
Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT, JustizPC	11.507.000 €	11.741.000 €	7.821.000 €
Telefonie Endgeräte	1.375.000 €	1.375.000 €	1.133.000 €
	12.882.000 €	13.116.000 €	8.954.000 €

51428	**051**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**487.233,01**

Beschaffung von Tonern, Tintenpatronen, Fotoleitern, Bildtrommeln

51813	**051**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**26.196,53**
51921	**051**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**31.799,04**
81276	**051**	**Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)**	**1.216.000**	**600.000**	**1.430.000**	**347.450,28**

Erläuterungen 2024

Beschaffung von Endgeräten für den Regelbetrieb (ITDZ)	200.000 €
Beschaffung von 150 Notebooks für eExamen der Referendare (ITDZ)	116.000 €
Beschaffung von Endgeräten für häusliches Arbeiten (ITDZ)	255.000 €
IT-Ausstattung Justizakademie	250.000 €
Weiterentwicklung Infrastrukturdienste/Migration SBC (ITDZ)	100.000 €
Konzepterstellung (ITDZ)	50.000 €
Beschaffung von Netzwerkkomponenten (ITDZ)	245.000 €
	1.216.000 €

Erläuterungen 2025

Beschaffung von Endgeräten für den Regelbetrieb (ITDZ)	100.000 €
Beschaffung von 150 Notebooks für eExamen der Referendare (ITDZ)	100.000 €
Beschaffung von Endgeräten für häusliches Arbeiten (ITDZ)	100.000 €
Konzepterstellung (ITDZ)	50.000 €
Beschaffung von Netzwerkkomponenten (ITDZ)	250.000 €
	600.000 €

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**—**	**—**

Erläuterungen 2024

Einrichtung von Sehbehindertenarbeitsplätzen	30.000 €
Peripheriegeräte für IT-Arbeitsplätze und Videokonferenzsysteme	40.000 €
IT-gestützte Präsentationstechnik	30.000 €
	100.000 €

Erläuterungen 2025

Einrichtung von Sehbehindertenarbeitsplätzen	30.000 €
Peripheriegeräte für IT-Arbeitsplätze und Videokonferenzsysteme	40.000 €
IT-gestützte Präsentationstechnik	30.000 €
	100.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**15.897.000**	**15.515.000**	**12.283.000**	**11.093.666,61**

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**25.444,37**
51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**22.090,58**

	2024/2025	2023
Hardwareinstandsetzung	10.000 €	10.000 €
Konsolidierung/Ersatzbeschaffung für Hardware	10.000 €	10.000 €
Scannerwartung AG Schöneberg	10.000 €	10.000 €
	30.000 €	30.000 €

51170	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**145.000**	**157.000**	**1.000**	**433,70**

Redundante Netzanbindung für das Rechenzentrum Justiz

51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**13.707.000**	**16.407.000**	**12.296.000**	**10.835.512,75**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**66.120.000**	**66.120.000**
Davon fällig 2025	**11.950.000**	
Davon fällig 2026	**12.550.000**	**11.950.000**
Davon fällig 2027	**13.200.000**	**12.550.000**
Davon fällig 2028	**13.860.000**	**13.200.000**
Davon fällig 2029	**14.560.000**	**13.860.000**
Davon fällig 2030		**14.560.000**

	2024	2025	2023
JustizPC inkl. JustizAutoVPN in MG 31	--- €	--- €	4.180.000 €
Betriebliche Mehraufwendungen Rechenzentrum Justiz (ITDZ)	500.000 €	2.600.000 €	--- €
Verfahrensproxy (ITDZ)	30.000 €	30.000 €	--- €
Betrieb Zentrale AuLAK-Systeme (ITDZ)	270.000 €	--- €	200.000 €
Softwarepflege AuLAK	70.000 €	--- €	50.000 €
Pflege Datenbank Informix (ITDZ)	100.000 €	--- €	45.000 €
Betrieb AUREG Fachverfahren (ITDZ)	390.000 €	390.000 €	1.000.000 €
Betrieb AUREG DMS (ITDZ)	1.500.000 €	1.500.000 €	--- €
Betrieb Absicherungsserver (ITDZ)	50.000 €	50.000 €	--- €
Pflege VISJustiz	200.000 €	200.000 €	170.000 €
Pflege Oracle Datenbanken (ITDZ)	29.000 €	29.000 €	
Pflege Dokumentenviewer	--- €	--- €	11.000 €
Diverse Dienstleistungen (externe Unterstützungsleistungen)	10.000 €	10.000 €	--- €
Kontingentabrufe AUREG	1.000 €	1.000 €	--- €
AUREG Trennung QS (ITDZ)	5.000 €	5.000 €	--- €
Serverbetrieb SolumSTAR (ITDZ)	600.000 €	600.000 €	400.000 €
Betrieb Absicherungsserver (ITDZ)	60.000 €	60.000 €	--- €
WAF Web Application Firewall (ITDZ)	22.000 €	22.000 €	--- €
Softwarepflege	70.000 €	20.000 €	115.000 €
Betrieb AJUKA Fachverfahren (neu) (ITDZ)	100.000 €	10.000 €	450.000 €
Pflege Fachverfahren (AJUKA Altverfahren)	--- €	--- €	32.000 €
Betrieb forumSTAR und eKP (ITDZ)	3.500.000 €	3.500.000 €	1.400.000 €
Pflege Oracle Datenbanken Verlagerung / Erweiterung (Schulungs- und Bereuungsumgebung) (ITDZ)	11.000 €	11.000 €	310.000 €
Pflege Oracle Datenbanken Testumgebung Forum Star (ITDZ)	30.000 €	30.000 €	--- €
Pflege Oracle Datenbanken Produktivumgebung Forum Star (ITDZ)	60.000 €	60.000 €	--- €
Pflege Oracle Datenbanken Java Lizenzen für AUREG und forumSTAR (ITDZ)	135.000 €	135.000 €	--- €

Kammergericht

	2024	2025	2023
Pflege Oracle Datenbanken Erweiterung Clusterung (ITDZ)	42.000 €	42.000 €	--- €
Pflege Oracle Datenbanken Produktiv ekp (ITDZ)	21.000 €	21.000 €	--- €
Pflege Oracle Datenbanken eKP Testumgebung (ITDZ)	14.000 €	14.000 €	--- €
Pflege Oracle Datenbanken Erweiterung ekp (ITDZ)	56.500 €	56.500 €	--- €
Pflege Oracle Lizenzen (Schulungs-Betreuungsumgebung) (ITDZ)	12.500 €	12.500 €	--- €
Betrieb EUREKA (ITDZ)	60.000 €	60.000 €	35.000 €
Softwarepflege EUREKA	10.000 €	10.000 €	8.000 €
Veem Backup für e-Vis	6.000 €	6.000 €	--- €
Softwarepflege Archvierungslösung	23.000 €	23.000 €	30.000 €
Betrieb und Pflege depos.NET	128.000 €	128.000 €	130.000 €
Depos Hosted Service	20.000 €	20.000 €	--- €
Betrieb Verwaltungs-DMS (ITDZ)	1.300.000 €	1.300.000 €	700.000 €
Betrieb ZERA + Kopfstellen (ITDZ)	34.000 €	34.000 €	31.000 €
Betrieb Justizverwaltungsportal (ITDZ)	100.000 €	100.000 €	--- €
Bereitstellung und Pflege Picture	18.000 €	18.000 €	--- €
Betrieb und Pflege SoPART	1.000 €	1.000 €	10.000 €
Betrieb Gerichtsvollziehersoftware (ITDZ)	50.000 €	50.000 €	50.000 €
Betrieb Wachtmeisternotruf (ITDZ)	50.000 €	50.000 €	--- €
Betrieb Bürgereinsichtsplätze (ITDZ)	50.000 €	50.000 €	--- €
Internetpräsenz Bibliothek/Bibliothekssoftware	35.000 €	35.000 €	35.000 €
Spracherkennungssoftware (Pflege)	55.000 €	55.000 €	100.000 €
Betrieb Abwesenheitsverwaltung (primion) (ITDZ)	100.000 €	100.000 €	100.000 €
ITSM-Tool	150.000 €	150.000 €	50.000 €
Lohnsteuerprogramm Loco	1.000 €	1.000 €	--- €
Betrieb von Videokonferenzlösungen	200.000 €	200.000 €	50.000 €
Dienstleistungen IT-Sicherheit und Notfallmanagement	--- €	--- €	100.000 €
Bereitstellung von WebEx-Clients (ITDZ)	14.000 €	14.000 €	--- €
BewS - Betrieb inkl. Pflege Alfresco	76.000 €	76.000 €	--- €
Online-Unterweisungstool	80.000 €	80.000 €	--- €
Bereitstellung Orbis	--- €	--- €	50.000 €
Sonstiges (GPO-Tool, SecSigner,Veeam, Normfallmanager, Moodle, div. Lizenzen, AuF-Subdomain…)	100.000 €	100.000 €	212.000 €
Signaturkarte für qualifizierte Signaturen (Handelsregister)	18.000 €	18.000 €	30.000 €
Signaturkarte für qualifizierte Signaturen (eAkte)	160.000 €	400.000 €	--- €
Zertifikate für fortgeschrittene Signaturen (Privat-Insolvenz)	7.000 €	7.000 €	--- €
Kommunikationsinfrastruktur EGVP Bereitstellung (ITDZ)	5.000 €	5.000 €	300.000 €
Kommunikationsinfrastruktur EGVP - Pflege - Verbundaufwendungen	150.000 €	150.000 €	--- €
EGVP Enterprise (ITDZ)	108.000 €	108.000 €	--- €
EGVP Virenscan (ITDZ)	130.000 €	130.000 €	--- €
OZG-Bürgerkonto (ITDZ)	20.000 €	20.000 €	--- €
Bereitstellung von Multifunktionsgeräten (ITDZ)	60.000 €	60.000 €	550.000 €
Scannen: Pflege Captiva Open Text für ScanSubsystem	80.000 €	80.000 €	100.000 €
Scannen: Betrieb Rendition Server Systeme (ITDZ)	270.000 €	400.000 €	--- €
Scannen: Rendition Server Lizenzierung	43.000 €	350.000 €	--- €
Scannen: Unterstützungsleistungen Unisys	7.000 €	7.000 €	--- €
AEP: Länderserversystems Akteneinsichtsportal (ITDZ)	60.000 €	100.000 €	50.000 €
AEP Austauschplattform	10.000 €	10.000 €	--- €
eKP Unterstützungsleistungen IBM	8.000 €	8.000 €	--- €
eKP Loadbalancer	80.000 €	80.000 €	--- €
eIP-Betrieb ITDZ (ITDZ)	500.000 €	650.000 €	755.000 €
eIP-forumSTAR-Testumgebung ITDZ (ITDZ)	120.000 €	120.000 €	--- €
eIP: Backup-Restore-Umgebung ITDZ (ITDZ)	300.000 €	300.000 €	--- €
eIP: Monitoringtool (ITDZ)	65.000 €	100.000 €	--- €
eIP: Lizenzierung und Pflege Oracle für DMS (ITDZ)	50.000 €	51.000 €	150.000 €
eIP: Pflege Java-Lizenzierung (ITDZ)	102.000 €	140.000 €	--- €
eIP Langzeitarchivierung (ITDZ)	100.000 €	100.000 €	150.000 €

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
				Beträge in EURO		

	2024	2025	2023
eIP Alfresco Pflege	120.000 €	120.000 €	--- €
eIP Unterstützungsleistungen IBM	10.000 €	10.000 €	--- €
eIP Usability-Folgegutachten	4.000 €	4.000 €	--- €
eIP: Migrationsaufwendungen für neues DMS	200.000 €	150.000 €	--- €
eIP: Dezentrale Serverbereitstellung und -pflege, Speicher	50.000 €	200.000 €	--- €
eIP: Sec-PKI-Server	50.000 €	100.000 €	--- €
eIP: Strukturierungswerkzeug	50.000 €	50.000 €	1.000 €
SAFE Identitätsmanagement	--- €	25.000 €	--- €
KOFAX und PowerPDF-Lizenzen und Pflege	200.000 €	180.000 €	--- €
Jadice Lizenzen und Pflege	--- €	84.000 €	--- €
ePayment Gerätemiete	10.000 €	10.000 €	30.000 €
Sonstiges eRV (Softwareüberlassung, Pflegeleistungen, Unterstützungsleistungen)	10.000 €	10.000 €	126.000 €
	13.707.000 €	16.407.000 €	12.296.000 €

Mehr wegen Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Justizakte sowie der Separierung der Justiz-IT im Rechenzentrum Justiz.

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für den Abschluss eines Betriebsvertrages mit dem ITDZ zum Rechenzentrum Justiz.

51186	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT (Rechenzentrum der Justiz)**	**2.000.000**	**540.000**	**2.647.000**	**1.811.902,27**
		Verpflichtungsermächtigung	**540.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**540.000**			

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	2.000.000 €	0 €	0 €

Herstellung eines rechtskonformen IT-Betriebs der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Errichtung des Rechenzentrums Justiz

Erläuterungen 2024

Migration Rechenzentrum Justiz (ITDZ)	2.000.000 €
	2.000.000 €

Erläuterungen 2025

Migration Rechenzentrum Justiz (ITDZ)	540.000 €
	540.000 €

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für die Rechenzentrumsverlagerung (Migration).

51453	**051**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.000,00**

Beschaffung von Tonern, Tintenpatronen, Fotoleitern, Bildtrommeln

52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**30.000**	**22.640,94**

Mehr wegen Zuwachs an IT-Personal

81251	**051**	**Rechnereinsatz im Handelsregister - HAREG -**	**1.085.000**	**1.800.000**	**1.032.000**	**2.300.926,67**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**600.000**		

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Das bisher genutzte Fachverfahren AUREG (Automatisiertes Register) wird durch das im Länderverbund entwickelte AuRegis abgelöst. Dem Länderverbund ist das Land Berlin 2012 beigetreten. Ab 2024 werden Vorarbeiten für die Migration in das neue Fachverfahren erfolgen.

Erläuterungen 2024

AuRegis-Anpassungen im Rahmen des Entwicklungsverbundes	600.000 €
Aussonderungsmodul für das DMS	150.000 €
Umsetzung berlinspezifischer Anforderungen für elektronische Vorgangsbearbeitung mit AuRegis	35.000 €
Migrationsaufwendungen zur Einführung des DMS VISJustiz	300.000 €
	1.085.000 €

Erläuterungen 2025

AuRegis-Anpassungen im Rahmen des Entwicklungsverbundes	600.000 €
Umsetzung berlinspezifischer Anforderungen für elektronische Vorgangsbearbeitung mit AuRegis	200.000 €
Migrationsaufwendungen zur Einführung des DMS VISJustiz	1.000.000 €
	1.800.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.
Die Maßnahme soll in den künftigen Jahren fortgesetzt werden.

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für die Länderverbünde Handelsregisterverfahren.

81253	**051**	**Automation der Kosteneinziehungstelle der Justiz AJUKA**	**300.000**	**900.000**	**150.000**	**150.000,00**

Das bisher genutzte Fachverfahren AJUKA wurde 2021/2022 einem Redesign unterzogen.
Für 2023/2024 ist die Migration der Datenbanksysteme geplant.

Erläuterungen 2024

Anpassungen und Erweiterungen des Fachverfahrens, Migration	300.000 €

Erläuterungen 2025

Anpassungen und Erweiterungen des Fachverfahrens, Migration	900.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.
Die Maßnahme soll in den künftigen Jahren fortgesetzt werden.

81254	**051**	**Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)**	**4.150.000**	**5.067.000**	**2.270.000**	**1.787.682,14**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.067.000**	**6.219.000**		
		Davon fällig 2025	**5.067.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**6.219.000**		

Die Berliner Amtsgerichte, das Landgericht und das Kammergericht müssen mit Fachverfahren und Applikationen sowie der zu deren Einsatz erforderlichen Hardware ausgestattet werden, um den IT- gestützten Gerichtsbetrieb sicherzustellen.

Erläuterungen 2024

Erstellung von Webapplikationen, Portalen und Einzelmaßnahmen Anforderungsmanagement	50.000 €
Pflege, Anpassung des Fachverfahrens AuLAK	50.000 €
Pflege und Weiterentwicklung Justizverwaltungsportal im Verbund	100.000 €
Externe Unterstützungsleistungen Justizverwaltungsportal im Verbund	91.000 €
Kauf von Videokonferenzsystemen	50.000 €
Erweiterungen und Anpassungen des bestehenden Fachverfahrens SolumStar im Länderverbund, Entwicklung eGrundakte und Datenbankgrundbuch im Länderverbund, Migration	901.000 €
IT-Optimierung und IT-Sicherheit: Erstellung und Fortschreibung von IT-Konzepten	400.000 €
Erneuerung der Digitalen Netze in der ordentlichen Gerichtsbarkeit für den Einsatz der elektronischen Akte	2.508.000 €
	4.150.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

Erläuterungen 2025

Erstellung von Webapplikationen, Portalen und Einzelmaßnahmen Anforderungsmanagement	50.000 €
Pflege und Weiterentwicklung Justizverwaltungsportal im Verbund	70.000 €
Externe Unterstützungsleistungen Justizverwaltungsportal im Verbund	264.000 €
Kauf von Videokonferenzsystemen	50.000 €
Erweiterungen und Anpassungen des bestehenden Fachverfahrens SolumStar im Länderverbund, Entwicklung eGrundakte und Datenbankgrundbuch im Länderverbund, Migration	901.000 €
IT-Optimierung und IT-Sicherheit: Erstellung und Fortschreibung von IT-Konzepten	200.000 €
Erneuerung der Digitalen Netze in der ordentlichen Gerichtsbarkeit für den Einsatz der elektronischen Akte	3.532.000 €
	5.067.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.
Die Maßnahme soll in den künftigen Jahren fortgesetzt werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für den Länderverbund Grundbuchverfahren, das Justizverwaltungsportal und die Erneuerung Digitaler Netze.

81255	**051**	**Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (forumSTAR)**	**3.000.000**	**4.056.000**	**3.371.000**	**2.987.214,97**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.286.000**	**3.286.000**		
		Davon fällig 2025	**3.286.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**3.286.000**		

forumSTAR und das Gemeinsame Fachverfahren wird in einem Länderverbund entwickelt. Für den Einsatz in Berlin sind länderspezifische Anpassungen erforderlich. Parallel hierzu wird in einem Länderverbund das Gemeinsame Fachverfahren als Nachfolgelösung entwickelt.

Erläuterungen 2024

Weiterentwicklung des Fachverfahrens forumSTAR im Länderverbund	350.000 €
Modernisierung Textsystem im Länderverbund, länderspezifische Textprogrammierung	700.000 €
Erneuerung forumSTAR-Serverinfrastruktur, Refresh Strafmodul	100.000 €
Schulungsaufwendungen	150.000 €
Externe Projektleistungen, konzeptionelle Tätigkeiten	50.000 €
Entwicklung des Gemeinsamen Fachverfahrens	1.339.000 €
Implementierung Textsystem, Migration Gemeinsames Fachverfahren	200.000 €
Implementierung von Basiskomponenten in forumSTAR und Gemeinsames Fachverfahren	20.000 €
Länderverbund eGovernance	91.000 €
	3.000.000 €

Erläuterungen 2025

Weiterentwicklung des Fachverfahrens im Länderverbund	350.000 €
Modernisierung Textsystem im Länderverbund, Textprogrammierung	975.000 €
Schulungsaufwendungen	300.000 €
Externe Projektleistungen, konzeptionelle Tätigkeiten	70.000 €
Implementierung von Basiskomponenten in forumSTAR und Gemeinsames Fachverfahren	20.000 €
Hardware für Basiskomponenten	500.000 €
Entwicklung des Gemeinsamen Fachverfahrens	1.750.000 €
Länderverbund eGovernance	91.000 €
	4.056.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.
Die Maßnahme soll in den künftigen Jahren fortgesetzt werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für den Länderverbund forumSTAR, den Länderverbund Gemeinsames Fachverfahren und Schulungsleistungen.

Kammergericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81256	**051**	**Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (eJustice-Basisdienste)**	**5.000.000**	**4.740.000**	**1.750.000**	**1.305.664,42**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.925.000**	**1.915.000**		
		Davon fällig 2025	**1.925.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.915.000**		

Nutzbarmachung von eJustice-Basisdiensten und sukzessive Digitalisierung der Ordentlichen Gerichtsbarkeit. Die Basisdienste und Fachverfahren werden in Länderverbünden entwickelt.

Erläuterungen 2024

Weiterentwicklung und Pflege der Fachverfahren eKP und eIP im Länderverbund	1.855.000 €
Weiterentwicklung und Pflege des Basisdienstes Scannen im Länderverbund	90.000 €
Beschaffung von Zentralscannern	150.000 €
Weiterentwicklung Akteneinsichtsportal	100.000 €
Errichtung von Akteneinsichtsplätzen	15.000 €
Saalausstattungen	1.430.000 €
Schulungsaufwendungen	460.000 €
Endgeräte im eRV-Standard	900.000 €
	5.000.000 €

Erläuterungen 2025

Weiterentwicklung und Pflege der Fachverfahren eKP und eIP im Länderverbund	1.835.000 €
Weiterentwicklung und Pflege des Basisdienstes Scannen im Länderverbund	90.000 €
Beschaffung von Zentralscannern	100.000 €
Weiterentwicklung Akteneinsichtsportal	100.000 €
Errichtung von Akteneinsichtsplätzen	30.000 €
Schulungsaufwendungen	485.000 €
Endgeräte im eRV-Standard	2.100.000 €
	4.740.000 €

Planungsunterlagen liegen vor.
Die Maßnahme soll in den künftigen Jahren fortgesetzt werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für den Länderverbund eJustice Basisdienste und den Länderverbund Scannen.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**29.509.000**	**33.789.000**	**23.619.000**	**21.251.512,81**
	Gesamtausgaben	**142.624.200**	**150.888.700**	**122.437.000**	**115.490.718,89**
	Prozentuale Veränderung	**16,5 %**	**5,8 %**		

Abschluss Kapitel 0615

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**12.972.900**	**12.972.900**	**9.343.000**	**12.974.165,40**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**94.827,70**
	Gesamteinnahmen	**13.052.900**	**13.052.900**	**9.423.000**	**13.068.993,10**
411-462	**Personalausgaben**	**87.903.200**	**93.377.700**	**79.641.600**	**76.964.201,95**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**39.020.000**	**40.218.000**	**32.762.400**	**29.617.578,46**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**15.701.000**	**17.293.000**	**10.033.000**	**8.908.938,48**
	Gesamtausgaben	**142.624.200**	**150.888.700**	**122.437.000**	**115.490.718,89**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-129.571.300**	**-137.835.800**	**-113.014.000**	**-102.421.725,79**

Kammergericht

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001052 Sicherstellung der juristischen Aus- und Fortbildung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	23.361.730	22.031.297	+6,04
Kostenträger	7	Sachkosten	747.819	732.495	+2,09
davon		Transferkosten	159.384	189.450	-15,87
Produkte	6	Verrechnungskosten	1.849.947	1.605.405	+15,23
MGF	1	kalkulatorische Kosten	788.131	784.515	+0,46
Projekte	0	Gemeinkosten	2.265.881	2.129.357	+6,41
		Summe Verwaltungskosten	29.172.892	27.472.519	+6,19
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	29.172.892	27.472.519	+6,19

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung der juristischen Aus- und Fortbildung“: Die entstehenden Kosten werden hier leistungsstrangbezogen und behördenübergreifend beim Gemeinsamen Justizprüfungsamt (GJPA) und beim Kammergericht gebündelt. Die dargestellten Kosten entsprechen den Ausgaben in den Kapiteln 0605 (GJPA) und 0615 (KG), wobei der Schwerpunkt im Kammergericht liegt.

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005463	2022	23.823.275	0	23.823.275
Sicherstellung der Referendarausbildung durch das Kammergericht	2021	22.282.863	0	22.282.863

In dieser Kostenträgergruppe gibt es nur ein externes Produkt.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79566	2022	23.823.275	0	23.823.275
Ausbildung der Referendarinnen und Referendare (KG)	2021	22.282.863	0	22.282.863

Kammergericht

	2022	2021
Menge: Anzahl der Referendar/innen	14.659	14.074
Kosten je ME in €	1.625,16	1.583,26
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	81,66	81,11
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das Produkt umfasst alle Aufgaben im Rahmen der Ausbildung von Referendaren, soweit diese der Präsidentin des Kammergerichts übertragen und nicht den berlinweiten Produkten der Personalbetreuung zuzuordnen sind.

Fachspezifische Informationen
Die Menge ergibt sich aus der über zwölf Monate kumulierten Anzahl aller in der Ausbildung befindlichen Referendarinnen und Referendare. In den Verwaltungskosten sind Vergütungen der Referendarinnen und Referendare sowie Verrechnungskosten enthalten

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001175 Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch die ordentliche Gerichtsbarkeit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	118.376.392	113.038.656	+4,72
Kostenträger	57	Sachkosten	155.205.476	151.283.756	+2,59
davon		Transferkosten	7.620.976	7.767.595	-1,89
Produkte	57	Verrechnungskosten	44.131.180	40.925.348	+7,83
MGF	0	kalkulatorische Kosten	28.383.716	26.076.270	+8,85
Projekte	0	Gemeinkosten	166.632.931	153.927.845	+8,25
		Summe Verwaltungskosten	520.350.671	493.019.471	+5,54
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	520.350.671	493.019.471	+5,54

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruches durch die ordentliche Gerichtsbarkeit“: Die entstehenden Kosten werden hier leistungsstrangbezogen und behördenübergreifend gebündelt. Dies bezieht sich auf die Kosten beim Kammergericht, beim Landgericht und allen elf Amtsgerichten (Kapitel 0619 bis 0632). Dementsprechend sind die Kostenträger des Kammergerichts beim Kapitel 0615, die des Landgerichts beim Kapitel 0616, die aller Amtsgerichte beim Kapitel 0619 (AG Charlottenburg) und teilweise beim Kapitel 0630 (AG Tiergarten) ausgewiesen.

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Bislang werden die Personalkosten des richterlichen Personals im Bereich der Rechtspflege nicht gebucht.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005509	2022	18.058.355	0	18.058.355
Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch das Kammergericht	2021	16.319.501	0	16.319.501

Kammergericht

In dieser Kostenträgergruppe existieren 13 externe Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80334	2022	6.249.052	0	6.249.052
Alle Berufungssachen Zivil (KG)	2021	5.701.645	0	5.701.645

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	2.892	2.788
Kosten je ME in €	2.160,81	2.045,07
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,20	1,16
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	-813.412,99	-586.702,59
Kostendeckungsgrad in %	-13,02	-10,29

Das Produkt umfasst alle Aufgaben der Rechtspflege für Berufungsverfahren in Zivilsachen (U) - inklusive Bau- und Handelssachen, güterichterlicher Tätigkeiten und Schifffahrtssachen. Erfasst werden sämtliche Tätigkeiten bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens inklusive Statistik.

Landgericht I
- Strafsachen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Mit dem Gesetz über die Neuordnung der Berliner Landgerichtsstruktur vom 9. Februar 2023 (GVBL. 2023, 38) ist im Land Berlin zum 1. Januar 2024 ein weiteres Landgericht (Landgericht Berlin II) errichtet worden. Das bisherige Landgericht besteht am Standort Moabit als Landgericht I fort und ist zuständig für Strafsachen, und zwar teilweise als Eingangsgericht, teilweise als Rechtsmittelgericht. Als Strafgericht ist es in erster Instanz für schwere Straftaten sowie in zweiter Instanz für Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Amtsgerichts zuständig.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	29	13	35	16	36	14
Relativer Anteil	69 %	31 %	69 %	31 %	72 %	28 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	514	281	530	274	526	287
Relativer Anteil	65 %	35 %	66 %	34 %	65 %	35 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	85.127,86 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	62.964,17 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	76.359,55 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	68.064,20 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen, insbesondere der Laufbahngruppe 1,1 sowie 1.2. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen, insbesondere der Laufbahngruppe 1,1 sowie 1.2. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Die Gender-Daten enthalten auch die Daten zum Kapitel 0617, da die tatsächliche Neuordnung der Berliner Landgerichtsstruktur zum 1. Januar 2024 vollzogen wird.

Landgericht I
- Strafsachen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**28.000**	**28.000**	**340.000**	**319.769,56**
		33.660.000,0 EUR werden künftig bei 0617/11101 nachgewiesen.				

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, dem Gerichts- und Notarkostengesetz, dem Justizverwaltungskostengesetz sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**1.529,14**
		5.000,0 EUR werden künftig bei 0617/11903 nachgewiesen.				
11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**6.800**	**6.800**	**5.000**	**6.770,18**
		95.000,0 EUR werden künftig bei 0617/11912 nachgewiesen.				

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist, sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**79.500**	**79.500**	**26.400**	**79.937,81**
		3.600,0 EUR werden künftig bei 0617/11934 nachgewiesen.				

Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**300**	**373,37**
		2.200,0 EUR werden künftig bei 0617/11979 nachgewiesen.				
		Gesamteinnahmen	**120.300**	**120.300**	**376.700**	**408.380,06**
		Prozentuale Veränderung	**-68,1 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201	**051**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**697.000**	**697.000**	**606.000**	**705.458,50**

Die Entschädigungen an ehrenamtliche Richter/innen sind nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) für Zeitversäumnis, Fahrkosten und Aufwand zu gewähren.

42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.758.000**	**3.909.000**	**10.164.000**	**10.412.833,47**
42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**15.551.000**	**16.173.000**	**33.692.000**	**35.116.942,22**
42701	**051**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.535.000**	**3.677.000**	**9.186.000**	**8.759.054,68**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**45.600**	**48.000**	**57.200**	**43.920,18**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**963.000**	**992.000**	**2.204.000**	**2.255.951,77**

Landgericht I
- Strafsachen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**24.900**	**25.000**	**29.800**	**54.938,51**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

45300	**051**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**14.700**	**14.700**	**14.700**	**12.774,49**
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**102.000**	**102.000**	**96.900**	**86.734,66**

1.114.100,0 EUR werden künftig bei 0617/51101 nachgewiesen.

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	98.500 €	98.500 €	93.900 €
2. Bücher, Zeitschriften	--- €	--- €	--- €
3. Postgebühren	--- €	--- €	--- €
4. Rundfunkbeitrag	3.500 €	3.500 €	3.000 €
	102.000 €	102.000 €	96.900 €

51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**39.000**	**39.000**	**39.100**	**83.674,06**

45.900,0 EUR werden künftig bei 0617/51140 nachgewiesen.

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024	2025	2023
Technische Geräte	15.000 €	15.000 €	14.100 €
Büroeinrichtungsgegenstände	20.000 €	20.000 €	20.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	4.000 €	4.000 €	5.000 €
	39.000 €	39.000 €	39.100 €

51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**860.000**	**878.000**	**847.000**	**772.310,65**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
2.074.000,0 EUR werden künftig bei 0617/51715 nachgewiesen.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Turmstraße 91

51801 (neu)	**051**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**250.000**	**500.000**		

Anmietung von externen Räumlichkeiten zur Durchführung von Hauptverhandlungen in Großverfahren der Kammern für Wirtschaftsprüfersachen.

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.656.000**	**1.656.000**	**1.691.000**	**1.588.515,48**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
5.400.000,0 EUR werden künftig bei 0617/51820 nachgewiesen.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Turmstraße 91

Landgericht I
- Strafsachen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**600.000**	**1.400.000**	**560.000**	**650.967,29**

240.000,0 EUR werden künftig bei 0617/51925 nachgewiesen.

	2024	2025	2023
1. Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen	50.000 €	50.000 €	60.000 €
2. Schaffung von Räumen gemäß § 406 g StPO	50.000 €	--- €	--- €
3. Maßnahmen des Klimaschutzes in Sitzungssälen	100.000 €	285.000 €	--- €
4. Fortführung Renovierung strafgerichtliche Sitzungssäle	250.000 €	740.000 €	500.000 €
5. Einrichtung weiterer Arbeitsplätze und Geschäftsstellen durch Raumtrennungen	50.000 €	150.000 €	--- €
6. Einrichtung von Sozialräumen für Mitarbeitende	50.000 €	75.000 €	--- €
7. Erweiterung der Schließanlage	50.000 €	100.000 €	--- €
	600.000 €	1.400.000 €	560.000 €

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**12.520.000**	**12.520.000**	**11.918.000**	**12.564.045,76**

8.282.000,0 EUR werden künftig bei 0617/52601 nachgewiesen.

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen; Ersatz der notwendigen Auslagen von Beschuldigten, die nach der Strafprozessordnung der Staatskasse auferlegt werden; Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Rechtsanwältinnen/-anwälte; gerichtlich bestellte Verteidiger sowie beigeordnete Rechtsanwältinnen/-anwälte in Strafsachen nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte; Aufwendungen nach dem Zeugenschutzgesetz.

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (StPO)	7.550.000 €	7.090.000 €
2. Pflichtverteidiger	4.300.000 €	4.140.000 €
3. Auslagen des Beschuldigten	150.000 €	226.000 €
4. Zeugenschutzgesetz	520.000 €	462.000 €
	12.520.000 €	11.918.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt. Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**7.500**	**7.500**	**7.500**	**4.185,02**

7.500,0 EUR werden künftig bei 0617/52703 nachgewiesen.

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	31	55	19	17	35	72
Relativ	36%	64%	53%	47%	33%	67%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Landgerichts
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

53104	**051**	**Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**

6.000,0 EUR werden künftig bei 0617/53104 nachgewiesen.

Landgericht I
- Strafsachen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53108	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.500**	**1.500**	**1.200**	**166,46**
		3.800,0 EUR werden künftig bei 0617/53108 nachgewiesen.				
54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**23.600**	**23.600**	**17.800**	**2.951,92**
		28.800,0 EUR werden künftig bei 0617/54002 nachgewiesen.				

Hausinterne Fortbildungen im Bereich Teambildung, Führungskräfteverantwortung, Personalentwicklung und Gesundheitsmanagement zur stetigen Fortentwicklung der etablierten Arbeitskultur. Verbesserung des Qualitätsmanagements im Bereich der Strafgerichtsbarkeit. Strukturiertes Wissensmanagement unter Berücksichtigung des demographischen Wandels.

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**500**	**—**
		500,0 EUR werden künftig bei 0617/54077 nachgewiesen.				
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.500**	**1.500**	**1.200**	**933,50**
		1.800,0 EUR werden künftig bei 0617/54079 nachgewiesen.				
81279	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**220.000**	**220.000**	**—**	**—**
		310.000,0 EUR werden künftig bei 0617/81279 nachgewiesen.				

	2024	2025
Lokale Datensicherung von Beweissicherungsmitteln	5.000 €	--- €
Erneuerung der Mobilgeräteinfrastruktur	--- €	14.000 €
Erneuerung der Audiotechnik in Gerichtssälen Gebäude Turmstraße	215.000 €	206.000 €
	220.000 €	220.000 €

Gesamtausgaben	**40.876.300**	**42.890.800**	**71.138.900**	**73.116.358,62**
Prozentuale Veränderung	**-42,5 %**	**4,9 %**		

Abschluss Kapitel 0616

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**120.300**	**120.300**	**376.700**	**408.380,06**
	Gesamteinnahmen	**120.300**	**120.300**	**376.700**	**408.380,06**
411-462	**Personalausgaben**	**24.590.200**	**25.536.700**	**55.954.700**	**57.361.873,82**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**16.066.100**	**17.134.100**	**15.184.200**	**15.754.484,80**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**220.000**	**220.000**	**—**	**—**
	Gesamtausgaben	**40.876.300**	**42.890.800**	**71.138.900**	**73.116.358,62**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-40.756.000**	**-42.770.500**	**-70.762.200**	**-72.707.978,56**

Landgericht I
- Strafsachen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001175 Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch die ordentliche Gerichtsbarkeit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	118.376.392	113.038.656	+4,72
Kostenträger	57	Sachkosten	155.205.476	151.283.756	+2,59
davon		Transferkosten	7.620.976	7.767.595	-1,89
Produkte	57	Verrechnungskosten	44.131.180	40.925.348	+7,83
MGF	0	kalkulatorische Kosten	28.383.716	26.076.270	+8,85
Projekte	0	Gemeinkosten	166.632.931	153.927.845	+8,25
		Summe Verwaltungskosten	520.350.671	493.019.471	+5,54
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	520.350.671	493.019.471	+5,54

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruches durch die ordentliche Gerichtsbarkeit“: Die entstehenden Kosten werden hier leistungsstrangbezogen und behördenübergreifend gebündelt. Dies bezieht sich auf die Kosten beim Kammergericht, beim Landgericht und allen elf Amtsgerichten (Kapitel 0619 bis 0632). Dementsprechend sind die Kostenträger des Kammergerichts beim Kapitel 0615, die des Landgerichts beim Kapitel 0616, die aller Amtsgerichte beim Kapitel 0619 (AG Charlottenburg) und teilweise beim Kapitel 0630 (AG Tiergarten) ausgewiesen.

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Bislang werden die Personalkosten des richterlichen Personals im Bereich der Rechtspflege nicht gebucht.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005510	2022	78.386.968	0	78.386.968
Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch das Landgericht	2021	73.027.464	0	73.027.464

In dieser Kostenträgergruppe existieren 18 externe Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79635	2022	31.741.236	0	31.741.236
Zivilsachen 1. Instanz ohne Kammer für Handelssachen (LG)	2021	28.947.591	0	28.947.591

Landgericht I
- Strafsachen -

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	17.575	19.585
Kosten je ME in €	1.806,04	1.478,05
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	6,10	5,87
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	-9.918.453,23	-8.577.071,35
Kostendeckungsgrad in %	-31,25	-29,63

Das Produkt enthält alle Aufgaben der Rechtspflege in der 1. Instanz in Zivilsachen (alle O-Sachen ohne Sachen der Kammer für Handelssachen) zuzüglich selbständiger Beweisverfahren (OH-Sachen). Erfasst werden sämtliche Tätigkeiten bis zum Abschluss des Verfahrens inklusive Statistik.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80322	2022	7.372.682	0	7.372.682
Große Strafkammer (LG)	2021	6.784.035	0	6.784.035

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	536	520
Kosten je ME in €	13.755,00	13.046,22
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,42	1,38
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Verfahren vor der Großen Strafkammer beim Landgericht (Strafsachen gegen Erwachsene 1. Instanz ohne Wirtschaftsstrafsachen) umfassen u. a. Organisierte Kriminalitätsverfahren, BTM-Sachen, Umweltschutzsachen, Jugendschutzsachen, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, sonstige allgemeine Strafsachen, soweit nicht andere Produkte der Kostenstelle Rechtspflege betroffen sind. Erfasst werden sämtliche Tätigkeiten bis zum Abschluss des Verfahrens inklusive Statistik.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80328	2022	9.845.397	0	9.845.397
Strafvollstreckungssachen und Verfahren nach dem Strafvollstreckungsgesetz (LG)	2021	8.812.408	0	8.812.408

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	4.623	4.877
Kosten je ME in €	2.129,66	1.806,93
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,89	1,79
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das Produkt umfasst alle Tätigkeiten in Verfahren vor der Großen Strafvollstreckungskammer (Verfahren über die Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer lebenslangen Freiheitsstrafe oder die Aussetzung der Vollstreckung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in der Sicherungsverwahrung oder nach dem IRG), vor der Kleinen Strafvollstreckungskammer (u. a. Verfahren über die Aussetzung der Vollstreckung des Restes einer zeitlich befristeten Freiheitsstrafe) und nach dem Strafvollzugsgesetz beim Landgericht (u. a. gerichtliche Entscheidung über eine Maßnahme zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet des Strafvollzuges), soweit nicht andere Produkte der Kostenstelle Rechtspflege betroffen sind. Erfasst werden alle Tätigkeiten beim Landgericht bis zum Abschluss der Verfahren inklusive Statistik.

Landgericht II
- Zivilsachen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Mit dem Gesetz über die Neuordnung der Berliner Landgerichtsstruktur vom 9. Februar 2023 (GVBL. 2023, 38) ist im Land Berlin zum 1. Januar 2024 ein weiteres Landgericht (Landgericht II) errichtet worden. Dieses neue Landgericht II mit den Standorten Tegeler Weg und Littenstraße ist zuständig für zivilrechtliche Streitigkeiten, und zwar teilweise als Eingangsgericht, teilweise als Rechtsmittelgericht. In zivilrechtlichen Verfahren entscheidet es in erster Instanz, soweit nicht das Amtsgericht zuständig ist, in zweiter Instanz befindet es über Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Amtsgerichts.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

Für das Kapitel 0617 liegen keine Gender-Daten vor, da die tatsächliche Neuordnung der Berliner Landgerichtsstruktur zum 1. Januar 2024 vollzogen wird. In den Gender-Daten des Kapitels 0616 sind auch die Daten des Kapitels 0617 enthalten.

Landgericht II
- Zivilsachen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101 (neu)	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**31.952.000**	**31.952.000**	**33.660.000**	**31.657.185,71**
		33.660.000,0 EUR wurden bislang bei 0616/11101 nachgewiesen.				

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, dem Gerichts- und Notarkostengesetz, dem Justizverwaltungskostengesetz sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.

11903 (neu)	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.600**	**1.600**	**5.000**	**1.529,13**
		5.000,0 EUR wurden bislang bei 0616/11903 nachgewiesen.				
11912 (neu)	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**129.000**	**129.000**	**95.000**	**128.633,34**
		95.000,0 EUR wurden bislang bei 0616/11912 nachgewiesen.				

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11934 (neu)	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**11.400**	**11.400**	**3.600**	**10.900,61**
		3.600,0 EUR wurden bislang bei 0616/11934 nachgewiesen.				
11979 (neu)	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**3.400**	**3.400**	**2.200**	**3.360,27**
		2.200,0 EUR wurden bislang bei 0616/11979 nachgewiesen.				
		Gesamteinnahmen	**32.097.400**	**32.097.400**	**33.765.800**	**31.801.609,06**
		Prozentuale Veränderung	**-4,9 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201 (neu)	**051**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**9.400**	**9.400**		
42201 (neu)	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**7.631.000**	**7.937.000**		
42202 (neu)	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**21.978.000**	**22.858.000**		
42801 (neu)	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.056.000**	**6.298.000**		
44100 (neu)	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.429.000**	**1.472.000**		
44379 (neu)	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**32.500**	**33.000**		
51101 (neu)	**051**	**Geschäftsbedarf**	**998.000**	**998.000**	**1.114.100**	**997.448,47**
		1.114.100,0 EUR wurden bislang bei 0616/51101 nachgewiesen.				

Landgericht II
- Zivilsachen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	210.000 €	210.000 €	146.100 €
2. Bücher, Zeitschriften	150.000 €	150.000 €	185.000 €
3. Postgebühren	634.000 €	634.000 €	780.000 €
4. Rundfunkbeitrag	4.000 €	4.000 €	3.000 €
	998.000 €	998.000 €	1.114.100 €

51140 (neu)	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**46.000**	**46.000**	**45.900**	**98.226,05**

45.900,0 EUR wurden bislang bei 0616/51140 nachgewiesen.

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024	2025	2023
Technische Geräte	15.000 €	15.000 €	15.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	26.000 €	26.000 €	26.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	5.000 €	5.000 €	4.900 €
	46.000 €	46.000 €	45.900 €

51715 (neu)	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**2.119.000**	**2.161.000**	**2.074.000**	**2.425.211,89**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
2.074.000,0 EUR wurden bislang bei 0616/51715 nachgewiesen.

Landeseigene Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Tegeler Weg 17-20	1.197.700 €	1.221.400 €	1.172.120 €
Littenstraße 12-17	921.300 €	939.600 €	901.610 €
Summe	2.119.000 €	2.161.000 €	2.073.730 €
			rd. 2.074.000 €

51820 (neu)	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**5.363.000**	**5.363.000**	**5.400.000**	**5.481.067,56**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
5.400.000,0 EUR wurden bislang bei 0616/51820 nachgewiesen.

Landeseigene Dienstgebäude:

	2024/2025	2023
Tegeler Weg 17-20	2.432.810 €	2.431.520 €
Littenstraße 12-17	2.929.870 €	2.968.480 €
Summe	5.362.680 €	5.400.000 €
	rd. 5.363.000 €	

51925 (neu)	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**200.000**	**200.000**	**240.000**	**278.985,98**

240.000,0 EUR wurden bislang bei 0616/51925 nachgewiesen.

Landgericht II
- Zivilsachen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025
1. Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen	100.000 €	100.000 €
2. Nutzerspezifische Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten in beiden Dienstgebäuden Tegeler Weg und Littenstraße	100.000 €	100.000 €
	200.000 €	200.000 €

52601 (neu)	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**8.780.000**	**8.780.000**	**8.282.000**	**8.730.947,04**

8.282.000,0 EUR wurden bislang bei 0616/52601 nachgewiesen.

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen; Ersatz der notwendigen Auslagen von Beschuldigten, die nach der Strafprozessordnung der Staatskasse auferlegt werden; Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Rechtsanwältinnen/-anwälte in Zivil- und Unterbringungssachen; gerichtlich bestellte Verteidiger sowie beigeordnete Rechtsanwältinnen/-anwälte in Strafsachen nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte; Aufwendungen nach dem Zeugenschutzgesetz.

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	8.130.000 €	7.500.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	52.000 €	60.000 €
3. Prozesskostenhilfe	590.000 €	620.000 €
4. Zeugenschutzgesetz	--- €	98.000 €
5. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	8.000 €	4.000 €
	8.780.000 €	8.282.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt.

52703 (neu)	**051**	**Dienstreisen**	**7.500**	**7.500**	**7.500**	**4.185,02**

7.500,0 EUR wurden bislang bei 0616/52703 nachgewiesen.

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	31	55	19	17	35	72
Relativ	36%	64%	53%	47%	33%	67%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Landgerichts
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

53104 (neu)	**051**	**Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	

6.000,0 EUR wurden bislang bei 0616/53104 nachgewiesen.

53108 (neu)	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**5.000**	**5.000**	**3.800**	**557,27**

3.800,0 EUR wurden bislang bei 0616/53108 nachgewiesen.

54002 (neu)	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**23.000**	**23.000**	**28.800**	**4.816,27**

28.800,0 EUR wurden bislang bei 0616/54002 nachgewiesen.

Hausinterne Fortbildungen im Bereich Teambildung, Führungskräfteverantwortung, Personalentwicklung und Gesundheitsmanagement zur stetigen Fortentwicklung der etablierten Arbeitskultur. Verbesserung des Qualitätsmanagements im Bereich der Strafgerichtsbarkeit. Strukturiertes Wissensmanagement unter Berücksichtigung des demographischen Wandels.

Landgericht II
- Zivilsachen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
54077 (neu)	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**500**	
		500,0 EUR wurden bislang bei 0616/54077 nachgewiesen.				
54079 (neu)	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.500**	**2.500**	**1.800**	**1.523,07**
		1.800,0 EUR wurden bislang bei 0616/54079 nachgewiesen.				
81279 (neu)	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**310.000**	**310.000**		

310.000,0 EUR wurden bislang bei 0616/81279 nachgewiesen.

	2024	2025
Erneuerung der Mobilgeräteinfrastruktur	--- €	25.000 €
Ausbau der Videokonferenztechnik für Verhandlungen	28.000 €	--- €
Lokale Datensicherung von Beweissicherungsmitteln	10.000 €	--- €
Einbau eines Plattformlifts	12.000 €	--- €
Einführung eines neuen Ausleihsystems in den Bibliotheken	10.000 €	--- €
Einbau eines elektronischen Schließsystems im Gebäude Littenstraße	120.000 €	145.000 €
Erneuerung der Audiotechnik in Gerichtssälen der zivilen Landgerichtsgebäude	130.000 €	140.000 €
	310.000 €	310.000 €

	Gesamtausgaben	**54.996.900**	**56.510.400**	**17.204.400**	**18.022.968,62**
	Prozentuale Veränderung	**219,7 %**	**2,8 %**		

Abschluss Kapitel 0617

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**32.097.400**	**32.097.400**	**33.765.800**	**31.801.609,06**
	Gesamteinnahmen	**32.097.400**	**32.097.400**	**33.765.800**	**31.801.609,06**
411-462	**Personalausgaben**	**37.135.900**	**38.607.400**	**—**	**—**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**17.551.000**	**17.593.000**	**17.204.400**	**18.022.968,62**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**310.000**	**310.000**	**—**	**—**
	Gesamtausgaben	**54.996.900**	**56.510.400**	**17.204.400**	**18.022.968,62**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-22.899.500**	**-24.413.000**	**16.561.400**	**13.778.640,44**

Amtsgericht Charlottenburg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Charlottenburg ist für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zuständig. Es entscheidet in zivilrechtlichen Angelegenheiten erster Instanz und nimmt zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr. Insbesondere ist es das zentrale Registergericht für Berlin. Für Insolvenzverfahren in Berlin ist das Amtsgericht Charlottenburg zentrales Insolvenzgericht. Ausnahme: Verbraucherinsolvenzverfahren, für die jeweils das Amtsgericht am Wohnsitz des Schuldners zuständig ist.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	19	7	23	4	22	6
Relativer Anteil	73 %	27 %	85 %	15 %	76 %	24 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	283	83	280	86	270	97
Relativer Anteil	77 %	23 %	76 %	24 %	74 %	26 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	75.270,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	66.495,00 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	55.177,94 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	55.081,70 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2.1. Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Amtsgericht Charlottenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**43.475.000**	**43.475.000**	**34.200.000**	**37.474.667,39**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, dem Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung sowie erwartete Mehreinnahmen aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts vom 10. August 2021 und der Verordnung über die Einrichtung und Führung des Gesellschaftsregisters, welches zum 1. Januar 2024 in Kraft tritt.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**3.100**	**3.100**	**2.000**	**3.078,69**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**89.600**	**89.600**	**100.000**	**89.575,92**

Rückzahlungen, insbesondere von Beratungshilfe, wenn die Rechtsanwaltsgebühren vom Prozessgegner zu tragen sind sowie von Betreuervergütungen, wenn diese aus dem Vermögen des/der Betreuten ersetzt werden müssen.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**5.000**	**789,67**
		Gesamteinnahmen	**43.568.700**	**43.568.700**	**34.307.000**	**37.568.111,67**
		Prozentuale Veränderung	**27,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**13.175.000**	**13.702.000**	**11.493.000**	**11.540.023,56**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 33, 33 (33) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**5.172.000**	**5.378.000**	**4.843.000**	**4.835.803,00**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**5.921.000**	**6.158.000**	**4.931.000**	**5.189.745,29**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**23.600**	**25.000**	**31.800**	**23.299,01**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**959.000**	**987.000**	**819.000**	**903.828,96**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**22.400**	**23.000**	**29.900**	**22.371,09**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**575.000**	**575.000**	**575.000**	**557.584,17**

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	76.000 €	76.000 €	76.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	76.000 €	76.000 €	76.000 €
3. Postgebühren	420.000 €	420.000 €	420.000 €
4. Rundfunkgebühren	3.000 €	3.000 €	3.000 €
	575.000 €	575.000 €	575.000 €

Amtsgericht Charlottenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**50.601,61**

	2024	2025	2023
Technische Geräte	18.000 €	18.000 €	18.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	32.000 €	32.000 €	32.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	10.000 €	10.000 €	10.000 €
	60.000 €	60.000 €	60.000 €

51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.030.000**	**1.051.000**	**1.010.000**	**1.256.652,25**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Landeseigene Dienstgebäude:

		2024	2025	2023
Amtsgerichtsplatz 1		831.510 €	848.150 €	815.200 €
Hardenbergstraße 31		198.470 €	202.440 €	194.570 €
Summe		1.029.980 €	1.050.590 €	1.009.770 €
	rd.	1.030.000 €	1.051.000 €	1.010.000 €

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.760.000**	**1.760.000**	**1.770.000**	**1.769.446,68**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Landeseigene Dienstgebäude:

		2024/2025	2023
Amtsgerichtsplatz 1….		1.349.520 €	1.349.520 €
Hardenbergstraße 31		410.160 €	419.940 €
Summe		1.759.680 €	1.769.460 €
	rd.	1.760.000 €	1.770.000 €

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**25.000**	**25.000**	**20.600**	**334.728,47**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**10.330.000**	**10.330.000**	**9.900.000**	**10.324.025,78**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil- und Unterbringungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	3.840.000 €	3.850.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	765.000 €	620.000 €
3. Prozesskostenhilfe	80.000 €	150.000 €
4. Beratungshilfe	70.000 €	170.000 €
5. Ehrenamtliche Betreuer	230.000 €	225.000 €
6. Berufsbetreuer	5.042.000 €	4.725.000 €
7. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	303.000 €	160.000 €
	10.330.000 €	9.900.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt. Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Amtsgericht Charlottenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**051**	**Dienstreisen**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	**3.804,30**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	7	2	2	1	23	11
Relativ	78%	22%	67%	33%	68%	32%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des AG Charlottenburg
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**20.200**	**20.200**	**20.200**	**2.756,83**
54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**65.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.200**	**5.200**	**2.000**	**5.006,61**
67102	**051**	**Ersatz von Barauslagen**	**550.000**	**550.000**	**830.000**	**540.607,55**

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen nach KV 701 - 713 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher in PKH- und Landessachen.
Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 11101 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Gesamtausgaben	**39.637.400**	**40.722.400**	**36.344.500**	**37.360.285,16**
Prozentuale Veränderung	**9,1 %**	**2,7 %**		

Abschluss Kapitel 0619

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**43.568.700**	**43.568.700**	**34.307.000**	**37.568.111,67**
	Gesamteinnahmen	**43.568.700**	**43.568.700**	**34.307.000**	**37.568.111,67**
411-462	**Personalausgaben**	**25.273.000**	**26.273.000**	**22.147.700**	**22.515.070,91**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**13.814.400**	**13.899.400**	**13.366.800**	**14.304.606,70**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**550.000**	**550.000**	**830.000**	**540.607,55**
	Gesamtausgaben	**39.637.400**	**40.722.400**	**36.344.500**	**37.360.285,16**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**3.931.300**	**2.846.300**	**-2.037.500**	**207.826,51**

Amtsgericht Charlottenburg

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001175 Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch die ordentliche Gerichtsbarkeit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	118.376.392	113.038.656	+4,72
Kostenträger	57	Sachkosten	155.205.476	151.283.756	+2,59
davon		Transferkosten	7.620.976	7.767.595	-1,89
Produkte	57	Verrechnungskosten	44.131.180	40.925.348	+7,83
MGF	0	kalkulatorische Kosten	28.383.716	26.076.270	+8,85
Projekte	0	Gemeinkosten	166.632.931	153.927.845	+8,25
		Summe Verwaltungskosten	520.350.671	493.019.471	+5,54
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	520.350.671	493.019.471	+5,54

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruches durch die ordentliche Gerichtsbarkeit“: Die entstehenden Kosten werden hier leistungsstrangbezogen und behördenübergreifend gebündelt. Dies bezieht sich auf die Kosten beim Kammergericht, beim Landgericht und allen elf Amtsgerichten (Kapitel 0619 bis 0632). Dementsprechend sind die Kostenträger des Kammergerichts beim Kapitel 0615, die des Landgerichts beim Kapitel 0616, die aller Amtsgerichte beim Kapitel 0619 (AG Charlottenburg) und teilweise beim Kapitel 0630 (AG Tiergarten) ausgewiesen.

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Bislang werden die Personalkosten des richterlichen Personals im Bereich der Rechtspflege nicht gebucht.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005511	2022	351.944.348	0	351.944.348
Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch die Amtsgerichte (außer AG Tiergarten)	2021	333.270.584	0	333.270.584

In dieser Kostenträgergruppe existieren 17 externe Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77051	2022	32.600.321	0	32.600.321
Zivilsachen 1. Instanz (AG)	2021	31.615.914	0	31.615.914

Amtsgericht Charlottenburg

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (siehe unter Bemerkungen)	54.067	59.545
Kosten je ME in €	602,96	530,96
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	6,27	6,41
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	13.777.690,88	12.010.377,32
Kostendeckungsgrad in %	42,26	37,99

Das Produkt beinhaltet alle C-Sachen: allgemeine Zivilsachen (Nachbarschaftssachen, Arzthaftungssachen, Reisevertragssachen, sonstige allgemeine Zivilsachen), Bau- und Architektursachen, Verkehrsunfallsachen, Wohnungsmietsachen, selbstständige Beweisverfahren und WEG-Sachen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77052	2022	24.819.811	0	24.819.811
Grundbuchsachen (AG)	2021	23.388.979	0	23.388.979

	2022	2021
Menge: Anzahl der eingereichten Urkunden und Fortführungsnachweise (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	142.301	150.850
Kosten je ME in €	174,42	155,05
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,77	4,74
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	104.296.239,15	110.338.357,65
Kostendeckungsgrad in %	420,21	471,75

Das Produkt beinhaltet die Begründung und Veränderung von Eigentum und Erbbaurecht, die Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohn- und Teileigentum, die Eintragung/Veränderung von Rechten in Abteilung II und III des Grundbuchs sowie sonstige Grundbuchsachen

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77053	2022	18.982.806	0	18.982.806
Nachlass- und Testamentssachen (AG)	2021	17.751.517	0	17.751.517

	2022	2021
Menge: Anzahl der Eingänge (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	72.290	72.650
Kosten je ME in €	262,59	244,34
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,65	3,60
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	10.220.683,65	9.473.589,10
Kostendeckungsgrad in %	53,84	53,37

Das Produkt beinhaltet besondere amtliche Verfahren zur Verwahrung und Eröffnung einer letztwilligen Verfügung, Erbscheinsverfahren, Nachlasssicherungsverfahren, Testamentsvollstreckerverfahren, Testamentsanfechtung und Entgegennahme erbrechtlicher Erklärungen.

Amtsgericht Charlottenburg

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79621	2022	11.341.585	0	11.341.585
Handelsregistersachen (AG)	2021	9.581.815	0	9.581.815

	2022	2021
Menge: Anzahl der eingereichten Urkunden (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	73.234	74.395
Kosten je ME in €	154,87	128,80
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,18	1,94
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	127.535,55	138.683,44
IST - Erträge in €	10.124.201,04	6.742.491,10
Kostendeckungsgrad in %	89,27	70,37

- Erste Eintragung
- Eintragung der Errichtung einer Zweigniederlassung/ Verlegung einer Zweigniederlassung
- Eintragung einer Umwandlung
- Beschluss der HV einer AG, KGaA über Kapitalerhöhung/ Kapitalherabsetzung
- Löschung der Gesellschaft/ Erlöschen der Firma oder des Namens
- Kapitalerhöhungen/ Kapitalherabsetzungen
- Sonstige Eintragungen

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79641	2022	10.945.621	0	10.945.621
Verbraucherinsolvenzverfahren (AG)	2021	8.916.647	0	8.916.647

	2022	2021
Menge: Anzahl der Verfahrenseingänge (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	4.141	4.671
Kosten je ME in €	2.643,23	1.908,94
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,10	1,81
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	2.584.433,32	2.792.066,18
Kostendeckungsgrad in %	23,61	31,31

Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren, einschließlich anhängiger Restschuldbefreiungsverfahren (Registerzeichen IK)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79933	2022	46.819.060	0	46.819.060
Gerichtsvollzieher/innen (AG)	2021	44.006.136	0	44.006.136

Amtsgericht Charlottenburg

	2022	2021
Menge: Anzahl der Aufträge (siehe Erläuterungen)	483.795	515.961
Kosten je ME in €	96,77	85,29
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	9,00	8,93
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	6.554.122,32	6.786.362,94
IST - Erträge in €	12.818.872,18	13.546.763,20
Kostendeckungsgrad in %	27,38	30,78

Erledigung aller gesetzlich der Gerichtsvollzieherin/dem Gerichtsvollzieher zugewiesenen Vollstreckungsaufgaben

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80329	2022	11.830.355	0	11.830.355
Gerichtliches Mahnverfahren (AG Wedding)	2021	10.563.248	0	10.563.248

	2022	2021
Menge: Anzahl der Erledigungen gemäß AUMAV-Erledigungsstatistik	638.091	552.975
Kosten je ME in €	18,54	19,10
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,27	2,14
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	33.459.506,53	23.983.359,23
Kostendeckungsgrad in %	282,83	227,05

Das Produkt umfasst alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit im zentralen Mahngericht aus Berlin und Brandenburg eingehenden Anträgen auf Erlass eines Mahnbescheids (ohne Europäisches Mahnverfahren).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80332	2022	48.088.171	0	48.088.171
Familiensachen (AG)	2021	46.925.365	0	46.925.365

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	26.486	27.940
Kosten je ME in €	1.815,61	1.679,50
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	9,24	9,52
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	8.791.092,26	7.807.162,40
Kostendeckungsgrad in %	18,28	16,64

Scheidungsverbundverfahren, isolierte Familiensachen, Kindschaftssachen, Vormundschaftssachen, Pflegschaftssachen für Minderjährige, Adoptionssachen, vereinfachte Verfahren-Regelbeträge, sonstige Anträge/ Verfahren, Mediation/ güterichterliche Tätigkeit

Amtsgericht Charlottenburg

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80333	2022	110.319.663	0	110.319.663
Betreuungssachen und Pflegschaftssachen für Erwachsene (AG)	2021	107.250.298	0	107.250.298

	2022	2021
Menge: Anzahl der Eingänge plus Bestand am 31.12. des Vorjahres (jeweils nur Betreuungen, siehe Erläuterungen)	83.021	81.092
Kosten je ME in €	1.328,82	1.322,58
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	21,20	21,75
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	3.874.269,42	4.147.365,41
Kostendeckungsgrad in %	3,51	3,87

Das Produkt umfasst Unterbringungsverfahren, Pflegschaftssachen für Erwachsene, die Anordnung einer Betreuung und deren Überwachung sowie sonstige Verfahren.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80701	2022	11.843.184	0	11.843.184
Zwangsvollstreckungssachen (AG)	2021	10.903.928	0	10.903.928

	2022	2021
Menge: Anzahl der Eingänge (siehe Erläuterungen)	97.740	108.061
Kosten je ME in €	121,17	100,91
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,28	2,21
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	1.300.184,85	1.012.650,38
Kostendeckungsgrad in %	10,98	9,29

Das Produkt umfasst alle M-Sachen und diesbezüglichen J-Sachen:
- Mobiliarvollstreckung - ohne Gerichtsvollzieher
- Führen und Auskünfte aus dem Schuldnerverzeichnis a.F.
- Verfahren zur Pfändung und Überweisung in angebliche Forderungen und Rechte des Schuldners bei einem Dritten
- Erteilung der Erlaubnis zu Durchsuchungen
- Vollstreckungsschutzverfahren nach § 765 a ZPO
- Haftanordnungen
- Erinnerungsverfahren nach § 766 ZPO
- Verteilungsverfahren (J-Sachen) gemäß § 14Abs. 3 AktO i.V.m. Liste 15 AktO

Amtsgericht Köpenick

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Köpenick ist für den Bezirk Treptow-Köpenick zuständig. Es entscheidet in zivilrechtlichen Angelegenheiten erster Instanz und nimmt zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr. Ferner ist das Amtsgericht Köpenick Familiengericht.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	8	2	7	2	6	1
Relativer Anteil	80 %	20 %	78 %	22 %	86 %	14 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	99	29	103	26	102	31
Relativer Anteil	77 %	23 %	80 %	20 %	77 %	23 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	64.450,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	70.260,00 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	56.424,84 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	53.967,45 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Amtsgericht Köpenick

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**11.100.000**	**11.100.000**	**9.800.000**	**11.101.557,82**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gerichtsvollzieherkostengesetz sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**250,02**
11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**90.000**	**90.000**	**90.000**	**99.378,75**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**176.265,89**

Rückzahlungen, insbesondere von Beratungshilfe, wenn die Rechtsanwaltsgebühren vom Prozessgegner zu tragen sind sowie von Betreuervergütungen, wenn diese aus dem Vermögen des/der Betreuten ersetzt werden müssen

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**149,00**
		Gesamteinnahmen	**11.242.000**	**11.242.000**	**9.942.000**	**11.377.601,48**
		Prozentuale Veränderung	**13,1 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**4.914.000**	**5.110.000**	**4.242.000**	**4.527.736,68**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 17, 17 (18) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**1.657.000**	**1.723.000**	**1.603.000**	**1.490.860,03**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.744.000**	**1.814.000**	**1.998.000**	**1.673.497,49**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**283.000**	**291.000**	**258.000**	**266.360,44**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**7.000**	**7.000**	**9.000**	**5.938,51**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**215.000**	**215.000**	**280.000**	**197.167,44**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	50.000 €	60.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	24.000 €	34.000 €
3. Postgebühren	140.000 €	185.700 €
4. GEZ	1.000 €	300 €
	215.000 €	280.000 €

Amtsgericht Köpenick

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**14.000**	**14.000**	**14.000**	**7.716,91**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024/2025	2023
Technische Geräte	4.000 €	5.200 €
Büroeinrichtungsgegenstände	8.000 €	5.200 €
Reparatur- und Serviceleistungen	2.000 €	3.600 €
	14.000 €	14.000 €

51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**431.000**	**440.000**	**422.000**	**540.846,16**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Mandrellaplatz 6

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**621.000**	**621.000**	**621.000**	**620.555,88**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Mandrellaplatz 6

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**15.600**	**15.600**	**15.600**	**10.132,19**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**6.730.000**	**6.730.000**	**6.500.000**	**6.725.489,87**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil- und Unterbringungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer sowie Verfahrenspflegschaften

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	540.000 €	480.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	500.000 €	360.000 €
3. Prozesskostenhilfe	565.000 €	570.000 €
4. Beratungshilfe	40.000 €	60.000 €
5. Verfahrensbeistände gemäß § 158 FamFG	240.000 €	240.000 €
6. ehrenamtliche Betreuer	265.000 €	340.000 €
7. Berufsbetreuer	4.500.000 €	4.400.000 €
8. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	30.000 €	15.000 €
9. Vormünder und Pfleger für Minderjährige	50.000 €	35.000 €
	6.730.000 €	6.500.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt. Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Amtsgericht Köpenick

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54002	051	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	7.000	7.000	7.000	1.871,31
54077	051	Steuern, Abgaben	1.000	36.000	1.000	—
54079	051	Verschiedene Ausgaben	2.000	2.000	2.000	2.218,99
67102	051	Ersatz von Barauslagen	360.000	360.000	445.000	353.569,18

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen nach KV 701 - 713 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher in PKH- und Landessachen.
Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 11101 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Gesamtausgaben	17.001.600	17.385.600	16.417.600	16.423.961,08
Prozentuale Veränderung	3,6 %	2,3 %		

Abschluss Kapitel 0621

111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	11.242.000	11.242.000	9.942.000	11.377.601,48
	Gesamteinnahmen	11.242.000	11.242.000	9.942.000	11.377.601,48
411-462	Personalausgaben	8.605.000	8.945.000	8.110.000	7.964.393,15
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	8.036.600	8.080.600	7.862.600	8.105.998,75
611-699	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	360.000	360.000	445.000	353.569,18
	Gesamtausgaben	17.001.600	17.385.600	16.417.600	16.423.961,08
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-5.759.600	-6.143.600	-6.475.600	-5.046.359,60

Amtsgericht Lichtenberg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Lichtenberg ist für die ehemaligen Bezirke Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf zuständig. Es entscheidet in zivilrechtlichen Angelegenheiten erster Instanz und nimmt zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	12	3	13	2	12	2
Relativer Anteil	80 %	20 %	87 %	13 %	85 %	15 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	157	39	157	43	167	45
Relativer Anteil	80 %	20 %	79 %	21 %	79 %	21 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	101.975,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	61.430,83 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	55.240,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	53.207,96 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2.1. Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst). Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Amtsgericht Lichtenberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**13.500.000**	**13.500.000**	**12.200.000**	**13.495.558,35**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.179,20**
11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**19.460,50**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**272.000**	**272.000**	**230.000**	**272.200,28**
11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**516,96**
		Gesamteinnahmen	**13.826.000**	**13.826.000**	**12.484.000**	**13.788.915,29**
		Prozentuale Veränderung	**10,7 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**8.296.000**	**8.627.000**	**8.121.000**	**8.211.126,50**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 36, 36 (36) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**1.972.000**	**2.050.000**	**1.914.000**	**1.876.276,82**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.356.000**	**2.450.000**	**2.340.000**	**2.363.222,94**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**18.900**	**—**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**463.000**	**477.000**	**423.000**	**436.590,92**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**10.800**	**11.000**	**18.500**	**10.799,16**
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**330.000**	**330.000**	**346.000**	**319.817,78**

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	100.000 €	100.000 €	90.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	30.000 €	30.000 €	38.000 €
3. Postgebühren	218.000 €	218.000 €	216.500 €
4. GEZ	2.000 €	2.000 €	1.500 €
	330.000 €	330.000 €	346.000 €

Amtsgericht Lichtenberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**24.479,12**

Neu- und Ersatzbeschaffungen, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024/2025	2023
Technische Geräte	10.000 €	10.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	10.000 €	10.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	5.000 €	5.000 €
	25.000 €	25.000 €

51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**597.000**	**609.000**	**585.000**	**613.939,18**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Angemietete Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Westhafenstraße 1 (Zentrales Grundbucharchiv – Zollspeicher BEHALA)	43.690 €	44.540 €	42.830 €

Landeseigene Dienstgebäude:

Roedeliusplatz 1	552.940 €	564.000 €	542.090 €
Summe	596.630 €	608.540 €	584.920 €
rd.	597.000 €	609.000 €	585.000 €

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**981.000**	**984.000**	**971.000**	**971.256,03**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Angemietete Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Westhafenstraße 1 (Zentrales Grundbucharchiv – Zollspeicher BEHALA)	68.090 €	70.670 €	57.910 €

Landeseigene Dienstgebäude:

Roedeliusplatz 1	912.530 €	912.530 €	912.530 €
Summe	980.620 €	983.200 €	970.440 €
rd.	981.000 €	984.000 €	971.000 €

Allgemeine Kostensteigerung aufgrund von Indexanpassungen bezüglich des Dienstgebäudes Westhafenstraße 1

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**16.200**	**16.200**	**16.200**	**703,01**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

Amtsgericht Lichtenberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**13.700.000**	**13.700.000**	**13.200.000**	**13.639.431,39**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil- und Unterbringungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer sowie Verfahrenspflegschaften

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	1.475.000 €	1.100.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	1.000.000 €	860.000 €
3. Prozesskostenhilfe	60.000 €	100.000 €
4. Beratungshilfe	90.000 €	280.000 €
5. ehrenamtliche Betreuer	760.000 €	915.000 €
6. Berufsbetreuer	10.250.000 €	9.900.000 €
7. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	65.000 €	45.000 €
	13.700.000 €	13.200.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt.
Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**17.000**	**17.000**	**17.000**	**18.317,20**
54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**49.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**4.505,59**
67102	**051**	**Ersatz von Barauslagen**	**810.000**	**810.000**	**970.000**	**802.443,40**

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen nach KV 701 - 713 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher in PKH- und Landessachen.
Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 11101 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

	Gesamtausgaben	**29.582.000**	**30.162.200**	**28.972.600**	**29.292.909,04**
	Prozentuale Veränderung	**2,1 %**	**2,0 %**		

Abschluss Kapitel 0622

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**13.826.000**	**13.826.000**	**12.484.000**	**13.788.915,29**
	Gesamteinnahmen	**13.826.000**	**13.826.000**	**12.484.000**	**13.788.915,29**
411-462	**Personalausgaben**	**13.098.800**	**13.616.000**	**12.835.400**	**12.898.016,34**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**15.673.200**	**15.736.200**	**15.167.200**	**15.592.449,30**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**810.000**	**810.000**	**970.000**	**802.443,40**
	Gesamtausgaben	**29.582.000**	**30.162.200**	**28.972.600**	**29.292.909,04**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-15.756.000**	**-16.336.200**	**-16.488.600**	**-15.503.993,75**

Amtsgericht Mitte

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Mitte ist für die ehemaligen Bezirke Mitte und Prenzlauer Berg zuständig, in Verkehrssachen (Ansprüche aus Verkehrsunfällen) für ganz Berlin. Es entscheidet in zivilrechtlichen Angelegenheiten erster Instanz und nimmt zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr. Des Weiteren ist es zentrales Vollstreckungsgericht und führt das Zentrale Schuldnerverzeichnung nach § 882h ZPO.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	15	7	16	6	15	5
Relativer Anteil	68 %	32 %	73 %	27 %	75 %	25 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	180	60	171	63	184	68
Relativer Anteil	75 %	25 %	73 %	27 %	73 %	27 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	67.280,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	63.261,33 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	59.189,26 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	59.178,04 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil männlicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 1.2. Einstiegsamt (ehem. mittlerer Dienst). Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Amtsgericht Mitte

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**40.980.000**	**40.980.000**	**36.500.000**	**40.976.064,92**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**7.000**	**7.000**	**3.000**	**6.998,93**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**10.953,74**
		Gesamteinnahmen	**40.988.000**	**40.988.000**	**36.504.000**	**40.994.017,59**
		Prozentuale Veränderung	**12,3 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**8.640.000**	**8.985.000**	**7.746.000**	**8.418.374,17**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 30, 30 (30) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**4.306.000**	**4.478.000**	**4.057.000**	**4.102.099,12**
42701	**051**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**—**

Pilotprojekt Richter*innenassistenz

42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.138.000**	**3.264.000**	**3.440.000**	**3.134.686,96**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**13.200**	**14.000**	**1.000**	**—**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**662.000**	**681.000**	**555.000**	**623.703,45**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**15.900**	**16.000**	**15.900**	**15.851,55**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**92.000**	**92.000**	**92.000**	**87.640,27**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	80.400 €	82.400 €
2. GEZ	2.100 €	2.100 €
3. Wasserspender	7.500 €	7.500 €
4. Transaktionsgebühr ePayment	2.000 €	--- €
	92.000 €	92.000 €

Amtsgericht Mitte

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**34.968,14**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024	2025	2023
Technische Geräte	10.000 €	10.000 €	7.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	15.000 €	15.000 €	16.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	5.000 €	5.000 €	7.000 €
	30.000 €	30.000 €	30.000 €

51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.073.000**	**1.094.000**	**1.051.000**	**1.134.169,31**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Littenstraße 12-17

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**3.063.000**	**3.063.000**	**3.440.000**	**3.439.459,08**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Littenstraße 12-17

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**49.570,46**

	2024	2025	2023
1. Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen	15.100 €	15.100 €	14.100 €
2. Renovierung Büros/Säle	24.900 €	34.900 €	8.000 €
3. Instandsetzung Sanitärräume	--- €	--- €	7.000 €
4. Begradigung Türschwellen	--- €	--- €	3.000 €
5. Renovierung und Erneuerung von Teeküchen	--- €	--- €	17.900 €
6. Aufrufanlage für die Säle	10.000 €	--- €	--- €
	50.000 €	50.000 €	50.000 €

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**9.760.000**	**9.760.000**	**9.700.000**	**9.759.433,62**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil- und Unterbringungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer sowie Verfahrenspflegschaften

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	3.000.000 €	3.000.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FGG)	850.000 €	660.000 €
3. Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe	92.000 €	130.000 €
4. Beratungshilfe	50.000 €	80.000 €
5. ehrenamtliche Betreuer	220.000 €	240.000 €
6. Berufsbetreuer	5.450.000 €	5.500.000 €
7. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	98.000 €	90.000 €
	9.760.000 €	9.700.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt. Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Amtsgericht Mitte

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**051**	**Dienstreisen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.655,90**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	2	1	15	59	8	87
Relativ	67%	33%	20%	80%	8%	92%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Amtsgericht Mitte
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**9.700**	**9.700**	**9.700**	**9.700,00**

Aufwendungen für das Personal- und Organisationsmanagement und die betriebliche Gesundheitsförderung.

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**47.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**6.500**	**6.500**	**6.500**	**6.024,06**
67102	**051**	**Ersatz von Barauslagen**	**930.000**	**930.000**	**900.000**	**925.261,13**

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen nach KV 701 - 713 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher in PKH- und Landessachen. Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 11101 vereinnahmt.
Mehr in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Gesamtausgaben	**31.842.300**	**32.572.200**	**31.147.100**	**31.742.597,22**
Prozentuale Veränderung	**2,2 %**	**2,3 %**		

Abschluss Kapitel 0623

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**40.988.000**	**40.988.000**	**36.504.000**	**40.994.017,59**
	Gesamteinnahmen	**40.988.000**	**40.988.000**	**36.504.000**	**40.994.017,59**
411-462	**Personalausgaben**	**16.825.100**	**17.488.000**	**15.864.900**	**16.294.715,25**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**14.087.200**	**14.154.200**	**14.382.200**	**14.522.620,84**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**930.000**	**930.000**	**900.000**	**925.261,13**
	Gesamtausgaben	**31.842.300**	**32.572.200**	**31.147.100**	**31.742.597,22**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**9.145.700**	**8.415.800**	**5.356.900**	**9.251.420,37**

Amtsgericht Neukölln

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Neukölln ist für den Bezirk Neukölln zuständig. Es entscheidet in zivilrechtlichen Angelegenheiten erster Instanz und nimmt zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	7	6	8	7	13	7
Relativer Anteil	54 %	46 %	53 %	47 %	63 %	37 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	105	39	107	37	101	45
Relativer Anteil	73 %	27 %	74 %	26 %	69 %	31 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	64.102,86 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	63.976,15 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	55.121,38 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	53.788,32 €

Amtsgericht Neukölln

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**10.200.000**	**10.200.000**	**8.900.000**	**10.199.408,18**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**2.369,53**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**99.994,10**

Rückzahlungen, insbesondere von Beratungshilfe, wenn die Rechtsanwaltsgebühren vom Prozessgegner zu tragen sind sowie von Betreuervergütungen, wenn diese aus dem Vermögen des/der Betreuten ersetzt werden müssen.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**10.242.000**	**10.242.000**	**8.942.000**	**10.301.771,81**
		Prozentuale Veränderung	**14,5 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**5.723.000**	**5.952.000**	**5.599.000**	**5.643.662,29**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 28, 28 (28) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**1.874.000**	**1.949.000**	**1.454.000**	**1.783.839,69**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.820.000**	**1.892.000**	**2.080.000**	**1.831.791,19**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**62.500**	**1.300,00**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**396.000**	**408.000**	**360.000**	**373.312,36**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**9.100**	**10.000**	**10.300**	**9.088,19**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**236.000**	**236.000**	**236.000**	**221.695,56**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	38.000 €	38.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	22.000 €	22.000 €
3. Postgebühren	175.000 €	175.000 €
4. GEZ	1.000 €	1.000 €
	236.000 €	236.000 €

Amtsgericht Neukölln

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**17.962,93**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024/2025	2023
Technische Geräte	12.000 €	12.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	12.000 €	12.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	6.000 €	6.000 €
	30.000 €	30.000 €

51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**539.000**	**550.000**	**528.000**	**629.414,47**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Landeseigene Dienstgebäude:

		2024	2025	2023
Karl-Marx-Straße 77		430.000 €	438.600 €	421.560 €
Schönstedtstraße 17		108.520 €	110.700 €	106.390 €
Summe		538.520 €	549.300 €	527.950 €
	rd.	539.000 €	550.000 €	528.000 €

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**825.000**	**825.000**	**825.000**	**824.957,64**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Landeseigene Dienstgebäude:

		2024/2025	2023
Karl-Marx-Straße 77		708.740 €	708.740 €
Schönstedtstraße 17		116.220 €	116.220 €
Summe		824.960 €	824.960 €
	rd.	825.000 €	825.000 €

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**—**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**8.960.000**	**8.960.000**	**8.900.000**	**8.955.468,23**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil- und Unterbringungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer sowie Verfahrenspflegschaften

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	800.000 €	670.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	720.000 €	670.000 €
3. Prozesskostenhilfe	80.000 €	160.000 €
4. Beratungshilfe	130.000 €	200.000 €
6. ehrenamtliche Betreuer	430.000 €	450.000 €
7. Berufsbetreuer	6.750.000 €	6.690.000 €
8. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	50.000 €	60.000 €
	8.960.000 €	8.900.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt. Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Amtsgericht Neukölln

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54002	051	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	8.800	8.800	8.800	—
54077	051	Steuern, Abgaben	1.000	32.800	1.000	—
54079	051	Verschiedene Ausgaben	3.000	3.000	3.000	3.574,82
67102	051	Ersatz von Barauslagen	580.000	580.000	820.000	571.339,71

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen nach KV 701 - 713 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher in PKH- und Landessachen.
Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 11101 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Gesamtausgaben	21.055.900	21.487.600	20.967.600	20.867.407,08
Prozentuale Veränderung	0,4 %	2,1 %		

Abschluss Kapitel 0624

111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	10.242.000	10.242.000	8.942.000	10.301.771,81
	Gesamteinnahmen	10.242.000	10.242.000	8.942.000	10.301.771,81
411-462	Personalausgaben	9.823.100	10.212.000	9.565.800	9.642.993,72
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	10.652.800	10.695.600	10.581.800	10.653.073,65
611-699	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	580.000	580.000	820.000	571.339,71
	Gesamtausgaben	21.055.900	21.487.600	20.967.600	20.867.407,08
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-10.813.900	-11.245.600	-12.025.600	-10.565.635,27

Amtsgericht Pankow

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Pankow ist mit Ausnahme des Ortsteils Prenzlauer Berg für den Bezirk Pankow zuständig. Es entscheidet in zivilrechtlichen Streitigkeiten erster Instanz und nimmt daneben zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr. Mit Wirkung zum 1. August 2021 erfolgte die Umbenennung des Amtsgerichts Pankow-Weißensee in das Amtsgericht Pankow, § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 JustG.

Ferner ist das Amtsgericht Pankow Familiengericht für den eigenen Zuständigkeitsbereich sowie für die Bezirke der Amtsgerichte Mitte, Tiergarten und Wedding.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	11	6	11	7	10	6
Relativer Anteil	65 %	35 %	61 %	39 %	62 %	38 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	148	34	143	33	142	36
Relativer Anteil	81 %	19 %	81 %	19 %	80 %	20 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	67.778,33 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	68.189,00 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	61.603,61 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	57.454,15 €

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen, insbesondere der Laufbahngruppe 1,1 sowie 1.2. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Amtsgericht Pankow

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**4.200.000**	**4.200.000**	**4.200.000**	**4.192.286,39**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gerichtsvollzieherkostengesetz sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**260.000**	**260.000**	**240.000**	**259.048,84**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**9.000**	**9.000**	**5.000**	**8.665,83**

Rückzahlungen, insbesondere von Beratungshilfe, wenn die Rechtsanwaltsgebühren vom Prozessgegner zu tragen sind sowie von Betreuervergütungen, wenn diese aus dem Vermögen des/der Betreuten ersetzt werden müssen.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**4.470.000**	**4.470.000**	**4.446.000**	**4.460.001,06**
		Prozentuale Veränderung	**0,5 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**5.104.000**	**5.308.000**	**4.628.000**	**4.878.838,87**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 14, 14 (14) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**3.284.000**	**3.415.000**	**3.201.000**	**3.113.628,10**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.585.000**	**2.688.000**	**2.392.000**	**2.581.188,94**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**32.000**	**—**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**432.000**	**445.000**	**360.000**	**407.527,68**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**9.300**	**10.000**	**15.600**	**8.853,32**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz. Erstattung der Auslagen für die Beschaffung von Bildschirmbrillen.

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**303.000**	**303.000**	**303.000**	**306.089,42**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	46.000 €	48.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	25.000 €	25.000 €
3. Postgebühren	230.000 €	228.000 €
4. Rundfunkbeitrag	2.000 €	2.000 €
	303.000 €	303.000 €

Amtsgericht Pankow

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**43.531,49**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024/2025	2023
Technische Geräte	5.000 €	5.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	42.000 €	42.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	3.000 €	3.000 €
	50.000 €	50.000 €

51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**680.000**	**693.000**	**667.000**	**789.264,04**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Landeseigene Dienstgebäude:

		2024	2025	2023
Kissingenstraße 5-6		364.180 €	371.460 €	357.030 €
Parkstraße 71		315.240 €	321.540 €	309.050 €
Summe		679.420 €	693.000 €	666.080 €
	rd.	680.000 €		667.000 €

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**916.000**	**916.000**	**916.000**	**915.840,72**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Landeseigene Dienstgebäude:

		2024/2025	2023
Kissingenstraße 5-6		536.540 €	536.540 €
Parkstraße 71		379.310 €	379.310 €
Summe		915.850 €	915.850 €
	rd.	916.000 €	916.000 €

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**—**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**9.950.000**	**9.950.000**	**10.350.000**	**9.943.736,87**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil- und Unterbringungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer sowie Verfahrenspflegschaften.

Amtsgericht Pankow

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	1.200.000 €	1.400.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	530.000 €	530.000 €
3. Prozess-/Verfahrenskostenhilfe	1.900.000 €	2.060.000 €
4. Beratungshilfe	30.000 €	50.000 €
5. Verfahrensbeistand gemäß § 158 FamFG	950.000 €	910.000 €
6. ehrenamtliche Betreuer	360.000 €	360.000 €
7. Berufsbetreuer	4.580.000 €	4.630.000 €
8. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen gemäß §§ 276 und 317 FamFG	50.000 €	50.000 €
9. Vormünder und Pfleger für Minderjährige	300.000 €	300.000 €
10. Mediationskostenbeihilfe	60.000 €	60.000 €
	9.950.000 €	10.350.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**100,80**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG), insbesondere Reisekosten der Vormundschaftsrichter und Vormundschaftsrichterinnen zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	6	10	58	40	110	71
Relativ	37%	63%	59%	41%	61%	39%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Amtsgericht Pankow
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**3.400**	**3.400**	**3.400**	**2.335,78**
54010	**051**	**Dienstleistungen**	**85.000**	**85.000**	**85.000**	**111.746,12**

	2024/2025	2023
Digitalisierung von Familienakten	83.200 €	83.200 €
Serviceentgelt BVG-Firmenticket	600 €	600 €
Kosten für ePayment im Amtsgericht Pankow	1.200 €	1.200 €
	85.000 €	85.000 €

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**28.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.007,32**
67102	**051**	**Ersatz von Barauslagen**	**200.000**	**200.000**	**250.000**	**189.275,22**

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen nach KV 701 - 713 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher in PKH- und Landessachen. Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 111 01 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Gesamtausgaben	**23.625.200**	**24.116.900**	**23.275.500**	**23.292.964,69**
Prozentuale Veränderung	**1,5 %**	**2,1 %**		

Amtsgericht Pankow

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0625				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	4.470.000	4.470.000	4.446.000	4.460.001,06
		Gesamteinnahmen	4.470.000	4.470.000	4.446.000	4.460.001,06
411-462		Personalausgaben	11.415.300	11.867.000	10.628.600	10.990.036,91
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	12.009.900	12.049.900	12.396.900	12.113.652,56
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	200.000	200.000	250.000	189.275,22
		Gesamtausgaben	23.625.200	24.116.900	23.275.500	23.292.964,69
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-19.155.200	-19.646.900	-18.829.500	-18.832.963,63

Amtsgericht Schöneberg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Schöneberg ist für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf und den ehemaligen Bezirk Schöneberg zuständig. Es entscheidet in zivilrechtlichen Streitigkeiten erster Instanz und nimmt daneben zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr. Insbesondere sind bei ihm verschiedene Einrichtungen für ganz Berlin oder sogar bundesweit konzentriert, etwa das Zentrale Schuldnerverzeichnis nach den bis zum 31.12.2012 geltenden Vorschriften. Ferner ist das Amtsgericht Schöneberg Familiengericht für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf und den ehemaligen Bezirk Schöneberg.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	12	4	12	2	13	2
Relativer Anteil	75 %	25 %	86 %	14 %	87 %	13 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	224	70	219	67	213	75
Relativer Anteil	76 %	24 %	76 %	24 %	74 %	26 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	61.610,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	66.461,54 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	58.073,47 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	56.279,67 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2. 2. Einstiegsamt (ehem. höherer Dienst).

Amtsgericht Schöneberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**23.810.000**	**23.810.000**	**23.800.000**	**23.809.588,82**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, dem Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen, dem Gerichts- und Notarkostengesetz, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**198.000**	**198.000**	**150.000**	**197.139,67**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.400**	**1.400**	**1.000**	**1.415,60**
		Gesamteinnahmen	**24.010.400**	**24.010.400**	**23.952.000**	**24.008.144,09**
		Prozentuale Veränderung	**0,2 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**9.272.000**	**9.643.000**	**8.675.000**	**8.866.562,07**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 25, 25 (26) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**4.091.000**	**4.254.000**	**4.317.000**	**3.901.080,01**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.206.000**	**4.374.000**	**4.311.000**	**4.208.273,23**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**23.000**	**24.000**	**80.700**	**21.464,58**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**577.000**	**594.000**	**543.000**	**543.773,48**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**22.300**	**23.000**	**19.400**	**22.203,74**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**440.000**	**440.000**	**472.000**	**425.022,35**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	90.000 €	85.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	40.000 €	35.000 €
3. Postgebühren	308.000 €	345.000 €
4. GEZ	2.000 €	2.000 €
	440.000 €	472.000 €

51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**56.896,78**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen.

Amtsgericht Schöneberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**957.000**	**976.000**	**938.000**	**1.062.795,80**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Landeseigene Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Grunewaldstraße 66/67	621.410 €	633.840 €	609.220 €
Ringstraße 9	334.650 €	341.340 €	328.080 €
Summe	956.060 €	975.180 €	937.300 €
rd.	957.000 €	976.000 €	938.000 €

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.672.000**	**1.672.000**	**1.672.000**	**1.671.425,16**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Landeseigene Dienstgebäude:

	2024/2025	2023
Grunewaldstraße 66/67	1.032.790 €	1.032.790 €
Ringstraße 9	638.640 €	638.640 €
Summe	1.671.430 €	1.671.430 €
rd.	1.672.000 €	1.672.000 €

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**25.000**	**25.000**	**20.400**	**11.114,87**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**11.300.000**	**11.300.000**	**11.100.000**	**11.291.149,20**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Prozess- und Verfahrenskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil-, Familien- und Betreuungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer sowie Verfahrenspflegschaften

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	1.046.000 €	740.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	1.570.000 €	1.580.000 €
3. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe	857.000 €	875.000 €
4. Beratungshilfe	57.000 €	55.000 €
5. Verfahrensbeistand gemäß §158 FamFG	410.000 €	395.000 €
6. ehrenamtliche Betreuer	540.000 €	570.000 €
7. Berufsbetreuer	6.380.000 €	6.480.000 €
8. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	266.000 €	245.000 €
9. Vormünder und Pfleger für Minderjährige	174.000 €	160.000 €
	11.300.000 €	11.100.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt.
Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Amtsgericht Schöneberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**051**	**Dienstreisen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**1.943,08**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	5	5	4	1	7	1
Relativ	50%	50%	80%	20%	87,5%	12,5%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Amtsgericht Schöneberg
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**13.900**	**13.900**	**13.900**	**13.672,50**

Außerfachliche Fortbildungen für Führungskräfte, Führungsnachwuchskräfte-Förderung, Fortbildungen für Führungskräfte, externe Unterstützung zur Abbildung von Geschäftsprozessen, Teamentwicklung/Teambildung, Supervision/Coaching, Gesundheitskurse und Fortbildungen

54010 (neu)	**051**	**Dienstleistungen**	**90.000**	**90.000**		

Digitalisierung von Familienakten

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**82.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.975,49**
67102	**051**	**Ersatz von Barauslagen**	**510.000**	**510.000**	**680.000**	**509.221,31**

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen nach KV 701 - 716 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher in PKH- und Landessachen. Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 11101 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Gesamtausgaben	**33.268.200**	**34.088.900**	**32.911.400**	**32.608.573,65**
Prozentuale Veränderung	**1,1 %**	**2,5 %**		

Abschluss Kapitel 0626

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**24.010.400**	**24.010.400**	**23.952.000**	**24.008.144,09**
	Gesamteinnahmen	**24.010.400**	**24.010.400**	**23.952.000**	**24.008.144,09**
411-462	**Personalausgaben**	**18.191.300**	**18.912.000**	**17.946.100**	**17.563.357,11**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**14.566.900**	**14.666.900**	**14.285.300**	**14.535.995,23**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**510.000**	**510.000**	**680.000**	**509.221,31**
	Gesamtausgaben	**33.268.200**	**34.088.900**	**32.911.400**	**32.608.573,65**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-9.257.800**	**-10.078.500**	**-8.959.400**	**-8.600.429,56**

Amtsgericht Spandau

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Spandau ist für den Bezirk Spandau zuständig. Es entscheidet in zivilrechtlichen Streitigkeiten erster Instanz und nimmt zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr. Außerdem sind hier die Aufgaben der Kosteneinziehungsstelle der Justiz konzentriert.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	17	6	24	4	26	4
Relativer Anteil	74 %	26 %	86 %	14 %	87 %	13 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	144	44	134	50	150	48
Relativer Anteil	77 %	23 %	73 %	27 %	76 %	24 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	72.492,50 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	58.892,31 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	51.431,46 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	54.683,27 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2.1. Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Amtsgericht Spandau

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**8.550.000**	**8.550.000**	**8.200.000**	**8.548.434,72**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**648,14**
11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**3.500**	**3.500**	**2.000**	**3.454,54**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**63.631,22**
11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**42.800**	**42.800**	**40.000**	**42.735,46**
		Gesamteinnahmen	**8.598.300**	**8.598.300**	**8.244.000**	**8.658.904,08**
		Prozentuale Veränderung	**4,3 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**7.166.000**	**7.452.000**	**6.437.000**	**6.875.178,98**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 26, 26 (26) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**1.537.000**	**1.598.000**	**1.449.000**	**1.463.757,70**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.157.000**	**3.283.000**	**3.132.000**	**3.082.431,23**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**32.800**	**35.000**	**—**	**—**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**351.000**	**362.000**	**317.000**	**330.934,06**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**13.800**	**14.000**	**15.800**	**13.598,61**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**550.000**	**550.000**	**550.000**	**534.774,55**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	53.000 €	48.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	20.000 €	25.000 €
3. Postgebühren	475.000 €	475.000 €
4. GEZ	2.000 €	2.000 €
	550.000 €	550.000 €

51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**37.500**	**37.500**	**37.500**	**34.875,81**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

Amtsgericht Spandau

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**368.000**	**375.000**	**360.000**	**429.955,75**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Altstädter Ring 7

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**689.000**	**689.000**	**689.000**	**688.944,48**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Altstädter Ring 7

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**13.800**	**13.800**	**13.800**	**—**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**7.138.000**	**7.138.000**	**6.900.000**	**7.137.038,18**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil- und Unterbringungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer sowie Verfahrenspflegschaften

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	570.000 €	500.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	730.000 €	650.000 €
3. Prozesskostenhilfe	35.000 €	70.000 €
4. Beratungshilfe	65.000 €	200.000 €
5. ehrenamtliche Betreuer	360.000 €	400.000 €
6. Berufsbetreuer	5.300.000 €	5.000.000 €
7. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	78.000 €	80.000 €
	7.138.000 €	6.900.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt. Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**18.100**	**18.100**	**18.100**	**6.772,45**

Ausweitung der Angebote des Betrieblichen Gesundheitsmanagements

54038	**051**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**49.000**	**49.000**	**70.000**	**48.784,33**

Entgeltleistungen für die Führung der Konten bei der Kosteneinziehungsstelle der Justiz (KEJ)

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**46.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**3.470,58**
67102	**051**	**Ersatz von Barauslagen**	**530.000**	**530.000**	**635.000**	**528.096,99**

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen nach KV 701 - 713 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher in PKH- und Landessachen. Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 11101 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Gesamtausgaben	**21.659.000**	**22.197.400**	**20.632.200**	**21.178.613,70**
Prozentuale Veränderung	**5,0 %**	**2,5 %**		

Amtsgericht Spandau

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0627				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	8.598.300	8.598.300	8.244.000	8.658.904,08
		Gesamteinnahmen	8.598.300	8.598.300	8.244.000	8.658.904,08
411-462		Personalausgaben	12.257.600	12.744.000	11.350.800	11.765.900,58
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	8.871.400	8.923.400	8.646.400	8.884.616,13
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	530.000	530.000	635.000	528.096,99
		Gesamtausgaben	21.659.000	22.197.400	20.632.200	21.178.613,70
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-13.060.700	-13.599.100	-12.388.200	-12.519.709,62

Amtsgericht Kreuzberg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Kreuzberg ist für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sowie den ehemaligen Bezirk Tempelhof zuständig. Es entscheidet in zivilrechtlichen Streitigkeiten erster Instanz und nimmt daneben zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr. Ferner ist das Amtsgericht Kreuzberg Familiengericht für den eigenen Zuständigkeitsbereich sowie für die Bezirke der Amtsgerichte Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln und Spandau. Mit Wirkung zum 1. August 2021 trägt das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg die Bezeichnung Amtsgericht Kreuzberg, § 3 Abs. 1 Satz 1.Nr. 3 JustG.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	15	8	16	5	18	6
Relativer Anteil	65 %	35 %	76 %	24 %	75 %	25 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	302	71	292	71	278	89
Relativer Anteil	81 %	19 %	80 %	20 %	76 %	24 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	83.221,67 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	67.431,67 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	54.000,93 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	59.083,20 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2.1. Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen, insbesondere der Laufbahngruppe 1,1.

Amtsgericht Kreuzberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**25.330.000**	**25.330.000**	**24.700.000**	**25.334.612,97**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**400.000**	**400.000**	**400.000**	**467.875,29**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**100.000**	**100.000**	**70.000**	**138.152,90**

Rückzahlungen, insbesondere von Beratungshilfe, wenn die Rechtsanwaltsgebühren vom Prozessgegner zu tragen sind sowie von Betreuervergütungen, wenn diese aus dem Vermögen des/der Betreuten ersetzt werden müssen

Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**627,28**
		Gesamteinnahmen	**25.833.000**	**25.833.000**	**25.173.000**	**25.941.268,44**
		Prozentuale Veränderung	**2,6 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**10.965.000**	**11.403.000**	**10.654.000**	**10.690.191,77**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 42, 42 (42) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**6.332.000**	**6.585.000**	**6.135.000**	**5.999.013,53**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.839.000**	**5.033.000**	**5.150.000**	**4.962.630,90**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.400**	**4.000**	**13.900**	**64.854,33**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**930.000**	**958.000**	**729.000**	**877.160,18**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**20.500**	**21.000**	**22.500**	**20.441,44**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**625.000**	**625.000**	**610.000**	**625.734,77**

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	115.000 €	115.000 €	104.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	59.000 €	59.000 €	55.000 €
3. Postgebühren	450.000 €	450.000 €	450.000 €
4. GEZ	1.000 €	1.000 €	1.000 €
	625.000 €	625.000 €	610.000 €

Amtsgericht Kreuzberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**45.000**	**45.000**	**45.000**	**13.104,20**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024/2025	2023
Technische Geräte	22.000 €	22.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	17.000 €	17.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	6.000 €	6.000 €
	45.000 €	45.000 €

51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.215.000**	**1.240.000**	**1.191.000**	**1.382.730,74**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Möckernstraße 128 – 130

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**2.224.000**	**2.224.000**	**2.224.000**	**2.223.813,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Möckernstraße 128 – 130

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**25.700**	**25.700**	**25.700**	**—**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**18.000.000**	**18.000.000**	**17.650.000**	**17.991.390,04**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil-, Familien- und Unterbringungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer sowie Verfahrensbeistandschaften

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (ZPO)	1.500.000 €	1.290.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	2.720.000 €	2.720.000 €
3. Prozesskostenhilfe	4.600.000 €	4.600.000 €
4. Beratungshilfe	70.000 €	80.000 €
5. Verfahrensbeistandschaften	2.400.000 €	2.350.000 €
6. ehrenamtliche Betreuer	400.000 €	370.000 €
7. Berufsbetreuer	5.690.000 €	5.550.000 €
8. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	60.000 €	60.000 €
9. Vormünder und Pfleger für Minderjährige	560.000 €	630.000 €
	18.000.000 €	17.650.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt. Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Amtsgericht Kreuzberg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**051**	**Dienstreisen**	**3.000**	**3.000**	**2.000**	**3.061,24**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	22	1	10	4	27	7
Relativ	96%	4%	71%	29%	79%	21%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Amtsgericht Kreuzberg
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**10.000**	**10.000**	**7.600**	**2.307,50**
54010	**051**	**Dienstleistungen**	**145.000**	**145.000**	**130.000**	**127.117,00**

Digitalisierung von Familienakten

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**39.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**6.000**	**6.000**	**5.000**	**6.823,26**

Ausgaben für Schadenersatzleistungen, Kosten für den Geschäfts- und Schulungsbedarf der Personalvertretungen

67102	**051**	**Ersatz von Barauslagen**	**1.320.000**	**1.320.000**	**1.475.000**	**1.318.902,40**

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen nach KV 701 - 713 des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher in PKH- und Landessachen.
Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 11101 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Gesamtausgaben	**46.709.600**	**47.686.700**	**46.070.700**	**46.309.276,30**
Prozentuale Veränderung	**1,4 %**	**2,1 %**		

Abschluss Kapitel 0628

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**25.833.000**	**25.833.000**	**25.173.000**	**25.941.268,44**
	Gesamteinnahmen	**25.833.000**	**25.833.000**	**25.173.000**	**25.941.268,44**
411-462	**Personalausgaben**	**23.089.900**	**24.004.000**	**22.704.400**	**22.614.292,15**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**22.299.700**	**22.362.700**	**21.891.300**	**22.376.081,75**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.320.000**	**1.320.000**	**1.475.000**	**1.318.902,40**
	Gesamtausgaben	**46.709.600**	**47.686.700**	**46.070.700**	**46.309.276,30**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-20.876.600**	**-21.853.700**	**-20.897.700**	**-20.368.007,86**

Amtsgericht Tiergarten

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Tiergarten ist für alle Strafsachen im Bereich der Berliner Amtsgerichte zuständig. Außerdem sind hier die Aufgaben der Hinterlegungsstelle konzentriert.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	22	21	23	16	23	20
Relativer Anteil	51 %	49 %	59 %	41 %	53 %	47 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	519	350	516	354	517	359
Relativer Anteil	60 %	40 %	59 %	41 %	59 %	41 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	78.005,50 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	78.137,39 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	51.011,31 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	54.954,95 €

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen, insbesondere der Laufbahngruppe 1,1. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern.

Amtsgericht Tiergarten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	051	Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)	5.440.000	5.440.000	5.100.000	5.438.887,46

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Justizverwaltungskostenordnung sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11903	051	Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen	18.800	18.800	5.000	18.726,73
11912	051	Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe	1.000	1.000	1.000	—

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist, sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11923	051	Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	136.000	136.000	30.000	136.150,47
11930	051	Hinterlegungen	4.000.000	4.000.000	9.000.000	446.877,84
11934	051	Rückzahlungen überzahlter Beträge	11.300	11.300	15.000	11.317,76
11979	051	Verschiedene Einnahmen	4.000	4.000	20.000	3.965,41
11981	051	Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen	14.400	14.400	15.000	14.386,00

Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterialien und von Asservaten sowie aus der Verwertung unbrauchbarer Geräte

		Gesamteinnahmen	9.625.500	9.625.500	14.186.000	6.070.311,67
		Prozentuale Veränderung	-32,1 %	—		
		Ausgaben				
41201	051	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	265.000	265.000	246.000	264.018,28
42201	051	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	22.255.000	23.145.000	21.461.000	21.699.599,20
42202	051	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	16.216.000	16.864.000	15.165.000	14.941.730,42
42801	051	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	10.246.000	10.656.000	9.667.000	9.662.993,41
42811	051	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	144.000	150.000	132.000	139.248,72
44100	051	Beihilfen für Dienstkräfte	2.075.000	2.138.000	1.777.000	1.957.324,73
44379	051	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	42.800	43.000	51.700	41.907,23
45300	051	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen	1.000	1.000	1.000	—

Amtsgericht Tiergarten

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**1.800.000**	**1.800.000**	**1.666.000**	**1.820.384,59**

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	209.000 €	209.000 €	206.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	185.000 €	185.000 €	185.000 €
3. Postgebühren	1.400.000 €	1.400.000 €	1.270.000 €
4. GEZ	6.000 €	6.000 €	5.000 €
	1.800.000 €	1.800.000 €	1.666.000 €

51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**107.000**	**107.000**	**107.000**	**82.276,55**

Neu-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen sowie Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen.

	2024	2025	2023
Technische Geräte	50.000 €	50.000 €	30.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	47.000 €	47.000 €	67.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	10.000 €	10.000 €	10.000 €
	107.000 €	107.000 €	107.000 €

51408	**051**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**14.500**	**14.500**	**14.500**	**18.212,12**

Mehr aufgrund Personalzuwachses und in Anpassung an den gestiegenen Bedarf an persönlicher Schutzausrüstung

51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**3.489.000**	**3.559.000**	**3.421.000**	**3.080.520,73**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	255.000 €	886.000 €	3.679.000 €

Bewirtschaftungsausgaben für die Dienstgebäude Turmstraße 91 und Kirchstraße 6-7

Angemietete Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Kirchstraße 6-7	938.190 €	956.960 €	919.790 €
Landeseigene Dienstgebäude:			
Turmstraße 91	2.550.480 €	2.601.490 €	2.500.470 €
Summe	3.488.670 €	3.558.450 €	3.420.260 €
rd.	3.489.000 €	3.559.000 €	3.421.000 €

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**5.161.000**	**5.226.000**	**5.207.000**	**5.185.592,49**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	444.000 €	1.543.000 €	5.928.000 €

Amtsgericht Tiergarten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Beträge in EURO Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Angemietete Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Kirchstraße 6-7	1.704.790 €	1.769.570 €	1.629.170 €
Landeseigene Dienstgebäude:			
Turmstraße 91	3.456.000 €	3.456.000 €	3.577.720 €
Summe	5.160.790 €	5.225.570 €	5.206.890 €
rd.	5.161.000 €	5.226.000 €	5.207.000 €

Allgemeine Kostensteigerung aufgrund von Indexanpassungen

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.100.000**	**1.100.000**	**300.000**	**228.000,00**

	2024	2025	2023
1. Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen	50.000 €	50.000 €	50.000 €
2. Nutzerspezifische Umbau- und Renovierungsmaßnahmen	50.000 €	50.000 €	30.000 €
3. Fortsetzung ergonomische Saalumbauten und Saalausstattungen	--- €	--- €	200.000 €
4. Wartung Funkanlage	--- €	--- €	20.000 €
5. Fortsetzung Baumaßnahme Ertüchtigung Zufahrt Wilsnacker Str. 3, BA II	500.000 €	500.000 €	--- €
6. Erweiterung elektronisches Schließsystem auf Gebäudeteile B, C, D + E	120.000 €	150.000 €	--- €
7. Erneuerung telefonische Infostelle Kirchstraße	30.000 €	--- €	--- €
8. Modernisierung Sicherheitsportal Wilsnacker Straße 4	300.000 €	300.000 €	--- €
9. Erweiterung Funkanlage um Ortungspunkte und Reichweite	50.000 €	50.000 €	---€
	1.100.000 €	1.100.000 €	300.000 €

52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**19.470.000**	**19.470.000**	**19.300.000**	**19.464.779,62**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen; Ersatz der notwendigen Auslagen von Beschuldigten, die nach der Strafprozessordnung der Staatskasse auferlegt werden; gerichtlich bestellte Verteidiger sowie beigeordnete Rechtsanwältinnen/-anwälte in Strafsachen nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz; Beratungshilfe; Aufwendungen nach dem Zeugenschutzgesetz

	2024/2025	2023
1. Sachverständige und Zeugen (StPO)	7.710.000 €	7.870.000 €
2. Prozesskostenhilfe	340.000 €	300.000 €
3. Pflichtverteidiger	9.122.000 €	8.960.000 €
4. Auslagen des Beschuldigten	2.130.000 €	2.060.000 €
5. Verfahrensbeistände	18.000 €	10.000 €
6. Zeugenschutzgesetz	150.000 €	100.000 €
	19.470.000 €	19.300.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt. Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**2.103,25**

Dienstreisen einschließlich gemeinsamer Tagung der Hausleitung

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	6	3	4	4	7	8
Relativ	64%	33%	50%	50%	47%	53%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Amtsgerichts Tiergarten
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

Amtsgericht Tiergarten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53108 (neu)	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**		

Ausgaben für die Bewirtung überwiegend internationaler Besuchergruppen und Gäste sowie für behördenübergreifende Tagungen.

53202	**051**	**Verzinsung hinterlegter Gelder**	**40.000**	**40.000**	**20.000**	**39.581,20**
54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**30.000**	**30.000**	**24.000**	**5.973,68**
54038	**051**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.032,39**
54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**9.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**8.000**	**8.000**	**2.000**	**14.891,96**
67101	**051**	**Ersatz von Ausgaben**	**56.000**	**56.000**	**54.000**	**53.380,00**

Ersatz von Ausgaben für die Unterhaltung der Rettungsstelle im Kriminalgericht Moabit an das DRK

81279	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**300.000,00**

	2024	2025	2023
Erneuerung/Anpassung Überfallmeldeanlage an Sicherheitsrahmenkonzept inkl. Videoüberwachung Campus Moabit.....	300.000 €	300.000 €	--- €
Erneuerung Lüftungsanlage der IT-Stelle.....	--- €	--- €	300.000 €
	300.000 €	300.000 €	300.000 €

Gesamtausgaben	**82.830.300**	**84.990.500**	**78.925.200**	**79.003.550,57**
Prozentuale Veränderung	**4,9 %**	**2,6 %**		

Abschluss Kapitel 0630

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**9.625.500**	**9.625.500**	**14.186.000**	**6.070.311,67**
	Gesamteinnahmen	**9.625.500**	**9.625.500**	**14.186.000**	**6.070.311,67**
411-462	**Personalausgaben**	**51.244.800**	**53.262.000**	**48.500.700**	**48.706.821,99**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**31.229.500**	**31.372.500**	**30.070.500**	**29.943.348,58**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**56.000**	**56.000**	**54.000**	**53.380,00**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**300.000,00**
	Gesamtausgaben	**82.830.300**	**84.990.500**	**78.925.200**	**79.003.550,57**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-73.204.800**	**-75.365.000**	**-64.739.200**	**-72.933.238,90**

Amtsgericht Tiergarten

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001175 Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch die ordentliche Gerichtsbarkeit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	118.376.392	113.038.656	+4,72
Kostenträger	57	Sachkosten	155.205.476	151.283.756	+2,59
davon		Transferkosten	7.620.976	7.767.595	-1,89
Produkte	57	Verrechnungskosten	44.131.180	40.925.348	+7,83
MGF	0	kalkulatorische Kosten	28.383.716	26.076.270	+8,85
Projekte	0	Gemeinkosten	166.632.931	153.927.845	+8,25
		Summe Verwaltungskosten	520.350.671	493.019.471	+5,54
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	520.350.671	493.019.471	+5,54

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruches durch die ordentliche Gerichtsbarkeit“: Die entstehenden Kosten werden hier leistungsstrangbezogen und behördenübergreifend gebündelt. Dies bezieht sich auf die Kosten beim Kammergericht, beim Landgericht und allen elf Amtsgerichten (Kapitel 0619 bis 0632). Dementsprechend sind die Kostenträger des Kammergerichts beim Kapitel 0615, die des Landgerichts beim Kapitel 0616, die aller Amtsgerichte beim Kapitel 0619 (AG Charlottenburg) und teilweise beim Kapitel 0630 (AG Tiergarten) ausgewiesen.

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Bislang werden die Personalkosten des richterlichen Personals im Bereich der Rechtspflege nicht gebucht.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005512	2022	71.961.001	0	71.961.001
Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch das Amtsgericht Tiergarten	2021	70.401.922	0	70.401.922

In dieser Kostenträgergruppe existieren neun externe Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79637	2022	13.561.629	0	13.561.629
Jugendstrafsachen (inkl. Jugendschutzsachen, ohne Bußgeldverfahren) (AG Tiergarten)	2021	13.470.540	0	13.470.540

Amtsgericht Tiergarten

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	8.287	7.828
Kosten je ME in €	1.636,49	1.720,82
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,61	2,73
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	939.317,67	842.549,12
IST - Erträge in €	707.077,46	61.829,45
Kostendeckungsgrad in %	5,21	0,46

Verfahren vor dem Jugendrichter
- Strafsachen - allgemein
- BTM-Sachen
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung
- Vollstreckungssachen

Verfahren vor dem Jugendschöffengericht
- Strafsachen - allgemein
- BTM-Sachen
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung
- Vollstreckungssachen

Jugendschutzsachen

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80318	2022	34.576.776	0	34.576.776
Strafsachen Strafrichter (AG Tiergarten)	2021	33.939.382	0	33.939.382

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	22.511	24.360
Kosten je ME in €	1.535,99	1.393,24
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	6,64	6,88
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	569.994,94	-512,00
Kostendeckungsgrad in %	1,65	-0,00

Verfahren vor dem Strafrichter (Beschleunigte Verfahren, Anträge auf Erlass eines Strafbefehls, Strafsachen -allgemein, Organisierte Kriminalität-Verfahren, BTM-Sachen, Jugendschutzsachen, Umweltschutzsachen, Wirtschaftsstrafsachen, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Privatklagen)

Ohne Jugendstrafsachen und Bußgeldverfahren

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80319	2022	11.209.689	0	11.209.689
Strafsachen Schöffengericht (AG Tiergarten)	2021	10.555.702	0	10.555.702

Amtsgericht Tiergarten

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	1.868	1.940
Kosten je ME in €	6.000,90	5.441,08
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,15	2,14
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	570.476,99	0,00
Kostendeckungsgrad in %	5,09	0,00

Verfahren vor dem Schöffengericht (Strafsachen - allgemein, Organisierte Kriminalität-Verfahren, BTM-Sachen, Jugendschutzsachen, Umweltschutzsachen, Wirtschaftsstrafsachen, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Privatklagen)

Verfahren vor dem erweiterten Schöffengericht (Strafsachen - allgemein, Organisierte Kriminalität-Verfahren, BTM-Sachen, Jugendschutzsachen, Umweltschutzsachen, Wirtschaftsstrafsachen, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Privatklagen, jeweils einschl. Rechts- und Amtshilfeverfahren)

OHNE Jugendstrafsachen und Bußgeldverfahren

Amtsgericht Wedding

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Amtsgericht Wedding ist für den Bezirk Reinickendorf und für den ehemaligen Bezirk Wedding zuständig. Es entscheidet in zivilrechtlichen Streitigkeiten erster Instanz und nimmt zahlreiche Aufgaben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit wahr. Das Amtsgericht Wedding ist ferner das Europäische Mahngericht Deutschland und Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg (vgl. auch allgemeine Erläuterung im Kapitel 0632).

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	24	8	20	3	19	3
Relativer Anteil	75 %	25 %	87 %	13 %	86 %	14 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	168	48	177	51	183	56
Relativer Anteil	78 %	22 %	78 %	22 %	76 %	24 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	70.276,67 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	60.379,47 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	51.843,75 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	55.942,57 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2. 1. Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) und vergleichbaren Entgeltgruppen, welche sich zudem in höheren Besoldungsgruppen befinden. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2, 1. sowie 2.2. Einstiegsamt. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern.

Amtsgericht Wedding

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**12.430.000**	**12.430.000**	**13.000.000**	**12.426.054,99**

Gebühren und Auslagen werden nach dem Gerichtskostengesetz, dem Gerichts- und Notarkostengesetz, der Justizverwaltungskostenordnung, dem Gerichtsvollzieherkostengesetz sowie nach weiteren in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Einzelkostenbestimmungen erhoben

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**3.300**	**3.300**	**14.000**	**3.257,78**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.
Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11934	**051**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**26.914,68**
23211	**051**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**21.169,68**

Ausgleichszahlungen der Länder für das Europäische Mahnverfahren gemäß Verwaltungsvereinbarung

Gesamteinnahmen	**12.444.300**	**12.444.300**	**13.025.000**	**12.477.397,13**
Prozentuale Veränderung	**-4,5 %**	**—**		
	Ausgaben			
42201 051	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**8.242.000**	**8.572.000**	**8.432.000**	**8.160.782,73**

Besonders auszuweisende Sachverhalte:
Entschädigungen der Gerichtsvollzieher/innen für 41, 41 (41) Beamtinnen/Beamte

42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**2.965.000**	**3.084.000**	**2.482.000**	**2.738.445,92**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.250.000**	**3.380.000**	**3.699.000**	**3.288.972,96**
42811	**051**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.900**	**3.000**	**8.200**	**1.300,00**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**445.000**	**459.000**	**442.000**	**419.494,03**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**11.100**	**13.500**	**11.300**	**10.986,12**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

45300	**051**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**292.000**	**292.000**	**350.000**	**283.491,18**

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	60.900 €	60.900 €	69.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	13.000 €	13.000 €	20.000 €
3. Postgebühren	217.000 €	217.000 €	260.000 €
4. GEZ	1.100 €	1.100 €	1.000 €
	292.000 €	292.000 €	350.000 €

Amtsgericht Wedding

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**16.882,75**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024/2025	2023
Technische Geräte	6.000 €	6.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	10.000 €	10.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	4.000 €	4.000 €
	20.000 €	20.000 €

51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51170	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**588.000**	**600.000**	**576.000**	**695.409,34**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Brunnenplatz 1

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.131.000**	**1.131.000**	**1.131.000**	**1.130.336,28**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Brunnenplatz 1

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**76.300**	**76.300**	**76.300**	**101.338,43**

	2024/2025	2023
Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen	17.300 €	17.300 €
Nutzerspezifische Umbaumaßnahmen	29.000 €	19.000 €
Fortsetzung Renovierungsmaßnahmen Sitzungssäle/Büros	--- €	10.000 €
Fortsetzung Außenverschattung	30.000 €	30.000 €
	76.300 €	76.300 €

Amtsgericht Wedding

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**13.080.000**	**13.080.000**	**12.600.000**	**13.076.763,55**

Auslagen nach dem Justizvergütungs- und -Entschädigungsgesetz, Bekanntmachungskosten, Ausgaben für Übersetzungen in Justizverwaltungssachen, Ausgaben für im Rahmen der Prozesskostenhilfe beigeordnete Prozess- und Verfahrensbevollmächtigte in Zivil- und Unterbringungssachen, Beratungshilfe, Aufwendungen nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz, Haftpflichtversicherung für Betreuer/innen sowie Insolvenzverwalter-/Treuhändervergütung in Verbraucherinsolvenzverfahren

	2024/2025	2023
1. Sachverständige, Zeugen (ZPO), Treuhänder (InsO)	1.000.000 €	650.000 €
2. Sachverständige und Zeugen (FamFG)	1.200.000 €	1.200.000 €
3. Prozesskostenhilfe	90.000 €	100.000 €
4. Beratungshilfe	80.000 €	100.000 €
5. Verfahrensbeistand gemäß § 158 FamFG	3.000 €	1.000 €
6. ehrenamtliche Betreuer	500.000 €	520.000 €
7. Berufsbetreuer	10.100.000 €	9.917.000 €
8. Verfahrenspfleger in Betreuungssachen	105.000 €	110.000 €
9. Vormünder und Pfleger für Minderjährige	2.000 €	2.000 €
	13.080.000 €	12.600.000 €

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei den Titeln 11101 bzw. 11912 vereinnahmt.
Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.950,15**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG), insbesondere im Zusammenhang mit dem Verfahren EUMAV und dienstlich veranlasster Fortbildungen und Tagungen

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	1	0	2	0	5	0
Relativ	100 %	0 %	100 %	0 %	100 %	0%

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Amtsgericht Wedding
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**11.000**	**11.000**	**11.000**	**10.885,13**

Personalentwicklungsmaßnahmen für Führungskräfte, Organisationsentwicklung, Maßnahmen Gesundheitsmanagement

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**36.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.300**	**1.300**	**1.300**	**795,94**
67102	**051**	**Ersatz von Barauslagen**	**830.000**	**830.000**	**1.150.000**	**820.950,44**

Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen nach dem Kostenverzeichnis des Gesetzes über Kosten der Gerichtsvollzieher sowie Ersatz von Auslagen der Gerichtsvollzieher/-innen in PKH- und Landessachen.
Die von den Vollstreckungsbediensteten eingezogenen Auslagen werden beim Titel 11101 vereinnahmt.
Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Amtsgericht Wedding

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**1.715,62**
		Hardwareinstandsetzung und Ersatzbeschaffung für Hardware im Europäischen Mahnverfahren.				
51170	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Datenfernübertragung im Europäischen Mahnverfahren				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**179.000**	**179.000**	**179.000**	**90.048,41**
		Allgemeine Beschaffung von Software sowie Dienstleistungen für den Betrieb des Europäischen Mahnverfahrens				
		Summe Maßnahmegruppe 32	**190.000**	**190.000**	**190.000**	**91.764,03**
		Gesamtausgaben	**31.139.600**	**31.782.100**	**31.184.100**	**30.850.548,98**
		Prozentuale Veränderung	**-0,1 %**	**2,1 %**		
		Abschluss Kapitel 0631				
111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**12.439.300**	**12.439.300**	**13.020.000**	**12.456.227,45**
211-299		**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**21.169,68**
		Gesamteinnahmen	**12.444.300**	**12.444.300**	**13.025.000**	**12.477.397,13**
411-462		**Personalausgaben**	**14.917.000**	**15.512.500**	**15.075.500**	**14.619.981,76**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**15.392.600**	**15.439.600**	**14.958.600**	**15.409.616,78**
611-699		**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**830.000**	**830.000**	**1.150.000**	**820.950,44**
		Gesamtausgaben	**31.139.600**	**31.782.100**	**31.184.100**	**30.850.548,98**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-18.695.300**	**-19.337.800**	**-18.159.100**	**-18.373.151,85**

Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Zentrale Mahngericht Berlin-Brandenburg ist organisatorischer Teil des Amtsgerichts Wedding und konzentriert die Bearbeitung von Mahnverfahren für das Land Berlin und das Land Brandenburg bei einem Amtsgericht. Die Einnahmen und Ausgaben des Zentralen Mahngerichts werden aus Gründen der Transparenz in einem eigenständigen Kapitel veranschlagt.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	6	1	5	2	4	3
Relativer Anteil	86 %	14 %	71 %	29 %	57 %	43 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	43	15	45	14	47	16
Relativer Anteil	74 %	26 %	76 %	24 %	75 %	25 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	42.720,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	57.875,00 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	58.580,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	47.603,40 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2. 1. Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 1. 2. Einstiegsamt (ehem. mittlerer Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11101	**051**	**Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)**	**26.960.000**	**26.960.000**	**20.400.000**	**26.955.055,60**

Anteil des Landes Berlin an den bereinigten Einnahmen des Mahngerichts (Gebühren und Auslagen) nach Durchführung des nach Art. 4 und Art. 5 des Staatsvertrages vorgesehenen Verrechnungsverfahrens

Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
23211	**051**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**520.000**	**520.000**	**650.000**	**480.000,00**

Ausgleichszahlungen des Landes Brandenburg für das Zentrale Mahnverfahren gemäß Staatsvertrag

		Gesamteinnahmen	**27.482.000**	**27.482.000**	**21.052.000**	**27.435.055,60**
		Prozentuale Veränderung	**30,5 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.604.000**	**1.669.000**	**1.535.000**	**1.572.862,45**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.825.000**	**1.898.000**	**1.888.000**	**1.721.914,87**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**126.000**	**130.000**	**52.200**	**118.232,51**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**4.400**	**5.500**	**4.000**	**4.314,14**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**3.600.000**	**3.600.000**	**3.100.000**	**3.656.198,02**

	2024	2025	2023
1. Geschäftsbedarf	19.900 €	19.900 €	35.900 €
2. Bücher, Zeitschriften	1.000 €	1.000 €	1.000 €
3. Postgebühren	3.578.000 €	3.578.000 €	3.062.000 €
4. GEZ	1.100 €	1.100 €	1.100 €
	3.600.000 €	3.600.000 €	3.100.000 €

Mehr in Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**19.700**	**19.700**	**19.700**	**8.632,59**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen

	2024/2025	2023
Technische Geräte	1.900 €	1.900 €
Büroeinrichtungsgegenstände	16.900 €	16.900 €
Reparatur- und Serviceleistungen	900 €	900 €
	19.700 €	19.700 €

51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51170	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**255.000**	**261.000**	**250.000**	**261.571,24**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Schönstedtstraße 5

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**369.000**	**369.000**	**352.000**	**368.607,36**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Schönstedtstraße 5

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**14.000**	**14.000**	**22.300**	**36.310,00**

	2024/2025	2023
Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen	4.000 €	12.300 €
Außenverschattung und sonstige Umbaumaßnahmen	10.000 €	10.000 €
	14.000 €	22.300 €

52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**20.000**	**20.000**	**35.000**	**18.387,82**

Soweit die Ausgaben nach dem Kostenrecht einziehungsfähig sind, werden sie bei Titel 11101 und 11912 vereinnahmt

52703	**051**	**Dienstreisen**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**640,05**

Länderübergreifende Arbeitstreffen im Bereich des Mahngerichts (AUMAV), insbesondere Dienstreisen aus Anlass der Projektierung und Fortbildung

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	1	1	2	0	0	1
Relativ	50 %	50 %	100 %	0 %	0 %	100 %

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des zentralen Mahngericht Berlin - Brandenburg
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**6.400**	**6.400**	**6.400**	**6.232,93**

Personalentwicklungsmaßnahmen für Führungskräfte, Organisationsentwicklung, Maßnahmen Gesundheitsmanagement

Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**77,96**
81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-abhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**81,10**

Druck- und Kuvertierbetrieb erfolgt in einem Rechen- und Druckzentrum

51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**17.000**	**17.000**	**17.000**	**16.401,29**

Hardwareinstandsetzung und Ersatzbeschaffungen für Datenbankserver und Hochleistungsscanner am Standort

51170	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**766,32**

Datenleitungen zum Rechenzentrum

51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.350.000**	**1.400.000**	**1.225.000**	**1.200.000,00**

	2024	2025	2023
Pflegeverträge für das Automatisierte Mahnverfahren	225.000 €	225.000 €	225.000 €
Dienstverträge für die Rechenzentren	314.000 €	397.000 €	225.000 €
Dienstverträge über den Druckoutput	400.000 €	400.000 €	400.000 €
Software-Pflegeverträge	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Allgemeine Beschaffung von Software und Dienstleistungen	60.000 €	60.000 €	60.000 €
Kosten im Länderverbund: Umstrukturierung/ Ertüchtigung zum ERV	175.000 €	175.000 €	175.000 €
Dienstverträge für Dokumentenmanagementsystem im ERV	40.000 €	40.000 €	40.000 €
Pflegekosten für Redesign des Online-Mahnantrags	3.000 €	3.000 €	--- €
Entwicklungskosten im Länderverbund für Redesign des Online-Mahnantrags	33.000 €	--- €	--- €
	1.350.000 €	1.400.000 €	1.225.000 €

52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.601,58**

Zur Absicherung des Grundbetriebes erforderliche Fortbildungsmaßnahmen im Bereich Großrechnertechnik und virtuelle Technik

81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**80.000,00**

Fachverfahren AUMAV – Ersatz, Anpassung und Erweiterung der IKT-Infrastruktur

Summe Maßnahmegruppe 32	**1.454.000**	**1.504.000**	**1.329.000**	**1.300.850,29**
Gesamtausgaben	**9.302.000**	**9.501.100**	**8.598.100**	**9.074.832,23**
Prozentuale Veränderung	**8,2 %**	**2,1 %**		

Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0632				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	26.962.000	26.962.000	20.402.000	26.955.055,60
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	520.000	520.000	650.000	480.000,00
		Gesamteinnahmen	27.482.000	27.482.000	21.052.000	27.435.055,60
411-462		Personalausgaben	3.559.400	3.702.500	3.479.200	3.417.323,97
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.662.600	5.718.600	5.038.900	5.577.508,26
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	80.000	80.000	80.000	80.000,00
		Gesamtausgaben	9.302.000	9.501.100	8.598.100	9.074.832,23
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	18.180.000	17.980.900	12.453.900	18.360.223,37

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Oberverwaltungsgericht ist Berufungs- und Beschwerdeinstanz für die Verwaltungsgerichte Berlin, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	4	4	3	5	3	5
Relativer Anteil	50 %	50 %	37 %	63 %	37 %	63 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	32	38	37	38	38	35
Relativer Anteil	46 %	54 %	49 %	51 %	52 %	48 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	78.864,00 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	81.003,33 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	80.812,57 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	67.487,89 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungsgruppen der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 1. 2. Einstiegsamt (ehem. mittlerer Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11109	**051**	**Gerichtskosten**	**900.000**	**900.000**	**900.000**	**894.124,55**

Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) für Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach dem Gerichtskostengesetz (§ 1 Nr. 2 GKG).

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**213,02**

U. a. Schadenersatzleistungen, Rückzahlung überzahlter Bezüge.

23211	**051**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**2.400.000**	**2.400.000**	**1.800.000**	**2.178.411,94**

Ausgleichszahlungen des Landes Brandenburg für das gemeinsame Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

		Gesamteinnahmen	**3.302.000**	**3.302.000**	**2.702.000**	**3.072.749,51**
		Prozentuale Veränderung	**22,2 %**			
		Ausgaben				
41201	**051**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**14.900**	**14.900**	**10.100**	**14.829,98**

Entschädigungen an ehrenamtliche Richter/innen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG).

42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.068.000**	**1.111.000**	**907.000**	**987.660,55**
42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**4.065.000**	**4.228.000**	**3.730.000**	**3.555.501,87**
42722	**051**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.369.000**	**1.424.000**	**1.367.000**	**1.308.792,86**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**355.000**	**366.000**	**240.000**	**334.464,16**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**7.100**	**8.000**	**6.500**	**7.081,97**

Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung sowie Sicherheitsmaßnahmen und Untersuchungen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht. Vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

45300	**051**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**124.000**	**124.000**	**124.000**	**123.238,06**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	22.200 €	22.200 €	27.800 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024	2025	2023
1. Allgemeiner Geschäftsbedarf	11.000 €	11.000 €	10.100 €
2. Vervielfältigungen	22.200 €	22.200 €	22.200 €
3. Postgebühren	8.000 €	8.000 €	11.000 €
4. Bücher, Zeitschriften, Loseblattsammlungen	72.100 €	72.100 €	70.000 €
5. Datenbank Asylfact	7.200 €	7.200 €	7.200 €
6. GEZ-Gebühren	1.100 €	1.100 €	1.100 €
7. Lizenzkosten für das Portal HTK-AusIR	900 €	900 €	900 €
8. Lizenzkosten NVM Toolbox	1.500 €	1.500 €	1.500 €
	124.000 €	124.000 €	124.000 €

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51114	**051**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**19.855,34**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen. Ausstattung von Büroräumen und Ersatzbeschaffung Mobiliar für Konferenzraum.

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**051**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**4.500**	**4.500**	**5.200**	**1.909,68**

Kosten für die Unterhaltung eines Dienstfahrzeugs.

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**492.000**	**502.000**	**482.000**	**595.421,48**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Hardenbergstraße 31

51802	**051**	**Mieten für Fahrzeuge**	**3.900**	**3.900**	**3.900**	**2.915,89**

Leasingrate für ein Dienstfahrzeug, Kosten für Rückgabe und Überführung sowie Ausgaben für die Inanspruchnahme externer Dienstleister.

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.058.000**	**1.058.000**	**1.042.000**	**1.041.353,88**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Hardenbergstraße 31

51921	**051**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**55.000**	**55.000**	**55.000**	**92.523,84**

Instandhaltung, Wartung, Erneuerung und Ersatzbeschaffung von nutzerspezifischen Anlagen und Einrichtungen im landeseigenen Dienstgebäude Hardenbergstraße 31

	2024	2025
1. Reparatur und Erneuerung Lichtschutzlamellen	5.000 €	5.000 €
2. Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen sowie bauliche Anpassungen	20.000 €	20.000 €
3. Wartungsverträge	30.000 €	30.000 €
	55.000 €	55.000 €

52501	**051**	**Aus- und Fortbildung**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.263,16**

Kosten für Schulungsmaßnahmen von Dienstkräften.
Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Gesamtansatz	946,60 €		1.443,40 €		2.263,16 €	
Absolut in €	60,00	886,60	500,40	943,00	835,86	1.427,30
Relativ	6,34%	93,66%	34,67%	65,33%	36,93%	63,07%

Zielgruppe:	Alle Mitarbeitenden
Zielsetzung:	Alle auch kostenpflichtigen Fortbildungen inkl. notwendiger Reisekosten sollen ermöglicht werden, soweit sie von Nutzen für die dienstliche Tätigkeit sind bzw. im Interesse des Landes Berlin liegen.
Steuerungsmaßnahmen:	Förderung von Fortbildungsinteressen

52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**20.000**	**20.000**	**40.000**	**15.455,27**

Auslagen für die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetschern, Übersetzern, Gutachtern; Entschädigung der Zeugen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz; Vergütung an im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordnete Rechtsanwälte (§§ 44 ff. RVG); Erstattung von Kosten, die das Gericht der Staatskasse auferlegt und sonstiger Auslagen aufgrund gesetzlicher Vorschriften.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**1.307,80**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes, insbesondere für die Teilnahme an länderübergreifenden Arbeitstagungen, auch für IT-Angelegenheiten (z. B. GO§A-Fachverfahren, elektronische Gerichtsakte), sowie Dienstreisen in allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten und für die Teilnahme an Tagungen der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberverwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichtshöfe.

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Gesamtansatz	1.013,65 €		725,90 €		1.307,80€	
Absolut in €	161,00	852,65	5,35	722,55	19,4	1.288,4
Relativ	15,88%	84,12%	0,46%	99,54%	1,48%	98,52%

Zielgruppe:	Alle Mitarbeitenden
Zielsetzung:	Alle beantragten Dienstreisen sollen ermöglicht werden, soweit sie von Nutzen für die dienstliche Tätigkeit sind bzw. im Interesse des Landes Berlin liegen.
Steuerungsmaßnahmen:	Förderung von Dienstreiseinteressen; ggf. Beratung und Unterstützung bei der Organisation und Buchung

53108	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.075,59**

Ausgaben für die Betreuung ausländischer Besucher/-gruppen und Gäste, die den rechtlichen Erfahrungsaustausch mit der Verwaltungsgerichtsbarkeit suchen; Kooperationsveranstaltungen mit den Rechtsanwaltskammern Berlin und Brandenburg.

53118	**051**	**Auswärtige Städteverbindungen**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**1.252,63**

Ausgaben im Zusammenhang mit den Partnerschaftsgerichten in Polen und Frankreich, insbesondere für Besuche von Delegationen im Rahmen der Gerichtspartnerschaften.

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	**11.529,02**

Personalmanagement (z. B. externe Beratung für Teamentwicklungsworkshops oder Führungskräfteentwicklung sowie Begleitung bei Geschäftsprozessoptimierungen); Betriebliches Gesundheitsmanagement (z. B. Coaching für gesundheitsorientiertes Führen, Supervision, Gesundheitskurse); Organisationsmanagement (externe Projektbegleitungen, Geschäftsprozessanalysen bzw. -optimierungen).

54053 (neu)	**051**	**Veranstaltungen**		**6.000**		

Flurbereinigungsgerichtstagung 2025 in Berlin

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.795,27**
81240	**051**	**Kommunikation und Datenverarbeitung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81260	**051**	**Kommunikation und Datenverarbeitung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
81289	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Menge	Istausgaben MG 31 2022 in €	Max. Veranschlagung in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.140	194	330.743,68	221.160	511.500	496.000
Fremdleistung IT	1.790	---	---	---	---	---
Summe IT	---	194	330.743,68	221.160	511.500	496.000
Eigenleistung TK	220	---	---	---	---	---
Fremdleistung TK ITDZ	280	106	24.109,79	29.680	30.000	39.000
Summe TK	---	106	24.109,79	29.680	30.000	39.000
Gesamt	---	---	354.853,47	250.840	541.500	535.000

Die Überschreitung des max. Veranschlagungswerts wird durch eine entsprechende Unterschreitung in anderen Kapiteln des Einzelplans 06 ausgeglichen.

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.272,91**

Ausgaben für Druckerverbrauchsmaterialien.

51114	**051**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**7.500**	**7.500**	**7.500**	**61.755,40**

Wartung, Reparatur und Ersatzbeschaffung zum Erhalt bestehender IT-Infrastruktur.

51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**23.500**	**23.000**	**50.000**	**47.553,05**

Vertragsleistungen des ITDZ für Übertragungskosten (MAN-Anschluss).
Weniger wegen Campuslösung OVG/AG Charlottenburg (Handelsregister).

51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**121.000**	**140.000**	**450.000**	**106.514,29**

Verpflichtungsermächtigung	**195.000**	**—**
Davon fällig 2025	**39.000**	
Davon fällig 2026	**39.000**	**—**
Davon fällig 2027	**39.000**	**—**
Davon fällig 2028	**39.000**	**—**
Davon fällig 2029	**39.000**	**—**

	2024	2025	2023
1. Vertragsleistungen Support/Backup	7.000 €	7.000 €	5.000 €
2. Anpassung des IT-Sicherheitskonzepts	6.000 €	6.000 €	25.000 €
3. Vertragsleistungen ITDZ für mobile Netzzugänge (DME)	3.800 €	3.800 €	3.800 €
4. Vertragsleistungen ITDZ für Elektronische Postzugänge	4.300 €	4.300 €	4.300 €
5. Vertragsleistungen ITDZ für EA Microsoft	15.000 €	25.000 €	54.000 €
6. Verinice Pro Softwarelizenz und Nutzungsrecht	2.000 €	2.000 €	5.000 €
7. Anwendungsvirtualisierung für mobiles Arbeiten	--- €	--- €	1.500 €
8. Vertragsleistung Safe Surfer	5.000 €	5.000 €	4.000 €
9. Wartungsvertrag für Inventarisierungssoftware	2.000 €	2.000 €	2.000 €
10. Wartungsvertrag für zentralen FAX-Server	1.500 €	1.500 €	1.000 €

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	2024	2025	2023
11. Wartungsvertrag für Alarmierungssoftware	1.500 €	1.500 €	1.000 €
12. Jährliches Lizenz- und Nutzungsrecht für vorhandene Antivirenlösung	10.000 €	10.000 €	6.000 €
13. Geschützte Datenkommunikation zum Gericht	8.000 €	8.000 €	25.000 €
14. Wartungsvertrag und Nutzungsrecht für das zentrale Firewallsystem	3.000 €	3.000 €	2.000 €
15. Wartungsvertag für SINA-Systemtechnik	8.000 €	8.000 €	6.000 €
16. Wartungs- und Servicevertrag für systemkritische Anwendungen	--- €	--- €	90.000 €
17. Softwarepflegekosten für ECOS-Remotelösung	--- €	--- €	7.000 €
18. Anpassung und Erweiterung des Notfallkonzepts	6.000 €	6.000 €	24.000 €
19. Situationsanalyse und Beratungsleistungen für IT-Organisation	--- €	--- €	150.000 €
	87.300 €	97.300 €	416.600 €
20. Telefongesprächsgebühren	3.700 €	3.700 €	3.400 €
21. Telefonanlage einschl. Nebenstellen (Leistungen des ITDZ)	30.000 €	39.000 €	30.000 €
	121.000 €	140.000 €	450.000 €

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für den Abschluss eines neuen Vertrages für die Bereitstellung und Nutzung von Telekommunikationstechnik mit dem IDTZ über eine voraussichtliche Laufzeit von 10 Jahren.

51921	**051**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**5.377,70**

Aus- und Fortbildung von Dienstkräften für die Nutzung dienstlich zur Verfügung gestellter IT, z. B. digitaler Diktiergeräte, Spracherkennungs- und Office-Software; spezielle IT-Administrationsschulungen; Schulungen zur IT-Sicherheit.

81260	**051**	**Kommunikation und Datenverarbeitung**	**200.000**	**70.000**	**50.000**	**13.399,82**

	2024	2025
1. Erweiterung Virtualisierung auf Enterprise	60.000 €	--- €
2. Aktualisierung Systemsoftware	100.000 €	--- €
3. Erneuerung Spracherkennung Diktat-Workflow	20.000 €	--- €
4. Erneuerung Suchmaschine iFinder	20.000 €	--- €
5. Erneuerung Sicherheitsgateways und Verschlüsselungsanwendung	--- €	40.000 €
6. Aktualisierung Betriebssystem-Lizenzen	--- €	30.000 €
	200.000 €	70.000 €

81289	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**180.000**	**285.000**	**70.000**	**118.980,30**

	2024	2025
1. Teilerneuerung Arbeitsplatzausstattung	30.000 €	--- €
2. Erneuerung Storage	150.000 €	--- €
3. Erneuerung aktiver Netzwerk-Komponenten (LAN-Switche)	--- €	150.000 €
4. Erneuerung mobiler Endgeräte	--- €	135.000 €
	180.000 €	285.000 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**541.500**	**535.000**	**637.000**	**354.853,47**

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.204,03**

Ausgaben für Druckerverbrauchsmaterialien.

51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**18.800**	**2.800**	**2.800**	**886,55**

Wartung, Reparatur und Ersatzbeschaffung bestehender IT-Infrastruktur und Neubeschaffung von Barcodedruckern und Signaturgeräten.

Mehr in 2024 für die Ausstattung von Heimarbeitsplätzen im Rahmen der Einführung der führenden elektronischen Gerichtsakte

51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**127.000**	**127.000**	**92.100**	**140.845,94**

	2024	2025	2023
1. GO§A-Pflegevertrag	15.000 €	15.000 €	13.000 €
2. Weiterentwicklung des Fachverfahrens GO§A	12.000 €	12.000 €	9.400 €
3. GO§A-Pflegevertrag für EGA und eSchreibtisch	11.000 €	11.000 €	10.000 €
4. EDEV (DMS/VBS) Pflegevertrag	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5. EDEV (DMS/VBS) Weiterentwicklung	12.000 €	12.000 €	10.000 €
6. Mobile Netzzugänge (VPN für elektronische Gerichtsakte/EGA)	8.000 €	8.000 €	8.000 €
7. Aktualisierung der Zeiterfassungssoftware	1.000 €	1.000 €	700 €
8. Aktualisierung verfahrensbezogener Sicherheitskonzepte	10.000 €	10.000 €	7.000 €
9. Pflegevertrag Scansoftware (EDEV)	5.000 €	5.000 €	4.000 €
10. Jahresgebühr Signaturkarten	6.000 €	6.000 €	4.000 €
11. Pflege und Wartung PDF-Konvertierungssystem	30.000 €	30.000 €	11.000 €
12. Wartung der Sitzungsaushänge	2.000 €	2.000 €	--- €
	127.000 €	127.000 €	92.100 €

52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**10.000**	**5.331,70**

Aus- und Fortbildung von Dienstkräften für die Fachverfahren GO§A, EGA und eSchreibtisch, EDEV (DMS/VBS); spezielle IT-Administrationsschulungen im Bereich BPMN und GO§A-Formulartechnik.

81240	**051**	**Kommunikation und Datenverarbeitung**	**65.000**	**95.000**	**85.000**	**78.619,88**

	2024	2025
1. Migration der elektronischen Verwaltungsakte und Personalakte auf den neuesten Stand	--- €	30.000 €
2. Weiterentwicklung der elektronischen Gerichtsakte	50.000 €	50.000 €
3. Neue Anforderungen an Barrierefreiheit des Fachverfahrens	15.000 €	15.000 €
	65.000 €	95.000 €

81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**10.000**	**5.000**	**20.000**	**—**

	2024	2025
1. Erneuerung der zentralen Posteingangsscanner	10.000 €	--- €
2. Erneuerung Signaturkartenlesegeräte	--- €	5.000 €
	10.000 €	5.000 €

Summe Maßnahmegruppe 32	**238.800**	**247.800**	**212.900**	**226.888,10**
Gesamtausgaben	**9.468.200**	**9.759.600**	**8.914.100**	**8.703.969,87**
Prozentuale Veränderung	**6,2 %**	**3,1 %**		

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0641				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	902.000	902.000	902.000	894.337,57
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.400.000	2.400.000	1.800.000	2.178.411,94
		Gesamteinnahmen	3.302.000	3.302.000	2.702.000	3.072.749,51
411-462		Personalausgaben	6.881.000	7.153.900	6.262.600	6.208.331,39
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.132.200	2.150.700	2.426.500	2.284.638,48
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	455.000	455.000	225.000	211.000,00
		Gesamtausgaben	9.468.200	9.759.600	8.914.100	8.703.969,87
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-6.166.200	-6.457.600	-6.212.100	-5.631.220,36

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001176 Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	6.480.035	6.121.163	+5,86
Kostenträger	15	Sachkosten	1.586.943	1.298.642	+22,20
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	15	Verrechnungskosten	3.178	6.180	-48,57
MGF	0	kalkulatorische Kosten	1.194.458	1.131.229	+5,59
Projekte	0	Gemeinkosten	12.858.462	12.683.135	+1,38
		Summe Verwaltungskosten	22.123.077	21.240.348	+4,16
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	22.123.077	21.240.348	+4,16

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruches durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit“: Die Kosten dieses Bereichs entsprechenden Ausgaben der Kapitel 0641 (OVG Berlin-Brandenburg) und 0642 (Verwaltungsgericht Berlin).

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Bislang werden die Personalkosten des richterlichen Personals im Bereich der Rechtspflege nicht gebucht

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005513	2022	6.163.123	0	6.163.123
Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch das Oberverwaltungsgericht	2021	5.677.170	0	5.677.170

Die Kosten dieser Gruppe entsprechenden Ausgaben der Kapitel 0641 (OVG Berlin-Brandenburg).

Beim OVG gibt es insgesamt acht externe Produkte in dieser Produktgruppe.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80307	2022	2.471.366	0	2.471.366
Berufungen und Anträge auf Zulassung der Berufung (OVG)	2021	2.297.936	0	2.297.936

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	1.515	1.318
Kosten je ME in €	1.631,26	1.743,50
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	11,17	10,82
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	-1.862,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	-0,08

Zum Produkt gehören ALLE verwaltungsgerichtlichen Berufungsverfahren und Anträge auf Zulassung der Berufung (einschl. Asylverfahren)

Fachspezifische Informationen

ggf. Text

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80308	2022	3.082.265	0	3.082.265
Beschwerden und Verfahren auf Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz (OVG)	2021	2.784.112	0	2.784.112

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	1.275	1.500
Kosten je ME in €	2.417,46	1.856,07
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	13,93	13,11
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Zum Produkt gehören alle Beschwerden und verwaltungsrechtlichen Verfahren zur Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes.

Verwaltungsgericht

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Verwaltungsgericht Berlin ist zuständig für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art, soweit sie nicht durch Gesetz anderen Gerichten zugewiesen sind.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	8	7	8	6	8	6
Relativer Anteil	53 %	47 %	57 %	43 %	57 %	43 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	175	88	182	88	182	88
Relativer Anteil	67 %	33 %	67 %	33 %	67 %	33 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	63.211,67 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	64.098,75 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	78.024,55 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	68.722,09 €

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 1. 2. Einstiegsamt (ehem. mittlerer Dienst), sowie in der Laufbahngruppe 2.1. Einstiegsamt (ehem. gehobener Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen. Zudem besteht ein höherer Anteil männlicher Beschäftigter in höheren Entgelt- bzw. Besoldungsstufen der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Verwaltungsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11109	**051**	**Gerichtskosten**	**2.910.000**	**2.910.000**	**3.200.000**	**2.912.765,01**

Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) werden für Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach dem Gerichtskostengesetz (§ 1 Nr. 2 GKG) erhoben.

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11906	**051**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Entgelte für die private Nutzung von Dienstfernsprechern.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**5.500**	**5.500**	**5.500**	**10.746,79**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen sind.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**2.490,96**

Insbesondere Schadensersatzleistungen und Rückzahlungen überzahlter Beträge.

		Gesamteinnahmen	**2.921.500**	**2.921.500**	**3.211.500**	**2.926.002,76**
		Prozentuale Veränderung	**-9,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201	**051**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**18.300**	**18.300**	**17.000**	**18.222,63**

Die Entschädigungen an ehrenamtliche Richter/innen sind nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) für Zeitversäumnis, Fahrkosten, Aufwand und sonstige Aufwendungen, Nachteile bei der Haushaltsführung sowie Verdienstausfall zu gewähren.

42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.069.000**	**3.191.000**	**2.793.000**	**2.661.466,91**
42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**11.521.000**	**11.981.000**	**10.783.000**	**10.675.946,33**
42722	**051**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.723.000**	**3.872.000**	**3.528.000**	**3.567.813,92**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**630.000**	**649.000**	**717.000**	**593.609,58**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**12.400**	**13.000**	**10.800**	**12.305,67**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

45300	**051**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**285.000**	**285.000**	**285.000**	**241.775,87**

	2024	2025	2023
1. Schreib- und Bürobedarf	66.000 €	66.000 €	65.000 €
2. Vervielfältigungen	30.000 €	30.000 €	29.000 €
3. Bücher, Fachzeitschriften	80.000 €	80.000 €	80.000 €
4. Postgebühren, Postdienstleistungen	86.000 €	86.000 €	110.000 €
5. GEZ	1.000 €	1.000 €	1.000 €
6. Datenbank Asylfacts	15.000 €	15.000 €	--- €
7. Milo	1.000 €	1.000 €	--- €
8. Firmenticket	2.000 €	2.000 €	--- €
9. HTK-AusR	2.500 €	2.500 €	--- €
10. NMV Toolbox	1.500 €	1.500 €	--- €
	285.000 €	285.000 €	285.000 €

Verwaltungsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51114	**051**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**18.200**	**18.200**	**18.200**	**26.329,96**

Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen.

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.024.000**	**1.044.000**	**1.003.000**	**527.439,22**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	278.000 €	967.000 €	4.015.000 €

Bewirtschaftungsausgaben für das angemietete Dienstgebäude Kirchstraße 6 – 7

51802	**051**	**Mieten für Fahrzeuge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Inanspruchnahme externe Dienstleister.

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.803.000**	**1.872.000**	**1.728.000**	**1.705.609,12**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verwaltungsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE Plan 2023	484.000 €	1.684.000 €	6.470.000 €

Miete für das angemietete Dienstgebäude Kirchstraße 6–7

Allgemeine Kostensteigerung aufgrund von Indexanpassungen

51921	**051**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**600.000**	**600.000**	**617.000**	**3.022,96**

Instandhaltung, Wartung, Erneuerung und Ersatzbeschaffung von nutzerspezifischen Anlagen und Einrichtungen

52501	**051**	**Aus- und Fortbildung**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**2.972,30**

Kosten der Schulung von Dienstkräften

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut in €	870,00	830,00	605,70	279,50	2.596,59	375,71
Relativ	52%	48%	68%	32%	87%	13%

Zielgruppe:	Beschäftigte des Verwaltungsgerichts an kostenpflichtigen Fortbildungen
Zielsetzung:	keine
Steuerungsmaßnahmen:	keine

52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.550.000**	**1.550.000**	**1.400.000**	**1.548.958,13**

Auslagen für die Vergütung von Zeugen, Sachverständigen, Gutachtern und Dolmetschern nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz; Vergütung an im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordnete Rechtsanwältinnen/-anwälte (§§ 44 ff. RVG); Erstattung von Kosten, die das Gericht der Staatskasse auferlegt hat und sonstige Auslagen aufgrund gesetzlicher Vorschriften.

Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

52602	**051**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**117,99**

Die Mittel dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**626,30**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) in Verwaltungs- und Rechtssachen sowie Dienstgänge und Dienstreisen zu Fortbildungen.

Verwaltungsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut in €	578,40	573,00	492,00	507,60	185,20	441,10
Relativ	51%	49%	49%	51%	30%	70%

Zielgruppe:	Beschäftigte des Verwaltungsgerichts an kostenpflichtigen Fortbildungen
Zielsetzung:	keine
Steuerungsmaßnahmen:	keine

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**11.000**	**11.000**	**11.000**	**1.114,74**

Personalmanagement (z.B. externe Beratung für Personal- und Organisationsentwicklung, Begleitung Geschäftsprozessoptimierung); Betriebliches Gesundheitsmanagement (z.B. Mitarbeiterbefragung mit Auswertung, Vorsorge/Coaching psychische Belastungen, Gesundheitsworkshops zur Vermeidung/Verringerung krankheitsbedingter Fehlzeiten); Wissensmanagement; Akzeptanzmanagement Einführung e-Akte

54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Steuern und Abgaben nach dem UStG.

54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**7.000**	**7.000**	**6.000**	**17.398,24**

Ausgaben für Schutzkleidung, Hausapotheke, Kontaktpflege, Ausschreibungen und Bekanntmachungen u. a.

81240	**051**	**Kommunikation und Datenverarbeitung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81260	**051**	**Datenverarbeitung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
81279	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**150.000**	**20.000**	**10.000**	**3.887,04**

Erläuterungen 2024

Einbau elektrische Schließanlage Dienstzimmer

Erläuterungen 2025

Ersatzbeschaffung für die Einrichtung der Sitzungssäle (Bestuhlung)

81289	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				

Verwaltungsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Menge	Istausgaben MG 31 2022 in €	Max. Veranschlagung in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.140	433	345.764,57	493.620	829.000	983.000
Fremdleistung IT	1.790	---	---	---	---	---
Summe IT	---	433	345.764,57	493.620	829.000	983.000
Eigenleistung TK	220	--	---	--	---	---
Fremdleistung TK ITDZ	280	328	65.508,79	91.840	60.000	60.000
Summe TK	---	328	65.508,79	91.840	60.000	60.000
Gesamt	---	---	411.273,36	585.460	879.000	1.043.000

Die Überschreitung des max. Veranschlagungswerts wird durch eine entsprechende Unterschreitung in anderen Kapiteln des Einzelplans 06 ausgeglichen.

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**22.500**	**22.500**	**22.500**	**11.596,68**

Ausgaben für Druckerverbrauchsmaterialien, Reinigungsmittel, Datenträger u.ä.

51114	**051**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**27.866,68**

Wartung, Reparatur und Ersatzbeschaffung zum Erhalt bestehender IT-Infrastruktur.

51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**42.000**	**48.000**	**57.000**	**42.000,00**

Vertragsdienstleistungen des ITDZ für Übertragungskosten (MAN-Anschluss).

51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**297.000**	**286.000**	**285.000**	**212.330,89**

	2024	2025
1. Wartungsverträge Fax- und Kommunikationssoftware	5.000 €	5.000 €
2. Anpassung des IT-Sicherheitssystems	8.000 €	5.000 €
3. Vertragsdienstleistungen ITDZ mobile Netzzugänge (DME)	5.000 €	5.000 €
4. Vertragsdienstleistungen ITDZ für EGVP	3.600 €	3.600 €
5. Verinice Pro Server	2.000 €	2.000 €
6. Wartungsverträge Spracherkennung und Diktiernetzwerk	15.000 €	15.000 €
7. Antivirensoftware Subskription	15.000 €	15.000 €
8. CDA-Lösung für mobiles Arbeiten	25.000 €	25.000 €
9. Vertragsdienstleistungen Support/Backup	4.000 €	4.000 €
10. Wartungsvertrag Alarmsoftware	2.000 €	2.000 €
11. Wartungsverträge für Dokumentations- und Managementsoftware	6.000 €	6.000 €
12. Microsoft EA	35.000 €	35.000 €
13. Wartungsvertrag für zentrale Recherche- und Suchlösung	10.000 €	10.000 €
14. Vertragskosten Safe Server	13.000 €	13.000 €
15. Wartungsvertrag und Nutzungsrecht Firewallsystem	4.000 €	4.000 €

Verwaltungsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	2024	2025
16. Pflege und Wartung Konvertierungssystem	25.000 €	22.000 €
17. Wartungsvertrag für SINA-Systemtechnik	8.000 €	8.000 €
18. Pflegekosten ECOS-Remotelösung	10.000 €	10.000 €
19. Wartungsvertrag Inventarisierungssoftware	1.200 €	1.200 €
20. Mobile Netzzugänge (VPN)	20.000 €	20.000 €
21. Aktualisierung der Zeiterfassungssoftware	1.200 €	1.200 €
22. Pflegevertrag Scansoftware und Dokumentenworkflow	4.500 €	4.000 €
23. Wartungsvertrag Scanner	14.000 €	10.000 €
24. Telefonanlage	60.000 €	60.000 €
	296.500 €	286.000 €
	297.000 €	

51921	**051**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**6.668,90**

Aus- und Fortbildung von Beschäftigten für die Nutzung von z.B. digitalen Diktiergeräten, Spracherkennungs- und Officesoftware, spezielle Administratorenschulungen; Schulungen zur IT-Sicherheit.

81260	**051**	**Datenverarbeitung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit**	**296.000**	**130.000**	**65.000**	**26.762,47**

	2024	2025
1. Virtualisierungserweiterung	50.000 €	--- €
2. Aktualisierung Systemsoftware…	50.000 €	--- €
3. Erneuerung Spracherkennung	90.000 €	--- €
4. Erweiterung Suchmaschine iFinder…	40.000 €	--- €
5. Verlängerung Citrix-Umgebung……	66.000 €	--- €
6. Erneuerung Sicherheitsgateways und Verschlüsselungsanwendungen…	--- €	100.000 €
7. Aktualisierung Betriebssystem Lizenzen	--- €	30.000 €
	296.000 €	130.000 €

81289	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**195.000**	**530.000**	**155.000**	**84.047,74**

	2024	2025
1. Teilerneuerung Arbeitsplatzausstattung	25.000 €	--- €
2. Erneuerung Storage……	170.000 €	--- €
2. Erneuerung mobiler Endgeräte	--- €	530.000 €
	195.000 €	530.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**879.000**	**1.043.000**	**611.000**	**411.273,36**

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**74,08**

Ausgaben für Druckerverbrauchsmaterialien, Reinigungsmittel, Datenträger u.ä.

51168	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**60.000**	**60.000**	**8.000**	**6.189,58**

Wartung, Reparatur und Ersatzbeschaffung zum Erhalt bestehender IT-Infrastruktur und Neubeschaffung (Arbeitsplätze für das mobile Arbeiten).

51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**176.000**	**176.000**	**150.000**	**175.226,96**

	2024	2025
1. Go§a Pflegevertrag	35.000 €	35.000 €
2. Weiterentwicklung Fachverfahren Go§a	14.000 €	14.000 €
3. Go§a-Pflegevertrag für EGA-Verwaltung und eSchreibtisch	40.000 €	40.000 €
4. EDEV (DMS/VBS) Pflegevertrag	20.000 €	20.000 €
5. EDEV (DMS/VBS) Weiterentwicklung	12.000 €	12.000 €
6. Aktualisierung verfahrensbezogener Sicherheitskonzepte	20.000 €	20.000 €
7. Jahresgebühr Signaturkarten	25.000 €	25.000 €
8. Wartungsvertrag elektronischer Terminaushang/Sitzungssaalanzeige	10.000 €	10.000 €
	176.000 €	176.000 €

52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**7.826,63**

Aus- und Fortbildung von Beschäftigten für das Fachverfahren GO§A und die Spracherkennung, DMS/VBS-Schulungen sowie Spezial-IT-Administratorenschulungen.

81240	**051**	**Kommunikation und Datenverarbeitung**	**65.000**	**95.000**	**130.000**	**129.683,57**

	2024	2025
1. Migration EDEV	--- €	30.000 €
2. Weiterentwicklung EGA	50.000 €	50.000 €
3. Neue Anforderungen an Barrierefreiheit	15.000 €	15.000 €
	65.000 €	95.000 €

81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**30.000**	**20.000**	**—**	**65.000,00**

	2024	2025
1. Erneuerung Dokumentenscanner	30.000 €	--- €
2. Erneuerung Signaturlesegeräte	--- €	20.000 €
	30.000 €	20.000 €

Summe Maßnahmegruppe 32	**351.000**	**371.000**	**308.000**	**384.000,82**
Gesamtausgaben	**25.666.900**	**26.560.500**	**23.860.000**	**22.403.891,09**
Prozentuale Veränderung	**7,6 %**	**3,5 %**		

Verwaltungsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0642				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2.921.500	2.921.500	3.211.500	2.926.002,76
		Gesamteinnahmen	2.921.500	2.921.500	3.211.500	2.926.002,76
411-462		Personalausgaben	18.975.700	19.726.300	17.849.800	17.529.365,04
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.955.200	6.039.200	5.650.200	4.565.145,23
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	736.000	795.000	360.000	309.380,82
		Gesamtausgaben	25.666.900	26.560.500	23.860.000	22.403.891,09
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-22.745.400	-23.639.000	-20.648.500	-19.477.888,33

Verwaltungsgericht

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001176 Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	6.480.035	6.121.163	+5,86
Kostenträger	15	Sachkosten	1.586.943	1.298.642	+22,20
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	15	Verrechnungskosten	3.178	6.180	-48,57
MGF	0	kalkulatorische Kosten	1.194.458	1.131.229	+5,59
Projekte	0	Gemeinkosten	12.858.462	12.683.135	+1,38
		Summe Verwaltungskosten	22.123.077	21.240.348	+4,16
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	22.123.077	21.240.348	+4,16

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruches durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit“: Die Kosten dieses Bereichs entsprechenden Ausgaben der Kapitel 0641 (OVG Berlin-Brandenburg) und 0642 (Verwaltungsgericht Berlin).

Um die Einordnung zu erleichtern, wird die Abbildung der Übersicht zu diesem Bereich / Strategischen Ziel bei jedem betroffenen Kapitel wiederholt.

Bislang werden die Personalkosten des richterlichen Personals im Bereich der Rechtspflege nicht gebucht.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005514	2022	15.959.954	0	15.959.954
Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch das Verwaltungsgericht	2021	15.563.178	0	15.563.178

Die Kosten dieser Gruppe entsprechenden Ausgaben der Kapitel 0642 (Verwaltungsgericht Berlin).

Beim VG gibt es insgesamt sieben externe Produkte in dieser Produktgruppe.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79606	2022	5.002.450	0	5.002.450
Hauptsacheverfahren in Asylsachen (VG)	2021	4.207.051	0	4.207.051

Verwaltungsgericht

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	5.848	4.431
Kosten je ME in €	855,41	949,46
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	22,61	19,81
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Zum Produkt gehören alle verwaltungsgerichtlichen Streitverfahren, die das Asylrecht zum Gegenstand haben.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79607	2022	1.434.047	0	1.434.047
Einstweiliger Rechtschutz in Asylsachen (VG)	2021	1.208.665	0	1.208.665

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	1.816	1.748
Kosten je ME in €	789,67	691,46
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	6,48	5,69
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Zum Produkt gehören alle verwaltungsgerichtlichen Verfahren zur Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes, die das Asylrecht zum Gegenstand haben.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80302	2022	5.598.862	0	5.598.862
Hauptsacheverfahren ohne Asyl- und NC-Verfahren (VG)	2021	6.493.463	0	6.493.463

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	7.976	7.187
Kosten je ME in €	701,96	903,50
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	25,31	30,57
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Zum Produkt gehören alle dem VG erstinstanzlich zugewiesenen Streitverfahren außer Asyl- und NC-Verfahren

Verwaltungsgericht

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80303	2022	3.014.203	0	3.014.203
Einstweiliger Rechtsschutz ohne Asyl- und NC-Verfahren (VG)	2021	1.930.500	0	1.930.500

	2022	2021
Menge: Anzahl der erledigten Verfahren (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	2.974	2.464
Kosten je ME in €	1.013,52	783,48
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	13,62	9,09
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Zum Produkt gehören alle verwaltungsgerichtlichen Verfahren zur Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes, die NICHT das Asylrecht oder NC-Verfahren zum Gegenstand haben.

Sozialgericht

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Sozialgericht ist in erster Instanz zuständig für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten auf dem Gebiet der sozialen Sicherung, soweit sie nicht durch Gesetz anderen Gerichten zugewiesen sind.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	8	9	7	8	7	9
Relativer Anteil	47 %	53 %	44 %	56 %	44 %	56 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	234	104	230	97	227	92
Relativer Anteil	70 %	30 %	70 %	30 %	71 %	29 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	67.515,56 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	61.930,00 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	72.934,13 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	66.580,75 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil männlicher Beschäftigter in höheren Besoldungsstufen der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 1, 1. Einstiegsamt sowie in der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Sozialgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11109	**051**	**Gerichtskosten**	**1.767.000**	**1.767.000**	**2.700.000**	**1.766.754,56**

Pauschalgebühren gemäß § 184 SGG, Gerichtskosten gemäß § 197a SGG i.V. mit dem GKG, Vorschüsse für Gutachten gemäß § 109 SGG, Schreibauslagen gemäß §§ 93 und 120 SGG, Ratenzahlungen bei PKH-Bewilligung, Landeskassenübergänge gemäß § 59 RVG sowie Gebühren für die Zulassung von Prozessagenten und Auslagen für Versicherungsträger in Fällen der Rechtshilfe u. ä.

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11201	**051**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**7.700**	**7.700**	**18.000**	**7.639,52**

Ordnungsmittel (Verschuldenskosten) können nach § 192 SGG auf richterliche Entscheidung festgesetzt werden.
Die mit den Ordnungsmitteln zusammenhängenden Gebühren, Gerichts- und Verwaltungskosten werden ebenfalls bei diesem Titel vereinnahmt.

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**63.400**	**63.400**	**25.000**	**63.351,53**

Einnahmen aus der Gewährung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, wenn dem Verfahrensbeteiligten eine Ratenzahlung auferlegt ist sowie Beträge, die durch Obsiegen der Verfahrenspartei mit Prozesskostenhilfe auf die Landeskasse übergegangen ist.

Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**2.100**	**2.100**	**1.000**	**2.046,95**

Entgelte für Kopien, Erlöse aus dem Verkauf von Altmobiliar und Entgelte für private Telefongespräche vom Diensttelefon u ä.

		Gesamteinnahmen	**1.840.200**	**1.840.200**	**2.744.000**	**1.839.792,56**
		Prozentuale Veränderung	**-32,9 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201	**051**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**79.000**	**79.000**	**51.400**	**78.981,09**

Die Entschädigungen an ehrenamtliche Richter/innen sind nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) für Zeitversäumnis, Fahrkosten, Aufwand und sonstige Aufwendungen, Nachteile bei der Haushaltsführung sowie Verdienstausfall zu gewähren.

42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.051.000**	**2.133.000**	**2.249.000**	**2.404.345,37**
42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**11.413.000**	**11.869.000**	**11.361.000**	**11.145.239,12**
42722	**051**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**9.093.000**	**9.456.000**	**8.588.000**	**8.310.952,59**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**714.000**	**736.000**	**617.000**	**673.496,67**

Sozialgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**22.100**	**23.000**	**12.600**	**21.748,58**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz; beispielhaft stichwortartig:

- Betreuung durch das Arbeitsmedizinische Zentrum (AMZ) der Charite (Betriebsarzt, Fachkraft für Arbeitssicherheit, Vorsorgeuntersuchungen)

- Fürsorgeleistungen (Bildschirmarbeitsbrillen; leidensgerechte Arbeitsplatzausstattungen)

45300	**051**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**247.000**	**247.000**	**280.000**	**239.168,25**

Ausgaben für die Bibliothek, Postgebühren, sowie Schreib- und Bürobedarf

	2024	2025	2023
Geschäftsbedarf	57.000 €	57.000 €	85.000 €
Bücher, Zeitschriften	75.000 €	75.000 €	80.000 €
Postgebühren	115.000 €	115.000 €	115.000 €
	247.000 €	247.000 €	280.000 €

Anpassung an die tatsächliche Ausgabenentwicklung

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51114	**051**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**40.000**	**30.000**	**40.000**	**11.823,94**

Büroeinrichtungsgegenstände, Büromaschinen einschließlich Wartung und Instandsetzung

	2024	2025	2023
Technische Geräte	14.000 €	4.000 €	4.000 €
Büroeinrichtungsgegenstände	20.000 €	20.000 €	30.000 €
Reparatur- und Serviceleistungen	6.000 €	6.000 €	6.000 €
	40.000 €	30.000 €	40.000 €

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**730.000**	**744.000**	**715.000**	**732.472,81**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Invalidenstraße 52

Sozialgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.170.000**	**1.170.000**	**1.170.000**	**1.169.618,52**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Invalidenstraße 52

51921	**051**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**109.000**	**109.000**	**109.000**	**110.796,07**

Kosten für die Wartung nutzerspezifischer Anlagen und für umfangreiche bauliche Maßnahmen in Sitzungssälen

52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**7.100.000**	**7.100.000**	**7.000.000**	**7.102.851,86**

Ausgaben für die Bestellung besonderer Vertreter im Rahmen der Prozesskostenhilfe nach § 73a des Sozialgerichtsgesetzes, für Zeugen- und Sachverständigenentschädigungen sowie für Einrückungskosten im Bundesanzeiger bei öffentlichen Zustellungen nach § 204 ZPO und Anzeigen in gerichtlichen Verfahren in überregionalen Printmedien.

Die Entschädigungen werden aufgrund des Justizvergütungs- und -Entschädigungsgesetzes (JVEG) gewährt.

In zahlreichen sozialgerichtlichen Rechtsstreitigkeiten, die eine medizinische Sachverhaltsaufklärung von Amts wegen erforderlich machen, was insbesondere in den Angelegenheiten der Rentenversicherung, der Unfallversicherung, der Krankenversicherung, des Schwerbehindertenrechts und des sozialen Entschädigungsrechts der Fall ist, werden auf richterliche Anordnung (§ 106 SGG) Sachverständigengutachten eingeholt.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**5.107,60**

Dienstreisen für allgemeine Zwecke und in Rechtssachen

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Gesamtansatz	612,85 €		528,20 €		5.107,60 €	
Absolut in Anzahl	8	1	4	0	31	37
Absolut in €	472,95	139,90	528,20	0,00	2.273,70	2.833,90
Relativ	77,17 %	22,83 %	100 %	0 %	44,52 %	55,48 %

Zielgruppe:	Dienstreisen der Beschäftigten des Sozialgerichts
Zielsetzung:	entfällt
Steuerungsmaßnahmen:	entfällt

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**19.700**	**19.700**	**19.700**	**11.960,07**

Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung).

Sozialgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54077	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**4.058,69**

Ausgaben für Aus- und Fortbildung, Ausschreibungen, Bekanntmachungen, Mieten für Fahrzeuge und allgemeine Verbrauchsmittel.

81289	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31

Sozialgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Menge	Istausgaben MG 31 2022 in €	Max. Veranschlagung in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.140	401	402.601	457.140	533.500	527.500
Fremdleistung IT	1.790	---	---	---	---	---
Summe IT		401	402.601	457.140	533.500	527.500
Eigenleistung TK	220	26	---	5.720	---	---
Fremdleistung TK ITDZ	280	385	104.352	107.800	120.000	120.000
Summe TK		411	104.352	113.520	120.000	120.000
Gesamt		---	506.953	570.660	653.500	647.500

Die Überschreitung des max. Veranschlagungswerts wird durch eine entsprechende Unterschreitung in anderen Kapiteln des Einzelplans 06 ausgeglichen.

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**33.000**	**33.000**	**33.000**	**20.406,42**

Geschäftsbedarf für die Datenverarbeitung, insbesondere Beschaffung von Verbrauchsmaterial für Laserdrucker.

51114	**051**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**18.681,91**

Reparatur und Ersatzbeschaffungen zum Erhalt bestehender IT-Infrastruktur.

51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**45.000**	**45.000**	**42.000**	**42.000,00**

Ausgaben für den Zugang zum Berliner Landesnetz.

51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**290.000**	**270.000**	**309.000**	**276.364,63**

Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur:

	2024	2025	2023
Leistungen des ITDZ	140.000 €	140.000 €	187.000 €
Software-Maintenance	70.000 €	70.000 €	62.000 €
Software-Lizenzen, Wartungsverträge und Support	80.000 €	60.000 €	60.000 €
	290.000 €	270.000 €	309.000 €

51921	**051**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**12.500**	**12.500**	**12.500**	**4.186,95**

Aus- und Fortbildung von Dienstkräften für die Benutzung von Datenverarbeitungsanlagen sowie Fortbildungsmaßnahmen für die Dienstkräfte der IT-Stelle

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung werden umfangreiche Schulungsmaßnahmen für alle Dienstkräfte erforderlich.

Sozialgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**241.000**	**255.000**	**231.000**	**145.313,22**

Erläuterungen 2024

Erneuerung und Erweiterung des Gerätebestandes einschließlich Software

SAN-Erweiterung (Kapazitätserweiterung des zentralen Netzwerkspeichers)	100.000 €
Erneuerung der USV für Server- und Netzwerk-Racks	15.000 €
Erneuerung der +6 Jahre alten Admin-Computer der IT-Stelle	6.000 €
Elektronisches Saal-Management/Info-System	70.000 €
Erneuerung einzelner Arbeitsplatz-Drucker	5.000 €
Erneuerung alter 24“-Monitore	45.000 €
	241.000 €

Erläuterungen 2025

Erneuerung und Erweiterung des Gerätebestandes einschließlich Software

Ablösung der vorhandenen ESXI-Hosts der Virtualisierungsumgebung	120.000 €
Ablösung der vorhandenen +7 Jahre alten SAN-Switche	30.000 €
Erneuerung der Firewall-Cluster	20.000 €
Erneuerung der USV für Server- und Netzwerk-Racks	15.000 €
Alters- und leistungsbedingte Erneuerung zentraler Komponenten der IT-Infrastruktur	20.000 €
Erneuerung alter 24“-Monitore	45.000 €
Erneuerung einzelner Arbeitsplatz-Drucker	5.000 €
	255.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**653.500**	**647.500**	**659.500**	**506.953,13**

Sozialgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**340.000**	**300.000**	**180.000**	**147.124,06**

Ausgaben für die verfahrensabhängige IT-Infrastruktur:

	2024	2025	2023
Softwarepflege des Fachverfahrens EUREKA-Fach	75.000 €	70.000 €	75.000 €
Kosten für die TÜV-Prüfung	--- €	--- €	5.000 €
OPEX	25.000 €	20.000 €	28.000 €
VPN-Zugänge	50.000 €	48.000 €	50.000 €
Signaturkarten	30.000 €	2.000 €	19.500 €
SecSigner (Wartung Software)	2.000 €	2.000 €	--- €
EGVP	3.000 €	3.000 €	2.500 €
eAkte Verwaltung	30.000 €	30.000 €	--- €
Betrieb führende Akte	125.000 €	125.000 €	--- €
	340.000 €	300.000 €	180.000 €

Mehrausgaben wegen Einführung/Weiterentwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs und eAkte (Ausbau mobiles Arbeiten, auch in der Verwaltung), Verlagerung der Kosten aus dem SIWA in den regulären Haushalt und erwartete Kosten für die Einführung einer führenden eAkte (EUREKA-Fach stand-alone).

Die Verlagerung der Kosten aus dem SIWA in den regulären Haushalt betrifft im Wesentlichen die VPN-Zugänge und die Signaturkarten. Durch den Wechsel zum Dienstleister D-Trust (Bundesdruckerei) beträgt die Laufzeit der Signaturkarten jetzt zwei Jahre. Dies führt zu unterschiedlichen, alternierenden Ansätzen in den einzelnen Haushaltsjahren.

52536	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**—**

Schulungsmaßnahmen im Rahmen Administration des Fachverfahrens.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**341.500**	**301.500**	**181.500**	**147.124,06**
	Gesamtausgaben	**33.801.800**	**34.683.700**	**33.072.700**	**32.676.698,42**
	Prozentuale Veränderung	**2,2 %**	**2,6 %**		

Abschluss Kapitel 0651

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.840.200**	**1.840.200**	**2.744.000**	**1.839.792,56**
	Gesamteinnahmen	**1.840.200**	**1.840.200**	**2.744.000**	**1.839.792,56**
411-462	**Personalausgaben**	**23.374.100**	**24.298.000**	**22.881.000**	**22.634.763,42**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**10.186.700**	**10.130.700**	**9.960.700**	**9.896.621,78**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**241.000**	**255.000**	**231.000**	**145.313,22**
	Gesamtausgaben	**33.801.800**	**34.683.700**	**33.072.700**	**32.676.698,42**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-31.961.600**	**-32.843.500**	**-30.328.700**	**-30.836.905,86**

Sozialgericht

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001177 Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch das Sozialgericht

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	7.802.159	7.218.602	+8,08
Kostenträger	11	Sachkosten	7.187.826	7.020.944	+2,38
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	11	Verrechnungskosten	757	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	466.328	420.566	+10,88
Projekte	0	Gemeinkosten	10.020.502	9.562.799	+4,79
		Summe Verwaltungskosten	25.477.572	24.222.910	+5,18
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	25.477.572	24.222.910	+5,18

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruches durch das Sozialgericht“: Die Kosten dieses Bereichs entsprechenden Ausgaben der Kapitel 0651.

Bislang werden die Personalkosten des richterlichen Personals im Bereich der Rechtspflege nicht gebucht.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005465	2022	25.477.572	0	25.477.572
Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs durch das Sozialgericht	2021	24.222.910	0	24.222.910

Die Kosten dieser Gruppe entsprechenden Ausgaben im Kapitel 0651 (Sozialgericht Berlin).

Beim SG gibt es insgesamt elf externe Produkte in dieser Produktgruppe.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80311	2022	2.469.158	0	2.469.158
Kranken- und Pflegeversicherungssachen (SG)	2021	2.234.143	0	2.234.143

Sozialgericht

	2022	2021
Menge: Anzahl der Erledigungen in Klageverfahren und Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes sowie Rechtshilfeangelegenheiten (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	3.678	4.073
Kosten je ME in €	671,33	548,53
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	9,69	9,22
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	231.472,46	141.288,63
Kostendeckungsgrad in %	9,37	6,32

Zum Fachgebiet Krankenversicherung (KR) gehören auch alle übrigen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Fünften Buch des Sozialgesetzbuches (oder Vorgänger bzw. Nachfolgevorschriften) ergeben, soweit sie nicht dem Vertragsarztrecht zuzuordnen sind;
a) alle Mutterschaftsgeld betreffenden Rechtsstreitigkeiten;
b) Rechtsstreitigkeiten über Versicherungspflicht, Beitragspflicht und Beitragshöhe, soweit sie sich aus der Entscheidung einer Krankenkasse als Einzugsstelle oder eines Rentenversicherungsträgers im Verfahren der Beitragsprüfung i. S. d. § 28 p SGB IV oder im Verfahren nach § 7 a SGB IV (gem. Sozialgesetzbuch Viertes Buch - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung oder aus dem Künstlersozialversicherungsgesetz sowie aus dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte ergeben, oder in denen sich Arbeitgeber bzw. arbeitgeberähnliche Personen und Arbeitnehmer bzw. arbeitnehmerähnliche Personen im Streit befinden;
c) öffentlich-rechtliche Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Entgeltfortzahlungsgesetz in seiner jeweiligen Fassung oder aus Vorgängerregelungen ergeben;
d) Streitigkeiten aus dem Schwangeren- und Familienhilfe-Änderungsgesetz.
e) Angelegenheiten nach § 28 r SGB IV.
f) Rechtsstreitigkeiten betreffend die Beitragshöhe in der Pflegeversicherung für Mitglieder, die ihre Kranken- und Pflegeversicherungsbeträge selbst zu zahlen haben, sofern die behördliche Entscheidung darüber zusammen mit der Entscheidung der Krankenkasse über die Beitragshöhe in einem gemeinsamen Beitragsbescheid ergeht (§ 46 Abs. 2 Satz 4 SGB XI).

Zum Fachgebiet des Pflegeversicherungsrechts (P) gehören alle Streitigkeiten, die aufgrund der Rechtsbeziehungen in der sozialen und privaten Pflegeversicherung entstehen (Sozialgesetzbuch Elftes Buch - Soziale Pflegeversicherung).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80312	2022	4.876.394	0	4.876.394
Rentenversicherungssachen einschl. Entwicklungshelfergesetz und NS-Opfer-Entschädigung sowie einschl. AAÜG (SG)	2021	4.697.399	0	4.697.399

	2022	2021
Menge: Erledigungen in Klageverfahren und Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes sowie Rechtshilfeangelegenheiten (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	2.697	2.777
Kosten je ME in €	1.808,08	1.691,54
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	19,14	19,39
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	312.739,41	311.438,91
Kostendeckungsgrad in %	6,41	6,63

Zum Fachgebiet Rentenversicherung (R) gehören Rechtsstreitigkeiten der Deutschen Rentenversicherung Bund (ehemals Bundesversicherungsanstalt für Angestellte), der Deutschen Rentenversicherung Regionalträger (ehemals Landesversicherungsanstalten), der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft - Bahn - See (knappschaftliche Rentenversicherung, der Seekasse, der Bundesbahn-Versicherungsanstalt) gem. SGB VI
sowie auch
a) Rechtsstreitigkeiten nach dem Entwicklungshelfergesetz,
b) Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet vom 22. April 1992 und

c) Rechtsstreitigkeiten die sich aus der Überführung von Ansprüchen in die Rentenversicherung nach dem Gesetz zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebietes -AAÜG- ergeben.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80313	2022	2.731.580	0	2.731.580
Schwerbehinderten-, Versorgungs- und Entschädigungssachen (SG)	2021	2.662.034	0	2.662.034

	2022	2021
Menge: Erledigungen in Klageverfahren und Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes sowie Rechtshilfeangelegenheiten (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	1.827	2.131
Kosten je ME in €	1.495,12	1.249,19
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	10,72	10,99
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	77.203,07	48.908,62
Kostendeckungsgrad in %	2,83	1,84

Zum Fachgebiet Schwerbehindertenrecht (SB) gehören Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft oder aus den Nachfolgeregelungen im SGB IX ergeben.

Zum Fachgebiet Soziales Entschädigungsrecht (V) gehören Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Infektionsschutzgesetz oder Vorgängerregelungen (VI), aus dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (VG), aus dem Häftlingshilfegesetz (VH), aus dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und aus dem Unterstützungsabschlussgesetz (VU, VM) sowie aus dem Soldatenversorgungs- und Zivildienstgesetz (VS) ergeben.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80316	2022	8.985.497	0	8.985.497
Hauptverfahren in SGB II - Angelegenheiten (SG)	2021	8.571.944	0	8.571.944

	2022	2021
Menge: Erledigungen in Klageverfahren und Rechtshilfeangelegenheiten (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	6.578	7.669
Kosten je ME in €	1.365,99	1.117,74
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	35,27	35,39
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	277.030,55	254.893,95
Kostendeckungsgrad in %	3,08	2,97

Zum Fachgebiet der Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitssuchende (AS) gehören alle Streitigkeiten, bei denen die Möglichkeit gegeben ist, dass die vom Rechtssuchenden hergeleitete Rechtsfolge ihre Grundlage im SGB II findet.

Sozialgericht

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80317	2022	2.059.960	0	2.059.960
Einstweiliger Rechtsschutz in SGB II - Angelegenheiten (SG)	2021	2.057.612	0	2.057.612

	2022	2021
Menge: Erledigungen in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes (Fundstelle siehe unter Bemerkungen)	1.720	2.029
Kosten je ME in €	1.197,65	1.014,10
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,09	8,49
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	59.833,35	69.745,46
Kostendeckungsgrad in %	2,90	3,39

Zum Fachgebiet der Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitssuchende (AS) gehören alle Streitigkeiten, bei denen die Möglichkeit gegeben ist, dass die vom Rechtssuchenden hergeleitete Rechtsfolge ihre Grundlage im SGB II findet und gem. § 86 b SGG das einstweilige Rechtsschutzbedürfnis sichern soll.

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Aufgabe der Justizvollzugsanstalt Plötzensee ist die Vollstreckung von Freiheitsstrafe an erwachsenen Männern. Das Justizvollzugskrankenhaus in der JVA Plötzensee gewährleistet die ambulante und stationäre Gesundheitsfürsorge und Krankenhausbehandlung von männlichen und weiblichen Gefangenen.

Die Justizvollzugsanstalt Plötzensee verfügt über 304 Haftplätze im geschlossenen und 60 Haftplätze im offenen Vollzug, das Justizvollzugskrankenhaus Berlin über 116 Betten. Für die Gefangenen stehen bis zu 303 Arbeitsplätze zur Verfügung.

Im Kapitel der JVA Plötzensee sind überdies die Mittel für folgende zentrale Dienstleister veranschlagt:

- die Bildungsakademie Justizvollzug bei der JVA Plötzensee (BJV),
- die Zentrale IT-Stelle der Berliner Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz - Gerichts- und Bewährungshilfe - bei der JVA Plötzensee (ZIT),
- das Mietermanagement für Justizvollzugsanstalten bei der JVA Plötzensee (MMJVA) und
- den Kriminologischen Dienst bei der JVA Plötzensee (KD).

Die IKT-Mittel der Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz - Gerichts- und Bewährungshilfe - werden zentral im Kapitel der JVA Plötzensee in den Maßnahmengruppen (MG) 31 und 32 veranschlagt.
Weiterhin werden hier die Mittel der medizinischen Versorgung und der Verpflegung aller Gefangenen des Berliner Justizvollzuges zentral veranschlagt.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	26	57	22	57	26	57
Relativer Anteil	31 %	69 %	28 %	72 %	31 %	69 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	179	326	189	343	196	352
Relativer Anteil	35 %	65 %	36 %	64 %	36 %	64 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	66.366,14 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	74.195,38 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	53.151,65 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	57.999,49 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil männlicher Beschäftigter in höheren Besoldungsgruppen der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern.

Mitarbeitende: Bei den Mitarbeitenden ergibt sich die Differenz aufgrund der unterschiedlichen Verteilung von weiblichen und männlichen Beschäftigten in verschiedenen Entgelt- und Besoldungsgruppen. In der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt überwiegt der weibliche Anteil. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11112	**056**	**Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kostenanteile von Freigängern, die eine versicherungspflichte Tätigkeit außerhalb der Anstalt ausüben.

11201	**056**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11902	**056**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11903	**056**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**6.000**	**6.000**	**7.500**	**5.915,41**

Ersatzleistungen für Personen- und Sachschäden.

11905	**056**	**Entgelte für nichtdienstliche Inanspruchnahmen**	**132.000**	**132.000**	**158.000**	**131.444,95**

Entschädigung von Zahnärztinnen/Zahnärzten für die Nutzung anstaltseigener Geräte.

11906	**056**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11934	**056**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**5.700**	**5.700**	**20.000**	**5.641,92**

Rückzahlung von in Vorjahren gewährten Darlehen an Gefangene im Rahmen von Fürsorgeleistungen (vgl. auch Erläuterungen zu Titel 68176).

11938	**056**	**Sonstige Kostenbeiträge**			**13.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11979	**056**	**Verschiedene Einnahmen**	**12.300**	**12.300**	**5.000**	**12.274,95**
12505	**056**	**Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen**	**387.000**	**387.000**	**330.000**	**386.002,09**

Einnahmen aus der Beschäftigung von Gefangenen und dem Verkauf von Fertigwaren und sonstigen Erzeugnissen der Arbeitsbetriebe sowie sonstige Erlöse aus den Arbeitsbetrieben der Vollzugsanstalten

Anstaltseigene Betriebe	2024/2025	2023
1. Gastronomiebetrieb/Lehrküche ……	72.000 €	75.000 €
2. Kfz-Werkstatt ……	69.000 €	23.000 €
3. Schlosserei ……	--- €	2.000 €
4. Gärtnerei ……	6.000 €	10.000 €
5. Sortier- und Montagebetrieb ……	89.000 €	29.000 €
6. Bauhof ……	1.000 €	1.000 €
7. Wäscherei ……	150.000 €	190.000 €
	387.000 €	330.000 €

13203	**056**	**Verkauf von beweglichem Vermögen**	**45.400**	**45.400**	**—**	**45.389,30**
23211	**056**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**51.400**	**51.400**	**31.500**	**51.375,94**

Kostenersatz für die Behandlungen Gefangener anderer Bundesländer sowie für die Erstattung von Transportkosten für Gefangene.

Gesamteinnahmen	**642.800**	**642.800**	**569.000**	**638.044,56**
Prozentuale Veränderung	**13,0 %**			

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**056**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**23.884.000**	**24.839.000**	**22.259.000**	**23.156.667,22**
42221	**056**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**6.792.000**	**8.968.000**	**8.317.000**	**7.450.236,98**
42701	**056**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**2.048.000**	**2.048.000**	**2.048.000**	**2.046.425,32**

	2024/2025	2023
1. JVA Plötzensee		
Honorare für freie Mitarbeiter	45.000 €	43.000 €
2. Bildungsakademie Justizvollzug		
Honorare für die Fortbildung der Justizvollzugsbediensteten aller Vollzugsanstalten	190.000 €	90.000 €
Honorare für die Ausbildung der Justizvollzugsbediensteten aller Vollzugsanstalten	250.000 €	150.000 €
Honorare für Personalentwicklungsmaßnahmen	60.000 €	10.000 €
3. Justizvollzugskrankenhaus	1.498.000 €	1.750.000 €
4. Kriminologischer Dienst	5.000 €	5.000 €
	2.048.000 €	2.048.000 €

42801	**056**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**12.461.000**	**12.960.000**	**11.072.000**	**11.675.542,56**
42811	**056**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44100	**056**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.088.000**	**1.121.000**	**1.223.000**	**1.026.387,42**
44379	**056**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**34.100**	**35.000**	**32.200**	**31.808,17**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften, insbesondere Hepatitis-Impfungen von Dienstkräften, die einer erhöhten Infektionsgefährdung ausgesetzt sind sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

45300	**056**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**056**	**Geschäftsbedarf**	**115.000**	**115.000**	**94.000**	**115.058,73**

JVA Plötzensee	2024/2025	2023
1. Fahrgelder	1.000 €	1.000 €
2. Geschäftsbedarf	36.000 €	30.000 €
3. Patientendokumentation	4.000 €	3.000 €
4. Bücher, Zeitschriften	14.000 €	8.000 €
5. Postgebühren	14.000 €	7.000 €
6. Rundfunk- und Fernsehgebühren	5.000 €	5.000 €
	74.000 €	54.000 €
Bildungsakademie Justizvollzug		
1. Geschäftsbedarf	3.500 €	3.500 €
2. Elektronisches Testverfahren im Rahmen des berlinweiten E-Recruiting-Verfahrens	32.500 €	32.500 €
	36.000 €	36.000 €
Zentrale IT-Leitstelle		
Bücher, Fachzeitschriften für IT	1.000 €	1.000 €
MMJVA		
Bücher, Fachzeitschriften für das MMJVA	1.000 €	1.000 €
Kriminologischer Dienst		
1. Geschäftsbedarf	1.000 €	1.000 €
2. Bücher, Fachzeitschriften für den Kriminologischen Dienst	2.000 €	1.000 €
	3.000 €	2.000 €
Summe	115.000 €	94.000 €

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51111	**056**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51114	**056**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51131	**056**	**Bekleidung, Wäsche**	**46.000**	**46.000**	**46.000**	**33.073,45**

	2024/2025	2023
1. Anstaltskleidung	18.000 €	18.000 €
2. Schutz- und Sportkleidung	13.000 €	13.000 €
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (Bettwäsche, Schlafdecken und Matratzenschoner)	15.000 €	15.000 €
	46.000 €	46.000 €

51136	**056**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**223.000**	**223.000**	**223.000**	**242.217,12**

JVA Plötzensee

	2024/2025	2023
1. Büromaschinen (einschließlich Ergänzung des Zubehörs)	3.000 €	6.000 €
2. Büroeinrichtungsgegenstände	18.000 €	18.000 €
3. Turn- und Sportgeräte	6.000 €	6.000 €
4. Geräte/Maschinen der Arbeitsverwaltung (vgl. Erläuterung zu Titel 51430)	69.000 €	66.000 €
5. Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Verwahr-, Wirtschafts-, pädagogischen sowie technischen Bereichen	11.000 €	11.000 €
6. Waffen und Sicherheitsausrüstungen	11.000 €	11.000 €
7. Reparatur und Wartung der Funkgeräte	6.000 €	6.000 €
	124.000 €	124.000 €

JVK -Medizin-

	2024/2025	2023
1. JVA Plötzensee – Reparaturen und med. Geräte	44.000 €	44.000 €
2. JVA Heidering – Reparaturen und med. Geräte	6.000 €	9.000 €
3. JVA für Frauen – Reparaturen und med. Geräte	3.000 €	3.000 €
4. JVA OVB – Reparaturen und med. Geräte	3.000 €	2.000 €
5. JVA Moabit – Reparaturen und med. Geräte	10.500 €	10.500 €
6. JVA Tegel – Reparaturen und med. Geräte	10.500 €	8.500 €
7. JSA Berlin – Reparaturen und med. Geräte	2.000 €	2.000 €
	79.000 €	79.000 €

BJV

Video-/Audiotechnik sowie Reizstoffsprühgeräte, Handfesseln, kleine Sportgeräte etc.	20.000 €	20.000 €
	223.000 €	223.000 €

51143	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**056**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51168	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51170	**056**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**056**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**140.000**	**140.000**	**127.000**	**143.440,76**

	2024/2025	2023
1. Treibstoffe und Öle für Fahrzeuge	86.000 €	73.000 €
2. Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen	54.000 €	54.000 €
	140.000 €	127.000 €

51408	**056**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**181.000**	**181.000**	**165.000**	**170.929,11**

	2024/2025	2023
1. Dienst-/Schutzkleidung für den med. Dienst	161.000 €	155.000 €
2. Dienst-/Schutzkleidung für den allgemeinen Vollzugsdienst	3.000 €	3.000 €
3. Dienst-/Schutzkleidung für die Werkbetriebe	7.000 €	7.000 €
4. Judoanzüge für die Lehrgänge	10.000 €	--- €
	181.000 €	165.000 €

Schutzkleidung für den medizinischen Dienst (vollzugsweit), die Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes, des Werkdienstes und der Lehrgänge.
Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

51420	**056**	**Beköstigung**	**4.035.000**	**4.053.000**	**3.730.000**	**4.060.278,48**

Versorgung aller Gefangenen im Berliner Justizvollzug. Die Mittelveranschlagung erfolgt ab 2020 zentral in der JVA Plötzensee. Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf aufgrund der Preissteigerungen bei Lebensmitteln.

51423	**056**	**Saat- und Pflanzgut, Düngemittel**	**9.600**	**9.600**	**9.600**	**3.793,51**

Erläuterungen siehe Titel 51430

51426	**056**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**3.947.000**	**3.947.000**	**3.272.000**	**4.355.815,91**

	2024/2025	2023
1. Medikamente zur HIV/AIDS- und Hepatitis C-Behandlung	1.400.000 €	1.150.000 €
2. Psychopharmaka	275.000 €	150.000 €
3. sonstige Medikamente, Verbandstoffe u.ä.	1.800.000 €	1.500.000 €
4. Körperersatzstücke, Brillen	222.000 €	222.000 €
5. Zahnärztliche Verbrauchsmittel und zahntechnische Laborleistungen	50.000 €	50.000 €
6. Sonstige Verbrauchsmittel	200.000 €	200.000 €
	3.947.000 €	3.272.000 €

Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

51428	**056**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51430	**056**	**Rohstoffe zur Weiterverarbeitung**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**112.048,02**

Ausgaben für die Beschaffung von Rohstoffen und Zutaten, die in den Betrieben der Arbeitsverwaltung für die Beschäftigung der Gefangenen benötigt werden.

Im Einzelnen sind für die Betriebe veranschlagt:

2024/2025

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 514 30) €	nachrichtlich Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 514 23) €	Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 511 40) €	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 514 79) €	Gesamtbetrag €
1. Gärtnerei	2.500	9.600	3.000	2.350	17.450
2. Gastronomiebetrieb/Lehrküche	57.000	---	13.000	5.500	75.500
3. Sortier- und Montagebetrieb	---	---	2.000	1.950	3.950
4. Kfz-Werkstatt	47.000	---	10.000	7.800	64.800
5. Schlosserei	8.500	---	---	---	8.500
6. Bauhof	5.000	---	7.000	1.950	13.950
7. Wäscherei	---	---	3.000	94.000	97.000
8. Küchen	---	---	31.000	46.450	77.450
	120.000	9.600	69.000	160.000	358.600

2023

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430) €	nachrichtlich Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423) €	Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 51140) €	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 51479) €	Gesamtbetrag €
1. Gärtnerei	2.500	9.600	1.000	3.000	16.100
2. Gastronomiebetrieb/Lehrküche	57.000	---	13.000	5.000	75.000
3. Sortier- und Montagebetrieb	---	---	1.000	1.000	2.000
4. Kfz-Werkstatt	47.000	---	10.000	10.000	67.000
5. Schlosserei	8.500	---	5.000	2.500	16.000
6. Bauhof	5.000	---	10.000	2.500	17.500
7. Wäscherei	---	---	2.000	110.000	112.000
8. Küchen	---	---	24.000	26.000	50.000
	120.000	9.600	66.000	160.000	355.600

51453	**056**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51479	**056**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**225.000**	**225.000**	**225.000**	**1.017.721,93**

	2024/2025	2023
1. Mittel für die Körperpflege der Gefangenen	13.000 €	13.000 €
2. Spezialdesinfektionsmittel	10.000 €	10.000 €
3. Verbrauchsmittel für die Eigenbetriebe	22.000 €	22.000 €
4. Verbrauchsmittel für die Arbeitsbetriebe (vgl. Erläuterung zu Titel 51430)	160.000 €	160.000 €
5. Batterien für Sicherheitstechnik, Taschenlampen, med. Geräte etc.	3.000 €	3.000 €
6. Sonstige Verbrauchsmittel	17.000 €	17.000 €
	225.000 €	225.000 €

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**056**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**4.781.000**	**4.876.000**	**4.687.000**	**4.224.133,23**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für die landeseigenen Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Friedrich-Olbricht-Damm 15, 16, 8-36	2.322.940 €	2.369.400 €	2.277.390 €
Friedrich-Olbricht-Damm 17	1.527.640 €	1.558.190 €	1.497.680 €
Saatwinkler Damm 1 A	929.550 €	948.140 €	911.320 €
	4.780.130 €	4.875.730 €	4.686.390 €
	rd. 4.781.000 €	4.876.000 €	4.687.000 €

51803	**056**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**68.500**	**68.500**	**38.000**	**50.406,44**

Mehr aufgrund der Gerätemiete für ein Drogendetektionsgerät „IONSCAN 600“ inkl. dem Zugriff auf die ständig aktualisierte Datenbank der Betäubungsmittel und der Anmietung von Containern für die Wäscherei.

51820	**056**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**12.550.000**	**12.550.000**	**12.550.000**	**12.415.282,32**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mieten für die landeseigenen Dienstgebäude:

	2024/2025	2023
Friedrich-Olbricht-Damm 15, 16, 8-36	5.402.270 €	5.402.270 €
Friedrich-Olbricht-Damm 17	5.457.670 €	5.457.670 €
Saatwinkler Damm 1 A	1.689.730 €	1.689.730 €
	12.549.670 €	12.549.670 €
	rd. 12.550.000 €	12.550.000 €

51921	**056**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51925	**056**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**123.000**	**127.000**	**114.000**	**113.720,00**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

	2024	2025	2023
Friedrich-Olbricht-Damm 15, 16, 8-36	60.580 €	62.700 €	56.250 €
Friedrich-Olbricht-Damm 17	51.320 €	53.110 €	47.650 €
Saatwinkler Damm 1 A	10.580 €	10.950 €	9.820 €
	122.480 €	126.760 €	113.720 €
rd.	123.000 €	127.000 €	114.000 €

52501	**056**	**Aus- und Fortbildung**	**192.000**	**192.000**	**192.000**	**108.742,31**

	2024/2025	2023
1. JVA Plötzensee	15.000 €	15.000 €
2. Justizvollzugskrankenhaus	17.000 €	17.000 €
3. MMJVA	5.000 €	5.000 €
4. Bildungsakademie Justizvollzug (BJV)	155.000 €	155.000 €
	192.000 €	192.000 €

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Weiterbildung und kostenpflichtige Fortbildungen für Bedienstete im Einzelfall, Erhaltung der Fachkunde des Grundlagen- und Spezialwissens im ärztlichen Bereich.

Zu 4. Fortbildungsangebote für Bedienstete der Berliner Justizvollzugsanstalten, Ausbildung von Bediensteten aller Justizvollzugsanstalten in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes (AVD).

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	w	w	m	w	m
JVA Plötzensee =Teilansatz 1	15.400 €		15.000 €		15.000 €	
Absolut = Anzahl	22	29	20	36	5	42
Relativ = Verhältnis in %	43,14	56,86	35,71	64,29	10,64	89,36
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	4,739	7,149	7,711	14,024	16,849	24,929
JVK =Teilansatz 2	17.000 €		17.000 €		17.000 €	
Absolut = Anzahl	16	9	18	24	12	4
Relativ = Verhältnis in %	64,00	36,00	42,86	57,14	75,00	25,00
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	9,045	6,030	3,388	7,926	10,534	3,699
MMJVA =Teilansatz 3	5.100 €		5.000 €		5.000 €	
Absolut = Anzahl	0	1	1	0	3	0
Relativ = Verhältnis in %	0,00	100	100	0,00	100	0,00
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,00	0,016	0,119	0,00	0,430	0,00
BJV =Teilansatz 4	30.000 €		30.000 €		80.000 €	
Absolut = Anzahl	218	457	296	393	282	374
Relativ = Verhältnis in %	32,20	67,70	42,96	57,04	42,99	57,01
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	11,953	19,995	14,276	18,955	22,484	29,816

Zielgruppe:	Bürgerinnen und Bürger für die Ausbildung zum/in den Justizvollzugsdienst, Krankenpflegedienst und Werkdienst sowie Mitarbeitende aller Fachrichtungen im Justizvollzug.
Zielsetzung:	Die Ausschreibungen zur Ausbildung für den Justizvollzug erfolgen geschlechtsneutral. Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach Eignungsvoraussetzungen. Weiterhin richten sich der Mitteleinsatz für Aus- und Fortbildung nach dienstlichen Notwendigkeiten.
Steuerungsmaßnahmen:	Steuerungsmaßnahmen/-möglichkeiten sind nur bei gleicher Eignung möglich. Fortbildungen richten sich nach den dienstlichen Notwendigkeiten.

52509	**056**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**1.700**	**1.700**	**1.700**	**169,79**

Für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen.

52511	**056**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	**056**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52610	**056**	**Gutachten**	**35.900**	**35.900**	**44.700**	**27.157,57**

Insbesondere Ausgaben für die arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung der arbeitenden Gefangenen.

Gender-Daten:
Gemäß Vollstreckungsplan des Landes Berlin sind in der JVA Plötzensee männliche Gefangene inhaftiert.

52613	**056**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
52703	**056**	**Dienstreisen**	**23.500**	**23.500**	**23.500**	**14.583,93**

	2024/2025	2023
1. JVA Plötzensee	8.000 €	8.000 €
2. Justizvollzugskrankenhaus	3.500 €	3.500 €
3. Bildungsakademie Justizvollzug	1.000 €	1.000 €
4. Kriminologischer Dienst	2.000 €	2.000 €
5. Zentrale IT-Stelle	5.000 €	5.000 €
6. MMJVA	2.000 €	2.000 €
7. Zentrales Verpflegungsmanagement (ZVM)	2.000 €	2.000 €
	23.500 €	23.500 €

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
JVA =Teilansatz 1	8.000 €		8.000 €		8.000 €	
Absolut = Anzahl	12	72	6	24	4	35
Relativ = Verhältnis in %	14,29%	85,71%	20,00%	80,00%	10,26%	89,74%
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,589	2,135	0,168	1,585	0,154	3,902
JVK =Teilansatz 2	3.500 €		3.500 €		3.500 €	
Absolut = Anzahl	7	1	3	1	9	7
Relativ = Verhältnis in %	87,50%	12,50%	75,00%	25,00%	56,25%	43,75%
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	1,889	0,054	0,782	0,094	1,508	2,603
BJV =Teilansatz 3	1.000 €		1.000 €		1.000 €	
Absolut = Anzahl	0	3	0	1	1	1
Relativ = Verhältnis in %	0,00%	100,00%	0,00%	100%	50,00%	50,00%
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,00	0,825	0,00	0,196	0,092	0,097
KrimD =Teilansatz 4	2.000 €		2.000 €		2.000 €	
Absolut = Anzahl	0	1	1	0	2	0
Relativ = Verhältnis in %	0,00%	100%	100%	0,00%	100%	0,00%
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,00	0,324	0,525	0,00	0,787	0,00
ZIT =Teilansatz 5	5.000 €		5.000 €		5.000 €	

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	1	8	1	1	1	5
Relativ = Verhältnis in %	11,11%	88,89%	50,00%	50,00%	28,57%	71,43%
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,299	1,162	0,285	0,286	0,959	3,605
MMJVA =Teilansatz 6	2.000 €		2.000 €		2.000 €	
Absolut = Anzahl	0	2	1	0	0	1
Relativ = Verhältnis in %	0,00%	100%	100%	0,00%	0,00%	100%
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,00	0,993	0,467	0,00	0,00	0,416
ZVM =Teilansatz 7	2.000 €		2.000 €		2.000 €	
Absolut = Anzahl	0	0	0	0	0	0
Relativ = *Verhältnis in %*	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Ressourcen (in T€) = *Ist-Ausgaben*	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Zielgruppe:	Bedienstete der JVA Plötzensee sowie Kompetenzzentren
Zielsetzung:	Die Dienstreisen werden nach dienstlichen Notwendigkeiten erforderlich.
Steuerungsmaßnahmen:	Da Dienstreisen nach den dienstlichen Notwendigkeiten durchgeführt werden, ist eine Steuerungsmaßnahme/-möglichkeit nicht möglich.

52906 (neu)	**056**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**1.000**	**8.000**		

Ausrichtung und Beköstigung der Auswahlkommissionen für die Bewerber, der Prüfungen für die Prüfungskommissionen sowie der Vereidigungen und öffentlichkeitswirksamen Ernennungsveranstaltungen.

Mehr in 2025, da die BJV die Tagung der Vollzugsschulen der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz ausrichtet.

53111	**056**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**47.000**	**47.000**	**47.000**	**4.810,46**

	2024/2025	2023
1. JVA Plötzensee inkl. Justizvollzugskrankenhaus	31.000 €	31.000 €
2. Bildungsakademie Justizvollzug	2.000 €	2.000 €
3. Zentrale IT-Stelle der Berliner Vollzugsanstalten und Soziale Dienste der Justiz	14.000 €	14.000 €
	47.000 €	47.000 €

Ausschreibungen im Berliner Fenster, Tagespresse, Fachzeitschriften und online-Stellenbörsen zur Personalgewinnung.

Gender-Daten:
Eine Ausweisung geschlechtssensitiver Daten ist für diesen Titel nicht möglich, da Ausschreibungen und Bekanntmachungen geschlechtsneutral erfolgen.

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53113	**056**	**Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**63.400**	**63.400**	**63.400**	**31.752,01**

Werbemaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit für den Berliner Justizvollzug insgesamt und die Arbeitsbetriebe der JVA Plötzensee

	2024/2025	2023
1. E-Mail-Newsletter	11.500 €	11.500 €
2. Aktualisierung und Übersetzung der Infobroschüre Justizvollzug	20.000 €	20.000 €
3. Infobriefe zu besonderen Anlässen	3.000 €	3.000 €
4. Werbemaßnahmen für die Arbeitsbetriebe der JVA Plötzensee	2.000 €	2.000 €
5. Werbemaßnahmen für den Justizvollzug als Arbeitgeber	26.900 €	26.900 €
	63.400 €	63.400 €

Die Justizeinrichtungen des Landes wollen insbesondere mit dem Email-Newsletter neue Kooperationspartner werben, ihre Leistungsfähigkeit darstellen, für die Belange inhaftierter Menschen sensibilisieren sowie die gesellschaftliche Verantwortung bei der Reintegration Haftentlassener verdeutlichen.

54002	**056**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**20.000**	**20.000**	**50.000**	**12.846,86**

Umsetzung des Gesundheitspaktes und Supervisionen für kollegiale Ersthelfer zur Bewältigung von Krisensituationen aufgrund besonders belastender Ereignisse.

54010	**056**	**Dienstleistungen**	**2.370.000**	**2.370.000**	**2.370.000**	**3.451.388,58**

Verpflichtungen aus Vorjahren (Sachtransporte):

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	700.000 €	700.000 €	0 €
VE Plan 2023	0 €	0 €	0 €

	2024/2025	2023
1. Trainingsprogramm Entlassungsvorbereitung (Schwerpunkt Kurzstrafer)	33.000 €	33.000 €
2. Einzelberatung zur Entlassungsvorbereitung (Ersatzfreiheitsstrafer)	15.000 €	15.000 €
3. Gruppenprogramm zur Alkoholabhängigkeit/-problematik	10.000 €	10.000 €
4. Anti-Gewalt-Trainingsprogramm	12.000 €	12.000 €
5. Soziales Kompetenztraining	10.000 €	10.000 €
6. Sachtransporte der Berliner Justiz	700.000 €	700.000 €
7. BGV A3 Geräte-Prüfungen	35.000 €	35.000 €
8. Kriminologischer Dienst	255.000 €	300.000 €
9. Justizvollzugskrankenhaus	1.170.000 €	1.125.000 €
10. Bildungsakademie Justizvollzug	10.000 €	10.000 €
11. Arbeitstherapie	50.000 €	50.000 €
12. Integrations- und Sprachkurse	70.000 €	70.000 €
	2.370.000 €	2.370.000 €

Zu 9. Ausgaben für medizinisch und vollzuglich veranlasste Laboruntersuchungen sowie mikrobiologische Untersuchungen für den gesamten Berliner Justizvollzug, soweit diese Leistungen nicht durch das Labor Berlin erbracht werden. Sicherheitstechnische messtechnische und eichtechnische Untersuchungen für den gesamten Berliner Vollzug. Patientenferne Tätigkeiten, die Sterilgutaufbereitung und die medizinisch verordneten Sitzwachen werden durch Externe erbracht. Ausgaben für Ärzte im Wege der Arbeitnehmerüberlassung.

54011	**056**	**Überführungen, Überstellungen**	**188.000**	**188.000**	**141.000**	**187.555,17**

Ausgaben für Krankentransporte für den gesamten Berliner Justizvollzug; Gefangenenbeförderung in besonderen Fällen, soweit die eigenen Transportmöglichkeiten nicht genutzt werden können; Coupon-Taxi.
Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54019	**056**	**Belehrung, Unterhaltung**	**2.600**	**2.600**	**5.000**	**2.538,45**

Für die Freizeitgestaltung und Therapieangebote der Gefangenen und für stationär untergebrachte Patienten.

54020	**056**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Haftpflicht- und Betriebshaftpflichtversicherungen für den Bereich Arbeitswesen.

54024	**056**	**Aufführungsrechte, Kompositionsaufträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

GEMA-Entgelte für von Gemeinschaftsanlagen übertragene Rundfunk- und Fernsehsendungen.

54039	**056**	**Haltung von Tieren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54042	**056**	**Leistungen an die Labor Berlin - Charité Vivantes GmbH**	**445.000**	**445.000**	**445.000**	**1.172.134,65**
54077	**056**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**40.000**	**1.000**	**—**
54079	**056**	**Verschiedene Ausgaben**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**28.934,58**
63610	**056**	**Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
63611	**056**	**Ambulante Krankenhilfe**	**356.000**	**356.000**	**340.000**	**355.991,36**

Ausgaben für externe fachärztliche Untersuchungen und Gutachten für Gefangene für den gesamten Berliner Justizvollzug. Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

67144	**056**	**Unterbringung in fremden Krankenanstalten**	**850.000**	**850.000**	**1.100.000**	**815.410,31**

Ausgaben für die stationäre Unterbringung von Gefangenen in externen Krankenhäusern. Die Ausgaben werden hier zentral für den gesamten Berliner Justizvollzug veranschlagt. Weniger in Anpassung an das Ist.

67155	**056**	**Unterbringung in öffentlichen Krankenhäusern**	**1.000**	**1.000**	**25.000**	**—**

Ausgaben für die Unterbringung von Gefangenen in öffentlichen Krankenhäusern, hier: Unterbringung von psychisch kranken weiblichen Inhaftierten im Krankenhaus des Maßregelvollzuges. Der Merkansatz ist im Fall einer Unterbringung zu verstärken.

68142	**056**	**Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug**	**1.026.000**	**1.026.000**	**1.170.000**	**950.040,68**

Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Beiträge zur Sozialversicherung und Taschengelder für Gefangene.
Weniger in Anpassung an das Ist 2022 zzgl. Lohnsteigerungen.

68176	**056**	**Fürsorge und Fahrgelder für Gefangene**	**3.500**	**3.500**	**1.000**	**3.486,34**

Beschaffung von Kleidungsstücken für die Zeit nach der Entlassung sowie Zahlung von Überbrückungs- und Reisebeihilfen.

81179	**056**	**Fahrzeuge**	**—**	**250.000**	**205.000**	**—**

Erläuterungen 2025

2 Gefangenentransportfahrzeuge (klein) mit 3 Transportplätzen

81180	**056**	**Gefangenentransportfahrzeug**	**340.000**	**—**	**—**	**349.276,90**

Erläuterungen 2024

1 Gefangenentransportfahrzeug (groß) mit 20 Transportplätzen

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81212	**056**	**Röntgenanlage für JVA Moabit**	**—**	**450.000**	**—**	**—**

Erläuterungen 2025

Ersatzbeschaffung einer Röntgenanlage für die ZMA der JVA Moabit.

81259	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81279	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**1.100.000**	**1.085.000**	**1.395.000**	**1.001.507,03**

Erläuterungen 2024

Ersatzbeschaffungen Ausstattung BJV	25.500 €
Herrichtung/Einrichtung Sporträume Haus C/TAII und Haus E/TAIII sowie Outdoorgeräte	60.000 €
Trockner à 10 kg Wäscherei	15.000 €
Ersatzbeschaffung Pflanztische Gärtnerei	25.000 €
Kippbratpfanne/Primer Gastronomiebetrieb	12.000 €
Ersatzbeschaffung Komplettausstattung Geschirr Gastronomiebetrieb	5.000 €
Fliegengitter Gastronomiebetrieb	8.000 €
Stoßdämpferprüfgerät Kfz-Werkstatt	5.000 €
Autospotter Kfz-Werkstatt	7.000 €
2 Gas-Kochkessel Küche Moabit	80.000 €
2 Gas-Kombidämpfer Küche Moabit	80.000 €
Tiefkühlzelle UG Küche Moabit	50.000 €
Thermoporte Küche Moabit	20.000 €
4 Gas-Kippbratpfannen Küche Tegel	70.000 €
Thermoporte Küche Tegel	20.000 €
Elektro-Kombidämpfer Küche Plötzensee	35.000 €
GN-Behälter + Deckel Küche Plötzensee	15.000 €
Thermoporte Küche Plötzensee	20.000 €
Funkgeräte mit GPS für Hausfunkanlage -Ersatzbeschaffung	35.000 €
Ausstattung Sicherheitsgruppe	15.000 €
24h-Stühle Alarmzentralen/Pforten	10.000 €
Lizenzerneuerung Software zum Auslesen von aufgefundenen Handys	14.000 €
25 Einbauherde für die TA II und TA III	12.000 €
6 Waschmaschinen für die TA II und TA III	19.500 €
6 Trockner für die TA II und TA III	16.500 €
Kühlschränke 8er Fächerung für die TA II	17.000 €
Kühlschränke 10er Fächerung für die TA III	17.000 €
Kühlschränke 12er Fächerung für die TA II und TA III	11.000 €
Kühlschränke, Herde für die TA I	7.000 €
Einrichtung von Sporträumen für Bedienstete im Rahmen des Gesundheitsmanagements	17.000 €
Therapiegeräte/Therapieliegen JVK	20.000 €
CNE Learning JVK	12.000 €
Wagensysteme Patientenversorgung JVK	12.000 €
Befundungsmonitore JVK/Arztgeschäftsstellen	22.000 €
Workstations Röntgen-PC JVK	6.000 €
Arbeitsplatz Admin Röntgen JVK	8.000 €
Ausstattung KG Gerät AGSt Tegel	25.000 €
Endowasher Endoskopie JVK	5.000 €
Notfallmonitor Corpuls 3 JVK	30.000 €
Defibrillatoren C1 JVK	25.000 €
Ultraschalldiagnostik, Ambulante Versorgung teilmobil Arztgeschäftsstellen OVB	20.000 €
Methadonautomaten Arztgeschäftsstellen	23.000 €
Optimierung Telemedizin JVK/ alle Arztgeschäftsstellen	50.000 €
Aktiv- Boards JVK	25.500 €
Accesspoints Funktionsbereiche JVK	25.000 €
Zentrale Sauerstoffversorgung JVK Kapazitätserweiterung	30.000 €
Sirona DAC Arztgeschäftsstellen Moabit, Tegel, Plötzensee	18.000 €
	1.100.000 €

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Erläuterungen 2025

Ersatzbeschaffungen Ausstattung BJV	40.000 €
Herrichtung/Einrichtung Sporträume Haus D/TAII und Haus F/TAIII	100.000 €
Waschmaschine a 26 kg Wäscherei	30.000 €
Induktionsherd Gastronomiebetrieb	8.000 €
Gaskochkessel 350 l Küche Moabit	50.000 €
GN-Behälter + Deckel Küche Moabit	50.000 €
Gas-Rechteck-Kochkessel Küche Tegel	45.000 €
Aufschnittmaschinen Küche Tegel	8.000 €
Mischmaschine/Tumbler groß Küche Tegel	55.000 €
Dampfkochkessel Küche Plötzensee	190.000 €
Ausstattung Sicherheitsgruppe	15.000 €
Alkoholtestgeräte Sicherheit	9.000 €
10 Kühlschränke 8er Fächerung für die TA II	14.000 €
11 Kühlschränke 10er Fächerung für die TA III	14.000 €
7 Kühlschränke 12er Fächerung für die TA II und TA III	13.000 €
200 Schwerentflammbare Vorhänge für die TA II	22.000 €
4 Waschmaschinen für die TA II und die TA III	13.000 €
4 Trockner für die TA II und TA III	11.000 €
25 Einbauherde für die TA II und TA III	12.000 €
Kühlschränke, Herde, etc. für die TA I	10.000 €
Therapiegeräte/Therapieliegen JVK	10.000 €
Rollbretter/Tragegurte/Drehteller/Transferbretter/Therapielagerungsstugl/Segofix- Material JVK	9.500 €
Ausstattung Stationsküchen JVK	5.000 €
Patientennachttische	5.000 €
Workstations Röntgen-PC JVK	12.000 €
Zahnröntgenanlage inkl. Befundmonitor Arztgeschäftsstelle Moabit	30.000 €
Peripheriegeräte Röntgen JVK	10.000 €
Rehageräte, therapeutische Kletterwand JVK	8.000 €
Notfallmonitor Corpuls 3 Arztgeschäftsstellen Moabit, Tegel, Heidering	7.500 €
Defibrillatoren C1 Anstalten	25.000 €
Ultraschalldiagnostik, Ambulante Versorgung teilmobil Arztgeschäftsstellen Moabit, Tegel, Heidering	60.000 €
Methadonautomaten Arztgeschäftsstellen OVB, VAF, Plötzensee	70.000 €
Aktiv- Board JVK	10.000 €
Pflegebetten JVK	12.000 €
Sirona DAC Arztgeschäftsstellen VAF, JSA, Heidering	19.000 €
	1.084.500 €
rd.	1.085.000 €

81289	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	
		Siehe Maßnahmegruppe 31	

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0661 – 0691:

Art	Preis in €	Anzahl	Istausgaben MG 31 2022 in €	Max. Veranschlagung in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4 = 1 x 2	5	6
Eigenleistung IT	1.140	3.474	2.708.661,29	3.960.360	3.341.000	3.485.300
Fremdleistung IT	1.790	---	---	---	---	---
Summe IT		3.474	2.708.661,29	3.960.360	3.341.000	3.485.300
Eigenleistung TK	220	---	---	---	---	---
Fremdleistung TK ITDZ	280	3.346	774.918,63	936.880	837.500	915.800
Summe TK	---	3.346	774.918,63	936.880	837.500	915.800
Gesamt	---	---	3.483.579,92	4.897.240	4.178.500	4.401.100

51111	**056**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**12.000,00**

Geschäftsbedarf IKT, Datenträger und dgl.

51114	**056**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51143	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**120.000**	**120.000**	**75.000**	**185.994,57**

Wartung, Reparatur, Kleinteile und im Einzelfall vor Ablauf der Abschreibungsfrist erforderliche Ersatzbeschaffung für vorhandene Hardwareausstattung und Telefaxe sowie Gegenstände für die ergonomiegerechte Ausstattung von Bildschirmarbeitsplätzen, Datenträgervernichtung etc. nach BSI-Standards.

Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

51145	**056**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**667.000**	**714.000**	**532.000**	**508.601,34**

MAN/SNZ, gesicherte Fernzugriffe, IPSec, Mehrwertdienste gem. Servicevereinbarungen mit dem ITDZ, Datenfernübertragung IuK.

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.611.000**	**1.714.000**	**1.284.000**	**1.342.972,22**

	2024	2025	2023
Wartungsverträge/Dienstleistungen			
1. Wartungsvertrag Netzwerkkomponenten	34.000 €	34.000 €	34.000 €
2. Wartungsvertrag (MultiVendorHelpDesk)	60.000 €	64.800 €	29.000 €
3. Wartungsvertrag BOS Funk	3.000 €	3.000 €	3.000 €
4. Wartungsvertrag Funk/Fahrbereitschaft	1.000 €	1.000 €	1.000 €
5. Wartungsvertrag Funktel	12.000 €	12.000 €	12.000 €
6. Dienstleistungen/Consulting allgemein	75.000 €	75.000 €	75.000 €
7. VPN Zugänge	143.000 €	154.500 €	--- €
	328.000 €	344.300 €	154.000 €

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025	2023
Software/Lizenzen			
1. Enterprise Agreement SCE-Vertrag	870.000 €	939 600 €	682.000 €
2. Backup Exec Maintenance	11.000 €	11.000 €	11.000 €
3. Citrix XEN Server Maintenance und Desktop Maintenance	75.000 €	75.000 €	45.000 €
4. Adobe Acrobat Neulizenzen	5.000 €	5.000 €	5.000 €
5. Mc Afee Virenschutz	30.000 €	32.400 €	15.000 €
6. Hyena ENT Edition Maintenance / Neulizenzen (Remotezugriffssoftware)	1.000 €	1.000 €	1.000 €
7. Maintenance PasswortSafe	1.500 €	1.500 €	1.500 €
8. Maintenance Spracherkennungssoftware	--- €	--- €	21.500 €
9. Lumension Maintenance (USB-Schutz)	--- €	--- €	2.000 €
10. AD Manager	12.000 €	12.000 €	5.000 €
11. Dame Ware	3.000 €	3.000 €	3.000 €
12. XMind Pro	--- €	--- €	1.000 €
13. Ideri Note	--- €	--- €	10.000 €
14. Einführungsunterstützung für die Kompetenzzentren der JVA Plötzensee	--- €	--- €	42.000 €
15. Mobiles Arbeiten einschließlich Lizenzergänzungen	--- €	--- €	100.000 €
16. PRTG	4.500 €	--- €	--- €
17. Videokonferenzsystem Justiz: zusätzliche virtuelle Konferenzräume	3.500 €	3.500 €	--- €
18. TrueUp (Zuwachs an PCs/NBs- und Server-Lizenzen)	50.000 €	54.000 €	--- €
	1.066.500 €	1.138.000 €	945.000 €
Telefonie und Funk			
1. Telefonanlagen für die JVA Plötzensee, die Zentrale IT-Stelle der Berliner Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz, die Zentrale Aus- und Fortbildungsstelle des Berliner Justizvollzuges, das Mietermanagement des Justizvollzuges und den Kriminologischen Dienst inkl. Mobiltelefone und Telefongesprächsgebühren	196.000 €	211.700 €	165.000 €
2. Bündelfunkanlage	20.000 €	20.000 €	20.000 €
	216.000 €	231.700 €	185.000 €
Summe	1.610.500 € rd. 1.611.000 €	1.714.000 €	1.284.000 €

51428	**056**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensunabhängige IKT**	**119.000**	**119.000**	**119.000**	**90.697,83**

In diesem Titel werden die gesamten Ausgaben für Verbrauchsmittel der verfahrensunabhängigen IKT der Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz veranschlagt.

51921	**056**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52511	**056**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**17.974,00**

	2024/2025	2023
1. MS-System Center Suite (Admins)	5.000 €	5.000 €
2. Administrator Schulungen Backup, Exchange, Windows u. a.	5.000 €	5.000 €
3. Schulungen IT-Sicherheit	9.000 €	9.000 €
4. Netzwerkschulungen	6.000 €	6.000 €
5. Citrix Xen Desktop/Server	5.000 €	5.000 €
	30.000 €	30.000 €

52613	**056**	**Gutachten für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT**	**970.000**	**990.000**	**599.000**	**745.909,57**

Erläuterungen 2024

Ersatz-/Neubeschaffung BAP	435.000 €
Ersatz-/Neubeschaffung Notebooks	110.400 €
Ersatz-/Neubeschaffung Aktive Boards	64.000 €
Ersatzbeschaffung Server	90.000 €
Aktualisierung Firewall	60.000 €
Ersatzbeschaffung aktiver Netzwerkkomponenten	80.000 €
Ersatzbeschaffung SAN	130.000 €
	969.400 €
rd.	970.000 €

Erläuterungen 2025

Ersatz-/Neubeschaffung BAP	324.600 €
Ersatz-/Neubeschaffung Notebooks	179.000 €
Ersatz-/Neubeschaffung Aktive Boards	69.100 €
Ersatzbeschaffung Server	145.800 €
Teilerneuerung / Ersatzbeschaffung Bandsicherungslaufwerk	55.000 €
Ersatzbeschaffung aktiver Netzwerkkomponenten	216.000 €
	989.500 €
rd.	990.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**3.532.000**	**3.702.000**	**2.654.000**	**2.904.149,53**

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**056**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**3.000,00**

Geschäftsbedarf IKT, Datenträger und dgl.

51168	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**70.000**	**70.000**	**10.000**	**9.931,86**

Wartung, Reparatur, Kleinteile und erforderliche Ersatzbeschaffungen für vorhandene verfahrensabhängige Hardwareausstattung. Mehr aufgrund der Wartung der IT-Beistellungen für das Haftraummediensystem.

51170	**056**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**33.000**	**33.000**	**12.700**	**32.079,45**
51185	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**2.109.000**	**2.397.000**	**1.745.000**	**1.226.237,44**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	275.000	275.000	25.000

Verfahrensabhängige IT – Dienstleistungen der Zentralen IT-Stelle der Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz.

Wartungsverträge/Software/Lizenzen/Anpassungsleistungen

	2024	2025	2023
1. Reso Nord Beitrag Länderverbund (eLis-Lizenzen / -Nutzung)	85.000 €	85.000 €	135.500 €
2. BasisWeb Beitrag Länderverbund	202.800 €	202.800 €	191.800 €
3. BasisWeb Support Vertrag	25.000 €	25.000 €	25.000 €
4. BasisWeb Programmierarbeiten zur Anpassung an länderspezifische Regelungen inkl. DWH Support Vertrag	30.000 €	30.000 €	30.000 €
5. BasisWeb Re-Design des Fachverfahrens im Länderverbund	250.000 €	250.000 €	250.000 €
6. Oracle: Software-Wartung /-Standardsupport	95.000 €	95.000 €	61.900 €
7. Datenbank/Oracle - 3rd-Level-Support / -Consulting	35.500 €	35.500 €	35.000 €
8. FCMS Pflege- und Anpassungskosten	15.000 €	15.000 €	15.000 €
9. DSM Ware Pflege- und Anpassungskosten	24.000 €	24.000 €	24.000 €
10. NexusWeb Beitrag Länderverbund	35.000 €	35.000 €	35.000 €
11. NexusWeb Vertrag berlinspezifische Anpassungsleistungen	5.000 €	5.000 €	5.000 €
12. Nexus VeLiS Wartung- und Pflegekosten im Länderverbund	10.000 €	10.000 €	10.000 €
13. SoPart Pflege- und Wartungskosten	510.000 €	510.000 €	475.000 €
14. SoPart berlinspezifische Anpassungsleistungen	62.000 €	62.000 €	62.000 €
15. SoPart - Pflege und Anpassung im Rahmen des Länderverbundes	50.000 €	50.000 €	50.000 €
16. Sked Software Pflegekosten	3.800 €	3.800 €	3.800 €
17. Rote Liste Medizinischer Dienst (Wartung/Support)	1.100 €	1.100 €	700 €
18. Wartungskosten Postbank-Software für Basis-Web	1.000 €	1.000 €	600 €
19. Statistik Software IBM SPSS Pro Pflegekosten	6.300 €	6.300 €	5.600 €
20. Novell Suse Linux Support	6.000 €	6.000 €	12.000 €
21. Nexus Curator Pflegekosten	8.000 €	8.000 €	8.000 €
22. Maintenance Stiller Alarm	3.000 €	3.000 €	3.000 €
23. HTS Web Edition Jahreslizenzgebühr	100 €	100 €	100 €
24. Maintenance Bibliothekssoftware JVA Heidering	2.900 €	2.900 €	2.900 €
25. TVL-Info Jahreslizenzgebühr	600 €	600 €	600 €
26. IT-DL für IT-Sicherheit/Notfallmanagement	20.000 €	20.000 €	25.000 €
27. Videotelefonie/technische Pilotierung	13.000 €	13.000 €	13.000 €
28. Gefangenensoftware eLis (IT-Betrieb der Schulungsräume)	80.000 €	80.000 €	75.500 €
29. Anteil EA-Vertrag ITDZ für eLis	20.000 €	20.000 €	25.000 €
30. Dienstleistungen Allgemein	20.000 €	20.000 €	20.000 €
31. Pflegekosten Fotres	5.700 €	5.700 €	5.700 €
32. PACS (Röntgenanlage) Software Maintenance	8.600 €	8.600 €	8.600 €

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025	2023
33. IFOX (Medizin) Pflege- und Wartungskosten	1.600 €	1.600 €	1.600 €
34. Stiller Alarm Pflege	--- €	--- €	3.000 €
35. Management Software Schulungsräume	200 €	200 €	200 €
36. Weiterentwicklung Digitalisierung für künftige IKT-Architektur	--- €	--- €	50.000 €
37. Spracherkennungssoftware Maintenance, Support u. a.	48.300 €	48.300 €	48.300 €
38. elektronische Lernplattform moodle für BJV (Betrieb, Pflege)	8.600 €	8.600 €	8.600 €
39. Telemedizin	18.000 €	18.000 €	18.000 €
40. Red Hat Linux Support	17.000 €	17.000 €	--- €
41. Rsd Hat JBoss	43.000 €	43.000 €	--- €
42. Fachakte für SozDJ (e Probandenakte): Konzeption	75.000 €	--- €	--- €
43. Fachakte für SozDJ (e Probandenakte): Datenmigration /-integration	--- €	112.500 €	--- €
44. Elektronische Gefangenenpersonalakte für Justizvollzug - Konzeption	112.500 €	112.500 €	--- €
45. Elektronische Gefangenenpersonalakte für Justizvollzug - Umsetzung	--- €	150.000 €	--- €
46. Verwaltung-eAkten: Anpassungsdienstleistungen für Nutzung des Berliner Landesdienstes	50.000 €	50.000 €	--- €
47. Dienstleistungen und IT-Entwicklungen für das Haftraummediensystem	100.000 €	200.000 €	--- €
	2.108.600 €	2.396.100 €	1.745.000 €
	rd. 2.109.000 €	2.397.000 €	

Die Supportverträge beinhalten einerseits den Support für die Software und/oder den Support als Dienstleistung bei der Umsetzung von Neuerungen oder Integration in vorhandene Systeme sowie Unterstützung bei der Fehleranalyse zur Aufrechterhaltung eines sicheren Verfahrensbetriebs außerhalb der täglichen Datenbankpflege.

51453	**056**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**45.000**	**45.000**	**45.000**	**45.000,00**

Toner, Tinte für die Fachverfahren Basis-Web, Nexus VeLis, Nexus Web u. a. für alle Justizvollzugsanstalten und die Sozialen Dienste der Justiz.

52536	**056**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**15.310,15**

	2024/2025	2023
1. Oracle, Data Warehouse	8.000 €	8.000 €
2. SQL Datenbanken	6.000 €	6.000 €
3. IT-Fachverfahrensbetreuung	6.000 €	6.000 €
	20.000 €	20.000 €

81259	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**399.000**	**500.000**	**189.000**	**248.833,98**

Erläuterungen 2024

IT-Lösung für elektrische Zeiterfassung auf Basis DSM-Ware	84.000 €
Stufenweise Ertüchtigung Server und zentrale Komponente für IT-Verfahren	55.000 €
Monitore, Endgeräte für IT-Verfahren	50.000 €
Ersatzbeschaffung Tablets für Lehrgänge AVD	10.000 €
Elektronische Probandenakte für SozDJ (Server+Speicher)	200.000 €
	399.000 €

Erläuterungen 2025

IT-Lösung für elektrische Zeiterfassung auf Basis DSM-Ware	84.000 €
Ersatzbeschaffung Server	50.000 €
Stufenweise Ertüchtigung Server und zentrale Komponente für IT-Verfahren	100.000 €
Monitore, Endgeräte für IT-Verfahren	50.000 €
Ersatzbeschaffung Tablets Telemedizin	16.000 €
Elektronische Gefangenenpersonalakte für Justizvollzug (Server+Speicher)	200.000 €
	500.000 €

Summe Maßnahmegruppe 32	**2.679.000**	**3.068.000**	**2.024.700**	**1.580.392,88**
Gesamtausgaben	**86.162.800**	**90.893.700**	**82.663.800**	**85.447.856,07**
Prozentuale Veränderung	**4,2 %**	**5,5 %**		

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0661				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	591.400	591.400	537.500	586.668,62
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	51.400	51.400	31.500	51.375,94
		Gesamteinnahmen	642.800	642.800	569.000	638.044,56
411-462		Personalausgaben	46.309.100	49.973.000	44.953.200	45.387.067,67
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	34.807.200	35.408.200	32.685.600	35.590.332,23
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.237.500	2.237.500	2.637.000	2.124.928,69
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	2.809.000	3.275.000	2.388.000	2.345.527,48
		Gesamtausgaben	86.162.800	90.893.700	82.663.800	85.447.856,07
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-85.520.000	-90.250.900	-82.094.800	-84.809.811,51

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001165 Sicherstellung des Justizvollzuges

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	118.915.918	110.773.266	+7,35
Kostenträger	18	Sachkosten	13.473.268	12.906.656	+4,39
davon		Transferkosten	9.567.221	9.385.239	+1,94
Produkte	17	Verrechnungskosten	19.553.764	18.272.843	+7,01
MGF	1	kalkulatorische Kosten	43.290.416	40.393.603	+7,17
Projekte	0	Gemeinkosten	129.618.073	126.136.062	+2,76
		Summe Verwaltungskosten	334.418.662	317.867.669	+5,21
		Transfers	80.855	65.618	+23,22
		Gesamtsumme	334.499.517	317.933.288	+5,21

Erläuterung zu dem Bereich / Strategischen Ziel „Sicherstellung des Justizvollzuges“: Die entstehenden Kosten werden hier leistungsstrangbezogen und behördenübergreifend gebündelt. Dies bezieht sich auf die Kosten des Justizvollzuges und die Kosten bei der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Die dargestellten Kosten entsprechen den Ausgaben der Kapitel 0661 bis 0672 (Justizvollzug). Die Darstellung erfolgt ausschließlich beim Kapitel 0661 (JVA Plötzensee).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005450	2022	110.104.230	60.529	110.164.759
Sicherheit und Versorgung der Gefangenen inkl. Medizin	2021	106.841.706	54.565	106.896.270

In dieser Kostenträgergruppe existieren vier externe Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
73740	2022	36.317.964	0	36.317.964
Außensicherung der Anstalt	2021	37.144.989	0	37.144.989

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

	2022	2021
Menge: Anzahl der Hafttage	1.252.800	1.205.923
Kosten je ME in €	28,99	30,80
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	10,86	11,68
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,78	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das Produkt umfasst alle Maßnahmen zur Gewährleistung der äußeren Anstaltssicherheit einschließlich Ausführungen, Vorführungen sowie externe Bewachung und der Abwicklung des gesamten Personen- und Kraftfahrzeugverkehrs der Anstalt.

Fachspezifische Informationen

Die Menge ist über 12 Monate kumuliert.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79331	2022	35.019.860	60.529	35.080.389
Versorgung der Gefangenen (ohne medizinische Versorgung)	2021	32.045.117	54.306	32.099.423

	2022	2021
Menge: Anzahl der Hafttage	1.256.714	1.205.923
Kosten je ME in €	27,87	26,57
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	10,49	10,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	268.400,85	251.352,36
IST - Erträge in €	634.356,98	634.882,78
Kostendeckungsgrad in %	1,81	1,98

Das Produkt beinhaltet alle Maßnahmen, die für die Grundversorgung, die sachgerechte Ausstattung der Gefangenen und die Aufbewahrung der Habe erforderlich sind.

Fachspezifische Informationen

Die Menge ist über 12 Monate kumuliert.
Bei den Transferkosten handelt es sich um Taschengelder für die Gefangenen; bei den Transfers handelt es sich um sonstige Fürsorgeleistungen an Gefangene. Die Verwaltungserträge resultieren aus Entgelten für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft (87%) und Ersatzleistungen (13%).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80208	2022	25.238.534	0	25.238.534
Ambulante medizinische Versorgung im Justizvollzug	2021	23.686.147	0	23.686.147

	2022	2021
Menge: Anzahl der Hafttage	1.113.698	1.063.701
Kosten je ME in €	22,66	22,27
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,55	7,45
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	364.995,73	286.508,38
IST - Erträge in €	136.971,69	131.252,39
Kostendeckungsgrad in %	0,54	0,55

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Dieses Produkt umfasst alle für die ambulante Versorgung erforderlichen ausreichenden, zweckmäßigen und wirtschaftlichen medizinischen Leistungen bei Aufnahme, Aufenthalt, Entlassung, Behandlung und Prävention und beinhaltet die pflegerische, ärztliche und sonstige medizinische Versorgung.

Fachspezifische Informationen
Die Menge ist über 12 Monate kumuliert.
Bei den Transferkosten handelt es sich um ambulante Krankenhilfe; z.B. fachärztliche Untersuchungen und Gutachten für Gefangene. Bei den Transfers handelt es sich um Ausgleichszahlungen aus sozialen Gründen. Die Verwaltungserträge resultieren aus Entschädigungen für die Benutzung anstaltseigener Geräte durch externe Zahnärzte (96%) und den Verkauf von Mobilien (4%).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005457	2022	172.368.104	20.326	172.388.430
Behandlung und Betreuung der Gefangenen in den verschiedenen Vollzugsformen	2021	159.552.498	9.314	159.561.811

In dieser Kostenträgergruppe existieren sieben externe Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80200	2022	21.408.378	166	21.408.544
Offener Vollzug	2021	20.352.465	0	20.352.465

	2022	2021
Menge: Anzahl der Hafttage	231.440	235.244
Kosten je ME in €	92,50	86,52
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	6,40	6,40
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	51.187,76	0,00
IST - Erträge in €	53.322,80	5.813,70
Kostendeckungsgrad in %	0,25	0,03

Das Produkt umfasst Maßnahmen, die im offenen Vollzug zur Verbesserung der Legal- und Sozialprognose Anwendung finden.

Fachspezifische Informationen
Die Menge ist über 12 Monate kumuliert.
Die Verwaltungserträge resultieren aus Entgelten für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft von Freigängern (96%), Erstattungen (2%), Schadensersatzleistungen (1%) und wirtschaftlichen Tätigkeiten der Betriebe (1%), die fehlerhaft kontiert wurden.

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80201	2022	83.305.163	2.347	83.307.510
Geschlossener Vollzug	2021	77.849.039	1.194	77.850.233

	2022	2021
Menge: Anzahl der Hafttage	579.350	566.920
Kosten je ME in €	143,79	137,32
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	24,91	24,49
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	145.277,16	88.882,26
IST - Erträge in €	16.705,22	10.895,07
Kostendeckungsgrad in %	0,02	0,01

Das Produkt umfasst Maßnahmen, die im geschlossenen Vollzug zur Verbesserung der Legal- und Sozialprognose Anwendung finden.

Fachspezifische Informationen
Die Menge ist über 12 Monate kumuliert.
Bei den Transferkosten handelt es sich um Zuwendungen an Freie Träger für die Beratung von Gefangenen. Bei den Transfers handelt es sich um sonstige Fürsorgeleistungen an Gefangene. Die Verwaltungserträge resultieren aus Schadensersatzleistungen (53%) und Erstattungen (47%).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80203	2022	25.646.282	0	25.646.282
Untersuchungshaft	2021	22.817.681	0	22.817.681

	2022	2021
Menge: Anzahl der Hafttage	263.631	249.845
Kosten je ME in €	97,28	91,33
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,67	7,18
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	50.758,90	50.162,08
IST - Erträge in €	418,07	1.185,54
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,01

Das Produkt umfasst alle Maßnahmen, die in der Untersuchungshaft Anwendung finden.

Fachspezifische Informationen
Die Menge ist über 12 Monate kumuliert.
Bei den Transferkosten handelt es sich um Zuwendungen an Freie Träger für die Beratung von Gefangenen. Der Ertrag resultiert aus der Rückzahlung einer Zuwendung aus Vorjahren.

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005458	2022	46.312.419	0	46.312.419
Qualifizierung und Beschäftigung der Gefangenen	2021	45.914.644	0	45.914.644

In dieser Kostenträgergruppe existieren vier externe Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80212	2022	28.785.285	0	28.785.285
Beschäftigung	2021	29.318.776	0	29.318.776

	2022	2021
Menge: Anzahl der Gefangenen in Beschäftigung	14.026	15.547
Kosten je ME in €	2.052,28	1.885,82
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,61	9,22
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	3.546.901,92	3.380.829,74
IST - Erträge in €	727.359,69	745.112,55
Kostendeckungsgrad in %	2,53	2,54

Das Produkt umfasst alle Maßnahmen zur Beschäftigung von Gefangenen mit Arbeiten, die mindestens eine Anlernzeit erfordern und durchschnittliche Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und die Geschicklichkeit stellen.

Fachspezifische Informationen
Die Menge ist über 12 Monate kumuliert.

Bei den Transferkosten handelt es sich um die Löhne der beschäftigten Gefangenen. Die Verwaltungserträge resultieren aus wirtschaftlichen Tätigkeiten der Betriebe. Die Kosten und Erträge für die Beschäftigung in den versorgenden Betrieben des Vollzugs (Küchen und Wäscherei) sind hier nicht enthalten.

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Aufgabe der Justizvollzugsanstalt für Frauen ist die Vollstreckung von Freiheits-, Ersatzfreiheits- und Jugendstrafe, Untersuchungs- und Zivilhaft sowie Sicherungsverwahrung an Frauen.

Die Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin verfügt über vier Standorte mit insgesamt 146 Haftplätzen im geschlossenen und 90 Haftplätzen im offenen Vollzug.

Für die Gefangenen sind 212 Arbeitsplätze - davon 45 Plätze für schulische Qualifizierung und 48 Plätze für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen - vorhanden.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	23	6	33	17	32	17
Relativer Anteil	79 %	21 %	66 %	34 %	65 %	35 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	124	57	114	48	109	42
Relativer Anteil	69 %	31 %	70 %	30 %	72 %	28 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	57.784,12 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	60.844,38 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	48.216,43 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	50.776,33 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2, 2.Einstiegsamt und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Mitarbeitende: Bei den Mitarbeitenden ergibt sich die Differenz aufgrund der unterschiedlichen Verteilung von weiblichen und männlichen Beschäftigten in verschiedenen Entgelt- und Besoldungsgruppen. In der Laufbahngruppe 2, 1. und 2. Einstiegsamt überwiegt der weibliche Anteil. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11112	**056**	**Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft**	**35.800**	**35.800**	**30.000**	**35.747,64**

Kostenanteile von Freigängerinnen, die eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit außerhalb der Anstalt ausüben

11903	**056**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**5.900**	**5.900**	**4.600**	**5.818,78**

Ersatzleistungen für Personen- und Sachschäden

11906	**056**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11934	**056**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlung von in Vorjahren gewährten Darlehen an Gefangene im Rahmen von Fürsorgeleistungen (vgl. auch Erläuterung zu Titel 68176)

11938	**056**	**Sonstige Kostenbeiträge**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11979	**056**	**Verschiedene Einnahmen**	**6.400**	**6.400**	**6.300**	**6.353,90**

Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder; Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen

12401	**056**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**—**	**—**	**—**	**1.732,67**
12505	**056**	**Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen**	**116.000**	**116.000**	**100.000**	**115.526,74**

Einnahmen aus dem Verkauf von Fertigwaren und sonstigen Erzeugnissen der Arbeitsbetriebe sowie sonstige Erlöse aus den Arbeitsbetrieben der Vollzugsanstalten

Anstaltseigene Betriebe	2024/2025	2023
1. Gärtnerei	500 €	500 €
2. Werkgruppe	2.500 €	2.500 €
3. Sortier- und Montagebetrieb	113.000 €	97.000 €
	116.000 €	100.000 €

28290	**056**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**540,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54690.

		Gesamteinnahmen	**167.100**	**167.100**	**144.900**	**165.719,73**
		Prozentuale Veränderung	**15,3 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**056**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**9.750.000**	**10.140.000**	**9.285.000**	**9.104.513,80**
42701	**056**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**49.000**	**49.000**	**49.000**	**34.730,05**

	2024/2025	2023
1. Freie Mitarbeiter/innen für den sozialpädagogischen Bereich	33.000 €	33.000 €
2. Freie Mitarbeiter/innen für den Bereich Beschäftigung und Qualifizierung	16.000 €	16.000 €
	49.000 €	49.000 €

42801	**056**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**870.000**	**905.000**	**1.081.000**	**1.017.446,27**
42811	**056**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.600**	**5.000**	**21.800**	**14.425,69**

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44100	**056**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**424.000**	**437.000**	**473.000**	**399.897,98**
44379	**056**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**25.100**	**26.000**	**21.000**	**25.004,37**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften, insbesondere Hepatitis-Impfungen von Dienstkräften, die einer erhöhten Infektionsgefährdung ausgesetzt sind sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

51101	**056**	**Geschäftsbedarf**	**20.000**	**20.000**	**24.200**	**12.188,95**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	9.000 €	9.800 €
2. Bücher, Zeitschriften	2.500 €	2.700 €
3. Postgebühren	2.300 €	2.500 €
4. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.200 €	4.200 €
5. Multifunktionsgeräte	5.000 €	5.000 €
	20.000 €	24.200 €

51131	**056**	**Bekleidung, Wäsche**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**11.329,12**

	2024/2025	2023
1. Anstaltskleidung	7.900 €	7.900 €
2. Arbeitsschutz- und Sportkleidung	500 €	500 €
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (Bettwäsche, Schlafdecken)	3.600 €	3.600 €
4. Wasch- und Reinigungskosten	3.000 €	3.000 €
	15.000 €	15.000 €

51140	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**41.000**	**41.000**	**41.000**	**43.640,46**

	2024/2025	2023
1. Büromaschinen (einschl. Ergänzung des Zubehörs)	3.200 €	3.200 €
2. Büroeinrichtungsgegenstände	4.000 €	4.000 €
3. Turn- und Sportgeräte	7.000 €	7.000 €
4. Geräte und Maschinen der Arbeitsverwaltung (vgl. Erläuterung zu Titel 51430)	5.800 €	5.800 €
5. Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Verwahr-, Wirtschafts-, pädagogischen sowie technischen Bereichen	14.000 €	14.000 €
6. Waffen- und Sicherheitsausrüstungen	1.500 €	1.500 €
7. Reparaturen	2.500 €	2.500 €
8. Geräte für den Brandschutz	3.000 €	3.000 €
	41.000 €	41.000 €

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51408	**056**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**760,98**
51423	**056**	**Saat- und Pflanzgut, Düngemittel**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**803,08**

Erläuterungen siehe Titel 51430

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51430	**056**	**Rohstoffe zur Weiterverarbeitung**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.898,42**

Ausgaben für die Beschaffung von Rohstoffen und Zutaten, die in den Betrieben der Arbeitsverwaltung für die Beschäftigung der Gefangenen benötigt werden.

2024/2025

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430) €	nachrichtlich: Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423) €	Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 51140) €	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 51479) €	Gesamtbetrag €
1. Gärtnerei	1.200	1.000	2.100	500	4.800
2. Werkgruppe	1.100	---	2.200	600	3.900
3. Hauswirtschafterinnen-Qualifizierung	700	---	1.500	700	2.900
	3.000	1.000	5.800	1.800	11.600

2023

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430) €	nachrichtlich: Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423) €	Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 51140) €	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 51479) €	Gesamtbetrag €
1. Gärtnerei	1.200	1.000	2.100	500	4.800
2. Werkgruppe	1.100	---	2.200	600	3.900
3. Hauswirtschafterinnen-Qualifizierung	700	---	1.500	700	2.900
	3.000	1.000	5.800	1.800	11.600

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51479	**056**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**16.211,32**

	2024/2025	2023
1. Mittel für die Körperpflege der Gefangenen	12.500 €	12.500 €
2. Verbrauchsmittel für die Arbeitsbetriebe (vgl. Erläuterung zu Titel 51430)	1.800 €	1.800 €
3. Sonstige Verbrauchsmittel	1.700 €	1.700 €
	16.000 €	16.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**056**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.163.000**	**1.186.000**	**1.140.000**	**1.409.193,06**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für die landeseigenen Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Alfredstraße 11	460.350 €	469.560 €	451.320 €
Arkonastraße 56	328.010 €	334.580 €	321.570 €
Ollenhauerstraße 128	200.410 €	204.420 €	196.480 €
Neuwedeller Straße 4	173.460 €	176.930 €	170.050 €
	1.162.230 €	1.185.490 €	1.139.420 €
rd.	1.163.000 €	1.186.000 €	1.140.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51803	**056**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**8.000**	**8.000**	**10.500**	**6.542,49**

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51820	**056**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**2.717.000**	**2.717.000**	**2.717.000**	**2.689.227,36**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mieten für die landeseigenen Dienstgebäude:

	2024/2025	2023
Alfredstraße 11	1.195.290 €	1.195.290 €
Arkonastraße 56	832.230 €	832.230 €
Ollenhauerstraße 128	476.630 €	476.630 €
Neuwedeller Straße 4	211.990 €	211.990 €
	2.716.140 €	2.716.140 €
rd.	2.717.000 €	2.717.000 €

51925	**056**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**32.500**	**33.500**	**29.600**	**29.590,00**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

	2024	2025	2023
Alfredstraße 11	17.000 €	17.500 €	12.760 €
Arkonastraße 56	6.500 €	6.700 €	8.700 €
Ollenhauerstraße 128	6.500 €	6.700 €	5.920 €
Neuwedeller Straße 4	2.500 €	2.600 €	2.210 €
	32.500 €	33.500 €	29.590 €
rd.			29.600 €

52501	**056**	**Aus- und Fortbildung**	**15.000**	**15.000**	**14.000**	**14.878,26**

Kostenpflichtige Veranstaltungen und Fortbildungen der Beschäftigten im Einzelfall

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	40	18	81	25	48	25
Relativ = Verhältnis in %	68,97	31,03	76,42	23,58	65,75	34,25
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	3,23	1,86	8,98	2,77	8,7	4,53

Zielgruppe:	Bedienstete der JVA für Frauen Berlin
Zielsetzung:	Das Erfordernis einer Zielsetzung wird nicht gesehen. Da die JVA für Frauen Berlin mehr weibliche Dienstkräfte hat, ist eine besondere Förderung durch Dienstreisen nicht erforderlich.
Steuerungsmaßnahmen:	

52509	**056**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**5.900**	**5.900**	**5.400**	**5.376,56**

Lernmittel für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**056**	**Gutachten**	**8.000**	**8.000**	**1.000**	**7.894,78**

Insbesondere Ausgaben für die arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung der arbeitenden Gefangenen

Mehr aufgrund des tatsächlichen Mittelbedarfs für die Betreuung von 212 Arbeitsplätzen für Gefangene.

Gender-Daten:
Gemäß Vollstreckungsplan des Landes Berlin sind in der JVA für Frauen Berlin weibliche Gefangene inhaftiert.

52703	**056**	**Dienstreisen**	**5.200**	**5.200**	**7.200**	**2.888,39**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	156	62	153	60	151	61
Relativ = Verhältnis in %	71,56	28,44	71,83	28,17	71,23	28,77
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	3,10	0,68	2,594	0,815	1,968	0,446

Zielgruppe:	Bedienstete der JVA für Frauen Berlin
Zielsetzung:	Das Erfordernis einer Zielsetzung wird nicht gesehen. Da die JVA für Frauen Berlin mehr weibliche Dienstkräfte hat, ist eine besondere Förderung durch Dienstreisen nicht erforderlich.
Steuerungsmaßnahmen:	

53111	**056**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gender-Daten:
Eine Ausweisung geschlechtssensitiver Daten ist für diesen Titel nicht möglich, da Ausschreibungen und Bekanntmachungen geschlechtsneutral erfolgen.

54002	**056**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**16.500**	**16.500**	**26.500**	**8.011,99**

54010	**056**	**Dienstleistungen**	**185.000**	**185.000**	**185.000**	**139.988,46**

	2024/2025	2023
1. Geschlechtsspezifische Behandlungsangebote	36.000 €	36.000 €
2. Kompetenzfeststellungsverfahren	37.000 €	37.000 €
3. Arbeitstherapie	60.000 €	60.000 €
4. Deutschkurse	52.000 €	52.000 €
	185.000 €	185.000 €

54011	**056**	**Überführungen, Überstellungen**	**7.000**	**7.000**	**5.200**	**6.727,41**

Ausgaben für Gefangenenbeförderung in besonderen Fällen, soweit die eigenen Transportmöglichkeiten nicht genutzt werden können

54019	**056**	**Belehrung, Unterhaltung**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**3.922,67**

Für die Freizeitgestaltung der Gefangenen

54020	**056**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Haftpflicht- und Betriebshaftpflichtversicherungen für den Bereich Beschäftigung und Qualifizierung

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54024	**056**	**Aufführungsrechte, Kompositionsaufträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**828,10**

GEMA-Entgelte für von Gemeinschaftsanlagen übertragene Rundfunk- und Fernsehsendungen

54077	**056**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**9.000**	**1.000**	**—**
54079	**056**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.600**	**5.600**	**5.600**	**1.001,04**

Besucher*innen-Betreuung; Kränze, Blumenspenden, Nachrufe

54690	**056**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**853,82**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

68142	**056**	**Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug**	**472.000**	**472.000**	**480.000**	**436.599,07**

Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Beiträge zur Sozialversicherung und Taschengelder für Gefangene.
Weniger in Anpassung an das Ist 2022 zzgl. Lohnsteigerungen

68176	**056**	**Fürsorge und Fahrgelder für Gefangene**	**8.900**	**8.900**	**8.900**	**5.191,60**

Beschaffung von Kleidungsstücken für die Zeit nach der Entlassung sowie Zahlung von Überbrückungs- und Reisebeihilfen

81279	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**75.000**	**75.000**	**99.000**	**36.710,09**

Erläuterung 2024

Ersatz von Weißer Ware	23.000 €
BOS-Funksystem (Neu- und Ersatzfunkgeräte)	15.000 €
Hubwagen	5.000 €
Raucherpavillon Standort Lichtenberg	7.000 €
Elektrischer Treppensteiger Standort Neukölln	5.000 €
Ausstattung Hauskammer Standort Lichtenberg	20.000 €
	75.000 €

Erläuterung 2025

Ersatz von Weißer Ware	35.000 €
BOS-Funksystem (Neu- und Ersatzfunkgeräte)	15.000 €
Schließfächer Kontrollraum Standort Reinickendorf	5.000 €
Ausstattung Hauskammer Standort Lichtenberg	20.000 €
	75.000 €

Weiße Ware umfasst Herde, Kühlschränke, Gefrierschränke, Waschmaschinen, Wäschetrockner, etc.

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0661-0691 ist beim Kapitel 0661 dargestellt.

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**54.400**	**58.300**	**50.200**	**45.456,79**

	2024	2025	2023
1. Telefonanlagen inkl. Nebenstellen	47.300 €	51.100 €	44.100 €
2. Mobiltelefone	1.500 €	1.600 €	1.000 €
3. Telefongesprächsgebühren	5.600 €	5.600 €	5.100 €
	54.400 €	58.300 €	50.200 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**54.400**	**58.300**	**50.200**	**45.456,79**
	Gesamtausgaben	**16.008.200**	**16.483.400**	**15.826.600**	**15.534.732,43**
	Prozentuale Veränderung	**1,1 %**	**3,0 %**		

Abschluss Kapitel 0663

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**166.100**	**166.100**	**143.900**	**165.179,73**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**540,00**
	Gesamteinnahmen	**167.100**	**167.100**	**144.900**	**165.719,73**
411-462	**Personalausgaben**	**11.122.700**	**11.562.000**	**10.930.800**	**10.596.018,16**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**4.329.600**	**4.365.500**	**4.307.900**	**4.460.213,51**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**480.900**	**480.900**	**488.900**	**441.790,67**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**75.000**	**75.000**	**99.000**	**36.710,09**
	Gesamtausgaben	**16.008.200**	**16.483.400**	**15.826.600**	**15.534.732,43**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-15.841.100**	**-16.316.300**	**-15.681.700**	**-15.369.012,70**

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die JVA des Offenen Vollzuges Berlin verfügt über 606 Haftplätze, davon

- 195 in der Hauptanstalt Niederneuendorfer Allee,
- 63 im Bereich Kisselnallee,
- 98 im Bereich Kiefheider Weg und
- 250 im Bereich Robert-von-Ostertag-Straße.

Für die Gefangenen sind insgesamt 160 Arbeitsplätze vorhanden zuzüglich externer Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Zu den Aufgaben der Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin gehört die Vollstreckung von Freiheitsstrafen an erwachsenen Männern sowie die Vollstreckung von Freiheitsstrafen an sich selbst stellenden erwachsenen Männern, soweit nicht ausschließlich Ersatzfreiheitsstrafen zu vollstrecken sind.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	21	22	26	18	26	19
Relativer Anteil	49 %	51 %	59 %	41 %	58 %	42 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	63	109	60	111	56	104
Relativer Anteil	37 %	63 %	35 %	65 %	35 %	65 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	63.180,53 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	62.046,92 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	47.559,42 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	49.974,64 €

Führungskräfte: Die bestehende Differenz zwischen den durchschnittlichen Jahreseinkommen der Führungskräfte ergibt sich durch einen höheren Anteil männlicher Führungskräfte in den Führungsebenen 1 und 2. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Mitarbeitende: Bei den Mitarbeitenden ergibt sich die Differenz aufgrund der unterschiedlichen Verteilung von weiblichen und männlichen Beschäftigten in verschiedenen Entgelt- und Besoldungsgruppen. In der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt überwiegt der weibliche Anteil. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11112	**056**	**Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft**	**557.000**	**557.000**	**475.000**	**556.405,36**

Kostenanteile von Freigängern, die eine versicherungspflichtige Tätigkeit außerhalb der Anstalt ausüben.

11903	**056**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**4.200**	**4.200**	**3.400**	**4.128,24**

Ersatzleistungen für Personen- und Sachschäden

11934	**056**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**95,63**

Rückzahlung von in Vorjahren gewährten Darlehen an Gefangene im Rahmen von Fürsorgeleistungen (vgl. auch Erläuterung zu Titel 68176).

11938	**056**	**Sonstige Kostenbeiträge**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11979	**056**	**Verschiedene Einnahmen**	**33.600**	**33.600**	**1.000**	**33.533,98**

Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder; Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen

12505	**056**	**Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen**	**18.600**	**18.600**	**29.100**	**18.502,75**

Einnahmen aus dem Verkauf von Fertigwaren und sonstigen Erzeugnissen der Arbeitsbetriebe sowie sonstige Erlöse aus den Arbeitsbetrieben der Vollzugsanstalten.

		Gesamteinnahmen	**614.400**	**614.400**	**510.500**	**612.665,96**
		Prozentuale Veränderung	**20,4 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**056**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**10.508.000**	**10.929.000**	**9.929.000**	**9.875.113,84**
42701	**056**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**17.000**	**17.000**	**17.000**	**5.000,00**

	2024/2025	2023
1. Honorare im sozialpädagogischen Bereich	13.000 €	13.000 €
2. Honorare in den Bereichen Freizeit und Bildung	4.000 €	4.000 €
	17.000 €	17.000 €

42801	**056**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**749.000**	**779.000**	**802.000**	**899.770,56**
42811	**056**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**62.300**	**65.000**	**59.100**	**58.210,36**
42821 (neu)	**056**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**165.000**	**259.000**		
44100	**056**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**383.000**	**394.000**	**346.000**	**360.776,64**
44379	**056**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**3.700**	**4.000**	**4.100**	**3.698,48**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften, insbesondere Hepatitis-Impfungen von Dienstkräften, die einer erhöhten Infektionsgefährdung ausgesetzt sind sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**056**	**Geschäftsbedarf**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**39.953,37**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	20.500 €	20.500 €
2. Bücher, Zeitschriften	9.500 €	9.500 €
3. Postgebühren	7.000 €	7.000 €
4. Rundfunkbeiträge	3.000 €	3.000 €
	40.000 €	40.000 €

51131	**056**	**Bekleidung, Wäsche**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**19.971,10**

	2024/2025	2023
1. Anstaltskleidung	4.000 €	4.000 €
2. Schutz- und Sportkleidung, Winterbekleidung für A-Kommandos	7.000 €	7.000 €
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (Bettwäsche, Schlafdecken, Matratzen und Matratzenschoner)	9.000 €	9.000 €
	20.000 €	20.000 €

51140	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**36.000**	**36.000**	**36.000**	**41.270,50**

	2024/2025	2023
1. Büroeinrichtungsgegenstände	2.000 €	2.000 €
2. Turn- und Sportgeräte	4.000 €	4.000 €
3. Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Verwahr-, Wirtschafts- sowie technischen Bereiche	4.000 €	4.000 €
4. Ausstattungsgegenstände in den Unterkunftsbereichen	3.000 €	3.000 €
5. Ersatzbeschaffung von Kleinwerkzeugen, elektrischen Maschinen	2.000 €	2.000 €
6. Sicherheitsausrüstungen	4.000 €	4.000 €
7. Geräte und Maschinen der AV (vgl. Erläuterungen zu Titel 51430)	8.000 €	8.000 €
8. Funkgeräte	4.000 €	4.000 €
9. Ausstattungsgegenstände im Rahmen des Gesundheitsschutzes bzw. in Erfüllung ergonomischer Vorgaben	5.000 €	5.000 €
	36.000 €	36.000 €

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51403	**056**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**7.000**	**7.000**	**10.500**	**916,50**

Ausgaben für Treibstoffe und Öle, Reparaturen, Ersatzteile, Wartung, TÜV, Steuern

51408	**056**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**1.100**	**1.100**	**1.100**	**1.100,00**

Schutzkleidung für die Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes.

51423	**056**	**Saat- und Pflanzgut, Düngemittel**	**7.700**	**7.700**	**7.700**	**6.890,84**

Erläuterungen siehe Titel 51430

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51430	**056**	**Rohstoffe zur Weiterverarbeitung**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**8.798,52**

Ausgaben für die Beschaffung von Rohstoffen und Zutaten, die in der Gärtnerei für die Beschäftigung der Gefangenen benötigt werden

2024/2025

Betrieb	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430) €	nachrichtlich Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423) €	Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 51140) €	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 51479) €	Gesamtbetrag €
Gärtnerei	8.000	7.700	6.000	3.600	25.300
Holzwerkstatt	4.000	---	2.000	600	6.600
	12.000	7.700	8.000	4.200	31.900

2023

Betrieb	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430) €	nachrichtlich Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423) €	Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 51140) €	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 51479) €	Gesamtbetrag €
Gärtnerei	8.000	7.700	6.000	3.600	25.300
Holzwerkstatt	4.000	---	2.000	600	6.600
	12.000	7.700	8.000	4.200	31.900

51479	**056**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**16.500**	**16.500**	**16.500**	**16.500,00**

	2024/2025	2023
1. Mittel für die Körperpflege der Gefangenen	7.200 €	7.200 €
2. Taschenlampenbatterien	100 €	100 €
3. Verbrauchsmittel für die Arbeitsbetriebe (vgl. Erläuterungen zu Titel 51430)	4.200 €	4.200 €
4. Sonstige Verbrauchsmittel	5.000 €	5.000 €
	16.500 €	16.500 €

51715	**056**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.393.000**	**1.421.000**	**1.366.000**	**1.257.598,58**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für die landeseigenen Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Niederneuendorfer Allee 140-150	418.840 €	427.210 €	410.620 €
Kisselnallee 19	214.010 €	218.290 €	209.810 €
Kiefheider Weg 68	240.830 €	245.640 €	236.100 €
Robert-von-Ostertag-Straße 2	518.740 €	529.110 €	508.560 €
	1.392.420 €	1.420.250 €	1.365.090 €
rd.	1.393.000 €	1.421.000 €	1.366.000 €

51803	**056**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**11.000**	**11.000**	**11.000**	**4.823,70**

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51820	**056**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**3.133.000**	**3.133.000**	**3.133.000**	**3.098.330,88**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mieten für die landeseigenen Dienstgebäude:

	2024/2025	2023
Niederneuendorfer Allee 140-150	1.028.160 €	1.028.160 €
Kisselnallee 19	433.990 €	433.990 €
Kiefheider Weg 68	496.370 €	496.370 €
Robert-von-Ostertag-Straße 2	1.173.660 €	1.173.660 €
	3.132.180 €	3.132.180 €
rd.	3.133.000 €	3.133.000 €

51925	**056**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**39.900**	**41.200**	**37.100**	**37.010,00**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

	2024	2025	2023
Niederneuendorfer Allee 140-150	11.800 €	12.200 €	12.760 €
Kisselnallee 19	6.200 €	6.400 €	3.950 €
Kiefheider Weg 68	7.560 €	7.800 €	5.220 €
Robert-von-Ostertag-Straße 2	14.300 €	14.800 €	15.080 €
	39.860 €	41.200 €	37.010 €
rd.	39.900 €		37.100 €

52501	**056**	**Aus- und Fortbildung**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**945,00**

Weiterbildung der Bediensteten und kostenpflichtige Fortbildung der Bediensteten. Mehr aufgrund der Übernahme der Studiengebühren der Studierenden im Dualen Studium Soziale Arbeit.

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	2	5	13	28	1	3
Relativ = Verhältnis in %	28,57	71,43	31,71	68,29	25	75
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,9	2,3	3,4	6,1	0,3	0,3

Zielgruppe:	Bedienstete der JVA des Offenen Vollzuges Berlin
Zielsetzung:	Gleichberechtigte Partizipation und Nutzung von Aus- und Fortbildungsangeboten, die sich nicht über die VAK Berlin oder die Bildungsakademie Justizvollzug erfüllen lassen durch Frauen und Männer. Dies unter Berücksichtigung der besonderen geschlechterspezifischen Erfordernisse des Männervollzuges. 38% Frauen: 62% Männer (entspricht Beibehaltung bisheriger Verteilung)
Steuerungsmaßnahmen:	Ein Anspruch auf Qualifizierung besteht unabhängig von Geschlecht und Alter. Nur mittelbare Steuerung möglich, da nur aufgabenbezogene Einzelfallentscheidungen/Genehmigungen für gesondert finanzierte Aus- und Fortbildungen erfolgen.

52509	**056**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**3.500**	**3.500**	**1.000**	**3.525,00**

Lernmittel für die Aus- und Fortbildung der Inhaftierten. Prüfungsgebühren für die auszubildenden Inhaftierten, die mit Ausbildungsplatz aus anderen Vollzugsanstalten in die JVA des Offenen Vollzuges verlegt werden.

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**056**	**Gutachten**	**21.400**	**21.400**	**21.400**	**18.642,75**

Durchführung notwendiger arbeitsmedizinischer und arbeitssicherheitstechnischer Maßnahmen für die arbeitenden Gefangenen (Pflichtuntersuchungen).

Gender-Daten:
Gemäß Vollstreckungsplan des Landes Berlin sind in der JVA des Offenen Vollzuges Berlin männliche Gefangene inhaftiert.

52703	**056**	**Dienstreisen**	**1.600**	**1.600**	**1.600**	**579,65**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	0	0	1	1	0	2
Relativ = Verhältnis in %	38	62	50	50	0	100
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,0	0,0	0,04	0,2	0	0,5

Zielgruppe:	Bedienstete der JVA des Offenen Vollzuges Berlin
Zielsetzung:	Gleichberechtigte Partizipation und Nutzung von Aus- und Fortbildungsangeboten außerhalb Berlins, die mit einer Dienstreise verbunden sind. Dies unter Berücksichtigung der besonderen geschlechterspezifischen Erfordernisse des Männervollzuges 38% Frauen: 62% Männer (entspricht Beibehaltung bisheriger Verteilung)
Steuerungsmaßnahmen:	Steuerung vorrangig über Titel 52501 (Fortbildung). Ein Anspruch auf Qualifizierung besteht unabhängig von Geschlecht und Alter. Nur mittelbare Steuerung möglich, da nur aufgabenbezogene Einzelfallentscheidungen/Genehmigungen für gesondert finanzierte Aus- und Fortbildungen und Dienstreisen erfolgen.

53111	**056**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**2.400**	**2.400**	**2.400**	**—**

Gender-Daten:
Eine Ausweisung geschlechtssensitiver Daten ist für diesen Titel nicht möglich, da Ausschreibungen und Bekanntmachungen geschlechtsneutral erfolgen.

53113	**056**	**Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.413,71**

54002	**056**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**30.000**	**30.000**	**23.000**	**22.662,10**

Umsetzung des Gesundheitspaktes und Supervisionen für kollegiale Ersthelfer zur Bewältigung von Krisensituationen aufgrund besonders belastender Ereignisse.

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**056**	**Dienstleistungen**	**330.000**	**330.000**	**310.000**	**255.761,35**
		Verpflichtungsermächtigung	**440.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**110.000**			
		Davon fällig 2026	**110.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**110.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**110.000**	**—**		

Im Rahmen der Verstärkung der Netzwerkarbeit ist die Pflege von Informationsportalen als Arbeitsmittel der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Berliner Vollzugsanstalten notwendig.

	2024/2025	2023
1. Soziales Kompetenztraining für Väter	12.000 €	12.000 €
2. Anti-Gewalt-Training	14.000 €	14.000 €
3. Training Soziale Kompetenzen	8.200 €	8.200 €
4. Betrugs- & Diebstahlsdelikte	14.000 €	14.000 €
5. Sozialpädagogisch angeleitete Freizeitgestaltung	7.500 €	7.500 €
6. Suchtmittelgruppe	14.000 €	14.000 €
7. Gruppendynamik	5.700 €	5.700 €
8. Arbeitstherapie/Arbeitstraining	62.600 €	72.600 €
9. Kompetenzfeststellungsverfahren im Einweisungsverfahren	72.000 €	72.000 €
10. Übergangsmanagement – Netzwerkarbeit	110.000 €	90.000 €
11. Sprachförderkurse	10.000 €	--- €
	330.000 €	310.000 €

Mittel für die Netzwerkarbeit im Rahmen des Übergangsmanagements werden für den gesamten Justizvollzug zentral im hiesigen Kapitel veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigung ist für die Fortführung dieser Maßnahme vorgesehen.

54011	**056**	**Überführungen, Überstellungen**	**5.300**	**5.300**	**5.300**	**3.564,70**

Ausgaben für Gefangenenbeförderung in besonderen Fällen, soweit die eigenen Transportmöglichkeiten nicht genutzt werden können.

54019	**056**	**Belehrung, Unterhaltung**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**
54020	**056**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Haftpflicht- und Betriebshaftpflichtversicherungen für den Bereich Arbeitswesen.

54077	**056**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**056**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.400**	**5.400**	**5.400**	**5.400,00**

Dienstleistungen von Geldinstituten; Besucher/-innen-Betreuung; Ausschmückung von Räumen; Kränze, Blumenspenden, Nachrufe; Freizeitgestaltung der Gefangenen.

68142	**056**	**Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug**	**694.000**	**694.000**	**790.000**	**642.407,26**

Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Beiträge zur Sozialversicherung und Taschengelder für Gefangene.
Weniger in Anpassung an das Ist 2022 zzgl. Lohnsteigerungen

68176	**056**	**Fürsorge und Fahrgelder für Gefangene**	**1.400**	**1.400**	**1.400**	**30,00**

Beschaffung von Kleidungsstücken für die Zeit nach der Entlassung; Zahlung von Überbrückungs- und Reisebeihilfen und Darlehen für die Freigänger.

81179	**056**	**Fahrzeuge**	**—**	**27.000**	**—**	**27.000,00**

Erläuterungen 2025
Ersatzbeschaffung des E-Autos am Standort Niederneuendorfer Allee zur Durchführung der Vorortkontrollen der Beschäftigungsstätten von Freigängern im Berliner Stadtgebiet und Brandenburg.

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**40.000**	**40.000**	**55.000**	**34.036,29**

Erläuterungen 2024

Ersatz von Weißer Ware	20.000 €
Ausstattung Sporträume	5.000 €
24h-Stühle, ergonomisches Büromobiliar	15.000 €
	40.000 €

Erläuterungen 2025

Ersatz von Weißer Ware	20.000 €
Pflanztische Gärtnerei	10.000 €
ergonomisches Büromobiliar	10.000 €
	40.000 €

Weiße Ware umfasst Herde, Kühlschränke, Gefrierschränke, Waschmaschinen, Wäschetrockner, etc.

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0661-0691 ist beim Kapitel 0661 dargestellt.

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**60.000**	**64.800**	**47.900**	**52.471,50**

	2024	2025	2023
1. Telefonanlagen inkl. Nebenstellen	51.500 €	55.700 €	41.000 €
2. Mobiltelefone	1.500 €	1.600 €	1.000 €
3. Telefongesprächsgebühren	7.000 €	7.500 €	5.900 €
	60.000 €	64.800 €	47.900 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**60.000**	**64.800**	**47.900**	**52.471,50**
Gesamtausgaben	**17.811.200**	**18.431.300**	**17.123.500**	**16.804.173,18**
Prozentuale Veränderung	**4,0 %**	**3,5 %**		

Abschluss Kapitel 0664

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**614.400**	**614.400**	**510.500**	**612.665,96**
	Gesamteinnahmen	**614.400**	**614.400**	**510.500**	**612.665,96**
411-462	**Personalausgaben**	**11.888.000**	**12.447.000**	**11.157.200**	**11.202.569,88**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**5.187.800**	**5.221.900**	**5.119.900**	**4.898.129,75**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**695.400**	**695.400**	**791.400**	**642.437,26**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**40.000**	**67.000**	**55.000**	**61.036,29**
	Gesamtausgaben	**17.811.200**	**18.431.300**	**17.123.500**	**16.804.173,18**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-17.196.800**	**-17.816.900**	**-16.613.000**	**-16.191.507,22**

Justizvollzugsanstalt Moabit

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Aufgabe der Justizvollzugsanstalt Moabit ist die Vollstreckung von Untersuchungs- und Auslieferungshaft an erwachsenen Männern, die Vollstreckung von Freiheitsstrafe im Aufnahmeverfahren an erwachsenen Männern und die Unterbringung sonstiger männlicher Gefangener aus wichtigen Gründen, insbesondere Sicherheitsgründen.

Die Justizvollzugsanstalt Moabit verfügt aktuell über 842 Haftplätze im geschlossenen Männervollzug. Für die Gefangenen sind derzeit 514 Arbeitsplätze vorhanden.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	17	24	16	24	17	24
Relativer Anteil	44 %	56 %	40 %	60 %	41 %	59 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	167	299	163	291	171	300
Relativer Anteil	36 %	64 %	36 %	64 %	36 %	64 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	60.031,67 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	66.347,65 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	48.110,87 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	53.101,99 €

Führungskräfte: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungsgruppen der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungsgruppen der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht, den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Justizvollzugsanstalt Moabit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11201	**056**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**200,00**
11903	**056**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**26.800**	**26.800**	**17.000**	**26.776,82**

Ersatzleistungen für Personen- und Sachschäden.

11905	**056**	**Entgelte für nichtdienstliche Inanspruchnahmen**	**12.200**	**12.200**	**11.700**	**12.111,98**

Entschädigungen von Fremdfirmen für die Nutzung anstaltseigener Einrichtungen.

11906	**056**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**4.800**	**671,73**
11925	**056**	**Rückzahlungen von Ausbildungskosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**600,00**
11934	**056**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlung von in Vorjahren gewährten Darlehen an Gefangene im Rahmen von Fürsorgeleistungen (vgl. auch Erläuterung zu Titel 68176).

11938	**056**	**Sonstige Kostenbeiträge**			**12.600**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11979	**056**	**Verschiedene Einnahmen**	**6.900**	**6.900**	**4.600**	**6.852,44**

Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder; Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen

12505	**056**	**Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen**	**123.000**	**123.000**	**235.000**	**122.951,97**

Einnahmen aus dem Verkauf von Fertigwaren und sonstigen Erzeugnissen der Arbeitsbetriebe sowie sonstige Erlöse aus den Arbeitsbetrieben der Vollzugsanstalten.

Anstaltseigene Betriebe	2024/2025	2023
1. Tischlerei	39.500 €	15.000 €
2. Schneiderei	2.000 €	5.000 €
3. Buchbinderei	1.000 €	2.000 €
4. Gastronomiebetrieb	56.000 €	75.000 €
5. Kfz-Werkstatt	--- €	33.000 €
6. Unternehmerbetriebe	22.000 €	103.000 €
7. Gärtnerei	1.500 €	2.000 €
8. Fahrradreparaturwerkstatt	1.000 €	--- €
	123.000 €	235.000 €

23102	**056**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund**	**415.000**	**415.000**	**415.000**	**—**

Erstattung von Haftkosten durch den Bund in Strafsachen, die zur Zuständigkeit des Generalbundesanwalts vor den Oberlandesgerichten im ersten Rechtszug gehören.

		Gesamteinnahmen	**587.900**	**587.900**	**703.700**	**170.164,94**
		Prozentuale Veränderung	**-16,5 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**056**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**23.784.000**	**24.735.000**	**22.790.000**	**22.784.006,23**

Justizvollzugsanstalt Moabit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42701	**056**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**407.000**	**407.000**	**407.000**	**529.899,47**

	2024/2025	2023
1. Gruppenangebote für Lehr- und Freizeitangebote der Gefangenen.	102.000 €	102.000 €
2. Zentraler Dolmetscherdienst	305.000 €	305.000 €
	407.000 €	407.000 €

42801	**056**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.942.000**	**3.060.000**	**2.594.000**	**2.855.521,23**
42811	**056**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**121.000**	**126.000**	**50.500**	**115.566,81**
44100	**056**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.133.000**	**1.167.000**	**996.000**	**1.068.381,10**
44379	**056**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**46.800**	**47.000**	**56.000**	**41.739,35**

Arbeitsschutz- und arbeitsmedizinische Maßnahmen nach den gesetzlichen Vorgaben sowie sonstige Maßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften, insbesondere Hepatitis-Impfungen von Dienstkräften, die einer erhöhten Infektionsgefährdung ausgesetzt sind sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

45300	**056**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**056**	**Geschäftsbedarf**	**44.000**	**44.000**	**44.000**	**46.773,99**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	23.000 €	23.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	6.500 €	6.500 €
3. Postgebühren	9.500 €	9.500 €
4. Rundfunk- und Fernsehgebühren	5.000 €	5.000 €
	44.000 €	44.000 €

51131	**056**	**Bekleidung, Wäsche**	**100.000**	**100.000**	**66.000**	**98.694,72**

	2024/2025	2023
1. Anstaltskleidung	48.000 €	30.000 €
2. Schutz- und Sportkleidung	4.000 €	2.000 €
3. Arbeitskleidung	42.000 €	30.000 €
4. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (Bettwäsche, Schlafdecken, Matratzenschoner)	6.000 €	4.000 €
	100.000 €	66.000 €

Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

51140	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**171.217,45**

	2024/2025	2023
1. Geräte und Maschinen der Arbeitsverwaltung (vgl. Erläuterung zu Titel 51430)	25.500 €	25.500 €
2. Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Verwahr-, Wirtschafts-, pädagogischen sowie technischen Bereichen	60.500 €	60.500 €
3. Waffen und Sicherheitsausrüstungen	10.000 €	10.000 €
4. Geräte und Ausstattungsgegenstände für die Lehrgangsräume	1.000 €	1.000 €
5. Arbeitssicherheit	5.000 €	5.000 €
6. Funkgeräte	8.000 €	8.000 €
	110.000 €	110.000 €

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

Justizvollzugsanstalt Moabit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51408	**056**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**12.900**	**12.900**	**5.400**	**15.090,85**
51423	**056**	**Saat- und Pflanzgut, Düngemittel**	**2.900**	**2.900**	**2.900**	**1.870,33**

Erläuterungen siehe Titel 51430

51430	**056**	**Rohstoffe zur Weiterverarbeitung**	**157.000**	**157.000**	**157.000**	**154.596,06**

Ausgaben für die Beschaffung von Rohstoffen und Zutaten, die in den Betrieben der Arbeitsverwaltung für die Beschäftigung der Gefangenen benötigt werden.

2024/2025

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430) €	nachrichtlich Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423) €	Geräte und Arbeits-maschinen (Titel 51140) €	Sonstige Verbrauchs-mittel (Titel 51479) €	Gesamt-betrag €
1. Tischlerei	33.000	---	6.000	8.000	47.000
2. Schneiderei	55.000	---	4.500	5.500	65.500
3. Buchbinderei	20.000	---	2.000	2.500	24.500
4. Gastronomiebetrieb	46.000	---	5.500	5.000	56.500
5. Sortier- und Montagebetrieb	---	---	2.000	---	2.000
6. Gebäudeservice	3.000	2.900	3.000	2.000	10.900
7. Fahrradreparatur-Werkstatt	---	---	2.500	2.500	5.000
	157.000	2.900	25.500	25.500	210.900

2023

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430) €	nachrichtlich Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423) €	Geräte und Arbeits-maschinen (Titel 51140) €	Sonstige Verbrauchs-mittel (Titel 51479) €	Gesamt-betrag €
1. Tischlerei	33.000	---	5.500	7.400	45.900
2. Schneiderei	55.000	---	3.500	5.200	63.700
3. Buchbinderei	20.000	---	2.000	2.400	24.400
4. Gastronomiebetrieb	46.000	---	4.500	4.700	55.200
5. Kfz-Werkstatt	---	---	4.500	6.800	11.300
6. Sortier- und Montagebetrieb	---	---	2.000	---	2.000
7. Gebäudeservice	3.000	2.900	3.500	2.000	11.400
	157.000	2.900	25.500	28.500	213.900

51432	**056**	**Film- und Fotomaterial, Ton- und Videobänder**	**3.900**	**3.900**	**3.900**	**6.135,32**
51479	**056**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**68.500**	**68.500**	**68.500**	**77.701,49**

	2024/2025	2023
1. Mittel für die Körperpflege der Gefangenen	29.000 €	26.000 €
2. Verbrauchsmittel für die Arbeitsbetriebe (vgl. Erläuterung zu Titel 51430)	25.500 €	28.500 €
3. Hautschutzmaßnahmen gemäß gesetzl. Verpflichtung	7.000 €	7.000 €
4. Sonstige Verbrauchsmittel	7.000 €	7.000 €
	68.500 €	68.500 €

51715	**056**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**4.440.000**	**4.528.000**	**4.352.000**	**3.702.698,90**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Alt-Moabit 12 A

51803	**056**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**25.000**	**25.000**	**10.000**	**24.929,93**

Justizvollzugsanstalt Moabit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**056**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**9.558.000**	**9.558.000**	**9.558.000**	**9.471.999,60**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Alt-Moabit 12 A

51925	**056**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**88.000**	**91.100**	**81.700**	**81.700,00**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

52501	**056**	**Aus- und Fortbildung**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**11.999,47**

Weiterbildung der Bediensteten, kostenpflichtige Fortbildung der Bediensteten im Einzelfall

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Fortbildungen						
Absolut = Anzahl	20	41	92	147	88	112
Relativ = Verhältnis in %	32,8	67,2	38,5	61,5	44	56
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	5,408	4,315	6,194	10,106	5,279	6,719

Zielgruppe:	Alle Dienstkräfte der JVA Moabit
Zielsetzung:	Durch gezielte Maßnahmen soll ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei der Teilnahme an kostenpflichtigen Fortbildungen beibehalten werden
Steuerungsmaßnahmen:	Gezielte Ansprache von FK und MA Ggf. Quotierung der Teilnehmenden

52610	**056**	**Gutachten**	**31.300**	**31.300**	**32.300**	**23.639,90**

Gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen zum Arbeitsschutz und der Arbeitsmedizin für Gefangene.

Gender-Daten:
Gemäß Vollstreckungsplan des Landes Berlin sind in der JVA Moabit männliche Gefangene inhaftiert.

52703	**056**	**Dienstreisen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.227,90**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Dienstreisekosten						
Absolut = Anzahl	5	3	0	0	1	0
Relativ = Verhältnis in %	62,5	37,5	0	0	100	0
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,394	0,267	0	0	0,287	0

Justizvollzugsanstalt Moabit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Alle Dienstkräfte der JVA Moabit
Zielsetzung:	Die Ausgabe von Dienstfahrscheinen erfolgt nicht unter geschlechtsspezifischen Aspekten Gendergerechte Zulassung zu Dienstreisen unter Berücksichtigung der Bedarfe
Steuerungsmaßnahmen:	Gezielte Ansprache (FK und MA) bei Unterrepräsentanz, soweit zielführend

53111	**056**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gender-Daten:
Eine Ausweisung geschlechtssensitiver Daten ist für diesen Titel nicht möglich, da Ausschreibungen und Bekanntmachungen geschlechtsneutral erfolgen.

53113	**056**	**Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**230,00**

Werbemaßnahmen für die Arbeitsbetriebe.

54002	**056**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**30.500**	**30.500**	**30.500**	**32.696,71**

Maßnahmen zur Förderung des Landesweiten Personalmanagements (Personal- und Organisationsmanagement sowie Betriebliches Gesundheitsmanagement).

	2024/2025	2023
1. Supervision für den Sozial- und Psychologischen Dienst der JVA Moabit	14.200 €	14.200 €
2. Klausurtagung der Führungsebene der JVA Moabit	1.300 €	1.300 €
3. Coaching der Leitungsebene im Allgemeinen Vollzugsdienst	7.300 €	7.300 €
4. Einzelcoaching für junge Führungsnachwuchskräfte im Verwaltungsdienst	600 €	600 €
5. Kooperationsseminare für Dienststellen	3.000 €	3.000 €
6. Supervision für den Sozial/-Psychologischen Dienst der EWA	3.000 €	3.000 €
7. Supervision für kollegiale Erstbetreuer/-innen	1.100 €	1.100 €
	30.500 €	30.500 €

54010	**056**	**Dienstleistungen**	**810.000**	**810.000**	**810.000**	**515.863,54**

Im Zuge der Einführung der Rahmenkonzeption für den geschlossenen Männervollzug sind Behandlungs- und Beschäftigungsangebote zur besseren Qualifikation, Ausbildung, beruflichen Förderung und Eingliederung der Inhaftierten in den Arbeitsmarkt auszurichten.

	2024/2025	2023
1. Motivationsgruppen	11.400 €	11.400 €
2. soziales Kompetenz-/Integrationstraining	7.800 €	7.800 €
3. Gesprächsgruppen „Alkohol und Sucht“	16.000 €	16.000 €
4. Gruppen „Körper und Bewegung“	12.000 €	12.000 €
5. Konfliktmoderationsgruppen	22.800 €	22.800 €
6. Vater/Kind-Gruppe	7.000 €	7.000 €
7. Arbeitstherapeutische Maßnahmen	75.000 €	75.000 €
8. Gesetzlich vorgeschriebene Geräteprüfungen	5.000 €	5.000 €
9. Grundbildungsmaßnahmen für Gefangene	318.000 €	318.000 €
10. Kompetenzfeststellung für Gefangene	220.000 €	220.000 €
11. Sprachstanddiagnostik	115.000 €	115.000 €
	810.000 €	810.000 €

Zentrale Veranschlagung der Mittel für Sprachstanddiagnostik für den Berliner Justizvollzug.

54011	**056**	**Überführungen, Überstellungen**	**9.500**	**9.500**	**5.500**	**10.368,25**

Ausgaben für Gefangenenbeförderung in besonderen Fällen, soweit die eigenen Transportmöglichkeiten nicht genutzt werden können.

Justizvollzugsanstalt Moabit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54019	**056**	**Belehrung, Unterhaltung**	**4.600**	**4.600**	**4.600**	**4.123,94**

Für die Freizeitgestaltung der Gefangenen, Gruppenangebote, Lehr- und Gestaltungsmaterial.

54020	**056**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Haftpflicht- und Betriebshaftpflichtversicherungen für den Bereich Arbeitswesen.

54024	**056**	**Aufführungsrechte, Kompositionsaufträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**565,81**

GEMA-Entgelte für von Gemeinschaftsanlagen übertragene Rundfunk- und Fernsehsendungen.

54077	**056**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**25.000**	**1.000**	**—**
54079	**056**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.200**	**5.200**	**5.200**	**3.421,62**

Barauslagen; Auslagen bei der Unterhaltung von Girokonten sowie für Rückzahlungen von in früheren Haushaltsjahren zu viel vereinnahmten Beträgen u.a.

68142	**056**	**Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug**	**1.090.000**	**1.090.000**	**1.200.000**	**1.009.320,13**

Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Beiträge zur Sozialversicherung und Taschengelder für Gefangene.
Weniger in Anpassung an das Ist 2022 zzgl. Lohnsteigerungen

68176	**056**	**Fürsorge und Fahrgelder für Gefangene**	**15.500**	**15.500**	**6.700**	**15.118,14**

Beschaffung von Kleidungsstücken für die Zeit nach der Entlassung sowie Zahlung von Überbrückungs- und Reisebeihilfen.

81279	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**190.000**	**190.000**	**187.000**	**170.973,63**

Erläuterungen 2024

Ersatzbeschaffung Großgeräte Tischlerei	60.000 €
Einrichtung einer Fahrradreparaturwerkstatt	22.000 €
10 Mobifinder	13.000 €
Inhouse-Sportgeräte für Gefangene (Ersatz u. Erweiterung)	39.000 €
Einrichtung von 5 Gruppenräumen für Gefangene TA I	56.000 €
	190.000 €

Erläuterungen 2025

Modernisierung Funktechnik (Funkgeräte/Ladeschalen)	90.000 €
Ersatzbeschaffung Großgeräte Bautischlerei	13.000 €
2 Durchleuchtungsgeräte	75.000 €
4 Gemeinschaftskühlschränke für Gefangene TA III/IV	13.000 €
	190.000 €

Justizvollzugsanstalt Moabit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0661-0691 ist beim Kapitel 0661 dargestellt.

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**118.000**	**128.000**	**94.200**	**100.420,91**

	2024	2025	2023
1. Telefonanlagen inkl. Nebenstellen	97.500 €	106.000 €	78.700 €
2. Mobiltelefone	600 €	600 €	500 €
3. Bündelfunk	3.300 €	3.300 €	3.300 €
4. Telefongesprächsgebühren	16.600 €	18.000 €	11.700 €
	118.000 €	127.900 €	94.200 €
rd.		128.000 €	

Summe Maßnahmegruppe 31	**118.000**	**128.000**	**94.200**	**100.420,91**
Gesamtausgaben	**45.368.600**	**46.601.900**	**43.748.900**	**43.148.492,78**
Prozentuale Veränderung	**3,7 %**	**2,7 %**		

Abschluss Kapitel 0666

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**172.900**	**172.900**	**288.700**	**170.164,94**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**415.000**	**415.000**	**415.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**587.900**	**587.900**	**703.700**	**170.164,94**
411-462	**Personalausgaben**	**28.434.800**	**29.543.000**	**26.894.500**	**27.395.114,19**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**15.638.300**	**15.763.400**	**15.460.700**	**14.557.966,69**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.105.500**	**1.105.500**	**1.206.700**	**1.024.438,27**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**190.000**	**190.000**	**187.000**	**170.973,63**
	Gesamtausgaben	**45.368.600**	**46.601.900**	**43.748.900**	**43.148.492,78**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-44.780.700**	**-46.014.000**	**-43.045.200**	**-42.978.327,84**

Justizvollzugsanstalt Tegel

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Justizvollzugsanstalt Tegel ist für die Vollstreckung von Freiheitsstrafe und Sicherungsverwahrung an erwachsenen Männern zuständig.

Die Justizvollzugsanstalt Tegel verfügt aktuell über 807 Haftplätze im geschlossenen Männervollzug, 60 Plätze im geschlossenen Unterbringungsbereich für Sicherungsverwahrte und 8 Plätze im offenen Unterbringungsbereich für Sicherungsverwahrte. Für die Gefangenen und Sicherungsverwahrten sind 695 Arbeitsplätze, davon 114 Plätze in beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen und 87 Plätze in Schulmaßnahmen vorhanden.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	37	49	38	41	43	44
Relativer Anteil	43 %	57 %	48 %	52 %	49 %	51 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	165	334	166	336	165	344
Relativer Anteil	33 %	67 %	33 %	67 %	32 %	68 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	64.268,64 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	64.652,79 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	49.455,93 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	56.476,48 €

Führungskräfte: Das annähernd gleiche Durchschnittseinkommen von weiblichen und männlichen Führungskräften ergibt sich aus einem ausgeglichenem Verhältnis in den Führungsebenen 1 bis 3.

Mitarbeitende: Bei den Mitarbeitenden ergibt sich die Differenz aufgrund der unterschiedlichen Verteilung von weiblichen und männlichen Beschäftigten in verschiedenen Entgelt- und Besoldungsgruppen. In der Laufbahngruppe 2, 1. und 2. Einstiegsamt überwiegt der weibliche Anteil. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11112	**056**	**Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft**	**9.100**	**9.100**	**7.400**	**9.033,57**

Kostenanteile von Freigängern, die eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit außerhalb der Anstalt ausüben.

11201	**056**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11903	**056**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**2.300**	**2.300**	**5.000**	**2.222,88**

Ersatzleistungen für Personen- und Sachschäden.

11925	**056**	**Rückzahlungen von Ausbildungskosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11934	**056**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**2.600**	**2.600**	**1.000**	**2.509,91**

Rückzahlung von in Vorjahren gewährten Darlehen an Gefangene im Rahmen von Fürsorgeleistungen (vgl. auch Erläuterung zu Titel 68176).

11971	**056**	**Ersatz von Betriebskosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11979	**056**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**3.300**	**535,94**

Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder; Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen

11981	**056**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**4.700**	**4.700**	**15.000**	**4.608,88**
12505	**056**	**Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen**	**369.000**	**369.000**	**500.000**	**368.460,77**

Einnahmen aus dem Verkauf von Erzeugnissen der Arbeitsbetriebe sowie sonstige Erlöse aus den Arbeitsbetrieben der Vollzugsanstalten

	2024/2025	2023
1. Lehrbäckerei	26.500 €	25.000 €
2. Lehrküche	51.400 €	82.000 €
3. Druckerei	2.000 €	2.500 €
4. Tischlerei//Kleinmöbel	10.900 €	15.000 €
5. Gärtnerei	7.700 €	7.500 €
6. Schlosserei	44.100 €	70.000 €
7. Malerei	700 €	--- €
8. Polsterei	31.000 €	39.000 €
9. Buchbinderei	1.600 €	9.000 €
10. Lehrbauhof	2.900 €	5.000 €
11. Sortier- und Montagebetrieb	184.600 €	235.000 €
12. JVA-Shop	5.600 €	10.000 €
	369.000 €	500.000 €

23102	**056**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
28140	**056**	**Eingliederungshilfen und sonstige Zuschüsse nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Eingliederungshilfen für Dienstkräfte gem. SGB IX

		Gesamteinnahmen	**393.700**	**393.700**	**536.700**	**387.371,95**
		Prozentuale Veränderung	**-26,6 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**056**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**26.286.000**	**27.338.000**	**25.367.000**	**24.938.077,72**

Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
42701	**056**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**115.000**	**115.000**	**115.000**	**67.119,92**

		2024/2025	2023
1.	Externe Psychotherapien (für den gesamten Berliner Justizvollzug)	55.000 €	55.000 €
2.	Behandlungs- und Beschäftigungsprogramme für Gefangene	45.000 €	45.000 €
3.	Behandlungs- und Beschäftigungsprogramme für Sicherungsverwahrte	15.000 €	15.000 €
		115.000 €	115.000 €

42801	**056**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**5.323.000**	**5.536.000**	**5.038.000**	**5.156.880,63**
42811	**056**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**250.000**	**260.000**	**198.000**	**235.595,38**
44100	**056**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.108.000**	**1.141.000**	**1.246.000**	**1.044.712,84**
44379	**056**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**74.700**	**75.000**	**95.600**	**60.760,87**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften, insbesondere Hepatitis-Impfungen von Dienstkräften, die einer erhöhten Infektionsgefährdung ausgesetzt sind sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

51101	**056**	**Geschäftsbedarf**	**90.000**	**90.000**	**69.700**	**89.841,97**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	53.000 €	32.700 €
2. Bücher, Zeitschriften	22.500 €	22.500 €
3. Postgebühren	13.000 €	13.000 €
4. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.500 €	1.500 €
	90.000 €	69.700 €

Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

51131	**056**	**Bekleidung, Wäsche**	**69.000**	**69.000**	**69.000**	**10.664,38**

	2024/2025	2023
1. Schutz- und Sportkleidung	38.000 €	38.000 €
2. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (Bettwäsche, Schlafdecken und Matratzenschoner)	21.000 €	21.000 €
3. Wasch- und Reinigungskosten	10.000 €	10.000 €
	69.000 €	69.000 €

51133 (neu)	**056**	**Erwerb von Tieren**	**18.600**	**—**		

Anschaffung von 6 Spürhunden für den Justizvollzug zum Aufspüren von verbotenen Gegenständen und Stoffen; inkl. Ankaufsuntersuchungen und Erstausstattung.

51140	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**380.000**	**380.000**	**380.000**	**421.257,21**

	2024/2025	2023
1. Geräte und Ausstattungsgegenstände des technischen Bereichs	20.000 €	17.000 €
2. Turn- und Sportgeräte	25.000 €	30.000 €
3. Geräte und Maschinen der Arbeitsverwaltung (vgl. Erläuterung zu Titel 51430)	295.000 €	295.000 €
4. Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Verwaltungs- und Wirtschaftsbereichen, Büromaschinen, Waffen und Sicherheitsausrüstung	25.000 €	25.000 €
5. Ausstattungsgegenstände in den Unterkunftsbereichen der Strafgefangenen	10.000 €	10.000 €
6. Ausstattungsgegenstände in den Unterkunftsbereichen der Sicherungsverwahrten	5.000 €	3.000 €
	380.000 €	380.000 €

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51403	**056**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**3.653,39**

Treibstoffe und Öle für Fahrzeuge und Geräte.

51408	**056**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**15.000**	**15.000**	**11.400**	**16.954,93**

Ausgaben für Dienst- und Schutzkleidung der Beschäftigten.

51423	**056**	**Saat- und Pflanzgut, Düngemittel**	**2.600**	**2.600**	**2.600**	**1.977,01**

Erläuterung siehe Titel 51430

51430	**056**	**Rohstoffe zur Weiterverarbeitung**	**400.000**	**400.000**	**630.000**	**321.920,96**

Ausgaben für die Beschaffung von Rohstoffen und Zutaten, die in den Betrieben der Arbeitsverwaltung für die Beschäftigung der Gefangenen und Sicherungsverwahrten benötigt werden.

2024/2025

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430)	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423)	nachrichtlich Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 51140)	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 51479)	Gesamtbetrag
	€	€	€	€	€
1. Beschäftigung & Qualifizierung allgemein	---	---	15.000	10.000	25.000
2. Lehrbäckerei	25.000	---	6.000	7.000	39.000
3. Druckerei	10.000	---	40.000	10.000	62.000
4. Tischlerei/Kleinmöbel	105.000	---	65.000	15.000	185.000
5. Gärtnerei	7.000	2.600	1.000	3.000	13.600
6. Schlosserei	55.000	---	60.000	34.000	151.000
7. Lehrküche	58.000	---	21.000	8.000	88.000
8. Polsterei	105.000	---	20.000	29.000	154.000
9. Buchbinderei	30.000	---	30.000	12.000	73.000
10. Bauhof/Lehrbauhof	3.000	---	30.000	20.000	55.000
11. Malerei	2.000	---	---	2.000	4.000
12. JVA-Shop	---	---	2.000	1.000	3.000
13. KFZ-Betrieb Ziegner	---	---	5.000	---	6.000
	400.000	2.600	295.000	151.000	858.600

2023

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430)	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423)	nachrichtlich Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 51140)	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 51479)	Gesamtbetrag
	€	€	€	€	€
1. Beschäftigung & Qualifizierung allgemein	---	---	15.000	10.000	25.000
2. Lehrbäckerei	25.000	---	6.000	7.000	38.000
3. Druckerei	35.000	---	40.000	10.000	85.000
4. Tischlerei/Kleinmöbel	130.000	---	65.000	15.000	210.000
5. Gärtnerei	10.000	2.600	1.000	3.000	16.600
6. Schlosserei	110.000	---	60.000	34.000	204.000
7. Lehrküche	80.000	---	21.000	8.000	109.000
8. Polsterei	167.000	---	20.000	29.000	216.000
9. Buchbinderei	43.000	---	30.000	12.000	85.000
10. Glaserei	7.000	---	---	---	7.000
11. Bauhof/Lehrbauhof	13.000	---	30.000	20.000	63.000
12. Malerei	7.000	---	---	2.000	9.000
13. JVA-Shop	---	---	2.000	1.000	2.000
14. KFZ-Betrieb Ziegner	---	---	5.000	---	5.000
15. Werkstätten Sicherungsverwahrte	3.000	---	---	---	3.000
	630.000	2.600	295.000	151.000	1.078.600

Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51479	**056**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**225.000**	**225.000**	**225.000**	**215.456,86**

	2024/2025	2023
1. Mittel für die Körperpflege der Gefangenen und Sicherungsverwahrten	24.000 €	24.000 €
2. Verbrauchsmittel für die Arbeitsbetriebe (vgl. Erläuterungen zu Titel 51430).....	151.000 €	151.000 €
3. Munition, Lederfett u. ä. für Waffen	41.000 €	41.000 €
4. Verbrauchsmaterial für die Hauskammern	1.000 €	1.000 €
5. Sonstige Verbrauchsmittel.....	8.000 €	8.000 €
	225.000 €	225.000 €

51715	**056**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**4.232.000**	**4.317.000**	**4.149.000**	**3.502.762,32**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Seidelstraße 39

51801	**056**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**162.000**	**163.000**	**161.000**	**157.080,00**

Entgelt für die anteilige Nutzung der Raumschießanlage des Landesleistungszentrums – Bund Deutscher Sportschützen 1975 e. V. – Landesverband 1 Berlin und Brandenburg, Niederneuendorfer Allee 13-16, 13587 Berlin für das spezifische Ausbildungs- und Qualifikationsschießen im Berliner Justizvollzug.

51803	**056**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**16.313,71**
51820	**056**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**15.436.000**	**15.436.000**	**15.436.000**	**15.274.465,80**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Seidelstraße 39

51925	**056**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**150.000**	**150.000**	**148.000**	**148.000,00**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

52501	**056**	**Aus- und Fortbildung**	**46.000**	**46.000**	**53.000**	**44.552,32**

Weiterbildung der Bediensteten und kostenpflichtige Fortbildung der Bediensteten im Einzelfall

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	47	62	62	117	89	170
Relativ = Verhältnis in %	43,12	56,88	34,64	65,36	34,36	65,64
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	17,77	17,78	10,32	24,73	18,66	26,23

Zielgruppe:	Bedienstete der JVA Tegel
Zielsetzung:	Berücksichtigung von Männern und Frauen im Rahmen der Fortbildungsgewährung entsprechend dem Beschäftigtenanteil.
Steuerungsmaßnahmen:	Verwendung von Ressourcen entsprechend eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses

Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52509	**056**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**13.200**	**13.200**	**13.200**	**13.991,52**
52610	**056**	**Gutachten**	**171.000**	**171.000**	**171.000**	**173.752,63**

Ausgaben für kriminalpsychologische Gutachten, psychologische Begutachtung von Sicherungsverwahrten sowie Kosten für den Arbeitsschutz und die Arbeitssicherheit der Gefangenen und Sicherungsverwahrten

	2024/2025	2023
1. Ausgaben für kriminalpsychologische Gutachten	71.000 €	71.000 €
2. Psychologische Begutachtung Sicherungsverwahrter	50.000 €	50.000 €
3. Sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung von arbeitenden Gefangenen und Sicherungsverwahrten	50.000 €	50.000 €
	171.000 €	171.000 €

Gender-Daten:
Gemäß Vollstreckungsplan des Landes Berlin sind in der JVA Tegel männliche Gefangene inhaftiert bzw. männliche Sicherungsverwahrte untergebracht.

52703	**056**	**Dienstreisen**	**12.700**	**12.700**	**12.700**	**10.684,04**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	4	10	6	11	8	16
Relativ = Verhältnis in %	28,57	71,43	35,29	64,70	33,33	66,66
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,90	1,28	0,65	1,23	1,37	4,94

Zielgruppe:	Bedienstete der JVA Tegel
Zielsetzung:	Berücksichtigung von Männern und Frauen im Rahmen der Gewährung von Dienstreisen entsprechend dem Beschäftigtenanteil.
Steuerungsmaßnahmen:	Verwendung von Ressourcen entsprechend eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses

53111	**056**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gender-Daten:
Eine Ausweisung geschlechtssensitiver Daten ist für diesen Titel nicht möglich, da Ausschreibungen und Bekanntmachungen geschlechtsneutral erfolgen.

53113	**056**	**Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Werbemaßnahmen für die Arbeitsbetriebe sowie zur Aquirierung neuer Mitarbeiter/innen.

54002	**056**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**65.000**	**65.000**	**65.000**	**53.886,72**

Bereichsübergreifende Teamsupervisionen des AvD, Werk- und Sozialdienstes, Coaching von Erstbetreuern.

Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**056**	**Dienstleistungen**	**445.000**	**445.000**	**465.000**	**217.880,81**

	2024/2025	2023
1. Beauftragung freier Träger im Zuge der Rahmenkonzeption für den geschlossenen Männervollzug	140.000 €	150.000 €
2. Beauftragung freier Träger im Rahmen der Behandlung und Wiedereingliederung von Sicherungsverwahrten	32.000 €	34.000 €
3. Durchführung von Gruppenmaßnahmen zur Vorbereitung auf eine externe Therapie nach § 35 BtMG	38.000 €	40.000 €
4. Durchführung von Kursen zur Stressbewältigung für drogenabhängige Gefangene	6.000 €	6.000 €
5. Durchführung von Kursen zur Internetnutzung für Gefangene	6.000 €	6.000 €
6. Durchführung arbeitstherapeutischer Maßnahmen und Arbeitstraining für Gefangene	90.000 €	95.000 €
7. Vorfinanzierung der Transportkosten für die Bezahlung der Auslieferung von Produkten der Arbeitsbetriebe durch externe Transportunternehmen an private Dritte. Einnahmen in etwa gleicher Höhe im Titel 12505	13.000 €	14.000 €
8. Deutschkurse	120.000 €	120.000 €
	445.000 €	465.000 €

54011	**056**	**Überführungen, Überstellungen**	**24.600**	**24.600**	**12.700**	**26.181,98**

Ausgaben für Gefangenenbeförderung in besonderen Fällen, soweit die eigenen Transportmöglichkeiten nicht genutzt werden können.

54019	**056**	**Belehrung, Unterhaltung**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**1.634,42**

Mittel für die Freizeitgestaltung der Gefangenen und die Herausgabe der Gefangenenzeitschrift.

54020	**056**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**5.252,02**

Betriebshaftpflichtversicherung für die Betriebe des Arbeitswesens, Dienstreise-/ Fahrzeugversicherung

54024	**056**	**Aufführungsrechte, Kompositionsaufträge**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**—**

GEMA-Entgelte für von Gemeinschaftsanlagen übertragene Funk- und Fernsehsendungen.

54039 (neu)	**056**	**Haltung von Tieren**	**7.200**	**7.200**		

Unterhaltungskosten für 6 Spürhunde im Justizvollzug

54077	**056**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**30.000**	**1.000**	**—**
54079	**056**	**Verschiedene Ausgaben**	**8.500**	**8.500**	**8.500**	**9.919,05**

Besucher/innen-Betreuung; Ausschmückung von Räumen; Kränze, Blumenspenden, Nachrufe; Dienstleistungen von Kreditinstituten; Abdeckung von Geldverlusten; Film- und Fotomaterial.

63610	**056**	**Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
68142	**056**	**Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug**	**2.374.000**	**2.374.000**	**2.600.000**	**2.197.731,48**

Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Beiträge zur Sozialversicherung und Taschengelder für Gefangene und Sicherungsverwahrte. Weniger in Anpassung an das Ist 2022 zzgl. Lohnsteigerungen

68176	**056**	**Fürsorge und Fahrgelder für Gefangene**	**50.000**	**50.000**	**24.700**	**49.888,52**

Beschaffung von Bekleidungsstücken für die Zeit nach der Entlassung, Zahlung von Überbrückungs- und Reisebeihilfen sowie Übernahme der Kosten für Zahnersatz aus sozialen Gründen und der entstandenen Kosten im Rahmen des Probewohnens.

Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**360.000**	**360.000**	**371.000**	**297.835,16**

Erläuterungen 2024

Fräsmaschine Schlosserei	96.000 €
Einfarb-Digitaldruckmaschinen Druckerei	20.000 €
Gärverzögerungsautomat Lehrbäckerei	14.000 €
Gabelstapler Sortier-und Montagebetrieb	110.000 €
Putzmaschine Lehrbauhof	10.000 €
CNC-Gesenkbiegemaschine Schlosserei	110.000 €
	360.000 €

Erläuterungen 2025

Kippradpfanne Lehrküche	10.000 €
Plattenherd Lehrküche	6.000 €
Kochkessel Lehrküche	8.000 €
Multicar Bauhof	100.000 €
Dübelbohrmaschinen Tischlerei	32.000 €
Siedebackgerät Lehrbäckerei	15.000 €
Formatkreissägen Tischlerei	64.000 €
Fräsmaschine Tischlerei	30.000 €
Dreiseitenkipper Bauhof	12.000 €
Auslinkmaschine Schlosserei	13.000 €
Brennschneidetisch Schlosserei	45.000 €
Thermobehälter Betriebe	25.000 €
	360.000 €

Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0661-0691 ist beim Kapitel 0661 dargestellt.

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**215.000**	**233.000**	**220.000**	**198.941,41**

	2024	2025	2023
1. Telefonanlagen inkl. Nebenstellen	136.000 €	147.000 €	139.500 €
2. Mobiltelefone	4.000 €	5.000 €	4.500 €
3. Telefongesprächsgebühren	75.000 €	81.000 €	76.000 €
	215.000 €	233.000 €	220.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**215.000**	**233.000**	**220.000**	**198.941,41**
	Gesamtausgaben	**58.192.600**	**59.615.300**	**57.421.600**	**54.985.627,98**
	Prozentuale Veränderung	**1,3 %**	**2,4 %**		

Abschluss Kapitel 0668

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**391.700**	**391.700**	**534.700**	**387.371,95**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**393.700**	**393.700**	**536.700**	**387.371,95**
411-462	**Personalausgaben**	**33.156.700**	**34.465.000**	**32.059.600**	**31.503.147,36**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**22.250.900**	**22.365.300**	**22.365.300**	**20.937.025,46**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**2.425.000**	**2.425.000**	**2.625.700**	**2.247.620,00**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**360.000**	**360.000**	**371.000**	**297.835,16**
	Gesamtausgaben	**58.192.600**	**59.615.300**	**57.421.600**	**54.985.627,98**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-57.798.900**	**-59.221.600**	**-56.884.900**	**-54.598.256,03**

Jugendstrafanstalt

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Aufgabe der Jugendstrafanstalt Berlin ist der Vollzug von Jugendstrafe und Untersuchungshaft an männlichen Jugendlichen und männlichen Heranwachsenden sowie der Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafe, Ordnungs-, Sicherungs- und Zwangshaft an männlichen jungen Gefangenen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Jugendstrafanstalt ist zudem zuständig für den Vollzug der Freiheitsstrafe an männlichen Erwachsenen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres nach Maßgabe der geltenden Konzeption über den Jung-Erwachsenenvollzug und den Vollzug von Untersuchungshaft an jungen Erwachsenen bis zum vollendeten 24. Lebensjahr.

Die Jugendstrafanstalt verfügt über 382 Haftplätze im geschlossenen und 32 Haftplätze im offenen Jugendvollzug. Für die Gefangenen sind 278 Arbeitsplätze, davon 201 Plätze in beruflichen und 73 in schulischen Qualifizierungsmaßnahmen vorhanden.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	24	12	24	17	22	17
Relativer Anteil	67 %	33 %	59 %	41 %	56 %	44 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	92	200	91	189	91	185
Relativer Anteil	32 %	68 %	33 %	67 %	33 %	67 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	58.967,65 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	68.418,64 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	49.555,51 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	53.463,85 €

Führungskräfte: Die Differenz des durchschnittlichen Jahreseinkommens ergibt sich aufgrund einer unterschiedlichen Verteilung von weiblichen und männlichen Beschäftigten in den verschiedenen Entgelt- und Besoldungsgruppen. In der Laufbahngruppe 2, 1. und 2. Einstiegsamt überwiegt der weibliche Anteil. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Mitarbeitende: Bei den Mitarbeitenden ergibt sich die Differenz aufgrund der unterschiedlichen Verteilung von weiblichen und männlichen Beschäftigten in verschiedenen Entgelt- und Besoldungsgruppen. In der Laufbahngruppe 2, 1. und 2. Einstiegsamt überwiegt der weibliche Anteil. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Jugendstrafanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11112	**056**	**Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kostenanteile von Freigängern, die eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit außerhalb der Anstalt ausüben.

11903	**056**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**21.200**	**21.200**	**27.700**	**21.177,80**

Ersatzleistungen für Personen- und Sachschäden

11906	**056**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11938	**056**	**Sonstige Kostenbeiträge**			**6.800**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11979	**056**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**198,61**

Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder; Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen

12505	**056**	**Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen**	**31.900**	**31.900**	**50.000**	**31.838,26**

Einnahmen aus dem Verkauf von Erzeugnissen der Arbeitsbetriebe sowie sonstige Erlöse aus den Arbeitsbetrieben der Vollzugsanstalt

Anstaltseigene Betriebe	2024/2025	2023
1. Beschäftigungstherapeutische Werkstätten	1.400 €	1.000 €
2. Gärtnerei	11.000 €	8.000 €
3. Tischlerei	1.300 €	2.000 €
4. Zweirad-Werkstatt	14.000 €	9.000 €
5. Gastronomiebetrieb	4.200 €	30.000 €
	31.900 €	50.000 €

Gesamteinnahmen	**56.100**	**56.100**	**87.500**	**53.214,67**
Prozentuale Veränderung	**-35,9 %**	**—**		

Ausgaben

42201	**056**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**15.560.000**	**16.182.000**	**14.455.000**	**14.851.829,48**
42701	**056**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**117.000**	**117.000**	**117.000**	**95.024,25**

	2024/2025	2023
1. Gruppenarbeit im Bereich Bildung, Sport und Freizeit	22.000 €	22.000 €
2. Soziales- und Entlassungstraining	21.000 €	21.000 €
3. Arbeit mit Suchtgefährdeten	8.000 €	8.000 €
4. Organisten	1.000 €	1.000 €
5. PeerMediation	7.000 €	7.000 €
6. Deutsch als Fremd-/Zweitsprache; Deutsch-Crashkurse	53.000 €	53.000 €
7. Nachhilfe Schule	5.000 €	5.000 €
	117.000 €	117.000 €

42801	**056**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.657.000**	**2.764.000**	**2.096.000**	**2.274.716,19**
42811	**056**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44100	**056**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**765.000**	**788.000**	**757.000**	**721.223,12**

Jugendstrafanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44379	**056**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**22.900**	**23.000**	**34.700**	**22.829,65**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften, insbesondere Hepatitis-Impfungen von Dienstkräften, die einer erhöhten Infektionsgefährdung ausgesetzt sind sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

51101	**056**	**Geschäftsbedarf**	**29.400**	**29.400**	**29.400**	**29.794,19**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	15.000 €	17.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	9.000 €	7.000 €
3. Postgebühren	2.900 €	2.900 €
4. Rundfunk- und Fernsehgebühren	2.500 €	2.500 €
	29.400 €	29.400 €

51131	**056**	**Bekleidung, Wäsche**	**62.300**	**62.300**	**72.300**	**61.791,15**

	2024/2025	2023
1. Anstaltskleidung	22.500 €	20.000 €
2. Arbeitsschutz- und Sportkleidung	7.000 €	10.000 €
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (Bettwäsche, Schlafdecken, Matratzenschoner)	11.000 €	11.300 €
4. Wasch- und Reinigungskosten	4.000 €	3.000 €
5. Freizeitbekleidung	8.300 €	3.000 €
6. Sport-/Freizeitschuhe	9.500 €	25.000 €
	62.300 €	72.300 €

51140	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**113.356,94**

	2024/2025	2023
1. Geräte und Maschinen der Arbeitsverwaltung (vgl. Erläuterung zu Titel 51430)	35.000 €	35.000 €
2. Büromaschinen, Büroeinrichtungsgegenstände	3.000 €	3.000 €
3. Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Verwaltungs-, Wirtschafts-, pädagogischen sowie technischen Bereichen	11.000 €	11.000 €
4. Ausstattungsgegenstände in den Unterkunftsbereichen	15.500 €	15.500 €
5. Turn- und Sportgeräte	7.000 €	7.000 €
6. Waffen und Sicherheitsausrüstungen	3.500 €	3.500 €
	75.000 €	75.000 €

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51403	**056**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**112,00**
51408	**056**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**7.884,51**

Schutzkleidung für die Bediensteten des Werkdienstes, der Wirtschaftsverwaltung, der Sportabteilung sowie der Abteilung Sicherheit

51423	**056**	**Saat- und Pflanzgut, Düngemittel**	**5.100**	**5.100**	**5.100**	**4.152,36**

Erläuterung siehe Titel 51430

Jugendstrafanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51430	**056**	**Rohstoffe zur Weiterverarbeitung**	**47.100**	**47.100**	**57.100**	**39.352,34**

Ausgaben für die Beschaffung von Rohstoffen und Zutaten, die in den Betrieben der Arbeitsverwaltung für die Beschäftigung der Gefangenen benötigt werden.

2024/2025

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430) €	nachrichtlich Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423) €	Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 51140) €	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 51479) €	Gesamtbetrag €
1. Tischlerei	13.500	---	6.500	2.800	20.800
2. Schlosserei	4.000	---	6.000	3.600	13.600
3. Gärtnerei	10.000	5.100	3.800	100	19.000
4. Beschäftigungstherapeutische Werkstätten	3.000	---	4.200	900	8.100
5. Malerei	3.000	---	1.200	1.600	5.800
6. Zweiradwerkstatt	2.500	---	7.800	1.700	12.000
7. Gas-Wasser-Sanitär	---	---	---	700	700
8. Lehrbauhof	200	---	2.500	200	2.900
9. Gastronomiebetrieb	10.900	---	3.000	600	14.500
	47.100	5.100	35.000	12.200	99.400

2023

Betriebe	Rohstoffe und Zutaten (Titel 51430) €	nachrichtlich Saat- und Pflanzgut, Düngemittel (Titel 51423) €	Geräte und Arbeitsmaschinen (Titel 51140) €	Sonstige Verbrauchsmittel (Titel 51479) €	Gesamtbetrag €
1. Tischlerei	8.900	---	9.100	2.800	20.800
2. Schlosserei	3.600	---	2.000	3.600	9.200
3. Gärtnerei	5.900	5.100	1.100	100	12.200
4. Beschäftigungstherapeutische Werkstätten	2.200	---	4.600	900	7.700
5. Malerei	2.300	---	1.200	1.600	5.100
6. Zweiradwerkstatt	3.200	---	3.000	1.700	7.900
7. Gas-Wasser-Sanitär	4.000	---	3.900	700	8.600
8. Lehrbauhof	200	---	2.500	200	2.900
9. Gastronomiebetrieb	26.800	---	7.600	600	35.000
	57.100	5.100	35.000	12.200	109.400

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51479	**056**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**26.000**	**26.000**	**26.000**	**33.204,06**

	2024/2025	2023
1. Mittel für die Körperpflege der Gefangenen	12.100 €	12.100 €
2. Verbrauchsmittel für die Arbeitsbetriebe (vgl. Erläuterung zu Titel 51430)	12.200 €	12.200 €
3. Verbrauchsmittel für den/die Versorgungsbetrieb(e)	400 €	400 €
4. Batterien für Sicherheitstechnik, Taschenlampen etc.	300 €	300 €
5. Sonstige Verbrauchsmittel (einschließlich Desinfektionsmittel)	1.000 €	1.000 €
	26.000 €	26.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**056**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**2.251.000**	**2.296.000**	**2.206.000**	**1.649.129,64**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Friedrich-Olbricht-Damm 40

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51803	**056**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**22.400**	**22.400**	**22.400**	**12.620,53**

Jugendstrafanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**056**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**8.186.000**	**8.186.000**	**8.186.000**	**8.103.977,04**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Friedrich-Olbricht-Damm 40

51925	**056**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**66.300**	**68.600**	**61.600**	**61.600,00**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

52501	**056**	**Aus- und Fortbildung**	**10.300**	**10.300**	**10.300**	**14.031,15**

Weiterbildung der Bediensteten und kostenpflichtige Fortbildung der Bediensteten im Einzelfall

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	9	13	9	15	32	33
Relativ = Verhältnis in %	40,9	59,1	37,5	62,5	49,23	50,77
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	1,17	1,69	3,33	5,55	6,91	7,12

Zielgruppe:	Bedienstete der Jugendstrafanstalt Berlin
Zielsetzung:	Durch das Wahrnehmen von Aus- und Fortbildungsangeboten soll jedem/jeder Mitarbeitenden ermöglicht werden, das für die dienstliche Tätigkeit notwendige Fachwissen zu erlangen bzw. im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen zu erweitern.
Steuerungsmaßnahmen:	Gezielte Beratung durch Führungskräfte, sowie bedarfsorientierte Angebote

52509	**056**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**8.700**	**8.700**	**8.700**	**8.842,46**

Lernmittel für die Aus- und Fortbildung der Inhaftierten, Prüfungsgebühren für die auszubildenden Inhaftierten

52610	**056**	**Gutachten**	**30.500**	**30.500**	**36.300**	**24.036,42**

Insbesondere Ausgaben für die arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung der arbeitenden Gefangenen

Gender-Daten:
Gemäß Vollstreckungsplan des Landes Berlin sind in der Jugendstrafanstalt Berlin männliche Gefangene inhaftiert.

52703	**056**	**Dienstreisen**	**5.300**	**5.300**	**5.300**	**2.045,09**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	1	5	4	6	3	1
Relativ = Verhältnis in %	16,7	83,3	40	60	75	25
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,196	0,978	0,521	0,782	0,350	0,117

Jugendstrafanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Bedienstete der Jugendstrafanstalt Berlin
Zielsetzung:	Alle beantragten Dienstreisen sollen ermöglicht werden, soweit sie von Nutzen für die dienstliche Tätigkeit sind bzw. im Interesse des Landes Berlin liegen. Die Ausgabe von Dienstfahrscheinen erfolgt nicht nach geschlechtsspezifischen Aspekten.
Steuerungsmaßnahmen:	Förderung von Dienstreiseinteressen; Ggf. Beratung und Unterstützung bei der Organisation und Buchung

53111	**056**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gender-Daten:
Eine Ausweisung geschlechtssensitiver Daten ist für diesen Titel nicht möglich, da Ausschreibungen und Bekanntmachungen geschlechtsneutral erfolgen.

53113	**056**	**Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**9.376,73**
54002	**056**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**36.000**	**36.000**	**40.000**	**28.333,81**
54010	**056**	**Dienstleistungen**	**185.000**	**185.000**	**185.000**	**160.808,43**

	2024/2025	2023
1. Therapievorbereitungsgruppe	4.800 €	4.800 €
2. Alkoholgruppe	5.500 €	5.500 €
3. Anti-Gewalt Kurs für Migranten	6.600 €	6.600 €
4. Grundlagentraining Soziale Kompetenz	8.000 €	8.000 €
5. Stoff- und Suchtmittelkompetenz	4.400 €	4.400 €
6. Vätergruppe	2.500 €	2.500 €
7. Sonstiges	7.200 €	7.200 €
8. Beratungszentrum einschl. Terminierungstool	29.000 €	29.000 €
9. Kompetenzfeststellung	60.000 €	60.000 €
10. Arbeitstherapie	57.000 €	57.000 €
	185.000 €	185.000 €

54011	**056**	**Überführungen, Überstellungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.505,60**

Ausgaben für Gefangenenbeförderung in besonderen Fällen, soweit die eigenen Transportmöglichkeiten nicht genutzt werden können.

54019	**056**	**Belehrung, Unterhaltung**	**7.700**	**7.700**	**7.700**	**8.698,00**

Ausgaben für die sozialpädagogische Gruppenarbeit

54024	**056**	**Aufführungsrechte, Kompositionsaufträge**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**1.905,43**

GEMA-Entgelte für von Gemeinschaftsanlagen übertragene Hörfunk- und Fernsehsendungen

54077	**056**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**056**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**5.856,67**

Besucher/innen-Betreuung; Kränze, Blumenspenden, Nachrufe; Dienstleistungen von Geldinstituten; Abdeckung von Geldverlusten; Film- und Fotomaterial, Ton- und Videobänder; Unterhaltung eines Versorgungsfahrzeuges; Ausgaben für Haftpflicht- und Betriebshaftpflichtversicherungen für den Bereich Arbeitswesen.

63201	**056**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
63610	**056**	**Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Jugendstrafanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68142	**056**	**Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug**	**660.000**	**660.000**	**650.000**	**610.558,01**

Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Beiträge zur Sozialversicherung und Taschengelder für Gefangene.
Mehr in Anpassung an das Ist 2022 zzgl. Lohnsteigerungen

68176	**056**	**Fürsorge und Fahrgelder für Gefangene**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.626,03**
68579	**056**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Mitgliedsbeiträge der Anstaltsbetriebe für Innungen und Kammern

81279	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**137.000**	**121.000**	**222.000**	**75.484,18**

Erläuterungen 2024

Umsetzung des Projekts „Qualitativ und inhaltliche Erweiterung des Offenen Vollzuges“	70.000 €
Erneuerung des Wege-Leitsystems	19.000 €
Fahrradeinhausung mit Solar-Ladestation/ Erweiterung der Fahrradabstellmöglichkeiten für Besucher*innen	48.000 €
	137.000 €

Die Umsetzung des Projekts „Qualitativ und inhaltliche Erweiterung des Offenen Vollzuges“ umfasst
- die Ausstattung mit In- und Outdoor-Sportgeräten
- die Schaffung eines jugendgerechten Gemeinschaftsraumes und sonstigen Aufenthaltsumfeldes
- die Schaffung der Möglichkeit einer arbeitstherapeutischen Beschäftigung

Erläuterungen 2025

Neuausstattung der Wohngruppen des Neubereiches	63.000 €
Ersatzbeschaffung von Maschinen für die Ausbildungsbetriebe	30.000 €
Neuausstattung der Personal-Umkleideräume	28.000 €
	121.000 €

Jugendstrafanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0661-0691 ist beim Kapitel 0661 dargestellt.

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**76.100**	**82.200**	**63.100**	**73.588,43**

	2024	2025	2023
1. Telefonanlagen inkl. Nebenstellen	61.000 €	65.900 €	56.100 €
2. Mobiltelefone	300 €	300 €	200 €
3. Telefongesprächsgebühren	14.800 €	16.000 €	6.800 €
	76.100 €	82.200 €	63.100 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**76.100**	**82.200**	**63.100**	**73.588,43**
Gesamtausgaben	**31.070.600**	**31.860.100**	**29.450.500**	**29.109.293,89**
Prozentuale Veränderung	**5,5 %**	**2,5 %**		

Abschluss Kapitel 0669

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**56.100**	**56.100**	**87.500**	**53.214,67**
	Gesamteinnahmen	**56.100**	**56.100**	**87.500**	**53.214,67**
411-462	**Personalausgaben**	**19.122.900**	**19.875.000**	**17.460.700**	**17.965.622,69**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**11.146.700**	**11.200.100**	**11.113.800**	**10.456.002,98**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**664.000**	**664.000**	**654.000**	**612.184,04**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**137.000**	**121.000**	**222.000**	**75.484,18**
	Gesamtausgaben	**31.070.600**	**31.860.100**	**29.450.500**	**29.109.293,89**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-31.014.500**	**-31.804.000**	**-29.363.000**	**-29.056.079,22**

Jugendarrestanstalt

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Aufgabe der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg ist die Vollstreckung von Jugend- und Freizeitarrest sowie Zivilhaft an männlichen und weiblichen Jugendlichen.

Die Jugendarrestanstalt verfügt am Standort Lützowstraße über 31 Arrestplätze.

Das Objekt Kirchhainer Damm wird gem. Überlassungsvereinbarung durch die Polizei genutzt (Abschiebehaft für sog. Gefährder).

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	1	0	1	0	1	0
Relativer Anteil	100 %		100 %		100 %	
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	9	16	7	16	7	16
Relativer Anteil	36 %	64 %	30 %	70 %	30 %	70 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	0 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	73.560,00 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	46.666,25 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	49.288,57 €

Mitarbeitende: Die Differenz des durchschnittlichen Jahreseinkommens ergibt sich aufgrund einer unterschiedlichen Verteilung von weiblichen und männlichen Beschäftigten in den verschiedenen Entgelt- und Besoldungsgruppen. In der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt überwiegt der weibliche Anteil. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Jugendarrestanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11979	**056**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**327,75**

Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder, Schadenersatzleistungen

23211	**056**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**358.000**	**358.000**	**290.000**	**357.484,64**

Zahlungen des Landes Brandenburg gemäß Staatsvertrag über den gemeinsamen Betrieb der Jugendarrestanstalt.

		Gesamteinnahmen	**359.000**	**359.000**	**291.000**	**357.812,39**
		Prozentuale Veränderung	**23,4 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**056**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.181.000**	**1.228.000**	**1.197.000**	**1.140.905,89**
42701	**056**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**4.929,05**

Angebote für die Arrestierten im Bereich Bildung, Sport und Freizeit

42801	**056**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**151.000**	**157.000**	**194.000**	**144.398,93**
44100	**056**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**54.200**	**56.000**	**62.000**	**51.079,11**
44379	**056**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**3.100**	**4.000**	**1.400**	**3.010,78**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften, insbesondere Hepatitis-Impfungen von Dienstkräften, die einer erhöhten Infektionsgefährdung ausgesetzt sind sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz

51101	**056**	**Geschäftsbedarf**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**2.545,66**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	1.100 €	1.100 €
2. Bücher, Zeitschriften	400 €	400 €
3. Postgebühren	400 €	400 €
4. Rundfunk- und Fernsehgebühren	600 €	600 €
	2.500 €	2.500 €

51131	**056**	**Bekleidung, Wäsche**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.084,05**

	2024/2025	2023
1. Ersatzbeschaffungen	500 €	500 €
2. Arbeitsschutz- und Sportkleidung	500 €	500 €
3. Bettwäsche, Schlafdecken und Matratzenschoner	1.000 €	1.000 €
	2.000 €	2.000 €

51140	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**4.000**	**4.000**	**6.600**	**650,74**

Neu- und Ersatzbeschaffung von Büro- und Arrestraumausstattung, Sicherheitsausrüstung, Turn- und Sportgeräten

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

Jugendarrestanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51479	**056**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**4.000**	**4.000**	**2.000**	**5.671,97**

	2024/2025	2023
1. Mittel für die Körperpflege der Arrestierten	2.200 €	1.200 €
2. Batterien für Sicherheitstechnik	200 €	100 €
3. Waschmittel für Hauswäsche	400 €	300 €
4. Sonstige Verbrauchsmittel	1.200 €	400 €
	4.000 €	2.000 €

51715	**056**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**832.000**	**848.000**	**815.000**	**841.569,11**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für die landeseigenen Dienstgebäude:

	2024	2025	2023
Lützowstraße 45	221.200 €	225.630 €	216.860 €
Kirchhainer Damm 66	610.110 €	622.320 €	598.140 €
	831.310 €	847.950 €	815.000 €
rd.	832.000 €	848.000 €	

SILB-Liegenschaft Lützowstraße 45 für den Betrieb der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg.
Das Objekt Kirchhainer Damm 66 wird gem. Überlassungsvereinbarung durch die Polizei genutzt (Abschiebehaft für sog. Gefährder).

51803	**056**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**2.500**	**2.500**	**3.000**	**1.509,26**

51820	**056**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.461.000**	**1.461.000**	**1.464.000**	**1.448.976,45**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für die landeseigenen Dienstgebäude:

	2024/2025	2023
Lützowstraße 45	323.150 €	326.380 €
Kirchhainer Damm 66	1.137.100 €	1.137.100 €
	1.460.250 €	1.463.480 €
rd.	1.461.000 €	1.464.000 €

SILB-Liegenschaft Lützowstraße 45 für den Betrieb der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg.
Das Objekt Kirchhainer Damm 66 wird gem. Überlassungsvereinbarung durch die Polizei genutzt (Abschiebehaft für sog. Gefährder).

51925	**056**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**22.400**	**23.300**	**21.200**	**21.180,00**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

	2024	2025	2023
Lützowstraße 45	16.600 €	13.200 €	12.130 €
Kirchhainer Damm 66	9.740 €	10.080 €	9.050 €
	22.340 €	23.280 €	21.180 €
rd.	22.400 €	23.300 €	21.200 €

SILB-Liegenschaft Lützowstraße 45 für den Betrieb der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg.
Das Objekt Kirchhainer Damm 66 wird gem. Überlassungsvereinbarung durch die Polizei genutzt (Abschiebehaft für sog. Gefährder).

Jugendarrestanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**056**	**Aus- und Fortbildung**	**1.500**	**1.500**	**2.500**	**325,00**

Weiterbildung der Bediensteten, kostenpflichtige Fortbildung der Bediensteten im Einzelfall

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut Bedienstete	2	1	1	1	0	1
Relativ Verhältnis in %	66,67	33,33	50	50	0	100
Ressourcen (in T€) Ist-Ausgaben	0,329	0,325	0,15	0,15	0	0,325

Zielgruppe:	Alle Dienstkräfte der Jugendarrestanstalt BB
Zielsetzung:	Durch gezielte Maßnahmen soll ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei der Teilnahme an kostenpflichtigen Fortbildungen beibehalten werden
Steuerungsmaßnahmen:	Gezielte Ansprache von FK und MA Ggf. Quotierung der Teilnehmenden

52610	**056**	**Gutachten**	**1.800**	**1.800**	**3.800**	**972,51**

Ausgaben für die Durchführung der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung gemäß rechtlicher Verpflichtung nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (Arrestierten, Werkstatt).

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut Arrestierte	30	372	58	452	72	472
Relativ Verhältnis in %	7,47	92,53	11,37	88,63	13,24	86,76
Ressourcen (in T€) Ist-Ausgaben	0,291	3,611	0,416	3,242	0,119	0,783

Zielgruppe:	Arrestantinnen/Arrestanten
Zielsetzung:	Arbeitssicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung der Arrestierten.
Steuerungsmaßnahmen:	keine

52703	**056**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
53111	**056**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gender-Daten:
Eine Ausweisung geschlechtssensitiver Daten ist für diesen Titel nicht möglich, da Ausschreibungen und Bekanntmachungen geschlechtsneutral erfolgen.

54002	**056**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**3.900**	**3.900**	**1.000**	**6.695,00**
54019	**056**	**Belehrung, Unterhaltung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**297,26**

Freizeitgestaltung der Arrestierten

54077	**056**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Jugendarrestanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079	**056**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**798,46**

GEMA-Entgelte, Lern-/Lehrmittel, Besucherbetreuung, Ausschmückung von Räumen, Unterhaltung der Gartenanlage u.a.

68176	**056**	**Fürsorge und Fahrgelder für Gefangene**	**1.100**	**1.100**	**1.100**	**1.060,30**
81279	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**7.520,69**

Ersatzbeschaffungen im Freizeit- bzw. Betreuungsbereich der Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg

Jugendarrestanstalt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0661-0691 ist beim Kapitel 0661 dargestellt.

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**8.000**	**8.600**	**5.100**	**6.855,61**

	2024	2025	2023
Telefonanlage und Leitungskosten	6.500 €	7.000 €	3.700 €
Telefongesprächsgebühren	1.400 €	1.500 €	1.300 €
Mobiltelefone	100 €	100 €	100 €
	8.000 €	8.600 €	5.100 €

Summe Maßnahmegruppe 31	**8.000**	**8.600**	**5.100**	**6.855,61**
Gesamtausgaben	**3.757.000**	**3.830.200**	**3.805.200**	**3.692.035,83**
Prozentuale Veränderung	**-1,3 %**	**1,9 %**		

Abschluss Kapitel 0671

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**327,75**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**358.000**	**358.000**	**290.000**	**357.484,64**
	Gesamteinnahmen	**359.000**	**359.000**	**291.000**	**357.812,39**
411-462	**Personalausgaben**	**1.395.300**	**1.451.000**	**1.460.400**	**1.344.323,76**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.350.600**	**2.368.100**	**2.333.700**	**2.339.131,08**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.100**	**1.100**	**1.100**	**1.060,30**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**7.520,69**
	Gesamtausgaben	**3.757.000**	**3.830.200**	**3.805.200**	**3.692.035,83**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-3.398.000**	**-3.471.200**	**-3.514.200**	**-3.334.223,44**

Justizvollzugsanstalt Heidering

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Aufgabe der JVA Heidering ist die Vollstreckung von Freiheitsstrafe und Ersatzfreiheitsstrafe an erwachsenen Männern.

Die Justizvollzugsanstalt Heidering verfügt über 647 Haftplätze im geschlossenen Männervollzug für zu zeitigen Freiheitsstrafen verurteilte Straftäter.
Für die Gefangenen sind aktuell 509 Arbeitsplätze vorhanden, davon 48 Plätze in Schulmaßnahmen und 69 Plätze in beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen.

In der JVA Heidering erfolgt die Aufgabenerfüllung in den Bereichen
- Dienstleistungen für Küche/Gastronomie
- Dienstleistungen für die Beschäftigung und Qualifizierung der Gefangenen sowie
- Dienstleistungen für die Bildung und Freizeitmaßnahmen Gefangener (Ergänzung des Mindestangebots)

unter Beteiligung von Dritten.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	25	15	27	16	26	14
Relativer Anteil	63 %	37 %	63 %	37 %	65 %	35 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	66	123	68	124	74	129
Relativer Anteil	35 %	65 %	35 %	65 %	36 %	64 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	63.522,86 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	63.680,00 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	47.883,80 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	52.410,81 €

Führungskräfte: Das annähernd gleiche Durchschnittseinkommen von weiblichen und männlichen Führungskräften ergibt sich aus einem ausgeglichenem Verhältnis in den Führungsebenen 1 bis 3.

Mitarbeitende: Bei den Mitarbeitenden ergibt sich die Differenz aufgrund der unterschiedlichen Verteilung von weiblichen und männlichen Beschäftigten in verschiedenen Entgelt- und Besoldungsgruppen. In der Laufbahngruppe 2, 1. und 2. Einstiegsamt überwiegt der weibliche Anteil. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken

Justizvollzugsanstalt Heidering

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11903	**056**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**6.800**	**6.800**	**6.200**	**6.783,65**
		Ersatzleistungen für Personen- und Sachschäden				
11906	**056**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
11934	**056**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**7.200**	**7.200**	**1.000**	**7.172,05**
11938	**056**	**Sonstige Kostenbeiträge**			**16.400**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
11971	**056**	**Ersatz von Betriebskosten**	**1.000**	**1.000**	**50.000**	**726,51**
		Erwartete Einnahmen aus Dienstleistungsverträgen mit Dritten.				
11979	**056**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.400**	**1.400**	**1.000**	**1.303,92**
		Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder; Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen				
		Gesamteinnahmen	**16.400**	**16.400**	**75.600**	**15.986,13**
		Prozentuale Veränderung	**-78,3 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**056**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**11.296.000**	**11.747.000**	**10.460.000**	**10.872.950,91**
42701	**056**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**46.000**	**46.000**	**46.000**	**43.265,63**
		Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zur Durchführung von Freizeitmaßnahmen für Gefangene.				
42722	**056**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**144.000**	**144.000**	**144.000**	**68.645,64**
42801	**056**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.385.000**	**1.440.000**	**1.490.000**	**1.136.237,64**
42811	**056**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44100	**056**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**414.000**	**426.000**	**424.000**	**389.815,75**
44379	**056**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**32.400**	**33.000**	**28.800**	**32.324,39**
		Sicherheits- sowie sonstige Maßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der Fürsorgepflicht, ärztliche Untersuchungen, Hepatitis-Impfungen von Dienstkräften der Justizvollzugsanstalten, die einer erhöhten Infektionsgefährdung ausgesetzt sind; insbesondere Ausgaben für die arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung der Bediensteten im Rahmen der vertraglichen Vereinbarung mit der Charité.				
51101	**056**	**Geschäftsbedarf**	**19.000**	**19.000**	**19.000**	**20.217,90**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf	8.000 €	8.000 €
2. Bücher, Zeitschriften	5.000 €	5.000 €
3. Postgebühren	5.000 €	5.000 €
4. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.000 €	1.000 €
	19.000 €	19.000 €

Justizvollzugsanstalt Heidering

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51131	**056**	**Bekleidung, Wäsche**	**49.300**	**49.300**	**49.300**	**48.014,51**

	2024/2025	2023
1. Anstaltskleidung	11.300 €	11.300 €
2. Sportkleidung	2.000 €	2.000 €
3. Sicherheits- und Arbeitskleidung	27.000 €	27.000 €
4. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (Bettwäsche, Schlafdecken und Matratzenschoner)	9.000 €	9.000 €
	49.300 €	49.300 €

51140	**056**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**65.000**	**65.000**	**65.000**	**68.639,22**

	2024/2025	2023
1. Geräte und Ausstattungsgegenstände des technischen Bereichs	25.000 €	25.000 €
2. Turn- und Sportgeräte	5.000 €	5.000 €
3. Büromaschinen, Büroeinrichtungsgegenstände	4.000 €	4.000 €
4. Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Verwaltungs- und Wirtschaftsbereichen, soweit nicht durch private Dienstleister zur Verfügung zu stellen	10.000 €	10.000 €
5. Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Unterkunftsbereichen	14.000 €	14.000 €
6. Waffen und Sicherheitsausrüstungen (einschl. Ersatz und Reparatur von Funkgeräten)	7.000 €	7.000 €
	65.000 €	65.000 €

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

51403	**056**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**925,02**

Treibstoffe und Öle für Fahrzeuge und Geräte. Die JVA Heidering betreibt ein Standortfahrzeug.

51408	**056**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**763.000**	**791.000**	**735.000**	**954.929,44**

Dienstkleidung für die gemäß § 70 LBG zum Tragen von Dienstkleidung verpflichteten Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten im gesamten Justizbereich

	2024	2025	2023
1. Dienstkleidung für alle Dienstkräfte der Justiz	650.000 €	678.000 €	604.000 €
2. Fixkosten des Dienstleisters	76.000 €	76.000 €	82.000 €
3. Frachtkostenpauschale	30.000 €	30.000 €	42.500 €
4. Schutzkleidung für Dienstkräfte der JVA Heidering	6.500 €	6.500 €	6.500 €
	762.500 €	790.500 €	735.000 €
rd.	763.000 €	791.000 €	

Mehr in Anpassung an den Mittelbedarf des Zentraldienstes der Polizei Brandenburg.

51430	**056**	**Rohstoffe zur Weiterverarbeitung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51479	**056**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**23.000**	**23.000**	**20.000**	**19.207,82**

	2024/2025	2023
1. Mittel für die Körperpflege der Gefangenen	17.000 €	15.000 €
2. Verbrauchsmittel für die technische Verwaltung	4.500 €	3.500 €
3. Sonstige Verbrauchsmittel	1.500 €	1.500 €
	23.000 €	20.000 €

51715	**056**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**3.510.000**	**3.581.000**	**3.441.000**	**2.559.909,72**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Ernst-Stargardt-Allee 1, 14979 Großbeeren

Justizvollzugsanstalt Heidering

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**056**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**7.063.000**	**7.063.000**	**7.063.000**	**6.985.706,64**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für das landeseigene Dienstgebäude Ernst-Stargardt-Allee 1, 14979 Großbeeren

51925	**056**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**70.000**	**72.500**	**65.000**	**65.000,00**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

52501	**056**	**Aus- und Fortbildung**	**8.000**	**8.000**	**6.000**	**7.389,06**

Weiterbildung der Bediensteten und kostenpflichtige Fortbildung der Bediensteten im Einzelfall

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	35	37	15	30	32	74
Relativ = Verhältnis in %	48,61	51,39	33,33	66,67	30,19	69,81
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	3,28	3,33	1,07	3,49	2,17	5,22

Zielgruppe:	Bedienstete der JVA Heidering
Zielsetzung:	Berücksichtigung von Männern und Frauen im Rahmen der Fortbildungsgewährung entsprechend dem Beschäftigtenanteil.
Steuerungsmaßnahmen:	Verwendung von Ressourcen entsprechend eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses

52509	**056**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**685,10**

Mittel für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen.

52610	**056**	**Gutachten**	**22.500**	**22.500**	**30.200**	**17.087,25**

Insbesondere Ausgaben für die arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung der arbeitenden Gefangenen im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtung (Arbeitsschutzgesetz).
Gender-Daten:
Gemäß Vollstreckungsplan des Landes Berlin sind in der JVA Heidering männliche Gefangene inhaftiert.

52703	**056**	**Dienstreisen**	**3.200**	**3.200**	**3.200**	**1.378,97**

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	0	3	1	3	2	2
Relativ = Verhältnis in %	0	100	25	75	50	50
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0	0,23	0,23	0,49	0,94	0,44

Justizvollzugsanstalt Heidering

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Bedienstete der JVA Heidering
Zielsetzung:	Berücksichtigung von Männern und Frauen im Rahmen der Gewährung von Dienstreisen entsprechend dem Beschäftigtenanteil.
Steuerungsmaßnahmen:	Verwendung von Ressourcen entsprechend eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses

53111	**056**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gender-Daten:
Eine Ausweisung geschlechtssensitiver Daten ist für diesen Titel nicht möglich, da Ausschreibungen und Bekanntmachungen geschlechtsneutral erfolgen.

53113	**056**	**Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**211,10**
54002	**056**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**30.000**	**30.000**	**40.000**	**11.247,34**
54010	**056**	**Dienstleistungen**	**3.408.000**	**3.814.000**	**2.600.000**	**2.500.862,03**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**14.385.000**	**9.165.000**
Davon fällig 2025	**2.877.000**	
Davon fällig 2026	**2.877.000**	**1.833.000**
Davon fällig 2027	**2.877.000**	**1.833.000**
Davon fällig 2028	**2.877.000**	**1.833.000**
Davon fällig 2029	**2.877.000**	**1.833.000**
Davon fällig 2030		**1.833.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.139.000	1.335.000	0

	2024	2025	2023
1. Beauftragung Freier Träger im Zuge der Rahmenkonzeption für den geschlossenen Männervollzug	252.500 €	252.500 €	194.200 €
2. Ausgaben für die Beteiligung Dritter beim Betrieb der JVA Heidering im Bereich Küche, Gastronomie	1.810.000 €	1.833.000 €	1.335.000 €
3. Ausgaben für die Beteiligung Dritter beim Betrieb der JVA Heidering im Bereich Beschäftigung, Qualifizierung	1.059.800 €	1.392.800 €	865.800 €
4. Ausgaben für die Beteiligung Dritter beim Betrieb der JVA Heidering im Bereich Freizeitmaßnahmen	96.000 €	96.000 €	76.000 €
5. Prüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel	15.000 €	15.000 €	15.000 €
6. ÖPNV - Anbindung	126.000 €	129.000 €	114.000 €
7. Videodolmetscherdienst	48.000 €	96.000 €	--- €
	3.407.300 €	3.813.500 €	2.600.000 €
rd.	3.408.000 €	3.814.000 €	

Die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für die Fortführung der Maßnahmen zu 2. (Küche, Gastronomie) in Höhe von 1.833.000 € jährlich und 3. (Beschäftigung, Qualifizierung) in Höhe von 1.044.000 € jährlich. Veranschlagung zu 2. erfolgt in beiden Planjahren, da noch offen ist, ob die Verlängerungsoption für den Betrieb von Küche und Gastronomie in 2024 für 2025 gezogen wird oder bereits in 2024 neu ausgeschrieben wird.

Aufgrund des stetig steigenden Sprachmittlungsbedarfs startet im zweiten Halbjahr 2024 ein Pilotprojekt Videodolmetschen im Berliner Justizvollzug; eine audiovisuelle Übersetzungsdienstleistung für Gefangene.

54011	**056**	**Überführungen, Überstellungen**	**5.300**	**5.300**	**5.300**	**9.770,80**

Ausgaben für Gefangenenbeförderung in besonderen Fällen, soweit die eigenen Transportmöglichkeiten nicht genutzt werden können.

Justizvollzugsanstalt Heidering

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54019	**056**	**Belehrung, Unterhaltung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**929,85**
54020	**056**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Betriebshaftpflichtversicherung für die Betriebe des Arbeitswesens.

54024	**056**	**Aufführungsrechte, Kompositionsaufträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

GEMA-Entgelte für von Gemeinschaftsanlagen übertragene Funk- und Fernsehsendungen.

54077	**056**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**27.000**	**1.000**	**—**
54079	**056**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.800**	**2.800**	**1.900**	**3.182,72**

Mieten für Maschinen und Geräte; Besucher/innen-Betreuung; Ausschmückung von Räumen; Kränze, Blumenspenden, Nachrufe; Dienstleistungen von Kreditinstituten; Abdeckung von Geldverlusten.

68142	**056**	**Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug**	**1.480.000**	**1.480.000**	**1.500.000**	**1.369.873,53**

Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Beiträge zur Sozialversicherung und Taschengelder für Gefangene.
Weniger in Anpassung an das Ist 2022 zzgl. Lohnsteigerungen

68176	**056**	**Fürsorge und Fahrgelder für Gefangene**	**5.800**	**5.800**	**3.700**	**5.814,66**

Beschaffung von Bekleidungsstücken für die Zeit nach der Entlassung sowie Zahlung von Überbrückungs- und Reisebeihilfen

81279	**056**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**211.000**	**183.000**	**206.000**	**169.933,18**

Erläuterungen 2024

Sportgeräte	16.000 €
Ersatzbeschaffung Großgeräte Küche	80.000 €
Thermophoren	10.000 €
Elektrohubwagen	15.000 €
Wärmeschränke für Wärmeplatten	50.000 €
Ersatz von Weißer Ware	29.000 €
Funkgeräte	11.000 €
	211.000 €

Erläuterungen 2025

Sportgeräte	5.000 €
Ersatzbeschaffung Großgeräte Küche	130.000 €
Schwerlastregale	10.000 €
Ersatz von Weißer Ware	23.000 €
Funkgeräte	15.000 €
	183.000 €

Weiße Ware umfasst Herde, Kühlschränke, Gefrierschränke, Waschmaschinen, Wäschetrockner, etc.

Justizvollzugsanstalt Heidering

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0661-0691 ist beim Kapitel 0661 dargestellt.

51160	**056**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**59.800**	**64.600**	**59.800**	**53.599,97**

	2024	2025	2023
1. Telefonanlage	38.700 €	41.900 €	38.700 €
2. Mobiltelefone	2.100 €	2.200 €	2.100 €
3. ITDZ Lokationszugang	10.500 €	11.400 €	10.500 €
4. Telefongesprächsgebühren	8.500 €	9.100 €	8.500 €
	59.800 €	64.600 €	59.800 €

	Summe Maßnahmegruppe 31	**59.800**	**64.600**	**59.800**	**53.599,97**
	Gesamtausgaben	**30.126.100**	**31.155.000**	**28.516.200**	**27.417.755,79**
	Prozentuale Veränderung	**5,6 %**	**3,4 %**		

Abschluss Kapitel 0672

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**16.400**	**16.400**	**75.600**	**15.986,13**
	Gesamteinnahmen	**16.400**	**16.400**	**75.600**	**15.986,13**
411-462	**Personalausgaben**	**13.318.400**	**13.837.000**	**12.593.800**	**12.543.239,96**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**15.110.900**	**15.649.200**	**14.212.700**	**13.328.894,46**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.485.800**	**1.485.800**	**1.503.700**	**1.375.688,19**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**211.000**	**183.000**	**206.000**	**169.933,18**
	Gesamtausgaben	**30.126.100**	**31.155.000**	**28.516.200**	**27.417.755,79**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-30.109.700**	**-31.138.600**	**-28.440.600**	**-27.401.769,66**

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Sozialen Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe - nehmen insbesondere die Aufgaben der Bewährungshilfe, der Betreuung im Rahmen der Führungsaufsicht, der Gerichtshilfe einschließlich der Abwendung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen durch freie Tätigkeit wahr (§§ 56 d, 68, 68 a StGB, 160 Abs. 3, 463 d StPO und Artikel 294 und 295 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch) und werden im Rahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs gemäß § 46 a StGB tätig.

Neben der Zentralstelle Schöneberg im Dienstgebäude der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz bestehen zwei Außenstellen (Wedding, Schönstedtstr. 5 und Neukölln, Buschkrugallee 95). Gemeinsam mit der Opferhilfe Berlin e. V. wird die Beratungsstelle „Opferhilfe Beratungsstelle – Opferhilfe e. V.“ in Verbindung mit der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz betrieben.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	10	6	10	8	11	7
Relativer Anteil	63 %	37 %	56 %	44 %	61 %	39 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	85	40	82	41	86	37
Relativer Anteil	68 %	32 %	67 %	33 %	70 %	30 %

Für den Planungszeitraum wurde anhand des durchschnittlichen Jahresgehalts (2022) ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten und Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Führungskräfte	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	66.481,43 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	69.103,64 €
Mitarbeitende	
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ männlich:	60.547,30 €
Durchschnittliches Jahreseinkommen nach VZÄ weiblich:	62.631,16 €

Führungskräfte: Die bestehende Differenz zwischen den durchschnittlichen Jahreseinkommen der Führungskräfte ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Führungskräfte in den Führungsebenen 1 und 2. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz ist jedoch bemüht auf eine gleichmäßige Verteilung weiblicher und männlicher Beschäftigter in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen hinzuwirken.

Mitarbeitende: Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt und vergleichbarer Entgeltgruppen. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern.

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979	**059**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**12,85**

Ersatzleistungen für Personen- und Sachschäden

11990	**059**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**3.360,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54690.

		Gesamteinnahmen	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**3.372,85**
		Prozentuale Veränderung	**100,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**059**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**5.093.000**	**5.296.000**	**6.041.000**	**4.724.617,79**
42701	**059**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**8.420,00**

Honorare für die Fortbildung der Dienstkräfte, Ausbau der Spezialisierungsangebote im Bereich der Qualifizierung von Prognoseinstrumenten und Fachvorträge für Probanden der Bewährungshilfe.

42801	**059**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.730.000**	**3.880.000**	**2.429.000**	**3.572.292,96**
42811	**059**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42821 (neu)	**059**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**65.000**	**89.000**		
44100	**059**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**195.000**	**200.000**	**181.000**	**183.107,71**
44379	**059**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**7.800**	**8.000**	**7.800**	**7.800,00**

Sicherheitsmaßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen der gesetzlichen Fürsorgepflicht; ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften sowie vertragliche Vereinbarung mit der Charité zum Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz.

51101	**059**	**Geschäftsbedarf**	**41.200**	**41.200**	**41.200**	**41.636,61**

	2024/2025	2023
1. Schreib- und Bürobedarf	10.000 €	10.000 €
2. Vervielfältigungen	5.200 €	5.200 €
3. Bücher, Zeitschriften, LSI-R	3.900 €	3.900 €
4. Portoausgaben	20.900 €	20.900 €
5. Endgeräte „Mobile Device Management“	1.200 €	1.200 €
	41.200 €	41.200 €

51140	**059**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**15.600**	**15.600**	**15.600**	**21.822,31**

	2024/2025	2023
1. Büromaschinen (einschließlich Wartung und Reparatur)	7.600 €	7.600 €
2. Büroeinrichtungsgegenstände (einschließlich Instandsetzung)	8.000 €	8.000 €
	15.600 €	15.600 €

51160	**059**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**059**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**407.000**	**415.000**	**399.000**	**375.582,30**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bewirtschaftungsausgaben für landeseigene Dienstgebäude

	2024	2025	2023
Salzburger Str. 21-25	127.090 €	129.640 €	124.590 €
Buschkrugallee 95	133.120 €	135.790 €	130.510 €
Schönstedtstr. 5	145.860 €	148.780 €	143.000 €
Summe	406.070 €	414.210 €	398.100 €
rd.	407.000 €	415.000 €	399.000 €

51820	**059**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**522.000**	**522.000**	**512.000**	**510.345,84**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mieten für landeseigene Dienstgebäude:

	2024/2025	2023
Salzburger Str. 21-25	194.300 €	184.340 €
Buschkrugallee 95	89.330 €	89.330 €
Schönstedtstr. 5	237.390 €	237.390 €
Summe	521.020 €	511.060 €
rd.	522.000 €	512.000 €

51925	**059**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**3.200**	**3.300**	**3.300**	**3.910,30**

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen.

52501	**059**	**Aus- und Fortbildung**	**13.700**	**14.500**	**14.400**	**520,00**

Aufwendungen für die Fortbildung der Beschäftigten sowie für die Schulung der Mitglieder der Beschäftigtenvertretungen. Übernahme der Studiengebühren der Studierenden im neuen Dualen Studium Soziale Arbeit.

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut = Anzahl	4	1	10	2	6	4
Relativ = Verhältnis in %	80	20	83	17	60	40
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,57	1,23	2,5	0,5	0,37	0,25

Zielgruppe:	Bedienstete der Sozialen Dienste der Justiz
Zielsetzung:	Die Teilnahme an Fortbildungen soll in etwa dem Verhältnis der w/m Beschäftigten entsprechen.
Steuerungsmaßnahmen:	Der Anteil der weiblichen Beschäftigten an den Fortbildungen muss nicht erhöht werden.

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**059**	**Dienstreisen**	**4.100**	**4.100**	**6.100**	**2.326,64**

	2024/2025	2023
1. Fahrgelder, Dienstfahrten	2.100 €	3.100 €
2. Dienstreisen	2.000 €	3.000 €
	4.100 €	6.100 €

Gender-Daten:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Teilansatz 1	2.015 €		3.100 €		3.100 €	
Absolut = Anzahl	11	20	10	9	3	3
Relativ = Verhältnis in %	35	65	54	47	50	50
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,563	0,868	0,4	0,3	0,05	0,05
Teilansatz 2	2.015 €		3.000 €		3.000 €	
Absolut = Anzahl	6	2	3	1	4	4
Relativ = Verhältnis in %	75	25	75	25	50	50
Ressourcen (in T€) = Ist-Ausgaben	0,858	0,145	0,5	0,2	1,2	1,2

Zielgruppe:	Bedienstete der Sozialen Dienste der Justiz
Zielsetzung:	Dienstreisen sollen, an den Aufgaben und Spezialisierungen orientiert, hier in etwa dem Verhältnis w/m entsprechen.
Steuerungsmaßnahmen:	Dienstreisen orientieren sich überwiegend an den Aufgaben und Spezialisierungen. Das Verhältnis w/m ist weitgehend ausgeglichen.

53111	**059**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gender-Daten:
Eine Ausweisung geschlechtssensitiver Daten ist für diesen Titel nicht möglich, da Ausschreibungen und Bekanntmachungen geschlechtsneutral erfolgen.

54002	**059**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**7.700**	**7.700**	**6.000**	**7.639,00**

54010	**059**	**Dienstleistungen**	**888.000**	**888.000**	**888.000**	**703.812,77**

	2024	2025	2023
1. Forensisch-Therapeutische-Ambulanz (FTA)	653.000 €	653.000 €	653.000 €
2. Therapiekosten für Sexual- und Gewaltstraftäter	130.000 €	130.000 €	130.000 €
3. Angebot zur Haftvermeidung	75.000 €	75.000 €	75.000 €
4. Anti-Gewalt-Training	30.000 €	30.000 €	30.000 €
	888.000 €	888.000 €	888.000 €

zu 1. Leistungen für die Wahrnehmung der Aufgaben der Forensisch-Therapeutischen Ambulanz (FTA) durch das Institut für Forensische Psychiatrie der Charité Universitätsmedizin Berlin. Gemeinsame Finanzierung mit der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung.

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

zu 2. Ausgaben für erforderliche Therapiekosten bei Sexual- und Gewaltstraftaten für Hochrisikotäter (ambulante Nachsorge nach langer Inhaftierung bzw. Unterbringung in der Sicherungsverwahrung), die unter Führungsaufsicht stehen.

zu 3. Netzwerkgestütztes, niedrigschwelliges und vorrangig sozialpädagogisch ausgerichtetes Angebot für von Ersatzfreiheitsstrafe bedrohte Menschen, die aufgrund multikomplexer Hemmnisse nicht in der Lage sind, die Strafe mittels gemeinnütziger Tätigkeit abzuwenden.

zu 4. Gendergerechtes Anti-Gewalt-Training für Klientinnen der Gerichtshilfe/Probandinnen der Bewährungshilfe.

54042	**059**	**Leistungen an die Labor Berlin - Charité Vivantes GmbH**	**1.000**	**1.000**	**10.000**	**70,00**

Gerichtlich angeordnete Urin- und Drogenkontrolluntersuchungen von Probandinnen und Probanden im Rahmen von Bewährungs- und Führungsaufsichten.

54077	**059**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**059**	**Verschiedene Ausgaben**	**4.300**	**4.300**	**3.300**	**4.625,94**

Inanspruchnahme von Verhandlungsdolmetscherleistungen für die Bewährungshilfe, Anwalts-, Gerichts- u.ä. -kosten, Öffentlichkeitsarbeit, Geschäftsbedarf der Beschäftigtenvertretungen, Erste Hilfe-Ausstattungen

54690	**059**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**2.792,56**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

67102	**059**	**Ersatz von Barauslagen**	**3.800**	**3.800**	**3.800**	**4.035,35**

Die Bewährungsaufsicht über Erwachsene wird durch hauptamtliche oder ehrenamtliche Bewährungshelfer/innen ausgeübt. Aus dem Ansatz werden auch die Aufwendungen der ehrenamtlichen Bewährungshelfer/innen und der Gerichtshelfer/innen bestritten.

81279	**059**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**10.000**	**10.000**	**25.000**	**—**

Ersatz von erforderlicher Ausstattung und von Geräten in den Standorten der Sozialen Dienste der Justiz.

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Eine Zusammenfassung der Maßnahmengruppe 31 der Kapitel 0661-0691 ist beim Kapitel 0661 dargestellt.

51160	**059**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**55.200**	**59.600**	**42.000**	**47.677,26**

Telefonanlagen inkl. Nebenstellen und Telefongesprächsgebühren.

	Summe Maßnahmegruppe 31	**55.200**	**59.600**	**42.000**	**47.677,26**
	Gesamtausgaben	**11.080.600**	**11.476.100**	**10.640.500**	**10.223.035,34**
	Prozentuale Veränderung	**4,1 %**	**3,6 %**		

Abschluss Kapitel 0691

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**3.372,85**
	Gesamteinnahmen	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**3.372,85**
411-462	**Personalausgaben**	**9.100.800**	**9.483.000**	**8.668.800**	**8.496.238,46**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.966.000**	**1.979.300**	**1.942.900**	**1.722.761,53**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**3.800**	**3.800**	**3.800**	**4.035,35**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**10.000**	**10.000**	**25.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**11.080.600**	**11.476.100**	**10.640.500**	**10.223.035,34**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-11.078.600**	**-11.474.100**	**-10.639.500**	**-10.219.662,49**

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001166 Ausübung des Begnadigungsrechts sowie Sicherstellung der Straffälligenhilfe und -kontrolle

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	5	Personalkosten	6.853.723	6.709.071	+2,16
Kostenträger	8	Sachkosten	822.719	764.836	+7,57
davon		Transferkosten	651.757	637.338	+2,26
Produkte	7	Verrechnungskosten	7.518	7.252	+3,66
MGF	1	kalkulatorische Kosten	1.392.642	1.572.102	-11,42
Projekte	0	Gemeinkosten	5.859.446	5.135.206	+14,10
		Summe Verwaltungskosten	15.587.805	14.825.804	+5,14
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	15.587.805	14.825.804	+5,14

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005452	2022	2.417.746	0	2.417.746
Gnadenwesen	2021	2.459.782	0	2.459.782

In dieser Kostenträgergruppe existieren zwei externe Produkte. Die dargestellten Kosten entsprechen Ausgaben in den Kapiteln 0600 SenJustV (35%) und 0616 LG (65%). Die Darstellung erfolgt aufgrund der fachlichen Zusammenhänge ausschließlich beim Kapitel 0691 (Soziale Dienste der Justiz).

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005453	2022	10.345.571	0	10.345.571
Bewährungshilfe	2021	9.440.924	0	9.440.924

In dieser Kostenträgergruppe existieren drei externe Produkte.

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80469	2022	4.133.581	0	4.133.581
Betreuung der Probandinnen/Probanden der Führungsaufsicht durch die Bewährungshilfe	2021	3.822.661	0	3.822.661

	2022	2021
Menge: Anzahl der Führungsaufsichten am Ende des Berichtsmonats	27.150	29.049
Kosten je ME in €	152,25	131,59
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	26,52	25,78
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das Produkt umfasst alle Maßnahmen der Probandinnen /Probanden der Führungsaufsicht durch Bewährungshelferinnen/Bewährungshelfer
(ehemalige Produktnummern: 79321, 79323, 79325)

Fachspezifische Informationen

Die Menge ist über 12 Monate kumuliert.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80472	2022	5.660.267	0	5.660.267
Betreuung im Rahmen der Bewährungshilfe/-aufsicht	2021	5.064.520	0	5.064.520

	2022	2021
Menge: Anzahl der Probandinnen und Probanden am Ende des Berichtsmonats	28.488	29.131
Kosten je ME in €	198,69	173,85
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	36,31	34,16
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.209,00	2.264,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das Produkt umfasst alle Maßnahmen zur Betreuung von Probandinnen und Probanden der Bewährungshilfe.
(ehemalige Produktnummern: 77610, 79321, 79322, 79323, 79325)

Fachspezifische Informationen

Die Menge ist über 12 Monate kumuliert.
Bei den Transferkosten handelt es sich um den Ersatz von Barauslagen.

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005454	2022	2.153.639	0	2.153.639
Gerichtshilfe	2021	2.306.854	0	2.306.854

In dieser Kostenträgergruppe existiert ein externes Produkt

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80471	2022	2.153.639	0	2.153.639
Gerichtshilfe	2021	2.306.854	0	2.306.854

	2022	2021
Menge: Anzahl der Auftragszugänge des Berichts-monats	5.583	5.457
Kosten je ME in €	385,75	422,73
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	13,82	15,56
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das Produkt umfasst alle Maßnahmen zur Auftragserledigung der Gerichtshilfe einschließlich des Täter-Opfer-Ausgleichs, der Akquisition von Beschäftigungsgebern für freie und gemeinnützige Arbeit sowie der Vermittlung und Überwachung freier und gemeinnütziger Arbeit.
(ehemalige Produktnummern 79324, 79328, 78650, 78651, 79327)

Fachspezifische Informationen

Die Mengen sind über 12 Monate kumuliert.

Justiz und Verbraucherschutz

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung - (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Das Kapitel wurde infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung aufgelöst. Die Stellen und Beschäftigungspositionen dieses Kapitels werden ab dem Jahr 2024 im Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) - nachgewiesen.

Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -

Das Kapitel wurde infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung neu eingerichtet. In ihm werden die bislang im Kapitel 0780 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz - Verbraucherschutz - geführten Stellen nachgewiesen.

Kapitel 0609 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz- Personalüberhang -

Alle Stellen des Kapitels tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 0611 bis 0614 – Generalstaats-, Staats- und Amtsanwaltschaft sowie Europäische Staatsanwaltschaft,
Kapitel 0615 bis 0651 – Gerichte

Stichtagsbezogene Übersicht zu den Abordnungen von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten an andere Behörden sowie andere Gerichte (Stand: 1. April 2023):

Einzelsachverhalte	Anzahl der abgeordneten Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
Abordnungen an die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz	40
Abordnungen an andere Berliner Behörden und Gerichte	5
Abordnungen an das Land Brandenburg	2
Abordnungen an Bundesbehörden und Bundesgerichte	19
Abordnungen an die Europäische Kommission in Brüssel	0
gesamt	66

Abordnungen von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten an andere Gerichte und Behörden auf Bundes- und Landesebene dienen der Kooperation, dem kontinuierlichen Informationsaustausch und somit insgesamt der besseren Zusammenarbeit von Rechtsprechung, Strafverfolgung und Verwaltungspraxis. Sie sind eine wichtige Maßnahme der Personalentwicklung für den Dienstherrn und die betroffenen Dienstkräfte.

Kapitel 0616 – Landgericht I - Strafsachen -
Kapitel 0617 – Landgericht II - Zivilsachen -

Mit dem Gesetz über die Neuordnung der Berliner Landgerichtsstruktur vom 9. Februar 2023 (GVBl. 2023, 38) ist im Land Berlin zum 1. Januar 2024 ein weiteres Landgericht (Landgericht Berlin II) errichtet worden. Das bisherige Landgericht besteht am Standort Moabit als Landgericht I fort und ist zuständig für Strafsachen. Als Strafgericht ist es in erster Instanz für schwere Straftaten sowie in zweiter Instanz für Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Amtsgerichts zuständig.

Das neue Landgericht II mit den Standorten Tegeler Weg und Littenstraße ist zuständig für zivilrechtliche Streitigkeiten. In zivilrechtlichen Verfahren entscheidet es in erster Instanz, soweit nicht das Amtsgericht zuständig ist, und in zweiter Instanz befindet es über Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Amtsgerichts.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Senator/in	SEN1	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0605 Amtsgehalt in Höhe von 100 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	2,000		2,000		2,000	
Senatsdirigent/in	B5	3,000		3,000		3,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	4,000		4,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	B2	11,000		11,000		9,000	
Senatsrätin/-rat	A16	15,000	11,000 *(2105)*	15,000	11,000 *(2105)*	15,000	11,000 *(2105)*
Regierungsdirektor/in	A15	10,750	9,750 *(2105)*	10,750	9,750 *(2105)*	10,750	8,750 *(2105)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	26,308	19,308 *(0139)*	26,308	19,308 *(0139)*	22,049	18,049 *(0139)*
			2,000 *(2106)*		2,000 *(2106)*		2,000 *(2106)*
Regierungsrätin/-rat	A13	6,000	5,000 *(0139)*	6,000	5,000 *(0139)*	5,000	5,000 *(0139)*
Sozialrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	21,500	18,000 *(2106)*	21,500	18,000 *(2106)*	23,500	18,000 *(2106)*
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	23,000	18,000 *(2106)*	23,000	18,000 *(2106)*	21,000	17,000 *(2106)*
Regierungsamtfrau/-mann	A11	16,000	14,000 *(2106)*	16,000	14,000 *(2106)*	17,000	14,000 *(2106)*
Sozialamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	6,000	6,000 *(2106)*	6,000	6,000 *(2106)*	3,000	3,000 *(2106)*
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0140)*	2,000	2,000 *(0140)*	3,000	3,000 *(0140)*
			2,000 *(0325)*		2,000 *(0325)*		3,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	5,000	5,000 *(0140)*	5,000	5,000 *(0140)*	5,000	5,000 *(0140)*
Regierungshauptsekretär/in	A8	3,800	3,800 *(0140)*	3,800	3,800 *(0140)*	3,800	3,800 *(0140)*
Regierungsobersekretär/in	A7	2,000	2,000 *(0140)*	2,000	2,000 *(0140)*	2,000	2,000 *(0140)*
Erste(r) Justizhauptwachtmeister/in	A6S	8,000	8,000 *(0327)*	8,000	8,000 *(0327)*	8,000	8,000 *(0327)*
Zwischensumme:		168,358		168,358		158,099	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsrätin/-rat	A13	0,450	0,450 *(0139)*	0,450	0,450 *(0139)*	0,450	0,450 *(0139)*
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,500		1,500		1,500	
Zwischensumme:		1,950		1,950		1,950	

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsrätin/-rat	A13	1,550	1,550 *(0139)*	1,550	1,550 *(0139)*	1,550	1,550 *(0139)*
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		2,550		2,550		3,550	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		174,858		174,858		165,599	
Summe:		174,858		174,858		165,599	

Stellenvermerke

0139 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 1 besetzt werden.

0140 Stelle darf auch mit einer Dienstkraft der Laufbahnen "mittlerer Justizdienst" oder "mittlerer Verwaltungsdienst an Vollzugsanstalten" besetzt werden.

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2105 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 besetzt werden.

2106 Stelle darf auch mit einer Dienstkraft der Laufbahnen "Rechtspfleger" oder "gehobener Verwaltungsdienst an Vollzugsanstalten" besetzt werden.

42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen

Teilplan A							
Richter/in am Amtsgericht	R2	10,000	10,000 *(2133)*	10,000	10,000 *(2133)*	10,000	10,000 *(2133)*
Zwischensumme:		10,000		10,000		10,000	
Teilsumme (Teilplan A):		10,000		10,000		10,000	
Summe:		10,000		10,000		10,000	

Stellenvermerke

2133 Stelle darf auch mit einer Staatsanwältin/einem Staatsanwalt oder sonstiger Richterin/sonstigem Richter bis BesGr. R2 des Einzelplans 06 besetzt werden.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		1,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		0,000	

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,800		3,800		0,800	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	9,000		9,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	19,000		19,000		17,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	6,000	6,000 *(2128)*	6,000	6,000 *(2128)*	6,000	6,000 *(2128)*
Zwischensumme:		62,800		62,800		47,800	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,250		1,250		1,250	
Zwischensumme:		2,250		2,250		2,250	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,750		1,750		1,750	
Zwischensumme:		3,750		3,750		2,750	
Teilsumme (Teilplan A):		68,800		68,800		52,800	
Summe:		68,800		68,800		52,800	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,500		1,500		1,500	
Zwischensumme:		1,500		1,500		1,500	
Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		4,000	
Summe:		4,000		4,000		4,000	

Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	0,000		0,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		3,000	2,000 *(2106)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		8,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		8,000	
Summe:		0,000		0,000		8,000	

Stellenvermerke

2106 Stelle darf auch mit einer Dienstkraft der Laufbahnen "Rechtspfleger" oder "gehobener Verwaltungsdienst an Vollzugsanstalten" besetzt werden.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		16,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		29,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		29,000	
Summe:		0,000		0,000		29,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

0601
2024/2025

Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		3,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		3,000	
Summe:		0,000		0,000		3,000	

Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000	1,000 *(2131)*	1,000	1,000 *(2131)*	1,000	1,000 *(2131)*
Regierungsdirektor/in	A15	4,000	4,000 *(2105)*	4,000	4,000 *(2105)*	4,000	4,000 *(2105)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	5,000	5,000 *(0139)*	5,000	5,000 *(0139)*	5,000	5,000 *(0139)*
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000	1,000 *(2106)*	1,000	1,000 *(2106)*	1,000	1,000 *(2106)*
Amtsrätin/-rat	A12	2,000	2,000 *(2106)*	2,000	2,000 *(2106)*	2,000	2,000 *(2106)*
Regierungsamtfrau/-mann	A11	3,000	3,000 *(2106)*	3,000	3,000 *(2106)*	3,000	3,000 *(2106)*
Amtsinspektor/in	A9S	2,000	2,000 *(0140)*	2,000	2,000 *(0140)*	2,000	2,000 *(0140)*
Zwischensumme:		19,000		19,000		19,000	
Teilsumme (Teilplan A):		19,000		19,000		19,000	
Summe:		19,000		19,000		19,000	

Stellenvermerke

0139 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 1 besetzt werden.

0140 Stelle darf auch mit einer Dienstkraft der Laufbahnen "mittlerer Justizdienst" oder "mittlerer Verwaltungsdienst an Vollzugsanstalten" besetzt werden.

2105 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 besetzt werden.

2106 Stelle darf auch mit einer Dienstkraft der Laufbahnen "Rechtspfleger" oder "gehobener Verwaltungsdienst an Vollzugsanstalten" besetzt werden.

2131 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 mit Amtszulage besetzt werden.

Bezeichnung	Entgelt-gruppe	2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		4,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		7,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		7,000		7,000	
Summe:		7,000		7,000		7,000	

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Veterinärdirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	4,000		4,000		0,000	
Veterinärdirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	11,000		11,000		0,000	
Oberveterinärrätin/-rat	A14	4,000		4,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	3,800		3,800		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	7,000	1,000 *(2106)*	7,000	1,000 *(2106)*	0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		0,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		38,800		38,800		0,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	0,200		0,200		0,000	
Zwischensumme:		0,200		0,200		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		39,000		39,000		0,000	
Summe:		39,000		39,000		0,000	

Stellenvermerke

2106 Stelle darf auch mit einer Dienstkraft der Laufbahnen "Rechtspfleger" oder "gehobener Verwaltungsdienst an Vollzugsanstalten" besetzt werden.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,600		1,600		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,800		1,800		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		12,400		12,400		0,000	

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Verbraucherschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,400		0,400		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,200		0,200		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,600		1,600		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		14,000		14,000		0,000	
Summe:		14,000		14,000		0,000	

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		2,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Regierungssekretär/in	A6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		6,000	
Summe:		3,000		3,000		6,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,740	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	5,000		5,000		9,750	
Tarifbeschäftigte/r (Schreibdienst)	E5	0,000		0,000		5,205	
Tarifbeschäftigte/r	E3	2,000		2,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E2	2,000		2,000		4,625	
Tarifbeschäftigte/r (Botin/Bote)	E2	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		13,000		13,000		36,320	
Teilsumme (Teilplan A):		13,000		13,000		36,320	
Summe:		13,000		13,000		36,320	

Generalstaatsanwaltschaft

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Generalstaatsanwältin/-anwalt in Berlin	R6	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Oberstaatsanwältin/-anwalt	R3	7,000	7,000 *(0503)*	7,000	7,000 *(0503)*	7,000	7,000 *(0503)*
Oberstaatsanwältin/-anwalt	R2	36,000	1,000 *(0120)* 1,000 *(0121)* 34,000 *(0505)*	36,000	1,000 *(0120)* 1,000 *(0121)* 34,000 *(0505)*	36,000	1,000 *(0120)* 1,000 *(0121)* 34,000 *(0505)*
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Justizoberrätin/-rat	A14	2,000		2,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		2,000	
Justizoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	1,000	1,000 *(0324)*	1,000	1,000 *(0324)*	1,000	1,000 *(0324)*
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		4,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	7,000		7,000		7,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	7,000		7,000		6,000	
Justizoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		0,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	5,000		5,000		5,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	6,000		6,000		6,000	
Justizobersekretär/in	A7	6,000		6,000		2,000	
Justizsekretär/in	A6	0,000		0,000		1,000	
Erste(r) Justizhauptwachtmeister/in	A6S	3,000	3,000 *(0327)*	3,000	3,000 *(0327)*	6,000	6,000 *(0327)*
Zwischensumme:		91,000		91,000		88,000	
Teilsumme (Teilplan A):		91,000		91,000		88,000	
Summe:		91,000		91,000		88,000	

Stellenvermerke

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.

0324 Amtszulage nach Fußnote 13 zur BesGr. A 13 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0503 Als Abteilungsleiter/in bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin.

0505 Als Dezernent/in bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin.

Generalstaatsanwaltschaft

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,500		1,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	16,000		16,000		16,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9A	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	10,930		10,930		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		8,330	
Zwischensumme:		51,430		51,430		49,830	
Teilsumme (Teilplan A):		51,430		51,430		49,830	
Summe:		51,430		51,430		49,830	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Gesamtpersonalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Generalstaatsanwaltschaft

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,250		0,250		0,250	
Zwischensumme:		0,250		0,250		0,250	
Teilsumme (Teilplan A):		1,250		1,250		1,250	
Summe:		1,250		1,250		1,250	

Staatsanwaltschaft

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Oberstaatsanwältin/-anwalt in Berlin	R5	1,000		1,000		1,000	
Oberstaatsanwältin/-anwalt	R3	8,000	1,000 *(0502)* 7,000 *(0507)*	8,000	1,000 *(0502)* 7,000 *(0507)*	8,000	1,000 *(0502)* 7,000 *(0507)*
Oberstaatsanwältin/-anwalt	R2	46,000	3,000 *(0121)* 43,000 *(0501)*	46,000	3,000 *(0121)* 43,000 *(0501)*	46,000	3,000 *(0121)* 43,000 *(0501)*
Staatsanwältin/-anwalt	R1	357,000	12,000 *(0120)* 11,000 *(0121)* 40,000 *(0321)*	362,000	12,000 *(0120)* 11,000 *(0121)* 40,000 *(0321)*	337,000	6,000 *(0119)* 16,000 *(0120)* 11,000 *(0121)* 40,000 *(0321)*
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	15,000		17,000		11,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	34,000		34,000		35,000	
Justizoberinspektor/in	A10	34,500		34,500		34,500	
Justizinspektor/in	A9	20,000		20,000		20,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	8,000	8,000 *(0325)*	8,000	8,000 *(0325)*	8,000	8,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	20,000		20,000		20,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	75,000	2,000 *(2208)*	76,000	2,000 *(2208)*	71,000	
Justizobersekretär/in	A7	89,000	14,000 *(2208)*	91,000	14,000 *(2208)*	88,000	
Justizsekretär/in	A6	19,500	16,000 *(2208)*	19,500	16,000 *(2208)*	16,000	
Erste(r) Justizhauptwachtmeister/in	A6S	44,000	44,000 *(0327)*	44,000	44,000 *(0327)*	44,000	44,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwachtmeister/in	A5	4,000	4,000 *(0306)*	4,000	4,000 *(0306)*	4,000	4,000 *(0306)*
Zwischensumme:		782,000		792,000		751,500	
Teilsumme (Teilplan A):		782,000		792,000		751,500	
Summe:		782,000		792,000		751,500	

Stellenvermerke

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0321 Amtszulage für Gruppenleiter/innen bei der Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit sechs und mehr Planstellen für Staatsanwältinnen/-anwälten

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

Staatsanwaltschaft

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42201

0501 Als Abteilungsleiter/in bei der Staatsanwaltschaft Berlin.

0502 Als Abteilungsleiter/in bei der Staatsanwaltschaft Berlin u. Vertreter/in d. Leitend. Oberstaatsanwältin/-anwalts in Berlin

0507 Als Hauptabteilungsleiter/in bei der Staatsanwaltschaft Berlin.

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	9,000	9,000	9,000
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000	1,000	0,000
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000	4,000	2,000
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000	2,000	0,000
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	194,099	194,099	0,000
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000	0,000	44,000
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000	0,000	11,599
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000	0,000	135,700
Justizhelfer/-in	E4	1,000	1,000	1,000
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	7,000	7,000	5,000
Zwischensumme:		216,099	218,099	208,299
Teilsumme (Teilplan A):		216,099	218,099	208,299
Summe:		216,099	218,099	208,299

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder

Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000	1,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000	1,000	1,000
Zwischensumme:		2,000	2,000	2,000
Teilsumme (Teilplan A):		2,000	2,000	2,000
Summe:		2,000	2,000	2,000

Amtsanwaltschaft

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberstaatsanwältin/-anwalt	R3	1,000	1,000 *(0508)*	1,000	1,000 *(0508)*	1,000	1,000 *(0508)*
Oberstaatsanwältin/-anwalt	R2	1,000	1,000 *(0517)*	1,000	1,000 *(0517)*	1,000	1,000 *(0517)*
Erste(r) Oberamtsanwältin/-anwalt	A14GD	14,000		14,000		14,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsanwältin/-anwalt	A13S	43,000		43,000		43,000	
Amtsanwältin/-anwalt	A12	50,000		55,000		45,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		1,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		2,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	15,000		15,000		17,000	
Justizobersekretär/in	A7	26,000		26,000		23,000	
Justizsekretär/in	A6	17,500	13,000 *(2208)*	17,500	13,000 *(2208)*	17,500	
Erste(r) Justizhauptwachtmeister/in	A6S	8,000	8,000 *(0327)*	8,000	8,000 *(0327)*	8,000	8,000 *(0327)*
Zwischensumme:		183,500		188,500		175,500	
Teilsumme (Teilplan A):		183,500		188,500		175,500	
Summe:		183,500		188,500		175,500	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0508 Als Leiter/in einer Amtsanwaltschaft

0517 Als ständige(r) Vertreter/in der/des Leiterin/Leiters einer Amtsanwaltschaft

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	31,000		31,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		28,000	
Zwischensumme:		34,000		34,000		35,000	
Teilsumme (Teilplan A):		34,000		34,000		35,000	
Summe:		34,000		34,000		35,000	

Amtsanwaltschaft

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		0,500		0,500		0,500	
Summe:		0,500		0,500		0,500	

Europäische Staatsanwaltschaft

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberstaatsanwältin/-anwalt	R3	1,000		1,000		1,000	
Oberstaatsanwältin/-anwalt	R2	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000	1,000 *(0140)*	1,000	1,000 *(0140)*	1,000	1,000 *(0140)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	1,000	1,000 *(0327)*	1,000	1,000 *(0327)*	1,000	1,000 *(0327)*
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		4,000	
Summe:		4,000		4,000		4,000	

Stellenvermerke

0140 Stelle darf auch mit einer Dienstkraft der Laufbahnen "mittlerer Justizdienst" oder "mittlerer Verwaltungsdienst an Vollzugsanstalten" besetzt werden.

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,500		1,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		2,000	
Zwischensumme:		1,500		1,500		3,500	
Teilsumme (Teilplan A):		1,500		1,500		3,500	
Summe:		1,500		1,500		3,500	

Kammergericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizdirektor/in	A15	2,000		2,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Justizoberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberbibliotheksrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	6,000		6,000		6,000	
Justizoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	1,000	1,000 *(0324)*	1,000	1,000 *(0324)*	1,000	1,000 *(0324)*
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	9,000		9,000		10,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	40,000		40,000		39,000	
Bibliotheksamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	52,000		52,000		48,000	
Justizoberinspektor/in	A10	67,000		69,000		51,000	
Justizinspektor/in	A9	18,000		18,000		18,500	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	8,000	8,000 *(0325)*	8,000	8,000 *(0325)*	7,000	7,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	42,000		42,000		35,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	76,000	1,000 *(2208)*	76,000	1,000 *(2208)*	57,000	
Justizobersekretär/in	A7	14,000	3,000 *(2208)*	14,000	3,000 *(2208)*	12,000	
Justizsekretär/in	A6	13,000		13,000		13,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	35,000	35,000 *(0327)*	35,000	35,000 *(0327)*	35,000	35,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*
Zwischensumme:		387,000		389,000		336,500	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		0,500	
Zwischensumme:		0,000		0,000		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		387,000		389,000		337,000	
Summe:		387,000		389,000		337,000	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0324 Amtszulage nach Fußnote 13 zur BesGr. A 13 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Kammergericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Kammergerichts	R8	1,000		1,000		1,000	
Vizepräsident/in des Kammergerichts	R4	1,000		1,000		1,000	
Vorsitzende(r) Richter/in am Kammergericht	R3	32,000		32,000		32,000	
Richter/in am Kammergericht	R2	98,000		98,000		98,000	
Richter/in am Amtsgericht	R1	5,000	5,000 *(0141)*	5,000	5,000 *(0141)*	5,000	5,000 *(0141)*
Zwischensumme:		137,000		137,000		137,000	
(Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen werden (nachrichtlich) ohne Betrag ausgewiesen							
Richter/in am Kammergericht	R2	4,000	4,000 *(0701)*	4,000	4,000 *(0701)*	4,000	4,000 *(0701)*
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		141,000		141,000		141,000	
Summe:		141,000		141,000		141,000	

Stellenvermerke

0141 Stelle darf auch mit einer Richterin/einem Richter der BesGr. R 1 eines anderen Gerichts des Einzelplans 06 besetzt werden.

0701 Stelle ohne Betrag, weil die Dienstbezüge der/des Stelleninhaberin/Stelleninhabers (Präsident/in und Vizepräsident/in) im Haushaltsplan der FU Berlin bzw. der TU Berlin ausgewiesen sind.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter							
Teilplan A							
Gerichtsreferendar/in	UNTBEIH	1.312,000		1.312,000		1.312,000	
Rechtspflegeranwärter/in	V09	298,000		328,000		248,000	
Justizsekretäranwärter/in	V06	392,167		496,667		355,000	
Justizhauptwachtmeister-anwärter/in	V04	12,500		12,500		12,500	
Zwischensumme:		2.014,667		2.149,167		1.927,500	
Teilsumme (Teilplan A):		2.014,667		2.149,167		1.927,500	
Summe:		2.014,667		2.149,167		1.927,500	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung	AT2	1,000		1,000		1,000	

Kammergericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	9,000		9,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	18,000		18,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	6,000		6,000		11,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	6,000		6,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E9B	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	8,000		8,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E9A	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9A	12,000		12,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	29,000		29,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	8,000		8,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E8	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E8	3,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		34,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	17,000		17,000		21,000	

Kammergericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E6	0,000		0,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	10,000		10,000		10,000	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		155,000		155,000		154,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		157,000		157,000		156,000	
Summe:		157,000		157,000		156,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Ersatzkraft für freigestellte Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,500		4,500		3,500	
Summe:		4,500		4,500		3,500	

Kammergericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42811

Stellenvermerke

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)

Teilplan A

Auszubildende/r Justizfachangestellte/r	AUSBEG-3- AUSBEG-4	0,000		0,000		10,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		10,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		10,000	
Summe:		0,000		0,000		10,000	

Landgericht I
- Strafsachen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizdirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		5,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		7,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	10,000		10,000		19,000	
Justizoberinspektor/in	A10	5,000		5,000		16,000	
Justizinspektor/in	A9	0,000		0,000		5,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	7,000		7,000		10,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	23,000	6,000 *(2208)*	23,000	6,000 *(2208)*	49,000	
Justizobersekretär/in	A7	27,000	2,000 *(2208)*	27,000	2,000 *(2208)*	57,000	
Justizsekretär/in	A6	5,000		5,000		21,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	14,000	14,000 *(0327)*	14,000	14,000 *(0327)*	55,000	55,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*	3,000	3,000 *(0306)*
Zwischensumme:		98,000		98,000		251,000	
Teilsumme (Teilplan A):		98,000		98,000		251,000	
Summe:		98,000		98,000		251,000	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Landgerichts	R6	1,000	1,000 *(0133)*	1,000	1,000 *(0133)*	2,000	1,000 *(0133)*
Vizepräsident/in des Landgerichts	R3	1,000		1,000		3,000	
Vorsitzende(r) Richter/in am Landgericht	R2	76,000	2,000 *(0119)*	76,000	2,000 *(0119)*	155,000	2,000 *(0119)*
			8,000 *(0120)*		8,000 *(0120)*		8,000 *(0120)*
			6,000 *(0121)*		6,000 *(0121)*		6,000 *(0121)*
Richter/in am Landgericht	R1	113,000	5,000 *(0119)*	113,000	5,000 *(0119)*	264,000	5,000 *(0119)*
			12,000 *(0120)*		12,000 *(0120)*		12,000 *(0120)*
			8,000 *(0121)*		8,000 *(0121)*		8,000 *(0121)*
			3,000 *(0124)*		3,000 *(0124)*		3,000 *(0124)*
Zwischensumme:		191,000		191,000		424,000	

Landgericht I
- Strafsachen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202, Teilplan A							
(Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen werden (nachrichtlich) ohne Betrag ausgewiesen							
Vorsitzende(r) Richter/in am Landgericht	R2	3,000	3,000 *(0702)*	3,000	3,000 *(0702)*	3,000	3,000 *(0702)*
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		194,000		194,000		427,000	
Summe:		194,000		194,000		427,000	

Stellenvermerke

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.

0124 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2029 weg.

0133 Stelle darf bis zur abgeschlossenen Umorganisation des Landgerichts nur mit R 2 besetzt werden. Eine Umorganisation des Landgerichts und Stellenbesetzung ist erst nach Beschlussfassung des zuständigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses zulässig.

0702 Stelle ohne Betrag, weil Richter/in als Professor/in tätig ist und die Dienstbezüge im Haushaltsplan der FH für Verwaltung und Rechtspflege ausgewiesen werden.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E9B	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	52,000		52,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		73,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		57,000	2,000 *(2208)*
Zwischensumme:		58,000		58,000		142,000	
Teilsumme (Teilplan A):		58,000		58,000		142,000	
Summe:		58,000		58,000		142,000	

Stellenvermerke

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Landgericht I
- Strafsachen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Landgericht II
- Zivilsachen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizdirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		0,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		0,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	11,000		11,000		0,000	
Justizoberinspektor/in	A10	14,000		14,000		0,000	
Justizinspektor/in	A9	5,000		5,000		0,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	0,000	
Justizamtsinspektor/in	A9S	12,000		12,000		0,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	34,000	3,000 *(2208)*	34,000	3,000 *(2208)*	0,000	
Justizobersekretär/in	A7	32,000		32,000		0,000	
Justizsekretär/in	A6	16,000		16,000		0,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	44,000	44,000 *(0327)*	44,000	44,000 *(0327)*	0,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		181,000		181,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		181,000		181,000		0,000	
Summe:		181,000		181,000		0,000	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Landgerichts	R6	1,000		1,000		0,000	
Vizepräsident/in des Landgerichts	R3	2,000		2,000		0,000	
Vorsitzende(r) Richter/in am Landgericht	R2	81,000		81,000		0,000	
Richter/in am Landgericht	R1	155,000		155,000		0,000	
Zwischensumme:		239,000		239,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		239,000		239,000		0,000	
Summe:		239,000		239,000		0,000	

Landgericht II
- Zivilsachen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E9B	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	65,000		65,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		74,000		74,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		74,000		74,000		0,000	
Summe:		74,000		74,000		0,000	

Amtsgericht Charlottenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizoberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		3,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	18,000		18,000		18,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	39,000		39,000		32,000	
Justizoberinspektor/in	A10	36,500		36,500		35,500	
Justizinspektor/in	A9	17,500		17,500		15,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	7,000	7,000 *(0325)*	7,000	7,000 *(0325)*	7,000	7,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	11,000		11,000		8,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	17,000		17,000		17,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	9,000		9,000		9,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	44,000	5,000 *(2208)*	44,000	5,000 *(2208)*	29,000	
Justizobersekretär/in	A7	49,000	12,000 *(2208)*	49,000	12,000 *(2208)*	45,000	
Justizsekretär/in	A6	4,000		4,000		4,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	16,000	16,000 *(0327)*	16,000	16,000 *(0327)*	15,000	15,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*
Zwischensumme:		276,000		276,000		242,500	
Teilsumme (Teilplan A):		276,000		276,000		242,500	
Summe:		276,000		276,000		242,500	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R4	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	5,000	5,000 *(0520)*	5,000	5,000 *(0520)*	5,000	5,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	54,000	2,000 *(0121)*	54,000	2,000 *(0121)*	54,000	2,000 *(0121)*
Zwischensumme:		61,000		61,000		61,000	
Teilsumme (Teilplan A):		61,000		61,000		61,000	
Summe:		61,000		61,000		61,000	

Amtsgericht Charlottenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42202

Stellenvermerke

0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.

0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R

0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000	1,000	0,000
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	0,000	0,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	82,000	82,000	0,000
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000	1,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000	0,000	36,000
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	1,000	1,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000	0,000	49,000
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	1,750	1,750	1,750
Zwischensumme:		86,750	86,750	89,750
Teilsumme (Teilplan A):		86,750	86,750	89,750
Summe:		86,750	86,750	89,750

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder

Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000	1,000	1,000
Zwischensumme:		1,000	1,000	1,000
Teilsumme (Teilplan A):		1,000	1,000	1,000
Summe:		1,000	1,000	1,000

Amtsgericht Köpenick

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		5,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	11,500		11,500		10,000	
Justizoberinspektor/in	A10	9,500		9,500		8,000	
Justizinspektor/in	A9	3,500		3,500		2,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	3,000		3,000		2,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	8,000		8,000		8,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	6,000		6,000		7,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	12,000	2,000 *(2208)*	12,000	2,000 *(2208)*	10,000	
Justizobersekretär/in	A7	15,000	2,000 *(2208)*	15,000	2,000 *(2208)*	14,000	
Justizsekretär/in	A6	1,000		1,000		1,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	11,000	11,000 *(0327)*	11,000	11,000 *(0327)*	10,000	10,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0306)*
Zwischensumme:		91,500		91,500		84,000	
Teilsumme (Teilplan A):		91,500		91,500		84,000	
Summe:		91,500		91,500		84,000	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R3	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	1,000	1,000 *(0520)*	1,000	1,000 *(0520)*	1,000	1,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	18,000	1,000 *(0124)*	18,000	1,000 *(0124)*	18,000	1,000 *(0124)*
Zwischensumme:		21,000		21,000		21,000	
Teilsumme (Teilplan A):		21,000		21,000		21,000	
Summe:		21,000		21,000		21,000	

Amtsgericht Köpenick

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0124 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2029 weg.							
0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R							
0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	27,000		27,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		23,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		8,000	
Zwischensumme:		28,000		28,000		32,000	
Teilsumme (Teilplan A):		28,000		28,000		32,000	
Summe:		28,000		28,000		32,000	

Amtsgericht Lichtenberg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	8,000		8,000		8,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	16,500		16,500		17,000	
Justizoberinspektor/in	A10	14,500		14,500		17,000	
Justizinspektor/in	A9	5,500		5,500		6,500	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	7,000	7,000 *(0325)*	7,000	7,000 *(0325)*	8,000	8,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	5,000		5,000		4,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	19,000		19,000		18,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	10,000		10,000		10,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	17,000	2,000 *(2208)*	17,000	2,000 *(2208)*	15,000	
Justizobersekretär/in	A7	22,000	3,000 *(2208)*	22,000	3,000 *(2208)*	20,000	
Justizsekretär/in	A6	1,500		1,500		1,500	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	10,000	10,000 *(0327)*	10,000	10,000 *(0327)*	11,000	11,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*
Zwischensumme:		141,000		141,000		141,000	
Teilsumme (Teilplan A):		141,000		141,000		141,000	
Summe:		141,000		141,000		141,000	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R3	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	2,000	2,000 *(0520)*	2,000	2,000 *(0520)*	2,000	2,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	22,000	1,000 *(0120)*	22,000	1,000 *(0120)*	22,000	1,000 *(0120)*
Zwischensumme:		26,000		26,000		26,000	
Teilsumme (Teilplan A):		26,000		26,000		26,000	
Summe:		26,000		26,000		26,000	

Amtsgericht Lichtenberg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.							
0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R							
0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	34,000		34,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		19,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	0,750		0,750		0,750	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		21,000	
Justizhelfer/-in	E4	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		35,750		35,750		42,750	
Teilsumme (Teilplan A):		35,750		35,750		42,750	
Summe:		35,750		35,750		42,750	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Amtsgericht Mitte

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizoberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	11,000		11,000		11,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	22,000		22,000		21,000	
Justizoberinspektor/in	A10	14,500		14,500		15,000	
Justizinspektor/in	A9	5,500		5,500		5,500	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	6,000	6,000 *(0325)*	6,000	6,000 *(0325)*	7,000	7,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	8,000		8,000		5,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	15,000		15,000		14,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	9,000		9,000		9,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	21,000	3,000 *(2208)*	21,000	3,000 *(2208)*	20,000	
Justizobersekretär/in	A7	26,000	2,000 *(2208)*	26,000	2,000 *(2208)*	27,000	
Justizsekretär/in	A6	2,000		2,000		2,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	6,000	6,000 *(0327)*	6,000	6,000 *(0327)*	8,000	8,000 *(0327)*
Zwischensumme:		151,000		151,000		149,500	
Teilsumme (Teilplan A):		151,000		151,000		149,500	
Summe:		151,000		151,000		149,500	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R4	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	3,000	3,000 *(0520)*	3,000	3,000 *(0520)*	3,000	3,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	45,000	1,000 *(0120)*	45,000	1,000 *(0120)*	45,000	1,000 *(0120)*
Zwischensumme:		50,000		50,000		50,000	
Teilsumme (Teilplan A):		50,000		50,000		50,000	
Summe:		50,000		50,000		50,000	

Amtsgericht Mitte

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.							
0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R							
0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	47,500		47,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		51,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		3,500	2,000 *(2208)*
Zwischensumme:		49,500		49,500		56,500	
Teilsumme (Teilplan A):		49,500		49,500		56,500	
Summe:		49,500		49,500		56,500	
Stellenvermerke							
2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	0,700		0,700		0,500	
Zwischensumme:		1,700		1,700		1,500	
Teilsumme (Teilplan A):		1,700		1,700		1,500	
Summe:		1,700		1,700		1,500	

Amtsgericht Neukölln

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		5,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	12,000		12,000		12,000	
Justizoberinspektor/in	A10	11,000		11,000		12,000	
Justizinspektor/in	A9	2,000		2,000		4,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	6,000	6,000 *(0325)*	6,000	6,000 *(0325)*	7,000	7,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	4,000		4,000		3,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	14,000		14,000		13,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	8,000		8,000		8,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	13,000	2,000 *(2208)*	13,000	2,000 *(2208)*	11,000	
Justizobersekretär/in	A7	15,000	2,000 *(2208)*	15,000	2,000 *(2208)*	14,000	
Justizsekretär/in	A6	1,000		1,000		1,500	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	9,000	9,000 *(0327)*	9,000	9,000 *(0327)*	9,000	9,000 *(0327)*
Zwischensumme:		103,000		103,000		102,500	
Teilsumme (Teilplan A):		103,000		103,000		102,500	
Summe:		103,000		103,000		102,500	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R3	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	1,000	1,000 *(0520)*	1,000	1,000 *(0520)*	1,000	1,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	16,500	1,000 *(0119)* 1,000 *(0121)*	16,500	1,000 *(0119)* 1,000 *(0121)*	16,500	1,000 *(0119)* 1,000 *(0121)*
Zwischensumme:		19,500		19,500		19,500	
Teilsumme (Teilplan A):		19,500		19,500		19,500	
Summe:		19,500		19,500		19,500	

Amtsgericht Neukölln

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.							
0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.							
0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R							
0520 Als weitere(r aufsichtführende(r Richter/in							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	25,500		25,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		15,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		15,500	
Zwischensumme:		28,000		28,000		33,500	
Teilsumme (Teilplan A):		28,000		28,000		33,500	
Summe:		28,000		28,000		33,500	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	0,350		0,350		0,350	
Zwischensumme:		0,350		0,350		0,350	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,250		0,250		0,250	
Zwischensumme:		0,250		0,250		0,250	
Teilsumme (Teilplan A):		0,600		0,600		1,600	
Summe:		0,600		0,600		1,600	

Amtsgericht Pankow

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		4,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	11,000		11,000		10,000	
Justizoberinspektor/in	A10	8,500		8,500		8,000	
Justizinspektor/in	A9	0,500		0,500		2,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	4,000		4,000		3,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	7,000		7,000		7,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	4,000		4,000		4,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	20,000	4,000 *(2208)*	20,000	4,000 *(2208)*	16,000	
Justizobersekretär/in	A7	11,000	4,000 *(2208)*	11,000	4,000 *(2208)*	8,000	
Justizsekretär/in	A6	1,000		1,000		1,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	18,000	18,000 *(0327)*	18,000	18,000 *(0327)*	18,000	18,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*
Zwischensumme:		96,000		96,000		88,000	
Teilsumme (Teilplan A):		96,000		96,000		88,000	
Summe:		96,000		96,000		88,000	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R3	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	3,000	3,000 *(0520)*	3,000	3,000 *(0520)*	3,000	3,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	33,500	1,000 *(0120)* 1,000 *(0121)*	33,500	1,000 *(0120)* 1,000 *(0121)*	33,500	1,000 *(0120)* 1,000 *(0121)*
Zwischensumme:		38,500		38,500		38,500	
Teilsumme (Teilplan A):		38,500		38,500		38,500	
Summe:		38,500		38,500		38,500	

Amtsgericht Pankow

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42202

Stellenvermerke

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.

0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R

0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	33,500	33,500	0,000
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000	1,000	1,000
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000	0,000	43,000
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	1,000	1,000	1,000
Zwischensumme:		35,500	35,500	45,000
Teilsumme (Teilplan A):		35,500	35,500	45,000
Summe:		35,500	35,500	45,000

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder

Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	0,500	0,500	0,500
Zwischensumme:		0,500	0,500	0,500

Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin

Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,550	0,550	0,550
Zwischensumme:		0,550	0,550	0,550
Teilsumme (Teilplan A):		1,050	1,050	1,050
Summe:		1,050	1,050	1,050

Amtsgericht Schöneberg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizoberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		3,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	10,000		10,000		10,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	21,000		21,000		20,000	
Justizoberinspektor/in	A10	18,000		18,000		18,000	
Justizinspektor/in	A9	7,500		7,500		7,500	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	5,000	5,000 *(0325)*	5,000	5,000 *(0325)*	6,000	6,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	7,000		7,000		5,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	14,000		14,000		14,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	6,000		6,000		6,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	26,000	4,000 *(2208)*	26,000	4,000 *(2208)*	22,000	
Justizobersekretär/in	A7	31,000	9,000 *(2208)*	31,000	9,000 *(2208)*	29,000	
Justizsekretär/in	A6	2,500		2,500		2,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	18,000	18,000 *(0327)*	18,000	18,000 *(0327)*	18,000	18,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*
Zwischensumme:		173,000		173,000		164,500	
Teilsumme (Teilplan A):		173,000		173,000		164,500	
Summe:		173,000		173,000		164,500	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R4	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	4,000	4,000 *(0520)*	4,000	4,000 *(0520)*	4,000	4,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	44,000	2,000 *(0120)* 1,000 *(0121)*	44,000	2,000 *(0120)* 1,000 *(0121)*	44,000	2,000 *(0120)* 1,000 *(0121)*
Zwischensumme:		50,000		50,000		50,000	
Teilsumme (Teilplan A):		50,000		50,000		50,000	
Summe:		50,000		50,000		50,000	

Amtsgericht Schöneberg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.							
0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.							
0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R							
0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	55,599		55,599		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		42,500	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		20,599	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	0,000		0,000		1,000	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E2	2,000		2,000		5,000	
Zwischensumme:		59,599		59,599		71,099	
Teilsumme (Teilplan A):		59,599		59,599		71,099	
Summe:		59,599		59,599		71,099	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Amtsgericht Schöneberg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A,							
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		2,500		2,500		2,500	
Summe:		2,500		2,500		2,500	

Amtsgericht Spandau

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		5,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	14,000		14,000		13,000	
Justizoberinspektor/in	A10	13,000		13,000		13,000	
Justizinspektor/in	A9	3,500		3,500		3,500	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	6,000	6,000 *(0325)*	6,000	6,000 *(0325)*	6,000	6,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	6,000		6,000		7,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	11,000		11,000		11,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	9,000		9,000		9,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	39,000	2,000 *(2208)*	39,000	2,000 *(2208)*	37,000	
Justizobersekretär/in	A7	13,000	6,000 *(2208)*	13,000	6,000 *(2208)*	12,000	
Justizsekretär/in	A6	1,000		1,000		1,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	11,000	11,000 *(0327)*	11,000	11,000 *(0327)*	11,000	11,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*
Zwischensumme:		136,500		136,500		133,500	
Teilsumme (Teilplan A):		136,500		136,500		133,500	
Summe:		136,500		136,500		133,500	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R3	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	1,000	1,000 *(0520)*	1,000	1,000 *(0520)*	1,000	1,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	14,500		14,500		14,500	
Zwischensumme:		17,500		17,500		17,500	
Teilsumme (Teilplan A):		17,500		17,500		17,500	
Summe:		17,500		17,500		17,500	

Amtsgericht Spandau

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R							
0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	19,000		19,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	16,000		16,000		16,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	12,500		12,500		12,500	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		11,000	
Zwischensumme:		51,000		51,000		55,000	
Teilsumme (Teilplan A):		51,000		51,000		55,000	
Summe:		51,000		51,000		55,000	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,500		0,500		0,000	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,500		0,500		0,000	
Summe:		0,500		0,500		0,000	

Amtsgericht Kreuzberg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizoberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		3,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	11,000		11,000		11,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	21,000		21,000		20,000	
Justizoberinspektor/in	A10	16,500		16,500		18,500	
Justizinspektor/in	A9	8,500		8,500		9,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	9,000	9,000 *(0325)*	9,000	9,000 *(0325)*	9,000	9,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	9,000		9,000		6,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	18,000		18,000		18,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	15,000		15,000		15,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	29,000	3,000 *(2208)*	29,000	3,000 *(2208)*	27,000	
Justizobersekretär/in	A7	37,500	2,000 *(2208)*	37,500	2,000 *(2208)*	36,500	
Justizsekretär/in	A6	2,500		2,500		2,500	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	27,000	27,000 *(0327)*	27,000	27,000 *(0327)*	28,000	28,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	2,000	2,000 *(0306)*	2,000	2,000 *(0306)*	2,000	2,000 *(0306)*
Zwischensumme:		212,000		212,000		208,500	
Teilsumme (Teilplan A):		212,000		212,000		208,500	
Summe:		212,000		212,000		208,500	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R4	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	6,000	6,000 *(0520)*	6,000	6,000 *(0520)*	6,000	6,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	67,000	1,000 *(0120)* 1,000 *(0121)*	67,000	1,000 *(0120)* 1,000 *(0121)*	67,000	1,000 *(0120)* 1,000 *(0121)*
Zwischensumme:		75,000		75,000		75,000	
Teilsumme (Teilplan A):		75,000		75,000		75,000	
Summe:		75,000		75,000		75,000	

Amtsgericht Kreuzberg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.							
0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.							
0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R							
0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	72,000		72,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E8	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		72,500	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		12,000	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E2	1,250		1,250		1,250	
Erzieher/in	S8A	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		78,250		78,250		90,750	
Teilsumme (Teilplan A):		78,250		78,250		90,750	
Summe:		78,250		78,250		90,750	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Geschäftsstelle des Gesamtpersonalrats							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Amtsgericht Kreuzberg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkraft für freigestellte Gesamtvertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,800		0,800		0,750	
Zwischensumme:		0,800		0,800		0,750	
Teilsumme (Teilplan A):		2,800		2,800		3,750	
Summe:		2,800		2,800		3,750	

Amtsgericht Tiergarten

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizdirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		7,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	11,000		11,000		13,000	
Justizoberinspektor/in	A10	21,000		21,000		22,000	
Justizinspektor/in	A9	6,500		6,500		6,500	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	5,000	5,000 *(0325)*	5,000	5,000 *(0325)*	5,000	5,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	18,000		18,000		13,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	81,000	19,000 *(2208)*	81,000	19,000 *(2208)*	68,000	
Justizobersekretär/in	A7	98,000	19,000 *(2208)*	98,000	19,000 *(2208)*	90,000	
Justizsekretär/in	A6	28,000		28,000		28,000	
Erste(r) Justizhauptwachtmeister/in	A6S	263,000	263,000 *(0327)*	263,000	263,000 *(0327)*	263,000	263,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwachtmeister/in	A5	25,000	25,000 *(0306)*	25,000	25,000 *(0306)*	25,000	25,000 *(0306)*
Zwischensumme:		565,500		565,500		543,500	
Teilsumme (Teilplan A):		565,500		565,500		543,500	
Summe:		565,500		565,500		543,500	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R6	1,000		1,000		1,000	
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R3	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	18,000	13,000 *(0520)*	18,000	13,000 *(0520)*	18,000	13,000 *(0520)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	180,392	4,000 *(0120)* 6,000 *(0121)*	180,392	4,000 *(0120)* 6,000 *(0121)*	179,392	4,000 *(0120)* 6,000 *(0121)*
Zwischensumme:		200,392		200,392		199,392	
Teilsumme (Teilplan A):		200,392		200,392		199,392	
Summe:		200,392		200,392		199,392	

Amtsgericht Tiergarten

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.							
0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.							
0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	121,000		121,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		33,000	2,000 *(2208)*
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		110,000	11,000 *(2208)*
Justizhelfer/-in	E4	0,000		0,000		1,000	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		129,000		129,000		151,000	
Teilsumme (Teilplan A):		129,000		129,000		151,000	
Summe:		129,000		129,000		151,000	
Stellenvermerke							
2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Geschäftsstelle des Gesamtpersonalrats							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	

Amtsgericht Tiergarten

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	1,000		1,000		1,000	
Justizhelfer/-in	E4	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		4,000	
Summe:		4,000		4,000		4,000	

Amtsgericht Wedding

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizoberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		7,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	16,000		16,000		15,000	
Justizoberinspektor/in	A10	15,000		15,000		16,000	
Justizinspektor/in	A9	5,500		5,500		5,500	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Obergerichtsvollzieher/in mit Amtszulage	A9Z	9,000	9,000 *(0325)*	9,000	9,000 *(0325)*	9,000	9,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	6,000		6,000		4,000	
Obergerichtsvollzieher/in	A9S	20,000		20,000		20,000	
Gerichtsvollzieher/in	A8	12,000		12,000		12,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	19,000	6,000 *(2208)*	19,000	6,000 *(2208)*	17,000	
Justizobersekretär/in	A7	23,000	7,000 *(2208)*	23,000	7,000 *(2208)*	23,000	
Justizsekretär/in	A6	1,000		1,000		2,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	19,000	19,000 *(0327)*	19,000	19,000 *(0327)*	19,000	19,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*	1,000	1,000 *(0306)*
Zwischensumme:		155,500		155,500		153,500	
Teilsumme (Teilplan A):		155,500		155,500		153,500	
Summe:		155,500		155,500		153,500	

Stellenvermerke

0306 Zulage nach Anlage IX Fußnote 3 BBesG i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Amtsgerichts	R3	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Amtsgericht	R2	2,000	2,000 *(0520)*	2,000	2,000 *(0520)*	2,000	2,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Amtsgerichts	R2	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*	1,000	1,000 *(0330)*
Richter/in am Amtsgericht	R1	31,000	2,000 *(0120)* 2,000 *(0121)*	31,000	2,000 *(0120)* 2,000 *(0121)*	30,000	2,000 *(0120)* 2,000 *(0121)*
Zwischensumme:		35,000		35,000		34,000	
Teilsumme (Teilplan A):		35,000		35,000		34,000	
Summe:		35,000		35,000		34,000	

Amtsgericht Wedding

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.							
0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.							
0330 Amtszulage nach Fußnote 4 zur BesGr. R 2 LBesO R							
0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	40,000		40,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		34,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	0,670		0,670		0,670	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		16,000	
Zwischensumme:		45,670		45,670		55,670	
Teilsumme (Teilplan A):		45,670		45,670		55,670	
Summe:		45,670		45,670		55,670	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Justizhelfer/-in	E4	0,550		0,550		0,550	
Zwischensumme:		0,550		0,550		0,550	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,500		0,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	0,000		0,000		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		1,050		1,050		1,050	
Summe:		1,050		1,050		1,050	

Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Justizoberinspektor/in	A10	10,160		10,160		10,160	
Justizinspektor/in	A9	3,500		3,500		5,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	3,000	1,000 *(2208)*	3,000	1,000 *(2208)*	2,000	
Justizobersekretär/in	A7	12,500	2,000 *(2208)*	12,500	2,000 *(2208)*	11,500	
Justizsekretär/in	A6	5,000		5,000		4,000	
Zwischensumme:		38,160		38,160		36,660	
Teilsumme (Teilplan A):		38,160		38,160		36,660	
Summe:		38,160		38,160		36,660	

Stellenvermerke

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	0,000		0,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9A	5,000		5,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	9,500		9,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		10,500	
Tarifbeschäftigte/r	E3	8,000	8,000 *(2128)*	8,000	8,000 *(2128)*	8,000	8,000 *(2128)*
Zwischensumme:		30,500		30,500		31,500	
Teilsumme (Teilplan A):		30,500		30,500		31,500	
Summe:		30,500		30,500		31,500	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		0,000	
Bibliotheksamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		4,126	
Justizoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		0,000	
Justizinspektor/in	A9	2,000		2,000		1,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		2,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	14,000	7,000 *(2208)*	14,000	7,000 *(2208)*	15,000	
Justizobersekretär/in	A7	3,000		3,000		3,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	5,000	5,000 *(0327)*	5,000	5,000 *(0327)*	5,000	5,000 *(0327)*
Zwischensumme:		37,000		37,000		36,126	
Teilsumme (Teilplan A):		37,000		37,000		36,126	
Summe:		37,000		37,000		36,126	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des OVWG Berlin-Brandenburg	R8	1,000		1,000		1,000	
Vizepräsident/in des OVWG Berlin-Brandenburg	R4	1,000		1,000		1,000	
Vorsitzende(r) Richter/in am Oberverwaltungsgericht	R3	9,000		9,000		8,000	
Richter/in am Oberverwaltungsgericht	R2	30,000	2,000 *(0121)* 1,000 *(0124)*	30,000	2,000 *(0121)* 1,000 *(0124)*	30,000	2,000 *(0121)* 1,000 *(0124)*
Zwischensumme:		41,000		41,000		40,000	
Teilsumme (Teilplan A):		41,000		41,000		40,000	
Summe:		41,000		41,000		40,000	

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.							
0124 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2029 weg.							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,500		1,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Fahrer/in	E4	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		8,500		8,500		8,500	
Teilsumme (Teilplan A):		8,500		8,500		8,500	
Summe:		8,500		8,500		8,500	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Verwaltungsgericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizoberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		4,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		3,000	
Justizoberinspektor/in	A10	6,000		6,000		5,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	5,000		5,000		5,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	25,000	24,000 *(2208)*	25,000	24,000 *(2208)*	24,000	
Justizobersekretär/in	A7	28,500		28,500		28,500	
Justizsekretär/in	A6	4,000		4,000		4,000	
Erste(r) Justizhauptwachtmeister/in	A6S	15,000	10,000 *(0327)*	15,000	10,000 *(0327)*	10,000	10,000 *(0327)*
Zwischensumme:		92,500		92,500		85,500	
Teilsumme (Teilplan A):		92,500		92,500		85,500	
Summe:		92,500		92,500		85,500	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Verwaltungsgerichts	R5	1,000		1,000		1,000	
Vizepräsident/in des Verwaltungsgerichts	R3	1,000		1,000		1,000	
Vorsitzende(r) Richter/in am Verwaltungsgericht	R2	40,000		40,000		40,000	
Richter/in am Verwaltungsgericht	R1	103,000	3,000 *(0120)* 2,000 *(0121)* 2,000 *(0124)*	103,000	3,000 *(0120)* 2,000 *(0121)* 2,000 *(0124)*	101,000	3,000 *(0120)* 2,000 *(0121)* 2,000 *(0124)*
Zwischensumme:		145,000		145,000		143,000	
Teilsumme (Teilplan A):		145,000		145,000		143,000	
Summe:		145,000		145,000		143,000	

Verwaltungsgericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42202							
Stellenvermerke							
0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.							
0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.							
0124 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2029 weg.							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	35,000		35,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		18,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schreibdienst)	E6	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	0,000		0,000		17,000	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		43,000		43,000		43,000	
Teilsumme (Teilplan A):		43,000		43,000		43,000	
Summe:		43,000		43,000		43,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Sozialgericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		3,000	
Bibliotheksamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		0,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	5,000		5,000		6,000	
Bibliotheksoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		1,000	
Justizoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		7,000	
Justizinspektor/in	A9	2,000		2,000		5,000	
Justizamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	6,000		6,000		6,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	33,500	7,000 *(2208)*	33,500	7,000 *(2208)*	21,500	
Justizobersekretär/in	A7	25,000	22,000 *(2208)*	25,000	22,000 *(2208)*	37,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	23,000	23,000 *(0327)*	23,000	23,000 *(0327)*	23,000	23,000 *(0327)*
Zwischensumme:		105,500		105,500		113,500	
Teilsumme (Teilplan A):		105,500		105,500		113,500	
Summe:		105,500		105,500		113,500	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2208 Stelleninhaber/in erhält E 9A.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Sozialgerichts	R5	1,000		1,000		1,000	
Vizepräsident/in des Sozialgerichts	R3	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Sozialgericht	R2	12,000	12,000 *(0520)*	12,000	12,000 *(0520)*	12,000	12,000 *(0520)*
Richter/in am Sozialgericht	R1	132,140		132,140		135,140	
Zwischensumme:		146,140		146,140		149,140	
Teilsumme (Teilplan A):		146,140		146,140		149,140	
Summe:		146,140		146,140		149,140	

Stellenvermerke

0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in

Sozialgericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	13,000		13,000		11,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	6,500		6,500		4,500	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E9A	73,761		73,761		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E8	0,000		0,000		54,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E6	0,500		0,500		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in Serviceeinheiten (Gericht/Staatsanwaltschaft)	E6	2,000		2,000		25,120	
Zwischensumme:		109,761		109,761		104,620	
Teilsumme (Teilplan A):		109,761		109,761		104,620	
Summe:		109,761		109,761		104,620	

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Medizinaldirektor/in mit Amtszulage	A16Z	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in mit Amtszulage	A16Z	1,000	1,000 *(0319)* 1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(0319)* 1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(0319)* 1,000 *(2105)*
Chefärztin/-arzt	A16	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	2,000	1,000 *(2131)*	2,000	1,000 *(2131)*	2,000	1,000 *(2131)*
Chefärztin/-arzt	A15	1,000	1,000 *(0138)* 1,000 *(2134)*	1,000	1,000 *(0138)* 1,000 *(2134)*	1,000	1,000 *(0138)*
Regierungsdirektor/in	A15	3,000		3,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	6,000	6,000 *(0139)*	6,000	6,000 *(0139)*	6,000	6,000 *(0139)*
Obersozialrätin/rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000	1,000 *(0139)*	4,000	1,000 *(0139)*	4,000	1,000 *(0139)*
Justizverwaltungsoberamts-rätin/rat	A13S	8,000		8,000		7,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Justizverwaltungsamtsrätin/-rat	A12	17,000		17,000		16,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		3,000	
Justizverwaltungsamtfrau/-mann	A11	14,000		14,000		10,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	22,000		22,000		19,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann	A11MD	13,000		13,000		12,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann im Krankenpflegedienst	A11MD	2,000		2,000		2,000	
Justizverwaltungsober-inspektor/in	A10	15,000		15,000		16,000	
Justizvollzugsoberinspektor/in	A10MD	5,000		5,000		5,000	
Justizvollzugsoberinspektor/in im Werkdienst	A10MD	2,000		2,000		1,000	
Betriebsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	4,000	4,000 *(0325)*	4,000	4,000 *(0325)*	5,000	5,000 *(0325)*
Justizverwaltungsamts-inspektor/in mit Amtszulage	A9Z	4,000	4,000 *(0325)*	4,000	4,000 *(0325)*	4,000	4,000 *(0325)*
Justizvollzugsamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	6,360	5,020 *(0325)*	6,360	5,020 *(0325)*	5,020	5,020 *(0325)*
Oberin/Pflegevorsteher mit Amtszulage	A9Z	18,000	18,000 *(0326)*	18,000	18,000 *(0326)*	18,000	18,000 *(0326)*
Betriebsinspektor/in	A9S	2,660		2,660		5,000	
Justizverwaltungsamts-inspektor/in	A9S	18,000		18,000		17,500	
Justizvollzugsamtsinspektor/in	A9S	51,046		51,046		50,046	
Oberschwester/-pfleger	A9S	28,000		28,000		28,000	
Abteilungsschwester/-pfleger	A8	72,000		72,000		82,000	
Hauptwerkmeister/in	A8	34,660		34,660		36,000	
Justizverwaltungshaupt-sekretär/in	A8	15,500		15,500		19,500	

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Justizvollzugshauptsekretär/in	A8	149,320		149,320		150,000	
Justizverwaltungsober-sekretär/in	A7	5,000		5,000		5,000	
Justizvollzugsobersekretär/in	A7	37,061		37,061		38,850	
Zwischensumme:		568,607		568,607		576,916	
Teilsumme (Teilplan A):		568,607		568,607		576,916	
Summe:		568,607		568,607		576,916	

Stellenvermerke

0138 Stelle ist mit ein. Professor/in der BesGr. C 3 besetzt (ohne Übernahmeverpflichtung.

0139 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt der BesGr. R 1 besetzt werden.

0319 Amtszulage nach Vorbemerkung Nr. 21 zu BBesO A und B i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0326 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2105 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt der BesGr. R 2 besetzt werden.

2131 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 mit Amtszulage besetzt werden.

2134 Stelle darf auch mit einem/einer Professor/in der BesGr. W 3 besetzt werden (ohne Übernahmeverpflichtung).

42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter

Teilplan A							
Justizvollzugsobersekretär-anwärter/in	V07	241,080		309,000		307,000	
Zwischensumme:		241,080		309,000		307,000	
Teilsumme (Teilplan A):		241,080		309,000		307,000	
Summe:		241,080		309,000		307,000	

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,500		3,500		3,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	2,000		2,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	3,000		3,000		3,000	

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Lehrkraft)	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	7,000		7,000		7,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E9A	2,000		2,000		2,000	
Physiotherapeut/in	E9A	9,500		9,500		9,500	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E8	2,500		2,500		2,500	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (Kraftfahrzeughandwerker/in)	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E7	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Handwerker/in)	E7	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	15,000		15,000		16,000	
Tarifbeschäftigte/r (Handwerker/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (im Archiv)	E5	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		74,500		74,500		73,500	
(Plan-)Stellen der Ärztinnen und Ärzte nach dem TV Wiedereintritt Berlin - Ärzte							
Ärztin/Arzt	AT	4,000	2,000 *(2205)* 1,000 *(2206)*	4,000	2,000 *(2205)* 1,000 *(2206)*	4,000	2,000 *(2205)* 1,000 *(2206)*
Ärztin/Arzt	E15	3,000	3,000 *(2204)*	3,000	3,000 *(2204)*	3,000	3,000 *(2204)*
Fachärztin/Facharzt	E15	21,500	17,000 *(2204)* 4,500 *(2205)*	21,500	17,000 *(2204)* 4,500 *(2205)*	21,500	17,000 *(2204)* 4,500 *(2205)*
Ärztin/Arzt	E14	3,500	3,500 *(2204)*	3,500	3,500 *(2204)*	3,500	3,500 *(2204)*
Zwischensumme:		32,000		32,000		32,000	
Teilsumme (Teilplan A):		106,500		106,500		105,500	
Summe:		106,500		106,500		105,500	

Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Stellenvermerke							
2204 Die/der Stelleninhaber/in ist gemäß TV Wiedereintritt Berlin - Ärzte in die Ä 2 eingruppiert.							
2205 Die/der Stelleninhaber/in ist gemäß TV Wiedereintritt Berlin - Ärzte in die Ä 3 eingruppiert.							
2206 Die/der Stelleninhaber/in ist gemäß TV Wiedereintritt Berlin - Ärzte in die Ä 4 eingruppiert.							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Gesamtpersonalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r im Justizvollzugsdienst	E7	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		3,000	
Summe:		3,000		3,000		3,000	

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	2,000	1,000 *(2105)*	2,000	1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(2105)*
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	1,000 *(2105)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Obersozialrätin/rat	A14	5,000		5,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Sozialrätin/-rat	A13	1,000		1,000		3,000	
Justizverwaltungsoberamts-rätin/rat	A13S	2,000		2,000		0,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsamtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		4,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		5,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	9,000		9,000		9,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann	A11MD	6,000		6,000		5,000	
Justizverwaltungsober-inspektor/in	A10	4,000		4,000		4,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	6,000	2,000 *(0325)*	6,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Oberin/Pflegevorsteher mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0326)*	1,000	1,000 *(0326)*	1,000	1,000 *(0326)*
Betriebsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsamts-inspektor/in	A9S	4,000		4,000		4,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in	A9S	34,000		34,000		39,000	
Oberschwester/-pfleger	A9S	3,000		3,000		3,000	
Abteilungsschwester/-pfleger	A8	7,000		7,000		7,000	
Hauptwerkmeister/in	A8	2,000		2,000		2,000	
Justizverwaltungshaupt-sekretär/in	A8	3,000		3,000		3,000	
Justizvollzugshauptsekretär/in	A8	92,000		92,000		92,000	
Justizverwaltungsober-sekretär/in	A7	3,000		3,000		3,000	
Justizvollzugsobersekretär/in	A7	13,006		13,006		12,006	
Oberwerkmeister/in	A7	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		211,006		211,006		208,006	
Teilsumme (Teilplan A):		211,006		211,006		208,006	
Summe:		211,006		211,006		208,006	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0326 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2105 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 besetzt werden.

Justizvollzugsanstalt für Frauen

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,500		2,500		4,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		3,500		3,500		5,500	
Teilsumme (Teilplan A):		3,500		3,500		5,500	
Summe:		3,500		3,500		5,500	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Hauptpersonalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r im Justizvollzugsdienst	E7	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	2,000	1,000 *(2105)*	2,000	1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(2105)*
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	1,000 *(2105)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Obersozialrätin/rat	A14	4,000		4,000		2,000	
Sozialrätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Justizverwaltungsoberamts-rätin/rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsamtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		4,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		5,000	
Justizverwaltungsamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		4,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	23,000		23,000		23,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann	A11MD	8,000		8,000		8,000	
Justizverwaltungsober-inspektor/in	A10	2,000		2,000		2,000	
Justizvollzugsoberinspektor/in	A10MD	4,000		4,000		4,000	
Betriebsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizverwaltungsamts-inspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizvollzugsamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizverwaltungsamts-inspektor/in	A9S	4,000		4,000		4,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in	A9S	28,000		28,000		28,000	
Hauptwerkmeister/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungshaupt-sekretär/in	A8	9,000		9,000		9,000	
Justizvollzugshauptsekretär/in	A8	90,000		90,000		90,000	
Justizverwaltungsober-sekretär/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Justizvollzugsobersekretär/in	A7	22,370		22,370		22,370	
Zwischensumme:		219,370		219,370		216,370	
Teilsumme (Teilplan A):		219,370		219,370		216,370	
Summe:		219,370		219,370		216,370	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2105 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 besetzt werden.

Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		4,000	
Summe:		2,000		2,000		4,000	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r im Justizvollzugsdienst	E7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Azubi Soziale Arbeit B. A.	STUDENT	7,000		11,000		0,000	
Zwischensumme:		7,000		11,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		11,000		0,000	
Summe:		7,000		11,000		0,000	

Justizvollzugsanstalt Moabit

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in mit Amtszulage	A16Z	1,000	1,000 *(0319)*	1,000	1,000 *(0319)*	1,000	1,000 *(0319)*
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000	1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(2105)*
Regierungsdirektor/in	A15	2,000	1,000 *(2105)*	2,000	1,000 *(2105)*	2,000	1,000 *(2105)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000	3,000 *(0139)*	3,000	3,000 *(0139)*	3,000	3,000 *(0139)*
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000	1,000 *(0139)*	2,000	1,000 *(0139)*	2,000	1,000 *(0139)*
Sozialrätin/-rat	A13	2,000		2,000		1,000	
Justizverwaltungsoberamts-rätin/rat	A13S	3,000		3,000		3,000	
Justizverwaltungsamtsrätin/-rat	A12	10,500		10,500		10,500	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Justizverwaltungsamtfrau/-mann	A11	8,000		8,000		7,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	26,500		26,500		24,500	
Justizvollzugsamtfrau/-mann	A11MD	7,000		7,000		7,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann im Krankenpflegedienst	A11MD	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsober-inspektor/in	A10	8,000		8,000		9,000	
Sozialoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		2,000	
Justizvollzugsoberinspektor/in	A10MD	4,000		4,000		4,000	
Betriebsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,258		1,258		0,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	15,000	15,000 *(0325)*	15,000	15,000 *(0325)*	15,000	15,000 *(0325)*
Oberin/Pflegevorsteher mit Amtszulage	A9Z	4,000	4,000 *(0326)*	4,000	4,000 *(0326)*	4,000	4,000 *(0326)*
Betriebsinspektor/in	A9S	6,000		6,000		7,340	
Justizverwaltungsamts-inspektor/in	A9S	9,500		9,500		9,500	
Justizvollzugsamtsinspektor/in	A9S	62,500		62,500		62,500	
Oberschwester/-pfleger	A9S	10,000		10,000		10,000	
Abteilungsschwester/-pfleger	A8	8,000		8,000		8,000	
Hauptwerkmeister/in	A8	1,660		1,660		1,660	
Justizverwaltungshaupt-sekretär/in	A8	15,000		15,000		15,000	
Justizvollzugshauptsekretär/in	A8	211,000		211,000		211,000	
Justizverwaltungsober-sekretär/in	A7	8,500		8,500		8,500	
Justizvollzugsobersekretär/in	A7	91,830		91,830		91,830	
Krankenschwester/-pfleger	A7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		526,248		526,248		525,330	
Teilsumme (Teilplan A):		526,248		526,248		525,330	
Summe:		526,248		526,248		525,330	

Justizvollzugsanstalt Moabit

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42201

Stellenvermerke

0139 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 1 besetzt werden.

0319 Amtszulage nach Vorbemerkung Nr. 21 zu BBesO A und B i.d. *Ü*berleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. *Ü*berleitungsfassung Berlin

0326 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A9 BBesO i.d. *Ü*berleitungsfassung Berlin

2105 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 besetzt werden.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	8,250	1,000 *(2128)*	8,250	1,000 *(2128)*	9,250	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,500	1,000 *(2128)*	4,500	1,000 *(2128)*	4,500	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,500		1,500		1,500	
Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r	E5	2,000	2,000 *(0001)* 2,000 *(2128)*	2,000	2,000 *(0001)* 2,000 *(2128)*	2,000	2,000 *(0001)* 2,000 *(2128)*
Gesundheits- und Krankenpfleger/in	KR7	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		19,750		19,750		20,750	
Teilsumme (Teilplan A):		19,750		19,750		20,750	
Summe:		19,750		19,750		20,750	

Stellenvermerke

0001 Stelle fällt bei Freiwerden weg.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TV*Ü*-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder

Tarifbeschäftigte/r im Justizvollzugsdienst	E7	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Justizvollzugsanstalt Tegel

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in mit Amtszulage	A16Z	1,000	1,000 *(0319)*	1,000	1,000 *(0319)*	1,000	1,000 *(0319)*
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000	1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(2105)*
Regierungsdirektor/in	A15	4,000	2,000 *(2105)*	4,000	2,000 *(2105)*	4,000	2,000 *(2105)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,000	4,000 *(0139)*	4,000	4,000 *(0139)*	3,000	3,000 *(0139)*
Obersozialrätin/rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Rektor/in, Sonderschulrektor/in	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	3,000	1,000 *(0139)*	3,000	1,000 *(0139)*	3,000	1,000 *(0139)*
Sozialrätin/-rat	A13	6,000		6,000		6,000	
Studienrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Lehrer/in an Sonderschulen/ für Sonderpädagogik, Lehrer/in	A13GD	3,000		3,000		3,000	
Justizverwaltungsoberamts-rätin/rat	A13S	5,000		5,000		5,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsamtsrätin/-rat	A12	7,000		7,000		7,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Justizverwaltungsamtfrau/-mann	A11	21,000		21,000		13,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000	1,000 *(2106)*	1,000	1,000 *(2106)*	1,000	1,000 *(2106)*
Sozialamtfrau/-mann	A11	43,000		43,000		44,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann	A11MD	9,000		9,000		9,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann im Krankenpflegedienst	A11MD	1,000		1,000		1,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann im Werkdienst	A11MD	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsober-inspektor/in	A10	6,000		6,000		7,000	
Justizvollzugsoberinspektor/in	A10MD	6,000		6,000		6,000	
Betriebsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	9,495	9,495 *(0325)*	9,495	9,495 *(0325)*	10,000	10,000 *(0325)*
Justizverwaltungsamts-inspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizvollzugsamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	9,723	9,723 *(0325)*	9,723	9,723 *(0325)*	10,000	10,000 *(0325)*
Oberin/Pflegevorsteher mit Amtszulage	A9Z	5,000	5,000 *(0326)*	5,000	5,000 *(0326)*	5,000	5,000 *(0326)*
Betriebsinspektor/in	A9S	9,000		9,000		3,000	
Justizverwaltungsamts-inspektor/in	A9S	11,000		11,000		12,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in	A9S	87,000		87,000		76,000	
Oberschwester/-pfleger	A9S	6,000		6,000		6,000	
Abteilungsschwester/-pfleger	A8	28,000		28,000		28,000	
Hauptwerkmeister/in	A8	23,000		23,000		29,000	

Justizvollzugsanstalt Tegel

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Justizverwaltungshaupt-sekretär/in	A8	17,000		17,000		17,000	
Justizvollzugshauptsekretär/in	A8	256,126		256,126		266,146	
Justizvollzugsobersekretär/in	A7	9,000		9,000		11,160	
Zwischensumme:		600,344		600,344		596,306	
Teilsumme (Teilplan A):		600,344		600,344		596,306	
Summe:		600,344		600,344		596,306	

Stellenvermerke

0139 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 1 besetzt werden.

0319 Amtszulage nach Vorbemerkung Nr. 21 zu BBesO A und B i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0326 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2105 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 besetzt werden.

2106 Stelle darf auch mit einer Dienstkraft der Laufbahnen "Rechtspfleger" oder "gehobener Verwaltungsdienst an Vollzugsanstalten" besetzt werden.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Bezeichnung	Entgelt-gruppe	2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	20,500		20,500		18,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Lehrkraft)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r im Justizvollzugsdienst	E7	9,000		9,000		13,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,000		4,000		4,000	
Zwischensumme:		40,500		40,500		42,500	
Teilsumme (Teilplan A):		40,500		40,500		42,500	
Summe:		40,500		40,500		42,500	

Justizvollzugsanstalt Tegel

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Gesamtpersonalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		4,000	
Summe:		4,000		4,000		4,000	

Jugendstrafanstalt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	2,000	1,000 *(2105)*	2,000	1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(2105)*
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	1,000 *(2105)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,000		4,000		4,000	
Obersozialrätin/rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000	2,000 *(0139)*	2,000	2,000 *(0139)*	2,000	2,000 *(0139)*
Sozialrätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Justizverwaltungsoberamts-rätin/rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Lehrer/in	A12-A13GD	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsamtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		3,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		3,000	
Justizverwaltungsamtfrau/-mann	A11	5,000		5,000		6,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	14,000		14,000		14,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann	A11MD	5,000		5,000		5,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann im Werkdienst	A11MD	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsober-inspektor/in	A10	4,000		4,000		4,000	
Justizvollzugsoberinspektor/in	A10MD	10,000		10,000		10,000	
Betriebsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	8,000		8,000		8,000	
Justizverwaltungsamts-inspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizvollzugsamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*	2,000	2,000 *(0325)*
Oberin/Pflegevorsteher mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0326)*	1,000	1,000 *(0326)*	1,000	1,000 *(0326)*
Betriebsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		0,000	
Justizverwaltungsamts-inspektor/in	A9S	5,000		5,000		5,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in	A9S	68,000		68,000		68,000	
Abteilungsschwester/-pfleger	A8	7,000		7,000		7,000	
Hauptwerkmeister/in	A8	6,000		6,000		8,000	
Justizverwaltungshaupt-sekretär/in	A8	5,000		5,000		5,000	
Justizvollzugshauptsekretär/in	A8	126,000		126,000		126,000	
Justizverwaltungsober-sekretär/in	A7	1,000		1,000		2,000	
Justizvollzugsobersekretär/in	A7	25,810		25,810		28,580	
Zwischensumme:		321,810		321,810		321,580	
Teilsumme (Teilplan A):		321,810		321,810		321,580	
Summe:		321,810		321,810		321,580	

Jugendstrafanstalt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201							
Stellenvermerke							
0139 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 1 besetzt werden.							
0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin							
0326 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin							
2105 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 besetzt werden.							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,500		1,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	9,000	8,000 *(2128)*	9,000	8,000 *(2128)*	8,000	8,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Lehrkraft)	E13	6,000		6,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		2,000	
Zwischensumme:		16,500		16,500		14,500	
Teilsumme (Teilplan A):		16,500		16,500		14,500	
Summe:		16,500		16,500		14,500	
Stellenvermerke							
2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Jugendarrestanstalt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Sozialoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizverwaltungsamts-inspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		3,000	
Justizverwaltungshaupt-sekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Justizvollzugshauptsekretär/in	A8	19,000		19,000		18,000	
Justizvollzugsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		28,000		28,000		28,000	
Teilsumme (Teilplan A):		28,000		28,000		28,000	
Summe:		28,000		28,000		28,000	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

Justizvollzugsanstalt Heidering

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	2,000	1,000 *(2105)*	2,000	1,000 *(2105)*	1,000	1,000 *(2105)*
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	1,000 *(2105)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	5,000	5,000 *(0139)*	5,000	5,000 *(0139)*	5,000	5,000 *(0139)*
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Justizverwaltungsoberamts-rätin/rat	A13S	1,000		1,000		2,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Justizverwaltungsamtsrätin/-rat	A12	9,000		9,000		8,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		2,000	
Justizverwaltungsamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		6,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	19,000		19,000		23,000	
Justizvollzugsamtfrau/-mann	A11MD	6,000		6,000		6,000	
Justizverwaltungsober-inspektor/in	A10	5,000		5,000		4,000	
Justizvollzugsoberinspektor/in	A10MD	4,000		4,000		4,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*	3,000	3,000 *(0325)*
Justizverwaltungsamts-inspektor/in	A9S	7,000		7,000		4,000	
Justizvollzugsamtsinspektor/in	A9S	45,000		45,000		45,000	
Justizverwaltungshaupt-sekretär/in	A8	9,000		9,000		11,000	
Justizvollzugshauptsekretär/in	A8	114,000		114,000		114,000	
Justizverwaltungsober-sekretär/in	A7	3,000		3,000		3,000	
Justizvollzugsobersekretär/in	A7	12,000		12,000		12,460	
Zwischensumme:		254,000		254,000		255,460	
Teilsumme (Teilplan A):		254,000		254,000		255,460	
Summe:		254,000		254,000		255,460	

Stellenvermerke

0139 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 1 besetzt werden.

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

2105 Stelle darf auch mit einer Richterin oder Staatsanwältin (einem Richter oder Staatsanwalt) der BesGr. R 2 besetzt werden.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0127)*	1,000	1,000 *(0127)*	1,000	1,000 *(0127)*

Justizvollzugsanstalt Heidering

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		7,000		5,000	
Summe:		7,000		7,000		5,000	

Stellenvermerke

0127 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle für Tarifbeschäftigte der E 13.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder

Tarifbeschäftigte/r im Justizvollzugsdienst	E7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Sozialdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Obersozialrätin/rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		1,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		1,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	15,000		15,000		16,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,500		1,500		1,500	
Sozialamtfrau/-mann	A11	66,000		66,000		66,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		0,000	
Sozialoberinspektor/in	A10	24,000		24,000		24,000	
Sozialinspektor/in	A9	0,000		0,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		3,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		122,500		122,500		121,500	
Teilsumme (Teilplan A):		122,500		122,500		121,500	
Summe:		122,500		122,500		121,500	

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	7,000		7,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	13,150		13,150		14,150	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	1,000		1,000		1,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	8,000		8,000		8,750	
Zwischensumme:		32,150		32,150		32,900	
Teilsumme (Teilplan A):		32,150		32,150		32,900	
Summe:		32,150		32,150		32,900	

Soziale Dienste der Justiz
- Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Azubi Soziale Arbeit B. A.	STUDENT	2,750		3,750		0,000	
Zwischensumme:		2,750		3,750		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,750		3,750		0,000	
Summe:		2,750		3,750		0,000	

Justiz und Verbraucherschutz

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**
0600	2025	2,000	3,000	-	4,000	11,000
	2024	2,000	3,000	-	4,000	11,000
	2023	2,000	3,000	-	3,000	9,000
0601	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	1,000	-
0605	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	1,000	-	1,000
0608	2025	-	-	1,000	1,000	1,000
	2024	-	-	1,000	1,000	1,000
	2023	-	-	-	-	-
0609	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0611	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0612	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0613	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0614	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0615	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0616	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0617	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0619	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0621	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0622	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0623	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0624	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0625	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 06
B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**0626**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0627**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0628**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0630**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0631**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0632**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0641**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0642**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0651**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0661**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0663**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0664**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0666**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0668**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0669**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0671**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0672**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0691**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**
Summe	2025	2,000	3,000	2,000	5,000	13,000
	2024	2,000	3,000	2,000	5,000	13,000
	2023	2,000	3,000	1,000	4,000	10,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 06
Teilsumme	**A16Z**	**A16**	**A15**	**A14**	jahr	
20,000	-	15,000	10,750	26,308	2025	**0600**
20,000	-	15,000	10,750	26,308	2024	
17,000	-	15,000	10,750	22,049	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0601**
-	-	-	-	-	2024	
1,000	-	2,000	-	-	2023	
2,000	-	-	4,000	5,000	2025	**0605**
2,000	-	-	4,000	5,000	2024	
2,000	-	-	4,000	5,000	2023	
3,000	-	2,000	5,000	15,000	2025	**0608**
3,000	-	2,000	5,000	15,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0609**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	2,000	2,000	2025	**0611**
-	-	-	2,000	2,000	2024	
-	-	-	2,000	2,000	2023	
-	-	1,000	1,000	3,000	2025	**0612**
-	-	1,000	1,000	3,000	2024	
-	-	1,000	1,000	3,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0613**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0614**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	2,000	8,000	2025	**0615**
-	-	-	2,000	8,000	2024	
-	-	-	1,000	7,000	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**0616**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	-	-	1,000	-	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**0617**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0619**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0621**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0622**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0623**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0624**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0625**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		Teilsumme	**A16Z**	**A16**	**A15**	**A14**
0626	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0627	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0628	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0630	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
0631	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0632	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0641	2025	-	-	-	1,000	1,000
	2024	-	-	-	1,000	1,000
	2023	-	-	-	1,000	1,000
0642	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
0651	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
0661	2025	-	2,000	3,000	4,000	7,000
	2024	-	2,000	3,000	4,000	7,000
	2023	-	2,000	3,000	4,000	7,000
0663	2025	-	-	2,000	-	7,000
	2024	-	-	2,000	-	7,000
	2023	-	-	1,000	1,000	3,000
0664	2025	-	-	2,000	-	5,000
	2024	-	-	2,000	-	5,000
	2023	-	-	1,000	1,000	3,000
0666	2025	-	1,000	1,000	2,000	3,000
	2024	-	1,000	1,000	2,000	3,000
	2023	-	1,000	1,000	2,000	3,000
0668	2025	-	1,000	1,000	4,000	7,000
	2024	-	1,000	1,000	4,000	7,000
	2023	-	1,000	1,000	4,000	6,000
0669	2025	-	-	2,000	-	5,000
	2024	-	-	2,000	-	5,000
	2023	-	-	1,000	1,000	5,000
0671	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0672	2025	-	-	2,000	-	5,000
	2024	-	-	2,000	-	5,000
	2023	-	-	1,000	1,000	5,000
0691	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	1,000	-	1,000

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
Teilsumme	**A16Z**	**A16**	**A15**	**A14**	jahr	
25,000	4,000	32,000	39,750	106,308	2025	**Summe**
25,000	4,000	32,000	39,750	106,308	2024	
20,000	4,000	28,000	36,750	78,049	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A14GD	**A13**	**A13Z**	**A13GD**	**A13S**
0600	2025	-	9,000	-	-	25,000
	2024	-	9,000	-	-	25,000
	2023	-	8,000	-	-	28,000
0601	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	2,000	-	-	-
0605	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0608	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
0609	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0611	2025	-	-	1,000	-	4,000
	2024	-	-	1,000	-	4,000
	2023	-	-	1,000	-	4,000
0612	2025	-	-	-	-	2,000
	2024	-	-	-	-	2,000
	2023	-	-	-	-	2,000
0613	2025	14,000	-	-	-	44,000
	2024	14,000	-	-	-	44,000
	2023	14,000	-	-	-	44,000
0614	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0615	2025	-	-	1,000	-	9,000
	2024	-	-	1,000	-	9,000
	2023	-	-	1,000	-	10,000
0616	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	5,000
0617	2025	-	-	-	-	3,000
	2024	-	-	-	-	3,000
	2023	-	-	-	-	-
0619	2025	-	-	-	-	3,000
	2024	-	-	-	-	3,000
	2023	-	-	-	-	3,000
0621	2025	-	1,000	-	-	1,000
	2024	-	1,000	-	-	1,000
	2023	-	1,000	-	-	1,000
0622	2025	-	1,000	-	-	2,000
	2024	-	1,000	-	-	2,000
	2023	-	1,000	-	-	2,000
0623	2025	-	-	-	-	2,000
	2024	-	-	-	-	2,000
	2023	-	-	-	-	2,000
0624	2025	-	1,000	-	-	1,000
	2024	-	1,000	-	-	1,000
	2023	-	1,000	-	-	1,000
0625	2025	-	1,000	-	-	1,000
	2024	-	1,000	-	-	1,000
	2023	-	1,000	-	-	1,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 06
A14GD	**A13**	**A13Z**	**A13GD**	**A13S**	jahr	
-	-	-	-	3,000	2025	**0626**
-	-	-	-	3,000	2024	
-	-	-	-	3,000	2023	
-	1,000	-	-	2,000	2025	**0627**
-	1,000	-	-	2,000	2024	
-	1,000	-	-	2,000	2023	
-	-	-	-	3,000	2025	**0628**
-	-	-	-	3,000	2024	
-	-	-	-	3,000	2023	
-	-	-	-	2,000	2025	**0630**
-	-	-	-	2,000	2024	
-	-	-	-	2,000	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0631**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0632**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	1,000	-	-	-	2025	**0641**
-	1,000	-	-	-	2024	
-	1,000	-	-	1,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0642**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0651**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	4,000	-	-	10,000	2025	**0661**
-	4,000	-	-	10,000	2024	
-	4,000	-	-	9,000	2023	
-	1,000	-	-	3,000	2025	**0663**
-	1,000	-	-	3,000	2024	
-	4,000	-	-	1,000	2023	
-	2,000	-	-	2,000	2025	**0664**
-	2,000	-	-	2,000	2024	
-	2,000	-	-	1,000	2023	
-	4,000	-	-	3,000	2025	**0666**
-	4,000	-	-	3,000	2024	
-	3,000	-	-	3,000	2023	
-	10,000	-	3,000	6,000	2025	**0668**
-	10,000	-	3,000	6,000	2024	
-	10,000	-	3,000	6,000	2023	
-	4,000	-	-	2,000	2025	**0669**
-	4,000	-	-	2,000	2024	
-	4,000	-	-	2,000	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0671**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	1,000	-	-	2,000	2025	**0672**
-	1,000	-	-	2,000	2024	
-	1,000	-	-	2,000	2023	
-	-	-	-	5,000	2025	**0691**
-	-	-	-	5,000	2024	
-	-	-	-	5,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A14GD	**A13**	**A13Z**	**A13GD**	**A13S**
Summe	2025	14,000	41,000	2,000	3,000	147,000
	2024	14,000	41,000	2,000	3,000	147,000
	2023	14,000	44,000	2,000	3,000	149,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
A12	**A11**	**A11MD**	**A10**	**A10MD**	jahr	
25,000	17,000	-	6,000	-	2025	**0600**
25,000	17,000	-	6,000	-	2024	
23,000	17,000	-	3,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0601**
-	-	-	-	-	2024	
-	3,000	-	-	-	2023	
2,000	3,000	-	-	-	2025	**0605**
2,000	3,000	-	-	-	2024	
2,000	3,000	-	-	-	2023	
4,000	7,000	-	1,000	-	2025	**0608**
4,000	7,000	-	1,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**0609**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	1,000	-	1,000	-	2023	
7,000	7,000	-	2,000	-	2025	**0611**
7,000	7,000	-	2,000	-	2024	
7,000	6,000	-	-	-	2023	
17,000	34,000	-	34,500	-	2025	**0612**
15,000	34,000	-	34,500	-	2024	
12,000	35,000	-	34,500	-	2023	
56,000	3,000	-	-	-	2025	**0613**
51,000	3,000	-	-	-	2024	
46,000	1,000	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0614**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
40,000	53,000	-	69,000	-	2025	**0615**
40,000	53,000	-	67,000	-	2024	
39,500	49,000	-	51,000	-	2023	
3,000	10,000	-	5,000	-	2025	**0616**
3,000	10,000	-	5,000	-	2024	
7,000	19,000	-	16,000	-	2023	
5,000	11,000	-	14,000	-	2025	**0617**
5,000	11,000	-	14,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
18,000	39,000	-	36,500	-	2025	**0619**
18,000	39,000	-	36,500	-	2024	
18,000	32,000	-	35,500	-	2023	
5,000	11,500	-	9,500	-	2025	**0621**
5,000	11,500	-	9,500	-	2024	
5,000	10,000	-	8,000	-	2023	
8,000	16,500	-	14,500	-	2025	**0622**
8,000	16,500	-	14,500	-	2024	
8,000	17,000	-	17,000	-	2023	
11,000	22,000	-	14,500	-	2025	**0623**
11,000	22,000	-	14,500	-	2024	
11,000	21,000	-	15,000	-	2023	
5,000	12,000	-	11,000	-	2025	**0624**
5,000	12,000	-	11,000	-	2024	
5,000	12,000	-	12,000	-	2023	
4,000	11,000	-	8,500	-	2025	**0625**
4,000	11,000	-	8,500	-	2024	
4,000	10,000	-	8,000	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A12	**A11**	**A11MD**	**A10**	**A10MD**
0626	2025	10,000	21,000	-	18,000	-
	2024	10,000	21,000	-	18,000	-
	2023	10,000	20,000	-	18,000	-
0627	2025	5,000	14,000	-	13,000	-
	2024	5,000	14,000	-	13,000	-
	2023	5,000	13,000	-	13,000	-
0628	2025	11,000	21,000	-	16,500	-
	2024	11,000	21,000	-	16,500	-
	2023	11,000	20,000	-	18,500	-
0630	2025	6,000	11,000	-	21,000	-
	2024	6,000	11,000	-	21,000	-
	2023	7,000	13,000	-	22,000	-
0631	2025	6,000	16,000	-	15,000	-
	2024	6,000	16,000	-	15,000	-
	2023	7,000	15,000	-	16,000	-
0632	2025	1,000	2,000	-	10,160	-
	2024	1,000	2,000	-	10,160	-
	2023	1,000	2,000	-	10,160	-
0641	2025	2,000	4,000	-	1,000	-
	2024	2,000	4,000	-	1,000	-
	2023	-	5,126	-	-	-
0642	2025	4,000	3,000	-	6,000	-
	2024	4,000	3,000	-	6,000	-
	2023	4,000	3,000	-	5,000	-
0651	2025	3,000	6,000	-	3,000	-
	2024	3,000	6,000	-	3,000	-
	2023	3,000	6,000	-	8,000	-
0661	2025	20,000	36,000	15,000	15,000	7,000
	2024	20,000	36,000	15,000	15,000	7,000
	2023	19,000	29,000	14,000	16,000	6,000
0663	2025	6,000	13,000	6,000	4,000	-
	2024	6,000	13,000	6,000	4,000	-
	2023	5,000	14,000	5,000	4,000	-
0664	2025	9,000	27,000	8,000	2,000	4,000
	2024	9,000	27,000	8,000	2,000	4,000
	2023	9,000	27,000	8,000	2,000	4,000
0666	2025	12,500	34,500	8,000	8,000	4,000
	2024	12,500	34,500	8,000	8,000	4,000
	2023	12,500	31,500	8,000	11,000	4,000
0668	2025	9,000	65,000	11,000	6,000	6,000
	2024	9,000	65,000	11,000	6,000	6,000
	2023	9,000	58,000	11,000	7,000	6,000
0669	2025	12,000	19,000	6,000	4,000	10,000
	2024	12,000	19,000	6,000	4,000	10,000
	2023	7,000	20,000	6,000	4,000	10,000
0671	2025	-	1,000	-	1,000	-
	2024	-	1,000	-	1,000	-
	2023	-	1,000	-	1,000	-
0672	2025	14,000	22,000	6,000	5,000	4,000
	2024	14,000	22,000	6,000	5,000	4,000
	2023	10,000	29,000	6,000	4,000	4,000
0691	2025	18,000	67,500	-	25,000	-
	2024	18,000	67,500	-	25,000	-
	2023	17,000	67,500	-	24,000	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
A12	**A11**	**A11MD**	**A10**	**A10MD**	jahr	
358,500	640,000	60,000	400,660	35,000	2025	**Summe**
351,500	640,000	60,000	398,660	35,000	2024	
324,000	610,126	58,000	384,660	34,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A9	**A9Z**	**A9S**	**A8**	**A7**
0600	2025	-	2,000	5,000	3,800	2,000
	2024	-	2,000	5,000	3,800	2,000
	2023	-	3,000	5,000	3,800	2,000
0601	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0605	2025	-	-	2,000	-	-
	2024	-	-	2,000	-	-
	2023	-	-	2,000	-	-
0608	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0609	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	2,000	1,000
0611	2025	-	2,000	5,000	6,000	6,000
	2024	-	2,000	5,000	6,000	6,000
	2023	-	2,000	5,000	6,000	2,000
0612	2025	20,000	8,000	20,000	76,000	91,000
	2024	20,000	8,000	20,000	75,000	89,000
	2023	20,000	8,000	20,000	71,000	88,000
0613	2025	-	1,000	2,000	15,000	26,000
	2024	-	1,000	2,000	15,000	26,000
	2023	-	1,000	2,000	17,000	23,000
0614	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0615	2025	18,000	8,000	42,000	76,000	14,000
	2024	18,000	8,000	42,000	76,000	14,000
	2023	18,500	7,000	35,000	57,000	12,000
0616	2025	-	1,000	7,000	23,000	27,000
	2024	-	1,000	7,000	23,000	27,000
	2023	5,000	3,000	10,000	49,000	57,000
0617	2025	5,000	2,000	12,000	34,000	32,000
	2024	5,000	2,000	12,000	34,000	32,000
	2023	-	-	-	-	-
0619	2025	17,500	10,000	28,000	53,000	49,000
	2024	17,500	10,000	28,000	53,000	49,000
	2023	15,000	10,000	25,000	38,000	45,000
0621	2025	3,500	4,000	11,000	18,000	15,000
	2024	3,500	4,000	11,000	18,000	15,000
	2023	2,000	4,000	10,000	17,000	14,000
0622	2025	5,500	8,000	24,000	27,000	22,000
	2024	5,500	8,000	24,000	27,000	22,000
	2023	6,500	9,000	22,000	25,000	20,000
0623	2025	5,500	8,000	23,000	30,000	26,000
	2024	5,500	8,000	23,000	30,000	26,000
	2023	5,500	9,000	19,000	29,000	27,000
0624	2025	2,000	7,000	18,000	21,000	15,000
	2024	2,000	7,000	18,000	21,000	15,000
	2023	4,000	8,000	16,000	19,000	14,000
0625	2025	0,500	4,000	11,000	24,000	11,000
	2024	0,500	4,000	11,000	24,000	11,000
	2023	2,000	4,000	10,000	20,000	8,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 06
A9	**A9Z**	**A9S**	**A8**	**A7**	jahr	
7,500	7,000	21,000	32,000	31,000	2025	**0626**
7,500	7,000	21,000	32,000	31,000	2024	
7,500	8,000	19,000	28,000	29,000	2023	
3,500	7,000	17,000	48,000	13,000	2025	**0627**
3,500	7,000	17,000	48,000	13,000	2024	
3,500	7,000	18,000	46,000	12,000	2023	
8,500	11,000	27,000	44,000	37,500	2025	**0628**
8,500	11,000	27,000	44,000	37,500	2024	
9,000	11,000	24,000	42,000	36,500	2023	
6,500	5,000	18,000	81,000	98,000	2025	**0630**
6,500	5,000	18,000	81,000	98,000	2024	
6,500	5,000	13,000	68,000	90,000	2023	
5,500	10,000	26,000	31,000	23,000	2025	**0631**
5,500	10,000	26,000	31,000	23,000	2024	
5,500	10,000	24,000	29,000	23,000	2023	
3,500	-	-	3,000	12,500	2025	**0632**
3,500	-	-	3,000	12,500	2024	
5,000	-	-	2,000	11,500	2023	
2,000	1,000	2,000	14,000	3,000	2025	**0641**
2,000	1,000	2,000	14,000	3,000	2024	
1,000	1,000	2,000	15,000	3,000	2023	
-	1,000	5,000	25,000	28,500	2025	**0642**
-	1,000	5,000	25,000	28,500	2024	
-	1,000	5,000	24,000	28,500	2023	
2,000	2,000	6,000	33,500	25,000	2025	**0651**
2,000	2,000	6,000	33,500	25,000	2024	
5,000	2,000	6,000	21,500	37,000	2023	
-	32,360	99,706	271,480	42,061	2025	**0661**
-	32,360	99,706	271,480	42,061	2024	
-	32,020	100,546	287,500	43,850	2023	
-	7,000	42,000	104,000	16,006	2025	**0663**
-	7,000	42,000	104,000	16,006	2024	
-	3,000	47,000	104,000	16,006	2023	
-	3,000	32,000	100,000	23,370	2025	**0664**
-	3,000	32,000	100,000	23,370	2024	
-	3,000	32,000	100,000	23,370	2023	
-	20,258	88,000	235,660	101,330	2025	**0666**
-	20,258	88,000	235,660	101,330	2024	
-	19,000	89,340	235,660	101,330	2023	
-	25,218	113,000	324,126	9,000	2025	**0668**
-	25,218	113,000	324,126	9,000	2024	
-	26,000	97,000	340,146	11,160	2023	
-	12,000	75,000	144,000	26,810	2025	**0669**
-	12,000	75,000	144,000	26,810	2024	
-	12,000	73,000	146,000	30,580	2023	
-	1,000	3,000	20,000	1,000	2025	**0671**
-	1,000	3,000	20,000	1,000	2024	
-	1,000	4,000	19,000	1,000	2023	
-	3,000	52,000	123,000	15,000	2025	**0672**
-	3,000	52,000	123,000	15,000	2024	
-	3,000	49,000	125,000	15,460	2023	
-	-	2,000	2,000	1,000	2025	**0691**
-	-	2,000	2,000	1,000	2024	
1,000	-	1,000	3,000	1,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A9	**A9Z**	**A9S**	**A8**	**A7**
Summe	2025	116,500	212,836	840,706	2.042,566	844,077
	2024	116,500	212,836	840,706	2.041,566	842,077
	2023	122,500	212,020	785,886	1.989,606	827,256

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				Haus- halts-	Einzelplan 06
A6	**A6S**	**A5**	**Teilsumme**	jahr	
-	8,000	-	154,858	2025	**0600**
-	8,000	-	154,858	2024	
-	8,000	-	148,599	2023	
-	-	-	-	2025	**0601**
-	-	-	-	2024	
-	-	-	7,000	2023	
-	-	-	17,000	2025	**0605**
-	-	-	17,000	2024	
-	-	-	17,000	2023	
-	-	-	36,000	2025	**0608**
-	-	-	36,000	2024	
-	-	-	-	2023	
1,000	-	-	3,000	2025	**0609**
1,000	-	-	3,000	2024	
1,000	-	-	6,000	2023	
-	3,000	-	47,000	2025	**0611**
-	3,000	-	47,000	2024	
1,000	6,000	-	44,000	2023	
19,500	44,000	4,000	375,000	2025	**0612**
19,500	44,000	4,000	370,000	2024	
16,000	44,000	4,000	359,500	2023	
17,500	8,000	-	186,500	2025	**0613**
17,500	8,000	-	181,500	2024	
17,500	8,000	-	173,500	2023	
-	1,000	-	2,000	2025	**0614**
-	1,000	-	2,000	2024	
-	1,000	-	2,000	2023	
13,000	35,000	1,000	389,000	2025	**0615**
13,000	35,000	1,000	387,000	2024	
13,000	35,000	1,000	337,000	2023	
5,000	14,000	1,000	98,000	2025	**0616**
5,000	14,000	1,000	98,000	2024	
21,000	55,000	3,000	251,000	2023	
16,000	44,000	2,000	181,000	2025	**0617**
16,000	44,000	2,000	181,000	2024	
-	-	-	-	2023	
4,000	16,000	1,000	276,000	2025	**0619**
4,000	16,000	1,000	276,000	2024	
4,000	15,000	1,000	242,500	2023	
1,000	11,000	-	91,500	2025	**0621**
1,000	11,000	-	91,500	2024	
1,000	10,000	1,000	84,000	2023	
1,500	10,000	1,000	141,000	2025	**0622**
1,500	10,000	1,000	141,000	2024	
1,500	11,000	1,000	141,000	2023	
2,000	6,000	-	151,000	2025	**0623**
2,000	6,000	-	151,000	2024	
2,000	8,000	-	149,500	2023	
1,000	9,000	-	103,000	2025	**0624**
1,000	9,000	-	103,000	2024	
1,500	9,000	-	102,500	2023	
1,000	18,000	1,000	96,000	2025	**0625**
1,000	18,000	1,000	96,000	2024	
1,000	18,000	1,000	88,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A A6	A6S	A5	Teilsumme
0626	2025	2,500	18,000	1,000	173,000
	2024	2,500	18,000	1,000	173,000
	2023	2,000	18,000	1,000	164,500
0627	2025	1,000	11,000	1,000	136,500
	2024	1,000	11,000	1,000	136,500
	2023	1,000	11,000	1,000	133,500
0628	2025	2,500	27,000	2,000	212,000
	2024	2,500	27,000	2,000	212,000
	2023	2,500	28,000	2,000	208,500
0630	2025	28,000	263,000	25,000	565,500
	2024	28,000	263,000	25,000	565,500
	2023	28,000	263,000	25,000	543,500
0631	2025	1,000	19,000	1,000	155,500
	2024	1,000	19,000	1,000	155,500
	2023	2,000	19,000	1,000	153,500
0632	2025	5,000	-	-	38,160
	2024	5,000	-	-	38,160
	2023	4,000	-	-	36,660
0641	2025	-	5,000	-	37,000
	2024	-	5,000	-	37,000
	2023	-	5,000	-	36,126
0642	2025	4,000	15,000	-	92,500
	2024	4,000	15,000	-	92,500
	2023	4,000	10,000	-	85,500
0651	2025	-	23,000	-	105,500
	2024	-	23,000	-	105,500
	2023	-	23,000	-	113,500
0661	2025	-	-	-	568,607
	2024	-	-	-	568,607
	2023	-	-	-	576,916
0663	2025	-	-	-	211,006
	2024	-	-	-	211,006
	2023	-	-	-	208,006
0664	2025	-	-	-	219,370
	2024	-	-	-	219,370
	2023	-	-	-	216,370
0666	2025	-	-	-	526,248
	2024	-	-	-	526,248
	2023	-	-	-	525,330
0668	2025	-	-	-	600,344
	2024	-	-	-	600,344
	2023	-	-	-	596,306
0669	2025	-	-	-	321,810
	2024	-	-	-	321,810
	2023	-	-	-	321,580
0671	2025	-	-	-	28,000
	2024	-	-	-	28,000
	2023	-	-	-	28,000
0672	2025	-	-	-	254,000
	2024	-	-	-	254,000
	2023	-	-	-	255,460
0691	2025	-	-	-	122,500
	2024	-	-	-	122,500
	2023	-	-	-	121,500

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
A6	**A6S**	**A5**	**Teilsumme**		jahr	
126,500	608,000	41,000	6.715,403		2025	**Summe**
126,500	608,000	41,000	6.703,403		2024	
124,000	605,000	42,000	6.477,853		2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R				
		R8	R6	R5	R4	R3
0600	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0601	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0605	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0608	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0609	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0611	2025	-	1,000	-	-	7,000
	2024	-	1,000	-	-	7,000
	2023	-	1,000	-	-	7,000
0612	2025	-	-	1,000	-	8,000
	2024	-	-	1,000	-	8,000
	2023	-	-	1,000	-	8,000
0613	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0614	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0615	2025	1,000	-	-	1,000	32,000
	2024	1,000	-	-	1,000	32,000
	2023	1,000	-	-	1,000	32,000
0616	2025	-	1,000	-	-	1,000
	2024	-	1,000	-	-	1,000
	2023	-	2,000	-	-	3,000
0617	2025	-	1,000	-	-	2,000
	2024	-	1,000	-	-	2,000
	2023	-	-	-	-	-
0619	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
0621	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0622	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0623	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
0624	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0625	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000

Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
R8	**R6**	**R5**	**R4**	**R3**	jahr	
-	-	-	1,000	-	2025	**0626**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	-	-	1,000	-	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0627**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**0628**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	-	-	1,000	-	2023	
-	1,000	-	-	1,000	2025	**0630**
-	1,000	-	-	1,000	2024	
-	1,000	-	-	1,000	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0631**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0632**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	-	-	1,000	9,000	2025	**0641**
1,000	-	-	1,000	9,000	2024	
1,000	-	-	1,000	8,000	2023	
-	-	1,000	-	1,000	2025	**0642**
-	-	1,000	-	1,000	2024	
-	-	1,000	-	1,000	2023	
-	-	1,000	-	1,000	2025	**0651**
-	-	1,000	-	1,000	2024	
-	-	1,000	-	1,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0661**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0663**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0664**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0666**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0668**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0669**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0671**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0672**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0691**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R				
		R8	**R6**	**R5**	**R4**	**R3**
Summe	2025	2,000	4,000	3,000	6,000	70,000
	2024	2,000	4,000	3,000	6,000	70,000
	2023	2,000	4,000	3,000	6,000	69,000

Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R					Haus- halts-	Einzelplan 06
R2	**R1**	**Teilsumme**			jahr	
10,000	-	10,000			2025	**0600**
10,000	-	10,000			2024	
10,000	-	10,000			2023	
-	-	-			2025	**0601**
-	-	-			2024	
-	-	-			2023	
-	-	-			2025	**0605**
-	-	-			2024	
-	-	-			2023	
-	-	-			2025	**0608**
-	-	-			2024	
-	-	-			2023	
-	-	-			2025	**0609**
-	-	-			2024	
-	-	-			2023	
36,000	-	44,000			2025	**0611**
36,000	-	44,000			2024	
36,000	-	44,000			2023	
46,000	362,000	417,000			2025	**0612**
46,000	357,000	412,000			2024	
46,000	337,000	392,000			2023	
1,000	-	2,000			2025	**0613**
1,000	-	2,000			2024	
1,000	-	2,000			2023	
1,000	-	2,000			2025	**0614**
1,000	-	2,000			2024	
1,000	-	2,000			2023	
102,000	5,000	141,000			2025	**0615**
102,000	5,000	141,000			2024	
102,000	5,000	141,000			2023	
79,000	113,000	194,000			2025	**0616**
79,000	113,000	194,000			2024	
158,000	264,000	427,000			2023	
81,000	155,000	239,000			2025	**0617**
81,000	155,000	239,000			2024	
-	-	-			2023	
6,000	54,000	61,000			2025	**0619**
6,000	54,000	61,000			2024	
6,000	54,000	61,000			2023	
2,000	18,000	21,000			2025	**0621**
2,000	18,000	21,000			2024	
2,000	18,000	21,000			2023	
3,000	22,000	26,000			2025	**0622**
3,000	22,000	26,000			2024	
3,000	22,000	26,000			2023	
4,000	45,000	50,000			2025	**0623**
4,000	45,000	50,000			2024	
4,000	45,000	50,000			2023	
2,000	16,500	19,500			2025	**0624**
2,000	16,500	19,500			2024	
2,000	16,500	19,500			2023	
4,000	33,500	38,500			2025	**0625**
4,000	33,500	38,500			2024	
4,000	33,500	38,500			2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R				
		R2	**R1**	**Teilsumme**		
0626	2025	5,000	44,000	50,000		
	2024	5,000	44,000	50,000		
	2023	5,000	44,000	50,000		
0627	2025	2,000	14,500	17,500		
	2024	2,000	14,500	17,500		
	2023	2,000	14,500	17,500		
0628	2025	7,000	67,000	75,000		
	2024	7,000	67,000	75,000		
	2023	7,000	67,000	75,000		
0630	2025	18,000	180,392	200,392		
	2024	18,000	180,392	200,392		
	2023	18,000	179,392	199,392		
0631	2025	3,000	31,000	35,000		
	2024	3,000	31,000	35,000		
	2023	3,000	30,000	34,000		
0632	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0641	2025	30,000	-	41,000		
	2024	30,000	-	41,000		
	2023	30,000	-	40,000		
0642	2025	40,000	103,000	145,000		
	2024	40,000	103,000	145,000		
	2023	40,000	101,000	143,000		
0651	2025	12,000	132,140	146,140		
	2024	12,000	132,140	146,140		
	2023	12,000	135,140	149,140		
0661	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0663	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0664	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0666	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0668	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0669	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0671	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0672	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
0691	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
R2	**R1**	**Teilsumme**			jahr	
494,000	1.396,032	1.975,032			2025	**Summe**
494,000	1.391,032	1.970,032			2024	
492,000	1.366,032	1.942,032			2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
0600	2025	4,000	7,000	3,800	5,000	9,000
	2024	4,000	7,000	3,800	5,000	9,000
	2023	2,000	3,000	0,800	3,000	8,000
0601	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	4,000	3,000	16,000	-	2,000
0605	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0608	2025	-	2,000	1,000	3,000	3,000
	2024	-	2,000	1,000	3,000	3,000
	2023	-	-	-	-	-
0609	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0611	2025	1,000	2,000	4,500	16,000	1,000
	2024	1,000	2,000	4,500	16,000	1,000
	2023	1,000	2,000	4,500	16,000	1,000
0612	2025	-	9,000	1,000	-	-
	2024	-	9,000	-	-	-
	2023	-	9,000	-	-	-
0613	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0614	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0615	2025	3,000	9,000	6,000	9,000	21,000
	2024	3,000	9,000	6,000	9,000	21,000
	2023	3,000	9,000	6,000	7,000	13,000
0616	2025	-	-	-	-	2,000
	2024	-	-	-	-	2,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0617	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0619	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
0621	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0622	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0623	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0624	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0625	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**0626**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0627**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0628**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0630**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0631**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	1,000	2,000	2025	**0632**
-	-	-	1,000	2,000	2024	
-	-	-	1,000	1,000	2023	
1,000	-	-	1,500	-	2025	**0641**
1,000	-	-	1,500	-	2024	
1,000	-	-	1,500	-	2023	
-	-	1,000	3,000	-	2025	**0642**
-	-	1,000	3,000	-	2024	
-	-	1,000	3,000	-	2023	
-	-	1,000	1,000	2,000	2025	**0651**
-	-	1,000	1,000	2,000	2024	
-	-	1,000	1,000	1,000	2023	
24,500	7,000	10,000	2,000	10,000	2025	**0661**
24,500	7,000	10,000	2,000	10,000	2024	
24,500	7,000	9,000	2,000	10,000	2023	
-	-	2,500	-	-	2025	**0663**
-	-	2,500	-	-	2024	
-	-	4,500	-	-	2023	
-	-	1,000	-	-	2025	**0664**
-	-	1,000	-	-	2024	
-	-	3,000	-	-	2023	
-	-	8,250	-	1,000	2025	**0666**
-	-	8,250	-	1,000	2024	
-	-	9,250	-	1,000	2023	
-	20,500	3,000	-	-	2025	**0668**
-	20,500	3,000	-	-	2024	
-	18,500	3,000	-	-	2023	
-	1,500	15,000	-	-	2025	**0669**
-	1,500	15,000	-	-	2024	
-	1,500	11,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0671**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	1,000	4,000	-	1,000	2025	**0672**
-	1,000	4,000	-	1,000	2024	
-	1,000	2,000	-	1,000	2023	
-	2,000	-	-	-	2025	**0691**
-	2,000	-	-	-	2024	
-	1,000	-	-	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
Summe	2025	33,500	61,000	63,050	41,500	55,000
	2024	33,500	61,000	62,050	41,500	55,000
	2023	35,500	55,000	71,050	34,500	40,000

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**	jahr	
2,000	19,000	5,000	3,000	-	2025	**0600**
2,000	19,000	5,000	3,000	-	2024	
1,000	17,000	4,000	4,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0601**
-	-	-	-	-	2024	
2,000	1,000	-	-	-	2023	
-	3,000	-	4,000	-	2025	**0605**
-	3,000	-	4,000	-	2024	
-	3,000	-	4,000	-	2023	
-	4,000	1,000	-	-	2025	**0608**
-	4,000	1,000	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**0609**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	1,000	-	1,740	-	2023	
-	3,000	19,930	4,000	-	2025	**0611**
-	3,000	19,930	4,000	-	2024	
-	3,000	9,000	5,000	-	2023	
-	4,000	196,099	-	-	2025	**0612**
-	3,000	196,099	-	-	2024	
-	2,000	-	44,000	-	2023	
-	-	32,000	2,000	-	2025	**0613**
-	-	32,000	2,000	-	2024	
-	-	1,000	3,000	-	2023	
-	-	1,500	-	-	2025	**0614**
-	-	1,500	-	-	2024	
-	-	1,500	-	-	2023	
6,000	12,000	50,000	13,000	-	2025	**0615**
6,000	12,000	50,000	13,000	-	2024	
11,000	13,000	12,000	41,000	-	2023	
-	-	53,000	3,000	-	2025	**0616**
-	-	53,000	3,000	-	2024	
-	2,000	1,000	79,000	-	2023	
-	2,000	65,000	4,000	-	2025	**0617**
-	2,000	65,000	4,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	82,000	1,000	-	2025	**0619**
-	-	82,000	1,000	-	2024	
-	1,000	-	37,000	-	2023	
-	-	27,000	1,000	-	2025	**0621**
-	-	27,000	1,000	-	2024	
-	-	-	24,000	-	2023	
-	-	34,000	1,000	-	2025	**0622**
-	-	34,000	1,000	-	2024	
-	-	-	20,000	-	2023	
-	-	47,500	1,000	-	2025	**0623**
-	-	47,500	1,000	-	2024	
-	-	-	52,000	-	2023	
-	-	25,500	1,000	-	2025	**0624**
-	-	25,500	1,000	-	2024	
-	-	-	16,500	-	2023	
-	-	33,500	1,000	-	2025	**0625**
-	-	33,500	1,000	-	2024	
-	-	-	44,000	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**
0626	2025	-	-	55,599	1,000	-
	2024	-	-	55,599	1,000	-
	2023	-	-	-	43,500	-
0627	2025	1,000	-	19,000	16,000	-
	2024	1,000	-	19,000	16,000	-
	2023	1,000	-	-	28,000	-
0628	2025	1,000	-	72,000	1,000	-
	2024	1,000	-	72,000	1,000	-
	2023	1,000	-	-	74,500	-
0630	2025	-	2,000	121,000	4,000	-
	2024	-	2,000	121,000	4,000	-
	2023	-	2,000	-	37,000	-
0631	2025	-	1,000	40,000	1,000	-
	2024	-	1,000	40,000	1,000	-
	2023	1,000	-	-	35,000	-
0632	2025	-	1,000	14,500	-	-
	2024	-	1,000	14,500	-	-
	2023	6,000	-	1,000	-	-
0641	2025	-	1,000	1,000	1,000	-
	2024	-	1,000	1,000	1,000	-
	2023	-	1,000	1,000	1,000	-
0642	2025	1,000	-	35,000	1,000	-
	2024	1,000	-	35,000	1,000	-
	2023	1,000	-	-	19,000	-
0651	2025	8,000	13,000	80,261	1,000	-
	2024	8,000	13,000	80,261	1,000	-
	2023	4,000	11,000	4,500	55,000	-
0661	2025	4,000	-	14,500	8,500	5,000
	2024	4,000	-	14,500	8,500	5,000
	2023	4,000	-	14,500	7,500	4,000
0663	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0664	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0666	2025	-	-	-	0,500	-
	2024	-	-	-	0,500	-
	2023	-	-	-	0,500	-
0668	2025	-	1,000	3,000	-	9,000
	2024	-	1,000	3,000	-	9,000
	2023	-	1,000	3,000	-	13,000
0669	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0671	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0672	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
0691	2025	-	-	1,000	7,000	-
	2024	-	-	1,000	7,000	-
	2023	-	-	-	8,000	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**	jahr	
23,000	66,000	1.129,889	83,000	14,000	2025	**Summe**
23,000	65,000	1.129,889	83,000	14,000	2024	
32,000	58,000	52,500	685,240	17,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**
0600	2025	3,000	-	6,000	-	-
	2024	3,000	-	6,000	-	-
	2023	3,000	-	6,000	-	-
0601	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0605	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0608	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0609	2025	3,000	5,000	-	2,000	2,000
	2024	3,000	5,000	-	2,000	2,000
	2023	4,000	14,955	-	9,000	5,625
0611	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	8,330	-	-	-	-
0612	2025	-	-	1,000	7,000	-
	2024	-	-	1,000	7,000	-
	2023	147,299	-	1,000	5,000	-
0613	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	31,000	-	-	-	-
0614	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	2,000	-	-	-	-
0615	2025	17,000	-	10,000	-	-
	2024	17,000	-	10,000	-	-
	2023	29,000	-	10,000	1,000	-
0616	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	59,000	-	-	-	-
0617	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0619	2025	1,000	-	-	1,750	-
	2024	1,000	-	-	1,750	-
	2023	50,000	-	-	1,750	-
0621	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	8,000	-	-	-	-
0622	2025	0,750	-	-	-	-
	2024	0,750	-	-	-	-
	2023	21,750	-	1,000	-	-
0623	2025	1,000	-	-	-	-
	2024	1,000	-	-	-	-
	2023	4,500	-	-	-	-
0624	2025	1,500	-	-	-	-
	2024	1,500	-	-	-	-
	2023	17,000	-	-	-	-
0625	2025	1,000	-	-	-	-
	2024	1,000	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**	jahr	
1,000	-	-	-	2,000	2025	**0626**
1,000	-	-	-	2,000	2024	
21,599	-	-	1,000	5,000	2023	
14,000	-	-	-	-	2025	**0627**
14,000	-	-	-	-	2024	
25,000	-	-	-	-	2023	
1,000	-	-	-	1,250	2025	**0628**
1,000	-	-	-	1,250	2024	
12,000	-	-	-	1,250	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**0630**
-	-	-	1,000	-	2024	
110,000	-	1,000	1,000	-	2023	
3,670	-	-	-	-	2025	**0631**
3,670	-	-	-	-	2024	
19,670	-	-	-	-	2023	
4,000	-	-	8,000	-	2025	**0632**
4,000	-	-	8,000	-	2024	
14,500	-	-	8,000	-	2023	
-	-	1,000	2,000	-	2025	**0641**
-	-	1,000	2,000	-	2024	
-	-	1,000	2,000	-	2023	
1,000	-	-	1,000	-	2025	**0642**
1,000	-	-	1,000	-	2024	
18,000	-	-	1,000	-	2023	
3,500	-	-	-	-	2025	**0651**
3,500	-	-	-	-	2024	
27,120	-	-	-	-	2023	
16,000	1,000	-	-	-	2025	**0661**
16,000	1,000	-	-	-	2024	
17,000	2,000	-	-	-	2023	
1,000	-	-	-	-	2025	**0663**
1,000	-	-	-	-	2024	
1,000	-	-	-	-	2023	
1,000	-	-	-	-	2025	**0664**
1,000	-	-	-	-	2024	
1,000	-	-	-	-	2023	
4,500	3,500	-	-	-	2025	**0666**
4,500	3,500	-	-	-	2024	
4,500	3,500	-	-	-	2023	
4,000	-	-	-	-	2025	**0668**
4,000	-	-	-	-	2024	
4,000	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0669**
-	-	-	-	-	2024	
2,000	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0671**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0672**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
13,150	-	-	-	-	2025	**0691**
13,150	-	-	-	-	2024	
14,150	-	-	-	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**
Summe	2025	98,070	9,500	18,000	22,750	5,250
	2024	98,070	9,500	18,000	22,750	5,250
	2023	677,418	20,455	20,000	29,750	11,875

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus-halts-	Einzelplan 06
Teilsumme	**KR7**	**Teilsumme**	**S17**	**S15**	jahr	
66,800	-	-	-	-	2025	**0600**
66,800	-	-	-	-	2024	
51,800	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0601**
-	-	-	-	-	2024	
28,000	-	-	-	-	2023	
7,000	-	-	-	-	2025	**0605**
7,000	-	-	-	-	2024	
7,000	-	-	-	-	2023	
14,000	-	-	-	-	2025	**0608**
14,000	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
13,000	-	-	-	-	2025	**0609**
13,000	-	-	-	-	2024	
36,320	-	-	-	-	2023	
51,430	-	-	-	-	2025	**0611**
51,430	-	-	-	-	2024	
49,830	-	-	-	-	2023	
218,099	-	-	-	-	2025	**0612**
216,099	-	-	-	-	2024	
208,299	-	-	-	-	2023	
34,000	-	-	-	-	2025	**0613**
34,000	-	-	-	-	2024	
35,000	-	-	-	-	2023	
1,500	-	-	-	-	2025	**0614**
1,500	-	-	-	-	2024	
3,500	-	-	-	-	2023	
156,000	-	-	-	-	2025	**0615**
156,000	-	-	-	-	2024	
155,000	-	-	-	-	2023	
58,000	-	-	-	-	2025	**0616**
58,000	-	-	-	-	2024	
142,000	-	-	-	-	2023	
74,000	-	-	-	-	2025	**0617**
74,000	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
86,750	-	-	-	-	2025	**0619**
86,750	-	-	-	-	2024	
89,750	-	-	-	-	2023	
28,000	-	-	-	-	2025	**0621**
28,000	-	-	-	-	2024	
32,000	-	-	-	-	2023	
35,750	-	-	-	-	2025	**0622**
35,750	-	-	-	-	2024	
42,750	-	-	-	-	2023	
49,500	-	-	-	-	2025	**0623**
49,500	-	-	-	-	2024	
56,500	-	-	-	-	2023	
28,000	-	-	-	-	2025	**0624**
28,000	-	-	-	-	2024	
33,500	-	-	-	-	2023	
35,500	-	-	-	-	2025	**0625**
35,500	-	-	-	-	2024	
45,000	-	-	-	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		Teilsumme	**KR7**	**Teilsumme**	**S17**	**S15**
0626	2025	59,599	-	-	-	-
	2024	59,599	-	-	-	-
	2023	71,099	-	-	-	-
0627	2025	51,000	-	-	-	-
	2024	51,000	-	-	-	-
	2023	55,000	-	-	-	-
0628	2025	76,250	-	-	-	-
	2024	76,250	-	-	-	-
	2023	88,750	-	-	-	-
0630	2025	129,000	-	-	-	-
	2024	129,000	-	-	-	-
	2023	151,000	-	-	-	-
0631	2025	45,670	-	-	-	-
	2024	45,670	-	-	-	-
	2023	55,670	-	-	-	-
0632	2025	30,500	-	-	-	-
	2024	30,500	-	-	-	-
	2023	31,500	-	-	-	-
0641	2025	8,500	-	-	-	-
	2024	8,500	-	-	-	-
	2023	8,500	-	-	-	-
0642	2025	43,000	-	-	-	-
	2024	43,000	-	-	-	-
	2023	43,000	-	-	-	-
0651	2025	109,761	-	-	-	-
	2024	109,761	-	-	-	-
	2023	104,620	-	-	-	-
0661	2025	102,500	-	-	-	-
	2024	102,500	-	-	-	-
	2023	101,500	-	-	-	-
0663	2025	3,500	-	-	-	-
	2024	3,500	-	-	-	-
	2023	5,500	-	-	-	-
0664	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	4,000	-	-	-	-
0666	2025	17,750	2,000	2,000	-	-
	2024	17,750	2,000	2,000	-	-
	2023	18,750	2,000	2,000	-	-
0668	2025	40,500	-	-	-	-
	2024	40,500	-	-	-	-
	2023	42,500	-	-	-	-
0669	2025	16,500	-	-	-	-
	2024	16,500	-	-	-	-
	2023	14,500	-	-	-	-
0671	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0672	2025	7,000	-	-	-	-
	2024	7,000	-	-	-	-
	2023	5,000	-	-	-	-
0691	2025	23,150	-	-	1,000	8,000
	2024	23,150	-	-	1,000	8,000
	2023	23,150	-	-	1,000	8,750

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 06
Teilsumme	**KR7**	**Teilsumme**	**S17**	**S15**	jahr	
1.723,509	2,000	2,000	1,000	8,000	2025	**Summe**
1.721,509	2,000	2,000	1,000	8,000	2024	
1.840,288	2,000	2,000	1,000	8,750	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		S8A	Teilsumme	AT2	AT1	AT
0600	2025	-	-	1,000	1,000	-
	2024	-	-	1,000	1,000	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0601	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0605	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0608	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0609	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0611	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0612	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0613	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0614	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0615	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0616	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0617	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0619	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0621	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0622	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0623	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0624	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0625	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus-halts-	Einzelplan 06
S8A	**Teilsumme**	**AT2**	**AT1**	**AT**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**0626**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0627**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
2,000	2,000	-	-	-	2025	**0628**
2,000	2,000	-	-	-	2024	
2,000	2,000	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0630**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0631**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0632**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0641**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0642**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0651**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	4,000	2025	**0661**
-	-	-	-	4,000	2024	
-	-	-	-	4,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0663**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0664**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0666**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0668**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0669**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0671**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0672**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	9,000	-	-	-	2025	**0691**
-	9,000	-	-	-	2024	
-	9,750	-	-	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		S8A	**Teilsumme**	**AT2**	**AT1**	**AT**
Summe	2025	2,000	11,000	2,000	1,000	4,000
	2024	2,000	11,000	2,000	1,000	4,000
	2023	2,000	11,750	3,000	-	4,000

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 06**
Teilsumme					jahr	
2,000					2025	**0600**
2,000					2024	
1,000					2023	
-					2025	**0601**
-					2024	
1,000					2023	
-					2025	**0605**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0608**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0609**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0611**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0612**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0613**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0614**
-					2024	
-					2023	
1,000					2025	**0615**
1,000					2024	
1,000					2023	
-					2025	**0616**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0617**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0619**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0621**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0622**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0623**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0624**
-					2024	
-					2023	
-					2025	**0625**
-					2024	
-					2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haushaltsjahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen Teilsumme				
0626	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0627	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0628	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0630	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0631	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0632	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0641	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0642	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0651	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0661	2025	4,000				
	2024	4,000				
	2023	4,000				
0663	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0664	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0666	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0668	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0669	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0671	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0672	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
0691	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus-halts-jahr	**Einzelplan 06**
Teilsumme						
7,000					2025	**Summe**
7,000					2024	
7,000					2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt		
0600	2025	184,858	68,800	253,658		
	2024	184,858	68,800	253,658		
	2023	175,599	52,800	228,399		
0601	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	8,000	29,000	37,000		
0605	2025	19,000	7,000	26,000		
	2024	19,000	7,000	26,000		
	2023	19,000	7,000	26,000		
0608	2025	39,000	14,000	53,000		
	2024	39,000	14,000	53,000		
	2023	-	-	-		
0609	2025	3,000	13,000	16,000		
	2024	3,000	13,000	16,000		
	2023	6,000	36,320	42,320		
0611	2025	91,000	51,430	142,430		
	2024	91,000	51,430	142,430		
	2023	88,000	49,830	137,830		
0612	2025	792,000	218,099	1.010,099		
	2024	782,000	216,099	998,099		
	2023	751,500	208,299	959,799		
0613	2025	188,500	34,000	222,500		
	2024	183,500	34,000	217,500		
	2023	175,500	35,000	210,500		
0614	2025	4,000	1,500	5,500		
	2024	4,000	1,500	5,500		
	2023	4,000	3,500	7,500		
0615	2025	530,000	157,000	687,000		
	2024	528,000	157,000	685,000		
	2023	478,000	156,000	634,000		
0616	2025	292,000	58,000	350,000		
	2024	292,000	58,000	350,000		
	2023	678,000	142,000	820,000		
0617	2025	420,000	74,000	494,000		
	2024	420,000	74,000	494,000		
	2023	-	-	-		
0619	2025	337,000	86,750	423,750		
	2024	337,000	86,750	423,750		
	2023	303,500	89,750	393,250		
0621	2025	112,500	28,000	140,500		
	2024	112,500	28,000	140,500		
	2023	105,000	32,000	137,000		
0622	2025	167,000	35,750	202,750		
	2024	167,000	35,750	202,750		
	2023	167,000	42,750	209,750		
0623	2025	201,000	49,500	250,500		
	2024	201,000	49,500	250,500		
	2023	199,500	56,500	256,000		
0624	2025	122,500	28,000	150,500		
	2024	122,500	28,000	150,500		
	2023	122,000	33,500	155,500		
0625	2025	134,500	35,500	170,000		
	2024	134,500	35,500	170,000		
	2023	126,500	45,000	171,500		

Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt			Haus-halts-jahr	Einzelplan 06
223,000	59,599	282,599			2025	**0626**
223,000	59,599	282,599			2024	
214,500	71,099	285,599			2023	
154,000	51,000	205,000			2025	**0627**
154,000	51,000	205,000			2024	
151,000	55,000	206,000			2023	
287,000	78,250	365,250			2025	**0628**
287,000	78,250	365,250			2024	
283,500	90,750	374,250			2023	
765,892	129,000	894,892			2025	**0630**
765,892	129,000	894,892			2024	
742,892	151,000	893,892			2023	
190,500	45,670	236,170			2025	**0631**
190,500	45,670	236,170			2024	
187,500	55,670	243,170			2023	
38,160	30,500	68,660			2025	**0632**
38,160	30,500	68,660			2024	
36,660	31,500	68,160			2023	
78,000	8,500	86,500			2025	**0641**
78,000	8,500	86,500			2024	
76,126	8,500	84,626			2023	
237,500	43,000	280,500			2025	**0642**
237,500	43,000	280,500			2024	
228,500	43,000	271,500			2023	
251,640	109,761	361,401			2025	**0651**
251,640	109,761	361,401			2024	
262,640	104,620	367,260			2023	
568,607	106,500	675,107			2025	**0661**
568,607	106,500	675,107			2024	
576,916	105,500	682,416			2023	
211,006	3,500	214,506			2025	**0663**
211,006	3,500	214,506			2024	
208,006	5,500	213,506			2023	
219,370	2,000	221,370			2025	**0664**
219,370	2,000	221,370			2024	
216,370	4,000	220,370			2023	
526,248	19,750	545,998			2025	**0666**
526,248	19,750	545,998			2024	
525,330	20,750	546,080			2023	
600,344	40,500	640,844			2025	**0668**
600,344	40,500	640,844			2024	
596,306	42,500	638,806			2023	
321,810	16,500	338,310			2025	**0669**
321,810	16,500	338,310			2024	
321,580	14,500	336,080			2023	
28,000	-	28,000			2025	**0671**
28,000	-	28,000			2024	
28,000	-	28,000			2023	
254,000	7,000	261,000			2025	**0672**
254,000	7,000	261,000			2024	
255,460	5,000	260,460			2023	
122,500	32,150	154,650			2025	**0691**
122,500	32,150	154,650			2024	
121,500	32,900	154,400			2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 06	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt		
Summe	2025	8.715,435	1.743,509	10.458,944		
	2024	8.698,435	1.741,509	10.439,944		
	2023	8.439,885	1.861,038	10.300,923		

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 7
Einzelplan 07
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7 - 5
Kapitel 0700 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	7 - 19
Produktdarstellung	7 - 39
Kapitel 0705 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Grundsatz -	7 - 41
Produktdarstellung	7 - 47
Kapitel 0709 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Personalüberhang -	7 - 51
Kapitel 0710 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -	7 - 53
Produktdarstellung	7 - 81
Kapitel 0720 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Integrativer Umweltschutz -	7 - 87
Produktdarstellung	7 - 107
Kapitel 0721 Fischereiamt	7 - 117
Produktdarstellung	7 - 125
Kapitel 0730 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Verkehr -	7 - 127
Produktdarstellung	7 - 179
Kapitel 0732 Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg	7 - 185
Kapitel 0740 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Tiefbau -	7 - 187
Produktdarstellung	7 - 251
Kapitel 0750 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -	7 - 261
Produktdarstellung	7 - 337
Kapitel 0751 Berliner Forsten	7 - 345
Produktdarstellung	7 - 363
Kapitel 0752 Pflanzenschutzamt	7 - 367
Produktdarstellung	7 - 375

	Band/Seite
Kapitel 0770 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Integratives Verkehrsmanagement -	7 - 377
Produktdarstellung	7 - 387
Kapitel 0780 umgegliedert	7 - 389
Stellenplan	7 - 391
Stellenübersicht	7 - 431
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	4
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	14

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der Einzelplan 07 enthält Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt.

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt gliedert sich wie folgt:

Leitung
(Kapitel 0700)
Büro der Senatorin, Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit
Büros der Staatssekretärinnen
Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr

Abteilung Z Zentrales
(Kapitel 0700)
Korruptionsbekämpfung, Interne Revision, Zuwendungsprüfung, Öffentlichkeitsarbeit, Gremienangelegenheiten, Finanzen, Personal, Organisation und Innere Dienste, E-Government

Abteilung G Grundsatz
(Kapitel 0705)
Verbindungsstelle zum Senat, Abgeordnetenhaus, Rat der Bürgermeister und Bundesrat, Recht/Justiziariat, EU-Angelegenheiten und Internationales

Abteilung I Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz
(Kapitel 0710)
Umweltpolitik, Umweltförderung, Kreislaufwirtschaft, Straßenreinigung, umweltfreundliche Beschaffung, Immissionsschutz

Abteilung II Integrativer Umweltschutz
(Kapitel 0720)
Atomaufsicht, Strahlenmessstelle, Luftgütemessungen, Wasserwirtschaft, Wasserrecht, Geologie, Bodenschutz, Boden-, Altlasten- und Grundwassersanierung, Gewässerschutz

Abteilung III Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün
(Kapitel 0750)
Klimaschutz und Klimaanpassung, Naturschutz, Landschaftsplanung, Forstwesen, Freiraumplanung und Stadtgrün, Landesbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege

Abteilung IV Mobilität
(Kapitel 0730)
Grundsatzangelegenheiten der Verkehrspolitik, Verkehrsentwicklungsplanung, Planung und Gestaltung von Straßen und Plätzen, Radverkehr, Fußverkehr, ÖPNV, gewerblicher Straßenpersonenverkehr, Kreuzungsrecht, Straßenverkehrs- und Straßenrecht, Bundesfernstraßenrecht, Oberste Bußgeldbehörde, Oberste Straßenbaubehörde, Schifffahrt und Häfen, GüKG, Gefahrgut, Verkehrstechnologieforschung, Verkehrsinformationszentrale, Oberste Luftfahrt- und Luftsicherheitsbehörde, Planfeststellung Straße und Schiene, Technische Bahnaufsicht.

Abteilung V Tiefbau
(Kapitel 0740)
Ingenieur- und Wasserbau, Verkehrswege im Zentralen Bereich und Straßen I. Ordnung, Radverkehrsanlagen, Altlastensanierung, Kampfmittelbergung, öffentliche Beleuchtung.

Abteilung VI Verkehrsmanagement
(Kapitel 0770)
Straßenverkehrsbehörde für zentrale Aufgaben im übergeordneten Verkehrsstraßennetz, Verkehrsmanagement, Verkehrszählungen, Baustellenkoordinierung, Wegweisungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, Verkehrssteuerungs- und Lichtsignalanlagen

Der Aufsicht der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt unterstehen:

Sonderbehörden
Fischereiamt (Kapitel 0721)
Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin – Brandenburg (Kapitel 0732)
Berliner Forsten (Kapitel 0751)
Pflanzenschutzamt (Kapitel 0752)

Betrieb nach § 26 LHO
Landesbetrieb Krematorium Berlin

Körperschaften des öffentlichen Rechts
Abwasserverband der Fahrgastschifffahrt für Berlin
Wasserverband Pfefferluchgraben
Spree-Havel-Verband

Stiftung des öffentlichen Rechts
Stiftung Naturschutz Berlin

Schwerpunktthemen im Einzelplan 07

Sachverhalt	Kapitel	Titel / MG
Öffentliche Toilettenanlagen	0705	54083
Freiwilliges Ökologisches Jahr	0710	MG 02
Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung -BENE II-	0710	MG 03
Ermittlung und Beseitigung von Boden- und Grundwasser-verunreinigungen	0720	54016, 54031, 63107
Gewässergütemaßnahmen der Berliner Wasserbetriebe	0720	89101
Radverkehr	0730 0740	52108, 52609, 68353, 68357, 72016 52108, 68228, 68229, 89115, 89116
Fußverkehr	0730	52121, 52122, 72020
Innerstädtischer ÖPNV - Verkehrsvertrag BVG	0730	54045
Regionalbahnverkehr	0730	54080
S-Bahnverkehr	0730	54081
Investitionen des ÖPNV	0730	89102, 89110, 89111, 89112, 89113
Straßenregenentwässerung	0730	52135, 89101
Tiefbauunterhaltung - Brücken, Tunnel, Gewässer -	0740	Titel der Gruppe 521
Tiefbaumaßnahmen - Straßenbau, Brückenbau, Wasserbau -	0740	Titel der Hauptgruppe 7 ohne 72014, 72015
Öffentliche Beleuchtung	0740	54049, 72014, 72015
Strategie Stadtlandschaft Stärkung des Berliner Baumbestandes	0750	54106, 68282 54108
Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030)	0750	MG 01

Sachverhalt	Kapitel	Titel / MG
Kompensationsstrategie	0750	MG 02
Grün Berlin GmbH / Grün Berlin Stiftung	0750	MG 03
Lichtsignalanlagen	0770	51701, 54022, 54690, 72017
Unfallkommission	0770	52121

Daten zum klimagerechten Haushalten wurden für Maßnahmen bei:

- Kapitel 0710, Titel 51802 für Beschaffung von Kraftfahrzeugen,
- Kapitel 0720, Titel 81179 für Beschaffung von Kraftfahrzeugen,
- Kapitel 0721, Titel 81179 für Beschaffung von Kraftfahrzeugen,
- Kapitel 0740, Titel 81179 für Beschaffung von Kraftfahrzeugen,
- Kapitel 0751, Titel 81179 für Beschaffung von Kraftfahrzeugen,
- Kapitel 0770, Titel 51802 für Beschaffung von Kraftfahrzeugen,
- Kapitel 0730, Titel 54059 für Ausbau der Ladeinfrastruktur,
- Kapitel 0710, Titel 88308 und 89220 für klimarelevante Fördervorhaben sowie
- Kapitel 0750, Maßnahmengruppe 01 für klimarelevante Fördervorhaben,

erhoben.

Nach titel- und maßnahmenscharfer Prüfung ist jede im Einzelplan veranschlagte Ausgabe sowie Verpflichtungsermächtigung zur Erfüllung der vom Ressort wahrzunehmenden Aufgaben gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigen die jeweilige Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert.

Deckungsvermerk:

„Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, mit Ausnahme der Obergruppe 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.“

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel**	**15.000.000**	**15.000.000**	**15.000.000**	**13.313.426,68**
09	Steuerähnliche Abgaben	15.000.000	15.000.000	15.000.000	13.313.426,68
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**96.258.800**	**100.780.300**	**91.136.900**	**132.631.189,81**
11	Verwaltungseinnahmen	92.115.500	96.637.000	86.941.500	120.081.664,27
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	4.093.300	4.093.300	4.146.400	7.650.148,94
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	46.000	46.000	45.000	17.306,41
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	3.000	3.000	3.000	4.882.070,19
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	---
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**713.601.200**	**727.619.700**	**694.649.900**	**934.633.808,73**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	705.562.300	719.414.800	686.436.000	923.805.088,87
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	5.050.000	5.050.000	5.295.000	3.798.460,19
27	Zuschüsse von der EU	2.851.000	3.017.000	2.675.000	4.029.152,65
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	137.900	137.900	243.900	3.001.107,02
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**115.732.000**	**189.026.000**	**147.394.000**	**54.523.121,17**
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	51.383.000	47.293.000	22.405.000	14.532.075,36
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	33.613.000	33.284.000	87.037.000	25.135.395,02
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	23.526.000	100.724.000	29.502.000	10.129.183,11
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	7.210.000	7.725.000	8.450.000	4.726.467,68
∑	**Summe Einnahmen**	**940.592.000**	**1.032.426.000**	**948.180.800**	**1.135.101.546,39**

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**114.067.400**	**119.499.500**	**109.865.900**	**96.838.464,88**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	24.700	24.700	19.200	3.980,00
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	112.544.500	117.945.200	108.283.100	95.153.832,73
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	1.261.200	1.292.600	1.315.100	1.197.455,35
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	237.000	237.000	248.500	483.196,80
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**2.161.041.700**	**2.246.199.200**	**1.947.537.300**	**1.900.420.156,21**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	2.161.041.700	2.246.199.200	1.947.537.300	1.900.420.156,21
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**509.636.000**	**529.512.100**	**156.230.200**	**103.874.604,34**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	6.591.500	6.645.600	5.051.100	2.616.004,35
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000,00
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	16.840.000	16.205.000	11.491.500	9.111.074,05
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	484.704.500	505.161.500	138.187.600	90.647.525,94
7	**Baumaßnahmen**	**62.982.000**	**75.333.000**	**70.378.000**	**29.824.805,88**
70	Baumaßnahmen des Hochbaus, Architektenhonorare	6.099.000	3.037.000	3.099.000	1.043.228,85
72	Baumaßnahmen des Tiefbaus	56.883.000	72.296.000	67.279.000	28.781.577,03
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**438.975.000**	**518.341.000**	**520.907.000**	**324.807.478,82**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	8.208.000	7.509.000	10.939.000	3.346.676,72
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	1.954.000	1.954.000	1.552.000	---
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	---	---	1.000	---
86	Darlehen an sonstige Bereiche	1.000	1.000	1.000	---
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	33.249.000	34.923.000	61.011.000	40.464.650,97
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	395.563.000	473.954.000	447.403.000	280.996.151,13
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**-7.597.000**	**-7.597.000**	**-3.555.000**	**166.082.841,50**
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	2.000	2.000	2.000	160.869.007,80
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	-8.800.000	-8.800.000	-4.758.000	---
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	1.201.000	1.201.000	1.201.000	5.213.833,70
∑	**Summe Ausgaben**	**3.279.105.100**	**3.481.287.800**	**2.801.363.400**	**2.621.848.351,63**

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**1.127.000**	**682.500**	**2.468.000**	**6.677.004,95**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	1.124.000	679.500	2.465.000	6.677.004,95
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3.000	3.000	3.000	---
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**39.978.300**	**41.742.800**	**96.529.000**	**31.531.873,23**
32	Sport und Erholung	402.000	2.000	1.000	541.036,51
33	Umwelt- und Naturschutz	39.576.300	41.740.800	96.528.000	30.990.836,72
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**3.254.000**	**3.289.000**	**3.056.000**	**7.221.929,93**
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	3.254.000	3.289.000	3.056.000	7.221.929,93
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**5.079.500**	**5.069.500**	**5.110.500**	**4.354.115,68**
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	4.299.500	4.289.500	4.390.500	3.567.342,95
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	780.000	780.000	720.000	786.772,73
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**60.240.000**	**60.240.000**	**60.241.000**	**58.641.609,04**
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	240.000	240.000	240.000	211.928,49
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser und Küstenschutz	60.000.000	60.000.000	60.000.000	58.429.680,55
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	---	---	1.000	---
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**785.175.200**	**797.951.200**	**727.822.300**	**998.505.936,09**
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	26.841.000	31.818.000	20.542.800	45.786.911,51
72	Straßen	2.258.900	2.238.900	2.940.900	7.406.332,24
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	756.015.300	763.834.300	704.258.600	945.312.692,34
75	Luftfahrt	60.000	60.000	80.000	---
8	**Finanzwirtschaft**	**45.738.000**	**123.451.000**	**52.954.000**	**28.169.077,47**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2.000	2.000	2.000	---
82	Steuern und Finanzzuweisungen	15.000.000	15.000.000	15.000.000	13.313.426,68
85	Rücklagen	23.526.000	100.724.000	29.502.000	10.129.183,11
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	7.210.000	7.725.000	8.450.000	4.726.467,68
∑	**Summe Einnahmen**	**940.592.000**	**1.032.426.000**	**948.180.800**	**1.135.101.546,39**

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**118.126.800**	**132.707.900**	**107.117.000**	**94.614.143,02**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	118.126.800	132.707.900	107.117.000	94.614.143,02
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**218.722,71**
25	Arbeitsmarktpolitik	2.000	2.000	1.000	218.722,71
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**245.571.700**	**258.826.200**	**225.242.400**	**153.241.312,61**
32	Sport und Erholung	80.308.000	92.853.000	51.646.000	45.178.041,52
33	Umwelt- und Naturschutz	165.263.700	165.973.200	173.596.400	108.063.271,09
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**7.458.000**	**5.256.000**	**4.252.500**	**2.047.983,69**
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	3.659.000	3.680.000	3.087.500	1.147.983,69
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste (ohne Straßenbeleuchtung, Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft)	3.799.000	1.576.000	1.165.000	900.000,00
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**36.815.400**	**36.893.300**	**35.759.100**	**26.726.960,19**
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	36.556.300	36.539.200	35.469.000	26.570.673,39
53	Forstwirtschaft und Jagd, Fischerei	259.100	354.100	290.100	156.286,80
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**153.972.000**	**154.906.000**	**127.606.000**	**139.667.738,12**
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser und Küstenschutz	24.201.000	23.784.000	20.320.000	16.388.155,34
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	129.771.000	131.122.000	107.286.000	123.279.582,78
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**2.723.325.100**	**2.898.805.500**	**2.303.162.600**	**2.037.644.578,61**
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	82.059.300	82.369.300	87.514.300	63.502.074,48
72	Straßen	128.785.000	153.894.000	122.495.000	74.637.945,27
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	3.778.000	5.561.000	3.267.000	1.296.598,88
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	2.507.844.100	2.656.100.100	2.089.150.200	1.897.688.180,10
75	Luftfahrt	858.700	881.100	736.100	519.779,88
8	**Finanzwirtschaft**	**-6.165.900**	**-6.109.100**	**-1.777.200**	**167.686.912,68**
85	Rücklagen	2.000	2.000	2.000	160.869.007,80
86	Sonstiges	1.431.100	1.487.900	1.777.800	1.604.071,18
88	Globalposten	-8.800.000	-8.800.000	-4.758.000	---
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	1.201.000	1.201.000	1.201.000	5.213.833,70
∑	**Summe Ausgaben**	**3.279.105.100**	**3.481.287.800**	**2.801.363.400**	**2.621.848.351,63**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans 07 enthaltenen Maßnahmegruppen

Kapitel	Maßnahmegruppe	Bezeichnung
0700	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
0710	02	Freiwilliges Ökologisches Jahr
0710	03	Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung (BENE II)
0721	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
0750	01	Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030)
0750	02	Gesamtstädtische Ausgleichskompensation
0750	03	Grün Berlin
0751	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
0752	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

D. Gender Budgeting

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr Klimaschutz und Umwelt stellt im Rahmen des Gender Budgets die Ausgaben für das Freiwillige Ökologische Jahr, für den öffentlichen Personennahverkehr, für den Betrieb und die Entwicklung von öffentlichen Freiflächen durch die Grün Berlin GmbH sowie für die Ehrung durch den Peter-Joseph-Lenné-Preis dar.

Im Einzelnen werden in diesem Einzelplan folgende Gender Budgets dargestellt:

Das strategische Ziel einer gendergerechten Verwendung öffentlicher Mittel in der Hauptverwaltung wirft vor allem auf der Sachbearbeitungsebene nach wie vor Fragen auf und wird in Bezug auf ihre Umsetzungsmöglichkeit intensiv diskutiert. Die Weiterentwicklung der Genderkompetenz und ihrer Akzeptanz bei den Beschäftigten bleibt auch für die Zukunft eine wichtige Aufgabe in der Berliner Verwaltung.

Die Umsetzung von Gender Budgeting orientiert sich an den Vorgaben der Arbeitsgruppe „Gender Budget“, die aufbauend auf den in den Bezirken und Senatsverwaltungen bisher gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen stetig weiterentwickelt werden. Die Gender-Erläuterungen zeigen Schwerpunkte des erhobenen Datenmaterials im Hinblick auf gleichstellungspolitische Wirkungen, aber auch Grenzen der Einflussmöglichkeiten, insbesondere bei den Obergruppen 68 und 89 auf.

Näheres ist der nachstehenden Tabelle und den Übersichten in den allgemeinen Erläuterungen der Kapitel 0700, 0710, 0720, 0730, 0740, 0750, 0751, 0752 und 0770 zu entnehmen.

<table>
<tr><th>Mit erhobenem Geschlechterverhältnis</th><th>Mit Zielsetzung und Steuerung</th><th>Ohne Zielsetzung und Steuerung (Steuerung nicht möglich)</th><th>Anmerkung</th></tr>
<tr><td>HGr 4</td><td>Grundlage Frauenförderplan</td><td></td><td>Planmäßig Beschäftigte</td></tr>
<tr><td>Kapitel: 2507/ 52511</td><td>ja</td><td></td><td>Fortbildung</td></tr>
<tr><td>MG 32 / 52536</td><td>ja</td><td></td><td>Fortbildung</td></tr>
<tr><td>Alle Kapitel / 52501</td><td>ja</td><td></td><td>Fortbildung</td></tr>
<tr><td colspan="4">Kapitel 0710</td></tr>
<tr><td>54018</td><td>ja</td><td rowspan="5">Mit dem Freiwilligen Ökologischen Jahr wird ein erfolgreiches Projekt der Umweltbildung und des freiwilligen Engagements im Umweltbereich weiter fortgeführt. Klimawandel, Biodiversitätsverlust, der Krieg in der Ukraine, aber auch die Energie- und Mobilitätswende – haben eine tiefgreifende Auswirkung auf den Umweltschutz.</td><td rowspan="3">Freiwilliges ökologisches Jahr</td></tr>
<tr><td>68456</td><td>ja</td></tr>
<tr><td>68495</td><td>ja</td></tr>
<tr><td>89201</td><td>nein</td><td>Berliner Fahrgastschiffe</td></tr>
<tr><td>89219</td><td>nein</td><td>Umrüstungsprogramm</td></tr>
<tr><td colspan="4">Kapitel 0730</td></tr>
<tr><td>52115</td><td>nein</td><td rowspan="6">Darstellung zum Gendergedanken - Komplex ÖPNV- ist in den allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0730 verankert.</td><td rowspan="6">Öffentlicher Personennahverkehr</td></tr>
<tr><td>54045</td><td>ja</td></tr>
<tr><td>54080</td><td>ja</td></tr>
<tr><td>54081</td><td>ja</td></tr>
<tr><td>54220</td><td>nein</td></tr>
<tr><td>67101</td><td>nein</td></tr>
<tr><td>Obergruppe 68
Obergruppe 89</td><td>nein</td><td>Nutzungszahlen für den ÖPNV haben sich pandemiebedingt deutlich verändert. Viele Fahrgäste sind inzwischen zum ÖPNV zurückgekommen, mit einer Annäherung an das Nachfrageniveau vor der Pandemie wird erst im Laufe des Jahres 2023 gerechnet. Die Nutzungsänderung im Zuge der Pandemie in Zusammenhang mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich ausgeprägt. Frauen sehen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in der aktuellen Situation kritischer als Männer.
Die Veränderungen der Nachfrage sind auch Gegenstand laufender Untersuchungen.</td><td>ÖPNV wird auch aus weiteren Einzelplänen dargestellt</td></tr>
</table>

Kapitel 0740			
Obergruppe 68	nein	Die Zuschüsse werden projektbezogen gemeinnützigen Trägern und Organisationen gewährt, die Maßnahmen zur Verkehrserziehung und -aufklärung durchführen. Die Maßnahmen konzentrieren sich vor allem auf besonders gefährdete Personengruppen (Kinder, Jugendliche, Fahranfänger und ältere Menschen). Bei der Bewilligung der Mittel und der Förderentscheidung wird daher kein Geschlecht priorisiert. Mit dem Förderbescheid wird dem Träger der Maßnahme aber die Erfassung von Genderdaten auferlegt, so dass künftig zahlenmäßige Aufstellungen zum Gender Budget und geschlechtsspezifische Betrachtungen insbesondere hinsichtlich eventuell notwendiger Steuerungsmaßnahmen erfolgen können.	Die Umsetzung der gesetzlichen Regelung sieht keine gendergerechte Differenzierung vor.
Obergruppe 89	nein	Die Entschädigung an die Deutsche Bahn erfolgt auf der Grundlage von Vereinbarungen. Zuschüsse für den Bau von Radschnellwegen und für investive Maßnahmen zu Verbesserung der Radwegeinfrastruktur erfolgen auf der Grundlage des MobG BE (§§ 3-15).	
Kapitel 0750			
68203	ja	Eine ausführliche Darstellung zum Gendergedanken des Komplexes Grün Berlin GmbH / Grün Stiftung ist in den allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0750 bereits verankert.	Betrieb und Entwicklung von Grünflächen durch die Grün Berlin GmbH
68614	ja		
89145	nein		
89374	nein		
68120	ja		
68123	ja		Ehrungen und Preise
Obergruppe 68	Nein	Das BEK ist nicht genderrelevant. Klimaschutzziele dienen der Allgemeinheit und richten sich nicht an einzelne Geschlechter.	Klimaschutzprogramm
Obergruppe 89	nein	Der Ressourceneinsatz Umweltbildung richtet sich vornehmlich an Schulklassen und Kitas. Die Angebote an die Einrichtungen werden gendergerecht ausgerichtet. Die gesamtstädtische Ausgleichskompensation entzieht sich, ähnlich dem BEK, dem unmittelbaren Gendereinfluss. Genderaspekte werden bei den Bedarfsvorgaben zur Projektentwicklung und im Realisierungsprozess entsprechend politischer Zielvorgaben berücksichtigt.	Eine geschlechterspezifische Darstellung und Zielsteuerung ist daher nicht möglich, da auf die geschlechterspezifische Zusammensetzung von Schulklassen vom Zuwendungsgebenden kein Einfluss genommen werden kann.

Kapitel 0751			
68458	ja	Waldschularbeit	Steuerung: Über Auflagen in den Zuwendungsbescheiden. Gezielte Auswahl von Gruppen durch die Zuwendungsempfangenden.
68569	ja	Naturschutzzentrum Ökowerk Teufelssee	
Kapitel 0770			
Obergruppe 68	nein	Der Ressourceneinsatz erfolgt u.a. zur Ansprache von Frauen auch für Führungspositionen des (vglb.) höheren Dienstes. Ziel ist, hier eine Unterrepräsentanz von Frauen zu vermeiden bzw. bestehende abzubauen.	Verkehrserziehung Eine Darstellung zum Gendergedanken ist in den allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0770 verankert.

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Epl. 07	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	67	123	73	140	77	136
Relativer Teil	35,26%	64,74%	34,27%	65,73%	36,15%	63,85%
Ressourcen (in T €)	5.344	10.577	6.052	11.830	6.582	11.570
Ressourcen pro Kopf (in T €)	80	86	83	85	85	85
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	563	530	636	582	647	592
Relativer Anteil	51,64%	48,36%	52,22%	47,78%	52,22%	47,78%
Ressourcen (in T €)	30.159	32.947	38.587	37.555	39.208	38.065
Ressourcen pro Kopf (in T €)	53	62	61	65	61	64

Epl. 07			
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen in € pro Monat
Führungskräfte			
w	6.617.128	79,77	6913
m	12.045.309	139,76	7182
Mitarbeitende			
w	39.086.829	616,81	5281
m	39.715.014	599,67	5519

Die Basis für die Berechnung der durchschnittlichen Einkommen ist das Haushaltsjahr 2022. Die Zahlen enthalten die planmäßig Beschäftigten, Auszubildende sind nicht enthalten. Es wurden die durchschnittlichen monatlichen Kosten errechnet, sodass die unterjährige Fluktuation bei der jeweiligen VZÄ (Vollzeitäquivalente) berücksichtigt wurde. Eine unterschiedliche Betrachtung der absoluten Zahl („Kopf-Zahl“) und der VZÄ kann zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen und Ergebnissen führen. Eine VZÄ kann auf zwei Teilzeitkräfte verteilt sein. Daher ist ein direkter Vergleich nicht möglich.

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Fortbildung
Im Einzelplan 07 wurden folgende Ausgaben für Aus- und Fortbildung getätigt:

Übersicht der Teilnahmen* an Fachfortbildungen in den Jahren 2020, 2021 und 2022							
Summe aller getätigten Ausgaben im Bereich Aus – und Fortbildung aus dem Einzelplan 07 – Titel 525 01		132.432,97 €		163.238,22 €		224.290,62 €	
Davon Summe der getätigten Ausgaben für Teilnahmen an Fachfortbildungen		92.969,49 €		65.157,30 €		83.964,53 €	
Führungskräfte		2020		2021		2022**	
		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamt	Absolut	24	83	7	12	9	20
	Relativ	22,43%	77,6%	36,8%	63,2%	31,0%	69,0%
Ressourcen in T €		9,1	4,5	1,0	3,3	1,2	3,9
Mitarbeitende		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamt	Absolut	117	180	109	104	152	116
	Relativ	39,4%	60,6%	51,2%	48,8%	56,7%	43,3%
Ressourcen in T €		38,4	40,9	30,7	30,1	34,5	44,3

*„Teilnahmen“ bedeutet, dass mehrfache Teilnahmen derselben Person auch mehrfach gezählt werden.
** Die Höhe der Kosten für das Jahr 2022 sind noch nicht final, da sie bis Redaktionsschluss noch nicht vorlagen.

Für den Einzelplan 07 stellt sich das Geschlechterverhältnis in Bezug auf die Ausgaben für kostenpflichtige Fortbildungen wie folgt dar:

Übersicht der Teilnahmen* an internen IT-Schulungen in den Jahren 2020, 2021 und 2022							
Summe der getätigten Ausgaben für hausinterne IT-Schulungen aller Beschäftigten der SenMVKU		3.771,26 €		7.375,63 €		5.548,32 €	
Jahr		2020		2021		2022	
Führungskräfte		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamt	Absolut	1	0	0	0	1	0
	Relativ	100,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%	0,0%
Ressourcen in T €		0,1	0	0	0	0,1	0
Mitarbeitende		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamt	Absolut	31	37	87	67	58	56
	Relativ	45,6%	54,4%	56,5%	43,5%	50,9 %	49,1%
Ressourcen in T €		1,6	2,0	3,8	3,5	2,7	2,7

Die Verwaltungsakademie Berlin (VAk), inklusive der Führungsakademie, ist das Shared Service Center für Bildung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin. Die Teilnahme an dortigen Angeboten der beruflichen Fort- und Weiterbildung ist in der Regel für Beschäftigte der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr Klimaschutz und Umwelt kostenneutral. Es wurden keine Haushaltsmittel der SenMVKU aufgewendet.

Übersicht der Teilnahmen* an Veranstaltungen der VAk Berlin / Führungsakademie in den Jahren 2020, 2021 und 2022							
Jahr		2020		2021		2022	
Führungskräfte		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamt	Absolut	45	57	59	118	90	78
	Relativ	44,1%	55,9%	33,3%	66,6%	53,6%	46,4%
Mitarbeitende		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamt	Absolut	201	170	316	202	412	213
	Relativ	54,2%	45,8%	61,0%	39,0%	65,9%	34,1%

Darüber hinaus wurden kostenpflichtige Fort- und Weiterbildungen gesonderter Zielgruppen wahrgenommen.
Hier handelt es sich beispielsweise um gesonderte Auftragsveranstaltungen einzelner Bereich im Haus oder Schulungsangebote im technischen Bereich, darunter Bau- und Planungsrecht, die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure sowie Artenschutzvollzug oder auch um Schulungen im Rahmen des Brandschutzes.

Übersicht der Teilnahmen* an kostenpflichtigen Veranstaltungen der VAk in den Jahren 2020, 2021 und 2022							
Summe der getätigten Ausgaben		7.076,20 €		6.152,20 €		8.825,00 €	
Jahr		2020		2021		2022	
Führungskräfte		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamt	Absolut			2	11	9	4
	Relativ			15,4%	84,6%	69,2%	30,8%
Ressourcen in T €		0,8		0,1	1,1	1,2	0,6
Mitarbeitende		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamt	Absolut			20	29	33	18
	Relativ			40,8%	59,2%	64,7%	35,3%
Ressourcen in T €		6,2		2,0	2,9	4,5	2,5

E. Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
0700; 0705; 0710; 0720; 0721; 0730; 0740; 0750; 0751; 0752; 0770

Zusammenfassende Übersicht 57 - SenMVKU

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	10	Personalkosten	58.000.942	66.611.055	-12,93
Kostenträgergruppen	32	Sachkosten	1.871.022.883	1.430.413.098	+30,80
Kostenträger	229	Transferkosten	38.150.133	33.852.871	+12,69
davon		Verrechnungskosten	4.659.476	5.004.609	-6,90
Produkte	94	kalkulatorische Kosten	6.751.598	7.650.695	-11,75
MGF	33	Gemeinkosten	63.869.200	64.876.952	-1,55
Projekte	102	**Summe Verwaltungskosten**	2.042.454.232	1.608.409.280	+26,99
		Transfers	379.588.124	296.704.645	+27,93
		Gesamtsumme	2.422.042.356	1.905.113.925	+27,13

Es ist leider durch längerfristige Erkrankungen und durch Personalabgänge im Bereich des zentralen Controllings, aber auch in einigen dezentralen Kostenrechnungsbereichen zu qualitativen Einbußen bei der Kosten- und Mengenerfassung (und hier speziell bei den Personalkosten und den internen Verrechnungen) gekommen. Diese konnten zum Jahresabschluss 2022 nicht mehr behoben werden.
Zwischenzeitig wurden organisatorische Maßnahmen eingeleitet, mit denen der dezentrale Erfassungsprozess stabilisiert und Defizite frühzeitiger erkannt und rechtzeitig behoben werden sollen. Auch die Unterstützung durch das zentrale Controlling wird entsprechend des Schulungsangebots der VAK/IVM sukzessive weitere ausgebaut.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0700 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für den Leitungsbereich einschließlich der Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr und für die Abteilung Zentrales. Hierzu gehören das Zentrale Finanzmanagement sowie die Kosten- und Leistungsrechnung, die Zentralen Dienstleistungen und Bewirtschaftung der Dienstgebäude, die Zentralen Personalangelegenheiten, inklusive Aus- und Fortbildung und Wissensmanagement, Geschäftsprozessmanagement, die E-Government und Kommunikation, die Innenrevision und Korruptionsbekämpfung sowie Ausgaben für die Beschäftigtenvertretungen.

B. Gender Budgeting

Gender Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0700:

0700	2018		2019		2020*	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	--,--	--,--	8	10	8	11
Relativer Teil	--,--	--,--	44,44%	55,56%	42,11%	57,89%
Ressourcen (in T €)	--,--	--,--	--,--	--,--	468	936
Ressourcen pro Kopf (in T €)	--,--	--,--	--,--	--,--	58	85
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	46	26	56	25	72	30
Relativer Anteil	63,89%	36,11%	69,14%	30,86%	70,59%	29,41%
Ressourcen (in T €)	--,--	--,--	--,--	--,--	3.529	1.852
Ressourcen pro Kopf (in T €)	--,--	--,--	--,--	--,--	49	62

*Die Daten für das Jahr 2020 schließen die neue Abteilung G mit ein. Diese werden künftig beim Kapitel 0705 abgebildet.

0700	2020		
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat in €
Führungskräfte			
w	467.680	6,70	5.817
m	936.399	11,00	7.094
Mitarbeitende			
w	3.528.568	64,28	4.575
m	1.851.616	28,06	5.499

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11902	**011**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**20.870,50**

Ablieferung der Vergütungen für die Mitgliedschaft im Vorstand, im Aufsichtsrat oder in sonstigen Organen eines Unternehmens im Auftrage des Senats, soweit sie den Satz der entsprechenden Personalaufwandsentschädigung für unmittelbare Landesbeamte übersteigen (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder des Senats)

11903	**011**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**—**

Insbesondere Schadensersatzleistungen für den Ausfall von Dienstkräften infolge von drittverschuldeten Unfällen
In diesem Kapitel werden sämtliche Ersatzleistungen der Senatsverwaltung nachgewiesen.

11934	**011**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**37.663,98**

Insbesondere Rückzahlung überzahlter Personalbezüge (z. B. aufgrund nachträglicher Bewilligung einer Erwerbsunfähigkeitsrente)

11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Sachen sowie Kostenersatz für die private Nutzung von Umweltkarten

13203 (neu)	**011**	**Verkauf von beweglichem Vermögen**	**1.000**	**1.000**		

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Fahrzeugen

28290	**011**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**—**	**—**	**—**	**9.610,00**
		Gesamteinnahmen	**26.000**	**26.000**	**25.000**	**68.144,48**
		Prozentuale Veränderung	**4,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42100	**011**	**Amtsbezüge**	**209.000**	**217.000**	**183.000**	**210.083,71**
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.952.000**	**4.752.000**	**3.944.000**	**3.178.306,74**
42260	**011**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.134,40**
42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**30.000**	**30.000**	**32.000**	**15.200,00**
42735	**011**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**16.000**	**16.000**	**17.500**	**—**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42760	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—
42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	4.848.000	5.837.000	3.590.000	3.738.445,76
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	424.000	517.000	416.000	335.256,27
42860	011	Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—
42861	253	Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE)	1.000	1.000	1.000	—
44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	193.000	199.000	129.000	181.524,74
44301	011	Unterstützungen für Dienstkräfte	1.000	1.000	1.000	—
44304	011	Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	198.000	198.000	245.000	197.589,13
44379	011	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	24.700	24.700	17.600	24.695,44
45201	011	Nachversicherungen	1.000	1.000	—	23.115,00
45300	011	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen	1.000	1.000	1.000	—
45902 (neu)	011	Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien	1.000	1.000		
45903	011	Prämien für besondere Leistungen	233.000	233.000	233.000	459.904,67
51101	011	Geschäftsbedarf	150.000	150.000	282.000	82.389,09

12.000,0 EUR wurden bislang bei 0780/51101 nachgewiesen.

Postentgelte, Kopierpapier, Fachbücher, Fachpublikationen und Loseblattsammlungen, Porto- und Überweisungsentgelte, Zeitungen und Zeitschriften für die Pressearbeit und kostenpflichtige Telefonbucheinträge der Senatsverwaltung sowie allgemeiner Geschäftsbedarf, Rundfunkbeitrag für dienstlich genutzte Rundfunk- und Fernsehgeräte für den Leitungsbereich und die Abteilung Zentrales

Weniger in Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre

51135	011	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln
		Siehe Maßnahmegruppe 32
51136	011	Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT
		Siehe Maßnahmegruppe 32

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**75.000**	**75.000**	**247.000**	**63.412,95**

Ersatz und Ergänzung des Büroinventars, Büromaschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Ersatzbeschaffung von technischen Geräten, Ausstattungsgegenstände im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements

Beschaffung aus arbeitsmedizinischen Gründen für notwendige Ersatz- und Ergänzungsausstattungen sowie Ausstattung der Beschäftigten mit Büromöbeln im Rahmen der alternierenden Telearbeit.

Weniger in Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**011**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**954,81**

Für den Betrieb und die Unterhaltung von einem Dienstfahrzeug des zentralen Fahrdienstes für regelmäßige Botentouren zu Dienststellen, die nicht durch das Landesverwaltungsamt angefahren werden.

51408	**011**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**7.000**	**7.000**	**1.000**	**4.760,72**

Beschaffung von Schutzkleidung für Brandschutzkräfte, Transportarbeiten sowie vorsorglicher Schutzausrüstung im Pandemiefall

Mehr für die Beschaffung von Schutzausrüstung im Pandemiefall für alle Beschäftigten der SenMVKU

51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**4.753.000**	**4.848.000**	**4.660.000**	**4.990.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.093.860	2.139.320	10.727.280
VE 2023	0	0	0

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Nebenkostenpauschale (insbesondere für Strom, Gebäudereinigung und sonstige Gebäudebewirtschaftung) zur Zahlung an die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) für folgende Dienstgebäude bzw. Diensträume:

Dienstgebäude bzw. Diensträume	2024 €	2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
Am Köllnischen Park 3/ Rungestraße 29	1.210.000	1.240.000	1.199.250	1.176.000
Brückenstraße 6	1.300.000	1.320.000	1.257.310	1.674.860
Rubensstraße 111	240.000	240.000	229.870	222.000
Mohriner Allee 137 (Pflanzenschutzamt)	420.000	425.000	404.910	394.000
Havelchaussee 149-151 (Fischereiamt)	80.000	88.000	71.520	70.200
Platz der Luftbrücke (Integratives Verkehrsmanagement)	560.000	575.000	551.490	564.000
Brunnenstraße 110-111	830.000	845.000	791.610	802.940
Alt-Friedrichsfelde 60, Haus 17	80.000	84.000	64.750	63.000
Lorenzweg 5	33.000	31.000	21.850	21.000
Insgesamt:	4.753.000	4.848.000	4.592.560	4.990.000
			rd. 4.660.000	

Die Ansätze wurden auf der Grundlage der Ist-Kosten der vorangegangenen Jahre gebildet, die Erhöhungen beruhen neben erwarteten Preissteigerungen auf der Anmietung zusätzlicher Büroflächen. (Brückenstr.).

Die Mietkosten werden nachgewiesen bei dem Titel 51820, die nutzerspezifischen Nebenkosten bei dem Titel 51925.

51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**9.500**	**9.500**	**9.500**	**6.464,44**

Insbesondere für die Anmietung von geeigneten Räumen für die jährlich durchzuführende Personalversammlung, Schwerbehindertenvertretung und Frauenversammlung sowie von Tagungsräumen für die gesamte Senatsverwaltung

51802 (neu)	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**6.000**	**6.000**		

Erneuerung/Umrüstung des Fahrzeugbestands, Leasingraten für ein Dienstfahrzeug

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**30.000**	**30.000**	**40.000**	**25.885,60**

Mieten für Wasserspender

Weniger in Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**11.600.000**	**11.600.000**	**10.773.000**	**10.768.020,90**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	6.856.780	7.111.550	34.678.700
VE 2023	0	0	0

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Mietausgaben – inkl. 5,5 % + MwSt. Verwaltungskostenpauschale – zur Zahlung an die BIM GmbH für folgende Standorte:

Dienstgebäude bzw. Diensträume	2024 €	2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
Am Köllnischen Park 3/ Rungestraße 29	2.663.340	2.663.340	2.665.340	2.665.340
Brückenstraße 6	5.079.420	5.079.420	4.303.410	4.446.520
Rubensstraße 111	198.290	198.290	198.290	198.290
Mohriner Allee 137 (Pflanzenschutzamt)	439.410	439.410	433.410	433.410
Havelchaussee 149-151 (Fischereiamt)	63.350	63.350	63.350	63.350
Platz der Luftbrücke 5 (Integratives Verkehrsmanagement)	388.100	388.100	500.840	334.520
Brunnenstraße 110-111	2.667.450	2.667.450	2.512.440	2.538.130
Alt-Friedrichsfelde 60, Haus 17	57.060	57.060	55.040	55.460
Lorenzweg 5	43.000	43.000	40.490	33.000
Insgesamt:	11.599.420	11.599.420	10.772.610	10.768.020
	rd. 11.600.000	rd. 11.600.000	rd. 10.773.000	

Die Nebenkostenpauschale wird nachgewiesen bei dem Titel 51715, die nutzerspezifischen Nebenkosten bei dem Titel 51925

51910	**011**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Kleiner Unterhaltungsbedarf für die Dienstgebäude der Senatsverwaltung zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**749.000**	**5.920.000**	**281.000**	**1.569.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.415.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**5.415.000**			

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

	2024 €	2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1. Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten, Ausgaben für die Wartung nutzerspezifischer Anlagen				
Am Köllnischen Park 3/Rungestraße 2	5.130	5.900	4.460	0
Brückenstraße 6	183.540	211.070	8.800	1.399.000
Rubensstraße 111	1.660	1.900	1.440	0
Mohriner Allee 137 (Pflanzenschutzamt)	4.400	5.060	3.830	40.000
Havelchaussee 149-151 (Fischereiamt)	630	720	550	0
Platz der Luftbrücke	2.670	3.070	2.320	130.000
Brunnenstraße 110-111	10.120	11.640	8.800	0
Alt-Friedrichsfelde 60, Haus 17	0	0	0	0
Lorenzweg 5	0	0	0	0
Summe 1.:	208.150	239.360	30.200	1.569.000
2. Funktionsbedingte Umbauten, die keinen investiven Charakter haben Umbauten zur Barrierefreiheit	20.000	20.000	20.000	
Erneuerung der Wegeleitsysteme in den BDG	5.000	5.000	5.000	
Umbaumaßnahmen zur Büroflächenoptimierung	35.000	30.000	30.000	
Raumakustikmaßnahmen	20.000	20.000	20.000	
Arbeitsschutzmaßnahmen	10.000	10.000	10.000	
Herrichtung weiterer Archivflächen im DG Alt-Friedrichsfelde 60, Haus 17	10.000	10.000	0	
E-Ladesäulen für KfZ	30.000	30.000	35.000	
Austausch der Sanitärobjekte DG AKP/Ru	0	30.000		
Austausch Leuchtkörper (LED), Bereich Büros Arbeitsplätze	10.000	10.000	0	
Aufrechterhaltung/Ertüchtigung der Klimatechnik in der VKRZ des DG Flughafen Tempelhof	20.000	20.000	0	
Nachrüstung verschiedener DG mit WLAN	30.000	30.000	0	
Nachrüstung einer Notstromanlage DG AKP/Ru für den Krisen-/Katastrophenschutzfall	350.000	50.000	0	
Migration der Informations- und Kommunikationstechnik in allen BDG der Sen UMVK zum ITDZ	0	5.415.000		
Umbau der Abzugsanlage in den Laborräumen im DG Rubenstr. 111	0	0	100.000	
Nachrüstung von zwei Laborräumen mit einer Klimaanlage im DG Brückenstraße	0	0	30.800	
Summe 2.:	540.000	5.680.000	250.800	0
Gesamtsumme (1. und 2.):	748.150 rd.749.000	5.919.360 rd. 5.920.000	281.000	1.569.000

Die Nebenkostenpauschale wird nachgewiesen bei dem Titel 51715, die Mietkosten bei dem Titel 51820.

Wartungsverträge; Verpflichtungen aus gesetzlichen Vorgaben (z.B. ArbStättVO, ArbSchG);

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**71.700**	**71.700**	**71.700**	**20.442,60**

Teilnahme von Dienstkräften der Abteilung Zentrales, der Leitung und der Beschäftigtenvertretungen an Fachseminaren und sonstigen fachlichen Veranstaltungen sowie für die fremdsprachliche Qualifizierung von Dienstkräften in der gesamten Senatsverwaltung, einschließlich der Ausgaben für Dienstreisen für Aus- und Fortbildung.
Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung von dualen Studiengängen, darunter Erstattung von Semestergebühren.

52535	**011**	**Aufwendungen im Kontext dualer Studiengänge**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**995,30**

Aufwendungen für praxisnahen Lehrveranstaltungen sowie Lehr- und Lernmaterial

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**160,00**

Für die Tätigkeit des Personalrates gemäß § 40 Abs. 1 Satz 1 Personalvertretungsgesetz

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

52610	**011**	**Gutachten**	**130.000**	**130.000**	**118.000**	**98.988,77**

Beauftragung von Gutachten zum Radverkehr durch die Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr

Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung der Dienstkräfte der Senatsverwaltung sowie der nachgeordneten Einrichtungen auf der Grundlage des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG), des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) sowie berufsgenossenschaftlicher Regelungen

Mehrbedarf an arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Betreuung.

52638 (neu)	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703	**011**	**Dienstreisen**	**31.000**	**31.000**	**31.000**	**13.237,84**

Für Dienstreisen sowie Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts (Umweltkarten und Dienstfahrscheine)

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**8.000**	**8.000**	**7.000**	**8.101,75**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.100.000**	**1.100.000**	**1.049.000**	**821.405,06**
		Verpflichtungsermächtigung	**965.000**	**965.000**		
		Davon fällig 2025	**965.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**965.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind bestimmt für den Abschluss eines Vertrages für die Umsetzung der kommunikativen Maßnahmen zur Mobilitätswende, angebotsorientierter Infrastruktur und Verkehrssicherheit.

Die Ausgaben sind in 2024 und 2025 jeweils vorgesehen für:

	2024 €	2025 €	Ansatz 2023 €	Ist-2022 €
1. Digitale Kommunikation	26.000	26.000	26.000	6.865
2. Publikationen zu Fachthemen	46.000	46.000	46.000	1.226
3. Neu- und Nachdruck von Broschüren und Merkblättern	18.000	18.000	18.000	9.365
4. Kommunikation der Maßnahmen zur Mobilitätswende, angebotsorientierten Infrastruktur und Verkehrssicherheit	1.010.000	1.010.000	959.000	803.954
Summe:	**1.100.000**	**1.100.000**	**1.049.000**	**821.410**

Die Ausgaben betreffen alle Fachabteilungen der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Diese ist nach Berliner Informationsgesetz (IFG) verpflichtet, Bürgerinnen und Bürger über ihre Fachthemen zu informieren. Information ist die unabdingbare Grundlage jeglicher Partizipationsverfahren.

Mehr zur Förderung der Partizipation, insbesondere für Maßnahmen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs (Mobilitätsgesetz, § 21, Nr. 5 und § 38 Nr. 5). (Vgl. lfd. Nr. 4.)

53105	**011**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**59.000**	**59.000**	**50.000**	**34.137,79**

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Präsentation im Rahmen von Projekten der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz (z. B. Beteiligung der Berliner Forsten an der Grünen Woche, Umweltfestival, VELO Berlin).

Mehr aufgrund der massiv gestiegenen Preise im Bereich Messebau und bei den Materialkosten.

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**509,96**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**10.000**	**10.000**	**7.000**	**821,10**

Für Stellenausschreibungen einschließlich der Kosten für Auswahlverfahren und amtliche Bekanntmachungen.

Mehr aufgrund verstärkter Veröffentlichungsnotwendigkeit in kostenpflichtigen Online-Portalen.

53301	**011**	**Kränze, Blumenspenden, Nachrufe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**200,00**

Die Ausgaben betreffen die gesamte Senatsverwaltung.

53316	**011**	**Veranstaltungen, Projekt demografischer Wandel, Stadtforum**	**80.000**	**80.000**	**77.500**	**11.709,40**

Ausgaben für Veranstaltungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger zu verkehrspolitischen, umwelt- und klimarelevanten Themen. Grundlage ist das Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53320	**011**	**Beirat für frauenspezifische Belange**	**1.000**	**1.000**	**2.400**	**—**

Ausgaben des Beirats für frauenspezifische Belange (Honorare, Sitzungsgelder, Mieten, Transportkosten, Ausstattung, Arbeitsmittel u. a.)

Weniger in Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre

54001	**011**	**Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform**	**61.000**	**61.000**	**61.000**	**—**

Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltungsmodernisierung. Für Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit inhaltlichen oder organisatorischen Veränderungsprozessen in sämtlichen Politikfeldern der Senatsverwaltung, inkl. Organisation von Seminaren und Klausurtagungen, Gender Mainstreaming und Gender Diversity, insbesondere zur Umsetzung der Vorhaben aus dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm und für die Umsetzung von Beschlüssen aus dem Staatssekretärsausschuss für Gleichstellung sowie der Verpflichtung zur Ausweitung des Gender Budgets.

Die Ausgaben betreffen die gesamte Senatsverwaltung.

54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**70.000**	**60.000**	**60.000**	**24.827,62**

Insbesondere für externe Beratung aller Bereiche bei Team- und Organisationsentwicklungsprozessen inkl. Prozessen des betrieblichen Gesundheitsmanagements (Analyse, Maßnahmenplanung und -durchführung, Evaluation), für externe Unterstützung insbesondere angehender und neuer Führungskräfte, bei Geschäftsprozessanalysen und -optimierungen sowie für projektorientiertes Arbeiten. Organisation von Seminaren und Klausurtagungen im Bereich Organisationsentwicklung und Wissensmanagement. Finanzierung externer Unterstützung bei hochwertigen oder außergewöhnlichen Stellenbesetzungsverfahren sowie Ausgaben des Betrieblichen Gesundheitsmanagements. Der Kontext wird wesentlich durch die wachsende Stadt und die demografische Entwicklung bestimmt.

Die Ausgaben betreffen die gesamte Senatsverwaltung.

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**1.194.000**	**1.194.000**	**1.194.000**	**113.400,06**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 51135 und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz.

54010	**011**	**Dienstleistungen**	**334.000**	**409.000**	**261.000**	**176.887,81**

Ausgaben im Zusammenhang mit der Organisation des Bündnisses Radverkehr durch die Koordinierungsstelle Rad- und Fußverkehr

Inanspruchnahme Externer für die Auswertung der täglichen Pressemedien und Pressenachrichten unter Berücksichtigung von Preissteigerungen

Für die Prüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel gem. §§ 3 und 10 Betriebssicherheitsverordnung und den Technischen Regeln der Betriebssicherheit, für hausinterne Umzüge, die Aktenvernichtung durch Dritte und die Altmobiliarentsorgung sowie externe fachkundige Unterstützung zur Sozialberatung der Beschäftigten.

Schulungsveranstaltungen für die Facility-Management-Software Famos sowie für die Datenaufbereitung von CAD-Plänen in Famos

Vertraglich vereinbarte Servicepauschale im Rahmen des Firmenticketvertrages mit der S-Bahn Berlin GmbH

Inanspruchnahme von externen Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand

Mehr, aufgrund von Preissteigerungen und neu dazukommenden Medienabforderungen sowie Abschluss eines Firmenticketvertrages mit der S-Bahn GmbH.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54064	**011**	**Abdeckung von Geldverlusten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vorsorge für die Abdeckung von Geldverlusten im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Abführung von Steuern im Rahmen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu den Titeln 11979 und 13203. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Einnahmen aufgrund der Erhebung der Umsatzsteuer geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

54078	**011**	**Ausgleichsabgabe für nicht besetzte Pflichtplätze nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Höhe der Ausgaben richtet sich nach dem von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport auf der Grundlage der Schwerbehindertenquote des vorletzten Jahres festgelegten Betrag.

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**42,18**

Insbesondere für die Ergänzung von Hausapotheken und für Erste-Hilfe-Stellen

54604	**011**	**Sächliche Ausgaben für zukunftsorientierte Entwicklungsmaßnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken, insbesondere für die Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Verwaltungsmitarbeiteraustausches. Die Ausgaben werden auf Antrag bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa bewilligt und auf Antrag im Erstattungsverfahren von der Senatsverwaltung für Finanzen ausgeglichen.

54606	**011**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. folgende Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen und Wissensmanagern, Dialogbegleiterinnen und Dialogbegleitern, sowie Honorare für Senior-Expertinnen und Experten. Nach Bewilligung der Maßnahmen durch die Senatsverwaltung für Finanzen erfolgt der Ausgleich der Ausgaben auf Antrag bei der Senatsverwaltung für Finanzen im Erstattungsverfahren.

54690	**011**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**9.610,00**
81240	**011**	**Investitionen für die verfahrensabhängige IKT-Technik** Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
88401	**332**	**Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**	**—**	**—**	**—**	**7.000.000,00**

Ausgaben in Höhe von 7.000.000 € sind im Jahr 2022 dem SIWA zur Verstärkung der Mittel zur Realisierung von Ankäufen von Grünflächen zuzuführen. (verbindliche Erläuterung)

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine in den Fachkapiteln, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten.

Die Verstärkungsmittel sind zentral bei Kapitel 2931 Titel 97110 veranschlagt und können von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung nach Maßgabe des § 50 LHO als Verstärkungsmittel zu Kapitel 0700 Titel 97110 umgesetzt werden. Anschließend kann die für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zuständige Senatsverwaltung die Ansätze der sachlich in Betracht kommenden Titel in den Fachkapiteln nach Maßgabe des § 37 Absatz 6 LHO verstärken, um dort höhere Ausgaben zu leisten (verbindliche Erläuterung).

97114 (neu)	**880**	**Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2025	**1.200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.200.000**		

Ausgaben für einheitliche qualitative und quantitative Standards für Verwaltungsdienstleistungen auf Hauptverwaltungs- und Bezirksebene

97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**	**-10.000.000**	**-10.000.000**	**-4.759.000**	**—**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**860.000**	**780.000**	**760.000**	**645.948,10**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 54003 und sonst nur deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	70.000	0	0
VE 2023	0	0	0

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz und OZG.

Mehr für die Anbindung von Fachverfahren an die Digitale Akte, Einführung BLUES, Ablösung von Kleinstanwendungen und Umsetzung der Vorgaben der IKT-Steuerung sowie für das neue Projekt „Optimierung und Digitalisierung von Zuwendungen“

51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**54.000**	**54.000**	**42.000**	**10.443,40**

Plotterzubehör (Papier, Farbkartuschen) für den Druck von Karten und Plänen, Datenträger für den Austausch mit externen Projektpartnern und zur Veröffentlichung von Planungsergebnissen sowie Ausgaben für die Umsetzung der elektronischen Signatur, die aufgrund des E-Government-Gesetzes Berlin einzuführen ist.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**185.000**	**177.000**	**200.000**	**183.391,38**

Wurde bislang bei 0770/51168 MG 32 nachgewiesen.

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für die Reparatur sowie für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen (Betrieb von Verfahrensservern, Workstations, Plottern, Spezialausrüstung und Präsentationstechnik für Sitzungsräume).

Wartung der IT-Systeme der Verkehrsregelungszentrale, Bereitstellung und Ersatz von verfahrensspezifischer Technik der Verkehrsregelungszentrale.

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**5.681.000**	**6.038.000**	**3.465.000**	**2.035.722,67**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.190.000**	**1.540.000**		
		Davon fällig 2025	**1.320.000**			
		Davon fällig 2026	**870.000**	**620.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**920.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils bestimmt für die Beauftragung von jahresübergreifenden Weiterentwicklungsleistungen und Betriebsverträgen.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	166.040	87.910	0
VE 2023	950.000	950.000	950.000

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	2024	2025
Abteilung III Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün		
Verfahren Grünflächeninformationssystem (GRIS Berlin) Kosten für laufenden Betrieb, Weiterentwicklung sowie Berlin-weite Workshops. Das Verfahren wird in allen Bezirken in den Straßen- und Grünflächenämtern, teilweise in den Ämtern für Umwelt und Naturschutz sowie in der SenMVKU eingesetzt zur Verwaltung des in kommunaler Pflege befindlichen Stadtgrüns (einschließlich der Bäume) (Ansatz 2023: 250.000 €).....	300.000 €	330.000 €
Abteilung III Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün Entwicklung und Fortschreibung von Fachverfahren, Monitoring- und Informationssystemen, Datenanalysen, Digitalisierungsarbeiten, darunter insbesondere die Weiterentwicklung des Fachinformationssystems Naturschutz, Artenschutz, Landschaftspflege (FINAL), die Weiterentwicklung von eCites, des Kompensationsinformationssystems (KIS) und Versorgungsanalyse Grünflächen Berlin (VAG), darunter die laufenden Entwicklungen und Datenbereitstellung für die Gräber-Datenbank, die Modernisierung der Spielplatzversorgungsanalyse sowie das Hosting und die lfd. Wartungskosten für die Beteiligungsplattform TFH und „Produktives Stadtgrün“; eFriedhof: (Ansatz 2023: 700.000 €).....	810.380 €	862.580 €
Wärmekataster Es gibt eine gesetzliche Verpflichtung zur Erhebung von Wärmedaten gem. § 21 EWG vom 22.12.2012. Es wurde ein Projekt eingerichtet, das die Anwendung eines Fachverfahrens prüft und umsetzt (neu).....	120.000 €	100.000 €
Abteilung IV Mobilität Laufende Betriebskosten (u.a. Pflegeverträge) im Zusammenhang mit dem Projekt "Verkehrsinformationssystem Straße" VISS sowie Projektkoordination und -dienstleistungen zur Erweiterung bestehender Fachverfahren: IT-Dienstleistungen für eine externes Release-, Projekt- und Anforderungsmanagement zur kontinuierlichen Weiterentwicklung, Steuerung und Aufrechterhaltung des lfd. Betriebs		
Erhaltungsmanagementsystem Straße (EMS-Straße) Laufende Betriebskosten Beschaffung von der Software (VISUM) und laufende Wartungsverträge für makro- und mikroskopische Verkehrsverfahren (Ansatz für Abt. 2023: 670.000 €).....	920.000 €	920.000 €
Abteilung V Tiefbau: Bund / Länder Fachverfahren (z.B. KSU, SIB,ITWO), eBWDOK, KMRPAS, EMSI-I, BIM, GRIS und Dienstleistungen für die Server- und Datenbankbetreuung der Fachverfahren Tiefbau. Mehrbedarf wegen der Einführung neuer Verfahren (EMS_I, BIM, KMRPAS. Mehrbedarf KSU Pflegevertrag rd. 140.000 €(Ansatz 2023: 200.000 €).....	835.000 €	793.000 €
Abteilung VI Integriertes Verkehrsmanagement Weiterentwicklung von Fachverfahrenssoftware und der Sicherheitskonzeption gemäß BSI-Gesetz für kritische Infrastrukturen (Verkehrsregelungszentrale)	250.000 €	250.000 €
Kosten für den laufenden Betrieb der Verkehrsingenieurinnen- und Verkehrsingenieursarbeitsplätze (Ansatz 2023: 65.000 €).....	30.000 €	30.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Bezeichnung	2024	2025
Abteilung II Integrativer Umweltschutz Weiterentwicklung und Pflege bestehender Fachanwendungen wie u.a. AKWA (Akte Wasserbehörde), Wasserportal, Luftgütemessnetz unter Nutzung der Datenbankanwendung KOMVOR, WIB / WISKI und GeODin, GeoFES, BLUME; Umsetzung des Geologiedatengesetzes, des Umweltinformationsgesetzes und des Onlinezugangsgesetzes Lizenz- und Pflegegebühren für Fachprogramme und -datenbanken Anbindung der Fachverfahren an das System eAkte/Nscale (Ansatz: 2023: 325.000 €)	427.400 €	427.400 €
Abteilung I Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz Länderkooperation zum Länderinformationssystem für Anlagen (LIS-A) – Support- und Pflegevertrag bis Ende 2024 und laufende Kosten für die Weiterentwicklung über die Länderkooperation zum Länderinformationssystem für Anlagen (LIS-A web) gemäß Königsteiner Schlüssel, Lizenz- und Pflegekosten des elektronischen Nachweisverfahrens im DV-System zur Abfallüberwachung, Lizenz- und Pflegekosten für Luftschadstoffausbreitungssoftware (IMMIS-Luft) und Schallausbreitungsprogramme (CadnaA und SoundPlan) Service- und Pflegeverträge im Rahmen der Länderkooperation elektronische immissionsschutzrechtliche Antragstellung (ELiA), Umwelt-Natur-Informations-System (eUNIS) in den Berliner Bezirken sowie Fachverfahren Berliner Lärmüberwachungssystem (BLUES) (Ansatz 2023: 680.000 €)	1.098.500 €	1.135.500 €
Abteilung Zentrales Pflegekosten und Unterstützungsleistungen für die Anwendung FAMOS sowie verfahrensbezogene Anschlusskosten (Ansatz 2023: 66.000 €).....	20.000 €	24.000 €
Ausgaben für Verfahrenslizenzen (u.a. Adobe, ZenKit, AutoCAD, Scopeland), erwartete Ausgaben: 200.000 € höhere Ausgaben wegen gestiegener Lizenzkosten und Beschäftigtenzahl (Ansatz 2023: 79.000 €).....	240.000 €	240.000 €
Stabstelle Z eGo Neu Lizenzen Intrexx / 2024: 400 Lizenzen; 2025: 800 Lizenzen (Anwendung von Webapplikationen zur digitalen Prozesssteuerung und Ablösung von Kleinstanwend-ungen für die regelkonforme Umsetzung der IKT Architektur ab Version 1.9)	200.000 €	400.000 €
Anbindung diverser Fachverfahren an die Digitale Akte für das gesamte Ressort der SenMVKU (neu)	120.720 €	200.520 €
Aufbau eines ISMS (Informationssicherheitsmanagement System) mit u.a. automatische Richtlinien Generierung nach ISO27001. Die ISO Norm definiert Anforderungen an die Implementierung, Weiterentwicklung und laufende Kontrolle eines ISMS. Das ISMS dient dazu, die übergeordneten Schutzziele der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität von Informationen zu gewährleisten.	149.000 €	125.000 €
Ausgaben für Dienstleitungen im Zusammenhang mit der Entwicklung einer digitalen Anwendung für ein zentrales Zuwendungsverfahren (neu)	160.000 €	200.000 €
Insgesamt	**5.681.000 €**	**6.038.000 €**

Mehr für die Umsetzung laufender bzw. begonnener Projekte.

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**304.000**	**342.000**	**85.000**	**34.063,44**

Wurde bislang bei 0770/52536 MG 32 nachgewiesen.

Schulungen für den Einsatz der Fachverfahren der Senatsverwaltung (z. B. Geoinformationssysteme, Systeme im Bereich Verkehrswesen, Datenbankverfahren, CAD-Software) sowie für den Einsatz von eGovernment-Komponenten (z. B. Formularserver, Projekträume, Bilddatenbank Projekträume Bilddatenbank) im Zusammenhang mit Fachverfahren.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Neu: Schulungen für das das agile Projektmanagement, um die Projekte in der Senatsverwaltung steuernd umsetzten zu können.

Verkehrsmanagement
Spezialschulungen für Mitarbeitende im Zusammenhang mit dem Einsatz der Systeme in der Verkehrsregelungszentrale.

Mehr, weil bislang die GRISS-Schulungen aus dem Titel 51185 finanziert wurden. Sie werden ab 2024 bei der Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT nachgewiesen.

52638 (neu)	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT**	**162.000**	**112.000**		

Ausgaben für Gutachten und Konzeptionen im Zusammenhang mit dem Betrieb der verfahrensabhängigen IKT-Infrastruktur.

Im Zuge der Anbindung der Fachverfahren an die Digitale Akte ist die Einhaltung konzeptioneller Vorgaben der IKT-Architektur sicherzustellen; eingeschlossen sind die Gutachten zur Barrierefreiheit.

81240	**011**	**Investitionen für die verfahrensabhängige IKT-Technik**	**1.709.000**	**1.819.000**	**1.289.000**	**626.119,01**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.100.000**	**650.000**		
		Davon fällig 2025	**580.000**			
		Davon fällig 2026	**520.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**—**	**650.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung für überjährige Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Verkehrsinformationssystem (VISS) erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	300.000	300.000	300.000

Bezeichnung	**2024**	**2025**
Verkehrsinformationssystem Berlin (VISS) Fortsetzung des Aufbaus eines berlinweit einheitlichen Informationssystems für grundlegende statische und semi-dynamische Informationen zum Verkehrsnetz und von Verfahren zum Management des Verkehrsgeschehens, Bedarf in den Jahren 2024 und 2025 zur Aktualisierung des VISS-Gesamtsystems gemäß den sich verändernden Vorgaben der IKT-Steuerung des Landes Berlin. Auch um die politischen Ziele des Mobilitätsgesetzes, des E-Government-Gesetzes, der OpenData Verordnung, sowie auch den Beschluss zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung innerhalb des S-Bahnrings umsetzen zu können, sind weiterhin Investitionen für Systemoptimierungen bzw. -erweiterungen und/oder neue IT-Fachverfahren bzw. neue Schnittstellen erforderlich. (Ansatz 2023: 525.000 €)	450.000 €	550.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	2024	2025
Integratives Verkehrsmanagement Die Verkehrsingenieurinnen- und Verkehrsingenieursarbeitsplätze dienen der Planung und Prüfung von Schaltungen der Lichtsignalanlagen. Für laufende Anpassungen an den Stand der Technik sowie Erweiterungen beispielsweise für umfassende Simulationen und Vernetzung mit anderen Systemen wie dem Verkehrsrechnersystem werden jährlich weiterhin Mittel erforderlich. (Ansatz: 2023: 100.000 €)	100.000 €	100.000 €
Anpassung und nötigenfalls Austausch von Komponenten zur Herstellung einer kompatiblen Systemlandschaft gemeinsam mit der GB infraSignal.		
Tiefbau Straßen- und Brückeninformationssystem (Straßeninformationssystem, Bauwerksdatenbank, Schwerlasttransporte, BMS-Bauwerksmanagementsystem), Bestandsdatenmanagement (digitlalte Bestandserfassung und –prüfung, Bauwerksdokumentation, Archivierung Bestandsunterlagen), controlling und GRIS (Grünflächeninformationssystem). Mehr wegen neuer Verfahren: Erhaltungsmanagement für Ingenieurbauwerke (EMS-I) und BIM, Dienstleistungen und Lizenzen für ITWO.(Ansatz: 2022 300.000 €)	335.000 €	335.000 €
Speicherkapazitäten Anteilige Kosten der SenUMVK für die Speichersystemerweiterung im Zusammenhang mit neuen E-Government-Maßnahmen (Fortschreibung) (Ansatz: 2023 neu 264.000 €)	264.000€	264.000€
Digitale-Akte /Low Code Für die Anbindung der Fachverfahren an die **Digitale Akte,** die in 2023 eingeführt wird, sind Anforderungsanalysen nach GPO durchzuführen. Es sind Umsetzungskonzepte für die technische Umsetzung zu erstellen. Pro Jahr sollen 5 Verfahren an die Digitale Akte angebunden werden. (Schätzung pro Verfahren: 50.000 €) Bei **LOW CODE** ist es geplant die internen Prozesse gem. eGovG Berlin digital abzubilden und nach Intrexx zu überführen. Bedarf: Server (Schätzung. 50.000 €) sowie den Aufbau und Entwicklung eine Low Code Plattform sowie Weiterentwicklung der Architektur für die Web-Anwendung. (Schätzung: 100.000 €) (Ansatz neu: ab 2024)	400.000 €	400.000 €
e-Friedhof Zentrale Beschaffung von mobilen Endgeräten zur Nutzung der mobilen Komponenten in den 11 Friedhofsunterhaltungen. (Ansatz neu: ab 2024)	50.000 €	50.000 €
Grünflächeninformationssystem (GRIS Berlin) Zentrale Bereitstellung mobiler Hardware für alle GRIS-Nutzer (HV und Bezirke). Kosten v.a. für mobile Geräte für die mobilen GRIS-Komponenten Baum, Spiel und BDE (d.h. zur Unterstützung von mobilen Kontrollen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit bei Bäumen und auf Spielplätzen sowie zur mobilen Erfassung der Betriebsdaten (=BDE) zur Pflege und Unterhaltung des öffentlichen Grüns und der Bäume) (Ansatz: 2023 100.000 €)	110.000 €	120.000 €
Insgesamt	**1.709.000 €**	**1.819.000 €**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-abhängige IKT**	**252.000**	**252.000**	**44.000**	**29.671,63**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**70.000**		
		Davon fällig 2025	**30.000**			
		Davon fällig 2026	**70.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**—**	**70.000**		

150 T wurden bislang bei Kapitel 0770 nachgewiesen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss von Verträgen für die Ersatzbeschaffung des Gerätebestandes benötigt; inklusive die Kosten für die Wartungsverträge nach Ablauf der Gewährleistungsgarantie.

Erneuerung des Gerätebestandes 2024

1.	Ersatzbeschaffung von Plottern……..	40.000 €
2.	Ersatz Grafik-Arbeitsplätze und Workstations……..	20.000 €
		60.000 €

Erneuerung des Gerätebestandes 2025

3.	Ersatzbeschaffung von Plottern…….	40.000 €
4.	Ersatz Grafik-Arbeitsplätze und Workstations…….	20.000 €
		60.000 €

Neubeschaffung: 2024

Zwei neue BIM-Server……	12.000 €
Technische Ausstattung 20 BIM-AP…….	30.000 €
	42.000 €

Neubeschaffung: 2025

Zwei neue BIM-Server……....	12.000 €
Technische Ausstattung 20 BIM-AP……	30.000 €
	42.000 €

Verkehrsregelungszentrale (VKRZ)

2024

Erneuerung der Netzwerktechnik in der VKRZ (VKRZ)…….. 150.000 €

2025

Erneuerung von Backupserver, Backuplaufwerk, Bandlaufwerk Storageeinheit und Fibrechannelswitche…… 150.000 €

Summe Maßnahmegruppe 32	**9.207.000**	**9.574.000**	**5.885.000**	**3.565.359,63**
Gesamtausgaben	**31.090.900**	**38.684.900**	**29.241.200**	**37.779.981,24**
Prozentuale Veränderung	**6,3 %**	**24,4 %**		

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0700				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	26.000	26.000	25.000	58.534,48
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	9.610,00
		Gesamteinnahmen	26.000	26.000	25.000	68.144,48
411-462		Personalausgaben	10.136.700	12.032.700	8.814.100	8.368.255,86
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	27.793.200	33.381.200	23.852.100	21.755.934,74
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	1.961.000	2.071.000	1.333.000	7.655.790,64
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	-8.800.000	-8.800.000	-4.758.000	—
		Gesamtausgaben	31.090.900	38.684.900	29.241.200	37.779.981,24
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-31.064.900	-38.658.900	-29.216.200	-37.711.836,76

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001188 Service SenMVKU

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	90.779	0	
Kostenträger	2	Sachkosten	2.624.736	2.026.162	+29,54
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	2	Verrechnungskosten	1.274	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	54	0	
Projekte	0	Gemeinkosten	0	0	
		Summe Verwaltungskosten	2.716.843	2.026.162	+34,09
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	2.716.843	2.026.162	+34,09

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005556	2022	2.565.695	0	2.565.695
Kostenträger für die auftragsweise Bewirtschaftung	2021	2.026.162	0	2.026.162

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81074	2022	2.565.695	0	2.565.695
Kostensammelträger für die auftragsweise Bewirtschaftung Unterhaltung von Brunnenanlagen durch die Bezirke	2021	2.026.162	0	2.026.162

	2022	2021
Menge: Keine	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	94,44	100,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Kostenträger für Buchungen im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung zur Unterhaltung von bezirklichen Brunnenanlagen, die per Einzelvereinbarung durch die Berliner Wasserbetriebe (BWB) bewirtschaftet werden. Die wasserbetriebenen Brunnen - anlagen dienen der Entwicklung und Erhaltung des Erholungswertes von Freiflächen im Stadtraum. Sie befinden sich in öffentlichen Grünanlagen, öffentlichen Friedhöfen und auf öffentlichem Straßenland.
Die Bewirtschaftung von wasserbetriebenen Brunnenanlagen umfasst im Frühling die Inbetriebnahme, weiterhin die laufende Unterhaltung (insbesondere die ständige Reinigung), im Herbst die Außerbetriebnahme und die Prüfung nach DGUV sowie notwendige Wartungsarbeiten.
Die Regelbetriebsdauer dürfte in Berlin bei ca. 25 Betriebswochen liegen. Die Betriebsstundenzahl je Betriebswoche soll mindestens 35 Stunden und höchstens 100 Stunden betragen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005578	2022	151.148	0	151.148
Ausbildung	2021	0	0	0

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81281	2022	151.148	0	151.148
Praktische Ausbildung und Anleitung	2021	0	0	0

	2022	2021
Menge: Anzahl der Auszubildenden, Praktikanten, Praktikantinnen und der dual Studierenden	37	0
Kosten je ME in €	4.085,09	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,56	0,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	210,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,14	0,00

Alle mit der Ausbildung bzw. Praktikantenbetreuung im Zusammenhang stehende Maßnahmen, einschließlich des Betreuungs- bzw. Ausbildungsaufwandes für die Praktische Ausbildung in den Abteilungen und nachgeordneten Einrichtungen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0705 enthält die Einnahmen und Ausgaben für die Abteilung G – Grundsatz –.

Die Abteilung ist zuständig für grundsätzliche Querschnittsaufgaben der Senatsverwaltung. Sie umfasst die Verbindungsstelle der Senatsverwaltung zu Senat, Rat der Bürgermeister und Abgeordnetenhaus (einschließlich Ausschüsse) und den einzelnen Senatsverwaltungen, das Referat EU-Angelegenheiten und Internationales sowie das zentrale Rechtsreferat und Justiziariat der Senatsverwaltung.

Die Abteilung nimmt auch die Aufsicht über die Stiftung Naturschutz Berlin wahr.

B. Gender Budgeting

Gender Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0705:

Für die neu gebildete Abteilung G liegen keine separaten Daten zur Beschäftigtenstruktur vor. Diese wurden im Kapitel 0700 mit abgebildet.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**011**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.500**	**1.500**	**3.000**	**37,50**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Gebühren für Widerspruchsverfahren nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG), Gebühren für die Gewährung von Akteneinsicht oder -auskunft in Bezug auf Akten des politisch-administrativen Bereichs.

Weniger wegen Anpassung an die Einnahmen der Vorjahre.

11109	**011**	**Gerichtskosten**	**5.500**	**5.000**	**5.000**	**357,00**

Erstattung verauslagter Gerichts- und ähnlicher Kosten.

11133	**011**	**Sonstige Entgelte**	**234.000**	**200.000**	**500.000**	**476.701,65**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Entgelte aus dem Betrieb der Öffentlichen Toilettenanlagen (Betrieb gewerblicher Art)

11155	**711**	**Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen**	**23.944.000**	**29.110.000**	**18.000.000**	**35.549.660,83**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Einnahmen aus den öffentlich-rechtlichen Verträgen vom 07.12.2017, 22.12.2017, 09.01.2018 und 19.02.2019 über die Sondernutzung der öffentlichen Straßen des Landes Berlin durch Werbung.

11961	**011**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**775.000**	**365.000**	**1.850.000**	**5.846.423,76**

Erstattung von Steuerbeträgen im Zusammenhang mit dem Betrieb gewerblicher Art „Öffentliche Toilettenanlagen“

Weniger, weil mit deutlich geringeren Erstattungen zu rechnen ist.

18210	**011**	**Tilgungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlungen von Darlehen durch Dritte im Zusammenhang mit der Gewährung von Rechtsschutz für Dienstkräfte (vgl. auch Erläuterung zu Titel 86379)

		Gesamteinnahmen	**24.961.000**	**29.682.500**	**20.359.000**	**41.873.180,74**
		Prozentuale Veränderung	**22,6 %**	**18,9 %**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**818.000**	**851.000**	**887.000**	**562.282,56**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**869.000**	**903.000**	**743.000**	**718.638,37**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**70.210,39**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**16.000**	**16.400**	**18.900**	**15.010,57**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**96.600**	**96.600**	**88.500**	**92.361,38**

Ausgaben für die Rechtsdatenbanken, die juristische Literatur und sonstigen Bürobedarf

Mehr aufgrund Anpassung an die landesweiten Verträge zu den Rechtsdatenbanken.

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**8.000**	**8.000**	**7.900**	**1.503,76**

Ersatz und Ergänzung des Büroinventars, Büromaschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Ersatzbeschaffung von technischen Geräten

51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Insbesondere für die Anmietung von geeigneten Räumen für Veranstaltungen der Abteilung wie z. B. Strategieworkshops.

51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**7.000**	**7.000**	**6.000**	**—**

Insbesondere für die Anmietung von Bussen für thematische Rundfahrten und Exkursionen mit internationalen Delegationen.

Mehr wegen inflationsbedingter Preissteigerungen.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**16.000**	**17.000**	**15.000**	**2.010,70**

Teilnahme von Dienstkräften der Abteilung Grundsatz an Fachseminaren und sonstigen fachlichen Veranstaltungen, einschließlich der Ausgaben für Dienstreisen für Aus- und Fortbildung.

Mehr, weil pandemiebedingt nur wenige Fortbildungsmaßnahmen in Anspruch genommen wurden, so dass ein Nachholbedarf besteht.

52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.100.000**	**1.362.620,87**

Gerichts-, Anwalts- und ähnliche Kosten sowie Kosten von Vergleichen zur Abwehr und Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten und für Maßnahmen zur Beweissicherung in Verwaltungsstreit-, Zivilprozess-, Arbeitsgerichts-, Straf- und Bußgeldverfahren und im Zusammenhang mit Vergabe-, Normenkontroll- und Planfeststellungsverfahren, Rechtsberatungen und Rechtsgutachten

Die Ausgaben betreffen die gesamte Senatsverwaltung.

Mehr wegen zunehmender rechtlicher Auseinandersetzungen auch infolge einer Zunahme von verkehrs- und umweltpolitischen Aktivitäten.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**41.000**	**39.000**	**39.000**	**5.709,52**

Für Dienstreisen sowie Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts (Umweltkarten und Dienstfahrscheine)

Ausgaben insbesondere für Dienstreisen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Arbeit Berlins in internationalen Städtenetzwerken (z.B. Eurocities), und zur Erfüllung bestehender städtepartnerschaftlicher Verpflichtungen.

Verpflichtungen ergeben sich unter anderem aus den Abkommen über die Zusammenarbeit mit Partnerstädten Berlins und internationalen Partnerinnen und Partnern. Hierbei dienen die Dienstreisen der Intensivierung und Pflege der europäischen und internationalen Kontakte.

Mehr aufgrund gestiegener Kosten für Beförderungs- und Beherbergungsdienstleistungen, erhöhter Kosten infolge der Bevorzugung klimafreundlicher Reiseverbindungen und der zusätzlichen Aufgabe der Einwerbung von EU- und Bundesfördermitteln durch eine Zentrale Förderstelle.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**244,20**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen.

Ausgaben insbesondere im Zusammenhang mit der Betreuung von Delegationen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Partnerstädten Berlins und internationalen Kooperationspartnerinnen und -partnern.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten für Auswahlverfahren und amtliche Bekanntmachungen.

54010	**011**	**Dienstleistungen**	**370.000**	**461.000**	**65.000**	**26.705,92**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.035.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**310.000**			
		Davon fällig 2026	**320.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**330.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**75.000**	**—**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss vierjähriger Verträge für Unterstützungsleistungen für die Einwerbung, Beantragung, Abwicklung und Abrechnung von EU- und Bundesfördermitteln bzw. entsprechender Vorhaben erforderlich.
Die Ausgaben sind vorgesehen für externe Dienstleistungen im Aufgabenbereich der Abteilung, insbesondere für Unterstützungsleistungen bei der Einwerbung, Beantragung, Abwicklung und Abrechnung von EU- und Bundesfördervorhaben, für die Betreuung europapolitischer und internationaler Projekte und Vorhaben sowie für weitere Dienstleistungen durch Dritte.

Mehr in Folge der Wahrnehmung der neuen Aufgabe einer zentralen Förderstelle für EU- und Bundesfördermittel im Fachkontext der SenMVKU.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**240.000**	**160.000**	**140.000**	**15.294,00**

Ausrichtung und Betreuung von europäischen und internationalen Veranstaltungen (z.B. Kongresse, Seminare, Workshops, Symposien), u.a. im Rahmen der europäischen und internationalen Städtenetzwerke ICLEI, C40 und EUROCITIES und der Abkommen über die Zusammenarbeit mit Partnerstädten Berlins und internationalen Partnern.

Mehr in 2024 aufgrund der vorgesehenen Ausrichtung des EUROCITIES-Umweltforums in Berlin, sowie aufgrund der allgemein gestiegenen Kosten für Veranstaltungsservice und vor dem Hintergrund einer möglichst klimaneutralen Gestaltung der Veranstaltungen.

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**58.000**	**4.680.000**	**80.000**	**—**

Abführung der Umsatzsteuer für den Betrieb gewerblicher Art „Öffentliche Toilettenanlagen“ sowie die Abführung von Steuern im Rahmen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand

Mehr wegen Umsatzsteuerabführungen für die Einnahmen aus den Werberechtsverträgen für den Fall, dass die Einnahmen aus den Werberechtverträgen umsatzsteuerpflichtig werden.

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu den Titeln 11105, 11133 und 11155. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Einnahmen aufgrund der Erhebung der Umsatzsteuer geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sonstige unvorhergesehene oder sachlich nicht anderen Titeln zuzuordnende Ausgaben, insbesondere für allgemeine Verbrauchsmittel, Transporte oder Vervielfältigungen von Gerichtsakten.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54083	**645**	**Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen**	**16.671.000**	**15.722.000**	**14.286.000**	**12.787.442,68**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 762.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren:

in €	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.600.000	10.500.000	88.900.000
VE 2023	3.276.000	552.000	4.416.000

Ausgaben für öffentliche Toilettenanlagen, insbesondere Zahlungen an die Wall GmbH nach dem Toilettenvertrag und an die Berliner Wasserbetriebe (BWB) nach dem Vertrag zur Überwachung und Steuerung der Durchführung des Toilettenvertrags.

Über den Innovationsförderfonds stehen zusätzliche Mittel für die Erprobung ökologischer und klimafreundlicher autarke Toiletten für die grundhafte Erneuerung und für den Ausbau der Toiletteninfrastruktur im Berliner Grün (762.000 € in 2024) zur Verfügung.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

86379	**011**	**Darlehen für Rechtsverteidigung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Darlehen für die Rechtsverteidigung im Rahmen der Gewährung von Rechtsschutz in Strafsachen für Dienstkräfte (vgl. auch Erläuterung zum Titel 18210)

	Gesamtausgaben	**20.724.600**	**24.475.000**	**17.490.300**	**15.660.034,92**
	Prozentuale Veränderung	**18,5 %**	**18,1 %**		

Abschluss Kapitel 0705

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**24.961.000**	**29.682.500**	**20.359.000**	**41.873.180,74**
	Gesamteinnahmen	**24.961.000**	**29.682.500**	**20.359.000**	**41.873.180,74**
411-462	**Personalausgaben**	**1.705.000**	**1.772.400**	**1.650.900**	**1.366.141,89**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**19.018.600**	**22.701.600**	**15.838.400**	**14.293.893,03**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**20.724.600**	**24.475.000**	**17.490.300**	**15.660.034,92**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**4.236.400**	**5.207.500**	**2.868.700**	**26.213.145,82**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001190 Aufgaben der Daseinsvorsorge

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	105.644	97.360	+8,51
Kostenträger	1	Sachkosten	12.360.960	0	
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	1	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	375.880	310.755	+20,96
Projekte	0	Gemeinkosten	120.608	5.598.147	-97,85
		Summe Verwaltungskosten	12.963.091	6.006.261	+115,83
		Transfers	405	0	
		Gesamtsumme	12.963.496	6.006.261	+115,83

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005565	2022	12.963.091	405	12.963.496
Besondere Aufgaben der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	2021	6.006.261	0	6.006.261

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81204	2022	12.963.091	405	12.963.496
Aufgabe der Daseinsvorsorge – Öffentliche Toiletten	2021	6.006.261	0	6.006.261

	2022	2021
Menge: Anzahl der Standorte	318	292
Kosten je ME in €	40.764,44	20.569,39
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	100,00	100,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	476.701,65	0,00
Kostendeckungsgrad in %	3,68	0,00

Beschaffung und Betrieb der Öffentlichen Toiletten im Berliner Straßenland als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge.

Fachspezifische Informationen

Öffentliche Toiletten gehören zur Daseinsvorsorge in einer lebenswerten Stadt. Berlin braucht ein breites Angebot qualitativ hochwertiger und barrierefreier öffentlicher Toiletten. Das vorhandene Angebot an öffentlichen Toiletten soll verbessert werden. Das hierfür im Jahr 2017 erstellte Toilettenkonzept wird dabei sukzessive im Wege der Beschaffung und der Beauftragung des Betriebs von Toilettenanlagen umgesetzt und nach Auswertung des erreichten Stands weiterentwickelt.
Ab dem Jahr 2022 wird dieses Produkt im Kapitel 0705 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001193 Rechts- und übergeordnete Angelegenheiten

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	1.275.062	1.377.722	-7,45
Kostenträger	2	Sachkosten	413.856	1.504.114	-72,49
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	0	Verrechnungskosten	4.755	4.225	+12,55
MGF	2	kalkulatorische Kosten	323.070	383.309	-15,72
Projekte	0	Gemeinkosten	1.418.914	540.128	+162,70
		Summe Verwaltungskosten	3.435.657	3.809.498	-9,81
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	3.435.657	3.809.498	-9,81

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005574	2022	3.435.657	0	3.435.657
Ministerielle Angelegenheiten	2021	3.809.498	0	3.809.498

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81255	2022	1.042.609	0	1.042.609
Ministerielle Angelegenheiten, EU-Angelegenheiten und Internationales (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	861.448	0	861.448

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	30,35	22,61
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Koordination und Steuerung der internationalen Beziehungen und Kontakte sowie der europapolitischen und internationalen Angelegenheiten der SenMVKU; Koordinierung der Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der Europakompetenz; Konzeption und Koordinierung der hausinternen Maßnahme eines europäischen Verwaltungsaustausches (EVA) im Rahmen des Wissenstransfers

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81256	2022	2.393.048	0	2.393.048
Ministerielle Angelegenheiten, Grundsatzangelegenheiten und Recht, Politische Koordinierung auf Landesebene (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.948.051	0	2.948.051

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	69,65	77,39
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Rechtsangelegenheiten: Rechtsberatung und Rechtsvertretung, Rechtskontrolle, Prozessführung, Vertragsverhandlungen, Eingriffsrecht, Widerspruchsbescheide nach IFG.

Politische Koordinierung auf Landesebene: Konzeptionelle, koordinierende und inhaltliche Vor- und Nachbereitung von Sitzungen des Senats und der Staatssekretärskonferenz sowie weiterer Gremien im Rahmen der Aufgabenstellung; Geschäftsstelle der Bezirksstadträtesitzungen Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Inhaltliche Bearbeitung von Anfragen aller Art, Petitionen, Anträgen, Vorlagen und Schreiben. Mitgestaltung/Erstellung von Rechtsvorschriften (Gesetze, Rechtsverordnungen) und von Verwaltungsvorschriften. Ressortkoordination Berlin/Brandenburg; Informationsaufbereitung für die und von der Hausleitung.

Behördlicher Datenschutz: Wahrnehmung der Aufgaben des Behördlichen Datenschutzbeauftragten für SenMVKU und nachgeordneten Behörden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte dieses Einzelplans veranschlagt. Es handelt sich dabei um

bereits vor Auflösung des ZeP vorhandene Überhangkräfte, die nicht zum bisherigen Kapitel 2809 – Zentrales Personalüberhangmanagement – versetzt werden mussten (Ausnahmen von der Versetzungspflicht),

um Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement – EZeP – in die Dienststelle versetzt worden sind

Dienstkräfte, die nach Auflösung des ZeP in diesem Personalwirtschaftsbereich neu dem Personalüberhang zugeordnet worden sind.

Die Unterscheidung der drei unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merksatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften VV Prämie, VV Teilausgleiche, VV Rente und VV Besitzstand. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	167.000	174.000	213.000	213.360,58
42801	860	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	1.237.000	1.286.000	1.547.000	1.366.088,12
42850	860	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000	1.000	—
44100	860	Beihilfen für Dienstkräfte	26.100	26.900	16.800	24.622,48
		Gesamtausgaben	1.431.100	1.487.900	1.777.800	1.604.071,18
		Prozentuale Veränderung	-19,5 %	4,0 %		
		Abschluss Kapitel 0709				
411-462		Personalausgaben	1.431.100	1.487.900	1.777.800	1.604.071,18
		Gesamtausgaben	1.431.100	1.487.900	1.777.800	1.604.071,18
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-1.431.100	-1.487.900	-1.777.800	-1.604.071,18

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0710 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung I – Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –.

Die Abteilung ist zuständig für die Umweltpolitik, die umweltbezogene Nachhaltigkeitspolitik, Umwelt und Digitalisierung, Umweltförderung, EU- und überregionale Angelegenheiten, fachübergreifendes Umweltrecht, Kreislaufwirtschaft und Abfallentsorgung, Stadtsauberkeit, umweltfreundliche Beschaffung, Ressourcenschonung und den Immissionsschutz. Ihre Aufgaben sind als Bestandteil der Daseinsfürsorge des Landes und der Kommune darauf orientiert, die nachhaltige Stadtentwicklung der Bundeshauptstadt mit zu gestalten, eine gesunde Umwelt zu erhalten und die wertvollen natürlichen Ressourcen zu schützen. Die Umweltgerechtigkeitskonzeption setzt dabei einen Rahmen, der Umweltbelastungen in der Stadt transparent und damit verbundene Handlungsbedarfe sichtbar macht. Am Vorsorgeprinzip und dem Stand der Technik orientierte umweltrechtliche Genehmigungsverfahren und Überwachungen von Anlagen und Abfallströmen unterstützen die Wirtschafts- und Industriepolitik des Senats durch Schaffung von Akzeptanz in der Bevölkerung und Gewährleistung von Rechtssicherheit.

Die Umweltpolitik und Umweltförderung leisten in allen gesellschaftlichen Bereichen einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit Berlins. Die großen Krisen und Herausforderungen der Gegenwart – Klimawandel, Biodiversitätsverlust, der Krieg in der Ukraine, aber auch die Energie- und Mobilitätswende – haben eine tiefgreifende Auswirkung auf den Umweltschutz. Die Entwicklung von Antworten und Handlungsansätzen für umweltpolitische Fragestellungen sind eine Grundvoraussetzung für die nachhaltige Transformation der Gesellschaft. Fortschritte in diesem Bereich sind für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, zu denen das Land Berlin sich verpflichtet hat, besonders relevant. Die Digitalisierung als übergreifender Megatrend bietet für die Umweltpolitik und -verwaltung vielfältige Chancen, stellt aber auch eine Herausforderung mit mittelfristig anwachsendem Begleitbedarf dar. Diese Themen sollen zielgerichtet in einer Berliner Nachhaltigkeitsstrategie aufgegriffen werden. Diese Arbeit wird flankiert durch die Konzeption einer Landeskoordination Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Mit dem Freiwilligen Ökologischen Jahr ist bereits seit Jahren ein bedeutendes Projekt der Bildung für Nachhaltige Entwicklung in der Abteilung verankert. (Nähere Erläuterungen zum Projekt **Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)** finden sich unter **B. Gender Budgeting**
Durch die Mitwirkung an den Rechtsetzungsverfahren der EU und des Bundes werden die besonderen Interessen des Stadtstaates Berlin gewahrt und die umweltpolitischen Gestaltungsspielräume des Landes Berlin genutzt. Der Einfluss der EU auf die Rechtsetzung im Umweltbereich ist weiterhin hoch und über weite Strecken bestimmend für den sich im Vollzug ergebenden Aufwand. Für die Gestaltung einer nachhaltigen sozial-ökologischen Transformation sind weitreichende politische Entscheidungen und Anpassungen des Rechtsrahmens auf Unions- und Bundesebene notwendig, die im Interesse des Landes Berlins begleitet werden müssen. Dazu dient die aktive Mitwirkung in den Ausschüssen des Bundesrates wie auch in den Bund-Länder-Arbeitskreisen der Umweltministerkonferenz. Die Bedeutung von Klima- und Umweltschutzförderung in der EU wächst kontinuierlich, was sich im steigenden finanziellen Beitrag des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung über die Förderperioden 2014-2020 und 2021-2027 niederschlägt. Aus dem Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE bzw. BENE II, veranschlagt in Maßnahmengruppe 03) werden schwerpunktmäßig Projekte zur Minderung der CO_2-Emissionen in Unternehmen, öffentlicher Infrastruktur und im Verkehr gefördert. Weiterhin unterstützt das Programm BENE II Maßnahmen zur Klimaanpassung, den Schutz und Erhalt der Natur, der biologischen Vielfalt und der grünen Infrastruktur im städtischen Umfeld und die Verringerung jeglicher Form von Umweltverschmutzung, insbesondere von Lärm- und Luftbelastungen. Im neuen BENE II ist zusätzlich auch die Förderung dezentraler, flexibler, auf erneuerbaren Energien basierender Energie- und Wärmesysteme sowie Speicher möglich. Die Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption bietet einen datenbasierten Handlungsrahmen für Maßnahmen zur Reduzierung von Umweltbelastungen in den Berliner Bezirken. Ihre wissenschaftlich begleitete methodische Weiterentwicklung und Fortschreibung dient als Ansatzpunkt für umweltpolitische Debatten und Entscheidungen.

Die Kreislaufwirtschafts- und Ressourcenpolitik hat eine Schlüsselstellung für die nachhaltige Entwicklung, insbesondere für die ökologische und zirkuläre Wirtschaftsweise. Sie ist bestimmt durch die Maxime, den Verbrauch der natürlichen Ressourcen pro Einwohner und absolut zu senken sowie durch die fünfstufige Abfallhierarchie: Vermeiden, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung (insbesondere energetische Verwertung und Verfüllung) und Beseitigung. Ziel ist eine vorsorgende Kreislaufwirtschafts- und Abfallpolitik, die bereits bei der Entwicklung der Produkte eine spätere Verwertung berücksichtigt und damit zu einer geschlossenen und auf Hochwertigkeit und Schadstoffausschleusung ausgerichteten Kreislaufwirtschaft führt. Diese Zielsetzung erfordert einen planmäßigen Vollzug der bestehenden Rechtsvorschriften als Voraussetzung für die Evaluierung der Abfallwirtschaftsplanung. Durch Zero-Waste-Maßnahmen sowie die Nutzung des Abfalls als Sekundärrohstoff und als teilweise CO_2-neutraler Energieträger soll die Berliner Abfallwirtschaft in den nächsten Jahren nachhaltig weiterentwickelt werden. Dadurch wird ein bedeutender zusätzlicher Beitrag für die Realisierung der klimapolitischen Ziele des Landes Berlin geleistet. Durch umweltschutz- und ressourceneffizienzorientierte vergaberechtliche Vorgaben und Schulungen in der Verwaltung und bei Marktteilnehmern schafft Berlin einen Leitmarkt und geht mit der Beschaffung entsprechender Produkte und Dienstleistungen mit gutem Beispiel und mit dem Ziel der klimaneutralen Verwaltung voran. Die Ressourcen- und Ressourceneffizienzpolitik soll stärker darauf abzielen, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft bei gleichbleibender Lebensqualität insbesondere zu einem geringeren Rohstoffverbrauch zu bewegen. Dafür muss der Input in das volkswirtschaftliche System reduziert werden, und zwar durch Effizienzsteigerungen bei Dienstleistungen und Produktion, durch Konsumänderungen, Änderung der Geschäftsmodelle und Suffizienzinitiativen. Dies erfolgt im Einklang mit dem Green Deal der Europäischen Union und den entsprechenden bundespolitischen Zielen sowie dem Abfallvermeidungsprogramm des Bundes und der Länder. Der Vollzug des Kreislaufwirtschaftsrechts ist der Schlüssel durch den sowohl garantiert wird, dass Produkt- und Registrierungs- und Dokumentationsstandards eingehalten werden und damit eine zirkuläre Wirtschaftsweise ohne Schadstoffe möglich wird, als auch Getrenntsammlungsvorgaben und damit hochwertige Kreislaufführungswege

von Abfällen sichergestellt sind. Auch die (abfallrechtliche) Marktüberwachung nimmt in ihrer Bedeutung entsprechend weiter zu.

Im Mittelpunkt der Luftreinhaltung steht die Herausforderung, die gesetzlichen Luftqualitätsgrenzwerte für Stickstoffdioxid (NO_2) und Feinstaub PM10 gemäß §§ 3 und 4 der 39. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (39. BImSchV) dauerhaft und sicher einzuhalten. Da die Grenzwerte für NO_2 bereits seit 2010 einzuhalten waren, wurde Berlin im Oktober 2018 vom Verwaltungsgericht dazu verurteilt, den Luftreinhalteplan für Berlin bis März 2019 so fortzuschreiben, dass dieser die erforderlichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung des Grenzwertes für Stickstoffdioxid im Stadtgebiet Berlin enthält. Zu den erforderlichen Maßnahmen gehören laut Gericht auch Fahrverbote ab Juni 2019 für besonders hoch belastete Straßen. Um Fahrverbote im Umfang und auch in ihrer zeitlichen Dauer auf ein Minimum zu beschränken, enthält die zweite Fortschreibung des Luftreinhalteplans, wie vom Senat im Juli 2019 beschlossen, ein breites Maßnahmenspektrum zur Reduzierung verkehrsbedingter Emissionen und Immissionen. Im Jahr 2020 konnte der Grenzwert für NO_2 zwar erstmals an allen verkehrsnahen Stationen eingehalten werden, jedoch unterstützt durch die Reduktion der Verkehrsmengen aufgrund der Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Krise. In den Jahren 2022 und 2023 kann es daher wieder zu stärkeren Verkehrsbelastungen kommen. Insbesondere hinsichtlich des Grenzwertes für Stickstoffdioxid besteht deshalb weiter die Gefahr von Überschreitungen an einigen Hauptverkehrsstraßen. Es müssen daher also weiterhin Maßnahmen zur Reduzierung der verkehrsbedingten Stickoxid-Emissionen umgesetzt werden, um die erreichte Grenzwerteinhaltung dauerhaft zu sichern und die Luftqualität zum Schutz der Gesundheit weiter zu verbessern. Andererseits ist eine Verbesserung der Situation in einigen hochbelasteten Straßenabschnitten absehbar, sodass die Einhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte dauerhaft gewährleistet werden kann und dort verkehrsbeschränkende Maßnahmen zurückgenommen werden können. Um eine entsprechende Anpassung der Maßnahmen im Berliner Luftreinhalteplan vornehmen zu können, wird in der zweiten Jahreshälfte 2023 eine dritte Fortschreibung des Plans erfolgen. Neben der Minderung der NO_2-Belastung sind auch weiterhin Maßnahmen zur Reduzierung von Feinstaub notwendig, da auch für diesen Luftschadstoff in meteorologisch ungünstigen Jahren Grenzwertüberschreitungen nicht vollständig ausgeschlossen werden können. Zusätzliche Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen von Kleinfeuerungsanlagen, Kaminen, Laubbläsern und Böllern werden geprüft. Zudem hat sich das Land Berlin im Rahmen des internationalen C40-Städtenetzwerkes dazu verpflichtet, die Luftqualität bis 2030 den sehr viel ambitionierteren, von der WHO empfohlenen und kürzlich verschärften, Richtwerten für Feinstaub und Stickstoffdioxid anzunähern. Hierfür sind weitere Maßnahmen in Berlin notwendig. Dazu wird eine Luftreinhaltestrategie 2030 entwickelt. Dabei sollen Synergien mit der Klimaschutzpolitik, der Lärmminderungsplanung und der Verkehrsplanung – hier im Zusammenhang mit der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Mobilität und Verkehr- verstärkt genutzt werden. Es besteht verstärkter Handlungsdruck nach schneller Realisierung von Maßnahmen sowie deren wirkungsseitige Evaluation, Datenerhebungen und Modellrechnungen für die künftige dritte Fortschreibung des Luftreinhalteplans und die Luftreinhaltestrategie 2030. Dies umfasst auch Modellprojekte zur Emissionsminderung an Fahrzeugen und Erprobung innovativer sauberer Antriebe. Der Nachweis der Wirkung von Maßnahmen gehört auch zu den Forderungen des Verwaltungsgerichts Berlin im Urteil vom 9.10.2018.

Schwerpunkt der Lärmaktionsplanung in den Jahren 2024 bis 2025 wird die Planung und Realisierung von Lärmminderungsmaßnahmen auf Grundlage der in der Fortschreibung des Lärmaktionsplans formulierten Strategien sein. Hierzu zählen insbesondere die im Lärmaktionsplan beschlossenen Tempo 30-Konzepte, deren Entwicklung und Umsetzung sukzessive derzeit und in den nächsten Jahren erfolgen wird. Der Lärmaktionsplan wird entsprechend der rechtlichen Vorgabe § 47d Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) alle fünf Jahre fortgeschrieben. Die Fortschreibung des Lärmaktionsplans ist für Mitte 2024 vorgesehen. Daraus werden weitere Lärmminderungsmaßnahmen entwickelt werden, die auch in den Jahren 2026 bis 2027 in die Umsetzung kommen werden. Die Strategie der Berliner Lärmaktionsplanung setzt dabei auf Vorbeugung und Sanierung an der Quelle. Im Vordergrund steht die weitere Realisierung von Lärmminderungsmaßnahmen an den Straßen, z. B. mit dem verstärkten Einbau lärmarmer Asphaltbauweisen im Rahmen anstehender Fahrbahnsanierungen sowie verkehrsplanerische und straßenräumliche Maßnahmen. Durch konsequente Fortführung und Verstärkung der bisherigen Aktivitäten und durch weitere verkehrsplanerische Maßnahmen (z.B. durch Umsetzung der Anforderungen des Mobilitätsgesetzes) soll in den nächsten Jahren eine deutliche Reduzierung der durch den Kraftfahrzeugverkehr verursachten Lärmbetroffenheit sichergestellt werden. Weiterhin sind erhebliche Anteile der Berliner Bevölkerung im Bereich des Berliner Hauptstraßennetzes nachts von Pegeln oberhalb der gesundheitsrelevanten Schwelle von 55 dB(A) betroffen. Neue Straßenbahnstrecken werden auf eigenem Gleiskörper und mit lärmarmen Gleisen errichtet. Bestehende Strecken werden lärmarm saniert. Zudem steht eine Ausrüstung der Straßenbahnfahrzeuge mit Geräten zur Minderung des Kurvenquietschens an. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Fortsetzung der Integration der Lärmschutzbelange in alle städtischen Planungsebenen, dies ist insbesondere im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt und der zunehmenden Innenverdichtung von hoher Bedeutung, um das Entstehen neuer Lärmschwerpunkte und teure Sanierungen zu vermeiden. An den lauten Straßen, an denen keine aktiven Maßnahmen zur Lärmminderung möglich sind, wird mit dem Förderprogramm „Passiver Schallschutz“ der Einbau von Schallschutzfenstern erleichtert, um so zumindest den Wohnraum wirksam zu schützen. Dazu soll das erfolgreiche Schallschutzfensterprogramm fortgesetzt werden.

Angesichts des Wachsens der Stadt stellt die Begleitung von Planungs- und Genehmigungsverfahren durch immissionsschutzfachliche Expertise eine immer wichtigere Aufgabe dar, um nachhaltig gute Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu sichern.

Bei der Genehmigung und Überwachung der nach Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftigen Anlagen rückt die Bewältigung der Konflikte zwischen genehmigungsbedürftigen Anlagen und heranrückender Wohnbebauung oder sonstiger schutzwürdiger Bebauung zunehmend in den Fokus. Aufgrund der wachsenden Stadt wird Wohnbebauung oftmals in der Nähe von emittierenden genehmigungsbedürftigen Anlagen geplant. Teilweise betrifft dies sogar sog. Störfallanlagen, bei denen ein Sicherheitsabstand zu schutzwürdiger Nutzung langfristig gewahrt sein sollte. Diese Konflikte gilt es zu lösen, wobei sowohl auf die Rechte der Anwohner als auch auf die der Betreiber von genehmigungsbedürftigen Anlagen Rücksicht genommen werden sollte. Ansonsten ist zu befürchten, dass einerseits die Gewerbebetriebe in Berlin kaum noch Entwicklungsmöglichkeiten haben und aus Berlin vertrieben werden. Andererseits könnten Anwohner durch Emissionen von benachbarten Gewerbebetrieben belastet werden. Weiterhin ist die Abteilung zuständig für die Überwachung genehmigungsbedürf-

tiger Anlagen, insbesondere auch von Störfallanlagen, zur Gefahrenabwehr, d.h. zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor schweren Schäden. Rechtssichere immissionsschutzrechtliche Rahmenbedingungen für öffentliche Veranstaltungen im Freien sind für Veranstalter und die betroffene Nachbarschaft ein wesentlicher Faktor für einen angemessenen und berechenbaren Interessenausgleich. Der Vollzug des LImSchG Bln und der dazu erlassenen Ausführungsvorschriften erfolgt für Veranstaltungen mit gesamtstädtischer Bedeutung hier zentral. Mit der Bezirksebene finden eine fortlaufende Abstimmung und ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch statt. Für Berlin als Standort für Kultur und Tourismus wird dadurch ein wichtiger Beitrag geleistet. Das hohe Niveau der behördlichen Serviceleistung ist aufrechtzuhalten. Die Zahl der Beschwerden bei Baustellen und der Ausnahmezulassungsverfahren für Bauarbeiten in besonders geschützten Tageszeiten bewegt sich auf einem sehr hohen Niveau. Eine zeitnahe Bearbeitung wird angesichts der schnellen Änderungen auf den Baustellen für ein bürgernahes Beschwerdemanagement und dem häufig bestehenden Termindruck auf Baustellen insbesondere bei Großbaustellen und Infrastrukturvorhaben angestrebt. Dazu ist ein intensiver Personaleinsatz mit einschlägig erfahrenen Mitarbeitern erforderlich, die eine pragmatische Verfahrensweise und die nötigen Konfliktlösungen gewährleisten.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

B. Gender Budgeting

Mit dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) wird ein erfolgreiches Projekt der Umweltbildung und des freiwilligen Engagements im Umweltbereich weiter fortgeführt. Das FÖJ integriert umweltbezogene und arbeitsmarktpolitische Schwerpunktsetzungen, es dient der beruflichen Orientierung, Teilqualifizierung und Vorbereitung auf zukünftige Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse. In Berlin liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund und der Qualifizierung in Bereichen zukunftsfähiger Technologien. Auch sollen verstärkt Jugendliche mit Schulabschlüssen der Sekundarstufe I für die Durchführung eines FÖJ gewonnen werden. Insgesamt stehen im FÖJ 360 Plätze zur Verfügung. Im Projektjahr 2021/22 haben insgesamt 412 Jugendliche/junge Erwachsene ein FÖJ begonnen, davon 66,02 % weiblich, 33,52 % männlich und 1,46 % divers. Das FÖJ Berlin wird aus Mitteln des ESF, des Landes, des Bundes und der Einsatzstellen finanziert (veranschlagt in Maßnahmengruppe 02). Der geplante Mitteleinsatz für 2023 beträgt insgesamt (inkl. der Mitteleinsätze des Bundes und der Einsatzstellen) rd. 4,66 Mio. €.

Gender Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0710:

0710	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	5	8	6	7	7	7
Relativer Teil	38,46%	61,54%	46,15%	53,85%	50,00%	50,00%
Ressourcen (in T €)	442	747	526	675	617	668
Ressourcen pro Kopf (in T€)	88	93	88	96	88	95
Absoluter Anteil	54	31	63	39	67	38
Relativer Anteil	63,53%	36,47%	61,76%	38,24%	63,81%	36,19%
Ressourcen (in T €)	3.153	2.064	4.266	2.709	4.566	2.552
Ressourcen pro Kopf (in T €)	58	67	68	69	68	67

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

0710	2020		
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat in €
Führungskräfte			
w	579.898	6,31	7660
m	668.336	6,98	7985
Mitarbeitende			
w	4.231.362	58,43	6035
m	2.512.338	35,48	5901

Eine Ressourcenverteilung kann geringer sein, als bei einer Berechnung der durchschnittlichen Einkommen. Das Jahreseinkommen orientiert sich an der VZÄ; der Ressourcenverbrauch orientiert sich an der Kopf-Zahl.

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans – Teil D.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11102	**331**	**Ersatzvornahmen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Rückflüsse aus Ersatzvornahmen aufgrund des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und Maßnahmen des unmittelbaren Zwanges nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz

Es wird unterstellt, dass den Ausgaben bei Titel 54012 gleich hohe Einnahmen beim Titel 11102 gegenüberstehen.

11149	**332**	**Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz**	**768.000**	**768.000**	**748.000**	**912.471,43**

In den Jahren 2024 und 2025 werden jeweils folgende Einnahmen erwartet:

Gebühren für:

1.	die Genehmigung, die Planfeststellung und sonstige ordnungsbehördliche Maßnahmen für Anlagen nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes einschließlich § 16 StörfallVO und nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (2023: 445.000 €)	445.000 €
2.	Ausnahmen, Genehmigungen und Anordnungen nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz und Bundes-Immissionsschutzgesetz, Ausnahmen nach der 32. Bundes-Immissionsschutzverordnung, Bereich Lärmschutz (2023: 260.000)	280.000 €
3.	die Bekanntgabe von Messstellen nach den §§ 26, 28 Bundes-Immissionsschutzgesetz, die Probeentnahme und Untersuchungen von Heizöl und Kraftstoffen und die Auskünfte nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz in Verbindung mit dem Umweltinformationsgesetz (2023: 30.000 €)	30.000 €
4.	die Tatbestände nach dem untergesetzlichen Regelwerk zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (2023: 5.000 €)	5.000 €
5.	die Bearbeitung von Anzeigenverfahren nach § 18 Kreislaufwirtschaftsgesetz und den Vollzug des Verpackungsgesetzes (2023: 2.500 €)	2.500 €
6.	die Bestellungen zu bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern (2023: 5.000 €)	5.000 €
		767.500 €
	rd.	768.000 €

Mehr zu Nr. 2 aufgrund einer angestrebten Anpassung der Umweltgebührenordnung.

11201	**332**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**35.000**	**35.000**	**35.000**	**57.239,50**

Geldbußen und Verwarnungsgelder einschließlich Verfahrenskosten wegen Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, das Bundes-Immissionsschutzgesetz und das Landes-Immissionsschutzgesetz Berlin

11921	**332**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**4.330,27**

Insbesondere Rückzahlungen aus nicht verwendeten Zuwendungen für Projektförderungen

Die Einnahmen sind geschätzt.

11934	**332**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**—**	**500,00**
11979	**332**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**36,00**

Insbesondere Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung und Einnahmen aus Insolvenzverfahren

16210	**332**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zinsleistungen bei Rückforderungen

23290	**332**	**Zweckgebundene Einnahmen von Ländern für konsumtive Zwecke**	**—**	**—**	**—**	**15.000,00**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27292	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
27295	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
27296	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
27297	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
34696	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen (Förderperiode 2014-2020)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
34697	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen (Förderperiode 2021-2027)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
38103	**890**	**Verrechnungen von kommunalen Anteilen an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Freiwilliges Ökologisches Jahr**				
27292	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**2.000.000**	**2.020.000**	**627.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68492.

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) erhält Berlin Mittel der neuen Förderperiode nach dem „Operationellen Programm des Landes Berlin für den Europäischen Sozialfonds 2021-2027“ für Zuwendungen an Maßnahmenträger im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres.

Die entsprechenden Ausgaben werden bei Titel 68492, die Komplementärfinanzierung aus Landesmitteln wird bei Titel 68456 nachgewiesen.

27295	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**1.566.000**	**3.053.414,90**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Beendigung der Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) werden Erstattungszahlungen der EU aus offenen Zahlungsanträgen im Einzelplan 13 nachgewiesen.

Summe Maßnahmegruppe 02	**2.000.000**	**2.020.000**	**2.193.000**	**3.053.414,90**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung -BENE/BENE II-**				
27296	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**261.000**	**788.363,06**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				

Nach Beendigung der Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) werden Erstattungszahlungen der EU aus offenen Zahlungsanträgen im Einzelplan 13 nachgewiesen.

27297	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**769.000**	**925.000**	**2.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 54697.				

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) erhält Berlin Mittel zur Begleitung und Umsetzung des Nachfolgeprogramms für das Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE II).

Die entsprechenden Ausgaben werden bei Titel 54697, die Komplementärfinanzierung aus Landesmitteln wird bei Titel 54602 nachgewiesen.

34696	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen (Förderperiode 2014-2020)**			**77.047.000**	**18.567.295,02**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				

Nach Beendigung der Förderperiode 2014-2020 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) werden Erstattungszahlungen der EU aus offenen Zahlungsanträgen im Einzelplan 13 nachgewiesen.

34697	**332**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen (Förderperiode 2021-2027)**	**28.840.000**	**30.900.000**	**9.888.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 88308 und 89220.				

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) erhält Berlin Mittel für die neue Förderperiode nach dem „Operationellen Programm des Landes Berlin für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung in der Förderperiode 2021-2027 für Infrastrukturmaßnahmen und Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen eines Nachfolgerprogramms für das Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENEII). (vgl. auch Erläuterungen zu den Titeln 88308 und 89220).

38103	**890**	**Verrechnungen von kommunalen Anteilen an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung**	**7.210.000**	**7.725.000**	**8.450.000**	**4.726.467,68**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 88308.				

Anteile öffentlicher Träger an Infrastrukturmaßnahmen des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung (BENE II) (vgl. auch Erläuterung zu Titel 88308)

Da die Projekte meist kurzfristig ausgewählt werden, können die jeweiligen Dienststellen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans noch keine Ansätze für ihre kommunalen Eigenanteile bilden. Deshalb wird für eine ausgeglichene Veranschlagung der internen Verrechnungen in Höhe der erwarteten Eigenanteile im Kapitel 2729 ein zentraler Ansatz bei dem Titel 98103 gebildet. Unabhängig davon sind die Eigenanteile nach erfolgter Auswahl der Maßnahmen im Rahmen der Ausführung des Haushaltsplans bei den jeweiligen Dienststellen gegen Ausgleich innerhalb des Einzelplans bei dem Titel 98103 auszuweisen.

Summe Maßnahmegruppe 03	**36.819.000**	**39.550.000**	**95.648.000**	**24.082.125,76**
Gesamteinnahmen	**39.730.000**	**42.481.000**	**98.731.000**	**28.125.117,86**
Prozentuale Veränderung	**-59,8 %**	**6,9 %**		

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.535.000**	**3.677.000**	**3.209.000**	**2.899.680,17**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**5.060.000**	**5.263.000**	**4.912.000**	**4.967.072,86**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**242.000**	**252.000**	**293.000**	**233.386,22**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**168.000**	**173.000**	**181.000**	**158.173,02**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**26.000**	**26.000**	**26.000**	**23.022,99**

Allgemeiner Geschäftsbedarf, Fachbücher und Fachzeitschriften, Loseblattsammlungen einschließlich Ergänzungslieferungen, Postgebühren und Ausgaben für die Datenfernübertragung

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**24.000**	**23.000**	**20.800**	**25.577,20**

Wartung, Reparaturen sowie Ersatz und Ergänzung von Büroinventar- und -maschinen; Wartung, Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von technischen Geräten für Industrie- sowie Transport- und Stoffstromkontrollen von Abfällen

Mehr aufgrund der Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre

51403	**331**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**4.200**	**4.200**	**4.200**	**2.683,91**

Betriebsstoffe, Steuern und laufender Unterhalt für vier Dienstfahrzeuge in den Bereichen Straßenreinigung, Abfall und Immissionsschutz

51408	**331**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**1.600**	**1.600**	**3.100**	**757,74**

Sicherheits- und Schutzbekleidung für Ortsbesichtigungen und Überwachungen von Baustellen und Anlagen sowie für Transportkontrollen von gefährlichen Abfällen

51479	**332**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere für den technischen Fachbereich Lärmbekämpfung

51802	**331**	**Mieten für Fahrzeuge**	**12.000**	**12.000**	**6.300**	**6.833,64**

Leasingraten für drei Dienstfahrzeuge in den Bereichen Straßenreinigung und Immissionsschutz

Mehr aufgrund des zusätzlichen Leasingvertrages für ein drittes Dienstfahrzeug sowie erheblicher Steigerung der Leasingraten für die zwei zu ersetzenden Dienstfahrzeuge

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52112	**332**	**Maßnahmen zur Lärmminderung im Straßenland**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.000.000**	**684.371,43**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Zur Absicherung überjährig laufender Maßnahmen sind Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	1.000.000	0	0

Mit dem Lärmaktionsplan Berlin 2019-2023 sowie der Fortschreibung 2024 gemäß § 47d Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) werden die Maßnahmenstrategien zur Minderung der hohen Verkehrslärmbelastungen vorgestellt. Im Fokus liegt dabei insbesondere die Minderung der durch den Kraftfahrzeugverkehr verursachten Lärmbelastung; allein im Berliner Hauptstraßennetz sind in der Nacht 340.000 Anwohner von Pegeln oberhalb der gesundheitsrelevanten Schwelle von 55 dB(A) betroffen. Der Mittelansatz dient der Realisierung vordringlich notwendiger Lärmminderungsmaßnahmen im Bereich der baulichen Unterhaltung zur Unterstützung der Straßenbaulastträger sowie der Umsetzung von Maßnahmen des Lärmaktionsplanes. Zudem ist eine Förderung von aktiven Lärmschutzmaßnahmen an Schienenwegen vorgesehen, die vom Land Berlin veranlasst werden.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

Die Ausgaben für passiven Schallschutz an hoch belasteten Hauptverkehrsstraßen werden bei Kapitel 0710, Titel 68569 nachgewiesen, da die Förderung auf der Grundlage der Schallschutzfensterrichtlinie als Zuschuss gewährt wird.

Mehr wegen Ausgleich des Wegfalls der Förderung für den gleichen Zweck aus Bundesmitteln nach dem Kommunalinvestitionsfördergesetz (KInvFG) und wegen Ausweitung auf aktive Lärmschutzmaßnahmen an Schienenwegen, die vom Land Berlin veranlasst werden.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**19.177,10**

Für die Fortbildung der Dienstkräfte, einschließlich der Ausgaben für Dienstreisen für Aus- und Fortbildung

52609	**332**	**Thematische Untersuchungen**	**55.000**	**55.000**	**55.000**	**16.793,28**

Die Ausgaben sind vorgesehen für

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Nachweis- und Begleituntersuchungen von umgesetzten Maßnahmen des Lärmaktionsplans 2019 bis 2023 sowie der Fortschreibung 2024, z.B. Messungen zur langfristigen akustischen Wirksamkeit lärmoptimierter Fahrbahnbeläge	40.000	40.000	40.000	16.790
2	Untersuchungen im Rahmen des Immissionsschutzes in besonderen Einzelfällen der Betriebsgenehmigung und -überwachung sowie beim Nachgehen von Beschwerden für den technischen Fachbereich Lärmbekämpfung	15.000	15.000	15.000	0
	Summe	**55.000**	**55.000**	**55.000**	**16.790**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**331**	**Gutachten**	**55.000**	**45.000**	**10.000**	**17.870,27**

Die Ausgaben sind vorgesehen für

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Sachverständigengutachten zur sicherheitstechnischen Überprüfung und Bewertung der Sicherheit von Störfallbetrieben. Die Gutachten können im Einzelfall zur Erfüllung der sich aus der Störfall-Verordnung und der Seveso III-Richtlinie ergebenden behördlichen Pflichten erforderlich sein	10.000	10.000	8.000	0
2	Prüfung der Bekanntgabevoraussetzungen von Sachverständigen nach § 29b Bundes-Immissionsschutzgesetz ..	0	0	2.000	0
3	Sachverständigengutachten zur Überprüfung und Bewertung des Standes der Technik von genehmigungsbedürftigen Anlagen, welche insbesondere Geruchsstoffe emittieren, sowie die Erarbeitung von Konzepten zur Geruchsminderung (neu).....	20.000	20.000	0	17.870
4	Deponiefachliche Gutachten (neu)	25.000	15.000	0	0
	Summe	**55.000**	**45.000**	**10.000**	**17.870**

Mehr, da
- zu 3: neuer Teilansatz nach abgeschlossener Rasterbegehung, die eine Überschreitung der zulässigen Immissionswerte im Bereich Pankow-Wilhelmsruh und Reinickendorf um das Industriegebiet Flottenstraße ergeben hat
- zu 4: neuer Teilansatz zur Prüfung der ordnungsbehördlichen Bestätigung der Stilllegungsphase der ehemaligen Bauschuttdeponie Arkenberge

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung ist nach dem Immissionsschutzgesetz sowie zur Erfüllung behördlicher Pflichten nicht vorgesehen.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**11.578,13**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts, Dienstfahrscheine, Umweltkarten und Entschädigung für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten in Berlin

53101	**332**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**92.000**	**62.000**	**52.400**	**23.551,51**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	36.522	0	0
VE 2023	0	0	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Information der Öffentlichkeit zu Maßnahmen zur Umsetzung des Luftreinhalteplans 2018 bis 2025.....	10.000	10.000	10.000	11.500
2	Veröffentlichungen zur Lärmaktionsplanung in Berlin	30.000	7.000	22.400	0
3	Erarbeitung von Internetpräsentationen, Handlungsleitfäden und Flyern für Schulung und Beratung der Berliner Beschaffungsstellen und anderer öffentlicher Stellen zur Kreislaufwirtschaft und umweltfreundlichen Beschaffung .	30.000	25.000	20.000	6.640
4	Veröffentlichungen zur Umweltgerechtigkeit, Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Nachhaltigkeit	22.000	20.000	0	5.410
	Summe	**92.000**	**62.000**	**52.400**	**23.550**

Publikationen (z.B. Luftreinhalteplan), Broschüren oder Pflichtveröffentlichungen richten sich an alle interessierten Personen jeden Geschlechts.

Mehr, aufgrund des gestiegenen Informationsbedürfnisses der Öffentlichkeit (v. a. wegen des neuen Teilansatzes der lfd. Nr. 4) sowie höherer Preise aufgrund der aktuellen Marktsituation

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53108	**331**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**2.500**	**2.500**	**1.500**	**2.427,27**

Besucherinnen- und Besucherbetreuung aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen

Mehr aufgrund der Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre

53111	**331**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**17.400**	**17.400**	**10.400**	**16.461,27**

Für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten für Auswahlverfahren, amtliche Bekanntmachungen und öffentliche Ausschreibungen

Mehr aufgrund des erhöhten Umfangs an Stellenausschreibungen wegen des Ausscheidens von Beschäftigten sowie für Wiederholungen von Ausschreibungen wegen unzureichender bzw. nicht qualifizierter Bewerbungen

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Einstellungen aufgrund von Stellenausschreibungen in überregionalen Medien						
Absolut: Kopfzahl (Anzahl Frauen / Männer, die sich in der Führungsebene 1 bzw. 2 /höherer Dienst befinden)	2	2	3	1	3	1
Relativ: % Angabe	50	50	75	25	75	25
Ressourcen (in T €)	2	2	5	2	12	4

Zielgruppe:	Bewerberinnen auf Stellenausschreibungen in überregionalen Medien
Zielsetzung:	Der Ressourceneinsatz erfolgt u.a. zur Ansprache von Frauen auch für Führungspositionen des (vglb.) höheren Dienstes. Ziel ist, hier eine Unterrepräsentanz von Frauen zu vermeiden bzw. bestehende abzubauen.
Steuerungsmaßnahmen:	Qualifizierung der Fortbildungsmaßnahmen für weibliche Führungskräfte

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**332**	**Dienstleistungen**	**3.081.000**	**3.074.000**	**2.625.000**	**1.412.641,04**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 300.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 200.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**500.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung für überjährige Maßnahmen der Luftreinhaltung und Lärmminderung sowie der Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	15.800	0	0
VE 2023	500.000	0	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Fortschreibung und Umsetzung der sozialräumlich-orientierten Umweltgerechtigkeitsanalysen.....	150.000	150.000	150.000	2.970
2	Regelmäßige Erstellung und Fortschreibung einer Stoffstrom-, Klima- und Umweltbilanz für die Berliner nicht gefährlichen Abfälle zur Umsetzung einer vorbildhaften klima- und umweltfreundlichen Abfallentsorgung im Land Berlin	58.000	116.000	102.500	53.280
3	Jährliche Aktualisierung und Fortschreibung der Verwaltungsvorschrift für die Anwendung von Umweltschutzanforderungen bei der Beschaffung von Liefer-, Bau- und Dienstleistungen (Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt – VwVBU)	62.500	62.500	62.500	65.460
4	Analyse von Proben im Rahmen der stofflichen Marktüberwachung im Abfallrecht.....	85.000	85.000	30.000	40.270
5	Asbestprogramm inkl. Untersuchungen, Erstellen von Beprobungskonzepten, Recherchen und Erarbeitung von Labormethoden	0	0	50.000	0
6	Beprobung, Analyse, Beurteilung von Abfällen im Rahmen der Überwachung nach § 47 ff. Kreislaufwirtschaftsgesetz	10.000	10.000	5.000	0
7	Pflege und Entwicklung von Software für die Mess- und Regeltechnik (Immissionsklimatologie).....	15.000	15.000	15.000	0
8	Einzelfalluntersuchung zu emissionsmindernden Maßnahmen im Straßenverkehr, insbesondere im Rahmen der Umsetzung des Luftreinhalteplans für Berlin (zweite Fortschreibung) und Entwicklung einer „Luftreinhaltestrategie 2030“.....	230.000	230.000	230.000	113.610
9	Einzelfalluntersuchung zu emissionsmindernden Maßnahmen für Luftschadstoffquellen außer Straßenverkehr (wie Baumaschinen, Kleinfeuerungsanlagen, Schiffe), insbesondere im Rahmen der Umsetzung des Luftreinhalteplans für Berlin – Zweite Fortschreibung und zur Entwicklung einer „Luftreinhaltestrategie 2030“	140.000	140.000	140.000	88.170

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
10	Fachplanerische Wirkuntersuchungen und verkehrliche Folgeuntersuchungen von Maßnahmen des Lärmaktionsplans Berlin 2024 bis 2029.....	120.000	120.000	120.000	81.580
11	Pflege der strategischen Lärmkarten nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie (§ 47c Bundesimmissions-schutzgesetz, 34. Bundesimmissionsschutzverordnung)	0	30.000	30.000	135.000
12	Fortschreibung des Lärmaktionsplans 2024 bis 2029 (§ 47d Bundesimmissions-schutzgesetz)	150.000	50.000	150.000	0
13	Bereitstellung von Datengrundlagen zur Ursachenanalyse.....	20.000	20.000	20.000	12.610
14	Kraft- und Brennstoffuntersuchungen nach EU-Kraftstoff-Richtlinie.....	40.000	40.000	22.000	14.540
15	Aufbereitung von Verkehrsdaten.....	15.000	15.000	15.000	0
16	Fortschreibung des Emissionskatasters für Luftschadstoffe.....	220.000	50.000	30.000	0
17	Erstellung von veröffentlichungsfähigen Informationen über die Luftreinhaltung	40.000	40.000	0	0
18	Aktualisierung der Gesamtverkehrslärmkarte	25.000	0	0	0
19	Strategien für eine Flottenerneuerung mit Fahrzeugen mit alternativen Antriebsarten und -kraftstoffen in Berlin	0	0	20.000	20.000
20	Herstellung von Kalibrier- und Eichstandards für den Fachbereich Lärmbekämpfung	5.000	5.000	5.000	0
21	Strategie und Umsetzung Zero Waste	650.000	650.000	470.000	405.080
22	Mehrwegsystem.....	40.000	40.000	40.000	0
23	Hochwertige Kreislaufwirtschaft in Berlin (Kommunikation und Kampagne)	300.000	300.000	273.000	152.050
24	Modellprojekte zur Abgasnachbehandlung an Motoren und Kleinfeuerungsanlagen sowie zur Erprobung von innovativen Antriebskonzepten zur Reduzierung von Luftschadstoffemissionen.....	100.000	50.000	20.000	0
25	Ressourcenschonung und zirkuläres Bauen.....	245.000	575.000	200.000	89.440
26	Ökologische Bewertung und Ermittlung von Schad- und Gefahrenstoffen in Abfällen (neu).....	60.000	80.000	0	25.420
	Summe	**2.780.500 rd. 2.781.000**	**2.873.500 rd. 2.874.000**	**2.200.000***	**1.299.470***

*Darüber hinaus wurden für die Berliner Agentur für Ressourcenschonung aus dem Innovationsförderfonds 2022 Mittel in Höhe von 113.170 € verausgabt sowie weitere Mittel in 2023 in Höhe von 425.000 € veranschlagt.

Mehr, da

zu 2: in 2025 von Preissteigerungen ausgegangen wird

zu 4: erweiterte Aufgaben durch ein bundesweites abfallrechtliches Marktüberwachungsprojekt, der Ausweitung der Marktüberwachung bei auffälligen Inspektionen und risikobasierten Inspektionen, Harmonisierung von Standards zur Marktüberwachung sowie aufgrund von Preissteigerungen

zu 6: Steigerung der Grundlaborkosten und aufwändigere Verfahren aufgrund der Ersatzbaustoffverordnung des Bundes

zu 14: Verdopplung der Untersuchungsparameter von Kraftstoff aufgrund der Novellierung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen (10.BImSchV); zudem müssen Kraftstoffe wie Wasserstoff untersucht werden

zu 16: vollständige Überarbeitung des Emissionskatasters, da die Daten zur Beurteilung des Handlungsbedarfs nach Inkrafttreten der kommenden Verschärfung der Luftqualitätsgrenzwerte durch die gerade laufende und 2024 abgeschlossene Revision der Europäischen Luftqualitätsrichtlinie erforderlich sind

zu 17: auf Grundlage der Informationen Maßnahmen auf kooperativer Basis zur Luftreinhaltung mit Dritten entwickelt und umgesetzt werden sollen

zu 18: In 2024 die Gesamtverkehrslärmkarte für den Berliner Mietspiegel auf Grundlage der Lärmkartierung 2022 zu überarbeiten ist

zu 21: bereits laufende Maßnahmen des Abfallwirtschaftskonzepts 2020-2030 berlinweit ausgeweitet bzw. verstärkt werden sollen, Intensivierung der Maßnahmen im Gebäudeerhaltungs- und Bauteilbereich

zu 23: Aufrechterhaltung und Fortsetzung der notwendigen Kommunikations- und Kampagnenaktivitäten zu Zero Waste

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

zu 24: der Einsatz von Minderungsverfahren zur Luftbelastung an Fahrzeugen mit häufigen Bremsvorgängen erprobt werden soll
zu 25: für die Entwicklung neuer Maßnahmen zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft in Bezug auf eine Kreislaufwirtschaft; Intensivierung der Vorhaben für eine zirkuläre Sanierungs- und Bauwirtschaft in Berlin
zu 26: neuer Teilansatz für Studien zur Erkennung von Problemen der Entsorgung von belasteten Abfällen (Vorsorgeprinzip)

Weniger, da
zu 2: Beginn der im 2-Jahres-Turnus stattfindenden Untersuchungen der SKU-Bilanz
zu 5: dieser Teilansatz durch den Teilansatz mit der lfd. Nr. 26 ersetzt wird
zu 11: Aktualisierung der Lärmkarten im Fünf-Jahres-Turnus erfolgt; nächste Aktualisierung 2026/2027; Ausgaben zur Pflege fallen daher nicht in jedem Jahr an
zu 12: 2025 da Beendigung der Fortschreibung des Lärmaktionsplans
zu 19: Wegfall des Teilansatzes weil keine Aktivitäten im Rahmen der Luftreinhaltung vorgesehen sind

Über den Innovationsförderfonds stehen zusätzlich für die Berliner Agentur für Ressourcenschonung 300.000 € im Haushaltsjahr 2024 und 200.000 € im Haushaltsjahr 2025 zur Verfügung.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

54012	**331**	**Ersatzvornahmen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Ausgaben für die Beseitigung von Verunreinigungen auf Grundstücken und in Gewässern im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens sowie für die Rückführung und Entsorgung von Abfällen, die von Berlin zu tragen sind.

Es wird unterstellt, dass den Ausgaben grundsätzlich gleichhohe Einnahmen bei dem Titel 11102 gegenüberstehen.

54018	**332**	**Sachmittel für die Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres** Siehe Maßnahmegruppe 02				
54053 (neu)	**331**	**Veranstaltungen**	**54.000**	**45.000**		

Die Ausgaben sind vorgesehen für

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Sitzungen „Runder Tisch Luftreinhaltestrategie“	24.000	16.000	0	0
2	Veranstaltungen und Workshops zur Luftreinhaltestrategie	10.000	10.000	0	0
3	Workshops zum Thema „Richtig Heizen mit Holz“.	15.000	15.000	0	0
4	Durchführung des Bund-Länder-Arbeitskreises „Emissionsmess- und Anlagentechnik (EAT)“	1.000	0	0	0
5	Sitzungen mit den bezirklichen Umweltamtsleitungen	500	500	0	0
6	Arbeitssitzungen für den Bereich Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung, umweltfreundlichen Beschaffung, Stadtsauberkeit	3.500	3.500	0	0
	Summe	**54.000**	**45.000**	**0**	**0**

54079	**332**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Mieten für Räume und sonstige geringfügige Ausgaben, die bei anderen Titeln nicht nachgewiesen werden können

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54105	**332**	**Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung**	**520.000**	**520.000**	**280.000**	**9.919,60**

Die Ausgaben sind bestimmt zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals – SDGs -) sowie zur Fortführung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Indikatorenbericht).

Die Ausgaben sind für den Strategieprozess, der von der Öffentlichkeit begleitet und partizipativ erfolgen wird, vorgesehen und werden hauptsächlich in 2024 erwartet (Dienstleistungsaufträge für die Konzeption und Umsetzung eines Beteiligungsprozesses, die Öffentlichkeitsarbeit, die Durchführung von verschiedenen Veranstaltungsformaten, die wissenschaftliche Begleitung, etc.). Nach Erstellung der Strategie im ersten Halbjahr 2025 folgen Kosten für die Umsetzung und das Monitoring der Strategie und der Zielerreichung. Parallel zur Nachhaltigkeitsstrategie wird der Indikatorenbericht zur Nachhaltigen Entwicklung an die in der Debatte entwickelten Bedarfe angepasst, aktualisiert und voraussichtlich erweitert.

Aufgrund der vielfältigen Akteurslandschaft sowie verteilten Zuständigkeiten auf Senatsebene und auf Ebene der Berliner Bezirke ist der Aufbau einer Landeskoordination Bildung für Nachhaltige Entwicklung vorgesehen.

Die Ausgaben sind vorgesehen für

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Entwicklung einer Berliner Nachhaltigkeitsstrategie 2030: Konzeption und Umsetzung eines breiten Partizipationsprozesses Konzeption und Umsetzung von Öffentlichkeitsarbeit; Durchführung von Veranstaltungen und Workshops; Ergebnissicherung; Unterstützung bei der Strategieentwicklung und –erarbeitung	410.000	410.000	170.000	9.920
2	Aktualisierung und Erweiterung des Indikatorenberichts zur Nachhaltigen Entwicklung	60.000	60.000	60.000	0
3	Landeskoordination für Bildung für Nachhaltige Entwicklung	50.000	50.000	50.000	0
	Summe	**520.000**	**520.000**	**280.000**	**9.920**

Mehr wegen umfangreicher Beteiligungsprozesse

54602 332 Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU
Siehe Maßnahmegruppe 03

54690 332 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen **— 15.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

54696 332 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)
Siehe Maßnahmegruppe 03

54697 332 Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)
Siehe Maßnahmegruppe 03

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63101	**331**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an den Bund**	**28.000**	**28.000**	**53.000**	**40.142,82**

Bund und Länder finanzieren gemeinsam auf der Grundlage von Verwaltungsvereinbarungen bzw. Finanzierungszusagen

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Übersetzung der förmlich von der EU angenommenen Merkblätter über Konzepte der besten verfügbaren Techniken	5.000	5.000	5.000	0
2	Entsendung zweier deutscher Expertinnen/Experten an das europäische Büro für Integrierte Verminderung und Vermeidung der Umweltverschmutzung (IVU)	8.000	8.000	8.000	4.320
3	Entwicklung und Betrieb einer Software für die Berichterstattung zum Pollution Release and Transfer Register - PRTR - (Schadstofffreisetzungs- und verbringungsregister) und Erweiterung für die Datenerfassung nach der 42. Bundes-Immissionsschutzverordnung (42. BImSchV)	0	0	27.500	23.130
4	Mitgliedschaft im European Union Network for the Implementation and Enforcement of Environmental Law (IMPEL)	250	250	250	230
5	Informationssystem Chemikalien des Bundes und der Länder (GSBL)	14.000	14.000	12.200	12.460
	Summe	**27.250 rd. 28.000**	**27.250 rd. 28.000**	**52.950 rd. 53.000**	**40.140**

Weniger, da die Ausgaben der laufenden Nr. 3 künftig bei Titel 63201 nachgewiesen werden, weil der Bund ab 2024 nicht mehr am Projekt beteiligt ist. Die Zahlungen erfolgen dann an das jeweilige Vorsitzland.

Mehr für den Teilansatz der laufenden Nr. 5 aufgrund allgemeiner Preissteigerungen

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63201	**331**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**150.000**	**205.000**	**47.500**	**92.063,99**

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für:

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Anteil Berlins an der Kooperation bei Konzepten und Entwicklungen von Software für Umweltinformations-systeme (VKoopUIS). Gemeinsam mit anderen Bundesländern wird im Rahmen des Softwareprojekts „InGrid“ ein Portal unterhalten und fortentwickelt, das den rechtlichen Anforderungen der EU genügt, Informationen der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) der Öffentlichkeit auf Verwaltungsebene elektronisch zugänglich zu machen (UVP-Portal). Mit dem Projekt „MetaVer“ erstreckt sich die Kooperation gleichermaßen auf die gemeinsame Datenhaltung für dieses UVP-Portal. ..	35.000	35.000	27.500	41.800
2	Berliner Anteil an der länderübergreifenden gemeinsamen "Servicestelle stoffliche Marktüberwachung"	20.000	75.000	20.000	19.450
3	Berliner Anteil an der Umgebungslärmkartierung für den Flughafen BER (neu).....	15.000	15.000	0	14.170
4	Berliner Anteil an der Evaluierung des Lärmschutzbereiches für den Flughafen BER (neu)	15.000	15.000	0	
5	Entwicklung und Betrieb einer Software für die Berichterstattung zum Pollution Release and Transfer Register - PRTR - (Schadstofffreisetzungs- und verbringungsregister) und Erweiterung für die Datenerfassung nach der 42. Bundes-Immissionsschutzverordnung (42. BImSchV) (neu)	65.000	65.000	0	0
	Summe	**150.000**	**205.000**	**47.500**	**75.420***

*Darüber hinaus wurden 16.640 € als Berliner Anteil an der Erarbeitung einer Prognose des Bedarfs an Deponiekapazitäten für gefährliche Abfälle (Deponieklasse III) aus den Ländern Berlin und Brandenburg verausgabt.

Die Kostenbeteiligung erfolgt unter Anwendung des Königsteiner Schlüssels.

Mehr da
- zu 1: höhere Betreuungs- und Betriebskosten, die sich aus der Weiterentwicklung des Projekts ergeben
- zu 2: erweiterte Aufgaben für die Servicestelle stoffliche Marktüberwachung in 2025
- zu 3 und 4: neue Sachverhalte
- zu 5: der Ausgabenersatz für die Maßnahme künftig an das jeweilige Vorsitzland erfolgt, weil der der Bund ab 2024 nicht mehr am Projekt beteiligt ist. Nach Ausscheiden des Bundes, der bisher 50 % der Gesamtausgaben übernommen hat, erhöhen sich die Anteile der Länder. Die Ausgaben wurden bislang bei Titel 63101 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**331**	**Ersatz von Ausgaben**	**222.000**	**222.000**	**686.000**	**18.170,69**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**15.000.000**	**15.000.000**
Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**
Davon fällig 2027	**1.000.000**	**1.000.000**
Davon fällig 2028	**3.500.000**	**3.500.000**
Davon fällig 2029 FF	**10.000.000**	**3.500.000**
Davon fällig 2030 FF		**6.500.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich für überjährige Verpflichtungen bei Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zu Nr. 9. Da der Zeitpunkt des Abschlusses der Verwaltungsvereinbarung noch nicht feststeht, wurden die Verpflichtungsermächtigungen in beiden Haushaltsjahren veranschlagt.

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für:

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Gemeinschaftliche Kosten der länderübergreifenden Abfallüberwachung durch die gemeinsamen Abfall DV-Systeme (GADSYS) national/international auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung der Länder inklusive Betrieb und Weiterentwicklung des elektronischen Entsorgungsfachbetriebsverfahren (eEFBV) und elektronischen Anzeige- und Erlaubnisverfahren (eAEV) und GESA	95.000	95.000	18.000	10.040
2	Gemeinschaftliche Betriebskosten der länderübergreifenden Abfallnachweisführung in elektronischer Form gemäß novellierter Nachweisverordnung sowie Kosten für Umsetzung und Betrieb eines Ersatzbaustoffkatasters	110.000	110.000	10.000	0
3	Kosten der länderübergreifenden „Gemeinsamen Stelle“ nach Altfahrzeugverordnung (GESA)	0	0	5.000	0
4	Gemäß Staatsvertrag nach dem Abfallverbringungsgesetz einzurichtende zentrale Stelle für die Rückführung illegaler Verbringungen	6.000	6.000	5.000	5.310
5	Anpassung sowie Wartung und Pflege des bundesweiten Internet-Recherche-Systems „ReSyMeSa“ (Recherchesystem Messstellen und Sachverständige) - Übersicht über Akkreditierungen und Notifizierungen von Prüflaboratorien und Messstellen im gesetzlich geregelten Umweltbereich	8.000	8.000	8.000	2.100
6	Anpassung sowie Wartung und Pflege der Homepage der Umweltministerkonferenz (UMK)	1.000	1.000	1.000	720
7	Fehlbedarf der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS), Bereich Rohrfernleitungen (RFL)	0	0	7.000	0
8	Kosten der Geschäftsführung des Lenkungs-ausschusses (VKoopUIS) sowie des ständigen Ausschusses Umweltdaten und Verfahren (St UV)	2.000	2.000	2.000	0
9	Anteil Berlins an Lärmminderungsmaßnahmen an Schienenwegen am Berliner Außenring	0	0	630.000	0
	Summe	**222.000**	**222.000**	**686.000**	**18.170**

Weniger vor allem für die lfd. 9., da der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund erst im Jahr 2024 erfolgen soll; Ausgaben werden ab 2026 erwartet

Mehr, da die Ausgaben zu 1. und 2. künftig nicht mehr durch die Sonderabfallgesellschaft mbH Berlin/Brandenburg getragen werden, sondern direkt von den Ländern Berlin und Brandenburg gezahlt werden.

Teilansatz 3 wird künftig bei 1. nachgewiesen.

68456	**332**	**Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres**

Siehe Maßnahmegruppe 02

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68492	**332**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68495	**332**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68569	**332**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**3.020.000**	**2.700.000**	**2.445.000**	**428.764,96**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 1.500.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.500.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**500.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung für überjährige Bewilligungen von Zuschüssen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	414.301	368.432	0
VE 2023	945.000	945.000	945.000

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Zuschüsse im Rahmen des Schallschutzfensterprogramms	680.000	460.000	500.000	49.630
2	Zuschüsse zur Einführung eines berlinweiten Mehrwegsystems	90.000	40.000	95.000	86.230
3	Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, Ressourcenschonung und Aufbau eines Reparaturnetzwerkes (neu)	400.000	400.000	1.750.000	229.140
4	Zuschüsse für Projekte im Bereich Zirkuläres Bauen	100.000	50.000	100.000	50.000
5	Zuschüsse zur Einführung eines Reparatur-Bonus (neu)	250.000	250.000	0	0
	Summe	**1.520.000**	**1.200.000**	**2.445.000**	**415.000***

*Darüber hinaus wurden zur Weiterentwicklung der Umweltgerechtigkeitskonzeption sowie zur Durchführung des „Berliner Umweltgerechtigkeitskongress“ 2022 Mittel in Höhe von 13.780 € verausgabt.

Mehr, da
zu 1: davon ausgegangen wird, dass eine Normalisierung der Förderanträge eintritt (nach der Corona-Pandemie)
zu 5: neuer Sachverhalt

Weniger, da
zu 3. die Ausgaben für die Zero-Waste Agentur aus dem Innovationsförderfonds finanziert werden.

Über den Innovationsförderfonds stehen für die Zero-Waste Agentur (Teil der lfd. Nr. 3) zusätzlich 1.500.000 € pro Haushaltsjahr zur Verfügung.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**332**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**10.000**	**10.000**	**—**	**7.946,82**

Erneuerung des Gerätebestandes jeweils im Haushaltsjahr 2024 und 2025

Ersatzbeschaffung eines Schallpegelgeräts..... 10.000 €

88304	**332**	**Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**				

Siehe Maßnahmegruppe 03

88308	**332**	**Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II -BENE II- (Förderperiode 2021-2027)**				

Siehe Maßnahmegruppe 03

89111	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen**	**880.000**	**66.000**	**1.174.000**	**144.206,00**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	879.580	65.250	0
VE 2023	0	0	0

Ausgaben für das Leuchtturmprojekt zur Klimaschutz-und Ressourcenschutzwende im kommunalen Wohnungsbau aus dem Innovationsförderfonds.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

89201	**332**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**			**450.000**	**216.444,98**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Die angestrebte Förderung von sauberen Schiffen kann entfallen, da vom Bund attraktivere Förderungen für denselben Zweck angeboten werden. Daher wird nicht mehr mit Förderanträgen gerechnet.

89219	**332**	**Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**				

Siehe Maßnahmegruppe 03

89220	**332**	**Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II -BENE II- (Förderperiode 2021-2027)**				

Siehe Maßnahmegruppe 03

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Freiwilliges Ökologisches Jahr**				
54018	**332**	**Sachmittel für die Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**17.793,39**

Die Ausgaben sind vorgesehen für Sachausgaben im Zusammenhang mit dem FÖJ - Projektmanagement (Öffentlichkeitsarbeit, Sachausgaben u. a.) (vgl. Erläuterung zu Titel 68456).

68456	**332**	**Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres**	**1.764.000**	**1.794.000**	**1.310.000**	**1.053.554,80**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.196.000**	**1.216.000**		
		Davon fällig 2025	**1.196.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.216.000**		

Deckungsvermerk:
Die Verpflichtungsermächtigungen der Titel 68456 und 68492 sind untereinander deckungsfähig.

Zur haushaltsmäßigen Absicherung der überjährig zu bewilligenden Zuwendungen sind Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	1.095.000	0	0

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) ist ein ökologisches Bildungsjahr, das jungen Menschen praktische Orientierungsmöglichkeiten im Natur-, Klima- und Umweltschutz sowie im Bereich Bildung für Nachhaltigkeit bietet. Es wird ganztägig als überwiegend praktische Hilfstätigkeit in geeigneten Einsatzstellen geleistet und pädagogisch begleitet. Das FÖJ integriert umweltbezogene und arbeitsmarktpolitische Schwerpunktsetzungen, es dient der beruflichen Orientierung, Teilqualifizierung und Vorbereitung auf zukünftige Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse. In Berlin liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Integration Jugendlicher mit Migrationshintergrund, der Förderung Jugendlicher mit einfachem oder ohne Bildungsabschluss sowie der Qualifizierung in Bereichen zukunftsfähiger Technologien Jugendliche mit besonderen Förderbedarfen sollen zusätzliche pädagogische Unterstützung erhalten. Derzeit werden insgesamt 360 Teilnehmendenplätze angeboten.

Die Durchführung des FÖJ und insbesondere die pädagogische Begleitung der Freiwilligen obliegt den in Berlin zugelassenen Trägern (zurzeit Stiftung Naturschutz Berlin, Vereinigung Junger Freiwilliger e. V., Jugendwerk Aufbau Ost gGmbH).

Für einen besetzten FÖJ-Platz fallen derzeit durchschnittlich Kosten in Höhe von rund 1.080 € /Monat an; die Teilnehmenden erhalten ein monatliches Taschengeld und eine Entgeltersatzleistung für Unterkunft und Verpflegung sowie einen Zuschuss zu den Kosten für den öffentlichen Nahverkehr in Höhe von insgesamt 510 € und werden über die Träger sozialversichert. Die übrigen Kosten entfallen auf die pädagogische Begleitung (Personal- und Seminarausgaben) und die Verwaltungskosten der Träger.

Die Gesamtfinanzierung erfolgt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), des Bundes, des Landes Berlin sowie durch eine finanzielle Beteiligung der Einsatzstellen (Einsatzstellenumlage).

Grundlage für die Finanzierung durch den ESF (ab dem FÖJ-Projektjahr 2023/2024) ist das ESF Plus Programm 2021-2027 Berlin. Die vorherigen Projektjahre konnten noch aus der ESF-Förderperiode 2014-2020 finanziert werden. Der ESF beteiligt sich an der Förderperiode 2021-2027 mit einem Interventionssatz von bis zu 40% an den Projektausgaben.

Der Bund fördert die pädagogische Begleitung durch die Träger im Wege einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von bis zu 200 € je Teilnehmendenmonat, insgesamt 864.000 €/Jahr (Grundlage: Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten, Förderrichtlinien Jugendfreiwilligendienste).

Der Bund stellt jährlich weitere Mittel für Jugendliche mit besonderen Förderbedarfen in Höhe von 100 € pro Teilnehmendenmonat zur Verfügung. Das Land beteiligt sich zusätzlich mit 20 € pro Teilnehmendenmonat und erbringt damit die für die Inanspruchnahme der Bundesmittel erforderliche Kofinanzierung. In den letzten Jahren wurde aus den Mitteln ein zusätzliches pädagogisches Betreuungsangebot für bis zu 15 Jugendliche mit besonderen Bedarfen finanziert.
Die Bundesmittel werden unmittelbar im Bundeshaushalt bereitgestellt und bewirtschaftet.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Programm/ Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung/Förderung	EU-Mittel (Titel 68492)	Summe der EU- und Landesmittel
Zuwendungen an Maßnahmeträger im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ)	2024 2025	1.764.000 € 1.794.000 €	2.000.000 € 2.020.000 €	3.764.000 € 3.814.000 €

Gender-Budget:

Maßnahme	Nutzerinnen		Nutzer		Diverse	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres 2021/2022	272	66,02	134	33,52	6	1,46

68492	**332**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**2.000.000**	**2.020.000**	**627.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.347.000**	**1.360.000**		
		Davon fällig 2025	**1.347.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.360.000**		

Deckungsvermerk:
Die Verpflichtungsermächtigungen der Titel 68456 und 68492 sind untereinander deckungsfähig.

Zur haushaltsmäßigen Absicherung der überjährig zu bewilligenden Zuwendungen sind Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	1.261.000	0	0

Zuwendungen an die Maßnahmenträger im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) zur Finanzierung von Personal-, Sach-, Seminar- und Teilnehmendenausgaben.

Die EU beteiligt sich erstmals im Projektjahr 2023/2024, beginnend im September 2023, mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus Programm 2021-2027 mit bis zu 40% an den Ausgaben für die Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27292 sowie Erläuterung zu Titel 68456).

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

68495	**332**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**1.566.000**	**2.288.772,49**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Summe Maßnahmegruppe 02	**3.789.000**	**3.839.000**	**3.528.000**	**3.360.120,68**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung II -BENE II-**				
54602	**332**	**Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU**	**1.572.000**	**1.532.000**	**2.740.000**	**1.308.141,76**
		Verpflichtungsermächtigung	**160.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2025	**60.000**			
		Davon fällig 2026	**20.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2027	**20.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**30.000**	**—**		
		Davon fällig 2029	**30.000**	**—**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54602, 88308 und 89220 sind untereinander deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die haushaltswirtschaftliche Absicherung der Programmträgerschaft erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.152.500	1.387.230	6.4546.100
VE 2023	30.000	20.000	40.000

Ausgaben zur Begleitung und Umsetzung des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung II (BENE II), insbesondere Programmträgerschaft, Dienstreisen, Öffentlichkeitsarbeit der Förderperiode 2021-2027

Die EU beteiligt sich an den Ausgaben für die Programmträgerschaft mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von bis zu 40 v. H. in der Förderperiode 2021-2027 (vergleiche Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27297 sowie Erläuterung zu Titel 54697). Die EFRE-Mittel werden bei Titel 54697 nachgewiesen.

Da die im Rahmen der EFRE-Förderung avisierten konsumtiven Mittel der Förderperiode 2021-2027 nicht auskömmlich sind, wird die Programmträgerschaft BENE II zusätzlich aus Landesmitteln ergänzt.

Die Nachbetreuung der Förderperiode 2014-2020, Öffentlichkeitsarbeit und Dienstreisen werden vollständig aus Landesmitteln finanziert.

54696	**332**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**754.000**	**937.113,10**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
54697	**332**	**Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**769.000**	**925.000**	**346.000**	**240.522,80**

--Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die haushaltswirtschaftliche Absicherung der Programmträgerschaft erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	768.340	924.820	4.304.060
VE 2023	0	0	0

Ausgaben zur Begleitung und Umsetzung des Nachfolgerprogramms des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung II (BENE II), insbesondere Programmträgerschaft. Die Landesmittel werden bei Titel 54602 nachgewiesen (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27297 sowie Erläuterung zu Titel 54602).

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
88304	**332**	**Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**			**44.150.000**	**30.525.490,97**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
88308	**332**	**Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II -BENE II- (Förderperiode 2021-2027)**	**30.643.000**	**32.832.000**	**12.360.000**	**—**
		Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.				
		Verpflichtungsermächtigung	**66.813.000**	**66.812.000**		
		Davon fällig 2025	**13.625.000**			
		Davon fällig 2026	**18.000.000**	**24.500.000**		
		Davon fällig 2027	**13.000.000**	**34.500.000**		
		Davon fällig 2028	**22.188.000**	**7.812.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54602, 88308 und 89220 sind untereinander deckungsfähig.

Zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Bewilligungen sind Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	10.000.000	25.000.0000	5.000.000

Die EFRE-Verordnung für die Förderperiode 2021-2027 sieht vor, dass mindestens 30% der EFRE-Mittel zur Verwirklichung der Klimaschutzziele einzusetzen sind. Diese Ziele werden insbesondere durch das sogenannte Politikziel 2 „ein grüneres, CO2 armes Europa durch Förderung von sauberen Energien und einer fairen Energiewende, von grünen und blauen Investitionen, der Kreislaufwirtschaft, der Anpassung an den Klimawandel, der Risikoprävention und des Risikomanagements“ adressiert für welches das BENE II umgesetzt wird.

Im BENE II-Programm wird die Förderung von Maßnahmen zur Senkung von CO2-Emissionen fortgesetzt. Es besteht weiterhin mit einer Nachfrage im Bereich von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere in öffentlichen Infrastrukturen und in Unternehmen, der Förderung intelligenter Energiesysteme und -speicher, einer Unterstützung der nachhaltigen CO2-neutralen Mobilität sowie Maßnahmen zum Umbau und zur baulichen Anpassung von grüner und blauer Infrastruktur.

Etwa 50 v. H. der EFRE-Mittel sollen erneut für Maßnahmen im Bereich öffentlicher Infrastrukturen eingesetzt werden. Darüber hinaus werden auch umweltentlastende Maßnahmen in privaten Unternehmen gefördert (vgl. Erläuterungen zu Titel 89220).

Die Anteile öffentlicher Träger werden bei Titel 38103 nachgewiesen.

An den Ausgaben beteiligt sich die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Förderperiode 2021-2027 in Höhe von 40%. Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 34697).

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89219	**332**	**Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)**			**15.850.000**	**9.154.937,15**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
89220	**332**	**Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II -BENE II- (Förderperiode 2021-2027)**	**24.514.000**	**26.265.000**	**9.888.000**	**—**
		Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.				
		Verpflichtungsermächtigung	**52.200.000**	**52.200.000**		
		Davon fällig 2025	**5.900.000**			
		Davon fällig 2026	**25.360.000**	**6.390.000**		
		Davon fällig 2027	**20.940.000**	**15.810.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**30.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54602, 88308 und 89220 sind untereinander deckungsfähig.

Zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Bewilligungen sind Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	10.000.000	25.000.0000	5.000.000

Die EFRE-Verordnung für die Förderperiode 2021-2027 sieht vor, dass mindestens 30% der EFRE-Mittel zur Verwirklichung der Klimaschutzziele einzusetzen sind. Diese Ziele werden insbesondere durch das sogenannte Politikziel 2 „ein grüneres, CO2 armes Europa durch Förderung von sauberen Energien und einer fairen Energiewende, von grünen und blauen Investitionen, der Kreislaufwirtschaft, der Anpassung an den Klimawandel, der Risikoprävention und des Risikomanagements“ adressiert, für welches das BENE II umgesetzt wird.

Im BENE II-Programm wird die Förderung von Maßnahmen zur Senkung von CO2-Emissionen fortgesetzt werden. Es besteht weiterhin mit einer Nachfrage im Bereich von Energieeffizienzmaßnahmen insbesondere in öffentlichen Infrastrukturen und in Unternehmen, der Förderung intelligenter Energiesysteme und -speicher, einer Unterstützung der nachhaltigen CO2-neutralen Mobilität sowie Maßnahmen zum Umbau und zur baulichen Anpassung von grüner und blauer Infrastruktur.

Etwa 50 v. H. der EFRE-Mittel sollen erneut für Zuschüsse an private Begünstigte für Umweltmaßnahmen eingesetzt werden.

An den Ausgaben beteiligt sich die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Förderperiode 2021-2027 in Höhe von 40%. Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 34697).

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Summe Maßnahmegruppe 03	**57.498.000**	**61.554.000**	**86.088.000**	**42.166.205,78**
Gesamtausgaben	**80.093.700**	**83.423.700**	**107.208.200**	**57.021.045,37**
Prozentuale Veränderung	**-25,3 %**	**4,2 %**		

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0710				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	911.000	911.000	890.000	974.577,20
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.769.000	2.945.000	2.456.000	3.856.777,96
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	28.840.000	30.900.000	86.935.000	18.567.295,02
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	7.210.000	7.725.000	8.450.000	4.726.467,68
		Gesamteinnahmen	39.730.000	42.481.000	98.731.000	28.125.117,86
411-462		Personalausgaben	9.005.000	9.365.000	8.595.000	8.258.312,27
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	7.857.700	7.916.700	8.006.700	4.792.237,43
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.184.000	6.969.000	6.734.500	3.921.469,75
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	56.047.000	59.173.000	83.872.000	40.049.025,92
		Gesamtausgaben	80.093.700	83.423.700	107.208.200	57.021.045,37
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-40.363.700	-40.942.700	-8.477.200	-28.895.927,51

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001061 Wahrnehmung der politischen Verantwortung zur Optimierung und Begrenzung des Ressourcenverbrauchs und des Klimaschutzes

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	2.621.625	2.396.660	+9,39
Kostenträger	3	Sachkosten	4.945.044	5.107.813	-3,19
davon		Transferkosten	1.158.942	1.166.822	-0,68
Produkte	0	Verrechnungskosten	97.307	101.944	-4,55
MGF	3	kalkulatorische Kosten	161.237	133.656	+20,64
Projekte	0	Gemeinkosten	1.821.518	1.848.241	-1,45
		Summe Verwaltungskosten	10.805.673	10.755.138	+0,47
		Transfers	46.670.331	34.803.187	+34,10
		Gesamtsumme	57.476.003	45.558.325	+26,16

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005010	2022	10.805.673	46.670.331	57.476.003
Gewährleistung einer wirksamen Umwelt - und Klimaschutzpolitik und Umweltförderung	2021	10.755.138	34.803.187	45.558.325

Zu diesem operativen Ziel gehört der Kostenträger 77544 – Klimaschutzpolitik, der im Kapitel 0750 – Naturschutz, Stadtgrün, Klimaschutz – nachgewiesen wird.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77542	2022	2.046.659	2.302.548	4.349.207
Umweltpolitik und - förderung (Ministerielles Ge - schäftsfeld)	2021	1.963.364	3.270.833	5.234.196

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,57	11,49
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.096.311,36	1.134.423,17
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Entwicklung von Leitlinien der Umweltpolitik, Entwicklung von Konzepten und Projekten im Bereich Nachhaltigkeit, Umweltmanagementsysteme, Förderung von Umweltschutzmaßnahmen von privaten Unternehmen und öffentlichen Institutionen, Entwicklung von Förderkonzepten; Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres in Berlin, Öffentlichkeitsarbeit zur Darstellung der Umweltpolitik. EU-Angelegenheiten für den Bereich Umweltschutz und Umweltpolitik; Vertretung des Landes Berlin im Bundesverfahren; Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit);

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Vorbereitung der Hausleitung für die Umweltministerkonferenz und Betreuung von Arbeitsgremien der Umweltministerkonferenz, Vertretung des Landes Berlin in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände im Themenfeld Umweltpolitik. Fachübergreifende Angelegenheiten des Umweltrechts.

Ziele 1.Teil:
Verbesserung der Informationsbasis für eine Politik der Nachhaltigkeit, Stärkung des Standortes Berlin,
Förderung des Verständnisses für ökologische, ökonomische und soziale Zusammenhänge sowie des Umweltbewusstseins, administrative Vorbereitung und Koordinierung politischer Entscheidungsfindung, Wahrnehmung der Verfassungsrechte und -garantien, Interessenvertretung Berlins in den Gremien des Bundesrats, bei der EU-Kommission und im AdR sowie bei Fachministerkonferenzen und in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77543	2022	5.505.027	42.585.469	48.090.496
Förderprogramme (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	5.443.372	30.985.700	36.429.071

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	83,67	79,96
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	47.231,42	17.000,00
IST - Erträge in €	4.330,27	5.405,10
Kostendeckungsgrad in %	0,01	0,01

Administrative haushalts-, zuwendungsrechtliche und fachliche Betreuung von umweltrelevanten Förderprogrammen, die aus bundes - und/oder europäischen Mitteln kofinanziert werden (z.B. Umweltförderprogramme, Gemeinschaftsinitiativen); Anleitung der und Aufsicht über die zur Durchführung der Förderprogramme beauftragten wissenschaftlich-technischen Programmträger.

Ziele 1.Teil:
Förderung des umweltgerechten Verhaltens kleiner und mittlerer Unternehmen, Entlastung der Umwelt, Stärkung der Position Berlins als Standort für umwelttechnische Produktionen und Dienstleistungen, Initiieren von marktfähigen Entwicklungen auf umwelttechnologischem Gebiet, Publizierung von herausragenden Ergebnissen und Leistungen mit dem Ziel Multiplikatoreneffekte zu erzielen.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001133 Umwelt -Böden, Gewässer, Fischbestände, Immissionsschutz

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	6	Personalkosten	16.750.629	15.588.287	+7,46
Kostenträger	30	Sachkosten	13.566.924	14.900.838	-8,95
davon		Transferkosten	2.744.348	1.620.321	+69,37
Produkte	19	Verrechnungskosten	594.118	517.424	+14,82
MGF	11	kalkulatorische Kosten	2.756.423	2.729.420	+0,99
Projekte	0	Gemeinkosten	13.878.429	11.317.498	+22,63
		Summe Verwaltungskosten	50.290.870	46.673.788	+7,75
		Transfers	8.661.651	14.123.013	-38,67
		Gesamtsumme	58.952.521	60.796.801	-3,03

Weitere Darstellungen zu Kostenträgern des strategischen Ziels 001133 befinden sich in den Kapiteln 0720 Integrativer Umweltschutz und 0721 Fischereiamt

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
002483	2022	9.641.199	266.071	9.907.270
Umsetzung einer wirksamen Immissionsschutzpolitik	2021	9.182.623	434.872	9.617.495

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80612	2022	2.812.153	0	2.812.153
Verwaltungsakte nach Immissionsschutz- und Abfallrecht (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.318.215	0	2.318.215

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,77	3,81
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	850.815,13	767.584,15
Kostendeckungsgrad in %	30,25	33,11

Verwaltungsakte nach Immissionsschutz- und Abfallrecht: Ordnungsbehördliche Entscheidungen/Verwaltungsakte nach Umweltfachrecht: Anordnungen, Untersagungen, Stilllegungen, Beseitigungen und andere Entscheidungen bei genehmigungsbedürftigen und nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen (z.B. Baustellen/Veranstaltungen) zur Regelung von Umweltproblemen, ggf. Verfahrensbeteiligungen, kooperatives Handeln, Beseitigung von Missständen durch ordnungsbehördliches Handeln, Durchsetzung von Maßnahmen mit Mitteln des Verwaltungszwanges, fachliche Stellungnahmen gegenüber anderen Verwaltungen

Umweltverträglichkeitsprüfung:
Festlegung der Erforderlichkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und des Untersuchungsrahmens der Umweltverträglichkeitsuntersuchung - einschl. Scoping-Termin sowie Vollständigkeitsprüfung, zusammenfassende Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen, Einschätzung der Umweltauswirkungen eines Vorhabens, Beurteilung der Umweltauswirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, einschl. der jeweiligen Wechselwirkungen sowie auf kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter im Einzelnen und als Gesamtwertung

Genehmigungen Immission/Abfall: Genehmigungen zur Errichtung und Inbetriebnahme sowie Änderungen von bestehenden Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz entsprechend den Verfahrensvorschriften; Genehmigung / Planfeststellung zur Errichtung und Inbetriebnahme sowie Änderungen von bestehenden Deponien nach dem KrWG, entsprechend den Verfahrensvorschriften sowie zur Errichtung und Inbetriebnahme zur Entwicklung und Erprobung neuer Verfahren.

Verfahren nach LImSchG Bln: Genehmigungen, Ausnahmezulassungen und Anordnungen

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80613	2022	4.739.576	266.071	5.005.647
Immissionsschutz (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	5.003.868	434.872	5.438.740

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,49	8,95
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	56.181,43	52.314,77
IST - Erträge in €	27.352,75	33.107,00
Kostendeckungsgrad in %	0,55	0,61

Immissionsschutzpolitik: Die Immissionsschutzpolitik (Luftreinhaltung und Lärmminderung) dient der langfristigen Umsetzung der Umweltpolitik des Berliner Senats. Zu deren Umsetzung ist die Erarbeitung von Konzepten, Maßnahmen, Rechtsvorschriften und Entscheidungsvorschlägen zur Verminderung der Luftverschmutzung bzw. zur nachhaltigen Verbesserung der Luftqualität sowie zur nachhaltigen Minderung der bestehenden Lärmbelastungen erforderlich. Dies schließt das Zusammenwirken mit anderen Senatsverwaltungen in Grundsatzangelegenheiten ein, die die Belange des Immissionsschutzes berühren. Gleichfalls gehören dazu die Bearbeitung von Einzelangelegenheiten, so durch die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Planungen sowie die Erstellung von Berichten auf dem Gebiet des Immissionsschutzes.

Immissionsschutz: Erstellung von Überwachungsplänen, Anerkennung von Messstellen, Sachverständigen und Lehrgängen; Fachamtliche und TÖB-Mitwirkung bei Planungs- und Zulassungsverfahren für Verkehrswege und Anlagen und für Vorhaben der technischen und sozialen Infrastruktur; TÖB-Mitwirkung bei der verbindlichen Bebauungsplanung; Maßnahmen des Störfall- und Katastrophenschutzes insbesondere Erstellung von externen Notfallplänen
Pressearbeit, Publikationen, Veranstaltungen, Reden/Grußworte/andere Texte, Teilnahme an Sitzungen, Koordination, Rechts- und VwV auf dem Gebiet des Umweltschutzes

EU-Berichterstellung:
Erarbeitung der Berichtsgrundlagen (Daten) für die notwendigen EG-Berichte und Erarbeitung der Berichte.

Steuerung Bezirke: Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen,
Durchsetzung von gesamtstädtischen Interessen auf dem Gebiet des Umweltschutzes gegenüber den Bezirksverwaltungen; Ausübung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80614	2022	1.767.388	0	1.767.388
Überwachung nach BImSchG und LImSchG (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.637.342	0	1.637.342

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,00	2,69
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	47.271,93	53.221,25
Kostendeckungsgrad in %	2,67	3,25

Überwachung von Baustellen, Veranstaltungen: Überwachung von Baustellen und von Veranstaltungsstätten auf dem Gebiet des Immissionsschutzrechts, präventive und kooperative Maßnahmen

Überwachung von genehmigungsbedürftigen Anlagen,
Genehmigungsbedürftige Anlagen i.S.d. BImSchG gelten seitens des Gesetzgebers als Anlagen, von denen im besonderen Maße schädliche Umwelteinwirkungen, Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen ausgehen können. Deshalb ist eine besondere Überwachung dieser Anlagen u.a. durch persönliche Überprüfungen vor Ort oder durch Abgabe entsprechender Erklärungen erforderlich.

Beschwerden: Bearbeitung von Beschwerden (telefonisch, schriftlich, elektronisch und mündlich)

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
003265	2022	4.787.675	509.569	5.297.244
Umsetzung einer wirksamen Abfallpolitik	2021	4.417.228	136.735	4.553.963

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77549	2022	2.650.636	459.569	3.110.205
Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.664.720	136.735	2.801.455

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,28	4,61
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	16.635,99	1.482,00
IST - Erträge in €	3.800,00	16.601,50
Kostendeckungsgrad in %	0,12	0,59

Konzepte zur Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft; Erstellung des Abfallwirtschaftsplanes des Landes Berlin zur Sicherung der Entsorgung, Erfassung, Auswertung und Verarbeitung aller Daten, Programm über die Mengenentwicklung unter Festlegung der potentiellen Vermeidungs- und Verwertungsmengen, Ermittlung des Anlagenbedarfs zur Behandlung und Beseitigung der Abfälle; Erstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes und der Abfallbilanz des Landes Berlin; Nachweis der Verwertungsquoten bei Wertstoffen und deren Steigerung; Festlegung der Grundsätze für eine ordnungsgemäße, den abfallwirtschaftlichen Vorstellungen des Landes Berlin entsprechende Entsorgung der Bauabfälle unter Beachtung bzw. in Abstimmung mit den Interessen der Bauwirtschaft (Industrie bzw. Entsorger)

Ziele 1.Teil:
Vermeidung der Abfallentstehung, Vorbereitung zur Wiederverwendung; Schließen der Lücke zwischen produzierender und abfallverarbeitender Wirtschaft, Kreislaufführung von Produkten, Bauteilen, Materialien und Stoffen sowie Sicherung einer ökologisch, wirtschaftlich und überregional optimierten Abfallentsorgung; Umsetzung der geordneten Abfallwirtschaft in der SenMVKU und Umsetzungsgerechtigkeit; Sicherstellung einer geordneten Abfallentsorgung im Baubereich unter Beachtung der abfallwirtschaftlichen Vorgaben im Hinblick auf Vermeidung, Verwertung bzw. Beseitigung durch Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80611	2022	1.612.578	50.000	1.662.578
Vollzug des Kreislaufwirtschaftsrechts (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.401.446	0	1.401.446

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,82	2,31
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	34.803,52	37.493,02
IST - Erträge in €	14.995,12	8.682,29
Kostendeckungsgrad in %	0,90	0,62

Erfüllung der behördlichen Aufgaben hinsichtlich gefährlicher Abfälle.

Prüfung der Arbeit der SBB unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften und der übertragenen Aufgaben; Festlegung bestimmter Handlungsweisen im Rahmen der fachaufsichtlichen Weisung in Übereinstimmung mit den zuständigen Stellen des
Landes Brandenburg; Pressearbeit, Publikationen, Veranstaltungen, Reden/Grußworte/andere Texte, Teilnahme an Sitzungen, Koordination, Rechts- und VwV auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Anerkennung von Entsorgungsfachbetrieben:
Zustimmung zu Überwachungsverträgen für Entsorgerfachbetriebe nach der Entsorgungsfachbetriebeverordnung: Anerkennung von Entsorgergemeinschaften; Anerkennung und Prüfung von Lehrgängen und Lehrinhalten; Überwachungs- und Zertifizierungssystemen der technischen Überwachungsorganisationen (TÜO) bzw. Entsorgergemeinschaften, Überwachungsberichten und Zertifikaten, Qualifikation von Sachverständigen, Prüfung und Zustimmung zu den für die Entsorgergemeinschaft eingereichten Satzungen; Anerkennung von TÜO und Zustimmung zu den Überwachungsverträgen

Stoffstromüberwachung:
Kontrolle der Stoffströme der in Betrieben angefallenen Abfälle und deren Verbleib, Prüfung von Entsorgungswegen; Prüfung von Abfallanalysen im Hinblick auf Abfallort und Entsorgungsweg; Freistellung von Anlagen von der Bestätigungspflicht durch die Behörden bei der Entsorgung von Abfällen.

Verwaltungsakte nach Abfallrecht:
Genehmigung/Zulassung ohne Konzentrationswirkung, Genehmigung für abfallwirtschaftliche Tätigkeiten; Weitergabe der Ereignisse an die beteiligten/anderen Bundesländer bzw. UBA. Erfassung der Daten für das bundesweite Abfallüberwachungssystem (ASYS), ordnungsbehördliche Entscheidungen/Verwaltungsakte nach Landesrecht, Bundesrecht und EU-Recht

Abfallrechtliche Marktüberwachung
Überwachung, Analyse, Verwaltungsakte aufgrund abfallrechtlicher Marktüberwachungsaufgaben des Landes Berlin; Ansprechpartner für die Servicestelle stoffliche Marktüberwachung in der Abfallbehörde

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0720 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung II - Integrativer Umweltschutz -.

Das wesentliche Ziel des integrativen Umweltschutzes ist die Herstellung und Sicherung einer intakten städtischen Umwelt. Der Erreichung dieses Zieles dienen die Ermittlung und Bereitstellung von Daten über die Umwelt, die Entwicklung von Planungsinstrumenten, die Entwicklung und Umsetzung umweltbezogener Konzepte, die Beratung und Information von Unternehmen, einzelnen Bürgern sowie der Öffentlichkeit, die Fortentwicklung von Regelungen im Umweltschutz; insbesondere die Implementierung von EU-Recht in Berliner Landesrecht, Zulassungsentscheidungen, Überwachungen und sonstige ordnungsbehördliche Maßnahmen bei umweltrelevanten Nutzungen oder Handlungen und die Erhebung von Abgaben und Entgelten.

Mit dem Berliner Luftgütemessnetz BLUME wird die gesetzliche Verpflichtung zur Überwachung der Luftqualität, unter anderem auch für Partikel PM_{10} („Feinstaub“) und Stickoxide, mit qualitativ hochwertigster Ausrüstung und unter Einhaltung der festgelegten Datenqualitätsziele erfüllt. Zusätzlich werden kleine Sammler betrieben, mit denen Stickoxide und Ruß in stark befahrenen Straßen ermittelt werden. Das Passivsammler-Messnetz für Stickoxide, insbesondere für Stickstoffdioxid (NO_2), wurde 2019/20 wesentlich erweitert, um die messtechnische Begleitung verkehrlicher Maßnahmen zur Einhaltung des NO_2-Jahresgrenzwertes sicherzustellen und gerichtliche Vorgaben umzusetzen. Insbesondere das Passivsammler-Messnetz wird im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben inklusive der Erfordernisse der Luftreinhalteplanung auch in den kommenden Jahren an die weitere Entwicklung der Luftbelastung angepasst.

Die Atomaufsicht begleitet seit dem 01.01.2020 die Nachbetriebsphase des Forschungsreaktors BER II am Helmholtz-Zentrum für Materialien und Energie und stellt sich für die Aufsicht über Stilllegung und Rückbau der Anlage auf. Die Atomrechtliche Genehmigungsbehörde betreibt das Genehmigungsverfahren für Stilllegung und Abbau des BER II, das im Umfang einer Neugenehmigung gleichkommt.

Strahlenschutz ist ein Schlüsselthema für die Qualitätssicherung in Medizin und Technik, und damit für den Patientenschutz und für den gesamten Medizin- und Wissenschaftsstandort Berlin. Die Aufgaben der Strahlenschutzbehörden sind nach der tiefgreifenden Novellierung des deutschen Strahlenschutzrechts in einer nachhaltigen Änderung begriffen. Für den im Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin (LAGetSi) angesiedelten Vollzug haben die neuen und erweiterten Aufgaben zu einer erheblichen Mehrbelastung geführt, für die bereits zusätzliche Personalkapazität zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Oberste Strahlenschutzbehörde stellt durch die aktive Ausübung der Fachaufsicht sicher, dass die neuen gesetzlichen Vorgaben im Vollzug umgesetzt werden. Auch die ministeriellen Aufgaben werden vor dem Hintergrund der veränderten gesetzlichen Grundlage weiterentwickelt.

Für die Sicherheit der beruflich strahlenexponierten Personen im Land Berlin leistet die Personendosismessstelle, eines der beiden Sachgebiete in der Strahlenmessstelle Berlin und gleichzeitig eine der vier derartigen Stellen in der Bundesrepublik, einen wichtigen Beitrag (jährlich etwa 200.000 amtliche Überwachungen).
Das zweite Sachgebiet in der Strahlenmessstelle Berlin ist die Messstelle für Umweltradioaktivität. Sie ist vor allem für die Landesaufgaben im Integrierten Mess- und Informationssystem des Bundesamtes für Strahlenschutz (IMIS) zuständig. Zusätzlich nimmt sie im Auftrag anderer Bereiche der SenMVKU und ihres nachgeordneten Bereiches weitere Messaufgaben wahr, wie z.B. die Umgebungsüberwachung des Forschungsreaktorstandorts oder die Begleitung der Sanierung radiologischer Altlasten, begleitet die Atomaufsicht und die Strahlenschutzbehörden als behördliche Messstelle und unterstützt andere Behörden auf Antrag in Amtshilfe mit Messungen.
Die Personendosismessstelle erhebt von den Kundenbetrieben kostendeckende Entgelte für ihre Dienstleistungen. Für die Wahrnehmung der Landesaufgaben im IMIS erhält das Land Berlin vom Bund eine pauschale Zweckausgabenerstattung.

Zusätzlich zu den bereits beschriebenen Fachaufgaben bilden die atomrechtliche Aufsichts- und Genehmigungsbehörde, die Oberste Strahlenschutzbehörde und die Strahlenmessstelle eine bundesweit einzigartige Bündelung von Zuständigkeiten, Kompetenz und Ressourcen für radiologische Notfälle:

- Die Atomaufsicht verantwortet auf Grund des Berliner Katastrophenschutzgesetzes federführend die Katastrophenschutzplanung für die Umgebung des Forschungsreaktors.
- Für die Planung für Situationen mit erhöhter Umweltradioaktivität in Berlin durch Ereignisse in kerntechnischen Anlagen außerhalb des Stadtgebiets („Strahlenschutzvorsorgefall“) liegt die Federführung bei der Obersten Strahlenschutzbehörde.
- Der Strahlenmessstelle ist im Katastrophenschutzplan die Rolle des radiologischen Landeslagezentrums zugewiesen, dass die Fachberater der SenUMVK in den Krisenstäben mit den aktuellen Lageinformationen versorgt. Im Strahlenschutzvorsorgefall unterstützt sie den federführenden Verwaltungsstab der SenUMVK.
- Bei Bedarf kann der Bereich bei anderen radiologischen Notfällen andere Behörden des Landes Berlin auf Antrag in Amtshilfe unterstützen.

In Erfüllung des Geologiedatengesetzes werden die eingehenden Bohrdaten in einer Datenbank gespeichert und verfügbar gemacht (zurzeit ca. 160.000 Bohrungen). Die Daten sind für die geowissenschaftliche Darstellung in Karten, die dreidimensionale Beschreibung des Untergrundes, für die Baugrunderschließung sowie für die Endlagersuche nach dem Standortauswahlgesetz (StandAG) erforderlich.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

In Anwendung des Wasserhaushaltsgesetzes wird das Grundwassermanagement Berlin betrieben. Insbesondere die Unterhaltung, Messung und Auswertung des Landesgrundwassermessnetzes ist Teil dieser Verpflichtung. Dies ist Grundlage der Hilfen zur Selbsthilfe von kellerwassergeschädigten Grundstücken.

Die langfristige Sicherung der Wasserressourcen der wachsenden Stadt unter den sich veränderten Klimabedingungen werden im Masterplan Wasser erarbeitet. Der erste Bericht zum Masterplan Wasser liegt seit Oktober 2022 vor. Der Masterplan Wasser unterliegt einer fortlaufenden Evaluierung und Aktualisierung durch neue Erkenntnisse. In den Jahren 2024/25 sind die begonnenen Grundlagenarbeiten und Risikobetrachtungen zum Masterplan fortzuführen und vertiefte wasserwirtschaftliche Analysen auf Basis der gerechneten Szenarien durchzuführen. Handlungsschwerpunkte wurden für 2024/25 identifiziert, die teilweise schon in 2023 begonnen wurden und fortgesetzt werden. Hierzu gehören insbesondere Analysen zur Oberflächenwassergüte und –menge und zu Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung. Darüber hinaus sind vertiefte modellgestützte Untersuchungen zum Grundwasserdargebot in der Hauptstadtregion und zu den Potenzialen einer angepassten Grundwasserbewirtschaftung fortzuführen. Eine Wassersparstrategie wird weiter ausgebaut.

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wird zur Sicherstellung der Umsetzung der rechtlichen Anforderungen für das Grund- und Oberflächenwasser auf der konzeptionellen Seite konsequent weiter umgesetzt. Mit den Berliner Wasserbetrieben wird ein Anschluss-Bauprogramm zur Errichtung weiterer Stauraumkapazitäten umgesetzt (Bauprogramm-Mischsystem). Ein neues ergänzendes Bauprogramm zur Erreichung der Ziele der WRRL dient der Entlastung der Gewässer von starken stofflichen Belastungen aus Regenwassereinleitungen (Bauprogramm-Trennsystem). Beide Bauprogramme werden zusammengeführt und im Rahmen einer neuen Vereinbarung mit den BWB für zunächst 15 Jahre umgesetzt.

Aktuell werden verschiedene Konzepte und Planungshilfen für die Förderung der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung und dem Starkregenmanagement erarbeitet. Die Anpassung der Stadt an die Folgen des Klimawandels ist eine der großen Zukunftsaufgaben der Landesverwaltung. Eine Säule dafür ist neben einer Vielzahl weiterer Handlungsfelder die wassersensible Stadtentwicklung (Schwammstadt). Eine wassersensible Stadtentwicklung erfordert eine neue Praxis in der Gestaltung bzw. Umgestaltung von urbanen Räumen mit dem Ziel, dem Wasser in der Stadt eine zentrale Bedeutung zu geben und es intelligent zu nutzen. Eine effektive Umsetzung ist nur im Rahmen sektorenübergreifender Kooperationen und einer interdisziplinären Betrachtung der Bereiche Wasserwirtschaft, Stadtplanung, Klimaanpassung, Stadtökologie, Stadtklimatologie, Freiflächenplanung und Gefahrenabwehr möglich. Die weiteren Arbeiten umfassen die Schaffung weiterer Planungsgrundlagen und Systematiken bzw. Leitfäden als Handreichung für Maßnahmenträger, Schaffung von Datengrundlagen und Handlungskonzepten, Identifizierung von Planungshemmnissen und Erarbeitung von Initiativen zur Überwindung (z.B. für grundstücksübergreifende Lösungen) sowie die Fortführung und Neuauflage von Pilotstudien.

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wird zur Sicherstellung der Umsetzung der rechtlichen Anforderungen für das Grund- und Oberflächenwasser auf der konzeptionellen Seite konsequent weiter umgesetzt. Zur operationellen Umsetzung der Ziele der WRRL werden Gewässerentwicklungskonzepte erarbeitet. Mit den Berliner Wasserbetrieben wird ein Bauprogramm für die Errichtung von insgesamt 300.000 m³ Speichervolumen umgesetzt. Aktuell werden verschieden Konzepte und Planungshilfen für die Förderung der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung und dem Starkregenmanagement erarbeitet.

Die Richtlinie 2007/60/EG über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (Hochwasserrisikomanagementrichtlinie - HWRM-RL), die mit dem Wasserhaushaltsgesetz in bundesdeutsches Recht umgesetzt wurde, hat die Verringerung des Risikos hochwasserbedingter nachteiliger Folgen auf die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und die wirtschaftlichen Tätigkeiten zum Ziel und fokussiert mit ihrem Ansatz auf alle Elemente des Risikomanagements. Dazu werden entsprechende Konzepte erarbeitet. Zudem wird das Starkregenrisikomanagement weiter ausgebaut. Die Etablierung der Starkregenrisikovorsorge ist erforderlich, um Berlin auf klimatische Veränderungen vorzubereiten und Schaden abzuwenden. Es soll eine Dienstleistungsvereinbarung zwischen BWB und SenMVKU geschlossen werden, die die Erstellung der Starkregengefahrenkarten für das Land Berlin für den Zeitraum 2023 bis 2028 regelt.

Zur Sicherung der Berliner Trinkwasserversorgung beteiligt sich das Land Berlin anteilig an den Maßnahmen zur Errichtung von Wasserspeicherkapazitäten in Tagebaurestlöchern im Spreegebiet des Lausitzer Braunkohletagebaurevieres. Im Rahmen der länderübergreifenden Arbeitsgruppen fordert Berlin Maßnahmen zur Begrenzung der Sulfateinträge sowie im Zuge des beschlossenen Kohleausstiegs auch zur Wassermengenbewirtschaftung zum Schutz der Trinkwasserversorgung Berlins.

Das Land Berlin strebt im Rahmen einer integrierten Infrastrukturplanung eine gesamtstädtische und ressortübergreifende Wärmeplanung an, um den Ausstieg aus fossilen Energieträgern sicherzustellen. Hierzu erfolgen weitreichende Untersuchungen zur Erkundung der oberflächennahen und tiefen geothermischen Potenziale sowie der Potentiale zur thermischen Nutzung von Oberflächengewässern unter Berücksichtigung der wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der rechtlichen, ökologischen und energietechnischen Anforderungen.

Die Bodenschutzpolitik orientiert sich an der Notwendigkeit, die Bodenfunktionen langfristig zu erhalten und zu verbessern. Die Entwicklung und Aktualisierung von Planungsinstrumenten zum Bodenschutz dient der Lenkung der baulichen Entwicklung der Stadt auf bereits bebaute, versiegelte oder anderweitig überprägte Flächen und der Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme. Gemäß der Änderung des Berliner Bodenschutzgesetzes ist die Erstellung einer Bodenschutzkonzeption in die Wege geleitet worden. In dem vorliegenden Entwurf werden die Defizite und Regelungslücken beim Bodenschutz in Berlin aufgezeigt und Lösungsmöglichkeiten herausgearbeitet. Das Land Berlin strebt an, bis 2050 klimaneutral zu werden. Der Bodenschutz bildet hierbei einen wichtigen Bestandteil. In Hinblick auf den Klimawandel und die damit häufiger auftretenden Hitzeperioden werden Bodenschutzinstrumente u.a. zur Entsiegelung, zum Wasserspeichervermögen des Bodens und der Bodenkühlleistung weiterentwickelt und im Umweltatlas für die Öffentlichkeit bereitgestellt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Mit der Entwicklung eines gesamtstädtischen Entsiegelungsprogramms soll die Grundlage für Umsetzung von Entsiegelungsmaßnahmen in der Praxis geschaffen sowie Instrumente für die Bilanzierung von Ver- und Entsiegelung entwickelt werden. Diese dienen der Erfassung und Dokumentation der Erreichung des Netto-Null-Flächensparziels für Ver- und Entsiegelung bis 2030 im Land Berlin.

Darüber hinaus ist der besondere Wert des Bodens im ökologischen System stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu transportieren. Die Ermittlung und Beseitigung von Gefährdungen und Belastungen des Bodens wurde in der Umweltpolitik über viele Jahre vernachlässigt. Dabei können Bodenverunreinigungen auch das Grundwasser verunreinigen und somit die Trinkwasserversorgung gefährden. Vorhandene Bodenbelastungen sind zielgerichtet zu erfassen und schwerpunktmäßig durch Maßnahmen der Boden-, Grundwasser- und Altlastensanierung zu beseitigen. Da oftmals die Verursacher nicht herangezogen werden können oder es sich um nicht lokale Eintragsorte handelt, sind Gefahrenabwehrmaßnahmen durch die Allgemeinheit zu treffen. Eine wichtige Voraussetzung für eine zielgerichtete Investitionspolitik bildet die Durchführung von Freistellungsverfahren nach dem Umweltrahmengesetz im Altlastenbereich. Ziel ist es, die Zahl der noch nicht untersuchten bzw. erkundeten Altlastenverdachtsflächen im Rahmen ordnungsbehördlicher Maßnahmen weiter zu senken.

Der vorsorgende Gewässerschutz ist Aufgabe des Fachbereichs Gewässerschutz (Wasserbehörde des Landes Berlin) sowie des Fachbereichs Wasserwirtschaft. Der Vollzug des europäischen, bundesdeutschen und Berliner Wasserrechts ist eine gesamtstädtische Aufgabe, die der nachhaltigen Versorgung der Berliner Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser sowie der Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie dient und den Lebensraum „Wasser“ vor schädlichen Veränderungen schützt. Die Nutzung der Gewässer als Erholungs- und Naturraum für alle wird so auch noch für nachfolgende Generationen gesichert. Ein umfassender Vollzug des Wasserrechts und die Erarbeitung von Strategien für neue Herausforderungen, insbesondere unter dem Aspekt des Klimawandels, sind wesentliche Voraussetzungen für die nachhaltige Nutzung der Berliner Gewässer. Eine weitergehende Reinigung der Abwässer in den Klärwerken, nachhaltige Formen der Regenwasserbewirtschaftung sowie der Einsatz erneuerbarer Energien sind u.a. wesentliche Schwerpunkte.

Es werden wasserrechtliche Zulassungen erteilt, die Aufsicht über Gewässer ausgeübt, Gefahrenabwehrmaßnahmen ergriffen, Beratungen im Vorfeld von Anträgen durchgeführt und Ordnungswidrigkeiten bearbeitet. Darüber hinaus werden Planungsvorhaben als Träger öffentlicher Belange im Sinne der Wasserwirtschaft und des Wasserrechts bewertet. Hierbei kommt der Forderung auf Umsetzung eines integrierten Regenwassermanagements in der jeweiligen Bauleitplanung eine wichtige Bedeutung zu. Die Wasserbehörde ist auch Planfeststellungsbehörde für Gewässerausbauvorhaben, sie ist aber auch an Planfeststellungsverfahren Dritter beteiligt. Der Wasserbehörde obliegt die Aufsicht über Wasser- und Boden-verbände, sie erteilt Sachverständigenzulassungen und führt Akkreditierungsverfahren nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) und der Indirekteinleiterverordnung durch.

Durch Steuerung der Bezirke bei der Umsetzung wasserrechtlicher Vorschriften kann ein einheitlicher Gewässerschutz in Berlin sichergestellt werden.

Mit der Erhebung der Abwasserabgabe und des Grundwasserentnahmeentgelts auf der Grundlage des Bundes- und des Landesgesetzes bestehen ökonomische Instrumente zur Erreichung gewässerschutzpolitischer Ziele. Die Entgelte leisten einen erheblichen Beitrag zum Landeshaushalt.

Auf der Grundlage des Wassersicherstellungsgesetzes des Bundes werden für den Verteidigungsfall Vorsorgemaßnahmen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft getroffen.

Der Abteilung ist folgende Sonderbehörde nachgeordnet:
Fischereiamt (Kapitel 0721)

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

B. Gender Budgeting

Gender Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0720:

0720	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	9	8	10	8	9	8
Relativer Teil	52,94%	47,06%	55,56%	44,44%	52,94%	47,06%
Ressourcen (in T €)	805	711	982	728	896	746
Ressourcen pro Kopf (in T €)	89	89	98	91	100	93
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	80	65	85	70	83	67
Relativer Anteil	55,17%	44,83%	54,84%	45,16%	55,33%	44,67%
Ressourcen (in T €)	4.153	3.931	5.017	4.817	4.982	4.500
Ressourcen pro Kopf (in T €)	52	60	59	59	60	67

0720	2022		
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat in €
Führungskräfte			
w	929.043	9,19	8.426
m	746.063	8,00	7.771
Mitarbeitende			
w	4.976.968	71,80	5.776
m	4.488.986	62,78	5.959

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
09901	**820**	**Abwasserabgabe**	**15.000.000**	**15.000.000**	**15.000.000**	**13.313.426,68**

Für das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer ist nach §§ 1, 2 des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG) eine Abgabe zu entrichten; die Erhebung der Abgabe erfolgt rückwirkend. Der volle Abgabesatz für das Vorjahr beträgt nach § 9 Abs. 4 AbwAG für jede Schadstoffeinheit 35,79 €.

Das Aufkommen an Abwasserabgaben wird für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 jeweils wie folgt geschätzt:

1.	Einleitungen der Berliner Wasserbetriebe (2023: 6.000.000 €).....	6.000.000 €
2.	Einleitungen von Niederschlagswasser	
	- Kostentragung durch die Berliner Wasserbetriebe (2023: 5.750.000 €).....	5.750.000 €
	- Kostentragung durch Berlin (vgl. Titel 54077) (2023: 3.120.000 €).....	3.120.000 €
3.	sonstige Einleiter (2023: 130.000 €).....	130.000 €
		15.000.000 €

Das Aufkommen aus der Abgabe wird nach Abzug des Verwaltungsaufwandes entsprechend der Zweckbindung des § 13 AbwAG verwendet, insbesondere für die Ansätze bei:

Kapitel 0608, Titel 68250	- Dienstleistungen des Landeslabors Berlin-Brandenburg (LLBB) - insbesondere im Zusammenhang mit der Erhebung von Messdaten an Oberflächengewässern, Grundwasser und der Sickerwässer von Altablagerungen
Kapitel 0740, Titel 51701	- Strom für wasserwirtschaftliche Anlagen
Kapitel 0740, Titel 52103	- Unterhaltung der baulichen Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft
Kapitel 0740, Titel 67101	- Ersatz von Personal- und Sachausgaben Dritter für den Betrieb des Belüftungsschiffes „Rudolf Kloos“
Kapitel 0720, Titel 52104	- Unterhaltung des Grundwasser- und Oberflächenwassermessnetzes
Kapitel 0720, Titel 67138	- Wasserwirtschaftliche Sofortmaßnahmen im Bereich des Tegeler Sees -
Kapitel 0720, Titel 67189	- Niedrigwasseraufhöhung der Spree (Lohsa II) -
Kapitel 0720, Titel 89101	- Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen im Bestand der Straßenregenentwässerung -

11102	**331**	**Ersatzvornahmen**	**50.000**	**50.000**	**15.000**	**—**

Rückflüsse aus Ersatzvornahmen aufgrund des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und aus Kosten von Maßnahmen des unmittelbaren Zwanges nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz.

Es wird unterstellt, dass den Ausgaben bei 54012 gleich hohe Einnahmen bei Titel 11102 gegenüberstehen.

Mehr wegen erheblicher Zunahme von Havarien und damit zur Sicherung der Oberflächengewässer mit deren Flora und Fauna sowie Entsorgungskosten von geborgenen Gefahrstoffen

11147	**623**	**Grundwasserentnahmeentgelt**	**60.000.000**	**60.000.000**	**60.000.000**	**58.429.680,55**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Es werden in 2024 und 2025 Grundwasserentnahmentgelte erwartet:

- von den Berliner Wasserbetrieben (2023: 55.500.000 €)	55.500.000 €
- von Dauernutzern (2023: 1.500.000 €)	1.500.000 €
- im Zusammenhang mit Bauvorhaben (2023: 3.000.000 €)	3.000.000 €
	60.000.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
11149	**332**	**Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz**	**2.000.000**	**2.000.000**	**2.000.000**	**2.485.886,55**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

In den Jahren 2024 und 2025 werden folgende Einnahmen erwartet:

a)	den Bereich Gewässeraufsicht (2023: 940.000 €)	948.000 €
b)	amtliche Überwachungsaufgaben der Strahlenmessstelle nach dem Strahlenschutzgesetz und der Strahlenschutzverordnung (2023: 1.000.000 €)	1.000.000 €
c)	Baugrund- und Grundwasserauskünfte (2023: 8.000 €).	0 €
d)	Auskünfte aus dem Bodenbelastungskataster (2023: 2.000 €)	2.000 €
e)	Ausnahmegenehmigungen nach der Überschwemmungsgebiets-verordnung (2023: 50.000 €)	50.000 €
		2.000.000

Die Gebühren im Rahmen der Gewässeraufsicht über stehende Gewässer II. Ordnung und der Verordnung über die Genehmigungspflicht für das Einleiten gefährlicher Stoffe und Stoffgruppen in öffentliche Abwasseranlagen und ihre Überwachung, werden in den jeweiligen Bezirksplänen veranschlagt.

11153	**332**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**74.000**	**74.000**	**124.000**	**75.500,00**

Gebühren für Maßnahmen nach dem Atomgesetz

Weniger, weil sich das Verfahren zur Erteilung der Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für den Forschungsreaktor verzögert

11201	**332**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.400,00**

Geldbußen, Verwarnungsgelder einschließlich Verfahrenskosten und Anordnungen wegen Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und verschiedene Gesetze und Verordnungen des Wasserwesens

11934	**331**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlungen aufgrund überzahlter Rechnungen

11979	**331**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Insbesondere Gebühren für Beglaubigungen, Fotokopien und Akteneinsichten Externer, Entgelte für die Abgabe von Ausschreibungsunterlagen

11990	**332**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**22.036,63**
13203	**331**	**Verkauf von beweglichem Vermögen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Verkauf von ausgesonderten Dienstwagen und Messgeräten

23101	**332**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.321,44**

Erstattung von Ausgaben für die Inanspruchnahme der Strahlenmessstelle durch die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM)

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23102	**332**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund**	**595.000**	**595.000**	**165.000**	**1.042.429,15**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Ersatz von Ausgaben im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung für Aufgaben nach § 162 Strahlenschutzgesetz (vgl. auch Erläuterung zu Titel 51140 und 51479)

Mehr aufgrund der Neuberechnung der Zweckausgabenpauschale

23112	**332**	**Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke**	**4.050.000**	**4.050.000**	**3.810.000**	**2.486.868,99**

Zuweisungen des Bundes zur Finanzierung der Ausgaben für die Sanierung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen (vgl. auch Erläuterung zu Titel 54031).

Mehr aufgrund der Erhöhung der Sanierungsaufwendungen aus den Freistellungsverfahren (vgl. auch Erläuterung zu Titel 54031) und der draus folgenden höheren Refinanzierung des Bundes.

23190 (neu)	**332**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**83.300**	**81.800**		

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 52790 in Höhe von 3.000 Euro in 2024 und 1.500 Euro in 2025, Titel 54690 in Höhe von 7.500 Euro pro Jahr und Titel 42890 in Höhe 72.800 Euro pro Jahr.

Zweckgebundene Einnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Rahmen des Förderprojekts „LURCH – Verbundprojekt CHARMANT: Charakterisierung, Bewertung und Management von urbanen Grundwasserleitern, Teilprojekt 2“

23290 (neu)	**332**	**Zweckgebundene Einnahmen von Ländern für konsumtive Zwecke**	**70.000**	**—**		

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 54690.

Zweckgebundene Einnahmen des Landes Brandenburg zur Umsetzung einer Ländervereinbarung über gemeinsame Maßnahmen für die Panke. Die Kosten über insgesamt 140.000 € teilen sich die Länder Brandenburg und Berlin zu je 50%.

Der Landesanteil wird aus Titel 54010 bereitgestellt.

		Gesamteinnahmen	**81.928.300**	**81.856.800**	**81.120.000**	**77.862.549,99**
		Prozentuale Veränderung	**1,0 %**	**-0,1 %**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.922.000**	**3.039.000**	**2.850.000**	**2.668.739,10**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**9.353.000**	**9.727.000**	**9.057.000**	**8.494.657,60**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**409.000**	**337.000**	**96.800**	**74.784,75**
42890 (neu)	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**72.800**	**72.800**		**R 216.000,00**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**123.000**	**126.000**	**127.000**	**115.194,03**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**331**	**Geschäftsbedarf**	**65.000**	**65.000**	**62.000**	**55.652,27**

Allgemeiner Bürobedarf, Fachbücher, Fachzeitschriften, Loseblattsammlungen mit Ergänzungslieferungen und Postgebühren für den Dosimeterversand der Strahlenmessstelle, Ausgaben für die Datenfernübertragung, insbesondere für die Datenübertragung für das Kernanlagenfernüberwachungssystem, zwischen Strahlenmessstelle (Landesdatenzentrale) und Zentralstelle des Bundes, die vom Bund erstattet werden (vgl. Erläuterung zu Titel 23102) und für das Luftgüte-Messnetz (BLUME)

51140	**332**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**367.000**	**367.000**	**367.000**	**272.564,58**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	95.000	0	0
VE 2023	0	0	0

Ersatz und Ergänzung von Büroinventar und -maschinen sowie für Unterhaltung, Ersatz und die Ergänzung von technischen Geräten, insbesondere auch für die Strahlenmessstelle das Luftgüte-Messnetz (BLUME) und die wasserwirtschaftlichen Messanlagen

Ersatz von Ausgaben durch den Bund im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung für die Strahlenmessstelle (vgl. Erläuterungen zu Titel 23102)

51403	**331**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**30.000**	**30.000**	**25.000**	**19.028,07**

Steuern, laufender Unterhalt und Betriebsstoffe für Dienstkraftfahrzeuge und für das Dienstboot

Mehr aufgrund erheblich gestiegener Treibstoffpreise für Dienst-Kfz und Strompreisen für Fahrzeuge mit E-Antrieb

51408	**331**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.328,50**

Schutzausrüstung für Mitarbeitende in Laboren und im Außendienst, insbesondere Strahlenmessstelle, Gewässeraufsicht, Wasserwirtschaft, Luftgüte-Messnetz (BLUME) und für Anlagen- und Baustellenbegehungen

51432 (neu)	**332**	**Film- und Fotomaterial, Ton- und Videobänder**	**—**	**—**		**31.955,67**
51479	**332**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**176.000**	**176.000**	**170.000**	**197.996,38**

Insbesondere Dosimetersonden für die Personendosisüberwachung, Flüssigstickstoff für Kühlzwecke und Laborchemikalien für die Strahlenmessstelle (Erstattung der im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung entstandenen Ausgaben durch den Bund, vgl. Titel 23102) sowie Verbrauchsmittel für das Luftgüte-Messnetz (BLUME) und für die Gewässeraufsicht

Mehr durch Preisanstiege bei Laborgasen, Chemikalien und von Monopolisten zu beschaffenden Materialien gekommen

51701	**331**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**59.792,19**

Insbesondere Stromkosten für das Luftgüte-Messnetz (BLUME) und die wasserwirtschaftlichen Messanlagen

51801	**331**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**6.000**	**6.000**	**3.000**	**1.181,74**

Mieten einschließlich Nebenkosten für Stellplätze für das Luftgüte-Messnetz (BLUME)

Mehr aufgrund erheblich gestiegener Strompreise

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51802	**331**	**Mieten für Fahrzeuge**	**1.000**	**1.000**	**3.500**	**—**

Ausgaben für Car-Sharing, Mieten für Fahrzeuge im Bereich der Elektromobilität

52104	**623**	**Unterhaltung des Grundwasser- und Oberflächenwassermessnetzes**	**973.000**	**973.000**	**738.000**	**481.834,64**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**500.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**250.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**250.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für jahresübergreifende Verträge für die Wartung und Unterhaltung sowie für den Ersatzbau von Messstellen benötigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	196.200	119.200	0
VE 2023	150.000	150.00	0

Unterhaltung des Grundwasser- und Oberflächenwassermessnetzes und Reparatur/Ersatz von Grundwassermessstellen bzw. von Datenloggern gemäß Berliner Wassergesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), EU-Hochwasserrisikomanagement-RL, EU-Richtlinie über den Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzungen, Allgemeines Zuständigkeitsgesetz und Bauordnung Berlin.

Mehr für den Ersatz von defekten und überalterten Datenloggern um einen schnelleren Eingang der Grundwasserstandsdaten (von monatlich zu täglich) sowie eine automatisierte Übermittlung zu ermöglichen.

Der Mehrbedarf ergibt sich ferner aus den gestiegenen Kosten für Wartungsverträge.

52501	**331**	**Aus- und Fortbildung**	**23.000**	**23.000**	**35.000**	**10.123,30**

Für die fachliche Fortbildung der Dienstkräfte, einschließlich der Ausgaben für Dienstreisen für Aus- und Fortbildung

52609	**332**	**Thematische Untersuchungen**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**—**

Die veranschlagten Mittel werden verausgabt, um dem Ziel nachzukommen, bis 2035 20 % der öffentlichen Flächen von der Mischwasserkanalisation im Einzugsbereich des Landwehrkanals abzukoppeln.

52610	**331**	**Gutachten**	**45.000**	**45.000**	**55.000**	**11.067,00**

Für technische Sachverständigengutachten bzw. externe Beratung und Projektsteuerung von Einzelfällen im Rahmen des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVPG)

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung ist bei allgemeinen Vorprüfungen nach § 7 UVPG nicht vorgesehen.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**25.000**	**25.000**	**30.000**	**16.345,74**

Für Dienstreisen und Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts

52790	**332**	**Dienstreisen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**3.000**	**1.500**	**—**	**—** **R 5.000,00**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Dienstreisen für die Durchführung des LURCH-Verbundprojekts CHARMANT: Charakterisierung, Bewertung und Management von urbanen Grundwasserleitern, Teilprojekt 2; gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**332**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**7.058,13**

Herausgabe von Pflichtveröffentlichungen im Rahmen der EG-Wasserrahmenrichtlinie, des Wasserhaushaltsgesetzes und des Berliner Wassergesetzes, von Publikationen, Neu- und Nachdruck von Broschüren für die Bereiche Nachsorgender Bodenschutz und Altlastensanierung und für die Umweltbildung sowie von Informationen für die Öffentlichkeit im Bereich Luftgüte und Strahlenschutzvorsorge

Pflichtveröffentlichungen und Publikationen zum integrativen Umweltschutz richten sich an alle interessierten Personen jeden Geschlechts.

53105	**332**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**10.000**	**10.000**	**5.000**	**—**

Kosten für die Aufstellung der Messwagen, für Plakate und Informationsmaterialien bei Veranstaltungen, Symposium „Gewässertage in Berlin“ und Beteiligungswerkstätten im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie, Unterstützung von Messe- und Kongress-Plattformen aus der Metropolenregion Berlin-Brandenburg

Mehr aufgrund der Wiederaufnahme von Veranstaltungen für die Öffentlichkeit.

53108	**331**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Besucherinnen- und Besucherbetreuung aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen

53111	**331**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**3.607,29**

Für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten für Auswahlverfahren

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Einstellungen aufgrund von Stellenausschreibungen in überregionalen Medien						
Absolut	10	7	10	5	12	13
Relativ	59%	41%	67%	33%	48%	52%
Ressourcen (in T €)	5,5	3,8	4,6	2,3	1,7	1,9

Zielgruppe:	Bewerberinnen auf Stellenausschreibungen in überregionalen Medien
Zielsetzung:	Der Ressourceneinsatz erfolgt u.a. zur Ansprache von Frauen auch für Führungspositionen des (vglb.) höheren Dienstes. Ziel ist, hier eine Unterrepräsentanz von Frauen zu vermeiden bzw. bestehende abzubauen.
Steuerungsmaßnahmen:	Qualifizierung der Fortbildungsmaßnahmen für weibliche Führungskräfte

53190	**332**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**1.542,24 R 20.494,39**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**332**	**Dienstleistungen**	**8.222.000**	**7.717.000**	**4.262.000**	**1.404.955,18** **R 2.501.219,66**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 4.445.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 3.925.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**7.250.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2025	**4.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.750.000**	**1.750.000**		
		Davon fällig 2027	**1.500.000**	**1.750.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die jahresübergreifenden Verträge der Wasserwirtschaft, Geologie und des Gewässerschutzes sowie für Verträge zur Durchführung der neuen Projekte Klimaanpassung, Wärmewende und Wasserressourcenmanagement.erforderlich. Ferner für Verträge zur Durchführung der neuen Projekte zu den Nummern 15 bis 18 und 21, sowie zu den Projekten des Innovationsförderfonds (Nr. 19).

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	344.820	276.680	18.640
VE 2023	4.650.000	3.150.00	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Grundlagenarbeiten im Bereich der Altlastensanierung und des Bodenschutzes	180.000	180.000	150.000	193.790
2.	Sonstige Lohnaufträge, insbesondere - Pflege und Entwicklung von Mess- und Regeltechnik-Software, - Bauartzulassungen und Akkreditierungen für Geräte, - Herstellung von Kalibrierstandards	100.000	100.000	100.000	100.380
3.	Dienstleistungen für das Luftgütemessnetz BLUME, u.a. - Schwermetallanalysen von Feinstaubproben gemäß EU-Richtlinie 1999/30 - Bereitstellung meteorologischer Messdaten durch das Meteorologische Institut der FU Berlin - Abbau, Umbau, Umsetzen und Grafitti-Schutz von BLUME-Standorten/ -containern - Softwareentwicklung und Pflege für das Laborinformationssystem LULA des Luftgütemessnetzes - Probenahmetour RUBIS und Passivsammler inklusive Reparatur und Wartung der Probensammler - Ausbau der Internetpräsens zur Darstellung der Luftqualität in Berlin - Datenerfassung/-management, Wartung und Fehlerbehebung für das automatische Luftgütemessnetz	90.000	90.000	80.000	91.710

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
4.	Dienstleistungen für die Wasserbehörde, u.a. - Beurteilungen von Grundwassernutzungen und von Maßnahmen im Rahmen der Erteilung von Bewilligungen zur Grundwasserförderung der Berliner Wasserbetriebe, - Prüfungen zur Anerkennung von Sachverständigenorganisationen, - Erarbeitung von Dokumentationen für örtliche Bereiche von Fahrgastanlegestellen, - Auswertung von Einwendungen bei der Durchführung von förmlichen Verfahren, Beprobung und Beurteilung von Einleitungen in Oberflächengewässer auf Grund von Schadensfällen und Beprobung von Einleitungen nach dem Berliner Wassergesetz.....	75.000	75.000	60.000	1.990
5.	Beprobung des Grundwassers nach dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Berliner Wassergesetz .	75.000	75.000	70.000	71.310
6.	Untersuchungen zur Herstellung der Geologischen Karte von Berlin einschließlich geologischer Schnitte gemäß Umweltinformationsrichtlinie und Lagerstättengesetz	25.000	25.000	25.000	7.490
7.	Untersuchungen zur Überwachung der Oberflächen-gewässer und des Grundwassersgemäß Berliner Wassergesetz und EU-Richtlinien.....	160.000	160.000	150.000	145.660
8.	Umsetzung von EG-Richtlinien; Erarbeiten von Grundlagen - für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und - der Hochwassermanagementrichtlinie	450.000	450.000	450.000	130.490
9.	Sulfatmanagement im Spreegebiet zur Sicherung der Trinkwasserversorgung Berlins.....	90.000	90.000	90.000	77.310
10.	Absicherung von Ausfallzeiten des Schiffsführers	7.000	7.000	7.000	3.850
11.	Grundwassermanagment von Berlin gemäß Berliner Wassergesetz und Grundwassersteuerungsverordnung, Optimierung des Datenmanagements - Hydrogeologische Untersuchungen und Modellierungen - Geologische Informationsaufbereitung - Temperaturmessungen - Geothermische Modellierungen	100.000	100.000	100.000	28.960
12.	Verstetigung und Ausweitung von Pilotprojekten zum lokalen Grundwassermanagement	100.000*	100.000	100.000	12.200
13.	Umsetzung des Strahlenschutzgesetzes samt Verordnungen (EU-Richtlinie 2013/59/Euratom), Aufbau und Aufrechterhaltung der Infrastruktur im vorsorgenden Strahlenschutz, Aufwendungen für die Notfallvorsorge für radiologischen Lagen sowie die dosimetrische Überwachung von Einsatzkräften, Qualifizierung und Kompetenzerhalt für Einsatzkräfte	400.000	400.000	400.000	238.520
14.	Maßnahmen im Rahmen der Blue Community	100.000	100.000	100.000	9.810
15.	Starkregenrisikovorsorge	350.000	350.000	260.000	59.500
16.	Entsiegelung	150.000	150.000	370.000	37.350
17.	Masterplan Wasser	390.000	390.000	510.000	45.630
18.	Schwammstadt	390.000	390.000	390.000	122.420
19.	Innovationsförderfonds: - Sensornetzwerk Klimaanpassung - Wärmewende (Fernwärmeversorgung) - Wasserressourcenmanagement digital.....	4.445.000	3.925.000	750.000	26.590
20.	Konzept „Gewässernutzung und Naturschutz“.....	0	0	100.000	0
21.	Fachliche Grundlagen für die Wärmewende (neu)	510.000	510.000	0	0
22.	Digitalisierung von Bestandsakten im Rahmen der Einführung der E-Akte (neu)	35.000	50.000	0	0
	Summe	**8.222.000**	**7.717.000**	**4.262.000**	**1.404.960**

*Darüber hinaus stehen rd. 2.500.000 € als Rest aus Vorjahren zur Verfügung.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Mehr, da
- zu 1: die Berliner Bodenschutzkonzeption entwickelt werden soll.
- zu 4: aufgrund des Klimawandels Beschleunigungsmaßnahmen im Vollzug des Gewässersektors erforderlich sind.
- zu 15: zusätzliche Ausgaben für die Regenwasserbewirtschaftung und Starkregenrisikovorsorge notwendig sind, um Berlin auf klimatische Veränderungen vorzubereiten und Schaden abzuwenden.
- zu 19: die Umsetzung der Maßnahmen erst nach vorbereitenden Planungen durchgeführt werden können. Die Ansätze entsprechen der IFF-Projektierung für die Jahre 2024 und 2025
- zu 21 und 22: neue Sachverhalte

Weniger, da
- zu 16: die planerischen und konzeptionellen Arbeiten eines Entsiegelungsprogramms überwiegend 2023 erfolgt sind.
- zu 17: die Grundlagenbearbeitung und Risikobetrachtung lediglich fortgeführt wird
- zu 20: die Konzepterstellung nicht erfolgt.

Die Bereitstellung des Eigenanteils Berlins von 50% der geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 140.000 € zur Erarbeitung der hydrologischen und hydraulischen Grundlagen und der Hochwassergefahrenkarten für die Panke in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg aus der lfd. Nr. 8, vgl. Erläuterung zu Titel 23290.

Über den Innovationsförderfonds (IFF) stehen Mittel für die Projekte Sensornetzwerk Klimaanpassung von insgesamt 1.400.000 €, für die Wärmewende (Fernwärmeversorgung) von insgesamt 6.300.000 € und für das Wasserressourcenmanagement digital von insgesamt 1.200.000 € zur Verfügung (vgl. lfd. Nr. 19.). Die Umsetzung der Projekte erstreckt sich über mehrere Jahre.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

54012	**331**	**Ersatzvornahmen**	**50.000**	**50.000**	**15.000**	**55.121,61**

Ausgaben für die Beseitigung von Verunreinigungen auf Grundstücken und in Gewässern im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens, die von Berlin zu tragen sind

Es wird unterstellt, dass den Ausgaben grundsätzlich gleichhohe Einnahmen bei dem Titel 11102 gegenüberstehen.

Mehr wegen erheblicher Zunahme von Havarien und damit zur Sicherung der Oberflächengewässer mit deren Flora und Fauna sowie Entsorgungskosten von geborgenen Gefahrstoffen

54016	**332**	**Ermittlung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**204.338,35**

Ausgaben für Untergrunduntersuchungen und Bewertungen im Bereich großflächig verunreinigter Gebiete im Zuständigkeitsbereich des Senats sowie Bohrungen im Wege der Amtshilfe für Strafermittlungsbehörden

Die Ausgaben für die Untersuchungen der Bodenschichten bis zum Grundwasser auf ihren Schadstoffgehalt sind in den Bezirksplänen – soweit die Bezirksämter zuständig sind – veranschlagt.

54031	**332**	**Beseitigung von Bodenverunreinigungen**	**9.000.000**	**8.800.000**	**6.600.000**	**5.528.956,01**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2029 FF	**5.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2030 FF		**5.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind veranschlagt für die haushaltsmäßige Absicherung der Erteilung von weiteren Freistellungen sowie für die kontinuierliche Durchführung sonstiger Sanierungen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren: *)

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	29.153.800	20.676.910	109.617.390
VE 2023	.0	0	5.000.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen beruhen auf Freistellungen nach dem Umweltrahmengesetz – hier kann im Vorfeld nicht genau beschrieben werden, wann die Zahlungsverpflichtungen fällig werden. Die Freistellungen sind auf 10 Jahre befristet; innerhalb dieser Frist sollte mit den Sanierungen begonnen werden, somit können die Maßnahmen auch über die 10-Jahresfrist hinaus andauern.

Das Umweltrahmengesetz beinhaltet eine Altlastenfreistellungsklausel, auf deren Grundlage im Interesse der Beseitigung von Investitionshemmnissen, dem Erhalt oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken im Ostteil der Stadt und in West-Staaken auf Antrag von der Altlastensanierung freigestellt worden sind. Für Teile der Maßnahmen erstattet der Bund vereinbarungsgemäß im Bereich des Großprojektes Spree 75 v. H. und für Grundstücke außerhalb des Großprojektes 60 v. H. der Ausgaben. Die Erstattungen des Bundes werden im Titel 23112 vereinnahmt.

Die Ausgaben für Sanierungsmaßnahmen auf landeseigenen Grundstücken sind bei Kapitel 0740, Titel 54031 veranschlagt.

Mehr wegen unabwendbaren, zusätzlichen Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen im Einzugsbereich des unmittelbar gefährdeten Wasserwerks Kladow und in den Einzugsbereichen der Wasserwerke Stolpe, Tegel, Tiefwerder und Eichwalde sowie bei den Freistellungsmaßnahmen und im ökologischen Großprojekt.

54053	**332**	**Veranstaltungen**	**21.000**	**21.000**	**21.000**	**39.695,59**

Die Ausgaben sind für Veranstaltungen in den Bereichen Boden-, Gewässer- und Grundwasserschutz sowie atomrechtliche Aufsicht und Genehmigung, Strahlenschutz, Luftgüte und Wasserwirtschaft erforderlich. In den Jahren 2024-2027 übernimmt das Land Berlin turnusgemäß den Vorsitz des ständigen Ausschusses Klimawandel der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA).

54077	**331**	**Steuern, Abgaben**	**3.230.000**	**3.230.000**	**3.120.000**	**2.892.375,07**

Abführung von Steuern im Rahmen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu den Titeln 11147, 11149, 11979, 13203 und 23102. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Einnahmen aufgrund der Erhebung der Umsatzsteuer geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Abgabepflicht für Leistungen der amtlichen Presonendosimetrie für beruflich exponierte Personen nach § 66 Strahlenschutzverordnung als nach § 169 Strahlenschutzgesetz bestimmte Messstelle sowie Abgabepflicht Berlins gemäß § 8 des Berliner Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes für den entsprechenden Teil des Niederschlagswassers, der über die öffentliche Kanalisation in Berliner Gewässer eingeleitet wird.

Die Ausgaben werden an den Titel 09901 geleistet.

54079	**331**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**393,60**

Insbesondere Ausgaben für Reinigung von Schutz-/Laborkleidung sowie Erste-Hilfe-Materialien

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54690 (neu)	**332**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**77.500**	**7.500**		

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 23190 und 23290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Dienstleistungen im Rahmen des Förderprojekts „LURCH – Verbundprojekt CHARMANT: Charakterisierung, Bewertung und Management von urbanen Grundwasserleitern, Teilprojekt 2“, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, vgl. Erläuterungen zu Titel 23190.

Erarbeitung der hydrologischen und hydraulischen Grundlagen und der Hochwassergefahrenkarten für die Panke in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg auf Grundlage einer Ländervereinbarung Brandenburg beteiligt sich mit 50% an den geschätzten Gesamtkosten in Höhe von 140.000 €, vgl. Erläuterung zu Titel 23290. Der Landesanteil wird aus Titel 54010 bereitgestellt.

63107	**332**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**3.000.000**	**3.000.000**	**1.700.000**	**1.701.127,23**

Berlin erstattet dem Bund 25 v. H. der von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) bzw. der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) – als Nachfolgeeinrichtung der Treuhandanstalt - aufgewendeten Ausgaben für Gefahrenabwehrmaßnahmen auf vier Grundstücken im Bereich des Großprojektes Spree. Darüber hinaus erstattet Berlin dem Bund 25 v. H. (Großprojekt Spree) bzw. 40 v. H. (außerhalb des Großprojekts Spree) der von der BvS vorgeleisteten Ausgaben für Gefahrenabwehrmaßnahmen auf Grundstücken der Treuhandliegenschaftsgesellschaft TLG (vgl. auch Erläuterung zu Titel 54031).

Mehr wegen verstärkter Sanierungsmaßnahmen aufgrund eines hohen Schadstoffpotentials auf den Grundstücken am Glienicker Weg und der Köpenicker Landstraße

63121	**332**	**Zuschuss an die Bundesanstalt für Gewässerkunde**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**888,95**

Anteil Berlins nach dem Königssteiner Schlüssel an den Kosten für die Herausgabe der Publikation „Hydrologie und Wasserbewirtschaftung“ durch die Bundesanstalt für Gewässerkunde

67101	**332**	**Ersatz von Ausgaben**	**2.350.000**	**2.350.000**	**2.510.000**	**2.044.299,16**

1.500.000,0 EUR wurden bislang bei 0750/68282 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**6.850.000**	**—**
Davon fällig 2025	**2.350.000**	
Davon fällig 2026	**900.000**	**—**
Davon fällig 2027	**900.000**	**—**
Davon fällig 2028	**900.000**	**—**
Davon fällig 2029 FF	**1.800.000**	**—**

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für jahresübergreifende Verträge für die Regenwasseragentur sowie für das Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und –spender erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	900.000	0	0
VE 2023	.0	0	0

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1.	Anteil Berlins am Länderfinanzierungsprogramm „Wasser, Boden und Abfall“ gemäß Königsteiner Schlüssel.....	91.500	91.500	91.500	65.260
2.	Beteiligung Berlins in der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Elbe	32.000	32.000	30.000	33.230
3.	Ausgabenersatz an das Landesamt für Bergbau, Energie und Rohstoffe Niedersachsen für die Bearbeitung der Tiefengeologie Berlins	7.000	7.000	7.000	4.290
4.	Ausgabenersatz an das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe des Landes Brandenburg für Kartierungsarbeiten zur Quartär- und Tertiärgeologie Berlins .	10.500	10.500	10.500	9.980
5.	Ausgabenersatz an die Bundesanstalt für Gewässerkunde für den Bereich des Fachportals „Wasserblick“	8.200	8.200	8.200	4.060
6.	Ausgabenersatz an die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) für die Bereitstellung der Bohrdaten Berlins in INSPIRE (Infrastruktur für räumliche Informationen in Europa).....	800	800	800	490
7.	Für den Betrieb der Regenwasseragentur	900.000	900.000	862.000	812.000
8.	Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und –spender (neu)...	1.300.000	1.300.000	0	0
	Summe	**2.350.000**	**2.350.000**	**1.010.000**	**929.310***

*Darüber hinaus wurden 5.000 € für das Kooperationsprojekt Umweltinformationssystem zur Erstellung der App „Meine Pegel“ verausgabt.

67138	**623**	**Kostenersatz für Gewässerschutzanlagen**	**4.700.000**	**4.700.000**	**3.771.000**	**3.771.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**601.000**	**601.000**		
		Davon fällig 2025	**601.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**601.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Verlängerungen und Erweiterung der Vereinbarungen mit den Berliner Wasserbetrieben zur Umsetzung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	3.170.000	3.170.000	6.340.000
VE 2023	601.000	0	0

Jährlicher Kostenersatz an die Berliner Wasserbetriebe (BWB) für die

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1.	Unterstützung bzw. Beschleunigung von Altlastensanierungsmaßnahmen durch Aufrechterhaltung von notwendigen Grundwasserströmen im Bereich des Wasserwerks Johannisthal	601.000	601.000	601.000	435.050
2.	Verbesserung der Gewässersituation im Tegeler See durch Reaktivierung der vorhandenen Seeleitung, die Durchspülung des Sees mit entphosphatetem Oberhavelwasser und damit die Verhinderung des Eindringens von belastetem Oberhavelwasser.....	4.099.000	4.099.000	3.170.000	3.335.950
	Summe	**4.700.000**	**4.700.000**	**3.771.000**	**3.771.000**

Die Ausgaben beruhen auf Vorgaben der Wasserschutzgesetzgebung, insbesondere auf § 37a Berliner Wassergesetz, der vorgibt, dass die öffentliche Wasserversorgung Berlins durch die Gewinnung von Wasser innerhalb der Stadtgrenze zu gewährleisten ist.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die mit den Berliner Wasserbetrieben vereinbarten wasserwirtschaftlichen Maßnahmen dienen der Erfüllung dieses gesetzlichen Auftrags.

Mehr wegen erheblicher Kostensteigerung für Chemikalien, insbesondere Fällmittel, sowie für Energiekosten

67189	**623**	**Kostenersatz an Länder für das Wasserspeichersystem LOHSA II**	**900.000**	**900.000**	**900.000**	**—**

Um einem Absinken der Wasserführung der Spree in Trockenwetterperioden infolge stetigen Rückganges der Braunkohleförderung im Lausitzer Gebiet und der damit verbundenen geringen Sümpfungswassereinspeisung in die Spree in den kommenden Jahren begegnen zu können, ist mit dem Bau des Mehrjahresspeichersystems Lohsa II einschließlich dem Speicher Bärwalde mit voraussichtlichen Gesamtkosten von rd. 285.300.000 € begonnen worden, an deren Finanzierung sich der Bund mit 75 v. H. beteiligt. Der verbleibende Ausgabenanteil der beteiligten Länder beträgt insgesamt rd. 71.325.000 € und teilt sich auf in einen bergbaulichen Teil von rd. 47.677.000 € und einen wasserwirtschaftlichen Teil von rd. 23.648.000 €.

Während die bergbaulichen Sicherungsmaßnahmen vom Land Sachsen finanziert werden, finanzieren die Länder Brandenburg und Berlin auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung die Ausgaben für den wasserwirtschaftlichen Teil je zur Hälfte. Der somit zum Zeitraum der Aufstellung der Bauplanungsunterlagen auf Berlin rechnerisch entfallende Anteil von 11.824.000 € ist an das diese Maßnahme beauftragende Land Brandenburg in Form eines Kostenersatzes geleistet worden.

Die Projektumsetzung hält an.

81179	**332**	**Fahrzeuge**	**80.000**	**60.000**	**85.000**	**39.605,46**
		Verpflichtungsermächtigung	**60.000**	**60.000**		
		Davon fällig 2025	**60.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**60.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um längere Lieferzeiten für die Beschaffung von Fahrzeugen abbilden zu können.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	80.000	0	0

Erneuerung des Fahrzeugbestandes auf emissionsarme bzw. elektrisch betriebene Fahrzeuge

Erläuterung 2024:
1 Ersatzbeschaffung eines Transporters für die Strahlenmessstelle ..... 80.000 €

Erläuterung 2025:
1 Pkw-Transporter für das Luftgütenetz..... 60.000 €

81279	**332**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**682.000**	**702.000**	**645.000**	**456.831,80**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um längere Lieferzeiten für die Beschaffung von Geräten abbilden zu können.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Erneuerung des Gerätebestands

Erläuterung 2024:

Strahlenmessstelle	240.000 €
Luftgütemessnetz BLUME	250.000 €
Wasserwirtschaft	192.000 €
	682.000 €

Erläuterung 2025:

Strahlenmessstelle	260.000 €
Luftgütemessnetz BLUME	250.000 €
Wasserwirtschaft	192.000 €
	702.000 €

Mehr aufgrund erhöhter Anforderungen durch den Masterplan Wasser sowie gestiegener Preise bei der Beschaffung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89101	**332**	**Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz**	**7.000.000**	**7.000.000**	**6.750.000**	**3.165.325,30**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	7.000.000	7.000.000	1.760.020
VE 2023	0	0	0

Die Zuschüsse sind erforderlich zur Finanzierung bzw. anteiligen Finanzierung von Maßnahmen im Bestand der Straßenentwässerungsanlagen im Trenn- und Mischsystem, einschließlich Grundstückskäufe für Behandlungsanlagen im Trennsystem. Diese Maßnahmen dienen dem Schutz bzw. der Verbesserung der Qualität der Berliner Gewässer bzw. des Grundwassers. Sie umfassen z. B. den Bau Stauraumkanälen und Schwellenerhöhungen sowie von Retentionsbodenfilteranlagen und technischen Regenwasserbehandlungsanlagen wie Regenklärbecken und undustriell gefertigten Anlagen.

Mit der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wurden umfangreiche Neuregelungen für den Gewässerschutz und die Wasserwirtschaft in Europa geschaffen. Um die Umweltziele nach WRRL zu erreichen, sind Maßnahmen zur Reduzierung der stofflichen Belastung aus den regen- und schmutzwasserbürtigen Einleitungen in die Gewässer und das Grundwasser erforderlich. Zunächst wurde ein Gewässergütebauprogramm für Maßnahmen im Mischsystem aufgestellt und im Dezember 2012 eine langfristige Finanzierungvereinbarung zwischen dem Land Berlin und den Berliner Wasserbetrieben (BWB) geschlossen. Diese wurde zuletzt in 2019 angepasst.Neben der Fortführung der Maßnahmen im Mischsystem sind nun auch verstärkt Regenwasserbehandlungsmaßnahmen im Bereich des Trennsystems erforderlich, um die Gewässergüte zu verbessern. Sie stellen einen weiteren Schwerpunkt zur Erreichung der Wasserrahmenrichtlinien-Ziele dar.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
98103	890	Kommunaler Anteil an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung	—	—	—	178.611,50
		Gesamtausgaben	54.491.300	54.136.800	44.578.300	34.007.978,03
		Prozentuale Veränderung	22,2 %	-0,7 %		

Abschluss Kapitel 0720

011-099	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	15.000.000	15.000.000	15.000.000	13.313.426,68
111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	62.129.000	62.129.000	62.144.000	61.017.503,73
211-299	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	4.799.300	4.727.800	3.976.000	3.531.619,58
	Gesamteinnahmen	81.928.300	81.856.800	81.120.000	77.862.549,99
411-462	Personalausgaben	12.879.800	13.301.800	12.130.800	11.353.375,48
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	22.898.500	22.122.000	16.085.500	11.296.913,15
611-699	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.951.000	10.951.000	8.882.000	7.517.315,34
811-899	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	7.762.000	7.762.000	7.480.000	3.661.762,56
911-989	Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	178.611,50
	Gesamtausgaben	54.491.300	54.136.800	44.578.300	34.007.978,03
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	27.437.000	27.720.000	36.541.700	43.854.571,96

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001133 Umwelt -Böden, Gewässer, Fischbestände, Immissionsschutz

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	6	Personalkosten	16.750.629	15.588.287	+7,46
Kostenträger	30	Sachkosten	13.566.924	14.900.838	-8,95
davon		Transferkosten	2.744.348	1.620.321	+69,37
Produkte	19	Verrechnungskosten	594.118	517.424	+14,82
MGF	11	kalkulatorische Kosten	2.756.423	2.729.420	+0,99
Projekte	0	Gemeinkosten	13.878.429	11.317.498	+22,63
		Summe Verwaltungskosten	50.290.870	46.673.788	+7,75
		Transfers	8.661.651	14.123.013	-38,67
		Gesamtsumme	58.952.521	60.796.801	-3,03

Weitere Darstellungen zu Kostenträgern des strategischen Ziels 001133 befinden sich in den Kapiteln 0710 Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz sowie in dem Kapitel 0721 Fischereiamt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
002477	2022	10.562.339	0	10.562.339
Erhaltung und Sicherung der Bodenqualität	2021	9.221.555	0	9.221.555

Die Bodenschutzpolitik orientiert sich an der Notwendigkeit, die Bodenfunktionen langfristig zu erhalten und zu verbessern. Die Entwicklung und Aktualisierung von Planungsinstrumenten zum Bodenschutz dient der Lenkung der baulichen Entwicklung der Stadt auf bereits bebaute, versiegelte oder anderweitig überprägte Flächen und der Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme. Darüber hinaus ist der besondere Wert des Bodens im ökologischen System stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu transportieren. Vorhandene Bodenbelastungen sind zielgerichtet zu erfassen und schwerpunktmäßig durch Maßnahmen der Boden-, Grundwasser- und Altlastensanierung zu beseitigen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77545	2022	9.440.300	0	9.440.300
Altlastensanierung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	8.286.538	0	8.286.538

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	16,01	13,63
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.701.127,23	726.300,19
IST - Erträge in €	2.479.760,73	2.536.266,08
Kostendeckungsgrad in %	26,27	30,61

Pflege des Bodenbelastungskatasters, Ermittlung und Beseitigung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen, Altlastensanierung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77546	2022	802.406	0	802.406
Bodenschutzpolitik und -planung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	652.098	0	652.098

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,36	1,07
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Schaffung der Grundlagen zum Bodenschutz

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005007	2022	15.882.500	7.886.011	23.768.511
Sicherung einer nachhaltigen Wasserwirtschaft	2021	15.100.160	13.551.406	28.651.566

Der vorbeugende Gewässerschutz ist Aufgabe der Wasserbehörde des Landes Berlin sowie des Fachbereichs Wasserwirtschaft. Der Vollzug des europäischen, bundesdeutschen und Berliner Wasserrechts und ist eine gesamtstädtische Aufgabe, die der nachhaltigen Versorgung der Berliner Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser sowie der Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie dient und den Lebensraum „Wasser“ vor schädlichen Veränderungen schützt. Die Nutzung der Gewässer als Erholungsraum und Naturraum wird so für nachfolgende Generationen gesichert. Ein umfassender Vollzug des Wasserrechts und die Erarbeitung von Strategien für neue Herausforderungen ist eine wesentliche Voraussetzung für die nachhaltige Nutzung der Berliner Gewässer. Eine weitergehende Reinigung der Abwässer in den Klärwerken, sowie nachhaltige Formen der Regenwasserbewirtschaftung sind zwei wesentliche Herausforderungen.
Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) wird zur Sicherstellung der Umsetzung der rechtlichen Anforderungen für das Grund- und Oberflächenwasser auf der konzeptionellen Seite konsequent weiter umgesetzt. Zur operationellen Umsetzung der Ziele der WRRL werden Gewässerentwicklungskonzepte erarbeitet. Aktuell werden verschiedene Konzepte und Planungshilfen für die Förderung der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung erarbeitet.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65515	2022	2.304.836	2.349	2.307.185
Wasserwirtschaftliches Landesmessnetz	2021	2.516.050	0	2.516.050

	2022	2021
Menge: Zahl der Datensätze	382.010	381.560
Kosten je ME in €	6,03	6,59
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,91	4,14
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	4.707,07
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Landesmessnetz für Oberflächenwasser und Grundwasser, Dauernde mengen- und gütemäßige Überwachung des Grund- und Oberflächenwassers einschließlich der Datenerfassung, Aufbereitung und Auswertung

Ziele 1.Teil:
Unverzügliche Ermittlung und sichere Einschätzung des Gefahrenpotentials zur Daseinsvorsorge, Gefahrenabwehr, Vermeidung bzw. Minimierung von zusätzlichen Umweltbelastungen, Entwicklung von Strategien

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65516	2022	621.785	0	621.785
Wasserwirtschaftliche Landeskartenwerke	2021	564.568	0	564.568

	2022	2021
Menge: Anzahl der Karten	38	24
Kosten je ME in €	16.362,76	23.523,67
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,05	0,93
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Erstellen des wasserwirtschaftlichen und des geologischen Landeskartenwerkes; Erkundung, Beschreibung, aktuelle Dokumentation/Visualisierung der geologischen und wasserwirtschaftlichen Situation des Landes

Ziele 1.Teil:
Spezielle Grundlagen zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz (Daseinsvorsorge, Gefahrenabwehr, Freizeitgestaltung, Bau-, Verkehrs- und Naturraumplanung und Durchführung daraus resultierender Maßnahmen), effiziente Planung und Koordination von Stadtentwicklung und Umweltschutzmaßnahmen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65519	2022	1.703.197	180.531	1.883.728
Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)	2021	1.388.870	0	1.388.870

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

	2022	2021
Menge: Anzahl der abgeschlossenen Vorgänge	20	12
Kosten je ME in €	85.159,84	115.739,16
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,20	2,28
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	485.223,50	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Rechtliche und fachliche Umsetzung der WRRL im Land Berlin, Berichterstattung an das BMUV und die EG zur rechtlichen und inhaltlichen Umsetzung, Abfassung von fachlichen Stellungnahmen gegenüber LAWA und BMUV, Aufstellen/Anpassung von Untersuchungsprogrammen für Grund- und Oberflächenwasser zur Erfassung des Ist-Zustandes und zur Überwachung der Auswirkungen der Bewirtschaftungspläne, Aufstellen von Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmenprogrammen für Flussgebietseinheiten, wasserbehördliche Kontrollen und Anordnungen zur Umsetzung der Maßnahmenprogramme

Ziele 1. Teil:
Rechtliche und fachliche Umsetzung der WRRL in den von der Richtlinie geforderten Fristen, Erreichen der "Guten Ökologischen Qualität" gemäß Richtlinie

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65522	2022	2.382.938	7.703.131	10.086.069
Gewässer und Fischerei (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.349.672	13.225.229	15.574.901

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	17,11	25,62
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	448.591,30	792.272,99
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Fachaufsicht über das Fischereiamt; Zusammenarbeit mit den Umweltämtern in Angelegenheiten der VAwS und der Grundwassersanierung; Rechtsaufsicht über Wasserverbände; Tätigkeit des Fischereibeirats; Pressearbeit, Publikationen, Veranstaltungen, Reden/Grußworte/andere Texte, Teilnahme an Sitzungen, Koordination, Rechts- und VwV auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65524	2022	3.480.261	0	3.480.261
Genehmigungen Grundwasser	2021	3.075.938	0	3.075.938

	2022	2021
Menge: Anzahl der abgeschlossenen Verfahren	1.937	1.403
Kosten je ME in €	1.796,73	2.192,40
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,90	5,06
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	1.181.143,05	1.151.219,73
Kostendeckungsgrad in %	33,94	37,43

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Anzeigen, Erlaubnisse und Bewilligungen zur Benutzung des Grundwassers, in deren Folge Grundwasser gefördert und abgeleitet oder Wasser gefasst und ins Grundwasser eingeleitet wird; Genehmigung und Befreiungen von Verboten für Handlungen in Wasserschutzgebieten; Genehmigung von Anlagen zur Entnahme oder Einleitung ins Grundwasser und Anlagen zum Umgang, Ablagerung und Transport von Gewässer gefährdenden Stoffen; Überwachung und Durchsetzung wasserbehördlicher Erlaubnis- und Genehmigungsbescheide mit ihren Nebenbestimmungen und polizeilicher Anordnungen für den Bereich des Grundwassers und der Wasserschutzgebiete

Ziele 1. Teil:
Erfüllung der wasserrechtlichen Vorgaben, insbesondere Erhalt der natürlichen Gewässergüte und Schutz des Grundwassers in Qualität und Menge unter Beachtung der Umweltverträglichkeit und der Rechte Dritter

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65527	2022	821.513	0	821.513
Genehmigungen Oberflächenwasser	2021	759.051	0	759.051

	2022	2021
Menge: Anzahl der abgeschlossenen Verfahren	214	354
Kosten je ME in €	3.838,84	2.144,21
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,39	1,25
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	161.632,80	908.950,70
Kostendeckungsgrad in %	19,68	119,75

Anzeigen, Bewilligungen, Erlaubnisse und Genehmigungen zur Benutzung von Oberflächengewässern einschl. vorzeitiger Baubeginn, Bauabnahme; Überwachung und Durchsetzung von Auflagen; Abschluss von Anzeigeverfahren

Ziele 1. Teil:
Erfüllung der wasserrechtlichen Vorgaben, insbesondere der Erhaltung von Gewässergüte und deren Verbesserung und der Regulierung der Menge

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65607	2022	3.236.463	0	3.236.463
Abgaben Gewässerbenutzung	2021	3.303.768	0	3.303.768

	2022	2021
Menge: Anzahl der Bescheide	213	223
Kosten je ME in €	15.194,66	14.815,10
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,49	5,43
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	71.741.687,23	71.019.672,85
Kostendeckungsgrad in %	2.216,67	2.149,66

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Erhebung der Abwasserabgabe und des Grundwasserentnahmeentgeltes

Ziele 1. Teil:
Erzielung von Einnahmen für die Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte. Motivierung der Grundwassernutzer zu wassersparenden Maßnahmen.

Ziele 2. Teil
Zügig erteilte, formell und materiell rechtmäßige Bescheide unter Beachtung der Wahrnehmung des pflichtgemäßen Ermessens und der eingeräumten Beurteilungsspielräume, Transparenz des Aufbaues des Bescheides; Verständlichkeit in Sprache und inhaltlicher Darstellung; Vollständigkeit und Chronologie der Vorgänge bei der Aktenführung (entsprechend Kriterienkatalog/Stichprobe).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
74642	2022	995.391	0	995.391
Gewässerschutz (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	873.695	326.177	1.199.873

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,69	1,97
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Durchführung bzw. Teilnahme von bzw. an diesbezüglichen Veranstaltungen, Fertigung von fachbezogenen Rundschreiben und Verwaltungsvorschriften, grundsätzliche Regelungen von Vollzugserfordernissen, Beratung und Auskünfte gegenüber örtlich zuständigen Bezirksämtern, Bürgern, Institutionen und Verbänden in Angelegenheiten des Gewässerschutzes, die der Aufsicht unterliegen; Bearbeitung von Aufsichtsbeschwerden, Pflege und Fortentwicklung des bezirklichen Überwachungssystems ProUmwS;
Pressearbeit, Publikationen, Veranstaltungen, Reden/Grußworte/andere Texte, Teilnahme an Sitzungen, Koordination, Rechts- und VwV auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005009	2022	8.465.840	0	8.465.840
Sicherung eines integrierten Umweltschutzes	2021	7.854.335	0	7.854.335

Das wesentliche Ziel des integrativen Umweltschutzes ist die Herstellung und Sicherung einer intakten städtischen Umwelt. Der Erreichung dieses Zieles dienen die Ermittlung und Bereitstellung von Daten über die Umwelt, die Entwicklung von Planungsinstrumenten, die Entwicklung und Umsetzung umweltbezogener Konzepte, die Beratung und Information von Unternehmen, einzelnen Bürgern sowie der Öffentlichkeit, die Fortentwicklung von Regelungen im Umweltschutz; insbesondere die Implementierung von EU-Recht in Berliner Landesrecht, Zulassungsentscheidungen, Überwachungen und sonstige ordnungsbehördliche Maßnahmen bei umweltrelevanten Nutzungen oder Handlungen und die Erhebung von Abgaben und Entgelten.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65720	2022	1.269.875	0	1.269.875
Atomgesetz (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.150.545	0	1.150.545

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,15	1,89
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	3.926,00
IST - Erträge in €	75.780,00	124.150,00
Kostendeckungsgrad in %	5,97	10,79

Genehmigung der Einrichtung, des Betriebs oder der Stilllegung einer ortsfesten Kernanlage oder Planfeststellung eines Endlagers für radioaktive Stoffe mit Öffentlichkeitsbeteiligungen; Genehmigungen/Zulassungen der Errichtung oder des Betriebs einer ortsveränderlichen Kernanlage oder Vorbescheid zu Fragen der Genehmigung einer Kernanlage sowie zum Umgang mit Kernbrennstoffen außerhalb einer Anlage der in § 7 des Atomgesetzes beschriebenen Art.
Überwachung von Anlagen; Aufsicht über Kernanlagen und den Umgang mit Kernbrennstoffen sowie die Dokumentation hierzu;
Zurücknahme oder Widerruf eines Bescheides; Überprüfung der Zuverlässigkeit einer Person; Angelegenheiten der Deckungsvorsorge; Festlegung von Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen auf dem Gebiet des Atomrechts; Maßnahmen des Störfall- und Notfallschutzes
Planung, Übung, Schulung für den Notfallschutz bei Störfällen in Kernanlagen in und außerhalb Berlins einschließlich der Pflege eines hierfür erforderlichen Datenbestandes;
Pressearbeit, Publikationen, Veranstaltungen, Reden/Grußworte/andere Texte, Teilnahme an Sitzungen, Koordination, Rechts- und VwV auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Ziele 1. Teil:
Verursachungsgerechte, vollständige Kostenerfassung in den ministeriellen Kernbereichen der Senatsverwaltungen, deren Handeln nicht in quantifizierbaren Produkten abgebildet werden kann.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65724	2022	1.973.272	0	1.973.272
Amtliche Personendosimetrie	2021	1.883.745	0	1.883.745

	2022	2021
Menge: Anzahl der vorbereiteten und ausgewerteten Dosimeter	221.673	185.199
Kosten je ME in €	8,90	10,17
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,35	3,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	1.078.983,54	959.695,34
Kostendeckungsgrad in %	54,68	50,95

Amtliche Personendosimetrie
Ermittlung der Strahlenbelastung beruflich strahlenexponierter oder sonstig strahlenexponierter Personen mit Hilfe verschiedener Detektionsmethoden; Mitteilung der Ergebnisse an die Auftraggeber und die registerführende Behörde; langfristige Archivierung der Daten

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Ziele 1. Teil:
Schutz der Gesundheit von Personen, die in bzw. an Anlagen tätig sind oder mit Geräten bzw. Stoffen umgehen, bei denen eine Gefahr der Belastung mit ionisierender Strahlen bestehen kann

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65725	2022	1.333.678	0	1.333.678
Radioaktivitätsbestimmungen	2021	1.194.901	0	1.194.901

	2022	2021
Menge: Anzahl der durchgeführten Messungen	1.753	1.664
Kosten je ME in €	760,80	718,09
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,26	1,97
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	1.042.429,15	257.921,27
Kostendeckungsgrad in %	78,16	21,59

Ortsdosis-, Ortsdosisleistungs- und nuklidspezifische Aktivitätsbestimmungen
Ermittlung der Ortsdosis, Ortsdosisleistung an bestimmten Orten oder der nuklidspezifischen Aktivität in Proben einschließlich der Bearbeitung, Verwaltung und Archivierung der Ergebnisse

Ziele 1. Teil
Schutz der Gesundheit von Personen, die in bzw. an Anlagen tätig sind oder mit Geräten bzw. Stoffen umgehen, bei denen eine Gefahr der Belastung mit ionisierender Strahlung bestehen kann, und der übrigen Bevölkerung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65768	2022	1.127.656	0	1.127.656
Auskünfte und Beratung	2021	1.033.086	0	1.033.086

	2022	2021
Menge: Anzahl der abgeschlossenen Antragsverfahren od. Anzahl der Beratungen/Jahr 15 Min./Einzelberatung	5.919	5.292
Kosten je ME in €	190,51	195,22
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,91	1,70
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	3.495,50	7.136,69
Kostendeckungsgrad in %	0,31	0,69

Beratungs- und Informationsgespräche zu Umweltbelangen allgemeiner Art, fachtechnische Beratung zur Vorsorge und Vermeidung von schädlichen Umwelteinwirkungen, Informationen über öffentlich-rechtliche Regelungen zum Umweltschutz; Auskünfte nach dem UIG und aus bereitgestellten Daten, Bearbeitung von Auskunftsersuchen über Umweltinformationen, Antragsprüfung, Entscheidung über Rechtsanspruch, Auswahl zur Art der Auskunftserteilung, Verfahrensbeteiligungen; Bearbeitung von Auskunftsersuchen von Behörden

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
70437	2022	1.107.433	0	1.107.433
Immissionskataster (manuelle Messwerterfassung)	2021	980.889	0	980.889

	2022	2021
Menge: Zahl der Datensätze	20.100	21.600
Kosten je ME in €	55,10	45,41
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,88	1,61
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Betrieb des Luftgütemessnetzes in Berlin mit manuellen Methoden (organische Luftschadstoffe und Staubinhaltsstoffe)
Bereitstellung der Messdaten in geeigneter Form
Erstellung von Berichten und Auswertungen entsprechend den gesetzlichen Anforderungen

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
74641	2022	1.535.426	0	1.535.426
Immissionsmessungen, automatisch	2021	1.501.176	0	1.501.176

	2022	2021
Menge: Zahl der Datensätze	2.660.000	2.600.000
Kosten je ME in €	0,58	0,58
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,60	2,47
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	3.818,72
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,25

Betrieb des Luftgütemessnetzes in Berlin mit automatischen und manuellen Methoden (gasförmige und partikelförmige Luftschadstoffe) Bereitstellung der Messdaten in geeigneter Form
Erstellung von Berichten und Auswertungen entsprechend den gesetzlichen Anforderungen

Fischereiamt

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dem Fischereiamt obliegt die Wahrung der staatlichen und kommunalen Fischereirechte Berlins einschließlich der ordnungsrechtlichen und fischereibiologischen Aufsicht nach dem Landesfischereigesetz, dem Landesfischereischeingesetz und der Landesfischereiordnung für alle Gewässer Berlins, die Verwaltung bundeseigener Fischereirechte in Berlin und Brandenburg, die Förderung der Berufs- und Angelfischerei und der Fischzucht mit dem Ziel der Gewässergüteverbesserung sowie die Schadstoffüberwachung bei Fischen und anderen Wasserorganismen.

B. Gender Budgeting

Gender Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0721:

0721	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	0	1	0	1	0	1
Relativer Teil	0,00%	100,00 %	0,00%	100,00 %	0,00%	100,00 %
Ressourcen (in T €)	k. A.*					
Ressourcen pro Kopf (in T €)						
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	5	6	6	6	5	6
Relativer Anteil	45,45%	54,55%	50,00%	50,00%	45,45%	54,55%
Ressourcen (in T €)	239	381	315	294	258	298
Ressourcen pro Kopf (in T €)	48	63	53	49	52	50

0721	2022		
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat in €
Führungskräfte			
w	0	0,00	0
m	k. A.*	1,00	k. A.*
Mitarbeitende			
w	310.144	6,00	4.308
m	347.400	6,30	4.595

* Aus Datenschutzgründen wird wegen der geringen Beschäftigtenzahl auf den Ausweis der Ressourcen, des Jahreseinkommens und des durchschnittlichen Monatseinkommens verzichtet.

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Fischereiamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**512**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**734,80**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Insbesondere Gebühren für Beglaubigungen, Fotokopien, Zweitausfertigungen von Fischereischeinen und Angelkarten, Auszüge aus der Fischereischeindatenbank

11139	**532**	**Fischereiabgabe**	**480.000**	**480.000**	**480.000**	**476.583,50**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Fischereiabgabe nach § 8 Abs. 4 des Landesfischereischeingesetzes

11149	**512**	**Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz**	**150.000**	**150.000**	**170.000**	**170.147,10**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Gebühren für die Erteilung von Fischereischeinen, Eintragungen in das Fischereibuch und Genehmigungen von Kauf- und Pachtverträgen von Fischereirechten

Weniger, weil nach Änderung der Landesfischereiordnung nur noch eine Registrierung von Musterangelkarten durchgeführt wird.

11201	**512**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**4.773,50**

Geldbußen und Verwarnungsgelder nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, dem Gesetz über den Fischereischein, dem Berliner Landesfischereigesetz sowie der Landesfischereiordnung; Zwangsgelder nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz

11903	**512**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**4.000**	**—**

Entschädigungsleistungen von Eigentümerinnen und Eigentümern sowie Nutzerinnen und Nutzern wasserbaulicher Anlagen (Steganlagen) für Beeinträchtigungen durch die Inanspruchnahme von mit Fischereirechten belegten Wasserflächen.

Weniger in Anpassung an das Ist der Vorjahre

11979	**512**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**100,70**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Insbesondere Entgelte für die Abgabe von Angelkartenvordrucken an private Fischereiberechtigte, Entgelte für die Nutzung von Dienstfahrzeugen und -gerätschaften durch Dritte (Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer)

Fischereiamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
12203	532	**Entgelte aus Fischereirechten**	240.000	240.000	180.000	250.509,23

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Entgelte aus Fischereierlaubnisverträgen in Gewässern, in denen das Land Berlin fischereiberechtigt ist, anteilige Einnahmen aus der fischereiwirtschaftlichen Nutzung der Bundeswasserstraßen, Einnahmen aus der Verpachtung der im Eigentum Berlins stehenden Fischereirechte

Mehr aufgrund der Anpassung der Preise für Angelkarten und Pachten.

27290	532	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	60.000	60.000	60.000	59.680,00

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51490.

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Zuschüsse der EU im Rahmen des genehmigten Aalbewirtschaftungsplans für Aalbesatz in landeseigenen Berliner Gewässern aus dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)

Die entsprechenden Ausgaben werden bei Titel 51490, die Komplementärfinanzierung aus Landesmitteln sowie die Umsatzsteuer werden bei Titel 51479 nachgewiesen.

		Gesamteinnahmen	938.000	938.000	901.000	962.528,83
		Prozentuale Veränderung	4,1 %	—		
		Ausgaben				
41201	512	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	3.700	3.700	4.400	3.680,00

Pauschale Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Fischereibeirates gemäß § 42 des Berliner Landesfischereigesetzes (LFischG) und die ehrenamtlich tätigen amtlich verpflichteten privaten Fischereiaufseherinnen und Fischereiaufseher gemäß § 40 Abs. 5 in Verbindung mit § 48 LFischG und der Dienstanweisung zum Berliner Landesfischereigesetz über amtlich verpflichtete Fischereiaufseherinnen und Fischereiaufseher

42201	512	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	232.000	241.000	250.000	221.712,17
42801	512	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	527.000	548.000	456.000	503.330,18
42811	512	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	1.000	1.000	1.000	—
42821	512	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	19.700	20.500	19.700	19.056,54
44100	512	**Beihilfen für Dienstkräfte**	48.000	49.500	7.600	45.269,58
51101	512	**Geschäftsbedarf**	33.000	33.000	23.000	23.738,03

Allgemeiner Geschäftsbedarf, Druck der Fischereischeine und Angelkarten, Beschaffung der Fischereiabgabemarken, des Gesetz- und Verordnungsblattes von Berlin und von Brandenburg sowie der Dienstblätter des Senats von Berlin, Beschaffung von Fachbüchern und Bezug von Fachzeitschriften sowie Rundfunkbeiträge und Portokosten

Mehr aufgrund erhöhter Kosten für den Druck von Fischereischeinvordrucken und Fischereiabgabemarken

Fischereiamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**512**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**15.300**	**15.300**	**15.300**	**14.160,99**

Insbesondere Beschaffung und Unterhaltung von Geräten für die Durchführung der Fischereiaufsicht, für fischereibiologische Untersuchungen und die Zuarbeit für den Bereich Wasserwirtschaft hinsichtlich der Ausführung der Wasserrahmenrichtlinie beim biologischen Monitoring (Teilprogramm Fische) sowie von Büromöbeln und Büromaschinen

51168	**532**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**512**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**532**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**10.000**	**10.000**	**24.000**	**6.019,49**

Für den Betrieb und die Unterhaltung von Fischereiaufsichtsfahrzeugen und Dienstkraftfahrzeugen des Fischereiamtes und die Zuarbeit für den Bereich Wasserwirtschaft beim biologischen Monitoring (Teilprogramm Fische) hinsichtlich der Ausführung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

51408	**532**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**72,76**

Dienstkleidung für die staatlichen Fischereiaufseherinnen und Fischereiaufseher sowie die Bootsbesatzungen, Schutzkleidung für die Arbeit am und im Wasser

51479	**532**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**29.600**	**29.600**	**29.600**	**22.397,19**

Hege und Entwicklung der Fischbestände in den Gewässern mit landeseigenen Fischereirechten und den Bundeswasserstraßen sowie Verbrauchsmittel für das Labor, die Werkstatt, die Messtechnik und die Untersuchungseinrichtungen auf den Fischereiaufsichtsfahrzeugen

Eigenanteil und Umsatzsteuer für den aus dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) geförderten Aalbesatz (vgl. Erläuterungen zu den Titeln 51490 und 27290)

51490	**532**	**Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**59.680,00**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Beschaffung von Aalbesatz (Nettobetrag) im Rahmen des von der EU-Kommission genehmigten Aalbewirtschaftungsplans zur Laicherbestandserhöhung beim Europäischen Aal im Einzugsgebiet der Elbe

Für die Beschaffung des Aalbesatzes erstattet das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung in Brandenburg dem Fischereiamt die entstandenen Aufwendungen (Nettobetrag) in Höhe von 80 v. H. Der Zuwendungsbetrag setzt sich zu 75 v. H. aus EU-Mitteln und zu 25 v. H. aus einem vom Land Berlin zu erbringenden Landesanteil zusammen. Der Landesanteil wird durch die für Landwirtschaft zuständige Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz an das Land Brandenburg gezahlt (vgl. Kapitel 0608/Titel 68304 sowie Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27290).

Ein Anteil von 20 v. H. an den entstandenen Aufwendungen (Nettobetrag) als Kofinanzierungsanteil des Antragsstellers, und die Umsatzsteuer werden aus dem Titel 51479 finanziert. Durch die Aufnahme des Aalbesatzes in das operationelle Programm des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) ist die finanzielle Absicherung für den Zeitraum der Förderperiode 2021 bis 2027 gewährleistet.

Ausgaben zu Lasten der Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, sofern die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Fischereiamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51701	**512**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**3.000**	**3.000**	**2.000**	**1.315,95**

Strom für das Bootshaus Grünauer Str. 79 in 12657 Berlin und Grundsteuern für die im Eigentum des Landes Berlin stehenden Fischereirechte

51801	**512**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**12.000**	**12.000**	**10.000**	**12.000,00**

Jahresmiete für das Mietobjekt Grünauer Str. 79 in 12657 Berlin (Bootshalle und 2 Kfz-Stellplätze)

Mehr aufgrund der Anpassung des Mietvertrages

51803	**512**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**369,72**

Miete für ein EC-Kartenlesegerät

51910	**512**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Unterhaltungsbedarf für das angemietete Bootshaus Grünauer Str. 79 in 12657 Berlin (Mängelbeseitigung, Unfallverhütungsvorschriften (UVV), UVV-Prüfungen)

52501	**512**	**Aus- und Fortbildung**	**5.000**	**5.000**	**7.200**	**4.267,95**

Ausbildung von Fischwirtinnen und Fischwirten sowie Fortbildung von Dienstkräften

52536	**512**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703	**512**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**591,50**

Für Dienstreisen und Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts (Entschädigungen für die Nutzung privater Kraftfahrzeuge)

53101	**532**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Layout und Druck von Informationsfaltblättern, Veröffentlichungen zu gesetzlichen Vorschriften und Informationsschriften zu speziellen fischereilichen Themen

Fischereiliche Pflichtveröffentlichungen und Publikationen richten sich an alle interessierten Personen jeden Geschlechts

53108	**512**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**2.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Besucherinnen- und Besucherbetreuung aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen

Mehr in 2024 aufgrund des Vorsitzes des Fachgremiums der Fischereireferentinnen und Fischereireferenten von Bund und Ländern.

54010	**532**	**Dienstleistungen**	**150.000**	**150.000**	**153.000**	**68.096,21**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	23.610	0	0
VE 2023	0	0	0

Insbesondere für die Hegebefischung durch Fischereibetriebe, die Ermittlung der Lebens- und Umweltbedingungen der Fische in den Gewässern Berlins, das Aalmonitoring nach der Verordnung des Rates der Europäischen Union (EG) 1100/2007, das Fischmonitoring nach der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie sowie das Monitoring zur Ermittlung der Bestände an invasiven und gebietsfremden Arten im Land Berlin u.a. durch Prüfung der Umwelt-DNA.

Zuarbeit für die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) - Teilprogramm Fische im biologischen Messprogramm und Überprüfung der Durchgängigkeit von Gewässern

Fischereiamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54038	**512**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**3.200**	**3.200**	**1.200**	**2.362,90**

Insbesondere für die Anmietung von Schließfächern zur Aufbewahrung von Fischereiabgabemarken (geldwerte Mittel) und Bankgebühren für die bargeldlose Zahlung mit EC-Card sowie Transaktionsgebühren im ePayment für den Online-Angelkartenverkauf

Mehr aufgrund der Einführung des Online-Verkaufs von Angelkarten

54077 (neu)	**512**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

Abführung von Steuern im Rahmen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu den Titeln 11105, 11139, 11149, 11979 und 12203. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Einnahmen aufgrund der Erhebung der Umsatzsteuer geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

54079	**512**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**22,28**

Insbesondere für Leihwäsche, amtliche Bekanntmachungen und Ausschreibungen und sonstige geringfügige Ausgaben, die bei anderen Titeln nicht nachgewiesen werden können

63201	**512**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.295,04**

Anteil Berlins an der Finanzierung der Erstellung des Jahresberichts der Länder über die Deutsche Binnenfischerei und Binnenaquakultur sowie des deutschen Umsetzungsberichts nach der Verordnung des Rates der Europäischen Union (EG) 1100/2007 über den Schutz und den Wiederaufbau des Bestandes des Europäischen Aals

67101	**512**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.500**	**20.507,03**

Das Fischereiamt ist eine anerkannte Einsatzstelle für das Freiwillige Ökologische Jahr der Stiftung Naturschutz Berlin. Die Einsatzstellen müssen sich mit monatlich 70 € an den Kosten für die Teilnehmer/innen am Freiwilligen Ökologischen Jahr beteiligen.

Anteil für den Einsatz einer/eines Freiwilligen im Rahmen des Ökologischen Jahres.

81179	**532**	**Fahrzeuge**	**—**	**100.000**	**10.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			

Die Verpflichtungsermächtigungen sind aufgrund zu erwartender langer Lieferzeiten für die Beschaffung der Fahrzeuge erforderlich.

Erneuerung des Fahrzeugbestandes: Ersatzbeschaffung eines hybrid- oder elektrobetriebenen Fischereiaufsichtsbootes

81279	**532**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**5.000**		**9.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Erneuerung des Gerätebestands: Ersatzbeschaffung eines tragbaren, batteriebetriebenen Elektrofischereigerätes

Fischereiamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168	**532**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**21,15**

Beschaffung, Unterhaltung und Reparatur von Geräten und Ausrüstungsgegenständen für die zentral gesteuerte Messwerterfassung auf den Fischereiaufsichtsfahrzeugen und für die Fischereischein- und Angelkartenausgabe

51185	**512**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**7.000**	**27.000**	**7.000**	**3.047,35**

Wartung, Pflege und Anpassung anwendungsbezogener Spezialsoftware „eFisch“ sowie Kauf digitaler Daten

Betrieb von Onlinediensten zur elektronischen Abwicklung von geschäftlichen Prozessen in der Fischereiverwaltung im Sinne des E-Government-Gesetzes Berlin

Auswertung limnologischer, chemischer, biologischer und echometrischer Daten mit Datenbank-, Kalkulations-, Grafik- und Statistikprogrammen

Mehr aufgrund einzuführender Onlinedienste zur Abwicklung von geschäftlichen Prozessen

52536	**512**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Fortbildung der Dienstkräfte im Bereich anwendungsbezogener Spezialsoftware, insbesondere für die Erweiterung der Software „eFisch“ zur Fischereischein- und Angelkartenerteilung

Summe Maßnahmegruppe 32	**14.000**	**34.000**	**14.000**	**3.068,50**
Gesamtausgaben	**1.183.000**	**1.329.300**	**1.107.000**	**1.033.014,01**
Prozentuale Veränderung	**6,9 %**	**12,4 %**		

Abschluss Kapitel 0721

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**878.000**	**878.000**	**841.000**	**902.848,83**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**59.680,00**
	Gesamteinnahmen	**938.000**	**938.000**	**901.000**	**962.528,83**
411-462	**Personalausgaben**	**831.400**	**863.700**	**738.700**	**793.048,47**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**344.600**	**363.600**	**346.800**	**218.163,47**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**2.000**	**2.000**	**2.500**	**21.802,07**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**5.000**	**100.000**	**19.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**1.183.000**	**1.329.300**	**1.107.000**	**1.033.014,01**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-245.000**	**-391.300**	**-206.000**	**-70.485,18**

Fischereiamt

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001133 Umwelt -Böden, Gewässer, Fischbestände, Immissionsschutz

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	6	Personalkosten	16.750.629	15.588.287	+7,46
Kostenträger	30	Sachkosten	13.566.924	14.900.838	-8,95
davon		Transferkosten	2.744.348	1.620.321	+69,37
Produkte	19	Verrechnungskosten	594.118	517.424	+14,82
MGF	11	kalkulatorische Kosten	2.756.423	2.729.420	+0,99
Projekte	0	Gemeinkosten	13.878.429	11.317.498	+22,63
		Summe Verwaltungskosten	50.290.870	46.673.788	+7,75
		Transfers	8.661.651	14.123.013	-38,67
		Gesamtsumme	58.952.521	60.796.801	-3,03

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
002444	2022	951.317	0	951.317
Sicherung und Entwicklung der Fischbestände	2021	897.887	0	897.887

Das operative Ziel 2444 ist Bestandteil des strategischen Ziels 1133 „Umwelt – Böden, Gewässer, Fischbestände“, das beim Kapitel 0720 ausgewiesen wird.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65460	2022	641.783	0	641.783
Aufsicht über die Fischerei	2021	552.685	0	552.685

	2022	2021
Menge: Anzahl der Vorgänge	48.105	50.858
Kosten je ME in €	13,34	10,87
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,09	0,91
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	455,53	0,00
IST - Erträge in €	901.453,63	934.049,99
Kostendeckungsgrad in %	140,46	169,00

Erteilung und Einziehung von Fischereischeinen, Erhebung der Fischereiabgabe, Anglerprüfungsbeaufsichtigung, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Vergabe von Fischereierlaubnisverträgen und Pachtverträgen, Führung der amtlich verpflichteten Fischereiaufseher, Kontrolle ordnungsgemäßer Fischereiausübung, Fischereibuchführung, Angelkartenregistrierung, Pacht - und Kaufvertragsprüfung, Hegeplanprüfung, Fischereiförderung, Wahrung der staatlichen Fischereirechte, Maßnahmen zur Hege und zum Fischbesatz, Ertragseinschätzung der Gewässer, Aufstellung von Hegeplänen, Vertretung in Hegegenossenschaften, Stellungnahmen zur Genehmigung von Steganlagen und wasserbaulichen Anlagen, Zuarbeit zur oberen Fischereibehörde

Fischereiamt

Qualitätsziele:
- Ordnungsgemäßes Handeln nach den fischereigesetzlichen Bestimmungen
- Durchsetzung der fischereigesetzlichen Bestimmungen durch Minimierung der Verstöße und adäquate Überprüfungsdichte
- Abgabe vollständiger, rechtskonformer, fachbezogener Stellungnahmen und Bescheide in angemessener Zeit
- Nachhaltige und vollständige Nutzung vorhandener Fischereirechte
- Ertragsmaximierung

Fachspezifische Informationen

Überwiegend werden Dienstleistungen für Bürger erfasst, die jedoch nicht steuerbar sind.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65467	2022	309.534	0	309.534
Aufsicht über die Fischbestände	2021	345.202	0	345.202

	2022	2021
Menge: Anzahl der Probeparameter	9.090	5.540
Kosten je ME in €	34,05	62,31
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,53	0,57
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.329,51	1.825,31
IST - Erträge in €	59.955,00	560,00
Kostendeckungsgrad in %	19,37	0,16

Für 2021 und 2022 wurden die Mengen nachträglich korrigiert. Die höheren Anzahlen ergeben sich aus den erfassten Fischproben im Rahmen der Elektrobefischungen zur Bestandserfassung, dem Gelbaal-, Schadstoff-, Biota- und Krebsmonitoring, der Beprobung von Sediment und Plankton und sonstigen Probenahmen.

Schutz und Erhaltung der Fischbestände, Kontrolle der Fischbestände, Regulierung der Fischbestände, flächendeckende Information über die Lebensabläufe in den Gewässern.

Fachspezifische Informationen

In der Menge werden Fisch-, Plankton-, Sediment- und Wasserproben erfasst, die mit unterschiedlichem technischen Aufwand zu verschiedenen Untersuchungszwecken erhoben werden. Daraus resultieren die jährliche Schwankungen in den Mengen und Kosten je ME.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0730 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung IV – Mobilität -.

Die Abteilung ist zuständig für Verkehrsentwicklungsplanung, Straßenplanung, Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Planung von Schienenwegen, Wirtschaftsverkehr, Mobilitätsmanagement, Verkehrstechnologie, Kreuzungsrecht, Verkehrswirtschaft, gewerblichen Verkehr, Gefahrgut, Schienenverkehr, Schifffahrt und Häfen, Luftverkehrspolitik, zwischenstaatliche Verkehrsbeziehungen, Zulassungen von Fahrzeugen, Fahrlehrer und Fahrerlaubnisrecht, Kraftfahrzeugtechnik und Kraftfahrzeugsachverständigenwesen, die Verkehrsinformationszentrale, Elektromobilität bzw. Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum und ministerielle Aufgaben in Bezug auf das Berliner Mobilitätsgesetz.

Die Abteilung nimmt u. a. hoheitliche Aufgaben der Obersten Straßenbaubehörde sowie übergeordnete Aufgaben der Verkehrserziehung und Verkehrsaufklärung wahr.

Weitere Pflichtaufgaben ergeben sich aus zahlreichen bundesrechtlich festgelegten Funktionen als Genehmigungs-, Anerkennungs-, Bewilligungs-, Aufsichts- sowie Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde in den Bereichen des Straßen-, Schienen- und Luftverkehrs oder etwa des öffentlichen Personennahverkehrs und des Transportgewerbes.

Radverkehr

Im Kapitel 0730 sind zur Förderung und Verbesserung des Radverkehrs und der Radwegeinfrastruktur folgende Ausgaben veranschlagt:

		Betrag in T€	
Titel	**Bezeichnung**	**Ansatz 2024**	**Ansatz 2025**
52108	Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs	7.500,0	7.500,0
52609	Thematische Untersuchungen (anteilig)	405,0	405,0
54010	Dienstleistungen (anteilig)	525,0	525,0
54223	Vorbereitungskosten für den Straßenbau (anteilig)	300,0	300,0
68353	Maßnahmen zur Förderung eines Leihfahrradsystems	1.500,0	1.500,0
68357	Förderung des Wirtschaftsverkehrs	2.100,0	2.100,0
72016	Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr	6.000,0	6.500,0
		18.330,0	**18.830,0**

Weitere Ausgaben zur Förderung und Verbesserung des Radverkehrs und der Radwegeinfrastruktur sind in den Kapiteln 0740 (2024: 13,82 Mio. €, 2025: 13,81 Mio. €) und 2707 (2024: 2,0 Mio.€ 2025: 2, Mio.€) veranschlagt.

Darüber hinaus stehen im Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA-Programme III - V) Mittel für investive Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs zur Verfügung.

B. Gender Budgeting

Gender Budget im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Im Folgenden wird die finanzielle Förderung des ÖPNV zusammenfassend dargestellt und der Leistung der Verkehrsanbieter gegenübergestellt. Es werden ferner die Nutzung dieser Leistung durch Frauen und Männer dargestellt sowie die sich verändernden Anforderungen an den ÖPNV aus Sicht verschiedener Zielgruppen analysiert.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Die finanzielle Förderung des ÖPNV im Kapitel 0730 lässt sich wie folgt zusammenfassend darstellen:

			Betrag in T€	
Kapitel	**Titel**	**Bezeichnung**	**Ansatz 2024**	**Ansatz 2025**
0730	52115	Unterhaltungsmaßnahmen zur barrierefreien Gestaltung von Bushaltestellen	650	650
0730	54045	Leistungen des innerstädtischen ÖPNV	858.192	896.126
0730	54080	Leistungen des Regionalbahnverkehrs	111.763	118.155
0730	54081	Leistungen des S-Bahnverkehrs	668.988	680.744
0730	54220	Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr	4.850	4.450
0730	68234	Zuschüsse für Planungsleistungen	1.400	1.600
0730	68235	Zuschuss an die DB AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauvorhaben	71.769	82.458
0730	68252	Zahlungen an die Landesschienenfahrzeuganstalt (LSFB)	705	743
0730	68253	Zuschuss an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben	13.900	21.000
0730	68365	Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	4.222	4.278
0730	72005	Umbau und Kapazitätserweiterung des Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB)	2.740	50
0730	72018	Verbesserung der Umsteigebeziehungen im ÖPNV	200	200
0730	72019	Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen	5.000	5.000
0730	89102	Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs	261.400	308.000
0730	89110	Anteil Berlins an der Vorbereitung und Durchführung von Brückenbaumaßnahmen der Deutschen Bahn AG	21.600	6.000
0730	89112	Anteil Berlins am zweigleisigen Ausbau der Stettiner Bahn zwischen Angermünde und Stettin	10.000	15.000
0730	89113	Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität	33.110	95.965
		Summe:	**2.070.489**	**2.240.419**

Zu den Leistungen der Verkehrsanbieter und ihre Nutzung durch Frauen und Männer liegen die folgenden Daten vor:

Verkehrsträger	**Verkehrsleistung 2021**	**Fahrgastfahrten 2021**	**Nutzerinnen**[1]	**Nutzer**[1]
Regionalverkehr	8,43 Mio. Zug-km	n.v. Mio.	k. A.	k. A.
S-Bahn	32,75 Mio. Zug-km	304 Mio.		
Bus und Fähre	101,18 Mio. Fahrplan-km	308 Mio.		
Straßenbahn	24,09 Mio. Zug-km	132 Mio.	k.A.	k.A.
U-Bahn	23,09 Mio. Zug-km	359 Mio.		
BVG Gesamt		715 Mio.		

Quelle: BVG- und S-Bahn-Zahlenspiegel 2022, Analyse Fahrplandaten durch CNB

Neben der rein quantitativen Betrachtung der Nutzungszahlen ist im Rahmen des Gender Budgets auch zu berücksichtigen, dass der ÖPNV im Alltag von Frauen und Männern eine unterschiedliche Bedeutung hat: Frauen übernehmen auch heute noch den überwiegenden Teil der Familienarbeit und können häufiger als Männer keinen eigenen Pkw nutzen. Die gleichzeitige Bewältigung von Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit erfordert hohe Mobilität, insbesondere im Nahbereich, bei engem Zeitrahmen. Frauen sind überdurchschnittlich häufig im Einzelhandel sowie in Dienstleistungsberufen mit Schichtbetrieb tätig. Sie sind daher in besonderem Maße auf ÖPNV-Angebote in Tagesrandzeiten angewiesen. Zu berücksichtigen ist ferner das spezifische Sicherheitsbedürfnis von Frauen gegenüber Belästigungen und sexueller Gewalt.

Diese besonderen Anforderungen von Frauen und Männern an ÖPNV-Infrastruktur und Leistungsangebot wurden im Nahverkehrsplan (2019-2023) (NVP) in der Erarbeitung der Angebotsstandards berücksichtigt und fließen auch in den künftigen Nahverkehrsplan (2024-2028) mit ein.

Das im NVP definierte Nahverkehrsangebot muss vielen Interessen gerecht werden: Es deckt einerseits den Bedarf von berufstätigen Menschen ab, die den Nahverkehr in erster Linie als möglichst schnelle Verbindung zum und vom Arbeitsplatz benötigen. Vorgegeben sind ein dichtes Schnellbahnnetz, Beschleunigungsmaßnahmen für Bus- und Straßenbahnlinien, eine hohe Taktdichte im Berufsverkehr, aber auch angemessene ÖPNV-Angebote zu Tagesrandzeiten (z. B. keine Ausdünnung des Samstagmorgen-Verkehrs zu Lasten der überwiegend weiblichen Beschäftigten des Einzelhandels). Andererseits werden auch die Bedürfnisse derjenigen erfüllt, die Beruf und Familienarbeit miteinander verknüpfen. Für sie kommt es darauf an, dass auch die Nahmobilität im Kiez ohne Auto bewältigt werden kann. Die NVP-Standards sichern die Angebotsqualität auch im Nahbereich. Bereitgestellt wird ein fein verästeltes Busnetz abseits der Hauptachsen bei hoher Erschließung und guten Umsteigerelationen.

Pandemiebedingt haben sich im Jahr 2020 die Nutzungszahlen für den ÖPNV und das Nutzungsempfinden deutlich verändert. Zwar sind inzwischen viele Fahrgäste wieder zum ÖPNV zurückgekommen, mit einer Annäherung an das Nachfrageniveau vor der Pandemie wird erst im Laufe des Jahres 2023 gerechnet. Die Nutzungsänderung im Zuge der Pandemie in Zusammenhang mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich ausgeprägt. Frauen sehen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in der aktuellen Situation kritischer als Männer, besonders unwohl fühlen sich zudem junge Personen. Die Veränderungen der Nachfrage sind auch Gegenstand laufender Untersuchungen.

Die Umsetzung der Vorgaben des Nahverkehrsplans erfolgt u. a. durch die jährliche Fahrplanbestellung des Aufgabentragenden sowie über unterjährige Anpassungen des Angebots auf Initiative von BVG oder SenUMVK. Auch hier fließen Gender-Belange als wichtiger Gesichtspunkt in die Abwägung ein, welche Angebote gestärkt bzw. verändert werden und bei welchen Angeboten im Gegenzug eine Kürzung vertretbar ist. Im Zuge der seit 2014 umgesetzten Mehrleistungen für die Wachsende Stadt spielte dies ebenfalls eine Rolle. Ein Schwerpunkt bei den Mehrleistungen war bspw. die Ausdehnung der bislang bei vielen Buslinien auf die Zeiten des „klassischen“ morgendlichen und nachmittäglichen Berufsverkehrs beschränkten zusätzlichen Fahrplanverdichtungen. Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die bei immer mehr Familien erforderlichen Wegeketten (Arbeit-Schule-Kita-Einkaufen etc.) verlagern den Mobilitätsbedarf aus den Spitzenstunden in den Vormittag und den Abend, dem wird das ausgeweitete Angebot auf vielen Linien seither besser gerecht. Ziel ist es, im gesamten Stadtgebiet mindestens einen 10-Minuten-Takt anzubieten. Das hilft insbesondere Wegeketten (Arbeit-Schule-Kita-Einkaufen etc.) deutlich zu verkürzen. Insbesondere an den Wochenenden fanden Verdichtungen auf einigen Linien im gesamten Stadtgebiet statt, zum einen um im Einkaufsverkehr an Samstagen ein zusätzliches Angebot zur Verfügung zu stellen, aber auch, um das Angebot im sonstigen Freizeitverkehr zu stärken.

Durch die Weiterentwicklung der Barrierefreiheit im ÖPNV (Niederflurfahrzeuge, Aufzüge an Bahnhöfen, Verbesserung von Umsteigebeziehungen) wird die Nutzbarkeit der Verkehrsmittel u.a. auch für Eltern mit Kinderwagen stetig verbessert. Von insgesamt 175 U-Bahnhöfen waren Ende 2022 bereits 78% barrierefrei über Aufzüge oder Rampen zu erreichen bei der S-Bahn sind es 95%. Beim Bus wurde die vollständige Barrierefreiheit der Fahrzeuge bereits 2009 erzielt. Seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2017 werden grundsätzlich auch alle Straßenbahnlinien barrierefrei befahren. Es blieben aber zunächst noch einige hochflurige Tatra-Bahnen als Reserve im BVG-Fuhrpark erhalten, z. B. für Verstärker-Fahrten sowie besondere Situationen, etwa Groß-Veranstaltungen oder Baumaßnahmen).

Um den barrierefreien Ein- und Ausstieg tatsächlich zu ermöglichen, werden zudem die über 6.500 Bus- und mehr als 800 Straßenbahnhaltestellen barrierefrei umgebaut – teilweise im Zusammenhang mit Beschleunigungsmaßnahmen. Durch für Nutzende kostenlose Schülerticket Berlin AB, das durch das Land Berlin finanziert wird. bleibt die selbstständige Mobilität von Kindern mit dem ÖPNV (und damit ohne „Elterntaxi“) finanzierbar.

Seit September 2022 wird zudem in Umsetzung des NVP bis Ende 2025 ein neues Angebot zur Verbesserung der Feinerschließung und der Absicherung der barrierefreien Mobilität erprobt: Das on-demand-Angebot „Muva“, ein Rufbus der Fahrzeugklasse M1 mit einer Kapazität von jeweils 5 bis 8 Fahrgästen Der Muva umfasst als „Dachmarke“ zwei per Muva-App sowie telefonisch buchbare Angebote: Zum einen wird mit dem Muva Flexible Fahrt erstmalig ein On-Demand-Angebot erprobt, das als ein in den ÖPNV integrierter Rufbusdienst zur besseren Erschließung unzureichend bedienter Stadtquartiere gemäß Nahverkehrsplan für Berlin (NVP) angelegt ist. Der Pilotbetrieb wird in einem 62 km² großen Gebiet im Tarifbereich B östlich der Ringbahn in Teilen von Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick durchgeführt. Zum anderen bietet der Muva Aufzugersatz zunächst an allen Bahnhöfen der U8 und Teilen der U5 sowie zwischen den S-Bahnhöfen Marienfelde und Attilastraße ein Angebot, das nur im Notfall, bei fehlender Barrierefreiheit greifen und kein Regelfall sein soll. Das Angebot unterstützt mit Blick auf die o.g. spezifischen Bedürfnisse von Personen mit Care-Arbeit auch Fahrgäste, die Wegeketten mit Kinderwagen bewältigen müssen und auf Barrierefreiheit angewiesen sind. Der Muva kann aber auch einen Beitrag dazu leisten, dort eine attraktivere ÖPNV-Erschließung zu ermöglichen, wo bisher lange Fußwege zur Haltestelle oder lange überlange Reisezeiten mit Umsteigeverbindungen im Bus (z.B. bei Querverbindungen in Stadtrandlagen) die Mobilität ohne eigenes Auto erschwert haben. Das kann sowohl den Bedarf an „Elterntaxis“ entlasten als auch kiezinterne Wegeketten vereinfachen, die jenseits klassischer Relationen von Berufspendlern liegen, wenn es z.B. um Wege zu pflegebedürftigen Angehörigen geht.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0730:

0730	2020				2021	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	8	20	8	22	11	21
Relativer Teil	28,57%	71,43%	26,67%	73,33%	34,38%	65,63%
Ressourcen (in T €)	650	1.694	712	2.010	965	1.963
Ressourcen pro Kopf (in T €)	81	85	89	91	88	93
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	65	71	71	86	71	93
Relativer Anteil	47,79%	52,21%	45,22%	54,78%	43,29%	56,71%
Ressourcen (in T €)	3.884	4.925	4.755	6.421	4.694	6.877
Ressourcen pro Kopf (in T €)	60	69	67	75	66	74

Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat
Führungskräfte			
w	767.703	8,64	7.406
m	2.071.638	21,90	7.883
Mitarbeitende			
w	4.561.386	64,80	5.866
m	6.384.146	83,93	6.339

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**741**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**240.000**	**240.000**	**240.000**	**218.465,67**

Gebühren werden erwartet in den Bereichen
– technische Aufsichts- und Planfeststellungsbehörde (Schienenverkehr)
– schifffahrtsaufsichtliche Genehmigungen
– Widersprüche nach dem Berliner Straßengesetz sowie
– Gewährung von Akteneinsicht nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

11153	**741**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**36.390,10**

Gebühren nach dem Straßenverkehrsrecht, die durch die Oberste Straßenverkehrsbehörde erhoben werden.

11190	**742**	**Zweckgebundene Einnahmen aus Entgelten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 52690.

Programm / Maßnahme	Einnahmen von Dritten a) 2024 b) 2025	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Einnahmen von den Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten im Zusammenhang mit der Prüfung von Eisenbahn-betriebsleitenden, die zur Deckung der entstehenden Auslagen an den gemein-samen Prüfungsausschuss der Länder abgeführt werden.	a) 1.000 b) 1.000	52690	-

11201	**741**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.303,00**

Geldstrafen und Verwarnungsgelder werden erwartet nach
- der Schifffahrtsverordnung
- dem Luftverkehrsgesetz
- dem Personenbeförderungsgesetz

11921	**741**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**560.603,42**

Rückzahlungen aus nicht verwendeten Zuwendungen

11934	**741**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**5.060.842,76**

Rückzahlungen aufgrund überzahlter Beträge

11961	**741**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**1.508.830,01**

Erstattung von Steuerbeträgen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Betrieb gewerblicher Art „Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB)“

11979	**741**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen, die nicht einem konkreten Titel zugeordnet werden können

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
12204	**741**	**Entgelte für Sondernutzung öffentlicher Gewässer**	**1.000**	**1.000**	**5.600**	**1.580,00**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Einnahmen aus der Verpachtung von Fährrechten.

7 Fährstrecken unterhält die BVG	3.700 €
1 Autofähre Tegelort/ Hakenfelde	1.580 €
1 Personenfähre zur Insel Lindwerder	260 €
	5.540 €

12207	**742**	**Nutzungsentgelte für die Überlassung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB)**	**48.300**	**48.300**	**170.000**	**33.951,54**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Einnahmen aus der Verpachtung des Zentralen Omnibusbahnhofs und Erstattung von Steuern auf der Grundlage des Betriebsüberlassungsvertrages durch die BVG (vgl. Erläuterungen zu den Titeln 51701 und 54077)

16290	**741**	**Zinsen aus Zuschüssen für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.852.418,16**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 89102.

Zinsen für nicht fristgerecht oder nicht zweckentsprechend verwendete Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die Einnahmen sind zur Finanzierung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen oder der dem Bund zustehende Anteil an den Einnahmen ist zurückzuführen (vgl. Erläuterung zu Titel 89102).

23101	**645**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

23110	**741**	**Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz**	**696.441.000**	**710.319.000**	**677.257.000**	**911.170.397,71**

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei den Titeln 54045, 54060, 54080, 54081, 68569 und 89102.

Die Einnahmen sind aufgrund der Zweckbindung durch das Regionalisierungsgesetz (RegG) ausschließlich für Ausgaben im Zusammenhang mit dem ÖPNV zu verwenden. Regionalisierungsmittel nach § 9 RegG sind zum Ausgleich von Mindererlösen durch das Deutschlandticket zweckgebunden. Hierüber ist jeweils gegenüber dem Bund ein jährlicher Nachweis zu führen.

Ausgleichsleistungen des Bundes gemäß § 5 und § 9 in Verbindung mit Anlage 1, 2, 3 und 4 des Regionalisierungsgesetzes (RegG 2022).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Einnahmen sollen verwendet werden für:

		2024	2025
1.	0730/54080 – Leistungen des Regionalbahnverkehrs	112.113.000	118.155.000
2.	0730/54081 – Leistungen des S-Bahnverkehrs	448.628.000	456.464.000
3.	0730/54060 – Aufwendungen für das Deutschlandticket	135.700.000	135.700.000
		696.441.000	710.319.000

Mehr aufgrund der gesetzlich festgelegten Steigerung der Regionalisierungsmittel sowie der 8. und 9. Änderung des Regionalisierungsgesetzes zur Erhöhung der Regionalisierungsmittel ab 2022 und der Dynamisierungsraten ab 2023 sowie der Finanzierung des Deutschlandtickets ab 2023.

23190	**742**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**203.000**	**203.000**	**313.000**	**1.370.016,73**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42890, 54690 und 68390 und Kapitel 0740, Titel 42890.

Programm / Maßnahme	Bundesmittel a) 2024 b) 2025	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Zuwendungen des Bundes für die Finanzierung von zukunftsorientierten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen	a) 3.000 € b) 3.000 €	42890 54690 68390	- - -

23211	**719**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**			**98.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

23290	**723**	**Zweckgebundene Einnahmen von Ländern für konsumtive Zwecke**	**40.000**	**40.000**	**—**	**35.296,97**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54690.

Im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung zum länderübergreifenden Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Berlin Brandenburg (VMM) haben das Land Brandenburg und das Land Berlin für das Projekt „Airport-bezogenes Verkehrs-Informationssystem (AIRVIS)“ eine gemeinsame Verkehrslage vereinbart.

27201	**742**	**Zuschüsse der EU für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zuwendungen der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg (vgl. Erläuterung zu Titel 54604)

27290	**742**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**148.000**	**70.082,51**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42890, 54690, 68390.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	

Zuwendungen der EU für die Finanzierung von zukunftsorientierten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen

Programm / Maßnahme	Bundesmittel a) 2024 b) 2025	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Zuwendungen der EU für die Finanzierung von zukunftsorientierten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen	a) 1.000 € b) 1.000 €	42890 54690 68390	- - -

28290	**742**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**106.000**		**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42890, 54690, 68390.

Zuwendungen Dritter für die Finanzierung zukunftsorientierter Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen

Programm / Maßnahme	Einnahmen von Dritten a) 2024 b) 2025	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Zuwendungen von Dritten für die Finanzierung von zukunftsorientierten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen	a) 1.000 b) 1.000	42890 54690 68390	- - -

33103	**741**	**Zuweisungen aus dem Mineralölsteueraufkommen**	**49.670.000**	**45.600.000**	**20.780.000**	**10.400.000,00**

Die Einnahmen sollen nur für Maßnahmen eingesetzt werden, die zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden erforderlich sind (verbindliche Erläuterung).

Die Finanzhilfen des Bundes für besondere Programme nach § 6 Abs. 1 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) werden weiterhin gewährt.

Programm / Maßnahme	Bundesmittel a) 2024 b) 2025	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Finanzhilfen des Bundes für besondere Programme nach § 6 Abs. 1 des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)	a) 49.670.000 € b) 45.600.000 €	89102 89102	89102 89102

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
33190	**725**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**	**83.000**	**93.000**	**—**	**1.202.173,60**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890 und 81221.

Programm / Maßnahme	Bundesmittel a) 2024 b) 2025	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Einnahmen des BMWi zur Umsetzung des Projekts eUVM	a) 1.000 € b) 1.000 €	81221	81221

Es werden Zuwendungen des Bundes für Sofortprogramm „Saubere Luft 2017 bis 2024“ erwartet.

34102	**741**	**Beiträge für Investitionsmaßnahmen**	**4.272.000**	**2.283.000**	**101.000**	**5.917.100,00**

Vorteilsausgleichszahlungen der Deutschen Bahn AG, von anderen Bahnunternehmen oder der Wasserstraßenverwaltung im Zusammenhang mit Kreuzungsmaßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungs-, oder dem Bundeswasserstraßengesetz.
Der Vorteilsausgleich wird seit dem 1. Juli 2010 nach der Verordnung zur Berechnung von Ablösungsbeträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, dem Bundesfernstraßengesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz (Ablösungsbeträge-Berechnungsverordnung – ABBV) ermittelt.

Die Höhe der Einnahmen ist von der erwarteten Fertigstellung der Kreuzungsmaßnahmen abhängig und wird erst nach der verkehrsbereiten Fertigstellung exakt ermittelt. Nach der ABBV ist ein Vorteilsausgleich ein halbes bis ein Jahr nach verkehrsbereiter Fertigstellung zu zahlen.

34290	**741**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**651.000,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 72016.

Beteiligung von Dritten an Investitionen (z.B. Radwegebau)

Programm / Maßnahme	Bundesmittel / EU-Mittel a) 2024 b) 2025	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Beteiligung von Dritten an Investitionen (z.B. Radwegebau)	a) 1.000 € b) 1.000 €	72016	72016

35903	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO**	**13.725.000**	**10.024.000**	**1.000**	**10.129.183,11**

Entnahme aus der Rücklage zur Finanzierung der Beschaffung und Ertüchtigung von Schienenfahrzeugen und Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem ÖPNV stehen (vgl. auch Erläuterungen zu den Titeln 54220, 54080, 54081, 68234, 68235, 68252, 89102 und 91903).

35916	**850**	**Entnahme aus der Rücklage Verstärkungsmittel**	**9.800.000**	**19.700.000**	**29.500.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

35918	**850**	**Entnahme aus der Rücklage Schienengebundener Verkehr und schienengebundener ÖPNV**	**1.000**	**71.000.000**	**1.000**	**—**

Entnahmen aus der Rücklage sind nur mit Zustimmung des Hauptausschusses möglich. (verbindliche Erläuterung; vgl. auch Erläuterung zu 91918).

Gesamteinnahmen	**774.664.300**	**859.691.300**	**728.859.600**	**953.219.635,29**
Prozentuale Veränderung	**6,3 %**	**11,0 %**		

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.458.000**	**2.556.000**	**2.006.000**	**2.259.915,47**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Honorare z.B. zur Ausübung der technischen Aufsicht beim U-Bahn-Bau.				
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**14.921.000**	**15.518.000**	**12.786.000**	**11.143.257,82**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**567.000**	**167.704,70**
42890	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**279.000**	**290.000**	**410.000**	**266.960,92**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 23190, 27290, 28290 und 33190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
		Zuwendungen des Bundes, der EU und Dritter zur Finanzierung zweckgebundener Personalausgaben				
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**60.200**	**62.000**	**96.600**	**56.730,54**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**27.000**	**27.000**	**27.000**	**26.553,66**
		Ausgaben für den allgemeinen Bürobedarf, Fachbücher, Fachzeitschriften, Loseblattsammlungen, Rundfunkbeitrag				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**45.000**	**45.000**	**45.000**	**31.249,33**
		Ersatz und Ergänzung der Büromöbel und -maschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Unterhaltung, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten und Ersatzteilen.				
51701	**741**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**33.700**	**33.700**	**33.700**	**33.615,56**
		Grundsteuer für den Zentralen Omnibusbahnhof Die Ausgaben werden durch die BVG erstattet (vgl. Erläuterung zu Titel 12207).				
52108	**725**	**Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs**	**7.500.000**	**7.500.000**	**10.750.000**	**6.140.668,61**
		Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.				
		Verpflichtungsermächtigung	**7.500.000**	**7.500.000**		
		Davon fällig 2025	**5.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2028	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**500.000**		

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei den Titel 52609 und 72016 sowie bei Kapitel 0740 Titel 52108, 68228, 68229, 89115 und 89116 und bei Kapitel 2707 Titel 52108, 72016. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	969.067	-	-
VE Plan 2023	5.000.000	2.000.000	2.000.000

Die Ausgaben dienen der Verbesserung der Verkehrssicherheit im Radverkehr und sind für die dringliche Sanierung von Radwegen (incl. Herstellung aktueller Ausbau- und Breitenstandards, Radverkehrsmarkierungen, kleinere bauliche Ergänzungen von bestehenden Radverkehrsanlagen, Belagsverbesserungen im Zuge von wichtigen Radverkehrsverbindungen) bestimmt.

Teilweise werden aufgrund der örtlichen Situation (z. B. in Folge von Baumwurzelschäden oder sicherheitsrelevanten Konflikten mit ruhendem Verkehr) auch Verlegungen der Radverkehrsanlagen oder Änderungen der Radverkehrsführung einschließlich Querungshilfen erforderlich. Soweit die Schaffung von geschützten Radfahrstreifen sowie die Grünbeschichtung von Radfahrstreifen nicht mit größeren Straßenumbauten verbunden sind, sollen auch solche Maßnahmen aus diesem Titel finanziert werden. Des Weiteren sollen Maßnahmen zur Verbesserung des Fahrradparkens durchgeführt werden. Auch Fahrradabstellanlagen mit Gehwegvorstreckungen und Aufpflasterungen sowie die Radverkehrswegweisung (Beschilderung) sind aus diesem Titel finanzierbar.

Es handelt sich um Einzelmaßnahmen, die nach den Kriterien Verkehrssicherheit, Oberflächenzustand, Verkehrsbedeutung bzw. unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung des Berliner Mobilitätsgesetzes, des Berliner Radverkehrsplans, der AV Geh- und Radwege sowie sonstiger Regelwerke des Straßenbaus ermittelt werden.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

Weniger aufgrund anteiliger Verlagerung des Maßnahmenpaketes Bundesprogramm Stadt- und Land in das Kapitel 2707 zur Finanzierung des Eigenanteils.

52115	**741**	**Unterhaltungsmaßnahmen zur barrierefreien Gestaltung von Bushaltestellen**	**650.000**	**650.000**	**650.000**	**74.374,04**

Unterhaltungsmaßnahmen zur barrierefreien Gestaltung von Bushaltestellen einschließlich ergänzender Maßnahmen zur uneingeschränkten Nutzung der Haltestellen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gemäß Personenbeförderungsgesetz mit Regelungen zur Barrierefreiheit öffentlicher Nahverkehrsangebote.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

52121	**741**	**Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit**	**1.000.000**	**1.000.000**	**5.650.000**	**1.674.935,06**
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2025	**250.000**			
		Davon fällig 2026	**250.000**	**250.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**250.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	1.700.000	500.000	-

Die Ausgaben sind für Maßnahmen zur besseren und sicheren Querung von Fahrbahnen für Fußgängerinnen und Fußgänger und dienen damit der Erhöhung der Verkehrssicherheit. Es handelt sich insbesondere um den Bau zusätzlicher Fußgangüberwege (Weiterführung des sog. „Zebrastreifenprogramms“) und die Einrichtung anderer Querungshilfen (z.B. Mittelinseln und Gestaltung frei einsehbarer Kreuzungen, sog. Gehwegvorstreckungen).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zudem sollen die Ausgaben erstmalig auch für die Qualifizierung bestehender Querungshilfen über punktuelle Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbeziehungen und damit Erhöhung der Verkehrssicherheit genutzt werden.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

Weniger aufgrund anteiliger Verlagerung von Maßnahmen mit investivem Charakter in das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA).

52122	**729**	**Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs**	**3.900.000**	**3.900.000**	**4.900.000**	**3.680.956,65**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	97.968	-	-
VE Plan 2023	2.000.000	500.000	-

Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für den Fußverkehr, insbesondere zur Umsetzung der Vorgaben des Berliner Mobilitätsgesetzes – Abschnitt Fußverkehr. Dabei handelt es sich um:

1. Machbarkeits- und Verkehrsuntersuchungen zur Begleitung der (Modell-)Projekte nach § 58 Abs. 3 MobG BE sowie Planwerke inklusive Öffentlichkeitsbeteiligung, insbesondere zur erstmaligen Aufstellung des Fußverkehrsplans nach § 52 MobG BE und dessen Umsetzung
2. Weiterführung des Programms „Barrierefreie öffentliche Räume“ (sog. Bordabsenkungsprogramm) zur baulichen Herstellung barrierefrei nutzbarer Gehwege an Einmündungen und Kreuzungen
3. Umsetzung kleinerer baulicher Maßnahmen zur Förderung des Fußverkehrs

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

52133 (neu)	**725**	**Maßnahmen zum Wirtschaftsverkehr**	**1.300.000**	**1.450.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**750.000**			
		Davon fällig 2026	**250.000**	**750.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**250.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Die Ausgaben sind vorgesehen zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Umsetzung von Senatsbeschlüssen, Planwerken oder gesetzlicher Vorgaben, insbesondere des Mobilitätsgesetzes dienen und vor allem den Wirtschaftsverkehr betreffen.

- Konzeptionelle Untersuchungen in Zusammenhang mit Fragen des Wirtschaftsverkehrs
- Umsetzung von Maßnahmen aus dem Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzept
- organisatorische Abwicklung des Lastenradförderprogramms (die Veranschlagung der Zuschüsse erfolgt in Kapitel 0730, Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs –)
- Pilotprojekte des Wirtschaftsverkehrs

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52135	**645**	**Straßenregenentwässerung**	**104.100.000**	**106.400.000**	**84.000.000**	**101.525.537,09**

1. Zahlungen an die Berliner Wasserbetriebe (BWB) für die aus ihrer Kostenberechnung ermittelten und anerkannten Aufwendungen für die Entwässerung der öffentlichen Straßen und Plätze, die von Berlin zu tragen sind.

2. Erstattung der von den BWB geleisteten Ausgaben an Grundstückseigentümer im Ostteil der Stadt und West- Staaken nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

3. Zahlungen an die Berliner Stadtreinigung (BSR) für die aus ihrer Kostenberechnung ermittelten und anerkannten Aufwendungen für die Reinigung der unteren Teile der Straßenabläufe der öffentlichen Straßen (Straßensinkkästen bzw. „Gullyreinigung"). Hierbei handelt es sich um eine Aufgabe der Abwasserbeseitigung, die im Rahmen der Neufassung des §29 e, Abs. 4 Berliner Wassergesetz (BWG) auf die BSR übertragen wurde.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**20.486,12**

Für die Fortbildung der Dienstkräfte (einschl. Reisekosten im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung).

52512 (neu)	**729**	**Verkehrserziehung**	**80.000**	**80.000**	**50.000**	**29.346,73**

Wurde bislang bei 0770/52512 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**150.000**	
Davon fällig 2025	**75.000**		
Davon fällig 2026	**75.000**	**75.000**	
Davon fällig 2027	**—**	**75.000**	

Die Ausgaben sind im Wesentlichen bestimmt für Beauftragung von Verkehrserziehungsmaßnahmen, insbesondere Einzelaktionen/ Verkehrsunterricht über richtiges Verhalten im Straßenverkehr, Aktionen zur Verkehrssicherheit, Fortbildungsmaßnahmen in Berlin, der Koordinierung der Internetplattform „Berlin Sicher Mobil" inkl. des IT-technischen Betriebs und der technischen Gestaltung und Pflege des Internetauftritts sowie für die Beauftragung der Koordinierung des Informationsaustauschs und der Vernetzung der Mitglieder der „Berliner Charta für Verkehrssicherheit" und andere Verkehrssicherheitsakteure.

52602	**741**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**1.216,00**

Sitzungsgelder (Kostenerstattung) an die externen Mitglieder des Prüfungsausschusses für amtlich anerkannte Sachverständige oder Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr und Prüfingenieure bei SenUMVK nach dem Kraftfahrsachverständigengesetz (KfSachvG) i.V.m. der Verordnung zur Durchführung des Kraftfahrsachverständigengesetzes (KfSachvV). Diesen Ausgaben stehen entsprechende Einnahmen für die Durchführung der Prüfungen aus dem Titel 11153 gegenüber.

52609	**741**	**Thematische Untersuchungen**	**805.000**	**705.000**	**605.000**	**5.223,74**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Verpflichtungsermächtigung	**750.000**	**500.000**	
Davon fällig 2025	**500.000**		
Davon fällig 2026	**250.000**	**250.000**	
Davon fällig 2027	**—**	**250.000**	

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei den Titel 52108 und 72016 sowie bei Kapitel 0740 Titel 52108, 68228, 68229, 89115 und 89116 und bei Kapitel 2707 Titel 52108, 72016. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	300.000	-	-

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die sich aus dem Berliner Mobilitätsgesetz, dem Radverkehrsplan (RVP) und dem Berliner Radverkehrsnetz ableitenden Aufgaben sind von gesamtstädtischer Bedeutung und machen weitreichende Abstimmungen mit unterschiedlichen Akteuren sowie teilweise auch vorbereitende Untersuchungen erforderlich. Die Ansätze in diesem Titel sind deshalb vor allem für die Durchführung von notwendigen thematischen Untersuchungen im Bereich Radverkehr bestimmt.

Dabei sollen neben der direkten Weiterentwicklung des Radverkehrsnetzes unter anderem auch Untersuchungen zu bedeutenden Netzelementen erfolgen. Ebenso ist in diesem Titel vorgesehen, ein detailliertes Umsetzungskonzept für die Realisierung von Radverkehrsanlagen an Hauptverkehrsstraßen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang soll ebenso die Einrichtung einer zentralen Gesamtsteuerung zur Umsetzung des Großprojekts „Herstellung des Radverkehrsnetzes“ aufgebaut werden, um so die Umsetzung des Radverkehrsnetzes zu steuern und die Priorisierung und Realisierung des Radverkehrsnetzes bis 2030 voranzutreiben zu können.

Weiterhin sollen Untersuchungen mit Mitteln dieses Titels durchgeführt werden, die auf Grund von neuen planerischen Zielstellungen aus dem Radverkehrsplan oder auch auf Grund von neuen (verkehrs-)technischen Anforderungen notwendig geworden sind. Beispielhaft sind hier Vorrangschaltungen an Lichtsignalanlagen für den Radverkehr auf ausgewählten Strecken im Vorrangnetz zu nennen. Mit Hilfe dieser avisierten Untersuchung sollen die erforderlichen Grundlagen erstellt werden, um den Anforderungen des Berliner Mobilitätsgesetzes (vgl. § 42 Absatz 2 Satz 2) in Bezug auf das Vorrangnetz zu genügen.

Darüber hinaus sollen gemäß Drucksache 19/0400 Untersuchungen für übergreifende verkehrliche Untersuchungen, z.B. in den Räumen Nord-Ost und Süd-Ost, sowie das Verkehrskonzept 16. Bauabschnitt A 100 durchgeführt werden.

Mehr aufgrund Bündelung thematischer Untersuchungen und konzeptioneller, verkehrsträgerübergreifender Untersuchungen bisher z.B. Untersuchungen Nord-Ost-Raum.

52690	**742**	**Sachverständigen-, Gutachten-, Gerichts- und ähnliche Kosten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Verwendung der Einnahmen im Zusammenhang mit der Prüfung von Eisenbahnbetriebsleitenden.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**15.368,86**

Für Dienstreisen und Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts, und für Vorstellungsreisen.
Reisekosten im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung von Dienstkräften werden im Titel 52501 nachgewiesen.

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**614,99**

Betreuung im Rahmen von Fachgesprächen aus dienstlichem Anlass mit externer Beteiligung

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**7.200,69**

Für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten für Auswahlverfahren

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
*Stellen*ausschreibung in überregionaler Medien			1			1
Absolut: Kopfzahl (Anzahl Frauen / Männer, die sich in der Führungsebene 1 bzw. 2 /höherer Dienst befinden)	1	5	1	5	3	4
Relativ: % Angabe	17	83	17	83	43	57
Ressourcen (in T €)	4	17	3	17	9	11

Zielgruppe:	Bewerberinnen auf Stellenausschreibungen in überregionalen Medien
Zielsetzung:	Der Ressourceneinsatz erfolgt u.a. zur Ansprache von Frauen auch für Führungspositionen des (vglb.) höheren Dienstes. Ziel ist, hier eine Unterrepräsentanz von Frauen zu vermeiden bzw. bestehende abzubauen.
Steuerungsmaßnahmen:	Qualifizierungsmaßnahmen für weibliche Führungskräfte

53121	**741**	**Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**16.926,19**
		Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**150.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Ausgaben für die Beteiligung gem. § 25 Verwaltungsverfahrensgesetz und informelle Beteiligung bei Planungs- und Beteiligungsverfahren.

Eine frühzeitige Information der Bevölkerung über relevante Projekte entspricht dem berechtigten Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner Berlins an den Vorhaben des Landes. Frühzeitige Informationen und Beteiligungen können dazu beitragen Planungen zu verbessern und die Akzeptanz zu erhöhen. Deswegen ist es erforderlich entsprechende Mittel für die Beteiligung einzuplanen. Hierbei ist zwischen den freiwilligen Beteiligungsformaten und den gesetzlich vorgeschriebenen Formaten zu unterscheiden.

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Planfeststellungsverfahren des Straßen- u. Schienenbaus, z.B. im Rahmen von Bürgerwerkstätten sowie Veröffentlichung von Maßnahmen in der Zuständigkeit des Landes Berlin u.a. nach dem Personenbeförderungsgesetz, dem Allgemeinen Eisenbahngesetz und dem Berliner Straßengesetz.

54010	**741**	**Dienstleistungen**	**2.500.000**	**2.500.000**	**5.035.000**	**1.171.870,12**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	484.451	-	-
VE Plan 2023	1.250.000	250.000	500.000

Aus dem Titel sollen folgende Sachverhalte finanziert werden, die Erarbeitung und das Monitoring der Planwerke basieren auf dem Mobilitätsgesetz und damit als Standardaufgaben eingeführt, andere Sachverhalte sind für die Erarbeitung dieser oder anderer Sachverhalte zwingend erforderlich (Verkehrsdaten, Verkehrsprognose u.ä.):

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Stadtentwicklungsplans Mobilität und Verkehr (hier Monitoring und ggf. Start einer Fortschreibung)	15.000	90.000	30.000	0,00
2.	Erarbeitung von Kennzahlen und Sonderauswertungen und Aufbereitung von Kennwerten für politische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	11.000	20.000	20.000	0,00
3.	Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verkehrsmodells auf den Prognosehorizont 2040 (nach Vorliegen neuer Bevölkerungsprognose, inkl. Strukturdatenaufbereitung)	150.000	180.000	120.000	0,00
4.	Maßnahmen des Parkraummanagements, Koordinierung Parkraumbewirtschaftung	75.000	75.000	80.000	0,00
5.	Verkehrssicherheitsprogramm (Umsetzung, Monitoring und Evaluation)	75.000	75.000	80.000	210.062,04
6.	Betreuung, Installation und Wartung der Fachnetzrechner	15.000	15.000	20.000	0,00
7.	Haushaltsbefragung zur Verkehrsteilnahme „Mobilität in Städten – SrV 2023“ (alle fünf Jahre, mit 3 Jahren Finanzierungszeitraum)	314.000	0	525.000	314.092,69
8.	„Fahrrad-Monitor“ (in jedem ungeraden Jahr)	0	20.000	20.000	0,00
9.	Studien und Konzepte im Bereich Energie-Umwelt-Verkehr (z.B. Alternative Antriebe, Ladeinfrastruktur, Wasserstoffstrategie etc.)	75.000	75.000	50.000	0,00
10.	Studien und Konzepte im Bereich Neue Mobilität und Innovationen (z.B. geteilte Mobilität, Inter- und Intramobilität, Digitalisierung etc.)	75.000	100.000	50.000	61.709,68
11.	Umsetzung Maßnahmen MobG im Bereich ruhender Verkehr (z.B. Konzepte und Studien für Parken im öffentlichen Raum, Rechtsverordnung Stellplätze)	100.000	150.000	65.000	0,00
12.	Vorbereitung der Vergabe für eine neues öffentliches Fahrradverleihsystem Berlin	35.000	0	125.000	6.000,00
13.	Umsetzung von Maßnahmen des Radverkehrsplans (z.B. Begleitstudien, Aufbereitung von Daten) und zur Förderung des Radverkehrs (z.B. verkehrliche Untersuchungen, Fachstudien zu neuen Themen) und dessen Monitoringbericht	180.000	200.000	200.000	0,00

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
14.	Untersuchungen zur Umsetzung des Mobilitätsgesetzes, inkl. Themen Radverkehr und nachhaltige Mobilität	150.000	200.000	200.000	64.840,72
15.	Unterstützung des Bereiches Kreuzungsrecht	200.000	200.000	240.000	139.830,95
16.	Fortführung der Navigation für Blinde und Sehbehinderte (VBB-Fahrinfo-App)	150.000	175.000	200.000	0,00
17.	Aufbau und Weiterentwicklung des gemeinsamen Verkehrsinformations- und -steuerungssystems für die Region Berlin/Brandenburg (Regionales Verkehrsmanagement – RVM)	65.000	65.000	65.000	0,00
18.	Dokumentation der Zustandsentwicklung von Straßenkonstruktionen	25.000	25.000	25.000	20.756,03
19.	Wissenschaftliche Begleitung der pädagogisch qualifizierten Fahrschulüberwachung	30.000	35.000	35.000	18.564,00
20.	Externe Betreuung der Durchführung von Vergabeverfahren im Zusammenhang mit Verkehrsprojekten des Landes Berlin	180.000	200.000	140.000	82.992,98
21.	Organisationsgutachten zur Kontrolle von Mietfahrzeugen beim LABO in Rahmen der Fachaufsicht	80.000	0	100.000	0,00
22.	Beratungsbedarfe im Zuge der Einführung des Deutschlandtickets	170.000	200.000	0	0,00
23.	Konzeption Gästeticket Berlin (im Kontext Deutschlandticket)	0	0	0	0,00
24.	Rechtliche und verkehrswirtschaftliche Expertise in Bezug auf Regulierung, Ausgestaltung und Vollzug im PBefG-Gelegenheitsverkehr mit PKW und beim Linienbedarfsverkehr	80.000	100.000	0	186.438,28
25.	Baustellenkoordinierung östliche Innenstadt – Maßnahmenerfassung und -abstimmung	30.000	50.000	0	0,00
26.	Vorbereitende Verfahrensentwicklung Baustellenkoordinierung – Digitale Verkehrskarte	50.000	50.000	0	5.997,60
27.	Externe Beratung für die Erstellung von Regelwerk für Ingenieurbauten in klimafreundlicher Holzbauweise	20.000	0	0	0,00
28.	Unterstützungsleistungen und Maßnahmen der zuständigen Behörde nach AFGBV	150.000	200.000	0	0,00
	Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftsverkehrs (Umsetzung von Maßnahmen des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzepts, Begleitung der Förderprogramme (z.B. Lastenradförderprogramm) neu bei 0730 / 52133)	0	0	450.000	26.226,38
	Jährliche Aktualisierung der Verkehrsmodelle für die Verkehrsprognose (Netzpflege, Abgleicht mit BRB, Aktualisierung Fahrpläne etc.). Die Ausgaben werden ab 2024 unter Nr. 4 nachgewiesen.	0	0	20.000	0,00

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
	Datenauswertung und Erstellung eines Haltestellenkatasters (Bus)	0	0	75.000	0,00
	Unterstützung bei der Begleitung des Masterplans Verkehrstelematik, entfällt ab 2024	0	0	50.000	0,00
	Erstellung eines Gesamtkonzepts Mobilitätssicherung für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen einschl. Konzeptbeteiligung (neu bei Kapitel 2707 nachgewiesen)	0	0	250.000	0,00
	Erstellung eines Gutachtens zu Modellen zur Unterstützung ehrenamtlich Tätiger im ÖPNV [liegt vor]	0	0	50.000	0,00
	Erarbeitung eines Zielnetzes für den Ausbau der Straßenbahn bis 2050 auf der Basis des Konzeptes des Bündnis „Pro Straßenbahn“ (neu bei 0730 / 54220)	0	0	100.000	0,00
	Übergreifende Verkehrsplanung im Nord-Ost-Raum (neu bei 0730 / 52609)	0	0	800.000	0,00
	Konzept zur Integration der BerlinTransport (BT) in die BVG [entfällt hier, Zuständigkeit SenWEB als aufsichtsratsführende Verwaltung]	0	0	50.000	0,00
	Bürgerbeteiligung im Rahmen der Maßnahmen des Mobilitätsgesetzes sowie bei Maßnahmen des Parkraummanagements und der Parkraumbewirtschaftung (neu bei 2707 / 54010)	0	0	100.000	0,00
	Umsetzung des Pilotprojekts einer reinen Güterstraßenbahn (neu bei 0730 / 68357)	0	0	700.000	19.802,08
	Allgemeine Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit der Abteilung Mobilität	0	0	0	14.556,69
	Summe	**2.500.000**	**2.500.000**	**5.035.000**	**1.171.870,12**

Mit Mitteln aus dem Titel sind Aufträge auszulösen, die sich aus Senatsbeschlüssen, Planwerken oder der Umsetzung von gesetzlichen Änderungen (v.a. MobG BE und BerlStrG) ergeben und gesamtstädtische Fragestellungen im Fokus haben.

Zu nennen sind hier bspw.

- die Erarbeitung und das Umsetzungsmonitoring von Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr, Integriertes Wirtschaftsverkehrskonzept, Verkehrssicherheitsprogramm u.ä. sowie die Umsetzung von Maßnahmen eben aus diesen Planwerken

die Erfassung und Analyse (z.B. aus Zähldaten, Haushaltsbefragungen, sonstigen Quellen) und die Verwendung

- von derartigen Datengrundlagen und Erkenntnissen (z.B. für Kommunikation oder im Verkehrsmodell, in Bebauungsplanverfahren u.ä.)
- konzeptionelle und analytische Arbeiten in den Bereichen Elektromobilität bzw. neue Antriebsformen, geteilte Mobilität bzw. neue Mobilität, ruhender Verkehr, sonstiger Innovationen
- Maßnahmen des Kreuzungsrechts

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54045	**741**	**Leistungen des innerstädtischen ÖPNV**	**796.192.000**	**845.126.000**	**861.704.000**	**1.088.478.238,64 R 209.024,03**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.				
		Verpflichtungsermächtigung	**10.000.000.000**	**10.000.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000.000**	**1.000.000.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000.000**	**1.000.000.000**		
		Davon fällig 2028	**1.000.000.000**	**1.000.000.000**		
		Davon fällig 2029 FF	**6.000.000.000**	**1.000.000.000**		
		Davon fällig 2030 FF		**6.000.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54060, 68213, 68569, 89102, 89113, 89114 und 89118 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verstärkungsvermerk:
Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 23110. Mehrausgaben bei den Titeln 54045, 54060, 54080, 54081 und 89102 dürfen in Summe in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung)
Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	584.732.000	7.659.580.000	-
VE Plan 2023	2.500.000	-	-

Die durch die bis Ende 2022 eingegangenen Verpflichtungen entstandenen Überschreitungen der Ansätze werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgelöst.
Zahlungen an die BVG auf der Grundlage des Verkehrsvertrages für die Bestellung von Verkehrs- und Infrastrukturleistungen zur Sicherstellung des innerstädtischen ÖPNV mit den Verkehrsmitteln U-Bahn, Straßenbahn, Bus und Fähre vom 1.9.2020 bis 31.8.2035.

Im Zusammenhang mit dem neuen Verkehrsvertrag stehende Investitionen in Infrastruktur und Fahrzeuge, insbesondere in die Zukunftssichere Fahrzeugbeschaffung (ZSFB) erfolgen im Wege der Vertragsfinanzierung durch das Land über die BVG. Sofern sie durch das Land direkt getragen werden, werden sie in den Titeln 89102 und 89113 (E-Busse) nachgewiesen. Ersatzinvestitionen (bisher Titel 89114) und Schienenfahrzeuge (bisher Titel 89118) werden durch die BVG finanziert; die Finanzierungskosten werden im Titel 54045 nachgewiesen.

Auf Grundlage des Verkehrsvertrages mit der BVG werden darüber hinaus finanziert:

- Dekarbonisierung des Busverkehrs der BVG mit dem vertraglich vereinbarten Basispaket sowie die Zahlungen aufgrund der noch abzuschließenden Zusatzpakete „Paket 2025“, „Paket 2025+“ und „Paket 2030“
- Tarifersatzleistungen nach §45a PBefG, für das Schüler- und Azubiticket sowie das ermäßigte Schülerticket im Rahmen der Schülerbeförderung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT).
- Landesbeschäftigtenticket
- Tarifersatzleistungen für das VBB-Abo Azubi

Die Bestellung von Leistungen des Eisenbahn-Regional- und S-Bahnverkehrs wird bei den Titeln Titel 54080 und 54081 nachgewiesen. Die Kosten der Akzeptanz von VBB-Fahrausweisen bei der Seilbahn Kienberg werden bei Kapitel 0750, Titel 68203 in Höhe von 1 Mio. Euro/Jahr nachgewiesen (Zuschuss an die Grün Berlin GmbH).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Mehr insbesondere aufgrund der höheren Kosten für das Landesbeschäftigtenticket und der Berücksichtigung der zusätzlichen Pakete bei der Dekarbonisierung des Busverkehrs.
Die Verpflichtungsermächtigung 2024 beinhaltet

- die finanzielle Absicherung der Revision des Verkehrsvertrages im Jahr 2024 zur Aufrechterhaltung der 2020 verkehrsvertraglich bereits vereinbarten Leistungen des innerstädtischen ÖPNV mit den Verkehrsmitteln U-Bahn, Straßenbahn, Bus und Fähre vom 1.9.2020 bis 31.8.2035
- Im Zusammenhang mit dem Verkehrsvertrag stehende Investitionen in Infrastruktur und Fahrzeuge, insbesondere Sicherung der Zukunftssichere Fahrzeugbeschaffung (ZSFB)
- Absicherung von verkehrlich essenziellen Einzelaspekten, die 2020 nur bis zur Revision 2024 (mit Finanzierung bis 2025) gesichert werden konnte, u.a. 63 Mio. € für Sicherheitsleistungen (Vermeidung der Absenkung), ein deutlich abgesenktes Budget für Revisionsthemen von nur noch 57 Mio. € für Weiterführung Aufzugersatz (Alternative Barrierefreie Beförderung nach MobG) sowie Aspekte für den Digitalen Vertrieb, Mobilitätsdatenerfassung, Fahrgastinformation
- Die Kosten ab 2026 für Erweiterung und Neubau von Abstellanlagen und Betriebshöfen
- die Absicherung von Vereinbarungen mit der BVG über Investitionskosten zur Beschaffung von Elektrobussen im Rahmen des Pakets 2025+ mit der BVG sowie die Investitionskosten zur Beschaffung von Elektrobussen im Rahmen des Pakets 2030 in den Jahren 2025 bis 2030. Ziel des Pakets 2030 ist die sukzessive Ablösung aller Diesel-Omnibusse der BVG bis zum Jahr 2030.

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 enthält identische Inhalte (bis auf die Absicherung von Vereinbarungen mit der BVG über Investitionskosten zur Beschaffung von Elektrobussen) für den Fall einer verzögerten Revision mit resultierender späteren Beauftragung erst in 2025

Die Verpflichtungsermächtigungen werden flankiert durch korrespondierende Verpflichtungsermächtigungen im Titel 0730/89113 zur finanziellen Absicherung der zusätzlichen Investitionskosten aus den Paketen 2025+ und 2030.

54053	**741**	**Veranstaltungen**	**190.000**	**180.000**	**130.000**	**24.506,58**
		Verpflichtungsermächtigung	**70.000**	**70.000**		
		Davon fällig 2025	**35.000**			
		Davon fällig 2026	**35.000**	**35.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**35.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	28.560	28.560	-
VE Plan 2023	-	-	-

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Mittel sind für folgende Veranstaltungen vorgesehen:

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Sitzungen des Begleitgremiums “FahrRat“ (3 Termine pro Jahr)	35.000	35.000	35.000	13.462,27
2.	Veranstaltungen/Workshops im Rahmen verkehrspolitischer Zielsetzungen, nach Bedarf (z.B. Sharing-Anbieter oder andere Themen)	20.000	20.000	15.000	10.747,11
3.	Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Verkehrssicherheitsforen	20.000	20.000	10.000	0,00
4.	Sitzungen „Runder Tisch Mobilität und Verkehr“ sowie Information der Öffentlichkeit	10.000	10.000	10.000	0,00
5.	Workshops zu Themen des Radverkehrs im Zuge der Umsetzung des Radverkehrsplan sowie Auszeichnung Engagementpreis Fahrrad Berlin	10.000	10.000	10.000	0,00
6.	Veranstaltungen zum Monitoring des integrierten Wirtschaftsverkehrskonzepts Berlin inkl. Austauschplattform Wirtschaftsverkehr	9.000	9.000	9.000	297,20
7.	Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen zum Wirtschaftsverkehr (Umsetzungsmonitoring IWVK) und Begleitung von Maßnahmen	10.000	10.000	10.000	0,00
8.	Bund/Länderfachausschüsse	1.000	1.000	1.000	0,00
9.	Qualifizierungsreihe „Mobilitätsgesetz“	40.000	30.000	30.000	0,00
10.	Sitzungen des Begleitgremiums „Fußverkehr“ (3 pro Jahr)	35.000	35.000	0	0,00
	Summe	190.000	180.000	130.000	24.506,58

54056	**719**	**Leistungen für die Verkehrsinformationszentrale Berlin**	**2.500.000**	**2.500.000**	**2.700.000**	**1.040.688,20**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**11.000.000**	**11.000.000**
	Davon fällig 2025	**2.200.000**	
	Davon fällig 2026	**2.200.000**	**2.200.000**
	Davon fällig 2027	**2.200.000**	**2.200.000**
	Davon fällig 2028	**2.200.000**	**2.200.000**
	Davon fällig 2029	**2.200.000**	**2.200.000**
	Davon fällig 2030		**2.200.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	499.264	500.764	-
VE Plan 2023	1.500.000	1.500.000	-

Das Land Berlin unterhält eine Verkehrsinformationszentrale (VIZ), deren Aufgabe es ist, Verkehrsteilnehmende, Medien, öffentliche und private Verkehrsunternehmen sowie die Verwaltung über die aktuelle und zu prognostizierende Situation im Berliner Verkehrsnetz mittels unterschiedlichster Informationskanäle zu informieren und Empfehlungen zu geben. Sie existiert seit 2001 und wird seit dem 01.01.2021 auf der Grundlage einer Vielzahl von Verträgen der SenUVK mit Dienstleisterinnen und Dienstleistern sowie Lieferantinnen und Lieferanten betrieben.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Laufzeiten liegen dabei zwischen einem und fünf Jahren (d.h. bis Ende 2025). Hierbei handelt es sich um Verträge bezüglich Verkehrsredaktion, Datenmanagement, Webseiten-Hosting, Bereitstellung eines breitbandigen Glasfaseranschlusses, Anmietung von Cloud-Servern und -Speicher, Lieferung von Floating Car Data, Betrieb von Mobilitätsmonitoren, Wartungskosten für die inhäusige VIZ-Technik und -Software, Wartungs- und Stromkosten für die VIZ-Technik im Straßenland sowie Lizenzgebühren etc. Bis Ende 2024 wird die Weiterentwicklung der Digitalen Plattform Stadtverkehr als öffentliche Plattform für verkehrsrelevante Daten im Sinne des §68 MobG, über das Forschungsprojekt eUVM (Titel 81221) finanziert. Ab 2025 sind diese Kosten wieder aus dem Titel zu zahlen.

Weiterhin sind hier die Betriebskosten für das System AIRVIS (Airport-bezogenen Verkehrsinformationssystems) verortet und die Bereitstellung einer Verkehrslage enthalten (Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Brandenburg).

54059	**729**	**Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität**	**4.392.000**	**5.312.000**	**2.200.000**	**968.133,58**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 110.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 100.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**500.000**	**—**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.321.000	1.347.000	5.564.000
VE Plan 2023	679.000	653.000	660.000

Über den Innovationsförderfonds stehen zusätzliche Mittel für das Projekt ‚Informationsplattform Elektromobilität' (110.000 € in 2024; 100.000 € in 2025) zur Verfügung.
Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Der Titel dient zur Finanzierung der Aktivitäten zum Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum. Hierunter fällt neben der Finanzierung des Betriebs und weiteren Ausbaus der Landeinfrastruktur im öffentlichen Ram durch die Berliner Stadtwerke KommunalPartner GmbH, die in dem Zusammenhang verabredete Errichtung einer Informationsplattform vor allem auch die Finanzierung des Landesanteils am Betrieb der Laternenladepunke aus dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz finanzierten Forschungsprojekt „ElMobileBerlin", auch bekannt unter dem Titel „Neue Berliner Luft" sowie Mittel für weitergehende Untersuchungen zwecks einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Berliner Ansätze zur Förderung der Elektromobilität durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum.

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Betreibervertrag zur Errichtung und Betrieb der Ladeinfrastruktur und ihres Netzanschlusses	3.402.000	3.522.00	1.809.000	968.134,00
2.	Informationsplattform	50.000	50.000	0	
3.	Forschungsprojekte und Konzepte	200.000	250.000	191.000	
4.	Betrieb Laternenladepunkte aus ElMobileBerlin	740.000	1.490.000	200.000	
	Summe	4.392.000	5.312.000	2.200.000	968.134,00

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54060	**741**	**Aufwendungen für das Deutschlandticket**	**271.400.000**	**271.400.000**	**270.000.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei den Titeln 54045, 54080, 54081 und 89102.

Verstärkungsvermerk:
Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 23110. Mehrausgaben bei den Titeln 54045, 54060, 54080, 54081 und 89102 dürfen in Summe in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung)

Finanzierung des Deutschlandtickets.
Der Ansatz enthält die Anteile Berlins und des Bundes zu gleichen Teilen.
Den Ausgaben stehen i.H.v. 50 % Einnahmen aus zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes gegenüber (vgl. Erläuterung zu Titel 23110).

Nicht verbrauchte Mittel für die Aufwendungen für das Deutschlandticket (Bundesanteil) können zur Finanzierung von Ausgaben, die im Zusammenhang mit den Aufwendungen für das Deutschlandticket stehen, der Rücklage bei 91903 zugeführt werden.

54061	**729**	**Maßnahmen zur Förderung des Mobilitätsmanagements**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**—**

Im Zusammenhang mit dem Mobilitätsmanagement stellt die verkehrspolitische Informationsbereitstellung und -vermittlung eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltigere Verkehrsteilnahme dar.
Folgende Aufgaben sollen aus diesem Titel finanziert werden

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Aktualisierung Datengrundlagen des Wohn- und Mobilitätskostenrechners	50.000	50.000	20.000	0
2.	Konzepte und unterstützende Maßnahmen zur Förderung von Angeboten im Bereich eines (Betrieblichen) Mobilitätsmanagements	50.000	50.000	50.000	0
	Summe	**100.000**	**100.000**	**70.000**	**0**

54071	**741**	**Leistungen zur vermessungstechnischen Erfassung des Berliner Straßennetzes**	**750.000**	**750.000**	**700.000**	**180.784,90**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**750.000**		
		Davon fällig 2025	**750.000**			
		Davon fällig 2026	**750.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**—**	**750.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	750.000	-	-

Aufbau und Pflege einer Datenbank zur Erfassung, Verwaltung und Aktualisierung von Informationen zum Berliner Straßennetz, inkl. Tunnel und Brücken.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Im Rahmen von zwei vermessungstechnischen Straßenbefahrungen in den Jahren 2015 und 2021 wurden berlinweit umfangreiche und einheitliche Datengrundlagen mit Bild-, 3D- und Geodaten über das öffentliche Straßenland Berlins geschaffen und berlinweit den Straßenbau- und Straßenverkehrsbehörden über einen verwaltungsinternen Web-Viewer zur Verfügung gestellt. Die daraus entstandenen digitalen Grundlagendaten dienen einer zeit- und kostensparenden Abarbeitung relevanter verkehrsbezogener Fachplanungen in den Bezirken und in den übergeordnet agierenden Behörden (EGovernment-Gesetz). Zudem werden sie als landesweit einheitlicher Grundlagendatenbestand für Projekte umweltgerechter, emissionsarmer Mobilitätsangebote herangezogen.

Damit diese digitalen Grundlagendaten auch zukünftig genutzt werden können, ist eine regelmäßige Aktualisierung des vorhandenen Datenbestandes durch eine Verstetigung der Straßenbefahrungen (Erhebung von Bild- und 3D-Daten und Einbindung in einen Web-Viewer für die Berliner Straßenbau- und Straßenverkehrsbehörden), anschließender Digitalisierung der neuen Datensätze, Pflege bestehender Datensätze (mit Hilfe des Web-Viewers und externer Dienstleister) und deren Integration in die Systeme des Landes Berlin erforderlich.

Bei der kontinuierlichen Aktualisierung und Digitalisierung handelt es sich um eine Daueraufgabe.

54072	**725**	**Leistungen zur Zustandsermittlung von Verkehrsflächen**	**600.000**	**600.000**	**530.000**	**214.278,06**
		Verpflichtungsermächtigung	**550.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2025	**400.000**			
		Davon fällig 2026	**150.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**150.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	300.000	250.000	50.000

Der Titel umfasst die Zustandserfassung von Straßenverkehrsanlagen, deren bautechnische Bewertung und Weiterverarbeitung im Erhaltungsmanagement Stadtstraßen Berlin (EMS).

Die Leistungen umfassen im Einzelnen:

Zustandserfassung und Bewertung (ZEB):

In den Jahren 2020 und 2021 erfolgte die turnusgemäße regelwerkskonforme, fachlich und qualitätssichernd begleitete, messtechnische Zustandserfassung und Bewertung des STEP-klassifizierten Straßennetzes (STEP I –III) in der Baulast des Landes Berlin, sowie die anschließende Einpflege dieser Daten in das Erhaltungsmanagementsystem (2022).

Die Zustandserfassung des Ergänzungsnetzes (STEP IV) sowie der Wohn- und Anliegerstraßen ist verteilt über die Jahre 2022 bis 2024 vorgesehen, die Erfassung läuft derzeit.

Die Zustandserfassung der Radverkehrsanlagen ist für 2025 vorgesehen (die Entwicklung einer standardisierten Technik sowie einer Systematik läuft auf Betreiben der obersten Straßenbaubehörde Berlins im Rahmen des Forschungsprogramms Stadtverkehr derzeit bei der Bundesanstalt für Straßenwesen).

Schaffung eines geeigneten bautechnischen Bewertungshintergrundes für Radverkehrsanlagen erfolgt in 2024.

Aufbau einer Systematik und Bewertungstechnik für die Erfassung des Zustands der Anlagen des Fußverkehrs erfolgt in 2026.

Wegen der Größe des zu erfassenden Netzes und wegen der allgemeinen Kostensteigerungen ist eine Anpassung der Beträge erforderlich.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Erhaltungsmanagementsystem Stadtstraßen (EMS)

Im Jahr 2020 wurde der Probeechtbetrieb für die Software des Erhaltungsmanagementsystems gestartet. Zur Begleitung wurden Projektsteuerungs- und Qualitätssicherungsleistungen extern beauftragt und es werden in den Folgejahren voraussichtlich Anpassungsleistungen für die Software verausgabt. Weiterhin sind regelmäßige Aktualisierungen der Daten und Modelle vorzunehmen und seit 2021 zu finanzieren.

Für die Anpassungen des IT-Systems sind Beurteilungen der Gebrauchstauglichkeit und Barrierefreiheit notwendig, sich daraus ergebende Anpassungen des Systems sind umzusetzen.

Das EMS ist weiterzuentwickeln, um die Zustandsdaten für die Fuß- und Radverkehrsanlagen im Straßenland einspielen und auswerten zu können. Algorithmen und Modelle sind zu entwickeln, um für diese Bauteile effektive systematische Erhaltungsstrategien abzubilden.

Die Ermittlung des langfristigen Erhaltungsbedarfs durch Prognosen der Zustandsentwicklung der Verkehrsflächen in Abhängigkeit vom Mitteleinsatz, Ergänzung des Datenbestandes durch Ermittlung von Aufbau-, Erhaltungs- und Verkehrsdaten mit dem Ziel, auf der Grundlage detaillierter Kenntnisse der Bausubstanz Erhaltungsbedarfsprognosen sind zu erstellen.

Mit der Weiterentwicklung der Datengrundlagen des Berliner Straßennetzes (Detailnetz) ergeben sich weiter Anpassungsnotwendigkeiten.

54077	**742**	**Steuern, Abgaben**	**20.200**	**20.200**	**20.200**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu den Titeln 12204 und 12207. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Einnahmen aufgrund der Erhebung der Umsatzsteuer geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Abführung von Steuern im Rahmen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand
Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag für den Betrieb gewerblicher Art „Zentraler Omnibusbahnhof“

54079	**741**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**742,58**

Insbesondere für die Ergänzung und Instandsetzung von Dienst- und Schutzkleidung, Besichtigungsfahrten, Mieten für Räume, Portogebühren sowie Kränze und Nachrufe.

54080	**741**	**Leistungen des Regionalbahnverkehrs**	**114.622.000**	**120.793.000**	**94.175.000**	**83.918.798,23** **R 7.366.742,36**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei 54081.

Verpflichtungsermächtigung	**141.108.000**	**9.377.000**
Davon fällig 2026	**40.000**	**40.000**
Davon fällig 2027	**962.000**	**962.000**
Davon fällig 2028	**1.092.000**	**981.000**
Davon fällig 2029	**139.014.000**	**1.001.000**
Davon fällig 2030		**6.393.000**

Verstärkungsvermerk:
Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 23110. Mehrausgaben bei den Titeln 54045, 54060, 54080 und 54081 dürfen in Summe in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei 54081 und deckungsberechtigt gegenüber den Ausgaben bei 54060 und 68213.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 sind vorgesehen zur haushaltsmäßigen Absicherung:

- der Neuvergabe der Leistungen des Netzes Nordwestbrandenburg inkl. Verlängerung einer weiteren Linie nach Berlin für den Zeitraum 12/2028 bis 12/2040 mit einem Volumen von ca. 118,4 Mio. Euro
- der Neuvergabe der Tarifanerkennung im Fernverkehr II auf der Relation Berlin – Prenzlau – Stettin ab 12/2026 mit einem Volumen von ca. 9,4 Mio. Euro. Derzeit ist in Prüfung, ob das beabsichtigte Fernverkehrsangebot, welches Verkehrsleistungen im Verkehrsvertrag Netz Berlin Stettin ersetzen soll, in den Verkehrsvertrag integriert werden kann oder ob dafür ein gesondertes Vergabeverfahren notwendig ist und dafür im Verkehrsvertrag Netz Berlin Stettin Verkehrsleistung entfällt.

Die Verpflichtungsermächtigung 2025 bildet – für den Fall einer später als geplanten Vergabe – ebenfalls nochmal die Vorsorge für die Vergabe der Tarifanerkennung im Fernverkehr II (Relation Berlin – Prenzlau – Stettin) ab 12/2026 ab.
Verpflichtungen aus Vorjahren:

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	56.294.000	68.459.000	791.658.750
VE Plan 2023	0	0	62.037.000

Die durch die bis Ende 2022 eingegangenen Verpflichtungen entstandenen Überschreitungen der Ansätze werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgelöst.
Zahlungen an Verkehrsunternehmen für die Erbringung von Verkehrsleistungen des Eisenbahn-Regionalverkehrs (2024 = rd. 106,1 Mio. €, 2025 = rd.111,6 Mio. €) einschließlich der in den Verkehrsverträgen enthaltenen Preisanpassungen, vereinbarter Mehrleistungspakete sowie des Ausgleichs der Kosten für die Nutzung der Infrastruktur (Trassen- und Stationsgebühren), sowie der Finanzierung der Aufgaben, die zur Vergabe, Management und Controlling der SPNV- und ÖPNV-Verträge notwendig sind (2024: 6,0 Mio. €, 2025: 6,5 Mio.€).

Den Ausgaben stehen entsprechende Einnahmen aus zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes gegenüber (vgl. Erläuterung zu Titel 23110).

Nicht verbrauchte Mittel aus den laufenden Verträgen des Regional-Bahnverkehrs können zur Finanzierung von Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem ÖPNV stehen, der Rücklage bei Titel 91903 zugeführt werden.

Die darüber hinaus notwendigen Bestellungen von Leistungen zur Sicherstellung des innerstädtischen ÖPNV werden beim Titel 54045 nachgewiesen.

Mehr in 2024 aufgrund der Neuvergabe und Ausweitung des Angebots im Netz Elbe-Spree sowie Kostensteigerungen infolge der Preisentwicklung (insb. Personalkosten und Energiepreise, aber auch Infrastrukturnutzungsentgelte). Hinzu kommt, dass aufgrund von Pandemieeffekten und dem Deutschlandticket ab 2023 mit Einschränkungen bei den Fahrgelderlösen gerechnet werden muss, die mit den Kosten der Verkehrsverträge verrechnet werden (s.u.).

Bei Leistungen für den Eisenbahn-Regionalverkehr wird vom Grundsatz der Bruttoveranschlagung nach § 15 Abs. 1 LHO abgewichen. Die geschlossenen Verkehrsverträge sehen keine direkte Vergütung der erbrachten Leistungen vor, sondern einen Zuschuss der Länder Berlin und Brandenburg über den verbleibenden Betrag nach Abzug der durch das Verkehrsunternehmen vereinnahmten Beförderungsentgelte („Vergütungsanspruch“). Über die erbrachten Leistungen, den Finanzierungs- und Vergütungsanspruch sowie die Zahlung des Landes Berlin wird dem Hauptausschuss jährlich berichtet. Im Jahr 2021 stellten sich die Zahlen für die Verträge im Eisenbahnregionalverkehr wie folgt dar:

	2021
	€
Finanzielle Bewertung der vereinbarten Verkehrsleistungen gemäß Verkehrsvertrag sowie Infrastrukturnutzungsentgelte	11.442.214
abzgl. anzurechnende Einnahmen und Erlöse	-50.235.622
Finanzierungsanspruch	**60.206.592**
abzgl. Leistungsabweichungen mit Minderung Infrastrukturnutzungsentgelte	-12.037.803
zzgl. Vergütung Mehrleistungen	1.436.378
Vergütungsanspruch	**49.605.167**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54081	**741**	**Leistungen des S-Bahnverkehrs**	**613.988.000**	**624.744.000**	**393.212.000**	**448.335.985,17**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 54080.

Verpflichtungsermächtigung	**20.000.000.000**	**20.000.000.000**
Davon fällig 2027	**500.000.000**	**500.000.000**
Davon fällig 2028	**1.000.000.000**	**1.000.000.000**
Davon fällig 2029 FF	**18.500.000.000**	**1.000.000.000**
Davon fällig 2030 FF		**17.500.000.000**

Verstärkungsvermerk:
vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 23110. Mehrausgaben bei den Titeln 54045, 54060, 54080, 54081 und 89102 dürfen in Summe in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 54060, 68213 und 54080.
Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.083.089.639	518.329.991	2.522.819.938
VE Plan 2023	62.166.000	105.504.000	12.104.348.000

Die durch die bis Ende 2022 eingegangenen Verpflichtungen entstandenen Überschreitungen der Ansätze werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgelöst.

Der Ansatz beinhaltet die Zahlungen des Landes Berlin an die S-Bahn Berlin GmbH zur Erbringung der Verkehrsleistungen in den Verkehrsverträgen SBI II (Interimsvertrag II in den Netzen Nord-Süd und Stadtbahn) und SBR (Wettbewerbsvertrag Teilnetz Ring und Südost), sowie die Kosten der Fahrzeugertüchtigung von Altfahrzeugen der Baureihen 480, 485 und 481. Außerdem berücksichtigt sind im Jahr 2024 die Kosten einer Verkehrserhebung im S-Bahn-Netz über 1 Mio. Euro.

Der Ansatz wird anteilig gedeckt durch Regionalisierungsmittel des Bundes; die Kosten der Fahrzeugertüchtigung werden durch angesparte Regionalisierungsmittel aus der Rücklage getragen, die über den Titel 35903 zur Verfügung gestellt werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen zur haushaltsmäßigen Absicherung

- der Vergabe der Verkehrsleistungen im Vertrag SBSNS I (Vergabe mit Bestandsfahrzeugen) über ca. 15 Jahre in den beiden Teilnetzen Nord-Süd und Stadtbahn für den Zeitraum von 2027 bis 2036
- der Vergabe von S-Bahn-Leistungen im wettbewerblichen Verfahren SBSNS II (Vergabe mit Neufahrzeugen). Dies umfasst:
  - die Verkehrsleistungen (ohne Fahrzeugbereitstellung und -instandhaltung) im Vertrag über ca. 15 Jahre in den beiden Teilnetzen Nord-Süd und Stadtbahn für den Zeitraum von 2027 bis 2045
  - die Leistungen der Fahrzeugbereitstellung und -instandhaltung einschließlich der Vorhaltung einer Werkstatt der Fahrzeuge in den Teilnetzen Nord-Süd und Stadtbahn für den Zeitraum von 2027 bis 2061
  - die mit Abschluss des Fahrzeugbereitstellungs- und -instandhaltungsvertrages entstehende Verpflichtung der LSFB zur Finanzierung der Fahrzeugkapitalkosten (Fahrzeugmiete) zwischen 2027 und 2045
- Ebenfalls mit enthalten ist die Vergabe der Vertriebsleistungen für das gesamte Berliner S-Bahn-Netz zwischen 2027 und 2045.

Um im Verfahren SBSNS II möglichen zeitlichen Verzögerungen aufgrund des Kammergerichtsverfahren, möglicher künftiger Klagen und ggf. auch notwendiger, weiterer Verhandlungen in der Vergabe zu begegnen, sind diese Verpflichtungsermächtigungen in gleicher Höhe sowohl im Jahr 2024 als auch im 2025 angemeldet.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54220	**741**	**Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr**	**4.200.000**	**4.450.000**	**5.850.000**	**1.452.721,71**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Die Zahlungen zum Zwecke der Beschaffung bzw. Überlassung notwendiger S-Bahn-Fahrzeuge im Rahmen des Vergabeverfahrens SBSNS 2 (2027-2042) werden über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB) AöR abgebildet. Der Vorlaufbetrieb in den Jahren ab 2022 ist in Kapitel 0730, Titel 68252 abgebildet.

Zur Finanzierung der Zahlungen an die S-Bahn sind Mittel aus zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz, in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 ergänzt durch Landesmittel vorgesehen (vgl. Erläuterungen zu Titel 23110)

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Ausgaben für die Grundlagenermittlung des schienengebundenen Verkehrs, d. h. Regionalverkehr, S-Bahn-Strecken, aber auch U-Bahn- und Straßenbahnstrecken. Außerdem für Untersuchungen entsprechend Leistungsphasen 1 und 2 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI – Vorplanung für Verkehrsanlagen (u. a. Untersuchungen von Lösungsmöglichkeiten mit Einfluss auf bauliche und konstruktive Gestaltung, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen unter Beachtung der Umweltverträglichkeit), zur Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen.

Folgende Maßnahmen sollen finanziert werden:

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1	Straßenbahnmaßnahmen u.a. gemäß dem jeweils gültigen NVP (z.B. Potsdam-Krampnitz-Heerstraße in Spandau)	1.000.000	1.000.000	2.100.000	458.038,75
2	U-Bahn-Maßnahmen u.a. gemäß dem jeweils gültigen NVP (z.B. U3, U7 Spandau, U 7 BER, U2 über Pankow Kirche in die nördlichen Ortsteile Pankows, U8 Märkisches Viertel, U 10 vom Alexanderplatz über Weißensee und Karow nach Buch)	1.000.000	1.000.000	2.000.000	0,00
3	SPNV-Maßnahmen u.a. gemäß dem jeweils gültigen NVP (u.a. Fahrplanstudien, Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen) inkl. Aufgaben aus i2030 und Verlängerung Siemensbahn, Nahverkehrstangente	1.500.000	1.500.000	1.000.000	994.682,96
4	Weitere Grundlagenermittlungen nach Systementscheid	150.000	300.000	200.000	0,00
5	Analyse Erschließungsdefizite Gesamtstadt	100.000	100.000	0	0,00
6	Untersuchungen im Zusammenhang mit der Wachsenden Stadt	100.000	200.000	200.000	0,00
7	Integrative verkehrliche Untersuchungen mit Schwerpunkt SPNV/ÖPNV	200.000	200.000	200.000	0,00
8	Untersuchungen zu weiteren Maßnahmen (u.a. Bahnhöfe)	100.000	100.000	50.000	0,00
9	Simulationen im ÖV (Projektbezogen auf Anforderung)	50.000	50.000	100.000	0,00
	Summe	**4.200.000**	**4.450.000**	**5.850.000**	**1.452.721,71**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54223	**725**	**Vorbereitungskosten für den Straßenbau**	**580.000**	**600.000**	**344.000**	**123.188,64**
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**300.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	60.000	-	-
VE Plan 2023	-	-	-

Aus diesem Titel wird vorrangig die Vorbereitung von konkreten Straßen- und Brückenbauvorhaben einschließlich der dafür notwendigen Planungsvorgaben zur Straßenraumaufteilung durch die Abteilung Mobilität für deren geplante Umsetzung finanziert. Die Initiierung dafür erfolgt überwiegend durch die Straßenbaulastträger bzw. Vorhabenträger, durch geplante Baumaßnahmen anderer Verkehrsträger (Bahn-, Wasser- und Luftverkehr), durch städtebauliche Entwicklungen bei Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung (Bebauungspläne). Hierzu zählen u.a.

- gesamthafte Untersuchungen oder netzbezogene Betrachtungen des Straßennetzes
- Untersuchungen zu Verkehrsanbindung aufgrund der Aktivierung von neuen Flächen für potentielle Wohnungsbebauung
- Grundlagenermittlungen für den Ausbau und Umbau von Straßen (Machbarkeitsstudien) und Vorplanungen für Verkehrsanlagen (Leistungsphasen 1 und 2 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI)
- Untersuchungen zur Gestaltung des öffentlichen Raums für Vorgaben zur Straßenraumgestaltungen bei künftigen Sanierungen
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für Umbau und Ausbau von Straßen und Brücken

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54604	**742**	**Sächliche Ausgaben für zukunftsorientierte Entwicklungsmaßnahmen**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**23.968,50**

Die Mittel dienen zur Vorsorge von Komplementärmitteln des Landes Berlin bei Forschungsprojekten.

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	a) INTERREG VI B – Projekt (Baltic Sea Region BSR bzw. Central Europe CE). b) Interregionale Zusammenarbeit: Umsetzung „Runder Tisch Verkehr (RTV) der Oder-Partnerschaft“ und DPRK, AK Verkehr	100.000	100.000	130.000	a) 15.305,30 b) 8.663,20
2.	Länderanteil für Demonstrationsprojekte im Bereich der Nachhaltigkeit und deren Evaluation	100.000	100.000	70.000	0,00
	Summe	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**23.968,50**

Die INTERREG-Programme setzen das Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ der Strukturpolitik der EU um. Die Programme fördern die grenzüberschreitende bzw. transnationale Projektzusammenarbeit in Europa.
Für das Land Berlin beteiligt sich die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung seit 1998 in INTERREG-Projekten, u.a. TransLogis, Rail Baltica, Via Regia, NSB CoRe und Scandria. Die Beteiligung an INTERREG-Projekten ist relevant, um die Anbindung des Landes Berlin an den Schienenpersonenfernverkehr und Schienengüterfernverkehr weiter zu verbessern. Dadurch ist es auch möglich, Entwicklungsarbeiten durch EU-Fördermittel mitfinanzieren zu lassen. Die Umsetzung „Runder Tisch Verkehr der Oderpartnerschaft“ war in den Projekten jeweils ein bedeutender Baustein.

Analog zu INTERREG-Projekten beteiligt sich das Land Berlin auch an Forschungsprojekten anderer Fördermittelgeber. Berlin interessiert sich für Forschungs- und Umsetzungsprojekte, die sich mit zukunftsfähigen Maßnahmen auseinandersetzen. Hiermit werden die Länderanteile für derartige Demonstrationsprojekte im Bereich der Nachhaltigkeit und deren Evaluation sichergestellt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54690	**742**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.345.273,59 R 886.908,63**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen des Bundes, der EU und Dritter zur Finanzierung zukunftsorientierter Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen.

Die Anteile Berlins werden bei dem Titel 54604 nachgewiesen.

63201	**721**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**2.005.000**	**2.005.000**	**1.505.000**	**5.000,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.000.000	2.000.000	2.000.000
VE Plan 2023	-	-	-

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Jährliche Mitfinanzierung von Park-and-Ride-/ Bike-and-Ride-Anlagen im Brandenburger Umland	2.000.000	2.000.000	1.500.000	0,00
2.	Beteiligung Berlins an der bundesweiten "Geschäftsstelle Radverkehr" in Gestalt einer Länderumlage	5.000	5.000	5.000	5.000,00
	Summe	**2.005.000**	**2.005.000**	**1.505.000**	**5.000,00**

Zu 1: Das Land Berlin unterstützt die Finanzierung für die Errichtung von Park-and-Ride- und Bike-and-Ride-Stellplätzen an Brandenburger Bahnhöfen mit einem hohen Anteil an Berlin-Pendelnden. Am 03.11.2022 haben die Länder Berlin und Brandenburg dazu eine Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet. Der Finanzierungsanteil des Landes Berlin soll 2,0 Mio. € / Jahr für eine noch nicht festgelegte Dauer von aber mehr als vier Jahren betragen. Vorgesehen ist eine Komplementärfinanzierung zum laufenden Förderprogramm des Landes Brandenburg. Antragsteller sind die Brandenburger Gemeinden, welche die laufenden Kosten danach selbst finanzieren. Im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung hat sich das Land Berlin für eine Laufzeit von 6 Jahren festgelegt und bereits im laufenden Doppelhaushalt eine Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2024 ff. erhalten. Der Verwaltungsvertrag zwischen den beiden Ländern Berlin und Brandenburg gilt vorab bis 2026. Eine Verlängerung nach 2026 wird zu gegebenem Zeitpunkt angestrebt.

Zu 2: Anteil Berlins an der Umlage zur Finanzierung der „Geschäftsstelle Radverkehr“ auf Bundesebene (5.000 EUR/Jahr pro Bundesland) gemäß EU-Verordnung 1926/2017/EU und Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom April 2019, ein nationales Datenangebot zum Radverkehr über einen nationalen Zugangspunkt (NAP) zur Verfügung zu stellen.

66201	**741**	**Schuldendienst für Darlehen für den Schienenverkehr**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000,00**

Die DB AG ist als Vorhabenträger für die Errichtung der Schienenanbindung zum Flughafen BER zuständig. Die Ausgaben zur Finanzierung des Berliner Anteils in Höhe von 30.000.000 € wurden aus Mitteln des Bundesschienenwegeausbaugesetzes durch den Bund als zinsloses Darlehen der DB AG zur Verfügung gestellt. Der zu leistende Schuldendienst ist entsprechend einer im Jahr 2006 mit der DB AG geschlossenen Vereinbarung über die Refinanzierung des Darlehens vom Land Berlin über einen Zeitraum von 20 Jahren zu tragen und beginnt nach der Inbetriebnahme des Flughafens BER. Der Zeitraum der Darlehenstilgung umfasst damit die Jahre 2020 – 2039.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**741**	**Ersatz von Ausgaben**	**280.000**	**60.000**	**52.000**	**16.944,31**

Ersatz von Reparaturkosten für unabweisbare Instandsetzungsmaßnahmen auf dem Gelände des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) zur Gewährleistung der Verkehrs- und Betriebssicherheit sowie Ersatz von Ausgaben der DB Station & Service im Zusammenhang mit der Modernisierungsmaßnahme des Bahnsteiges 5/6 der Verkehrsstation Berlin-Wannsee.

Es erfolgt eine Förderung zur Verbesserung der barrierefreien Erreichbarkeit kleinerer Verkehrsstationen im Rahmen Förderprogrammes „Förderinitiative Attraktivitätssteigerung & Barrierefreiheit (FABB)“ des Bundes.

67112	**253**	**Ersatz von Personalaufwendungen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**218.722,71**

Finanzierung von kaufmännischen Ausbildungsplätzen im Rahmen des sogenannten solidarischen Finanzausgleichs

68213	**741**	**Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter**	**300.000.000**	**300.000.000**	**5.900.000**	**3.694.238,70**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüben den Ausgaben bei den Titeln 54045, 54080, 54081, 68213 und 89102.

Tarifersatzleistungen, um Preisabsenkungen des ÖPNV-Tarifs zu ermöglichen. Zuschüsse zum Semesterticket werden zukünftig bei 68569 nachgewiesen.

68234	**741**	**Zuschüsse für Planungsleistungen**	**1.400.000**	**1.600.000**	**950.000**	**422.109,53**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**2.500.000**
Davon fällig 2025	**700.000**	
Davon fällig 2026	**750.000**	**500.000**
Davon fällig 2027	**525.000**	**750.000**
Davon fällig 2028	**525.000**	**750.000**
Davon fällig 2029	**500.000**	**500.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	357.013	-	-
VE Plan 2023	500.000	500.000	1.000.000

Den Eisenbahninfrastrukturunternehmen, wie z. B. der Niederbarnimer Eisenbahn und der Havelländischen Eisenbahn, werden die Planungskosten für die vom Land Berlin bestellten Neu- und Ausbaumaßnahmen finanziert.
Dies sind u.a. Planungen für folgende Vorhaben:

- Investitionsprogramm i2030 der Länder Berlin und Brandenburg
- Reaktivierung der Stammstrecke der Heidekrautbahn
- Streckenabschnitt des Korridors Spandau – Nauen zur Falkenseeer Chaussee

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68235	**741**	**Zuschuss an die Deutsche Bahn AG aus Finanzierungsvereinbarungen für Neubauvorhaben**	**59.169.000**	**64.958.000**	**36.419.000**	**15.426.711,49**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**143.800.000**	**86.500.000**		
		Davon fällig 2025	**40.800.000**			
		Davon fällig 2026	**28.800.000**	**21.100.000**		
		Davon fällig 2027	**36.350.000**	**14.900.000**		
		Davon fällig 2028	**29.650.000**	**23.850.000**		
		Davon fällig 2029	**8.200.000**	**18.450.000**		
		Davon fällig 2030		**8.200.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	53.915.765	49.330.004	32.475.795
VE Plan 2023	8.000.000	21.500.000	86.000.000

Die durch die bis Ende 2022 eingegangenen Verpflichtungen entstandenen Überschreitungen der Ansätze werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgelöst.

Der Deutschen Bahn AG werden die Planungskosten für die vom Land Berlin bestellten Neu- und Ausbaumaßnahmen finanziert.

Dies sind u.a. Planungen für folgende Vorhaben:

- Investitionsprogramm i2030 der Länder Berlin und Brandenburg mit der DB AG
- S21 3. BA (Potsdamer Platz – Südringanbindung)
- Bahnhofsverschiebungen, -zugänge, -aufgänge (Rahmenvereinbarung mit DB Station&Service zum Bahnhofsmodernisierungsprogramm)

Mehr aufgrund der neuen zusätzlich vom Land Berlin bestellten Maßnahmen (insb. im Zusammenhang mit der Vereinbarung i2030 zwischen den Ländern Berlin/ Brandenburg).

68252	**741**	**Zahlungen an die Landesschienenfahrzeuganstalt (LSFB)**	**705.000**	**743.000**	**608.000**	**507.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.251.000**	**4.508.000**		
		Davon fällig 2025	**743.000**			
		Davon fällig 2026	**1.997.000**	**1.997.000**		
		Davon fällig 2027	**2.511.000**	**2.511.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Die Landesschienenfahrzeuganstalt für S-Bahn-Fahrzeuge (LSFB) nimmt im Rahmen der Vergabe der S-Bahn-Verkehrsleistungen in den Teilnetzen Nord-Süd und Stadtbahn die Funktion einer Fahrzeugeigentümerin wahr. Sie tritt in die im Ergebnis des wettbewerblichen Vergabeverfahrens zwischen Aufgabenträgern und Fahrzeuglieferanten und -instandhalter (FBI) geschlossenen Fahrzeugkaufverträge mit schuldbefreiender Wirkung für den Aufgabenträger ein. Somit wird die Anstalt einerseits Vertragspartner des FBI als auch des Verkehrsunternehmens, dem es die Fahrzeuge gegen kostendeckendes Entgelt zur Verfügung stellt.

Über die Nutzungsdauer der Fahrzeuge bis 2063 werden sich die Fahrzeuganschaffungskosten aus den Überlassungsentgelten tragen.

Entsprechend des aktuellen Wirtschaftsplans 2023 der LSFB sind erste Zahlungen für die Beschaffung von S-Bahn-Fahrzeugen aufgrund von Verzögerungen bei der Ausschreibung erst ab 2026 vorgesehen. Seit Mitte 2022 wird der Geschäftsbetrieb vorbereitet und ab 2023 aufgebaut. Die damit verbundenen Vorlaufkosten bis zum Abschluss der Verträge mit dem Verkehrsunternehmen werden aus der Rücklage im Kapitel 9730 Titel 10030 gedeckt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68253	**741**	**Zuschüsse an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben**	**12.000.000**	**19.000.000**	**13.305.000**	**1.808.000,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**37.600.000**	**75.600.000**
	Davon fällig 2025	**8.500.000**	
	Davon fällig 2026	**9.600.000**	**8.400.000**
	Davon fällig 2027	**8.100.000**	**22.900.000**
	Davon fällig 2028	**6.300.000**	**21.000.000**
	Davon fällig 2029	**5.100.000**	**14.200.000**
	Davon fällig 2030		**9.100.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	132.880	722.460	-
VE Plan 2023	9.590.000	14.000.000	15.000.000

Der BVG werden die Planungskosten für die vom Land Berlin bestellten Neu- und Ausbaumaßnahmen für die Straßenbahnnetzerweiterung und den Ausbau des U-Bahnnetzes finanziert. Hierbei handelt es sich um potentielle GVFG-Maßnahmen, deren Planungskosten aufgrund der Förderbedingungen des GVFG nur zum Teil aus dem GVFG gefördert werden und daher Zuschüsse des Landes für die nicht aus dem GVFG geförderten Planungskosten erfordern.

Die Mittel sind insbesondere für die Planung der folgenden Maßnahmen vorgesehen:

- U-Bahn-Verlängerung U3 Krumme Lanke – Mexikoplatz
- Weitere U-Bahnmaßnahmen abhängig vom Projektfortschritt, z.B. U7 BER und Spandau, U2 über Pankow Kirche in die nördlichen Ortsteile Pankows, U8 Märkisches Viertel, U 10 vom Alexanderplatz über Weißensee und Karow nach Buch
- Straßenbahnneubauvorhaben abhängig vom Projektfortschritt

68345	**742**	**Zuschüsse an nichtbundeseigene Eisenbahnen für betriebsfremde Lasten**	**340.000**	**340.000**	**340.000**	**364.555,54**

Nach dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes erhalten nichtbundeseigene Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs einen Ausgleich für betriebsfremde Leistungen.

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1.	Betriebsfremde Versorgungslasten	150.000	150.000	150.000	135.311,90
2.	50 v. H. der Aufwendungen für die Unterhaltung höhengleicher Kreuzungen	190.000	190.000	190.000	229.243,64
	Summe	**340.000**	**340.000**	**340.000**	**364.555,54**

68353	**729**	**Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000,00**

	Verpflichtungsermächtigung	**7.500.000**	**—**
	Davon fällig 2025	**1.500.000**	
	Davon fällig 2026	**1.500.000**	**—**
	Davon fällig 2027	**1.500.000**	**—**
	Davon fällig 2028	**1.500.000**	**—**
	Davon fällig 2029	**1.500.000**	**—**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	875.000	-	-
VE Plan 2023	1.500.000	-	-

Der Aufbau und Betrieb des „öffentlichen Fahrradverleihsystems Berlin“ wurde in einem wettbewerblichen Verfahren vergeben. Die Laufzeit der zweiten Stufe begann am 01.08.2021 und endet am 31.07.2024.

Geplant ist die erneute Vergabe für den Aufbau und Betrieb eines öffentlichen Fahrradverleihsystems für Berlin ab 01.08.2024. Der finanzielle Umfang entspricht einer Fortschreibung der bisherigen Beträge. Inhaltliche oder räumliche Ausweitungen sind nicht vorgesehen. Details zur Ausgestaltung des künftigen Umfangs werden erst mit dem Vergabevorgang festgelegt.

68357	**729**	**Förderung des Wirtschaftsverkehrs**	**2.100.000**	**2.100.000**	**3.000.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	2.100.000	-	-

Mit den veranschlagten Ausgaben soll die Umsetzung eines zeitgemäßen, stadt- und umweltverträglichen Wirtschaftsverkehrs finanziert werden.
Folgende Sachverhalte sollen finanziert werden

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1.	Anteilige Förderung zur Beschaffung von gewerblich genutzten (elektrisch unterstützten) Lastenrädern.	2.000.000	1.200.000	2.100.000	0
2.	Neue Ansätze nachhaltiger Mobilität	100.000	900.000	0	0
	SUMME	**2.100.000**	**2.100.000**	**2.100.000**	**0**

Im Fokus steht dabei die anteilige Förderung der Beschaffung gewerblich genutzter, elektrisch unterstützter Lastenräder. Lastenräder bieten ein großes Potenzial für Berliner Unternehmen in verschiedensten Bereichen wie der Pflege, im Handwerk oder im Bereich der Zustellung und Belieferung. Das Förderprogramm Lastenräder ergänzt das erfolgreiche Programm „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ (WELMO) der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, das eMobilität im Wirtschaftsverkehr fördert, dessen Schwerpunkt aber nicht auf dem Einsatz von Lastenrädern liegt. Darüber hinaus sollen weitere neue Ansätze nachhaltiger Wirtschaftsverkehre im Rahmen der verfügbaren Mittel unterstützt werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68365	**741**	**Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg GmbH**	**4.222.000**	**4.278.000**	**4.646.000**	**4.011.400,00**

Finanzierung des Gesellschafterbeitrages des Landes Berlin zur Wahrnehmung von Kernaufgaben der Verbundgesellschaft gem. Konsortialvertrag (§ 3 Abs. 2).

Die Finanzierung der Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Controlling der im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) abgeschlossenen Verkehrsverträge und weiterer Zusatzaufgaben vom Verkehrsverbund im Auftrag des Landes Berlin erbracht werden, werden im Titel 0730 / 54080 nachgewiesen.

68390	**742**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**393.680,46**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 23190, 27290, 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen des Bundes, der EU und Dritter zur Finanzierung von zukunftsorientierten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen.

68569	**741**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**12.048.000**	**13.906.000**	**1.420.000**	**1.140.000,27**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.630.000**	**2.690.000**		
		Davon fällig 2025	**2.630.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.690.000**		

Verstärkungsvermerk:
Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 23110.
Mehrausgaben bei den Titeln 54045, 54060, 54080, 54081, 68569 und 89102 dürfen in Summe in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung)

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54045, 68569, 89102, 89113, 89114 und 89118 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Absicherung der des VBB-Begleitservices veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	650.000	-	-

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für:

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	VBB Bus & Bahn-Begleitservice	1.068.000	1.126.000	840.000	831.057,00
2.	Parkletförderprogramm	300.000	300.000	300.000	165.000,00
3.	Tag des guten Lebens	180.000	180.000	280.000	143.943,27
4.	Zuschuss Semesterticket	7.500.000	9.300.000	0 *)	0,00 *)
5.	Förderung für stationsbasiertes Carsharing	3.000.000	3.000.000	0	0,00
	Summe	12.048.000	13.906.000	1.420.000	1.140.000,27

*) Veranschlagung und Abflüsse bis 2023 bei 0730 / 68213

Zu 1: Zuschuss zur Qualifizierung und Koordinierung der zukünftigen Mitarbeiter zur Umsetzung des VBB Bus & Bahn Begleitservice. Der VBB Bus & Bahn-Begleitservice wendet sich an Menschen, die wegen einer Mobilitätseinschränkung in der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs beeinträchtigt sind oder die sich aufgrund ihres Alters oder anderer persönlicher Gründe im ÖPNV unsicher fühlen. Der Service wird über die Qualifizierung und Beschäftigung von ehemals langzeitarbeitslosen Menschen ermöglicht, die über Arbeitsmarktprogramme in der Regel für 2 Jahre finanziert werden.

Zu 2 und 3: Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

Zu 4: Aufgrund steigender Studierendenzahlen und steigender Kosten der Verkehrsunternehmen für das Semesterticket steigt bei gleichbleibendem Preisniveau des Berliner Semestertickets für Studierende der Zuschussbedarf. Die Ausgaben wurden bis 2023 bei 0730 / 68213 nachgewiesen.

Zu 5: Gemäß § 11a im Berliner Straßengesetz (BerlStrG) können Bezirke Carsharing-Unternehmen Stellplätze im öffentlichen Raum durch Sondernutzungserlaubnis zuweisen. Um darüber hinaus die Ausweitung der Angebote des stationsbasierten Carsharings in weniger nachfragestarken Gebieten zu ermöglichen und die Elektrifizierung der Carsharing-Flotten zu beschleunigen, bedarf es weiterer Unterstützung der Anbieter.

68579	**741**	**Mitgliedsbeiträge**	**35.200**	**35.200**	**28.300**	**33.897,27**

Kostenpflichtige Mitgliedschaften in europäischen Städtenetzwerke wie POLIS oder Impacts, aber auch Mitgliedschaften in Fachverbänden und Arbeitsgemeinschaften, wie die FGSV e.V., den Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) oder dem Seilbahnausschuss.

Folgende Mitgliedsbeiträge sind für die Jahre 2024 und 2025 vorgesehen:

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1.	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen	1.100	1.100	1.540	1.022,58
2.	Deutscher Verkehrssicherheitsrat	4.000	4.000	3.900	3.900,00
3.	POLIS – Städtenetzwerk mit Schwerpunktthemen Verkehr/Mobilität	13.200	13.200	13.200	13.167,00
4.	IMPACTS – Internationales Netzwerk zur Entwicklung nachhaltiger Verkehrsstrategien	4.000	4.000	4.000	3.000,00

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
5.	Seilbahnausschuss	11.000	11.000	3.900	11.075,69
6.	Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen e. V.	600	600	520	512,00
7.	Gemeinschaft zur Förderung der fachlichen Fortbildung der Straßenbau- und Verkehrs-ingenieure in Berlin-Brandenburg	800	800	720	720,00
8.	Welt-Straßenverband	500	500	500	500,00
	Summe	**35.200**	**35.200**	**28.300**	**33.897,27**

72005	**741**	**Umbau und Kapazitätserweiterung des zentralen Omnibusbahnhof (ZOB)**	**3.840.000**	**150.000**	**2.600.000**	**980.562,65**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titeln der Obergruppe 72 in den Kapiteln des Einzelplans 07, ansonsten deckungsfähig nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.
Deckungsvermerk: Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit den Verpflichtungsermächtigungen bei Titeln der Obergruppe 72 in den Kapiteln des Einzelplans 07, ansonsten deckungsfähig nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307.
Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	100.000	-	-

Der Zentrale Omnibusbahnhof Berlin (ZOB) befindet sich im Eigentum des Landes Berlin. Seit 2002 ist die Internationale Omnibusbahnhof Betreibergesellschaft mbH (IOB) - eine Tochtergesellschaft der Berliner Verkehrsbetriebe AöR (BVG) - mit dem Betrieb des ZOB beauftragt.

Aufgrund des gestiegenen Reisebusverkehrsaufkommens sind verkehrstechnische Maßnahmen sowie Um- und Neubaumaßnahmen der Gebäude und im Außenbereich des ZOB zur Kapazitätserweiterung und Attraktivitätssteigerung unabweisbar. Mit der Baumaßnahme wurde im Juni 2016 begonnen.

Geprüfte neue Bauplanungsunterlagen (NBPU) in Höhe von 39.118.000 € vom 21.02.2022 liegen vor. Eine Ergänzungsunterlage in Höhe von 5.100.000 € befindet sich in Erarbeitung. Die geschätzten Gesamtkosten erhöhen sich damit auf 44.221.000 €.

Aus dem Titel werden die nicht förderfähigen Ausgaben und der Eigenanteil des Landes Berlin finanziert. Der Eigenanteil bezieht sich auf einen zu leistenden Sperranteil (49,8%) in diesem Titel im Zusammenhang mit der GRW Förderung, die das ZOB Bauvorhaben in Höhe von Insgesamt 21,423 Mio. € inkl. Sperranteil erhält.

Die Fertigstellung der Baumaßnahme ist für das III. Quartal 2023 geplant, wobei Ausbauarbeiten durch Mieter noch in 2023 zu erwarten sind; die Abrechnung der einzelnen Lose soll im Jahr 2023 abgeschlossen werden. Der kaufmännische Projektabschluss wird voraussichtlich erst im IV. Quartal 2024 erfolgen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72016	**725**	**Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr**	**6.000.000**	**6.500.000**	**7.250.000**	**2.832.663,78 R 487.847,43**
		Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.				
		Verpflichtungsermächtigung	**6.500.000**	**6.500.000**		
		Davon fällig 2025	**3.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2029	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2030		**500.000**		

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307.

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei den Titel 52108 und 52609 sowie bei Kapitel 0740 Titel 52108, 68228, 68229, 89115 und 89116 und bei Kapitel 2707 Titel 52108, 72016. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.
Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	3.048.655	2.995.490	-
VE Plan 2023	5.000.000	3.000.000	3.000.000

In Umsetzung des Mobilitätsgesetzes sowie des Radverkehrsplans sollen verstärkt und beschleunigt Abschnitte des Radvorrangnetzes hergestellt sowie zur Lückenschließung Radwege, Radfahrstreifen, Schutzstreifen und geschützte Radfahrstreifen für den Radverkehr an Hauptverkehrsstraßen geschaffen werden. Des Weiteren sollen Maßnahmen zur Realisierung bezirklicher Fahrradrouten und zur Errichtung frei zugänglicher und gesicherter Fahrradabstellanlagen (zum Beispiel Anlehnbügel, Doppelstockparker, Sammelschließanlagen) umgesetzt und sonstige Radverkehrsinfrastrukturvorhaben gefördert werden.

Ferner sollen weitere Abschnitte der Radfernwege Berlin-Leipzig und der Spree- Rad- und Wanderweg auf Berliner Gebiet ausgebaut sowie die Berliner Abschnitte neuer Radfernwege, wie dem Zubringer zum Europaradweg R 1 (ZR 1) geplant und baulich umgesetzt werden.

Diese Projekte werden anteilig zu 90 v. H. aus Fördermitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) finanziert, welche sich aus Bundes- und Landesmitteln zusammensetzen. Der kommunale Eigenanteil von 10 v.H. der insgesamt förderfähigen Kosten wird durch haushaltswirtschaftliche Sperre bei dem Titel 72016 nachgewiesen.

Die Bereitstellung der Finanzmittel erfolgt dann zu 100 v. H. im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung aus Kapitel 1330, Titel 88306 für Infrastrukturmaßnahmen der Bezirke bzw. aus Kapitel 1330, Titel 88307 für Infrastrukturmaßnahmen der Hauptverwaltung.

Die Bauvorbereitung kann unter Hinzuziehung freischaffender Ingenieurinnen und Ingenieure erfolgen.

Bauplanungsunterlagen werden erst kurzfristig nach Entscheidung über die Maßnahmen in Abstimmung mit den Bezirken aufgestellt.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

Weniger aufgrund anteiliger Verlagerung des Maßnahmenpaketes Bundesprogramm Stadt- und Land in das Kapitel 2707 zur Finanzierung des Eigenanteils.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72018	**741**	**Verbesserung der Umsteigebeziehungen im ÖPNV**	**200.000**	**200.000**	**1.000.000**	**—**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei der Obergruppe 72 der Kapitel 0730 und 0740. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.				
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	200.000	-	-

Die Umsteigebeziehungen im ÖPNV sollen durch bauliche Veränderungen an den Haltestellen und den barrierefreien Ausbau von Bus- und Straßenbahnhaltestellen verbessert werden.
Bauplanungsunterlagen werden kurzfristig erst nach Entscheidung über die Maßnahmen in Abstimmung mit den Bezirken aufgestellt.
Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

72019	**741**	**Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen**			**5.000.000**	**26.376,39**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				

Es ist vorgesehen, die weitere Ausstattung der Bushaltestellen mit „Kasseler Borden“, Blindenleiteinrichtungen und Buskaps aus Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) fortzuführen.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

72020	**725**	**Verbesserung der Infrastruktur für den Fußverkehr**	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.000.000**	**621.879,13**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 1.000.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	154.667	622.400	-
VE Plan 2023	2.000.000	1.000.000	500.000

In Umsetzung des Mobilitätsgesetzes sowie des Fußverkehrsplans sollen verstärkt investive Maßnahmen zur Verbesserung der Fußverkehrsinfrastruktur, z.B. Neuanlage von Gehwegen, Lückenschlüsse, Blockdurchwegungen nach § 50 Abs. 4 MobG BE etc. umgesetzt werden.

Weiterhin wird entsprechend § 58 Abs. 3 des Berliner Mobilitätsgesetzes (MobG BE) gemeinsam mit jedem Bezirk ein Projekt zur Förderung des Fußverkehrs umgesetzt. Hierbei handelt es sich u.a. um die fußverkehrsfreundliche Umgestaltung von Straßen und Plätzen, die fußverkehrsfreundliche Umgestaltung von Knotenpunkten oder die Neuanlage bislang nicht vorhandener Gehwege in Wohngebieten.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Erforderliche Bauplanungsunterlagen werden erst nach Entscheidung über die Maßnahmen in Abstimmung mit den Bezirken aufgestellt.
Die Mittel können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Über den Innovationsförderfonds stehen Mittel für Fußverkehrsprojekte (2024: 1.000.000 €, 2025: 1.000.000 €) zur Verfügung.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

81211	**729**	**Einführung und Weiterentwicklung eines Qualitäts- und Managementsystems für den Straßenverkehr in Berlin**			**100.000**	**76.444,41**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
81212	**729**	**Aufbau eines gemeinsamen Verkehrsinformations- und -steuerungssystems für die Region Berlin/Brandenburg**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**42.719,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	200.000	-	-

Mit der stetigen Zunahme der Pendlerverkehre zwischen Berlin und Brandenburg erhält auch die Aufrechterhaltung des Verkehrs in den regionalen Korridoren eine immer größere Bedeutung.
Allein durch Verkehrsmanagement in Form von Verkehrsinformationen und den damit in direktem Zusammenhang stehenden Verkehrssteuerungssystemen ist die Region Berlin-Brandenburg noch in der Lage die auch aus wirtschaftlicher Sicht notwendigen verkehrlichen Verbesserungen herbeizuführen.
Um die Probleme zu entschärfen, soll ein länderübergreifendes operatives Verkehrsmanagement für den straßengebundenen Verkehr im engeren Verflechtungsraum aufgebaut werden. Hierfür ist in Kooperation mit dem Land Brandenburg ein abgestimmtes Gesamtkonzept zu entwickeln. Da die Umsetzung dieses Regionalen Verkehrsmanagements sukzessive sektorenweise um Berlin herum erfolgt, ist in den kommenden Jahren für jeden dieser Sektoren ein eigenes Konzept erforderlich. Erstes Umsetzungsgebiet war - im Zusammenhang mit dem Flughafen BER - der Südost-Raum Berlins und der angrenzende Bereich in Brandenburg. Die Erschließung weiterer Gebiete ist Ziel des regionalen Verkehrsmanagements (RVM) und wird durch die beiden Länder vorangetrieben.

Finanzierung:
Bis 2022 ..... 140.000 €
2023 ..... 200.000 €
2024 ..... 200.000 €
2025 ..... 200.000 €
ab 2026 ..... 400.000 €

Planungsunterlagen werden vorbereitet.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81213	**719**	**Technische Ausstattung für die Verkehrsinformationszentrale**	**800.000**	**626.000**	**626.000**	**118.087,57**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2029	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2030		**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	626.000	626.000	626.000

Investitionen für den Ersatz und die Erweiterung der Hardware für die Verkehrsinformationszentrale (u.a. ca. 30 Verkehrsinformationstafeln, ca. 230 Verkehrsdetektoren, Erneuerung Parkleitsystem Messe und Olympiastadion, Road Side Units, Mobilitätsmonitore, Ausstattung Serverraum etc.).

81214	**729**	**Umsetzung eines Konzeptes zur Verkehrsorganisation des Reisebusverkehrs**	**150.000**	**250.000**	**100.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	250.000	250.000	-

Mit dem Konzept zur Verkehrsorganisation des Reisebusverkehrs, soll das Parken und Abstellen von Reisebussen in der Innenstadt stadtverträglich geregelt und techn. koordiniert werden. Für die techn. Umsetzung des Reisebusverkehrskonzeptes und zur Bewältigung der Verkehrsströme bedarf es des Einsatzes von entsprechender Verkehrsleittechnik und Informationstechnik sowie eines Verkehrsmanagements (Hardware, Software, Detektionseinrichtungen, Videotechnik, Informationskonzepte, etc.)

Finanzierung:
Bis 2022 ..... 0 €
2023 ..... 100.000 €
2024 ..... 150.000 €
2025 ..... 250.000 €
ab 2026 ..... 200.000 €

Planungsunterlagen werden vorbereitet.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81216	**719**	**Zusammenführung und Aufbau der Integrierten Verkehrs-Leit- und Informations-Zentrale (IVLIZ)**			**1.000**	**10.667,62**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
81217	**719**	**Aufbau und Betrieb eines berlinweiten Veranstaltungskalender**	**210.000**	**100.000**	**100.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	210.000	-	-

Aufbau und Betrieb eines betreiberübergreifenden zentralen berlinweiten Veranstaltungskalenders zur besseren gemeinsamen Koordinierung von stadt- und umweltverträglichen Mobilitätkonzepten für Großveranstaltungen und Veranstaltungskonzepten.

Planungsunterlagen werden vorbereitet.

81218	**719**	**Aufbau und Betrieb eines digitalen Testfelds für automatisiertes und vernetztes Fahren**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2025	**120.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**120.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen			
VE Plan 2023	150.000	150.000	0

Aufbau und Betrieb eines digitalen Testfeldes für die Entwicklung und praktische Erprobung des Zusammenspiels zwischen dem automatisierten, vernetzten und autonomen Fahren (AFV) sowie der dafür notw. kooperativen Infrastruktur.

81219	**719**	**Aufbau und Betrieb einer barrierefreien Leit- und Informations-App**	**100.000**	**100.000**	**60.000**	**59.999,80**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	60.000	-	-

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81221	**719**	**Verkehrliche Maßnahmen zur luft-hygienischen Verbesserung**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.093.775,22 R 182.514,47**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			

Aufbau und Betrieb einer Mobilitäts-App

Mit dem Aufbau und der Einführung einer barrierefreien Mobilitäts-App wird Berlin alle Verkehrsteilnehmer mit aktuellen, auf ihre persönlichen Bedürfnisse zugeschnittenen Verkehrsinformation versorgen können. Die Mobilitäts-App verschafft dem Nutzer einen Überblick über alle vorhandenen Mobilitätsmöglichkeiten und zeigt die ressourcenschonenden Alternativen zur Automobilität auf.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	160.224	-	-
VE Plan 2023	200.000	-	-

Ausgaben von mehr als 1.000.000 € (Eigenmittelanteil) dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33190.

Aufgrund der langjährigen Überschreitungen von Luftqualitätsgrenzwerten an Hauptverkehrsstraßen, insbesondere des Jahresgrenzwertes für NO_2, ist Berlin verpflichtet, alle wirksamen Maßnahmen zur Reduzierung der Luftbelastung umzusetzen. Es ist deshalb notwendig, das komplexe Zusammenwirken von Verkehr, Witterung und lufthygienischen Auswirkungen mit entsprechenden Maßnahmen an konkreten Strecken in Berlin zu untersuchen und geeignete Maßnahmen zu implementieren.

Darüber hinaus sind weitere Projekte und Maßnahmen zur Reduzierung der Luftbelastung notwendig, um die Einhaltung der Grenzwerte im Straßenverkehr langfristig sicherstellen zu können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die EU zukünftig deutlich geringere Luftschadstoffgrenzwerte vorsieht, sodass schon jetzt auf diese deutlich niedrigeren Luftschadstoffgrenzwerte hingearbeitet werden muss.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

	2024 €	2025 €
Umsetzung erweitertes UVM	300.000	300.000
Einkauf und Auswertung zusätzlicher Verkehrsdaten	350.000	350.000
Projekte zur Reduzierung der Luftbelastung / Stärkung des Umweltverbunds	200.000	200.000
Programmierungen LSA	150.000	150.000
Summe	**1.000.000**	**1.000.000**

In diesem Zusammenhang wurde vom BMDV (ehem. BMVI) im Jahr 2020 ein Förderprojekt mit einer Laufzeit von vier Jahren und einem Schwerpunkt auf umweltsensitivem Verkehrsmanagement bewilligt. Der Berliner Eigenanteil für das Projekt beträgt 15 %. Aufgrund der Vorgaben für Förderprojekte müssen jedoch 100 % der Kosten im Landeshaushalt vorgehalten werden, dies wird in diesem Titel nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**729**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**96.783,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	100.000	100.000	-

Neu- und Ersatzbeschaffung einschließlich Installation weiterer Dialog-Displays im Straßenland zur Unterstützung der Geschwindigkeitsüberwachung in den Bezirken.

88101	**731**	**Anteil Berlins an der Vorbereitung und Durchführung von Verkehrswegebaumaßnahmen des Bundes**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	6.000.000	-	-
VE Plan 2023	-	-	-

Die durch die bis Ende 2022 eingegangenen Verpflichtungen entstandenen Überschreitungen der Ansätze werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgelöst.

Kostenanteil Berlins an den Mehrkosten für die Umsetzung einer Trogvariante im Zuge der Baumaßnahme Bundesstraße (B) 158, Ortsumgehung (OU) Ahrensfelde. Der Bund trägt die Vorhabenkosten für eine ebenerdige Lösung mit Lärmschutzwänden vor der Wohnbebauung. Die Mehrkosten für die zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg abgestimmten Trassenführung in einem abgesenkten Trog einschließlich der Ablösebeträge für die Unterhaltung werden je zur Hälfte von den Ländern übernommen.
Eine Finanzierungsvereinbarung über die Kostenteilung zwischen Bund, Brandenburg und Berlin wurde 2019 geschlossen. Die Zahlungen an den Bund werden erst nach Bauabnahme bzw. nach Verkehrsfreigabe des Tunnels fällig (voraussichtlich nach 2026).

89101	**645**	**Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für die Straßenregenentwässerung**	**9.000.000**	**9.000.000**	**9.000.000**	**8.966.603,01**
		Verpflichtungsermächtigung	**9.000.000**	**9.000.000**		
		Davon fällig 2025	**6.000.000**			
		Davon fällig 2026	**3.000.000**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**3.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.
Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	9.000.000	-	-

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89102	**741**	**Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs**	**227.250.000**	**255.750.000**	**216.854.000**	**156.045.077,41 R 63.034.169,56**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 16290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Verpflichtungsermächtigung	**400.000.000**	**400.000.000**
Davon fällig 2025	**75.000.000**	
Davon fällig 2026	**100.000.000**	**75.000.000**
Davon fällig 2027	**85.000.000**	**100.000.000**
Davon fällig 2028	**80.000.000**	**85.000.000**
Davon fällig 2029	**60.000.000**	**80.000.000**
Davon fällig 2030		**60.000.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	54.314.775	46.984.772	86.310.679
VE Plan 2023	150.000.000	-	-

Die durch die bis Ende 2022 eingegangenen Verpflichtungen entstandenen Überschreitungen der Ansätze werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgelöst.

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54045, 68213, 89102, 89113, 89114 und 89118 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Zuschüsse an die Deutsche Bahn AG für den Ausbau der S-Bahn-Anlagen und an die Berliner Verkehrsbetriebe für den U-Bahnbau und den Straßenbahnbau

Sie sollen wie folgt finanziert werden:	2024	2025
– Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen nach dem GVFG-Bundesprogramm (Titel 33103)	49.670.000 €	45.600.000 €
– Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) (Titel 23110)	- €	- €
– Landesmittel für den S-, U- und Straßenbahnbau (§ 6 Abs. 1 u. 2 GVFG) und für die Beschaffung von Schienenfahrzeugen und sonstige Maßnahmen.....	177.580.000 €	210.150.000 €
	227.250.000 €	255.750.000 €

Unabhängig davon werden die bei dem Titel 16290 vereinnahmten Zinsen aus Zuwendungen für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs ebenfalls zur anteiligen Finanzierung nachstehender Maßnahmen eingesetzt (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 16290).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Maßnahme		Gesamtkosten	Mittel nach GVFG-Bundesprogramm	Landesmittel	Gesetzliche Grundlagen
	a)				
	b)	bereits finanziert			
	c)	Restkosten ab 2026 €	d) Betrag 2024 e) Betrag 2025 €	d) Betrag 2024 e) Betrag 2025 €	
1. S-Bahn					
– Linie 21; 1. BA – Hauptbahnhof - Nordring (inkl. vorgezog. Maßn. u. Planungskosten)	a) b) c)	265.704.000 235.218.000 2.486.000	d) - e) -	d) 14.000.000 e) 14.000.000	
– Linie 21; 2. BA – Hauptbahnhof – Potsd. Pl.	a) b) c)	16.900.000 10.623.000 3.677.000	d) - e) -	d) 1.500.000 e) 1.100.000	
– Bahnhofsverschiebungen, Zugänge, Aufgänge usw.	a) b) c)	144.100.000 73.349.000 55.751.000	d) - e) -	d) 7.500.000 e) 7.500.000	
– Regional-Bf. Berlin-Köpenick (Neubau)	a) b) c)	21.500.000 4.404.000 8.996.000	d) - e) -	d) 4.250.000 e) 3.850.000	
– i2030 (Siemensbahn, Heidekrautbahn etc.)	a) b) c)	1.380.000.000 10.146.000 1.319.854.000	d) - e) -	d) 18.000.000 e) 32.000.000	
– Kapazitätserhöhung der S-Bahn-Energieversorgung	a) b) c)	159.000.000 7.800.000 65.200.000	d) - e) -	d) 38.000.000 e) 48.000.000	
Summe S-Bahn:			d) - e) -	d) 83.250.000 e) 106.450.000	
2. U-Bahn					
– Infrastrukturverbesserung zur Leistungserhöhung	a) b) c)	223.950.000 178.538.000 40.012.000	d) - e) -	d) 2.000.000 e) 3.400.000	
– Grundinstandsetzung in verschiedenen Streckenabschnitten einschl. Einbau zweiter Zugänge (U-Bahn-Ostnetz)	a) b) c)	1.037.090.000 657.955.000 303.135.000	d) 21.300.000 e) 20.600.000	d) 17.300.000 e) 16.800.000	GVFG-BuPro
– Grundinstandsetzung in verschiedenen Streckenabschnitten (U-Bahn-Westnetz)	a) b) c)	1.245.000.000 564.206.000 583.794.000	d) 18.570.000 e) 23.800.000	d) 29.830.000 e) 24.800.000	GVFG-BuPro
– Barrierefreier Ausbau von U-Bahnhöfen	a) b) c)	262.103.000 175.394.000 42.509.000	d) - e) -	d) 21.200.000 e) 23.000.000	
Summe U-Bahn:			d) 39.870.000 e) 44.400.000	d) 70.330.000 e) 68.000.000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Maßnahme		Gesamtkosten	Mittel nach GVFG-Bundesprogramm	Landesmittel	Gesetzliche Grundlagen
	a)	Gesamtkosten			
	b)	bereits finanziert			
	c)	Restkosten ab 2026 €	d) Betrag 2024 e) Betrag 2025 €	d) Betrag 2024 e) Betrag 2025 €	
3. Straßenbahn					
– Grundinstandsetzung in verschiedenen Streckenabschnitten	a)	776.630.000	d) -	d) 6.700.000	
	b)	548.010.000	e) -	e) 17.600.000	
	c)	204.320.000			
– Grundinstandsetzung Straßenbahn-Nord–Süd-Tangente	a)	142.000.000	d) 9.800.000	d) 6.600.000	GVFG-Bupro
	b)	96.524.000	e) 1.200.000	e) 800.000	
	c)	27.076.000			
– Barrierefreier Ausbau Straßenbahn	a)	92.360.000	d) -	d) 6.600.000	
	b)	15.907.000	e) -	e) 9.800.000	
	c)	60.053.000			
– Linie 20/21 - Wühlischplatz – Ostkreuz	a)	23.933.000	d) -	d) 600.000	
	b)	5.760.000	e) -	e) 6.000.000	
	c)	11.573.000			
– Ortskern Mahlsdorf	a)	20.000.000	d) -	d) -	
	b)	1.500.000	e) -	e) 1.000.000	
	c)	17.500.000			
– Hauptbahnhof - U-Bhf Turmstraße	a)	17.426.000	d) -	d) 3.000.000	
	b)	12.360.000	e) -	e) -	
	c)	2.066.000			
Summe Straßenbahn:			d) 9.800.000 e) 1.200.000	d) 23.500.000 e) 35.200.000	
4. Sonstige Maßnahmen					
	a)	-			
– Busbeschleunigung	a)	47.500.000	d) -	d) 500.000	
	b)	15.767.000	e) -	e) 500.000	
	c)	30.733.000			
Summe sonstige Maßnahmen			d) - e) -	d) 500.000 e) 500.000	
Summe ÖPNV			d) 49.670.000 e) 45.600.000	d) 177.580.000 e) 210.150.000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89110	**741**	**Vorbereitung und Durchführung von Brückenbaumaßnahmen der Deutschen Bahn AG und der Wasserstraßenverwaltung**	**21.600.000**	**6.000.000**	**6.000.000**	**5.365.690,28**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**51.665.000**	**53.521.000**		
		Davon fällig 2025	**7.889.000**			
		Davon fällig 2026	**14.087.000**	**8.315.000**		
		Davon fällig 2027	**20.226.000**	**8.095.000**		
		Davon fällig 2028	**9.411.000**	**15.559.000**		
		Davon fällig 2029	**52.000**	**21.552.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung des Abschlusses von Kreuzungsvereinbarungen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	14.380.408	6.044.699	5.444.406
VE Plan 2023	3.700.000	7.276.000	33.758.000

Die durch die bis Ende 2022 eingegangenen Verpflichtungen entstandenen Überschreitungen der Ansätze werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgelöst.

Die Ausgaben sind bestimmt zur Finanzierung der Anteile an Baukosten bei Kreuzungsmaßnahmen, die Berlin nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz an die Deutsche Bahn AG bzw. an andere Bahnunternehmen oder nach dem Bundeswasserstraßengesetz an die Wasserstraßenverwaltung (WSV) für Brücken der WSV zu zahlen hat (Baukosten für Brücken des Landes Berlin werden bei der Abteilung V eingestellt).

Seit Übergang der Zuständigkeit für die Autobahnen auf die Autobahn GmbH des Bundes sind auch Kreuzungsvereinbarungen nach dem Bundes-Fernstraßengesetz für Baumaßnahmen an Kreuzungen von Stadtstraßen mit der Bundes-Autobahn zu berücksichtigen.

Der Anteil Berlins ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen in jedem Einzelfall zu ermitteln und in einer Kreuzungsvereinbarung zwischen den Baulastträgern der beiden Verkehrswege festzulegen. Bei Baumaßnahmen an Bahnübergängen hat Berlin entsprechend der gesetzlichen Regelung ein Drittel *bzw. ein Sechstel (bei nach dem 01.03.2020 abgeschlossenen Vereinbarungen)* der entstehenden Kosten zu tragen.
Der Mittelabfluss hängt vom jeweiligen Baubeginn und Baufortschritt der Einzelmaßnahmen ab, die von der Deutschen Bahn AG bzw. anderen Bahnunternehmen oder der WSV bestimmt werden.

89111	**741**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen**	**13.325.000**	**3.720.000**	**5.516.000**	**5.486.827,19**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**2.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2029	**1.000.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2030		**500.000**		

Für die Schienenanbindung des Flughafens BER ist das Land Berlin gemäß § 4 (3) der Finanzierungsvereinbarung F12 B 0115 bei Überschreitung der geschätzten Gesamtkosten der Schienenanbindung von 636 Mio. € verpflichtet, die zusätzlichen Kosten gemäß seiner Gesellschaftsanteile am BER (Berlin: 37%) zu leisten.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	
89112	**742**	**Anteil Berlins am zweigleisigen Ausbau der Stettiner Bahn zwischen Angermünde und Stettin**	**10.000.000**	**15.000.000**	**10.000.000**		**—**

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.000.000	30.000.000	-
VE Plan 2023	-	-	-

Die durch die bis Ende 2022 eingegangenen Verpflichtungen entstandenen Überschreitungen der Ansätze werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft aufgelöst.

Anteil des Landes Berlin an den zweigleisigen Ausbaukosten der Stettiner Bahn einschließlich Elektrifizierung zwischen Angermünde und der Staatgrenze (nahe Stettin).
Die Maßnahme dient der Vernetzung der beiden nur 120 km entfernten Metropolregionen Berlin und Stettin und der Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftraumes und Arbeitsmarktes, die nur durch einen zweigleisigen Betrieb des Schienenverkehrs realisierbar ist.

89113	**741**	**Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität**	**33.110.000**	**95.965.000**	**2.200.000**		**—**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**300.000.000**	**300.000.000**
Davon fällig 2026	**5.000.000**	**5.000.000**
Davon fällig 2027	**52.000.000**	**52.000.000**
Davon fällig 2028	**52.000.000**	**52.000.000**
Davon fällig 2029 FF	**191.000.000**	**95.000.000**
Davon fällig 2030 FF		**96.000.000**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54045, 68569, 89102, 89113, 89114 und 89118 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Gemäß der Vereinbarung zur „Stärkung des ÖPNV als schadstoffarme und Klimaschützende Mobilität für die Bedürfnisse der wachsenden Stadt Berlin“ vom Dezember 2017 hat sich das Land Berlin verpflichtet im Rahmen der vereinbarten, sog. „Hochlaufphase“ der BVG die Mehrkosten von Elektrobussen bei Beschaffung und dem Einsatz gegenüber Dieselbussen aus Sonderfinanzierungen und/oder weiteren beihilferechtlich zulässigen Finanzierungsformen auszugleichen.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden flankiert durch korrespondierende Verpflichtungsermächtigungen im Titel 0730/54045 zur finanziellen Absicherung der zusätzlichen Betriebskosten aus den Paketen 2025+ und 2030.

89114	**741**	**Zuschüsse an die BVG für Ersatzinvestitionen des ÖPNV (Verkehrsvertrag)**	**1.000**	**1.000**	**60.850.000**		**—**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54045, 89102, 89113, 89114 und 89118 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Die Beschaffungen werden durch die BVG finanziert. Die Finanzierungskosten werden im Titel 54045 nachgewiesen und in der Verkehrsvertragsfinanzierung über laufende Vertragszahlungen umgesetzt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89118	**741**	**Zuschüsse an die BVG für die Beschaffung von Schienenfahrzeugen**	**1.000**	**1.000**	**75.730.000**	**73.725.928,00**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 54045, 89102, 89113, 89114 und 89118 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Die Beschaffungen werden durch die BVG finanziert. Die Finanzierungskosten werden im Titel 54045 nachgewiesen und in der Verkehrsvertragsfinanzierung über laufende Vertragszahlungen umgesetzt.

89201	**741**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**		**74.000**	**—**	**—**

Die Ausgaben sind zur Finanzierung der Mehrerhaltungskosten bestimmt, die Berlin der Deutschen Bahn AG bzw. anderen Bahnunternehmen für die Erhaltung von Eisenbahnanlagen oder der Wasserstraßenverwaltung für die Erhaltung von Anlagen der Wasserstraße zu erstatten hat.

Die Mehrerhaltungskosten werden seit dem 1. Juli 2010 nach der Verordnung zur Berechnung von Ablösungsbeträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, dem Bundesfernstraßengesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz (Ablösungsbeträge-Berechnungsverordnung – ABBV) ermittelt. Die exakte Ermittlung der Mehrerhaltungskosten erfolgt erst nach der verkehrsbereiten Fertigstellung. Nach der ABBV sind Ablösebeträge ein halbes Jahr bis ein Jahr nach verkehrsbereiter Fertigstellung zu zahlen. Sofern sich die Baumaßnahmen der Deutschen Bahn AG, anderer Bahnunternehmen oder der Wasserstraßenverwaltung verzögern, verzögert sich auch die Zahlung an die DB Netz AG, an andere Bahnunternehmen oder die Wasserstraßenverwaltung.

Die Ausgaben zur Finanzierung des Vorteilsausgleichs im Zusammenhang mit Straßenbrücken werden bei 0740 Titel 89201 nachgewiesen.

89211	**729**	**Zuschuss für Investitionen zur barrierefreien Querung der Spree am Spreetunnel (Friedrichshagen)**			**150.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
91903	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO**	**1.000**	**1.000**	**—**	**60.369.007,80**

Mögliche Zuführung nicht verbrauchter Mittel aus dem Verkehrsvertrag mit der S-Bahn Berlin GmbH und aus den Verträgen des Eisenbahn-Regionalverkehrs in die Rücklage zur Finanzierung der Beschaffung und Ertüchtigung von Schienenfahrzeugen sowie Finanzierung von Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem ÖPNV stehen (vgl. auch Erläuterungen zu den Titeln 35903, 54080 und 54081).

91916	**850**	**Zuführung an die Rücklage Verstärkungsmittel**			**1.000**	**29.500.000,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
91918	**850**	**Zuführung an die Rücklage Schienengebundener Verkehr und schienengebundener ÖPNV**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**71.000.000,00**

Zuführungen an die Rücklage sind nur mit Zustimmung des Hauptausschusses möglich (verbindliche Erläuterung, vgl. auch Erläuterung zu 35918).

98103	**890**	**Kommunaler Anteil an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung**	**—**	**—**	**—**	**7.874,00**

Kommunaler Anteil an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung aus dem Programm für nachhaltige Entwicklung (BENE).

Gesamtausgaben	**2.677.122.300**	**2.829.792.100**	**2.238.622.800**	**2.201.927.247,85**
Prozentuale Veränderung	**19,6 %**	**5,7 %**		

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0730				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	425.300	425.300	551.600	12.274.384,66
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	696.687.000	710.565.000	677.924.000	912.645.793,92
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	54.026.000	47.977.000	20.882.000	18.170.273,60
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	23.526.000	100.724.000	29.502.000	10.129.183,11
		Gesamteinnahmen	774.664.300	859.691.300	728.859.600	953.219.635,29
411-462		Personalausgaben	17.720.200	18.428.000	15.866.600	13.894.569,45
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.932.053.900	2.001.444.900	1.743.989.900	1.740.563.451,82
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	397.308.200	412.029.200	71.176.300	31.042.260,28
700-739		Investitionsausgaben für bauliche Zwecke	13.040.000	9.850.000	18.850.000	4.461.481,95
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	316.998.000	388.038.000	388.738.000	251.088.602,55
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	2.000	2.000	2.000	160.876.881,80
		Gesamtausgaben	2.677.122.300	2.829.792.100	2.238.622.800	2.201.927.247,85
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-1.902.458.000	-1.970.100.800	-1.509.763.200	-1.248.707.612,56

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001063 Sicherung einer umweltfreundlichen sowie wirtschafts- und sozialverträglichen Mobilität (Mobilität mit Lebensqualität)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	5	Personalkosten	21.669.089	21.315.523	+1,66
Kostenträger	23	Sachkosten	1.749.092.303	1.321.140.177	+32,39
davon		Transferkosten	386.060	554.026	-30,32
Produkte	16	Verrechnungskosten	3.209.517	3.218.258	-0,27
MGF	7	kalkulatorische Kosten	1.780.649	1.832.454	-2,83
Projekte	0	Gemeinkosten	18.546.558	16.687.785	+11,14
		Summe Verwaltungskosten	1.794.684.177	1.364.748.224	+31,50
		Transfers	287.729.117	219.539.588	+31,06
		Gesamtsumme	2.082.413.294	1.584.287.812	+31,44

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004356	2022	1.420.644	1.088.938	2.509.582
Sicherung der Funktionsfähigkeit und Effizienz des Wirtschaftsverkehrs	2021	1.485.603	1.980.076	3.465.679

Wirtschaftsverkehr leistet einen maßgeblichen und unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren der Stadt. Gleichzeitig ist der Wirtschaftsverkehr ein erheblicher Verursacher von Verkehrslärm, Luftschadstoffen, klimawirksamen Gasen und trägt maßgeblich zum Verschleiß der Verkehrsinfrastruktur bei. Im Bereich der Verkehrssicherheit kommt insbesondere dem Wirtschaftsverkehr auf der Straße eine kritische Bedeutung zu.
Ziel des Arbeitsfeldes Wirtschaftsverkehr ist es, aus verkehrlicher Perspektive die Funktionsfähigkeit der Stadt zu erhalten und zu sichern sowie die qualitativ hochwertige Zugänglichkeit der Zentren gewerblicher Wertschöpfung sichern. Dies gilt sowohl für die Verkehre zur Ver- und Entsorgung, sowie für Verkehr zur Dienstleistungserbringung. Die Sicherung und Verbesserung der infrastrukturellen Voraussetzungen (Strecken, Knoten) sowie die Erreichbarkeit der Quellen und Ziele des Wirtschaftsverkehrs ist ein Bestandteil dieser Aufgabe. Veränderungen von Prozessen und logistischen Konzepten sind dabei ebenso zu beachten, wie Chancen und Herausforderungen durch die Digitalisierung oder neue Geschäftsmodelle.
Das Arbeitsgebiet umfasst die alle Verkehrsträger, also sowohl die Schienen- und Wasserwege, als auch den Bereich des (innerstädtischen) Wirtschaftsverkehrs auf der Straße. Ein stadtverträglicher Wirtschaftsverkehr steht dabei als zentrale Zielgröße im Mittelpunkt, welcher eine Ausgewogenheit zwischen ökonomisch notwendigen Verkehren und urbaner Lebensweise -sowie die notwendigen Beiträge zur Erreichung der Klimaziele realisiert. Wesentlicher Ansatz dafür ist eine Effizienzsteigerung der Transportprozesse und Verkehre auf der bestehenden Infrastruktur.

Aktuelle Rahmenbedingungen begünstigen den Straßengüterverkehr im Fernverkehr sowie im innerstädtischen und regionalen Verkehr. Gleichwohl kommen dem Schienengüterverkehr und der Binnenschifffahrt hohe Bedeutungen zu. Verkehrsmittel wie elektrisch unterstützte Lastenräder realisieren Wirtschaftsverkehr lokal emissionsfrei, neue Konzepte, wie Mikro-Depots, kommen zum Einsatz. Gerade im Kontext der wachsenden Stadt und neu entstehender Quartiere werden neue Konzepte der Ver- und Entsorgung diskutiert und erprobt. Dennoch besteht eine erhebliche Diskrepanz zu den genannten Zielen. Eine gestaltende Einflussnahme auf den Wirtschaftsverkehr ist dringend erforderlich, auch wenn auf Landes- und kommunaler Ebene nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten bestehen. Das Mobilitätsgesetz Berlin wurde daher um einen Teil „Wirtschaftsverkehr“ ergänzt, welcher momentan als Referentenentwurf vorliegt. Darüber hinaus wird das „Integrierte Wirtschaftsverkehrskonzept“ im Jahr 2021 dem Senat zum Beschluss vorgelegt und definiert Ansätze und Maßnahmen, die infrastrukturelle, ordnungspolitische, ordnungsrechtliche und kommunikative Handlungsmöglichkeiten Berlins stärken und zielorientiert umsetzen.
Dazu sind erhebliche und kontinuierliche Anstrengungen Berlins erforderlich.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Darüber hinaus bringt sich Berlin unterstützend in Maßnahmen ein, die den Wirtschaftsverkehr in Berlin und der Hauptstadtregion betreffen. Diese Ansätze umfassen u.a. das Thema Binnenschifffahrt sowie Sicherung und Ausbau der Schieneninfrastruktur für den Güterverkehr (z. B. Westhafen). Darüber hinaus müssen – zusammen mit dem Land Brandenburg – die Voraussetzungen für eine intermodale Abwicklung von Fernverkehren über die bestehenden Güterverkehrszentren (GVZ) im Umland und in Berlin (Innerstädtisches GVZ Berlin Westhafen) weiter gestärkt werden, so dass ein größerer Anteil der Verkehre per Schiene realisiert wird. Berlin strebt in diesem Zusammenhang auch weiterhin die Einrichtung von Güterverkehrssubzentren (GVSZ) an, damit eine bessere Bündelung bis ins Stadtgebiet und erst daran anschließend eine stadtverträgliche Feinverteilung, bspw. unter Ausnutzung der Vorteile elektrischer Antriebe/Fahrzeuge, möglich wird.
Im Bereich des Personenwirtschaftsverkehrs ist es weiterhin Ziel, kooperativ attraktive Angebote zu entwickeln und unterstützende Informationen, bspw. zur Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsmittel, zur Verfügung zu stellen. So sollen die Verkehre, die durch wenig Materialmitnahme gekennzeichnet sind, verstärkt mit Verkehrsmitteln des Umweltverbundes durchgeführt werden.

Um die Maßnahmen erfolgreich umzusetzen, müssen die maßgeblich handelnden Akteure (Verlader, Logistiker, Spediteure, Verbände & Vereine, Land, Bezirke) bei der Erarbeitung neuer Logistik- und Mobilitätskonzepte eng eingebunden werden. Grundlage des planerischen Handelns aus Sicht des Landes Berlin ist dafür das Integrierte Wirtschaftsverkehrskonzept, in dessen Rahmen bereits entsprechende Austauschgremien eingerichtet wurden. Hier können auch weiterhin themenspezifisch Entwicklungen besprochen werden, die sich durch stark veränderte wirtschaftliche und verkehrliche Rahmenbedingungen ergeben.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004414	2022	1.744.804.238	279.171.453	2.023.975.690
Förderung eines umweltgerechten, attraktiven und finanzierbaren Verkehrsangebots	2021	1.317.295.604	212.402.962	1.529.698.565

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
67610	2022	1.622.764.837	87.589.647	1.710.354.484
Vorgaben zum Betrieb des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)	2021	1.191.885.889	22.255.218	1.214.141.107

	2022	2021
Menge: Anzahl der Vorgaben	241	220
Kosten je ME in €	6.733.464,05	5.417.663,13
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	82,13	76,64
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	123.092,32	0,00
IST - Erträge in €	828.082.372,41	459.342.811,92
Kostendeckungsgrad in %	48,42	37,83

Entsprechend den verkehrspolitischen Vorgaben wird im Turnus von maximal fünf Jahren gemäß § 5 des Berliner ÖPNV-Gesetzes ein Nahverkehrsplan (NVP) aufgestellt. Das Land als Aufgabenträger für den gesamten ÖPNV (S-Bahn, Regionalbahn, U-Bahn, Bus, Tram und Fähre) definiert mit dem Nahverkehrsplan die quantitativen und qualitativen Standards einer ausreichenden ÖPNV-Bedienung gemäß § 1 Regionalisierungsgesetz.

Zur Umsetzung des Nahverkehrsplanes sind Verkehrsverträge mit den Verkehrsunternehmen abgeschlossen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabeträgerfunktion wird die Senatsverwaltung im Hinblick auf die grenzüberschreitenden Verkehre (S-Bahn, Regionalbahn) durch den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) unterstützt, der auch das SPNV-Vertragsmanagement im Auftrag der Länder durchführt. Der Aufgabenträger steuert und kontrolliert die Tätigkeit des VBB. Im übrigen Berliner ÖPNV bedient sich der Aufgabenträger externer Experten, die er beauftragt, steuert und kontrolliert.

Ziele:
Sicherstellung eines nachfragegerechten, bezahlbaren ÖPNV mit hoher Leistungsfähigkeit und Attraktivität unter Verbesserung der Umweltverträglichkeit und der Wirtschaftlichkeit.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77356	2022	121.162.823	16.944.423	138.107.246
Verkehrspolitik und integrative Konzepte (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	124.796.084	15.957.007	140.753.091

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	6,63	8,88
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	138.361,70	530.579,47
IST - Erträge in €	24.894.919,24	20.111.100,49
Kostendeckungsgrad in %	18,03	14,29

- Verkehrsentwicklungsplanung- Verkehrliche Vorgaben zu Planungsverfahren und zur Infrastruktur
- Verkehrskonzepte
- Regelwerke und Konzepte zur Gestaltung öffentlicher Räume
- Nationale und internationale Zusammenarbeit
- Fußverkehr- und Radverkehrskonzeption
- Technische Überwachung
- Notstandsvorsorge
- Finanzielle Angelegenheiten des kommunalen Straßenbaus (Zahlungen an die Berliner Wasserbetriebe für die Unterhaltung und den Betrieb der Straßenentwässerungsanlagen)
- Entwicklung von Organisations- und Finanzierungsmodellen im ÖPNV
- Konzepte für die Verkehre des Umweltbundes (ÖPNV, Radverkehr, Fußverkehr)
- Vorschriften und Regelwerke von Verkehrsanlagen

Fachspezifische Informationen

ggf. Text

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77357	2022	876.577	174.637.383	175.513.960
Zuwendungsbescheide zum ÖPNV-Förderprogramm	2021	613.631	174.190.737	174.804.367

	2022	2021
Menge: Anzahl der Bescheide	189	204
Kosten je ME in €	4.637,97	3.007,99
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,43	11,03
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	9.376,29
IST - Erträge in €	91.220.814,28	59.046.424,56
Kostendeckungsgrad in %	51,97	33,78

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Nicht rückzahlbare Leistungen an Verkehrsträger zur Realisierung des ÖPNV-Programms

Ziele 1. Teil:
Haushaltsrechtliche Umsetzung der parlamentarischen Beschlüsse zum ÖPNV-Programm und zu den Planwerken zur Förderung des Umweltverbundes

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004416	2022	6.507.823	0	6.507.823
Erhöhung der Verkehrssicherheit	2021	2.599.645	0	2.599.645

Im Jahr 2020 waren insgesamt 50 Verkehrstote zu beklagen, 2021 waren dies 40 und 34 im Verkehr getötete Personen in 2022. Im bundesweiten Vergleich sind die Verkehrsteilnehmer in Berlin – bemessen an der Anzahl der Einwohner – einem sehr geringen Risiko ausgesetzt, im Straßenverkehr getötet zu werden. Dennoch ist jede getötete Person eine zu viel. Bei Verkehrsunfällen bestimmen vielfältige Faktoren die Art und die Schwere von Verletzungen. Sorgen bereiten nach wie vor die Menschen, die weitgehend ungeschützt zu Fuß oder mit dem Fahrrad am Verkehr teilnehmen. Der Rückgang der Verkehrsunfälle in den Coronajahren ist aufgrund der pandemischen Lage noch nicht als dauerhafte Trendumkehr auszulegen. Somit bleibt die Verbesserung der Verkehrssicherheit auch weiterhin ein wichtiges Thema, um Schaden vom Einzelnen aber auch von der Gesellschaft (Folgekosten u.ä.) abzuwenden.
Das Verkehrssicherheitsprogramm „Berlin Sicher Mobil“, das am 14. Januar 2014 vom Senat beschlossen wurde, wird aus diesen Gründen derzeit fortgeschrieben. Gemäß den damaligen Beschlüssen sollte die Anzahl, der bei Verkehrsunfällen in Berlin Getöteten bis Ende 2020 gegenüber dem Basisjahr 2011 um 30 % verringert werden. Dahinter steht die Vision, dass in Berlin langfristig keine Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden mehr geschehen. Dieses Ziel konnte nicht realisiert werden. Für ein neues Verkehrssicherheitsprogramm bedarf es einer Schärfung, welche Maßnahmen künftig erforderlich sind, um eine im MobG BE formulierte Vision Zero zu erreichen.
Viele Maßnahmen und innovative Einzeleinsätze werden bereits seit vielen Jahren durch die in der Berliner Charta für Verkehrssicherheit engagierten mittlerweile rund 35 Vereine, freien Träger und Verwaltungen umgesetzt. Diese Beteiligten werden auch weiterhin eine zentrale Rolle bei der praktischen Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms spielen.
Darüber hinaus ist - im Rahmen der Arbeit der Verkehrsunfallkommission - die kontinuierliche Entschärfung von Unfallschwerpunkten weiterhin ein zentraler Bestandteil der Verkehrssicherheitsarbeit.
Bauliche Maßnahmen können die Verkehrssicherheit erhöhen. Es werden weitere Fußgängerüberwege im Rahmen des Querungshilfenprogrammes errichtet. Andere bauliche Veränderungen können Mittelinseln sein oder sogenannte Gehwegvorstreckungen. Bauliche Maßnahmen sind hier ein wichtiger Ansatzpunkt.
Die bisherige Ausweitung der Finanzmittel für den Radverkehr ermöglicht es, deutlich mehr für die Radinfrastruktur und damit auch für die Sicherheit der Radfahrenden zu tun.

Für eine nachhaltige und stetige Reduzierung der Schwerverletzten und Getöteten bedarf es jedoch gemeinsamer Anstrengungen aller beteiligten Verwaltungen und Institutionen, Verbände und Vereine, aber auch der Menschen in der Stadt selbst, um die Verkehrssicherheitsarbeit voranzubringen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005014	2022	5.319.707	7.413.438	12.733.145
Sicherung und Verbesserung der Nah- und Fernerreichbarkeit	2021	4.745.445	4.988.815	9.734.260

Nahverkehr:
Die Erreichbarkeit von Zielen in der Stadt und Region ist eine wesentliche Voraussetzung für die Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse der Berlinerinnen und Berliner. Aufgrund teilweise zunehmender Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz bzw. Ausbildungsort (Wohnungsmangel, erweitertes Elternwahlrecht in Bezug auf die Schule) und einer weiter zunehmenden Arbeitsteilung sowie einem steigenden Bedarf an Versorgung der Stadt (Güteraustausch) bleibt die Sicherung der Nah- und Fernerreichbarkeit ein wichtiges Ziel. In Berlin bestehen weiterhin Defizite bei der Erreichbarkeit der Hauptzentren von einzelnen östlichen Randbezirken aus sowie bei der Erreichbarkeit vor allem der bezirklichen Zentren (schwerpunktmäßig in den äußeren Stadtgebieten) untereinander.

Zudem führen der Bevölkerungszuwachs und die Entwicklung der Mieten zu Veränderungen der Siedlungsstruktur und damit auch zu Veränderungen der Verkehrsnachfrage. Die Beobachtung dieser Entwicklung und ein entsprechendes Reagieren entweder über die rechtzeitige Einbeziehung verkehrlicher Aspekte in die Standortplanung oder über ein nachträgliches Anpassen von Verkehrsangeboten – speziell auch des ÖPNV – sind daher als kontinuierliche Aufgabe der Verkehrsentwicklungsplanung zu verstehen. Erforderlich ist darüber hinaus die weitere Umsetzung der infrastrukturellen und organisatorischen Maßnahmen des StEP MoVe 2030 und des aktuellen NVP 2019-2023. Ein anderer wesentlicher Aspekt besteht in der weiteren Verbesserung der verkehrlichen Verflechtungen mit dem Berliner Umland, um die gesetzten Ziele des gemeinsamen Verkehrs-raums Berlin-Brandenburg erreichen zu können. Hier spielt das Infrastrukturausbauprogramm i2030 eine wesentliche Rolle.

Fernerreichbarkeit:
Die Fernerreichbarkeit Berlins ist ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Regionen. Aufgrund der Anstrengungen der letzten Jahre konnten hier bereits Verbesserungen bei der Anbindung von Schiene und Straße erzielt werden. Defizite bestehen jedoch weiterhin vor allem in der unzureichenden Qualität der Bahnverbindungen zu den benachbarten polnischen Großstädten und Wirtschaftszentren in aber auch in Nord-Süd-Richtung (Dresden, Prag, Öresund-Region) bzw. nach Westen (Berlin-Amsterdam). Hinsichtlich der Verbesserung der Fern- bzw. internationalen Erreichbarkeit sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Berliner Landespolitik begrenzt. Sie liegen im Wesentlichen in der Mitwirkung an der Meinungsbildung, der Planung und der Programmerstellung insbesondere des Bundes, aber auch des Landes Brandenburg. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit des Landes Berlin mit den polnischen Nachbarregionen (z. B. Berlin - Stettin, Berlin - Breslau) ein wichtiger Baustein, um die Einbindung Berlins in internationale Personen-, Waren- und Güterströme zu verbessern.

Im Wesentlichen entstehen Kosten für:
- Entscheidungen nach dem Luftverkehrsrecht
- Entscheidungen über Bau und Betrieb von U- und Straßenbahnen sowie nicht bundeseigenen Eisenbahnen
- Anhörungs-, Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren und damit zusammenhängende Planungsprozesse
- Entscheidungen über Zuwendungen an Bahnen
- die Bearbeitung von Kreuzungsmaßnahmen
- die technische und bahnbetriebliche Aufsicht

Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg ist Teil der für die Luftfahrtverwaltung zuständigen Senatsverwaltung des Landes Berlin und des für die Luftfahrtverwaltung zuständigen Ministeriums des Landes Brandenburg.

Das Kapitel 0732 enthält die dem Land Berlin zustehenden Einnahmen aus Gebühren nach dem Luftverkehrs- und Luftsicherheitsgesetz sowie die Personalausgaben für die Berliner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den an das Land Brandenburg zu leistenden Ersatz von Verwaltungsausgaben.

Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11153	750	Gebühren nach Bundesrecht	60.000	60.000	80.000	—

Gebühren nach dem Luftverkehrs- und Luftsicherheitsgesetz, die von der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg für Berlin bezogene Vorgänge erhoben und an das Land Berlin abgeführt werden.

		Gesamteinnahmen	60.000	60.000	80.000	
		Prozentuale Veränderung	-25,0 %	—		
		Ausgaben				
42201	750	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	61.300	63.700	42.700	102.995,56
42801	750	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	88.200	91.800	85.200	83.787,14
42811	750	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	1.000	1.000	1.000	—
44100	750	Beihilfen für Dienstkräfte	12.200	12.600	6.200	11.494,93
63203	750	Ersatz von Ausgaben an Länder	696.000	712.000	601.000	321.502,25

Ausgabenersatz an das Land Brandenburg gemäß Art. 3 Abs. 1 des Luftfahrtstaatsvertrages vom 4. Mai 2006 und der Verwaltungsvereinbarung (VV) entsprechend Art. 8 des Luftfahrtstaatsvertrages für den Betrieb der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB).

Die angemeldeten Summen setzen sich zusammen aus

	2024 €	2025 €	2026 €	2027 €
Verwaltungskostenbeitrag lt. VV	79.510	79.510	79.510	79.510
PK-Erstattung lt. VV inkl. LuBB-Leiter	541.000	557.230	573.950	591.170
Anteil Berlins am Fluglärmschutzbeauftragten (BER)	75.000	75.000	75.000	75.000
	695.510	711.740	728.460	745.680

		Gesamtausgaben	858.700	881.100	736.100	519.779,88
		Prozentuale Veränderung	16,7 %	2,6 %		

		Abschluss Kapitel 0732				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	60.000	60.000	80.000	—
		Gesamteinnahmen	60.000	60.000	80.000	
411-462		Personalausgaben	162.700	169.100	135.100	198.277,63
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	696.000	712.000	601.000	321.502,25
		Gesamtausgaben	858.700	881.100	736.100	519.779,88
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-798.700	-821.100	-656.100	-519.779,88

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0740 enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung V – Tiefbau –.

Die Abteilung ist zuständig für den Betrieb, die Unterhaltung und die Verwaltung sowie für den Entwurf und Bau von Maßnahmen des Ingenieur- und Wasserbaus. Weiterhin entwirft und baut sie die Verkehrswege im Zentralen Bereich und Straßen I. Ordnung. Darüber hinaus ist die Abteilung zuständig für Altlastensanierung, Kampfmittelbergung, öffentliche Beleuchtung und für Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur.

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Obergruppe 72 des Kapitels 0740 sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bei den Titeln der Obergruppe 72 des Einzelplans 07; sie unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

B. Gender Budgeting

Gender Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0740:

0740	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	12	22	6	26	9	25
Relativer Teil	35,29%	64,71%	18,75%	81,25%	26,47%	73,53%
Ressourcen (in T €)	1.081	1.943	559	2.381	796	2.324
Ressourcen pro Kopf (in T €)	90	88	93	92	88	93
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	88	96	100	98	102	107
Relativer Anteil	47,83%	52,17%	50,51%	49,49%	48,80%	51,20%
Ressourcen (in T €)	5.074	6.381	6.560	7.096	6.581	7.780
Ressourcen pro Kopf (in T €)	58	66	66	72	65	73

0740			
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat in €
Führungskäfte			
w	729.888	7,97	7631
m	2.308.923	24,67	7799
Mitarbeitende			
w	6.581.276	95,44	5747
m	7.907.221	107,14	6150

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männern an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11201	**043**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Im Zuge von Ordnungswidrigkeiten werden Verwarnungsgelder bzw. Bußgelder aufgrund der Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel vereinnahmt

11901	**711**	**Veröffentlichungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Entgelte für die Abgabe von Ausschreibungsunterlagen

11903	**725**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**140.000**	**140.000**	**140.000**	**7.384,81**

Einnahmen aus Rückgriffsansprüchen für die Wiederherstellung der durch Fremdverschulden (Verkehrsunfälle, Tiefbauarbeiten und dergleichen) beschädigten Uferanlagen und Einrichtungen des Tiefbaus

11907	**711**	**Kostenanteile für Dienstfahrkarten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kostenersatz für die private Nutzung von VBB-Umweltkarten

11921	**322**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**536.036,51**

Rückzahlungen aus nicht verwendeten Zuwendungen der Abteilung Tiefbau
Es liegen noch keine Vergleichs- oder Schätzwerte vor.

11934	**711**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**25.000**	**25.000**	**50.000**	**22.671,80**

Rückzahlungen überzahlter Beträge (z. B. bei abgerechneten Baumaßnahmen)

Die Einnahmen sind geschätzt.

11938	**711**	**Sonstige Kostenbeiträge**	**17.000**	**17.000**	**17.000**	**17.128,28**

Beteiligung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) an den Kosten Berlins für die Beräumung des Nordgrabens und von Gewässern 2. Ordnung

11944	**711**	**Abgeltung von dinglichen Rechten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Entschädigungen für die Gewährung von dinglichen Rechten für Grundstücke an Gewässern im Vermögen der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

11979	**725**	**Verschiedene Einnahmen**	**10.000**	**10.000**	**25.000**	**46,52**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Einnahmen, die keinem anderen Titel zugeordnet werden können

11981	**725**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**1.000**	**1.000**	**5.000**	**—**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Erlöse aus dem Verkauf von Schrott beim Abbruch von Brücken sowie aus dem Verkauf von Boden, Holz und ausgesonderten Sachen

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
12204	**610**	**Entgelte für Sondernutzung öffentlicher Gewässer**	**240.000**	**240.000**	**240.000**	**211.928,49**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Nutzungsentgelte aus 442 Vertragsverhältnissen über die Inanspruchnahme von im Eigentum Berlins stehenden Gewässern und deren Uferflächen

12401	**711**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**25.000**	**25.000**	**11.800**	**30.275,92**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Vermietung von Flächen in Bauwerken, Nutzungsentgelte für Mobilfunkstandorte

13108	**811**	**Erlösbeteiligungen aus Verkäufen bebauter Grundstücke des Verwaltungsvermögens**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus der Beteiligung am Verkaufserlös nicht mehr für Fachzwecke benötigter Grundstücke der Abteilung Tiefbau

13203	**711**	**Verkauf von beweglichem Vermögen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**17.200,01**

Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Fahrzeugen infolge von Ersatzbeschaffungen

16210	**711**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**29.652,03**

Einnahmen aus Zinsen

23101	**711**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**824.109,79**

Der Bund erstattet die Ausgaben für die Bergung ehemals reichseigener nicht-chemischer Kampfmittel auf nicht bundeseigenen Grundstücken (vgl. Titel 54030).

Die Einnahmen sind abhängig vom Anteil ehemals reichseigener Munition an der Fundmenge.

23102	**721**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund**	**150.000**	**150.000**	**1.112.000**	**3.113.343,00**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Ersatz von Planungs- und Verwaltungsausgaben durch den Bund.
Vom Bund zu tragende Kostenanteile an den Planungs-/ und Verwaltungskosten im Zusammenhang mit Kreuzungsmaßnahmen des Landes Berlins mit der Bundeswasserstraßen- und der Bundesfernstraßenverwaltung.

23104	**711**	**Ersatz von Personalausgaben durch den Bund**	**256.000**	**267.000**	**324.000**	**253.163,55**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Ersatz der Entgelte für Dienstkräfte, die im Rahmen der Gestellung seit dem 1. Januar 2021 für die Autobahn GmbH des Bundes tätig sind (vgl. Titel 42831)

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23190	**725**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**121.000**	**121.000**	**—**	**17.640,45**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 52190 und 68290.

Einnahmen aus Sonderprogrammen für konsumtive Zwecke im Zusammenhang mit der Radverkehrsinfrastruktur

26101	**711**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**			**290.000**	**101.186,89**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

26104	**711**	**Ersatz von Bauverwaltungskosten**	**50.000**	**50.000**	**5.000**	**237.562,57**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Ersatz von Bauverwaltungskosten durch Dritte
Von Dritten zu tragende Kostenanteile an den Planungs- und Verwaltungskosten von Infrastrukturmaßnahmen des Landes Berlin

26109	**741**	**Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln**	**5.000.000**	**5.000.000**	**5.000.000**	**3.459.710,73**

Ersatz der in vorangegangenen Haushaltsjahren aus Titel 54040 verausgabten Bauvorbereitungsmittel für Baumaßnahmen im Bereich Tiefbau, für die im laufenden Haushaltsjahr erstmalig Baumittel bereitstehen

28101	**725**	**Ersatz von Ausgaben**	**33.900**	**33.900**	**33.900**	**100.545,13**

Kostenbeteiligung von Rundfunksendern an der Rundfunkversorgung im Tiergartentunnel. Einnahmen aus Vereinbarungen für Kosten der Wartungspauschale.

28290	**711**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**799.139,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 54690.

Zweckgebundene Zuwendungen Dritter

Die Höhe möglicher Einnahmen ist nicht vorhersehbar.

33102 (neu)	**711**	**Zuweisungen des Bundes für Investitionen**	**50.000**	**50.000**		

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

1. Ablösung von Mehrerhaltungskosten durch den Bund
   Vom Bund zu leistender Ausgleich für die zusätzlichen Unterhaltungsaufwendungen des Landes Berlin bei neu errichteten Kreuzungsbauwerken infolge von Änderungsverlangen an Bestandsbauwerken oder Neubauten durch den Bund (Bundeswasserstraßen und Bundesfernstraßen)

2. Ersatz von Baukosten durch den Bund
   Vom Bund zu tragende Kostenanteile an den Baukosten im Zusammenhang mit Kreuzungsmaßnahmen des Landes Berlins mit der Bundeswasserstraßenverwaltung und der Bundesfernstraßenverwaltung

33107	**725**	**Zuweisungen des Bundes für Brücken- und Tunnelbauten**			**—**	**602.061,97**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
33190	**725**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**	**1.580.000**	**1.550.000**	**1.625.000**	**127.839,79**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 89115 und 89116.

In diesem Titel werden zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionsmaßnahmen der Radverkehrsinfrastruktur dargestellt, die durch die GB infraVelo GmbH umgesetzt werden.

1. Auf der Grundlage von Art. 104 b Grundgesetz und § 5 b Bundesfernstraßengesetz stellt der Bund ab dem Bundeshaushalt 2017 bis zum Ablauf des Jahres 2030 den Ländern Finanzhilfen zum Bau von Radschnellwegen im Rahmen einer länderübergreifenden Verwaltungsvereinbarung (VV Radschnellwege 2017-2030) zur Verfügung (jährlich 25 Mio. €). Auf das Land Berlin entfallen 6,5 % der Fördermittel (pro Jahr 1.625.000 €, mögliche Gesamtförderung jedoch maximal 20,6 Mio. €). Der Fördersatz des Bundes an förderfähigen Maßnahmen beträgt 75%.

   Der Komplementäranteil (Eigenmittel) in Höhe von 25% wird beim Titel 89115 veranschlagt, der durch die zweckgebundenen Einnahmen des Bundes erhöht wird.

2. Darüber hinaus werden derzeit für Maßnahmen gemäß Art. 3 der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Art. 104b des Grundgesetzes und aufgrund des Haushaltsgesetzes 2020 für Investitionen in den Radverkehr durch das Sonderprogramm „Stadt und Land“ (VV SP "S&L") vom Bund Fördermittel bereitgestellt, die in diesem Titel vereinnahmt werden. Der Fördersatz des Bundes beträgt 75 % der förderfähigen Kosten. Das Förderprogramm ist derzeit bis zum 31.12.2023 befristet. Eine Verstetigung dieses bzw. eines vergleichbaren Förderprogramms für die Radverkehrsinfrastruktur ist in Aussicht gestellt.

   Der Komplementäranteil (Eigenmittel) in Höhe von 25% wird beim Titel 89116 veranschlagt, der durch die zweckgebundenen Einnahmen des Bundes erhöht wird.

3. Die Bike & Ride-Offensive ist eine Kooperation des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und der Deutschen Bahn (DB). Hierbei werden Radabstellanlagen an Bahnhöfen gefördert. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) stellt eine anteilige Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben über die Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) zur Verfügung. Der Bundeszuschuss beträgt 70% der förderfähigen Kosten.

   Der Komplementäranteil (Eigenmittel) in Höhe von 30% wird beim Titel 89116 veranschlagt, der durch die zweckgebundenen Einnahmen des Bundes erhöht wird.

33193	**725**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund im Rahmen von Sonderprogrammen für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**2.200.000,00**
34102	**725**	**Beiträge für Investitionsmaßnahmen**	**100.000**	**100.000**	**—**	**—**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

1. Abzulösende, von Dritten (u. a. Deutsche Bahn AG) zu tragende Anteile an den Mehrerhaltungskosten von Infrastrukturmaßnahmen des Landes Berlin.

2. Baukostenanteile Dritter an Infrastrukturmaßnahmen des Landes Berlin
   Von Dritten (u. a. Deutsche Bahn AG, diverse Leitungsbetriebe, Investoren) zu tragende Kostenanteile an den Baukosten von Infrastrukturmaßnahmen des Landes Berlin

		Gesamteinnahmen	**8.309.900**	**8.290.900**	**9.389.700**	**12.708.627,24**
		Prozentuale Veränderung	**-11,5 %**	**-0,2 %**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.428.000**	**3.565.000**	**3.086.000**	**3.059.191,91**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**15.983.000**	**16.622.000**	**16.735.000**	**13.336.063,85**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.019.000**	**1.060.000**	**686.000**	**78.432,65**

Die Personalausgaben für Beschäftigungspositionen im Zusammenhang mit den Bauherrenleistungen, welche zu 90 % aus GRW-Mitteln finanziert werden.

42821	**011**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**454.000**	**472.000**	**305.000**	**268.036,92**
42831	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung / Zweckbindung / Ausgleichsabgabe)**	**256.000**	**267.000**	**324.000**	**245.948,03**

Die Dienstkräfte werden auf Rechnung des Bundes beschäftigt. Der Ersatz der Personalausgaben wird bei Titel 23104 nachgewiesen.

42890	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**46.200**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190 bei Kapitel 0730. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen des Bundes, der EU und Dritter zur Finanzierung zweckgebundener Personalausgaben

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**107.000**	**111.000**	**149.000**	**100.760,58**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**58.400**	**58.400**	**50.000**	**34.351,58**

Allgemeiner Bürobedarf, verwaltungsspezifische Fachliteratur, Rundfunkbeitrag für die Betriebsstätten der Abteilung V – Tiefbau – einschließlich der genutzten Dienstfahrzeuge und Gebühren für Fernsprechanlagen sowie für Notrufmeldeanlagen

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**100.000**	**100.000**	**60.000**	**115.322,29**

Ersatz und Ergänzung der Büroräume mit Büromöbeln und -maschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Unterhaltung, Beschaffung und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten und Ersatzteilen

51403	**711**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**30.000**	**30.000**	**35.000**	**12.050,65**

Treibstoffe, Öle und laufender Unterhalt für 25 Kontroll- und Sicherungsfahrzeuge

51408	**011**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**10.000**	**10.000**	**5.000**	**7.451,68**

Ergänzung und Instandsetzung der Dienst- oder Schutzkleidung für Beschäftigte der Abteilung V – Tiefbau – mit Außendiensttätigkeiten

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51701	**711**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**24.856.000**	**24.856.000**	**23.706.000**	**22.624.111,57**

Ausgaben für	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1. Strom				
a) Tiergartentunnel und Durchfahrt Überbauung Schlangenbader Str.	800.415	800.415	690.000	796.656,13
b) Schleuse Neukölln	20.000	20.000	18.000	42.099,48
c) Fahrtreppen, Aufzüge und Lüftungsanlagen des Brücken- und Tunnelbaus sowie sonstige Betriebseinrichtungen	65.000	65.000	60.000	124.432,24
d) Sauerstoffanreicherungs- und Belüftungsanlagen	30.000	30.000	28.000	6.688,16
e) Grundwasserregulierungsanlagen in Rudow und Kaulsdorf	35.000	35.000	32.000	19.602,54
f) Pumpenanlagen zur Regulierung von Wasserständen an Berliner Gewässern	30.000	30.000	25.000	26.989,39
g) Pumpstation Hubertussee	3.000	3.000	2.800	3.198,01
h) Für 2024 rd. 209.000 (2025 rd. 212.000) elektrische Leuchten, rd. 3.560 transparente Verkehrszeichen und Wegweiser sowie die Anstrahlung von rd. 200 Bauwerken und Denkmalen	18.000.000	18.000.000	17.519.000	15.800.179,50
	18.983.415	18.983.415	18.374.800	16.819.845,45
2. Straßenreinigung Straßen an im Eigentum Berlins stehenden Gewässern und an Grundstücken, die wasserbaulichen oder wasserwirtschaftlichen Zwecken dienen	205.000	205.000	205.000	164.917,38
3. Schneebeseitigung Gehwege an im Eigentum Berlins stehenden Gewässern und an Grundstücken, die wasserbaulichen oder wasserwirtschaftlichen Zwecken dienen	10.000	10.000	10.000	5.539,14
4. Wasser und Entwässerung				
a) Schleuse Neukölln	500	500	500	19,83
b) Tiergartentunnel	30.000	30.000	30.000	15.776,04
	30.500	30.500	30.500	15.795,87
5. Steuern und Versicherungen für Grundstücke				
Fläche am Buschgraben	65	65	65	-97,74
Bodenvertrag Nuthe-Nieplitz	20	20	20	0,00
	85	85	85	-97,74
6. Sonstige Bewirtschaftung der Gebäude und Räume Wartung der Anlagen, Schornsteinfegergebühren, Wachdienst u. ä. für die Schleuse Neukölln und das Tunnelbetriebsgebäude	22.000	22.000	22.000	836,08
7. Gas				
a) Für rd. 21.000 (2024) bzw. rd. 18.000 (2025) Gasbeleuchtungsanlagen	5.600.000	5.600.000	5.060.000	5.612.598,22
b) Gaslieferung und Tankmiete für die Schleuse Neukölln	5.000	5.000	3.500	4.677,17
	5.605.000	5.605.000	5.063.500	5.617.275,39
Ausgaben insgesamt rd.	24.856.000	24.856.000	23.705.885 23.706.000*	22.624.111,57

Mehr in den Jahren 2024 und 2025 für Strom und Gas als Auswirkung der Marktpreisentwicklung. Die Höhe der Stromkosten für die öffentliche Beleuchtung wird durch die Energiewirtschaftsstelle des Landes Berlin Da.V.i.D GmbH ermittelt.

* Bereits im Haushaltsjahr 2023 besteht ein Mehrbedarf aufgrund der gestiegenen Energiepreise, welcher im Zuge der Haushaltswirtschaft bzw. über einen Nachtragshaushalt abgedeckt werden muss.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**711**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**14.500**	**14.500**	**14.500**	**14.179,64**

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1.	Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Grundstücken Dritter durch wasserwirtschaftliche Anlagen und durch landeseigene Bauwerke	1.500	1.500	1.500	1.509,80
2.	Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Grundstücken Dritter durch landeseigene Bauwerke	13.000	13.000	13.000	12.669,84
		14.500	14.500	14.500	14.179,64

51802	**711**	**Mieten für Fahrzeuge**	**70.000**	**70.000**	**70.000**	**45.967,80**
		Verpflichtungsermächtigung	**70.000**	**70.000**		
		Davon fällig 2025	**70.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**70.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjähriger Verträge erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	205.795	0	0
VE Plan 2023	70.000	0	0

Anmietung von Spezialfahrzeugen für Bauwerksprüfungen

52102	**725**	**Unterhaltung von Brücken, Tunnel- und Ingenieurbauwerken im Zuge von Straßen und Wegen**	**20.000.000**	**25.800.000**	**11.000.000**	**9.197.535,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**25.000.000**	**30.000.000**		
		Davon fällig 2025	**10.000.000**			
		Davon fällig 2026	**5.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2027	**5.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2028	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**5.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	8.933.023	1.249.736	305.731
VE Plan 2023	4.250.000	4.250.000	2.000.000

Unterhaltung, Instandsetzung einschließlich Wartung und Betrieb von Brücken, Tunnelanlagen und sonstigen Ingenieurbauwerken.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Folgende Beträge für Maßnahmen mit Gesamtkosten von mindestens 1.000.000 € im Einzelfall sind vorgesehen:

Nr.	Unterhaltung von Brücken, Tunnel- und Ingenieurbauwerken im Zuge von Straßen und Wegen	a) Gesamtkosten b) bereits finanziert c) Restkosten ab 2026	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023
			€	€	€
1.	**Wiesenbrücke** Erneuerung der Fahrbahnplatte auf den Buckelblechen einschl. Abdichtung u. Belag, Betoninstandsetzung an Widerlager u. Flügel	a) 1.220.000 b) 0 c) 1.170.000	0	50.000	0
2.	**Putlitzbrücke** Austausch der Übergangskonstruktionen, Erneuerung der Fahrbahnbeläge und Ertüchtigung der südlich anschließenden Gewölbe für Schwerlastverkehr	a) 5.125.000 b) 254.000 c) 421.000	1.750.000	2.500.000	200.000
3.	**Nordhafenbrücke** Korrosionsschutzarbeiten, Erneuerung der Übergangskonstruktionen u. Entwässerung u. Fahrbahnbeläge, Betoninstandsetzungen, Erneuerung des Fahrbahnasphalts	a) 5.872.000 b) 228.000 c) 694.000	1.850.000	1.550.000	1.550.000
4.	**Lange Brücke - Instandsetzung der Behelfsbrücken** Korrosionsschutz, Erneuerung der Übergangskonstruktion, der Fahrbahnplatten und Querträger	a) 5.490.000 b) 0 c) 0	500.000	0	4.990.000
5.	**Brücke An der Wuhlheide** Abbruch- u. Rückbaukosten	a) 3.280.000 b) 0 c) 2.130.000	350.000	800.000	0
6.	**Admiralbrücke** Instandsetzung der Lager, Austausch der Buckelbleche, Erneuerung Fahrbahnbeläge, Instandsetzung der Widerlagerwände	a) 5.725.000 b) 12.000 c) 2.813.000	250.000	2.500.000	150.000
7.	**Lindentunnel** Teilrückbau wg. mangelnder Standsicherheit u. Übergabe von Teilbereichen an das Maxim-Gorki-Theater zur kulturellen Weiternutzung	a) 2.850.000 b) 27.000 c) 1.173.000	800.000	750.000	100.000
8.	**Fußgängertunnel Schöneweide** (Teil)Rückbau des Fußgängertunnels	a) 1.550.000 b) 24.000 c) 76.000	750.000	350.000	350.000
9.	**Badstraßenbrücke** Instandsetzung Teil-BW A (u.a. Abdichtung, Kappe, Anpassung Entwässerung, Sanierung Mauerwerksgewölbe) mit angepasstem Querschnitt nach MobG	a) 9.573.000 b) 0 c) 8.723.000	250.000	500.000	100.000
10.	**Brücken über den Breitenbachplatz sowie Rampenbauwerke und Stützwände** Abbruch- und Rückbau infolge des Bauwerkszustandes	a) 13.500.000 b) 0 c) 6.850.000	1.100.000	5.500.000	50.000

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Nr.	Unterhaltung von Brücken, Tunnel- und Ingenieurbauwerken im Zuge von Straßen und Wegen	a) Gesamtkosten b) bereits finanziert c) Restkosten ab 2026	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023
			€	€	€
11.	**Rampenbrücke Dillenburger Straße** Instandsetzung zur Aufrechterhaltung der Standsicherheit / Verkehrssicherheit	a) 2.750.000 b) 0 c) 1.500.000	450.000	750.000	50.000
12.	**Tunnel Tiergarten Spreebogen (TTS)** Instandsetzung / Erneuerung von Komponenten der Tunneltechnik	*- laufend -*	2.000.000	2.000.000	2.000.000
	Summe		**10.050.000**	**17.250.000**	**9.540.000**

Die 2024 und 2025 gegenüber dem jeweiligen Ansatz verbleibenden Mittel sind für weitere Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, wie beispielsweise für Maßnahmen an der Hegemeisterbrücke, der Fußgängerbrücke über den Königsgraben, der Promenadenwegbrücke, Bellevueparkbrücke, den Holzbrücken Spandau, der fachtechnischen Anlagen einschließlich deren Wartung an Ingenieurbauwerken, der Überwachung und Prüfung der Ingenieurbauwerke nach DIN 1076 sowie der Beauftragung von diesbezüglichen HOAI-Leistungen erforderlich.

52103	**623**	**Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft**	**9.300.000**	**9.300.000**	**9.000.000**	**7.988.908,82**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 3.515.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**9.500.000**	**9.500.000**	
Davon fällig 2025	**3.500.000**		
Davon fällig 2026	**3.000.000**	**3.500.000**	
Davon fällig 2027	**3.000.000**	**3.000.000**	
Davon fällig 2028	**—**	**3.000.000**	

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen wie folgt erforderlich:

VE zu	Haushaltsjahr der Veranschlagung	zu Lasten 2025 €	zu Lasten 2026 €	zu Lasten 2027 €	zu Lasten 2028 €
Nr. 1	2024	950.000	950.000	950.000	-
	2025	-	1.000.000	950.000	950.000
Nr. 2	2024	950.000	950.000	950.000	-
	2025	-	950.000	950.000	950.000
Nr. 3	2024	650.000	400.000	150.000	-
	2025	-	600.000	150.000	300.000
Nr. 4	2024	950.000	950.000	950.000	-
	2025	-	950.000	950.000	800.000

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	6.780.639	5.549.082	1.014.331
VE Plan 2023	2.500.000	2.500.000	2.500.000

Die Überschreitung durch Verpflichtungen aus Vorjahren wird im Zuge der Haushaltswirtschaft ausgeglichen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Unterhaltung der Wasser- und Uferbauten an Grundstücken Berlins, die dem öffentlichen Verkehr dienen und an anderen Grundstücken, soweit Berlin rechtlich verpflichtet ist; der Schleuse Neukölln, der von der Gewässerunterhaltung genutzten Einrichtungen und Anlagen; Baggerungen in den Wasserstraßen Berlins; ferner für Sperr- und Hinweisschilder, Schifffahrtszeichen und Bojen an den Berliner Gewässern 1. Ordnung sowie für die Unterhaltung und Räumung der Gewässer 1. Ordnung und fließenden 2. Ordnung.

Zur Gestaltung der Ufer im Rahmen einer Uferwegekonzeption (Beschluss des Abgeordnetenhauses, Drucksache 18/3883 zur Erstellung eines Uferwegekonzeptes) und zur Erreichung der europaweit abgestimmten Bewirtschaftungsziele wie der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).
Mittel sollen auch für Sanierungen im Rahmen einer Uferwegekonzeption gemäß Beschluss des Abgeordnetenhauses (Drucksache 18/3883) eingesetzt werden.

Die Ausgaben sollen jeweils wie folgt verwendet werden:

	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1. An den Gewässern 1. Ordnung: Instandhaltung der Uferbefestigungen an Landeswasserstraßen und der landeseigenen Uferbefestigungen an Bundeswasserstraßen	2.700.000	2.700.000	2.500.000	2.445.055,53
Verkehrssicherungsmaßnahmen, Unratbeseitigung, Sohlräumungen und Baggerungen an Landeswasserstraßen	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.497.107,87
2. An den Gewässern 2. Ordnung: Hochwasserschutz, Sohl- und Böschungskrautungen, Verkehrssicherungsmaßnahmen, Unratbeseitigung, Freihaltung der Abflussprofile, Instandhaltung der Uferbefestigungen	2.500.000	2.500.000	2.200.000	1.780.879,88
Instandhaltung der verrohrten Strecken einschließlich der Düker, Durchlässe und Schächte	400.000	400.000	400.000	443.721,81
Instandhaltung der Anlagen wie Wehre, Abstürze, Rettungseinrichtungen usw.....	100.000	100.000	100.000	135.440,45
3. Maßnahmen zur Verbesserung der Wassergüte, stationäre Tiefenwasserbelüftung Tegeler See, mobile Sauerstoffanreicherungsanlage	300.000	300.000	300.000	275.224,91
4. Allgemeine größere Instandhaltungsmaßnahmen, insbesondere Renaturierung, Entschlammung, Instandsetzung des Gewässerbetts, der verrohrten Strecken und der Anlagen	2.300.000	2.300.000	2.500.000	1.411.478,37
	9.300.000	9.300.000	9.000.000	7.988.908,82

52105	**623**	**Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen in Gebieten Berlins mit hohen Grundwasserständen**	**457.000**	**250.000**	**500.000**	**120.195,80**
		Verpflichtungsermächtigung	**250.000**	**250.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**50.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**50.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Verträgen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	100.000	100.000	50.000

In Gebieten Berlins mit hohen Schichtenwasserständen (Pankow, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf) müssen die vorhandenen Dränagen im öffentlichen Straßenland so instandgehalten werden, dass der Wasserabfluss nicht behindert wird. Damit wird das hoch anstehende Grundwasser (Schichtenwasser) in den Siedlungsgebieten gesenkt, um die Gefahr von Vernässungsschäden zu reduzieren.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52106	**623**	**Sanierung Rummelsburger See**	**3.500.000**	**3.500.000**	**2.000.000**	**2.129.027,45**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**17.300.000**	**17.500.000**		
		Davon fällig 2025	**3.500.000**			
		Davon fällig 2026	**3.500.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2027	**3.500.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2028	**3.500.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2029	**3.300.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2030		**3.500.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Verträgen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	50.000	0	0
VE Plan 2023	3.500.000	3.500.000	10.500.000

Der Rummelsburger See weist kontaminierte Sedimente in der Gewässersohle auf. Am westlichen Ufer müssen gemäß der Schadensanierungsanforderung der Wasserbehörde Sanierungsmaßnahmen erfolgen. Sie beinhalten in einem bis zu ca. 60 Meter breiten ufernahen Gewässerstreifen die Entnahme und Entsorgung von stark belastetem Sediment, die Wiederauffüllung bis zu einer Wassertiefe von zwei Metern mit einer mineralischen Abdeckung und lokal das Anpflanzen von Schilf.

52108 (neu)	**725**	**Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs**	**5.000**	**5.000**		

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 68228, 68229, 89115 und 89116 sowie Kapitel 0730 Titel 52108, 52143, 52609 und 72016 und Kapitel 2707 Titel 52108, 72016. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Die Ausgaben dienen der Herstellung von Radverkehrsmaßnahmen im übergeordneten Straßennetz auf der Grundlage verkehrsrechtlicher Anordnungen (VRAO). Bestandteil der Maßnahmen sind u.a. Radverkehrsmarkierungen, kleinere bauliche Ergänzungen der künftigen Radverkehrsanlagen und Belagsverbesserungen.

Die Steuerung und Koordinierung der Maßnahmen erfolgt über die Projekteinheit Radwege an Hauptverkehrsstraßen.

52117	**623**	**Ufersanierung**	**400.000**	**200.000**	**400.000**	**39.761,59**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	200.000	0	0

Zur Verbesserung der ökologischen Situation der wasserseitigen Uferbereiche werden Renaturierungs- und Röhrichtschutzmaßnahmen gemäß Berliner Naturschutzgesetz durchgeführt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52120	**332**	**Graffitibeseitigung an Bauwerken der Hauptverwaltung**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**135.009,25**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Verträgen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	46.373	0	0
VE Plan 2023	100.000	0	0

Die Ausgaben sind für die Beseitigung von Farbschmierereien an Brücken, Uferwänden und sonstigen Ingenieurbauwerken vorgesehen.

52190 (neu)	**725**	**Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**		

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Die Ausgaben dienen der baulichen Umsetzung von Radverkehrsmaßnahmen, welche durch die bei der SenUMVK angesiedelte Projekteinheit Radwege (PE-RW) gesteuert und koordiniert werden, und Maßnahmen auf Grundlage der erlassenen verkehrsrechtlichen Anordnungen zu Radverkehrsanlagen im übergeordneten Straßennetz aus Mitteln aus Sonderprogrammen des Bundes für konsumtive Zwecke im Zusammenhang mit der Radverkehrsinfrastruktur.

52501	**711**	**Aus- und Fortbildung**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**38.364,64**

Teilnahme von Dienstkräften an Fortbildungen, auch für Dienstreisen im Rahmen von Aus- und Fortbildungen

52610	**711**	**Gutachten**	**140.000**	**140.000**	**110.000**	**87.431,21**
		Verpflichtungsermächtigung	**140.000**	**140.000**		
		Davon fällig 2025	**140.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**140.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjähriger Verträge erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	49.616,89	11.900	0
VE Plan 2023	100.000	0	0

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Folgende Beträge für baufachliche Gutachten sind jeweils vorgesehen:

	Gegenstand des Gutachtens	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1.	Statische Untersuchungen von Ingenieurbauwerken, insbesondere Spannbetonbrücken, Gutachten zur Tragfähigkeitseinstufung aufgrund festgestellter Bauwerksschäden	90.000	90.000	90.000	42.477,77
2.	Nachberechnungen von Brückenbauwerken im Zuge des Schwerlaststreckennetzes	10.000	10.000	10.000	44.953,44
3.	Materialuntersuchungen für Ingenieurbauwerke	10.000	10.000	10.000	0
4.	Nachrechnung zur Festlegung des Traglastindex	30.000	30.000		
		140.000	140.000	110.000	87.431,21

Angaben zum Gender Budget:

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung bei baulichen Gutachten ist nicht vorgesehen.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**30.000**	**30.000**	**20.000**	**4.530,13**

Für Dienstreisen und Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts

53105 (neu)	**711**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**10.000**	**10.000**		

Präsentationen im Rahmen von Tiefbauprojekten der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt an Universitäten oder auf Messen, welche insbesondere der Fachkräftegewinnung im Ingenieurtiefbau dienen

53108	**711**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**954,13**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen

53111	**711**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**22.868,03**

Für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten für Auswahlverfahren und amtliche Bekanntmachungen sowie Ausschreibungen für Beschaffungen und Unterhaltungsmaßnahmen

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

Einstellungen aufgrund von Stellenausschreibungen in überregionalen Medien	2019		2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m	w	m
Absolut	6	11	6	13	8	14	6	8
Relativ	35,3%	64,7%	31,6%	68,4%	36,4	63,6%	42,9%	57,1%
Ressourcen (in T €)	4,7	8,7	7,1	15,4	15,7	27,9	9,8	13,1

Zielgruppe:	Bewerberinnen auf Stellenausschreibungen in überregionalen Medien
Zielsetzung:	Der Ressourceneinsatz erfolgt u. a. zur Ansprache von Frauen auch für Führungspositionen des (vglb.) höheren Dienstes. Ziel ist, hier eine Unterrepräsentanz von Frauen zu vermeiden bzw. bestehende abzubauen.
Steuerungsmaßnahmen:	Qualifizierung der Fortbildungsmaßnahmen für weibliche Führungskräfte

54010	**711**	**Dienstleistungen**	**563.000**	**450.000**	**563.000**	**269.099,47**
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**300.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjähriger Verträge erforderlich.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	119.945	885.109	0
VE Plan 2023	300.000	0	0

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für:

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1.	Betrieb und fachspezifische Betreuung des Prüfschiffes MS Argusauge	260.000	160.000	260.000	246.456,37
2.	Unterstützung durch Externe bei der Leistungserfüllung	180.000	117.000	180.000	0
3.	Erfassung und Aufbereitung von Bestandsunterlagen des Brückenbaus und der Brückenerhaltung auf digitalen Speichermedien	50.000	50.000	50.000	0
4.	Betreuung und Wartung von automatisierten Ingenieurverfahren	60.000	60.000	60.000	0
5.	Tunnelüberwachung	0	50.000	0	0
6.	Virtueller Arbeitsraum	13.000	13.000	13.000	22.643,10
		563.000	450.000	563.000	269.099,47

Mehr ab 2025, da die Kooperationsvereinbarung zur Tunnelüberwachung durch die Autobahn GmbH des Bundes zeitlich befristet ist, die Tunnelanlagen aufgrund gesetzlicher Vorgaben jedoch zwingend zu überwachen sind.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54030	**711**	**Bergung nicht-chemischer Kampfmittel und Beseitigung ehemaliger Kampf- und Schutzanlagen**	**2.100.000**	**2.100.000**	**2.100.000**	**2.160.053,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000.000	0	0

Auf der Grundlage von § 2 Abs. 4 Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) sowie § 1 Abs. 3 Nr. 5 der „Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung – KampfmittelV)“ werden nicht-chemische Kampfmittel geborgen und ehemalige Kampf- und Schutzanlagen beseitigt.

Die Ausgaben sind insbesondere für Maßnahmen zur Bergung von Kampfmitteln auf landeseigenen Grundstücken und Wasserflächen bestimmt, die eine Kampfmittelverdachtsfläche gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 7 der KampfmittelV darstellen.
Die Ausgaben sind auch für Maßnahmen zur Erforschung und Abwehr der von Kampfmitteln ausgehenden Risiken und Gefahren vorgesehen.

Der Bund ersetzt bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die Ausgaben (vgl. Titel 23101).

54031	**711**	**Beseitigung von Bodenverunreinigungen**	**1.100.000**	**1.100.000**	**1.100.000**	**515.344,15**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**600.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	80.000	40.000	0
VE Plan 2023	600.000	0	0

Die Mittel sind vorgesehen für die Beseitigung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen auf landeseigenen Grundstücken von gesamtstädtischer Bedeutung, die nicht in Verbindung mit Baumaßnahmen stehen. Grundlage für die Beseitigung sind entsprechende Sanierungsanordnungen der zuständigen Umweltbehörden.

Ausgaben für Sanierungsmaßnahmen auf nichtlandeseigenen Grundstücken insbesondere aus Anlass von Freistellungen nach dem Umweltrahmengesetz werden bei Kapitel 0720, Titel 54031 und Titel 63107 nachgewiesen.

54040	**711**	**Bauvorbereitungsmittel**	**4.500.000**	**4.500.000**	**5.000.000**	**1.456.740,35**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2025	**3.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**3.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.220.790	910.761	0
VE Plan 2023	3.000.000	0	0

Ausgaben zur Vorbereitung von Baumaßnahmen, für die Bauplanungsunterlagen aufgestellt werden dürfen und für die Baumittel im laufenden Haushaltsjahr nicht bereitstehen.

Zu den vorbereitenden Maßnahmen gehören insbesondere:

– die Heranziehung freischaffender Architekten und Ingenieure,
– die Durchführung von Wettbewerben,
– die Durchführung von Baugrunduntersuchungen,
– die Zahlung von Räumungsentschädigungen,
– die Beauftragung von Vermessungsleistungen.

Die Bauvorbereitungsmittel werden beispielsweise für die Erneuerung der Friedrichstraße, der Berliner Allee (B2), der Königstraße (B1) und der Schloßstraße/Unter den Eichen (B1) benötigt.
Des Weiteren sind die Mittel u. a. für den Ausbau der Wuhle, den Neubau der Uferbefestigungen der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) sowie für die Brückenbauvorhaben Lange Brücke, Schönhauser Allee-Brücke, Köpenicker Allee-Brücke, Gertraudenbrücke, Spittelmarktbrücke und Fußgängerbrücke Europa-City vorgesehen.

Die für die einzelnen Baumaßnahmen tatsächlich verauslagten Bauvorbereitungsmittel sind aus den entsprechenden Baumittelansätzen an den Titel 26109 zu erstatten, sobald die Baumittel verfügbar sind.

54049	**726**	**Leistungen für die öffentliche Beleuchtung**	**19.360.000**	**20.691.000**	**18.250.000**	**15.364.178,79**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2025	**3.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**3.000.000**		

Deckungsvermerk:
Nicht verausgabte Mittel können zur Verstärkung des Titels 72014 für die Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen verwendet werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen zum Substanzerhalt bestimmt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	9.907.441	10.200.000	25.281.000
VE Plan 2023	3.000.000	0	0

Ausgaben für den Betrieb, die Wartung und Instandhaltung der öffentlichen Straßenbeleuchtung Berlins sowie das Schalten der Beleuchtung und betriebsbedingte Maßnahmen zur punktuellen Modernisierung der Anlagen ohne Energiekosten (vgl. Titel 51701)

Mehr wegen der Veränderungen im Rahmen der Vergütungsanpassung des Betreibervertrages (jährliche Preisanpassungsklausel) sowie aufgrund der steigenden Anzahl von Elektroleuchten und der damit einhergehenden höheren Anzahl an Funksteuerungen

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54077 (neu)	**011**	**Steuern, Abgaben**		**1.000**		

Abführung von Steuern im Rahmen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu den Titeln 11979, 11981, 12204, 12401, 23102, 23104, 26104, 33102 und 34102. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Einnahmen aufgrund der Erhebung der Umsatzsteuer geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

54690	**711**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—** **R 3.207.605,61**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben aus zweckgebundenen Zuwendungen Dritter (vgl. Titel 28290). Die Höhe möglicher Einnahmen ist nicht vorhersehbar.

63107	**725**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**410.000**	**393.000**	**850.000**	**316.095,81**
		Verpflichtungsermächtigung	**393.000**	**393.000**		
		Davon fällig 2025	**393.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**393.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjähriger Verträge zu Nr. 1 erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	430.000	0	0

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1. *)	Anteil Berlins an den gemeinsam mit dem Bund zu finanzierenden Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen, Abgeltung der Betriebs- und Unterhaltungskosten für im Vermögen Berlins befindliche Anschlussstellen zur Bundesautobahn im Bereich des ICC sowie Leistungen im Zusammenhang mit der Tunnelüberwachung, dem Tunnelbetrieb für den Tunnel Tiergarten Spreebogen und die Überbauung Schlangenbader Straße sowie dem Betrieb der Verkehrsbeeinflussungsanlage Heerstraße	70.000	53.000	510.000	35.108,16
2.	Amtshilfeinanspruchnahme der Auftragsverwaltung für den Betrieb, die Unterhaltung und Kontrolle der Tunnelanlage Schlangenbader Straße und Tiergartentunnel. Fällt zukünftig weg.	0	0	0	186.400,00
3.	Anteil Berlins an der Unterhaltung der bundeswasserstraßeneigenen Brücken mit Kostenbeteiligung nach dem Wasserstraßengesetz (WaStrG) sowie Anteil Berlins an der Unterhaltung der Brücken über den Teltowkanal	340.000	340.000	340.000	0
		410.000	393.000	850.000	221.508,16

*) Die Punkte 1 und 4 aus dem DHH 2022/2023 wurden unter Punkt 1 zusammengefasst

Weniger aufgrund des Wegfalls des Ausgabenersatzes an den Bund für die Tunnelüberwachung, diese soll künftig durch eigenes Personal erfolgen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**623**	**Ersatz von Ausgaben**	**881.000**	**881.000**	**830.000**	**872.473,83**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 138.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 200.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**	
Davon fällig 2025	**200.000**		
Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**	
Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**	
Davon fällig 2028	**—**	**200.000**	

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjähriger Verträge erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	600.000	600.000	500.000
VE Plan 2023	200.000	200.000	200.000

Die Überschreitung durch Verpflichtungen aus Vorjahren wird im Zuge der Haushaltswirtschaft ausgeglichen. Die VE 2023 wird nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen.

Ersatz von Personal- und Sachausgaben Dritter für

1. die Betreuung der Bilgenwasserentsorgung (2023: 35.000 €)	35.000 €
2. den Betrieb und die Instandhaltung des Belüftungsschiffes (2023: 700.000 €)	750.000 €
3. Serviceleistungen durch die BVG (2023: 95.000 €)	96.000 €
.	881.000 €

67138	**623**	**Kostenersatz für Gewässerschutzanlagen**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**57.000,00**

Ersatz der Aufwendungen der Berliner Wasserbetriebe für den Betrieb der automatischen Rechenanlage an der Panke

68102	**711**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**10.000**	**10.000**	**1.000**	**—**

Entschädigungsleistungen an Dritte für passive Lärmschutzmaßnahmen nach §§ 41 ff. BImSchG i. V. m. den Regelungen der 16. BImSchV nach Abschluss von Straßenbaumaßnahmen

68228	**725**	**Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten**	**3.495.000**	**3.495.000**	**3.500.000**	**1.575.686,85**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 2.850.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 500.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 500.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**7.495.000**	**4.000.000**
Davon fällig 2025	**3.495.000**	
Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**
Davon fällig 2027	**2.000.000**	**2.000.000**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 52108, 68229, 89115 und 89116 sowie Kapitel 0730 Titel 52108,52143, 52609 und 72016 und Kapitel 2707 Titel 52108, 72016. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	2.000.000	2.000.000	850.000

Die GB infraVelo GmbH leistet Bauherren-, Projektsteuerungs-, Projektmanagement- sowie Baumanagementaufgaben im Zusammenhang mit Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere Radverkehrsinfrastruktur, für das Land Berlin. Neben den mit dem Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz der Hauptverwaltung zugewiesenen Themen, die im Einzelnen als Aufgabe an die GB infraVelo GmbH übertragen werden, erfolgt eine Entlastung der für die Berliner Radverkehrsinfrastruktur zuständigen Baulastträger, i.d.R. die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter, bei zumeist überbezirklichen oder größeren Projekten und Objekten.
Die Maßnahmen fördern die verkehrsmittelübergreifenden Ziele gemäß §§ 3 – 15 Mobilitätsgesetz.

Es handelt sich um folgende Maßnahmen:
- Betrieb und Unterhalt der Versuchsstrecken der Grünbeschichtung von Radverkehrsanlagen
- Radverkehrsmaßnahmen der Projekteinheit Radwege (PE-RW)
- Betrieb und Unterhalt gesichertes Fahrradparken
- Betrieb und Unterhalt Fahrradabstellanlagen (u.a. Bike & Ride S-Bahn/Deutsche Bahn AG)
- Betrieb und Unterhalt Fahrradwegweisung
- Betrieb und Unterhalt des Buchungs-, Zugangs- und Abrechnungssystems für gesichertes Fahrradparken
- Betrieb und Unterhalt von Fahrradzählstellen

In den Ansätzen 2024 und 2025 sind Mittel i. H. v. jeweils 500.000 € aus dem Innovationsförderfonds (IFF) für Innovationen bei der Radverkehrsinfrastruktur enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 der GB infraVelo GmbH sind am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 0740 dargestellt.

Angaben zum Gender Budget:

Es wird Bezug auf die Beschäftigten im geförderten Unternehmen genommen.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	20	14	18	20	18	16
Relativ	58,8	41,2	47,4%	52,6%	52,9%	47,1%
Ressourcen (in T €)	1.296,91	907,83	1.374,37	975,61	1.241,60	1.145,15

Zielgruppe:	Beschäftigte der GB infraVelo GmbH
Zielsetzung:	Mit der Selbstverpflichtung zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) erfüllt die GB infraVelo GmbH die Anforderungen zum Thema Gleichstellung. In diesem Zusammenhang verpflichtet sich die Geschäftsführung, Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von allen Geschlechtern umzusetzen, um den Abbau von potenziellen Benachteiligungen zu fördern.
Steuerungsmaßnahmen:	Im Rahmen der innerbetrieblichen Personalentwicklung wird darauf geachtet, dass Frauen an Aufstiegsmöglichkeiten verstärkt partizipieren können. Darüber hinaus werden die Beschäftigten durch eine Flexibilisierung des Arbeitsalltags durch die Umsetzung des Modells „Flexibles Arbeiten“ (Arbeiten an anderem Ort) und Digitalisierung der Prozesse unterstützt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68229	**725**	**Zuschuss an die GB infraVelo GmbH**	**7.500.000**	**7.500.000**	**7.500.000**	**6.316.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 52108, 68228,89115 und 89116 sowie Kapitel 0730 Titel 52108, 52143, 52609 und 72016 und Kapitel 2707 Titel 52108, 72016. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Zur Steuerung der gesamtstädtischen Radverkehrsprojekte in Berlin wurde die GB infraVelo GmbH gegründet. Sie erhält Zuschüsse zur Deckung ihrer Sach- und Personalkosten im Rahmen einer institutionellen Förderung für folgende Aufgabenbereiche:

– Radschnellverbindungen
– Hauptroutennetz und Radfernwege (Maßnahmen zum Vorrangnetz aus dem Radverkehrsplan)
– Gesichertes Fahrradparken einschließlich gesamtstädtisches Buchungs- und Zutrittssystem
– Projektspezifische Kommunikation
– Controlling
– Überbezirkliches Projektmanagement
– Radwegweisung
– Fahrradzählstellen und Fahrradbarometer

Die Zuschüsse, die die GB infraVelo GmbH zur Planung und Durchführung von konsumtiven bzw. investiven Maßnahmen erhält, werden bei den Titeln 68228, 89115, 89116 bzw. Kapitel 9810 – Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) – nachgewiesen.

Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 der GB infraVelo GmbH sind am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 0740 dargestellt.

Angaben zum Gender Budget:

Es wird Bezug auf die Beschäftigten im geförderten Unternehmen genommen.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	20	14	18	20	18	16
Relativ	58,8	41,2	47,4%	52,6%	52,9%	47,1%
Ressourcen (in T €)	1.296,91	907,83	1.374,37	975,61	1.241,60	1.145,15

Zielgruppe:	Beschäftigte der GB infraVelo GmbH
Zielsetzung:	Mit der Selbstverpflichtung zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) erfüllt die GB infraVelo GmbH die Anforderungen zum Thema Gleichstellung. In diesem Zusammenhang verpflichtet sich die Geschäftsführung, Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von allen Geschlechtern umzusetzen, um den Abbau von potenziellen Benachteiligungen zu fördern.
Steuerungsmaßnahmen:	Im Rahmen der innerbetrieblichen Personalentwicklung wird darauf geachtet, dass Frauen an Aufstiegsmöglichkeiten verstärkt partizipieren können. Darüber hinaus werden die Beschäftigten durch eine Flexibilisierung des Arbeitsalltags durch die Umsetzung des Modells „Flexibles Arbeiten“ (Arbeiten an anderem Ort) und Digitalisierung der Prozesse unterstützt.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68290	**725**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**120.000**	**120.000**	**—**	**17.640,45**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Bei diesem Titel werden die Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH aus Fördermitteln des Bundes zur Finanzierung von Radverkehrsinfrastruktur nachgewiesen, die beim Titel 23190 vereinnahmt werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569 (neu)	**729**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**600.000**	**600.000**	**600.000**	**55.288,46**
		Wurde bislang bei 0770/68569 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**450.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2025	**450.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**450.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjähriger Verträge erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	450.000	0	0

Zuschüsse für Maßnahmen der Verkehrserziehung und zur Förderung der Verkehrssicherheit

Angaben zum Gender Budget:

Die Zuschüsse werden erstmals im Kapitel 0740 veranschlagt.

Die Zuschüsse werden projektbezogen gemeinnützigen Trägern und Organisationen gewährt, die Maßnahmen zur Verkehrserziehung und -aufklärung durchführen.
Die Maßnahmen konzentrieren sich vor allem auf besonders gefährdete Personengruppen (Kinder, Jugendliche, Fahranfänger und ältere Menschen). Bei der Bewilligung der Mittel und der Förderentscheidung wird daher kein Geschlecht priorisiert. Mit dem Förderbescheid wird dem Träger der Maßnahme aber die Erfassung von Genderdaten auferlegt, so dass künftig zahlenmäßige Aufstellungen zum Gender Budget und geschlechtsspezifische Betrachtungen insbesondere hinsichtlich eventuell notwendiger Steuerungsmaßnahmen erfolgen können.

68579	**729**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**409,00**

Mitgliedsbeiträge an
1. Deutsche Gesellschaft für Zerstörungsfreie Prüfung e. V. (2022: 347 €) ….. 347 €
2. Deutscher Beton- und Bautechnik-Verein e. V. (2022: 50 €) …….. 50 €
397 €
rd. 1.000 €

72001	**725**	**Maßnahmen des Straßenbaus im Zentralen Bereich und im Bereich des Potsdamer/Leipziger Platzes**	**4.950.000**	**5.330.000**	**5.076.000**	**3.237.558,27**
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**4.250.000**		
		Davon fällig 2025	**250.000**			
		Davon fällig 2026	**250.000**	**1.250.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.500.000**		

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.178.020	206.573	0
VE Plan 2023	3.950.000	4.500.000	11.890.000

Die Überschreitung durch Verpflichtungen aus Vorjahren wird im Zuge der Haushaltswirtschaft ausgeglichen. Die VE 2023 wird nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen.

UK 125 – Tourismusnahe Umgestaltung des Umfeldes der Museumsinsel –

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 24. September 2012 in Höhe von 9.820.000 € liegen vor. Eine Überarbeitung in Form der 1. geprüften Teil-Bauplanungsunterlagen vom 10. September 2019 in Höhe von 1.570.000 € ist in diesem Betrag kostenneutral bereits enthalten. Eine weitere geprüfte 2. Teil-Bauplanungsunterlage (BWB Planckstraße) über 124.000 € liegt vor.

Die 3. Teil-Bauplanungsunterlagen für den Straßenbauabschnitt Bodestraße über 2.695.337,59 € vom 15. November 2022 sind zur Prüfung eingereicht worden.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). In den Gesamtkosten sind förderfähige Gesamtkosten in Höhe von 2.679.041,74 € enthalten. Somit ist bei der Berechnung der 10%ige Eigenanteil des Landes Berlin in Höhe von 267.904,17 € (10 v. H. der förderfähigen Kosten) zzgl. der nicht förderfähigen Kosten in Höhe von 7.140.958,26 € zu berücksichtigen, sodass die Veranschlagung in Höhe von 7.408.862,43 € (rd. 7.408.870 €) erfolgt.

Finanzierung:

bis 2022	96.000 €
2023	100.000 €
2024	200.000 €
2025	200.000 €
2026	200.000 €
2027	500.000 €
ab 2028	6.112.870 €
	7.408.870 €

Die Fertigstellung der Maßnahme ist für das 1. Quartal 2030 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 16.744.029 € (Landesanteil) betragen.

UK 131 – Umbau der Invalidenstraße von Gartenstraße bis Heidestraße –

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 18. Dezember 2008 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 11. April 2014 über insgesamt 18.632.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	15.988.000 €
2023	500.000 €
2024	500.000 €
2025	500.000 €
2026	500.000 €
2027	143.000 €
ab 2028	501.000 €
	18.632.000 €

UK 141 – Neubau der Leipziger Straße von Charlottenstraße bis Mauerstraße (B 1) –

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Die Gesamtkosten werden auf 3.067.000 € geschätzt.
Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen vom 4. Juli 1996 über 1.401.000 € liegen vor. Weitere Anträge auf passiven Schallschutz werden erwartet.

Finanzierung:

bis 2022	969.000 €
2023	50.000 €
2024	50.000 €
2025	50.000 €
2026	50.000 €
2027	50.000 €
ab 2028	1.848.000 €
	3.067.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

UK 147 – Umbau der Karl-Marx-Allee von Otto-Braun-Straße bis Strausberger Platz –

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 2. November 2016 über 13.200.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	10.211.000 €
2023	372.000 €
2024	100.000 €
2025	50.000 €
2026	0 €
2027	0 €
ab 2028	2.467.000 €
	13.200.000 €

Die Gesamtkosten der Maßnahme von 13.200.000 € reduzieren sich durch Einsparungen bei der Baudurchführung

UK 150 – Umbau des Straßenzuges Mühlendamm/Molkenmarkt/Grunerstraße von Mühlendammbrücke bis Littenstraße –

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

Auf der Grundlage des am 14. September 2016 festgesetzten Bebauungsplanes 1-14 soll der Hauptstraßenzug Mühlendamm/Molkenmarkt/Grunerstraße von Mühlendammbrücke bis Littenstraße einschließlich der Anschlüsse Spandauer Straße und Stralauer Straße stadtverträglich umgestaltet werden. Neben der stadtgerechten Umgestaltung erfolgt ein grundhafter Neubau der im Bebauungsplan festgesetzten Straßenverkehrsflächen.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 15. November 2017 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 06. November 2021 über insgesamt 22.700.0000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	12.751.000 €
2023	3.000.000 €
2024	3.000.000 €
2025	2.500.000 €
2026	1.000.000 €
2027	400.000 €
ab 2028	49.000 €
	22.700.000 €

UK 152 - Erneuerung der Fahrbahn der Krausenstraße zw. Axel-Springer-Straße und Friedrichstraße -

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Wegen des sehr schlechten Zustandes muss die Fahrbahn grundhaft erneuert werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12.Juli 2022 über 6.400.000 € liegen vor.

Finanzierung:

2023	150.000 €
2024	650.000 €
2025	1.500.000 €
2026	1.200.000 €
2027	850.000 €
ab 2028	2.050.000 €
	6.400.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 von 500.000 € erhalten folgende Jahresbeträge:

2025	250.000 €
2026	250.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 2. Quartal 2026 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtbaukosten baupreisindexbedingt rund 7.667.200 € betragen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

UK 153 - Erneuerung der Zimmerstraße zw. Jerusalemer Str. und Wilhelmstraße –

Wegen des sehr schlechten Zustandes muss die Fahrbahn grundhaft erneuert werden. Die Baumaßnahme soll im Jahr 2024 beginnen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 10.000.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 2.Quartal 2023 vorliegen werden.

Finanzierung:

2023	*) 0 €
2024	0 €
2025	0 €
2026	1.250.000 €
2027	1.500.000 €
ab 2028	7.250.000 €
	10.000.000 €

*) Der Haushaltsansatz 2023 in Höhe von 250.000 € wird voraussichtlich aufgrund geforderter Planungsanpassungen nicht in Anspruch genommen.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025 von 4.250.000 € erhalten folgende Jahresbeträge:

2026	1.250.000 €
2027	1.500.000 €
2028	1.500.000 €

Im Vorgriff auf die geprüften Bauplanungsunterlagen wurden vorsorglich zur Beauftragung der Bauhauptleistung die erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2025 angemeldet.

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 3. Quartal 2029 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtbaukosten baupreisindexbedingt rund 14.500.000 € betragen.

UK 168 – Umbau der Straße Reichstagufer von Friedrichstraße bis Dorothea-Schlegel-Platz –

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 20. Juni 2007 über 674.000 € liegen vor.

.

Finanzierung:

bis 2022	395.000 €
2023	50.000 €
2024	50.000 €
2025	30.000 €
2026	50.000 €
2027	50.000 €
ab 2028	49.000 €
	674.000 €

UK 185 – Neubau der Axel-Springer-Straße von Krausenstraße bis Leipziger Straße –

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen vom 5. März 2007, 12. Dezember 2007 und vom 21. April 2009 über insgesamt 11.453.000 € liegen vor.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Gesamtkosten der Maßnahme von 11.453.000 € reduzieren sich durch Einsparungen bei der Baudurchführung voraussichtlich auf 9.551.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	4.307.000 €
2023	500.000 €
2024	400.000 €
2025	500.000 €
2026	500.000 €
2027	500.000 €
ab 2028	2.844.000 €
	9.551.000 €

Bei neuen bzw. der Ausweitung veranschlagter Maßnahmen ist die Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses herbeizuführen (verbindliche Erläuterung).

72002	**725**	**Maßnahmen im Zusammenhang mit Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen und des Straßenbaus außerhalb des zentralen Bereichs**	**6.511.000**	**7.155.000**	**7.000.000**	**2.489.335,98**
		Verpflichtungsermächtigung	**15.950.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2025	**3.750.000**			
		Davon fällig 2026	**5.700.000**	**750.000**		
		Davon fällig 2027	**4.500.000**	**750.000**		
		Davon fällig 2028	**2.000.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**500.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	56.889	0	0
VE Plan 2023	4.500.000	6.500.000	10.000.000

Die Überschreitung durch Verpflichtungen aus Vorjahren wird im Zuge der Haushaltswirtschaft ausgeglichen. Die VE 2023 wird nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen.

Mitte

UK 101 – Neubau der Heidestraße von Minna-Cauer-Straße bis zur Perleberger Straße (B96)

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Ansätze sind für den passiven Lärmschutz vorgesehen.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 30. April 2012 über 9.550.000 € liegen vor.

An den Ausgaben beteiligen sich private Investoren mit 3.710.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	7.646.000 €
2023	400.000 €
2024	400.000 €
2025	332.000 €
2026	400.000 €
2027	300.000 €
ab 2028	72.000 €
	9.550.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Friedrichshain-Kreuzberg

UK 121 – Erneuerung der Petersburger Straße zwischen Bersarinplatz und Landsberger Allee –

Die grundhafte Erneuerung der Petersburger Straße betrifft den Abschnitt zwischen Bersarinplatz und Landsberger Allee (Länge ca. 900 m) und hat unter Berücksichtigung der verkehrlichen Bedürfnisse und Anforderungen eine Neugestaltung des Straßenquerschnittes zum Ziel. So ist beispielsweise die Neuordnung der Straßenverkehrsanlagen für den fließenden Verkehr sowie die Umorganisation des ruhenden Verkehrs erklärtes Planungsziel. Weiterhin werden in den Straßennebenbereichen verkehrssichere, leistungsfähige Radverkehrsanlagen gemäß Mobilitätsgesetz, zusätzliches Straßenbegleitgrün sowie Anlagen für den fußläufigen Verkehr gemäß Berliner Straßengesetz vorgesehen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 03. Mai 2021 über insgesamt 15.000.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	402.000 €
2023	3.000.000 €
2024	2.500.000 €
2025	3.000.000 €
2026	2.000.000 €
2027	2.000.000 €
ab 2028	2.098.000 €
	15.000.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 von 1.000.000 € enthalten folgende Jahresbeträge:

2025	500.000 €
2026	500.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025 von 500.000 € enthalten folgende Jahresbeträge:

2026	250.000 €
2027	250.000 €

Im Vorgriff auf den geplanten Bauablauf sind für die Vergabe von Bauleistungen / baubegleitende Leistungen in den Jahren 2024 und 2025 Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.

Die Fertigstellung der Maßnahme ist im 2. Quartal 2027 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 21.480.000 € betragen.

UK 140 – Neubau der Hauptstraße von Markgrafendamm bis Karlshorster Straße –

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 21. August 2013 und Ergänzungsunterlagen vom 28. August 2018 über insgesamt 5.680.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	5.110.000 €
2023	100.000 €
2024	111.000 €
2025	73.000 €
2026	50.000 €
2027	50.000 €
ab 2028	186.000 €
	5.680.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Pankow

UK 175 – Neubau einer Straßenverbindung in Karow vom vorhandenen Anschluss an die B 2 bis zum Knotenpunkt Bahnhofsstr. / Alt-Karow –

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Es wurde noch kein Bauvertrag abgeschlossen.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 1. April 2014 über 6.600.000 € liegen vor.

Aufgrund der Durchführung eines Panfeststellungsverfahrens werden die Kosten auf 10.000.000 € neu eingeschätzt. Die Erhöhung der Gesamtkosten ist aufgrund der Anwendung des Mobilitätsgesetzes (Planungsmehrkosten) zurückzuführen. Es erfolgt eine Planungsänderung. Die Ergänzungsunterlage wird im 2. Quartal 2024 vorliegen.

Finanzierung:	
bis 2022	1.309.000 €
2023	250.000 €
2024	250.000 €
2025	250.000 €
2026	500.000 €
2027	1.000.000 €
ab 2028	6.441.000 €
	10.000.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 von 1.750.000 € enthalten folgende Jahresbeträge:	
2025	250.000 €
2026	500.000 €
2027	1.000.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Die Fertigstellung ist für 3. Quartal 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 20.260.000 € betragen.

Marzahn – Hellersdorf

UK 170 – Ausbau der Landsberger Chaussee von Stendaler Straße bis Landesgrenze Hönow

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Es wurde noch kein Bauvertrag abgeschlossen.

Die Länder Brandenburg und Berlin übernehmen die Kosten jeweils circa zur Hälfte.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 11. Januar 2011 über 6.596.000 € liegen vor.

Veranschlagung des Landeseigenanteils von 49,92 %

Finanzierung:	
bis 2022	240.000 €
2023	500.000 €
2024	500.000 €
2025	500.000 €
2026	758.000 €
2027	795.000 €
ab 2028	0 €
	3.293.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 von 1.700.000 € enthalten folgende Jahresbeträge:	
2025	500.000 €
2026	700.000 €
2027	500.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Die Fertigstellung der Maßnahme ist für 2027 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 7.086.536 € betragen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

UK 174 - Verkehrslösung Mahlsdorf Neue Straßenverbindung - Straße An der Schule -

Mit der Herstellung bzw. Verlagerung der Straßenverbindung – Straße An der Schule wird eine leistungsfähige Trasse geschaffen, die für die notwendige Reorganisation und verkehrliche Entlastung des historischen Ortskerns erforderlich ist. Gleichzeitig werden dadurch die Defizite im Verkehrsfluss beseitigt und eine Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht.

Ziel ist die Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten nördlich und südlich der der Bundesstraße B 1/5 sowie des neuen Schulbaus. Ausreichend breite Geh- und Radwege und Straßenbäume sind Bestandteil der Planung.

Die Maßnahme soll weitergeführt werden. Es wurde noch kein Bauauftrag geschlossen.

Es liegen geprüfte 1. Bauplanungsunterlagen vom 17. Dezember 2021 über 18.535.000 € vor. Hinzu kommen 1.201.000 € für Lärmschutz und Landschaftsbauarbeiten, so dass die Gesamtkosten 19.736.000 € betragen.

Finanzierung:

bis 2022	2.376.000 €
2023	2.500.000 €
2024	2.500.000 €
2025	2.500.000 €
2026	3.500.000 €
2027	3.000.000 €
ab 2028	3.360.000 €
	19.736.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 von 9.000.000 € enthalten folgende Jahresbeträge:

2025	2.000.000 €
2026	3.000.000 €
2027	2.000.000 €
2028	2.000.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025 von 2.000.000 € enthalten folgende Jahresbeträge:

2026	500.000 €
2027	500.000 €
2028	500.000 €
2029	500.000 €

Im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn sind für die Vergabe der Bauhauptleistungen sowie baubegleitende Leistungen in den Jahren 2024 und 2025 Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.

Die Fertigstellung ist für 3. Quartal 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 29.327.696 € betragen.

Lichtenberg

UK 173 – Erneuerung der Dorfstraße in Malchow von Blankenburger Pflasterweg bis Ortnitstraße (Ortsdurchfahrt B 2) –

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Es wurde noch kein Bauvertrag abgeschlossen.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 24. Januar 2017 über 6.551.000 € liegen vor.

Unter Berücksichtigung des Mobilitätsgesetztes erfolgt eine Umplanung, die in einer Ergänzungsunterlage abgebildet wird. Infolgedessen verzögert sich der Baubeginn (voraussichtlich 2025).

Finanzierung:

bis 2022	251.000 €
2023	250.000 €
2024	250.000 €
2025	500.000 €
2026	1.000.000 €
2027	1.000.000 €
ab 2028	3.300.000 €
	6.551.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 von 3.000.000 € enthalten folgende Jahresbeträge:

2025	500.000 €
2026	1.000.000 €
2027	1.000.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Die Fertigstellung der Maßnahme ist für 2029 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 12.211.064 € betragen.

Bei neuen bzw. der Ausweitungen veranschlagter Maßnahmen ist die Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses herbeizuführen (verbindliche Erläuterung).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72003	**725**	**Neubau einer Straßenverbindung An der Wuhlheide bis Märkische Allee (Weiterbau der TVO - Tangentialverbindung Ost)**	**950.000**	**3.500.000**	**1.000.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Neubau einer 4-spurigen Stadtstraße mit einer übergeordneten Verbindungs-/Erschließungsfunktion zwischen der Märkischen Allee (B 158) und der Straße An der Wuhlheide (Weiterbau der TVO).

Die Gesamtkosten werden auf 351.000.000 € geschätzt.

Es liegen geprüfte 1. Teil-Vorplanungsunterlagen vom 12. April 2019 in Höhe von 170.000.000 €, geprüfte 2. Teil-Vorplanungsunterlagen vom 12. Januar 2021 in Höhe von 91.000.000 € sowie geprüfte 3. Teil-Vorplanungsunterlagen vom 15. Dezember 2021 über 84.0000.000 € vor. Darüber hinaus ist eine 4. Teil-Vorplanungsunterlage mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 6.000.000 € in Erstellung.

Des Weiteren liegen im Rahmen der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geprüfte 1. Teil-Bauplanungsunterlagen vom 4. April 2022 – 1.1. Abriss Kaniswall – mit Kosten in Höhe von 1.333.000 € vor. Eine weitere Teilbauplanungsunterlage - Nr. 1.2 Vorgezogene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme Kaniswall (Herrichtung) - ist in Vorbereitung.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). In den Gesamtkosten sind aktuell geschätzte Kosten für Grunderwerbsleistungen in Höhe von 2.300.000 € sowie nichtförderfähige Ausgaben für Kampfmittel-Baubegleitung in Höhe von 9.767,52 € enthalten. Somit ist bei der Berechnung des 10%igen Eigenanteils des Landes Berlin von förderfähigen Gesamtkosten in Höhe von 348.690.232,48 € zzgl. der 2.300.000 € für den Grunderwerb sowie weiterer nicht förderfähiger Ausgaben in Höhe von 9.767,52 € auszugehen, so dass die Veranschlagung in Höhe von 37.178.790,77 € (rd. 37.179.000 €) erfolgt.

Finanzierung:

bis 2022	rd. 774.000 €
2023	1.000.000 €
2024	950.000 €
2025	3.500.000 €
2026	10.000.000 €
2027	10.000.000 €
ab 2028	10.955.000 €
	37.179.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist für 2032 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 65.286.324,00 € betragen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72014	**726**	**Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen**	**10.000.000**	**10.000.000**	**15.800.000**	**8.367.055,32**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 1.379.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.329.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**25.000.000**	**25.000.000**		
		Davon fällig 2025	**10.000.000**			
		Davon fällig 2026	**10.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2027	**5.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**5.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	11.672.900,62	0	0
VE Plan 2023	3.000.000	2.000.000	0

Neu-, Erweiterungs- und Umbauten (Ersatzbauten) sowie Modernisierungsmaßnahmen von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen und Anstrahlungen

Die Arbeiten müssen den jeweiligen Sicherheitsbedürfnissen und Verkehrsverhältnissen angepasst werden. Das hat zur Folge, dass der gesamte Bedarf nicht übersehen werden kann und Bauplanungsunterlagen nur nach Dringlichkeit aufgestellt werden können.

Für die Umrüstung von 15.000 Gasleuchten auf LED liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 16. September 2022 in Höhe von 157.102.000 € vor.
Im Ansatz 2024 sind Mittel i. H. v. 1.379.000 € und im Ansatz 2025 i. H. v. 1.329.000 € aus dem Innovationsförderfonds (IFF) für das Projekt „Mitlaufendes Licht“ enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) stehen weitere Mittel für die Umrüstung von Straßenlaternen zur Verfügung.

72015	**726**	**Ersatz und Umbau von Gasstraßenbeleuchtungsanlagen**			**100.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
72019 (neu)	**725**	**Erneuerung der Torstraße zwischen Chausseestraße und Karl-Liebknecht-Straße in Mitte**	**100.000**	**1.000.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**4.000.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**1.000.000**	**500.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind im Vorgriff auf den geplanten Bauablauf in zwei Bauabschnitten für die Vergabe von Bauleistungen / baubegleitenden Leistungen erforderlich.

Die Maßnahme wurde im Investitionsprogramm bislang bei Kapitel 0740, Titel 72001 nachgewiesen.

Die Torstraße zwischen Chausseestraße und Karl-Liebknecht-Straße soll grundhaft erneuert werden. Im Zuge dessen werden die Verkehrsanlagen einschließlich durchgehender Radverkehrsanlagen gemäß den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes gebaut.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 19.790.000 € geschätzt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

1. Teil-Bauplanungsunterlagen für den Abschnitt Chausseestraße bis einschließlich Rosenthaler Platz über 12.048.968,66 € vom 09. Januar 2023 wurden zur Prüfung eingereicht.

Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Es wurde noch kein Bauvertrag geschlossen.

Finanzierung:

2024	100.000 €
2025	1.000.000 €
2026	3.000.000 €
2027	4.000.000 €
ab 2028	11.690.000 €
	19.790.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 3. Quartal 2031 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 31.545.260 € betragen.

72021 (neu)	**725**	**Erneuerung der Charlottenstraße zwischen Dorotheenstraße und der Straße Unter den Linden in Mitte**		**300.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**700.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**200.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Die Maßnahme wurde im Investitionsprogramm bislang bei Kapitel 0740, Titel 72001 nachgewiesen.

Die Charlottenstraße zwischen Dorotheenstraße und der Straße Unter den Linden muss auf Grund des schlechten Gefälle- und Zustandsverhältnisses der Fahrbahn und Gehwege zwingend grundhaft erneuert werden.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 1.000.000 € geschätzt.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 3.Quartal 2023 vorliegen werden.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	300.000 €
2026	500.000 €
2027	200.000 €
	1.000.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 2. Quartal 2027 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtbaukosten baupreisindexbedingt rund 1.270.000,00 € betragen.

72022 (neu)	**725**	**Umbau der Friedrichstraße zwischen Französischer Straße und Leipziger Straße in Mitte**		**—**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.000.000**		

Die Maßnahme ist mit einem 1. Ansatz ab dem Haushaltsjahr 2026 vorgesehen. Im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn in 2026 ist für die Vergabe der Bauhauptleistung die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltjahr 2025 erforderlich.

Die Maßnahme wurde im Investitionsprogramm bislang bei Kapitel 0740, Titel 72001 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die bisherige Gestaltung der Friedrichstraße und ihres Umfelds erfolgte nach Maßgabe des Leitbilds der „Steinernde Stadt“ bzw. auf Grundlage des Regelwerks „Straßenraumgestaltung Friedrichstadt, Dorotheenstadt, Friedrichswerder“. Im Zuge der Mobilitätswende sind die Umgestaltung des Querschnitts erforderlich als auch gestalterische Festlegungen anzupassen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 5.750.000 € geschätzt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 4. Quartal 2024 vorliegen werden.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	0 €
2026	1.500.000 €
2027	1.500.000 €
Ab 2028	2.750.000 €
	5.750.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 4. Quartal 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtbaukosten baupreisindexbedingt rund 7.406.000 € betragen.

72023	**725**	**Erneuerung der Fahrbahn der Karl-Liebknecht-Straße von Torstraße bis einschließlich Memhardstraße in Mitte**	**500.000**	**1.000.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.700.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**900.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**900.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2028	**900.000**	**100.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die überjährige Vergabe der Bauhauptleistung sowie baubegleitende Leistungen im weiteren Bauablauf erforderlich.

Die Maßnahme wurde im Investitionsprogramm bislang bei Kapitel 0740, Titel 72001 nachgewiesen.

Erneuerung (Umbau) der Karl-Liebknecht-Straße zwischen Torstraße und Memhardstraße sowie der Memhardstraße (westliche Seite) zwischen Münzstraße und Karl-Liebknecht-Straße.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 4.700.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 3. Quartal 2023 vorliegen werden.

Finanzierung:

2024	500.000 €
2025	1.000.000 €
2026	1.000.000 €
2027	1.000.000 €
ab 2028	1.200.000 €
	4.700.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 4. Quartal 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtbaukosten baupreisindexbedingt rund 5.889.100,00 € betragen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72051 (neu)	**725**	**Erneuerung der Schloßstraße / Unter den Eichen (B 1) zwischen Thielallee und Wolfensteindamm in Steglitz-Zehlendorf**		**—**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**16.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**5.500.000**		

Die Maßnahme ist mit einem 1. Ansatz ab dem Haushaltsjahr 2026 vorgesehen. Im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn sind für die Vergabe der Bauhauptleistungen im Jahr 2025 Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.

Die Maßnahme wurde im Investitionsprogramm bislang bei Kapitel 0740, Titel 72002 nachgewiesen.

Wegen des sehr schlechten Zustandes ist es vorgesehen, die Schloßsstraße / Unter den Eichen (B 1) zwischen Thielallee und Wolfensteindamm grundhaft zu erneuern und umzugestalten. Hierbei sind die namensgebenden Eichen in der Planung zu berücksichtigen und gleichzeitig ein attraktiver Querschnitt gemäß Mobilitätsgesetz zu schaffen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 32.663.000 € geschätzt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 3. Quartal 2025 vorliegen werden.

Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Es wurde noch kein Bauvertrag geschlossen.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	0 €
2026	5.000.000 €
2027	6.000.000 €
ab 2028	21.663.000 €
	32.663.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 3. Quartal 2030 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 44.421.680,00 € betragen.

72052 (neu)	**725**	**B 96 Stadtprojekt Tempelhofer Damm von Platz der Luftbrücke bis Borussiastraße in Tempelhof-Schöneberg**		**2.000.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**2.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn für die Vergabe der Bauhauptleistungen im Jahr 2025 erforderlich.

Die Maßnahme wurde im Investitionsprogramm bislang bei Kapitel 0740, Titel 72002 nachgewiesen.

Die vorhandene Fahrbahn am Tempelhofer Damm vom Platz der Luftbrücke bis Borussiastraße ist in einem sehr schlechten Zustand, sodass ein vollständiger neuer Unterbau hergestellt werden muss.

Im Zuge der durch die BWB umfangreich durchzuführenden Leitungsarbeiten wird im Anschluss der Leitungsbauarbeiten eine Neugestaltung des Straßenquerschnitts unter Berücksichtigung der Belange des Mobilitätsgesetzes angestrebt.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 9.801.000 € geschätzt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 1. Quartal 2024 vorliegen werden.

Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Es wurde noch kein Bauvertrag geschlossen.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	2.000.000 €
2026	2.000.000 €
2027	2.000.000 €
ab 2028	3.801.000 €
	9.801.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im IV. Quartal 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 13.152.942 € betragen.

72053 (neu)	**725**	**Westumfahrung Bahnhofstraße in Treptow-Köpenick**		**500.000**	
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**2.000.000**	
		Davon fällig 2026	**—**	**500.000**	
		Davon fällig 2027	**—**	**500.000**	
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**	
		Davon fällig 2029	**—**	**500.000**	

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Die Maßnahme wurde im Investitionsprogramm bislang bei Kapitel 0740, Titel 72002 nachgewiesen.

Die geplante „Westumfahrung Bahnhofstraße“ zwischen An der Wuhlheide und dem Knotenpunkt Mahlsdorfer Straße / Stellingdamm / Bahnhofstraße dient der dringenden Entlastung der Köpenicker Bahnhofstraße. Die hohen Verkehrsbelastungen auf der Bahnhofstraße wirken sich negativ auf den gesamten Köpenicker Raum aus. Die neue Trassenführung ist Bestandteil der sogenannten nördlichen Altstadtumfahrung und ist Voraussetzung für die weitere städtebauliche Entwicklung der historischen Köpenicker Altstadt und ihrer Vorstädte.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 9.000.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass 1. Teil-Bauplanungsunterlagen für die Freianlagenplanung im 3. Quartal 2023 vorliegen werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Es wurde noch kein Bauvertrag geschlossen.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	500.000 €
2026	1.000.000 €
2027	1.000.000 €
ab 2028	6.500.000 €
	9.000.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 3. Quartal 2029 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 12.726.000 € betragen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72059 (neu)	**725**	**Erneuerung der Märkischen Allee zwischen Mehrower Allee und S Ahrensfelde in Marzahn-Hellersdorf**	**500.000**	**2.500.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**8.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**2.000.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**2.000.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**500.000**		

Im Vorgriff auf den geplanten Bauablauf sind für die Vergabe der Bauhauptleistung sowie der baubegleitenden Leistungen in den Jahren 2024 und 2025 Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.

Die Maßnahme wurde im Investitionsprogramm bislang bei Kapitel 0740, Titel 72002 nachgewiesen.

Die Märkische Allee zwischen Mehrower Allee und S-Bahnhof Ahrensfelde hat im Zuge der B 158 als angebaute Hauptverkehrsstraße maßgebliche Verbindungsfunktionen zu erfüllen.
Der Streckenabschnitt soll grundhaft erneuert und in diesem Zuge entsprechend Mobilitätsgesetz beidseitig mit Geh- und Radwegen ausgestattet werden.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 17.000.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 3. Quartal 2023 vorliegen werden.

Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Es wurde noch kein Bauvertrag geschlossen.

Finanzierung:

2024 ……	500.000 €
2025 ……	2.500.000 €
2026 ……	2.500.000 €
2027 ……	2.500.000 €
ab 2028 ……	9.000.000 €
	17.000.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 2. Quartal 2029 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 24.344.000,00 € betragen.

72061 (neu)	**725**	**Verlängerung Rothenbachstraße bis zur Blankenburger Straße (Netzelement N1) in Pankow**		**—**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2030		**500.000**		

Im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn in 2026 ist für die Vergabe der Bauhauptleistung die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltjahr 2025 erforderlich.

Die Maßnahme wurde im Investitionsprogramm bislang bei Kapitel 0740, Titel 72002 nachgewiesen.

Das Netzelement N 1 zur Verlängerung der Rothenbachstraße bis zur Blankenburger Straße ist Bestandteil des Vorhabens „Verkehrslösung Heinersdorf“ zur Ergänzung des bestehenden Straßensystems, mit dem Ziel, hierdurch die Ortslage Heinersdorf vom Durchgangsverkehr zu entlasten (Umfahrung) und dadurch die Entwicklungsmöglichkeiten des historischen Ortskerns zu verbessern.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 5.714.000 € geschätzt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 4.Quartal 2024 vorliegen werden.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	0 €
2026	750.000 €
2027	1.000.000 €
ab 2028	3.964.000 €
	5.714.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist im 4. Quartal 2030 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 8.182.488 € betragen.

72200	**725**	**Maßnahmen des Grün- und Freiraumsystems im Stadtquartier Heidestraße (Brücken, Hafenbecken)**			**—**	**380,80**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
72211	**725**	**Neubau eines Straßentunnels von Reichpietschufer bis Heidestraße einschließlich Straßenbrücke über den Landwehrkanal**			**100.000**	**46.392,19** **R 394.844,48**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
72221	**725**	**Neubau einer Straßenbrücke über die Spree im Zuge der geplanten Süd-Ost-Verbindung einschließlich Stützwänden (Treptow-Köpenick)**	**100.000**	**10.000**	**150.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 11. Mai 2007, geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 29. Oktober 2014 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 30.Juli 2018 über insgesamt 51.931.292 € liegen vor.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % (rd. 5.194.000 €)

Finanzierung:

bis 2022	4.565.000€
2023	150.000 €
2024	100.000 €
2025	10.000 €
2026	10.000 €
2027	10.000 €
ab 2028	349.000 €
	5.194.000€

Die Gesamtkosten verringern sich durch Einsparungen bei der Baudurchführung. Sie sind zum jetzigen Zeitpunkt rechnerisch noch nicht ermittelbar und werden aus diesem Grund in voller Höhe ausgewiesen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72243	**725**	**Neubau der Nord- und Südseite der Brücke Am Bahndamm über die Wuhle in Treptow-Köpenick**	**100.000**	**250.000**	**100.000**	**44.119,22**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**4.050.000**	**3.800.000**		
		Davon fällig 2025	**250.000**			
		Davon fällig 2026	**2.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2027	**1.300.000**	**1.300.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 15. April 2011 über 1.230.000 € liegen vor. Eine Ergänzungsunterlage mit geschätzten Kosten von 3.285.000 €, die den Neubau der Südseite beinhaltet, ist in Vorbereitung. Die geschätzten Gesamtkosten erhöhen sich damit auf 4.515.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	96.000 €
2023	100.000 €
2024	100.000 €
2025	250.000 €
2026	2.500.000 €
2027	1.300.000 €
2028	169.000 €
	4.515.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72314	**623**	**Ausbau der Südpanke von Chausseestraße bis Habersaathstraße**	**20.000**	**10.000**	**21.000**	**284.213,35**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	90.302	0	0
VE Plan 2023	0	0	0

Die Baumaßnahme soll weitergeführt und in 2025 beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 17. August 2007 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 30. Januar 2017, vom 15. Februar 2018 und vom 15. Februar 2019 über insgesamt 6.827.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	6.423.000 €
2023	*374.000 €
2024	20.000 €
2025	10.000 €
	6.827.000 €

* Der Ansatz im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 21.000 € wird um 353.000 € auf 374.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit nach § 20 LHO Abs. 1 LHO verstärkt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72331	**623**	**Ausbau der Panke in Berlin Mitte und Pankow (Phase I)**	**10.000**	**10.000**	**100.000**	**—**

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen vom 19. Dezember 2008 und 30. Juni 2009 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 29. August 2013 über insgesamt 4.850.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	898.000 €
2023	100.000 €
2024	10.000 €
2025	10.000 €
2026	100.000 €
2027	300.000 €
ab 2028	3.432.000 €
	4.850.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72332	**623**	**Ausbau der Panke in Berlin Mitte und Pankow (Phase II)**	**3.000.000**	**3.000.000**	**2.000.000**	**643.739,86**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 2.500.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**6.000.000**
Davon fällig 2025	**3.000.000**	
Davon fällig 2026	**2.000.000**	**1.500.000**
Davon fällig 2027	**—**	**3.500.000**
Davon fällig 2028	**—**	**1.000.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.102.424	761.294	0
VE Plan 2023	1.500.000	2.500.000	0

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 23. September 2011 über 27.700.000 € liegen vor. Ergänzungsunterlagen aufgrund von Auflagen aus dem Planfeststellungsverfahren in Höhe von 582.000 € sind in Vorbereitung. Die Gesamtkosten erhöhen sich damit auf 28.282.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	2.508.000 €
2023	2.000.000 €
2024	3.000.000 €
2025	3.000.000 €
2026	3.500.000 €
2027	3.500.000 €
ab 2028	10.774.000 €
	28.282.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72701	**725**	**Neubau der Kynastbrücke über Bahnanlagen - Friedrichshain**			**—**	**20.621,15**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72703	**725**	**Neubau der Dunckerbrücke über Bahnanlagen im Zuge der Duncker-straße in Pankow**	**—**	**1.000.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**350.000**	**7.000.000**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.500.000**		

Im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn in 2025 ist für die Vergabe der Bauhauptleistungen die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2024 erforderlich. Die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2025 sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.
Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Es wurde noch kein Bauvertrag geschlossen.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der vorliegenden Kostenschätzung der Vorplanungsunterlage auf 8.100.000 € geschätzt.
Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 1. Quartal 2024 vorliegen.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den baulichen Zustand der Brücke, der damit verbundenen Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht sowie der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Straßenverkehrsinfrastruktur entsprechend der daraus resultierenden Dringlichkeit des Ersatzbaus nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Finanzierung:

2024 ……	0 €
2025 ……	1.000.000 €
2026 ……	4.000.000 €
2027 ……	1.500.000 €
ab 2028 ……	1.600.000 €
	8.100.000 €

Die Fertigstellung ist für 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 10.985.625 Euro betragen.

72704	**725**	**Neubau der Östlichen Bucher-Straßen- Brücke über Bahnanlagen im Zuge der Bucher Straße in Pankow**	**—**	**3.500.000**	**500.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**7.100.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.600.000**		

Im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn in 2025 ist für die Vergabe der Bauhauptleistungen für die Errichtung der Behelfsbrücke die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2024 erforderlich. Die weiteren Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2025 sind für die Beauftragung des Brückenersatzbaus vorgesehen.
Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	5.000.000	5.000.000	9.700.000

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.
Die Maßnahme soll begonnen werden. Ein Bauauftrag ist noch nicht vergeben.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	

Die Gesamtkosten werden auf 21.700.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass geprüfte 1. Teil-Bauplanungsunterlagen im 3. Quartal 2023 vorliegen werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind in Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs.3 LHO veranschlagt.

Finanzierung:

bis 2022	0 €
2023	*) 0 €
2024	0 €
2025	3.500.000 €
2026	6.500.000 €
2027	7.000.000 €
ab 2028	4.700.000 €
	21.700.000 €

*) Der Haushaltsansatz 2023 in Höhe von 500.000 € wird voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Die Fertigstellung ist für 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 30.244.375 € betragen.

72706	**725**	**Neubau der Sellheimbrücke über Bahnanlagen im Zuge des Karower Damms/Blankenburger Chaussee sowie der Laakebrücke in Pankow**	**200.000**	**300.000**	**800.000**		**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.
Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 02. Juli 2020 mit Gesamtkosten in Höhe von 20.121.000 € liegen vor.

Es wird erwartet, dass eine erste Teil-Bauplanungsunterlagen im 2. Quartal 2023 vorliegt.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 883 07).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % der förderfähigen Gesamtkosten (2.012.100 €).

Finanzierung:

bis 2022	51.000 €
2023	800.000 €
2024	200.000 €
2025	300.000 €
2026	300.000 €
2027	250.000 €
ab 2028	111.100 €
	2.012.100 €

Die Fertigstellung ist für 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 28.798.181,25 € betragen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	
72707 (neu)	**725**	**Neubau der Langen Brücke über die Dahme im Zuge der Müggelheimer Straße in Treptow-Köpenick**		**500.000**			

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Gesamtkosten werden auf 30.000.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 2. Quartal 2024 vorliegen werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 883 07).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % der förderfähigen Gesamtkosten (3.000.000 €).

Finanzierung:

2024	0 €
2025	500.000 €
2026	300.000 €
2027	600.000 €
ab 2028	1.600.000 €
	3.000.000 €

Die Fertigstellung ist für 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 40.125.000 Euro betragen.

72708	**725**	**Neubau der Südlichen Blumberger Damm Brücke über Gleisanlagen im Zuge des Blumberger Damms in Marzahn- Hellersdorf**	**420.000**	**400.000**	**420.000**		**—**

Deckungsvermerk: Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Ein Bauhauptauftrag wurde bereits vergeben.
Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen vom 18. November 2019 und geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen vom 12. Mai 2020 über insgesamt 19.229.000 € liegen vor.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % der förderfähigen Gesamtkosten (1.881.076 €) zuzüglich der nicht förderfähigen Ausgaben von 418.243 € über insgesamt 2.299.319 €, rd. 2.300.000 €

Finanzierung:

bis 2022	674.000€
2023	420.000 €
2024	420.000 €
2025	400.000 €
2026	380.000 €
2027	6.000 €
	2.300.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72710	**725**	**Neubau der Moltkebrücke im Zuge der Enzianstraße über Bahnanlagen in Steglitz- Zehlendorf**	**2.000.000**	**1.850.000**	**3.000.000**	**2.827.131,76**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	667.785	0	0
VE Plan 2023	0	0	0

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Ein Bauhauptauftrag wurde bereits vergeben.

Geprüfte 1. Teil-Bauplanungsunterlagen vom 06. November 2019 und geprüfte 2. Teil-Bauplanungsunterlagen vom 04. Februar 2020 über insgesamt 10.364.225 €, rund 10.364.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	3.344.000 €
2023	3.000.000 €
2024	2.000.000 €
2025	1.850.000 €
2026	170.000 €
	10.364.000 €

72714	**725**	**Neubau der Wuhletalbrücke im Zuge der Märkischen Allee in Marzahn-Hellersdorf**	**100.000**	**550.000**	**400.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

Die Gesamtkosten werden auf 15.000.000 € geschätzt.
Geprüfte 1. Teil-Bauplanungsunterlagen vom 04. Mai 2021 in Höhe von 2.003.000 € für den Abbruch der Wuhletalbrücke liegen vor. 2. Teil-Bauplanungsunterlagen für den Neubau der Wuhletalbrücke über 11.579.331,00 € wurden zur Prüfung eingereicht.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 883 07).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % der förderfähigen Gesamtkosten in Höhe von 1.500.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	90.000 €
2023	*50.000 €
2024	100.000 €
2025	550.000 €
2026	650.000 €
2027	50.000 €
ab 2028	10.000 €
	1.500.000 €

* Der Ansatz im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 400.000 € wird voraussichtlich in Höhe von 50.000 € zur Erbringung von Eigenanteilen in Anspruch genommen

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72715	**725**	**Neubau der Elsenbrücke**	**1.700.000**	**1.700.000**	**1.000.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Die Baumaßnahme gliedert sich in mehrere Bauabschnitte, welche sich in drei Teil-Bauplanungsunterlagen aufteilen.

Die Gesamtkosten werden auf 119.092.000 € geschätzt.

Geprüfte 1. Teil-Bauplanungsunterlagen vom 04. Februar 2020, geprüfte 2. Teil-Bauplanungsunterlagen vom 24. März 2021 und geprüfte 3. Teil-Bauplanungsunterlagen vom 16. Mai 2022 über insgesamt 116.779.000 € liegen vor.

Eine Ergänzungsunterlage mit geschätzten Mehrkosten in Höhe von 2.312.875 € befindet sich derzeit in der Aufstellung und soll im 3. Quartal 2023 vorliegen.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % der förderfähigen Gesamtkosten (11.909.000 €)

Finanzierung:

bis 2022	3.244.000 €
2023	1.000.000 €
2024	1.700.000 €
2025	1.700.000 €
2026	1.000.000 €
2027	1.400.000 €
ab 2028	1.865.000 €
	11.909.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024
72716 (neu)	**725**	**Neubau der Schönhauser Allee Brücke im Zuge der Schönhauser Allee in Berlin Pankow**	**431.000**

Deckungsvermerk: Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330,Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Brücke muss aufgrund des schadhaften baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Es wurde noch kein Bauvertrag geschlossen.

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 18. November 2021 über 34.526.000 € liegen vor.

Die Ausgaben sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im IV. Quartal 2023 vorliegen werden.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % (3.452.600 €).

Finanzierung:

Bauvorbereitung *)

bis 2022	181.000 €
2023	113.500 €
2024	100.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Bauphase:

2025	431.000 €
2026	600.000 €
2027	600.000 €
ab 2028	1.427.100 €
gesamt	3.452.600 €

*) Bei GRW-geförderten Maßnahmen erfolgt bereits die Bauvorbereitung aus Kapitel 1330 Titel 88307. Die Bauvorbereitung wird zu 100% aus diesem Titel bezahlt, der 10%ige Eigenanteil wird in Form einer Verfügungsbeschränkung bei haushaltswirtschaftlich verfügbaren Mitteln des Kapitels 0740 nachgewiesen.

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist für 2032 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 57.831.050 € betragen.

72717 (neu)	**725**	**Neubau der Mühlendammbrücke im Zuge der B 1 über die Spree in Berlin Mitte**	**50.000**	**300.000**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Es wurde noch kein Bauvertrag erteilt.
Die Baumaßnahme gliedert sich in mehrere Bauabschnitte.

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 23. Februar 2022 über 58.366.000,00 € liegen vor.

Die ersten Teil-Bauplanungsunterlagen für den Abbruch des Teilbauwerks 01 in Höhe von 11.103.045 € wurden zur Prüfung eingereicht.

Die Maßnahme wird im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landeseigenanteils von 10 % der nicht förderfähigen Gesamtkosten (5.836.600 €).

Finanzierung:

Bauvorbereitung *)

bis 2022	224.000 €
2023	50.000 €

Bauphase:

2024	50.000 €
2025	300.000 €
2026	1.000.000 €
2027	1.500.000 €
ab 2028	2.712.600 €
gesamt	5.836.600 €

*) Bei GRW-geförderten Maßnahmen erfolgt bereits die Bauvorbereitung aus Kapitel 1330 Titel 88307. Die Bauvorbereitung wird zu 100% aus diesem Titel bezahlt, der 10%ige Eigenanteil wird in Form einer Verfügungsbeschränkung bei haushaltswirtschaftlich verfügbaren Mitteln des Kapitels 0740 nachgewiesen.

Die Fertigstellung der Maßnahme ist für 2029 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 86.819.425 € betragen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72733	**725**	**Ersatzneubau der Hellersdorfer Brücken im Zuge der Eisenacher Straße in Berlin Marzahn-Hellersdorf**	**—**	**400.000**	**—**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.800.000**	**2.400.000**		
		Davon fällig 2025	**400.000**			
		Davon fällig 2026	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2027	**1.200.000**	**1.200.000**		

Im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn in 2025 ist für die Vergabe der Bauhauptleistungen die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2024 erforderlich. Die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2025 sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Die Brücke muss wegen ihres Zustandes und durch die notwendige Änderung der erforderlichen Verkehrsfläche durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Es wurde noch kein Bauvertrag geschlossen.

Die Gesamtkosten werden auf 3.836.000 € geschätzt.
Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im I. Quartal 2024 vorliegen.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind wegen der verkehrlichen übergeordneten Bedeutung nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Finanzierung:

2025	400.000 €
2026	1.200.000 €
2027	1.200.000 €
ab 2028	1.036.000 €
	3.836.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahmen ist für 2029 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 5.490.275 € betragen.

72769	**725**	**Neubau der Südlichen Rhinstraßenbrücke über Bahnanlagen**	**50.000**	**50.000**	**44.000**	**—**

Deckungsvermerk: Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Baumaßnahme befindet sich in der Ausfinanzierung.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 11. September 2015 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 25. April 2016 und vom 30. Juli 2018 über insgesamt 21.877.000 € liegen vor. Eine weitere Ergänzungsunterlage in Höhe von 1.505.000 € befindet sich in der Aufstellung. Daraus ergeben sich neue Gesamtkosten in Höhe von 23.382.000 €.

An den Gesamtkosten beteiligt sich die BVG mit 8.683.000 €.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % (1.469.900 €)

Finanzierung:

bis 2022	1.308.000 €
2023	44.000 €
2024	50.000 €
2025	50.000 €
2026	17.900 €
	1.469.900 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72770	**725**	**Neubau des Verkehrsknotens Landsberger Allee/Märkische Allee mit 3 Straßenbrücken und zugehörigen Rampen- und Verbindungsfahrbahnen sowie Instandsetzung des Fußgängertunnels**	**2.300.000**	**2.300.000**	**2.000.000**	**225.000,00**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	113.328	415.157	0
VE Plan 2023	0	0	0

Der „Verkehrsknoten Marzahn“, d. h. der Kreuzungsbereich von Landsberger und Märkischer Allee sowie Fern- und S-Bahn-Gleisanlagen mit seiner Vielzahl an Ingenieurbauwerken (mehrere Brücken und ein Fußgängertunnel) muss wegen des baulichen Zustandes der Bauwerke, aber auch auf Grund von Sicherheits- und Orientierungsproblemen als Resultat der unbefriedigenden Verkehrsführung grundhaft erneuert werden.

Die Maßnahme soll weitergeführt werden. Der 1. Bauhauptauftrag für den Brückenknoten 1 ist erteilt.

Die Gesamtbaumaßnahme gliedert sich in mehrere Bauabschnitte.

Es liegen die 1. geprüften Teil-Bauplanungsunterlagen für Ingenieurbauwerke des Brückenknotens 1 vom 29.März 2022 über 38.536.000 € sowie die 2. geprüften Teil-Bauplanungsunterlagen für Zusammenhangsmaßnahmen der Eisenbahngewerke vom 29.März 2022 über 4.410.000,00 € vor. Ergänzungsunterlagen zu den Teil-Bauplanungsunterlagen 1 und 2 infolge von höheren Submissionsergebnissen sind in Erarbeitung. Die Mehrkosten werden derzeit auf rund 10.650.000 € bei der Teil-Bauplanungsunterlage 1 und 10.590.000 € bei der Teil-Bauplanungsunterlage 2 eingeschätzt. Die voraussichtlichen Gesamtkosten erhöhen sich somit auf 172.003.004 €.

Die geprüften Teil-Bauplanungsunterlagen für Ingenieurbauwerke des Brückenknotens 2 (Teil-Bauplanungsunterlage 3-1 mit 30.076.587,17 € brutto) und des Brückenknoten 3 (Teil-Bauplanungsunterlage 3-2 mit 45.086.734,28 € brutto) liegen geprüft mit Datum vom 02.März 2023 vor. Die dann noch fehlenden Teil-Bauplanungsunterlagen werden bis zum 4. Quartal 2023 geprüft vorliegen.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % (17.200.300 €)

Finanzierung:

bis 2022	967.000 €
2023	2.000.000 €
2024	2.300.000 €
2025	2.300.000 €
2026	2.665.000 €
2027	3.000.000 €
ab 2028	3.968.300 €
	17.200.300 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72771	**725**	**Neubau Schiffbauer Damm – Brücke über die Panke**	**5.000**		**—**	**434.997,15**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Die Maßnahme ist baulich beendet und soll im Haushaltsjahr 2024 finanziell abgerechnet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 4. August 2017 und geprüfte Ergänzungsanlagen vom 4. November 2019 über insgesamt 2.661.000 € liegen vor.

Finanzierung	
bis 2022	2.077.000 €
2023	*) 75.000 €
2024	5.000 €
ab 2028	504.000 €
	2.661.000 €

*) Für das Haushaltsjahr 2023 war kein Ansatz vorgesehen. Für die finanzielle Abrechnung von Altverträgen werden außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von rund 75.000 € benötigt.

Die Gesamtkosten verringern sich durch Einsparungen bei der Baudurchführung. Sie sind zum jetzigen Zeitpunkt rechnerisch noch nicht ermittelbar und werden aus diesem Grund in voller Höhe ausgewiesen.

72772	**725**	**Neubau der Löffelbrücke über die Panke**	**10.000**	**10.000**	**—**	**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26. März 2013 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 28. Oktober 2019 über insgesamt 4.570.000 € liegen vor.

An den Gesamtkosten beteiligt sich die BVG mit 865.981 €.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Die förderfähigen Gesamtkosten betragen 3.703.162,20 €.

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % (370.316 €), zuzüglich der nicht förderfähigen Ausgaben von rd. 900 €, insgesamt 371.216 € (rd. 372.000 €).

Finanzierung:	
bis 2022	287.000 €
2023	0 €
2024	10.000 €
2025	10.000 €
ab 2028	65.000 €
	372.000 €

Die Gesamtkosten verringern sich durch Einsparungen bei der Baudurchführung. Sie sind zum jetzigen Zeitpunkt rechnerisch noch nicht ermittelbar und werden aus diesem Grund in voller Höhe ausgewiesen.

72773	**725**	**Neubau der Zimmermannstraßenbrücke über die Wuhle**			**—**	**1.671,28**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	
72775	**725**	**Neubau der Schmöckwitzwerder Fußgängerbrücke über den Oder-Spree-Kanal**	**10.000**	**10.000**	**62.000**	**2.238.261,62**	

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.900	0	0
VE Plan 2023	0	0	0

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 22. Juni 2017 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 14. Oktober 2022 über insgesamt 4.414.377 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022 ……	3.218.000 €
2023 ……	*) 1.176.377 €
2024 ……	10.000 €
2025 ……	10.000 €
	4.414.377 €

*) Die Maßnahme wurde bis 2023 aus dem Sonderprogramm Stadt & Land des BMDV gefördert. Dem Ansatz 2023 in Höhe von 62.000 T€ werden voraussichtlich Fördermittel in Höhe von 1.114.377 € zufließen (=1.176.377 €).

72776	**725**	**Technische Erneuerung der Überbauung Schlangenbader Straße (ÜBS)**	**2.500.000**	**2.500.000**	**1.000.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	3.000.000	3.000.000	1.000.000

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Es wurde noch kein Bauvertrag vergeben.

Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen vom 13. August 2012, 27. August 2012, 11. September 2012, 3. Dezember 2012 und vom 7. Dezember 2012 über insgesamt 23.555.000 € liegen vor.

Teile der Maßnahme (verkehrstechnische und betriebstechnische Ausstattung) in Höhe von 10.400.000 € werden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Veranschlagung des Landeseigenanteils von 10 % (1.040.000 €) zuzüglich der nicht förderfähigen Ausgaben (13.155.000 €).

Finanzierung:

bis 2022	864.977 €
2023	1.000.000 €
2024	2.500.000 €
2025	2.500.000 €
2026	2.000.000 €
2027	2.000.000 €
ab 2028	3.330.023 €
	14.195.000 €

Die Fertigstellung ist für 2029 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 32.293.625 € betragen.

72778	**725**	**Neubau der Pyramidenbrücke über die Wuhle in Köpenick**	**100.000**	**100.000**	**30.000**	**—**

Deckungsvermerk: Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.
Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12. Februar 2015 über 2.500.000 € liegen vor. Ergänzungsunterlagen in Höhe von 6.413.125,57 € sind in Vorbereitung. Die Gesamtkosten erhöhen sich damit auf 8.913.125,57 €.
An den Gesamtkosten beteiligt sich die BVG mit 1.648.297,71 €, so dass sich ein Kostenanteil für das Land Berlin in Höhe von 7.264.827,86 € ergibt.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % der förderfähigen Gesamtkosten (726.405,80 €) zuzüglich der nichtförderfähigen Ausgaben von 770,00 € über insgesamt 727.175,80 €, rd. 727.200 €

Finanzierung:

bis 2022	102.000 €
2023	30.000 €
2024	100.000 €
2025	100.000 €
2026	100.000 €
2027	80.000 €
ab 2028	215.200 €
	727.200 €

72780 (neu)	**725**	**Neubau der Köpenicker-Allee-Brücke über Bahnanlagen**		**2.000.000**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**3.000.000**
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**
		Davon fällig 2027	**—**	**500.000**
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**
		Davon fällig 2029	**—**	**500.000**
		Davon fällig 2030		**500.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden. Die Baumaßnahme soll begonnen werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Gesamtkosten werden auf 10.000.000 € geschätzt.
Es wird erwartet, dass erste Teil-Bauplanungsunterlagen im 2. Quartal 2024 vorliegen werden.

Der Erläuterungsbericht vom 18. April 2007 liegt vor.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Finanzierung:

2024 ……..	0 €
2025 ……...	2.000.000 €
2026 ……...	1.000.000 €
2027 ……...	500.000 €
ab 2028 ……	6.500.000 €
	10.000.000 €

Die Fertigstellung ist für 2030 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 14.875.000 € betragen.

72781	**725**	**Neubau der Salvador-Allende- Brücke über die Müggelspree**	**20.000**	**15.000**	**500.000**	**3.874,29**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 18. April 2016 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 21. März 2023 über insgesamt 42.212.000 € liegen vor.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

In den Gesamtkosten in Höhe von 42.212.000 € sind aktuell nichtförderfähige Ausgaben in Höhe von 10.974,63 € enthalten. Veranschlagung des Landeseigenanteils von 10 % (4.220.102,54 €) zzgl. der nicht förderfähige Kosten (10.974,63 €) entspricht 4.231.077,17 € bzw. rund 4.231.000 €.

Finanzierung:

bis 2022.....	3.498.000 €
2023	*) 698.000 €
2024	20.000 €
2025	15.000 €
	4.231.000 €

*) Der Ansatz 2023 (500.000 €) wird im Wege der Deckungsfähigkeit um 198.000 € auf 698.000 € zur Abrechnung des Bauvorhabens durch Sperre des Landesanteils bei anderen Investitionsmaßnahmen im Kapitel 0740 verstärkt.

72783	**725**	**Neubau der Fußgängerbrücke Waldbacher-Weg-Brücke über Bahnanlagen in Marzahn-Hellersdorf**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**6.519,68**

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 13. Mai 2016 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 6. Juni 2019 über insgesamt 4.778.330 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	4.251.000 €
2023	10.000 €
2024	10.000 €
ab 2028	508.000 €
	4.779.000 €

Die Gesamtkosten verringern sich durch Einsparungen bei der Baudurchführung. Sie sind zum jetzigen Zeitpunkt rechnerisch noch nicht ermittelbar und werden aus diesem Grund in voller Höhe ausgewiesen.

72785	**725**	**Neubau einer Fußgängerbrücke über die Panke im Schloßpark Niederschönhausen in Pankow (Schloßparkbrücke III)**	**200.000**	**200.000**	**50.000**		**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**360.000**	**160.000**			
		Davon fällig 2025	**200.000**				
		Davon fällig 2026	**100.000**	**100.000**			
		Davon fällig 2027	**60.000**	**60.000**			

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	300.000	150.000	0

Die VE 2023 wird nicht in Anspruch genommen.
Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden. Ein Bauauftrag wurde noch nicht erteilt.

Die Gesamtkosten werden auf 623.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 3. Quartal 2023 vorliegen werden.

Der Erläuterungsbericht vom 25. Oktober 2011 liegt vor.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Finanzierung:

2023	50.000 €
2024	200.000 €
2025	200.000 €
2026	100.000 €
2027	60.000 €
ab 2028	13.000 €
	623.000 €

Die Fertigstellung ist für 2025 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 728.131,25 € betragen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72786	**725**	**Neubau der Löwenbrücke (Fußgängerbrücke) über das Tiergartengewässer in Mitte**	**650.000**	**445.000**	**100.000**	**—**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	100.000	44.000	500.000

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Maßnahme soll weitergeführt werden. Der Bauauftrag wird im Haushaltsjahr 2023 vergeben.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 24. August 2020 über 1.444.410 € (rd. 1.445.000 €) liegen vor. Eine Ergänzungsunterlage mit voraussichtlichen Mehrkosten in Höhe von 1.185.300 € befindet sich in der Aufstellung.

Finanzierung:

2023	*) 1.480.000 €
2024	650.000 €
2025	445.000 €
2026	50.000 €
2027	5.000 €
	2.630.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Haushaltsansatz 2023 in Höhe von 100.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit um 1.380.000 € auf 1.480.000 € verstärkt.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72787	**725**	**Neubau der Neuen Fahlenbergbrücke über den Gosener Kanal im Zuge der Gosener Landstraße in Treptow-Köpenick**	**2.500.000**	**1.250.000**	**1.500.000**	**1.712.901,30**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.409.427,06	0	0
VE Plan 2023	0	0	0

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 4. August 2017 über 5.702.000 € liegen vor.
Eine Ergänzungsunterlage mit geschätzten Kosten in Höhe von 4.854.210 € befindet sich in der Vorbereitung.
Die Gesamtkosten erhöhen sich damit auf 10.556.210 € (rd. 10.557.000 €).

Finanzierung:

bis 2022	3.101.000 €
2023	*) 3.550.000 €
2024	2.500.000 €
2025	1.250.000 €
2026	100.000 €
2027	50.000 €
2028	6.000 €
	10.557.000 €

*) In Anpassung auf den Baufortschritt wird der Haushaltsansatz 2023 in Höhe von 1.500.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit um 2.050.000 € auf 3.550.000 € verstärkt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72788 (neu)	**725**	**Neubau der Gertraudenbrücke**		**—**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**31.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**8.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2030		**3.000.000**		

Im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn in 2026 ist für die Vergabe der Bauhauptleistungen die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2025 erforderlich.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Gesamtkosten werden auf 40.000.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass erste Teil-Bauplanungsunterlagen im 4. Quartal 2024 vorliegen werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	0 €
2026	11.000.000 €
2027	10.000.000 €
ab 2028	19.000.000 €
	40.000.000 €

Die Fertigstellung ist für 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 52.000.000 € betragen.

72789 (neu)	**725**	**Neubau der Spittelmarktbrücke**		**—**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**4.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.500.000**		

Im Vorgriff auf den geplanten Baubeginn in 2026 ist für die Vergabe der Bauhauptleistungen die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2025 erforderlich.

Die Brücke muss wegen ihres schlechten baulichen Zustandes durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Gesamtkosten werden auf 10.000.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im 4. Quartal 2024 vorliegen werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Finanzierung:

2024	0 €
2025	0 €
2026	4.500.000 €
2027	4.000.000 €
ab 2028	1.500.000 €
	10.000.000 €

Die Fertigstellung ist für 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 13.000.000 € betragen.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72822	**731**	**Neubau der Pumpstation Dianasee in Charlottenburg-Wilmersdorf**	**10.000**	**10.000**	**46.000**	**542.018,52**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	86.075	0	0
VE Plan 2023	0	0	0

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden und in 2025 beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 3. September 2009 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 20. März 2018 und 18. Juli 2019 über insgesamt 3.450.000 € liegen vor. Die Gesamtkosten werden sich voraussichtlich um 150.000 € auf 3.600.000 € erhöhen.

Finanzierung:

bis 2022	3.206.000 €
2023	* 374.000 €
2024	10.000 €
2025	10.000 €
ab 2026	0 €
	3.600.000 €

* Der Ansatz in 2023 in Höhe von 46.000 € wird voraussichtlich um 328.000 € auf 374.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit nach § 20 LHO Abs. 1 LHO verstärkt.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72823	**731**	**Neubau der Uferbefestigung Bonhoefferufer (Spree)**	**637.000**	**500.000**	**500.000**	**—**

Deckungsvermerk: Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Uferbefestigung des rechten Ufers der Spree beidseitig der Schlossbrücke am Bonhoefferufer muss wegen des schlechten Bauwerkszustandes erneuert werden.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 23. Dezember 2016 über 24.960.000 € liegen vor. Eine Ergänzungsunterlage mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 4.700.000 € wird derzeit erstellt. Damit erhöhen sich die Gesamtkosten auf 29.660.000 €.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % (2.966.000 €).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Finanzierung:
bis 2022 ..... 1.256.000 €
2023 ..... 500.000 €
2024 ..... 637.000 €
2025 ..... 500.000 €
2026 ..... 67.000 €
2027 ..... 6.000 €
ab 2028 ..... 0 €
2.966.000 €

72824	**731**	**Neubau der Uferbefestigung Wikingerufer (Spree)**	**100.000**	**42.000**	**100.000**	**—**

Deckungsvermerk: Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Uferbefestigung am Wikingerufer des rechten Ufers der Spree zwischen Gotzkowskybrücke und der Wullenweberstraße muss infolge nicht nachweisbarer Standsicherheit erneuert werden.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 23. Dezember 2016 über 19.613.000 € liegen vor.

Die Maßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Landesanteils von 10 % (1.961.300 €)

Finanzierung:
bis 2022 ..... 1.703.000 €
2023 ..... 100.000 €
2024 ..... 100.000 €
2025 ..... 42.000 €
2026 ..... 16.300 €
1.961.300 €

72825	**731**	**Neubau des Sedimentfangs im Bäketeich in Steglitz-Zehlendorf**	**30.000**	**8.000**	**820.000**	**752.273,66**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	50.000	0	0

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden und in 2026 beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12. April 2016 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 19. Juni 2019 über insgesamt 3.600.000 € liegen vor.

Finanzierung:
bis 2022 ..... 2.557.000 €
2023 ..... 820.000 €
2024 ..... 30.000 €
2025 ..... 8.000 €
2026 ..... 1.000 €
*) 3.416.000 €

* Die Gesamtkosten der Baumaßnahme in Höhe von 3.600.000 € verringern sich um 184.000 € auf 3.416.000 €.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72830 (neu)	**731**	**Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) von Mühlendammschleuse (km 17,8) bis zur Elsenbrücke (km 22,0)**	**500.000**	**500.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**1.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Im Spreeabschnitt km 17.8 (Mühlendammschleuse) bis km 22.0 (Elsenbrücke) ist das Land Berlin in wesentlichen Teilen Eigentümer und Unterhaltungspflichtiger der Uferbefestigungen.
Im Hinblick auf den baulichen Zustand der Uferwände und zur Vermeidung möglicher Folgeschäden für die angrenzenden Landflächen ist entsprechend der daraus resultierenden Dringlichkeit die Maßnahme umzusetzen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 90.000.000 € geschätzt.

Teil-Bauplanungsunterlagen werden voraussichtlich im II. Quartal 2023 vorliegen.

Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Ein Bauauftrag wurde noch nicht erteilt.

Finanzierung:

bis 2023	0 €
2024	500.000 €
2025	500.000 €
2026	5.000.000 €
2027	5.000.000 €
ab 2028	79.000.000 €
	90.000.000 €

Die Fertigstellung der Maßnahme ist für 2033 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 157.500.000 € betragen.

72845	**731**	**Neubau der Uferbefestigung am Nordgraben in Reinickendorf zwischen Oranienburger Straße und Schorfheidestraße**			**—**	**2.306,70**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
72849	**731**	**Neubau der Uferbefestigung der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) von Schleuse Charlottenburg (km 6,5) bis Humboldthafen (km 14,5)**	**1.500.000**	**3.000.000**	**1.500.000**	**—**

Deckungsvermerk: Der Titel ist einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307. Der Deckungsvermerk in den Allgemeinen Erläuterungen des Kapitels 0740 gilt fort.

Die Uferwände der Spree-Oder-Wasserstraße (SOW) zwischen dem Humboldthafen und dem Oberwasser der Schleuse Charlottenburg müssen auf Grundlage vertiefter Untersuchungen erneuert werden. Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Die abgelaufene Nutzungsdauer (80 Jahre), bekannte Schäden und die landseitigen Verkehrslastveränderungen im Zuge der städtischen Entwicklung erfordern in Verbindung mit der Verpflichtung des Landes zur Unterhaltung der Uferwände dringend die umfangreiche Erneuerung der Uferwände in dem relevanten Spree-Abschnitt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Vorplanungsunterlagen, bestehend aus 1. Teil-Vorplanungsunterlage in Höhe von 170.725.730 € vom 30. Oktober 2020 und 2. Teil-Vorplanungsunterlage vom 16. April 2021 in Höhe von 160.287.050 € liegen vor. Die 3. Teil-Vorplanungsunterlage in Höhe von 2.987.200 € wird vorbereitet, somit betragen die Gesamtkosten 334.000.000 €.

Zu vorgezogenen Sicherungsmaßnahmen liegen geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen vom 23. September 2019 über 4.992.000 € für die erste Sofortsicherung und eine zweite Teil-Bauplanungsunterlage vom 09. Februar 2021 in Höhe von 6.600.000 € für die 2. Sofortsicherung vor. Beide Teil-Bauplanungsunterlagen sind betraglich in den Vorplanungsunterlagen enthalten.

In den Gesamtkosten sind aktuell geschätzte nicht förderfähige Kosten für Grunderwerbsleistungen und Kampfmittelbeseitigungen in Höhe von 20.040.000 € enthalten.

Die Maßnahme wird im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Die erste vorläufige Teilförderzusage der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe liegt vor. Eine weitere Förderung für die Teilabschnitte wird angestrebt.

Veranschlagung des Landeseigenanteils von 10 % (31.396.000 €) zzgl. der nicht förderfähige Kosten (20.040.000 €), entspricht 51.436.900 €.

Finanzierung:

bis 2022	984.000 €
2023	1.500.000 €
2024	1.500.000 €
2025	3.000.000 €
2026	5.000.000 €
2027	5.000.000 €
ab 2028	34.452.000 €
	51.436.000 €

72850	**731**	**Neubau der Schleuse Neukölln sowie brückennaher Uferwände des Neuköllner Schifffahrtskanal im Bereich der Teupitzer -, Treptower-, Wildenbruch- und der Lohmühlenbrücke**	**1.000.000**	**1.500.000**	**300.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.600.000**	**8.950.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**3.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**1.600.000**	**5.400.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**2.050.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000.000	1.500.000	1.500.000

Die seit 1912 bestehende Schleuse Neukölln hat das Ende ihrer Lebensdauer erreicht. Die Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit der Anlage werden zurzeit nur provisorisch gesichert. Die über 100 Jahre alte Bausubstanz der Schleuse Neukölln und insbesondere die brückennahen Uferwände müssen auf Grundlage von Untersuchungen erneuert werden. Das hohe Alter der Bausubstanz und die erheblichen Schäden in der Massivbausubstanz der Schleuse könnten zu einem vollständigen Ausfall der Schleusenanlage führen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 100.000.000 € geschätzt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Baumaßnahme soll begonnen werden. Ein Bauauftrag wurde noch nicht erteilt.

1. Teil-Bauplanungsunterlagen vom 14. Oktober 2021 über 13.562.000 € liegen vor.

Ein Erläuterungsbericht vom 5. Dezember 2014 liegt vor.

Finanzierung:

2023	300.000 €
2024	1.000.000 €
2025	1.500.000 €
2026	5.000.000 €
2027	7.000.000 €
ab 2028	85.200.000 €
	100.000.000 €

Die Fertigstellung ist für das 3. Quartal 2032 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt rund 180.625.000 € betragen.

81179	**725**	**Fahrzeuge**	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**74.822,08**

Erneuerung/Umrüstung des Fahrzeugbestands
2 Dienstfahrzeuge (Elektro-/Hybridumrüstung)

82264	**725**	**Kauf von unbebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**—**

Erwerb von Grundstücken und Sicherung von dinglichen Rechten an Flächen, die im Rahmen der Gewässerunterhaltung und der Unterhaltung von Ingenieurbauwerken benötigt oder dauerhaft beschränkt werden müssen.

82265	**725**	**Kauf von unbebauten Grundstücken für von Dritten geförderte Investitionsmaßnahmen**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000**	**—**

Sperrvermerk:
Die Ausgaben sind bis zum Vorliegen einer Zahlungsaufforderung gesperrt.

Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit dem Neubau einer Straßenverbindung von Oberspreestraße bis Glienicker Weg (TVO)

Auf der Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses zur TVO I sind noch zwei Enteignungsverfahren anhängig (Grundstücke Elsenstraße und Wildenbruchstraße), die zwischen der Enteignungsbehörde und dem Gutachterausschuss noch nicht endgültig vermögensrechtlich abgeschlossen sind.

88101	**725**	**Anteil Berlins an der Vorbereitung und Durchführung von Verkehrswegebaumaßnahmen des Bundes**	**2.605.000**	**2.090.000**	**4.500.000**	**2.939.160,00**

An den Bund (Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung und Bundesfernstraßenverwaltung) zu leistender Vorteilsausgleich für ersparte Unterhaltungsaufwendungen bei Baumaßnahmen:

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV):

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1.	Neubau der Rathausbrücke über die Spree	5.000	5.000	0	785.060
2.	Neubau der Neuen Fahlenbergbrücke	250.000	60.000	0	0
3.	Neubau der Schmöckwitzwerder Fußgängerbrücke über den Oder-Spree-Kanal	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
		1.255.000	1.065.000	1.000.000	785.060

Bundesfernstraßenverwaltung:

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1.	Neubau der Freybrücke	350.000	25.000	2.500.000	2.154.100
2.	Neubau der westl. Bucher-Straßen-Brücke / AS Bucher Straße im Zuge der Erneuerung der BAB A 114	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
		1.350.000	1.025.000	3.500.000	2.154.100

89115	**725**	**Bau von Radschnellwegen**	**320.000**	**310.000**	**410.000**	**283.336,49**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 300.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**1.000.000**	
Davon fällig 2025	**300.000**		
Davon fällig 2026	**300.000**	**700.000**	
Davon fällig 2027	**—**	**300.000**	

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 52108, 68228, 68229 und 89116 sowie Kapitel 0730 Titel 52108, 52143, 52609 und 72016 und Kapitel 2707 Titel 52108, 72016. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	410.000	0	0
VE Plan 2023	410.000	410.000	0

Der Bund stellt im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung bis 2030 Mittel zum Bau von Radschnellwegen zur Verfügung. Der Fördersatz der Maßnahmen beträgt bis zu 75 % der förderfähigen Kosten, die über den Einnahmetitel 33190 gedeckt werden.

Ausgabenseitige Veranschlagung des mind. 25 %igen Komplementäranteils des Landes Berlin zu den Finanzhilfen des Bundes zur Förderung des Baus von Radschnellwegen, der durch die zweckgebundenen Einnahmen des Titel 33190 erhöht wird. Die Förderhöhe des Bundes ist von den ausgewählten Maßnahmen abhängig.
Es liegt ein Förderbescheid für die Radschnellverbindung 3 – Königsweg – vor.

Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 der GB infraVelo GmbH sind am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 0740 dargestellt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Angaben zum Gender Budget:

Es wird Bezug auf die Beschäftigten im geförderten Unternehmen genommen.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	20	14	18	20	18	16
Relativ	58,8	41,2	47,4%	52,6%	52,9%	47,1%
Ressourcen (in T €)	1.296,91	907,83	1.374,37	975,61	1.241,60	1.145,15

Zielgruppe:	Beschäftigte der GB infraVelo GmbH
Zielsetzung:	Mit der Selbstverpflichtung zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) erfüllt die GB infraVelo GmbH die Anforderungen zum Thema Gleichstellung. In diesem Zusammenhang verpflichtet sich die Geschäftsführung, Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von allen Geschlechtern umzusetzen, um den Abbau von potenziellen Benachteiligungen zu fördern.
Steuerungsmaßnahmen:	Im Rahmen der innerbetrieblichen Personalentwicklung wird darauf geachtet, dass Frauen an Aufstiegsmöglichkeiten verstärkt partizipieren können. Darüber hinaus werden die Beschäftigten durch eine Flexibilisierung des Arbeitsalltags durch die Umsetzung des Modells „Flexibles Arbeiten“ (Arbeiten an anderem Ort) und Digitalisierung der Prozesse unterstützt.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89116	**725**	**Zuschüsse an die GB infraVelo GmbH zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verbesserung der gesamtstädtischen Radwegeinfrastruktur**	**2.500.000**	**2.500.000**	**2.500.000**	**411.230,52**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 500.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 1.735.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.735.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**3.450.000**	**3.500.000**
Davon fällig 2025	**1.950.000**	
Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.500.000**
Davon fällig 2027	**500.000**	**2.000.000**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 52108, 68228, 68229 und 89115 sowie Kapitel 0730 Titel 52108, 52143, 52609 und 72016 und Kapitel 2707 Titel 52108, 72016. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung von überjährigen Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	543.411	0
VE Plan 2023	500.000	500.000	0

Die GB infraVelo leistet Bauherren-, Projektsteuerungs-, Projektmanagement- sowie Baumanagementaufgaben im Zusammenhang mit Infrastrukturmaßnahmen insbesondere Radverkehrsinfrastruktur für das Land Berlin. Neben den nach dem Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz der Hauptverwaltung zugewiesenen Themen, die im Einzelnen als Aufgabe an die GB infraVelo übertragen werden, erfolgt eine Entlastung der für die Berliner Radverkehrsinfrastruktur zuständigen Baulastträger i.d.R. die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter bei zumeist überbezirklichen oder größeren Projekten und Objekten. Die Maßnahmen fördern die verkehrsmittelübergreifenden Ziele gemäß §§ 3 – 15 Mobilitätsgesetz.

Hierfür erhält die GB infraVelo GmbH Zuschüsse zur Umsetzung überbezirklich abgestimmter Investitionsmaßnahmen. Darüber hinaus wird für eine eventuelle Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ die Komplementärfinanzierung der geförderten Maßnahmen sichergestellt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Folgende Maßnahmen werden u.a. durchgeführt:

- Gesicherte Radabstellanlagen im Förderprogramm Stadt & Land
- Fahrradabstellanlagen Bike + Ride Offensive
- Radfernweg (RFW) - Spree-Radweg (West)
- Radfernweg (FRW) - R1 Wasserweg (Anbindung Spreepark)
- Überbezirkliche Radverkehrsanlagen
- Fahrradabstellanlagen / Fahrradparkhäuser

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 33190.

In den Ansätzen 2024 und 2025 sind Mittel i. H. v. jeweils 1.735.000 € aus dem Innovationsförderfonds (IFF) für Innovationen bei der Radverkehrsinfrastruktur enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 der GB infraVelo GmbH sind am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 0740 dargestellt.

Angaben zum Gender Budget:

Es wird Bezug auf die Beschäftigten im geförderten Unternehmen genommen.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	20	14	18	20	18	16
Relativ	58,8	41,2	47,4%	52,6%	52,9%	47,1%
Ressourcen (in T €)	1.296,91	907,83	1.374,37	975,61	1.241,60	1.145,15

Zielgruppe:	Beschäftigte der GB infraVelo GmbH
Zielsetzung:	Mit der Selbstverpflichtung zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) erfüllt die GB infraVelo GmbH die Anforderungen zum Thema Gleichstellung. In diesem Zusammenhang verpflichtet sich die Geschäftsführung, Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von allen Geschlechtern umzusetzen, um den Abbau von potenziellen Benachteiligungen zu fördern.
Steuerungsmaßnahmen:	Im Rahmen der innerbetrieblichen Personalentwicklung wird darauf geachtet, dass Frauen an Aufstiegsmöglichkeiten verstärkt partizipieren können. Darüber hinaus werden die Beschäftigten durch eine Flexibilisierung des Arbeitsalltags durch die Umsetzung des Modells „Flexibles Arbeiten“ (Arbeiten an anderem Ort) und Digitalisierung der Prozesse unterstützt.

89201	**711**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**	**10.000**	**263.000**	**—**	**1.568.045,43**

An die Deutsche Bahn AG (DB AG) zu leistender Vorteilsausgleich für ersparte Unterhaltungsaufwendungen durch den von der DB AG mitfinanzierten Neubau von Brücken- und Ingenieurbauwerken über Bahnanlagen

Die Ausgaben zur Finanzierung des Vorteilsausgleichs im Zusammenhang mit Eisenbahnbrücken sind bei Kapitel 0730, Titel 89201 veranschlagt.

Mehr in 2025 zur Erstattung des Vorteilsausgleich für den Berührungsschutz an der Blockdammbrücke gemäß der Vereinbarung über eine Eisenbahnkreuzungsmaßnahme nach §§ 3, 12 Abs. 1 Nr. 1 EKrG zwischen der DB Netz AG und dem Land Berlin

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89389	725	Anteiliger Handlungsbedarf bei sonstigen Investitionen	—	—	-5.000.000	—
98103	890	Kommunaler Anteil an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung	—	—	—	3.793.931,66
		Gesamtausgaben	171.609.900	197.385.900	159.096.700	121.633.364,59
		Prozentuale Veränderung	7,9 %	15,0 %		

Abschluss Kapitel 0740

111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	468.000	468.000	498.800	872.324,37
211-299	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	6.111.900	6.122.900	7.265.900	8.906.401,11
311-347	Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	1.730.000	1.700.000	1.625.000	2.929.901,76
	Gesamteinnahmen	8.309.900	8.290.900	9.389.700	12.708.627,24
411-462	Personalausgaben	21.248.000	22.098.000	21.331.200	17.088.433,94
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	86.881.900	93.493.900	74.259.500	62.383.437,97
611-699	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.077.000	13.060.000	13.342.000	9.210.594,40
700-739	Investitionsausgaben für bauliche Zwecke	43.343.000	61.946.000	46.129.000	23.880.372,10
811-899	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	7.060.000	6.788.000	4.035.000	5.276.594,52
911-989	Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	3.793.931,66
	Gesamtausgaben	171.609.900	197.385.900	159.096.700	121.633.364,59
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-163.300.000	-189.095.000	-149.707.000	-108.924.737,35

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001160 Effizienter Tiefbau

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	9	Personalkosten	8.964.402	10.092.028	-11,17
Kostenträger	125	Sachkosten	57.473.685	56.543.284	+1,65
davon		Transferkosten	1.097.929	875.505	+25,41
Produkte	23	Verrechnungskosten	397.470	983.396	-59,58
MGF	0	kalkulatorische Kosten	592.570	702.513	-15,65
Projekte	102	Gemeinkosten	12.871.997	11.992.238	+7,34
		Summe Verwaltungskosten	81.398.054	81.188.964	+0,26
		Transfers	4.564.205	112.200	+3.967,92
		Gesamtsumme	85.962.259	81.301.164	+5,73

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005176	2022	10.947.456	4.507.205	15.454.661
V - Straße/Umwelt-Entwurf/Ausführung// Neubau-Entwurf/Ausführung Land	2021	11.748.647	0	11.748.647

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28135	2022	204.381	0	204.381
HönowerStr-Hultschiner D.	2021	226.822	0	226.822

	2022	2021
Menge:	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,24	0,28
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	2.206.021,90	0,00
Kostendeckungsgrad in %	1.079,36	0,00

Fachspezifische Informationen

Mit der Herstellung bzw. Verlagerung der Straßenverbindung – Straße An der Schule wird eine leistungsfähige Trasse geschaffen, die für die notwendige Reorganisation und verkehrliche Entlastung des historischen Ortskerns erforderlich ist. Gleichzeitig werden dadurch die Defizite im Verkehrsfluss beseitigt und eine Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht. Ziel ist auch die Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten nördlich und südlich der der Bundesstraße B 1/5.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28181	2022	763.612	0	763.612
TVO	2021	760.899	0	760.899

	2022	2021
Menge:	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,89	0,94
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Fachspezifische Informationen

Neubau einer 4-spurigen Stadtstraße mit einer übergeordneten Verbindungs-/Erschließungsfunktion zwischen der Märkischen Allee (B 158) und der Straße An der Wuhlheide (Weiterbau der TVO – Tangentialverbindung Ost)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28240	2022	358.048	0	358.048
Marzahner Knoten	2021	341.931	0	341.931

	2022	2021
Menge:	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,42	0,42
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	25.925,17
Kostendeckungsgrad in %	0,00	7,58

Fachspezifische Informationen

Der „Verkehrsknoten Marzahn“, d. h. der Kreuzungsbereich von Landsberger und Märkischer Allee sowie Fern- und S-Bahn-Gleisanlagen mit seiner Vielzahl an Ingenieurbauwerken (mehrere Brücken und ein Fußgängertunnel) muss wegen des baulichen Zustandes der Bauwerke, aber auch auf Grund von Sicherheits- und Orientierungsproblemen als Resultat der unbefriedigenden Verkehrsführung grundhaft erneuert werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28351	2022	193.399	0	193.399
Schönhauser Allee-Brücke	2021	216.169	0	216.169

	2022	2021
Menge:	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,22	0,27
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	993.090,04	0,00
Kostendeckungsgrad in %	513,49	0,00

Fachspezifische Informationen

Aufgrund des schadhaften baulichen Zustandes des Bestandsbauwerkes ist der Neubau der Schönhauser-Allee-Brücke im Zuge der Schönhauser Allee in Berlin Pankow erforderlich. Die Planungen wurden begonnen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28355	2022	125.696	0	125.696
Petersburger Straße	2021	169.709	0	169.709

	2022	2021
Menge:	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,15	0,21
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	260.598,79	0,00
Kostendeckungsgrad in %	207,32	0,00

Fachspezifische Informationen

Die grundhafte Erneuerung der Petersburger Straße betrifft den Abschnitt zwischen Bersarinplatz und Landsberger Allee (Länge ca. 900 m) und hat unter Berücksichtigung der verkehrlichen Bedürfnisse und Anforderungen eine Neugestaltung des Straßenquerschnittes zum Ziel.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80124	2022	904.308	0	904.308
Investive Maßnahmen an Bundes- und Stadtstraßen in Baulast des Landes	2021	1.149.976	0	1.149.976

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Maßnahmen	20	20
Kosten je ME in €	45.215,40	57.498,80
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,05	1,41
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	4.117,92	23.197,98
Kostendeckungsgrad in %	0,46	2,02

Im Rahmen der allgemeinen Pflichten des Trägers der Baulast erfolgen Planung, Entwurf und Durchführung investiver Tiefbaumaßnahmen an Bundes- und Stadtstraßen in Baulast des Landes. Dazu sind Ingenieurleistungen und Leistungen des Bauherrn zu erbringen.
Hier werden Maßnahmen erfasst, für die (noch) keine separate Projekterfassung erfolgt ist.

Ziele 1. Teil:
Erstellung (Neubau, Umbau und Erneuerung) von Straßen (Bundes- und Stadtstraßen in Baulast des Landes) zur Nutzung für den fließenden und ruhenden Verkehr im Rahmen der Zuständigkeit im Land Berlin.

Fachspezifische Informationen

Die Kosten je Mengeneinheit schwanken stark aufgrund der unterschiedlichen Projektgrößen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80125	2022	1.888.395	1.568.045	3.456.440
Investive Maßnahmen an Ingenieurbauwerken	2021	1.646.759	0	1.646.759

	2022	2021
Menge: Anzahl der Maßnahmen	20	20
Kosten je ME in €	94.419,70	82.337,95
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,02	2,03
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	65,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Die Mengen wurden nachermittelt und betragen für die Jahre 2021 und 2022 jeweils 20 Maßnahmen.
Im Rahmen der allgemeinen Pflichten des Trägers der Baulast erfolgen Planung, Entwurf und Durchführung (Leistungsphasen 1 bis 9 der HOAI) investiver Tiefbaumaßnahmen (Ingenieurbauwerke). Dazu sind Ingenieurleistungen und Leistungen des Bauherrn zu erbringen.
Hier werden Maßnahmen erfasst, für die (noch) keine separate Projekterfassung erfolgt ist.

Ziele 1. Teil:
Erstellung von Brücken und anderen Ingenieurbauwerken zur Nutzung für den fließenden und ruhenden Verkehr im Rahmen der Zuständigkeit im Land Berlin.

Fachspezifische Informationen

Die Kosten je Mengeneinheit schwanken stark aufgrund der unterschiedlichen Projektgrößen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005292	2022	872.348	0	872.348
V Finanzierung / ImmobilienM / Entschädigung	2021	999.439	0	999.439

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80186	2022	872.348	0	872.348
Gewässervermögen (Version 13: 65610, 65611, 65612)	2021	999.439	0	999.439

	2022	2021
Menge: Anzahl der bewirtschafteten qm	4.481.394	4.519.780
Kosten je ME in €	0,19	0,22
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,01	1,23
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	217.582,33	219.967,96
Kostendeckungsgrad in %	24,94	22,01

Bewirtschaftung des landeseigenen Gewässervermögens.
Dazu gehören die Sicherung des Bestandes, die Übernahme von Flächen im Rahmen der Vermögenszuordnung, die Abgabe von nicht mehr für Gewässerzwecke benötigter Flächen an andere Vermögensträger des Landes Berlin, die Verwaltung von für die Gewässerunterhaltung benötigten Anlagen sowie der Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen, Pachtverträgen und Nutzungsverträgen mit Dritten über die Nutzung der Ufer- und Wasserflächen, z. B. durch Einleitungsbauwerke, Steganlagen, Bojen etc.. Derzeitig sind rd. 530 geschlossene Verträge mit Dritten zu überwachen. Die Mengen – Anzahl der bewirtschafteten Quadratmeter - wurden nachermittelt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005418	2022	9.715.613	57.000	9.772.613
V Gewässerunterhaltung	2021	11.673.420	112.200	11.785.620

Die Gewässerunterhaltung, ist nach Nr. 10 (12) ZustKat AZG für die Gewässer erster und fließende Gewässer zweiter Ordnung einschließlich Uferanlagen, Häfen, Umschlags- und Liegestellen mit Ausnahme der Sportbootstege verantwortlich (Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft; Kapitel 0740, Titel 52103). Weiterhin werden die Dränagen im öffentlichen Straßenland, die Seewasserregulierungsanlage Habermannsee und die Grundwasserregulierungsanlage Glockenblumenweg betrieben (Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen in Gebieten Berlins mit hohen Grundwasser- ständen; Kapitel 0740 Titel 52105). Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Situation der wasserseitigen Uferbereiche, insbesondere zum Röhrichtschutz durchgeführt (Ufersanierung; Kapitel 0740, Titel 52117). Die Aufgaben in dieser Gruppe werden im Kostenträger 79839 Instandhaltung Gewässer erster und zweiter Ordnung zusammengefasst.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79839	2022	9.715.613	57.000	9.772.613
Instandhaltung Gewässer Erster und Zweiter Ordnung (V11/2007: PNrn. 65616, 65617, 65618)	2021	11.673.420	112.200	11.785.620

	2022	2021
Menge: Anzahl der Einzelmaßnahmen, Anzahl der (Bürger-)Beschwerden	500	708
Kosten je ME in €	19.431,23	16.487,88
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	11,37	14,50
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	781.424,55	605.238,39
IST - Erträge in €	17.128,28	17.128,28
Kostendeckungsgrad in %	0,18	0,15

Die Mengen für 2022 wurden nachermittelt und betragen 500 Einzelmaßnahmen.
Örtliche Bauleitung und Bauoberleitung für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit an den Gewässern einschl. Dokumentation und Gewährleistungsüberwachung sowie Unterhaltung und Inspektionen (z.B. Gewässerbett, Rohrleitungen, wasserwirtschaftliche Anlagen und Bäume einschl. Ufer, Wege, Treppen, Geländer, Fußgängerstege, Rettungseinrichtungen, Zäune, Polder, Ein-/Ausläufe, Stirnwände, Düker, Durchlässe, Schächte, Schieber, Geländer, Treppen, Pumpwerke, Schöpf - werke, Wehre, Abstürze, Rechen, Krautfänge, Tosbecken, Sandfänge, RHBs, Öl-/Algensperren, Oberflächenwasser - reinigungsanlagen, Messstationen, Sohlgleiten, Fischpässe, Röhrichtschutzbauwerke, Dränagen)

Ziele 1. Teil:
Gefahrenabwehr für die Bevölkerung, Unfallvermeidung, Sicherstellung der Sicherheit und der Leichtigkeit des Schiffsverkehrs auf den landeseigenen Gewässern 1. Ordnung

Fachspezifische Informationen

Die Fallzahlen werden durch äußere Einflüsse, wie Witterungserscheinungen (z.B. Starkregen, Stürme), biologische Vorkommnisse (z.B. Fischsterben, starkes Krautwachstum) oder menschliches Verhalten (Entsorgung von Unrat in Gewässern) beeinflusst und schwanken entsprechend stark.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005419	2022	2.937.303	0	2.937.303
V - Wasserbau - Entwurf / Ausführung	2021	2.889.034	0	2.889.034

Management für die Planung und Bauausführung von Wasserbauprojekten des Landes Berlin. Hierzu gehören der Ausbau von Gewässern für die wasserwirtschaftliche Vorflut, den Hochwasserschutz, die Schifffahrt oder aus städtebaulichen Gründen, die Sanierung oder Erneuerung von wasserbaulichen Anlagen, Uferwänden, Schiffsanlegestellen oder Durchlässen, die ökologische Umgestaltung von Gewässern gemäß Europäischer Wasserrahmenrichtlinie (EU WRRL) oder nach Naturschutzanforderungen, Hochwasserschutzmaßnahmen nach Europäischer Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie und Gefahrenabwehrmaßnahmen (hinsichtlich Sedimentkontaminationen) oder Reinigungsanlagen zur Reinhaltung der Gewässer.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
27983	2022	386.993	0	386.993
San.Rummelsburger See	2021	1.555.847	0	1.555.847

	2022	2021
Menge:	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,45	1,91
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Der Rummelsburger See weist kontaminierte Sedimente in der Gewässersohle auf. Am westlichen Ufer müssen gemäß der Schadensanierungsanforderung der Wasserbehörde Sanierungsmaßnahmen erfolgen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005420	2022	3.368.937	0	3.368.937
V Altlastensanierung / Kampfmittel	2021	3.836.168	0	3.836.168

Das Gebiet der Altlasten umfasst einerseits die Ermittlung und Bergung von 005579 Kampfmitteln sowie andererseits die Sanierung von kontaminierten Böden auf landeseigenen Grundstücken von gesamtstädtischer Bedeutung. Bedeutendster Kostenträger in dieser Gruppe ist 63765 - Bauherrenleistungen für die Durchführung von Bergungsmaßnahmen nach Kampfmitteln – landeseigener Kampfmittelbergungsdienst.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
63765	2022	2.238.514	0	2.238.514
Bauherrenleistungen für die Durchführung von Such- und Bergungsmaßnahmen nach Kampfmitteln - Kampfmittelräumdienst	2021	1.868.837	0	1.868.837

	2022	2021
Menge: Anzahl der abgeschlossenen Maßnahmen	21	23
Kosten je ME in €	106.595,91	81.253,79
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,60	2,30
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	824.109,79	832.409,68
Kostendeckungsgrad in %	36,82	44,54

Der landeseigene Kampfmittelbergungsdienst leistet im Rahmen der Zuständigkeit Amtshilfe bei der Bergung nichtchemischer Kampfmittel auf öffentlichen Grundstücken.

Ziele 1. Teil:
Durchführung von Bergungsmaßnahmen von nicht-chemischen Kampfmitteln auf öffentlichen Grundstücken.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005421	2022	52.281.885	0	52.281.885
V - Straße / Ingenieurbau Erhaltung / Betrieb Land	2021	48.957.733	0	48.957.733

In dieser Produktgruppe werden Kosten für die Aufgaben des Objektmanagements erfasst, sofern es sich um Bauwerke einschließlich der öffentlichen Beleuchtung handelt, die sich in der Baulast des Landes befinden. Hierzu zählen unter anderem die Prüfung von Ingenieurbauwerken (einfache Prüfung, Haupt- und Sonderprüfung), die Bauaufsicht für Ingenieurbauwerke sowie Bauherren- und Ingenieurleistungen für Maßnahmen unter dem Richtwert von 1,0 Mio. €. Die Aufgabe mit der höchsten finanziellen Bedeutung in diesem operativen Ziel ist der Betrieb der öffentlichen Beleuchtung.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78998	2022	1.280.051	0	1.280.051
Bauwerksüberwachung und -prüfung an Ingenieurbauwerken	2021	1.162.786	0	1.162.786

	2022	2021
Menge: Prüffläche in qm	637.950	614.300
Kosten je ME in €	2,01	1,89
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,49	1,43
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	409,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Gemäß den Vorschriften der DIN 1076 erfolgen die Bauwerksüberwachung und -prüfung der Ingenieurbauwerke

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79527	2022	37.930.570	0	37.930.570
Öffentliche Beleuchtung	2021	34.437.151	0	34.437.151

	2022	2021
Menge: Anzahl der Leuchtstellen	225.000	225.000
Kosten je ME in €	168,58	153,05
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	44,12	42,36
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	118.074,34	83.911,32
Kostendeckungsgrad in %	0,31	0,24

Der Träger der Straßenbaulast für die öffentlichen Straßen Berlins hat gemäß dem Berliner Straßengesetz die öffentlichen Straßen zu beleuchten, soweit es im Interesse des Verkehrs und der Sicherheit erforderlich ist. Er hat deshalb die Aufgabe den Bau, die Unterhaltung und die Überwachung der öffentlichen Beleuchtung, und damit die Verkehrssicherheit ,zu gewährleisten.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Fachspezifische Informationen

In den Verwaltungskosten sind auch die Betriebskosten (Strom und Gas) und die Kosten zur Unterhaltung der Beleuchtungsanlagen enthalten.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79649	2022	3.142.587	0	3.142.587
Betrieb und Instandhaltung der betriebstechnischen Einrichtungen von Tunnelanlagen, Regenwasserpumpwerken und Bodenfilteranlagen -Land-	2021	1.242.210	0	1.242.210

	2022	2021
Menge: Tunnellänge	14.705	14.705
Kosten je ME in €	213,71	84,48
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,66	1,53
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	316.095,81	259.476,71
IST - Erträge in €	97.931,41	27.905,84
Kostendeckungsgrad in %	3,12	2,25

Der Träger der Baulast ist verpflichtet, die Betriebssicherheit der Tunnelanlagen zu gewährleisten und dabei den Betrieb und die Instandhaltung der betriebstechnischen Einrichtungen (das sind Flucht- und Rettungswege, Feuerlöschleitungen, Notstrom -, Fernsprech- und Brandmeldeanlagen und anderes) zu sichern.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80121	2022	1.695.034	0	1.695.034
Ingenieurleistungen bei Erhaltungsmaßnahmen an Ingenieurbauwerken	2021	1.616.518	0	1.616.518

	2022	2021
Menge: Anzahl der Baumaßnahmen in diesem Segment mal HOAI-Äquivalent des Durchschnittsbauwerkes des Segments	26	27
Kosten je ME in €	65.193,62	59.871,04
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,97	1,99
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Die Mengen wurden nachermittelt und betragen für das Jahr 2022: 26 Baumaßnahmen und für das Jahr 2021: 27 Baumaßnahmen.
Im Rahmen der allgemeinen Pflichten des Trägers der Baulast erfolgen Planung, Entwurf, Vergabe und Baudurchführung der Erhaltungsmaßnahmen von Ingenieurbauwerken.

Ziele 1. Teil:
Erhaltung von Brücken und anderen Ingenieurbauwerken zur Nutzung für den fließenden und ruhenden Verkehr in Zuständigkeit des Landes Berlin

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80122	2022	5.090.187	0	5.090.187
Bauherrenleistungen bei Erhaltungsmaßnahmen an Ingenieurbauwerken	2021	6.662.233	0	6.662.233

	2022	2021
Menge: Anzahl der Baumaßnahmen in diesem Segment mal Bauherrenleistungsäquivalent des Durchschnittsbauwerkes des Segments	26	27
Kosten je ME in €	195.776,42	246.749,37
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,92	8,19
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	397,00
IST - Erträge in €	4.226,91	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,08	0,00

Die Mengen wurden nachermittelt und betragen für das Jahr 2022: 26 Baumaßnahmen und für das Jahr 2021: 27 Baumaßnahmen.
Im Rahmen der allgemeinen Pflichten des Trägers der Baulast erfolgen Planung, Entwurf, Vergabe und Baudurchführung der Erhaltungsmaßnahmen von Ingenieurbauwerken, dazu sind Leistungen des Bauherrn zu erbringen.

Ziele 1. Teil:
Erhaltung von Brücken und anderen Ingenieurbauwerken zur Nutzung für den fließenden und ruhenden Verkehr in Zuständigkeit des Landes Berlin

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005579	2022	424.925	0	424.925
Planrechtsverfahren für RSV'en, Fahrradparkhäuser-und abstellanlagen usw.	2021	0	0	0

Das operative Ziel umfasst die Wahrnehmung von Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur sowie die Begleitung der GB infraVelo GmbH im Rahmen von Maßnahmen der Radverkehrsinfrastruktur und der damit verbundenen Wahrnehmung nicht delegierbarer Bauherrenaufgaben

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0750 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Klimaschutzes, der Freiraumplanung und des Naturschutzes.

Der Klimaschutz, die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und die Umsetzung der Energie- und Wärmewende sind Schwerpunkte der Berliner Politik mit dem Ziel, Berlin spätestens im Jahre 2045 klimaneutral zu stellen. Die Umsetzung des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes und der sich daraus ergebenden Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzkonzeptes (BEK 2030) sowie die Etablierung eines Klimafolgenanpassungskonzeptes sind wesentliche Bestandteile dieser Politik. Neue Akzente werden im Bereich der Umweltbildung gesetzt, indem die Aktivitäten ausgebaut werden. Die ansonsten bewährten Elemente der Berliner Klimaschutzpolitik sollen fortgeführt werden (Klimaschutzvereinbarungen, ImpulsE-Programm, Berliner Energietage, etc.)

Die Abteilung ist zuständig für Grundsatzfragen der Klimaschutzpolitik, Aufgaben im Bereich der Klimagovernance wie der Senatsausschuss Klimaschutz und der Klimacheck, das Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz (EWG Bln) und dessen Umsetzung, der „Senatsbeschluss Klimaschutz, der Berliner Klima Bürger:innenrat“, die Entwicklung, Umsetzung und Fortschreibung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK 2030) sowie dessen Evaluierung, Monitoring und Berichterstattung, Fragen der Klimaanpassung und Klimafolgenmanagement, die Initiierung und Begleitung von Klimaschutz- und Energiekonzepten, das Wärmekataster und eine ressortübergreifende gesamtstädtische Wärmeplanung einschließlich Potentialuntersuchungen zu erneuerbarer Wärme, Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Wärme, klimaschutzbezogene Aspekte des Energierechts und der Energiepolitik, internationale Kooperationen zum Klimaschutz und Städtenetzwerke, Energiesparmarketing, Fragen der Energieeffizienz und darüber hinaus für Maßnahmen und Projekte zur Verankerung des Klimaschutzes in der schulischen Bildung. Darüber hinaus ist die Abteilung zuständig für Freiraumplanung und Stadtgrün, Naturschutz- und Landschaftsplanung, Forst- und Jagdwesen. Sie nimmt die Funktion der Obersten Naturschutzbehörde des Landes Berlin wahr, ist damit im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange die zuständige Behörde bei berlinweiten Maßnahmen, eingebunden in alle bedeutsamen Planungs- und Genehmigungsprozesse der Stadtentwicklung, insbes. der neuen Stadtquartiere, der übergeordneten Wohnungsbau- und dazugehörigen Infrastrukturvorhaben sowie bei der Entwicklung neuer Wohnungsbaupotenziale bis 2030. Die Entwicklung des Ökokontos ist ein wesentlicher Baustein für den Umsetzungsprozess der neuen Stadtquartiere. Das Landschaftsprogramm ist die ökologische Bezugsbasis des Flächennutzungsplans und Grundlage der gesamtstädtischen Freiflächenstrategie für die wohnortnahe Versorgung.

Der Schutz der biologischen Vielfalt ist gegenwärtig neben dem Klimaschutz eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben neben dem Klimaschutz. Als grüne Metropole weist Berlin aktuell eine hohe Artenvielfalt auf. Diesen Stand zu halten erfordert im Hinblick auf den weiter steigenden Bedarf an Flächen für Wohnungsbau und Infrastruktur und zunehmenden Nutzungsdruck verstärkte Anstrengungen Biologische Vielfalt und menschliches Wohlbefinden in der Stadt bauen auf der Qualität der Stadtnatur und deren Ausstattung auf.

Bereits 2012 hat der Berliner Senat die Strategie zur Biologischen Vielfalt beschlossen, an deren Umsetzung kontinuierlich gearbeitet wird. Sie bezieht sich auf das internationale „Übereinkommen über die biologische Vielfalt“, das bereits 1992 in Rio de Janeiro beschlossen wurde sowie auf die deutsche 2007 aufgestellte „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“. Die Berliner Strategie formuliert 38 Ziele, die nach ihren inhaltlichen Schwerpunkten vier Themenfeldern zugeordnet werden: Arten und Lebensräume, Genetische Vielfalt, Urbane Vielfalt und Gesellschaft. Schwerpunkte in den kommenden Jahren liegen in der Umsetzung des Insektenschutzgesetzes, in der Erstellung einer Flächenkulisse und von Zielwerten für die Biologische Vielfalt sowie der Kommunikation und Maßnahmen, wie ein Zusammenleben von Menschen und Tieren in der Stadt gelingt und in Architektur und Freiraumgestaltung und Grünflächenpflege Berücksichtigung findet.
.

Die biologische Vielfalt und das Biotopverbundsystem Berlins gilt es für die Zukunft zu sichern und weiter zu fördern. Daher ist in der „Charta Grünes Berlin“ festgelegt, dass die durch das Landschaftsprogramm Berlin herausgestellten Landschaftsbereiche als Natur-und Landschaftsschutzgebiete, sowie geschützte Landschaftsbereiche oder Naturdenkmale zu sichern sind. Besondere Bedeutung kommt den zum europäischen Netz NATURA 2000 gehörenden Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzgebieten zu.

Zur Erreichung der Klimaziele durch Erneuerung der Struktur der Energieversorgung, der zügigen Erneuerung von Infrastruktur auch in anderen Bereichen (z.B. Verkehr) und der Schaffung von erforderlichem Wohnraum werden eine Vielzahl von Verfahren durchgeführt, in deren Kontext Artenschutz eine erhebliche Rolle spielt. Die frühzeitige, ausreichende und zielgerichtete Befassung mit dem Artenschutz ist in allen Planungen das entscheidende Kriterium, um Verzögerungen bei Bauvorhaben zu vermeiden.

Die Abteilung ist auch zuständig für Freiraumplanung und Stadtgrün. Hierzu zählen die Entwicklung von Grundsätzen und Leitlinien für Gestaltung und Management der öffentlichen Freiräume in Berlin sowie die steuernde Begleitung von stadtpolitisch herausragenden Projekte der Freiraumgestaltung, das Projektmanagement für den Landschaftsbau im Zusammenhang mit Hoch- und Tiefbauprojekten des Landes, die Koordination und Steuerung gesamtstädtischer Aufgaben des Stadtgrüns sowie die Steuerung der Grün Berlin GmbH, der Grün Berlin Stiftung, der Grün Berlin Service GmbH. Mit der Charta für das Berliner Stadtgrün werden die Ziele, Aufgaben und Maßnahmen herausgestellt, die notwendig sind, um das Stadtgrün auch in einem wachsenden Berlin zu schützen, zu stärken und weiter zu entwickeln.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Der Abteilung sind folgende Sonderbehörden nachgeordnet:

– Berliner Forsten (Kapitel 0751)
– Pflanzenschutzamt (Kapitel 0752)

Sie hat auch die Fachaufsicht über den Landesbetrieb Krematorium Berlin.

B. Gender Budgeting

1. Gender Budget in Bezug auf die Grün Berlin GmbH

Allgemein:

Als landeseigenes Unternehmen erhält die Grün Berlin GmbH vom Land Berlin Zuwendungen für die Entwicklung, den Bau und den Betrieb nachhaltiger grüner Infrastrukturen und lebenswerter öffentlicher Räume mit überregionaler Strahlkraft. Die Zuwendungstitel der Grün Berlin GmbH und der Grün Berlin Stiftung werden in einer Maßnahmengruppe 03 (MG 03) zusammengefasst.

Für das Handlungsfeld „Projektentwicklung“ sowie für das Projekt- und Baumanagement werden die Haushaltsmittel beim Kapitel 0750, Titel 89145 (Zuschuss für Investitionen an die Grün Berlin GmbH) und beim Kapitel 0750, Titel 89374 (Zuschuss für Investitionen an die Grün Berlin Stiftung) veranschlagt. Gender-Aspekte werden in diesen Feldern berücksichtigt: Bei den Bedarfsvorgaben zur Projektentwicklung auf der Grundlage politischer Zielvorgaben und in den Beteiligungsverfahren zur Planung und zum Realisierungsprozess (vgl. hierzu Bürgerdialoge, Partizipationsverfahren, Beteiligungsverfahren, Schaustelle). Die Vorgaben zum „design for all“ sind Grundlage der Projektumsetzung und werden kontinuierlich von den Fachinstanzen begutachtet.

Für das Handlungsfeld des Liegenschaftsmanagements (Parkanlagen und Baulichkeiten sowie Infrastrukturen) werden die Haushaltsmittel beim Kapitel 0750, Titel 68203 (Zuschuss an die Grün Berlin GmbH) veranschlagt. Hier sind zum einen die großen Parks der Grün Berlin GmbH (der Britzer Garten, der Natur Park Südgelände sowie die Gärten der Welt) aber auch die weiteren Anlagen, wie der Park am Gleisdreieck, das Tempelhofer Feld, der Spreepark sowie der Landschaftsraum Tegel. Darüber hinaus werden Anlagen aus den Bezirkskulissen betrieben, die hier nicht Bestandteil der Haushaltstitel sind (der Kienbergpark, der „Flaschenhals“ südlich des Gleisdreieckes/Dora-Duncker-Park).

Insgesamt haben die Parks den Anspruch, den unterschiedlichen Bedürfnissen der Besuchenden gerecht zu werden und dabei eine breite Zielgruppe zu erreichen. Gender-Aspekte sind die Grundlage für die Weiterentwicklung der Parks, für die Kommunikation und die Planung von Veranstaltungen, um diese Gruppen gezielt zu erreichen. Von zentraler Bedeutung ist daher die Beantwortung der Frage, welche Aktivitäten von einzelnen Personen oder Personengruppen durchgeführt werden wollen. Die Bedürfnisse des „Tuns“ zu explorieren und in realisierbare Angebote umzusetzen, ist die Herausforderung gendergerechter Freiraumgestaltung.

Durch das elektronische Ticketing-System liegen für die Parks Gärten der Welt und Britzer Garten differenzierte Besuchszahlen vor.

Übersicht über die Besuchszahlen und Mittel (ohne Investitionen einschl. eigener Erträge) für den Betrieb der Gärten der Welt und des Britzer Gartens:

	Gärten der Welt		Britzer Garten	
Jahr	Besuchende in Tsd.	Mittel lt. Wi.-Pl. in Mio. Euro	Besuchende in Tsd.	Mittel lt. Wi.-Pl. in Mio. Euro
2013	611	2,31	1.224	3,46
2014	810	2,67	1.286	3,75
2015	414	2,80	978	3,80
2016	424	2,69	894	3,63
2017	511	2,33	860	3,69
2018	616	2,97	952	2,40
2019	681	2,63	854	2,01
2020	700	3,55	1.079	2,79
2021	1.007	2,37	1.080	2,00
2022	1.092	2,57	986	2,25

Die Bedeutung von Parks und Grünanalgen als Freizeit-, Kultur- und Erholungsflächen in urbanen Ballungsgebieten wurde durch die Coronakrise offensichtlich. Gleichzeitig hat sich das hohe Niveau der Besuchenden auch 2022 trotz zurückgefahrener Corona-Maßnahmen gehalten bzw. ausgebaut. In den Gärten der Welt konnte mit knapp 1,1 Millionen Besucher*innen das Niveau im Vergleich zu 2020 um über 50 (!) Prozent gesteigert und ein neuer Besucher*innenrekord erreicht werden.

Die starke Dynamik steigender Besuchszahlen hat sich in den vergangenen Jahren auch im Britzer Garten gezeigt. mit mehr als 1 Millionen Besucher*innen 2021 und 986.145 Gästen 2022 bleibt das Niveau stabil mit rund 1 Million Besucher*innen. Im Vergleich zu 2019 ein Zuwachs von rund 15 Prozent.

Es ist insgesamt davon auszugehen, dass der Bedeutungszuwachs von grünen Freiräumen sich auch langfristig etabliert.

Trotz und teilweise auch wegen des gestiegenen Zuspruchs und damit einhergehender vereinzelter Übernutzung konnten im vergangenen Jahr in umfangreichen, repräsentativen Befragungen von Nutzenden und Nicht-Nutzenden der Parkangebote weitere Verbesserungspotenziale im Zuge der Gender Diversity für einzelne Anlagen identifiziert werden:

2020 hat die Grün Berlin gemeinsam mit einem Meinungsforschungsunternehmen ein standardisiertes Konzept für die Evaluation von Liegenschaften und grünen Infrastrukturprojekten entwickelt. Auf Basis eines übertragbaren und vergleichbaren „Zufriedenheitsindexes“ werden allgemeine Bewertungen und park- bzw. projektspezifische Bewertungen in repräsentativen Umfragen für Berlin und die Nutzenden evaluiert. Die gewonnenen Erkenntnisse bilden die Basis für die infrastrukturelle Weiterentwicklung der Anlagen. Sie dienen gleichermaßen aber auch als Grundlage für die kontinuierliche Beteiligung der Bevölkerung an Vorhaben, die zielgruppenspezifische Ausrichtung der Kommunikation und das Programmangebot, z. B. in Bezug auf Veranstaltungen und Events.

Um eine kontinuierliche Bewertung und Weiterentwicklung der Parks zu gewährleisten sowie die Evaluation getroffener Maßnahmen zu ermöglichen, erfolgen Befragungen und Zählungen in den einzelnen Parks in einem regelmäßigen 2-3 Jahres-Rhythmus. So wird eine Vergleichbarkeit sowohl zwischen den Anlagen als auch für Zeitreihen-Analysen geschaffen. Der Umfang der Evaluation orientiert sich dabei auch am verfügbaren finanziellen Rahmen: So ist für die Gärten der Welt für dieses Jahr die zweite umfassende Analyse, eine repräsentative und berlinweite Befragung geplant. Für Parks aus den Bezirkskulissen werden v.a. Zählungen und repräsentative Befragungen der Nutzenden in regelmäßigen Abständen umgesetzt.

Nachfolgende Erkenntnisse konnten auf Basis von quantitativ-qualitativen Untersuchungen generiert werden:

1.1 Britzer Garten

Ziele und Angebote:

Die mit dem Britzer Garten verfolgten Ziele beziehen sich insbesondere auf das Schaffen eines Parks für Erholung, Sport, Gesundheit, kulturelle Inspiration sowie künstlerische und umweltbezogene Wissensvermittlung. Vor allem ältere Menschen, Frauen, Kinder und Personen mit Beeinträchtigungen sollen sich durch die Parkkonzeption und Rahmenbedingungen wie Umzäunung, Servicepersonal, Fahrrad-, Hunde- und Grillverbot etc. besonders angenommen fühlen. Der Park wurde behindertengerecht konzipiert und verfügt im Bereich der Hauptwege über ein integratives Leitsystem für sehende und sehbehinderte Menschen.

Darüber hinaus sollen mit Erhaltung und Weiterentwicklung der qualitativ hochwertigen Grünanlage –Parkbesuchende jeden Alters über die angrenzenden Kieze hinaus angesprochen werden. Der als „Mehrgenerationenpark“ bezeichnete Britzer Garten verfügt über gärtnerische Sonderbereiche (Hexengarten, Rosengarten, Staudengarten), gärtnerische Sonderschauen (Tulpenschau, Rhododendronschau, Dahlienschau), kreative Spielangebote, Gesundheitsangebote wie die das Kneipp-Angebot sowie über kleine und große Veranstaltungen, z. T. für bis zu 20.000 Gäste und vielseitig gestaltete Parkräume, insbesondere auch Wasser- und Feuchtbereiche rund um den 10 Hektar großen See. Diese Angebote sollen den Bedürfnissen der Nutzenden nach Kultur, Bildung, Erholung, Naturerlebnis und sportlicher Freizeitgestaltung gerecht werden.

Evaluation 2020:

Im Zeitraum vom 19. August 2020 bis zum 19. September 2020 wurden repräsentative Umfragen (ab 16 Jahre) für die Gesamtbevölkerung Berlins und die Besuchenden des Britzer Gartens durchgeführt.

Wesentliche Ergebnisse:

Soziodemografie: Ø 56 Jahre, 68 % aus angrenzenden Bezirken, 95 % deutsche Staatsangehörige

Aktivitäten: Ruhe und Erholung (77 %); Gärtnerische Anlagen (63 %); Natur erleben, der Großstadt entfliehen (52 %); Sport treiben (27 %); Familienerlebnis mit Kindern (26 %)

Bewertungen: 36 % keine Optimierungswünsche; 64 % mit Verbesserungswünschen (insbesondere Infrastruktur)
Gesamtzufriedenheit: 9,5 (Skala 1-10)

Der Anspruch, den Britzer Garten als einen Park für alle Berliner*innen, ob jung oder alt, mit oder ohne Migrationshintergrund, mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten zu etablieren, ist noch nicht erfüllt.

Potenziale für die weitere Entwicklung des Parks haben die Kenner*innen zum Beispiel in der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen und der Installation zusätzlicher Sitzgelegenheiten gesehen, aber auch Weiterentwicklungen in den Bereichen Gesundheitsangebote, Gastronomie, Spielelemente für Kinder oder der Barrierefreiheit und der Erreichbarkeit des Britzer Gartens wurden angesprochen.

Um diesen Erkenntnissen und Erfordernissen gerecht zu werden, sollen in den kommenden Jahren einzelne Bereiche des Parks auf Basis des langfristigen Entwicklungskonzeptes „Britzer Garten 2030“ behutsam weiterentwickelt werden. Im Rahmen eines partizipativen Verfahrens soll die Weiterentwicklung die einmalige Identität des Parks erhalten und um neue Schnittstellen für Gegenwart und Zukunft ergänzen, sodass sich der Britzer Garten für alle in der Nachbarschaft wohnenden Personen sowie für alle Berlinerinnen und Berliner zu einem attraktiven Naherholungs- und Ausflugsziel entwickelt.

Nicht-Nutzende-Befragung:

Um Gründe zu erfahren, warum Personen, die den Britzer Garten zwar kennen, ihn aber nicht nutzen, wurden im Rahmen der repräsentativen Bevölkerungsumfrage Nicht-Nutzende eingehender befragt:

Als wichtigste Gründe, weshalb der Park nicht oder nicht häufiger besucht wird, werden genannt:

- Räumliche Distanz bzw. Erreichbarkeit (insbesondere ÖPNV)
- Keine Kenntnis des Britzer Gartens (stärker vertreten bei den jüngeren Berlinerinnen und Berlinern zwischen 16 und 59 Jahre)
- Wegen Corona / der Pandemie
- Sowie der allgemeinen Kategorie „keine Zeit“

Auch aus diesen Ergebnissen lassen sich Handlungsanweisungen für das Entwicklungskonzept „Britzer Garten 2030“ ableiten, sowohl was die verkehrliche Erschließung des Areals und der Angebote vor Ort als auch eine zielgruppenspezifischere Kommunikation für Familien sowie jüngere Berlinerinnen und Berliner betrifft.

Eine Folge-Untersuchung über fest installierte Tablets im Park soll 2023 umgesetzt werden. Eine erneute umfassende Analyse ist für 2024 geplant, wenn erste Bausteine des Entwicklungskonzepts “Britzer Garten 2030” umgesetzt sind und so evaluiert werden können.

1.2 Gärten der Welt

Ziele und Aufgaben:

Mit den Gärten der Welt in Berlin Marzahn-Hellersdorf soll für Menschen jeden Alters ein Park zur Verfügung gestellt werden, der unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden kann. Die Gärten der Welt sollen einen überregionalen und internationalen kulturellen Anziehungspunkt darstellen und den Besuchenden einen Ort für Ruhe und Erholung, Naturbeobachtung und Naturerlebnis sowie einen Ort der Unterhaltung und Freizeit bieten. Mit den Erweiterungsflächen wurden Potenziale für ökologische Ausstellungsbereiche, für das Verständnis fremder Kulturen und die Steigerung der touristischen Attraktivität geschaffen. Die Infrastruktur für die Nutzenden wurde durch Schaffung eines Besuchszentrums, zusätzlicher Indoor- und Schlecht-Wetterangebote und von Gastronomieangeboten erweitert und gestärkt. Die Erreichbarkeit wurde verbessert. Somit können bisherige und neue Besuchsgruppen langfristig für die Gärten der Welt gewonnen werden. Mit den zukünftigen Indoorangeboten (MFE) können weitere Zielgruppen wie Familien, Jugendliche oder Wiederholungsgäste gewonnen werden und gleichzeitig ein belastbares Schlechtwetterangebot geschaffen werden. Im vergangenen Jahr wurde für die Gärten der Welt zusätzlich zum Zertifikat „Berlin barrierefrei“ das Zertifikat „Reisen für alle“ vergeben, eine bundesweit gültige Kennzeichnung im Bereich Barrierefreiheit.

Evaluation 2021:

Im Zeitraum vom 26. Juli 2021 bis zum 15. August 2021 wurden repräsentative Umfragen (ab 16 Jahre) für die Gesamtbevölkerung Berlins und die Besuchenden der Gärten der Welt durchgeführt.

Wesentliche Ergebnisse

Soziodemografie: Ø 44 Jahre, 66 % Berlin

Aktivitäten: Kultur und Gartenkunst (74 %); Erholung und Stadtnatur (71 %); Erlebnis und Abwechslung, z. B. Seilbahn (55 %)

Bewertungen: 31 % keine Optimierungswünsche; 69 % mit Verbesserungswünschen (insbesondere Ausbau der Gastronomie [13 %] sowie mehr bzw. bessere Beschilderungen und Infotafeln [12 %])
Gesamtzufriedenheit: 9,4 (Skala 1-10)

Nicht-Nutzende-Befragung:

Um Gründe zu erfahren, warum Personen, die grundsätzlich regelmäßig in Parks gehen, aber nicht in die Gärten der Welt, wurden im Rahmen der repräsentativen Bevölkerungsumfrage Nicht-Nutzende eingehender befragt:

Als wichtigste Gründe, weshalb der Park nicht oder nicht häufiger besucht wird, werden genannt:

- Zu weite Entfernung (40%)
- 18% hatten keine Zeit (allgemeine Kategorie)
- 13% kennen die Gärten der Welt nicht
- 9% aufgrund von Corona
- 7% aufgrund des Eintrittspreises.

Aus diesen Erkenntnissen lassen sich weitere Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Zielerreichung ableiten, insbesondere für eine optimierte verkehrliche Erschließung. Durch die Verlängerung der U5 bis zum Hauptbahnhof, die stärkere Integration der Seilbahn in den ÖPNV sowie die Optimierung von Stellflächen vor Ort sind bereits diverse Maßnahmen eingeleitet worden. Gleichzeitig sind weitere Maßnahmen zu Verbesserung der Infrastruktur vor Ort, bezüglich des Programms und der Angebote geplant, um sowohl die hohe touristische Attraktivität, als auch den starken Zuspruch der Berliner Bevölkerung langfristig zu sichern. Insbesondere für die Gäste der Stadt Berlin sind die Angebote zur Erreichbarkeit zu verbessern und die Angebote für Besuchsgründe trotz Lage in der Stadt mit Nachdruck nicht nachlassend zu stärken, um den GRW Förderkriterien gerecht zu werden.

Eine erneute umfassende Analyse soll 2023 umgesetzt werden, um über Zeitreihen Auswirkungen der seit 2021 durchgeführten Maßnahmen zu ermöglichen.

1.2.1 Kienbergpark

Neben den Gärten der Welt wird auch der nach der IGA Berlin 2017 öffentlich zugängliche Kienbergpark durch die Grün Berlin GmbH in der Unterhaltung betreut. Mit den neuen Wege- und Brückenverbindungen entsteht ein neuer zusammenhängender Naturraum, der die Stadtteile Marzahn und Hellersdorf barrierefrei verbindet.
Der Kienbergpark wird sehr geprägt durch umweltpädagogische Ansätze sowie Angebote von Sport und Spiel. Diese beinhalten sowohl klassische als auch informelle Angebote. Ein Naturerfahrungsraum (NER) ist integriert. Die Angebote für Jugendliche wurden partizipativ entwickelt.

Das zur IGA geschaffene Umweltbildungszentrum (aus Mitteln Stadtumbau Ost) wird durch die Grün Berlin GmbH betreut und mit neuen Konzepten der Umweltbildung bespielt. Die Mittel zur Bewirtschaftung des Umweltbildungszentrums sind ab dem Doppelhaushalt 2018/2019 und zurzeit beim Kapitel 0750, Titel 68569 vorgesehen.

Neben der Umweltpädagogik ist das Thema Beweidung für den Kienbergpark von besonderer Bedeutung. Auf verschiedenen Flächen entlang des Wuhletals weiden Pferde, Rinder und Schafe in einer extensiven Ganzjahresbeweidung. Dadurch entsteht eine positive Wechselwirkung zwischen Beweidung, Landschafts- und Pflanzenentwicklung. So wird der Gehölzaufwuchs natürlich reduziert und die offene Landschaft dauerhaft erhalten und gefördert. Gleichzeitig dient die Initiative dem Schutz vom Aussterben bedrohter Nutztierrassen. Im Rahmen des „Arche-Parks“ wird so der Erhalt von Tieren, die auf der Roten Liste der „Gesellschaft zu Erhaltung alter und gefährdeter Haustierrassen“ (GEH) geführt sind, unterstützt. Der Kienbergpark ist mit dem Zertifikat “Reisen für alle” zertifiziert.

Evaluation 2021:

Im Rahmen einer repräsentativen Besucherinnen- und Besucherzählung wurden für den Kienbergpark 26.000 Besuchende innerhalb einer Woche gezählt.

Zeitraum: 31. Mai bis 18. Juli 2021

Eine repräsentative Befragung von Besucher*innen soll 2023 durchgeführt werden.

1.3. Natur Park Südgelände

Ziele und Aufgaben:

Der Natur Park Südgelände verbindet auf einzigartige Weise die Elemente Umwelt, Technik und Kunst. Ein Ausflug in den Park auf dem Gebiet des ehemaligen Rangierbahnhofs Berlin Tempelhof ist immer eine Entdeckungsreise – mit Relikten aus der vergangenen Bahngeschichte, überraschenden künstlerischen Einblicken und wilder, schützenswerter Stadtnatur. Im Mai 2022 wurde der Natur Park Südgelände mit dem Internationalen Carlo Scarpa Preis ausgezeichnet. Der Natur Park Südgelände ist mit dem Zertifikat “Reisen für alle” zertifiziert.

Evaluation 2021:

Im Zeitraum vom 6. bis zum 31. Mai 2021 wurde eine repräsentative Umfrage (ab 16 Jahre) unter den Besucher*innen des Natur Park Südgelände durchgeführt.

Wesentliche Ergebnisse:

Soziodemografie: Ø 46 Jahre, 56 % aus angrenzenden Bezirken

Aktivitäten: Erholung (66 %); Natur erleben und der Großstadt entfliehen (50 %); Anlage als Sehenswürdigkeit kennenlernen und historische und technische Relikte anschauen (42 %); Abwechslung von zu Hause bekommen (40 %); Gärtnerische Anlagen (27 %)

Bewertungen: 30 % keine Optimierungswünsche;
70 % mit Verbesserungswünschen (Sanierung und Ausbau der Infrastruktur / mehr kulturelle Angebote)

Gesamtzufriedenheit: 9,3 (Skala 1-10)

Der Park wurde insgesamt als sehr positiv bewertet. Gleichzeitig äußerten rund 70% der Befragten Optimierungspotenziale, die teilweise auch dem Kontext Gender Equality zuzurechnen sind. Dies bezieht sich unter anderem auf eine verbesserte Infrastruktur (weiterer Ausbau Barrierefreiheit, neue Sitzgelegenheiten etc.), aber auch auf kulturelle Angebote für junge und alte Besucher*innen. Mit der laufenden Sanierung der Lokhalle kann am Standort zukünftig ein vielfältiges kulturelles Programm für alle Bürger*innen gewährleistet werden.

1.4. Tempelhofer Feld

Ziele und Aufgaben:

Das Tempelhofer Feld ist Teil des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Die Historie des Feldes reicht weit über die Zeit als Flughafen hinaus: Hofgut der Tempelritter, Stadtacker, Exerzierplatz und Erholungsraum der Berlinerinnen und Berliner. Anfang des 20. Jahrhunderts begann die Flughafenära, die in den Jahren 1933 bis 1945 auch durch das KZ Columbiadamm und Zwangsarbeitslager geprägt war. Infolge der Besatzungszeit wurde der Flughafen erst sowjetisch dann amerikanisch besetzt, rettete Berlin in der Zeit der sowjetischen Blockade durch die Luftbrücke und diente bis Ende des 20. Jahrhunderts als militärischer Stützpunkt der amerikanischen Streitkräfte. Parallel fand von 1946 bis 2008 ziviler Luftverkehr statt. Mit Einstellung des Flugverkehrs 2008 verfügt Berlin über ein 386 Hektar großes Konversionsareal. Seit Mai 2010 ist das Tempelhofer Feld, das ehemalige Flugfeld, mit 303 Hektar für die Öffentlichkeit zugänglich. Die neue, weitgehend unveränderte Freifläche wird von den Berlinerinnen und Berlinern in vielfältiger Weise genutzt.

Der Volksentscheid im Mai 2014 und das am 25. Juni 2014 in Kraft getretene Gesetz „Zum Erhalt des Tempelhofer Feldes“ (ThfG) veranlassten eine neuartige Entwicklung, wie auch eine an das ThfG angepasste Bewirtschaftung des Tempelhofer Feldes. Der im ThfG vorgeschriebene und partizipativ zu erarbeitende Entwicklungs- und Pflegeplan (EPP) wurde in Folge des ThfG von September 2014 bis Mai 2016 erstellt. Im Juni 2016 erfolgte der Senatsbeschluss, der die Verwaltungsverbindlichkeit herstellt.

Evaluation 2020:

Im Rahmen der umfassenden Evaluation des Tempelhofer Feldes wurde eine repräsentative Zählung von Besuchenden vom 11. bis zum 20. September 2020 durchgeführt. Für diesen Zeitraum wurden insgesamt 194.000 Personen auf der Anlage gezählt.

Auf Basis einer ergänzenden, repräsentativen Befragung vom 22. August bis zum 7. September wurde folgende soziodemographische Verteilung ermittelt: Rund 54% sind männlich, 46% weiblich und 1% divers. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 36 Jahren, auffällig ist der im Vergleich zur Bevölkerung geringe Anteil von Menschen zwischen 50 und 64 Jahren (16%). Lediglich 3% sind über 65 Jahre. Das Tempelhofer Feld wird v.a. von jüngeren Berlinerinnen und Berlinern aus den Bezirken Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg genutzt (64%).

Insgesamt erreicht das Tempelhofer Feld mit einem mittleren Skalenwert von 8,6 auf einer Skala von 0 „sehr unzufrieden“ bis 10 „sehr zufrieden“ hohe Zufriedenheitswerte. Die Gesamtzufriedenheit befindet sich damit insgesamt deutlich höher als der Durchschnittswert für alle Berliner Parks (mittlerer Skalenwert von 7,8). Die hohe Gesamtzufriedenheit kommt auch in einer sehr hohen Wiederbesuchsabsicht (ja, ganz sicher: 84%, ja wahrscheinlich: 10%) sowie einer hohen Weiterempfehlungsbereitschaft (87%) zum Ausdruck. Hohe Zufriedenheitswerte erzielen auch die einzelnen abgefragten Aspekte des Parks. Insbesondere die Sicherheit im Park (mittlerer Skalenwert: 8,6 auf einer Skala von 0 „sehr unzufrieden“ bis 10 „sehr zufrieden“), die Barrierefreiheit sowie die Erreichbarkeit der Anlage wurden von den Besuchenden positiv bewertet. Etwas schlechter als andere Parks schneidet das Tempelhofer Feld bei den Gesichtspunkten „naturnahe Bepflanzungen“ und „Spielelemente für Kinder/Angebote für Familien“ ab.

Offen nach Verbesserungswünschen gefragt, wird (neben der Sauberkeit der Toiletten, 13%) der Wunsch nach mehr bzw. besseren Sitzgelegenheiten geäußert (10%). Der Wunsch nach Erholung steht bei der Nutzung des Tempelhofer Felds im Vordergrund. Hierbei können die Anlage weiterer gärtnerischer Flächen, eine naturnahe Bepflanzung und auch mehr Bäume die Beliebtheit des Tempelhofer Felds noch weiter steigern. Verbessert werden könnte zudem die Qualität und der Pflegezustand der Wege und auch das Aufstellen von zusätzlichen Bänken oder anderen Sitzgelegenheiten sowie der Ausbau von Angeboten für Familien wäre von Vorteil. Für ältere Menschen, die das Gelände besuchen, spielt darüber hinaus die Verbesserung des gastronomischen Angebots eine wichtige Rolle. Zusätzlich besteht Verbesserungsbedarf an den Informationsmaterialien, insbesondere dem Faltplan und den Infoboxen sowie dem Angebot und der Qualität der Veranstaltungen.

Mit der Umsetzung zusätzlicher Infrastruktur vor Ort (Sitzgelegenheiten) wurden teilweise bereits Maßnahmen initiiert, um die Optimierungspotenziale auszuschöpfen. Die laufende Bau- und Entwicklungsmaßnahme im Teilbereich Oderstraße wird ebenfalls zu einem verbesserten Angebot für Jung und Alt führen. Gleichzeitig besteht in den kommenden Jahren bei der hohen Attraktivität des Tempelhofer Feldes weiterhin die Herausforderung, auch für ältere Bürger*innen attraktive Angebote vor Ort zu schaffen.

Eine umfassende Folgeanalyse soll 2023 umgesetzt werden.

1.5. Gleisdreieck-Park

Ziele und Aufgaben:

Der Park am Gleisdreieck bildet das Herzstück eines grünen Korridors mitten im Zentrum Berlins, der vom Natur-Park Schöneberger Südgelände über den Potsdamer Platz bis zum Tiergarten reicht. Der rund 26 Hektar große Park ist ein Lieblingsort vieler Berlinerinnen und Berliner und angesagter Szenetreff für Gäste der Stadt. Leitidee der Gestaltung war es, einen „Park der zwei Geschwindigkeiten“ für die verschiedenen Nutzungsansprüche zu schaffen: Einerseits können sich bewegungshungrige –Nutzende dank vielfältiger Angebote, wie dem Skaterpark, auf breiten asphaltierten Wegen und grünen Freiräumen sportlich betätigen und gleichzeitig wird dem vielfach geäußerten Wunsch nach Ruhe, Entspannung und Naturgenuss Rechnung getragen.

Evaluation 2022:

Vom 22. August 2022 bis zum 8. September 2022 wurde eine repräsentative Umfrage (ab 16 Jahre) für die die Besucher*innen des Parks am Gleisdreieck durchgeführt.

Wesentliche Ergebnisse:

Soziodemografie: Ø 36 Jahre, 52 % aus angrenzenden Bezirken

Häufigste Besuchsgründe: Erholung / Ruhe / Spazierengehen (44%); mit anderen Menschen treffen (35%); Sport treiben, Gesundheitsangebote nutzen (25%); Familienerlebnis mit Kindern (20%); Essen, Trinken (18%); Natur erleben, die Stadtwildnis beobachten (16%); unter Menschen kommen (16%); Flächen überqueren, um von A nach B zu kommen (15%)

Bewertungen: 40 % keine Optimierungswünsche;
60 % mit Verbesserungswünschen (insbesondere Infrastruktur)

Gesamtzufriedenheit: 8,8 (Skala 1-10).

Grundsätzlich wurde der Park am Gleisdreieck von allen Besuchenden positiv bewertet. Verbesserungspotenziale beziehen sich insbesondere auf die gestiegene (und anhaltend hohe) Nutzung während der Corona-Pandemie. Durch die Übernutzung des Parks wünschen sich die Besucher*innen eine verbesserte Infrastruktur (Sitzgelegenheiten, WCs etc.), aber auch Schäden durch Vandalismus wurden adressiert. Ähnliche Erkenntnisse ergeben sich auch aus dem kontinuierlichen Dialog mit dem Nutzer*innenbeirat sowie weiteren Vertreter*innen gesellschaftlichen Engagements. Durch das bewährte Konzept der “prozesshaften Fertigstellung” sind hier in den kommenden Jahren weitere Verbesserungen im Sinne der Bürger*innen möglich. Im Sinne der Gender Equality ist darüber hinaus die Schaffung von Angeboten für ältere Besucher*innen erstrebenswert, da das Durchschnittsalter der Nutzenden vergleichsweise gering ist.

1.6. Mauerpark Erweiterung

Ziele und Aufgaben

Im Juni 2020 hat sich die Fläche des ursprünglichen Mauerparks mit der Eröffnung der Erweiterungsfläche auf rund 15 Hektar verdoppelt. Großzügige baumbestandene Promenaden säumen das neue Naherholungsareal zwischen Bernauer und Gleimstraße. Mit seiner zurückhaltenden Gestaltung wirkt der neue Park wie eine Oase inmitten der dicht bebauten Wohnsiedlungen der angrenzenden Stadtteile. Mit der Erweiterung wurden einerseits die dringend erforderlichen Frei- und Rückzugsräume für die Bewohner*innen der angrenzenden Kieze geschaffen. Ein Fokus liegt dabei im Vergleich zum Bestandspark auf ruhigeren Nutzungen. So finden sich unter anderem v.a. für Familien mit Kindern entsprechende Angebote. Als grüne Brücke am Rande der ehemaligen Grenzanlage zwischen Ost- und West-Berlin verbindet der Erweiterungspark nun auch nachhaltig die Stadtteile Wedding und Prenzlauer Berg. Bei der partizipativen Realisierung wurden auch Aspekte bezüglich Klimaresilienz und –anpassung berücksichtigt, z. B. ein nachhaltiges Regenwassermanagement und auf Basis eines umfassenden Pflanzkonzepts Maßnahmen zur Stärkung der Biodiversität realisiert.

Evaluation 2022:

Im Zeitraum vom 7. bis 22. September 2022 wurde eine repräsentative Umfrage (ab 16 Jahre) unter den Besucher*innen der Erweiterung durchgeführt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Wesentliche Ergebnisse:

Soziodemografie: Ø 36 Jahre, 73 % aus angrenzenden Bezirken

Häufigste Besuchsgründe: Erholung / Ruhe / Spazierengehen (54%); Natur erleben, der Großstadt entfliehen (25%); mit anderen Menschen treffen (24%); Sport treiben (17%); Familienerlebnis mit Kindern (16%); Hund ausführen (13%); unter Menschen kommen (13%); Flächen überqueren, um von A nach B zu kommen (13%)

Gesamtzufriedenheit: 8,7 (Skala 1-10)

Optimierungsmöglichkeiten: Bessere Sitzgelegenheiten und Tische (13%); höhere Sauberkeit (11%); Ausbau Sportanlagen (9%); bessere hygienische Anlagen (7%)

Die erste Evaluation der Erweiterung des Mauerparks zeigt, dass die grundsätzlichen, mit der Erweiterung verbundenen Ziele, erreicht werden konnten. Mit einer deutlichen Zustimmung wird der Park insgesamt mit 8,7 auf einer Skala von 1-10 bewertet. Verbesserungspotenziale sehen die Befragten im Bereich der Infrastruktur und bei der Beseitigung von Übernutzungserscheinungen. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass einzelne Befragte, trotz Erläuterung, ihre Angaben auf den ursprünglichen Mauerpark bezogen haben. Mit der nun über die Grün Berlin Stiftung zu realisierenden Qualifizierung des Bestandsparks wird sich bei einer zukünftigen Evaluation ein einheitliches Gesamtbild ableiten lassen.

2. Gender-Verteilung:

Grün Berlin GmbH

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Aspekt a: (Führungskräfte)						
Absolut	16	13	20	12	22	11
Relativ	55,2%	44,8%	62,5%	37,5%	66,7%	33,3%
Ressourcen (in T €) Durchsch. Gehalt	80,8	87,6				
AG-Jahresgesamtbelastung (in T €)			1.631,027	1.277,897	1.783,961	1.287,812
Aspekt b: (Mitarbeitende)						
Absolut	76	56	92	65	108	76
Relativ	57,6%	42,4%	58,6%	41,4%	58,7%	41,3%
Ressourcen (in T €) Durchsch. Gehalt	59,2	56,9				
AG-Jahresgesamtbelastung (in T €)			4.823,504	3932,660	6.089,093	4.466,291

GB infraVelo GmbH

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Aspekt a: (Führungskräfte)						
Absolut	3	1	5	2	4	3
Relativ	75,0%	25,0%	71,4%	28,6%	57,1%	42,9%
Ressourcen (in T €) Durchsch. Gehalt	Entfällt *)	Entfällt *)				
AG-Jahresgesamtbelastung (in T €)			561,575	107,507	581,826	219,656

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

GB infraVelo GmbH

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Aspekt b: (Mitarbeitende)						
Absolut	17	13	13	18	14	13
Relativ	56,7%	43,3%	41,9%	58,1%	48,0%	52,0%
Ressourcen (in T €) Durchsch. Gehalt	64,3	68,6				
AG-Jahresgesamtbelastung (in T €)			812,790	868,099	659,771	925,489

*) Aus Datenschutzgründen wird wegen der geringen Beschäftigtenzahl auf den Ausweis des durchschnittlichen Gehalts verzichtet.

Gesamt (Grün Berlin GmbH + infraVelo GmbH)

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Aspekt a: (Führungskräfte)						
Absolut	19	14	25	14	26	14
Relativ	57,6%	42,2%	%	%	%	%
AG-Jahresgesamtbelastung (in T €)			2.192,602	1.385,404	2.365,787	1.507,468
Ressourcen (in T €) Durchsch. Gehalt	Entfällt *)					
Aspekt b: (Mitarbeitende)						
Absolut	93	69	105	83	122	89
Relativ	57,4%	42,6%	55,9%	44,1%	57,4%	42,6%
Ressourcen (in T €) Durchsch. Gehalt	60,2	59,1				
AG-Jahresgesamtbelastung (in T €)			5.636,294	4.800,759	6.748,864	5.391,780

*) Aus Datenschutzgründen wird wegen der geringen Beschäftigtenzahl auf den Ausweis des durchschnittlichen Gehalts verzichtet.

Zielgruppe	Beschäftigte der Grün Berlin GmbH und GB infraVelo GmbH
Zielsetzung	Erhöhung des Anteils der weiblichen Beschäftigten auf der Arbeits- und Führungsebene. Das Ziel ist erreicht. Im Betrachtungszeitraum 2020 - 2022 ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten auf allen Hierarchieebenen kontinuierlich gestiegen und überwiegt mittlerweile den Anteil männlicher Beschäftigter. Diverse Beschäftigte sind den Gesellschaften nicht bekannt.
Steuerungsmaßnahmen	Qualifizierungsmaßnahmen, Integration in Recruitment Prozesse, Bestandteil der Unternehmenswerte der Grün Berlin Gruppe, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Flexible Arbeitszeitmodelle

3. Stiftung Naturschutz Berlin

Die Stiftung fördert materiell und ideell den Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft. Sie trägt durch eigenes Handeln und die Förderung Dritter zur Erhaltung der natürlichen Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen bei.

Stiftung Naturschutz	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Leitungsebene						
Absolut	8	6	8	5	8	7
Relativ	57,1%	42,9%	61,54%	38,46%	53,33%	46,67%
AG-Jahresgesamtbelastung (in T €)	439,219	329,991	379,506	387,018	404,578	358,700
Mitarbeitende						
Absolut	49	20	53	24	50	28
Relativ	71,6%	28,4%	68,83%	31,17%	64,10%	35,90%
AG-Jahresgesamtbelastung (in T €)	1.717,276	681,154	2.055,352	1.112,872	1.976,813	1.295,548

Im Verlauf der vergangenen drei Jahre fand ein Angleichungsprozess der geschlechterspezifischen Aufteilung sowohl unter dem Leitungspersonal als auch bei den Mitarbeitenden statt. Das Verhältnis konnte im Bereich der Führungskräfte durch geeignete Maßnahmen weiter auf einem stabilen Niveau gehalten werden. Hier bedarf es zunächst keiner weiteren Maßnahmen.
Die Stiftung bietet viele Teilzeitstellen an. Zusammen mit den familienfreundlichen Bedingungen wird das Stellenangebot von überdurchschnittlich vielen Frauen wahrgenommen – erkennbar anhand der Bewerbungskennziffern. Das Verhältnis unter den Mitarbeitenden verdeutlicht einen erkennbaren Trend hin zu einer Annäherung der geschlechterspezifischen Aufteilung. Die getroffenen Maßnahmen – darunter der Einsatz unserer Gleichstellungsbeauftragten sowie entsprechende Hinweise in den Stellenanzeigen – wirken und werden von der Stiftung weiterhin befördert. Ziel ist, das Verhältnis in den kommenden Perioden noch stärker anzugleichen – insbesondere in den am häufigsten in der Stiftung vertretenen Entgeltgruppen des TVL-Berlin zwischen 6 und 10.

4. Ehrungen und Preise

Das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, vergibt seit 1965 den renommierten Peter-Joseph-Lenné-Preis. Der Preis wird seit 2010 alle zwei Jahre ausgelobt, die Grün Berlin GmbH ist seit 2009 Geschäftsstelle des Preises.
Der Peter-Joseph-Lenné-Preis ist international ein fachlich anerkanntes und geschätztes Instrument zur Förderung junger Fachleute (bis zum Alter von 35 Jahren) in ihrer beruflichen Entwicklung und zur Förderung neuer Gestaltungsideen und -konzepte in der Freiraum- und Landschaftsarchitektur. Der Lenné-Preis wird in drei verschiedenen Bereichen (Berlin, national, international) vergeben und ist mit je 5.000 Euro dotiert. Weitere sehr qualitätsvolle Arbeiten können Peter-Joseph-Lenné-Anerkennungen und Karl-Foerster-Anerkennungen durch die Karl-Foerster-Stiftung erhalten.

Der Peter-Joseph-Lenné-Preis ging von 2009 bis 2020 mit fast 74 % an männliche Teilnehmer.

Im Jahr 2020 waren insgesamt 15.000 Euro für Ehrungen und Preise beim Titel 68123 veranschlagt.

<u>Gender Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0750:</u>

0750	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	7	4	7	5	11	4
Relativer Teil	63,64%	36,36%	58,33%	41,67%	73,33%	26,67%
Ressourcen (in T €)	632	413	598	538	1.027	407
Ressourcen pro Kopf (in T €)	90	103	85	108	93	102

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

0750	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	74	27	73	28	76	34
Relativer Anteil	73,27%	26,73%	72,28%	27,72%	69,09%	30,91%
Ressourcen (in T €)	4.107	1.667	4.881	1.951	5.120	2.388
Ressourcen pro Kopf (in T €)	56	62	67	70	67	70

0750	2022		
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat in €
Führungskräfte			
w	825.074	8,70	7902
m	407.236	4,00	8484
Mitarbeitende			
w	4.822.382	64,99	6183
m	2.218.398	29,33	6303

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Weitere Erläuterungen siehe Allgemeine Erläuterungen des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11102 (neu)	**332**	**Ersatzvornahmen**	**1.000**	**1.000**		

Zu den Aufgaben der SenMVKU als oberster Naturschutzbehörde gehören naturschutzrechtliche Zulassungsverfahren auf verschiedenen Rechtsgrundlagen (§ 67 BNatSchG, Schutzgebietsverordnungen, verschiedene Zulassungsvorschriften nach Kapitel 5 BNatSchG). Durch angeordnete Kompensationen kann es bei Nichterfüllung von Auflagen zu durchzuführenden Zwangsvollstreckungsmaßnahmen kommen.

Es wird unterstellt, dass den Ausgaben bei Titel 54012 gleich hohe Einnahmen bei Titel 11102 gegenüberstehen.

11146 (neu)	**332**	**Ausgleichsabgabe im Rahmen der Kompensationsstrategie** Siehe Maßnahmegruppe 02				
11149	**332**	**Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz**	**26.000**	**26.000**	**26.000**	**12.671,10**

Gebühren für die Bereiche Natur- und Artenschutz sowie Forst- und Jagdwesen

11193	**332**	**Ausgleichsabgabe nach dem Naturschutzrecht**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**1.460.072,68**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 52190..

Ausgleichsabgaben insbesondere nach § 15 Abs. 6 des Bundesnaturschutzgesetzes

Die Einnahmen sind geschätzt.

11201	**011**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**644,00**

Einnahmen von Verwarnungs- und Bußgeldern aus Ordnungswidrigkeitsverfahren nach dem Landesjagdgesetz.

11903	**321**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**5.000,00**

Insbesondere Ersatz für Schäden an Straßenbäumen, die durch Verkehrsunfälle und Baustelleneinrichtungen verursacht werden.

11921	**422**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**3.738.557,32**

Rückzahlungen aus nicht verwendeten Zuwendungen für Projektförderungen und institutionellen Förderungen
Die Einnahmen sind geschätzt.

11934	**422**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**—**	**8.871,52**

Rückzahlungen aufgrund überzahlter Rechnungen

11979	**422**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen, die keinem anderen Titel zugeordnet werden können.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23190	**422**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**3.052.000**	**3.087.000**	**2.855.000**	**3.474.501,09**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 54690 (1.a, 2 und 3.a i.H.v. 1.511.000 EUR), Titel 68290 (1.c i.H.v. 341.000 EUR für 2024 und 376.000 EUR für 2025) und Titel 98190 (1.b i.H.v. 1.200.000 EUR).

In Berlin sind rd. 120.000 Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft bestattet.

Nach dem Gräbergesetz vom 1. Juli 1965 in der Fassung vom 16. Januar 2012 trägt der Bund u.a. die Kosten für die Anlegung geschlossener Begräbnisstätten sowie für die Instandhaltung und Pflege der behördlich zu unterhaltenden Grabstätten (84.162 Einzelgräber und 78.255 m² Sammelgrabfläche) nach festgeschriebenen Pauschalsätzen (vgl. Erläuterungen zu den Titeln 54690, 68290 und 98190).

Es sind Zuweisungen jeweils zu erwarten für:

	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1. Pflege- und Instandhaltungspauschale		
a) für Gräber auf konfessionellen Friedhöfen	1.130.000 €	1.130.000 €
b) für Gräber auf landeseigenen Friedhöfen	1.200.000 €	1.200.000 €
c) für Gräber auf den sowjetischen Ehrenmalen und Soldatenfriedhöfen	341.000 €	376.000 €
2. den/die italienische/n Wärter/in auf dem evangelischen Friedhof Stahnsdorf	20.000 €	20.000 €
3. Ruherechtsentschädigungen		
a) für Gräber auf konfessionellen Friedhöfen	361.000 €	361.000 €
	3.052.000 €	3.087.000 €
b) für Gräber auf landeseigenen Friedhöfen	587.000 €	587.000 €
4. den Wärter auf dem italienischen Ehrenfriedhof	20.000 €	20.000 €
	607.000 €	607.000 €

Die Einnahmen der Positionen 3. b) und 4. werden aus haushaltssystematischen Gründen seit 2012 direkt an die Bezirkshaushalte weitergeleitet (Kapitel 3820, Titel 11152 bzw. 23104).

28290	**011**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**284.696,56**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68290 (1.) und Titel 54690 (2.).

Es werden u. a. folgende Einnahmen erwartet:

1. Beiträge von Sponsoren für die Lenné-Preisverleihung und das Lenné-Symposium,
2. Spenden für die Stadtbaumkampagne.

Die Einnahmen sind geschätzt.

34290	**321**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für Investitionen**	**400.000**	**—**	**—**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Kapitel 0750, Titel 70116.

Beteiligung der privaten Investoren der „Europacity“ am kommunalen Anteil der Kosten für die Teilprojekte Stadtplatz, Brückenzugang und Kinderspielplatz mit Lärmschutzwänden (vgl. Erläuterungen zu Titel 70116).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Gesamtstädtische Ausgleichs-kompensation**				
11146 (neu)	**332**	**Ausgleichsabgabe im Rahmen der Kompensationsstrategie**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	

Wurde bislang bei 11192 MG 02 nachgewiesen.

Verstärkungsvermerk: Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei 52141,68241,70118,82162 und 89360.

Refinanzierung von Ausgaben für vorgezogene Ausgleichmaßnahmen zur beschleunigten Entwicklung der gesamtstädtisch bedeutsamen Wohnungsbauvorhaben durch die Vorhabenträger.
Höhe und Zeitpunkt der zweckgebundenen Einnahmen stehen in Abhängigkeit von Art und Umfang der jeweils festzusetzenden Kompensationsmaßnahmen sowie der Realisierung der Bauvorhaben.

Summe Maßnahmegruppe 02	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
Gesamteinnahmen	**3.864.000**	**3.499.000**	**3.264.000**	**8.985.014,27**
Prozentuale Veränderung	**18,4 %**	**-9,4 %**		

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
41201	**011**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**20.000**	**20.000**	**13.800**	**—**
41210	**011**	**Aufwendungen für Beiräte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**300,00**
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.318.000**	**3.450.000**	**3.008.000**	**2.202.199,43**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**46.000**	**46.000**	**46.000**	**5.465,35**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.969.000**	**7.248.000**	**6.698.000**	**6.107.635,73**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**501.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**63.900**	**65.800**	**62.300**	**60.191,05**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**13.000**	**13.000**	**13.000**	**16.327,87**

Allgemeiner Bürobedarf, Pläne, Lichtpausen, Karten, Normenblätter, Zeichenmaterial, Zeichen-, Druck- und Lichtpauspapier, Aufbereitung von Erhebungen, Nachdruck von Erfassungsbögen und Merkheften, Fachbücher, Fachzeitschriften und Loseblattsammlungen mit Ergänzungslieferungen, Rundfunkbeitrag

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**25.484,11**

Wartung und Reparaturen sowie Ersatz und Ergänzung von Büroinventar und -maschinen einschließlich Ersatzteile

51403	**422**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**5.000**	**5.000**	**4.500**	**6.045,82**

Steuern, laufender Unterhalt und Betriebsstoffe für zwei Pkw, eingesetzt in den Bereichen Naturschutz und Jagdwesen sowie Freiraumgestaltung und Landschaftsbau

Mehr wegen allgemeiner Preissteigerungen für Energie und Dienstleistungen.

51701	**321**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**140.000**	**140.000**	**23.000**	**23.438,72**

Der Ansatz enthält die Bewirtschaftungsausgaben (z.B. Straßenreinigung, Grundsteuer, Verwaltungsausgaben) gemäß Gestattungsvertrag vom April 2014 zwischen dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) und durch das BA Mitte und der BVG sowie der CA Immo mit dem Ziel der Herstellung des „Döberitzer Grünzuges“.

In dem o.g. Gestattungsvertrag ist geregelt, dass die Herstellung und Unterhaltung einschl. Verkehrssicherungspflicht der öffentlichen Grünanlage dem Gestattungsnehmer (SenMVKU) obliegt. Die Herstellung/Instandhaltung der Grünanlage wurde der Grün Berlin per Nutzungsvertrag übertragen (vgl. Titel 68203 und 89374); die Unterhaltung einschl. Verkehrssicherungspflicht ist vom Gestattungsnehmer zu tragen.

Die Ausgaben sind in 2024 und 2025 jeweils vorgesehen für:

Straßenreinigung	11.500 €
Grundsteuer	17.250 €
Verwaltungskosten	1.250 €
	30.000 €

Zudem enthält der Ansatz die Bewirtschaftungsausgaben (Grundsteuer) der 2021 in das Fachvermögen der SenMVKU übertragenen Flurstücke auf dem ehemaligen Flughafen Tegel (Teilflächen der Tegeler Stadtheide).

Die Ausgaben sind in 2024 und 2025 jeweils vorgesehen für:

Grundsteuer	110.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52118	**332**	**Ausgaben für das Berliner Stadtgrün zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
52140	**332**	**Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege**	**1.630.000**	**1.600.000**	**1.498.000**	**1.144.196,64**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.600.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjähriger Verträge für Pflegemaßnahmen sowie für zur Erstellung von Managementplänen für Pflege und Entwicklung erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	958.260	390.750	0
VE 2023	600.000	500.000	500.000

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für:

1. Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen zur Sicherung von Schutzgebieten im Rahmen des EU-Schutzgebietssystems „Natura 2000“ auf der Grundlage der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie). Es sind Managementpläne für Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiete zu erstellen, zu aktualisieren sowie Untersuchungen zur Dokumentation der Entwicklung der „Natura 2000“-Schutzgebiete entsprechend der in dieser EU-Richtlinie genannten Berichtspflichten zu beauftragen.
2. Umsetzung der erforderlichen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für die Naturschutzgebiete und sonstigen schutzwürdigen Bereiche sowie Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen für Naturschutzgebiete
3. Abschluss von Verträgen mit Flächeneigentümern und Nutzern im Rahmen des Vertragsnaturschutzes zur Aufrechterhaltung und Wiederaufnahme extensiver landwirtschaftlicher Nutzungen oder nutzungsgleicher Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten, wenn diese zur Sicherung des Schutzzweckes erforderlich sind
4. Einzelmaßnahmen zum Schutz und zur Pflege gefährdeter Pflanzen- und Tierarten in Berlin; Umsetzung von Maßnahmen aus den Artenschutz- und Artenhilfsprogrammen insbesondere für Arten, die unter die FFH-Richtlinie bzw. EU-Vogelschutz-Richtlinie fallen
5. Mit der Umsetzung der Natura 2000-Richtlinien ist auch die Verpflichtung verbunden, die für einen günstigen Erhaltungszustand der Arten bzw. Lebensraumtypen erforderlichen Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen zu erfassen und zu überwachen. Um dies zu gewährleisten, sehen sowohl die FFH -Richtlinie als auch die Vogelschutzrichtlinie vor, dass die Mitgliedstaaten in regelmäßigen Zeitabständen darüber berichten (Art. 17 der FFH bzw. Art. 12 der Vogelschutzrichtlinie). Zu dieser Berichtspflicht gehört eine umfassende regelmäßige Bestandsbeobachtung, Erhebung und Datenhaltung der geschützten Arten. Hierzu sind Daten zum Vorkommen der Arten der FFH-RL in und außerhalb der NATURA 2000-Gebiete erforderlich.

Mehr aufgrund der Erhöhung der Anforderungen der EU-Kommission zum Management der festgesetzten Natura 2000-Gebiete und neu ausgewiesener Naturschutzgebiete, Abbau von Vollzugsdefiziten in Schutz-, Pflege- und Entwicklung der Naturschutzgebiete sowie Zuwachs an geschützten Flächen durch neue Unterschutzstellungsverfahren

52141	**332**	**Maßnahmen zur Umsetzung der Kompensationsstrategie**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52190	**332**	**Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**33.833,80** **R 6.574.097,66**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11193. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Verwendung des Aufkommens an Ausgleichsabgaben insbesondere nach § 15 Abs. 6 des Bundesnaturschutzgesetzes für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**8.957,61**

Für die Fortbildung der Dienstkräfte, einschließlich der Kosten von Dienstreisen im Rahmen von Aus- und Fortbildung

52602	**422**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**108.000**	**108.000**	**108.000**	**37.883,02**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Klimaschutzrates gem. § 14 Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz Die Höhe der Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen richtet sich nach der Geschäftsordnung des Berliner Klimaschutzrates)	10.000	10.000	10.000	9.040
2	Sitzungsgelder und Kostenentschädigungen für die Mitglieder des Kleingarten- und Jagdbeirats Die Höhe der Sitzungsgelder richtet sich nach der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen	900	900	900	340
3	Entschädigungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses für die Abnahme der Jäger- und Falknerprüfung sowie Ersatz der sächlichen Prüfungskosten. Die Höhe der Entschädigungen richtet sich nach der Verordnung über die Falkner- und Jägerprüfung	5.700	5.700	5.700	6.380
4	Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Wildwächter (§ 49 a LJagdG Bln) Die Höhe der Aufwandsentschädigung bemisst sich nach der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen, deren Änderung hierfür vorgesehen ist	15.000	15.000	15.000	14.820
5	Gestaltungsbeirat Öffentliche Räume Berlin (neu).....	76.400	76.400	76.400	7.300
	Summe	108.000	108.000	108.000	37.880

52609	**422**	**Thematische Untersuchungen**	**100.000**	**100.000**	**170.000**	**—**

Erarbeitung von Konzepten und Strategien für das Berliner Freiraumsystem zur Förderung der grünen Infrastruktur in der wachsenden Stadt insbesondere in Wohnquartieren von gesamtstädtischer Bedeutung sowie von Strategien zur Qualifizierung und Anpassung der Berliner Grünanlagen an die künftige Entwicklung der Stadtgesellschaft; Konzeptentwicklung für die Berliner Freiräume zur Förderung der biologischen Vielfalt, der Erholungsnutzung und der Erhaltung der Gesundheit

Weniger in Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**422**	**Gutachten**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
52612	**332**	**Uferwegekonzept**	**100.000**	**50.000**	**150.000**	**—**

Die Mittel dienen der Erstellung eines Uferwegekonzeptes. Die Ufer sollen grundsätzlich öffentlich zugänglich sein und so naturnah wie möglich gestaltet werden. Auch zur Erstellung von Leitlinien für Wasserlagen und einer Uferwegekarte, um eine qualitätsvolle Gestaltung und Entwicklung öffentlicher Ufer zu erreichen.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**18.000**	**18.000**	**23.000**	**11.919,01**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts, Dienstfahrscheine, Umweltkarten und Entschädigung für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten in Berlin

53101	**332**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**62.500**	**17.500**	**17.500**	**12.106,08**

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1	Veröffentlichungen in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung	11.000	11.000	17.500	10.990
2	Fortschreibung des Internetauftritts „Schaufenster Klimabildung in Schulen“	1.500	1.500	0	0
3	Umsetzung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ..	5.000	5.000	0	1.120
4	Kleingartenbroschüren für die Öffentlichkeit	45.000	0	0	0
	Summe	62.500	17.500	17.500	12.110

Publikationen und Broschüren richten sich an alle interessierten Personen jeden Geschlechts.

53107	**421**	**Druck der Landeskartenwerke**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Erstellung und Aktualisierung von Kartenwerken für das Landschaftsprogramm einschließlich Artenschutzprogramm, für die Landschaftsplanung, für Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete und flächige Naturdenkmale sowie für das Flächenmonitoring und das Monitoring Soziale Stadtentwicklung.

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**4.000**	**914,16**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen sowie internationalen Delegationen (Städtenetzwerke).

Weniger in Anpassung an die Ausgaben der Vorjahre

53111	**422**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**6.000**	**6.000**	**1.000**	**2.176,51**

Für Stellenausschreibungen einschließlich der Kosten von Auswahlverfahren und amtlichen Bekanntmachungen

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	2020		2021		2022	
	w	m	w	w	m	w
Einstellungen aufgrund von Stellenausschreibungen in überregionalen Medien						
Absolut: Kopfzahl (Anzahl Frauen / Männer, die sich in der Führungsebene 1 bzw. 2 /höherer Dienst befinden)	2	3	2	3	3	2
Relativ: % Angabe	40	60	40	60	60	40
Ressourcen (in T €)	1	1	3	4	1	1

Zielgruppe:	Bewerberinnen auf Stellenausschreibungen in überregionalen Medien
Zielsetzung:	Der Ressourceneinsatz erfolgt u.a. zur Ansprache von Frauen auch für Führungspositionen des (vglb.) höheren Dienstes. Ziel ist, hier eine Unterrepräsentanz von Frauen zu vermeiden bzw. bestehende abzubauen.
Steuerungsmaßnahmen:	Qualifizierung der Fortbildungsmaßnahmen für weibliche Führungskräfte

53121	**422**	**Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen**	**485.000**	**485.000**	**485.000**	**173.729,67**
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**300.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	0	0	0

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Landschaftsplanung gemäß §§ 9 und 10 Berliner Naturschutzgesetz und an den Unterschutzstellungen nach §§ 21 ff. Berliner Naturschutzgesetz muss durch Darlegung, Anhörung oder Auslegung gewährleistet werden. Die Ausgaben entstehen insbesondere für Karten und Pläne, Inserate, Postwurfsendungen, Online-Foren, Web-Auftritte, Informationsbroschüren, Ausstellungen, Mieten und Versicherungen für Räume und Geräte im Rahmen von Veranstaltungen (Projektoren und Stelltafeln u. ä.) sowie Organisationsaufgaben.

Darüber hinaus sind Kommunikationskonzepte für die Entwicklung und Umsetzung der grünen Infrastruktur (zum Beispiel für Kompensationsmanagement, Landschaftsprogramm, Strategie Stadtlandschaft, Strategie der Biologischen Vielfalt, Handlungsprogramm Charta für das Berliner Stadtgrün) zu erarbeiten.

Die Geschäftsstelle für die Umsetzung des Beteiligungsmodells auf dem Tempelhofer Feld und damit verbundene Ausgaben, wie die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen oder Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements, sind zu finanzieren.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**422**	**Dienstleistungen**	**2.510.000**	**2.531.000**	**2.295.000**	**925.918,67**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**500.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjähriger Verträge erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	93.411	93.411	0
VE 2023	750.000	550.000	450.000

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1.	Dienstleistungsaufträge zur Vorbereitung und Begleitung von Unterschutzstellungsverfahren für Teile von Natur und Landschaft	40.000	50.000	60.000	26.220
2.	Aktualisierung des Artenschutzleitfadens	29.100	29.100	35.000	14.020
3.	Unterstützung bei der E-Vergabe.....	108.000	108.000	177.000	57.180
4.	Unterstützung bei Fachverfahren (Windenergie, wasserrechtliche Genehmigungsverfahren, Planfeststellungsverfahren, BPlan-Verfahren; Partizipationsverfahren)	41.500	41.500	50.000	0
5.	Überprüfung der Einhaltung von Auflagen und Maßgaben im Rahmen artenschutzrechtlicher Ausnahme- und Befreiungsverfahren einschließlich des Erfolgseintritts von Kompensationsmaßnahmen	20.800	20.800	25.000	0
6.	Maßnahmen zum Schutz international geschützter Arten und deren Erzeugnisse - Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels - Umsetzung der Beschlüsse der Cites-Vertragsstaatenkonferenz.....	21.000	21.000	25.000	0
7.	Umsetzung der EU-Verordnung zu invasiven Arten.....	133.000	133.000	130.000	162.400
8.	Dienstleistungsaufträge für stadtpolitisch herausragende Projekte der Freiraumplanung sowie Vorbereitung von Umsetzungsstrategien für die Weiterentwicklung der öffentlichen Grünanlagen	25.000	58.000	50.000	46.310
9.	Dienstleistungsaufträge im Zusammenhang mit der Prüfung von Verwendungsnachweisen und Bauplanungsunterlagen.....	166.000	166.000	200.000	178.330
10.	Dienstleistungsaufträge für die organisatorische, technische und grafische Unterstützung des Bereichs Freiraumplanung.....	33.200	33.200	40.000	22.130

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
11.	Arbeiten zu den Schwerpunkten der Landschaftsplanung im Rahmen der Stadtentwicklung; Entwicklung und Fortschreibung des Landschaftsprogramm einschließlich Artenschutzprogramm, Landschaftsplanerische Fachbeiträge zur Bauleitplanung mit bedeutenden Wohnungsbau- und Infrastrukturvorhaben in Gebieten mit außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung, Beiträge zur Entwicklung und Umsetzung der Berlin-Strategie, Steuerungsausschuss Wohnungsbau/ Wohnungsbauleitstelle, zur Task Force - Koordinierungsplanung für die Entwicklungsräume, Absicherung des gesetzlichen Biotopverbundes; Weiterentwicklung der 20 grünen Hauptwege-Freiraumsystem, Aktualisierung von Grundlagen, Bewertungsmethoden; Spezifizierung der Instrumente zur Umsetzung landschaftsplanerischer Entwicklungsziele und Maßnahmen; Verstetigung der Strategischen Umweltprüfung (SUP) als Fachbeitrag zur gesamtstädtischen Planung...	233.000	230.000	200.000	128.900
12.	Dienstleistungsaufträge zur Optimierung der Pflege, Unterhaltung und Entwicklung öffentlicher Grünflächen und Stadtbäume sowie zur Absicherung der Bestandsqualität	166.000	165.000	30.000	0
13.	Dienstleistungsaufträge zur Aktualisierung der Friedhofsentwicklungsplanung.....	25.000	25.000	30.000	0
14.	Unterstützung des Landesbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege zur Vorbereitung der Beratungstätigkeit	49.900	49.900	60.000	66.320
15.	Umsetzung von Maßnahmen der Biologischen Vielfalt Berlin.....	187.000	185.000	225.000	109.330
16.	Überprüfungen und Maßnahmen zu Vogelschlag an Glasfassaden (siehe lfd. Nr. 31.).....	0	0	30.000	2.680
17.	Unterstützung der Behörden zu Konflikten mit der Art Biber (siehe lfd. Nr. 31.)	0	0	15.000	19.520
18.	Transportdienst für Biber und andere geschützte große Tiere (siehe lfd. Nr. 31.)	0	0	2.000	590
19.	Technischer Support und Hosting diBEK (digitales Monitoring- und Informationssystem).....	41.500	41.000	60.000	2.880
20.	Datenerhebungen im Rahmen Klimafolgenmonitoring	25.000	8.000	10.000	34.900
21.	Umsetzungen Vorbildfunktion gem. EWG Bln.....	133.000	148.000	130.000	0
22.	Kultur auf Grünflächen	0	0	100.000	0
23.	Fortschreibung des BEK einschließlich öffentliche Beteiligung und Rat der Bürgerinnen und Bürger	1.000	206.000	1.000	0
24.	Wärmeplanung und Wärmekataster einschließlich Potentialstudien und ggf. erforderliche Gutachten	499.000	372.000	450.000	0
25.	Begleituntersuchungen Klimaschutzrat.....	41.500	41.500	50.000	0
26.	Dienstleistungsauftrag zur Planung, Organisation und Durchführung des Tag des Friedhofs.....	75.000	75.000	50.000	54.210
27.	Konzept zur Umsetzung einer Baumschule für klimaresiliente Bäume.....	0	0	60.000	0
28.	Weiterentwicklung Klimacheck (neu)	25.000	0	0	0
29.	Erstellung einer Arbeitshilfe zur Erfüllung der C40 Reporting Standards (neu)	33.000	1.000	0	0
30.	Erfassungen / Kartierungen in Schutzgebieten nach Naturschutzrecht (neu)	133.000	133.000	0	0

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
31.	Unterstützung der Behörden zu Konflikten mit der Art Biber; Transportdienst für Biber und andere geschützte große Tiere; Überprüfungen und Maßnahmen zu Vogelschlag an Glasfassaden (alte Nr. 16 – 18 zusammengefasst) (neu)	66.500	66.000	0	0
32.	Verarbeitung, Abwicklung und Prüfung von Zuwendungen für die Umsetzung der Biologischen Vielfalt und Umweltbildung (neu).....	25.000	66.000	0	0
33.	Überarbeitung der Friedhofsgebührenordnung (neu).....	133.000	58.000	0	0
	Summe	2.510.000	2.531.000	2.295.000	925.920

Die Ausgaben zur lfd. Nr. 31. können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Mehr insbesondere

zu 11. durch allgemeine Kostenerhöhung bei Dienstleistungen und durch den kurzfristig angestrebten Ausbau der erneuerbaren Energien

zu 12. für die Beauftragung der Datenerhebung und Erstellung für den Straßenbaumzustandsbericht. Der Straßenbaumzustandsbericht wird regelmäßig in fünfjährigem Abstand vergeben.

zu 21. zur Umsetzung weiterer Anforderungen im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, der Betreuung des bereits etablierten Monitoring-Systems (diBEK) und dessen Fortentwicklung sowie durch die Umsetzung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand im Rahmen des Berliner Energiewendegesetzes.

zu 23. in 2025 für die erneute Bürgerbeteiligung zur Fortschreibung des BEK ab 2025. Das BEK ist derzeit fortgeschrieben bis zum Jahr 2026.

zu 24. für zusätzliche Leistungen zur Umsetzung der Wärmestrategie für Wärmeplanung und -kataster

zu 26. für die Vorbereitung und Organisation des Tags des Friedhofs sowie die Fortsetzung der Kampagne „Mein Kiez.Mein Friedhof“

zu 28. für die Einführung, Fortschreibung und Weiterentwicklung des Klimachecks.

zu 29. um die regelmäßig zu Berichtspflichten im Rahmen der C40 Mitgliedschaft erfüllen zu können,

zu 30. für verschiedene Kartierungsprojekte in neu ausgewiesenen Schutzgebieten (FFH und Vogelschutz).

zu 31. für mehr Untersuchungen zu Vogelkollisionen an verschiedenen bezirklichen Bestandsbauten.

zu 32. für Folgeaufträge aus der Betreuung in Zuwendungsangelegenheiten

zu 33. für die Vorbereitung einer Änderung der Friedhofsgebührenordnung unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen und aktuellen steuerrechtlichen Aspekten.

54012 (neu)	**332**	**Ersatzvornahmen**	**1.000**	**1.000**

Zu den Aufgaben der SenMVKU als oberster Naturschutzbehörde gehören naturschutzrechtliche Zulassungsverfahren auf verschiedenen Rechtsgrundlagen (§ 67 BNatSchG, Schutzgebietsverordnungen, verschiedene Zulassungsvorschriften nach Kapitel 5 BNatSchG). Durch angeordnete Kompensationen kann es bei Nichterfüllung von Auflagen zu durchzuführenden Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (Ersatzvornahme) kommen.

Es wird unterstellt, dass den Ausgaben gleichhohe Einnahmen bei Titel 11102 gegenüberstehen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**422**	**Veranstaltungen**	**30.000**	**30.000**	**10.000**	**2.230,00**

Die Ausgaben sind für Veranstaltungen und Ausstellungen im Bereich Landschaftsplanung sowie im Bereich der gesamtstädtischen Stadtgrünaufgaben zu Themen wie Biologische Vielfalt, Umweltbildung, Unterschutzstellungsverfahren sowie Themen der Berliner Freiraumstruktur, der Kleingärten, der Friedhofslandschaft wie auch der Umsetzung des Handbuchs Gute Pflege vorgesehen.

Mehr für nationale und internationale Veranstaltungen im Rahmen des Berlin Urban Nature Pact

54079	**422**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Insbesondere für die Ergänzung und Instandsetzung von Dienst- und Schutzkleidung, Besichtigungsfahrten, Mieten für Räume, Portogebühren sowie Kränze und Nachrufe

54101	**332**	**Klimaschutz als Bildungsinhalt**	**325.000**	**325.000**	**325.000**	**229.103,43**
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**150.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die finanzielle Absicherung überjährig laufender Projekte erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	150.000	0	0

Die Ausgaben in 2024 und 2025 sind jeweils vorgesehen für:

Nr.	Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1.	Klimaschutz in Kitas	70.000	70.000	70.000	0
2.	Klimaschutz an Schulen	222.000	222.000	222.000	203.820
3.	Wettbewerb Berliner Klimaschulen	33.000	33.000	33.000	25.280
	Summe	**325.000**	**325.000**	**325.000**	**229.100**

54103	**332**	**Energiespar-Marketing**	**280.000**	**130.000**	**206.000**	**195.765,77**
		Verpflichtungsermächtigung	**130.000**	**130.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**30.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**30.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Umsetzung der Maßnahmen zum ImpulsE-Programm veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	49.730	0	0
VE 2023	200.000	0	0

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben sind bestimmt für die Umsetzung folgender Schwerpunkte:

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1.	Fortsetzung und Verstetigung des Berliner ImpulsE-Programms zum Energiespartransfer	275.000	125.000	196.000	127.170
2.	Energiesparpartnerschaften	5.000	5.000	10.000	0
	Summe	**280.000**	**130.000**	**206.000**	**127.170***

*Darüber hinaus wurden Mittel von 68.600 € für die Klimabildung in Kitas verausgabt. Das Projekt wird ab 2023 im Titel 54101 nachgewiesen.

Weniger zu 1. ab 2025, weil das Programm neu zugeschnitten wurde und einige Leistungsbausteine entfallen.

54106	**332**	**Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft**	**9.434.000**	**10.090.000**	**8.509.000**	**6.134.550,02 R 69.262,79**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**5.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**5.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	698.4100	304.340	175.3900
VE 2023	5.000.000	0	0

Die Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft dient der klima- und sozialgerechten Weiterentwicklung der Grün- und Freiräume als zentrales Thema der Entwicklung einer zukunftsfähigen und lebenswerten Stadt.
Wesentliche Inhalte sind die Umsetzung der Charta für das Berliner Stadtgrün und die In-Wert-Setzung des Stadtgrüns, die Stadtbaumkampagne; die Förderung der biologischen Vielfalt, die Vernetzung von Grünflächen, die Förderung von Dach-, Fassaden- und Hofbegrünung, sowie die Förderung des Urbanen Gärtners und die Umsetzung des Gemeinschaftsgarten-Programms.

Die Ausgaben sind wie folgt für die Programme vorgesehen:

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1.	Aktionsprogramm Schöne Stadt.....	4.426.000	4.670.000	3.700.000	3.538.970
2.	Aktionsprogramm Urbane Natur.....	1.800.000	1.695.000	1.095.000	328.310
3.	Aktionsprogramm Produktive Landschaft.....	740.000	720.000	410.000	16.880
4.	Förderprogramm GrünDachPLUS (ehemals 1.000 Grüne Dächer)	170.000	185.000	150.000	141.610
5.	In-Wertsetzung des städtischen Grüns im Hinblick auf die Erfordernisse der wachsenden Stadt und deren Resilienz in Bezug auf neue Anforderungen.....	588.000	1.110.000	1.564.000	290.050
6.	Handbuch gute Pflege (HGP).....	200.000	200.000	90.000	47.260
7.	Förderung des Naturschutzes und der Erholungsnutzung auf Friedhöfen.....	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.550.320
8.	Förderung von Hofbegrünung	110.000	110.000	100.000	0
9.	Umsetzung Charta Stadtgrün inkl. Handlungsprogramm.....	300.000	300.000	300.000	221.150
	Summe	**9.434.000**	**10.090.000**	**8.509.000**	**6.134.550**

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Mehr insbesondere

zu Nr. 1 durch Kostensteigerung für die Stadtbaumkampagne und im Zusammenhang mit dem für die Wiederaufnahme der Grünanlagensanierung zu leistenden Eigenanteil für die dafür bereitgestellte Förderung aus dem Berliner Programm für die nachhaltige Entwicklung II

zu Nr. 2 auf Grund der Fortschreibung der Strategie Biologische Vielfalt, Einrichtung der Geschäftsstelle Biologische Vielfalt und neuen Biotoptypenkartierung für Berlin

zu Nr. 3: für das Gemeinschaftsgartenprogramm

zu Nr. 4: für den kalkulierten Inflationsausgleich für den Vertrag mit dem Geschäftsbesorger

zu Nr. 5: für die Unterstützung der In-Wert-Setzung von Stadtgrün in den Bezirken, Maßnahmen zur Erhöhung der Wertschätzung des Stadtgrüns, Sanierungsmaßnahme Grunewaldsee, Qualifizierung Lehrpfad Teufelssee und Sicherstellung des Angebots für islamische Bestattungen auf dem Landschaftsfriedhof Gatow

zu Nr. 6: für die Fortschreibung des Handbuchs Gute Pflege

zu Nr. 8: für die Neuauflage des Förderprogramms und kalkulierter Inflationsausgleich für den Vertrag mit dem Geschäftsbesorger

Die Ausgaben sind auch zur Komplementierung von Fördermitteln, vor allem aus den EU-Strukturfonds, von Mitteln des Bundes zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt und zur Förderung von Klimaschutzprojekten bestimmt.

Die Ausgaben für Zuschüsse zur Umsetzung der Strategie Stadtlandschaften werden im Titel 68282 nachgewiesen.

54108	**332**	**Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes**	**3.250.000**	**3.250.000**	**2.500.000**	**2.346.118,01**

Vor dem Hintergrund der durch den Klimawandel bedingten Witterungsereignisse sind weiterhin Finanzmittel für gesamtstädtisch bedeutsame Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Baumbestandes notwendig. Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen zu verwenden:

- Pflegemaßnahmen zur Verbesserung des Baumbestandes
- Sanierung von Baumstandorten (Bodenaustausch und -verbesserung)
- Pflanzung von Bäumen auf öffentlichen Flächen

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Mehr für die nachhaltige Stärkung des Baumbestands, um einer massiven Verschlechterung des Zustandes des Berliner Baumbestandes, insbesondere durch die Auswirkungen des Klimawandels und die erhöhte Bautätigkeit im Straßenland, entgegen zu wirken.

54121	**332**	**Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)** Siehe Maßnahmegruppe 01				
54690	**011**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.511.000**	**1.511.000**	**1.429.000**	**1.266.653,59** **R 7.156.644,48**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190 und Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

In Berlin sind rd. 120.000 Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft bestattet. Nach dem Gräbergesetz vom 1. Juli 1965 in der Fassung vom 16. Januar 2012 trägt der Bund u.a. die Kosten für die Anlegung geschlossener Begräbnisstätten sowie für die Instandsetzung und Pflege der behördlich zu unterhaltenden Grabstätten (84.162 Einzelgräber und 78.255 m² Sammelgrabfläche) nach festgeschriebenen Pauschalsätzen (vgl. Erläuterungen zu Titel 23190).
Im Einzelnen sind jeweils veranschlagt für die Pflege auf konfessionellen Friedhöfen:

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

25.746 Einzelgräber und 4.897 m² Sammelgrabfläche..... 474.000 €
Instandsetzungen einschließlich Grabzeichen ..... 656.000 €
Ruherechtsentschädigungen ..... 361.000 €
Italienische/r Wärter/in auf dem evangelischen Friedhof Stahnsdorf..... 20.000 €
1.511.000 €

Die Ausgaben für die gärtnerische Pflege der Opfergräber auf den Flächen der sowjetischen Ehrenmale/Soldatenfriedhöfe Treptow, Tiergarten und Schönholz durch die Grün Berlin GmbH werden beim Titel 68290 nachgewiesen.

Die Ausgaben für die Pflege auf landeseigenen Friedhöfen werden bei dem Titel 98190 nachgewiesen.

Im Rahmen der seit 2012 laufenden Stadtbaumkampagne werden Spendeneinnahmen seitens der Berliner Bevölkerung und Institutionen akquiriert. Bei einem Spendenbetrag von 500 € wird der erforderliche Restbetrag aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt die bei Titel 54106, lfd. Nr. 1 veranschlagt sind.

67101	**332**	**Ersatz von Ausgaben**	**2.925.000**	**2.925.000**	**2.411.000**	**1.832.146,95**
		1.000.000,0 EUR wurden bislang bei 68282 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.965.000**	**1.965.000**		
		Davon fällig 2026	**1.485.000**	**480.000**		
		Davon fällig 2027	**480.000**	**1.485.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die finanzielle Absicherung überjährig laufender Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	480.000	480.000	0
VE 2023	760.000	0	0

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für:

Nr.	Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Ausgabenersatz aufgrund des 2012 geschlossenen Städtebaulichen Vertrages zu den Flächen im Gebiet des Entwurfs zum Bebauungsplan 1-64 im Bezirk Mitte („Mauerpark-Vertrag“) a) an die Deutsche Bahn AG für Maßnahmen am so genannten Gleimtunnel	300.000	300.000	319.000	0
2.	Ersatz von Ausgaben im Zusammenhang a) mit der Beratung und Koordinierung zum Umgang mit hilflosen Wildtieren in Berlin sowie für den Wildtierschutz	195.000	195.000	180.900	180.000
	b) mit der provisorischen Unterbringung der Wildtierstation des NABU Berlin e.V. im Wuhletal in Containern	15.000	15.000	15.000	15.000
3.	Ersatz von Ausgaben im Zusammenhang mit der Beratung zum Umgang mit jagdbaren Wildtieren in der Stadt	45.000	45.000	38.000	38.000
4.	Ausgabenersatz an die Technische Universität Berlin für die anteilige Freistellung eines Hochschullehrers zur Wahrnehmung der Aufgaben des Landesbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege	12.000	12.000	10.000	0

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Nr.	Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
5.	Ausgabenersatz auf Grundlage einer Bund-Länder Vereinbarungen für a) die Durchführung des Vogelmonitorings Deutschland durch den Dachverband Deutscher Avifaunisten ..... b) Großkarnivorengenetik (Senckenberg Referenzlabor Wolfsgenetik)	8.900 4.100	8.900 4.100	8.960 4.100	8.000 4.070
6.	Ausgabenersatz an den Landesverband Berlin der Gartenfreunde e. V. sowie an weitere - nicht dem Landesverband angehörende - kleingärtnerisch gemeinnützige Zwischenpächter a) für Beratung und Koordinierung der Gartenfachgestaltung ..... b) für die Pflege und Umsetzung der Verkehrssicherungspflicht von Großbäumen in landeseigenen Kleingartenanlagen	60.000 200.000	60.000 200.000	50.000 100.000	52.640 217.450
7.	Biologisch invasive Tier- und Pflanzenarten – Neobiota in Berlin	150.000	150.000	120.000	38.000
8.	Ersatz von Ausgaben im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt für die bestäuberfreundliche Stadt	480.000	480.000	480.000	480.000
9.	Ausgabenersatz an das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) für die Sicherung der Grabstätten von unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma, die nicht unter das Gräbergesetz fallen	25.000	25.000	25.000	12.990
10.	Programme und Maßnahmen zur Entwicklung des Naturparks Barnim (Verwaltungsvereinbarung mit Brandenburg)	60.000	60.000	60.000	46.010
11.	Ersatz von Ausgaben im Zusammenhang mit der Beratung zu invasiven Arten im Rahmen der EU-VO (neu)	70.000	70.000	0	0
12.	Ausgabenersatz an die Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) auf Grundlage der Vereinbarung über die Beteiligung des Landes Berlin an den Ausgaben evangelischer Friedhofsträger für die Unterhaltung von Friedhofsflächen als Teil des öffentlichen Grüns (neu)	1.300.000	1.300.000	0	0
	Summe	2.925.000	2.925.000	1.410.960	1.092.150
				rd. 1.411.000*	

Mehr insbesondere

zu lfd. Nr. 6 a) durch das Hinzukommen weiterer kleingärtnerisch gemeinnütziger Zwischenpächterinnen und Zwischenpächter sowie
zu lfd. Nr. 6 b) aufgrund vermehrter Pflege und Verkehrssicherungspflicht von Großbäumen in landeseigenen Kleingartenanlagen und der Pflanzung zusätzlicher Bäume in den öffentlichen Bereichen und der damit einhergehenden höheren Ausgaben für die Verkehrssicherungspflicht für die Zwischenpächterinnen und Zwischenpächter.

Zu lfd. Nr. 12, da zur Sicherung der Friedhofsflächen als Teil des öffentlichen Grüns in 2022 eine Vereinbarung zwischen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und dem Land Berlin geschlossen wurde, mit der eine finanzielle Beteiligung des Landes Berlins an den Ausgaben evangelischer Friedhofsträger für die Unterhaltung von Friedhofsflächen als Teil des öffentlichen Grüns vereinbart wurde.

*Ein Teilbetrag der Ausgaben zur lfd. Nr. 12 von 1.000.000 € wurde bisher bei dem Titel 68282, lfd. Nr. 4. nachgewiesen.

68120 332 Zuschüsse an natürliche Personen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Siehe Maßnahmegruppe 01

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68123	**332**	**Ehrungen, Preise**	**15.000**		**—**	**15.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Peter-Joseph-Lenné-Preis für wissenschaftliche und künstlerische Arbeiten auf den Gebieten Gartengestaltung, Freiraumplanung und Landschaftsbau, der alle zwei Jahre verliehen wird.

Die Ausgaben für die Ausstellung der Wettbewerbsarbeiten sowie die Nebenkosten der Preisverleihung werden bei dem Titel 68203 nachgewiesen.

68203	**321**	**Zuschuss an die Grün Berlin GmbH**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68214	**430**	**Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes des Berliner Krematoriumsbetriebes**	**990.000**	**989.000**	**1.165.000**	**900.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**989.000**	**516.000**		
		Davon fällig 2025	**989.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**516.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	516.000	0	0

Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält der Landesbetrieb Krematorium Berlin Zuschüsse.

Die investiven Ausgaben für die weitere Modernisierung der Energieversorgung in den Krematorien Ruhleben und Baumschulenweg werden bei Titel 89121 abgebildet.

Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 sind am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 0750 dargestellt.

68236	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
68241	**332**	**Zuschüsse zur Umsetzung der Kompensationsstrategie**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68282	**332**	**Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft**	**5.110.000**	**4.876.000**	**2.430.000**	**1.798.183,85**
		1.500.000,0 EUR werden künftig bei 0720/67101 nachgewiesen. 1.000.000,0 EUR werden künftig bei 67101 nachgewiesen. 150.000,0 EUR werden künftig bei 68569 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.700.000**	**2.200.000**		
		Davon fällig 2025	**1.700.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.200.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Vergabe von überjährigen Aufträgen erforderlich, insbesondere für die Aktionsprogramme Urbane Natur, das Förderprogramm GrünDachPLUS, für die In-Wertsetzung des städtischen Grüns erforderlich und die Förderung des Urbanen Gärtnerns erforderlich.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	984.530	32.610	37.390
VE 2023	4.000.000*	3.000.000*	0

* Die Jahresbeträge der VE 2023 für 2024 und 2025 werden durch Programmverschiebungen und –änderungen nur bis zu einer Höhe von rd. 2,1 Mio. € pro Jahr in Anspruch genommen.

Gewährung von Zuschüssen im Rahmen der Förderung von Projekten im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft.

Die Ausgaben sind vorgesehen für Zuwendungen zur Umsetzung der folgenden Programme:

	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1. Aktionsprogramm Urbane Natur	2.050.000	2.050.000	1.480.000	735.010
2. Förderprogramm GrünDachPLUS – ehemals 1.000 Grüne Dächer – (inkl. Fassadenbegrünung)	900.000	900.000	900.000	288.760
3. Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und -spender	0	0	1.500.000	1.326.310
4. In-Wertsetzung des städtischen Grüns im Hinblick auf die Erfordernisse der wachsenden Stadt und deren Resilienz in Bezug auf neue Anforderungen.....	473.500	143.500	1.000.000	1.378.950
5. Aktionsprogramm Produktive Landschaft	436.000	433.000	200.000	30.140
6. Förderung von Hofbegrünung (neu)	250.000	350.000	0	0
7. Kleingewässerprogramm (neu).....	1.000.000	1.000.000	0	0
	5.109.500 rd. 5.110.000	4.8676.000	5.080.000	3.759.170

Die Ausgaben sind auch zur Komplementierung von Fördermitteln des Bundes zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt bestimmt.

Mehr zu

Nr. 1. aufgrund der Fortschreibung der Strategie Biologische Vielfalt für Maßnahmen, die durch die Akteure des Naturschutzes umgesetzt werden. Hierzu gehören insbesondere der Insektenschutz, Vögel an Gebäuden und die Förderung des Museums für Naturkunde zur Unterstützung der Biologischen Vielfalt.

Nr. 5. für das neu eingeführte Hofbegrünungsprogramm auch im Rahmen von Projekten.

DerTeilbetrag von 1.500.000 € der Ausgaben zur lfd. Nr.3. für das Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und -spender wird künftig bei Kapitel 0720, Titel 67101 nachgewiesen.

Ein Teilbetrag von 1.000.000 € der Ausgaben zur lfd. Nr. 4 für die finanzielle Beteiligung an die EKBO zur Sicherung von Friedhofsflächen als Teil des öffentlichen Grüns wird künftig bei dem Titel 67101, lfd. Nr. 12. nachgewiesen.

Ein Teilbetrag von 150.000 € aus der lfd. Nr. 1 für die Projektförderung Umweltbildung in Parkanlagen wird künftig bei Titel 68569, lfd. Nr. 7 nachgewiesen.

Die Ausgaben des Projekts „Bildung und Forschung für Natur in Berlin, Museum für Naturkunde“ (Teilbetrag der lfd. Nr. 1) wurden bislang beim Kapitel 0750, Titel 68569 nachgewiesen.

Die konsumtiven Ausgaben zur Umsetzung der Strategie Stadtlandschaften, die keine Zuschüsse darstellen, werden im Titel 54106 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68290	**011**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**341.000**	**376.000**	**226.000**	**302.000,00**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190 und Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
		Verpflichtungsermächtigung	**376.000**	**379.000**		
		Davon fällig 2025	**376.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**379.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	226.000	0	0

Für die gärtnerische Pflege der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft auf den Flächen der Sowjetischen Ehrenmale / Soldatenfriedhöfe Treptow, Tiergarten und Schönholz erhält die Grün Berlin GmbH eine zweckgebundene Zuwendung.

Die Aufgaben umfassen neben der gärtnerischen Grundpflege auch erforderliche Wechsel-, Nach- und Neupflanzungen in den Anlagen.

Die Ausgaben für die Pflege auf konfessionellen Friedhöfen werden bei dem Titel 54690 nachgewiesen.
Die Ausgaben für die Pflege auf landeseigenen Friedhöfen werden bei dem Titel 98190 nachgewiesen.

Im Rahmen des alle 2 Jahre vergebenen Lenné-Preises werden für die Vorbereitung und Durchführung Beiträge von Sponsoren für die Lenné-Preisverleihung und das Lenné-Symposium akquiriert. Die darüber hinaus erforderlichen Landesmittel sind die bei Maßnahmengruppe 03, Titel 68203 veranschlagt.

68301	**332**	**Zuschüsse an private Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
68302	**332**	**Zuschüsse für Veröffentlichungen und Dokumentationen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zuschüsse zu Publikationen zur Umweltsensibilisierung von Schülerinnen und Schülern im Bildungsbereich als zentraler Baustein der Berliner Energie- und Klimaschutzpolitik.

68303	**332**	**Zuschüsse für Veranstaltungen**	**50.000**	**50.000**	**30.000**	**—**

Die Ausgaben sind bestimmt für die Umsetzung folgender Projekte:

Nr.	Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Schüleruni Berlin	0	0	20.000	0
2.	Veranstaltungen des Berliner Klimaschutzrats	5.000	5.000	5.000	0
3.	Veranstaltungen zum Klimaschutz.....	25.000	25.000	5.000	0
4.	Fachtagung für Lehrkräfte im Bereich Klimabildung (neu)	20.000	20.000	0	0
	Summe	**50.000**	**50.000**	**30.000**	**0**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68478	**332**	**Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
68501	**332**	**Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz**	**6.521.000**	**6.780.000**	**5.900.000**	**5.385.016,23**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**17.100.000**	**17.100.000**		
		Davon fällig 2025	**5.700.000**			
		Davon fällig 2026	**5.700.000**	**5.700.000**		
		Davon fällig 2027	**5.700.000**	**5.700.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**5.700.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung des abzuschließenden Zuschussvertrages mit der Stiftung Naturschutz Berlin (SNB) vorgesehen. Da der Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages noch nicht feststeht, wurden die Verpflichtungsermächtigungen in beiden Haushaltsjahren veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	5.700.000	5.700.000	11.400.000

Die Stiftung ist verpflichtet, die Vorgaben des NatSchStiftG Bln in der jeweils geltenden Fassung sowie der Verordnung über die Satzung der Stiftung Naturschutz Berlin vom 25. Januar 1982 in der Fassung vom 4. Februar 2016 in der jeweils geltenden Fassung zu befolgen und ihren Zweck und ihre Aufgaben nach § 2 NatSchStiftG Bln zu erfüllen. Sie führt dazu nach Bedarf insbesondere auch folgende Projekte, Veranstaltungen und Förderungen durch:

- Bildungsforum Natur- und Umweltschutz,
- Koordinierungsstelle Ehrenamt im Natur und Umweltschutz,
- Koordinierungsstellen Florenschutz und Fauna (Biologische Vielfalt) inklusive Insektenoffensive/Artenfinder und planungsrelevante Arten,
- die naturbegleiterinnen und naturbegleiter (dnb),
- Beratungsstelle Naturerfahrungsräume (NER),
- Naturerleben mobil (NEMO),
- Stadtnatur-Rangerinnen und – Ranger
- Umweltkalender Berlin.

Mehr wegen höherer Aufwände Stadtnatur-Ranger und Koordinierungsstelle Flora/Fauna -biologische Vielfalt- und aufgrund gestiegener nationaler und internationaler rechtlicher Verpflichtungen, die teilweise durch die SNB erfüllt werden. Hierzu gehören:

- Umsetzung der Ergebnisse der Vertragsstaatenkonferenz COP 15 zur Umsetzung der UN Biodiversitätskonvention (Dez. 2022)
- Umsetzung des europäischen Green Deals durch EU Restauration Law (Entwurf 2022)
- Umsetzung EU Strategie Biodiversitätsstrategie 2030
- Umsetzung Nationale Strategie Biologische Vielfalt (Neuauflage 2023)
- Umsetzung Insektenschutzgesetz (Novelle BNatSchG 2021)

Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 der Stiftung Naturschutz Berlin sind am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 0750 dargestellt.

68527	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	
		Siehe Maßnahmegruppe 01	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**332**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**4.379.000**	**4.430.000**	**4.499.000**	**3.583.383,80**
		150.000,0 EUR wurden bislang bei 68282 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.600.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.800.000**			
		Davon fällig 2026	**1.800.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Bewilligung von überjähriger Förderung erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	50.000	0	0
VE 2023	1.500.000	0	0

Die Ausgaben sind für folgenden Zuwendungen vorgesehen:

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
	Institutionelle Förderung				
1	Freilandlabor Britz e. V.	702.000	705.000	685.000	637.000
2	Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e. V.	259.000	262.000	253.000	190.000
3	Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e. V.	4.710	4.710	4.710	4.710
	Projektförderungen				
4	Umweltbildung im urbanen Raum für Berlinerinnen und Berliner, Naturschutz Berlin-Malchow e.V.	292.600	296.400	285.450	280.300
5	Freilandlabor Marzahn INU gGmbH	180.700	182.500	176.280	173.000
6	Projekte der Naturschutzarbeit	129.990	123.890	137.710	0
7	Umweltbildung Campus Stadtnatur, Grün Berlin GmbH (ehem. Umweltbildung Grün Berlin)	948.000	960.300	436.800	427.880
8	Bezirkliche Koordinierungsstellen Umweltbildung, incl. Betreuung bezirklicher Naturerfahrungsräume (NER)	1.250.000	1.300.000	1.260.000	949.740
9	Umwelterziehungszentrum Falkenberger Blume, INU gGmbH	10.500	10.500	10.200	10.000
10	Naturwacht Berlin e. V. (Betrieb der Naturschutzstation Marienfelde)	193.200	195.700	188.500	180.000
11	Lernwerkstatt Natur, Roter Baum Berlin UG	41.700	42.200	40.650	41.090
12	Naturschutzstation Hahneberg Landschaftspflegeverband Spandau e.V.	102.500	103.800	100.000	85.000
13	StadtNatur – Berlin ökologisch Denken, Deutsche Kultur-Gemeinschaft Urania Berlin e.V.	0	0	350.000	350.000
14	Bildung für ein grünes Berlin, Grün Berlin GmbH	0	0	180.000	0
15	Bildung für nachhaltige Entwicklung im Sozialraum Mariannenplatz, Curioso Kinderlabor	51.200	51.900	50.000	50.000
16	Sicherung und Ausbau der NIRGENDWO zum innerstädtischen Bildungs- und Erlebniszentrum für Natur-, Umwelt-, Klima und Nachhaltigkeitsbildung, BUND Landesverband Berlin e.V.	51.200	51.900	50.000	50.000

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
	Institutionelle Förderung				
17	Aktivieren für Natur: Forschung, Partnerschaften und Zusammenarbeit Bildung, Museum für Naturkunde**	0	0	50.000	0
18	Initiierung eines umfassenden Bildungsprogramm für den Botanischen Garten, ZE Botanisches Museum und Botanischer Garten der FU Berlin	76.300	51.900	50.000	7.670
19	Bildung für nachhaltige Entwicklung	10.000	10.000	40.000	0
20	Bildungsleitbild für ein grünes und nachhaltiges Berlin und Steuerungsgruppe, Naturschutz Berlin Malchow e.V.	75.400	77.300	0*	70.800
	Summe	**4.379.000**	**4.430.000**	**4.348.300 rd. 4.349.000**	**3.472.390**

*Wurde bislang als Teilsumme unter der lfd. Nr. 8 nachgewiesen.

Die Ausgaben zu Nr. 17 werden künftig bei Kapitel 0750, Titel 68282 nachgewiesen.

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Die Ausgaben zu Nr. 13 werden künftig bei Kapitel 1000, Titel 65869 veranschlagt.

Teilbeträge der Ausgaben zu Nr. 7 (alt lfd. Nr. 8) wurden bisher als Teilansätze in den Nrn. 8 (alt Nr. 9) für das Teilprojekt NER Gleisdreieck und 14 (alt Nr. 16) für Bildung für ein grünes Berlin nachgewiesen und werden zur Schaffung eines berlinweiten Gesamtkonzepts für die von der Grün Berlin GmbH bewirtschafteten Grünanlagen zusammengeführt.

Ein Teilbetrag von 150.000 € der Ausgaben zur Nr. 7 wurde bisher bei dem Titel 68282 unter Nr. 1 für die Projektförderung

Umweltbildung in Parkanlagen nachgewiesen.

Die Tarifsteigerungen, die zu zusätzlichen Ausgaben in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 führen, sind an zentraler Stelle im Haushalt etatisiert

68579	**332**	**Mitgliedsbeiträge**	**46.000**	**46.000**	**46.000**	**35.150,30**

Die Ausgaben sind in 2024 und 2025 jeweils vorgesehen für folgende Mitgliedsbeiträge:

Nr.	Mitgliedsbeitrag	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Deutsche Gartenbaugesellschaft e. V.	410	410	410	410
2.	Forschungsgesellschaft für Landschaftsentwicklung und Landschaftsbau	570	570	570	560
3.	Förderverein Gartenamtsleiterkonferenz beim Deutschen Städtetag, GALK e. V.	100	100	100	200
4.	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.	5.500	5.500	5.500	5.500
5.	Verein Bücherei des Deutschen Gartenbaues e. V.	100	100	100	100
6.	Anwenderforum „pit-Kommunal“	180	180	180	180
7.	Bundesverband der Flächenagenturen in Deutschland (BFAD)	300	300	300	300
8.	Kommunen für die Biologische Vielfalt	5.800	5.800	5.800	5.500
9.	Internationaler Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI).....	7.000	7.000	7.000	7.000
10.	Klimabündnis	15.000	15.000	15.000	15.000
11.	Forum für Zukunftsenergien.....	400	400	370	400
12.	Mitgliedschaft internationale Stadtnetzwerke.....	10.000	10.000	10.000	0
	Summe	**45.360 rd. 46.000**	**45.360 rd. 46.000**	**45.330 rd. 46.000**	**35.150**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68614	**321**	**Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68619 (neu)	**332**	**Zuschüsse an sonstige Stiftungen**	**100.000**	**—**		

Zustiftung an die Stiftung Naturschutzgeschichte (Archiv, Forum und Museum Naturschutzgeschichte in Deutschland mit Sitz in Königswinter - NRW). Sie befasst sich mit der über 100jährigen Geschichte des amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutzes in Deutschland.

70115	**332**	**Herstellung einer naturnahen Parkanlage im Umfeld des Zentralen Festplatzes am Kurt-Schumacher-Damm**	**1.011.000**	**50.000**	**500.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**50.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjährig laufender Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	640.000	0	0

Zur Kompensation der mit der Anlage des Zentralen Festplatzes in den Jahren 1999 und 2000 verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft soll eine im Plangebiet vorhandene Grünfläche als öffentliche naturnahe Parkanlage gestaltet werden. Ergänzend soll ein an das Plangebiet angrenzender ehemaliger Kiesumschlagplatz renaturiert und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Aufgrund der Zustimmung des Abgeordnetenhauses am 27.09.2012 (Drs. 17/0541) wurde der Bebauungsplan III-231 für den zentralen Veranstaltungsplatz am 07.03.2013 festgesetzt. Zur Umsetzung der im Rahmen der Abwägung als notwendig eingestuften Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft sind die o.g. Maßnahmen erforderlich. Die Rechtgrundlage ist hierfür § 18 Bundesnaturschutzgesetz i. V. m. § 1 Baugesetzbuch. Durch die Aufhebung des Gebietes von außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung gemäß § 9 Abs. 4 AGBauGB für das Gelände des zentralen Festplatzes (Senatsbeschluss S-1045/2018 v. 13.03.2018) liegt die Zuständigkeit für die Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen beim Bezirk Mitte. Die Ausgaben sollen dem Bezirksamt Mitte zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Es liegt eine geprüfte Bauplanungsunterlage mit Datum vom 12.August 2021 über 1.655.000 € vor.

Finanzierung:

bis 2022	14.420 €
2023	500.000 €
2024	1.011.000 €
2025	50.000 €
ab 2026	79.580 €
	1.655.000€

Die Fertigstellung ist für 2025 vorgesehen.

70116	**321**	**Herstellung eines Grün- und Freiraumsystems an der Heidestraße**	**707.000**	**226.000**	**1.047.000**	**64.525,00 R 513.380,96**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 34290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Im Rahmen der Entwicklung der „Europacity“ (Masterplan Heidestraße) ist auf der Grundlage eines städtebaulichen Rahmenvertrages vom 23. Juni 2011 mit den Investoren u. a. der Neubau eines Grün- und Freiraumsystems im Stadtquartier Heidestraße im Bezirk Mitte vereinbart worden.

Die Gesamtkosten für die Herstellung des Grün- und Freiraumsystems werden auf rd. 15.493.000 € geschätzt. Darin enthalten sind die Mittel für GRW-Maßnahmen in Höhe von 90% sowie die zu erbringenden Verfügungsbeschränkungen des Eigenanteils in Höhe von 10% zu den komplementär finanzierten GRW-Maßnahmen und inklusive der Investorenmittel. Bei der Teilmaßnahme 1. Freianlagen werden Minderkosten in Höhe von rd. 531.000 € erwartet. Bei den Teilmaßnahmen 2. Stadtplatz und 3. Spielplatz wird mit Mehrkosten in Höhe von rd. 586.000 € gerechnet. In Summe ist daher mit Mehrkosten in Höhe von rd. 55.000 € zu rechnen.

Die Gesamtmaßnahme umfasst folgende Teilmaßnahmen:

1. <u>Freianlagen</u>

1.1. Uferpromenade und Döberitzer Grünzug
Es liegen eine geprüfte Bauplanungsunterlage vom 11. Juli 2014 und eine geprüfte Ergänzungsunterlage vom 30. April 2015 von insgesamt 3.900.680 € vor. Gemäß aktueller Schätzung werden Mehrkosten in Höhe von ca. 1.772.000 € erwartet. An den Gesamtkosten hat sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in Höhe von rd. 39.948 € beteiligt.

1.2. Nordhafenpark
Es liegen eine geprüfte Bauplanungsunterlage vom 11. Juli 2014 und eine geprüfte Ergänzungsunterlage vom 30. April 2015 von insgesamt 1.558.920 € vor. Gemäß aktueller Schätzung werden Minderkosten in Höhe von ca. 886.000 € erwartet.

1.3. Freitreppe
Es liegen eine geprüfte Bauplanungsunterlage vom 11. Juli 2014 und eine geprüfte Ergänzungsunterlage vom 30. April 2015 von insgesamt 778.400 € vor. Gemäß aktueller Schätzung werden Minderkosten in Höhe von ca. 317.100 € erwartet.

1.4. Regenentwässerung für 1.1.
Es liegen eine geprüfte Bauplanungsunterlage vom 6. Juni 2015 und eine geprüfte Ergänzungsunterlage vom 15. März 2016 von insgesamt 875.503 € vor. Davon werden 22.606 € (= 40% Anteil am Mischwasserkanal) von der BWB getragen. Gemäß aktueller Schätzung werden keine Mehr- oder Minderkosten erwartet. Die zu erbringende Verfügungsbeschränkung des Eigenanteils in Höhe von 10% zu den komplementär finanzierten GRW-Maßnahmen werden beim Kapitel 0730, Titel 89101 nachgewiesen.

1.5. Tiefgründungen

1.5.1. Tiefgründung Freitreppe
Es liegt eine geprüfte Bauplanungsunterlage mit Datum vom 12. Juni 2017 über 1.714.000 € vor, sowie eine geprüfte Ergänzungsunterlage mit Datum vom 13.03.2020, mit der sich die Gesamtkosten auf insgesamt 2.269.000 € erweitern. Gemäß aktueller Schätzung werden Mehrkosten in Höhe von ca. 106.040 € erwartet.

1.5.2. Tiefgründung Uferpromenade
Die Kosten in Höhe von ca. 1.206.000 € waren angesetzt für eine Verstärkung (Tiefgründung) der Uferpromenade. Die Promenade verläuft in Teilen direkt an der Spundwand des Berlin-Spandauer-Schifffahrtskanals.
Ein Belastungsversuch, der 2019 durchgeführt wurde, hat ergeben, dass eine Tiefgründung der Promenade nicht nötig ist. Die angesetzten Kosten dafür können entfallen. Es entstehen Minderkosten in Höhe von 1.206.000 €.

1.6. Bereich Brückenzugang

1.6.1. Brückenzugang
Es liegt eine geprüfte Bauplanungsunterlage vom 20. Dezember 2016 über 793.000 € vor. Gemäß aktueller Schätzung werden keine Mehr- oder Minderkosten erwartet.

1.6.2. Regenentwässerung für 1.6.1. Brückenzugang
Es liegt eine geprüfte Bauplanungsunterlage vom 02. Dezember 2016 über 93.000 € vor. Gemäß aktueller Schätzung werden keine Mehr- oder Minderkosten erwartet. Die zu erbringende Verfügungsbeschränkung des Eigenanteils in Höhe von 10% zu den komplementär finanzierten GRW-Maßnahmen werden beim Kapitel 0730, Titel 89101 nachgewiesen.

2. <u>Bereich Stadtplatz</u>

2.1. Stadtplatz
Es liegt eine geprüfte Bauplanungsunterlage vom 20. Dezember 2016 über 2.577.000 € vor. Gemäß aktueller Schätzung werden Mehrkosten in Höhe von ca. 392.820 € erwartet. Der Bereich Stadtplatz wurde darüber hinaus im Rahmen des Programms Stadtumbau West mit rd. 314.470 € gefördert.

2.2. Regenentwässerung für 2.1. Stadtplatz
Es liegt eine geprüfte Bauplanungsunterlage vom 2. Dezember 2016 über 124.000 € vor. Gemäß aktueller Schätzung werden Mehrkosten in Höhe von ca. 3.000 € erwartet.

3. <u>Spielplatz mit Lärmschutzwand</u>

Die Gesamtkosten werden auf ca. 1.514.000 €, wegen der gestiegenen Kosten und Bauverzögerungen, geschätzt.
Für den Spielplatz liegt eine geprüfte Bauplanungsunterlage mit Datum vom 09.10.2020 über 717.000 € vor. Für die Lärmschutzwand wird eine separate Bauplanungsunterlage erstellt. Ein Prüfergebnis steht aus. Die Schätzkosten für die Lärmschutzwand belaufen sich auf 797.000 €.

Die Maßnahmen werden, mit Ausnahme des Stadtplatzes (2.) und des Kinderspielplatzes mit Lärmschutzwänden (3.), im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) mit einem Anteil von 90% an den förderfähigen Gesamtkosten aus Kapitel 1330, Titel 88306 gefördert. Eine Änderung der Förderzusage mit Datum vom 12. Februar 2020 liegt vor.

Die Investoren der Europacity/Heidestraße haben sich mit rd. 809.880 € am Eigenanteil der GRW-geförderten Maßnahmen beteiligt (Kapitel 0750, Titel 34201). An den Ausgaben für den Stadtplatz einschließlich Brückenzugang und Spielplatz mit Lärmschutzwänden beteiligen sich die Investoren in Höhe von rd. 2.647.444 € (Kapitel 0750, Titel 34290).

Der von Berlin zu finanzierende Anteil aus dem Kapitel 0750 inklusive Investorenmittel beträgt insgesamt rd. 4.812.000 €.

Finanzierung (siehe nachfolgende Pkt. 1.-3.)

bis 2022	2.293.230 €
2023	1.585.000 €*
2024	707.000 €
2025	226.000 €
	4.811.230 €

1. Herstellung eines Grün- und Freiraumsystems an der Heidestraße

Finanzierung

bis 2022	444.930 €
2023	92.000 €*
2024	3.000 €
2025	1.300 €
	541.230 €

2. Stadtplatz

Finanzierung

bis 2022	1.770.900 €
2023	793.000 €*
2024	167.000 €
2025	25.000 €
	2.755.900 €

3. Spielplatz mit Lärmschutzwänden

Finanzierung

bis 2022	77.400 €
2023	700.000 €*
2024	537.000 €
2025	199.700 €
	1.514.100 €

* Pandemie- und kriegsbedingt ist es zu extremen Lieferengpässen und Kostensteigerungen gekommen. Dieses betrifft insbesondere die Lieferung des Wassersteines und das Material für die Belegung der Freitreppe.
Die verzögerte Lieferung des Wassersteins behindert die Bearbeitung der angrenzenden Flächen. Dadurch verschieben sich die geplanten Termine zum Baubeginn und den Fertigstellungen sowohl für den Spielplatz als auch für den Stadtplatz.

Die Fertigstellung der Maßnahme ist für das IV. Quartal 2024 vorgesehen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70118	**332**	**Umsetzung von investiven Kompensationsmaßnahmen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
70136	**332**	**Investive Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie - und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
70341	**321**	**Investitionen des Kleingartenwesens**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**35.778,34**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Deckungsvermerk:
Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 70341 und 89341 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	1.000	0	0

Ausgehend von dem derzeitigen Bevölkerungszuwachs wird eine Inanspruchnahme von Kleingartenanlagen für Wohnungsbau-, Verkehrs- und Infrastrukturvorhaben in den kommenden Jahren notwendig werden. Im Fall der Kündigung ist die Gemeinde nach § 14 Bundeskleingartengesetz verpflichtet Ersatzparzellen bereitzustellen. Da Flächen für die Neuanlage von Kleingartenanlagen nur begrenzt zur Verfügung stehen, sollen bestehende Kleingartenanlagen umstrukturiert werden, um große Parzellen teilen und Flächen für gemeinschaftliche Nutzungen zur Verfügung stellen zu können. Damit verbunden sind auch Veränderungen bzw. die Sanierung der Wegeführungen und Wasserleitungen.
Ziel ist es, die Infrastruktur in den bestehenden Anlagen und ihre Einbindung im Berliner Freiraumverbundsystem durch die Herrichtung von Kleingartenparks - auch für die allgemeine Öffentlichkeit - zu verbessern.

Bauplanungsunterlagen werden erst kurzfristig nach Entscheidung über die Maßnahmen in Abstimmung durch die Bezirke aufgestellt.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

81136 (neu)	**332**	**Beschaffung von Fahrzeugen zur Umsetzung des Berliner- Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK 2030)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
82162	**332**	**Vorkaufsrechte und Ankauf von bebauten Grundstücken im Rahmen von wohnungspolitischen Maßnahmen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
82164	**422**	**Kauf von bebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen**	**403.000**	**403.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zunächst in Mindestansatzhöhe veranschlagt, weil der Zeitpunkt und Umfang des Eingehens von Verpflichtungen für Folgejahre noch nicht feststeht.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	1.000	0	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Nr.	Projekt	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1.	Grunderwerbsteuer für die aufgrund des 2012 geschlossenen städtebaulichen Vertrags zu den Flächen im Gebiet des Entwurfs zum Bebauungsplan 1-64 im Bezirk Mitte (Mauerpark-Vertrag) dem Land Berlin übertragenen Erweiterungsflächen.....	350.000	350.000	500	0
2.	Erwerb eines Grundstücks im Zusammenhang mit dem Städtebaulichen Rahmenvertrag für die Entwicklung des Gleisdreiecks vom 27. September 2005.....	52.500	52.500	500	0
	Summe	402.500 rd. 403.000	402.500 rd. 403.000	1.000	0

Die Ausgaben sind jeweils in beiden Haushaltsjahren veranschlagt, da der Zahlungszeitpunkt nicht genau feststeht.

83112	**321**	**Kapitalzuführung an die Grün Berlin GmbH** Siehe Maßnahmegruppe 03				
89111	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen**	**1.045.000**	**734.000**	**256.000**	**33.107,01**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.045.000	734.000	1.011.000
VE 2023	0	0	0

Die Deutsche Bahn AG führt Veränderungen an der Eisenbahnbrücke Wuhle durch. In diesem Zusammenhang ist zusätzlich eine Aufweitung dringlich, für die eine Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen wurde. Es handelt sich um einen wichtigen Lückenschluss der 20 grünen Hauptwege des Landschaftsprogramms, der Marzahn-Hellersdorf mit Treptow-Köpenick über 15 km unabhängig vom Straßenverkehr durchgängig und umleitungsfrei verbindet und dient auch dem lokalen kleinräumigen Fuß- und Radverkehr.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Finanzierung

bis einschließlich 2022	374.170 €
2023	470.000 €*
2024	1.045.000 €
2025	734.000 €
ab 2026	1.011.000 €
	3.634.170 €

*Der Ansatz 2023 in Höhe von 256.000 wurde durch haushaltswirtschaftliche Maßnahmen um 214.000 € verstärkt.

89121 (neu)	**430**	**Zuschuss an den Berliner Krematoriumsbetrieb**	**2.809.000**	**587.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Zuschuss an den Landesbetrieb Krematorien für die weitere Modernisierung der Energieversorgung in den Krematorien Ruhleben und Baumschulenweg. Aufgrund von erfolglosen Ausschreibungen kommt es zu Verzögerungen in der Umsetzung der derzeit durch das Berliner Programm für nachhaltige Entwicklung (BENE) geförderten Maßnahmen. Die BENE-Fördermittel sind nach derzeitigem Stand nur bis 31.12.2023 nach erbrachter Leistung abrufbar.

89136	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
89145	**321**	**Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89236	**332**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
89336	**332**	**Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
89341	**321**	**Zuschüsse für Investitionen des Kleingartenwesens**	**1.010.000**	**1.010.000**	**1.010.000**	**644.669,23**
		Verpflichtungsermächtigung	**115.000**	**615.000**		
		Davon fällig 2025	**115.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**615.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 70341 und 89341 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	35.590	32.610	37390
VE 2023	500.000	500.000	0

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Ausgehend von dem derzeitigen Bevölkerungszuwachs wird eine Inanspruchnahme von Kleingartenanlagen für Wohnungsbau-, Verkehrs- und Infrastrukturvorhaben in den kommenden Jahren notwendig werden. Im Fall der Kündigung ist die Gemeinde nach § 14 Bundeskleingartengesetz verpflichtet Ersatzparzellen bereitzustellen. Da Flächen für die Neuanlage von Kleingartenanlagen nur begrenzt zur Verfügung stehen, sollen bestehende Kleingartenanlagen umstrukturiert werden, um große Parzellen teilen und Flächen für gemeinschaftliche Nutzungen zur Verfügung stellen zu können. Damit verbunden sind auch Veränderungen bzw. die Sanierung der Wegeführungen und Wasserleitungen.
Ziel ist es, die Infrastruktur in den bestehenden Anlagen und ihre Einbindung im Berliner Freiraumverbundsystem durch die Herrichtung von Kleingartenparks - auch für die allgemeine Öffentlichkeit - zu verbessern.
Hierfür dient auch das Pilotprojekt „Herrichtung von Selbstversorgergärten in landeseigenen Kleingartenanlagen“ und die klima-optimierte Gestaltung von Wegen und weiteren Teilbereichen in Kleingartenanlagen gemäß dem Stadtentwicklungsplan Klima 2.0.

89360	**332**	**Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Kompensationsstrategie**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89374	**321**	**Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89436	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
89437 (neu)	**332**	**Zuschüsse für Investitionen der Stiftung Naturschutz**		**500.000**		

Der Mietvertrag der Stiftung Naturschutz Berlin läuft im Laufe des Jahres 2026 aus. Um eine Vervielfachung des Mietbetrages abzuwenden, ist der Erwerb von Grundbesitz durch die Stiftung Naturschutz Berlin geplant, um dort in einem Haus der Stadtnatur die Geschäftsstelle der Stiftung zu errichten und dauerhaft und mittelfristig kostengünstiger zu betreiben. Dieses Haus soll auch Heimat von weiteren Naturschutzinitiativen und -verbänden und damit ein Ort der Natur- und Umweltbildung werden. Hierfür sind in 2025 bauvorbereitende Planungs- und Erwerbsnebenkosten vorgesehen.

98103	**890**	**Kommunaler Anteil an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Eigenanteile für Infrastrukturmaßnahmen die im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung (BENE) gefördert werden.

Da die begünstigten Verwaltungsstellen zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht feststehen, werden für einen ausgeglichenen Ausweis der internen Verrechnungen die entsprechenden Ausgaben in Höhe der erwarteten Einnahmen grundsätzlich zentral im Kapitel 2729 veranschlagt und die dezentrale Veranschlagung erfolgt nur in Höhe des Mindestansatzes.

98190	**890**	**Verrechnungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.200.000**	**1.200.000**	**1.200.000**	**1.233.416,54** **R 2.010.194,59**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

In Berlin sind rd. 120.000 Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft bestattet. Nach dem Gräbergesetz vom 1. Juli 1965 in der Fassung vom 16. Januar 2012 trägt der Bund u. a. die Kosten für die Anlegung geschlossener Begräbnisstätten sowie für die Instandsetzung und Pflege der behördlich zu unterhaltenden Grabstätten (84.162 Einzelgräber und 78.255 m²) nach festgeschriebenen Pauschalsätzen (vgl. Erläuterung zu Titel 23190).

Im Einzelnen sind veranschlagt für die Pflege auf landeseigenen Friedhöfen für:

58.398 Einzelgräber und 73.358 m² Sammelgrabfläche	1.084.000 €
Instandsetzungen	116.000 €
	1.200.000 €

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Die Ausgaben werden an das Kapitel 3820, Titel 38190 (Pflege und Instandsetzung) der Bezirkspläne geleistet.

Die Ausgaben für die Pflege auf konfessionellen Friedhöfen werden bei dem Titel 54690 nachgewiesen.

Die Ausgaben für die gärtnerische Pflege der Opfergräber auf den Flächen der sowjetischen Ehrenmale/Soldatenfriedhöfe Treptow, Tiergarten und Schönholz durch die Grün Berlin GmbH werden bei dem Titel 68290 nachgewiesen.

Die Zuweisungen für die Ruherechtsentschädigungen für Gräber auf landeseigenen Friedhöfen und für den Wärter auf dem italienischen Ehrenfriedhof werden aus haushaltssystematischen Gründen seit 2012 direkt aus dem Einnahmetitel 23190 an die Bezirke weitergeleitet.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 01		**Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030)**				
54121	**332**	**Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**2.422.000**	**2.422.000**	**2.422.000**	**3.207.539,91**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.700.000**	**2.700.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**200.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**200.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjähriger Ausgaben erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.274.250	390.930	34.390
VE 2023	1.000.000	1.000.000	1.000.000

Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung von Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) für die Bereiche Klimaschutz und Klimaanpassung. Dazu gehören insbesondere die Umsetzung des Masterplans Solarcity, die Weiterführung der Servicestelle für energetische Quartiersentwicklung, das Bauinformationszentrum sowie die bezirklichen Projekte „fLotte kommunal“. Außerdem Öffentlichkeitsarbeit, wissenschaftliche Projektbegleitung, vorbereitende Untersuchungen und Studien sowie Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Förderprogrammen.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

68120	**332**	**Zuschüsse an natürliche Personen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**10.000**	**10.000**	**50.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Zuschüsse an private Haushalte im Zusammenhang mit der Umsetzung von Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK).

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

Weniger in Anpassung an den Förderbedarf.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68236	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**151.226,40**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**50.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**100.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjähriger Ausgaben erforderlich.

Zuschüsse im Zusammenhang mit der Umsetzung von Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) an öffentliche Unternehmen im Bereich öffentlicher Infrastrukturen, insbesondere den Handlungsfeldern Gebäude und Stadtentwicklung, Wirtschaft und Klimaanpassung sowie für Maßnahmen im Bereich Klimaanpassung.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

68301	**332**	**Zuschüsse an private Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**52.562,83**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Zuschüsse an private Unternehmen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK), insbesondere im Handlungsfeld Wirtschaft im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

68478	**332**	**Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**2.500.000**	**2.500.000**	**1.101.000**	**2.612.246,07**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.400.000**	**2.400.000**		
		Davon fällig 2025	**900.000**			
		Davon fällig 2026	**900.000**	**900.000**		
		Davon fällig 2027	**600.000**	**900.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**600.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Zuweisungen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	402.020	110.080	34.390
VE 2023	1.125.000	1.125.000	450.000

Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) in den Handlungsfeldern Gebäude und Stadtentwicklung, Wirtschaft, private Haushalte und Konsum sowie Klimaanpassung.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.				
		Mehr in Anpassung an den Förderbedarf.				
68527	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**540.000**	**540.000**	**543.000**	**343.279,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**400.000**	**475.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000**	**175.000**		
		Davon fällig 2027	**100.000**	**175.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**125.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjähriger Zuschüsse erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	125.000	125.000	250.000

Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen im Zusammenhang mit der Umsetzung von Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK), insbesondere in den Handlungsfelder Verkehr und Klimaanpassung.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

70136	**332**	**Investive Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie - und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**1.550.000**	**1.550.000**	**1.550.000**	**942.925,51**
		Verpflichtungsermächtigung	**850.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2027	**150.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**350.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	63.580	0	0
VE 2023	500.000	500.000	1.000.000

Umsetzung von investiven Maßnahmen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms, vor allem im Bereich der Klimaanpassung wie Entsiegelungsprojekte, Kiezbrunnen und im Bereich des Klimaschutzes die Co-Finanzierung von PV-Aufständerungen bei Gründächern sowie der Einsatz von Erneuerbaren Energien.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Bauplanungsunterlagen werden kurzfristig und erst nach Entscheidung über die Maßnahme von dem jeweiligen Vorhabenträger aufgestellt.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

81136 (neu)	**332**	**Beschaffung von Fahrzeugen zur Umsetzung des Berliner- Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK 2030)**	**300.000**	**300.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Ausgaben zur Beschaffung von E-Fahrzeugen und Fahrrädern im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK).

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

89136	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**3.218.000**	**3.218.000**	**3.218.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**500.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung der überjährigen Projekte erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	1.000.000	1.000.000	1.000.000

Zuschüsse im Zusammenhang mit der Umsetzung investiver Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK) im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen, für die keine oder nicht ausreichende andere Programmmittel zur Verfügung stehen.

Die Ausgaben sind vorgesehen in den Handlungsfeldern Energie, Gebäude und Stadtentwicklung, und Klimaanpassung.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89236	**332**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**200.000**	**200.000**	**800.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**100.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjähriger Maßnahmenerforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	500.000	500.000	1.500.000

Zuschüsse an private Unternehmen im Zusammenhang mit der Umsetzung investiver Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK), für die keine oder nicht ausreichende andere Programmmittel zur Verfügung stehen.

Die Ausgaben sind vorgesehen für Zuschüsse für Investitionen in den Handlungsfeldern Energie, Gebäude und Stadtentwicklung, Klimaanpassung und Wirtschaft.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

Weniger in Anpassung an den Förderbedarf.

89336	**332**	**Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**4.500.000**	**4.150.000**	**4.525.000**	**2.853.182,46**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**2.250.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**875.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**875.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	1.125.000	1.1250.000	2.250.000

Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen im Zusammenhang mit der Umsetzung investiver Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK), für die keine oder nicht ausreichende andere Programmmittel zur Verfügung stehen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben sind vorgesehen für Zuschüsse für Investitionen in den Handlungsfeldern Energie, Gebäude und Stadtentwicklung und Klimaanpassung.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

Weniger in Anpassung an den Förderbedarf.

89436	**332**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)**	**3.470.000**	**2.820.000**	**3.470.000**	**999.382,66**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.250.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.250.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**750.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**750.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 01 sind untereinander deckungsfähig; außerdem sind sie deckungsberechtigt gegenüber den konsumtiven und investiven Titeln des Einzelplans 07.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	750.000	750.000	1.500.000

Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen im Zusammenhang mit der Umsetzung investiver Maßnahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK), für die keine oder nicht ausreichende andere Programmmittel zur Verfügung stehen.

Die Ausgaben sind vorgesehen für Zuschüsse für Investitionen in den Handlungsfeldern Energie, Gebäude und Stadtentwicklung und Klimaanpassung.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten des Landes Berlin übertragen werden.

Weniger in Anpassung an den Förderbedarf.

	Summe Maßnahmegruppe 01	**19.010.000**	**18.010.000**	**17.979.000**	**11.162.344,84**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Gesamtstädtische Ausgleichskompensation**				

Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen inkl. Zielbiotopentwicklungspflege und Monitoring vorgezogen zur Entwicklung von Wohnungsbaustandorten. Zur Beschleunigung von Bebauungsplanverfahren im Rahmen des Wohnungsbaus. Ziel der Maßnahmen ist die Stärkung und Qualifizierung des Freiraumsystems und der Erhalt der naturschutzfachlichen Qualitäten im Stadtraum sowie die Beschleunigung der Neuen Stadtquartiere.
Eine Refinanzierung der Maßnahmen erfolgt durch die Vorhabenträger im Zusammenhang mit Baumaßnahmen mit anschließender Verwendung dieser Mittel u.a. für weitere Kompensationsmaßnahmen (Revolvierender Mechanismus).

52141	**332**	**Maßnahmen zur Umsetzung der Kompensationsstrategie**	**175.000**	**190.000**	**150.000**	**98.066,76**
		Verpflichtungsermächtigung	**290.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			
		Davon fällig 2026	**50.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**50.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2028	**70.000**	**—**		
		Davon fällig 2029	**70.000**	**—**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 02 sind untereinander deckungsfähig; im übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.
Außerdem sind die Titel der Hauptgruppe 8 der Maßnahmengruppe 02 des Kapitels 0750 gegenüber den sonstigen Titeln der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, außer Titeln der Obergruppe 86, deckungsberechtigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjährig laufender Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	22.000	27.000	348.000
VE 2023	50.000	100.000	0

Planerische Vorbereitung, Steuerung sowie Zielbiotopentwicklung (ZiBEP) von vorgezogenen Kompensationsmaßnahmen zur Regulierung von Eingriffen in Natur und Landschaft, die insbesondere im Zusammenhang mit der Realisierung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten entstehen. Damit sollen die hierfür erforderlichen Bebauungsplanungsverfahren und damit der Wohnungsbau an sich beschleunigt werden.

Mehr für die erstmals in 2024 zu beauftragende Zielbiotopentwicklungspflege.

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 11146. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

68241	**332**	**Zuschüsse zur Umsetzung der Kompensationsstrategie**	**350.000**	**350.000**	**350.000**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.815.000**	**4.050.000**		
		Davon fällig 2025	**75.000**			
		Davon fällig 2026	**40.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**1.250.000**	**1.350.000**		
		Davon fällig 2029	**1.250.000**	**1.350.000**		
		Davon fällig 2030		**1.350.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 02 sind untereinander deckungsfähig; im übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.
Außerdem sind die Titel der Hauptgruppe 8 der Maßnahmengruppe 02 des Kapitels 0750 gegenüber den sonstigen Titeln der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, außer Titeln der Obergruppe 86, deckungsberechtigt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjährig zu bewilligender Zuschüsse erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	350.000	350.000	0

* Der Jahresbetrag der VE 2023 für 2025 wird aufgrund von Maßnahmenverschiebungen nur bis zu einer Höhe von rd. 275.000 € in Anspruch genommen.

Planerische Vorbereitung, Steuerung des Ökokontos, sowie Zielbiotopentwicklung (ZiBEP) von vorgezogenen Kompensationsmaßnahmen zur Regulierung von Eingriffen in Natur und Landschaft, die insbesondere im Zusammenhang mit der Realisierung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten entstehen. Damit sollen die hierfür erforderlichen Bebauungsplanungsverfahren und damit der Wohnungsbau an sich beschleunigt werden.

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 11146. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

70118	**332**	**Umsetzung von investiven Kompensationsmaßnahmen**	**2.830.000**	**1.210.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.060.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**710.000**			
		Davon fällig 2026	**600.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**750.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 02 sind untereinander deckungsfähig; im übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.
Außerdem sind die Titel der Hauptgruppe 8 der Maßnahmengruppe 02 des Kapitels 0750 gegenüber den sonstigen Titeln der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, außer Titel der Obergruppe 86, deckungsberechtigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjährig laufender Maßnahmen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	500.000	500.000	0

Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen zur Regulierung von Eingriffen in Natur und Landschaft, die insbesondere im Zusammenhang mit der Realisierung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten entstehen. Damit sollen die hierfür erforderlichen Bebauungsplanungsverfahren und damit der Wohnungsbau an sich beschleunigt werden.

Realisierung von Maßnahmen in Form von:

- thematischen Programmen (z.B. Entwicklungsprogramm zur ökologischen Aufwertung kleiner Fließgewässer und Feuchtgebiete, Klimaanpassung Innenstadt Gründachstrategie, Entsiegelungsprogramm Grüne Höfe Klima),
- integrierter Aufwertung bestehender Flächennutzungen (z.B. Erhöhung der biologischen Vielfalt in Grün- und Parkanlagen; naturschutzfachliche Aufwertung von Flächen der Landwirtschaft und von Waldflächen),
- Leitprojekten (z.B. komplexe Maßnahmenpakete zur Landschaftsaufwertung/-entwicklung auf dem Berliner Barnim, im Bereich der Wuhle oder im Bereich des südlichen Mauerweges).

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann anderen Organisationseinheiten (Maßnahmenträgern) des Landes Berlin übertragen werden.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Bauplanungsunterlagen werden kurzfristig von dem jeweiligen Vorhabenträger aufgestellt.				
		Mehr für die finanzielle Absicherung der bereits umsetzungsreif vorbereiteten Kompensationsmaßnahmen.				
		Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 11146. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
82162	**332**	**Vorkaufsrechte und Ankauf von bebauten Grundstücken im Rahmen von wohnungspolitischen Maßnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**101.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**100.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 02 sind untereinander deckungsfähig; im übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.
Außerdem sind die Titel der Hauptgruppe 8 der Maßnahmengruppe 02 des Kapitels 0750 gegenüber den sonstigen Titeln der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, außer Titeln der Obergruppe 86, deckungsberechtigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjährig laufender Grundstücksgeschäfte erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023*	100.000	100.000	0

*Die Jahresbeträge der VE 2023 für 2024 und 2025 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Kompensationsstrategie zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft kann es erforderlich sein, von der Ausübung des Vorkaufsrechts Gebrauch zu machen sowie geeignete Grundstücke anzukaufen. Sie dienen der Absicherung der Realisierung und schnelleren Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt. Der Titel ist zunächst in Mindestansatzhöhe veranschlagt.

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 11146. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

89360	**332**	**Zuschüsse für Investitionen im Rahmen der Kompensationsstrategie**	**300.000**	**1.850.000**	**1.000**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 513.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**5.950.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**1.450.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.450.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.450.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**800.000**		
		Davon fällig 2030		**800.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 02 sind untereinander deckungsfähig; im übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.
Außerdem sind die Titel der Hauptgruppe 8 der Maßnahmengruppe 02 des Kapitels 0750 gegenüber den sonstigen Titeln der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, außer Titeln der Obergruppe 86, deckungsberechtigt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur finanziellen Absicherung überjährig zu bewilligender Zuschüsse erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023*	3.000.000	3.000.000	0

*Die Jahresbeträge der VE 2023 für 2024 und 2025 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen zur Regulierung von Eingriffen in Natur und Landschaft, die insbesondere im Zusammenhang mit der Realisierung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten entstehen. Damit sollen die hierfür erforderlichen Bebauungsplanungsverfahren und damit der Wohnungsbau an sich beschleunigt werden.

Realisierung von Maßnahmen, wie:

- thematischen Programmen (z.B. Entwicklungsprogramm zur ökologischen Aufwertung kleiner Fließgewässer und Feuchtgebiete, Klimaanpassung Innenstadt Gründachstrategie, Entsiegelungsprogramm Grüne Höfe Klima),
- integrierter Aufwertung bestehender Flächennutzungen (z.B. Erhöhung der biologischen Vielfalt in Grün- und Parkanlagen),
- Leitprojekten (z.B. komplexe Maßnahmenpakete zur Landschaftsaufwertung/-entwicklung auf dem Berliner Barnim, im Bereich der Wuhle oder im Bereich des südlichen Mauerweges).

Die Maßnahmen sollen durch Institutionen, wie z.B. der Grün Berlin, der Stiftung Naturschutz Berlin umgesetzt werden.

Bauplanungsunterlagen werden kurz- bis mittelfristig vom jeweiligen Maßnahmenträger aufgestellt.

Mehr für die finanzielle Absicherung der bereits umsetzungsreif vorbereiteten Kompensationsmaßnahmen.

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 11146. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Summe Maßnahmegruppe 02	**3.656.000**	**3.601.000**	**503.000**	**98.066,76**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Grün Berlin**				
68203	**321**	**Zuschuss an die Grün Berlin GmbH**	**47.465.000**	**53.000.000**	**32.644.000**	**31.358.472,22**
		Verpflichtungsermächtigung	**40.367.000**	**41.416.000**		
		Davon fällig 2025	**40.367.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**41.416.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 03 sind untereinander und im Übrigen gemäß § 20 Abs. 1 LHO deckungsfähig.
Außerdem sind die Titel der Hauptgruppe 8 der Maßnahmengruppe 03 des Kapitels 0750 gegenüber den sonstigen Titeln der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, außer Titel der Obergruppe 86, deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur überjährigen Bewilligung von Zuschüssen erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.380.200	1.382.000	11.122.990*
VE 2023	32.958.000		

* davon entfallen auf rd.

2026	1.383.820
2027	1.385.660
2028	1.387.520
2029	1.389.390
2030	1.391.280
2031	1.393.100
2032	1.395.130
2033	1.397.090

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die Grün Berlin GmbH Zuschüsse.

Die **Institutionelle** Förderung beträgt für:

2024 21.545.197 €
2025 22.984.240 €

Die veranschlagten Mittel dienen der anteiligen Deckung der Kosten der originären Aufgaben im Rahmen des Anlagen- und Liegenschaftsmanagements sowie der Personal- und Sachkosten der Grün Berlin GmbH auf Grundlage ihres Gesellschaftsvertrages.

Mehr bei der institutionellen Förderung ab dem Haushaltsjahr 2024 **insbesondere durch** die Zuordnung der objektspezifischen Personalkosten zur institutionellen Förderung. Dies erhöht die Effizienz des Personaleinsatzes und in diesem Zusammenhang der Finanzierungsabwicklung. Dies führt zu keiner Erhöhung der insgesamt veranschlagten Ausgaben.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Darüber hinaus werden folgende Parkanlagen, Freiräume und Infrastrukturen im Rahmen der Projektförderung bezuschusst:

	2024	2025	2023	2022
Betrieb des Britzer Gartens	3.437.000 €	3.771.620 €	2.974.300 €	3.339.450 €
Betrieb der Gärten der Welt	3.279.923 €	4.288.840 €	4.206.610 €	2.588.680 €
Betrieb des Besucherzentrums	408.660 €	441.290 €	475.790 €	406.620 €
Betrieb des Schöneberger Südgeländes mit Lokhalle	1.122.210 €	2.543.910 €	887.490 €	848.000 €
Unterhaltung des Spreeparks	3.061.920 €	4.009.210 €	2.803.950 €	2.465.560 €
Unterhaltung des Touristisches Wegeleitsystems	728.760 €	871.220 €	314.750 €	325.000 €
Pflege und Unterhaltung des Berliner Mauerwegs	301.440 €	381.670 €	259.180 €	221.100 €
Bewirtschaftung des Döberitzer Grünzugs	29.680 €	30.630 €	28.570 €	14.000 €
Vorbereitung und Durchführung der alle zwei Jahre stattfindenden Verleihung des Lenné-Preises	130.000 €	100.000 €	66.000 €	97.000 €
Bewirtschaftung von Teilflächen des Gleisdreiecks	1.940.130 €	1.908.850 €	1.821.250 €	1.826.470 €
Zur Weiterleitung an den Förderkreis Böhmisches Dorf e. V. für den Comenius-Garten	262.490 €	275.970 €	135.600 €	202.000 €
Pflege und Unterhaltung der Erweiterungsflächen auf dem Mauerpark	1.040.300 €	1.094.750 €	742.050 €	1.023.150 €
Laufende gärtnerische Pflege und Betriebsaufwand für die Sowjetischen Ehrenmale	747.950 €	820.140 €	677.530 €	746.000 €
Urbane Landwirtschaft	236.010 €	224.230 €	448.880 €	194.190 €
Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes	5.447.490 €	5.331.430 €	4.018.970 €	4.050.000 €
Pflege des Grünzuges Südpanke	0 €	0 €	60.000 €	58.000 €
Nachnutzung der Freiflächen Tegel	2.325.640 €	2.500.000 €	250.000 €	610.470 €
Betrieb der Seilbahn in Marzahn	1.380.200 €	1.382.000 €	1.378.540 €	1.189.780 €
Gestaltungsbeirat öffentliche Räume (NEU)	40.000 €	40.000 €	0 €	0 €
Parkanlagen, Freiräume und Infrastrukturen Gesamt Objekte	**25.919.803 €**	**30.015.760 €**	**21.549.460 €**	**20.205.470 €**

Ab 2024 werden die Personalkosten, die bis einschließlich 2023 über objektspezifische Förderungen dargestellt wurden, in der Institutionellen Förderung abgebildet. Vor dem Hintergrund, dass der Personalkörper der Grün Berlin bedarfsweise in den Projekten eingesetzt wird, ist damit kein Mittelaufwuchs verbunden.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Der **erhöhte Ausgabenbedarf bei den tabellarisch dargestellten Projekten ergibt sich insbesondere**:

- zur Herstellung der Verkehrssicherungspflicht nach deutlichem Anstieg des Vandalismus´, der Kriminalität und Zerstörung u. a. im Park auf dem Gleisdreieck,
- durch die Neuaufnahme von Aufgaben im Rahmen der Tegeler Stadtheide, der „Grünen Hauptwege“, der baulichen Anlagen durch die Inbetriebnahme und sukzessive Fertigstellung des Spreeparks und die sukzessive Vorbereitung der Lokhalle im Natur-Park Schöneberger Südgelände,
- vor dem Hintergrund der deutlichen Kostensteigerungen für die Aufwendungen zur Durchführung der Planungs- und Bauaufgaben der Gesellschaft, soweit diese nicht in den Kosten der jeweiligen Maßnahmen enthalten sind und auf Grund der Berücksichtigung von Betriebskostensteigerungen,
- durch gestiegene und rechtliche Anforderungen an den Arbeitsschutz, Vorgaben der Innenrevsion.

Bei der Ansatzbildung wurde berücksichtigt, dass Maßnahmen mit investivem Charakter in die Finanzierung des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) aufgenommen werden (vgl. B) Weitere Finanzierungen.

Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 der GmbH sind am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 0750 dargestellt.

B) Weitere Maßnahmen/Finanzierungen

1. Betrieb der Gärten der Welt

Für investiv wirkende Klimaschutzmaßnahmen u.a. auf Grundlage der Klimaschutzvereinbarung in den Gärten der Welt wurden SIWA Mittel in Höhe von 470.000 € budgetiert.

2. Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes

Für die Umsetzung von Grundsanierungen/Sanierungen baulicher Anlagen auf dem Tempelhofer Feld wurden SIWA Mittel in Höhe von 1.530.000 € budgetiert.

68614	**321**	**Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung**	**1.485.000**	**1.506.000**	**1.119.000**	**1.119.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.150.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2025	**1.150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.200.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 03 sind untereinander und im Übrigen gemäß § 20 Abs. 1 LHO deckungsfähig.
Außerdem sind die Titel der Hauptgruppe 8 der Maßnahmengruppe 03 des Kapitels 0750 gegenüber den sonstigen Titeln der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, außer Titel der Obergruppe 86, deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur überjährigen Bewilligung von Zuschüssen benötigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	1.119.000	0	0

Die Grün Berlin Stiftung führt seit 2013 Planungs- und Bauaufgaben für das Land Berlin durch, die bis zu diesem Zeitpunkt durch die Grün Berlin GmbH wahrgenommen wurden. Zur Erfüllung dieser Aufgaben erhält die Stiftung Zuschüsse, soweit diese nicht in den Kosten der jeweiligen Maßnahmen enthalten sind (vgl. Erläuterung zu Titel 893 74).

Mehr aufgrund gestiegener Personal- und Sachkosten.

Die Entwürfe der Wirtschaftspläne 2024 und 2025 der Stiftung sind am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 0750 dargestellt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
83112	**321**	**Kapitalzuführung an die Grün Berlin GmbH**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
89145	**321**	**Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen**	**17.500.000**	**24.970.000**	**8.600.000**	**6.567.198,31 R 24.106,89**
		Verpflichtungsermächtigung	**20.500.000**	**26.500.000**		
		Davon fällig 2025	**10.000.000**			
		Davon fällig 2026	**7.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2027	**3.500.000**	**6.500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**10.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 03 sind untereinander und im Übrigen gemäß § 20 Abs. 1 LHO deckungsfähig. Außerdem sind die Titel der Hauptgruppe 8 der Maßnahmengruppe 03 des Kapitels 0750 gegenüber den sonstigen Titeln der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, außer Titel der Obergruppe 86, deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur überjährigen Bewilligung von Zuschüssen benötigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	4.000.000	3.000.000	1.000.000

1. Ausbau des Natur-Parks Südgelände

a) Park

Auf Grundlage des **Planfeststellungsbeschlusses für die Verkehrsanlagen im Zentralen Bereich** wurde 1995 die Fläche des Südgeländes als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme dem Land Berlin unentgeltlich mit allen Baulichkeiten überlassen. Damit verpflichtete sich das Land Berlin, das Areal gemäß den Zielen des Landschaftsprogrammes zum Natur-Park zu entwickeln. Aus diesem Anlass konnte ein **Vertrag zwischen dem Land Berlin und der Allianz Umweltstiftung** geschlossen werden, dem ein Finanzierungsplan mit einem Anteil der Allianz Umweltstiftung in Höhe von 945.000 € zu Grunde lag. Dieser Anteil wurde bereits in voller Höhe verausgabt. Der Finanzierungsanteil des Landes Berlin wurde noch nicht vollumfänglich eingesetzt.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Abbildung des Landesanteiles und zur Vervollständigung der Anlage sowie zur Sicherstellung des Betriebs werden derzeit im Kontext der Grundsanierungsmaßnahmen die Baulichkeiten überprüft und Bauplanungsunterlagen bedarfsgerecht zur Prüfung eingereicht.

Bauplanungsunterlage liegen vor:
Teil-Bauplanungsunterlagen vom 19. August und 18. Dezember 1996, 17. September 1999 sowie vom 25. April und 29. September 2000 über insgesamt 1.318.260 € liegen vor. Weitere Teil-Bauplanungsunterlagen sind in Vorbereitung. Der Landesanteil beträgt 1.652.000 €.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	602.000 €
2023	0* €
2024	0 €
2025	50.000 €
Restkosten ab 2026	1.000.000 €
	1.652.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

b) Baulichkeiten

Lokhalle

Zur Herstellung der Standsicherheit der **denkmalgeschützten Lokhalle** und damit zur Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht sind umfassende Baumaßnahmen erforderlich.
Ziel ist es, die Nutzbarkeit des historischen Gebäudes als Kultur- und Kreativitätsstandort dauerhaft sicherzustellen. Dies beinhaltet neben dem Ausbau zu einem genehmigungsfähigen Veranstaltungsort, der mit Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) Mitteln finanziert wird, die Einrichtung weiterer Räumlichkeiten, die gemäß der Richtlinie der Berliner Regierungspolitik (Drs. 18/0073) in Anlehnung an das Arbeitsraumprogramm (ARP) der künstlerischen Produktion dienen.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 16.12.2021 in Höhe von 17.647.060 € netto liegen vor. Der Landesanteil beträgt rd. 14,3 Mio. €. Notwendige Ansatzveränderungen erfolgen auf Grundlage des Deckungsvermerkes zur Maßnahmengruppe 03.

Finanzierung des Landesanteils	
bis einschließlich 2022	2.276.000 €
2023	1.856.000* €
2024	2.977.000 €
2025	5.536.000 €
Restkosten ab 2026	1.686.000 €
	14.331.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

Brückenmeisterei

Durch die Umsetzung der oben genannten Maßnahmen werden arrondierende Maßnahmen im Bereich der angrenzenden Gebäude und Flächen der Brückenmeisterei erforderlich.
Die Gesamtkosten werden auf rd. 2,6 Mio. € geschätzt. Die Konkretisierung erfolgt mit Abschluss der Bestandsanalyse und auf Grundlage des Flächen- und Raumprogrammes.

Finanzierung des Landesanteils:	
bis einschließlich 2022	0 €
2023	0 €
2024	0 €
2025	0 €
Restkosten ab 2026	2.600.000 €
	2.600.000 €

2. Gärten der Welt

Das Projekt „Gärten der Welt“ wurde im Wesentlichen mit Mitteln der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in Höhe von 90 % (Kapitel 1330, Titel 89232) finanziert. Die Maßnahmen sind abgeschlossen. Ebenso wurden in 2020 und 2021 Optimierungen der Stellflächenangebote sowie die Ergänzung des Spielplatzkonzepts aus Landesmitteln abgeschlossen.

In den Planjahren 2021 bis 2023 waren GRW geförderte Modernisierungsmaßnahmen vorgesehen, die als Fortschreibung der abgeschlossenen Fördermaßnahmen die Umsetzung nachhaltiger Erhaltungsmaßnahmen innerhalb der förderrechtlichen Bindefrist ermöglichen. Die Förderanträge auf Modernisierung im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wurden im August 2020 bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe für die Karl-Förster-Pergola eingereicht und der Modernisierungstatbestand im September 2022 bestätigt. Weitere Anträge auf Fördermittel aus der GRW für die Modernisierung in den Planjahren 2024 bis 2025 befinden sich in Vorbereitung.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen liegen für die Karl-Förster-Pergola vom 22.09.2022 in Höhe von 239.000 € netto vor. Weitere Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht eingereicht.

In den Planjahren 2023 bis 2026 sind zudem weitere qualifizierende Maßnahmen im Bereich der betrieblichen Logistikflächen, der sanitären Grundausstattung sowie des sehr beliebten Wasserspielplatzes vorgesehen, u.a. auch unter Aspekten des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel. Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht zur Prüfung eingereicht.

Der Anteil der Fördermittel aus der GRW an der Modernisierung beträgt 90 %. Der Landesanteil in Höhe von 10% sowie die oben genannten Qualifizierungen beträgt rd. 2.214.000 €.

Finanzierung des Landesanteils:	
bis einschließlich 2022	264.000 €
2023	0* €
2024	500.000 €
2025	500.000 €
Restkosten ab 2026	950.000 €
	2.214.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

3. Förderkulisse Multifunktionelle Einrichtung (MFE)

Die Bedarfe für ein Indoor-Angebot für **bisher nicht erreichte Zielgruppen**, u. a. Familien und Jugendliche, werden umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt auf dem Angebot eines edukativen Indoor-Konzeptes zur nachhaltigen Absicherung der Gärten der Welt und einer jahreszeitenunabhängigen Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur zur Stabilisierung der Besucherfrequenz. Die Förderung aus der GRW in den “Gärten der Welt“ ist damit nachhaltig abzusichern. Eine Förderung im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) seitens der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe ist bereits in Aussicht gestellt worden. Die Maßnahme ruht zurzeit. Mögliche Kooperationen unter Berücksichtigung der Gesamtentwicklung des Raumes sind im Gespräch. Das Gebiet befindet sich weiterhin in der Förderkulisse der GRW und die Maßnahme kann wieder aktiviert werden soweit die Fördergespräche wiederaufgenommen werden.

Die Gesamtkosten werden auf 15.780.000 € geschätzt. Der Landesanteil beträgt 3.202.000 €. Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Finanzierung des Landesanteils:	
bis einschließlich 2022	2.000 €
2023	0 €
2024	0 €
2025	0 €
Restkosten ab 2026	3.200.000 €
	3.202.000 €

4. Kienbergpark

Eine Optimierung der Stellflächenangebote an der Hellersdorfer Straße wurde 2020 abgeschlossen.

Ab 2026 sind ggf. GRW geförderte Modernisierungsmaßnahmen erforderlich, die als Fortschreibung der abgeschlossenen Fördermaßnahmen nachhaltige Erhaltungsmaßnahmen innerhalb der förderrechtlichen Bindefrist ermöglichen. Förderantrage im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe werden bedarfsgerecht vorbereitet. Zusätzlich sind Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel vorgesehen.

Die Gesamtkosten werden auf 745.000 € geschätzt. Der Landesanteil beträgt 300.000 €.

Finanzierung des Landeanteils:	
Bis einschließlich 2022	100.000 €
2023	0 €
2024	0 €
2025	0 €
Restkosten ab 2026	200.000 €
	300.000 €

5. Britzer Garten

a) Modernisierung der Technischen Infrastruktur und Anlagen im Britzer Garten

Die technischen Anlagen im Britzer Garten befinden sich in einem sehr schlechten Zustand und sind weiterhin grundlegend zu sanieren und modernisieren. Auf der Grundlage eines Modernisierungskonzeptes wurden Maßnahmen ergriffen, die sich ökologisch und wirtschaftlich positiv für den Britzer Garten auswirken und die Ertragssituation nachhaltig verbessern. Auch energetische Gebäudesanierungen sind im Zuge der Klimaschutzvereinbarung sukzessive erforderlich und in Vorbereitung und sollen in den folgenden Haushaltsjahren durch die unter der laufenden Nr. 12. dargestellten Maßnahmen umgesetzt werden.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Teil-Bauplanungsunterlagen vom 10. und 11. Oktober, 16. und 22. November 2011, vom 17. Juli 2012, vom 25. April 2014, vom 07. November 2014 und 27. Juni 2016 sowie vom 02.03.2018 über insgesamt 5.118.400 € liegen vor. Weitere Teil-Bauplanungsunterlagen sind in Vorbereitung.

Die geschätzte Gesamtsumme aller im Modernisierungskonzept vorgesehenen Maßnahmen beträgt derzeit 11.594.000 €. Davon wurden bereits SIWA-Mittel in Höhe von 1.888.000 € für den Neubau des Umweltbildungszentrums Britz verausgabt.

Der Landesanteil beträgt 9.706.000 €

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	6.672.000 €
2023	149.000* €
2024	660.000 €
2025	885.000 €
Restkosten ab 2026	1.340.000 €
	9.706.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

b) Gendergerechte und barrierefreie Qualifizierung:

Die wachsende Stadt und sich verändernde Bevölkerungsstrukturen machen eine konzeptionelle Befassung zur Ausrichtung des Britzer Gartens notwendig; dies insbesondere unter Gender Diversity-Gesichtspunkten und der Barrierefreiheit. Das Entwicklungskonzept wurde 2020 finalisiert erarbeitet und dient als Grundlage für sukzessive Umsetzungen in einzelnen Teilmaßnahmen und einer verbesserten öffentlichen Erschließung und Erreichbarkeit, aber auch Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. Es ist beabsichtigt, insbesondere für energetische Inwertsetzungen und Maßnahmen der nachhaltigen Erneuerung weitere Fördermöglichkeiten zu akquirieren. Des Weiteren sind Überprüfungen der Nutzungskonzepte für die zahlreichen Bestandsbauwerke in der Vorbereitung.

Die Kosten werden aktuell auf 14.331.000 € geschätzt.

Bauplanungsunterlage liegen vor:
Geprüfte Bauplanungsunterlagen liegen vom 12.10.2021 in Höhe von 1.533.260 € für die Teilmaßnahme Qualifizierung des Wasserspielplatzes vor. Weitere Bauplanungsunterlagen im Kontext der gendergerechten, barrierefreien Erschließung sowie der behutsamen Erneuerung und Optimierung der Spiel- und Bewegungsangebote sind in Vorbereitung. Weitere werden bedarfsgerecht eingereicht.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	2.616.000 €
2023	1.893.000* €
2024	2.732.000 €
2025	2.539.000 €
Restkosten ab 2026	4.551.000 €
	14.331.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

6. Entwicklung des Spreeparks

a) Eierhäuschen und Projektvorbereitung

Die Grün Berlin GmbH ist durch den Nutzungsvertrag vom 1.1.2016 verpflichtet, sowohl den Spreepark als auch das Eierhäuschen auf Grundlage eines Gesamtentwicklungskonzeptes zu entwickeln, zu pflegen und zu unterhalten. Das denkmalgeschützte Eierhäuschen wird dabei durch die BIM (ca. 14 Mio. € SIWA) denkmalgerecht saniert und ausgebaut. Vorbereitende Maßnahmen für die Gesamtentwicklung, wie Bürgerbeteiligungsverfahren und Altlastenentsorgungen, sowie auch die Herstellung der Freianlagen des Eierhäuschens sind durch die Grün Berlin GmbH vorzunehmen (ca. 6 Mio. € SIWA).

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Die geprüften Bauplanungsunterlagen für die Freianlagen und Lichtplanung des Eierhäuschens liegen mit Datum vom 20.05.2020 in Höhe von 3.516.200 € brutto vor.

Der Landesanteil beträgt 1.880.000 €.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	1.390.000 €
2023	490.000* €
2024	0 €
2025	0 €
Restkosten ab 2026	0 €
	1.880.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

b) Spreepark Grundausbau

Seit dem 1. Januar 2016 ist die Grün Berlin GmbH mit der Pflege, Unterhaltung und Projektentwicklung des Spreeparks betraut (vgl. Kapitel 0750, Titel 68203). Das Nutzungskonzept für das 23,1 ha große Gelände wurde gemeinsam mit der Öffentlichkeit und dem Bezirk Treptow-Köpenick erarbeitet und bildet die verbindliche Grundlage für die Entwicklung des Areals zu einem Park mit einzigartigem, umweltverträglichem Bildungs- und Erlebnisangebot. Zur Sicherung der planungsrechtlichen Voraussetzungen des Vorhabens wird das Bebauungsplanverfahren 9-7 „Spreepark“ mit einer Festsetzung als „Sondernutzungsgebiet Kunst und Kultur“ weitergeführt. Die inhaltliche Bearbeitung des Verfahrens ist abgeschlossen. Die Festsetzung des B-Plans wird im April 2023 erwartet.

Die Baumaßnahmen Gebäude und bauliche Anlagen werden überwiegend aus SIWA-Mitteln finanziert. Im SIWA stehen insgesamt 15,8 Mio. € netto zur Verfügung. Diese Summe ist für die Finanzierung von baulichen Maßnahmen und die Umsetzung von weiteren baulichen Anlagen, z.B. des Cinema 2000, des Trafogebäudes vorgesehen.

Für die touristische Erschließung und Revitalisierung des Spreeparks liegt eine anteilige vorläufige Förderzusage der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe mit Datum vom 02.08.2021 über 10.800.000 € GRW-Mittel (Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) vor, der Senatsbeschluss vom 16.03.2021 (Nr.: S 4313/2021) ging diesem voraus. Die Ausfinanzierung des GRW Anteiles erfolgt mit der neuen Förderperiode der GRW. Die Absicherung des Ko-Mittelanteils durch Landesmittel ist zwingend erforderlich. Der Anteil der Ko-Mittel beträgt 2,2 Mio. € netto.

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ Mittel in Höhe von 2,88 Mio. € für das Riesenrad einschl. Wasserbecken und 3.0 Mio. € für die Sanierung die Werkhalle und Umsetzung zum Kulturzentrum Spreepark beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung zur Verfügung. Der zu erbringende Eigenanteil des Landes Berlins in Höhe von 55% für das Riesenrad und 78 % für die Werkhalle (insgesamt 14,4 Mio. €) ist bei Kapitel 0750, Titel 89145 vorgesehen.

Zusätzliche Mittel sind für die Teilprojekte Eingang West und Spreeblitz vorgesehen die bisher Grün Berlin Stiftung (Titel 89374) zugeordnet waren.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Für das Teilprojekt Freianlagen Bauabschnitt Mitte A1 liegt eine geprüfte Vorplanungsunterlage vom 13.12.2021 in Höhe von 19.115.000 € vor. Die Bauplanungsunterlage befindet sich aktuell in Vorbereitung.

Für das Teilprojekt Medienerschließung Spreepark Mitte liegt eine geprüfte Vorplanungsunterlage zur gesamthaften Medienerschließung vom 24.11.2021 vor. Die anteilig auf diesen Projektbereich entfallende Prüfsumme beträgt 5.470.000 € netto. Die Bauplanungsunterlage wurde am 23.12.2022 eingereicht.

Für den Wirtschaftshof liegt eine geprüfte Vorplanungsunterlage vom 26.11.2021 in Höhe von 1.674.000 € netto vor.

Für das Englische Dorf liegt eine geprüfte Vorplanungsunterlage vom 17.11.2022 in Höhe von 3.554.622 € netto vor.

Für die Medienerschließung I und technischen Anlagen in den Außenanlagen des Eierhäuschens liegt eine geprüfte Ergänzungsunterlage vom 22.04.2020 in Höhe von 3.674.460 € netto vor.

Für das Projekt Werkhalle liegt eine geprüfte Bedarfsplanung vor. Die weitere fachtechnische Prüfung erfolgt durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm für den Eingang West in Höhe von 4.416.000 € liegt vom 30.03.2021 vor.

Finanzierung des Landesanteils:	
bis einschließlich 2022	1.923.000 €
2023	1.521.000* €
2024	4.556.000 €
2025	6.906.000 €
Restkosten ab 2026	11.394.000 €
	26.300.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

c) Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zum Spreepark

Auf Grundlage des Bebauungsplanverfahrens 9-7 „Spreepark“ und den in der „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung Spreepark“ zwischen dem Bezirksamt Treptow-Köpenick und Grün Berlin getroffenen Festlegungen ist die Grün Berlin verpflichtet, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Höhe von ca. 3,0 Mio. € für die Entwicklung des Spreeparks als auch für die Umwidmung von Waldflächen vorzunehmen. Dies beinhaltet u.a. die Pflanzung von 450 Straßenbäumen im Bezirk Treptow-Köpenick und die Zahlung einer Walderhaltungsabgabe in Höhe von 108.493 €.

Finanzierung des Landesanteils:	
bis einschließlich 2022	108.000 €
2023	75.000 €
2024	124.000 €
2025	262.000 €
Restkosten ab 2026	2.431.000 €
	3.000.000 €

d) Prozesshafte Fertigstellung

Zur Ergänzung und nachhaltigen Absicherung werden weitere Maßnahmen notwendig sein, um den Spreepark über den Kernbereich hinaus zu stabilisieren. So können Erkenntnisse, die sich aus der Nutzung und den Beteiligungsverfahren heraus ergeben, sukzessive künftig realisiert werden. Dieses Instrument hat sich bereits in anderen neu entwickelten Freianlagen bewährt und erhöht die Bindung und Aneignung der Nutzenden an den Park, welches sich positiv auf das Verhalten und die Verbundenheit zur Anlage auswirkt, damit auch Vandalismusschäden u.a. reduziert werden.

Finanzierung des Landesanteils:	
bis einschließlich 2022	0 €
2023	0 €
2024	0 €
2025	250.000 €
Restkosten ab 2026	10.930.000 €
	11.180.000 €

7. Vorplätze Ostkreuz

Für den Umbau des Ostkreuzes erfolgte am 30.10.2006 der Planfeststellungsbeschluss nach § 18 Abs. 1 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) ergänzt durch die **1. Änderung des Planfeststellungsbeschlusses „Umbau Bahnhof Berlin Ostkreuz“** Planfeststellungsabschnitt 1 vom 17.06.2011. Neben den Festlegungen zum Umbau der Fernbahn- und S-Bahnanlagen (Bahnsteige und Gleisanlagen) trifft der Planfeststellungsbeschluss Aussagen zu den erschließungsrelevanten Anlagen für die Vorplätze, die im Zuge der weiteren Planung als feste Bestandteile der Rahmenplanung nicht mehr veränderbar sind.

Mit Fertigstellung der seit 2007 laufenden Umbaumaßnahmen des S-Bahnhofes durch die Deutsche Bahn AG werden die Vorplätze und Zugangsbereiche neugestaltet und die Linienführung der Tramlinie 21 über den nördlichen Vorplatz gelegt, um die angrenzenden Stadtquartiere zu verbinden und die Umsteigesituation zwischen Tram, Bus und S-Bahn zu verbessern. Zusätzlich soll die Fahrradabstellsituation durch ein Fahrradparkhaus optimiert werden.

Nach Abschluss der Vorentwurfsphase hat die Grün Berlin GmbH das Projektmanagement übernommen. Für die BVG-Trasse auf dem Nordplatz findet derzeit ein Planfeststellungsverfahren statt.

Die Gesamtkosten belaufen sich gemäß geprüftem Rahmenantrag vom 12.03.2020 auf 12.000.000 €. Die Deutsche Bahn wird sich an den Baukosten in Höhe von voraussichtlich 680.000 € beteiligen. Die Gesamtmaßnahme gliedert sich baulogistisch begründet in die Teilmaßnahmen Vorplätze Süd und Vorplätze Nord auf.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Bauplanungsunterlagen für die Vorplätze Süd liegen geprüft mit Datum vom 09.02.2021 in Höhe von 3.052.000 € vor, Bauplanungsunterlagen für die Vorplätze Nord liegen mit 21.05.2021 in Höhe von 7.132.000 € geprüft vor.

Der Landesanteil beträgt 10.184.000 €.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	2.749.000 €
2023	500.000* €
2024	1.424.000 €
2025	1.571.000 €
Restkosten ab 2026	3.940.000 €
	10.184.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

8. Berliner Mauerweg

Überprüfung und Überarbeitung des Projektes Berliner Mauerweg auf Grundlage eines gemeinsam mit dem Land Brandenburg abgestimmten Konzeptes (Senatsbeschluss Nr. S-1848/2019 vom 8. Januar 2019).

Die Gesamtkosten belaufen sich gemäß geprüftem Rahmenantrag vom 19.08.2020 auf 32.319.350 €. Das Gesamtvorhaben gliedert sich in mehrere Teilmaßnahmen auf.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Es liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12.10.2021, 02.12.2021, 03.12.2021, 07.02.2022, 28.06.2022, 31.10.2022 in Höhe von insgesamt 10.359.170 € für erste Teilmaßnahmen vor.

Die anteilige Förderung der Maßnahme in Höhe von 12.302.000 € im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wurde gemäß Finanzierungszusage der GRW für den tourismusnahen Ausbau des Berliner Mauerwegs mit Datum 23.08.2019 bestätigt. Eine Teil-Förderzusage liegt vom 19.03.2021 über 2.919.600 € vor. Ergänzend liegt die Förderzusage des für den Radfernweg Berlin-Leipzig am Berliner Mauerweg als Teilmaßnahme in Höhe von 2.776.500 € im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) vom 22.12.2021 vor. Das Gesamtfinanzierungskonzept sieht weiterhin den Einsatz von Ausgleichs- und Ersatzmitteln vor. Es ist beabsichtigt, darüber hinaus weitere Fördermöglichkeiten zu akquirieren.

Der Landesanteil beträgt nach aktuellem Stand 2.803.000 €.

Finanzierung des Landeseigenanteils:	
bis einschließlich 2022	1.419.000 €
2023	599.000* €
2024	181.000 €
2025	305.000 €
Restkosten ab 2026	299.000 €
	2.803.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

9. Rathaus- und Marx-Engels-Forum

a) Rathaus- und Marx-Engels-Forum - Realisierungsteil

Im Abgeordnetenhaus von Berlin wurden im Juni 2016 die Ergebnisse aus dem Dialogprozess Berliner Mitte als Bürgerleitlinien für das Rathausforum beschlossen, die eine Aufwertung entsprechend der zentralen gesamtstädtischen, nationalen und internationalen Bedeutung des Ortes vorsehen. Der europaweite zweiphasig ausgelobte Ideen- und Realisierungswettbewerb „Freiraumgestaltung Rathaus- und Marx-Engels-Forum“ konnte im August 2021 erfolgreich abgeschlossen werden. Dieser beinhaltet insbesondere Schwerpunktthemen wie die nachhaltige Herstellung barrierefreier Uferbereiche und die gestalterische Verknüpfung der Teilbereiche über die Spandauer Straße hinweg, um einen erlebbaren Gesamtraum zu stärken. Ein grundstücksübergreifendes Regenwassermanagement wirkt in einem zentralen und entscheidenden Bereich als Maßnahme des Klimaschutzes und als Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel.

Die Gesamtkosten des Realisierungsteils belaufen sich geschätzt auf 30.000.000 €. Das Gesamtvorhaben gliedert sich in mehrere Teilmaßnahmen auf.

Die anteilige Förderung der Maßnahme in Höhe von 20.000.000 € im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wurde gemäß Finanzierungsankündigung zur GRW durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe als beabsichtigt zugesagt. Darüber hinaus ist die Beantragung von GRW-Modernisierungsmaßnahmen vorgesehen, die als Fortschreibung der im Umfeld bereits abgeschlossenen Fördermaßnahmen nachhaltige Erhaltungsmaßnahmen innerhalb der förderrechtlichen Bindefrist ermöglichen.

Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Der Landesanteil beträgt 10.000.000 €.

Finanzierung des Landeseigenanteils:	
bis einschließlich 2022	706.000 €
2023	500.000 €
2024	491.000 €
2025	1.177.000 €
Restkosten ab 2026	7.126.000 €
	10.000.000 €

b) Ideenteil

Im Ideenteil zum internationalen Wettbewerb werden zur Umsetzung der Gesamtvision für diesen international bedeutsamen Raum angrenzende Bereiche mitbetrachtet. Die Gesamtkosten werden vorläufig mit 5 Mio. € geschätzt.

Eine erste Teilmaßnahme ist die Südliche Rathausstraße:
Im Zuge der Umgestaltung des Marx-Engels-Forums stellt die Südliche Rathausstraße einen wichtigen zu qualifizierenden Verkehrsraum zwischen öffentlicher Grünfläche und dem denkmalgeschützten Nikolaiviertel dar. Im Ideen- und Realisierungswettbewerb „Freiraumgestaltung Rathaus- und Marx-Engels-Forum" wurde die Rathausstraße im sog. Ideenteil konzeptionell bearbeitet und wird im Zuge der Vorentwurfsplanung des Realisierungsteils im sog. Gestalthandbuch tiefergehend betrachtet. Neben der Qualitätssteigerung des öffentlichen Raumes wird die Südliche Rathausstraße auch im Kontext eines grundstücksübergreifenden Regenwassermanagements eine wichtige Funktion einnehmen. Die Teil-Gesamtkosten werden auf 1.626.668 € geschätzt.
Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erarbeitet.

Finanzierung des Landeseigenanteils:	
bis einschließlich 2022	0 €
2023	0 €
2024	0 €
2025	122.000 €
Restkosten ab 2026	4.878.000 €
	5.000.000 €

10. Tegeler Stadtheide

Der Landschaftsraum ist elementarer Bestandteil des Gesamtvorhabens Nachnutzung Flughafen Tegel. Mit der Tegeler Stadtheide entsteht dabei ein neuer Naherholungsraum, der ganzheitlich Naturschutz und Erholungsnutzung verbinden und durch den Aufbau eines nachhaltigen Betriebs langfristig gesichert wird. Die Entwicklung der Fläche erfolgt auf Basis des Entwicklungs- und Pflegekonzepts für die Tegeler Stadtheide von März 2022. Geplant ist die sukzessive, abschnittsweise Öffnung des Geländes für die Öffentlichkeit bis 2028.

Die Gesamtkosten werden auf 52,7 Mio. € geschätzt. Eine geprüfte Bauplanungsunterlage Kampfmittelräumung liegt i. H. v. 11.725.000 € vom 20.07.2021 vor. Weitere Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Finanzierung bis einschließlich 2022 (Finanzierung aus 1220/893 65)	3.328.000 €
2023 (Finanzierung aus 1220/893 65)	2.750.000 €
2024	3.493.000 €
2025	4.017.000 €
Restkosten ab 2026	39.112.000 €
	52.700.000 €

11. Tilla-Durieux-Park

Der Tilla-Durieux-Park ist in seiner Gestaltung als begehbare Rasenskulptur ein einzigartiges Zeugnis seiner Entstehungszeit, weist jedoch deutliche Übernutzungs- und Erosionsspuren auf. Auf Empfehlung des Gestaltungsbeirats Öffentliche Räume ist eine grundlegende Neubefassung und Überarbeitung erforderlich, um die ursprüngliche Intention in die heutige Zeit zu überführen.

Die 25.000m² große Rasenskulptur mit bis zu 35 Grad abfallenden Böschungen ist nicht barrierefrei zugänglich. Das zentrale spielerische Element der Wippen ist aufgrund von Fehlnutzungen nicht in ihrer ursprünglichen Funktion nutzbar und die Neuentwicklung eines Ersatzes erforderlich.

Zielstellung ist die Entwicklung einer zeitgemäßen klimaresilienten öffentlichen Grünfläche unter besonderer Berücksichtigung der technischen Anforderungen für eine nachhaltige Pflege und Unterhaltung.

Die Gesamtkosten werden auf 5.000.000 € geschätzt. Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Finanzierung des Landeseigenanteils:	
bis einschließlich 2022	0 €
2023	0 €
2024	100.000 €
2025	300.000 €
Restkosten ab 2026	4.600.000 €
	5.000.000 €

12. Neubau von Freiflächen am Kulturforum (TP Potsdamer Straße)

Das Vorhaben der neuen Tramverbindung zwischen Alexanderplatz und Kulturforum wird bis 2028 umgesetzt. Dies führt zu einer erheblichen Neuordnung des Verkehrsraums der Potsdamer Straße.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Die Freiräume an der Potsdamer Straße sollen im Sinne einer gesamthaften Aufwertung des öffentlichen Raums zwischen Philharmonie, Neuer Nationalgalerie und Museumsneubau westlich der Potsdamer Straße und den großen Kulturinstitutionen wie der Staatsbibliothek östlich der Potsdamer Straße neu konzipiert werden.

Finanzierung des Landeseigenanteils:	
bis einschließlich 2022	0 €
2023	0 €
2024	262.000 €
2025	550.000 €
Restkosten ab 2026	2.698.000 €
	3.510.000 €

Darüber hinaus führt die Grün Berlin GmbH folgende weitere Baumaßnahmen durch:

A) Aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW):

1. Touristisches Besucherzentrum Glienicke (TBZ)

Die Gesamtkosten betragen gemäß geprüftem Bedarfsprogramm 8.850.000 €.
Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht eingereicht.

2. Besucherzentrum Schloss Schönhausen (Erweiterung des Museums Schloss Schönhausen)

Die Gesamtkosten betragen gemäß geprüfter Vorplanungsunterlage 15.770.000 €.

Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht eingereicht.

3. Gendarmenmarkt

Die Gesamtkosten betragen gemäß geprüfte Bauplanungsunterlage vom 14.06.2022 in Höhe von 23.800.000 € liegen vor.

4. Berliner Mauerweg

Der Anteil GRW-Förderung beträgt 12.386.000€ gemäß Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12.10.2021, 02.12.2021,03.12.2021, 07.02.2022, 28.06.2022, 31.10.2022 in Höhe von insgesamt 10.359.170 € liegen vor.

5. Spreepark

Der Anteil GRW-Förderung beträgt 19.800.000 €.
Für das Teilprojekt Freianlagen Bauabschnitt Mitte A1 liegt eine geprüfte Vorplanungsunterlage vom 13.12.2021 in Höhe von 19.115.000 € vor.

Zusätzlich erhält das Bezirksamt Treptow-Köpenick eine GRW-Förderung in Höhe von 2.303.100 € brutto für den Bau eines Schiffsanlegers am Eierhäuschen im Rahmen der nachhaltigen Erschließung des Plänterwaldes und Spreeparks. Die Projektentwicklung und das Projektmanagement erfolgten über die Grün Berlin GmbH
Die geprüfte Bauplanungsunterlage vom 27.05.2022 in Höhe von 2.559.000 € brutto liegt vor.

6. Gärten der Welt – Modernisierung der Karl-Förster-Pergola

Geprüfte Bauplanungsunterlagen liegen für die Modernisierung der Karl-Förster-Pergola vom 22.09.2022 in Höhe von 239.000,00€ netto vor.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

B) Aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln (A+E)

1. Freiflächen Tegel – Nachnutzung A+E

Mit Inbetriebnahme des BER und Schließung des Flughafens Tegel auf Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses sind die Maßnahmen zur Nachnutzung der Freiflächen Tegeler Stadtheide umzusetzen. Die Fläche wurde auf Grundlage § 9 Abs. 1 AGBauGB und § 10 b NatSchGBln als Gebiet von stadtpolitischer Bedeutung eingeordnet. Auf dieser Grundlage wurde das Landschaftskonzept Tegeler Stadtheide entwickelt.

Die Tegeler Stadtheide dient als Kompensationsfläche für die Eingriffe in Natur und Landschaft durch die Bautätigkeit der Tegel Projekt GmbH. Die Kompensationsmittel werden erst dann zur Verfügung stehen, wenn die B-Pläne festgesetzt sind. Dennoch müssen zuvor kompensatorische Maßnahmen ergriffen werden, daraus resultierende investive Maßnahmen sind daher im Vorgriff aus Landesmitteln zu finanzieren. Dabei handelt es sich u.a. um Investitionen für die Beweidung, Teilentsiegelungen und weitere Vorgaben aus dem Pflege- und Entwicklungskonzepts.

Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erarbeitet.

2. Mauerweg

2.a.
Ergänzend zum Berliner Mauerweg werden A+E-Mittel im sog. „Nassen Dreieck“ an der Behmstraße/Bösebrücke auf Grundlage des LPB aus dem Planfeststellungsbeschluss zur Dresdner Bahn eingebracht. Die Mittelbereitstellung erfolgt über die DB Netz AG.Der Anteil an A+E-Mitteln beträgt geschätzt 3.800.000 €. Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erarbeitet.
2.b.
Darüber hinaus sollen A+E Mittel aus der gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption (GAK) im Bereich des südlichen Mauerweges ergänzend eingebracht werden. Die Kostenhöhe ist noch nicht festgelegt.

C) Weitere Maßnahmen/Finanzierungen

1. Britzer Mühle

Für die Herrichtung der Britzer Mühle, im Vorfeld der Realisierung des Entwicklungskonzeptes, wurden SIWA Mittel (Kapitel 9810, Titel 840 50) in Höhe von 700.000 € bewilligt. Die Baumaßnahme wurde 2022 abgeschlossen

2. Lokhalle

Zur Sicherstellung der Standsicherheit der denkmalgeschützten Lokhalle und zur Sicherstellung einer dauerhaften Nutzung sind Baumaßnahmen notwendig.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der geprüften Bauplanungsunterlage vom 22.09.2021 auf 17.647.060 € geschätzt, der Anteil SIWA (Kapitel 9810, Titel 83034) liegt bei insgesamt 3.313.000 €.

3. Tegeler Stadtheide (siehe lfd. Nr. 10.)

4. Gesamtstädtische Ausgleichskonzeption

Planerische Vorbereitung von Kompensationsmaßnahmen zur Regulierung von Eingriffen in Natur und Landschaft, die insbesondere im Zusammenhang mit der Realisierung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten entstehen. Damit sollen die hierfür erforderlichen Bebauungsplanungsverfahren und damit der Wohnungsbau an sich beschleunigt werden. Mit der Gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption wird das Instrument des Ökokontos aufgebaut, welches einen revolvierenden Fonds darstellt.

Im 60 Hektar großen Kienbergpark in Marzahn-Hellersdorf, der im Rahmen der IGA Berlin 2017 fertiggestellt wurde, werden im Zusammenhang mit der Gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption (GAK) Kompensationsmaßnahmen durch das Land Berlin umgesetzt. Die Grün Berlin GmbH ist als Maßnahmenträger mit der Umsetzung der Maßnahmenkonzeption in den Komplexflächen 'Kienberg' und 'Wuhletal_EC' betraut.
Weitere Maßnahmen folgen. Die Vorfinanzierung erfolgt durch SIWA, nach den B-Plänen und Feststellung des Kompensationsvolumens erfolgt die Refinanzierung durch die Investoren.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Gesamtkosten belaufen sich gemäß geprüfter Vorplanungsunterlage für das Leitprojekt Wuhletal-Kienberg vom 08.09.2022 auf 8.360.000 €. Weitere Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht eingereicht.

Die Kostensätze werden im Kapitel 0750, Titel 68241 und Titel 89360 berücksichtigt.

5. Berlin bewegt sich

Das Projekt ist abgeschlossen

6. Spreepark

Im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) stehen rd. 21,8 Mio. € der Grün Berlin GmbH zur Verfügung. Davon werden 15,8 Mio. € für den Hochbau und die Ingenieurbauwerke (wie Englisches Dorf, Wirtschaftshof, ehem. Fahrgeschäfte) verausgabt und 6,0 Mio. € im Zusammenhang mit den Freianlagen am Eierhäuschen.

Bundesmittel

7. Sanierung des Riesenrads im Spreepark

Für die Sanierung des Riesenrads inkl. des Wasserbeckens im Spreepark stehen Mittel aus dem Bundesprogramm „Sanierung Kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zur Verfügung. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 6,4 Mio. €. Der Anteil der Bundesmittel beläuft sich auf 2,88 Mio. €.

Die Sanierung des Riesenrads als städtebaulich wirksames Leuchtturmprojekt im Spreepark ist ein integraler Bestandteil der Gesamtentwicklungskonzeption und beispielgebend für die Entwicklung aus dem Bestand sowie die projektimmanente Verwebung von Kunst und baulichen Anlagen.

8. Sanierung der Werkhalle im Spreepark

Für die Sanierung der Werkhalle im Spreepark stehen Mittel aus dem Bundesprogramm „Sanierung Kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zur Verfügung. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 13,15 Mio. €. Der Anteil der Bundesmittel beläuft sich auf 3,0 Mio. €.

In Form einer flexibel nutzbaren Halle soll mit der Werkhalle ein soziokulturelles Zentrum für Kunst- und Kulturschaffende, Anwohner*innen, Berliner*innen und Gäste der Stadt entstehen.

Die Ausgaben zu Nr. 10. wurden bisher bei 1220/89365 nachgewiesen.

89374	**321**	**Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen**	**12.000.000**	**12.000.000**	**7.201.000**	**5.364.959,70** **R 1.854.298,21**
		Verpflichtungsermächtigung	**10.200.000**	**15.300.000**		
		Davon fällig 2025	**1.900.000**			
		Davon fällig 2026	**3.300.000**	**3.300.000**		
		Davon fällig 2027	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**7.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels 0750, Maßnahmengruppe 03 sind untereinander und im Übrigen gemäß § 20 Abs. 1 LHO deckungsfähig. Außerdem sind die Titel der Hauptgruppe 8 der Maßnahmengruppe 03 des Kapitels 0750 gegenüber den sonstigen Titeln der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 07, außer Titel der Obergruppe 86, deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur überjährigen Bewilligung von Zuschüssen erforderlich.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	3.700.000	3.025.000	0
VE 2023	5.150.000	5.000.000	3.350.000

Die Zuschüsse sind bestimmt zur Vorbereitung und Durchführung folgender Baumaßnahmen:

1. Park am Gleisdreieck

Der Bau des Parks auf dem Gleisdreieck wurde bis 2018 aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln (A+E) sowie aus GRW-Mitteln der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ finanziert. Grundlage waren der **Städtebauliche Vertrag (CA Immo und Land Berlin)** zur Entwicklung des Areals und der **Kompensationsvertrag mit den Investoren des Potsdamer Platzes** zur Umsetzung der A+E Mittel.

Im Rahmen der städtebaulichen Gesamtentwicklung dieses Gebietes müssen zusätzlich angrenzende Bereiche und Erschließungssituationen hergestellt werden. Die Landesmittel sind für Sicherungsmaßnahmen von Böschungsbereichen, Verbindungswegen, wie z.B. die Anbindung des Möckernkiezes und die Qualifizierung von Wiesen-, Sport- und Spielflächen vorgesehen, die auf der Grundlage aktueller Entwicklungen und Anpassungen an den Klimawandel notwendig werden.

Die Kosten für das Land Berlin für diese Aufgaben werden auf insgesamt 5.675.000 € geschätzt. Für die Teilmaßnahmen Yorckpromenade liegt eine geprüfte Bauplanungsunterlage (BPU) vom 27.06.2019 in Höhe von 1.372.810 € vor. Für die abgeschlossene Teilmaßnahme Sanierung der Yorckbrücken Nr. 14 & Nr. 17 liegen geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 10.06.2020 in Höhe von 2.797.000 € vor. Für weitere Maßnahmen liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 11.08.2021 in Höhe von 66.000 € vom 11.08.2021 vor. Weitere Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erarbeitet.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	4.286.000 €
2023	68.000* €
2024	201.000 €
2025	200.000 €
Restkosten ab 2026	920.000 €
	5.675.000 €

*Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

2. Neubau von Freiflächen am Kulturforum

a) Freiflächen mit Besucherzentrum und Leitsystem
Die Aufwertung und Neuordnung der Freiflächen am Kulturforum sind zur Integration des Kulturforums in den neu entstandenen Stadtraum Potsdamer und Leipziger Platz als touristischer Schwerpunkt erforderlich. Ein gesamthaftes Freiraumkonzept für diesen zentralen öffentlichen Raum liegt der Projektumsetzung zugrunde und wurde als Weiterentwicklung des vom Abgeordnetenhaus Berlin 2006 beschlossenen Masterplanes von 2006 durch den Senat vorgegeben.

Die 1. Realisierungsstufe der Projektumsetzung in Höhe von insgesamt 10.063.000 € ist unter Einbindung von Mitteln der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in Höhe von 90 % abgeschlossen. Darin enthalten sind auch nicht förderfähige Anteile. Die weiteren Realisierungsabschnitte befinden sich in Abhängigkeit zum Planungsfortschritt Museum des 20zigsten Jahrhunderts in der Vorbereitung. Die Förderung durch die GRW wurde auch für die weiteren Stufen abgestimmt.

Bauplanungsunterlagen liegen vor;
Die Gesamtkosten des Landesanteils in Höhe von 3.745.000 € beinhalten neben der in 2020 abgeschlossenen Realisierungsstufe 1 und dem Anteil der Realisierungsstufe 2 auch die weiteren Abschnitte Besucherzentrum und Leitsystem.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen für die Realisierungsstufen 1 und 2 vom 07.11.2019 über 11.083.210 € liegen vor. Weitere Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	1.827.000 €
2023	10.000 €
2024	366.000 €
2025	514.000 €
Restkosten ab 2026	1.028.000 €
	3.745.000 €

b) Sigismundstraße
Der Neubau des Museums des 20. Jahrhunderts macht es erforderlich, auch die Sigismundstraße - zwischen Neuer Nationalgalerie, dem Museums des 20.Jahrhunderts und der Kirche St. Matthäus gelegen - neu zu konzipieren. Die Sigismundstraße soll im Kontext der Aufwertung und Neuordnung der Freiflächen am Kulturforum als Verkehrsraum zurück gebaut und als Teil des öffentlichen Freiraums neugestaltet werden.

Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht vorbereitet.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	0 €
2023	0 €
2024	156.000 €
2025	400.000 €
Restkosten ab 2026	1.542.000 €
	2.098.000 €

3. Mauerpark

Auf der Grundlage des Städtebaulichen Vertrages zwischen der CA Immo und dem Land Berlin für die Flächen im Gebiet des Entwurfs zum Bebauungsplan 1-64 „Mauerpark-Vertrag“ vom 23.11.2012 soll der Mauerpark mit den Erweiterungsflächen umgesetzt werden.

a) Erweiterungsflächen (1. Bauabschnitt)
Bereits hergestellt wurde der **1. Bauabschnitt** mit einem Zuschuss der Allianz-Stiftung zum Schutz der Umwelt in Höhe von 2.301.000 €. Der Landesanteil für diesen Abschnitt betrug 2.397.000 €.

In einer Übergangsphase entstanden Bedarfe für die provisorische Herstellung einer 2 ha großen Fläche. Für die Verausgabung von Planungsmitteln sowie sonstigen Ausgaben bis zum Abschluss des städtebaulichen Vertrages ergaben sich Gesamtkosten in Höhe von 418.000 €.

b) **Erweiterungsflächen** (2. und 3. Bauabschnitt)
Die Gesamtkosten für die Erweiterungsflächen (2. und 3. BA) einschl. der parkverträglichen Nutzungsflächen (Gastronomie, Flohmarkt) werden auf 21.548.000 € geschätzt. Eine Änderungszusage vom 23.11.2021 über Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) für den Park (Freianlagen) in Höhe von 13.013.100 € liegt vor. Der Anteil der Komplementärmittel ist in den Landesmitteln nachzuweisen (10%).

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 01.03.2016, 02.08.2017, 22.08.2017, 21.01.2019 sowie vom 10.11.2021 über insgesamt 15.511.020 € brutto liegen vor. Weitere Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Der Landesanteil beträgt 4.424.000 €.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	2.274.000 €
2023	300.000 €*
2024	54.000 €
2025	0 €
Restkosten ab 2026	1.796.000 €
	4.424.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

c) Qualifizierung und Inwertsetzung des Bestandsparks Mauerpark einschl. Umgebung 1.-4. Bauabschnitt

Aufgrund des hohen Nutzungsdrucks bestehen dringende Qualifizierungsbedarfe des bereits mit einem Zuschuss der Allianz-Stiftung zum Schutz der Umwelt hergestellten 1. Bauabschnitts für eine nachhaltige Sicherung des Gesamtensembles. Ebenso bestehen technische Optimierungsbedarfe und Anpassungen an die erweiterten Nutzungsansprüche. Die Gesamtentwicklung des Areals beinhaltet die Einbeziehung der Schnittstellen zum Friedrich-Ludwig-Jahn Sportpark.

Die Gesamtkosten werden auf 15.970.000 € brutto geschätzt. Dies umfasst alle Abschnitte Mauerpark Bestand, Moritzhof, Falkplatz, Topsstraße und Gaudystraße.

Die Finanzierung erfolgt über einen Anteil in Höhe von 2.739.660 € aus Fördermitteln des Programms „Zukunft Stadtgrün“ gemäß Förderzusage vom 18.02.2020 (Programmjahr 2018), über einen Anteil in Höhe von 2.958.670 € aus Fördermitteln des Programms „Nachhaltige Erneuerung (ehemals Zukunft Stadtgrün) – Programmjahr 2021“ gemäß Förderzusage der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 03.09.2021 sowie einem Anteil in Höhe von 4.996.677,30 € aus Fördermitteln des Programms „Nachhaltige Erneuerung (ehemals Zukunft Stadtgrün) – PJ Programmjahr 2022“ auf Grundlage der Finanzierungszusage der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vom 25.07.2022.

Die Möglichkeiten weitere ergänzende Mittel aus der Programmkulisse Soziale Stadt einzubinden werden z.Zt. durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenSBW) geprüft und die Berücksichtigung der zusätzlich benötigten Investitionsmittel in den kommenden Programmjahren des Programmes „Nachhaltige Erneuerung“ wurde zugesagt Der Anteil Landesmittel wird an die angekündigte Förderzusage angepasst. Der Landesanteil ist notwendig, da für das Haushaltsjahr 2024 eine Finanzierungslücke der Jahrestranche der Förderzusage der SenSBW besteht, und für nicht förderfähige Entwicklungspflege, die über den eigentlichen Förderrahmen der Zukunft Stadtgrün hinausgeht.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Eine geprüfte Vorplanungsunterlage liegt vom 29.06.21 in Höhe von 15.970.000 € liegt vor. Eine 1. Teil-BPU liegt in Höhe von 4.831.050 € vom 25.03.2022 geprüft vor. Die 2. Teil-BPU wurde am 15.06.2022 in Höhe von 5.772.440 € zur Prüfung eingereicht. Weitere Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Der Landesanteil beträgt 2.119.000 €.

Finanzierung des Landesanteils:	
bis einschließlich 2022	0 €
2023	0 €
2024	1.321.000 €
2025	535.000 €
Restkosten ab 2026	263.000 €
	2.119.000 €

d) Park- und Kulturzentrum und Parkverwaltung (NEU)

Für den Betrieb der Flächen sind weiterhin Bedarfe für Parkverwaltungsaufgaben sowie für bürgerschaftliches Engagement erforderlich und abgestimmt. Im Bebauungsplan sind daher für entsprechende Baulichkeiten bereits Baufelder ausgewiesen. Für ein Park- und Kulturzentrum lag bereits eine Bauplanungsunterlage vor, die Realisierung dieser ursprünglichen Planung wurde aus Kostengründen bisher verworfen, und ist daher durch einen anderen wirtschaftlicheren Planungsansatz weiterzuentwickeln. Für die Schaffung erforderlicher Räumlichkeiten sind Kosten für ein Parkverwaltungsgebäude sowie für ein Park- und Kulturzentrum in Höhe von 6.000.000 € geschätzt. In sich abgrenzbare Teilbereiche und Teilmaßnahmen werden aus dem Sondervermögen SIWA finanziert.

Finanzierung des Landesanteils:	
bis einschließlich 2022	58.000 €
2023	100.000 €
2024	0 €
2025	0 €
Restkosten ab 2026	0 €
	158.000 €

e) Gleimbrücken (NEU)

Die vier östlichen Brückenteile des Gleimtunnels, die gemäß Urteil des OVG Berlin im Landesvermögen liegen und sich gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz in der Unterhaltungslast des Landes befinden, sind dringend grundsanierungsbedürftig. Projektziel der Sanierung der Brückenbauwerke und der Einbindung des angrenzenden Freiraums ist die dauerhafte Qualifizierung der öffentlichen Verbindung zwischen Mauerpark und dem Parkteil am Moritzhof.
Das Vorgehen erfolgt unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Aspekte.

Der Landesanteil wird auf 3.732.000 € geschätzt.

Finanzierung des Landeseigenanteils:

bis einschließlich 2022	0 €
2023	0 €
2024	110.000 €
2025	290.000 €
Restkosten ab 2026	3.332.000 €
	3.732.000 €

4. Grünzug an der Panke

Bereits seit Anfang der 90er Jahre wird auf gesamtstädtischer Ebene das planerische Ziel verfolgt, die Südpanke erlebbar zu machen und begleitend eine öffentliche Grünverbindung zu realisieren. Der gewässerbegleitende Weg ist Teil der 20 Grünen Hauptwege Berlins und hat damit eine große Bedeutung für das gesamtstädtische Netz übergeordneter Wegeverbindungen.
Die Einordnung als Maßnahme von übergeordneter Bedeutung führte dazu, dass die Aufgabenumsetzung an die Grün Berlin übergeben wurde, um die bezirklichen Kapazitäten zu entlasten. Abschnittsweise werden die Planungen realisiert, mit allen Beteiligten abgestimmt und umgesetzt. Die Finanzierung erfolgt sukzessive über Investitionsmittel des Landes Berlin und in Teilen mit Ausgleichs- und Ersatzmitteln.
Alle Projektabschnitte, in denen das Gewässer wieder offen erlebbar gemacht werden konnte, sind inzwischen realisiert. Es fehlen nunmehr noch zur Vervollständigung der begleitenden Grünverbindung die sogenannten Lückenschlüsse. Hierzu zählen der Abschnitt Reinhardtstraße / Am Zirkus, Schiffbauerdamm und Wege auf dem Gelände der Humboldtuniversität Berlin.
Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Teil-Bauplanungsunterlagen für die Gesamtmaßnahme vom 16. April 2003 und 12. September 2008 über insgesamt 2.567.000 € liegen vor. Eine weitere geprüfte Bauplanungsunterlage für die Teilmaßnahme Lückenschlüsse liegt vom 06.07.2021 in Höhe von 570.000 € geprüft vor. Weitere Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Der Landesanteil beträgt 5.425.000 €

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	757.000 €
20213	61.000 €*
2024	285.000 €
2025	288.000 €
Restkosten ab 2026	4.034.000 €
	5.425.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

5. Zuschuss für die Verbindung Nordbahnhof – Mauerpark

Das geplante Projekt sieht eine übergeordnete Wegeverbindung und Grünvernetzung zwischen dem Volkspark Humboldthain und der nördlichen Spitze des Parks am Nordbahnhof vor.

Die zu realisierende Erschließung führt entlang des S-Bahngrabens der S1, S2 und S25 im Streckenabschnitt zwischen dem Fernbahnhof Gesundbrunnen, über S-Bahnhof Humboldthain bis zum Nordbahnhof. In die Wegeverbindung ist die Nutzung der Liesenbrücken (große und kleine Liesenbrücke) einbezogen. Unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes soll die Wegeverbindung über die kleine Liesenbrücke realisiert werden. Die Grünverbindung ermöglicht die Verknüpfung des Humboldthains, des Mauerparks und des Parks auf dem Nordbahnhof mit dem Grünen Hauptweg Nr. 19. Die Grundstücksverfügbarkeit befindet sich in der Prüfung.

Die geschätzten erforderlichen Landesmittel liegen bei 2.000.000 €.

Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	0 €
2023	0 €
2024	92.000 €
2025	374.000 €
Restkosten ab 2026	1.534.000 €
	2.000.000 €

6. Entwicklung des Tempelhofer Feldes

Gemäß dem Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes (ThFG) wurde bis Mai 2016 unter Beteiligung der Bevölkerung ein **Entwicklungs- und Pflegeplan (EPP)** aufgestellt, der die Leitlinien für die zukünftige Entwicklung des Freiraums festlegt. Während der zentrale Wiesenbereich in seinen Strukturen nicht verändert werden darf, sind im äußeren Wiesenring bauliche Veränderungen wie Infrastrukturmaßnahmen, Baumpflanzungen oder die Anlage von Spiel- und Sportangeboten möglich und vorgesehen.
Zur Konkretisierung des EPP sind unter Beteiligung der Öffentlichkeit Planungen, insbesondere für den Bereich Oderstraße erarbeitet worden. Weitere Teilbereiche sind in der Planung und insbesondere Nutzungskonzepte für die zahlreichen Bestandsbauwerke in der Vorbereitung, Anpassungsbedarfe an den Klimawandel werden in die Planungsaufgabe integriert.

Teilmaßnahmen zur Oderstraße sowie weitere Baulichkeiten werden über das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) finanziert.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Die Gesamtkosten für die Freianlagen in den zu gestaltenden Bereichen werden auf 25.506.000 € geschätzt. Für den Teilbereich Oderstraße liegen geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 17.06.2020 über 5.133.000 € vor. Geprüfte Bauplanungsunterlagen liegen vom 16.12.2019, vom 14.01.2022 sowie vom 25.01.2022 in Höhe von 9.097.000 € vor. Weitere Bauplanungsunterlagen wurden zur Prüfung am 29.10.2021 in Höhe von 2.657.000 € eingereicht.
Weitere Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	6.508.000 €
2023	2.250.000 €
2024	2.812.000 €
2025	762.000 €
Restkosten ab 2026	6.923.000 €
	19.255.000 €

7. Erweiterung des Touristischen Wegeleitsystems – Infostelen

Innerhalb der zunächst vorgesehenen Pilotphase (1. Projektphase) mit anschließender Evaluation wurde das neue Element der Infostelen an wenigen Standorten 2019 umgesetzt und seither erprobt und daraus resultierende Erkenntnisse für die Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet (2. Projektphase) genutzt.

Ein geprüfter Rahmenantrag vom 12.03.2019 liegt vor. Eine Finanzierungszusage der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe vom 10.07.2018 zur Förderung im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) liegt vor. Der Landesanteil beträgt 2.380.000 €.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Die 1. Teil-BPU für die Pilotphase vom 05.03.2019 über 1.295.000 € liegt geprüft vor. Die 2. Teil-BPU für die Hauptphase wurde am 22.06.2021 in Höhe von 14.900.000 € zur Prüfung eingereicht.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	492.000 €
2023	100.000 €*
2024	420.000 €
2025	420.000 €
Restkosten ab 2026	948.000 €
	2.380.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

8. Neubau des Döberitzer Grünzugs

Der Bau des Döberitzer Grünzugs wird teilweise aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln finanziert. Gemäß dem **Planfeststellungsbeschluss für die Verkehrsanlagen im Zentralen Bereich** wurden 1998 Ausgleichs- und Ersatzmittel infolge des Baus der Bundesstraße 96 beim Titel 11193 vereinnahmt. Die Maßnahme konnte auf Grund nicht verfügbarer Flächen vorerst nicht realisiert werden. Ein Planänderungsverfahren zur Änderung der Lage der Ausgleichsmaßnahme Döberitzer Grünzug unter Wahrung ihrer planfestgestellten Zielstellung und ihres Inhalts wurde durchgeführt.
Die Genehmigung zur Planänderung liegt mit Datum vom 20. Februar 2015 vor. Damit sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung des Döberitzer Grünzugs in den neuen Baugrenzen gegeben.

Zur Sicherstellung der Gesamtmaßnahme, Errichtung eines Spielplatzes und zur Herstellung der Verkehrssicherheit gegenüber den Schnellverbindungsanlagen der Deutschen Bahn sind insgesamt 4.392.000 € komplementär aus Landesmitteln zu finanzieren. Diese Maßnahmen sind nicht durch Ausgleichs- und Ersatzmitteln finanzierbar.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Eine geprüfte Bauplanungsunterlage (VPUBPU) liegt vom 31.10.2022 in Höhe von 5.787.000 € vor. Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Der Landesanteil beträgt 4.392.000 €.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	598.000 €
2023	500.000 €*
2024	1.100.000 €
2025	717.000 €
Restkosten ab 2026	1.477.000 €
	4.392.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

9. Botanischer Volkspark Blankenfelde-Pankow

Für den Botanischen Volkspark Blankenfelde wurde ein Entwicklungskonzept erarbeitet, das übergeordnete historische, kulturelle und pädagogische Bedeutung und Potentiale der Anlage darstellt. Auf Grundlage dieses Entwicklungskonzeptes soll prioritär der Instandhaltungsstau der zum Teil denkmalgeschützten Gebäude und der Infrastruktur nachhaltig abgebaut werden. Hierbei werden insbesondere die energetischen Anforderungen berücksichtigt. Darüber hinaus sollen die Lehr- und Schaugärten sowie die Botanische Achse qualifiziert und optimiert werden, um die Nutzungsziele, energetische Verbesserungen und Gender Diversity zu berücksichtigen. Ergänzend erhält das Thema der Umweltbildung am Standort durch einen Um- oder Ausbau des Heizhauses hinter den Schaugewächshäusern zu einem Umweltbildungszentrum eine deutliche Stärkung.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	359.970 €
2023	0 €
2024	0 €
2025	0 €
Voraussichtliche Restkosten ab 2026	11.140.030 €*
	11.500.000 €

* Die Maßnahme ist derzeit ausgesetzt aufgrund Bezirksverordnetenbeschluss des Bezirks Pankow.
Eine Fortführung ungewiss.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

10. Platz der Luftbrücke

a) Realisierungsteil
Der Platz der Luftbrücke soll neugestaltet bzw. saniert werden, um sowohl die besondere historische Bedeutung des Ortes angemessen zu würdigen, gleichzeitig aber auch seine Rolle bei der städtebaulichen Qualifizierung des ehemaligen Flugfeldes sowie den neuen Nutzungsanforderungen des Flughafengebäudes Berücksichtigung finden. Westlich des Tempelhofer Damms sollen zwei Teilbereiche als Stadtplätze neu geordnet werden.

Die Gesamtkosten für den Realisierungsteil wurden auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses um einen Anteil aus dem Ideenteil in Höhe von 2.175.000 € erweitert. Dies ist begründet in der Erweiterung um verkehrliche Anpassungen des Straßenbereichs Manfred-von Richthofen-Straßen in Abstimmung mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg im Rahmen der Gesamtumsetzung.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:
Eine geprüfte Vorplanungsunterlage (VPU) für das Gesamtareal vom 06.05.2021 in Höhe von 14.919.000 € liegt vor. Darauf aufbauend werden die Bauplanungsunterlagen bedarfsgerecht vorbereitet. Für den Teilbereich 1 wurde eine Bauplanungsunterlage am 20.12.2022 in Höhe von 8.094.000 € zur Prüfung eingereicht.

Bisheriger Realisierungsteil des Wettbewerbes

Die Projektumsetzung Platz der Luftbrücke erfolgt in direkter Abhängigkeit und in Abstimmung mit dem sogenannten **Stadtprojekt Tempelhofer Damm**, in dem sich die Berliner Wasserbetriebe, die Vattenfall Tochter Stromnetz Berlin GmbH, die Berliner Verkehrsbetriebe, die Tempelhof Projekt GmbH sowie die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg zusammengeschlossen und im Mai 2017 eine gemeinsame Absichtserklärung unterschrieben haben. Darin verpflichten sich die Partner zu koordinierten Tief-, Leitungs- und Straßenbauarbeiten. Initial für diese Maßnahme bildet die erforderliche Sanierung von drei Abwasserdruckleitungen (ADL) im Zuge der Sanierungsstrategie für die Abwasserdruckleitungen bis 2040 der Berliner Wasserbetriebe (BWB). Das Stadtprojekt Tempelhofer Damm erstreckt sich vom Platz der Luftbrücke in südliche Richtung bis zur Borussiastraße.

Vorgeschalteter Realisierungswettbewerb mit Realisierungsversprechen.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	1.178.000 €
2023	1.100.000 €*
2024	4.010.000 €
2025	5.905.000 €
Restkosten ab 2026	2.726.000 €
	14.919.000 €

*Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

b) Ideenteil (bisher Verkehrsflächen)
Im Ideenteil des Wettbewerbs wurden Vorschläge für die Neuordnung von begleitenden Freiräumen der bisher verkehrlich genutzten Flächen unterbreitet. Insbesondere die Süd- und Nordumfahrung des Gartendenkmals sollen zukunftsweisend für die Ansprüche des Fahrradverkehrs sowie für die Fußgängernutzung optimiert werden.

Ergänzende verkehrliche Maßnahmen werden in Verbindung mit dem sogenannten Stadtprojekt Tempelhofer Damm erforderlich. Darin haben sich die Berliner Wasserbetriebe, die Vattenfall Toch-ter Stromnetz Berlin GmbH, die Berliner Verkehrsbetriebe, die Tempelhof Projekt GmbH sowie die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und das Bezirksamt Tempel-hof-Schöneberg zusammengeschlossen und im Mai 2017 eine gemeinsame Absichtserklärung zur koordinierten Umsetzung von Tief-, Leitungs- und Straßenbauarbeiten unterschrieben.

Die Gesamtkosten für den Ideenteil werden auf 7.697.000 € geschätzt.

Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht erstellt.

Finanzierung des Landesanteils:

bis einschließlich 2022	196.000 €
2023	300.000 €
2024	359.000 €
2025	1.354.000 €
Restkosten ab 2026	5.488.000 €
	7.697.000 €

11. Verbesserung der grünen Infrastruktur

Nach aktuellen Erkenntnissen ist in diesem Zusammenhang keine Umsetzung von Maßnahmen durch die Grün Berlin Stiftung vorgesehen.

12. Spreepark Arrondierende Maßnahmen

Auf Grundlage eines Nutzungsvertrages zum 1. Januar 2016 ist die Grün Berlin GmbH mit der Pflege, Unterhaltung und Projektentwicklung des Spreeparks betraut. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, umwelt- und klimaverträgliche Maßnahmen zur Stärkung der Anbindung für Besucher*innen des Spreeparks und Eierhäuschens einzurichten. Dazu sollen insbesondere nachhaltige und innovative Verkehrsträger einbezogen werden, eine synergetische Vernetzung neuer und bestehender Strukturen stattfinden, sowie ergänzende und flankierenden Infrastrukturen geschaffen werden. Festlegungen zu Maßnahmen und Erreichbarkeit werden unter anderem im laufenden Bebauungsplanverfahren 9-7 „Spreepark“ getroffen und sind demgemäß umzusetzen.

Die Gesamtkosten werden auf 14.500.000 € brutto geschätzt. Ein Senatsbeschluss zur GRW-Förderung liegt vom 16.03.2021 (Nr.: S-4313/202) vor. Für diese arrondierenden Maßnahmen zur touristischen Erschließung des Spreeparks liegt eine vorläufige Teil-Förderzusage von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe vom 06.01.2023 in Höhe von insgesamt 13.050.000 € brutto für den Zeitraum 2021 bis 2026 vor.

Bauplanungsunterlagen liegen vor:

Für das Teilprojekt Medienerschließung Arrondierende Maßnahmen liegt eine geprüfte Vorplanungs-unterlage zur gesamthaften Medienerschließung vom 24.11.2021 vor. Die anteilig auf diesen Projektbereich entfallende Prüfsumme beträgt 2.417.000 € brutto (einschl. 7 % USt.). Die Bauplanungs-unterlage wurde am 23.12.2022 eingereicht.

Für das Teilprojekt Erschließung Ost, Teilbereich C 2 liegt eine geprüfte Vorplanungslage vom 07.12.2021 in Höhe von 4.716.000 € brutto (einschl. 7 % USt.) vor. Die Bauplanungsunterlage wurde am 23.12.2022 zur Prüfung eingereicht.

Für das Teilprojekt Erschließung Ost, Teilbereich C 1 – Pionierweg liegt eine geprüfte Bauplanungs-unterlage vom 18.08.2021 in Höhe von 790.000 € netto (= 845.300 € brutto einschl. 7 % USt.) vor. Damit konnte ein nachhaltiger Baubeginn 2021 erreicht werden und der vorzeitige Maßnahmenbeginn als zwingende Grundlage für die GRW-Förderung erfolgen. Die bauliche Fertigstellung des Teilprojekts ist in 2022 erfolgt.

Weitere Bauplanungsunterlagen für weitere Teilprojekte werden jeweils termingerecht erarbeitet und eingereicht.

Finanzierung Landesanteils:

bis einschließlich 2022	1.311.000 €
2023	1.206.000 €*
2024	714.000 €
2025	241.000 €
Restkosten ab 2026	5.518.000 €
	8.990.000 €

* Voraussichtlicher Mittelabfluss für 2023

Darüber hinaus führt die Grün Berlin Stiftung folgende weitere Baumaßnahmen durch:

A) Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

1. Freiflächen Kulturforum

Die förderfähigen Gesamtkosten im Rahmen Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW**)** für die Freianlagen (Realisierungsstufe 1) wurden auf Grundlage der eingereichten Ergänzungsunterlagen 1 - 5 mit Förderbescheid vom 03.12.2020 auf 9.261.480 € erhöht. Die Realisierungsstufe 1 der Freianlagen wurde in 2019 vollumfänglich umgesetzt und abgeschlossen. Für weitere Abschnitte (Realisierungsstufe 2, Besucherzentrum, Leitsystem) werden weitere GRW-Anträge in Abhängigkeit vom Baufortschritt des Museums der Moderne vorbereitet.
Der kommunale Anteil von 10 % wird bei Kapitel 0750, Titel 89374 nachgewiesen.

2. Mauerpark Erweiterungsflächen

Für die Gesamtfläche (Freianlagen) liegt ein Förderbescheid über Mittel aus der „Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in Höhe von 13.013.100 € vom 23.11.2021 vor. Der kommunale Anteil von 10 % wird bei Kapitel 0750, Titel 89374 nachgewiesen.

3. Touristisches Wegeleitsystem (Infostelen)

Geschätzte Gesamtkosten: 16.195.000 € auf Grundlage geprüfter und eingereichter Bauplanungsunterlagen
Die Maßnahme wird direkt aus Kapitel 1330 finanziert. Der kommunale Anteil von 10 % wird durch Sperren bei Kapitel 0750, Titel 89374 nachgewiesen.

4. Spreepark Arrondierende Maßnahmen

Geschätzte Gesamtkosten: 14.500.000 € brutto, mit einer anteiligen Förderzusage GRW in Höhe von 13.050.000 € brutto (siehe oben). Der kommunale Anteil wird bei Kapitel 0750, Titel 89374 nachgewiesen.

B) Aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln (A+E)

1. Grünzug an der Panke

Für den Bau des Pankeparks werden Ausgleichs- und Ersatzmittel aus der Baumaßnahme des Bundesnachrichtendienstes (1.875.000 €), aus dem Städtebaulichen Vertrag Hackescher Markt Süd (257.000 €), aus der Baumaßnahme Invalidenstraße (172.000 €) sowie Einnahmen aus der sogenannten „Spielplatzablöse Südpanke“ des Bezirks Mitte eingesetzt (120.000 €).
Die aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln zu finanzierenden Kosten betragen insgesamt 2.251.000 €.

2. Neubau des Döberitzer Grünzuges

Die Baumaßnahme wird gemäß dem Planfeststellungsbeschluss für die Verkehrsanlagen im Zentralen Bereich zum Teil aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln des Bauvorhabens B 96 finanziert.
Eine geprüfte Bauplanungsunterlage (BPU) vom 31.102022 in Höhe von 5.787.000 € liegt vor. Davon werden 1.564.000 € aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln finanziert.

3. Landschaftspark Gatow

Es sollen die Ausgleichs- und Ersatzmittel aus dem Städtebaulichen Vertrag (Wohnungsbau im Bereich des ehemaligen Flughafens Gatow) in Höhe von 6.850.000 € eingesetzt werden. Die Mittel werden vom Bund dem Land Berlin zur Verfügung gestellt.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

C) Weitere Maßnahmen/Finanzierungen

1. Mauerpark – Qualifizierung 1. – 4. Bauabschnitt

Aufgrund des hohen Nutzungsdrucks bestehen dringende Qualifizierungsbedarfe des bereits mit einem Zuschuss der Allianz-Stiftung zum Schutz der Umwelt hergestellten 1. Bauabschnitts für eine nachhaltige Sicherung des Gesamtensembles. Ebenso bestehen technische Optimierungsbedarfe und Anpassungen an die erweiterten Nutzungsansprüche.

Die Gesamtkosten werden auf 15.970.000 € brutto geschätzt. Dies umfasst alle Abschnitte Mauerpark Bestand, Moritzhof, Falkplatz, Topsstraße und Gaudystraße.
Die Qualifizierung des ersten bis vierten Bauabschnitts erfolgt mit Mitteln der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen aus dem Programm zur Sozialen Stadt „Zukunft Stadtgrün“ und “Nachhaltige Erneuerung (ehemals Zukunft Stadtgrün)”. Finanzierungszusagen liegen i. H. v. 10.694.997 € vor. Die Berücksichtigung der zusätzlich benötigten Investitionsmittel in den kommenden Programmjahren des Programmes „Nachhaltige Erneuerung“ wurde seitens SenSBW zugesagt und eine Ausfinanzierung in Aussicht gestellt.

2. Mauerpark: Park- und Kulturzentrum und Parkverwaltung

Mittel aus dem Sondervermögen SIWA werden für abgrenzbare Teilbereiche und Teilmaßnahmen bereitgestellt.

3. Entwicklung des Tempelhofer Feldes

Mittel aus dem Sondervermögen SIWA werden für Teilmaßnahmen an der Oderstraße und andere in sich geschlossene Maßnahmen bereitgestellt.

	Summe Maßnahmegruppe 03	**78.450.000**	**91.476.000**	**49.565.000**	**44.409.630,23**
	Gesamtausgaben	**160.848.400**	**169.654.300**	**116.513.100**	**92.505.563,15**
	Prozentuale Veränderung	**38,1 %**	**5,5 %**		

Abschluss Kapitel 0750

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**332.000**	**332.000**	**329.000**	**5.225.816,62**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**3.132.000**	**3.167.000**	**2.935.000**	**3.759.197,65**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**400.000**	**—**	**—**	**—**
	Gesamteinnahmen	**3.864.000**	**3.499.000**	**3.264.000**	**8.985.014,27**
411-462	**Personalausgaben**	**10.918.900**	**10.831.800**	**9.830.100**	**8.375.791,56**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**22.745.500**	**23.162.500**	**20.484.000**	**15.902.959,18**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**73.128.000**	**78.679.000**	**52.815.000**	**49.487.667,65**
700-739	**Investitionsausgaben für bauliche Zwecke**	**6.099.000**	**3.037.000**	**3.099.000**	**1.043.228,85**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**46.756.000**	**52.743.000**	**29.084.000**	**16.462.499,37**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**1.201.000**	**1.201.000**	**1.201.000**	**1.233.416,54**
	Gesamtausgaben	**160.848.400**	**169.654.300**	**116.513.100**	**92.505.563,15**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-156.984.400**	**-166.155.300**	**-113.249.100**	**-83.520.548,88**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005010	2022	10.805.673	46.670.331	57.476.003
Gewährleistung einer wirksamen Umwelt- und Klimaschutzpolitik und Umweltförderung	2021	10.755.138	34.803.187	45.558.325

Das operative Ziel 5010 gehört zum strategischen Ziel 001061 Wahrnehmung der politischen Verantwortung zur Optimierung und Begrenzung des Ressourcenverbrauchs und des Klimaschutzes.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77544	2022	3.253.987	1.782.313	5.036.300
Klimaschutzpolitik (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	3.348.403	546.655	3.895.058

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,76	8,55
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	15.399,30	15.399,30
IST - Erträge in €	71.454,66	0,00
Kostendeckungsgrad in %	1,42	0,00

Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen im Bereich im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung auf Grundlage des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes (EWG Bln). Dazu Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effiziente Klimaschutzpolitik mit dem Ziel der Reduzierung der Kohlendioxidemission im Land Berlin um 70 % bis zum Jahr 2030 und der Klimaneutralität spätestens in 2045. Zur Zielerreichung Erarbeitung, Weiterentwicklung und Umsetzung eines Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms mit konkreten Strategien und Maßnahmen sowie Monitoring der Auswirkungen des Klimawandels im Land Berlin. Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zur Dekarbonisierung des Berliner Wärmesektors bis 2045, gesamtstädtische Wärmeplanung und Wärmekatasters.
Umsetzung von komplexen, zielgruppenspezifischen Informations- und Bildungsmaßnahmen zum Klimaschutz.

Ziele:
Erschließung der Energiesparpotentiale in allen Verbrauchssektoren;
CO2-Minderung um 70 % bis 2030 gegenüber 1990;
Sanierungsfahrpläne/ Energiemanagement der öffentlichen Gebäude;
Kohleausstieg aus der Fernwärme bis 2030
Einrichtung eines Wärmekatasters als Grundlage einer gesamtstädtischen Wärmeplanung
Umsetzung von komplexen, zielgruppenspezifischen Informations- und Bildungsmaßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001062 Entwicklung und Schutz der Landschaft, des Waldes und der Pflanzen

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	6.523.711	15.739.432	-58,55
Kostenträger	33	Sachkosten	30.545.374	29.190.709	+4,64
davon		Transferkosten	32.762.853	29.636.196	+10,55
Produkte	27	Verrechnungskosten	355.034	164.403	+115,95
MGF	6	kalkulatorische Kosten	761.717	1.558.587	-51,13
Projekte	0	Gemeinkosten	15.211.176	16.889.728	-9,94
		Summe Verwaltungskosten	86.159.866	93.179.055	-7,53
		Transfers	31.962.415	28.126.657	+13,64
		Gesamtsumme	118.122.281	121.305.712	-2,62

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005013	2022	69.166.148	30.032.926	99.199.074
Schutz und Entwicklung der natürlichen Umwelt (Flora und Fauna), Erhaltung und qualitative Verbesserung der Grünausstattung	2021	62.656.229	26.134.383	88.790.612

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65678	2022	31.612.423	15.973.296	47.585.719
Betreuung der Grün Berlin	2021	28.653.311	13.674.582	42.327.893

	2022	2021
Menge: Anzahl der Vorgänge	1.409	1.595
Kosten je ME in €	22.436,07	17.964,46
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	40,29	34,89
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	31.358.472,22	28.358.903,86
IST - Erträge in €	-450.066,84	940.088,59
Kostendeckungsgrad in %	-0,95	2,22

Konzeptionelle Vorgaben, fachliche und haushaltstechnische Betreuung sowie die Gewährung von institutionellen und investiven Zuwendungen an die landeseigene Grün Berlin

Ziele 1. Teil:
Übertragung der Planung und zügigen Realisierung von landschafts- und freiraumplanerischen Projekten mit stadtpolitisch herausragender Bedeutung einschl. der fachlichen und haushaltstechnischen Begleitung

Ziele 2. Teil
Einhaltung u. konsequente Anwendung einschlägiger haushaltsrechtlicher und sonstiger Vorschriften u. Richtlinien. Ständige Kooperation mit anderen Fachdisziplinen zur Sicherstellung einer ausreichenden Bedarfsdeckung unter funktionalen, wirtschaftlichen, kostenmäßigen, städtebaulichen und gestalterischen, klimagerechten Gesichtspunkten, Fortschreibung und Anwendung neuer Erkenntnisse im Bauwesen und in der Landschaftsarchitektur, Anwendung effektiver Prüfmethoden zur Sicherstellung kurzer Bearbeitungszeiten unter Berücksichtigung qualitativ hoher Arbeitsergebnisse

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Fachspezifische Informationen

Die Gesamtkosten resultieren im Wesentlichen aus der
1. institutionellen Förderung der Grün Berlin,
2. Pflege und Unterhaltung folgender Parks und Gärten sowie Infrastrukturen durch die Grün Berlin GmbH:
- Britzer Garten mit Sonderausstellung „Tulipan“
- Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn
- Betrieb des Besucherzentrums
- Betrieb der Seilbahn
- Natur-Park Schöneberger Südgelände
- Sowjetische Ehrenmale im Großen Tiergarten, im Treptower Park und in Schönholz
- Comeniusgarten
- Spreepark
- Berliner Mauerweg
- Touristisches Wegeleitsystem
- Teilflächen auf dem Gleisdreieck
- Grünzug Südpanke
- Nord-Süd-Grünzug
- Erweiterungsflächen auf dem Mauerpark
- Döberitzer Grünzug
- Tempelhofer Feld
- Kienberg/Wuhletal

3. Umsetzung von Baumaßnahmen durch die Grün Berlin GmbH bzw. der Grün Berlin Stiftung:
A. aus Zuschüssen im Rahmen der Projektförderung:
- Gärten der Welt
- Britzer Garten
- Jüdischer Garten
- Spreepark
- Gleisdreieckpark
- Natur-Park Schöneberger Südgelände
- Mauerpark
- Döberitzer Grünzug
- Tempelhofer Feld
- Grünzug an der Panke
- Touristisches Wegeleitsystem
- Vorplätze Ostkreuz
- Berliner Mauerweg
- Rathaus- und Marx-Engels-Forum
- Platz der Luftbrücke

B. aus Ausgleichsmitteln nach dem Naturschutzgesetz:
- Grünzug an der Panke
- Döberitzer Grünzug
- Kompensationsmaßnahmen nach dem Naturschutzrecht gem. LBP für die Seilbahn in den Gärten der Welt

C. aus GRW-Mitteln:
- Spreepark
- Berliner Mauerweg
- Mauerpark

D. aus SIWA-Mitteln:

- Entwicklung des Spreeparks

- Lokhalle im Natur-Park Schöneberger Südgelände

- Britzer Mühle

E. Zukunft Stadtgrün

- Qualifizierung und Inwertsetzung Mauerpark und Umgebung

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Entwicklung des finanziellen Umfangs der Baumaßnahmen:
(Angaben in T€)

	2021 (Ist)	2022 (Ist)
Zuschüsse im Rahmen der Projektförderung (Titel 89145 und Titel 89374):	5.507,0	12.010,0
Zuschüsse aus Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (A+E-Mitteln):	718,9	132,3
Zuschüsse aus GRW-Mitteln (s. o.*):	5.363,5	3.594,8
Zuschüsse aus dem Programm „Zukunft Stadtgrün“	723,9,0	1.514,7

Künftige wichtige Projekte:

- Entwicklung der Tegeler Stadtheide

- Spreepark

- Mauerpark

- Kulturforum

- Ausbau des Natur-Parks Schöneberger Südgelände einschl. Lokhalle

- Britzer Garten

- Entwicklung des Tempelhofer Feldes

- ergänzende Maßnahmen im Park auf dem Gleisdreieck

- Döberitzer Grünzug

- Platz der Luftbrücke

- Rathaus- und Marx-Engels-Forum

- Vorplätze Ostkreuz

- Tilla-Durieux-Park

- Berliner Mauerweg

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77226	2022	20.418.649	2.777.000	23.195.648
Freiraummanagement (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	11.714.512	2.624.196	14.338.709

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	19,64	11,82
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	16.071,00	7.051,00
IST - Erträge in €	4.028.778,14	3.134.736,70
Kostendeckungsgrad in %	17,37	21,86

Das ministerielle Aufgabengebiet Freiraummanagement umfasst folgende Angelegenheiten:
- Grundsatzangelegenheiten der Freiraumplanung und der städtischen Freiraumentwicklung
- gesamtstädtische Steuerung und Koordination der Charta für das Berliner Stadtgrün inkl. der Umsetzung des dazugehörenden Handlungsprogramms

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

- fachliche Begleitung von stadtpolitisch herausragenden Projekten der Freiraumgestaltung, Projektsteuerung
- Entwicklung und Fortschreibung von Grundsätzen zur Gestaltung und Ausstattung sowie zu Qualitätskriterien und Standards für öffentliche Grün- und Freiräume
- konzeptionelle Projektvorbereitung und Prüfung von Planungsunterlagen für den Bau von öffentlichen Grün-, Erholungs-, Sportanlagen, Freianlagen an öffentlichen Gebäuden sowie Grün auf Straßen und Plätzen; ebenso die Prüfung von Verwendungsnachweisen für den Bereich Garten- und Landschaftsbau
- Grundsatz- und Einzelangelegenheiten zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung öffentlicher Grünanlagen einschl. der Kinderspielplätze und des Straßenbaumbestandes
- Grundsatzangelegenheiten zum Aufbau, zur Koordination und Weiterentwicklung eines dv-gestützten gesamtstädtischen Grünflächeninformationssystems (GRIS); Geschäftsstellenfunktion für das GRIS Berlin
- Grundsatz- und Einzelangelegenheiten des Kleingartenwesens und des Gemeinschaftsgärtnern in Berlin.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79679	2022	1.899.607	1.137.702	3.037.309
Friedhöfe, Gräberwesen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.770.619	204.378	1.974.997

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,57	1,63
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	-2.374,77	14.505,45
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das ministerielle Aufgabengebiet Friedhöfe, Gräberwesen umfasst folgende Angelegenheiten: Grundsatz- und Einzelangelegenheiten der Friedhöfe in Berlin, Friedhofsentwicklungsplanung, Angelegenheiten der Geschäftsstelle eFriedhof für die Friedhofsverwaltungen der Bezirke, Angelegenheiten der Ehrengrabstätten, Vollzug des Bundesgesetzes zur Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg- und Gewaltherrschaft, Angelegenheiten der drei Sowjetischen Ehrenmale/Soldatenfriedhöfe in Berlin; Dienstherrenfunktion über den Landesbetrieb Krematorium Berlin (LKB)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79681	2022	6.035.312	564.574	6.599.886
Landschaftsplanung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	12.986.353	116.120	13.102.473

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,59	10,80
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	2.935,38	170.000,00
IST - Erträge in €	69,70	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

1.Konzept- und Strategieentwicklung
• Aufarbeitung fachlicher Grundsatzfragen,
• Reflexion des wissenschaftlichen Kenntnisstandes und notwendiger Schlussfolgerungen,
• Entwicklung von methodischen Grundlagen für die Fachverfahren,
• Konzeptentwicklung für die Zielvorgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege,
• Wahrung und Sicherung der Belange des MGF und Beiträge zur Entscheidungsfindung in anderen Fach- und Politikbereichen, Statistische Auswertung der Datengrundlagen,

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

• Erarbeitung und Fortentwicklung des Landschaftsprogramms/ Artenschutzprogramms entsprechend der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege für den besiedelten und unbesiedelten Bereich des Landes Berlin einschließlich Fortschreibung/Steuerung der gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption um die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Pflanzen- und Tierwelt, sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage des Menschen und als Voraussetzung für seine Erholung nachhaltig zu sichern,
• Umsetzung bundesrechtlicher Zielsetzungen zum Biotopverbund
• Durchsetzung der Belange von Natur und Landschaft durch Konzepte und Aufstellung von Landschaftsplänen außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung
• Entwicklung und Führung von Datenbanken des naturschutzrechtlichen Ersatzes und Ausgleichs
• Entwicklung und Umsetzung eines gesamtstädtischen bauleitplanerischen Ökokontos
• Erarbeitung der Rahmenbedingungen für ein naturschutzrechtliches Ökokonto, einschließlich Genehmigung
• Steuerung der Nutzung großflächiger Freiflächen der Innenstadt (Tempelhofer Feld)

2. Entwicklung von leistungsstrangbezogenen und zielorientierten Vorgaben
• Fortentwicklung der Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Handlungsanleitungen, Leitfäden

3. Fachspezifische Vertretung des Landes Berlin in Gremien
• Bund/Länder-Gremien sowie Fachgremien : Austausch und Koordination fachlicher Grundlagen und Aktivitäten

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79683	2022	8.054.143	9.580.354	17.634.497
Naturschutz und Landschaftspflege (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	6.436.784	9.515.106	15.951.890

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	14,93	13,15
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.038.530,74	787.143,83
IST - Erträge in €	78.855,25	463.411,38
Kostendeckungsgrad in %	0,45	2,91

Das ministerielle Aufgabengebiet des Naturschutzes, der Landschaftspflege, der Schutzgebiete und – objekte, des Biotop- und Artenschutzes umfasst folgende Angelegenheiten:

1. Konzept- und Strategieentwicklung
Aufarbeitung fachlicher Grundsatzfragen,
Reflexion des wissenschaftlichen Kenntnisstandes und der notwendigen Schlussfolgerungen,
Konzeptentwicklung für die Zielvorgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Wahrung und Sicherung der Belange des MGF und Beiträge zur Entscheidungsfindung in anderen Fach- und Politikbereichen,
Erhebung von Daten für die Berichtspflichten der Länder gegenüber dem Bund/der EU,
Statistische Auswertung der Datengrundlagen,
Umsetzung bundesrechtlicher Zielsetzungen zu Natura 2000
Mitwirkung bei der Umsetzung bundesrechtlicher Zielsetzungen zum Biotopverbund

2. Entwicklung von leistungsstrangbezogenen und zielorientierten Vorgaben
Fortentwicklung der Gesetze, Verordnungen, Richtlinien

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

3. Erhalt der biologischen Vielfalt, Reduzierung des Artenrückganges
Unterschutzstellungen von Teilen von Natur und Landschaft als Natur- oder Landschaftsschutzgebiet bzw. als Naturdenkmal oder geschützten Landschaftsbestandteil durch Rechtsverordnung einschl. ordnungsbehördl. Vollzug der Vorschriften sowie Maßnahmen der Landschaftspflege in Schutzgebieten
Schutz der Tiere und Pflanzen und ihrer Lebensgemeinschaften vor Beeinträchtigungen, insbesondere vor menschlichem Zugriff
Schutz, Pflege, Entwicklung und Wiederherstellung der Biotope wildlebender Tier- und Pflanzenarten, Gewährleistung ihrer Lebensbedingungen einschl. Ansiedlung von Tieren und Pflanzen verdrängter wildlebender Arten, Verhinderung der Ausbreitung invasiver Arten
Ordnungsrechtlicher Vollzug des Biotop- und Artenschutzes
Internationaler Artenschutz (Handel, Besitz)

4. Betreuung von Institutionen des Naturschutzes
Angelegenheiten der Naturschutzverbände, des Landesbeauftragten für Naturschutz, des Sachverständigenbeirates für Naturschutz sowie der Stiftung Naturschutz Berlin (SNB)
Zuwendungsangelegenheiten
Umweltbildung

5. Fachspezifische Vertretung des Landes Berlin in Gremien
Bund/Länder-Gremien: Austausch und Koordination fachlicher Grundlagen und Aktivitäten

Berliner Forsten

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Den Berliner Forsten obliegen als Landesforstverwaltung die Aufgaben der Forstbehörde nach dem Berliner Landeswaldgesetz und der Jagdschutzbehörde nach dem Berliner Landesjagdgesetz sowie die Verwaltung und Bewirtschaftung der Berlin gehörenden Waldflächen als Schutz- und Erholungswald, die einschließlich der im Land Brandenburg gelegenen Flächen von rd. 13 000 ha insgesamt rd. 29 000 ha umfassen.

B. Gender Budgeting

Gender Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0751:

0751	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	8	39	8	38	8	39
Relativer Teil	17,02%	82,98%	17,39%	82,61%	17,02%	82,98%
Ressourcen (in T €)	479	2.630	509	2.549	539	2.582
Ressourcen pro Kopf (in T €)	60	67	64	67	67	66
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	54	130	65	132	70	131
Relativer Anteil	29,35%	70,65%	32,99%	67,01%	34,83%	65,17%
Ressourcen (in T €)	2.320	6.704	2.900	6.853	3.118	6.721
Ressourcen pro Kopf (in T €)	43	52	45	52	45	51

0751	2022		
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat in €
Führungskräfte			
w	505.433	8,00	5265
m	2.598.462	39,07	5543
Mitarbeitende			
w	3.240.504	70,38	3837
m	7.332.498	141,35	4323

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11116	**512**	**Benutzungsentgelte**	**420.000**	**420.000**	**420.000**	**425.449,31**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Entgelte aus Erlaubnissen für Wegenutzungen, Filmaufnahmen, Baustelleneinrichtungen und für das Aufstellen von Werbeschildern sowie Ständen für den ambulanten Handel.

11149	**512**	**Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz**	**10.000**	**10.000**	**10.500**	**6.788,75**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Insbesondere Gebühren für die Genehmigung von Waldumwandlungen, zur Baumbeseitigung und für die Reitwegenutzung nach dem Landeswaldgesetz

11193	**512**	**Ausgleichsabgabe nach dem Naturschutzrecht**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**348.301,46**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 52190, sie können aus haushaltssystematischen Gründen im Rahmen ihrer Zweckbindung auch auf andere Titel verlagert werden.

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Ausgleichsabgaben gemäß §§ 6 Abs. 2 und 16 Abs. 2 Landeswaldgesetz für Waldumwandlungen (Walderhaltungsabgabe) sowie zur Pflege und Erhaltung von Reitwegen (Reitwegeunterhaltungsabgabe) als auch für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aufgrund von Planungsbeschlüssen bzw. Einzelvereinbarungen.

11201	**512**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**21.008,45**

Geldbußen und Verwarnungsgelder nach dem Landeswaldgesetz und dem Landesjagdgesetz

11901	**512**	**Veröffentlichungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Entgelte für die Abgabe von Ausschreibungsunterlagen

11903	**512**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere Ersatz für Schäden an Wild und Wald, die durch Verkehrsunfälle und Baustelleneinrichtungen verursacht werden

11921	**512**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**328,62**

Rückzahlungen aus nicht verwendeten Zuwendungen für Projektförderungen

11934	**512**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**11.851,73**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

11961	**512**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**94.125,65**

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
11978	**512**	**Abführung von Überschüssen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Die Wohnbauten- und Beteiligungsgesellschaft mbH (WoBeGe) nimmt die Aufgaben als Geschäftsbesorger im Rahmen des Facility-Managements für die vermieteten Grundstücke der Berliner Forsten wahr und führt die erwirtschafteten Überschüsse ab.

Das Entstehen und die Höhe von Überschüssen sind abhängig von dem Ergebnis der jährlichen Gegenüberstellung der Mieteinnahmen zu den Bewirtschaftungsausgaben und dringender Unterhaltungsaufwendungen sowie des Entgeltes des Geschäftsbesorgers.

Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben der WoBeGe im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages mit den Berliner Forsten:

	2024 Soll (€)	**2025 Soll (€)**	**2023 Soll (€)**	**2022 Ist (€)**
Miet- und Pachteinnahmen	**2.800.000**	**2.800.000**	**2.900.000**	**2.975.840**
Ausgabenersatz Berlins für Sanierungsmaßnahmen	**300.000**	**300.000**	**250.000**	**250.000**
Ausgabenersatz für gestiegene Energiekosten	**2.500.000**	**2.500.000**	**-**	**-**
Ausgaben	**5.700.000**	**5.700.000**	**3.200.000**	**3.519.220**
davon • Betriebskosten (z.B. Heizkosten, Winterdienst, Steuern)	3.900.000	3.900.000	1.000.000	1.285.180
• Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen	1.400.000	1.400.000	1.800.000	1.498.580
• Sonstige Aufwendungen (z.B. Gerichtskosten, Ausgaben für Wirtschaftsprüfer, Verwalterentschädigung)	400.000	400.000	400.000	735.460
Bewirtschaftungsergebnis	-100.000	-100.000	-50.000	-293.380
Rücklage aus Vorjahr	999.720	899.720	1.049.720	1.343.100
Rücklage	899.720	799.720	999.7220	1.049.720

Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen 2024:

Herrichtung des Forsthaus *Alte Saubucht*, Havelseechausee im Grunewald;
Herrichtung der ehem. Revierförsterei Wannsee, Schuchardtweg 20,

Zudem fallen laufende bauliche Unterhaltungen sämtlicher Dienstgebäude und technischen Einrichtungen an (Elektroüberprüfungen und Abwasserleitungen).

Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen 2025

Herrichtung des Landesforstamts und die Sanierung von Abwasseranlagen;
Sanierung des Dienst- und Sozialgebäudes der Revierförsterei Gatow

Zudem fallen laufende bauliche Unterhaltungen sämtlicher Dienstgebäude und technischen Einrichtungen an (Elektroüberprüfungen und Abwasserleitungen).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
11979	**512**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**96,00**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Insbesondere für die Akteneinsicht von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
11981	**512**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**152,10**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

12401	**512**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**72.878,22**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Mieten für Leitungstrassen, Funkmasten und für die Gewährung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten

Die Einnahmen aus Dienstwohnungsvergütungen für eine angemietete Dienstwohnung in der Dreilindenstr. 42 in Berlin-Wannsee (rd. 3.720 €/Jahr), mit deren Erhebung der Geschäftsbesorger aus dienstrechtlichen Gründen nicht beauftragt werden kann, werden zunächst bei Kapitel 0751, Titel 12401 vereinnahmt und monatlich an den Liegenschaftsfonds weitergeleitet.

Für die Waldschulen werden die Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dadurch entstehen geschätzte Mindereinnahmen von 60.000 € pro Jahr.

12504	**512**	**Erlöse für Dienstleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Ersatz von Personal- und Sachausgaben für Fuhr- und sonstige Leistungen

12511	**512**	**Verkaufserlöse**	**3.500.000**	**3.500.000**	**3.500.000**	**2.281.510,24**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von Holz und Wild

13108	**811**	**Erlösbeteiligungen aus Verkäufen bebauter Grundstücke des Verwaltungsvermögens**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus der Beteiligung am Verkaufserlös nicht mehr für Fachzwecke benötigter Grundstücke der Berliner Forsten

13203	**512**	**Verkauf von beweglichem Vermögen**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**106,40**

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Fahrzeugen

27290	**512**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**			**—**	**57.612,18**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

28101	**512**	**Ersatz von Ausgaben**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**5.850,17**

Ersatz von Bewirtschaftungskosten für verpachtete Grundstücke

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
28290	**512**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**19.271,09**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 52190.

Verstärkungsvermerk:
Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Zuwendungen zur Förderung des Waldes (Pflanzen und Tiere) von privaten Zuwendungsgeberinnen und Zuwendungsgebern

		Gesamteinnahmen	**4.067.000**	**4.067.000**	**4.066.500**	**3.345.330,37**
		Prozentuale Veränderung	**0,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**512**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.061.000**	**3.184.000**	**2.850.000**	**2.910.101,79**
42801	**512**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**11.449.000**	**11.907.000**	**12.191.000**	**10.576.826,79**
42811	**512**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**130.000**	**136.000**	**96.900**	**133.818,14**
42821	**512**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**447.000**	**465.000**	**456.000**	**433.613,57**
44100	**512**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**88.100**	**90.700**	**98.100**	**83.018,93**
45300	**512**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**14.500**	**177,13**

Umzugskostenvergütungen beim Wechsel von Dienstwohnungsinhabern/Dienstwohnungsinhaberinnen

51101	**512**	**Geschäftsbedarf**	**35.000**	**35.000**	**35.000**	**31.220,11**

Allgemeiner Bürobedarf, Pläne, Karten, Zeichenmaterial, Papier, Postgebühren, Fachbücher, Fachzeitschriften und Loseblattsammlungen sowie Rundfunkbeitrag für dienstlich genutzte Rundfunk- und Fernsehgeräte

51136	**512**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**512**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**400.000**	**410.000**	**360.000**	**252.167,37**
		Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**150.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind, aufgrund zu erwartender langer Lieferzeiten, für die Beschaffung der Geräte erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	0	0	0

Ersatz und Ergänzung von Büroinventar sowie von Maschinen für die Werkstätten, Wartungs- und Reparaturkosten, Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von technischen und forstlichen Geräten und Ersatzteilen sowie Jagdwaffen, Munition und Reinigungsgeräte, Geschirre und Zugketten.

Mehr wegen der starken Preissteigerungen im Bereich der Beschaffung und Wartung von Maschinen und Werkzeugen und wegen der geplanten schrittweisen Ersatzbeschaffungen von abgasärmeren und akkubetriebenen Werkzeugen bzw. Maschinen

51185	**512**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**512**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**660.000**	**660.000**	**500.000**	**581.034,36**

Für den Betrieb und die Unterhaltung von:

- 125 Kraftfahrzeugen (16 Rückefahrzeuge, 2 Steiger, 1 Planiermaschine, 52 Kleinlastkraftwagen und Pkw, 53 Doppelkabinen und Kleinbusse, 1 LKW),
- 80 zulassungspflichtigen Anhängern (2 Containeranhänger, 42 Pkw-Anhänger, 3 Zweipferdeanhänger, 5 Zweiachs-Anhänger, 6 Rückeanhänger, 1 Tiefladeanhänger, 11 Waldarbeiterschutzwagen, 2 Anhänger mit Ladekran, 2 Kühlanhänger, 1 Holzhäcksler, 1 Spannungssimulator, 3 Autotransportanhänger, 1 Muldenkipper-Anhänger),
- 12 zulassungsfreien Anhängern sowie 1 Gabelstapler, 1 Radlader, 1 Walze, 1 Bagger, 2 Kleinstbagger und 4 Pferdezuganhängern

Mehr wegen allgemeiner Kostensteigerungen

51408	**512**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**300.000**	**310.000**	**290.000**	**236.247,80**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	250.000	0	0

Die Ausgaben sind in 2024 und 2025 jeweils vorgesehen für:

	2024	2025
Dienstkleidung für 57 Dienstkräfte (2023: 41.100 €)	41.100 €	45.000 €
Schutz- und Winterschutzkleidung für Tarifbeschäftigte und Auszubildende (Ansatz 2023: 248.900 €)	248.900 €	250.000 €
Kopfschutz und Handschutz für Beschäftigte, die nicht in der Dienstvereinbarung enthalten sind, z. B. im Rahmen des Bundesfreiwilligendienst, Schüler- und Studienpraktikanten (neu)	10.000 €	15.000 €
	300.000 €	310.000 €

Mehr wegen Preissteigerungen und gestiegenen Anforderungen beim Arbeitsschutz.

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51420	**512**	**Beköstigung**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.777,29**

Versorgung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Berliner Forsten in den Revieren mit Trinkwasser sowie die Versorgung bei Außeneinsätzen.

51423	**512**	**Saat- und Pflanzgut, Düngemittel**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**52.230,76**

Insbesondere für die Anpflanzung von Laubgehölzen für den Waldumbau von überwiegend Kiefernwäldern zu Laubmischwäldern.

51479	**512**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**16.000**	**16.000**	**15.600**	**8.170,99**

Kauf von Reinigungsmitteln sowie von Arzneimitteln und Verbandsmaterialien zur regelmäßigen Ergänzung oder Erneuerung der Hausapotheken.

51701	**512**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**380.000**	**400.000**	**380.000**	**219.218,57**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	150.000	150.000	0

Der Ansatz enthält die Ausgaben für Grundstücke im Land Berlin und im Land Brandenburg, die nicht vom Geschäftsbesorger getragen werden (insbesondere für Straßenreinigung und Winterdienst), für die Wasser- und Bodenabgabe im Land Brandenburg, die Grundsteuer und für den Betrieb einer Pumpenanlage zur Vernässung der Biotope, die auf den ehemaligen Rieselfeldern im Norden Berlins im Rahmen einer Sanierung entstanden sind. Alle übrigen Bewirtschaftungsausgaben werden vom Geschäftsbesorger getragen.

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Maßnahmen	2024	2025
Winterdienst / Straßenreinigung (2023: 120.000 €)	110.000 €	110.000 €
Grundsteuer (2023: 70.000 €)	80.000 €	90.000 €
Wasser- und Bodenabgaben (2023: 100.000 €)	100.000 €	100.000 €
Betrieb einer Pumpenanlage (2023: 90.000 €)	90.000 €	100.000 €
Summe:	380.000 €	400.000 €

51801	**512**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**13.000**	**14.000**	**6.000**	**9.838,02**

Mietobjekt	Vorsorge für zu erwartende Betriebskostennachforderungen 2024	Vorsorge für zu erwartende Betriebskostennachforderungen 2025
Dienstwohnung Dreilindenstraße 42 14109 Berlin	2.147 €	3.147 €

Die nach dem Dienstwohnungsrecht zugrunde zu legenden Betriebsausgaben werden von der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport pauschal und für alle Dienstwohnungen einheitlich festgesetzt. Da der Vermieter (Liegenschaftsfonds) die Betriebsausgaben jedoch entsprechend den tatsächlich entstandenen Ausgaben in Rechnung stellen kann, muss der erwartete, der Höhe nach nicht kalkulierbare Unterschiedsbetrag ausgeglichen werden.

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Mietobjekt	Miete für 2024	Miete für 2025
Revierförsterei Nuthe Genshagener Dorfstraße 2 14974 Berlin	4.853 €	4.853 €

Die Revierförsterei Nuthe besitzt kein eigenes Forstgebäude. Zur Sicherung des Forstbetriebs ist die Anmietung erforderlich. Die Revierförsterei Nuthe betreut ausschließlich Flächen im südlichen Umland.

Mietobjekt	Miete für 2024	Miete für 2025
Revierstützpunkt Albertshof Sechsrutenweg 20 16321 Rüdnitz	6.000 €	6.000 €

Durch Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen (Eigentümerwechsel) wurde für die Weiternutzung des Revierhofes der Revierförsterei Albertshof im Jahr 2021 ein Gewerbemietvertrag über 6.000,- € / Jahr geschlossen.

51803	**512**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**45.000**	**45.000**	**40.000**	**22.270,84**

Mieten für Kopierer, Wasserspender und für 15 Geräte für den bargeldlosen Zahlungsverkehr in den Forstämtern und Revierförstereien.

Mehr aufgrund zusätzlicher Wasserspender in den Dienstgebäuden, der Anmietung zusätzlicher EC-Lesegeräte zur Erweiterung des Angebotes für den bargeldlosen Zahlungsverkehr, sowie allgemeiner Preissteigerung.

51900 (neu)	**512**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**—**	**246.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**246.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**246.000**			

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

	2024 €	2025 €
Funktionsbedingte Umbauten, die keinen investiven Charakter haben in allen Bürodienstgebäuden der Berliner Forsten für die Migration der Informations- und Kommunikationstechnik zum IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin).....	0	**246.000 €**
Gesamtsumme:	0	**246.000 €**

51910	**512**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**37.273,16**

Insbesondere für kleinere Renovierungsarbeiten und Reparaturen wie z. B. die Beseitigung von Glasschäden, den Ersatz von Feuerlöschern oder die Reparatur von Türschlössern.

52124	**512**	**Unterhaltung der Forsten**	**3.400.000**	**3.500.000**	**2.904.000**	**2.009.250,79**
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**200.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjährig laufender Verträge erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	500.000	0	0

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Insbesondere für Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, Maßnahmen gegen den Eichenprozessionsspinner, für den Bau von Zäunen zum Schutz von Anpflanzungen und Biotopen, für die Verkehrs- und Erholungslenkung auf Waldflächen, für den Forstschutz, für Sanierungs- und Renaturierungsarbeiten, für die Instandsetzung forstlicher Wege und Einrichtungen, für die Rodung von Neophyten (nicht einheimische Pflanzen, z. B. die spätblühende Traubenkirsche), für die Waldbrandvorsorge (u. a. Anlage und Instandhaltung von Löschwasserbrunnen und -entnahmestellen), für die Hege und Pflege des Wildes und für den Jagdbetrieb, einschließlich der Entschädigung für den Jagdaufwand.

Mehr wegen Kostensteigerung und Durchführung von Projekten insbesondere zur Verbesserung/ Instandsetzung der Erholungsinfrastruktur (Spielplätze, generationsübergreifende Mobilitätsräume, Instandsetzung von Fahrradwegen, Ausbau von inklusionsgerechten Wegen und Erholungseinrichtungen etc.) sowie zusätzlichen Flächen mit besonderer Bedeutung

52125	**512**	**Unterhaltung der Beweidungsflächen**	**270.000**	**270.000**	**270.000**	**264.211,42**

Unterhaltung der Beweidungsflächen rund um Hobrechtsfelde und der Schönower Heide

52190	**512**	**Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**322.301,43 R 3.330.146,97**

Die Ausgaben sind bestimmt für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11193), für Maßnahmen zur Förderung des Waldes und der Fauna (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290)

Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung)

52501	**512**	**Aus- und Fortbildung**	**130.000**	**135.000**	**80.000**	**94.295,28**

Ausbildung zur Forstwirtin bzw. zum Forstwirt und Fortbildung der Dienstkräfte, einschließlich der Ausgaben für Dienstreisen für Aus- und Fortbildung

52536	**512**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52602	**512**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Tätigkeit des Personalrats gemäß § 40 Abs. 1 Satz 1 des Personalvertretungsgesetzes

52610	**512**	**Gutachten**	**137.000**	**137.000**	**112.000**	**93.055,49**

Die Ausgaben sind in 2024 und 2025 jeweils vorgesehen für:

1.	Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung der Dienstkräfte der Berliner Forsten gemäß Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetz (2023: 66.000 €)	90.000 €
2.	Leistungen für die Betreuung durch einen externen Brandschutzbeauftragten (2023: 46.000 €).....	47.000 €
		137.000 €

Mehr aufgrund des Corona bedingten Nachholbedarfs an Untersuchungen und höheren Stundensätzen zu 1. sowie Bedarfssteigerung bei der Brandschutzbetreuung und allgemeinen Preissteigerungen zu 2.

Eine geschlechtsspezifische Differenzierung bei der Umsetzung gesetzlicher Regelungen ist nicht vorgesehen; hier Regelungen des ASIG / Gesetz für Betriebsärzte und Sicherheitsingenieure für Arbeitssicherheit.

52703	**512**	**Dienstreisen**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**2.609,90**

Für Dienstreisen sowie für Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts (Dienstfahrscheine)

53108	**512**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**487,01**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen.

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53111	**512**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**1.045,18**

Insbesondere für Stellenausschreibungen, einschließlich der Kosten von Auswahlverfahren und amtlichen Bekanntmachungen.

54002	**512**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**40.000**	**40.000**	**30.000**	**5.719,00**

Ausgaben für das betriebliche Gesundheitsmanagement
Mehr aufgrund von Kostensteigerungen und des Corona bedingten Nachholbedarfs an Aktionen

54010	**512**	**Dienstleistungen**	**1.200.000**	**950.000**	**700.000**	**686.776,77**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 600.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 400.000,0 EUR gesperrt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss überjährig laufender Verträge erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	100.000	0	0

	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1. Durchführung der Trichinenbeschau	10.000	10.000	10.000	7.100
2. Waldschadenserhebung und -kartierung	26.000	26.000	25.000	11.950
3. Erstellung von Fachbeiträgen zu forstlichen Themen	20.000	30.000	30.000	23.040
4. Erhebung von Forstinventurdaten	187.000	117.000	330.000	151.270
5. Betriebskontrolle durch FSC/Naturland	7.000	7.000	7.500	7.780
6. Einholung von Verkehrswertgutachten für den Verkauf von ausgedienten Kraftfahrzeugen	5.000	5.000	2.000	15.750
7. Dienstleistungen durch Forstunternehmen	120.000	120.000	120.000	121.810
8. Monitoring Rieselfelder	30.000	40.000	30.000	34.250
9. Stadtjagd	60.000	60.000	63.000	66.460
10. Durchführung der Bodenzustandserhebung in Berlin (turnusmäßig wiederkehrend, Nacharbeiten in 2023)	0	0	7.500	6.450
11. Gewinnung von Forstpflanzen für das Mischwaldprogramm	30.000	45.000	30.000	31.200
12. Betreuung von 3 Level II Flächen in Berlin für das Umweltmonitoring	0	0	45.000	48.830
13. Entwicklung eines Beschilderungskonzeptes für Besuchendenlenkung (neu)	60.000	40.000	0	0
14. Aufbereitung von Liegenschaftsdaten (neu)	45.000	50.000	0	0
15. Dekarbonisierung (IFF)	600.000	400.000	0	160.890
	1.200.000	950.000	700.000	686.780

Zu Nr. 15.
Die Mittel für Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Berliner Forsten werden aus dem Innovationsförderfonds wie folgt zur Verfügung gestellt:
2024 ..... 600.000 €
2025 ..... 400.000 €

Die Umsetzung des Projektes erstreckt sich über mehrere Jahre.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54038 (neu)	**512**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**2.000**	**2.000**		

Ausgaben für die Kosten des Geldverkehrs, insbesondere Kosten durch Einzahlungen von Bargeld.

54039	**512**	**Haltung von Tieren**	**45.000**	**45.000**	**40.000**	**26.299,34**

Futter und Pflege für sechs Rückepferde
Mehr durch allgemeine Kostensteigerungen und Änderung der Honorarordnung für Tierärzte

54053	**512**	**Veranstaltungen**	**95.000**	**100.000**	**90.000**	**58.443,61**

Die Ausgaben sind in 2024 und 2025 jeweils vorgesehen für:

	2024	2025
Lehrkabinett Teufelssee (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
Internationale Grüne Woche (2023: 35.000 €)	37.500 €	37.500 €
Baumpflanzungen (2023: 5.000 €)	5.000 €	5.000 €
Deutsche Waldtage (2023: 5.000 €)	5.000 €	5.000 €
Div. Publikumsveranstaltungen (2023: 17.000 €)	17.000 €	17.000 €
Ausstellungen (2023: 7.500 €)	7.500 €	7.500 €
Digitale Angebote (Service, Videos, usw.) (2023: 7.500 €)	10.000 €	15.000 €
Initiative Treffpunkt Wald (2023: 3.000 €)	3.000 €	3.000 €
	95.000 €	**100.000 €**

54077	**512**	**Steuern, Abgaben**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**221.114,84**

Zahlung der Umsatz- und Körperschaftssteuer für die Betriebe gewerblicher Art der Berliner Forsten sowie für die Produkte und Leistungen des Forstbetriebs
Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu den Titeln 11116, 11149, 11193, 11901, 11934, 11978, 11979, 11981, 12401, 12504, 12511, 13203, 28101 und 28290. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Einnahmen aufgrund der Erhebung der Umsatzsteuer geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

54079	**512**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**79,99**

Insbesondere für Blumenspenden und Nachrufe

54109	**512**	**Mischwaldprogramm**	**1.600.000**	**1.600.000**	**2.150.000**	**1.499.824,77**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	200.000	0	0

Umbau der Berliner Wälder zu Mischwäldern unter konsequenter Weiterentwicklung der naturnahen Waldbewirtschaftung aufgrund der nachhaltigen Wirkung auf den Wasserhaushalt, die Trinkwasserverfügbarkeit sowie das Stadtklima

Weniger in Anpassung an die organisatorischen und strukturellen Bedingungen um effizient und effektiv den Waldumbau umzusetzen.

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63201	**512**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**63.000**	**63.000**	**18.000**	**15.400,11**

Die Ausgaben sind in 2024 und 2025 jeweils vorgesehen für:

1.	Forstschutzbeobachtung der Berliner Wälder durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg (2023: 15.000 €)	15.000 €
2.	Betreuung der bundesweiten Initiative „Treffpunkt Wald“ durch die Landesforstverwaltung Rheinland-Pfalz (2023: 3.000 €)	3.000 €
3.	Betreuung von Level II Flächen in Berlin für das Umweltmonitoring (neu).....	45.000 €
		63.000 €

zu 1.: Die Daten für den Forstschutz für die Berliner Forstflächen (wie Waldbrände, Schadinsekten) werden in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg durch den Betrieb Forst Brandenburg erhoben, ausgewertet und veröffentlicht. Der Ausgabenersatz ist durch eine Vereinbarung mit dem Land Brandenburg geregelt.

zu 2.: Im Rahmen der bundesweiten Initiative „Treffpunkt Wald“ werden forstliche Informationen und Veranstaltungen im Internetportal „wald-online“ durch die Landesforstverwaltung Rheinland-Pfalz dargestellt. Berlin beteiligt sich an den Ausgaben für den Internetauftritt. Die Gemeinschaftsaktivitäten zur Finanzierung der Initiative „Treffpunkt Wald“ werden jährlich zwischen den Forstverwaltungen der Länder abgestimmt.

zu 3.: Aufgrund der Rechtsverordnung nach § 41 a Bundeswaldgesetz über Erhebungen zum forstlichen Umweltmonitoring (BGBl I 2013, 4384) sind die Länder verpflichtet, Intensivmonitoringflächen im Wald zu unterhalten. Die Leistung wird durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit den Berliner Forsten erbracht.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**512**	**Ersatz von Ausgaben**	**4.520.000**	**4.105.000**	**270.000**	**259.809,37**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 1.700.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.285.000,0 EUR gesperrt.

		2024	2025
1.	Anteil Berlins an den Beratungs- und Verwaltungsausgaben der Zentralstelle und des Trägers des Ökologischen Bundesfreiwilligendienstes, für die die Berliner Forsten in vier Einsatzstellen anerkannt sind (2021: 20.000 €)	20.000 €	20.000 €
2.	Auf Grundlage eines Geschäftsbesorgervertrages zwischen den Berliner Forsten und der WoBeGe über die Übertragung der Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden sowie Flächen der Berliner Forsten wird die Finanzierung von Ausgaben für Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen durch die Berliner Forsten sichergestellt, wenn diese im Einzelfall von der Geschäftsbesorgerin nicht leistbar sind. (Ansatz 2021: 250.000 €)	300.000 €	300.000 €
3.	Auf Grundlage eines Geschäftsbesorgervertrages zwischen den Berliner Forsten und der WoBeGe über die Übertragung der Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden sowie Flächen der Berliner Forsten wird die Finanzierung von Ausgaben für Betriebskosten, Heiz- und Warmwasserkosten durch die Berliner Forsten sichergestellt, wenn diese im Einzelfall von der Geschäftsbesorgerin nicht leistbar sind).....	2.500.000 €	2.500.000 €
4.	Auf der Grundlage eines Rahmenvertrages erstellen die Berliner Stadtwerke (BSW) als KommunalPartner GmbH des Landes Berlin ein detailliertes Klimaschutzkonzept für die Berliner Forsten und schreiben dieses fort.Gleichzeitig werden die erforderlichen Maßnahmen zur Dekarbonisierung der allgemeinen Ausrüstung (Leuchtmittel, etc) und Gebäudetechnik (Photovoltaik, Wärmeerzeugung, Ladeinfrastruktur etc., Betriebsführung), sofern sie in das Portfolio der BSW fallen, umgesetzt. Die dafür anfallenden Ausgaben sind den BSW durch die Berliner Forsten zu erstatten.	1.700.000 €	1.285.000 €
		4.520.000 €	4.105.000 €

Zu Nr. 4.
Die Mittel für Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Berliner Forsten werden aus dem Innovationsförderfonds wie folgt zur Verfügung.
2024 ..... 1.700.000 €
2025 ..... 1.285.000 €

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Umsetzung des Projektes erstreckt sich über mehrere Jahre
Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung)
Mehr durch erhebliche Steigerungen insbesondere bei den Energiekosten

68458	**512**	**Zuschüsse an Organisationen für die Waldschularbeit**	**1.865.000**	**2.080.000**	**1.560.000**	**1.474.489,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.080.000**	**2.250.000**		
		Davon fällig 2025	**2.080.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.250.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die überjährige Gewährung der ab Beginn eines Jahres zur Aufrechterhaltung des waldpädagogischen Betriebes erforderlichen Zuwendungen notwendig.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	1.450.000	0	0

Zuwendungen an die Träger der waldpädagogischen Einrichtungen für den waldpädagogischen Betrieb der sieben stationären Waldschulen Bogensee, Bucher Forst, Plänterwald, Spandau, Teufelssee, Zehlendorf und zwei mobilen Waldschulen (Rucksack Waldschulen „Mistkäfer“ und „Eichhörnchen“) der Berliner Forsten.

	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
INU gGmbH	1.055.000	1.235.000	872.000	806.440
JiBW e.V.	610.000	640.000	538.000	495.620
SDW LV Berlin e.V.	170.000	175.000	150.000	172.430
Waldpädagogische Angebote Hobrechtsfelde	30.000	30.000	0	0
	1.865.000	2.080.000	1.560.000	1.474.490

68569	**512**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**580.000**	**600.000**	**530.000**	**455.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**620.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**620.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die rechtzeitige Gewährung der ab Beginn eines Jahres zur

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	480.000	0	0

	2024	2025	2023	Ist 2022
Zuschüsse an das Naturschutzzentrum Ökowerk Berlin e. V.	580.000 €	600.000 €	530.000 €	455.000 €

Mehr aufgrund von Personal- und Betriebskostensteigerungen sowie zu erwartender Einnahmeeinbußen aufgrund baubedingter Betriebseinschränkungen während der Sanierung des alten Wasserwerks.

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**512**	**Mitgliedsbeiträge**	**11.000**	**11.000**	**11.000**	**11.989,93**

Die Mitgliedsbeiträge sind in 2024 und 2025 jeweils vorgesehen für:

1. Deutscher Forstwirtschaftsrat (Ansatz 2023: 6.000 €) ..... 6.000 €
2. Hegegemeinschaften im Land Brandenburg (Ansatz 2023: 100 €) ..... 100 €
3. Naturland-Verband für naturgemäßen Landbau e.V. (Ansatz 2023: 2.200 €) ..... 2.200 €
4. Forest Stewardship Council Arbeitsgruppe Deutschland e.V. (Ansatz 2023: 1.850 €) ..... 1.850 €
5. Arbeitsgemeinschaft Berliner Holz e.V. (Ansatz 2023: 750 €) ..... 750 €
6. Landschaftspflegeverband Spandau e.V. (Ansatz 2023: 100 €) ..... 100 €

11.000 €

81101	**512**	**Erwerb von Spezialfahrzeugen**	**590.000**	**—**	**340.000**	**60.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**590.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**590.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind, aufgrund zu erwartender langer Lieferzeiten, für die Beschaffung der Fahrzeuge erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	590.000	0	0

Erläuterung 2024

Erneuerung des Fahrzeugbestandes
1 Rückefahrzeug ..... 340.000 €
1 Hubsteiger ..... 250.000 €

81179	**512**	**Fahrzeuge**	**900.000**	**1.250.000**	**820.000**	**389.264,98**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 200.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 400.000,0 EUR gesperrt.

		Verpflichtungsermächtigung	**820.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2025	**820.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**700.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind, aufgrund zu erwartender langer Lieferzeiten, für die Beschaffung der Fahrzeuge erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	600.000	0	0

Erläuterung 2024

Erneuerung und Umstellung des Fahrzeugbestandes, soweit möglich mit alternativen Antrieben:

2 Rückeanhänger (für Forstschlepper) ..... 90.000 €
6 Doppelkabinen und Kleinbusse ..... 270.000 €
1 Spezialfahrzeug ..... 340.000 €

700.000 €

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Erläuterung 2025

Erneuerung und Umstellung des Fahrzeugbestandes, soweit möglich mit alternativen Antrieben:

1 Spezialfahrzeug (Steiger)	340.000 €
3 Doppelkabinen und Kleinbusse	360.000 €
6 Bauwagen (groß /klein)	150.000 €
	850.000 €

Zusätzliche Mittel stehen für Maßnahmen zur Dekabonisierung der Berliner Forsten aus dem Innovationsförderfonds wie folgt zur Verfügung:
2024 ..... 200.000 €
2025 ..... 400.000 €

Die Umsetzung des Projektes erstreckt sich über mehrere Jahre.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

81279	**512**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**735.000**	**250.000**	**4.880.000**	**36.293,29**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 500.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind, aufgrund zu erwartender langer Lieferzeiten, für die Beschaffung der Geräte erforderlich.

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	2.500.000	0	0

Erläuterung 2024
Erneuerung des Gerätebestandes

4 Arbeitsschutzwagen	60.000 €
5 Safetanks	45.000 €
1 Anbaugerät für Forstschlepper (Wegepflege)	60.000 €
1 Anbaugerät für Forstschlepper (Forstmulcher)	50.000 €
2 Schilderwagen	20.000 €
	235.000€

Erläuterung 2025
Erneuerung des Gerätebestandes

Raupengeräteträger	100.000 €
1 Anbaugerät für Forstschlepper (Kran-Winden-Kombi)	100.000 €
1 Anbaugerät für Forstschlepper	50.000 €
	250.000 €

Die darüber hinaus veranschlagten Mittel sind für Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Berliner Forsten vorgesehen und werden aus dem Innovationsförderfonds wie folgt zur Verfügung gestellt:
2024 ..... 500.000 €

Die Umsetzung des Projektes erstreckt sich über mehrere Jahre.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**512**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**800,89**

Plotterzubehör für das Geoinformationssystem Waldkat/GIS

51185	**512**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**130.000**	**130.000**	**100.000**	**94.747,26**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

	2024	2025	2023	Ist 2022
	€	€	€	€
1. Verfahren ProForst:				
- Wartung und Pflege	27.300	24.500	24.500	23.670
- Programmierung besonderer Auswertungen bzw. Mehraufwand wegen Änderungen im Buchungsverfahren	10.000	10.000	10.000	10.710
2. Geoinformationssystem Waldkat/GIS und Verfahren GI-forest:				
– Wartung und Pflege, einschließlich Umstellung der Datenbank für die Forsteinrichtung (Stichprobeninventur) auf ein webbasiertes Geoinformationssystem (GIS) und Programmierung spezieller Auswertungen,	30.000	40.000	40.000	58.590
– Steuerung von Hegemaßnahmen, insbesondere bei der Afrikanischen Schweinepest	6.000	6.000	6.000	
3. Nutzung von Liegenschaftskarten (ALK-Online Brandenburg) für die im Land Brandenburg gelegenen Berliner Waldflächen	2.000	2.000	2.000	1.780
4. Einführung Beschwerdemanagement und App Entwicklung	24.700	17.500	17.500	
5. Einführung eines Liegenschaftsmanagementprogramms (neu)	30.000	30.000	0	
	130.000	130.000	100.000	94.750

Mehr, wegen der Einführung eines neuen Jagdprogramms zur besseren Organisation der Jagd, hier insbesondere im Hinblick auf die Afrikanische Schweinepest. Einführung des Beschwerdemanagements und die Entwicklung neuer Apps. Anhaltend erhöhter Bedarf durch die Wartung vorhandener Programme wie ProForst, Waldkat/GIS und GL-forest.

52536	**512**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**3.998,40**

Fortbildung der Dienstkräfte in den Verfahren der Geoinformationssysteme Waldkat/GIS und ProForst

Summe Maßnahmegruppe 32	**138.000**	**138.000**	**108.000**	**99.546,55**
Gesamtausgaben	**33.474.100**	**33.323.700**	**32.374.100**	**23.678.313,71**
Prozentuale Veränderung	**3,4 %**	**-0,4 %**		

Berliner Forsten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0751				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	4.056.000	4.056.000	4.055.500	3.262.596,93
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	11.000	11.000	11.000	82.733,44
		Gesamteinnahmen	4.067.000	4.067.000	4.066.500	3.345.330,37
411-462		Personalausgaben	15.176.100	15.783.700	15.706.500	14.137.556,35
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	9.034.000	9.181.000	8.238.600	6.838.510,64
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.039.000	6.859.000	2.389.000	2.216.688,45
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	2.225.000	1.500.000	6.040.000	485.558,27
		Gesamtausgaben	33.474.100	33.323.700	32.374.100	23.678.313,71
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-29.407.100	-29.256.700	-28.307.600	-20.332.983,34

Berliner Forsten

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001062 Entwicklung und Schutz der Landschaft, des Waldes und der Pflanzen

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	6.523.711	15.739.432	-58,55
Kostenträger	33	Sachkosten	30.545.374	29.190.709	+4,64
davon		Transferkosten	32.762.853	29.636.196	+10,55
Produkte	27	Verrechnungskosten	355.034	164.403	+115,95
MGF	6	kalkulatorische Kosten	761.717	1.558.587	-51,13
Projekte	0	Gemeinkosten	15.211.176	16.889.728	-9,94
		Summe Verwaltungskosten	86.159.866	93.179.055	-7,53
		Transfers	31.962.415	28.126.657	+13,64
		Gesamtsumme	118.122.281	121.305.712	-2,62

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005011	2022	13.978.305	1.929.489	15.907.794
Schutz und Erneuerung des Berliner Erholungswaldes mit naturnaher Waldbewirtschaftung	2021	27.533.230	1.992.274	29.525.504

Das operative Ziel 5011 „LuV BF - Schutz und Erneuerung des Berliner Erholungswaldes mit naturnaher Waldbewirtschaftung" in Verantwortung der Berliner Forsten ist Teil des strategischen Ziels (Produktbereich) 1062 „Entwicklung und Schutz der Landschaft, des Waldes und der Pflanzen" zusammen mit den operativen Zielen (Produktgruppen) 5013 „Schutz und Entwicklung der natürlichen Umwelt ...“ und 5012 „LuV PflA - Sicherstellung der guten fachlichen Praxis im Pflanzenschutz)“. Das strategische Ziel 1062 wird beim Kapitel 0750 ausgewiesen.

Der Wald in Berlin ist gemäß Landeswaldgesetz (LWaldG Bln) Schutz- und Erholungswald. Oberste Prioritäten für die Berliner Waldflächen (großer Waldbesitz des Landes Berlin - im Fachvermögen der Berliner Forsten - befindet sich darüber hinaus auch im Land Brandenburg) sind die Walderhaltung, deren nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege sowie die Sicherung und Entwicklung der Erholungs- und Schutzfunktion. Der Wald ist insbesondere in seiner Funktion als CO2-Speicher, seiner positiven Wirkung auf den Wasserhaushalt und das Stadtklima zu entwickeln. Die Waldpflege ist an den Zielen einer naturnahen Waldbewirtschaftung ausgerichtet. Die Berliner Forsten sind nach den Kriterien von FSC / Naturland zertifiziert und werden nach diesen Standards jährlich kontrolliert. Zur Pflege und Bewirtschaftung der landeseigenen Waldflächen gehören auch die wichtigen Aufgaben der Verkehrssicherung, Walderschließung und Wildhege. Letzteres ist entscheidend für eine funktionierende Naturverjüngung.

Klimawandelfolgenanpassung:
Die Entwicklung eines strukturreichen, klimastabilen und ökologisch hochwertigen Mischwaldes erfolgt entsprechend den jeweils aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen mit standortgerechten Baumarten, der Ausnutzung von Naturverjüngung und extensiven Pflegemaßnahmen unter größtmöglicher Schonung des Ökosystems.

Neben der Sicherung und Erhaltung des Waldes ist die effektive Verwaltung des Liegenschaftsvermögens innerhalb der Berliner Forsten eine zentrale Aufgabe. Insbesondere auch die Pflege und Erhaltung der teils über 100 Jahre alten kulturhistorisch wertvollen Revierförstereien und Forstdienstgebäuden des Landes Berlin.

Die hoheitliche Ermächtigung über das Landeswaldgesetz ermöglicht Schutz und Sicherung von Waldflächen im Sinne des Dauerwaldvertrages von 1915 und auch die Einflussnahme auf die Waldflächen / Stadtentwicklung als Träger Öffentlicher Belange (TÖB).

Berliner Forsten

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65485	2022	451.418	0	451.418
Walderneuerung	2021	781.733	0	781.733

	2022	2021
Menge: Bearbeitete Fläche in ha	151	472
Kosten je ME in €	13.915,36	1.656,21
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,38	0,64
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	1.450,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,19

Förderung von Naturverjüngung, Pflanzung heimischer Baumarten, Pflege des Waldes

Ziele 1. Teil : Sicherung der Nachhaltigkeit aller Waldfunktionen, Erhöhung der Struktur- und Artenvielfalt, Erhöhung und Pflege des Holzvorrates, Risikominimierung durch Stabilisierung der Bestände

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65499	2022	262.517	1.779.301	2.041.818
Waldbezogene Umweltbildung	2021	683.651	1.914.592	2.598.243

	2022	2021
Menge: Bürger	15.555	16.141
Kosten je ME in €	16,88	42,35
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,73	2,14
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	64,63	1.073,25
IST - Erträge in €	140,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,01	0,00

Waldbezogene, präventive Umwelterziehung im Lehrkabinett und Revieren, sowie Waldlehrpfade. Beantwortung von Einzelfragen, Gespräche (insbesondere in den Waldschulen, Wildtelefon) Koordination der Waldschulen

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77241	2022	1.941.393	0	1.941.393
Vermögenssicherung	2021	2.263.052	0	2.263.052

Berliner Forsten

	2022	2021
Menge: Anzahl der Vorgänge	3.201	3.105
Kosten je ME in €	606,50	728,84
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,64	1,87
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	3.112,91	1.800,00
Kostendeckungsgrad in %	0,16	0,08

Dieses Produkt umfasst alle Maßnahmen, die im Rahmen der Vermögenssicherung anfallen.
Diese Maßnahmen umfassen insbesondere die Verwaltung des unbeweglichen Vermögens gem. LHO, Grundstücksübertragungen, Eintragungen im Grundbuch und im Baulastenverzeichnis, Erarbeitung von Standards für Miet- und Pachterträge, Abschluss von Verwaltungsvereinbarungen, Festlegung von Maßnahmen der baulichen Unterhaltung und Überwachung des Geschäftsbesorgers, dem die Haus- und Grundstücksverwaltung obliegt.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79863	2022	2.498.633	79.688	2.578.321
Sicherung und Organisation der Bewirtschaftung der Berliner Wälder	2021	3.725.794	77.682	3.803.476

	2022	2021
Menge: Gesamt Hektar	28.590	28.590
Kosten je ME in €	87,40	130,32
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,18	3,14
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	272.134,78	264.873,06
IST - Erträge in €	155.744,87	496.842,27
Kostendeckungsgrad in %	6,04	13,06

Wahrnehmung der zentral und einheitlich zu regelnden Organisationsangelegenheiten der Behörde Berliner Forsten, steuernde Tätigkeit des politischen Auftrages und die operative Umsetzung, Beratungen und Unterstützung der Forstämter

Pflanzenschutzamt

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dem Pflanzenschutzamt obliegt die Durchführung des nationalen und europäischen Rechts im Pflanzenschutz und in der Pflanzengesundheit. Dazu zählen Genehmigungsverfahren, Kontrollen, wie die des Inverkehrbringens von Pflanzenschutz- und Pflanzenstärkungsmitteln, Pflanzenschutzanwendungs- und Betriebskontrollen, die Überwachung des Auftretens von Schädlingen und Krankheiten an Pflanzenbeständen und Pflanzenerzeugnissen, einschließlich der Information über deren Auftreten und das Aufzeigen von Gegenmaßnahmen sowie die Beratung, Aufklärung und Schulung auf allen Gebieten des Pflanzenschutzes.
Dem Pflanzenschutzamt obliegen ferner die Pflanzengesundheitskontrolle, d.h. die Überwachung der Ein- und Ausfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen sowie die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen und das nationale Erhebungsprogramm von Schadorganismen. Eine weitere Aufgabe ist das Versuchswesen, insbesondere die Entwicklung nicht chemischer Verfahren des Pflanzenschutzes und die Mitwirkung an amtlichen Prüfungen von Pflanzenschutzmitteln.
Das Pflanzenschutzamt organisiert Prüfungen und Fortbildungen im Rahmen der pflanzenschutzlichen Sachkunde und stellt die entsprechenden Nachweise und Fortbildungsbescheinigungen aus.
Aufgabe des Pflanzenschutzamtes ist es außerdem, über durchgeführte Kontrollen sowie über das Auftreten und die Verbreitung von Schaderregern gegenüber europäischen und nationalen Behörden Bericht zu erstatten.
Hinzu kommen Überwachungsaufgaben und Stellungnahmen im Zusammenhang mit dem Gentechnikrecht.
Schwerpunkt der Tätigkeit des Pflanzenschutzamtes ist das Berliner Stadtgrün.

B. Gender Budgeting

Gender Analyse der Beschäftigtenstruktur im Kapitel 0752:

0752	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	3	2	3	3	3	3
Relativer Teil	60,00%	40,00%	50,00%	50,00%	50,00%	50,00%
Ressourcen (in T €)	243	196	249	295	241	294
Ressourcen pro Kopf (in T €)	81	98	83	98	80	98
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	14	10	13	10	13	9
Relativer Anteil	58,33%	41,67%	56,52%	43,48%	59,09%	40,91%
Ressourcen (in T €)	799	576	760	589	730	471
Ressourcen pro Kopf (in T €)	57	58	58	59	56	52

0752	2022		
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat in €
Führungskräfte			
w	241.249	2,90	6935
m	293.929	3,00	8165
Mitarbeitende			
w	724.928	12,41	4869
m	518.923	8,90	4857

*) Aus Datenschutzgründen wird wegen der geringen Beschäftigtenzahl auf den Ausweis der Ressourcen, des Jahreseinkommens und des durchschnittlichen Monatseinkommens verzichtet.

Eine Ressourcenverteilung kann geringer sein, als bei einer Berechnung der durchschnittlichen Einkommen. Das Jahreseinkommen orientiert sich an der VZÄ; der Ressourcenverbrauch orientiert sich an der Kopf-Zahl.
Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Pflanzenschutzamt

Produkt: 65475 Fortbildung und Prüfung Externer

1. Schulungen auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes /Beratertage
2. Sachkundeprüfung
3. Vorbereitung und Durchführung von Sachkundefort- und Weiterbildungsveranstaltungen

Beratertage	***2020***		***2021***		***2022***	
	w	**m**	**w**	**m**	**w**	**m**
Absoluter Anteil						
Relativer Anteil						

Sachkundeprüfung	***2020***		***2021***		***2022***	
	w	**m**	**w**	**m**	**W**	**m**
Absoluter Anteil						
Relativer Anteil						

Fort-/Weiterbildung Sachkunde	***2020***		***2021***		***2022***	
	w	**m**	**w**	**m**	**W**	**m**
Absoluter Anteil						
Relativer Anteil						

Bei der Darstellung aller Vorgänge insgesamt ergibt somit folgendes Bild:

Auswertung gesamt 65475	***2020***		***2021***		***2022***	
	w	**m**	**W**	**m**	**W**	**m**
Absoluter Anteil						
Relativer Anteil						

Diese Betrachtungsweise stellt die absolvierten Teilnahmen an Fortbildungen/Veranstaltungen insgesamt dar. Eine mehrfache Berücksichtigung der Teilnehmenden ist möglich.
Im Ergebnis lässt sich ablesen, dass insgesamt mehr männliche Teilnehmer an Veranstaltungen teilnahmen. Dies hat verschiedene Gründe: Zum einen hat das Pflanzenschutzamt keinen Einfluss auf die Anmeldungen zu den Beratertagen und den Sachkundefortbildungen bzw. -prüfungen. Des Weiteren kann die Teilnahme an Sachkundefortbildungen und -prüfungen überall in Deutschland stattfinden. Da häufig die Arbeitgebenden die Kosten übernehmen, bestimmen diese auch Zeit und Ort der Teilnahme. So besuchen viele Berlinerinnen und Berliner Fortbildungen und Prüfungen in Brandenburg und in anderen Bundesländern.
Die Tendenz in der obigen Darstellung zeigt auch, dass der Frauenanteil in 2020 wieder ansteigt. Ein genderspezifischer Steuerungsbedarf wird nicht gesehen.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Pflanzenschutzamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11133	**511**	**Sonstige Entgelte**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.640,00**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Insbesondere Entgelte für Referententätigkeiten für Schulungs-, Informations- und Fortbildungsveranstaltungen

11152	**511**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**40.000**	**40.000**	**120.000**	**30.907,00**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Gebühren gemäß Pflanzenschutzgebührenordnung, z. B. für die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen und Sachkundenachweisen, für die amtliche Prüfung von Pflanzenschutzmitteln sowie für die Teilnahme an Informationsveranstaltungen des Pflanzenschutzamtes

Weniger wegen Einnahmeverlusten durch Wegfall der EU-Außengrenze Flughafen Tegel sowie Auftragsuntersuchungen der Hersteller von Pflanzenschutzmitteln

11201	**511**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**410,50**

Geldbußen wegen Ordnungswidrigkeiten nach dem Pflanzenschutzgesetz und den darauf beruhenden Verordnungen

11979	**511**	**Verschiedene Einnahmen**	**4.500**	**4.500**	**3.000**	**4.829,70**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von nicht mehr benötigten Pflanzen, ausgesonderten Gegenständen sowie Rückzahlungen überzahlter Beträge

12401	**511**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**7.469,28**

Verstärkungsvermerk: Einnahmen aus der Erhebung der Umsatzsteuer dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 54077.

Einnahmen aus der Vermietung von Räumlichkeiten und einer Dienstwohnung im Dienstgebäude Mohriner Allee 137, 12347 Berlin

27102	**511**	**Ersatz von Ausgaben durch die EU**	**20.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Zur Umsetzung des Nationalen Monitoring-Programms Schadorganismen in Deutschland beteiligt sich die EU im Rahmen von Finanzhilfen mit 50 v. H. an den Ausgaben für die Überwachung von Schadorganismen.

		Gesamteinnahmen	**75.500**	**65.500**	**144.000**	**46.256,48**
		Prozentuale Veränderung	**-47,6 %**	**-13,2 %**		
		Ausgaben				
42801	**511**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.851.000**	**1.925.000**	**1.969.000**	**1.766.221,12**
42811	**511**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42821	**511**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**48.500**	**50.400**	**38.100**	**47.267,70**
44100	**511**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Pflanzenschutzamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**511**	**Geschäftsbedarf**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**3.342,27**

Allgemeiner Bürobedarf, Pflanzengesundheitszeugnisse, Versandgebühren, Fachbücher, Fachzeitschriften

51131	**511**	**Bekleidung, Wäsche**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Reinigung von Arbeitsschutzkleidung der Gärtnerinnen und Gärtner

51140	**511**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**45.000**	**45.000**	**39.500**	**29.907,12**

Beschaffung und Unterhaltung von Geräten zur Erfassung von Stammflussdaten von Bäumen, Bodenanalysegeräten, Kleingeräten für Monitoring, Labordiagnosekleingeräten; Beschaffung von notwendigen Arbeitsmitteln für Monitoring und Diagnose, Wartung von Geräten zur Durchführung von Pflanzenschutzmaßnahmen und chemischen, mikrobiologischen, mykologischen und entomologischen Untersuchungen

Mehr aufgrund von notwendigen Neu- und Ersatzbeschaffungen

51185	**511**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**511**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**2.591,68**

Für den Betrieb und die Unterhaltung der drei Dienstfahrzeuge, eines Traktors und verschiedener landwirtschaftlicher Kleinfahrzeuge

51408	**511**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**450,72**

Schutzkleidung für das im Bereich der gärtnerischen Anlagen und in den Laboren tätige Personal

51423	**511**	**Saat- und Pflanzgut, Düngemittel**	**7.500**	**7.500**	**6.000**	**8.148,21**

Saatgut, Jungpflanzen, Halbfertigwaren, Dünge-, Pflanzenschutz- und Pflanzenstärkungsmittel, Biostimulanzien, Grundstoffe

51479	**511**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**20.000**	**20.000**	**19.600**	**13.868,80**

Insbesondere Materialien für Laboruntersuchungen und Präparate für mikrobiologische Untersuchungen

51803	**511**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**2.300**	**2.300**	**2.700**	**1.177,91**

Miete für ein Multifunktionsgerät

51805	**511**	**Leihwäsche**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**628,87**

Leihwäsche für Laborkräfte

51910	**511**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**			**1.000**	**297,42**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
52501	**511**	**Aus- und Fortbildung**	**1.500**	**1.500**	**1.200**	**2.170,90**

Teilnahme der Auszubildenden an überbetrieblichen Ausbildungen an der Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau und Arboristik e.V, Großbeeren, einschließlich der Ausgaben für Dienstreisen für Aus- und Fortbildung

Pflanzenschutzamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget) in der Hauptverwaltung

Teilnahme der Dienstkräfte an fachlichen Fortbildungen, sowie der Auszubildenden an überbetrieblichen Lehrgängen einschließlich der Ausgaben für Dienstreisen für Aus- und Fortbildung.

	2018		2019		2020		2021	
	w	m	w	m	w	m	w	m
Aus- und Fortbildung								
Absolut	1	1	4	7	2	1	2	2
Relativ	50	50	36,36	63,63	66,66	33,33	50	50
Ressourcen (in T €)	0,1	0,1	6,3	1,3	0,2	0,5	0,3	0,4

Zielgruppe:	Beschäftigte, hier insbesondere Auszubildende, des Pflanzenschutzamtes Berlin an dienstlich bedingten Aus- und Fortbildungen
Zielsetzung:	ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durch gleichberechtigte Berücksichtigung von Männern und Frauen
Steuerungsmaßnahmen:	Das ausgewiesene Geschlechterverhältnis ist im Mittel relativ ausgewogen. Ein genderspezifischer Steuerungsbedarf wird daher nicht gesehen.

52703	**511**	**Dienstreisen**	**14.000**	**14.000**	**14.000**	**5.997,49**

Für Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget) in der Hauptverwaltung

Für Dienstreisen sowie für Dienstgeschäfte im Sinne des Reisekostenrechts.

	2018		2019		2020		2021	
	w	m	w	m	w	m	w	M
Dienstreisen								
Absolut	55	66	47	75	21	20	9	11
Relativ	45,45	54,55	38,52	61,48	51,22	48,78	45	55
Ressourcen (in T €)	7,7	7,6	5,4	8,3	3,3	2,7	0,5	1,4

Zielgruppe:	Beschäftigte des Pflanzenschutzamtes Berlin an dienstlich bedingten Dienstreisen sowie Dienstgeschäften.
Zielsetzung:	ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durch gleichberechtigte Berücksichtigung von Männern und Frauen bei den Dienstreisen
Steuerungsmaßnahmen:	Das ausgewiesene Geschlechterverhältnis ist im Mittel relativ ausgewogen. Ein genderspezifischer Steuerungs-bedarf wird daher nicht gesehen.

Pflanzenschutzamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53111	**511**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**2.000**	**2.000**	**2.300**	**624,42**

Für amtliche Bekanntmachungen, fachliche Informationsmaterialien, Ausschreibungen, einschließlich Kosten von Auswahlverfahren

Gender-spezifische Daten können nicht vorgelegt werden. Die veranschlagten Mittel werden vorrangig für den Druck von Informationsmaterialien zum Integrierten Pflanzenschutz verwendet. Sie richten sich an alle interessierten Personen jeden Geschlechts.

54010	**511**	**Dienstleistungen**	**50.000**	**50.000**	**75.000**	**6.349,15**

Für Untersuchungen im Rahmen der Durchführung von Kontroll- und Überwachungsaufgaben gemäß § 59 Abs. 2 Pflanzenschutzgesetz, für die Herstellung von bundeseinheitlichen Sachkundenachweisen im Pflanzenschutz, für die diagnostische Datenauswertung, für die Entwicklung eines Qualitätsmanagementsystems im Pflanzenschutz und in der Pflanzengesundheit und die Vorbereitung der Akkreditierung des mikrobiologischen Labors nach Artikel 37 der EU-Kontrollverordnung 2017/625

Weniger da die Akkreditierung des mikrobiologischen Labors erst ab 2026 vorgesehen ist.

54077 (neu)	**511**	**Steuern, Abgaben**		**1.000**		

Abführung von Steuern im Rahmen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand

Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu den Titeln 11133, 11152, 11979 und 12401. Mehrausgaben dürfen in Höhe der eingegangenen Einnahmen aufgrund der Erhebung der Umsatzsteuer geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

54079	**511**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**108,63**

Insbesondere Ausgaben für die Betreuung von Besucherinnen und Besuchern, Kränze, Blumenspenden und Nachrufe

63107	**511**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**17.500**	**17.500**	**15.700**	**15.452,97**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2022 €	für 2023 €	ab 2024 €
Bis 31.12.2021 eingegangene Verpflichtungen	2.140	0	0

Anteil Berlins an den Ausgaben für die Pflege des Kompendiums zur Pflanzengesundheitskontrolle im Rahmen einer Bund-/Ländervereinbarung unter Federführung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sowie an der Finanzierung der Zentralstelle Online-Überwachung Pflanzenschutz – ZOPf – beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zur Kontrolle der im Internet gehandelten Pflanzenschutzmittel, Pflanzenstärkungsmittel, Grund- und Zusatzstoffe.

Pflanzenschutzamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63207	**511**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**20.000**	**20.100**	**20.900**	**8.355,00**

Die Ausgaben sind vorgesehen für den im Rahmen von Bund-/Ländervereinbarungen zu leistenden Anteil Berlins an den

	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1. Kosten der Pflege des EDV-gestützten Systems Pflanzengesundheitszeugnis – PGZ-online zur Verhinderung der Ein- und Verschleppung sowie zur Eindämmung von Schadorganismen durch die Zentralstelle der Länder für EDV-gestützte Entscheidungshilfen und Programme im Pflanzenschutz (ZEPP)	4.310	4.400	3.450	4.180
2. Ausgaben für die Pflege und Weiterentwicklung des Planungs- Informations- und Auswertungssystems für das Feldversuchswesen (PIAF) durch die Landwirtschaftskammer des Landes Nordrhein-Westfalen	5.159	5.160	2.500	3.200
3. Ausgaben für die Einrichtung und den Betrieb von EDV-gestützten Komponenten zur Verwaltung von Sachkundenachweisen im Bereich Pflanzenschutz durch das Land Rheinland-Pfalz, das als zentrale Stelle mit der Durchführung der Aufgabe beauftragt ist	1.351	1.450	1.030	980
4. Ausgaben für FAREKOS - Fachrechtskontroll- und Dokumentationssystem: Erstellung und Pflege einer Kontrolldatenbank für die Bereiche Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel aufgrund der ab dem 14.12.2019 dafür geltenden Bestimmungen der EU-Kontrollverordnung, (EU) 2017/625	9.180	9.090	13.920	0
	20.000	20.100	20.900	8.360

Die Länderanteile werden nach folgenden Kostenschlüsseln aufgeteilt:

zu 1. Der Kostenanteil für PGZ-online basiert auf der Anzahl der jährlichen Import-/Exportabfertigungen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen je Bundesland
zu 2. Für den Kostenanteil an PIAF wird eine Gewichtung anhand der Flächengröße der einzelnen Bundesländer vorgenommen
zu 3. Für den Kostenanteil für den Sachkundenachweis wird die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe je Bundesland zugrunde gelegt
zu 4. Der Kostenanteil für die Erstellung und Pflege der Kontrolldatenbank für die Bereiche Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel wird auf Basis der in den Ländern vorhandenen Unternehmen ermittelt.

81179	**511**	**Fahrzeuge**			**55.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
81279	**511**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**60.000**	**65.000**	**—**	**100.467,02**

Erläuterung 2024

Erweiterung des Gerätebestands
Einbau von Senteksonden ..... 60.000 €

Erläuterung 2025

Erneuerung des Gerätebestands
Ersatzbeschaffung eines Autoklav 75 l ..... 25.000 €

Erweiterung des Gerätebestands
Beschaffung eines Mikroskops mit Vergrößerung 300 bis 2500fach ..... 40.000 €

Pflanzenschutzamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**511**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.205,07**

Pflege und Wartung der Anwendersoftware „GRIS“ (Berliner Grünflächeninformationssystem)

Summe Maßnahmegruppe 32	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.205,07**
Gesamtausgaben	**2.158.300**	**2.240.300**	**2.278.000**	**2.015.632,47**
Prozentuale Veränderung	**-5,3 %**	**3,8 %**		

Abschluss Kapitel 0752

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**55.500**	**55.500**	**134.000**	**46.256,48**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**20.000**	**10.000**	**10.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**75.500**	**65.500**	**144.000**	**46.256,48**
411-462	**Personalausgaben**	**1.901.500**	**1.977.400**	**2.009.100**	**1.813.488,82**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**159.300**	**160.300**	**177.300**	**77.868,66**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**37.500**	**37.600**	**36.600**	**23.807,97**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**60.000**	**65.000**	**55.000**	**100.467,02**
	Gesamtausgaben	**2.158.300**	**2.240.300**	**2.278.000**	**2.015.632,47**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-2.082.800**	**-2.174.800**	**-2.134.000**	**-1.969.375,99**

Pflanzenschutzamt

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005012	2022	3.015.413	0	3.015.413
Sicherstellung der guten fachlichen Praxis im Pflanzenschutz und des integrierten Pflanzenschutzes einschließlich des Schutzes der Pflanzen vor parasitären Schäden und nicht-parasitären Beeinträchtigungen	2021	2.989.596	0	2.989.596

Das operative Ziel 5012 „Sicherstellung des integrierten Pflanzenschutzes im Land Berlin“ ist im strategischen Ziel „1062 Entwicklung und Schutz der Landschaft, des Waldes und der Pflanzen“ enthalten.

Dem Pflanzenschutzamt obliegt die Durchführung des nationalen und europäischen Rechts im Pflanzenschutz und in der Pflanzengesundheit. Dazu zählen Genehmigungsverfahren, Kontrollen, wie die des Inverkehrbringens von Pflanzenschutz- und Pflanzenstärkungsmitteln, Pflanzenschutzanwendungs- und Betriebskontrollen, die Überwachung des Auftretens von Schädlingen und Krankheiten an Pflanzenbeständen und Pflanzenerzeugnissen, einschließlich der Information über deren Auftreten und das Aufzeigen von Gegenmaßnahmen sowie die Beratung, Aufklärung und Schulung auf allen Gebieten des Pflanzenschutzes.

- Beratung zum Integrierten Pflanzenschutz: Beratung, Diagnose, Information und Aufklärung zum Pflanzenschutz und angrenzender Sachgebiete einschließlich gesetzlicher Grundlagen in der Dienststelle (telefonisch, persönlich, schriftlich, digital) und vor Ort. Erarbeitung von Informationsmaterialien zum Integrierten Pflanzenschutz und angrenzender Sachgebiete; Broschüren, Warndiensthinweise, Internetveröffentlichungen (z.B. Newsletter, Merkblätter, Fachpublikationen) u.a.

- Pflanzengesundheitskontrolle, d.h. die Überwachung der Ein- und Ausfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen sowie die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen und das nationale Erhebungsprogramm von Schadorganismen. Das Pflanzenschutzamt organisiert Prüfungen und Fortbildungen im Rahmen der pflanzenschutzlichen Sachkunde und stellt die entsprechenden Nachweise und Fortbildungsbescheinigungen aus.

- Versuchswesen: Durchführung von Prüfungen zur Wirksamkeit von Pflanzenstärkungsmitteln, Grundstoffen, Biostimulanzien; Untersuchungen und Versuche zur Einführung und Integration nichtchemischer und biologischer Verfahren des Pflanzenschutzes durch gezielte Weiterentwicklung integrierter Pflanzenschutzstrategien zur Abschätzung der Möglichkeiten der Kombination mit konventionellen Pflanzenschutzmaßnahmen, mit dem Ziel der Reduktion chemischer Pflanzenschutzmittel;

- Ausbildung zum/zur Gärtner/in der Fachrichtung Zierpflanzenbau;

- Aufgabe des Pflanzenschutzamtes ist es außerdem, über durchgeführte Kontrollen sowie über das Auftreten und die Verbreitung von Schaderregern gegenüber europäischen und nationalen Behörden Bericht zu erstatten.

- Überwachungsaufgaben und Stellungnahmen im Zusammenhang mit dem Gentechnikrecht

Schwerpunkt der Tätigkeit des Pflanzenschutzamtes ist der Schutz und die Erhaltung des Berliner Stadtgrüns.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0770 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung Verkehrsmanagement.

Dazu gehören die Verkehrsregelungszentrale, der Verkehrswarndienst sowie die Unfallkommission. Sie ist als Straßenverkehrsbehörde für zentrale Aufgaben im übergeordneten Verkehrsstraßennetz zuständig für das Verkehrsmanagement, Verkehrszählungen, die Baustellenkoordinierung, Wegweisungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, die Verkehrssteuerungs- und Lichtsignalanlagen sowie berlinweite Dreherlaubnisse.

B. Gender Budgeting

0770	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Teil	7	8	8	9	8	9
Relativer Teil	46,67%	53,33%	47,06%	52,94%	47,06%	52,94%
Ressourcen (in T €)	540	647	644	790	641	821
Ressourcen pro Kopf (in T €)	77	81	80	88	80	91
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	57	64	57	72	56	70
Relativer Anteil	47,11%	52,89%	44,19%	55,81%	44,44%	55,56%
Ressourcen (in T €)	2.997	3.540	3.287	4.734	3.252	4.651
Ressourcen pro Kopf (in T €)	53	55	58	66	58	66

0770			
Geschlecht	Jahreseinkommen in €	VZÄ	Durchschnittseinkommen pro Monat in €
Führungskäfte			
w	640.975	7,75	6.895
m	821.459	8,66	7.906
Mitarbeitende			
w	3.194.047	51,94	5.125
m	4.656.959	68,34	5.679

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher gibt es hinsichtlich der Bezahlung innerhalb einer Besoldungs- oder Entgeltgruppe keinen Unterschied. Unterschiede können sich durch unterschiedliche Anteile von Frauen und Männer an den Besoldungs- und Entgeltgruppen ergeben. Diese Unterschiede treten zumeist zugunsten von Männern auf.

Haushaltsmittel im Titel 68569 „Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland“ dienen der projektbezogenen Förderung gemeinnütziger Einrichtungen und anderer Organisationen, die Maßnahmen zur Verkehrserziehung und -aufklärung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit anbieten bzw. mit Unterstützung des Senats durchführen. Verkehrssicherheit ist Bestandteil einer modernen Verkehrspolitik zur Daseinsvorsorge. Das Ziel ist es, Menschenleben im Straßenverkehr durch Aufklärung zu schützen. Aktivitäten konzentrieren sich vor allem auf die besonders gefährdeten Personengruppen (Kinder, Jugendliche, Fahranfängerinnen und Fahranfänger, ältere Menschen) und deren Lehrkräfte sowie Betreuende.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Das Verhältnis von Mädchen und Jungen ist hier im gleichen Verhältnis wie die Durchmischung der Kitagruppen und Schulklassen zu sehen. Hier ist im Rahmen des Gender Budgets auch zu berücksichtigen, dass Betreuungsfunktionen im Alltag von Frauen und Männern immer noch eine unterschiedliche Bedeutung haben: Frauen üben auch heute noch den überwiegenden Teil der beruflichen Kinder-, Seniorinnen- und Seniorenbetreuung aus. Auch die Lebenserwartung der Teilnehmenden spielt eine Rolle.

Speziell auf die Mobilität von Frauen (insbesondere mit Flucht- oder Migrationshintergrund) ausgerichtet ist das Projekt des Bikeygees e.V., das allen, die Radfahren lernen wollen, aber überwiegend Frauen, entsprechendes Training vermittelt.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11102	**719**	**Ersatzvornahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückflüsse aus Ersatzvornahmen auf Grund des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes sowie im Rahmen der Geschäftsführung ohne Auftrag gemäß § 677ff BGB
Es wird unterstellt, dass den Ausgaben bei Titel 54012 gleich hohe Einnahmen bei Titel 11102 gegenüberstehen.

11105	**719**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**3.400,02**

Gebühren insbesondere für die Verwendung von Signalzeitplänen sowie für die Gewährung von Akteneinsicht

11153	**719**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**1.350.000**	**1.350.000**	**1.220.000**	**1.351.996,39**

Gebühren für verkehrsrechtliche Anordnungen, Erlaubnisse und Ausnahmegenehmigungen aufgrund von Arbeitsstellen, Schienenersatzverkehren und Veranstaltungen auf öffentlichem Straßenland im übergeordneten Straßennetz sowie Filmdreharbeiten, Großraum und Schwertransporte und Bauwagen im gesamten Straßennetz Berlins sowie aufgrund von Widerspruchsangelegenheiten.

11155	**719**	**Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen**	**600.000**	**400.000**	**1.000**	**—**

Gebühren aus Sondernutzungserlaubnissen für das Anbieten stationsloser Mietfahrzeuge im Straßenraum gemäß § 11a BerlStrG

11921	**719**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**			**1.000**	**7.007,53**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11934	**719**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**715,81**

Rückzahlungen überzahlter Beträge.

11979	**719**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen, die nicht einem konkreten Titel zugeordnet werden können.

12401	**719**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.760.046,02**

Einnahmen aus der Vermietung einer Teilfläche des Lichtsignalschaltamtes Lankwitz.

28103	**719**	**Ersatz von Bewirtschaftungsausgaben**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**51.810,70**

Ablösung von Instandhaltungskosten durch private Investoren für die in ihrem Interesse errichteten Lichtsignalanlagen.

Im Rahmen der Finanzierung von neuen Lichtsignalanlagen (LSA) durch private Investoren werden gleichzeitig die entstehenden Instandhaltungskosten für einen Zeitraum von 5 Jahren abgelöst. Nach dem geltenden Vertrag zur Übertragung der Unterhaltung und des Um-, Neu- und Ersatzbaus von LSA auf einen Generalübernehmer stehen diese Einnahmen dem Land Berlin zu.

28290	**719**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**1.730.184,37**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890, 54690.

Zweckgebundene Zahlungen privater Investoren zur Errichtung von Lichtsignalanlagen

Gesamteinnahmen	**1.968.000**	**1.768.000**	**1.241.000**	**7.905.160,84**
Prozentuale Veränderung	**58,6 %**	**-10,2 %**		

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	719	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	3.327.000	3.460.000	3.809.000	2.710.196,33
42801	719	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	7.491.000	7.791.000	7.032.000	6.753.765,32
42811	719	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	1.000	1.000	176.000	—
42890	719	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	1.000	1.000	105.000	—
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
		Zuwendungen des Bundes, der EU und Dritter zur Finanzierung zweckgebundener Personalausgaben				
44100	719	**Beihilfen für Dienstkräfte**	131.000	135.000	158.000	123.180,33
51101	719	**Geschäftsbedarf**	32.000	32.000	32.000	26.583,93
		Ausgaben für den allgemeinen Bürobedarf, Fachbücher, Fachpublikationen und Loseblattsammlungen, Zeitungen und Zeitschriften; Rundfunkbeitrag entsprechend der Zahl der Beschäftigten.				
51140	719	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	40.000	40.000	40.000	29.875,43
		Ersatz und Ergänzung der Büromöbel und -maschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Unterhaltung, Beschaffung und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten und Ersatzteilen.				
51403	719	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	3.000	3.000	3.000	2.320,74
		Unterhaltungsausgaben für zwei Dienstfahrzeuge.				
51701	719	**Bewirtschaftungsausgaben**	3.295.000	3.295.000	3.295.000	3.610.016,70
		Ausgaben für den Stromverbrauch der rd. 2.200 Lichtsignalanlagen, Wartung, Betrieb und Instandhaltungsleistungen für die Fahrraddetektion einschl. Auswerteplattform sowie für die 8 Verkehrsrechnerstandorte und 5 Datenkonzentratoren. Wartung, Betrieb und Instandhaltungsleistungen für die Raddetektion einschl. Auswerteplattform.				
51802	719	**Mieten für Fahrzeuge**	17.000	17.000	15.000	4.422,44
		Leasingraten für zwei Dienstfahrzeuge (Elektrofahrzeuge)				
52101	719	**Unterhaltung des Straßenlands**	100.000	100.000	100.000	5.863,13
		Wegweisungsmaßnahmen sowie ständige Aktualisierung, Vervollständigung und Erneuerung des Bestandes an Wegweisern im Stadtgebiet. Weiterhin für die Bestandspflege der Wegweisung.				
		Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.				
52107	719	**Unterhaltung der technischen Anlagen der Verkehrsregelungszentrale**	50.000	50.000	50.000	—
		Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Verkehrsregelungszentrale. Sie ist gemäß BSI-Gesetz und KritisV im Sektor Verkehr als kritische Infrastruktur eingestuft. Der störungsfreie 24/7-Betrieb der Zentrale ist gemäß Gesetzeslage jederzeit zu gewährleisten.				

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52121	**719**	**Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit**	**1.000.000**	**1.000.000**	**4.200.000**	**2.021.614,17**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**500.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Die Ausgaben sind bestimmt zur Umsetzung der von der Straßenverkehrs-Unfallkommission des Landes Berlin auf der Grundlage von Auswertungen der Verkehrsunfalldaten und Situationsanalysen beschlossenen Maßnahmen zur Beseitigung von Unfallursachen an Unfallschwerpunkten im Stadtgebiet, soweit sie nicht von den Straßenbaulastträgern im Rahmen verfügbarer Mittel ausgeführt werden können.

Weniger aufgrund anteiliger Verlagerung von Maßnahmen mit investivem Charakter in das Sondervermögen SIWA.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken oder anderen Verwaltungsstellen übertragen werden.

52501	**719**	**Aus- und Fortbildung**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**2.472,60**

Für die fachliche Ausbildung der Dienstkräfte durch Teilnahme an Fachseminaren, staatswissenschaftlichen und baufachlichen Veranstaltungen einschließlich Ausgaben für Dienstreisen im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung.

52703	**719**	**Dienstreisen**	**18.000**	**18.000**	**18.000**	**5.808,94**

Für Dienstreisen sowie für Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts und für Vorstellungsreisen.
Reisekosten im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung von Dienstkräften werden beim Titel 52501 nachgewiesen.

53108	**719**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Betreuung von Besuchergruppen und Fachbesuchern in der Verkehrsregelungszentrale.

53111	**719**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**2.158,78**

Für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten von Auswahlverfahren.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
*Stellen*ausschreibung überregionaler Medien						
Absolut: Kopfzahl (Anzahl Frauen / Männer, die sich in der Führungsebene 1 bzw. 2 /höherer Dienst befinden)	2	4	2	4	2	4
Relativ: % Angabe	33	67	33	67	33	67
Ressourcen (in T €)	1	2	0	0	1	1

Zielgruppe:	Bewerberinnen auf Stellenausschreibungen in überregionalen Medien
Zielsetzung:	Der Ressourceneinsatz erfolgt u.a. zur Ansprache von Frauen auch für Führungspositionen des (vglb.) höheren Dienstes. Ziel ist, hier eine Unterrepräsentanz von Frauen zu vermeiden bzw. bestehende abzubauen.
Steuerungsmaßnahmen:	Qualifizierungsmaßnahmen für weibliche Führungskräfte

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**719**	**Dienstleistungen**	**2.789.000**	**2.806.000**	**2.295.000**	**1.637.178,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**900.000**	**900.000**		
		Davon fällig 2025	**900.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**900.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	930.000	900.000	-
VE Plan 2023	-	-	-

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Entwicklung und Änderung von Regelungsprogrammen der Lichtsignalanlagen (LSA); Entwicklung von Ableitplänen für Störfälle, besonders hohes Verkehrsaufkommen sowie Spur- und Tunnelsperrungen, Integration von Unterzentralen der Verkehrsbeeinflussungsanlagen in die Verkehrsregelungszentrale; Umprogrammierungen auf Grund notwendiger Softwareanpassungen für ÖPNV-Beschleunigung gemäß §34 Absatz 2 Mobilitätsgesetz; Dienstleistungen für Anpassungen an der LSA-Infrastruktur und Anordnungen	800.000	800.000	800.000	629.287,84
2.	Straßenverkehrszählungen, Verkehrserhebungen insbesondere zum Rad- und Fußgängerverkehr, Durchführung von Verkehrserhebungen für die Verkehrsplanung und -lenkung, die Stadtplanung, den Umweltschutz und im öffentlichen Personennahverkehr zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen.	900.000	900.000	900.000	638.010,90
3.	Qualitäts- und Störungsmanagement Raddetektion	63.000	30.000	30.000	19.894,20
4.	Unterstützung bei der Prüfung von Verwendungsnachweisen aufgrund von Zuwendungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit	0	0	20.000	0,00
5.	Unterstützung hinsichtlich Design, Druckerzeugnissen, Konzeptionen zu Informationsmaterial für die Öffentlichkeitsarbeit und bei Vorgängen zu denen Veröffentlichungspflichten bestehen	10.000	10.000	20.000	0,00

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
6.	Fortsetzung des Betriebs eines Call-Centers für den Anordnungsbereich für Arbeitsstellen	10.000	10.000	10.000	3.304,63
7.	Beauftragungen von externen Leistungen zur Erstellung von Verkehrszeichenplänen, verkehrlichen Nahbereichskonzepten, Sicherheitsaudits, Vorher- und Nachher-Untersuchungen, Verkehrsflussmodellierung, etc. für öffentlichkeitswirksame Verkehrsinfrastrukturprojekten bei denen die Abt. VI die Funktion des Vorhabenträgers einnimmt.	200.000	250.000	35.000	0,00
8.	Untersuchung automatische Auswertung von Videoerhebungen	0	0	80.000	0,00
9.	Umsetzung der Vorgaben der BSI Kritis-Verordnung / Externe Informationssicherheitsbeauftragte und IT-sicherheitstechnische Dienstleistungen	600.000	600.000	200.000	
10.	Umsetzung der Vorgaben der BSI Kritis-Verordnung / Behebung der Findings des aktuellen Audits in Vorbereitung des kommenden Audits	200.000	200.000	200.000	346.680,43
11.	Lizenzen für Autoturn – Software zur Berechnung von Schleppkurven	6.000	6.000	0	0,00
	Summe	**2.789.000**	**2.806.000**	**2.295.000**	**1.637.178,00**

54012	**719**	**Ersatzvornahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ersatzvornahmen aufgrund des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes sowie im Rahmen der Geschäftsführung ohne Auftrag gemäß § 677ff BGB.
Es wird unterstellt, dass den Ausgaben grundsätzlich gleich hohe Einnahmen bei dem Titel 11102 gegenüberstehen.

54022	**719**	**Leistungen für Lichtsignalanlagen**	**24.873.000**	**24.873.000**	**26.173.000**	**14.609.692,05** **R 2.963.705,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**9.000.000**	**159.000.000**		
		Davon fällig 2025	**9.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**24.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**15.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**15.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**105.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	15.000.000	15.000.000	-
VE Plan 2023	-	-	-

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben dienen der Finanzierung des 2016 abgeschlossenen Generalübernehmervertrags mit einer Laufzeit von 10 Jahren für die Planung, den Betrieb und die Wartung/ Instandhaltung sowie den Um-, Neu- und Ersatzbau von Lichtsignalanlagen incl. behindertengerechtem Ausbau und Wartungs- und Planungsaufgaben an der Lichtsignalanlagen-Software in der Verkehrsregelungszentrale.

Mehr zur Finanzierung zusätzlicher behinderten- und fußverkehrsgerechter Ausstattung von Lichtsignalanlagen (LSA).

Mehr zur Unterstützung der ÖPNV-gerechten Ausstattung von LSA im ÖV-Vorrangnetz; korrespondierend verringern sich die Ansätze des Titels 72017.

54053	**719**	**Veranstaltungen**	**7.500**	**7.500**	**7.500**	**—**

Durchführung von Veranstaltungen und Workshops zur Begleitung und Umsetzung verkehrspolitischer Zielsetzungen.

54079	**719**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**30,76**

Insbesondere für die Ergänzung und Instandsetzung von Dienst- und Schutzkleidung, Besichtigungsfahrten, Mieten für Räume, Portogebühren sowie Kränze und Nachrufe

54690	**719**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**338.748,45** **R 3.012.493,50**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zweckgebundene Ausgaben für die Errichtung von Lichtsignalanlagen durch den Generalübernehmer auf Veranlassung privater Investoren. Die Höhe der tatsächlichen Ausgaben kann nicht vorhergesagt werden.

63201	**721**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**200.000**	**200.000**	**238.000**	**98.680,18**

Beteiligung Berlins am länderübergreifenden eGovernment-Projekt VEMAGS (Verfahrens-Management für Großraum- und Schwertransporte) zur Vereinfachung und Optimierung des Antragsverfahrens für Großraum- und Schwertransporte durch alle Bundesländer und dem Bund gem. der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bundesverkehrsministerium und allen 16 Bundesländern.

68579	**719**	**Mitgliedsbeiträge**	**13.300**	**13.300**	**13.300**	**12.816,00**

Mitgliedsbeitrag an die OCA (**O**pen Traffic Systems **C**ity **A**ssociation; 2022:13.300 €).

72017	**719**	**Neu- und Umbau von Lichtsignalanlagen zur ÖPNV-Beschleunigung**	**500.000**	**500.000**	**2.300.000**	**439.722,98**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titeln der Obergruppe 72 in den Kapiteln des Einzelplans 07, ansonsten deckungsfähig nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.
Deckungsvermerk: Die Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit den Verpflichtungsermächtigungen bei Titeln der Obergruppe 72 in den Kapiteln des Einzelplans 07, ansonsten deckungsfähig nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Finanzierung / Co-Finanzierung mit der BVG für Neu-, Ersatz- und Umbau von Lichtsignalanlagen (LSA) im Zuge von ÖPNV-Beschleunigungsmaßnahmen einschließlich der blindengerechten Ausstattung, Ausrüstung mit LED-Technik und Anpassungen auf Grund des Mobilitätsgesetzes sowie des Baus von Einrichtungen zur Zentralsteuerung (Erweiterung des Steuerkabelnetzes).

Weniger in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf für investive Maßnahmen. Der Ansatz des Titels 54022 wird korrespondierend erhöht.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81259	**719**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-abhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81279	**719**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**90.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**90.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Investitionen für verkehrliche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsüberwachung/-steuerung.
Die Ausgaben sind vorgesehen für die Beschaffung und Installation von weiteren Verkehrsdetektoren für den Fahrradverkehr, die laut Mobilitätsgesetz vorgesehen sind.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur werden bei Kapitel 2507, Maßnahmegruppe 31 nachgewiesen.

81259	**719**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**			**150.000**	**27.177,97**
		Summe Maßnahmegruppe 32			**150.000**	**27.177,97**
		Gesamtausgaben	**44.018.800**	**44.472.800**	**50.339.800**	**32.462.325,23**
		Prozentuale Veränderung	**-12,6 %**	**1,0 %**		

Abschluss Kapitel 0770

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.957.000**	**1.757.000**	**1.229.000**	**6.123.165,77**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**11.000**	**11.000**	**12.000**	**1.781.995,07**
	Gesamteinnahmen	**1.968.000**	**1.768.000**	**1.241.000**	**7.905.160,84**
411-462	**Personalausgaben**	**10.951.000**	**11.388.000**	**11.280.000**	**9.587.141,98**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**32.254.500**	**32.271.500**	**36.258.500**	**22.296.786,12**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**213.300**	**213.300**	**251.300**	**111.496,18**
700-739	**Investitionsausgaben für bauliche Zwecke**	**500.000**	**500.000**	**2.300.000**	**439.722,98**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**100.000**	**100.000**	**250.000**	**27.177,97**
	Gesamtausgaben	**44.018.800**	**44.472.800**	**50.339.800**	**32.462.325,23**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-42.050.800**	**-42.704.800**	**-49.098.800**	**-24.557.164,39**

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005098	2022	36.631.765	55.288	36.687.054
Verkehrsablauf steuern und -nachfrage verbessern	2021	38.621.928	167.735	38.789.663

Das operative Ziel 5098 „Verkehrsablauf steuern und -nachfrage verbessern“ ist im strategischen Ziel 001063 Sicherung einer umweltfreundlichen sowie wirtschafts- und sozialverträglichen Mobilität (Mobilität mit Lebensqualität)“ enthalten, welches bei Kapitel 0730 ausgewiesen wird.

Die Abteilung VI -Verkehrsmanagement- sorgt bei planbaren Ereignissen wie z. B. Arbeitsstellen, Veranstaltungen und Filmdreharbeiten für eine sichere Mobilität von allen Verkehrsteilnehmenden im übergeordneten Straßennetzes Berlins und gewährleistet in Zusammenarbeit mit der BVG und der Polizei Berlin einen möglichst reibungslosen Verkehrsfluss. Maßnahmen der Verkehrsbeeinflussung und -lenkung werden in der Verkehrsregelungszentrale veranlasst und von dort auch entsprechende Informationen für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Die Abteilung VI ist als zentrale Straßenverkehrsbehörde für die Prüfung und Anordnung von Verkehrszeichen und -einrichtungen zuständig. Darunter fallen u. a. die Planung, Anordnung, Beauftragung, Genehmigung und Abnahme von Neu -, Ersatz - und Umbauten von Lichtsignalanlagen sowie Änderungen von Anlagen und der Ausbau der Einrichtungen zur Zentralsteuerung ein-schließlich der Erweiterung des Steuerkabelnetzes als Träger der Baulast. Ebenso werden verkehrlich notwendigen Anpassungen an bereits vorhandenen Verkehrslenkungs- und Steuerungseinrichtungen durchgeführt, neue Schaltprogramme erstellt und provisorische Lichtsignalanlagen errichtet. Damit sind auch Maßnahmen zur ÖPNV-Beschleunigung verbunden, um Konflikte der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmergruppen bei der Abwicklung des Bus- und Straßenbahnverkehrs zu minimieren und die verkehrlichen Rahmenbedingungen für den ÖPNV-Verkehr zu verbessern.
Die Geschäftsstelle und die Leitung der Unfallkommission Berlin obliegen der Abteilung VI und sie wirkt dadurch maßgeblich bei der Verkehrsraumgestaltung, Unfallursachenauswertung, Lokalisierung und Beseitigung von Unfallschwerpunkten mit.
Darüber hinaus überprüft die Unfallkommission gemäß § 21 Mobilitätsgesetz nach tödlichen Unfällen kurzfristig, ob Maßnahmen an der Infrastruktur zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen können und gibt entsprechende Vorschläge ab.
Als Oberste Straßenverkehrsbehörde des Landes Berlin verantwortet die Abt. VI ebenso die ministeriellen Angelegenheiten des Straßenverkehrsrechts (Verhaltensrecht); dabei wirkt sie unter anderem auf eine berlinweit einheitliche Rechtsausübung der Straßenverkehrsbehörden in Berlin hin. Ferner ist die Abteilung VI zuständig für ministerielle Angelegenheiten des Landes - straßenrechts einschließlich des Mietflottenregimes für stationslose Sharingangebote.

Die Ziele und Aufgaben im Einzelnen:

- Verkehrssicherheit
- Sicherstellung des Verkehrsinformationsmanagements
- Sicherung von möglichst störungsfreiem Verkehrsfluss bei unvermeidlichen Verkehrseinschränkungen aufgrund von planbaren Ereignissen (Arbeitsstellen, Veranstaltungen, Filmdreharbeiten) im übergeordneten Straßennetz
- Errichtung, Betrieb und Unterhaltung der Verkehrssteuerungs- und Lichtsignalanlagen
- Durchführung von Verkehrszählungen
- Wegweisung für den Kfz-Verkehr
- Bekämpfung der Ursachen von Verkehrsunfällen auf der Grundlage des Verkehrssicherheitsprogramms
- Betrieb der Verkehrsregelungszentrale sowie der Landesmeldestelle für den Verkehrswarndienst
- Verkehrliche Maßnahmen zur Einhaltung der Vorgaben auf der Grundlage der europäischen Luftreinhaltepolitik
- Wahrnehmung straßenverkehrsbehördlicher Aufgaben für zentrale Aufgaben im übergeordneten Straßennetz
- Einheitliche Handhabung der Aufgaben gem. StVO und Umsetzung der verkehrspolitischen Ziele durch möglichst einheitliches Handeln aller Straßenverkehrsbehörden des Landes auf den Straßen Berlins, u. a. durch Leitfäden, klare Definitionen und Vorgaben zur Auslegung der bestehenden Vorschriften etc.
- Vertretung der Interessen des Landes bei der Rechtssetzung des Bundes auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Erfolgsindikatoren sind:

- Verkehrssicherheit
- Verringerung der Zahl der Unfallopfer
- geringe Anzahl von Unfällen, Beseitigung von Unfallhäufungen
- Möglichst störungsfreier Verkehrsablauf

Nicht alle Erfolge sind konkret messbar. Sie ergeben sich in vielen Fällen durch das Zusammenwirken verschiedener Berliner Instanzen im Epl. 07.

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz
- Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wird künftig bei Kapitel 0608 nachgewiesen.				

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 0709 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - Personalüberhang -

Für alle Stellen des Kapitels gilt der Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 0780 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz - Verbraucherschutz -

Das Kapitel wurde infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung aufgelöst. Die Stellen dieses Kapitels werden ab dem Jahr 2024 im Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz - nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Bürgermeister/in (zugleich Senator/in)	SEN2	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0603)*
Senator/in	SEN1	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*	0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0603 Amtsgehalt in Höhe von 107 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

0605 Amtsgehalt in Höhe von 100 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	2,000		2,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	9,000		17,000		9,000	
Zwischensumme:		12,000		20,000		12,000	
Service Finanzen, Personal und Kommunikation							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	5,000		5,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	12,000		12,000		10,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		7,000	
Amtsrätin/-rat	A12	13,000		13,000		11,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	19,000		19,000		18,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		6,000	
Amtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		61,000		61,000		61,000	
Teilsumme (Teilplan A):		73,000		81,000		73,000	
Summe:		73,000		81,000		73,000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	18,000		27,000		16,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,000		5,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		7,000	
Zwischensumme:		30,000		39,000		30,000	
Service Finanzen, Personal und Kommunikation							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	2,000		2,000		3,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	0,750		0,750		0,750	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektriker/in)	E7	0,400		0,400		0,400	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,088		3,088		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	3,000		3,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Botin/Bote)	E3	0,000		0,000		2,000	
Zwischensumme:		33,238		33,238		31,150	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		66,238		75,238		64,150	
Summe:		66,238		75,238		64,150	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Hauptpersonalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,500		0,500		0,500	
Fahrer/in von Mehrzweckfahrzeugen	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000 *(0076)*	2,000	2,000 *(0076)*	0,000	
Zwischensumme:		1,000		2,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		8,000		6,000	
Summe:		7,000		8,000		6,000	

Stellenvermerke

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	5,000		5,000		5,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	6,000		6,000		5,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		17,000		17,000		15,000	
Teilsumme (Teilplan A):		17,000		17,000		15,000	
Summe:		17,000		17,000		15,000	
42801 Entgelte der planmäßigen							
Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		8,000	
Teilsumme (Teilplan A):		8,000		8,000		8,000	
Summe:		8,000		8,000		8,000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Grundsatz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0076)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		1,000	
Summe:		0,000		0,000		1,000	

Stellenvermerke

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		1,000		3,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		2,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		2,000		4,000	
Summe:		3,000		2,000		4,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		0,350	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	1,500		1,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9A	1,000		1,000		1,000	
Geomatiker/in	E8	0,000		0,000		1,000	
Vermessungstechniker/in	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Handwerker/in)	E7	0,000		0,000		1,000	
Forstwirt/in	E5	13,000		13,000		16,000	
Laborant/in	E5	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (nach TV-L-Forst)	E2	3,000	3,000 *(2128)*	3,000	3,000 *(2128)*	3,000	3,000 *(2128)*
Zwischensumme:		20,500		20,500		27,850	
Teilsumme (Teilplan A):		20,500		20,500		27,850	
Summe:		20,500		20,500		27,850	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	0,000		0,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Fachverwaltungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	7,000		7,000		4,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Oberfachverwaltungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	5,000		5,000		4,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	12,000		12,000		11,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		3,000	
Amtsrätin/-rat	A12	8,000		8,000		10,000	
Bauamtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	12,000		12,000		11,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		0,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		3,000	
Zwischensumme:		60,000		60,000		55,000	
Teilsumme (Teilplan A):		60,000		60,000		55,000	
Summe:		60,000		60,000		55,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	17,000		17,000		15,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	12,660		12,660		11,750	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	2,000		2,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		2,000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Umweltpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,760		4,760		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		1,000	
Technische/r Assistent/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		4,000	
Zwischensumme:		62,420		62,420		65,750	
Teilsumme (Teilplan A):		62,420		62,420		65,750	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		8,000	
Teilsumme (Teilplan B):		8,000		8,000		8,000	
Summe:		70,420		70,420		73,750	

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000	2,000 *(0124)*	2,000	2,000 *(0124)*	2,000	2,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000	1,000 *(0088)*	1,000	1,000 *(0088)*	1,000	1,000 *(0088)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000	2,000 *(0088)*	2,000	2,000 *(0088)*	2,000	2,000 *(0088)*
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,000		5,000		5,000	
Summe:		5,000		5,000		5,000	

Stellenvermerke

0088 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Programms "Freiwilliges ökologisches Jahr" weg.

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0124 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2029 weg.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	3,000		3,000		3,000	
Fachverwaltungsdirektor/in	A15	3,000		3,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberfachverwaltungsrätin/-rat	A14	4,000		4,000		4,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	6,000		6,000		7,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	5,500		5,500		4,500	
Bauoberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	6,500		6,500		6,500	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	14,000		14,000		14,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	4,050		4,050		4,150	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		55,050		55,050		55,150	
Teilsumme (Teilplan A):		55,050		55,050		55,150	
Summe:		55,050		55,050		55,150	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	7,000		7,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	13,750		13,750		12,750	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	28,320	2,000 *(2128)*	28,320	2,000 *(2128)*	28,500	2,000 *(2128)*
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	10,900		10,900		9,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	4,780		4,780		6,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9B	3,880		3,880		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,880	
Technische/r Assistent/in	E9B	4,500		4,500		3,500	
Schiffsführer/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,750		2,750		2,750	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Technische/r Assistent/in	E9A	5,000		5,000		6,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	5,200		5,200		6,130	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,600		1,600		1,600	
Tarifbeschäftigte/r in der Registratur	E6	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Zeichner/in	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		94,680		94,680		93,110	
Teilsumme (Teilplan A):		94,680		94,680		93,110	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	11,580	2,000 *(2128)*	11,580	2,000 *(2128)*	9,700	2,000 *(2128)*
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	4,000		4,000		5,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		4,000	
Zwischensumme:		21,580		21,580		21,700	
Teilsumme (Teilplan B):		21,580		21,580		21,700	
Summe:		116,260		116,260		114,810	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0106)*	0,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000	2,000 *(0076)* 1,000 *(0143)*	3,000	2,000 *(0076)* 1,000 *(0143)*	1,000	1,000 *(0076)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000	1,000 *(0143)*	1,000	1,000 *(0143)*	0,000	
Zwischensumme:		5,000		4,000		1,000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integrativer Umweltschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk - Vorlesekräfte für Blinde							
Tarifbeschäftigte/r (Vorlesekraft für Blinde)	E6	1,000	1,000 *(0021)*	1,000	1,000 *(0021)*	1,000	1,000 *(0021)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		6,000		5,000		2,000	
Summe:		6,000		5,000		2,000	

Stellenvermerke

0021 Stelle fällt nach Ausscheiden d. Blinden /Schwerbehinderten bei Freiwerden weg.

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

0143 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2030 weg.

42890 Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,670	3,670 *(0076)*	3,670	3,670 *(0076)*	0,000	
Zwischensumme:		3,670		3,670		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,670		3,670		0,000	
Summe:		3,670		3,670		0,000	

Stellenvermerke

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

Fischereiamt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Fachverwaltungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Fachverwaltungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,000		5,000		5,000	
Summe:		5,000		5,000		5,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Assistent/in	E9B	1,000		1,000		1,000	
Schiffsführer/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Staatliche/r Fischereiaufseher/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		1,000	
Hausmeister/in	E5	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r (Fischwirt/in)	E5	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		7,500		7,500		7,500	
Teilsumme (Teilplan A):		7,500		7,500		7,500	
Summe:		7,500		7,500		7,500	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Azubi Fischwirt/in	AUSBEG-1-AUSBEG-3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	5,000		5,000		5,000	
Leitende(r) Baudirektor/in	A16	0,000		0,000		1,000	
Baudirektor/in	A15	6,000		6,000		6,000	
Regierungsdirektor/in	A15	3,000		3,000		3,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	6,000		6,000		6,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		2,000	
Baurätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000		4,000		4,000	
Vermessungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Bauoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		3,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		4,000	
Bauamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		4,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		47,000		47,000		46,000	
Teilsumme (Teilplan A):		47,000		47,000		46,000	
Summe:		47,000		47,000		46,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	11,000		11,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	81,750		81,750		68,750	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	40,200	4,000 *(2128)*	40,200	4,000 *(2128)*	40,000	4,500 *(2128)*
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	8,000		8,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		164,950		164,950		149,750	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000	1,000 *(0002)*	1,000	1,000 *(0002)*	1,000	1,000 *(0002)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		165,950		165,950		150,750	
Summe:		165,950		165,950		150,750	

Stellenvermerke

0002 Stelle/Beschäftigungsposition fällt bei Freiwerden weg (ohne Übernahmeverpflichtung).

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		2,000	2,000 *(0076)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		2,000	
Summe:		0,000		0,000		2,000	

Stellenvermerke

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Verkehr -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42890 Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0076)*	1,000	1,000 *(0076)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000	4,000 *(0076)*	4,000	4,000 *(0076)*	6,000	6,000 *(0076)*
Zwischensumme:		5,000		5,000		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,000		5,000		6,000	
Summe:		5,000		5,000		6,000	

Stellenvermerke

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000	1,000 *(0002)*	1,000	1,000 *(0002)*	1,000	1,000 *(0002)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0002 Stelle/Beschäftigungsposition fällt bei Freiwerden weg (ohne Übernahmeverpflichtung).

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000	1,000 *(0002)*	1,000	1,000 *(0002)*	1,000	1,000 *(0002)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0002 Stelle/Beschäftigungsposition fällt bei Freiwerden weg (ohne Übernahmeverpflichtung).

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		2,000	
Leitende(r) Baudirektor/in	A16	11,000		11,000		11,000	
Baudirektor/in	A15	3,000		3,000		2,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	17,000		17,000		16,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Baurätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Bauoberamtsrätin/-rat	A13S	5,000		5,000		5,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		4,000	
Bauamtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		6,000	
Bauamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Bauoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		2,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		67,000		67,000		64,000	
Teilsumme (Teilplan A):		67,000		67,000		64,000	
Summe:		67,000		67,000		64,000	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	43,000		43,000		42,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	13,000		13,000		15,000	1,000 *(2128)*

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	24,000		24,000		24,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,800		1,800		1,800	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	38,000		38,000		38,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	11,670		11,670		8,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	19,000		19,000		17,000	
Vermessungstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		3,850	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	7,000		7,000		10,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	16,000		16,000		16,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	9,000		9,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	10,000		10,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektriker/in)	E7	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Zeichner/in	E6	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		209,470		209,470		203,650	
Teilsumme (Teilplan A):		209,470		209,470		203,650	
Summe:		209,470		209,470		203,650	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	11,000	11,000 *(0076)*	11,000	11,000 *(0076)*	9,000	9,000 *(0076)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0076)*	1,000	1,000 *(0076)*	1,000	1,000 *(0076)*
Zwischensumme:		12,000		12,000		10,000	
Teilsumme (Teilplan A):		12,000		12,000		10,000	
Summe:		12,000		12,000		10,000	

Stellenvermerke

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Tiefbau -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Azubi Bauingenieurwesen	STUDENT	20,000		20,000		20,000	
Zwischensumme:		20,000		20,000		20,000	
Teilsumme (Teilplan A):		20,000		20,000		20,000	
Summe:		20,000		20,000		20,000	
42831 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)							
Teilplan A							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Gärtner/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Fahrer/in von Mehrzweckfahrzeugen	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Straßenwärter/in)	E5	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		7,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		7,000		7,000	
Summe:		7,000		7,000		7,000	
42890 Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,500	1,500 *(0076)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,500	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		1,500	
Summe:		0,000		0,000		1,500	

Stellenvermerke

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	3,000		3,000		3,000	
Leitende(r) Baudirektor/in	A16	1,000		1,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		0,000	
Gartenbaudirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	5,000		5,000		5,000	
Obergartenbaurätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	7,000		7,000		6,000	
Baurätin/-rat	A13	2,000		2,000		1,000	
Gartenbaurätin/-rat	A13	3,000		3,000		3,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	6,000		6,000		6,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		3,000	
Amtsrätin/-rat	A12	10,000		10,000		10,000	
Bauamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Gartenbauamtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Gartenbauamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Gartenbauoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		2,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		3,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		58,000		58,000		58,000	
Teilsumme (Teilplan A):		58,000		58,000		58,000	
Summe:		58,000		58,000		58,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	16,500		16,500		16,500	
Gartenbautechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	0,500		0,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	30,030	4,600 *(2128)*	30,030	4,600 *(2128)*	32,280	10,030 *(2128)*

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Gartenbautechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	9,250		9,250		9,250	
Tarifbeschäftigte/r	E12	7,000		7,000		7,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Gartenbautechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,700		1,700		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,500		0,500		0,500	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Vermessungstechniker/in	E9A	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		80,980		80,980		83,030	
Teilsumme (Teilplan A):		80,980		80,980		83,030	
Summe:		80,980		80,980		83,030	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000	2,000 *(0106)*	0,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000	4,000 *(0106)*	0,000		0,000	
Zwischensumme:		6,000		0,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		6,000		0,000		0,000	
Summe:		6,000		0,000		0,000	

Stellenvermerke

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

Berliner Forsten

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Leitende/r Forstdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Forstdirektor/in	A15	4,000		4,000		4,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Forstoberamtsrätin/rat	A13S	7,000		7,000		7,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Forstamtsrätin/rat	A12	10,000		10,000		10,000	
Forstamtfrau/-mann	A11	22,000		22,000		22,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		1,000	
Regierungsinspektor/in	A9	2,000		2,000		4,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		54,000		54,000		54,000	
Teilsumme (Teilplan A):		54,000		54,000		54,000	
Summe:		54,000		54,000		54,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	5,500		5,500		5,500	
Tarifbeschäftigte/r (im Forstverwaltungsdienst)	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	5,000		5,000		5,000	
Forstwirtschaftsmeister/in	E8	22,000		22,000		22,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		4,000	
Forstwirt/in	E7	6,000		6,000		5,000	
Vermessungstechniker/in	E7	1,000		1,000		1,000	
Forstwirt/in	E6	8,000		8,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,000		4,000		4,000	
Forstwirt/in	E5	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	2,150	0,500 *(2128)*	2,150	0,500 *(2128)*	2,500	0,500 *(2128)*
Zwischensumme:		69,650		69,650		70,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		70,650		70,650		71,000	

Berliner Forsten

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,250		2,250		1,250	
Tarifbeschäftigte/r (im Forstverwaltungsdienst)	E10	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (im Forstverwaltungsdienst)	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	6,000		6,000		6,000	
Forstwirtschaftsmeister/in	E8	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	
Forstwirt/in	E7	12,000		12,000		5,000	
Forstwirt/in	E6	13,000		13,000		20,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Forstwirt/in	E5	70,000		70,000		70,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	2,000		2,000		2,340	
Zwischensumme:		131,250		131,250		131,590	
Teilsumme (Teilplan B):		131,250		131,250		131,590	
Summe:		201,900		201,900		202,590	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000	2,000 *(0093)*	2,000	2,000 *(0093)*	2,000	2,000 *(0093)*
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Stellenvermerke

0093 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes "Arbeit statt Strafe" weg.

Berliner Forsten

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Azubi Forstwirt/in	AUSBEG-1-AUSBEG-3	24,000		24,000		24,000	
Zwischensumme:		24,000		24,000		24,000	
Teilsumme (Teilplan A):		24,000		24,000		24,000	
Summe:		24,000		24,000		24,000	

Pflanzenschutzamt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Gartenbautechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	4,800		4,800		4,800	
Gartenbautechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	4,500		4,500		4,500	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Gärtnermeister/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Assistent/in	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Gärtner/in)	E6	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		24,300		24,300		24,300	
Teilsumme (Teilplan A):		24,300		24,300		24,300	
Summe:		24,300		24,300		24,300	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Azubi Gärtner/in	AUSBEG-1-AUSBEG-3	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		3,000	
Summe:		3,000		3,000		3,000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	3,000		3,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		2,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	2,000		2,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,000		4,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	7,000		7,000		5,000	
Amtsrätin/-rat	A12	8,000		8,000		8,000	
Bauamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	24,000		24,000		24,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	14,000		14,000		16,000	
Regierungsinspektor/in	A9	7,000		7,000		7,000	
Bauhauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	3,000		3,000		2,000	
Zwischensumme:		78,000		78,000		75,000	
Teilsumme (Teilplan A):		78,000		78,000		75,000	
Summe:		78,000		78,000		75,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	29,000		29,000		28,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	6,000		6,000		4,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		4,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	7,000		7,000		6,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	9,000		9,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	23,850		23,850		25,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		0,000	

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
- Integratives Verkehrsmanagement -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Zeichner/in	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		91,850		91,850		90,000	
Teilsumme (Teilplan A):		91,850		91,850		90,000	
Summe:		91,850		91,850		90,000	

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000	2,000 *(0076)*	2,000	2,000 *(0076)*	2,000	2,000 *(0076)*
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Stellenvermerke

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

42890 Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		2,000	2,000 *(0076)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		2,000	
Summe:		0,000		0,000		2,000	

Stellenvermerke

0076 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung des Projektes weg.

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz
- Verbraucherschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	0,000		0,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	0,000		0,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	0,000		0,000		1,000	
Leitende(r) Veterinärdirektor/in	A16	0,000		0,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		4,000	
Veterinärdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		10,000	
Oberveterinärrätin/-rat	A14	0,000		0,000		4,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		3,800	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		6,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		36,800	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		0,200	
Zwischensumme:		0,000		0,000		0,200	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		37,000	
Summe:		0,000		0,000		37,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,600	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,800	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		4,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		11,400	

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz
- Verbraucherschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		0,400	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		0,200	
Zwischensumme:		0,000		0,000		0,600	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		12,000	
Summe:		0,000		0,000		12,000	

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 07	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**
0700	2025	2,000	1,000	-	1,000	2,000
	2024	2,000	1,000	-	1,000	2,000
	2023	3,000	1,000	-	1,000	-
0705	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	1,000	-	1,000
0709	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0710	2025	-	1,000	-	1,000	1,000
	2024	-	1,000	-	1,000	1,000
	2023	-	-	1,000	1,000	1,000
0720	2025	-	1,000	-	1,000	3,000
	2024	-	1,000	-	1,000	3,000
	2023	-	1,000	-	1,000	3,000
0721	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0730	2025	-	1,000	-	1,000	5,000
	2024	-	1,000	-	1,000	5,000
	2023	-	1,000	-	1,000	5,000
0732	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0740	2025	-	1,000	-	1,000	2,000
	2024	-	1,000	-	1,000	2,000
	2023	-	1,000	-	1,000	2,000
0750	2025	-	1,000	-	1,000	3,000
	2024	-	1,000	-	1,000	3,000
	2023	-	1,000	-	1,000	3,000
0751	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0752	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0770	2025	-	-	1,000	-	3,000
	2024	-	-	1,000	-	3,000
	2023	-	-	1,000	-	-
0780	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	1,000	1,000	1,000
Summe	2025	2,000	6,000	2,000	6,000	21,000
	2024	2,000	6,000	2,000	6,000	21,000
	2023	3,000	5,000	4,000	7,000	17,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 07
Teilsumme	**A16**	**A15**	**A14**	**A13**	jahr	
6,000	-	5,000	29,000	1,000	2025	**0700**
6,000	-	5,000	21,000	1,000	2024	
5,000	2,000	2,000	19,000	1,000	2023	
2,000	1,000	5,000	6,000	-	2025	**0705**
2,000	1,000	5,000	6,000	-	2024	
2,000	1,000	5,000	5,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0709**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
3,000	1,000	8,000	7,000	12,000	2025	**0710**
3,000	1,000	8,000	7,000	12,000	2024	
3,000	1,000	5,000	6,000	11,000	2023	
5,000	-	4,000	10,000	5,500	2025	**0720**
5,000	-	4,000	10,000	5,500	2024	
5,000	-	4,000	11,000	4,500	2023	
-	-	1,000	-	1,000	2025	**0721**
-	-	1,000	-	1,000	2024	
-	-	1,000	-	1,000	2023	
7,000	-	9,000	9,000	7,000	2025	**0730**
7,000	-	9,000	9,000	7,000	2024	
7,000	1,000	9,000	8,000	7,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0732**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
4,000	11,000	3,000	19,000	2,000	2025	**0740**
4,000	11,000	3,000	19,000	2,000	2024	
4,000	11,000	2,000	18,000	2,000	2023	
5,000	2,000	2,000	15,000	11,000	2025	**0750**
5,000	2,000	2,000	15,000	11,000	2024	
5,000	2,000	2,000	14,000	10,000	2023	
1,000	1,000	4,000	1,000	1,000	2025	**0751**
1,000	1,000	4,000	1,000	1,000	2024	
1,000	1,000	4,000	1,000	1,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0752**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
4,000	1,000	1,000	6,000	2,000	2025	**0770**
4,000	1,000	1,000	6,000	2,000	2024	
1,000	3,000	2,000	3,000	2,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0780**
-	-	-	-	-	2024	
3,000	2,000	5,000	14,000	-	2023	
37,000	17,000	42,000	102,000	42,500	2025	**Summe**
37,000	17,000	42,000	94,000	42,500	2024	
36,000	24,000	41,000	99,000	39,500	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 07	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A13S	**A12**	**A11**	**A10**	**A9**
0700	2025	4,000	13,000	19,000	2,000	-
	2024	4,000	13,000	19,000	2,000	-
	2023	7,000	11,000	18,000	6,000	-
0705	2025	-	1,000	1,000	1,000	-
	2024	-	1,000	1,000	1,000	-
	2023	-	-	1,000	1,000	-
0709	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	2,000	-
	2023	-	-	-	3,000	-
0710	2025	4,000	10,000	12,000	-	1,000
	2024	4,000	10,000	12,000	-	1,000
	2023	3,000	12,000	11,000	-	-
0720	2025	3,000	6,500	14,000	4,050	1,000
	2024	3,000	6,500	14,000	4,050	1,000
	2023	3,000	6,500	14,000	4,150	1,000
0721	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
0730	2025	5,000	5,000	4,000	-	-
	2024	5,000	5,000	4,000	-	-
	2023	5,000	4,000	4,000	-	-
0732	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0740	2025	6,000	10,000	4,000	4,000	1,000
	2024	6,000	10,000	4,000	4,000	1,000
	2023	6,000	10,000	4,000	3,000	1,000
0750	2025	2,000	13,000	3,000	4,000	-
	2024	2,000	13,000	3,000	4,000	-
	2023	3,000	13,000	3,000	5,000	-
0751	2025	8,000	10,000	22,000	3,000	2,000
	2024	8,000	10,000	22,000	3,000	2,000
	2023	8,000	10,000	22,000	1,000	4,000
0752	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0770	2025	7,000	8,000	25,000	14,000	7,000
	2024	7,000	8,000	25,000	14,000	7,000
	2023	5,000	8,000	25,000	16,000	7,000
0780	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	4,000	6,000	1,000	-
Summe	2025	39,000	76,500	105,000	34,050	12,000
	2024	39,000	76,500	105,000	35,050	12,000
	2023	41,000	78,500	109,000	41,150	13,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 07
A9Z	**A9S**	**A8**	**A7**	**Teilsumme**	jahr	
-	2,000	-	-	75,000	2025	**0700**
-	2,000	-	-	67,000	2024	
-	2,000	-	-	68,000	2023	
-	-	-	-	15,000	2025	**0705**
-	-	-	-	15,000	2024	
-	-	-	-	13,000	2023	
-	1,000	-	-	2,000	2025	**0709**
-	1,000	-	-	3,000	2024	
-	1,000	-	-	4,000	2023	
-	-	2,000	-	57,000	2025	**0710**
-	-	2,000	-	57,000	2024	
-	-	3,000	-	52,000	2023	
-	1,000	1,000	-	50,050	2025	**0720**
-	1,000	1,000	-	50,050	2024	
-	1,000	1,000	-	50,150	2023	
-	-	1,000	1,000	5,000	2025	**0721**
-	-	1,000	1,000	5,000	2024	
-	-	1,000	1,000	5,000	2023	
-	-	1,000	-	40,000	2025	**0730**
-	-	1,000	-	40,000	2024	
-	-	1,000	-	39,000	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**0732**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
1,000	2,000	-	-	63,000	2025	**0740**
1,000	2,000	-	-	63,000	2024	
1,000	2,000	-	-	60,000	2023	
-	1,000	-	-	53,000	2025	**0750**
-	1,000	-	-	53,000	2024	
-	1,000	-	-	53,000	2023	
-	1,000	-	-	53,000	2025	**0751**
-	1,000	-	-	53,000	2024	
-	1,000	-	-	53,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0752**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	3,000	-	74,000	2025	**0770**
-	-	3,000	-	74,000	2024	
-	-	3,000	-	74,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0780**
-	-	-	-	-	2024	
-	1,000	-	-	34,000	2023	
1,000	8,000	8,000	1,000	488,050	2025	**Summe**
1,000	8,000	8,000	1,000	481,050	2024	
1,000	9,000	9,000	1,000	506,150	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 07	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
0700	2025	2,000	29,000	6,000	3,000	6,750
	2024	2,000	20,000	6,000	3,000	6,750
	2023	3,000	17,000	5,000	3,000	4,750
0705	2025	-	1,000	1,000	1,000	1,000
	2024	-	1,000	1,000	1,000	1,000
	2023	-	-	1,000	2,000	1,000
0709	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	0,350	1,000	-	-
0710	2025	4,000	17,000	17,660	11,000	5,000
	2024	4,000	17,000	17,660	11,000	5,000
	2023	7,000	15,000	16,750	11,000	8,000
0720	2025	7,000	13,750	40,900	14,900	4,780
	2024	7,000	13,750	40,900	14,900	4,780
	2023	6,000	12,750	39,200	14,000	7,000
0721	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0730	2025	11,000	81,750	46,200	2,000	2,000
	2024	11,000	81,750	46,200	2,000	2,000
	2023	8,000	68,750	46,000	3,000	2,000
0732	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0740	2025	4,000	43,000	37,000	39,800	33,670
	2024	4,000	43,000	37,000	39,800	33,670
	2023	5,000	42,000	39,000	39,800	28,000
0750	2025	5,000	16,500	31,530	17,250	3,000
	2024	5,000	16,500	31,530	17,250	3,000
	2023	5,000	16,500	33,280	16,250	4,000
0751	2025	3,000	-	-	1,000	3,000
	2024	3,000	-	-	1,000	3,000
	2023	3,000	-	-	-	4,000
0752	2025	1,000	3,000	1,000	1,000	4,800
	2024	1,000	3,000	1,000	1,000	4,800
	2023	1,000	3,000	1,000	1,000	4,800
0770	2025	4,000	29,000	7,000	4,000	-
	2024	4,000	29,000	7,000	4,000	-
	2023	4,000	28,000	6,000	6,000	-
0780	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	2,000	1,000	3,000	2,000
Summe	2025	41,000	234,000	189,290	94,950	64,000
	2024	41,000	225,000	189,290	94,950	64,000
	2023	42,000	205,350	190,230	99,050	65,550

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 07
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**	jahr	
3,000	10,000	3,000	5,000	0,400	2025	**0700**
3,000	10,000	3,000	5,000	0,400	2024	
2,000	8,000	8,000	5,000	0,400	2023	
2,000	-	2,000	-	-	2025	**0705**
2,000	-	2,000	-	-	2024	
2,000	-	2,000	-	-	2023	
-	1,000	2,500	1,000	-	2025	**0709**
-	1,000	2,500	1,000	-	2024	
-	1,000	2,500	2,000	1,000	2023	
4,760	3,000	4,000	4,000	-	2025	**0710**
4,760	3,000	4,000	4,000	-	2024	
6,000	2,000	3,000	5,000	-	2023	
-	14,380	10,750	6,200	-	2025	**0720**
-	14,380	10,750	6,200	-	2024	
-	13,380	11,750	7,130	-	2023	
-	1,000	3,000	-	-	2025	**0721**
-	1,000	3,000	-	-	2024	
-	1,000	3,000	-	-	2023	
3,000	3,000	7,000	1,000	-	2025	**0730**
3,000	3,000	7,000	1,000	-	2024	
3,000	3,000	7,000	1,000	-	2023	
1,000	-	-	-	-	2025	**0732**
1,000	-	-	-	-	2024	
1,000	-	-	-	-	2023	
11,000	17,000	19,000	-	-	2025	**0740**
11,000	17,000	19,000	-	-	2024	
13,850	17,000	13,000	-	1,000	2023	
1,700	0,500	3,500	2,000	-	2025	**0750**
1,700	0,500	3,500	2,000	-	2024	
2,000	0,500	3,500	-	-	2023	
14,750	4,000	11,000	37,000	19,000	2025	**0751**
14,750	4,000	11,000	37,000	19,000	2024	
13,750	5,000	11,000	37,000	11,000	2023	
5,500	-	5,000	-	-	2025	**0752**
5,500	-	5,000	-	-	2024	
5,500	-	5,000	-	-	2023	
10,000	3,000	9,000	23,850	-	2025	**0770**
10,000	3,000	9,000	23,850	-	2024	
8,000	4,000	8,000	25,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0780**
-	-	-	-	-	2024	
-	4,000	-	-	-	2023	
56,710	56,880	79,750	80,050	19,400	2025	**Summe**
56,710	56,880	79,750	80,050	19,400	2024	
57,100	58,880	77,750	82,130	13,400	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 07	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**
0700	2025	3,088	-	3,000	1,000	-
	2024	3,088	-	3,000	1,000	-
	2023	4,000	-	1,000	3,000	-
0705	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0709	2025	-	13,000	-	-	3,000
	2024	-	13,000	-	-	3,000
	2023	-	17,000	-	-	3,000
0710	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0720	2025	3,600	-	-	-	-
	2024	3,600	-	-	-	-
	2023	3,600	-	-	-	-
0721	2025	2,000	0,500	-	-	-
	2024	2,000	0,500	-	-	-
	2023	1,000	1,500	-	-	-
0730	2025	8,000	-	-	-	-
	2024	8,000	-	-	-	-
	2023	6,000	1,000	1,000	-	-
0732	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0740	2025	5,000	-	-	-	-
	2024	5,000	-	-	-	-
	2023	5,000	-	-	-	-
0750	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	1,000	1,000	-	-
0751	2025	28,000	81,150	-	-	-
	2024	28,000	81,150	-	-	-
	2023	36,000	81,840	-	-	-
0752	2025	3,000	-	-	-	-
	2024	3,000	-	-	-	-
	2023	3,000	-	-	-	-
0770	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-
0780	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	54,688	94,650	3,000	1,000	3,000
	2024	54,688	94,650	3,000	1,000	3,000
	2023	59,600	102,340	3,000	3,000	3,000

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 07
Teilsumme	**AT2**	**Teilsumme**			jahr	
75,238	-	-			2025	**0700**
66,238	-	-			2024	
64,150	-	-			2023	
8,000	-	-			2025	**0705**
8,000	-	-			2024	
8,000	-	-			2023	
20,500	-	-			2025	**0709**
20,500	-	-			2024	
27,850	-	-			2023	
70,420	-	-			2025	**0710**
70,420	-	-			2024	
73,750	-	-			2023	
116,260	-	-			2025	**0720**
116,260	-	-			2024	
114,810	-	-			2023	
7,500	-	-			2025	**0721**
7,500	-	-			2024	
7,500	-	-			2023	
164,950	1,000	1,000			2025	**0730**
164,950	1,000	1,000			2024	
149,750	1,000	1,000			2023	
1,000	-	-			2025	**0732**
1,000	-	-			2024	
1,000	-	-			2023	
209,470	-	-			2025	**0740**
209,470	-	-			2024	
203,650	-	-			2023	
80,980	-	-			2025	**0750**
80,980	-	-			2024	
83,030	-	-			2023	
201,900	-	-			2025	**0751**
201,900	-	-			2024	
202,590	-	-			2023	
24,300	-	-			2025	**0752**
24,300	-	-			2024	
24,300	-	-			2023	
91,850	-	-			2025	**0770**
91,850	-	-			2024	
90,000	-	-			2023	
-	-	-			2025	**0780**
-	-	-			2024	
12,000	-	-			2023	
1.072,368	1,000	1,000			2025	**Summe**
1.063,368	1,000	1,000			2024	
1.062,380	1,000	1,000			2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 07	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt		
0700	2025	81,000	75,238	156,238		
	2024	73,000	66,238	139,238		
	2023	73,000	64,150	137,150		
0705	2025	17,000	8,000	25,000		
	2024	17,000	8,000	25,000		
	2023	15,000	8,000	23,000		
0709	2025	2,000	20,500	22,500		
	2024	3,000	20,500	23,500		
	2023	4,000	27,850	31,850		
0710	2025	60,000	70,420	130,420		
	2024	60,000	70,420	130,420		
	2023	55,000	73,750	128,750		
0720	2025	55,050	116,260	171,310		
	2024	55,050	116,260	171,310		
	2023	55,150	114,810	169,960		
0721	2025	5,000	7,500	12,500		
	2024	5,000	7,500	12,500		
	2023	5,000	7,500	12,500		
0730	2025	47,000	165,950	212,950		
	2024	47,000	165,950	212,950		
	2023	46,000	150,750	196,750		
0732	2025	1,000	1,000	2,000		
	2024	1,000	1,000	2,000		
	2023	1,000	1,000	2,000		
0740	2025	67,000	209,470	276,470		
	2024	67,000	209,470	276,470		
	2023	64,000	203,650	267,650		
0750	2025	58,000	80,980	138,980		
	2024	58,000	80,980	138,980		
	2023	58,000	83,030	141,030		
0751	2025	54,000	201,900	255,900		
	2024	54,000	201,900	255,900		
	2023	54,000	202,590	256,590		
0752	2025	-	24,300	24,300		
	2024	-	24,300	24,300		
	2023	-	24,300	24,300		
0770	2025	78,000	91,850	169,850		
	2024	78,000	91,850	169,850		
	2023	75,000	90,000	165,000		
0780	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	37,000	12,000	49,000		
Summe	2025	525,050	1.073,368	1.598,418		
	2024	518,050	1.064,368	1.582,418		
	2023	542,150	1.063,380	1.605,530		

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 8
Einzelplan 08
Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8 - 5
Kapitel 0800 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	8 - 15
Kapitel 0809 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Personalüberhang -	8 - 25
Kapitel 0810 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Kultur -	8 - 27
Produktdarstellung	8 - 117
Kapitel 0812 Brücke-Museum	8 - 121
Kapitel 0813 Gedenkstätte Deutscher Widerstand	8 - 127
Kapitel 0814 Landesarchiv	8 - 133
Produktdarstellung	8 - 141
Kapitel 0820 Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	8 - 143
Produktdarstellung	8 - 149
Kapitel 0830 umgegliedert	8 - 153
Kapitel 0840 umgegliedert	8 - 155
Kapitel 0841 umgegliedert	8 - 157
Kapitel 0850 Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Engagement und Demokratieförderung -	8 - 159
Stellenplan	8 - 163
Stellenübersicht	8 - 191
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2

	Band/Seite
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	4
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	14

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der Einzelplan 08 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt für die Aufgabenbereiche Kultur, Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Engagement- und Demokratieförderung. Weitere Einzelheiten sind den allgemeinen Erläuterungen zu den Kapiteln 0800 bis 0850 zu entnehmen.

Die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen bewirtschafteten Hochbaumaßnahmen des Einzelplans und ihre korrespondierenden Einnahmen werden im Kapitel 1250 (Maßnahmegruppe 08) ausgewiesen.

Die verfahrensunabhängige IKT wird aus dem Kapitel 2708 bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport finanziert.

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 08, mit Ausnahme der Obergruppe 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.

Haushaltsvermerk:
Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass

1. Kulturgut, das seinen Eigentümern erwiesenermaßen oder mit hoher Wahrscheinlichkeit NS-verfolgungsbedingt entzogen wurde, an diese oder deren Rechtsnachfolger unentgeltlich herausgegeben wird, insbesondere wenn dies die "Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz" empfiehlt. Die Herausgabe erfolgt unter Erstattung etwaiger Wiedergutmachungsleistungen, die wegen des NS-verfolgungsbedingten Entzugs dieses Kulturguts gezahlt worden sind;

2. Sammlungsgut oder andere Objekte, die aus kolonialen Kontexten stammen und nach Würdigung der Gesamtumstände durch die zuständige Stelle im Einzelfall nicht in der Sammlung verbleiben sollen, insbesondere weil ihre Aneignung in rechtlich und/oder ethisch heute nicht mehr vertretbarer Weise erfolgte, unentgeltlich an den Herkunftsstaat bzw. Vertreter der Herkunftsgesellschaft, die ehemals Berechtigten bzw. deren Rechtsnachfolger oder geeignete Institutionen herausgegeben werden;

3. Kulturgut, welches im Ersten oder im Zweiten Weltkrieg unrechtmäßig verbracht wurde, unentgeltlich an seine ursprünglichen Eigentümer, deren Rechtsnachfolger oder an den Staat, dem es nach Würdigung der Gesamtumstände zuzuordnen ist, herausgegeben wird.

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**3.375.400**	**3.375.400**	**1.826.400**	**3.144.343,26**
11	Verwaltungseinnahmen	3.269.400	3.269.400	1.691.400	3.065.174,88
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	105.000	105.000	134.000	79.168,38
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	1.000	1.000	1.000	---
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**26.552.600**	**26.563.600**	**28.223.600**	**27.688.775,66**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	18.394.000	18.400.000	17.969.000	19.512.829,00
27	Zuschüsse von der EU	8.148.000	8.153.000	10.244.000	5.094.146,34
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	10.600	10.600	10.600	3.065.390,20
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	---	---	---	16.410,12
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**1.000**	**1.000**	**391.000**	**365.389,98**
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	1.000	1.000	391.000	365.389,98
∑	**Summe Einnahmen**	**29.929.000**	**29.940.000**	**30.441.000**	**31.198.508,90**

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**27.474.700**	**28.892.700**	**25.849.900**	**23.266.305,08**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	1.000	1.000	1.000	---
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	27.075.600	28.469.800	25.435.000	22.915.028,72
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	365.800	389.600	366.300	312.000,82
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	32.300	32.300	47.600	39.275,54
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**27.955.100**	**28.475.700**	**27.179.300**	**23.614.607,38**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	27.955.100	28.475.700	27.179.300	23.614.607,38
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**848.977.100**	**880.872.100**	**825.291.500**	**779.804.587,95**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	1.000	1.000	1.000	389.619,93
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	359.000	509.000	359.000	495.360,46
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	848.617.100	880.362.100	824.931.500	778.919.607,56
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**49.421.000**	**60.899.000**	**39.881.000**	**45.038.683,21**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	1.911.000	1.765.000	462.000	278.561,69
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	1.161.000	1.264.000	1.065.000	973.998,82
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	---	---	---	10.831.208,00
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	46.349.000	57.870.000	38.354.000	32.954.914,70
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**-6.480.000**	**1.520.000**	**-749.000**	**---**
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	-6.480.000	1.520.000	-749.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**947.347.900**	**1.000.659.500**	**917.452.700**	**871.724.183,62**

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**3.000**	**3.000**	**2.000**	**1.380,00**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	3.000	3.000	2.000	1.380,00
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**21.778.000**	**21.784.000**	**20.195.000**	**26.102.982,56**
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	475.000	475.000	478.000	404.183,41
18	Kultur und Religion	17.390.000	17.390.000	15.899.000	19.091.356,98
19	Kultur und Religion	3.913.000	3.919.000	3.818.000	6.607.442,17
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**1.105.000**	**1.110.000**	**1.665.000**	**1.811.522,73**
25	Arbeitsmarktpolitik	1.105.000	1.110.000	1.665.000	1.811.522,73
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**7.042.000**	**7.042.000**	**8.578.000**	**3.282.623,61**
69	Regionale Fördermaßnahmen	7.042.000	7.042.000	8.578.000	3.282.623,61
8	**Finanzwirtschaft**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1.000	1.000	1.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**29.929.000**	**29.940.000**	**30.441.000**	**31.198.508,90**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**31.814.200**	**33.242.400**	**30.742.500**	**21.926.512,56**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	31.814.200	33.242.400	30.742.500	21.926.512,56
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**908.495.500**	**947.353.300**	**876.622.500**	**844.887.205,75**
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11.365.600	12.690.500	9.576.800	9.141.120,63
18	Kultur und Religion	755.575.700	788.759.900	730.153.700	704.144.679,04
19	Kultur und Religion	141.554.200	145.902.900	136.892.000	131.601.406,08
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**1.106.000**	**1.111.000**	**1.666.000**	**1.431.910,55**
25	Arbeitsmarktpolitik	1.106.000	1.111.000	1.666.000	1.431.910,55
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**11.903.000**	**16.903.000**	**8.375.000**	**2.831.903,96**
69	Regionale Fördermaßnahmen	11.903.000	16.903.000	8.375.000	2.831.903,96
8	**Finanzwirtschaft**	**-5.970.800**	**2.049.800**	**46.700**	**646.650,80**
86	Sonstiges	509.200	529.800	795.700	646.650,80
88	Globalposten	-6.480.000	1.520.000	-749.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**947.347.900**	**1.000.659.500**	**917.452.700**	**871.724.183,62**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Es wurden folgende Maßnahmegruppen gebildet:

Maßnahmegruppe 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT –

Kapitel 0810:
Maßnahmegruppe 02 – Bühnen und Tanz,
Maßnahmegruppe 03 – Museen, Gedenkstätten und Erinnerungskultur,
Maßnahmegruppe 04 – Musik (Chöre, Orchester und freie Musikszene),
Maßnahmegruppe 05 – Förderung der Bildenden Kunst,
Maßnahmegruppe 06 – Förderung der Literatur und Bibliotheken.

D. Gender Budgeting

Die Berliner Kulturverwaltung fördert Künstlerinnen im Bereich der Vergabe verfügbarer Haushaltsmittel seit 1990 durch frauenspezifisch ausgerichtete Programme in den Sektoren, in denen sie noch deutlich unterrepräsentiert sind. Zudem werden langjährig erfolgreich arbeitende Frauenkulturinitiativen in Form von Infrastrukturförderung in ihrer Arbeit unterstützt.
Im Einzelnen sind dies zurzeit:

- Vergabe von Arbeitsstipendien an Berliner Film- und Videomacherinnen,
- Vergabe des Hannah-Höch-Förderpreises,
- Infrastrukturförderung der Gedok-Berlin und Xanthippe e. V. für den Unterhalt der Inselgalerie.

Das Verborgene Museum hat in den letzten Jahren durch hervorragende Ausstellungstätigkeit überregionale Bedeutung in der Präsentation von Künstlerinnen erlangt und wurde mehrmals ausgezeichnet. Die Dokumentation der Kunst von Frauen ist ab 01.01.2022 in den Bestand der Stiftung Berlinische Galerie (BG) übergegangen. Die BG übernimmt das Künstlerinnenarchiv, die einhergehenden Forschungsaufgaben sowie eine Mitarbeiterin des Verborgenen Museums zur Aufarbeitung des Bestands. Die Auflösung des Vereins ist zum 31.12.2021 erfolgt. Mit dem Jahr 2022 erfolgte die Mittelverlagerung für das Verborgene Museum in den Titel 68551 (Zuschuss an die Stiftung Berlinischen Galerie).

Die Mittel für die Künstlerinnenförderung beliefen sich für 2022/2023 auf insgesamt 358.430 € bzw. 326.940 €. Hier sind allerdings nicht die Aufstockungssummen im Rahmen der Coronasondermittel 2022 enthalten, es ist der reguläre Etatansatz. Das Ist 2022 weist demgegenüber die Coronasondermittel aus.

Darüber hinaus werden dem Kulturausschuss regelmäßig Daten zu Gendermainstreaming in der Kultur geliefert und über Fortschritte berichtet.

Um die bisherige Datenlage innerhalb des Genderbudgeting zu verbessern, wurden folgende Schritte umgesetzt, die zur Verbreiterung der notwendigen Datenbasis beigetragen haben:

- Erweiterung der Erhebung von Genderdaten innerhalb des Fachverfahrens „Controlling institutionell geförderter Kultureinrichtungen – EDV-basiertes Planungs- und Berichtssystem“ (Cik),
- Verstärkte Erfassung geschlechtsspezifischer Daten bei Kultureinrichtungen insbesondere auf der Nutzungsebene bei Besucher und Besucherinnen.

Seit vielen Jahren wird im Rahmen der Einzelförderungen im Bereich der verfügbaren Mittel der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt eine überdurchschnittliche Förderung von Künstlerinnen sowohl nach Anträgen, Förderfällen als auch Fördersummen erreicht. Frauen sind inzwischen mit durchschnittlich über 50 % unter den Antragstellenden, sie erhalten 55% der verausgabten Fördermittel (Förderjahr 2022).

Der Frauenanteil bei den vom Land Berlin entsandten Beiräten und Jurys lag in 2022 insgesamt bei 63%. Seit 2006 liegt der Frauenanteil bei Jurys und Beiräten nicht unter 50%.

Für das Haushaltsjahr 2022 wurde mithilfe der Datenbank eGoKüF eine Stichprobe aller Einzel- und Projektförderungen, ohne Regelförderungen oder Strukturförderungen an Orte, gezogen. Bei den insgesamt 1.106 Anträgen mit 24.496 Projektbeteiligten bezeichneten sich 9.973 (41 %) als männlich, 13.038 (53%) als weiblich und 1.485 (6%) als divers. Es wurden 280 Projekte mit 6.053 Projektbeteiligten bewilligt. Davon waren 2.487 (41 %) männlich, 3.284 (54%) weiblich und 282 (5%) divers.

Hervorzuheben ist die Zunahme von Bewerbungen und Förderungen von Antragstellenden, welche sich selbst divers bezeichnen. Diese Entwicklung ist über alle Förderprogramme des Förderreferats zu beobachten. Die Fachebene wird übergeschlechtsspezifische Statistiken berichten, sofern diese erhoben werden. Aufgrund der zunehmenden Selbstidentifikation „divers“ als dritte Option wird eine geringe Verschiebung der Statistik erwartet.

Die Genderperspektive wird weiterhin in alle zentralen Fragen der Berliner Kulturpolitik, der Künstlerförderung und der Förderung von Künstlern und Künstlerinnen einfließen.

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

	2020		2021		2022	
Kapitel 0800						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	3	3	3	4	3	3
Relativer Anteil	50%	50%	43%	57%	43%	57%
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	42	15	40	13	41	19
Relativer Anteil	74%	26%	75%	25%	68%	32%
Kapitel 0809						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil						
Relativer Anteil						
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	11	4	11	3	10	2
Relativer Anteil	73%	27%	79%	21%	83%	17%
Kapitel 0810						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	5	5	6	5	7	5
Relativer Anteil	50%	50%	55%	45%	58%	42%
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	85	23	92	25	95	27
Relativer Anteil	79%	21%	79%	21%	78%	22%
Kapitel 0812						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	2	0	2	0	2	0
Relativer Anteil	100%	0%	100%	0%	100%	0%
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	4	6	6	5	8	4
Relativer Anteil	40%	60%	55%	45%	67%	33%
Kapitel 0813						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	0	1	2	1	2	1
Relativer Anteil	0%	100%	67%	33%	67%	33%
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	42	10	39	8	40	10
Relativer Anteil	81%	19%	83%	17%	80%	20%
Kapitel 0814						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	3	5	3	4	3	4
Relativer Anteil	38%	63%	43%	57%	43%	57%
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	41	21	42	24	41	26
Relativer Anteil	66%	34%	64%	36%	61%	39%
Kapitel 0820						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	0	1	0	1	0	1
Relativer Anteil	0%	100%	0%	100%	0%	100%

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

	2020		2021		2022	
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	3	2	3	2	3	2
Relativer Anteil	60%	40%	60%	40%	60%	40%
Gesamt						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	18	17	22	17	23	17
Relativer Anteil	51%	49%	56%	44%	58%	43%
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	275	104	283	103	289	113
Relativer Anteil	73%	27%	73%	27%	72%	28%

Hinsichtlich des Ressortneuzuschnitts können die Daten für das Kapitel 0850 noch nicht aufgeführt werden. Die Daten wurden bisher im Epl. 03 nachgewiesen.

Gemäß Aufstellungsrundschreiben 2024/2025 der Senatsverwaltung für Finanzen wurde das Durchschnittseinkommen für die letzten drei Jahre ermittelt. Auch hier erfolgte eine Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende.

	2020		2021		2022	
Kapitel 0800						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Jahreseinkommen	90.457,02	108.485,85	95.004,10	108.820,73	97.262,22	105.664,32
Mitarbeitende						
Jahreseinkommen	52.877,57	66.901,20	61.123,40	63.258,66	62.288,99	53.622,17
Kapitel 0809						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Jahreseinkommen						
Mitarbeitende						
Jahreseinkommen	46.337,36	71.894,99	50.234,84	63.399,93	45.553,15	61.719,43
Kapitel 0810						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Jahreseinkommen	100.768,03	100.794,94	98.529,91	103.688,64	91.454,05	105.270,01
Mitarbeitende						
Jahreseinkommen	56.823,06	55.861,25	62.046,66	67.796,34	60.227,80	63.418,06
Kapitel 0812						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Jahreseinkommen	82.047,87		85.287,51		86.192,67	
Mitarbeitende						
Jahreseinkommen	41.491,06	49.561,50	51.906,71	51.464,32	47.374,35	50.880,46
Kapitel 0813						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Jahreseinkommen		*		*		*
Mitarbeitende						
Jahreseinkommen	57.564,83	53.247,18	65.434,35	54.039,15	60.089,92	57.996,33
Kapitel 0814						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Jahreseinkommen	79.518,52	81.435,82	84.500,96	84.976,29	86.537,79	84.940,36
Mitarbeitende						
Jahreseinkommen	47.461,40	48.132,22	50.094,50	49.903,92	52.503,11	52.394,81

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Kapitel 0820						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Jahreseinkommen		*		*		*
Mitarbeitende						
Jahreseinkommen	47.669,81	89.598,72	62.378,59	91.136,05	72.447,55	92.731,09
Gesamt						
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Jahreseinkommen	91.791,47	101.781,64	92.942,79	106.261,47	91.729,52	105.899,16
Mitarbeitende						
Jahreseinkommen	55.291,08	58.738,76	60.594,35	62.720,72	60.590,30	60.399,96

*) Aus Datenschutzgründen wird wegen der geringen Beschäftigtenzahl auf den Ausweis des durchschnittlichen Bruttoeinkommens verzichtet.

Hinsichtlich des Ressortneuzuschnitts können die Daten für das Kapitel 0850 noch nicht aufgeführt werden. Die Daten wurden bisher im Epl. 03 nachgewiesen.

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

E. Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
0810; 0814; 0820

Zusammenfassende Übersicht 69 - SenKult

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	11	Personalkosten	9.043.518	8.824.759	+2,48
Kostenträgergruppen	27	Sachkosten	13.839.193	3.456.073	+300,43
Kostenträger	40	Transferkosten	25.849.620	25.149.221	+2,78
davon		Verrechnungskosten	18.899	20.158	-6,25
Produkte	21	kalkulatorische Kosten	876.818	899.170	-2,49
MGF	19	Gemeinkosten	18.363.744	31.918.270	-42,47
Projekte	0	**Summe Verwaltungskosten**	67.991.792	70.267.648	-3,24
		Transfers	793.222.954	768.319.480	+3,24
		Gesamtsumme	861.214.746	838.587.129	+2,70

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0800 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für den Leitungsbereich und die Serviceeinheiten Personal, Finanzen und Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Ausgaben des Personalrates, der Schwerbehinderten- und der Frauenvertretung.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11902	011	Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit	1.000	1.000	1.000	1.280,00
		Gesamteinnahmen	1.000	1.000	1.000	1.280,00
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
42100	011	Amtsbezüge	205.000	213.000	193.000	192.959,09
42201	011	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.935.000	2.013.000	1.632.000	1.453.516,07
42260	011	Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanager*innen und Dialogbegleiter*innen, Honorare für Senior-Expert*innen.

42701	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	42.000	42.000	42.000	24.655,14

Honorare für Konzeptentwicklungen, Gebärdendolmetscher*innen usw.

42722	011	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)	33.600	33.600	30.000	2.400,00
42735	011	Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen	1.000	1.000	1.000	—
42760	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanager*innen und Dialogbegleiter*innen, Honorare für Senior-Expert*innen.

42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	3.845.000	4.019.000	3.288.000	2.739.214,61
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	94.200	98.000	5.900	91.957,02
42821	011	Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)	1.000	1.000	1.000	—
42860	011	Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanager*innen und Dialogbegleiter*innen, Honorare für Senior-Expert*innen.

42861	253	Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE)	1.000	1.000	1.000	—
44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	49.900	51.400	67.400	46.949,16

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44304	**011**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**110.000**	**128.000**	**80.000**	**73.774,90**
44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**63.300**	**63.300**	**65.500**	**63.255,65**

Insbesondere für ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften, auch im Zusammenhang mit Bildschirmarbeitsplätzen und notwendigen Hilfsmitteln sowie für Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Fürsorgepflicht.

45201	**011**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**2.100**	**—**
45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**24.000,00**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**96.289,28**

Ausgaben für Bücher, Zeitschriften, Gesetzessammlungen, für den allgemeinen Bürobedarf, Telefongesprächsgebühren, Porto sowie für den Beitrag zur Nutzung der juristischen Datenbank Juris und Beck-Online.
Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung bis 500 € zugewiesen werden.

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**224.675,54**

Neu- und Ersatzbeschaffung von Büroausstattung, Aufwendungen für Wartung und Reparatur von Geräten und Büroausstattungen. Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung bis 500 € zugewiesen werden.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**506.000**	**517.000**	**495.300**	**480.923,88**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
48.700,0 EUR werden künftig bei 0300/51715 nachgewiesen.

	Ansatz			Ist
Liegenschaft / Benutzende	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
Brunnenstraße 188-190 /Dienstgebäude SenKultGZ	505.300	516.200	495.390	480.923,88
rund:	506.000	517.000	496.000	

Berücksichtigung der von der BIM GmbH ermittelten Neben- und Betriebskosten incl. der zu erwartenden Erhöhungen.

Für die von der BIM GmbH ermittelten Mehrbedarfsbeträge wurde durch SenFin eine zentrale Vorsorge im EP 29 geschaffen. Der Titel 51715 wird im Rahmen der Haushaltswirtschaft entsprechend der von der BIM GmbH ermittelten Mehrbedarfsbeträge verstärkt.

Das Büro Brüssel wird in das Kapitel 0300 umgesetzt

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**32.500**	**32.500**	**32.500**	**19.768,43**

Miete für Fotokopierer und Faxgeräte.

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.919.000**	**1.919.000**	**1.919.000**	**1.158.482,04**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
141.000,0 EUR werden künftig bei 0300/51820 nachgewiesen.

	Ansatz			Ist
Liegenschaft / Benutzer*Innen	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
Brunnenstraße 188-190 /Dienstgebäude SenKultGZ	1.918.970	1.918.970	1.918.970	1.158.482,04
rund:	1.919.000	1.919.000	1.919.000	

Weniger, da die Mittel für das Büro in Brüssel in das Kapitel 0300 umgesetzt wurden.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**662.000**	**662.000**	**662.000**	**205,99**

2.000,0 EUR werden künftig bei 0300/51925 nachgewiesen.

	Ansatz			Ist
Liegenschaft / Benutzer*Innen	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
Brunnenstraße 188-190 /Dienstgebäude SenKultGZ	662.000	662.000	662.000	205,99
rund:	662.000	662.000	662.000	

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen sowie funktionsbedingte Umbauten.

Die von der BIM GmbH ermittelten Mehrbedarfsbeträge werden aus der zentralen Vorsorge im Epl. 29 i. R. der Haushaltswirtschaft verstärkt.

Weniger, da das Büro in Brüssel in das Kapitel 0300 umgesetzt wurde.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**20.000**	**20.000**	**9.000**	**6.185,00**
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**16.613,29**

Ausgaben für Gerichts- und Notariatskosten sowie Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige.

52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kosten für die Tätigkeit des Personalrates gemäß § 40 Abs. 1 Satz 1 des Personalvertretungsgesetzes (PersVG) sowie der Frauenbeauftragten gemäß § 16 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG).

52610	**011**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52703	**011**	**Dienstreisen**	**7.300**	**7.300**	**7.300**	**8.330,47**
52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**3.613,17**
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**—**

Redaktionelle Erarbeitung und Produktion von kulturpolitischen Veröffentlichungen und Beiträgen.

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**101,27**
53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**10.577,09**
54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**15.000**	**15.000**	**8.500**	**2.889,50**

Ausgaben des Organisations-, Betrieblichen Gesundheits- und Personalmanagements.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**98.000**	**98.000**	**98.000**	**10.995,60**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 51135 und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz.
Aufnahme, Analyse und Optimierung der Geschäftsprozesse (Geschäftsprozessmanagement) in der Hauptverwaltung, den nachgeordneten Einrichtungen sowie der im Amt für Kultur und Weiterbildung der Bezirke angesiedelten Prozesse im Politikfeld Kultur.

54010	**011**	**Dienstleistungen**	**150.000**	**150.000**	**8.000**	**77.832,69**

Insbesondere Ausgaben für Kurierdienstleistungen und die Leistungen des externen Brandschutzbeauftragten.

54025	**011**	**Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Insbesondere für Urheberabgaben aufgrund von Pressespiegelvervielfältigungen.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**13.000**	**13.000**	**13.000**	**7.534,95**

Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Abführung der Umsatzsteuer im Rahmen der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand.

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.448,20**
54613	**011**	**Sachausgaben für nachweispflichtige Vordrucke und Dokumente**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
97114 (neu)	**880**	**Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**	**1.520.000**	**1.520.000**		
97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**	**-8.000.000**		**-750.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**830.000**	**830.000**	**800.000**	**6.330,80**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 54003 und sonst nur deckungsberechtigt..				
		Verpflichtungsermächtigung	**700.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2025	**700.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**700.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	700.000	0	0

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz (EGovG Bln).

Maßnahmen zur Digitalisierung der Fachaufgaben in der Hauptverwaltung, in den nachgeordneten Einrichtungen und im Politikfeld Kultur der Bezirke; Überführung von optimierten Geschäftsprozessen in IT-Fachverfahren.

		2024 €	2025 €
1.	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse (Ansatz 2023: 100.000 €)	130.000	130.000
2.	Digitalisierung der dem Politikfeld Kultur zugeordneten Fachprozesse in den Bezirken (Ansatz 2023: 700.000 €)	700.000	700.000
	Summe:	830.000	830.000

zu 1.
Mehr i. H. v. 30.000 € ab 2024 für die Digitalisierung weiterer optimierter Geschäftsprozesse gemäß § 10 EGovG Bln.

zu 2.
Digitalisierung optimierter Fachprozesse gemäß § 10 EGovG Bln in den Ämtern für Weiterbildung und Kultur der Bezirke (ohne Volkshochschulen).

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**48.086,98**

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Reparatur sowie Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen für die Verfahren bei der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.226.000**	**1.309.000**	**1.003.000**	**556.734,03**

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	275.000	0	0

Interne Projekte und Verfahren der Senatsverwaltung:

		2024 €	2025 €
1.	Dienstleistungen für online-Mitarbeiterbefragungen (Ansatz 2023: 8.000 €)	8.000	8.000
2.	Zeiterfassungssystem Betrieb und Pflege (Ansatz 2023: 15.000 €)	15.000	15.000
3.	Dienstleistungen für Betrieb und Wartung des Fachverfahrens "Controlling institutionell geförderter Kultureinrichtungen" (CiK) (Ansatz 2023: 117.400 €)	137.400	117.400
4.	Dienstleistung ITDZ DMS für den Betrieb des Fachverfahrens "eGovernment-Lösung zur Förderung von Künstlerinnen, Künstlern, Projekten und Freien Gruppen" (eGo-Küf) (Ansatz 2023: 101.200 €)	106.200	108.700
5.	Dienstleistungen für die Pflege eGo-Küf-Verfahren (Ansatz 2023: 135.500 €)	135.500	135.500
6.	Weiterentwicklung eGo-Küf-Verfahren (Ansatz 2023: 149.500 €)	169.500	169.500

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

		2024 €	2025 €
7.	Dienstleistung ITDZ Formularservice eGo-Küf-Verfahren (Ansatz 2023: 35.700 €)	35.700	35.700
8.	Qualitätsmanagement eGo-Küf-Verfahren (Ansatz 2023: 25.000 €)	25.000	25.000
9.	Betriebs- und Pflegekosten für eine Adress- und Veranstaltungsmanagementlösung (Ansatz 2023: 20.000 €)	20.000	20.000
10.	Dienstleistungen zur Anpassung von Fachverfahren u.a. CIK an die IKT-Architektur des Landes Berlin (Ansatz 2023: 90.000 €)	90.000	140.000
11.	Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Fachprozesse (Ansatz 2023: 225.000 €)	225.000	225.000
12.	Dienstleistungen für IT-Sicherheitsmanagementsystem (Ansatz 2023: 5.700 €)	5.700	5.700
13.	Gutachten bei der Einführung von Fachverfahren im Zusammenhang mit Gremienbeteiligungsverfahren und zur IT-Sicherheit (Ansatz 2023: 55.000 €)	55.000	55.000
14.	Anbindung von Fachverfahren an OpenData Informationsregister bzw. Anpassung an sonstige Open Data Anforderungen (Ansatz 2023: 5.000 €)	5.000	5.000
15.	Anpassung von Fachverfahren / Anforderung Barrierefreiheit (Ansatz 2023: 15.000 €)	15.000	15.000
16.	Antragsplattform Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen von Kulturgütern (Umsetzung OZG - EFA- Eine für alle) (Ansatz 2023: 0 €)	25.000	25.000
17.	Fachverfahren für die Bearbeitung elektronischer Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen von Kulturgütern (OZG-Umsetzungsprojekt EFA) (Ansatz 2023: 0 €)	0	50.000
18.	Software-Wartung Digitale Medienauswertung (Ansatz 2023: 0 €)	10.000	10.000
19.	Fachsoftware für kleinere Fachverfahren (Ansatz 2023: 0 €)	60.000	60.000
20.	Weiterentwicklung eines Mitarbeitenden-Portal auf Basis des Kollaborationtools intrexx (Ansatz 2023: 0 €)	51.000	51.000
21.	Lizenzgebühren Kollaborationtool intrexx (Ansatz 2023: 0 €)	25.800	25.800
22.	Weiterentwicklung und Nutzererweiterung Interaktives Whiteboard (Ansatz 2023: 0 €)	6.000	6.000
		1.225.800	1.308.300

Zu 3.
Mehr i. H. v. 20.000 € in 2024 für Versionsupgrade.

Zu 4.
Mehr i. H. v. 5.000 € in 2024 und 7.500 € in 2025 durch höhere Betriebskosten.

zu 6.
Mehr i. H. v. 20.000 € ab 2024 insbesondere für die Erweiterung des Verfahrens um Anträge der Deutschen Künstlerhilfe und die Projektförderung BKRW.

Zu 10.
Mehr i. H. v. 50.000 € in 2025 für die Anbindung von Schnittstellen für die e-Akte.

zu 16.
Mehr i. H. v. 25.000 €. ab 2024 wegen der Kostenbeteiligung gem. Königsteiner Schlüssel für den Betrieb der Antragsplattform 'Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen von Kulturgütern' (Umsetzung OZG - EFA- Eine für alle).

zu 17.
Mehr i. H. v. 50.000 € ab 2025 wegen der Kostenbeteiligung gem. Königsteiner Schlüssel für das Fachverfahren für die Bearbeitung elektronischer Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen von Kulturgütern (OZG-Umsetzungsprojekt EFA).

zu 18.
Mehr i. H. v. 10.000 € ab 2024 für Pflegekosten des Elektronischen Pressespiegels nach Einführung im Jahr 2023.

zu 19.
Mehr i. H. v. 60.000 € ab 2024 für Lizenz- und Pflegekosten für kleinere Fachverfahren.

zu 20.
Mehr i. H. v. 51.000 € in 2024 und 2025 für die Weiterentwicklung des Mitarbeitenden-Portal auf Basis des Kollaborationtools intrexx nach Ablösung des veralteten Angebots im Jahr 2023.

zu 21.
Mehr i. H. v. 25.800 € ab 2024 für Lizenzgebühren Kollaborationtool intrexx nach Ablösung des veralteten Angebots.

zu 22.
Mehr i. H. v. 6.000 € ab 2024 für Weiterentwicklung und Nutzererweiterung Interaktives Whiteboard.

Summe Maßnahmegruppe 32	**2.061.000**	**2.144.000**	**1.808.000**	**611.151,81**

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Gesamtausgaben	**5.625.800**	**14.003.100**	**9.959.500**	**7.450.299,84**
		Prozentuale Veränderung	**-43,5 %**	**148,9 %**		
		Abschluss Kapitel 0800				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	1.000	1.280,00
		Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.280,00**
411-462		Personalausgaben	6.397.000	6.680.300	5.422.900	4.712.681,64
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.708.800	5.802.800	5.285.600	2.737.618,20
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	-6.480.000	1.520.000	-749.000	—
		Gesamtausgaben	**5.625.800**	**14.003.100**	**9.959.500**	**7.450.299,84**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-5.624.800**	**-14.002.100**	**-9.958.500**	**-7.449.019,84**

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte des Einzelplans veranschlagt. Es handelt sich dabei um

- bereits vor Auflösung des ZeP vorhandene Überhangkräfte, die nicht zum bisherigen Kapitel 2809 – Zentrales Personalüberhangmanagement – versetzt werden mussten (Ausnahmen von der Versetzungspflicht),

- um Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement – EZeP – in die Dienststelle versetzt worden sind,

- Dienstkräfte, die nach Auflösung des ZeP in diesem Personalwirtschaftsbereich neu dem Personalüberhang zugeordnet worden sind.

Die Unterscheidung der drei unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merkansatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	167.000	174.000	97.600	107.934,38
42801	860	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	322.000	335.000	693.000	524.329,03
42811	860	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	1.000	1.000	1.000	—
42850	860	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000	1.000	—
44100	860	Beihilfen für Dienstkräfte	18.200	18.800	3.100	14.387,39
		Gesamtausgaben	509.200	529.800	795.700	646.650,80
		Prozentuale Veränderung	-36,0 %	4,0 %		
		Abschluss Kapitel 0809				
411-462		Personalausgaben	509.200	529.800	795.700	646.650,80
		Gesamtausgaben	509.200	529.800	795.700	646.650,80
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-509.200	-529.800	-795.700	-646.650,80

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0810 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im Bereich Kultur.

Die zuständigen Organisationseinheiten betreuen wesentliche Bereiche der Berliner Kultur in vielen Sparten wie z. B. der Bildenden Kunst, Literatur, Musik, Darstellende Künste und Tanz, Museen und Gedenkstätten sowie Bibliotheken und Archive. Dabei obliegt ihnen die Förderung von Künstler*innen, Projekten und kulturellen Institutionen. Bei einer Vielzahl von kulturellen Institutionen ist das Land Berlin Rechts- und/oder Finanzträger. So hat die Senatsverwaltung die Aufsicht - u. a. durch Mitwirkung in den jeweiligen Aufsichtsgremien - über eine Vielzahl von Einrichtungen in allen Sparten. Hierzu sind kulturpolitische Rahmensetzungen und Ausführungsprogramme fortzuschreiben bzw. zu entwickeln, Förderkonzepte zur Profilierung der Kulturlandschaft zu entwerfen und umzusetzen sowie Kooperationen bei Trägerschaft und Finanzierung von Einrichtungen mit anderen Bundesländern und dem Bund weiter zu entwickeln und zu koordinieren.

Zu den wesentlichen Aufgaben der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung gehören darüber hinaus spartenübergreifende Themen und Konzepte wie z. B.:

- Kulturelle Bildung,
- Diversitätsentwicklung im Kulturbereich,
- Kulturelle Teilhabeforschung,
- Digitale Entwicklung im Kulturbereich,
- Kulturwirtschaft und Kulturtourismus,
- Kulturgutschutz und -rückführung,
- gesamtstädtische Angelegenheiten der bezirklichen Kulturarbeit in Musikschulen, Öffentlichen Bibliotheken, Jugendkunstschulen, Regionalmuseen, Kommunalen Galerien und bezirklichen Spielstätten,
- Kooperation von Kulturangelegenheiten mit den verschiedenen staatlichen Ebenen insbesondere mit den Ländern (Kulturminister-Konferenz sowie Kulturausschuss der Kultusminister-Konferenz der Länder) sowie mit dem Deutschen Städtetag,
- Kulturelle Belange im Verhältnis zum Bund und insbesondere Hauptstadtkulturangelegenheiten,
- Regionale und internationale Kooperationen,
- Europa-Angelegenheiten und EU-Strukturfondsförderung im Kulturbereich.

Folgende Titel im Kapitel 0810:
Hauptgruppe 5: 51701, 51801, 51820, 51910 und Hauptgruppe 6: 68208, 68219, 68225, 68242, 68243, 68246, 68248, 68258, 68259 ,68320, 68321, 68322, 68322, 68322, 68327, 68502, 68522, 68528, 68530, 68539, 68551, 68568, 68573, 68573, 68577, 68577, 68578, 68578, 68578, 68588, 68615, 68619, 68621, 68622, 68624, 68639 enthalten von der BIM GmbH ermittelte Ansätze für das Facility Management (FM). Für Mehrbedarfe stehen Mittel zum Ausgleich in einer zentralen Vorsorge im Einzelplan 29 zur Verfügung. Die zuvor genannten Titel werden im Rahmen der Haushaltswirtschaft entsprechend der von der BIM GmbH ermittelten Mehrbedarfsbeträge verstärkt.

A. 1. Der Aufsicht der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung unterstehen:

Nachgeordnete Einrichtungen:

Brücke Museum,
Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand,
Landesarchiv Berlin.

Landesbetriebe nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO):

Theater an der Parkaue,
Deutsches Theater/Kammerspiele Berlin,
Maxim Gorki Theater,
Konzerthaus Berlin,
Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz.

Stiftungen des öffentlichen Rechts:

Stiftung Topographie des Terrors,
Stiftung Berlinische Galerie,
Stiftung Bröhan-Museum,
Stiftung Stadtmuseum Berlin,
Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin,
Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen,
Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin,
Stiftung Oper in Berlin,
Stiftung Berliner Philharmoniker,
Stiftung Berliner Mauer,
Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz untersteht gemäß § 9 des Errichtungsgesetzes der Aufsicht des Bundes.

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg unterliegt nach Artikel 4 Absatz 1 des Errichtungsgesetzes der Rechtsaufsicht des Sitzlandes Brandenburg. Die Aufsicht wird im Einvernehmen mit dem Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgeübt.

A. 2. Struktur des Kulturhaushalts

Dem Kapitel 0810 ist eine nach Sparten gegliederte Struktur zugrunde gelegt mit folgender Zielsetzung:

1. dem Ziel der Transparenz,
2. der Abbildung kulturpolitischer Schwerpunktsetzungen sowie
3. einer vereinheitlichten und damit klareren Strukturierung von Informationen über Förderzweck und -inhalt.

Das Kapitel 0810 enthält sechs nach Sparten gegliederte Maßnahmegruppen:

MG 02 - Bühnen und Tanz,
MG 03 - Museen, Gedenkstätten und Erinnerungskultur,
MG 04 - Musik (Chöre, Orchester und freie Musikszene),
MG 05 - Förderung der Bildenden Kunst,
MG 06 - Förderung der Literatur und Bibliotheken,
MG 32 - Ausgaben für verfahrensabhängige IKT.

Im Einzelnen enthalten die Maßnahmegruppen folgende Förderbereiche:

Maßnahmengruppe 02 (MG 02) - Bühnen und Tanz

Hebbel-Theater Berlin GmbH,
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH,
Stiftung Oper in Berlin - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Deutsches Theater/Kammerspiele - Betrieb nach § 26 LHO,
Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz - Betrieb nach § 26 LHO,
Maxim Gorki Theater - Betrieb nach § 26 LHO,
Theater an der Parkaue - Betrieb nach § 26 LHO,
Schaubühne am Lehniner Platz Theaterbetriebs GmbH,
Grips-Theater GmbH,
Berliner Ensemble GmbH,
Sasha Waltz and Guests GmbH,
Sonstige Privattheater,
Zuschuss an den Zeitgenössischen Tanz Berlin e.V.,
Unterhaltungstheater,
Cie. Toula limnaios GmbH
Kinder-, Jugend- und Puppentheater.

Maßnahmengruppe 03 (MG 03) - Museen, Gedenkstätten und Erinnerungskultur

Stiftung Deutsches Technikmuseum - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Stiftung Berlinische Galerie - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Stiftung Bröhan - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Stiftung Stadtmuseum - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Stiftung Preußischer Kulturbesitz - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Bauhaus Archiv e.V.,
Stiftung Domäne Dahlem - Stiftung bürgerlichen Rechts,
Stiftung Topographie des Terrors - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Erinnern für die Zukunft - Trägerverein des Hauses der Wannsee-Konferenz e.V.,
Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Stiftung Berliner Mauer - Gedenkstätte Berliner Mauer und Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Stiftung des öffentlichen Rechts.
Sonstige Museen und Stiftungen

Maßnahmengruppe 04 (MG 04) - Musik (Chöre, Orchester und freie Musikszene)

Rundfunk-Orchester und Chöre GmbH,
Konzerthaus Berlin - Betrieb nach § 26 LHO,
Stiftung Berliner Philharmoniker - Stiftung öffentlichen Rechts,
Berolina-Orchester e.V. Berliner Symphoniker,
Zuschüsse an Chöre und Orchester,
Zuschüsse an die Musicboard Berlin GmbH,

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Maßnahmengruppe 05 (MG 05) - Förderung der Bildenden Kunst

KW Institute for Contemporary Art KUNST-WERKE BERLIN e.V.,
Künstlerhaus Bethanien GmbH,
Deutscher Künstlerbund e.V.,
Deutscher Werkbund Berlin e.V.,
Kulturwerk des Berufsverbandes Bildender Künstler Berlins GmbH,
Kunstarchiv Beeskow (ehemals Sammlungs- und Dokumentationszentrum für Kunst der DDR in Beeskow),
Förderung von Präsentations- und Produktionsorten,
c/o Berlin,
Neue Gesellschaft für bildende Kunst e.V. (nGbK),
Neuer Berliner Kunstverein gGmbH (n.b.k.),
Künstlerische Gestaltungen im Stadtraum.

Maßnahmengruppe 06 (MG 06) - Förderung der Literatur und Bibliotheken

Literarisches Colloquium Berlin e.V.,
Literaturhaus Berlin e.V.,
Literaturforum im Brecht-Haus/Gesellschaft für Sinn und Form e.V.,
Haus für Poesie (vormals Literaturwerkstatt Berlin) / Literaturbrücke e.V.,
LesArt/Gemeinschaft zur Förderung von Kinder- und Jugendliteratur e.V.,
Lettrétage,
Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Berliner Blindenhörbücherei gGmbH,
Kooperativer Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV).

Weitere spartenübergreifende Maßnahmen ohne Zuordnung zu einer der Maßnahmegruppen

Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung - Stiftung des öffentlichen Rechts,
Kulturstiftung der Länder - Stiftung des privaten Rechts,
Kulturprojekte Berlin GmbH,
Kulturraum Berlin gGmbH,
Radialsystem V GmbH,
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD e.V.),
Kulturstandort Lucy-Lameck-Straße,
Karneval der Kulturen,
Fête de la Musique,
Initiative Neue Musik Berlin e.V.,
Förderung für Projekte der kulturellen Bildung,
Förderung für Diversitätsentwicklung und Interkulturelle Projektarbeit,
Förderung des Kulturaustauschs,
Förderung freier Gruppen,
Förderung für künstlerische, kulturelle und soziokulturelle Festivals und Veranstaltungen – Künstlerinnenförderung,
Förderung besonderer kultureller Zwecke,
Förderung für Projekte der Urbanen Praxis,
Künstlerisches Forschen,
Arbeits- und Recherchestipendien,
Preise,
Arbeitsraumförderung,
Förderung bezirksübergreifender kultureller Aktivitäten,
Koordinierung bezirklicher Kulturarbeit.

A. 3. Überlassung von Grundstücken, Gebäuden unter Wert:

Die Daten wurden entsprechend den Mietrichtwerten des Jahres 2011 ermittelt.

lfd. Nr.	Institution / Adresse	Grund-stücks-fläche	Nutzfläche im Ge-bäude	Jahresmiete a) vereinbart b) ortsüblich ggf. geschätzt		Rechts- u. Vertrags-grundlagen
		m^2	m^2		€	
1.	Depotgebäude (diverse Nutzer) Schloßstraße 69/69A/69B	 4.402	 3.163	a) b)	0 227.513	Verträge
2.	SPK - Stülerbau West (Museum Berggruen) Schloßstraße 1/ Spandauer Damm 13-17	 3.841	 2.020	a) b)	--- 390.870	Vertrag [1)]
3.	SPK - Stülerbau Ost (Samml. Scharf-Gerstenberg) Schloßstraße 70	 1.783	 6.757	a) b)	--- 726.980	Vertrag [1)]

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

lfd. Nr.	Institution / Adresse	Grund-stücks-fläche	Nutzfläche im Ge-bäude	Jahresmiete a) vereinbart b) ortsüblich ggf. geschätzt		Rechts- u. Vertrags-grundlagen
		m²	m²		€	
4.	Stiftung Domäne Dahlem			a)	311.344	Vertrag
	Königin-Luise-Straße 49 / Pacelliallee 30	85.663	8.128	b)	311.708	
5.	Theater des Westens GmbH			a)	490.078	Vertrag
	Kantstraße 12 u. 11/11a	4.209	11.066	b)	1.160.613	
	Stiftung Stadtmuseum (Nr. 6 – 12)					
6.	Marinehaus			a)	238.068	Vertrag
	Am Köllnischen Park 4	1.646	6.863	b)	---	
7.	Märkisches Museum			a)	424.959	Vertrag
	Am Köllnischen Park 5	3.935	9.419	b)	511.227	
8.	Ephraim-Palais			a)	156.691	Vertrag
	Poststraße 16	862	3.461	b)	195.220	
9.	Nikolaikirche			a)	189.491	Vertrag
	Nikolaikirchplatz	2.138	4.208	b)	208.952	
10.	Knoblauchhaus			a)	37.400	Vertrag
	Poststraße 23	214	871	b)	53.395	
11.	Museumsdorf Düppel			a)	42.582	Vertrag
	Clauertstraße 11	84.595	992	b)	47.616	
12.	Verwaltungsgebäude Stiftung SM			a)	169.733	Vertrag
	Poststr. 13	1.233	3.930	b)		
13.	Bauhaus-Archiv			a)	153.029	Vertrag
	Klingelhöferstraße 14	7.737	3.394	b)	369.198	
14.	Literarisches Colloquium			a)	110.989	Vertrag
	Am Sandwerder 5	7.139	2.429	b)	165.120	
15.	Hebbel-Theater			a)	328.530	Vertrag
	Stresemannstr. 29-31 und Hallesches Ufer 32 - 38	5.301	7.658	b)	359.878	
16.	Kulturwerk des BBK (Bildhauerwerkstatt)			a)	156.683	Vertrag
	Osloer Straße 102	4.049	3.475	b)	187.050	
17.	Kulturprojekte Berlin GmbH			a)	360.618	Vertrag
	Klosterstraße 68	4.517	7.998	b)	476.171	
18.	Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz			a)	127.150	Vertrag
	Am Großen Wannsee 56-58	26.219	2.803	b)	179.493	
19.	Gedenkstätte Hohenschönhausen			a)	886.161	Vertrag
	Genslerstraße. 66	17.313	19.529	b)	919.815	
20.	Schaubühne			a)	667.425	Vertrag
	Kurfürstendamm 153	6.768	14.728	b)	971.875	
21.	Vaganten-Bühne			a)	12.895	Vertrag
	Kantstraße 12a / Fasanenstraße 82	3.109	418	b)	36.539	
22.	Stiftung Bröhan Museum			a)	165.699	Vertrag
	Schloßstraße 1A	2.560	3.675	b)	299.087	
23.	SPK - Rathgenlabor (Gebäude Bröhan-Museum)			a)	44.205	Vertrag
	Schloßstraße 1A	2.560	741	b)	164.423	
24.	Friedrichstadtpalast GmbH			a)	1.373.129	Vertrag
	Friedrichstraße 107	11.655	30.300	b)	4.600.162	
25.	Schloßpark Theater			a)	138.867	Vertrag
	Wrangelstraße 2/ Wulffstr. 1	2.745	3.041	b)	156.563	
26.	Deutsches Theater Schumannstraße 11–14a,			a)	1.070.768	Vertrag
	15 (Hoffläche)	11.418	23.606	b)	1.165.085	
27.	Philharmonie			a)	2.066.952	Vertrag
	Herbert-von-Karajan-Straße 1	22.958	26.511	b)	1.702.800	
28.	Philharmonie (Kammermusiksaal)			a)	s. Nr. 29	Vertrag
	Herbert-von-Karajan-Straße 1		18.526	b)	1.584.301	
29.	Volksbühne Theatergebäude			a)	745.862	Vertrag
	Rosa-Luxemburg-Platz	6.304	16.813	b)	1.236.089	
30.	Volksbühne Werkstätten			a)	140.937	Vertrag
	Thulestraße 77/79	4.393	3.110	b)	138.546	
31.	ZLB - Amerika Gedenkbibliothek			a)	389.433	Vertrag
	Blücherplatz	13.997	8.593	b)	1.093.533	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

lfd. Nr.	Institution / Adresse	Grund-stücks-fläche	Nutzfläche im Ge-bäude	Jahresmiete a) vereinbart b) ortsüblich ggf. geschätzt		Rechts- u. Vertrags-grundlagen
		m²	m²		€	
32.	ZLB - Stadtbibliothek Breite Straße 30-37	 11.710	 29.877	a) b)	1.233.694 ---	Vertrag
33.	Theater an der Parkaue / HS f. Schauspielkunst, Weites Theater, Sozialdiakonische Jugendarbeit An der Parkaue 23 - 29	 11.137	 14.713	a) b)	763.838 939.518	Verträge
34.	**Berlin Tourismus Marketing GmbH**, Raum der Stille e. V. Brandenburger Tor, Pariser Platz 8	 1.136	 1.816	a) b)	86.392 191.692	Verträge
35.	Literaturforum / AdK-Archiv im Brechthaus Chausseestraße 125	 691	 1.121	a) b)	60.207 106.527	Verträge
36.	AdK-Archiv, Keramikmuseum, Stiftung Preußische Seehandlung; Spandauer Damm 19	 666	 2.296	a) b)	154.270 166.771	Verträge
37.	Stiftung Topographie des Terrors (Dokumentationsstätte Niederschöneweide) Britzer Straße 5 / Köllnische Straße 1 und 17	 17.294	 5.069	a) b)	201.619 290.250	Vertrag
38.	Brücke-Museum Bussardsteig 9	 9.744	 1.160	a) b)	49.818 255.807	Vertrag
39.	Atelierhaus Dahlem GmbH Am Käuzchensteig 8-12		 2.281	a) b)	103.466 156.864	Vertrag
40.	Liebermann-Villa Colomierstraße 3	 6.731	 1.005	a) b)	--- ---	Vertrag [2)]
41.	Kulturinitiative Förderband Wallstraße 32		 3.422	a) b)	134.972 ---	Vertrag
44.	theater im Palais Am Festungsgraben 1		 571	a) b)	46.462 ---	Vertrag
45.	Literaturhaus Berlin Fasanenstraße 23	 2.068	 980	a) b)	54.972 66.490	Vertrag
46.	Berliner Ensemble Albrechtstraße 20	 2.826	 4.299	a) b)	192.197 301.084	Vertrag
47.	Maxim Gorki Theater (Studiobühne, Verwaltung) Hinter dem Gießhaus 2	 1.275	 2.483	a) b)	108.379 ---	Vertrag
48.	Stiftung Berlinische Galerie Alte Jakobstraße 124 – 128	 8.653	 12.227	a) b)	513.424 1.045.830	Vertrag
49.	Konzerthaus Gendarmenmarkt 3-4	 3.844	 37.037	a) b)	1.687.090 2.671.960	Vertrag
	Stiftung Deutsches Technikmuseum (Nr. 50-51)					
50.	Technikmuseum Trebbiner Straße 8 –9	 72.036	 47.204	a) b)	2.034.693 ---	Vertrag
51.	Science Center Möckernstraße 26	 38.988	 17.743	a) b)	764.879 ---	Vertrag
52.	Schillertheater Bismarckstraße 110	 9.716	 20.980	a) b)	1.118.084 ---	Vertrag
53.	Alfred-Döblin-Haus Wewelsfleth	 986	 466	a) b)	17.358 ---	Vertrag
54.	Musiktheater Atze Luxemburger Straße 20	 1.817	 3.981	a) b)	180.818 ---	Vertrag
55.	Gedenkort Euthanasie-Opfer im 2. WK – T4	 2.500	 2.500	a) b)	113.400 ---	Vertrag

1) Liegenschaften sind der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit eigentümergleichen Rechten übertragen. Für die Dauer der musealen Nutzung trägt die SPK sämtliche Betriebs- und Nebenkosten sowie Bauunterhaltung; eine Mietzahlung an das Land Berlin entfällt.

2) Liegenschaft unentgeltlich an Nutzer Max-Liebermann-Gesellschaft überlassen, dafür trägt diese sämtliche Betriebs- und Nebenkosten und ist für die Bauunterhaltung zuständig.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

A. 4. Kennziffern

Ländervergleich Berlin - Hamburg

Konsumtive Transferzahlungen an Kultureinrichtungen pro Einwohner (in €)

Jahr	2021	2022	2023	2024	2025
Einwohner (31.10.2022)					
Berlin	3.667.506	3.745.780	3.745.780	3.745.780	3.745.780
Hamburg	1.830.584	1.841.179	1.841.179	1.852.478	1.852.478
Transferzahlungen an Opern					
Berlin					
absolut	**156.523.839**	**158.762.316**	**160.541.000**	**165.402.600**	**169.650.000**
pro Einwohner	43,32	42,4	42,9	44,2	45,3
Hamburg					
absolut	63.209.000	71.422.000	66.636.000	67.509.000	67.854.000
pro Einwohner	34,3	38,8	36,2	36,7	36,9
Transferzahlungen an Theater					
Berlin					
absolut	**171.121.422**	**169.284.573**	**170.680.000**	**175.886.380**	**181.218.080**
pro Einwohner	47,36	45,7	45,2	47,0	48,4
Hamburg					
absolut	71.311.000	87.700.000	79.140.000	80.124.000	80.316.000
pro Einwohner	38,7	47,6	43,0	43,5	43,6
Transferzahlungen an Museen					
Berlin					
absolut	**118.095.070**	**123.847.609**	**132.733.700**	**136.570.900**	**143.682.400**
pro Einwohner	32,68	33,1	35,4	36,5	38,4
Hamburg					
absolut	64.989.000	59.931.000	53.299.000	53.898.000	57.542.000
pro Einwohner	35,3	32,6	28,9	29,3	31,3
Transferzahlungen an Orchester					
Berlin					
absolut	**47.798.482**	**50.455.555**	**51.777.000**	**53.786.000**	**55.589.000**
pro Einwohner	13,2	13,5	13,8	14,4	14,8
Hamburg					
absolut	9.980.000	13.140.000	9.770.000	9.826.000	9.883.000
pro Einwohner	5,4	7,1	5,3	5,3	5,4

Erläuterungen:

Die Bevölkerungszahlen beruhen auf den fortgeschriebenen Zensus-Daten, Stand: Oktober 2022.

Die Datenbasis für Berlin bilden die Titel der Hauptgruppe 6 im Kapitel 0810 sowie der Fehlbetrag des Kapitels 0812. Erfasst wurden öffentlich wie auch privatrechtlich organisierte Einrichtungen in den Genres Oper, Theater (ohne Tanz), Museen und Orchester. Die Zahlen liegen als Entwurf vor. Mögliche Änderungen sind nicht auszuschließen.

Die Daten für Hamburg wurden von der Behörde für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg entsprechend den für Berlin ausgewählten Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Die Zahlen für 2022 sind IST-Zahlen des sog. 13. Abschlusses. Mögliche Änderungen sind nicht auszuschließen.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**188**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**18.141,00**

Einnahme der Gebühren für die Erteilung von Bescheinigungen über Umsatzsteuerbefreiung sowie über die Anerkennung/ Gleichstellung von Bildungsabschlüssen.

Einnahme für Gebührenzahlungen bei Akteneinsichten, die im Bereich des Einzelplanes 08 anfallen.

11921	**187**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**2.000.000**	**2.000.000**	**500.000**	**1.871.264,60**

Rückzahlung von nicht verwendeten Zuwendungen bzw. der Rückforderung von Zuwendungen aus institutioneller und Projektförderung aus vergangenen Haushaltsjahren. Die Höhe der Einnahmen orientiert sich an den Rückzahlungen aus Vorjahren und umfasst auch die Rückzahlung von Mitteln aus dem Hauptstadtkulturfonds.
Mehr ab 2024 i. H. v. 1,5 Mio.€

11934	**187**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11979	**187**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**7.293,10**

Z. B. Zinseinnahmen aus Zuwendungen gemäß § 44 LHO - Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung sowie Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung.

12401	**188**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**70.000**	**70.000**	**79.000**	**61.020,00**

Liegenschaft / Benutzerinnen und Benutzer (Mieteinnahmen einschließlich Nebenkosten)	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ist 2022 €
10435, Schönhauser Allee 36 (Kulturbrauerei)	60.000	60.000	60.000
Sonstiges	10.000	10.000	1.020
Summe:	70.000	70.000	61.020
rund:	70.000	70.000	

Aus dem Untervermietungsgeschäft auf dem Areal der Kulturbrauerei werden Mieteinnahmen i. H. v. 60.000 € p. a. erwartet (vgl. Erläuterungen zu Titel 68621).

Sofern einzelnen Einrichtungen, die Zuwendungen erhalten, gleichzeitig im Eigentum Berlins befindliche Grundstücke bzw. Gebäude oder Gebäudeteile unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden, ist dies in der Allgemeinen Erläuterung/Übersicht Teil C sowie in den Erläuterungen zum jeweiligen Zuschusstitel dargestellt.

13108	**811**	**Erlösbeteiligungen aus Verkäufen bebauter Grundstücke des Verwaltungsvermögens**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
23116	**187**	**Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke aufgrund des Hauptstadtkulturfonds**	**15.000.000**	**15.000.000**	**15.000.000**	**16.500.000,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42731, 42811 und 68616.

Im Rahmen des Hauptstadtfinanzierungsvertrags ist der Hauptstadtkulturfonds seit 2018 mit Mitteln i. H. v. 15 Mio. € ausgestattet.

23190	**195**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54690,68290,68390,68590.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27290	**187**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54690.				
27292	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**1.105.000**	**1.110.000**	**695.000**	**—**

Im Rahmen des Operationellen Programms für den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) stellt die Europäische Union in den Jahren 2021 – 2027 (Auszahlung bis 2029) 6,88 Mio. € für teilnehmerbezogene Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich Kultur in Berlin bereit. Hiervon entfallen insgesamt

- 1,68 Mio. € auf die Förderung des „Freiwilligen Jahres in der Kultur – FSJ Kultur“ im Rahmen des Programms „Jugend-Ökologisch-Kultur“ (JÖK) und
- 5,20 Mio. € auf die Förderung im Programm „Qualifizierung in der Kulturwirtschaft“ (KuWiQ III) für Vorhaben der nichtkünstlerischen Weiterbildung von freiberuflichen professionellen Künstlerinnen und Künstlern.

Programm/Maßnahme	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Rechnung 2022 €	Ausgaben nachgewiesen bei Titel	Landesmittel nachgewiesen bei Titel
Jugend-Ökologisch-Kultur (JÖK); Teilmaßnahme FSJ Kultur	255.000	260.000		68692	68628
Qualifizierung Kulturwirtschaft (KuWiQ III)	850.000	850.000	0,00	68692	68610
Summe:	1.105.000	1.110.000	0,00		

Die nationale Kofinanzierung wird aus den angegebenen Titeln geleistet, zumindest teilweise aber auch durch Leistungen aus den Haushalten der Antragsteller (z.B. Kalkulation von eingesetztem Personal), durch öffentliche Leistungen an die Teilnehmer (z. B. Arbeitslosengeld oder BAföG), durch Leistungen anderer öffentlicher Stellen (z. B. des Bundes) und durch private Beiträge (z. B. Teilnehmerentgelte) sichergestellt.

27295	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**970.000**	**1.811.522,73**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
27296	**692**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**2.996.000**	**3.282.623,61**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
27297	**692**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**7.042.000**	**7.042.000**	**5.582.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den in Spalte "Ausgaben nachgewiesen bei Titel" genannten Titeln.				

Im Rahmen des Programms des Landes Berlin für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) stellt die Europäische Union in den Jahren 2021 – 2027 (Auszahlung bis 2029) für Maßnahmen im Bereich der Kultur in Berlin insgesamt rd. 39,78 Mio. € einschließlich der Technischen Hilfe bereit. Hiervon entfallen insgesamt

- 14 Mio. € auf das Programm „Kultur und Bibliotheken im Stadtteil“ (KUBIST)
- 15 Mio. € für das Programm „Stärkung des Innovationspotentials in der Kultur“ (INP III)
- 10 Mio. € für das Programm „Stärkung der Innovationskapazitäten in der Informationsversorgung (STIIV)
- 0,78 Mio. € für Vorhaben der Technischen Hilfe

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Programm/ Maßnahme	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Rechnung 2022 €	Ausgabe nachgewiesen bei Titel	Landesmittel nachgewiesen bei Kapitel/Titel
Kultur und Bibliotheken im Stadtteil (KUBIST)	2.400.000	2.400.000	0	68697	68621, 68628 *
Stärkung des Innovationspotentials in der Kultur (INP III)	2.900.000	2.900.000	0	68697	68610, 68621 *
Stärkung der Innovationskapazitäten in der Informationsversorgung (STIIV)	1.600.000	1.600.000	0	68697	68621, 68628 *
Summe:	**6.900.000**	**6.900.000**	0		
Technische Hilfe:					
Personalmittel	140.000	140.000	0	42897	42201, 42811
Sachmittel	2.000	2.000	0	54697	0800/51101 und 0810/52703, 52501
Summe:	**142.000**	**142.000**			
Nachrichtlich gesamt:	**7.042.000**	**7.042.000**			

Weitere 20 Mio. € für energetische Sanierungsmaßnahmen im Kulturbereich werden im Rahmen des „Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung“ (BENE II) im Einzelplan 07 (Umwelt) veranschlagt.

*Die Beteiligung Berlins aus Mitteln des EFRE beträgt (über den Durchschnitt jedes der drei Förderinstrumente) maximal 40% der förderfähigen Kosten. Die Kofinanzierung erfolgt aus dem Haushaltsplan Berlin und teilweise privaten Mitteln (Haushalte der Antragsteller) sowie durch Zuwendungen Dritter.

28290 182 Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke — **1.000** — **1.000** — **1.000** — **256.815,29**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51990, 54690, 68190, 68290, 68390 und 68590.

Vereinnahmt werden Zuwendungen Dritter zur Durchführung kultureller Aktivitäten.

Isteinnahmen 2022:

Betrag in €	Mittelherkunft	Zweck/Empfangende
250.000,00	Stiftung Deutsche Klassenlotterie	Ankauf von Kunstwerken
6.815,29	Verband dt. Musikschulen e.V. (VdM)	Entsprechend der Satzung des VdM

29899 183 Erbschaften für konsumtive Zwecke — **—** — **16.410,12**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

33121 195 Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen

Siehe Maßnahmegruppe 03

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Bühnen und Tanz**				
13108	**811**	**Erlösbeteiligungen aus Verkäufen bebauter Grundstücke des Verwaltungsvermögens**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Erlöse sollen für Abfindungs- und Strukturleistungen im Bühnenbereich eingesetzt werden (vgl. Titel 68221/ Maßnahmegruppe 02).

Summe Maßnahmegruppe 02	**1.000**	**1.000**	**1.000**

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Museen, Gedenkstätten und Erinnerungskultur**				
33121	**195**	**Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen**	**1.000**	**1.000**	**391.000**	**365.389,98**

Ist 2022:

365.389,98 €	Bundesbeteiligung Humboldtforum

Summe Maßnahmegruppe 03	**1.000**	**1.000**	**391.000**	**365.389,98**
Gesamteinnahmen	**25.256.000**	**25.261.000**	**26.251.000**	**24.190.480,43**
Prozentuale Veränderung	**-3,8 %**	**0,0 %**		

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.228.000**	**1.277.000**	**1.709.000**	**1.065.657,57**
42221	**011**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**114.000**	**118.000**	**140.000**	**88.524,98**
42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**70.000**	**72.800**	**28.000**	**382.866,62**
42731	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Fremdfinanzierung)**	**50.100**	**50.100**	**50.700**	**50.040,00**

Vergütung für die Kuratorin/den Kurator des Hauptstadtkulturfonds (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23116). Es wird erwartet, dass die Personalkosten durch den Bund erstattet werden. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**7.529.000**	**7.934.000**	**7.643.000**	**6.529.461,04**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.405.000**	**1.461.000**	**699.000**	**878.704,33**

Die Ausgaben des Titels 42811 sind deckungsberechtigt gegenüber den Ausgaben bis in Höhe von 5 % des Titelansatzes 68616.
Bei den Ausgaben zu Lasten des Hauptstadtkulturfonds (vgl. auch Zweckbindungsvermerk zu Titel 23116 – verbindliche Erläuterung) darf der Titel gemäß Abstimmung mit dem Bund in entsprechender Höhe verstärkt werden.

42896	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**123.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
42897	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**140.000**	**140.000**	**80.000**	**—**

Aus den Mitteln der Technischen Hilfe des EFRE sind Personalkosten für die Unterstützung im Bereich der Programmumsetzung (Gesamtsteuerung, Bewilligung, Begleitung und Kontrolle von Projekten) anteilig förderfähig.

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung dürfen nur geleistet werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind (verbindliche Erläuterung).

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**27.600**	**28.500**	**67.500**	**25.991,95**
45201	**011**	**Nachversicherungen**	**15.300**	**15.300**	**21.200**	**15.275,54**
45300	**162**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51701	**188**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.337.000**	**1.337.000**	**1.337.000**	**1.308.635,00**

Ausgaben für Fernheizung, Strom, Wasser, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Schneebeseitigung, Steuern und Versicherungen sowie sonstige Bewirtschaftungen nachfolgender - dem Sondervermögen für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke (SODA) - zugeordneter Grundstücke unter Berücksichtigung der von der BIM ermittelten Beträge.

	Ansatz			Ist
Benutzer*Innen / Liegenschaft (SODA)	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
Kulturstandort Lucy-Lameck-Straße 32	318.820	318.820	318.820	309.689
Radialsystem / Holzmarktstraße 31-33	218.340	218.340	218.340	199.964
Spielstätte Gotzkowskystraße 22	126.030	126.030	126.030	104.329
SPK / Reichpietschufer nordwestlich 20	7.230	7.230	7.230	7.118
Arbeitsraumprogrammstandorte	666.300	666.300	666.300	687.535
Summe:	1.336.720	1.336.720	1.336.720	1.308.635
rund:	1.337.000	1.337.000	1.337.000	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**3.332.000**	**3.398.000**	**3.266.000**	**2.663.524,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Liegenschaft (SILB)	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
Diverse Kulturliegenschaften	3.312.246	3.378.491	3.246.430	2.645.264
Arbeitsraumprogrammstandorte	19.074	19.455	18.630	18.260
Summe:	3.331.320	3.397.946	3.265.060	2.663.524
rund:	3.332.000	3.398.000	3.266.000	

Mehr i. H. v. 66.000 € in 2024 und mehr i. H. v. 132.000 € in 2025. Von der BIM ermittelte Mehrbedarfsbeträge werden aus der zentralen Vorsorge im Epl. 29 i. R. der Haushaltswirtschaft ausgeglichen.
Es werden Bewirtschaftungskosten u.a. für folgende Kulturliegenschaften gezahlt:

- Chausseestraße 125 (Brechthaus),
- Wewelsfleth, Dorfstraße 3 (Alfred-Döblin-Haus),
- Spandauer Damm 19,
- Teile des Gebäudekomplexes An der Parkaue 28-29 (Das Weite Theater u. a.),
- Kantstraße 11 (Theater des Westens)
- Pariser Platz 8 (Brandenburger Tor),
- Wrangelstraße 2 (Schloßparktheater),
- Bismarckstraße 110 (Schillertheater),
- Luxemburger Straße 20 (ATZE Musiktheater),
- Tiergartenstraße 4 (Gedenk- und Informationsort Euthanasie),
- Lehrter Straße 57 (Vivaldisaal),
- Spandauer Damm 10 (Kulturstiftung der Länder),
- Gleditschstraße 5 (Kulturstandort Winterfeldtplatz),
- Fröbelstraße 17 (Spielstätte),
- Gertraudenstraße 8 (SPK),
- Potsdamer Straße 61-65 (SenKultGZ),
- Alt-Friedrichsfelde 60 (SenKultGZ),
- Checkpoint Charlie (SenKultGZ),
- Ernst-Zinna-Weg 1 (Paul-Singer Verein)
- Arbeitsraumprogrammstandorte,
- Diverse Objekte im Rahmen des Programms Kunst im Stadtraum.

Diese Liegenschaften werden nicht, nicht ausschließlich oder nicht dauerhaft von institutionellen Zuwendungs- oder Zuschussempfängern genutzt. Aufgrund ihrer Zuordnung in das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) nehmen diese am Mieter-Vermieter-Modell (MVM) teil.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**181**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**1.651.000**	**1.651.000**	**1.651.000**	**1.644.097,00**

Ausgaben für die Miete nachfolgender - dem Sondervermögen für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke (SODA) - zugeordneter Grundstücke unter Berücksichtigung der von der BIM GmbH ermittelten Beträge.

Benutzende / Liegenschaft (SODA)	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
Kulturstandort Lucy-Lameck-Straße 32	208.530	208.530	208.530	208.528
Radialsystem / Holzmarktstraße 31-33	367.300	367.300	367.300	367.293
Spielstätte / Gotzkowskystraße 22 *	149.220	149.220	149.220	149.215
Arbeitsraumprogrammstandorte	925.370	925.370	925.370	1.019.061
Summe:	1.650.420	1.650.420	1.650.420	1.644.097
rund:	1.651.000	1.651.000	1.651.000	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**188**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**6.642.000**	**6.642.000**	**6.642.000**	**6.387.606,04**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Benutzende / Liegenschaft (SILB)	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
Archiv im Brechthaus / Chausseestraße 125	44.420	44.420	44.420	44.416
Teile des Gebäudekomplexes Spandauer Damm 19	118.790	118.790	118.790	118.784
Schloßparktheater / Wrangelstraße 2	288.260	288.260	288.260	288.254
Teile des Gebäudekomplexes An der Parkaue 28-29	651.920	651.920	651.920	651.916
Theater des Westens / Kantstraße 11-12	1.048.900	1.048.900	1.048.900	1.048.892
Hamburger Bahnhof / Invalidenstraße 50-51	387.000	387.000	387.000	387.000
Alfred-Döblin-Haus / Wewelsfleth / Dorfstraße 3	44.170	44.170	44.170	44.170
Schillertheater / Bismarckstraße 110	2.278.140	2.278.140	2.278.140	2.698.139
Brandenburger Tor / Pariser Platz 8	172.150	172.150	172.150	172.145
Rathgen-Forschungs-Labor / Schloßstraße 1a [1)]	70.290	70.290	70.290	70.281
Kulturstiftung der Länder / Lützowplatz 9 *	112.150	112.150	112.150	101.988
Vivaldisaal / Lehrter Straße 57 *	32.220	32.220	32.220	20.901
Kulturstandort Winterfeldtplatz / Gleditschstraße 5 *	120.400	120.400	120.400	100.979
ATZE Musiktheater / Luxemburger Straße 20	377.850	377.850	377.850	377.841
Gedenk- und Informationsort Euthanasie / Tiergartenstr. 4	236.970	236.970	236.970	236.963
Friedhof der Märzgefallenen / Landsberger Allee 49 [1)]	86.400	86.400	86.400	-
Spielstätte / Fröbelstraße 17	32.420	32.420	32.420	32.416
KSL / Theaterbau Schloss Charlottenburg * [1)]	187.480	187.480	187.480	187.473
diverse Objekte Kunst im Stadtraum	120.000	120.000	120.000	120.000
Arbeitsraumprogrammstandorte	72.050	72.050	72.050	72.048
NGBK / Karl-Marx-Allee (Pavillon 1) * [1)]	79.640	79.640	79.640	-
Werkbundarchiv / Karl-Marx-Allee (Pavillon 2) * [1)]	79.640	79.640	79.640	-
SPK / Getraudenstraße 8 [2)]			-	-
SenKultGZ / Getraudenstraße 8 [2)]			-	-
SenKultGZ / Potsdamer Straße 61-65 [2)]			-	-
SenKultGZ / Alt-Friedrichsfeld 60 [2)]			-	-
SenKultGZ / Checkpoint Charlie [2)]			-	-
Paul-Singer-Verein / Ernst-Zinna-Weg 1 [2)]			-	-
Summe:	6.641.260	6.641.260	6.641.260	6.387.606
rund:	6.642.000	6.642.000	6.642.000	

* angemietete Objekte
[1)] Wegfall in 2024/2025
[2)] Neue Objekte in 2024/2025

Mehrbedarfsbeträge werden unter Berücksichtigung der von der BIM GmbH ermittelten Beträge aus der dafür vorgesehenen zentralen Vorsorge im EP 29 ausgeglichen.

Die Kulturliegenschaften werden nicht, nicht ausschließlich oder nicht dauerhaft von Zuwendungs- oder Zuschussempfangenden genutzt. Sie befinden sich im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) und nehmen am Mieter-Vermieter-Modell (MVM) teil. Bei den angemieteten Objekten übernimmt die BIM GmbH das Facility Management.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51910	**183**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**18.300**	**18.300**	**18.300**	**14.000,00**

Ausgaben für nachfolgende - dem Sondervermögen für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke (SODA) - zugeordneter Grundstücke unter Berücksichtigung der von der BIM GmbH ermittelten Beträge:

Benutzende / Liegenschaft (SODA)	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
Kulturstandort Lucy-Lameck-Straße 32	2.100	2.100	2.100	2.000
Radialsystem / Holzmarktstraße 31-33	2.200	2.200	2.200	2.000
Spielstätte / Gotzkowskystraße 22	6.000	6.000	6.000	5.500
Arbeitsraumprogrammstandorte	8.000	8.000	8.000	4.500
Summe:	18.300	18.300	18.300	14.000

Die für diese Liegenschaften anfallenden Bewirtschaftungskosten werden aus dem Titel 51701 gezahlt.

51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**101.000**	**101.000**	**101.000**	**88.900,00**

Instandhaltung, Erneuerung und Ersatzbeschaffung von nutzerspezifischen Anlagen und Einrichtungen

Liegenschaft (SILB)	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ist 2023 €	Ist 2022 €
Diverse Kulturliegenschaften	99.700	99.700	99.700	88.400
Arbeitsraumprogrammstandorte	500	500	500	500
Summe:	100.200	100.200	100.200	88.900
rund:	101.000	101.000	101.000	

Nutzerspezifische Bewirtschaftungskosten werden für folgende Kulturliegenschaften gezahlt:

- Chausseestraße 125 (Brechthaus),
- Spandauer Damm 19,
- Teile des Gebäudekomplexes An der Parkaue 28-29 (Das Weite Theater u. a.),
- Pariser Platz 8 (Brandenburger Tor),
- Tiergartenstraße. 4 (Gedenk- und Informationsort Euthanasie),
- Wewelsfleth, Dorfstraße 3 (Alfred-Döblin-Haus),
- Luxemburger Straße 20 (ATZE Musiktheater),
- Gleditschstraße 5 (Kulturstandort Winterfeldtplatz),
- Theaterbau Schloss Charlottenburg (KSL),
- Fröbelstraße 17 (Spielstätte),
- Arbeitsraumprogrammstandorte.

Diese Liegenschaften werden nicht, nicht ausschließlich oder nicht dauerhaft von institutionellen Zuwendungs- oder Zuschussempfangenden genutzt. Aufgrund ihrer Zuordnung in das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) nehmen diese am Mieter-Vermieter-Modell (MVM) teil.

Die für diese Liegenschaften anfallenden Betriebs- und Nebenkosten werden aus dem Titel 51715 gezahlt.

51990	**011**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 1.289.763,92**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

	Empfangende/Zweck
Sponsoringmittel Vattenfall Europe	BIM GmbH für Instandsetzung Brandenburger Tor

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52113	**187**	**Unterhaltung der Denkmale**	**9.800**	**9.800**	**9.800**	**8.117,63**

Pflege des Gedenkortes Breitscheidplatz.
(Auftragsweise Bewirtschaftung durch das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf)

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**79.200**	**79.200**	**79.200**	**76.666,40**

Übernahme von Ausbildungskosten:

a) für die zweijährige theoretische Ausbildung von Bibliotheksreferendar*innen aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung vom 19. Juni 2014 i. d. F vom 18.03.2021 an der Humboldt-Universität Berlin. Hierfür fallen pro Person Gebühren i. H. v. 5.930 € pro Jahr an,

b) für Leistungen der Archivschule Marburg im Rahmen der theoretischen Ausbildung in den Vorbereitungsdiensten für den Zugang zur Laufbahngruppe 2 in der Laufbahnfachrichtung allgemeiner Verwaltungsdienst im Laufbahnzweig Archivdienst im Land Berlin entsprechend dem Verwaltungs- und Finanzierungsabkommen über die Archivschule Marburg – Hochschule für Archivwissenschaft.

Fortbildungskosten für Volontär*in, deren Ausbildungsentgelte bei Titel 42722 veranschlagt sind.

52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**22.800**	**22.800**	**22.800**	**—**

Gerichts-, Anwalts- und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitverfahren der Kulturverwaltung.

52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**399.000**	**399.000**	**399.000**	**239.345,00**

Aufwandsentschädigung für Jury- und Beiratsmitglieder.

52609	**011**	**Thematische Untersuchungen**	**910.000**	**933.000**	**910.000**	**163.864,46**

90.000,0 EUR werden künftig bei 68502 nachgewiesen.
90.000,0 EUR werden künftig bei 68568 nachgewiesen.
90.000,0 EUR werden künftig bei 68573 nachgewiesen.

Aufwendungen für Provenienzforschung und für Bevölkerungsbefragung zur Kulturnutzung.
Mehr i. H. v. 22.500 € ab 2025 aufgrund von Kostensteigerungen für die regelmäßigen Bevölkerungsbefragungen.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

52610	**011**	**Gutachten**	**6.500**	**6.500**	**6.500**	**—**
52703	**011**	**Dienstreisen**	**18.000**	**18.000**	**18.000**	**5.037,17**
53108	**181**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**11.500**	**11.500**	**11.500**	**1.790,53**

Bewirtungsausgaben für Jurysitzungen.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**338.000**	**438.000**	**288.000**	**177.046,27**
		200.000,0 EUR werden künftig bei 68615 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			

Insbesondere Ausgaben für die Einschaltung Dritter bezüglich der Bedarfsermittlung für Bauprojekte und für die Entwicklung kulturpolitischer Strategien.

Mehr i. H. v. 100.000 € in 2024 und i. H. v. 200.000 € in 2025 zur Durchführung eines Scans der bezirklichen Kulturgebäude-infrastruktur sowie vorbereitende Arbeiten für ein Kulturkataster (ab 2023).

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

54025	**188**	**Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche**	**1.175.000**	**1.185.000**	**915.000**	**673.026,13**

Anteile des Landes Berlin an den von Bund und Ländern an die Verwertungsgesellschaften zu zahlenden Pauschalbeträge zur Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche, insbesondere nach § 27 Urheberrechtsgesetz. Der Finanzierungsbeitrag erfolgt auf der Grundlage von Verträgen mit den Verwertungsgesellschaften und der Kommission „Bibliothekstantieme“ (Bund und Länder) auf der Basis des Urheberrechtsgesetzes.
Mehr i. H. v. 260.000 € in 2024 und i. H. v. 270.000 € in 2025 für den Abschluss eines Vertrages über die Abgeltung von urheberrechtlichen Ansprüchen der Verwertungsgesellschaften für die Anfertigung von Musiknotenkopien in den bezirklichen Musikschulen.

54053	**182**	**Veranstaltungen**	**365.000**	**365.000**	**365.000**	**301.530,56**
		Verpflichtungsermächtigung	**215.000**	**215.000**		
		Davon fällig 2025	**215.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**215.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	215.000	0	0

Ausgaben für die Fête de la Musique sowie Beteiligungsprozesse.

54616	**183**	**Aufwendungsersatz BIM GmbH**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54690	**187**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**15.641,08 R 13.344,56**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290, 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ist	2022
Ausgaben im Rahmen des EU-Projekts „Creative Ageing“	1.305,60 €
Ausgaben für Musikschulen	14.335,48 €

54691	**183**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen (nur Haushaltswirtschaft)**	**—**	**—**	**—**	**125.181,38**
54696	**692**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**457,00**

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54697	**692**	**Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Mittel der Technischen Hilfe für die Durchführung der EFRE-Programme im Kulturbereich:

	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Rechnung 2022 €	Einnahme nachgewiesen bei Titel	Landesmittel nachgewiesen bei Titel
Sachmittel	2.000	2.000	0	27297	Kap. 0800 / 51101, Kap. 0810 / 52703, 52501

Förderfähig aus Mitteln der Technischen Hilfe des EFRE sind insbesondere Weiterbildungen, Evaluierungen und Studien, die überregionale und internationale Vernetzung und Kooperation, die Unterstützung der Prüf- und Kontrollverfahren sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung dürfen nur geleistet werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind (verbindliche Erläuterung).

63112	**187**	**Abführung von Einnahmen an den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**389.619,93**

Es handelt sich hierbei um zurückgezahlte Überschüsse aus Zuwendungen vorjähriger durch den Hauptstadtkulturfonds geförderter Projekte. Eine Abrechnung mit dem Bund erfolgt einmal jährlich. Die Mittel werden für künftige Mehrbedarfe im Bereich Hauptstadtkulturfonds vom Bund verwaltet.

67101	**183**	**Ersatz von Ausgaben**	**357.000**	**507.000**	**357.000**	**454.626,14**

		Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	IST 2022 €
1	Berliner Anteil am Kompetenznetzwerk für Bibliotheken einschließlich Bibliotheksportal	33.880	33.880	33.880	39.655,50
2	Koordinierungsstelle für die Erhaltung schriftlichen Kulturguts - KEK	7.400	7.400	7.400	0,00
3	Bestandserhaltung schriftlichen Kulturgutes	300.000	450.000	300.000	295.409,99
4	Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste (Koordinierungsstelle Magdeburg und Arbeitsstelle für Provenienzrecherche/-forschung)	2.580	2.580	2.580	0,00
5	Anteil Berlins an der Finanzierung des Sekretariats des Deutsch-Französischen Kulturrates	1.830	1.830	1.830	1.868,38
6	Anteil Berlins am Kulturfinanzbericht	1.480	1.480	1.480	0
7	Anteil Berlins an der bundeseinheitlichen Kulturstatistik	6.500	6.500	6.500	0,00
8	Nationaler Spiegelausschuss zu CENT/TC 346 - Erhaltung des kulturellen Erbes	2.770	2.770	2.770	2.828,52
9	Berliner Anteil an der Geschäftsstelle der Kultur-MK (Personalkosten)				6.649,39
10	Ländergemeinsame Finanzierung der Hotline in NRW (Sonderfonds des Bundes)				57.968,03
11	Landesanteil Berlin 2022 gem. UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes (IKE) -länderseitig finanzierte Hilfskraft				246,33
12	Kulturstiftung der Länder-Anteil Land Berlin 2022 (Projektmittel "Sonnenstunden")				41.000,00
	Sonstiges				
	Summe	356.440	506.440	356.440	445.626,14
	rund	357.000	507.000	357.000	

1. Das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB) ist ein 2003/2004 gegründetes und von allen Ländern gemeinschaftlich finanziertes Netzwerk, das in dezentraler Form die wichtigsten überregionalen Gemeinschaftsaufgaben des deutschen Bibliothekswesens übernimmt. Der Finanzierungsbeitrag Berlins erfolgt auf der Grundlage der „Verwaltungsvereinbarung über das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken“ vom 03. November 2003. Über den Finanzierungsplan des KNB entscheidet der Hochschulausschuss der Kultusministerkonferenz. Die Finanzierungsanteile der Länder werden auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels ermittelt.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

2. Die „Koordinierungsstelle für die Erhaltung schriftlichen Kulturguts (KEK)“ koordiniert und begleitet seit 2011 die Umsetzung der bundesweiten Handlungsempfehlungen zur Erhaltung schriftlichen Kulturguts in Archiven, Bibliotheken und anderen Kulturgut bewahrenden Einrichtungen. Die Grundlage für die Fortführung der Arbeit der KEK ist die Auswertung eines entsprechenden Evaluierungsverfahrens in 2015. Die KEK wird gemeinsam von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und der Kulturstiftung der Länder (KSL) finanziert. Der länderseitige Finanzierungsbeitrag wird aus demjenigen Teil des Etats der KSL sichergestellt, der für von der Ländergemeinschaft gemeinsam finanzierte Projekte und Einrichtungen vorgesehen ist. Die Finanzierungsanteile der Länder werden auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels ermittelt.

3. Bestandserhaltung schriftlichen Kulturgutes
Entsprechend den „Handlungsempfehlungen zur Erhaltung schriftlichen Kulturguts“ wurde 2017 ein Sonderprogramm, insbesondere für Mengenverfahren (Massenentsäuerung, Reinigung und Verpackung) von Bund und Ländern aufgelegt, das entsprechende Vorhaben anteilig finanziert. Mittel zur Kofinanzierung dieses Programms insbesondere für Projekte der Stiftung Zentral-und Landesbibliothek Berlin und des Landesarchivs Berlin.

   Mehr i. H. v. 150.000 € ab 2025 zur Umsetzung zusätzlicher Erhaltungsmaßnahmen.

5. Ländergemeinsame Finanzierung des deutschen Sekretariats des Deutsch-Französischen Kulturrats nach Maßgabe des Königsteiner Schlüssels.

6. Seit 2001 unterstützt die Kultusministerkonferenz die Erstellung des Kulturfinanzberichtes und dessen Ausbau zu einer umfassenden Kulturstatistik. Die länderseitigen Kosten für eine hälftig mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanzierte Personalstelle beim Statistischen Bundesamt nach Entgeltgruppe E 13 i. H. v. 29.172 € werden gemäß Königsteiner Schlüssel im Wege der Umlage durch die Länder erbracht.

7. Das Statistische Bundesamt hat eine Konzeption zum Aufbau einer bundeseinheitlichen Kulturstatistik erarbeitet. Die Einrichtung dieser Statistik erfolgt auf Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages. Die Gesamtausgaben betragen 255.200 €, wovon der Bund die Hälfte trägt. Die Länderanteile berechnen sich nach dem Königsteiner Schlüssel. Mittelfristiges Ziel ist die Zusammenführung beider Statistiken.

8. Der Spiegelausschuss besteht seit 2006 beim Deutschen Institut für Normung e.V. für das Normungsprojekt „Bewahrung des kulturellen Erbes“, das vom europäischen Komitee für Normung eingerichtet wurde. Ziel des Projektes ist die Standardisierung der fachlichen Methoden der Bearbeitung des kulturellen Erbes in Europa, die insbesondere die Denkmalpflege, Museen und Archive betreffen. Auf Beschluss der Kulturministerkonferenz wird der deutsche Spiegelausschuss seit 01.01.2016 nur noch von den Ländern finanziert, und zwar i. H. v. 54.500 € pro Jahr nach Königsteiner Schlüssel.

67121	**187**	**Rückzahlung zu Unrecht vereinnahmter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**7.199,78**
68102	**183**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**856,80**

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68119	**187**	**Förderung von Künstlern/ Künstlerinnen**	**3.387.000**	**3.387.000**	**4.391.000**	**3.603.324,93**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.392.000**	**1.392.000**		
		Davon fällig 2025	**1.392.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.392.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	1.008.000	0	0

		Ansatz			Ist
	Für die Bereiche:	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1.	Literatur: auch für Arbeits- und Aufenthaltsstipendien für Berliner Autor*innen……..	994.100	994.100	994.100	906.200
2.	Kulturaustausch auch für Aufenthalte von Berliner Künstler*innen im Ausland……	438.020	438.020	438.020	377.925
3.	Bildende Kunst…….....	1.112.000	1.112.000	2.116.000	1.477.200
4.	Darstellende Künste/Tanz……	246.000	246.000	246.000	246.000
5.	Jazzmusik……	200.000	200.000	200.000	192.000
6.	Ernste Musik……...	252.000	252.000	252.000	252.000
7.	Künstlerinnenförderung……	144.680	144.680	144.680	152.000
8.	Stipendien Sonderprogramm……...				
	Summe:	3.386.800	3.386.800	4.390.800	3.603.325
	rund:	3.387.000	3.387.000	4.391.000	

Zu 3. Bildende Kunst
Weniger i. H. v. 1.004.000 € gegenüber 2023 zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Genderrelevante Daten 2022: Titel 68119

Programm	An-träge	F	M	F in %	Ge-för-dert	F	M	F in %	Summe F	Summe M	F in %
Recherchestipendium Bildende Kunst, s.u. 1)	437	282	154	65	93	68	25	73	544.000	200.000	73
Arbeitsstipendium Bildende Kunst, s.u. 2)	400	250	150	63	10	8	2	80	144.000	36.000	80
Arbeits- und Recherche-Stipendium Darstellende Kunst, s.u. 3)	265	187	78	71	23	14	9	61	80.000	54.000	56
Künstlerinnenförderung, Arbeitsstipendien im Bereich Film/Video s.u. 4)	179	178	1	99	15	14	0	93	146.000	0	92
Arbeitsstipendien Neue Musik und Klangkunst, s.u. 5)	208	74	134	36	23	10	12	46	84.000	120.000	41
Arbeitsstipendien Alte Musik, s.u. 17)	27	15	12	55	4	1	3	25	8.000	32.000	20
Kulturaustausch-Kompositionsstipendium Paris , s.u. 6)	16	8	6	50	2	2	0	100	30.000	0	100
Kulturaustausch- Globalstipendien s.u. 7)	58	30	27	52	22	11	11	50	82.500	82.500	50
Kulturaustausch- Stipendien Comic/Graphic Novel in Paris, s.u. 8)	5	2	3	40	1	0	1	0	0	15.000	0
Kulturaustausch- Stipendien in:											
Istanbul , s.u. 9)	12	7	5	58	2	1	1	50	7.500	7.500	50
New York, s.u. 10)	35	25	10	71	1	1	0	100	10.800	0	100
Los Angeles	30	23	7	77	2	2	0	100	26.250	0	100
Tokio, s.u. 11)	41	28	12	68	1	0	1	0	0	9.000	0
Kulturaustausch- Bildende Kunst-/Literatur/Tanz-Stipendien in Paris, s.u. 12)	11	6	5	55	1	1	0	100	15.000	0	100
Arbeitsstipendien deutschsprachige Literatur, s.u. 13)	311	179	132	57	29	14	15	48	240.000	312.000	43

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Programm	Anträge	F	M	F in %	Gefördert	F	M	F in %	Summe F	Summe M	F in %
Arbeitsstipendien Literatur für nichtdeutsche Literatur, s.u. 14)	222	138	84	62	9	3	6	33	72.000	144.000	33
Comicstipendien Literatur, s.u. 15)	75	36	39	48	4	1	3	25	8.000	40.000	17
Arbeitsstipendien und Audio-/Videoproduktion Jazz, s.u. 16)	64	24	40	38	34	13	21	38	70.000	130.000	35

1) Zudem 12 Gruppenbewerbungen, 24 mit Angabe divers; drei Gruppenförderungen i. H. v. 24.000 €, 4 Förde rungen divers i. H. v. 32.000 €.
2) Zudem acht Gruppenbewerbungen, dreizehn mit Angabe divers, eine Förderung divers.
3) Zudem 39 Gruppenbewerbungen, 24 mit Angabe divers; davon wurden zehn Gruppen i. H. v. 74.000 € und drei divers i. H. v. 24.000 € gefördert.
4) Zudem fünf Gruppenbewerbungen und sieben Bewerbungen von divers. Eine Förderung divers i.H.v.12.000 €
5) Zudem sechs Gruppenbewerbungen und zehn Bewerbungen von divers. Eine Förderung divers i.H.v. 8.000 €
6) Zudem zwei Bewerbungen von divers, keine Förderung.
7) Zudem eine Bewerbung von divers, keine Förderung.
8) Zudem eine Bewerbung von divers, keine Förderung.
9) Zudem eine Bewerbung von divers, eine Bewerbung keine Angabe zum Geschlecht, keine Förderung.
10) Zudem eine Bewerbung von divers, eine Bewerbung keine Angabe zum Geschlecht, keine Förderung.
11) Zudem eine Bewerbung von divers, eine Bewerbung keine Angabe zum Geschlecht, keine Förderung.
12) Zudem zwei Bewerbungen keine Angabe zum Geschlecht, keine Förderung.
13) Zudem sieben Bewerbungen von divers, keine Förderung.
14) Zudem dreizehn Bewerbungen von divers, eine Förderung i. H. v. 24.000 €
15) Zudem 3 Gruppenbewerbungen und zwei Bewerbungen von divers, keine Förderung.
16) Zudem zwei Gruppenbewerbungen und zwei Bewerbungen von divers, keine Förderung. Tourneeförderung ist in der Stipendienförderung aufgegangen.
17) Zudem Bewerbung von divers, keine Förderung. Neues Förderprogramm.

68123	**181**	**Ehrungen, Preise**	**948.000**	**834.000**	**849.000**	**669.152,48**

125.000,0 EUR werden künftig bei 68610 nachgewiesen.
500.000,0 EUR wurden bislang bei 68618 nachgewiesen.

		Ansatz			IST
		2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1	Kunstpreis des Landes Berlin / jährliche Verleihung	45.000	45.000	45.000	45.000,00
2	Kleist-Preis / jährliche Verleihung	5.000	5.000	5.000	5.000,00
3	Hannah-Höch-Preis und Förderpreis / Verleihung alle zwei Jahre	118.000	0	0	118.000,00
	Moses-Mendelssohn-Preis zur Förderung von Humanität und Toleranz in unserer Gesellschaft / Verleihung alle zwei Jahre (Preisgeld 10.000 € sowie Nebenkosten)	30.300	0	0	12.898,40
5	Brüder-Grimm-Preis zur Förderung des modernen Kinder- und Jugendtheaters / Verleihung alle zwei Jahre	15.300	0	15.300	---
6	Jazz Preis / jährliche Verleihung/ Tag der Clubkultur	518.000	518.000	18.000	16.160,00
7	Berliner Verlagspreis	45.000	45.000	45.000	34.000,00
8	Preise für freie Projekträume	0	0	125.000	125.000,00
9	Kunstpreis der Schering Stiftung / Verleihung alle zwei Jahre	0	50.000	50.000	-
10	Bundeswettbewerb Gesang	170.000	170.000	170.000	-
	gesamt	946.800	833.000	473.300	356.058,40
	rd.	947.000	833.000	474.000	

Zu 5:
Mehr in 2024 i. H. v. 15.300 € und weniger in 2025 in gleicher Höhe wegen Tausch der Vergabejahre.

Zu 6:
Mehr ab 2024 i. H. v. 500.000 € jeweils gegenüber 2023 aufgrund Mittelverlagerung für Tag der Clubkultur aus Titel 68618.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zu 8:
Weniger ab 2024 i. H. v. 125.000 € jeweils gegenüber 2023 aufgrund Mittelverlagerung Projektraumpreis zu Titel 68610.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten 2022:

Programm	An-träge	F	M	F in %	Geför-dert	F	M	F in %	Summe F	Summe M	F in %
Künstlerinnenprogramm, Hannah Höch-Förderpreis*	69	69	0	100	1	1	0	100	38.000	0	100
Hannah-Höch-Preis	Benennung				1	1	0	100	80.000	0	100
Jazzpreis Berlin	Benennung				1	1	0	100	15.000	0	100

*Antragszahlen aus 2021 für Preisverleihung in 2022; nächste Verleihung in 2024.

68190	**183**	**Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**250.000,00**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

IST-Ausgaben 2022:

Betrag in €	Mittelherkunft	Empfangende/Zweck
250.000	Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin	Ankauf von Kunstwerken, die an die Berlinische Galerie, die Stiftung Stadtmuseum, den Neuen Berliner Kunstverein und das Kupferstichkabinett übergeben wurden.

Förderungsmaßnahme ist der Ankauf von Kunstwerken. Bei den Ankäufen wird der Ankaufsakt als solcher aufgelistet, d. h. jede Person wird einmal berücksichtigt, unabhängig davon, wie viele Kunstwerke angekauft wurden. Die Auswahl der Kunstwerke erfolgt durch eine Kommission.

Genderrelevante Daten (HH-Jahr 2022):

Programm	Anträge	F	M	F %	Gefördert	F	M	F %	Summe F	Summe M	F %
Ankauf von Kunstwerken	Kein Antragsverfahren, die Förderkommission Bildende Kunst wählt aus				23	16	6	72	155.950	94.050	62

Zudem wurde eine Gruppe gefördert.

68208 195 Zuschuss an die Stiftung Topographie des Terrors
Siehe Maßnahmegruppe 03

68216 182 Zuschuss an die Rundfunk Orchester und Chöre gGmbH Berlin
Siehe Maßnahmegruppe 04

68219 181 Zuschuss an die Hebbel-Theater Berlin GmbH
Siehe Maßnahmegruppe 02

68221 181 Zuschüsse aus Erlösbeteiligungen aus Grundstücksverkäufen des Verwaltungsvermögens
Siehe Maßnahmegruppe 02

68225 181 Zuschuss an die Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH
Siehe Maßnahmegruppe 02

68239 181 Zuschuss an die Stiftung Oper in Berlin
Siehe Maßnahmegruppe 02

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68242	**181**	**Zuschuss an das Deutsche Theater/Kammerspiele**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68243	**181**	**Zuschuss an die Volksbühne**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68246	**181**	**Zuschuss an das Maxim Gorki Theater**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68248	**181**	**Zuschuss an das Theater an der Parkaue**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68258	**182**	**Zuschuss an das Konzerthaus Berlin**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68259	**182**	**Zuschuss an die Stiftung Berliner Philharmoniker**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68262	**011**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**-200.000,00**

Zuschuss an das SILB für notwendige Ausgaben zur Bauvorbereitung bei Übernahme von Baumaßnahmen durch die BIM als Baudienststelle.

68290	**182**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68303	**182**	**Zuschüsse für Veranstaltungen**	**1.984.000**	**1.986.000**	**2.130.000**	**2.060.569,05**
		Verpflichtungsermächtigung	**225.000**	**225.000**		
		Davon fällig 2025	**225.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**225.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	225.000	0	0

		Ansatz		Ist	
		2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1	Initiative Neue Musik Berlin e.V.	549.140	551.340	545.940	545.940,00
2	Bildende Kunst/ Präsentation zeitgenössische Kunst	695.970	695.970	645.970	636.729,05
3	Literarische Veranstaltungen	138.650	138.650	138.650	138.150,00
4	Künstlerinnenförderung	182.260	182.260	182.260	174.750,00
5	Ausstellungen privater Museen	1.540	1.540	1.540	0,00
6	Förderkreis Spectrum Concerts e.V.	35.000	35.000	35.000	35.000,00
7	sonstige kulturelle Veranstaltungen	100.000	100.000	100.000	50.000,00
8	Märchenland e. V.	280.000	280.000	480.000	480.000,00
	Gesamt	1.982.560	1.984.760	2.129.360	2.060.569,05
	rd.	1.983.000	1.985.000	2.130.000	

Zu 1:
Initiative Neue Musik Berlin e. V.
Der 1991 gegründete Verein Initiative Neue Musik Berlin e.V. (inm) fördert die Entstehung und Verbreitung Neuer Musik (Bereich Ernste Musik) in Berlin. Der Verein will dazu beitragen, dass Berlin ein internationales Zentrum zeitgenössischer Musik bleibt bzw. zu diesem ausgebaut wird. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Förderung von Projekten von freien Gruppen, Initiativen und Künstler*innen der Neuen Musik. Darüber hinaus gibt die inm mehrmals im Jahr einen Konzertkalender für Neue Musik heraus und organisiert die Vergabe des vom Land Berlin angemieteten Probenraums in der Lehrter Straße 57 ("Vivaldisaal") für Gruppen der Neuen Musik. Für diese Maßnahmen erhält der Verein eine institutionelle Förderung.

Berücksichtigung einer Tarifpauschale in Höhe von 1.100 € in 2024 und 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 ausgeglichen wird.

Mehr in 2024 i. H. v. 2.100 € und in 2025 i. H. v. 4.300 € gegenüber 2023 aufgrund Berücksichtigung Tarifpauschale 2024/2025.

Zu 2:
Mehr ab 2024 i. H. v. 50.000 € gegenüber 2023 aufgrund Erhöhung der Honoraruntergrenzen (Fonds Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler - FABiK).

Zu 8:
Märchenland e.V., weniger i. H. v. 200.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Genderrelevante Daten 2022

Programm	Anträge	F	M	F in %	Gefördert	F	M	F in %	Summe F	Summe M	F in %
Präsentationsförderung Bildende Kunst (Kataloge & Projekte)*	160	106	54	66	26	21	5	81	45.280	7.200	83

*(36 Bewerbungen Sonstige Gruppen/Einrichtungen, 6 Bewerbungen divers, 10 Förderungen für Sonstige Gruppen/Einrichtungen i. H. v. 238.765 €.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68311 (neu)	**692**	**Zuschüsse zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft in Notlagen**	**5.000.000**	**10.000.000**		

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.

	2024	2025
Fortsetzung der Soforthilfe IV und andere Programmhilfen	5.000.000 €	10.000.000 €

Fortführung und Weiterentwicklung der Soforthilfe IV sowie weiterer (Post-) Coronahilfen und -programme u.a. zur Unterstützung eines Neustarts für Künstlerinnen und Künstler.

68320	**187**	**Zuschuss an die Kulturprojekte Berlin GmbH**	**6.726.000**	**6.846.000**	**6.109.000**	**6.079.750,06**

45.000,0 EUR werden künftig bei 68569 nachgewiesen.
60.000,0 EUR werden künftig bei 68573 nachgewiesen.

Die Kulturprojekte Berlin GmbH (KPB GmbH) ist eine landeseigene gemeinnützige GmbH.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Die Aktivitäten sind in fünf Geschäftsfeldern organisiert:

1.	Projekte und Veranstaltungen (Lange Nacht der Museen, Berlin Art Week sowie temporäre Projekte).
2.	Förderung von partnerschaftlichen Projekten und Kooperationen im Bereich kultureller Bildungs- und Vermittlungsarbeit durch die Vernetzung von Akteur*innen der Kulturellen Bildung in Berlin.
3.	Kulturmarketing (Marketing-, Service und Informationsangebote, u. a. Museumsjournal, Museumsportal, Vertrieb von Produkten, Plattform Creative City Berlin).
4.	Beratung und Service (Auf- und Ausbau sowie Betrieb stadtweiter Beratungsangebote zur Information und Vernetzung Berliner Künstler*innen sowie Kreativer und Kulturschaffender).
5.	Spielbetrieb (Podewil sowie das Puppen- und Figurentheater Die Schaubude) sowie Trägerschaften.

Mehr i. H. v. 500.000 € ab 2024 gegenüber 2023 für den Ausbau der internationalen Kooperationen mit einem Schwerpunkt bei Künstlerinnen und Künstlern aus Afrika.

Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 116.600 € in 2024 und 236.400 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Weniger i. H. v. 60.000 € gegenüber 2023 wegen Umsetzung der Mittel für eine Stelle des Landesverbands der Museen zu Berlin e.V. zu Kapitel 0810 / Titel 68573.

Weniger i. H. v. 45.000 € wegen der Verlagerung der Mittel für das Klingende Museum zu Kapitel 0810 / Titel 68569.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

68321 181 Zuschuss an die Schaubühne
Siehe Maßnahmegruppe 02

68322 181 Zuschüsse an sonstige Privattheater
Siehe Maßnahmegruppe 02

68323 181 Zuschuss an das Grips-Theater
Siehe Maßnahmegruppe 02

68327 181 Zuschuss an die Berliner Ensemble GmbH
Siehe Maßnahmegruppe 02

68328 181 Zuschuss an Sasha Waltz and Guests
Siehe Maßnahmegruppe 02

68329 181 Sonstige Zuschüsse an Bühnen und Tanz
Siehe Maßnahmegruppe 02

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68342	**181**	**Zuschüsse zur Förderung von Unterhaltungstheatern**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68362	**181**	**Zuschuss an die Tanzcompagnie cie. toula limnaios**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68380	**187**	**Zuschüsse für Kulturaustausch**	**306.000**	**306.000**	**306.000**	**209.121,46**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	100.000	0	0

Für Maßnahmen im Rahmen des internationalen Kulturaustausches.

Da inzwischen überwiegend Anträge von Gruppen gestellt werden, erfolgt keine geschlechtersensitive Auswertung.

68390	**195**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
68408	**186**	**Zuschuss an die Berliner Blindenhörbücherei gGmbH**				
		Siehe Maßnahmegruppe 06				
68417	**187**	**Zuschüsse im Rahmen des Projektfonds Kulturelle Bildung**	**2.390.000**	**2.640.000**	**2.590.000**	**2.505.202,72**
		520.000,0 EUR werden künftig bei 68569 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**682.900**	**682.900**		
		Davon fällig 2025	**682.900**			
		Davon fällig 2026	**—**	**682.900**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	820.000	0	0

Mit dem Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung (BPKB) werden seit 2008 Mittel für kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche bereitgestellt. Dieses Angebot setzt einen Teil des Rahmenkonzepts des Senats „Kulturelle Bildung in Berlin“ um. Der BPKB fördert Projekte und Maßnahmen, die ausschließlich im Tandem von Partnern aus Kulturinstitutionen oder mit freien Kunstschaffenden einerseits und Kitas, Schulen, Horten und anderen Bildungseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen andererseits konzipiert und durchgeführt werden.
Der Projektfonds Kulturelle Bildung wird seit 2020 von der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung umgesetzt.

Weniger ab 2024 i. H. v. 100.000 € aufgrund von Mittelumsetzung nach 68569 für die Förderung des Projekts „Max – Artists in Residence“.

Weniger ab 2024 i. H. v. 70.000 € aufgrund von Mittelumsetzung nach 68569 für die Förderung des Projekts „Kinderopernhaus“.

Weniger ab 2024 i. H. v. 500.000 € aufgrund von Mittelumsetzung nach 68569 für die Förderung des Projekts „Berlin Mondiale“.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Weniger ab 2024 i. H. v. 50.000 € für die Förderung des Projekts „Geräuschmusik“ wegen der Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Mehr ab 2025 i. H. v. 250.000 € für die Anpassung der Honorare für künstlerische Vermittlung beim Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

68502	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Deutsches Technikmuseum**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68522	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68528	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Bröhan**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68529	**182**	**Zuschuss an die Berliner Symphoniker**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68530	**195**	**Zuschuss an den Trägerverein des Hauses der Wannseekonferenz**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68539	**183**	**Zuschuss an das Bauhaus-Archiv**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68545	**183**	**Anteil Berlins an der Kulturstiftung der Länder**	**723.000**	**723.000**	**681.000**	**707.196,00**

Die Kulturstiftung der Länder (KSL) ist eine von den 16 Bundesländern getragene gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Satzungsgemäße Aufgabe der KSL ist die Förderung und Bewahrung von Kunst und Kultur nationalen Ranges. Die Stiftung hat ihren Sitz in Berlin. Der Finanzierungsbeitrag Berlins für die KSL erfolgt auf der Grundlage des Abkommens zur Errichtung der KSL vom 04.06.1987. Die Finanzierungsanteile der Länder werden auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels ermittelt und über den Haushalt des Sekretariats der Kultusministerkonferenz der KSL zur Verfügung gestellt.

Der Stiftungsrat der Kulturstiftung hat am 16.12.2022 den Wirtschaftsplan 2023 der KSL mit einem von den Ländern nach Königssteiner Schlüssel aufzubringenden Zuwendungsbedarf in Höhe von insgesamt 10.397.000 € beschlossen. Von diesem Betrag sind 7.953.000 € für die Durchführung laufender Aufgaben und 2.444.000 € als Zuschuss der Ländergemeinschaft für die über die KSL abgewickelten gemeinsamen Finanzierungen bestimmt.

Darüber hinaus leistet Berlin auf der Grundlage des Errichtungsabkommens für das Zentrum Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts (ITI) Ausgaben i. H. v. 136.820 € als Sitzlandanteil.

Die Stiftung Tanz-Transition Zentrum Deutschland bietet Unterstützung bei der beruflichen Umorientierung von Tänzer*innen, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können. Die Stiftung erhielt von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien eine Anschubfinanzierung; die weitere Finanzierung erfolgt durch die Länder. In der 286. Sitzung des Kulturausschusses wurde ein Fortführen des Vorhabens beschlossen und Berlin hat sich bereit erklärt, den Beitrag auf 5.000 € zu erhöhen. Die weiteren 2.500 € werden aus Titel 68329 (Sonstige Zuschüsse an Bühnen und Tanz, Teilansatz 2 Sonstige Maßnahmen im Bereich Tanz) gedeckt.

Auf der 2. Kultusministerkonferenz vom 16.10.2019 wurde beschlossen, im Rahmen eines dreijährigen Pilotprojekts eine Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland einzurichten, die bei der Kulturstiftung der Länder angesiedelt ist. Dort wurden Kosten von ca. 400.000 € pro Jahr, also ein Gesamtbudget von rund 1.200.000 € veranschlagt, hälftig finanziert von Bund und Ländern. Für die Anteile der Länder ist die Verteilung nach Königsteiner Schlüssel vorgesehen. In der 9. Kultur-MK einigen sich die Länder auf eine Fortsetzung des Programms.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

		Ansatz			IST
		2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1	Finanzierungsanteil Berlin an der Kulturstiftung der Länder einschl. Ausstellungsfonds und Theaterpreis "Der Faust"	565.760	565.760	524.600	570.946
2	Zentrum Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts	133.910	133.910	132.910	133.750
3	Kontaktstelle Kolonialismus	20.000	20.000	20.000	0
4	Finanzierungsanteil Berlin an der Geschäftsstelle der privaten Stiftung Tanz-Transition Zentrum Deutschland (Sitzlandanteil)	2.500	2.500	2.500	2.500
	Summe	722.170	722.170	680.010	707.196
	rd.	723.000	723.000	681.000	

Mehr ab 2024 i. H. v. 41.160 € jeweils gegenüber 2023 für den Finanzierungsanteil Berlins an der Kulturstiftung der Länder einschließlich des Ausstellungsfonds und des Theaterpreises „Der Faust“.

68549 162 Landeszuschuss zum Aufbau und Betrieb der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB)

Siehe Maßnahmegruppe 06

68551 183 Zuschuss an die Stiftung Berlinische Galerie

Siehe Maßnahmegruppe 03

68553 162 Zuschuss für den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV)

Siehe Maßnahmegruppe 06

68568 186 Zuschuss an die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Siehe Maßnahmegruppe 06

68569	**187**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**30.190.000**	**28.515.000**	**34.946.000**	**25.895.226,79**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 15.160.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 10.170.000,0 EUR gesperrt.
45.000,0 EUR wurden bislang bei 68320 nachgewiesen.
250.000,0 EUR wurden bislang bei 68639 nachgewiesen.
40.000,0 EUR werden künftig bei 68573 nachgewiesen.
700.000,0 EUR wurden bislang bei 68639 nachgewiesen.
520.000,0 EUR wurden bislang bei 68417 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**21.347.000**	**4.470.000**
Davon fällig 2025	**8.708.000**	
Davon fällig 2026	**7.963.000**	**—**
Davon fällig 2027	**4.143.000**	**—**
Davon fällig 2028	**533.000**	**2.470.000**
Davon fällig 2029	**—**	**1.000.000**
Davon fällig 2030		**1.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	533.000	533.000	0

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

		Ansatz		
		2024 €	2025 €	2023 €
1.	Neue Babylon Berlin GmbH	528.590	545.190	493.890
2.	DAAD e. V.	404.600	416.500	393.000
3.	Digitalisierung von Kulturgut			1.470.000
4.	Digitale Entwicklung im Kulturbereich			2.678.000
5.	Arbeitsraumprogramm	245.000	245.000	245.000
6.	Gedenktafelprogramm	0	0	40.000
7.	Karneval der Kulturen	980.000	980.000	980.000
8.	Kulturstandort Lucy-Lameck-Straße	1.058.425	1.073.878	1.015.000
9.	KulturLeben e. V.	50.750	51.511	50.000
10.	Anne-Frank-Zentrum	70.000	70.000	70.000
11.	Sonstige Förderung	50.000	50.000	50.000
12.	Kostümkollektiv	40.000	40.000	40.000
13.	Vorsorge für Mindestlohnerhöhung im Kulturbereich	1.000	1.000	1.000
14.	Künstlerisches Forschen	783.750	795.169	750.000
15.	Förderung von Archiveinrichtungen	150.000	150.000	195.000
16.	Förderung der digitalen Infrastruktur mit besonderer Berücksichtigung von Shared-Service-Vorhaben im Kulturbereich (z.B. Ticketing)	0	0	2.000.000
17.	Durchführung eines stadtweiten Kultursommers in Kooperation mit den Bezirken	3.000.000	3.000.000	2.500.000
18.	Strukturelle Mehrausgaben für Kultureinrichtungen / Landesunternehmen	0	0	20.000.000
19.	PINKDOT GmbH	0	0	350.000
20.	Haus der Künstlerinnen und Künstler	0	0	30.000
21.	Musethica	120.000	120.000	120.000
22.	Fonds Digitaler Wandel	15.008.000	15.018.000	0
23.	Klingendes Museum	45.000	45.000	0
24.	Bezirkliche kulturelle Projekte im Stadtraum	500.000	500.000	0
25.	Fairstage	200.000	200.000	0
26.	Diversitätsoffensive in landesgeförderten Kultureinrichtungen	500.000	500.000	0
27.	Jugendkulturinitiative Berliner Kultureinrichtungen	1.250.000	1.250.000	0
28.	Berlin Mondiale	357.500	365.113	0
29.	Max – Artists in Residence	101.500	103.023	0
30.	Kinderopernhaus	70.000	70.000	0
31.	Modellfläche TXL	200.000	200.000	0
32.	Betrieb der Online-Dokumentation Kunst im Stadtraum, Kunst am Bau und Gedenkorte im Fachvermögen des Landes Berlin	25.000	25.000	0
33.	Mindestgagen/Honorare für institutionell geförderte Bühnen, u.a. Kinder- und Jugendtheater	1.500.000	1.500.000	0
34.	Classical next	1.000.000	0	0
35.	Listen to Berlin Award	500.000	500.000	0
36.	CIRCE	500.000	500.000	0
37.	Refinanzierung von Eigenanteilen i. R. Kofinanzierung von Bundesprogrammen zur Bewältigung der Corona-Pandemie	200.000	200.000	0
38.	Koloniales Denkzeichen	750.000	0	0
	Summe:	30.189.115	28.514.384	33.470.890
	rund:	30.190.000	28.515.000	33.471.000

In dem Ansatz sind Mittel aus dem Innovationsförderfonds des Landes Berlin 2024 i. H v. 15.160.000 € und 2025 i. H v. 10.170.000 € enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Erläuterungen zu einzelnen Einrichtungen / Programmen:

1. Neue Babylon Berlin GmbH
Die Neue Babylon Berlin GmbH ist in privater Eigentümerschaft. Im Filmkunsthaus Babylon wird unter der Trägerschaft der Neuen Babylon Berlin GmbH der Spielbetrieb „Kommunales Kino“ gefördert.

Mehr ab 2024 i. H v. 18.500 € gegenüber 2023 aufgrund Umsetzung von Tarifmitteln 2023 aus Kapitel 2910 Titel 68406 – Fortschreibung des Tarifbedarfs 2023.

Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H v. 16.200 € 2024 und 32.800 € 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

2. DAAD e. V.
Der Deutsche Akademische Austauschdienst e. V. ist ein eingetragener Verein, der gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 AO verfolgt.

Der Zuschuss wird gewährt für das „Berliner Künstlerprogramm". Finanziert wird das Programm durch den Bund und das Land Berlin sowie durch eigene Einnahmen des DAAD.

Im Rahmen des „Berliner Künstlerprogramms" werden rund 20 international bekannte und herausragend qualifizierte bildende Künstler*innen, Schriftsteller*innen, Komponist*innen sowie Filmemacher*innen aus dem Ausland von international besetzten Jurys ausgewählt und nach Berlin eingeladen. Weitere Künstler*innen kommen zu Kurzaufenthalten nach Berlin. Um die eingeladenen Künstler*innen in Berlin bekannt zu machen, vermittelt das „Berliner Künstlerprogramm“ Kontakte und organisiert Veranstaltungen, Ausstellungen, Konzerte, Filmvorführungen, Lesungen und Veröffentlichungen.

Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H v. 11.600 € 2024 und 23.500 € 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Verpflichtungsermächtigung 2025 i. H. v. insgesamt 1.599.000 €, davon jeweils 533.000 € für 2026, 2027 und 2028 plus 200.000 € p.a. aus dem Innovationsfonds.

6. Gedenktafelprogramm
Weniger ab 2024 i. H v. 40.000 € aufgrund von Titelumsetzung von 68569 nach 68573.

8. Kulturstandort Lucy-Lameck-Straße (ehemals Werkstatt der Kulturen)
Mehr ab 2024 i. H v. 28.200 € gegenüber 2023 aufgrund Umsetzung von Tarifmitteln 2023 aus Kapitel 2910 Titel 68406 – Fortschreibung des Tarifbedarfs 2023.

Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H v. 15.225 € 2024 und 30.678 € 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Verpflichtungsermächtigungen: 390.000 € jährlich für die Jahre 2025 - 2027

9. KulturLeben e.V.
Die Förderung des KulturLeben e. V. erfolgt nach §§ 23, 44 LHO im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung.
Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H v. 750 € 2024 und 1.511 € 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

14. Künstlerisches Forschen
Mehr ab 2024 i. H v. 22.500 € gegenüber 2023 aufgrund Umsetzung von Tarifmitteln 2023 aus Kapitel 2910 Titel 68406 – Fortschreibung des Tarifbedarfs 2023.

Berücksichtigung einer Tarifpauschale i i. H v. 11.250 € 2024 und 22.669 € 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Verpflichtungsermächtigungen: 750.000 € jährlich für die Jahre 2025 - 2027

15. Förderung von Archiveinrichtungen
Mehr ab 2024 i. H v. 30.000 € für die Stärkung von Archiveinrichtungen. Weniger ab 2024 i. H. v. 75.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

17. Durchführung eines stadtweiten Kultursommers in Kooperation mit den Bezirken
Mehr ab 2024 i. H v. 500.000 € zur Umsetzung eines stadtweiten „Summer in the city“.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

18. Strukturelle Mehrausgaben für Kultureinrichtungen / Landesunternehmen
Weniger ab 2024 i. H v. 20.000.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

19. PINKDOT GmbH
Weniger ab 2024 i. H v. 350.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

20. Haus der Künstlerinnen und Künstler
Weniger ab 2024 i. H v. 30.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

22. Fonds Digitaler Wandel
Die Strategie des Senats bei der digitalen Entwicklung der Berliner Kultur umfasst die Aspekte digitale Infrastruktur in den Kultureinrichtungen, digitale Teilhabe, digitale Entwicklung des Kulturbereichs sowie digitale Bewahrung und -Veröffentlichung von Kulturgut. Dafür werden bestehende Maßnahmen zu einem „Fonds Digitaler Wandel“ ab 2024 zusammengefasst. Der Fonds Digitaler Wandel setzt sich wie folgt zusammen:

Fonds Digitaler Wandel		Ansatz		
		2024	2025	2023
22.1	Digitale Entwicklung im Kulturbereich	2.278.000 €	2.278.000 €	2.678.000 €
22.2	Förderung der Digitalen Infrastruktur im Kulturbereich	3.750.000 €	3.750.000 €	2.000.000 €
22.3	Förderprogramm „Digitalisierung Objekte kulturelles Erbe Land Berlin“ und digiS	1.470.000 €	1.470.000 €	1.470.000 €
22.4	Programm Digitaler Wandel (Beschäftigungspositionen sog. „Resilienz-Dispatcher/innen“)	3.810.000 €	3.820.000 €	0 € *
22.5	Digitalisierung der kulturellen Grundversorgung (u.a. Bibliotheken)	1.700.000 €	1.700.000 €	0 € *
22.6	Digitale Infrastruktur in den bezirklichen Kulturinstitutionen	2.000.000 €	2.000.000 €	0 € *
	Summe:	15.008.000 €	15.018.000 €	6.148.000 €

* finanziert aus Mitteln des Innovationsförderfonds des Landes Berlin

22.1 Digitale Entwicklung im Kulturbereich

Weniger i. H v. 400.000 € ab 2024 zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.
Umsetzung einer Konferenz zur Künstlichen Intelligenz

Verpflichtungsermächtigungen: 7.278.000 €
Davon fällig in 2025: 2.278.000 €
Davon fällig in 2026: 1.000.000 €
Davon fällig in 2027: 1.000.000 €
Davon fällig in 2028: 1.000.000 €
Davon fällig in 2029: 1.000.000 €
Davon fällig in 2030: 1.000.000 €

22.2 Förderung der Digitalen Infrastruktur im Kulturbereich
Weniger ab 2024 i. H v. 2.000.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H v. 3.750.000 € für die digitale Infrastruktur.

22.3 Förderprogramm „Digitalisierung Objekte kulturelles Erbe Land Berlin“ und digiS
Jurybasiertes Förderprogramm „Digitalisierung Objekte kulturelles Erbe des Landes Berlin“ und Forschungs- und Kompetenzstelle Digitalisierung Berlin – digiS.

Verpflichtungsermächtigungen: 5.880.000 €
Davon fällig in 2025: 1.470.000 €
Davon fällig in 2026: 1.470.000 €
Davon fällig in 2027: 1.470.000 €
Davon fällig in 2028: 1.470.000 €

22.4 Programm Digitaler Wandel (Resilienz-Dispatcher/innen)
Mehr in 2024 i. H v. 3.810.000 € und in 2025 i. H v. 3.820.000 € für das Programm Digitaler Wandel, welches dauerhaft geförderten Kultureinrichtungen seit 2022 die Beschäftigung von Resilienz-Dispatcher/innen zur Unterstützung von Digitalisierungsprozessen ermöglicht. In 2023 wurden die Resilienzdispatcher/innen aus Mitteln des Innovationsförderfonds des Landes Berlin finanziert.

Verpflichtungsermächtigungen: 11.460.000 €
Davon fällig in 2025: 3.820.000 €
Davon fällig in 2026: 3.820.000 €
Davon fällig in 2027: 3.820.000 €

22.5 Digitalisierung der kulturellen Grundversorgung (u.a. Bibliotheken)
Mehr ab 2025 i. H v. 1.700.000 € für Maßnahmen zur Digitalisierung der kulturellen Grundversorgung (u.a. Bibliotheken).

22.6 Digitale Infrastruktur in den bezirklichen Kulturinstitutionen
Mehr ab 2024 i. H v. 2.000.000 € für Maßnahmen zur Stärkung der digitalen Infrastruktur in den bezirklichen Kulturinstitutionen.

23. Klingendes Museum
Mehr ab 2024 i. H v. 45.000 € wegen der Umsetzung der Mittel für das Klingende Museum aus Titel 68320.

24. Bezirkliche kulturelle Projekte im Stadtraum
Mehr ab 2024 i. H v. 500.000 € für die dezentrale Umsetzung kultureller Projekte unter freiem Himmel durch Regionalmuseen, Kommunale Galerien, Musikschulen, Jugendkunstschulen, Spielstätten und Bibliotheken.

25. Fairstage
Mehr ab 2024 i. H v. 200.000 € wegen Umsetzung der Mittel aus Titel 68639 für die Umsetzung von Maßnahmen im Kontext des Projekts Fairstage.

26. Diversitätsoffensive in landesgeförderten Kultureinrichtungen
Mehr ab 2024 i. H v. 500.000 € wegen Umsetzung der Mittel aus Titel 68639 für die Umsetzung des gleichnamigen Programms, welches Kultureinrichtungen die Beschäftigung von Beschäftigungspositionen für Diversitätsentwicklung ermöglicht.

27. Jugendkulturinitiative Berliner Kultureinrichtungen
Mehr ab 2024 i. H v. 1.250.000 € für Kulturangebote in benachteiligten Nachbarschaften.

28. Berlin Mondiale
Mehr ab 2024 i. H v. 350.000 € wegen Umsetzung der Mittel aus Titel 68417.
Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H v. 7.500 € 2024 und 15.113 € 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

29. Max – Artists in Residence
Mehr ab 2024 i i. H v. 100.000 € wegen Umsetzung der Mittel aus Titel 68417.
Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H v. 1.500 € 2024 und 3.023 € 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

30. Kinderopernhaus
Mehr ab 2024 i. H v. 70.000 € wegen Umsetzung der Mittel aus Titel 68417.

31. Modellfläche TXL
Mehr ab 2024 i. H v. 200.000 € für die Erprobung und Bespielung einer Modellfläche für Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum („Free Open Air Spaces“).

32. Betrieb der Online-Dokumentation Kunst im Stadtraum, Kunst am Bau und Gedenkorte im Fachvermögen des Landes Berlin
Mehr ab 2024 i. H v. 25.000 € für das Hosting und den Betrieb der online-Dokumentation inkl. Sicherheitsupdates und Datenbackups sowie notwendige Anpassungen an die IT-Struktur des Landes.

33. Mindestgagen/Honorare für institutionell geförderte Bühnen, u.a. Kinder- und Jugendtheater
Mehr ab 2024 i. H v. 1.500.000 € für die Unterstützung der institutionell geförderten Bühnen bei der Finanzierung gestiegener Mindestgagen/Honorare.

34. Classical next
Mehr in 2024 i. H. v. 1.000.000 € aufgrund Einführung des Festivalformats „Classical next“.

35. Listen to Berlin Award
Mehr ab 2024 i. H v. 500.000 € aufgrund Einführung der Förderung „listen to Berlin award“.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

36. CIRCE
Mehr ab 2024 i. H v. 500.000 € als Kofinanzierungsanteil zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Creative Impact Research Center Europe (CIRCE).

37. Refinanzierung von Eigenanteilen i. R. der Kofinanzierung von Bundesprogrammen zur Bewältigung der Corona-Pandemie
Mehr ab 2024 i i. H v. 200.000 €.

38. Koloniales Denkzeichen
Mehr in 2024 i. H v. 750.000 € für Umsetzung der Maßnahme Koloniales Denkzeichen.

68573	**183**	**Sonstige Zuschüsse an Museen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68575	**182**	**Sonstige Zuschüsse an Chöre und Orchester**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68577	**183**	**Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der bildenden Kunst**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
68578	**187**	**Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der Literatur**				
		Siehe Maßnahmegruppe 06				
68579	**181**	**Mitgliedsbeiträge**	**206.000**	**216.000**	**179.000**	**171.070,48**

		Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	IST 2022 €
1	Beitrag Berlins als Unternehmermitglied des Deutschen Bühnenvereins, Hauptgeschäftsstelle Köln (der Beitrag wird nach dem Personalaufwand der Staatlichen Bühnen rückwirkend festgesetzt.)	137.000	147.000	117.000	122.699,58
2	Verband Deutscher Musikschulen e. V.	30.000	30.000	30.000	30.000,00
3	Deutscher Bibliotheksverband e.V. in Berlin	32.050	32.050	25.050	13.438,24
4	Werbegemeinschaft der Kulturbrauerei	4.300	4.300	4.300	2.819,19
5	Deutscher Museumsbund e.V.	220	220	220	130,00
6	Numismatische Kommission	210	210	210	211,47
7	Netzwerk der Kulturstädte Europas	500	500	500	
8	Deutsches Poleninstitut e. V.	500	500	500	500,00
9	ICOM Deutschland	1.220	1.220	1.220	1.220,00
10	Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Berlin e. V.				52,00
	Summe	206.000	216.000	179.000	171.070,48
	rd.	206.000	216.000	179.000	

Zu 1.
Mehr in 2024 i. H. v. 20.000 € und in 2025 i.H.v. 30.000 € gegenüber 2023 aufgrund des tatsächlichen Personalaufwands der Bühnen.

Zu 3.
Mehr ab 2024 i. H. v. 7.000 € wegen Anstiegs des Mitgliedsbeitrages, der an die Zahl der Beschäftigten gekoppelt ist.

68587	**195**	**Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68588	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum Berlin**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68590	**182**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
68609	**187**	**Diversitätsfonds**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**395.175,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**50.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	40.000	0	0

Ziel des Programms ist die spezifische Förderung von kultureller Teilhabe und Diversität in der freien Szene in Ergänzung zu den sonstigen Förderprogrammen.

68610	**181**	**Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten freier Gruppen**	**14.881.000**	**16.365.000**	**13.471.000**	**12.726.006,89**
		125.000,0 EUR wurden bislang bei 68123 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**11.283.000**	**10.870.000**		
		Davon fällig 2025	**9.923.000**			
		Davon fällig 2026	**960.000**	**6.960.000**		
		Davon fällig 2027	**400.000**	**3.510.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**400.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind wie folgt vorgesehen:

Titel 68610	2024	2025	Bemerkung	
Davon fällig 2025	9.923.000 €	0 €	VE aus 2024:	
			925.000 €	für Bildende Kunst
			6.000.000 €	für Darstellende Künste / Tanz
			2.035.000 €	für Musik
			600.000 €	für Strukturelle Maßnahmen
			300.000 €	für Kofinanzierungsfonds
			60.000 €	für Wiederaufnahmefonds
Davon fällig 2026	960.000 €	6.960.000 €	VE aus 2024:	
			600.000 €	für Strukturelle Maßnahmen
			300.000 €	für Kofinanzierungsfonds
			60.000 €	für Wiederaufnahmefonds
			VE aus 2025:	
			6.000.000 €	für Darstellende Künste / Tanz
			600.000 €	für Strukturelle Maßnahmen
			300.000 €	für Kofinanzierungsfonds
			60.000 €	für Wiederaufnahmefonds
Davon fällig 2027	400.000 €	3.510.000 €	VE aus 2024:	
			400.000 €	für Strukturelle Maßnahmen
			VE aus 2025:	
			2.700.000 €	für Darstellende Künste / Tanz
			600.000 €	für Strukturelle Maßnahmen
			150.000 €	für Kofinanzierungsfonds
			60.000 €	für Wiederaufnahmefonds
Davon fällig 2028	0 €	400.000 €	VE aus 2025:	
			400.000 €	für Strukturelle Maßnahmen
Gesamt:	11.283.000 €	10.870.000 €		

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	230.000	230.000	0
b)	VE Plan 2023	8.770.000	7.410.000	5.600.000

Projektförderung von Aktivitäten freier künstlerischer Gruppen/Einzelkünstler*innen, die in Berlin bereits durch eigene künstlerische Leistungen hervorgetreten sind. Davon entfallen auf die Bereiche:

		Ansatz			Ist
		2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1.	Bildende Kunst	925.000	925.000	800.000	774.336,92
2.	Musik (Jazz und Ernste Musik)	2.725.300	2.725.300	945.000	966.506,45
3.	Darstellende Künste/Tanz	7.905.340	8.022.700	7.728.700	7.769.963,51
4.	Ernste Musik	0	0	1.680.300	1.288.946,00
5.	Künstlerinnenförderung	132.000	132.000	132.000	8.000,00
6.	Strukturelle Maßnahmen	1.395.000	1.750.000	1.200.000	1.199.221,66
7.	Kofinanzierungsfonds	350.000	350.000	400.000	242.765,64
8.	Wiederaufnahmefonds	460.000	460.000	460.000	390.361,77
9.	Sonstige Maßnahmen im Bereich Honoraruntergrenzen	988.000	2.000.000		
	Summe:	14.880.640	16.365.000	13.346.000	12.640.101,95
	rund:	14.881.000	16.365.000	13.346.000	

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Bildende Kunst
Mehr ab 2024 i. v. H. 125.000 € aufgrund Verlagerung der Mittel aus Titel 68123 Projektraumpreis zur Stärkung der Basisförderung Projekträume.

Musik (Jazz und Ernste Musik)
Zusammenlegung der Teilansätze 2 U-Musik und 4 Ernste Musik im Vergleich zu 2023.
Weniger ab 2024 i.H. v. 200.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.
Mehr ab 2024 i. H. v. 300.000 € aufgrund Mehrbedarf zur Stärkung des Jazzschwerpunktes in der Alten Münze.

Darstellende Künste/Tanz
Mehr i. H. v. 81.000 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 115.640 € in 2024 und 233.000 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Weniger ab 2024 i. H. v. 20.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Strukturelle Maßnahmen:
Mehr in 2024 i. H. v. 250.000 € für die Verstärkung von Fortbildungs- und Qualifizierungsprogrammen für die Freie Szene im Rahmen von EFRE/ ESF-Projekten der Programme INP III und KuWiQ III (vgl. Kapitel 0810 Titel 68692 und 686 97). Mehr in 2025 i. H. v. 550.000 € für die weitere Verstärkung des Angebots im Bereich der nationalen Kofinanzierung der Vorhaben.

Kofinanzierungsfonds
Weniger ab 2024 i. H. v. 50.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Sonstige Maßnahmen im Bereich Honoraruntergrenzen
Mehr in 2024 i. H. v. 933.000 € und in 2025 i. H. v. 2.000.000 € aufgrund Mehrbedarf wegen Honoraruntergrenzen.

Genderrelevante Daten 2020:

Programm	Anträge	F	M	F in %	Gefördert	F	M	F in %	Summe F	Summe M	F in %
Einstiegsförderung Darstellende Kunst*	75	59	16	73	7	6	1	86	88.390	15.000	85

*(zudem eine Gruppenbewerbung / eine Bewerbung divers, eine Förderung an divers i. H. v. 15.000 €)

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68611	**181**	**Zuschüsse an Kinder-, Jugend- und Puppentheater**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68615	**183**	**Zuschuss an Serviceeinrichtungen zur Bestandssicherung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler**	**22.400.000**	**24.579.000**	**21.012.000**	**18.820.666,70**
		200.000,0 EUR wurden bislang bei 54010 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**76.300.000**	**37.900.000**		
		Davon fällig 2025	**7.000.000**			
		Davon fällig 2026	**8.500.000**	**4.500.000**		
		Davon fällig 2027	**8.600.000**	**4.600.000**		
		Davon fällig 2028	**8.600.000**	**4.600.000**		
		Davon fällig 2029	**43.600.000**	**4.600.000**		
		Davon fällig 2030		**19.600.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Abschlüsse langfristiger Mietverträge für Arbeitsräume notwendig.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	4.972.611	4.544.754	22.374.756
b)	VE Plan 2023	3.000.000	3.000.000	24.000.000

Es werden im Rahmen des Arbeitsraumprogramms (ARP) Leistungen zur Sicherung von Arbeitsräumen für Künstler*innen in Berlin gewährt. Diese Leistungen beziehen sich auf die Sparten Darstellende Kunst inklusive Tanz, Musik, Literatur und Bildende Kunst. Geförderte Arbeitsräume werden über transparente, spartenspezifische Jury-Verfahren vergeben.

Aus Wirtschaftlichkeitsgründen soll der Abschluss von Mietverträgen mit bis zu 10-jähriger Laufzeit durch Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen ermöglicht werden, da sich durch Abschluss längerfristiger Verträge erfahrungsgemäß günstigere Mietkonditionen durchsetzen lassen.

Von der BIM GmbH ermittelte Mehrbedarfsbeträge werden aus der zentralen Vorsorge im Einzelplan 29 ausgeglichen.

Weniger ab 2024 i. H. v. 1.800.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Mehr in 2024 i. H. v. 1.500.000 € und in 2025 i. H. v. 3.000.000 € gegenüber 2023 zur Akquise und Sicherung von Arbeitsräumen.

Mehr i. H. v. 515.000 € in 2024 sowie i. H. v. 715.000 € in 2025 wegen Übernahme zusätzlicher Aufgaben (Sach- und Personalmittel).

Mehr i. H. v. 950.000 € in 2024 sowie i. H. v. 1.000.000 € in 2025 für die Anmietung der Uferhallen.

Mehr i. H. v. 200.000 € in 2024 sowie i. H. v. 200.000 € in 2025 für Entwicklung eines Kulturkatasters. Dafür erfolgt eine Mittelumsetzung aus Kapitel 0810/Titel 54010.

Für folgende landeseigene Liegenschaften insbesondere im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) bzw. im Sondervermögen für Daseinsvorsorge- u. nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke (SODA) ist eine ARP-Nutzung vorgesehen:

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

SILB	SODA
Eschenallee 3	Friedenstraße 31-32
	Lehrter Straße 61
	Lehrter Straße 60
	Hauptstraße 8
	Hasselwerder Straße 22
	Putbusser Straße 22
	Seestraße 49
	Wilhelminenhofstraße 90A
	Kirchgasse 3
	Kiefholzstraße 19/20
	Schnellerstraße 82
	Am Stener Berg 4
	Gottlieb-Dunkel-Straße 26
	Nalepastraße 52
	Pionierstr. 80
	Hans-Schmidt-Str. 4
	Belziger Str. 52

Die Liegenschaften im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) bzw. im Sondervermögen für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke (SODA) nehmen am Mieter-Vermieter-Modell (MVM) teil.

Mittel für Anmietungen	Ansatz		Ist
	2024 €	2025 €	2022 €
Gesellschaft für StadtEntwicklung gGmbH	5.400.000	5.400.000	5.284.720,75
KRB gGmbH	10.530.000	10.530.000	6.105.647,45

Die Generalmieter im ARP – die GSE Gesellschaft für StadtEntwicklung gGmbH (Treuhänderin des Landes Berlin) und die KRB gGmbH – dürfen für nutzerspezifische Herrichtungen landeseigener Arbeitsräume und für die Anmietung von Arbeitsräumen (inkl. damit verbundener Nebenkosten) projektbezogen Rücklagen bilden (verbindliche Erläuterung).

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 22.500 € in 2024 und 45.600 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr in 2024 i. H. v. 200.000 € und in 2025 i. H. v. 606.185 € aufgrund Übernahme der kulturfachlichen Projektleitung Alte Münze.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten (2022):

Fördermaßnahmen mit Belegrechten Ges. M F F %	Anzahl der zu vergebenden Ateliers		Anzahl Bewerbungen					Anzahl Geförderte				
		Ges.	M	F	divers	F %		Ges.	M	F	divers	F %
Ateliers	128	1.592	621	907	64	57		137	45	84	8	61
Von SenSBW einmalig geförderte Atelierwohnungen	3	25	8	17	0	68		3	0	3	-	100
Selbstverwaltete und gewerbliche Atelierhäuser	3	59	23	32	4	54		3	1	2	0	67

Die Vergabe der Ateliers erfolgt auf Grundlage von Empfehlungen des Atelierbeirats.

Neun Mitglieder insgesamt:
davon 7 Mitglieder weiblich (77,8 %)
davon 2 Mitglieder männlich (22,2 %)

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68616	**187**	**Zuschüsse für Projekte aus Mitteln des Hauptstadtkulturfonds**	**14.950.000**	**14.950.000**	**14.950.000**	**16.288.846,82**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind in Höhe von 5 % des Ansatzes deckungspflichtig gegenüber den Ausgaben des Kapitels 0810, Titel 42811.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23116. Ausgaben dürfen nur geleistet werden, wenn der Eingang der Einnahmen rechtlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

Mit dem „Vertrag über die aus der Hauptstadtfunktion Berlins abgeleitete Kulturfinanzierung und die Abgeltung von Sonderbelastungen der Bundeshauptstadt“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin, zuletzt geschlossen am 08.05.2017 (Hauptstadtfinanzierungsvertrag), setzt der Bund die Förderung von Projekten gesamtstaatlicher Repräsentation in der Bundeshauptstadt fort. Die Vergütung für den Kurator des Hauptstadtkulturfonds wird bei Titel 42731 – Aufwendungen für freie Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen (Fremdfinanzierung) nachgewiesen.

Der zur Erörterung von Fragen der Kulturpolitik in der Bundeshauptstadt von Bund und Land gebildete gemeinsame Ausschuss regelt das Verfahren zur Mittelvergabe.

Nicht abgerufene Mittel stehen für spätere Mittelabrufe beim Bund zur Verfügung.

68618	**182**	**Zuschüsse an die Musicboard Berlin GmbH** Siehe Maßnahmegruppe 04				
68619	**183**	**Zuschüsse an sonstige Stiftungen** Siehe Maßnahmegruppe 03				
68621	**187**	**Zuschüsse für bezirksübergreifende kulturelle Aktivitäten**	**8.498.000**	**9.115.000**	**8.720.000**	**5.709.218,66**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 1.485.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.560.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**4.259.000**	**2.879.000**		
		Davon fällig 2025	**4.259.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.879.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind wie folgt vorgesehen:

Maßnahme in €	Im Haushaltsjahr	2025	2026
Kulturinitiative Förderband gGmbH	2024	2.699.000	0
	2025	0	2.699.000
Bezirkliche Fachplanungen	2024	0	0
	2025	0	180.000
Kofinanzierung von EU-Strukturfondsprogrammen	2024	1.560.000	0
	2025	0	0

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	2.296.000	0	0

In dem Ansatz (TA 13) sind Mittel aus dem Innovationsförderfonds des Landes Berlin 2024 i. H. v. 1.485.000 € und 2025 i. H. v. 1.560.000 € enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Internationales Kultur Centrum Ufa Fabrik e. V.
Der Internationales Kultur Centrum Ufa Fabrik e. V. ist ein gemeinnütziger Verein.
Gefördert wird ein interdisziplinäres Veranstaltungsprogramm sowie die Unterstützung von Kulturaustausch und junger Kultur auf dem Gelände der Ufa Fabrik.

Consense Gesellschaft zur Förderung von Kultur mbH
Die Consense Gesellschaft zur Förderung von Kultur ist eine GmbH in privater Eigentümerschaft. Gefördert werden kulturelle Veranstaltungen unterschiedlicher Genres im Kesselhaus und Maschinenhaus auf dem Gelände der Kulturbrauerei. Seit 2006 ist die Hausverwaltung Ernst G. Hachmann mit der Wahrnehmung von Vermarktungsaufgaben am Standort Kulturbrauerei beauftragt. Die erwarteten Überschüsse aus dem Vermietungsgeschäft werden an Berlin abgeführt und sind bei Titel 12401 in Höhe bis zu 60.000 € veranschlagt. In Abhängigkeit von der Höhe der tatsächlich abgeführten Überschüsse können der Consense GmbH bis zu 60.000 € zusätzlich zugewendet werden (verbindliche Erläuterung).

RambaZamba gGmbH
Die RambaZamba gGmbH ist eine gemeinnützige GmbH und Rechtsnachfolger des RambaZamba e. V. Gefördert werden die satzungsgemäßen Aufgaben der GmbH.

Kulturinitiative Förderband gGmbH
Die Kulturinitiative Förderband gGmbH ist eine gemeinnützige GmbH.
Im Rahmen des Arbeitsraumprogramms wird die Arbeit des Theaterhauses Mitte (Wallstraße) und des Theaterhauses in Schöneweide (Schnellerstraße) gefördert. Die beiden Theaterhäuser sind Produktionsstätten für die Darstellenden Künste und den Tanz und stellen professionellen Schauspieler*innen, Tänzer*innen, Sänger*innen, Regisseur*innen und Choreograf*innen der Freien Szene in Berlin Studios und Probenräume zur Verfügung.

Paul-Singer-Verein
Der Paul-Singer-Verein für soziale, politische und kulturelle Bildung e. V. betreibt den Ausstellungs- und Gedenkort „Friedhof der Märzgefallenen“. Die Aufwüchse dienen zum weiteren Aufbau der Verwaltungsstruktur und der Professionalisierung des Betriebs.

Radialsystem V GmbH
Die Radialsystem V GmbH ist ein wichtiger interdisziplinärer Produktions- und Präsentationsort mit einem Schwerpunkt für alte, zeitgenössische, experimentelle Musik sowie modernes Tanztheater und zeitgenössischen Tanz, auch transdisziplinäre Formate sind Teil des Programms.

Prime Time Theater
Das Prime Time Theater wird von der RAZ Kultur gGmbH betrieben. Im Stadtteil Wedding werden in eigener Spielstätte lokal verortete Bühnenformate entwickelt, die sich an ein breites Publikum richten und gängige Film- und TV-Formate parodieren.

		Ansatz		IST	
		2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1.	IKC Ufa Fabrik e.V.	995.040	1.007.940	968.140	959.985
2.	Consense GmbH (einschließlich 60.000 € aus Vermietungsüberschüssen)	603.580	624.360	562.320	556.400
3.	RambaZamba gGmbH	1.337.330	1.363.960	1.285.410	1.277.685
4.	Kulturinitiative Förderband gGmbH (Theaterhaus Mitte)	2.568.980	2.698.860	2.295.110	1.567.549
5.	Paul Singer Verein für soziale, politische und kulturelle Bildung e.V.	408.000	529.500	394.000	276.600
6.	Förderung von Radialsystem V GmbH	935.000	935.000	935.000	935.000
7.	Friedensbibliothek /Antikriegsmuseum	15.000	15.000	15.000	15.000
8.	Prime Time Theater	150.000	150.000	150.000	0
9.	OfTa Offensive Tanz Berlin gUG	0	0	0	121.000
10.	Jugendkulturticket und Stipendien	0	0	2.115.020	0
11.	Partizipative Musikschulentwicklungsplanung	0	50.000		
12.	Bezirkliche Fachplanungen im Rahmen der Strategie der integrierten Infrastrukturplanung (SIIP)	0	180.000		
13.	Kofinanzierung von EU-Strukturfondsprogrammen	1.485.000	1.560.000		
	Summe	8.497.930	9.114.620	8.720.000	5.709.219
	rund	8.498.000	9.115.000	8.720.000	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Zu 1. IKC Ufa Fabrik e. V.
Mehr ab 2024 i. H. v. 14.200 € gegenüber 2023 aufgrund der Umsetzung der Mittel für tarifliche Entwicklung 2023 aus dem Einzelplan 29.
Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H. v. 12.700 € in 2024 und i. H. v. 25.600 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Zu 2. Consense GmbH
Mehr in 2024 i. H. v. 1.760 € und in 2025 i. H. v. 3.540 € jeweils gegenüber 2023 wegen gestiegener Mietpreise am Kulturstandort Kulturbrauerei.
Mehr ab 2024 i.H.v. 21.000 € gegenüber 2023 aufgrund der Umsetzung der Mittel für tarifliche Entwicklung 2023 aus dem Einzelplan 29.
Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H. v. 18.500 € in 2024 und i. H. v. 37.500 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Zu 3. RambaZamba gGmbH
Mehr in 2024 i. H. v. 1.020 € und in 2025 i. H. v. 2.050 € jeweils gegenüber 2023 wegen gestiegener Mietpreise am Kulturstandort Kulturbrauerei.
Mehr ab 2024 i. H. v. 25.900 € gegenüber 2023 aufgrund der Umsetzung der Mittel für tarifliche Entwicklung 2023 aus dem Einzelplan 29.
Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H. v. 25.000 € in 2024 und i. H. v. 50.600 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Zu 4. Kulturinitiative Förderband gGmbH
Mehr ab 2024 i. H. v. 28.600 € gegenüber 2023 aufgrund der Umsetzung der Mittel für tarifliche Entwicklung 2023 aus dem Einzelplan 29.
Berücksichtigung einer Tarifpauschale i. H. v. 19.600 € in 2024 und i. H. v. 39.800 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 i. H. v. 225.670 € und in 2025 i. H. v. 335.350 € aufgrund Abschluss der Sanierungen und Inbetriebnahme des gesamten Gebäudes Schnellerstraße 104.

Zu 5. Paul-Singer-Verein
Mehr in 2024 i. H. v. 14.000 € und in 2025 i. H. v. 33.000 € jeweils gegenüber 2023 für Grundstücks- und Gebäudeaufwand (Anmietung von Büroflächen und Pflege des Gartendenkmals).
Mehr ab 2025 i. H. v. 18.000 € gegenüber 2023 für Aufstockung der Stelle Verwaltungsleitung von 0,5 auf 1,0 (angelehnt an Entgeltgruppe E12 TV-L) ab Mitte 2025.
Mehr ab 2025 i. H. v. 28.000 € gegenüber 2023 für Aufstockung der Stelle Pädagogik von 0,75 auf 1,0 (angelehnt an Entgeltgruppe E13 TV-L).
Mehr ab 2025 i. H. v. 41.500 € gegenüber 2023 für eine 0,5 Stelle Ausstellungskurator/in (angelehnt an Entgeltgruppe E13 TV-L).
Mehr ab 2025 i. H. v. 15.000 € gegenüber 2023 für die Anhebung der der Honorare der freiberuflichen Guides (Verlagerung der Mittel aus Titel 68573).

Zu 10. Jugendkulturticket und Stipendien
Weniger ab 2024 i. H. v. 2.115.000 € wegen der Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Zu 11: Partizipative Musikschulentwicklungsplanung (MEPl)
Mehr ab 2025 i. H. v. 50.000 € für ein partizipativ ausgerichtetes Verfahren der Erstellung einer gesamtstädtischen Musikschulentwicklungsplanung.

Zu 12. Bezirkliche Fachplanungen:
Mehr ab 2025 i. H. v. 180.000 € für die Unterstützung der Erstellung von bezirklichen Fachplanungen im Rahmen der Strategie des Senats für die integrierte Infrastrukturplanung für die soziale Infrastruktur.

Zu 13: Kofinanzierung von EU-Strukturfondsprogrammen:
Mehr in 2024 i. H. v. 1.485.000 € und in 2025 i. H. v. 1.560.000 € für die Kofinanzierung der ESF- und EFRE-Förderprogramme im Kulturbereich (vgl. Kapitel 0810 Titel 68692 und Titel 68697) aus Mitteln des Innovationsförderfonds zum Ausgleich der in der EU-Förderperiode 2021 – 2027/29 gesunkenen Finanzierungskraft der EU-Mittel.

Genderrelevante Daten* 2022:

Consense GmbH	50 % weiblich	50 % männlich
IKC Ufa Fabrik e. V.	60 % weiblich	40 % männlich

*Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung.

Für die Einrichtungen, die Zuschüsse von mehr als 100.000 € erhalten, sind Wirtschaftsplanübersichten im Anschluss an das Kapitel ausgewiesen.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68622	**195**	**Zuschuss an die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68624	**195**	**Zuschuss an die Stiftung Berliner Mauer**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68628	**187**	**Zuschüsse für besondere kulturelle Projekte**	**11.741.000**	**12.941.000**	**11.441.000**	**12.066.624,15**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 1.500.000,0 EUR gesperrt. Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.				
		Verpflichtungsermächtigung	**7.100.000**	**8.450.000**		
		Davon fällig 2025	**6.200.000**			
		Davon fällig 2026	**600.000**	**7.300.000**		
		Davon fällig 2027	**300.000**	**850.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**300.000**		

Ausgabereste dürfen im Folgejahr ohne Ausgleich in Anspruch genommen werden (verbindliche Erläuterung).

Die Verpflichtungsermächtigungen sind wie folgt vorgesehen:

VE	Sparte	2025	2026	2027	2028	Gesamt
2024	Spartenoffene Förderung für Festivals und Reihen, vierjährig	4.050.000				
	Spartenoffene Förderung für Festivals und Reihen, ein und zweijährig	1.200.000				
	Zeitgeschichte Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte	100.000				
	Berliner Projektfonds Urbane Praxis	250.000				
	Kofinanzierung EFRE/ESF	600.000	600.000	300.000		
	davon fällig (insgesamt pro Jahr)	**6.200.000**	**600.000**	**300.000**		**7.100.000**
2025	Spartenoffene Förderung für Festivals und Reihen, vierjährig		4.850.000			
	Spartenoffene Förderung für Festivals und Reihen, ein und zweijährig		1.500.000			
	Zeitgeschichte Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte		100.000			
	Berliner Projektfonds Urbane Praxis		250.000	250.000		
	Kofinanzierung EFRE/ESF		600.000	600.000	300.000	
	davon fällig (insgesamt pro Jahr)		**7.300.000**	**850.000**	**300.000**	**8.450.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	0	5.750.000	1.500.000

1. Förderung von künstlerischen Projekten aus den einzelnen Sparten sowie von inter- und transdisziplinären Vorhaben und Projekten der Zeitgeschichte und Erinnerungskultur. Die Mittel sind für folgende Förderinstrumente vorgesehen:
   - für die Förderung zeitgeschichtlicher und erinnerungskultureller Projekte,
   - für die Spartenoffene Förderung für ein- und zweijährige Vorhaben der Einrichtungen,
   - für die Spartenoffene Förderung für Festivals und Reihen (ein- und zweijährig),
   - für die Spartenoffene Förderung für Festivals und Reihen (vierjährig).

2. Es sind bis zu 300.000 € zur Ko-Finanzierung des Bundesprogramms TANZPAKT-Stadt-Land-Bund vorgesehen.

3. Berliner Projektfonds Urbane Praxis (BPUP) fördert interdisziplinäre Projekte, die sich mit der kulturellen Nutzung und Gestaltung des Stadtraums auseinandersetzen. Er wird von der Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung umgesetzt. Insgesamt stehen Mittel i. H. v. 1.500.0000 € p.a. zur Verfügung.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

4. Mehr i. H. v. 300.000 € in 2024 und 1.500.000 € ab 2025 für die nationale Kofinanzierung von Projekten im Rahmen der Förderung aus den EFRE-Programmen KuBIST und STIIV (vgl. Kapitel 0810 Titel 68697) sowie des FSJ Kultur im ESF-Programm JÖK (vgl. Kapitel 0810 Titel 68692).

Aufwendungen für Tätigkeiten im Expertengremium und in den Jurys einschließlich gutachterlicher Stellungnahmen dürfen geleistet werden.

In dem Ansatz sind 2024 Mittel i. H. v. 1.500.000 € aus dem Innovationsförderfonds des Landes Berlin enthalten.
Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

68638	**011**	**Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit**	**1.218.000**	**1.220.000**	**1.215.000**	**1.053.389,73**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**600.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	450.000	0	0

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Ausgabereste dürfen im Folgejahr ohne Ausgleich in Anspruch genommen werden (verbindliche Erläuterung).

Das Programm für Wirtschafts- und kulturelle Freiheit richtet sich an diejenigen Personen, die aus unterschiedlichen Gründen die Länder, in denen sie tätig sind, verlassen müssen oder wollen.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 2.475 € in 2024 und 4.987 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt werden kann.

68639	**187**	**Zuschuss an die Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung**	**5.306.000**	**5.458.000**	**3.978.000**	**3.304.274,73**
		250.000,0 EUR werden künftig bei 68569 nachgewiesen. 700.000,0 EUR werden künftig bei 68569 nachgewiesen.				

Mittelumsetzungen:
700.000 € werden künftig bei Kapitel 0810 Titel 68569 nachgewiesen.

Die Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung ist eine Stiftung öffentlichen Rechts. Sie wurde am 28.09.1990 errichtet. Zweck der Stiftung ist gemäß § 2 der Stiftungssatzung insbesondere:

1. die kulturelle Weiterbildung und Beratung von Künstler*innen sowie kulturellen Einrichtungen und im Kulturbereich tätigen Personen,
2. die Förderung und Unterstützung kunst- und kulturbezogener Vorhaben,
3. die Durchführung kultureller und kulturbezogener Veranstaltungen und Maßnahmen.

Weniger ab 2024 i. H. v. 50.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Weniger ab 2024 i. H. v. 200.000 € aufgrund von Mittelumsetzung nach Titel 68569 für die Umsetzung von Maßnahmen im Kontext des Projekts Fairstage.

Weniger ab 2024 i. H. v. 500.000 € aufgrund von Mittelumsetzung nach Titel 68589 für die Umsetzung der Maßnahme „Diversitätsoffensive in landesgeförderten Einrichtungen“.

Mehr ab 2024 i. H. v. 912.900 € aufgrund von Mittelumsetzung aus Bezirk Neukölln aus 3940/68404 für die Umsetzung des Fachverfahrens Musikschul-IT.

Mehr ab 2024 gegenüber dem Ansatz 2023 i. H. v. 70.000 € sowie ab 2025 gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 130.000 € zur Sicherstellung der Besuchsforschung in Berliner Kultureinrichtungen (System KulturMonitoring (KulMon)).

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68692	**253**	**Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**1.105.000**	**1.110.000**	**695.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.100.000**		
		Davon fällig 2025	**400.000**			
		Davon fällig 2026	**600.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**600.000**		

Mehr ab 2024 i. H. v. 55.000 € für die strukturelle Stärkung des Stiftungsdaches.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 89.700 € 2024 und 181.800 € 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	400.000	700.000	0

Im Rahmen des Operationellen Programms für den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) stellt die Europäische Union in den Jahren 2021 – 2027 (Auszahlung bis 2029) 6,88 Mio. € für teilnehmerbezogene Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich Kultur in Berlin bereit (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27292). Die Beteiligung Berlins aus Mitteln des ESF+ beträgt (über den Durchschnitt aller Förderinstrumente) maximal 40% der förderfähigen Kosten.

Die Mittel werden im Rahmen nachstehender Förderprogramme für verschiedene Einzelprojekte zur Verfügung gestellt. Die Förderung des „Freiwilligen Sozialen Jahres in der Kultur – FSJ Kultur“ erfolgt im Rahmen des Programms „Jugend-Ökologisch-Kultur“ (JFK) gemeinsam mit den für Umwelt (Freiwilliges Ökologisches Jahr – FÖJ) und für Bildung (Freiwilliges Soziales Jahr in der Jugendverbandsarbeit) zuständigen Senatsverwaltungen. Der für die Förderung des FSJ Kultur zur Verfügung stehende Anteil hat ein Gesamtvolumen von 1,68 Mio. €.

Das Programm „Qualifizierung Kulturwirtschaft“ (KuWiQ III) mit einem Gesamtvolumen von 5,2 Mio. € zielt auf (angehende) freiberufliche Künstlerinnen und Künstler. Gefördert werden Projekte zur Vermittlung von Kompetenzen, die für die erfolgreiche Existenzgründung bzw. -sicherung auf den kulturwirtschaftlichen Teilmärkten erforderlich sind.

Programm/Maßnahme	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Rechnung 2023 €	Einnahme nachgewiesen bei Titel	Landesmittel nachgewiesen bei Titel
Jugend-Ökologisch- Kultur (JÖK) - Teilbereich FSJ Kultur	255.000	260.000	0	27292	68628
Qualifizierung in der Kulturwirtschaft (KuWiQ III)	850.000	850.000	0	27292	68610
Summe	1.105.000	1.110.000	**0**		

Die nationale Kofinanzierung wird aus den angegeben Titeln geleistet, zumindest teilweise aber auch durch Leistungen aus den Haushalten der Antragsteller (z.B. Kalkulation von eingesetztem Personal), durch öffentliche Leistungen an die Teilnehmenden (z.B. Arbeitslosengeld oder BAföG), durch Leistungen anderer öffentlicher Stellen (z.B. des Bundes) und durch private Beiträge (z.B. Teilnehmendenentgelte) sichergestellt.

Der Stand der Förderung im Bereich Kultur und Kreativität wird im Rahmen des jährlichen ESF-Durchführungsberichtes des Landes Berlin dargelegt. Die Empfänger der Zuwendungen sind dem obligatorischen ESF-Begünstigtenverzeichnis des Landes Berlin zu entnehmen.

Mehr i. H. v. von 410.000 € in 2024 und i. H. v. 415.000 € in 2025 weil die Programme nach der vollständigen Beendigung der EU-Förderperiode 2014 – 2020/23 ab 2024 voll in Anspruch genommen werden,

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27292).

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Sozialfonds dürfen nur geleistet werden, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Europäischen Sozialfonds dürfen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68695	**253**	**Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**970.000**	**1.431.910,55**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68696	**692**	**Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**2.872.000**	**2.831.446,96**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68697	**692**	**Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**6.900.000**	**6.900.000**	**5.500.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**9.000.000**	**9.000.000**		
		Davon fällig 2025	**3.000.000**			
		Davon fällig 2026	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2027	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**3.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	2.000.000	3.000.000	0

Im Rahmen des Programms des Landes Berlin für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) stellt die Europäische Union in den Jahren 2021 – 2027 (Auszahlung bis 2029) für Maßnahmen im Bereich der Kultur in Berlin voraussichtlich insgesamt rd. 39 Mio. € bereit (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27297). Hiervon entfallen

- 14 Mio. € auf das Programm „Kultur und Bibliotheken im Stadtteil“ (KUBIST) zur Förderung investiver und sozial-kultureller Vorhaben im Bereich der bezirklichen Bibliotheks- und Kulturarbeit in Quartieren mit Entwicklungsdefiziten;
- 15 Mio. € für das Programm „Stärkung des Innovationspotentials in der Kultur“ (INP III) zur Förderung der Vernetzung, Vermarktung und zur Weiterentwicklung von Methoden und Arbeitsweisen der Akteure im Kulturbereich, vor allem der freiberuflich tätigen Urheber und Interpreten;
- 10 Mio. € für das Programm „Stärkung der Innovationskapazitäten in der Informationsversorgung (STIIV) zur Förderung der Entwicklung, Ertüchtigung und Ergänzung von IKT-Diensten im Bibliothekswesen.

Programm/ Maßnahme	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Rechnung 2023 €	Einnahme nachgewiesen bei Titel	Landesmittel nachgewiesen bei Titel
Kultur und Bibliotheken im Stadtteil	2.400.000	2.400.000	0	27297	68621,68628
Stärkung des Innovationspotentials in der Kultur	2.900.000	2.900.000	0	27297	68610, 68621
Stärkung der Innovationskapazitäten in der Informationsversorgung	1.600.000	1.600.000	0	27297	68621, 68628
Summe	6.900.000	6.900.000	**0**		

Die Beteiligung Berlins aus Mitteln des EFRE beträgt (über den Durchschnitt jedes der drei Förderinstrumente) maximal 40% der förderfähigen Kosten. Die Kofinanzierung erfolgt aus nationalen öffentlichen Mitteln, teilweise aus dem Haushaltsplan des Landes Berlin, teilweise aus projektspezifischen Quellen (u.a. Mittel des Bundes, öffentlich-rechtlicher Stiftungen, Anstalten und Körperschaften). Auch private Mittel können im Einzelfall als Kofinanzierung Verwendung finden.

Der Stand der Förderung im Bereich Kultur und Kreativität wird im Rahmen des jährlichen EFRE-Durchführungsberichts des Landes Berlin dargelegt. Die Empfänger der Zuwendungen sind dem obligatorischen EFRE-Begünstigtenverzeichnis des Landes Berlin zu entnehmen.

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung dürfen nur geleistet werden, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung dürfen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81278	**187**	**Künstlerische Gestaltungen im Stadtraum**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
88401	**187**	**Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**	**—**	**—**	**—**	**10.831.208,00**

Zuführung zum SIWA in 2022 zur Verstärkung der Sanierungsmaßnahme „Alte Münze“ (Kapitel 9810/Titel 83038).

89110	**183**	**Zuschüsse für den Ausbau von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler**	**14.000.000**	**21.350.000**	**4.612.000**	**4.612.000,00**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 10.500.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 16.850.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**5.900.000**	**5.900.000**		
		Davon fällig 2026	**5.900.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**—**	**5.900.000**		

Investitionskostenzuschüsse für die Schaffung und Erweiterung der räumlichen Infrastruktur für künstlerische Arbeit, insbesondere in landeseigenen Objekten.

Weniger i. H. v. 1.112.000 € in 2024 und i. H. v. 612.000 € in 2025 gegenüber 2023 zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Mehr i. H. v. 500.000 € ab 2025 für die Uferhallen / Arbeitsraumprogramm.

In dem Ansatz sind in 2024 i. H. v. 10.500.000 € und in 2025 i. H. v. 16.850.000 € aus dem Innovationsförderfonds enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

89120	**181**	**Zuschüsse an das SILB für die Erneuerung der Lüftungsanlagen im Friedrichstadt-Palast**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89121	**183**	**Zuschüsse an das SILB für den Neubau des Eingangsgebäudes des Technikmuseums**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89122	**187**	**Zuschüsse zur Modernisierung von Immobilien mit kultureller Nutzung**	**4.000.000**	**7.850.000**	**8.800.000**	**9.670.756,59**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2026	**5.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**—**	**5.000.000**		

Zuschüsse zur Sanierung und Modernisierung der kulturellen Infrastruktur vornehmlich im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin und Sondervermögen für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke.

Weniger in 2024 i. H. v. 4.800.000 € und 2025 i. H. v. 950.000 € wegen der Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Im Ansatz enthalten sind ab 2025 2.350.000 € für die Maßnahme Museumsdorf Düppel.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89123	**183**	**Zuschuss an die BIM für die Barackensanierung im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Schöneweide**	**—**	**—**	**300.000**	**1.250.000,00**

Mit der Sanierungs- und Umbaumaßnahme von 1,5 unsanierten Baracken auf dem Gelände des Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Niederschöneweide (Stiftung Topographie des Terrors) soll die denkmalgeschützte Bausubstanz der Gebäude gesichert und zugleich der Platzbedarf des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit, einer Liegenschaft des SILB, gedeckt werden.
Bisher waren die Mittel anteilig bei Kapitel 0841/Titel 97101 als Zentrale Vorsorge für die Kofinanzierung von Bundesmitteln für die Sanierung von Denkmalen eingeplant.

Für das Projekt wurde eine Bauunterlage (BU) gemäß den Bundesregularien (RZBau) erstellt und durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zum 23.03.2023 baufachlich geprüft. Die Gesamtkosten der Maßnahme inklusive der Mehrkosten werden vom Bund und vom Land Berlin je zur Hälfte getragen.

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen waren im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt und gesperrt. Die Entsperrung der Mittel ist am 17.05.2023 durch den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses erfolgt.

89124 (neu)	**183**	**Zuschuss an das SILB zur Neustrukturierung und Sanierung des Bröhan-Museums**		**1.000.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**19.250.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**8.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2030		**1.250.000**		

Durch die Neustrukturierung und Sanierung wird das Bröhan-Museums nachhaltig in die Lage versetzt, zeitgemäße und angemessene Sonder- und Dauerausstellungsformate zu gestalten, die eigene Sammlung zu bewahren, den Anforderungen des internationalen Leihverkehrs gerecht zu werden und die Vermittlungs- und Bildungsarbeit durch eine räumlich adäquate Ausstattung durchzuführen.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 04.12.2020 mit Gesamtkosten in Höhe von 22.250.000 € (Kostenstand III-2020) liegt vor.

Im Jahr 2023 erfolgen die Verfahren zur Vergabe der Planungsleistungen gemäß Vergabeverordnung (VgV).

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind für die Beauftragung der BIM GmbH vorgesehen.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt und gesperrt. Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im Jahre 2025 vorliegen werden.

Finanzierung

Bis 2023……..	0 €
2024……..	0 €
2025……	1.000.000 €
2026 ff.……	21.250.000 €
Summe:	22.250.000 €

Die bauliche Fertigstellung ist für das Jahr 2029 vorgesehen. sodass die Baumaßnahme im Jahre 2030 schlussgerechnet wird. Zu diesem Zeitpunkt (2029) können die Gesamtkosten baupreisindiziert 38.470.000 € betragen.

89172	**182**	**Zuschuss an das Konzerthaus Berlin für Investitionen**	
		Siehe Maßnahmegruppe 04	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89177	**181**	**Zuschuss an das Deutsche Theater/Kammerspiele für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89178	**181**	**Zuschuss an die Volksbühne für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89179	**181**	**Zuschuss an das Maxim Gorki Theater für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89180	**181**	**Zuschuss an das Theater an der Parkaue für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89201	**181**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89311	**183**	**Zuschüsse an Organisationen im Inland für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89312	**195**	**Zuschuss für Investitionen für den Lern- und Erinnerungsort Friedhof der Märzgefallenen**	**1.000.000**	**750.000**	**400.000**	**—**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 400.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 400.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**750.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2025	**750.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**400.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	400.000	0	0

Ziel der Baumaßnahme ist der Neubau eines Besuchszentrums für den Friedhof der Märzgefallenen. Die Baumaßnahme bedarf der hälftigen Mitfinanzierung des Bundes.

Eine Machbarkeitsstudie (Bedarfsformulierung und Betriebskonzept) vom 19.10.2019 liegt vor. Die Prüfung des Bedarfsprogramms wurde im Mai 2021 abgeschlossen. Die bauliche Umsetzung wird 2023 im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens ermittelt.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind für die Beauftragung der BIM GmbH vorgesehen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 6.100.000 € festgeschrieben. Die Kosten werden vom Bund und vom Land Berlin je zur Hälfte getragen, sodass jeweils Haushaltsmittel i. H. v. 3.050.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Finanzierung Anteil Land Berlin:

Bis 2022	250.000 €
2023……	400.000 €
2024	1.000.000 €
2025……	750.000 €
Ab 2026……....	650.000 €
Summe:	3.050.000 €

Angaben zu den Lebenszykluskosten können im Zuge der Erstellung der Bauplanungsunterlage (BPU) ermittelt werden.

Die bauliche Fertigstellung ist für das Jahr 2026 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 8.312.000 € betragen.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

In dem Ansatz sind in 2024 und 2025 jeweils 400.000 € aus dem Innovationsförderfonds enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

89421	**186**	**Zuschuss an die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin für Investitionen**
		Siehe Maßnahmegruppe 06
89441	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Bröhan für Investitionen**
		Siehe Maßnahmegruppe 03
89444	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum für Investitionen**
		Siehe Maßnahmegruppe 03
89448	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Deutsches Technikmuseum**
		Siehe Maßnahmegruppe 03
89450	**181**	**Zuschuss an die Stiftung Oper in Berlin für Investitionen**
		Siehe Maßnahmegruppe 02
89451	**195**	**Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg für Investitionen**
		Siehe Maßnahmegruppe 03
89453	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Berlinische Galerie für Investitionen**
		Siehe Maßnahmegruppe 03

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Bühnen und Tanz**				

Berlin schöpft seine internationale Attraktivität unter anderem aus den künstlerischen Ressourcen der vielfältigen Bühnenlandschaft.

Das Land Berlin wird die künstlerischen und wirtschaftlichen Produktionsstandorte weiterentwickeln, und damit zugleich die Verankerung der Bühnen in der Stadt gewährleisten.

Neben den großen Institutionen werden freie Gruppen sowie Produktions- und Präsentationsorte im Bereich darstellende Künste/Tanz gefördert. Hierfür stehen Instrumente wie die Stipendienförderung, die Einstiegsförderungen, die Einzelprojektförderungen, ein- und mehrjährige Strukturförderungen wie Basis- und Konzeptförderungen zur Verfügung.

68219	**181**	**Zuschuss an die Hebbel-Theater Berlin GmbH**	**8.874.000**	**8.993.000**	**8.760.000**	**8.696.000,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**35.972.000**	**35.972.000**
	Davon fällig 2025	**8.993.000**	
	Davon fällig 2026	**8.993.000**	**8.993.000**
	Davon fällig 2027	**8.993.000**	**8.993.000**
	Davon fällig 2028	**8.993.000**	**8.993.000**
	Davon fällig 2029	**—**	**8.993.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	8.760.000	8.760.000	17.520.000

Die Hebbel-Theater Berlin-GmbH betreibt mit dem HAU 1/2/3 drei Spielstätten unter dem Dach der landeseigenen GmbH. Das HAU, als Ankerinstitution der freien Szene der Darstellenden Kunst, ist ein Produktions- und Aufführungszentrum zur Präsentation aller Genres der zeitgenössischen Darstellenden Kunst.

Weniger in 2024 i. H. v. 1.998 € und in 2025 i. H. v. 1.998 € gegenüber 2023 wegen geringerer Ausgaben für die Besucherforschung (Teilnahme am KulMon-Programm).

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 115.600 € in 2024 und 234.300 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 und 2025 wird zum Abschluss eines Zuwendungsvertrags mit einer Laufzeit von 5 Jahren veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigung wird im jeweiligen Haushaltsjahr gesperrt, in dem der Zuwendungsvertrag nicht abgeschlossen wird.

Genderrelevante Daten:
Besuche 50 % weiblich, 50 % männlich und divers (Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung)

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

68221	**181**	**Zuschüsse aus Erlösbeteiligungen aus Grundstücksverkäufen des Verwaltungsvermögens**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Mehrausgaben für Strukturmaßnahmen und Abfindungsleistungen bei den Bühnen aufgrund von Einnahmen bei Titel 13108 aus der Erlösbeteiligung aus Grundstücksverkäufen.
Ausgaben dürfen nur in Höhe der tatsächlich bei Titel 13108 eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68225	**181**	**Zuschuss an die Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH**	**16.778.000**	**17.342.000**	**16.229.000**	**15.533.485,35**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**69.368.000**	**69.368.000**		
		Davon fällig 2025	**17.342.000**			
		Davon fällig 2026	**17.342.000**	**17.342.000**		
		Davon fällig 2027	**17.342.000**	**17.342.000**		
		Davon fällig 2028	**17.342.000**	**17.342.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**17.342.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	16.229.000	16.229.000	32.458.000

Die Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft ist eine landeseigene GmbH. Der Friedrichstadt-Palast ist Europas größtes Revuetheater; er erhält die spezifische Kunstform der Revue, entwickelt sie weiter und bietet unter Mitwirkung des dem Haus angegliederten Kinderensembles spezielle Kinderrevuen an.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale in 2024 i. H. v. 548.600 € und in 2025 i. H. v.1.112.500 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 und 2025 wird zum Abschluss eines Zuwendungsvertrags mit einer Laufzeit von 5 Jahren veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigung wird im jeweiligen Haushaltsjahr gesperrt, in dem der Zuwendungsvertrag nicht abgeschlossen wird.

Genderrelevante Daten:
Besuche (inkl. Kindershows) 64 % weiblich/36 % männlich und divers (Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung)

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

68239	**181**	**Zuschuss an die Stiftung Oper in Berlin**	**165.403.000**	**169.650.000**	**160.541.000**	**158.762.316,20**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**678.600.000**	**678.600.000**		
		Davon fällig 2025	**169.650.000**			
		Davon fällig 2026	**169.650.000**	**169.650.000**		
		Davon fällig 2027	**169.650.000**	**169.650.000**		
		Davon fällig 2028	**169.650.000**	**169.650.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**169.650.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen in 2024 bzw. 2025 sind zum Abschluss eines Zuschussvertrags mit einer Laufzeit von 5 Jahren erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	161.271.000	161.271.000	322.542.000

Zweckbindungsvermerk:
2.000.000 € sind für Maßnahmen der baulichen Unterhaltung zweckgebunden.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 4.131.600 € in 2024 und 8.378.800 € in 2025 jeweils gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird“.
Mehr i. H. v. 730.000 € ab 2024 zur Kompensation der Zuschussabsenkung in 2022/23.

Höheres Ist 2022 i. H. v. rd. 574.320 € durch die Gewährung zusätzlicher Ausbildungsmittel vom Land Berlin.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Genderrelevante Daten*:

Besuche der Staatsoper Unter den Linden	55 % weiblich	45 % männlich
Besuche der Deutschen Oper	56 % weiblich	44 % männlich
Besuche der Komische Oper	56 % weiblich	44 % männlich
Besuche des Staatsballetts	70 % weiblich	30 % männlich

*Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung

Die Ausgaben für Investitionen werden bei Titel 89450 nachgewiesen.

68242	**181**	**Zuschuss an das Deutsche Theater/Kammerspiele**	**29.409.000**	**29.972.000**	**28.883.000**	**28.812.693,22**

Das Deutsche Theater/Kammerspiele ist eine gemeinnützige nichtrechtsfähige Anstalt, die als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO geführt wird. Das Deutsche Theater/Kammerspiele ist ein dem Literaturtheater verpflichtetes Theater im Ensemble- und Repertoirebetrieb. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung zeitgenössischer Dramatik und der Jungen Bühne.

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 579.600 € in 2024 und 2025 wegen des Mehrbedarfs zur Finanzierung der Hauptstadtzulage.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 547.400 € in 2024 und 1.110.000 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Weniger gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 1.440 € in 2024 und 2025 wegen geringerer Ausgaben für die Besucher*innenforschung (Neuberechnung für KulturMonitoring - KulMon -).

Weniger ab 2024 i. H. v. 600.000 € gegenüber dem Ansatz von 2023 wegen Wegfall Vorbereitungsetat für die neue Intendanz.

Die Ausgaben für Investitionen werden bei Titel 89177 nachgewiesen.

Genderrelevante Daten: Besuche 61 % weiblich, 39 % männlich.(Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung)

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

68243	**181**	**Zuschuss an die Volksbühne**	**23.875.000**	**24.336.000**	**22.929.000**	**23.124.104,34**

Die Volksbühne ist eine gemeinnützige nichtrechtsfähige Anstalt, die als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO geführt wird. Die Volksbühne ist ein im Ensemble- und Repertoirebetrieb arbeitendes Theater mit einem genreübergreifenden künstlerischen Angebot bestehend aus Theater, Tanz, Performance, Konzert, Kino und Lesungen.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 448.300 € in 2024 und 909.200 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 497.060 € in 2024 und 2025 wegen des Mehrbedarfs zur Finanzierung der Hauptstadtzulage.

Die Ausgaben für Investitionen werden bei Titel 89178 nachgewiesen.

Genderrelevante Daten: Besuche 54 % weiblich/46 % männlich.(Quelle: KulturMonitoring/Angabe der Einrichtung)

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

68246	**181**	**Zuschuss an das Maxim Gorki Theater**	**17.646.000**	**17.987.000**	**16.794.000**	**17.144.960,00**

Das Maxim Gorki Theater ist eine gemeinnützige nichtrechtsfähige Anstalt, die als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO geführt wird. Das Maxim Gorki Theater ist eine im Ensemble- und Repertoirebetrieb arbeitende Bühne. Es versteht sich als Stadttheater, das die Diversität Berlins widerspiegelt, und sich als Ort zur Auseinandersetzung, Debatte und Meinungsbildung über die sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen positioniert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Spiegelung migrantischer und postmigrantischer Perspektiven.

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 420.300 € in 2024 und 2025 wegen des Mehrbedarfs zur Finanzierung der Hauptstadtzulage.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 331.400 € in 2024 und 671.900 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 100.000 € in 2024 und 2025 wegen des Mehrbedarfs zur Finanzierung von Brandschutzmaßnahmen.

Die Ausgaben für Investitionen werden bei Titel 89179 nachgewiesen.

Genderrelevante Daten: Besuche 50 % weiblich, 50 % männlich (Quelle: KulturMonitoring/Angabe der Einrichtung)

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

68248	**181**	**Zuschuss an das Theater an der Parkaue**	**8.948.000**	**9.115.000**	**8.595.000**	**8.711.269,73**

Das Theater an der Parkaue ist eine gemeinnützige nichtrechtsfähige Anstalt, die als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO geführt wird. Es hat als Kinder- und Jugendtheater die Aufgabe, jungen Menschen aller sozialen Schichten die dramatische Kunst des In- und Auslands zu erschließen. Als Ensemble- und Repertoirebetrieb reicht das Programmangebot für verschiedene Altersstufen von zeitgenössischer Dramatik bis zu Tanzstücken, von Performance bis zur Familienproduktion, von Klassenzimmerstück bis zum interaktiven Spiel.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 162.600 € in 2024 und 329.700 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 190.080 € in 2024 und 2025 wegen des Mehrbedarfs zur Finanzierung der Hauptstadtzulage.

Die Ausgaben für Investitionen werden bei Titel 89180 nachgewiesen.

Genderrelevante Daten: Besuche-Daten liegen nicht vor, da das KulturMonitoring (KulMon) im Bereich der Kinder- und Jugendtheater keine genderrelevanten Daten erhebt.

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

68321	**181**	**Zuschuss an die Schaubühne**	**21.224.000**	**21.756.000**	**20.803.000**	**20.608.012,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**86.624.000**	**86.624.000**
	Davon fällig 2025	**21.656.000**	
	Davon fällig 2026	**21.656.000**	**21.656.000**
	Davon fällig 2027	**21.656.000**	**21.656.000**
	Davon fällig 2028	**21.656.000**	**21.656.000**
	Davon fällig 2029	**—**	**21.656.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	20.403.000	20.403.000	40.806.000

Die Schaubühne am Lehniner Platz ist eine gemeinnützige Theaterbetriebs-GmbH in privater Eigentümerschaft. Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit internationaler zeitgenössischer Dramatik.

Mehr i. H. v. 100.000 € in 2025 gegenüber 2023 für die Vorsorge Probebühne.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 420.500 € in 2024 und 852.800 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 und 2025 wird zum Abschluss eines Zuwendungsvertrags mit einer Laufzeit von 5 Jahren veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigung wird im jeweiligen Haushaltsjahr gesperrt, in dem der Zuwendungsvertrag nicht abgeschlossen wird.

Genderrelevante Daten: Besuche 50 % weiblich/50 % männlich/divers (Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung)

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68322	**181**	**Zuschüsse an sonstige Privattheater**	**17.065.000**	**17.265.000**	**14.354.000**	**14.404.086,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**51.795.000**	**34.530.000**		
		Davon fällig 2025	**17.265.000**			
		Davon fällig 2026	**17.265.000**	**17.265.000**		
		Davon fällig 2027	**17.265.000**	**17.265.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	14.354.000	14.354.000	28.708.000

Gemäß den Verwaltungsvorschriften zur Förderung von privatrechtlich organisierten Theatern und Produktionsorten, Gruppen sowie Einzelkünstler*innen des Tanzes, der darstellenden und performativen Künste in Berlin vom 22. Oktober 2019 sind für die vierjährige Konzeptförderung für den Zeitraum 2024 bis 2027 die genannten Ansätze beschlossen worden. Die Umsetzung des Evaluierungsgutachtens erfolgt ab dem Jahr 2024.

In den Jahren 2024 und 2025 erhalten folgende Theater und Produktionsorte Konzeptförderung:

		Ansatz			Rechnung
	Theater:	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1.	ATZE Musiktheater	2.141.000	2.141.000	1.856.430	1.855.610
2.	Ballhaus Naunynstraße	1.891.100	1.891.100	1.435.790	1.504.320
3.	Ballhaus OST	753.100	753.100	512.440	510.420
4.	Constanza Macras | Dorky Park	797.500	797.500	689.750	687.760
5.	Dock ART	506.600	506.600	403.340	403.340
6.	Heimathafen Neukölln	685.600	685.600	541.550	534.560
7.	Kleines Theater am Südwestkorso	406.800	406.800	263.600	261.800
8.	Neuköllner Oper	2.765.400	2.765.400	2.554.400	2.552.600
9.	Sophiensaele	2.369.300	2.569.300	2.167.080	2.161.800
10.	Tanzfabrik Berlin	485.200	485.200	403.990	403.990
11.	TD Berlin	823.200	823.200	704.550	731.886
12.	Theater im Palais	610.000	610.000	513.800	511.140
13.	Theater Strahl	1.323.700	1.323.700	1.135.290	1.135.290
14.	Theater Thikwa	636.000	636.000	508.470	507.240
15.	Vagantenbühne	808.800	808.800	602.840	597.330
16.	Evaluierung	61.000	61.000	60.000	45.000
	Summe:	17.064.300	17.264.300	14.353.320	14.404.086
	rund:	17.065.000	17.265.000	14.354.000	

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 2.711.000 € in 2024 und i. H. v. 2.911.000 € in 2025.

Die Mehrbedarfe begründen sich durch:
- Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 230.500 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der Mittel für die tarifliche Entwicklung 2023 aus dem Einzelplan 29.
- Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 270.300 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
- Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 103.000 € gegenüber 2023 aufgrund eines strukturellen Mehrbedarfs des Ballhaus Naunynstraße, bedingt durch die Übernahme der Liegenschaft vom Bezirk Friedrichshain Kreuzberg.
- Mehr in 2025 gegenüber 2023 i. H. v. 200.000 € aufgrund von Mietsteigerungen für die Sophiensaele,
- Mehr ab 2024 i. H. v. 2.106.180 € gegenüber 2023 zur Umsetzung des Evaluierungsgutachtens.

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 und 2025 wird zum Abschluss von Zuwendungsverträgen mit einer Laufzeit von 4 Jahren veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigung wird im jeweiligen Haushaltsjahr gesperrt, in dem die Zuwendungsverträge nicht abgeschlossen werden.

ATZE Musiktheater
Das ATZE Musiktheater ist eine GmbH in privater Eigentümerschaft.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 28.900 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 34.000 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr ab 2024 i. H. v. 221.670 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da KulMon im Bereich Kinder- und Jugendtheater keine genderrelevanten Daten erhebt.

Ballhaus Naunynstraße
Das Ballhaus Naunynstraße wird von der KulturSPRÜNGE gGmbH in privater Eigentümerschaft betrieben.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 21.900 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 30.100 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr ab 2024 i. H. v. 300.310 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 103.000 € gegenüber 2023 aufgrund eines strukturellen Mehrbedarfs des Ballhaus Naunynstraße, bedingt durch die Übernahme der genutzten Liegenschaft vom Bezirk Friedrichshain Kreuzberg.
Genderrelevante Daten: Besuche 50 % weiblich, 50 % männlich *

Ballhaus OST
Das Ballhaus OST wird vom Verein Ballhaus OST e. V. betrieben.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 7.100 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 14.100 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 i. H. v. 219.460 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Constanza Macras | Dorky Park
Constanza Macras | Dorky Park ist eine GmbH in privater Eigentümerschaft.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 11.000 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 12.500 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr ab 2024 i. H. v. 84.250 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Dock ART
Gefördert wird die gemeinnützige DOCK ART GmbH, die eine 2020 gegründete Tochter-GmbH der gemeinnützigen DOCK 11 GmbH ist.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 700 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 2.600 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr ab 2024 i. H. v. 99.960 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Heimathafen Neukölln
Der Heimathafen Neukölln wird von der Saalbau Neukölln Kultur & Veranstaltungs GmbH in privater Eigentümerschaft betrieben.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 18.700 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 21.600 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr ab 2024 i. H. v. 103.750 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Kleines Theater am Südwestkorso
Das Kleine Theater wird in privater Eigentümerschaft als Kleines Theater am Südwestkorso GmbH betrieben.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 4.200 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 6.800 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr ab 2024 i. H. v. 132.200 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche 54 % weiblich, 46 % männlich *

Neuköllner Oper
Die Neuköllner Oper wird vom Verein Neuköllner Oper e. V. betrieben.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 31.400 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 30.400 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr ab 2024 i. H. v. 149.200 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche 60 % weiblich, 38 % männlich, 2 % divers *

Sophiensaele
Die Sophiensaele werden von der Sophiensaele GmbH in privater Eigentümerschaft betrieben.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 35.400 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 39.300 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2025 gegenüber 2023 i. H. v. 200.000 € aufgrund steigender Mietkosten infolge von neuem Mietvertragsabschluss.
Mehr ab 2024 i. H. v. 127.520 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche 55 % weiblich, 45 % männlich *

Tanzfabrik Berlin
Die Tanzfabrik wird vom Verein Tanzfabrik Berlin e. V. betrieben.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 7.400 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 7.200 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr ab 2024 i. H. v. 66.610 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Theaterdiscounter TD Berlin
Der TD Berlin wird von der Theaterdiscounter GmbH in privater Eigentümerschaft betrieben.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 9.000 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 11.200 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr ab 2024 i. H. v. 98.450 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Theater im Palais
Das Theater im Palais wird vom gemeinnützigen Theaterverein Am Festungsgraben e. V. betrieben.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 12.400 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 13.000 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 i. H. v. 70.800 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche 60 % weiblich, 40 % männlich *

Theater Strahl
Das Theater Strahl ist eine gemeinnützige GmbH in privater Eigentümerschaft.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 22.200 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 23.700 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 i. H. v. 142.510 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche 50 % weiblich, 49 % männlich, 1 % divers *

Theater Thikwa
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 11.000 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 11.000 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 i. H. v. 105.530 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Vagantenbühne
Die Vagantenbühne ist eine gemeinnützige GmbH in privater Eigentümerschaft.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 9.200 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 und 2025 i. H. v. 12.800 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 i. H. v. 183.960 € gegenüber 2023 im Rahmen der Neuvergabe Konzeptförderung.
Genderrelevante Daten: Besuche 49 % weiblich, 48 % männlich, 3 % divers *
*Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung

68323	**181**	**Zuschuss an das Grips-Theater**	**4.243.000**	**4.327.000**	**3.966.000**	**3.963.000,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**17.308.000**	**17.308.000**
Davon fällig 2025	**4.327.000**	
Davon fällig 2026	**4.327.000**	**4.327.000**
Davon fällig 2027	**4.327.000**	**4.327.000**
Davon fällig 2028	**4.327.000**	**4.327.000**
Davon fällig 2029	**—**	**4.327.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	3.966.000	3.966.000	7.932.000

Die GRIPS Theater gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist in privater Eigentümerschaft. Das GRIPS Theater hat sich als international renommiertes Kinder- und Jugendtheater am Hansaplatz und im Podewil etabliert.

Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 94.200 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 82.000 € 2024 und 166.200 € 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr ab 2024 i. H. v. 100.000 € gegenüber 2023 für die strukturelle Stärkung im Bereich Personal.

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 und 2025 wird zum Abschluss eines Zuwendungsvertrags mit einer Laufzeit von 5 Jahren veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigung wird im jeweiligen Haushaltsjahr gesperrt, in dem der Zuwendungsvertrag nicht abgeschlossen wird.

Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da KulMon im Bereich Kinder- und Jugendtheater keine genderrelevanten Daten erhebt.

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

68327	**181**	**Zuschuss an die Berliner Ensemble GmbH**	**19.309.000**	**19.582.000**	**18.945.000**	**18.720.675,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**78.328.000**	**78.328.000**
Davon fällig 2025	**19.582.000**	
Davon fällig 2026	**19.582.000**	**19.582.000**
Davon fällig 2027	**19.582.000**	**19.582.000**
Davon fällig 2028	**19.582.000**	**19.582.000**
Davon fällig 2029	**—**	**19.582.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	18.945.000	18.945.000	37.880.000

Die Berliner Ensemble GmbH ist ein gemeinnütziges Theater in privater Eigentümerschaft, das mit dem Schwerpunkt Autorentheater und Gegenwartsdramatik als Ensemble- und Repertoirebetrieb geführt wird.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 363.300 € in 2024 und 736.700 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr in 2024 i. H. v. 100.000 € gegenüber dem Ansatz 2023 zur Übertragung von Gesellschaftsanteilen.

Weniger in 2024 i. H. v. 100.000 € und in 2025 i. H. v. 100.000 € gegenüber dem Ansatz 2023 wegen der Absenkung der Ausgaben für die Gewährleistung der Zahlung von Löhnen auf Basis des im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz geregelten Mindestlohns.

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 und 2025 wird zum Abschluss eines Zuwendungsvertrags mit einer Laufzeit von 5 Jahren veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigung wird im jeweiligen Haushaltsjahr gesperrt, in dem der Zuwendungsvertrag nicht abgeschlossen wird.

Genderrelevante Daten: Besuche 50 % weiblich/50 % männlich/divers (Quelle: KulMon / Angabe der Einrichtung)

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

68328	**181**	**Zuschuss an Sasha Waltz and Guests**	**2.728.000**	**2.785.000**	**2.612.000**	**2.611.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**11.140.000**	**11.140.000**		
		Davon fällig 2025	**2.785.000**			
		Davon fällig 2026	**2.785.000**	**2.785.000**		
		Davon fällig 2027	**2.785.000**	**2.785.000**		
		Davon fällig 2028	**2.785.000**	**2.785.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**2.785.000**		

Die sasha waltz & guests GmbH ist eine gemeinnützige GmbH in privater Eigentümerschaft. Seit 2006 arbeitet die Compagnie als eigenständiges Tanzensemble mit großem nationalen und internationalen Renommee.

Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 60.800 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 54.900 € in 2024 und 111.400 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Die Verpflichtungsermächtigung in 2024 und 2025 wird zum Abschluss eines Zuwendungsvertrags mit einer Laufzeit von 5 Jahren veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigung wird im jeweiligen Haushaltsjahr gesperrt, in dem der Zuwendungsvertrag nicht abgeschlossen wird.

Genderrelevante Daten:
Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

68329	**181**	**Sonstige Zuschüsse an Bühnen und Tanz**	**1.988.000**	**1.990.000**	**2.231.000**	**2.051.015,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**170.000**	**170.000**		
		Davon fällig 2025	**170.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**170.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	126.000	0	0

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

		Ansatz			Rechnung
		2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1.	Zeitgenössischer Tanz e. V	167.100	170.000	126.000	130.803,00
2.	Sonstige Maßnahmen im Bereich Tanz	1.570.000	1.570.000	1.820.000	1.840.212,95
3.	Förderung von Projekten zur Inklusion	250.000	250.000	250.000	80.000,00
	Summe:	1.987.100	1.990.000	2.231.000	2.051.015,95
	rund:	1.988.000	1.990.000	2.321.000	

Zu 1:
Der Zeitgenössische Tanz Berlin e. V. ist Träger des 2005 gegründeten Tanzbüros Berlin, das Informations- und Anlaufstelle für die Berliner Tanzschaffenden und für Interessenten aus dem In- und Ausland ist.

Verlagerung i. H. v. 35.000 € aus TA 4 Runder Tisch Tanz, da das Tanzbüro seit Vorlage des Abschlussberichtes Runder Tisch Tanz aktiv die daraus hervorgegangenen Maßnahmen verfolgt.

Mehr i. H. v. 3.300 € ab 2024 aufgrund Umsetzung Tarifmittel 2023 aus Kapitel 2910 Titel 68406 - Fortschreibung des Tarifbedarfs 2023.

Mehr i. H. v. 2.800 € in 2024 und i. H. v. 5.700 € in 2025 für eine Tarifpauschale 2024/25, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Zu 2:
Weniger ab 2024 i. H. v. 250.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Davon 275.000 € für sonstige Maßnahmen im Bereich Tanz für Tanz für junges Publikum.

Genderrelevante Daten 2022:

Programm	Anträge	F	M	F in %	Gefördert	F	M	F in %	Summe F	Summe M	F in %
Tanz Praxis Stipendien*	298	212	86	71	61	41	20	67	666.000	378.000	64

Förderungen für 22/23. Zudem gab es 36 Bewerbungen von divers und 14 Förderungen i H v. 198.000 €.

68342	**181**	**Zuschüsse zur Förderung von Unterhaltungstheatern**	**5.446.000**	**5.579.000**	**4.664.000**	**4.579.450,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**15.237.000**	**15.237.000**		
		Davon fällig 2025	**5.079.000**			
		Davon fällig 2026	**5.079.000**	**5.079.000**		
		Davon fällig 2027	**5.079.000**	**5.079.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**5.079.000**		

Gefördert werden sollen die Komödie am Kurfürstendamm, das Renaissance Theater, das Schlosspark Theater, das Chamäleon Theater, das Wintergarten Varieté, das Tipi am Kanzleramt, die Bar jeder Vernunft und das Kriminaltheater.

	Ansatz			Rechnung
	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
Komödie am Kudamm	1.224.910	1.283.610	1.099.810	1.414.351,00
Renaissance Theater	2.659.130	2.711.530	2.548.230	2.814.391,00
Schlosspark Theater	935.840	958.340	890.740	1.339.942,37
Chamäleon Theater Wintergarten Varieté Tipi am Kanzleramt Bar jeder Vernunft Kriminaltheater	600.000	600.000	100.000	80.00
Sonstige Förderung von Unterhaltungstheatern	25.360	25.230	24.230	0
Summe:	5.445.110	5.578.710	4.663.010	5.648.634,37
rund:	5.446.000	5.579.000	4.664.000	

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 782.000 € in 2024 und i. H. v. 915.000 € in 2025.

Die Mehrbedarfe begründen sich durch:

Mehr ab 2024 i. H. v. 151.000 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 130.100 € in 2024 und 263.700 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr ab 2024 i. H. v. 500.000 € aufgrund von erhöhtem Förderbedarf für die Unterhaltungsbühnen (Chamäleon, Tipi, Bar jeder Vernunft, Wintergarten)

Komödie am Kurfürstendamm
Die Komödie am Kurfürstendamm ist eine GmbH in privater Eigentümerschaft. Sie bietet klassisches Unterhaltungstheater mit von Bühne, Film und Fernsehen bekannten Künstler*innen.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 68.000 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 57.100 € in 2024 und 115.800 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Genderrelevante Daten: Besuche 50 % weiblich, 50 % männlich *

Renaissance-Theater
Das von der Neue Theater-Betriebs GmbH in privater Eigentümerschaft betriebene Renaissance-Theater widmet sich internationaler Gegenwartsdramatik zu gesellschaftsrelevanten Themen, aber auch ausgewählten Werken der Renaissance, um Parallelen theatralischen Schaffens der Vergangenheit mit aktuellen Gegebenheiten aufzuzeigen.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 59.800 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 51.100 € in 2024 und 103.500 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Genderrelevante Daten: Besuche 60 % weiblich, 40 % männlich *

Schlosspark Theater
Das Schlosspark Theater wird seit dem Jahr 2009 von der Halliwood GmbH Schlosspark Theater in privater Eigentümerschaft und unter der Geschäftsführung des bekannten Kabarettisten und Schauspielers Dieter Hallervorden betrieben. Es bietet seinen Gästen einen Spielplan aus ernsthaften und komödiantischen Bühnenwerken.
Mehr in 2024 und in 2025 i.H.v. 23.200 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i.H.v. 21.900 € in 2024 und 44.400 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Genderrelevante Daten: Besuche 52 % weiblich, 48 % männlich *

Chamäleon Theater
Das Chamäleon ist eine gemeinnützige GmbH in privater Trägerschaft. Auf der Bühne in den Hackeschen Höfen werden vorranging Koproduktionen und Gastspiele des zeitgenössischen Zirkus präsentiert.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Wintergarten Varietee
Das Wintergarten Varietee wird von der Arnold Kuthe Entertainment GmbH in privater Eigentümerschaft betrieben und bietet ein klassisches Varietee Programm.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Tipi am Kanzleramt / Bar jeder Vernunft
Das Tipi am Kanzleramt und die Bar jeder Vernunft werden von der BAR JEDER VERNUNFT Veranstaltungs-Organisations-GmbH in Privater Eigentümerschaft betrieben. Das Programm widmet sich der Unterhaltungskunst der 20er Jahre, ob Chansons, Cabaret, Varieté, Tanz, Artistik, Musical, Comedy, Entertainment oder Magie.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Berliner Kriminaltheater
Das Berliner Kriminaltheater wir von der BKT Bühnen Betriebs GmbH in privater Eigentümerschaft betrieben. Auf dem Programm stehen vorrangig eigenproduzierte Stücke des Genres Krimi und Thriller.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

*Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68362	**181**	**Zuschuss an die Tanzcompagnie cie. toula limnaios**	**972.000**	**994.000**	**925.000**	**925.000,00**

Die cie. toula limnaios GmbH hat ihren Hauptsitz seit 1997 in Berlin. Sie arbeitet ganzjährig mit eigenem Ensemble – seit 2003 in einer eigenen Spielstätte, der HALLE TANZBÜHNE BERLIN. Die Compagnie gilt als eines der renommierten Ensembles des zeitgenössischen Tanzes und repräsentiert die deutsche Tanzszene auf internationalen Tourneen.

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 25.100 € in 2024 und 2025 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 21.600 € 2024 und 43.700 € 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Gender Budget: Es werden keine genderrelevanten Daten erhoben, da die Einrichtung nicht an KulturMonitoring (KulMon) teilnimmt.

68611	**181**	**Zuschüsse an Kinder-, Jugend- und Puppentheater**	**1.723.000**	**1.823.000**	**1.523.000**	**1.124.225,83**

Förderung insbesondere von kleinen und mittleren Kinder-, Jugend- und Puppentheatern sowie von Projekten im Bereich der Performing Arts für ein junges Publikum auf bezirklicher Ebene. Schwerpunktsetzung bei der Versorgung von bislang unterversorgten Stadträumen mit Theaterangeboten sowie bei Erhalt und Stärkung der bestehenden regionalen Strukturen im gesamten Stadtgebiet.

Mehr ab 2024 i. H. v. 100.000 € und ab 2025 i. H. v. 350.000 € gegenüber 2023 für eine Verstärkung des Angebots und den Abbau der „weißen Flecken“ bei den regionalen Kinder-, Jugend- und Puppentheatern.

89120	**181**	**Zuschüsse an das SILB für die Erneuerung der Lüftungsanlagen im Friedrichstadt-Palast**	**—**	**—**	**4.615.000**	**5.000.000,00**

Zuschuss an die Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH zur Erneuerung der Lüftungsanlage des Friedrichstadt-Palastes. Für das Gesamtprojekt wird mit Gesamtausgaben i. H. v. 24.615.000 € gerechnet. Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 13.02.2017 liegen vor.

Im Zuge der Bauausführung im baulichen Bestand bei laufendem Spielbetrieb kam es zu umfänglichen baulichen Abweichungen gegenüber der geprüften BPU aus dem Jahr 2017. Somit ist hier im weiteren Projektverlauf mit einem zeitlichen Mehraufwand, verbunden mit einer deutlichen Kostensteigerung, auch indexbedingt, zu rechnen. Hierfür wird augenblicklich von der BIM GmbH als zuständiger Baudienststelle eine Ergänzungsunterlage zur BPU erststellt, die vermutlich im 2. Halbjahr 2023 geprüft vorliegen und sodann in den Hauptausschuss eingebracht wird.

Finanzierung:

bis 2023	24.615.000 €
2024	0 €
2025	0 €
Summe:	24.615.000 €

89177	**181**	**Zuschuss an das Deutsche Theater/Kammerspiele für Investitionen**	**33.000**	**33.000**	**33.000**	**33.000,00**

Das Deutsche Theater/Kammerspiele erhält als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO Zuschüsse für Investitionen.

Der Wirtschaftsplan des Deutschen Theaters/Kammerspiele ist im Anschluss an die Erläuterungen zu Titel 68242 abgedruckt.

89178	**181**	**Zuschuss an die Volksbühne für Investitionen**	**28.000**	**28.000**	**28.000**	**2.219.158,11**

Die Volksbühne Berlin erhält als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO Zuschüsse für Investitionen.

Der Wirtschaftsplan der Volksbühne ist im Anschluss an die Erläuterungen zu Titel 68243 abgedruckt.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89179	**181**	**Zuschuss an das Maxim Gorki Theater für Investitionen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**20.000,00**

Das Maxim Gorki Theater erhält als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO Zuschüsse für Investitionen.

Der Wirtschaftsplan des Maxim Gorki Theaters ist im Anschluss an die Erläuterungen zu Titel 68246 abgedruckt.

89180	**181**	**Zuschuss an das Theater an der Parkaue für Investitionen**	**268.000**	**268.000**	**18.000**	**18.000,00**

Das Theater an der Parkaue erhält als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO Zuschüsse für Investitionen.

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 250.000 € in 2024 und 2025 wegen der einmaligen Finanzierung der theaterspezifischen Grundausstattung des zentralen Werkstattneubaus.

Der Wirtschaftsplan des Theaters an der Parkaue ist im Anschluss an die Erläuterungen zu Titel 68248 abgedruckt.

89201	**181**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**	**500.000**	**1.000.000**	**3.831.000**	**—**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**9.176.000**	**9.176.000**
Davon fällig 2026	**3.100.000**	**3.100.000**
Davon fällig 2027	**3.100.000**	**3.100.000**
Davon fällig 2028	**2.976.000**	**2.976.000**

Zuschuss für die Errichtung von zwei, zur kulturellen Nutzung vorgesehenen, Pavillons auf dem am Alexanderplatz liegenden Abschnitt der Karl-Marx-Allee. Mit dem Bau der Pavillons soll die unvollendet gebliebene städtebauliche Planung an der Karl-Marx-Allee vervollständigt werden, um zum einen die Bewerbung des Landes Berlin auf die deutsche Tentativliste zum Weltkulturerbe (eingereicht im Herbst 2021) zu unterstützen. Zum anderen, um mit den Pavillons zwei dauerhafte Standorte auf öffentlichen oder Flächen im Eigentum von Tochterunternehmen des Landes Berlin mit langfristig günstigen Mieten für die kulturelle Nutzung zu sichern.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 07.04.2022 mit Gesamtkosten i. H. v. 19.136.000 € (Baupreisindex IV/2021) liegt vor.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind als Ausreichung der Mittel im Wege der auftragsweisen Bewirtschaftung an das Bezirksamt Mitte vorgesehen, das die Mittel in Form einer Zuwendung ausreichen wird.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt und gesperrt. Es wird erwartet, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen (BPU) im III. Quartal/ 2025 vorliegen werden.

Die bauliche Fertigstellung ist in 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 29.210.000 € betragen.

Weniger i. H. v. 3.331.000 € in 2024 und i. H. v. 2.831.000 € wegen der Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

89450	**181**	**Zuschuss an die Stiftung Oper in Berlin für Investitionen**	**65.000**	**65.000**	**65.000**	**65.000,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**260.000**	**260.000**
Davon fällig 2025	**65.000**	
Davon fällig 2026	**65.000**	**65.000**
Davon fällig 2027	**65.000**	**65.000**
Davon fällig 2028	**65.000**	**65.000**
Davon fällig 2029	**—**	**65.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen in 2024 bzw. 2025 sind zum Abschluss eines Zuschussvertrags mit einer Laufzeit von 5 Jahren erforderlich.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	2024	2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	65.000	65.000	65.000

Die Stiftung Oper in Berlin ist zum 01.01.2004 errichtet worden (vgl. Erläuterungen zu Titel 68239).

Die Stiftung öffentlichen Rechts erhält Zuschüsse für Investitionen für künstlerische Zwecke (Instrumente und Instrumentenbedarf, Bühnentechnik, Beleuchtungs- und Tonanlagen etc.) und andere Investitionen (geringwertige Wirtschaftsgüter, EDV und Büro- und Geschäftsausstattung etc.).

Summe Maßnahmegruppe 02	**346.546.000**	**354.911.000**	**341.365.000**	**337.126.451,73**

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Museen, Gedenkstätten und Erinnerungskultur**				

Die vielfältige Berliner Museums- und Gedenkstättenlandschaft zieht jedes Jahr zahlreiche Besucher*innen aus dem In- und Ausland an. Nicht nur die Profile, Größe und Ausrichtung der durch das Land Berlin geförderten Museen, sondern auch die Trägerschaft unterscheidet sich erheblich. Gemeinsam haben sie, dass sie sich an den Kriterien des International Council of Museums (ICOM) orientieren, nämlich „eine gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung zu sein, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt."

Alle durch das Land Berlin institutionell geförderten Museen und Gedenkstätten sind größtmöglicher Teilhabegerechtigkeit verpflichtet und widmen den Themen „Barrierefreiheit" und „Bildung" besondere Aufmerksamkeit. Das Land Berlin wird die Museen und Gedenkstätten weiter strukturell stärken, insbesondere in den Bereichen Nachhaltigkeit, Bau und Bauunterhalt, digitaler Wandel und Provenienzforschung.

68208	**195**	**Zuschuss an die Stiftung Topographie des Terrors**	**4.918.000**	**5.032.000**	**4.756.300**	**4.267.498,61**

Die Stiftung »Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations- und Begegnungszentrum Berlin« ist eine gemeinnützige öffentlich-rechtliche Stiftung. Die Stiftung hat die Aufgabe, in einem Ausstellungs- und Dokumentationszentrum die historischen Erfahrungen des Nationalsozialismus in der Gegenwart zu vermitteln und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des nationalsozialistischen Unrechtsstaats und deren Auswirkungen auf die Geschichte nach 1945 anzuregen. Dabei sind die historischen Spuren des Gestapo-Geländes zu erhalten und zu sichern.

Seit 2006 gehört das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide zur Stiftung.

Das Land Berlin und der Bund finanzieren die Stiftung gemeinsam.

Mehr in 2024 und 2025 i. H. v. 123.000 € jeweils gegenüber 2023 für Betriebskosten inkl. Kostenanteil für die neue Photovoltaik-Anlage (Zweckbindung).

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 i. H. v. 38.200 € und in 2025 i. H. v. 76.800 € jeweils gegenüber 2023 für, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr ab 2025 i. H. v. 75.000 € gegenüber. 2023 für strukturelle Stärkung Gedenkstättenarbeit

Mehr ab 2024 i. H. v. 56.300 € gegenüber 2023 für die Anhebung der Honorare der freiberuflichen Guides; Umsetzung aus Titel 68573, Teilansatz 13

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten:
Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide
Besuche: 50 % weiblich, 50 % männlich, 0,0 % divers
Topographie des Terrors - Internationales Dokumentations - und Begegnungszentrum Besuche: 49 % weiblich, 51 % männlich, 0,0 % divers

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

68502	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Deutsches Technikmuseum**	**30.169.000**	**30.695.000**	**29.657.000**	**29.475.849,08**

90.000,0 EUR wurden bislang bei 52609 nachgewiesen.
62.000,0 EUR wurden bislang bei 68573 nachgewiesen.

Die Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin ist eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts. Ihre Aufgabe ist es, den Besuchenden mit Dauer- und wechselnden Ausstellungen das Thema „Technik in Geschichte und Gegenwart" näher zu bringen. Aufgabe der Stiftung ist es weiter, ihre Sammlungen und Einzelobjekte sachgerecht zu bewahren, zu erforschen, zu vermitteln.
Zur Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin gehören das Technikmuseum selbst, das Zucker-Museum sowie das Science Center Spectrum und die Ausstellung Ladestraße. Das Science Center Spectrum veranschaulicht Naturwissenschaft und Technik anhand von Experimenten zur Wahrnehmung, Physik und Technik. Das Zucker-Museum wird seit September 2015 mit seiner Sammlung in einer Dauerausstellung am Standort des Technikmuseums in Kreuzberg präsentiert.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 511.500 € in 2024 und 1.037.200 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr ab 2024 i. H. v. 62.000 € wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides aus Titel 68573, TA 13.

Mehr ab 2024 i. H. v. 90.000 € für die Finanzierung einer Stelle Provenienzforschung wegen Umsetzung der Mittel aus Titel 52609.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten: Besuche 39,9 % weiblich, 59,5 % männlich, 05 % divers. Bei Schulklassen-Gruppenbesuchen gilt der pauschale Erfahrungswert 50 % weiblich, 50 % männlich.

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

68522	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz**	**39.202.000**	**41.204.000**	**37.752.000**	**33.718.594,88**

1.050.000,0 EUR wurden bislang bei 0841/67101 nachgewiesen.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) ist eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts.
Zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz gehören folgende Einrichtungen:

- Hauptverwaltung,
- Staatliche Museen zu Berlin,
- Staatsbibliothek zu Berlin,
- Geheimes Staatsarchiv,
- Ibero-Amerikanisches Institut,
- Staatliches Institut für Musikforschung.

Auf der Grundlage des mit Wirkung vom 01.01.1997 in Kraft getretenen Abkommens über die gemeinsame Finanzierung der SPK trägt der Bund 75 % des jährlichen Fehlbedarfs des Betriebshaushaltes der Stiftung. Dies entspricht 92.033.000 €.
Die Länder tragen 25 % des jährlichen Fehlbedarfs des Betriebshaushaltes der Stiftung. Dies entspricht 30.677.000 €. Von dem von den Ländern zu tragenden Anteil entfallen auf Berlin 10.686.000 €.
Der über diesen Sockelbetrag i. H. v. 122.710.000 € hinausgehende jährliche Finanzbedarf wird vom Bund zu 75 % und dem Land Berlin zu 25 % getragen.

	Ansatz			Ist
	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
Anteil Berlins an dem Fehlbetrag des Sockelbetrages des Betriebshaushalts…..	10.686.000	10.686.000	10.686.000	10.686.000
Anteil Berlins an dem Fehlbetrag, der über den Sockelbetrag hinausgeht…….	28.516.000	30.518.000	26.016.000	18.975.000
Summe	39.202.000	41.204.000	36.702.000	29.661.000

Der Stiftung Preußischer Kulturbesitz werden die von ihr genutzten landeseigenen Grundstücke und Gebäude auf der Grundlage eines Generalmietvertrages überlassen. Hierin sind Mietzinssätze vereinbart, die die besondere Bedeutung der Stiftungseinrichtungen für das kulturelle Leben Berlins berücksichtigen. Die indirekte Subventionierung beträgt 1.027.980 €.

Mehr in 2024 i. H. v. 1.200.000 € und in 2025 i. H. v. 2.200.000 € gegenüber 2023 als Ausgleich für Personalkostensteigerungen.

Mehr in 2024 i. H. v. 1.100.000 € und in 2025 i. H. v. 2.102.000 € gegenüber 2023 für Betriebskostensteigerungen.

Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 200.000 € jeweils gegenüber 2023 für die Anhebung der Honorare der freiberuflichen Guides (Umsetzung aus Titel 68573, Teilansatz 13).

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten: Besuche 51 % weiblich, 49 % männlich

Haushaltsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68528	183	Zuschuss an die Stiftung Bröhan	2.565.000	2.701.000	2.470.500	2.347.661,90

11.500,0 EUR wurden bislang bei 68573 nachgewiesen.

Die Stiftung Bröhan-Museum - Landesmuseum für Jugendstil, Art déco und Funktionalismus - ist eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts. Sie hat die Aufgabe, Kunstwerke und Dokumente des Jugendstils, des Art déco und des Funktionalismus zu sammeln, zu bewahren, zu pflegen, zu erforschen und zu vermitteln. Sie macht ihre Sammlung in einer Dauerausstellung sowie in Wechselausstellungen der Öffentlichkeit zugänglich und ermöglicht die Auswertung der Bestände für die Wissenschaft.

Mehr i. H. v. zunächst 69.000 € in 2024 und 130.500 € ab 2025 für eine Tarifpauschale 2024/25, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr i. H. v. 11.500 € ab 2024 wegen Verlagerung aus Kapitel 0810 Titel 68573, Teilansatz 13, für die Honorare freiberuflicher Guides.

Mehr i. H. v. 25.000 € in 2024 und i. H. v. 28.000 € ab 2025 für die neue Personalstruktur.

Mehr i. H. v. 71.400 € ab 2025 für die Anmietung von Depotflächen.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten: Besuche 58,0 % weiblich, 40,0 % männlich, 2,0 % divers..

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68530	195	Zuschuss an den Trägerverein des Hauses der Wannseekonferenz	2.119.000	2.172.000	2.038.500	1.970.055,17

Das Haus der Wannsee-Konferenz wird in der Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins betrieben und wurde zur Gedenkstätte für die Opfer der Shoa (Holocaust) sowie als Bildungseinrichtung in der historischen Villa Marlier ausgebaut und am 50. Jahrestag der Wannsee-Konferenz im Januar 1992 eröffnet. Die Gedenk- und Bildungsstätte dokumentiert mit ihrer Dauerausstellung und den Wechselausstellungen den Völkermord an den Juden und bietet zielgruppenorientierte Führungen, politisch-historische Seminare und Bildungsarbeit für Schülerinnen und Schüler, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Erwachsenengruppen an.

Bund und Land finanzieren diese Einrichtung gemeinsam.

Für folgende Positionen wird eine 50 %ige Beteiligung des Bundes erwartet:

- Mehr ab 2024 i. H. v. 32.000 € gegenüber 2023 für eine Stelle Entgeltgruppe E9 Bibliothek.
- Mehr ab 2025 i. H. v. 12.000 € gegenüber 2023 für eine 0,5 Stelle Entgeltgruppe E5 Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste.
- Mehr ab 2024 i. H. v. 67.500 € gegenüber 2023 für die Anhebung der Honorare für Guides Umsetzung aus Titel 68573, Teilansatz 13

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 47.900 € 2024 und 89.400 € 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten: Besuche 48,5 % weiblich, 48,6 % männlich, 2,9 % divers.

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68539	**183**	**Zuschuss an das Bauhaus-Archiv**	**4.788.000**	**5.177.000**	**4.493.000**	**4.096.176,75**

Der Bauhaus-Archiv e. V. - Museum für Gestaltung - ist ein gemeinnütziger Verein. Das Museum widmet sich der Pflege, Erforschung und Vermittlung des international bedeutsamen Kulturgutes des Bauhauses durch eine Dauerausstellung seiner Sammlung, sowie Wechselausstellungen, Veranstaltungen, Dokumentationen, Vergabe von Stipendien und Publikationen.

Für die Vorbereitung der Wiedereröffnung und den Betrieb des vergrößerten Museums:
Mehr in i. H. v. 25.000 € in 2024 und mehr i. H. v. 50.500 € in 2025 gegenüber 2023 für eine Stelle Technik (Entgeltgruppe E6).
Mehr i. H. v. 30.000 € in 2024 und mehr i. H. v. 60.000 € in 2025 gegenüber 2023 für eine Stelle Archiv (Entgeltgruppe E9b).
Mehr i. H. v. 35.000 € in 2024 und mehr i. H. v. 72.500 € in 2025 gegenüber 2023 für eine Stelle Ausstellungsmanagement (Entgeltgruppe E11)
Mehr i. H. v. 40.000 € in 2024 und mehr i. H. v. 81.000 € in 2025 gegenüber 2023 für eine Stelle wissenschaftliche Mitarbeit (Entgeltgruppe E13).
Mehr i. H. v. 27.500 € in 2025 gegenüber 2023 für eine Stelle Foto-/Reprografie (Entgeltgruppe E8).
Mehr i. H. v. 30.000 € in 2025 gegenüber 2023 für eine Stelle Medientechnik / IuK (Entgeltgruppe E9b).
Mehr i. H. v. 51.000 € in 2025 gegenüber 2023 für eine Stelle Verwaltung (Entgeltgruppe E6).

Weiterhin mehr i. H. v. 35.000 € ab 2024 jeweils gegenüber 2023 wegen Verlagerung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides aus Titel 68573, TA 13.

Außerdem zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 164.200 € in 2024 und 310.700 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten: Anzahl der Besuche 52 % weiblich, 48 % männlich, 0,0 % divers

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68551	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Berlinische Galerie**	**9.684.000**	**9.929.000**	**9.077.000**	**8.707.000,00**

Die Stiftung Berlinische Galerie - Landesmuseum für Moderne Kunst, Fotografie und Architektur - ist eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts. Sie hat die Aufgabe, Kunstwerke und Materialien zur Berliner Kunst- und Kulturgeschichte vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart aus den Bereichen der Bildenden Kunst, der Fotografie und der Baukunst zu sammeln, zu bewahren, zu pflegen, zu erforschen und zu vermitteln. Sie macht ihre Sammlungen in einer Dauerausstellung sowie in Wechselausstellungen i der Öffentlichkeit zugänglich und ermöglicht die Auswertung der Bestände für die Wissenschaft.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 271.600 € in 2024 und 513.700 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr i. H. v. 16.000 € jeweils in 2024 und 2025 gegenüber 2023 wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides aus Titel 68573, TA 13.

Mehr ab 2024 gegenüber 2023 i. H. v. 60.000 € für die Ausweitung der Einsatzzeiten der Pforte auf 24 Stunden (u. a. Beachtung der Sicherheitsvorgaben von Leihgebern und Schutz nationalen Kulturgutes).

Mehr in 2024 i. H. v. 59.400 € und 2025 i. H. v. 61.700 € gegenüber 2023 für eine befristete Position Baureferent (75%) Masterplan (Sanierung Bestandsgebäude und Erweiterungsbau)

Mehr in 2024 i. H. v. 200.000 € und 2025 i. H. v. 200.000 € gegenüber 2023 für die Einrichtung einer Kompetenzstelle zum Umgang mit Nachlässen von Kunstschaffenden/Künstlernachlässe.

Genderrelevante Daten: Besuche 60 % weiblich, 40 % männlich, 0,0 % divers

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68573	**183**	**Sonstige Zuschüsse an Museen**	**5.640.000**	**5.792.000**	**6.753.500**	**4.857.656,32**

16.800,0 EUR werden künftig bei 0820/68433 nachgewiesen.
90.000,0 EUR wurden bislang bei 52609 nachgewiesen.
62.000,0 EUR werden künftig bei 68502 nachgewiesen.
40.000,0 EUR wurden bislang bei 68569 nachgewiesen.
60.000,0 EUR wurden bislang bei 68320 nachgewiesen.
11.500,0 EUR werden künftig bei 68528 nachgewiesen.
285.000,0 EUR werden künftig bei 68577 nachgewiesen.

Weitere Mittelumsetzungen (vgl. Anhebung der Honorare von freiberuflichen Guides):
25.000 EUR wurden bislang bei Kapitel 0810 Titel 81278 nachgewiesen.
56.300 EUR werden künftig bei Kapitel 0810 Titel 68208 nachgewiesen.
67.440 EUR werden künftig bei Kapitel 0810 Titel 68530 nachgewiesen.
35.000 EUR werden künftig bei Kapitel 0810 Titel 68539 nachgewiesen.
96.790 EUR werden künftig bei Kapitel 0810 Titel 68588 nachgewiesen.
60.000 EUR werden künftig bei Kapitel 0810 Titel 68624 nachgewiesen.
12.540 EUR werden künftig bei Kapitel 0812 Titel 42701 nachgewiesen.
85.000 EUR werden künftig bei Kapitel 0813 Titel 42701 nachgewiesen.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

		Ansatz			Ist
		2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1.	Werkbundarchiv e. V.	1.016.950	1.124.160	944.220	834.009,50
2.	Georg-Kolbe-Stiftung	592.930	603.430	504.330	466.719,19
3.	Jugend im Museum e. V.	620.190	632.390	496.590	496.583,00
4.	Aktives Museum Faschismus und Widerstand e. V.	448.270	457.270	388.570	388.563,00
5.	Verein der Freundinnen und Freunde des Schwulen Museums in Berlin e. V.	746.440	758.140	830.740	829.909,00
6.	Atelierhaus Dahlem gGmbH	779.480	784.380	769.030	667.796,98
7.	Käthe-Kollwitz-Museum und grafische Sammlung Hans Pels-Leusden e. V.	573.470	584.470	521.940	484.107,00
8.	Berliner Museumsverband e. V.	260.000	260.000	200.000	0,00
9.	Treuhandmittel für Historische Gedenktafeln	25.000	25.000	0	0,00
10.	Maßnahmen zur Senkung der Zugangsbarrieren / Öffentlichkeitsarbeit / Eintrittsfreie Zeitspanne	251.000	251.000	251.000	0,00
11.	Zillemuseum	40.000	40.000	40.000	40.000,00
12.	Gedenkstätte Zwangslager Berlin-Marzahn e.V.	30.000	30.000	30.000	30.000,00
13.	Anhebung der Honorare von freiberuflichen Guides	115.350	101.350	1.550.000	51.237,47
14.	Erhöhung Programmmittel in den landesgeförderten Museen	0	0	700.000	951.000,00
15.	Computerspielmuseum	40.000	40.000	40.000	40.000,00
16.	Blindenmuseum	0	0	60.000	30.000,00
17.	Mindestlohn Volontäre	100.000	100.000	0	**0**
	Summe:	5.639.080	5.791.590	7.326.420	5.309.925,14
	rund:	5.640.000	5.792.000	7.327.000	

Werkbundarchiv e. V.
Mehr in 2024 und 2025 jeweils ggü. 2023 i. H. v. 13.700 € wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 16.900 € in 2024 und 34.200 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Wegen Verlagerung aus Titel 68573, TA 13, erfolgt Umsetzung der Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides; mehr in 2024 und 2025 jeweils gegenüber 2023 i. H. v. 13.000 €.
Mehr in 2024 i. H. v. 11.580 € und in 2025 i. H. v. 115.880 EUR jeweils gegenüber 2023 für Kosten neuer Standort.

Gleichzeitig mehr gegenüber 2023 für Nebenkosten, Reinigung und Sicherheit i. H. v. 2.000 EUR in 2024 und in 2025 gegenüber 2023 i. H. v. 1.000 €.
Mehr in 2024 gegenüber 2023 für Miete Depot inkl. Betriebskostenvorausszahlungen i. H. v. 15.550 € und in 2025 i. H. v. 2.160 €.

Georg-Kolbe-Stiftung
Weniger i. H. v. 30.000 € in 2024 und in 2025 jeweils gegenüber 2023 wegen Verlagerung einer Volontär*innenposition. Mehr in 2024 und 2025 jeweils ggü. 2023 i. H. v. 9.300 € wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Mehr i. H. v. 90.000 € gegenüber 2023 wegen einer Stelle Sammlungs- und Provenienzforschung wegen haushaltsneutraler Umsetzung aus Kapitel 0810 Titel 52609.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 10.300 € in 2024 und 20.800 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 9.000 € jeweils ggü. 2023 wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides in Teilansatz 2 aus Titel 68573, Teilansatz 13.

Jugend im Museum e. V.
Mehr in 2024 und 2025 jeweils ggü. 2023 i. H. v. 11.600 € wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 12.000 € in 2024 und 24.200 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 100.000 € gegenüber 2023 wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides in Teilansatz 2 aus Titel 68573, Teilansatz 13.

Aktives Museum Faschismus und Widerstand e. V.
Mehr in 2024 und 2025 jeweils ggü. 2023 i. H. v. 10.800 € wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Mehr ab 20224 i. H. v. 40.000 € ggü. 2023 durch Verlagerung zum Verein aus Kapitel 0810 Titel 68569 für Treuhandmittel zur Gestaltung der vom Land finanzierten KPM-Gedenktafeln.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 8.900 € 2024 und 17.900 € 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird

Verein der Freundinnen und Freunde des Schwulen Museums e. V.
Weniger i. H. v. 120.000 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen Bedarfsanpassung.
Mehr i. H. v. 14.600 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides aus Titel 68573, TA 13.
Mehr in 2024 und 2025 jeweils ggü. 2023 i. H. v. 9.600 € wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 11.500 € in 2024 und 23.200 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Atelierhaus Dahlem gGmbH
Mehr in 2024 und 2025 jeweils ggü. 2023 i. H. v. 4.600 € wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 4.800 € in 2024 und 9.700 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 1.050 € gegenüber 2023 wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides in Teilansatz 2 aus Titel 68573, Teilansatz 13.

Käthe-Kollwitz-Museum
Mehr i. H. v. 28.000 € in 2024 und in 2025 ggü. 2023 für Mietsteigerungen.
Mehr in 2024 und 2025 jeweils ggü. 2023 i. H. v. 10.100 € wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 10.800 € in 2024 und 21.800 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 2.630 € gegenüber 2023 wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides in Teilansatz 2 aus Titel 68573, Teilansatz 13.

Berliner Museumsverband e. V.
Mehr i. H. v. 60.000 € in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen der Umsetzung der Mittel für eine Stelle des Landesverbands Museen.

Treuhandmittel für Historische Gedenktafeln
Mehr in 2024 und 2025 i. H. v. 25.000 € für Treuhandmittel der vom Land finanzierten Historischen Gedenktafeln aus Teilansatz 9 (Verlagerung aus Titel 81278).

Anhebung der Honorare von freiberuflichen Guides
Weniger in 2024 und 2025 jeweils ggü. 2023 wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides:
i. H. v. 56.300 € nach Kapitel 0810 Titel 68208
i. H. v. 62.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68502
i. H. v. 200.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68522
i. H. v. 11.500 € nach Kapitel 0810 Titel 68528
i. H. v. 67.440 € nach Kapitel 0810 Titel 68530
i. H. v. 35.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68539
i. H. v. 16.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68551
i. H. v. 13.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68573 TA 1 (Werkbundarchiv e. V.)
i. H. v. 9.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68573 TA 2 (Georg-Kolbe-Stiftung)
i. H. v. 100.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68573 TA 3 (Jugend im Museum e. V.)
i. H. v. 14.600 € nach Kapitel 0810 Titel 68573 TA 5 (Verein der Freundinnen und Freunde des Schwulen Museums in Berlin e. V.)
i. H. v. 1.050 € nach Kapitel 0810 Titel 68573 TA 6 (Atelierhaus Dahlem gGmbH)
i. H. v. 2.630 € nach Kapitel 0810 Titel 68573 TA 7 (Käthe-Kollwitz-Museum)
i. H. v. 35.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68577 TA 2 (KunstWerke Berlin e. V.)
i. H. v. 250.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68577 TA 8 (Ausstellungshonorare)
i. H. v. 96.790 € nach Kapitel 0810 Titel 68588
i. H. v. 15.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68621 (nur in 2025)
i. H. v. 290.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68622
i. H. v. 60.000 € nach Kapitel 0810 Titel 68624
i. H. v. 12.540 € nach Kapitel 0812 Titel 42701
i. H. v. 85.000 € nach Kapitel 0813 Titel 42701
i. H. v. 16.800 € nach Kapitel 0820 Titel 68433.

Mindestlohn Volontäre
Mehr in Höhe von insgesamt 100.000 € ab 2024 ggü. 2023 für den Ausgleich Mindestlohn Volontärinnen und Volontäre, darunter 30.000 durch Umsetzung von Mitteln aus Titel 68573 TA 2.

Für die Einrichtungen, die Zuschüsse von mehr als 100.000 € erhalten, sind im Anschluss an das Kapitel 0810 Wirtschaftsplanübersichten ausgewiesen.

Erläuterungen zu einzelnen Einrichtungen:

Werkbundarchiv e. V. – Museum der Dinge
Der Werkbundarchiv e. V. –Museum der Dinge ist ein privater Verein und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige kulturelle Zwecke. Die institutionelle Förderung dient ausschließlich der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Vereins –insbesondere der Erforschung, Dokumentation und Vermittlung der Geschichte des Deutschen Werkbundes im Kontext der alltäglichen Sach-/Produktkultur des 20. und 21. Jahrhunderts. Die Sammlungen und Forschungsergebnisse werden im Werkbundarchiv –Museum der Dinge in einer ständigen Schausammlung und in thematischen Wechselausstellungen präsentiert.

Genderrelevante Daten: Besuche 54 % weiblich, 46 % männlich, 0 % divers.

Georg-Kolbe-Stiftung:
Die Georg-Kolbe-Stiftung ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Die institutionelle Förderung dient ausschließlich der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben der Stiftung, insbesondere der Sammlung, Erhaltung und Vermittlung des künstlerischen Vermächtnisses des Bildhauers Georg Kolbe.

Genderrelevante Daten: Besuche 64 % weiblich, 35 % männlich, 1 % divers.

Jugend im Museum e. V.
Jugend im Museum e. V. wurde 1972 gegründet und als gemeinnützig anerkannt. Der Verein bietet Kindern und Jugendlichen ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm an, das dazu anregt, die Berliner Museen zu entdecken. Inspiriert von den Schätzen der Ausstellungen können sich Kinder in Werkstätten praktisch ausprobieren und lernen, das Gesehene zu verarbeiten und in den Alltag zu integrieren. Charakteristisch für die Arbeit des Vereins ist die Verbindung von Kunstbetrachtung und Wissensvermittlung in Ausstellungen und eigenem kreativen Handeln in Werkstätten. Dabei gewinnt das künstlerische Experiment immer mehr an Bedeutung.

Genderrelevante Daten: Besuche 54,57 % weiblich, 45,38 % männlich, 0,05 % divers.

Aktives Museum Faschismus und Widerstand e. V.
Der 1983 gegründete private Verein ist aus Bürgerinitiativen hervorgegangen. Vereinsz ist die die Aufklärung über die Berliner Geschichte der NS-Zeit, die Entwicklungen der deutschen Geschichte, die die Machtübertragung an die Nationalsozialisten ermöglichten und die Folgen und Kontinuitäten in der Zeit nach 1945. Das geschieht insbesondere durch die Verankerung der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur im Berliner Stadtraum u.a. durch sogenannte „Stolpersteine“ (Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin, seit 2012); sowie durch die Einrichtung von Orten der Erinnerung an Persönlichkeiten, Institutionen und Ereignisse aus Geschichte und Kultur in Berlin in Form von Informations- und Gedenktafeln und anderen historischen Stadtmarkierungen (Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen, seit 2021). Der Verein versteht sich als offene Arbeitsplattform und Werkstatt, aus der Formate wie Ausstellungen, Publikationen, Diskussions- und Gedenkveranstaltungen entstehen.

Genderrelevante Daten: Besuche 50 % weiblich, 50 % männlich, 0,1 % divers.

Verein der Freundinnen und Freunde des Schwulen Museums in Berlin e. V.
Der 1985 gegründete private Verein der Freundinnen und Freunde des Schwulen Museums in Berlin e. V. unterhält das Schwule Museum* mit Archiv und Bibliothek und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Aufgabe des Vereins ist die Erforschung, Präsentation, Vermittlung und kritische Reflexion der Kultur und Geschichte queerer Menschen und geschlechtlicher Vielfalt der LGBTIQ*+- Gemeinschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Über die umfangreiche und weltweit anerkannte Sammlung von Dokumenten zur Kulturgeschichte der Homosexualität hinaus, hat sich das Schwule Museum zu einem Ort der Information über die Diversität von sexuellen Identitäten und Geschlechterkonzepten erweitert. Die Zugänglichkeit und wissenschaftliche Erschließung des umfassenden Archivmaterials ist von zentraler Bedeutung für die Forschung und interessierte Öffentlichkeit. Das Museum arbeitet international vernetzt und kooperiert weltweit mit anderen Museen, Gedenkstätten und wissenschaftlichen Institutionen.
Genderrelevante Daten: Besuche 33,7 % weiblich, 39,8 % männlich, 26,6 % divers.

Atelierhaus Dahlem gGmbH
Die Atelierhaus Dahlem gGmbH wurde 2013 gegründet. Gegenstand ist die Förderung von Kunst und Kultur mit Schwerpunkt auf dem Gebiet der Bildhauerei nach Ende des zweiten Weltkrieges, insbesondere durch den Betrieb des denkmalgeschützten Ateliergebäudes Käuzchensteig 8-12 in Berlin-Dahlem als Ausstellungshaus unter dem Namen „Kunsthaus Dahlem“. Der Zweck wird dadurch verwirklicht, dass die Gesellschaft das Ateliergebäude mit den umgebenden Freiflächen als Skulpturengarten als permanenten, öffentlich zugänglichen Ausstellungsort betreibt, der auch die historischen Bezüge der Architektur und ihre wechselvolle Nutzungsgeschichte aufgreift, ein Netzwerk von Partnern, Sammlern und Kooperationspartnern zur Pflege der Bildhauerkunst und der Nachkriegsmoderne pflegt, kunstwissenschaftliche Publikationen wie Kataloge und Werkverzeichnisse initiiert oder selbst herausgibt, Kunstwerke selbst öffentlich präsentiert, sowie Mittel zur Verwirklichung der Förderung von Kunst und Kultur einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft oder durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts beschafft und weiterleitet. Die Atelierhaus Dahlem gGmbH ist Empfängerin der Zuwendungen.

Genderrelevante Daten: Besuche 57,9 % weiblich, 41,8 % männlich, 0,4 % divers.

Käthe-Kollwitz-Museum und grafische Sammlung Hans Pels-Leusden e. V.
Seit 1986 besteht das private Käthe-Kollwitz-Museum Berlin, welches aus der Sammlung des Galeristen Hans Pels-Leusden (1908–1993) hervorgegangen und der Künstlerin und ihrem Werk gewidmet ist. Vier Jahrzehnte nach dem Tod der Künstlerin wurde einem bedeutenden Teil ihres Gesamtwerkes eine dauerhafte Heimstatt in der Stadt errichtet, in der Käthe Kollwitz über 50 Jahre gelebt und gearbeitet hat.

Genderrelevante Daten: Besuche 52 % weiblich, 48 % männlich, 0 % divers.

Zille Museum (Heinrich Zille Freundeskreis e. V.)
Das Zille Museum ist mit einer Dauerausstellung und Sonderausstellungen dem Leben und Werk Heinrich Zilles gewidmet. Es würdigt Zille als engagierten Chronisten der Großstadt und ihrer sozialen Probleme ebenso wie seine Kunst als Zeichner, Grafiker und Fotograf.

Gedenkstätte Zwangslager Berlin-Marzahn e. V.
Auf dem Gelände am heutigen Otto-Rosenberg-Platz in Berlin-Marzahn befand sich zwischen 1936 und 1945 ein nationalsozialistisches Zwangslager für Sinti und Roma. Die erste Verhaftungswelle von 600 Männern, Frauen und Kindern fand im Juli 1936 statt. Das Lager diente der „Konzentration“, das heißt der räumlich leichteren Kontrolle sowie der Selektion nach rasseideologischen Kriterien, der Ausbeutung durch Zwangsarbeit und der Vorbereitung der Deportation in Konzentrationslager. Seit 2011 wird an diesem authentischen Ort auf Ausstellungstafeln über die Geschichte des Lagers informiert und an das Schicksal der dort internierten Menschen erinnert. Im Zentrum der Ausstellung stehen die Biografien der Opfer. Seit dem Haushaltsjahr 2021 wird die Erinnerungsarbeit des Vereins dauerhaft unterstützt.

Computerspielemuseum (Gameshouse gGmbH)
Das privat betriebene Computerspielemuseum eröffnete 1997 in Berlin die weltweit erste ständige Ausstellung zur digitalen interaktiven Unterhaltungskultur. Es befindet sich in Trägerschaft der gemeinnützigen Gameshouse GmbH.
Seit 2011 präsentiert das Museum an seinem Standort in der Karl-Marx-Allee seine Dauerausstellung mit über 300 Exponaten und hat sich seitdem mit über 100.000 Besuchenden im Jahr erfolgreich zu einem wichtigen Bestandteil der Berliner Museumslandschaft entwickelt.
Die Zuwendungen werden im Wege der Projektförderung gewährt.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68587	**195**	**Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg**	**11.511.000**	**13.152.000**	**11.511.000**	**9.895.405,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**26.304.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**13.152.000**			
		Davon fällig 2026	**13.152.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg ist durch Gesetz vom 21.12.1994 als eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden.
Die Stiftung wird finanziert von den Ländern Brandenburg und Berlin sowie vom Bund gemäß Abkommen über die gemeinsame Finanzierung der „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg“ vom 15.03.2023.

Zur Stiftung gehören im Land:
1. Brandenburg:
   - im Land Park Sanssouci mit den Schlössern Sanssouci, Neues Palais und Charlottenhof,
   - Neuer Garten einschließlich des Heiligen Sees mit den Schlössern Marmorpalais, Schloss Cecilienhof, Schloss und Park Babelsberg,
   - diverse historische Gebäude in der Stadt Potsdam,
   - Schlösser und Parks Rheinsberg, Sacrow, Caputh, Königs Wusterhausen, Paretz - Schlossmuseum Oranienburg.
2. Berlin:
   - Schloss und Garten Charlottenburg, Jagdschloss Grunewald, Pfaueninsel und Schloss, Schloss und Garten Glienicke, Schloss Schönhausen.

Mehr ab 2025 gegenüber 2023 i. H. v. 1.640.430 € für die anteilige Betriebskostenfinanzierung nach Finanzierungsabkommen.

Investiver Zuschuss unter Titel 89451.

Genderrelevante Daten: Besuche 51 % weiblich, 49 % männlich.

Haushaltsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

68588	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum Berlin**	**29.249.000**	**31.126.000**	**27.608.800**	**26.785.431,71**

Die Stiftung Stadtmuseum Berlin - Landesmuseum für Kultur und Geschichte Berlins - ist eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts. Sie hat die Aufgabe, Kunstwerke und sonstige Kulturgüter zur Kultur und Geschichte Berlins zu sammeln, zu bewahren, zu pflegen, zu erforschen, in ständigen Schausammlungen sowie in Wechselausstellungen in museumsüblichem Umfang der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die Auswertung der Bestände für die Wissenschaft zu ermöglichen.

Der Stiftung sind die Gebäude oder Gebäudekomplexe zur Realisierung ihrer Aufgaben vom Land Berlin überlassen (Märkisches Museum, Nikolaikirche, Ephraim-Palais, Poststraße 13/14, Knoblauchhaus, Museumsdorf Düppel) Die Stiftung Stadtmuseum Berlin hat im Frühjahr 2021 den Betrieb der Berliner Flächen für die Ausstellung „Berlin Global“ im Humboldt Forum übernommen.

Mehr ab 2024 i. H. v. 96.790 € wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides aus Titel 68573, TA 13.

Mehr ab 2024 i. H. v. 364.000 € aufgrund von Mittelumsetzung aus dem LAGeSo EP 11 für die Soziale Künstlerforschung.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 818.000 € 2024 und 1.547.600 € 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr in 2024 i. H. v. 50.000 € und in 2025 i. H. v. 100.000 € gegenüber 2023 für die Verstärkung der Geschäftsstelle des Erinnerungsorts „Kolonialismus“.

Mehr in 2024 i. H. v. 100.000 € und in 2025 i. H. v. 250.000 € gegenüber 2023 für die Umsetzung des Erinnerungskonzepts und der darin enthaltenen Maßnahmen für eine Erinnerung an den Kolonialismus im Stadtraum Berlin.

Mehr ab 2024 i. H. v. 150.000,- € für die Weiterentwicklung Stadtmuseum zu einem zeitgemäßen Ort für Stadtgeschichte und stadtgesellschaftliche Themen (Museumsdorf Düppel, Migrationsgeschichte etc.).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Mehr ab 2024 i. H. v. 63.300 € für die Aufwertung vorhandener Stellen im Zuge der Umsetzung der Sammlungsstrategie und für den Aufbau eines Museums- und Kreativquartiers.

Mehr in 2025 i. H. v. 343.845 € für fünf Stellen (Entgeltgruppen E9b für Sachbearbeitung Beschaffungen, E9c für Buchhaltung, E9b für allg. Sachbearbeitung, E9b für IT-Service und E9c für Techn. Gebäudemanagement) jeweils gegenüber 2023.

Mehr in 2024 i. H. v. 94.030 € für zwei Stellen (Entgeltgruppen E13 für Projektleitung und E15 für Chefkuration Gesamtkreativquartier) und in 2025 i. H. v. 189.791 € jeweils gegenüber 2023.

Mehr in 2025 i. H. v. 157.768 € für zwei Stellen (Entgeltgruppen E11 für Sachbearbeitung Drittmittel und Systemadministration) jeweils gegenüber 2023.

Mehr in 2025 i. H. v. 350.000 € gegenüber 2023 für Kulturfachlichen Sachaufwand.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten: Besuche 50,0 % weiblich, 50,0 % männlich, 0,0 % divers

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

68619	**183**	**Zuschüsse an sonstige Stiftungen**	**2.367.000**	**2.412.000**	**2.281.000**	**2.240.708,33**

Die Stiftung Domäne Dahlem - Landgut und Museum - ist eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Zweck der Stiftung ist die Förderung von Kunst und Kultur, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Umwelt-, Landschafts- und Denkmalschutz durch Beitrag zum Erhalt der denkmalgeschützten Gesamtanlage Domäne Dahlem, sowie Betrieb und Entwicklung des Freilandmuseums Domäne Dahlem als Ort der Forschung, Wissensvermittlung und authentischen Begegnung sowie der breit angelegten Diskussion von landwirtschafts- und ernährungsbezogenen Themen.

Mehr i. H. v. 42.400 € ab 2024 aufgrund der Umsetzung von Tarifmitteln 2023 aus Kapitel 2910 Titel 68406 - Fortschreibung des Tarifbedarfs 2023.
Mehr i. H. v. zunächst 43.300 € in 2024 und i. H. v. 87.700 € ab 2025 für eine Tarifpauschale 2024/25, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

68622	**195**	**Zuschuss an die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen**	**4.861.000**	**4.938.000**	**4.515.000**	**4.453.000,00**

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist eine gemeinnützige öffentlich-rechtliche Stiftung. Zweck der Stiftung ist es, über die Geschichte des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen und das System der politischen Justiz in der Deutschen Demokratischen Republik mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen zu informieren und zu forschen und zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung in der kommunistischen Diktatur anzuregen. Die Stiftung, die in der ehemaligen Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen ein Ausstellungs- und Dokumentationszentrum betreibt, kooperiert dabei mit Gedenkstätten, Museen und Aufarbeitungseinrichtungen im In- und Ausland.

Die Stiftung wird von Berlin und dem Bund gemeinsam finanziert.

Erwartete Kofinanzierung durch den Bund:
Mehr ab 2024 i. H. v. 22.500 € jeweils gegenüber. 2023 für anteilige Stellenhebungen von 3 Stellen E 13 auf E 14 (Bildung und Vermittlung, Strategie und Zeitzeugenarchiv, Verwaltungsleitung).
Mehr ab 2025 i. H. v. 50.000 € gegenüber 2023 für eine neue Stelle E 13 wiss. MA Zeitzeugenarchiv/Zeitzeugenpsychologe.
Mehr in 2024 i. H. v.5.000 € und in 2025 i. H. v. 5.000 € gegenüber 2023 wegen der Gewährleistung der Zahlung von Löhnen auf Basis des im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz geregelten Mindestlohns.

Mehr ab 2024 i. H. v. 290.000 € jeweils gegenüber 2023 für die Anhebung der Honorare der freiberuflichen Guides (Umsetzung aus Titel 68573).

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 i. H. v. 27.600 € und in 2025 i. H. v. 55.500 € jeweils gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Darüber hinaus ordnet die Bildungsverwaltung drei halbe Lehrerstellen an die Pädagogische Arbeitsstelle der Gedenkstätte (75.000 € p.a.) ab.

Genderrelevante Daten: Besuche 49,5 % weiblich, 49,5 % männlich, 1,0 % divers.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68624	195	Zuschuss an die Stiftung Berliner Mauer	3.822.000	4.608.000	3.322.000	3.132.080,15

Die Stiftung Berliner Mauer – Gedenkstätte Berliner Mauer und Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde ist eine gemeinnützige öffentlich-rechtliche Stiftung. Sie wurde mit dem Mauerstiftungsgesetz vom 27.09.2008 errichtet. Die Stiftung verfolgt den Zweck, die Geschichte der Berliner Mauer und der Fluchtbewegungen aus der DDR als Teil und Auswirkung der deutschen Teilung und des Ost-West-Konflikts im 20. Jahrhundert zu dokumentieren und zu vermitteln, sowie deren historische Orte und authentische Spuren zu bewahren und ein würdiges Gedenken der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zu ermöglichen. Dies wird insbesondere verwirklicht durch Ausstellungen, Veranstaltungen, Publikationen und anderen Formen der historisch-politischen Bildung. Die Stiftung unterhält in eigener Trägerschaft die Gedenkstätte Berliner Mauer und die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde sowie nur die vom Land Berlin finanzierten Standorte East Side Gallery, Gedenkstätte Günter Litfin, Platz des 9. November und des U-Bahnportals Brandenburger Tor. Neu hinzugekommen ist das Parlament der Bäume. Die Stiftung ist außerdem mit der Vorbereitung des Bildungs- und Erinnerungsortes Checkpoint Charlie betraut.

Die Stiftung wird von Berlin und dem Bund gemeinsam finanziert.

Mehr ab 2024 i. H. v. 60.000 € gegenüber 2023 für Bewirtschaftungskosten Checkpoint Charlie (Gemeinbedarfsfläche, Grundstück in 10117 Berlin, Friedrichstr.47); eine hälftige Kofinanzierung durch den Bund wird erwartet.

Mehr in 2024 i. H. v. 100.000 € und in 2025 i. H. v. 625.000 € jeweils gegenüber 2023 für investive Kosten zur Errichtung einer temporären Außenausstellung am Checkpoint Charlie bis zur Errichtung des Bildungs- und Erinnerungsortes; eine hälftige Kofinanzierung durch den Bund wird erwartet.

Mehr in 2024 i. H. v. 231.250 € und in 2025 i. H. v. 333.750 € jeweils gegenüber 2023 für konsumtive Kosten zur Errichtung einer temporären Außenausstellung am Checkpoint Charlie bis zur Errichtung des Bildungs- und Erinnerungsortes (Personalaufwand, kulturfachlicher Sachaufwand, und Betriebsaufwand); eine hälftige Kofinanzierung durch den Bund wird erwartet.

Mehr ab 2025 i. H. v. 40.000 € gegenüber 2023 für eine Stelle Entgeltgruppe E13 – Leitung des Besucherservice; eine hälftige Kofinanzierung durch den Bund wird erwartet.

Mehr ab 2024 i. H. v. 70.000 € gegenüber 2023 für eine 0,75 Stelle Entgeltgruppe E11 – Betreuung Mauerportal und Social Media Kommunikation.

Mehr ab 2025 i. H. v. 80.000 € gegenüber 2023 für drei Stellen Entgeltgruppe E4 – Besucherbetreuung am Standort East Side Gallery.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 i. H. v. 38.000 € und in 2025 i. H. v. 76.400 € jeweils gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr ab 2024 i. H. v. 60.000 € gegenüber 2023 für Honorarerhöhung freiberufliche Guides (Umsetzung der Mittel aus Titel 68573, Teilansatz 13); eine hälftige Kofinanzierung durch den Bund wird erwartet.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten: Besuche 50,4 % weiblich, 49,6 % männlich, 0,0 % divers

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89121	**183**	**Zuschüsse an das SILB für den Neubau des Eingangsgebäudes des Technikmuseums**	**3.100.000**	**4.200.000**	**600.000**	**600.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**12.490.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**4.200.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**4.200.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**4.090.000**		

Ziel der Baumaßnahme ist der Neubau eines zentralen Eingangsgebäudes für die Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin. Durch den neuen Haupteingang als zentralem Anlaufpunkt des Technikmuseums werden die verschiedenen Bestandsgebäude baulich miteinander verbunden, sodass zukünftig eine gute Verteilung der Besucherströme in alle Bereiche möglich ist.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 23.02.2021 mit Gesamtkosten in Höhe von 22.090.000 € (Kostenstand III. Quartal - 2020) liegt vor.

Im Jahr 2023 wird ein Realisierungswettbewerbsverfahren durchgeführt.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind für die Beauftragung der BIM GmbH vorgesehen.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt und gesperrt. Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im Jahre 2026 vorliegen werden.

Finanzierung

Bis 2023……..	1.200.000 €
2024……..	3.100.000 €
2025……	1.400.000 €
2026 ff.……	13.590.000 €
Summe:	22.090.000 €

Angaben zu den Lebenszykluskosten können im Zuge der Erstellung der Bauplanungsunterlage (BPU) ermittelt werden.

Die bauliche Fertigstellung ist für das Jahr 2029 vorgesehen, sodass die Baumaßnahme im Jahre 2030 schlussgerechnet wird. Zu diesem Zeitpunkt (2029) könnten die Gesamtkosten baupreisindiziert 39.980.000 € betragen.

89311	**183**	**Zuschüsse an Organisationen im Inland für Investitionen**	**400.000**	**400.000**	**400.000**	**400.000,00**

Zuschuss an das Bauhaus-Archiv e. V. für investive Zwecke.

89441	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Bröhan für Investitionen**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**60.000,00**

Zuschuss an die Stiftung Bröhan-Museum für investive Beschaffungen.

89444	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Stadtmuseum für Investitionen**	**13.024.000**	**11.061.000**	**6.708.000**	**1.004.000,00**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 12.951.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 10.988.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**12.200.000**	**1.123.000**		
		Davon fällig 2025	**11.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**123.000**		

In dem Ansatz sind in 2024 i. H. v. 12.951.000 € und in 2025 i. H. v. 10.988.000 € aus dem Innovationsförderfonds enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

73.000 € in 2024 ff. sind für investive Beschaffungen vorgesehen.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Geplant ist, unter der Ägide der Stiftung Stadtmuseum Berlin einerseits das Märkische Museum grundlegend zu sanieren und zu modernisieren. Zugleich soll der stadthistorisch bedeutsame Museumsstandort durch eine flexibel zu nutzende Präsentations- und Produktionsfläche im Marinehaus ergänzt werden, in dem die kreative Dynamik der Hauptstadt, für die Berlin als international bedeutsamer Kunstproduktionsort weltweit steht, erlebbar ist.

Genehmigte Bauplanungsunterlagen liegen mit den Prüfvermerken vom April 2022 inklusive Kostenermittlung als verbindliche Vorgabe für die Aufstellung der weiteren Unterlagen vor. Für das Gesamtprojekt „Sanierung Märkisches Museum“ (54.660.000 €, Kostenstand November 2021) und „Herrichtung Marinehaus“ 39.260.000 € (Kostenstand November 2021) wird mit Gesamtkosten i. H. v. 93.920.000 € gerechnet.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) hat sich dazu bereit erklärt, 32.500.000 € als Festbetrag im Rahmen einer Zuwendung an die Stiftung Stadtmuseum Berlin zu übernehmen. Von der Lotto-Stiftung Berlin liegt eine Zusage zur Finanzierung von 10.370.000 € an die Stiftung Stadtmuseum vor. In den Baumaßnahmen sind Bauunterhaltsbestandteile i. H. v. 12.540.000 € enthalten, die aus Bauunterhaltsmitteln der BIM GmbH finanziert werden.
Der Zuschuss des Land Berlin beläuft sich auf 38.508.000 €.

Die Aufhebung der Sperre der Landesmittel gemäß § 24 Absatz 3 LHO erfolgte in der Sitzung des Hauptausschusses am 05.09.2022.

Finanzierung Anteil Land Berlin (ohne Ansatz für investive Beschaffungen):

bis 2022	6.811.000 €
2023	6.635.000 €
2024	12.951.000 €
2025	10.988.000 €
2026 ff.	1.123.000 €
Summe:	38.508.000 €

Die bauliche Fertigstellung ist 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 147.170.000 € betragen.

89448	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Deutsches Technikmuseum**	**56.000**	**56.000**	**56.000**	**56.000,00**

Zuschuss an die Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin für investive Beschaffungen.

89451	**195**	**Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg für Investitionen**	**7.183.000**	**7.183.000**	**7.183.000**	**7.182.000,00**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.284.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.642.000**			
		Davon fällig 2026	**1.642.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	0	0	0

Gemäß Finanzierungsabkommen zum Sonderinvestitionsprogramm 2 für den Zeitraum 2018 bis 2030 vom 21.09.2017 mit einem Gesamtvolumen von 400.000.000 € tragen ab dem Haushaltsjahr 2018 der Bund 200.000.000 €, das Land Brandenburg 131.000.000 € und das Land Berlin 69.000.000 € des Investitionsbedarfs der Stiftung. Darüber hinaus leisten die Zuwendungsgeber einen investiven Zuschuss zum Stammhaushalt.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
Berliner Anteil Investitionen Stammhaushalt	1.642.000	1.642.000	1.642.000	1.642.000
Berliner Anteil Sonderinvestitionsprogramm 2	5.541.000	5.541.000	5.541.000	5.540.000
Summe:	7.183.000	7.183.000	7.183.000	7.182.000

In dem Ansatz sind in 2024 und in 2025 jeweils 7.183.000 € aus dem Innovationsförderfonds enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Konsumtiver Zuschuss siehe Titel 68587.

89453	**183**	**Zuschuss an die Stiftung Berlinische Galerie für Investitionen**	**100.000**	**100.000**	**30.000**	**170.000,00**

Zuschuss an die Stiftung Berlinische Galerie für investive Beschaffungen.

Summe Maßnahmegruppe 03	**174.818.000**	**181.998.000**	**161.272.600**	**145.419.117,90**

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 04		**Musik (Chöre, Orchester und freie Musikszene)**				

Das Musikleben Berlins trägt maßgeblich zur internationalen Reputation der Stadt bei. Mit den Berliner Philharmonikern, dem Konzerthausorchester Berlin, dem Deutschen Symphonie-Orchester Berlin und dem Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin sind international bekannte und vom Land Berlin getragene beziehungsweise geförderte Konzertorchester in Berlin ansässig. Hinzu kommen die Orchester der drei großen Berliner Opernhäuser, die Rundfunkchöre der Rundfunk-Orchester und -Chöre gGmbH Berlin sowie eine Vielzahl an Instrumental- und Vokalensembles.

Heimstatt des Berliner Konzertlebens sind im Wesentlichen das Konzerthaus am Gendarmenmarkt und die Philharmonie - zwei international hervorragend vernetzte Musikzentren.

Die Weiterentwicklung der Berliner Musiklandschaft wird durch das Land Berlin gewährleistet.

Die Musicboard Berlin GmbH fördert Musikerinnen und Musiker im Bereich der Populären Musik.

Die Förderung von besonders förderwürdigen Musikensembles und Chören soll fortgesetzt werden.

68216	**182**	**Zuschuss an die Rundfunk Orchester und Chöre gGmbH Berlin**	**9.225.000**	**9.225.000**	**9.225.000**	**9.225.395,00**

Die Rundfunk-Orchester und -Chöre gGmbH ist eine gemeinnützige GmbH, an der DeutschlandRadio zu 40 %, der Bund zu 35 %, das Land Berlin zu 20 % und der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) zu 5 % als Gesellschafter beteiligt sind. Unter dem Dach der ROC gGmbH werden das Deutsche Symphonie-Orchester Berlin, das Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin, der Rundfunkchor Berlin und der RIAS Kammerchor geführt. Die Orchester und Chöre werden in öffentlichen Veranstaltungen, bei Ton- und Bildträger-Produktionen sowie Rundfunkproduktionen tätig.

Genderrelevante Daten: Besuche-Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

68258	**182**	**Zuschuss an das Konzerthaus Berlin**	**23.313.000**	**23.812.000**	**22.538.000**	**22.376.360,41**

Das Konzerthaus Berlin ist eine gemeinnützige nichtrechtsfähige Anstalt, die als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO geführt wird. Das Konzerthaus Berlin ist ein Ort für eigene Veranstaltungen und Konzerte Dritter. Dem Konzerthaus zugehörig ist das Konzerthausorchester Berlin.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 485.500 € in 2024 und 984.600 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Mehr gegenüber dem Ansatz von 2023 i. H. v. 289.260 € in 2024 und 2025 zur Finanzierung der Hauptstadtzulage.

Die Ausgaben für Investitionen werden bei Titel 89172 nachgewiesen.

Genderrelevante Daten: Besuche 59 % weiblich, 41 % männlich.

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

68259	**182**	**Zuschuss an die Stiftung Berliner Philharmoniker**	**21.039.000**	**22.400.000**	**19.514.000**	**18.329.300,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**89.600.000**	**89.600.000**
Davon fällig 2025	**22.400.000**	
Davon fällig 2026	**22.400.000**	**22.400.000**
Davon fällig 2027	**22.400.000**	**22.400.000**
Davon fällig 2028	**22.400.000**	**22.400.000**
Davon fällig 2029	**—**	**22.400.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen in 2024 bzw. 2025 sind zum Abschluss eines Zuschussvertrags mit einer Laufzeit von 5 Jahren erforderlich.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	19.514.000	19.514.000	19.514.000

Die Stiftung Berliner Philharmoniker ist eine gemeinnützige öffentlich-rechtliche Stiftung. Sie wurde mit Errichtungsgesetz zum 01.01.2002 gegründet. Die Stiftung hat in Rechtsnachfolge des Landes Berlin die Trägerschaft der bis dahin als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO geführten nichtrechtsfähigen Anstalt Berliner Philharmonisches Orchester übernommen. Die Stiftung führt das Kulturorchester Berliner Philharmoniker weiter und betreibt in Berlin die Philharmonie und den Kammermusiksaal mit eigenen und Fremdveranstaltungen.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 i. H. v. 1.525.000 € und in 2025 i. H. v. 2.885.200 € jeweils gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Genderrelevante Daten: Besuche-Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810

68529	**182**	**Zuschuss an die Berliner Symphoniker**	**209.000**	**213.000**	**200.000**	**224.500,00**

Zuwendung an das Berolina-Orchester e. V. Berliner Symphoniker für die Berliner Symphoniker.

Mehr ab 2024 i. H. v. 6.000 € aufgrund der Umsetzung von Tarifmitteln 2023 aus Kapitel 2910 Titel 68406 - Fortschreibung des Tarifbedarfs 2023.

Mehr i. H. v. zunächst 3.000 € in 2024 und i. H. v. 6.050 € ab 2025 für eine Tarifpauschale 2024/25, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

68575	**182**	**Sonstige Zuschüsse an Chöre und Orchester**	**2.218.000**	**2.231.000**	**2.247.000**	**2.196.180,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**1.426.000**	**1.426.000**
Davon fällig 2025	**1.426.000**	
Davon fällig 2026	**—**	**1.426.000**

In €	Für 2024	Für 2025	Für 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	50.000 €		

			Ansatz		Ist
		2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1.	Chorförderung	714.420	714.420	713.600	713.600,00
2.	Chorverband Berlin e. V.	818.280	826.080	805.580	805.580,00
3.	Landesmusikrat Berlin e. V.	321.755	326.581	317.000	377.000,00
4.	Jeunesses Musicales Berlin - Landesverband Berlin e. V.	10.450	10.602	10.000	10.000,00
5.	Akademie für Alte Musik Berlin GbR	300.000	300.000	300.000	300.000.00
6.	lautten compagney BERLIN GbR	52.250	53.011	100.000	50.000,00
	Summe:	2.217.155	2.230.694	2.246.180	2.196.180
	rund:	2.218.000	2.231.000	2.097.000	

Erläuterungen zu einzelnen Einrichtungen:

Chorförderung:
Im Rahmen der Chorförderung werden für besonders leistungsfähige Chöre Mittel für Basisförderungen, institutionelle Förderungen und Einzelprojektförderungen vergeben. Der Chorverband Berlin e. V. wird gesondert gefördert.

Chorverband Berlin e. V.

Der Chorverband Berlin e. V. vereint 290 Laienensembles mit insgesamt 11.000 Mitgliedern. Er unterstützt die Arbeit der Laienchöre u. a. durch Zuschüsse für Projektförderungen, Konzertreisen und GEMA-Gebühren. Auf musikpädagogischem Gebiet bemüht sich der Verband um die Erhaltung und Steigerung des fachlichen Niveaus seiner Mitglieder, so durch Fortbildungsseminare für Chorleiter*innen, Chorvorstände und -mitglieder. Mit seinen Aktivitäten leistet er Basis-, Breiten- und Nachwuchsarbeit. Er tritt auch selbst als Veranstalter auf, so bei der Durchführung der Sonntagskonzertreihe oder beim Deutschen Chorfest.

Mehr in i. H. v. 5.000 € ab 2024 aufgrund der Umsetzung von Tarifmitteln 2023 aus Kapitel 2910 Titel 68406 - Fortschreibung des Tarifbedarfs 2023.

Mehr i. H. v. zunächst 7.700 € in 2024 und i. H. v. 15.500 € ab 2025 für eine Tarifpauschale 2024/25, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Landesmusikrat Berlin e. V.
Der Landesmusikrat Berlin e. V. ist ein gemeinnütziger Verein. Er ist der Dachverband der Berliner Musikinstitutionen und –verbände. Die Vielfältigkeit des musikalischen Lebens in Berlin spiegelt sich in der Bandbreite der Aufgaben und der vom Landesmusikrat unterstützten Initiativen wider. Zu seinen Aufgaben gehören u.a. die Förderung der Musikerziehung, der beruflichen Musikausübung und des Laienmusizierens. Er ist als beratendes Gremium für das Abgeordnetenhaus und die Landesregierung von Berlin tätig. Sein Augenmerk gilt nicht nur der Förderung des musikalischen Nachwuchses, sondern ebenso dem Ausbau der musikalischen Erwachsenenbildung. Darüber hinaus hält der Landesmusikrat Kontakt zu vergleichbaren Einrichtungen in anderen europäischen Ländern.

Mehr i. H. v. zunächst 4.760 € in 2024 und i. H. v. 9.590 € ab 2025 für eine Tarifpauschale 2024/25, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Jeunesses Musicales Deutschland Landesverband Berlin e. V.
Der Jeunesses Musicales Deutschland Landesverband Berlin e. V. Jeunesses Musicales ist ein gemeinnütziger Verein. Die Landesorganisation Berlin gehört zur Jeunesses Musicales Deutschland e. V., der deutschen Sektion der Jeunesses Musicales International. Diese weltweit größte kulturelle Jugendorganisation ist in über 50 Ländern vertreten. Jeunesses Musicales ist Gründungsmitglied von Jugend Musiziert und in deren Landesgremien vertreten. Jeunesses Musicales ist in Deutschland der Fachverband der Jugendorchester und bietet seinen Mitgliedern eine Reihe von Serviceleistungen.

Mehr i. H. v. 300 € ab 2024 aufgrund der Umsetzung von Tarifmitteln 2023 aus Kapitel 2910 Titel 68406 - Fortschreibung des Tarifbedarfs 2023.

Mehr i. H. v. 150 € in 2024 und i. H. v. 310 € ab 2025 für eine Tarifpauschale 2024/25, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Akademie für Alte Musik Berlin GbR
Die Akademie für Alte Musik Berlin ist eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Sie wurde 1982 in Berlin gegründet. Das international aktive Orchester widmet sich der Interpretation von musikalischen Werken des Barock, der Klassik und der Romantik unter jeweiliger Berücksichtigung von Erkenntnissen der historischen Aufführungspraxis. Die Akademie für Alte Musik Berlin präsentiert sich in unterschiedlichen Besetzungsformen, die vom Kammerensemble bis zum sinfonischen Orchester reichen.

lautten compagney BERLIN GbR
Die lautten compagney BERLIN ist eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Das Barockensemble wurde 1984 gegründet und präsentiert in unterschiedlichen Besetzungsformen ein musikalisches Spektrum, das von Kammermusik bis Musiktheater reicht.

Weniger i. H. v. 50.000 € zur Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Mehr i. H. v. 1.500 € ab 2024 aufgrund der Umsetzung von Tarifmitteln 2023 aus Kapitel 2910 Titel 68406 - Fortschreibung des Tarifbedarfs 2023.

Mehr i. H. v. 750 € in 2024 und i. H. v. 1.520 € ab 2025 für eine Tarifpauschale 2024/25, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Für die Einrichtungen, die Zuschüsse von mehr als 100.000 € erhalten, sind im Anschluss an das Kapitel Wirtschaftsplanübersichten ausgewiesen.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68618	**182**	**Zuschüsse an die Musicboard Berlin GmbH**	**3.028.000**	**3.035.000**	**2.711.000**	**2.715.810,32**
		500.000,0 EUR werden künftig bei 68123 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	580.000	1.080.000	0

Die Musicboard Berlin GmbH hat den Zweck der Förderung von Kunst, Kultur- und Kreativwirtschaft im Bereich der Popmusik und -kultur. Neben der Förderung und Betreuung von Projekten ist sie Anlaufstelle, Veranstalterin, Vermittlerin sowie Moderatorin zwischen Musikszene, Musikbranche, Wirtschaft und Verwaltung.

Weniger i. H. v. 500.000 € ab 2024 aufgrund der Umsetzung in Titel 68123 für Fördermaßnahmen im Bereich Musik und Clubkultur.

Mehr ab 2024 i. H. v. 300.000 € für Coaching und Mentoringprogramme des Musicboards (inkl. Overheadkosten).

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 8.800 € in 2024 und 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Darüber hinaus mehr i. H. v. 7.500 € in 2024 und mehr i. H. v. 15.200 € in 2025 gegenüber 2023 aufgrund Berücksichtigung Tarifpauschale 2024/25.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten 2022:

Programm	Anträge	F	M	F in %	Gefördert	F	M	F in %	Summe F	Summe M	F in %
Musicboard Berlin, Stipendien und Residenzen*	656	339	317	52	57	39	18	68	153.773	87.619	64

* Es gab zudem 247 Bewerbungen von Gruppen und mit Angabe divers (oder Selbstbezeichnung oder keine Angabe); 13 Gruppenförderungen und 18 Förderungen divers i. H. v. insg. 125.215,00 €.

89172	**182**	**Zuschuss an das Konzerthaus Berlin für Investitionen**	**26.000**	**26.000**	**26.000**	**26.000,00**

Das Konzerthaus Berlin erhält als Wirtschaftsbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO Zuschüsse für Investitionen.

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

Summe Maßnahmegruppe 04	**59.058.000**	**60.942.000**	**56.461.000**	**55.093.545,73**

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 05		**Förderung der Bildenden Kunst**				

Berlin gilt international als Stadt der aktuellen Kunst. Bildende Künstlerinnen und Künstler aus der ganzen Welt finden in Berlin ihren Arbeitsmittelpunkt und bilden eine einzigartige Kunstszene.

Neben Programmen für Künstler und Künstlerinnen (Stipendien, Ausstellungs- und Basisförderungen) werden Infrastrukturmaßnahmen für die künstlerische Produktion gefördert, das Kulturwerk des Berufsverbandes Bildender Künstler Berlins GmbH mit der Druckwerkstatt, der Bildhauerwerkstatt, dem Büro für Kunst im öffentlichen Raum und dem Atelierbüro sowie das Atelierprogramm.

Mit dem Künstlerhaus Bethanien GmbH und dem Kunst-Werke Berlin e.V. bietet Berlin zwei profilierte und überregional renommierte Ausstellungsorte, an denen junge Kunst aus dem internationalen Raum in Projekten, Stipendienprogrammen und wechselnden Ausstellungen zur Auseinandersetzung einlädt. Die institutionelle Förderung des Deutschen Künstlerbunds und des Deutschen Werkbunds wird ebenso fortgesetzt wie das mit dem Land Brandenburg betriebene Kunstarchiv Beeskow (ehemals Sammlungs- und Dokumentationszentrum für Kunst der DDR in Beeskow). Auch die beiden Kunstvereine Neue Gesellschaft für bildende Kunst e.V. (nGbK) und Neuer Berliner Kunstverein e.V. (n.b.k.) sowie c/o Berlin werden gefördert.

68577	**183**	**Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der bildenden Kunst**	**10.942.000**	**11.832.000**	**10.398.000**	**9.117.353,90**

285.000,0 EUR wurden bislang bei 68573 nachgewiesen.

		Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
1.	Künstlerhaus Bethanien GmbH	964.390	1.455.640	862.000	851.200,00
2.	Kunst-Werke Berlin e. V.	2.454.840	2.510.640	2.206.740	2.112.027,00
3.	Deutscher Werkbund Berlin e. V.	25.000	25.000	25.000	25.000,00
4.	Deutscher Künstlerbund e. V.	30.800	30.800	28.500	30.800,00
5.	Kunstarchiv Beeskow	20.000	20.000	20.000	20.000,00
6.	Kulturwerk des Berufsverbandes Bildender Künstler Berlins GmbH	2.390.620	2.439.320	2.272.170	2.273.700,00
7.	Förderung von Kunstausstellungen/ Präsentation zeitgenössischer Kunst	400.000	400.000	660.000	652.600,00
8.	Ausstellungshonorare für bildende Künstlerinnen und Künstler	650.000	650.000	400.000	468.437,36
9.	Förderung von Präsentations- und Produktionsorten	830.290	842.410	796.000	755.000,00
10.	c/o Berlin	515.000	515.000	500.000	500.000,00
11.	Neue Gesellschaft für bildende Kunst e. V. (nGbK)	1.224.680	1.239.180	1.194.280	464.804,50
12.	Neuer Berliner Kunstverein gGmbH (n.b.k.).	1.104.930	1.123.430	1.067.830	678.414,00
13.	Bildungswerk des Berufsverbandes Bildender Künstler Berlins GmbH	80.000	80.000	80.000	80.000,00
14.	Projekte in Jugendkunstschulen	250.000	500.000	-	
	Summe:	10.940.550	11.831.420	10.112.520	8.911.982,86
	rund:	10.942.000	11.832.000	10.113.000	

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Künstlerhaus Bethanien e. V.
Mehr i. H. v. 65.690 € in 2024 als zweckgebundene Vorsorge für Mietsteigerungen (Indexmiete) und i. H. v. 538.340 € in 2025 für Strukturkosten (u.a. Indexmiete) gegenüber 2023.
Mehr i. H. v. 6.000 € in 2024 und 10.000 € in 2025 gegenüber 2023 wegen der Gewährleistung des gesetzlichen Mindestlohns nach Berl/AVG/ Landesmindestlohngesetz.
Mehr i. H. v. 16.400 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 14.300 € in 2024 und 28.900 € 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Kunst-Werke Berlin e. V.
Mehr i. H. v. 106.000 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 für insgesamt zwei Stellen im Verwaltungs- und Veranstaltungsbereich (jeweils Entgeltgruppe E9).

Mehr i. H v. 35.000 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen Umsetzung der Mittel für die Anhebung der Honorare für freiberufliche Guides aus Titel 68573, TA 13.
Mehr i. H. v. 52.800 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 54.300 € in 2024 und 110.100 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Deutscher Künstlerbund e. V.
Mehr ab 2024 i. H. v. 2.300 € aufgrund Erhöhung Kofinazierung des Bundes.

Kulturwerk des Berufsverbandes Bildender Künstler Berlins GmbH
Mehr i. H. v. 20.250 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 für Aufwendungsersatz für die Mitglieder des Atelierbeirates.
Mehr i. H. v. 50.900 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 47.300 € in 2024 und 96.000 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Förderung von Kunstausstellungen/ Präsentation zeitgenössischer Kunst
Weniger ab 2024 i. H. v. 260.000 € (joint venture) wegen der Ermöglichung neuer Schwerpunktsetzungen.

Ausstellungshonorare für Bildende Künstlerinnen und Künstler
Mehr i. H. v. 250.000 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen Verlagerung aus Kapitel 0810 Titel 68573 Teilansatz 13.

Förderung von Präsentations- und Produktionsorten:
Mehr i. H. v. 22.350 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 11.940 € in 2024 und 24.060 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

c/o Berlin
Mehr i. H. v. 15.000 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.

Neue Gesellschaft für bildende Kunst e. V. (nGbK)
Mehr i. H. v. 16.200 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 14.200 € in 2024 und 28.700 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Neuer Berliner Kunstverein gGmbH (n.b.k.)
Mehr i. H. v. 19.000 € jeweils in 2024 und 2025 ggü. 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 18.100 € in 2024 und 36.600 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Projekte in Jugendkunstschulen
Mehr i. H. v. 250.000 € in 2024 und 500.000 € in 2025 zur Unterstützung von Projekten der Jugendkunstschulen schwerpunktmäßig im Bereich des freien Angebots und der Kooperation mit Akteuren des Sozialraums und spezifischen Zielgruppen.

Für institutionell geförderte Einrichtungen, die Zuschüsse von mehr als 100.000 € erhalten werden, sind im Anschluss an das Kapitel 0810 Wirtschaftsplanübersichten ausgewiesen.

Erläuterungen zu den einzelnen Einrichtungen:

Künstlerhaus Bethanien GmbH (KHB)
Das Künstlerhaus Bethanien ist eine gemeinnützige GmbH. Gegenstand der Förderung der Einrichtung ist die Vergabe von Atelier- und Arbeitsraum an Kunstschaffende, der Betrieb von Werkstätten und Studios sowie die Durchführung von künstlerischen Vorhaben in und außerhalb Berlins. Die beiden Gesellschafter sind die Akademie der Künste und der Deutsche Akademische Austauschdienst.

Genderrelevante Daten: Besuche (2020) 50,4 % weiblich 49,6 % männlich.

Kunst-Werke Berlin e. V.
Der KUNST-WERKE BERLIN e. V. –KW Institute for Contemporary Art - ist ein gemeinnütziger Verein. Er hat die Aufgabe, Kunst und künstlerische Disziplinen und Dialoge zwischen Künstler*innen sowie der Öffentlichkeit zu fördern. Die Umsetzung erfolgt durch Ausstellungen, Projekte, Aktionen, Lesungen, Symposien, Seminare, Konzerte sowie andere Arbeitsformen und öffentliche Darstellungsformen.

Genderrelevante Daten: Besuche 52 % weiblich, 48 % männlich, 0 % divers.

Deutscher Werkbund Berlin e. V.
Der Deutsche Werkbund Berlin e. V. ist ein gemeinnütziger Verein. Er wurde 1907 von 12 Künstlerpersönlichkeiten gegründet, um durch Zusammenarbeit von Kunst und Industrie eine Steigerung der Qualität der gewerblichen Arbeit, vor allem des deutschen Kunstgewerbes, anzustreben. Sein traditionell zentrales Thema - Gestaltung - dehnt sich heutzutage zwangsläufig auf die ökologischen, sozialen und kulturellen Grundlagen von Stadt und Land aus. Vor diesem Hintergrund bildet sich seine Aufgabe deutlich ab: Probleme und Chancen technologischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in der Umweltgestaltung als einen wesentlichen Teil unseres Lebens und unserer Kultur zu erkennen und öffentlich deutlich zu machen. Der Deutsche Werkbund e. V. versteht sich als ein aktives Forum und ein Bindeglied zwischen gewerblicher, industrieller Wirtschaft und gestaltenden, schöpferischen Kräften.

Deutscher Künstlerbund e. V.
Der Deutsche Künstlerbund e. V. ist ein gemeinnütziger Verein. Er ist ein überregionaler Zusammenschluss von bildenden Künstler*innen. Als eine der ältesten und renommiertesten Künstlervereinigungen in Deutschland und Europa sieht er seine Aufgaben u. a. in der Durchführung von Kolloquien, Podiumsgesprächen und Vorträgen zu aktuellen und gesellschaftspolitischen Fragen und Problemen und wirkt darüber hinaus in Gremien und Arbeitskreisen mit, die an der Erarbeitung von gesetzgebenden Regelungen beteiligt sind, sowie in der Präsentation zeitgenössischer Werke durch die Künstler*innen selbst. Der Deutsche Künstlerbund e.V. gilt als wichtiges und kritisches Sprachrohr in der heutigen Gesellschaft und als Mittler zwischen Künstler*innen und Öffentlichkeit. Er wird durch die Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien i. H. v. 100.000 € p.a. im Rahmen einer Projektförderung gefördert.

Kunstarchiv Beeskow (ehemals Sammlungs- und Dokumentationszentrum für Kunst der DDR in Beeskow)
Das Kunstarchiv Beeskow ist eine Einrichtung ohne Rechtspersönlichkeit, die vom Landkreis Oder-Spree getragen wird. Auf Grundlage des Leihvertrages zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin vom 13.05.2019 stellt Berlin als Leihgeber dem Land Brandenburg finanzielle Mittel in Form einer jährlichen Verwaltungspauschale i. H. v. 20.000,00 € zur Verfügung.

Kulturwerk des Berufsverbandes Bildender Künstler Berlins GmbH
Das Kulturwerk des Berufsverbandes Bildender Künstler Berlins ist eine gemeinnützige GmbH. Die GmbH unterhält für bildende Künstler*innen eine Druckwerkstatt und eine Bildhauerwerkstatt sowie das Kunst am Bau Büro und das Atelierbüro.

c/o Berlin
c/o Berlin ist eine gemeinnützige Stiftung. Im denkmalgeschützten Amerika-Haus kuratiert c/o Berlin wechselnde Ausstellungen internationaler Fotografen. Zum Programm gehören auch Künstlergespräche, Vorträge, Workshops, Seminare und Führungen.

Neue Gesellschaft für bildende Kunst e. V.
Die neue Gesellschaft für bildende Kunst e. V. ist ein gemeinnütziger Verein. Der Verein wurde 1969 als basisdemokratischer Kunstverein gegründet und ist einer der mitgliedsstärksten Kunstvereine in Deutschland. Die Struktur der nGbK ermöglicht eine direkte Einflussnahme auf die inhaltliche Ausrichtung: Ausstellungen, Interventionen, Rechercheprojekte, Veranstaltungsreihen und Publikationen werden von Mitgliedern in interdisziplinären Projektgruppen entwickelt und von der ersten Idee bis zur Realisierung betreut

Neuer Berliner Kunstverein gGmbH
Der neue Berliner Kunstverein gGmbH ist ein gemeinnütziger Verein. Der Kunstverein wurde 1969 mit dem Ziel gegründet, bildende Kunst der Gegenwart einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und zu vermitteln, sowie zur aktiven Teilhabe an kulturellen Prozessen einzuladen. Zum Verein gehören die 1970 gründete Artothek, deren Sammlung über 4.000 Werke der internationalen Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts umfasst, die Kunstinteressierte kostenlos entleihen können sowie das 1971 gegründet Videoforum; diese Sammlung umfasst ca. 1.700 internationalen Kunstvideos, die seit ihrer Gründung durch Ko-Produktionen und Ankäufe ständig erweitert wird. 2021 hat der Verein eine gemeinnützige Tochtergesellschaft gegründet, die für den durch die Senatsverwaltung Kultur und Europa geförderten Ausstellungsbetrieb zuständig ist.

Bildungswerk des Berufsverbandes Bildender Künstler*innen Berlins GmbH
Das Bildungswerk ist eine gemeinnützige Tochtergesellschaft des Berufsverbandes bildender Künstler*innen Berlin. Das Bildungswerk bietet bildenden Künstler*innen in Berlin ein Programm zur Fort- und Weiterbildung an. Es unterstützt einerseits bei der strategischen wie technologiegestützten und digitalen Weiterentwicklung der eigenen künstlerischen Arbeit. Und es dient andererseits zur Erarbeitung der notwendigen Werkzeuge für den Berufsalltag als Unternehmer*in. Dazu gehören Techniken im Selbstmanagement, der Präsentation und Kommunikation ebenso wie aktuelle Fachkenntnisse zu Recht, Steuern und Buchhaltung.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81278	**187**	**Künstlerische Gestaltungen im Stadtraum**	**375.000**	**375.000**	**382.000**	**142.927,97**

25.000 € werden künftig bei Kapitel 0810 Titel 68573 nachgewiesen.

Die Bewirtschaftung erfolgt auf der Grundlage der Allgemeinen Anweisung Bau für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben des Landes Berlin (ABau) sowie auf der Basis von Aufträgen aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin und einer zwischen den beteiligten Senatsverwaltungen geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zur Konzeption und Planung der Kunst im Stadtraum und am Bau mit gesamtstädtischer Bedeutung.

Das beinhaltet die Steuerung, Vorbereitung und Durchführung von Gestaltungs- und Kunstwettbewerben (gemäß Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) 2013, Bewerbungsverfahren und anderen Auswahlverfahren, von gutachtlichen Stellungnahmen sowie die inhaltliche Begleitung bei der Realisierung der Kunstwerke; nachfolgend für die Kunstvermittlung und Dokumentation dieser Kunstwerke im Eigentum des Landes Berlin sowie die Abstimmung mit der beauftragten BIM GmbH zur baulichen Unterhaltung.

Inhaltlich umfasst das Spektrum der Bearbeitung künstlerische Konzeptionen im stadträumlichen Kontext sowie künstlerisch gestaltete Denkmalsetzungen und Gedenkorte am Standort Berlin, bei nationaler Bedeutung in Zusammenarbeit mit dem Bund, auf der Grundlage von Beschlüssen des Deutschen Bundestages; bei Denkzeichen und Erinnerungsorten mit gesamtstädtischer Bedeutung ggf. auch auf Grundlage von BVV-Beschlüssen im Zusammenwirken mit den jeweiligen Bezirken. Dazu gehören Gedenktafelprogramme sowie die Gestaltung von Informationssystemen, die konzeptionell im Kontext des zeitgenössischen Gedenkens stehen.

Zur Beratung der für Kultur zuständigen Verwaltung in Fragen der Kunst im Stadtraum und am Bau ist gemäß ABau ein Beratungsausschuss Kunst (BAK) eingerichtet; die inhaltliche Geschäftsführung des BAK und die Verantwortung für die organisatorischen Aufgaben der Geschäftsstelle werden von der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung wahrgenommen. Für Projekte der Kunst im Stadtraum dürfen im Einzelfall Zuwendungen ausgereicht werden (verbindliche Erläuterung).

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Summe Maßnahmegruppe 05	**11.317.000**	**12.207.000**	**10.780.000**	**9.260.281,87**

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 06		**Förderung der Literatur und Bibliotheken**				

Die sechs von Berlin geförderten literarischen Einrichtungen gewährleisten eine qualitativ hochwertige Vermittlung von Literatur. Sie organisieren Veranstaltungen und bieten zahlreiche Serviceangebote für Berliner Autorinnen und Autoren, für Übersetzerinnern und Übersetzer sowie für Multiplikatoren aus dem Kultur- und Bildungsbereich an.

Mit der Förderung der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin einschließlich des Servicezentrums des Verbundes der Öffentlichen Bibliotheken Berlin sichert das Land Berlin zum einen die benutzerorientierte Literatur- und Informationsversorgung der Berliner Bevölkerung in den Bereichen, die nicht durch die Grundversorgung in den bezirklichen Stadtbibliotheken abgedeckt werden. Zum anderen stellt das Land Berlin durch die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin (hier Senatsbibliothek) die Literaturversorgung der Berliner Verwaltung sicher, ebenso wie es die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin mit der zentralen Sammlung und Archivierung des regionalen Pflichtexemplars beauftragt. Die Literaturversorgung von sehbehinderten und blinden Menschen wird in Berlin durch die Berliner Blindenhörbücherei gGmbH gewährleistet, die zu diesem Zweck vom Land Berlin kontinuierlich bezuschusst wird. Der Gesamtnachweis wird wesentlich über den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg erbracht.

Die Kulturverwaltung fördert Berliner Autorinnen und Autoren sowie Übersetzerinnen und Übersetzer mit Arbeits-, Aufenthalts- und Reisestipendien. Im Rahmen der Projektförderung werden literarische Veranstaltungen unterstützt.

68408	**186**	**Zuschuss an die Berliner Blindenhörbücherei gGmbH**	**212.000**	**217.000**	**192.000**	**230.060,00**

Die Berliner Blindenhörbücherei GmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft in privater Eigentümerschaft.
Der Zuschuss umfasst Personal-, Sach- und Betriebskosten der Blindenhörbücherei. Sie ist Träger der Literatur- und Hörfilmversorgung der Blinden und Sehbehinderten in Berlin.

Mehr ab 2024 i. H. v. 10.000 € gegenüber 2023 für Anpassungen der Vergütungsstruktur.

Mehr ab 2024 i. H. v. 5.100 € gegenüber 2023 aufgrund der Umsetzung der Mittel für tarifliche Entwicklung 2023 aus dem Einzelplan 29.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in 2024 i. H. v. 4.500 € und in 2025 i. H. v. 9.200 € gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Genderrelevante Daten: Nutzende 59,72 % weiblich und 40,28 % männlich.

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

68549	**162**	**Landeszuschuss zum Aufbau und Betrieb der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB)**	**90.100**	**90.100**	**90.100**	**58.205,29**

Landeszuschuss zum Aufbau und Betrieb des „Kompetenznetzwerkes DDB“ als Träger der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB).
Vertragsgrundlage ist das Verwaltungs-und Finanzierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung und den Betrieb der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB).
Bund und Länder tragen jeweils den gleichen Anteil, für die Länder berechnet sich der jeweilige Anteil nach Königsteiner Schlüssel. Der Betrag für das Land Berlin wird zu gleichen Anteilen gemeinsam von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Wissenschaft und Pflege–Abteilung Wissenschaft (Kapitel 0910/ Titel 68549) sowie von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt finanziert.

68553	**162**	**Zuschuss für den Kooperativen Bibliotheksverbund Berlin-Brandenburg (KOBV)**	**737.000**	**762.000**	**712.000**	**682.000,00**

Der Kooperative Bibliotheksverbund Berlin Brandenburg (KOBV) ist eine gemeinnützige, rechtlich unselbständige Informationsinfrastruktureinrichtung für Wissenschaft, Forschung und Kultur der Länder Berlin und Brandenburg. Der KOBV ist am Konrad-Zuse für Informationstechnik Berlin (Zuse-Institut Berlin, ZIB) angesiedelt. Er verfolgt das dauerhafte Ziel, die Bestände der Bibliotheken der Region Berlin-Brandenburg durch ein leistungsfähiges Informationssystem für regionale, nationale und internationale Nutzer in Wissenschaft, Forschung, Bildung und Wirtschaft sowie für das lebensbegleitende Lernen verfügbar zu machen. Den teilnehmenden Bibliotheken werden innovative IKT-Services für die Erschließung und Zugänglichmachung geboten und damit der Bildungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin gestärkt.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Der KOBV wird von den Ländern Brandenburg und Berlin gemeinsam auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen vom April 2001 betrieben. Nach dem bestehenden Finanzierungsmodell bringen die Länder Berlin und Brandenburg den Zuschussbedarf anteilig im Verhältnis von 72:28 auf. Auf Seiten Berlins sind darüber hinaus die teilnehmenden Hochschulen (u.a. HU, FU, TU, UdK, etc.) anteilig an der Finanzierung des Zuschussbedarfs beteiligt.

Die Zuständigkeit der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung bezieht sich auf „Grundsatzfragen des Bibliothekswesens“ und damit auf Grundsatzfragen des öffentlichen wie auch des wissenschaftlichen Bibliothekswesens. Beide Bereiche durchdringen sich in zahlreichen Bereichen und auch bei Daueraufgaben. Neben den wissenschaftlichen Bibliotheken sind deshalb auch die Öffentlichen Bibliotheken des Landes Berlin und die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin Teilnehmende am KOBV (in Form eines Subverbundes).

Mehr i. H. v. 25.000 € in 2024 sowie i. H. v. 50.000 € ab 2025 für den anteiligen Ausgleich von Mehrkosten durch Tarifsteigerungen für das Personal zur strukturellen Sicherung der Leistungs- und Innovationsfähigkeit des KOBV.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68568	**186**	**Zuschuss an die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin**	**35.720.000**	**36.396.000**	**34.908.000**	**31.813.906,37**

90.000,0 EUR wurden bislang bei 52609 nachgewiesen.

Die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin ist eine gemeinnützige, rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts. Zur Stiftung gehören die Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) und die Berliner Stadtbibliothek (BSTB). Die Stiftung ist die öffentliche Zentralbibliothek des Landes Berlin. Als Landes- und Universalbibliothek beteiligt sie sich mit ihren Sammlungen an der Bewahrung des kulturellen Erbes in Berlin und macht dieses der Öffentlichkeit zugänglich. Sie ist der kulturellen Vielfalt verpflichtet und leistet benutzerorientierte Literatur- und Informationsversorgung für den tertiären Bildungsbereich außerhalb der Berliner Hochschulen. Sie wirkt als bezirksübergreifendes Medien- und bibliothekarisches Innovationszentrum sowie als Pflichtexemplarbibliothek des Landes Berlin.

Die Stiftung hat darüber hinaus die Aufgabe:
1. zentrale Dienstleistungen für das Bibliothekswesen in Berlin zu erbringen,
2. die bibliothekarische Informationsversorgung der Berliner Verwaltung sicherzustellen (Senatsbibliothek),
3. sich an überregionalen Gemeinschaftsaufgaben des Bibliothekswesens zu beteiligen,
4. Veröffentlichungen aus und über Berlin als bedeutende Zeugnisse des geistigen und kulturellen Schaffens der Region möglichst vollständig zu sammeln, zu verzeichnen, zu archivieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Mehr ab 2024 i. H. v. 90.000 € durch Mittelverlagerung für die Verstetigung der Provenienzforschung in den Sammlungen der Stiftung aus Titel 52609.

Mehr in 2024 i. H. v. 250.000 € und 2025 i. H. v. 350.000 € für die Einführung des elektronischen Pflichtexemplars im Land Berlin sowie die Stärkung des Kompetenzzentrums Bestandserhaltung (KBE).

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 561.000 € 2024 und 1.138.000 € 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

Genderrelevante Daten: Besuche 53 % weiblich, 47 % männlich, 0,0 % divers

Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68578	**187**	**Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der Literatur**	**5.483.000**	**5.543.000**	**5.216.000**	**4.885.685,44**

		Ansatz			Rechnung
		2024 €	2025 €	2023 €	2022 €
1.	Literarisches Colloquium Berlin e. V	1.351.680	1.362.380	1.301.080	1.241.114,00
2.	Literaturhaus Berlin e. V	873.800	886.000	822.000	769.405,00
3.	Literaturforum im Brecht-Haus	739.300	749.800	689.000	674.224,00
4.	Haus für Poesie	1.152.710	1.167.640	947.210	968.122,00
5.	LesArt - Berliner Zentrum für Kinder und Jugendliteratur	485.270	494.570	436.170	429.845,00
6.	Lettrétage	279.000	282.050	270.000	207.507,00
7.	Open Mike und Zebra Poetry Filmfestival ..	0	0	150.000	150.000
8.	Bibliotheksstärkungsfonds (BSF)	600.000	600.000	600.000	343.331
	Summe:	5.481.760	5.542.440	5.215.460	4.783.548,00
	rund:	5.483.000	5.543.000	5.216.000	

Für institutionell geförderte Einrichtungen, die Zuschüsse von mehr als 100.000 € erhalten werden, sind im Anschluss an das Kapitel Wirtschaftsplanübersichten ausgewiesen.

Erläuterungen zu einzelnen Einrichtungen:

Literarisches Colloquium Berlin e. V. (LCB)

Das Literarische Colloquium Berlin ist ein gemeinnütziger Verein. Es wird als Gästehaus, Tagungsstätte, Akademie und Veranstaltungsort genutzt: Hier wohnen und arbeiten das ganze Jahr über Autor*innen, Übersetzer*innen, Stipendiaten sowie Vertreter*innen anderer literarischer Institutionen aus dem In- und Ausland. Angeboten werden u.a. Stipendienaufenthalte, Veranstaltungen, Fachtagungen und Colloquien, Aus- und Fortbildungsangebote sowie umfangreiche Service- und Beratungsleistungen. Außerdem ist es Sitz des Deutschen Übersetzerfonds.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 10.600 € in 2024 und 21.300 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 und 2025 i. H. v. 40.000 € gegenüber 2023 für zusätzliches Personal zur Durchführung von Veranstaltungen.

Genderrelevante Daten: Besuche 65 % weiblich, 32 % männlich, 3 % divers*
*Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung

Literaturhaus Berlin e. V.

Das Literaturhaus Berlin ist ein gemeinnütziger Verein. Es widmet sich der Förderung und Vermittlung der Literaturen der Welt und bietet gemeinnützigen Vereinen und kleineren Organisationen Raum für literarische Gastveranstaltungen.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 11.800 € in 2024 und 24.000 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 und 2025 i. H. v. 40.000 € gegenüber 2023 für zusätzliches Personal zur Durchführung von Veranstaltungen.

Genderrelevante Daten: Besuche 56 % weiblich, 44 % männlich
*Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung

Literaturforum im Brecht-Haus

Das Literaturforum im Brecht-Haus befindet sich in privater Trägerschaft des gemeinnützigen Vereins Gesellschaft für Sinn und Form e. V. Neben der kritischen Auseinandersetzung mit Bertolt Brecht gibt es ein Programm zur Kommunikation, zu Funktion und Wirkung zeitgenössischen Theaters sowie Angebote zu öffentlichen Diskursen über zeitgenössische Literatur, Kunst und Gesellschaftskonzepte. Darüber hinaus finden Buchvorstellungen, Lesungen und Filmvorführungen statt.

Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 10.300 € in 2024 und 20.800 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 und 2025 i. H. v. 40.000 € gegenüber 2023 für zusätzliches Personal zur Durchführung von Veranstaltungen.

Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Haus für Poesie (ehemals Literaturwerkstatt)

Das Haus für Poesie befindet sich in privater Trägerschaft des gemeinnützigen Vereins Literaturbrücke Berlin e. V. Es bietet interdisziplinäre Veranstaltungen und literarische Events mit dem Schwerpunkt Poesie als eigenständiger Kunst, wie z. B. das Poesiefestival, an. Veranstaltungen werden mit innovativen Präsentationsformen verknüpft und gezielt über den Einsatz der neuen Medien, z.B. über die Lyrikline international verbreitet.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 14.500 € in 2024 und 29.400 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 und 2025 i. H. v. 40.000 € gegenüber 2023 für zusätzliches Personal zur Durchführung von Veranstaltungen.
Mehr in 2024 i. H. v. 1.000 € und in 2025 i. H v. 1.030 € jeweils gegenüber 2023 wegen gestiegener Mietpreise am Kulturstandort Kulturbrauerei.
Mehr in 2024 gegenüber 2023 i. H. v. 150.000 € aufgrund der Verlagerung der Mittel in Teilansatz Nr. 7 desselben Titels (Open Mike und Zebra Poetry Filmfestival) zum Teilansatz Nr. 4 Haus für Poesie. Entsprechende Streichung des Teilansatzes Nr. 7.
Genderrelevante Daten: Besuche 51 % weiblich, 48 % männlich, 1 % divers*
*Quelle: KulMon nach Angabe der Einrichtung

LesArt – Berliner Zentrum für Kinder- und Jugendliteratur

LesArt – das Berliner Zentrum für Kinder- und Jugendliteratur befindet sich in privater Trägerschaft des gemeinnützigen Vereins Gemeinschaft zur Förderung von Kinder- und Jugendliteratur e. V.
Neben interaktiven Veranstaltungen und Ausstellungen gehören Fort- und Weiterbildungsangebote für Multiplikatoren aus Kita, Schule, Bibliothek und Wissenschaft zum Programm. In
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 in Höhe von 9.100 € in 2024 und 18.400 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.
Mehr in 2024 und 2025 i. H. v. 40.000 € gegenüber 2023 für zusätzliches Personal zur Durchführung von Veranstaltungen.
Genderrelevante Daten: Besuche Daten liegen nicht vor, da die Einrichtung nicht an KulMon teilnimmt.

Lettrétage

Lettrétage ist ein gemeinnütziger Verein. Der Lettrétage e. V. versteht sich als offenes Literaturhaus für die freie Literaturszene Berlins und als dessen Ankerinstitution.
Sie ist seit 2006 ein Ort für sehr unterschiedliche literarische Veranstaltungen (Lesungen, Inszenierungen, Autoren*innen-Konferenzen). Das Programm setzte sich von Beginn an aus Eigen- und Fremdproduktionen, -konzepten und -projekten zusammen. Im Fokus stehen dabei junge Künstler*innen, die experimentell und mit neuen Vermittlungsformen arbeiten. Die Lettrétage sieht sich auch als Weiterbildungs- und Beratungsinstitution für die freie Literaturszene. Die Digitalisierung verändert die Arbeit der Akteure*in im Bereich der Literatur in besonderem Maße. Jahrhundertealte Berufsbilder lösen sich auf, dafür entstehen neue technische Möglichkeiten auf Produktions- und Distributionsebene. Davon betroffen sind Autoren*innen, Lektoren*innen, Übersetzer*in, Verlagsgründer*in, Vertriebs- oder PR-Leute. Bis hinunter auf die Ebene der individuellen Autor*innen sind neue, fachfremde Kompetenzen gefragt.
Mehr in 2024 und in 2025 i. H. v. 6.000 € gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 getroffen wurde.
Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25, in Höhe von 3.000 € in 2024 und 6.045 € in 2025 gegenüber 2023, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Bibliotheksstärkungsfonds (BSF)

Der Bibliotheksstärkungsfonds (BSF) ist ein zentrales Element des Bibliotheksentwicklungsplans (BEPl) von 2021. Er unterstützt stadtweit Projekte der Öffentlichen Bibliotheken im Bereich der Lese- und Schreibförderung, der Medienpädagogik, der digitalen Teilhabe und der Communityarbeit.

89421	**186**	**Zuschuss an die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin für Investitionen**	**170.000**	**170.000**	**169.000**	**169.000,00**

In dem Ansatz sind Mittel aus dem Innovationsförderfonds des Landes Berlin i. H. v. jeweils 2.250.000 € in 2024 und 2025 enthalten. Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Investiver Regelzuschuss für Ersatzbeschaffungen von Hardware

Summe Maßnahmegruppe 06	**42.412.100**	**43.178.100**	**41.287.100**	**37.838.857,10**
Gesamtausgaben	**819.976.200**	**861.109.900**	**789.855.200**	**751.463.683,41**
Prozentuale Veränderung	**3,8 %**	**5,0 %**		

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0810				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2.103.000	2.103.000	612.000	1.957.718,70
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	23.152.000	23.157.000	25.248.000	21.867.371,75
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	1.000	1.000	391.000	365.389,98
		Gesamteinnahmen	25.256.000	25.261.000	26.251.000	24.190.480,43
411-462		Personalausgaben	10.580.000	11.097.700	10.562.400	9.036.522,03
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	16.422.100	16.621.100	16.046.100	13.894.465,65
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	748.566.100	777.396.100	724.910.700	685.003.645,06
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	44.408.000	55.995.000	38.336.000	43.529.050,67
		Gesamtausgaben	819.976.200	861.109.900	789.855.200	751.463.683,41
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-794.720.200	-835.848.900	-763.604.200	-727.273.202,98

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001092 Modernisierung und Profilierung der Kulturlandschaft

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	4.164.053	4.008.202	+3,89
Kostenträger	3	Sachkosten	13.342.656	2.994.952	+345,50
davon		Transferkosten	4.382.693	8.862.124	-50,55
Produkte	0	Verrechnungskosten	2.701	3.060	-11,74
MGF	3	kalkulatorische Kosten	396.327	410.990	-3,57
Projekte	0	Gemeinkosten	4.687.077	18.401.392	-74,53
		Summe Verwaltungskosten	26.975.507	34.680.719	-22,22
		Transfers	633.659.445	586.021.845	+8,13
		Gesamtsumme	660.634.953	620.702.565	+6,43

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004955	2022	18.587.872	48.336.918	66.924.790
Kulturelle Grundsatzangelegenheiten	2021	20.247.119	30.283.087	50.530.206

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004957	2022	8.387.635	585.322.527	593.710.162
Betreuung von Kultureinrichtungen	2021	14.433.601	555.738.758	570.172.359

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78551	2022	4.175.945	399.287.294	403.463.239
Bühnen, Orchester, Tanz, Literatur, Interdisziplinäre Einrichtungen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	8.953.637	381.461.268	390.414.906

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	61,07	62,90
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.206.579,98	6.315.420,60
IST - Erträge in €	110.657,12	98.115,45
Kostendeckungsgrad in %	0,03	0,03

Gesamtstädtische Struktur- und Entwicklungsplanung im Bereich Bühnen, Orchester, Tanz.
Betreuung, Fachaufsicht, Rechtsaufsicht und Controlling der Einrichtungen des MGF.
Bühnen- und orchesterpolitische Strategieentwicklung und -beratung. Mitwirkung in überregionalen Gremien - insbes. der KMK, DBV.
Konzeptionen und Strukturplanung in den Bereichen des MGF; Wahrnehmung der Landesfunktionen in interdisziplinären Kultureinrichtungen des Bundes in Berlin (Kulturveranstaltung des Bundes in Berlin u.a.); Betreuung, Fachaufsicht, Rechtsaufsicht und Controlling von interdisziplinären Kultureinrichtungen (Sonnenuhr, Ufa-Fabrik, Konsense GmbH, Babylon) sowie Institutionen der Literatur.
IT- gestütztes System der Datenerfassung zum Finanz- und Fachcontrolling institutioneller Förderung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78553	2022	4.211.690	186.035.233	190.246.924
Archive, Bibliotheken, Gedenkstätten, Museen, Bildende Kunst/ Strukturfragen nicht geförderter Kultureinrichtungen / Sammlungen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	5.479.963	174.277.489	179.757.453

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	28,80	28,96
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	247.497,21	247.878,57
IST - Erträge in €	409.933,06	63.683,72
Kostendeckungsgrad in %	0,22	0,04

Gesamtstädtische und partiell überregionale (insbes. Berlin-Brandenburgische) Entwicklungsplanung im Bereich der Archive, Bibliotheken, Gedenkstätten und Museen sowie der einschlägigen Verbünde; Förderung von Strukturreformen und Kooperationen in den Bereichen des MGF; Beteiligung an überregionalen und europäischen Förderprogrammen; Betreuung, Fachaufsicht, Rechtsaufsicht und Controlling in den Einrichtungen des MGF; Laufbahnordnungsbehörde und Ausbildungsbehörde für die Bereiche Öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken sowie Archive; Mitwirkung in überregionalen Gremien - insbes. der Kultusministerkonferenz.

Fragen der Standortsuche, organisatorischen Einbindung, Zuordnung etc. von nicht geförderten Kultureinrichtungen (wie z. B. interdisziplinären Kulturzentren, Gedenkstätten) bzw. neuen Sammlungen (z.B. musealen Charakters)

Berufsausbildung, Ausbildung im juristischen Vorbereitungsdienst und praktische Studienzeit in einer Verwaltungsbehörde

IT- gestütztes System der Datenerfassung zum Finanz- und Fachcontrolling institutioneller Förderung

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001093 Kunst- und KünstlerInnenförderung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	2.046.824	2.066.722	-0,96
Kostenträger	2	Sachkosten	260.545	206.614	+26,10
davon		Transferkosten	20.987.249	15.776.058	+33,03
Produkte	2	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	37.481	60.818	-38,37
Projekte	0	Gemeinkosten	2.723.106	2.553.419	+6,65
		Summe Verwaltungskosten	26.055.205	20.663.631	+26,09
		Transfers	57.997.919	82.423.418	-29,63
		Gesamtsumme	84.053.124	103.087.049	-18,46

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001106 Überregionale, internationale und EU-Angelegenheiten in der Kultur

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	400.540	385.464	+3,91
Kostenträger	1	Sachkosten	0	26.869	-100,00
davon		Transferkosten	168.028	199.390	-15,73
Produkte	0	Verrechnungskosten	16.197	17.097	-5,26
MGF	1	kalkulatorische Kosten	83.353	81.182	+2,67
Projekte	0	Gemeinkosten	235.623	244.441	-3,61
		Summe Verwaltungskosten	903.741	954.442	-5,31
		Transfers	4.571.909	3.936.168	+16,15
		Gesamtsumme	5.475.650	4.890.610	+11,96

Brücke-Museum

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Brücke-Museums.

Das Brücke-Museum, dessen Grundstock die Schenkungen „Schmidt-Rottluff“ und „Heckel“ bilden, hat die Aufgabe, die Werke der "Brücke" - Künstler, ihrer gleichgesinnten Zeitgenossen und Schülerinnen und Schüler zu bewahren, zu erschließen, zu erforschen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Es besitzt eine der größten Sammlungen zur *Brücke*-Kunst und ist das einzige Museum weltweit mit diesem Schwerpunkt. Durch den besonderen Zusammenklang von Natur, Kunst und Architektur eröffnet sich dem Publikum ein besonderer Ort der Kunsterfahrung.

Als Museum, das von Künstlern initiiert wurde, sucht es den Dialog mit zeitgenössischen Künstlerinnen und Künstlern. Eine multiperspektivische Sicht auf die Sammlung unter Einbezug bisher vernachlässigter Narrationen steht dabei im Vordergrund der inhaltlichen Arbeit. Das Brücke-Museum erarbeitet aktuelle und kritische Sichtweisen auf die Sammlung durch ein gesellschaftlich relevantes Ausstellungs- und Vermittlungsprogramm ebenso wie durch Kooperationen mit anderen Museen, Forschungsinstitutionen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen.

Brücke-Museum

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11122	**183**	**Eintrittsgelder**	**190.000**	**190.000**	**190.000**	**138.226,09**

Eintrittsgeld für laufende Ausstellungen sowie Kombiticket mit dem Kunsthaus Dahlem.
IST 2022: Geringere Entgelte durch eintrittsfreie Museumssonntage, Auswirkungen von Corona und Veränderung der Besuchergruppen (Zunahme der eintrittsfreien Besucher*innen).

Genderrelevante Daten: 59% weiblich, 40% männlich, 1% divers.

11133	**183**	**Sonstige Entgelte**	**7.500**	**7.500**	**7.500**	**2.274,90**

Leihgebühren von in- und ausländischen Leihnehmern sowie Einnahmen für Bildrechte.
IST 2022: Entgelte für Bildnutzungen rückläufig.

11901	**183**	**Veröffentlichungen**	**81.900**	**81.900**	**81.900**	**101.913,43**

Verkauf von Ansichtskarten, Plakaten und sonstigen Veröffentlichungen (vgl. Titel 53101) sowie Katalogverkäufe, auch auf Basis von Kommissionsverträgen (vgl. verbindliche Erläuterung zu Titel 67121).
IST 2022: Höhere Einnahmen durch gesteigerten Abverkauf von deutlich preisreduzierten Katalogen und Erweiterung des Shop-Sortiments.

11979	**183**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**569,59**

Erstattung von Fernmeldegebühren und sonstige Einnahmen.

28106	**183**	**Ersatz von Ausgaben für Dienst- und Sachleistungen**	**3.600**	**3.600**	**3.600**	**65,00**

Insbesondere für Reproduktionen.
IST 2022: Geringere Einnahmen durch rückläufige Reproduktions- und Leihanfragen.

28290	**183**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**117.363,86**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890, 52390 und 54690.

2022 wurden folgende Zuwendungen und Spenden vereinnahmt:

Betrag in €	Mittelherkunft
29.899,22	Deutsches Zentrum für Kulturgutverluste
18.752,50	Ernst von Siemens Stiftung für Restaurierung von Gemälden
68.267,14	Ferdinand Möller Stiftung zur Finanzierung der Sammlungskuratorenstelle im Brücke-Museum
445,00	Private Spenden

		Gesamteinnahmen	**286.000**	**286.000**	**286.000**	**360.412,87**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**183**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42701	**183**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**13.600**	**13.600**	**13.600**	**16.063,63**

Mehr i. H. v. 12.538 € ab 2024 aufgrund der Anhebung der Honorare von freiberuflichen Guides in landesgeförderten Museen und Gedenkstätten. Mittelumsetzung aus Kapitel 0810, Titel 68573.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

42722	**183**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**110.000**	**114.000**	**59.800**	**28.487,48**

Brücke-Museum

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42801	**183**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**604.000**	**628.000**	**597.000**	**542.623,60**
42811	**183**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**30.600**	**31.800**	**1.000**	**29.891,82**
42890	**183**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
44100	**183**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**183**	**Geschäftsbedarf**	**20.100**	**20.100**	**20.100**	**14.093,41**

Schreibmaterial, sonstiger Geschäfts- und Bürobedarf sowie Entschädigung für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten und Fahrgelder innerhalb Berlins, Bücher und Zeitschriften.

IST 2022: Weniger durch Verlagerung auf mobiles Arbeiten.

51140	**183**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**14.257,95**

Wartung und Unterhaltung von Büromaschinen und Geräten und zur Vervollständigung der Ausstattung mit Büromöbeln.
IST 2022: Mehr für erforderliche Ersatzbeschaffungen, die den ergonomischen und arbeitsmedizinischen Ansprüchen gerecht werden.

51185	**183**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**183**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**303.000**	**309.000**	**297.000**	**246.000,00**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				

Mehr in 2024 i. H. v. 5.940 € und in 2025 i. H. v. 12.000 € jeweils gegenüber 2023 für höhere Ausgaben im Rahmen des Facility Managements auf Grundlage der von der BIM GmbH ermittelten Beträge.
IST 2022: Geringere Einnahmen wegen Betriebskostenerstattung aus 2021.

51820	**183**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**98.666,85**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				
51925	**183**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**52.964,01**

Für Zahlungsverpflichtungen, die gegenüber der BIM GmbH für von dieser für das Grundstück Bussardsteig 9 zu leistenden funktionsbedingten Um- und Einbauten, Wartungskosten für die nutzerspezifischen Anlagen sowie sonstige nutzerspezifische Maßnahmen entstehen.
IST 2022: Mehr wegen notwendiger Erneuerung des Fußbodenbelages in der gesamten Ausstellung.

52306	**183**	**Archive und Sammlungen**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**90.021,74**

Erwerb, Instandsetzung und Pflege von Sammlungsgegenständen und Archivmaterial.
IST 2022: Mehr wegen Ankauf eines für die Sammlung wichtigen Kunstwerks von Erich Heckel, siehe Titel 54690.

52390	**183**	**Archiv- und Sammlungsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Brücke-Museum

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**183**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**745,00**
52609	**183**	**Thematische Untersuchungen**	**20.200**	**20.200**	**20.200**	**23.306,61**

Ausgaben für Provenienz-Forschung (Eigenanteil an Sachmitteln für Publikation, Ausstattung, EDV, Datenbank).

52703	**183**	**Dienstreisen**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**5.205,24**

Für Dienstreisen, insbesondere für Objekteinwerbung durch Schenkung, Leihgabe oder Kauf.
IST 2022: Mehr, da internationale Kooperationen angebahnt wurden und zum Sichten von Kunstwerken im Original.

53101	**183**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**21.318,04**

Vgl. Erläuterung zu Titel 11901. Zur Herstellung von Katalogen, Flyer, Archivhefte u. a.

53110	**183**	**Programminformation und Werbung**	**45.000**	**45.000**	**45.000**	**45.000,00**

Pflege der Website (Social Media, digitale Sammlung); außerdem weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Profilschärfung (insbesondere Plakataktionen).

54002 (neu)	**183**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**1.000**	**1.000**		
54010	**183**	**Dienstleistungen**	**178.000**	**353.000**	**153.000**	**95.038,01**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	10.000	0	0

Für wissenschaftliche Mitarbeiter insbesondere für den Bereich kulturelle Bildung und Erarbeitung von Ausstellungen.
Ab 2025 ist die Änderung der Wirtschaftsführung nach § 26 LHO vorgesehen.
Dafür mehr in 2024 i. H. v. 25.000 € gegenüber 2023 für eine externe Begleitung der Rechtsformänderung und mehr in 2025 i. H. v. 200.000 € gegenüber 2023 (25.000 € für Wirtschaftsberatung/Jahresabschluss; 10.000 € für Lohnbuchhaltung; 165.000 € für zusätzliches Verwaltungspersonal).

54020	**183**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**7.110,67**

Versicherung der langfristigen Leihgaben und des sonstigen Ausstellungsgutes.
IST 2022: Mehr, da Leihgeber teilweise die Landeshaftung nicht akzeptieren und Kunstversicherungen abzuschließen sind.

54053	**183**	**Veranstaltungen**	**412.000**	**412.000**	**412.000**	**317.010,47**
		Verpflichtungsermächtigung	**60.000**	**60.000**		
		Davon fällig 2025	**60.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**60.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	60.000	0	0

Insbesondere für die Durchführung von Sonderausstellungen, Veranstaltungen und Vorträgen.
Die Mittel sind auch für Versicherung, den Transport der Leihgaben und Leihgebühren vorgesehen.

IST 2022: Weniger wegen Verschiebung einer Ausstellung mit internationalen Leihgaben auf 2023.

Brücke-Museum

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079	**183**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**702,61**

Ausgaben für die Hausapotheke, Kranzspenden und Nachrufe, Bewirtung von Gästen, für Stellenausschreibungen und Bekanntmachungen.

54690	**183**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**205.807,74 R 1.000,00**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

IST 2022:

Betrag in €	Verwendung
29.899,22	Provenienzforschung
18.752,50	Restaurierung von Gemälden
68.267,14	Schmidt-Rottluff-Stiftung für die Personalkosten Sammlungskuratorin Brücke-Museum
13.642,74	Projekt Various Anwers der Kulturstiftung des Bundes
44.587,94	Ankauf Kunstwerk Erich Heckel (Haushaltsreste), siehe Titel 52306
30.658,20	Förderung der Museumsarbeit aus zweckgebundenen Spenden

67121	**183**	**Rückzahlung zu Unrecht vereinnahmter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**33.534,54**

Mehrausgaben für die Erstattung von Beträgen aus Kommissionsverträgen (Kataloge) dürfen geleistet werden, sofern sie bei Titel 11901 eingegangen sind (verbindliche Erläuterung).
IST 2022: Auszahlung der Einnahmen aus Kommissionsgeschäften.

Brücke-Museum

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**183**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**6.100**	**6.100**	**6.100**	**1.500,00**

Leistungen des IT-Dienstleistungszentrum Berlin für das ProFiskal-Buchungssystem, Wartung und Pflege des Content-Management-Systems sowie Lizenzen für „MuseumPlus“.
IST 2022: Geringere Ausgaben für ProFiskal, Museumsdatenbank, Kassenbuchungssoftware.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**6.100**	**6.100**	**6.100**	**1.500,00**
	Gesamtausgaben	**1.955.100**	**2.165.300**	**1.836.300**	**1.889.349,42**
	Prozentuale Veränderung	**6,5 %**	**10,8 %**		

Abschluss Kapitel 0812

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**280.400**	**280.400**	**280.400**	**242.984,01**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**5.600**	**5.600**	**5.600**	**117.428,86**
	Gesamteinnahmen	**286.000**	**286.000**	**286.000**	**360.412,87**
411-462	**Personalausgaben**	**761.200**	**790.400**	**674.400**	**617.066,53**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.192.900**	**1.373.900**	**1.160.900**	**1.238.748,35**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**33.534,54**
	Gesamtausgaben	**1.955.100**	**2.165.300**	**1.836.300**	**1.889.349,42**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.669.100**	**-1.879.300**	**-1.550.300**	**-1.528.936,55**

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält alle Einnahmen und Ausgaben der nichtrechtsfähigen Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Die Aufgabe der Stiftung ist es, als zentrale nationale Gedenkstätte das Andenken des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in seiner ganzen Breite und Vielfalt zu erhalten, rechtsextremen Tendenzen entgegen zu wirken und im Rahmen der politischen Bildungsarbeit über die Partizipationsmöglichkeiten in der demokratischen Gesellschaft zu informieren.

Es wird erwartet, dass sich der Bund aufgrund der nationalen Bedeutung der Gedenkstätte:

- bis zu 50 % an den Personalausgaben der Titel 41210, 42201, 44100, 44379 und 45300 sowie bis zu 100% an den Personalausgaben bei Titel 42731 und 42830 beteiligt. (Die Einnahmen werden bei Titel 23102 nachgewiesen.),
- bis zu 50 % an den sachlichen Verwaltungsausgaben der Titel der Hauptgruppe 5 beteiligt. (Die Einnahmen werden bei Titel 23112 nachgewiesen.).

Zur Stiftung gehören

a) die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin-Tiergarten und
b) die Gedenkstätte Plötzensee, Hüttigpfad, 13627 Berlin-Charlottenberg

als zentrale Orte der Erinnerung an den Widerstand gegen das NS-Regime sowie

c) das Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt, Rosenthaler Straße 39, 10178 Berlin und
d) die Gedenkstätte Stille Helden, Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin-Mitte.

Die Ausgaben für das Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt und die Gedenkstätte Stille Helden werden vollständig von der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), getragen.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11901	**195**	**Veröffentlichungen**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**16.338,51**

Einnahmen aus dem Verkauf des erstellten Informationsmaterials und der Publikationen.
Mehr entsprechend dem höheren IST der vergangenen Jahre (vgl. Erläuterung zu Titel 53101).

11979	**195**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
23102	**195**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund**	**2.573.000**	**2.579.000**	**2.248.000**	**2.196.000,00**

Mehr wegen erwarteter höherer Personalausgaben.

23112	**195**	**Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke**	**320.000**	**320.000**	**250.000**	**320.000,00**
28290	**195**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.641.301,12**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42890 und 54690.

2022 wurden vereinnahmt:	
Projektmittel des Bundes……..	2.634.239 €
Spenden von Unternehmen, Stiftungen und Privatpersonen…….	7.062 €

Gesamteinnahmen	**2.911.000**	**2.917.000**	**2.516.000**	**5.173.639,63**
Prozentuale Veränderung	**15,7 %**	**0,2 %**		
Ausgaben				
41210 195 Aufwendungen für Beiräte	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Aufwandsentschädigungen, Reise- und Übernachtungskosten für den Stiftungsrat und den Beirat der Gedenkstätte. Der Beirat setzt sich aus fünf Personen zusammen. Er tagt in der Regel zweimal im Jahr und unterstützt den Stiftungsrat und die Gedenkstätte mit seinem Rat.

42201	**195**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42701	**195**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**216.131,77**

Mehr i. H. v. 85.000 € ab 2024 aufgrund der Anhebung der Honorare von freiberuflichen Guides in landesgeförderten Museen und Gedenkstätten. Mittelumsetzung aus Kapitel 0810, Titel 68573.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

42731	**195**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Fremdfinanzierung)**	**200.000**	**200.000**	**115.000**	**154.949,78**

Mehr i. H. v. 85.000 € ab 2024 aufgrund der Anhebung der Honorare von freiberuflichen Guides in landesgeförderten Museen und Gedenkstätten

42801	**195**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**573.000**	**596.000**	**568.000**	**546.968,64**
42811	**195**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**52.500**	**54.600**	**1.000**	**50.341,62**
42830	**195**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)**	**2.385.000**	**2.480.000**	**2.338.000**	**2.046.566,04**

Die Ansatzerhöhung erfolgt insbesondere aufgrund der Aufgabenerweiterung der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Auftrag und mit vollständiger Finanzierung des Bundes.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42890	**195**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**541.905,33 R 67.524,13**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
44100	**195**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44379	**195**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**4.800**	**4.800**	**1.000**	**4.711,10**

Insbesondere für ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften, auch im Zusammenhang mit Bildschirmarbeitsplätzen und notwendigen Hilfsmitteln sowie für Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Fürsorgepflicht.

45300	**195**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**195**	**Geschäftsbedarf**	**42.000**	**42.000**	**42.000**	**41.802,23**
51140	**195**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**10.300**	**10.300**	**10.300**	**10.300,00**

Für die Beschaffung und den Ersatzbedarf der Geräte (Film- und Video-Großbildanlage, Multivision, Tonanlagen, Bibliotheksgeräte und Geräte in der ständigen Ausstellung).

51185	**195**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**195**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**120.000**	**120.000**	**84.500**	**96.500,00**

Mehr wegen:

- Erhöhung der Reinigungskosten -u.a. Mindestlohnerhöhung- (21.500 € in 2024 und 21.500 € in 2025),
- Erhöhung der Wartungskosten für die Brandmeldeanlagen (jährlich 3.000 €),
- Kosten für gesetzlich vorgeschriebenen Austausch von Rauchmeldern (jährlich 11.000 €).

51715	**195**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**27.000**	**27.600**	**26.500**	**15.115,83**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				

Für die in das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) übertragene Gedenkstätte Plötzensee.
Mehr Ausgaben im Rahmen des Facility Managements auf Grundlage der von der BIM GmbH ermittelten Beträge.

51801	**195**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**112.000**	**122.000**	**83.000**	**82.997,16**

Mehr i. H. v. 29.000 € in 2024 und 39.000 € ab 2025 für Heiz- und Bewirtschaftungskosten für Räumlichkeiten im Bendlerblock.

51803	**195**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**4.935,41**
51820	**195**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**20.800**	**20.800**	**20.800**	**20.799,96**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				

Für die in das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) übertragene Immobilie Gedenkstätte Plötzensee. Mehr Ausgaben im Rahmen des Facility Managements auf Grundlage der von der BIM GmbH ermittelten Beträge. Die bisherige Kostenmiete bei einzelnen Objekten wurde durch eine SILB-Miete ersetzt. Die Miete wurde in Anlehnung an die Miethöhen der übrigen Objekte des SILB ermittelt.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**195**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**1.418,22**

Für die in das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) übertragene Gedenkstätte Plötzensee.

52501 (neu)	**195**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**		
52513	**195**	**Politische Bildungsarbeit**	**96.000**	**96.000**	**96.000**	**95.999,99**
52609	**195**	**Thematische Untersuchungen**	**15.400**	**15.400**	**15.400**	**15.400,00**

Für Besuchsforschung (Teilnahme am Kulturmonitoringprogramm -KulMon- der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung).

52703	**195**	**Dienstreisen**	**2.800**	**2.800**	**2.800**	**2.354,75**

Insbesondere für die Vorbereitung von Veranstaltungen und Ausstellungen.

53101	**195**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**61.000**	**61.000**	**61.000**	**60.687,59**

Druck und Nachdruck der Begleitmaterialien zur Ausstellung »Widerstand gegen den Nationalsozialismus«, der »Beiträge zum Thema Widerstand«, der »Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand«, der Reihe »Berliner Widerstand 1933-1945«, fremdsprachiger Veröffentlichungen sowie der Publikationen von Veranstaltungen der Gedenkstätte sowie von Sonderpublikationen.

53108	**195**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**1.500,00**

Ehrungen und Empfänge anlässlich bedeutsamer Veranstaltungen.

53110	**195**	**Programminformation und Werbung**	**17.000**	**17.000**	**17.000**	**16.950,70**

Insbesondere für Anzeigen, Faltblätter, Agenturkosten für die laufende Ausstellung und sonstige Veranstaltungen.

54002 (neu)	**195**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**1.000**	**1.000**		
54053	**195**	**Veranstaltungen**	**157.000**	**157.000**	**157.000**	**157.000,00**

Für Film-, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen und Präsentationen von Ausstellungen im In- und Ausland. Erweiterung, Überarbeitung und Instandhaltung der laufenden Dauerausstellung. Erarbeitung von Sonder-, Wechsel- und Wanderausstellungen.

54079	**195**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**975,59**
54690	**195**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.015.836,89 R 224.470,02**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

2022 wurden Mittel für folgende Projekte verausgabt:

Gedenkstätte Stille Helden	503.589 €
Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt	362.740 €
Stiftung 20. Juli 1944	81.376 €
Reichsbanner Schwarz Rot Gold	356.356 €
Publikationen	3.840 €
Andere Bundesprojekte	402.567 €
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) Projekt Digitalisierung	75.293 €
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) Projekt Jugend erinnert	65.032 €
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) Projekt Frauen im Widerstand	89.629 €
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) Projekt Neustart Kultur	69.514 €
EU Projekt „Resist“	5.900 €

Genderrelevante Daten: 50 % weiblich, 50% männlich, divers k.A.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**195**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.600**	**1.600**	**1.600**	**1.577,20**

	2024 €	2025 €
Leistungen des IT-Dienstleistungszentrums für ProFiskal (Buchungssystem).....	1.600	1.600

	Summe Maßnahmegruppe 32	**1.600**	**1.600**	**1.600**	**1.577,20**
	Gesamtausgaben	**4.115.200**	**4.245.900**	**3.855.900**	**6.203.725,80**
	Prozentuale Veränderung	**6,7 %**	**3,2 %**		

Abschluss Kapitel 0813

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**16.338,51**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**2.895.000**	**2.901.000**	**2.500.000**	**5.157.301,12**
	Gesamteinnahmen	**2.911.000**	**2.917.000**	**2.516.000**	**5.173.639,63**
411-462	**Personalausgaben**	**3.420.300**	**3.540.400**	**3.228.000**	**3.561.574,28**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**694.900**	**705.500**	**627.900**	**2.642.151,52**
	Gesamtausgaben	**4.115.200**	**4.245.900**	**3.855.900**	**6.203.725,80**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.204.200**	**-1.328.900**	**-1.339.900**	**-1.030.086,17**

Landesarchiv

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für das Landesarchiv als nachgeordnete Einrichtung.

Die Aufgaben des Landesarchivs Berlin gemäß Gesetz über die Sicherung und Benutzung von Archivgut des Landes Berlin (Archivgesetz des Landes Berlin – ArchGB) vom 14.03.2016:

1. Erfassung, Aufbereitung und wissenschaftliche Auswertung von Archivgut einschließlich elektronischem Archivgut aller ehemaligen und gegenwärtig für den Berliner Bereich zuständigen Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sowie der Erwerb von Archivalien und das Sammeln von Dokumentationsmaterial aller Art inklusive Bild-, Film- und Tonmaterialien von bleibender Bedeutung für die Geschichte Berlins.
2. Elektronisches Archiv des Landes Berlin.
3. Bereitstellung des Archivguts für amtliche, wissenschaftliche und private Nutzung.
4. Führung der Stadtchronik, Forschungen zur Berliner Geschichte, Herausgabe von Publikationen und Durchführung von Ausstellungen, Historische Bildungsarbeit im Rahmen der Kulturellen Bildung.
5. Auskünfte und Gutachten für amtliche und wissenschaftliche Zwecke.

Landesarchiv

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11116	**162**	**Benutzungsentgelte**	**260.000**	**260.000**	**269.000**	**186.449,01**

Entgelte für die Herstellung von Fotokopien, für Nutzungs- und Verwertungsrechte sowie für Recherchen.

11152	**162**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gebühren nach der Gebührenordnung des Landesarchives Berlin (LArchGebVO).

11901	**162**	**Veröffentlichungen**	**1.000**	**1.000**	**5.000**	**301,09**

Einnahmen aus dem Verkauf von Publikationen und Katalogen.

11924	**162**	**Werbeerlöse**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus Anzeigenwerbung.

11979	**162**	**Verschiedene Einnahmen**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**—**
12511	**162**	**Verkaufserlöse**	**35.000**	**35.000**	**55.000**	**18.148,38**

Erlöse aus dem Verkauf und der Bereitstellung fotografischer Arbeiten.

23102	**162**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund**	**150.000**	**150.000**	**120.000**	**149.440,00**

Zuweisung des Bundes zur Finanzierung der Personalausgaben für gesetzlich vorgeschriebene Sicherungsverfilmung (vgl. auch Erläuterung zu Titel 42830).

28290	**162**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**49.844,93**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 52390 und 54690.

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden
für Ausgaben bei den Titeln 52390 und 54690.

Es werden Zuwendungen von privaten Spendern erwartet.

		Gesamteinnahmen	**475.000**	**475.000**	**478.000**	**404.183,41**
		Prozentuale Veränderung	**-0,6 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**162**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**966.000**	**1.084.000**	**1.162.000**	**855.875,81**
42221	**162**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**36.100**	**60.700**	**95.400**	**—**
42801	**162**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.233.000**	**3.362.000**	**2.994.000**	**2.989.727,73**
42811	**162**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**41.900**	**43.600**	**1.000**	**41.727,80**
42821	**162**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**116.000**	**139.000**	**132.000**	**60.413,44**
42830	**162**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/ Zuwendung)**	**158.000**	**164.000**	**127.000**	**149.793,55**

Es wird erwartet, dass die Personalkosten durch den Bund für die gesetzlich vorgeschriebene Sicherungsverfilmung erstattet werden. Die Leistung von Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen beim Titel 23102 eingegangen sind, oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

Landesarchiv

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42831	**162**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung / Zweckbindung / Ausgleichsabgabe)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Personalkosten wurden bislang für das zur Zeit nicht fortgeführte Projekt „Datenmanagement der Bundessicherungsverfilmung“ vom Bund erstattet. Die Leistung von Ausgaben ist nur zulässig, wenn entsprechende Einnahmen beim Titel 23102 eingegangen sind, oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

44100	**162**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**84.100**	**86.700**	**67.400**	**79.253,44**
44379	**162**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**7.300**	**18,28**
45201	**162**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45300	**162**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**10.300**	**—**
51101	**162**	**Geschäftsbedarf**	**61.700**	**61.700**	**61.700**	**61.568,28**

	2024	2025
Telefongesprächsgebühren	4.000 €	4.000 €
Registratur-, Büro-, Verpackungs- und Vervielfältigungsbedarf, Fahrgelder	42.400 €	42.400 €
Bücher und Zeitschriften	7.200 €	7.200 €
Postgebühren	7.900 €	7.900 €
Rundfunk- und Fernsehgebühren	200 €	200 €
	61.700 €	61.700 €

51140	**162**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**79.508,75**

Wartung, Reparatur und Erneuerung der technischen Einrichtungen (Labore, Foto-, Film-, Tonbestände), der Magazineinrichtungen sowie des Büromobiliars.

51185	**162**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**162**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**1.400**	**1.400**	**1.400**	**3.312,54**

Treibstoff und Öl sowie Wartungsarbeiten für einen PKW-Kombi und einen Transporter.

51424	**162**	**Verbrauchsmittel für Werkstätten**	**2.600**	**2.600**	**2.600**	**2.574,36**

Für die Buchbinderei und die Restaurierungswerkstätten des Landesarchivs Berlin.

51432	**162**	**Film- und Fotomaterial, Ton- und Videobänder**	**35.700**	**35.700**	**35.700**	**30.642,57**

Material zur Verfilmung von Dokumentationsunterlagen und für die Herstellung von Aufnahmen, Reproduktionen und Vergrößerungen.

51715	**162**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**688.000**	**702.000**	**674.000**	**651.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebskosten im Rahmen des Facility Managements.
Mehr i. H. v. 13.480 € in 2024 sowie 27.230 € ab 2025 auf Grundlage der von der BIM GmbH ermittelten Beträge für den Eichborndamm 115-121.

Landesarchiv

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51802	**162**	**Mieten für Fahrzeuge**	**8.300**	**8.300**	**8.000**	**7.982,52**

Kosten für zwei Leasingfahrzeuge infolge Wegfall der Inanspruchnahme des Fuhrparks:

	2024	2025
1 Pkw-Kombi für den Fotoaufnahmedienst	3.100 €	3.100 €
1 Transporter für Aktentransporte	5.200 €	5.200 €
	8.300 €	8.300 €

51803	**162**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**10.100**	**10.100**	**8.900**	**8.899,35**

Miete für Kopierautomaten. Mehr i. H. v. 1.200 € in 2024 und i. H. v. 1.200 in 2025 aufgrund gestiegener Kosten beim ITDZ.

51820	**162**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**378.000**	**378.000**	**378.000**	**378.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Übertragung der vom Landesarchiv genutzten Immobilie Eichborndamm 115-121 in das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) und der daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen.

51827	**162**	**Zinsanteil beim Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen)**	**859.000**	**781.000**	**931.000**	**996.936,27**

Zinsanteil für den Mietkauf des neuen Dienstgebäudes am Eichborndamm.
Weniger i. H. v. 72.250 € in 2024 und 150.840 € in 2025 wegen sinkender zu verzinsender Restschuld im Rahmen des Mietkaufs der Immobilie Eichborndamm 115-121.

51925	**162**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**20.500**	**20.500**	**20.500**	**23.010,11**

Instandhaltung, Erneuerung und Ersatzbeschaffung von nutzerspezifischen Anlagen und Einrichtungen.

52306	**162**	**Archive und Sammlungen**	**276.000**	**276.000**	**276.000**	**275.978,93**

	2024	2025
Bestandserhaltungsmaßnahmen wie Entsäuerung, Restaurierung, Verfilmung und Begasung sowie für die Beschaffung von Urkunden, Plänen, Handschriften und berlinhistorischem Schriftgut	206.000 €	206.000 €
Ergänzung und Bestandserhaltung der Film- und Fotobestände	20.000 €	20.000 €
Bearbeitung wie Entfernung von Eisenteilen und fachgerechte Verpackung von Archivgut in Verbindung mit einer einfachen Erschließung	50.000 €	50.000 €
	276.000 €	276.000 €

52390	**162**	**Archiv- und Sammlungsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**49.844,93**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

52501 (neu)	**162**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**		

Nur für Dienstkräfte Berlins; Hier werden auch Ausgaben für Reisen im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung von Bediensteten nachgewiesen.
Mehr i. H. v. 1.000 € in 2024 und 2025

Landesarchiv

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**162**	**Gutachten**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.923,33**

Kosten für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Dienst.

52703	**162**	**Dienstreisen**	**4.500**	**4.500**	**1.900**	**1.545,00**

Teilnahme an Sitzungen von Fachausschüssen KLA, BKK und DAN, die analog durchgeführt werden.
Mehr i. H. V. 2.600 € ab 2024 für die Sicherstellung der regelmäßigen Teilnahme an den Gremien des Archivwesens.

53101	**162**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**45.100**	**45.100**	**45.100**	**45.454,63**

Herausgabe des Jahrbuchs des Landesarchivs Berlin.

53102	**162**	**Berlin-Informationen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**19.921,90**

Kosten für die Herstellung des Bildmaterials und Ankauf von Aufnahmen, Filmkopien, Alben, Mappen und Kassetten für die Zwecke von Publikationen.

53111	**162**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Stellenausschreibungen. Merkansatz i. H. v. 1.000 €.

54002	**162**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für das Betriebliche Gesundheitsmanagement.

54010	**162**	**Dienstleistungen**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**110.927,28**

Ausgaben für Dienstleistungen i. H. v. 10.000 € (z.B. Kopierdienste oder Organisationsuntersuchungen) und 100.000 € für die Digitalisierung des Filmbestandes. Nach den Bestimmungen des Berliner Archivgesetzes ist die Benutzbarkeit der Bestände zu sichern. Die Digitalisierung der Filme soll von einem geeigneten Dienstleistenden übernommen werden.

54053	**162**	**Veranstaltungen**	**1.600**	**1.600**	**1.600**	**411,46**

Ausgaben im Rahmen von Informationsveranstaltungen zur Arbeit des Landesarchivs Berlin.

54079	**162**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.900**	**2.900**	**2.900**	**2.665,83**
54690	**162**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

68579	**162**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**535,46**

Mitgliedsbeiträge für den Deutschen Bibliotheksverband, den Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA), die Arbeitsgemeinschaft der Archiv-, Bibliotheks- und Graphikrestauratoren sowie für Conseil International des Archives (C.I.A.).

68619	**162**	**Zuschüsse an sonstige Stiftungen**	**200.000**	**202.000**	**176.000**	**176.000,00**

Zuschuss an die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv.
Mehr i. H. v. 24.000 € (2024) und 26.000 € (2025) für die Sicherung der wissenschaftlichen Arbeit der Stiftung.

81259	**162**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Landesarchiv

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81279	**162**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**70.000**	**70.000**	**70.000**	**125.994,88**

Beschaffung von Schränken und diversen Ausstattungsteilen, sowie Regalanlage für die Personenstandsunterlagen wegen erheblichen Aufwuchses von Aktenbeständen aus den Behörden des Landes Berlin.

82301	**162**	**Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen)**	**1.161.000**	**1.264.000**	**1.065.000**	**973.998,82**

Ausgaben für den Mietkauf des neuen Dienstgebäudes am Eichborndamm.
Mehr i. H. v. 96.000 € in 2024 und i. H. v. 199.000 € in 2025 wegen Erhöhung der Mietkaufraten.

Landesarchiv

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**162**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**383.000**	**433.000**	**183.000**	**180.829,25**
		Verpflichtungsermächtigung	**250.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**250.000**			

Ausgaben für das elektronische Archiv für anteilige Host-, Server und Netzkosten, Hard- und Softwarewartungskosten, Ersatz- und Ergänzungskosten.
Mehr i. H. v. 200.000 € (2024) und 250.000 € (2025) für die Voruntersuchung für ein neues, webbasiertes archivisches Fachinformationssystem (AFIS, 2024) sowie für Lizenzen, Einführung und Datenmigration (2025).

81259	**162**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.466.000**	**1.320.000**	**10.000**	**9.638,84**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.050.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.300.000**			
		Davon fällig 2026	**750.000**	**—**		

Beschaffung und Installation von Hard- und Software für archivisches Fachinformationssystem einschließlich IT-Sicherheitslösung / Antivirussoftware.

Mehr i. H. v.:

1. 100.000 € (2024) und 220.000 € (2025) für den Ausbau des Sicherungsspeichers für digitalisiertes Archivgut als Folge erhöhter digitaler Benutzungsanforderungen sowie für die Ersatzbeschaffung eines Controllers zur Steuerung im Speichergerät

2. 100.000 € (2024) und 250.000 € (2025) für die Beschaffung und Installation von Hard- und Software für ein neues archivisches Fachinformationssystem (s. auch Kapitel 0814 Titel 51185)

3. 1.266.000 € (2024) und 850.000 € (2025) für die Einrichtung eines Basisdienstes Digitale Archivierung, davon:

	2024 €	2025 €
Speicherbedarf für Benutzungsdigitalisate	100.000	100.000
Ersatzbeschaffung Controller	130.000	0
Ersatzbeschaffung Server	192.000	0
Ersatzbeschaffung Firewall	36.000	0
Ersatzbeschaffung Switches	57.600	0
IKT-Basisdienst Digitale Archivierung	750.000	750.000

Summe Maßnahmegruppe 32	**1.849.000**	**1.753.000**	**193.000**	**190.468,09**
Gesamtausgaben	**10.533.500**	**10.783.400**	**8.769.700**	**8.396.915,34**
Prozentuale Veränderung	**20,1 %**	**2,4 %**		

Landesarchiv

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0814				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	323.000	323.000	356.000	204.898,48
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	152.000	152.000	122.000	199.284,93
		Gesamteinnahmen	475.000	475.000	478.000	404.183,41
411-462		Personalausgaben	4.639.100	4.944.000	4.598.400	4.176.810,05
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.996.400	2.982.400	2.849.300	2.933.937,29
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	201.000	203.000	177.000	176.535,46
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	2.697.000	2.654.000	1.145.000	1.109.632,54
		Gesamtausgaben	10.533.500	10.783.400	8.769.700	8.396.915,34
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-10.058.500	-10.308.400	-8.291.700	-7.992.731,93

Landesarchiv

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001155 Landesarchiv

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	2.225.754	2.154.739	+3,30
Kostenträger	3	Sachkosten	0	0	
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	3	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	320.800	307.632	+4,28
Projekte	0	Gemeinkosten	3.679.927	4.271.006	-13,84
		Summe Verwaltungskosten	6.226.481	6.733.376	-7,53
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	6.226.481	6.733.376	-7,53

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005392	2022	6.226.481	0	6.226.481
Informationsdienste	2021	6.733.376	0	6.733.376

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79947	2022	3.305.747	0	3.305.747
Benutzung und Auswertung von Informationen -extern-	2021	3.557.615	0	3.557.615

	2022	2021
Menge: Anzahl der Benutzungen	36.461	23.318
Kosten je ME in €	90,67	152,57
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	53,09	52,84
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bereitstellung von Informationen für die Benutzung; Durchführung von Vorträgen, Führungen und Ausstellungen sowie von Maßnahmen zur Archivpädagogik/Historischen Bildungsarbeit; Erstellung von Publikationen; Betreuung von Projekten; Durchführung von Forschungsarbeiten; Berlin-Information; Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, Vermittlung von Informationskompetenz

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für den Beauftragten für die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

An die Evangelische und die Katholische Kirche werden auf gesetzlicher Grundlage sowie aufgrund des Evangelischen Kirchenvertrages Berlin vom 20. Februar 2006 bzw. der in Ausführung der abschließenden Protokolle über Besprechungen zwischen Vertretern der Kirchen und des Senats vom 2. Juli 1970 abgeschlossenen Vereinbarungen in der Fassung vom 17. September 1990 und 6. Dezember 1991 (Ausweitung auf den Ostteil Berlins) Zuschüsse geleistet. Aufgrund des Staatsvertrages über die Beziehungen des Landes Berlin zur Jüdischen Gemeinde zu Berlin vom 19. November 1993 erhält die Jüdische Gemeinde zu Berlin Staatsleistungen.

1. Ausgaben von Bundesrecht bzw. Bundesgesetze ausführendes Landesrecht

Rechtsgrundlage: Art. 140 GG i. V. m. Art. 138 (1) WRV

Erläuterung: Zuschüsse an die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und die Katholische Kirche, Erzbistum Berlin. Die Alt-Katholiken haben wie die beiden großen Kirchen Anspruch auf Staatsleistungen als verfassungsrechtlich geschützten Ausgleich für Säkularisierungsenteignungen.

2. Ausgaben aufgrund von Landesrecht

Rechtsgrundlage: Aufgrund der Abschließenden Protokolle vom 2. Juli 1970 in der Fassung vom 17. September 1990 und 6. Dezember 1991 (Ausweitung auf den Ostteil Berlins) sowie dem Evangelischen Kirchenvertrag vom 20. Februar 2006 erhalten die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und die Katholische Kirche, Erzbistum Berlin, Staatsleistungen und Mittel für die kulturelle Betreuung.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin erhält Zuschüsse aufgrund des Staatsvertrages über die Beziehungen des Landes Berlin zur Jüdischen Gemeinde zu Berlin vom 19. November 1993.

Die genannten Kirchen und die Jüdische Gemeinde zu Berlin sind Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Gemäß § 13 des Schulgesetzes für Berlin ist der Religionsunterricht Sache der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Grundlage für die Leistungen für den Religionsunterricht an die beiden Großkirchen sind die abschließenden Protokolle mit ihren Fortschreibungen und der Evangelische Kirchenvertrag Berlin vom 20. Februar 2006, für die Jüdische Gemeinde zu Berlin ist es der Staatsvertrag. Aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz, den das OVG in seinem Urteil vom 16. Dezember 1994 für den Humanistischen Verband Deutschlands, Landesverband Berlin, festgestellt hat, ergibt sich die Finanzierung auch für alle weiteren Unterrichtsanbieter.

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	**199**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**650.000**	**650.000**	**560.000**	**721.023,56**

Rückzahlung von nicht benötigten Zuwendungen und Zuschüssen aus Vorjahren.

23190	**199**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**348.000**	**348.000**	**348.000**	**347.389,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68590.

Zweckbestimmte Einnahme für die Erhaltung jüdischer Friedhöfe, aufgrund einer Vereinbarung mit dem Bund. Die Vereinbarung setzt voraus, dass sich Bund und Land zu je 50 % an den Ausgaben beteiligen (vgl. auch Erläuterung zu Titel 68590).

		Gesamteinnahmen	**998.000**	**998.000**	**908.000**	**1.068.412,56**
		Prozentuale Veränderung	**9,9 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**115.000**	**119.000**	**104.000**	**108.535,96**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**528.000**	**549.000**	**459.000**	**402.804,84**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**3.900**	**4.100**	**5.100**	**3.658,95**
52501	**199**	**Aus- und Fortbildung**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**—**
52601	**199**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**10.000**	**10.000**	**5.000**	**—**

Gerichts-, Anwalts- und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Rechtsstreitverfahren.
Mehr i. H. v. 5.000 € in 2024 und i. H. v. 5.000 € in 2025 in Anpassung an den Bedarf.

52610	**199**	**Gutachten**	**10.000**	**10.000**	**7.500**	**7.735,00**

Analysen religionspolitischer Entwicklungen. Mehr i. H. v. 2.500 € in 2024 sowie i. H. v. 2.500 € in 2025 in Anpassung an den Bedarf.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**6.000**	**6.000**	**1.000**	**869,83**

Dienstreisen im Zusammenhang mit religionspolitischer und religionsübergreifender Zusammenarbeit.
Mehr i. H .v. 5.000 € in 2024 und 5.000 € in 2025 in Anpassung an den Bedarf.

54010	**199**	**Dienstleistungen**	**158.000**	**158.000**	**188.000**	**88.226,85**
		Verpflichtungsermächtigung	**158.000**	**158.000**		
		Davon fällig 2025	**158.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**158.000**		

Stärkung der Zusammenarbeit von Metropolregionen zum religionsübergreifenden Verständnis mit Hilfe eines Dienstleistungsgebers.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	40.000	0	0

Weniger i. H. v. 30.000 € in 2024 und i. H. v. 30.000 € in 2025 wegen der Möglichkeit neuer Schwerpunktsetzungen.

54053	**199**	**Veranstaltungen**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**28,85**

Veranstaltungen des Beauftragten für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und Konsultationen mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68303	**199**	**Zuschüsse für Veranstaltungen**	**312.000**	**312.000**	**312.000**	**311.650,00**

Zuschuss an die Jüdische Gemeinde zu Berlin zur Deckung der Ausgaben für die „Jüdischen Kulturtage“, soweit diese durch Einnahmen und eigene Mittel der Gemeinde nicht gedeckt werden können, sowie an den Bach-Chor.

68433	**199**	**Zuschuss an die Stiftung Neue Synagoge - Centrum Judaicum**	**1.113.000**	**1.146.000**	**1.080.800**	**1.066.875,07**

16.800,0 EUR wurden bislang bei 0810/68573 nachgewiesen.

Zuschuss an die Stiftung Neue Synagoge – Centrum Judaicum – eine landesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts. Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024/25 i. H. v. 48.800 € in 2024 und i. H. v. 81.700 € in 2025, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Aufgrund von Titelveränderungen im Zusammenhang mit der Senatsumbildung können der Ansatz 2023 und das Ist 2022 nicht für einen Vergleich mit den Ansätzen 2024 und 2025 herangezogen werden.

68438	**199**	**Zuschuss an die Israelitische Synagogengemeinde (Adass Jisroel) Berlin**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Israelitische Synagogengemeinde (Adass Jisroel) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
Die institutionelle Förderung wurde eingestellt. Merkansatz i. H. v. 1.000 €.

68439	**199**	**Zuschuss an die Evangelische Kirche**	**8.039.000**	**8.039.000**	**8.039.000**	**7.875.177,73**

Staatsleistungen an die Evangelische Kirche auf der Grundlage der geschlossenen Vereinbarung.

68440	**199**	**Zuschuss an die Katholische Kirche**	**4.157.000**	**4.284.000**	**3.951.000**	**4.034.813,88**

Staatsleistungen an die Katholische Kirche auf der Grundlage der geschlossenen Vereinbarung.
Mehr i. H. v. 206.000 € in 2024 gegenüber 2023 und i. H. v. 333.000 € in 2025 gegenüber 2023 wegen zu erwartender Besoldungserhöhungen.

68441	**199**	**Zuschuss an die Jüdische Gemeinde**	**14.006.000**	**14.427.000**	**13.598.000**	**13.238.891,71**

Staatlicher Zuschuss entsprechend den Vereinbarungen mit der Jüdischen Gemeinde, zudem auch Zuwendungen für Sicherheitsleistungen. Aufgrund des Staatsvertrages ergibt sich ein Rechtsanspruch der Jüdischen Gemeinde auf Zuschussbewilligungen.

Mehr i. H. v. 408.000 € in 2024 gegenüber 2023 und i. H. v. 829.000 € in 2025 gegenüber 2023 wegen der Umsetzung der tariflichen Entwicklung 2023, für die eine zentrale Vorsorge im Einzelplan getroffen wurde.

68442	**199**	**Zuschuss an die Altkatholische Kirche**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.000,00**

Staatlicher Zuschuss an die Altkatholische Kirche (Körperschaft des öffentlichen Rechts) aufgrund rechtlicher Verpflichtungen.

68443	**199**	**Zuwendungen an den Humanistischen Verband Deutschlands, LV Berlin-Brandenburg**	**600.000**	**600.000**	**600.000**	**600.000,00**

Der Humanistische Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

68444	**199**	**Zuschüsse für kulturelle Betreuung**	**3.708.000**	**3.990.000**	**3.534.000**	**1.874.568,13**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE Plan 2023	340.000	0	0

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

	Zusammenfassung der Teilansätze	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €	Ansatz 2023 in €
1	Evangelische Kirche (Festbetrag)	184.070	184.070	184.070
2	Katholische Kirche (Festbetrag)	51.800	51.800	51.800
3	Jüdische Gemeinde	72.860	72.860	72.860
4	Theologisch-Pädagogische Akademie	65.000	65.000	65.000
5	Erwachsenenbildung Evangelische Kirche (Festbetrag)	123.740	123.740	123.740
6	Evangelische Akademie	125.050	125.050	125.050
7	Katholische Akademie	105.690	105.690	105.690
8	Humanistische Akademie	6.000	6.000	6.000
9	Evangelische Kirche Kirchenmusikalische Ausbildung (Universität der Künste)	260.000	260.000	260.000
10	Katholische Kirche Erwachsenenbildung (Festbetrag)	35.230	35.230	35.230
11	Katholische Kirche Kirchenmusikalische Ausbildung (Universität der Künste)	126.175	126.175	89.175
12	Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit	96.000	96.000	96.000
13	Muslime in Berlin, insbesondere Muslimische Kulturtage	234.000	234.000	234.000
14	Muslimische Bildung/ Akademiearbeit	260.000	260.000	260.000
15	Evangelische Kirche der Union (Berliner Dom)	110.000	110.000	110.000
16	Religionsübergreifende Zusammenarbeit und Dialog der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	330.000	453.500	990.000
17	Projekte der Weltanschauungsgemeinschaften	20.000	20.000	20.000
18	Kulturreligiöse Projekte	60.000	60.000	60.000
19	Deutsche Islam Akademie e.V.	120.000	120.000	120.000
20	Erstellung eines Landeskonzepts für das Muslimische Leben in Berlin	10.000	10.000	75.000
21	Christlich-Jüdischer Dialog	0	0	10.000
22	Einrichten einer Koordinierungsstelle für das Islamforum	0	0	140.000
23	Aufbau von Gemeinwesenszentren	42.000	200.000	300.000
24	Förderung der Ausbildung von Imamen in der Berlin	200.000	200.000	0
25	Projekte zur Förderung d. interreligiöse u. interkulturelle Austausches	70.000	70.000	0
26	Unterstützung Berliner Moscheenvereine durch Ehrenamtskoordination	1.000.000	1.000.000	0
	Summe:	3.707.615	3.989.115	3.533.615
	rund:	3.708.000	3.990.000	3.534.000

Mehr i. H. v. 37.000 € in 2024 und 2025 für die kirchenmusikalische Ausbildung der Katholischen Kirche an der Universität der Künste gemäß Staatsvertrag, für Besoldungserhöhungen aufgrund der Anpassung an das Besoldungssystem.

Weniger i. H. v. 660.000 € in 2024 und 536.500 € in 2025 für religionsübergreifende Zusammenarbeit und Dialog der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wegen der Möglichkeit neuer Schwerpunktsetzungen.

Weniger i. H. v. 65.000 € in 2024 und 65.000 € in 2025 für die Erstellung eines Landeskonzepts für das Muslimische Leben in Berlin wegen der Möglichkeit neuer Schwerpunktsetzungen.

Weniger i. H. v. 10.000 € in 2024 und 2025 wegen Wegfall TA 21 Christlich-Jüdischer Dialog

Weniger i. H. v. 140.000 € in 2024 und 2025. Mittel für Koordinierungsstelle für das Islamforum sind neu bei SenASGIVA als zuständige Senatsverwaltung angesiedelt.

Weniger i. H. v. 258.000 € in 2024 und 100.000 € in 2025 für den Aufbau von Gemeinwesenszentren wegen der Möglichkeit neuer Schwerpunktsetzungen.

Stärkere Förderung der Ausbildung von Imamen in Berlin in Kooperation mit den Verbänden – neuer Einzelansatz i. H. v. 200.000 € in 2024 und i. H. v. 200.000 € in 2025.

Förderung von Projekten zur Förderung des interreligiösen und interkulturellen Austauschs – neuer Einzelansatz i. H. v. 70.000 € in 2024 und i. H. v. 70.000 € in 2025.

Unterstützung Berliner Moscheenvereine durch Ehrenamtskoordinierung – neuer Einzelansatz i. H. v. 1.000.000 € in 2024 und i. H. v. 1.000.000 € in 2025.

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68445	**199**	**Zuschüsse für den Religions- und Weltanschauungsunterricht**	**67.209.000**	**68.209.000**	**67.209.000**	**64.642.285,13**

Berlin übernimmt bis zu 90 %. des nachgewiesenen Aufwandes der Personal- und Ausbildungskosten für den Religions- und Weltanschauungsunterricht der zugelassenen Anbietenden. Zusätzlich werden Mittel für die Verwaltungskosten gewährt. Der Zuschuss wird nach dem 15/12er Gruppen-Modell bei einer Pflichtwochenstundenzahl von 26 Stunden unter Berücksichtigung des eingesetzten staatlichen Lehrpersonals ermittelt. Die Schüler*innenzahlen der Oktoberstatistik des Vorjahres bilden die Basis für die Berechnung des Zuschusses des folgenden Haushaltsjahres.
Die Jüdische Gemeinde zu Berlin erhält einen Zuschuss bis zu 90 % der Personalkosten nach dem vereinbarten Stellenrahmen entsprechend dem Staatsvertrag.

Mehr i. H. v. 1.000.000 € in 2025 aufgrund steigender Teilnehmer*innenzahlen am Religions- und Weltanschauungsunterricht, sowie höherer Personalkostensätze durch zu erwartende Tarifsteigerungen aufgrund neu abzuschließender Finanzierungsvereinbarungen.

Die Mittel sind ausschließlich zur Finanzierung des Religions- und Weltanschauungsunterrichts zu verwenden (verbindliche Erläuterung).

68590	**199**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**348.000**	**348.000**	**348.000**	**347.389,00**

Die Zuwendungen sind zur Erhaltung jüdischer Friedhöfe zu verwenden (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk bei Titel 23190). Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden.

89421	**199**	**Investive Zuschüsse für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften**	**2.316.000**	**2.250.000**	**400.000**	**400.000,00**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 2.250.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.

Die Zuschüsse beziehen sich auf die abschließenden Sanierungsarbeiten der Synagoge Joachimsthaler Straße in 2024 in Höhe von 66.000 € in 2024 und die Baumaßnahme „Drei-Religionen-Kita“ i. H. v. 2.250.000 € in 2024 und i. H. v. 2.250.000 € in 2025.
Mehr i. H. v. 1.916.000 € in 2024 gegenüber 2023 (Sanierung Synagoge Joachimsthaler Str. und Bau der Drei-Religionen-Kita).
Mehr i. H. v. 1.850.000 € in 2025 gegenüber. 2023 (Bau der Drei-Religionen-Kita).

Gesamtausgaben	**102.676.900**	**104.499.100**	**99.878.400**	**95.013.510,93**
Prozentuale Veränderung	**2,8 %**	**1,8 %**		

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0820				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	650.000	650.000	560.000	721.023,56
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	348.000	348.000	348.000	347.389,00
		Gesamteinnahmen	998.000	998.000	908.000	1.068.412,56
411-462		Personalausgaben	646.900	672.100	568.100	514.999,75
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	211.000	211.000	227.500	96.860,53
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	99.503.000	101.366.000	98.682.800	94.001.650,65
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	2.316.000	2.250.000	400.000	400.000,00
		Gesamtausgaben	102.676.900	104.499.100	99.878.400	95.013.510,93
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-101.678.900	-103.501.100	-98.970.400	-93.945.098,37

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000659 Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	182.188	178.663	+1,97
Kostenträger	5	Sachkosten	20.991	5.632	+272,67
davon		Transferkosten	311.650	311.650	
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	5	kalkulatorische Kosten	34.554	33.903	+1,92
Projekte	0	Gemeinkosten	704.454	389.984	+80,64
		Summe Verwaltungskosten	1.253.836	919.832	+36,31
		Transfers	94.099.445	92.987.205	+1,20
		Gesamtsumme	95.353.281	93.907.037	+1,54

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
002970	2022	1.253.836	94.099.445	95.353.281
Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	2021	919.832	92.987.205	93.907.037

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78524	2022	214.888	37.995.642	38.210.530
Betreuung der Evangelischen Kirche (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	147.982	36.764.387	36.912.369

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	40,07	39,31
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	21.000,00	21.000,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Wahrnehmung und Weiterentwicklung der Aufgaben, die sich aus den gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen zum Verhältnis vom Land Berlin zur Evangelischen Kirche ergeben; Ressortübergreifende Koordination bei der Ausführung der vereinbarten Regelungen; Gewährung von Staatsleistungen und Zuwendungen sowie Zuschüssen für den evangelischen Religionsunterricht.

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78525	2022	52.303	12.863.231	12.915.535
Betreuung der Katholischen Kirche (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	34.675	13.125.720	13.160.395

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	13,54	14,01
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Wahrnehmung und Weiterentwicklung der Aufgaben, die sich aus den gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen zum Verhältnis vom Land Berlin zur Katholischen Kirche ergeben; Ressortübergreifende Koordination bei der Ausführung der vereinbarten Regelungen; Gewährung von Staatsleistungen und Zuwendungen sowie Zuschüssen für den katholischen Religionsunterricht.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78526	2022	574.583	16.132.341	16.706.924
Betreuung jüdischer Institutionen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	468.034	15.273.958	15.741.992

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	17,52	16,76
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	290.650,00	290.650,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Wahrnehmung und Weiterentwicklung der Aufgaben, die sich aus den gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen zum Verhältnis vom Land Berlin zu Jüdischen Institutionen ergeben; Ressortübergreifende Koordination bei der Durchführung der vereinbarten Regelungen des Staatsvertrages mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin; Gewährung von Staatsleistungen und Zuwendungen sowie Zuschüssen für den jüdischen Religionsunterricht; Gewährung von Zuschüssen und Rechtsaufsicht für die Stiftung Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79161	2022	362.705	2.220.253	2.582.959
Betreuung weiterer Institutionen (Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften) (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	241.618	2.747.102	2.988.720

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,71	3,18
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	1.633,95	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,06	0,00

Wahrnehmung und Weiterentwicklung der Aufgaben, die sich aus den gesetzlichen und vertraglichen Grundlagen zum Verhältnis vom Land Berlin zu weiteren Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (z.B. Altkatholiken, orthodoxen und islamischen Gemeinschaften) ergeben; Anerkennung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts; Abstimmung der Länder zu staatskirchenrechtlichen Angelegenheiten; Gewährung von Zuwendungen und Zuschüssen für den Religions- und Weltanschauungsunterricht.

Senatsverwaltung für Kultur und Europa
- Europa -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wird künftig bei Kapitel 0350 nachgewiesen.				

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wird künftig bei Kapitel 1270 nachgewiesen.				

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wird künftig bei Kapitel 1271 nachgewiesen.				

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Engagement und Demokratieförderung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Referats Engagement- und Demokratieförderung.

Es umfasst Maßnahmen in folgenden Bereichen:

- Gesamtstädtische Steuerung der Umsetzung der Berliner Engagementstrategie 2020-2025
- Schaffung von gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Förderung von Engagement und demokratischer Teilhabe
- Formate für Anerkennung und Wertschätzung von Engagement
- Formate für den Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung über Herausforderungen und zur Stärkung der Demokratie
- Förderung von engagementfördernder Infrastruktur und Netzwerken
- Unterstützung der Zivilgesellschaft beim digitalen Wandel
- Modellvorhaben
- Internationale Zusammenarbeit zur Stärkung von Engagement und Demokratie

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Engagement und Demokratieförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979 (neu)	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**100,00**
		1.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/11979 nachgewiesen.				
		Gesamteinnahmen	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**100,00**
		Prozentuale Veränderung	**100,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201 (neu)	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**269.000**	**346.000**		
42801 (neu)	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**250.000**	**290.000**		
42811 (neu)	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**		
44100 (neu)	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**		
51101 (neu)	**011**	**Geschäftsbedarf**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.000,00**
		2.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/51101 nachgewiesen.				
		Ausgaben für Bücher, Zeitschriften, Fachliteratur, Medienbedarf, Anzeigen (Print und Online), Druck.				
52501 (neu)	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.000,00**
		2.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/52501 nachgewiesen.				
52610 (neu)	**011**	**Gutachten**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.000,00**
		2.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/52610 nachgewiesen.				
52703 (neu)	**011**	**Dienstreisen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**2.000,00**
		6.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/52703 nachgewiesen.				
52906 (neu)	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**1.000,00**
		4.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/52906 nachgewiesen.				
53102 (neu)	**013**	**Berlin-Informationen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.000,00**
		2.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/53102 nachgewiesen.				
53103 (neu)	**011**	**Empfänge, Feierlichkeiten**	**1.000**	**1.000**		
54010 (neu)	**011**	**Dienstleistungen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.000,00**
		2.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/54010 nachgewiesen.				
54053 (neu)	**011**	**Veranstaltungen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**4.000,00**
		4.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/54053 nachgewiesen.				
54077 (neu)	**011**	**Steuern, Abgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.000,00**
		2.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/54077 nachgewiesen.				

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Engagement und Demokratieförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079 (neu)	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**1.000,00**
		1.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/54079 nachgewiesen.				
54612 (neu)	**011**	**Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements**	**700.000**	**750.000**	**955.000**	**51.825,84**
		Wurde bislang bei 0300/54612 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**750.000**	**750.000**		
		Davon fällig 2025	**750.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**750.000**		

Die Mittel wurden bisher im Kapitel 0300 nachgewiesen.

Die bei 0300/68619 ursprünglich veranschlagten Mittel werden im Rahmen der Neuressortierung der Senatsverwaltungen zukünftig zu 0850/54612 umgesetzt (2024 i. H. v. 200.000 € und 2025 i. H. v. 250.000 €).

		Ansatz	
		2024 €	2025 €
1.	Engagementportal bürgeraktiv	50.000	50.000
2.	Monitoring Engagementstrategie	50.000	50.000
3.	Projekt Digital Vereint	100.000	100.000
4.	Ehrenamtskarte	100.000	100.000
5.	Aktionstag „Berlin sagt Danke!“	100.000	100.000
6.	Weitere Anerkennungsformate	100.000	150.000
7.	Berliner Demokratiekonferenz	200.000	200.000
	Summe:	700.000	750.000

68406 (neu)	**011**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**700.000**	**850.000**	**1.265.000**	**361.000,00**
		Wurde bislang bei 0300/68406 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**850.000**	**850.000**		
		Davon fällig 2025	**850.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**850.000**		

Die Ausgaben wurden bisher im Kapitel 0300 nachgewiesen.
Für das Jahr 2024 wird ein Teilbetrag i. H. v. 50.000 € von 0300/68619 zu 0850/68406 umgesetzt.

		Ansatz	
		2024 €	2025 €
1.	Förderung für das Landesnetzwerk Bürgerengagement	200.000	200.000
2.	Überbezirkliche Begleitung der Freiwilligenagenturen und Förderung von Projekten der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa)	100.000	100.000
3.	Freiwilligenbörse	50.000	50.000
4.	Räume für Zivilgesellschaft / Ehrenamtsfonds	0	150.000
5.	Berliner Stiftungstag	50.000	50.000
6.	Berliner Demokratietag	200.000	200.000
7.	Förderung Berlin Forum	100.000	100.000
	Summe:	700.000	850.000

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Engagement und Demokratieförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569 (neu)	**164**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**4.000**	**1.054.000**	**4.000**	**4.000,00**

4.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/68569 nachgewiesen.

Die Ausgaben wurden bisher im Kapitel 0300 nachgewiesen.

Mehr i. H. v. 50.000 € in 2025 für den virtuellen Raumplaner.
Mehr i. H. v. 200.000 € in 2025 für den Ehrenamtsfonds (Material, Kosten für Veranstaltungsräume).
Mehr i. H. v. 450.000 € in 2025 für die Förderung von Freiwilligenagenturen.
Mehr i. H. v. 350.000 € in 2025 für die Prüfung des Hauses des Engagements (Konzeptmittel).

68579 (neu)	**011**	**Mitgliedsbeiträge**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**1.000,00**

1.000,0 EUR wurden bislang bei 0300/68579 nachgewiesen.

Die Ausgaben wurden bisher im Kapitel 0300 nachgewiesen. Der Ansatz ist für folgende Mitgliedschaften vorgesehen:
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und
- Landesnetzwerk Bürgerengagement.

	Gesamtausgaben	**1.956.000**	**3.323.000**	**2.252.000**	**436.825,84**
	Prozentuale Veränderung	**-13,1 %**	**69,9 %**		

Abschluss Kapitel 0850

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**100,00**
	Gesamteinnahmen	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**100,00**
411-462	**Personalausgaben**	**521.000**	**638.000**	**—**	**—**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**729.000**	**779.000**	**982.000**	**70.825,84**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**706.000**	**1.906.000**	**1.270.000**	**366.000,00**
	Gesamtausgaben	**1.956.000**	**3.323.000**	**2.252.000**	**436.825,84**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.954.000**	**-3.321.000**	**-2.251.000**	**-436.725,84**

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 0800 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -,
Kapitel 0814 – Landesarchiv

Die in den vorgenannten Kapiteln im Titel 42801 unter der Zwischenüberschrift „Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs“ ausgewiesenen Stellen dürfen ausschließlich mit ehemaligen Auszubildenden oder ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten besetzt werden, die dauerhaft in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden und zum Zeitpunkt ihrer Einstellung nicht sofort auf freien Stellen untergebracht werden können.

Kapitel 0809 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - Personalüberhang -

Alle Stellen des Kapitels tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 0830 – Senatsverwaltung für Kultur und Europa - Europa -

Infolge der aus der Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung wurde die Zuständigkeit für den Bereich „Europaangelegenheiten“ dem Geschäftsbereich der Regierenden Bürgermeisterin / des Regierenden Bürgermeisters zugeordnet. Die bislang im Kapitel 0830 geführten Stellen und Beschäftigungspositionen werden ab dem Jahr 2024 im Kapiteln 0350 – Senatskanzlei - Europa - nachgewiesen.

Kapitel 0840 – Denkmalschutz und Denkmalpflege
Kapitel 0841 – Landesdenkmalamt

Infolge der aus der Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung wurde die Zuständigkeit für die Oberste Denkmalschutzbehörde und das Landesdenkmalamt Berlin dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zugeordnet. Die bislang in den vorgenannten Kapiteln geführten Stellen und Beschäftigungspositionen werden ab dem Jahr 2024 in den Kapiteln 1270 – Denkmalschutz und Denkmalpflege sowie 1271 – Landesdenkmalamt des Einzelplans 12 nachgewiesen.

Kapitel 0850 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt -

Infolge der aus der Wiederholungswahl zum Berliner Abgeordnetenhaus resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung wurde die Zuständigkeit für den Bereich „Bürgerschaftliches

Engagement und Demokratieförderung“ bislang bei dem Geschäftsbereich der Regierenden Bürgermeisterin / des Regierenden Bürgermeisters der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zugeordnet. Die bisher im Kapitel 0300 geführten Stellen werden ab dem Jahr 2024 im Kapiteln 0850 – Gesellschaftlicher Zusammenhalt nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Bürgermeister/in (zugleich Senator/in)	SEN2	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0603)*
Senator/in	SEN1	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*	0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0603 Amtsgehalt in Höhe von 107 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

0605 Amtsgehalt in Höhe von 100 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	2,000		2,000		2,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		7,000	
Service							
Senatsrätin/-rat	A16	2,000		2,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	3,000		3,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		4,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	8,000		8,000		7,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	4,000		4,000		4,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		1,000	
Zwischensumme:		30,000		30,000		27,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		39,000		39,000		35,000	
Summe:		39,000		39,000		35,000	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Service							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		9,000		9,000		7,500	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		17,000		17,000		15,500	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		5,000	
Service							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	11,180		11,430		11,430	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		15,180		15,430		17,430	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	3,000		3,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		1,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,500	0,500 *(0132)*	0,500	0,500 *(0132)*	0,500	0,500 *(0132)*
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan B):		28,680		28,930		25,930	
Summe:		45,680		45,930		41,430	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811							
Teilplan B							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan B):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die auch während der Gültigkeit des Stellenpoolgesetzes dezentral veranschlagt wurden							
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		2,000	
Summe:		3,000		3,000		2,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Botin/Bote)	E3	0,000		0,000		1,000	
Reiniger/in	E2	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		13,000	
Teilsumme (Teilplan A):		8,000		8,000		13,000	
Summe:		8,000		8,000		13,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	2,000		2,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	7,000		7,000		6,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000		4,000		4,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	10,000		10,000		10,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	14,000		14,000		13,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		4,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		48,000		48,000		48,000	
Teilsumme (Teilplan A):		48,000		48,000		48,000	
Summe:		48,000		48,000		48,000	
42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter							
Teilplan A							
Bibliotheksreferendar/in	V13	6,000		6,000		6,000	
Zwischensumme:		6,000		6,000		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		6,000		6,000		6,000	
Summe:		6,000		6,000		6,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	7,600		7,600		7,600	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		21,600		21,600		22,600	
Teilsumme (Teilplan A):		21,600		21,600		22,600	

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Kultur -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Teilplan B							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	23,250		24,250		22,250	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	6,250		6,500		6,250	
Tarifbeschäftigte/r	E12	4,500		4,500		4,500	
Tarifbeschäftigte/r	E11	25,750		25,750		25,750	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		66,750		68,000		66,750	
Teilsumme (Teilplan B):		66,750		68,000		66,750	
Summe:		88,350		89,600		89,350	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	2,000	2,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000	2,000 *(0107)*	2,000	2,000 *(0107)*	3,000	3,000 *(0105)*
Zwischensumme:		4,000		4,000		6,000	
Teilsumme (Teilplan B):		4,000		4,000		6,000	
Summe:		5,000		5,000		7,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Brücke-Museum

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Museumsdirektor/in und Professor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,750		1,750		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,500		0,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Aufseher/in)	E3	4,000		4,000		5,000	
Zwischensumme:		8,250		8,250		8,500	
Teilsumme (Teilplan A):		8,250		8,250		8,500	
Summe:		8,250		8,250		8,500	

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,500		0,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,500		1,500		2,000	0,500 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Diplombibliothekar/in)	E10	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,500		0,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schreibdienst)	E5	0,000		0,000		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E4	3,000	0,500 *(2128)*	3,000	0,500 *(2128)*	3,000	1,000 *(2128)*
Zwischensumme:		9,000		9,000		9,000	
Teilsumme (Teilplan A):		9,000		9,000		9,000	
Summe:		9,000		9,000		9,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42830 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,500		2,500		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	18,000	2,000 *(2128)*	18,000	2,000 *(2128)*	17,500	2,500 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (Diplombibliothekar/in)	E10	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,500		2,500		2,500	

Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42830, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,500		0,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schreibdienst)	E5	0,000		0,000		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E4	3,500	0,500 *(2128)*	3,500	0,500 *(2128)*	3,500	1,000 *(2128)*
Zwischensumme:		38,000		38,000		35,000	
Teilsumme (Teilplan A):		38,000		38,000		35,000	
Summe:		38,000		38,000		35,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesarchiv

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Direktor/in des Landesarchivs	B2	1,000		1,000		1,000	
Archivdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Archivoberrätin/-rat	A14	3,000		4,000		3,000	
Archivrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Archivamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Archivamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		4,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Archivoberinspektor/in	A10	6,000		6,000		6,000	
Archivinspektor/in	A9	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		25,000		26,000		25,000	
Teilsumme (Teilplan A):		25,000		26,000		25,000	
Summe:		25,000		26,000		25,000	
42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter							
Teilplan A							
Archivreferendar/in	V13	1,000		1,000		1,000	
Archivinspektoranwärter/in	V09	4,000		4,000		4,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,000		5,000		5,000	
Summe:		5,000		5,000		5,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (im Archiv)	E9B	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E9A	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E7	1,000		1,000		1,000	
Fotograf/in	E6	3,000		3,000		1,000	
Fotolaborant/in	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (im Archiv)	E6	7,000		7,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r mit Restaurierungsarbeiten	E6	1,000		1,000		2,000	

Landesarchiv

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (im Archiv)	E5	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E5	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (im Archiv)	E4	9,000	5,000 *(2128)*	9,000	5,000 *(2128)*	9,000	5,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Magazin oder Lager)	E4	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		45,000		45,000		45,000	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r (im Archiv)	E5-E9A	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E7	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E7	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		52,000		52,000		52,000	
Summe:		52,000		52,000		52,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)

Teilplan A

Azubi Fachangestellte/r für Medien-/Informationsdienste	AUSBEG-1-AUSBEG-3	7,000		7,000		7,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		7,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		7,000		7,000	
Summe:		7,000		7,000		7,000	

Landesarchiv

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42830 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)							
Teilplan A							
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		3,000	
Summe:		3,000		3,000		3,000	

Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,750		0,750		0,750	
Zwischensumme:		1,750		1,750		1,750	
Teilsumme (Teilplan A):		1,750		1,750		1,750	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan B):		4,000		4,000		4,000	
Summe:		5,750		5,750		5,750	

Senatsverwaltung für Kultur und Europa
- Europa -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		4,000	
Dienstkräfte mit Anspruch auf Auslandszuschlag Stufe 2							
Senatsrätin/-rat	B2	0,000		0,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		6,000	
Summe:		0,000		0,000		6,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Dienstkräfte mit Anspruch auf Auslandszuschlag Stufe 2							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		4,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan B):		0,000		0,000		3,000	
Summe:		0,000		0,000		7,000	

Senatsverwaltung für Kultur und Europa
- Europa -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Personalmittelpool für Verbesserung der Europafähigkeit der Berliner Verwaltung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		9,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		9,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		9,000	
Summe:		0,000		0,000		9,000	

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberste Denkmalschutzbehörde							
Baudirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		3,000	
Summe:		0,000		0,000		3,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Oberste Denkmalschutzbehörde							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		4,000	
Summe:		0,000		0,000		4,000	

Landesdenkmalamt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Landeskonservator/in/Direktor/in des Landesdenkmalamtes	B2	0,000		0,000		1,000	
Hauptkonservator/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Baurätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		6,000	
Summe:		0,000		0,000		6,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		15,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		8,000	3,000 *(2128)*
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Diplombibliothekar/in)	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r mit Restaurierungsarbeiten	E9B	0,000		0,000		2,575	
Fotograf/in	E8	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		40,575	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		40,575	
Summe:		0,000		0,000		40,575	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesdenkmalamt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		5,000	5,000 *(0105)*
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r mit Restaurierungsarbeiten	E9B	0,000		0,000		4,000	4,000 *(0105)*
Zeichner/in	E6	0,000		0,000		2,000	2,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		4,000	4,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		16,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		16,000	
Summe:		0,000		0,000		16,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		4,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		4,000		0,000	
Summe:		3,000		4,000		0,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,500		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	0,500		0,500		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,500		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,500		0,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		3,000		3,000		0,000	
Summe:		4,000		4,500		0,000	

Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 08	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**
0800	2025	2,000	-	-	1,000	1,000
	2024	2,000	-	-	1,000	1,000
	2023	2,000	-	-	1,000	-
0809	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0810	2025	-	1,000	1,000	-	1,000
	2024	-	1,000	1,000	-	1,000
	2023	-	1,000	1,000	-	1,000
0812	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0813	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0814	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0820	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0830	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	1,000
0840	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0841	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	1,000
0850	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	2,000	1,000	1,000	1,000	3,000
	2024	2,000	1,000	1,000	1,000	3,000
	2023	2,000	1,000	1,000	1,000	4,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 08
Teilsumme	**A16**	**A15**	**A14**	**A13**	jahr	
4,000	2,000	-	5,000	3,000	2025	**0800**
4,000	2,000	-	5,000	3,000	2024	
3,000	2,000	1,000	5,000	2,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0809**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
3,000	2,000	1,000	7,000	4,000	2025	**0810**
3,000	2,000	1,000	7,000	4,000	2024	
3,000	2,000	1,000	6,000	4,000	2023	
-	-	1,000	-	-	2025	**0812**
-	-	1,000	-	-	2024	
-	-	1,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0813**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	-	1,000	4,000	1,000	2025	**0814**
1,000	-	1,000	3,000	1,000	2024	
1,000	-	1,000	3,000	1,000	2023	
-	1,000	-	-	-	2025	**0820**
-	1,000	-	-	-	2024	
-	1,000	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0830**
-	-	-	-	-	2024	
1,000	1,000	-	1,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0840**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	1,000	2,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0841**
-	-	-	-	-	2024	
1,000	-	1,000	1,000	1,000	2023	
-	1,000	-	-	1,000	2025	**0850**
-	1,000	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
8,000	6,000	3,000	16,000	9,000	2025	**Summe**
8,000	6,000	3,000	15,000	9,000	2024	
9,000	6,000	6,000	18,000	8,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 08	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A13S	**A12**	**A11**	**A10**	**A9**
0800	2025	4,000	6,000	8,000	4,000	1,000
	2024	4,000	6,000	8,000	4,000	1,000
	2023	4,000	5,000	7,000	4,000	1,000
0809	2025	-	1,000	-	2,000	-
	2024	-	1,000	-	2,000	-
	2023	-	1,000	-	1,000	-
0810	2025	3,000	10,000	14,000	3,000	1,000
	2024	3,000	10,000	14,000	3,000	1,000
	2023	4,000	10,000	13,000	4,000	1,000
0812	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0813	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0814	2025	-	3,000	5,000	6,000	5,000
	2024	-	3,000	5,000	6,000	5,000
	2023	-	3,000	5,000	6,000	5,000
0820	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0830	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	1,000	1,000	-	-
0840	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0841	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	1,000	-	1,000	-
0850	2025	1,000	-	1,000	-	-
	2024	1,000	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	8,000	20,000	28,000	15,000	7,000
	2024	8,000	20,000	27,000	15,000	7,000
	2023	9,000	21,000	26,000	16,000	7,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus-halts-	**Einzelplan 08**
A8	**Teilsumme**				jahr	
2,000	35,000				2025	**0800**
2,000	35,000				2024	
1,000	32,000				2023	
-	3,000				2025	**0809**
-	3,000				2024	
-	2,000				2023	
-	45,000				2025	**0810**
-	45,000				2024	
-	45,000				2023	
-	1,000				2025	**0812**
-	1,000				2024	
-	1,000				2023	
-	-				2025	**0813**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	25,000				2025	**0814**
-	24,000				2024	
-	24,000				2023	
-	1,000				2025	**0820**
-	1,000				2024	
-	1,000				2023	
-	-				2025	**0830**
-	-				2024	
-	5,000				2023	
-	-				2025	**0840**
-	-				2024	
-	3,000				2023	
-	-				2025	**0841**
-	-				2024	
-	5,000				2023	
-	4,000				2025	**0850**
-	3,000				2024	
-	-				2023	
2,000	114,000				2025	**Summe**
2,000	112,000				2024	
1,000	118,000				2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 08	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
0800	2025	2,000	4,000	1,000	-	23,930
	2024	2,000	4,000	1,000	-	23,680
	2023	1,000	4,000	1,000	-	18,930
0809	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-
0810	2025	4,000	27,250	6,500	5,500	33,350
	2024	4,000	26,250	6,250	5,500	33,350
	2023	5,000	25,250	6,250	5,500	33,350
0812	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	1,000	-	1,000
0813	2025	-	0,500	1,500	-	1,000
	2024	-	0,500	1,500	-	1,000
	2023	-	-	2,000	-	1,000
0814	2025	-	3,000	-	-	-
	2024	-	3,000	-	-	-
	2023	-	3,000	-	-	-
0820	2025	1,000	3,000	-	-	1,000
	2024	1,000	3,000	-	-	1,000
	2023	1,000	3,000	-	-	1,000
0830	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	2,000	-	-	-
0840	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	2,000	-	-	1,000
0841	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	3,000	15,000	8,000	2,000	3,000
0850	2025	1,000	2,000	-	-	-
	2024	1,000	2,000	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	8,000	39,750	10,000	5,500	60,280
	2024	8,000	38,750	9,750	5,500	60,030
	2023	12,000	54,250	18,250	7,500	59,280

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus-halts-	Einzelplan 08
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**	jahr	
-	11,000	-	1,000	-	2025	**0800**
-	11,000	-	1,000	-	2024	
-	8,500	3,000	2,000	-	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**0809**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	2,000	1,000	1,000	-	2023	
-	4,000	-	3,000	-	2025	**0810**
-	4,000	-	3,000	-	2024	
-	4,000	-	3,000	-	2023	
-	-	-	1,750	-	2025	**0812**
-	-	-	1,750	-	2024	
-	-	-	0,500	-	2023	
0,500	-	0,500	0,500	-	2025	**0813**
0,500	-	0,500	0,500	-	2024	
0,500	-	0,500	0,500	-	2023	
2,000	4,000	2,000	1,000	3,000	2025	**0814**
2,000	4,000	2,000	1,000	3,000	2024	
2,000	4,000	2,000	1,000	3,000	2023	
-	0,750	-	-	-	2025	**0820**
-	0,750	-	-	-	2024	
-	0,750	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0830**
-	-	-	-	-	2024	
-	1,000	1,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0840**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	1,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0841**
-	-	-	-	-	2024	
2,000	4,575	-	2,000	-	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**0850**
-	-	-	0,500	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
2,500	19,750	2,500	9,250	3,000	2025	**Summe**
2,500	19,750	2,500	8,750	3,000	2024	
4,500	24,825	8,500	10,000	3,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 08	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**
0800	2025	3,000	-	-	-	-
	2024	3,000	-	-	-	-
	2023	3,000	-	-	-	-
0809	2025	2,000	3,000	-	1,000	1,000
	2024	2,000	3,000	-	1,000	1,000
	2023	2,000	3,000	-	2,000	1,000
0810	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-
0812	2025	-	0,500	-	4,000	-
	2024	-	0,500	-	4,000	-
	2023	1,000	-	-	5,000	-
0813	2025	0,500	0,500	3,000	-	-
	2024	0,500	0,500	3,000	-	-
	2023	0,500	0,500	3,000	-	-
0814	2025	15,000	11,000	11,000	-	-
	2024	15,000	11,000	11,000	-	-
	2023	15,000	11,000	11,000	-	-
0820	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0830	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-
0840	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0841	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-
0850	2025	-	-	0,500	-	-
	2024	-	-	0,500	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	20,500	15,000	14,500	5,000	1,000
	2024	20,500	15,000	14,500	5,000	1,000
	2023	24,500	14,500	14,000	7,000	1,000

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				Haus- halts-	Einzelplan 08
Teilsumme	**AT2**	**AT1**	**Teilsumme**	jahr	
45,930	-	-	-	2025	**0800**
45,680	-	-	-	2024	
41,430	-	-	-	2023	
8,000	-	-	-	2025	**0809**
8,000	-	-	-	2024	
13,000	-	-	-	2023	
83,600	-	6,000	6,000	2025	**0810**
82,350	-	6,000	6,000	2024	
83,350	-	6,000	6,000	2023	
8,250	-	-	-	2025	**0812**
8,250	-	-	-	2024	
8,500	-	-	-	2023	
8,500	0,500	-	0,500	2025	**0813**
8,500	0,500	-	0,500	2024	
8,500	0,500	-	0,500	2023	
52,000	-	-	-	2025	**0814**
52,000	-	-	-	2024	
52,000	-	-	-	2023	
5,750	-	-	-	2025	**0820**
5,750	-	-	-	2024	
5,750	-	-	-	2023	
-	-	-	-	2025	**0830**
-	-	-	-	2024	
6,000	-	1,000	1,000	2023	
-	-	-	-	2025	**0840**
-	-	-	-	2024	
4,000	-	-	-	2023	
-	-	-	-	2025	**0841**
-	-	-	-	2024	
40,575	-	-	-	2023	
4,500	-	-	-	2025	**0850**
4,000	-	-	-	2024	
-	-	-	-	2023	
216,530	0,500	6,000	6,500	2025	**Summe**
214,530	0,500	6,000	6,500	2024	
263,105	0,500	7,000	7,500	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 08	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt		
0800	2025	39,000	45,930	84,930		
	2024	39,000	45,680	84,680		
	2023	35,000	41,430	76,430		
0809	2025	3,000	8,000	11,000		
	2024	3,000	8,000	11,000		
	2023	2,000	13,000	15,000		
0810	2025	48,000	89,600	137,600		
	2024	48,000	88,350	136,350		
	2023	48,000	89,350	137,350		
0812	2025	1,000	8,250	9,250		
	2024	1,000	8,250	9,250		
	2023	1,000	8,500	9,500		
0813	2025	-	9,000	9,000		
	2024	-	9,000	9,000		
	2023	-	9,000	9,000		
0814	2025	26,000	52,000	78,000		
	2024	25,000	52,000	77,000		
	2023	25,000	52,000	77,000		
0820	2025	1,000	5,750	6,750		
	2024	1,000	5,750	6,750		
	2023	1,000	5,750	6,750		
0830	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	6,000	7,000	13,000		
0840	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	3,000	4,000	7,000		
0841	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	6,000	40,575	46,575		
0850	2025	4,000	4,500	8,500		
	2024	3,000	4,000	7,000		
	2023	-	-	-		
Summe	2025	122,000	223,030	345,030		
	2024	120,000	221,030	341,030		
	2023	127,000	270,605	397,605		

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 9
Einzelplan 09
Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9 - 5
Kapitel 0900 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	9 - 15
Kapitel 0909 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Personalüberhang -	9 - 23
Kapitel 0910 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Hochschulen -	9 - 25
Produktdarstellung	9 - 73
Kapitel 0920 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Gesundheit -	9 - 77
Produktdarstellung	9 - 105
Kapitel 0921 Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin	9 - 113
Produktdarstellung	9 - 119
Kapitel 0922 Gemeinsames Krebsregister	9 - 123
Kapitel 0930 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Pflege -	9 - 127
Produktdarstellung	9 - 137
Kapitel 0940 Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Außeruniversitäre Forschung und Charité -	9 - 143
Produktdarstellung	9 - 187
Kapitel 0950 umgegliedert	9 - 189
Kapitel 0991 Sekretariat der Kultusministerkonferenz	9 - 191
Stellenplan	9 - 237
Stellenübersicht	9 - 267
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	4

	Band/Seite
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	14

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/ Prioritäten

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege gliedert sich wie folgt:

Leitung

Stab der Senatorin
Büro für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Kabinetts-, Bundes- und EU-Angelegenheiten, Verbindungsstelle
Landesbeauftragte/r für psychische Gesundheit
Landesdrogenbeauftragte
Patientenbeauftragte

Abteilung Zentrales

Steuerungsdienst
Recht
Personal
Finanzen
Infrastruktur

Abteilung I – Gesundheit

Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie, Gesundheitsinformationssysteme, Statistikstelle
Psychiatrie, Sucht und Gesundheitsvorsorge
Rechtsaufsicht (SGB V), Berufs- und Kammerrecht der Gesundheits- und Veterinärberufe, Prüfung in der Sozialversicherung, Gesetzliche Krankenversicherung
Krankenhauswesen und Notfallvorsorge und Gesundheitswirtschaft
Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD), Familienplanung, Transplantationsmedizin, Infektionsschutz, Umweltbezogener Gesundheitsschutz, Arzneimittelwesen, Medizinproduktesicherheit
Prävention, Gesundheitsförderung und ambulante/ sektorenübergreifende Versorgung
Grundsatz- und Gremienangelegenheiten, Aufgabensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Angelegenheiten der Krebsregistrierung

Abteilung II – Pflege

Zukunft der Pflege und Digitalisierung
Pflegeberufe und Fachkräftesicherung in der Pflege
Verträge für Pflegeeinrichtungen, Vertragsangelegenheiten des SH-Trägers nach SGB XII und SGB XI, Steuerung und Qualitätssicherung der ambulanten Hilfe zur Pflege, Grundsatz- und Einzelangelegenheiten der Förderung und Finanzierung stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen einschließlich Bauplanung, Landesbehörde für Investitionsentgelte von Pflegeeinrichtungen
Soziale Pflegeversicherung SGB XI, Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII, Bundesheimrecht und Nachfolgerecht, Landespflegeplanung, Pflegestrukturen und hospizliche Versorgung

Abteilung IV – Außeruniversitäre Forschung und Charité

Überregionale Koordinierung
Geistes- und Sozialwissenschaften, überregionale Forschungsförderung
Ingenieurswissenschaften, Technologietransfer
Natur-, Material- und Lebenswissenschaften
Hochschulmedizin

Abteilung V – Hochschulen

Hochschulrecht, Hochschulzulassungsrecht, akademische Grade, Ausbildungsförderung
Hochschulentwicklung, Controlling, Kennzahlen, Programme, Aufnahmekapazitäten
Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Kunst- und private Hochschulen
Wissenschaftsbauten, Finanzierung baulicher Investitionen für die Hochschulen, Hochschulbauförderung/ Rahmenplanung, Liegenschaften
Forschung, Digitalisierung und Kooperationen im Hochschulbereich
Wissenschaftspolitische Grundsatzangelegenheiten, Angelegenheiten von Studium und Lehre, Lehrkräftebildung

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen bewirtschafteten Hochbaumaßnahmen des Einzelplans und ihre korrespondierenden Einnahmen werden im Kapitel 1250 (Maßnahmegruppe 09 - Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege) ausgewiesen.

Der Aufsicht der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege unterstehen:

Nachgeordnete Behörden/ Sonderbehörden:

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin Berlin (GerMed), Turmstraße 21, Haus L, 10559 Berlin

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland,
Standorte: Taubenstraße 10, 10117 Berlin und Graurheindorfer Str. 157, 53117 Bonn

Nicht rechtsfähige Einheiten:

Sondervermögen:

Krankenhaus des Maßregelvollzugs Berlin (KMV), Olbendorfer Weg 70, 13403 Berlin

Juristische Personen des öffentlichen Rechts:

Körperschaften des öffentlichen Rechts:

Der Aufsicht der Abteilung I – Gesundheit – unterstehen:

Ärztekammer Berlin
Zahnärztekammer Berlin
Tierärztekammer Berlin
Apothekerkammer Berlin
Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten
Kassenärztliche Vereinigung Berlin
Kassenzahnärztliche Vereinigung Berlin

Der Aufsicht der Abteilung V – Hochschulen – unterstehen:

Freie Universität Berlin
Technische Universität Berlin
Humboldt-Universität zu Berlin
Charité-Universitätsmedizin, Gliedkörperschaft von Freier Universität Berlin und Humboldt Universität zu Berlin
Berliner Institut für Gesundheitsforschung
Universität der Künste Berlin
Weißensee Kunsthochschule Berlin
Hochschule für Musik Hanns Eisler Berlin
Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch Berlin
Berliner Hochschule für Technik
Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Alice-Salomon-Hochschule Berlin

Anstalten des öffentlichen Rechts:

Studierendenwerk Berlin
Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin (ZIB)

Juristische Personen des privaten Rechts:

Stiftungen des privaten Rechts:

Einstein Stiftung Berlin

Nach titel- und maßnahmenscharfer Prüfung ist jede im Einzelplan veranschlagte Ausgabe sowie Verpflichtungsermächtigung zur Erfüllung der vom Ressort wahrzunehmenden Ausgaben gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigen die jeweilige Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 09, mit Ausnahme der Obergruppe 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**41.243.100**	**42.719.100**	**30.199.700**	**41.537.119,53**
11	Verwaltungseinnahmen	26.155.700	27.631.700	15.111.300	27.843.781,61
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	81.400	81.400	81.400	79.953,45
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	6.000	6.000	6.000	2.931,20
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	15.000.000	15.000.000	15.001.000	13.610.453,27
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**554.194.300**	**557.326.300**	**538.150.900**	**963.922.515,99**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	468.178.000	467.590.000	450.193.900	812.780.473,16
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	1.317.300	591.300	13.602.000	411.268,39
27	Zuschüsse von der EU	77.698.000	82.487.000	67.445.000	59.569.863,26
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	7.001.000	6.658.000	6.910.000	91.160.911,18
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**150.550.000**	**168.688.000**	**130.827.000**	**271.026.185,20**
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	50.549.000	68.687.000	47.826.000	180.035.437,24
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	100.000.000	100.000.000	83.000.000	90.990.747,96
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	1.000	1.000	1.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**745.987.400**	**768.733.400**	**699.177.600**	**1.276.485.820,72**

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**81.335.300**	**85.865.700**	**76.035.000**	**67.634.804,86**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	38.600	38.600	23.300	37.580,00
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	77.089.600	81.485.800	71.615.400	63.464.607,52
43	Versorgungsbezüge und dgl.	3.300.000	3.415.000	3.404.000	3.158.496,75
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	819.500	838.700	905.700	771.865,64
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	87.600	87.600	86.600	202.254,95
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**105.314.700**	**106.705.000**	**95.052.500**	**169.460.662,20**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	105.314.700	106.705.000	95.052.500	169.460.662,20
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**2.705.893.800**	**2.849.995.900**	**2.561.647.400**	**2.922.424.931,75**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	46.493.000	46.183.000	44.541.000	30.476.234,78
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	15.426.000	16.542.000	14.208.000	417.061.084,14
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	2.643.974.800	2.787.270.900	2.502.898.400	2.474.887.612,83
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**598.778.000**	**631.510.000**	**550.231.000**	**470.910.556,90**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	1.440.000	1.194.000	316.000	391.242,61
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	1.336.000	906.000	1.558.000	1.609.992,54
86	Darlehen an sonstige Bereiche	100.000.000	100.000.000	83.000.000	90.990.747,96
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	1.000	1.000	---	---
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	496.001.000	529.409.000	465.357.000	377.918.573,79
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**-8.969.800**	**-8.969.100**	**-2.631.000**	**19.158,48**
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	-9.000.000	-9.000.000	-2.649.000	---
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	30.200	30.900	18.000	19.158,48
∑	**Summe Ausgaben**	**3.482.352.000**	**3.665.107.500**	**3.280.334.900**	**3.630.450.114,19**

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**64.396.700**	**67.428.700**	**52.273.700**	**42.660.443,76**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	58.134.700	61.146.700	46.088.700	39.640.525,49
02	Auswärtige Angelegenheiten	6.262.000	6.282.000	6.185.000	3.019.918,27
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**676.881.000**	**696.640.000**	**642.666.000**	**649.911.432,40**
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	68.952.000	69.565.000	59.606.000	46.923.079,91
13	Hochschulen	211.997.000	218.748.000	218.353.000	225.771.998,78
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	221.171.000	221.171.000	194.870.000	212.150.711,23
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	156.096.000	168.833.000	153.448.000	146.229.014,94
18	Kultur und Religion	18.665.000	18.323.000	16.389.000	18.836.627,54
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**1.822.000**	**1.822.000**	**1.931.000**	**2.855.239,75**
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	21.000	21.000	21.000	366.224,43
25	Arbeitsmarktpolitik	1.801.000	1.801.000	1.910.000	2.489.015,32
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**2.885.700**	**2.840.700**	**2.304.900**	**581.058.704,81**
31	Gesundheitswesen	2.885.700	2.840.700	2.304.900	581.058.704,81
8	**Finanzwirtschaft**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**---**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1.000	1.000	1.000	---
88	Globalposten	1.000	1.000	1.000	---
Σ	**Summe Einnahmen**	**745.987.400**	**768.733.400**	**699.177.600**	**1.276.485.820,72**

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**115.753.000**	**120.286.300**	**103.088.600**	**85.944.833,28**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	115.753.000	120.286.300	103.088.600	85.944.833,28
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**2.963.224.500**	**3.123.387.300**	**2.777.676.200**	**2.683.083.061,21**
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	3.300.000	3.415.000	3.404.000	3.158.496,75
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	93.059.300	99.440.300	85.701.300	41.069.644,13
13	Hochschulen	2.161.924.200	2.261.037.000	2.039.324.900	2.036.153.654,00
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	265.796.000	272.040.000	241.860.000	234.949.887,71
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	433.581.000	481.446.000	402.631.000	363.019.044,62
18	Kultur und Religion	5.564.000	6.009.000	4.755.000	4.732.334,00
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**38.482.100**	**38.738.100**	**39.749.100**	**24.197.178,98**
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	5.372.000	5.578.000	6.098.000	3.722.840,36
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	1.200.000	1.200.000	1.533.000	1.088.058,67
25	Arbeitsmarktpolitik	2.301.000	2.351.000	2.509.000	2.495.768,90
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	29.609.100	29.609.100	29.609.100	16.890.511,05
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**373.294.100**	**391.076.700**	**362.124.400**	**836.868.382,84**
31	Gesundheitswesen	373.294.100	391.076.700	352.274.400	836.868.382,84
33	Umwelt- und Naturschutz	---	---	9.850.000	---
8	**Finanzwirtschaft**	**-8.401.700**	**-8.380.900**	**-2.303.400**	**356.657,88**
86	Sonstiges	568.100	588.200	327.600	337.499,40
88	Globalposten	-9.000.000	-9.000.000	-2.649.000	---
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	30.200	30.900	18.000	19.158,48
∑	**Summe Ausgaben**	**3.482.352.000**	**3.665.107.500**	**3.280.334.900**	**3.630.450.114,19**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Kapitel	MG	Sachverhalt
0900	MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IuK
0910	MG 02	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
	MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IuK
0920	MG 03	Förderung nach dem KHG i.V.m. dem LKG
	MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IuK
0921	MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IuK
0940	MG 02	Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)
	MG 03	Großforschungseinrichtungen (HGF)
	MG 04	von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Forschungsorganisationen
	MG 05	von Bund und Ländern mitfinanzierte Forschungseinrichtungen
0991	MG 31	Ausgaben für verfahrensunabhängige IuK
	MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IuK

D. Gender Budgeting

Gender Budgeting und damit die Frage nach einer geschlechtergerechten Verteilung finanzieller Ressourcen wird in der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung als wichtiger Teilstrang des Genderprozesses aber auch des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens betrachtet und hat den Charakter einer ministeriellen Regelaufgabe angenommen.

Zu den Grundsätzen einer nachhaltigen Haushaltspolitik gehört, dass die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel nachweisbar effizient und zielgenau eingesetzt werden. Eine Dimension dieser Vorgabe ist ein auch gleichstellungsgerechter Mitteleinsatz. Die gleichermaßen verfolgten haushalts- wie genderpolitischer Zielsetzungen stehen insoweit nicht im Widerspruch sondern ergänzen einander.

Präzisierung gleichstellungspolitischer Zielstellungen

Für die erforderliche titelbezogene Präzisierung der genderpolitischen Zielsetzungen wurden die genderrelevanten Titel des Einzelplans 09 unter den folgenden Aspekten betrachtet:

- Empfänger/innen
- Zweck
- Zielgruppe
- Gleichstellungspolitische Relevanz
- Steuerbarkeit
- Für die Bestimmung des gleichstellungspolitischen Ziels heranzuziehende Fachkonzepte
- Gleichstellungspolitische Zielpräzisierung des Titels
- GB-Informationen/ Datenlage
- Gleichstellungspolitische Steuerungsbedarfe

Darstellung im Haushaltsplan

Das Ergebnis dieser Betrachtung wird im Einzelplan 09 für die genderrelevanten Titel in den jeweiligen Titelerläuterungen in konzentrierter Form wiedergegeben, indem die geschlechtsdifferenzierten Nutzungsdaten – das „Ist“ der Vorjahre samt der rechnerischen Ressourcenverteilung in € dargestellt werden.

Die mit dem Haushaltsplan 2024/25 vorgelegten Daten tragen damit zur gewünschten Transparenz in Bezug auf die geschlechterdifferenzierte Inanspruchnahme öffentlich geförderter Dienstleistungen und Angebote bei.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Ausweis geschlechtsdifferenzierter Daten im Haushaltsplan der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege im Überblick (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Verbale Bezeichnung
0920	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden
	68490	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus Zuwendungen
	68495	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014 – 2020)
0930	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
0940	52703	Dienstreisen

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

E. Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
0910; 0920; 0921; 0930; 0940

Zusammenfassende Übersicht 68 - SenWGP

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	11	Personalkosten	41.067.613	62.932.039	-34,74
Kostenträgergruppen	31	Sachkosten	118.216.123	471.059.565	-74,90
Kostenträger	83	Transferkosten	75.251.487	86.797.308	-13,30
davon		Verrechnungskosten	3.978.929	3.712.433	+7,18
Produkte	32	kalkulatorische Kosten	3.252.365	3.720.156	-12,57
MGF	50	Gemeinkosten	29.946.351	33.651.632	-11,01
Projekte	1	**Summe Verwaltungskosten**	271.712.868	661.873.130	-58,95
		Transfers	3.222.815.706	3.028.005.794	+6,43
		Gesamtsumme	3.494.528.574	3.689.878.893	-5,29

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Politisch-Administrativen Bereiches und der Abteilung Zentrales der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege.

Der Politisch-Administrative Bereich gliedert sich in die Bereiche:
Hausleitung einschließlich Stab der Senatorin (Büro für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit),
Landesbeauftragte/r für psychische Gesundheit, Landessuchtbeauftragte und Patientenbeauftragte, Staatssekretäre/innen sowie Kabinetts-, Bundes- und EU-Angelegenheiten und Verbindungsstelle.

Die Abteilung Zentrales gliedert sich in die Bereiche:
Abteilungskoordination, Steuerungsdienst, Grundsatz, Geschäftsprozessoptimierung und Büroleitung
Recht (Rechtsangelegenheiten, Datenschutz, Antikorruptionsbeauftragte/r),
Personal (Personalangelegenheiten und Beschwerdestelle AGG),
Finanzen (Zentrale Haushaltsangelegenheiten, Finanzservice, operatives Controlling, zentrale Koordinierung KLR; Zuwendungs- und Haushaltsrecht, Zuwendungsprüfung; Personalwirtschaft und Organisation),
Infrastruktur (Informationstechnik; IT-Management; Web Redaktion; IT-Verfahrensmanagement Querschnittsverfahren; Informationssicherheit; Dienstgebäudeangelegenheiten; Beschaffungen)
Zentraler Vergabeservice, Haushaltsangelegenheiten des Kapitels 0900, Prüfgruppe Krankenhausinvestitionsförderung

Der Bereich Infrastruktur der Abteilung Zentrales hat neben den ureigenen Aufgaben für die Bereiche Gesundheit, Pflege, Hochschulen sowie außeruniversitäre Forschung und Charité ressortübergreifend auf der Grundlage einer Servicevereinbarung auch den IT-Betrieb für die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung an den Standorten Oranienstr. 106 und Potsdamer Str. 65 (10785 Berlin), für das Institut für gerichtliche und soziale Medizin einschließlich dem Leichenschauhaus sowie für das Krankenhaus des Maßregelvollzugs übernommen.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	12	10	9	10	11	12
Relativer Anteil (in %)	55	45	47	53	48	52
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	63	29	57	26	64	33
Relativer Anteil (in %)	68	32	69	31	66	34

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Führungskräfte			
nach VZÄ weiblich:	50.250,87 €	Differenz	15.961,31 €
nach VZÄ männlich:	66.212,18 €		

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Mitarbeitende			
nach VZÄ weiblich:	52.120,56 €	Differenz	-1.946,15 €
nach VZÄ männlich:	50.174,41 €		

Das exemplarische durchschnittliche Monatseinkommen der weiblichen Führungskräfte ist geringer als das der männlichen Führungskräfte da der Anteil der weiblichen Mitarbeiterinnen in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen höher ist, als der Anteil in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Außerdem führt ein unterschiedlicher Anteil von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten in den Geschlechtern aufgrund des vergleichsweise geringeren Brutto-Gehaltes (nicht zu zahlende Arbeitgeber-SV-Anteile bei verbeamteten Dienstkräften) zu Unterschieden in den Durchschnittsgehältern, die in keiner Weise mit einer Benachteiligung von Frauen in Zusammenhang stehen. Bei den Mitarbeitenden ist das durchschnittliche Jahresgehalt der weiblichen Dienstkräfte höher als das der männlichen Dienstkräfte, weil das Durchschnittsalter der weiblichen Dienstkräfte höher ist.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11902 (neu)	011	Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit	1.000	1.000		
		Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit der Hausleitung				
11979	011	Verschiedene Einnahmen	1.000	1.000	1.000	10.651,89
		Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen mit erwarteten Beträgen bis zu 1.000 €.				
12406	011	Mieten für Stellplätze auf Dienstgrundstücken	8.400	8.400	8.400	6.953,25
		Mieteinnahmen für die Stellplätze auf dem Dienstgrundstück Standort Warschauer Str. 41/42				
28107	011	Ersatz von Personalausgaben	169.000	174.000	162.000	46.932,49
		Einnahmen aus dem Ersatz von Personalkosten im Zusammenhang mit der IT-Betreuung des Krankenhauses des Maßregelvollzuges (KMV).				
		Die Veranschlagung erfolgt entsprechend der aktualisierten Servicevereinbarung mit dem KMV, nach der für die Inanspruchnahme von Leistungen jährlich die Personal-Ist-Kosten von zwei Stellen der Entgeltgruppe 11 TV-L erstattet werden, auf Basis der entsprechenden Durchschnittssätze.				
		Gesamteinnahmen	179.400	184.400	171.400	64.537,63
		Prozentuale Veränderung	4,7 %	2,8 %		
		Ausgaben				
42100	011	Amtsbezüge	203.000	211.000	176.000	189.632,12
42201	011	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	3.860.000	4.078.000	3.957.000	2.539.346,09
42260	011	Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	1.300,00
42701	290	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	53.500	53.500	53.500	25.463,23
		Zahlungen aufgrund eines Dienstvertrages oder einer ähnlichen Vereinbarung mit Einzelpersonen, z. B. Honorare für Dozenten/Dozentinnen zur Durchführung von internen Fortbildungsveranstaltungen sowie für Maßnahmen zur Verbesserung des Webauftritts. Abführung der Künstlersozialabgabe an die Künstlersozialkasse für jede Inanspruchnahme von Leistungen selbständiger Künstler / Publizisten.				
42722	011	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)	12.000	12.000	95.000	—
42735	011	Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen	1.000	1.000	1.000	—
42760	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—
42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	5.161.000	5.434.000	5.156.000	4.113.845,63
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	1.322.000	1.372.000	1.105.000	1.213.487,87
42830	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)	169.000	174.000	162.000	—
		Personalmittel für den Einsatz von Dienstkräften im Zusammenhang mit der IT-Betreuung des KMV.				

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42860	**011**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.600,00**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**122.000**	**126.000**	**105.000**	**114.801,68**

Ausgaben für Beihilfen für Dienstkräfte auf Grund der Vorschriften über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen.

44304	**011**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**67.400**	**67.400**	**108.000**	**72.383,88**

Ausgaben für Versicherungsbeiträge an die Unfallkasse Berlin in Abhängigkeit von der Festlegung der Umlagehöhe. Die Höhe der Beitragsvorschüsse wird gemäß § 164 Abs. 1 SGB VII in Verbindung mit der Satzung der Unfallkasse Berlin entsprechend der Unfallversicherungsleistung des vorletzten Jahres festgelegt.

44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**40.100**	**40.100**	**60.700**	**40.054,51**

Ausgaben für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung von Dienstkräften (d. h. betriebsärztliche Betreuungsleistungen und zweijährige Überprüfung nicht ortsfester elektrischer Anlagen) sowie Ausgaben im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Bildschirmarbeitsbrillen (inkl. Kostenübernahmen der arbeitsmedizinischen Sehtests).

45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**84.600**	**84.600**	**84.600**	**197.786,21**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**185.000**	**185.000**	**243.000**	**163.724,11**

	2024	2025
1. Bücher, Zeitschriften und Loseblattsammlungen	110.000 €	110.000 €
2. Büromaterialien, Papier und Vordrucke	52.000 €	52.000 €
3. Portoausgaben	20.000 €	20.000 €
4. Rundfunk- und Fernsehgebühren	3.000 €	3.000 €
	185.000 €	185.000 €

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**100.000**	**100.000**	**147.000**	**69.624,39**

Ausgaben für die Beschaffung von Büromöbeln, Arbeitsplatzausstattungen und für zentrale Aufgaben (z. B. Ausstattung der Besprechungsräume, Gesundheitsmanagement, Sicherheitsaufgaben, Erste-Hilfe-Ausstattung, etc.).

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.021.000**	**1.041.000**	**1.001.000**	**1.233.374,88**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements für die Dienstgebäude Oranienstr. 106, Warschauer Str. 41/42 (Abt. Wissenschaft und Forschung) und Taubenstr. 10 (Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Bürodienstgebäude Berlin).

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**

Neu

Ausgaben für die Raummiete hinsichtlich der Personal- und Frauenversammlung sowie der Versammlung der Beschäftigten mit (Schwer-) Behinderung oder Gleichstellung.
Diese Ausgaben wurden bis 2023 aus dem Titel 54079 und werden ab 2024 aus dem Titel 51801 geleistet.

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**78.600**	**78.600**	**78.600**	**70.968,52**

Ausgaben für die Anmietung von Multifunktions- und Telefaxgeräten.

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**2.807.000**	**2.841.000**	**2.556.000**	**2.450.328,96**

Ausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management für die Dienstgebäude Oranienstr. 106 und Warschauer Str. 41/42 (Abt. Wissenschaft und Forschung).

51890	**011**	**Mieten und Pachten aus zweckgebundenen Einnahmen**			**8.400**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Die Mietausgaben für die Stellplätze auf dem Dienstgrundstück Standort Warschauer Str. 41/42 werden künftig im Titel 51820 nachgewiesen.

51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**13.900**	**13.900**	**18.400**	**19.390,50**

Ausgaben für die nutzerspezifischen Betriebs- und Nebenkosten, für die Wartung nutzerspezifischer Anlagen und für die Miete der Frischwasserspender in der Warschauer Str. 41/42 nebst CO2-Gasflaschen.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**50.000**	**50.000**	**57.100**	**18.124,15**

Für die Erstattung von Teilnehmendengebühren im Rahmen dienstlicher Aus-, Fort- und Weiterbildung innerhalb Berlins, für die von der Abteilung Zentrales organisierten Fortbildungsveranstaltungen in den Bereichen Personalentwicklung und für spezielle Schulungsveranstaltungen der Beschäftigtenvertretungen.

Ausgaben für Schulungsmaßnahmen zur Vertiefung der Kenntnisse im Vergabe- und Zuwendungsrecht, Fortbildungsmaßnahmen der Beschäftigtenvertretungen und für die sonstige Aus- und Fortbildung (u.a. Finanzierung von Seminaren im Rahmen von K +).

52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**10.000**	**10.000**	**39.100**	**—**

Ausgaben für Prozessgebühren und Auslagen nach dem Gerichtskostengesetz für Verfahren im Bereich der Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit, in denen das Land Berlin die Kosten trägt.

52610	**011**	**Gutachten**			**25.000**	**6.449,80**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Die Ausgaben in Höhe von 30.000 € für den Rahmenvertrag Steuerberatung zur Umsetzung § 2 UStG werden zukünftig im Titel 54010 nachgewiesen.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**14.254,96**

Ausgaben für Dienstreisen (außerhalb des Landes Berlin) sowie für Serviceleistung der BVG (Firmenticketvereinbarung), Fahrscheine und Wegstreckenentschädigungen (innerhalb des Landes Berlin).

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**9.300**	**9.300**	**9.300**	**1.696,24**

Ausgaben für Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege der Hausleitung.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**8.000**	**8.000**	**16.900**	**—**

Ausgaben für die aktualitätsbezogenen und klassischen Öffentlichkeitsarbeiten der Hausleitung sowie für allgemeine Veröffentlichungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Patientenbeauftragten wie Informationsmaterial zu Beratungsthemen, Serviceleistungen und Ansprechpartnern, Nachdruck und ggf. Aktualisierung von Broschüren.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**948,00**

Ausgaben für Veröffentlichungen im Zusammenhang mit Stellenausschreibungen.

54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**32.100**	**32.900**	**49.500**	**24.449,84**

Ausgaben für Maßnahmen des Personalmanagements und des Gesundheitsmanagements

		2024	2025
1.	Inanspruchnahme der Sozialberatung der Berliner Justiz	20.000 €	20.000 €
2.	Ermittlung der psychischen Belastungen (Arbeitsfähigkeitsindex - Work Ability Index, WAI) gem. § 5 ArbschG	2.000 €	2.800 €
3.	Workshops zu Teamentwicklung, Führungskultur und Kommunikation/Wertschätzung	1.000 €	1.000 €
4.	Führungskräfte-Einzelcoaching	1.000 €	1.000 €
5.	gesundheitsförderliche Maßnahmen	3.500 €	3.500 €
6.	Familienservice-Angebote zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	1.500 €	1.500 €
7.	Externes Coaching von Fachbereichen mit Überlastungssituationen	1.000 €	1.000 €
8.	Willkommensveranstaltungen für neue Beschäftigte	500 €	500 €
9.	Lizenz für Umfragetool	1.100 €	1.100 €
10.	Erstellung barrierefreier Formulare durch externe Dienstleister	500 €	500 €
	Summe (gerundet)	32.100 €	32.900 €

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**535.000**	**1.029.000**	**1.325.000**	**279.697,15**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 51135 und ansonsten nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz (EGovG Bln).

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 30.05.2016 das EGovG Bln beschlossen. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Verwaltungsverfahren und -strukturen aller Verwaltungsebenen und -bereiche der Berliner Verwaltung auf E-Government umzustellen (Art. 1 § 2 Abs. 1). Im Vorfeld der Digitalisierung sollen alle Verwaltungsabläufe dokumentiert, analysiert und optimiert werden (vgl. Art. 1 § 10 Abs. 1). Ziel ist die vollständige Digitalisierung der Berliner Verwaltung.

		2024	2025
1.	GPM Maßnahmen in der Abteilung Gesundheit	133.170 €	300.000 €
2.	Bezirkliche Prozessebene im Politikfeld Gesundheit	96.430 €	210.000 €
3.	FAZIT/Pflegeschulraumförderung	19.290 €	42.000 €
4.	Prozessmapping in Vorbereitung der Digitalisierung im PF Pflege	5.050.€	0 €
5.	Investitionskostenplanung in der Abteilung Pflege	78.060 €	0 €
6.	Landes-Pflege-Strukturplanung (LPSP)	24.340 €	53.000 €
7.	GPO/ Kontinuierlicher Verbesserungsprozess an den Schnittstellen ProSHP/OpenProSoz	7.810 €	17.000 €
8.	GPM Maßnahmen für ein Projekt im Bereich Außeruniversitärer Forschung	29.860 €	65.000 €
9.	Prozessoptimierung für die Digitalisierung der Liegenschaftsverwaltung und für die Digitalisierung der Kapazitätsauslastung der Hochschulen	29.860 €	65.000 €
10.	Geschäftsprozessoptimierung in Verbindung mit der Einführung der Digitalen Akte im Ressort der SenWGP	91.840 €	256.000 €
11.	Entwicklung operativer IT-Prozesse nach ITIL (z.B. Management von Service- und Störungsanfragen, IT-ServiceDesk; IT-Testmanagement) im LAGeSo Bereich „IT-Ges“ (zuständig für IT-Services für den Öffentlichen Gesundheitsdienst)	19.290 €	21.000 €
	Summe	535.000 €	1.029.000 €

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**135.000**	**75.400**	**45.400**	**37.666,04**

Ausgaben für die Erstellung des hausinternen Pressespiegels in digitaler Form und für die Durchführung von Umzügen und Transporten, Ausgaben für den Rahmenvertrag Steuerberatung zur Umsetzung § 2 UStG sowie Ausgaben für einen Dienstleistungsvertrag zur Dienstposten- sowie Stellenbewertungen.

Die Ausgaben für den Rahmenvertrag Steuerberatung zur Umsetzung § 2 UStG wurden bis 2022 aus dem Titel 52610 und werden ab 2023 aus dem Titel 54010 geleistet.

Die Ausgaben für einen Dienstleistungsvertrag zur Dienstposten- sowie Stellenbewertungen werden einmalig in 2024 veranschlagt.

54053	**290**	**Veranstaltungen**	**15.600**	**15.600**	**15.600**	**2.900,00**

Ausgaben für Veranstaltungen der Patientenbeauftragten (Veranstaltungsreihe zu den Bereichen Gesundheit und Pflege mit Informations-, Diskussions- und Qualifizierungsangeboten für Patientinnen und Patienten, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in Berlin) und für die jährlich stattfindende Leitungsklausur mit der Hausleitung, den Abteilungsleitungen und den Referatsleitungen.

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**15.000**	**—**

Ausgaben für die Abführung des Umsatzsteueranteils an das Finanzamt für Körperschaften nach § 2b UStG.

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.200**	**1.200**	**8.600**	**2.246,50**

Ausgaben für die Tätigkeit der Beschäftigtenvertretung, insbesondere Schriftdolmetsch-/ Gebärdensprachdolmetschleistungen bei Personal- und Frauenversammlungen sowie der Versammlung der Beschäftigten mit (Schwer-)Behinderung und Gleichstellung, für allgemeine Verbrauchsmittel und für den Mitgliedsbeitrag für den Verein „Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherung“.

Die Ausgaben für die Raummiete hinsichtlich der Personal- und der Frauenversammlung wurden bis 2023 aus dem Titel 54079 und werden ab 2024 aus dem Titel 51801 geleistet.

54606	**011**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.200**	**1.200**	**1.200**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/ Wissensmanagern und Dialogbegleiterinnen/ Dialogbegleitern, Honorare für Senior-Expertinnen/ Experten.

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**	**-9.000.000**	**-9.000.000**	**-2.650.000**	**—**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**530.000**	**1.029.000**	**1.145.000**	**179.489,20**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 54003 und ansonsten nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz. Digitalisierungsmaßnahmen für TOP100-Prozesse der Bezirke in den Politikfeldern Wissenschaft, Gesundheit und Pflege sowie kundenorientierte Prozesse der SenWGP und nachgeordneter Einrichtungen:

	2024	2025
1. Ablösung des Excel-basierten Raumbuchs durch eine Standard-Software-Lösung	50.000 €	35.000 €
2. Pflegekompetenzfeststellungsverfahren (II B)	100.000 €	100.000 €
3. Pauschalförderung (II C)	100.000 €	100.000 €
4. Angebote zur Unterstützung im Alltag (II D)	75.000 €	100.000 €
5. Vorhaben im Rahmen der Landespflege-Strukturplanung (LPSP) (II A)	0 €	125.000 €
6. Investitionskostenplanung (II C)	0 €	175.000 €
7. Hilfe zur Pflege im Kontext ProSHP/OpenProSoz (II D)	0 €	75.000 €
8. Kooperative Entwicklung von zwei Digitalisierungsprojekten mit dem Ziel der Prozessmodellierung und Herstellung der Konnektivität allgemeiner und spezifischer GWK-Verfahren in der Fachabteilung	35.000 €	35.000 €
9. Liegenschaftsverwaltung und Kapazitätsprüfung	45.000 €	45.000 €
10. Implementierung prioritärer interner Digitalisierungsvorhaben und -maßnahmen in der Abteilung Gesundheit	125.000 €	239.000 €
Summe (gerundet)	530.000 €	1.029.000 €

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.360.000**	**1.469.000**	**1.564.000**	**190.375,89**

Ausgaben für die verfahrensabhängigen IKT-Dienstleistungen und Lizenzgebühren:

		2024	2025
1.	Betrieb und Weiterentwicklung einer Standard-Software im Bereich CMDB/Ticket-Tool	125.000 €	125.000 €
2.	Betrieb und Weiterentwicklung einer Standard-Software im Bereich Beschaffungsplanung und -Controlling (Vertragsmanagementsystem)	100.000 €	125.000 €
3.	Betrieb und Weiterentwicklung eines IKT-Verfahrens für die Zuwendungsprüfung im Bereich der Krankenhausinvestitionsförderung	88.800 €	90.000 €
4.	Hosting und Weiterentwicklung eines SenWGP-Mitarbeitenden-Portals auf Basis einer landeseinheitlichen Lösung	125.000 €	207.800 €
5.	Konzeption/Anpassung und Bereitstellung einer architekturkonformen Lösung für ein Datawarehouse inkl. Dashboard	200.000 €	200.000 €
6.	Konsolidierung und Betrieb TP-Tool für Stellen(nach)besetzungen	25.000 €	25.000 €
7.	Betrieb einer Standardanwendung für Notfälle/stillen Alarm	100.000 €	100.000 €
8.	Juris und Beck-Online	60.000 €	60.000 €
9.	Cloud-System	11.250 €	11.250 €
10.	E-Mail-Adressen	1.730 €	1.730 €
11.	Spracherkennungssoftware	1.020 €	1.020 €
12.	Videokonferenzsystem	11.200 €	11.200 €
13.	Betrieb Adressverwaltung	25.000 €	25.000 €
14.	DE-Mail	1.000 €	1.000 €
15.	Datenschutz besonderes Behördenpostfach	10.000 €	10.000 €
16.	Maßnahmen zur Herstellung der eAkte Readiness	225.000 €	225.000 €
17.	Betrieb div. migrierter Kleinstanwendungen	250.000 €	250.000 €
	Summe	1.360.000 €	1.469.000 €

Summe Maßnahmegruppe 32	**1.890.000**	**2.498.000**	**2.709.000**	**369.865,09**
Gesamtausgaben	**9.024.500**	**10.679.700**	**16.816.900**	**13.276.410,35**
Prozentuale Veränderung	**-46,3 %**	**18,3 %**		

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0900				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	10.400	10.400	9.400	17.605,14
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	169.000	174.000	162.000	46.932,49
		Gesamteinnahmen	179.400	184.400	171.400	64.537,63
411-462		Personalausgaben	11.100.600	11.658.600	11.067.800	8.510.701,22
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	6.923.900	8.021.100	8.398.100	4.765.709,13
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	-9.000.000	-9.000.000	-2.649.000	—
		Gesamtausgaben	9.024.500	10.679.700	16.816.900	13.276.410,35
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-8.845.100	-10.495.300	-16.645.500	-13.211.872,72

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte dieses Einzelplans veranschlagt. Es handelt sich dabei um

a) bereits vor Auflösung des ZeP vorhandene Überhangkräfte, die nicht zum bisherigen Kapitel 2809 –Zentrales Personalüberhangmanagement – versetzt werden mussten (Ausnahmen von der Versetzungspflicht),

b) um Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement – EZeP – in die Dienststelle versetzt worden sind

c) Dienstkräfte, die nach Auflösung des ZeP in diesem Personalwirtschaftsbereich neu dem Personalüberhang zugeordnet worden sind.

Die Unterscheidung der drei unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Veränderungen im Vergleich zum DHH 2022/2023 resultieren aus der Auflösung des Gemeinsamen Krebsregisters der ostdeutschen Länder und Berlin (GKR) zum 31.12.2022. Personal, welches noch nicht anderweitig untergebracht werden konnte, wird in diesem Kapitel weitergeführt.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merksatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften VV Prämie, VV Teilausgleiche, VV Rente und VV Besitzstand. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	149.000	155.000	124.000	141.924,98
42801	860	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	413.000	427.000	194.000	190.841,33
42850	860	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000	1.000	—
44100	860	Beihilfen für Dienstkräfte	5.100	5.200	8.600	4.733,09
		Gesamtausgaben	568.100	588.200	327.600	337.499,40
		Prozentuale Veränderung	73,4 %	3,5 %		
		Abschluss Kapitel 0909				
411-462		Personalausgaben	568.100	588.200	327.600	337.499,40
		Gesamtausgaben	568.100	588.200	327.600	337.499,40
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-568.100	-588.200	-327.600	-337.499,40

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zur Erfüllung der der Abteilung V - Hochschulen - der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege obliegenden Aufgaben, sofern diese nicht zentral bei Kapitel 0900 nachgewiesen werden.

Von der Abteilung V - Hochschulen - werden insbesondere folgende Aufgaben wahrgenommen:

Konsumtive und investive Zuschüsse an die Kuratorialhochschulen
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
Umsetzung des Hochschulpakts 2020 und des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 b GG
Hochschulentwicklung, -finanzierung und Controlling
Hochschulzulassung und Kapazitätsermittlung
Grundsatzfragen von Studium, Lehre und Prüfung
Studentische Angelegenheiten, Studienreform
Gleichstellung an Hochschulen und Nachwuchsförderung
Ausbildungsförderung
Zuschüsse an konfessionelle Hochschulen
Staatliche Anerkennung privater Hochschulen
Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes für den allgemeinen Hochschulbau sowie für Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräte (Art. 143 c Abs. 1, 91b Abs. 1 Nr. 3 GG, jeweils in Verbindung mit dem Entflechtungsgesetz) und Ausgaben für den Hochschulbau
Zuschüsse an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), an das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW gGmbH) und an das HIS-Institut für Hochschulentwicklung e.V. (HIS e.V.)
EU-Strukturfonds
Hochschulbaufinanzierung und Liegenschaftsangelegenheiten der Berliner Hochschulen

Die der Aufsicht der Abteilung V - Hochschulen - der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sind den Einzelplanerläuterungen zu entnehmen.

B. Gender Budgeting

Hochschulbezogene geschlechtssensitive Daten für das Kapitel 0910 liegen bei Titel 68520 - Zuschüsse an Universitäten - vor (Erläuterung siehe dort). Dort erfolgt für alle staatlichen und konfessionellen Hochschulen ein Ausweis der Daten in einer zusammenfassenden Übersicht.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

	2020		2021		2022	
Planmäßig Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	1	6	5	4	6	3
Relativer Anteil	14 %	86 %	56 %	44 %	67 %	33 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	34	12	32	16	33	18
Relativer Anteil	74 %	26 %	67 %	33 %	65 %	35 %

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022 *Führungskräfte*			
nach VZÄ weiblich:	73.876,26 €	Differenz	10.790,25 €
nach VZÄ männlich:	84.666,51 €		

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022 *Mitarbeitende*			
nach VZÄ weiblich:	55.255,84 €	Differenz	-5.586,27 €
nach VZÄ männlich:	49.669,57 €		

Das exemplarische durchschnittliche Monatseinkommen der weiblichen Führungskräfte ist geringer als das der männlichen Führungskräfte, da der Anteil der Mitarbeiterinnen in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen höher ist, als der Anteil in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Außerdem führt ein unterschiedlicher Anteil von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten in den Geschlechtern aufgrund des vergleichsweise geringeren Brutto-Gehaltes (nicht zu zahlende Arbeitgeber-SV-Anteile bei verbeamteten Dienstkräften) zu Unterschieden in den Durchschnittsgehältern, die in keiner Weise mit einer Benachteiligung von Frauen in Zusammenhang stehen. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist das durchschnittliche Jahresgehalt der weiblichen Dienstkräfte höher als das der männlichen Dienstkräfte, weil das Durchschnittsalter der weiblichen Dienstkräfte sowie der Anteil in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen höher ist.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**142**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**13.150,26**

Es handelt sich um Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung für

a) Nachdiplomierung (West und Ost) (Tarifstelle 4925 und 4926),
b) Bescheinigung zur Befreiung von Umsatzsteuer für Lehrveranstaltungen, die Hochschulprüfungen vorbereiten (Tarifstelle 4202),
c) Anerkennung von Privathochschulen (Tarifstelle 4922).

11201	**142**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**8.988,66**

Es handelt sich um Einnahmen aus verhängten Geldstrafen, Geldbußen, Verwarn- und Zwangsgeldern.

11921	**133**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**135.000**	**135.000**	**135.000**	**139.449,52**

Es werden auch Rückzahlungen von Zuwendungen aus ESF- und EFRE-Mitteln im Ergebnis aus externen Wirtschaftsprüfungen vereinnahmt.

Gemäß Nr. 2.2.2 AV zu § 35 Landeshaushaltsordnung (LHO) werden Rückzahlungen von Zuwendungsmitteln aus Vorjahren beim jeweiligen Ausgabetitel vereinnahmt, sofern es sich um übertragbare Haushaltsmittel handelt. Hierzu zählen Ausgaben für Investitionen und Ausgaben, die für übertragbar erklärt werden (§ 19 LHO).

11934	**133**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**7.780.925,92**
11941	**142**	**Rückzahlungen überzahlter Leistungen nach dem Heizkostenzuschussgesetz Bund**	**1.000**	**1.000**	**—**	**28.980,00**

Einnahmen aus Rückzahlungen von mehrfach ausgezahlten Leistungen nach dem Heizkostenzuschussgesetz Bund von Geförderten nach dem BAföG

11946	**142**	**Rückzahlungen überzahlter Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz** Siehe Maßnahmegruppe 02				
11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**19,50**

Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

12401	**139**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**73.000**	**73.000**	**73.000**	**73.000,20**

Einnahmen aus der Vermietung des Grundstücks Am Rupenhorn 5 in 14055 Berlin. Die derzeitige, nach Abzug der Instandhaltungskosten vom Grundstücksverwalter abgeführte Nettokaltmiete beträgt 73.000,20 € jährlich.

13107	**133**	**Verkauf von hochschulgenutzten bebauten Grundstücken**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erlöse aus dem Verkauf hochschulgenutzter landeseigener Grundstücke sind bei Kapitel 0910 zu vereinnahmen und nach den Regelungen der Hochschulverträge an diejenige Hochschule auszukehren, die die Nutzung aufgibt. Die Erlösauskehr bei Titel 68650 steht unter dem Zustimmungsvorbehalt der Senatsverwaltung für Finanzen.

13108	**811**	**Erlösbeteiligungen aus Verkäufen bebauter Grundstücke des Verwaltungsvermögens**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erlöse aus der Vermarktung ehemaliger hochschulgenutzter Liegenschaften, die nicht an die Hochschule ausgekehrt werden, die derzeit nicht beziffert werden können

18213	**142**	**Anteil an den Rückflüssen von Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz** Siehe Maßnahmegruppe 02				

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
18214	**142**	**Anteil an den Rückflüssen von Darlehen nach dem Graduiertenförderungsgesetz**			**1.000**	**270,41**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Der Titel wird ab 2024 nicht mehr benötigt, da die Erstattungen des Bundes mit einer letzten Zahlung 2023 eingestellt worden sind.

23109	**133**	**Zuweisungen des Bundes für die Exzellenzinitiative an deutschen Hochschulen**	**17.362.000**	**17.323.000**	**18.044.000**	**17.630.237,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68514.

Die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten – „Exzellenzstrategie“ – wurde am 16. Juni 2016 unterzeichnet und am 04. November 2022 durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz in geänderter Form fortgeschrieben.
Die Berliner Universitäten waren mit dem Verbundantrag der Berlin University Alliance in der Förderlinie Exzellenzuniversitäten erfolgreich. Förderbeginn war der 01. November 2019.
Bei dem Titel wird der 75-prozentige Bundesanteil an der Förderung der Berlin University Alliance in der Exzellenzstrategie nachgewiesen. Die Gesamtausgaben einschließlich des 25-prozentigen Landesanteils werden bei Titel 68514 nachgewiesen.

23146	**142**	**Anteil des Bundes an den Zuschüssen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**				

Siehe Maßnahmegruppe 02

23147	**142**	**Anteil des Bundes an den Zuschüssen nach dem Heizkostenzuschussgesetz Bund**	**1.000**	**1.000**	**—**	**5.255.040,00**

Bundesmittel der einmaligen Zuschussleistung nach dem Heizkostenzuschussgesetz Bund von Geförderten nach dem BAföG; Entsprechend § 5 Absatz 1 Heizkostenzuschussgesetz trägt der Bund die Kosten dieser Leistung zu 100 Prozent. Die Ausgaben werden bei Titel 68161 nachgewiesen.

23159	**133**	**Zuweisungen des Bundes für den Hochschulpakt 2020 - Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken**	**168.321.000**	**163.691.000**	**167.525.000**	**176.859.171,79**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68559.

Mit der zwischen den Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern in der Ministerpräsidentenkonferenz am 06.06.2019 abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung über den Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ wird der Programmteil zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfängerinnen und Studienanfänger des Hochschulpakts 2020 fortgeführt.
Der Bund weist die von ihm zur Verfügung zu stellenden Mittel den einzelnen Ländern zur eigenen Bewirtschaftung zu. Die Mittel sind zweckgebunden für die in der Verwaltungsvereinbarung und der Selbstverpflichtung des Landes Berlin benannten Maßnahmen (vgl. Erläuterungen zu Titel 68559). Bis zum Jahr 2023 umfassten die Zahlungen des Bundes die sogenannte Ausfinanzierungsphase des Hochschulpaktes.

23193	**139**	**Einnahmen zur Durchführung des Nationalen Stipendiumprogramms**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.000**	**1.570.520,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68593.

Bundesmittel zur Finanzierung von Stipendien und der Spendenakquise im Rahmen des Stipendienprogramm-Gesetzes (sog. Deutschlandstipendium)

23601	**142**	**Ersatz von Ausgaben durch Sozialversicherungsträger**				

Siehe Maßnahmegruppe 02

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
26109	**132**	**Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln**	**750.000**	**1.000**	**13.000.000**	**—**

Ersatz der in vergangenen Haushaltsjahren aus dem Titel 68517 verausgabten Bauvorbereitungsmittel für Baumaßnahmen für die Charité - Universitätsmedizin Berlin und die staatlichen Berliner Hochschulen, die in der Hauptgruppe 8 veranschlagt werden und für die im laufenden Haushaltsjahr erstmalig Baumittel bereitstehen

27292 (neu)	**139**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**1.000.000**	**1.000.000**		

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68592.

Die Einnahmen sind für die Durchführung des ESF+-Instrumentes 4 - Gründungsförderung an Hochschulen – vorgesehen. Grundlage der Ausgabe bildet das Programm des ESF+ für Berlin, das am 9.6.2022 von der EU-Kommission bestätigt worden ist.

Genderbudget:
Geschlechterstruktur: Teilnehmerinnen 49,995%, Teilnehmer 49,995 %, diverse Teilnehmer* 0,01%

27295	**129**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**933.966,14**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68595.

Der Merkansatz wird benötigt, da ggf. noch weitere Abrechnungen aus der Förderperiode 2014-2020 erfolgen.

27296	**164**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**960.301,97**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68596.

Der Merkansatz wird benötigt, da ggf. noch weitere Abrechnungen aus der Förderperiode 2014-2020 erfolgen.

27297 (neu)	**139**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**1.000**	**2.400.000**		

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68597.

Grundlage ist die Richtlinie der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege, Abteilung Wissenschaft, für die Gewährung von Förderungen im Rahmen der Aktion „Förderung der Transferstrukturen der Berliner Hochschulen“ finanziert durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).
Gegenstand der Förderung sind: Plattformen, Applikationslabore sowie Projekte industrieller Forschung und experimenteller Entwicklung sowie die Förderung von Aktivitäten der Hochschulen und deren Netzwerke als koordinierende Stelle für den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft und Gesellschaft.

28126	**142**	**Ersatz von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28290	**133**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**5.459.000**	**5.459.000**	**5.263.000**	**5.474.469,35**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68590 und 89392.

Bund und Länder haben sich auf die gemeinsame Förderung des Nationalen Hochleistungsrechnens (NHR) verständigt und dazu am 26. November 2018 die Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten, Großgeräten und des Nationalen Hochleistungsrechnens an Hochschulen (AV-FGH) abgeschlossen.

Zuweisungen des Bundes und der weiteren Trägerländer für die Finanzierung des NHR-Zentrums Berlin

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
33112	**133**	**Zuweisungen des Bundes nach Art. 91 b Grundgesetz für Forschungsbauten an Hochschulen**	**3.385.000**	**10.155.000**	**3.301.000**	**8.244.225,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Kapitel 1250, MG 09, Titel 70403.

Art. 91b GG iVm Art. 3 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) und § 1 Abs. 11 der Anlage zum GWK-Abkommen

Bund und Länder fördern ab 2007 auf der Grundlage des im Rahmen der Föderalismusreform neu gefassten Artikels 91 b GG in Verbindung mit Art. 3 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) und § 1 Abs. 1 Nr. 11 der Anlage zum GWK-Abkommen sowie auf der Grundlage der Ausführungsvereinbarung Forschungsbauten, Großgeräte und Nationales Hochleistungsrechnen (AV-FGH) die Errichtung von Forschungsbauten und Großgeräten an Hochschulen sowie das Nationale Hochleistungsrechnen jeweils mit der Hälfte der Gesamtkosten. Der Bund stellt für diese Gemeinschaftsaufgabe jährlich insgesamt 316,75 Mio. € für die Länder zur Verfügung, davon sind 200,5 Mio. € für die Forschungsbauten, 85 Mio. € für die Großgeräte und 31,25 Mio. € für die Förderung von Hochleistungsrechnern vorgesehen. Die Mittel für die Förderung der Großgeräte werden durch die DFG vergeben, die den Förderanteil des Bundes direkt den beschaffenden Hochschulen zuweist.

Die Höhe der Zuweisungen für Forschungsbauten mit einer überregionalen, förderungswürdigen Forschungsprogrammatik ist dabei abhängig vom Erfolg der vom Land in einem anspruchsvollen Verfahren gestellten Anträge.

Die Einnahmen werden zweckgebunden für folgende Vorhaben veranschlagt:

Hochschule	Vorhaben	Laufzeit	Fördermittel Bund 2023	2024	2025	2026	2027	Zweckbindung Ausgabetitel
Charité/TUB	BECAT	2018 - 2023	752.900	0	0	0	0	0910 / 89469
HUB	Optobiologie	2023 - 2027	1.692.425	3.384.850	10.154.550	11.846.975	6.769.700	1250 / 70403
Charité/TUB	Si-M	2019 - 2023	2.547.825	0	0	0	0	0910 / 89471
Summe			4.993.150	3.384.850	10.154.550	11.846.975	6.769.700	

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
33121	**133**	**Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen**	**14.000.000**	**17.000.000**	**11.000.000**	**8.000.000,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Kapitel 0910, Titel 89476.

Zuweisungen des Bundes für den Neubau des Deutschen Herzzentrums der Charité (DHZC)

Die Baumaßnahme umfasst den Neubau für das aus dem Deutschen Herzzentrum Berlin und den herzmedizinischen Einrichtungen der Charité neu errichtete, universitäre „Deutsche Herzzentrum der Charité“ inklusive einer Zentralen Notallaufnahme und der Zentralen Sterilgutversorgung am Campus Virchow-Klinikum.

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden auf 488.800.000 € geschätzt. Der Bund beteiligt sich mit 100.000.000 € an dem Bauvorhaben.

Titel	Fkt	Bezeichnung
34205	**142**	**Zuweisungen der KfW für den Anteil des Bundes an den Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**

Siehe Maßnahmegruppe 02

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 02		**Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)**				
11946	**142**	**Rückzahlungen überzahlter Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**	**6.000.000**	**6.000.000**	**4.700.000**	**5.802.881,36**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 63110.

Einnahmen aus Rückzahlungen der Auszubildenden aufgrund von Rückforderungen überzahlter Förderungsbeträge nach dem BAföG

18213	**142**	**Anteil an den Rückflüssen von Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**	**15.000.000**	**15.000.000**	**15.000.000**	**13.610.182,86**

Die Höhe der jährlichen Rückflüsse erfolgt nach dem 25. BAföGÄndG auf einer neuen Berechnungsgrundlage. Sobald die den Ländern zustehenden Anteile an den Rückflüssen ausgezahlt sind, fällt der Einnahmetitel nach derzeitiger Rechtslage fort. Das könnte nach der Begründung zum 25. BAföGÄndG 2026 der Fall sein.

23146	**142**	**Anteil des Bundes an den Zuschüssen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**	**100.000.000**	**100.000.000**	**92.000.000**	**96.329.180,14**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68125.

Einnahmen aus dem Bundesanteil an den Zuschüssen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz. Diesen Einnahmen stehen Ausgaben in gleicher Höhe bei Titel 68125 gegenüber, da der Bundesanteil 100 Prozent beträgt.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz sieht nach dem 25. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföGÄndG) ab 2015 gemäß § 56 Abs. 1 Satz 1 BAföG eine volle Kostenübernahme für die Ausbildungsförderung durch den Bund vor. Einnahmen bei Titel 23146 bzw. 34205 sind deshalb seit 2015 in derselben Höhe wie die Ausgaben bei Titel 68125 bzw. 86318 zu veranschlagen. Die im Rahmen der Ausbildungsförderung erzielten Einnahmen werden über Titel 63110 vollständig an den Bund abgeführt.

Die Einnahmen und Ausgaben der Ausbildungsförderung stellen sich wie folgt dar:

	2024	2025
Ausgaben bei		
Titel 68125	100.000.000 €	100.000.000 €
Titel 86318	100.000.000 €	100.000.000 €
	200.000.000 €	200.000.000 €
davon 100 v. H. als Einnahmen bei		
Titel 23146	100.000.000 €	100.000.000 €
Titel 34205	100.000.000 €	100.000.000 €
	200.000.000 €	200.000.000 €
Einnahmen bei		
Titel 11946	6.000.000 €	6.000.000 €
Titel 23601	4.000 €	4.000 €
Titel 28126	150.000 €	150.000 €
	6.154.000 €	6.154.000 €
davon 100 v.H. als Ausgaben bei Titel 63110	6.154.000 €	6.154.000 €

23601	**142**	**Ersatz von Ausgaben durch Sozialversicherungsträger**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**3.554,51**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 63110.

Nach § 38 BAföG auf das Land Berlin übergegangene Ansprüche der Auszubildenden gegen öffentlich-rechtliche Stellen

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
28126	**142**	**Ersatz von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**107.735,07**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 63110.

Einnahmen aus dem Übergang von Unterhaltsansprüchen nach § 37 BAföG und der Ersatzpflicht nach § 47a BAföG

34205	**142**	**Zuweisungen der KfW für den Anteil des Bundes an den Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**	**100.000.000**	**100.000.000**	**83.000.000**	**90.990.747,96**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 86318.

Bundesanteil an den Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz

Den Einnahmen stehen Ausgaben in gleicher Höhe bei Titel 86318 gegenüber, da der Bund die Ausgaben zu 100 Prozent trägt.

Summe Maßnahmegruppe 02	**221.154.000**	**221.154.000**	**194.854.000**	**206.844.281,90**
Gesamteinnahmen	**433.172.000**	**439.923.000**	**413.227.000**	**439.816.997,62**
Prozentuale Veränderung	**4,8 %**	**1,6 %**		

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.328.000**	**1.380.000**	**2.176.000**	**1.553.272,71**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.500,00**
42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**3.600**	**—**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.612.000**	**2.796.000**	**2.261.000**	**2.363.030,17**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**213.000**	**220.000**	**203.000**	**126.477,08**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**51.500**	**53.100**	**97.400**	**48.563,35**

Weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf

51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**10.000**	**10.000**	**7.500**	**3.687,85**
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51827	**133**	**Zinsanteil beim Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen)**	**73.200**	**23.000**	**129.000**	**163.288,00**

Zinszahlung für nachfolgend sonderfinanzierte Maßnahme:

Neubau einer Bibliothek für TU / UdK (Teilansatz 1)
Das bis zum Haushaltsplan 2004/2005 bei Titel 70225 – Neubau einer Bibliothek für die Technische Universität und die Universität der Künste – veranschlagte Vorhaben wird teilweise im Wege der Sonderfinanzierung realisiert (vgl. Erläuterung zu Titel 70225 im Haushaltsplan 2004/2005).
Die Zahlungen laufen bis 2025. Es wird mit Gesamtzinszahlungen i. H. v. 8.354.110 € gerechnet.
Hinsichtlich der Tilgungslast siehe Titel 82301 – Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen).

Germanistische Institute der HU (Teilansatz 2)
Bei diesen Ausgaben handelt es sich um die Zinsen der im Rahmen einer Sonderfinanzierung bereits 2009 fertiggestellten Baumaßnahme „Um- und Neubau der Germanistischen Institute der HU“. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Bundes und des Landes im Wege einer Sonderfinanzierung.
Die Finanzierung läuft noch bis Februar 2027.

Hinsichtlich der Tilgungslast siehe Titel 82301 – Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen).

		2024	2025
Teilansatz 1:	Neubau einer Bibliothek für TU / UdK	62.763 €	16.263 €
Teilansatz 2:	Germanistische Institute der HU	10.360 €	6.626 €
		73.123 €	22.889 €
		rd. 73.200 €	22.900 €

52536 (neu)	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703	**011**	**Dienstreisen**	**28.000**	**28.000**	**23.000**	**2.668,13**
52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**1.400,00**

Ausgaben für die Betreuung überregionaler und internationaler Arbeits- und Besuchergruppen

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**133**	**Dienstleistungen**	**54.000**	**15.000**	**3.000**	**151.725,50**

Nachdigitalisierung von Grundstücksakten (Teilansatz 1):
In Folge der Digitalisierungsstrategie des Landes Berlin sind die Liegenschaftsakten zu digitalisieren. Auch um zügig und rechtssicher die Situation einer Landesliegenschaft beurteilen und für zukünftige Entwicklungen planen zu können, müssen alle diesbezüglichen Verträge, Nachbarschaftsvereinbarungen, Leitungsrechte und Pläne digital vorliegen. Im Rahmen der Einführung der E-Akte werden Altakten nicht digitalisiert.

Projektvorbereitung, Projektsteuerung (Teilansatz 2):
Ausgaben für die frühe Projektvorbereitung komplexer Bauaufgaben durch externe Dienstleister

		2024	2025
Teilansatz 1:	Nachdigitalisierung von Grundstücksakten	39.000 €	0 €
Teilansatz 2:	Projektvorbereitung, Projektsteuerung	15.000 €	15.000 €
		54.000 €	15.000 €

54025	**139**	**Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche**	**160.000**	**160.000**	**160.000**	**142.292,23**

Der Ansatz besteht aus den Vergütungsansprüchen nach den §§ 60a, 60c, 60h Urheberrechtsgesetz sowie nach den §§ 60e Abs. 5, 60h Abs. 1 Satz 1 Urheberrechtsgesetz.

54053 (neu)	**011**	**Veranstaltungen**	**138.000**	**—**		

Ausgaben für die Herbstsitzungen des Wissenschaftsrates 2024 in Berlin

54068	**133**	**Ausgaben für den Tierschutz**	**150.000**	**200.000**	**100.000**	**100.000,00**

Finanzielle Unterstützung des Fachbereichs Veterinärmedizin der Freien Universität Berlin für die Pflege und Behandlung kranker und verletzter Wildtiere

54079	**133**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.135,85**
63110	**142**	**Anteil des Bundes an den Einnahmen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz** Siehe Maßnahmegruppe 02				
63120	**133**	**Rückzahlung von Zuweisungen an den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
63201	**139**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**798.000**	**813.000**	**719.000**	**687.703,31**

Stiftung für Hochschulzulassung (Teilansatz 1):
Nach Artikel 15 Abs. 1 des Staatsvertrages über die Hochschulzulassung vom 21. März / 4. April 2019 ist vereinbart, dass die Stiftung für Hochschulzulassung für die Aufgaben nach Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 (Dialogorientiertes Serviceverfahren - DoSV) von allen Hochschulen Beiträge erhebt. Für die Durchführung des Zentralen Verfahrens sowie zur anteiligen Finanzierung für die Durchführung des Dialogorientierten Serviceverfahrens stellen die Länder gemäß des Staatsvertrages Artikel 15 Abs. 2 der Stiftung die erforderlichen Mittel nach dem Königsteiner Schlüssel als Zuschuss zur Verfügung.

Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland (Teilansatz 2):
Nach Artikel 6 Abs. 1 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages vom 1./20. Juni 2017 (GVBl. S. 542) erhält die Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland einen jährlichen Zuschuss der Länder. Der Länderanteil Berlins am Zuschussbedarf liegt bei rd. 5,19 %.

		2024	2025
Teilansatz 1:	Stiftung für Hochschulzulassung	725.000 €	740.000 €
Teilansatz 2:	Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland	73.000 €	73.000 €
		798.000 €	813.000 €

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63621	**133**	**Beiträge an die Unfallkasse**	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.191.000**	**2.556.504,94**

Ausgewiesen werden die Versicherungsbeiträge an die Unfallkasse Berlin für die Studierenden der staatlichen und privaten Hochschulen, für die das Land Berlin nach den Vorschriften für die gesetzliche Unfallversicherung Träger ist.

67101	**142**	**Ersatz von Ausgaben**	**9.230.000**	**10.231.000**	**8.625.000**	**8.465.000,00**

Das Studierendenwerk Berlin ist Amt für Ausbildungsförderung für die Studierenden an den Berliner Hochschulen. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) regelt in § 39, dass das Gesetz im Auftrag des Bundes durch die Länder ausgeführt wird.

67188	**142**	**Eingliederungshilfe für Studierende mit Behinderung**	**1.250.000**	**1.250.000**	**750.000**	**750.000,00**

Gemäß § 75 Abs. 1 i. V. m. Abs. 2 Nr. 3 Sozialgesetzbuch IX (SGB) haben Menschen mit Behinderung einen Anspruch auf Hilfen zur Hochschulbildung. Eigentlich erbringen die in § 6 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX genannten Rehabilitationsträger diese Leistungen zur Teilhabe. In Berlin wurde die Zuständigkeit für die Maßnahmen zur Inklusion von Studierenden sowie Studienbewerberinnen und -bewerbern mit Behinderungen oder chronischer Erkrankung gemäß § 9 Abs. 2 i.V.m. § 5 Abs. 5 des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) den Hochschulen übertragen. Die staatlichen und konfessionellen Hochschulen haben sich darauf verständigt, das Studierendenwerk Berlin mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu beauftragen. Das Land Berlin stellt dem Studierendenwerk Berlin zur Vergabe der Inklusionsleistungen zusätzlich jährlich 1.250.000 Euro zur Verfügung.

Sofern der Landeszuschuss die Kosten der Inklusionsleistungen für Studierende mit Behinderungen nicht vollständig deckt, ist die Differenz von den Hochschulen zu tragen.

68123 (neu)	**133**	**Ehrungen, Preise**		**150.000**		

Zur besseren Sichtbarmachung von exzellenter Lehre sowie zur Stärkung der Anreizsysteme lobt das Land Berlin einen Lehrpreis aus, der analog zum Wissenschaftspreis Strahlkraft entwickeln soll.

68125	**142**	**Zuschüsse nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz** Siehe Maßnahmegruppe 02				
68161	**142**	**Zuschüsse nach dem Heizkostenzuschussgesetz Bund**	**1.000**	**1.000**	**—**	**5.253.890,00** **R 30.130,00**

Zuschussleistung nach dem Heizkostenzuschussgesetz Bund an Geförderte nach dem BAföG

Entsprechend § 5 Absatz 1 Heizkostenzuschussgesetz trägt der Bund die Kosten dieser Leistung zu 100 Prozent, vgl. Titel 23147.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68354	**165**	**Technologieförderung**	**13.709.000**	**13.633.000**	**8.301.000**	**8.548.468,00**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 6.439.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 6.094.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**4.340.000**	**3.906.000**		
		Davon fällig 2025	**1.259.000**			
		Davon fällig 2026	**739.000**	**739.000**		
		Davon fällig 2027	**759.000**	**759.000**		
		Davon fällig 2028	**781.000**	**781.000**		
		Davon fällig 2029	**802.000**	**802.000**		
		Davon fällig 2030		**825.000**		

Förderung KI-Forschung (Teilansatz 1):
Mittel zur Umsetzung der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung zu KI-Kompetenzzentren, hier das Berliner KI-Kompetenzzentrum BIFOLD, sowie für flankierende Maßnahmen des Landes.

KI in der Hochschulbildung (Teilansatz 2):
Mit der Initiative „Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung“ fördern Bund und Länder den Ausbau des akademischen Fachkräfteangebots für Wirtschaft und Wissenschaft im Bereich Künstlicher Intelligenz sowie die Nutzung von KI in der Hochschulbildung. Aus Berlin konnten sich fünf Hochschulen mit ihren Anträgen durchsetzen und erhalten aus dem Förderprogramm rd. 10,5 Mio. €. Der Länderanteil Berlins beträgt entsprechend der Finanzierungsquote (90:10) insgesamt rd. 1,1 Mio. €.

Mietzuschuss BIFOLD (Teilansatz 3):
Mietzuschuss für die Anmietung von Flächen für das im Rahmen des Bund-Länder-Programms KI-Kompetenzzentren geförderte Berliner Kompetenzzentrum für die Erforschung der Grundlagen Künstlicher Intelligenz – Berlin Institute fort he Foundations of Learning and Data (BIFOLD), Überbrückungsfinanzierung bis zur Fertigstellung eines Forschungsgebäudes der TU Berlin.

Förderung der Berlin Quantum Alliance (Teilansatz 4):
Der Berliner Senat hat am 2. Februar 2021 beschlossen, mit 25 Mio. € aus dem des Innovationsförderfonds (IFF) des Landes Berlin Projekte im Bereich der Quantentechnologie und des Quantencomputings sowie der Vernetzungsarbeit innerhalb der Forschungs-, Produktions- und der Anwendungsnetzwerke zu unterstützen. Die Förderung erfolgt über fünf Jahre und gliedert sich in zwei Förderlinien:

- Mittel zur „Stärkung der Grundlagenforschung/Aktivitäten der Wissenschaft“ stellt die Wissenschaftsverwaltung der Forschung an den Berliner Universitäten zur Verfügung.
- Mittel für „Forschungs-, Produktions-, Anwendungsnetzwerke/ anwendungsorientierte Forschung und Entwicklungsausrichtungen“ werden der Wirtschaftsverwaltung zur auftragsweisen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt, um gemeinsamen Projekten der Universitäten mit externen wirtschafts- und anwendungsorientierten Partnern zu fördern.

Die geförderten Projekte werden in der Berlin Quantum Alliance (BQA) koordiniert.

Die Förderung setzte mit der Bewilligung 2022 vom 28.10.2022 ein. Den Verzögerungen infolge der vorläufigen Haushaltsführung 2022 Rechnung tragend ergibt sich folgende Mittelverteilung:

Behörde	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Summe
SenWEB	0	516.804	3.064.986	2.941.096	3.005.659	471.455	10.000.000
SenWGP	747.469	1.708.988	3.373.409	3.152.500	3.152.500	2.865.134	15.000.000
Summe	**747.469**	**2.225.792**	**6.438.395**	**6.093.596**	**6.158.159**	**3.336.589**	**25.000.000**

Alle Angaben in Euro.

		2024	2025
Teilansatz 1:	Förderung KI-Forschung	7.000.000 €	7.000.000 €
Teilansatz 2:	BLV KI in der Hochschulbildung	269.000 €	538.000 €
Teilansatz 3:	Mietzuschuss KI-Kompetenzzentrum (BIFOLD)	1.000 €	1.000 €
Teilansatz 4:	Förderung der Berlin Quantum Alliance	6.438.395 €	6.093.596 €
	Summe	13.709.000 €	13.633.000 €

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68413	**142**	**Zuschuss an das Studierendenwerk**	**20.231.000**	**20.412.000**	**17.282.000**	**17.000.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 14.799.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000.000**	**80.000.000**		
		Davon fällig 2025	**20.000.000**			
		Davon fällig 2026	**20.000.000**	**20.000.000**		
		Davon fällig 2027	**20.000.000**	**20.000.000**		
		Davon fällig 2028	**20.000.000**	**20.000.000**		
		Davon fällig 2029	**20.000.000**	**20.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2023	für 2024
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	15.000.000 €	15.000.000 €

Nach § 6 Abs. 3 Studierendenwerksgesetz in der Fassung vom 25.02.2016 gewährt Berlin dem Studierendenwerk zur Erfüllung seiner Aufgaben einen Zuschuss. Die Erstattungen für die Durchführung der Ausbildungsförderung werden seit dem Haushaltsjahr 2002 beim Titel 67101 nachgewiesen. Der mit dem Studierendenwerk Berlin aktuell abgeschlossene Rahmenvertrag läuft von 2020 bis 2024. Ein neuer Rahmenvertrag wird ab 2025 abgeschlossen.

Die Ausgaben für Investitionen werden bei Titel 89360 nachgewiesen.

68416	**134**	**Erstattung von Versorgungsleistungen an die Ev. Kirche Berlin-Brandenburg**	**55.000**	**55.000**	**42.900**	**46.534,43**

Auf Grundlage des Vertrags zwischen dem Land Berlin und der Evangelischen Kirche Berlin – Brandenburg – schlesische Oberlausitz vom 1. Juni 1993 zahlt das Land Berlin einen 70 v.H.-Anteil an bereits vorhandenen Versorgungsleistungen der ehemaligen Kirchlichen Hochschule Berlin.

Mehr wegen altersbedingter Mehrausgaben

68485	**142**	**Sozialfonds für Studierende beim Studierendenwerk**			**—**	**300.000,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68500	**133**	**Förderung der Frauen in Forschung und Lehre**	**1.900.000**	**1.900.000**	**1.900.000**	**1.900.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.800.000**	**9.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.900.000**			
		Davon fällig 2026	**1.900.000**	**1.900.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.900.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.900.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**1.900.000**		
		Davon fällig 2030		**1.900.000**		

Für das „Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“ (BCP) werden derzeit jährlich 1.900.000 € zur Verfügung gestellt.

Das Programm dient der Umsetzung des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken. Die dafür eingesetzten Landesmittel sind Teil der Kofinanzierung des Zukunftsvertrags.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68510	**133**	**Zuschuss Projektförderung Einstein Stiftung Berlin**	**20.990.000**	**23.840.000**	**19.217.000**	**16.602.397,65**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.
Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Kapitel 1350 Titel 68638 und Kapitel 0810 Titel 68638. Beim Kapitel 0910, Titel 68510 ist nur der Teilansatz 3 betroffen. Die anderen Teilansätze unterliegen der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verpflichtungsermächtigung	**27.800.000**	**21.500.000**
Davon fällig 2025	**15.800.000**	
Davon fällig 2026	**8.300.000**	**10.400.000**
Davon fällig 2027	**2.400.000**	**6.900.000**
Davon fällig 2028	**900.000**	**3.400.000**
Davon fällig 2029	**400.000**	**400.000**
Davon fällig 2030		**400.000**

Zuschuss für Projektförderungen der Einstein Stiftung Berlin:

Projektförderung Einstein Stiftung Berlin (Teilansatz 1):
Die Mittel sind für die Projektförderung der Einstein Stiftung vorgesehen, die sie überwiegend für Einstein-Projekte an die Universitäten und die Charité weiterreicht. Die Förderung wissenschaftlicher Projekte durch die Einstein Stiftung Berlin erfolgt im Rahmen der in ihren Förderrichtlinien genannten Förderlinien und Programme und in geringem Umfang durch direkt von der Geschäftsstelle organisierte Projekte.
Mit der Ausweisung der Verpflichtungsermächtigungen wird die Stiftung in die Lage versetzt, auch mehrjährige Förderzusagen zu erteilen, wie sie für den Wissenschaftsbetrieb adäquat sind und wie es dem Förderverhalten entsprechender Wissenschaftsorganisationen entspricht.

Spendenakquise - erfolgsabhängiger Zuschuss an die Einstein Stiftung Berlin (Teilansatz 2):
Zusätzlich sind für eingeworbene Spenden sowie sonstige private Mittel als Anreiz für wirtschaftliches Handeln Landesmittel in Höhe von 50 v.H. der Einwerbungen für weitere Projektförderungen veranschlagt. Diese Mittel sind gesperrt bis zum Nachweis des Zahlungseingangs der eingeworbenen Mittel und der beabsichtigten Verwendung. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung durch die Senatsverwaltung für Finanzen. Als zusätzlicher Anreiz für wirtschaftliches Handeln können bei Einwerbungen über die geplanten Mittel hinaus im Rahmen der Haushaltswirtschaft weitere Mittel des Landes Berlin ohne Ausgleich aus dem Einzelplan 09 maximal bis zur Höhe des in § 5 Haushaltsgesetz festgesetzten Betrags bereitgestellt werden (verbindliche Erläuterung).
Die Mittel sind für die Projektförderung der Einstein Stiftung vorgesehen, die sie überwiegend für Einstein-Projekte an die Universitäten und die Charité weiterreicht. Die Förderung wissenschaftlicher Projekte durch die Einstein Stiftung Berlin erfolgt im Rahmen der in ihren Förderrichtlinien genannten Förderlinien und Programme und in geringem Umfang durch direkt von der Geschäftsstelle organisierte Projekte (verbindliche Erläuterung).

Förderung der Wissenschaftsfreiheit (Teilansatz 3):
Mit den veranschlagten Mitteln soll die Einstein Stiftung Berlin den Berliner Universitäten und der Charité die Gewinnung von hoch qualifizierten Professorinnen und Professoren für Berlin ermöglichen, die aus unterschiedlichen Gründen die Länder, in denen sie tätig sind, verlassen müssen oder wollen.

ECDF-Einsteinzentrum Digitale Zukunft (Teilansatz 4):
Die Mittel des Teilansatzes sind für die Förderung des Einstein-Zentrums Digitale Zukunft vorgesehen.

Projekte für Grand Challenges Initiatives/Exzellenzstrategie (Teilansatz 5):
Die Mittel sind für Projekte im Zusammenhang mit den Grand Challenge Initiatives der Berlin University Alliance vorgesehen.

Dual Career, Gleichstellung und Diversity im Rahmen der Exzellenzstrategie (Teilansatz 6):
Die Mittel sind für die Förderung von Dual Career, Gleichstellung und Diversity im Rahmen der Exzellenzstrategie zu verwenden.

Einstein-Zentrum 3R (Teilansatz 7):
Die Mittel des Teilansatzes sind für die Förderung des Einstein-Zentrums 3R vorgesehen.

Anschlussfinanzierung internationale Spitzenberufungen (Teilansatz 8):
Die Mittel sind zur Anschlussfinanzierung von internationale Spitzenberufungen an den Berliner Universitäten und der Charité im Rahmen des Programms Einstein-Profil-Professuren vorgesehen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

		2024	2025
Teilansatz 1:	Projektförderung Einstein Stiftung Berlin	8.690.000 €	9.000.000 €
Teilansatz 2:	Spendenakquise - erfolgsabhängiger Zuschuss an die Einstein Stiftung Berlin.....	1.500.000 €	1.500.000 €
Teilansatz 3:	Förderung der Wissenschaftsfreiheit	1.500.000 €	3.500.000 €
Teilansatz 4:	ECDF-Einsteinzentrum Digitale Zukunft	2.250.000 €	2.250.000 €
Teilansatz 5:	Projekte für Grand Challenges Initiatives/Exzellenzstrategie	4.000.000 €	4.000.000 €
Teilansatz 6:	Dual Career, Gleichstellung und Diversity im Rahmen der Exzellenzstrategie.....	2.000.000 €	2.000.000 €
Teilansatz 7:	Einstein-Zentrum 3R.....	900.000 €	900.000 €
Teilansatz 8:	Anschlussfinanzierung internationale Spitzenberufungen	150.000 €	690.000 €
		20.990.000 €	23.840.000 €

Die Ausgaben für die Geschäftsstelle der Einstein Stiftung Berlin werden bei Titel 68570 nachgewiesen.

68512	**137**	**Zuschüsse im Rahmen der Exzellenzinitiative und Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder**	**11.611.000**	**10.611.000**	**12.236.000**	**11.436.050,68**

Am 16. Juni 2016 wurde die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten – „Exzellenzstrategie“ –, zuletzt geändert durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vom 4. November 2022, abgeschlossen.
Veranschlagung des 25-prozentigen Landesanteils der Programmkosten der Förderlinie Exzellenzcluster sowie der Verwaltungspauschalen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Wissenschaftsrats

68513	**139**	**Zuschuss an die Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz**	**145.000**	**145.000**	**138.000**	**142.229,27**

Anteil Berlins an dem von den Ländern aufzubringenden Anteil am Zuschussbedarf der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz

68514	**133**	**Zuschüsse an Exzellenzuniversitäten**	**23.149.000**	**23.097.000**	**23.340.000**	**23.506.983,32**

Die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten - „Exzellenzstrategie“ - wurde am 16. Juni 2016 unterzeichnet und am 04. November 2022 durch Beschluss der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz in geänderter Form fortgeschrieben.
Es werden der Bundesanteil (75 Prozent) sowie der Landesanteil Berlins (25 Prozent) veranschlagt, die Einnahmen des Bundesanteils werden bei Titel 23109 nachgewiesen.
Die Ausgaben sind ausschließlich für Maßnahmen der Förderlinie Exzellenzuniversitäten zu verwenden (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68517	**133**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an Hochschulen**	**6.000.000**	**8.000.000**	**5.000.000**	**2.301.023,95**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 3.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 4.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 3.500.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 2.500.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**7.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**4.000.000**			
		Davon fällig 2026	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels 68517 sind gegenüber den Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Gr. 894 des Kapitels 0910 deckungsberechtigt. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

Zuschuss an die staatlichen Berliner Hochschulen und die Charité-Universitätsmedizin für die Vorbereitung (Planungsvorlauf) von Baumaßnahmen für die Aufstellung von Bauplanungsunterlagen, bevor die entsprechenden investiven Mittel im Haushaltsjahr bereitstehen.

Die verausgabten Bauvorbereitungsmittel sind aus dem entsprechenden Bautitelansatz an den Titel 26109 zu erstatten (verbindliche Erläuterung).

Die Verpflichtungsermächtigungen werden benötigt, um rechtzeitig Planungsleistungen beauftragen zu können.

68518	**139**	**Zuschuss an die Deutsch-Französische Hochschule**	**82.000**	**82.000**	**97.000**	**82.742,68**

Im Rahmen des deutsch-französischen Gipfeltreffens wurde am 19.09.1997 ein Regierungsabkommen über die Gründung der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) als Verbund deutscher und französischer Hochschulen unterzeichnet. Gemäß dem mit der Bundesregierung ausgehandelten Finanzierungsmodell teilen sich Bund und Länder die auf Deutschland entfallenden Kosten wie folgt:
a) das gemeinsame Sekretariat (Bund 100 v. H.)
b) die gemeinsamen Graduiertenkollegs (DFG 100 v. H.)
c) die gemeinsamen Studienprogramme, Forschungsprojekte, Veranstaltungen (Bund 70 v. H., Länder 30 v. H.)
Der Länderanteil von c) wird nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68520	**133**	**Zuschüsse an Universitäten**	**1.014.713.000**	**1.070.748.000**	**961.136.000**	**928.752.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.647.929.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.070.748.000**			
		Davon fällig 2026	**1.129.585.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.191.364.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**1.256.232.000**	**—**		

Mit § 2a Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) wird die für Hochschulen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, mit den staatlichen Hochschulen mehrjährige Verträge über die ihnen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährenden Zuweisungen des Landes für konsumtive und investive Zwecke zu schließen. Die Verträge sollen den Hochschulen Planungssicherheit geben. Die Verträge und ihre Verlängerungen bedürfen der Einwilligung des Abgeordnetenhauses.

Über die bei Titel 68520 veranschlagten Landesmittel hinaus erhalten die Universitäten im Rahmen der Hochschulverträge Bundesmittel aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (Titel 68559), jedoch nur insofern die Einnahmen in entsprechender Höhe rechtlich gesichert oder eingegangen sind (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zu 23159). Die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Hochschulen erfolgt im Rahmen der leistungsbasierten Hochschulfinanzierung.

Zur haushaltsmäßigen Absicherung der Hochschulverträge für den Zeitraum 2024 bis 2028 müssen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt werden.

Im Ansatz sind Landesmittel zur Kofinanzierung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken in folgender Höhe enthalten: für das Jahr 2024 xx,xx €, für das Jahr 2025 xx,xx €.
[Beträge werden je nach HH-Beschluss eingetragen.]

Der Ansatz teilt sich auf die Universitäten wie folgt auf:

	2024	2025
Freie Universität Berlin	€	€
Humboldt-Universität zu Berlin	€	€
Technische Universität Berlin	€	€
	€	€

Die Aufteilung auf die einzelnen Hochschulen ist Gegenstand der Vertragsverhandlungen.

Ausweis von geschlechtsspezifischen Daten:

Frauenanteile in den Qualifikationsstufen im Jahr 2020*					
Hochschule	Studierende	Master- und ungestufte Abschlüsse	Promotionen	Junior-Professorinnen/ Professoren	Professorinnen/ Professoren**)
Staatliche Hochschulen insgesamt, davon					
Universitäten					
- FU					
- HU					
- TU					
Charité - Universitätsmedizin					
Fachhochschulen					
- BHT					
- HTW					
- HWR					
- ASH					
Künstlerische Hochschulen					

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Frauenanteile in den Qualifikationsstufen im Jahr 2020*					
Hochschule	Studierende	Master- und ungestufte Abschlüsse	Promotionen	Junior-Professorinnen/ Professoren	Professorinnen/ Professoren**)
- UdK					
- KHB					
- HfM					
- HfS					
Konfessionelle Hochschulen					
- EHB					
- KHSB					

*) Quelle: Angaben gemäß amtlicher Hochschulstatistik
**) auf Lebenszeit besetzte Professuren

Es handelt sich um Angaben aus der Auswertung der Leistungsberichte über das Jahr 2020. Die Daten werden nach Vorliegen der aktuellen Leistungsberichte angepasst.
Die Angaben der konfessionellen Hochschulen (EHB und KHSB) wurden gesondert erfasst.

68521	**133**	**Qualitäts- und Innovationsoffensive an Hochschulen - Fördermittel zur Umsetzung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken**	**4.860.000**	**5.593.000**	**860.000**	**4.860.000,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**15.313.000**	**16.779.000**	
Davon fällig 2025	**5.593.000**		
Davon fällig 2026	**4.860.000**	**5.593.000**	
Davon fällig 2027	**4.860.000**	**5.593.000**	
Davon fällig 2028	**—**	**5.593.000**	

In der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Abs. 1 Nr. 2 des Grundgesetzes über den Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ gemäß Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern vom 06. Juni 2019 hat sich das Land verpflichtet, zusätzliche Landesmittel für zielgerichtete Maßnahmen zur Umsetzung der Selbstverpflichtungserklärung des Landes bereitzustellen. Diese Verpflichtung wird durch die Finanzierung von Projekten im Rahmen der Qualitäts- und Innovationsoffensive (QIO) umgesetzt, mit denen auf aktuelle hochschulpolitische Herausforderungen reagiert werden kann und insbesondere die Schwerpunkte Fachkräftesicherung, Digitalisierung, Duales Studium und Offene Hochschule unterstützt werden.
Die für die QIO eingesetzten Landesmittel dienen der Kofinanzierung des Zukunftsvertrags „Studium und Lehre stärken.“

68532	**164**	**Zuschuss an den Translationsforschungsbereich der Charité - Universitätsmedizin Berlin**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**6.689.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 89404.

Finanzierungsverpflichtung des Landes Berlin an der Förderung des Translationsforschungsbereichs der Charité/Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIH)

Das Vorhaben wird im Verhältnis 90:10 (Bund/Land Berlin) finanziert.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68534	**133**	**Zuschuss an "Charité- Universitätsmedizin Berlin"**	**256.864.000**	**270.276.000**	**246.693.000**	**238.452.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.168.453.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**270.276.000**			
		Davon fällig 2026	**284.359.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**299.146.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**314.672.000**	**—**		

Gemäß § 4 Absatz 2 des Berliner Universitätsmedizingesetzes vom 05.12.2005 (GVBl. S. 739), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.02.2023 (GVBl. S. 71), wird die Höhe der Staatszuschüsse für Aufgaben von Forschung, Lehre und Studium in mehrjährigen Verträgen zwischen dem Land Berlin und der Charité – Universitätsmedizin Berlin (Charité) vereinbart. Sie bedürfen der Zustimmung des Abgeordnetenhauses.

Der konsumtive Zuschuss der Charité setzt sich aus Landesmitteln und Bundesmitteln zusammen. Die Bundesmittel sind unter dem Titel 68559 für die Hochschulen und die Charité nach dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (Titel 68559) veranschlagt, jedoch nur insoweit die Einnahmen in entsprechender Höhe rechtlich gesichert oder eingegangen sind (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk 23159).

Aus der Zuweisung wird mit 500.000 Euro jährlich der neue Master-Studiengang Hebammenwissenschaft finanziert.

Zur haushaltsmäßigen Absicherung des Charité-Vertrages für den Zeitraum 2024 bis 2028 müssen Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr des Vertragsabschlusses veranschlagt werden.

68540	**134**	**Zuschüsse an konfessionelle Fachhochschulen**	**17.552.000**	**18.044.000**	**17.074.000**	**15.856.410,62**

Nach § 124 des Berliner Hochschulgesetzes in Verbindung mit der jeweiligen Erstattungsverordnung erhalten die Evangelische Hochschule Berlin (EHB) und die Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) ihre persönlichen Ausgaben bis zur Höhe der vergleichbaren Personalkosten einer staatlichen Hochschule erstattet. Es handelt sich hierbei um gesetzliche Verpflichtungen.

	2024	2025
EHB.....	€	€
KHSB	€	€
	€	€

Der Ausweis von geschlechtssensitiven Daten erfolgt für alle Hochschulen bei Titel 68520 in einer zusammenfassenden Übersicht.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68543	**133**	**Zuschüsse an Fachhochschulen**	**245.728.000**	**259.298.000**	**235.906.000**	**227.064.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.125.568.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**259.298.000**			
		Davon fällig 2026	**273.547.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**288.507.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**304.216.000**	**—**		

Mit § 2a Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) wird die für Hochschulen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, mit den staatlichen Hochschulen mehrjährige Verträge über die ihnen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährenden Zuschüsse des Landes für konsumtive und investive Zwecke zu schließen. Die Verträge sollen den Hochschulen Planungssicherheit geben. Die Verträge und ihre Verlängerungen bedürfen der Einwilligung des Abgeordnetenhauses.

Über die bei Titel 68543 veranschlagten Landesmittel hinaus erhalten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Rahmen der Hochschulverträge Bundesmittel aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (Titel 68559), jedoch nur insofern die Einnahmen in entsprechender Höhe rechtlich gesichert oder eingegangen sind (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zu 23159). Die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Hochschulen erfolgt im Rahmen der leistungsbasierten Hochschulfinanzierung.

Zur haushaltsmäßigen Absicherung der Hochschulverträge für den Zeitraum 2024 bis 2028 müssen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt werden.

Im Ansatz sind Landesmittel zur Kofinanzierung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken in folgender Höhe enthalten: für das Jahr 2024 xx,xx €, für das Jahr 2025 xx,xx €.
[Beträge werden je nach HH-Beschluss eingetragen.]

Der Ansatz teilt sich auf die Hochschulen wie folgt auf:

	2024	2025
Berliner Hochschule für Technik	€	€
Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin	€	€
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin	€	€
Alice-Salomon-Hochschule Berlin	€	€
	€	€

Die Aufteilung auf die einzelnen Hochschulen ist Gegenstand der Vertragsverhandlungen.

Der Ausweis von geschlechtssensitiven Daten erfolgt für alle Hochschulen bei Titel 68520 in einer zusammenfassenden Übersicht.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68546	**137**	**Zuschüsse an fächerübergreifende Organisationen in Wissenschaft und Forschung**	**52.838.000**	**55.556.000**	**49.665.000**	**48.394.000,00**

Ausgewiesen ist der Anteil Berlins an den nach dem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) nach Art. 91b GG sowie den Ausführungsbestimmungen zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu erbringenden Leistungen für die DFG. Der Betrag enthält Mittel der institutionellen Förderung der DFG sowie Mittel zur Finanzierung der Programmpauschalen für Overheadkosten an den wissenschaftlichen Einrichtungen gemäß des Paktes für Forschung und Innovation IV (PFI IV) zwischen Bund und Ländern. Die DFG wird von Bund und Ländern kofinanziert, die jeweiligen Länderanteile errechnen sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Zusätzlich werden die Aufwendungen des Landes Berlin für den Aufbau der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) und die Verwaltungskosten an die DFG über diesen Titel nachgewiesen. Die Finanzierung erfolgt gem. § 8 Abs. 5 der Bund-Länder-Vereinbarung zu Aufbau und Förderung einer Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) vom 26. November 2018 zu 90 % durch den Bund und zu 10 % durch die Länder. Der Länderanteil wird nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Die Ausgaben für die Geschäftsstelle des NFDI werden bei Titel 68569 nachgewiesen.

Dem Ansatz liegt hilfsweise der Königsteiner Schlüssel von 2019 zugrunde (Berlin: 5,18995 %).

Der Ansatz teilt sich wie folgt auf:

	2024	2025
DFG, institutionelle Förderung – Zuwendung Förderbereiche.....	49.889.000 €	52.517.000 €
DFG, institutionell Förderung - Programmpauschalen	2.509.000 €	2.585.000 €
Aufbau und Förderung NFDI	454.000 €	454.000 €
	52.852.000 €	55.556.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68549	**162**	**Landeszuschuss zum Aufbau und Betrieb der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB)**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**58.205,29**

Landeszuschuss zum Aufbau und Betrieb des „Kompetenznetzwerks DDB“ als Träger der Deutschen Digitalen Bibliothek (DDB)

Vertragsgrundlage ist das Verwaltungs- und Finanzabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung und den Betrieb der DDB. Die DDB ist als kulturelles Zugangsportal im Internet Teil des gesamteuropäischen Europeana-Projekts. Bund und Länder tragen jeweils den gleichen Anteil, für die Länder ergibt sich der jeweilige Betrag nach dem Königsteiner Schlüssel. Der Berliner Landesanteil wird jeweils hälftig gemeinsam von der für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Senatsverwaltung (dort Kapitel 0810, Titel 68545) und der für Wissenschaft zuständigen Senatsverwaltung finanziert.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68555	**165**	**Zuschuss an das Zentrum für Informationstechnik**	**10.430.000**	**11.894.000**	**10.690.000**	**9.520.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 89361.

Nach § 3 des Gesetzes über das Zentrum für Informationstechnik vom 17. Juli 1984 ZIB-Gesetz vom 17. Juli 1984 (GVBl. S. 984), zuletzt geändert durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Zentrum für Informationstechnik vom 2. Dezember 2020 (GVBl. S. 1440), gewährt Berlin dem Zentrum zur Erfüllung seiner Aufgaben einen Zuschuss.

Seit dem Haushaltsjahr 2000 ist in diesem Titel auch ein Zuschuss in Höhe von rd. 894.000 € für die Betriebskosten des Berliner Wissenschaftsnetzes BRAIN (Berlin Research Area Information Network) im Rahmen der treuhänderischen Verwaltung vorgesehen.

Der Titel enthält außerdem 260.000 €, die seit 2022 aufgrund eines Mehrbedarfs des Kooperativen Bibliotheksverbunds Berlin-Brandenburg (KOBV) aus dem Kapitel 0910 zur Verfügung gestellt werden.

Mit den im Wirtschaftsplan (s. Anlage zu Kapitel 0910) abgebildeten Zuschüssen beteiligt sich das Land Berlin an den konsumtiven und investiven Aufwendungen des ZIB, die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben erforderlich sind.

Die Einnahmen und Ausgaben für das Nationale Hochleistungsrechnen werden seit 2022 bei den Titeln 28290, 68590 und 89392 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68556	**139**	**Zuschuss an den ESCP Europe Wirtschaftshochschule Berlin e. V.**	**674.000**	**674.000**	**674.000**	**674.000,00**

Das Land Berlin ist gemäß dem Vertrag des Landes Berlin mit der Industrie- und Handelskammer Paris (CCIP) vom 26. Oktober 1986 verpflichtet, die Ausgaben des ESCP Europe Wirtschaftshochschule Berlin e. V. maximal bis zur Höhe von 674.000 € jährlich zu tragen.

68559	**133**	**Zuschüsse aus Bundesmitteln für den Hochschulpakt 2020 - Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken**	**168.321.000**	**163.691.000**	**167.525.000**	**196.138.220,31** **R 31.196.697,97**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23159. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Mit der zwischen den Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern in der Ministerpräsidentenkonferenz am 06.06.2019 abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung über den Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ wird der Programmteil zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfängerinnen und Studienanfänger des Hochschulpakts 2020 fortgeführt. Die dem Land zur Verfügung stehenden Bundesmittel werden im Wesentlichen im Rahmen der leistungsbasierten Hochschulfinanzierung und über die Berliner Qualitäts- und Innovationsoffensive an die Hochschulen weitergereicht. Darüber hinaus dienen die Bundesmittel auch der Finanzierung weiterer Vorhaben (beispielsweise Ausfinanzierung spezieller Studienplätze).

Der Berechnung der Höhe der konsumtiven Hochschulvertragszuschüsse liegen insgesamt folgende Bundesmittel zu Grunde. Ihre Aufteilung ist Gegenstand der Vertragsverhandlungen zu den Hochschulverträgen 2024-2028.

	2024	2025
Hochschulen ohne Medizin	144.100.000 €	144.100.000 €
Charité.....	11.377.000 €	11.377.000 €
	155.477.000 €	155.477.000 €

Die Ausgaben sind ausschließlich für Maßnahmen zur Umsetzung des Hochschulpaktes bzw. des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken zu verwenden, siehe auch Erläuterung zu Titel 23159.

Der Ausweis von geschlechtssensitiven Daten erfolgt für alle Hochschulen bei Titel 68520 in einer zusammenfassenden Übersicht.

68561	**133**	**Berlin School of Public Health**	**400.000**	**400.000**	**530.000**	**490.000,00**

Die Berlin School of Public Health (BSPH) trägt als interdisziplinäres Zentrum gemäß § 38 (5) BerlHG neben der Durchführung des gemeinsamen Masterstudiengangs Public Health Verantwortung für Forschung, Vernetzung sowie Politik- und Praxistransfer. An dem Zentrum sind die Charité – Universitätsmedizin Berlin, die Technische Universität Berlin sowie die Alice Salomon Hochschule beteiligt. Darüber hinaus gibt es fallbezogen Kooperationen mit weiteren Berliner Hochschulen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68562	**133**	**Zuschüsse an Kunsthochschulen**	**119.055.000**	**125.630.000**	**115.359.000**	**111.559.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**545.338.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**125.630.000**			
		Davon fällig 2026	**132.533.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**139.782.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**147.393.000**	**—**		

Mit § 2a Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) wird die für Hochschulen zuständige Senatsverwaltung ermächtigt, mit den staatlichen Hochschulen mehrjährige Verträge über die ihnen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährenden Zuschüsse des Landes für konsumtive und investive Zwecke zu schließen. Die Verträge sollen den Hochschulen Planungssicherheit geben. Die Verträge und ihre Verlängerungen bedürfen der Einwilligung des Abgeordnetenhauses.

Über die bei Titel 68520 veranschlagten Landesmittel hinaus erhalten die Kunsthochschulen im Rahmen der Hochschulverträge Bundesmittel aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (Titel 68559), jedoch nur insofern die Einnahmen in entsprechender Höhe rechtlich gesichert oder eingegangen sind (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zu 23159). Die Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Hochschulen erfolgt im Rahmen der leistungsbasierten Hochschulfinanzierung.

Zur haushaltsmäßigen Absicherung der Hochschulverträge für den Zeitraum 2024 bis 2028 müssen Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt werden.

Der Ansatz teilt sich auf die Kunsthochschulen wie folgt auf:

[Tabelle kann erst nach Abschluss der Vertragsverhandlungen ergänzt werden]

	2024	2025
Universität der Künste Berlin	€	€
Weißensee Kunsthochschule Berlin	€	€
Hochschule für Musik Hanns Eisler Berlin	€	€
Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch Berlin	€	€
	€	€

Die Aufteilung auf die einzelnen Hochschulen ist Gegenstand der Vertragsverhandlungen.

Im Ansatz sind Landesmittel zur Kofinanzierung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken in folgender Höhe enthalten: für das Jahr 2024 XX €, für das Jahr 2025 XX €.

Der Ausweis von geschlechtssensitiven Daten erfolgt für alle Hochschulen bei Titel 68520 in einer zusammenfassenden Übersicht.

68564	**139**	**Zuschüsse des Landes an DZHW und HIS e. V.**	**275.000**	**430.000**	**390.000**	**266.863,78**

Gemäß Verwaltungsabkommen nach Art. 91 b GG „Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung des DZHW (AV-DZHW)“ vom 28. Juni 2013 (s. Bundesanzeiger BAnz AT 27. September 2013) und GWK-Beschluss vom 27. Juni 2014 fördern Bund und Länder gemeinsam das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW gGmbH). Die gemeinsame Förderung erfolgt auf der Grundlage einer mittelfristigen Budgetplanung, die durch jährliche Wirtschaftspläne (Programmbudget) zu untersetzen ist. Über die Höhe des jährlichen Programmbudgets beschließt der Ausschuss der Gemeinsamen Wissenschafts-ministerkonferenz von Bund und Ländern. Darüber hinaus erstellt das DZHW überregionale Ausstattungsvergleiche (AKL) für die Berliner Hochschulen. Der aktuelle Vertrag beinhaltet Zahlungsverpflichtungen bis ins Jahr 2025.

Das HIS-Institut für Hochschulentwicklung e. V. (HIS-HE) mit Sitz in Hannover ist eine von den Ländern geförderte Einrichtung, die forschungsbasierte Dienstleistungen im Bereich der Hochschulentwicklung und der Organisation von Forschung und Lehre erbringt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**142**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**28.263.000**	**33.325.000**	**34.682.000**	**9.843.670,41**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**12.500.000**	**112.657.000**		
		Davon fällig 2025	**3.125.000**			
		Davon fällig 2026	**3.125.000**	**28.325.000**		
		Davon fällig 2027	**3.125.000**	**33.757.000**		
		Davon fällig 2028	**3.125.000**	**42.999.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**4.826.000**		
		Davon fällig 2030		**2.750.000**		

Studienstiftung des Deutschen Volkes (Teilansatz 1):
Gemäß Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 30.10.92 betrug der Anteil der Länder an der Finanzierung der Studienstiftung seit 1993 zunächst 7 Pfennig und dann 3,57904 Cent je Einwohner. Die Länderbeiträge wurden mit Beschluss der Finanzministerkonferenz am 30.04.2019 ab 2021 auf 5 Cent je Einwohner erhöht und werden ab 2023 auf 6 Cent je Einwohner erhöht.

Berliner Landesanteil an der Geschäftsstelle des Rates für Informationsinfrastruktur (Teilansatz 2):
Sitz in Niedersachsen. Gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder als Monitoring-, Koordinierungs- und Beratungsgremium zum Thema Zukunft der Informationsinfrastrukturen. Der Finanzbedarf für die Geschäftsstelle wird von Bund und Ländern lt. Verwaltungsvereinbarung je hälftig getragen, die Länderanteile errechnen sich über den jährlich zu aktualisierenden Königsteiner Schlüssel.

Wissenschaftskommunikation (Teilansatz 3):
Anteil der für Wissenschaft zuständigen Senatsverwaltung an Berlins Wissenschaftskommunikation und internationalem Wissenschaftsmarketing. Formate wie die interdisziplinäre Berlin Science Week dienen dazu, oberhalb von Strukturen der Berliner Einrichtungen und Fachwissenschaften gezielt den Fokus auf aktuelle Wissenschaft und Spitzenforschung in Berlin zu richten. Es werden verschiedene Veranstaltungen (hochrangig besetzte Konferenzen, Wissenschaftspreise) in Berlin ausgerichtet, um Berlin kommunikativ in die internationale Wissenschaftslandschaft einzubinden.

Zuschüsse im Rahmen des Programms zur Förderung des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfers an deutschen Hochschulen – „Innovative Hochschule“ – von Bund und Ländern (Teilansatz 4):
Veranschlagung des Sitzlandanteils an den Förderprogramm „Innovative Hochschule“ von Bund und Ländern gem. § 6 der Verwaltungsvereinbarung vom 16. Juni 2016. Die Ausgaben werden dem BMBF bedarfsgerecht zugewiesen und dienen der Gegenfinanzierung von zwei Anträgen der Berliner Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in den Jahren 2023 bis 2027.

Transformationskosten zur Einrichtung DHZC (Teilansatz 5):
Der Senat hat am 14. Juni 2021 mit der Charité und der Stiftung Deutsches Herzzentrum Berlin die Vereinbarung über die Errichtung des „Deutsches Herzzentrum der Charité – DHZC“ als Gemeinsames Zentrum der Charité mit besonderer Beteiligung des Deutschen Herzzentrums Berlin („Rahmenerrichtungsvereinbarung“) abgeschlossen. Danach hat die Charité einen Anspruch gegen das Land Berlin auf Zahlung eines Zuschussbetrages von 5 Mio. €, welcher als Kompensation für die Übertragung des Krankenhausbetriebes an die Stiftung Deutsches Herzzentrum Berlin weiterzuleiten ist.

Zuschuss TU / ZfA / ALAVA (Teilansatz 6):
Anteilige Mitfinanzierung des Arthur Langerman Archivs für die Erforschung des visuellen Antisemitismus (ALAVA) des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin als Teil des Kompetenzzentrums Antisemitismus

Climate Change Center Berlin-Brandenburg (Teilansatz 7):
Anschubfinanzierung für das Climate Change Center Berlin-Brandenburg.

BLV Förderung Personal Fachhochschulen (Teilansatz 8):
Veranschlagung des Sitzlandanteils an den Förderprogramm „FH Personal“ von Bund und Ländern gem. § 6 der Verwaltungsvereinbarung vom 26. November 2018. Die Ausgaben werden dem BMBF bedarfsgerecht zugewiesen und dienen der Gegenfinanzierung der fünf Anträge der Berliner Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in den Jahren 2023 bis 2027.

Promotionen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften; Künstlerisch-wissenschaftliche (hybride) Promotionen (Teilansatz 9):
Die Mittel dienen der Umsetzung des eigenständigen Promotionsrechts und dem Ausbau forschungsstarker Bereiche an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie der Entwicklung und Erprobung eines „Berliner Modells“ der hybriden Promotion an den Berliner Kunst- und Musikhochschulen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Geschäftsstelle Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) (Teilansatz 10):
Berliner Anteil an den Ausgaben für die Geschäftsstelle der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur mit Sitz in Karlsruhe (FIZ Karlsruhe - Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur-/Karlsruher Institut für Technologie - KIT-). Die Ausgaben für den Aufbau des NFDI werden bei Titel 68546 nachgewiesen.

Beste Lehrkräftebildung für Berlin (Teilansatz 11):
Zuschuss für das Programm „Beste Lehrkräftebildung für Berlin“, welches quantitative und qualitative Maßnahmen zur Verbesserung und Weiterentwicklung des Lehramtsstudiums umfasst, wodurch der Studienerfolg und die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen erhöht wird

Steigerung Lehramtsabsolvierende (Teilansatz 12):
Mit dem Teilansatz wird die Anzahl der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen langfristig auf 2500 erhöht, um dem aktuellen und zukünftigen Lehrkräftebedarf gerecht zu werden. Außerdem wird das Lehramtsstudium verbessert, um die Attraktivität und den Studienerfolg zu steigern.

Lehrkräftebildungsstudie (Teilansatz 13):
Finanzierung einer Multikohortenstudie in der Lehrkräftebildung, um wissenschaftsbasierte Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Lehrkräftebildung zu generieren

BLV „Innovation in der Hochschullehre“ (Teilansatz 14):
Mit dem Programm „Innovation in der Hochschullehre“ stärken Bund und Länder ab dem Jahr 2021 eine qualitativ hochwertige und international wettbewerbsfähige Lehre an deutschen Hochschulen. Die Förderung adressiert die deutsche Hochschullandschaft in der Breite und verfolgt langfristige staatliche und gesellschaftliche Bildungsziele. Die Durchführung des Programms erfolgt durch die Stiftung Innovation in der Hochschullehre, die organisatorisch bei der Toepfer Stiftung gGmbH angesiedelt ist. Die Stiftung wird mit 150 Millionen Euro pro Jahr dauerhaft gefördert. Das Land Berlin beteiligt sich ab 2024 jährlich mit rd. 2.100.000 Euro an der Umsetzung.

Koordination Transfer, Leuchtturmprojekt Entrepreneurship (Teilansatz 15):
Die Berliner Hochschulen sind Motor eines schnell wachsenden Transfer- Ökosystems, das regional wie überregional erhebliche Bedeutung als Wirtschaftsfaktor und Innovationstreiber hat. Die Mittel dienen der Koordination der verschiedenen Transfervorhaben und zur Unterstützung der Hochschulen beim Aufbau einer zentralen Entrepreneurship Education- und Incubation-Einheit als zentrales Leuchtturmprojekt.

		2024	2025
Teilansatz 1:	Studienstiftung des Deutschen Volkes	226.000 €	226.000 €
Teilansatz 2:	Berliner Landesanteil an der Geschäftsstelle des Rates für Informationsinfrastruktur	24.000 €	24.000 €
Teilansatz 3:	Wissenschaftskommunikation	1.000.000 €	1.600.000 €
Teilansatz 4:	Zuschüsse im Rahmen des Programms zur Förderung des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfers an deutschen Hochschulen – „Innovative Hochschule“ – von Bund und Ländern	275.000 €	245.000 €
Teilansatz 5:	Transformationskosten zur Einrichtung DHZC	5.000.000 €	5.000.000 €
Teilansatz 6:	Zuschuss TU / ZfA / ALAVA	280.000 €	280.000 €
Teilansatz 7:	Climate Change Center Berlin-Brandenburg	1.000.000 €	1.500.000 €
Teilansatz 8:	BLV Förderung Personal Fachhochschulen	1.067.000 €	1.067.000 €
Teilansatz 9:	Promotionen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften; Künstlerisch-wissenschaftliche (hybride) Promotionen	168.000 €	1.250.000 €
Teilansatz 10:	Geschäftsstelle Nationale Forschungsdateninfrastruktur (NFDI)	13.000 €	13.000 €
Teilansatz 11:	Beste Lehrkräftebildung für Berlin	6.734.000 €	6.922.000 €
Teilansatz 12:	Steigerung Lehramtsabsolvierende	10.000.000 €	12.000.000 €
Teilansatz 13:	Lehrkräftebildungsstudie	400.000 €	400.000 €
Teilansatz 14:	BLV „Innovation in der Hochschullehre“	2.076.000 €	2.076.000 €
Teilansatz 15:	Koordination Transfer, Leuchtturmprojekt Entrepreneurship	0 €	722.000 €
		28.263.000 €	33.325.000 €

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68570	**133**	**Zuschuss an die Einstein Stiftung Berlin**	**1.000.000**	**1.000.000**	**690.000**	**838.577,76**

Die Mittel sind für die institutionelle Förderung der Einstein Stiftung Berlin (ESB) vorgesehen.

68571	**139**	**Zuschuss an den Deutschen Wissenschaftsrat**	**176.000**	**176.000**	**162.000**	**158.114,75**

Nach Art. 9 des Verwaltungsabkommens über die Errichtung eines Wissenschaftsrates werden die persönlichen und sächlichen Ausgaben des Wissenschaftsrates je zur Hälfte vom Bund und den Ländern getragen. Der Länderanteil wird nach dem Königsteiner Schlüssel aufgebracht.

Mehr aufgrund der Anpassung an den Königsteiner Schlüssel

68580	**132**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für coronabedingte Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**43.317.008,73**
68590	**133**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**4.778.000**	**4.778.000**	**4.500.000**	**4.778.000,00**

Den Ausgaben stehen im Umfang von rund 70 Prozent Einnahmen in Titel 28290 gegenüber.

Bund und Länder haben sich 2018 auf die gemeinsame Förderung des Nationalen Hochleistungsrechnens (NHR) verständigt und dazu am 26. November 2018 die Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten, Großgeräten und des Nationalen Hochleistungsrechnens an Hochschulen (AV-FGH) abgeschlossen. Der Bund trägt 50 Prozent der Kosten. Der Länderanteil wird unter den HLRN-Ländern vereinbart und verteilt sich bei der Finanzierung des Berliner NHR-Zentrums auf die Länder BB, BE, HB, HH, MV und SH. Der Berliner Anteil an der Gesamtfinanzierungssumme beträgt derzeit rund 30 Prozent. Die Finanzierung erfolgt auf Grundlage eines Teilwirtschaftsplans, der von der Gemeinsamen Wissenschaftskommission (GWK) in ihrer Sitzung am 1. Juli 2022 verabschiedet wurde.

In diesem Ansatz werden die konsumtiven Ausgaben des NHR-Zentrums Berlin abgebildet. Die investiven Ausgaben des Zentrums werden in Titel 89392 nachgewiesen.

68592 (neu)	**139**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**1.000.000**	**1.000.000**		

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27292. Ausgaben zu Lasten der Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, sofern die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Die Ausgaben sind für die Durchführung des ESF+-Instrumentes 4 - Gründungsförderung an Hochschulen – vorgesehen. Grundlage der Ausgabe bildet das Programm des ESF+ für Berlin, das am 9.6.2022 von der EU-Kommission bestätigt worden ist.

Genderbudget:
Geschlechterstruktur: Teilnehmerinnen 49,995%, Teilnehmer 49,995 %, diverse Teilnehmer* 0,01%

68593	**139**	**Ausgaben zur Durchführung des Nationalen Stipendiumprogramms**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.000**	**1.556.548,33 R 12.971,67**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23193. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Mittel zur Durchführung des Nationalen Stipendienprogramms

Die Mittel werden an die am Programm teilnehmenden Berliner Hochschulen weitergereicht, die daraus Stipendien und Ausgaben für Spendenakquise bezahlen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68595	**129**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**779.913,03**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27295. Ausgaben zu Lasten der Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, sofern die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Der Merkansatz wird benötigt, da ggf. noch weitere Abrechnungen aus der Förderperiode 2014-2020 erfolgen.

68596	**164**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**310.708,15**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27296. Ausgaben zu Lasten der Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, sofern die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Der Merkansatz wird benötigt, da ggf. noch weitere Abrechnungen aus der Förderperiode 2014-2020 erfolgen.

68597 (neu)	**139**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**1.000**	**2.400.000**		

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27297. Ausgaben zu Lasten der Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, sofern die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Grundlage ist die Richtlinie der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege, Abteilung Wissenschaft, für die Gewährung von Förderungen im Rahmen der Aktion „Förderung der Transferstrukturen der Berliner Hochschulen“ finanziert durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Gegenstand der Förderung sind: Plattformen, Applikationslabore sowie Projekte industrieller Forschung und experimenteller Entwicklung sowie die Förderung von Aktivitäten der Hochschulen und deren Netzwerke als koordinierende Stelle für den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft und Gesellschaft.

68650	**133**	**Erlösanteil aus dem Verkauf von Grundstücken**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Hochschulen haben aufgrund der Hochschulverträge 2018-2022 einen vertraglichen Anspruch auf Auskehr der kompletten Grundstücksverkaufserlöse. In Umsetzung der transparenten Liegenschaftspolitik des Landes Berlin sind Grundstücke dem Portfolioausschuss zur Clusterung zu melden. Sofern ein Grundstück mit Vermarktungsperspektiven geclustert wird, geht der Erlös an die Hochschule. Die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen sind nach den Hochschulverträgen von den Hochschulen vorrangig für investive Maßnahmen einzusetzen.

Bei Titel 13107 vereinnahmte Grundstückserlöse sind über Titel 68650 an die Hochschulen auszukehren, die die Nutzung der entsprechenden Liegenschaft aufgegeben hat.

Da derzeit keine konkreten Verkaufsdurchführungen mit konkreten Verkaufssummen der Hochschulen bekannt sind, wurde hier lediglich ein Merkansatz berücksichtigt (siehe Erläuterungen zu Titel 13107).

Die Leistung von Ausgaben ist vom Eingang entsprechender Einnahmen bei Titel 13107 und der Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen abhängig.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
82301	**133**	**Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen)**	**1.336.000**	**906.000**	**1.558.000**	**1.609.992,54**

Über diesen Titel werden die folgenden Sachverhalte abgebildet:

Teilansatz 1: Neubau einer Bibliothek für die TU/UdK
Das bis zum Haushaltsplan 2004/2005 bei Titel 70225 – Neubau einer Bibliothek für die Technische Universität und die Universität der Künste- veranschlagte Vorhaben wird teilweise im Wege der Sonderfinanzierung realisiert (vgl. Erläuterung zu Titel 70225 im Haushaltsplan 2004/2005). Die Zahlungen laufen bis zum Jahr 2025. Die Gesamttilgungsausgaben betragen 20.215.000 €.

Teilansatz 2: Germanistische Institute HU
Bei diesen Ausgaben handelt es sich um die Tilgung der im Rahmen einer Sonderfinanzierung bereits 2009 fertiggestellten Baumaßnahme „Um- und Neubau der Germanistischen Institute der HU“. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Bundes und des Landes im Wege einer Sonderfinanzierung.
Die Zahlungen laufen bis Februar 2027.

		2024	2025
Teilansatz 1:	Neubau einer Bibliothek für die TU/UdK	886.907 €	452.558 €
Teilansatz 2:	Germanistische Institute HU	449.093 €	453.134 €
		1.336.000 €	905.692 €
		rd. 1.336.000 €	rd. 906.000 €

Zu den Zinsausgaben siehe Titel 51827 - Zinsanteil am Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Sonderfinanzierungen).

86318	**142**	**Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
88401 (neu)	**133**	**Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**	**1.000**	**1.000**		
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.				
89360	**142**	**Zuschuss an das Studierendenwerk für Investitionen**	**667.000**	**667.000**	**667.000**	**667.000,00**

Der investive Zuschuss wird vom Studierendenwerk für laufende Ersatzinvestitionen in Küchentechnik, Speiseausgabetechnik, Speisesaalausstattung, Büromöbel, EDV, Ausstattung Kitas und BAföG-Abteilung benötigt.

89361	**165**	**Zuschuss an das Zentrum für Informationstechnik für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.168.000,00**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 68555.				

Zuschüsse an das Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin für investive Ausgaben

89392	**133**	**Förderung des Nationalen Hochleistungsrechnens an Hochschulen, investiv**	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.000.000,00**

Den Ausgaben stehen im Umfang von rund 70 Prozent Einnahmen in Titel 28290 gegenüber.

Bund und Länder haben sich 2018 auf die gemeinsame Förderung des Nationalen Hochleistungsrechnens (NHR) verständigt und dazu am 26. November 2018 die Ausführungsvereinbarung zum GWK-Abkommen über die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten, Großgeräten und des Nationalen Hochleistungsrechnens an Hochschulen (AV-FGH) abgeschlossen. Der Bund trägt 50 Prozent der Kosten. Der Länderanteil wird unter den HLRN-Ländern vereinbart und verteilt sich bei der Finanzierung des Berliner NHR-Zentrums auf die Länder BB, BE, HB, HH, MV und SH. Der Berliner Anteil an der Gesamtfinanzierungssumme beträgt derzeit rund 30 Prozent. Die Finanzierung erfolgt auf Grundlage eines Teilwirtschaftsplans, der von der Gemeinsamen Wissenschaftskommission (GWK) in ihrer Sitzung am 1. Juli 2022 verabschiedet wurde.

In diesem Ansatz werden die investiven Ausgaben des NHR-Zentrums Berlin abgebildet. Die konsumtiven Ausgaben des Zentrums werden in Titel 68590 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89401	**133**	**Investive Zuschüsse an Universitäten**	**36.789.000**	**36.789.000**	**36.789.000**	**35.545.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**147.156.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**36.789.000**			
		Davon fällig 2026	**36.789.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**36.789.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**36.789.000**	**—**		

Zur Finanzierung der in den Haushaltsplänen der drei Berliner Universitäten: Freie Universität Berlin (FU), Humboldt-Universität zu Berlin (HU) und Technische Universität Berlin (TU) vorgesehenen Investitionen gem. Hochschulvertrag 2024-2028.

Die Aufteilung auf die einzelnen Hochschulen ist Gegenstand der Vertragsverhandlungen. Die Ausgaben müssen zum Erhalt der Einrichtungen geleistet werden.

89402	**133**	**Investive Zuschüsse an Fachhochschulen**	**4.761.000**	**4.761.000**	**4.761.000**	**4.600.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**19.044.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**4.761.000**			
		Davon fällig 2026	**4.761.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**4.761.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**4.761.000**	**—**		

Zur Finanzierung der in den Haushaltsplänen der vier staatlichen Berliner Hochschulen für angewandte Wissenschaften Berliner-Hochschule für Technik (BHT), Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) und Alice Salomon Hochschule (ASH) vorgesehenen Investitionen gem. Hochschulvertrag 2024-2028.

Die Aufteilung auf die einzelnen Hochschulen ist Gegenstand der Vertragsverhandlungen. Die Ausgaben müssen zum Erhalt der Einrichtungen geleistet werden.

89403	**133**	**Investive Zuschüsse an künstlerische Hochschulen**	**1.410.000**	**1.410.000**	**1.410.000**	**1.362.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.640.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.410.000**			
		Davon fällig 2026	**1.410.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.410.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**1.410.000**	**—**		

Zur Finanzierung der in den Haushaltsplänen der Universität der Künste Berlin (UdK) und der drei staatlichen künstlerischen Hochschulen Berlins Weißensee Kunsthochschule Berlin (KHB), Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ (HfM) und Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ (HfS) vorgesehenen Investitionen gem. Hochschulvertrag 2024-2028.

Die Aufteilung auf die einzelnen Hochschulen ist Gegenstand der Vertragsverhandlungen. Die Ausgaben müssen zum Erhalt der Einrichtungen geleistet werden.

89404	**164**	**Zuschuss an den Translationsforschungsbereich der Charité - Universitätsmedizin Berlin für Investitionen**	**9.399.000**	**8.949.000**	**7.799.000**	**1.111.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 68532.

Finanzierungsverpflichtung des Landes Berlin an der Förderung des Translationsforschungsbereichs der Charité/Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIH). Das Vorhaben wird im Verhältnis 90:10 (Bund/Land Berlin) finanziert.

Das BIH soll aus seiner Zuwendung 667 T€ in 2024 und 1.333 T€ in 2025 für Maßnahmen zum Aufbau eines Translationszentrums für Zell- und Gentherapie in Berlin zur Verfügung stellen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89419	**133**	**Investitionspakt Hochschulbau**	**5.000.000**	**5.000.000**	**8.250.000**	**7.200.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**5.000.000**			

Die Aufwendungen für das BAföG werden ab 1.1.2015 vollständig durch den Bund getragen. Daraus entsteht für die Jahre 2024 und 2025 eine Haushaltsentlastung in Höhe von insgesamt 64 Mio. €. Zur Deckung des Investitionsbedarfs im Hochschulbereich einschließlich der Charité-Universitätsmedizin werden davon pro Jahr 25 Mio. € dem Investitionspakt Wissenschaftsbauten zugeführt.

Die aus dem Titel 89419 – Investitionspakt Hochschulbau – bei Kapitel 0910 zu finanzierenden Maßnahmen, die die Kostenobergrenze in Höhe von 5 Mio. € nicht übersteigen, dürfen die Universitäten und die Charité-Universitätsmedizin in eigener Zuständigkeit realisieren.

Die Verteilung der Mittel auf die Hochschulen und die Charité-Universitätsmedizin erfolgt vorhabenbezogen. Grundlage wird die Prioritätensetzung der Anmeldungen für Sanierungsmaßnahmen sein.

89421 (neu)	**132**	**Charité, Krankenhausinformationssystem (KIS)**	**—**	**1.000**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**90.000.000**	**90.000.000**		

Bedarfsprognose für die Erneuerung des Krankenhausinformationssystems (KIS) der Charité bis 2030, nachdem zentrale Bestandteile des gegenwärtig genutzten Systems zum Jahr 2027 gekündigt wurden

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gemäß § 24 Abs. 3 LHO gesperrt. Die Entsperrung bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses.

89423 (neu)	**133**	**Zuschüsse für Solaranlagen und energieeffizienzsteigernde Maßnahmen**	**1.000**	**1.000**		

Mittel zur Realisierung von Solaranlagen und weiteren energieeffizienzsteigernden Maßnahmen der im Fachvermögen der Wissenschaftsverwaltung befindlichen Gebäude:

1) Errichtung von PV-Anlagen zur Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung aus § 19, Abs. 4 EWG vom 11.9.2021
2) Umrüstung auf LED-Lampen zur Erfüllung der Verpflichtung aus dem Senatsbeschluss vom 27.09.2022
3) Kofinanzierung für Anträge der Länder auf Förderung aus der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) oder anderer Förderlinien zur Stärkung der Klimaziele

Die aus dem Titel zu finanzierenden Maßnahmen werden durch die Universitäten und die Charité-Universitätsmedizin selbst durchgeführt. Sie dürfen die Kostenobergrenze in Höhe von 5 Mio. € nicht überschreiten.

Die Verteilung der Mittel auf die Hochschulen und die Charité-Universitätsmedizin erfolgt vorhabenbezogen. Grundlage wird eine Prioritätensetzung durch SenWGP anhand der Höhe der Einsparungen des Energieverbrauchs und Treibhausgasemissionen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89427	**133**	**UdK, Sanierung der Heizungsverteilung**	**—**	**500.000**	**—**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 1.500.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**		

Der bauliche und technische Brandschutz im Gebäude Hardenbergstraße 33 der Universität der Künste Berlin weist einen akuten Instandsetzungsbedarf auf. Mit Mitteln aus SIWANA V werden bereits erste Maßnahmen umgesetzt. Mit den weiteren Mitteln soll die Gesamtmaßnahme entsprechend einem vorliegenden Gutachten und den bereits erfolgten Abstimmungen mit der zuständigen Feuerwehr und der Baugenehmigungsbehörde vollständig abgeschlossen und die brandschutztechnische Ertüchtigung im Gebäude hergestellt werden.

Der Wärmebedarf im Gebäude Hardenbergstraße 33 wird mit Fernwärme gedeckt. Die technischen Anlagen zur Wärmeverteilung im Keller des Gebäudes sind veraltet, der Wirkungsgrad der Pumpen liegt bei nur 5%, was zu massiven Energieverlusten führt. Im Sanierungsgutachten wurden die technischen Anlagen zur Wärmeversorgung als kurzfristiger Instandsetzungsbedarf benannt.

Der Erläuterungsbericht vom 17. Juli 2020 liegt vor.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 8. November 2021 liegt vor.

Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 4.535.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen im III. Quartal 2023 vorliegen werden.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	500.000 €
2026	1.500.000 €
2027	2.000.000 €
2028	535.000 €
	4.535.000 €

Die Fertigstellung ist für 2027 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 7.605.695 € betragen. Die theoretischen Folgekosten und die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten lassen sich derzeit nicht darstellen, da bisher nur das geprüfte Bedarfsprogramm vorliegt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	
89428	**132**	**Charité, Einrichtung eines IT-Zentrums II, CVK/alle Campi**	**5.000.000**	**1.500.000**	**3.000.000**	**58.546,28**	

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 500.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**942.000**	**442.000**
Davon fällig 2025	**500.000**	
Davon fällig 2026	**442.000**	**442.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
Plan VE 2023	5.000.000	1.500.000	0

Für den weiteren sicheren Betrieb der Charité sind der Ausbau und die Erhöhung der Rechenkapazität zwingend erforderlich. Das Rechenzentrum dient der Sicherstellung der erforderlichen IT-Leistung der Charité insbesondere auch im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen durch u. a. zeitgemäße Diagnoseverfahren, die digitale Patientenakte und geplanter Baumaßnahmen. Zudem soll es das dringend erforderliche Redundanzsystem mit dem IT-Zentrum am Campus Charité Mitte bilden.

Die Maßnahme ist Bestandteil der Gesamtentwicklungsplanung der Charité - Universitätsmedizin Berlin.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26.05.2021 mit Gesamtkosten über 10.000.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	58.000 €
2023	3.000.000 €
2024	5.000.000 €
2025	1.500.000 €
2026	442.000 €
ab 2027	0 €
	10.000.000 €

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	
89429	**133**	**UdK, Sanierung der Fassade, Einsteinufer 43**	**4.500.000**	**5.000.000**	**500.000**		**—**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**7.300.000**	**2.300.000**
Davon fällig 2025	**5.000.000**	
Davon fällig 2026	**2.300.000**	**2.300.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
Plan VE 2023	3.500.000	4.200.000	1.200.000

Das Verwaltungsgebäude Einsteinufer 43 zeigt einen dringenden Sanierungsbedarf der baulichen Hülle sowie für den technischen und baulichen Brandschutz. Das Sanierungsgutachten und das geprüfte Bedarfsprogramm haben für die Fassade und den Brandschutz einen akuten bzw. kurzfristigen Instandsetzungsbedarf festgestellt. Zusätzlich soll mit dieser Maßnahme die Wärmedämmung entsprechend Nachhaltigkeitsaspekten und Klimaschutzzielen ertüchtigt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 31.03.2022 mit Gesamtkosten über 12.300.000 liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	0 €
2023	500.000 €
2024	4.500.000 €
2025	5.000.000 €
2026	2.300.000 €
ab 2027	0 €
	12.300.000 €

Die Fertigstellung ist für 2026 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 16.664.000 € betragen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89431	**133**	**FU, Grundsanierung Haus L, Geowissenschaften, Malteser-straße 74-100**	**—**	**500.000**	**—**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**8.750.000**	**8.250.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**4.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2027	**4.250.000**	**4.250.000**		

Die Grundsanierung von vier Etagen im Haus L der Liegenschaft Malteser Straße 74 – 100 (ca. 3.000 m² Büro- und Seminarflächen) bildet den Abschluss der Innensanierung des Gebäudes. Im Gutachten über den Instandsetzungsbedarf der Berliner Hochschulen vom 09. April 2018 wurde ein akuter/kurzfristiger Instandsetzungsbedarf des Gebäudes festgestellt. Die Schwerpunkte der Innensanierung sind:

- Neubau der ELT-Installation (bauzeitlich 1970er Jahre) – sicherheitsrelevant
- Herstellung notwendiger Brandschutzmaßnahmen in den Fluren und Installation einer Brandmeldeanlage – sicherheitsrelevant
- Neubau Innenwände und Abhangdecken (beide Bauteile schadstoffbelastet)
- Erneuerung asbesthaltiger Schmutz- und Regenwasserleitungen
- Neubau der veralteten IT-Versorgung

Einer Übertragung der Bauherrenschaft an die Freie Universität Berlin hat der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 04.12.2019 zugestimmt.

Der Erläuterungsbericht vom 28. Februar 2019 liegt vor.
Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 05. Juli 2021 liegt vor.
Eine geprüfte Vorplanungsunterlage vom 30. März 2023 über 13.385.000 € liegt vor.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt. Es wird erwartet, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen im III. Quartal 2023 vorliegen werden.

Finanzierung:

2024 ..... ……..	0 €
2025 ..... ……..	500.000 €
2026 ..... ……..	4.000.000 €
2027……...	4.250.000 €
ab 2028 ……	4.635.000 €
	13.385.000 €

Die Fertigstellung ist im IV. Quartal 2026 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 17.751.856 € betragen.

89434	**132**	**Zuschuss an "Charité - Universitätsmedizin Berlin" für Investitionen**	**39.967.000**	**39.967.000**	**39.967.000**	**38.615.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**159.868.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**39.967.000**			
		Davon fällig 2026	**39.967.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**39.967.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**39.967.000**	**—**		

Mittel zur Finanzierung der im Wirtschaftsplan der Charité – Universitätsmedizin vorgesehenen Investitionen gem. Hochschulvertrag 2024-2028

Die Ausgaben müssen zum Erhalt der Einrichtung geleistet werden.

89435	**132**	**Zuschuss an "Charité-Universitätsmedizin Berlin" zur Erneuerung der technischen Infrastruktur**	**2.500.000**	**2.000.000**	**4.000.000**	**6.500.528,32**

Zur Finanzierung notwendiger Investitionen in die Erneuerung der technischen Infrastruktur.

Mit den Mitteln soll die Charité – Universitätsmedizin Berlin eigenmittelreduzierend die Möglichkeit erhalten, Maßnahmen der Erneuerung der technischen Infrastruktur, u. a. im IT-Bereich, in 2024 und 2025 durchzuführen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89436	**132**	**Zuschuss an die Charité - Universitätsmedizin Berlin für Investitionen des DHZC**	**3.500.000**	**3.500.000**	**3.500.000**	**—**

Zuschuss zur Finanzierung von Investitionen des Deutschen Herzzentrums Berlin (DHZC) gemäß § 1 Ziffer 4, Abs. 6 der Vereinbarung über die Errichtung des „Deutsches Herzzentrum der Charité – DHZC“ als Gemeinsames Zentrum der Charité mit besonderer Beteiligung des Deutschen Herzzentrums Berlin

89442	**133**	**HU, Umbau und Sanierung des Instituts für Rehabilitationswissenschaften, Ziegelstr. 5**	**7.000.000**	**8.000.000**	**2.500.000**	**1.108.334,09**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**9.191.000**	**7.791.000**
Davon fällig 2025	**1.400.000**	
Davon fällig 2026	**4.287.000**	**4.287.000**
Davon fällig 2027	**3.504.000**	**3.504.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	800.000	600.000	903.000
Plan VE 2023	3.421.000	6.000.000	1.810.000

Das denkmalgeschützte Gebäude ist stark sanierungsbedürftig und steht aus diesem Grund in großen Teilen leer. Die Straßen- und Hoffassaden weisen umfangreiche Schäden auf. Eine Wärmedämmung ist nicht vorhanden. Die Fenster und das Dach sind ebenfalls sanierungsbedürftig. Insgesamt erfolgt eine Sanierung auch unter energetischen Gesichtspunkten einschließlich der Errichtung einer Solaranlage sowie der notwendige Umbau.

Die Lehrstühle des Instituts für Rehabilitationswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin sind zurzeit auf mehrere z. T. auch angemietete Gebäude am Standort Mitte-Süd verteilt. Ziel ist die Konzentration der Lehrstühle in einem Gebäude. Der Bedarf des Instituts kann durch den Aus- und Umbau der Ziegelstraße 5 voll gedeckt werden. Die Nähe zu den anderen Instituten der Humboldt-Universität zu Berlin schafft Synergieeffekte und durch die Abmietung eines dann freiwerdenden Gebäudes können Mieteinsparungen erzielt werden.

Einer Übertragung der Bauherrenschaft an die Humboldt-Universität zu Berlin hat der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 21.11.2018 zugestimmt.

Eine geprüfte Bauplanungsunterlage vom 11.03.2022 mit Gesamtkosten über 30.040.000 € liegt vor.

Finanzierung:

bis 2022	2.036.000 €
2023	2.500.000 €
2024	7.000.000 €
2025	8.000.000 €
2026	7.000.000 €
2027	3.504.000 €
ab 2028	0 €
	30.040.000 €

Die Fertigstellung ist für IV. Quartal 2026 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 40.699.000 € betragen.

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

89444	**132**	**Zuschuss an "Charité - Universitätsmedizin Berlin" für coronabedingte Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**2.257.288,00**

Erstattung an Charité für geleistete coronabedingte Investitionen

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89445	**132**	**Zuschuss für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser an Charité - Universitätsmedizin Berlin**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 15.166.531,00**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels 89445 sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bei Kapitel 0920, Titel 89132 und 89232.

Umsetzung des Konjunkturpakets des Bundes

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dienen dem Nachweis der Ko-Finanzierung des Landes Berlin zum Zukunftsprogramm Krankenhäuser des Bundes. Aus den Mitteln des Krankenhauszukunftsfonds können auch Vorhaben von Hochschulkliniken gefördert werden. Die Aufteilung der Mittel auf die Titel kann erst nach Identifizierung der Maßnahmen erfolgen. Im Übrigen vgl. Erläuterung bei Kapitel 0920 Titel 89232.

89446	**133**	**HfM, Ertüchtigung Fundamente und Risssanierung, Schlossplatz 7**			**500.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden künftig bei Kapitel 1250, MG 09, Titel 71448 nachgewiesen.

89448 (neu)	**132**	**Charité, Herrichtung von Bestandsflächen für das Friede Springer Cardiovascular Prevention Center at Charité (FS-CPC), CBF**	**1.478.000**	**4.832.000**		

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.

Für das Friede Springer – Cardiovascular Prevention Center at Charité am Campus Benjamin Franklin werden geeignete Bestandsflächen für Diagnostikbereich sowie Studien- und Bildungsbereich hergerichtet.
Die Finanzierung erfolgt über die Entnahme bei Kapitel 2910, Titel 91907 - Zuführung an die Rücklage Innovationsförderfonds. Aus dem Innovationsförderfonds werden für die Maßnahme insgesamt 7.000.000 € zur Verfügung gestellt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89450	**132**	**Charité, Erneuerung der Infrastruktur Süd, CVK**	**15.000.000**	**12.000.000**	**5.000.000**	**1.176.193,65**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**11.300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**11.000.000**			
		Davon fällig 2026	**300.000**	**300.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	212.844	20.381	14.369
Plan VE 2023 *)	15.000.000	12.000.000	493.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich in Höhe von 9.000.000 € und zu Lasten 2025 in Höhe von 900.000 € in Anspruch genommen. Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2026 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Mit der Maßnahme erfolgen die Erneuerung der veralteten Infrastruktur am CVK und der Ausbau der Infrastruktur für das Baufeld Süd am CVK, wo das Deutsche Herzzentrum der Charité neu gebaut werden soll.
Die Maßnahme ist Bestandteil der Gesamtentwicklungsplanung der Charité - Universitätsmedizin Berlin.
Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 20.07.2021 (Teilprojekt 1) und 06.09.2021 (Teilprojekt 2) mit Gesamtkosten über insgesamt 33.493.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	1.176.000 €
2023	5.000.000 €
2024	15.000.000 €
2025	12.000.000 €
2026	317.000 €
ab 2027	0 €
	33.493.000 €

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

89453	**132**	**Charité, Sanierung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, CCM**	**1.000**	**1.000**	**221.000**	**6.405.114,43**

Die Sanierung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Campus Charité Mitte ist abgeschlossen. Die genehmigten Gesamtkosten betragen 25.246.000 €.

Der Titel wird mit einem Merkansatz weitergeführt, um noch mögliche nachlaufende Kosten haushaltswirtschaftlich abdecken zu können.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89456	**132**	**Charité, Sanierung Fassade 1. BA, CBF**	**3.000.000**	**5.000.000**	**500.000**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 5.961.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**20.507.000**	**16.007.000**		
		Davon fällig 2025	**4.500.000**			
		Davon fällig 2026	**6.000.000**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2027	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2028	**5.007.000**	**5.007.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	216.672	0	0
Plan VE 2023 *)	3.000.000	2.500.000	3.961.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich in Höhe von 500.000 € in Anspruch genommen.

Nach über 50 Betriebsjahren sind am Hauptgebäude V (Gebäude-Nr. 5011-5014) am Campus Benjamin Franklin folgende Bauteile dringend sanierungsbedürftig:
- Fassaden
- Dachflächen aufgrund zahlreicher technischer Havarien, Wasserschäden und brandschutztechnischer Mängel
- Öffentliche Bereiche (Magistrale)

Der 1. Bauabschnitt der Sanierung Fassade und Dächer umfasst die Sanierung der Dächer des Flachbaus und der Bettenhochhäuser des Hauptgebäudes. Mit der Maßnahme sollen auch eine energetische Verbesserung erreicht sowie eine effektive Photovoltaik-Anlage auf den Dachflächen des Hauptgebäudes für den Eigenverbrauch des Gebäudes mit hohem Energieverbrauch geschaffen werden. Auch eine Dachbegrünung ist vorgesehen.

Die Baumaßnahme ist Bestandteil der Gesamtentwicklungsplanung der Charité - Universitätsmedizin Berlin.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 23. Januar 2023 über 25.337.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	829.000 €
2023	500.000 €
2024	3.000.000 €
2025	5.000.000 €
2026	6.000.000 €
2027	5.000.000 €
ab 2028	5.008.000 €
	25.337.000 €

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

89459	**132**	**Charité, Einrichtung eines standortübergreifenden IT-Zentrums, CCM**			**1.000**	**287.503,11**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
89465	**132**	**Charité, Forschungseinrichtung für Experimentelle Medizin; CBB**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**334.857,93**

Der Ersatzbau für die Forschungseinrichtung für Experimentelle Medizin am Campus Berlin Buch ist fertiggestellt. Die genehmigten Gesamtkosten liegen bei 39.513.000 €.

Der Titel wird mit einem Merkansatz weitergeführt, um mögliche Kosten aus nachlaufenden Rechnungen haushaltswirtschaftlich abdecken zu können.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89466	**132**	**Charité, Sanierung Hochhauskomplex inkl. ergänzender Maßnahmen, CCM**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**81.133,03**

Mit der Baumaßnahme wurde das Bettenhochhaus der Charité saniert und ein Neubau für den OP- und intensivmedizinischen Bereich sowie die Zentrale Notaufnahme errichtet.

Die Baumaßnahme ist fertiggestellt. Die genehmigten Gesamtkosten betragen 202.483.000 €.

Der Titel wird mit einem Merkansatz weitergeführt, um mögliche Kosten aus nachlaufenden Rechnungen haushaltswirtschaftlich abdecken zu können.

89469	**132**	**Charité, Forschungsgebäude Berlin Center of Advanced Therapies (BeCAT), CVK**	**7.000.000**	**6.802.000**	**5.000.000**	**4.231.546,03**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**6.996.000**	**194.000**
Davon fällig 2025	**6.802.000**	
Davon fällig 2026	**194.000**	**194.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.527.000	0	0
Plan VE 2023 *)	5.000.000	0	0

*) Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 wird im Rahmen der Haushaltswirtschaft gesteuert.

Die Charité-Universitätsmedizin Berlin beabsichtigt zur Weiterentwicklung neuer Therapieansätze, die auf der neuen Produktklasse, den sogenannten ATMPs (Advanced Therapy Medicinal Products) beruhen, die Errichtung eines Laborge-bäudes.
Diese Therapeutika sollen unter Verwendung von Zellen und Gewebe unter Reinraumbedingungen hergestellt und auf kurzem Weg dem Klinikpatienten wieder zugeführt werden können.
ATMPs stellen eine neue Arzneimittelklasse für kurative Therapieansätze dar. Der vom Bund nach Art. 91b GG geförderte Forschungsbau hat das Ziel, Forschung zur Entwicklung und Anwendung dieser innovativen Therapieansätze in den interdisziplinären Feldern der Regenerativen Medizin und Hämato- / Onkologie auf einem national bislang unerreichten Niveau zu ermöglichen. Mit der Einrichtung des Berlin Center of Advanced Therapies (BeCAT) sollen strukturelle und räumliche Voraussetzungen geschaffen werden, eine transdisziplinäre und exzellente Forschung zu ermöglichen und ATMP mit hoher wissenschaftlicher und technischer Qualität von der Grundlagenforschung bis zur klinischen Anwendungsprüfung in Patienten zu entwickeln.

Es handelt sich um einen Forschungsbau nach Art. 91 b Grundgesetz, der zu 50 % mit Bundesmitteln gefördert wird. Der Bund beteiligt sich an den festgesetzten förderfähigen Gesamtkosten der Baumaßnahme über 29.330.000 € mit bis zu 14.665.000 €. Die Einnahme erfolgt bei Kapitel 0910, Titel 33112.

Geprüfte Erweiterte Vorplanungsunterlagen vom 19. Juni 2020 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 17. April 2023 über insgesamt 32.495.000 € liegen vor.

Die mit den EVU festgestellten Mehrkosten gegenüber den förderfähigen Gesamtkosten in Höhe von 195.000 € trägt die Charité-Universitätsmedizin Berlin.

Finanzierung:

bis 2022	10.529.000 €
2023	5.000.000 €
2024	7.000.000 €
2025	6.802.000 €
2026	194.000 €
ab 2027	2.970.000 €
	32.495.000 €

Die Baumaßnahme muss weitergeführt werden.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89470	**132**	**Charité, Erneuerung Nachrichten- und Sicherheitstechnik, Gebäude-automation und MSR-Technik, alle Campus**	**1.619.000**	**930.000**	**3.000.000**	**3.070.332,54**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eigegangene Verpflichtungen	180.000	0	0
Plan VE 2023 *)	1.619.000	0	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Die Nachrichten- und Sicherheitstechnik, die Mess-, Steuer- und Regelungstechnik sowie die Anlagen der technischen Gebäudeautomation sind veraltet und müssen auf allen drei Campus erneuert werden.

Bei den geplanten Maßnahmen der Informations-, Kommunikations- und Sicherheitstechnik (IKS) werden heute zunehmend übergreifende nicht mehr standortbezogene Systeme geplant und installiert. So wird z.B. zukünftig in der Telekommunikation IP-Telefonie über hochverfügbare in Rechenzentren installierte Hard- und Softwareinfrastruktur für alle IP-Telefone der Standorte der Charité bereitgestellt. Diese übergreifende standortunabhängige Systemstruktur macht es notwendig, die Maßnahmen der Gesamtentwicklungsplanung (GEP) der IKS Technik Gewerke orientiert und standortübergreifend anzumelden und zu planen.
Gleiches gilt für die weiteren Themen wie Schwesternruf, Hausalarm, Aufzugnotruf. Diese Techniken werden über eine gemeinsame Leitstelle (Leitwarte) campusübergreifend betrieben. Die Techniken in den Campus müssen somit übergreifend auf einer Leitstelle auf einem gemeinsamen System betrieben werden können. Dies ist nur mit einer übergreifenden Planung und Ausschreibung sicherzustellen.
Im Gewerk der Gebäudeautomation werden heute bereits mehrere Standorte übergreifend durch ein Gebäudeautomationssystem verwaltet und betrieben. Eine Leitwarte, die 24 h/Tag besetzt ist, betreibt und steuert die Technik mehrerer Charité-Standorte. Die Maßnahmen in diesem Gewerkebereich sind deshalb standortübergreifend in der GEP-Anmeldung zusammengefasst.

Es liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 05.10.2017 mit Gesamtkosten in Höhe von 17.800.000 € vor.

Finanzierung:

bis 2022	12.251.000 €
2023	3.000.000 €
2024	1.619.000 €
2025	930.000 €
ab 2026	0 €
	17.800.000 €

Die Fertigstellung ist für Anfang 2024 vorgesehen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89471	**132**	**Charité, TU-Forschungsbau der simulierte Mensch, CVK**	**7.000.000**	**5.000.000**	**7.000.000**	**6.766.183,02**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**7.210.000**	**2.210.000**		
		Davon fällig 2025	**5.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.996.000**	**1.996.000**		
		Davon fällig 2027	**214.000**	**214.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.500.344	0	0
Plan VE 2023 *)	7.000.000	0	0

*) Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 wird im Rahmen der Haushaltswirtschaft gesteuert.

Der Forschungsneubau ist ein gemeinsames Projekt der Technischen Universität Berlin und der Charité-Universitätsmedizin Berlin. Es wird ein interdisziplinärer Forschungsraum geschaffen, in dem Arbeitsgruppen unterschiedlicher Ausrichtungen wie Immunologie, Onkologie und Bioanalytik gemeinsam forschen, um auf Fragen der Medizin und der medizinischen Forschung mit neuen Technologien zu antworten. So sollen prototypisch technische Lösungen erarbeitet werden, die es erlauben, den Menschen zu modellieren, zu imitieren und zu simulieren.

Es handelt sich um einen Forschungsbau nach Art. 91 b Grundgesetz, der zu 50 % mit Bundesmitteln gefördert wird. Der Bund beteiligt sich an den festgesetzten förderfähigen Gesamtkosten der Baumaßnahme über 33.971.000 € mit bis zu 16.985.500 €. Die Einnahme erfolgt bei Kapitel 0910, Titel 33112.

Geprüfte Erweiterte Vorplanungsunterlagen vom 06.04.2020 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 16.01.2023 über insgesamt 41.757.000 € liegen vor.

Die mit den EVU festgestellten Mehrkosten in Höhe von 214.000 € tragen die Einrichtungen Charité und Freie Universität Berlin.

Finanzierung:

bis 2022	12.975.000 €
2023	7.000.000 €
2024	7.000.000 €
2025	5.000.000 €
2026	1.996.000 €
2027	214.000 €
ab 2028	7.572.000 €
	41.757.000 €

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

89472	**132**	**Charité, Sanierung Hessische Straße Kopfbau, CCM**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**582.140,59**

Die Sanierung des Forschungsgebäudes ist abgeschlossen. Die genehmigten Gesamtkosten betragen 9.000.000 €.

Der Titel wird mit einem Merkansatz weitergeführt, um mögliche Kosten aus nachlaufenden Rechnungen haushaltswirtschaftlich abdecken zu können.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89473	**132**	**Charité, Sanierung Friedrich Busch-Haus, CCM**	**5.343.000**	**241.000**	**5.000.000**	**2.758.090,22**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.558.453	0	0
Plan VE 2023 *)	5.259.000	0	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Für das Friedrich Busch-Haus, CCM, die ehemalige Zahnklinik, besteht ein dringender Bedarf, die bestehende Substanz an geltende Vorschriften und Standards anzupassen. Das zu Beginn des letzten Jahrhunderts errichtete Gebäude ist ein Baudenkmal, daher steht die erhaltende Sanierung im Vordergrund. Die Sanierung dient der Absicherung des infolge des Modellstudiengangs mit einer Stärkung kleingruppenbasierter Unterrichtsformen insbesondere an Seminar- und Kleingruppenräumen gestiegenen Bedarfs an Lehrflächen.

Die Baumaßnahme ist Bestandteil der Gesamtentwicklungsplanung der Charité - Universitätsmedizin Berlin.

Für die Maßnahme liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 20.08.2020 über 14.260.000 € vor.

Finanzierung:

bis 2022	3.674.000 €
2023	5.000.000 €
2024	5.343.000 €
2025	241.000 €
2026	1.000 €
2027	1.000 €
ab 2028	0 €
	14.260.000 €

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89475	**132**	**Charité, Erneuerung Zentrale Kälte, CVK**	**790.000**	**1.000**	**2.000.000**	**2.976.321,41**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	352.870	0	0
Plan VE 2023	425.000	0	0

Die Kälteversorgung soll anstelle einer zentralen Kälteversorgung mit einem sternförmigen Netz jetzt dezentral über die Bestandszentralen der Gebäude mittels einer modernisierten Ring-Infrastruktur sichergestellt werden. Hierzu werden die zwei Bestandsnetze der Nord- und Südschiene über ein Kälteringnetz zu einem Nahkältenetz verbunden. In dem Versorgungsverbund werden die Verbrauchernetze an sinnfälligen Übergabepunkten ins Verteilnetz eingebunden und hydraulisch getrennt. Die geplante Infrastruktur wird den Anforderungen der Versorgungssicherheit und der modularen Erweiterbarkeit für zukünftige Verbraucher / Baumaßnahmen u. ä. sowie des sparsamen Umgangs mit den knappen Flächenressourcen in besonderem Maße gerecht.

Die Baumaßnahme ist Bestandteil der Gesamtentwicklungsplanung der Charité - Universitätsmedizin Berlin.

Es liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 13.09.2018 über 8.360.000 € vor.

Finanzierung:

bis 2022	5.568.000 €
2023	2.000.000 €
2024	790.000 €
2025	1.000 €
2026	1.000 €
ab 2027	0 €
	8.360.000 €

Die Maßnahme soll beendet werden.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89476	**132**	**Charité, Neubau Universitäres Herzzentrum der Charité inkl. Zentraler Notaufnahme, CVK**	**36.600.000**	**52.100.000**	**18.000.000**	**9.819.237,16**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**453.100.000**	**401.012.000**		
		Davon fällig 2025	**52.100.000**			
		Davon fällig 2026	**70.000.000**	**70.000.000**		
		Davon fällig 2027	**80.000.000**	**80.000.000**		
		Davon fällig 2028	**80.000.000**	**80.000.000**		
		Davon fällig 2029 FF	**171.000.000**	**70.000.000**		
		Davon fällig 2030 FF		**101.012.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	437.615	422.202	1.027.009
Plan VE 2023 *)	45.000.000	60.000.000	260.431.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich in Höhe von 24.000.000 € und zu Lasten 2025 in Höhe von 29.000.000 € in Anspruch genommen.

Das Land Berlin, die Charité – Universitätsmedizin Berlin und das Deutsche Herzzentrum Berlin (DHZB) haben die herzmedizinischen Einrichtungen der beiden Häuser im Deutschen Herzzentrum der Charité (DHZC) unter besonderer Beteiligung des DHZB vereint. Durch den Zusammenschluss der beiden genannten Einrichtungen zum DHZC soll deren bereits vorhandene Spitzenstellung auf dem Gebiet der kardiovaskulären Forschung ausgebaut und ein internationales Referenzzentrum für kardiovaskuläre Medizin mit übergreifender Bedeutung geschaffen werden, das sich insbesondere durch eine Verbindung von Grundlagenforschung und patientenorientierter Forschung auszeichnet.

Als eine zentrale Erfolgsvoraussetzung ist der zukunftsweisende Neubau am Charité Campus Virchow-Klinikum geplant. Darüber hinaus werden in dem Neubau die bisherigen Notaufnahmen des als Notfallzentrum für die umfassende Notfallversorgung im Land Berlin ausgewiesenen Standortes CVK als interdisziplinäre Zentrale Notaufnahme (ZNA) neustrukturiert verortet und die Zentrale Sterilgutversorgung (ZSVA) für die Campus CVK und CCM untergebracht.

Die Baumaßnahme ist in der Gesamtentwicklungsplanung der Charité enthalten.

Für die Baumaßnahme liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 17.05.2023 über 521.000.000 € (BPI I/2023) vor.

Zur gemeinsamen Förderung beteiligt sich der Bund an der Finanzierung des Bauvorhabens mit dem vom Bundeshaushaltsgesetzgeber vorgesehenen Festbetrag in Höhe von 100,0 Mio. €. Zuweisungen des Bundes für den Neubau des Deutschen Herzzentrums der Charité (DHZC) sind in Titel 33141 vorgesehen, die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Kap. 0910, Titel 89476.

Finanzierung:

bis 2022	13.288.000 €
2023	18.000.000 €
2024	36.600.000 €
2025	52.100.000 €
2026	70.000.000 €
2027	80.000.000 €
ab 2028	251.012.000 €
	521.000.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89478	**132**	**Charité, Ambulanz-, Translations- und Innovationszentrum (ATIZ), CCM**	**1.000**	**1.000**	**1.422.000**	**2.559.747,47**

Der Umbau des alten OP-Traktes am Bettenhochhaus der Charité für Forschungsbereiche des Berlin Health Institute und der Charité und Hochschulambulanzen der Charité ist fertiggestellt und als Rahel Hirsch Center for Translational Medicine eröffnet.

Der Titel wird mit einem Merkansatz weitergeführt, um mögliche Kosten aus nachlaufenden Rechnungen für den Anteil der Charité haushaltswirtschaftlich abdecken zu können.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89482	**132**	**Charité, Sanierung Aschheim Zondek-Haus, CCM**	**500.000**	**2.000.000**	**—**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**10.200.000**	**8.200.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2027	**3.200.000**	**3.200.000**		

Das stark sanierungsbedürftige und als Baudenkmal eingetragene Aschheim-Zondek-Haus soll grundsaniert und für eine zeitgemäße Nutzung durch Forschungsbereiche der Charité hergerichtet werden. Dabei müssen die Anforderungen aus dem Brandschutz, der technischen Gebäudeausrüstung, der Barrierefreiheit und des Denkmalschutzes berücksichtigt werden.

Die Baumaßnahme ist Bestandteil der Gesamtentwicklungsplanung der Charité - Universitätsmedizin Berlin.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 01.02.2023 über 10.701.000 € liegen vor.

Finanzierung:

2024	500.000 €
2025	2.000.000 €
2026	5.000.000 €
2027	3.201.000 €
ab 2028	0 €
	10.701.000 €

Die Fertigstellung ist für Ende 2025 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 13.301.343 € betragen. Die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten betragen nach Fertigstellung der Maßnahme voraussichtlich 91.203 €.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89483	**132**	**Charité, Sanierung Pflegestationen, 2. BA., CBF**	**6.000.000**	**5.000.000**	**6.000.000**	**454.629,12**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 1.658.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**8.992.000**	**3.994.000**		
		Davon fällig 2025	**4.998.000**			
		Davon fällig 2026	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2027	**994.000**	**994.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	408.355	1.500	0
Plan VE 2023 *)	9.300.000	1.658.000	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich in Höhe von 1.000.000 € in Anspruch genommen.

Der 2. Bauabschnitt der Sanierung von Pflegestationen am CBF umfasst die Sanierung vier weiterer Pflegestationen im Bettenhaus I Süd am Hauptstandort. Diese Stationen weisen einen dringenden Grundsanierungsbedarf auf und entsprechen nicht mehr dem Standard, die vorhandene Gebäudetechnik ist überaltert und störanfällig. Mit der Maßnahme erfolgt eine Standardanhebung, die Bettenzimmer werden mit Sanitärzellen ausgestattet. Eine Neuordnung der Gebäude-technik ist erforderlich. Es handelt sich um eine zwingende Sanierungsmaßnahme zur Aufrechterhaltung des Klinikbetriebes sowie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Maßnahme ist Bestandteil der Gesamtentwicklungsplanung der Charité - Universitätsmedizin Berlin.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 14.04.2021 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 06.08.2021 über 22.203.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	1.209.000 €
2023	6.000.000 €
2024	6.000.000 €
2025	5.000.000 €
2026	3.000.000 €
2027	994.000 €
ab 2028	0 €
	22.203.000 €

Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89485	**132**	**Charité, Sanierung Behandlungsbau, Komplettierung OP-Ebene, CBF**	**2.000.000**	**786.000**	**3.000.000**	**3.331.284,17**
		Verpflichtungsermächtigung	**786.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**786.000**			

Die zentrale OP-Abteilung des CBF in Ebene 06 des Behandlungsbaus wurde 1969 in Betrieb genommen und befindet sich nach über 50-jähriger Nutzungsdauer in einem Zustand, der eine Sanierung und Standardanhebung zwingend und kurzfristig erfordert. Ein Kapazitätsausfall ist möglich, da die Technik stark veraltet ist. Ein optimierter Betriebsablauf und Personaleinsatz sind wegen struktureller Defizite eingeschränkt.

Die Maßnahme ist die notwendige und bereits im Bedarfsprogramm beschriebene Weiterführung der Masterplanmaßnahme Kapitel 0330, Titel 89490, Charité, Sanierung OP und Intensivmedizin, CBF, und beinhaltet die Sanierung der OPs des nordwestlichen Quadranten Q 3.

Ergänzend zu den 10 OPs in den südlichen Quadranten Q 4 und Q 1, die 2016 und 2018 in Betrieb genommen wurden, sollen im Quadranten Q 3 5 weitere OPs hergestellt werden, um die für die Erlössituation wichtige Kapazität zu sichern. Der nordöstliche Quadrant Q 2 wird nicht saniert und bleibt als Entwicklungsfläche für strukturelle Neuerungen im OP-Bereich verfügbar.

Die Baumaßnahme ist Bestandteil der Gesamtentwicklungsplanung der Charité - Universitätsmedizin Berlin.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 16.01.2020 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 21.11.2022 über insgesamt 15.210.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	6.914.000 €
2023	3.000.000 €
2024	2.000.000 €
2025	786.000 €
ab 2026	2.510.000 €
	15.210.000 €

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89489	**132**	**Charité, Sanierung Pflegestationen, CBF**	**2.916.000**	**213.000**	**6.000.000**	**6.487.294,80**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
Plan VE 2023	1.704.000	0	0

Die Maßnahme umfasst die Sanierung von vier Pflegestationen im Bettenhaus II Nord am Hauptstandort. Diese Stationen weisen den dringendsten Grundsanierungsbedarf auf und entsprechen nicht mehr dem Standard, die vorhandene Gebäudetechnik ist überaltert und störanfällig. Mit der Maßnahme erfolgt eine Standardanhebung, die Bettenzimmer werden mit Sanitärzellen ausgestattet. Eine Neuordnung der Gebäudetechnik ist erforderlich. Es handelt sich um eine zwingende Sanierungsmaßnahme zur Aufrechterhaltung des Klinikbetriebes sowie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Maßnahme ist Bestandteil der Gesamtentwicklungsplanung der Charité-Universitätsmedizin Berlin.

Für die Maßnahme liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 10.04.2019 mit Gesamtkosten in Höhe von 14.000.000 €, geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 20.08.2020 mit Gesamtkosten in Höhe von 17.720.000 €, geprüfte ergänzende Unterlagen vom 06.08.2021 mit Gesamtkosten in Höhe von 17.943.000 € und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 20.10.2022 mit Gesamtkosten in Höhe von 19.642.000 € vor.

Finanzierung:

bis 2022	10.513.000 €
2023	6.000.000 €
2024	2.916.000 €
2025	213.000 €
ab 2026	0 €
	19.642.000 €

Die Maßnahme soll beendet werden.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)**				
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Maßnahmegruppe sind nur gegenseitig deckungsfähig.				
63110	**142**	**Anteil des Bundes an den Einnahmen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**	**6.154.000**	**6.154.000**	**4.854.000**	**4.638.647,46**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11946, 23601 und 28126. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Ausgaben, der in den Titeln 11946, 23601 und 28126 eingezogenen Beträge an den Bund

Seit dem 25. BAföGÄndG müssen die Länder 100 Prozent der Einnahmen abführen. Der Ansatz bildet deshalb die Summe der Ansätze der o. g. Titel.

68125	**142**	**Zuschüsse nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**	**100.000.000**	**100.000.000**	**92.000.000**	**97.040.931,88**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23146. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Zuschussleistungen für Studierende der Berliner Hochschulen und Fachhochschulen, die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gefördert werden

Diesen Ausgaben stehen Einnahmen in gleicher Höhe bei Titel 23146 gegenüber, da der Bundesanteil 100 Prozent beträgt.

86318	**142**	**Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz**	**100.000.000**	**100.000.000**	**83.000.000**	**90.990.747,96**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 34205. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).				

Darlehensanteile der Ausgaben nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz im Hochschulbereich

Diesen Ausgaben stehen Einnahmen in gleicher Höhe bei Titel 34205 gegenüber, da der Bundesanteil 100 Prozent beträgt.

		Summe Maßnahmegruppe 02	**206.154.000**	**206.154.000**	**179.854.000**	**192.670.327,30**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**932.000**	**708.000**	**200.000**	**15.894,84**

Betrieb und Wartung von Kleinstverfahren (Teilansatz 1):
Für den Betrieb von IT-Kleinstverfahren beim ITDZ sowie im Rahmen der weiteren Digitalisierung der Verwaltung und der Einführung der Digitalen Akte werden Mittel für Dienstleistungen für verfahrensabhängige IKT angesetzt.
Die Sicherstellung der bereits digitalisierten Verwaltungsvorgänge sowie perspektivisch deren Anschluss an die Digitale Akte des Landes Berlin soll sichergestellt werden.

Kosten Fachverfahren BAföG zzgl. Einführung E-Aktenfunktionalität des Fachverfahrens (Teilansatz 2):
Im Teilansatz 2 werden die laufenden Ausgaben für den Betrieb des Fachverfahrens BAFSYS2 für alle Berliner Ämter für Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz angesetzt. Darüber sind Mittel für weitere Beauftragungen des Fachverfahrensdienstleisters Datagroup vorgesehen.
Ebenfalls in diesem Teilansatz werden die einmaligen und erhöhten laufenden Ausgaben für die Einführung der E-Aktenfunktionalität des BAföG-Fachverfahrens angesetzt.

Kosten BAföG Digital (Teilansatz 3):
Im Teilansatz 3 werden die Ausgaben des digitalen BAföG-Antrages „BAföG Digital“ berücksichtigt, die das Land Berlin aufgrund einer Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung an Sachsen-Anhalt zu leisten hat.

		2024	2025
Teilansatz 1:	Betrieb und Wartung von Kleinstverfahren	180.000 €	180.000 €
Teilansatz 2:	Kosten Fachverfahren BAföG zzgl. Einführung E-Aktenfunktionalität des Fachverfahrens	650.324 €	410.360 €
Teilansatz 3:	Kosten BAföG Digital	101.205 €	116.774 €
		932.000 €	708.000 €

52536 (neu)	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**		

Mit der weitergehenden Digitalisierung der Verwaltung ist für bestehende IT-Fachverfahren sowie auch in Verbund mit der Einführung weiterer digitalisierter Prozesse mit einem erhöhten Bedarf an Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu rechnen. So ist beispielsweise die Einführung einer Low-Code-Plattform geplant, für deren optimalen Einsatz Schulungen erforderlich sind.

Summe Maßnahmegruppe 32	**942.000**	**718.000**	**200.000**	**15.894,84**
Gesamtausgaben	**2.466.650.700**	**2.572.828.100**	**2.313.015.400**	**2.303.408.330,31**
Prozentuale Veränderung	**6,6 %**	**4,3 %**		

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0910				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	21.237.000	21.237.000	19.937.000	27.457.848,69
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	294.550.000	291.531.000	295.989.000	305.124.175,97
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	117.385.000	127.155.000	97.301.000	107.234.972,96
		Gesamteinnahmen	433.172.000	439.923.000	413.227.000	439.816.997,62
411-462		Personalausgaben	4.206.500	4.451.100	4.742.000	4.095.843,31
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.560.200	1.159.000	627.500	582.092,40
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.146.799.000	2.249.853.000	2.044.295.900	2.051.615.348,73
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	314.085.000	317.365.000	263.350.000	247.115.045,87
		Gesamtausgaben	2.466.650.700	2.572.828.100	2.313.015.400	2.303.408.330,31
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-2.033.478.700	-2.132.905.100	-1.899.788.400	-1.863.591.332,69

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001141 Wissenschaft/Forschung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	6.806.673	6.710.773	+1,43
Kostenträger	8	Sachkosten	416.840	4.985.573	-91,64
davon		Transferkosten	13.532.662	15.122.807	-10,51
Produkte	4	Verrechnungskosten	4.156	1.410	+194,75
MGF	4	kalkulatorische Kosten	1.032.370	1.053.906	-2,04
Projekte	0	Gemeinkosten	4.532.155	7.214.174	-37,18
		Summe Verwaltungskosten	26.324.855	35.088.642	-24,98
		Transfers	2.526.611.575	2.428.835.892	+4,03
		Gesamtsumme	2.552.936.430	2.463.924.534	+3,61

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005353	2022	22.241.025	2.179.020.119	2.201.261.143
Hochschulen einschl. Hochschulbau und Hochschulmedizin	2021	29.640.003	2.039.038.753	2.068.678.756

Seit dem Jahr 1997 wird die Grundfinanzierung der Landeshochschulen in den Hochschulverträgen mittelfristig vereinbart. Hinzu kommen Programmfinanzierungen in den Bereichen Lehre und Gleichstellung sowie die Forschungsförderung im Rahmen der Einstein Stiftung und des Instituts für angewandte Forschung Berlin. Zudem erhält das Land Bundesgelder im Rahmen des Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken (Nachfolgeprogramm des Hochschulpakts 2020), die über die Hochschulverträge und Sonderprogramme an die Hochschulen weitergegeben werden.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79795	2022	9.984.999	1.768.208.083	1.778.193.082
Transferzahlungen im Bereich Hochschulen (Transferprodukt)	2021	14.899.216	1.645.924.437	1.660.823.653

	2022	2021
Menge: keine / s. Erläuterung	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	69,65	67,41
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	9.872.756,46	14.507.391,03
IST - Erträge in €	190.088.549,81	219.011.222,70
Kostendeckungsgrad in %	10,69	13,19

Das Produkt gehört fachlich zum Kostenträger "Ministerielle Steuerung im Bereich Hochschulen (Ministerielles Geschäftsfeld)" und dient ausschließlich zur Erfassung der Transferausgaben und ggf. der diesbezüglichen Drittmittel auf der Einnahmeseite.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Fachspezifische Informationen

Der Kostenträger umfasst die konsumtiven und investiven Zuschüsse des Landes an die staatlichen Hochschulen Berlins gem. § 87 Abs. 1 Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) und die Charité-Universitätsmedizin, § 4 Universitätsmedizingesetz (UniMedG). Die Zuschüsse werden den Hochschulen mittels mehrjähriger Hochschulverträge gem. § 2 a BerlHG und § 4 UniMedG zur Verfügung gestellt.
Daneben werden investive Zuschüsse für Bauvorhaben der staatlichen Hochschulen sowie der Charité-Universitätsmedizin über diesen Kostenträger abgebildet. Ebenfalls erfasst sind die Zuschüsse nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaFöG), die das Land Berlin vollständig vom Bund erstattet bekommt, sowie Bundes- und Landesanteile an Bund-Länderprogrammen zur Förderung der Wissenschaft (Exzellenzstrategie, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Nationales Hochleistungsrechnen, Deutschlandstipendium etc.). Auch die Finanzierung des Studierendenwerks Berlin gem. § 6 Abs. 3 Studierendenwerksgesetz (StudWG) sowie der Einstein Stiftung Berlin und weiterer Förderprogramme des Landes, v.a. des Berliner Chancengleichheitsprogramms sowie die Abwicklung von EU-Förderprogrammen (ESF, EFRE) sind Teil der hier abgebildeten Leistungen.
Die Transfers korrespondieren mit folgenden ausgewählten Titeln:

Titel	Bezeichnung	Betrag
68125	Zuschüsse nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz	97.213.689
68161	Zuschüsse nach Heizkostenzuschussgesetz Bund	5.277.480
68354	Technologieförderung	5.147.321
68413	Zuschuss an das Studentenwerk	17.000.000
68485	Sozialfonds für Studierende beim Studentenwerk	300.000
68500	Förderung der Frauen in Forschung und Lehre	1.900.000
68510	Zuschuss Projektförderung Einstein-Stiftung Berlin	22.646.831
68512	Zuschüsse im Rahmen der Exzellenzinitiative und Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder	11.825.095
68514	Zuschüsse an Exzellenzuniversitäten	23.506.983
68520	Zuschüsse an Universitäten	928.752.000
68521	Qualitäts- und Innovationsoffensive	5.738.443
68534	Zuschuss an die Charité-Universität	37.974.000
68540	Zuschüsse an konfessionelle Fachhochschulen	15.856.411
68543	Zuschüsse an Fachhochschulen	227.064.000
68546	Zuschüsse an fächerübergreifende Organisationen in Wissenschaft und Forschung	48.394.000
68555	Zuschuss an das Zentrum für Informationstechnik	3.000.000
68559	Zuschüsse aus Bundesmitteln für Hochschulpakte 2020	196.181.374
68562	Zuschüsse an Kunsthochschulen	111.559.000
68564	Zuschüsse des Landes an DZHW und HIS	367.447

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Titel	Bezeichnung	Betrag
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	6.512.657
68570	Zuschuss an die Einstein-Stiftung Berlin	838.578
68571	Zuschuss an den Deutschen Wissenschaftsrat	50.115
68595	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln	779.913
86318	Darlehen nach dem Bundesausbildungsgesetz	90.990.748
89489	Charité, Sanierung Pflegestation	570.846

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im Zusammenhang mit den der Abteilung I – Gesundheit – der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege obliegenden Aufgaben, sofern diese nicht zentral bei Kapitel 0900 nachgewiesen werden:

- Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie
- Gesundheits- und Sozialinformationssysteme
- Sozialstatistisches Berichtswesen
- Daten zur Kindergesundheit, Interventionsberichterstattung, §90a SGB V-Landesgremium
- Angelegenheiten von Krebsregistern
- Psychiatrische Versorgung einschl. Maßregelvollzug
- Landesbeauftragter für Psychiatrie
- Biomedizin
- Gesundheitsplanung und -vorsorge
- Familienplanung
- Drogen- und Suchthilfe
- Landesdrogenbeauftragte
- Aufsicht in der Krankenversicherung
- Kammerrecht, Aufsicht über die Heilberufskammern
- Prüfung in der Sozialversicherung
- Gesundheits-, Sozial- und Veterinärberufe
- Krankenhausplanung und -förderung
- Gesundheitswirtschaft
- Genehmigung von Krankenhausbudgets, Landesbasisfallwert und Ausgleichsfonds
- Öffentlicher Gesundheitsdienst
- Prävention und Gesundheitsförderung
- Infektionsschutz
- Umweltbezogener Gesundheitsschutz
- Krankenhausaufsicht und Krankenhaushygiene
- Bestattungswesen
- Notfallvorsorge, Katastrophenschutz und Zivilschutz
- Notfall- und Katastrophenmedizin
- Arzneimittel-, Apotheken- und Betäubungsmittelwesen
- Medizinproduktesicherheit
- Umsetzung des Pakts Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)

Eine Priorität liegt in der Umsetzung des zwischen den Ministerpräsidentinnen und Präsidenten und der Bundeskanzlerin geschlossenen Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD).

Hierfür sind in dem Stellenplan für die Gesundheitsabteilung acht Stellen veranschlagt. Korrespondierend erhält neben dem 90%-igen Stellenanteil für die Bezirke an dem Paktvolumen das Landesamt für Gesundheit und Soziales 20 Stellen für diesen vorgegebenen Zweck. Diese Stellen ermöglichen die paktgemäß auf die Landesebene zukommenden zusätzlichen dauerhaften Aufgaben (unter anderem: Strukturanpassungen insbes. im Bereich Infektionsschutz, IT-Ausbau im ÖGD, Umsetzung des Leitbilds für einen modernen ÖGD, verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ländern besonders in Pandemiefragen, einheitliche statistische Personalerfassung, Modernisierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung im ÖGD, Aufbau und Pflege eines Freiwilligenpools incl. Schulung).

Im Bereich der konsumtiven Ausgaben ist der Ansatz für die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in voller Höhe des auf Berlin entfallenden Anteils aus Paktmitteln der Förderung von Bildungsinstitutionen für Fort-, Weiter- und Ausbildung etabliert worden (Titel 63202, Erläuterungsnummer 1).

Die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung ist durch das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung - EGovG auch für die IT-Fachverfahren der bezirklichen Gesundheitsämter zuständig geworden. Ein entscheidendes Ziel der Digitalisierung ist es nach dem Pakt, eine Interoperabilität über alle Ebenen hinweg sicherzustellen und die für das Melde- und Berichtswesen erforderlichen Schnittstellen und Systeme zu definieren, zu schaffen und die entsprechenden Standards einzuhalten.

Die der Aufsicht der Abteilung I - Gesundheit - der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Sondervermögen sind den Einzelplanerläuterungen zu entnehmen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Überlassung landeseigener Grundstücke, Gebäude oder Räume unter Wert:

Fachbereich/LuV/SE (Institution/Adresse)	**Grundstücks-fläche** (m^2)	**Nutzfläche im Gebäude** (m^2)	**a) vereinbarte Jahresmiete** (€) **b) ortsübliche Jahresmiete** (€)	**Rechts- o. a. Grundlage**
„Tannenhof“, Mozart-straße 32-36, 12307 Berlin genutzt von einem freien Träger	18.425	2.323	a) entgeltfrei* b) 77.770,00	Ausnahmege-nehmigung Sen-Fin nach § 63 Abs. 4 u. 5 LHO vom 03.10.1989

*) Der Nutzer ist stattdessen eigentümerähnlich gestellt, d.h. verpflichtet, für sämtliche Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten mindestens in Höhe der ortsüblichen Miete aufzukommen, die üblicherweise vom Vermieter getragen werden; sie übersteigen zum Teil die ortsübliche Miete.

B. Gender Budgeting

Die Ausgaben des Kapitels sind unter Berücksichtigung der konzeptionellen Weiterentwicklungen der AG Gender-Budget hinsichtlich ihrer Genderrelevanz eingehend untersucht worden. Die Erhebung von Gender-Daten der zweiten Nutzerebene findet danach bei allen Titeln der Hauptgruppe 6 mit Steuerbarkeit statt. Dies sind:

68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
68431 Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden
68490 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen

Die geschlechtsspezifischen Daten sind bei den Erläuterungen der jeweiligen Titel nachgewiesen.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	14	14	17	15	14	18
Relativer Anteil (in %)	50	50	53	47	44	56
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	76	31	70	34	83	31
Relativer Anteil (in %)	71	29	67	33	73	27

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Führungskräfte nach VZÄ weiblich:	67.383,48 €	Differenz	-3.034,02 €
nach VZÄ männlich:	64.349,46 €		

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Mitarbeitende nach VZÄ weiblich:	50.654,27 €	Differenz	3.082,15 €
nach VZÄ männlich:	53.736,42 €		

Das exemplarische durchschnittliche Monatseinkommen der männlichen Führungskräfte ist geringer als das der weiblichen Führungskräfte da der Anteil der männlichen Mitarbeiter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen höher ist, als der Anteil in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Außerdem führt ein unterschiedlicher Anteil von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten in den Geschlechtern aufgrund des vergleichsweise geringeren Brutto-Gehaltes (nicht zu zahlende Arbeitgeber-SV-Anteile bei verbeamteten Dienstkräften) zu Unterschieden in den Durchschnittsgehältern, die in keiner Weise mit einer Benachteiligung von Frauen in Zusammenhang stehen. Bei den Mitarbeitenden ist das durchschnittliche Jahresgehalt der männlichen Dienstkräfte höher als das der weiblichen Dienstkräfte, weil das Durchschnittsalter der männlichen Dienstkräfte höher ist

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11150	**314**	**Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Arbeits- und gesundheitlichen Verbraucherschutz**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**591,00**

	2024	2025
1. Bescheinigungen über absolvierte Weiterbildungen im öffentlichen Gesundheitswesen (2023: 100 €)	100 €	100 €
2. Zulassung von Gelbfieberimpfstätten (2023: 560 €)	560 €	560 €
	660 €	660 €

Die Gebührenberechnung zu 1. erfolgte nach dem Verwaltungsaufwand unter gleichzeitiger Berücksichtigung des überwiegenden öffentlichen Interesses an einer qualifizierten personellen Ausstattung der Berliner Gesundheits- und Veterinärämter und der damit verbundenen Möglichkeit, diese weiterhin als anerkannte Weiterbildungsstellen nutzen zu können.

Bei der Bildung der Gebühr zu 2. wurden der Aufwand der Verwaltung für die Überprüfung der persönlichen Voraussetzungen und das Vorhandensein der notwendigen technischen Einrichtungen in der Praxis sowie der aus der Genehmigung für den Antragsteller voraussichtlich erwachsende wirtschaftliche Vorteil berücksichtigt.

11921	**311**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**600.000**	**600.000**	**205.000**	**2.017.365,30**

Erstattung von Zuwendungen aus vergangenen Jahren bei Überzahlung oder zweckfremder Verwendung

11932	**312**	**Rückzahlungen der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH** Siehe Maßnahmegruppe 03				
11934	**312**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**120.000**	**120.000**	**6.000**	**1.169.445,89**

	2024	2025
1. bei Fördermaßnahmen nach dem Landeskrankenhausgesetz (2023: 1.000 €)	50.000 €	50.000 €
2. von der Zentralen Stelle bei der Charité-Universitätsmedizin Berlin gemäß Berliner Gesetz zum Schutz und Wohl des Kindes (2023: 5.000 €)	5.000 €	5.000 €
3. im Rahmen der COVID-19-Pandemie	60.000 €	60.000 €
	120.000 €	120.000 €

11948	**312**	**Abführung von Zinsen der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH** Siehe Maßnahmegruppe 03				
11949	**312**	**Abführung von Zinsen von Krankenhäusern nichtöffentlicher Träger** Siehe Maßnahmegruppe 03				
11979	**311**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**158.047,06**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen mit erwarteten Beträgen bis 1000 €, insbes. Erstattung von Ausgaben für Dienstreisen vom Bund oder durch Zahlung von Nutzungsentgelten im Rahmen genehmigter Nebentätigkeiten von Mitarbeiter/innen der Abteilung.

13112	**311**	**Wertersatz für Nutzungsrechte an bebauten Grundstücken des Verwaltungsvermögens**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.931,20**

Für die Nutzung einer Teilfläche des Grundstückes Mozartstraße 32-36 für Baustelleneinrichtung und Leitungsverlegung im Rahmen des Bauvorhabens Dresdner Bahn wird eine Entschädigung für das Land Berlin gem. der geschlossenen Nutzungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der DB Netz Aktiengesellschaft erwartet.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23190	**312**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**167.000**	**169.000**	**150.000**	**349.478.902,13**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 42890, 52790, 54690 und 68490.

	2024	2025
1. für die assistierte Reproduktion (2023: 150.000 €)	150.000 €	150.000 €
2. für Monitoring von körperlicher Aktivität und Bewegungsförderung – Entwicklung von Indikatoren für das Präventionsindikatorensystem der Länder (KABMON) (neu)	16.600 €	18.600 €
	166.600 €	168.600 €
	rd. 167.000 €	rd. 169.000 €

23211	**314**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**			**95.900**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Bis 31.12.2022 wurden hier die von den am Gemeinsamen Krebsregister beteiligten Länder pauschal in der Höhe des Entgeltes für 2 Stellen der E 9 TV - L ersetzten Gemeinkosten vereinnahmt.

Die am Gemeinsamen Krebsregister beteiligten Länder haben einvernehmlich die Auflösung des Gemeinsamen Krebsregisters zum 31.12.2022 beschlossen. Das Land Berlin hat den Staatsvertrag daher zum 31.12.2022 gekündigt und das Gemeinsame Krebsregister ist zum 01.01.2023 geschlossen worden.

23601	**314**	**Ersatz von Ausgaben durch Sozialversicherungsträger**	**190.000**	**180.000**	**130.000**	**161.044,55**

Erstattung der Kosten für die Prüfung der Kassenärztlichen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung und der Arbeitsgemeinschaften der Krankenkassen und ihrer Verbände nach § 274 SGB V (vgl. Erläuterungen zu Titel 52501, 52703).

26101	**314**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**5.300**	**5.300**	**13.000**	**—**

Erstattungen nach § 6 des Gesetzes zur Errichtung eines gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch.

26107	**314**	**Erstattung von Personalausgaben durch Unternehmen**	**561.000**	**584.000**	**588.000**	**382.453,73**

Personalkostenerstattung des Unfallkrankenhauses Berlin für den Einsatz von Beschäftigten des ehemaligen Berliner Betriebes für zentrale gesundheitliche Aufgaben (vgl. Erläuterungen zu Titel 42831).

27292	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**1.800.000**	**1.800.000**	**900.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68492.

Einnahmen aus dem Europäischen Strukturfonds ESF für Projekte der beruflichen (Re-)integration (Qualifizierung, Beschäftigung und sozialpädagogische Unterstützung) drogenabhängiger/ suchtgefährdeter Menschen (einschließlich Substituierter).

27295	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**1.008.000**	**2.310.029,46**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

28101	**314**	**Ersatz von Ausgaben**	**80.000**	**20.000**	**—**	**84.414.656,68**

Erstattung von Ausgaben durch das Bundesamt für Soziale Sicherung gemäß Coronavirus-Impfverordnung (CoronaImpfV) für den Betrieb der Impfzentren sowie gemäß für Testungen gemäß der Coronavirus-Testverordnung (TestV)

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
28290	**314**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**600.000**	**600.000**	**600.000**	**604.362,51**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 54690 und 68490.

Einnahmen werden erwartet für die Finanzierung von Maßnahmen gegen Glücksspielsucht (Prävention, Forschung und Hilfen) von der Deutschen Klassenlotterie Berlin.

28291	**314**	**Durchlaufspenden**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

33190	**314**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**				

Siehe Maßnahmegruppe 03

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Förderung nach dem KHG i. V. m. dem LKG**				

Diese Maßnahmegruppe beinhaltet die Einnahmen für die Förderung nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze – Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) – in Verbindung mit dem Landeskrankenhausgesetz (LKG). Weitere Einnahmen für diesen Bereich sind bei Titel 11934 (Rückzahlungen überzahlter Beträge) nachgewiesen.

11932	**312**	**Rückzahlungen der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückforderungen von Fördermitteln nebst Zinsen bei Fördermaßnahmen nach dem Landeskrankenhausgesetz (LKG) im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung.

11948	**312**	**Abführung von Zinsen der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus der Verzinsung gemäß § 16 der Verordnung über das Verfahren der Förderung von Krankenhausinvestitionen nach dem Landeskrankenhausgesetz (Krankenhausförderungs-Verordnung – KhföVO) vorübergehend nicht benötigter Fördermittel nach § 12 Landeskrankenhausgesetz (LKG).
Die Veranschlagung der Höhe der Zinseinnahmen erfolgt in Abhängigkeit zur Veranschlagung der maßgeblichen Ausgabetitel (Investitionsvolumen) des Vorjahres.

11949	**312**	**Abführung von Zinsen von Krankenhäusern nichtöffentlicher Träger**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus der Verzinsung gemäß § 19 der Verordnung über das Verfahren der Förderung von Krankenhausinvestitionen nach dem Landeskrankenhausgesetz (Krankenhausförderungs-Verordnung – KhföVO) vorübergehend nicht benötigter Fördermittel nach § 12 Landeskrankenhausgesetz (LKG).
Die Veranschlagung der Höhe der Zinseinnahmen erfolgt in Abhängigkeit zur Veranschlagung der maßgeblichen Ausgabetitel (Investitionsvolumen) des Vorjahres.

33190	**314**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**			**—**	**141.493.817,74**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Summe Maßnahmegruppe 03	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**141.493.817,74**
Gesamteinnahmen	**4.131.300**	**4.086.300**	**3.704.900**	**582.193.647,25**
Prozentuale Veränderung	**11,5 %**	**-1,1 %**		

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
41201	**311**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**37.600**	**37.600**	**10.300**	**37.580,00**

Entschädigungen nach § 5 des Gesetzes zur Errichtung eines gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und § 13 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG).

42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.228.000**	**3.356.000**	**3.621.000**	**2.592.979,14**
42701	**311**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	**5.436.101,96**

Insbesondere für die Beauftragung von Gebärdensprachdolmetschern/-dolmetscherinnen.

42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**340.000**	**351.000**	**327.000**	**17.149,78**

Entgelt für 3 Ärztinnen/Ärzte zur Weiterbildung und 1 Apotheker/in zur Weiterbildung.

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**7.624.000**	**8.013.000**	**7.442.000**	**6.749.230,51**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**57.600**	**59.900**	**185.000**	**489.185,50**
42831	**314**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung / Zweckbindung / Ausgleichsabgabe)**	**578.000**	**600.000**	**622.000**	**524.732,56**

Personalmittel für den Einsatz von Dienstkräften

	2024	2025
beim Unfallkrankenhaus Berlin (2023: 622.000 €) (vgl. Erläuterungen zu Titel 26107)	578.000 €	600.000 €

42890 (neu)	**311**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**17.000**	**17.000**		

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben im Rahmen des Monitorings von körperlicher Aktivität und Bewegungsförderung – Entwicklung von Indikatoren für das Präventionsindikatorensystem der Länder (KAB-MON).

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**115.000**	**119.000**	**156.000**	**108.250,99**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**5.000**	**5.500**	**4.800**	**—**

	2024	2025
1. Geschäftsbedarf für die Arbeitsgruppe Katastrophenschutz (Krisenstab) (2023: 800 €)	1.000 €	1.500 €
2. Vordrucke für die Bescheinigung der Übernahme einer Kostenpauschale im Rahmen des Notfallfonds für Geburten nicht krankenversicherter Migrantinnen (2023: 300 €)	300 €	300 €
3. Vordrucke für Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (2023: 3.700 €)	3.700 €	3.700 €
	5.000 €	5.500 €

51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**2.500**	**2.500**	**2.200**	**11.481,81**

Für die Ausstattung des Krisenstabs.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51408 (neu)	**314**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**1.500**	**1.500**		

Für Tätigkeiten im Dienstgebäude Alt-Friedrichsfelde 60 (Sanitätsmittellager).

51426 (neu)	**314**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**264.000**	**264.000**		
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**184.000**	**188.000**	**180.000**	**183.535,34**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Für das Dienstgebäude Alt-Friedrichsfelde 60 (Sanitätsmittellager).

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**117.000**	**117.000**	**117.000**	**116.068,56**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Für das Dienstgebäude Alt-Friedrichsfelde 60 (Sanitätsmittellager).

51925	**311**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.000**	**1.000**	**2.300**	**—**

Für das Dienstgebäude Alt-Friedrichsfelde 60 (Sanitätsmittellager).

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**2.000**	**2.000**	**10.000**	**516,81**

Teilnehmergebühren für die dienstliche Aus- und Fortbildung der

	2024	2025
1. Mitarbeiter/innen der Abteilung (ohne Kassenprüfer/innen) (2023: 5.000 €)	1.000 €	1.000 €
2. Kassenprüfer/innen (vgl. Erläuterungen zu Titel 23601) (2023: 5.000 €)	1.000 €	1.000 €
	2.000 €	2.000 €

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**120.000**	**17.500**	**118.000**	**311.906,57**

	2024	2025
1. Gerichts-, Anwalts- und ähnliche Kosten sowie Kosten von Vergleichen und für Maßnahmen zur Beweissicherung in Verwaltungsstreit-, Sozialstreit-, Verfassungsstreit-, Straf- und Bußgeldverfahren (2023: 9.500 €)	9.500 €	9.500 €
2. Externe Unterstützung bei Klageverfahren zur Krankenhausplanung (2023:8.000 €)	8.000 €	8.000 €
3. Klageverfahren infolge der Covid-19 Pandemie	102.500 €	-
	120.000 €	17.500 €

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52602	**314**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**			**—**	**22.550,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
52610	**311**	**Gutachten**	**304.000**	**154.000**	**85.000**	**79.470,35**
		Verpflichtungsermächtigung	**54.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**54.000**			

	2024	2025
1. Epidemiologischer Suchtsurvey (2023: 0 €)	40.000 €	54.000 €
2. Evaluation Drugchecking (2023: 34.500 €)	14.000 €	0 €
3. Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (2023:50.000 €)	0 €	0 €
4. Evaluation des Psychiatrieentwicklungsprogramms (PEP) und Landespsychiatrieplan	250.000 €	100.000 €
	304.000 €	154.000 €

52703	**011**	**Dienstreisen**	**16.100**	**16.100**	**26.400**	**16.073,98**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts der

	2024	2025
1. Mitarbeiter/innen der Abteilung (ohne Kassenprüfer/innen) (2023: 24.400 €)	12.100 €	12.100 €
2. Kassenprüfer/innen (vgl. Erläuterungen zum Titel 23601) (2023: 2.000 €)	4.000 €	4.000 €
	16.100 €	16.100 €

52790 (neu)	**311**	**Dienstreisen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**2.000**		

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben im Rahmen des Monitoring von körperlicher Aktivität und Bewegungsförderung – Entwicklung von Indikatoren für das Präventionsindikatorensystem der Länder (KAB-MON).

53101	**314**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**94.000**	**94.000**	**84.000**	**37.909,42**

	2024	2025
1. Gesundheitsberichte (2023: 11.370 €).	15.000 €	15.000 €
2. Berichte im Rahmen der Präventionsberichterstattung (2023: 6.500 €)	3.000 €	3.000 €
3. Veröffentlichungen und Informationen zur psychiatrischen Versorgung in Berlin (2023: 15.800 €)	11.000 €	11.000 €
4. Informationsmaterial zu Drogenmissbrauch, Tabak- und Alkoholproblematik (2023: 20.000 €)	10.000 €	10.000 €
5. Dokumentation der Landesgesundheitskonferenz (2023: 4.830 €)	3.000 €	3.000 €
6. Informationsblätter und Handlungsleitfäden zur Kindergesundheit und zum Kinderschutz (2023: 30.000 €)	30.000 €	30.000 €
7. Flyer des Gesunde Städte-Netzwerks Regionalverbund Berlin (2023: 2.000 €)	2.000 €	2.000 €
8. Veröffentlichungen zur Steigerung der Organspendebereitschaft (2023: 0 €)	16.000 €	16.000 €
9. Fachmaterialien zu Gesundheitsaufgaben, Umweltbezogenem Gesundheitsschutz und Infektionsschutz (2023: 3.500 €)	4.000 €	4.000 €
	94.000 €	94.000 €

Zu 3. Nachdruck (2024) sowie Neuauflage und Druck (2025) der Broschüre „Psychiatrie in Berlin – Information und Orientierung“

53111	**311**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**8.200**	**8.200**	**8.200**	**3.644,97**

Ausschreibung von Stellenanzeigen in einschlägigen Fachzeitschriften und Internetportalen zur Gewinnung ressortspezifischer Qualifikationen (z. B. Ärztinnen und Ärzte, Apotheker/innen u. a.).

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54004	**314**	**Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge**	**1.493.000**	**1.493.000**	**4.393.000**	**103.310.087,64**

		2024	2025
1.	Materielle Vorsorge für den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz (2023: 229.000 €)	221.000 €	200.000 €
2.	Lager- und Bewirtschaftungskosten für antivirale Arzneimittel (2023: 13.000 €)	14.000 €	15.000 €
3.	Kosten für die Sicherung der Impfstoffversorgung der Berliner Bevölkerung im Fall einer Influenza-Pandemie im Wege des Joint-Procurement-Agreement (JPA) Bereitstellungsgebühr (2023: 1.151.000 €)	1.258.000 €	1.278.000 €
		1.493.000 €	1.493.000 €

54010	**314**	**Dienstleistungen**	**1.686.000**	**1.666.000**	**1.157.000**	**760.744,95**

		2024	2025
1.	Umsetzungskosten nach Datenschutz- und Digitalisierungsvorgaben im Rahmen einer kombinierten Business Impact Analyse und Schutzbedarfsfeststellung (2023: 65.000 €).	65.000 €	65.000 €
2.	Umsetzungskosten nach Datenschutz- und Digitalisierungsvorgaben (nicht IKT-bezogen) (2023: 50.000 €)	50.000 €	50.000 €
3.	Auswertung von Statistiken und Sachberichten aus dem psychiatrischen Hilfesystem (2023: 15.000 €)	5.000 €	15.000 €
4.	Drogenkontrolluntersuchungen und andere Dienstleistungen im Bereich der Drogen- und Suchthilfe (2023: 82.000 €)	97.000 €	99.000 €
5.	Modellprojekt Naloxon (2023: 100.000 €)	100.000 €	100.000 €
6.	Landeskonzept Drogen und Sucht (2023: 90.000 €)	340.000 €	340.000 €
7.	Dienstleistungen in den Bereichen Infektions- und Katastrophenschutz (2023: 23.000 €)	30.000 €	30.000 €
8.	Einlegeblatt zum Mutterpass (2023: 3.000 €)	3.000 €	3.000 €
9.	Maßnahmen zur Begleitung Fast Track City Initiative zur Beendigung von Aids und Öffentlichkeitskampagne) (2023: 150.000 €)	250.000 €	250.000 €
10.	Sentinel-Untersuchungen zur Durchimpfung der Berliner Bevölkerung (2023: 5.000 €)	5.000 €	5.000 €
11.	Nationaler Aktionsplan zur Masern-Röteln-Elimination (2023: 100.000 €)	100.000 €	100.000 €
12.	Dienstleistungen für die Geschäftsstelle Landesrahmenvereinbarung (LRV) (2023: 84.000 €)	84.000 €	84.000 €
13.	Evaluation im Rahmen des Aktionsprogramm Gesundheit (APG) (2023: 40.000 €)	50.000 €	60.000 €
14.	Dienstleistungen für das Programm „Berlin bewegt sich“ (2023: 400.000 €)	200.000 €	200.000 €
15.	Hitzeaktionsplan für Berlin (2023: 50.000 €)	50.000 €	50.000 €
16.	Datenerhebungen, Evaluationen im Rahmen der LGK (2023: 0	30.000 €	30.000 €
17.	Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (2023: 0	24.500 €	32.500 €
18.	Kommunikationskampagne zur Hitze (2023: 0 €)	10.000 €	10.000 €
19.	Digitalisierung der Suchtberatung (2023: 0 €)	20.000 €	20.000 €
20.	Fortbildung der Beratungskräfte und Ärzte im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung (2023: 0 €)	2.500 €	2.500 €
21.	Beratungs- und Begutachtungsdienstleistungen für die Weiterentwicklung des Mustergesundheitsamtes (2023: 0 €)	170.000 €	120.000 €
		1.686.000 €	1.666.000 €

Zu 3. Auswertung der Dokumentation der Steuerungsgremien Psychiatrie und Sucht sowie der Sachberichte der niedrigschwelligen Angebote nach §5 PsychKG mit jeweils anderem Schwerpunkt in 2024 und 2025.

54012	**314**	**Ersatzvornahmen**			**—**	**10.497.451,55**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**314**	**Veranstaltungen**	**103.000**	**109.000**	**58.000**	**18.733,31**

		2024	2025
1.	Sitzungen des Gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V und seiner Arbeitsgruppen (2023: 1.780 €).	2.000 €	2.100 €
2.	Sitzungen im Zusammenhang mit der Präventionsberichterstattung (2023: 300 €)	3.000 €	3.000 €
3.	Veranstaltungen zur Optimierung der psychiatrischen Versorgung (2023: 7.000 €)	10.000 €	10.000 €
4.	Foren zur Drogenpolitik (2023: 4.000 €)	7.000 €	7.000 €
5.	Durchführung von Fachausschüssen, Workshops u. ä. zum Krankenhausplan (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
6.	Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz (2023: 10.000 €)	12.000 €	12.000 €
7.	Veranstaltungen im Rahmen der Landesgesundheitskonferenz (2023: 26.420 €)	0 €	0 €
8.	Beteiligung an Jahresveranstaltungen des ÖGD (2023: 0 €)	5.000 €	5.000 €
9.	Veranstaltungen des Gesunde Städte-Netzwerks (2023:4.000 €)	4.200 €	4.400 €
10.	Veranstaltungen zu Kindergesundheit und Kinderschutz (2023: 2.000 €)	52.000 €	52.000 €
11.	Veranstaltungen zum Thema Organ- und Gewebespenden (2023: 500 €)	3.500 €	3.500 €
12.	Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Infektionsschutz (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
13.	Ausrichtung der Aufsichtsbehördentagung in Berlin im Herbst 2025 (2023: 0 €)	0 €	7.500 €
14.	Sitzung Bund-Länder-Arbeitsgruppe Digitalisierung im Gesundheitswesen (2023: 0 €)	2.000 €	0 €
		102.700 €	108.500 €
	gerundet	103.000 €	109.000 €

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.100**	**2.338,25**

Ausgaben für Mieten für Fahrzeuge, für Kränze, Blumenspenden, Nachrufe und Verbrauchsmaterialien

54690	**311**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**290.000**	**290.000**	**290.000**	**265.200,00 R 243.649,49**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290 und 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben u.a. für Prävention und Forschung auf dem Gebiet der Glücksspielsucht. Die Auftragsvergabe erfolgt auf Grundlage des Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag.

63107	**311**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund**	**24.000**	**26.000**	**22.000**	**21.766,12**

Anteil des Landes Berlin an der Führung des Substitutionsregisters beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (Staatsvertrag aus 2002, zuletzt geändert 2011). Der Anteil errechnet sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63201	**311**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**1.729.000**	**1.243.000**	**716.000**	**593.735,13**

Anteil des Landes Berlin

		2024	2025
1.	an der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf (2023: 595.100 €) ..	564.200 €	572.200 €
2.	an der Geschäftsstelle Nationaler Impfplan am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (2023: 8.100 €)	7.800 €	8.100 €
3.	an der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG) (Staatsvertrag vom 30.06.1994, zuletzt geändert durch Abkommen vom 21.09.2012) (2021: 103.000 €)	100.000 €	103.000 €
4.	gemäß Vereinbarung über die Finanzierung des Kinderkrebsregisters beim Institut für medizinische Statistik und Dokumentation des Klinikums der Johannes Gutenberg Universität Mainz vom 9./10. Juni 1999 (2023: 19.300 €).....	18.700 €	19.300 €
5.	Einführung eines elektronischen Gesundheitsberuferegister (2023: 900 €).....	5.200 €	0 €
6.	ÖGD-Pakt-Umsetzung: Imagekampagne ÖGD.....	1.033.100 €	540.400 €
		1.729.000 €	1.243.000 €

Der Anteil zu 1. errechnet sich nach der Anzahl der Einwohner und der Lehrgangsteilnehmer, die Anteile zu 2. bis 4. errechnen sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Haushaltsjahr	Regelbetrieb gesamt	Regelbetrieb Anteil Berlins 7,7%	zusätzliche Maßnahmen Ausbildung gesamt	zusätzliche Maßnahmen Ausbildung Anteil Berlins 6,2%	Summe Berlin
2024	5.046.750 €	358.169 €	3.322.854 €	205.994 €	564.200 €
2025	5.101.600 €	362.061 €	4.987.300 €	210.114 €	572.200 €

63203	**314**	**Ersatz von Ausgaben an Länder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben im Bereich des Infektionsschutzes für einen Vertrag über die Nutzung der Tuberkulose- Absonderungseinrichtung am Bezirksklinikum Obermain zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Berlin.

Die Länder tragen anteilig die durch Einnahmen nicht gedeckten notwendigen Investitions- und Betriebskosten der Einrichtung („Defizitausgleich“). Ein Defizitausgleich wird nur erforderlich, soweit die Einrichtung mit weniger als 80% ausgelastet ist

Der Anteil des Landes Berlin berechnet sich nach dem Königsteiner Schlüssel mit rd. 5,32 %.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**314**	**Ersatz von Ausgaben**	**4.600.000**	**4.715.000**	**4.487.000**	**4.000.920,23**

		2024	2025
1.	Datenanforderung für die Gesundheitsberichterstattung Berlins (2023: 100.000 €)..	100.000 €	100.000 €
2.	Datenanforderung von Akteuren im Gesundheitswesen für die Gesundheitsberichterstattung Berlins (2023: 149.000 €)	149.000 €	149.000 €
3.	Datenanforderung vom GeWINO der AOK Nordost für die Gesundheitsberichtserstattung Berlins (2023: 50.000 €)	50.000 €	50.000 €
4.	Datenanforderungen vom Robert-Koch-Institut für die Gesundheitsberichterstattung (2023: 30.000 €)	30.000 €	30.000 €
5.	nach § 20 Abs. 1 des Gesetzes über die Gutachterstelle für die freiwillige Kastration und andere Behandlungsmethoden (2023: 7.000 €)	7.000 €	7.000 €
6.	Zusätzliche InEk-Datenlieferungen (2023: 70 €)	70 €	70 €
7.	an Krankenhäuser und Hilfsorganisationen für die staatliche Daseinsvorsorge im Rahmen des Gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes (2023: 265.000 €)	265.000 €	265.000 €
8.	für Initiativgruppenvertreter im „Gesunde-Städte-Netzwerk“ (Reisekosten) (2023: 1.500 €)	1.580 €	1.660 €
9.	Notfallfonds für Geburten nichtkrankenversicherter Migrantinnen (2023: 120.000 €)	120.000 €	120.000 €
10.	Regionale Kinderschutzambulanzen in Berlin (2023: 562.000 €)	575.000 €	590.000 €
11.	Babylotsen-Systeme in Berliner Geburtskliniken – Frühe Hilfen (2023: 1.500.000 €)	1.550.000 €	1.600.000 €
12.	für Sozialpädiatrische Zentren, Förderung nach § 30 SGB IX i. V. m. § 9 Abs. 1 FrühV (2023: 1.500.000 €)	1.550.000 €	1.600.000 €
13.	für das Neugeborenen-Screening (2023: 200.000 €)	200.000 €	200.000 €
14.	für das Fachnetzwerk „Umweltmedizinisches Informationsforum“ (UmInfo) – Verwaltungsinterner Zugang zu den Intranetbereichen des ÖGD (2023: 1.560 €)	1.560 €	1.560 €
		4.599.210 €	4.714.290 €
	gerundet	4.600.000 €	rd. 4.715.000 €

Die Ausgaben zu 7. enthalten zusätzliche Ausgaben für personelle, materielle und organisatorische Vorsorgemaßnahmen, insbesondere Verstärkung der Sanitätsmittelbevorratung, Vorsorge für Ressourcenengpässe im Bereich Medizintechnik und Personalkostenersatz für Übungen sowie Aus- und Fortbildung.

67112	**312**	**Ersatz von Personalaufwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**921.246,38**
67125	**312**	**Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin**			**—**	**53.787.725,70**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67190	**312**	**Ersatz von Aufwendungen aus zweckgebundenen Einnahmen**			**—**	**348.831.800,82 R 423.517,84**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68265 (neu)	**680**	**Rückholung Töchterunternehmen**	**—**	**—**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**400.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**40.000.000**			
		Davon fällig 2026	**40.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**40.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**40.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2029	**240.000.000**	**—**		

Zur vorgesehenen Umsetzung der Rückführungen der Tochtergesellschaften der Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH und der Charité - Universitätsmedizin Berlin in die Mutterunternehmen. Die Entsperrung erfolgt in Anhängigkeit vom Vorliegen konkreter Planungsschritte und der finanziellen Auswirkungen nach Zustimmung des Hauptausschusses.

68266	**312**	**Zuschüsse nach dem LKG an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH -Nutzungsentgelte-**	
		Siehe Maßnahmegruppe 03	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68268	**312**	**Zuschuss an Einrichtungen des Maßregelvollzugs**	**83.345.000**	**89.269.000**	**67.700.000**	**70.481.753,00**

Im Krankenhaus des Maßregelvollzugs – Krankenhausbetrieb des Landes Berlin – werden die freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung gem. gemäß §§ 63, 64 und 67h des Strafgesetzbuches (StGB), die Unterbringung gemäß § 126 a der Strafprozessordnung (StPO) und die Unterbringung in der Jugendforensik gemäß § 7 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) i. V. m. §§ 136, 137 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) durchgeführt. Rechtsgrundlage des Krankenhauses des Maßregelvollzugs ist § 31 i. V. m. § 32 des Landeskrankenhausgesetzes (LKG) und den in diesem Zusammenhang erlassenen Ausführungsbestimmungen.

Patientenzahlen:

	Ausgaben pro Belegungstag 2021 in €	Belegungstage 2022	geplante Belegungstage 2023	geplante Belegungstage 2024	geplante Belegungstage 2025
Patienten nach § 63 StGB	259,26	127.427	132.125	134.425	136.725
Patienten nach § 64 StGB	242,16	40.166	46.000	47.000	48.000
Patienten nach § 126 a StGB	266,48	36.107	33.000	34.000	36.000
Patienten § 63 in Wohngemeinschaften	202,32	76.386	78.000	80.000	81.000
Patienten § 64 in Wohngemeinschaften					
Patienten in der Jugendforensik	369,29	11.044	12.000	13.000	14.000
Gesamt		291.130	301.125	308.425	315.725
Durchschnittliche Patientenzahl		798	825	845	865

*Die Zahlen für das Jahr 2021 entsprechen der betriebswirtschaftlichen Auswertung zum Jahresabschluss 2021 vom 31.08.2022.

Zusätzlich wurden im Jahr 2022 von der Forensisch-Psychiatrischen Ambulanz des KMV durchschnittlich 40 bereits gerichtlich entlassene Patienten betreut. Für Personal- und Sachkosten musste das KMV hierfür 239.092,70 € aufwenden.

Gewichteter Durchschnittspflegesatz 2022 (Gesamtkosten /Belegungstage): 247,85 €

Gesamtkosten 2021 einschließlich Ambulanz (Aufwendungen ohne Gebäudeabschreibungen): 67.296.694 €
Gesamtkosten 2022 einschließlich Ambulanz (Aufwendungen ohne Gebäudeabschreibungen - vorläufiges Ergebnis): 71.438.901 €

Gender-Budget: Die eingestellten Mittel dienen keinem gleichstellungsorientiertem Aufgabenziel und sind somit nicht genderrelevant.

68335	**312**	**Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger -Schließung oder Umstellung-**
		Siehe Maßnahmegruppe 03
68336	**312**	**Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger -Nutzungsentgelte und Lasten aus Investitionsdarlehen-**
		Siehe Maßnahmegruppe 03

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68406	**314**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**19.410.000**	**21.035.000**	**18.783.000**	**17.935.581,87**
		Verpflichtungsermächtigung	**674.000**	**674.000**		
		Davon fällig 2025	**337.000**			
		Davon fällig 2026	**337.000**	**337.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**337.000**		

		2024	2025
1.	Woche der seelischen Gesundheit (2023: 8.130 €)	6.950 €	7.350 €
2.	Förderung von Tabea e. V. (2023: 47.560 €)	39.250 €	42.050 €
3.	Zuwendungen im Bereich Gesundheitswirtschaft (2023: 330.000 €)	272.300 €	291.730 €
4.	Clearingstelle für die gesundheitliche Versorgung von nicht krankenversicherten Menschen ohne Regelversorgung/ Anonymer Krankenschein (2023: 2.601.440 €)	3.146.580 €	3.299.800 €
5.	Aktionsprogramm Gesundheit (2023: 1.377.820 €)	1.136.910 €	1.218.050 €
6.	Berlin bewegt sich (2023: 400.000 €)	1.220.060 €	1.353.620 €
7.	Sicherstellung der sprachlichen Verständigung im Gesundheitsbereich mit nicht deutschsprachigen Zuwanderern (2023: 1.300.000 €)	1.072.700 €	1.149.260 €
8.	Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (2023: 5.400.000 €)	4.455.820 €	4.773.850 €
9.	Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion (2023: 150.000 €)	123.770 €	132.610 €
10.	Projekt „Soziallagenbezogene Suchtprävention in Lebenswelten“ und Leistungen für Suchtpräventionen (2023: 1.124.050 €)	927.510 €	993.710 €
11.	Vorbereitung und Durchführung eines Projekts Drugchecking (2023: 200.000 €)	165.030 €	176.810 €
12.	Suchtprävention in der Partyszene (2023: 200.000 €)	415.030 €	426.810 €
13.	Medizinische Versorgung Obdachloser inkl. Krankenwohnung (2023: 1.067.000 €)	880.440	943.280
14.	Krankenwohnungen inkl. Palliativversorgung (2023: 250.000 €)	206.300 €	221.010 €
15.	Caritas Ambulanz Bahnhof Zoo (2023: 420.000 €)	346.560 €	371.290 €
16.	Cannabismodellprojekt (2023: 200.000 €)	165.100 €	176.810 €
17.	Projekte zur interkulturellen Öffnung im Gesundheitswesen (2023: 280.000 €)	231.050 €	247.530 €
18.	Fachstelle für Prävention und Gesundheitsförderung (2023: 180.000)	148.530 €	159.130 €
19.	Maßnahmen gegen Glücksspielsucht und angrenzende Problemlagen (2023: 300.000 €)	247.550 €	265.220 €
20.	Förderung Projekt Kinder psychisch kranker Eltern (2023: 200.000 €)	165.050 €	176.810 €
21.	Projekt Förderung der psychischen Gesundheit (2023: 300.000 €)	274.550 €	265.220 €
22.	Landesprogramm für integrierte Gesundheit (2023: 1.200.000 €)	1.790.180 €	2.060.850 €
23.	Suizidprävention (2023: 150.000 €)	273.800 €	432.610 €
24.	Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie (2023: 6.000 €)	0 €	0 €
25.	Projekte zur psycho-sozialen Versorgung von Menschen mit besonderen Bedarfen	81.700 €	87.520 €
26.	Umsetzung der vertraulichen Spurensicherung und Dokumentation nach sexueller Gewalt und Misshandlung (§ 27 i.V.m. §132 k SGB V)	291.280 €	312.070 €
27.	Versorgung/Beratung nach häuslicher, geschlechtsspezifischer Gewalt; pro-aktives Beratungsangebot; Ausbau traumatherapeutische Versorgung	350.000 €	450.000 €
28.	Aufbau Anlaufstellen für Betroffene von Long/Post Covid, Post Vac	1.000.000 €	1.000.000 €
		19.407.000 €	21.035.000 €

Gender-Budget:

Zu 7.
Bei der über die Gesundheitsverwaltung zur Verfügung gestellten Sprachmittlung können Einrichtungen angeben, ob ein bestimmtes Geschlecht der sprachmittelnden Person gewünscht bzw. zwingend erforderlich ist. Diesen Wünschen /Anforderungen wird in der Regel entsprochen. Hierbei kommt es häufiger vor, dass weibliche Sprachmittlerinnen gewünscht oder für die Sprachmittlung zwingend erforderlich sind. Die Sprachmittlungsanbieter berücksichtigen diese Anforderungen nach Möglichkeit bei der Stellenbesetzung bzw. Honorarpoolbesetzung

Zu 8.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	29.730	6550	29975	5682	27097	5677
Relativ	81,94 %	18,05 %	83,85 %	15,90 %	82,68 %	17,32 %
Ressourcen (in Tsd. €)	3.848,67	847,80	4.171,70	791,06	4319,81	904,92

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Frauen (Paare), die Beratung nach § 219 Strafgesetzbuch (StGB), §§ 3, 5 und 6 Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) im Schwangerschaftskonflikt benötigen. Alle Frauen, Männer, Mädchen, Jungen, die Beratung gemäß § 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) in Anspruch nehmen
Zielsetzung:	Aufgeklärtheit und Informiertheit der Zielgruppe in allen mit einer Schwangerschaft zusammenhängenden biologischen, medizinischen, sozialen, ethischen und rechtlichen Fragen sowie Vermittlung von wirtschaftlichen und sonstigen Hilfen während der Schwangerschaft und nach der Geburt eines Kindes
Steuerungsmaßnahmen:	Förderung nachfrageorientierter Beratungsangebote

Der geringere Männeranteil ergibt sich aus dem Schwerpunkt der Schwangerschaftskonfliktberatung. Eine höhere Inanspruchnahme durch männliche Personen bei Beratungen nach § 2 SchKG wird angestrebt. Für die künftigen Jahre ist eine steigende Inanspruchnahme insgesamt zu erwarten.

Für die übrigen eingestellten Haushaltsmittel liegt keine Genderrelevanz vor; sie zielen weder auf ein bestimmtes gleichstellungsorientiertes Geschlechterverhältnis ab, noch sind sie dahingehend aussteuerbar.

68431	**314**	**Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden**	**36.973.000**	**36.713.000**	**37.310.000**	**34.547.847,23**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**36.713.000**	**185.000.000**
	Davon fällig 2025	**36.713.000**	
	Davon fällig 2026	**—**	**37.000.000**
	Davon fällig 2027	**—**	**37.000.000**
	Davon fällig 2028	**—**	**37.000.000**
	Davon fällig 2029	**—**	**37.000.000**
	Davon fällig 2030		**37.000.000**

Die Förderung erfolgt auf der Grundlage des zwischen den für Gesundheit und für Soziales zuständigen Senatsverwaltungen mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege in Berlin am 07.12.2020 abgeschlossenen 3. Rahmenfördervertrages. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 5 Jahre (01.01.2021 bis 31.12.2025).
Die 4 Handlungsfelder „Altenhilfe, Pflege und hospizliche Strukturen“, „Besondere gesundheitliche Bedarfslagen“, „HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen und Hepatitiden“ und „Verbundsystem Drogen“ beinhalten rd. 120 Präventions-, Informations- sowie Beratungs- und Betreuungsangebote. Sie sichern die gesundheitliche/psychosoziale Unterstützung der Berliner Bevölkerung in vielen gesundheits- und pflegebezogenen Fragestellungen; Umsetzung von Zielen bzw. Maßnahmen verschiedener übergeordneter Politikfelder, z.B. Interkulturelle Öffnung (Gesamtkonzept Integration und Partizipation), Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ – IGSV, Gender Mainstreaming. Hinzu tritt die Erfüllung rechtlicher Vorgaben, z.B. aus der Istanbul-Konvention, dem PsychKG oder dem Onlinezugangsgesetz.

Mehr wegen gestiegener Mieten, Personalkosten und Ausgaben zur Sicherung digitalisierter Zugänge und Angebote sowie wegen projektbezogener Mehrbedarfe zur Weiterentwicklung sowohl der geförderten als auch neuer Projekte.

Gender Budget:
Im Integrierten Gesundheits- und Pflege-Programm wurden rd. 120 Projekte gefördert, deren Zielgruppen – je nach gesundheitlicher Problemlage – geschlechtsbezogen sehr unterschiedlich betroffen sind (z. B. sind rund 3/4 aller Alkohol missbrauchenden Menschen männlichen Geschlechts, Erkrankungen des rheumatischen Formenkreises betreffen hingegen zu 2/3 Frauen). Insofern sind genderbezogene Zielsetzungen nicht für das IGPP als Ganzes formulierbar. Die meisten der bislang geschlechtsspezifisch tätigen Angebote haben sich für Personen unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten geöffnet. Insofern entfällt eine Darstellung getrennt nach Angeboten, die sich nur an Frauen oder Männer richten. Überdies ist ein großer Teil der Angebote im Rahmen der Niedrigschwelligkeit auch anonym nutzbar, so dass nur ein Teilbereich nach Geschlecht erfassbar ist. Für die einzelnen Handlungsfelder wird dazu unter „Zielsetzung“ Bezug genommen. Die Zeilen „Absolut“, „Relativ“ und „Ressourcen“ enthalten in den Jahren 2021 und 2022 nur die nach Geschlecht erfassten Nutzungen und die sich daraus ableitenden Daten.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Die Zahlen für 2022 sind vorläufig, da noch nicht alle Sachberichte vorliegen bzw. erfasst wurden.

Handlungsfeld Altenhilfe, Pflege, hospizliche Strukturen

Da das Handlungsfeld erst zum 01.01.2021 in das IGPP übernommen wurde, liegen für 2020 keine Genderdaten vor.

	2020			2021			2022		
	W	M	divers	W	M	divers	W	M	divers
Absolut	-	-	-	9.926	7.440	4	12.196	7.070	30
Relativ	-	-	-	19,5 %	14,6 %	>0,01%	11,4 %	6,6 %	0,03 %
Ressourcen (in Tsd. €)	-	-	-	1.054,2	790,2	0,4	603,5	349,8	1,5

Zielgruppe:	Pflegebedürftige Menschen, ihre An- und Zugehörigen sowie beruflich und ehrenamtlich Pflegende
Zielsetzung:	Die Inanspruchnahmen durch Personen mit Geschlechtsangabe betragen nur rund ein Drittel der gesamten Nutzungen. Im Sinne anonymer/niedrigschwelliger Zugänge erscheint dies sachgerecht und unterstreicht den genderinklusiven Ansatz der Projekte.
Steuerungsmaßnahmen:	Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Handlungsfeld Besondere gesundheitliche Bedarfslagen

	2020			2021			2022		
	W	M	trans*/ divers	W	M	trans*/ divers	W	M	trans*/ divers
Absolut	35.184	28.202	2.733	25.173	14.056	3.021	20.775	11.217	3.345
Relativ	53 %	43 %	4%	35%	20%	4	35%	19%	6%
Ressourcen (in Tsd. €)	3.265,0	2.649,0	246,4	2.203	1230	264	2.443	1.319,1	393,4

Zielgruppe:	Nutzende von Leistungen der im Rahmen des Integrierten Gesundheits- und Pflege-Programms geförderten Maßnahmen im Handlungsfeld „Besondere Gesundheitliche Bedarfslagen“ sowie deren Angehörige; Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, psychosoziale Fachkräfte sowie Kooperierende
Zielsetzung:	Die dargestellten Inanspruchnahmen durch Frauen, Männer oder diverse/trans*-Personen betragen nur rd. 60% der gesamten Nutzungen. Im Sinne anonymer/niedrigschwelliger Zugänge erscheint dies sachgerecht und unterstreicht den genderinklusiven Ansatz der Projekte.
Steuerungsmaßnahmen:	Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Handlungsfeld HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen und Hepatitiden

	2020			2021			2022		
	W	M	Trans*	W	M	Trans*	W	M	Trans*
Absolut	4.443	39.524	2.173	9.894	64.152	3.541	11.267	44.464	3.057
Relativ	9,6%	85,6%	4,7%	12%	78%	4%	18%	69%	5%
Ressourcen (in Tsd. €)	490,7	4.375,3	240,2	643,8	4.174,1	230,4	1.000,8	3.949,0	272,0

Unter der Bezeichnung „Trans*“ sind alle weiteren Geschlechtsidentitäten zusammengefasst.

Zielgruppe:	Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen der im Rahmen des Integrierten Gesundheitsprogramms geförderten Maßnahmen im Handlungsfeld HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen und/oder Hepatitiden sowie deren Angehörige; außerdem Multiplikatoren und Multiplikatorinnen sowie Kooperationspartner und Kooperationspartnerinnen ab 2019 einschl. der Maßnahmen der Berliner Testkampagne
Zielsetzung:	Die dargestellten Inanspruchnahmen durch Frauen, Männer oder diverse/trans*-Personen betragen 94% für 2021 und rd. 92% für 2022 der gesamten Nutzungen. Im Sinne anonymer/niedrigschwelliger Zugänge erscheint dies sachgerecht und unterstreicht den genderinklusiven Ansatz der Projekte.
Steuerungsmaßnahmen:	Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Handlungsfeld Verbundsystem Drogen und Sucht

	2020		2021			2022		
	W	M	W	M	trans*/divers	W	M	trans*/divers
Absolut	4.207	8.518	14.488	24.277	6	9.062	22.056	39
Relativ	33 %	67 %	6%	11%	0%	6%	14%	0%
Ressourcen (in Tsd. €)	2.799,5	5.132,6	988,6	1.656,5	0	932	2.268,4	4

Zielgruppe:	Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen der im Rahmen des Integrierten Gesundheitsprogramms geförderten Maßnahmen im Handlungsfeld Verbundsystem Drogen und Sucht sowie deren Angehörige; Multiplikatoren und Multiplikatorinnen sowie Kooperationspartner und Kooperationspartnerinnen
Zielsetzung:	Die dargestellten Inanspruchnahmen durch Frauen, Männer oder diverse/trans*-Personen betragen nur rd. 20% der gesamten Nutzungen. Im Sinne anonymer/niedrigschwelliger Zugänge erscheint dies sachgerecht und unterstreicht den genderinklusiven Ansatz der Projekte.
Steuerungsmaßnahmen:	Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

68450	**128**	**Förderung der Berufsausbildung**	**5.135.000**	**5.599.000**	**4.000.000**	**2.198.590,00**

Ausgaben für ein Förderprogramm für die Umsetzung der Schulgeldfreiheit in den Ausbildungen der Gesundheitsfachberufe.

68490	**314**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**460.000**	**460.000**	**460.000**	**497.988,65 R 65.179,30**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190 und Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

	2024	2025
1. Förderung von Maßnahmen gegen Glücksspielsucht (2023: 310.000 €).....	310.000 €	310.000 €
2. Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion (2023: 150.000 €)	150.000 €	150.000 €
	460.000 €	460.000 €

zu 1.
Die Zuwendungsgewährung erfolgt auf der Basis des Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag.

Gender-Budget:
zu 1.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	676	1.516	840	1.150	1.834	2.222
Relativ	31%	69%	42 %	58 %	45 %	55%
Ressourcen (in Tsd. €)	187,5	417,2	265,4	366,4	431,5	527,4

Es erfolgt ebenso eine Teilfinanzierung der Projekte aus Titel 68406 bzw aus Titel 68431, die Angaben werden hier insgesamt abgebildet.

Zielgruppe:	Menschen, die glücksspielsuchtgefährdet oder glücksspielsüchtig sind sowie deren Angehörige
Zielsetzung:	Gleichberechtigte Partizipation an einem glücksspielspezifischen Beratungs- und Betreuungsangebot für Männer und Frauen, die von Glücksspielsucht gefährdet oder direkt bzw. indirekt (als Angehörige) von Glücksspielsucht betroffen sind; besondere Berücksichtigung des glücksspieltypisch höheren Anteils an männlichen Betroffenen. Erreichung von Fachkräften und weiteren Schlüsselpersonen zur Sensibilisierung.
Steuerungsmaßnahmen:	Derzeit kein unmittelbar gleichstellungsrelevanter Steuerungsbedarf. Der höhere Männeranteil spiegelt die besonderen geschlechtsspezifischen Bedarfe von männlichen Betroffenen wider.

Für die zu 2. eingestellten Haushaltsmittel liegt keine Genderrelevanz vor; sie zielen weder auf ein bestimmtes gleichstellungsorientiertes Geschlechterverhältnis ab, noch sind sie dahingehend aussteuerbar.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68491	**314**	**Durchlaufspenden an soziale oder ähnliche Einrichtungen**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68492	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**1.800.000**	**1.800.000**	**900.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei anderen ESF-Ausgaben der Förderperiode 2021-2027 (2029) innerhalb des gesamten Einzelplans.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27292. Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen aus Zuschüssen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Maßnahmen und Projekte der Beschäftigung und Qualifizierung für (langzeit-)arbeitslose suchtmittelgefährdete und suchtmittelabhängige Menschen.

Die 60 % Kofinanzierung erfolgt passiv anteilig aus dem IGPP, Bezirksmitteln, TLN-Einkommen SGB II und III / ALG II / ALG I / Renten/ Eingliederungshilfen, Eigenmittel der Begünstigten, Mittel der Agentur für Arbeit / vom Jobcenter (Bildungsgutscheine).

68495	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**1.008.000**	**1.881.187,88**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68550	**314**	**Zuschuss an die Charité für gesundheitliche Aufgaben**	**3.300.000**	**3.300.000**	**3.462.000**	**3.239.954,18**

	2024	2025
1. Forensisch-Therapeutische Ambulanz (2023: 712.000 €)	700.000 €	700.000 €
2. Zentrale Stelle bei der Charité-Universitätsmedizin Berlin gemäß Berliner Gesetz zum Schutz und Wohl des Kindes zur Sicherung der Wahrnehmung der Kinderfrüherkennungsuntersuchungen (2023: 600.000 €)	600.000 €	600.000 €
3. Vorhalteleistungen der integrierten Organisationseinheiten des ehem. BBGes (2023: 2.000.000 €)	2.000.000 €	2.000.000 €
4. Projekt: Klimawandel und Gesundheit – Interdisziplinäre Weiterentwicklung eines baulichen Gesundheitsschutzes (2023: 150.000 €)	0 €	0 €
	3.300.000 €	3.300.000 €

68567	**314**	**Zuschuss an das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen**	**674.000**	**689.000**	**730.000**	**610.249,89**

Zuschuss Berlins für die Unterhaltung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz. Nach dem Staatsvertrag vom 14. Oktober 1970 in der Fassung vom 20. Dezember 2001 werden die bundeseinheitlichen schriftlichen Prüfungsfragen der Ärzte, Apotheker, psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendpsychotherapeuten von dem Institut erarbeitet und ausgewertet. Die Länder tragen die jeweils nicht gedeckten Finanzkosten. Die Aufteilung erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

68579	**312**	**Mitgliedsbeiträge**	**6.300**	**6.400**	**7.000**	**6.890,20**

	2024	2025
1. Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser (BAG Psychiatrie) (2023: 350 €)	550 €	550 €
2. Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. (2023: 2.820 €)	2.960 €	3.110 €
3. Aktionsbündnis Patientensicherheit (2023: 1.200 €)	0 €	0 €
4. Gesunde-Städte-Netzwerk (2023: 1.500 €)	1.500 €	1.500 €
5. Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose (2023: 1.090 €)	1.200 €	1.200 €
	6.210 €	6.360 €
	rd. 6.300 €	rd. 6.400 €

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68625	**314**	**Zuschuss an das Klinische Krebsregister**	**1.300.000**	**1.332.000**	**1.142.000**	**691.504,56**

Der Titel beinhaltet den Zuschuss zum laufenden Betrieb und den Landesanteil an der Landesauswertungsstelle des Klinischen Krebsregisters Berlin-Brandenburg.
Mehr wegen Ausbau sowie Erneuerung der IT-Anlagen und steigenden Betriebskosten. Aufgrund der durch die beteiligten Länder einvernehmlich beschlossenen Auflösung des Gemeinsamen Krebsregisters zum 31.12.2022, sollen die klinischen Krebsregister der Länder zu integrierten Registern ausgebaut werden, welche die Aufgaben der klinischen und der epidemiologischen Krebsregistrierung unter einem Dach wahrnehmen. Das KKR hat ab 2023 die Aufgabe der epidemiologischen Registrierung übernommen.

89102	**312**	**Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89130	**312**	**Zuschüsse für Investitionen aus dem Strukturfonds II an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89132	**312**	**Zuschüsse für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89145	**314**	**Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen**			**—**	**150.000,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
89162	**312**	**KMV, Erneuerung der Heizungsleitungen, Olbendorfer Weg 70**	**1.000**	**1.000**	**—**	**197.773,50**

Die Erneuerung der Heizungsleitungen auf dem Gelände des Olbendorfer Wegs 70 ist aufgrund maroder Leitungen und Isolierungen notwendig. Die Ausgaben sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Ein Bedarfsprogramm vom 12.10.2021 liegt vor. Die Gesamtkosten werden auf 1.550.000 € geschätzt.

Für den Zeitpunkt der geplanten Fertigstellung können baupreisindizierte Baukosten von 1.700.000 € anfallen.
Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen, ebenso die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten, die im Rahmen des Wirtschaftsplans abgebildet werden.

89185	**312**	**KMV, Erneuerung der Frischwasser- und Hydrantenleitungen, Olbendorfer Weg 70**	**1.000**	**1.000**	**1.500.000**	**215.880,00**

Die Sanierung der Frischwasser- und Hydrantenleitungen auf dem Gelände des Olbendorfer Wegs 70 ist aufgrund der Anbindung an das Berliner Trinkwassernetzes der Berliner Wasserbetriebe notwendig. Die Ausgaben sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Die Gesamtkosten werden auf 4.500.000 € geschätzt.
Ein Bedarfsprogramm vom 30.09.2021 liegt vor.

Für den Zeitpunkt der geplanten Fertigstellung im könnten baupreisindizierte Baukosten von 4.950.000 € anfallen.
Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen, ebenso die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten, die im Rahmen des Wirtschaftsplans abgebildet werden.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89186	**312**	**KMV, Sanierung des Hauses 5, Olbendorfer Weg 70**	**1.000**	**1.000**	**1.510.000**	**229.292,08**

Die Sanierung des Hauses 5, Olbendorfer Weg 70, welches sich in einem baulichen Zustand der 1960er Jahre befindet ist notwendig um eine zeitgemäße Unterbringung und Behandlung der Patienten zu gewährleisten. Die Ausgaben sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Die Gesamtkosten werden auf 4.740.000 € geschätzt.
Ein Bedarfsprogramm vom 25.10.2021 liegt vor.

Für den Zeitpunkt der geplanten Fertigstellung könnten baupreisindizierte Baukosten von 5.214.000 € anfallen.
Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen, ebenso die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten, die im Rahmen des Wirtschaftsplans abgebildet werden.

89187	**312**	**KMV, Sanierung Sanitär und Heizungstechnik Hs 6 und 10**	**1.000**	**1.000**	**620.000**	**—**

Ausgaben für die Sanierung der Sanitär- und Heizungstechnik in den Häusern 6 und 10, Olbendorfer Weg 70. Die Ausgaben sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Die Gesamtkosten werden auf 1.240.000 € geschätzt

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen, ebenso die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten, die im Rahmen des Wirtschaftsplans abgebildet werden

89188	**312**	**KMV, Sanierung Haus 7**	**1.000**	**1.000**	**1.215.000**	**—**

Die Sanierung des Hauses 7, Olbendorfer Weg 70, welches sich in einem baulichen Zustand der 1960er Jahre befindet ist notwendig um eine zeitgemäße Unterbringung und Behandlung der Patienten zu gewährleisten. Die sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Die Gesamtkosten werden auf 2.430.000 € geschätzt.

Für den Zeitpunkt der geplanten Fertigstellung im Jahr 2024 könnten baupreisindizierte Baukosten von 2.670.000 € anfallen.
Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen, ebenso die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten, die im Rahmen des Wirtschaftsplans abgebildet werden.

89189 (neu)	**312**	**KMV, Sanierung Haus 8**	**5.000.000**	**10.000.000**		

Bei einem weiterhin deutlichen Aufwuchs von nicht steuerbaren gerichtlichen Zuweisungen bedarf es der dringend gebotenen Erweiterung der Versorgungsstruktur. Die Nutzbarmachung von Haus 8 würde mit ca. 60 neuen Vollzugsplätzen die derzeitige Überbelegung abbauen und zudem als Pufferkapazität bei der dringenden notwendigen Sanierung der anderen Vollzugshäuser dienen.
Die Gesamtkosten werden auf 53.314 Mio.EUR geschätzt (einschließlich von der BIM vorgegebener Kosteigerungen im Baugewerbe von 15,4%).

89218	**312**	**Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89230	**312**	**Zuschüsse für Investitionen aus dem Strukturfonds II an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89232	**312**	**Zuschüsse für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89280	**312**	**Zuschüsse für Investitionen nach dem Krankenhausstrukturgesetz an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89360	**314**	**Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und -prävention für Standardanpassungen (Investitionen)**			**500.000**	**469.164,20**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
89361	**332**	**Green Hospital Programm**			**9.850.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Förderung nach dem KHG i. V. m. dem LKG**				

Diese Maßnahmegruppe beinhaltet die Ausgaben für die Förderung nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze – Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) – in Verbindung mit dem Landeskrankenhausgesetz (LKG). Weitere Ausgaben für diesen Bereich sind bei Titel 54053 (Veranstaltungen) nachgewiesen.

68266	**312**	**Zuschüsse nach dem LKG an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH -Nutzungsentgelte-**	**58.200**	**58.200**	**58.200**	**51.102,72**

Zuschüsse für die Förderung von Nutzungsentgelten nach § 33 Landeskrankenhausgesetz (LKG) an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH und ihre geförderten Einrichtungen.

Gender-Budget: Für die eingestellten Haushaltsmittel liegt keine Genderrelevanz vor. Sie zielen weder auf ein bestimmtes gleichstellungsorientiertes Geschlechterverhältnis ab, noch sind sie dahingehend aussteuerbar.

68335	**312**	**Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger -Schließung oder Umstellung-**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zur Schließung von Krankenhäusern werden gem. § 9 Abs. 2, Nr. 5 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) Fördermittel gewährt.
Die nähere Förderung durch Landesrecht wird in § 14 Landeskrankenhausgesetz (LKG) geregelt.

68336	**312**	**Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger -Nutzungsentgelte und Lasten aus Investitionsdarlehen-**	**1.014.000**	**1.014.000**	**1.450.000**	**1.426.314,00**

Zuschüsse für die Förderung von Nutzungsentgelten nach § 33 Landeskrankenhausgesetz (LKG) sowie von Lasten aus Investitionsdarlehen nach § 9 Abs. 2 Nr. 3 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger und an ihre geförderten Einrichtungen. Lasten aus Investitionsdarlehen endeten in 2021.

Die Ansatzbildung zu 1. berücksichtigt teilweise mietvertraglich vereinbarte Index- bzw. Mietsteigerungen.

Gender-Budget: Für die eingestellten Haushaltsmittel liegt keine Genderrelevanz vor. Sie zielen weder auf ein bestimmtes gleichstellungsorientiertes Geschlechterverhältnis ab, noch sind sie dahingehend aussteuerbar.

89102	**312**	**Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH**	**55.938.000**	**56.557.000**	**52.087.000**	**48.265.990,02**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 89218.

Pauschale Fördermittel gemäß §§ 10 und 11 Landeskrankenhausgesetz (LKG) für Investitionskosten im Sinne des § 2 Nummer 2 und für die den Investitionskosten gleichstehenden Kosten im Sinne des § 2 Nummer 3 a-e Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).
Erhöhung der Pauschale Fördermittel gemäß §§ 10 und 11 Landeskrankenhausgesetz (LKG) für Investitionskosten.

Gender Budget: Für die eingestellten Haushaltsmittel liegt keine Genderrelevanz vor. Sie zielen weder auf ein bestimmtes gleichstellungsorientiertes Geschlechterverhältnis ab, noch sind sie dahingehend aussteuerbar.

89130	**312**	**Zuschüsse für Investitionen aus dem Strukturfonds II an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Mittel sind notwendig für den Nachweis der geforderten Kofinanzierung des Landes Berlin zur Sicherung der Inanspruchnahme der Mittel aus dem Strukturfonds II gemäß § 12a Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) i.V.m. Teil 2 §§ 11-18 Krankenhausstrukturfonds-Verordnung (KHSFV).

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89132	**312**	**Zuschüsse für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—** **R 42.734.138,90**

Die Mittel sind zwingend erforderlich zum Nachweis der Ko-Finanzierung des Landes Berlin zum Zukunftsprogramm Krankenhäuser des Bundes gemäß § 14a Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

Aus den Mitteln des Krankenhauszukunftsfonds können auch Vorhaben von Hochschulkliniken gefördert werden. (Korrespondierender Titel 89445 im Kapitel 0910)
Die konkrete Aufteilung der Mittel auf die Titel kann erst nach Identifizierung der Maßnahmen erfolgen.

Gender Budget: Für die eingestellten Haushaltsmittel liegt keine Genderrelevanz vor. Sie zielen weder auf ein bestimmtes gleichstellungsorientiertes Geschlechterverhältnis ab, noch sind sie dahingehend aussteuerbar.

89218	**312**	**Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**	**118.382.000**	**119.692.000**	**110.233.000**	**120.505.009,95**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 89102.

Pauschale Fördermittel gemäß §§ 10 und 11 Landeskrankenhausgesetz (LKG) für Investitionskosten im Sinne des § 2 Nummer 2 und für die den Investitionskosten gleichstehenden Kosten im Sinne des § 2 Nummer 3 a-e Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

Gender Budget: Für die eingestellten Haushaltsmittel liegt keine Genderrelevanz vor. Sie zielen weder auf ein bestimmtes gleichstellungsorientiertes Geschlechterverhältnis ab, noch sind sie dahingehend aussteuerbar.

89230	**312**	**Zuschüsse für Investitionen aus dem Strukturfonds II an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**	**6.100.000**	**10.000.000**	**6.100.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**42.200.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**10.000.000**			
		Davon fällig 2026	**16.100.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**16.100.000**	**—**		

Die Mittel sind notwendig für den Nachweis der geforderten Kofinanzierung des Landes Berlin zur Sicherung der Inanspruchnahme der Mittel aus dem Strukturfonds II gemäß § 12a Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) i.V.m. Teil 2 §§ 11-18 Krankenhausstrukturfonds-Verordnung (KHSFV).

89232	**312**	**Zuschüsse für Investitionen aus dem Zukunftsprogramm Krankenhäuser an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**	**21.998.000**	**21.998.000**	**21.998.000**	**—** **R 86.432.487,84**
		Verpflichtungsermächtigung	**43.996.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**21.998.000**			
		Davon fällig 2026	**21.998.000**	**—**		

Die Mittel sind zwingend erforderlich zum Nachweis der Ko-Finanzierung des Landes Berlin zum Zukunftsprogramm Krankenhäuser des Bundes gemäß § 14a Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)
Aus den Mitteln des Krankenhauszukunftsfonds können auch Vorhaben von Hochschulkliniken gefördert werden. (Korrespondierende Buchungsstelle 0910 / 89445)
Die konkrete Aufteilung der Mittel auf die Titel kann erst nach Identifizierung der Maßnahmen erfolgen.

Gender Budget: Für die eingestellten Haushaltsmittel liegt keine Genderrelevanz vor. Sie zielen weder auf ein bestimmtes gleichstellungsorientiertes Geschlechterverhältnis ab, noch sind sie dahingehend aussteuerbar.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89280	**312**	**Zuschüsse für Investitionen nach dem Krankenhausstrukturgesetz an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**	**1.000.000**	**1.000.000**	**5.000.000**	**—** **R 21.650.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**11.505.000**	**10.505.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**5.005.000**	**5.005.000**		
		Davon fällig 2027	**5.500.000**	**5.500.000**		

Erforderliche Kofinanzierung des Landes Berlin für die Mittel aus dem Strukturfonds gemäß § 12 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 Krankenhausstrukturfonds-Verordnung (KHSFV), für die Finanzierung der Maßnahme „Konzentration der akutstationären Versorgungskapazitäten und Integration des Franziskus-Krankenhauses auf dem Standort des St. Joseph Krankenhauses Tempelhof“.
Die Ausgaben sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Finanzierung:

Ansatz 2024	5.005.000 €
Ansatz 2025	5.000.000 €
Restkosten ab 2026	2.500.000 €
	12.505.000 €

Gender-Budget: Für die eingestellten Haushaltsmittel liegt keine Genderrelevanz vor. Sie zielen weder auf ein bestimmtes gleichstellungsorientiertes Geschlechterverhältnis ab, noch sind sie dahingehend aussteuerbar.

Summe Maßnahmegruppe 03	**204.493.200**	**210.322.200**	**196.929.200**	**170.248.416,69**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

IT-Geschäftsbedarf für die Integrierte Gesundheits- und Sozialberichterstattung.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**15.100**	**15.100**	**21.000**	**—**

	2024	2025
1. Beschaffung spezieller Softwaretools und Bibliotheken für die Gesundheits- und Sozialinformationssysteme (2023: 16.500 €)	10.600 €	10.600 €
2. Hardwareausstattung für den Bereich im Katastrophenschutz (2023: 4.500 €)	4.500 €	4.500 €
	15.100 €	15.100 €

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**2.750.000**	**2.750.000**	**4.000.000**	**1.691.646,24**

	2024	2025
1. Sicherstellung des laufenden Betriebs der verfahrensabhängigen IKT auf der bezirklichen Prozessebene im Politikfeld Gesundheit	605.229 €	605.229 €
2. Sicherstellung des laufenden Betriebs der abteilungsbezogenen Fachanwendungen im Politikfeld Gesundheit	781.754 €	781.754 €
3. Entwicklung von IT-Gouvernement- und Fachverfahrensmanagement im Politikfeld Gesundheit	1.159.517 €	1.159.517 €
4. Prüfsoftware für Kassenprüfer	900 €	900 €
5. Betrieb und Weiterentwicklung des interdisziplinären Versorgungsnachweises (IVENA) eHealth	202.600 €	202.600 €
	2.750.000 €	2.750.000 €

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**5.100**	**4.900**	**20.600**	**2.245,05**

Ausgaben für Fortbildungen der Mitarbeiter/innen im Bereich Gesundheitsinformationssysteme

Summe Maßnahmegruppe 32	**2.771.200**	**2.771.000**	**4.042.600**	**1.693.891,29**
Gesamtausgaben	**387.726.200**	**406.282.400**	**375.806.100**	**845.046.083,55**
Prozentuale Veränderung	**3,2 %**	**4,8 %**		

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 0920				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	728.000	728.000	219.000	3.348.380,45
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.403.300	3.358.300	3.485.900	437.351.449,06
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	—	—	—	141.493.817,74
		Gesamteinnahmen	4.131.300	4.086.300	3.704.900	582.193.647,25
411-462		Personalausgaben	12.005.200	12.561.500	12.371.300	15.955.210,44
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	7.464.500	7.204.300	10.580.600	117.331.604,80
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	159.831.500	167.262.600	142.239.200	541.726.158,56
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	208.425.000	219.254.000	210.615.000	170.033.109,75
		Gesamtausgaben	387.726.200	406.282.400	375.806.100	845.046.083,55
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-383.594.900	-402.196.100	-372.101.200	-262.852.436,30

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001007 Strukturorientierte Gesundheitspolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	7	Personalkosten	12.555.020	30.125.611	-58,32
Kostenträger	17	Sachkosten	114.179.994	460.827.959	-75,22
davon		Transferkosten	39.124.323	50.262.884	-22,16
Produkte	1	Verrechnungskosten	1.525.248	1.855.556	-17,80
MGF	16	kalkulatorische Kosten	982.906	1.395.265	-29,55
Projekte	0	Gemeinkosten	5.943.995	6.845.513	-13,17
		Summe Verwaltungskosten	174.311.485	551.312.788	-68,38
		Transfers	578.127.700	486.759.027	+18,77
		Gesamtsumme	752.439.184	1.038.071.815	-27,52

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004778	2022	2.883.830	519.080.218	521.964.047
Sicherung der bedarfsgerechten stationären Infrastruktur	2021	3.707.554	464.085.035	467.792.589

Das operative Ziel beinhaltet folgende Aufgabenbereiche für die Hauptverwaltung:

Genehmigung des Landesbasisfallwertes, des Ausgleichsfonds, der krankenhausindividuellen Budgetvereinbarungen sowie Schiedsstellenbeschlüssen; Ausübung der Rechtsaufsicht über die Schiedsstelle nach § 18 a KHG

Krankenhausrecht
Begleitung bundesrechtlicher Änderungen im Krankenhaus (KH)-, insbesondere im Finanzierungs- und Krankenhausentgeltrecht; Erarbeitung und Aktualisierung rechtlicher Regelungen zum allgemeinen Krankenhausrecht und Krankenhausförderungsrecht; Ausgestaltung der Grundsätze des Förder- und Förderungsverfahrensrechts; Analyse der Auswirkungen des Krankenhausentgelt- und Pflegesatzrechts (Fallpauschalen / DRG) des Bundes auf die Krankenhäuser im Land Berlin; krankenhausübergreifende Entwicklungen; EU-Krankenhausrecht; Trägerwechsel von Krankenhäusern
Fachcontrolling von Krankenhäusern der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH im Rahmen des Beteiligungscontrollings des Landes Berlin
insbesondere Weiterentwicklung eines Kennzahlensystems; Erhebung, Aufarbeitung und Interpretation von Controlling-Daten; Aufbau eines Benchmarkings; Ableitung strategischer Handlungsempfehlungen aus den Ergebnissen des Fachcontrollings; Verfolgung von Zielbildern

Beratungs- und Unterstützungsleistungen für kuratorial geführte Krankenhäuser mit Beteiligung des Landes Berlin

Krankenhausplanung und Qualitätssicherung im Krankenhaus
insbesondere Erhebung, Aufarbeitung und Interpretation von Daten zum klinischen Versorgungsangebot und zu Qualitätssicherungsmaßnahmen unter Nutzung verschiedener Datenquellen (z.B. DRG-Daten nach § 21 Abs. 3 Nr. 3 KHEntgG, Daten der Krankenhaus-Statistik-Verordnung, Daten zur Demografie, Daten zur externen Qualitätssicherung); Erstellung und Umsetzung des Krankenhausplans; Erarbeitung von speziellen klinischen Versorgungskonzepten (z.B. als Grundlage für den Abschluss ergänzender Vereinbarungen nach § 109 Abs. 1 Satz 5 SGB V zwischen Kosten- und Krankenhausträgern); Qualitätssicherung im Krankenhaus, insbesondere im Zusammenhang mit § 137 SGB V; stationäre Rehabilitation; Aufgaben in Verbindung mit der Teilnahme von Krankenhäusern an der ambulanten Versorgung nach § 116 b (alt) SGB V

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Konzeptionen und Strukturentwicklungen für Krankenhäuser des Krankenhausplans
baulich, medizinisch

Krankenhausbauplanung
Aufstellung von Investitionsplanung; Bearbeiten von Grundsatzangelegenheiten der Bauplanung für Krankenhäuser; ; fachliche Begleitung und Prüfung von Planungen geförderter Krankenhausbaumaßnahmen nach § 12 LKG und im Rahmen von Bundesprogrammen zur Krankenhausfinanzierung; Begleitung bei den Realisierungen; Zielplanungen von Krankenhäusern, Standortuntersuchungen; Sicherung krankenhausrelevanter Bedingungen bei ressortübergreifenden Planungsaufgaben des Landes Berlin (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan, Landschaftsplan)

Krankenhausförderung
insbesondere Ermittlung und Koordinierung des jährlichen und mittelfristigen Finanzierungsbedarfs im Rahmen aller Krankenhausförderungsansprüche nach KHG / LKG; Durchführung der Krankenhausförderung nach §§ 10, 11, 12, 14 LKG (Investitionspauschale, Zuschläge zur Investitionspauschale, Förderung von Nutzungsentgelten, Schließungsförderung; Förderung von Ausbildungsplätzen); Förderung im Rahmen von Bundesprogrammen zur Krankenhausfinanzierung, Controlling der Förderung;, Verwendung von Erbschaftsmitteln (Zuwendungsrecht nach § 23 und 44 LHO.
Der Rückgang ergibt sich durch das Auslaufen von langfristig geförderten Mietverträgen (Förderung von Nutzungsentgelten)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79128	2022	2.188.647	518.300.630	520.489.277
Sicherung bedarfsgerechter und wirtschaftlicher Krankenhausversorgungsstrukturen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.450.126	464.085.035	466.535.161

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	69,17	44,94
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	53.413,89	404.696,48
IST - Erträge in €	0,00	125.624,41
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,03

- Krankenhausrecht
Begleitung bundesrechtlicher Änderungen im KH-, insbesondere im Finanzierungs- und Krankenhausentgeltrecht; Erarbeitung und Aktualisierung rechtlicher Regelungen zum allgemeinen Krankenhausrecht und Krankenhausförderungsrecht; Ausgestaltung der Grundsätze des Förder- und Förderungsverfahrensrechts; Analyse der Auswirkungen des Krankenhausentgelt- und Pflegesatzrechts (Fallpauschalen / DRG) des Bundes auf die Krankenhäuser im Land Berlin; krankenhausübergreifende Entwicklungen; EU-Krankenhausrecht; Trägerwechsel von Krankenhäusern

- Fachcontrolling von Krankenhäusern der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH im Rahmen des Beteiligungscontrollings des Landes Berlin
insbesondere Weiterentwicklung eines Kennzahlensystems; Erhebung, Aufarbeitung und Interpretation von Controlling-Daten; Aufbau eines Benchmarkings; Ableitung strategischer Handlungsempfehlungen aus den Ergebnissen des Fachcontrollings; Verfolgung von Zielbildern

- Beratungs- und Unterstützungsleistungen für kuratorial geführte Krankenhäuser mit Beteiligung des Landes Berlin

- Krankenhausplanung und Qualitätssicherung im Krankenhaus
insbesondere Erhebung, Aufarbeitung und Interpretation von Daten zum klinischen Versorgungsangebot und zu Qualitätssicherungsmaßnahmen unter Nutzung verschiedener Datenquellen (z.B. DRG-Daten nach § 21 Abs. 3 Nr. 3 KHEntgG, Daten der Krankenhaus-Statistik-Verordnung, Daten zur Demografie, Daten zur externen Qualitätssicherung); Erstellung und Umsetzung des Krankenhausplans; Erarbeitung von speziellen klinischen Versorgungskonzepten (z.B. als Grundlage für den Abschluss ergänzender Vereinbarungen nach § 109 Abs. 1 Satz 5 SGB V zwischen Kosten- und Krankenhausträgern); Qualitätssicherung im Krankenhaus, insbesondere im Zusammenhang mit § 137 SGB V; stationäre Rehabilitation; Aufgaben in Verbindung mit der Teilnahme von Krankenhäusern an der ambulanten Versorgung nach § 116 b (alt) SGB V

- Konzeptionen und Strukturentwicklungen für Krankenhäuser des Krankenhausplans baulich, medizinisch

- Krankenhausbauplanung
Aufstellung von Investitionsplanung; Bearbeiten von Grundsatzangelegenheiten der Bauplanung für Krankenhäuser; fachliche Begleitung und Prüfung von Planungen geförderter Krankenhausbaumaßnahmen nach § 12 LKG; Begleitung bei den Realisierungen; Sicherung krankenhausrelevanter Bedingungen bei ressortübergreifenden Planungsaufgaben des Landes Berlin (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan, Landschaftsplan)

- Krankenhausförderung
insbesondere Ermittlung und Koordinierung des jährlichen und mittelfristigen Finanzierungsbedarfs im Rahmen aller Krankenhausförderungsansprüche nach KHG / LKG; Durchführung der Krankenhausförderung, insbesondere Pauschalförderung, Förderung von Nutzungsentgelten, Schließungsförderung; Controlling der Förderung; Krankenhausfinanzierungsprogramm nach Art. 14 GSG incl. Vorbereitung der Veränderungen von Ansprüchen nach § 59

Fachspezifische Informationen

Duale Krankenhausfinanzierung
Seit der Einführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) im Juni 1972 werden deutsche Krankenhäuser dual finanziert. Die Länder fördern Investitionskosten von Krankenhäusern, während die Krankenkassen die laufenden Betriebskosten einschließlich der Instandhaltungskosten im Rahmen der Krankenhausvergütung finanzieren. Die gesetzliche Grundlage dafür ist:
„§ 4 KHG Wirtschaftliche Sicherung von Krankenhäusern Krankenhäuser werden dadurch wirtschaftlich gesichert, dass
1. ihre Investitionskosten im Wege öffentlicher Förderung übernommen werden und sie
2. leistungsgerechte Erlöse aus den Pflegesätzen, die (…) auch Investitionskosten enthalten können, sowie Vergütungen für vor- und nachstationäre Behandlung und für ambulantes Operieren erhalten."

Öffentliche Förderung von Investitionskosten
Gemäß § 9 Absatz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) fördern die Länder auf Antrag des Krankenhausträgers Investitionskosten. Die Fördermittel sind nach Maßgabe des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und des Landesrechts so zu bemessen, dass sie die förderfähigen und unter Beachtung betriebswirtschaftlicher Grundsätze notwendigen Investitionskosten decken. Das Nähere zur Förderung wird nach § 11 Satz 1 KHG durch Landesrecht bestimmt.
Teil 3 des Landeskrankenhausgesetzes (LKG) enthält in §§ 8 bis 17 LKG die landesrechtlichen Regelungen zur Krankenhausförderung. Nach § 8 Absatz 1 Satz 1 LKG werden notwendige Investitionskosten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gefördert, soweit und solange Krankenhäuser in den Krankenhausplan aufgenommen sind. Die für das Gesundheitswesen zuständige Senatsverwaltung entscheidet über die Bewilligung von Fördermitteln durch schriftlichen Bescheid.
Zum 1. Juli 2015 ist die bis dahin bestehende Unterscheidung zwischen der Einzelförderung von größeren Investitionsmaßnahmen und der pauschalen Förderung von kurzfristigen Anlagegütern und kleinen baulichen Maßnahmen aufgehoben worden. Notwendige Investitionskosten von Krankenhäusern werden seitdem grundsätzlich nach § 10 Absatz 1 LKG unter Berücksichtigung der im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel durch feste jährliche Pauschalbeträge gefördert. Dabei unterliegt die Verwendung der Fördermittel der Zweckbindung, d.h. der Einsatz der Fördermittel ist nur für Investitionen zulässig, die für das Betreiben eines Krankenhauses benötigt sind.

Aufgrund des in den vergangenen Jahren bis 2013 stetig sinkenden Fördervolumens für Krankenhausinvestitionen in Berlin hat sich der Investitionsbedarf in den Krankenhäusern erheblich vergrößert. Auch der Einsatz von Eigenmitteln durch Krankenhausträger hat Grenzen und ist nicht verpflichtender Bestandteil des dualen Finanzierungssystems des KHG.
Bei nicht auskömmlicher staatlicher Krankenhausförderung investieren Krankenhäuser selber (über von den Kassen und Personal massiv kritisierte Notlösungen) und rekrutieren investive Mittel aus den kassenfinanzierten Budgets u.a. zu Lasten der Personaletats. Diese Entwicklung gefährdet die Versorgungsqualität und ist sehr bedenklich.
Mit der Koalitionsvereinbarung haben sich die Regierungsparteien daher u.a. die Aufgabe gestellt und Folgendes beschlossen: *„Berlin braucht eine Trendwende in der Krankenhausfinanzierung, die die Krankenhäuser von der Aufbringung von Eigenmitteln entlastet. Die Koalition ist sich ihrer Investitionsverpflichtung bewusst. Die Investitionsquote des Landes Berlin in der Krankenhausversorgung wird auf den Bundesdurchschnitt angehoben. ....."* (S. 168)
Deshalb wurde der bereits im DHH 2018/2019 eingeschlagene Weg, die Investitionsmittel für die Krankenhäuser zur Erreichung einer bedarfsgerechten Krankenhausfinanzierung zu erhöhen, mit dem DHH 2020/2021 konsequent weiter-verfolgt und eine weitere Steigerung der Haushaltsansätze der Investitionspauschale für Vivantes (Titel 89102) und KH nichtöffentlicher Krankenhausträger (Titel 89218) erreicht.

Die Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze (Titel 67112) ist rückläufig. Die Ausbildung erstreckt sich über 3 Jahre und läuft aus, daher werden es immer weniger Plätze. Die Kostenkalkulation für 2020 basierte auf 39 Ausbildungsplätzen und für 2021 auf 17 Ausbildungsplätzen. Diese Ausbildungsplätze werden im Rahmen des solidarischen Finanzausgleichs *(nicht verausgabte und gesperrte Ausbildungsmittel der Senatsverwaltungen und Bezirke von Berlin)* finanziert.
Danach ist der Aufbau zusätzlicher Ausbildungsplätze abgeschlossen, so dass ab 2022 die Förderung wegfällt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Korrespondierende Kostenanteile folgende Titel:	2022	2021
67112 Ersatz von Personalaufwendungen (Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze)	53.344	404.557
68266 Zuschüsse nach dem LKG an die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH - Nutzungsentgelte	51.103	51.103
68336 Zuschüsse nach dem LKG an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger - Nutzungsentgelte und Lasten aus Investitionsdarlehen	1.426.314	1.426.314
89102 Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH	48.265.990	41.226.614
89218 Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger	120.505.010	94.795.386

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005407	2022	124.157.677	55.787.726	179.945.403
Verhütung, Abwehr und Management von gesundheitlichen Gefahren	2021	504.867.685	20.157.067	525.024.753

In der Produktgruppe befinden sich folgende Produkte bzw. Ministerielle Geschäftsfelder:

80804 Notfallvorsorge/Krisenstab
78140 Gewährleistung zentraler gesundheitlicher Aufgaben
80058 Infektionsschutz, Umwelthygiene, Umweltbezogener Gesundheitsschutz
79132 Schutz vor gesundheitlichen Schäden bei Menschen durch Sicherung und Förderung der Arzneimittel- und Medizinproduktesicherheit

Durch das Pandemiegeschehen sind die Kosten, insbesondere im MGF 80804 – Krisenstab – im Jahr 2020 stark gestiegen. Aus allen Fachabteilungen der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, aus anderen Behörden und Institutionen wurde Personal abgezogen und im Krisenstab eingesetzt. Dadurch stehen Kosten, die bis zum Jahr 2019 ausschließlich im Kap. 0920 angefallen sind, Kosten zusätzlich aus allen Kapiteln im Epl. 09 und, soweit Buchungsdaten verfügbar waren, aus anderen Behörden gegenüber. In anderen Kapiteln wird auf pandemiebedingten Kostenveränderung nicht eingegangen, lediglich als Ursache angegeben.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80804	2022	121.507.364	53.787.726	175.295.090
Notfallvorsorge / Krisenstab (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	503.399.547	18.157.067	521.556.614

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	23,30	50,24
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	886.660,23	14.656.063,09
IST - Erträge in €	85.646.576,80	252.060.487,89
Kostendeckungsgrad in %	48,86	48,33

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Notfallvorsorge:
Sicherstellung personeller, materieller und technischer Ressourcen für den Krisenstab; Koordination der Krisenvorsorge; Steuerung der Vorbereitungsmaßnahmen der Krankenhäuser für Krisenfälle; Sicherstellung der organisatorischen Vorbereitungen für Großschadensereignisse; Erstellung und Fortschreibung von Alarmierungs- und Einsatzunterlagen; operative Maßnahmen der Krankenhäuser, Gesundheitsämter und sonstigen Einrichtungen (z.B. Impfzentren) im Krisenfall und bei Großschadensereignissen

Fachspezifische Informationen

Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege ist eine Senatsverwaltung des Berliner Senats im Rang eines Landesministeriums. Sie ist die für das Land Berlin zuständige oberste Landesbehörde für die Politikfelder Wissenschaft, Gesundheit, Pflege. Bei außergewöhnlichen Gefahrenlagen, Katastrophen oder Krisen (bspw. die COVID-19-Pandemie), die einen sehr hohen Koordinierungs- und Entscheidungsbedarf, die Zusammenarbeit mehrerer Behörden und Einrichtungen sowie ein Arbeiten in besonderen organisatorischen Strukturen erfordern, wird der dort angesiedelte Krisenstab einberufen. Der Krisenstab kann als organisatorische Einrichtung personelle, materielle und technische Ressourcen für den Fall einer gesundheitlichen Bedrohung der Berliner Bevölkerung und/oder besonderen Einsatz- oder Sonderlage der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung koordinieren.

Bis zum Jahr 2019 waren durchschnittlich Personalkosten für 7,5 Stellenanteile auf das Ministerielle Geschäftsfeld „Notfallvorsorge/Krisenstab“ gebucht. Die direkten Sachkosten im Jahr 2019 beliefen sich auf rd. 518,5 T€, die Transfers auf rd. 800,0 T€. Es handelte sich in erster Linie um Ausgaben für Mieten und Nebenkosten für das Sanitärmittellager, Sanitärmittelbevorratung, Fortbildungen, Softwarekosten, Erstattungen an Krankenhäuser für Notfallübungen, Beschaffung von Notfallausrüstungen.

Mit dem unvorhersehbaren Beginn der COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 war weder das Personal noch die im Haushaltsplan 2020/2021 veranschlagten Sachmittel auskömmlich, um die zur Eindämmung und Bewältigung der COVID-19-Pandemie erforderlichen Maßnahmen angemessen sicherzustellen. Es musste Personal aus allen Abteilungen der Senatsverwaltung für Gesundheit in den Krisenstab abgeordnet werden, dazu Personal aus anderen Berliner Verwaltungen, der Feuerwehr, dem MDK, um nur einige zu nennen.
Der Sachhaushalt wurde mit zusätzlichen Mitteln über einen Nachtragshaushalt verstärkt. Hier sind insbesondere zu nennen:

– Aufbau und Betrieb des Corona-Behandlungszentrums (CBZ),
– Aufbau und Betrieb der Teststellen,
– Aufbau und Betrieb der Corona-Impfzentren (CIZ), Corona-Impfstellen (CIS) und Mobile Impfteams (MIT).
– Beschaffung von Persönlicher Schutzausrüstung (PSA),
– Lager- und Logistikkosten von PSA,
– Informations- und Öffentlichkeitskampagnen,
– Aufbau und Betrieb der sog. Corona-Hotline und Impfhotline sowie
– Kosten für Quarantäneunterbringung.

Mit der Verfügbarkeit der ersten SARS-CoV-2-Schutzimpfstoffe im Dezember 2020 wurde im Land Berlin eine sehr kostenintensive großflächige Impfinfrastruktur geschaffen, die im Frühjahr 2021 sich vorerst aus sechs Corona-Impfzentren (CIZ), einem zentralen Impfstofflager (ZIL) und Mobilen Impfteams (MIT) zusammensetzte, um eine schnellstmögliche Durchimpfung der Berliner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Mit dem Fortgang der Berliner Impfkampagne und dem Erfordernis der sog. Auffrischimpfung nach der Grundimmunisierung sowie der Verfügbarkeit von für Kinder und Jugendliche zugelassene Impfstoffe wurde die im Auftrag des Landes Berlin aufgebaute und betriebene Impfinfrastruktur durch eine Vielzahl dezentraler Corona-Impfstellen (CIS) wie etwa die Corona-Drive-In-Impfstelle Lichtenberg oder die Corona-Impfstelle Trabrennbahn Karlshorst in Abhängigkeit der Verfügbarkeit der Impfstoffe und der Impfnachfrage im Jahr 2021 erweitert.

Mit der Umstellung der Impfstofflogistik und Verteilung der SARS-CoV-2-Impfstoffe über das Apothekensystem im Herbst 2021 stellte das ZIL den Betrieb ein und wurde abgebaut. Zum Jahreswechsel 2021 und 2022 wurde aufgrund der pandemischen Entwicklung und der stetig zunehmenden Impfquote sowie der Einbindung weiterer Akteure in die Impfkampagne wie etwa die Haus- und Fachartzpraxen und die Apotheken eine Fokussierung der Berliner Impfkampagne umgesetzt, die durch eine adressaten- und nachfragegerechte Ausrichtung gekennzeichnet war. Dies führte dazu, dass die Impfinfrastruktur (CIZ, CIS und MIT sowie die im Zusammenhang mit der Impfkampagne betriebene Impfinfrastruktur wie Impfhotline usw.) schrittweise reduziert sowie letztlich außer Betrieb genommen und abgebaut bzw. eingestellt wurde und damit die dafür erforderlichen Finanzmittel sich erheblich reduzierten.

Auch entfiel mit dem Fortgang der Impfkampagne und der stetig zunehmenden Impfquote das Erfordernis zur Aufrechterhaltung des Coronabehandlungszentrums (CBZ), so dass dessen Betrieb gleichfalls eingestellt und die Infrastruktur abgebaut wurde.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Im Verlauf des Jahres 2021 und 2022 entfielen normativen Regelungen zur Eindämmung des pandemischen Geschehens wie etwa in den sog. Corona-Verordnungen, die zeitweise besondere Erfordernisse wie die Durchführung von Testungen oder Impfungen als Teilnahme- und/oder Zugangsvoraussetzungen für bestimmte Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens vorsahen. Mit dem Wegfall dieser normativen Regelungen wurde zugleich die großflächige Aufrechterhaltung der sog. Corona-Testzentren entbehrlich.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die pandemische Entwicklung nach einer Früh- und Hochphase in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund der stetig steigenden Impfquote in der Bevölkerung und der Verfügbarkeit von für Kinder und Jugendliche sowie an Virusvariationen angepassten Impfstoffe im Jahr 2022 die Außerbetriebnahme und den Rückbau der kostenintensiven Impfinfrastruktur ermöglichte, zumal schrittweise durch die Einbindung weiterer Impfleistungserbringer, insbesondere die Haus- und Fachartzpraxen das System der Regelversorgung die SARS-CoV-2-Schutzimpfungen gewährleisten konnte. Dies führte dazu, dass die für die Durchführung der Impfkampagne erforderlichen Finanzmittel sich sukzessive erheblich verringerten.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001008 Weiterentwicklung der zielgruppenorientierten Gesundheitspolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	2.055.889	1.909.422	+7,67
Kostenträger	5	Sachkosten	244.170	264.748	-7,77
davon		Transferkosten	18.810.243	16.951.760	+10,96
Produkte	1	Verrechnungskosten	260.442	50.946	+411,21
MGF	4	kalkulatorische Kosten	166.694	135.143	+23,35
Projekte	0	Gemeinkosten	1.898.611	2.009.172	-5,50
		Summe Verwaltungskosten	23.436.048	21.321.191	+9,92
		Transfers	74.645.812	71.656.093	+4,17
		Gesamtsumme	98.081.860	92.977.284	+5,49

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004774	2022	19.274.500	104.585	19.379.085
Sicherung der Versorgung bestimmter Zielgruppen	2021	17.335.716	90.291	17.426.007

Wahrnehmung ministerieller Planungsaufgaben, struktursteuernde und qualitätssichernde Maßnahmen, Weiterentwicklung von Rechtsgrundlagen zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung besonderer Zielgruppen der Bevölkerung, insbesondere Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen, Sicherstellung der Beratung nach dem Schwangeren- und Familienhilfe-Änderungsgesetz, Frauen- und Männergesundheit und Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79131	2022	13.530.780	104.585	13.635.365
Sicherung der Versorgung bestimmter Zielgruppen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	11.602.087	90.291	11.692.378

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	13,90	12,58
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	11.976.960,09	10.112.420,65
IST - Erträge in €	139.329,84	84.030,70
Kostendeckungsgrad in %	1,02	0,72

Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen:
Arbeit an Konzepten sowie Begleitung von Maßnahmen und Projekten der Krankheitsfrüherkennung und Rehabilitation zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen, z.B. in Bezug auf das Neugeborenen-Screening und die sozialpädiatrische Versorgungsstruktur einschließlich der interdisziplinären Früherkennung/Frühförderung gemäß SGB IX und Frühförderungsverordnung

Sicherstellung der Beratung nach dem Schwangeren- und Familienhilfe-Änderungsgesetz (SFHÄndG):
Sicherstellung eines pluralen Beratungsangebots einschließlich der Anerkennung und Förderung von Beratungsstellen gemäß Schwangerschaftskonfliktgesetz; Landesrechtliche Regelung zur Umsetzung des SFHÄndG, Regelung des Kostenersatzes bei Schwangerschaftsabbrüchen

Frauen- und Männergesundheit:
Initiierung, Begleitung und Förderung von Programmen und Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsförderung / Prävention und speziellen Versorgungsfragen bei Frauen und Männern; Mitarbeit im Netzwerk Frauengesundheit Berlin, Mitarbeit an Konzepten zur Verbesserung der Versorgungssituation von häuslicher und sexueller Gewalt betroffener Frauen und Männer

Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker:
Arbeit an besonderen Strukturfragen der ambulanten Versorgung chronisch Kranker, Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung an Brustkrebs erkrankter Frauen und der Beratung zur Früherkennung durch Mammographie-Screening in Zusammenarbeit mit der Selbstverwaltung

Fachspezifische Informationen

	2019	2020	2021	2022
- zu sozialpädiatrische Versorgung: Zahl behandelter Kinder mit Wohnsitz in Berlin:	35.090	34.783…	35.888…..	nicht bekannt*
- zu Neugeborenen-Screening: Zahl der lebend geborenen Kinder:	39.503	38.693	39.168	nicht bekannt*
- Beratung nach dem Schwangeren- und Familienhilfe-Änderungsgesetz Zahl der Beratungen in den geförderten Beratungsstellen:	31.480	35.173	34.277	nicht bekannt*

Anzahl der nach § 121 a SGB V genehmigten reproduktionsmedizinischen Einrichtungen: 13 (Stand: 2021).

*- Zahlen liegen noch nicht vor

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004781	2022	1.400.074	71.810.275	73.210.348
Weiterentwicklung des psychiatrischen Versorgungssystems	2021	1.064.262	68.315.708	69.379.970

Zielsetzung:
Aufrechterhaltung und Optimierung des psychiatrischen Hilfe-, Versorgungs- und Behandlungssystems unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse psychisch kranker Menschen

Das operative Ziel beinhaltet nur den Kostenträger 79130 „Weiterentwicklung des psychiatrischen Versorgungssystems“

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Gesundheit -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79130	2022	1.400.074	71.810.275	73.210.348
Weiterentwicklung des psychiatrischen Versorgungssystems (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.064.262	68.315.708	69.379.970

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	74,64	74,62
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	541,00	4.567,59
IST - Erträge in €	195,85	1.106,71
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Weiterentwicklung des psychiatrischen Versorgungssystems:
Wahrnehmung ministerieller Aufgaben zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung psychisch erkrankter, einschließlich abhängigkeitskranker und seelisch behinderter Menschen im Land Berlin; Planung, Steuerung und Koordination von Strukturentwicklung und Qualitätssicherung der Versorgung im klinisch stationären/teilstationären/ambulanten sowie im komplementären Bereich; Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen für die Versorgung der Zielgruppen.

Sicherstellung der forensisch-psychiatrischen Versorgung:
Grundsätzliche rechtliche und konzeptionelle Entwicklung, Planung und Struktur des MRV; Sicherstellung der forensisch-psychiatrischen Versorgung, Fachaufsicht über das Krankenhaus des Maßregelvollzugs (KMV), länderspezifische und übergreifende Angelegenheiten der Vollstreckung u. des Vollzuges
Inkl. Fachaufsicht über die Wirtschaftsführung des Krankenhaus des Maßregelvollzugs (KMV)

Fachspezifische Informationen

	2022	2021	2020
Anzahl „Pflegetage“ im Krankenhaus des Maßregelvollzugs (KMV) gesamt	291.130	276.179	259.456
davon extern Untergebrachte	77.173	73.552	63.008
davon Jugendforensik	11.044	10.348	9.731

Korrespondierende Titel:	2021	2020
68268 Zuschuss an Einrichtungen des Maßregelvollzugs	67.296.694	64.076.282
68550 Zuschuss an die Charité für gesundheitliche Aufgaben	687.000	580.000

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 0921 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Landesinstituts für gerichtliche und soziale Medizin. Dieses nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Gerichtliche Gutachter- und Sektionstätigkeit nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst
- Erstellen psychiatrischer und psychologischer Gutachten für die Gerichte
- Durchführung forensisch-toxikologischer Untersuchungen
- Erstellen toxikologischer Gutachten für die Gerichte

Weiterhin obliegt dem Landesinstitut die Zuständigkeit für das Leichenschauhaus mit den Bereichen Leichentransport und -verwahrung und Obduktionsassistenz.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	4	4	3	5	3	5
Relativer Anteil (in %)	50	50	38	63	38	63
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	29	20	25	19	26	19
Relativer Anteil (in %)	50	41	57	43	58	42

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Führungskräfte			
nach VZÄ weiblich:	54.217,38 €	Differenz	20.278,19 €
nach VZÄ männlich:	74.495,57 €		

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Mitarbeitende			
nach VZÄ weiblich:	41.970,68 €	Differenz	21.723,51 €
nach VZÄ männlich:	63.694,19 €		

Das exemplarische durchschnittliche Monatseinkommen der weiblichen Führungskräfte ist geringer als das der männlichen Führungskräfte, da der Anteil der weiblichen Mitarbeiterinnen in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen höher ist als der Anteil in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Außerdem führt ein unterschiedlicher Anteil von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten in den Geschlechtern aufgrund des vergleichsweise geringeren Brutto-Gehaltes (nicht zu zahlende Arbeitgeber-SV-Anteile bei verbeamteten Dienstkräften) zu Unterschieden in den Durchschnittsgehältern, die in keiner Weise mit einer Benachteiligung von Frauen in Zusammenhang stehen. Bei den Mitarbeitenden ist das durchschnittliche Jahresgehalt der männlichen Dienstkräfte höher als das der weiblichen Dienstkräfte, weil das Durchschnittsalter der männlichen Dienstkräfte sowie der Anteil in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen höher ist.

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11150	**314**	**Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Arbeits- und gesundheitlichen Verbraucherschutz**	**550.000**	**550.000**	**500.000**	**532.401,75**

Gebühren nach der Gesundheits- und Pflegewesengebührenordnung (GesPflGebO) für die gesetzlich vorgeschriebene 2. Leichenschau in den Berliner Krematorien, im Leichenschauhaus sowie im Centrum für Anatomie, Bescheinigungen für die Überführung von Verstorbenen ins Ausland, ferner Gebühren für Leichenliegezeiten.

11902	**314**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11903	**314**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**2.400**	**2.400**	**5.000**	**2.400,00**

Für gerichtliche Verrichtungen für andere Bundesländer (auswärtige Gutachten) nach dem Justizvollzugsentschädigungsgesetz - JVEG -.

11934	**314**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlungen externer Firmen (Gutschriften)

11979	**314**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen mit erwarteten Beträgen bis zu 1.000 € im Einzelfall.

		Gesamteinnahmen	**554.400**	**554.400**	**508.000**	**534.801,75**
		Prozentuale Veränderung	**9,1 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**314**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**534.000**	**540.000**	**489.000**	**508.724,52**
42722	**314**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**301.000**	**310.000**	**289.000**	**161.308,12**

Entgelte für:

3 Ärztinnen/Ärzte zur Weiterbildung
2 Berufsanerkennungspraktikantinnen/-praktikanten Medizinische/r Sektions-/Präparationsassistent/in

42801	**314**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.960.000**	**3.079.000**	**3.024.000**	**2.825.755,66**
42811	**314**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**158.000**	**163.000**	**137.000**	**—**
44100	**314**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**22.000**	**22.700**	**9.900**	**20.713,49**
44379	**314**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere für ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften (z. B. Untersuchungen für Bildschirmarbeitsplätze) und für notwendige Hilfsmittel (z. B. Kostenerstattung für Bildschirmarbeitsbrillen) für Dienstkräfte im Rahmen der Fürsorgepflicht.

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**314**	**Geschäftsbedarf**	**12.000**	**12.000**	**11.600**	**9.750,12**

Beschaffung von allgemeinem Geschäftsbedarf (u. a. Büromaterial, Porto/Postwertzeichen, Fachliteratur) und Rundfunkbeitrag GerMed.

51140	**314**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**25.400**	**26.000**	**22.900**	**32.926,55**

Ausgaben für die Instandhaltung und Erneuerung des Sektionsinstrumentariums, Erneuerung von Labor- und Bürogeräten, notwendige Ersatzbeschaffungen für die Forensische Pathologie, Toxikologie und Histologie (spezielle Labor- und Fotogeräte), ergonomische Büromöbelausstattung.

51168 (neu)	**314**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**314**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**314**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**31.000**	**31.000**	**19.000**	**24.112,30**

Kraftfahrzeugsteuer, Inspektionen, Treibstoff, Reparaturen, Bereifung und weitere Verbrauchsmaterialien für drei Leichentransportfahrzeuge.

51408	**314**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**4.000**	**4.000**	**3.000**	**2.411,91**

Ersatz- und Neubeschaffung von Schutzbekleidung und Arbeitsschuhen für die im GerMed Beschäftigten sowie Wäschereiverbrauchsmittel und Fremdreinigungskosten.

51426	**314**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**81.800**	**83.900**	**49.000**	**77.908,50**

Für die Beschaffung von medizinischem Verbrauchsmaterial und Desinfektionsmitteln für den Bereich Forensische Pathologie.

51479	**314**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**55.000**	**55.000**	**51.000**	**56.949,74**

Für die Beschaffung von Desinfektions- und Verbrauchsmitteln einschließlich Chemikalien für den toxikologischen und histologischen Laborbereich.

51701	**314**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Reinigung von Desinfektionsmatten; Entsorgung von Laborabfällen und Asservaten; Mietkosten für Sammelgefäße und Container.

51715	**314**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**225.000**	**225.000**	**225.000**	**225.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten für die Häuser L, O und P am Standort Turmstr. 21, 10559 Berlin (Gesundheits- und Sozialzentrum Moabit - GSZM -).

51803	**314**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**3.500**	**3.500**	**4.900**	**2.815,39**

Mietkosten für 2 Trinkwasserautomaten incl. Austausch von CO^2-Patronen.

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**314**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**249.999,96**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietzahlungen für die Häuser L, O und P am Standort Turmstr. 21, 10559 Berlin (Gesundheits- und Sozialzentrum Moabit - GSZM -).

51910	**314**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Unabdingbare Reparaturen/Renovierungen im GerMed, insbesondere Haus O (Leichenschauhaus/forensische Toxikologie) z. B. Einrichtung und Mobiliar sowie Leuchtmittel, die nicht im Zuständigkeitsbereich der BIM GmbH liegen.

51925	**314**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**14.400**	**14.400**	**14.400**	**8.337,04**

Nutzerspezifische Nebenkosten für Anlagen und Beschaffungen des GerMed
(u. a. Wartung, Beschaffung und Instandsetzung der nutzerspezifischen Anlagen wie z. B. Laborabzüge Toxikologie, Überfallmeldeanlage Haus O - Leichenschauhaus -, Desinfektionsmatten, Madenfallen, elektrische Fliegenfänger, spezielle Desinfektionsmittel, Seifen etc. für die Forensische Pathologie, Histologie und Toxikologie).

52501	**314**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**65,00**

Fachspezifische Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen in und außerhalb Berlins (insbesondere für die Bereiche Forensische Pathologie, Toxikologie und Psychiatrie), die nicht über die Verwaltungsakademie Berlin angeboten werden.

Die Nutzung komplexer Analysensysteme, wie sie im Bereich der Forensischen Toxikologie seit einigen Jahren angewendet werden, erfordert eine kontinuierliche Fortbildung zu hard- und softwarebezogenen Themen und eine Teilnahme an Schulungsmaßnahmen durch entsprechende Fachbeschäftigte. Diese Fachveranstaltungen sind kostenintensiver als allgemeine sonstige Fortbildungsveranstaltungen.

52536	**314**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52610	**314**	**Gutachten**	**17.000**	**18.000**	**17.000**	**17.523,75**

Kosten für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung des GerMed.

52703	**314**	**Dienstreisen**	**2.100**	**3.800**	**3.800**	**523,31**

Dienstreisen für die Beschäftigten des GerMed (insbesondere der Forensischen Toxikologie, Pathologie und Psychiatrie)

54010	**314**	**Dienstleistungen**	**185.000**	**188.000**	**149.000**	**144.891,19**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Ausgaben für Laktat- und Glukoseuntersuchungen in Zusammenhang mit Obduktionen, Ringversuche für die Qualitätssicherung der Arbeit in der forensischen Toxikologie	5.600 €	5.600 €
2.	Beauftragung eines externen Datenschutzbeauftragten	30.000 €	30.000 €
3.	Sonstige Dienstleistungen Externer (u. a. Einsatz Servicetechniker/ Reparaturen Spezialgeräte ohne Wartungsverträge	24.600 €	24.900 €
4.	Wartungsvertrag für QTRAP 5500	44.100 €	44.100 €
5.	Wartungsvertrag mit Massenspektrometer (LC-QTOF)	47.300 €	49.700 €
6.	Wartungsvertrag für Chromatographieeinheit mit Massenspektrometer (TSQ 9000)	18.400 €	18.400 €
7.	Wartungsvertrag ISQ (neu ab 2024)	15.000 €	15.000 €
		185.000 €	187.700 €

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079	**314**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Klimaschutzabgabe GerMed, Veröffentlichungen/Ausschreibungen im Amtsblatt, Kranzspenden, Mieten für Tagungsräume.

81179	**314**	**Fahrzeuge**	**119.000**	**—**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**160.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**160.000**		

Ersatzbeschaffung eines Leichentransportfahrzeuges 2024

81279	**314**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**50.000**	**60.000**	**78.000**	**155.700,58**

	2024	2025
1. Ersatzbeschaffung Reinigungs- und Desinfektionsautomat / Toxikologie…..	15.000 €	
2. Upgrade Chromatographie-MS-System / Toxikologie	20.000 €	
3. Ersatzbeschaffung Reinigungs- und Desinfektionsautomat / Pathologie	15.000 €	
4. Ersatzbeschaffung Evaporator		20.000 €
5. Ersatzbeschaffung von Laborkühlschränken / Toxikologie		40.000 €
	50.000 €	60.000 €

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168 (neu)	**314**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**—**	**—**		**3.997,91**
51185	**314**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**47.100**	**52.500**	**36.900**	**33.402,00**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Betrieb und Pflege der Institutsdatenbank GerMed	32.900 €	34.500 €
2.	Notwendige Maskenanpassungen/zusätzliche Programmierarbeiten in der Institutsdatenbank nach erfolgter Umstellung auf Windows 10, die nicht durch bestehenden Supportvertrag abgedeckt sind	4.600 €	15.400 €
3.	Update Laborsoftware Tox / Toxikologie	7.000 €	0 €
4.	Service/Support Digta Soft	2.600 €	2.600 €
		47.100 €	52.500 €

52536	**314**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Schulungen für die Beschäftigten des GerMed (Institutsdatenbank ambucare)

	Summe Maßnahmegruppe 32	**48.100**	**53.500**	**37.900**	**37.399,91**
	Gesamtausgaben	**5.103.300**	**5.147.800**	**4.890.400**	**4.562.817,04**
	Prozentuale Veränderung	**4,4 %**	**0,9 %**		

Abschluss Kapitel 0921

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**554.400**	**554.400**	**508.000**	**534.801,75**
	Gesamteinnahmen	**554.400**	**554.400**	**508.000**	**534.801,75**
411-462	**Personalausgaben**	**3.976.000**	**4.115.700**	**3.949.900**	**3.516.501,79**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**958.300**	**972.100**	**862.500**	**890.614,67**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**169.000**	**60.000**	**78.000**	**155.700,58**
	Gesamtausgaben	**5.103.300**	**5.147.800**	**4.890.400**	**4.562.817,04**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-4.548.900**	**-4.593.400**	**-4.382.400**	**-4.028.015,29**

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000747 Gerichtsmedizin

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	219.028	219.384	-0,16
Kostenträger	3	Sachkosten	0	0	
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	3	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	16.505	15.183	+8,71
Projekte	0	Gemeinkosten	184.265	163.027	+13,03
		Summe Verwaltungskosten	419.798	397.594	+5,58
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	419.798	397.594	+5,58

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
003642	2022	104.468	0	104.468
Leichenschauhaus	2021	120.003	0	120.003

Die Produktgruppe Leichenschauhaus umfasst die Produkte:

73493 Leichenaufbewahrung (extern)
Leichenaufbewahrung nach der Freigabe durch die Staatsanwaltschaft. Konkrete Ausführungen anbei.

73501 Leichentransport (intern)
Leichenbergung – Leichentransport in das Leichenschauhaus, Auftragsgrundlage GAPolDir Nr. 12/1991 und 14/1992. Kriminalistisch-fachgerechte Bergung des Leichnams, Abtransport und Überführung.

73502 Leichenverwaltung (intern)
Sachgerechte und den gesetzlichen Auflagen entsprechende Verwaltung von Leichen- und Knochenfunden, einschließlich Beratung. Sachgerechte Beratung von Angehörigen, Behörden, Konsulaten etc. Kontrolle und Fertigung der notwendigen Bestattungs- und Leichenpapiere mit notwendiger Korrektur und Herausgabe an die Bestatter.
Asservierung, Herausgabe der Asservate (Wertgegenstände, Bekleidung, Täterwerkzeuge etc.)

80366 Leichenaufbewahrung (intern)
Leichenaufbewahrung ab Einbringung bis zur Freigabe durch die Staatsanwaltschaft.

81263 Praktische Ausbildung und Anleitung (Intern)
Einführung, Ausbildung, Anleitung und Beurteilung der Auszubildenden sowie Gespräche mit den Auszubildenden und anderen Verantwortlichen. Im Rahmen des Ausbildungsziels sollen die berufspraktischen Studien bei den Ausbildungsbehörden dazu dienen, einen unmittelbaren Einblick in die Aufgaben, Arbeitsweisen und Zusammenhänge des GerMed zu Gewinnen sowie die zur Umsetzung der im Studium / der Berufsausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in der Praxis zu erlernen.

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
73493	2022	104.468	0	104.468
Leichenaufbewahrung extern	2021	99.382	0	99.382

	2022	2021
Menge: Leiche pro Tag	818	933
Kosten je ME in €	127,71	106,52
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	24,89	25,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	32.189,75	30.807,75
Kostendeckungsgrad in %	30,81	31,00

Leichenaufbewahrung nach der Freigabe durch die Staatsanwaltschaft

Fachspezifische Informationen

Berechnet wird die Aufbewahrung Verstorbener nach dem 3. Werktag nach der Freigabe durch die Staatsanwaltschaft, (Tarifstelle 41020 GesPflGebO). Die Menge bezieht sich dabei auf die Anzahl aller Leichenliegetage.
Die gebührenpflichtigen Tage der Leichenaufbewahrung sind in 2022 im Vergleich zu 2021 um ca. 12 % gesunken, während gleichzeitig die gebührenfreien Tage der Leichenaufbewahrung (Leichenaufbewahrung intern 80366) um ca. 10 % gestiegen sind. Diese beiden Produkte stehen in einer Wechselbeziehung zu einander. Die gebührenfreie Leichenaufbewahrung erfasst den Zeitraum bis zur staatsanwaltschaftlichen Freigabe einer verstorbenen Person, während die gebührenpflichtige Leichenaufbewahrung den Zeitraum danach betrachtet. Wenn sich der Zeitraum bis zur staatsanwaltschaftlichen Freigabe einer verstorbenen Person verlängert, steht einer bestattungspflichtigen Person oder Behörde mehr Zeit zur Verfügung, die Bestattung und somit den Abtransport aus dem Leichenschauhaus zu organisieren und andersherum. Gründe für die längere Dauer der gebührenfreien Leichenaufbewahrung sind zum einen die steigende Anzahl der in Berlin Verstorbenen, da sich dieser Anstieg (nach aktuellen Schätzungen laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ca. 5 % im Vergleich zu 2021) auch auf die Anzahl der beschlagnahmten Verstorbenen und somit auf die Fallzahl und Bearbeitungsdauer in den Behörden (Polizei, Staatsanwaltschaft, Amtsgericht, GerMed) auswirkt. Auch die in 2022 noch anhaltende Sars-Cov-2-Situation und die Corona-Schutzmaßnahmen (Home-Office-Pflicht, Reduzierung des Vor-Ort-Personals, 3-G Zutrittsbeschränkungen) hatten kleinere Auswirkungen auf die Bearbeitungsdauer innerhalb der vorgenannten Behörden. Mit dem Wegfall dieser Maßnahmen sollte sich der Effekt im laufenden Kalenderjahr jedoch wieder etwas reduzieren.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
003643	2022	315.330	0	315.330
Somatik	2021	277.591	0	277.591

Die Produktgruppe 3643 Somatik – umfasst die Produkte

<u>73494 Gerichtliche Obduktion – intern</u>
Gerichtliche Leichenöffnung mit entsprechender schriftlichen Befundung im Auftrag der Staatsanwaltschaft (Exhumierungen [bei richterlicher Anordnung der Obduktion], Untersuchungen und Begutachtungen von Knochenfunden [für die Zuordnung menschlicher / tierischer Knochen, Feststellung auf Hinweise für Fremdverschulden], Sofortobduktion [bei Verdacht auf Tötungsdelikte], Routineobduktion [nach richterlicher Anordnung])

<u>73517 Forensich-somatisches Gutachten – intern</u>
(bei Fragen zu Reisefähigkeit, Verhandlungsfähigkeit, Haftfähigkeit, Verletzungsfolgen einschließlich Kunstfehlern)

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

73518 2. Leichenschau – extern
Gesetzlich vorgeschriebene Untersuchung eines Verstorbenen durch einen Rechtsmediziner vor der Kremierung.

73519 Fund- und Tatortuntersuchungen – intern
Untersuchung von Leichen bei Verdacht auf nicht natürlichen Tod am Fundort. Rekonstruktion von Tathergängen bei mutmaßlichen Gewaltdelikten (Rekonstruktion von Tathergängen bei mutmaßlichen Gewaltdelikten, Gerichtsärztliche Untersuchung von Leichen am Fundort)

73521 Mündliches Gutachten im Gerichtstermin bezogen auf Somatik – intern
(Gutachten bei Fragen zu Reisefähigkeit, Verhandlungsfähigkeit, Haftfähigkeit, Kunstfehlern, Gutachtenerstellung im Rahmen von kurzfristig angeordneten Hausbesuchen im Bereich Somatik)

73523 Geschädigten- / Beschuldigtenuntersuchungen – intern
gerichtsärztliche Untersuchung von Betroffenen im Rahmen von Körperverletzungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen u. ä. (Entnahmen von Haar-, Speichel- und Blutproben, gerichtsärztliche Untersuchung bei Vergewaltigungsopfern oder Tatverdächtigen, gerichtsärztliche Untersuchung bei Misshandlungsverletzungen, gerichtsärztliche Untersuchung von Geschädigten oder Beschuldigten auf Verletzungen einschließlich der Beurteilung von Folgen)

73524 Sonstige Maßnahmen in Leichensachen – intern
Erhebung von Identifizierungsmaßnahmen, zusätzliche Untersuchungen sowie Befunderhebung und Dokumentation an Leichen (Entnahmen von Organmaterial ohne Obduktion, Leichenblutentnahmen, Fotodokumentation, Befundung von Abstrichmaterial, Erhebung von Zahnstatus und weiteren Identifizierungsmerkmalen, Organpräparationen, Röntgenuntersuchungen, Feingewebliche Untersuchungen)

81262 Ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen – extern
Erstellen der ärztlichen Unbedenklichkeitsuntersuchung für den Transport eines Verstorbenen außerhalb des Gebietes der BRD. Inklusive Sichtung von ggf. ärztlichen Unterlagen, Untersuchung des Verstorbenen, ggf. Versagung der Bescheinigung bei Ansteckungsgefahr oder Hinweis auf notwendige, zu erfüllende Schutzmaßnahmen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
73518	2022	289.580	0	289.580
2. Leichenschau	2021	277.591	0	277.591

	2022	2021
Menge: Anzahl der besichtigten Leichen	16.191	16.649
Kosten je ME in €	17,89	16,67
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	68,98	69,82
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	497.938,00	544.144,00
Kostendeckungsgrad in %	171,95	196,02

Zweite ärztliche Untersuchung eines Leichnams vor der Einäscherung in einem Krematorium

Fachspezifische Informationen
Die Rechtsmediziner des Landesinstituts für gerichtliche und soziale Medizin Berlin sind Ärzte des zuständigen gerichtsmedizinischen Instituts nach § 20 Abs. 1 Bestattungsgesetz. Ihnen obliegt die Pflicht der zweiten Leichenschau für Verstorbene, die in einem der Berliner Krematorien kremiert werden sollen und für Verstorbene, die zum Zweck der Kremierung in ein Land außerhalb des Bundesgebietes überführt werden sollen, in dem eine zweite Leichenschau nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Ohne die zweite Leichenschau ist eine Kremierung nicht zulässig.

Die Anzahl der 2. Leichenschau ist in 2022 im Vergleich zu 2021 mit ca. 2,8 % leicht gesunken. Im Zeitraum Dezember 2020 bis Februar 2021 gab es mit einer Menge von 5.078 Stk. durchgeführter zweiter Leichenschau ein Hoch, welches im Folgejahr im Zeitraum von Dezember 2021 bis Februar 2022 mit einer Menge von 4.165 Stk. wieder gesunken ist.

Gemeinsames Krebsregister

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Gemeinsamen Krebsregister ist zum 01.01.2023 geschlossen worden.

Das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen wurde als nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts des Landes Berlin geführt.

Grundlage für die Errichtung, den Betrieb und die Finanzierung des Gemeinsamen Krebsregisters war der Staatsvertrag über das Gemeinsame Krebsregister vom 20./24. November 1997, zuletzt geändert durch den Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages vom 29. März, 3./5./10./25. April und 2. Mai 2017 in Verbindung mit den Gesetzen zum Staatsvertrag der beteiligten Länder und dem Krebsregistergesetz.

Zur Krebsbekämpfung, insbesondere zur Verbesserung der Datengrundlage für die Krebsepidemiologie, wurden fortlaufend personenbezogene Daten über das Auftreten von Krebserkrankungen erhoben, gespeichert und für gesundheitspolitische Maßnahmen sowie für wissenschaftliche Forschungszwecke der beteiligten Länder ausgewertet. Darüber hinaus wurden Krebsregisterdaten für Forschungsvorhaben Dritter, vornehmlich anonymisiert, bereitgestellt sowie regelmäßig Berichte über die Entwicklung der Krebserkrankungen veröffentlicht.

Die am Gemeinsamen Krebsregister beteiligten Länder hatten einvernehmlich die Auflösung des Gemeinsamen Krebsregisters zum 31.12.2022 beschlossen. Die klinischen Krebsregister der Länder sollen zu integrierten Registern ausgebaut werden, welche die Aufgaben der klinischen und der epidemiologischen Krebsregistrierung unter einem Dach wahrnehmen. Das Land Berlin hat den Staatsvertrag daher zum 31.12.2022 gekündigt und das gemeinsame Krebsregister zum 01.01.2023 geschlossen.

Gemeinsames Krebsregister

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979 (neu)	**314**	**Verschiedene Einnahmen**		**—**	**—**	**74.292,06**
23204 (neu)	**314**	**Anteil der Länder an den Ausgaben**		**—**	**—**	**565.993,21**
		Gesamteinnahmen		**—**	**—**	**—** **640.285,27**
		Prozentuale Veränderung		**—**	**—**	
		Ausgaben				
42701	**314**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**			**1.000**	**16.650,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
42801	**314**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**			**1.425.000**	**1.083.295,41**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
44379 (neu)	**314**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**		**—**	**—**	**59,00**
51101 (neu)	**314**	**Geschäftsbedarf**		**—**	**—**	**2.028,24**
51111 (neu)	**314**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160 (neu)	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51185 (neu)	**314**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715 (neu)	**314**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**		**—**	**—**	**80.300,00**
51803 (neu)	**314**	**Mieten für Maschinen und Geräte**		**—**	**—**	**1.195,95**
51820 (neu)	**314**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**		**—**	**—**	**117.996,00**
52610 (neu)	**314**	**Gutachten**		**—**	**—**	**955,08**
54010 (neu)	**314**	**Dienstleistungen**		**—**	**—**	**212.890,84**
68579 (neu)	**314**	**Mitgliedsbeiträge**		**—**	**—**	**250,00**

Gemeinsames Krebsregister

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51111 (neu)	**314**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**		**—**	**—**	**112,75**
51160 (neu)	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**		**—**	**—**	**7.480,50**
		Summe Maßnahmegruppe 31		**—**	**—**	**7.593,25**

Gemeinsames Krebsregister

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185 (neu)	**314**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**—**	**—**		**14,92**
		Summe Maßnahmegruppe 32	**—**	**—**	**—**	**14,92**
		Gesamtausgaben	**—**	**—**	**1.426.000**	**1.523.228,69**
		Prozentuale Veränderung	**-100,0 %**	**—**		
		Abschluss Kapitel 0922				
111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**—**	**—**	**—**	**74.292,06**
211-299		**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**565.993,21**
		Gesamteinnahmen	**—**	**—**	**—**	**640.285,27**
411-462		**Personalausgaben**	**—**	**—**	**1.426.000**	**1.100.004,41**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**—**	**—**	**—**	**422.974,28**
611-699		**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**250,00**
		Gesamtausgaben	**—**	**—**	**1.426.000**	**1.523.228,69**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**—**	**—**	**-1.426.000**	**-882.943,42**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zur Erfüllung der der Abteilung II – Pflege - der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege obliegenden Aufgaben, sofern diese nicht zentral bei Kapitel 0900 nachgewiesen werden.

Die Abteilung Pflege gliedert sich wie folgt:

Zukunft der Pflege und Digitalisierung; Grundsatzangelegenheiten der Altenhilfe und des Altenhilfesystems; Angelegenheiten der interkulturellen Öffnung der Pflege- und Altenhilfestrukturen; Landespflegestrukturplanung
Pflegeberufe und Fachkräftesicherung in der Pflege
Verträge für Einrichtungen des Sozialwesens, Vertragsangelegenheiten des Sozialhilfeträgers nach SGB XII und SGB XI, Grundsatz- und Einzelangelegenheiten der Förderung und Finanzierung stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen einschließlich Bauplanung, Landesbehörde für Investitionsentgelte von Pflegeinrichtungen, Maßnahmen zur Erweiterung der landeseigenen Pflegestrukturen
Soziale Pflegeversicherung SGB XI, Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII, einschließlich Steuerung und Qualitätsmanagement, Bundesheimrecht und Nachfolgerecht
Querschnittsthemen: Personal- und Haushaltsangelegenheiten, Koordination und Aufgabensteuerung, Web-Redaktion und Digitalisierung der Abteilung, Pflegebeauftragter, Weiterentwicklung der Pflege im Land Berlin

B. Gender Budgeting

a) Geschlechtssensitive Daten liegen bei dem Titel 68406 vor.

b) Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	9	2	9	2	9	2
Relativer Anteil (in %)	82	18	82	18	82	18
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	30	14	34	17	37	15
Relativer Anteil (in %)	68	32	67	33	71	29

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Führungskräfte			
nach VZÄ weiblich:	94.141,52 €	Differenz	3.932,40 €
nach VZÄ männlich:	98.073,92 €		

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Mitarbeitende			
nach VZÄ weiblich:	54.379,24 €	Differenz	-5.934,19 €
nach VZÄ männlich:	48.445,05 €		

Das exemplarische durchschnittliche Monatseinkommen der weiblichen Führungskräfte ist geringer als das der männlichen Führungskräfte da der Anteil der weiblichen Mitarbeiterinnen in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen höher ist als der Anteil in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Außerdem führt ein unterschiedlicher Anteil von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten in den Geschlechtern aufgrund des vergleichsweise geringeren Brutto-Gehaltes (nicht zu zahlende Arbeitgeber-SV-Anteile bei verbeamteten Dienstkräften) zu Unterschieden in den Durchschnittsgehältern, die in keiner Weise mit einer Benachteiligung von Frauen in Zusammenhang stehen. Ein weiterer Einflussfaktor auf die Höhe des durchschnittlichen Monatseinkommens ist die Altersstruktur. Die weiblichen Führungskräfte sind jünger, was sich ebenfalls reduzierend auf das exemplarische durchschnittliche Monatseinkommen der weiblichen Beschäftigten auswirkt. Bei den Mitarbeitenden ist das durchschnittliche Jahresgehalt der weiblichen Dienstkräfte höher als das der männlichen Dienstkräfte, weil das Durchschnittsalter der weiblichen Dienstkräfte sowie der Anteil in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen höher ist.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11152	**011**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gebühren für Schiedsstellenverfahren gemäß § 36 PflBG.				
11921	**219**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**366.224,43**
		Erstattung von in Vorjahren gewährten Zuwendungen nebst Zinsen.				
11934	**253**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Erstattung von nach Landespflegeeinrichtungsgesetz (LPflegEG) gewährten Fördermitteln nebst Zinsen, ferner sonstige Rückzahlungen.				
23190	**253**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**			**1.000**	**178.985,86**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
28101	**219**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Ersatz von Ausgaben der Schiedsstelle gemäß § 36 PflBG.				
		Gesamteinnahmen	**23.000**	**23.000**	**24.000**	**545.210,29**
		Prozentuale Veränderung	**-4,2 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201	**011**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**1.000**	**1.000**	**13.000**	**—**
		Aufwandsentschädigung für den Schiedsstellenvorsitz gem. § 36 PflBG i.V.m. § 14 PflBSchV.				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.045.000**	**1.086.000**	**1.340.000**	**924.831,61**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**5.000**	**5.000**	**1.000**	**3.000,00**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.280.000**	**3.495.000**	**2.883.000**	**2.884.541,29**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**347.000**	**358.000**	**218.000**	**29.407,73**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**165.000**	**170.000**	**107.000**	**154.826,37**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**8.000**	**8.000**	**5.000**	**7.898,00**

Nr.	Maßnahme	Haushaltsjahr a)2023 b)2024 c)2025 €
1	Aus- und Fortbildungen der Abteilung Pflege	a) 5.000 b) 6.000 c) 6.000
2	Fachgespräche Pflege	a) 0 b) 1.000 c) 1.000
3	Abteilungsklausur	a) 0 b) 1.000 c) 1.000

Zu 1.:
Teilnehmergebühren im Rahmen dienstlicher Aus-, Fort- und Weiterbildung inklusive teambildender/ teamentwickelnder Maßnahmen innerhalb Berlins und Schulung von Ersthelfern.
Zu 2.:
Mittel für das monatlich stattfindende Fachgespräch Pflege.
Zu 3.:
Mittel für die Abteilungsklausur zur partizipativen Weiterentwicklung der Abteilung.

52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**35.000**	**35.000**	**35.000**	**—**

Gebühren für Schiedsstellenverfahren gemäß § 76 SGB XI, § 80 Abs. 1 SGB XII und § 36 PflBG sowie für Verfahrenskosten der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**7.000**	**7.000**	**5.000**	**1.717,60**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für länderübergreifende Fachgremien und Fachveranstaltungen.

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**2.000**	**2.000**	**2.200**	**200,00**

Für Repräsentationsverpflichtungen (Arbeits- und Netzwerktreffen, Empfang von Delegationen).

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**60.000**	**60.000**	**50.000**	**22.455,24**

Für Herstellung und Veröffentlichung von Informationsmaterialien und -medien zum Themenfeld Alter, Pflegebedürftigkeit und Sterben sowie für Öffentlichkeitsarbeit und zur Dokumentation von Veranstaltungen.
Gem. § 15 EGovG sind alle informationstechnischen Angebote der Berliner Verwaltung allgemein und barrierefrei zugänglich zu gestalten. Im Ansatz wurden entsprechende Mittel hierfür berücksichtigt.

53319 (neu)	**011**	**Landespflegestrukturplanung**	**15.000**	**25.000**		

Umsetzung der Schwerpunkte der Regierungspolitik

Der Landespflegeausschuss (LPA) ist Berlins wichtigstes Beratungsgremium für Fragen der Pflege nach dem SGB XI. Mit dem Ziel der umfassenden und gleichberechtigten Beteiligung aller an der Pflege involvierten Gruppen (Pflegebedürftige, pflegende An- und Zugehörige, professionell Pflegende, Kostenträger, Verwaltung und Leistungserbringer) wurden der Mitgliederkreis und die Zahl der Mitglieder von 14 auf 30 erhöht. Rechtliche Grundlagen für die Zusammensetzung und die Arbeit des Landespflegeausschusses (LPA) sind § 8a SGB XI und die Landespflegeausschuss-Verordnung.

54002 (neu)	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**5.000**	**13.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**10.000**	**10.000**		
		Davon fällig 2025	**10.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**10.000**		

Mittel dienen für intern und extern begleitete Maßnahmen zur Organisationsentwicklung sowie Teambildung und –entwicklung und der externen Begleitung der Leitungsklausur der Abteilung.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**314**	**Dienstleistungen**	**1.984.000**	**2.066.000**	**2.144.000**	**2.116.120,47**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.664.000**	**2.201.000**		
		Davon fällig 2025	**3.306.000**			
		Davon fällig 2026	**358.000**	**1.701.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**500.000**		

Nr.	Maßnahme	Haushaltsjahr a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1	Externe Durchführung von wissenschaftlichen Evaluationen und Untersuchungen zur Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen	a) 20.000 b) 20.000 c) 20.000
2	Vorsorgefonds gesundheitliche Versorgung hochaltriger Menschen - Begleitung 80plus - Rahmenstrategie	a) 100.000 b) 200.000 c) 200.000
3	Steuerung Transferausgaben und Leistungsqualität der ambulanten Hilfe zur Pflege einschl. Eindämmung des Leistungsmissbrauchs	a) 40.000 b) 40.000 c) 40.000
4	Fachkräftesicherung in der Pflege	a) 275.000 b) 300.000 c) 305.000
5	Initiative „Pflege 4.0 - Made in Berlin“ - Begleitung	a) 80.000 b) 80.000 c) 80.000
6	Maßnahmen zur Erweiterung der landeseigenen Pflegeinfrastruktur	a) 400.000 b) 300.000 c) 300.000
7	Berufs- und Studienorientierung (BSO) Pflege	a) 300.000 b) 325.000 c) 330.000
8	Ausbau und Fortführung von Kooperationsstrukturen in der Pflegeausbildung	a) 250.000 b) 280.000 c) 285.000
9	Gutes Leben im Alter Gesetz: Gutachten zur Begleitung des Gesetzgebungsprozesses	a) 250.000 b) 154.000 c) 149.000
10	Landespflegestrukturplanung: Weiterentwicklung von Planungsgrundlagen	a) 0 b) 25.000 c) 50.000
11	Evaluation	a) 0 b) 0 c) 50.000
12	Fachkräftemonitoring Pflege	a) 0 b) 10.000 c) 7.000
13	Krisenvorsorge und Klima im Bereich Pflege	a) 0 b) 200.000 c) 200.000
14	Wirtschaftlichkeits- und Qualitätsprüfungen in der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII	a) 0 b) 150.000 c) 150.000

Summe 2023	1.715.000*
Summe 2024	1.984.000
Summe 2025	2.066.000

* Der Ansatz 2023 weicht von der Summe für 2023 ab, da gegenüber dem letzten Haushaltsplan teilweise andere Maßnahmen bei diesem Titel aufgeführt werden. Abgebildet sind nur solche Maßnahmen, die auch weiterhin bei diesem Titel nachgewiesen werden. Änderungen ergeben sich bei:

- Konzeptionierung und Realisierung der Landespflegestrukturplanung (unter neuer Projektbezeichnung fortgesetzt)
- Präventive Berliner Hausbesuche (wird ab 2023 im 68406 umgesetzt)
- Zusatzqualifikation für digitale Kompetenzen (entfällt)

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Zielgruppe:	Pflegebedürftige Menschen, ihre An- und Zugehörigen sowie beruflich und ehrenamtlich Pflegende
Zielsetzung:	Die Inanspruchnahmen durch Personen mit Geschlechtsangabe betragen nur rund ein Drittel der gesamten Nutzungen. Im Sinne anonymer/niedrigschwelliger Zugänge erscheint dies sachgerecht und unterstreicht den genderinklusiven Ansatz der Projekte.
Steuerungsmaßnahmen:	Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Zu 1.:
Aufgrund der prognostizierten steigenden Zahlen an Pflegebedürftigen in Berlin insgesamt und bezogen auf bestimmte Personengruppen (z.B. Menschen mit demenziellen Erkrankungen, Menschen mit Migrationshintergrund) sind Impulse für die Qualität in der Pflege zu setzen und dadurch die Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen zu beeinflussen. Um passgenaue Lösungen zu finden, bedarf es wissenschaftlicher Evaluationen und Forschungen durch Externe.

Zu 2.:
Im Land Berlin steigt die Zahl der ab 80-Jährigen von derzeit rund 203.000 auf 263.000 im Jahr 2030. Um die gesundheitliche und pflegerische Versorgung noch besser an den besonderen Bedarfslagen hochaltriger Menschen auszurichten, wurde in Berlin der Prozess 80^{plus} initiiert, an dessen Ende die Erarbeitung der 80^{plus}-Rahmenstrategie stand. Mit den eingestellten Mitteln werden konkrete Vorhaben aus der 80^{plus}-Rahmenstrategie umgesetzt bzw. evaluiert.

Zu 3.:
Unterstützung und Begleitung durch eine externe Rechtsanwaltskanzlei zur juristischen Absicherung der Verfahrens- und Vorgehensweisen bei der Eindämmung des Leistungsmissbrauchs und der Abrechnungsmanipulation in der Pflege, einschl. der Erarbeitung und Weiterentwicklung administrativer und berlinweit gültiger Anwendungsinstrumente des Verwaltungsverfahrensrechts zur Realisierung der Rückübertragung unberechtigt gezahlter Transfermittel an Pflegedienste bzw. Leistungsempfänger/innen. Umsetzung des seit Inkrafttreten des PSG II gültigen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auch für die Leistungsgewährung. Hier besteht erheblicher rechtlicher Anpassungs- und Modernisierungsbedarf zur Erreichung eines individuell zugeschnittenen Leistungsarrangements auch in der Pflege.

Zu 4.:
Die Förderung von Vernetzung, Austausch und Kooperation der verschiedenen Beteiligten der Berliner Pflegelandschaft soll durch das Projekt nachhaltig vorangebracht werden. Das Wissen der Praxis wird dadurch unmittelbar für die Erarbeitung von Handlungsstrategien zur Fachkräftesicherung genutzt, damit Maßnahmen der Komplexität des Problems gerecht werden und letztlich von den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren sowohl getragen als auch umgesetzt werden.

Zu 5.:
„Mein Technik Finder“ wird die Suche und Auseinandersetzung mit der eigenen Pflegesituation und der Inanspruchnahme von digitalen/ technischen Hilfsmitteln in der Häuslichkeit revolutionieren. Um die Entwicklung und Anwendung des Vorhabens wissenschaftlich zu begleiten und den Mehrwert für die Zielgruppe zu unterfüttern wird eine Evaluation durchgeführt. Um das Vorhaben nach der Programmierung und Veröffentlichung in der Zielgruppe (pflegebedürftige Menschen, pflegende Angehörige, interessierte Senior:-innen) bekannt zu machen, soll eine zielgruppenspezifische Werbe-/Bekanntmachungsstrategie entwickelt und umgesetzt werden.

Zu 6.:
Ziel der Maßnahmen ist die Erweiterung der landeseigenen Pflegeinfrastruktur. Dies erfolgt vor dem Hintergrund, die Pflege als Kernbestandteil der Daseinsvorsorge zu begreifen und damit auch neue kommunale Pflegeeinrichtungen zu schaffen und vor allem kommunal zu gestalten. Damit soll erreicht werden, dass das Land Berlin selbst mit kommunalen Einrichtungen die Möglichkeit hat, an einer zukunftsorientierten Versorgungslandschaft unter den Gesichtspunkten der Quartiersentwicklung und des Sozialraumbezuges aktiv in der konkreten Umsetzung mitwirken zu können. Im Rahmen der Umsetzung werden u. a. rechtliche Beratungsdienstleistungen benötigt. Diese betreffen z.B. wettbewerbs-, vergabe-, vertrags-, bau- und sozialrechtliche Fragestellungen. Weiterhin sollen Fragen der Festlegung einer zukunftsfähigen Infrastruktur inkl. der Kapazitätsdimensionen und der konzeptionellen Orientierung, die auch Fragen von Klima- und Hitzeschutz beinhaltet sowie die Rahmenbedingungen der späteren Refinanzierung geklärt werden.

Zu 7.:
Gewinnung von Auszubildenden und Studierenden für die Pflegeberufe durch Fortführung der Kampagne #PflegeDeineZukunft, Erstellung von didaktischen Materialien für die Berufsvorbereitung in der Allgemeinbildung, Berufsmessen u.a.

Zu 8.:
Der Betrieb und die Weiterentwicklung der aus Landes- und Bundesmitteln entwickelten Informations- und Kommunikationsplattform sowie zentralen Koordinierungsstelle für Pflegeschulen und ausbildenen Einrichtungen zur Unterstützung der Umsetzung der Ausbildungen nach Pflegeberufegesetz sowie Pflegefachassistenzgesetz hat sich zu einem zentralen Element im Konzept der berlinweiten Ausbildungsoffensive in der Pflege und Fachkräftesicherung entwickelt und bietet die Voraussetzung dafür, neue und veränderte Herausforderungen schnell zu identifizieren und passende Lösungsstrategien zu entwickeln.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zu 9.:
Das Vorhaben soll in einem Dialogverfahren mit Seniorengruppen ein Altenhilfestrukturgesetz auf Grundlage des § 71 SGB XII erarbeiten. Mit dem Gesetz wird das Ziel verfolgt, soziale Ungleichheit älterer Menschen in Berlin durch eine Annäherung an gleichwertige Lebensverhältnisse in den Bezirken abzumildern.

Zu 10.:
Maßnahmen zur Qualifizierung von der Daten- und Planungsgrundlagen zur Entwicklung von abgestimmten, bedarfsgerechten und integrierten Lösungen und eine bessere Steuerung von pflegerischen Angeboten im Rahmen der Landespflegestrukturplanung.

Zu 11.:
Evaluation des bestehenden Ausbildungsplatz-Lehrkraft -Schlüssels gemäß § 4 Abs. 1 S. 5 Berliner Pflegeschulanerkennungsverordnung (BlnPflSchulAnerkV).

Zu 12.:
Geplant ist ein gemeinsames Fachkräftemonitoring mit dem Land Brandenburg als Grundlage für alle weiteren Maßnahmen der Fachkräftesicherung und um neben einer Bedarfsprognose auch Modellierungen zur Überprüfung der Wirksamkeit bestimmter Maßnahmen vornehmen zu können.

Zu 13.:
Entwicklung von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen der Notfallvorsorge, um auf soziale, wirtschaftliche und ökologische Krisen und Notfälle adäquat vorbereitet zu sein und dadurch die vulnerable Gruppe der Pflegebedürftigen zu schützen.

Zu 14.:
Die vom Gesetzgeber gem. 76a Abs. 2 SGB XII iVm § 78 Abs. 1 SGB XII vorgesehene Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen in der Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII soll gem. der gesetzlichen Option durch Beauftragung an Dritte in einem vorerst zweijährigen Projektzeitraum erprobt und evaluiert werden. Für die Prüfungen kommen insbesondere bereits etablierte Prüfinstanzen in Betracht, die über ausreichende Expertise bei der Durchführung von Prüfungen im SGB XI Bereich vorweisen können.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**17.000**	**17.000**	**20.000**	**2.570,33**

Durchführung von Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zu pflegepolitisch relevanten Themen: Alter, Pflege und Sterben, Altenhilfe und Vernetzung von pflegerischen Versorgungsstrukturen im Sozialraum, Demenz, hospizlicher- und palliativer Versorgung, Digitalisierung in der Pflege, Pflegefachkräfte- und Pflegefachassistenzausbildung, Steuerung der ambulanten Hilfe zur Pflege sowie jährliche Sonderveranstaltung des Landespflegeausschusses gem. § 7 Abs. 3 i. V. m. § 12 Abs. 2 LPflegeA.

63430	**290**	**Zuführungen an das Sondervermögen für den Ausbildungsfonds Pflegeberufe**	**29.540.000**	**29.540.000**	**29.540.000**	**16.862.147,82**

Landesanteil am Finanzierungsbedarf des Ausgleichsfonds zur Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege nach § 33 Abs. 1 Nr. 3 Pflegeberufegesetz (PflBG) i.V.m. § 13 Abs. 2 S. 1 PflAFinV.

Die Übersicht über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens - Ausgleichfonds des Landes Berlin nach dem Pflegeberufegesetz (PflBG) - wird in der Anlage des Kapitel 1160 nachgewiesen.

Gender Budget: Aufgrund der Neuauflage des Ausgleichsfonds können noch keine genderrelevanten Daten erhoben werden. Da das Angebot einen genderinklusiven Ansatz verfolgt, sind bisher keine Steuerungsbedarfe erkennbar.

68148	**253**	**Zuschüsse für einkommensorientierte Förderung**	**500.000**	**550.000**	**600.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.019.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**244.000**			
		Davon fällig 2026	**244.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**364.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**167.000**	**—**		

Förderprogramm zur Lehrkräftebildung für die Ausbildungen in der Pflege. Es braucht mehr Lehrkräfte für die Pflegeassistenz- und Pflegefachkraftausbildung, um mehr Menschen an die Pflege heranführen und ausbilden zu können.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68406	**219**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**5.372.000**	**5.578.000**	**6.098.000**	**3.722.840,36**
		Verpflichtungsermächtigung	**900.000**	**1.013.000**		
		Davon fällig 2025	**900.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.013.000**		

Nr.	Maßnahme	Haushaltsjahr a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1	Förderungen von Angeboten und Modellvorhaben gemäß §§ 45 c und d SGB XI	a) 2.603.000 b) 2.073.000 c) 2.149.000
2	Projekt „InterkulturelleBrückenbauerInnen in der Pflege“	a) 900.000 b) 830.000 c) 860.000
3	Förderung der Gerontopsychiatrisch-Geriatrischen Verbünde (GGV)	a) 200.000 b) 100.000 c) 100.000
4	Maßnahmen zur Stärkung regionaler ambulanter Hospiz- und Palliativversorgung	a) 410.000 b) 334.000 c) 334.000
5	Schulabschlussprogramm im Rahmen der Ausbildungsoffensive Pflegeberufe	a) 500.000 b) 305.000 c) 305.000
6	Initiative „Pflege 4.0 - Made in Berlin“ - Umsetzung	a) 300.000 b) 220.000 c) 220.000
7	Beratung der Verbraucherzentrale zu Pflegeverträgen	a) 200.000 b) 200.000 c) 200.000
8	Hilfeangebot für von Vereinsamung und Isolation betroffene oder bedrohte ältere Menschen	a) 185.000 b) 150.000 c) 150.000
9	Präventive Hausbesuche	a) 800.000 b) 810.000 c) 810.000
10	Anlaufstelle Vertrauensperson in Pflege-Wohngemeinschaften	a) 0 b) 150.000 c) 150.000
11	Landespflegestrukturplanung: Schaffung einer niedrigschwelligen Beteiligungsstruktur für Pflegebedürftige und pflegende An- und Zugehörige	a) 0 b) 50.000 c) 50.000
12	Digitale Informationsplattform für Ältere in Berlin – Seniorennetz.Berlin	a) 0 b) 150.000 c) 250.000
	Summe 2023	6.098.000
	Summe 2024	5.372.000
	Summe 2025	5.578.000

Zu 1.:

	2024	2025
1. Förderung des Auf- und Ausbaus von Angeboten und Modellvorhaben gemäß §§ 45 c und d SGB XI (Kontaktstellen Pflegeengagement, Angebote zur Unterstützung im Alltag)	1.903.000 €	1.979.000 €
2. Auf- und Ausbau von regionalen Netzwerken gemäß § 45 c Abs. 9 SGB XI	20.000 €	20.000 €
3. Förderung des Auf- und Ausbaus von Angeboten und Modellvorhaben gemäß § 45 c Abs. 6 SGB XI zur Kofinanzierung zusätzlicher Fördermittel	150.000 €	150.000 €
	2.073.000 €	2.149.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen zu Nr. 1.3 werden benötigt, um analog der Förderung des Bundesversicherungsamts zweijährige Zuwendungsbescheide zu erlassen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	1.497	854	1.271	779	1.369	881
Relativ	64%	36%	62%	38%	61%	39%
Ressourcen (in €)	1.083.228	609.316	1.043.460	639.540	1.049.247	670.830

Zielgruppe	Pflegebedürftige aller Altersgruppen;
Zielsetzung	Der gesetzliche Anspruch auf Unterstützung im Alltag nach § 45a SGB XI besteht gleichermaßen für Männer und Frauen. Die höhere Zahl der Nutzerinnen entspricht der Bevölkerungsstruktur im höheren Lebensalter. Es liegt somit eine bedarfsgerechte Förderung von Männern und Frauen vor. Bei den in diesem Zusammenhang freiwillig tätigen Ehrenamtlichen überwiegt der Anteil von Frauen. Dies entspricht der bundesweiten Engagementstruktur. Ziel ist es, den Anteil der Ehrenamtlichen weiter zu erhöhen.
Steuerungsmaßnahmen	Gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Information zu den Angeboten zur Unterstützung im Alltag sowie zur Werbung von Ehrenamtlichen

Zu 2.:
Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit unterschiedlichen Muttersprachen „bauen Brücken“ zwischen Einrichtungen der Pflege und pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund.

Zu 3.:
Ausbau und Förderung der nachhaltigen sektorenübergreifenden Vernetzung der Gerontopsychiatrisch-Geriatrischen Verbünde (GGV) in den Bereichen Struktur/Organisation, Vernetzung und Weiterentwicklung von Ansätzen und Instrumenten zur Schnittstellenverbesserung unter Einbindung der Bezirksämter.

Zu 4.:
Maßnahmen zur Stärkung regionaler ambulanter Hospiz- und Palliativversorgung/ -Förderung innovativer Ansätze zur nachhaltigen Verbesserung der Versorgung am Lebensende für unterschiedliche Zielgruppen und Versorgungssettings (ambulant/stationär) in Umsetzung der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen, Ausbau und Förderung der Koordination von Hospiz- und Palliativnetzwerken.

Zu 5.:
Ziel: Erlangung des notwendigen Schulabschlusses, um die Pflegehelferausbildung beginnen und erfolgreich abschließen zu können. Zielgruppe: Erwachsene ohne Schulabschluss und Berufsausbildung. Laufzeit eines Projektdurchgangs: zwei Jahre. Durch das Projekt soll die Durchlässigkeit gewährleistet werden.

Zu 6.:
Das Kompetenzzentrum „Pflege 4.0“ leistet seit 2020 wichtige Aufklärungsarbeit im Bereich der Digitalisierung in der Pflege. In diesem weiten Feld werden stetig neue Herausforderungen/ -Möglichkeiten und Potenziale deutlich. Diese gilt es zielgruppengerecht an die professionelle Pflege, die pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörige zu vermitteln und das Voranschreiten der Digitalisierung der Pflege zu befeuern. Mit der verpflichtenden Anbindung an die TI wird das Kompetenzzentrum „Pflege 4.0“ in den nächsten Jahren eine wichtige Anlaufstelle bei Fragen der Einrichtungen und Pflegedienste sein. Mit der Umsetzung des „Mein Technik Finders“ wird der häusliche Pflege-Alltag revolutioniert. Das gesamte Vorhaben kann bundesweit als Leuchtturm- Projekt gesehen werden und als Orientierung für weitere, auf die vulnerable Zielgruppe abgestimmte und dringend benötigte Vorhaben dienen.

Zu 7.:
Rechtsberatung für Pflegebedürftige.

Zu 8.:
Finanzierung des Projekts Silbernetz e.V. in Kooperation mit dem Humanistischen Verband. Sicherstellung der Finanzierung der Verwaltungskosten.

Zu 9.:
Die Präventiven Berliner Hausbesuche (BHB) wurden seit Mitte 2021 zunächst in zwei, seit Mitte 2022 in sechs Bezirksregionen erprobt mit dem Ziel, durch Gesundheitsförderung und Teilhabe den Eintritt von Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern oder zu vermeiden. Der erste Evaluationsbericht aus Juni 2022 (liegt dem AGH im seit November 2022 vor) macht deutlich, dass zu 75% alleinlebende Menschen erreicht werden, 50% aller Besuchten leiden unter sozialer Isolation, welche ein hohes Krankheits- und Pflegebedürftigkeitsrisiko birgt. Das vorpflegerische Lotsen- und Brückenangebot zur Verbesserung der sozialen Teilhabe, der Gesundheitsförderung und der Weitervermittlung in bedarfsgerechte Angebotsstrukturen kann Pflegebedürftigkeit verzögern und kostendämpfend wirken.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zu 10.:
Einrichtung einer „Anlaufstelle Vertrauenspersonen“ in Pflege-Wohngemeinschaften zur Unterstützung der Sozialraumintegration von anbieterverantworteten Pflege-Wohngemeinschaften im Sinne des § 16 Absatz 4 WTG.

Zu 11.:
Die Maßnahme dient der Schaffung einer niedrigschwelligen Beteiligungsstruktur für pflegebedürftige Menschen, pflegende Angehörige und sowie Vertretungen (etwa Heimbeiräte, Fürsprecher:innen, Betreuer:innen).
Ziele sind die Vernetzung, die Bedarfserhebung, die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen und das Empowerment der Zielgruppen.

Zu 12.:
Finanzierung der digitalen Internet-Plattform „seniorennetz.berlin“ zur Information Älterer über Freizeit-, Kultur-, Bildungsangebote, Angebote der gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung und zu Beratungs- und Informationsangeboten zu Fragen der Organisation von Pflege in Berlin. Seit 2020 wird mit Mitteln der Deutschen Klassenlotterie Berlin das Internetportal „seniorennetz.berlin“ umgesetzt. Abschluss des Modellprojekts ist Dezember 2023. Das Portal erfüllt alle Voraussetzungen für umfassende und neutrale Informationen für ältere Menschen in Berlin im Bereich der Teilhabe, der psychosozialen Unterstützung und der Pflegevorbereitung.

68418	**128**	**Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung**	**9.300.000**	**14.400.000**	**11.811.000**	**—**

Mit dem Pflegefachassistenzgesetz wurde eine neue Ausbildung in der Pflege geschaffen, Start Herbst 2022, Dauer pro Durchgang: 18 Monate. Im Rahmen des schulischen Teils der Ausbildung werden die Schulplätze der Auszubildenden von Trägern der Langzeitpflege aus Landesmitteln finanziert.

Gender Budget: Aufgrund der Neuauflage der Pflegefachassistenzausbildung können noch keine genderrelevanten Daten erhoben werden. Da das Angebot einen genderinklusiven Ansatz verfolgt, sind bisher keine Steuerungsbedarfe erkennbar.

68450	**128**	**Förderung der Berufsausbildung**	**3.800.000**	**3.900.000**	**4.398.000**	**644.702,57**

Nr.	Maßnahme	Haushaltsjahr a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1	Übernahme Anschubkosten der Pflegeschulen - CurAP	a) 200.000 b) 200.000 c) 200.000
2	Refinanzierung der Mietkosten der Pflegeschulen (Pflegefachkraftausbildung)	a) 2.300.000 b) 2.800.000 c) 2.900.000
3	Refinanzierung der Mietkosten der Pflegeschulen (Pflegeassistenzausbildung)	a) 1.034.000 b) 800.000 c) 800.000
	Summe 2021	3.534.000
	Summe 2022	3.800.000
	Summe 2023	3.900.000

Zur Sicherung der Ausbildungsplätze und einer qualitativ hochwertigen Ausbildung bedürfen die Pflegeschulen bei der Implementierung der beruflichen Pflegeausbildung der Unterstützung.

Zu 1.:
Mit dem Ziel der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung wird ein Projekt zur Implementierung der Pflegeausbildungen nach Pflegeberufegesetz sowie Pflegefachassistenzgesetz, u.a. zur Erarbeitung von Curricula und Konzepten zur Fortbildung von Lehrkräften aufgelegt, welches die Pflegeschulen während des Umsetzungsprozesses begleitet.

Zu 2.:
Nach der Pflegeberufereform sind die Mietkosten der Pflegeschulen weder aus dem Ausgleichsfonds, noch über die Krankenhausfinanzierung refinanzierbar. Da nach dem PflBG auch kein Schulgeld erhoben werden darf, werden die Mietkosten vom Land Berlin refinanziert.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Zu 3.: Zuwendungen zur Finanzierung der Raummietkosten von Pflegefachassistenzschulen die keinen Leistungsanspruch nach dem LKG haben.				
		Gender Budget: Die eingestellten Mittel dienen keinem gleichstellungsorientiertem Aufgabenziel und sind somit nicht genderrelevant.				
68490	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen**			**—**	**614.581,02 R 146.267,94**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
89342	**235**	**Pauschalförderung nach dem Landesfördergesetz**	**1.200.000**	**1.200.000**	**1.533.000**	**1.088.058,67**
		Pauschalförderung nach § 6 Landespflegeeinrichtungsgesetz (LPflegEG) für Kurzzeit- und Tagespflegeplätze. Es besteht ein Rechtsanspruch der Einrichtungen auf Förderung. Mittelzuwüchse resultieren aus der stetig steigenden Anzahl an Einrichtungen und Plätzen.				
		Gesamtausgaben	**56.688.000**	**62.516.000**	**60.803.200**	**29.079.899,08**
		Prozentuale Veränderung	**-6,8 %**	**10,3 %**		

Abschluss Kapitel 0930

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**22.000**	**22.000**	**22.000**	**366.224,43**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**178.985,86**
	Gesamteinnahmen	**23.000**	**23.000**	**24.000**	**545.210,29**
411-462	**Personalausgaben**	**4.843.000**	**5.115.000**	**4.562.000**	**3.996.607,00**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.133.000**	**2.233.000**	**2.261.200**	**2.150.961,64**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**48.512.000**	**53.968.000**	**52.447.000**	**21.844.271,77**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.200.000**	**1.200.000**	**1.533.000**	**1.088.058,67**
	Gesamtausgaben	**56.688.000**	**62.516.000**	**60.803.200**	**29.079.899,08**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-56.665.000**	**-62.493.000**	**-60.779.200**	**-28.534.688,79**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001183 Strukturorientierte Pflegepolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	2.100.254	1.940.688	+8,22
Kostenträger	7	Sachkosten	749.559	3.783.488	-80,19
davon		Transferkosten	1.628.685	1.363.924	+19,41
Produkte	0	Verrechnungskosten	77.905	19.647	+296,52
MGF	7	kalkulatorische Kosten	190.912	245.902	-22,36
Projekte	0	Gemeinkosten	2.756.053	2.910.578	-5,31
		Summe Verwaltungskosten	7.503.369	10.264.225	-26,90
		Transfers	16.862.148	16.476.854	+2,34
		Gesamtsumme	24.365.517	26.741.080	-8,88

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005548	2022	6.747.321	0	6.747.321
Entwicklung und Umsetzung von pflegepolitischen Rechtsgrundlagen, Leitlinien und Rahmenbedingungen	2021	9.328.673	1.827.659	11.156.333

Wesentliche Merkmale sind folgende Standardtätigkeiten ministeriellen Handelns:
- Konzept- und Strategieentwicklung pflegepolitischer Rechtsgrundlagen
- Initiierung und Mitarbeit an zielorientierten Vorgaben (z.B. Rechtsnormen, Gesetzen, EU-Recht/Richtlinien)
- Fachspezifische Vertretung des Landes Berlin in politischen Gremien
- Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative (z.B. Beantwortung Schriftlicher/nicht behandelter Mündlicher Anfragen; Erarbeitung von Senatsvorlagen; Stellungnahmen an das Abgeordnetenhaus/den Rechnungshof; Stellungnahmen zu Petitionen)
- Fachspezifische operative Tätigkeiten gemäß Zuständigkeit (z.B. Zuarbeiten für die Hausleitung und Leitungsvorbereitung (Sprechzettel, Reden, Voten, Stellungnahmen etc.); Koordinierung von Bund/Länder-Angelegenheiten; Beantwortung von Anfragen; Erteilung von Auskünften und fachliche Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit, einschl. Presse; Kommunikation mit Bürgern und Institutionen

Die Reduzierung der Verwaltungskosten im Jahr 2022 gegenüber dem 2021 und der Wegfall der Transferkosten in 2022 resultieren aus den gegenüber 2021 geringeren Aufwendungen im Zusammenhang mit der SARS-CoV-2-Pandemie.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81061	2022	1.988.051	0	1.988.051
Pflege- und Altenhilfestrukturen, Heimrecht (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.805.313	0	1.805.313

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,16	6,75
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.272.104,55	1.045.697,88
IST - Erträge in €	27.398,20	17.225,79
Kostendeckungsgrad in %	1,38	0,95

· Grundsatzangelegenheiten der hospizlichen Versorgung
· Grundsatzangelegenheiten des Förder- und Finanzierungsrechts von Pflegeeinrichtungen
· Grundsatzangelegenheiten der Kurzzeitpflege, der voll- sowie teilstationären und der ambulanten Versorgung
· Rahmenkonzepte und Qualitätsvorgaben für die Pflege und Betreuung
· Zuwendungen für stationäre Hospize und Pflegeeinrichtungen
· Zuwendungen im ambulanten und voll- bzw. teilstationären Bereich sowie im Bereich der Kurzzeitpflege
· Weiterentwicklung der Altenhilfestrukturen im ambulanten und teilstationären Bereich
· Grundsatzangelegenheiten der §§ 45 c und d SGB XI
· Grundsatzangelegenheiten zur Umsetzung von Diversity-Ansätzen in Pflege- und Altenhilfestrukturen
· Grundsatzangelegenheiten der Beratungsangebote im Politikfeld Pflege
· Grundsatzangelegenheiten des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes (PflEG) einschließlich Anerkennung und Förderung des Auf- und Ausbaus niedrigschwelliger Betreuungsangebote sowie Modellvorhaben
· Grundsatzangelegenheiten des Wohnteilhabegesetzes (WTG)
· Grundsatzangelegenheiten der WTG-BauV, PersV, MitwirkungsV
Länderübergreifende Grundsatzfragen des Heimrechts einschließlich WBVG und Kommunikation mit der Bundesebene
· Fachaufsicht der Heimaufsicht
·Angelegenheiten der Nationalen Stelle zur Verhütung für Folter
· Grundsatzangelegenheiten der pflegenden Angehörigen

Fachspezifische Informationen

Die gestiegenen Erträge aus 2022 resultieren aus Rückzahlungen in 2021 die auf Grund der Auswirkungen der SARS-CoV-2-Pandemie angestiegen sind.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005549	2022	756.048	16.862.148	17.618.196
Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Berufsausbildung und -ausübung in den Pflegeberufen	2021	935.552	14.649.195	15.584.747

Grundsatzangelegenheiten zur Sicherstellung des Fachkräftebedarfs in der Pflege, insb. Initiierung, Konzeption und fachliche Betreuung von Modellprojekten (z.Z. Projekt „Fachkräftesicherung in der Altenpflege“) und sonstigen Initiativen (z.Z. „Berliner Bündnis für Altenpflege“, „Pakt für die Pflege“, Initiativen zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung („Leiharbeit“) in der Pflege); Mitarbeit in Bundes- und Landesgremien sowie Bearbeitung schwieriger juristischen Einzelfragen im Rahmen des Aufgabengebietes. Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der Pflegeberufe: Konzepte, Planungen, Entwicklungen und Gesetz- und Verordnungsgebung im Zusammenhang mit der Aus- und Weiterbildung in diesen Berufen; Angelegenheiten der Weiterbildungen in diesen Berufen; Angelegenheiten der Finanzierung der Pflegeberufe; bereichsbezogene Fachaufsicht über das LAGeSo; Unterstützung beim Aufbau der zuständigen Stelle im LAGeSo; Unterstützung der Entwicklung eines IT-Systems der zuständigen Stelle im LAGeSo; Begleitung der strukturellen und inhaltlichen Neuordnung der Pflegeschulen und von Modellen der Aus- und Weiterbildung.
So ist zum Beispiel das Schulabschlussprogramm im Rahmen der Ausbildungsoffensive Pflegeberufe ein wichtiger Baustein der Maßnahmen zur Fachkräftesicherung in den Richtlinien der Regierungspolitik: „Der Senat stellt ein durchlässiges und abgestimmtes Ausbildungs- und Qualifizierungsangebot für Pflegepersonal sicher.“ Hiermit wird die Durchlässigkeit für Menschen ohne Schulabschluss über die Pflegefachassistenzausbildung bis hin zur Pflegefachkraftausbildung sichergestellt

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81072	2022	756.048	16.862.148	17.618.196
Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der Pflegeberufe (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	935.552	14.649.195	15.584.747

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	72,31	58,28
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der Pflegeberufe:
Konzepte, Planungen, Entwicklungen und Gesetz- und Verordnungsgebung im Zusammenhang mit diesen Berufen; Angelegenheiten der Weiterbildungen in diesen Berufen;
Angelegenheiten der Finanzierung der Pflegeberufe; bereichsbezogene Fachaufsicht über das LAGeSo; Unterstützung beim Aufbau der zuständigen Stelle im LAGeSo;
Unterstützung der Entwicklung eines IT-Systems der zuständigen Stelle im LAGeSo; Begleitung der strukturellen und inhaltlichen Neuordnung der Pflegeschulen und von Modellen der Aus- und Weiterbildung

Fachspezifische Informationen

Beinhaltet unter anderem die Regelungen der generalistischen Pflegefachkraftausbildung nach Bundesrecht (Zusammenlegung von Kranken-, Alten- und Kinderkrankenpflegeausbildung zu einer generalistischen Ausbildung), Regelung der generalistischen Pflegefachassistenzausbildung nach Landesrecht, Förderung von Kooperationsbeziehungen durch Bundesmittel gemäß § 54 Pflegeberufegesetz (PflBG) und die Unterstützung der Pflegeschulen im Rahmen der Berliner Ausbildungsoffensive. Der deutliche Anstieg der Transferkosten entsteht vor allem durch neue Zuwendungsprojekte im Bereich Pflegeberufe auf Grund der Überarbeitung der Schulraumförderungsverordnung, sowie seit 2020 Erarbeitung eines Gesetzes für die Ausbildung zur Pflegefachassistenz. Umsetzung der Unterstützung von Ausbildungsstätten für Pflegeberufe erfolgt in Form von Zuwendungen.
Durch eine im Jahr 2021 in Kraft getretene neue Rechtgrundlage konnten höhere Transferleistungen bewilligt und ausgezahlt werden.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001184 Zielgruppenorientierte Pflegepolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	405.397	300.501	+34,91
Kostenträger	5	Sachkosten	1.280.257	472.661	+170,86
davon		Transferkosten	2.154.092	3.094.451	-30,39
Produkte	4	Verrechnungskosten	339.949	73.678	+361,40
MGF	1	kalkulatorische Kosten	34.621	13.868	+149,65
Projekte	0	Gemeinkosten	511.319	555.389	-7,93
		Summe Verwaltungskosten	4.725.636	4.510.548	+4,77
		Transfers	2.335.078	1.009.202	+131,38
		Gesamtsumme	7.060.714	5.519.750	+27,92

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005550	2022	2.504.747	1.076.638	3.581.385
Förderung und Sicherstellung der Angebote für Pflegebedürftige und gesetzlich Betreute	2021	3.019.979	54.476	3.074.455

Wenn professionelle Pflege erforderlich wird, soll diese erreichbar und bezahlbar sein.
Das Land Berlin regt deshalb Initiativen an oder unterstützt Initiativen, die

- pflegebedürftige Menschen als Verbraucher stärken
- pflegende Angehörige stützen und entlasten
- pflegende Organisationen bestärken, ihre Pflegequalität zu sichern und weiterzuentwickeln
- die pflegerische Infrastruktur stärken und Defizite verhindern
- das Zusammenspiel verschiedener Angebote stärken
- durch ihre Arbeit einen Beitrag zur Umsetzung der Grundsätze “ambulant vor stationär” und “Rehabilitation vor Pflege” leisten.

· Grundsatzangelegenheiten des Förder- und Finanzierungsrechts von Pflegeeinrichtungen
· Landespflegeplanung zur vollstationären Langzeitpflege, Tages- und Kurzzeitpflege
· Rahmenkonzepte und Qualitätsvorgaben für die Pflege und Betreuung
· Rechtliche Vorgaben und Fortentwicklung des Betreuungsrechts; Anerkennung und Förderung von Betreuungsvereinen
· Vergabe von Zuwendungen im ambulanten und teilstationären Bereich
· Grundsatzangelegenheiten des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes (PflEG) einschließlich Anerkennung und Förderung des Auf- und Ausbaus niedrigschwelliger Betreuungsangebote sowie Modellvorhaben
· Angelegenheiten der Wohlfahrtspflege
· Fachliche Begleitung und Förderung von Institutionen mit überregionalem Wirkungskreis

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81062	2022	50.287	1.075.795	1.126.082
Pauschalförderung von Pflegeeinrichtungen	2021	20.665	54.476	75.141

	2022	2021
Menge: Anzahl geförderter Pflegeeinrichtungen	2.105	1.584
Kosten je ME in €	23,89	13,05
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	15,95	1,36
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	340,67	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,03	0,00

Grundsatz- und Einzelangelegenheiten der Pauschalförderung von Pflegeeinrichtungen

Fachspezifische Informationen

Die Mengendaten für 2022 wurden nachträglich ermittelt und eingepflegt.
Einen gesetzlichen Anspruch auf Pauschalförderung haben alle Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen, die zum 1.1. eines jeden Jahres Plätze vorhalten. Die Pauschalförderung sieht eine Förderung pro Platz pro Jahr in Höhe von 511 € vor.
Die Zahl der Kurzzeitpflegeplätze lag im Oktober 2022 bei 288 Plätzen, die Zahl der Tagespflegeplätze lag bei 2.473 Plätzen. Somit besteht derzeit für 2.761 Plätze in Kurzzeit- und Tagespflegeeinrichtungen der Anspruch auf Pauschalförderung in Höhe von 511 €. Das ergibt eine Gesamtsumme von 1.410.871 €.
Nicht alle Einrichtungen rufen die ihnen zustehenden Mittel aus der Pauschalförderung ab, die Zahl der Inanspruchnahmen variiert jährlich.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81064	2022	2.399.751	844	2.400.594
Förderung des Auf- und Ausbaus von Angeboten im Rahmen der §§ 45 c und d SGB XI - Soziale Pflegeversicherung	2021	2.276.952	0	2.276.952

	2022	2021
Menge: Anzahl geförderter Projekte	12	12
Kosten je ME in €	199.979,25	189.745,98
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	34,00	41,25
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.837.378,34	1.980.894,38
IST - Erträge in €	89.340,01	86.363,82
Kostendeckungsgrad in %	3,72	3,79

Projektbegleitende Tätigkeiten beim Auf- und Ausbau von
- Angeboten zur Unterstützung im Alltag (AUA)
- Modellprojekten zur wirksamen Vernetzung (z. B. Förderung der GGV)
- Förderung von ehrenamtlichen Strukturen und Selbsthilfe (Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung (KPU) und 12 Kontaktstellen PflegeEngagement (KPE)

Buchung von Transferkosten in Auftragswirtschaft durch das LAGeSo

Fachspezifische Informationen

Die Mengendaten für 2022 wurden nachträglich ermittelt und eingepflegt.
Die gesetzliche Grundlage der Förderung der Angebote zur Unterstützung im Alltag ist in den §§ 45a bis 45d SGB XI geregelt. Unter den Angeboten zur Unterstützung im Alltag werden gemäß § 45a Abs.1 S. 2 Nr. 1-3 SGB XI Betreuungsangebote, Angebote zur Entlastung von Pflegenden und Angebote zur Entlastung im Alltag subsumiert. Im Land Berlin regelt die Verordnung zur Anerkennung und Förderung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag (Pflegeunterstützungsverordnung – PuVO) das nähere Verfahren.
In 2021 und 2022 haben sich die Zuwendungen reduziert, da die Zuwendungsempfänger die Mittel aus dem "Rettungsschirm" § 150 SGB XI vorrangig verwendet haben.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005552	2022	1.446.729	1.258.440	2.705.169
Sicherstellung des Fachkräftebedarfs in der Pflege	2021	1.018.346	954.726	1.973.072

Entwicklung von Maßnahmen und Handlungsstrategien zur Fachkräftesicherung. Mehrere Projekte zur Förderung von Vernetzung, Austausch und Kooperation der verschiedenen Beteiligten der Berliner Pflegelandschaft um mehr Fachkräfte in der Pflege zu gewinnen und auszubilden, zur Vermeidung der Abwanderung aus dem Beruf sowie zur Integration ausländischer Pflegekräfte. Mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung der notwendigen Maßnahmen steigen entsprechen die Mittelausgaben.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81056	2022	1.446.729	1.258.440	2.705.169
Fachkräftesicherung Pflege	2021	1.018.346	954.726	1.973.072

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Projekte	25	24
Kosten je ME in €	57.869,16	42.431,08
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	38,31	35,75
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	292.159,21	417.830,00
IST - Erträge in €	149.854,18	52.490,19
Kostendeckungsgrad in %	5,54	2,66

Grundsatzangelegenheiten zur Sicherstellung des Fachkräftebedarfs in der Pflege, insb. Initiierung, Konzeption und fachliche Betreuung von Modellprojekten (z.Z. Projekt „Fachkräftesicherung in der Altenpflege“) und sonstigen Initiativen (z.Z. „Berliner Bündnis für Altenpflege“); Mitarbeit in Bundes- und Landesgremien sowie Bearbeitung schwieriger juristischen Einzelfragen im Rahmen des Aufgabengebietes

Fachspezifische Informationen

Die Mengendaten für 2022 wurden nachträglich ermittelt und eingepflegt.
Die Pflege als personalintensiver Dienstleistungsbereich ist ein bedeutender Arbeitsmarkt für Berlin. Aufgrund des demografischen Wandels weist die Branche eine besonders hohe und auch stetige Entwicklungsdynamik auf. Nach Prognose von SÖSTRA ergibt sich im Ergebnis der gesamten Berechnungen zweier Szenarien ein Bedarf an Pflegefachkräften (= Gesundheits-, (Kinder-)Krankenpflege- und Altenpflegefachkraft) für die Jahre 2019 bis 2025 zwischen ca. 26.500 und 36.000 Personen.
Daneben ergibt sich ein Bedarf an Pflegehilfskräften (= Gesundheits- und Krankenpflegehelfer/Altenpflegehelfer) für die Jahre 2019 bis 2025 zwischen ca. 19.500 und 24.500 Personen.
Die Maßnahmen der Fachkräftesicherung sind ein wichtiger Bestandteil zur Deckung des Fachkräftebedarfes in der Pflege.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zur Erfüllung der der Abteilung IV – Außeruniversitäre Forschung und Charité - der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege obliegenden Aufgaben, sofern diese nicht zentral bei Kapitel 0900 nachgewiesen werden.

Die Abteilung IV – Außeruniversitäre Forschung und Charité - gliedert sich wie folgt:

Überregionale Koordinierung, Grundsatzangelegenheiten, Verbindungsstelle
Geistes- und Sozialwissenschaften, Überregionale Forschungsförderung
Technologietransfer, Ingenieurwissenschaften
Natur-, Material- und Lebenswissenschaften
Hochschulmedizin

Der Aufgabenschwerpunkt liegt in der Sicherung und Profilierung des vielfältigen außeruniversitären Forschungsbereichs, der im Wesentlichen aus privatrechtlich organisierten, gemeinschaftsfinanzierten Forschungseinrichtungen besteht.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

	2020		2021		2022	
Planmäßig Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	3	2	5	2	3	3
Relativer Anteil	60 %	40 %	71 %	29 %	50 %	50 %
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	20	5	19	7	22	8
Relativer Anteil	80 %	20 %	73 %	27 %	73 %	27 %

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022
Führungskräfte

nach VZÄ weiblich: 92.681,34 € Differenz -7.227,20 €

nach VZÄ männlich: 85.454,14 €

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022
Mitarbeitende

nach VZÄ weiblich: 60.640,96 € Differenz 10.354,92 €

nach VZÄ männlich: 70.995,88 €

Das exemplarische durchschnittliche Monatseinkommen der männlichen Führungskräfte ist geringer als das der weiblichen Führungskräfte da der Anteil der männlichen Mitarbeiter in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen höher ist, als der Anteil in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Außerdem führt ein unterschiedlicher Anteil von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten in den Geschlechtern aufgrund des vergleichsweise geringeren Brutto-Gehaltes (nicht zu zahlende Arbeitgeber-SV-Anteile bei verbeamteten Dienstkräften) zu Unterschieden in den Durchschnittsgehältern, die in keiner Weise mit einer Benachteiligung von Frauen in Zusammenhang stehen. Bei den Mitarbeitenden ist das durchschnittliche Jahresgehalt der männlichen Dienstkräfte höher als das der weiblichen Dienstkräfte, weil das Durchschnittsalter der männlichen Dienstkräfte höher ist.

Für die Erläuterungen zum monatlichen Durchschnittseinkommen wird auf die Ausführungen im Kapitel 0900 verwiesen.

Der Unterschied zwischen den Bruttoeinkommen von Frauen und Männern ergibt sich daraus, dass viele männliche Beschäftigte in höheren Bezahlungsgruppen eingestuft sind. Der Abstand zwischen den Bruttoeinkommen der beiden Geschlechter ist gesunken. Die Abnahme des Abstands ergibt sich aus weiblichen Personalzugängen in den höheren Bezahlungsgruppen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Hinsichtlich der im Kapitel 0940 etatisierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist zu berücksichtigen, dass es sich hierbei ganz überwiegend um Forschungseinrichtungen handelt, die vom Bund und den Ländern nach Art. 91 b GG in Verbindung mit Art. 3 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) sowie den jeweiligen Ausführungsvereinbarungen gemeinschaftsfinanziert werden. Die wesentlichen Steuerungsfunktionen werden dabei von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) wahrgenommen. Hinsichtlich der administrativen Betreuung für die Institute der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) sowie für die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) und für die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) liegen die Federführung und damit die Einflussmöglichkeiten beim Bund; lediglich für die Leibniz-Institute (WGL) sowie für das Wissenschaftskolleg ist das Land federführend zuständig. Für diese Institute sowie die Landeseinrichtungen sind entsprechende Angaben aufgeführt. Im Übrigen wird hinsichtlich der gemeinschaftsfinanzierten Einrichtungen auf die nachfolgenden Ausführungen verwiesen.

Für die gemeinschaftsfinanzierten Forschungseinrichtungen haben die Regierungschefs des Bundes und der Länder die BLK am 9. Juli 1998 bei der Beratung der zweiten Ergänzung zum BLK-Bericht "Förderung von Frauen in der Wissenschaft" gebeten, die statistischen Daten zu den Frauenanteilen an Führungspositionen auch in den Folgejahren systematisch zu erfassen. Dieser Bitte ist die BLK nachgekommen. In Nachfolge der BLK hat das Büro der GWK nunmehr die 26. Fortschreibung des Datenmaterials von "Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen" für 2020/2021 vorgelegt, die unter www.gwk-bonn.de abrufbar ist.

Die Entwicklung in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist in der 26. Fortschreibung des Datenmaterials (2020/2021) zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen wie folgt dargestellt:

Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal
Im Jahr 2021 beträgt der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal insgesamt 32,1 %. Überdurchschnittlich ist der Frauenanteil beim wissenschaftlichen Personal der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) mit 43,4 % und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) mit 32,6 %. Bei der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) beträgt der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal 32,1 % und bei der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) 22,7 %.

Generell, für alle vier Forschungsorganisationen gemeinsam betrachtet, sinkt der Frauenanteil mit steigendem Vergütungsniveau kontinuierlich:

Weiblich sind
38,4 % der Promovierenden,
38,2 % der Postdocs,
24,8 % der nach E12 TVÖD/TV-L eingruppierten Beschäftigten
36,6 % der nach E 13 TVöD/TV-L eingruppierten Beschäftigten,
26,9 % der nach E 14 TVöD/TV-L eingruppierten Beschäftigten,
18,5 % der nach E 15 TVöD/TV-L eingruppierten Beschäftigten.

Bei den darüber liegenden Positionen wurden folgende Frauenanteile erfasst: 12,3 % der E15 Ü TVöD/TV-L bzw. ATB, B2/B3; 40,9 % der W1-Stellen; 30,6 % der C3/W2-Stellen und 18,8 % der C4/W3-Stellen sind von Frauen besetzt.

Der Frauenanteil am Personal im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich zusammen beträgt im Jahr 2021 34 %. Bei der Leibniz-Gemeinschaft liegt der Frauenanteil bei 44,5 %, bei der Max-Planck-Gesellschaft liegt er bei 32,4 %, bei der Helmholtz-Gemeinschaft bei 35,2 % und bei der Fraunhofer-Gesellschaft bei 24,7 %.

Frauenanteil am Personal in Führungspositionen
Der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal in Führungspositionen stieg von insgesamt 2,6 % im Jahr 1996 auf 21,6 % im Jahr 2021; dies entspricht durchschnittlich 0,76 Prozentpunkte pro Jahr.

Allerdings ist dabei zu beachten, dass der Anteil der Frauen in Führungspositionen im Jahr 2021 bei der Max-Planck-Gesellschaft auf 27,8 % lag, während er bei der Fraunhofer-Gesellschaft mit lediglich 7,4 % zwar gestiegen, aber klein geblieben ist.

Der Frauenanteil am Personal in Führungspositionen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich im Jahr 2021 beträgt insgesamt 22,0 %, beim nichtwissenschaftlichen Personal in Führungspositionen (Verwaltungs-, technisches-, sonstiges Personal) liegt er bei 30,1 %.

Zusammenfassung
Im Vergleichszeitraum von 1996 bis 2021 ist der Anteil von Frauen am wissenschaftlichen Personal in Führungspositionen bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen (FhG, HGF, MPG, WGL) von 2,6 % auf insgesamt 21,6 % gestiegen. Betrachtet man die Forschungsorganisationen im Einzelnen, zeigen sich folgende Unterschiede:

WGL: 32,6 %
MPG: 25,8 %
HGF: 23,6 %
FhG: 16,5 %

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Obwohl der Anteil von Frauen auf den verschiedenen Qualifikationsstufen und beruflichen Positionen in unterschiedlichen Geschwindigkeiten sich insgesamt zwar langsam, aber kontinuierlich erhöht, zeigt die aktuelle Datenerhebung zusammenfassend, dass es immer noch besonderer Bemühungen in der forschungs- und wissenschaftsorientierten Frauenförderung bedarf. Als Beispiele dafür sind etwa die von der DFG 2008 verabschiedeten Gleichstellungsstandards und der Beschluss der GWK zur Festlegung flexibler Zielquoten in den Forschungsorganisationen zu nennen.

Darüber hinaus ist dem Gender-Aspekt bei der Konzipierung und Beschlussfassung des Paktes für Forschung und Innovation eine wesentliche Rolle zugemessen worden. Alle Forschungsorganisationen haben sich dazu verpflichtet, ihre Strukturen zur verstärkten Förderung von Frauen in Wissenschaft und Forschung weiter zu entwickeln.

Umfrageergebnis zum Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal der Berliner außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Jahr 2022
Die Umfrage wurde an 14 Berliner Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried-Wilhelm-Leibniz (WGL) und zwei Berliner Landeseinrichtungen durchgeführt. Im Ergebnis der Antworten kann festgehalten werden, dass bei den Berliner WGL-Einrichtungen der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal bei 39,87 % und der Anteil an Frauen in Führungspositionen bei 32,11 % liegt. Bei den Landeseinrichtungen beträgt der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal 40,83 % und an Führungspositionen 35,03 %.

	Frauenanteil	
	am wissenschaftlichen Personal in Prozent	an Führungspositionen in Prozent
Maßnahmengruppe 02 Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)		
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW)	46,72	38,10
Deutsches Rheuma-Forschungszentrum Berlin (DRFZ)	52,94	46,15
Museum für Naturkunde – Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung	52,94	60,87
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)	50,84	43,33
Geisteswissenschaftliche Zentren Berlin e.V. (GWZ)	52,38	75,00
Ferdinand-Braun-Institut, Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH)	18,79	24,14
Forschungsverbund Berlin e.V.	36,64	22,22
darunter		
Leibniz-Institut für Molekulare Pharmakologie (FMP)	43,20	27,27
Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB)	36,88	27,50
Leibniz-Institut für Kristallzüchtung (IKZ)	30,77	24,00
Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW)	53,68	33,33
Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie (MBI)	21,70	13,33
Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik (PDI)	18,87	0,00
Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik (WIAS)	25,44	8,33
WGL-Institute insgesamt	39,87	32,11
Berliner Wissenschaftseinrichtungen		
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW)	47,96	42,86
Wissenschaftskolleg zu Berlin e.V.	0,00	69,23
Berliner Wissenschaftseinrichtungen insgesamt	40,83	35,05

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11132	**164**	**Ersatz von Prozesskosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11921	**164**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**260.000**	**260.000**	**260.000**	**387.212,46**

Rückzahlung von Zuwendungen, insbesondere Kassenreste nach Abrechnung von Projektförderungen und institutioneller Förderungen

11934	**164**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000**	**1.574.946,61**
23112	**164**	**Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke** Siehe Maßnahmegruppe 02				
23211	**164**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**			**410.000**	**1.348.897,01**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
23231	**164**	**Anteil der Länder an Einzelmaßnahmen** Siehe Maßnahmegruppe 02				
27296	**164**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**4.000.000**	**7.931.732,39**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
27297 (neu)	**164**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**3.400.000**	**4.800.000**		
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68597.				

Programm/Maßnahme	EU-Mittel Politisches Ziel 1 a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel veranschlagt beim Titel
Innovations- und Translationsplattformen der außeruniversitären Forschung (ITP) und Applikationslabore außeruniversitäre Forschung (AL)	a) b) c)	0 3.400.000 4.800.000	68569

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.

Auf der Grundlage von der EU-Kommission genehmigter gemeinschaftlicher Förderkonzepte werden Zuschüsse aus dem EFRE für die folgende EFRE-Aktion 1.6 zum „Politischen Ziel 1“ für die Förderperiode 2021-2027(n+2) „Innovations- und Translationsplattformen der außeruniversitären Forschung (ITP) und Applikationslabore außeruniversitäre Forschung (AL)“ zur Verfügung gestellt und bewilligt.

Dabei handelt es sich um eine nachgehende Förderung im Sinne einer Erstattung, d. h. die Teil-Erstattung der EFRE-Mittel durch die EU gehen in dem Maße und mit entsprechendem zeitlichen Verzug ein, wie die Mittel für die Durchführung der jeweiligen EFRE-Projekte von der Begünstigten ausgegeben und gegenüber der bewilligenden Stelle abgerechnet, von dort geprüft, anerkannt und erstattet werden.

Die vollständigen Erstattungen werden voraussichtlich erst ab 2026 zu erwarten sein.

33102	**164**	**Zuweisungen des Bundes für Investitionen** Siehe Maßnahmegruppe 02				

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz(WGL)**				

Die Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) werden auf der Grundlage des Art. 91 b GG in Verbindung mit Art. 3 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK – Abkommen) und § 1 Abs. 1 Nr. 5 der Anlage zum GWK-Abkommen (Bundesanzeiger Nr. 195, S. 7787 vom 18.10.2007) sowie der Ausführungsvereinbarung WGL vom Bund und den Ländern gemeinsam finanziert.

Auf Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern zur "Sicherung der Qualität der Forschung" von 1997 hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (ab 2008: Gemeinsame Wissenschaftskonferenz - GWK) im Jahre 2000 beschlossen, die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der WGL (vormals: Blaue-Liste-Einrichtungen) auf eine output-orientierte Finanzierung auf der Grundlage von Programmbudgets umzustellen. Mit den Programmbudgets werden Grundförderung und Drittmittelprojekte in einem einheitlichen Haushalt zusammengeführt. Als Voraussetzung dafür haben die Einrichtungen die Kosten- und Leistungsrechnung sowie die kaufmännische Buchführung eingeführt. In Verbindung mit einer weitgehenden Flexibilisierung im Haushaltsvollzug wird damit eine leistungsbezogene und qualitätssichernde Förderung erreicht. Unterstützt wird dieses Förderinstrument durch ein bei dem Senat der WGL angesiedeltes jährliches Wettbewerbsverfahren.

Bund und Länder haben in der GWK beschlossen, den seit 2005 laufenden Pakt für Forschung und Innovation in einer vierten Phase fortzusetzen. Dieser Vereinbarung haben die Regierungschefs von Bund und Ländern am 06. Juni 2019 zugestimmt.

Die vierte Paktphase läuft erstmals über einen Zeitraum von zehn Jahren (2021 bis 2030). In diesem Zeitraum sollen die Zuwendungen jährlich um 3 % steigen. Bund und Länder tragen diesen Aufwuchs nach den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln gemeinsam.
Während der Laufzeit des PFI III (2016 bis 2020) wurde der jährliche Aufwuchs vom Bund allein finanziert.
Um mit dem PFI IV zu den in der „Ausführungsvereinbarung WGL“ (AV-WGL) festgelegten Bund-Länder-Finanzierungsschlüsseln zurückzukehren, wurde für die Jahre 2021 bis 2023 vereinbart, dass die im Jahr 2020 erreichten Bund-Länder Finanzierungsbeträge festgeschrieben und nur der Betrag des jährlichen Aufwuchses schlüsselgerecht umgelegt werden.
Ab dem Jahr 2024 wird der im Jahr 2020 erreichte Bundesanteil in sieben gleichmäßigen Schritten zu Lasten des Länderanteils zurückgeführt. Ab dem Jahr 2030 erfolgt die Finanzierung dann wieder vollständig nach den in der „Ausführungsvereinbarung WGL“ (AV-WGL) festgelegten Schlüsseln.
Baumaßnahmen werden grundsätzlich zwischen dem Bund und dem Land Berlin abgestimmt und bilateral finanziert.

Entscheidungen über die Mittelverteilung werden von den zuständigen Gremien der GWK getroffen.
Die konsumtiven und investiven Ansätze der WGL-Institute sind dementsprechend gesteigert worden. Mit der Rückkehr zu den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln reduzieren sich die Zuweisungen des Bundes sowie die Anteile aus der Ländermitfinanzierung.

Seit 1998 zahlt das Land Berlin die Gesamtzuwendungen des Bundes/der Länder direkt an die Einrichtungen. Der anteilige Finanzierungsbeitrag der übrigen Bundesländer wird bei Titel 23231 vereinnahmt. Die Zuweisungen des Bundes werden bei Titel 23112 (konsumtiver Anteil) und bei Titel 33102 (investiver Anteil) vereinnahmt.

Die Finanzierungsschlüssel der einzelnen Einrichtungen sind in den Erläuterungen zu den entsprechenden Einzeltiteln dargestellt. Der output-orientierten Steuerung auf der Grundlage von Programmbudgets folgend entsprechen die Erläuterungen in der Systematik den Anforderungen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz an eine Überleitungsrechnung zum Programmbudget.

23112	**164**	**Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke**	**106.711.000**	**109.680.000**	**103.691.000**	**99.822.789,00**

Der Bund weist seit 1998 seinen Anteil an der Finanzierung der Betriebshaushalte einschließlich der DFG-Abgabe der WGL-Einrichtungen dem Land Berlin zu. Für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 werden auf der Basis der veranschlagten Zuschüsse an die Forschungseinrichtungen folgende Zuweisungen des Bundes erwartet:

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Beträge in EURO Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Titel	Institut	Bundesanteil Betriebshaushalt **2024**	Bundesanteil Betriebshaushalt **2025**
68503	DRFZ	5.130.436 €	5.159.936 €
68519	SOEP	7.579.174 €	7.621.841 €
68531	DIW	7.067.258 €	7.086.258 €
68533	WZB	16.764.324 €	16.807.074 €
68560	MfN	9.243.866 €	9.272.866 €
68583	GWZ	4.937.462 €	4.948.962 €
68641	FVB	47.527.262 €	49.268.260 €
68684	FBH	8.460.804 €	9.514.304 €
		106.710.586 €	109.679.501 €

Bund und Länder haben in der GWK beschlossen, den seit 2005 laufenden Pakt für Forschung und Innovation in einer vierten Phase fortzusetzen. Dieser Vereinbarung haben die Regierungschefs von Bund und Ländern am 06. Juni 2019 zugestimmt.

Die vierte Paktphase läuft erstmals über einen Zeitraum von zehn Jahren (2021 bis 2030). In diesem Zeitraum sollen die Zuwendungen jährlich um 3% steigen. Bund und Länder tragen diesen Aufwuchs nach den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln gemeinsam.
Während der Laufzeit des PFI III (2016 bis 2020) wurde der jährliche Aufwuchs vom Bund allein finanziert.
Um mit dem PFI IV nach den in der „Ausführungsvereinbarung WGL“ (AV-WGL) festgelegten Bund-Länder-Finanzierungsschlüsseln zurückzukehren, wurde für die Jahre 2021 bis 2023 vereinbart, dass die im Jahr 2020 erreichten Bund-Länder Finanzierungsbeträge festgeschrieben und nur der Betrag des jährlichen Aufwuchses schlüsselgerecht umgelegt werden.
Ab dem Jahr 2024 wird der im Jahr 2020 erreichte Bundesanteil in sieben gleichmäßigen Schritten zu Lasten des Länderanteils zurückgeführt. Ab dem Jahr 2030 erfolgt die Finanzierung vollständig nach den in der „Ausführungsvereinbarung WGL“ (AV-WGL) festgelegten Schlüsseln.

23231	**164**	**Anteil der Länder an Einzelmaßnahmen**	**11.559.000**	**11.559.000**	**11.559.000**	**11.905.741,00**

Die Finanzierungsverpflichtung ergibt sich aus dem Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK – Abkommen) und § 1 Abs. 1 Nr. 5 der Anlage zum GWK-Abkommen (Bundesanzeiger Nr. 195, S. 7787 vom 18.10.2007) sowie der Ausführungsvereinbarung WGL.

Veranschlagt sind die anteiligen Finanzierungsbeiträge der anderen Bundesländer für

Institut	Anteil anderer Bundesländer **2024**	Anteil anderer Bundesländer **2025**
DIW	1.489.653 €	1.493.653 €
SOEP	2.317.281 €	2.333.031 €
DRFZ	1.270.516 €	1.273.891 €
FBH	2.256.487 €	2.523.112 €
FVB	14.955.462 €	15.583.587 €
GWZ	1.012.722 €	1.015.222 €
MfN	1.930.525 €	1.935.900 €
WZB	1.067.203 €	1.070.453 €
Gesamt	26.299.848 €	27.228.848 €

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die erwarteten Einnahmen vermindern sich in 2024 um 14.740.848 € und in 2025 um 15.669.848 € um den von Berlin aufzubringenden Anteil an Finanzierungsbeiträgen anderer Sitzländer für deren Forschungseinrichtungen sowie die Sitzlandanteile Berlins am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), der Außenstelle Berlin des Leibniz-Instituts für Analytische Wissenschaften (ISAS) und der Außenstelle Berlin des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN).

Die Aufwendungen Berlins als Sitzland für diese Einrichtungen sind bei den Titeln 68503, 68519, 68531, 68533, 68560, 68583, 68641, 68684 sowie 89319, 89361, 89362, 89363,89383, 89384, 89409 und 89460 veranschlagt.

Zurückzuzahlende Beträge, die Berlin für seine überregional finanzierten Forschungseinrichtungen der WGL nach dem Ergebnis der Abrechnung der Vorjahre zu viel erhalten hat, werden aus der Einnahme geleistet.

33102	**164**	**Zuweisungen des Bundes für Investitionen**	**33.164.000**	**41.532.000**	**33.525.000**	**22.297.394,50**

Der Bund weist seit 1998 seinen Anteil an der Finanzierung der Investitionshaushalte der WGL-Einrichtungen dem Land Berlin zu. Für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 werden auf der Basis der veranschlagten Zuschüsse an die Forschungseinrichtungen folgende Zuweisungen des Bundes erwartet:

Titel	Institut	Anteil Investitionshaushalt	Anteil Investitionshaushalt
		2024	**2025**
89319	SOEP	70.118 €	69.451 €
89361	DIW	224.129 €	221.129 €
89362	WZB	259.864 €	256.114 €
89363	FVB	11.519.580 €	10.929.580 €
89383	GWZ	19.650 €	18.150 €
89384	FBH	2.575.248 €	2.588.248 €
89409	DRFZ	1.088.502 €	1.072.502 €
89460	MfN	3.906.036 €	6.376.036 €
89461	MfN	13.500.000 €	20.000.000 €
		33.163.127 €	**41.531.210 €**

Bund und Länder haben in der GWK beschlossen, den seit 2005 laufenden Pakt für Forschung und Innovation in einer vierten Phase fortzusetzen. Dieser Vereinbarung haben die Regierungschefs von Bund und Ländern am 06. Juni 2019 zugestimmt.

Die vierte Paktphase läuft erstmals über einen Zeitraum von zehn Jahren (2021 bis 2030). In diesem Zeitraum sollen die Zuwendungen jährlich um 3% steigen. Bund und Länder tragen diesen Aufwuchs nach den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln gemeinsam.

Während der Laufzeit des PFI III (2016 bis 2020) wurde der jährliche Aufwuchs vom Bund allein finanziert.

Um mit dem PFI IV nach den in der „Ausführungsvereinbarung WGL“ (AV-WGL) festgelegten Bund-Länder-Finanzierungsschlüsseln zurückzukehren, wurde für die Jahre 2021 bis 2023 vereinbart, dass die im Jahr 2020 erreichten Bund-Länder Finanzierungsbeträge festgeschrieben und nur der Betrag des jährlichen Aufwuchses schlüsselgerecht umgelegt werden.

Ab dem Jahr 2024 wird der im Jahr 2020 erreichte Bundesanteil in sieben gleichmäßigen Schritten zu Lasten des Länderanteils zurückgeführt. Ab dem Jahr 2030 erfolgt die Finanzierung vollständig nach den in der „Ausführungsvereinbarung WGL“ (AV-WGL) festgelegten Schlüsseln.

Summe Maßnahmegruppe 02	**151.434.000**	**162.771.000**	**148.775.000**	**134.025.924,50**
Gesamteinnahmen	**156.095.000**	**168.832.000**	**153.447.000**	**145.268.712,97**
Prozentuale Veränderung	**1,7 %**	**8,2 %**		

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.487.000**	**1.611.000**	**1.239.000**	**1.083.343,08**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**2.400**	**2.400**	**4.800**	**1.200,00**

Weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.466.000**	**1.524.000**	**487.000**	**1.410.168,14**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**91.900**	**95.600**	**86.000**	**63.745,94**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**47.400**	**48.800**	**40.400**	**44.661,62**

Mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf

51101	**164**	**Geschäftsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.025,95**

1. Büromaterial ..... 100 €
2. Tageszeitungen, Bücher, Zeitschriften, Ergänzungslieferungen, sonstige Fachliteratur ..... 900 €

Summe 1.000 €

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Wartung, Reparaturen und (Ersatz-)Beschaffungen von Maschinen, Büromöbeln usw., insbesondere steigender Bedarf an elektromotorisch verstellbaren Arbeits-/PC-Tischen (gesundheitliche Prävention für Dienstkräfte)

52501	**164**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Angaben zum Gender Budget:

	2021		2022	
	w	m	w	m
Absolut	-	-	-	-
Relativ	-	-	-	-
Ressourcen (in Tsd. €)	-	-	-	-

Zielgruppe:	Beschäftigte, die an Fortbildungen teilnehmen
Zielsetzung:	Die Teilnahme von Dienstkräften an Fortbildungen steht im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von fachbezogenen Aufgaben. Daher ist eine Einflussnahme auf das Geschlechterverhältnis nicht möglich.
Steuerungsmaßnahmen:	

52601	**164**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**164**	**Dienstreisen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**6.106,74**

Für Inlands- und Auslandsdienstreisen

Angaben zum Gender Budget:

	2021		2022	
	w	m	w	m
Absolut	1	1	3	4
Relativ	50 %	50 %	43 %	57 %
Ressourcen (in Tsd. €)	0,1	0,1	2,6	3,4

Zielgruppe:	Beschäftigte, die Dienstreisen durchführen
Zielsetzung:	Bei der Auswahl der Dienstreisenden spielen nur fachbezogene Erwägungen eine Rolle. Daher ist eine Einflussnahme auf das Geschlechterverhältnis nicht möglich.
Steuerungsmaßnahmen:	

52906	**164**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**1.000**	**1.000**	**11.000**	**174,16**
53101	**164**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Betriebliches Gesundheitsmanagement: Mitarbeiter/-innen-Befragung/ Umsetzung von Maßnahmen, Gesundheitstage und -vorträge, Sozial- und Konfliktberatung, Grippeschutzimpfung

Personalmanagement: Coaching-Maßnahmen, gruppenbezogene Personalauswahlverfahren

54010	**253**	**Dienstleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Geräte lt. ASiG alle 2 Jahre sowie Arbeitssicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung.

54079	**164**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
63216	**164**	**Zuschüsse für wissenschaftliche Einrichtungen der Länder**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
67101	**164**	**Ersatz von Ausgaben**	**255.000**	**255.000**	**255.000**	**252.730,00**

	2024	2025
1. Ersatz von Ausgaben bei Veranstaltungen (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
2. Liegenschaftsdienst (2023: 245.000 €)	245.000 €	245.000 €
Summe	255.000 €	255.000 €

Zu 1. Ersatz von Reise- und Übernachtungskosten für Teilnehmer/innen an wissenschaftlichen Veranstaltungen und für von Dritten in diesem Zusammenhang geleistete Ausgaben

Zu 2. Ersatz von Ausgaben an die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften für den Liegenschaftsdienst

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68314	**165**	**Förderung von zukunftsorientierten Entwicklungsmaßnahmen**	**350.000**	**350.000**	**1.400.000**	**353.552,00**

In den Projekten sollen vorrangig Lösungen und Konzepte für stadtbezogene Problemstellungen (Migration, Ökologie etc.) erarbeitet werden.

68503	**164**	**Zuschuss an das Deutsche Rheumaforschungszentrum (DRFZ)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68515	**165**	**Förderung der Vorlaufforschung in der angewandten Forschung**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**210.000,00**

Der Ansatz dient dem Aufbau einer themenbasierten Förderlinie für Projekte der Vorlaufforschung zur Entwicklung neuer Geschäftsfelder oder Abteilungen/ Institute in Trägerschaft öffentlich gemeinschaftsfinanzierter Einrichtungen der angewandten Forschung im Land Berlin (insbesondere FhG, DLR).

68516	**165**	**Zuschüsse zur gezielten Forschungsförderung**	**1.985.000**	**2.010.000**	**4.230.000**	**1.067.000,00**

	2024	2025
1. Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) (2023: 50.000 €)	50.000 €	50.000 €
2. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) (2023: 50.000 €).....	50.000 €	50.000 €
3. Leibniz-Sozietät e. V. (2023: 20.000 €)	20.000 €	20.000 €
4. NAKO Gesundheitsstudie (2023: 400.000 €)	280.000 €	280.000 €
5. Geschäftsstelle Forum Transregionale Studien (2023: 500.000 €)	585.000 €	610.000 €
6. Anschub- und Kofinanzierung von innovativen Forschungsschwerpunkten (2023: 2.310.000 €)	1.000.000 €	1.000.000 €
Summe	1.985.000 €	2.010.000 €

Die Ausgaben zu Nr. 1 bis 3 und 5 stehen in den Jahren 2024 und 2025 ausschließlich zur Finanzierung der o. g. Institutionen zur Verfügung; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Die Mittel zu Nr. 4 (vormals Nationale Kohorte) sind vorgesehen für den Anteil Berlins an der von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten langfristig angelegten epidemiologischen Gesundheitsstudie zur statistischen Erfassung der Verbreitung von Erkrankungen und ihrer zeitlichen und räumlichen Fortentwicklung in der Bevölkerung. In Berlin nehmen die Charité und das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin daran teil.

Die Mittel zu Nr. 6 sind erforderlich, um gezielt auf Wettbewerbe und Leitprojekte von Bund und anderer Förderinstitutionen reagieren sowie innovative Vorhaben an Berlin binden und flexibel fördern zu können. Dabei machen die Mittelgeber ihre Förderentscheidungen grundsätzlich von einer finanziellen Beteiligung des Landes abhängig.

68519	**164**	**Zuschuss an das Sozioökonomische Panel (SOEP)**	
		Siehe Maßnahmegruppe 02	
68525	**164**	**Zuschüsse an die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech)**	
		Siehe Maßnahmegruppe 04	
68526	**164**	**Zuschüsse für Forschungseinrichtungen der WGL im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens**	
		Siehe Maßnahmegruppe 02	
68531	**164**	**Zuschuss an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung**	
		Siehe Maßnahmegruppe 02	
68533	**164**	**Zuschuss an das Wissenschaftszentrum**	
		Siehe Maßnahmegruppe 02	
68538	**164**	**Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie**	
		Siehe Maßnahmegruppe 03	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68546	**164**	**Zuschüsse an fächerübergreifende Organisationen in Wissenschaft und Forschung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68557	**164**	**Zuschuss an die Akademie der Wissenschaften**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
68560	**164**	**Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitäts-forschung (Museum für Natur-kunde - MfN)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68565	**164**	**Zuschuss an die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68569	**165**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**5.890.000**	**7.150.000**	**7.085.000**	**4.373.741,16**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 140.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.500.000,0 EUR gesperrt.
Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Programm/Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung	Landesmittel ohne Kofinanzierung	Landesmittel Summe	EU-Mittel Politisches Ziel	Summe der EU- und Landesmittel
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Institut für angewandte Forschung (IFAF) Berlin	a) 0 b) 0 c) 0	a) 4.000.000 b) 3.400.000 c) 3.300.000	a) 4.000.000 b) 3.400.000 c) 3.300.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 4.000.000 b) 3.400.000 c) 3.300.000
2.	Historische Kommission zu Berlin (HiKo)	a) 0 b) 0 c) 0	a) 175.000 b) 190.000 c) 190.000	a) 175.000 b) 190.000 c) 190.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 175.000 b) 190.000 c) 190.000
3.	Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin (JDZB)	a) 0 b) 0 c) 0	a) 900.000 b) 900.000 c) 900.000	a) 900.000 b) 900.000 c) 900.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 900.000 b) 900.000 c) 900.000
4.	Technologieplattformen, Transferlabore und Anwendungszentren	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 0 c) 0	a) 100.000 b) 1.000 c) 1.000	a) 100.000 b) 1.000 c) 1.000
5.	Weizenbaum-Institut	a) 0 b) 0 c) 0	a) 1.260.000 b) 1.400.000 c) 2.760.000	a) 1.260.000 b) 1.400.000 c) 2.760.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 1.260.000 b) 1.400.000 c) 2.760.000
Summe 2023:		0	6.335.000	6.335.000	100.000	6.435.000
Summe 2024:		0	5.890.000	5.890.000	1.000	5.891.000
Summe 2025:		0	7.150.000	7.150.000	1.000	7.151.000

Zur Nr. 4 sind die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) beim Titel 68597 (Förderperiode 2021-2027) veranschlagt.

68576	**164**	**Zuschuss an das Max-Delbrück-Centrum**
		Siehe Maßnahmegruppe 03

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**164**	**Mitgliedsbeiträge**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68581	**164**	**Zuschuss an das DLR-Forschungszentrum**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68582	**164**	**Zuschuss an die Wissenschaftsstiftung Ernst Reuter**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
68583	**164**	**Zuschuss an die Geisteswissenschaftlichen Zentren**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68584	**165**	**Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls (ZRA)**	**1.350.000**	**1.350.000**	**1.100.000**	**1.111.450,00**

Der Zuschuss für Investitionen wird bei Titel 89484 nachgewiesen.

Ersatz von Ausgaben an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie (HZB), das für Berlin die Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls als Sammelstelle im Sinne des § 9a Abs. 3 AtG betreibt.

Soweit die Ausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung nicht durch Entgelte gedeckt werden, hat das Land Berlin nach § 2 des entsprechenden Geschäftsbesorgungsvertrages über die Unterhaltung und Finanzierung einer Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls mit dem HZB die entstehenden Kosten zu ersetzen.

Wirtschaftsplan der ZRA siehe Anlage zu Kapitel 0940.

68589	**164**	**Zuschuss an die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung (DZG) mit Berliner Beteiligung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68596	**164**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**1.000.000**	**3.000.000,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68597	**164**	**Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**3.400.000**	**4.800.000**	**100.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021-2027 (2029) innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Hier werden ausschließlich die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus der Förderperiode 2021-2027 (2029) veranschlagt.

Die Landesmittel für die zwingend notwendige Kofinanzierung in Höhe vom mindestens 60% der zuschussfähigen Gesamtausgaben sind ab 2026 vorgesehen bei Titel 68569.

Programm/Maßnahme	EU-Mittel Politisches Ziel 1 d) 2023 e) 2024 f) 2025 €		Landesmittel veranschlagt beim Titel
Innovations- und Translationsplattformen der außeruniversitären Forschung (ITP) und Applikationslabore außeruniversitäre Forschung (AL)	a)	100.000	68569
	b)	3.400.000	
	c)	4.800.000	

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben mit Zeitverzug erstattet (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

68641 164 Zuschuss an den Forschungsverbund Berlin
Siehe Maßnahmegruppe 02

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68645	**164**	**Zuschüsse an wissenschaftliche Organisationen für Mietaufwendungen**	**6.400.000**	**6.900.000**	**5.990.000**	**5.487.277,35**

Das Land Berlin trifft auf der Grundlage des Art. 91 b GG die Verpflichtung bei gemeinschaftsfinanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen die anfallenden Unterbringungskosten (Mieten, Nutzungsausfallentschädigungen, Erbbaurechtszinsen) als Sonderfinanzierung aufzubringen. So ist insbesondere für die auf dem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Adlershof ansässigen Einrichtungen ein Kostenausgleich zu leisten.
Im Übrigen trifft das Land Berlin auch bei den Berliner Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft dem Grunde nach die Verpflichtung zur kostenfreien Unterbringung. Bis 2019 erhielt nur das Fraunhofer-Institut FOKUS einen anteiligen Kostenausgleich, der als Besitzstand aus der Übernahme des Fraunhofer FIRST stammte. Ab 2020 trat das Land Berlin schrittweise und zunächst nur anteilig auch bei den übrigen Berliner Instituten der Fraunhofer Gesellschaft in seine Verpflichtung zur kostenfreien Unterbringung ein und mindert so deren bisherigen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Fraunhofer Instituten in eigenen Gebäuden (Gemeinkosten). Ab 2022 wird der Kostenausgleich für die Berliner Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft zusammengefasst unter Nr. 7 abgebildet.

Einrichtung	genutzte qm	Kostenausgleich €
1. Forschungsverbund Berlin e.V. FVB (Gemeinsame Verwaltung)	1.099	117.000
2. Leibniz-Institut für Kristallzüchtung (IKZ)	5.466	160.000
3. Max-Born-Institut (MBI)	11.680	526.000
4. Ferdinand-Braun-Institut gGmbH, Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH)	6.590	820.000
5. Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie (HZB)	13.320	508.000
6. Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)	21.027	1.900.000
7. Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung angewandter Forschung e. V. (FhG)	21.180	2.369.000
Gesamt 2024:	80.362	6.400.000
Ab 2025:		
7. Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung angewandter Forschung e. V.	21.180	2.869.000
Gesamt 2025:	80.362	6.900.000

68647	**165**	**Einwerbung von Forschungsvorhaben und -verbünden (Kofinanzierung, Vorbereitungsmittel)**	**260.000**	**295.000**	**1.500.000**	**—**

Die Mittel sind vorgesehen, um die Einwerbung von digitalisierungsbezogenen Forschungsvorhaben und -verbünden vom Bund und anderen Förderinstitutionen zu unterstützen, bei denen eine Anschub- bzw. Kofinanzierung durch das Land Berlin erforderlich ist. Sie können von in Berlin bereits institutionell bzw. dauerhaft geförderten Forschungsinstitutionen beantragt werden.

68684 164 Zuschuss an das Ferdinand-Braun-Institut
Siehe Maßnahmegruppe 02

89319 164 Zuschuss an das Sozioökonomische Panel (SOEP) für Investitionen
Siehe Maßnahmegruppe 02

89334 164 Zuschuss an das DLR-Forschungszentrum für Investitionen
Siehe Maßnahmegruppe 03

89361 164 Zuschuss an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin für Investitionen
Siehe Maßnahmegruppe 02

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89362	**164**	**Zuschuss an das Wissenschaftszentrum für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89363	**164**	**Zuschuss an den Forschungsverbund für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89364	**164**	**Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89376	**164**	**Zuschuss an das Max-Delbrück-Centrum für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89383	**164**	**Zuschuss an die Geisteswissenschaftlichen Zentren für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89384	**164**	**Zuschuss an das Ferdinand-Braun-Institut für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89408	**165**	**Zuschüsse zur gezielten Forschungsförderung für Investitionen**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**150.000,00**

Zuschuss für Investitionen an das Institut für angewandte Forschung (IFAF) Berlin.
Der Zuschuss für den Betrieb wird bei Titel 68569 nachgewiesen.

89409	**164**	**Zuschuss an das Deutsche Rheumaforschungszentrum für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89460	**164**	**Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (MfN) für Investitionen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89461	**164**	**Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (MfN) zur Herrichtung des Nordflügels und Campus MfN**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
89484	**165**	**Zuschuss an die Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls (ZRA) für Investitionen**	**685.000**	**685.000**	**1.185.000**	**75.000,00**

Zuschuss für Investitionen an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie (HZB), das für Berlin die Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls als Sammelstelle im Sinne des § 9a Abs. 3 AtG betreibt.

Soweit die Ausgaben für die Unterhaltung nicht durch Entgelte gedeckt werden, hat das Land Berlin nach § 2 des entsprechenden Geschäftsbesorgungsvertrages über die Unterhaltung und Finanzierung einer Zentralstelle zur Behandlung und Beseitigung radioaktiven Abfalls mit dem HZB die entstehenden Kosten zu ersetzen.

Seit dem Haushaltsjahr 2020 erfolgt aus diesem Titel die Finanzierung einer neuen Lagerhalle zur Erweiterung der Lagerkapazitäten der ZRA. Das finanzielle Gesamtvolumen der Baumaßnahme beträgt nach dem aktuell ermittelten Kostenrahmen des geprüften Bedarfsprogramms 15.135.000 € (finanziert bis 2022: 1.158.000 €, 2023: 1.000.000 €, 2024: 500.000 €, 2025: 500.000 €, 2026-2030: 11.792.000 €).

Der Zuschuss für den Betrieb wird bei Titel 68584 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

MG 02 Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz(WGL)

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der HGr 6 sind innerhalb der Maßnahmegruppe 02 und mit den übrigen konsumtiven Sachausgaben des Kapitels 0940 gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben der HGr 8 sind innerhalb der Maßnahmegruppe 02 gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus sind die Ausgaben der HGr 6 und 8 innerhalb der Maßnahmegruppe 02 auch untereinander deckungsfähig.

Das Ausgabevolumen der Maßnahmegruppe kann bis zur Höhe von insgesamt 20 % zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Die Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) werden auf der Grundlage des Art. 91 b GG in Verbindung mit Art. 3 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) und § 1 Abs. 1 Nr. 5 der Anlage zum GWK-Abkommen (Bundesanzeiger Nr. 195, S. 7787 vom 18.10.2007) sowie der Ausführungsvereinbarung WGL vom Bund und den Ländern gemeinsam finanziert.

Auf Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern zur "Sicherung der Qualität der Forschung" von 1997 hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (ab 2008: Gemeinsame Wissenschaftskonferenz - GWK) im Jahre 2000 beschlossen, die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der WGL (vormals: Blaue-Liste-Einrichtungen) auf eine output-orientierte Finanzierung auf der Grundlage von Programmbudgets umzustellen. Mit den Programmbudgets werden Grundförderung und Drittmittelprojekte in einem einheitlichen Haushalt zusammengeführt. Als Voraussetzung dafür haben die Einrichtungen die Kosten- und Leistungsrechnung sowie die kaufmännische Buchführung eingeführt. In Verbindung mit einer weitgehenden Flexibilisierung im Haushaltsvollzug wird damit eine leistungsbezogene und qualitätssichernde Förderung erreicht. Unterstützt wird dieses Förderinstrument durch ein bei dem Senat der WGL angesiedeltes jährliches Wettbewerbsverfahren.

Bund und Länder haben in der GWK beschlossen, den seit 2005 laufenden Pakt für Forschung und Innovation in einer vierten Phase fortzusetzen. Dieser Vereinbarung haben die Regierungschefs von Bund und Ländern am 06. Juni 2019 zugestimmt.

Die vierte Paktphase läuft erstmals über einen Zeitraum von zehn Jahren (2021 bis 2030). In diesem Zeitraum sollen die Zuwendungen jährlich um 3 % steigen. Bund und Länder tragen diesen Aufwuchs nach den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln gemeinsam.
Während der Laufzeit des PFI III (2016 bis 2020) wurde der jährliche Aufwuchs vom Bund allein finanziert.
Um mit dem PFI IV zu den in der „Ausführungsvereinbarung WGL“ (AV-WGL) festgelegten Bund-Länder-Finanzierungsschlüsseln zurückzukehren, wurde für die Jahre 2021 bis 2023 vereinbart, dass die im Jahr 2020 erreichten Bund-Länder Finanzierungsbeträge festgeschrieben und nur der Betrag des jährlichen Aufwuchses schlüsselgerecht umgelegt werden.
Ab dem Jahr 2024 wird der im Jahr 2020 erreichte Bundesanteil in sieben gleichmäßigen Schritten zu Lasten des Länderanteils zurückgeführt. Ab dem Jahr 2030 erfolgt die Finanzierung dann wieder vollständig nach den in der „Ausführungsvereinbarung WGL“ (AV-WGL) festgelegten Schlüsseln.
Baumaßnahmen werden grundsätzlich zwischen dem Bund und dem Land Berlin abgestimmt und bilateral finanziert.

Entscheidungen über die Mittelverteilung werden von den zuständigen Gremien der GWK getroffen.
Die konsumtiven und investiven Ansätze der WGL-Institute sind dementsprechend gesteigert worden. Mit der Rückkehr zu den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln reduzieren sich die Zuweisungen des Bundes sowie die Anteile aus der Ländermitfinanzierung.

Seit 1998 zahlt das Land Berlin die Gesamtzuwendungen des Bundes/der Länder direkt an die Einrichtungen. Der anteilige Finanzierungsbeitrag der übrigen Bundesländer wird bei Titel 23231 vereinnahmt. Die Zuweisungen des Bundes werden bei Titel 23112 (konsumtiver Anteil) und bei Titel 33102 (investiver Anteil) vereinnahmt.

Die Finanzierungsschlüssel der einzelnen Einrichtungen sind in den Erläuterungen zu den entsprechenden Einzeltiteln dargestellt. Der output-orientierten Steuerung auf der Grundlage von Programmbudgets folgend entsprechen die Erläuterungen in der Systematik den Anforderungen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz an eine Überleitungsrechnung zum Programmbudget.

Überlassung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen unter Wert:

Bund und Länder haben sich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung nach Art. 91 b GG in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung darauf verständigt, bei einer Unterbringung von gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen in Liegenschaften des jeweiligen Sitzlandes oder des Bundes kein Entgelt zu erheben. Deshalb nutzen folgende WGL-Einrichtungen die Liegenschaften des Landes Berlin unentgeltlich.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Übersicht der von den WGL-Instituten genutzten Liegenschaften (Grundstücke/Gebäude) des Landes Berlin:

Lfd. Nr.	Institution / Adresse	Grundstücksfläche (m^2)	Nutzfläche im Gebäude (m^2)	a) vereinbarte Jahresmiete (€) b) ortsübliche Jahresmiete (€)	Rechts- o. a. Grundlage
1	Deutsches Rheuma-Forschungszentrum (DRFZ), Charitéplatz 1, 10117 Berlin	0 (s. a. MG 04, lfd. Nr. 2)	1.941	a) 0 b) 764.000	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
2	Museum für Naturkunde Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (MfN) Invalidenstr. 43, 10115 Berlin	34.458	27.750	a) 0 b) 1.558.440	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
3	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH Reichpietschufer 50, 10785 Berlin	6.218	12.148	a) 0 b) 1.458.000	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
4	Ferdinand-Braun-Institut gGmbH Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH) Gustav-Kirchhoff-Str. 4, 12489 Berlin	8.988	7.028	a) k.A. b) k.A.	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
5	Forschungsverbund Berlin e.V. (FVB) Darunter				
5.1	FMP Robert-Rössle-Str. 10, 13125 Berlin	32.000	7.637	a) 0 b) 1.264.809	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
5.2	IGB Müggelseedamm 310, 12587 Berlin	22.777	3.830	a) 0 b) 419.000	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Lfd. Nr.	Institution / Adresse	Grundstücksfläche (m^2)	Nutzfläche im Gebäude (m^2)	a) vereinbarte Jahresmiete (€) b) ortsübliche Jahresmiete (€)	Rechts- o. a. Grundlage
5.3	IKZ Max-Born-Str. 2, 12489 Berlin	5.668	6.765	a) 159.300 (vgl. Titel 68645) b) 974.000	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
5.4	IZW Alfred-Kowalke-Str. 17, 10315 Berlin	6.660	10.425	a) 0 b) 1.444.000	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
5.5	MBI Max-Born-Str. 2a, 12489 Berlin	17.005	13.216	a) 525.900 (vgl. Titel 68645) b) 1.903.000	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
5.6	PDI Hausvogteiplatz 5-7, 10117 Berlin	0 (Grundstück der HUB)	3.439	a) 0 b) 495.000	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
5.7	WIAS Mohrenstr. 39, 10117 Berlin	421	2.905	a) 0 b) 505.000	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
5.8	FVB – Gemeinsame Verwaltung Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin	0 (Grundstück der WISTA)	1.326	a) 116.650 (vgl. Titel 68645) b) 158.000	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Lfd. Nr.	Institution / Adresse	Grundstücksfläche (m^2)	Nutzfläche im Gebäude (m^2)	a) vereinbarte Jahresmiete (€) b) ortsübliche Jahresmiete (€)	Rechts- o. a. Grundlage
6	Geisteswissenschaftliche Zentren e.V. (GWZ) darunter:				
6.1	Leibniz-Zentrum Allgemeine Sprachwissenschaft (ZAS) Pariser Straße 1, 10719 Berlin		2.031	a) 907.290 b)	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
6.2	Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO) Kirchweg 33, 14129 Berlin	9.000	1.790	a) 0 b) 322.236	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012
6.3	Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL) Pariser Straße 1, 10719 Berlin		1.914	a) 871.350 b)	Art. 91 b GG; zuletzt Beschluss des GWK-Ausschusses zur Umsetzung der AV-WGL; hier: Nr. 4 Entgeltfreie Unterbringung gemeinschaftlich finanzierter Forschungseinrichtungen vom 09.10.2012

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68503	**164**	**Zuschuss an das Deutsche Rheumaforschungszentrum (DRFZ)**	**9.041.000**	**9.104.000**	**8.751.000**	**8.563.900,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Maßnahmegruppe sind nur gegenseitig deckungsfähig.

Das Deutsche Rheuma-Forschungszentrum Berlin (DRFZ) wurde am 13. Dezember 1988 als Stiftung bürgerlichen Rechts gemeinsam von der Immanuel-Krankenhaus GmbH und von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales des Landes Berlin gegründet und betreibt wissenschaftliche Grundlagenforschung auf Gebieten mit Relevanz zu rheumatischen Erkrankungen.
Das DRFZ wird vom Bund und von den Ländern nach Art. 91b GG im Verhältnis 50:50 gemeinsam finanziert. Von dem Länderbeitrag entfallen auf Berlin 75 % als Sitzlandquote und weitere rd. 5 % nach dem Königsteiner Schlüssel vom restlichen Länderanteil.
Übersicht über das Programmbudget des DRFZ:

	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €	Vorl. Rechnung 2022 €
Ausgaben					
Betriebsausgaben	13.358.000		13.034.000	12.861.000	12.861.000
Investitionsausgaben	1.981.000		1.874.000	1.838.000	1.838.000
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen			0	0	0
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 %	-279.400		-264.300	-259.100	-259.100
∑	15.059.600		14.643.700	14.439.900	14.439.900
Finanzierung der Ausgaben					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers	3.662.000		3.662.000	3.662.000	3.662.000
Sonstige eigene Einnahmen	38.000		38.000	38.000	38.000
Zuwendungen aus EU-Fonds	338.000		338.000	338.000	338.000
Zuwendungen anderer öffentlicher	7.304.251	7.324.108	7.113.853	6.939.694	6.939.694
Zuwendungen Berlins	3.717.349	3.728.892	3.491.847	3.462.206	3.462.206
a) konsumtiv			2.916.478	2.848.268	2.848.268
b) investiv			627.672	613.938	613.938
∑	15.059.600		14.643.700	14.439.900	14.439.900

Summarische Stellenübersicht	2022		2023	
	Ist zum 01.01.2022	davon Frauen	Ist zum 01.01.2023	davon Frauen
S (C 4)	0	0	0	0
S (C 3)	0	0	0	0
S (W 3)	4	3	3	2
S (W 2)	3	2	3	2
Wissenschaftliche Personal	85	45	90	49
davon unbefristet	21	12	19	11
davon befristet	64	33	71	38
Sonstiges Personal	104	70	99	67
davon unbefristet	39	26	39	25
davon befristet	65	44	60	42

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 5.130.436 € in 2024 und in Höhe von 5.159.936 € in 2025 für den Betriebshaushalt des DRFZ sowie eine Zuweisung in Höhe von 1.088.502 € in 2024 und in Höhe von 1.072.502 € in 2025 für den Investitionshaushalt des DRFZ.

Die Ausgaben für Investitionen werden bei Titel 89409 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68519	**164**	**Zuschuss an das Sozioökonomische Panel (SOEP)**	**10.506.000**	**10.573.000**	**10.728.000**	**9.006.600,00**

Das Sozioökonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist eine von der Wissenschaft getragene repräsentative Längsschnittstudie privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und ein Teil der weltweiten „sozialwissenschaftlichen Infrastruktur".
Das SOEP wird im Verhältnis 2/3 zu 1/3 Bund/Länder als Infrastruktureinrichtung für die Forschung finanziert.
Von dem Länderbeitrag entfallen auf Berlin 25% als Sitzlandquote und weitere rund 5% (Königsteiner Schlüssel) vom restlichen Länderanteil.

Übersicht über das Programmbudget des Sozioökonomischen Panel (SOEP):

	2024	2025	2023	2022	vorl. Rechnung 2022
	€	€	€	€	€
Ausgaben					
Betriebsausgaben	15.001.000		12.860.000	13.088.400	13.088.400
Investitionsausgaben	98.000		124.000	91.000	91.000
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen				0	0
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 v.H.	-162.200		-121.200	-91.400	-91.400
GESAMT	**14.936.800**		**12.862.800**	**13.087.600**	**13.087.600**
Finanzierung der Ausgaben:					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus F&E-Aufträgen und Projektförderungen	4.350.000		2.618.000	3.989.000	3.989.000
Sonstige eigene Einnahmen	10.000		10.000	1.000	1.000
Zuwendungen aus EU-Fonds					
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	9.816.041	9.901.642	9.523.129	8.480.950	8.480.950
Zuwendungen Berlins	760.759	768.158	711.671	616.650	616.650
a) konsumtiv					
b) investiv					
GESAMT	**14.936.800**		**12.862.800**	**13.087.600**	**13.087.600**

Summarische Stellenübersicht	2023		2022	
	Ist zum 01.01.2023	davon Frauen	Ist zum 01.01.2022	davon Frauen
S (C4)	0	0	0	0
S (C3)	0	0	0	0
S (W3)	4	1	4	1
S (W2)	1	0	0	0
Wissenschaftliches Personal	27	13	27	13
davon unbefristet	5	1	5	1
davon befristet	22	12	22	12
Sonstiges Personal	22	10	20	9

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 7.579.174 € in 2024 und 7.621.841 € in 2025 für den Betriebshaushalt des SOEP sowie eine Zuweisung in Höhe von 70.118 € in 2024 und 69.451 € in 2025 für den Investitionshaushalt des SOEP.

Die Ausgaben für die DFG-Abgabe werden bei Titel 68526, die Ausgaben für Investitionen bei Titel 89319 veranschlagt.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68526	**164**	**Zuschüsse für Forschungseinrichtungen der WGL im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens**	**4.998.000**	**5.096.000**	**4.741.000**	**4.460.800,00**

Seit 1998 erhält die Deutsche Forschungsgemeinschaft von den Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) einen Anteil von 2,5 v. H. der Gesamtzuwendungen dieser Einrichtungen (abzüglich der Bauausgaben) als Finanzierungsbeitrag zur wettbewerblichen Forschungsförderung.
Der Beitrag in Höhe von 4.998 T€ in 2024 und von 5.096 T€ in 2025 ist bereits bei den konsumtiven Titeln der WGL-Einrichtungen (68503, 68519, 68531, 68533, 68560, 68641 und 68583 und 68684) abgesetzt worden. An den ausgewiesenen Beträgen beteiligen sich Bund und Länder entsprechend den Finanzierungsregeln der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (siehe auch Titel 23112 und 23231).

Institut	DFG-Abgabe **2024**	DFG-Abgabe **2025**
DRFZ	279.400 €	275.000 €
SOEP	135.500 €	132.200 €
DIW	327.600 €	322.400 €
WZB	526.400 €	518.100 €
MfN	424.400 €	417.700 €
GWZ	222.600 €	219.200 €
FVB	2.585.900 €	2.671.200 €
FBH	496.000 €	540.200 €
	4.997.800 €	**5.096.000 €**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68531	**164**	**Zuschuss an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung**	**12.515.000**	**12.558.000**	**12.071.000**	**11.816.200,00**

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) betreibt wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratungstätigkeit. Das DIW wird vom Bund und von den Ländern im Verhältnis 50:50 finanziert.

Von dem Länderbeitrag entfallen auf Berlin 75% als Sitzlandquote und weitere rund 5% (Königsteiner Schlüssel) vom restlichen Länderanteil.

Übersicht über das Programmbudget des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung:

	2024	2025	2023	2022	vorl. Rechnung 2022
	€	€	€	€	€
Ausgaben					
Betriebsausgaben	17.760.000		17.404.000	18.492.000	18.492.000
Investitionsausgaben	408.000		386.000	378.000	378.000
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen				0	0
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 v.H.	-327.600		-309.900	-303.800	-303.800
GESAMT	**17.840.400**		**17.480.100**	**18.566.200**	**18.566.200**
Finanzierung der Ausgaben:					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus F&E-Aufträgen und Projektförderungen	2.322.000		2.874.000	5.137.000	5.137.000
Sonstige eigene Einnahmen	2.596.000		2.172.000	1.235.000	1.235.000
Zuwendungen aus EU-Fonds					
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	8.563.925	8.587.407	8.340.220	7.548.210	7.548.210
Zuwendungen Berlins	4.358.475	4.372.192	4.093.880	4.645.990	4.645.990
a) konsumtiv					
b) investiv					
GESAMT	**17.840.400**		**17.480.100**	**18.566.200**	**18.566.200**

Summarische Stellenübersicht	2023		2022	
	Ist zum 01.01.2023	davon Frauen	Ist zum 01.01.2022	davon Frauen
S (C4)	0	0	0	0
S (C3)	0	0	0	0
S (W3)	10	2	12	2
S (W2)	1	0	1	0
Wissenschaftliches Personal	133	64	125	59
davon unbefristet	34	12	38	12
davon befristet	99	53	87	47
Sonstiges Personal	117	73	117	74

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 7.067.258 € in 2024 und 7.086.258 € in 2025 für den Betriebshaushalt des DIW sowie eine Zuweisung in Höhe von 224.129 € in 2024 und 221.129 € in 2025 für den Investitionshaushalt des DIW.

Die Ausgaben für die DFG-Abgabe werden bei Titel 68526, die Ausgaben für Investitionen bei Titel 89361 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68533	**164**	**Zuschuss an das Wissenschafts-zentrum**	**20.442.000**	**20.507.000**	**19.711.000**	**19.289.400,00**

Die Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB) betreibt problemorientierte sozialwissen-schaftliche Grundlagenforschung. Das WZB wird vom Bund und von den Ländern im Verhältnis 75:25 finanziert.

Von dem Länderbeitrag entfallen auf Berlin 75% als Sitzlandquote und weitere rund 5% (Königsteiner Schlüssel) vom restlichen Länderanteil.

Übersicht über das Programmbudget des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung:

	2024	2025	2023	2022	vorl. Rechnung 2022
	€	€	€	€	€
Ausgaben					
Betriebsausgaben	27.618.600		28.823.000	27.247.125	27.247.125
Investitionsausgaben	325.000		308.000	302.000	302.000
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen	0		35.351	1.180.875	1.180.875
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 v.H.	-526.400		-498.000	-488.600	-488.600
GESAMT	**27.416.600**		**28.668.351**	**28.241.400**	**28.241.400**
Finanzierung der Ausgaben:					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus F&E-Aufträgen und Projektförderungen	6.500.000		8.500.000	8.500.000	8.500.000
Sonstige eigene Einnahmen	150.000		150.000	150.000	150.000
Zuwendungen aus EU-Fonds					
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	17.644.141	17.693.495	17.154.068	16.818.200	16.818.200
Zuwendungen Berlins	3.122.459	3.133.405	2.864.283	2.773.200	2.773.200
a) konsumtiv					
b) investiv					
GESAMT	**27.416.600**		**28.668.351**	**28.241.400**	**28.241.400**

Summarische Stellenübersicht	2023		2022	
	Ist zum 01.01.2021	davon Frauen	Ist zum 01.01.2020	davon Frauen
S (C4)	0	0	1	0
S (C3)	0	0	0	0
S (W3)	11	4	11	3
S (W2)	2	0	2	0
Wissenschaftliches Personal	179	91	204	95
davon unbefristet	19	10	22	10
davon befristet	160	81	182	85
Sonstiges Personal	178	134	172	124

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 16.764.324 € in 2024 und 16.807.074 € in 2025 für den Betriebshaus halt des WZB sowie eine Zuweisung in Höhe von 259.864 € in 2024 und 256.114 € in 2025 für den Investitionshaushalt des WZB.

Die Ausgaben für die DFG-Abgabe werden bei Titel 68526, die Ausgaben für Investitionen bei Titel 89362 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68560	**164**	**Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitäts-forschung (Museum für Natur-kunde - MfN)**	**19.929.000**	**19.950.000**	**19.146.000**	**18.760.400,00**

Das Museum für Naturkunde – Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung an der Humboldt-Universität (MfN) ist eine international tätige Forschungseinrichtung mit Schwerpunkten auf den Gebieten der Biodiversitätsforschung, der Lebens- und Erdgeschichte sowie der Meteoritenforschung. Mit über 30 Millionen Sammlungsobjekten beherbergt es eine der größten naturwissenschaftlichen Forschungssammlungen weltweit und unterhält Ausstellungen mit jährlich über 500 000 Besuchern.
Das MfN wird seit dem 01.01.2009 als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts vom Bund und den Ländern im Verhältnis 50:50 gemeinsam finanziert. Der gemeinschaftlich finanzierte forschungsrelevante Teil bezieht sich auf 80 % der Gesamtausgaben (ohne Baukosten). Von dem Länderbeitrag entfallen auf Berlin 75 % als Sitzlandquote und weitere rd. 5 % nach dem Königsteiner Schlüssel vom restlichen Länderanteil. Außerdem trägt Berlin zusammen mit dem Bund anteilig die Kosten der Baumaßnahmen.

Übersicht über das Programmbudget des Museums für Naturkunde (ohne Zukunftsplan):

	2024 €	2025 €	2023 €	2022 € *1)	Vorl. Rechnung 2022 €
Ausgaben					
Betriebsausgaben	25.837.000		25.054.000	24.698.000	39.144.937
Investitionsausgaben	1.288.000		1.219.000	1.188.000	310.630
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen	10.000.000		11.000.000	10.000.000	2.695.090
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 %	-424.400		-401.500	-393.600	-393.600
	36.700.600		36.871.500	35.492.400	41.757.057
Finanzierung der Ausgaben					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus F&E-Aufträgen und Projektförderungen	4.300.000		4.300.000	4.300.000	8.055.153
Sonstige eigene Einnahmen	1.270.000		1.270.000	1.270.000	4.110.637
Zuwendungen aus EU-Fonds					
Sonderfinanzierung des Bundes und/oder des Landes Berlin	730.000		730.000	730.000	730.000
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	25.837.000		15.204.466	15.486.000	
Zuwendungen Berlins	1.288.000		15.367.034	13.707.000	
a) konsumtiv	10.000.000			8.129.000	
b) investiv	-424.400			5.578.000	
	36.700.600		36.871.500	35.492.400	

*1) Aufgrund einer vom MfN für den 3. Bauabschnitt vorgenommenen Änderung der Mittelabflussplanung wurden statt der ursprünglich veranschlagten Baumittel i. H. v. 10.000.000 € nur 3.300.000 € zugewendet.

Summarische Stellenübersicht	2023		2022	
	Ist zum 01.01.2023	davon Frauen	Ist zum 01.01.2022	davon Frauen
S (C 4)	0	0	0	0
S (C 3)	0	0	0	0
S (W 3)	7	1	7	2
S (W 1)	1	1	1	1
Wissenschaftliche Personal	160	80	153	81
davon unbefristet	64	20	63	20
davon befristet	96	60	90	61
Sonstiges Personal	198	121	228	130
davon unbefristet	152	88	148	81
davon befristet	46	33	80	49

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Berlin erhält vom Bund (ohne DFG-Abgabe) eine Zuweisung i. H. v. 8.238.897 € in 2024 und 9.043.115 € in 2025 für den Betriebshaushalt des MfN sowie eine Zuweisung i. H. v. 4.566.036 € in 2024 und 2.158.536 € in 2025 für den Investitionshaushalt des MfN. Darüber hinaus erfolgt zur Erweiterung und Sanierung des MfN (Zukunftsplan) in den Jahren 2024 und 2025 eine weitere Zuweisung des Bundes in paritätischer Höhe zu den veranschlagten Landesmitteln.

Die Ausgaben für Investitionen werden bei den Titeln 89460 und 89461 veranschlagt.

50.000 € im Jahr 2024 sowie 60.000 € im Jahr 2025 sind zu verwenden für eine Sonderfinanzierung des Landes Berlin zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Sicherstellung des Ausstellungsbetriebes und der naturkundlichen Bildung.

730.000 € p.a. sind zu verwenden für eine bilaterale paritätische Sonderfinanzierung des Landes Berlin und des Bundes für die Falling Walls Conference und die begleitenden Rahmenveranstaltungen. Der Bundesanteil wird dem Land Berlin jährlich zugewiesen (Einnahmetitel 0940/23112).

68583	**164**	**Zuschuss an die Geisteswissenschaftlichen Zentren**	**10.583.000**	**10.646.000**	**10.221.000**	**8.664.415,00**

Das Leibniz-Zentrum Allgemeine Sprachwissenschaft (ZAS) sowie das Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO) werden seit dem 1. Januar 2017 und das Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung (ZfL) seit dem 1. Januar 2019 von Bund und Ländern nach Artikel 91b GG im Verhältnis 50:50 gemeinsam finanziert. Von dem Länderbeitrag entfallen auf Berlin 75% als Sitzlandquote und weitere rund 5% nach dem Königsteiner Schlüssel vom restlichen Länderanteil.

Das ZAS befasst sich mit der Erforschung der menschlichen Sprachfähigkeit und das ZMO mit der Erforschung des Nahen Ostens, Süd- und Südostasiens und Afrikas in interdisziplinärer und historisch vergleichender Perspektive. Das ZfL betreibt interdisziplinäre, kooperative und projektorientierte sowie kulturwissenschaftlich und international ausgerichtete Grundlagenforschung zur Genese und Entwicklung der Moderne.

Die Kosten der mietweisen Unterbringung der Geisteswissenschaftlichen Zentren werden vom Land Berlin gesondert finanziert.

Übersicht über das Programmbudget des ZAS:

	2024	2025	2023	2022	Vorl. Rechnung 2022
	€	€	€	€	€
Ausgaben					
Betriebsausgaben	5.753.590		5.852.154	5.175.592	5.175.592
Investitionsausgaben	12.000		11.000	11.000	11.000
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen					
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 v.H.	-72.800		-68.900	-67.600	-67.600
GESAMT	**5.692.790**		**5.794.254**	**5.118.992**	**5.118.992**
Finanzierung der Ausgaben:					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus F&E-Aufträgen und Projektförderungen	1.911.300		2.115.190	2.207.000	2.207.000
Sonstige eigene Einnahmen	1.000		1.000	1.000	1.000
Zuwendungen aus EU-Fonds					
Institutionelle Sonderfinanzierung des Landes Berlin	907.290	934.370	912.964	199.592	199.592
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	1.904.163	1.909.274	1.854.722	1.821.158	1.821.158
Zuwendungen Berlins	969.037	972.026	910.378	890.242	890.242
a) konsumtiv					
b) investiv					
GESAMT	**5.692.790**		**5.794.254**	**5.118.992**	**5.118.992**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 1.574.600 € in 2024 und 1.579.215 € in 2025 für den Betriebshaushalt des ZAS sowie eine Zuweisung in Höhe von 6.550 € in 2024 und 6.050 € in 2025 für den Investitionshaushalt des ZAS.

Die Ausgaben für die DFG-Abgabe werden bei Titel 68526, die Ausgaben für Investitionen bei Titel 89383 veranschlagt.

Übersicht über das Programmbudget des ZMO:

	2024	2025	2023	2022	Vorl. Rechnung 2022
	€	€	€	€	€
Ausgaben					
Betriebsausgaben	4.584.360		4.267.264	4.192.260	4.192.260
Investitionsausgaben	12.000		11.000	11.000	11.000
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen					
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 v.H.	-72.800		-68.900	-67.600	-67.600
GESAMT	**4.523.560**		**4.209.364**	**4.135.660**	**4.135.660**
Finanzierung der Ausgaben:					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus F&E-Aufträgen und Projektförderungen	1.586.200		1.380.750	1.404.000	1.404.000
Sonstige eigene Einnahmen	9.8300		8.300	8.300	8.300
Zuwendungen aus EU-Fonds					
Institutionelle Sonderfinanzierung des Bundes und des Landes	54.360	54.950	55.214	11.960	11.960
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	1.904.163	1.909.274	1.854.722	1.821.158	1.821.158
Zuwendungen Berlins	969.037	972.026	910.378	890.242	890.242
a) konsumtiv					
b) investiv					
GESAMT	**4.523.560**		**4.209.364**	**4.135.660**	**4.135.660**

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 1.574.600 € in 2024 und 1.579.215 € in 2025 für den Betriebshaushalt des ZMO sowie eine Zuweisung in Höhe von 6.550 € in 2024 und 6.050 € in 2023 für den Investitionshaushalt des ZMO.

Die Ausgaben für die DFG-Abgabe werden bei Titel 68526, die Ausgaben für Investitionen bei Titel 89383 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Übersicht über das Programmbudget des ZfL:

	2024	2025	2023	2022	Vorl. Rechnung 2022
	€	€	€	€	€
Ausgaben					
Betriebsausgaben	5.285.450		5.223.022	4.140.683	4.140.683
Investitionsausgaben	12.000		11.000	11.000	11.000
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen					
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 v.H.	-77.000		-72.900	71.400	71.400
GESAMT	**5.220.450**		**5.161.122**	**4.081.283**	**4.081.283**
Finanzierung der Ausgaben:					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus F&E-Aufträgen und Projektförderungen	1.309.100		1.405.200	1.020.000	1.020.000
Sonstige eigene Einnahmen	1.000		1.000	1.000	1.000
Zuwendungen aus EU-Fonds					
Institutionelle Sonderfinanzierung des Bundes und des Landes	871.350	880.680	831.822	191.683	191.683
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	2.013.983	2.018.535	1.960.700	1.926.017	1.926.017
Zuwendungen Berlins	1.025.017	1.027.665	962.400	941.583	941.583
a) konsumtiv					
b) investiv					
GESAMT	**5.220.450**		**5.161.122**	**4.081.283**	**4.081.283**

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 1.665.760 € in 2024 und 1.669.930 € in 2025 für den Betriebshaushalt des ZfL sowie eine Zuweisung in Höhe von 6.550 € in 2024 und 6.050 € in 2025 für den Investitionshaushalt des ZfL.

Die Ausgaben für die DFG-Abgabe werden bei Titel 68526, die Ausgaben für Investitionen bei Titel 89383 veranschlagt.

Summarische Stellenübersicht	2023		2022	
	Ist zum 01.01.2023	davon Frauen	Ist zum 01.01.2022	davon Frauen
S (C4)	2	1	2	1
S (C3)	0	0	0	0
S (W3)	3	2	2	1
S (W2)	0	0	0	0
Wissenschaftliches Personal	61	32	63	35
davon unbefristet	32	16	32	15
davon befristet	29	16	31	20
Sonstiges Personal	32	21	32	21

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68641	**164**	**Zuschuss an den Forschungsverbund Berlin**	**84.210.000**	**87.606.000**	**77.341.000**	**75.663.700,00**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 760.000,0 EUR gesperrt.

Im Forschungsverbund Berlin e.V. sind sieben gemeinsam vom Bund und den Ländern im Verhältnis 50:50 geförderte wissenschaftlich autonome WGL-Einrichtungen zusammengefasst. Dem Forschungsverbund Berlin obliegt die administrative Betreuung dieser Einrichtungen; er erhält die Zuwendungsmittel zur Weiterleitung an die Einrichtungen. Dabei handelt es sich um folgende Einrichtungen:
Leibniz-Forschungsinstitut für Molekulare Pharmakologie (FMP),
Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB),
Leibniz-Institut für Kristallzüchtung (IKZ),
Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW),
Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie (MBI),
Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik (PDI),
Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik (WIAS) – Leibniz-Institut im Forschungsverbund Berlin e.V.

Die Institute des Forschungsverbundes betreiben Grundlagen- und angewandte Forschung in den Bereichen Natur-, Umwelt- und Lebenswissenschaften.

Von dem Länderbeitrag ohne Bauinvestitionen entfallen auf Berlin 75 v.H. als Sitzlandquote und weitere rd. 5 v.H. vom restlichen Länderanteil. Beim IKZ als wissenschaftliche Infrastruktureinrichtung trägt Berlin 25 v.H. als Sitzlandquote und weitere rd. 5 v.H. vom restlichen Länderanteil.

Übersicht über das Programmbudget des Forschungsverbundes Berlin:

	2024 €	2025 €	2023 €	2022 €	vorläufige Rechnung 2022 €
Ausgaben					
Betriebsausgaben	112.448.826		105.245.826	103.313.826	119.734.185,06
Investitionsausgaben	21.839.000		21.415.000	16.079.000	9.030.399,06
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen	2.610.000		6.490.000	3.750.000	3.758.754,80
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 v.H.	-2.585.900		-2.432.000	-2.257.700	-2.257.700,00
	133.861.926		**130.718.526**	**120.885.126**	**130.265.638,92**
Finanzierung der Ausgaben					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus F&E-Aufträgen und Projektförderungen	24.001.651		24.431.233	24.205.000	32.834.688,38
Sonstige eigene Einnahmen	979.000		979.000	979.000	1.606.876,53
Zuwendungen aus EU-Fonds	2.841.351		58.767	0	183.625,77
Institutionelle Sonderfinanzierung des Bundes und/oder Berlins	801.826		801.826	801.826	801.825,24
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	72.219.520		71.829.068	65.654.175	65.623.836,50
Zuwendungen Berlins	32.838.578		32.618.632	29.245.125	29.214.786,50
a) konsumtiv					
b) investiv					
	133.861.926		**130.718.526**	**120.885.126**	**130.265.638,92**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Summarische Stellenübersicht	2023		2022	
	Ist zum 01.01.2023	davon Frauen	Ist zum 01.01.2022	davon Frauen
S (C 4)	3	0	4	0
S (C 3)	0	0	0	0
S (W 3)	26	5	26	4
S (W 2) / S (W 1)	8	4	7	3
Wissenschaftliches Personal	673	233	687	229
davon unbefristet	194	52	194	54
davon befristet	479	181	493	175
Sonstiges Personal	576	324	581	330
davon unbefristet	399	230	389	224
davon befristet	177	94	192	106

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 47.527.262 € in 2024 und von 49.268.260 € in 2025 für den Betriebshaushalt des FVB sowie eine Zuweisung in Höhe von 11.519.580 € in 2024 und 10.929.580 € in 2025 für den Investitionshaushalt des FVB.
Die Ausgaben für Investitionen werden bei Titel 89363 nachgewiesen.

Die Mietleistungen an die WISTA für das Max-Born-Institut, das Leibniz-Institut für Kristallzüchtung und die Gemeinsame Verwaltung des Forschungsverbundes Berlin werden vom Land Berlin zu 100 v. H. finanziert.
Die Ausgaben werden bei Titel 68645 nachgewiesen.

68684	**164**	**Zuschuss an das Ferdinand-Braun-Institut**	**14.980.000**	**17.043.000**	**14.527.000**	**14.117.000,00**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.985.000,0 EUR gesperrt.

Teilansatz 1:
Das Ferdinand-Braun-Institut gGmbH, Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH) ist ein international führendes Forschungsinstitut für die anwendungsorientierte und industrienahe Forschung in der Höchstfrequenztechnik und der Photonik. Auf der Basis von III/V-Halbleitern erforscht und realisiert das Institut Materialien, Komponenten und Systeme u.a. für Anwendungen in Kommunikation, Quantentechnologie, Verkehrs- und Produktionstechnik, Medizin und Biotechnologie.
Seit dem 01.01.2021 firmiert das vormals nicht rechtlich eigenständige Institut des Forschungsverbund Berlin e.V. (FVB) in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH. Gesellschafter ist das Land Berlin. Der Betrieb der FBH gGmbH wird vom Bund und den Ländern im Verhältnis 50:50 finanziert. Von dem Länderbeitrag entfallen auf Berlin 75 % als Sitzlandquote und weitere rund 5 % vom restlichen Länderanteil.

Übersicht über das Programmbudget des Ferdinand-Braun-Institut gGmbH, Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH):

	2024	2025	2023	2022	Vorl. Ist 2022
	€	€	€	€	€
Ausgaben					
Betriebsausgaben	34.021.000		32.615.421	31.537.660	34.394.341
Investitionsausgaben	4.686.000		4.433.000	4.346.000	8.076.770
Investitionsausgaben für Baumaßnahmen	0		0	0	1.670
abzüglich DFG-Abgabe 2,5 v.H.	-496.000		-469.200	-460.000	-460.000
GESAMT	**38.211.000**		**36.579.221**	**35.423.660**	**42.012.781**
Finanzierung der Ausgaben:					
Einnahmen des Zuwendungsempfängers aus F&E-Aufträgen und Projektförderungen	17.895.000		16.374.309	15.730.660	21.503.361

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

	2024	2025	2023	2022	Vorl. Ist 2022
	€	€	€	€	€
Sonstige eigene Einnahmen	0		520.000	520.000	520.000
Zuwendungen aus EU-Fonds	0		29.691	0	816.420
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	12.111.354		11.732.210	11.428.597	11.428.597
Zuwendungen Berlins	8.204.646		7.923.011	7.744.403	7.744.403
a) konsumtiv	6.419.280		6.234.038	6.088.577	6.088.577
b) investiv	1.785.366		1.688.973	1.655.826	1.655.826
GESAMT	**38.211.000**		**36.579.221**	**35.423.660**	**42.012.781**

Summarische Stellenübersicht	2023		2022	
	Ist zum 01.01.2023	davon Frauen	Ist zum 01.01.2022	davon Frauen
S (C 4)	1	0	1	0
S (C 3)	0	0	0	0
S (W 3)	1	0	1	0
S (W 2)	0	0		0
Wissenschaftliches Personal	165	31	142	25
davon unbefristet	61	8	51	6
davon befristet	104	23	91	19
Sonstiges Personal	130	50	157	57
davon unbefristet	87	33	85	36
davon befristet	43	17	72	21

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 8.460.804 € in 2024 und 9.514.304 € in 2025 für den Betriebshaushalt sowie eine Zuweisung in Höhe von 2.575.248 € in 2024 und 2.588.248 € in 2025 für den Investitionshaushalt des FBH.

Die Ausgaben für die DFG-Abgabe werden beim Titel 68526 veranschlagt. Die Ausgaben für Investitionen werden beim Titel 89384 veranschlagt.

Teilansatz 2:
Zur Absicherung der Dauerlast aus der Abwicklung der Fachinformationszentrum Chemie GmbH (FIZ Chemie) stehen in 2024 und 2025 je 100.000 € zur Verfügung. Mit der Durchführung aller damit in Zusammenhang stehenden Aufgaben ist die FBH gGmbH betraut.

89319	**164**	**Zuschuss an das Sozioökonomische Panel (SOEP) für Investitionen**	**98.000**	**97.000**	**124.000**	**91.000,00**

An den Investitionsausgaben des SOEP sind auch der Bund und die Länder beteiligt (vgl. Erläuterungen zu Titel 68519).

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe 70.118 € in 2024 und 69.451 € in 2025 für den Investitionshaushalt des SOEP.

89361	**164**	**Zuschuss an das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin für Investitionen**	**408.000**	**402.000**	**386.000**	**378.000,00**

An den Investitionsausgaben des DIW sind auch der Bund und die Länder beteiligt (vgl. Erläuterungen zu Titel 68531).

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 224.129 € in 2024 und 221.129 € in 2025 für den Investitionshaushalt des DIW.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89362	**164**	**Zuschuss an das Wissenschafts-zentrum für Investitionen**	**325.000**	**320.000**	**308.000**	**302.000,00**

An den Investitionsausgaben des WZB sind auch der Bund und die Länder beteiligt (vgl. Erläuterungen zu Titel 68533).

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 259.864 € in 2024 und 256.114 € in 2025 für den Investitionshaushalt des WZB.

89363	**164**	**Zuschuss an den Forschungsver-bund für Investitionen**	**20.849.000**	**20.246.000**	**27.255.000**	**19.179.000,00**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 2.665.000,0 EUR gesperrt.

An den Investitionsausgaben für die Forschungstechnik der im Forschungsverbund Berlin (FVB) zusammengefassten WGL-Einrichtungen sind auch der Bund und die Länder beteiligt; Bauausgaben werden von Berlin bilateral mit dem Bund finanziert (vgl. auch Erläuterungen zu Titel 68641).
Die Mittel sind vorgesehen für die Grundausstattung der natur- und lebenswissenschaftlichen Institute des Forschungsverbundes einschließlich notwendiger Reinvestitionen zur leistungssichernden Modernisierung der Forschungstechnik und Baumaßnahmen.

Seit dem Haushaltsjahr 2017 erfolgt aus diesem Titel die Finanzierung eines gemeinsamen Wissenschaftsgebäudes des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) mit der Freien Universität Berlin. Das finanzielle Gesamtvolumen der Baumaßnahme beträgt für das IGB 9.340.000 € (2017: 750.000€; 2018: 3.000.000 €; 2019: 3.000.000 €; 2020: 650.000 €; 2021: 0 €; 2022: 500.000 €; 2023: 1.390.000 €, 2024: 50.000 €).

Seit dem Haushaltsjahr 2020 erfolgt aus diesem Titel die Finanzierung eines Erweiterungsbaus III, Zellzuchtlaboreinheiten, Seminar- und Konferenzräume des Leibniz-Instituts für Zoo- und Wildtierforschung. Das finanzielle Gesamtvolumen der Baumaßnahme beträgt 6.800.000 € (2020: 200.000€; 2021: 500.000 €; 2022: 2.400.000 €; 2023: 2.900.000 €; 2024: 800.000 €).

Seit dem Haushaltsjahr 2022 erfolgt aus diesem Titel die Finanzierung der IT-Infrastruktursanierung des Leibniz-Instituts für Zoo- und Wildtierforschung. Das finanzielle Gesamtvolumen der Baumaßnahme beträgt 1.190.000 € (2022: 500.000 €; 2023: 600.000 €; 2024: 90.000 €).

Seit dem Haushaltsjahr 2022 erfolgt aus diesem Titel die Finanzierung der Erneuerung der lufttechnischen Anlagen des Leibniz-Forschungsinstituts für Molekulare Pharmakologie. Das finanzielle Gesamtvolumen der Baumaßnahme beträgt 3.920.000 € (2022: 350.000 €; 2023: 1.600.000 €; 2024: 1.670.000 €; 2025: 300.000 €).

Berlin erhält für den Investitionshaushalt des FVB vom Bund eine Zuweisung von 11.519.580 € in 2024 und 10.929.580 € in 2025 (siehe Erläuterung zu Titel 33102).

89383	**164**	**Zuschuss an die Geisteswissen-schaftlichen Zentren für Investitio-nen**	**36.000**	**33.000**	**33.000**	**33.000,00**

An den Investitionsausgaben der GWZ sind auch der Bund und die Länder beteiligt (vgl. Erläuterungen zu Titel 68583).
Berlin erhält für die GWZ vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 19.650 € in 2024 und 18.150 € in 2025 für den Investitionshaushalt der GWZ.

89384	**164**	**Zuschuss an das Ferdinand-Braun-Institut für Investitionen**	**4.686.000**	**4.712.000**	**4.433.000**	**4.346.000,00**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 100.000,0 EUR gesperrt.

An den Investitionsausgaben der FBH gGmbH sind auch der Bund und die Länder beteiligt (vgl. Erläuterungen zu Titel 68684).
Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 2.575.248 € in 2024 und 2.588.248 € in 2025 für den Investitionshaushalt des Instituts.
Die Mittel sind vorgesehen für die technische Grundausstattung des FBH, die Aufbau- und Verbindungstechnik, notwendige Re-Investitionen für die Sicherstellung industriekompatibler Komponenten in den Prozesslinien einschl. erforderlicher Messausrüstungen sowie für Sanierungs- und Baumaßnahmen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89409	**164**	**Zuschuss an das Deutsche Rheumaforschungszentrum für Investitionen**	**1.981.000**	**1.949.000**	**1.875.000**	**1.838.000,00**

An den Investitionsausgaben sind auch der Bund und die Länder beteiligt (vgl. Erläuterungen zu Titel 68503).
Die Mittel sind vorgesehen als Grundausstattung zur Unterhaltung und Ergänzung der DV-Ausstattung sowie für Ersatzbeschaffungen wissenschaftlicher Geräte.

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 1.088.502 € in 2024 und in Höhe von 1.072.502 € in 2025 für den Investitionshaushalt des Deutschen Rheuma-Forschungszentrums Berlin.

89460	**164**	**Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (MfN) für Investitionen**	**9.602.000**	**15.778.000**	**12.185.000**	**2.008.000,00**

An den Investitionsausgaben sind auch der Bund und die Länder beteiligt (vgl. Erläuterungen zu Titel 68560). Die Mittel sind vorgesehen als Grundausstattung zur Unterhaltung und Ergänzung der DV-Ausstattung sowie für Ersatzbeschaffungen wissenschaftlicher Geräte.

Seit dem Haushaltsjahr 2019 erfolgt aus diesem Titel die Finanzierung des 3. Bauabschnitts zur Herrichtung des/der Dienstgebäude des Museums für Naturkunde. Das finanzielle Gesamtvolumen der Maßnahme beträgt gemäß BPU (08/2022) 63.580.000 €.

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 3.906.036 € in 2024 und von 6.376.036 € in 2025.

89461	**164**	**Zuschuss an das Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung (MfN) zur Herrichtung des Nordflügels und Campus MfN**	**27.000.000**	**40.000.000**	**19.035.000**	**17.000.000,00**

Ziel des Zukunftsplans ist die konzeptionelle und bauliche Entwicklung des Museums für Naturkunde, sodass die denkmalgeschützten Liegenschaften und die einzigartige Sammlung für zukünftige Generationen konserviert werden können und das Museum auch in Zukunft in der Spitzenforschung international kompetitiv bleibt. Die Vorhaben des Zukunftsplans umfassen die bauliche Ertüchtigung und Erweiterung der bisher nicht sanierten Bestandsgebäude in der Invalidenstraße, den Neubau eines Sammlungsmagazins auf dem Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof, die Digitalisierung der Sammlung sowie Teilprojekte des Wissenstransfers und der –kommunikation.

Seit dem Haushaltsjahr 2020 erfolgt in Umsetzung entsprechender Beschlüsse des Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses sowie auf der Grundlage von zwischen dem Bund und dem Land Berlin geschlossenen Verwaltungsvereinbarungen eine paritätische Finanzierung der Maßnahmen auf der Basis einer mit dem Bund abgestimmten Mittelabflussplanung (aktueller Stand: 16.03.2023).

Das finanzielle Gesamtvolumen der Maßnahme beträgt 660.000.000 €. An den Investitionsausgaben sind der Bund und das Land Berlin im Verhältnis 50:50 beteiligt. Somit beträgt der Landesanteil 330.000.000 €. Die Zuweisungen des Bundes erfolgen in Titel 33102.

Für die Baumaßnahmen der ersten Projektphase in der Invalidenstraße und in Adlershof liegt ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 8.12.2022 über 401.500.000 € vor. Zum dritten Quartal 2024 sollen geprüfte Vorplanungsunterlagen vorliegen.

Die fiktive Indexhochrechnung auf Basis des geprüften Bedarfsprogramms ergibt für die geplante Bauzeit von 7,5 Jahren der Bauvorhaben am Standort Invalidenstraße prognostizierte Baukosten von 472.605.000 € und für die geplante Bauzeit von 5 Jahren der Bauvorhaben am Standort Adlershof prognostizierte Baukosten von 151.037.500 €. Der Bund und das Land Berlin haben sich in einer Verwaltungsvereinbarung zu einer Deckelung des Gesamtvolumens des Zukunftsplans in Höhe von 660.000.000 € verpflichtet. Die Indexsteigerungen müssen somit vom Museum für Naturkunde in den weiteren Planungen berücksichtigt werden, um die Baukostenobergrenze einhalten zu können.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen, ebenso wie die erwarteten jährlichen Nutzungskosten, da bisher noch keine geprüfte VPU vorliegt.

Berlin erhält vom Bund eine Zuweisung in Höhe von 13.500.000 € in 2024 und von 20.000.000 € in 2025.

		Summe Maßnahmegruppe 02	**252.189.000**	**276.620.000**	**242.871.000**	**215.517.415,00**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

MG 03 **Großforschungseinrichtungen (HGF)**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der HG 6 sind innerhalb der Maßnahmegruppe 03 und mit den übrigen konsumtiven Sachausgaben des Kapitels 0940 gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben der HG 8 sind innerhalb der Maßnahmegruppe 03 gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus sind die Ausgaben der HG 6 und 8 innerhalb der Maßnahmegruppe 03 auch untereinander deckungsfähig.

Das Ausgabenvolumen der Maßnahmegruppe kann bis zur Höhe von insgesamt 20 % zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Die Institute der Großforschungseinrichtungen – Hermann von Helmholtz – Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) werden auf der Grundlage des Art. 91 b GG in Verbindung mit Art. 3 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK – Abkommen) und § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Anlage zum GWK - Abkommen (Bundesanzeiger Nr. 195, S. 7787 vom 18.10.2007) vom Bund und dem Sitzland finanziert.

Die Finanzierungsschlüssel der einzelnen Einrichtungen sind in den Erläuterungen zu den entsprechenden Einzeltiteln dargestellt.

Bund und Länder haben in der GWK beschlossen, den seit 2005 laufenden Pakt für Forschung und Innovation in einer vierten Phase fortzusetzen. Dieser Vereinbarung haben die Regierungschefs von Bund und Ländern am 06. Juni 2019 zugestimmt. Die vierte Paktphase läuft erstmals über einen Zeitraum von zehn Jahren (2021 – 2030). In diesem Zeitraum sollen die Zuwendungen jährlich um 3% steigen. Bund und Länder tragen diesen Aufwuchs nach den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln gemeinsam. Während der Laufzeit des PFI III (2016 bis 2020) wurde der jährliche Aufwuchs vom Bund allein finanziert.

Baumaßnahmen werden grundsätzlich zwischen dem Bund und dem Land Berlin abgestimmt und bilateral finanziert.

Übersicht der von den Einrichtungen der HGF genutzten Grundstücke des Landes Berlin:

lfd. Nr.	Institution/Adresse	Grundstücksfläche	Nutzfläche im Gebäude	Jahresmiete a) vereinbart b) ortsüblich ggf. geschätzt		Rechts-/Vertrags- o.a. Grundlage
		m²	m²		€	
1.	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. , Rutherfordstr. 2 12489 Berlin	23.680	17.431	a) b)	1.048.090 k. A.*)	Art. 91 b GG
2.	Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC), Robert-Rössle-Str. 10, 13125 Berlin	141.657,20	37.107,96	a) b)	0 3.838.447	Art. 91 b GG
3.	Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB), Gebäude 12.8, Kekuléstr. 5 12489 Berlin	2.267	2.267	a) b)	86.932 (s. a. Kap. 0940, Titel 68645) 136.020	Art. 91 b GG
4.	Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB), Hahn-Meitner-Platz 1 14109 Berlin	185.799	ca. 65.000	a) b)	0 k. A.*)	Art. 91 b GG § 9 a Abs. 3 AtomG (Landessammel-stellen)
5.	Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB), Albert-Einstein-Str. 15, 12489 Berlin	55.853	ca. 35.000	a) b)	29.614 k. A.*)	Art. 91 b GG

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

lfd. Nr.	Institution/Adresse	Grundstücksfläche	Nutzfläche im Gebäude	Jahresmiete a) vereinbart b) ortsüblich ggf. geschätzt		Rechts-/Vertrags- o.a. Grundlage
		m²	m²		€	
6.	Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB), Magnusstraße 10, 12489 Berlin	9.078	0 (unbebaut)	a) b)	150.969 k. A.*)	Erbaurechtsvertrag vom 06.12.2017, Urkundenrolle-Nr.: 1107/2017
7.	Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH (HZB), Schwarzschildstr. 8-12, 12489 Berlin	anteilig entsprechend Nutzfläche	ca. 1.975	a) b)	29.614 k. A.*)	Art. 91 b GG

*) Angaben zur ortsüblichen Jahresmiete liegen nicht vor.

68538	**164**	**Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie**	**11.713.000**	**12.065.000**	**11.371.000**	**10.644.500,00**

Das Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie ist Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF). Zentrale Aufgaben des Zentrums sind der Betrieb der Berliner Synchrotronstrahlungsquelle BESSY II, die Entwicklung und der Aufbau der Strahlungsquelle BESSY III sowie die Stilllegung und der Rückbau der Neutronenquelle BER II bis 2030. Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die Bereiche funktionale und magnetische Materialien, sowie die Solarenergieforschung. Das Institut wird vom Bund und von Berlin im Verhältnis 90:10 finanziert.

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie:

	Ansatz				vorl. Rechnung
	2024* €	2025 €	2023 €	2022 €	2022 €
Ausgaben					
Betriebsausgaben	162.993.000		150.931.000	151.824.000	151.824.000
Ausgaben für Investitionen	33.602.000		36.472.000	35.653.000	35.653.000
	196.595.000		**187.403.000**	**187.477.000**	**187.477.000**
Finanzierung der Ausgaben					
Eigene Mittel des Zuwendungs-Empfängers	37.523.000		40.715.000	44.848.000	44.848.000
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	144.361.000		134.078.000	131.180.000	131.180.000
Zuwendungen Berlins					
a) konsumtiv	11.713.000	12.065.000	10.191.000	9.819.000	9.819.000
b) investiv	2.998.000	3.026.000	2.419.000	1.630.000	1.630.000
	196.595.000		**187.403.000**	**187.477.000**	**187.477.000**

Die Zuwendungen für Investitionen werden bei Titel 89364 nachgewiesen.
* Die Angaben zu den Ausgaben und zur Finanzierung der Ausgaben in 2024 sind vorläufig, da der Wirtschaftsplan 2024 zum Zeitpunkt der Eintragung noch nicht beschlossen war.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68576	**164**	**Zuschuss an das Max-Delbrück-Centrum**	**8.059.000**	**8.301.000**	**7.824.000**	**6.878.000,00**

Das Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) ist ein Zentrum der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), das vom Bund und Land im Verhältnis 90:10 finanziert wird.

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin:

	Ansatz				Vorl. Rechnung
	2024** €	2025 €	2023 €	2022 €	2022 €
Ausgaben					
Personalausgaben	83.607.000		79.360.000	76.000.000	76.000.000
Sächliche Verwaltungsausgaben	32.917.000		28.786.000	28.786.000	28.786.000
Betriebsausgaben-DZHK*	50.049.000		42.820.000	41.534.000	41.534.000
Ausgaben für Investitionen	20.051.000		19.409.000	22.286.000	22.286.000
gesamt	186.625.000		177.009.000	175.478.000	175.478.000
Finanzierung der Ausgaben					
Eigene Mittel des Zuwendungs-Empfängers	30.779.000		26.519.000	28.400.000	28.400.000
SB-Mittel aus dem Vorjahr					
SB-Mittel für das Folgejahr					
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	145.177.000		140.370.000	136.840.000	136.840.000
Zuwendungen Berlins					
a) konsumtiv	8.059.000	8.301.000	7.824.000	7.596.000	7.596.000
b) investiv	2.610.000	2.899.000	2.296.000	2.642.000	2.642.000
			177.009.000	175.478.000	175.478.000

* weitergeleitete Zuwendungen, an das Deutsche Zentrum für Herz-Kreislauf-Forschung (DZHK)
** Die Angaben zu den Ausgaben und zur Finanzierung der Ausgaben in 2024 sind vorläufig, da der Wirtschaftsplan 2024 zum Zeitpunkt der Eintragung noch nicht beschlossen war.

Das Vorhaben DZHK wurde im Rahmen der Einrichtung der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung (DZG) begründet und wird im Verhältnis 90:10 (Bund/Länder) finanziert.
Nach Einnahme aller Länderanteile stellt der Bund dem MDC 100% der Gesamtkosten für das DZHK zur Weiterleitung an alle Partner zur Verfügung (DZHK-Finanzierung im Weiterleitungsverfahren). Der Berliner Landesanteil für am MDC angesiedelte DZHK-Aktivitäten erscheint bei Titel 685 89.

Die Ausgaben für Investitionen sind bei Titel 89376 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68581	**164**	**Zuschuss an das DLR-Forschungszentrum**	**4.153.000**	**4.278.000**	**4.032.000**	**3.847.900,00**

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist eine Großforschungseinrichtung, die vom Bund und den beteiligten Ländern im Verhältnis 90:10 finanziert wird.
Berlin ist ein Sitzland des Großforschungszentrums mit den Schwerpunkten Weltraum und Verkehr in Berlin Adlershof.

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt:

	Ansatz 2024 €	2025 €	2023 €	2022 €	vorl. Ist 2022 €
Ausgaben					
Personalausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben					
Ausgaben für Investitionen					
Finanzierung der Ausgaben					
Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen					
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)					
Zuwendungen Berlins					
a) konsumtiv	4.153.000		4.032.000	3.914.000	3.847.900
b) investiv	2.200.000		2.200.000	2.200.000	2.266.100

Der Aufwuchs ergibt sich aus dem Pakt für Forschung und Innovation IV.

Die Ausgaben für Investitionen sind bei Titel 89334 veranschlagt.
Die Kosten der Unterbringung sind bei Titel 68645 veranschlagt.

68589	**164**	**Zuschuss an die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung (DZG) mit Berliner Beteiligung**	**1.852.000**	**3.227.000**	**2.552.000**	**1.501.614,72**

Die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung (DZG) verfolgen das Ziel, die Forschung auf den Feldern sogenannter Volkskrankheiten zu intensivieren. Die Bundesländer sind als Partnerstandorte mit Forschungseinrichtungen und Universitäten beteiligt. Die Voraussetzungen für die Beteiligung an den DZG bilden jeweils Abkommen zwischen dem Bund und den beteiligten Ländern. Die Zentren werden vom Bund und den Ländern im Verhältnis 90:10 finanziert.

Das Land Berlin beteiligt sich an folgenden DZG:

1.) Das Deutsche Konsortium für Translationale Krebsforschung (DKTK) ist eine nicht-rechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts in der Verwaltung des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg als Kernzentrum. Für den Berliner Partnerstandort ist seit Juli 2012 die Charité Universitätsmedizin Berlin etabliert.
2.) Das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) ist 2009 in der Rechtsform des eingetragenen Vereins - mit Kernzentrum in Bonn - gegründet worden. Die Charité ist als weiterer Partnerstandort für Berlin seit dem 01. Juli 2012 im DZNE e.V. beteiligt.
3.) Im Deutschen Zentrum für Herz-Kreislauf-Forschung (DZHK) werden die leistungsstärksten deutschen Herz-Kreislauf-Forschungseinrichtungen zusammengeführt, um ihre Arbeit aufeinander abzustimmen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen erfolgreicher behandeln zu können. Seit 2011 ist Berlin als Partnerstandort mit dem Max-Delbrück-Centrum und der Charité-Universitätsmedizin am DZHK beteiligt.
4-5) Das Deutsche Zentrum für Psychische Gesundheit (DZP) und das Deutsche Zentrum für Kinder- und Jugendgesundheit (DZKJ) werden während der Laufzeit des Doppelhaushalts 2024/2025 unter Beteiligung von Berliner Standorten gegründet werden.

Das Nationale Centrum für Tumorerkrankungen (NCT) ist eine Kooperation zwischen dem Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) und Partnerstandorten mit exzellenter Onkologie in der Universitätsmedizin. Ziel des NCT ist es, Krebspatientinnen und -patienten eine maßgeschneiderte Diagnostik und Therapie auf dem neuesten Stand der Wissenschaft anzubieten und das NCT zu einem internationalen Spitzenzentrum der patientennahen Krebsforschung und Krebstherapie zu entwickeln. Im Rahmen der „Nationalen Dekade gegen Krebs“ wird das NCT neben den bestehenden Standorten auf weitere Standorte in Deutschland erweitert. Berlin ist mit der Charité-Universitätsmedizin Berlin einer dieser neuen Standorte. Die Finanzierung des erweiterten NCT erfolgt ab dem Jahr 2024 institutionell im Verhältnis 90:10 (Bund/Land) auf Grundlage einer zwischen dem Bund und den Sitzländern der Standorte abzuschließenden gemeinsamen Verwaltungsvereinbarung.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89334	**164**	**Zuschuss an das DLR-Forschungszentrum für Investitionen**	**2.200.000**	**2.200.000**	**2.200.000**	**2.266.100,00**

Anteil Berlins an den Ausgaben für Investitionen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, das vom Bund und den beteiligten Ländern im Verhältnis 90:10 finanziert wird (vgl. Erläuterungen zu Titel 68581).

89364	**164**	**Zuschuss an das Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie für Investitionen**	**2.998.000**	**3.026.000**	**2.952.000**	**2.180.000,00**

Anteil Berlins an den Ausgaben für Investitionen des Helmholtz-Zentrums Berlin für Materialien und Energie (vgl. auch Erläuterungen zu Titel 68538). Das Helmholtz-Zentrum Berlin wird vom Bund und von Berlin im Verhältnis 90:10 finanziert.

Die Mittel werden verwendet für laufende Investitionen und Ausbauinvestitionen mit Gesamtkosten über 2.500.000 €.

89376	**164**	**Zuschuss an das Max-Delbrück-Centrum für Investitionen**	**2.610.000**	**2.899.000**	**2.296.000**	**2.437.000,00**

Anteil Berlins an den Investitionsausgaben des Max-Delbrück-Centrums, das vom Bund und von Berlin im Verhältnis 90:10 finanziert wird (vgl. auch Erläuterungen zu Titel 68576).

Die Mittel werden verwendet für laufende Investitionen und Ausbauinvestitionen mit Gesamtkosten über 2.500.000 €.

		Summe Maßnahmegruppe 03	**33.585.000**	**35.996.000**	**33.227.000**	**29.755.114,72**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

MG 04 — von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Forschungsorganisationen

Das Ausgabevolumen der Maßnahmegruppe kann bis zur Höhe von insgesamt 20 % zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen und die überregionalen Forschungsorganisationen werden auf der Grundlage des Art. 91 b GG in Verbindung mit Art. 3 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK – Abkommen) und § 1 Abs. 1 Nr. 1, 3-5, 8 der Anlage zum GWK - Abkommen (Bundesanzeiger Nr. 195, S. 7787 vom 18.10.2007) vom Bund und den Ländern gemeinsam finanziert. Die Länderanteile werden neben den reinen Sitzlandkosten von den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel aufgebracht. Der Schlüsselanteil des Landes Berlin beträgt im Durchschnitt der letzten Jahre rd. 5 %.

Die Finanzierungsschlüssel Bund/Länder der einzelnen Einrichtungen sind in den Erläuterungen zu den entsprechenden Einzeltiteln dargestellt.

Übersicht der von den Instituten genutzten Liegenschaften (Grundstücke/Gebäude) des Landes Berlin:

Lfd. Nr.	Institution / Adresse	Grundstücksfläche (m^2)	Nutzfläche im Gebäude (m^2)	a) vereinbarte Jahresmiete (€) b) ortsübliche Jahresmiete (€) *)	Vertragsgrundlage
1	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Lentzeallee 94 14195 Berlin	18.976	10.167,71	a) unentgeltliches Erbbaurecht b) k.A.	Erbbaurechtsvertrag vom 26.09.1973 Grundbuch von Berlin-Wilmersdorf, Flur 4, Flst.67
2	Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie Charitéplatz 1 10117 Berlin	6.846	17.585,32	a) unentgeltliches Erbbaurecht b) k.A.	Erbbaurechtsvertrag vom 12.07.2000 Grundbuch von Mitte, Flur 22, Flurst. 33 und 32
3	Max-Planck-Institut für molekulare Genetik Ihnestr. 63 - 73 14195 Berlin	33.817	22.953,72	a) unentgeltliches Erbbaurecht b) k.A.	Erbbaurechtsvertrag vom 05.02.1969 Grundbuch von Dahlem, Flur 14, Flurst. 19
4	Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft Faradayweg 4 - 6 14195 Berlin	15.674	23.424,51	a) unentgeltliches Erbbaurecht b) k.A.	Erbbaurechtsvertrag vom 19.11.1962 Grundbuch von Dahlem, Flur 13, Flurst. 140
5	Fraunhofer IPK Pascalstr. 8-9 10587 Berlin	4.175	4.531 NGF 6.079 HNF	a) unentgeltliches Erbbaurecht b) k.A.	Erbbaurechtsvertrag vom 13.4.1984 zwischen der FhG und Land Berlin/BA Charlottenburg

*) Angaben zur ortsüblichen Jahresmiete liegen nicht vor.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63216	**164**	**Zuschüsse für wissenschaftliche Einrichtungen der Länder**	**5.246.000**	**5.405.000**	**5.497.000**	**5.115.730,00**

Nach der Neufassung der „Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm“ obliegt die Durchführung des Programms nicht mehr den einzelnen Akademien sondern der Union der Akademien. Die zuwendungsfähigen Ausgaben des Akademienprogramms aufgrund Art. 91 b GG in Verbindung mit Art. 3 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) und § 1 Abs. 1 Nr. 10 der Anlage zum GWK-Abkommen werden im Verhältnis 50:50 (Bund / Länder) aufgebracht.
Hierbei trägt jedes einzelne Land, so auch das Land Berlin, nur den Anteil an den zuwendungsfähigen Ausgaben für die im jeweiligen Land durchgeführten Vorhaben sowie die anteiligen Verwaltungskosten.
Es ist jeweils der Finanzierungsbeitrag des Landes am Akademienprogramm veranschlagt. Weiterhin treten die Ausgaben für die Unterbringung der Vorhaben sowie für die Geschäftsstelle der Union der Akademien der Wissenschaften hinzu.

68525	**164**	**Zuschüsse an die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech)**	**—**	**—**	**65.000**	**64.874,38**

Wegfallvermerk: Die Ausgaben fallen künftig weg.

Der Bund und der Freistaat Bayern haben sich auf eine geänderte Ausführungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (AV-acatech) geeinigt, die zum 1. Januar 2024 gemäß GWK-Beschluss vom 10. März 2023 (GWK 23.20 (2)) in Kraft treten wird. Die geänderte Vereinbarung sieht vor, dass die gegenwärtige institutionelle Förderung in Höhe von 3,75 Mio. Euro beibehalten wird, von der der Bund weiterhin ein Drittel und der Freistaat Bayern als Sitzland zwei Drittel und somit den bisherigen gemeinsamen Länderanteil übernimmt.

Mit Inkrafttreten der neuen AV zum 1. Januar 2024 scheidet Berlin aus der gemeinsamen Förderung des acatech e.V. aus.

68546	**164**	**Zuschüsse an fächerübergreifende Organisationen in Wissenschaft und Forschung**	**56.705.000**	**59.371.000**	**61.444.000**	**61.183.971,72**

Die Ausgaben für die Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung angewandter Forschung e. V. werden künftig bei Titel 68565 nachgewiesen.

Geschätzter Anteil Berlins an den nach dem GWK-Abkommen auf der Grundlage des Art. 91 b GG von der Ländergemeinschaft zu erbringenden Leistungen für die Max-Planck-Gesellschaft.

Bund und Länder haben in der GWK beschlossen, den seit 2005 laufenden Pakt für Forschung und Innovation in einer vierten Phase fortzusetzen. Dieser Vereinbarung haben die Regierungschefs von Bund und Ländern am 6. Juni 2019 zugestimmt.
Die vierte Paktphase läuft erstmals über einen Zeitraum von zehn Jahren (2021 – 2030). In diesem Zeitraum sollen die Zuwendungen jährlich um 3 % steigen. Bund und Länder tragen diesen Aufwuchs nach den vereinbarten Finanzierungsschlüsseln gemeinsam.

68565	**164**	**Zuschuss an die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG)**	**22.761.000**	**36.601.000**	**—**	**—**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 13.520.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 27.560.000,0 EUR gesperrt.

Die Ausgaben für die Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung angewandter Forschung e. V. wurden bisher bei Titel 68546 nachgewiesen.

	2024	2025
1. Institutionelle Förderung	9.241.900 €	9.041.000 €
2. Sonderfinanzierung.....	13.520.000 €	27.560.000 €
Summe	22.761.900 €	36.601.000 €

Berlin ist einer der größten Fraunhofer-Standorte in Deutschland mit vier Instituten, dem Fraunhofer Leistungszentrum Digitale Vernetzung, dem Sitz des IuK-Verbunds, des Verbunds Mikroelektronik, dem eGovernment Zentrum und des Fraunhofer-Forums.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

zu 1. Rechtlich gebunden, weil AV-FhG in Verbindung mit Pakt für Forschung und Innovation (PFI IV, 3% Steigerung). Aus diesem Ansatz werden sowohl die institutionellen Verpflichtungen des Landes Berlin aus der Gemeinschaftsfinanzierung des Bundes und der Länder der FhG mit dem Schlüssel 90:10 (Bund : 16 Länder) wie auch im Rahmen der AV-FhG weitere Maßnahmen zum Ausbau der Forschungsinfrastruktur sowie Maßnahmen zum Erhalt und der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Berliner Institute ohne direkte Beteiligung des Bundes oder der übrigen Länder finanziert. Durch die Sonderfinanzierungen des „Zukunftspakts Fraunhofer“ werden die von den Instituten genutzten Räumlichkeiten an zukünftige Nutzungsanforderungen herangeführt und ihre Infrastruktur ertüchtigt.

zu 2. Sonderfinanzierungen des Landes, die ausserhalb der reguären 90:10 Finanzierung der FhG laufen. Bis Ende 2024 soll der Aufbau des Fraunhofer-Zentrums für die Sicherheit Sozio-Technischer Systeme (SIRIOS) und der Aufbau des Fraunhofer Instituts für Translationale Medizin und Pharmakologie - Institutsteil Allergologie (ITMP-IA) aus dem IFF finanziert werden. In 2024 wird über die Aufnahme von SIRIOS und des ITMP-IA in die institutionelle 90:10 Finanzierung des Bundes und der Länder entschieden.

Die IFF-Mittel für die vom Deutschen Bundestag und dem Abgeordnetenhaus von Berlin beschlossenen Sonderfinanzierungen sind in dem Titel in einem eigenen Teilansatz mit aufgeführt. Vgl. auch Erläuterungen zu Titel 359 07 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleitet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

68579	**164**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**500,00**

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. in Göttingen ..... 500 €
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) ..... 500 €
1.000 €

Summe Maßnahmegruppe 04	**84.713.000**	**101.378.000**	**67.007.000**	**66.365.076,10**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 05		**von Bund und Ländern mitfinanzierte Forschungseinrichtungen**				

Übersicht über die von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) und der Wissenschaftsstiftung Ernst-Reuter genutzten Grundstücke:

lfd. Nr.	Institution /Adresse	Grundstücksfläche	Nutzfläche im Gebäude	Jahresmiete a) vereinbart b) ortsüblich ggf. geschätzt		Rechts-/Vertrags- o.a. Grundlage
		m²	m²		€	
1.	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften Jägerstraße 22/23 10117 Berlin	4.603	8.713	a) b)	0 1.882.000	Überlassungsvertrag vom 15. Mai 1995 i. V. m. Staatsvertrag zur Errichtung der Akademie der Wissenschaften
2	Wissenschaftskolleg zu Berlin Wallotstraße 19,21 14193 Berlin	5.837	4.105	a) b)	0 690.000	Unentgeltliches Nutzungsrecht als Vermögen der Stiftung Nutzungsvertrag vom 18.11.1981

68557	**164**	**Zuschuss an die Akademie der Wissenschaften**	**4.428.000**	**4.528.000**	**4.228.000**	**4.184.000,00**

Die 1992 gegründete Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften wird im Verhältnis 2:1 vom Land Berlin und vom Land Brandenburg finanziert.

Übersicht über den Wirtschaftsplan der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften:

	Ansatz 2024 €	2025 €	2023 €	2022 €	Rechnung 2022 €
Ausgaben					
Personalausgaben	5.514.000		5.251.000	5.185.000	4.919.687,02
Sächliche Verwaltungsausgaben	1.994.000		1.883.000	1.883.000	1.615.927,86
Ausgaben für Investitionen.....	104.000		104.000	104.000	127.130,34
	7.612.000		7.238.000	7.172.000	6.662.745,22
Finanzierung der Ausgaben					
Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	970.000		896.000	896.000	386.745,22
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (ohne Berlin)	2.214.000	2.264.000	2.114.000	2.092.000	2.092.000,00
Zuwendungen Berlins.....	4.428.000	4.528.000	4.228.000	4.184.000	4.184.000,00
	7.612.000		7.238.000	7.172.000	6.662.745,22

Die im Gebäude Jägerstraße 22/23 von der Akademie genutzten Räume werden der Akademie durch das Land Berlin unentgeltlich überlassen.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68582	**164**	**Zuschuss an die Wissenschafts-stiftung Ernst Reuter**	**3.829.000**	**3.929.000**	**3.929.000**	**3.704.000,00**

Der Ansatz kann bis zur Höhe von insgesamt 20 % zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Aufgabe der Wissenschaftsstiftung Ernst Reuter ist es, das Wissenschaftskolleg zu Berlin e.V. zu fördern. An den Kosten des Wissenschaftskollegs beteiligen sich der Bund und das Land Berlin mit jeweils 50 v. H.

Übersicht über den Wirtschaftsplan der Wissenschaftsstiftung Ernst Reuter:

	Ansatz 2024 €	2025 €	2023 €	2022 €	Rechnung 2022 €
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben	9.023.000		9.110.000	9.082.000	8.731.140,69
Finanzierung der Ausgaben					
Eigene Mittel des Zuwendungs-empfängers und Mittel nichtöf-fentlicher Stellen.....	1.365.000		1.252.000	1.252.000	1.323.140,69
Zuwendungen anderer öffentli-cher Zuwendungsgeber.....	3.829.000	3.929.000	3.929.000	3.915.000	3.704.000,00
Zuwendungen Berlins.....	**3.829.000**	**3.929.000**	**3.929.000**	**3.915.000**	**3.704.000,00**
	9.023.000		9.110.000	9.082.000	8.731.140,69

Der Wissenschaftsstiftung Ernst Reuter werden Grundstücke und Gebäude Wallotstraße 19 und 21 unentgeltlich überlassen.

	Summe Maßnahmegruppe 05	**8.257.000**	**8.457.000**	**8.157.000**	**7.888.000,00**
	Gesamtausgaben	**403.079.700**	**450.193.800**	**377.640.200**	**338.216.781,96**
	Prozentuale Veränderung	**6,7 %**	**11,7 %**		

Abschluss Kapitel 0940

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.261.000**	**1.261.000**	**262.000**	**1.962.159,07**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**121.670.000**	**126.039.000**	**119.660.000**	**121.009.159,40**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**33.164.000**	**41.532.000**	**33.525.000**	**22.297.394,50**
	Gesamteinnahmen	**156.095.000**	**168.832.000**	**153.447.000**	**145.268.712,97**
411-462	**Personalausgaben**	**3.095.700**	**3.282.800**	**1.858.200**	**2.603.118,78**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**15.000**	**15.000**	**25.000**	**7.306,85**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**326.341.000**	**354.399.000**	**301.340.000**	**283.323.256,33**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**73.628.000**	**92.497.000**	**74.417.000**	**52.283.100,00**
	Gesamtausgaben	**403.079.700**	**450.193.800**	**377.640.200**	**338.216.781,96**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-246.984.700**	**-281.361.800**	**-224.193.200**	**-192.948.068,99**

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001141 Wissenschaft/Forschung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	6.806.673	6.710.773	+1,43
Kostenträger	8	Sachkosten	416.840	4.985.573	-91,64
davon		Transferkosten	13.532.662	15.122.807	-10,51
Produkte	4	Verrechnungskosten	4.156	1.410	+194,75
MGF	4	kalkulatorische Kosten	1.032.370	1.053.906	-2,04
Projekte	0	Gemeinkosten	4.532.155	7.214.174	-37,18
		Summe Verwaltungskosten	26.324.855	35.088.642	-24,98
		Transfers	2.526.611.575	2.428.835.892	+4,03
		Gesamtsumme	2.552.936.430	2.463.924.534	+3,61

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005354	2022	4.083.831	347.591.456	351.675.287
Forschung	2021	5.448.639	389.797.139	395.245.778

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden in der Regel auf der Grundlage des Art. 91 b Grundgesetz gemeinsam von Bund und Ländern finanziert. Dabei gibt es unterschiedliche Finanzierungsverhältnisse für die verschiedenen Forschungsorganisationen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79798	2022	253.400	347.591.456	347.844.856
Transferzahlungen im Bereich Forschung (Transferprodukt)	2021	565.152	389.797.139	390.362.291

	2022	2021
Menge: keine / s. Erläuterung	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	13,63	15,84
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	253.230,00	565.075,00
IST - Erträge in €	109.624.186,59	130.300.020,30
Kostendeckungsgrad in %	31,52	33,38

Das Produkt gehört fachlich zum Kostenträger "Ministerielle Steuerung im Bereich Forschung (Ministerielles Geschäftsfeld)" und dient ausschließlich zur Erfassung der Transferausgaben und ggf. der diesbezüglichen Drittmittel auf der Einnahmeseite.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Fachspezifische Informationen

Der Kostenträger umfasst die konsumtiven wie investiven Zuschüsse des Landes an die im Kapitel 0940 etatisierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich ganz überwiegend um Forschungseinrichtungen handelt, die vom Bund und den Ländern nach Art. 91 b GG in Verbindung mit Art. 3 des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK-Abkommen) sowie den jeweiligen Ausführungsvereinbarungen gemeinschaftsfinanziert werden.
Die wesentlichen Steuerungsfunktionen werden dabei von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) wahrgenommen.
Hinsichtlich der administrativen Betreuung für die Institute der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) sowie für die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) und für die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) liegen die Federführung und damit die Einflussmöglichkeiten beim Bund; lediglich für die Leibniz-Institute (WGL) sowie für das Wissenschaftskolleg ist das Land federführend zuständig.

Die Titel werden in Maßnahmegruppen unterteilt:
MG 02 - Leibniz-Institute (WGL)
MG 03 - Helmholtz-Gemeinschaft (HGF)
MG 04 - von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Forschungsorganisationen
MG 05 - von Bund und Ländern mitfinanzierte Forschungseinrichtungen

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
- Frauen und Gleichstellung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wird künftig bei Kapitel 1180 nachgewiesen.				

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der Haushalt des Sekretariats der Kultusministerkonferenz (KMK) ist gem. Beschlussfassung der Amtschefkonferenz der KMK vom 28.04.2023 im Doppelhaushalt berücksichtigt. Seine Beratung und Beschlussfassung durch die Haushaltskommission und die Finanzministerkonferenz stehen noch aus.

Nach dem Abkommen der Ministerpräsidenten vom 20. Juni 1959 über das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland stellt Berlin zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Ständigen Konferenz der Kultusminister und der in ihrem Rahmen verwalteten Einrichtungen eine Dienststelle als Sekretariat der Kultusministerkonferenz zur Verfügung. Entsprechend § 2 des Abkommens stellt das Plenum der Kultusministerkonferenz den Entwurf des Haushaltsvoranschlages auf. Er bedarf der Zustimmung der Finanzminister der Länder mit Zweidrittelmehrheit. Nach § 3 Abs. 1 verpflichtet sich das Land Berlin, in seinen Haushaltsplan das Sekretariat nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz und der Finanzminister aufzunehmen. Die Länder haben sich verpflichtet, Berlin den rechnungsmäßigen Zuschussbetrag anteilig zu erstatten. Die Berechnung der Anteile der Länder nach § 3 Abs. 2 des vorgenannten Abkommens der Ministerpräsidenten ist bei Titel 23202 ersichtlich. Auf das Land Berlin entfallen rd. 5 % vom Zuschussbedarf des Sekretariats. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen oder mit Sicherheit zu erwartenden Einnahmen geleistet werden.

Diesem Abkommen sind die neuen Länder am 25. Oktober 1991 beigetreten.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigungsstruktur

	2019		2020		2021	
	w	m	w	m	w	m
Leitung	1	1	1	1	0	1
Abteilungsleitung	2	4	2	4	2	4
Referatsleitung	17	11	16	11	16	13
ReferentInnen	55	14	60	16	59	15
SachbearbeiterInnen	137	35	148	36	145	41
BürosachbearbeiterInnen, Schreibkräfte etc.	61	16	57	18	57	17
insgesamt (absoluter Anteil)	273	81	284	86	279	91
insgesamt (relativer Anteil)	77,12	22,88	76,76	23,24	75,41	24,59

Für den Planungszeitraum wurde ein durchschnittliches Jahreseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten sowie differenziert nach Führungskräften und Mitarbeitenden unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Durchschnittliches Jahresgehalt 2021 nach VZÄ

Führungskräfte	
weiblich	84.104 €
männlich	90.305 €
Mitarbeitende	
weiblich	50.388 €
männlich	51.276 €

Der Unterschied zwischen dem weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ist jeweils dem höheren Anteil männlicher Dienstkräfte in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen begründet. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Aktive Maßnahmen zur Verschiebung des Geschlechterverhältnisses sind im Planungszeitraum 2024/2025 nicht vorgesehen.

Im Geschäftsbereich des Sekretariats sind für den Doppelhaushalt 2024/2025 insgesamt 7 Titel der Hauptgruppe 6 und 8 veranschlagt mit einem Ausgabenvolumen von rd. 25,3 Mio. € in 2024 und rd. 25,2 Mio. € 2025.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

		2024	2025
67101	Ersatz von Ausgaben	90.000 €	90.000 €
68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	5.218.000 €	5.636.000 €
68579	Mitgliedsbeiträge	1.300 €	1.300 €
68590	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen **(Drittmittel)**	90.000 €	90.000 €
68594	Sonstige Ausgaben für konsumtive Zwecke aus zweckgebundenen Einnahmen der Länder **(Drittmittel - inkl. Kulturstiftung)**	18.665.000 €	18.323.000 €

Maßnahmengruppen 31 und 32

		2024	2025
81259	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT-Technik	206.000 €	12.000 €
81289	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT-Technik	1.011.000 €	1.011000 €
	Summe:	25.281.300 €	25.163.300 €

Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden nicht gendersensitiv analysiert, da es sich um durchlaufende Mittel handelt. Die Entscheidung über die Förderung wird an anderer Stelle getroffen.

Die Ausgaben der Hauptgruppe 8 erfolgen nicht aufgrund genderspezifischer Zuordnungen, daher werden auch keine gendersensitiven Daten erhoben. Bei den Ersatzbeschaffungen kann von einer Aufteilung entsprechend der Aufteilung der Mitarbeiter im Sekretariat ausgegangen werden.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**011**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**17.399.000**	**18.875.000**	**9.223.000**	**7.723.396,23**

Deckungsvermerk:
Die den Gebühreneinnahmen gegenüberstehenden Ausgabemittel sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für gebührenfinanzierte Ausgaben bei Titeln der Hauptgruppe 4 und 5.

1. Erhebung von Gebühren durch die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Abteilung VI des Sekretariats) für die Ausstellung von “Zweckfreien Bewertungen” nach Art. III.1 der Lissabon-Konvention.

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
Titel 42801		6.986.000	8.244.000	4.810.000	4.227.990
Titel 42811		5.790.000	6.214.000	2.541.000	527.468,75
Titel 44304		29.300	30.700	5.600	13.645,01
Titel 44379		7.900	8.300	7.000	5.299,38
	Personalausgaben insgesamt	12.813.200	14.497.000	7.363.600	4.774.403
Titel 51101	Teilansatz Briefverkehr	166.060	182.125	20.000	89.000,00
Titel 51101	Umlageanteil lfd. Geschäftsbedarf	34.000	34.000	34.000	31.986,29
Titel 51101	Sachkostenpauschale für neue Beschäftigungspos. à 500 € 2024: 99,5 (inkl. Ukraine-Aufbau) 2025: zzgl. 15,5 weitere	49.750	57.500	375.000	26.977,71
Titel 51111		2.500	2.500	2.500	1.487,96
Titel 51140	Umlageanteil Ersatzbeschaffung/Reparatur	1.000	1.000	800	303.970,53
Titel 51140	Ersatzbeschaff. Mobiliar im Rahmen d. Gesundheitsschutzes	10.000	10.000	10.000	8.558,48
Titel 51140	Erstausstattung 2024: 68,5 (69) x ArbPl’e à 1.900 € (SB, BSB) u. 31 ArbPl’e à 2.900 € (RL, Ref) Erstausstattung 2025: 10,5 (11) x ArbPl’e à 1.900 € (Stellen SB, BSB) u. 5 ArbPl’e à 2.900 € (Stellen RL, Ref)	221.000	35.400	26.100	0,00
Titel 51143	Umlageanteil	19.000	19.000	19.000	0,00
Titel 51143	Software, Lizenzen	192.500	192.500	48.000	153.146,16
Titel 51143	Erstausstattung à 2.470 € je ArbPl + 1.745 € Lizenzen je ArbPl p.a.; 2024: 100 x ArbPl’e (99,5 Stellen) 2025: 16 x ArbPl’e (15,5 Stellen)	421.500	241.940	29.380	0,00
Titel 51143	Audit Zertifizierung QM (12.000 €) und QM Software Orgavision (4.000 €)	16.000	16.000	24.000	0,00
Titel 51145		7.000	7.000	7.000	20.048,99
Titel 51160	Schnittstellen zu DMS	50.000	50.000		
Titel 51160	Telefonanlage	5.000	5.000	5.000	3.821,50
Titel 51170		2.000	2.000	2.000	10.710,60
Titel 51185	Weiterentwicklung und Betrieb Lissa-Tool	972.800	1.122.800	82.800	0,00
Titel 51185	Gestaltung Homepage	45.000	45.000	25.000	0,00
Titel 51185	Weiterentwicklung und Betrieb Datenbanken ZAB (anabin)	180.000	180.000	50.000	90.506,78
Titel 51403		1.000	1.000	1.000	1.136,01
Titel 51479		1.800	1.800	1.800	1.752,81
Titel 51701		572.000	621.000	159.000	145.915,95
Titel 51801		1.217.000	1.328.000	313.300	313.300,00
Titel 51802		1.500	1.500	1.500	1.531,49
Titel 51803	Miete Kopiergeräte	12.500	12.500	25.000	26.102,14
Titel 51813		13.600	13.600	1.100	0,00
Titel 51900					79.863,59
Titel 52501		3.700	3.700	3.700	3.845,70
Titel 52501	Schulung	15.000	15.000	5.000	-
Titel 52511		11.800	11.800	9.500	642,60

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
			2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
Titel 52602			5.000	5.000	1.400	30.833,82
Titel 52703			13.000	13.000	1.700	13.296,20
Titel 53111			182.000	42.000	14.000	5.288,96
Titel 54010			82.400	52.400	2.000	157.837,36
Titel 54010		Qualitätsmanagement	20.000	20.000	32.000	0,00
Titel 54010		Prüfung ortsveränderliche elektrische Betriebsmittel	7.000		-	-
Titel 54079			300	300	300	91,79
Titel 54079		Gebührenrückzahlungen	20.000	20.000	-	-
Titel 81289		Lizenzen jetzt bei 51143	-	-	20.000	1.264,06
Titel 98101			10.900	11.600	3.200	3.667,34
		Zwischensumme Sachausgaben inkl. IuK	4.585.610	4.377.965	1.356.080	1.526.585
		davon MG 31	738.900	559.340	165.480	180.411
		davon MG 32	1.199.800	1.349.800	159.800	101.217
		Gesamtausgaben 1.	17.398.810	18.874.965	8.719.680	6.300.988
		rd.	17.399.000	18.875.000	8.720.000	

zu 1.:
Enthalten sind auch die Kosten für den von der FMK 2022 genehmigten Aufwuchse um 26,1 gebührenfinanzierte Stellen aufgrund der Ukraine-Krise.

Die Festlegung der Anteile an laufenden Personal- und Sachausgaben erfolgt anteilig auf Basis des Ist 2022 aus Einzelausgaben und Umlageanteilen an Gemeinkosten für gebührenfinanzierte Stellen unter Berücksichtigung der neuen Mietsituation sowie veränderter Bedarfe im IKT-Bereich. Die Anteile an Miete und Nebenkosten wurden anteilig auf Basis der geltenden Vertragsbedingungen im Verhältnis des Belegungsanteils nach Stellen berücksichtigt.

Sachkostenpauschalen für neue Stellen werden ab 2024 nicht mehr nur bei Titel 51101, sondern beim jeweils zutreffenden Sachtitel berücksichtigt.

2. Erhebung von Gebühren durch die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Abteilung VI des Sekretariats) für die Anerkennung von landesrechtlich geregelten schulischen Berufsaus- und Weiterbildungsabschlüssen nach den Berufsqualifikationsgesetzen von Bund und Ländern (BQFG - Anerkennungsbescheide).

Von den Einnahmen entfallen auf

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
Titel 42801		0	0	443.000	20.754,24
Titel 51101	Pauschale 6 Stellen (nicht besetzt)	0	0	60.000	0,00
	Gesamtausgaben 2.	0	0	503.000	20.754,24
	rd.	0	0	503.000	

Die 250. AK hat am 5./6. 5. 2022 beschlossen, dass die ZAB die gebührenfinanzierte Aufgabe "Ausstellung von Gleichwertigkeitsbescheiden" zum 31. 12. 2023 einstellt.

11901	**011**	**Veröffentlichungen**	**10.000**	**10.000**	**5.000**	**10.064,69**
11921	**011**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus Rückzahlungen nicht verbrauchter Mittel der gemeinsam finanzierten Einrichtungen

11934	**011**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**5.100**	**5.100**	**5.100**	**—**

Erstattung von Versicherungen als Prämien wegen nicht in Anspruch genommener Leistungen

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**14.200**	**14.200**	**7.200**	**42.347,02**

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen unter Nr. 2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für länderfinanzierte Ausgaben bei Titel 52903.

Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial u. sonst. Einnahmen

		2024 €	2025 €	2023 €
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial, sowie verschiedene Einnahmen	13.200	13.200	7.200
2.	Einnahmen für von 2023 - 2025 durch die Länder beschlossene Projekte mit gemeinsamer Finanzierung	1.000	1.000	
		14.200	14.200	7.200

13203	**011**	**Verkauf von beweglichem Vermögen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erlöse aus dem Verkauf beweglichen Vermögens

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23101	**011**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**1.606.000**	**1.640.000**	**1.405.000**	**1.370.909,42**

Zweckbindungsvermerk: Die Mittel sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42231, 42831, 42890, 44100, 44304, 44379, 51101, 51140, 51190, 51479, 51701, 51801, 51803, 51900, 52501, 52602, 52690, 52703, 53111, 53190, 54010, 54079, 54690 und 98101 sowie bei Maßnahmengruppe 31 und 32 Titel 51111, 51143, 51145, 51160, 51813, 52511 und 51170.

Aufgrund von Vereinbarungen trägt das Auswärtige Amt die im Rahmen der Durchführung von Auftragsaufgaben (Beratung ausländischer Schülergruppen, Vergabe von Prämien an ausländische Schüler für hervorragende Leistungen in der deutschen Sprache, Schüleraustausch mit osteuropäischen Staaten und Israel, German-American-Partnership-Programm, Durchführung des Fremdsprachenassistentenaustauschs, Fortbildungskurse und Hospitationsaufenthalte für ausländische Lehrer) anfallenden Verwaltungskosten. Es werden besondere Einnahmen erwartet (vgl. Erläuterungen bei den Titeln 42231, 42831, 42890, 44100, 44304, 44379, 51101 51140, 51190, 51479, 51701, 51801, 51803, 51900, 52501, 52602, 52690, 52703, 53111, 53190, 54010, 54079, 54690 und 98101 sowie bei Maßnahmengruppe 31 und 32 Titel 51111, 51143, 51145, 51160, 51813, 52511 und 51170).

Von den Einnahmen entfallen auf

		2024 €	2025 €	2023 €
Titel 42231		178.000	184.000	171.000
Titel 42831		4.000	4.000	4.000
Titel 42890		1.144.400	1.179.800	1.024.000
Titel 44100		3.300	3.300	3.300
Titel 44304		2.500	2.400	3.200
Titel 44379		700	700	1.000
Personalausgaben		1.332.900	1.374.200	1.206.500
Titel 51101		16.400	16.400	16.400
Titel 51111		900	900	900
Titel 51140		300	300	300
Titel 51143		39.840	34.900	11.700
Titel 51145		2.700	2.700	2.700
Titel 51160		8.300	8.300	8.300
Titel 51170		400	400	400
Titel 51190		72.300	72.300	39.000
Titel 51479		500	500	500
Titel 51701		24.200	24.200	21.100
Titel 51801		51.400	51.400	37.000
Titel 51803		4.000	4.000	8.000
Titel 51813		4.400	4.400	400
Titel 51900		600	600	600
Titel 52501		3.500	3.500	3.500
Titel 52511		1.200	1.200	1.000
Titel 52602		100	100	100
Titel 52690		4.000	4.000	8.000
Titel 52703		3.000	3.000	3.000
Titel 53111		2.740	0	300
Titel 53190		25.000	25.000	22.000
Titel 54010		1.200	1.200	1.200
Titel 54079		100	100	100
Titel 54690		5.000	5.000	11.000
Titel 98101		1.000	900	1.000
Sachausgaben		273.080	265.300	198.500
insgesamt		1.605.980	1.639.500	1.405.000
	rd.	1.606.000	1.640.000	1.405.000

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
23190	**024**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**6.262.000**	**6.282.000**	**6.185.000**	**3.019.918,27**

Zweckbindungsvermerk:
Die Mittel sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 52590 (vgl. Titel 52590, Positionen 1. bis 6.), sowie für Position 7 UKGC auch bei den Titeln 51190, 52790 und 53190.

Aufgrund von Vereinbarungen mit dem Bund werden folgende Einnahmen erwartet:

		2024 €	2025 €	2023 €
1.	Zuschuss des AA zur Finanzierung der Programmkosten des Prämienprogramms einschl. PASCH-Mittel	2.161.000	2.181.000	2.226.000
2.	Zuschuss des AA zur Finanzierung der Kosten der Schüleraustauschprogramme (deutsch-israelischer Schüleraustausch / Johannes-Rau-Stipendien / German-American-Partnership-Programm / MOE, SOE, Baltische Staaten, Russische Föderation / PASCH-Mittel)	1.914.000	1.914.000	1.972.000
3.	Zuschuss des AA zur Finanzierung der Kosten der Weiterbildungsprogramme für deutschsprechende Lehrer von Auslandsschulen	370.000	370.000	313.000
4.	Zuschuss des AA zur Finanzierung der Kosten der Hospitationsaufenthalte und Fortbildungskurse für ausländische Deutschlehrer einschl. PASCH-Mittel	1.058.000	1.058.000	1.090.000
5.	Zuschuss des AA zur Finanzierung der Kosten des Fremdsprachenassistentenaustauschs	508.000	508.000	524.000
6.	Einführungstagungen des Pädagogischen Austauschdienstes für Fremdsprachenassistenten	60.000	60.000	60.000
7.	Büro UK-German Connection	191.000	191.000	
		6.262.000	6.282.000	6.185.000
	rd.	6.262.000	6.282.000	6.185.000

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23191	**011**	**Zuweisungen des Bundes für die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe**	**250.000**	**250.000**	**401.000**	**370.000,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 42890, 51190, 51890 und 53190.
Zuweisung des Bundes zur Finanzierung der Konzertierten Aktion Pflege (KAP) bei der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe

Von den Einnahmen entfallen auf:

	2024 €	2025 €	2023 €
42890	223.280	229.970	256.000
51190	7.450	5.580	11.000
51890	18.500	13.870	27.000
53190	770	580	107.000
	250.000	250.000	401.000
	rd. 250.000	250.000	401.000

In der 253. AK ist auf Wunsch des BMG der Vertrag über die Einbindung der GfG in die Konzertierte Aktion Pflege (KAP) bis zum 31.12.2025 verlängert worden.

Für die Jahre 2023 bis 2025 stellt das BMG jährlich jeweils 250.000 € zur Verfügung, aus denen 2 Stellen E 14, der erforderliche Overhead sowie Sachausgaben finanziert werden können.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23202	**011**	**Anteil der Länder an den Ausgaben des Sekretariats der Kultusministerkonferenz**	**30.671.000**	**31.796.000**	**27.661.000**	**24.939.834,19**

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für länderfinanzierte Ausgaben bei den Titeln der Hauptgruppen 4 und 5.

Die Beiträge der Länder nach § 3, Abs. 2, des Abkommens der Ministerpräsidenten vom 20. Juni 1959 und nach Artikel II des Beitrittsabkommens vom 25. Oktober 1991 errechnen sich wie folgt:

		2024 €	2025 €	2023 €
Ausgaben insgesamt		153.510.740	156.870.770	129.609.100
abzüglich:				
- Ersatz von Ausgaben durch Dritte 1)		673.000	385.000	894.000
- Ersatz von Ausgaben durch den Bund 2)		7.868.000	7.922.000	7.590.000
- Ersatz von Ausgaben durch die Europäische Union 3)		71.364.000	72.354.000	61.374.000
- Zuwendungen von Ländern für konsumtive Zwecke 4) (inkl. Kulturstiftung)		18.665.000	18.323.000	16.389.000
- Drittmittel für Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe 6)		250.000	250.000	401.000
Ausgaben Kernhaushalt des Sekretariats		54.690.740	57.636.770	42.961.100
abzüglich				
- eigene Einnahmen des Sekretariats *)		33.300	33.300	21.300
- Einnahmen aus Gebühren 5)		17.399.000	18.875.000	9.223.000
- Einnahmen für Gutachtenstelle Gesundheitsberufe 7)		4.342.000	4.618.000	4.039.000
- Ersatz von Ausgaben durch die Länder 8)		567.000	574.000	503.000
Zuschussbedarf		32.349.440	33.536.470	29.174.800
abzgl. Anteil Berlins		1.679.000	1.740.600	1.514.200
Anteil der übrigen Länder		30.670.440	31.795.870	27.660.600
	rd.	30.671.000	31.796.000	27.661.000

1) vgl. Titel 27290 (Pos. 4., 6. und 7.) und 282 90
2) vgl. Titel 23101 und 231 90
3) vgl. Titel 27102 und 272 90 (ohne Pos. 4., 6. und 7.)
4) vgl. Titel 23294
5) vgl. Titel 11105
6) vgl. Titel 23191 und 23293
7) vgl. Titel 23209
8) vgl. Titel 23211

*) 11901, 11921, 11934, 11979, 13203, 26102 u. 37101

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23209	**011**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben durch die Länder für die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe**	**4.342.000**	**4.618.000**	**4.039.000**	**2.756.229,14**

Deckungsvermerk:
Die den Einnahmen der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe gegenüberstehenden Ausgabemittel sind einzelplanübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Einzelplans nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für Ausgaben bei Titeln der Hauptgruppe 4 und 5.

Einnahmen aus den Aufwandsentschädigungen der Landesbehörden sowie Anteile der Gesundheitsressorts der Länder am Ausgleich von Mindereinnahmen nach Königsteiner Schlüssel

Folgende Einnahmen werden erwartet:

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
1.	Ausgleich von Mindereinnahmen durch die Gesundheitsressorts der Länder	-	-	-	2.467.372,09
2.	Aufwandsentschädigungen der Landesbehörden	4.246.800	4.526.800	3.947.800	724.909,45
3.	Einnahmen aus Gerichtsgutachten	95.200	91.200	91.200	4.830,00
		4.342.000	4.618.000	4.039.000	3.197.111,54
	rd.	4.342.000	4.618.000	4.039.000	

Von den Einnahmen entfallen auf Titel

		2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
42201		104.000	109.000	82.900	84.997,62
42801		3.199.000	3.327.000	3.405.000	1.445.426,04
42811		93.460	97.200		
44304		6.400	6.200	1.800	4.341,59
44379		1.800	1.700	1.200	1.686,16
	Personalausgaben	3.404.660	3.541.100	3.490.900	1.536.451
51101	Umlageanteil inkl. Porto	40.300	40.300	13.000	36.772,34
51101	Erstausstattung 2024: 2 neue Apl.	1.000	-	290.000	
51111		600	600	600	434,63
51140	Umlageanteil	300	300	300	3.414,34
51140	Erstausstattung 2024: 2 neue Apl. à 2.900 € (RL,Ref) + Ersatzbedarf	7.800	2.000	20.200	-
51143	Umlageanteil	9.300	9.300	4.000	144.349,13
51143	Software, Lizenzen	83.760	83.760	12.000	-
51143	Erstausstattung à 2.470 € je Arbeitsplatz + 1.745 € Lizenzen p.a. 2024: 2 ArbPl	8.430	3.490	22.600	
51145		1.800	1.800	1.800	6.379,23
51160		1.200	1.200	1.200	1.130,86
51160	Anbindung neues Tool an DMS beide Jahre	50.000	50.000		
51170		1.500	1.500	1.500	3.284,38
51185	Anteil anabin-Datenbank 10.000 €; 2024 und 2025 zzgl. Systemerneuerung Workflowtool (letzteres gesperrt)	310.000	460.000	40.000	4.123,37
51403		300	300	300	331,83
51479		600	600	600	557,71
51701		125.000	126.000	38.500	43.120,62
51801		265.000	269.000	75.900	75.900,00
51802		400	400	400	447,35
51803		3.200	3.200	6.400	7.624,37
51813		10.340	10.340	500	
51900					438,53
52501		700	700	700	-

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
			2024 €	2025 €	2023 €	Ist 2022 €
52511			2.700	2.700	2.200	
52602			200	200	200	7.021,59
52703			3.000	3.000	1.500	2.031,95
53111		Anteil 1.000 € + 2024: 2 Stellenausschreibungen à 1.370 € *+ 2025: 1 Stellenausschreibungen à 1.370 €	3.740	2.370	12.000	5.416,04
54010		Umlageanteil	1.200	1.200	500	12.171,56
54010		Dienstleist. GfG; 2024: Prüfung ortsveränderliche elektrische Betriebsmittel	1.600	-	-	
54079			50	50	50	26,81
81289						248,64
98101			2.400	2.400	900	1.071,22
		Sachausgaben	936.420	1.076.710	547.850	356.297
		Personal- und Sachausgaben	4.341.080	4.617.810	4.038.750	1.892.748
		rd.	4.342.000	4.618.000	4.039.000	
23211	**011**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**567.000**	**574.000**	**503.000**	**376.898,40**

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen bei der Kostenerstattung der Länder für das Deutsche Sprachdiplom dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für Ausgaben bei Titeln der Hauptgruppe 4 und 5.

Kostenerstattungen der Länder

Von den Einnahmen entfallen auf

		2024 €	2025 €	2023 €
1.	Kostenerstattungen für das Deutsche Sprachdiplom			
	Titel 42801 (0,5 E 13, 0,5 E 9)	80.600	83.000	62.400
	Titel 51101 Ziff. 7	20.000	20.000	20.000
	Titel 54010 Ziff. 8	144.000	144.000	144.000
	Zwischensumme Deutsches Sprachdiplom	244.600	247.000	226.400
2.	Kostenerstattung Personal Geschäftsstelle Kulturministerkonferenz Titel 42801	168.300	173.400	136.000
3.	Bearbeitung der Antragseingänge zum Immateriellen Kulturerbe - IKE	5.500	0	0
4.	Kostenerstattung Bund-Länder-Initiativen "Leistung macht Schule" und "Schule macht stark", Titel 42811 Ziff. 5. (jeweils 0,75 x E 14)	148.600	153.000	140.000
		567.000	573.400	502.400
	rd.	567.000	574.000	503.000

zu 1.:
Die 227. AK hat am 08.09.2016 unter Top 9 Beschlussziffer 3 das Sekretariat beauftragt, die Verwaltung der Prüfungsbewertung zu den im Prüfbericht genannten Bedingungen ab 2017 zu übernehmen. Der Prüfbericht sieht als Gemeinkosten die Ausstattung mit je 0,5 Stellen der E 13 und 9 vor. Weiterhin entstehen Einzelkosten je Prüfling für Honorar an die/den Bewerter/in sowie Logistikkosten des Sekretariats für Druck und Versand. Die Kosten des Sekretariats werden von den teilnehmenden Ländern auf Basis von Verwaltungsvereinbarungen mit jeweils 2-jähriger Laufzeit anteilig nach Anzahl der Prüfungsteilnehmer erstattet.

zu 2.:
Die 363. KMK hat am 11./12.10.2018 unter TOP 17 die Einsetzung einer Kulturministerkonferenz beschlossen. Unter Ziff. 6 des Beschlusses hat die KMK zudem die Bereitstellung zusätzlichen Personals im Sekretariat der Kultusministerkonferenz im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben einer Geschäftsstelle der Kulturministerkonferenz beschlossen. Die Kosten bis 1,00 x E 14 und 1,00 x E 9 werden von den Ländern nach Königsteiner Schlüssel finanziert (vgl. Erläuterungen 42811).

zu 4.:
Bund-Länder-Initiativen "Leistung macht Schule" und "Schule macht stark" gem. Beschluss der 243. AK vom 10.09.2020, TOP 9 und 10. Die Kosten von jeweils 0,75 x E 14 werden von den Ländern nach Königsteiner Schlüssel finanziert. Die Bewilligung für "Leistung macht Schule" i.H.v. 0,75 x E 14 erfolgte zunächst für die erste Phase; die 250. AK hat die Verlängerung bis zum 31. 12. 2027 beschlossen. Die Bewilligung für "Schule macht stark" erfolgte ebenfalls zunächst für die erste Phase, Zeitraum 01.01.2021-31.12.2025. Auch hier ist eine Entscheidung über den weiteren Personalbedarf vor Beginn der zweiten Phase vorgesehen.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
23294	**183**	**Zweckgebundene Einnahmen von Ländern für Zuschüsse an Dritte**	**18.665.000**	**18.323.000**	**16.389.000**	**18.836.627,54**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68594 (vgl. verbindliche Erläuterung zu Titel 68594).

Anteile der Länder an gemeinschaftlich finanzierten Einrichtungen/Projekten aufgrund Abkommen, Verträgen oder Beschlüssen

Nach den bestehenden Vereinbarungen/Beschlüssen werden folgende Einnahmen erwartet:

		2024 €	2025 €	2023 €
1.	Anteil der Länder am Zuschuss für die Kulturstiftung der Länder	10.397.000	10.397.000	10.386.000
2.	Projekte zur Qualitätssicherung an Schulen (z.B. PISA, IGLU, TIMSS), Programmkostenanteile der Länder für die Deutsch-Französische Hochschule, das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken etc.	8.268.000	7.926.000	6.003.000
		18.665.000	18.323.000	16.389.000
	rd.	18.665.000	18.323.000	16.389.000

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
26102	**011**	**Ersatz von Personalausgaben durch sonstige Dienstherren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**28.814,66**

Ersatz von Versorgungslasten nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sowie nach §§ 107b und c des Beamtenversorgungsgesetzes (für Altfälle) durch den Bund, die Länder oder sonstige Dienstherren

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27102	**011**	**Ersatz von Ausgaben durch die EU**	**3.086.000**	**3.175.000**	**2.663.000**	**1.957.474,61**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890, 51190 und 51890.

Verwaltungskostenzuschuss der EU im Rahmen des Programms “Erasmus+ einschließlich eTwinning”

Folgende Einnahmen werden erwartet:

		2024 €	2025 €	2023 €
1.	Erasmus+	2.589.000	2.663.000	2.202.000
2.	eTwinning	497.000	512.000	461.000
		3.086.000	3.175.000	2.663.000
	rd.	3.086.000	3.175.000	2.663.000

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27290	**129**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**68.409.000**	**69.310.000**	**58.872.000**	**45.476.358,69**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790, 42890, 51190, 52590, 52690, 54690 und 68590 (s. Erläuterungen).

Aufgrund von Vereinbarungen mit der EU und der amerikanischen Regierung werden folgende Einnahmen erwartet:

		2024 €	2025 €	2023 €
1.	Programm-Mittel der EU für die Fördermaßnahmen im Rahmen des Programms Erasmus+	66.100.000	67.000.000	56.800.000
2.	Zuschuss der EU-Kommission zu den Verwaltungskosten der Nationalen Agentur zur Finanzierung der Evaluation von Erasmus+, von Informationsveranstaltungen, Publikationen, Reisekosten etc.	642.000	643.000	552.000
3.	Zuschuss der EU-Kommission für das Projekt eTwinning.	1.300.000	1.300.000	1.212.000
4.	Zuschuss der amerikanischen Regierung zu den Kosten des GAPP	90.000	90.000	90.000
5.	Zuschuss der EU zum Nationalen Dossier zur Struktur des Bildungswesens (EURYDICE)	201.260	201.260	127.000
6.	Teilnehmerbeiträge zu Einführungstagungen des Pädagogischen Austauschdienstes für Fremdsprachenassistenten	0	0	30.000
7.	Deutsches Sprachdiplom in Frankreich, Bozen und Trentino	41.000	41.000	41.000
8.	Meet 2019. ENIC NARIC	-	-	-
9.	EQPR-Projekt ZAB (european qualification passport)	20.000	20.000	20.000
10.	Projekt Summer Study Programm der AATG	14.000	14.000	
		68.408.260	69.309.260	58.872.000
	rd.	68.409.000	69.310.000	58.872.000

28290	**129**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**542.000**	**254.000**	**733.000**	**512.755,08**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790, 42890, 51190, 52590 und 54690 (s. Erläuterungen).

Zuwendungen der Deutschen Unesco Kommission, des Goethe Instituts, der Mercator-Stiftung, der Kreditanstalt für Wiederaufbau u. a.

Folgende Einnahmen werden erwartet:

		2024 €	2025 €	2023 €
1.	Deutsche Unesco Kommission - Programm “Kulturweit”	164.000	169.000	175.000
2.	Goethe Institut - “Hospitationen von Begleitlehrkräften von Sprachkursteilnehmenden des GI in Deutschland”	10.000	10.000	10.000
3.	Mercator-Stiftung - “Mercator Schulpartnerschaftsfonds Deutschland-China”	82.000	0	318.000
4.	Kreditanstalt für den Wiederaufbau - “Teaching German in US Schools” bzw. neues Projekt “Meet young Germany in your classroom”	0	0	68.000
5.	Projekte der Deutschen Telekom Stiftung			
	5.1 Junior-Ingenieur-Akademie	75.000	0	150.000
	5.2 Klaus-Kinkel-Stipendienprogramm			12.000
6.	Kreditanstalt für den Wiederaufbau - „USA: Sustainable Germany in US-Schools Schuljahre 2023/2024 und 2024/2025“	211.000	75.000	
		542.000	254.000	733.000
	rd.	542.000	254.000	733.000

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
37101	**880**	**Pauschale Mehreinnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Der Titel wird mit einem Nominalansatz in Höhe von 1.000 € geführt, um ggf. unterjährige Zwischenbuchungen zum Jahresüberschuss tätigen zu können.

		Gesamteinnahmen	**151.832.300**	**155.130.300**	**128.095.300**	**107.421.627,94**
		Prozentuale Veränderung	**18,5 %**	**2,2 %**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.148.000**	**2.234.000**	**2.315.000**	**1.745.871,45**

Der Anteil der Gutachterstelle für Gesundheitsberufe beträgt in 2024 104.000 € und in 2025 109.000 €. Der Anteil wird über den Titel 23209 gegenfinanziert.

42231	**011**	**Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)**	**178.000**	**184.000**	**171.000**	**157.146,37**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23101. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Weitere Ausgaben dürfen gegebenenfalls auch geleistet werden, soweit deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

Der Anteil des Auswärtigen Amtes für zwei Stellen, Schulrat/-rätin, BesGr. A15 (Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler, German-American-Partnership-Programm), beträgt in 2024: 178.000 € und in 2025: 184.000 € (vgl. Einnahmeerwartung bei Titel 23101).

42260 (neu)	**011**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**5.000**	**5.000**		
42722 (neu)	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**5.000**	**5.000**		
42790	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**4.000**	**4.000**	**16.000**	**7.736,28 R 2.263,72**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Weitere Ausgaben dürfen gegebenenfalls auch geleistet werden, soweit deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz gliedert sich wie folgt:	2024 €	2025 €	2023 €
1. Aushilfen im Rahmen des Programms “Hospitationen von Begleitlehrkräften von Sprachkursteilnehmenden des Goethe Instituts in Deutschland”	2.000	2.000	2.000
2. Aushilfen im Rahmen des Klaus-Kinkel-Stipendienprogramms der Deutschen Telekom	0	0	12.000
3. Aushilfen im Rahmen des EU- Programms “Eurydice”	1.000	1.000	1.000
4. Aushilfen im Rahmen des Projekts “Deutsches Sprachdiplom Frankreich, Bozen und Trentino”	1.000	1.000	1.000
	4.000	4.000	16.000

zu 1) vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 28290.
zu 3) Die Kosten werden von der EU-Kommission getragen (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 27290).
zu 4) Die Kosten werden von der französischen Regierung getragen (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 27290).

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**22.187.000**	**24.053.000**	**21.720.000**	**17.302.447,25**

Die unter der Bereichsüberschrift „Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB)“ ausgewiesenen Stellen werden durch Gebühreneinnahmen (Titel 11105) gegenfinanziert.

Der Anteil für gebührenfinanzierte Ausgaben „Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention“ beträgt für 2024: 6.986.000 € und für 2025: 8.244.000. €.

Der Anteil für gebührenfinanzierte Ausgaben „Arbeitsfeld BQFG /Anerkennungsbescheide“ ist weggefallen.

Der Anteil für deutsche Sprachdiplom (DSD) wird durch Einnahmen (Titel 23211) gegenfinanziert. Die Personalausgaben betragen für 2024: 80.600 € und für 2025: 83.000 €.

Der Anteil für die Geschäftsstelle der Kulturministerkonferenz beträgt für 2024: 168.300 € und für 2025: 173.400 €.

Der Anteil für die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe beträgt für 2024: 3.199.000 € und für 2025: 3.327.000 €.

42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**8.812.000**	**9.227.000**	**3.689.000**	**1.514.391,99**

	2024 €	2025 €
Aushilfen bei besonderem Arbeitsanfall	200.000	200.000
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder	134.000	140.000
Beschäftigungspositionen Bewertungen Art. III.1. Lissabon-Konvention	5.790.000	6.214.000
Veränderter Bedarf Lissabon-Konvention Gutachtenbereich	1.279.190	1.330.360
Veränderter Bedarf Kernhaushalt	42.480	44.180
Veränderter Bedarf GFG	93.460	97.200
Bund-Länderinitiative „Leistung macht Schule“ und „Schule macht stark“	148.600	153.000
Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission	1.026.000	1.048.000
Bearbeitung der Antragseingänge zum Immateriellen Kulturerbe	5.500	0
Abt. II – Schulen – Umsetzung politischer Vorhaben/Ländervereinbarungen	92.700	0
Summe	8.811.930	9.226.740
rd.	8.812.000	9.227.000

42821	**011**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**19.200**	**23.400**	**17.500**	**19.779,68**

42831	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung / Zweckbindung / Ausgleichsabgabe)**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**25.289,21**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23101. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Weitere Ausgaben dürfen gegebenenfalls auch geleistet werden, soweit deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

42860 (neu)	**011**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**5.000**	**5.000**

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42890	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**4.689.000**	**4.747.000**	**4.181.000**	**3.220.006,10 R 241.377,92**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 23101, 23191, 27102, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Weitere Ausgaben dürfen gegebenenfalls auch geleistet werden, soweit deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz gliedert sich wie folgt:

Die Personalausgaben für die Stellen der Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler betragen in 2024: 1.144.400 € und in 2025: 1.179.800 € (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 23101).

Die Personalausgaben für die Stellen im Rahmen des Programms „Erasmus+“ betragen in 2024: 2.498.200 € sowie in 2025: 2.572.800 € und werden von der EU getragen € (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 27102).

Die Personalausgaben für die Stellen im Rahmen des EU-Projekts „eTwinning“ betragen in 2024: 492.500 € und in 2025: 507.200 € und werden von der EU getragen € (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 27102).

Die Personalausgaben für die Stellen im Rahmen des Programms „kulturweit“ betragen in 2024: 138.000 € und in 2025: 142.100 € und werden von der Deutschen Unesco Kommission getragen (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 28290).

Die Personalausgaben für die Stellen im Rahmen des Programms „Schulpartnerschaftsfonds Deutschland-China“ betragen in 2024 73.700 € und werden von der Mercator-Stiftung getragen (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 28290). Das Programm läuft aus.

Die Personalausgaben für 0,2 Stellen im Rahmen des Projekts “Junior-Ingenieur-Akademie (JIA) Schulpartnerschaften mit Osteuropa” betragen in 2024 6.000 € und werden von der Deutschen Telekom Stiftung getragen (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 28290). Das Programm läuft aus.

Die Personalausgaben der Stelle im Rahmen des Programms „Eurydice“ betragen in 2024: 99.020 € und in 2025: 101.990 € und werden von der EU-Kommission getragen (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 27290).

Die Personalausgaben für die „Konzertierte Aktion Pflege“ bei der Gutachterstelle für Gesundheitsberufe betragen in 2024: 223.280 € und in 2025: 229.980 € und werden vom Bund getragen (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 23191).

Die Personalausgaben für 0,2 Stellen im Rahmen des Projekts “ AATG - Summer Study Programm” betragen in 2024 und 2025 je 13.000 € und werden von der AATG getragen (vgl. entsprechende Einnahmeerwartung bei Titel 27290).

42893	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe**			**—**	**200.867,03**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

43201	**118**	**Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten**	**3.300.000**	**3.415.000**	**3.404.000**	**3.158.496,75**

Veranschlagung entsprechend der Festsetzung des Landesverwaltungsamtes Berlin vom 18.01.2023.

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**79.400**	**81.800**	**123.000**	**74.769,34**

Der Anteil der Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler beträgt in 2024 und 2025 jeweils 3.300 €. Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44304	**011**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**81.600**	**81.600**	**66.700**	**63.418,27**

Der Bedarf wurde in Höhe des mit Schreiben der Unfallkasse Berlin vom 12.12.2022 mitgeteilten Umlagebeitrags veranschlagt (2024 und 2025 jeweils 81.600 €). Basis für die Berechnung des Umlagebeitrages ist das Bruttojahresentgelt der Beschäftigten im Jahr 2021.

Der Anteil für gebührenfinanzierten Stellen in der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) in 2024 29.300 € und in 2025 30.700 €. Der Anteil wird über Gebühreneinnahmen bei Titel 11105 gegenfinanziert.

Der Anteil der Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler beträgt in 2024 2.500 € und in 2025 2.400 €. Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

Der Anteil für Stellen der Gutachterstelle für Gesundheitsberufe beträgt in 2024 6.400 € und in 2025 jeweils 6.200 €. Der Anteil wird über den Titel 23209 gegenfinanziert.

44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**22.000**	**22.000**	**22.000**	**24.630,05**

Der Ansatz ist bestimmt zur Finanzierung der Kosten für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung der Mitarbeiter/innen entsprechend der Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes im öffentlichen Dienst des Landes Berlin.

Der Anteil für die gebührenfinanzierten Stellen in der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III. 1 Lissabon-Konvention) beträgt in 2024 7.900 € und in 2025 8.300 €. Der Anteil wird über Gebühreneinnahmen bei Titel 11105 gegenfinanziert.

Der Anteil der Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler/innen beträgt in 2024 und 2025 jeweils 700 €. Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist (verbindliche Erläuterung).

Der Anteil der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe beträgt in 2024 1.800 € und in 2025 1.700 €. Der Anteil wird über den Titel 23209 gegenfinanziert.

45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.468,74**

Veranschlagung entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**527.000**	**548.000**	**1.445.000**	**341.061,17**

Verstärkungsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für gebühren- sowie länderfinanzierte Ausgaben bei Titeln der Hauptgruppe 4 und 5.

Der Ansatz gliedert sich wie folgt:

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Geschäftsbedarf	84.300	84.300	67.000
2. Bücher, Zeitschriften	53.000	53.000	53.000
3. Postgebühren	115.000	115.000	105.000
4. Rundfunk- und Fernsehgebühren	3.000	3.000	3.000
5. Leistungsentgelte für Fernmeldedienstleistungen	24.700	24.700	24.700
Zwischensumme 1.-5.	280.000	280.000	252.700
6. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen - Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention Papier, Bücher, CDs, Porto etc. Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	166.060	182.130	20.000
7. Deutsches Sprachdiplom - Druck- und Versandkosten Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23211 Ziff. 1.	20.000	20.000	20.000
8a. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen Bereich BQFG - Anerkennungsbescheide: 2023: Sachkostenpauschale Fortschreibung 6 Stellen			60.000
8b. Bereich Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention: Geschäftsbedarf für neue Bpos Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105	49.750	57.500	375.000
9. Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Geschäftsbedarf für neue Arbeitsplätze Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209	1.000	-	290.000
10. Geschäftsbedarf und Erstausstattung für neue (Plan-)Stellen	1.500	0	302.100
11. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission Sachkosten gem. Beschluss 372. KMK (pauschal inkl. Erstausstattung)	8.040	8.040	125.000
	526.350	547.670	1.444.800
rd.	527.000	548.000	1.445.000

zu 1.-5.:
(Re-)Finanzierungsanteile Titel Ziff. 1.-5.:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	34.000	34.000	34.000	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	16.400	16.400	16.400	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	40.300	40.300	13.000	23209
	90.700	90.700	63.400	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

zu 7.:
Logistikkosten (Druck und Versand der Diplome) aus DSD-Programm im Inland gem. Beschluss 227. AK i.V.m. Prüfbericht. Lt. Beschlussfassung ist ein Betrag von 2 € je Prüfungsteilnehmer vorgesehen. Veranschlagung für 10.000 Prüflinge. Die Kosten im Sekretariat werden von den Ländern entsprechend ihres Anteils an der Gesamtzahl der Teilnehmer erstattet. Den Ausgaben stehen entsprechende Einnahmen bei Titel 23211 Ziff. 1 gegenüber.

zu 8.:
Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen für gebührenfinanzierte Stellen
a: BQFG-Anerkennungsbescheide: Die 250. AK hat am 5./6. 5. 2022 beschlossen, dass die ZAB die gebührenfinanzierte Aufgabe "Ausstellung von Gleichwertigkeitsbescheiden" zum 31. 12. 2023 einstellt. Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 2.
b: Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention: Sachkostenpauschale für neue Beschäftigungspositionen, jeweils 500 €/ BPos (Sachkostenpauschalen für neue Stellen werden ab 2024 nicht mehr nur bei Titel 51101, sondern beim jeweils zutreffenden Sachtitel berücksichtigt; vgl. Erläuterung zu Titel 11105 Ziff. 1.)
Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.

zu 9.:
Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe, Sachkostenpauschale neue Stellen, jeweils 500 €/ Bpos
(Sachkostenpauschalen für neue Stellen werden ab 2024 nicht mehr nur bei Titel 51101, sondern beim jeweils zutreffenden Sachtitel berücksichtigt)
Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209

zu 10.:
Sachkostenpauschale für neue (Plan-)Stellen u. Bpos (Sachkostenpauschalen für neue Stellen werden ab 2024 nicht mehr nur bei Titel 51101, sondern beim jeweils zutreffenden Sachtitel berücksichtigt)

zu 11.
Geschäftsstelle der Ständigen wissenschaftlichen Kommission; personenbezogene Sachkosten gem. RS 526/2020 zur 372. KMK

Die Sachkostenanteile werden ab 2024 nicht mehr nur bei Titel 51101, sondern beim jeweils zutreffenden Sachtitel berücksichtigt

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51101 insgesamt:

	2024	2025	2023	Einnahmetitel
	€	€	€	
- gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	249.810	273.625	429.000	11105 Ziff. 1
- gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Arbeitsfeld BQFG (Anerkennungsbescheide)”	0	0	60.000	(11105 Ziff. 2)
Deutsches Sprachdiplom gem. Beschluss 227. AK, 08.09.201-6, TOP 9 Beschlussziffer 3 Erstattung durch Länder gem. Verwaltungsvereinbarungen entsprechend Anteil der Prüfungsteilnehmer	20.000	20.000	20.000	23211 Ziff. 1
Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	16.400	16.400	16.400	23101
Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	41.300	40.300	303.000	23209
	327.510	350.325	828.400	

Titel	Fkt	Bezeichnung
51111	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**

Siehe Maßnahmegruppe 31

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**289.000**	**93.600**	**101.000**	**461.699,34**

Verstärkungsvermerk:

Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für gebühren- sowie länderfinanzierte Ausgaben bei Titeln der Hauptgruppe 4 und 5.

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) Neubeschaffung von Büromobiliar und -maschinen Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	221.000	35.400	26.100
2. Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Neubeschaffung von Büromobiliar und -maschinen Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209	7.800	2.000	20.200
3. Ersatzbeschaffung von Büromaschinen und sonstigen Maschinen	2.000	2.000	2.000
4a. Ersatzbeschaffung von Büromobiliar	20.000	20.000	20.000
4b. Erstausstattung neue Arbeitsplätze Kernhaushalt	5.700	1.900	
5. Wartungs- und Reparaturkosten für Büromaschinen	2.260	2.260	2.260
6. Ersatzbeschaffung Mobiliar im Rahmen des Gesundheitsschutzes i.H.v. 10.000 € refinanziert durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1	30.000	30.000	30.000
	288.760	93.560	100.560
rd.	289.000	93.600	101.000

zu 1.:
Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen - Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention
Erstausstattung 2024: 68,5 (69) x ArbPl'e à 1.900 € (SB, BSB) u. 31 ArbPl'e à 2.900 € (RL, Ref; zusätzl. Besuchertisch m. Stühlen)
Erstausstattung 2025: 10,5 (11) x ArbPl'e à 1.900 € (Stellen SB, BSB) u. 5 ArbPl'e à 2.900 € (Stellen RL, Ref) Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.

zu 2.:
Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Erstausstattung 2024:
2 neue Apl. à 2.900 € (RL,Ref) + Ersatzbedarf
Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209

Zu 3.: Regelersatzbeschaffungen

zu 4.:
Ersatzbeschaffungen für defektes Mobiliar sowie zusätzlicher Ausstattung aufgrund Homeoffice

zu 5.:
Wartung und Reparatur der Büromaschinen

(Re-)Finanzierungsanteile Ziff. 5:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu "Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention" Anteil Ziff. 3 + 5 auf Basis Ist berechnet und bei 5. veranschlagt	1.000	1.000	800	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	300	300	300	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Anteil Ziff. 3 + 5 auf Basis Ist berechnet und bei 5. veranschlagt	300	300	300	23209
	1.600	1.600	1.400	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

zu 6.:
Gesundheitsmanagement:
Zur Ausstattung ergonomischer Arbeitsplätze aufgrund der Anforderungen des Gesundheitsschutzes ist der Ersatz älterer Schreibtische durch elektrisch höhenverstellbare Tische erforderlich. Insgesamt müssen 224 Tische ausgetauscht werden, Kosten 180.000 €. Der Tausch erfolgt Zug um Zug über einen 6-Jahres-Zeitraum mit einem Bedarf i.H.v. 30.000 €/Jahr. Davon entfällt ca. 1/3 auf die Outstating gebührenfinanzierter Stellen der ZAB.

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51140 insgesamt:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	232.000	46.400	36.900	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	300	300	300	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	8.100	2.300	20.500	23209
	240.400	49.000	57.700	

51143	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51190	**011**	**Geschäftsbedarf, Geräte, Gebrauchsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**156.000**	**145.000**	**89.000**	**198.235,77 R 11.658,30**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 23101, 23191, 27102, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Geschäftsbedarf, Geräte, Gebrauchsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen von Dritten (z.B. Bund oder EU)

Der Ansatz gliedert sich wie folgt:

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler	72.300	72.300	39.000
2. Nationale Agentur Erasmus+	60.000	60.000	22.000
3. eTwinning	4.000	4.000	4.000
4. "kulturweit"	1.000	1.000	1.000
5. Stiftung Mercator	8.000	0	11.000
6. Deutsche Telekom Stiftung	1.000	0	1.000
7. Konzertierte Aktion Pflege bei der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	7.450	5.580	11.000
8. Büro UKGC	2.000	2.000	0
	155.750	144.880	89.000
rd.	156.000	145.000	89.000

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51193	**011**	**Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe**			**—**	**32.762,03**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
51194 (neu)	**011**	**Sachausgaben für die IKT der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51403	**011**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**10.000**	**10.000**	**6.500**	**6.471,97**

	2024 €	2025 €	2023 €
Treibstoffe und Öle sowie Unterhaltskosten für drei Dienstwagen	10.000	10.000	6.500

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51403:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art.III.1 Lissabon-Konvention”	1.000	1.000	1.000	11105 Ziff. 1
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	300	300	300	23209
	1.300	1.300	1.300	

51479	**011**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**10.000**	**10.000**	**9.000**	**9.569,87**

Ausgaben für die Ergänzung der Hausapotheken in den Dienstgebäuden sowie die Beschaffung von Toilettenartikeln u. ä.

	2024 €	2025 €	2023 €
Ausgaben	10.000	10.000	9.000

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51479

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	1.800	1.800	1.800	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	500	500	500	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	600	600	600	23209
	2.900	2.900	2.900	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.551.000**	**1.607.000**	**825.000**	**846.991,18**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.955.000**	**5.955.000**		
		Davon fällig 2025	**397.000**			
		Davon fällig 2026	**397.000**	**397.000**		
		Davon fällig 2027	**397.000**	**397.000**		
		Davon fällig 2028	**397.000**	**397.000**		
		Davon fällig 2029	**4.367.000**	**397.000**		
		Davon fällig 2030		**4.367.000**		

Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für gebühren- sowie länderfinanzierte Ausgaben bei Titeln der Hauptgruppe 4 und 5.

Der Ansatz gliedert sich wie folgt:

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Graurheindorfer Straße 157 Bonn, davon	451.500	453.900	383.100
Strom	110.000	110.000	86.000
Heizung (Gas)	53.500	53.500	22.000
2. Graurheindorfer Straße 153 Bonn	314.330	322.600	232.700
Erhöhung Nebenkostenvorauszahlung an Vermieter			
3. Taubenstraße 10 Berlin	336.800	341.200	208.500
gemäß Managementvereinbarung BIM GmbH			
Zwischensumme 3 Gebäude	1.102.630	1.117.700	824.300
4. Pützchen´s Chaussee 48	267.500	269.520	
Zwischensumme 4 Gebäude	1.370.130	1.387.220	824.300
5. Nebenkostenanteil aus Sachkostenpauschalen für neue Mitarbeiter	180.240	219.610	
	1.550.370	1.606.830	824.300
rd.	1.551.000	1.607.000	825.000

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51701 gesamt

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	24.200	24.200	21.100	23101
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	572.000	621.000	159.000	11105 Ziff. 1
-Nebenkosten für 16 Stellen aufgrund Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und -chefs vom 24.09.2015 (Länderfinanzierung)			35.200	23202
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	125.000	126.000	38.500	23209
	723.224	773.225	220.623	

zu 4.:
In 2023 wurde ein weiteres Gebäude bezogen - Pützchen´s Chaussee 48 - mit einer Fläche von 2.913,45 $m^{2.}$
Die Verpflichtungsermächtigungen beziehen sich auf eine mögliche Nicht-Inanspruchnahme des Sonderkündigungs- rechtes in dem Gebäude Pützchen´s Chaussee sowie auf mögliche Vertragsinhalte bei Neuanmietungen infolge des Personalaufwuchses. Im Jahr 2025 ist diese mit einer Sperre versehen, und kommen nur zum Tragen, falls keine entsprechende Verpflichtungen im Jahr 2024 eingegangen werden.

zu 5.: Es ist möglich, dass die Anmietung weiterer Gebäude erforderlich wird.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**3.304.000**	**3.441.000**	**1.903.000**	**1.870.841,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**13.350.000**	**13.350.000**		
		Davon fällig 2025	**890.000**			
		Davon fällig 2026	**890.000**	**890.000**		
		Davon fällig 2027	**890.000**	**890.000**		
		Davon fällig 2028	**890.000**	**890.000**		
		Davon fällig 2029	**9.790.000**	**890.000**		
		Davon fällig 2030		**9.790.000**		

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für gebühren- sowie länderfinanzierte Ausgaben bei Titeln der Hauptgruppe 4 und 5.

		2024 €	2025 €	2023 €
1. Graurheindorfer Straße 157 Bonn		511.000	511.000	490.200
2. Graurheindorfer Straße 153 Bonn		557.000	557.000	458.600
3. Taubenstraße 10 Berlin		1.098.000	1.153.000	953.500
Zwischensumme 3 Gebäude		2.166.000	2.221.000	1.902.300
4. Pützchen´s Chaussee		713.600	713.600	0
Zwischensumme 4 Gebäude		2.879.600	2.934.600	1.902.300
5. Mietkostenanteil aus Sachkostenpauschalen für neue Mitarbeiter		423.610	505.760	
		3.303.210	3.440.360	1.902.300
	rd.	3.304.000	3.441.000	1.903.000

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51801 gesamt:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	51.400	51.400	37.000	23101
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	1.217.000	1.328.000	313.300	11105 Ziff. 1
-Nebenkosten für 16 Stellen aufgrund Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und -chefs vom 24.09.2015 (Länderfinanzierung)	0	0	69.400	23202
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	265.000	269.000	75.900	23209
	1.533.400	1.648.400	495.600	

zu 1. + 2.:
Anpassung der Kaltmiete gemäß § 3.3 des Nachtrags zum Mietvertrag vom 10. 12. 2019 alle 4 Jahre möglich; zuletzt erfolgt am 1. 1. 2022

zu 3.:
Der für die Taubenstraße 10 vereinbarte Mietzins beträgt in 2022 995.192 € jährlich. Da eine Indexmiete mit jährlicher Anpassungsmöglichkeit vereinbart ist, wird mit 5 % Steigerung p.a. gerechnet.

zu 4.:
In 2023 wurde ein weiteres Gebäude bezogen - Pützchen´s Chaussee 48 - mit einer Fläche von 2.913,45 m ^{2}.

Die Verpflichtungsermächtigungen beziehen sich auf eine mögliche Nicht-Inanspruchnahme des Sonderkündigungs- rechtes in dem Gebäude Pützchen´s Chaussee sowie auf mögliche Vertragsinhalte bei Neuanmietungen infolge des Personalaufwuchses. Im Jahr 2025 ist diese mit einer Sperre versehen, und kommen nur zum Tragen, falls keine entsprechende Verpflichtungen im Jahr 2024 eingegangen werden

zu 5.:
Es ist möglich, dass die Anmietung weiterer Gebäude erforderlich wird.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**14.700**	**14.700**	**9.000**	**8.000,65**

Leasingverträge für die Dienst-PKW für das Präsidium und den Generalsekretär der KMK sowie einen Botenwagen. Letzterer wird durch den Bezug des Gebäudes Pützchen´s Chaussee erforderlich. Es wurden auch die vertraglich festgelegten Kosten der Wertminderung bei Abgabe der Fahrzeuge (gesamt 2.000 €) veranschlagt.

	2024 €	2025 €	2023 €
Leasing Dienst-Pkw (3 Fahrzeuge)	14.700	14.700	9.000

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51802

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	1.500	1.500	1.500	11105 Ziff. 1
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	400	400	400	23209
	1.900	1.900	1.900	

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**90.000**	**90.000**	**145.000**	**136.359,76**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Leasing Druckanlage	90.000	90.000	126.000
2. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) Miete für zusätzliche Kopiergeräte - jetzt in 1. enthalten Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	0	0	0
3. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen zusätzliche Kopiergeräte für 16 Stellen aufgrund Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und -chefs vom 24.09.2015 - jetzt in 1. enthalten	0	0	0
4. Miete für Kopiergeräte in Berlin	0	0	18.500
5. Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Miete für zusätzliche Kopiergeräte - jetzt in 1. enthalten Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209	0	0	0
	90.000	90.000	144.500
rd.	90.000	90.000	145.000

Die Multifunktionsgeräte werden jetzt unter Titel 51813 nachgewiesen

(Re-)Finanzierungsanteile zu Ziff. 1.:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	12.500	12.500	25.000	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	4.000	4.000	8.000	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	3.200	3.200	6.400	23209
	19.700	19.700	39.400	

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51813	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 31

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51890	**011**	**Mieten und Pachten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**109.000**	**104.000**	**117.000**	**140.814,19**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 23191 und 27102. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

1. Mietkostenzuschuss der EU im Rahmen des Programms “Erasmus+” für die Nationale Agentur
2. Konzertierte Aktion Pflege bei der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe, Unterbringungskosten

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Mietkostenzuschuss der EU im Rahmen des Programms “Erasmus+” für die Nationale Agentur	90.000	90.000	90.000
2. Konzertierte Aktion Pflege bei der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe, Unterbringungskosten	18.500	13.870	27.000
	108 500	103.870	117.000
	109.000	104.000	117.000

51893 (neu)	**011**	**Mieten für Räumlichkeiten sowie Maschinen und Geräte der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe**	**—**			**52.464,56**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

51900	**011**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**47.100**	**5.300**	**5.100**	**94.646,99**
		Verpflichtungsermächtigung	**555.000**	**555.000**		
		Davon fällig 2028	**37.000**	**37.000**		
		Davon fällig 2029	**518.000**	**37.000**		
		Davon fällig 2030		**481.000**		

Der Ansatz gliedert sich wie folgt:

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Wartung und Unterhaltung der Aufzüge Graurheindorfer Str. 157 in Bonn	700	700	700
2.Wartungsverträge Klimageräte und Drehtürantriebe Graurheindorfer Str. 157 in Bonn	4.600	4.600	4.340
3. Sanierung Hallenboden Graurheindorfer Str. 157 in Bonn	31.800	0	0
4. Umgestaltung zur Schaffung eines Sozialraums Taubenstr.10 in Berlin	10.000	0	0
	47.100	5.300	5.040
rd.	47.100	5.300	5.100

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51900

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
- Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler	600	600	600	23101

Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.

Die Verpflichtungsermächtigungen beziehen sich auf eine mögliche Nicht-Inanspruchnahme des Sonderkündigungs- rechtes in dem Gebäude Pützchen´s Chaussee sowie auf mögliche Vertragsinhalte bei Neuanmietungen infolge des Personalaufwuchses. Im Jahr 2025 ist diese mit einer Sperre versehen, und kommen nur zum Tragen, falls keine entsprechenden Verpflichtungen im Jahr 2024 eingegangen werden.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**82.000**	**81.200**	**26.600**	**17.747,64**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Aus- und Fortbildung	20.000	20.500	15.400
2. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) Aus- und Fortbildung, Schulung Qualitätsmanagement Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1	18.700	18.700	8.700
3. Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23101. Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 231 01 eingegangen sind	3.500	3.500	
4. Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Aus- und Fortbildung Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209	700	700	700
5. LinkedIn Learning - Weiterbildungsplattform	16.000	16.000	-
6. Schulungen Brandschutz	3.100	1.800	1.800
7. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission	10.000	10.000	
8. Schulungen Personalrat gem. §40 PersVG	10.000	10.000	
	82.000	81.200	26.600

zu 1.:
Veranschlagt nach den Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Beihilfen zu den Kosten einer Aus- und Fortbildung in Fremdsprachen sowie für die Förderung der allgemeinen beruflichen Fortbildung (Verwaltungslehrgänge, Kurse usw.).

zu 6.:
Schulung und Bestellung Brandschutzbeauftragter gem. §§ 10 und 13 Abs. 2 Arbeitsschutzgesetz Schulung Brandschutzhelfer nach Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR A2.2)

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 52501 gesamt:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention” (ab 2022 bei 2.)	18.700	18.700	8.700	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	3.500	3.500	3.500	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	700	700	700	23209
	22.200	22.200	12.200	

52511 011 Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT
Siehe Maßnahmegruppe 31

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52590	**129**	**Aus- und Fortbildung und Umschulung aus Zuwendungen**	**72.575.000**	**73.359.000**	**63.321.000**	**36.281.547,36 R 17.444.772,44**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190, Titel 27290 und Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz gliedert sich wie folgt:

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Prämienprogramm einschl. PASCH-Mittel	2.161.000	2.181.000	2.226.000
2. Schüleraustauschprogramme	1.914.000	1.914.000	1.972.000
3. Weiterbildungsprogramme für deutschsprechende Lehrer von Auslandsschulen	370.000	370.000	313.000
4. Hospitationsaufenthalte und Fortbildungskurse für ausländische Deutschlehrer einschl. PASCH-Mittel	1.058.000	1.058.000	1.090.000
5. Fremdsprachenassistentenaustausch	508.000	508.000	524.000
6. Einführungstagungen des Pädagogischen Austauschdienstes für Fremdsprachenassistenten			
a) Bundesmittel	60.000	60.000	60.000
b) Teilnehmerbeiträge	0	0	30.000
7. Erasmus+	66.100.000	67.000.000	56.800.000
8. “Mercator Schulpartnerschaftsfonds Deutschland-China”	0	0	230.000
9. “Hospitationen von Begleitlehrkräften von Sprachkursteilnehmenden des GI in Deutschland”	8.000	8.000	8.000
10. “Teaching German in US Schools”	0	0	68.000
11. Büro UK German Connection	184.000	184.000	0
12. Projekt Summer Study Programm der AATG	1.000	1.000	0
13. Kreditanstalt für den Wiederaufbau; Arbeitstitel „USA: Sustainable Germany in US-Schools Schuljahre 2023/2024 und 2024/2025“	211.000	75.000	0
	72.575.000	73.359.000	63.321.000

zu 2.
deutsch-israelischer Schüleraustausch / Johannes-Rau-Stipendien / German-American-Partnership-Programm / MOE, SOE, Baltische Staaten, Russische Föderation / PASCH-Mittel

zu 11.
UK-German Connection fungiert als Koordinierungsstelle für den deutsch-britischen Schul- und Jugendaustausch.

zu 12.
Austausch-Programm der American Association of Teachers of German

zu 13.
Austauschprogramm für angehende Lehrkräfte in US - High - Schools

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**146.000**	**45.500**	**37.400**	**77.097,25**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Kosten für Übersetzungen	5.000	5.000	5.000
2. Kosten für die Tätigkeit des Personalrates (§ 40, Abs. 1, Satz 1, PersVG)	300	300	300
3. Gutachten, Gerichts-/Anwalts- u.ä. Kosten, Entschädigung für Sachverständige	115.000	35.000	5.500
4. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) Übersetzungen, Gutachten, Gerichts-/Anwaltskosten, Entschädigung für Sachverständige Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	5.000	5.000	1.400
5. Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Übersetzungen, Gutachten, Gerichts-/Anwaltskosten, Entschädigung für Sachverständige Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209	200	200	200
6. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission Aufträge an Externe	0	0	25.000
7. Beratung Datenschutz	20.000	0	0
	145.500	45.500	37.400
rd.	146.000	45.500	37.400

zu 1. und 2.:
(Re-)Finanzierungsanteile Ziff. 1 und 2:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler (Anteil Ziff. 1.-2.) Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	100	100	100	23101

zu 3.
Das Land Berlin hat die Umsatzsteuer planerisch ab dem 1.1.2025 zu erfassen. Es wird davon ausgegangen, dass im Vorfeld weitere, intensive Prüfungen vorzunehmen sind, die nicht intern umgesetzt werden können. Vor diesem Hintergrund wird mit der Hinzuziehung externer Beratungsleistungen kalkuliert.

zu 6.
Geschäftsstelle der Ständigen wissenschaftlichen Kommission; Aufträge an Externe gem. RS 526/2020 zur 372. KMK; wird jetzt unter Titel 54010 nachgewiesen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52690	**011**	**Sachverständigen-, Gutachten-, Gerichts- und ähnliche Kosten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**106.000**	**103.000**	**41.000**	**22.491,26**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23101 und 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Sachverständigen-, Gutachten-, Gerichts- und ähnliche Kosten aus zweckgebundenen Einnahmen von Dritten (z. B. Bund oder EU)

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Nationales Dossier zur Struktur des Bildungswesens (EURYDICE)	101.240	98.270	33.000
2. Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler	4.000	4.000	8.000
	105.240	102.250	41.000
rd.	106.000	103.000	41.000

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**011**	**Dienstreisen**	**260.000**	**260.000**	**245.000**	**124.307,45**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts zur Wahrnehmung auswärtiger Dienstgeschäfte (Konferenzen, Sitzungen, Tagungen u.ä.), Übernahme von Kosten nach dem Bundesreisekostengesetz für Vorstellungsreisen von Bewerbern, Dienstreisen der Mitglieder des Personalrats des Sekretariats, der Vertretung der Schwerbehinderten sowie der Frauenvertretung und Kosten von Dienstreisen von Mitarbeitern im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen.

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Dienstkräfte des Sekretariats (inkl. Beratungsstelle)	162.300	162.300	162.300
2. Mehrbedarf aufgrund der Neuordnung der Bund/Länder-Beziehungen (Steuerungsgremium Gemeinschaftsaufgabe Art. 91 b Abs. 2 Grundgesetz)	2.500	2.500	2.500
3. Präsidium, Vorsitzende der Ausschüsse sowie deren Mitarbeiter und Beamte aus den Ländern, die im Auftrage der Kultusministerkonferenz Dienstreisen durchführen	8.000	8.000	8.000
4. Vorstellungsreisen	2.000	2.000	2.000
5. Mitglieder des Personalrats des Sekretariats, der Vertretung der Schwerbehinderten sowie der Frauenvertretung	11.000	11.000	11.000
6. Dienstreisen im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen sowie Reisekosten für Dozenten der Berliner Verwaltungsakademie, die Schulungen für Sekretariatsmitarbeiter in Bonn durchführen.	6.000	6.000	6.000
7. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) Vorstellungsreisen, Reisen für Fortbildungsmaßnahmen etc. Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	13.000	13.000	1.700
8. Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Vorstellungsreisen, Reisen für Fortbildungsmaßnahmen etc. Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209	3.000	3.000	1.500
9. Büro UK - German Connection	2.000	2.000	
10. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission			
Dienstreisen Beschäftigte der Geschäftsstelle	25.000	25.000	25.000
Dienstreisen Mitglieder	25.000	25.000	25.000
	259.800	259.800	245.000
rd.	260.000	260.000	245.000

zu 1.:
(Re-)Finanzierungsanteile Ziff. 1:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler (Anteil Ziff. 1.-2.) Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	3.000	3.000	3.000	23101

zu 10.:
Geschäftsstelle der Ständigen wissenschaftlichen Kommission; Kosten für Dienstreisen gem. RS 526/2020 zur 372. KMK

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52903	**011**	**Besondere Aufgaben der Kultusministerkonferenz**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**12.566,55**

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen unter Titel 11979 Nr. 2 dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für länderfinanzierte Ausgaben bei Titel 52903.

Für besondere Maßnahmen der Kultusministerkonferenz. Die Mittel können nur auf einstimmigen Beschluss des Präsidiums der Kultusministerkonferenz bzw. Entscheidung des Generalsekretärs der Kultusministerkonferenz, der vom Präsidium am 07.10.1993 zur Entlastung des Präsidiums ermächtigt worden ist, über die Bewilligung von Mitteln von bis zu 5.100 € im Einzelfall zu entscheiden, in Anspruch genommen werden.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**3.874,74**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Veröffentlichungen der KMK	6.000	6.000	6.000
2. Publikationen zum internationalen Austausch	3.000	3.000	3.000
	9.000	9.000	9.000

zu 1.:
Veröffentlichungen der KMK: insbesondere Dokumentationen; Bereitstellung von Nationalen Berichten, Veröffentlichungen und Beschlüssen der Kultusministerkonferenz in deutscher, englischer und französischer Sprache für die internationale Zusammenarbeit (insbesondere Kulturabkommen, Europarat, UNESCO, OECD); Informationsmaterial für ausländische Besucher; Neu- und Änderungsfassungen der Einheitlichen Prüfungsanforderungen für die Abiturprüfungsfächer, Berichte zur Fachinformation

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**20.000**	**20.000**	**14.400**	**21.497,96**

Ausgaben für die Bewirtung von Politikern, Diplomaten und Bildungsfachleuten und -gremien aus dem In- und Ausland aus Anlass von Informationsbesuchen und dergl. sowie von Vertretern des Bundes, der Länder und Institutionen bei Konferenzen und Tagungen; Ausgaben im Zusammenhang mit Veranstaltungen sowie mit Sitzungen der Ausschüsse der Kultusministerkonferenz und der Kultur-MK.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**214.000**	**45.800**	**29.600**	**21.476,66**

Ausgaben für Stellenausschreibungen

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Stellenausschreibungen Dienstkräfte Sekretariat	24.660	1.370	3.300
2. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	182.000	42.000	14.000
3. Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23101. Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 231 01 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	2.740	0	300
4. Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209.	3.740	2.370	12.000
	213.140	45.740	29.600
rd.	214.000	45.800	29.600

zu 1. - 4.:
Aufgrund des geplanten Personalaufwuchses musste eine entsprechende Ansatzveränderung vorgenommen werden.

(Re-)Finanzierungsanteile 53111 insgesamt:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
- gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention	182.000	42.000	14.000	11105 Ziff. 1
- Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind	2.740	0	300	23101
- Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	3.740	2.370	12.000	23209
	188.480	44.370	26.300	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53190	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit aus zweckgebundenen Einnahmen**	**28.800**	**28.600**	**129.000**	**107.395,68**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 23101, 23191. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler	25.000	25.000	22.000
2. Konzertierte Aktion Pflege bei der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe, Kosten für Übersetzungen, Stellenausschreibungen etc.	770	580	107.000
3. Büro UKGC	3.000	3.000	
	28770	28580	129.000
rd.	28.800	28.600	129.000

53193 (neu)	**011**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe**	**—**			**2.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**474.000**	**335.000**	**250.000**	**378.258,59**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Umzüge, Vergabe von Schreibarbeiten und Prüfaufträgen teilweise refinanziert durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1 + Titel 23209	9.500	9.500	3.500
2. Aktenvernichtung, Entsorgung teilweise refinanziert durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1 + Titel 23209	5.400	5.400	5.400
3. Erstattungen an das Institut für deutsche Sprache für die Erbringung von Leistungen im Auftrag der Kultusministerkonferenz im Zusammenhang mit der Einrichtung des Rats für deutsche Rechtschreibung.	7.200	7.200	7.200
4. Externe Dienstleistungen zur Abwicklung des für einen ordnungsgemäßen Geschäftsablauf notwendigen Bedarfs aufgrund der Neuanmietung in Berlin.	0	0	6.000
5. Sicherheitsüberprüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel gem. Arbeitssicherheitsgesetz und Unfallverhütungsvorschriften im 2-jährigem Turnus teilweise refinanziert durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1 + Titel 23209	69.700	0	0
6. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) Einführung eines Qualitätsmanagementsystems Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	20.000	20.000	32.000
7. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 (inkl. Vergabeverfahren neues Lissa-System+Zeitarbeit)	82.400	52.400	82.400
8. Deutsches Sprachdiplom - Honorare Bewerter Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23211 Ziff. 1	144.000	144.000	144.000
9. Sekundärkontrollen der Nationalen Agentur im PAD durch das Sekretariat in der Funktion als Nationale Behörde	27.700	27.700	27.700
10. Gefährdungsanalyse für psychische Belastungen gem. § 5 Abs. 3 Ziff. 6 ArbSchG	13.000	16.000	15.000
11. Brandschutztag für die Standorte Bonn und Berlin	2.000	2.000	2.000
12. Sprechstunde Betriebsärztin	1.500	1.500	1.000
13. Gesundheitstag	2.000	0	0
14. DRS Postservice	6.600	6.600	5.400
15. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission	42.000	42.000	0
16. Kosten für Sonderauswertungen beim Statistischen Bundesamt	5.000	0	0
17. Digitalisierung der Ergebnisniederschriften des Schul-Ausschusses	2.000	0	0
18. Erasmus+ Evaluation	34.000	0	0
	474.000	334.300	249.200
rd.	474.000	335.000	250.000

zu 5.
Kosten i.H.v. 22,5 Tsd. € Graurheindorfer Str. 157, rd. 22 Tsd. € Graurheindorfer Str. 153, Bonn, 10 Tsd. € Taubenstr. 10, Berlin, und rd. 15,2 T € Pützchen´s Chaussee 48, Bonn

zu 7.
Der Einführungsaufwand für das neue Lissa-System wird unter Titel 51185 nachgewiesen. In der Position Titel 54010 Ziff. 7 sind 30 T € Vergabekosten enthalten.

zu 8.
Honorare für Bewerter/innen für die Korrektur der Prüfungsteile Schriftliche Kommunikation, Hörverstehen und Leseverstehen aus DSD-Programm im Inland gem. Beschluss 227. AK i.V.m. Prüfbericht. Lt. Beschlussfassung ist ein Betrag von 12,50 € je Prüfungsteilnehmer sowie 57,00 € je Bewerter für Vergleichsarbeiten vorgesehen. Erwartet werden 10.000 Prüfungsteilnehmer bei 333 Bewertern. Die Kosten werden von den Ländern entsprechend ihres Anteils an der Gesamtzahl der Prüflinge erstattet. Den Ausgaben stehen entsprechende Einnahmen bei Titel 23211 Ziff. 1 gegenüber (vgl. Erläuterungen Titel 23211).

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

zu 9.:
Der PAD ist nationale Agentur für das EU-Programm Erasmus+ in Deutschland. Das Sekretariat bildet die Nationale Behörde und hat als solche Aufsichts- und Prüfungsfunktionen wahrzunehmen sowie eine unabhängige Prüfungseinrichtung ("Independent Audit Body") zu beauftragen.

zu 10.:
Nach § 5 Abs. 3 Ziff. 6 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) hat der Arbeitgeber eine Gefährdungsanalyse für psychische Belastungen durchzuführen. Die ursprünglich geplante Durchführung in 2020 war aufgrund der Corona-Bedingungen nicht möglich, zudem beruhte der gemeldete Bedarf auf einer groben Schätzung. Inzwischen liegt ein Projektplan vor, für die erstmalige, nachhaltige, fundierte und datenschutzkonforme Etablierung erfordert es eine externe Begleitung. Hierfür wurden in 2024 Mittel i.H.v. 13.000 € für Erhebung, Auswertung und Vorstellung der Ergebnisse eingeplant. 2025 sind Mittel i.H.v. 16.000 € für die Workshop-Phase und Maßnahmenplanung veranschlagt. Weitere Mittel i.H.v. voraussichtlich 20.000 € für die Umsetzungsphase werden 2026 zu berücksichtigen sein. Hierfür wurde eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

zu 11.:
Die Notwendigkeit für regelmäßige Brandschutzübungen ergibt sich u.a. aus § 10 des Arbeitsschutzgesetzes und § 4 (4) der Arbeitsstättenverordnung sowie Punkt 9 (7) der Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR) - A2.3, wonach auf Grundlage der Flucht- und Rettungspläne Räumungsübungen durchzuführen sind.

zu 12. + 13.:
Maßnahmen gem. § 3.2 der Rahmen-Dienstvereinbarung Gesundheitsmanagement vom 20.11.2020.

zu 14.
Postfachservice, Postabholung, Postverteilung zwischen den Standorten, Mitnahme Pakete, Unterstützung Frankierung, Verteilung der Verbrauchsmaterialien für die Kopierfahrten, Unterstützung bei der Materialausgabe

zu 15.
wurde bisher in Titel 52602 nachgewiesen
Geschäftsstelle der Ständigen wissenschaftlichen Kommission; Aufträge an Externe gem. RS 526/2020 zur 372. KMK; wurde bisher in Titel 52602 nachgewiesen

zu 17.
Durchführung der Digitalisierung der nur in Papierform vorhandenen Niederschriften des Schulausschusses (1. - 337. Sitzung). Es handelt sich um 65 Bände mit ca. 21.000 Seiten. Dies wird notwendig, da aufgrund mangelnder Papierqualität die Anfertigung von Kopien zunehmend zu Beschädigungen führt. Zudem nimmt die Lesbarkeit stark ab.

zu 18.
Laut EU haben alle Nationalen Behörden eine Evaluation des Erasmus+ - Programms gem. vordefinierter Kriterien durchzuführen. Alle deutschen Nationalen Behörden sind sich darüber einig, dass diese umfangreiche Aufgabe in der Zeit bis Anfang 2024 nur mit Hilfe externer Unterstützung durchgeführt werden kann. Die Nationalen Behörden auf Bundesseite übernehmen hierfür die Koordination und die Ausschreibung der Leistung, angemeldet wird der Anteil der Länder.

(Re-)Finanzierungsanteile 54010 insgesamt:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu "Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention	109.400	72.400	34.000	11105 Ziff. 1
-Deutsches Sprachdiplom gem. Beschluss 227. AK, 08.09.201-6, TOP 9 Beschlussziffer 3 Erstattung durch Länder gem. Verwaltungsvereinbarungen entsprechend Anteil der Prüfungsteilnehmer	144.000	144.000	144.000	23211 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	1.200	1.200	1.200	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	2.800	1.200	500	23209
	257.400	218.800	179.700	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
54053	**129**	**Veranstaltungen**	**117.000**	**117.000**	**105.000**	**11.735,39**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Einführungstagungen des Pädagogischen Austauschdienstes für Fremdsprachenassistenten	60.000	60.000	60.000
2. Bildungs- und kulturpolitische Fachtagungen der Länder	15.000	15.000	15.000
3. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen Fachtagung der Länder zur Anerkennungspraxis	5.000	5.000	5.000
4. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission Veranstaltungen, Foren	37.000	37.000	25.000
	117.000	117.000	105.000

zu 4.:
Geschäftsstelle der Ständigen wissenschaftlichen Kommission; Kosten gem. RS 526/2020 zur 372. KMK

54077 (neu)	**011**	**Steuern, Abgaben**		**116.000**		

Reform des Umsatzsteuerrechts zum 01.01.2025, nach der sich die Regelungen der Unternehmereigenschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts ändern. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung ist die umsatzsteuerliche Bewertung der Sachverhalte nicht für alle Einnahmen endgültig abgeschlossen. Es sind noch verbindliche Auskünfte beim Finanzamt sowie Vertragsanpassungen vorzunehmen. Eine Risikoanalyse aller Positionen hat ergeben, dass aufgrund von offenen oder kritischen Sachverhalten für 11 Positionen eine mögliche Umsatzsteuer nach dem Regelsteuersatz in genannter Höhe zu treffen ist.

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**22.400**	**22.400**	**1.700**	**2.754,84**

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für gebühren- sowie länderfinanzierte Ausgaben bei Titeln der Hauptgruppe 4 und 5.

		2024 €	2025 €	2023 €
1. Dienst- und Schutzkleidung		650	650	650
2. kleiner Unterhaltungsbedarf		100	100	100
3. Zur Verfügung des Präsidenten und des Generalsekretärs der Kultusministerkonferenz für außergewöhnlichen Aufwand in besonderen Fällen aus dienstlicher Veranlassung		500	500	500
4. Ausgleichsabgabe für nichtbesetzte Pflichtplätze nach dem Sozialgesetzbuch		100	100	100
5. Ausgaben für Kränze, Blumenspenden und Nachrufe		300	300	300
6. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission		700	700	0
7. Gebührenrückzahlungen		20.000	20.000	0
		22.350	22.350	1.650
	rd.	22.400	22.400	1.700

Zu 4.: Die Höhe der Ausgleichsabgabe richtet sich nach dem von der Senatsverwaltung für Inneres auf der Grundlage der Schwerbehindertenquote des vorletzten Jahres festgelegten Betrages.

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 54079

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	20.300	20.300	300	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	100	100	100	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	50	50	50	23209
	20.450	20.450	450	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
54690	**129**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**2.040.000**	**1.973.000**	**1.974.000**	**1.036.850,77 R 3.022.342,07**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 23101, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen von Dritten (z. B. Bund oder EU)

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler	5.000	5.000	11.000
2. Nationale Agentur Erasmus+	582.000	583.000	530.000
3. eTwinning	1.300.000	1.300.000	1.212.000
4. Deutsches Sprachdiplom in Frankreich, Bozen und Trentino	40.000	40.000	40.000
5. “kulturweit”	25.000	25.000	25.000
6. Deutsche Telekom Stiftung	68.000	0	136.000
7. EQPR-Projekt ZAB (european qualification passport)	20.000	20.000	20.000
	2.040.000	1.973.000	1.974.000

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**011**	**Ersatz von Ausgaben**	**90.000**	**90.000**	**90.000**	**51.661,01**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Reisekosten an nicht dem öffentlichen Dienst angehörende Fachleute, die zu einzelnen Beratungen herangezogen werden (vgl. Beschluss der 165. Amtschefskonferenz vom 01./02.02.2001 - TOP 24).	2.900	2.900	2.900
2. Ersatz für Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Programme des Pädagogischen Austauschdienstes zu leisten sind, soweit dafür keine Deckung durch eine Versicherung besteht.	5.100	5.100	5.100
3. Ersatz für Ausgaben aus dem Verfügungsfonds der Länder zur Finanzierung der von den Ländern aufzubringenden Kosten für die Durchführung von kleineren operativen EU-Programmen und - Initiativen gem. Beschluss der 163. Amtschefskonferenz vom 14./15.09.2000 (TOP 20).	12.000	12.000	12.000
4. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission			
Ersatz von Ausgaben an die Senatsverwaltung für Wissenschaft Berlin (Overhead)	20.000	20.000	20.000
Ersatz von Ausgaben als Ausgleich für die Freistellung des/der Vorsitzenden	50.000	50.000	50.000
	90.000	90.000	90.000

zu 4.:
Geschäftsstelle der Ständigen wissenschaftlichen Kommission; Kosten gem. RS 526/2020 zur 372. KMK

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**187**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**5.564.000**	**6.009.000**	**4.755.000**	**4.732.334,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 150.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 150.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**650.000**	**650.000**
Davon fällig 2025	**650.000**	
Davon fällig 2026	**—**	**650.000**

Zuschüsse der Länder an die gemeinsam finanzierten Einrichtungen:

		2024 €	2025 €	2023 €
1. Deutsche Künstlerhilfe, Berlin		1.083.000	1.083.000	1.083.000
2. Stiftung Kuratorium junger deutscher Film, Wiesbaden Der Ansatz ist in 2024 in Höhe von 400 T € und in 2025 in Höhe von 800 T € bis zu einer Entscheidung der Fachgremien gesperrt		1.200.000	1.600.000	800.000
Verpflichtungsermächtigung (VE): VE 2024: 0,65 Mio. €, davon zu Lasten des Haushaltsjahres 2025 in Höhe von 0,50 Mio. € und zu Lasten des Haushaltsjahres 2026 in Höhe von 0,15 Mio. €. Von der zu Lasten des Haushaltsjahres 2025 erteilten VE sind 0,15 Mio. € gesperrt. Die Freigabe erfolgt, wenn und soweit die im Haushaltsjahr 2023 zu Lasten des Haushaltsjahres 2025 erteilte VE von 0,15 Mio. € nicht in Anspruch genommen worden ist. VE 2025: 0,65 Mio. €, davon zu Lasten des Haushaltsjahres 2026 in Höhe von 0,50 Mio. € und zu Lasten des Haushaltsjahres 2027 in Höhe von 0,15 Mio. €. Von der zu Lasten des Haushaltsjahres 2026 erteilten VE sind 0,15 Mio. € gesperrt. Die Freigabe erfolgt, wenn und soweit die im Haushaltsjahr 2024 zu Lasten des Haushaltsjahres 2026 erteilte VE von 0,15 Mio. € nicht in Anspruch genommen worden ist.				
3. Heinrich-Heine-Haus in der Cité Internationale in Paris - Wohnfreiplätze und Tutorenstellen - (Zuwendungsempfänger: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Bonn)		44.500	44.500	44.500
4. Leo Baeck Institut - Jerusalem - London - New York (Zuwendungsempfänger: Freunde und Förderer des Leo Baeck Instituts, Frankfurt am Main)		231.930	231.930	151.030
5. Hochschule für Jüdische Studien, Heidelberg		1.425.510	1.450.610	1.135.280
6. Deutsches Polen-Institut e.V., Darmstadt		383.150	389.100	376.990
7. Gesellschaft für deutsche Sprache, Wiesbaden		326.700	326.700	326.700
8. Forschungsstelle Osteuropa, Bremen		518.440	533.140	486.900
9. Abraham Geiger Kolleg, Potsdam		350.000	350.000	350.000
		5.563.230	6.008.980	4.754.400
	rd	5.564.000	6.009.000	4.755.000

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**129**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.300**	**1.300**	**1.300**	**347,95**

Beitrag für die Mitgliedschaft in der Internationalen Schulsportföderation

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68590	**129**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**90.000**	**90.000**	**90.000**	**115.957,06** **R 74.236,03**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben aus dem Zuschuss der amerikanischen Regierung zu den Kosten des GAPP

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68594	**011**	**Sonstige Ausgaben für konsumtive Zwecke aus zweckgebundenen Einnahmen der Länder**	**18.665.000**	**18.323.000**	**16.389.000**	**19.015.346,34 R 951.826,61**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23294. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Anteile der Länder an gemeinsamen Finanzierungen nach Königsteiner Schlüssel aufgrund Abkommen, Verträgen oder Beschlüssen.

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Zuwendung der Länder an die Kulturstiftung der Länder gem. Abkommen der Ministerpräsidenten der Länder zur Errichtung der Kulturstiftung der Länder vom 04.06.1987 i.d.F. vom 25.10.1991. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach Abschnitt III des vorgen. Abkommens über den Haushalt des Sekretariats zur Verfügung gestellt. Nach dem Verfahren zur Aufstellung des Haushalts der KSL haben die Regierungschefs der Länder am 25.02.1988 festgestellt, dass der vom Stiftungsrat der KSL beschlossene Zuschuss im Wirtschaftsplan der KSL unverändert in den Haushalt des Sekretariats einzustellen ist.			
a) Mittel zur Durchführung der laufenden Aufgaben der Kulturstiftung sowie für die Ansammlung von Stiftungsvermögen (Abschnitt I des vorgen. Abkommens	8.053.000	8.053.000	8.053.500
b) Mittel für die gemeinsam finanzierten Einrichtungen (Zentrum Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts, Sektion Bundesrepublik Deutschland der Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste, Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Deutscher Verein für Kunstwissenschaft und Deutscher Musikrat - Abschnitt I des vorgen. Abkommens in Verbindung mit § 1 Abs. (1) des Abkommens über die Mitwirkung des Bundes an der Kulturstiftung der Länder). Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen gefördert	2.344.000	2.344.000	2.332.500
Zwischensumme	10.397.000	10.397.000	10.386.000
2. Anteile der Länder an gem. Finanzierungen nach Königsteiner Schlüssel, z.B. Projekte zur Qualitätssicherung an Schulen (PISA, IGLU, TIMSS etc.), Programmkostenanteile für die Deutsch- Französische Hochschule, Kompetenznetzwerk für Bibliotheken, Abituraufgabenpool	8.268.000	7.926.000	6.003.000
	18.665.000	18.323.000	16.389.000

zu 1. a):
Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am 11.12.2014 beschlossen, als Länderzuwendungen an die Kulturstiftung 8.053 Tsd. € jährlich zur Verfügung zu stellen.

zu 1. b):
Der veranschlagte Betrag entspricht der vom Stiftungsrat der Kulturstiftung der Länder beschlossenen Zuschusshöhe abzüglich dem Anteil für die Koordinierungsstelle für die Erhaltung schriftlichen Kulturguts (KEK) i. H. v. 100 Tsd. €, der aus der Basisfinanzierung aufgebracht werden muss und in den Mitteln zu a) enthalten ist.

81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81289	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**
		Siehe Maßnahmegruppe 31

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
98101	**890**	**Allgemeine interne Verrechnungen**	**30.200**	**30.900**	**18.000**	**19.158,48**

Beitrag zur Haftpflichtversicherung

Der Bedarf wurde in Höhe des mit Mitteilung der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin mitgeteilten Umlagebeitrags zuzüglich eines erwarteten Anstiegs aufgrund erhöhter Mitarbeiterzahl veranschlagt.

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 98101:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	10.900	11.600	3.200	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	1.000	900	1.000	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	2.400	2.400	900	23209
	14.300	14.900	5.100	14.300

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Das Sekretariat der Kultusministerkonferenz hat zwei Dienststellen, eine davon in Bonn, in der zwei Drittel der Beschäftigten des Sekretariats tätig sind. Auch für die Bonner Dienststelle gelten die Vorgaben des Aufstellungsrundschreibens für die Bemessung der Kosten für die verfahrensunabhängige IKT. Die IK-Infrastruktur in Bonn wird nicht durch das ITDZ betreut; die tatsächlichen Kosten liegen daher hier höher.

Die Mehrkosten in der Maßnahmegruppe 31 beruhen auf der zunehmenden Digitalisierung, auf Ersatzbeschaffungen für die bestehenden Netzwerke sowie auf dem Aufwuchs der Beschäftigtenzahlen.

51111	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**18.900**	**18.900**	**17.100**	**8.786,87**

	2024 €	2025 €	2023 €
Verbrauchsmaterial für die verfahrensunabhängige Datenverarbeitung (Toner etc.)	18.810	18.810	17.100
rd.	18.900	18.900	17.100

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51111

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	2.500	2.500	2.500	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	900	900	900	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	600	600	600	23209
	4.000	4.000	4.000	

51143	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.358.000**	**1.213.000**	**574.000**	**536.679,01**

Verstärkungsvermerk:
Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung für gebühren- sowie länderfinanzierte Ausgaben bei Titeln der Hauptgruppe 4 und 5.

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) Neubeschaffung von EDV- Geräten + Lizenzen für neues Personal Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	421.500	241.940	29.380
2. Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Neubeschaffung von EDV- Geräten + Lizenzen für neues Personal Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209	8.430	3.490	22.600
3.Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler	8.430	3.490	7.700
4. Kernhaushalt Neubeschaffung von EDV- Geräten + Lizenzen für neues Personal	12.650	5.240	0
5. Wartungs- und Reparaturkosten für die verfahrensunabhängige IKT	50.600	50.600	65.000
6. Service Netzwerk	165.000	165.000	120.000
7. Lizenzen Server	60.080	103.350	87.600
8. Lizenzen Client	295.070	302.790	140.000
9. Lizenzen Videokonferenz	7.260	7.260	8.500
10. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention) - Software, Lizenzen etc. vorhandenes Personal	192.500	192.500	48.000

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

	2024 €	2025 €	2023 €
- Software QM Orgavision (4.000 €) + Audit Zertifizierung (12.000 €)	16.000	16.000	24.000
Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.			
11. Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	83.760	83.760	12.000
Software, Lizenzen etc. vorhandenes Personal			
Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209.			
12. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission	24.530	24.530	0
- Software, Lizenzen etc. vorhandenes Personal			
13. Entsorgung von Elektroschrott (Pauschale)	1.100	1.100	500
14. Ersatzbeschaffungen, Ergonomische Ausstattung	11.000	11.000	8.000
	1.357.910	1.212.050	573.280
rd.	1.358.000	1.213.000	574.000

zu 1.:
Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen - Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention Erstausstattung à 2.470 € je ArbPl + 1.745 € Lizenzen je ArbPl p.a.;
2024: 100 x ArbPl'e (99,5 Stellen)
2025: 16 x ArbPl'e (15,5 Stellen)
Die Kosten werden über Gebühreneinnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1 refinanziert.

zu 2.:
Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe
Erstausstattung à 2.470 € je Arbeitsplatz + 1.745 € Lizenzen je ArbPl p.a. 2024: 2 ArbPl
Die Kosten werden über Einnahmen bei Titel 23209 refinanziert.

zu 3.:
Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Erstausstattung à 2.470 € je Arbeitsplatz + 1.745 € Lizenzen je ArbPl p.a. 2024: 2 ArbPl
Die Gesamtkosten trägt der Bund (Titel 23101).

zu 4.:
Kernhaushalt
Erstausstattung à 2.470 € je Arbeitsplatz + 1.745 €
Lizenzen je ArbPl p.a. 2024: 18 ArbPl (17,425 Stellen)
2025: 1 x ArbPl

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51143 insgesamt:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu "Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention	649.000	469.440	120.380	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler	39.840	34.900	11.700	23101
Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.				
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	101.490	96.550	38.600	23209
	790.330	600.890	170.680	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51145	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**134.000**	**290.000**	**86.200**	**77.526,72**

	2024 €	2025 €	2023 €
1.Anbindung des Sekretariats an das Internet, Homepage im Internet, Datenfernübertragung (Standleitung) zwischen den Dienstorten Bonn und Berlin	125.070	280.680	77.400
2.Anbindung der Liegenschaft Graurheindorfer Str. 153			
a) Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen - Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention	7.000	7.000	7.000
Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.			
b) Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	1.800	1.800	1.800
Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209			
	133.870	289.480	86.200
rd.	134.000	290.000	86.200

(Re-)Finanzierungsanteile Ziff. 1:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	2.700	2.700	2.700	23101

zu 1.
Vorgesehen ist die Erhöhung der Kapazität auf 10 Gbit; redundant

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**233.000**	**233.000**	**356.000**	**150.127,92**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Servicekosten Telefonanlage	13.290	13.290	18.650
2. Telefonanbindung Liegenschaft Graurheindorfer Str. 153			
a) Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen	5.000	5.000	5.000
- Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention			
Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.			
b) Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	1.200	1.200	1.200
Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209			
3. Programmierarbeiten und Softwarebeschaffung für die IT- Systemadministration	9.000	9.000	5.000
4. Externer IT-Sicherheitsbeauftragter	22.000	22.000	20.000
5. Fortbildung IT-Personal	82.500	82.500	70.000
6. Einführung DMS, Planung und Implementierung	100.000	100.000	235.330
	232.990	232.990	355.180
rd.	233.000	233.000	356.000

zu 1. und 3.:
(Re-)Finanzierungsanteile Ziff. 1. und 3.:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	8.300	8.300	8.300	23101

zu 6.:
Hier werden die neu zu programmierenden Schnittstellen zu dem neuen Lissa-System und dem GFG-Tool mit je 50.000 € berücksichtigt. Der Ansatz zu Ziff. 6 wird gesperrt. Die weiteren Kosten zur Einführung DMS werden unter Titel 81289 nachgewiesen.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51194 (neu)	**011**	**Sachausgaben für die IKT der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe**	**—**			**6.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51813	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensunabhängige IKT**	**100.000**	**93.600**	**5.800**	**—**

	2024 €	2025 €	2023 €
Leasing einschl. Einzelplatzdrucker	99.950	93.589	5.800
rd.	100.000	93.600	5.800

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 51813:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention	13.600	13.600	1.100	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	4.400	4.400	400	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	3.700	3.700	500	23209
	21.700	21.700	2.000	

Die Multifunktionsgeräte wurden bisher unter Titel 51803 nachgewiesen.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52511	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**89.900**	**89.900**	**74.200**	**27.069,08**

	2024 €	2025 €	2023 €
Schulung IT für Anwender	89.870	89.870	74.200
rd.	89.900	89.900	74.200

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 52511:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention	11.800	11.800	9.500	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 23101 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.	1.200	1.200	1.000	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	2.700	2.700	2.200	23209
	15.700	15.700	12.700	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81289	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.209.000**	**1.122.000**	**176.000**	**118.990,07**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Investition Server- und Netzinfrastruktur, Hardwaremodernisierung	0	0	75.250
2. RHEL Virtual Datacenter Standardbundle	0	0	10.940
3. Lizenzerweiterung Office 365	0	0	38.990
4. CAPS Volllizenz	0	0	22.190
5. Email Verschlüsselung, Zertifikat	0	0	5.800
6. Migration Intranet in SharePoint	0	0	16.200
7. Migration Internet-Präsenz	0	0	6.000
8.Einführung und Betrieb eAkte	673.600	866.936	0
9.Medientechnik Plenarsaal Berlin	203.500	0	0
10.Medientechnik Wagenhalle Bonn	22.000	22.000	0
11.Relaunch der Internet-Präsenz	133.100	133.100	0
12.Core Switch, Bonn (Cisco)	88.000	0	0
13.Austausch der Sophos in Berlin und Bonn	0	99.000	0
14.Infrastruktur neues Gebäude, Bonn	88.000	0	0
	1.208.200	1.121.036	175.370
rd.	1.209.000	1.122.000	176.000

(Re-)Finanzierungsanteile Titel 81289:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	0	0	20.000	11105 Ziff. 1

zu 8. - 14.:
gemäß IT-Maßnahmenplan

zu 8.:
Die Kosten für die neu zu programmierenden Schnittstellen zu dem neuen Lissa-System und dem GFG-Tool werden bei Titel 51160 mit je 50 T € berücksichtigt.

Summe Maßnahmegruppe 31	**3.142.800**	**3.060.400**	**1.289.300**	**925.179,67**

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**158.000**	**162.000**	**90.000**	**38.826,06**

		2024 €	2025 €	2023 €
1. Bela-Zugang, ProFiskal, IPV		109.893	109.893	63.350
2. Hosting anabin-Datenbank		7.128	7.128	6.000
3. SIS (vgl. IT-Maßnahmenplan)		19.732	22.781	18.300
4. Unterweisungstool Arbeitsschutz		2.500	2.500	2.260
5. IT-Plattform - Abschlussprüfungen Deutsche Auslandsschulen		18.722	18.722	0
		157.975	161.024	89.910
	rd.	158.000	162.000	90.000

zu 1. + 2.:

(Re-)Finanzierungsanteile Ziff. 1. und 2.:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu “Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention”	2.000	2.000	2.000	11105 Ziff. 1
-Beratungsstelle für Gruppenreisen ausländischer Schüler Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen bei Titel 231 01 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist	400	400	400	23101
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	1.500	1.500	1.500	23209
	3.900	3.900	3.900	

zu 4.:
Gem. § 12 ArbSchG und § 4 DGUV-V 1 ist der Arbeitgeber zur Unterweisung der Mitarbeiter über auftretende Gefahren sowie Maßnahmen zu deren Abwendung verpflichtet. Zur Erstellung/Anpassung der Unterlagen sowie Schulung der Führungskräfte und Beschäftigten soll ein E-Learning/Unterweisungstool beschafft werden mit jährlichen Kosten für Lizenzen, Benutzerkontenpflege und Gefährdungsbeurteilungsdokumentation/Nachschlagewerk rechtliche Grundlagen.

zu 5.:
Ländergemeinsame Nutzung der IT-Plattform zur sicheren Kommunikation in sensiblen Bereichen mit deutschen Schulen im Ausland sowie für das Prüfungsbüro Deutsches Sprachdiplom Sekundarstufe I zur Erstellung, Begutachtung und Übermittlung der zentralen Prüfungsaufgaben für das Auslandsschulwesen.
(bisher bei Titel 51185 nachgewiesen)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.946.000**	**2.396.000**	**236.000**	**142.862,11**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. IT-Plattform “Abschlussprüfungen an Deutschen Auslandsschulen			17.300
2. Pflege und Updates anabin-Datenbank			
a) Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen - Gutachtenbereich; Ansätze teilweise gesperrt	405.000	555.000	20.000
b) Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen - Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	180.000	180.000	50.000
c) Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe Erneuerung Workflowtool, teilweise gesperrt Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 23209	310.000	460.000	40.000
3 .Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen - Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention Gestaltung Homepage Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1	45.000	45.000	25.000
4. Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen - Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention Weiterentwicklung und Betrieb Lissa-Tool Refinanzierung durch Einnahmen bei Titel 11105 Ziff. 1.	972.800	1.122.800	82.800

	2024 €	2025 €	2023 €
5. Dienstleistungen für Software Referat IB Personal und Recht - Haufe Personal Office, Juris, Bewerbermanagementsoftware, Software für Personalwirtschaft	24.850	24.850	24.850
6. Betrieb, Wartung, Pflege und Support Arbeitszeiterfassungstool	5.000	5.000	5.000
7. Geschäftsstelle Ständige wissenschaftliche Kommission - Homepage	3.000	3.000	
	1.945.650	2.395.650	235.100
rd.	1.946.000	2.396.000	236.000

zu 1.:
Ländergemeinsame Nutzung der IT-Plattform zur sicheren Kommunikation in sensiblen Bereichen mit deutschen Schulen im Ausland sowie für das Prüfungsbüro Deutsches Sprachdiplom Sekundarstufe I zur Erstellung, Begutachtung und Übermittlung der zentralen Prüfungsaufgaben für das Auslandsschulwesen (jetzt bei Titel 51170 nachgewiesen)

.

zu 2:
Aktuell werden die Zeugnisbewertungen der ZAB im Rahmen eines vom BMI finanzierten Projekts digitalisiert. Hierfür muss das bisherige anabin-System, in dem alle Fachverfahren laufen, abgelöst werden. Mit Fortschreiten bzw. Abschluss des Projekts, dessen Zeitschiene derzeit noch nicht vollständig klar ist, soll mit der Neuprogrammierung des GfG-Tools begonnen werden. Dies kann im Jahr 2024 aber auch im Jahr 2025 der Fall sein. Deshalb müssen die Gelder für beide Haushaltsjahre gleich eingeplant werden.

zu 2. a):
- Weiterentwicklung und den Betrieb der behördenunterstützenden anabin-Datenbank: 105 T €
- Ablösung des anabin-Systems (ausgenommen der behördenunterstützenden anabin-Datenbank) durch ein System voraussichtlich auf Basis der Software PEGA: 300 T € 2024 + 2025 sowie 150 T € 2025 (davon 2024: 300 T € und
2025: 450 T € gesperrt)

zu 2. b):
Weiterentwicklung anabin für den gebührenfinanzierten Bereich

zu 2. c):
- 300 T€ für die Erneuerung des GfG-Tools in 2024 oder 2025 sowie
- 150 T €für den Betrieb und die Weiterentwicklung des neuen GfG-Tools ab 2025 gesperrt

(davon 2024: 300 T € und 2025: 450 T € gesperrt)
zusätzlich werden unter Titel 51160 50 T € für die Anbindung des GfG-Tools an das DMS (E-Akte) vorgesehen (gesperrt)

zu 4:
Neuentwicklung Lissa-Tool
Anlässlich der OZG-konformen Ende zu Ende Digitalisierung der Zeugnisbewertungen durch das BMI im Jahr 2023/2024 muss das Fachverfahren zur Ausstellung der Zeugnisbewertung angepasst und ein Kommunikationsmodul für die Kunden erstellt werden. Da die Ausstellung einer digitalen Zeugnisbewertung dem Datenschutz und der Datensicherheit genügen muss, ist nicht nur das System selbst, sondern auch der Betrieb des neuen Systems deutlich teurer als bisher.
Zusätzlich werden unter Titel 51160 50 T € für die Anbindung des Tools an das DMS (E-Akte) vorgesehen.

(Re-)Finanzierungsanteile 51185 insgesamt:

	2024 €	2025 €	2023 €	Einnahmetitel
-gebührenfinanzierte Ausgaben zu "Bewertungen Art. III.1 Lissabon-Konvention	1.197.800	1.347.800	157.800	11105 Ziff. 1
-Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe	310.000	460.000	40.000	23209
	1.507.800	1.807.800	197.800	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**62.000**	**12.000**	**62.000**	**116.551,96**

	2024 €	2025 €	2023 €
1. Standorterweiterung Bonn	12.000	12.000	12.000
2. Einführung elektronische Arbeitszeiterfassung	50.000		50.000
	62.000	12.000	62.000

zu 2.:
Gem. Urteil EuGH v. 14.05.2019 sollen alle Unternehmen verpflichtet werden, die tägliche Arbeitszeit ihrer Beschäftigten systematisch zu erfassen. Zur Schaffung einer verlässlichen Grundlage der Dokumentation, insbesondere um z.B. die arbeitszeitrechtlichen Vorgaben wie Einhaltung der Höchstarbeitszeit und vorgeschriebene Ruhezeiten korrekt zur berücksichtigen, soll ein elektronisches System zur Unterstützung eingeführt werden. Die Kosten hierfür werden auf ca. 50.000 € geschätzt.
Die Umsetzung des Projektes ist im Jahr 2023 vorgesehen. Da der Zeitpunkt noch nicht genau bestimmt ist, wird sicherheitshalber ein Ansatz für 2024 vorgesehen. Der Ansatz wird für 2024 gesperrt.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**2.166.000**	**2.570.000**	**388.000**	**298.240,13**
	Gesamtausgaben	**153.511.500**	**156.871.500**	**129.609.100**	**94.999.063,81**
	Prozentuale Veränderung	**18,4 %**	**2,2 %**		

Abschluss Kapitel 0991

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**17.430.300**	**18.906.300**	**9.242.300**	**7.775.807,94**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**134.401.000**	**136.223.000**	**118.852.000**	**99.645.820,00**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**151.832.300**	**155.130.300**	**128.095.300**	**107.421.627,94**
411-462	**Personalausgaben**	**41.540.200**	**44.092.800**	**35.730.200**	**27.519.318,51**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**86.259.800**	**87.100.500**	**72.297.600**	**43.309.398,43**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**24.410.300**	**24.513.300**	**21.325.300**	**23.915.646,36**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.271.000**	**1.134.000**	**238.000**	**235.542,03**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**30.200**	**30.900**	**18.000**	**19.158,48**
	Gesamtausgaben	**153.511.500**	**156.871.500**	**129.609.100**	**94.999.063,81**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.679.200**	**-1.741.200**	**-1.513.800**	**12.422.564,13**

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 0909 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

- Personalüberhang -

Alle Stellen des Kapitels tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 0922 – Gemeinsames Krebsregister

Das Gemeinsame Krebsregister der ostdeutschen Länder und Berlins wurde zu Jahresbeginn 2023 aufgelöst. Soweit Dienstkräfte im Zuge der Auflösung der Einrichtung mangels Unterbringungsmöglichkeit auf finanzierte Aufgabengebiete (Stellen) dem Personalüberhang zugeordnet wurden, werden deren Stellen im Kapitel 0909 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Personalüberhang - unter der Zwischenüberschrift - Personalüberhang ehemals Beschäftigte Gemeinsames Krebsregister - nachgewiesen.

Kapitel 0950 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
- Frauen und Gleichstellung -

Das Kapitel wurden infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung aufgelöst. Die bislang in diesem Kapitel geführten Stellen und Beschäftigungspositionen werden ab dem Jahr 2024 im Kapitel 1180 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung - nachgewiesen.

Kapitel 0991 – Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Der Stellenplan und die Beschäftigungsplanung des Sekretariats der Kultusministerkonferenz (KMK) ist gemäß Beschlussfassung der Amtschefkonferenz der KMK vom 28.04.2023 berücksichtigt. Die Beratungen und Beschlussfassungen über den Haushaltsplanentwurf 2024/2025 des Sekretariats der Kultusministerkonferenz durch die Haushaltskommission und die Finanzministerkonferenz stehen derzeit noch aus.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Senator/in	SEN1	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0605 Amtsgehalt in Höhe von 100 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	2,000		2,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	2,000		2,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,000		4,000		3,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		14,000		14,000		10,000	
Service							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	4,000		4,000		4,000	
Regierungsdirektor/in	A15	5,000		5,000		5,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	6,000		6,000		5,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,500		4,500		2,500	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	8,500		8,500		10,500	
Amtsrätin/-rat	A12	16,750		17,750		16,500	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	8,250		8,250		8,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,250		0,250		2,250	
Regierungsinspektor/in	A9	1,500		1,500		2,500	
Amtsinspektor/in	A9S	1,800		1,800		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		2,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	0,000		0,000		0,250	
Zwischensumme:		60,550		61,550		62,500	
Teilsumme (Teilplan A):		74,550		75,550		72,500	
Summe:		74,550		75,550		72,500	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	8,000		8,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		6,000	
Zwischensumme:		23,000		23,000		22,000	
Service							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	5,000		5,000		2,500	
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	13,150		14,150		14,750	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		3,440	
Hausmeister/in	E5	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,250		1,250		1,250	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Service							
Tarifbeschäftigte/r (Botin/Bote)	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		41,400		42,400		43,440	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,500	0,500 *(0132)*	0,500	0,500 *(0132)*	0,500	0,500 *(0132)*
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		64,900		65,900		65,940	
Summe:		64,900		65,900		65,940	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		6,000		6,000		7,000	
Service							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000	2,000 *(0107)*	2,000	2,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		3,000		3,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		16,000		16,000		15,000	
Summe:		16,000		16,000		15,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		3,000	
Summe:		3,000		3,000		3,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,750		0,750		0,750	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,750		2,750		4,750	
Teilsumme (Teilplan A):		2,750		2,750		4,750	
Teilplan B							
Personalüberhang ehemals Beschäftigte Gemeinsames Krebsregister							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	5,000		5,000		0,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		8,000		8,000		0,000	
Summe:		10,750		10,750		4,750	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	3,000		3,000		4,000	
Regierungsdirektor/in	A15	8,000		8,000		5,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	6,000		6,000		11,500	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,800		2,800		1,750	
Amtsrätin/-rat	A12	2,750		2,750		3,750	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	5,733		5,733		5,733	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		34,283		34,283		36,733	
Teilsumme (Teilplan A):		34,283		34,283		36,733	
Summe:		34,283		34,283		36,733	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	5,000		5,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	6,000		6,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000	1,000 *(0101)*	2,000	1,000 *(0101)*	2,000	1,000 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000	2,000 *(0101)*	3,000	2,000 *(0101)*	3,000	2,000 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		0,750	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,500		0,500		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Zwischensumme:		22,500		22,500		28,750	
Teilsumme (Teilplan A):		22,500		22,500		28,750	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		5,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		6,000		7,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		6,000		7,000		0,000	
Summe:		28,500		29,500		28,750	

Stellenvermerke

0101 Stelle/Beschäftigungsposition ist gesperrt.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk (ohne Übernahmeverpflichtung)

Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000	1,000 *(0002)*	1,000	1,000 *(0002)*	1,000	1,000 *(0002)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		3,000	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Hochschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811							
Teilplan B							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		2,000		2,000		0,000	
Summe:		3,000		3,000		3,000	

Stellenvermerke

0002 Stelle/Beschäftigungsposition fällt bei Freiwerden weg (ohne Übernahmeverpflichtung).

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege- Gesundheit

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	3,000		3,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	A16	5,000		5,000		4,000	
Medizinaldirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Pharmaziedirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	9,000		9,000		8,000	
Oberarbeitsschutzrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Obermedizinalrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Oberpharmazierätin/-rat	A14	2,000		2,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	16,000		16,000		17,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000		4,000		7,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	9,000		9,000		5,000	
Amtsrätin/-rat	A12	9,000		9,000		12,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	6,000		6,000		4,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		2,000	
Regierungsinspektor/in	A9	2,000		2,000		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		74,000		74,000		72,000	
(Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen werden (nachrichtlich) ohne Betrag ausgewiesen - Krankenhaus des Maßregelvollzugs (KMV)							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000	1,000 *(0030)*	1,000	1,000 *(0030)*	1,000	1,000 *(0030)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		75,000		75,000		73,000	
Summe:		75,000		75,000		73,000	

Stellenvermerke

0030 Stelle wird nach Ausscheiden d. Stelleninhaberin/-inhabers als Stelle für Tarifbeschäftigte im Wirtschaftsplan des Krankenhauses des Maßregelvollzugs nachgewiesen.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Fachärztin/Facharzt	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		4,000	
Ärztin/Arzt	E14	2,500		2,500		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	21,500		21,500		20,000	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege- Gesundheit

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	21,500	2,000 *(2128)*	22,500	2,000 *(2128)*	25,500	4,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	9,500		9,500		8,500	
Tarifbeschäftigte/r	E11	8,500		8,500		9,700	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,500		2,500		2,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	4,750		4,750		5,500	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		85,750		86,750		87,700	
Teilsumme (Teilplan A):		85,750		86,750		87,700	
Summe:		85,750		86,750		87,700	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42831 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk (ohne Übernahmeverpflichtung)

Medizinisch-technische/r Assistent/in	E9A	9,000	9,000 *(0002)*	9,000	9,000 *(0002)*	9,000	9,000 *(0002)*
Zwischensumme:		9,000		9,000		9,000	
Teilsumme (Teilplan A):		9,000		9,000		9,000	
Summe:		9,000		9,000		9,000	

Stellenvermerke

0002 Stelle/Beschäftigungsposition fällt bei Freiwerden weg (ohne Übernahmeverpflichtung).

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Direktor/in des Landesinstituts für gerichtliche und soziale Medizin	B3	1,000		1,000		1,000	
Medizinaldirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Pharmaziedirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Obermedizinalrätin/-rat	A14	1,000		1,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		7,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		7,000		7,000	
Summe:		7,000		7,000		7,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ärztin/Arzt	AT1	1,000		1,000		1,000	
Fachärztin/Facharzt	E15	7,500		7,500		8,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Apothekerin/Apotheker	E14	1,000		1,000		1,000	
Ärztin/Arzt	E14	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Präparationstechnische/r Assistent/in	E9A	1,500		1,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Assistent/in	E9A	3,000		3,000		3,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E8	0,750		0,750		0,750	
Präparationstechnische/r Assistent/in	E8	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Laborant/in	E5	1,000		1,000		1,000	
Fahrer/in	E4	11,000	6,000 *(2128)*	11,000	6,000 *(2128)*	11,000	7,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E4	5,000	1,000 *(0408)* 2,000 *(2128)*	5,000	1,000 *(0408)* 2,000 *(2128)*	5,000	1,000 *(0408)* 3,000 *(2128)*

Landesinstitut für gerichtliche und soziale Medizin

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (Wäscheausbesserin/ -ausbesserer)	E3	0,800		0,800		0,800	
Zwischensumme:		45,550		45,550		45,550	
Teilsumme (Teilplan A):		45,550		45,550		45,550	
Summe:		45,550		45,550		45,550	

Stellenvermerke

0408 Stelle ist ausschließlich mit einer/einem Schwerstbehinderten zu besetzen.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0105)*
Technische/r Assistent/in	E9A	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Gemeinsames Krebsregister

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0102)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0102)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		3,000	3,000 *(0102)* 2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0102)*
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	0,000		0,000		3,000	3,000 *(0102)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		5,000	5,000 *(0102)*
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		2,000	2,000 *(0102)*
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		5,000	5,000 *(0102)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		21,000	
Teilsumme (Teilplan B):		0,000		0,000		21,000	
Summe:		0,000		0,000		21,000	

Stellenvermerke

0102 Stelle ist bei Freiwerden gesperrt.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	4,000		4,000		4,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	7,000		7,000		7,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	8,000		8,000		8,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	6,370		6,370		6,370	
Amtsrätin/-rat	A12	4,250		4,250		4,250	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		4,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		38,620		38,620		38,620	
Teilsumme (Teilplan A):		38,620		38,620		38,620	
Summe:		38,620		38,620		38,620	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		26,000		27,000		25,000	
Teilsumme (Teilplan A):		26,000		27,000		25,000	
Summe:		26,000		27,000		25,000	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Pflege -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000	2,000 *(0107)*	2,000	2,000 *(0107)*	2,000	1,000 *(0105)* 1,000 *(0106)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		3,000	
Summe:		4,000		4,000		3,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	4,000		4,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	7,500		7,500		4,500	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,500		2,500		0,500	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		5,750	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		0,000	
Amtsinspektor/in	A9S	0,000		0,000		0,625	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		27,000		28,000		22,375	
Teilsumme (Teilplan A):		27,000		28,000		22,375	
Summe:		27,000		28,000		22,375	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,500		2,500		2,000	
Zwischensumme:		8,500		8,500		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		8,500		8,500		6,000	
Summe:		8,500		8,500		6,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
- Frauen und Gleichstellung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	0,000		0,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		2,000	
Sozialdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		2,000	
Amtsinspektor/in	A9S	0,000		0,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		1,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		16,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		16,000	
Summe:		0,000		0,000		16,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		4,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		20,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		20,000	
Summe:		0,000		0,000		20,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
- Frauen und Gleichstellung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		7,000	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		8,000	
Summe:		0,000		0,000		8,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Ministerialdirektor/in	B9	1,000		1,000		1,000	
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	6,000		6,000		6,000	
Oberstudiendirektor/in	A16	2,000		2,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	A16	6,000		6,000		6,000	
Regierungsdirektor/in	A15	13,000		13,000		12,000	
Schulrätin/-rat	A15	2,000		2,000		2,000	
Studiendirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	11,000		11,000		10,000	
Oberstudienrätin/-rat	A14	5,000		5,000		5,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		50,000		50,000		49,000	
Gutachterstelle für Gesundheitsberufe							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		51,000		51,000		50,000	
Summe:		51,000		51,000		50,000	
42231 Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk (ohne Übernahmeverpflichtung)							
Schulrätin/-rat	A15	2,000	2,000 *(0073)*	2,000	2,000 *(0073)*	2,000	2,000 *(0073)*
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Stellenvermerke

0073 Stelle fällt nach Beendigung der Fremdfinanzierung d. Personalmittel bei Freiwerden weg.

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	7,000	1,000 *(1700)*	7,000	1,000 *(1700)*	7,000	1,000 *(1700)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	7,500	1,000 *(1702)*	7,500	1,000 *(1702)*	4,500	1,000 *(1702)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	21,750	1,000 *(1702)* 3,250 *(2128)*	21,750	1,000 *(1702)* 3,250 *(2128)*	24,750	1,000 *(1702)* 4,250 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	22,400		22,400		19,200	
Tarifbeschäftigte/r	E10	12,000		12,000		11,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	28,900		28,900		30,600	
Tarifbeschäftigte/r	E8	7,300		7,300		5,500	
Fahrer/in (Pauschalentgelt)	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	18,675		18,675		18,175	
Tarifbeschäftigte/r	E5	11,080		11,080		14,500	
Tarifbeschäftigte/r	E3	2,400	1,400 *(2128)*	2,400	1,400 *(2128)*	2,400	1,400 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E2	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		146,005		146,005		143,125	
Gutachterstelle für Gesundheitsberufe							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	18,500		18,500		20,500	11,500 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	16,100		16,100		20,000	13,000 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,750		3,750		2,750	1,250 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0101)*
Zwischensumme:		43,350		43,350		44,250	
Geschäftsstelle der Kulturministerkonferenz							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Nationale Agentur im Pädagogischen Austauschdienst (PAD)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000	3,000 *(0024)* 1,000 *(2128)*	3,000	3,000 *(0024)* 1,000 *(2128)*	3,000	3,000 *(0024)* 1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000	1,000 *(0024)*	1,000	1,000 *(0024)*	1,000	1,000 *(0024)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	13,000	13,000 *(0024)*	13,000	13,000 *(0024)*	13,000	13,000 *(0024)*
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000	1,000 *(0024)*	1,000	1,000 *(0024)*	1,000	1,000 *(0024)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	2,000	2,000 *(0024)*	2,000	2,000 *(0024)*	2,000	2,000 *(0024)*
Zwischensumme:		20,000		20,000		20,000	
Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB)							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	7,000		8,000		6,000	1,000 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	17,000		21,000		14,000	2,000 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	50,500		55,450		40,000	1,000 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,500		1,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	10,000		11,500		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	9,250		9,250		8,250	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		0,500	
Zwischensumme:		100,250		111,700		78,250	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,500	0,500 *(0110)*	0,500	0,500 *(0110)*	0,500	0,500 *(0110)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,500	0,500 *(0110)*	0,500	0,500 *(0110)*	0,500	0,500 *(0110)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		312,605		324,055		288,625	
Summe:		312,605		324,055		288,625	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Stellenvermerke							
0024 Stelle fällt bei Auslaufen der europäischen Bildungsprogramme im Schulbereich weg.							
0101 Stelle/Beschäftigungsposition ist gesperrt.							
0110 Stelle/Beschäftigungsposition fällt bei Wegfall der Finanzierung weg.							
1700 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 15.							
1702 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 14							
2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,100		1,100		0,000	
Zwischensumme:		1,100		1,100		0,000	
Geschäftsstelle Ständige Wissenschaftliche Kommission							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000	2,000 *(0120)*	2,000	2,000 *(0120)*	2,000	2,000 *(0120)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000	3,000 *(0120)*	3,000	3,000 *(0120)*	3,000	1,000 *(0101)* 3,000 *(0120)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	0,300 *(0101)* 1,000 *(0120)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,500	2,500 *(0120)*	2,500	2,500 *(0120)*	2,500	1,000 *(0101)* 2,500 *(0120)*
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0101)* 1,000 *(0120)*
Zwischensumme:		11,500		11,500		11,500	
Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	5,000		4,000	3,000 *(0101)*	2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000	1,000 *(0101)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	23,000		22,500	5,000 *(0101)*	9,500	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A, Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	60,600		65,100	24,700 *(0101)*	18,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	25,500		26,500	6,000 *(0101)*	2,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	10,500		10,500	4,000 *(0101)*	4,500	
Zwischensumme:		126,600		130,600		37,500	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,500		1,500		1,000	
Zwischensumme:		1,500		1,500		1,000	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000	1,000 *(0106)*	0,000		1,000	1,000 *(0106)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000	0,500 *(0107)* 1,500 *(0110)*	2,000	0,500 *(0107)* 1,500 *(0110)*	1,500	1,500 *(0110)*
Zwischensumme:		3,000		2,000		2,500	
Teilsumme (Teilplan A):		143,700		146,700		52,500	
Summe:		143,700		146,700		52,500	

Stellenvermerke

0101 Stelle/Beschäftigungsposition ist gesperrt.

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

0110 Stelle/Beschäftigungsposition fällt bei Wegfall der Finanzierung weg.

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
Teilplan A							
Azubi Verwaltungsfach-angestellte/r	AUSBEG-1-AUSBEG-4	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Sekretariat der Kultusministerkonferenz

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42890 Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000	2,000 *(0073)*	2,000	2,000 *(0073)*	2,000	2,000 *(0073)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	6,000	2,000 *(0072)* 4,000 *(0073)*	6,000	2,000 *(0072)* 4,000 *(0073)*	4,000	4,000 *(0073)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	10,100	10,100 *(0073)*	9,500	9,500 *(0073)*	12,100	2,000 *(0072)* 10,100 *(0073)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000	2,000 *(0073)*	2,000	2,000 *(0073)*	2,000	2,000 *(0073)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	16,740	0,300 *(0072)* 16,440 *(0073)*	16,740	0,300 *(0072)* 16,440 *(0073)*	15,740	2,300 *(0072)* 13,440 *(0073)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000	1,000 *(0073)*	1,000	1,000 *(0073)*	1,000	1,000 *(0073)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	20,650	20,650 *(0073)*	19,950	19,950 *(0073)*	20,200	20,200 *(0073)*
Zwischensumme:		58,490		57,190		57,040	
Teilsumme (Teilplan A):		58,490		57,190		57,040	
Summe:		58,490		57,190		57,040	

Stellenvermerke

0072 Stelle fällt mit Beendigung der Fremdfinanzierung weg.

0073 Stelle fällt nach Beendigung der Fremdfinanzierung d. Personalmittel bei Freiwerden weg.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 09	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B9	**B7**	**B5**	**B4**	**B3**
0900	2025	-	2,000	1,000	-	-
	2024	-	2,000	1,000	-	-
	2023	-	2,000	1,000	-	-
0909	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0910	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	1,000	-	1,000
0920	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0921	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
0922	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0930	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
0940	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	1,000	-	1,000
0950	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	1,000	-
0991	2025	1,000	-	1,000	-	6,000
	2024	1,000	-	1,000	-	6,000
	2023	1,000	-	1,000	-	6,000
Summe	2025	1,000	2,000	5,000	1,000	9,000
	2024	1,000	2,000	5,000	1,000	9,000
	2023	1,000	2,000	5,000	2,000	9,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 09
B2	**Teilsumme**	**A16**	**A15**	**A14**	jahr	
2,000	5,000	6,000	6,000	10,000	2025	**0900**
2,000	5,000	6,000	6,000	10,000	2024	
1,000	4,000	5,000	6,000	8,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0909**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	2,000	3,000	8,000	6,000	2025	**0910**
-	2,000	3,000	8,000	6,000	2024	
-	2,000	4,000	5,000	11,500	2023	
3,000	4,000	5,000	12,000	21,000	2025	**0920**
3,000	4,000	5,000	12,000	21,000	2024	
3,000	4,000	4,000	11,000	21,000	2023	
-	1,000	-	3,000	1,000	2025	**0921**
-	1,000	-	3,000	1,000	2024	
-	1,000	-	3,000	2,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0922**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	1,000	4,000	1,000	7,000	2025	**0930**
-	1,000	4,000	1,000	7,000	2024	
-	1,000	4,000	1,000	7,000	2023	
1,000	3,000	1,000	4,000	7,500	2025	**0940**
1,000	3,000	1,000	4,000	7,500	2024	
1,000	3,000	1,000	3,000	4,500	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0950**
-	-	-	-	-	2024	
-	1,000	2,000	1,000	2,000	2023	
-	8,000	9,000	17,000	16,000	2025	**0991**
-	8,000	9,000	17,000	16,000	2024	
-	8,000	8,000	17,000	15,000	2023	
6,000	24,000	28,000	51,000	68,500	2025	**Summe**
6,000	24,000	28,000	51,000	68,500	2024	
5,000	24,000	28,000	47,000	71,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 09	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A13	**A13S**	**A12**	**A11**	**A10**
0900	2025	4,500	9,500	19,750	9,250	0,250
	2024	4,500	9,500	18,750	9,250	0,250
	2023	2,500	11,500	17,500	9,000	2,250
0909	2025	-	-	1,000	1,000	1,000
	2024	-	-	1,000	1,000	1,000
	2023	-	-	1,000	1,000	1,000
0910	2025	2,000	2,800	2,750	5,733	1,000
	2024	2,000	2,800	2,750	5,733	1,000
	2023	-	1,750	3,750	5,733	2,000
0920	2025	4,000	9,000	9,000	6,000	2,000
	2024	4,000	9,000	9,000	6,000	2,000
	2023	7,000	5,000	12,000	4,000	2,000
0921	2025	-	1,000	1,000	-	-
	2024	-	1,000	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
0922	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
0930	2025	8,000	6,370	4,250	4,000	3,000
	2024	8,000	6,370	4,250	4,000	3,000
	2023	8,000	6,370	4,250	4,000	3,000
0940	2025	2,500	1,000	5,000	2,000	-
	2024	1,500	1,000	5,000	2,000	-
	2023	0,500	1,000	5,750	2,000	-
0950	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	2,000	1,000	1,000	1,000	2,000
0991	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	1,000	-	-	1,000
Summe	2025	21,000	29,670	42,750	27,983	8,250
	2024	20,000	29,670	41,750	27,983	8,250
	2023	20,000	27,620	46,250	26,733	13,250

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 09
A9	**A9S**	**A8**	**A7**	**Teilsumme**	jahr	
1,500	1,800	2,000	-	70,550	2025	**0900**
1,500	1,800	2,000	-	69,550	2024	
2,500	2,000	2,000	0,250	68,500	2023	
-	-	-	-	3,000	2025	**0909**
-	-	-	-	3,000	2024	
-	-	-	-	3,000	2023	
-	-	1,000	-	32,283	2025	**0910**
-	-	1,000	-	32,283	2024	
-	-	1,000	-	34,733	2023	
2,000	-	1,000	-	71,000	2025	**0920**
2,000	-	1,000	-	71,000	2024	
2,000	-	1,000	-	69,000	2023	
-	-	-	-	6,000	2025	**0921**
-	-	-	-	6,000	2024	
-	-	-	-	6,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0922**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	37,620	2025	**0930**
-	-	-	-	37,620	2024	
-	-	-	-	37,620	2023	
1,000	-	1,000	-	25,000	2025	**0940**
1,000	-	1,000	-	24,000	2024	
-	0,625	1,000	-	19,375	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0950**
-	-	-	-	-	2024	
-	1,000	1,000	1,000	15,000	2023	
-	-	-	-	43,000	2025	**0991**
-	-	-	-	43,000	2024	
-	-	-	-	42,000	2023	
4,500	1,800	5,000	-	288,453	2025	**Summe**
4,500	1,800	5,000	-	286,453	2024	
4,500	3,625	6,000	1,250	295,228	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 09	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
0900	2025	3,000	10,000	6,000	3,000	19,650
	2024	3,000	10,000	6,000	3,000	18,650
	2023	3,000	10,000	3,500	3,000	18,250
0909	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
0910	2025	2,000	10,000	6,000	1,000	3,000
	2024	2,000	9,000	6,000	1,000	3,000
	2023	1,000	7,000	8,000	2,000	3,000
0920	2025	6,000	24,000	22,500	9,500	9,500
	2024	6,000	24,000	21,500	9,500	9,500
	2023	6,000	22,000	25,500	8,500	10,700
0921	2025	8,500	2,000	-	-	-
	2024	8,500	2,000	-	-	-
	2023	8,500	2,000	-	-	-
0922	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	1,000	3,000	-	4,000
0930	2025	1,000	3,000	5,000	9,000	4,000
	2024	1,000	3,000	4,000	9,000	4,000
	2023	1,000	3,000	4,000	9,000	4,000
0940	2025	-	2,000	1,000	1,000	-
	2024	-	2,000	1,000	1,000	-
	2023	-	1,000	1,000	-	-
0950	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	6,000	4,000	-	4,000
0991	2025	19,000	30,000	46,250	5,000	93,950
	2024	18,000	30,000	42,250	5,000	89,000
	2023	13,000	26,000	42,250	4,000	79,200
Summe	2025	39,500	81,000	86,750	28,500	131,100
	2024	38,500	80,000	80,750	28,500	125,150
	2023	33,500	78,000	91,250	26,500	123,150

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 09
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E6**	jahr	
2,000	11,000	3,000	2,000	1,000	2025	**0900**
2,000	11,000	3,000	2,000	1,000	2024	
2,500	10,000	6,000	1,000	3,440	2023	
-	2,000	1,000	0,750	5,000	2025	**0909**
-	2,000	1,000	0,750	5,000	2024	
-	1,000	2,000	0,750	-	2023	
3,000	1,000	0,500	-	1,000	2025	**0910**
3,000	1,000	0,500	-	1,000	2024	
3,000	0,750	1,000	-	1,000	2023	
2,500	5,000	4,750	2,000	1,000	2025	**0920**
2,500	5,000	4,750	2,000	1,000	2024	
2,500	4,000	5,500	2,000	1,000	2023	
-	-	6,500	7,750	2,000	2025	**0921**
-	-	6,500	7,750	2,000	2024	
-	-	6,500	7,750	2,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0922**
-	-	-	-	-	2024	
-	5,000	2,000	-	5,000	2023	
2,000	1,000	1,000	1,000	-	2025	**0930**
2,000	1,000	1,000	1,000	-	2024	
2,000	-	1,000	1,000	-	2023	
2,000	-	2,500	-	-	2025	**0940**
2,000	-	2,500	-	-	2024	
2,000	-	2,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**0950**
-	-	-	-	-	2024	
2,000	1,000	-	1,000	-	2023	
14,500	54,900	-	8,300	32,675	2025	**0991**
14,500	53,400	-	8,300	32,675	2024	
13,000	54,100	-	6,500	30,175	2023	
26,000	74,900	19,250	21,800	42,675	2025	**Summe**
26,000	73,400	19,250	21,800	42,675	2024	
27,000	75,850	26,000	20,000	42,615	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 09	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E5	**E4**	**E3**	**E2**	**Teilsumme**
0900	2025	2,000	1,250	2,000	-	65,900
	2024	2,000	1,250	2,000	-	64,900
	2023	2,000	1,250	2,000	-	65,940
0909	2025	-	-	-	-	9,750
	2024	-	-	-	-	9,750
	2023	-	-	-	-	3,750
0910	2025	-	1,000	-	-	28,500
	2024	-	1,000	-	-	27,500
	2023	-	1,000	-	-	27,750
0920	2025	-	-	-	-	86,750
	2024	-	-	-	-	85,750
	2023	-	-	-	-	87,700
0921	2025	1,000	16,000	0,800	-	44,550
	2024	1,000	16,000	0,800	-	44,550
	2023	1,000	16,000	0,800	-	44,550
0922	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	21,000
0930	2025	-	-	-	-	27,000
	2024	-	-	-	-	26,000
	2023	-	-	-	-	25,000
0940	2025	-	-	-	-	8,500
	2024	-	-	-	-	8,500
	2023	-	-	-	-	6,000
0950	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	18,000
0991	2025	13,080	-	2,400	1,000	321,055
	2024	13,080	-	2,400	1,000	309,605
	2023	18,000	-	2,400	-	288,625
Summe	2025	16,080	18,250	5,200	1,000	592,005
	2024	16,080	18,250	5,200	1,000	576,555
	2023	21,000	18,250	5,200	-	588,315

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				Haus- halts-	Einzelplan 09
S11B	**Teilsumme**	**AT1**	**Teilsumme**	jahr	
-	-	-	-	2025	**0900**
-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	2023	
1,000	1,000	-	-	2025	**0909**
1,000	1,000	-	-	2024	
1,000	1,000	-	-	2023	
-	-	1,000	1,000	2025	**0910**
-	-	1,000	1,000	2024	
-	-	1,000	1,000	2023	
-	-	-	-	2025	**0920**
-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	2023	
-	-	1,000	1,000	2025	**0921**
-	-	1,000	1,000	2024	
-	-	1,000	1,000	2023	
-	-	-	-	2025	**0922**
-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	2025	**0930**
-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	2025	**0940**
-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	2025	**0950**
-	-	-	-	2024	
-	-	2,000	2,000	2023	
-	-	3,000	3,000	2025	**0991**
-	-	3,000	3,000	2024	
-	-	-	-	2023	
1,000	1,000	5,000	5,000	2025	**Summe**
1,000	1,000	5,000	5,000	2024	
1,000	1,000	4,000	4,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 09	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt		
0900	2025	75,550	65,900	141,450		
	2024	74,550	64,900	139,450		
	2023	72,500	65,940	138,440		
0909	2025	3,000	10,750	13,750		
	2024	3,000	10,750	13,750		
	2023	3,000	4,750	7,750		
0910	2025	34,283	29,500	63,783		
	2024	34,283	28,500	62,783		
	2023	36,733	28,750	65,483		
0920	2025	75,000	86,750	161,750		
	2024	75,000	85,750	160,750		
	2023	73,000	87,700	160,700		
0921	2025	7,000	45,550	52,550		
	2024	7,000	45,550	52,550		
	2023	7,000	45,550	52,550		
0922	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	21,000	21,000		
0930	2025	38,620	27,000	65,620		
	2024	38,620	26,000	64,620		
	2023	38,620	25,000	63,620		
0940	2025	28,000	8,500	36,500		
	2024	27,000	8,500	35,500		
	2023	22,375	6,000	28,375		
0950	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	16,000	20,000	36,000		
0991	2025	51,000	324,055	375,055		
	2024	51,000	312,605	363,605		
	2023	50,000	288,625	338,625		
Summe	2025	312,453	598,005	910,458		
	2024	310,453	582,555	893,008		
	2023	319,228	593,315	912,543		

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 10

Einzelplan 10

Bildung, Jugend und Familie

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10 - 5
Kapitel 1000 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	10 - 17
Kapitel 1009 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Personalüberhang -	10 - 55
Kapitel 1010 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -	10 - 57
Produktdarstellung	10 - 89
Kapitel 1011 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -	10 - 97
Produktdarstellung	10 - 111
Kapitel 1012 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -	10 - 115
Produktdarstellung	10 - 139
Kapitel 1014 Berliner Landeszentrale für politische Bildung	10 - 143
Kapitel 1015 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Grundschulen -	10 - 149
Produktdarstellung	10 - 153
Kapitel 1016 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gemeinschaftsschulen -	10 - 157
Produktdarstellung	10 - 161
Kapitel 1018 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Gymnasien -	10 - 163
Produktdarstellung	10 - 167
Kapitel 1019 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Integrierte Sekundarschulen -	10 - 169
Produktdarstellung	10 - 175
Kapitel 1020 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Sonderpädagogische Förderzentren -	10 - 179
Produktdarstellung	10 - 185
Kapitel 1021 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Berufsbildende Schulen -	10 - 189
Produktdarstellung	10 - 201
Kapitel 1022 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Staatliche Technikerschule -	10 - 205

	Band/Seite
Kapitel 1023 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -	10 - 211
Kapitel 1024 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Zentral verwaltete Schulen -	10 - 219
Kapitel 1040 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familie und frühkindliche Bildung -	10 - 231
Produktdarstellung	10 - 247
Kapitel 1041 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Familienpolitik und Familienförderung -	10 - 251
Produktdarstellung	10 - 257
Kapitel 1042 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Jugend und Kinderschutz -	10 - 261
Produktdarstellung	10 - 273
Kapitel 1043 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Berliner Notdienst Kinderschutz -	10 - 277
Produktdarstellung	10 - 283
Kapitel 1045 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -	10 - 285
Produktdarstellung	10 - 291
Kapitel 1051 Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg	10 - 295
Produktdarstellung	10 - 303
Kapitel 1061 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -	10 - 305
Kapitel 1080 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schule in der digitalen Welt -	10 - 311
Stellenplan	10 - 329
Stellenübersicht	10 - 421
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	4
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	14

Bildung, Jugend und Familie

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gliedert sich wie folgt:

Leitung

Leitungsstab
Pressearbeit und Kommunikation
Bundes-, Kabinetts- und Parlamentsangelegenheiten; Verbindungsstelle

Taskforce Schulbau
Verbindungsstelle
Qualitäts- und Beschwerdemanagement,
Antidiskriminierung
Koordinierungsstelle Landesgleichberechtigungsgesetz

Abteilungen

Abteilung ZS: Zentraler Service:
Information, Bürgerberatung, Fachkräftegewinnung und –beratung (Servicestelle), Öffentlichkeitsarbeit
Innere Dienste, Bau- und Immobilienangelegenheiten
IT-Steuerung und IT-Board des Ressorts
Zentrale Vergabestelle, Stellen- und Personalwirtschaft, Haushalt, KLR, Zuwendungsprüfung
Rechtsreferat (Justiziariat)
Personal-, Gesundheits-, Organisations- und Geschäftsprozessmanagement
Personalstelle

Abteilung I: Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden und zentralverwalteten Schulen
Koordinierung der regionalen Außenstellen der Schulaufsicht, Unterstützung und Beratung der Schulen,
Ausstattung der Schulen (z.B. Verfügungsfonds, Berlin Challenge, Lehr-und Lernmittel)
Personelle Ausstattung der Schulen, Personalmanagement, Organisation des Schuljahres;
Bildungsstatistik und Prognose
Regionale Schulaufsichten, inklusive SIBUZ

Abteilung II: Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung
Schulartenübergreifende Angelegenheiten, Rahmenlehrpläne
Schul- und Lehrkräftebildungsrecht, Zeugnisanerkennung,
Schulen in freier Trägerschaft
Lehrkräftebildung
Schulinspektion
Erwachsenenbildung

Abteilung III: Jugend und Kinderschutz
Jugend- und Familienrecht
Operative Leistungen gem. SGB VII und JGG
unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinderschutz, Prävention, Kinder- und Jugenddelinquenz
Kinderschutz, Hilfen zur Erziehung und Inklusion
Berliner Notdienst Kinderschutz

Abteilung IV: Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentralverwalteten Schulen
Grundsatzangelegenheiten und operative Schulaufsicht im Bereich der beruflichen und zentralverwalteten Schulen
IT-Datenmanagement, Talente Check
Schulpsychologie und Inklusion
Schulträgerschaft der beruflichen und zentralverwalteten Schulen
Übergang Schule-Beruf, Jugendberufsagentur
Europaangelegenheiten und Internationales

Abteilung V: Familie und frühkindliche Bildung
Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung
Familienpolitik und Familienförderung
Gesamtjugendhilfeplanung, Finanzierung und Haushalt
Einrichtungsaufsicht, sozialpädagogische Fachkräfte
Integrierte Software Berliner Jugendhilfe
Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg
Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut

Abteilung VI (in Gründung): Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen
Schulplanung
Schulbau
Finanzen
Grundsatzangelegenheiten

Abteilung VII (in Gründung): Schule in der digitalen Welt
Digital HUB (Analyse von Digitalisierungspotenzialen, Qualität von digitalen Leitprojekten, Zertifizierung digitaler Lehrinhalte)
Digitale Lösungen und Infrastruktur (Entwicklung, Beschaffung und Bereitstellung pädagogischer und administrativer IT-Lösungen)
Schulservicezentrum Berlin (Service und Support für die digitalen Lösungen und Infrastruktur)

Der Aufsicht der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unterstehen:

Nachgeordnete Einrichtungen

Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB)

Stiftungen des öffentlichen Rechts

Lette-Verein
Pestalozzi-Fröbel-Haus
Stiftung Planetarium Berlin
Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin
Stiftung Demokratische Jugend

Für jede Abteilung ist mindestens ein eigenes Kapitel eingerichtet.

Die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen bewirtschafteten Hochbaumaßnahmen des Einzelplans und ihre korrespondierenden Einnahmen werden im Kapitel 1250 (MG 10 - Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie) ausgewiesen.

Die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP), dem Flexibudget für präventive Angebote im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung (HzE) sowie dem Investitionsprogramm Ganztag werden im Kapitel 2710 - Aufwendungen der Bezirke - Bildung, Jugend und Familie - abgebildet.

Die Ausgaben für die Bezirke zum Neubau von Schulen und Schulsporthallen werden im Kapitel 2712 - Aufwendungen der Bezirke - Stadtentwicklung und Wohnen - abgebildet.

Die Ausgaben der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) werden in dem Kapitel 2510 - Informations- und Kommunikationstechnik - Bildung, Jugend und Familie und im Kapitel 2557 - Informations- und Kommunikationstechnik - Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg - (SFBB) in der Maßnahmengruppe 31 (MG 31) ausgewiesen.

Die Ausgaben im Rahmen der Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft für Sanierung, Umbau, Erweiterung und Ersatzbau von Schulgebäuden werden in dem Kapitel 2920 – Kommunalinvestitionsprogramm – abgebildet.

Regelung zur Deckungsfähigkeit der Hauptgruppe 8:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 10, mit Ausnahme der Obergruppe 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.

Bildung, Jugend und Familie

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**25.915.500**	**25.952.500**	**32.380.500**	**36.676.442,65**
11	Verwaltungseinnahmen	24.666.700	24.703.700	31.179.700	35.486.511,42
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	1.245.800	1.245.800	1.197.800	1.189.931,23
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	1.000	1.000	1.000	---
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	---
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	---
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**136.757.800**	**124.705.800**	**135.001.800**	**120.199.765,49**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	86.207.000	73.254.000	76.907.000	74.206.550,15
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	75,75
27	Zuschüsse von der EU	7.122.000	7.135.000	16.202.000	5.916.429,77
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	43.426.800	44.314.800	41.890.800	40.076.709,82
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	1.000	1.000	1.000	---
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**58.204.000**	**11.099.000**	**58.176.000**	**63.956.700,64**
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	57.933.000	10.828.000	57.905.000	62.916.085,25
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	18.000	18.000	18.000	---
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	253.000	253.000	253.000	1.040.615,39
Σ	**Summe Einnahmen**	**220.877.300**	**161.757.300**	**225.558.300**	**220.832.908,78**

Bildung, Jugend und Familie

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**3.565.615.800**	**3.739.073.600**	**3.462.267.900**	**3.253.212.376,42**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	15.800	15.800	11.600	14.660,00
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	3.512.076.300	3.684.271.100	3.373.899.800	3.201.867.939,67
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	49.063.800	50.326.800	43.439.700	46.669.804,84
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	4.459.900	4.459.900	6.392.800	4.659.971,91
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	---	---	38.524.000	---
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**367.347.100**	**368.881.100**	**355.327.400**	**338.101.415,19**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	367.347.100	368.881.100	355.327.400	338.101.415,19
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.344.001.900**	**1.356.537.900**	**1.216.359.800**	**1.285.079.050,58**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	26.523.100	21.963.100	25.618.100	22.710.974,23
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	376.758.800	389.087.800	357.439.200	397.299.961,89
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	940.720.000	945.487.000	833.302.500	865.068.114,46
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**112.461.000**	**68.991.000**	**110.294.000**	**94.903.560,40**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	69.022.000	22.222.000	59.904.000	51.551.597,22
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	43.439.000	46.769.000	50.390.000	43.351.963,18
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**-6.690.000**	**-1.910.000**	**-6.806.000**	**1.792.408,77**
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	17.000	17.000	17.000	1.616.888,86
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	-6.710.000	-1.930.000	-6.826.000	---
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	3.000	3.000	3.000	175.519,91
Σ	**Summe Ausgaben**	**5.382.735.800**	**5.531.573.600**	**5.137.443.100**	**4.973.088.811,36**

Bildung, Jugend und Familie

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**577.400**	**577.400**	**778.400**	**642.642,88**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	577.400	577.400	778.400	642.642,88
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**109.395.200**	**47.323.200**	**116.614.200**	**93.335.025,88**
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	16.095.000	18.086.000	22.479.000	24.512.257,04
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	93.195.200	29.144.200	94.042.200	67.720.147,89
15	Sonstiges Bildungswesen	105.000	93.000	93.000	1.102.620,95
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**110.630.700**	**113.582.700**	**107.891.700**	**125.814.624,63**
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	9.800	9.800	9.800	13.220,75
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	87.000.000	89.900.000	83.008.000	76.809.837,08
25	Arbeitsmarktpolitik	1.439.000	1.452.000	3.085.000	2.100.589,73
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	20.061.900	20.100.900	19.576.900	23.453.359,87
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	72.000	72.000	72.000	19.530.382,20
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	2.048.000	2.048.000	2.140.000	3.907.235,00
8	**Finanzwirtschaft**	**274.000**	**274.000**	**274.000**	**1.040.615,39**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	3.000	3.000	3.000	---
85	Rücklagen	18.000	18.000	18.000	---
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	253.000	253.000	253.000	1.040.615,39
Σ	**Summe Einnahmen**	**220.877.300**	**161.757.300**	**225.558.300**	**220.832.908,78**

Bildung, Jugend und Familie

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**141.386.700**	**146.865.800**	**115.322.000**	**121.058.658,81**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	141.386.700	146.865.800	115.322.000	121.058.658,81
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**4.772.454.600**	**4.916.461.300**	**4.581.453.000**	**4.409.136.094,20**
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	3.471.453.000	3.635.984.000	3.294.596.800	3.195.198.366,48
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	1.259.754.200	1.244.916.600	1.243.356.500	1.185.224.915,91
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	1.201.000	1.201.000	1.201.000	956.755,00
15	Sonstiges Bildungswesen	14.935.400	9.436.700	17.542.700	14.858.419,79
18	Kultur und Religion	25.111.000	24.923.000	24.756.000	12.897.637,02
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**470.461.800**	**465.096.400**	**403.739.900**	**437.282.574,65**
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	9.800	9.800	9.800	307,06
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	160.800.000	166.160.000	153.970.000	157.830.022,73
25	Arbeitsmarktpolitik	21.891.100	23.354.100	18.266.400	20.347.233,57
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	132.246.000	137.928.600	116.702.600	135.364.400,52
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	130.612.000	109.718.000	96.114.000	105.313.019,96
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	24.902.900	27.925.900	18.677.100	18.427.590,81
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**4.313.000**	**4.316.000**	**4.191.000**	**2.986.993,22**
32	Sport und Erholung	4.313.000	4.316.000	4.191.000	2.986.993,22
8	**Finanzwirtschaft**	**-5.880.300**	**-1.165.900**	**32.737.200**	**2.624.490,48**
85	Rücklagen	17.000	17.000	17.000	1.616.888,86
86	Sonstiges	809.700	744.100	1.019.200	832.081,71
88	Globalposten	-6.710.000	-1.930.000	31.698.000	---
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	3.000	3.000	3.000	175.519,91
∑	**Summe Ausgaben**	**5.382.735.800**	**5.531.573.600**	**5.137.443.100**	**4.973.088.811,36**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmengruppen

Bezeichnung (Maßnahmengruppe)	Ansatz 2024 T €	Ansatz 2025 T €	Ansatz 2023 T €	Rechnung 2022 €
Politisch-Administrativer Bereich:				
32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT				
Kapitel 1000 -Politisch-Administrativer Bereich und Service -	31.910,0	33.138,0	21.918,0	19.566.158,38
Bereich Jugend:				
32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT				
Kapitel 1051 - Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg - Ausgaben (Titel 51168, 51185, 52536, 81259)	182,5	182,5	182,5	54.002,77
Bereich Bildung:				
02 – Bonus-Programm				
Kapitel 1012 - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen - Ausgaben (Titel 42734, 52534, 53434, 68434)	18.171,0	18.171,0	18.171,0	15.773.097,88
03 – Verfügungsfonds für Schulen				
Kapitel 1012 - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen - Ausgaben (Titel 42780, 42880, 51980, 52580, 53380, 53480, 54180, 68480)	12.380,0	12.380,0	12.380,0	8.690.215,70
04 – Bildungsverbünde				
Kapitel 1012 - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen - Ausgaben (Titel 42777, 53477, 68477)	1.610,0	2.034,0	2.069,0	696.778,83
05 – Digitalpakt Schule				
Kapitel 1080 - Schule in der digitalen Welt - Einnahmen (Titel 23112, 33401)	70.342,0	6.291,0	61.372,0	43.155.813,31
Kapitel 1080 - Schule in der digitalen Welt - Ausgaben (Titel 42784, 51184, 52584, 68574, 81211-81228)	70.342,0	6.291,0	61.372,0	45.171.995,18
06 – Berlin-Challenge				
Kapitel 1012 - Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen - Ausgaben (Titel 42781, 42881, 52581, 53481, 68481)	6.500,0	4.500,0	7.000,0	2.037.584,22
31 – Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT				
Kapitel 1080 - Schule in der digitalen Welt - Ausgaben (Titel 51160, 51169)	2.758,0	2.758,0	2.758,0	1.735.020,0
32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT				
Kapitel 1011 - Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen - Ausgaben (Titel 51185)	3.282,0	3.482,0	2.959,0	2.034.734,18
Kapitel 1080 - Schule in der digitalen Welt - Ausgaben (Titel 51185, 52536)	21.187,0	21.187,0	21.187,0	7.634.567,89

Bildung, Jugend und Familie

D. Gender Budgeting

Die im Einzelplan 10 erstellten Informationen zu geschlechtssensitiven Daten entsprechen den von der Arbeitsgruppe „Gender Budget“ entwickelten Vorgaben. Mit den getroffenen Aussagen zum Gender Budget wird die Verwendung von Haushaltsmitteln für weibliche und männliche Nutzer dort nachgewiesen, wo dies auf der Basis der ermittelten Daten möglich und von gleichstellungspolitischem Informationsgehalt ist.

Zum Sachstand und zur Weiterentwicklung der Gender-Budget-Analyse wird auf die allgemeinen Erläuterungen zu den jeweiligen Kapiteln verwiesen.

Anzahl der Titel HGR. 6 mit Gendererläuterungen: 41				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht erforderlich) *	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich) **	
41	4	13	24	

* Das im jeweiligen Bereich fachpolitisch angestrebte Geschlechterverhältnis ist bereits vorhanden bzw. erreicht worden oder entspricht nahezu dem Geschlechterverhältnis einer Referenzebene.
** Hier sind auch die Titel berücksichtigt worden, bei denen eine Zielsetzung genannt wird, aber keine Steuerbarkeit gesehen wird.

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (siehe Titel- bzw. Kapitelerläuterung):

Kapitel 1000 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch Administrativer Bereich und Service

52501 Aus- und Fortbildung
53101 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
53111 Ausschreibungen, Bekanntmachungen

Kapitel 1010 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und zu den Titeln
68419 Förderung des Sports
68509 Zuschuss an das Pestalozzi-Fröbel-Haus
68511 Zuschuss an den Lette-Verein

Kapitel 1011 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentralverwalteten Schulen

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und zu den Titeln
67101 Ersatz von Ausgaben
53101 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Kapitel 1012 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und zu den Titeln
68554 Schulbezogene Jugendsozialarbeit
68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
68554 Schulbezogene Jugendsozialarbeit
68569 Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland
53101 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
53111 Ausschreibungen, Bekanntmachungen

Kapitel 1014 Berliner Landeszentrale für politische Bildung

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und dem Titel
68569 Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Kapitel 1015 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Grundschulen

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und dem Titel
68507 Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Kapitel 1016 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Gemeinschaftsschulen

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und dem Titel
68507 Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Kapitel 1018 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Gymnasien

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und dem Titel
68507 Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Kapitel 1019 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Integrierte Sekundarschulen

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und dem Titel
68507 Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Kapitel 1020 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Sonderpädagogische Förderzentren

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und den Titeln
67181 Leistungen für Pflege und Hilfe für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf
68507 Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Kapitel 1021 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Berufsbildende Schulen

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und den Titeln
67101 Ersatz von Ausgaben
67105 Beförderung behinderter Kinder
68507 Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Kapitel 1022 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Staatliche Technikerschule

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen
53101 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Kapitel 1023 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen
53101 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Kapitel 1024 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Zentralverwaltete Schulen

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen
53101 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Kapitel 1040 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Jugend und Landesjugendamt

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und zu den Titeln
63621 Beiträge an die Unfallkasse
67109 Ersatz von Ausgaben
68199 Unterstützungen und sonstige Geldleistungen aus Erbschaften
68356 Landeszuschüsse für Beschäftigung
68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Kapitel 1041 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Familienpolitik und Familienförderung

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und zu den Titeln
68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
68409 Zuschüsse an Organisationen zur Durchführung von Erholungsreisen
68427 Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen
68435 Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

Bildung, Jugend und Familie

Kapitel 1042 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und zu den Titeln
67101 Ersatz von Ausgaben
68424 Zuschüsse für Eingliederungsmaßnahmen
68425 Zuschüsse für freie Jugendarbeit
68435 Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe
68490 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen
68569 Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Kapitel 1043 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Berliner Notdienst Kinderschutz

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen
53101 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Kapitel 1045 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen und zu den Titeln
67147 Heimerziehung für alleinstehende minderjährige Asylbewerber/innen nach dem KJHG
67176 Krankenhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz
68184 Leistungen nach dem SGB VIII für Deutsche im Ausland
68422 Zuschüsse für Familienberatungsstellen
68435 Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

Kapitel 1051 Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen
53101 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Kapitel 1061 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen

Kapitel 1080 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Schule in der digitalen Welt

siehe Ausführungen zu den Allgemeinen Erläuterungen

E. Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet, sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
1010; 1011; 1012; 1015; 1016; 1018; 1019; 1020; 1021; 1040; 1041; 1042; 1043; 1045; 1051; 1061; 1080

Zusammenfassende Übersicht 60 - SenBJF

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	5	Personalkosten	2.785.365.720	2.646.815.038	+5,23
Kostenträgergruppen	33	Sachkosten	53.780.783	43.564.281	+23,45
Kostenträger	179	Transferkosten	930.847.980	859.899.164	+8,25
davon		Verrechnungskosten	2.566.642	3.548.791	-27,68
Produkte	132	kalkulatorische Kosten	313.749.557	313.825.303	-0,02
MGF	35	Gemeinkosten	748.541.746	734.784.137	+1,87
Projekte	12	**Summe Verwaltungskosten**	4.834.852.428	4.602.436.713	+5,05
		Transfers	390.281.377	336.793.663	+15,88
		Gesamtsumme	5.225.133.805	4.939.230.377	+5,79

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für den Leitungsbereich, die Personalvertretungen, und die Abteilung „Zentraler Service“ mit den Referaten „Innere Dienste, Bau- und Immobilienangelegenheiten, " Zentrale Vergabestelle, Stellen- und Personalwirtschaft, Haushalt, KLR, Zuwendungsprüfung", „IT-Steuerung und IT-Board des Ressorts“, „Rechtsreferat (Justiziariat)“ „Personal-, Gesundheits-, Organisations- und Geschäftsprozessmanagement“, „Information, Bürgerberatung, Fachkräftegewinnung und -beratung (Servicestelle), Öffentlichkeitsarbeit", "Personalstelle". Die Bewirtschaftung von Einnahmen und Ausgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz erfolgt ebenfalls in diesem Kapitel.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe.

B. Gender Budgeting

Geschlechtsspezifische Daten liegen vor (beim Titel erläutern):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1000	52501	Aus- und Fortbildung
1000	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
1000	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			29	24	28	25
Relativer Anteil			55	45	53	47
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	377	132	343	125	379	130
Relativer Anteil	74	26	63	27	74	26

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Für den Planungszeitraum wurde anhand der Durchschnittseinkommen für das Jahr 2022 ein durchschnittliches Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich : Führungskräfte: 5.805,71 €, Mitarbeitende: 3.734,01 €
Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 6.129,69 €, Mitarbeitende: 4.255,43 €

Die Beschäftigtenstruktur der Abteilung Zentraler Service weist in den oberen Einkommensgruppen Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten auf, die zur Erklärung die niedrigeren durchschnittlichen Monatseinkommen herangezogen werden können. Der Abbau der vorhandenen Unterrepräsentanzen wird angestrebt. Andere Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Beschäftigten könnten z.B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte) sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11132	011	**Ersatz von Prozesskosten**	1.000	1.000	1.000	—
11903	011	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	230.000	230.000	438.000	222.557,48

Einnahmen auf Grund von Rückgriffsmaßnahmen bei der Regulierung von Selbstversicherungs- und Haftpflichtansprüchen und auf Grund von Ersatzleistungen Dritter in Fällen einer Arbeitsunfähigkeit von Beschäftigten.

11915	011	**Rückzahlungen von Stipendien**	1.000	1.000	1.000	—
11921	011	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	1.000	1.000	1.000	—

Rückzahlungen von Zuwendungen aus ESF- und EFRE-Mitteln aus vergangenen Haushaltsjahren.

11979	011	**Verschiedene Einnahmen**	1.000	1.000	1.000	6.125,65

Einnahmen aus dem Verkauf von ausgesonderten Sachen sowie Einnahmen, die nicht einem anderen Titel zugeordnet werden können.

12406	011	**Mieten für Stellplätze auf Dienstgrundstücken**	2.400	2.400	2.400	2.375,00

Einnahmen aus der Vermietung von Stellplätzen auf dem Grundstück des Bürodienstgebäudes Bernhard-Weiß-Straße 6.

13108	811	**Erlösbeteiligungen aus Verkäufen bebauter Grundstücke des Verwaltungsvermögens**	1.000	1.000	1.000	—

Beteiligung am Verkauf von Grundstücken des Fachvermögens, die nicht mehr zur Erfüllung fachlicher Aufgaben benötigt werden.

23131	237	**Anteil des Bundes an den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz**	60.000.000	62.000.000	57.508.000	54.550.792,02

Der Ansatz enthält den nach § 8 UhVorschG (Unterhaltsvorschussgesetz) zu erbringenden Anteil des Bundes in Höhe von 40 Prozent an den Unterhaltsleistungen. (vgl. auch Erläuterungen zu Titel 68109).
Mehr aufgrund von Anpassung an Ist.

26101	011	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	1.000	1.000	1.000	75,75

Einnahmen gemäß Verwaltungsgebührenordnung, z. B. Anfertigung von Aktenauszügen für Rechtsanwälte.

28131	237	**Ersatz von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz**	27.000.000	27.900.000	25.500.000	22.259.045,06

Verstärkungsvermerk
Mehreinnahmen dienen zu 40 Prozent zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 63113.

Ersatz verauslagter Unterhaltsleistungen durch die Unterhaltspflichtigen auf Grund der nach § 7 Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) auf Berlin übergegangenen Ansprüche; 40 Prozent der Einnahmen bei diesem Titel sind nach § 8 UhVorschG an den Bund abzuführen (vgl. auch die Erläuterungen zu Titel 63113).

		Gesamteinnahmen	87.238.400	90.138.400	83.454.400	77.040.970,96
		Prozentuale Veränderung	4,5 %	3,3 %		
		Ausgaben				
42100	011	**Amtsbezüge**	197.000	204.000	177.000	183.943,84
42201	011	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	10.604.000	11.028.000	11.529.000	9.193.149,33

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42260	011	Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42701	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	1.000	1.000	1.000	14.929,06
42722	011	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)	154.000	161.000	144.000	67.312,16
42735	011	Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen	1.000	1.000	7.000	11.160,41
42760	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	22.157.000	23.043.000	18.995.000	17.963.879,42
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	2.274.000	2.365.000	2.621.000	2.533.048,27
42821 (neu)	011	Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)	1.000	1.000		
42860	011	Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	486.000	500.000	521.000	452.191,75
44304	011	Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.573.000	7.573.000	7.045.000	7.572.756,68
44379	011	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	941.000	941.000	895.000	940.305,18

Aufwendungen bei Dienstunfällen von Beamtinnen/Beamten im Zusammenhang mit erlittenen Gesundheitsschäden

45201	011	Nachversicherungen	1.000	1.000	1.000	—
45300	011	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen	1.000	1.000	1.000	—
45902 (neu)	011	Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien	1.000	1.000		
45903	011	Prämien für besondere Leistungen	18.800	18.800	18.800	246.073,57

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**588.000**	**588.000**	**550.000**	**600.727,56**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			
		Davon fällig 2026	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2027	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2028	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**50.000**		

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	47.000		0

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	Wegstreckenentschädigungen und Fahrgelder für Dienstgänge innerhalb Berlins	10.000 €	10.000 €	10.000 €
2.	Beschaffung von Bürobedarf	165.000 €	165.000 €	165.000 €
3.	Vordrucke insbesondere für die Personalstelle	10.000 €	15.000 €	15.000 €
4.	Beschaffung von Büchern, Broschüren, Aufklärungsmitteln und -schriften von besonderer Bedeutung, Zeitungen, Gesetzestexten, Fachbüchern und -zeitschriften zur Erhaltung und Ergänzung des Bestandes, insbesondere Ergänzungsabonnements für Lose-Blattsammlungen	85.000 €	85.000 €	85.000 €
5.	Rechtsdatenbank JURIS und Beck online	50.000 €	50.000 €	50.000 €
6.	Postgebühren (Porto für Briefe, Pakete, Postzustellungsgebühren)	205.000 €	220.000 €	220.000 €
7.	Dienstpostaustausch	15.000 €	25.000 €	25.000 €
8.	Kontoführungsgebühren Unterhaltsvorschusskonten	0 €	3.000 €	3.000 €
9.	Servicepauschale aus dem Rahmenvertrag des VBB-Firmentickets für Landesbedienstete im ministeriellen Bereich für die Umsetzung des Rahmenvertrages	10.000 €	15.000 €	15.000 €
		550.000 €	588.000 €	588.000 €

Mehr wegen Urkundenausstellung im Rahmen der (Wieder-) Verbeamtung von Lehrkräften und erhöhtem Dienstpostaustausch.

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**100.000**	**100.000**	**76.700**	**129.918,90**
		Verpflichtungsermächtigung	**80.000**	**80.000**		
		Davon fällig 2025	**20.000**			
		Davon fällig 2026	**20.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2027	**20.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2028	**20.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**20.000**		

Ausgaben für die Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Geräten und Büroinventar sowie für Wartungen und Instandhaltung.
Mehr wegen des Stellenaufwuchses in den letzten Jahren.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51426	**011**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**12.159.904,75**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.000**	**4.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2028	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**1.000**		

Bereitstellung von Schnelltests zur Bekämpfung der Pandemie und zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes für pädagogisches und nichtpädagogisches Personal an den Berliner Schulen, Kitas und Jugendhilfeeinrichtungen.

51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.268.000**	**1.294.000**	**1.243.000**	**1.271.262,55**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**6.647.000**	**6.700.000**		
		Davon fällig 2025	**1.294.000**			
		Davon fällig 2026	**1.312.000**	**1.312.000**		
		Davon fällig 2027	**1.347.000**	**1.347.000**		
		Davon fällig 2028	**1.347.000**	**1.347.000**		
		Davon fällig 2029 FF	**1.347.000**	**1.347.000**		
		Davon fällig 2030 FF		**1.347.000**		

Betriebs- und Nebenkosten für die Nutzung bezirklicher Liegenschaften durch Außenstellen der Sen BJF (Beschäftigtenvertretungen, Schulaufsichten, Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren, Schulpraktische Seminare sowie Regionale Fortbildungen) und für die Jugendberufsagenturen.

51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**6.649.000**	**6.842.000**	**4.790.000**	**4.893.997,72**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 20.000.000,0 EUR gesperrt. Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**45.933.000**	**29.268.000**		
		Davon fällig 2025	**4.731.000**			
		Davon fällig 2026	**7.125.000**	**5.125.000**		
		Davon fällig 2027	**7.879.000**	**5.879.000**		
		Davon fällig 2028	**8.110.000**	**6.110.000**		
		Davon fällig 2029 FF	**18.088.000**	**6.088.000**		
		Davon fällig 2030 FF		**6.066.000**		

Für die Neuanmietung des neuen Berliner Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung ist in 2024 eine Verpflichtungsermächtigung von 20 Mio. € gesperrt veranschlagt.

in €	Für 2025	Für 2026	ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	4.111.116	1.716.329	5.278.580

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

TA	Standort	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	BDG Bernhard-Weiß-Straße 6			
	Hauptstandort Verwaltung SenBildJugFam	1.572.660 €	1.600.000 €	1.630.000 €
	Lernort Polizeigefängnis	16.470 €	20.900 €	23.900 €
2.	BDG Flottenstraße 28-42			
	Personalstelle SenBildJugFam	997.730 €	1.119.700 €	1.145.000 €
3.	BDG Alt-Friedrichsfelde			
	Projektgruppe eGovernment@School	54.360 €	55.000 €	57.400 €
	Schulpraktisches Seminar Pankow	38.610 €	39.000 €	40.000 €
	Beschäftigtenvertretung und Schulaufsicht Lichtenberg	74.610 €	76.900 €	77.000 €
4.	BDG Buschkrugallee 95			
	Jugendbewährungshilfe	142.760 €	145.600 €	148.500 €
5.	Außenstellen Jugendbewährungshilfe			
	Nazarethkirchstraße 49a	36.010 €	36.000 €	36.400 €
	Boxhagener Straße 115	15.270 €	15.000 €	15.500 €
	Westerwaldstraße 29	15.140 €	16.700 €	17.200 €
6.	BDG Levetzowstraße 1-2			
	Medienforum und Schulinspektion	322.210 €	328.700 €	335.200 €
7.	DG Hardenbergstraße 22/24 Amerikahaus			
	Erster Standort Berliner Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit	87.380 €	89.100 €	90.900 €
8.	Zweiter Standort			
	Berliner Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit	55.000 €	26.400 €	27.600 €
9.	DG Frankfurter Allee 71-77			
	Klärungsstelle unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge (UMF) und Schulpsychologisches Beratungszentrum Region 13	93.710 €	95.600 €	97.500 €
10.	BDG Franz-Jacob-Straße 4b			
	Arbeitsgruppe Pro Schul	59.840 €	58.500 €	58.600 €
	SIBUZ Lichtenberg	123.470 €	120.800 €	121.000 €
	Leadership.lab (Führungskräfteakademie)	1.000 €	8.700 €	12.200 €
11.	DG Dorotheenstraße			
	Studienzentrum für Erziehung, Pädagogik und Schule (StEPS)	279.640 €	280.000 €	285.000 €
	Verwaltungsbereich III B SenBildJugFam	81.290 €	88.100 €	90.500 €
	Verwaltungsbereich III B SenBildJugFam Flächenerweiterung für Stellenaufwuchs	0 €	70.000 €	75.000 €
12.	DG Breitenbachstraße 10 / Innungsstraße 40			
	Gremien und Schulaufsicht Reinickendorf	85.580 €	87.300 €	89.000 €
13.	BDG Rhinstr. 46			
	Verwaltungsbereich SenBildJugFam	328.470 €	335.000 €	341.700 €

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

TA	Standort	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
14.	Buckower Damm 110-114 Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ und Regionale Fortbildung Neukölln	232.300 €	236.900 €	241.700 €
15.	Fritz-Lang-Str. 6 Beschäftigungsvertretungen und Schulaufsicht Marzahn-Hellersdorf	76.390 €	77.900 €	79.500 €
16.	Sachsendamm 2-7 SIBUZ, Schulpraktische Seminare und Regionale Fortbildung Tempelhof-Schöneberg	0 €	504.000 €	514.100 €
17.	Ritterstraße 3 SIBUZ Friedrichshain-Kreuzberg	0 €	140.400 €	143.200 €
18.	Dienstgebäude Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ Steglitz-Zehlendorf	0 €	1.000 €	1.000 €
19.	Dienstgebäude Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ, Schulpraktische Seminare und Regionale Fortbildung Charlottenburg-Wilmersdorf	0 €	564.000 €	600.000 €
20.	Dienstgebäude SIBUZ Reinickendorf	0 €	168.000 €	180.000 €
21.	Dienstgebäude SIBUZ und Schulpraktische Seminare Mitte	0 €	240.000 €	264.000 €
22.	Dienstgebäude Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ, Schulpraktische Seminare und Regionale Fortbildung Treptow-Köpenick	0 €	1.000 €	1.000 €
23.	Dienstgebäude Berliner Landesinstitut für Aus-Fort- und Weiterbildung	0 €	1.000 €	1.000 €
24.	Dienstgebäude Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht Friedrichshain-Kreuzberg	0 €	1.000 €	1.000 €
		4.789.900 €	**6.648.200 €**	**6.841.600 €**
		rd. 4.790.000	**rd. 6.649.000 €**	**rd. 6.842.000 €**

Mehr aufgrund der Anmietung neuer Flächen zur Unterbringung der Außenstellen SenBJF im Zusammenhang mit der Beendigung der Fremdnutzung in Schulgebäuden zur Schaffung von Schulplätzen.
Die Beträge basieren auf den Vorausberechnungen der BIM GmbH.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**3.222.000**	**3.050.000**	**3.178.000**	**3.093.167,29**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**13.862.000**	**15.250.000**
Davon fällig 2025	**1.662.000**	
Davon fällig 2026	**3.050.000**	**3.050.000**
Davon fällig 2027	**3.050.000**	**3.050.000**
Davon fällig 2028	**3.050.000**	**3.050.000**
Davon fällig 2029	**3.050.000**	**3.050.000**
Davon fällig 2030		**3.050.000**

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	1.560.000		

Miete für Räume zur Unterbringung der Beschäftigten der Jugendberufsagenturen, für die Durchführung von Veranstaltungen der regionalen Lehrerfortbildung, für die Nutzung bezirklicher Liegenschaften durch Außenstellen der SenBJF (Beschäftigtenvertretungen, Schulaufsichten, Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren, Schulpraktische Seminare) sowie für die Durchführung von Personalversammlungen.

TA	Standort	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	Miete für Räume zur Durchführung von Personalversammlungen	3.100 €	3.100 €	3.100 €
2.	Miete für die Nutzung bezirklicher Liegenschaften durch Außenstellen der SenBild-JugFam	2.898.700 €	2.941.730 €	2.769.900 €
3.	Miete zur Anmietung von Seminarräumen zur Durchführung von Veranstaltungen der Lehrerfortbildung	120.000 €	120.000 €	120.000 €
4.	Miete für die Unterbringung der Jugendberufsagenturen	156.200 €	156.200 €	156.200 €
		3.178.000 €	3.221.030 €	3.049.200 €
			rd. 3.222.000 €	rd. 3.050.000 €

Weniger aufgrund der Aufgabe von Flächen in bezirklichen Liegenschaften zugunsten der Schaffung von Schulplätzen.

51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Anmietung von Fahrzeugen; z. B. Reisebusse im Zusammenhang mit Führungen für ausländische Delegationen.

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**136.000**	**136.000**	**136.000**	**100.159,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**670.000**	**680.000**
Davon fällig 2025	**126.000**	
Davon fällig 2026	**136.000**	**136.000**
Davon fällig 2027	**136.000**	**136.000**
Davon fällig 2028	**136.000**	**136.000**
Davon fällig 2029	**136.000**	**136.000**
Davon fällig 2030		**136.000**

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.000		

Ausgaben für die Miete von Hochleistungskopierern in der Repro und für Wasserspendern für die Dienstgebäude der SenBJF.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**13.205.000**	**13.490.000**	**7.769.000**	**7.234.002,33**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 60.000.000,0 EUR gesperrt.
Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungsermächtigung	**165.508.000**	**116.121.000**
Davon fällig 2025	**8.887.000**	
Davon fällig 2026	**15.008.000**	**9.008.000**
Davon fällig 2027	**17.051.000**	**11.051.000**
Davon fällig 2028	**17.471.000**	**11.471.000**
Davon fällig 2029 FF	**107.091.000**	**11.410.000**
Davon fällig 2030 FF		**73.181.000**

Für die Neuanmietung des neuen Berliner Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung ist in 2024 eine Verpflichtungsermächtigung von 60 Mio. € gesperrt veranschlagt.

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.633.662	4.491.817	14.386.494

TA	Standort	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	<u>BDG Bernhard-Weiß-Straße 6</u>			
a	Hauptstandort Verwaltung SenBildJugFam inkl. außerschulischer Lernort "Polizeigefängnis Keibelstraße"	2.716.780 €	2.716.780 €	2.716.780 €
b	Lernort Polizeigefängnis	7.810 €	7.810 €	7.810 €
2.	<u>BDG Flottenstraße 28-42</u>			
	Personalstelle SenBildJugFam	831.760 €	974.650 €	1.013.640 €
	Personalstelle SenBildJugFam Verbeamtung Lehrkräfte	0 €	151.960 €	159.560 €
3.	<u>BDG Alt-Friedrichsfelde</u>			
a	Projektgruppe eGovernment@School,	71.040 €	71.040 €	71.040 €
b	Schulpraktisches Seminar Pankow	57.650 €	57.650 €	57.650 €
c	Beschäftigungsvertretung, Schulaufsicht und Schulpraktisches Seminar Lichtenberg	79.090 €	79.090 €	79.090 €
4.	<u>BDG Buschkrugallee 95</u>			
	Jugendbewährungshilfe	93.900 €	93.900 €	93.900 €
5.	<u>Außenstellen Jugendbewährungshilfe</u>			
a	Nazarethkirchstraße 49a	12.890 €	13.600 €	14.150 €
b	Boxhagener Straße 115	20.170 €	15.420 €	15.880 €
c	Westerwaldstraße 29	5.060 €	5.340 €	5.550 €
6.	BDG Levetzowstraße 1-2			
	Medienforum und Schulinspektion	456.670 €	456.670 €	456.670 €
7.	<u>DG Hardenbergstraße 22/24 Amerikahaus</u>			
	Erster Standort Berliner Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit	87.050 €	87.050 €	87.060 €

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

TA	Standort	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
8.	Zweiter Standort			
	Berliner Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit	125.530 €	152.230 €	161.360 €
9.	DG Frankfurter Allee 71-77			
	Klärungsstelle unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge (UMF) und Schulpsychologisches Beratungszentrum Region 13	151.460 €	208.900 €	208.900 €
10.	BDG Franz-Jacob-Straße 4b			
a	Arbeitsgruppe Pro Schul	74.750 €	80.920 €	74.900 €
b	SIBUZ Lichtenberg	321.170 €	279.720 €	286.710 €
c	Leadership.lab (Führungskräfteakademie)	1.000 €	47.190 €	49.550 €
11.	DG Dorotheenstraße			
a	Studienzentrum für Erziehung, Pädagogik und Schule (StEPS)	513.440 €	550.370 €	563.220 €
b	Verwaltungsbereich III B SenBildJugFam	134.680 €	155.190 €	161.400 €
	Verwaltungsbereich III B SenBildJugFam Flächenerweiterung für Stellenaufwuchs	0 €	90.000 €	90.000 €
12.	DG Breitenbachstraße 10 / Innungsstraße 40			
	Beschäftigtenvertretung und Schulaufsicht Reinickendorf	133.500 €	141.630 €	145.880 €
13.	BDG Rhinstr. 46			
	Verwaltungsbereich SenBildJugFam	943.500 €	1.164.250 €	1.210.820 €
14.	Buckower Damm 110-114			
	AST Neukölln ohne SPS	638.720 €	708.980 €	737.340 €
15.	Fritz-Lang-Str. 6			
	Beschäftigtenvertretung und Schulaufsicht Hellersdorf	165.000 €	205.920 €	214.070 €
16.	Sachsendamm 2-7			
	SIBUZ, Schulpraktische Seminare und Regionale Fortbildung Tempelhof-Schöneberg	0 €	1.326.700 €	1.337.100 €
17.	Ritterstraße 3			
	SIBUZ Friedrichshain-Kreuzberg	0 €	469.990 €	469.990 €
18.	Dienstgebäude			
	Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ Steglitz-Zehlendorf	0 €	628.800 €	660.240 €
19.	Dienstgebäude			
	Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ, Schulpraktische Seminare und Regionale Fortbildung Charlottenburg-Wilmersdorf	0 €	1.296.000 €	1.360.800 €
20.	Dienstgebäude			
	SIBUZ Reinickendorf	0 €	237.600 €	249.480 €

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Beträge in EURO Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

TA	Standort	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
21.	Dienstgebäude			
	SIBUZ und Schulpraktische Seminare Mitte	0 €	725.760 €	726.050 €
22.	Dienstgebäude			
	Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ, Schulpraktische Seminare und Regionale Fortbildung Treptow-Köpenick	0 €	1.000 €	1.000 €
23.	Dienstgebäude			
	Berliner Landesinstitut für Aus-Fort- und Weiterbildung	0 €	1.000 €	1.000 €
24.	Dienstgebäude			
	Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht Friedrichshain-Kreuzberg	0 €	1.000 €	1.000 €
		7.642.620 €	13.204.110 €	13.489.590 €
		rd. 7.634.000 €	rd. 13.205.000 €	rd. 13.490.000 €

Mehr aufgrund der Anmietung neuer Flächen zur Unterbringung der Außenstellen SenBJF im Zusammenhang mit der Beendigung der Fremdnutzung in Schulgebäuden zur Schaffung von Schulplätzen sowie für die Unterbringung zusätzlicher Dienstkräfte an den Standorten Flottenstraße (Verbeamtung) und Dorotheenstraße (unbegleitete minderjährige Flüchtlinge).
Die Beträge basieren auf den Vorausberechnungen der BIM GmbH.

51910	**011**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**2.000**	**2.000**	**2.200**	**415,14**

Ausgaben für Reparaturen und kleinere Unterhaltungsmaßnahmen.

51920	**011**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**1.090.000**	**1.090.000**	**40.000**	**10.418,95**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**1.052.000**	**2.000**	
Davon fällig 2025	**1.050.000**		
Davon fällig 2026	**1.000**	**1.000**	
Davon fällig 2027	**1.000**	**1.000**	

Bauliche Maßnahmen für die IKT, insbesondere zum Anschluss weiterer Außenstellen in bezirklichen Liegenschaften an das Berliner Landesnetz.

TA		Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1	Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT	40.000 €	40.000 €	40.000 €
2	Herstellung der Migrationsreadiness gemäß den Vorgaben der IKT-Steuerung des Landes Berlin	0 €	1.050.000 €	1.050.000 €
		40.000 €	1.090.000 €	1.090.000 €

Mehr wegen der von der IKT-Steuerung geplanten Maßnahmen zur Herstellung der Migrationsreadiness.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.380.000**	**1.578.000**	**136.000**	**262.515,84**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 10.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**12.302.000**	**724.000**		
		Davon fällig 2025	**2.578.000**			
		Davon fällig 2026	**1.379.000**	**379.000**		
		Davon fällig 2027	**1.323.000**	**323.000**		
		Davon fällig 2028	**1.022.000**	**22.000**		
		Davon fällig 2029	**6.000.000**	**—**		

Ausgaben für die Wartung und Instandsetzung sowie die nutzerspezifischen Nebenkosten der Bürodienstgebäude.

Für die Neuanmietung des neuen Berliner Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung ist in 2024 eine Verpflichtungsermächtigung von 10 Mio. € gesperrt veranschlagt.

TA	Standort	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	Anpassung Standortsicherheitskonzepte SenBildJugFam	5.000 €	0 €	0 €
2.	BDG Bernhard-Weiß-Straße 6 Wartung und Instandsetzung	37.200 €	35.000 €	35.000 €
3.	BDG Flottenstraße 28-42 (Personalstelle SenBildJugFam) Wartung und Instandsetzung Erweiterung Sonnenschutz Barrierefreiheit	21.250 €	3.499 €	3.622 €
4.	BDG Alt-Friedrichsfelde (Projektgruppe eGovernment@School, Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht und Schulpraktisches Seminar Lichtenberg,) Montage Sonnenschutz Süd-Ost-Seite	5.000 €	0 €	0 €
5.	BDG Buschkrugallee 95 (Jugendbewährungshilfe) Wartung und Instandsetzung Instandsetzung Flure	9.970 €	1.004 €	1.040 €
6.	Außenstellen Bewährungshilfe Nazarethkirchstraße 49a Boxhagener Straße 115 Westerwaldstraße 29	 350,00 € 120,00 € 100,00 €	 363,00 € 220,00 € 104,00 €	 376,00 € 230,00 € 108,00 €
7.	BDG Levetzowstraße 1-2 (Medienforum und Schulinspektion) Wartung und Instandsetzung Umgestaltung Sprachbildung Instandsetzung Leitsystem	14.820 €	2.914 €	3.016 €
8.	BDG Hardenbergstraße 22/24 Amerikahaus (Erster Standort Landeszentrale für Politische Bildung) Wartung und Instandsetzung Umgestaltung Seminarräume Kellergeschoss	8.525 €	566 €	586 €
9.	BDG Frankfurter Allee 71-77 Wartung und Instandsetzung Notreparaturen	5.525 €	570 €	590 €

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

TA	Standort	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
10.	BDG Franz-Jacob-Straße 4b Arbeitsgruppe Pro Schul SIBUZ Lichtenberg leadership.lab (Führungskräfteakademie)	5.000 €	0 €	0 €
11.	Dorotheenstraße Studienzentrum für Erziehung, Pädagogik und Schule (StEPS) und Verwaltungsbereich III B SenBildJugFam Wartung und Instandsetzung Instandsetzung Seminarräume 15. OG	11.500 €	10.000 €	10.000 €
12.	BDG Breitenbachstraße 10 / Innungsstraße 40 Wartung und Instandsetzung Instandsetzung Flurbereich	6.600 €	1.760 €	1.822 €
13.	BDG Rhinstr. 46 (Verwaltungsbereich SenBildJugFam) Wartung und Instandsetzung	2.990 €	0 €	0 €
14.	Buckower Damm 110-114 (Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ und Regionale Fortbildung Neukölln) Wartung und Instandsetzung	1.500 €	0 €	0 €
15.	Fritz-Lang-Str. 6 (Beschäftigungsvertretungen und Schulaufsicht Marzahn-Hellersdorf) Wartung und Instandsetzung	550 €	0 €	0 €
16.	Sachsendamm 2-7 (SIBUZ, Schulpraktische Seminare und Regionale Fortbildung Tempelhof-Schöndeberg) Wartung und Instandsetzung	0 €	4.500 €	4.500 €
17.	Ritterstraße 3 (SIBUZ Friedrichshain-Kreuzberg) Wartung und Instandsetzung	0 €	2.500 €	2.500 €
18.	Dienstgebäude (Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ Steglitz-Zehlendorf) Wartung und Instandsetzung	0 €	4.500 €	4.500 €
19.	Dienstgebäude (Beschäftigungsvertretungen, Schulaufsicht, SIBUZ, Schulpraktische Seminare und Regionale Fortbildung Charlottenburg-Wilmersdorf Wartung und Instandsetzung	0 €	6.500 €	4.500 €
20.	Dienstgebäude (SIBUZ Reinickendorf) Wartung und Instandsetzung	0 €	2.000 €	2.000 €
21.	Dienstgebäude (SIBUZ und Schulpraktische Seminare Mitte) Wartung und Instandsetzung	0 €	3.500 €	3.500 €
22.	Herstellung Migrationsreadiness	0 €	950.000 €	950.000 €
23.	Planung und Steuerung Modernisierung Netzinfrastruktur und Technikräume	0 €	50.000 €	50.000 €
24.	Hitzeschutz an Gebäuden	0 €	250.000 €	250.000 €
25.	Sicherheitstechnik	0 €	50.000 €	250.000 €
		136.000 €	1.379.500 €	1.577.890 €
			rd. 1.380.000 €	rd. 1.578.000 €

Mehr aufgrund der Anmietung neuer Flächen zur Unterbringung der Außenstellen SenBJF im Zusammenhang mit der Beendigung der Fremdnutzung in Schulgebäuden zur Schaffung von Schulplätzen und wegen der Maßnahmen zum Hitzeschutz sowie wegen der von der IKT-Steuerung geplanten Maßnahmen zur Herstellung der Migrationsreadiness.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**27.175,76**
		Verpflichtungsermächtigung	**260.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**65.000**			
		Davon fällig 2026	**65.000**	**60.000**		
		Davon fällig 2027	**65.000**	**60.000**		
		Davon fällig 2028	**65.000**	**80.000**		

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	Gebühren bzw. Entgelte für die Teilnahme von Beschäftigten (außer Lehrkräften und unterrichtsnahes Personal) an kostenpflichtigen Veranstaltungen der Aus- und Fortbildung (Seminare, Arbeitstagungen, Erfahrungsaustausche, bedeutsame Studienfahrten) im Rahmen der Personalentwicklung.	40.000 €	40.000 €	40.000 €
2.	Diskriminierungskritische Qualifizierung im Bereich Schule	60.000 €	60.000 €	60.000 €
		100.000 €	100.000 €	100.000 €

Deckung des zunehmenden Bedarfs an spezifischen fachbezogenen sowie kostenpflichtigen Schulungen, die nicht durch die VAK angeboten werden, Schulungsbedarf der Gremien an PersVG-Grundlagenschulungen aufgrund ausscheidender und nachrückender PR-Mitglieder sowie Vorsorge für ein gestuftes Aus- und Weiterbildungskonzept für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Aufgaben zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes (EGovG).

Geschlechtersensitive Begründung:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	30*	7*	25	4	64	58
Relativ	81%	19%	86%	14%	52%	48%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	9T*	2T*	9T	4,5T	8,6T	9,3T
* eine genaue Reichweitenangabe ist nicht möglich						

Zielgruppe:	Beschäftigte des Ministerialbereiches der SenBJF, für die kein passendes Fortbildungsangebot in der Verwaltungsakademie existiert
Zielsetzung:	Abdeckung des Zusatzbedarfs an Fortbildungen (keine geschlechtsbezogene Zielsetzung)
Steuerungsmaßnahmen:	Steuerungsmöglichkeit nicht gegeben, da nicht absehbar ist, welche Angebote die Verwaltungsakademie bzw. der SFBB abdeckt und welche Ausgaben zusätzlich für Sonderfortbildungen erforderlich werden, Fortbildungsbedarf orientiert sich überwiegend an der Fachaufgabe/Funktion - geschlechtsunspezifisch

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**270.000**	**270.000**	**220.000**	**272.874,71**

Ausgaben für Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren sowie für Kataster- und Grundbuchauszüge.

Mehr aufgrund des wachsenden Personalkörpers sowie der vielfachen Streitigkeiten im Zusammenhang mit den neuen Arbeitsverträgen (berufsbegleitende Ausbildung oder Studium von Quereinsteigern usw.). Des Weiteren sind zunehmend kostenintensive Verfahren, u.a. über mehrere Instanzen bis zu den höchsten Bundesgerichten, zu bestreiten.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**011**	**Gutachten**	**105.000**	**105.000**	**88.900**	**75.197,23**
		Verpflichtungsermächtigung	**226.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**16.000**			
		Davon fällig 2026	**105.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**105.000**	**—**		

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	88.900		

Gewährleistung einer arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung der Beschäftigten im Ministerialbereich der SenBJF (ohne pädagogisches Personal) durch externe Fachleute entsprechend dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Mehr aufgrund von Personalzuwächsen und wegen eines neuen Vertrages mit der Charité.

Geschlechtersensitive Begründung:
Die Angebote der arbeitspsychologischen Beratung oder der Vorsorgeuntersuchungen für Dienstkräfte an Bildschirmarbeitsplätzen stehen allen Beschäftigten des Ministerialbereichs der SenBJF zur Verfügung und somit grundsätzlich allen Geschlechtern gleichermaßen.
Im Teilbereich arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen werden diese entsprechend dem beruflichen Einsatzfeld und der Gefährdungsbeurteilung angeboten bzw. gemäß dem aktuellen Status (bspw. Beurteilung der Arbeitsbedingungen bei Mutterschutzuntersuchungen), es erfolgt eine bedarfsgerechte Nutzung. Die Offenlegung der bedarfsgerechten Nutzung könnte teils Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand zulassen oder ermöglichen (gesundheitsbezogene oder personenbezogene Daten). Zur Nutzung der Angebote erfolgt daher keine Erhebung geschlechtssensitiver Daten, da sie in besonderer Weise durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 1, 2 GG) geschützt sind. Die Nutzung der Angebote ist nicht geschlechtsspezifisch steuerbar.

52638	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703	**011**	**Dienstreisen**	**10.000**	**10.000**	**20.000**	**9.970,40**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts insbesondere für die Amtsleitung und für Mitglieder der Personalvertretungen zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen (§ 42 Abs. 3, PersVG).

Geschlechtersensitive Begründung:
Dienstreisen dürfen nur durchgeführt werden, wenn das Dienstgeschäft sich nicht durch andere Kommunikationsmittel erledigen lässt. Die Durchführung von Dienstreisen ist stets an die jeweilige Aufgabe/Funktion (z. B. Hausleitung) der Dienstkraft gebunden und erfolgt dementsprechend geschlechterunabhängig. Eine geschlechterabhängige Steuerungsmöglichkeit besteht hier nicht.

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**6.700**	**6.700**	**6.700**	**10.721,52**

Aufwendungen für Pressekonferenzen, Tagungen, Sitzungen und Repräsentationen.

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**2.573.000**	**2.573.000**	**1.053.000**	**1.656.834,62**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**6.246.000**	**3.873.000**		
		Davon fällig 2025	**2.373.000**			
		Davon fällig 2026	**2.373.000**	**2.373.000**		
		Davon fällig 2027	**1.500.000**	**1.500.000**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	Broschüren, Flyer, Plakate			
	Redaktion, Layout, Druck und Herausgabe von Broschüren und Flyer mit Informationen, um die Bürgerinnen und Bürger Berlins zielgruppengerecht über die Bereiche Familie, Jugend und Kinder sowie Schule zu informieren.	388.000 €	388.000 €	388.000 €
2.	Fachkräftesicherung			
	Maßnahmen für die Werbung von Fachkräften (z. B. Berlin-Tage für Lehrkräfte und Erzieher, Stellenanzeigen und Werbeanzeigen, Informationspublikationen für pädagogische Fachkräfte, Werbe- und Informationsmaßnahmen für potentielle Lehramtsstudierende und Erzieher	500.000 €	1.500.000 €	1.500.000 €
3.	Berliner Schulbauoffensive			
	Webauftritt, Newsletter, Printprodukte, Social Media	100.000 €	350.000 €	350.000 €
4.	Jugend			
	Kampagnen für familienpolitische Initiativen	50.000 €	100.000 €	100.000 €
	Imagekampagne Hilfen zur Erziehung (HzE)	0 €	50.000 €	0 €
	Imagekampagne Kita/Kindertagespflege	0 €	150.000 €	200.000 €
5.	Berufsbildung			
	Stadtweite Imagekampagnen	15.000 €	15.000 €	15.000 €
6.	Interne Kommunikation			
	Begleitung der Digitalisierung der Verwaltung	0 €	20.000 €	20.000 €
		1.053.000 €	2.573.000 €	2.573.000 €

Mehr aufgrund der erheblichen Aufwände im Zusammenhang mit der Fachkräftesicherung sowie des gestiegenen Informationsbedarfes geflüchteter Menschen.

Geschlechtssensitive Begründung:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	*	*	*	*	*	*
Relativ	50%	50%	50%	50%	50%	50%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	1.504	1.504	1.274	1.274	828,5	828,5
* eine genaue Reichweitenangabe ist nicht möglich						

Zielgruppe:	Allgemeine Öffentlichkeit, insbesondere Eltern, Schülerinnen und Schüler, Pädagoginnen und Pädagogen für Kitas, Schulen und Jugendämter sowie Personal für den ministeriellen Bereich
Zielsetzung:	• Mit den diversen Broschüren und weiteren Publikationen informiert die SenBJF die breite Öffentlichkeit zu allen relevanten Themen des Ressorts. Weitere Schwerpunkte sind Hilfestellungen und Informationen für Bürgerinnen und Bürger. • Gewinnung von ausreichend Personal. Geschlechtssensitive Aspekte werden über die inhaltliche Ausgestaltung der jeweiligen Informationsmaterialien und in der Ansprache der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt (Auswahl von Bildern, von Beispielen und im Text). • Information der breiten Öffentlichkeit im Jugend und Familie. • Information der breiten Öffentlichkeit über die Berliner Schulbauoffensive. • Information der breiten Öffentlichkeit im Bereich der beruflichen Bildung
Steuerungsmaßnahmen:	Die Materialien und Maßnahmen richten sich an alle Geschlechter gleichermaßen. Geschlechtssensitive Aspekte werden über die inhaltliche Ausgestaltung der jeweiligen Informationsmaterialien und in der Ansprache der Fachkräfte berücksichtigt (Auswahl von Bildern, von Beispielen und im Text).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**20.900**	**20.900**	**20.900**	**32.690,10**

Ausgaben für Ausschreibungen und die Ausgestaltung von Auswahlverfahren.

Geschlechtssensitive Begründung:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Bewerbende für Auswahlverfahren						
Absolut	170	65	202	85	230	72
Relativ	72%	28%	70%	30%	76%	24%
Ressourcen (in Tsd. €)	12.796 €	4.976 €	15.658 €	6.710 €	24.844 €	7.846 €

Zielgruppe	Bewerbende zur Wahrnehmung der Aufgabengebiete im ministeriellen Bereich bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Zielsetzung	Durch gezielte Maßnahmen (besondere Ansprache der Frauen für Auswahlverfahren, in denen Frauen unterrepräsentiert sind) soll eine Aufhebung der Unterrepräsentanz erreicht werden. Dafür ist es notwendig, hohe Bewerbungszahlen von Frauen zu erhalten.
Steuerungsmaßnahmen	Aufhebung von Frauenunterrepräsentanzen der Frauen in allen Einkommensgruppen durch Erhöhung von Bewerbungszahlen von Frauen……

53301	**011**	**Kränze, Blumenspenden, Nachrufe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.046,80**

Blumen, Kränze und Nachrufe für verstorbene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**34.600**	**34.600**	**27.300**	**5.849,74**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**102.000**	**68.000**
Davon fällig 2025	**34.000**	
Davon fällig 2026	**34.000**	**34.000**
Davon fällig 2027	**34.000**	**34.000**

Ausgaben im Rahmen des Gesundheitsmanagements für Maßnahmen zur Umsetzung des betrieblichen Gesundheitsschutzes auf der Grundlage der DV Gesundheit (u. a. für externe Beratung, Kurse etc.) sowie Maßnahmen des Personalmanagements (z. B. Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragungen sowie Führungskräfte-Feedbacks).

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**760.000**	**760.000**	**1.300.000**	**48.233,72**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**1.760.000**	**1.000.000**
Davon fällig 2025	**760.000**	
Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**
Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist deckungsfähig gegenüber dem Titel 51135, im Übrigen deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz (EGovG).

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	Prozessoptimierung der Kernprozesse	1.300.000 €	400.000 €	400.000 €
2.	Einführung der digitalen Akte	0 €	360.000 €	360.000 €
		1.300.000 €	760.000 €	760.000 €

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**1.099.000**	**1.099.000**	**599.000**	**269.296,84**
		100.000,0 EUR werden künftig bei 1011/54010 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.387.000**	**2.168.000**		
		Davon fällig 2025	**219.000**			
		Davon fällig 2026	**1.069.000**	**1.069.000**		
		Davon fällig 2027	**1.099.000**	**1.099.000**		

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	979.800	30.000	

Ausgaben für die Inanspruchnahme externer Dienstleistungen (u. a. für die Entsorgung von Altmöbeln und Altakten, für die Prüfung ortsveränderlichen elektrischen Geräte lt. ASiG), für anwaltliche Beratung bei komplexen Ausschreibungen bzw. Vergabeverfahren (z.B. im Bereich der IKT sowie für Steuerberatung und für Arbeitnehmerüberlassung im Zusammenhang mit temporären Aufgaben.

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	Beratungs- und Unterstützungsleistungen zur Sicherung des Qualitätsmanagements im Bereich Schule (Qualitätsbeauftragte/r)	40.000 €	40.000 €	40.000 €
2.	Externe Unterstützung der Fachabteilungen bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Ziele des Europäischen Rahmens für Bildung und Ausbildung (ET 2020).	100.000 €	0 €	0 €
3.	Beratung und Unterstützung bei der Durchführung von EU-Vergabeverfahren	30.000 €	30.000 €	30.000 €
4.	Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Geräte gemäß Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) in den BDG der SenBJF	30.000 €	30.000 €	30.000 €
5.	Externe Unterstützung durch Arbeitnehmerüberlassung	300.000 €	800.000 €	800.000 €
6.	Sonstige Dienstleistungen (u. a. für die Entsorgung von Altmöbeln und Altakten, Baumschnitt, Installation von Wasserspendern in den Bürodienstgebäuden sowie Wartung, Pflege und Anpassung Informationsschilder auf den U-Bahnhöfen Alexanderplatz etc.)	55.000 €	55.000 €	55.000 €
7.	Intervention, Prozessbegleitung und diskriminierungskritische Organisationsentwicklung Schulen Diskriminierungskritische	100.000 €	100.000 €	100.000 €
8.	Externe Unterstützung durch einen Steuerberater im Zusammenhang mit der Neufassung des § 2b Umsatzsteuergesetz	24.000 €	24.000 €	24.000 €
9.	Kooperationsvereinbarung über Kita-Belegplätze für Beschäftigte für Beschäftigte des Ministerialbereiches der SenBJF im Zusammenhang mit "Audit Beruf und Familie"	20.000 €	20.000 €	20.000 €
		699.000 €	1.099.000 €	1.099.000 €

Mehr wegen der Inanspruchnahme von Arbeitnehmerüberlassung.

54034	**011**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen der Selbstversicherung nach den Haftpflicht- und Eigenschädengrundsätzen.

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54078	**011**	**Ausgleichsabgabe für nicht besetzte Pflichtplätze nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Höhe der Ausgleichsabgabe richtet sich nach dem, von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport auf der Grundlage der Schwerbehindertenquote des Vorjahres, festgelegten Betrag.

Für 2022 wurde keine Ausgleichsabgaben erhoben.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**3.600**	**3.600**	**3.600**	**1.012,38**

Ausgaben für Sachschäden bei Dienstunfällen nach § 78 LBG, Sitzungsgelder und Kostenentschädigungen für die Personalvertretungen sowie Ausgaben, die keinem anderen Titel zugeordnet werden können.

54606	**011**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern.

63113	**237**	**Anteil des Bundes an den Einnahmen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz**	**10.800.000**	**11.160.000**	**10.200.000**	**8.903.618,01**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind nur deckungsberechtigt; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen.

Anteil von 40 Prozent an den bei Titel 28131 erzielten Einnahmen von den Unterhaltspflichtigen, der nach § 8 Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) an den Bund abzuführen ist.
Vgl. auch Erläuterung und Verstärkungsvermerk zu Titel 28131. Mehrausgaben dürfen in Höhe von 40 Prozent der eingegangenen Mehreinnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

68109	**237**	**Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz**	**150.000.000**	**155.000.000**	**143.770.000**	**148.926.404,72**

Ausgaben auf Grund des Unterhaltsvorschussgesetzes (UhVorschG).
Die Höhe der monatlichen Unterhaltsleistung gemäß UhVorschG richtet sich nach der Höhe des monatlichen Mindestunterhalts der jeweiligen Altersstufe (AS) eines Kindes (1. AS 0 bis 5 Jahre; 2. AS 6 bis 11 Jahre; 3. AS 12 bis 17 Jahre), von der im Regelfall das monatliche Kindergeld für ein erstes Kind abzuziehen ist (§ 2 Abs. 1 und 2 UhVorschG i. V. m. § 1612a Abs. 1 Satz 3 Nummer 1, 2 oder 3 BGB und § 66 EStG oder § 6 BKGG).
Unterhaltsleistung wird längstens bis zum vollendeten 18. Lebensjahr eines Kindes gewährt.
(vgl. auch Erläuterung zu Titel 23131).

68406	**011**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**

Zusätzliche Vorsorge, die ausschließlich für Tarifsteigerungen bei Zuwendungsempfängerinnen und -empfängern im Einzelplan 10, die den TdL-Tarifabschluss analog anwenden, eingesetzt wird.

81230	**011**	**Erneuerung Ticketsystem**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81231 (neu)	**011**	**Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens FAMOS**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81232	**011**	**Entwicklung eines Bildungsportals für die Erwachsenenbildung**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81233 (neu)	**011**	**Zentrale Verfahrensplattform für ministerielle IT-Fachverfahren und Dienste - VPMI**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81234 (neu)	**011**	**Anbindung der eAkte an die ministeriellen Fachverfahren der SenBJF**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81235 (neu)	**011**	**Einführung Basisdienst Digitaler Antrag für die ministeriellen Fachverfahren der SenBJF**
		Siehe Maßnahmegruppe 32
81236 (neu)	**011**	**Erneuerung des Fachverfahrens Schulverzeichnis**
		Siehe Maßnahmegruppe 32

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81240	**011**	**Modernisierung und Anpassung des Fachverfahrens ISBJ Kita**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81242	**011**	**Einführungsprojekt ISBJ-Jugendhilfe**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81243	**011**	**Ausbau DataWarehouse Jugend**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81244	**011**	**Einführung e-Akte für die Fachverfahren ISBJ**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81245 (neu)	**011**	**Anpassung und Erweiterung Fachverfahren ISBJ KiTa und Personal gemäß RV Tag**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81250	**011**	**Umsteuerung auf eine zentrale, webbasierte Fachanwendung im Rahmen von eGovernment@School**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81251	**011**	**Einführung eines Fachkräfteportals für die Ganztags-Schule (Ganztag)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81252	**011**	**Einführung einer Aus- und Fortbildungsdatenbank**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81253 (neu)	**011**	**Einführung Fachverfahren Schulvertrag**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81254 (neu)	**011**	**Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens BeoV**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81255	**011**	**Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens LiV**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81256 (neu)	**011**	**Einführung Fachverfahren Erwachsenenbildungsgesetz (EBiG)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81258	**011**	**Externes Datenbackup und Verbesserung der Informationssicherheit**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81279	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**18.350,88**

Ersatzbeschaffung von Büro- und Funktionsmöbeln.

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine in den Fachkapiteln, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten.

Die Verstärkungsmittel sind zentral bei Kapitel 2931 Titel 97110 veranschlagt und können von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung nach Maßgabe des § 50 LHO als Verstärkungsmittel zu Kapitel 1000 Titel 97110 umgesetzt werden. Anschließend kann die für Bildung, Jugend und Familie zuständige Senatsverwaltung die Ansätze der sachlich in Betracht kommenden Titel in den Fachkapiteln nach Maßgabe des § 37 Absatz 6 LHO verstärken, um dort höhere Ausgaben zu leisten (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
97114 (neu)	**880**	**Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**	**3.290.000**	**8.070.000**		

Teilansatz	Maßnahme	2024	2025	2023
1	Qualitätsverbesserung Schulreinigung	1.400.000 €	1.400.000 €	0
2	Familienservicebüros	0 €	2.400.000 €	0
3	Konnexität KJSG, Pflege	360.000 €	1.440.000 €	0
4	Prävention von Jugendgewalt	1.530.000 €	2.830.000 €	0
Summe		3.290.000 €	8.070.000 €	**0**

Zu 1. Für die Zielvereinbarung Schulreinigung in den Bezirken stehen ab 2024 1,4 Mio. Euro zur Verfügung.
Zu 2. Im Zielvereinbarungsprozess der Familienservicebüros soll das Angebot in allen Bezirken ausgebaut und harmonisiert werden. Ziel der Umsetzung ist ein serviceorientierter, adressatengerechter und niederschwelliger Zugang zu den Familienleistungen des Jugendamtes in Berlin (2025 2,4 Mio. Euro).
Zu 3. Für die Umsetzung der Vormundschafts- und Betreuungsreform werden ab 2024 Mittel für 6,0 VZÄ und in 2025 für weitere 6,0 VZÄ zur Verfügung gestellt. Für die Umsetzung der KJSG-Reform stehen ab 2025 Mittel für 12 VZÄ zur Verfügung.
Zu 4. Im Rahmen des Jugendgewaltgipfels werden 2024 1,53 Mio. Euro für Personal in den Bezirken bereitgestellt, 2025 werden 2,83 Mio. Euro bereitgestellt.

97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**	**-10.000.000**	**-10.000.000**	**-6.827.000**	**—**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

In dieser Maßnahmengruppe werden die Ausgaben der verfahrensabhängigen IKT der SenBJF, insbesondere für die Integrierte Software Berliner Jugendhilfe (ISBJ), eGovernment@School, das Lehrer- und Informationsverfahren (LiV), die Ressourcenverwaltung Privatschulen sowie für weitere Fachanwendungen nachgewiesen.
Weiterhin sind hier die Mittel für den Betrieb der IT-Endgeräte der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erziehern und Lehrkräften veranschlagt.

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**1.554.000**	**1.344.000**	**1.344.000**	**324.106,92**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.038.000**	**1.800.000**		
		Davon fällig 2025	**1.238.000**			
		Davon fällig 2026	**900.000**	**900.000**		
		Davon fällig 2027	**900.000**	**900.000**		

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz (EGovG).

Mehr aufgrund der Einführung der Digitalen Akte.

51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**26.000**	**26.000**	**26.000**	**2.091,54**

Ausgaben für die Nutzung der Output-Management-Komponente des ITDZ für Anschreiben an Eltern und diverse Träger im Zusammenhang mit ISBJ.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**2.136,08**

Ersatzbeschaffungen und Reparaturen im Bereich der verfahrensabhängigen IKT.

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**18.410.000**	**18.742.000**	**15.347.000**	**13.879.043,67**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**93.327.000**	**74.968.000**		
		Davon fällig 2025	**18.359.000**			
		Davon fällig 2026	**18.742.000**	**18.742.000**		
		Davon fällig 2027	**18.742.000**	**18.742.000**		
		Davon fällig 2028	**18.742.000**	**18.742.000**		
		Davon fällig 2029	**18.742.000**	**18.742.000**		

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	383.000		-

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1	Verfahren ISBJ-KiTa Betrieb und Pflege inkl. Qualitätssicherung	5.040.000 €	5.796.000 €	5.796.000 €
2	Verfahren ISBJ-Jugendhilfe Betrieb und Pflege	3.356.000 €	3.859.400 €	3.859.400 €
3	Verfahren SoPart Bewährungshilfe Betrieb und Pflege	50.000 €	50.000 €	50.000 €
4	eGovernment@School Betriebskosten und Lizenzgebühren	2.100.000 €	2.800.000 €	2.800.000 €

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
5	Datenerhebung für die Schulstatistik Datenübertragung für die Onlineerhebung externe Datenerfassung	23.000 €	23.000 €	23.000 €
6	Facility-Mangementsoftware FAMOS Betrieb und Pflege	29.000 €	29.000 €	29.000 €
7	Verfahren Reengeniering LIV Betrieb und Pflege	2.280.000 €	2.440.000 €	2.440.000 €
8	Kommunikationsplattform Sharepoint Betrieb und Pflege	60.000 €	60.000 €	80.000 €
9	Diagnostiksoftware Pflege und Updates	10.000 €	10.000 €	10.000 €
10	OTRS-Ticketsystem Wartung und Pflege	95.000 €	135.000 €	135.000 €
11	Softwareupdates Visual Studio	5.000 €	5.000 €	5.000 €
12	Verfahren Ressourcenverwaltung Privatschulen Betrieb und Pflege	100.000 €	100.000 €	100.000 €
13	Fachanwendung für Zuwendungen (FAZIT) Betrieb und Pflege	100.000 €	100.000 €	100.000 €
14	Zugänge Berliner Notdienst Kinderschutz (BNK) für die Nutzung der Fachverfahren Jugend	50.000 €	50.000 €	50.000 €
15	Fachanwendung Bibliothekssystem KOHA Betrieb und Pflege	30.000 €	30.000 €	30.000 €
16	Fachverfahren Deutsche Schulen im Ausland (DAS) Betrieb und Pflege	17.500 €	18.800 €	18.800 €
17	Verfahren Elektronisches Anmelde- und leitsystem (EALS) Betrieb und Pflege	10.000 €	10.000 €	10.000 €
18	Sonstige Software (IPV, Sidok, Yade, King, RFID Medienforum)	13.000 €	13.000 €	13.000 €
19	Betrieb der IT-Endgeräte für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Erziehern und Lehrkäften	510.000 €	510.000 €	510.000 €
20	Website "Exzellente Europabildung" Betrieb und Pflege	10.000 €	10.000 €	10.000 €
21	Webanwendung Klausurgutachten Betrieb und Pflege	7.500 €	7.500 €	7.500 €
22	Fachverfahren Aus-, Fort- und Weiterbildungsdatenbank Betrieb und Pflege	380.000 €	380.000 €	420.000 €
23	Bildungsdömäne Betrieb und Pflege	15.000 €	65.000 €	65.000 €
24	IT-Sicherheit ISMS Maßnahmen zur Umsetzung zentrales Sicherheitskonzept	36.000 €	50.000 €	50.000 €
25	Software CAD (computer-aided design) und GIS (geographic information system) Betrieb und Pflege	18.000 €	18.000 €	18.000 €

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
26	Fachverfahren Deutscher Motoriktest (DMT) Betrieb und Pflege	12.300 €	12.300 €	12.300 €
27	Anpassung der Fachverfahren im Zusammenhang mit der Ablösung von Access und Makros	195.000 €	300.000 €	300.000 €
28	Fachverfahren Information Manager Volkshochschulen Betrieb und Pflege	794.000 €	794.000 €	794.000 €
29	Fachverfahren Schulvertrag Betrieb und Pflege	0 €	0 €	10.000 €
30	Fachverfahren BeoV Betrieb und Pflege	0 €	100.000 €	100.000 €
31	Fachverfahren rexx Betrieb und Pflege	0 €	80.000 €	80.000 €
32	Fachverfahren Multiprojektmanagement Einführung, Betrieb und Pflege	0 €	110.000 €	32.000 €
33	Verfahrensplattform Fachverfahren ministerieller Bereich Betrieb und Pflege	0 €	41.000 €	81.000 €
34	Subdomänen Betrieb	0 €	30.000 €	30.000 €
35	Fachverfahren NBR Hosting	0 €	168.000 €	168.000 €
36	Fachverfahren digitale Schulungsangebote Einführung sowie Betrieb und Pflege	0 €	0 €	100.000 €
37	Raumbuchungsportal Einführung sowie Betrieb und Pflege	0 €	0 €	100.000 €
38	Gäste-WLAN Einführung und Betrieb	0 €	160.000 €	270.000 €
39	IT-Sicherheit Einführung sowie Betrieb einer Software für Schwachstellenscans der Systeme und Anwendungen	0 €	30.000 €	20.000 €
40	IT-Sicherheit themenbezogene Penetrationstests zentral verwalteter IT-Fachanwendungen und -systeme	0 €	15.000 €	15.000 €
41	Fachverfahren Erwachsenenbildungsgesetz (EBiG) Betrieb und Pflege	0 €	0 €	0 €
42	Fachverfahren Schulverzeichnis Betrieb und Pflege	0 €	0 €	0 €
	Gesamtsumme	15.346.300 € rd. 15.347.000 €	18.410.000 €	18.742.000 €

Mehr wegen der Erhöhung der Betriebs- und Pflegeaufwendungen für diverse Fachverfahren aufgrund von Anpassungen und Erweiterungen sowie der Einführung neuer Fachverfahren.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**390.000**	**390.000**	**245.000**	**205.612,10**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.170.000**	**780.000**		
		Davon fällig 2025	**390.000**			
		Davon fällig 2026	**390.000**	**390.000**		
		Davon fällig 2027	**390.000**	**390.000**		

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	Fachverfahren Verfahren LIV	10.000 €	10.000 €	10.000 €
2.	Sharepoint	3.000 €	3.000 €	3.000 €
3.	Fachverfahren Famos	3.000 €	3.000 €	3.000 €
4.	Fachverfahren Bewährungshilfe	4.000 €	4.000 €	4.000 €
5.	OTRS-Ticketsystem	10.000 €	10.000 €	10.000 €
6.	diverse Kleinanwendungen (z. B. SQL, Web, Visual Studio, Diagnostiksoftware)	10.000 €	10.000 €	10.000 €
7.	Schulungen im Rahmen von eGovernment@School für die Einführung der Schulverwaltungssoftware (LUSD) und den Umstieg auf die Zentrale Schulverwaltungsumgebung (ZSVU)	205.000 €	350.000 €	350.000 €
		245.000 €	390.000 €	390.000 €

Mehr wegen des Schulungsbedarfes für die Schulverwaltungssoftware aufgrund von Personalaufwüchsen und der Fluktuation in den Schulen

52638	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**50.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**60.000**	**40.000**		
		Davon fällig 2025	**20.000**			
		Davon fällig 2026	**20.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2027	**20.000**	**20.000**		

Für die Anpassung und Erweiterung von komplexen Fachverfahren (z. B. LIV, SoPart; Famos, Sharepoint, OTRS) entsteht zunehmend ein regelmäßiger Bedarf an Beratungsleistungen bzw. Gutachten durch externe Fachleute.

81230	**011**	**Erneuerung Ticketsystem**	**—**	**—**	**—**	**150.000,00**

Ersatzbeschaffung der Software für ein Ticketsystem inkl. der erforderlichen Hardware.
Das Ticketsystem wird bei der SenBJF von der Hausverwaltung, der IT-Stelle, der Anwendungsentwicklung und dem Helpdesk der Fachverfahren LiV und ISBJ sowie von eGovernment@School genutzt.
Im Rahmen eines Projektes wird eine Nachfolgelösung ausgewählt und implementiert. In diesem Zusammenhang werden für die einzelnen Fachbereiche eigene Mandanten eingerichtet, um die gestiegenen Sicherheitsanforderungen zu erfüllen.

Finanzierung:	
Davon 2020	50.000 €
Davon 2021	200.000 €
Davon 2022	150.000 €
Gesamt:	400.000 €

Eine Planungsunterlage für diese Maßnahme liegt vom Februar 2019 vor.
Die Gesamtkosten der Maßnahme werden auf 400.000 € geschätzt.
Die Maßnahme soll im Zeitraum 2020 bis 2022 umgesetzt werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81231 (neu)	**011**	**Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens FAMOS**	**100.000**	**200.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			

Anpassung und Erweiterung Fachverfahren FAMOS.
Erneuerung Infrastruktur und weitere Prozessdigitalisierung/Workflowimplementierung. In diesem Zusammenhang ist die Ablösung von Windows-Mobile-Server erforderlich, weil dies von aktuellen Betriebssystemen nicht mehr unterstützt wird.

Finanzierung

2024	100.000 €
2025	200.000 €
Gesamt	300.000 €

Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vom 11.01.2023 vor.
Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 300.000 €.
Die Ausgaben erstrecken sich über den Zeitraum 2024 bis 2025.

81232	**011**	**Entwicklung eines Bildungsportals für die Erwachsenenbildung**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**25.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		

Die Entwicklung einer webbasierten Lehr- und Lernplattform für digitale Angebote von anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung im Land Berlin gemäß Erwachsenenbildungsgesetz (EBiG) ist wesentlicher Bestandteil der Digitalisierungsstrategie für die Erwachsenenbildung. Die Plattform soll als zentrale Infrastruktur für digital unterstützte Weiterbildungsformate dienen und den Zugang von Bürgerinnen und Bürgern zu digitalen Angeboten der Weiterbildung verbessern. Sie unterstützt die Sichtbarkeit der Erwachsenenbildung in Berlin. Ziel ist, die Lehrinhalte und Weiterbildungsformate der anerkannten Träger der Erwachsenenbildung im Land Berlin anzugleichen und auf der Plattform zur Verfügung zu stellen. Qualitätsstandards für Lern- und Lehrmaterial können gemeinsam erarbeitet, die Lehre professionalisiert und die Qualität der digital angebotenen Formate in der Erwachsenenbildung im Land Berlin auch nach der Corona-Pandemie verbessert werden. Im Jahr 2022 konnte eine Vorstudie für die Vergabe und die Entwicklung der erforderlichen Konzepte zum Betrieb der Plattform erstellt werden.
Im Jahr 2023 soll die Plattform technisch und organisatorisch auf- und ausgebaut werden. Ein Schwerpunkt und Erfolgsindikator ist die hohe Akzeptanz der anerkannten freien Träger, so dass diese die Plattform mit vielfältigen Inhalten füllen. Die Weiterentwicklung erfolgt in den Jahren 2024ff. Kostenseitig bedeutet dies, dass zum einen die technischen Voraussetzungen geschaffen und finanziert werden müssen, ein Lernmanagementsystem ist anzuschaffen, einzuführen und zu betreiben. Darüber hinaus ist die Organisation der Plattform durch einen externen Träger zu finanzieren, der sich um die Koordination, Onboarding, Vernetzung und Vermarktung der Träger und der Plattform kümmert.

Finanzierung

2022	25.000 €
2023	200.000 €
2024	200.000 €
2025	200.000 €
2026	200.000 €
2027	200.000 €
Gesamt	1.025.000 €

Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vom 02.02.2021 und 28.12.2022 vor.
Die voraussichtlichen Gesamtkosten erhöhen sich um 520.000 € auf geschätzt 1.025.000 €.
Die Ausgaben erstrecken sich über den Zeitraum 2022 bis 2027.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81233 (neu)	**011**	**Zentrale Verfahrensplattform für ministerielle IT-Fachverfahren und Dienste - VPMI**	**315.000**	**586.000**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**766.000**	**180.000**		
		Davon fällig 2025	**586.000**			
		Davon fällig 2026	**180.000**	**180.000**		

Die Digitalisierung der ministeriellen Aufgaben in der SenBJF erfordert ein konsolidiertes Vorgehen, um die Schwerpunkte der aktuellen Regierungsziele - Digitalisierung der Verwaltung - in der SenBJF voranzubringen ohne die erforderliche Wirtschaftlichkeit außer Acht zu lassen und Ressourcen optimal nutzen zu können. Dabei sind die Vorgaben und Richtlinien der landesweiten IKT-Architektur zu berücksichtigen und die SenBJF-eigenen Anforderungen zu bedienen. Das bedeutet dafür zu sorgen, die fachgerechte Betreuung der Anwendungen, Dienste und Fachverfahren der ministeriellen Ebene zu gewährleisten.
Dazu ist in der SenBJF die Einführung einer Zentralen Verfahrensplattform für ministerielle IT-Fachverfahren und Dienste (VPMI) sowie die damit verbundenen organisatorischen Veränderungen unbedingt erforderlich.

Finanzierung:	
2024	315.000 €
2025	586.000 €
2026	180.000 €
Gesamt	1.081.000 €

Planungsunterlagen für diese Maßnahme vom 12.01.2023 liegen vor.
Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 1.081.000 € geschätzt.
Die Maßnahme soll 2026 beendet werden.

81234 (neu)	**011**	**Anbindung der eAkte an die ministeriellen Fachverfahren der SenBJF**	**400.000**	**500.000**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**950.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**50.000**	**50.000**		

Gemäß EGovBln. soll die E-Akte in der Berliner Verwaltung eingeführt werden. Um die gesetzlichen Vorgaben einhalten zu können und zudem den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, die eine parallele Aktenführung in den IT-Verfahren und in der "Papierakte" beenden sollen, ist geplant, die von der SenInnDS ausgewählte E-Akte-Lösung an die bestehenden rd. 30 Fachverfahren im ministeriellen Bereich der SenBJF anzubinden. Damit wird ein durchgängiger Arbeitsprozess und eine revisionssichere Ablage sichergestellt.
Dies setzt umfangreiche konzeptionelle Vorarbeiten im Jahr 2024 sowie Anpassungen und die Schafflung von Schnittstellen innerhalb der Fachverfahren voraus.
Im Rahmen des Projektes sollen ab dem Jahr 2024 die konzeptionellen Grundlagen erarbeitet werden. Die Kalkulation umfasst:

- Aufwendungen für die Analyse von Anforderungen der E-Akte auf die Geschäftsprozesse sowie
- die Erstellung der Konzepte (Grob-/Feinkonzepte für die Schnittstellen zu den Fachverfahren) und
- die technische Anpassung der Fachverfahren und Schnittstellenanbindung an die E-Akte.

Finanzierung:	
2024	400.000 €
2025	500.000 €
2026	200.000 €
2027	200.000 €
2028	50.000 €
Gesamt	1.350.000 €

Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vom 17.01.2023 vor
Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 1.350.000 € geschätzt.
Die Maßnahme soll 2028 beendet werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81235 (neu)	**011**	**Einführung Basisdienst Digitaler Antrag für die ministeriellen Fachverfahren der SenBJF**	**200.000**	**300.000**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**750.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**50.000**	**50.000**		

Das „Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen“ verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Antragsprozesse müssen digital effizienter und weniger fehleranfällig gestaltet sein, die Auffindbarkeit benötigter Formulare und Ansprechpersonen über Behördengrenzen hinweg ist über Suchfunktionen einfach zu gestalten.
SenBJF plant die Anpassung der Fachverfahren zur Einführung des Basisdienstes Digitaler Antrag (BDA). Dazu sind umfängliche Arbeiten an den Fachverfahren zur Nutzung der Schnittstelle zum BDA notwendig. Ziel ist die medienbruchfreie Übernahme der Daten aus dem Antrag in das jeweilige Fachverfahren.

Finanzierung:

2024	200.000 €
2025	300.000 €
2026	200.000 €
2027	200.000 €
2028	50.000 €
Gesamt	950.000 €

Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vom 16.01.2023 vor
Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 950.000 € geschätzt.
Die Maßnahme soll 2028 beendet werden.

81236 (neu)	**011**	**Erneuerung des Fachverfahrens Schulverzeichnis**	**200.000**	**300.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			

Das Berliner Schulverzeichnis ist die zentrale Informationsquelle für alle Eltern, um einen Schulplatz für ihr Kind zu suchen. Alle Berliner Schulen präsentieren sich dort und es werden die zentralen Angaben zu den Schulen transparent dargestellt. Das bisherige Schulverzeichnis ist veraltet, es muss technisch, inhaltlich und strukturell modernisiert werden. Die Modernisierung umfasst folgende notwendige Maßnahmen:

1. Konzept, Aufbau und Umsetzung einer neuen Server- und Datenstruktur
2. Entwicklung und Umsetzung interner Anwendungen zur Datenpflege und -eingabe
3. Einführung und Umsetzung eines Datenbankmanagements
4. Evaluation, Konzept und Entwicklung von Schnittstellen zu bestehenden Fachverfahren innerhalb der SenBJF
5. Konzept, Entwicklung und Umsetzung von Schnittstellen zu bestehenden digitalen Angeboten im Landesraum berlin.de
6. Konzept, Planung und Umsetzung des Webdesigns unter Berücksichtigung der Vorgaben des Landes Berlin.

Bei diesem komplexen Prozess müssen infrastrukturelle, prozessuale und kommunikative Aspekte berücksichtigt und miteinander vernetzt sowie externe Dienstleistende hinzugezogen werden.

Finanzierung:

2024	200.000 €
2025	300.000 €
Gesamt	500.000 €

Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vom 10.01.2023 vor
Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 500.000 € geschätzt.
Die Maßnahme soll 2025 beendet werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81240	**011**	**Modernisierung und Anpassung des Fachverfahrens ISBJ Kita**	**3.000.000**	**3.000.000**	**1.750.000**	**2.071.476,18**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**6.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2025	**3.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**1.500.000**	**1.500.000**		

Über die Integrierte Software Berliner Jugendhilfe (ISBJ) werden den zwölf bezirklichen Jugendämtern unter der Bezeichnung „ISBJ-KiTa“ zahlreiche IT-Fachverfahren, Komponenten und Schnittstellen zur Unterstützung der Geschäftsprozesse im Aufgabenfeld der Kindertagesbetreuung zur Verfügung gestellt, u. a. die Fachverfahren ISBJ-Kita, -Tagespflege, -EFöB, -Vormerkung, Sprachstand. Der Funktionsumfang von ISBJ ist über die Jahre stetig und deutlich gestiegen. In der Folge hat sich die Komplexität der Verfahrenslandschaft erhöht. Zugleich ergibt sich ein Modernisierungsbedarf bezogen auf den Softwarecode. Vor diesem Hintergrund hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBildJugFam) im Jahr 2017 das Projekt „ISBJ-ReDesign“ gestartet, welches die Modernisierungs- und Erweiterungsanforderungen in einen strukturierten Prozess zusammenführt, um die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der Verfahrenslandschaft zu sichern. Das Projekt wurde im Jahr 2017 begonnen.
Im Rahmen der Einhaltung der IKT-Vorgaben des Landes Berlin müssen technische Komponenten der Fachverfahren neu betrachtet und durch andere Technologien ersetzt werden. Bisherige technische Komponenten (wie z.B. JBoss) dürfen aufgrund dieser Vorgaben künftig im ITDZ Berlin nicht mehr betreut werden. Daher muss mittelfristig (2024 und 2025) eine technische Ablösung der Hardware erfolgen.
Zudem liegt der SenBJF für die Fachverfahren eine Erlaubnis zur weiteren Nutzung eines Datenbanksystems (Oracle RAC) vor, welches bis zum 30.06.2025 befristet wurde. Um die IKT-Konformität zu erzielen, muss dazu im Vorfeld eine Ablösestrategie erstellt werden. Im Anschluss erfolgen dann die notwendigen Migrationsschritte.
Bereits jetzt sind zudem weitere fachliche Anforderungen erkennbar, die zu einer Verlängerung des Projektes führen werden. Hierzu zählen die Ausdehnung der IT-Unterstützung der Digitalisierung von Berliner Kitas (Anbindung von Fremdsystemen an ISBJ sowie fachlicher Ausbau der Portale für Kita- und Schulträger im Land Berlin) und Umsetzungen von digitalen Geschäftsprozessen im Kontext OZG im Bereich der Kindertagesbetreuung.

Aus diesem Grund werden in der Finanzplanung für die Jahre 2026 und 2027 jeweils weitere 1,5 Mio. Euro p.a. berücksichtigt, um diese Anforderungen umzusetzen. Die Anforderungen werden in die Projektplanung aufgenommen und unter Beachtung zeitlicher Fristen sowie des technischen Projektfortschritts im weiteren zeitlichen Ablauf berücksichtigt.
Die Maßnahmen im lfd. Projekt ReDesign, insbesondere die Entwicklung von ISBJ-Personal, ISBJ-Kita-Navigator, Portale sowie die Modernisierungsmaßnahmen der Verfahren für die Kindertagesbetreuung laufen aktuell.

Finanzierung:	
2017	925.000 €
2018	2.700.000 €
2019	2.500.000 €
2020	3.000.000 €
2021	3.000.000 €
2022	2.100.000 €
2023	1.750.000 €
2024	3.000.000 €
2025	3.000.000 €
2026	1.500.000 €
2027	1.500.000 €
Gesamt	24.975.000 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 24.975.000 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 03.04.2023.
Die Maßnahme soll 2027 beendet werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81242	**011**	**Einführungsprojekt ISBJ-Jugendhilfe**	**1.300.000**	**1.750.000**	**250.000**	**171.721,70**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**1.500.000**	**1.500.000**		

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	1.750.000		-

Im Rahmen des Projektes ISBJ-Jugendhilfe wurde die Standardfachsoftware SoPart der Fa. GAUSS LVS seit dem Jahr 2015 in den Aufgabenbereichen Wirtschaftliche Jugendhilfe (WJH), Regionaler Sozialer Dienst inkl. Kinderschutz (RSD) sowie Vormundschaften, Beistandschaften und Unterhaltsvorschuss (V/Bei/UV) der zwölf Berliner Jugendämter eingeführt. Die Einführung der Module WJH und RSD sowie das Modul III (AV/Bei/UV) und das Modul IV - Jugendgerichtshilfe (JGH) in den Bezirken und der Zentralen Jugendgerichtshilfe der SenBildJugFam sind zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen.

Darüber hinaus wurden in den Jahren 2021/22 die noch verbleibenden Aufgabenfelder der Adoptionsvermittlungsstelle (ADO) und des Pflege- und Kindernotdienstes (PKD), sowie die Aufgabenfelder der bezirklichen Erziehungs- und Familienberatungsstellen (EFBen) in das Fachverfahren implementiert. In der Folge konnten die Module zwar im Verlauf des Jahres 2022 erfolgreich eingeführt werden, doch bedarf es im Jahr 2023 noch einer Verlängerung des Projektes zur Umsetzung der modulübergreifenden Gesamtabnahme und Restarbeiten (z.B. Anbindung der ITDZ-Druckstraße) im eigentlichen Projekt.

Da es sich beim RSD, Pflegekinderdienst und HzE auch um Aufgabenfelder handelt, die sowohl durch öffentliche Stellen, als auch durch freie Träger genutzt/erbracht werden, soll in den Jahren 2023 und 2024 auch eine direkte Anbindung über ein Portal auf die Software entwickelt werden. Dieses soll zudem auch zur Anbindung freier Träger in die Prozesse der Wirkungsevaluation HzE genutzt werden.

Des Weiteren ist vorgesehen, im Jahr 2024 bis 2027 die in Berlin zum Einsatz kommende SoPart-Plattform in den künftigen IKT- des Landes Berlin im Bereich von technischen (Architekturliste des Landes in der jeweils gültigen Fassung) und/oder Oberflächengestaltungen (BITV/WCAG) einzugliedern. Bei den technischen Arbeiten soll das FV künftig in Berlin als reine Web- bzw. Browserapplikation zum Einsatz kommen, um die bisherige Technologie als Terminalserveranwendung abzulösen.

Aus diesem Grund werden in der Finanzplanung für die Jahre 2026 und 2027 jeweils weitere 1,5 Mio. Euro p.a. angemeldet um diese Anforderungen umzusetzen. Die Anforderungen wurden in die Projektplanung aufgenommen und unter Beachtung zeitlicher Fristen sowie des technischen Projektfortschritts im weitere zeitlichen Ablauf berücksichtigt.

Finanzierung:

bis 2016	8.354.380 €
2017	2.080.000 €
2018	1.900.000 €
2019	1.080.000 €
2020	1.000.000 €
2021	1.300.000 €
2022	200.000 €
2023	250.000 €
2024	1.300.000 €
2025	1.750.000 €
2026	1.500.000 €
2027	1.500.000 €
Gesamt	22.214.380 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 22.214.380 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 03.04.2023
Die Ausgaben erstrecken sich über den Zeitraum 2013 bis 2027.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81243	**011**	**Ausbau DataWarehouse Jugend**	**450.000**	**275.000**	**975.000**	**832.285,44**
		Verpflichtungsermächtigung	**25.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**25.000**			

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	250.000 €		-

Die bisher für das Data Warehouse von ISBJ verwendeten Softwareprodukte der Fa. Oracle sind aus der Pflege des Software-Herstellers ausgelaufen. In der Folge hatte die SenBJF in den letzten Jahren die Softwareprodukte mit Zustimmung der IKT-Steuerung des Landes ausgetauscht. Die technologische Neuausrichtung der DWH-Plattform erfolgte in den Jahren 2020 und 2021.

Ziel der fachlichen Projektmaßnahmen ist es, künftig alle Aufgabenfelder der Kinder- und Jugendhilfe im bzw. über das DWH abzubilden und so den Nutzenden auf Landes- und Bezirksebene erforderliche Auswertungen in standardisierter Form zur Verfügung zu stellen.

Während die Maßnahme ReDesign v. a. auf die technische Einbindung des DWH in die modernisierte ISBJ-Landschaft zielt, wird im Rahmen dieses Projektes eine Fortentwicklung der fachlichen Berichte und Auswertungen realisiert. Neben der Überführung der vorhandenen Kita-Berichte in das neue DWH (Migration) werden nach und nach auch die bisher nicht im DWH enthaltenen Auswertungen und Reports (bspw. aus dem Fachverfahren ISBJ-Jugendhilfe übernommen.

Im Zuge der Weiterentwicklung sollen bestehende Auswertungen sukzessive in das neue DWH überführt werden. Dies umfasst auch Anforderungen wie das Jugendhilfe-Monitoring, bestehende Controlling-Systeme wie das Fach- und Finanzcontrolling sowie das Auswertungsraster für die Wirkungsevaluation.

Finanzierung:	
2020	150.000 €
2021	350.000 €
2022	875.000 €
2023	975.000 €
2024	450.000 €
2025	275.000 €
Gesamt	3.075.000 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 3.075.000 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 03.04.2023.
Die Maßnahme soll 2025 beendet werden.

81244	**011**	**Einführung e-Akte für die Fachverfahren ISBJ**	**1.000.000**	**1.000.000**	**500.000**	**500.000,00**

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	1.000.000		

Gemäß EGovBln. soll die E-Akte in der Berliner Verwaltung eingeführt werden. Es ist geplant, die von der SenInn ausgewählte E-Akte-Lösung in der ISBJ-Landschaft an die bestehenden > 20 Fachverfahren anzubinden, um einen durchgängigen Arbeitsprozess von der Antragstellung bis hin zur Bescheid Erteilung und revisionssicheren Ablage zu unterstützen.
Um die gesetzlichen Vorgaben einhalten zu können und zudem den vielfältigen Anforderungen der Bezirke gerecht zu werden, die eine parallele Aktenführung in den IT-Verfahren und in der "Papierakte" beenden wollen, soll die E-Akte zeitnah in ISBJ eingeführt werden. Dies setzt umfangreiche konzeptionelle Vorarbeiten im Jahr 2021 sowie Anpassungen und die Erstellung von Schnittstellen innerhalb der Fachverfahren voraus.
Im Rahmen des Projektes sollen ab dem Jahr 2022 die konzeptionellen Grundlagen erarbeitet werden. Die Kostenkalkulation umfasst:
a) Aufwendungen für die Projektleitung und die Qualitätssicherung (Zeitraum bis 2025).
b) Aufwendungen für die Analyse von Anforderungen der E-Akte auf die Geschäftsprozesse sowie
c) die Erstellung der Konzepte (Grob-/Feinkonzepte für die Schnittstellen zu den Fachverfahren von ISBJ.

Nicht enthalten sind hier die Anpassung/Konfiguration der Software sowie der Schnittstellen und die Lizenzen der eAkte-Lösung.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Finanzierung:

2022	500.000 €
2023	500.000 €
2024	1.000.000 €
2025	1.000.000 €
Gesamt	3.000.000 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 3.000.000 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 03.12.2018.
Die Maßnahme soll 2025 beendet werden.

81245 (neu)	**011**	**Anpassung und Erweiterung Fachverfahren ISBJ KiTa und Personal gemäß RV Tag**	**350.000**	**350.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**350.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			

Anpassung und Erweiterung KiTa und Personal gemäß RV Tag.
Im Rahmen des Projektes ISBJ-Anpassung und Erweiterung von ISBJ-KiTa und ISBJ-Personal gemäß RV Tag (Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen) ist die Implementierung einer elektronischen Verwaltung inklusive Inkasso-System eines Standardisierten Verfahrens im Falle einer längerfristigen Personalschlüsselunterschreitung (RV Tag § 7 Abs. 12 i. V. m. Anlage 9) vorgesehen.
Die Umsetzung folgt den vertraglich vereinbarten Regelungen der Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen.
Hierbei werden neben personalunterstützenden Berichten und Reports die Controlling-Routinen der Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen digitalisiert abgebildet. In Folge dessen wird das Controlling mit digitalen Geschäftsprozessen unterstützt.
Neben den entsprechenden Umbaumaßnahmen des KiTa-Abrechnungssystems sind auch die Implementierung neuer digitaler Geschäftsprozesse inkl. Oberflächengestaltungen der Applikationen notwendig.

Finanzierung:

2024	350.000 €
2025	350.000 €
Gesamt	700.000 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 700.000 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 03.04.2023
Die Maßnahme soll 2025 beendet werden.

81250	**011**	**Umsteuerung auf eine zentrale, webbasierte Fachanwendung im Rahmen von eGovernment@School**	**2.200.000**	**2.200.000**	**500.000**	**699.011,56**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**4.200.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.200.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**1.500.000**	**1.500.000**		

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	1.000.000		

Im Zusammenhang mit der erheblichen Projektverzögerung bei der Realisierung der IT-Plattform für das Berliner Schulwesen wurde der dezentrale Ansatz in Frage gestellt. Mit Unterstützung des Instituts Fraunhofer FOKUS und des ITDZ wurde der Lösungsansatz überdacht und die Umsteuerung auf eine zentrale Lösung vorgeschlagen. Neben der Zentralisierung der IT-Infrastruktur wurde auf eine webbasierte Fachanwendung mit zentraler, mandantenfähiger Datenhaltung umgesteuert. Weiterhin haben sich die Anforderungen an eine Schulmanagementsoftware im Projektverlauf dahingehend weiterentwickelt, dass diese künftig stärker als bisher eine integrierte Unterstützung der Prozesse in den drei organisatorischen Ebenen des Berliner Schulwesens leisten muss. Damit rücken neben den rein schulischen Prozessen wie z.B. der Zeugniserstellung oder der Schülerlaufbahnorganisation nun auch deutlicher die Prozesse ins Blickfeld, die Aufgaben zur Steuerung und Organisation des Berliner Schulwesens insgesamt wahrzunehmen. Dies gilt insbesondere für die Prozesse zur Berlin-weiten Aufnahme und Verteilung von Schülerinnen und Schülern, zur Kontrolle der Schulpflicht, zur Planung der Unterrichtsversorgung oder Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen für die Bildungsstatistik. Im Rahmen der Auswertung der Projektevaluation wurde zusätzlich nach Möglichkeiten gesucht, die bisher weitgehend gesondert geplanten IT-Fachverfahren für die schulischen Prozesse für Berlin-weite Schüleraufnahmen und Schulwechsel sowie Kontrolle der Schulpflicht und für die automatisierte Schülerdatei als Komponente zur Bereitstellung steuerungsrelevanter Daten in einer integrierten Schulmanagementsoftware zusammenzufassen. Dies betrifft sowohl die behördenübergreifenden Prozesse zwischen Schulen – Schulaufsicht – Bezirken im Einschulungsprozess mit Schulpflichtüberwachung sowie den Schulwechsel zu weiterführenden Schulen, als auch die übergreifenden Beratungs- und Steuerungsprozesse von Schülerinnen und Schülern mit den Jugend-Berufsagenturen und Schulen.
Mit dem E-Government-Gesetz Berlin wird die Einführung der E-Akte verbindlich vorgeschrieben. Die Berliner Schulen sind bezüglich der Aktenführungspflicht in ein weit verzweigtes Geflecht von Geschäftsprozessen eingebunden (Schule – Schule, Schule – Eltern, Schule – Schulbehörde, …). Mit dem Einsatz der neuen Schulverwaltungssoftware LUSD werden wesentliche Daten und Kommunikationsbeziehungen dieser Akten berührt. Neben einer grundsätzlich umfassenden Erfassung und Dokumentation der aktenbezogenen Geschäftsprozesse ist eine software- und infrastrukturbezogene Architekturbetrachtung für eine mögliche softwaretechnische Realisierung (inklusive Schnittstellenbetrachtung) erforderlich. Dies bezieht auch die Realisierung von rechtlichen Vorgaben bezüglich des Online-Zugangsgesetzes des Bundes mit ein, in dem die Schnittstellen zwischen Bürgern (z. B. Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften) und Wirtschaft (z. B. Ausbildungsbetriebe) zu berücksichtigen sind. Hierbei sind umfangreiche konzeptionelle Tätigkeiten (Datenschutz, Software- und Infrastruktursicherheit, Gebrauchstauglichkeit, Betriebsführung, etc.) ebenfalls zu erstellen. Neben einer reinen Anpassung der Funktionalitäten an die Berliner Bedarfe werden zusätzlich Entwicklungen, wie z. B. Erweiterungen von Zeugnisarten (u. a. Indikatoren-Zeugnisse) und der Import der Einschulungskinder-Daten vom Landesamt für Bürger und Ordnung erforderlich. Des Weiteren entstehen wegen der Einführung der E-Akte für schulische Prozesse und Funktionalitäten zur Erfüllung des Online-Zugangsgesetzes weitere Anforderungen, die in zusätzlichen Entwicklungsaufwand münden. Mit der Erweiterung der Benutzergruppen und Funktionalitäten werden zudem regelmäßige Penetrationstests erforderlich.
Mit der Anpassung der Projektplanung für den Zeitraum 2022 bis 2027 sind die Entwicklungsarbeiten für Funktionalitäten des komplexen Bereichs der Beruflichen Schulen und der Schulen in freier Trägerschaft vorgesehen. Dies ist erforderlich, um auch diese Schulen in das Gesamtsystem der Berliner LUSD zu Integrieren und die gesetzliche vorgeschriebene Gesamtnutzung zu realisieren.
Darüber hinaus muss die Berliner LUSD an neue Technologien angepasst werden um Anforderungen zu Ergonomie und Barrierefreiheit umzusetzen, welche mit der bestehenden Technologie nur unzureichend und mit hohem Aufwand umgesetzt werden können.

Finanzierung:	
2016 bis 2018	1.879.448 €
2019	500.000 €
2020	500.000 €
2021	500.000 €
2022	700.000 €
2023	500.000 €
2024	2.200.000 €
2025	2.200.000 €
2026	1.500.000 €
2027	1.500.000 €
Gesamt	11.979.448 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 11.979.448 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 17.01.2023.
Die Maßnahme soll 2027 beendet werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81251	**011**	**Einführung eines Fachkräfteportals für die Ganztags-Schule (Ganztag)**	**150.000**	**350.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**350.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			

Anpassung und Erweiterung Fachverfahren Ganztag nach AZG Änderung

Im Rahmen des ISBJ-Projektes ISBJ Ganztag Weiterentwicklung 2.0 ist die Implementierung einer elektronischen Verwaltung und Finanzierung von gruppen- und schulbezogenen sowie bestimmten Kind-bezogenen Leistungen an Schulen für die kooperierenden Ganztagsträger der freien Jugendhilfe vorgesehen. Hierbei werden die künftigen organisatorischen Gegebenheiten der Nutzenden berücksichtigt. Die bisherige Anwendung ist für die vorhandenen Geschäftsprozesse der örtlichen Schulämter konzipiert. Daher muss die Anwendung für die Vorgaben einer zentralisierten Sachbearbeitung angepasst werden.
Dies stellt eine Erweiterung der im ISBJ Fachverfahren bereits implementierten Prozesse der Beantragung, Bescheidung und Finanzierung von Betreuungsverträgen für die ergänzende Förderung und Betreuung von Kindern mit Trägern der freien Jugendhilfe dar.
Erstellung/Anpassung unabdingbarer Verfahrenskonzeptionen (Betriebsführungskonzept, verfahrensspezifisches Sicherheitskonzept, Sicherheitskonzept, IT-Infrastrukturkonzept, Schnittstellenkonzept, Datensicherungskonzept, Standortsicherheitskonzept) durch externe IT-Dienstleister aufgrund gesetzlicher Vorgaben. Der Nachweis der Verfahrenskonzeptionen ist verpflichtend u.a. auch für die Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen oder der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.
Die Überarbeitung des Webdesigns unter Berücksichtigung des ISBJ Corporate Designs und des Landes Berlins sowie Anpassung der veralteten Benutzeroberflächen mit neueren Webtechnologien. Dafür ist ein größerer interner Versionswechsel notwendig, der die neuen Betriebsumgebungen OCP4 im ITDZ unterstützt.

Finanzierung:	
2024	150.000 €
2025	350.000 €
Gesamt	500.000 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 500.000 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 21.11.2022
Die Maßnahme soll 2025 beendet werden.

81252	**011**	**Einführung einer Aus- und Fortbildungsdatenbank**	**—**	**—**	**50.000**	**63.845,65**

Die Fachverfahren zur Teilnahmeverwaltung der Regionale Fortbildung, der Weiterbildung und des Quereinstiegs sowie des Vorbereitungsdienstes der Schulpraktischen Seminare müssen aus IT- und Datensicherheitsgründen sowie im Interesse einer effizienteren Arbeit aktualisiert und in einem Datenbanksystem zusammengefasst werden.
Die Teilnehmerkreise sind weitgehend identisch bzw. die Teilnehmenden gehen von einer Bildungsphase in eine andere über.
Sowohl die Datenbank der Regionalen Fortbildung, eine seit den 90er Jahren sukzessive erweiterte und inzwischen hochkomplexe Eigenentwicklung, als auch die Datenbank der Schulpraktischen Seminare bedürfen einer grundlegenden Restrukturierung, um den aktuellen Anforderungen (z. B. Verbundstruktur, inhaltliche Entwicklungen, Nutzerfreundlichkeit) und den Prinzipien aktueller Softwarearchitektur sowie vor allem den Erfordernissen des Datenschutzes gerecht zu werden.
Aufgrund des erheblichen Aufwuchses im Vorbereitungsdienst sowie bei der Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteigenden sowie neuer Professionen an Schulen ist die Überführung der aktuell mit Word- bzw. Excel-Dateien realisierten Teilnehmerverwaltungen für Vorbereitungsdienst und Qualifizierung in ein standardisiertes Datenbanksystem dringend erforderlich.
Ein aktuelles, gemeinsames System soll die Effizienz der Verwaltungsvorgänge erhöhen, Abläufe automatisieren, zur Fehlervermeidung beitragen und den Anforderungen des Datenschutzes Rechnung tragen.

Finanzierung	
2020	300.000 €
2021	250.000 €
2022	250.000 €
2023	50.000 €
Gesamt	850.000 €

Für diese Maßnahme liegen Planungsunterlagen vom 31.10.18 vor.
Die Gesamtausgaben werden auf 850.000 € geschätzt.
Die Ausgaben erstrecken sich über den Zeitraum 2020 bis 2023.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81253 (neu)	**011**	**Einführung Fachverfahren Schulvertrag**	**50.000**	**300.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			

Die Maßnahme dient der Umsetzung § 9 Schulgesetz, insbesondere §9 Abs. 1 SchulG "Die Schulaufsichten können mit den Schulleitungen Kriterien gestützte Zielvereinbarungen (Schulverträge) zur Verbesserung der Schulqualität abschließen." Das vorhandene Tool ermöglicht unzureichend die Umsetzung der datengestützten Qualitätsentwicklung der Berliner Schulen. Das Tool muss daher alle relevanten Daten integriert verfügbar machen und sowohl für die Einzelschule, als auch für die ministeriellen Aufgaben aufbereiten. Darüber hinaus sollen die bisher in Einzelanwendungen befindlichen Tools zur Bewirtschaftung der Mittel in das IT-Fachverfahren eingebunden werden, um so im Schulvertrag vereinbarte Ziele und Maßnahmen im Zusammenhang mit den finanziellen Ressourcen der Schulen aus den Unterstützungsprogrammen für die Schulen umzusetzen. Das komplette Neuaufsetzen des Verfahrens soll neben der inhaltlichen Komponente auch die verwaltungstechnische Arbeit für die Schulen und den ministeriellen Bereich effektiver, weniger fehleranfällig und mit weniger personellen Ressourcen umsetzbar machen.

Finanzierung:	
2024	50.000 €
2025	300.000 €
Gesamt	350.000 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 350.000 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 16.01.2023.
Die Maßnahme soll 2025 beendet werden.

81254 (neu)	**011**	**Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens BeoV**	**410.000**	**220.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**220.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**220.000**			

Mit diesem Projekt ist die Sicherstellung der Anpassung und Weiterentwicklung des Fachverfahrens Bewerbungen Einstellungen Online für Vertretungskräfte (BeoV) im Berliner Schuldienst geplant.
Ziel ist neben der Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens, die Umsetzung der Barrierefreiheit sowie die Anpassung und Fortschreibung der Verfahrenskonzepte (Betriebsführungskonzept, verfahrensspezifisches Sicherheitskonzept, Sicherheitskonzept, IT-Infrastrukturkonzept, Schnittstellenkonzept, Datensicherungskonzept).
Des Weiteren ist die Sicherstellung der Verfahrensentwicklung durch externe IT-Dienstleister über den Rahmenvertrag des ITDZ aufgrund gesetzlicher Änderungen und fachlich notwendiger Anpassungen erforderlich sowie die Erstellung/Anpassung unabdingbarer Verfahrenskonzeption und die Umsetzung der Barrierefreiheit gem. BIKTG Bln.

Finanzierung:	
2024	410.000 €
2025	220.000 €
Gesamt	630.000 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 630.000 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 18.01.2023.
Die Maßnahme soll 2025 beendet werden.

81255	**011**	**Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens LiV**	**745.000**	**745.000**	**325.000**	**314.812,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**705.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**705.000**			

Mit diesem Projekt ist die Sicherstellung der Anpassung und Weiterentwicklung des Fachverfahrens Lehrerinformations- und Verwaltungssystem (LiV) geplant.
Das Fachverfahren LiV dient der Verwaltung des pädagogischen Personals der SenBJF und der damit verbundenen Geschäftsprozesse und basiert auf der Software SAP.
Ziel ist neben der Anpassung und Erweiterung des Fachverfahrens, die Umsetzung der Barrierefreiheit, die Erstellung der Ergonomie-Gutachten sowie die Anpassung und Fortschreibung der Verfahrenskonzepte (Betriebsführungskonzept, Sicherheitskonzept, verfahrensspezifisches Sicherheitskonzept, IT-Infrastrukturkonzept, Schnittstellenkonzept, Datensicherungskonzept).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Darüber hinaus entstehen im Zusammenhang mit der Verbeamtung von Lehrkräften und der damit verbundenen Anpassung und Änderung von Geschäftsprozesse Aufwände im IT-Fachverfahren (zusätzliche Funktionen/Felder, Auswertungen und Berichte).
Aufgrund des Lehrkräftemangels bekommt die Personalkostenbudgetierung als Mittel zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und Durchführung pädagogischer Projekte erhöhte Bedeutung. Eine funktionale Erweiterung im IT-Fachverfahren ist die Folge.
Lehramtsanwärter sollen zukünftig im IT-Fachverfahren verwaltet und nicht mehr analog verarbeitet werden. Die daraus resultierenden Prozesse (Einstellung, Kontingente, Zuweisung zu den Schulpraktischen Seminaren, Bearbeitung der Personalstammdaten, Import von Daten aus rexx) machen Änderungen im IT-Fachverfahren notwendig.
Damit verbunden ist aufgrund Ausweitung des Fachverfahrens (neue Schulen, Verwaltungsleitungen) ebenfalls der Nachkauf von SAP-Lizenzen.

Finanzierung:	
2022	325.000 €
2023	325.000 €
2024	745.000 €
2025	745.000 €
Gesamt	2.140.000 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 2.140.000 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 18.01.2023.
Die Maßnahme soll 2025 beendet werden.

81256 (neu)	**011**	**Einführung Fachverfahren Erwachsenenbildungsgesetz (EBiG)**	**200.000**	**200.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			

Einführung Fachverfahren Erwachsenenbildungsgesetz (EBiG)

Das Erwachsenenbildungsgesetz (EBiG) trat erstmalig im August 2021 in Kraft. Einrichtungen der Erwachsenenbildung im Land Berlin können sich danach anerkennen lassen und eine Projektförderung erhalten. Die mit einem Fachverfahren EBiG-IT-FV zu digitalisierenden Leistungen basieren auf dem Erwachsenenbildungsgesetz Berlin (EBiG), in Verbindung mit dem Onlinezugangsgesetz und dem E-Governmentgesetz Berlin.
Zur Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, Bürgerservices und des Berichtswesens wurde eine Projektvereinbarung abgeschlossen. Die Vereinbarung wurde durch das IT-M-B genehmigt und wird fortlaufend abgearbeitet. Die Personalvertretungen sind im Rahmen eines Lenkungskreises eingebunden.
Die zu digitalisierenden Geschäftsprozesse sind definiert und aufgenommen. Die Umsetzung des EBiG ist "Kernaufgabe" der SenBJF für diese Legislaturperiode. Die Leistung wurde dem Berliner Leistungskatalog zugeordnet.
Im Jahr 2024 soll der Import der über den Basisdienst digitaler Antrag (über EA) gewonnenen Daten/Schnittstellen in ein Fachverfahren, Statistik etabliert werden.
In 2025 sollen die Erweiterung der Anwendung um ein Modul zur regelmäßigen Prüfung der Zertifizierung (im Gesetz vorgesehen) und ein Berichtswesen implementiert werden.

Finanzierung:	
2024	200.000 €
2025	200.000 €
Gesamt	400.000 €

Das Gesamtvolumen der Maßnahme wird auf 400.000 € geschätzt.
Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vor vom 17.01.2023.
Die Maßnahme soll 2025 beendet werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81258	**011**	**Externes Datenbackup und Verbesserung der Informationssicherheit**	**—**	**—**	**226.000**	**277.554,20**

Maßnahmen zur Sicherstellung der Informationssicherheit, die im Rahmen des Aufbaus des behördlichen Informations-Managementsystems erhoben wurden.
Die in den letzten Jahren stetig gestiegenen Anforderungen und gesetzlichen Vorgaben im Zusammenhang mit der Informationssicherheit erfordern in der SenBJF grundlegende Veränderungen.
Mit der Implementierung neuer Systeme und der Sicherstellung der Datenintegrität für Speichersysteme im Rechenzentrum der SenBJF durch den Aufbau eines Datenspiegels wird den gesetzlichen Anforderungen des Datenschutzes, der Informationssicherheit und den Vorgaben der Landes-IKT-Steuerung entsprochen.

Finanzierung	
2022	300.000 €
2023	226.000 €
Gesamt	526.000 €

Planungsunterlagen für diese Maßnahme liegen vom 01.02.2021 vor.
Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 526.000 €.
Die Ausgaben erstrecken sich über den Zeitraum 2022 bis 2023.

81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**210.000**	**110.000**	**100.000**	**47.461,34**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**280.000**	**220.000**	
Davon fällig 2025	**60.000**		
Davon fällig 2026	**110.000**	**110.000**	
Davon fällig 2027	**110.000**	**110.000**	

in €	Für 2025	Für 2026	Ab 2027
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	50.000		

TA	Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025
1.	SAP-Software-Lizenzen für das Fachverfahren LiV	75.000 €	50.000 €	50.000 €
2.	Ersatzbeschaffung Server- und Speichersysteme	0 €	160.000 €	60.000 €
		75.000 €	210.000 €	110.000 €

Mehr aufgrund der erforderlichen Ersatzbeschaffung der im Jahr 2018 installierten Serverhardware und Speichersysteme für die Fachverfahren der SenBJF.

Summe Maßnahmegruppe 32	**31.910.000**	**33.138.000**	**21.918.000**	**19.566.158,38**
Gesamtausgaben	**263.064.600**	**276.391.600**	**232.408.100**	**248.761.675,51**
Prozentuale Veränderung	**13,2 %**	**5,1 %**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1000				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	237.400	237.400	445.400	231.058,13
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	87.001.000	89.901.000	83.009.000	76.809.912,83
		Gesamteinnahmen	87.238.400	90.138.400	83.454.400	77.040.970,96
411-462		Personalausgaben	44.413.800	45.842.800	41.958.800	39.178.749,67
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	53.059.800	53.711.800	38.409.300	46.581.384,16
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	160.801.000	166.161.000	153.970.000	157.830.022,73
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	11.500.000	12.606.000	4.896.000	5.171.518,95
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	-6.710.000	-1.930.000	-6.826.000	—
		Gesamtausgaben	263.064.600	276.391.600	232.408.100	248.761.675,51
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-175.826.200	-186.253.200	-148.953.700	-171.720.704,55

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte dieses Einzelplans veranschlagt. Es handelt sich dabei um

- bereits vor Auflösung des ZeP vorhandene Überhangkräfte, die nicht zum bisherigen Kapitel 2809 – Zentrales Personalüberhangmanagement – versetzt werden mussten (Ausnahmen von der Versetzungspflicht),

- Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement – EZeP – in die Dienststelle versetzt worden sind,

- Dienstkräfte, die nach Auflösung des ZeP in diesem Personalwirtschaftsbereich neu dem Personalüberhang zugeordnet worden sind.

Die Unterscheidung der drei unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merkansatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften VV Prämie, VV Teilausgleiche, VV Rente und VV Besitzstand. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	254.000	264.000	225.000	261.977,10
42801	860	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	542.000	466.000	760.000	555.431,22
42850	860	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000	1.000	—
44100	860	Beihilfen für Dienstkräfte	12.700	13.100	33.200	14.673,39
		Gesamtausgaben	809.700	744.100	1.019.200	832.081,71
		Prozentuale Veränderung	-20,6 %	-8,1 %		
		Abschluss Kapitel 1009				
411-462		Personalausgaben	809.700	744.100	1.019.200	832.081,71
		Gesamtausgaben	809.700	744.100	1.019.200	832.081,71
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-809.700	-744.100	-1.019.200	-832.081,71

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für den Leitungsbereich der Abt. II sowie für die Referate

Referat II A
Schulartübergreifende Angelegenheiten, Qualitäts- und Bildungsmonitoring, Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg e. V. (ISQ), Inklusion, Sprachbildung, Ganztag, kulturelle Bildung, Diversity, Begabungsförderung, Grundsatzfragen und Koordination des Schulsports in Berlin
Referat II B
Fächer der Berliner Schule, Rahmenlehrpläne, Prüfungen
Referat II C
Schul- und Lehrkräftebildungsrecht, Dienst- und Arbeitsrecht des pädagogischen Personals, Zeugnisanerkennung, Angelegenheiten der Schulen in freier Trägerschaft
Referat II D
Grundschulen, Integrierte Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien, Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt, Zweiter Bildungsweg
Referat II E
Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Schulpraktische Seminare, Berufseingangsphase, Netzwerk für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, Prüfungsamt für Lehramtsprüfungen und Staatsprüfungen, Bildungs- und Medienzentrum, Open Educational Resources (OER), Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM)
Referat II F
Schulinspektion
Referat II G
Erwachsenen- und Grundbildung, Lebenslanges Lernen, außerschulische Bildung, Staatliches Prüfungsamt für Übersetzer und Übersetzerinnen
Referat II H
Grundsätze und Aufsicht über allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gem. § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotentiale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

Der Bund und Institutionen im Inland beteiligen sich im Bereich der Bildungsplanung an der Finanzierung von Projekten und Modellversuchen.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1010	68509	Zuschuss an das Pestalozzi-Fröbel-Haus
1010	68511	Zuschuss an den Lette-Verein
1010	68536	Zuschuss an die Jüdische Volkshochschule

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			50	31	46	29
Relativer Anteil			62	38	61	39
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	184	69	142	40	154	38
Relativer Anteil	73	27	78	22	80	20

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 7.232,60 €, Mitarbeitende: 4.555,09 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich Führungskräfte: 7.402,30 €, Mitarbeitende: 5.544,23 €

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist in den oberen Einkommensgruppen geringfügige Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten auf, die zur Erklärung der niedrigeren durchschnittlichen Monatseinkommen herangezogen werden können. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt. Andere Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Beschäftigten könnten z.B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte) sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**111**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**141.831,08**

Insbesondere für die staatlichen Prüfungen für Übersetzer und Übersetzerinnen, Bescheinigungen gemäß § 4 Nr. 21 a) bb) Umsatzsteuergesetz (UstG), Genehmigung, Anerkennung von Schulen in freier Trägerschaft, Gebühren für Nichtschülerprüfungen (außer Hauptschulerwerb) und Ergänzungsprüfungen sowie Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse und Lehrerausbildungen nach der Berufsqualifikationsprüfungsgebührenverordnung (BQPGebVO)

11110	**113**	**Kostenbeteiligung nach dem TKBG für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)**	**5.040.000**	**4.971.000**	**5.109.000**	**7.618.965,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 67115.

Kostenbeteiligung der Eltern für die Betreuung von Kindern in schulischen Betreuungsangeboten.

hier: Schulen in freier Trägerschaft

Weniger wegen der Ausweitung der Kostenfreiheit ab dem Schuljahr 2023/24.

11903	**129**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**9.800,35**

Einnahmen laut Benutzungsbedingungen des Medienforums (Geldannahmestelle).

11917	**129**	**Rückzahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft**	**4.000.000**	**4.000.000**	**7.500.000**	**5.919.064,87**

Rückzahlung überzahlter Zuschussbeträge aus vergangenen Haushaltsjahren nach Prüfung der Verwendungsnachweise. Weniger in Anpassung an den Bearbeitungsstand der Verwendungsnachweisprüfungen.

11921	**129**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**2.350.000**	**2.350.000**	**2.350.000**	**1.436.193,52**

Rückzahlungen von nicht verwendeten Zuwendungen aus vergangenen Haushaltsjahren.

11934	**129**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.135,00**
11979	**129**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**51.664,96**

Insbesondere für den Verkauf von Altmaterialien, Büchern, Broschüren, Rückzahlung von Prozesskosten

11990	**129**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**383,25**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790, 42890, 51190, 52590, 52594, 52790, 54690 und 68590.

Rückzahlungen von aus Drittmitteln finanzierten und abgeschlossenen Zuwendungsprojekten.

23190	**111**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**691.872,08**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890, 51190, 52590, 52594, 52790, 54690 und 68590.

23213	**129**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder für Gastschülerinnen und Gastschüler an Berliner Schulen**	**8.700.000**	**8.700.000**	**7.600.000**	**8.100.000,00**

Einnahmen aufgrund des Gastschülerabkommens mit dem Land Brandenburg.
Mehr in 2024 in Erwartung eines für Berlin günstigeren Schülerzahlensaldos.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27290	**111**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790, 42890, 51190, 52590, 52594, 52790, 54690 und 68590.				
27292	**129**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**1.166.000**	**1.166.000**	**788.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68692.				

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) erhält das Land Berlin nach dem Operationellen Programm für die Förderperiode 2021-2027 für Maßnahmen im Bildungs- und Jugendbereich Mittel von insgesamt rd. 41 Mio. €.

Das Land Berlin erhält für das Förderinstrument 14 „Grundbildung gering literalisierter Erwachsener“ im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) nach dem Operationellen Programm für die Förderperiode 2021-2027 für Maßnahmen im Bildungsbereich insgesamt 7,5 Mio. €.

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.
(vgl. Erläuterungen zu Titel 68692).

27295	**129**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**3.131.000**	**2.895.667,37**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
28290	**111**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**304.561,39**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890, 51190, 52590, 52594, 52790, 54690 und 68590.				

Zuwendungen Dritter für Projekte und Veranstaltungen

33401	**113**	**Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes**	**840.000**	**3.325.000**	**2.918.000**	**17.167,91**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 89361.				
		Gesamteinnahmen	**22.381.000**	**24.797.000**	**29.681.000**	**27.188.306,78**
		Prozentuale Veränderung	**-24,6 %**	**10,8 %**		
		Ausgaben				
41210	**111**	**Aufwendungen für Beiräte**	**6.700**	**6.700**	**4.500**	**6.640,00**

Sitzungsgelder für Mitglieder des Landesschulbeirates. Entschädigungen für Mitglieder des Weiterbildungsrates.

42201	**111**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**11.042.000**	**11.592.000**	**11.240.000**	**9.928.911,90**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42701	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**4.791.000**	**4.933.000**	**4.648.000**	**3.488.286,02**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 52518, 52519 und 52520. Die Ausgaben der Titel 42701 und 52501 sind gegenseitig deckungsfähig. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsfähig.

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Schulartübergreifende Grundsatzangelegenheiten (Referat II A)	100.000	100.000	100.000
2	Fächer der Berliner Schule (Referat II B)	27.000	27.000	30.000
3	Schul- und Lehrerbildungsrecht (Referat II C)	5.000	5.000	10.000
4	Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Schularten der allgemeinbildenden Schulen (Referat II D)	112.000	112.000	112.000
5	Aus, Fort- und Weiterbildung (Referat II E)	650.000	650.000	650.000
6	Schulinspektion (Referat II F)	5.000	5.000	5.000
7	Erwachsenen- und Grundbildung, Lebenslanges Lernen (Referat II G)	43.000	43.000	43.000
8	Grundsätze und Aufsicht über allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft (Referat II H)	8.000	8.000	-
9	iMINT-Akademie	10.000	10.000	10.000
10	Nichtschülerprüfungen	213.000	213.000	213.000
11	Begabungsförderung	30.000	30.000	30.000
12	Staatliches Prüfungsamt für Übersetzerinnen und Übersetzer	41.000	41.000	41.000
13	Erwachsenenbildungsgesetz	50.000	50.000	50.000
14	Fortbildung für Mathematik/Deutsch	150.000	150.000	150.000
15	Qualifizierungspaket Quereinstieg (QuerBer)	2.600.000	2.600.000	2.600.000
16	Leadership.lab	200.000	200.000	200.000
17	Koordinierungs- und Kompetenzzentrum für Schulbibliotheken	234.000	234.000	234.000
18	Qualitätsoffensive Mathematik Übergang GS Sek I	70.000	70.000	70.000
19	Fortbildungen – Bildung in der digitalen Welt	100.000	100.000	100.000
20	Qualitätsentwicklung und Sicherung der Gartenarbeitsschulen	143.000	285.000	-
	Summe	**4.791.000**	**4.933.000**	**4.648.000**

TA 5 Aus-, Fort- und Weiterbildung (Referat II E)
Ausbau der Aus-, Fort- und Weiterbildung für eine wachsende Zahl an Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern, Lehrkräften und das gesamte pädagogische Personal.

TA 7 Erwachsenen- und Grundbildung, Lebenslanges Lernen (Referat II G)
Aufwendungen und Honorare für Dozierende und Trainer in der Erwachsenenbildung und außerschulischen Bildung, u. a. im Rahmen einer Fortbildung für Dozierende in der Grundbildung.

TA 13 Erwachsenenbildungsgesetz
Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes fallen die hier etatisierten Honorarkosten vor allem für die Erstellung von Publikationen und für die Referenten bei Fachveranstaltungen an.

TA 14 Fortbildung für Mathematik/Deutsch
Konzeptionelle Weiterentwicklung von Fortbildungsprogrammen für Lehrkräfte der Fächer Mathematik und Deutsch für alle Schulformen und die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen durch freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zur Förderung der sprachlichen und mathematischen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler beitragen. Mit diesem Fortbildungsschwerpunkt sind auch Fortbildungen in den Bereichen LRS und Rechenschwierigkeiten verbunden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

TA 15 Qualifizierungskonzept Quereinstieg (QuerBer)
Das für Quereinsteigende neu entwickelte Qualifizierungsprogramm „QuerBer“, welches die Quereinsteigenden bereits vor der Unterrichtsaufnahme professionell auf die neue Tätigkeit vorbereitet sowie vertiefend berufsbegleitend unterstützt, wird gemäß den steigenden Bedarfszahlen weiter ausgebaut. Die kollegiale Unterrichtsbegleitung in den ersten Unterrichtswochen durch Patinnen und Paten stellt ein wesentliches Unterstützungselement für die Quereinsteigenden dar und schließt eine fortlaufende Qualifizierung der Patinnen und Paten mit ein.

TA 16 Leadership.lab
Im Leadership.lab werden für alle Beschäftigen der Berliner Schule, die in Führungsverantwortung sind, und für die Schulaufsichten verschiedenste Formate der Fortbildung und Beratung angeboten. Dabei orientieren sich die Themen an den bildungspolitischen Vorgaben. Zur Führungskräftenachwuchsgewinnung werden spezielle Foren und Austauschformate angelegt.

TA 17 Koordinierungs- und Kompetenzzentrum für Schulbibliotheken
2021 wurde das Koordinierungs- und Kompetenzzentrum für Schulbibliotheken in Anbindung an das Medienforum eingerichtet. Die Stelle koordiniert die Bedürfnisse der Schulbibliotheken bei der Entwicklung und Einführung neuer Bibliothekssoftware. Zusätzlich steht das Kompetenzzentrum Schulen und Schulbibliotheken bei allen fachlichen Fragen beratend zur Seite. Aus- und Weiterbildungen der Schulbibliothekar*innen werden koordinierend unterstützt und umgesetzt.

TA 18 Qualitätsoffensive Mathematik Übergang GS Sek I
Im Rahmen einer Qualitätssteigerung des Mathematikunterrichts sind Fortbildungen und Beratungen im Bereich des Übergangs von der Grundschule zur weiterführenden Schule mit freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu gestalten und durchzuführen. Die bestehenden Fortbildungsprogramme für Grundschullehrkräfte sind für den Übergang auszubauen, um die Förderung der mathematischen Basiskompetenzen fortgesetzt zu sichern.

TA 19 Fortbildungen – Bildung in der digitalen Welt
Entwicklung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen, die zur Förderung der digitalen Kompetenzen der Lehrkräfte beitragen. Des Weiteren sollen Formate angeboten werden, die die Schul- und Unterrichtsentwicklung bezogen auf die Digitalisierungsprozesse unterstützen.

TA 20 Qualitätsentwicklung und Sicherung der Gartenarbeitsschulen
Qualitätsentwicklung (SchulG § 124) und Sicherung der Gartenarbeitsschulen. Konzeptionelle Stärkung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie die Stärkung der Naturerfahrung in Unterricht und Ganztag. Die kommunalen Gartenarbeitschulen (Schul-Umwelt-Zentren) sollen so ausgestattet werden, dass sie zu tragenden Säulen bei der Umsetzung dieses Ziels werden.

42790	**111**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**16.124,40** **R 45.330,48**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990, 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
42801	**111**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**9.329.000**	**9.703.000**	**8.369.000**	**8.218.305,19**
42811	**111**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**275.000**	**286.000**	**156.000**	**224.021,31**
42890	**111**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**155.361,79** **R 927,47**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990, 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
44100	**111**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**422.000**	**434.000**	**380.000**	**391.793,17**
51101	**111**	**Geschäftsbedarf**	**135.000**	**135.000**	**135.000**	**120.537,46**
		Aufwendungen für Bürobedarf, Bücher und Zeitschriften, Postgebühren und drucktechnische Erzeugnisse				
51140	**111**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**105.000**	**105.000**	**105.000**	**53.111,99**
		Pflege und Reparatur von fachtechnischen Geräten und Ausstattungsgegenständen, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen insbesondere für das Bildungs- und Medienzentrum Levetzowstraße, das Studienzentrum Erziehung, Pädagogik, Schule (StEPS) Georgenstraße, die wachsende Zahl an Schulpraktischen Seminaren und die Fortbildungszentren der regionalen Fortbildung.				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51190	**111**	**Geschäftsbedarf, Geräte, Gebrauchsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**500,00 R 19.002,79**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990, 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
51803	**111**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**39.759,05**

Insbesondere für die verschiedenen Bildungsstandorte: Bildungs- und Medienzentrum Levetzowstraße, Studienzentrum Erziehung, Pädagogik und Schule (StEPS), Schulpraktische Seminare, Fortbildungszentren der regionalen Fortbildung

52306	**129**	**Archive und Sammlungen**	**140.000**	**140.000**	**140.000**	**139.975,04**

Insbesondere Print- und Online-Medien für das Bildungs- und Medienzentrum Levetzowstraße

52501	**111**	**Aus- und Fortbildung**	**3.131.000**	**3.131.000**	**4.526.000**	**2.090.711,01**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 42701. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsfähig..
150.000,0 EUR werden künftig bei 63207 nachgewiesen.
90.000,0 EUR werden künftig bei 68569 nachgewiesen.

Betroffen sind die Maßnahmen Fortbildung für Mathe/Deutsch sowie IGSV (TA 3) und proRespekt (TA10).

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Berufsbegleitende Weiterbildung und Studien	870.000	870.000	890.000
2	Regionale/Überregionale Fortbildung	120.000	120.000	120.000
3	Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV)	40.000	40.000	60.000
4	iMINT-Akademie	38.000	38.000	38.000
5	Berufs- und Studienorientierung	22.000	22.000	22.000
6	Open Educational Resources (OER)	75.000	75.000	55.000
7	Fortbildung zur Stärkung der Diversity-Kompetenz von Lehrkräften	150.000	150.000	150.000
8	Komponente Qualitätspaket Quereinstieg	570.000	570.000	570.000
9	Leadership.lab	100.000	100.000	100.000
10	proRespekt - gewaltfreie Schulen demokratisch gestalten	10.000	10.000	10.000
11	Junior1stein: MINT-Fortbildungen für Cluster	122.000	122.000	122.000
12	Schulungen zur Digitalisierung des Vorbereitungsdienstes	14.000	14.000	14.000
13	Fortbildungen zu Bildung in der digitalen Welt	600.000	600.000	1.250.000
14	Qualifizierungsmaßnahmen für Sonstige Lehrkräfte	400.000	400.000	1.125.000
	Summe	**3.131.000**	**3.131.000**	**4.526.000**

TA 1 Berufsbegleitende Weiterbildung und Studien
Ausbau der berufsbegleitenden Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte gemäß WBLVO zur Steuerung einer fachgerechten Professionalisierung bei weiter wachsenden Einstellungsbedarfen sowie die Entwicklung eines vergleichbaren Maßnahmenangebots für das weitere pädagogische Personal an Schulen; Vereinbarungen mit Instituten und Universitäten für berufsbegleitende Weiterbildungsstudien und anderen Weiterbildungsmaßnahmen gemäß § 18 LBiG i.V. mit § 4,5,6 WBLVO sowie den Maßnahmen gemäß § 12 LBiG für Qualifizierungsdienstleistungen im Rahmen von fachlichen und bildungspolitischen Schwerpunkten.

TA 2 Regionale/Überregionale Fortbildung
Fachtagungen und andere Fortbildungsveranstaltungen zu bildungspolitischen Schwerpunktthemen unter Hinzuziehung von externen Expertinnen und Experten, Ausbau und Weiterentwicklung von Fortbildungsprogrammen mit Kooperationspartnerinnen und -partnern zur Unterrichts- und Schulentwicklung zur Bildung in der digitalen Welt.

TA 3 Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV)
Fortbildung und Qualifizierung von Schlüsselpersonen und Fachkräften der Schulen sowie Bereitstellung von Materialien im Rahmen des Maßnahmenplans der IGSV.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

TA 4 iMINT-Akademie
Fortbildungsmaßnahmen der iMINT-Akademie in den MINT-Fächern für Berliner Lehrkräfte, Schulberaterinnen und Schulberater, Seminarleiter, Referendare, Lehramtsstudenten und die Akademiemitglieder, dazu gehört die Durchführungen von Fachtagungen und anderen Fortbildungsveranstaltungen, auch unter Hinzuziehung von externen Experten.

TA 5 Berufs- und Studienorientierung
Qualifizierungsdienstleistungen für die Leitungen der Schulpraktischen Seminare (SPS) und Fachseminare.

TA 6 Open Educational Resources (OER)
Qualifizierungen für Lehrkräfte zur Erstellung von OER-Objekten (u. a. OER-Schulberaterinnen und Schulberater). Neben Wissen zum Urheberrecht und Lizenzen stehen die gezielte Begleitung in der OER-Erstellungsphase hinsichtlich formal rechtlicher Aspekte sowie Befähigung zur Durchführung eigener OER-Fortbildungen in den Fachkonferenzen und schulinternen Angeboten im Mittelpunkt. Außerdem werden Aktivitäten zur Sensibilisierung für das Thema OER in Aus- und Fortbildung platziert.

TA 7 Fortbildung zur Stärkung der Diversity-Kompetenz von Lehrkräften
Es werden Fortbildungs- und Beratungsangebote für Lehrkräfte an Grund-, weiterführenden und beruflichen Schulen angeboten. Die Lehrkräfte werden in ihrer Diversity-Kompetenz gestärkt und im Umgang mit Antisemitismus, antimusli-mischen Rassismus, anti-schwarzem Rassismus, Querfeindlichkeit, Ableismus, Seximsus und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit geschult sowie für einen empowernden Ansatz von Schülerinnen und Schülern gestärkt. Die Angebote sollen die Urteilskompetenz und Handlungsfähigkeit der Lehrkräfte im Umgang mit Konflikten im Schulalltag fördern und Präventionsmöglichkeiten aufzeigen. Übergeordnetes Ziel ist die Unterstützung einer diskriminierungskritischen, diversitätssensiblen und demokratischen Schulkultur.

TA 8 Komponente Qualitätspaket Quereinstieg
Das für Quereinsteigende neu entwickelte Qualifizierungsprogramm „QuerBer“, welches die Quereinsteigenden bereits vor der Unterrichtsaufnahme professionell auf die neue Tätigkeit vorbereitet sowie pädagogisch vertiefend fördert und kollegial begleitet, wird gemäß den steigenden Bedarfszahlen weiter ausgebaut. Die ganzjährig wöchentlich stattfindenden Lehrveranstaltungen werden durch externe Experten unterstützt. Die Programmmaßnahmen werden fortlaufend weiterentwickelt und evaluiert.

TA 9 Leadership.lab
Im Leadership.lab werden diverse Qualifizierungsangebote zu bildungspolitischen Schwerpunktthemen, unter Hinzuziehung von externen Expertinnen und Experten, angeboten. Zur individuellen Beratung von schulischen Führungskräften werden Mentorenprogramme gestaltet und Coachings und Supervisionen vorgehalten.

TA 10 proRespekt – gewaltfreie Schulen demokratisch gestalten
Qualifizierungskonzept zur Gewaltprävention- und Intervention an Schulen für proRespekt-Coaches und proRespekt-Piloten

TA 11 Junior1stein: MINT-Fortbildungen für Cluster
Fort- und Weiterbildungen sowie Coaching für MINT-Cluster bieten die Chance, die Akteure entlang der Bildungskette zu vernetzen, Synergien zu nutzen und die Clustereinrichtungen zu unterstützen. Junior1stein unterstützt bei der Berufsorientierung, vernetzt wichtige außerschulische Angebote und stärkt somit die MINT-Bildung.

TA 12 Schulungen zur Digitalisierung des Vorbereitungsdienstes
Im Rahmen der Digitalisierung ist es notwendig die Seminarleitungen und Fachseminarleitungen technisch zum Umgang mit den mobilen Endgeräten, Smartboards und neuer Software zu schulen. Zusätzlich ist es notwendig, die Seminar- und Fachseminarleitungen darin zu unterstützen, sich die neuen digitalen Formen des Lehrens und Lernens didaktisch und fachdidaktisch zu erschließen.

TA 13 Fortbildungen zu Bildung in der digitalen Welt
Konzeptionelle Weiterentwicklung von Fortbildungsprogrammen für Lehrkräfte zur Bildung in der digitalen Welt durch externe Referentinnen und Referenten. Insbesondere Durchführung von Fortbildungen und Beratungen zur digitalen Schulentwicklung, die die Unterrichtsentwicklung in den Fokus nehmen sowie Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (z. B. Schulberaterinnen und Schulberater sowie Lehrkräfte an Schulen) zu Themen der Bildung in der Digitalen Welt.

TA 14 Qualifizierungsmaßnahmen für Sonstige Lehrkräfte
Weiterqualifizierung der Sonstigen Lehrkräfte ohne Lehramt. Mit dieser Maßnahme sollen alle Möglichkeiten einer fachlichen Qualifizierung, auch mit dem potentiellen Ziel der Höhergruppierung, ausgeschöpft werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52509	**129**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**1.286.000**	**1.286.000**	**1.286.000**	**74.922,08**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Fortbildungszentren der regionalen Fortbildung	5.900	5.900	5.900
2	Schulpraktische Seminare	2.300	2.300	2.300
3	iMINT-Akademie	81.800	81.800	81.800
4	Studienzentrum für Erziehung, Pädagogik und Schule (StEPS)	20.000	20.000	20.000
5	Digitale Anwendungen und Bildungsmaterialien	900.000	900.000	900.000
6	Digitale Tools zur Ausgestaltung von Prüfungen und Schulabschlussverfahren	50.000	50.000	50.000
7	Austauschplattformen zur Erstellung und Verwaltung von Prüfungsaufgaben und Unterlagen	40.000	40.000	40.000
8	Digitalisierung Vorbereitungsdienst	186.000	186.000	186.000
	Summe	**1.286.000**	**1.286.000**	**1.286.000**

TA 1 Fortbildungszentrum der regionalen Fortbildung/TA 2 Schulpraktische Seminare
Ausstattung der Fortbildungszentren der regionalen Fortbildung und der Schulpraktischen Seminare mit notwendigen Lehr- und Lernmitteln.

TA 3 iMINT-Akademie
Entwicklung und Verbreitung von Materialien für einen individualisierten Unterricht in den MINT-Fächern. Dazu gehören: Entwicklung und Bereitstellung von Experimentierboxen, Themenkisten, Kartei zur Rechenschwäche und Unterrichtsmaterialien in den MINT-Fächern. Bereitstellung und Verbreitung der Materialien für Grundschulen, weiterführende Schulen und Willkommensklassen. Ausstattung der Lernwerkstätten Naturwissenschaften und Mathematik. Material für innovative, fächerübergreifende Unterrichtsmodule unter Nutzung von Plattformen, digitalen Medien und IT-Technik.

TA 5 Digitale Anwendungen und Bildungsmaterialien
Zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie und für Projekte zur Medienbildung sowie der Ausprägung von digitalen Kompetenzen sollen geeignete Unterrichtsmaterialien, Plattformen und digitale Werkzeuge für Schulen beschafft werden. Dazu zählt z. B. der Erwerb zentraler Lizenzen, die Beschaffung bzw. Entwicklung geeigneter digitaler Werkzeuge für den Unterricht und zur Stärkung individuellen Lernens**.**

TA 6 Digitale Tools zur Ausgestaltung von Prüfungen und Schulabschlussverfahren
Für bestimmte Schülerinnen und Schüler (z. B. Risikoschüler oder langfristig Erkrankte) sollen Verfahren bereitgestellt werden, damit diese chancengleich an Prüfungen und anderen Leistungsfeststellungen teilnehmen können. Hierfür sollen Konzepte und technische Lösungen entwickelt werden. Die Eignung und Szenarien für den Einsatz werden in einem Pilotprojekt untersucht und anschließend in ein regelhaftes Verfahren überführt und angeboten.

TA 7 Austauschplattformen zur Erstellung und Verwaltung von Prüfungsaufgaben und Unterlagen
Beschaffung und landesspezifische Anpassung bzw. Neuentwicklung digitaler Plattformen für die Aufgabenerstellung und die Distribution von Prüfungsaufgaben für zentrale und dezentrale Prüfungen einschließlich laufendem technischen Support.

TA 8 Digitalisierung Vorbereitungsdienst
Im Zuge der Digitalisierung der Schulen soll auch der Vorbereitungsdienst digitale Formen des Lehrens und Lernens vermitteln. Hierzu ist es notwendig, den edukativen Bereich entsprechend u. a. mit Tabletts, WLAN, Rechner für Smartboards und Software auszustatten.

52518	**114**	**Qualifizierungsmaßnahmen und Projektmittel (Inklusive Schulen)**	**700.000**	**700.000**	**700.000**	**353.472,22**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei Titel 42701. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsfähig..

Unter Berücksichtigung der UN-BRK soll der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die am gemeinsamen Unterricht in der allgemeinbildenden Schule teilnehmen, erhöht werden. Die Umsteuerung hat mit dem Schuljahr 2014/15 begonnen und wird schrittweise erfolgen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Schwerpunkte der Arbeit sind die Etablierung der Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren, die Steigerung der Anzahl der Inklusiven Schwerpunktschulen, die Umstellung der Ressourcenzuweisung in den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten „Lernen“, „Emotionale und soziale Entwicklung“ und „Sprache“, die Qualifizierung des pädagogischen Personals, die Evaluation von umgesetzten Maßnahmen und die Entwicklung und Umsetzung weiterer Konzepte und Projekte der inklusiven Schule sowie die Entwicklung und Implementierung unterstützender Materialien und Medien.

52519	**129**	**Maßnahmen zur Sprachbildung und -förderung sowie interkulturellen Öffnung**	**320.000**	**320.000**	**320.000**	**226.233,35**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei Titel 42701. Sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsfähig..
80.000,0 EUR werden künftig bei 68569 nachgewiesen.

Sprachliche Kompetenz ist die Grundlage für jeglichen Bildungserfolg sowie für eine erfolgreiche Integration.

Eine große Anzahl von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen mit geringen Deutschkenntnissen wird weiterhin kontinuierlich aus den Willkommensklassen in das Regelsystem übergehen. Aber auch Kinder mit deutscher Herkunftssprache haben oft sprachliche Defizite. Um sie angemessen fördern und so schulische Erfolge und bestmögliche Abschlüsse gewährleisten zu können, sind vielfältige Bildungsangebote und unterstützende Maßnahmen erforderlich.

Dies umfasst u. a.
- Maßnahmen zur Qualifizierung des pädagogischen Personals von Kindertagesstätten und Schulen (Qualifizierung von Pädagoginnen und Pädagogen in Willkommensklassen, Maßnahmen zum Themenfeld sprachliche Bildung im Unterricht, Maßnahmen im Bereich interkulturelle Bildung, Sprachbildung/Sprachförderung für das pädagogische Personal in der ergänzenden Förderung und Betreuung, Sprachliche Bildung im Elementarbereich, Entwicklung und Verbreitung von Materialien),
- Schulbegleitprogramme in den Bereichen sprachliche und interkulturelle Bildung (u. a. Umsetzung des Transfers des Bund-Ländervorhabens Bildung durch Sprache und Schrift – BISS)
- Projekte zur Implementierung von durchgängiger Sprachbildung und zur interkulturellen Öffnung (Das Deutsche Sprachdiplom der KMK, LeseProfis – Peerprojekt zur Leseförderung, Jugend debattiert in Willkommensklassen),
- Bereitstellung von Instrumenten zur Sprachstandserhebung und Förderung (u. a. 2P I Potenzial und Perspektive - ein Online-Instrument zur Erfassung sprachlicher und fachlicher Kompetenzen von neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern),
- außerschulische Sprachförderung (Sprachcamps, Vorbereitung von Abschlüssen, Kooperationen mit Anbietern mit externen Partnern zum kreativen Spracherwerb).

52520	**129**	**Maßnahmen für die Begabungsförderung von Schülerinnen und Schülern**	**1.641.000**	**1.641.000**	**1.101.800**	**339.065,08**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei 42701. Außerdem unterliegen die Ausgaben der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.
20.200,0 EUR werden künftig bei 68569 nachgewiesen.
170.000,0 EUR werden künftig bei 68585 nachgewiesen.

Programm „Begabtes Berlin“ zur Förderung der Begabungen aller Schülerinnen und Schüler.

In diesem Rahmen sind u. a. vorgesehen:
- Weiterentwicklung der Begabungsförderung im Elementarbereich durch Qualifizierungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher (z. B. Fachtag, Fortbildung zum BegaPaket) sowie der Anpassung und Erweiterung von Materialien (z. B. BegaPaket),
- Aufbau von Kooperationen zwischen Kitas und Grundschulen zur Verstärkung der Talentsuche und Förderung von Kompetenzen der Kinder durch zusätzliche Angebote,
- Weiterentwicklung der Begabungsförderung für alle Schülerinnen und Schüler im Unterricht und im Ganztag; Aufbau des Programms BegaSchule, Ausbau der Ferienangebote, Unterstützung der Netzwerkschulen und der Schulen mit regionalen Begabtengruppen am Nachmittag,
- Unterstützung des Bund-Länder-Programms Leistung macht Schule (LemaS),
- Qualifikation des pädagogischen Personals der Schulen und der Sibuz (Schulpsychologisches und inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum) zur Erweiterung des Handlungsrepertoires: Ringvorlesungen Online, Schulung zu dem multidimensionalen Begabungs- und Entwicklungstool mBET sowie zum BegaPaket,
- Entwicklung und Aufbau eines weiteren Mentorenprogramms zur Identifikation und Erfassung von Begabungen bei Kindern und Jugendlichen insbesondere aus bildungsfernen und sozial schwachen Elternhäusern,
- Organisation und Durchführung eines jährlich stattfindenden Fachtages,
- Durchführung der wissenschaftlichen Begleitung der Maßnahmen der Begabungsförderung,
- Ausbau der Fachstelle Begabungsförderung mit Beratungsangeboten für Eltern und das pädagogische Personal.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52590	**111**	**Aus- und Fortbildung und Umschulung aus Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990, 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
52594	**111**	**Lehrmittel aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.067,98** **R 14.625,02**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990, 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
52602	**111**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**15.500**	**15.500**	**15.500**	**7.328,33**

Geschäftsausgaben der Landesgremien gemäß § 121 Schulgesetz

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Landesschulbeirat (LSB)	1.200	1.200	1.200
2	Landeselternausschuss (LEA)	1.200	1.200	1.200
3	Landeslehrerausschuss (LLA)	1.200	1.200	1.200
4	Landesschülerausschuss (LSA)	10.000	10.000	10.000
5	Mitgliedsbeitrag Bundeselternrat	1.050	1.050	1.050
6	Sonstiges	850	850	850
	Summe	**15.500**	**15.500**	**15.500**

52703	**111**	**Dienstreisen**	**46.400**	**46.400**	**46.400**	**12.903,23**

Teilnahmen an verpflichtenden Sitzungen, insbesondere an KMK-Sitzungen, Fachausschüssen und Fachkommissionen, Unterausschüssen etc.

52790	**111**	**Dienstreisen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**46,69** **R 24.538,42**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990, 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
54010	**111**	**Dienstleistungen**	**3.381.000**	**3.325.000**	**3.535.000**	**587.083,00**
		320.000,0 EUR werden künftig bei 68569 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.129.000**	**180.000**		
		Davon fällig 2025	**473.000**			
		Davon fällig 2026	**305.000**	**180.000**		
		Davon fällig 2027	**351.000**	**—**		
		Von der Umsetzung betroffen ist die Maßnahme Begleitkonzept für Quereinsteigende im Ganztag (TA 11).				

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	1.250.000	150.000	-

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Fortführung verschiedener Maßnahmen u. wissenschaftlicher Begleituntersuchungen zur Qualitätsentwicklung des Berliner Bildungswesens	360.000	360.000	360.000
2	Schulisches Mittagessen	243.400	215.500	157.000
3	Lernausgangslage 7	110.000	55.000	110.000
4	Druck und Versand ILEA	71.000	71.000	71.000
5	Umsetzung der Ergebnisse der Yad-Vashem-Kooperation	100.000	100.000	100.000

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
6	Erwachsenenbildungsgesetz	10.000	10.000	10.000
7	Mütter-/Elternkurse	30.000	30.000	30.000
8	Initiative "Schule gegen sexuelle Gewalt"	100.000	100.000	150.000
9	Interaktives Theaterstück "Trau Dich!"	30.000	30.000	90.000
10	Strategisches Querschnittsprojekt "eine Region wird besser"	100.000	100.000	100.000
11	Begleitkonzept für Quereinsteigende im Ganztag	80.000	80.000	80.000
12	Projekt Mathe sicher können	88.000	88.000	88.000
13	Vergabe von Leistungen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes II (KInvFGII)	139.000	139.000	139.000
14	iMINT-Akademie	40.000	40.000	40.000
15	Unterrichtsmaterial im Kontext neuer Rahmenlehrpläne	200.000	200.000	200.000
16	Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung Schularten	80.000	80.000	100.000
17	Qualitätsstrategie Bildungsqualität	20.000	20.000	-
18	Referent/in Bildung für nachhaltige Entwicklung und Klima	100.000	100.000	100.000
19	Landeskonzeption Alphabetisierung und Grundbildung	50.000	50.000	50.000
20	Evaluation Vorbereitungsdienst	30.000	30.000	30.000
21	Förderung Mehrsprachigkeit	424.000	476.000	350.000
22	Vorbereitungen für ein Berliner Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung	250.000	250.000	250.000
23	Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung in Kita und Schule	50.000	50.000	100.000
24	Weiterentwicklung der erweiterten Lernwelten an den Berliner Volkshochschulen	100.000	100.000	100.000
25	Längsschnittstudie Lehrkräftebildung	50.000	50.000	50.000
26	Wissenschaftliche Begleitstudie Bildung in der digitalen Welt	200.000	200.000	200.000
27	Servicestelle außerschulische Bildung	-	200.000	-
28	Festanstellung VHS-DozentInnen	75.000	100.000	-
29	Universitäre Studie Mobbing, Antisemitismus, Sexismus, Konflikte durch religiösen Konformitätsdruck, Queer- und Transfeindlichkeit und andere Diskriminierungsformen	250.000	-	-
30	Gemeinschaftsschulen: Fusion Grund- und Oberschulen	-	-	180.000
31	Längsschnittstudie Gemeinschaftsschulen	-	-	300.000
	Summe	**3.380.400**	**3.324.500**	**3.535.000**
	rd.	**3.381.000**	**3.325.000**	**3.535.000**

TA 2 Schulisches Mittagessen
Anlassbezogene Beprobung auf Grundlage von Beanstandungen bzw. Veranlassung der Qualitätskontrollstelle sowie juristische Begleitung des Vergabeverfahrens.

TA 3 Lernausgangslage 7
Bereitstellung der Hefte für die Lernausgangslage im Jahrgang 7 und Neukonzeption. Geplant ist, mit wissenschaftlicher Begleitung ein wirksames Instrument für die Diagnose und Förderung am Übergang zur weiterführenden Schule zu erarbeiten. Entwickelt werden soll eine dauerhafte Fassung, die in modularisierter Form für alle Berliner Schulen mit Sek I bereitgestellt werden kann.

TA 4 Druck und Versand von ILeA
Die Maßnahmen 11 und 15 der Qualitätsoffensive „Potentiale entfalten. Ergebnisse steigern“ sehen die verpflichtende Einführung von Individuellen Lernstandserhebungen (ILeA) vor. Das Instrument liegt als Printversion für Deutsch in den Jahrgangsstufen 2, 4 und 5 sowie Mathematik in den Jahrgangsstufen 4 und 5 inklusive von Heften für die Lehrkräfte vor.

TA 5 Umsetzung der Ergebnisse der Yad-Vashem-Kooperation
Entwicklung von schulischen Projekten, Unterrichtsmaterialien, Ausstellungen, etc. zur Antisemitismusprävention, Akzeptanz von Vielfalt und Demokratiebildung, die aus Anregungen der Fortbildungsreisen nach Yad Vashem hervorgehen und im Netzwerk der teilnehmenden Lehrkräfte und pädagogischen Fachkräfte umgesetzt werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

TA 6 Erwachsenenbildungsgesetz
Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes fallen Kosten für Dienstleistungen für den Druck von Publikationen und Durchführung von Fachveranstaltungen auch in Hinblick auf den geplanten Fonds zur Förderung innovativer Maßnahmen anerkannter Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie für die Gremienbetreuung (Erwachsenenbildungsbeirat) an.

TA 7 Mütter-/Elternkurse
Evaluation der Mütter-/Elternkurse zur Qualitätssicherung und zu Steuerungszwecken.

TA 8 Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“
Fachliches Unterstützungsangebot für Schulen zur Entwicklung eines Konzeptes zum Schutz vor sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen

TA 9 Interaktives Theaterstück „Trau Dich!“
Organisation und Durchführung des Theaterstücks "Trau Dich!", eine Präventionsmaßnahme gegen sexuellen Missbrauch

TA 10 Strategisches Querschnittsprojekt „eine Region wird besser“
Die Qualifizierung bettet sich in die Gesamtstrategie zur Qualitätsentwicklung und -sicherung ein und hat die Entwicklung eines gemeinsamen besseren Verständnisses von komplexen Schulentwicklungsprozessen sowie Lösungsansätzen und die Entwicklung von Gesprächsführungskompetenzen zum Ziel (professioneller Dialog). Dabei wird auf die Stärkung von Feedback-Kultur, Zusammenarbeit und Vernetzungen von Schulaufsichten und Schulleitungen ebenso wertgelegt wie auf die Förderung eines gemeinsamen und abgestimmten Handlungskonzeptes sowohl auf der Ebene exemplarisch ausgewählter Schulen/Schulleitungsteams als auch im Schulaufsichtsteam. Einzelne Schulen arbeiten an dem systemisch angelegten Pilotvorhaben in Kooperation mit der Robert-Bosch Stiftung zu designbasierter Schulentwicklung (DBSE) mit.

TA 11 Begleitkonzept für Quereinsteigende im Ganztag
Im Rahmen des „Begleitkonzepts für Quereinsteigende im Ganztag“ findet eine Qualifizierungsreihe zu Anleitungsprozessen in der pädagogischen Arbeit an Berliner Ganztagsschulen für Berufs- und Quereinsteigende und ihre Anleitenden statt. Hintergrund ist, dass immer mehr angehende Fachkräfte in der pädagogischen Arbeit an Berliner Ganztagsschulen aus verschiedenen Quereinstiegskontexten kommen oder sich in berufsbegleitender Ausbildung befinden. Sie sind gleichzeitig sowohl vollwertige Kollegin oder vollwertiger Kollege als auch Lernende. Sie brauchen die Unterstützung, Anleitung und Beratung einer erfahrenen Fachkraft, die den Berufseinstieg in einen angeleiteten Prozess überführt und so nicht zuletzt auch die Arbeitszufriedenheit der dringend benötigten Pädagoginnen und Pädagogen erhöht.

TA 12 Projekt Mathe sicher können
Das Projekt „Mathe sicher können" im Rahmen der Qualitätsoffensive hat das Ziel, die fachliche und fachdidaktische Kompetenz von Lehrkräften im Fach Mathematik zu stärken. Kernelemente sind die Qualifizierung von Schulberaterinnen und Schulberatern zur Prozessbegleitung in den Schulen, der Aufbau von regionalen Netzwerken mit Fokus auf den Übergang sowie die wissenschaftliche Beratung, Begleitung und Evaluation der Implementierung dieses Förder-und Diagnosekonzeptes.

TA 13 Vergabe von Leistungen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFGII)
Ausgaben für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen der im Jahr 2019 erfolgten Beauftragung (nach einer EU-weiten Ausschreibung) eines externen Dienstleisters zur Unterstützung bei der Umsetzung der Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur für Schulen in freier Trägerschaft (KInvFG2-FRI-SifT).

TA 14 iMINT-Akademie
In Zusammenarbeit mit externen Projektpartnern werden mit dem Ziel der Qualitätssicherung inklusive Unterrichtsmaterialien im OER-Format für die MINT-Fächer entwickelt und verbreitet. Insbesondere werden sprachfördernde und medienbildende Angebote erstellt, die für Lerngruppen mit heterogenen Lernvoraussetzungen geeignet sind und ein selbstständiges Lernen ermöglichen. Hierzu zählen unter anderem Materialien für innovative, fächerübergreifende Unterrichtsmodule unter Nutzung von Plattformen, digitalen Medien und IT-Technik.

TA 15 Unterrichtsmaterial im Kontext neuer Rahmenlehrpläne
Für alle Fächer in der Sekundarstufe II werden die curricularen Vorgaben für die überfachliche Kompetenzentwicklung neu gefasst. Dadurch wird dieser Bereich in Fortführung des Rahmenlehrplans 1- 10 in allen Berliner Rahmenlehrplänen für den allgemeinbildenden Unterricht verankert. Sowohl fächerübergreifend als auch fachspezifisch sind Unterrichtsmaterialien zu entwickeln bzw. zu beschaffen, durch die Lehrkräfte und Schulen bei der Umsetzung der Rahmenlehrvorgaben unterstützt werden.

TA 16 Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung Schularten
Zielgerichtet werden in Zusammenarbeit mit den SL-AG der Schularten und den schulartbezogenen Schulaufsichtskolleginnen und -kollegen schulfachliche Fragen zu den Schularten erörtert. Dabei werden drängende und relevante Themen von vertiefter Zusammenarbeit exemplarisch und mit Bezug zu den Empfehlungen der Qualitätskommission von Prof. Köller aufgenommen und soweit möglich auch gemeinsam mit Wissenschaftlern und Studierenden (zum Beispiel der Humboldt-Universität erarbeitet (vgl. AG „Basiskompetenzen stärken“ oder „Anfangsunterricht Fremdsprachen“, hier: altsprachlich). Neue Veranstaltungsformate sollen initiiert werden, um den bezirksübergreifenden fachlichen Austausch zu verbessern.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

TA 17 Qualitätsstrategie Bildungsqualität
Geschäftsstelle des Qualitätsbeirats für Bildung, Programmmanagement der Strategie zur Steigerung der Bildungsqualität

TA 18 Referent/in Bildung für nachhaltige Entwicklung und Klima
Steuerung von modellhaften Prozessen der Schulentwicklung im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Klima, Erarbeitung und Vermittlung von Unterrichtsmaterialien und unterrichtsbegleitenden Projekten im Themenfeld, Organisation und Umsetzung der Klimazukunftskonferenz und anderer Projekte zur Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an Maßnahmen zu diesen Themen.

TA 19 Landeskonzeption Alphabetisierung und Grundbildung
Beauftragung der Entwicklung einer Landeskonzeption als Weiterentwicklung und Verbreiterung der Senatsstrategie Alphabetisierung und Grundbildung (2015 - 2018). Über die Landeskonzeption sollen die Bezirke systematisch in die Grundbildungsstrategie des Landes einbezogen werden, ebenso die für das Thema besonders relevanten Senatsressorts sowie die freien Träger der Alphabetisierung. Für die Erarbeitung der Landeskonzeption und die Einbeziehung der Partner ist ein professionelles Projektmanagement erforderlich.

TA 20 Evaluation Vorbereitungsdienst
Nach § 4 des Gesetzes über die Aus- Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte im Land Berlin (Lehrkräftebildungsgesetz - LBiG) vom 07. Februar 2014 haben alle Einrichtungen der Lehrkräftebildung die Qualität und den Erfolg ihrer Arbeit regelmäßig zu ermitteln und zu bewerten (interne Evaluation). Die Evaluation wird Auswirkungen auf die Kompetenzentwicklung der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter sowie auf die strukturelle Ausbildung in den Seminaren haben.

TA 21 Förderung Mehrsprachigkeit
Die Förderung der Mehrsprachigkeit unterstützt die zielgerechte weitere Umsetzung des entsprechenden Konzeptes für die Berliner Schule (Dez. 2021) bzw. des § 15 SchulG „Förderung von Zwei- und Mehrsprachigkeit“. Geplant sind u. a. Maßnahmen zur Stärkung des Fremdsprachenunterrichts, die Einführung eines Gütesiegels „Gute mehrsprachige Schule“ und die weitere Förderung des bilingualen Unterrichts.

TA 22 Vorbereitungen für ein Berliner Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung
Konzept- und Organisationsentwicklung für ein Berliner Landesinstitut zur Aus- Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und des weiteren pädagogischen Personals an Berliner Schulen.

TA 23 Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung in Kita und Schule
Zur Finanzierung von Maßnahmen der Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung in Kita und Schule, insb. zur Umsetzung von § 12 Absatz 4 des Schulgesetzes und § 17a des Berliner Mobilitätsgesetzes.

TA 24 Weiterentwicklung der erweiterten Lernwelten an den Berliner Volkshochschulen
Fortbildung für die Erweiterung digitaler Kompetenzen von Kursleitenden in der Erwachsenenbildung und im Servicezentrum der Berliner VHS. Zudem soll eine exemplarische Systematisierung und Weiterentwicklung von Open Educational Resources in der Erwachsenenbildung in Berlin erfolgen.

TA 25 Längsschnittstudie Lehrkräftebildung
Unterstützung und Fortführung der im Jahr 2023 in Kooperation mit der SenWGP begonnenen Multikohortenstudie. Die Studie ist so angelegt, dass sie eine Längsschnittuntersuchung ermöglicht, um für alle drei Phasen der Lehrkräftebildung zu analysieren, zu welchen Zeitpunkten es ggf. zu Abbrüchen kommt.

TA 26 Wissenschaftliche Begleitstudie Bildung in der digitalen Welt
Stärkung der Selbstregulationsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern und Erhöhung des Lernerfolgs durch hybride digital gestützte Lernangebote. Der Schulversuch „Hybrides Lernen“ ist ein wichtiges Schulentwicklungsvorhaben mit Blick auf die Weiterentwicklung und nachhaltige Implementierung digitaler Formate in Unterrichtssettings.

TA 27 Servicestelle außerschulische Bildung
Einrichtung einer Servicestelle Außerschulische Bildung. Die Einrichtung soll die Transparenz des sehr vielfältigen Angebots und seine Passgenauigkeit mit den Bedarfen der Schulen verbessern, die Qualität des Angebots überprüfen und Beratung für freie Träger und Schulen anbieten.

TA 28 Festanstellung VHS-DozentInnen
Für eine Festanstellung von VHS Kursleitenden, weg vom Status als Honorarkraft hin zur Arbeitnehmerin oder zum Arbeitnehmer angestellt beim Land Berlin, gibt es Berlin- und Deutschlandweit kein direktes Vorbild. Um diese Vorgabe realisieren zu können, braucht es umfangreiche Vorarbeiten, die partizipativ zwischen Senat und den Bezirken erfolgen müssen, aber auch zwischen den zu beteiligenden Senatsressorts sowie ggf. unter Einbezug der Kursleitenden und ihrer Vertretungen. Die zusätzlichen Mittel werden benötigt, um eine externe Unterstützung mit der Prozessbegleitung sowie ggf. das Einholen externer Rechtsgutachten zu beauftragen.

TA 29 Universitäre Studie Mobbing, Antisemitismus, Sexismus, Konflikte durch religiösen Konformitätsdruck, Queer- und Transfeindlichkeit und andere Diskriminierungsformen
Beauftragung einer Universität oder eines Forschungsinstituts mit dem Design, der Durchführung und der Auswertung einer explorativen Studie bezüglich der Quantität und Qualität der Erscheinungsformen von Mobbing, Antisemitismus, Sexismus, Konflikten durch religiösen Konformitätsdruck, Quer- und Transfeindlichkeit und anderen Diskriminierungsformen an Berliner Schulen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54024	**129**	**Aufführungsrechte, Kompositionsaufträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

GEMA-Gebühren für zentrale schulische Veranstaltungen (Pauschalabgeltung).

54025	**111**	**Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche**	**2.017.000**	**2.017.000**	**2.017.000**	**1.804.541,00**

Vertragliche Verpflichtung zur Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche nach dem Urheberrechtsgesetz für die Zugänglichmachung und Vervielfältigung von für den Unterricht geeigneter Materialien in der Berliner Schule sowie weitere, mit Verwertungsgesellschaften, abgeschlossene Verträge.

54034	**111**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen der Selbstversicherung nach den Haftpflicht- und Eigenschädengrundsätzen.

54053	**111**	**Veranstaltungen**	**1.236.000**	**1.236.000**	**1.286.000**	**663.718,78**

1.325.000,0 EUR werden künftig bei 68419 nachgewiesen.

Betroffen ist die Maßnahme Schulschwimmen und Intensivschwimmkurse

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Deutscher Motorik Test (DMT)	458.000	458.000	458.000
2	Jugend trainiert für Olympia	529.000	529.000	529.000
3	Jugend trainiert für Paralympics	83.000	83.000	83.000
4	Schulsportliche Wettkämpfe und Veranstaltungen	10.000	10.000	10.000
5	Zentrale musisch-künstlerische Veranstaltungen mit Schulen	29.200	29.200	29.200
6	Kooperationsvertrag Yad Vashem	50.000	50.000	50.000
7	Denkmal Aktiv - Kulturerbe macht Schule	10.400	10.400	10.400
8	Veranstaltungen im Rahmen der Qualitätsentwicklung	20.800	20.800	20.800
9	Musikalische Grundschule	17.000	17.000	17.000
10	Jugend debattiert	22.000	22.000	22.000
11	Kleinveranstaltungen	5.200	5.200	5.200
12	Schulsportliche Sonderprojekte	1.000	1.000	1.000
13	UNESCO-Schulen-Jahrestagung 2023 in Berlin	-	-	50.000
	Summe	**1.235.600**	**1.235.600**	**1.285.600**
	rd.	**1.236.000**	**1.236.000**	**1.286.000**

TA 1 Deutscher Motorik Test (DMT)
Bewegungs-, Sport- und Gesundheitsangebote an den Berliner Schulen in Kooperation mit außerschulischen Partnern zur Umsetzung von KMK- und DOSB-Empfehlungen, Vorbereitung und Durchführung des Deutschen Motorik Tests.

TA 2 Jugend trainiert für Olympia
Vorbereitung, Organisation und Durchführung von schulsportlichen Veranstaltungen zur Umsetzung des Bundeswettbewerbs der Schulen "JUGEND TRAINIERT FÜR OLYMPIA".

TA 3 Jugend trainiert für Paralympics
Vorbereitung, Organisation und Durchführung von schulsportlichen Veranstaltungen zur Umsetzung des Bundeswettbewerbs der Schulen "JUGEND TRAINIERT FÜR PARALYMPICS" und der Teilhabe von Berliner Schülerinnen und Schülern mit Behinderung an diesem schulischen Angebot.

TA 5 Zentrale musisch-künstlerische Veranstaltungen mit Schulen
Musische Wochen der Berliner Schulen: vor 68 Jahren eingeführte zentrale Veranstaltungsreihe in Konzerthäusern Berlins, bei der Schülerinnen und Schüler ihre Arbeitsergebnisse in den Bereichen Chor, Orchester, Bands, Tanz u.v.m. der Öffentlichkeit präsentieren. Organisation, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen wie „Schultheater der Länder“, "Musikbetonte Grundschulen musizieren", "Berliner Bläserklassenfestival", "Schulensembles stellen sich vor", "Tanzbühne" und "Tanz in der Schule".

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

TA 6 Kooperationsvertrag Yad Vashem
Vor- und Nachbereitung, Organisation und Durchführung von Austauschprogrammen für Lehrkräfte und pädagogisches Personal im Rahmen des Kooperationsvertrages mit der Gedenkstätte Yad Vashem (Israel).

TA 7 Denkmal Aktiv – Kulturerbe macht Schule
Beteiligung an der bundesweiten Schulaktion „Denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule“ der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. In Projektvorhaben an Grundschulen (Jahrgangsstufe 5 und 6) und weiterführenden Schulen wird das fächerübergreifende Arbeiten und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern im Bereich Denkmalschutz und Denkmalpflege gefördert und begleitet.

TA 9 Musikalische Grundschule
Die Musikalische Grundschule ist ein Schulentwicklungsprojekt an über 50 Berliner Grundschulen, das den schulischen Alltag „musikalisiert“: Durch Einbezug musikalischer Elemente beim Lernen in allen Fächern und im schulischen Tagesablauf wird u. a. die Umsetzung der bildungspolitischen Schwerpunkte Sprachbildung, Inklusion, Heterogenität und Integration gefördert. Die Schulgemeinschaft erfährt durch die musikalischen Elemente ein größeres Zusammengehörigkeitsgefühl und eine freudvollere Unterrichts- und Freizeitgestaltung.

TA 10 Jugend debattiert
Jugend debattiert ist ein von der KMK empfohlenes Programm zur Demokratiebildung, beginnend ab Jahrgangsstufe 5 und der größte bundesweite Wettbewerb zur sprachlichen und politischen Bildung. Jugend debattiert fördert darüber hinaus die Meinungs- und Persönlichkeitsbildung. Der Wettbewerb wird in Berliner Schulen, Regionalverbünden, auf Landes- und Bundesebene durchgeführt.

TA 12 Schulsportliche Sonderprojekte
Projekte im Rahmen Mädchenförderung, schulsportliche Willkommensangebote, Integration, Grundfertigkeiten des Radfahrens durch Vereine und Verbände an Schulen

54079	**111**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54122	**129**	**Besondere Unterstützungsmaßnahmen an Schulen**	**3.330.000**	**3.330.000**	**3.330.000**	**1.435.615,39**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.665.000**	**1.665.000**		
		Davon fällig 2025	**1.665.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.665.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden benötigt, um für beide Teilansätze jeweils Verträge über das gesamte Schuljahr abschließen zu können.

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	1.690.000	-	-

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Schülerinnen und Schüler mit bes. Bedarf in der emotionalen, sozialen und psychosozialen Entwicklung	2.680.000	2.680.000	2.680.000
2	Temporäre Lerngruppen für Schuldistanzierte	650.000	650.000	650.000
	Summe	**3.330.000**	**3.330.000**	**3.330.000**

TA 1 Schülerinnen und Schüler mit bes. Bedarf in der emotionalen, sozialen und psychosozialen Entwicklung
Das Vorhaben ist Teil der Umsetzung des „Ergebnispapiers der Expertinnen und Experten für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Auffälligkeiten in der emotionalen, sozialen und psychosozialen Entwicklung“. Die betroffenen Schülerinnen und Schüler werden vorwiegend an allgemeinbildenden Schulen, für einen begrenzten Zeitraum, in einer fachlich spezifizierten Lerngruppe gefördert. Die angebotenen Hilfen erfolgen in Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe und bedarfsorientiert auch aus dem Gesundheitsbereich. Ziel ist zunächst die Stabilisierung bestehender und die Implementierung neuer Lerngruppen und Kleinklassen in einigen Berliner Schulen. Die gemachten Erfahrungen sollen fachliche Grundlage für eine Ausweitung auf weitere Schulen sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
TA 2 Temporäre Lerngruppen für Schuldistanzierte						
		Temporäre Lerngruppen für Schuldistanzierte außerhalb der jeweiligen Schule sind als zusätzliches Angebot zu bereits bestehenden Maßnahmen in den Bezirken gegen Schuldistanz gedacht. Sie nehmen die Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler in den Blick, die regelmäßig der Schule fernbleiben, jedoch in der Regel keinen ausgeprägten sonderpädagogischen Förderbedarf in der emotionalen und sozialen Entwicklung haben. Ein entsprechendes Angebot gibt es in fünf Berliner Bezirken. Die Maßnahme fußt auf dem Konzept „Diagnose Schulambulanz – Deine Stärken aktivieren“, aus Steglitz-Zehlendorf. Angestrebt wird eine Ausweitung des Modells auf weitere Berliner Bezirke.				
54690	**129**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**141.933,52 R 433.604,54**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990, 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
63201	**155**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**4.920.000**		**4.625.000**	**4.677.838,70**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.				
		Die Berechnung des Zuschusses des Landes Berlin (50 % der Gesamtkosten) an das Land Brandenburg basiert auf dem Staatsvertrag über die Errichtung eines gemeinsamen Landesinstituts für Schule und Medien vom 22.05.2006 sowie der diesbezüglichen Verwaltungsvereinbarung vom 22.05.2006 (LISUM). Der Staatsvertrag läuft zum 31.12.2024 aus.				
63207	**153**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**652.000**	**652.000**	**652.000**	**523.499,29**
		150.000,0 EUR wurden bislang bei 52501 nachgewiesen.				
		Länderanteil Berlins an gemeinsamen Finanzierungen zur Umsetzung der Beschlüsse der KMK nach dem Königsteiner Schlüssel einschließlich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) und der Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU).				
67101	**129**	**Ersatz von Ausgaben**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**590.597,90**
		Insbesondere Ersatz von Ausgaben an Tageseinrichtungen der Jugendhilfe im Zusammenhang mit der Durchführung des Sprachstandfeststellungsverfahrens (§ 55 SchulG)				
67115	**113**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)**	**79.107.000**	**86.147.000**	**66.011.000**	**75.366.330,23**
		Auf der Grundlage des Schulgesetzes, der Schülerförderungs- und -betreuungsverordnung, der Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der Ganztagsangebote an Grundschulen und Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt in freier Trägerschaft (Rahmenvereinbarung Schulen in freier Trägerschaft, frSchulRV) zu erstattende Kosten.				
		Die Finanzierung erfolgt bezogen auf das Schuljahr.				
		Beim Einnahmetitel 11110 werden die Elternbeiträge für die ergänzende Förderung und Betreuung von Kindern nachgewiesen, die in gleicher Höhe über den Ausgabetitel 67115 ausgereicht werden (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11110). Ausgaben von bis zu 5.040.000 € in 2024 und 4.971.000 € in 2025 dürfen nur geleistet werden, sofern entsprechende Einnahmen beim Titel 11110 eingegangen sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).				
		Mehr wegen steigender Schülerzahlen, insbesondere durch den Wegfall der Bedarfsprüfung für einzelne Jahrgangsstufen.				
		Die Erstattung der Kosten für das Mittagessen in der außerunterrichtlichen und ergänzenden Förderung und Betreuung der Jahrgangsstufen 1 bis 6 an Schulen in freier Trägerschaft erfolgt aus dem Titel 67180.				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67180	**113**	**Zuschüsse zur Beköstigung von Kindern, Schülerinnen und Schülern**	**16.213.000**	**16.213.000**	**16.895.000**	**14.238.737,93**

Ausgaben des Landes Berlin für die Erstattung von Mittagessenskosten für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 6 an Schulen in freier Trägerschaft auf Grundlage der Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der Ganztagsangebote an Grundschulen und Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt in freier Trägerschaft (Rahmenvereinbarung Schulen in freier Trägerschaft, frSchulRV).

68101	**142**	**Stipendien, Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen**	**1.200.000**	**1.200.000**	**1.200.000**	**948.255,00**

Für Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen der MINT-Fächer und Musik ohne bisherigen Lehramtsbezug sollen Stipendienprogramme zur Verfügung gestellt werden, um einen Quereinstiegsmaster für das Lehramt zu absolvieren [500 € mtl./Masterstudierende in MINT und Musik für zwei Jahre (bis zu 100 Stipendien jährlich)].

68123	**129**	**Ehrungen, Preise**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**5.766,00**

Ehrungen und Preise für Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Wettbewerben.

68419	**322**	**Förderung des Sports**	**4.181.000**	**4.181.000**	**4.062.000**	**2.857.993,22**

1.325.000,0 EUR wurden bislang bei 54053 nachgewiesen.
835.000,0 EUR wurden bislang bei 1042/68425 nachgewiesen.

Betroffen sind die Maßnahmen Schule und Verein (TA 4) und Schulschwimmen und Intensivschwimmkurse (TA 5).

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Zuwendungen an Berliner Sportverbände im Rahmen der Organisation von Bundesfinalveranstaltungen	110.000	110.000	110.000
2	Profivereine machen Schule	806.000	806.000	806.000
3	Profivereine (und weitere Vereine) machen Kita	806.000	806.000	806.000
4	Schule und Verein (s. 1042/68425)	834.200	834.200	1.015.000
5	Schulschwimmen und Intensivschwimmkurse (s. 1010/54053)	1.624.800	1.624.8000	1.325.000
	Summe	**4.181.000**	**4.181.000**	**4.062.000**

TA 1 Zuwendungen an Berliner Sportverbände im Rahmen der Organisation von Bundesfinalveranstaltungen
Im Rahmen der Bundesfinalveranstaltungen von „Jugend trainiert für Olympia & Paralympics“ in Berlin erhalten Berliner Sportverbände Zuwendungen zur Ausrichtung der sportlichen Wettkämpfe.

TA 2 Profivereine machen Schule
Das Kooperationsprogramm ermöglicht die Organisation und Durchführung von qualitativ hochwertigen und niedrigschwelligen (zusätzlichen) Sportangeboten an Berliner Grundschulen in Zusammenarbeit mit Berliner Profivereinen und deren Trainerinnen und Trainern.

TA 3 Profivereine (und weitere Vereine) machen Kita
Das Kooperationsprogramm ermöglicht die Organisation und Durchführung von qualitativ hochwertigen und niedrigschwelligen (zusätzlichen) Sportangeboten an Berliner Kindertagesstätten in Zusammenarbeit mit Berliner Profi- und Breitensportvereinen und deren Trainerinnen und Trainern.

TA 4 Schule und Verein
Mit dem Kooperationsprogramm Schule und Sportverein/-verband werden Kooperationen zwischen Berliner Schulen und Sportvereinen und -verbänden gefördert. Die Ziele sind mehr Bewegung in den Schulalltag zu bringen, Kinder und Jugendliche an lebenslanges Sporttreiben heranzuführen und sie als Mitglieder für die Sportvereine zu gewinnen.

TA 5 Schulschwimmen und Intensivschwimmkurse
Aufbau von Schulschwimmzentren zur Qualitätssteigerung der Schwimmausbildung. Durchführung von Intensivschwimmkursen in den Ferien und Maßnahmen zur Fortbildung von Lehrkräften in Bezug auf die Aktualisierung der Rettungsfähigkeit.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68450	**127**	**Förderung der Berufsausbildung**	**11.700.000**	**12.900.000**	**13.000.000**	**10.775.203,85**

Zur Förderung der Teilzeit- und Vollzeitausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik in freier Trägerschaft wird das von den Schülerinnen, Schülern und Studierenden zu zahlende Schulgeld auf Antrag der Schulträger durch pauschalierte Sätze übernommen. Der Schulgeldersatz erfolgt auf der Grundlage einer Fördervereinbarung seit dem Schuljahresbeginn 2016/2017.

Weniger in 2024 aufgrund der ausgelaufenen Ausbildung an den Berufsfachschulen für Altenpflege. Mehr in 2025 aufgrund tendenziell steigender Nachfrage an den Fachschulen für Sozialpädagogik, insbesondere in der berufsbegleitenden Ausbildung.

68509	**127**	**Zuschuss an das Pestalozzi-Fröbel-Haus**	**10.141.000**	**10.521.000**	**10.472.000**	**9.787.000,00**

Zuschussgewährung nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über das Pestalozzi-Fröbel-Haus und den Lette-Verein. Der Haushaltsplan nach § 106 LHO wird von dem Kuratorium beschlossen und ist von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gemäß § 108 LHO zu genehmigen.

Weniger in 2024 als Saldo aus eingeplanter Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen und der in 2023 auslaufenden Brandschutz-Sanierungsmaßnahmen. Mehr in 2025 aufgrund eingeplanter Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	Schülerinnen und Schüler in schulischer Ausbildung des Pestalozzi-Fröbel-Haus (PFH)					
	Stand 01.10.2020		Stand 01.10.2021		Stand 01.10.2022	
	w	m	w	M	w	m
Absolut	505	218	441	222	396	211
Relativ	69,85%	30,15%	66,52%	33,48%	65,24%	34,76%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	6.425	2.773	6.390	3.216	6.385	3.402

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen des PFH.
Zielsetzung:	Es handelt sich um statistische Angaben zum Verhältnis männlicher und weiblicher Auszubildender am PFH.
Steuerungsmaßnahmen:	Es gibt keine Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich des Anmeldeverhaltens der Auszubildenden.

68511	**127**	**Zuschuss an den Lette-Verein**	**13.279.000**	**12.768.000**	**15.055.000**	**15.672.448,00**

Zuschussgewährung nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über das Pestalozzi-Fröbel-Haus und den Lette-Verein. Der Haushaltsplan nach § 106 LHO wird vom Kuratorium beschlossen und ist von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gemäß § 108 LHO zu genehmigen.

Weniger infolge der sukzessiven Refinanzierung der Ausbildungskosten für die Ausbildungen in der Medizinisch-technischen Assistenz Labor und Radiologie beim Lette-Verein durch Einnahmen aus Kooperationsverträgen mit Krankenhausbetrieben.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	Schülerinnen und Schüler in schulischer Ausbildung des Lette-Vereins					
	Stand 01.10.2020		Stand 01.10.2021		Stand 01.10.2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	470	308	474	281	487	261
Relativ	60,41%	39,59%	62,78%	37,22%	65,11%	34,89%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	9.060	5.937	9.658	5.726	10.204	5.468

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen des Lette-Vereins.
Zielsetzung:	Es handelt sich um statistische Angaben zum Verhältnis männlicher und weiblicher Auszubildender im Lette-Verein.
Steuerungsmaßnahmen:	Es gibt keine Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich des Anmeldeverhaltens der Auszubildenden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68536	**152**	**Zuschuss an die Jüdische Volkshochschule**	**128.000**	**128.000**	**128.000**	**128.000,00**

Laut Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin:
Zuschuss für Weiterbildung ..... 102.000 €
Zuschuss für Sprachvermittlung insbesondere zur Integration neuer Mitglieder ..... 26.000 €
128.000 €

68537	**187**	**Zuschuss an die Stiftung Planetarium Berlin**	**3.604.000**	**3.706.000**	**3.419.000**	**3.360.000,00**

Die Stiftung „Planetarium Berlin“ wurde zum 01.07.2016 errichtet. Es handelt sich um eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts, zu der die Archenhold-Sternwarte in Alt-Treptow 1, die Wilhelm-Foerster-Sternwarte mit Planetarium am Munsterdamm 86 - 90 und das Zeiss-Großplanetarium in der Prenzlauer Allee 80 gehören. Zweck der Stiftung ist die Förderung der Schulbildung und der Erwachsenenbildung auf dem Gebiet der Astronomie.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die Stiftung jährliche Zuschüsse des Landes Berlin nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsgesetze (§ 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Planetarium Berlin“, Artikel 1 des Gesetzes zur Zusammenführung der Berliner Planetarien und Sternwarten vom 24.06.2016).

68569	**129**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**16.020.000**	**16.253.000**	**14.172.700**	**14.143.866,64**

90.000,0 EUR wurden bislang bei 52501 nachgewiesen.
20.200,0 EUR wurden bislang bei 52520 nachgewiesen.
80.000,0 EUR wurden bislang bei 52519 nachgewiesen.
320.000,0 EUR wurden bislang bei 54010 nachgewiesen.
150.000,0 EUR werden künftig bei 1011/68569 nachgewiesen.
5.500,0 EUR werden künftig bei 1041/68435 nachgewiesen.
628.000,0 EUR werden künftig bei 1042/68425 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**1.596.000**	**1.596.000**	
Davon fällig 2025	**1.596.000**		
Davon fällig 2026	**—**	**1.596.000**	

Von den Umsetzungen betroffen sind die Maßnahme Begabungsförderung (TA 16), proRespekt (TA 27), QueerLeben/inter*trans*Beratung für Jugendliche (TA 37), Sprachförderung (TA 39) und Begleitkonzept für Quereinsteigende im Ganztag (TA 40).

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den TA 7 Kofinanzierung von ESF+ Instrumenten vorgesehen und werden zum Abschluss von überjährigen Verträgen benötigt sowie für Teilansatz 23 Teach First zum Abschluss von Verträgen jeweils für das gesamte Schuljahr.

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	1.576.000	-	-

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	BIG Prävention (Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen, BIG e. V.)	255.950	261.690	290.340
2	Vernetzungsstelle Schulverpflegung Berlin	113.170	115.710	110.690
3	Serviceagentur Ganztag Berlin	773.860	784.480	863.470
4	Förderung von Lesen und Schreiben e. V.	119.930	122.620	117.300
5	Grundbildungszentrum für Analphabetinnen und Analphabeten	848.560	863.090	634.350
6	Arbeitskreis Orientierungs- und Bildungshilfe e. V. (AOB)	231.770	236.970	226.690
7	Mittel zur Kofinanzierung von ESF+ Instrumenten	842.560	842.560	842.560
8	ISQ	865.930	885.330	846.950
9	Projekte der interkulturellen Bildung und Demokratieförderung	289.340	295.830	283.000
10	Projekt "TuWaS!"	215.030	219.850	210.310
11	Schülerhaushalte	460.080	470.390	450.000

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
12	Fit für die Schule Plus Berliner Ferienschulen	2.500.000	1.700.000	789.500
13	Berliner Komitee für UNESCO-Arbeit	3.300	3.380	3.220
14	Förderung Tannenhof	96.430	98.600	94.310
15	Außerschulischer Lernort Polizeigefängnis Keibelstraße	199.840	204.320	195.460
16	Begabungsförderung (s. 1010/52520)	184.120	188.250	180.080
17	Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt	283.840	290.200	397.620
18	Heroes	105.620	107.990	183.300
19	Bildung lokaler Alpha-Bündnisse	184.000	188.130	179.960
20	Gesicht Zeigen!	439.800	449.660	430.160
21	QUEERFORMAT Fachstelle Queere Bildung	415.640	424.960	446.530
22	KIgA (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus)	114.830	117.410	182.310
23	Teach First	733.000	749.420	260.350
24	Schülerlabor Netzwerk GenaU	69.540	71.100	68.010
25	mehr als lernen	106.970	109.370	204.620
26	Klimaschutz am Schulstandort	32.100	32.820	31.390
27	proRespekt - gewaltfreie Schulen demokratisch gestalten (s. 1010/52501)	422.470	431.940	413.210
28	meet to respect	138.850	141.970	135.800
29	Demokratie und Rechtsstaat	153.360	156.800	150.000
30	Lichtburg Stiftung - Gartenstadt Atlantic	81.800	83.640	80.000
31	Erwachsenenbildungsgesetz	664.560	679.450	650.000
32	Diagnostische Instrumente	1.011.650	1.023.560	520.000
33	Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V. (lsfb)	51.120	52.270	250.000
34	ADAS (Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen)	153.360	156.800	150.000
35	Natur- und Werkpädagogik PFH	562.320	574.920	850.000
36	SuRe	511.200	522.660	500.000
37	QueerLeben/inter*trans*Beratung für Jugendliche (s. 1010/52501)	40.900	40.900	115.000
38	Zuschuss an die Urania Berlin e. V.	1.100.000	1.900.000	-
39	Sprachförderung (s. 1010/52519)	81.800	83.640	80.000
40	Begleitkonzept für Quereinsteigende im Ganztag (s. 1010/54010)	327.170	334.500	320.000
41	RambaZamba / inklusives Theater	80.000	80.000	80.000
42	Helleum	126.000	126.000	40.000
43	Sonstige	28.230	28.870	27.610
44	BildungsBande / Peer Education Projekt	-	-	50.000
45	Jugendforschungsschiff	-	-	53.000
46	Bildungsprojekt Youthwork - Berliner Aidshilfe	-	-	170.000
47	BiKoBerlin	-	-	200.000
48	i-Päd	-	-	250.000
49	Lernwerkstatt eXplorarium	-	-	50.000
50	New Israel Fund	-	-	150.000
51	duvia e. V.	-	-	150.000
52	Lernen durch Engagement	-	-	100.000
53	IBIM e. V.	-	-	115.000
	Summe	**16.020.000**	**16.252.050**	**14.172.100**
	rd.	**16.020.000**	**16.253.000**	**14.173.000**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

TA 1 BIG Prävention (Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen, BIG e. V.) zur Sicherung des Kindeswohls bei häuslicher Gewalt.

TA 2 Vernetzungsstelle Schulverpflegung Berlin
Der Verein Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung Berlin e. V. setzt das Projekt „Vernetzungsstelle Schulverpflegung Berlin“ um. Dabei werden Aktivitäten unterstützt, die eine hochwertige und gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung von Kindern und Jugendlichen sichern und die die Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schule fördern.

TA 3 Serviceagentur Ganztag Berlin
Die Serviceagentur Ganztag Berlin wird von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung GmbH im Auftrag des Landes Berlin umgesetzt. Die Serviceagentur unterstützt Prozesse, die dazu beitragen, dass Schule als ganztägiger Lern- und Lebensort gestaltet und weiterentwickelt wird und multiprofessionelle Fachkräfte Qualifizierungs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten erhalten. Damit ist sie eine wichtige Säule in der Qualitätsentwicklung der Ganztagsschulen im Land Berlin. Die Serviceagentur berät schulnah und explizit zu allen Fragen der Qualitätsentwicklung und bringt in diesen Prozess ihre über viele Jahre entwickelte fachliche Expertise und länderübergreifende Erfahrungen im Bereich der Ganztagsschulentwicklung ein. Sie ist maßgeblich an der Entwicklung eines Gesamtkonzepts für die inklusive Berliner Ganztagsschule und an der Implementierung der Qualitätsstandards für die inklusive Ganztagsschule beteiligt.

TA 4 Förderung von Lesen und Schreiben e. V.
Beratung und Vernetzung von regionalen Akteuren der Grundbildung, Durchführung von Kursen zur Erwachsenenbildung, Unterhaltung des Vereins Lesen und Schreiben.

TA 5 Grund-Bildungs-Zentrum für Analphabetinnen und Analphabeten
Das Berliner Grund-Bildungs-Zentrum (GBZ) wurde im Jahr 2014 gegründet. Im Rahmen der Senatsstrategie Alphabetisierung und Grundbildung kommt dem GBZ eine wichtige koordinierende und federführende Funktion bei der Umsetzung von zwei Leitaktionen zu. Es dient überdies als Fortbildungs- und Beratungseinrichtung für Lehrkräfte, Träger und Projekte der Grundbildungsarbeit. Lernende nutzen das GBZ als niedrigschwellige Anlaufstelle. Das GBZ hat im Jahr 2015 mit der Erarbeitung und Umsetzung des „Berliner Alpha-Siegels“ begonnen. Das Siegel ist eine Leitaktion im Rahmen der o.g. Senatsstrategie. Es dient der Zertifizierung von Einrichtungen, Verbänden und Unternehmen, die einen kompetenten Umgang mit Schriftsprachproblemen von Beschäftigten, Ratsuchenden und Kunden nachweisen können. Mit dem Alpha-Siegel wird zudem die Öffentlichkeit für das Thema Alphabetisierung und Grundbildung sensibilisiert.

TA 6 Arbeitskreis Orientierungs- und Bildungshilfe e. V. (AOB)
Durchführung von Kursen zur Erwachsenenbildung und Unterhaltung des Arbeitskreises Orientierungs- und Bildungshilfe e. V.

TA 7 Mittel zur Kofinanzierung von ESF+ Instrumenten
Die Mittel werden zur Kofinanzierung des ESF+ Instrumentes 14 „Grundbildung gering literalisierter Erwachsener“ einschließlich Elternkurse für Alle eingesetzt. (Förderperiode 2021-2027). Es stärkt durch offene Angebote und Kurse die lebensweltorientierte Grundbildung von Erwachsenen in Berlin. Zudem sind Fortbildungsangebote für Lehrkräfte in der Grundbildungsarbeit sowie Grundbildungsangebote für Eltern geplant.

TA 8 Institut für Schulqualität (ISQ e. V.)
Seit PISA 2000 haben die Länder Berlin und Brandenburg ein abgestimmtes System qualitätssichernder Maßnahmen im Bildungswesen aufgebaut. Zu dessen Institutionalisierung haben der Senat von Berlin und die Landesregierung Brandenburg im Dezember 2005 mittels Verwaltungsabkommens einen eingetragenen und gemeinnützigen Verein „Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg" (ISQ) zum 01.01.2006 gegründet.

Das ISQ verfolgt das Ziel, die Schulqualität wissenschaftlich fundiert zu sichern und zu verbessern. Es unterstützt die Lehrkräfte, die Schulleitungen und die Schulverwaltungen mit Werkzeugen zur datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung. Arbeitsschwerpunkte bilden Vergleichs- und Prüfungsarbeiten, Unterstützung schulischer Selbst- und Fremdevaluation, Bildungsmonitoring und Bildungsberichtserstattung, Koordination und Durchführung nationaler und regionaler Schulleistungsuntersuchungen sowie die Überprüfung des Umsetzungsgrades der KMK Bildungsstandards.

TA 9 Projekte der interkulturellen Bildung und Demokratieförderung
Förderung von begegnungspädagogischen Projekten der interkulturellen Bildung und der Förderung der Partizipation von Schülerinnen und Schülern im Sinne der demokratischen Schulkultur sowie die Förderung von „Dekolonialisierungsprojekten an Schulen“ im Rahmen der Demokratiebildung.

TA 10 Projekt "TuWaS!" (=Technik und Wissenschaft an Schulen!)
Das Projekt „TuWaS!“ unterstützt unter der Leitung der Freien Universität Berlin in einem Kooperationsverbund mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie weiteren Partnern einen lebensweltbezogenen und experimentell orientierten Unterricht in den Fächern Sachunterricht und Naturwissenschaften an zurzeit bereits über 170 Berliner Grundschulen und ist damit ein wichtiger Baustein des bildungspolitischen Schwerpunkts MINT-Bildung.

TA 11 Schülerhaushalte
Förderung der pädagogischen Begleitung von bezirksfinanzierten Schülerhaushalten als wichtiges Element der Partizipation von Schülerinnen und Schülern an schulischen Entscheidungsprozessen und Form gelebter demokratischer Schulkultur im Rahmen der Strategie "Politische Bildung an Berliner Schulen".

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

TA 12 Fit für die Schule plus Berliner Ferienschulen
Die Ferienschulen für zugewanderte Kinder und Jugendliche sind Teil des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter und werden von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung GmbH als Programmagentur koordiniert. Das Angebot der Ferienschulen richtet sich zunächst an Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung, steht aber darüber hinaus auch anderen Kindern und Jugendlichen offen, die zusätzliche Förderung der Sprachkompetenz benötigen. Die Ferienschulen haben das Ziel, die Sprachkompetenz der Kinder und Jugendlichen zu stärken und zur positiven Entwicklung des Selbstwirksamkeitskonzepts beizutragen und finden im Umfang von zwei bis sechs Wochen in den Oster-, Sommer- und Herbstferien statt. Die Entwicklung der Sprachkompetenz kann in den Ferien wirkungsvoll durch explizite und implizite Lernsettings beeinflusst werden. In diesem Sinne ergänzen die Ferienschulen den regulären Schulunterricht mit einem kreativen Sprachbildungsangebot. Die Erkundung des näheren und weiteren Lebensumfeldes, die Erfahrung von demokratischem Handeln, soziales Lernen und das Erlernen von Empathie und Methoden zur Konfliktbewältigung sind ebenfalls Bestandteile der Ferienschulen.

TA 13 Berliner Komitee für UNESCO-Arbeit
Anteilsfinanzierung des jährlichen Schülerseminars der Berliner UNESCO-Projektschulen.

TA 14 Förderung Tannenhofschule
Das Projekt „Tannenhof-Schule“ eröffnet ehemals drogenabhängigen jungen Menschen, die wegen ihres gesundheitlichen Hintergrunds die herkömmlichen Angebote des Zweiten Bildungsweges nicht ohne weiteres erfolgreich besuchen können, die Möglichkeit zum Erwerb schulischer Abschlüsse. Flankierend zum Besuch des eigentlichen Lehrgangs, der an die Volkshochschule Steglitz-Zehlendorf angegliedert ist, erfolgt durch zusätzliche Fördermaßnahmen eine individuelle Vorbereitung auf die Prüfung. Parallel zum Lehrgang werden verpflichtende Angebote nach dem Unterricht und am Wochenende durchgeführt. Die Mittel werden zur Finanzierung des Projekts eingesetzt; dies umfasst die Mietkosten für die benötigten Räumlichkeiten besser: Regiekosten für Unterricht und zusätzliche Fördermaßnahmen - der Unterricht wird vom übrigen Schulbetrieb auch räumlich abgegrenzt - als auch Personalkosten für gemeinschaftliche Aktivitäten, die nicht von Lehrkräften durchgeführt werden.

TA 15 Außerschulischer Lernort Polizeigefängnis Keibelstraße
Der außerschulische „Lernort Keibelstraße“ im 1. Obergeschoss der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt animiert Schülerinnen und Schüler durch entdeckendes Lernen am authentischen Ort, die Geschichte der Polizei der DDR und ihre Rolle in der SED-Diktatur kennenzulernen und Gegenwartsbezüge zu grundsätzlichen Fragen von Rechtsstaatlichkeit herzustellen.

TA 16 Begabungsförderung
Die Implementierung neuer Ansätze im Programm „Begabtes Berlin“ erfolgt in Zusammenarbeit und Vernetzung mit außerschulischen Partnern. Schwerpunkte sind der Aufbau von Mentorenprogrammen sowie von Qualifizierungsangeboten. Ziel der Mentorenprogramme ist die passgenaue Bereitstellung von Lernangeboten und die Begleitung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Milieus. Zudem erfolgt eine Qualifizierung der Lehrkräfte, um diese zu befähigen, Begabungen zu erkennen und zu fördern.

TA 17 Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV)
Mit den Mitteln sollen ressortspezifische Maßnahmen des Landesaktionsplanes gegen Homo- und Transfeindlichkeit, der Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt", insbesondere aber folgende Projekte gefördert werden: queer@school, Queer History Month sowie Kofinanzierungen von thematisch relevanten Projekten mit Förderungen des Bundes oder der EU.

TA 18 Heroes
Das Projekt "Heroes" bildet junge peers aus sogenannten Ehrenkulturen aus, die in Rollenspielen typisches männliches und weibliches Rollenverhalten von jungen Menschen aus sogenannten Ehrenkulturen darstellen und anschließend diskutieren. Die Maßnahme stellt ein Bildungsangebot zur Überwindung stereotyper Rollenbilder und Sexismus in den Schulen dar. Das Projekt wird von 5 auf 8 Schulen ausgeweitet und findet jährlich in allen 8. Klassen statt. Eltern und Lehrkräfte werden in die Umsetzung einbezogen.

TA 19 Bildung lokaler Alpha-Bündnisse
Alpha-Bündnisse sind eine Maßnahme zur Erreichung der Zielstellung der Senatsstrategie Alphabetisierung und Grundbildung. Mit der Gründung lokaler Alpha-Bündnisse wird die Vernetzung von Beratungsstellen, bürgernahen Ämtern und Behörden sowie Einrichtungen mit Bürgerkontakten auf bezirklicher Ebene gefördert. In 2017 erfolgte eine Anschubfinanzierung für die Bildung von lokalen Alpha-Bündnissen. Die Ausweitung des Aufbaus lokaler Alpha-Bündnisse auf alle zwölf Berliner Bezirke ist beabsichtigt.

TA 20 Gesicht Zeigen!
Mit den Ausgaben wird der Betrieb des Lernorts von „Gesicht zeigen!“, „7xjung“ gefördert. An diesem Lernort werden für Schulklassen und Jugendgruppen interaktive Workshops zum Themenfeld „Antisemitismus“, „Islamfeindlichkeit“, „Diskriminierung“ und dem „Empowerment von muslimischen Mädchen und Frauen“ (“Die Freiheit, die ich meine“) durchgeführt, die durch höchst innovative, schülernahe Methoden und Formate Jugendliche aus dem gesamten Spektrum der Berliner Bildungslandschaft erreichen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

TA 21 QUEERFORMAT Fachstelle Queere Bildung
Die Fachstelle Queere Bildung setzt insbesondere die Maßnahme „Fortsetzung und Weiterentwicklung der Qualifizierung von Schlüsselpersonen und pädagogischen Fachkräften“ der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) im Bildungsbereich (Schule sowie Kinder-/Jugendhilfe) um. Als Servicestelle zur Umsetzung und Qualitätssicherung von Bildungsarbeit bietet sie Fortbildungen und Beratungen für Schlüsselpersonen und Fachkräfte in den Bereichen Schule sowie Kinder-/Jugendhilfe zu den Themen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt/Diversity auch in Verbindung mit weiteren Diskriminierungsmerkmalen an und erstellt didaktische Materialien für die Bildungsarbeit in diesen Themenbereichen.

TA 22 KIgA (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus)
Mit diesem Teilansatz wird der Betrieb der „Praxisstelle Bildung und Beratung“ der KIgA finanziert. Dadurch kann die KIgA ihre seit Jahren erfolgreichen Konzepte der Seminare an Schulen und der Fortbildung von Lehrkräften zum Thema „Antisemitismus“ ausweiten und intensivieren. Diese Konzepte knüpfen an vielfältige Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen insbesondere mit muslimischem familiären Hintergrund an und schaffen somit einen Raum für Dialog, Verständnis und Konfliktlösung.

TA 23 Teach First
Die Mittel sind für zusätzliche Förderung von Schülerinnen und Schüler an Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf bestimmt, um diesen einen gelingenden Übergang aus der Schule in die berufliche Ausbildung oder weitere Bildungssysteme zu ermöglichen. Die Schwerpunkte liegen dabei auf individueller Förderung, Zukunfts- und Berufsorientierung sowie Vorbereitung für Abschlussprüfungen. Auf Basis des von Teach First erarbeiteten Konzeptes soll dies in Kooperation mit dem Projektträger durchgeführt werden.

TA 24 Schülerlabor Netzwerk GenaU
Das Netzwerk GenaU ist das größte regionale Netzwerk von Schülerlaboren in der Bundesrepublik. Die Netzwerkmitglieder bieten Wissenschaft zum Anfassen, um Begeisterung für die Naturwissenschaften zu wecken. Sie vermitteln ein fachübergreifendes und modernes Verständnis von Technik und Naturwissenschaft. Die Labore schlagen eine Brücke von der Schule zur Hochschule bzw. zu Forschungsstätten und mit neuen Projekten wie „beMINT“ auch in den berufsbildenden Bereich.

TA 25 mehr als lernen
Das Projekt fördert die Partizipation von Schülerinnen und Schülern und die demokratische Schulkultur durch Coaching von Schülervertretungen.

TA 26 Klimaschutz am Schulstandort
Mit dem Teilansatz wird der „Klimawettbewerb“ finanziert, der ein Anreiz ist, damit die Themen Klimawandel und Klimaschutz möglichst in vielen Berliner Schulen im Schulalltag dauerhaft integriert werden.

TA 27 proRespekt - gewaltfreie Schulen demokratisch gestalten
Die Fachstelle ist das Kompetenz- und Servicezentrum für das Programm „Pro Respekt - gewaltfreie Schulen demokratisch gestalten“. Sie ist für die partizipative Erarbeitung und Weiterentwicklung eines integrativen Programmdesigns zuständig. Diese Aufgabe umfasst auf der institutionellen Ebene das Zusammenbringen aller Stakeholder sowie das Zusammenwirken der bereits etablierten Maßnahmen und Träger. Daraus resultierend entwickelt die Fachstelle Umsetzungsstrategien zum Erreichen der Programmziele sowohl auf der Metaebene (Land) als auch auf der konkreten Ebene (Schule). Für die Beratung und Unterstützung auf der individuellen Ebene der Schülerinnen und Schüler sowie des pädagogischen Personals bietet die Fachstelle explizite Fortbildungen zur Profilbildung der proRespekt-Pilotinnen und -Piloten an. Die Fachstelle koordiniert das Fortbildungskonzept für die proRespekt-Teams. Im Vordergrund steht die Vermittlung von theoretisch basiertem Wissen über Prävention sowie vielfältige Methoden der Intervention.

TA 28 meet to respect
Das Projekt bringt Tandems von Rabbinern und Imamen in Schulklassen, um durch das unmittelbare Beispiel interreligiöser Verständigung religiös motiviertem Mobbing und Antisemitismus vorzubeugen oder in Fällen, in denen es zu entsprechenden Vorfällen gekommen ist, einen konstruktiven Weg zur Konfliktlösung aufzuzeigen.

TA 29 Demokratie und Rechtsstaat
Das Projekt „Demokratie und Rechtsstaat“ (Vorläufer: Jugendgerichtsprojekt) fördert bei Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I das Bewusstsein für die Bedeutung des demokratischen Rechtsstaats, indem im Rahmen einer Projektwoche mit authentischen professionellen Beteiligten ein Gerichtsprozess über eine fiktive Straftat in einem Rollenspiel nachgestellt und reflektiert wird.

TA 30 Lichtburg Stiftung – Gartenstadt Atlantic
Der Mikrokosmos Gartenstadt Atlantic ist ein deutsch-muslimisch-jüdisch-interkulturelles Pilotprojekt. Über die Arbeit in 8 Lernwerkstätten erhalten sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und deren Familien Zugang zu neuen Kulturräumen und Bildungsangeboten, die insbesondere zur Stärkung der Demokratie ausgelegt sind. Darüber hinaus verstehen sich diese Werkstätten als außerschulische Lernorte, die umliegenden Grundschulen für ergänzende pädagogische Angebote zur Verfügung stehen. Die Angebote orientieren sich an der Lebensrealität vor Ort.

TA 31 Erwachsenenbildungsgesetz
Über einen eigenen Fonds sollen innovative Maßnahmen anerkannter Einrichtungen der Erwachsenbildung gefördert werden. Ziel ist eine Ausweitung und Verstetigung der Bildungsteilnahme von Erwachsenen und eine strukturelle Stärkung des

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Lebenslangen Lernens und seiner Einrichtungen im Land Berlin. Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes soll ein Trägeranerkennungssystem aufgebaut und Maßnahmen anerkannter Träger mit hier etatisierten Mitteln gefördert werden.

TA 32 Diagnostische Instrumente
Zu den Bestandteilen des „Qualitätspakets Schule zusammen weiterentwickeln“ gehören die Bereitstellung bzw. Digitalisierung einer Reihe von diagnostischen Instrumenten für den Primar- und Sekundarbereich I in den Fächern Deutsch und Mathematik sowie der ersten Fremdsprache Englisch und Französisch. Zu den diagnostischen Instrumenten zählen Lernausgangslage Berlin (LauBe), Individuelle Lernstandsanalysen (ILeA), VERgleichsArbeiten (VERA 3 und 8) sowie Lernausgangslage 7 (LAL 7), die vom Institut für Schulqualität der Länder Berlin Brandenburg (ISQ) Schulen zur Verfügung gestellt werden. Gemäß den Empfehlungen der Qualitätskommission sollen diese Verfahren für weitere Jahrgangsstufen wissenschaftsbasiert weiterentwickelt und in technisch geeigneter Form Schulen und Lehrkräften zur Verwendung bereitgestellt werden. Zusätzlich sind anknüpfende fach- und jahrgangsspezifische Förderangebote zu entwickeln, die in der Regel in digitaler Form bereitgestellt werden.

TA 33 Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V. (lsfb)
Der Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V. (lsfb) ist ein eingetragener Verein und vertritt Kita- und Schulfördervereine beider Länder. Mit seiner Arbeit unterstützt der Verband das Engagement im vorschulischen und schulischen Bildungsbereich durch Qualifizierungsarbeit für Ehrenamtliche und durch die Förderung der Vernetzung der Kita- und Schulfördervereine.

TA 34 ADAS (Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen) – LIFE e. V.
Das Projekt ADAS hat zum Ziel ein schulisches Beschwerdemanagement zu etablieren. Dies erfolgt durch Erfassung von Beschwerden, unabhängige Beratung, Empowerment und Information. Das Projekt arbeitet im Sinne der Umsetzung des Landesantidiskriminierungsgesetzes und berät insbesondere Schülerinnen und Schüler bei Diskriminierungen und erarbeitet Empfehlungen zum Abbau von diskriminierenden Strukturen.

TA 35 Natur- und Werkpädagogik PFH
Zur Verstärkung der bestehenden Angebote an Grundschulen in ausgewählten Bezirken

TA 36 SuRe
Umsetzung des Modells der Subjektiven Relevanz (SuRe) und der Onlineapplikation SuRe-online durch die Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben gGmbH (GIZ). Das Reflexionsmodell dient der Weiterentwicklung von Handlungskompetenzen in pädagogischen Arbeitsfeldern, wodurch psychische Belastungen minimiert werden sollen. Beide Umsetzungsformen, sowohl Face-to-Face-Seminare als auch die Form der Onlineapplikation sureonline.org kommen im Projekt zum Einsatz.

TA 37 QueerLeben/ inter* trans* Beratung für Jugendliche
Beratung von inter und trans Jugendlichen durch den Träger QueerLeben.

TA 38 Zuschuss an die Urania Berlin e. V.
Zuschuss für die Transformation der Urania Berlin zu einem Bürgerforum. Schwerpunkte im Aufbau des Bürgerforums und der programmatischen Neuausrichtung der Urania sind das bürgerschaftliche Engagement, die Demokratieförderung sowie das Lebenslange Lernen und die außerschulische Bildung. Einen weiteren Schwerpunkt der Förderung bilden die Themen Biologische Vielfalt, Klima und Nachhaltigkeit.

TA 39 Sprachförderung
Das Projekt „Sprachbrücken – als Weg zur Schule“ richtet sich vor allem an Geflüchteten aus der Republik Moldau und aus Georgien, die überwiegend aus bildungsfernen Familien stammen. In den Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten erhalten Kinder und Jugendliche, ein niedrigschwelliges Bildungsangebot, das auf einen Schulbesuch vorbereitet und diese bei dem Erwerb der Verkehrssprache Deutsch sowie bei der Alphabetisierung unterstützt. Es werden in Kleingruppen am Vormittag und am Nachmittag Bildungsangebote gemacht, zudem gibt es ein Beratungsangebot für die Eltern.

TA 40 Begleitkonzept für Quereinsteigende im Ganztag
Im Rahmen des „Begleitkonzepts für Quereinsteigende im Ganztag“ findet eine Qualifizierungsreihe zu Anleitungsprozessen in der pädagogischen Arbeit an Berliner Ganztagsschulen für Berufs- und Quereinsteigende und ihre Anleitenden statt. Hintergrund ist, dass immer mehr angehende Fachkräfte in der pädagogischen Arbeit an Berliner Ganztagsschulen aus verschiedenen Quereinstiegskontexten kommen oder sich in berufsbegleitender Ausbildung befinden. Sie sind gleichzeitig sowohl vollwertige Kollegin oder vollwertiger Kollege als auch Lernende. Sie benötigen die Unterstützung, Anleitung und Beratung einer erfahrenen Fachkraft, die den Berufseinstieg in einen angeleiteten Prozess überführt und so nicht zuletzt auch die Arbeitszufriedenheit der dringend benötigten Pädagoginnen und Pädagogen erhöht.

TA 41 RambaZamba / inklusives Theater
Das Theaterprojekt RambaZamba bietet Workshops, Projekttage und -wochen an Schulen, theaterpädagogischen Begleitprogramme sowie Fachtagungen und Fortbildungen zur Stärkung der inklusiven Theaterarbeit an Schulen an.

TA 42 Helleum

Mittel für das Kinderforscher*innenzentrum Helleum und dessen Weiterentwicklung zum Jugendforscher*innenzentrum

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**129**	**Mitgliedsbeiträge**	**239.000**	**239.000**	**239.000**	**232.439,06**

Insbesondere Deutscher Volkshochschulverband (DVV), IBO und Netzwerk EU-Schulen.

68585	**129**	**Sonstige Zuschüsse für kulturelle Projekte im Bildungsbereich**	**2.659.000**	**2.713.000**	**2.687.000**	**2.493.199,21**

170.000,0 EUR wurden bislang bei 52520 nachgewiesen.

Betroffen ist die Maßnahme Musische Kooperationsprojekte (TA 9).

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Tusch	252.040	257.690	246.510
2	TanzZeit	244.740	250.230	239.370
3	MACHmit! Museum für Kinder	233.440	238.670	228.320
4	ErzählZeit	188.750	192.980	184.610
5	Kulturagenten	909.940	930.330	890.000
6	Kontext Schule	33.340	34.090	32.600
7	Fortbildung der Kulturbeauftragten	11.130	11.380	10.880
8	Märchenland (Berliner Märchentage)	25.560	26.140	25.000
9	Musische Kooperationsprojekte (s. 1010/52520)	282.810	289.150	276.610
10	Bauereignis Schule	160.170	163.760	156.660
11	Projekt Oper an Schule (s. 0810/68585)	171.570	173.180	100.000
12	Theaterpädagogische Projekte	20.000	20.000	20.000
13	Max-Artists in Residence an Grundschulen	125.000	125.000	125.000
14	Urban dance goes professionell	-	-	100.000
15	QuerKlang	-	-	50.000
	Summe	**2.658.490**	**2.712.600**	**2.685.050**
	rd.	**2.659.000**	**2.713.000**	**2.687.000**

TA 1 TUSCH / TA 2 TanzZeit
TUSCH und TanzZeit sind Maßnahmen kultureller Bildung, die entsprechend dem Rahmenkonzept Kulturelle Bildung umgesetzt werden. TUSCH Theater und Schule vermittelt und begleitet dreijährige Kooperationen zwischen 21 Berliner Schulen und Berliner Theatern. TanzZeit gewährleistet die umfassende Tanzvermittlung im Klassenverband für Kinder und Jugendliche unabhängig von deren Herkunft, Alter oder Geschlecht. Die Aufgaben umfassen eine gemeinsame Ausgangsanalyse, individuelle Anpassung der Projekte an die jeweils Beteiligten, eine jährliche öffentliche Präsentation der Einzelprojekte, Prozessbegleitung, Qualitätssicherung, Fortbildung und Weiterentwicklung der Formate. Eingebunden sind alle Schularten und alle Schulstufen aus allen Berliner Bezirken.

TA 3 MACHmit! Museum für Kinder
Das MACHmit! Museum für Kinder versteht sich als Familienmuseum, das den Austausch zwischen den Generationen fördern möchte. Die kindgerecht und interaktiv gestalteten Ausstellungen beziehen sich auf aktuelle Themen. Für die über 800 Schulklassen, die das MACHmit! Museum jährlich besuchen, werden spezielle Vermittlungsprogramme entwickelt. Sommerferienkurse sowie Angebote für Willkommensklassen ergänzen das Programm. Ein besonderer Schwerpunkt des MACHmit! Museums liegt auf der Vermittlung der UN-Kinderrechte.

TA 4 Programm „ErzählZeit“
Im Programm „ErzählZeit" werden Kindern vor allem im Vor- und Grundschulalter von Erzähler/innen, Theaterpädagoginnen und -pädagogen, die an der UdK speziell ausgebildet wurden, regelmäßig Märchen und Geschichten aus verschiedenen Kulturen erzählt. Jeweils über einen Zeitraum von einem Jahr lernen die Kinder, diese Geschichten gestaltend nachzuerzählen, um schrittweise zu ihren eigenen Geschichten und deren Kommunikation vorzustoßen. Damit zielt das Projekt auf die Förderung von Literacy (Teilhabe an der Buch-, Schrift- und Erzählkultur). Überdies ist die Entwicklung der Begriffsbildung, des rezeptiven und produktiven Sprachgebrauchs, der Konzentrationsfähigkeit und des Sozialverhaltens intendiert. Das Programm wird durch Fortbildungsmaßnahmen für die beteiligten Lehrkräfte zum Erwerb von eigener Erzählkompetenz sowie zur didaktischen Einbettung der Erzählstunden in den Unterricht begleitet.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

TA 5 Kulturagenten
Im Zentrum des Programms stehen diejenigen Berliner Schulen, die einerseits möglichst vielen Schülerinnen und Schülern die Teilhabe an Angeboten der kulturellen Bildung ermöglichen und andererseits ein künstlerisch-kulturelles Schulprofil entwickeln wollen. Zusätzlich vernetzen sie sich sowohl im Bezirk als auch stadtweit – mit Kultur- und anderen außerschulischen

Kooperationspartnern. 12 Kulturagentinnen und -agenten unterstützen die Schulen dabei. Sie sind Prozessbegleiter/-innen im Kontext der kulturellen Schulentwicklung und vernetzen die Akteure und Akteurinnen miteinander. Je nach Bedarf und Entwicklungsstand, werden neue Schulen mit künstlerischen Impulsangeboten begleitet oder über einen längeren Beratungsprozess intensiv unterstützt. Erfahrene Schulen können ihre Profilarbeit vertiefen bzw. ihr Erfahrungswissen als Referenzschulen an andere Schulen weitergeben. Den Schulen stehen zusätzlich Mittel für künstlerische Projektarbeit zur Verfügung. Darüber hinaus hat das Programm zum Ziel, Erfahrungen bezüglich kultureller Bildung zu multiplizieren sowie Qualitätsstandards zu formulieren und zu verstetigen. Es geht zukünftig darum, weitere interessierte Schulen aufzunehmen und gleichzeitig die Qualität der Arbeit zu sichern. Trägerin des Programms ist die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung.

TA 6 KontextSchule
Die KontextSchule ist eine Tandemfortbildung für Künstler/-innen und Lehrkräfte des Instituts Kunst im Kontext der UdK. Die Fortbildung bietet eine Plattform für die Zusammenarbeit der beiden unterschiedlichen Systeme, schult die Kooperationsfähigkeit und dient der Entwicklung und Umsetzung künstlerisch-edukativer Vorhaben in den beteiligten Schulen. Dabei soll insbesondere eine diversitysensible und diskriminierungskritische Perspektive der Teilnehmenden entwickelt werden.

TA 7 Fortbildung der Kulturbeauftragten
Im Rahmen des Programms „Kulturagenten für kreative Schulen Berlin“ werden die kulturbeauftragten Lehrkräfte sowie weitere interessierte Lehrerinnen und Lehrer bezüglich künstlerischer Impulse und kultureller Schulentwicklung qualifiziert. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Fortbildungsveranstaltungen der zertifizierten Referenzschulen im Kulturagentenprogramm.

TA 8 Berliner Märchentage (Anteilige Finanzierung) – Träger: Märchenland e. V.
Herzstück der Berliner Märchentage sind die kostenlosen Märchenlesungen in Bibliotheken für Kita- und Schulkinder während der jährlich stattfindenden Berliner Märchentage, die von Märchenland e.V. durchgeführt werden. Ziele sind hierbei Sprachförderung sowie die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit.

TA 9 Musische Kooperationsprojekte
In den drei Kooperationsprojekten zwischen Schulen und externen Partnern erweitern Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte ihre musischen Kompetenzen.
SING! ist ein Kooperationsprojekt des Rundfunkchores Berlin mit Berliner Grundschulen, Bezirksmusikschulen sowie der Landesmusikakademie Berlin. Ziel der Initiative ist es, die Kultur des Singens zu fördern und das Singen nachhaltig im Schulalltag zu verankern. Gemeinsam mit den Kindern wird ein interkulturelles Liedrepertoire erarbeitet mit dem Ziel, Sensibilität und Verständnis für andere Kulturen und ihre Musik zu fördern.
Das Projekt „Singen und Musizieren in der Grundschule“ des Deutschen Chorverbandes vermittelt fachfremden Grundschullehrkräften musikalische und didaktische Kenntnisse. Dies trägt dazu bei, die Qualität des alltäglichen Musikunterrichts in Grundschulen zu fördern und auf individuelle Bedürfnisse der Kinder in ihrer musikalischen Erziehung einzugehen.
Im Projekt „Förderung junger Ensembleleiter:innen“ lernen musikinteressierte und begabte Schülerinnen und Schüler, während einer mehrtägigen Ausbildung, Klein- und Großgruppen anzuleiten. Dabei erarbeiten sie sich erweiterte musikalische, organisatorische und soziale Kompetenzen und setzen musikalisches Engagement verantwortungsbewusst und zielführend um. Die Initiative vom Landesmusikrat Berlin macht sie darüber hinaus auf den musikalischen Lehrberuf als Berufsperspektive aufmerksam.

TA 10 Bauereignis Schule
Träger des Projektes ist Bauereignis Sütterlin Wagner. Das Projekt Bauereignis Schule arbeitet auf zwei Ebenen: 1. Beratung für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Teams von Pädagoginnen und Pädagogen in Bezug auf die Konzeption von lernförderlichen Schulräumen, 2. die räumliche Umsetzung von Planungen in partizipativen Projekten mit Lehrenden und Lernenden. Durch praxisorientierte Gestaltung werden die Identifikation von Kindern und Jugendlichen mit ihrer Lernumgebung gestärkt und Selbstwirksamkeitserfahrungen unterstützt.

TA 11 Projekt Oper an Schule
Im Zentrum des Projekts steht die kostenlose soziale und musische Förderung von Grundschulkindern, insbesondere in Arbeitsgemeinschaften.

TA 12 Theaterpädagogische Projekte
Förderung der Theatertage an Grundschulen, ein schulartenübergreifendes Arbeitstreffen mit theaterpädagogischen Werkstätten sowie prozessorientierter Ferienprojekte mit künstlerischen Formaten.

TA 13 Max-Artists in Residence an Grundschulen
Programm der Stiftung Brandenburger Tor in Kooperation mit der UdK Berlin. Es bietet Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, ein Atelier in einer Grundschule einzurichten und dort mit Schülerinnen und Schülern, Lehrenden und pädagogischem Personal zusammenzuarbeiten

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68590	**111**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**862.494,52** **R 101.499,96**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11990, 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
68617	**129**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke in den Bereichen Jugend, Bildung, Kultur und Wissenschaft**	**8.395.000**	**12.673.000**	**50.000**	**333.499,50**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Modul politische Teilhabe	51.120	52.270	50.000
2	Ersatz von Einnahmeverlusten bei Schulen in freier Trägerschaft	643.300	-	-
3	Berliner Landesinstitut für Aus-, Fort-, und Weiterbildung (s. 1010/63201)	7.500.000	12.420.000	-
4	Ausbau VHS Elternkurse	200.000	200.000	-
	Summe	**8.394.420**	**12.672.270**	**50.000**
	rd.	**8.395.000**	**12.673.000**	**50.000**

TA 1 Modul politische Teilhabe
Umsetzung des gleichnamigen Moduls aus dem Gesamtkonzept „Integration und Partizipation“. Ziel des Moduls ist die Auseinandersetzung Geflüchteter mit dem politischen System in Deutschland, den Menschrechten sowie mit Fragen der politischen Bildung und Partizipation.

TA 2 Ersatz von Einnahmeverlusten bei Schulen in freier Trägerschaft
Erstattung eines pauschalierten Schulgeldes für die Beschulung von geflüchteten und schutzsuchenden Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine an Schulen in freier Trägerschaft, das in der Regel durch die Schülerinnen und Schüler bzw. deren Erziehungsberechtigte für den Besuch einer Ersatzschule zu zahlen ist. Ziel ist es, die Schulen in freier Trägerschaft in einer außergewöhnlichen Notsituation zu entlasten und somit Schulplatzkapazitäten im Land Berlin zu sichern.

TA 3 Berliner Landesinstitut für Aus-, Fort-, und Weiterbildung
Der Zuschuss wird für das zu gründende Berliner Landesinstitut für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie das weitere pädagogische Personal an Schulen des Landes Berlin verwendet.

TA 4 Ausbau VHS Elternkurse
Die VHS Elternkurse bestehen seit über 25 Jahren und verbinden die Vermittlung von Deutsch-Sprachkursen mit einem Angebot der Elternbildung, das Informationen zum Berliner Schul- und Ausbildungssystem wie zu Familien- und Erziehungsfragen beinhaltet. Zielgruppe sind Eltern von Schul- und Kitakindern, die Deutsch-Lernbedarf haben. Die Kurse sind niedrigschwellig und kostenfrei. Ausweitung des Programms auf alle Berliner Bezirke sowie Einsatz von zusätzlichem pädagogischen Personal zur Unterstützung und Stärkung der bisher tätigen schulischen Einsatzlehrkräfte mit der Perspektive, mittelfristig die Einsatzlehrkäfte durch anderes qualifiziertes pädagogisches Personal zu ersetzen.

68644	**129**	**Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"**			**893.000**	**10.814.349,23**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68692	**129**	**Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**1.166.000**	**1.166.000**	**788.000**	**14.608,37**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.166.000**	**1.166.000**		
		Davon fällig 2025	**1.166.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.166.000**		

Deckungsvermerk:
Die ESF-Ausgaben sind mit anderen ESF-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den ESF mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den ESF der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Laut indikativer Finanzplanung des Operationellen Programms der ESF+-Förderung (Förderperiode 2021-2027) sind für Maßnahmen im Bildungs- und Jugendbereich Mittel von insgesamt rd. 41 Mio. € bereitgestellt.

Das ESF Förderinstrument 14 „Grundbildung gering literarisierter Erwachsener“ startete im Jahr 2022 und stärkt durch offene Angebote und Kurse die lebensweltorientierte Grundbildung von Erwachsenen in Berlin. Unter anderem werden Grundbildungsangebote für Eltern („Elternkurse für Alle“) und Angebote der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit für die Zielgruppe durchgeführt. Berlin erhält dafür nach dem ESF Plus-Programm Berlin für die Förderperiode 2021-2027 insgesamt 7,5 Mio. € ESF-Mittel.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden zum Abschluss von überjährigen Verträgen benötigt.

Die nationale Kofinanzierung (60%) der ESF-Mittel wird zu 45% aus Landesmitteln der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Kapitel 1010, Titel 68569 sowie Kapitel 1014, Titel 42801 und 68569) - und zu 15% aus Eigenmitteln freier Projektträger bzw. bis zu 60% aus Landesmitteln der Bezirkshaushalte bei der Projektträgerschaft von Einrichtungen des Landes Berlin erbracht.

68695	**129**	**Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**3.131.000**	**4.291.455,26**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68702	**111**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Ausland**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sachspenden für deutsche Schulen im Ausland, um die vom Land Berlin entsandten Fachberater/-innen nicht nur ideell, sondern auch materiell für ihre Arbeit als Multiplikatoren für Deutsch als Fremdsprache in den mittel- und osteuropäischen Ländern mit einem Minimum an Lehr- und Lernmitteln auszustatten.

81279	**129**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**272.000**	**272.000**	**372.000**	**93.520,54**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Neu- und Ersatzbeschaffungen für das Bildungs- und Medienzentrum Levetzowstraße zur Anpassung an die technische Entwicklung	22.000	22.000	22.000
2	Ausstattung schulpraktischer Seminare	50.000	50.000	50.000
3	Ausstattung/Digitalisierung Lehrkräftebildung	200.000	200.000	300.000
	Summe	**272.000**	**272.000**	**372.000**

TA 1 Neu- und Ersatzbeschaffungen für das Bildungs- und Medienzentrum Levetzowstraße
Technisch überholte und defekte Geräte müssen systematisch ersetzt und der Prozess der Umstellung von Printmedien auf audiovisuelle Medien muss intensiviert werden.

TA 2 Ausstattung schulpraktischer Seminare
Ausstattung der Büro- und Seminarräume für den Vorbereitungsdienst

TA 3 Ausstattung/Digitalisierung Lehrkräftebildung
Ausstattung und Digitalisierung des Vorbereitungsdienstes, Leadership.lab und des Studienzentrums für Erziehung, Pädagogik und Schule (StEPS) - Mobile Endgeräte, Interaktive Whiteboards, Videografie, Ergänzung des Mobiliars, kontinuierliche Umsetzung der Digitalisierungsstrategie sowie der entsprechenden edukativen IT-Infrastruktur.

89311	**129**	**Zuschüsse an Organisationen im Inland für Investitionen**	**418.000**	**986.000**	**118.000**	**118.000,00**

Zuschussgewährung nach § 6 Abs. 1 des Gesetzes über das Pestalozzi-Fröbel-Haus und den Lette-Verein.

Lette-Verein
Investitionen in die notwendige Ertüchtigung vorhandener Infrastruktur und zur Pflege administrativer Arbeitsmittel.

Pestalozzi-Fröbel-Haus
Investitionen zum Bau eines Fahrstuhls und zur Herstellung der Barrierefreiheit im Haus 1 (Fachschule für Sozialpädagogik).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89361	**113**	**Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft im Rahmen des Infrastrukturausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder**	**1.200.000**	**4.749.000**	**4.168.000**	**258.594,42**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 5.421.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**8.488.000**	**6.621.000**		
		Davon fällig 2025	**4.749.000**			
		Davon fällig 2026	**2.421.000**	**3.342.000**		
		Davon fällig 2027	**1.318.000**	**3.279.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bei Kapitel 1010, Titel 89361, Kapitel 1024, Titel 81210, 89140 und 89150 und Kapitel 2710, Titel 88310 - 88322 sind gegenseitig deckungsfähig (Investitionsprogramm Ganztagsausbau).

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33401 und Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	Für 2024 €	Für 2025 €	Ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE Plan 2023	2.620.000	-	-

Im Rahmen des Investitionsprogramms zum „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) auf Grundlage des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) und des Ganztagsfinanzhilfegesetzes (GaFinHG) stehen dem Land Berlin Finanzhilfen des Bundes für Investitionen in den quantitativen und qualitativen investiven Ausbau ganztägiger Bildung- und Betreuungsangebote für Grundschulkinder zur Verfügung. Der Bundesanteil an den finanzierten Maßnahmen beträgt höchstens 70 %.

Für den erforderlichen Kofinanzierungsanteil des Landes Berlin werden dem Innovationsförderfonds bisher nicht fest gebundene Mittel entnommen. Die Ausgabemittel für IFF-Projekte sind gesperrt. Die Aufhebung der Sperre ist bei der Senatsverwaltung für Finanzen zu beantragen.

89367	**187**	**Zuschuss an die Stiftung Planetarium Berlin für Investitionen**	**1.320.000**	**1.030.000**	**2.150.000**	**2.000.000,00**

Die Stiftung „Planetarium Berlin“ wurde zum 01.07.2016 errichtet. Es handelt sich um eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts, zu der die Archenhold-Sternwarte in Alt-Treptow 1, die Wilhelm-Foerster-Sternwarte mit Planetarium am Munsterdamm 86 - 90 und das Zeiss-Großplanetarium in der Prenzlauer Allee 80 gehören. Zweck der Stiftung ist die Förderung der Schulbildung und der Erwachsenenbildung auf dem Gebiet der Astronomie.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die Stiftung jährliche Zuschüsse des Landes Berlin nach Maßgabe der jeweiligen Haushaltsgesetze (§ 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Planetarium Berlin“, Artikel 1 des Gesetzes zur Zusammenführung der Berliner Planetarien und Sternwarten vom 24.06.2016).

Geplant in 2024 sind Investitionen in mobiles Arbeiten und die Digitalisierung der Verwaltung, die Erneuerung des Ticketsystems und Ersatzbeschaffungen für das mobile Planetarium INTENSE sowie der weitere Ausbau des mobilen Arbeitens in 2025.

Gesamtausgaben	**220.261.600**	**232.977.600**	**207.726.900**	**205.109.665,85**
Prozentuale Veränderung	**6,0 %**	**5,8 %**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1010				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	11.668.000	11.599.000	15.237.000	15.179.038,03
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	9.873.000	9.873.000	11.526.000	11.992.100,84
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	840.000	3.325.000	2.918.000	17.167,91
		Gesamteinnahmen	22.381.000	24.797.000	29.681.000	27.188.306,78
411-462		Personalausgaben	25.867.700	26.956.700	24.799.500	22.429.443,78
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	17.541.900	17.485.900	18.601.700	8.092.525,20
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	173.642.000	181.498.000	157.517.700	172.117.581,91
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	3.210.000	7.037.000	6.808.000	2.470.114,96
		Gesamtausgaben	220.261.600	232.977.600	207.726.900	205.109.665,85
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-197.880.600	-208.180.600	-178.045.900	-177.921.359,07

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001138 Bildung (Schule, Allgemeine Weiterbildung inkl. Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	16	Personalkosten	2.756.337.958	2.618.448.192	+5,27
Kostenträger	102	Sachkosten	32.561.703	30.904.150	+5,36
davon		Transferkosten	804.884.075	762.313.094	+5,58
Produkte	81	Verrechnungskosten	2.018.136	3.189.541	-36,73
MGF	19	kalkulatorische Kosten	305.678.868	307.168.822	-0,49
Projekte	2	Gemeinkosten	726.998.790	714.039.503	+1,81
		Summe Verwaltungskosten	4.628.479.531	4.436.063.303	+4,34
		Transfers	117.251.613	94.782.398	+23,71
		Gesamtsumme	4.745.731.144	4.530.845.701	+4,74

Höhere Personalkosten in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf den Bereich der öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Hauptstadtzulage). Die Erhöhung der Sachkosten resultiert aus der Kostenentwicklung einer Vielzahl von Produkten im Bereich Bildung. Höhere Transferkosten entstanden insbesondere aufgrund gestiegener Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft, an Träger der freien Jugendhilfe für die Betreuung von Schülern im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen, für die Schulsozialarbeit und Bildung- und Teilhabeleistungen. Die direkten Verrechnungskosten sind gesunken, da die Bezirke keine Kosten mehr an die SenBJF für die Raumnutzung durch die Schulsozialarbeit verrechnen. Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ an.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005329	2022	34.069.976	59.492	34.129.468
Ministerielle und gesamtstädtische Steuerung der Berliner Schule	2021	30.911.531	0	30.911.531

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76118	2022	7.034.072	0	7.034.072
Ministerielle Schulaufsicht für die Allgemeinbildende Schule in Berlin (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	7.025.802	0	7.025.802

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,15	0,16
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	145,00	140,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Maßnahmen, die die ständige Weiterentwicklung der Berliner Schule (allgemeinbildende Schulen, schulformübergreifende Unterrichtsangelegenheiten, Auslandsschulwesen und Förderung /Integration von Schüler/innen mit Behinderungen auch für berufliche Schulen) auf Basis von landesweiten, nationalen und internationalen Standards und Erfordernisse sicherstellen. (Ministerielles Geschäftsfeld)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76121	2022	6.051.191	59.492	6.110.683
Lehrkräftebildung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	6.195.051	0	6.195.051

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,13	0,14
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	948.255,00	962.625,00
IST - Erträge in €	31.958,00	11.543,25
Kostendeckungsgrad in %	0,52	0,19

Maßnahmen, die die ständige Weiterentwicklung der Berliner Lehrkräftebildung auf Basis von landesweiten, nationalen und internationalen Standards und Erfordernisse sicherstellen.

Fachspezifische Informationen

Bei den Transferkosten in den Verwaltungskosten handelt es sich um Aufwendungen für Stipendienprogramme für Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen der MINT-Fächer und Musik um einen Quereinstiegsmaster für das Lehramt zu absolvieren. Hierzu stehen jährlich für bis zu 100 Stipendiatinnen und Stipendiaten jeweils 500 € pro Monat für insgesamt 4 Semester zur Verfügung. Die Anzahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten schwankt jährlich zwischen 60 und 100.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005330	2022	113.850.824	73.632.913	187.483.737
Aufgabenstellungen mit direktem Kundenkontakt im ministeriellen Bereich (Schule)	2021	104.294.921	45.446.592	149.741.513

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80290	2022	6.077.266	56.100.496	62.177.762
Transferzahlungen im Bereich Grundsatzangelegenheiten und Recht des Schulwesens, einschließlich Qualitätssicherung und -entwicklung (Transferprodukt)	2021	5.633.281	32.301.624	37.934.905

	2022	2021
Menge: keine	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,31	0,84
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	6.077.025,87	5.633.280,98
IST - Erträge in €	1.729.586,12	1.953.482,30
Kostendeckungsgrad in %	2,78	5,15

Das Produkt dient der Erfassung von Zuschüssen, die im Bereich der Grundsatzangelegenheiten und Recht des Schulwesens, der Schularten und -fächer, der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung, des Lebenslangen Lernens sowie der Qualitätssicherung und -entwicklung von Unterricht geleistet werden und für die kein gesondertes Fachprodukt zur Verfügung steht.

Fachspezifische Informationen
Die in den Verwaltungskosten nachgewiesenen Transferkosten umfassen überwiegend den Zuschuss des Landes Berlin an das Land Brandenburg für das gemeinsame Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM). Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit der Zuschussgewährung im Rahmen des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona" an (Titel 68644, Kapitel 1010, 1012, 1021).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005345	2022	154.536.703	0	154.536.703
Operative Betreuung von Lehramtsstudenten, Lehramtsanwärtern, Quereinsteigern und angehenden staatlich geprüften Übersetzern	2021	146.895.730	0	146.895.730

Die operative Betreuung der Nachwuchslehrkräfte im Vorbereitungsdienst obliegt den Verwaltungsangestellten der Schulpraktischen Seminare, dazu gehören neben den organisatorischen Themen der Zuordnung zu Seminaren und Fachseminaren auch die Dokumentation, das Führen der Prüfungsakten und das Controlling.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77023	2022	47.297.690	0	47.297.690
Vorbereitungsdienst und Staatsprüfung	2021	44.964.532	0	44.964.532

	2022	2021
Menge: Anzahl der Prüfungskandidaten	1.745	1.608
Kosten je ME in €	27.104,69	27.963,02
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,00	0,99
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	220,86	269,94
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Ausbildung der Lehramtsanwärter in Seminaren und Unterricht mit anschließender Staatsprüfung (Laufbahnprüfung)

Fachspezifische Informationen
Die Ausbildung und Prüfung der Nachwuchslehrkräfte im Vorbereitungsdienst obliegt Leiterinnen und Leitern der Schulpraktischen Seminare. Die Ausbildungsplätze für lehramtsbezogen ausgebildete Hochschul-Absolventinnen und -Absolventen sowie den quereinsteigenden Lehrkräften in den berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst werden den jährlich erfolgenden Einstellungen entsprechend angepasst.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005352	2022	484.260.236	36.611.246	520.871.483
Schulen in freier Trägerschaft und Stiftungsangelegenheiten	2021	460.179.571	43.027.656	503.207.227

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76115	2022	11.102.476	258.594	11.361.070
Angelegenheiten der Schulen in freier Trägerschaft	2021	14.360.157	5.034.019	19.394.176

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen an Schulen in freier Trägerschaft (Durchschnitt)	55.704	56.009
Kosten je ME in €	199,31	256,39
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,24	0,43
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	2.158.547,91	2.627.155,39
IST - Erträge in €	5.996.572,04	10.966.625,27
Kostendeckungsgrad in %	52,78	56,55

Genehmigung, Anerkennung und Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft im Land Berlin.

Fachspezifische Informationen
Höhere Verwaltungskosten in 2021 hängen insbesondere mit den Ausgaben für Corona-Schnelltest für Schulen in freier Trägerschaft zusammen. Bei den Transferkosten in den Verwaltungskosten handelt es sich überwiegend um die Beiträge zur Unfallkasse für Schülerinnen und Schüler. Bei den Transfers handelt es sich um Zuwendungen an Schulen in freier Trägerschaft im Rahmen des Infrastrukturausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. In den IST-Erträgen sind auch Rückzahlungen von Ersatzschulzuschüssen (nach § 101 SchulG) sowie (insbes. in 2021) die Zuweisungen des Bundes für das Investitionsprogramm Ganztag enthalten.

Zum Nachweis und zur Prüfung von Zuschüssen und Zuwendungen erfolgen nach den jeweils gültigen Vorschriften Verwendungsnachweisprüfungen. Die Höhe der Rückzahlung von Ersatzschulzuschüssen ist auch von dem Ergebnis von Rechtsstreitigkeiten abhängig.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76116	2022	932.385	25.577.448	26.509.833
Zuschüsse und Zuwendungen an Stiftungen / Stiftungsangelegenheiten	2021	982.789	25.508.000	26.490.789

	2022	2021
Menge: Anzahl der Stiftungen	2	2
Kosten je ME in €	466.192,48	491.394,31
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,56	0,58
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	684,70	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Gewährung von Zuschüssen und Zuwendungen an Stiftungen / Stiftungsangelegenheiten

Fachspezifische Informationen
Gewährung der Zuschüsse an das Pestalozzi-Fröbel-Haus und den Lette-Verein einschließlich der Zuschüsse für Investitionen. Die Zuschüsse werden als Transfers ausgewiesen. Bei den Verwaltungskosten handelt es sich insbesondere um die Kosten (kalkulatorische Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen) von Gebäuden des Fachvermögens der SenBJF, die durch das Pestalozzi-Fröbel-Haus und den Letteverein genutzt werden.

Die Gewährung der Zuschüsse an das Pestalozzi-Fröbel-Haus und den Lette-Verein erfolgt auf der Grundlage von § 6 Abs. 1 des Gesetzes über das Pestalozzi-Fröbel-Haus und den Lette-Verein. Nach § 8 gelten für die Arbeitsverhältnisse der Angestellten und Auszubildenden der Stiftungen die gleichen Bedingungen wie für vergleichbare Beschäftigte des Landes Berlin. Auch für die beschäftigten Beamtinnen und Beamte und die Versorgungsempfänger/innen werden die geltenden bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen dauerhaft angewendet.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79790	2022	61.716.367	0	61.716.367
Finanzielle Förderung der Ergänzenden Förderung und Betreuung (EFöB, ehem. Hort) an Schulen in freier Trägerschaft	2021	59.239.039	0	59.239.039

	2022	2021
Menge: Anzahl der Kinder (Durchschnitt)	15.929	15.153
Kosten je ME in €	3.874,45	3.909,48
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,30	1,31
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	61.716.367,05	59.239.038,87
IST - Erträge in €	7.618.965,00	3.902.774,00
Kostendeckungsgrad in %	12,35	6,59

Finanzierung der Ergänzenden Förderung und Betreuung (EFöB, ehem. Hort) an Schulen in freier Trägerschaft in Berlin aufgrund abgeschlossener Trägerverträge und der von den bezirklichen Jugendämtern erteilten Bedarfsbescheide.

Fachspezifische Informationen
Geringere IST-Erträge waren in 2021 zu verzeichnen, weil die Hortbetreuung aufgrund der Corona-Pandemie teilweise nicht oder nur eingeschränkt stattgefunden hat und die Elternkostenbeteiligungen für diese Zeiträume erlassen wurden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Die Erstattung der Kosten für die ergänzende Förderung und Betreuung (EFöB) erfolgt auf den gesetzlichen Grundlagen des Schulgesetzes, des Kita-Reformgesetzes, der Schülerförderungs- und –betreuungsverordnung (SchüFöVO) und der Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der Ganztagsangebote an Grundschulen und Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt in freier Trägerschaft (Rahmenvereinbarung Schulen in freier Trägerschaft, frSchulRV). Der Leistungsanspruch ist dem Grunde nach gesetzlich festgelegt. Für die Leistungserbringung werden mit den freien Trägern Verträge abgeschlossen (Trägerverträge). Maßgeblich für die Berechnung des EFöB-Anspruchs sind die mit den Schulträgern vereinbarten Kostenblätter und die darin enthaltenen Einzelfaktoren. Mit zunehmenden Schülerzahlen an Schulen in freier Trägerschaft steigen diese Kosten kontinuierlich an.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80587	2022	27.929.753	0	27.929.753
Ganztagsangebote VHG an Schulen in freier Trägerschaft	2021	24.074.929	0	24.074.929

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen	17.082	16.845
Kosten je ME in €	1.635,04	1.429,2
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,59	0,53
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	27.888.701,11	24.034.620,33
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Erstattung der Kosten für außerunterrichtliche Ganztagsangebote der offenen Ganztagsschulen im Rahmen der verlässlichen Halbtagsgrundschule (VHG) gemäß der Rahmenvereinbarung Schulen in freier Trägerschaft (frSchulRV) sowie aufgrund abgeschlossener Trägerverträge.

Fachspezifische Informationen

Die Transferkosten enthalten neben den Leistungen für Ganztagsangebote (Titel 67115) auch die Erstattung der Kosten für das Mittagessen in der außerunterrichtlichen und ergänzenden Förderung und Betreuung der Jahrgangsstufen 1 bis 6 an Schulen in freier Trägerschaft (Titel 67180). Aufgrund steigender Schülerzahlen an Schulen in freier Trägerschaft steigen diese Kosten kontinuierlich an.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80843	2022	45.000	10.775.204	10.820.204
Förderung der Berufsausbildung an den Berufsfachschulen für Altenpflege und Fachschulen für Sozialpädagogik in freier Trägerschaft durch Übernahme des Schulgeldes	2021	16.190	12.485.637	12.501.826

	2022	2021
Menge: Anzahl der Auszubildenden und Studierenden (Durchschnitt)	8.265	9.766
Kosten je ME in €	5,44	1,66
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,23	0,28
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Ersatzweise und pauschalisierte Übernahme des Schulgeldes zur Förderung der Ausbildung an den Berufsfachschulen für Altenpflege und Fachschulen für Sozialpädagogik in freier Trägerschaft aufgrund abgeschlossener Fördervereinbarungen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende Schulen; Lehrkräftebildung -

Fachspezifische Informationen

Die ausgezahlten Schulgeldersatzleistungen (Kapitel 1010, Titel 68450) werden als Transfers abgebildet. Diese betrugen in 2022 durchschnittlich 1.303,71 € und in 2021 durchschnittlich 1.278,48 € je Auszubildenden bzw. Studierenden im Jahr. Die Verwaltungskosten sind gestiegen, da in 2022 mehr Stellenanteile des Verwaltungspersonals auf das Produkt gebucht wurden.

Zur Förderung der Berufsausbildung an den Berufsfachschulen für Altenpflege und den Fachschulen für Sozialpädagogik in freier Trägerschaft (Ersatzschulen) wird aufgrund einer Protokollnotiz des Senats vom 27.01.2015 und eines Beschlusses das bisher von den Schülerinnen, Schülern und Studierenden zu zahlende Schulgeld seit dem 01.08.2016 vom Land Berlin ersatzweise übernommen. Der Ersatz des Schulgeldes wurde im Rahmen einer Fördervereinbarung mit den freien Trägern geregelt, womit ein finanzieller Ausbildungsanreiz geschaffen wurde, die Zahl der Auszubildenden und Studierenden in diesen anerkannten Mangelberufen zu erhöhen. Aufgrund stetig steigender Schülerzahlen an Schulen in freier Trägerschaft steigen diese Kosten kontinuierlich an. Nach pandemiebedingt gesunkenen Schülerzahlen in den Bildungsgängen der Vollzeitausbildung, jedoch dem bisher stetigen Zuwachs der Schülerzahlen in der berufsbegleitenden Erzieherausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik, ist, trotz Auslaufens des Teils der Schulgeldersatzleistungen für die Berufsfachschulen für Altenpflege zum Ende des Jahres 2023, insgesamt mit einem weiteren Anstieg der Schülerzahlen zu rechnen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005470	2022	11.998.685	0	11.998.685
BuT - Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket im Bereich Schule	2021	10.639.093	0	10.639.093

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80445	2022	9.587.988	0	9.587.988
T-BuT - Leistungen nach SGB II und SGB XII - Lernförderung an Schulen (Transferprodukt zu 80440, 80441, 80442 und 80443)	2021	8.944.980	0	8.944.980

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die Lernförderung erhalten haben	109.127	86.986
Kosten je ME in €	87,86	102,83
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,20	0,20
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	9.587.987,55	8.944.980,12
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Leistungen auf Bildung und Teilhabe
- Lernförderung an Schulen

Fachspezifische Informationen

Bei der angegebenen Menge handelt es sich um die Summe der monatlich begünstigten Schülerinnen und Schüler

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1011 enthält die Einnahmen und Ausgaben der Abteilung IV für die Operative Schulaufsicht der berufsbildenden und zentral verwalteten Schulen, die aufgrund einer neuen Struktur im Bildungsbereich zum 1. November 2019 eingerichtet worden ist. Die Abteilung umfasst neben der der Abteilungsleitung zugeordneten Stabsstelle (IV S) die Referate IV A (Grundsatzangelegenheiten, ministerielle Angelegenheiten und Schulträgerschaft), IV B (Operative Schulaufsicht der beruflichen Schulen und Oberstufenzentren), IV C (Jugendberufsagentur, Berufs- und Studienorientierung) und IV D (operative Schulaufsicht der zentralverwalteten Schulen, Europaangelegenheiten und Internationales). Zu den Schwerpunkten im berufsbildenden Bereich gehören die Jugendberufsagentur, der Talente Check, die Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung (IBA) und die Lernortkooperation.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben sind die Haushaltsmittel zur Ausgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Ausgabenhöhe.

B. Gender Budgeting

Geschlechtsspezifische Daten liegen vor (beim Titel erläutern):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1011	67101	Ersatz von Ausgabe
1011	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			9	12	10	11
Relativer Anteil			43	57	48	52
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	45	25	52	15	53	17
Relativer Anteil	64	36	78	22	76	24

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 6.767 €, Mitarbeitende: 4.168 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 7.670 €, Mitarbeitende: 4.842 €

Die Beschäftigtenstruktur der o. g. Abteilung weist nur bei den Führungskräften in den oberen Einkommensgruppen geringfügige Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten auf, die zur Erklärung der niedrigeren durchschnittlichen Monatseinkommen der weiblichen Führungskräfte herangezogen werden können. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt. Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Beschäftigten (Mitarbeitende) könnten z. B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte) sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**111**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11190	**111**	**Zweckgebundene Einnahmen aus Entgelten**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42791, 42890 und 52593.

Einnahmen des „Zweiten Bildungsweges“ für die Durchführung der Lehrgänge des Arbeitsamtes zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen arbeitsloser Jugendlicher.

11921	**111**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**300.000**	**300.000**	**126.000**	**428.215,21**

Rückzahlungen von nicht verwendeten Zuwendungen aus vergangenen Haushaltsjahren.

11934	**111**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**9.442,65**
11979	**111**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
12401	**129**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**24.000**	**24.000**	**24.000**	**57.756,41**

Einnahmen aus der Überlassung von Räumen für die Maßnahme Talente Check für die IHK (Industrie- und Handelskammer zu Berlin) und die HWK (Handwerkskammer Berlin).

23190	**152**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**613.592,80**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790, 54690 und 68590.

Zuwendungen werden erwartet für Bereiche der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

27290 (neu)	**111**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**		

Zuwendungen werden erwartet für Bereiche der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27292	**129**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**4.507.000**	**4.507.000**	**1.822.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68692.				

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF+) erhält das Land Berlin nach dem Operationellen Programm für die Förderperiode 2021-2027 für Maßnahmen im Bildungs- und Jugendbereich Mittel von insgesamt rd. 41 Mio. €.

Im Bereich Berufliche Bildung werden folgende Förderinstrumente (FI) durchgeführt:

FI 5 11.500.000 €
Förderinstrument Zielgruppenspezifische Bildungsbegleitung in der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung (IBA):
Unterstützung benachteiligter Jugendlicher in den Klassen der Grundniveaustufe der Integrierten Berufsbildungsvorbereitung (IBA).

FI 6 5.500.000 €
Förderinstrument Bildungsbegleitung SEK I:
Förderung von Jugendlichen an Schulen mit besonders hohen Quoten von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Schulabschluss.

FI 8 7.500.000 €
Förderinstrument Förderlücken schließen: Förderung von jungen Menschen, die durch Regelangebote bisher nicht erreicht werden.

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.
(vgl. Erläuterungen zu Titel 68692).

27295	**129**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**7.368.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
28101	**129**	**Ersatz von Ausgaben**			**—**	**131.952,48**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
28290	**111**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.049.742,79**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790, 54690 und 68590.				

Die Einnahmen werden erwartet zur Durchführung von Modellversuchen. Zuwendungen Dritter für Projekte und Veranstaltungen.

		Gesamteinnahmen	**4.842.000**	**4.842.000**	**9.350.000**	**2.290.702,34**
		Prozentuale Veränderung	**-48,2 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**111**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.523.000**	**2.624.000**	**3.140.000**	**2.353.295,05**
42701	**111**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**84.000**	**84.000**	**68.000**	**17.086,75**

Die Jugendberufsagentur ist ein Ort, an dem Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren rechtskreisübergreifend beraten werden. Vorausgehend sollen die Schülerinnen und Schüler durch die Einrichtung von Berufs- und Studienorientierungsteams (BSO-Teams) an den allgemein bildenden Schulen gezielter auf eine bewusste Übergangsentscheidung vorbereitet werden. Ein Ziel der Jugendberufsagentur ist es, mehr Jugendliche zu einem Berufsabschluss zu führen.

Honorarmittel für Veranstaltungen (insbesondere für Inklusion und Qualitätsmanagement).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42790	**111**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

42791	**111**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus zweckgebundenen Entgelten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Maßnahmen des „Zweiten Bildungsweges“ für die Durchführung der Lehrgänge des Arbeitsamtes zur Verbesserung beruflicher Bildungs- und Eingliederungschancen arbeitsloser Jugendlicher.

42801	**111**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.645.000**	**5.343.000**	**4.859.000**	**3.835.780,99**
42811	**111**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42890	**111**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

44100	**111**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**125.000**	**129.000**	**69.800**	**120.236,34**
45300	**111**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**13.300**	**13.300**	**11.000**	**13.238,57**
51101	**153**	**Geschäftsbedarf**	**211.000**	**211.000**	**184.000**	**171.709,16**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Geschäftsbedarf Ministerialbereich	35.000	35.000	30.000
2	Geschäftsbedarf Talente Check	170.000	170.000	150.000
3	Jugendberufsagentur (JBA)	5.500	5.500	3.100
	Summe	210.500	210.500	183.100
	gerundet	**211.000**	**211.000**	**184.000**

TA 1 Geschäftsbedarf Ministerialbereich
Die Mittel sind für die Ausstattung der Außenstellen mit Mobiliar und Technik sowie des Ministerialbereichs der Abteilung IV, der Bereiche Inklusion und Qualitätsmanagement sowie dem Geschäftsbedarf des Personalrats vorgesehen.

TA 2 Geschäftsbedarf Talente Check
Das Vorhaben Talente Check soll eine systematische Potentialanalyse und Kompetenzfeststellung bei allen Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 8 ermöglichen. Es handelt sich um ein Vorhaben, das gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt wird. Mittel für den Geschäftsbedarf für den Betrieb des Talente Checks werden notwendig, weil im Rahmen der Tests für max. 30.000 Schülerinnen und Schüler Ausdrucke, Namensschilder und konkrete Ausweise zur Steuerung des Testablaufs benötigt werden. Darüber hinaus soll eine Anmelde- und Buchungsplattform betrieben werden.

TA 3 Jugendberufsagentur
Die Jugendberufsagentur ist ein Ort, an dem Jugendliche und junge Erwachsene bis zu einem Alter von 25 Jahren rechtskreisübergreifend beraten werden. Vorausgehend sollen die Schülerinnen und Schüler durch die Einrichtung von Berufs- und Studienorientierungsteams (BSO-Teams) an den allgemeinbildenden Schulen gezielter auf eine bewusste Übergangsentscheidung vorbereitet werden. Ein Ziel der Jugendberufsagentur ist es, mehr Jugendliche zu einem Berufsabschluss zu führen. Hier: Nachweis der Geschäftskosten für die Projekt- und Netzwerkstelle.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**111**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**127.000**	**127.000**	**89.000**	**36.782,29**

199.000,0 EUR werden künftig bei 51185 nachgewiesen.
600.000,0 EUR werden künftig bei 54010 nachgewiesen.
150.000,0 EUR werden künftig bei 51185 nachgewiesen.

Landesstelle
Ausstattung für den Unterricht in der Landesstelle für gewerbliche Berufsförderung in Entwicklungsländern (jeweils 1.500 €).

Jugendberufsagentur
Mittel für Ersatzausstattungen der Außenstellen Jugendberufsagenturen (jeweils 45.000 €).

PSW (Partner Schule Wirtschaft)
PSW ist seit 2002 eine Service- und Koordinierungsstelle für Berufliche Orientierung in Berlin. Das Projekt beschäftigt sich umfassend mit übergeordneten Querschnittsthemen und ist als Schnittstelle zwischen Schulen, Hochschulen und der Wirtschaft zu betrachten (jeweils 80.000 €).

51185 127 Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT
Siehe Maßnahmegruppe 32

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51701	**111**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**59.000**	**59.000**	**59.000**	**43.649,24**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	Für 2024	Für 2025
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	59.000	59.000

Betriebskosten für die Räumlichkeiten, die für das Projekt Talente Check angemietet wurden. Vgl. auch Titel 58101.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**111**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**165.000**	**165.000**	**165.000**	**130.601,46**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	Für 2024	Für 2025
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen *	162.000	162.000

*) betrifft Nettokaltmiete ohne Bewirtschaftungskosten

Anmietung von Räumen für die Durchführung von Personalversammlungen (3.000 €). Für die Personalversammlungen des Personals an den öffentlichen Schulen, die gem. § 47 PersVG mindestens einmal im Jahr stattfinden, ist die Anmietung von Räumen erforderlich. Aufgrund des Personalaufwuchses in den Schulen der 13. Regionen sind entsprechend große Räume anzumieten. Es handelt sich hierbei um eine gesetzliche Verpflichtung.

Das Vorhaben Talente Check soll eine systematische Potentialanalyse und Kompetenzfeststellung bei allen Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 8 ermöglichen. Es handelt sich um ein Vorhaben, dass gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer und der Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt wird. Hierfür wurden Räume angemietet.

Die Mietkosten betragen jährlich rd.	152.000,00 €
Instandhaltung p.a. (vorläufige Kalkulation)	10.000,00 €
	162.000,00 €

Die Betriebskosten werden im Titel 51701 nachgewiesen.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51900	**129**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**		**—**		**131.952,48**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**111**	**Aus- und Fortbildung**	**495.000**	**495.000**	**440.000**	**111.265,78**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Mitarbeiterschulung	201.800	201.8000	175.000
2	Qualifizierung Lehrkräfte Berufliche Bildung	58.000	58.000	53.000
3	Digitalisierungskoordinatoren	60.000	60.000	60.000
4	Jugendberufsagentur	75.000	75.000	52.000
5	Fortbildungen zur Stärkung der Diversity-Kompetenz von Lehrkräften	100.000	100.000	100.000
	Summe	**494.800**	**494.800**	**440.000**
	Gerundet	**495.000**	**495.000**	**440.000**

TA 1 Mitarbeiterschulung
Die immer stärker werdende Einbindung digitaler Technik in den administrativen und edukativen Bereichen der Schulen erfordert verstärkt, die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulen zu unterweisen. Die Mittel sind außerdem für die Fortbildung zum Thema Qualitätsmanagement, Inklusion und die Fortbildung von Brandschutzhelfern vorgesehen.

TA 2 Qualifizierung Lehrkräfte Berufliche Bildung
Die Gewährleistung dieses sprachbildendenden Unterrichts in der Willkommensklasse und in der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung (IBA) setzt die Qualifizierung der Lehrkräfte von über 44 Oberstufenzentren hinsichtlich der sprachsensiblen Kompetenzentwicklung (DAZ und integrierte Sprachbildung im Übergang Schule-Beruf) voraus. Dies betrifft sowohl die Fachlehrerinnen und Fachlehrer für den berufsübergreifenden als auch die für den berufsbezogenen Unterricht. Zudem werden die Lehrkräfte in der Erfassung des Sprachstandes bzw. in den Diagnosefähigkeiten fortgebildet, damit der zielorientierte Transfer in die Duale Berufsausbildung bzw. andere Bildungsgänge gelingt. Diese Maßnahme ist eine grundsätzliche Voraussetzung für die erfolgreiche Überführung der jungen Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund in die Berufsausbildung und die nachfolgende Integration in den Arbeitsmarkt.

TA 3 Digitalisierungskoordinatoren
Mit zunehmender Digitalisierung ist es erforderlich geworden, die an den Schulen eingesetzte IT-Technik zu koordinieren. Die Ausgaben sind für entsprechende Schulungen vorgesehen.

TA 4 Jugendberufsagentur
Besonders im Bereich der Fortbildung der Beraterinnen und Berater in den Standorten der Jugendberufsagentur als auch der BSO-Teams der allgemein bildenden Schulen, die neben Schulungen im eigenen Rechtskreis auch rechtskreisübergreifende Fortbildungen vorsehen, ist darüber hinaus ein umfangreiches Coaching und Supervisionsangebot eine Voraussetzung für qualitativ hochwertige Beratungsarbeit. In diesen thematischen Feldern sowie im Bereich der Steigerung der Beratungskompetenz ist eine Zusammenarbeit mit externen Partnern zwingend erforderlich.

TA 5 Fortbildungen zur Stärkung der Diversity-Kompetenz von Lehrkräften
Es werden Fortbildungs- und Beratungsangebote für Lehrkräfte an Grund-, weiterführenden und beruflichen Schulen angeboten. Die Lehrkräfte werden in ihrer Diversity-Kompetenz gestärkt und im Umgang mit Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus, anti-schwarzem Rassismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus, Sexismus und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit geschult sowie für einen empowernden Ansatz bei von Marginalisierung betroffenen Schülerinnen und Schülern gestärkt. Die Angebote sollen die Urteilskompetenz und Handlungsfähigkeit der Lehrkräfte im Umgang mit Diskriminierung im Schulalltag fördern und Präventionsmöglichkeiten aufzeigen. Übergeordnetes Ziel ist die Unterstützung einer diskriminierungskritischen, diversitätssensiblen und demokratischen Schulkultur.

52509	**129**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**168.000**	**168.000**	**12.000**	**12.482,19**

Mittel für einen gemeinsamen Pool an Unterrichtsmaterial im Kontext neuer Rahmenlehrpläne.

Lehrmittel für den Unterricht in der Landesstelle für gewerbliche Berufsförderung in Entwicklungsländern (jeweils 6.000 €) und Unterrichtsmaterialien zur Durchführung der regionalen Fortbildung für die berufsbildenden Schulen (jeweils 12.000 €).

Sowie Anschaffungen von Lehr- und Lernmitteln, wenn IT-Dienstleistungen für die Schulen erworben werden (jeweils 150.000 €).

52510	**129**	**Schulische Veranstaltungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.000,00**

Schulische Veranstaltungen für die Landesstelle für gewerbliche Berufsförderung in Entwicklungsländern (1.000 €).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52593	**111**	**Lehrmittel, Unterrichtsmaterial aus zweckgebundenen Entgelten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Für die Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien zur Durchführung der Lehrgänge des Arbeitsamtes “Zweiter Bildungsweg“ an der VHS Steglitz.

52610	**127**	**Gutachten**	**435.000**	**435.000**	**435.000**	**278.684,33**

Ausgaben für die Durchführung des arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes im Bereich der berufsbildenden und zentral verwalteten Schulen.

Der Anteil der vertraglichen Verpflichtungen in Bezug auf die gesetzlich vorgeschriebene ASiG-Betreuung für die berufsbildenden und zentralverwalteten Schulen liegt bei ca. 300.000 €. Hinzu kommen die Summen für die Untersuchung von schwangeren Dienstkräften nach dem Mutterschutzrecht und für Hepatitis-Impfungen.x

Geschlechtersensitive Begründung:
Die Angebote der arbeitspsychologischen Beratung oder der Vorsorgeuntersuchungen für Dienstkräfte an Bildschirmarbeitsplätzen stehen allen Beschäftigten des Ministerialbereichs der SenBJF zur Verfügung und somit grundsätzlich allen Geschlechtern gleichermaßen.
Im Teilbereich arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen werden diese entsprechend dem beruflichen Einsatzfeld und der Gefährdungsbeurteilung angeboten bzw. gemäß dem aktuellen Status (bspw. Beurteilung der Arbeitsbedingungen bei Mutterschutzuntersuchungen), es erfolgt eine bedarfsgerechte Nutzung. Die Offenlegung der bedarfsgerechten Nutzung könnte teils Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand zulassen oder ermöglichen (gesundheitsbezogene oder personenbezogene Daten). Zur Nutzung der Angebote erfolgt daher keine Erhebung geschlechtssensitiver Daten, da sie in besonderer Weise durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 1, 2 GG) geschützt sind. Die Nutzung der Angebote ist nicht geschlechtsspezifisch steuerbar.

52703	**111**	**Dienstreisen**	**42.000**	**42.000**	**20.800**	**16.657,65**

Dienstreisekosten und Wegstreckenentschädigungen der Beschäftigten der Abteilung IV und der Mitglieder der Personalvertretungen. Die Mittel werden ferner zur Entsendung von Lehrkräften benötigt.

53101	**111**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**240.000**	**240.000**	**212.000**	**201.912,41**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Kampagne Berufliche Bildung	78.000	78.000	50.600
2	Projekt/Netzwerkstelle JBA	56.000	56.000	56.000
3	zentralverwaltete Schulen	35.400	35.400	35.400
4	OSZ Online	70.000	70.000	70.000
	Summe	**239.400**	**239.400**	**212.000**
	Summe gerundet	**240.000**	**240.000**	**212.000**

TA 1 Mittel für die Kampagne Berufliche Bildung
Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sollen Betroffene über Flyer, Veranstaltungen und Websites über ihre Möglichkeiten bei der beruflichen Bildung informiert werden.

TA 2 Jugendberufsagentur (JBA)
Im Landesbeirat der Jugendberufsagentur wurde vereinbart, die Öffentlichkeitsarbeit für die Dachmarke Jugendberufsagentur in der Stadt mit geeigneten Werbemedien und Veranstaltungsformen zu steigern. Dazu gehört die Fortentwicklung des Corporate Design, die Platzierung von Werbemedien im öffentlichen Raum und die Präsenz auf zentralen Veranstaltungen, die für die Zielgruppe der Jugendberufsagentur attraktiv sind.

TA 3 Zentralverwaltete Schulen
Die Präsenz der zentralverwalteten Schulen im Internet soll aktualisiert werden. Die Mittel werden zur Unterstützung der Schulen bei der Gestaltung ihrer Websites benötigt.

TA 4 OSZ Online
Die Darstellung der OSZ im Internet soll überarbeitet werden, damit Informationen leichter und schneller verfügbar sind. Für neue und die Überarbeitung bestehender Websites werden entsprechende Ausgaben bereitgestellt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	*	*	*	*	*	*
Relativ	50%	50%	50%	50%	50%	50%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	53T	53T	91T	91T	106T	106T
* eine genaue Reichweitenangabe ist nicht möglich						

Zielgruppe:	Allgemeine Öffentlichkeit, insbesondere Schülerinnen und Schüler der Sek I, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
Zielsetzung:	• Mit diversen Publikationen und Kampagnen informiert Abt IV die o.g. Zielgruppen über die vielfältigen Angebote der schulischen beruflichen Bildung. • Der Schwerpunkt liegt auf den Schulabgängerinnen und Schulabgängern, welche über keinen direkten Anschluss nach der Schule verfügen. • Gewinnung von ausreichend pädagogischem und nichtpädagogischem Personal.
Steuerungsmaßnahmen:	Die Materialien und Maßnahmen richten sich an alle Geschlechter gleichermaßen. Geschlechtssensitive Aspekte werden über die inhaltliche Ausgestaltung der jeweiligen Informationsmaterialien und bei den digitalen Anmeldeformularen z. B. der Ferienschule und der Willkommensklassen berücksichtigt (Auswahl von Bildern, von Beispielen und im Text).

53405	**127**	**Sachausgaben gemäß § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 5 Schulgesetz**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**—**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.

Der jährliche Refinanzierungsbedarf an Ausstattungen für die berufsbildenden Schulen soll über ein entsprechendes Refinanzierungsmodell sichergestellt werden. Hierfür soll gem. Drs. 18/2921 vom 14.08.2020 ein Konzept in Form eines Refinanzierungsmodells mit verbindlichen Mindeststandards erarbeitet werden, welches unter Berücksichtigung der künftigen Haushaltslage die Grundlage für die zukünftig zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für die technische Geräteausstattung darstellt.

Die Ausgaben sind bis zur Vorlage des Konzepts gesperrt.

54002	**111**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**225.000**	**225.000**	**213.000**	**20.846,90**

Die Ausgaben sind für die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragungen an den öffentlichen berufsbildenden Schulen und sich daraus ergebende nachhaltige Maßnahmen im Gesundheitsmanagement vorgesehen. Es handelt sich um eine gesetzliche Auflassung nach dem VGG (Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz). Hierbei steht die Förderung der Gesundheit der Beschäftigten im Bildungsbereich trotz wachsender Anforderungen und steigender psychosozialer Belastung im Mittelpunkt, um vorzeitiges Ausscheiden aus dem Beruf aus gesundheitlichen Gründen zu vermindern.

Die Mittel werden insbesondere für Prozessbegleitung der Schulentwicklung, Coaching für Führungskräfte, Gesundheitstage vor Ort, Fortbildungsmaßnahmen zum Umgang mit psychisch kranken Kindern im Regelschulsystem und mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern, Entwicklung von Teambildungsmaßnahmen, Verbesserung der Ausstattung der Arbeitsplätze, Barrierefreiheit sowie Supervision als Regelangebot für Lehrkräfte eingesetzt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**111**	**Dienstleistungen**	**4.168.000**	**4.193.000**	**3.925.000**	**772.862,41**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
100.000,0 EUR wurden bislang bei 1000/54010 nachgewiesen.
600.000,0 EUR wurden bislang bei 51140 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**579.000**	**217.000**
Davon fällig 2025	**362.000**	
Davon fällig 2026	**217.000**	**217.000**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Externer Support schulischer Netzwerke	1.500.000	1.500.000	1.500.000
2	Lizenzkosten WLAN	1.430.000	1.430.000	1.400.000
3	Evaluation Talente Check	40.000	40.000	0
4	Anbindung von IT-Verfahren an das ITDZ	175.000	180.000	160.000
5	Jugendberufsagentur	118.000	138.000	85.000
6	Anpassung berufliche Sprachkompetenz	50.000	50.000	50.000
7	Digitale Kompetenzen in den Bildungsgängen	620.000	620.000	600.000
8	Europäische Zusammenarbeit (ET 2030)	100.000	100.000	100.000
9	Dienstleistung ärztliche Untersuchung	95.000	95.000	0
10	Qualitätsmanagement	40.000	40.000	0
	Summe	**4.168.000**	**4.193.000**	**3.925.000**

TA 1 Externer Support
Der Einsatz digitaler Medien ist in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen, sodass der Aufwand für den Betrieb und die Wartung der schulischen Netzwerke immer mehr Ressourcen beansprucht. Dienstleister wie z. B. das ITDZ sollen daher verstärkt für den Support eingesetzt werden.

TA 2 Lizenzkosten
Nach Anbindung der berufsbildenden und zentralverwalteten Schulen an das Breitband-Internet erfolgt als weiterer Schritt der Ausbau der LAN- bzw. WLAN-Komponenten. Die Mittel werden für die Beschaffung, Installation, Konfiguration, Wartung und den Betrieb der errichteten WLAN-Netze verwendet.

TA 3 Evaluation Talente Check
Im Landeskonzept Berufliche Orientierung hat sich das Land sowie die Bundesagentur für Arbeit und die Wirtschafts- und Sozialpartner verbindlich zur Evaluation der einzelnen Maßnahmen, welche im Landeskonzept beschrieben sind, verpflichtet.

TA 4 ITDZ-Anbindung
Die in den berufsbildenden und zentralverwalteten Schulen bestehenden IT-Verfahren sollen vereinheitlicht und an die Standards des ITDZ angepasst werden.

TA 5 Jugendberufsagentur
Mittel für die Wartung der vorhandenen Webseiten „wege-zum-beruf.de“ und „jba-berlin.de“ und für die Öffentlichkeitsarbeit.

TA 6 Anpassung berufliche Sprachkompetenz
Die Ausgaben sind für die Maßnahmen zur Entwicklung der beruflichen Sprachkompetenz vorgesehen. Sie sind für den Aufbau und die Anpassung der berufsbezogenen Sprache an Fach-, Betriebs- und Lernfeldanforderungen sowie für die Anpassung des Fach- und Lernfeldunterrichts an sprachlich-kommunikative Anforderungen in Berufsvorbereitung und Berufsausbildung an 44 beruflichen Schulen notwendig.

TA 7 Digitale Kompetenzen in den Bildungsgängen
Die Ausgaben sind bestimmt für die Implementierung von digitalen Kompetenzen im Unterricht der Bildungsgänge der beruflichen Schulen.

TA 8 Europäische Zusammenarbeit
Externe Unterstützung der Fachabteilungen bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Ziele des Europäischen Rahmens für Bildung und Ausbildung (ET 2030).

TA 9 ärztliche Untersuchung
Kosten der amtsärztlichen Untersuchungen von Lehrkräften zur Verbeamtung.

TA 10 Qualitätsmanagement
Das europäische Instrument CAF 2020 (Common Assessment Framework) soll als Grundlage zur Entwicklung und Umsetzung einer Qualitätsstrategie eingesetzt werden. Für die erstmalige Anwendung ist eine professionelle fachliche Begleitung erforderlich.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**129**	**Veranstaltungen**	**65.100**	**65.100**	**53.100**	**23.370,35**

Länderübergreifende Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen der kontinuierlichen Wahrnehmung städtepartnerschaftlicher Verpflichtungen des Landes Berlin. Dies beinhaltet auch Kosten für die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern aus Berliner Bildungseinrichtungen an internationalen Bildungskonferenzen in den jeweiligen Partnerstädten und die Kosten für den Empfang einer Delegation bei Besuchen aus den Bildungsverwaltungen der jeweiligen Partnerstädte in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (50.000 €).

Zur Umsetzung und Entwicklung einer abgestimmten Gesamtstrategie Qualitätssicherung ist die Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Tagungen und Workshops zu den Themen Schulaufsicht, Schulsozialarbeit, Bonus-Programm, Verfügungsfonds, Vernetzung von Hilfesystemen sowie datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung erforderlich (3.100 €).

Die Mittel werden für die Vorbereitung, Durchführung und Moderation, Dokumentation und Auswertung der Fachtagungen und Workshops benötigt (12.000 €).

54079	**129**	**Verschiedene Ausgaben**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.848,69**

Verschiedene Ausgaben für die Landesstelle für gewerbliche Berufsförderung in Entwicklungsländern (2.000 €).

Die Jugendberufsagentur ist ein Ort, an dem Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren rechtskreisübergreifend beraten werden. Vorausgehend sollen die Schülerinnen und Schüler durch die Einrichtung von Berufs- und Studienorientierungsteams (BSO-Teams) an den allgemeinbildenden Schulen gezielter auf eine bewusste Übergangsentscheidung vorbereitet werden. Hier: Geschäftskosten für die Projekt-/Netzwerkstelle (1.000 €).

54690	**129**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**138.692,69** **R 929.972,11**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

63120	**129**	**Rückzahlung von Zuweisungen an den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlungen an den Bund von nicht verwendeten Zuwendungen aus vergangenen Haushaltsjahren.

63621	**127**	**Beiträge an die Unfallkasse**	**5.957.000**	**5.957.000**	**5.957.000**	**4.739.875,65**

Umlagebeiträge für Aufwendungen der Unfallkasse, die sich aus den Versicherungsfällen der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und privaten berufsbildenden Schulen, an privaten allgemeinbildenden Schulen sowie ab 2022 an zentralverwalteten Schulen ergeben.

67101	**129**	**Ersatz von Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**2.000,00**

Mittel für die Landesstelle für gewerbliche Berufsförderung in Entwicklungsländern.

	2020		2021		2022		2023	
Nutzung	w	m	w	m	w	m	w	m
Absoluter Anteil	4	14	5	19	3	15	7	13
Relativer Anteil	22,22 %	77,78 %	20,83 %	79,17 %	16,67 %	83,33 %	35 %	65 %

Zielgruppe	Ausländische Praktikantinnen aus Entwicklungsländern
Zielsetzung	Wünschenswert wäre eine Erhöhung des weiblichen Anteils der Zielgruppe.
Steuerungsmaßnahmen	Nicht steuerbar, da kein Einfluss auf die Bewerber besteht.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**129**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**6.362.000**	**6.387.000**	**2.739.000**	**1.439.669,55**

150.000,0 EUR wurden bislang bei 1010/68569 nachgewiesen.

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	IBA-Bildungsgang Begleitung	3.700.000	3.700.000	1.435.000
2	IBA berufsvorbereitende Sprachpraxis	204.500	209.000	200.000
3	IBA-Bildungsberatung	210.000	220.000	200.000
4	Talente Check	153.400	156.800	150.000
5	Berufsorientierung und Bewerbung (BOB)	388.400	390.000	358.000
6	PSW - Partner Schule Wirtschaft	185.000	189.200	181.000
7	Checkpoint Charlie Stiftung	66.500	67.900	65.000
8	Berliner Schulpaten	156.000	155.900	150.000
9	Ferienschulen	800.000	800.000	0
10	Orientierung Willkommensklassen	498.000	498.000	0
Summe		6.361.800	6.386.800	2.739.000
Summe gerundet		**6.362.000**	**6.387.000**	**2.739.000**

TA 1 IBA - Bildungsgang Begleitung
Die Maßnahme „IBA- Bildungsgang-Begleitung " verzahnt den berufsvorbereitenden Unterricht mit betrieblichen Praktika (insgesamt 8 Wochen). Mit dem Schuljahr 2019/20 wurde der Schulversuch IBA in den Regelbildungsgang „Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung (IBA)" überführt. Im Startjahr wurden für insgesamt 5.500 Schülerinnen und Schüler 57 Bildungsbegleitungen an 40 Berufsschulen und Oberstufenzentren benötigt.

TA 2 IBA berufsvorbereitende Sprachpraxis
Die Ausgaben sind für berufsvorbereitende Maßnahmen der Sprachpraxis vorgesehen.

TA 3 IBA-Bildungsberatung
44 Oberstufenzentren und Berufsschulen werden in der Umsetzung des Bildungsgangs IBA unterstützt und beraten, insbesondere in der Zusammenarbeit der Lehrkräfte mit den Bildungsbegleitungen, der Schulorganisation, der Akquisition von Praktikumsplätzen, der Kompetenzerfassung, der Umsetzung der betrieblichen Lernaufgabe, des Aufbaus von IBA-Teams. Neben schulinternen Beratungstagen werden jährlich 4-8 schulübergreifende und themenbezogene Workshops durchgeführt. Zusätzlich werden Digitalisierungsvorhaben in der Berufsvorbereitung implementiert.

TA 4 Talente Check
Das Vorhaben Talente Check soll eine systematische Potentialanalyse und Kompetenzfeststellung bei allen Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 8 ermöglichen. Es handelt sich um ein Vorhaben, dass gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer und der Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt wird. Die in diesem Titel ausgewiesenen Mittel sind für die Beauftragung eines Trägers mit der Durchführung vor Ort vorgesehen. Der Anteil des Landes beträgt 50%, während die Regionaldirektion der Bundesanstalt die übrigen 50% übernimmt.

TA 5 Berufsorientierung und Bewerbung (BOB)
BOB ist eine Initiative, die Veranstaltungen zur Berufs- und Studienorientierung in der gymnasialen Oberstufe an Gymnasien, beruflichen Gymnasien und auch an den ISS mit gymnasialer Oberstufe durchführt. Für die Schülerinnen und Schüler ist die Teilnahme an den Seminaren kostenlos. Schwerpunkt der Initiative sind neben der Vorstellung von Berufen etc. unterschiedliche Formen von Initiativen zur Selbsterfahrung der eigenen Kompetenzen. Zusätzlich werden Assessmentcenter bzw. Personalauswahlverfahren simuliert. Im Rahmen dieser Veranstaltungen werden Kontakte zu Betrieben geknüpft. Kooperationspartner sind u.a. verschiedene Fachhochschulen, Wirtschaftskreise und Bundesarbeitsagenturen. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch eine Fachhochschule in Potsdam.

TA 6 PSW - Partner Schule Wirtschaft
Partner Schule Wirtschaft ist seit 2002 eine Service- und Koordinierungsstelle für Berufliche Orientierung in Berlin. Das Projekt beschäftigt sich umfassend mit übergeordneten Querschnittsthemen und ist als Schnittstelle zwischen Schulen, Hochschulen und der Wirtschaft zu betrachten.

TA 7 Checkpoint Charlie Stiftung (CCS)
Gemäß Geschäftsordnungsvertrag vom März 1999 zwischen der damaligen Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport und der Checkpoint Charlie Stiftung (CCS) wird die Durchführung des Lehreraustauschprogramms STEP sowie weiterer Programme auf die CCS übertragen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

TA 8 Ferienschulen der beruflichen Bildung
Die Ferienschulen zielen auf den Aufbau der Sprach- und Fachkompetenzen insbesondere von Jugendlichen mit Flucht- und Migrationshintergrund und deren erfolgreichen Übergang in die Willkommensklassen und weitere Bildungsgänge der beruflichen Bildung. Die Kurse (Deutsch, Mathematik, Englisch, Berufswegeplanung) werden in den Ferien umgesetzt, eng durch Berufsberatung begleitet und dienen der schulischen Integration und dem Chancenausgleich für diese Zielgruppe. Bei der stets steigenden Nachfrage können die Kurse erweitert und pädagogisch begleitet werden.

TA 9 Berufsvorbereitende Orientierungsbegleitung in Willkommensklassen
Die Maßnahmen gewährleisten in Willkommensklassen der beruflichen Bildung eine Orientierung, Stabilisierung und strukturierte Lebens- und Berufswegeplanung für Neuzugewanderte (Geflüchtete). Diese Zielgruppe wird durch eine Orientierungsbegleitung anschlussorientiert beraten. Die dadurch ermittelten berufsrelevanten Kompetenzen dieser Jugendlichen bieten eine Basis für eine gezielte sprachsensible Berufswegeplanung. Dies ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Überführung der jungen Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund in die Berufsvorbereitung und -ausbildung und ihre nachfolgende Integration in den Arbeitsmarkt als zukünftige Fachkräfte.

68590	**129**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**550.522,06 R 306.979,66**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

68692	**129**	**Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**4.507.000**	**4.507.000**	**1.822.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die ESF+-Ausgaben sind mit anderen ESF+ Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den ESF+ mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den ESF+ der Förderperiode 2021 - 2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF+ dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Laut indikativer Finanzplanung des Operationellen Programms der ESF+-Förderung (Förderperiode 2021-2027) werden für Maßnahmen im Bildungs- und Jugendbereich Mittel von insgesamt rd. 41 Mio. € bereitgestellt.

Im Bereich Berufliche Bildung werden folgende Förderinstrumente (FI) durchgeführt:

FI 5 11.500.000 €
Förderinstrument Zielgruppenspezifische Bildungsbegleitung in der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung (IBA):
Unterstützung benachteiligter Jugendlicher in den Klassen der Grundniveaustufe der Integrierten Berufsbildungsvorbereitung (IBA).

FI 6 5.500.000 €
Förderinstrument Bildungsbegleitung SEK I:
Förderung von Jugendlichen an Schulen mit besonders hohen Quoten von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Schulabschluss.

FI 8 7.500.000 €
Förderinstrument Förderlücken schließen: Förderung von jungen Menschen, die durch Regelangebote bisher nicht erreicht werden.

Die notwendige nationale Kofinanzierung (60%) der ESF+ -Mittel wird durch Mittel nach SGB II und SGB III oder durch die Anrechnung der Arbeitszeit der an den Projekten beteiligten Lehrkräfte sichergestellt.

68695	**129**	**Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**7.368.000**	**8.638.437,89**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

In dieser Maßnahmengruppe werden die Ausgaben der verfahrensabhängigen IKT der Abt. IV der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie abgebildet. Im Vordergrund stehen dabei die Ausgaben für die Breitbandnutzung sowie die Ausgaben für die Betriebs- und Wartungskosten der Telefon- und PC-Anlagen.

51185	**127**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**3.282.000**	**3.482.000**	**2.959.000**	**2.034.734,18**

199.000,0 EUR wurden bislang bei 51140 nachgewiesen.
150.000,0 EUR wurden bislang bei 51140 nachgewiesen.

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Nutzungsentgelte für die Breitbandnutzung sowie Betriebs- und Wartungskosten der Telefonanlagen der beruflichen und zentralverwalteten Schulen	2.304.000	2.429.000	2.120.000
2	Ticketsystem für die beruflichen und zentralverwalteten Schulen	140.000	165.000	140.000
3	Weiterführung von EALS	347.500	347.500	300.000
4	IT-Datenmanagement für die Stabsstelle	220.000	240.000	200.000
5	Herstellung kontaktarmer Arbeitsplätze	270.000	300.000	199.000
	Summe	3.281.500	3.481.500	2.959.000
	gerundet	**3.282.000**	**3.482.000**	**2.959.000**

TA 1 Nutzungsentgelte für die Breitbandnutzung sowie Betriebs- und Wartungskosten der Telefonanlagen der beruflichen und zentralverwalteten Schulen
Für die Internet-Breitbandanbindung der beruflichen und zentralverwalteten Schulen sowie den Support der Telefonanlagen an den beruflichen und zentralverwalteten Schulen soll sukzessive auf das ITDZ umgestellt werden.

TA 2 Ticketsystem
Bei den beruflichen und zentralverwalteten Schulen soll ein einheitliches Ticketsystem und die Behebung von technischen Problemen an digitalen Systemen eingerichtet werden.

TA 3 EALS (Elektronisches Anmelde- und Leitsystem)
Der Übergang in die Bildungsgänge der beruflichen Schulen sowie in die gymnasiale Oberstufe der integrierten Sekundarschulen (ISS) wird in einer Verwaltungsvorschrift beschrieben und durch das EALS gesteuert. Außerdem werden dadurch diejenigen sichtbar, für die kein Übergang erkennbar ist. Gemäß § 64 (8) SchulG werden diese Daten erhoben und in der Jugendberufsagentur an die Agenturen für Arbeit weitergegeben. Für den Betrieb und die notwendigen Anpassungen von EALS sind daher Mittel vorgesehen, soweit die Kosten nicht über Kapitel 1000 gedeckt werden können.

TA 4 IT-Datenmanagement
Das Datenmanagement der neu eingerichteten Abt. IV soll konzipiert und eingerichtet werden.

TA 5 Herstellung von kontaktarmen Arbeitsplätzen
Die Arbeit der BSO Teams und Tandems soll kontaktärmer durch die Bereitstellung einer digitalen Berufswahlapp gestaltet werden.

Summe Maßnahmegruppe 32	**3.282.000**	**3.482.000**	**2.959.000**	**2.034.734,18**
Gesamtausgaben	**34.912.400**	**35.965.400**	**35.814.700**	**25.840.195,06**
Prozentuale Veränderung	**-2,5 %**	**3,0 %**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1011				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	330.000	330.000	156.000	495.414,27
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	4.512.000	4.512.000	9.194.000	1.795.288,07
		Gesamteinnahmen	4.842.000	4.842.000	9.350.000	2.290.702,34
411-462		Personalausgaben	7.394.300	8.197.300	8.151.800	6.339.637,70
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	10.688.100	10.913.100	9.772.900	4.130.052,21
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	16.830.000	16.855.000	17.890.000	15.370.505,15
		Gesamtausgaben	34.912.400	35.965.400	35.814.700	25.840.195,06
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-30.070.400	-31.123.400	-26.464.700	-23.549.492,72

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001138 Bildung (Schule, Allgemeine Weiterbildung inkl. Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	16	Personalkosten	2.756.337.958	2.618.448.192	+5,27
Kostenträger	102	Sachkosten	32.561.703	30.904.150	+5,36
davon		Transferkosten	804.884.075	762.313.094	+5,58
Produkte	81	Verrechnungskosten	2.018.136	3.189.541	-36,73
MGF	19	kalkulatorische Kosten	305.678.868	307.168.822	-0,49
Projekte	2	Gemeinkosten	726.998.790	714.039.503	+1,81
		Summe Verwaltungskosten	4.628.479.531	4.436.063.303	+4,34
		Transfers	117.251.613	94.782.398	+23,71
		Gesamtsumme	4.745.731.144	4.530.845.701	+4,74

Höhere Personalkosten in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf den Bereich der öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Hauptstadtzulage). Die Erhöhung der Sachkosten resultiert aus der Kostenentwicklung einer Vielzahl von Produkten im Bereich Bildung. Höhere Transferkosten entstanden insbesondere aufgrund gestiegener Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft, an Träger der freien Jugendhilfe für die Betreuung von Schülern im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen, für die Schulsozialarbeit und Bildung- und Teilhabeleistungen. Die direkten Verrechnungskosten sind gesunken, da die Bezirke keine Kosten mehr an die SenBJF für die Raumnutzung durch die Schulsozialarbeit verrechnen. Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ an.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005329	2022	34.069.976	59.492	34.129.468
Ministerielle und gesamtstädtische Steuerung der Berliner Schule	2021	30.911.531	0	30.911.531

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76117	2022	3.450.456	0	3.450.456
Ministerielle Schulaufsicht Berufsbildende Schulen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.894.668	0	2.894.668

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,07	0,06
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Maßnahmen, die die ständige Weiterentwicklung des berufsbildenden Schulwesens in Berlin auf Basis von landesweiten, nationalen und internationalen Standards und Erfordernisse sicherstellen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005333	2022	6.451.827	0	6.451.827
Operative Schulaufsicht für die beruflichen und zentral verwalteten Schulen	2021	5.830.105	0	5.830.105

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
75821	2022	2.764.062	0	2.764.062
Operative Schulaufsicht für die beruflichen und zentral verwalteten Schulen in Berlin	2021	2.656.510	0	2.656.510

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler (Durchschnitt)	87.255	89.289
Kosten je ME in €	31,68	29,75
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,06	0,06
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Schulaufsichtliche Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Unterricht und Erziehung (Schulprofile, Bildungsgänge, Schulprogramme, Schulstrukturen, Schul- und Modellversuche, Einzelschulkonzepte).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
75822	2022	1.680.472	0	1.680.472
Schulträgerschaft für die öffentlichen beruflichen und zentral verwalteten Schulen	2021	1.464.433	0	1.464.433

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler (Durchschnitt)	70.845	71.758
Kosten je ME in €	23,72	20,41
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,04	0,03
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Schulstandortsicherung, Raum- und Funktionskonzept, Ausstattungsplanung, Investitionsplanung, Bauwerksunterhaltung, Maßnahmen der Schulorganisation

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben der Abteilung I – Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen. Die Abteilung umfasst die Referate I A – Koordinierung der regionalen Außenstellen der Schulaufsicht, Unterstützung und Beratung der Schulen, proSchul, Bonus-Programm, Verfügungsfonds, Berlin Challenge, Lehr-und Lernmittel, Disziplinarangelegenheiten der Schulen (Beamte); I B – Personelle Ausstattung der Schulen, Personalmanagement, Organisation des Schuljahres; I C – Bildungsstatistik und Prognose.
Die Einnahmen und Ausgaben für das Referat I D und die Stabsstelle Schule in der Digitalen Welt werden in den neu gebildeten Kapiteln 1061 bzw. 1080 abgebildet.

Referat I 01 – Regionale Schulaufsicht Mitte

Referat I 02 - Regionale Schulaufsicht Friedrichshain-Kreuzberg

Referat I 03 - Regionale Schulaufsicht Pankow

Referat I 04 - Regionale Schulaufsicht Charlottenburg-Wilmersdorf

Referat I 05 - Regionale Schulaufsicht Spandau

Referat I 06 - Regionale Schulaufsicht Steglitz-Zehlendorf

Referat I 07 - Regionale Schulaufsicht Tempelhof-Schöneberg

Referat I 08 - Regionale Schulaufsicht Neukölln

Referat I 09 - Regionale Schulaufsicht Treptow-Köpenick

Referat I 10 - Regionale Schulaufsicht Marzahn-Hellersdorf

Referat I 11 - Regionale Schulaufsicht Lichtenberg

Referat I 12 - Regionale Schulaufsicht Reinickendorf

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1012	68554	Schulbezogene Jugendsozialarbeit
1012	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Eine Erhebung geschlechtssensitiver Daten scheidet aus:

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1012	68415	Zuschüsse an Schullandheimvereine

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			52	29	50	32
Relativer Anteil			64	36	61	39
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	434	131	389	101	398	110
Relativer Anteil	77	23	79	21	78	22

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten. In der Tabelle sind die Beschäftigtendaten der neuen Kapitel 1061 und 1080 enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 6.307 €, Mitarbeitende: 4.178 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 6.622 €, Mitarbeitende: 4.764 €

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist nur bei den Führungskräften in den oberen Einkommensgruppen geringfügige Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten auf, die zur Erklärung der niedrigeren durchschnittlichen Monatseinkommen der weiblichen Führungskräfte herangezogen werden können. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt. Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Beschäftigten (Mitarbeitende) könnten z. B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte) sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	111	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	1.000	1.000	1.000	—
11921	111	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.555.508,72
11979	111	**Verschiedene Einnahmen**	50.000	50.000	50.000	572.416,06
23101	129	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	—	—	—	3.415.192,90
23111	111	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz**	1.000	1.000	1.000	58.358,00

Einnahmen für die Erstattung von Personalausgaben Titel 42731 nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz.

23190	111	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	5.000	5.000	5.000	144.442,77

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890, 51190, 52590, 52594, 52790,53190 54690, 68390, 68490 und 68590.

Zuwendungen werden erwartet für Bereiche der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

27290	111	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	2.000	2.000	2.000	—

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890, 51190, 52590, 52594, 52790, 53190, 54690, 68390, 68490 und 68590.

EU-Mittel für Erasmus-Programme und -Projekte

28290	111	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	4.000	4.000	4.000	—

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890, 51190, 52590, 52594, 52790, 53190, 54690, 68390, 68490 und 68590.

Die Einnahmen werden erwartet zur Durchführung von Modellversuchen im Bildungsbereich.

		Gesamteinnahmen	1.263.000	1.263.000	1.263.000	5.745.918,45
		Prozentuale Veränderung				
		Ausgaben				
42201	111	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	10.636.000	11.061.000	10.324.000	9.778.169,90

624.000,0 EUR werden künftig bei 1061/42201 nachgewiesen.
1.347.000,0 EUR werden künftig bei 1080/42201 nachgewiesen.

42221	129	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	41.579.000	43.242.000	39.004.000	27.535.845,97
42701	111	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	338.000	338.000	369.000	119.481,53

33.000,0 EUR werden künftig bei 1061/42701 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
	„Grün macht Schule“ - Projekte	0	0	33.000
1	Aids- und Suchtprophylaxe/Mediation/Soziale Kompetenz	7.000	7.000	7.000
2	Atrium/Jugendkunstschule Reinickendorf	2.000	2.000	2.000
3	Dolmetscher SIBUZ	30.000	30.000	60.000
4	Transfermaßnahmen aus dem Projekt School Turnaround	299.000	299.000	300.000
Summe		**338.000**	**338.000**	**402.000**

Aids- und Suchtprophylaxe/Mediation/Soziale Kompetenz (schulische Prävention)
Mittel für die Finanzierung von schulischen Präventionsmaßnahmen in den Feldern Gewaltprävention, soziales Lernen, Gesundheitsförderung und Suchtprophylaxe.
Dazu zählt auch die Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren in diesen Themenfeldern.

Dolmetscher SIBUZ
Geflüchtete Kinder und Jugendliche sollen schnell in unser Schulsystem integriert werden. Da die Deutschkenntnisse dieser Kinder und Jugendlichen und deren Erziehungsberechtigten in der Regel nicht ausreichend für schulpsychologische Beratung in der deutschen Sprache sind, ist für die Psychodiagnostik und Beratung dieser Zielgruppe der Einsatz von qualifizierten Dolmetschern zwingend notwendig.

Transfermaßnahmen aus dem Projekt School Turnaround
Das in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung initiierte und 2017 erfolgreich abgeschlossene Projekt School Turnaround wird systematisch ausgewertet und die positiven Erfahrungen werden in der Senatsbildungsverwaltung und in den Regionen umgesetzt. Die ehemaligen Projektschulen und weitere Schulen in kritischen Lagen werden in ihrer Schulentwicklung, insbesondere in der Verbesserung der Qualität der Lehr- und Lernprozesse, unterstützt. Die regionale Schulaufsicht und die Unterstützungssysteme, vor allem proSchul, werden für die passgenaue Unterstützung der Schulen ausgestattet und qualifiziert. Die erforderlichen Maßnahmen sollen auf nachhaltige Wirksamkeit angelegt sein; ihre Wirksamkeit wird in regelmäßigen Abständen mithilfe des indikatorengestützten Systems der Schul- und Unterrichtsentwicklung überprüft; die Maßnahmen werden entsprechend angepasst und weiterentwickelt.

Die Ansätze sind insbesondere zur Leistung von Beratung und Coaching für Fortbildung und Qualifizierung, zur Stärkung des Personals- und Organisationsmanagements der Schulen.

42731	**111**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Fremdfinanzierung)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**78.458,92**

Ausgaben nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz, vgl. Titel 23111.

42734	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Förderung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
42777	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung von Bildungsverbünden**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
42780	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
42781	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Förderung von Schulen im Rahmen der Berlin-Challenge**				
		Siehe Maßnahmegruppe 06				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42790	**144**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**8.500,00 R 63.638,05**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

42801	**129**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**22.250.000**	**23.809.000**	**20.251.000**	**17.778.664,57**
		2.133.000,0 EUR werden künftig bei 1061/42801 nachgewiesen. 2.893.000,0 EUR werden künftig bei 1080/42801 nachgewiesen.				
42811	**154**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**826.000**	**74.300**	**1.785.000**	**1.239.665,45**
		963.000,0 EUR werden künftig bei 1061/42811 nachgewiesen.				
42880	**111**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Lehrkräfte aus dem Verfügungsfonds**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
42881	**111**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Lehrkräfte im Rahmen der Berlin-Challenge**				
		Siehe Maßnahmegruppe 06				
42890	**111**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**42.142,62 R 125.184,09**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

44100	**111**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**2.012.000**	**2.072.000**	**1.588.000**	**1.877.480,61**
		27.000,0 EUR werden künftig bei 1061/44100 nachgewiesen. 56.000,0 EUR werden künftig bei 1080/44100 nachgewiesen.				
44379 (neu)	**111**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**100.000**	**150.000**		
45201	**154**	**Nachversicherungen**	**4.351.000**	**4.351.000**	**6.318.000**	**4.350.909,77**
51101	**111**	**Geschäftsbedarf**	**489.000**	**556.000**	**325.800**	**1.090.910,78**
		3.200,0 EUR werden künftig bei 1080/51101 nachgewiesen.				

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Abteilung I	248.000	268.000	229.000
2	Firmenticket – schulischer Bereich	241.000	287.400	100.000
Summe		489.000	555.400	329.000
gerundet		**489.000**	**556.000**	**329.000**

TA 1 Geschäftsbedarf der Abteilung
Bürobedarf sowie Post- und Telekommunikationsgebühren für die Aufgaben der Regionalen Schulaufsicht – (Personalkostenbudgetierung, Ganztagsbetrieb, Bildung- und Teilhabe-Lernförderung, Abrechnung von Klassenfahrten nach dem Bundesreisekostengesetz – Bundesarbeitsgerichtsurteil; Personalsteuerung der Schulsekretariate, IT-Sicherheitsbeauftragte und regionale Datenschutzbeauftragte)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

SIBUZ - Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren
Fortbildungsverbünde – berufsbegleitende Lehrerweiterbildung
proSchul - prozessbegleitende Beratung und Unterstützung der Schulen
Beschäftigtenvertretung der Regionen
Mehr aufgrund inflationsbedingter Preissteigerungen.

TA 2 Firmenticket – schulischer Bereich
Seit Oktober 2019 schreibt der Rahmenvertrag für das Firmenticket vor, dass für jede Dienstkraft, die das Firmenticket nutzt eine Servicepauschale zu leisten ist. Mehr aufgrund zusätzlicher Dienstkräfte und erwarteter steigender Nachfrage aufgrund des Deutschlandtickets.

51140	**111**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**175.000**	**150.000**	**122.800**	**141.344,12**

1.200,0 EUR werden künftig bei 1061/51140 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**125.000**	**125.000**	
Davon fällig 2025	**125.000**		
Davon fällig 2026	**—**	**125.000**	

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1 (neu)	Ausstattung SIBUZ	100.000	75.000	229.000
2 (neu)	Ausstattung regionale Außenstellen	75.000	75.000	100.000
Summe		**175.000**	**150.000**	**329.000**

Ausstattung der schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungs-und Unterstützungszentren (SIBUZ – TA 1) und der 12 regionalen Außenstellen (TA 2) sowie für Schulsekretariate und für die leidensgerechte Arbeitsplatzausstattung

51190	**111**	**Geschäftsbedarf, Geräte, Gebrauchsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**61,88**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

51426	**129**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**			**1.000**	**48.639.618,88**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

51801	**111**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**50.000**	**60.000**	**60.000**	**34.095,91**

Verpflichtungsermächtigung	**55.000**	**60.000**
Davon fällig 2025	**55.000**	
Davon fällig 2026	**—**	**60.000**

Anmietung von Räumen für die Durchführung von Personalversammlungen.

Für die Personalversammlungen des Personals an den öffentlichen Schulen, die gem. § 47 PersVG mindestens einmal im Jahr stattfinden, ist die Anmietung von Räumen erforderlich. Es handelt sich hierbei um eine gesetzliche Verpflichtung.

51803	**111**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**5.200**	**5.200**	**5.200**	**468,00**

Miete für Geräte u.a. Kopierer in den Referaten der regionalen Schulaufsicht und Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) entsprechend der vertraglichen Verpflichtungen.

51900	**129**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**—**	**—**	**—**	**222.800,29**

Die Ausgaben werden ab dem Haushaltsjahr 2024 in dem neuen Kapitel 1061 – Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51910	**111**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**—**
51980	**129**	**Kleine Instandhaltungsarbeiten zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
52501	**111**	**Aus- und Fortbildung**	**496.000**	**496.000**	**2.144.000**	**238.581,23**

1.000,0 EUR werden künftig bei 1061/52501 nachgewiesen.
1.000,0 EUR werden künftig bei 1061/52602 nachgewiesen.
1.000,0 EUR werden künftig bei 1080/52501 nachgewiesen.

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Aus- und Fortbildung für Dienstkräfte der Abteilung I Bildung	63.000	63.000	63.000
2	Aus- und Fortbildung für Dienstkräfte der Schulsekretariate und für Verwaltungsleitungen der allgemeinbildenden Schulen	64.000	64.000	64.000
3	Schulungen und Bildungsveranstaltungen für die Beschäftigtenvertretungen	40.800	40.800	40.800
4	ProSchul – Mittel zur Qualifizierung der Prozessberater für Schulen in schwieriger Lage	8.000	8.000	6.200
5	Gewaltprävention und Krisenintervention	105.000	105.000	105.000
6	Aus- und Fortbildung für Dienstkräfte der SIBUZe	94.000	94.000	94.000
7	Komponente Paket Gute Schule	95.000	95.000	95.000
8	Qualifizierung pädagogische Assistenten	0	0	500.000
9	Pädagogische Unterrichtshilfen	0	0	1.178.100
10 (neu)	Psychische Gesundheit an Schulen	26.000	26.000	0
Summe		495.800	495.800	2.146.100
gerundet		**496.000**	**496.000**	**2.147.000**

TA 1 Aus- und Fortbildung für Dienstkräfte der Abteilung I Bildung.

TA 2 Aus- und Fortbildung für Dienstkräfte der Schulsekretariate und für Verwaltungsleitungen
Für die Dienstkräfte in den Schulsekretariaten und für Verwaltungsleitungen an allgemeinbildenden Schulen besteht weiterhin ein besonderer Aus- und Fortbildungsbedarf, der aufgrund der spezifischen schulbezogenen Aufgaben überwiegend nicht durch die VAK abgedeckt werden kann. Für Schulungen zum Datenschutzrecht in der Schule, Schul- und Verwaltungsrecht, Haushaltsrecht, interkulturelle Kompetenz, Gesprächsführung und für Verwaltungsleitungen an allgemeinbildenden Schulen sind u.a. besondere Schulungen zum Haushalts- und Vergaberecht im Hinblick auf die Berliner Schule notwendig.

TA 3 Schulungen und Bildungsveranstaltungen für die Beschäftigtenvertretungen

TA 4 ProSchul – Mittel zur Qualifizierung der Prozessberater für Schulen in schwieriger Lage

TA 5 Gewaltprävention und Krisenintervention
Der Senat hat ein Gewaltpräventionsprogramm „Berliner Programm gegen Gewalt an Schulen“ beschlossen. Ziel des beschlossenen Programms ist die weitere Verbesserung des Schulklimas und der demokratischen Schulkultur an Berliner Schulen. Zur Umsetzung des Gewaltpräventionsprogramms mit den Schwerpunkten soziales Lernen, schulische Mediation, Krisenteam- und Elternarbeit sowie zur Qualitätssicherung der Schulpsychologischen Unterstützung und Beratung der Schulen in den genannten Themenfeldern sind folgende Maßnahmen erforderlich: Mobbing-Prävention, soziales Lernen und schulische Mediation: Fortbildung von Lehrkräften und pädagogischem Personal, Ausbildung von Konfliktlotsen, Durchführung von Anti-Mobbing-Veranstaltungen in Schulen. Mittel für Krisenteam und Elternarbeit: Fortbildung von Krisenteams/Krisenteammitgliedern Qualitätssicherung in der Schulpsychologie: Fortbildung in Krisenmanagement, Krisenintervention, Psychosozialer Notfallversorgung

TA 6 Aus- und Fortbildung für Dienstkräfte der SIBUZ

TA 7 Komponente Paket Gute Schule
Das in Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung initiierte und 2017 erfolgreich abgeschlossene Projekt School Turnaround wird systematisch ausgewertet und die positiven Erfahrungen werden in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und in den Regionen umgesetzt. Die ehemaligen Projektschulen und weitere Schulen in kritischen Lagen werden in ihrer Schulentwicklung, insbesondere in der Verbesserung der Qualität der Lehr- und Lernprozesse, unterstützt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die regionale Schulaufsicht und die Unterstützungssysteme, vor allem proSchul, werden für die passgenaue Unterstützung der Schulen ausgestattet und qualifiziert. Die erforderlichen Maßnahmen sollen auf nachhaltige Wirksamkeit angelegt sein; ihre Wirksamkeit wird in regelmäßigen Abständen mithilfe des indikatorengestützten Systems der Schul- und Unterrichtsentwicklung überprüft; die Maßnahmen werden entsprechend angepasst und weiterentwickelt.
Die Ansätze sind insbesondere zur Leistung von Beratung und Coaching für Fortbildung und Qualifizierung sowie zur Stärkung des Personals und Organisationsmanagements der Schulen vorgesehen.

TA 8 entfällt

TA 9 entfällt

TA 10 Aufklärung und Fortbildung zur Stärkung der psychischen Gesundheit an Schulen
Aufgrund der Corona-Pandemie und aktueller globaler Krisen ist das Schulpersonal verstärkt erhöhten psychischen Belastungen ausgesetzt, z.B. durch Ängste, Erschöpfung, Depressionen durch Personalengpässe, verhaltensauffälligen und gewaltbereiten Schülerinnen und Schülern. Im Rahmen einer Präventionsinitiative sollen entsprechende Aufklärungs- und Fortbildungsveranstaltungen für das pädagogische Personal vorgehalten werden.

52509	**129**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**180.000**	**183.000**	**171.000**	**151.245,20**

40.600.000,0 EUR werden künftig bei 1080/52509 nachgewiesen.

Ausstattung der Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) mit aktuellem Testmaterial

52510	**129**	**Schulische Veranstaltungen**	**15.700**	**15.700**	**15.700**	**117.973,95**

Stornogebühren im Zusammenhang mit Schülerfahrten (6.200 €)

Schulische Veranstaltungen der Jugendkunstschule Reinickendorf – Atrium (9.500 €)

52534	**129**	**Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes**				

Siehe Maßnahmegruppe 02

52580	**129**	**Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**				

Siehe Maßnahmegruppe 03

52581	**129**	**Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen im Rahmen der Berlin-Challenge**				

Siehe Maßnahmegruppe 06

52590	**111**	**Aus- und Fortbildung und Umschulung aus Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 2.074,42**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

52594	**111**	**Lehrmittel aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 510,06**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290, und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

52602	**111**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kosten für die Tätigkeit des Gesamtpersonalrates, der Gesamtfrauenvertretung sowie der übrigen Personalräte und der übrigen Frauenvertretungen (§ 40 Abs. 1 Satz 1 PersVG).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**129**	**Gutachten**	**3.040.000**	**3.040.000**	**2.465.000**	**1.259.581,52**
		Verpflichtungsermächtigung	**420.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2025	**420.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2030		**2.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	499.800	499.800	791.350
VE Plan 2023	0	0	0

Ausgaben für die Durchführung des arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes im Bereich der allgemein bildenden Schulen - gesetzliche Verpflichtungen (Arbeitssicherheitsgesetz und Mutterschutzrecht) sowie Absicherung der Funktion von Brandschutzbeauftragten. Mehr aufgrund vertraglicher Verpflichtungen nach europaweiter Ausschreibung.

Geschlechtersensitive Begründung:

Die Angebote der arbeitspsychologischen Beratung oder der Vorsorgeuntersuchungen für Dienstkräfte an Bildschirmarbeitsplätzen stehen allen Beschäftigten der allgemeinbildenden öffentlichen Schulen in Berlin zur Verfügung und somit grundsätzlich allen Geschlechtern gleichermaßen.
Im Teilbereich arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen werden diese entsprechend dem beruflichen Einsatzfeld und der Gefährdungsbeurteilung angeboten bzw. gemäß dem aktuellen Status (bspw. Beurteilung der Arbeitsbedingungen bei Mutterschutzuntersuchungen) sowie grundsätzlich auf Wunsch der nachfragenden Dienstkraft, es erfolgt eine bedarfs- bzw. wunschgerechte Nutzung. Die Offenlegung der Nutzung könnte teils Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand zulassen oder ermöglichen (gesundheitsbezogene oder personenbezogene Daten). Zur Nutzung der Angebote erfolgt daher keine Erhebung geschlechtssensitiver Daten, da sie in besonderer Weise durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 1, 2 GG) geschützt sind. Die Nutzung der Angebote ist nicht geschlechtsspezifisch steuerbar.

52703	**111**	**Dienstreisen**	**1.422.000**	**1.500.000**	**600.000**	**756.000,96**
		1.000,0 EUR werden künftig bei 1061/52703 nachgewiesen.				
		1.000,0 EUR werden künftig bei 1080/52703 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Dienstreisekosten und Wegstreckenentschädigungen der Beschäftigten der Abteilung I, der Mitglieder der Personalvertretungen sowie insbesondere Dienstreisekosten der Lehrkräfte (Beamte und Angestellte) - vor allem im Rahmen der Durchführung von Schülerfahrten. (Vgl. auch Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg vom 13.12.2016 (Geschäftszeichen 7 Sa 804/16).
Mehr wegen des Wegfalls der pandemischen Einschränkungen und Kostensteigerungen u.a. aufgrund der Änderung des Bundesreisekostengesetzes und Landesbeamtengesetzes.

Geschlechtersensitive Begründung:

Dienstreisen dürfen nur durchgeführt werden, wenn das Dienstgeschäft sich nicht durch andere Kommunikationsmittel erledigen lässt. Die Durchführung von Dienstreisen ist stets an die jeweilige Aufgabe/Funktion (z.B. Hausleitung) der Dienstkraft gebunden und erfolgt dementsprechend geschlechterunabhängig. Eine geschlechterabhängige Steuerungsmöglichkeit besteht hier nicht.

52790	**111**	**Dienstreisen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 9.667,07**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**111**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**7.500**	**7.500**	**7.500**	**7.750,00**

Für die Dokumentation der Arbeiten der „Zentralen Künstlerischen Werkstätten“ - Atrium Reinickendorf.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	696	192	796	124	800	162
Relativ	78,38 %	21,62 %	86,13 %	13,45 %	80,40 %	16,28 %
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	696	192	796	124	800	162

Die 100 % (Relativ) ergeben sich in Addition mit den o. g. Angaben in der Tabelle und der Angaben in der Tabelle d = divers inkl. Rundungsdifferenzen

d	2020	2021	2022
Absolut	—	2	33
Relativ	—	0,22 %	3,32 %
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	—	2	33

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53104	**129**	**Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten**	**88.000**	**188.000**	**188.000**	**64.985,92**

Förderung von Schülerinnen- und Schülerbegegnungsfahrten im Rahmen internationaler Schulpartnerschaften und Gedenkstättenfahrten.

100.000 € in 2025 für die Entwicklung eines Senatsprogramms zur logistischen Unterstützung von Schülerinnen- und Schülerfahrten zu Gedenkstätten.

3.500 € für politische Begegnungen Osteuropa des Atriums Reinickendorf.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53111	**111**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**38.300**	**38.300**	**38.300**	**—**

Stellenausschreibungen für das pädagogische Personal und Bekanntmachungen zum Schulanfang.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Bewerbende für Auswahlverfahren	—	—	0	7	—	—
Absolut	—	—	0	7	—	—
Relativ	—	—	0	100%	—	—
Ressourcen (in Tsd. €)	—	—	—	196,35	—	—

Daten für 2020 liegen nicht vor

Zielgruppe	Bewerbende zur Wahrnehmung der Aufgabengebiete im ministeriellen Bereich bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Zielsetzung	Durch gezielte Maßnahmen (besondere Ansprache der Frauen für Auswahlverfahren, in denen Frauen unterrepräsentiert sind) soll eine Aufhebung der Unterrepräsentanz erreicht werden. Dafür ist es notwendig, hohe Bewerbungszahlen von Frauen zu erhalten.
Steuerungsmaßnahmen	Aufhebung von Frauenunterrepräsentanzen der Frauen in allen Einkommensgruppen durch Erhöhung von Bewerbungszahlen von Frauen

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53190	**111**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—** **R 80,43**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

53301	**111**	**Kränze, Blumenspenden, Nachrufe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Blumen, Kränze und Nachrufe für verstorbene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der allgemeinbildenden Schulen.

53380	**129**	**Sachausgaben für Schulbibliotheken**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
53406	**129**	**Sachausgaben zur Förderung von Schulen in schwieriger Lage**			**20.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
53434	**129**	**Sachausgaben zur Unterstützung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
53477	**129**	**Sachausgaben für Bildungsverbünde**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
53480	**129**	**Sachausgaben zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
53481	**129**	**Sachausgaben zur Unterstützung von Schulen im Rahmen der Berlin-Challenge**				
		Siehe Maßnahmegruppe 06				
54002	**111**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**870.000**	**870.000**	**520.000**	**266.056,40**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**4.650.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**890.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**910.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**930.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**950.000**		
		Davon fällig 2030		**970.000**		

Die Ausgaben sind für das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) an Schulen vorgesehen. Ziel ist der Erhalt und die Förderung der Arbeitsfähigkeit von schulischem Personal.
Laut der Rahmendienstvereinbarung Gesundheit (RDV Ges) vom 20.11.2020 soll landesweit ein qualitätsorientiertes, integratives, nachhaltiges, geschlechtergerechtes BGM verankert werden. Dazu gehören die Etablierung gesunderhaltender Arbeitsstrukturen, die Förderung der eigenverantwortlichen Gesundheitskompetenz sowie die Stärkung der physischen und psychischen Ressourcen.

Vorausgegangen sind in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zahlreiche Analysen des IST-Zustandes an Schulen (Mitarbeitendenbefragung, Arbeitssituationsanalysen, Fehlzeiten, Statistik zum betrieblichen Eingliederungsmanagement) sowie die Festlegung strategischer Ziele. Die sich daraus ergebenden operativen Maßnahmen dienen zum einen der gesundheitsförderlichen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Sinne der Verhältnisprävention und zum anderen der Stärkung der Handlungskompetenz im Sinne der Verhaltensprävention. Beispielhaft können hier genannt werden: Workshops zum gesundheitsgerechten Home-Teaching, zur Selbstfürsorge, zur Teamentwicklung, zum Stressmanagement und zur Resilienz, zur wertschätzenden Kommunikation, zu agilen Führungsmethoden in der Welt des digitalen Arbeitens und zur gesundheitsförderlichen Organisation, Supervisionsangebote, kollegiale Fallberatung und Stimmtrainings.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**111**	**Dienstleistungen**	**912.000**	**912.000**	**238.500**	**20.469,24**

37.500,0 EUR werden künftig bei 1061/51101 nachgewiesen.
161.000,0 EUR werden künftig bei 1061/54010 nachgewiesen.
100.000,0 EUR werden künftig bei 1061/54010 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**3.400.000**	**—**	
Davon fällig 2025	**1.000.000**		
Davon fällig 2026	**800.000**	**—**	
Davon fällig 2027	**800.000**	**—**	
Davon fällig 2028	**800.000**	**—**	

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Transportkosten für Umzüge der Außenstellen der regionalen Schulaufsicht	2.000	2.000	2.020
2	Evaluation der Schulaufsicht	0	0	200.000
3 (neu)	Verbeamtung Bestandslehrkräfte	800.000	800.000	0
4	Bildungsstatistik und Prognose	109.400	109.400	109.364
Summe		911.400	911.400	311.384
gerundet		**912.000**	**912.000**	**312.000**

TA 1 Transportkosten für Umzüge der Außenstellen der regionalen Schulaufsicht

TA 2 Evaluation Schulaufsicht
Evaluation der Arbeit der (gesamten) Schulaufsicht mit Blick auf Fragen der Organisationsentwicklung

TA 3 Verbeamtung Bestandslehrkräfte
Kosten der personalärztlichen Untersuchungen bei den Verbeamtungen von Lehrkräften

TA 4 Bildungsstatistik und Prognose
Beauftragung von Machbarkeitsstudien und delegierbaren Planungen, Erstellen und Auswertungen von statistischen Daten und IT-Architektur – Schulqualität (neu) sowie Beauftragung externer Unterstützung für die datenbasierte Schulentwicklung in Form von Indikatoren im Bereich der Bildungsstatistik und Prognose

54034	**111**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.037,17**

Leistungen der Selbstversicherung nach den Haftpflicht- und den Eigenschädengrundsätzen.

54053	**129**	**Veranstaltungen**	**49.000**	**49.000**	**49.000**	**29.108,71**

1.000,0 EUR werden künftig bei 1061/54053 nachgewiesen.
1.000,0 EUR werden künftig bei 1080/54053 nachgewiesen.

Zur Umsetzung und Entwicklung einer abgestimmten Gesamtstrategie Qualitätssicherung, ist die Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Tagungen und Workshops zu den Themen Schulaufsicht, Schulsozialarbeit, Bonus-Programm, Verfügungsfonds, Vernetzung von Hilfesystemen sowie datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung erforderlich.

Die Tagungen und Workshops sind konzeptionell zu entwickeln, professionell zu moderieren und zu dokumentieren, um daraus die notwendigen Schritte zur Umsetzung der genannten Zielstellungen in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen abzuleiten.

Diese Prozesse werden kontinuierlich und in enger Verknüpfung mit den eigenverantwortlich arbeitenden Schulen gestaltet und erfordern auf Grund der Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedenster Beratungs- und Unterstützungssysteme einen hohen Organisationsaufwand. Insgesamt ist von mindestens 6 Tagungen/Workshops mit ca. 50 Personen pro Jahr auszugehen. Die Mittel werden für die Vorbereitung, Durchführung und Moderation, Dokumentation und Auswertung benötigt.

54079	**111**	**Verschiedene Ausgaben**	**8.300**	**8.300**	**8.300**	**4.618,89**

Konsumtive Sachausgaben von weniger als 1.000 € je Einzelzweck.

Mittel zur Sicherstellung der Teilnahme Berlins an den bundesweiten Wettbewerben und Unterstützung der unterrichtspraktischen Arbeit mit Materialien für die Koordinatoren der schulischen Prävention.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54180	**129**	**Politische Bildungsarbeit an Schulen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
54690	**111**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—** **R 16.126,15**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

63207	**153**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**24.000**	**24.000**	**24.000**	**28.155,85**

Anteil des Landes Berlins an den Ausgaben des Instituts für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) sowie des Deutschen Bildungsservers für die Umsetzung bildungspolitischer Innovationen auf der Grundlage des Gesellschaftervertrages der Länder der Bundesrepublik Deutschland mit dem FWU.

67101	**129**	**Ersatz von Ausgaben**	**7.200**	**7.200**	**7.200**	**—**

Ersatz der Kosten für in einer Hochgebirgsklinik in der Schweiz unterrichtende Lehrkräfte (Anteil Berlins nach KMK-Vorgaben).

68165 (neu)	**259**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - Schulausflüge**	**30.100**	**30.100**	**29.400**	**10.397,46**
		Wurde bislang bei 1010/68165 nachgewiesen.				

Die Ausgaben für die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT – eintägige Schulausflüge) beruhen auf Bundesrecht (§§ 28 und 29 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes, §§ 34 und 34 a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und § 3 Abs. 4 Asylbewerberleistungsgesetz).

68179 (neu)	**259**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - Lernförderung**	**11.000.000**	**11.800.000**	**6.800.000**	**9.586.209,38**
		Wurde bislang bei 1010/68179 nachgewiesen.				

Die Ausgaben für die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT – Lernförderung) beruhen auf Bundesrecht (§§ 28 und 29 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes, §§ 34 und 34 a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und § 3 Abs. 4 Asylbewerberleistungsgesetz).

Mehr in Anpassung an das Ist 2022.

68180 (neu)	**259**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - Mittagsverpflegung Schule**	**900.000**	**900.000**	**900.000**	**1.307.316,25**
		Wurde bislang bei 1010/68180 nachgewiesen.				

Die Ausgaben für die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT – Mittagsverpflegung Schule) beruhen auf Bundesrecht (§§ 28 und 29 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes, §§ 34 und 34 a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und § 3 Abs. 4 Asylbewerberleistungsgesetz).

68390	**114**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

68415	**129**	**Zuschüsse an Schullandheimvereine**	**8.400**	**8.400**	**8.400**	**—**

Aufwendungen für die verschiedenen Schullandheime, mit denen ein Belegungsvertrag abgeschlossen wurde.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68434	**129**	**Zuschüsse für Träger zur Förderung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68477	**129**	**Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Bildungsverbünden**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68480	**129**	**Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68481	**129**	**Zuschüsse für Träger zur Förderung von Schulen im Rahmen der Berlin-Challenge**				
		Siehe Maßnahmegruppe 06				
68490	**129**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich der Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

68554 (neu)	**129**	**Schulbezogene Jugendsozialarbeit**	**54.331.000**	**57.422.000**	**45.441.000**	**41.975.750,00**
		Wurde bislang bei 67139 nachgewiesen.				

Das Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ besteht seit 2006 und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Der Einsatz von Jugendsozialarbeit an einer Schule ist grundsätzlich langfristig angelegt. Zur Umsetzung der Jugendsozialarbeit werden an den Schulen über Zuwendungsmittel sozialpädagogische Fachkräfte bei Trägern der freien Jugendhilfe auf Basis von Kooperationsvereinbarungen zwischen Schulen und Trägern beschäftigt. Die Administration erfolgt durch die Programmagentur der Stiftung SPI.

Jugendsozialarbeit an Schulen bietet Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Lehrkräften Begleitung, Beratung und Unterstützung in konkreten Einzelfällen. Sie trägt zur Stabilisierung von Schülerinnen und Schülern und Familien in schwierigen Lebenssituationen bei und vermindert so Chancenungleichheiten aufgrund individueller Beeinträchtigungen oder sozialer Benachteiligungen.

Die Projekte der Elternbegleitung an Grundschulen und das Projekt der Roma-Mediation aus den Jahren 2020/2021 bzw. 2022/2023 werden fortgeführt.
Darüber hinaus werden zusätzliche 60 Stellen weiterfinanziert, die im Rahmen des Gipfels gegen Jugendgewalt 2023 vereinbart wurden.

Gender Budget									
	Schuljahr 2018/19		Schuljahr 2019/20		Schuljahr 2020/21		Schuljahr 2021/22		
	W	M	W	M	W	M	W	M	o.A.
Absolut	350	173	370	166	483	197	626	238	5
Relativ	67 %	33 %	69 %	31 %	71 %	29 %	72 %	27,4%	0,6
Zielgruppe	Schülerinnen, Schüler und Erziehungsberechtigte								
Zielsetzung	Stärkung sozialer Kompetenzen und des Selbstvertrauens, Förderung der Lernmotivation, Verbesserung aller Übergänge in Schule und Ausbildung, Stärkung der Erziehungskompetenz der Erziehungsberechtigten, Verbesserung der (vorberuflichen) Handlungskompetenzen sowie Auf- und Ausbau von Unterstützungsstrukturen und Vertiefung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule								
Steuerungsmaßnahmen	Es wird trotz des Fachkräftemangels gezielt versucht auch männliche Fachkräfte zu beschäftigen.								

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**129**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**673.000**	**804.000**	**525.000**	**400.529,76**
		Verpflichtungsermächtigung	**240.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**120.000**			
		Davon fällig 2026	**120.000**	**—**		

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Studienanstalt und Beratungsstelle für blinde Studierende e. V. (Blindenanstalt)	1.600	1.600	1.600
2	Atrium (Jugendkunstschule)	62.327	62.327	62.327
3	Gewaltmeldeverfahren und Notfallpläne (Umsetzung der Ergebnisse der Evaluation)	54.293	0	54.293
4	Evaluation zum „Programm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“	120.000	120.000	54.293
5	Seniorpartner in school	54.300	54.300	61.300
6	Medienhof/Sprachbildung	160.900	160.900	210.900
7	Fortbildung für Quereinsteigende im „Programm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“	144.000	145.000	80.000
8 (neu)	Dolmetschen im pädagogischen Prozess	60.000	60.000	0
9 (neu)	Arbeitsassistenz für sehbehinderte Beschäftigte	15.000	199.300	0
Summe		672.420	803.427	542.713
gerundet		**673.000**	**804.000**	**525.000**

TA 1 Studienanstalt und Beratungsstelle für blinde Studierende e. V. (Blindenanstalt)

TA 2 Atrium (Jugendkunstschule)
Zuweisung für Ausgaben zur Realisierung gewaltpräventiver Maßnahmen im Rahmen von Kinder- und Jugendprojekten der Jugendkunstschule Atrium

TA 3 Gewaltmeldeverfahren und Notfallpläne
Die Ergebnisse der Evaluation des Hilfe- und Unterstützungsverfahrens für Gewaltvorfälle, Krisen und Notfälle (kurz: Gewaltmeldeverfahren) werden in die Praxis umgesetzt. Dies umfasst die Neugestaltung des Meldeverfahrens sowie die grundlegende Überarbeitung der an das Verfahren gekoppelten Notfallpläne für die Berliner Schulen. Die Mittel werden vorrangig für die Drucklegung der überarbeiteten Notfallpläne benötigt. Die Umsetzung ist zeitlich begrenzt.

TA 4 Evaluation zum Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“
Das Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ besteht seit 2006 und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Der Einsatz Jugendsozialarbeit an einer Schule ist grundsätzlich langfristig angelegt.
Jugendsozialarbeit an Schulen bietet Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften Begleitung, Beratung und Unterstützung in konkreten Einzelfällen. Sie trägt zur Stabilisierung von Schülerinnen und Schülern und Familien in schwierigen Lebenssituationen bei und vermindert so Chancenungleichheiten aufgrund individueller Beeinträchtigungen oder sozialer Benachteiligungen.

TA 5 Seniorpartner in school

Projekt: Ehrenamtliche Bildungsbegleitung durch Seniorpartner in Schulen“ für einen gewaltfreien und toleranten Umgang von Schülern gegenüber ihrer eigenen Generation, Senioren und der Gesellschaft.
Die Seniorpartner sehen ihre ehrenamtliche Arbeit in den Schulen als Brücke zwischen Alt und Jung. Ihr Ziel ist es, das bürgerschaftliche Engagement durch Senioren in den Berliner Schulen auszuweiten, um möglichst vielen Berliner Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Übergang ins Arbeits- und Erwachsenenleben zu ermöglichen. Zu den Schwerpunkten Ihrer Arbeit gehören die Entwicklung einer Streitkultur, die Förderung von Sozial- und Schulkompetenzen sowie die Mediation in Konflikten.
Das Projekt wird durch Seniorpartner in School e. V. durchgeführt.

TA 6 Medienhof/Sprachbildung als Schlüssel zur Integration
Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration von Kindern und Jugendlichen in Schule und Ausbildung. Um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Flucht- und Migrationserfahrung sowie von Kindern und Jugendlichen im Kiez zu erhöhen, benötigen diese ein Unterstützungsangebot im Bereich Sprach- und Lernförderung sowie bei der Vorbereitung auf Prüfungen. Erfahrene Träger wie der Medienhof führen Angebote für Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Sprach- und Lernförderung durch und unterstützen so deren Integration in Schule und Ausbildung.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

TA 7 Fortbildung für Quereinsteigende im „Programm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen
Der hohe Fachkräftemangel führt dazu, dass viele Träger der Jugendhilfe Quereinsteigende einstellen müssen. Ziel der berufsbegleitenden Fortbildung ist es, die Quereinsteigenden möglichst rasch mit den grundlegenden Informationen zum Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ auszustatten und ihnen – sofern nicht vorhanden – die für die Arbeit im Programm relevanten fachlichen Kenntnisse zu vermitteln.

Alle Quereinsteigenden, für deren Beschäftigung im Programm eine Ausnahme vom Fachkräftegebot eingeholt werden musste, sind verpflichtet, an der Fortbildung teilzunehmen. Für diejenigen mit fachlich hinreichenden Kenntnissen ist die Teilnahme an der Fortbildung fakultativ.

TA 8 Dolmetschen im pädagogischen Prozess
Um neuzugewanderten und geflüchteten Kindern und deren Sorgeberechtigten eine gleichberechtigte Bildungsteilhabe zu ermöglichen, soll das bereits im Bereich Jugend und Familie bestehende Projekt „dolpäp-Dolmetschen im pädagogischen Prozess“ für die Gewährleistung von Dolmetscherleistungen/Sprachmittlung im schulischen Bereich erweitert werden. Die teils massiven Sprachhürden u.a. bei der Beratung im Elterngespräch, bei der Teilnahme an den gesetzlich vorgeschriebenen Elternabenden und Schulhilfekonferenzen verhindern die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags der Schulen gemäß § 2 SchulG.

TA 9 Arbeitsassistenz für sehbehinderte Beschäftigte
Neuveranschlagung von Mitteln für eine Arbeitsassistenz für 4 sehbehinderte und blinde Beschäftigte in der Johann-August-Zeune-Schule, die von einem freien Träger zur Verfügung gestellt wird. Gemäß § 3 ArbSchG i.V.m. § 27 SchwbAV ist der Arbeitgeber zur Übernahme der Kosten verpflichtet. Veranschlagt werden 1/3 der voraussichtlichen Kosten, die restlichen Kosten deckt das Integrationsamt.

Gender Budget

Studienanstalt und Beratungsstelle für blinde Studierende e. V. (Blindenanstalt)

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	2	1	3	2	3	2
Relativ	66,7 %	33,3 %	60,0 %	40,0 %	60,0 %	40,0 %
Ressourcen (in Tsd. €)	0,6	0,3	0,6	0,4	0,6	0,4

Zielgruppe:	blinde, sehschwache Berliner Schülerinnen und Schüler
Zielsetzung:	Schulpflichtige, die auf dem allgemeinen Bildungsweg der Berliner Schule nicht oder nicht hinreichend gefördert werden können, in entsprechenden Sonderschuleinrichtungen zu unterrichten. Da die in Berlin bestehenden Sonderschuleinrichtungen keine entsprechenden Ausbildungsgänge anbieten, besuchen diese Schülerinnen und Schüler die Carl-Strehl-Schule.
Steuerungsmaßnahmen:	Da es nur ganz vereinzelte Schüler/-innen betrifft, sind Steuerungsmaßnahmen nicht erforderlich.

Atrium/Jugendkunstschule

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	5.029	3.391	5646	3782	4775	2975
Relativ	59,7%	40,3%	59,80 %	40,06%	61,00 %	38,00 %

Die 100 % (Relativ) ergeben sich in Addition mit den Angaben zu den Teilnehmern divers lt. der anliegenden Tabelle inkl. Rundungsdifferenzen

Teilnehmer divers	2021	2022
Absolut	14	78
Relativ	0,15 %	1,00 %

Zielgruppe:	Berliner Schülerinnen und Schüler – pandemiebedingt konnte der Großteil der Angebote, wenn überhaupt, nur noch in Kleingruppen durchgeführt werden
Zielsetzung:	Förderung gewaltpräventiver Maßnahmen im Rahmen der Kinder- und Jugendprojekte zur Stärkung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen. Die Zielsetzung, möglichst viele männliche Teilnehmer zu erreichen, gelingt noch nicht durchgängig.
Steuerungsmaßnahmen:	Entwicklung und Anbieten von spezifischen Schulprojekten, mit denen möglichst viele männliche Teilnehmer erreicht werden können.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68590	**129**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**144.442,77** **R 64.306,55**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Der Ansatz ist bestimmt für Ausgaben im Bereich Bildungsplanung und zur Durchführung von Modellversuchen.

68644	**129**	**Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"**			**—**	**21.261.151,23**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Bonus-Programm**				

Zielstellung des Bonus-Programms ist es, die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler an Schulen in belasteten Sozialräumen zu verbessern, sie zu höchstmöglichen schulischen Erfolgen und Schulabschlüssen zu führen sowie den Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich zu senken. Schulen entwickeln auf der Grundlage ihrer konkreten Ausgangsbedingungen Zielvorhaben zur Umsetzung des Programms und erarbeiten dann schulspezifische Entwicklungsschwerpunkte mit messbaren Erfolgsindikatoren.

Grundlage für die Aufnahme der Schulen in das Programm ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, deren Eltern von der Zuzahlung zu den Lernmitteln befreit sind, bzw. Anspruch auf Leistungen für Bildung- und Teilhabe haben ("Lernmittelbefreiung/BuT" - abgekürzt "LmB/BuT"). Liegt die Quote LmB/BuT über 50%, soll die Schule in das Programm aufgenommen werden. Die Feststellung des Prozentsatzes erfolgt jährlich mit der Lehrerbedarfsrechnung. Berechnungsgrundlage für 2022 und 2023 ist die Fortschreibung der vorhandenen Schulbudgets in den durch das Bonus-Programm vorgegebenen Kategorien.
Seit 01.02.2016 sind auch die Schulen in freier Trägerschaft sowie die berufsbildenden Schulen in das Programm aufgenommen worden, sofern sie die Kriterien erfüllen. Seit 01.01.2018 können auch die Kolleg-Schulen ins Bonus-Programm aufgenommen werden, sofern sie die Kriterien erfüllen.

42734	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Förderung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes**	**2.750.000**	**2.750.000**	**2.750.000**	**1.827.471,60**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 52534, 53434 und 68434.

Der Einsatz der Mittel wird eigenverantwortlich durch die Schulen entschieden.

52534	**129**	**Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42734, 53434 und 68434.

Der Einsatz der Mittel wird eigenverantwortlich durch die Schulen entschieden.

53434	**129**	**Sachausgaben zur Unterstützung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes**	**3.620.000**	**3.620.000**	**3.620.000**	**2.722.617,66**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42734, 52534 und 68434.

Der Einsatz der Mittel wird eigenverantwortlich durch die Schulen entschieden.

68434	**129**	**Zuschüsse für Träger zur Förderung von Schulen im Rahmen des Bonus-Programmes**	**11.800.000**	**11.800.000**	**11.800.000**	**11.223.008,62**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42734, 52534 und 53434.

Der Einsatz der Mittel wird eigenverantwortlich durch die Schulen entschieden.

		Summe Maßnahmegruppe 02	**18.171.000**	**18.171.000**	**18.171.000**	**15.773.097,88**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Verfügungsfonds für Schulen**				

Zielstellung des Verfügungsfonds ist es, dass Schulen im Rahmen ihrer eigenverantwortlichen Bewirtschaftung vorzugsweise Fortbildungs- und Qualifizierungsbedarfe, Koordinationsaufwendungen für die Inklusion und Honorarverträge realisieren können. Auch besteht die Möglichkeit, Ausgaben für Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Geräte und Geschäftsbedarf aus dem Verfügungsfonds zu leisten.

42780	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.201.317,28**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 53380 und 54180. Im Übrigen sind sie gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben 42880, 51980, 52580, 53480 und 68480.

Der Ansatz ist bestimmt für eine eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Schulen (vgl. § 7 SchulG).

42880	**111**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Lehrkräfte aus dem Verfügungsfonds**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**200.200,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42780, 51980, 52580, 53480 und 68480.

Der Ansatz ist bestimmt für eine eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Schulen (vgl. § 7 SchulG).

51980	**129**	**Kleine Instandhaltungsarbeiten zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**	**1.000**	**1.000**	**5.000.000**	**551.474,53**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.
Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42780, 42880, 52580, 53480 und 68480.

Der Ansatz ist bestimmt für eine eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Schulen (vgl. § 7 SchulG).

52580	**129**	**Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**	**9.995.000**	**9.995.000**	**4.996.000**	**371.315,69**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42780, 42880, 51980, 53480 und 68480.

Der Ansatz ist bestimmt für eine eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Schulen (vgl. § 7 SchulG).

53380	**129**	**Sachausgaben für Schulbibliotheken**	**380.000**	**380.000**	**380.000**	**270.953,91**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei Titel 42780.

Gemäß §16 Abs. 2 a (SchulG) können Schulen die Einrichtung einer Schulbibliothek beantragen.
Mittel für Schulen für Ausstattung und Betrieb von Schulbibliotheken, die als Sach- oder Honorarmittel verwendet werden können.

53480	**129**	**Sachausgaben zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.586.793,87**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei den Titeln 42780, 42880, 51980, 52580 und 68480.

Der Ansatz ist bestimmt für eine eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Schulen (vgl. § 7 SchulG).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54180	**129**	**Politische Bildungsarbeit an Schulen**	**2.000.000**	**2.000.000**	**2.000.000**	**661.523,37**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei 42780 und 68480.

Im Rahmen der Strategie „Politische Bildung an Schulen“ erhalten Berliner Grund- und weiterführende Schulen Mittel zur Förderung von Schulentwicklungsprozessen im Sinne der demokratischen Schule. Diese können z. B. für Unterstützungsmaßnahmen für Coachings von Schülerinnen- und Schülervertretungen, Workshops zur Gewaltprävention oder Fortbildung von Lehrkräften zu dieser Thematik eingesetzt werden.

Die für „Dekolonialisierungsprojekte an Schulen“ im Rahmen der Demokratiebildung vorgesehenen 100.000 € werden ab 2022 im Kapitel 1010, Titel 68569 nachgewiesen.

68480	**129**	**Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Schulen aus dem Verfügungsfonds**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**846.637,05**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42780, 42880, 51980, 52580 und 53480.

Der Ansatz ist bestimmt für eine eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Schulen (vgl. § 7 SchulG).

Summe Maßnahmegruppe 03	**12.380.000**	**12.380.000**	**12.380.000**	**8.690.215,70**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 04		**Bildungsverbünde**				

Mit den Ausgaben werden der Aufbau neuer und die Weiterentwicklung bestehender lokaler Bildungsverbünde in den Bezirken gefördert. Ziel der Bildungsverbünde ist die Steigerung der Bildungschancen und -teilhabe aller Kinder und Jugendlichen durch verbesserte Kooperationen im Sozialraum und gelungene Übergänge entlang der Bildungskette. Der Zugang zu (außerschulischen) Bildungsangeboten wird erleichtert, Bildungseinrichtungen öffnen sich in den Stadtteil und nachhaltige lokale Netzwerkstrukturen werden aufgebaut und gesichert.

Die Ansätze sind bestimmt zur Leistung von Ausgaben aufgrund von Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Honorare), für Kooperationen mit freien Trägern sowie notwendige Sachausgaben zur Unterstützung von Bildungsverbünden in den Bezirken.

Das im Jahr 2022 begonnene Modellprojekt „Zukunftskieze“, in das die Erfahrungen aus der Entwicklung der Campusschulen einfließen, wird mit Mitteln in Höhe von 833.000 € in 2024 und 1.000.000 € in 2025 fortgeführt.

Zusätzlich wird der Erhalt bzw. der Ausbau Pädagogischer Werkstätten zur Stärkung der sozialräumlichen Öffnung und Vernetzung von Schulstandorten mit 50.000 € in 2024 und 300.000 € in 2025 gefördert.

42777	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung von Bildungsverbünden**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**26.797,54**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei den Titeln 53477 und 68477.

Vgl. Erläuterungen zu MG 04

53477	**129**	**Sachausgaben für Bildungsverbünde**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**24.752,86**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 42777 und 68477.

Vgl. Erläuterungen zu MG 04

68477	**129**	**Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Bildungsverbünden**	**1.210.000**	**1.634.000**	**1.669.000**	**645.228,43**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Titel 42777 und 53477.

Vgl. Erläuterungen zu MG 04

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Bildungsverbünden	326.200	333.500	319.000
2	Modellprojekt „Zukunftskieze“	833.000	1.000.000	1.350.000
3	Stärkung pädagogischer Werkstätten	50.000	300.000	0
Summe		1.209.200	1.633.500	1.669.000
gerundet		**1.210.000**	**1.634.000**	**1.669.000**

TA 1 Zuschüsse für Träger zur Unterstützung von Bildungsverbünden

TA 2 Modellprojekt Zukunftskieze
Fortsetzung und Weiterentwicklung des Modellprojekts Zukunftskieze in verschiedenen bezirklichen Modellregionen mit gebietsspezifischen Konzepten und bezirksübergreifenden Stärkungsmaßnahmen

TA 3 Stärkung pädagogischer Werkstätten
Erhalt bzw. Ausbau pädagogischer Werkstätten zur Stärkung der sozialräumlichen Öffnung und Vernetzung von Schulstandorten

Summe Maßnahmegruppe 04	**1.610.000**	**2.034.000**	**2.069.000**	**696.778,83**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 06		**Berlin-Challenge**				

Zielstellung der Berlin-Challenge ist es, Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler bei ihrer Schul- und Unterrichtsentwicklung zu unterstützen. Es werden Schulen einbezogen, bei denen sich datenbasiert bereits positive Schulentwicklungstrends ausmachen lassen. Der Schwerpunkt des Programms liegt auf der Unterrichtsentwicklung und damit verbundenen Zielsetzungen. Die Schulen arbeiten darüber hinaus an weiteren Zielsetzungen zur Schulentwicklung. Alle Schulen werden von einer Prozessbegleitung beraten und unterstützt. Das Programm richtet sich an Grund- und weiterführende Schulen.
Weniger aufgrund Konzeptanpassung.

42781	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Förderung von Schulen im Rahmen der Berlin-Challenge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**242.354,21**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42881, 52581, 53481 und 68481.

Der Einsatz der Mittel wird eigenverantwortlich durch die Schulen entschieden.

42881	**111**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Lehrkräfte im Rahmen der Berlin-Challenge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42781, 52581, 53481 und 68481.

Der Einsatz der Mittel wird eigenverantwortlich durch die Schulen entschieden.

52581	**129**	**Fortbildung und Qualifizierung zur Unterstützung von Schulen im Rahmen der Berlin-Challenge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42781, 42881, 53481 und 68481.

Der Einsatz der Mittel wird eigenverantwortlich durch die Schulen entschieden.

53481	**129**	**Sachausgaben zur Unterstützung von Schulen im Rahmen der Berlin-Challenge**	**6.496.000**	**4.496.000**	**6.996.000**	**1.534.575,08**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42781, 42881, 52581 und 68481.

Der Einsatz der Mittel wird eigenverantwortlich durch die Schulen entschieden.

68481	**129**	**Zuschüsse für Träger zur Förderung von Schulen im Rahmen der Berlin-Challenge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**260.654,93**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42781, 42881, 52581 und 53481.

Der Einsatz der Mittel wird eigenverantwortlich durch die Schulen entschieden.

		Summe Maßnahmegruppe 06	**6.500.000**	**4.500.000**	**7.000.000**	**2.037.584,22**
		Gesamtausgaben	**195.590.200**	**201.274.500**	**179.991.600**	**217.767.657,72**
		Prozentuale Veränderung	**8,7 %**	**2,9 %**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1012				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.251.000	1.251.000	1.251.000	2.127.924,78
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	12.000	12.000	12.000	3.617.993,67
		Gesamteinnahmen	1.263.000	1.263.000	1.263.000	5.745.918,45
411-462		Personalausgaben	85.049.000	88.054.300	82.596.000	66.307.459,97
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	30.552.500	28.785.500	30.186.600	63.770.716,02
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	79.988.700	84.434.700	67.209.000	87.689.481,73
		Gesamtausgaben	195.590.200	201.274.500	179.991.600	217.767.657,72
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-194.327.200	-200.011.500	-178.728.600	-212.021.739,27

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001138 Bildung (Schule, Allgemeine Weiterbildung inkl. Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	16	Personalkosten	2.756.337.958	2.618.448.192	+5,27
Kostenträger	102	Sachkosten	32.561.703	30.904.150	+5,36
davon		Transferkosten	804.884.075	762.313.094	+5,58
Produkte	81	Verrechnungskosten	2.018.136	3.189.541	-36,73
MGF	19	kalkulatorische Kosten	305.678.868	307.168.822	-0,49
Projekte	2	Gemeinkosten	726.998.790	714.039.503	+1,81
		Summe Verwaltungskosten	4.628.479.531	4.436.063.303	+4,34
		Transfers	117.251.613	94.782.398	+23,71
		Gesamtsumme	4.745.731.144	4.530.845.701	+4,74

Höhere Personalkosten in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf den Bereich der öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Hauptstadtzulage). Die Erhöhung der Sachkosten resultiert aus der Kostenentwicklung einer Vielzahl von Produkten im Bereich Bildung. Höhere Transferkosten entstanden insbesondere aufgrund gestiegener Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft, an Träger der freien Jugendhilfe für die Betreuung von Schülern im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen, für die Schulsozialarbeit und Bildung- und Teilhabeleistungen. Die direkten Verrechnungskosten sind gesunken, da die Bezirke keine Kosten mehr an die SenBJF für die Raumnutzung durch die Schulsozialarbeit verrechnen. Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ an.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005330	2022	113.850.824	73.632.913	187.483.737
Aufgabenstellungen mit direktem Kundenkontakt im ministeriellen Bereich (Schule)	2021	104.294.921	45.446.592	149.741.513

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80565	2022	42.258.435	72.324	42.330.759
Förderung der Schulsozialarbeit durch Träger der freien Jugendhilfe	2021	34.863.549	52.528	34.916.077

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

	2022	2021
Menge: Anzahl der erreichten Schülerinnen und Schüler	178.708	146.690
Kosten je ME in €	236,47	237,67
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,89	0,77
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	41.975.750,00	33.370.727,48
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Sozialpädagogische Förderung und Integrationsmaßnahmen vor allem von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern bei der Bewältigung schulischer Anforderungen. Förderung der Lernmotivation und Abbau von Schuldistanz, Verbesserung der (vorberuflichen) Handlungskompetenz.

Fachspezifische Informationen
Für die Förderung der Schulsozialarbeit standen in 2022 mehr Haushaltsmittel beim Titel 67139 zur Verfügung, so dass sich die Transferkosten in den Verwaltungskosten gegenüber 2021 erhöht haben.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80654	2022	17.164.717	0	17.164.717
Bonus-Programm, Unterstützung für Schulen in schwieriger Lage	2021	17.578.694	0	17.578.694

	2022	2021
Menge: Anzahl der erreichten Schülerinnen und Schüler (=Schülerzahl der Schule, Durchschnitt)	132.862	139.248
Kosten je ME in €	129,19	126,24
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,36	0,39
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	11.223.308,62	11.809.436,97
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler an Schulen in belasteten Sozialräumen sollen verbessert werden, das heißt alle Kinder und Jugendliche sollen zu höchstmöglichen schulischen Erfolgen und Schulabschlüssen geführt sowie der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich gesenkt und somit die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft deutlich verringert werden.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005332	2022	27.273.145	0	27.273.145
Operative Schulaufsicht für die allgemeinbildenden Schulen	2021	24.495.414	0	24.495.414

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76945	2022	14.688.514	0	14.688.514
Operative Schulaufsicht für die allgemeinbildenden Schulen in Berlin	2021	14.044.824	0	14.044.824

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen (Durchschnitt)	377.757	368.845
Kosten je ME in €	38,88	38,08
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,31	0,31
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	10.796,39
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Schulaufsichtliche Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Unterricht und Erziehung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78053	2022	12.584.630	0	12.584.630
Koordinierung und Durchführung der Regionalen Fortbildung für pädagogische Fachkräfte zu schulpraxisrelevanten Themen in den allgemeinbildenden Schulen.	2021	10.450.589	0	10.450.589

	2022	2021
Menge: Anzahl der Teilnehmer-Doppelstunden	171.828	149.124
Kosten je ME in €	73,24	70,08
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,27	0,23
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Vorbereitung, Organisation und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen zu pädagogischen, fachlichen, fachdidaktischen und schulrechtlichen Themen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005338	2022	31.704.460	0	31.704.460
Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratung und Unterstützung	2021	29.132.193	0	29.132.193

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77170	2022	16.739.349	0	16.739.349
Schulpsychologische Beratung und Unterstützung	2021	16.615.094	0	16.615.094

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler*innen (Durchschnitt)	465.012	458.134
Kosten je ME in €	36,00	36,27
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,35	0,37
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

In allen Bezirken sowie für die beruflichen und zentral verwalteten Schulen wurden Schulpsychologische und inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) eingerichtet. Sie vereinen die Fachbereiche Inklusionspädagogik und Schulpsychologie. Diese beraten und unterstützen die Zielgruppen (Pädagogisches Personal, Schulleitungen, Schulaufsicht, Schüler*innen und Erziehungsberechtigte) als auch das System Schule insgesamt bei einzelfallbezogenen und systemischen, inklusionspädagogischen und schulpsychologischen Fragestellungen.
Der Fachbereich Schulpsychologie bietet Schülern, Eltern, aber auch Schulen und Lehrkräften eine qualifizierte Unterstützung und Beratung bei schulbezogenen psychologischen Fragen und Problemen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80862	2022	14.965.110	0	14.965.110
Inklusionspädagogische Beratung und Unterstützung	2021	12.517.099	0	12.517.099

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler (Durchschnitt)	465.012	458.134
Kosten je ME in €	32,18	27,32
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,32	0,28
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Damit Inklusion im Schulalltag erfolgreich umgesetzt werden kann, werden in allen Bezirken Beratungs-und Unterstützungszentren für inklusive Pädagogik betrieben, die gemeinsam mit den bisherigen Schulpsychologischen Beratungszentren jeweils ein Schulpsychologisches und inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum (SIBUZ) bilden.

Die Angebote der SIBUZ betreffen neben schülerbezogenen Fragen, auch im Hinblick auf sonderpädagogische Fragestellungen sowohl die Weiterentwicklung der Schulen zu Inklusiven Schulen als auch die Vernetzung und Kooperation aller Experten.

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, die es zur Aufgabe hat, die politische Bildung in Berlin auf überparteilicher Grundlage mit dem Ziel zu fördern, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Bereitschaft zu unterstützen, Verantwortung für die Demokratie wahrzunehmen.
Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben für die politische Bildungsarbeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschafts- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert)

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1014	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Eine Erhebung geschlechtssensitiver Daten scheidet aus:

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1014	68572	Zuschüsse an Stiftungen für staatsbürgerliche Zwecke

Darüber hinaus wurden für den Zeitraum 2019 bis 2020 erhoben:

- Anzahl der Veranstaltungen: 270
- Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen: 18.171
- Von den insgesamt 18.171 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltungen waren 52,7 % weiblich und 47,3 % männlich.
- Anzahl herausgegebener Bücher und Medien (nur im Bereich der kostenpflichtigen Buchausgabe): 64.226
- Anzahl der Kundinnen und Kunden der kostenpflichtigen Buchausgabe: 18.492
- Von den 18.492 Kundinnen und Kunden der kostenpflichtigen Buchausgabe waren 53 % weiblich und 47 % männlich.
-

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			0	2	0	2
Relativer Anteil			0	100	0	100
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	11	10	12	7	11	7
Relativer Anteil	52	48	63	37	61	39

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen
getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: keine, Mitarbeitende: 3.392 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: ** , Mitarbeitende: 3.209 €

** Aus datenschutzrechtlichen Gründen kann keine Angabe veröffentlicht werden.

Die Beschäftigtenstruktur der Berliner Landeszentrale für politische Bildung weist nur bei den Führungskräften Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten in den oberen Einkommensgruppen auf. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt.

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11120	**153**	**Entgelte für Bildungsangebote**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Für die Teilnahme an Veranstaltungen der Berliner Landeszentrale für politische Bildung können in ausgewählten Fällen Entgelte erhoben werden.

11901	**153**	**Veröffentlichungen**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**35.657,00**

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung stellt der Berliner Bevölkerung über 300 Publikationen zu aktuellen politischen Themen bereit.

11921	**153**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**56.000**	**56.000**	**56.000**	**5.371,25**
11979	**153**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-200,00**
27290	**153**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**31.399,90**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790 und 54690.

Zuschüsse der Europäischen Kommission für das Europe Direct Berlin.

28290	**153**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**13.000**	**1.000**	**1.000**	**416.800,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790 und 54690.

Zuschüsse sind von der Bundeszentrale für politische Bildung für Projekte der Berliner Landeszentrale für politische Bildung zu erwarten.

		Gesamteinnahmen	**103.000**	**91.000**	**91.000**	**489.028,15**
		Prozentuale Veränderung	**13,2 %**	**-11,7 %**		
		Ausgaben				
41210	**153**	**Aufwendungen für Beiräte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Aufwandsentschädigungen für die aus der Mitte des Abgeordnetenhauses gewählten Mitglieder des Kuratoriums nach dem Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen und der dazu erlassenen Durchführungsverordnung.

42201	**153**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**71.300**	**74.100**	**139.000**	**68.111,99**
42701	**153**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**90.000**	**90.000**	**90.000**	**65.713,53**

Honorare im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Berliner Landeszentrale für politische Bildung bei Veranstaltungen, Publikationen und sonstigen Projekten.

42790	**153**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Honorare im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Europe Direct Berlin und der Berliner Landeszentrale für politische Bildung bei Veranstaltungen, Publikationen und sonstigen Projekten, für die Bundesmittel eingenommen werden konnten.

42801	**153**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.177.000**	**1.224.000**	**1.024.000**	**979.458,58**
42811	**111**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**17.413,05**
44100	**153**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**7.600**	**7.800**	**2.200**	**7.133,08**

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**153**	**Geschäftsbedarf**	**8.300**	**8.300**	**8.300**	**3.261,95**

Aufwendungen für Bürobedarf.

51140	**153**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**35.600**	**35.600**	**35.600**	**4.997,62**

Beschaffung von Mobiliar, Veranstaltungstechnik und sonstigen Geräten sowie sonstiger Unterhaltungsaufwand.

51803	**153**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**1.400**	**1.400**	**1.400**	**—**
52513	**153**	**Politische Bildungsarbeit**	**797.000**	**797.000**	**887.000**	**619.684,08**

TA	**Maßnahme**	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023
		€	€	€
1	Veranstaltungen, Eigenpublikationen, Öffentlichkeitsarbeit, sonstige Projekte	267.000	267.000	267.000
2	Ankauf von Publikationen	300.000	300.000	300.000
3	Zweiter Standort Landeszentrale	120.000	120.000	130.000
4	Diversitätssensible, diskriminierungskritische, inklusive politische Bildung	100.000	100.000	100.000
5	Koordinierungsstelle Schule - außerschulische politische Bildung	5.000	5.000	90.000
6	Digitale politische Medienbildung	5.000	5.000	
	Summe	**797.000**	**797.000**	**887.000**

TA 1 Mehrbedarf aufgrund erhöhter Abgabe von Eigenpublikationen an über 40 Standorten, überwiegend Stadtteilbibliotheken.

TA 5 Sachmittel für die neu einzurichtende Koordinierungsstelle. Die im bisherigen TA 5 Bedienung Besucherzentrum zweiter Standort Landeszentrale 2023 vorgesehenen Mittel von 90.000 € sind hier nicht mehr erforderlich, weil entsprechende Stellen geschaffen werden.

TA 6 Digitale politische Medienbildung ist zunehmend eine Schlüsselkompetenz, damit Bürger*innen in der Demokratie mündig und selbstbestimmt agieren können. Ansetzend an die bereits vorhandenen Social Media-Angebote der Berliner Landeszentrale für politische Bildung sollen zusätzlich weitere neue Formate der politischen Medienbildung angeboten werden.

52703	**153**	**Dienstreisen**	**3.100**	**3.100**	**3.100**	**2.303,20**
54079	**153**	**Verschiedene Ausgaben**	**3.100**	**3.100**	**3.100**	**1.837,64**
54690	**153**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**13.000**	**1.000**	**1.000**	**424.231,10 R 78.979,38**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	Für 2024
Bis 31.12.2021 eingegangene Verpflichtungen *)	12.000

*) Titel, der Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen bewirtschaftet (hier: Einnahmen gem. Bescheid der Bundeszentrale für politische Bildung bei dem Titel 28290). Veranschlagung mit Merkansatz von 1.000 € zuzüglich des Betrags der Verpflichtungsermächtigung.

Die Zuwendungen sollen für Projekte der Berliner Landeszentrale für politische Bildung verwendet werden.

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**153**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**994.000**	**1.115.000**	**1.024.000**	**942.276,87**

TA	Maßnahme	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023
		€	€	€
1	Zuschüsse an Berliner Vereine, Gruppen und Institutionen für einzelne Vorhaben der politischen Bildung (Projektförderung) im Rahmen der Jahresschwerpunkte, Förderbeträge bis zu 6.000 €	260.000	266.000	404.000
2	Aufsuchende politische Bildung	427.000	535.000	320.000
3	Projekte im Rahmen des Gesamtkonzepts Partizipation und Integration von Geflüchteten	256.000	262.000	250.000
4	Förderung von Angeboten politischer Erwachsenenbildung	51.000	52.000	50.000
	Summe	**994.000**	**1.115.000**	**1.024.000**

TA 1 Der Bedarf ergibt sich aufgrund des anhaltend hohen Bedarfs an Projektförderungen und einer erforderlichen Anhebung der Förderbeträge auf bis zu 6.000 €, um die inflationsbedingt steigenden Kosten der Zuwendungsempfänger zu berücksichtigen.

TA 2 Aus diesem Teilansatz werden die sozialräumlichen Projekte, der Kofinanzierungsanteil für das ESF+- Förderinstrument 14 „Grundbildung gering literarisierter Erwachsener“ sowie Community orientierte Projekte, die sich an Türkeistämmige richten, gefördert. Bisher erfolgt eine Kofinanzierung der sozialräumlichen Projekte durch die Bundeszentrale für politische Bildung. Diese Zuwendung der Bundeszentrale für politische Bildung für Standorte der sozialräumlichen politischen Bildung endet 2024. Um die geschaffenen Angebote erhalten zu können, muss ab 2025 das Land Berlin die Projekte ohne Bundesmittel fördern.

TA 4 Aufbau der Förderung der politischen Erwachsenenbildung im Rahmen des Erwachsenenbildungsgesetzes und der Überarbeitung des Bildungszeitgesetzes.

Gender Budgeting (Teilnehmer*innen an geförderten Veranstaltungen)

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
absolut	14.989	14.140	27.678	19.473	58.531	53.874
relativ	51,5	48,5	58,7	41,3	52,1	47,9
Ressourcen (in Tsd. EURO)	354,9	334,2	429,7	302,3	492,5	452,8

Zielgruppe:	Einwohner*innen des Landes Berlin in allen Altersgruppen
Zielsetzung:	Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt: für 2024 = 50 % für 2025 = 50 %
Steuerungsmaßnahmen:	Zielgruppenspezifische Angebote, werbende Maßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit.

68572	**153**	**Zuschüsse an Stiftungen für staatsbürgerliche Zwecke**	**619.000**	**633.000**	**605.000**	**619.631,93**

Aus diesem Titel werden die fünf parteinahen Stiftungen und die parteinahen Kommunalpolitischen Bildungswerke gefördert. Mehrbedarf wegen inflationsbedingter Kostensteigerungen bei den Zuwendungsempfängern sowie tariflich bedingter Personalkostensteigerung.

	Gesamtausgaben	**3.823.400**	**3.996.400**	**3.826.700**	**3.756.054,62**
	Prozentuale Veränderung	**-0,1 %**	**4,5 %**		

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1014				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	89.000	89.000	89.000	40.828,25
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	14.000	2.000	2.000	448.199,90
		Gesamteinnahmen	103.000	91.000	91.000	489.028,15
411-462		Personalausgaben	1.348.900	1.398.900	1.258.200	1.137.830,23
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	861.500	849.500	939.500	1.056.315,59
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.613.000	1.748.000	1.629.000	1.561.908,80
		Gesamtausgaben	3.823.400	3.996.400	3.826.700	3.756.054,62
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-3.720.400	-3.905.400	-3.735.700	-3.267.026,47

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für Personalangelegenheiten der Grundschulen einschließlich der Ausgaben für kurzfristige Vertretungseinstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gemäß § 7 Abs. 3 und 5 des Schulgesetzes für Berlin sowie für die ergänzende Förderung und Betreuung.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben für das Bildungskonzept "Musizieren von Anfang an" als ergänzendes Angebot zur Förderung der musisch-kulturellen Bildung für Kinder in der Schulanfangsphase an Grundschulen im offenen und gebundenen Ganztagsbetrieb in sozialen Brennpunkten sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1015	68507	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			411	145	386	132
Relativer Anteil			74	26	75	25
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	14.956	3.579	15.003	3.795	15.197	3.938
Relativer Anteil	81	19	80	20	79	21

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen
getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 6.715 €, Mitarbeitende: 4.208 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 6.630 €, Mitarbeitende: 3.825 €

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist keine Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten in den oberen Einkommensgruppen auf.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11110	**112**	**Kostenbeteiligung nach dem TKBG für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)**	**5.341.000**	**5.445.000**	**8.244.000**	**10.718.033,62**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 67115.				

Kostenbeteiligung der Eltern gemäß Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz (TKBG) für die Betreuung von Kindern in der ergänzenden Förderung und Betreuung; hier: öffentliche Grundschulen in Kooperation mit Trägern der freien Jugendhilfe.

Anpassung des Ansatzes an die tatsächlichen Einnahmen

Weniger wegen der Ausweitung der Kostenfreiheit auf die Jahrgangsstufe 3 ab dem Schuljahr 2023/24.

35920	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**5.342.000**	**5.446.000**	**8.245.000**	**10.718.033,62**
		Prozentuale Veränderung	**-35,2 %**	**1,9 %**		
		Ausgaben				
42201	**112**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**293.956.000**	**316.123.000**	**262.937.000**	**226.392.979,43**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 3.243.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 7.784.000,0 EUR gesperrt.				

Die Beträge in 2024 i.H.v. 3.243.000 € und in 2025 i.H.v. 7.784.000 € sind für die mutmaßliche Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für das Land Berlin (Verlängerung der Zulagenzahlung an die Lehrkräfte an Schulen in schwieriger Lage) vorgesehen.

42703	**112**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.178.024,12**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42722	**112**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**613.000**	**638.000**	**14.000**	**572.997,37**
42801	**112**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**283.596.000**	**302.284.000**	**283.949.000**	**265.093.437,73**
42805	**112**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**604.409.000**	**629.368.000**	**580.234.000**	**571.521.201,11**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42805 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42811	**112**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**33.667.000**	**35.014.000**	**29.678.000**	**32.274.549,00**
42813	**112**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung**	**16.097.000**	**16.741.000**	**14.624.000**	**15.912.650,73**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42815	**112**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**122.260.000**	**127.151.000**	**94.987.000**	**116.303.693,09**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42815 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44100	**112**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**11.617.000**	**11.965.000**	**8.421.000**	**10.958.698,69**
67101	**112**	**Ersatz von Ausgaben**	**401.000**	**801.000**	**1.000**	**—**

Weiterentwicklung der Ganztagsschule zu einem Modell, in dem verlässliche Zeiten flexibel gestaltet werden. Konkret soll in dem Schulversuch FlexGanztag als eine Weiterentwicklung des gebundenen und offenen Ganztags erprobt werden. Mit den Haushaltsmitteln wird den Schulen ein Ganztagsbudget zugewiesen, mit dem sie wie in § 19 Schulgesetz vorgesehen, Kooperationen mit Musikschulen, Sportverbänden und weiteren Kooperationspartnern eingehen können. Der Schulversuch soll wissenschaftlich begleitet werden.

67115	**112**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)**	**107.168.000**	**109.175.000**	**105.055.000**	**107.050.916,33**

Erstattung von Kosten für die ergänzende Förderung und Betreuung der Kinder nach der „Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der ergänzenden Betreuungsangebote an Grundschulen mit offenem und gebundenem Ganztagsangebot durch Träger der freien Jugendhilfe“; dies umfasst auch Zuschläge für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache sowie Kinder, die in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen und in Wohngebieten mit sozial benachteiligten Bedingungen leben und Zuschläge für Kinder mit Behinderungen bei integrativer Förderung.

Beim Einnahmetitel 11110 werden die Elternbeiträge für die ergänzende Förderung und Betreuung von Kindern in schulischen Betreuungsangeboten bei Trägern der freien Jugendhilfe nachgewiesen, die in gleicher Höhe über den Ausgabentitel 67115 ausgereicht werden (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11110). Ausgaben von bis zu 5.341.000 € in 2024 bzw. 5.445.000 € 2025 dürfen nur geleistet werden, sofern entsprechende Einnahmen beim Titel 11110 eingegangen sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

67127	**112**	**Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**660.277,12**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 42813 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung.

67131	**112**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen**	**74.160.000**	**75.005.000**	**71.706.000**	**72.837.914,35**

Erstattung von Kosten für Ganztagsangebote der Schulen nach der „Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der ergänzenden Betreuungsangebote an Grundschulen mit offenem und gebundenem Ganztagsangebot durch freie Träger der Jugendhilfe“.

Mehr aufgrund der Anpassung der in den Kostenblättern der Schul-Rahmenvereinbarung vereinbarten Personalkosten an die Tarifentwicklung.

68507	**113**	**Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft**	**101.323.000**	**102.288.000**	**96.966.000**	**100.453.803,85**

Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft erfolgt auf Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Maßgeblich für die Zuschussberechnung ist die Ersatzschulzuschussverordnung in der geltenden Fassung.

Mehr aufgrund der Tarifanpassungen und tendenziell steigender Schülerzahlen auf der Grundlage der in 2022 tatsächlich gezahlten Zuschüsse.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	Schülerzahlen an Ersatzschulen					
	Schuljahr 2019/20		Schuljahr 2020/21		Schuljahr 2021/22	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	5.944	5.888	6.084	6.027	6.101	6.100
Relativ	50,24 %	49,76 %	50,24 %	49,76 %	50,01 %	49,99 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	42.088	41.691	46.361	45.926	48.273	48.265

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft
Zielsetzung:	Es handelt sich um statistische Angaben zum Verhältnis männlicher und weiblicher Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Ersatzschulen.
Steuerungsmaßnahmen:	Es gibt keine Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich des Anmeldeverhaltens der Erziehungsberechtigten.

91920	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamtausgaben	**1.649.270.000**	**1.726.556.000**	**1.548.575.000**	**1.521.211.142,92**
		Prozentuale Veränderung	**6,5 %**	**4,7 %**		

Abschluss Kapitel 1015

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**5.341.000**	**5.445.000**	**8.244.000**	**10.718.033,62**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**5.342.000**	**5.446.000**	**8.245.000**	**10.718.033,62**
411-462	**Personalausgaben**	**1.366.216.000**	**1.439.285.000**	**1.274.845.000**	**1.240.208.231,27**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**283.053.000**	**287.270.000**	**273.729.000**	**281.002.911,65**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**1.649.270.000**	**1.726.556.000**	**1.548.575.000**	**1.521.211.142,92**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-1.643.928.000**	**-1.721.110.000**	**-1.540.330.000**	**-1.510.493.109,30**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001138 Bildung (Schule, Allgemeine Weiterbildung inkl. Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	16	Personalkosten	2.756.337.958	2.618.448.192	+5,27
Kostenträger	102	Sachkosten	32.561.703	30.904.150	+5,36
davon		Transferkosten	804.884.075	762.313.094	+5,58
Produkte	81	Verrechnungskosten	2.018.136	3.189.541	-36,73
MGF	19	kalkulatorische Kosten	305.678.868	307.168.822	-0,49
Projekte	2	Gemeinkosten	726.998.790	714.039.503	+1,81
		Summe Verwaltungskosten	4.628.479.531	4.436.063.303	+4,34
		Transfers	117.251.613	94.782.398	+23,71
		Gesamtsumme	4.745.731.144	4.530.845.701	+4,74

Höhere Personalkosten in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf den Bereich der öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Hauptstadtzulage). Die Erhöhung der Sachkosten resultiert aus der Kostenentwicklung einer Vielzahl von Produkten im Bereich Bildung. Höhere Transferkosten entstanden insbesondere aufgrund gestiegener Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft, an Träger der freien Jugendhilfe für die Betreuung von Schülern im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen, für die Schulsozialarbeit und Bildung- und Teilhabeleistungen. Die direkten Verrechnungskosten sind gesunken, da die Bezirke keine Kosten mehr an die SenBJF für die Raumnutzung durch die Schulsozialarbeit verrechnen. Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ an.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005352	2022	484.260.236	36.611.246	520.871.483
Schulen in freier Trägerschaft und Stiftungsangelegenheiten	2021	460.179.571	43.027.656	503.207.227

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80578	2022	100.453.804	0	100.453.804
Zuschüsse an Grundschulen in freier Trägerschaft	2021	94.219.987	0	94.219.987

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen (Durchschnitt)	16.279	15.768
Kosten je ME in €	6.170,76	5.975,39
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,12	2,08
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	100.453.803,85	94.219.987,45
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Gewährung von Zuschüssen an Grundschulen in freier Trägerschaft in Berlin.

Fachspezifische Informationen
Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft (Ersatzschulen) erfolgt auf der Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Die Anzahl der Ersatzschulen und die Schülerzahlen an Ersatzschulen steigen kontinuierlich an.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005424	2022	3.050.818.312	3.862.840	3.054.681.152
Unterricht und Erziehung in den Allgemeinbildenden Schulen	2021	2.935.480.060	3.915.785	2.939.395.845

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77244	2022	885.289.253	0	885.289.253
Unterricht und Erziehung in Grundschulen	2021	846.889.509	0	846.889.509

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	141.945	138.445
Kosten je ME in €	6.236,85	6.117,15
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	18,65	18,69
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78849	2022	256.424.449	0	256.424.449
Betreuung, Erziehung und Bildung von Schüler/innen im Hort	2021	243.717.635	0	243.717.635

	2022	2021
Menge: Anzahl der Kinder (Durchschnitt)	65.902	63.888
Kosten je ME in €	3.890,97	3.814,79
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,40	5,38
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	6.029,89	4.006,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Betreuung von Schüler/innen außerhalb des Unterrichtes und deren ergänzende Förderung auf Basis der Zielsetzungen von Unterricht und Erziehung.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79785	2022	195.987.038	0	195.987.038
Unterricht und Erziehung in Ganztagsgrundschulen in gebundener Form	2021	188.775.137	0	188.775.137

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	29.301	28.826
Kosten je ME in €	6.688,75	6.548,78
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,13	4,17
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaftsschulen. Die Gemeinschaftsschulen umfassen die Klassenstufen 1-13 (Primarstufe und Sekundarstufe 1 und 2).

Das Kapitel enthält die Ausgaben für Personalangelegenheiten der Gemeinschaftsschulen einschließlich der Ausgaben für kurzfristige Vertretungseinstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gemäß § 7 Abs. 3 und 5 des Schulgesetzes für Berlin sowie für die ergänzende Förderung und Betreuung und die Ausgaben im Rahmen des Ganztagsbetriebes.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1016	68507	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft
1016	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Genderpolitische Analyse der Beschäftigungsstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			25	18	23	17
Relativer Anteil			58	42	58	42
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	1.434	605	1.427	631	1.404	622
Relativer Anteil	70	30	69	31	69	31

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen
getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 6.829 €, Mitarbeitende: 5.125 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 7.194 €, Mitarbeitende: 5.365 €

Die Beschäftigtenstruktur der o. g. Abteilung weist keine Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten in den oberen Einkommensgruppen auf. Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Beschäftigten könnten z. B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte) sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	114	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	30.000	30.000	30.000	3.756,05
35920	850	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	1.000	1.000	1.000	—
		Gesamteinnahmen	31.000	31.000	31.000	3.756,05
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
42201	114	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	41.495.000	44.607.000	37.770.000	31.983.571,54
42701	114	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	1.000	1.000	1.000	64.634,69

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 67131.

Ausgaben für Kooperationsverträge der Gemeinschaftsschulen mit außerschulischen Partnern gem. § 5 Abs.1 und § 19 Abs. 2 SchulG.

42703	114	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	1.000	1.000	1.000	153.969,84

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213,42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

42722	114	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	22.500	23.400	21.000	—
42801	114	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	3.878.000	4.033.000	22.911.000	3.851.455,52
42805	114	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	117.931.000	122.648.000	114.237.000	112.024.778,03

Deckungsvermerk:
Der Titel 42805 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42811	114	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	53.000	1.000	148.000	—
42813	114	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung**	2.913.000	3.030.000	2.625.000	2.080.174,07

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213,42703 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

42815	114	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	1.000	1.000	1.000	—

Deckungsvermerk:
Der Titel 42815 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

44100	114	**Beihilfen für Dienstkräfte**	1.491.000	1.536.000	583.000	1.406.569,50
52501	114	**Aus- und Fortbildung**	267.000	267.000	267.000	36.199,80

Mittel für die Fort- und Weiterbildung für neue Gemeinschaftsschulen in den ersten beiden Schuljahren.

67127	114	**Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	1.000	1.000	1.000	70.387,93

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213,42703 und 42813 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67131	**114**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen**	**5.291.000**	**5.315.000**	**4.668.000**	**5.026.539,04**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei den Titeln 42701 und 98101.

Erstattung von Kosten für Ganztagsangebote der Schulen nach der „Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der ergänzenden Betreuungsangebote an Gemeinschaftsschulen mit offenem und gebundenem Ganztagsangebot durch freie Träger der Jugendhilfe“.

Mehr aufgrund der Anpassung der in den Kostenblättern der Schul-Rahmenvereinbarung vereinbarten Personalkosten an die Tarifentwicklung.

68507	**115**	**Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft**	**73.182.000**	**75.135.000**	**65.060.000**	**71.927.347,17**

Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft erfolgt auf Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Maßgeblich für die Zuschussberechnung ist die Ersatzschulzuschussverordnung in der geltenden Fassung.

Mehr aufgrund der Tarifanpassungen und tendenziell steigender Schülerzahlen auf der Grundlage der in 2022 tatsächlich gezahlten Zuschüsse.

Die Gemeinschaftsschulen und Waldorfschulen in freier Trägerschaft wurden bis zum Haushaltsjahr 2020 aus dem Kapitel 1019 zusammen mit den Integrierten Sekundarschulen bezuschusst.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	Schülerzahlen an Ersatzschulen					
	Schuljahr 2019/20		Schuljahr 2020/21		Schuljahr 2021/22	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	---	---	4.521	4.405	4.941	4.903
Relativ	---	---	50,65%	49,35%	50,19%	49,81%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	---	---	28.837	28.097	31.692	31.453

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft
Zielsetzung:	Es handelt sich um statistische Angaben zum Verhältnis männlicher und weiblicher Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Ersatzschulen.
Steuerungsmaßnahmen:	Es gibt keine Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich des Anmeldeverhaltens der Erziehungsberechtigten.

68569	**114**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**636.000**	**651.000**	**687.000**	**742.702,03**
		Verpflichtungsermächtigung	**323.000**	**323.000**		
		Davon fällig 2025	**323.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**323.000**		

Teilansatz	Maßnahme	2024	2025	2023
1	Praxislerngruppen/Praxistage gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung sowie Praxiserprobung für zugezogene Schülerinnen und Schüler aus Südosteuropa und junge Geflüchtete	578.000	591.000	630.000
2	Produktives Lernen (IPLE)	43.000	44.000	42.000
3	Transferprojekt Schülerfirmen (DKJS)	15.000	16.000	15.000
Summe		636.000	651.000	687.000

TA 1 Praxislerngruppen/Praxistage gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung sowie Praxiserprobung für Zugezogene und junge Geflüchtete
Mittel für Maßnahmen gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung im Rahmen der besonderen Organisationsformen des Dualen Lernens für Schülerinnen und Schüler insbesondere der 9. und 10. Jahrgangsstufe der Gemeinschaftsschulen, deren Schulabschluss gefährdet ist, für zugezogene Schülerinnen und Schüler aus Südosteuropa (Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse) sowie Maßnahmen zur Praxiserprobung für junge Geflüchtete mit negativer Perspektive zur Erlangung eines Schulabschlusses.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

TA 2 Produktives Lernen (IPLE)
Mittel für Maßnahmen zur Unterstützung von Schulen, die Produktives Lernen gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung im Rahmen der besonderen Organisationsformen des Dualen Lernens für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgangsstufe der Gemeinschaftsschulen anbieten.

TA 3 Transferprojekt Schülerfirmen (DKJS)
Mittel für Maßnahmen zur Unterstützung von Schulen, die Schülerfirmen gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung im Rahmen der besonderen Organisationsformen des Dualen Lernens für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgangsstufe der Gemeinschaftsschulen anbieten.

91920	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
98101	**890**	**Allgemeine interne Verrechnungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 67131.

Ausgaben für Kooperationsverträge der Integrierten Sekundarschulen mit den bezirklichen Musik- und Volkshochschulen gem. § 5 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SchulG.

Die Zahlungen für Kooperationen werden im jeweiligen Bezirksplan - für Volkshochschulen Kapitel 3610/für Musikschulen Kapitel 3620 - im Titel 38101 (Allgemeine interne Verrechnungen) zum Unterkonto 120 verbucht.

Gesamtausgaben	**247.165.500**	**257.252.400**	**248.983.000**	**229.368.329,16**
Prozentuale Veränderung	**-0,7 %**	**4,1 %**		

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1016				
111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**3.756,05**
351-389		**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**31.000**	**31.000**	**31.000**	**3.756,05**
411-462		**Personalausgaben**	**167.786.500**	**175.881.400**	**178.298.000**	**151.565.153,19**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**267.000**	**267.000**	**267.000**	**36.199,80**
611-699		**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**79.110.000**	**81.102.000**	**70.416.000**	**77.766.976,17**
911-989		**Besondere Finanzierungsausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**
		Gesamtausgaben	**247.165.500**	**257.252.400**	**248.983.000**	**229.368.329,16**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-247.134.500**	**-257.221.400**	**-248.952.000**	**-229.364.573,11**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001138 Bildung (Schule, Allgemeine Weiterbildung inkl. Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	16	Personalkosten	2.756.337.958	2.618.448.192	+5,27
Kostenträger	102	Sachkosten	32.561.703	30.904.150	+5,36
davon		Transferkosten	804.884.075	762.313.094	+5,58
Produkte	81	Verrechnungskosten	2.018.136	3.189.541	-36,73
MGF	19	kalkulatorische Kosten	305.678.868	307.168.822	-0,49
Projekte	2	Gemeinkosten	726.998.790	714.039.503	+1,81
		Summe Verwaltungskosten	4.628.479.531	4.436.063.303	+4,34
		Transfers	117.251.613	94.782.398	+23,71
		Gesamtsumme	4.745.731.144	4.530.845.701	+4,74

Höhere Personalkosten in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf den Bereich der öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Hauptstadtzulage). Die Erhöhung der Sachkosten resultiert aus der Kostenentwicklung einer Vielzahl von Produkten im Bereich Bildung. Höhere Transferkosten entstanden insbesondere aufgrund gestiegener Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft, an Träger der freien Jugendhilfe für die Betreuung von Schülern im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen, für die Schulsozialarbeit und Bildung- und Teilhabeleistungen. Die direkten Verrechnungskosten sind gesunken, da die Bezirke keine Kosten mehr an die SenBJF für die Raumnutzung durch die Schulsozialarbeit verrechnen. Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ an.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005352	2022	484.260.236	36.611.246	520.871.483
Schulen in freier Trägerschaft und Stiftungsangelegenheiten	2021	460.179.571	43.027.656	503.207.227

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81218	2022	71.927.347	0	71.927.347
Zuschüsse an Gemeinschaftsschulen in freier Trägerschaft	2021	64.468.086	0	64.468.086

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen (Durchschnitt)	10.202	9.496
Kosten je ME in €	7.050,32	6.788,97
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,52	1,42
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	71.927.347,17	64.468.085,84
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Gewährung von Zuschüssen an Gemeinschulen in freier Trägerschaft in Berlin.

Fachspezifische Informationen
Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft (Ersatzschulen) erfolgt auf der Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Die Anzahl der Ersatzschulen und die Schülerzahlen an Ersatzschulen steigen kontinuierlich an.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005424	2022	3.050.818.312	3.862.840	3.054.681.152
Unterricht und Erziehung in den Allgemeinbildenden Schulen	2021	2.935.480.060	3.915.785	2.939.395.845

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81207	2022	185.120.912	0	185.120.912
Unterricht und Erziehung in Gemeinschaftsschulen	2021	177.555.921	0	177.555.921

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	23.565	22.624
Kosten je ME in €	7.855,76	7.848,12
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,90	3,92
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für Personalangelegenheiten der Gymnasien einschließlich der Ausgaben für kurzfristige Vertretungseinstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gem. § 7 Abs. 3 und 5 des Schulgesetzes für Berlin und umfasst die Ausgaben des Ganztagsbetriebes der Ganztagsgymnasien mit Kooperationen außerschulischer Partner, Trägern der freien Jugendhilfe, Sportvereinen sowie mit den bezirklichen Musik- und Volkshochschulen gem. § 5 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SchulG.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben für den Ganztagsbetrieb der Ganztagsgymnasien sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschafts- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1018	68507	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			86	97	88	92
Relativer Anteil			47	53	49	51
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	4.871	2.605	4.916	2.584	4.950	2.637
Relativer Anteil	65	35	66	34	65	35

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen
getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 7.294 €, Mitarbeitende: 4.870 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 7.518 €, Mitarbeitende: 5.464 €

Die Beschäftigtenstruktur der o. g. Abteilung weist geringfügige Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten in den oberen Einkommensgruppen der Führungskräfte auf. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt. Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Beschäftigten (Mitarbeitende) könnten z. B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte) sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
35920	850	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	1.000	1.000	1.000	—
		Gesamteinnahmen	1.000	1.000	1.000	
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
42201	114	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	201.786.000	216.496.000	194.523.000	166.551.719,94
42213	114	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen/Beamten im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	368.000	383.000	483.000	351.628,52
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42703,42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42701	114	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	1.000	1.000	1.000	545.837,37
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 67131.				

Ausgaben für Kooperationsverträge der Ganztagsgymnasien mit außerschulischen Partnern gem. § 5 Abs.1 und § 19 Abs. 2 SchulG.

42703	114	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	1.000	1.000	1.000	487.947,62
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42801	114	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	26.539.000	27.600.000	18.903.000	25.539.656,95
42805	114	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	266.926.000	277.603.000	257.971.000	253.406.705,00

Deckungsvermerk:
Der Titel 42805 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42811	114	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	119.000	124.000	1.000	127.568,25
42813	114	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung**	7.413.000	7.710.000	6.750.000	6.194.088,67
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42815	114	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	83.995.000	87.355.000	83.619.000	79.810.481,39

Deckungsvermerk:
Der Titel 42815 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

44100	114	**Beihilfen für Dienstkräfte**	8.623.000	8.882.000	8.702.000	8.140.083,81

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67127	**114**	**Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**288.804,96**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 42813 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung.

67131	**114**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen**	**5.565.000**	**5.642.000**	**4.955.000**	**5.081.595,31**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei den Titeln 42701 und 98101.

Ausgaben nach § 5 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SchulG für Ganztagsangebote im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen mit Trägern der freien Jugendhilfe, dem Landessportbund, den Musik- und Volkshochschulen sowie mit anderen außerschulischen Partnern an Ganztagsgymnasien.

Mehr aufgrund steigender Teilnehmerzahlen und höherer Personal- und Sachkosten sowie Fortsetzung des Ausbaus des Ganztags an Gymnasien sowie aufgrund der Tarifanpassungen in den Kostenblättern der Rahmenvereinbarungen mit den Kooperationspartnern.

68507	**115**	**Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft**	**53.366.000**	**54.170.000**	**47.331.000**	**52.538.476,89**

Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft erfolgt auf Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Maßgeblich für die Zuschussberechnung ist die Ersatzschulzuschussverordnung in der geltenden Fassung.

Mehr aufgrund der Tarifanpassungen und tendenziell steigender Schülerzahlen auf der Grundlage der in 2022 tatsächlich gezahlten Zuschüsse.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	Schülerzahlen an Ersatzschulen					
	Schuljahr 2019/20		Schuljahr 2020/21		Schuljahr 2021/22	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	4.000	3.502	4.085	3.538	4.205	3.586
Relativ	53,32%	46,68%	53,59%	46,41%	53,98%	46,02%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	23.836	20.868	25.125	21.761	24.794	21.144

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft.
Zielsetzung:	Es handelt sich um statistische Angaben zum Verhältnis männlicher und weiblicher Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Ersatzschulen.
Steuerungsmaßnahmen:	Es gibt keine Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich des Anmeldeverhaltens der Erziehungsberechtigten.

91920	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
98101	**890**	**Allgemeine interne Verrechnungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**145.258,26**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 67131.

Ausgaben für Kooperationsverträge der Ganztagsgymnasien mit den bezirklichen Musik- und Volkshochschulen gemäß § 5 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SchulG.

Die Zahlungen für Kooperationen werden im jeweiligen Bezirksplan - für Volkshochschulen Kapitel 3610/für Musikschulen Kapitel 3620 - im Titel 38101 (Allgemeine interne Verrechnungen) zum Unterkonto 120 verbucht.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Gesamtausgaben	**654.705.000**	**685.970.000**	**623.243.000**	**599.209.852,94**
		Prozentuale Veränderung	**5,0 %**	**4,8 %**		
		Abschluss Kapitel 1018				
351-389		**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
411-462		**Personalausgaben**	**595.771.000**	**626.155.000**	**570.954.000**	**541.155.717,52**
611-699		**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**58.932.000**	**59.813.000**	**52.287.000**	**57.908.877,16**
911-989		**Besondere Finanzierungsausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**145.258,26**
		Gesamtausgaben	**654.705.000**	**685.970.000**	**623.243.000**	**599.209.852,94**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-654.704.000**	**-685.969.000**	**-623.242.000**	**-599.209.852,94**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001138 Bildung (Schule, Allgemeine Weiterbildung inkl. Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	16	Personalkosten	2.756.337.958	2.618.448.192	+5,27
Kostenträger	102	Sachkosten	32.561.703	30.904.150	+5,36
davon		Transferkosten	804.884.075	762.313.094	+5,58
Produkte	81	Verrechnungskosten	2.018.136	3.189.541	-36,73
MGF	19	kalkulatorische Kosten	305.678.868	307.168.822	-0,49
Projekte	2	Gemeinkosten	726.998.790	714.039.503	+1,81
		Summe Verwaltungskosten	4.628.479.531	4.436.063.303	+4,34
		Transfers	117.251.613	94.782.398	+23,71
		Gesamtsumme	4.745.731.144	4.530.845.701	+4,74

Höhere Personalkosten in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf den Bereich der öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Hauptstadtzulage). Die Erhöhung der Sachkosten resultiert aus der Kostenentwicklung einer Vielzahl von Produkten im Bereich Bildung. Höhere Transferkosten entstanden insbesondere aufgrund gestiegener Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft, an Träger der freien Jugendhilfe für die Betreuung von Schülern im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen, für die Schulsozialarbeit und Bildung- und Teilhabeleistungen. Die direkten Verrechnungskosten sind gesunken, da die Bezirke keine Kosten mehr an die SenBJF für die Raumnutzung durch die Schulsozialarbeit verrechnen. Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ an.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005352	2022	484.260.236	36.611.246	520.871.483
Schulen in freier Trägerschaft und Stiftungsangelegenheiten	2021	460.179.571	43.027.656	503.207.227

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80581	2022	52.538.477	0	52.538.477
Zuschüsse an Gymnasien in freier Trägerschaft	2021	49.862.963	0	49.862.963

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen (Durchschnitt)	8.007	7.901
Kosten je ME in €	6.561,57	6.310,97
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,11	1,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	52.538.476,89	49.862.962,64
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Gewährung von Zuschüssen an Gymnasien in freier Trägerschaft in Berlin.

Fachspezifische Informationen
Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft (Ersatzschulen) erfolgt auf der Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Die Anzahl der Ersatzschulen und die Schülerzahlen an Ersatzschulen steigen kontinuierlich an.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005424	2022	3.050.818.312	3.862.840	3.054.681.152
Unterricht und Erziehung in den Allgemeinbildenden Schulen	2021	2.935.480.060	3.915.785	2.939.395.845

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77261	2022	559.847.692	0	559.847.692
Unterricht und Erziehung in Gymnasien	2021	538.085.204	0	538.085.204

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	73.735	72.263
Kosten je ME in €	7.592,70	7.446,21
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	11,80	11,88
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	335.163,60	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Fachspezifische Informationen
Seit 2022 sind durch die SenBJF Beiträge an die Unfallkasse für Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden zentral verwalteten Schulen zu entrichten, daher sind die Transferkosten in den Verwaltungskosten in 2022 gegenüber 2021 gestiegen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen (sofern vorhanden) der Integrierten Sekundarschulen. Hierunter fallen insbesondere die Ausgaben für Personalangelegenheiten einschließlich der Ausgaben für kurzfristige Vertretungseinstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gem. § 7 Abs. 3 und 5 SchulG und die Ausgaben im Rahmen des Ganztagsbetriebes mit Kooperationen außerschulischer Partner, Trägern der freien Jugendhilfe, Sportvereinen sowie mit den bezirklichen Musik- und Volkshochschulen gem. § 5 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SchulG.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben für den Ganztagsbetrieb sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschafts- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1019	68507	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft
1019	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			130	93	128	88
Relativer Anteil			58	42	59	41
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	4.882	2.363	4.817	2.346	4.983	2.487
Relativer Anteil	67	33	67	33	67	33

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen
getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 6.913 €, Mitarbeitende: 5.010 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 6.976 €, Mitarbeitende: 5.259 €

Die Beschäftigtenstruktur der o. g. Abteilung weist nur bei den Führungskräften in den oberen Einkommensgruppen geringfügige Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten auf, die zur Erklärung der etwas niedrigeren durchschnittlichen Monatseinkommen der weiblichen Führungskräfte herangezogen werden können. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt. Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Mitarbeitenden könnten z. B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte) sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	**114**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**70.000**	**70.000**	**70.000**	**58.451,46**

Rückzahlung nicht verwendeter Zuwendungsmittel im Rahmen der Umsetzung des Dualen Lernens.

35920	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**71.000**	**71.000**	**71.000**	**58.451,46**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**114**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**171.587.000**	**181.977.000**	**164.084.000**	**141.959.993,86**
42701	**114**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**685.150,92**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 67131.

Ausgaben für Kooperationsverträge der Integrierten Sekundarschulen mit außerschulischen Partnern gem. § 5 Abs.1 und § 19 Abs. 2 SchulG.

42703	**114**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**518.200,96**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

42722	**114**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**367.000**	**382.000**	**343.000**	**309.828,48**
42801	**114**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**19.593.000**	**20.377.000**	**22.422.000**	**20.910.611,97**
42805	**114**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**312.108.000**	**324.593.000**	**296.226.000**	**296.149.449,85**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42805 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42811	**114**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.043.000**	**1.085.000**	**501.000**	**1.007.571,99**
42813	**114**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung**	**8.282.000**	**8.614.000**	**7.500.000**	**6.869.019,37**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

42815	**114**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**68.414.000**	**71.151.000**	**55.863.000**	**65.015.329,65**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42815 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

44100	**114**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**6.741.000**	**6.943.000**	**7.033.000**	**6.359.115,02**
46101	**880**	**Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben**			**38.524.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67127	**114**	**Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**220.454,42**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 42813 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung.

67131	**114**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen**	**21.622.000**	**21.346.000**	**17.926.000**	**18.335.715,68**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei den Titeln 42701 und 98101.

Ausgaben nach § 5 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SchulG für die Betreuung im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen mit Trägern der freien Jugendhilfe, dem Landessportbund, den Musik- und Volkshochschulen sowie mit anderen außerschulischen Partnern an Integrierten Sekundarschulen.

Mehr aufgrund steigender Teilnehmerzahlen, Neuzugänge ohne Sprachkenntnisse und Umsteiger/innen aus den Gymnasien sowie aufgrund der Tarifanpassungen in den Kostenblättern der Rahmenvereinbarungen mit den Kooperationspartnern.

68507	**115**	**Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft**	**53.925.000**	**56.742.000**	**51.934.000**	**50.940.545,08**

Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft erfolgt auf Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Maßgeblich für die Zuschussberechnung ist die Ersatzschulzuschussverordnung in der geltenden Fassung.

Mehr aufgrund der Tarifanpassungen und tendenziell steigender Schülerzahlen auf der Grundlage der in 2022 tatsächlich gezahlten Zuschüsse.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	Schülerzahlen an Ersatzschulen					
	Schuljahr 2019/20		Schuljahr 2020/21		Schuljahr 2021/22	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	8.748	8.824	4.559	4.848	4.580	4.4623
Relativ	49,78%	50,22%	48,46%	51,54%	49,77%	50,23%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	46.404	46.807	22.982	24.439	25.085	25.320

Seit dem Schuljahr 2020/21 werden die Gemeinschaftsschulen und Waldorfschulen in freier Trägerschaft aus dem Kapitel 1016 bezuschusst.

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft.
Zielsetzung:	Es handelt sich um statistische Angaben zum Verhältnis männlicher und weiblicher Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Ersatzschulen.
Steuerungsmaßnahmen:	Es gibt keine Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich des Anmeldeverhaltens der Erziehungsberechtigten.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**114**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**3.900.000**	**3.988.000**	**4.214.000**	**3.120.137,83**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.977.000**	**1.977.000**		
		Davon fällig 2025	**1.977.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.977.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0

Teilansatz	Maßnahme	2024	2025	2023
1	Praxislerngruppen/Praxistage gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung sowie Praxiserprobung für zugezogene Schülerinnen und Schüler aus Südosteuropa und junge Geflüchtete	3.549.000	3.629.000	3.871.000
2	Produktives Lernen (IPLE)	264.000	270.000	258.000
3	Transferprojekt Schülerfirmen (DKJS)	87.000	89.000	85.000
Summe		3.900.000	3.988.000	4.214.000

TA 1 Praxislerngruppen/Praxistage gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung sowie Praxiserprobung für Zugezogene und junge Geflüchtete
Mittel für Maßnahmen gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung im Rahmen der besonderen Organisationsformen des Dualen Lernens für Schülerinnen und Schüler insbesondere der 9. und 10. Jahrgangsstufe der Integrierten Sekundarschulen, deren Schulabschluss gefährdet ist, für zugezogene Schülerinnen und Schüler aus Südosteuropa (Neuzugänge ohne Deutschkenntnisse) sowie Maßnahmen zur Praxiserprobung für junge Geflüchtete mit negativer Perspektive zur Erlangung eines Schulabschlusses.

TA 2 Produktives Lernen (IPLE)
Mittel für Maßnahmen zur Unterstützung von Schulen, die Produktives Lernen gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung im Rahmen der besonderen Organisationsformen des Dualen Lernens für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgangsstufe der Integrierten Sekundarschulen anbieten.

TA 3 Transferprojekt Schülerfirmen (DKJS)
Mittel für Maßnahmen zur Unterstützung von Schulen, die Schülerfirmen gemäß § 29 Sekundarstufen I-Verordnung im Rahmen der besonderen Organisationsformen des Dualen Lernens für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgangsstufe der Integrierten Sekundarschulen anbieten.

91920	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
98101	**890**	**Allgemeine interne Verrechnungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**30.261,65**

Ausgaben für Kooperationsverträge der Integrierten Sekundarschulen mit den bezirklichen Musik- und Volkshochschulen gem. § 5 Abs. 1 und § 19 Abs. 2 SchulG.

Die Zahlungen für Kooperationen werden im jeweiligen Bezirksplan - für Volkshochschulen Kapitel 3610/für Musikschulen Kapitel 3620 - im Titel 38101 (Allgemeine interne Verrechnungen) zum Unterkonto 120 verbucht.

Gesamtausgaben	**667.587.000**	**697.203.000**	**666.575.000**	**612.431.386,73**
Prozentuale Veränderung	**0,2 %**	**4,4 %**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1019				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	70.000	70.000	70.000	58.451,46
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	1.000	1.000	1.000	—
		Gesamteinnahmen	71.000	71.000	71.000	58.451,46
411-462		Personalausgaben	588.137.000	615.124.000	592.498.000	539.784.272,07
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	79.448.000	82.077.000	74.075.000	72.616.853,01
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	2.000	2.000	2.000	30.261,65
		Gesamtausgaben	667.587.000	697.203.000	666.575.000	612.431.386,73
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-667.516.000	-697.132.000	-666.504.000	-612.372.935,27

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001138 Bildung (Schule, Allgemeine Weiterbildung inkl. Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	16	Personalkosten	2.756.337.958	2.618.448.192	+5,27
Kostenträger	102	Sachkosten	32.561.703	30.904.150	+5,36
davon		Transferkosten	804.884.075	762.313.094	+5,58
Produkte	81	Verrechnungskosten	2.018.136	3.189.541	-36,73
MGF	19	kalkulatorische Kosten	305.678.868	307.168.822	-0,49
Projekte	2	Gemeinkosten	726.998.790	714.039.503	+1,81
		Summe Verwaltungskosten	4.628.479.531	4.436.063.303	+4,34
		Transfers	117.251.613	94.782.398	+23,71
		Gesamtsumme	4.745.731.144	4.530.845.701	+4,74

Höhere Personalkosten in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf den Bereich der öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Hauptstadtzulage). Die Erhöhung der Sachkosten resultiert aus der Kostenentwicklung einer Vielzahl von Produkten im Bereich Bildung. Höhere Transferkosten entstanden insbesondere aufgrund gestiegener Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft, an Träger der freien Jugendhilfe für die Betreuung von Schülern im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen, für die Schulsozialarbeit und Bildung- und Teilhabeleistungen. Die direkten Verrechnungskosten sind gesunken, da die Bezirke keine Kosten mehr an die SenBJF für die Raumnutzung durch die Schulsozialarbeit verrechnen. Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ an.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005352	2022	484.260.236	36.611.246	520.871.483
Schulen in freier Trägerschaft und Stiftungsangelegenheiten	2021	460.179.571	43.027.656	503.207.227

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80580	2022	50.940.545	0	50.940.545
Zuschüsse an Integrierte Sekundarschulen in freier Trägerschaft	2021	48.510.733	0	48.510.733

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen (Durchschnitt)	5.907	5.898
Kosten je ME in €	8.623,76	8.224,95
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,07	1,07
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	50.940.545,08	48.510.733,37
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Gewährung von Zuschüssen an Integrierte Sekundarschulen in freier Trägerschaft in Berlin.

Fachspezifische Informationen
Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft (Ersatzschulen) erfolgt auf der Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Die Anzahl der Ersatzschulen und die Schülerzahlen an Ersatzschulen steigen kontinuierlich an.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005424	2022	3.050.818.312	3.862.840	3.054.681.152
Unterricht und Erziehung in den Allgemeinbildenden Schulen	2021	2.935.480.060	3.915.785	2.939.395.845

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77258	2022	604.467.687	0	604.467.687
Unterricht und Erziehung in Integrierten Sekundarschulen	2021	587.658.710	144	587.658.854

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	65.126	63.828
Kosten je ME in €	9.281,51	9.206,91
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	12,74	12,97
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.199.333,02	37.526,57
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Fachspezifische Informationen
Seit 2022 sind durch die SenBJF Beiträge an die Unfallkasse für Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden zentral verwalteten Schulen zu entrichten, daher sind die Transferkosten in den Verwaltungskosten in 2022 gegenüber 2021 gestiegen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80229	2022	44.011.743	0	44.011.743
Betreuung, Erziehung und Bildung von Schüler/innen im Ganztagsbetrieb	2021	41.785.759	0	41.785.759

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen der Sekundarstufe I (Durchschnitt)	83.141	78.770
Kosten je ME in €	529,37	530,48
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,93	0,92
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	28.949.005,17	27.646.253,93
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bildung und Betreuung von Schüler/innen außerhalb des Unterrichtes und deren ergänzende Förderung auf Basis der Zielsetzungen von Unterricht und Erziehung.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für Personalangelegenheiten der Sonderpädagogischen Förderzentren (Sonderschulen) einschließlich der Ausgaben für kurzfristige Vertretungseinstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gemäß § 7 Abs. 3 und 5 des Schulgesetzes für Berlin und für die Umsetzung der ergänzenden Pflege und Hilfe (Einsatz von Schulhelferinnen und Schulhelfern) für schulpflichtige Kinder und Jugendliche mit Behinderungen an öffentlichen Schulen und Ersatzschulen in Berlin.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben für die Schulhilfe sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschafts- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1020	67181	Leistungen für Pflege und Hilfe für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf
1020	68507	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			74	29	73	29
Relativer Anteil			72	28	72	28
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	2.879	672	2.782	661	2.778	699
Relativer Anteil	81	19	81	19	80	20

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen
getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 6.914 €, Mitarbeitende: 4.686 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 6.682 €, Mitarbeitende: 4.630 €

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist keine Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten in den oberen Einkommensgruppen auf.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11110	**124**	**Kostenbeteiligung nach dem TKBG für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 67115.				

Keine Einnahmen da Abrechnungsmodalitäten verändert

11921	**124**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11934	**124**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**—**
23601	**124**	**Ersatz von Ausgaben durch Sozialversicherungsträger**	**20.000**	**20.000**	**1.000**	**14.270,00**

Einnahmeersatz der Krankenkassen für das Messen des Blutzuckers und die Insulingabe durch Schulhelferinnen und Schulhelfer bei Schülerinnen und Schülern mit Diabetes, nach Vorlage einer ärztlichen Verordnung.

35920	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**43.000**	**43.000**	**24.000**	**14.270,00**
		Prozentuale Veränderung	**79,2 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**124**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**58.888.000**	**61.658.000**	**65.113.000**	**56.254.563,08**
42703	**124**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**192.062,30**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42801	**124**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**40.862.000**	**42.496.000**	**50.086.000**	**38.114.220,03**
42805	**124**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**106.666.000**	**110.932.000**	**103.656.000**	**98.292.908,54**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42805 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42811	**124**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**10.831.000**	**11.265.000**	**8.388.000**	**10.357.709,26**
42813	**124**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung**	**2.044.000**	**2.126.000**	**1.125.000**	**1.210.433,78**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42815	**124**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**24.289.000**	**25.260.000**	**20.431.000**	**23.125.349,06**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42815 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

44100	**124**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**3.248.000**	**3.346.000**	**2.663.000**	**3.063.818,07**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67115	**124**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)**	**6.074.000**	**6.098.000**	**5.081.000**	**—**

Erstattung von Kosten für die ergänzende Förderung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen nach der "Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der ergänzenden Betreuungsangebote an Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt mit offenem und gebundenem Ganztagsangebot durch Träger der freien Jugendhilfe". Dies umfasst auch Zuschläge für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache sowie Kinder, die in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen und in Wohngebieten mit sozial benachteiligten Bedingungen leben und Zuschläge für Kinder mit Behinderungen bei integrativer Förderung.

Mehr aufgrund steigender Inanspruchnahme der ergänzenden Förderung und Betreuung sowie aufgrund der Anpassung der in den Kostenblättern der Schulrahmenvereinbarung vereinbarten Personalkosten an die Tarifentwicklung.

Beim Einnahmetitel 11110 werden die Elternbeiträge für die ergänzende Förderung und Betreuung von Kindern in schulischen Betreuungsangeboten bei Trägern der freien Jugendhilfe nachgewiesen, die in gleicher Höhe über den Ausgabetitel 67115 ausgereicht werden (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11110).
Ausgaben von bis zu jeweils 1.000 € in 2024 bzw. 2025 dürfen nur geleistet werden, sofern entsprechende Einnahmen beim Titel 11110 eingegangen sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67127	**124**	**Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**56.756,35**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 42813 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67131	**124**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen**	**3.292.000**	**3.303.000**	**2.503.000**	**8.898.673,25**

Erstattung von Kosten für Ganztagsangebote der Schulen nach der "Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der ergänzenden Betreuungsangebote an Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt mit offenem und gebundenem Ganztagsangebot durch freie Träger der Jugendhilfe".

Mehr aufgrund der Anpassung der in den Kostenblättern der Schulrahmenvereinbarung vereinbarten Personalkosten an die Tarifentwicklung.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67181	**124**	**Leistungen für Pflege und Hilfe für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf**	**38.270.000**	**40.438.000**	**37.515.000**	**32.454.011,13**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Einsatz von Schulhelferinnen und Schulhelfern	38.270.000	39.438.000	37.515.000
2 (neu)	Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften	0	1.000.000	0
Summe		38.270.000	40.438.000	37.515.000
gerundet		**38.270.000**	**40.438.000**	**37.515.000**

TA 1 Schulhelferinnen und Schulhelfer
Einsatz von Schulhelferinnen und Schulhelfern zur Sicherstellung eines erfolgreichen Schulbesuches für Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen, für die ein rechtskräftiger Bescheid des Jugendamtes über Leistungen der Eingliederungshilfe gemäß § 99 SGB IX in Verbindung mit § 53 SGB XII oder § 35a SGB VIII sowie ein Bescheid über festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf vorliegt. Damit wird der Verwirklichung des Rechts auf Bildung gemäß § 2 SchulG für behinderte Schülerinnen und Schüler Rechnung getragen. Priorität hat die Bereitstellung der Leistungen für ergänzende Pflege und Hilfe im gemeinsamen Unterricht in der integrativen Beschulung. Mehr aufgrund der Umsetzung der UN-Konvention an integrativen Schulen für alle Kinder und Jugendliche mit schweren und schwersten Behinderungen die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen zu leisten.

TA 2 Schulgesundheitsfachkräfte
Multiprofessionelle Teams an Berliner inklusiven Ganztagsschulen sollen mit dem Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften gestärkt werden.

Gender Budget

Schulhelfer und Schulhelferinnen

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut*	6.682	12.948	6.765	13.111	6.931	13.002
Relativ	34,04%	65,96%	34,04%	65,98%	34,77%	65,23%
Ressource (in Tsd. Euro)	10.628,3	20.594,5	11.047,3	21.413,1	11.284,2	21.160,0

*Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Zahlen beziehen sich auf die Schuljahre 2020/2021, 2021/2022 und 2022/2023 an öffentlichen allgemeinen Schulen.

Zielgruppe	Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen
Zielsetzung	Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen durch Maßnahmen der ergänzenden Pflege und Hilfe (Einsatz von Schulhelferinnen und Schulhelfern) einen erfolgreichen Schulbesuch zu ermöglichen und ihr Recht auf Bildung und Erziehung gemäß § 2 Schulgesetz zu sichern. Dies gilt grundsätzlich unabhängig vom Geschlecht des Kindes oder Jugendlichen. Das Geschlechterverhältnis zeigt, dass männliche Kinder und Jugendliche statistisch häufiger von Behinderungen betroffen sind als weibliche. Die Bewilligung von Maßnahmen der ergänzenden Pflege erfolgt unabhängig vom Geschlecht ausschließlich orientiert am zusätzlichen individuellen Unterstützungsbedarf des Kindes bzw. Jugendlichen in Abhängigkeit der dafür vorhandenen schulischen Ressourcen entsprechend der Verwaltungsvorschrift Schule Nr. 7/2011 (VV Schulhelfer).Das Geschlecht der Kinder wird statistisch nicht erfasst, entspricht aber vermutlich auf Grund der Bewilligungskriterien in etwa dem oben angegeben Verhältnis.
Steuerungsmaßnahmen	Es wird keine Notwendigkeit für Steuerungsmaßnahmen gesehen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68507	**125**	**Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft**	**30.124.000**	**30.992.000**	**24.135.000**	**27.869.461,76**

Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft erfolgt auf Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Maßgeblich für die Zuschussberechnung ist die Ersatzschulzuschussverordnung in der geltenden Fassung.

Mehr aufgrund der Tarifanpassungen und tendenziell steigender Schülerzahlen auf der Grundlage der in 2022 tatsächlich gezahlten Zuschüsse.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	Schülerzahlen an Ersatzschulen					
	Schuljahr 2019/20		Schuljahr 2020/21		Schuljahr 2021/22	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	286	438	295	430	326	480
Relativ	39,50%	60,50%	40,69%	59,31%	40,45%	59,55%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	8.758	13.412	9.556	13.929	9.474	13.950

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft.
Zielsetzung:	Es handelt sich um statistische Angaben zum Verhältnis männlicher und weiblicher Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Ersatzschulen.
Steuerungsmaßnahmen:	Es gibt keine Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich des Anmeldeverhaltens der Erziehungsberechtigten.

91920	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamtausgaben	**324.591.000**	**337.917.000**	**320.699.000**	**299.889.966,61**
		Prozentuale Veränderung	**1,2 %**	**4,1 %**		

Abschluss Kapitel 1020

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**22.000**	**22.000**	**22.000**	**—**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**20.000**	**20.000**	**1.000**	**14.270,00**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**43.000**	**43.000**	**24.000**	**14.270,00**
411-462	**Personalausgaben**	**246.829.000**	**257.084.000**	**251.463.000**	**230.611.064,12**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**77.761.000**	**80.832.000**	**69.235.000**	**69.278.902,49**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**324.591.000**	**337.917.000**	**320.699.000**	**299.889.966,61**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-324.548.000**	**-337.874.000**	**-320.675.000**	**-299.875.696,61**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001138 Bildung (Schule, Allgemeine Weiterbildung inkl. Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	16	Personalkosten	2.756.337.958	2.618.448.192	+5,27
Kostenträger	102	Sachkosten	32.561.703	30.904.150	+5,36
davon		Transferkosten	804.884.075	762.313.094	+5,58
Produkte	81	Verrechnungskosten	2.018.136	3.189.541	-36,73
MGF	19	kalkulatorische Kosten	305.678.868	307.168.822	-0,49
Projekte	2	Gemeinkosten	726.998.790	714.039.503	+1,81
		Summe Verwaltungskosten	4.628.479.531	4.436.063.303	+4,34
		Transfers	117.251.613	94.782.398	+23,71
		Gesamtsumme	4.745.731.144	4.530.845.701	+4,74

Höhere Personalkosten in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf den Bereich der öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Hauptstadtzulage). Die Erhöhung der Sachkosten resultiert aus der Kostenentwicklung einer Vielzahl von Produkten im Bereich Bildung. Höhere Transferkosten entstanden insbesondere aufgrund gestiegener Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft, an Träger der freien Jugendhilfe für die Betreuung von Schülern im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen, für die Schulsozialarbeit und Bildung- und Teilhabeleistungen. Die direkten Verrechnungskosten sind gesunken, da die Bezirke keine Kosten mehr an die SenBJF für die Raumnutzung durch die Schulsozialarbeit verrechnen. Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ an.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005330	2022	113.850.824	73.632.913	187.483.737
Aufgabenstellungen mit direktem Kundenkontakt im ministeriellen Bereich (Schule)	2021	104.294.921	45.446.592	149.741.513

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79962	2022	32.538.446	0	32.538.446
Ergänzende Pflege und Hilfe (Schulhelfer)	2021	32.053.379	0	32.053.379

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

	2022	2021
Menge: Anzahl der von Schulhelfern betreuten Schüler	3.727	3.782
Kosten je ME in €	8.730,47	8.475,25
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,69	0,71
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	32.454.011,13	31.976.182,31
IST - Erträge in €	14.270,00	28.277,99
Kostendeckungsgrad in %	0,04	0,09

Ziel des Einsatzes von Schulhelfern oder Schulhelferinnen ist es, Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung durch Maßnahmen der ergänzenden Pflege und Hilfe einen erfolgreichen Schulbesuch zu ermöglichen und ihr Recht auf Bildung und Erziehung gemäß § 2 Schulgesetz zu sichern. Schulhelfer übernehmen keine erzieherischen oder pädagogischen Aufgaben. Der Schulhelfereinsatz ist eine schulorganisatorische Maßnahme. Er erfolgt vorrangig gruppenbezogen und orientiert sich am Bedarf der ergänzenden Pflege und Hilfe der Betroffenen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005341	2022	198.936.676	0	198.936.676
Unterricht und Erziehung in Sonderschulen	2021	186.989.532	0	186.989.532

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77246	2022	26.015.860	0	26.015.860
Unterricht und Erziehung in Sonderschulen, Sonderpädagogische Förderzentren Hören, Sprache, Lernen	2021	26.425.584	0	26.425.584

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	1.600	1.702
Kosten je ME in €	16.259,91	15.526,20
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,55	0,58
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77247	2022	155.540.298	0	155.540.298
Unterricht und Erziehung in Sonderschulen, Sonderpädagogische Förderzentren Körperliche und motorische Entwicklung, Geistige Entwicklung, Emotionale soziale Entwicklung	2021	143.765.575	0	143.765.575

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	5.582	5.403
Kosten je ME in €	27.864,62	26.608,47
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,28	3,17
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005352	2022	484.260.236	36.611.246	520.871.483
Schulen in freier Trägerschaft und Stiftungsangelegenheiten	2021	460.179.571	43.027.656	503.207.227

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80579	2022	27.869.462	0	27.869.462
Zuschüsse an Sonderschulen in freier Trägerschaft	2021	26.710.565	0	26.710.565

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen (Durchschnitt)	709	797
Kosten je ME in €	39.308,13	33.513,88
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,59	0,59
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	27.869.461,76	26.710.565,28
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Gewährung von Zuschüssen an Sonderschulen in freier Trägerschaft in Berlin.

Fachspezifische Informationen
Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft (Ersatzschulen) erfolgt auf der Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Die Anzahl der Ersatzschulen und die Schülerzahlen an Ersatzschulen steigen kontinuierlich an.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für 44 berufliche Schulen in Berlin einschließlich der Personalausgaben für kurzfristige Vertretungseinstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gem. § 7 Abs. 3 und 5 des Schulgesetzes für Berlin.

1. Berufliche Schulen

1.1 Schulstandorte

Mitte
Staatliche Wirtschaftsfachschule für Hotellerie und Gastronomie, Niederwallstr. 6/7, 10117 Berlin
Filiale der Modeschule (OSZ Bekleidung und Mode Kreuzberg), Albrechtstr. 27, 10117 Berlin

Tiergarten
OSZ Banken, Immobilien und Versicherungen, Alt-Moabit 10, 10557 Berlin

Wedding
OSZ Kommunikations-, Informations- und Medientechnik, Osloer Str. 23-32, 13359 Berlin
OSZ Gesundheit I, Schwyzer Str. 6/8, 13349 Berlin

Friedrichshain
August -Sander-Schule, Naglerstr. 3, 10245 Berlin
Berufsfeld Agrarwirtschaft Persiusstr.7-9 und /Alt-Stralau 40/41, 10245 Berlin
Jane- Addams-Schule (OSZ Sozialwesen), Straßmannstr. 14-16, 10249 Berlin

Kreuzberg
Hans-Böckler-Schule (OSZ-Konstruktionsbautechnik), Lobeckstr. 76, 10969 Berlin
Modeschule Berlin (OSZ Bekleidung und Mode), Kochstr. 9, 10969 Berlin
OSZ Handel I, Wrangelstr. 98, 10997 Berlin

Pankow
Konrad- Zuse- Schule, Hermann-Hesse-Str. 34-36, 13156 Berlin
Berufliche Schule für Sozialwesen Pankow, Erbeskopfweg 6-10, 13158 Berlin

Prenzlauer Berg
Elinor-Ostrom-Schule (OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen), Mandelstr. 6/8, 10409 Berlin
Elinor-Ostrom-Schule (OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen), Filiale Pappelallee 30/31, 10437 Berlin
Max-Bill-Schule [Martin-Wagner-Schule (OSZ Bautechnik II), Marcel-Breuer-Schule (OSZ Holztechnik, Glastechnik und Design)], Filiale Driesener Str. 22, 10439 Berlin

Weißensee
Brillat-Savarin-Schule (OSZ Gastgewerbe), Buschallee 23 a, 13088 Berlin
Martin-Wagner-Schule (OSZ Bautechnik II), Gustav-Adolf-Str. 66, 13086 Berlin
Marcel-Breuer-Schule (OSZ Holztechnik, Glastechnik und Design), Gustav-Adolf-Str. 66, 13086 Berlin

Charlottenburg-Wilmersdorf
Ruth-Cohn-Schule, 10625 Berlin, Bismarckstr. 20/22
Loschmidt-Oberschule, Loschmidtstr. 19, 10587 Berlin
OSZ Kraftfahrzeugtechnik, Gierkeplatz 1-3, 10585 Berlin
Anna-Freud-Oberschule (OSZ Sozialwesen), Halemweg 24, 13627 Berlin
Hans-Litten-Schule (OSZ Recht und Wirtschaft), Danckelmannstr. 26-28, 14059 Berlin
OSZ Körperpflege, Schillerstr. 120, 10625 Berlin

Wilmersdorf
Leopold-Ullstein-Schule, Prinzregentenstr. 32, 10715 Berlin
Filiale, Prinzregentenstr. 60, 10715 Berlin

Spandau
OSZ TIEM (Technische Informatik, Industrieelektronik und Energiemanagement), Goldbeckweg 8-14, 13599 Berlin
Knobelsdorff-Schule (OSZ Bautechnik I), Nonnendammallee 140-143, 13599 Berlin
Lagerplatz Nauener Str. 13 ,13591 Berlin
Filiale Fort Hahneberg, Am Fort 48 d, 13591 Berlin

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Steglitz-Zehlendorf
OSZ Bürowirtschaft I, Ostpreußendamm 40, 12207 Berlin
Wilhelm-Ostwald-Schule (OSZ Gestaltung), Immenweg 6-10, 12169 Berlin
Louise-Schröder-Schule (OSZ Bürowirtschaft und Verwaltung), Lippstädter Str. 9-11, 12207 Berlin

Zehlendorf
Peter-Lenné-Schule (OSZ Natur und Umwelt), Hartmannsweilerweg 29,35-37/Sven-Hedin-Str. 71,81, 14163 Berlin

Tempelhof-Schöneberg
OSZ Lotis (Logistik, Touristik und Steuern), Dudenstr. 35-37, 10965 Berlin

Schöneberg
Marie-Elisabeth-Lüders-Oberschule, Steinmetzstr. 79, 10783 Berlin
Filiale der Anna-Freud-Schule, Klixstr. 7, 10823 Berlin
Filiale der Annedore-Leber-Oberschule, Goltzstr. 43/44, 10781 Berlin

Neukölln
Carl-Legien-Schule, Leinestr. 37-46, 12049 Berlin
Filiale Schulgarten, Dammweg 216, 12057 Berlin
Annedore-Leber-Oberschule, Paster-Behrens-Str. 88, 10359 Berlin
Lise-Meitner-Schule (OSZ Chemie, Physik und Biologie), Rudower Str. 184, 12351 Berlin
OSZ Informations- und Medizintechnik, Haarlemer Str. 23-27, 12359 Berlin

Treptow-Köpenick

Köpenick
Hermann-Scheer-Schule, Helmholtzstr. 37, 12459 Berlin

Marzahn-Hellersdorf
Oscar-Tietz-Schule (OSZ Handel II), Marzahner Chaussee 231, 12681 Berlin

Hellersdorf
Rahel-Hirsch-Schule, Peter-Weiss-Gasse 8, 12627 Berlin
Filiale Oschatzer Ring 13 (Sportplatz),12627 Berlin

Lichtenberg
Max-Taut-Schule (OSZ Gebäude, Umwelt, Technik), Fischerstr. 36/Schlichtallee 24, 10317 Berlin
Filiale Wollenberger Str. 1, 13053 Berlin (Sporthalle)
Hein-Moeller-Schule (OSZ Energietechnik II), Allee der Kosmonauten 18, 10315 Berlin
Friedrich-List-Schule (OSZ Büromanagement und Wirtschaftssprachen), Marktstr. 2-3, 10317 Berlin
Filiale Fischerstr. 32, 10317 Berlin

Hohenschönhausen
Jane-Addams-Schule (OSZ Sozialwesen), Filiale Darßer Str. 97, 13051 Berlin
Brillat-Savarin-Schule (OSZ Gastgewerbe), Filiale Darßer Str. 97, 13051 Berlin

Reinickendorf
Georg-Schlesinger-Schule (OSZ Maschinen- und Fertigungstechnik), Kühleweinstr. 5, 13409 Berlin
Emil-Fischer-Schule (OSZ Ernährung und Lebensmitteltechnik), Cyclopstr. 1-5, 13437 Berlin
Ernst-Litfaß-Schule (OSZ Mediengestaltung und Medientechnologie), Cyclopstr. 1-7, 13437 Berlin

1.2. Bildungsgänge der beruflichen Schulen

Die beruflichen Schulen in Berlin sind mit ihren Bildungsgängen im Regelfall nach Berufsfeldern/Berufsfeldschwerpunkten zu Oberstufenzentren (OSZ) zusammengefasst. In einigen OSZ wurden außerdem berufliche Gymnasien eingerichtet sowie Fachschulen eingegliedert.

Die Berufsschule vermittelt den Schülern, die in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen, vor allem die für den gewählten Beruf erforderlichen fachtheoretischen Kenntnisse und erweitert die Allgemeinbildung in Anknüpfung an die beruflich erworbenen Einsichten und Erfahrungen.

Teilnehmende an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme der Bundesagentur erhalten Berufsschulunterricht, um sich auf eine Berufsausbildung vorzubereiten.

An den meisten Oberstufenzentren werden für Neuzugewanderte Willkommensklassen zum Erwerb der Sprachkenntnisse in Deutsch und zur Berufsorientierung eingerichtet.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Für Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis, die kein schulisches Berufsgrundbildungsjahr besuchen, wird der berufsvorbereitende schulische Bildungsgang Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung angeboten, in dem durch hohe Praktikumsphasen die betrieblichen Erfahrungen curricular eng mit dem schulischen Lernen im berufsfeldbezogenen und berufsfeldübergreifenden Unterricht verzahnt werden. Somit verbessern die Schülerinnen und Schüler durch vorberufliche Grundkenntnisse und personale Kompetenzen die Voraussetzungen für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung. Zusätzlich ist der Erwerb der Berufsbildungsreife, der erweiterten Berufsbildungsreife und des mittleren Schulabschlusses möglich. Als Eingangsvoraussetzung wird kein Schulabschluss vorausgesetzt.

Die mehrjährigen Berufsfachschulen übernehmen als Vollzeitschulen die Berufsausbildung der Jugendlichen für die ganze oder für einen Teil der vorgeschriebenen oder der üblichen Ausbildungszeit. Sie vermitteln die für den gewählten Beruf erforderlichen praktischen Fertigkeiten und theoretischen Kenntnisse und enden zum Teil mit der Kammerprüfung. Die Bildungsgänge erweitern die Allgemeinbildung der Schüler/innen und können den Erwerb weiterer schulischer Abschlüsse, wie den mittleren Schulabschluss oder die Fachhochschulreife vorsehen.

Die mehrjährigen Berufsfachschulen übernehmen als Vollzeitschulen die Berufsausbildung der Jugendlichen für die ganze oder für einen Teil der vorgeschriebenen oder der üblichen Ausbildungszeit. Sie vermitteln die für den gewählten Beruf erforderlichen praktischen Fertigkeiten und theoretischen Kenntnisse und enden zum Teil mit der Kammerprüfung. Sie erweitern die Allgemeinbildung der Schüler/innen durch den Erwerb des mittleren Schulabschlusses zum Teil durch den Erwerb der Fachhochschulreife.

Die Fachoberschulen vermitteln die für das Studium an einer Fachhochschule erforderliche Bildung (Fachhochschulreife). Lehrgänge zum Erwerb der Fachhochschulreife werden auch im Zweiten Bildungsweg angeboten.

Das berufliche Gymnasium am Oberstufenzentrum umfasst die Einführungsphase und anschließende Qualifizierungsphase. Diese gymnasiale Oberstufe umfasst drei Jahre und setzt für den Besuch die Entscheidung für ein Berufsfeld voraus.

Die Berufsoberschulen vermitteln in einem zweijährigen Vollzeitbildungsgang bzw. einem entsprechend längeren Teilzeitbildungsgang eine allgemeine und fachtheoretische Bildung. Sie führen zur fachgebundenen Hochschulreife und beim Nachweis der notwendigen Fremdsprachenkenntnisse zur allgemeinen Hochschulreife.

Die Fachschulen dienen der Weiterbildung zu qualifizierten Fachkräften nach Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung mit nachfolgender praktischer Tätigkeit. Sie dienen der beruflichen Aus- und Weiterbildung und vertiefen die allgemeine Bildung. Der Studiengang umfasst bei Vollzeitunterricht mindestens zwei Semester, bei Teilzeitunterricht mindestens vier Semester. Der Studiengang schließt mit einer Prüfung ab und kann zu weiteren schulischen Abschlüssen und Berechtigungen führen.

Bildungsgang	Schüler Gemäß Statistik Schuljahr 2021/2022
Berufsschulen mit sonderpäd. Aufgaben	2.511
Berufsschulen	48.223
Berufsfachschulen	6.179
Fachoberschulen	2.932
Berufsoberschulen	447
Fachschulen	4.097
Berufliche Gymnasien	4.515
Insgesamt	68.904

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1021	67101	Ersatz von Ausgaben
1021	67105	Beförderung von Kindern mit Behinderung
1021	68507	Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft

Eine Erhebung geschlechtssensitiver Daten scheidet aus:

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1021	68579	Mitgliedsbeiträge

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			83	78	80	74
Relativer Anteil			52	48	52	48
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	2.515	1.895	2.384	1.776	2.338	1.752
Relativer Anteil	57	43	54	46	57	43

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 7.358 €, Mitarbeitende: 5.080 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 7.385 €, Mitarbeitende: 5.375 €

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist nur bei den mittleren Einkommensgruppen geringfügige Unterrepräsentanzen von weiblichen Mitarbeitenden auf, die zur Erklärung der niedrigeren durchschnittlichen Monatseinkommen der weiblichen Mitarbeitenden herangezogen werden können. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt. Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Mitarbeitenden könnten z.B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte) sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**127**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**7.700**	**7.700**	**7.700**	**10.511,95**

Einnahmen insbesondere für die Ausfertigung von Zeugnisabschriften.

11112	**127**	**Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**65.076,72**

Einnahmen insbesondere aus dem Verkauf der in dem OSZ Gastgewerbe (Brillat-Savarin-Schule) und der Emil-Fischer-Schule (OSZ Ernährung und Lebensmitteltechnik) hergestellten Essenportionen, die in den Mensen verkauft werden.

Die entsprechenden Ausgaben werden bei Titel 53405 veranschlagt.

11120	**127**	**Entgelte für Bildungsangebote**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**245.735,22**

Entgelte für die Teilnahme von Umschülerinnen und Umschülern am Unterricht der beruflichen Schulen des Landes Berlin auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift Schule 5/2008 vom 26. Februar 2008.

11190	**127**	**Zweckgebundene Einnahmen aus Entgelten**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**85.159,34**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 52593 und 54690.

Einnahmen werden erzielt im Zusammenhang mit der Durchführung von Kursen mit Zertifizierung.

11903	**127**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.866,62**

Kostenersatz für beschädigte oder nicht zurückgegebene Leihbücher und Schadenersatzansprüche an Dritte.

11906	**127**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**150,00**

Einnahmen aus der Benutzung von Teilnehmenden-Münzfernsprechern und für die private Nutzung von Dienstfernsprechern.

11961	**127**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vorsteuererstattungen – Betriebe gewerblicher Art

11979	**127**	**Verschiedene Einnahmen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**6.325,44**

Insbesondere Gebühren für Beglaubigungen, Fotokopien u. a.

12401	**127**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**229.000**	**229.000**	**229.000**	**220.304,90**

	2024	2025
Dienstwohnungsvergütungen der Hausmeisterwohnungen in den Schulen.....	185.000 €	185.000 €
Entgelt aus der Überlassung von Schulräumen für Kenntnisprüfungen durch die IHK	25.000 €	25.000 €
Entgelt aus der Überlassung von Schulräumen	19.000 €	19.000 €
	229.000 €	229.000 €

Die Beträge enthalten auch den Ersatz der Ausgaben für die Wasserversorgung und soweit bezogen, auch für die Lieferung von Wärme, Strom und Gas.

12504	**127**	**Erlöse für Dienstleistungen**	**297.000**	**297.000**	**297.000**	**232.942,05**

Zweckbindungsvermerk: Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Kapitel 1021, Titel 51479 für Ausgaben der Knobelsdorff-Schule.

Einnahmen aus Bauleistungen der Knobelsdorff-Schule (OSZ Bautechnik I) im Rahmen der praktischen Ausbildung. Die entsprechenden Ausgaben werden beim Titel 51479 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
12516	**127**	**Einnahmen aus eigenem Handeln der Schule**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**29.011,51**

Zweckbindungsvermerk:
80 % der Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 52516.
Eine Pauschale von 20 % für die Nutzung des Schulgebäudes (Bewirtschaftungskosten) verbleibt im Landeshaushalt.

12531	**127**	**Beteiligung des Personals an Kosten für Beköstigung, Unterkunft und andere Leistungen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Einnahmen insbesondere aus dem Verkauf der in der Emil-Fischer-Schule (OSZ Ernährung und Lebensmitteltechnik) hergestellten Essenportionen, die in der Mensa verkauft werden.

Die entsprechenden Ausgaben werden bei Titel 53405 veranschlagt.

23190	**127**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**272.781,35**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 42790, 42890 und 54690.

Bundesmittel für Projekte für Schulen.

27290	**127**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**810.672,77**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890 und 54690.

Europäische Mittel aus Projekten des Erasmus+-Programms.

28290	**127**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**160.991,68**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 52594 und 54690.

Zuwendungen Dritter für Projekte und Veranstaltungen.

35920	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35921	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35922	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35990	**850**	**Zweckgebundene Entnahme aus dem Geldbestand**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 54690.

38101	**890**	**Allgemeine interne Verrechnungen**	**253.000**	**253.000**	**253.000**	**1.040.615,39**

Zweckbindungsvermerk:
Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Kapitel 1021, Titel 51479 für Ausgaben der Knobelsdorff-Schule.

Interne Verrechnungen innerhalb des Landeshaushaltes für die Ausführung von Bauaufträgen der Knobelsdorff-Schule (OSZ Bautechnik I) im Rahmen der praktischen Berufsausbildung. Die entsprechenden Ausgaben werden beim Titel 51479 veranschlagt.

Gesamteinnahmen	**1.893.700**	**1.893.700**	**1.893.700**	**3.182.144,94**
Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**127**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**92.752.000**	**96.462.000**	**103.645.000**	**88.573.279,50**
42701	**127**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**175.000**	**175.000**	**94.900**	**5.700,08**

	2024	2025
Integrierte Sprachbildung	35.000 €	35.000 €
Prüfung zum Erwerb des Abschlusses als staatlich geprüfte oder als staatlich geprüfter Erzieher von Nichtschülerinnen und Nichtschülern	59.900 €	59.900 €
Entwicklung zentraler Prüfungen FS Sozialpädagogik und FOS/BOS	80.000 €	80.000 €
Gesamt	174.900 €	174.900 €
gerundet	175.000 €	175.000 €

Integrierte Sprachbildung (Berufssprache Deutsch) und Sprachstandserhebungen für berufliche und zentral verwaltete Schulen
Spezielle Fachfortbildungen für Lehrkräfte und Maßnahmen im Zusammenhang mit berufsbezogener Sprachbildung für Jugendliche ab 16 Jahren mit Flucht- und Migrationshintergrund. Die Maßnahmen umfassen die Entwicklung von Diagnoseinstrumenten für die Spracheinschätzung, Materialien für Sprachbildung und deren Pilotierung, Erprobung und Evaluation, die bedarfsorientierte curriculare Anpassung in der Berufsvorbereitung, Berufsschule und Berufsfachschule mit dem Schwerpunkt „Berufssprache Deutsch“ sowie nachfolgende Fortbildungen zur Umsetzung und Anpassung der neuen Curricula an die Bedarfe der Jugendlichen mit Flucht- und Migrationshintergrund in der beruflichen Bildung.

Prüfung zum Erwerb des Abschlusses als staatlich geprüfte Erzieherin oder als staatlich geprüfter Erzieher von Nichtschülerinnen und Nichtschülern
Zur Absicherung der Prüfungen der Nichtschülerinnen und Nichtschüler (NSP) für Erzieherinnen und Erzieher ist es unbedingt notwendig, dass die Lehrkräfte für den erheblichen Mehraufwand eine Vergütung erhalten.

Entwicklung zentraler Prüfungen
Ausgaben für die Entwicklung der zentralen Prüfungen an den Fachschulen für Sozialpädagogik. Entsprechend § 40 der Sozialpädagogikverordnung (SozpädVO) wird die Entwicklung der Aufgaben für die zentralen schriftlichen Abschlussprüfungen, die zwei Mal im Schuljahr stattfinden, von der Schulaufsichtsbehörde beauftragt. Zur Absicherung der Prüfungen ist es zwingend erforderlich, dass die Lehrkräfte für den erheblichen Mehraufwand eine Vergütung erhalten.
Ausgaben für die Entwicklung der zentralen Prüfungen an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen. Entsprechend der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Fachoberschule (APO-FOS) und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Berufsoberschule (APO-BOS) reichen die Schulen nach interner Abstimmung für jedes Prüfungsfach gemeinsame Aufgabenvorschläge für die Prüfungen zum Erwerb der Fachhochschulreife und der allgemeinen Hochschulreife an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen ein.

42703	**127**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**190.836,06**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42790	**127**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**— R 223.025,28**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190, 27290 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
42801	**127**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**28.511.000**	**29.651.000**	**27.209.000**	**27.265.912,22**
42805	**127**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**171.430.000**	**178.287.000**	**159.269.000**	**162.841.900,71**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42805 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42811	**127**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**280.000**	**291.000**	**342.000**	**268.180,09**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42813	**127**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung**	**4.549.000**	**4.731.000**	**3.375.000**	**2.940.118,81**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42815	**127**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**28.062.000**	**29.185.000**	**30.093.000**	**26.657.654,07**

Deckungsvermerk**:** Der Titel 42815 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42821	**127**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**7.728.000**	**8.037.000**	**7.229.000**	**7.064.038,75**
42890	**127**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**100.535,89 R 282.774,90**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190 und 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
44100	**127**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**4.574.000**	**4.712.000**	**4.501.000**	**4.315.089,29**
51479 (neu)	**127**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**550.000**	**550.000**	**550.000**	**655.475,78**
		550.000,0 EUR wurden bislang bei 53405 nachgewiesen.				

Sachmittel, die im Rahmen eines Schulbudgets der Knobelsdorff-Schule gem. § 7 Abs. 5 Schulgesetz zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übertragen werden können, u.a. Beschaffung von Materialien, Ausstattung und anderer Bedarfe zur Erfüllung übernommener Bauaufträge der Knobelsdorff-Schule.
Der Ersatz von Ausgaben aus Bauleistungen der Knobelsdorff-Schule im Rahmen der praktischen Ausbildung werden im Titel 12504 und 38101 vereinnahmt (verbindliche Erläuterung).

51715	**127**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**31.594.000**	**32.226.000**	**30.974.000**	**29.925.000,00**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				

Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) befindlichen beruflichen Schulliegenschaften auf Grundlage der Angaben der BIM GmbH.

51820	**127**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**85.151.000**	**85.151.000**	**85.204.000**	**85.060.956,48**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				

Ansatz für Mietzahlungen für die im Sondervermögen Immobilien Land Berlin (SILB) befindlichen beruflichen Schulliegenschaften.

51925	**127**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**4.816.000**	**4.816.000**	**6.316.000**	**5.917.578,38**

Ausgaben für nutzerspezifische Nebenkosten für die im Sondervermögen Immobilien Land Berlin (SILB) befindlichen beruflichen Schulen.

	2024	2025
Anteil Wartungskosten	1.021.000 €	1.021.000 €
Anteil Nutzerspezifischer Maßnahmen.....	3.795.000 €	3.795.000 €
	4.816.000 €	4.816.000 €

Bei den nutzerspezifischen Maßnahmen/Leistungen handelt es sich um mehrere Einzelmaßnahmen jeweils unter 100.000 € jährlich.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52509	**127**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**4.635.000**	**4.635.000**	**4.635.000**	**3.663.289,72**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 52509 sind in den Kapiteln 1021 - 1024 jeweils nur gegenseitig deckungsfähig; im Übrigen deckungsberechtigt.

Erneuerung, Ergänzung und Unterhaltung der Klassen- und Fachraumausstattung einschließlich der Geräte der IuK-Technik, Verbrauchsmittel für die IuK-Technik, Software, Updates und Lizenzgebühren.

Lernmittel sind für Schülerinnen und Schüler bestimmt. Dazu gehören Schulbücher, ergänzende Druckschriften, andere Unterschriftsmedien.

52516	**127**	**Ausgaben im Rahmen der schulischen Eigenverantwortung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**3.039,47** **R 80.053,87**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Vergleiche auch Erläuterung zu Titel 12516.

Ausgaben dürfen nur in Höhe von 80 % der bei dem Titel 12516 eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

52593	**127**	**Lehrmittel, Unterrichtsmaterial aus zweckgebundenen Entgelten**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**21.788,67** **R 138.081,68**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Aus Entgelten für die Beschaffung von Lehrmitteln und Unterrichtsmaterial.

52594	**127**	**Lehrmittel aus zweckgebundenen Einnahmen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**88.786,87** **R 8.472,10**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln.

52703	**127**	**Dienstreisen**	**116.000**	**116.000**	**116.000**	**59.171,47**

Dienstreisekosten der Lehrkräfte insbesondere im Rahmen der Durchführung von Schülerfahrten nach der AV Veranstaltungen vom 17.01.2023.

53405	**127**	**Sachausgaben gemäß § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 5 Schulgesetz**	**1.447.000**	**1.447.000**	**1.447.000**	**1.724.497,21**

550.000,0 EUR werden künftig bei 51479 nachgewiesen.

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben des Titels 53405 sind in den Kapiteln 1021 bis 1024 nur gegenseitig deckungsfähig und deckungspflichtig gegenüber den Ausgaben des Titels 52703. Es besteht keine Deckungsberechtigung gegenüber anderen Titeln.

Sachmittel, die im Rahmen eines Schulbudgets den Schulen gemäß § 7 Abs. 5 Schulgesetz zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übertragen werden können, u. a. für die Beschaffung von Rohstoffen zur Weiterverarbeitung (Lebensmittel für die Herstellung von Essenportionen in der Emil-Fischer-Schule und in der Brillat-Savarin-Schule).

54010	**127**	**Dienstleistungen**	**2.348.000**	**2.340.000**	**2.333.000**	**2.255.906,35**

Mittel für die Bereitstellung von IT-Dienstleistern für die beruflichen Schulen sowie zur Zertifizierung der beruflichen Schulen nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54077	**127**	**Steuern, Abgaben**	**12.000**	**12.000**	**8.000**	**14.222,34**

Gesetzliche Umsatzsteuer – Betriebe gewerblicher Art.

54690	**127**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**2.208.416,92 R 3.212.783,91**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 11190, 23190, 27290, 28290 und 35990. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

67101	**127**	**Ersatz von Ausgaben**	**250.000**	**259.000**	**220.000**	**187.175,38**

Prüfungsgebühren der Industrie- und Handelskammer sowie Handwerkskammer (Auszubildende der Knobelsdorff-Schule und anderer beruflicher Schulen).

Gender Budget

	2022		2023		2024		2025	
Nutzung	W	M	W	M	W	M	W	M
Absoluter Anteil	100	500	100	500	100	500	100	500
Relativer Anteil %	16,0	84,0	16,0	84,0	16,0	84,0	16,0	84,0
Ressourcen (in Tsd. Euro)	32,0	168,0	16,0	32,0	32,0	168,0	32,0	168,0

Zielgruppe:	Auszubildende des OSZ Bautechnik I
Zielsetzung:	Durch gezielte Maßnahmen soll die weibliche Zielgruppe auf gleichem Niveau gehalten werden. Der männliche Anteil soll dabei auf dem bestehenden absoluten Stand gehalten werden. Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen erachtet: Für 2024 und 2025 weiterhin: 1 : 5
Steuerungsmaßnahmen:	Nur mittelbare Steuerung durch Öffentlichkeitsarbeit (gezielte Werbung für weibliche Auszubildende) möglich.

Der Jahresbedarf an Prüfungsgebühren für die beruflichen Schulen beläuft sich auf rund 220.000 €.

Der Ersatz von Ausgaben Berliner Ausbildungsmodell (BAM) für überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) in Handwerksberufen werden ebenfalls aus diesem Titel finanziert (30.000).

67105	**127**	**Beförderung von Kindern mit Behinderung**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**53.579,54**

Ausgaben für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung zum Elternhaus und zur Schule.

Gender Budget

	2020		2021		2022		2023	
Nutzung	w	m	w	m	w	m	w	m
Absoluter Anteil	5	7	4	5	3	7	3	7
Relativer Anteil %	42	58	44	56	30	70	30	70

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler mit Behinderung
Zielsetzung:	Eine geschlechterspezifische Zielsetzung ist nicht möglich.
Steuerungsmaßnahmen:	Nicht steuerbar.

67127	**127**	**Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**49.256,48**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 42813 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68262	**127**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Finanzierung von Ausgaben des SILB zur Vorbereitung von Baumaßnahmen, für die Bauplanungsunterlagen aufgestellt werden dürfen und für die Baumittelzuweisungen im jeweiligen Haushaltsjahr nicht bereitstehen. Aus dem Titel können auch Ausgaben zur Erstellung der Bedarfsprogramme geleistet werden. Zu den vorbereitenden Maßnahmen gehören insbesondere
- die Heranziehung freischaffender Architekten und Ingenieure
- die Durchführung von Wettbewerben
- die Zahlung von Räumungsentschädigungen u.a.

Die für die einzelnen Baumaßnahmen tatsächlich verauslagten Bauvorbereitungsmittel sind aus den entsprechenden Zuweisungsmittelansätzen an den Titel 26109 – Erstattung von Bauvorbereitungsmitteln – zu erstatten, sobald die Zuweisungsmittel verfügbar sind.

68507	**128**	**Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft**	**78.083.000**	**80.675.000**	**84.574.000**	**77.856.900,46**

Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft erfolgt auf Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt. Maßgeblich für die Zuschussberechnung ist die Ersatzschulzuschussverordnung in der geltenden Fassung.

Mehr aufgrund von Tariferhöhungen auf der Grundlage der in 2022 tatsächlich gezahlten Zuschüsse.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget)

	Schülerzahlen an Ersatzschulen					
	Schuljahr 2019/20		Schuljahr 2020/21		Schuljahr 2021/22	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	12.191	6.071	11.724	5.989	11.389	5.888
Relativ	66,76%	33,24%	66,19%	33,81%	65,92%	34,08%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	48.571	24.188	51.516	26.316	55.929	28.914

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft.
Zielsetzung:	Es handelt sich um statistische Angaben zum Verhältnis männlicher und weiblicher Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Ersatzschulen.
Steuerungsmaßnahmen:	Es gibt keine Steuerungsmöglichkeit hinsichtlich des Anmeldeverhaltens der Erziehungsberechtigten bzw. der Schülerinnen und Schüler.

68579	**127**	**Mitgliedsbeiträge**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.300,00**

Beiträge für Mitgliedschaften in Innungen, Verbänden, Ausschüssen und Fachgemeinschaften.

68644	**127**	**Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"**			**—**	**2.854.239,98**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

81209	**127**	**Investive IKT-Lehrmittel und -Unterrichtsmaterialien in Schulen**	**331.000**	**331.000**	**331.000**	**368.063,11**

Erneuerung der Ausstattung in den Lernbüros, Textverarbeitungsräumen und EDV-Fachräumen wegen geänderter Rahmenpläne, Ausbildungsverordnungen und Stundentafeln.

Die auszutauschenden Rechner haben eine Laufzeit von mindestens 5 Jahren und entsprechen, was die Prozessorgeschwindigkeit und Speicherkapazität anbelangt, nicht mehr dem Stand der Technik.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben sind für die Sicherung einer modernen Berufsausbildung, die sich an den zeitgleichen Anforderungen des 1. Arbeitsmarktes orientiert, zwingend notwendig. Der erforderliche Einstieg in den 1. Arbeitsmarkt ist den auszubildenden Schüler*innen nur möglich, wenn die Ausstattung der beruflichen Schulen dem Stand der Technik der jeweiligen Berufsrichtung entspricht.

Die Ersatzbeschaffungen dienen der Aufrechterhaltung des Unterrichts und der Erfüllung des Bildungsauftrages

81279	**127**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**435.000**	**435.000**	**435.000**	**441.086,45**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 51925.

Der Bedarf an investiven Beschaffungen an den beruflichen Schulen ist anhaltend vorhanden, weil ansonsten die Ausstattungen der Schulen mit der technischen Entwicklung in den unterschiedlichen Berufszweigen nicht mehr Schritt halten kann. Die Erhaltung einer modernen beruflichen Ausbildung erfordert, dass diese an modernen, in der Wirtschaft bereits eingesetzten Maschinen und Geräten sowie Ausstattungen erfolgt.

Die Schulen beantragen die Beschaffungen beim Schulträger, der über ihre Umsetzung gemeinsam mit der Schulaufsicht entscheidet.

91920	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
91921	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**970.845,86**
91922	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**403.996,71**
		Gesamtausgaben	**547.979.000**	**564.674.000**	**553.050.900**	**535.007.819,10**
		Prozentuale Veränderung	**-0,9 %**	**3,0 %**		

Abschluss Kapitel 1021

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.616.700**	**1.616.700**	**1.616.700**	**897.083,75**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**1.244.445,80**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**257.000**	**257.000**	**257.000**	**1.040.615,39**
	Gesamteinnahmen	**1.893.700**	**1.893.700**	**1.893.700**	**3.182.144,94**
411-462	**Personalausgaben**	**338.069.000**	**351.539.000**	**335.765.900**	**320.223.245,47**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**130.694.000**	**131.318.000**	**131.608.000**	**131.598.129,66**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**78.447.000**	**81.048.000**	**84.908.000**	**81.002.451,84**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**766.000**	**766.000**	**766.000**	**809.149,56**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.374.842,57**
	Gesamtausgaben	**547.979.000**	**564.674.000**	**553.050.900**	**535.007.819,10**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-546.085.300**	**-562.780.300**	**-551.157.200**	**-531.825.674,16**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001138 Bildung (Schule, Allgemeine Weiterbildung inkl. Berliner Landeszentrale für politische Bildung)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	16	Personalkosten	2.756.337.958	2.618.448.192	+5,27
Kostenträger	102	Sachkosten	32.561.703	30.904.150	+5,36
davon		Transferkosten	804.884.075	762.313.094	+5,58
Produkte	81	Verrechnungskosten	2.018.136	3.189.541	-36,73
MGF	19	kalkulatorische Kosten	305.678.868	307.168.822	-0,49
Projekte	2	Gemeinkosten	726.998.790	714.039.503	+1,81
		Summe Verwaltungskosten	4.628.479.531	4.436.063.303	+4,34
		Transfers	117.251.613	94.782.398	+23,71
		Gesamtsumme	4.745.731.144	4.530.845.701	+4,74

Höhere Personalkosten in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf den Bereich der öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen (Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Hauptstadtzulage). Die Erhöhung der Sachkosten resultiert aus der Kostenentwicklung einer Vielzahl von Produkten im Bereich Bildung. Höhere Transferkosten entstanden insbesondere aufgrund gestiegener Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft, an Träger der freien Jugendhilfe für die Betreuung von Schülern im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen, für die Schulsozialarbeit und Bildung- und Teilhabeleistungen. Die direkten Verrechnungskosten sind gesunken, da die Bezirke keine Kosten mehr an die SenBJF für die Raumnutzung durch die Schulsozialarbeit verrechnen. Höhere Transfers fielen in 2022 insbesondere im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ an.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005352	2022	484.260.236	36.611.246	520.871.483
Schulen in freier Trägerschaft und Stiftungsangelegenheiten	2021	460.179.571	43.027.656	503.207.227

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80582	2022	77.856.900	0	77.856.900
Zuschüsse an Berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft	2021	76.801.072	0	76.801.072

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schüler/innen (Durchschnitt)	14.600	16.148
Kosten je ME in €	5.332,66	4.756,07
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,64	1,70
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	77.856.900,46	76.801.072,30
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Gewährung von Zuschüssen an Berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft in Berlin.

Fachspezifische Informationen
Die Gewährung von Zuschüssen für Schulen in freier Trägerschaft (Ersatzschulen) erfolgt auf der Grundlage des § 101 Schulgesetz für das Land Berlin. Der Zuschussanspruch ist dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005423	2022	498.153.130	0	498.153.130
Unterricht und Erziehung in berufsbildenden Schulen	2021	485.409.243	0	485.409.243

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77265	2022	164.301.463	0	164.301.463
Unterricht und Erziehung in berufsbildenden Schulen in kaufmännischen Berufsfeldern	2021	159.929.610	0	159.929.610

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	24.968	25.160
Kosten je ME in €	6.580,48	6.356,50
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,46	3,53
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	623.965,43	935.627,09
IST - Erträge in €	627.053,63	191.137,05
Kostendeckungsgrad in %	0,38	0,12

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Fachspezifische Informationen
Die Transferkosten in den Verwaltungskosten sind 2022 gegenüber 2021 geringer, da weniger Kosten für die Unfallversicherung für Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen gebucht wurden. In 2022 wurden höhere Erträge aus EU-Mitteln für Erasmus-Programme und -Projekte für berufliche Schulen auf dem Produkt nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77271	2022	238.730.050	0	238.730.050
Unterricht und Erziehung in berufsbildenden Schulen im gewerblich technischen Berufsfeldern	2021	232.044.418	0	232.044.418

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	30.845	31.138
Kosten je ME in €	7.739,67	7.452,13
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,03	5,12
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	795.636,92	1.227.829,40
IST - Erträge in €	443.203,57	313.776,12
Kostendeckungsgrad in %	0,19	0,14

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Fachspezifische Informationen

Die Transferkosten in den Verwaltungskosten sind 2022 gegenüber 2021 geringer, da weniger Kosten für die Unfallversicherung für Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen gebucht wurden. Die Ist-Erträge sind in 2022 höher, da mehr Erlöse aus der wirtschaftlichen Tätigkeit der Knobelsdorff-Schule eingenommen wurden.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78069	2022	30.281.068	0	30.281.068
Unterricht und Erziehung in berufsbildenden Schulen mit sonderpädagogischen Aufgaben	2021	29.535.447	0	29.535.447

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	2.457	2.504
Kosten je ME in €	12.324,41	11.795,31
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,64	0,65
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	57.636,06	88.936,30
IST - Erträge in €	147.848,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,49	0,00

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Fachspezifische Informationen

Die IST-Erträge in 2022 stehen im Zusammenhang mit EU-Mitteln für Erasmus-Programme und -Projekte für berufliche Schulen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79467	2022	54.156.760	0	54.156.760
Unterricht und Erziehung in berufsbildenden Schulen im sozialpädagogisch / sozialpflegerischen Bereich	2021	53.119.243	0	53.119.243

	2022	2021
Menge: Anzahl Schüler (Durchschnitt)	6.066	6.308
Kosten je ME in €	8.927,92	8.420,93
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,14	1,17
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	130.808,94	231.402,00
IST - Erträge in €	61.711,17	43.960,45
Kostendeckungsgrad in %	0,11	0,08

Durchführung des Unterrichts einschließlich aller in diesem Zusammenhang an der Schule anfallenden Aufgaben

Fachspezifische Informationen
Die Transferkosten in den Verwaltungskosten sind 2022 gegenüber 2021 geringer, da weniger Kosten für die Unfallversicherung für Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen gebucht wurden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Technikerschule -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für die Staatliche Technikerschule Berlin einschließlich der Personalausgaben für kurzfristige Vertretungseinstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gem. § 7 Abs. 3 und 5 des Schulgesetzes für Berlin.

Benchmarking

Studienziel ist die Befähigung zum/zur Techniker/in in den nachstehenden Fachrichtungen und zu ähnlichen Stellungen sowie zur selbständigen Leitung entsprechender Werkstätten.

Ferner werden Einzelkurse zur Weiterbildung von Facharbeitern/Facharbeiterinnen und von staatlich geprüften Technikern/Technikerinnen entsprechend dem Stand in der Datenverarbeitung einschließlich Mikroprozessoren, Steuerungs-, Fertigungs- und Sicherheitstechnik angeboten.

Fachrichtungen der Technikerschule	Studiendauer Vollzeitform	Studiendauer Teilzeitform
1. Maschinentechnik – Konstruktion	4 Semester	8 Semester
2. Maschinentechnik – Fertigungstechnik	4 Semester	8 Semester
3 Elektrotechnik – Mikrosystemtechnik	4 Semester	8 Semester
4. Elektrotechnik – Energietechnik	4 Semester	8 Semester
5. Elektrotechnik – Automatisierungstechnik	4 Semester	8 Semester
6. Elektrotechnik – Kommunikationstechnik	4 Semester	8 Semester
7. Elektrotechnik – Datenverarbeitungstechnik	4 Semester	8 Semester
8. Informatik – Wirtschaftsinformatik	4 Semester	8 Semester
9. Bautechnik – Hochbau	4 Semester	8 Semester
10. Bautechnik – Tiefbau	4 Semester	8 Semester
11. Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik	4 Semester	8 Semester
12. Umweltschutztechnik – Verfahrenstechnik	4 Semester	8 Semester
13. Umweltschutztechnik – Labortechnik	4 Semester	8 Semester
14. Umweltschutztechnik – Abfalltechnik	4 Semester	8 Semester
15. Umweltschutztechnik – Abwassertechnik	4 Semester	8 Semester
16. Umweltschutztechnik – Wasserversorgungstechnik	4 Semester	8 Semester
17. Biotechnik	4 Semester	8 Semester
18. Verfahrenstechnik – Verfahrenstechnik	4 Semester	8 Semester
19. Verfahrenstechnik – Umwelttechnik	4 Semester	8 Semester
20. Verfahrenstechnik – Wasserwirtschaft	4 Semester	8 Semester

Welche Fachrichtungen jeweils zum Sommer- und/oder zum Winter-Semester eröffnet werden, richtet sich nach der Zahl der Bewerber/innen.

Je nach Bedarf können anstelle der genannten Fachrichtungen auch andere berücksichtigt werden.

Übersicht über die voraussichtliche Zahl der Studierenden, Semestergruppen und Unterrichtsstunden

	Studierende			Semestergruppen			Unterrichtsstunden nach Lehrplan			durch Teilung			Gesamt		
	2020	2021	2022	2020	2021	2022	18	19	20	18	19	20	18	19	20
Vollzeitform	315	283	293	22	22	20	728	624	624	96	71	71	954	954	954
Teilzeitform	622	415	372	42	34	28	630	1.010	1.010	24	26	26	710	710	710
Zusammen	937	698	665	64	56	48	1.358	1.634	1.634	120	97	97	1664	1664	1664

	2020	2021	2022
Fakultative Unterrichtsveranstaltungen	75	75	75
Einzelkurse zur Weiterbildung	680	680	680
Gesamtsumme der Stunden/Woche	2419	2419	2419

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Technikerschule -

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1022	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			2	3	2	3
Relativer Anteil			40	60	40	60
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	19	28	16	21	14	19
Relativer Anteil	40	60	43	57	42	58

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Für den Planungszeitraum wurde anhand des Monats Januar 2021 ein durchschnittliches Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten unter Berücksichtigung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen nach VZÄ weiblich: 6.005,93 €

Monatliches Durchschnittseinkommen nach VZÄ männlich: 6.066,62 €

Das monatliche Durchschnittseinkommen der weiblichen und männlichen Dienstkräfte weist nur einen geringfügigen Unterschiedsbetrag aus. Das Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen wird sich im Planungszeitraum nicht wesentlich ändern. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ist weiterhin bemüht, den Anteil weiblicher Dienstkräfte in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gem. § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gem. § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Technikerschule -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11120	**127**	**Entgelte für Bildungsangebote**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**71.996,89**

Entgelte für die Teilnahme von Umschülerinnen und Umschülern am Unterricht der beruflichen Schulen des Landes Berlin auf der Grundlage der Verwaltungsvorschrift Schule 5/2008 vom 26. Februar 2008.

11190	**127**	**Zweckgebundene Einnahmen aus Entgelten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 52593.

Einnahmen werden erzielt im Zusammenhang mit der Durchführung von Kursen mit Zertifizierung.

11979	**127**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**130,23**

Entgelte für die private Nutzung von Diensttelefonen und für die Ausfertigung von Zeugnisabschriften.

12401	**127**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**6.500**	**6.500**	**6.500**	**6.862,08**

Vergütung für eine Dienstwohnung auf dem Grundstück Bochumer Str. 8 b.

12516	**127**	**Einnahmen aus eigenem Handeln der Schule**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk:
80 % der Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 52516.
Eine Pauschale von 20 % für die Nutzung des Schulgebäudes (Bewirtschaftungskosten) verbleibt im Landeshaushalt.

35920	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35921	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35922	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**212.500**	**212.500**	**212.500**	**78.989,20**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**127**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**764.000**	**795.000**	**1.009.000**	**729.504,28**
42701	**127**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.872,95**

Honorare für Vorträge sowie zur Heranziehung von Studierenden zur Vorbereitung des Unterrichts.

42703	**127**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**26.902,33**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

42801	**127**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**558.000**	**581.000**	**582.000**	**533.473,16**
42805	**127**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**1.698.000**	**1.766.000**	**1.850.000**	**1.613.132,46**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42805 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Technikerschule -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42813	**127**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung**	**1.000**	**1.000**	**75.000**	**15.853,97**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42815	**127**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**6.900**	**7.200**	**91.200**	**6.524,57**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42815 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

44100	**127**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**24.500**	**25.200**	**14.500**	**23.020,04**
51715	**127**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**723.000**	**737.000**	**708.000**	**692.000,00**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				

Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) befindliche Staatliche Technikerschule auf der Grundlage der Angaben der BIM GmbH.

51820	**127**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.982.000**	**1.982.000**	**1.982.000**	**1.981.251,24**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				

Ansatz für Mietzahlungen für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin befindliche Staatliche Technikerschule an die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM).

51925	**127**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**121.000**	**121.000**	**121.000**	**121.000,00**

Ausgaben für nutzerspezifische Nebenkosten für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) befindliche Staatliche Technikerschule.

	2024	2025
Anteil Wartungskosten	25.000 €	26.000 €
Anteil Nutzerspezifischer Maßnahmen.....	96.000 €	95.000 €
	121.000 €	121.000 €

Bei den nutzerspezifischen Maßnahmen/Leistungen handelt es sich um mehrere Einzelmaßnahmen jeweils unter 100.000 € jährlich.

52509	**127**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**139.000**	**139.000**	**139.000**	**46.632,23**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 52509 sind in den Kapiteln 1021 - 1024 jeweils nur gegenseitig deckungsfähig; im Übrigen deckungsberechtigt.

Erneuerung, Ergänzung und Unterhaltung der Klassen- und Fachraumausstattung einschließlich der Geräte der IuK-Technik, Verbrauchsmittel für die IuK-Technik, Software, Updates und Lizenzgebühren.

Lernmittel sind für Schülerinnen und Schüler bestimmt. Dazu gehören Schulbücher, ergänzende Druckschriften, andere Unterschriftsmedien.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Technikerschule -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52516	**127**	**Ausgaben im Rahmen der schulischen Eigenverantwortung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Vergleiche auch Erläuterung zu Titel 12516.
Ausgaben dürfen nur in Höhe von 80 % der eingegangenen Einnahmen beim Titel 12516 geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

52593	**127**	**Lehrmittel, Unterrichtsmaterial aus zweckgebundenen Entgelten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 2.643,56**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu dem Titel 11190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Aus Entgelten für die Beschaffung von Lehrmitteln und Unterrichtsmaterial.

52703	**127**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**196,10**

Dienstreisekosten der Lehrkräfte insbesondere im Rahmen der Durchführung von Schülerfahrten nach der AV Veranstaltungen vom 17.01.2023.

53101	**127**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**2.600**	**2.600**	**2.600**	**2.040,14**

Für Dokumentationen und Werbung der Schule.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	*	*	*	*	*	*
Relativ	50%	50%	50%	50%	50%	50%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	1,3T	1,3T	1,3T	1,3T	1,3T	1,3T
* eine genaue Reichweitenangabe ist nicht möglich						

Zielgruppe:	Allgemeine Öffentlichkeit, insbesondere potenzielle Schülerinnen und Schüler für die Staatliche Technikerschule Berlin
Zielsetzung:	• Mit den diversen Broschüren und weiteren Publikationen informiert die Staatliche Technikerschule über die angebotenen Weiterbildungsmöglichkeiten. • Information der breiten Öffentlichkeit, insbesondere der entsprechenden Zielgruppen bei Messen, Tagungen, Veranstaltungen und an anderen beruflichen Bildungseinrichtungen.
Steuerungsmaßnahmen:	Die Materialien und Maßnahmen richten sich an alle Geschlechter gleichermaßen. Geschlechtssensitive Aspekte werden über die inhaltliche Ausgestaltung der jeweiligen Informationsmaterialien und in der Ansprache berücksichtigt (Auswahl von Bildern, von Beispielen und im Text).

53405	**127**	**Sachausgaben gemäß § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 5 Schulgesetz**	**21.000**	**21.000**	**21.000**	**12.618,01**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben des Titels 53405 sind in den Kapiteln 1021 bis 1024 gegenseitig deckungsfähig und deckungspflichtig gegenüber den Ausgaben des Titels 52703. Es besteht keine Deckungsberechtigung gegenüber anderen Titeln.

Sachmittel, die im Rahmen eines Schulbudgets den Schulen gemäß § 7 Abs. 5 Schulgesetz zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übertragen werden können.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Technikerschule -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67127	**127**	**Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 42813 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung.

81279	**127**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**125.000**	**125.000**	**125.000**	**125.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 51925.

Die Ersatzbeschaffungen dienen der Aufrechterhaltung der hohen Qualitätsanforderungen des Unterrichts, der Erfüllung des Bildungsauftrags sowie der Sicherung einer erfolgreichen Vermittlung der Auszubildenden auf dem 1. Arbeitsmarkt.

91920	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
91921	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**89.367,77**
91922	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**8.381,99**
		Gesamtausgaben	**6.177.000**	**6.314.000**	**6.731.300**	**6.029.771,24**
		Prozentuale Veränderung	**-8,2 %**	**2,2 %**		

Abschluss Kapitel 1022

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**209.500**	**209.500**	**209.500**	**78.989,20**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**212.500**	**212.500**	**212.500**	**78.989,20**
411-462	**Personalausgaben**	**3.056.400**	**3.179.400**	**3.625.700**	**2.951.283,76**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.991.600**	**3.005.600**	**2.976.600**	**2.855.737,72**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**125.000**	**125.000**	**125.000**	**125.000,00**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**97.749,76**
	Gesamtausgaben	**6.177.000**	**6.314.000**	**6.731.300**	**6.029.771,24**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-5.964.500**	**-6.101.500**	**-6.518.800**	**-5.950.782,04**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für die Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin einschließlich der Personalausgaben für kurzfristige Vertretungseinstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gemäß § 7 Abs. 3 und 5 des Schulgesetzes für Berlin.

Benchmarking

Die Schule hat zwei Ausbildungsgänge: die Fachrichtung Bühnentanz und die Fachrichtung Artistik. Gemeinsam ist die allgemeinschulische Bildung ab dem 5. Schuljahr.

Die Bühnentanz- und Artistikausbildung dauert neun Jahre und beginnt mit dem 5. Schuljahr. Nach dem 6. Ausbildungsjahr (10. Schuljahr) wird der Mittlere Schulabschluss (MSA) erreicht, an den sich eine dreijährige Berufsfachschule bzw. der Besuch des dreijährigen beruflichen Gymnasiums anschließt. Mit Beginn des Schuljahres 2000/2001 ist eine dreijährige Gymnasiale Oberstufe (Berufliches Gymnasium) eingerichtet worden. Die Schülerinnen und Schüler befinden sich damit im beruflichen Gymnasium in einer Doppelqualifizierung (Allg. Hochschulreife und Berufsfachschule).

Bei freier Kapazität können im Beruflichen Gymnasium Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, die nicht an der Doppelqualifizierung teilnehmen, jedoch einen Leistungskurs Tanz besuchen.

Im Rahmen einer gemeinsamen Kooperation sind die Ballettschülerinnen und -schüler der Oberstufe nach einer erfolgreich bestandenen Zugangsprüfung gleichzeitig Studentinnen bzw. Studenten der Hochschule für Schauspielkunst und können den „Bachelor of Art“ erwerben.

Im März 2017 wurde das Landesjugendballett an der Staatlichen Ballettschule Berlin gegründet.

Im Rahmen der Talente- und Begabtenförderung nehmen die Schülerinnen und Schüler beider Fachrichtungen an internationalen Wettbewerben teil. Des Weiteren werden Kooperationen mit Opernhäusern und Theatern geschlossen, um die Möglichkeiten der berufspraktischen Ausbildung für die Ballett- und Artistikschülerinnen und -schüler auf einem hohen international-professionellen Niveau weiter zu optimieren.

Im Rahmen der nationalen und internationalen Talente-Gewinnung werden verschiedene Aktivitäten durchgeführt (FEDEC, Scholarship etc.).

An der Ballett- und Artistik-Ausbildung werden bei entsprechender Eignung bis zu 350 Schülerinnen und Schüler teilnehmen.

Insgesamt 74 Schülerinnen und Schüler beider Fachrichtungen können im schuleigenen Internat untergebracht werden. Die Unterbringung ist kostenpflichtig.

Nicht mehr der Schulpflicht unterliegende, besonders ausländische Studierende, können Ballett-und Artistikseminare besuchen.

Für Schülerinnen und Schüler der 1. bis 4. Klasse besteht die Möglichkeit in ihrer Freizeit an einer Ballettgrundausbildung teilzunehmen. Die Teilnahme an den Kursen der Kindertanzgruppen ist kostenpflichtig.

Die Schule verfügt über eine Mensa mit einer angeschlossenen Küche. Eine externe Firma bietet allen Schülerinnen und Schülern sowie Mitarbeitenden die Möglichkeit zur kostenpflichtigen Mittags- bzw. Ganztagsversorgung.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1023	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Eine Erhebung geschlechtssensitiver Daten scheidet aus:

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1023	68190	Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			0	2	0	2
Relativer Anteil			0	100	0	100
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	48	41	46	36	45	37
Relativer Anteil	54	46	56	44	55	45

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ – falls vorhanden - sind aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen
getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: keine, Mitarbeitende: 4.727 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: ** , Mitarbeitende: 5.208 €

** Aus datenschutzrechtlichen Gründen kann keine Angabe veröffentlicht werden.

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist zwar Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten bei den Führungskräften, jedoch keine Unterrepräsentanzen in den oberen Einkommensgruppen für weibliche Mitarbeitende auf. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt. Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Mitarbeitenden könnten z.B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte)
sein.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11112	**127**	**Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft**	**173.000**	**173.000**	**173.000**	**178.513,92**
		Einnahmen aus der Unterbringung im Internat.				
11120	**127**	**Entgelte für Bildungsangebote**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**15.860,00**
		Entgelte für Tanzkurse und Ballettseminare.				
11190	**127**	**Zweckgebundene Einnahmen aus Entgelten**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**84.728,25**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 52593 und 54690.				
		Einnahmen werden erzielt im Zusammenhang mit der Durchführung von Tanzkursen.				
11979	**127**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**15,88**
12516	**127**	**Einnahmen aus eigenem Handeln der Schule**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**770,93**
		Zweckbindungsvermerk: 80 % der Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 52516.				
		Eine Pauschale von 20 % für die Nutzung des Schulgebäudes (Bewirtschaftungskosten) verbleibt im Landeshaushalt.				
28290	**127**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**30.845,74**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 52594, 54690 und 68190.				
		Für die finanzielle Unterstützung der Schülerinnen und Schüler durch private Zuwendungsgeberinnen und -geber.				
35920	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35921	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35922	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**193.000**	**193.000**	**193.000**	**310.734,72**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**127**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**366.000**	**380.000**	**468.000**	**348.892,58**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42701	**127**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**25.000**	**25.000**	**17.700**	**23.200,00**

Die Honorarmittel sind für die Schule zur Bezahlung von Leistungen, die unverzichtbar im Rahmen der Ausbildung professioneller Bühnentänzer/innen und Artist/innen sind und die nicht vom festen Personal der Schule erbracht werden können, unabdingbar.

Honorare für
1. Medizinische Beratung/Untersuchungen im Rahmen des Zulassungsverfahrens für die Ausbildung
2. Ernährungsberatung und -unterricht
3. Erteilung von professionellem Zusatzunterricht (zeitlich befristet) entsprechend der Einrichtungsverfügung der Staatl. Ballettschule Berlin und Schule für Artistik
   - Künstlerische Gymnastik
   - Schauspielunterricht
   - Theater- und Vertragsrecht, Versicherungsrecht
   - Kostümkunde, Maskenbildnerei
   - Zusatzkurse in verschiedenen Tanztechniken
4. Künstlerische Arbeiten im Rahmen von berufspraktischen Projekten
   - Ballettdarbietungen (Einstudierung von Choreographien des zeitgenössischen Ballettrepertoires, Kreation von Uraufführungen, Erwerb von Aufführungs- und Verwertungsrechten)
   - Choreographische Ausgestaltung von Artistikdarbietungen
   - Musikalische Arrangements
   - Kostümentwürfe
5. Anleitung von Arbeitsgruppen und Projekten im Internat
6. Kostümgestaltung, Bühnenbildentwürfe, Lichtdesign und Kompositionen für berufspraktische Aufführungen lt. Einrichtungsverfügung der Staatlichen Ballettschule Berlin und Schule für Artistik

42703	**127**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**29.567,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

42790	**127**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**66.168,19 R 20.535,82**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Aus Entgelten für Honorare für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

42801	**127**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.059.000**	**2.141.000**	**2.341.000**	**2.198.659,00**
42805	**127**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**3.289.000**	**3.420.000**	**3.225.000**	**3.125.394,49**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42805 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42813	**127**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung**	**1.000**	**1.000**	**75.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

42815	**127**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**199.000**	**207.000**	**261.000**	**189.797,73**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42815 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

44100	**127**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**14.800**	**15.200**	**1.700**	**13.907,89**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51132	**127**	**Dekorationen, Fundus, Musikinstrumente, bühnentechnischer Bedarf**	**11.800**	**11.800**	**11.800**	**11.795,26**

Beschaffung und Anfertigung von Kostümen, Spitzenschuhen, Trikots usw. im Rahmen der Ausbildung.

51420	**129**	**Beköstigung**	**60.500**	**60.500**	**60.500**	**38.168,15**

Zuschuss des Landes Berlin für Schulessen an gebundenen Ganztagsschulen.

51715	**127**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**878.000**	**895.000**	**860.000**	**877.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin befindliche Staatliche Ballettschule und Schule für Artistik nach Vorgaben der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM).

51820	**127**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.405.000**	**1.405.000**	**1.405.000**	**1.404.451,20**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben für Mietkosten für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) befindliche Staatliche Ballettschule und Schule für Artistik nach Vorgaben Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM).

51925	**127**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**80.400**	**80.400**	**80.400**	**80.400,00**

Ausgaben für nutzerspezifische Nebenkosten für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) befindliche Staatliche Ballettschule und Schule für Artistik.

	2024	2025
Anteil Wartungskosten	16.400 €	16.800 €
Breitband/WLAN	50.000 €	50.000 €
Anteil Nutzerspezifischer Maßnahmen	14.000 €	13.600 €
	80.400 €	80.400 €

52509	**127**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**44.000**	**44.000**	**44.000**	**42.972,63**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 52509 sind in den Kapiteln 1021 - 1024 jeweils nur gegenseitig deckungsfähig; im Übrigen deckungsberechtigt.

Erneuerung, Ergänzung und Unterhaltung der Klassen- und Fachraumausstattung einschließlich der Geräte der IuK-Technik, Verbrauchsmittel für die IuK-Technik, Software, Updates und Lizenzgebühren.

Lernmittel sind für Schülerinnen und Schüler bestimmt. Dazu gehören Schulbücher, ergänzende Druckschriften, andere Unterschriftsmedien.

52516	**127**	**Ausgaben im Rahmen der schulischen Eigenverantwortung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**87,91** **R 1.038,83**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Vergleiche auch Erläuterung zu Titel 12516. Ausgaben dürfen nur in Höhe von 80 % der eingegangenen Einnahmen beim Titel 12516 geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52593	**127**	**Lehrmittel, Unterrichtsmaterial aus zweckgebundenen Entgelten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**13.601,42 R 10.200,41**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu dem Titel 11190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Aus Entgelten für die Beschaffung von Unterrichtsmaterial für Tanzkurse.

52594	**127**	**Lehrmittel aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu dem Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln

52599	**127**	**Lehr- und Lernmittel aus Erbschaften**	**—**	**—**	**—**	**2.009,41 R 21.609,85**
52703	**127**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**993,60**

Dienstreisekosten der Lehrkräfte insbesondere im Rahmen der Durchführung von Schülerfahrten nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) und den Ausführungsvorschriften zu Veranstaltungen der Schule (AV Veranstaltungen).

53101	**127**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**2.300**	**2.300**	**2.300**	**2.260,32**

Ausgaben für Plakate, Inserate, Faltblätter und Informationsbroschüren, Veröffentlichung des Schulindexes, Lizenzerwerbungen für ausbildungsspezifische Foto- und Videoaufnahmen.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	*	*	*	*	*	*
Relativ	50%	50%	50%	50%	50%	50%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	1,15T	1,15T	1,15T	1,15T	1,15T	1,15T
* eine genaue Reichweitenangabe ist nicht möglich						

Zielgruppe:	Allgemeine Öffentlichkeit, insbesondere talentierte Schülerinnen und Schüler für die Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin im In- und Ausland
Zielsetzung:	Mit den diversen Broschüren und weiteren Publikationen informiert die Staatliche Ballett- und Artistikschule über die Künstlerische Berufsausbildung..
Steuerungsmaßnahmen:	Die Materialien und Maßnahmen richten sich an alle Geschlechter gleichermaßen. Geschlechtssensitive Aspekte werden über die inhaltliche Ausgestaltung der jeweiligen Informationsmaterialien und in der Ansprache berücksichtigt (Auswahl von Bildern, von Beispielen und im Text).

53405	**127**	**Sachausgaben gemäß § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 5 Schulgesetz**	**33.500**	**33.500**	**33.500**	**33.465,08**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben des Titels 53405 sind in den Kapiteln 1021 bis 1024 gegenseitig deckungsfähig und deckungspflichtig gegenüber den Ausgaben des Titels 52703. Es besteht keine Deckungsberechtigung gegenüber anderen Titeln.

Sachmittel, die im Rahmen eines Schulbudgets den Schulen gemäß § 7 Abs. 5 Schulgesetz zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übertragen werden können.

54038	**127**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**57,94**

Gebühren der einziehenden Geldinstitute für Rücklastschriften.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54690	**127**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**40.228,69** **R 41.018,61**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 11190 und 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen für die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern.

67127	**127**	**Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 42813 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung.

68190	**127**	**Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—** **R 4.188,15**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen für die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler.

81279	**127**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 51925.

Die Ersatzbeschaffungen dienen der Aufrechterhaltung der hohen Qualitätsanforderungen des Unterrichts und der Erfüllung des Bildungsauftrags.

91920	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
91921	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**27,37**
91922	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**34,92**
		Gesamtausgaben	**8.507.300**	**8.759.700**	**8.924.900**	**8.543.140,78**
		Prozentuale Veränderung	**-4,7 %**	**3,0 %**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1023				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	187.000	187.000	187.000	279.888,98
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.000	3.000	3.000	30.845,74
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	3.000	3.000	3.000	—
		Gesamteinnahmen	193.000	193.000	193.000	310.734,72
411-462		Personalausgaben	5.955.800	6.191.200	6.391.400	5.995.586,88
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.521.500	2.538.500	2.503.500	2.547.491,61
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.000	2.000	2.000	—
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	25.000	25.000	25.000	—
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	3.000	3.000	3.000	62,29
		Gesamtausgaben	8.507.300	8.759.700	8.924.900	8.543.140,78
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-8.314.300	-8.566.700	-8.731.900	-8.232.406,06

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für das Schul- und Leistungssportzentrum Hohenschönhausen (SLZB), die **Flatow-Oberschule**, die **Schulfarm Insel Scharfenberg**, die **Sportschule im Olympiapark - Poelchau-Schule**, die **Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Schule**, das **Abendgymnasium Prenzlauer Berg**, die **Nelson Mandela-Schule,** die **Wangari-Mathaai-Schule,** das **Französische Gymnasium** und die **John-F.-Kennedy-Schule** einschließlich der Personalausgaben für kurzfristige Vertretungseinstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung gemäß § 7 Abs. 3 und 5 des Schulgesetzes für Berlin.

Benchmarking

Zentral verwaltete Schulen
Schulstandorte

Mitte
Carl Philipp Emanuel Bach Schule, Rheinsberger Str. 4-5, 10115 Berlin
Französisches Gymnasium, Derfflinger Str. 7, 10785 Berlin

Pankow
Abendgymnasium Prenzlauer Berg, Driesener Str. 22, 10439 Berlin

Charlottenburg-Wilmersdorf
Sportschule im Olympiapark - Poelchau-Schule, Prinz-Friedrich-Karl-Weg 1, 14053 Berlin
Nelson-Mandela-Schule, Pfalzburger Str. 23, 10719 Berlin
Filiale Pfalzburger Str. 30, 10717 Berlin
Filiale Babelsberger Str. 24-25, 10715 Berlin
Wangari-Maathai-Schule, Babelsberger Str. 24-25, 10715 Berlin

Steglitz-Zehlendorf
John-F.-Kennedy-Schule, Teltower Damm 87-93, 14167 Berlin

Treptow-Köpenick
Flatow-Oberschule, Birkenstr.11, 12559 Berlin (Schul- und Leistungssportzentrum)

Lichtenberg
Schul- und Leistungssportzentrum Hohenschönhausen (SLZB), Fritz-Lesch-Str. 27, 13053 Berlin

Reinickendorf
Schulfarm Insel Scharfenberg, Schwarzer Weg 101-105,13505 Berlin

Die Flatow-Oberschule, das Schul- Leistungssportzentrum und die Sportschule im Olympiapark Berlin – Poelchau-Schule sind Eliteschulen des Sports, die die Schülerinnen und Schüler mit dem Schwerpunkt Sportförderung zum Abschluss der 10. Klasse bzw. zum Abitur führen. Alle Bildungsabschlüsse sind an den Eliteschulen des Sports möglich.

Die Schülerinnen und Schüler aller Eliteschulen des Sports sind teilweise in Internaten untergebracht. Die Internatsunterbringung erfolgt im Haus der Athleten.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1024	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			4	4	5	5
Relativer Anteil			50	50	50	50
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	387	253	360	238	343	225
Relativer Anteil	60	40	60	40	60	40

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 7.534 €, Mitarbeitende: 5.208 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 7.326 €, Mitarbeitende: 5.199 €

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist keine Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten in den oberen Einkommensgruppen auf.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11110	**114**	**Kostenbeteiligung nach dem TKBG für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)**	**210.000**	**212.000**	**208.000**	**235.488,89**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 67115.

Kostenbeteiligung der Eltern gemäß Tagesbetreuungskostenbeteiligungsgesetz (TKBG) für die Betreuung und Beköstigung von Kindern in der ergänzenden Förderung und Betreuung;
hier: öffentliche Grundschulen in Kooperation mit Trägern der freien Jugendhilfe.

11112	**114**	**Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**460.081,34**

Einnahmen aus der Unterbringung in den Internaten.

11979	**114**	**Verschiedene Einnahmen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**18.324,22**

Insbesondere Gebühren für Beglaubigungen, Fotokopien, Ersatz von Fernmeldegebühren u. a.

11992	**114**	**Zweckgebundene Einnahmen aus Eigenanteilen der Schülerinnen und Schüler für Lernmittel**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 52591.

12401	**114**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**79.324,15**

Einnahmen aus der Vermietung von Hausmeisterwohnungen und Räumen.

	2024	2025
Schul- und Leistungssportzentrum Schulstandort Fritz-Lesch-Str. 27	74.000 €	74.000 €
Flatow-Oberschule	6.000 €	6.000 €
Schulfarm Insel Scharfenberg	40.000 €	40.000 €
Gesamt	120.000 €	120.000 €

12516	**114**	**Einnahmen aus eigenem Handeln der Schule**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-1,00**

Zweckbindungsvermerk:
80 % der Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei dem Titel 52516.
Eine Pauschale von 20 % für die Nutzung des Schulgebäudes (Bewirtschaftungskosten) verbleibt im Landeshaushalt.

23190 (neu)	**114**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**		
27290 (neu)	**114**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**		
27293	**114**	**Sonstige zweckgebundene Zuschüsse von der EU (nur Haushaltswirtschaft)**	**—**	**—**	**—**	**78.100,00**
28290	**114**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**55.452,82**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890, 52594, 54690 und 68190.

Für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln von privaten Zuwendungsgebern/-geberinnen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
33190	**114**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**	**1.340.000**	**—**	**2.150.000**	**212.721,83**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 89360.				

Der Bund beteiligt sich entsprechend des Zuwendungsbescheides an den Baukosten für das Nachwuchsleistungszentrum 1. FC Union Berlin (vgl. auch Erläuterung zu 89360). Auf der Grundlage der bei Titel 89360 gebildeten Ansätze werden folgende Einnahmen erwartet: 2024 1.340.000 €.

33401	**114**	**Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes**	**751.000**	**1.560.000**	**1.459.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 81210, 89140 und 89150.				
35920	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35921	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35922	**850**	**Entnahme aus der Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**2.943.000**	**2.414.000**	**4.457.000**	**1.139.492,25**
		Prozentuale Veränderung	**-34,0 %**	**-18,0 %**		

Ausgaben

42201	**114**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**10.385.000**	**10.801.000**	**11.868.000**	**9.919.304,59**
42701	**114**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**20.000**	**20.000**	**5.000**	**24.270,00**

Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung und im Ganztag. Wie zum Beispiel:
- Workshops im Rahmen schulischer Veranstaltungen
- Unterstützung Electives Global Studies Junior (Nachhaltigkeit, Antirassismus, Antidiskriminierung)
- Zusatzangebote (zum Beispiel Deutschkurse)

42703	**114**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**59.557,80**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42813 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42790	**114**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 2.908,62**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu dem Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
42801	**114**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**5.232.000**	**5.441.000**	**5.314.000**	**4.764.623,42**
42805	**114**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**28.356.000**	**29.490.000**	**28.563.000**	**26.939.265,38**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42805 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42811	**114**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**64.500**	**67.100**	**79.300**	**61.289,52**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42813	**114**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten zur eigenverantwortlichen Unterrichtsversorgung**	**1.000**	**1.000**	**1.350.000**	**2.166.206,73**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 67127 in den Kapiteln 1015 bis 1024.				
42815	**114**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte**	**22.800**	**23.700**	**1.000**	**21.294,61**

Deckungsvermerk:
Der Titel 42815 ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 2940, Titel 42401, im Übrigen deckungsfähig gem. § 20 LHO.

42861	**253**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**309.357,71**
42890	**114**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu dem Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
44100	**114**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**628.000**	**647.000**	**498.000**	**592.151,79**
45300	**114**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**73.800**	**73.800**	**43.000**	**49.750,00**

Ausgaben für die Reisekosten für die Lehrkräfte der John-F.-Kennedy-Schule (gemäß § 1 Absatz 4 sowie § 7 Absatz 1 JFKSchulG) und die Umzüge des nichtpädagogischen Personals.

51140 (neu)	**114**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**10.500**	**10.500**		
51420	**129**	**Beköstigung**	**1.593.000**	**1.593.000**	**1.593.000**	**1.312.656,13**

Kosten des Landes Berlin für Schulessen.

	Schule	Jahrgangsstufe	Zumessung 2024	Zumessung 2025
a)	Schul- und Leistungssportzentrum	01/06	139.000 €	139.000 €
b)	Nelson-Mandela-Schule	01/06	421.000 €	421.000 €
c)	Wangari-Maathai-Schule	01/04	200.000 €	200.000 €
d)	Poelchau-Oberschule	05/06	25.000 €	25.000 €
e)	Franz. Gymnasium	05/06	100.000 €	100.000 €
f)	John-F.-Kennedy-Schule	01/06	690.000 €	689.000 €
g)	Musikgymnasium	05/06	18.000 €	18.000 €
	Gesamt		1.593.000 €	1.593.000 €

In den unter a) genannten Beträgen ist die Abendessenversorgung im Rahmen der Internatsunterbringung am Schul- und Leistungssportzentrum (Haus der Athleten) enthalten.

51715	**114**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**7.121.000**	**7.264.000**	**6.981.000**	**6.827.480,54**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				

Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) befindlichen zentral verwalteten Schulliegenschaften.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**114**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**19.338.000**	**19.338.000**	**21.369.000**	**18.907.419,36**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben für Mietkosten für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) befindlichen zentral verwalteten Schulliegenschaften.

51925	**114**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.202.000**	**1.202.000**	**1.202.000**	**1.552.000,00**

Ausgaben für nutzerspezifische Nebenkosten für die im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) befindlichen zentralverwalteten Schulliegenschaften.

	2024	2025
Anteil Wartungskosten	202.000 €	202.000 €
Anteil Nutzerspezifischer Maßnahmen.....	1.000.000 €	1.000.000 €
	1.202.000 €	1.202.000 €

51990	**114**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**— R 2.307,90**
52509	**114**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**781.000**	**781.000**	**781.000**	**641.114,61**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 52509 sind in den Kapiteln 1021 - 1024 jeweils nur gegenseitig deckungsfähig; im Übrigen deckungsberechtigt.

Lernmittel sind für Schülerinnen und Schüler bestimmt. Dazu gehören Schulbücher, ergänzende Druckschriften, andere Unterschriftsmedien.

Erneuerung, Ergänzung und Unterhaltung der Klassen- und Fachraumausstattung einschl. der Geräte der IuK-Technik, Verbrauchsmittel für die IuK-Technik, Software, Updates und Lizenzgebühren.

52516	**114**	**Ausgaben im Rahmen der schulischen Eigenverantwortung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 2.880,00**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Vergleiche auch Erläuterung zu Titel 12516. Ausgaben dürfen nur in Höhe von 80 % der eingegangenen Einnahmen beim Titel 12516 geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

52591	**114**	**Lernmittel aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11992. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen für die Beschaffung von Lernmitteln aus Eigenanteilen.

52594	**114**	**Lehrmittel aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**11.767,90 R 138.435,14**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52604	**114**	**Aufwendungen des Erziehungsdirektoriums**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**19.635,00**

Mittel für die Dienstleistungen, die für das Erziehungsdirektorium an der John-F.-Kennedy-Schule erbracht werden.

52703	**114**	**Dienstreisen**	**39.000**	**39.000**	**39.000**	**23.631,95**

Dienstreisekosten der Lehrkräfte insbesondere im Rahmen der Durchführung von Schülerfahrten nach dem Bundesreisekostengesetz (BRKG) und den Ausführungsvorschriften zu Veranstaltung der Schule (AV Veranstaltungen).

53101	**114**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der zentral verwalteten Schulen.

Angaben zum Gender Budget:

		2020		2021		2022	
		w	m	w	m	w	m
Absolut		*	*	*	*	*	*
Relativ		50%	50%	50%	50%	50%	50%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)		0,5T	0,5T	0,5T	0,5T	0,5T	0,5T
* eine genaue Reichweitenangabe ist nicht möglich							
Zielgruppe:	Allgemeine Öffentlichkeit, insbesondere Eltern, Schülerinnen und Schüler						
Zielsetzung:	Mit den diversen Broschüren und weiteren Publikationen wird die Öffentlichkeit über die zentralverwalteten Schulen informiert.						
Steuerungsmaßnahmen:	Die Materialien und Maßnahmen richten sich an alle Geschlechter gleichermaßen. Geschlechtssensitive Aspekte werden über die inhaltliche Ausgestaltung der jeweiligen Informationsmaterialien und in der Ansprache berücksichtigt (Auswahl von Bildern, von Beispielen und im Text).						

53405	**114**	**Sachausgaben gemäß § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 5 Schulgesetz**	**357.000**	**357.000**	**367.000**	**331.651,15**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 53405 sind in den Kapiteln 1021 bis 1024 gegenseitig deckungsfähig und deckungspflichtig gegenüber den Ausgaben des Titels 52703. Es besteht keine Deckungsberechtigung gegenüber anderen Titeln.

Sachmittel, die im Rahmen eines Schulbudgets den Schulen gemäß § 7 Abs. 5 Schulgesetz zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übertragen werden können.

54019	**114**	**Belehrung, Unterhaltung**	**4.200**	**4.200**	**4.200**	**1.542,00**

Ausgaben für die kulturelle Betreuung und Material für Arbeitsgemeinschaften der Internatsschüler des Schul- und Leistungssportzentrum, Schulstandort Fritz-Lesch-Str. 27 und der Flatow-Oberschule.

54038	**114**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**190,10**

Gebühren der einziehenden Geldinstitute für Rücklastschriften.

54077 (neu)	**114**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

54690	**114**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**9.734,39 R 59.472,33**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu dem Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen für sonstige sächliche Verwaltungsausgaben.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54691	**114**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen (nur Haushaltswirtschaft)**	**—**	**—**	**—**	**—** **R 78.100,00**
67115	**114**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort)**	**1.632.000**	**1.632.000**	**1.632.000**	**1.520.654,37**

Erstattung von Kosten für die ergänzende Förderung und Betreuung der Kinder an Grundschulen und Schulen mit offenem bzw. gebundenem Ganztagsangebot durch freie Träger der Jugendhilfe; dies umfasst auch Zuschläge für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache sowie Kinder, die in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen und in Wohngebieten mit sozial benachteiligten Bedingungen leben und Zuschläge für Kinder mit Behinderungen bei integrativer Förderung.

Beim Einnahmetitel 11110 werden die Elternbeiträge für die ergänzende Förderung und Betreuung von Kindern in schulischen Betreuungsangeboten nachgewiesen, die in gleicher Höhe über den Ausgabentitel 67115 ausgereicht werden (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11110). Ausgaben von bis zu jeweils 210.000 € in 2024 bzw. 212.000 € in 2025 dürfen nur geleistet werden, sofern entsprechende Einnahmen beim Titel 11110 eingegangen sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

67127	**114**	**Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.710,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei 42213, 42703 und 42813 in den Kapiteln 1015 bis 1024.

Erstattung von Kosten für pädagogische Projekte an juristische Personen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung.

67131	**114**	**Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen**	**3.500.000**	**3.500.000**	**2.811.000**	**3.575.158,93**

Erstattung von Kosten der Ganztagsangebote der Schulen nach der „Rahmenvereinbarung über die Leistungserbringung und Finanzierung der ergänzenden Betreuungsangebote an Grundschulen mit offenem und gebundenem Ganztagsangebot durch freie Träger der Jugendhilfe“.

Mehr aufgrund der Anpassung des Ansatzes an einen gestiegenen Betreuungsbedarf, sowie gestiegene Personalkosten.

68190	**114**	**Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—** **R 10.200,66**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu dem Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuwendungen für Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen.

68262	**114**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Finanzierung von Ausgaben des SILB zur Vorbereitung von Baumaßnahmen, für die Bauplanungsunterlagen aufgestellt werden dürfen und für die Baumittelzuweisungen im jeweiligen Haushaltsjahr nicht bereitstehen. Aus dem Titel können auch Ausgaben zur Erstellung der Bedarfsprogramme geleistet werden. Zu den vorbereitenden Maßnahmen gehören insbesondere
- die Heranziehung freischaffender Architekten und Ingenieure
- die Durchführung von Wettbewerben
- die Zahlung von Räumungsentschädigungen u.a.

für Gesamtsanierung der John-F.-Kennedy-Schule, für Umbau und Sanierung von Internatsräumen der Flatow-Schule, für Umbau und Sanierung Haus 2 des Schul- und Leistungssportzentrum Berlin, Haus der Athleten sowie für investive Maßnahmen bei der Wangari-Maathai-Schule.

Die für die einzelnen Baumaßnahmen tatsächlich verauslagten Bauvorbereitungsmittel sind aus den entsprechenden Zuweisungsmittelansätzen an den Titel 26109 – Erstattung von Bauvorbereitungsmitteln – zu erstatten, sobald die Zuweisungsmittel verfügbar sind.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68419	**322**	**Förderung des Sports**	**132.000**	**135.000**	**129.000**	**129.000,00**

Zuschüsse an Verbände zur Förderung des Sports für Schülerinnen und Schüler der Eliteschulen des Sports, insbesondere der Internatsunterbringung.

68579	**114**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
81209	**114**	**Investive IKT-Lehrmittel und -Unterrichtsmaterialien in Schulen**	**107.000**	**107.000**	**107.000**	**50.512,31**

Erneuerung und Ersatzbeschaffungen in den IT-Räumen. Die Beschaffungen dienen zur Aufrechterhaltung des Unterrichts und der Erfüllung des Bildungsauftrags.

81210	**114**	**Ausstattungsinvestitionen im Rahmen des Infrastrukturausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder**	**1.072.000**	**2.225.000**	**2.082.000**	**—**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 2.281.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**3.893.000**	**2.879.000**
Davon fällig 2025	**2.225.000**	
Davon fällig 2026	**1.083.000**	**1.474.000**
Davon fällig 2027	**585.000**	**1.405.000**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bei Kapitel 1010, Titel 89361, Kapitel 1024, Titel 81210, 89140 und 89150 und Kapitel 2710, Titel 88310 - 88322 sind gegenseitig deckungsfähig (Investitionsprogramm Ganztagsausbau).

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33401 und Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.308.000	0	0

Im Rahmen des Investitionsprogramms zum „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) auf Grundlage des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) und des Ganztagsfinanzhilfegesetzes (GaFinHG) stehen dem Land Berlin Finanzhilfen des Bundes für Investitionen in den quantitativen und qualitativen investiven Ausbau ganztägiger Bildung- und Betreuungsangebote für Grundschulkinder zur Verfügung. Der Bundesanteil an den finanzierten Maßnahmen beträgt höchstens 70 %.

Für den erforderlichen Kofinanzierungsanteil des Landes Berlin werden dem Innovationsförderfonds bisher nicht fest gebundene Mittel entnommen. Die Ausgabemittel für IFF-Projekte sind gesperrt. Die Aufhebung der Sperre ist bei der Senatsverwaltung für Finanzen zu beantragen.

81279	**114**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**125.000**	**125.000**	**125.000**	**121.495,62**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 51925.

Der Bedarf an investiven Beschaffungen an den zentralverwalteten Schulen ist anhaltend vorhanden, weil ansonsten die Ausstattungen der Schulen mit der technischen Entwicklung in den unterschiedlichen Ausbildungszweigen nicht mehr Schritt halten kann. Die Erhaltung einer modernen schulischen Ausbildung erfordert, dass diese an modernen, in der Wirtschaft bereits eingesetzten Maschinen und Geräten sowie Ausstattungen erfolgt.

Die Schulen beantragen die Beschaffungen beim Schulträger, der über ihre Umsetzung gemeinsam mit der Schulaufsicht entscheidet.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89140	**114**	**Zuschüsse an das SILB für Baumaßnahmen im Rahmen des Infrastrukturausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 81210

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89150	**114**	**Zuschüsse an das SILB für Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Infrastrukturausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 81210

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89360	**129**	**Zuschuss an den 1. FC Union Berlin**	**4.497.000**	**—**	**2.150.000**	**1.340.386,04**

Das Land Berlin beteiligt sich in Höhe von jeweils 8.800.000 € an den Baukosten für den Bauabschnitt A und B des Nachwuchsleistungszentrums 1. FC Union Berlin.

Der Bauabschnitt A umfasst das Gelände am Bruno-Bürgel-Weg 63, 12439 Berlin Treptow-Köpenick. Im Bauabschnitt A wird ein Multifunktionsgebäude gebaut, das die Jugendgeschäftsstelle, Kabinenbereiche, ein Internat im Zusammenhang mit der Flatow-Oberschule, sowie Medizin- und Physiotherapieräume beinhalten wird. Des Weiteren werden Trainingsanlagen realisiert werden. Diese umfassen 2 Naturrasenplätze, 2 Kunstrasenplätze sowie weitere ausbildungsspezifische Trainingsanlagen. Zu diesen Trainingsanlagen gehören technische Ausstattungen wie Beregnungs- und Beleuchtungsanlagen und Bodenheizungen.
Für den Bauabschnitt A liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen (BPU) vom 31.03.2020 mit Gesamtkosten über 18.110.000 € vor. Hinzu treten 1.769.206 € für die Schadstoffsanierung. Die Finanzierung der Gesamtkosten für den Bauabschnitt A stellt sich wie folgt dar:

Gesamtkosten BPU	18.110.000 €
Schadstoffsanierung	1.769.206 €
Summe	19.879.206 €

Schadstoffsanierung aus dem Bezirkshaushaltsplan	1.769.206 €
BPU aus Landeszuschuss	7.030.794 €
BPU aus Bundesmitteln	4.500.000 €
BPU Eigenanteil 1. FC Union Berlin	6.579.206 €
Summe	19.879.206 €

In einem weiteren Bauabschnitt B sollen ein Stadion, eine Sporthalle und eine sportbetonte Kindertagesstätte entstehen. Das Stadion soll als Austragungsort für die Punktspiele im Amateur- und Frauenfußballbereich dienen.

Von den veranschlagten Ausgaben dürfen in 2024 1.340.000 € nur geleistet werden, soweit entsprechende Einnahmen vom Bund eingegangen sind, vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zum Titel 33190; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

91920	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Schulgesetz-Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
91921	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 1 und 2 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**123.885,39**
91922	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 6 Schulgesetz (Sachausgaben)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**20.348,85**
		Gesamtausgaben	**86.338.800**	**84.922.300**	**89.137.500**	**81.432.046,19**
		Prozentuale Veränderung	**-3,1 %**	**-1,6 %**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1024				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	842.000	844.000	840.000	793.217,60
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	7.000	7.000	5.000	133.552,82
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	2.091.000	1.560.000	3.609.000	212.721,83
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	3.000	3.000	3.000	—
		Gesamteinnahmen	2.943.000	2.414.000	4.457.000	1.139.492,25
411-462		Personalausgaben	44.787.100	46.568.600	47.725.300	44.907.071,55
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	30.477.700	30.620.700	32.367.200	29.638.823,13
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.268.000	5.271.000	4.576.000	5.229.523,30
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	5.803.000	2.459.000	4.466.000	1.512.393,97
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	3.000	3.000	3.000	144.234,24
		Gesamtausgaben	86.338.800	84.922.300	89.137.500	81.432.046,19
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-83.395.800	-82.508.300	-84.680.500	-80.292.553,94

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung V für Aufgaben der obersten Landesjugendbehörde und des Landesjugendamtes (Familienförderung und frühkindlichen Bildung) wie auch für Zuschüsse an soziale Einrichtungen im Bereich der Tagesbetreuung und zur Qualitätsentwicklung in Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms.
Nach dem Gesetz zur Weiterentwicklung des bedarfsgerechten Angebotes und der Qualität von Tagesbetreuung (Kindertagesbetreuungsreformgesetz) werden die Ausgaben für die Finanzierung von Kindertagesstätten kommunaler und freier Träger in den Bezirkshaushalten veranschlagt.
Das Kapitel enthält auch die fachübergreifenden Einnahmen und Ausgaben des Kapitels 1041.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

B. Gender Budgeting

Um die Umsetzung der geschlechterrelevanten rechtlichen Vorgaben des Abgeordnetenhauses und des Senats (Drucksachen 15/190, 15/397, 15/1503, 15/415 und 15/601) zu fördern, hat der Landesjugendhilfeausschuss „Leitlinien zur Verankerung geschlechtsbewusster Ansätze in der pädagogischen Arbeit mit Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe“ verabschiedet. Die Leitlinien formulieren grundlegende pädagogische und strukturelle Standards für eine geschlechtsbewusste Ausgestaltung der Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft hat in einem „Jugend-Rundschreiben“ (Nr. 37/2006) den Geschäftsbereichen Jugend der Bezirksämter von Berlin die Umsetzung dieser „Leitlinien“ empfohlen. Die Standards sollen als Anregungen zur Gestaltung und Weiterentwicklung geschlechtergerechter Angebotsstrukturen für Mädchen und junge Frauen sowie Jungen und jungen Männer dienen.

Des Weiteren hat die Landesarbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII „geschlechterdifferenzierte Arbeit mit Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe“ im Auftrag des LJHA einen Bericht zum Stand der Entwicklung des Gender Budgeting in der Berliner Jugendhilfe vorgelegt, in dem ausdrücklich erwähnt wird, dass Gender Budgeting nicht einfach eine Verteilung der Haushaltsmittel von 50/50 bedeuten kann, sondern differenziert nach Handlungsfeldern und Zielgruppen zu betrachten ist. Diesen Vorstellungen folgend, wird in den einzelnen Feldern der Jugendhilfe untersucht, wie die Mittel für Mädchen und Jungen eingesetzt werden und ob diese Mittelverteilung so gewünscht und sinnvoll oder eventuell eine Umsteuerung notwendig ist. Ergeben sich aus der qualitativen Auswertung der Daten ggf. signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Beteiligung der Geschlechter und der finanziellen Ressourcenverteilung, werden die Ergebnisse mit qualitativen Fragestellungen für Umsteuerungsentscheidungen verbunden. Hierdurch soll langfristig eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter und mehr Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe sichergestellt werden.

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

63621 Beiträge an die Unfallkasse
67109 Erstattung von Kosten der Tageseinrichtungen für Kinder nach dem Kindertagesförderungsgesetz
68199 Unterstützungen und sonstige Geldleistungen aus Erbschaften
68356 Landeszuschüsse für Beschäftigung
68406 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
89360 Standardanpassungen in Einrichtungen des Fachvermögens der Abt. V und III

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			12	9	11	10
Relativer Anteil			57	43	52	48
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	120	41	116	29	115	29
Relativer Anteil	75	25	80	20	80	20

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 5.874 €, Mitarbeitende: 4.443 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 6.355 €, Mitarbeitende: 4.593 €

Die Beschäftigtenstruktur der o. g. Abteilung weist zwar Unterrepräsentanzen in den oberen Einkommensgruppen von weiblichen Beschäftigten bei den Führungskräften, jedoch keine Unterrepräsentanzen für weibliche Mitarbeitende auf. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt. Gründe für die niedrigeren Durchschnittseinkommen der weiblichen Mitarbeitenden könnten z. B. ein höherer Anteil an Teilzeitbeschäftigungen bzw. an der Zuordnung von niedrigeren Erfahrungsstufen (mehr neue Beschäftigte) sein.

Entgeltfreie Überlassung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen

	Objekt	Grund-stücks-fläche m²	Nutzfläche Im Gebäude m²		Jahresmiete a) vereinbart b) ortsüblich (ggf. geschätzt) c) Instandhal-tungspauschale €
1.	Jugend-, Erholungs- und Projektstätte	7.263	702	a)	entgeltfrei **)
	Schmöckwitz,			b)	22.300
	Krimnitzer Weg 6, 12527 Berlin,			c)	5.742
	genutzt von einem freien Träger	Mindereinnahmen:		*)	16.558
2.	Familien- und Jugenderholungsstätte	62.764	2.200	a)	entgeltfrei **)
	Kolberger Str. 13, 15754 Blossin,			b)	24.133
	genutzt von einem freien Träger			c)	27.976
		Mindereinnahmen:		*)	0
3.	Jugend- und Familiencamp	2.732	300	a)	entgeltfrei **)
	Am Jägersberg 20, 17419 Ahlbeck,			b)	7.185
	genutzt von einem freien Träger			c)	3.681
		Mindereinnahmen:		*)	3.504
4.	Wohnwagen Stellplatz Drei Linden	17.500	650	a)	entgeltfrei ****)
	Potsdamer Chaussee 61, 14109 Berlin			b)	200.000
	genutzt von einem freien Träger			c)	200.000
		Mindereinnahmen:		*)	0
5.	Sport- und Jugendfreizeitstätte	514	156	a)	entgeltfrei **)
	Frankfurter Allee 276, 10317 Berlin,			b)	31.479
	genutzt von einem freien Träger			c)	4.090
		Mindereinnahmen:		*)	27.389
6.	Bildungs- und Erholungsstätte der Berliner	32.641	2.824	a)	entgeltfrei **)
	Jugend,			b)	43.613
	An der Dubrow 21, 15752 Prieros,			c)	23.110
	genutzt von einem freien Träger	Mindereinnahmen:		*)	20.503
7.	Jugendbildungsstätte Kurt-Löwenstein (Werftpfuhl)	67.736	3.600	a)	entgeltfrei **) ***)
	Freienwalder Chaussee 8-10,			b)	54.196
	16356 Werneuchen			c)	55.986
	genutzt von diversen freien Trägern	Mindereinnahmen:		*)	0
8.	Jugendherberge „Liepnitzsee“,	4.966	750	a)	entgeltfrei **)
	Wandlitzer Str. 6, 16359 Lanke-Ützdorf			b)	7.962
	genutzt von einem freien Träger			c)	4.602
		Mindereinnahmen:		*)	3.360

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

	Objekt	Grund-stücks-fläche m²	Nutzfläche Im Gebäude m²		Jahresmiete a) vereinbart b) ortsüblich (ggf. geschätzt) c) Instandhal-tungspauschale €
9.	Jugendherberge Bad Saarow/Pieskow, Dorfstr. 20, 15526 Bad Saarow-Pieskow genutzt von einem freien Träger	14.586	2.047	a) b) c)	entgeltfrei **) 20.682 16.744
		Mindereinnahmen:		*)	3.938
10.	Freizeit- und Erholungszentrum in der Wuhlheide, An der Wuhlheide 169/171/173/189/195/205 und Str. zum FEZ 2, 12459 Berlin, genutzt durch diverse freie Träger	227.212	20.000	a) b)	entgeltfrei **) 454.424
		Mindereinnahmen:		*)	454.424
11.	Jugendkulturzentrum »Die Pumpe«, Lützowstr. 42, 10785 Berlin, genutzt von einem freien Träger	3.648	800	a) b)	entgeltfrei**) 96.800
		Mindereinnahmen:		*)	96.800
12.	Jugendherberge Berlin, Kluckstr. 3, 10785 Berlin genutzt von einem freien Träger	7.486	4635	a) b) c)	entgeltfrei**) 68.720 46.350
		Mindereinnahmen		*)	22.370
13.	Jugendtanzcafé, Ahornstr. 15a, 12163 Berlin genutzt vom BA Steglitz/Zehlendorf	532	782	a) b)	entgeltfrei **) 3.990
		Mindereinnahmen			3.990
14.	Klein Wall, 15537 Grünheide genutzt von einem freien Träger	25.413 Wasser 155	350	a) b) c)	entgeltfrei **) 375 3.500
		Mindereinnahmen:		*)	0
15.	Kita „Haus der Generationen“ MehrgenerationenKita Paul-Junius-Straße 64A u. 65B, 10367 Berlin genutzt von einem freien Träger	6755	2493	a) b) c)	teilweise entgeltfrei 13.824 **) 51.503 74.250
		Mindereinnahmen:		*)	0
16.	Möllendorfstr. 68, 10367 Berlin genutzt von einem freien Träger	4218	820	a) b) c)	entgeltfrei **) 51.503 74.250
		Mindereinnahmen:		*)	0
17.	Jugendherberge Ostkreuz, und Jugendthea-ter Stahl Marktstr. 9-12, 10317 Berlin genutzt von freien Trägern	12.229	12.013	a) b) c)	entgeltfrei **) 150.000 250.000
		Mindereinnahmen:		*)	0
	Summe der Mindereinnahmen				699.186

*) Der Nutzer ist stattdessen eigentümerähnlich gestellt, d. h. zum Beispiel verpflichtet für sämtliche Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten aufzukommen, die üblicherweise vom Vermieter getragen werden; sie übersteigen z. T. die orts-übliche Miete.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

**) Vorstehende Grundstücke sind Trägern der freien Jugendhilfe unter Beachtung der Voraussetzungen des § 47 Abs. 3 AG KJHG und der dazu erlassenen Ausführungsvorschriften zur entgeltfreien Überlassung von Räumen nach § 47 Abs. 3 AG KJHG (AV-R) unter Wert zur Nutzung zu überlassen.

***) Die Mieteinnahmen müssen zur Gebäudeinstandsetzung eingesetzt werden, da die Häuser einen großen Instandhaltungsrückstau haben.

****) Die Überlassung erfolgt entgeltfrei auf der Grundlage des Artikel 4 des Minderheitenschutzabkommens zur Förderung nationalen Minderheiten

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**011**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**337.000**	**337.000**	**330.000**	**339.870,42**

Gebühreneinnahmen nach der Verwaltungsgebührenordnung für die Ausstellung von Bescheinigungen gemäß § 4 Nr. 21 a), bb) UStG für die Erteilung der staatlichen Anerkennung, Zweitschriften und Bescheinigungen in den sozialpädagogischen Berufen.

11153	**290**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.400,00**

Einnahmen nach der Gebührenordnung für Eignungsprüfungen im Rahmen des Adoptionsvermittlungsverfahrens für das Ausland.

11901	**011**	**Veröffentlichungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Entgelt für die Weitergabe des Kindertagesstättenverzeichnisses.

11921	**290**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.800.000**	**1.800.000**	**1.800.000**	**3.349.985,30**

Rückzahlungen von Zuwendungen aus vergangenen Haushaltsjahren einschließlich Zinsen.

11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**71.638,58**
12401	**261**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**500.000**	**500.000**	**453.000**	**519.718,32**

Einnahmen aus der Überlassung zur Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen unter Wert

1. Mutter/Kind/Heim“, Windwallstr. 8, 12527 Berlin (genutzt durch eine Stiftung) (12.280 €)..... 12.280 €
2. Kita „Haus der Generationen“ MehrgenerationenKita Paul-Junius-Straße 64A u. 65B, 10367 Berlin (genutzt von einem freien Träger) (13.824 €) ..... 13.824 €

26.104 €
rd. 26.100 €

Weitere Einnahmen werden erwartet für die Vermietung der UMA-Gebäude (473.900,- €).

12404	**262**	**Erbbauzinsen**	**22.900**	**22.900**	**22.900**	**22.817,88**

Erbbauzinsen von einem freien Träger für die Nutzung von Teilflächen der Grundstücke Muskauer Str. 33/34.

16210	**812**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere Zinsleistungen von karitativen Verbänden für die in den Jahren 1956 bis 1960 für Baumaßnahmen und Beschaffungen gewährten Darlehen für die Errichtung von Heimplätzen.

23391	**270**	**Kommunale Kostenerstattung für Kinder anderer Bundesländer in Berliner Tageseinrichtungen**	**70.000**	**70.000**	**70.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 67191.

Einnahmen für die Unterbringung von Brandenburger Kindern in Berliner Sonderkindertagesstätten.

28290	**290**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**27.000**	**27.000**	**119.000**	**236.750,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42790, 42890, 51190 und 54690.

Zuwendungen werden erwartet für das Landesprogramm „Kitas bewegen, für die gute gesunde Kita“, sowie aus Rückflüssen von Zuschüssen aus der Lotterie „PS Sparen und Gewinnen“.
Weniger wegen Beendigung des Bundesprogramms „Kindertagespflege“.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
29899	**290**	**Erbschaften für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68199.

Einnahmen aus letztwilligen Verfügungen oder aus der Vollziehung erbrechtlicher Auflagen zugunsten Berlins.

33493	**270**	**Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**16.661.907,20**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 89393.

Im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2020-2021 standen Berlin für die Förderjahre 2020 bis 2021 Bundesmittel in Höhe von insgesamt 49.024.047 € zur Verfügung. Die Mittel können beim Bund zur Begleichung fälliger Zahlungen abgerufen werden.

33494	**270**	**Zuweisungen für Investitionen aus dem Bundesprogramm zum Ausbau der Kindertagesbetreuung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.868.475,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 89394.

Im Rahmen des Investitionsprogramms „Kindertagesbetreuungsfinanzierung 2017-2020“ standen Berlin für die Schaffung zusätzlicher Plätze in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege Bundesmittel in Höhe von insgesamt 54.933.698 € zur Verfügung. Die Mittel können beim Bund zur Begleichung fälliger Zahlungen abgerufen werden.

		Gesamteinnahmen	**2.772.900**	**2.772.900**	**2.810.900**	**24.081.562,70**
		Prozentuale Veränderung	**-1,4 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201	**011**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**5.100**	**5.100**	**5.100**	**5.100,00**

Entschädigung der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses und dessen Unterausschüsse nach Maßgabe der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen.

42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.358.000**	**3.492.000**	**3.589.000**	**3.018.156,18**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**26.800**	**26.800**	**26.800**	**48.298,50**

Ausgaben für die Familienpolitik (1 T€) sowie für die Gewinnung von Fachkräften für die Kindertagesbetreuung (25.710 €).

42790	**290**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**15.000**	**15.000**	**101.000**	**77.724,60 R 237.579,29**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Mittel für Honorare.

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**7.933.000**	**8.328.000**	**7.667.000**	**6.759.926,36**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**36.100**	**407.083,74**

Die 4 Beschäftigungspositionen, die entsprechend der Befristung der Bundesmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz mit Ablauf des 31.12.2024 wegfallen, werden im Wege der Deckungsfähigkeit aus dem Titel 68635 finanziert (siehe entsprechender Deckungsvermerk beim abgebenden Titel).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42890	**263**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**83.800,62** **R 33.273,09**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**148.000**	**152.000**	**204.000**	**141.839,73**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**213.782,16**

Ausgaben u.a. für Fachbücher und Gesetzestexte.

Mehr in 2022 für persönlichen Schutzbedarf zur Bekämpfung der Pandemie und zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes in Form von FFP2-Masken und medizinischen Masken für Kitas und stationäre Jugendhilfe- und Eingliederungshilfeeinrichtungen.

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere für die Ausstattung der Jugendhilfeplanung.

51190	**290**	**Geschäftsbedarf, Geräte, Gebrauchsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—** **R 6.092,04**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Geschäftsbedarf

51426	**270**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**12.664.415,12**
51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**772.000**	**787.000**	**756.000**	**760.452,88**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**2.409.000**	**1.622.000**
Davon fällig 2025	**787.000**	
Davon fällig 2026	**803.000**	**803.000**
Davon fällig 2027	**819.000**	**819.000**

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	856.000	856.000	0

Bedarfsgerechter Ausbau der Anzahl der Plätze für junge Menschen im Übergang in ein eigenständiges Leben und stationäre Clearingplätze für junge unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

51715	**290**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**40.000**	**40.000**	**42.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Bedarfsgerechter Ausbau der Anzahl der Plätze für junge unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	
51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**1.100.000**	**1.122.000**	**1.078.000**	**1.005.217,11**	
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.					
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**2.000.000**			
		Davon fällig 2025	**1.000.000**				
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**			
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**1.000.000**			

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.085.000	1.095.000	0

Bedarfsgerechter Ausbau der Anzahl der Plätze für junge Menschen im Übergang in ein eigenständiges Leben und stationäre Clearingplätze für junge unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

51820	**290**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**60.000**	**60.000**	**60.000**		**—**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.					

Bedarfsgerechter Ausbau der Anzahl der stationären Clearingplätze für junge unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

51925	**290**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**135.000**	**135.000**	**135.000**		**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.					
		Verpflichtungsermächtigung	**270.000**	**135.000**			
		Davon fällig 2025	**135.000**				
		Davon fällig 2026	**135.000**	**135.000**			

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	135.000	135.000	0

Bedarfsgerechter Ausbau der Anzahl der Plätze für junge Menschen im Übergang in ein eigenständiges Leben und stationäre Clearingplätze für junge unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**2.100**	**2.100**	**2.100**	**5.884,00**	

Ausgaben für Mitarbeiter/innen für die Teilnahme an Fachtagungen/Veranstaltungen.

52514	**270**	**Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung nach PISA**	**215.000**	**215.000**	**225.000**	**196.455,41**	

Veröffentlichungen, die im Rahmen der verbindlichen Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms und der gleichfalls verbindlichen Arbeit mit dem Sprachlerntagebuch fortlaufend den Kindern und Eltern zur Verfügung gestellt werden müssen.

	2024	2025
1. Sprachlerntagebücher (150.000 €)	140.000 €	140.000 €
2. Kurzinformation zum Bildungsprogramm (25.000 €)	25.000 €	25.000 €
3. Nachdruck des Bildungsprogramms (10.000 €)	10.000 €	10.000 €
4. Entwicklung und Erprobung von Beobachtungsinstrumenten und Dokumentationsformen (10.000 €)	10.000 €	10.000 €
5. Materialien zur Sprachstandsfeststellung (15.000 €)	15.000 €	15.000 €
6. Materialien zur Zertifizierung der Europakitas (5.000 €)	5.000 €	5.000 €
7. Anpassung des Bildungsprogramms an das System Kindertagespflege (10.000 €)	10.000 €	10.000 €
Gesamt	215.000 €	215.000 €

.Zu 1. Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**011**	**Dienstreisen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**7.871,59**

Aufwendungen für dienstlich notwendige Reisen.

54010	**270**	**Dienstleistungen**	**2.276.000**	**7.226.000**	**2.419.000**	**2.441.859,54**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**5.955.000**	**4.000.000**
Davon fällig 2025	**1.955.000**	
Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**
Davon fällig 2027	**2.000.000**	**2.000.000**

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.979.000	1.979.000	0

		2024	2025
1.	Dienstleistungen im Rahmen des Kita-Ausbaus (1.000 €)	1.000 €	1.000 €
2.	Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms für Kindertagesstätten, fortlaufende wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Umsetzung des Bildungsprogramms durch ein Qualitätsinstitut, Folgeprojekte aus Evaluationsergebnissen zur Nachsteuerung sowie Neuentwicklung eines Evaluationskonzeptes für die Kindertagespflege (1.290.000 €)	1.290.000 €	1.290.000 €
3.	Flexibilisierung Kindertagesbetreuung (578.000 €)	200.000 €	200.000 €
4.	Qualifizierungskurse Kindertagespflegepersonen (249.000 €)	249.000 €	249.000 €
5.	Schulversuch Geflüchteter in die Erzieher/-innenausbildung (80.000 €)	0 €	0 €
6.	Dienstleistung im Rahmen „Zeit für Anleitung“ (71.000 €)	71.000 €	71.000 €
7.	Digitalisierung Medienbildung, Kindertagesbetreuung (0 €)	0 €	5.000.000 €
8.	Erzieherinnen- und Erzieherausbildung „Wortlaut“ (150.000 €)	0 €	0 €
9.	Erhebung Sanierungsbedarf Jugendfreizeiteinrichtungen (0 €)	265.000 €	265.000 €
10.	Kinder- und Jugendbericht (0 €)	200.000 €	150.000 €
	Gesamt	2.276.000 €	7.226.000 €

Zu 1. Finanzierung der Regiestelle für das Landesprogramm Kitaausbau (siehe Deckungsvermerk bei 1040/89370).
Zu 3. Weniger wegen Einstellung der Maßnahme. Aufrechterhaltung von Fortbildungsangeboten.
Zu 5. Weniger wegen Beendigung der Maßnahme im I. Quartal 2023.
Zu 7. Mehr wegen der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie für das Gesamtsystem der Kindertagesbetreuung sowie für die medienpädagogischen Fort- und Weiterbildungsangebote.
Zu 9. Mehr wegen Entwicklung eines Konzepts für die Sanierung und Neubau von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (Maßnahme aus dem Gipfel zur Prävention von Jugendgewalt).
Zu 10. Mehr wegen Entwicklung und Erstellung eines Kinder- und Jugendberichts (Maßnahme aus dem Gipfel zur Prävention von Jugendgewalt).

54034	**011**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen der Selbstversicherung nach den Haftpflicht- und den Eigenschädengrundsätzen.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**6.000**	**6.000**	**8.000**	**4.807,59**

Veranstaltungen im Zusammenhang mit den Aufgaben der Abt. V, insbesondere zur Tagesbetreuung.

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**753,50**

54690	**290**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**10.000**	**10.000**	**16.000**	**29.569,52 R 105.474,52**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Zuschüsse aus Rückflüssen der Lotterie „PS Sparen und Gewinnen“ und aus dem Landesprogramm „Kitas bewegen für die gute und gesunde Kita“.

63201	**011**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**18.000**	**18.000**	**18.000**	**21.500,70**

Ausgaben Fachkräfteportal (5 T€) sowie für das Deutsche Jugendinstitut (DJI) (13 T€).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63621	**270**	**Beiträge an die Unfallkasse**	**3.880.000**	**3.880.000**	**3.880.000**	**3.534.270,81**

Versicherungsbeiträge für Kinder während des Besuchs von Kindertagesstätten freier Träger und in Tagespflege an die Unfallkasse Berlin.
Es handelt sich um eine Pflichtleistung, wonach die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie nach der Satzung der Unfallkasse zur Zahlung verpflichtet ist.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
Kita	W	M	W	M	W	M
Absolut	80.372	83.968	79.960	83.065	80.372	83.968
Relativ	48,91 %	51,09 %	49,05 %	50,95 %	48,91 %	51,09 %
Ressourcen (in Tsd. €)	1.879	1.962	1.987	2.064	1.856	1.939

	2020		2021		2022	
Kindertagespflege	W	M	W	M	W	M
Absolut	2.549	2.769	2.708	2.948	2.549	2.769
Relativ	47,93 %	52,07 %	47,88 %	52,12 %	47,93 %	52,07 %
Ressourcen (in Tsd. €)	58	64	59	64	58	64

Zielgruppe	Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung möglich

67101	**262**	**Ersatz von Ausgaben**	**21.600**	**21.600**	**12.128.000**	**17.167.567,22**

		2024	2025
1.	Beiträge für Grundstücke des Fachvermögens (20.000 €)	20.000 €	20.000 €
2.	Landeselternausschuss Berliner städtischer Kindertagesstätten (1.600 €)	1.600 €	1.600 €
3.	Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Kitas (Erzieher/innen) (12.106.400 €)	0 €	0 €
		21.600 €	21.600 €

Zu 3. Finanzierung erfolgt künftig aus Titel 68635.

67109	**270**	**Erstattung von Kosten der Tageseinrichtungen für Kinder nach dem Kindertagesförderungsgesetz**	**2.953.000**	**2.953.000**	**2.953.000**	**4.607.147,55**

Ausgaben im Zusammenhang mit der Abwicklung des Kita-Altverfahrens (Zuwendungsprüfung) sowie Leistungen an Tageseinrichtungen für behinderte Kinder in heilpädagogischen Gruppen in freier Trägerschaft.

Teilfinanzierung der Qualitätsverbesserungen ab 2019 und des geplanten Platzausbaus aus den Bundesmitteln nach dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiQuTG – Gute-Kita-Gesetz) (siehe Deckungsvermerk 1040/68635).

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	22	56	22	56	22	56
Relativ	28 %	72 %	28 %	72 %	28 %	72 %
Ressourcen (in Tsd. €)	1.264	3.251	1.487	3.825	820	2.109

Zielgruppe	Kinder und Jugendliche
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung erforderlich

67191	**270**	**Erstattung von Kosten für Kinder anderer Bundesländer in Berliner Tageseinrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**70.000**	**70.000**	**70.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23391. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben für die Unterbringung von Brandenburger Kindern in Berliner Sonderkindertagesstätten.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68170	**259**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - Kitaausflüge**	**156.000**	**156.000**	**156.000**	**40.595,42**

Die Ausgaben für die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT – Kitaausflüge) beruhen auf Bundesrecht (§§ 28 und 29 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes, §§ 34 und 34 a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und § 3 Abs. 4 Asylbewerberleistungsgesetz).

68174	**290**	**Leistungen außerhalb der Sozialhilfe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sonderaufwendungen im Rahmen der Adoptionsvermittlung.

Angaben zum Gender Budget:
Geschlechtssensitive Daten schwanken, da hier Einzelfälle vorliegen.

68181	**259**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - Mittagsverpflegung Kita**	**8.350.000**	**9.000.000**	**7.280.000**	**6.660.523,01**

Die Ausgaben für die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT – Mittagsverpflegung) beruhen auf Bundesrecht (§§ 28 und 29 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes, §§ 34 und 34 a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und § 3 Abs. 4 Asylbewerberleistungsgesetz).
Mehr im Zusammenhang mit dem Starke-Familien-Gesetz (StaFamG).

68199	**290**	**Unterstützungen und sonstige Geldleistungen aus Erbschaften**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.100,00** **R 627.848,68**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 29899. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Angaben zum Genderbudget:

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	3	3	3	3	0	2
Relativ	50 %	50 %	50 %	50 %	0 %	100 %
Ressourcen (in Tsd. €)	2,6	2,6	2,8	2,8	0	1,1

Zielgruppe	Kinder und Jugendliche (Mündel)
Zielsetzung	Unterstützungen von Kindern und Jugendlichen entsprechend des Testamentswillens
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung möglich

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68356	**253**	**Landeszuschüsse für Beschäftigung**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**14.999,04**

Zur unterstützenden Pflege/Instandhaltung des Kinder-, Jugend- und Familienzentrums in der Wuhlheide wird Beschäftigungsförderung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik fortgeführt.
Es handelt sich hier um Sachkostenzuschüsse zur Ergänzung von Beschäftigungsmaßnahmen zur Förderung von Arbeitsverhältnissen.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	3	17	3	22	3	17
Relativ	15 %	85 %	15 %	85 %	15 %	85 %
Ressourcen (in Tsd. €)	2	13	2	13	2	13

Zielgruppe	Beschäftigte
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung erforderlich

Es handelt sich um körperlich schwere Arbeit in der Bauunterhaltung.

68406	**290**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**17.911.000**	**22.867.000**	**15.642.000**	**16.303.401,00**

		2024	2025
1	Zuschüsse an Kinder- und Jugendambulanzen zur therapeutischen Versorgung von Kindern in Kindertageseinrichtungen (14.283.700 €)	15.283.700 €	18.883.700 €
2.	Fachstelle Care-Management (335.000 €)	250.000 €	250.000 €
3.	Versorgungskoordination Kinder und Jugendliche (VKKiJu) für Familien mit pflegebedürftigen, versorgungsintensiven Kindern und Jugendlichen (800.000 €)	800.000 €	800.000 €
4.	Verstetigung der Tarifanpassung (223.000 €)	577.300 €	933.300 €
5.	Sanierungsprogramm für Stadtteil- und Familienzentren (0 €).....	1.000.000 €	2.000.000 €
	Gesamt	17.911.000 €	22.867.000 €

Zu 1. Mehr wegen Tarifanpassungen sowie Fortführung der Finanzierung des heilpädagogischen Fachdienstes (bis 2024 aus dem Kita-Qualitätsgesetz, 1040/68635).
Zu 2. Weniger in Anpassung an Ist.
Zu 4. Mehr wegen Verstetigung der Tarifanpassung.
Zu 5. Mehr wegen des Sanierungsprogramms für Stadtteil- und Familienzentren als Maßnahme des Gipfels zur Prävention von Jugendgewalt.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Teilansatz 1						
Absolut	2.683	5.835	2.966	6.450	2.683	5.835
Relativ	31,5%	68,5%	31,5%	68,5%	31,5%	68,5%
Ressourcen (in Tsd. €)	4.127	8.975	4.262	9.267	4.756	10.341

Zielgruppe	Kinder und Jugendliche
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung erforderlich

68407	**270**	**Zuschüsse im Rahmen des Kita-Ausbauprogramms**	**1.000**	**1.000**	**4.661.000**	**2.360.937,15**

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
VE Plan 2023	3.000.000	0	0

Konsumtive Zuschüsse an Träger zur Schaffung vorschulischer Betreuungsplätze (z. B. Starthilfemaßnahmen siehe Deckungsvermerk bei Titel 89370).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68436	**270**	**Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuung in Kindertagesstätten**	**6.214.000**	**6.216.000**	**3.251.000**	**3.037.226,38**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.600.000**	**1.600.000**		
		Davon fällig 2025	**1.600.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.600.000**		

Der Teilansatz 6 ist bestimmt zur Finanzierung modellhafter Erprobung innovativer pädagogischer Ansätze, u. a. im Bereich der sprachlichen Förderung und Kitasozialarbeit (verbindliche Erläuterung).

	2024	2025
1. Ausweitung der Qualifizierung der naturwissenschaftlich-technischen Bildungsarbeit der Kindertagesstätten“ (90.030 €)	90.030 €	90.030 €
2. Landesprogramm „Kitas bewegen, für die gute gesunde Kita“ (309.750 €)	309.750 €	309.750 €
3. Zuschüsse an das KinderKünsteZentrum und das TUKI - Theater und Kita der JugendKulturService gGbmH (400.520 €)	400.520 €	400.520 €
4. Masterplan Integration und Sicherheit - Kita-Angebote für Geflüchtete: Sprungbrettangebote, Frühkindliche Bildung vor Ort (FBO), Modellkitas, Sprachmittler (550.000 €)	2.045.000 €	2.045.000 €
5. Gesamtstädtisches Angebot zur Unterstützung der Kitas in der Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms (BBP) in den Bildungsbereichen MINT und Digitalisierung (1.600.000 €)	0 €	0 €
6. Modellhafte Erprobung innovativer pädagogischer Ansätze (300.000 €)	0 €	0 €
7. Projekt Geräuschmusik (0 €)	50.000 €	50.000 €
8. Verstetigung der Tarifanpassung (0 €)	118.430 €	120.430 €
9. Modellprojekt zur Kitasozialarbeit (0 €)	3.200.000 €	3.200.000 €
Gesamt	6.213.730 €	6.215.730 €
rd.	6.214.000 €	6.216.000 €

Zu 4. Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf infolge gestiegener Zugangszahlen (kontinuierliche Bereitstellung der Angebote).
Zu 7. Umsetzung des Projektes von der SenKultGZ
Zu 8. Verstetigung der Tarifanpassung 2022 bis 2025
Zu 9. Ergebnis des Gipfels zur Prävention von Jugendgewalt.

68460 (neu)	**266**	**Zuschüsse an Einrichtungen der freien Jungendhilfe für Standardanpassungen**	**1.100.000**	**1.100.000**	**350.000**	**309.202,34**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 700.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Wurde bislang bei 89360 nachgewiesen.

		Verpflichtungsermächtigung	**1.050.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			
		Davon fällig 2026	**350.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2027	**350.000**	**350.000**		

Für die Erhaltung bzw. Fortentwicklung des Fachvermögens der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung bedarf es der baulichen Unterhaltung. Zu den Sanierungs- und/oder Anpassungsmaßnahmen zählen u. a. die Ertüchtigung von Brandschutzanlagen, die Untersuchungen und Erstellung von Fachplanungsunterlagen sowie kleine bauliche Maßnahmen. Gemäß der politischen Schwerpunktsetzung "Berlin klimafreundlicher und klimaneutral zu gestalten und zu entwickeln", dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm sowie gemäß des EWG Bln sind Sanierungsfahrpläne zu erarbeiten und umzusetzen.
Zur Aufrechterhaltung des Betriebes der 3 bestehenden Gebäude des Berliner Notdienst Kinderschutz (BNK) sind bauliche Erweiterungen, z.B. Heizungsumstellungen, erforderlich.
In den Jahren 2024 und 2025 sind ferner bauliche Maßnahmen zur Fortentwicklung des Campus Wuhlheide (Landesmusikakademie) vorgesehen.

68579	**011**	**Mitgliedsbeiträge**	**13.400**	**13.400**	**13.400**	**10.515,00**

Ausgaben für das Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht.
Als Ausnahme der Bruttoveranschlagung werden die finanziellen Beteiligungen der Bezirke für den Beitrag an das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht bei dem Titel 68579 vereinnahmt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68635	**270**	**Zuschüsse nach dem Qualitätsentwicklungsgesetz Kindertagesbetreuung**	**79.000.000**	**49.154.000**	**37.152.000**	**36.835.725,28**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.
Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei Kapitel 1040 Titel 42701, 42811, 54010, 67101, 67109 und 68406 sowie ggü. Kapitel 1000 Titel 51185, 81240, 81243 und 81244. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen..

Die im Rahmen des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz – KiQuTG) im Jahr 2024 zur Verfügung gestellten Bundesmitteln werden zur Stärkung der Qualität in der Frühkindlichen Bildung bereitgestellt. Es werden unter anderem Maßnahmen zur Stärkung bedarfsgerechter Beratungs- und Betreuungsangebote für die Teilhabe von Kindern mit Behinderung, zur Unterstützung des Quereinstiegs und der Fachkräftegewinnung in das Berufsfeld Kindertagesbetreuung, zur Verbesserung des Leitungsschlüssels, zur Fortführung des Sprachkitaprogramms, zur Stärkung der Kindertagespflege, zum Ausbau der Digitalisierung der Kindertagesbetreuung sowie zur Stärkung der Steuerung des Kitasystems gefördert. Die Ausgaben einzelner Maßnahmen laufen über die Bezirkshaushalte (z.B. Leitungsschlüssel).
Mehr, da der Ansatz 2024 die in den Vorjahren nicht verausgabten Bundesmittel zusätzlich berücksichtigt (Nachholeffekt, um die Bundesmittel der Maßnahmen, die in den Jahren 2019-2022 nicht verausgabt wurden, für die o. g. Maßnahmen zu verwenden).

89361	**290**	**Sanierungskonzept Brunsbütteler Damm und Jugendbildungsstätte "Kurt Löwenstein"**			**300.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

89370	**270**	**Zuschüsse für Investitionen an Träger im Rahmen des Kita-Ausbauprogramms**	**36.000.000**	**40.000.000**	**41.500.000**	**20.098.784,04**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 20.000.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei Kapitel 1040 Titel 54010 und 68407.

Verpflichtungsermächtigung	**30.000.000**	**15.000.000**
Davon fällig 2025	**15.000.000**	
Davon fällig 2026	**10.000.000**	**10.000.000**
Davon fällig 2027	**5.000.000**	**5.000.000**

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
VE Plan 2023	25.000.000	20.000.000	10.000.000

Mit den Mitteln soll die Schaffung neuer vorschulischer Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und der Kindertagespflege gefördert werden. Die Mittel für ergänzende Starthilfemaßnahmen sowie für die Regiestelle des Landesprogramms werden im Wege der Deckungsfähigkeit beim Titel 68407 bzw. 54010 zur Verfügung gestellt. Ziel ist die Erfüllung des Rechtsanspruchs an Kitaplätzen

89393	**270**	**Zuschüsse für Investitionen an Träger zum Ausbau der Kinderbetreuung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**16.685.390,87 R 145.304,85**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 33493. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2020-2021 standen Berlin für die Förderjahre 2020 bis 2021 Bundesmittel in Höhe von insgesamt 49.024.047 € zur Verfügung. Die Mittel können beim Bund zur Begleichung fälliger Zahlungen abgerufen werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89394	270	**Zuschüsse für Investitionen an Träger zum Ausbau der Kindertagesbetreuung aus Bundesmitteln**	1.000	1.000	1.000	2.850.807,81 R 49.137,88

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 33494. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Im Rahmen des Investitionsprogramms „Kindertagesbetreuungsfinanzierung 2017-2020“ standen Berlin für die Schaffung zusätzlicher Plätze in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege Bundesmittel in Höhe von insgesamt 54.933.698 € zur Verfügung. Die Mittel können beim Bund zur Begleichung fälliger Zahlungen abgerufen werden.

Gesamtausgaben	**171.821.000**	**157.103.000**	**145.754.500**	**158.412.691,77**
Prozentuale Veränderung	**17,9 %**	**-8,6 %**		

Abschluss Kapitel 1040

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	2.672.900	2.672.900	2.618.900	4.314.430,50
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	98.000	98.000	190.000	236.750,00
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	2.000	2.000	2.000	19.530.382,20
	Gesamteinnahmen	2.772.900	2.772.900	2.810.900	24.081.562,70
411-462	**Personalausgaben**	11.487.900	12.020.900	11.630.000	10.541.929,73
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	4.626.100	9.613.100	4.751.100	17.331.068,42
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	119.705.000	95.467.000	87.571.400	90.904.710,90
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	36.002.000	40.002.000	41.802.000	39.634.982,72
	Gesamtausgaben	171.821.000	157.103.000	145.754.500	158.412.691,77
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-169.048.100	-154.330.100	-142.943.600	-134.331.129,07

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001091 Jugend und Familie, Landesjugendamt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	12	Personalkosten	26.643.938	25.775.058	+3,37
Kostenträger	64	Sachkosten	17.259.641	8.478.286	+103,57
davon		Transferkosten	125.963.904	97.586.069	+29,08
Produkte	49	Verrechnungskosten	548.506	359.250	+52,68
MGF	15	kalkulatorische Kosten	2.227.527	2.176.182	+2,36
Projekte	0	Gemeinkosten	20.996.590	20.188.472	+4,00
		Summe Verwaltungskosten	193.640.106	154.563.317	+25,28
		Transfers	271.386.748	231.543.778	+17,21
		Gesamtsumme	465.026.853	386.107.095	+20,44

Die Übersicht enthält die Kostenträger der Abteilung III (Jugend und Kinderschutz) und der Abteilung V (Familie und frühkindliche Bildung).

Höhere Sachkosten 2022 entstanden insbesondere im Zusammenhang mit den Ausgaben für Corona-Schnelltests für Kindertageseinrichtungen und stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe. Der Anstieg der Transferkosten in 2022 gegenüber 2021 ist vor allem zurückzuführen auf höhere Unterbringungskosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie die Sicherstellung der Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen einschließlich der Aufwendungen für das mobile Kinderschutzteam am Hauptbahnhof. Außerdem entstanden höhere Transferkosten in Verbindung mit Ausgaben zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Berliner Kindertagesstätten, mehr Zuwendungen an die Kinder- und Jugendambulanzen, Auszahlungen im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Temporäre Familienhilfen“, einmaligen Zahlungen für die stationäre Eingliederungshilfe aufgrund der Corona-Pandemie und höheren Kosten für das Mittagessen in Kindertagesstätten im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes. Höhere Verrechnungskosten in 2022 gegenüber 2021 entstanden im Zusammenhang mit dem IT-Fachverfahren für die Erfassung, Verwaltung und Auswertung von Informationen zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Gestiegene Transfers hängen insbesondere zusammen mit höheren Zuschüssen an Träger zum Ausbau und Erhalt von Kitaplätzen, der Zahlung von „Brennpunktzulagen“ an Kitaträger, mehr Zuschüssen für Projekte der Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit und Jugendfreit – u. a. im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ sowie höheren Zuschüssen für Familienberatungsstellen und für die Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005124	2022	14.860.053	3.912.708	18.772.761
Operative Aufgaben im Rahmen der Beratung / Betreuung von Familien	2021	14.536.089	2.843.719	17.379.808

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81231	2022	5.894.386	0	5.894.386
Familienbildung - Einrichtungsgebundene Angebote (Angebotsform 1: Familienzentren, Familientreffpunkte u.ä.)	2021	5.797.058	0	5.797.058

	2022	2021
Menge: Angebotsstunde	64.844	60.034
Kosten je ME in €	90,90	96,56
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,27	1,50
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	5.429.699,03	5.408.297,04
IST - Erträge in €	88.386,65	74.409,10
Kostendeckungsgrad in %	1,50	1,28

Familien suchen Einrichtungen der Familienförderung auf, die als wichtige Anlaufpunkte für Familien in Wohnortnähe verlässlich adressierbar sind und eine Vielfalt von Angeboten der Familienförderung vorhalten.
Dazu zählen insbesondere Angebote von Familienzentren.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81232	2022	2.276.485	1.731.262	4.007.746
Familienbildung - Angebote im häuslichen Kontext (Angebotsform 2)	2021	3.001.073	1.232.518	4.233.591

	2022	2021
Menge: Angebotsstunde	44.632	44.781
Kosten je ME in €	51,01	67,02
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,86	1,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.862.020,86	2.654.947,83
IST - Erträge in €	43.528,86	0,00
Kostendeckungsgrad in %	1,09	0,00

Familien werden in ihrem häuslichen Umfeld aufgesucht und in belastenden Familiensituationen unterstützt.
Das können z.B. folgende Angebote sein:
- Stadteilmütter
- Familienhebammen
- Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Erziehungsberechtigten und Bildungswegbegleitung

Fachspezifische Informationen

Geringere Transferkosten in den Verwaltungskosten in 2022 gegenüber 2021 stehen im Zusammenhang mit der Verlagerung der Projekte der Aufsuchenden Elternhilfe an die Bezirke.
Bei den Transfers handelt es sich um Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen (Kapitel 1042, Titel 67193). Damit werden Hilfsangebote für Eltern und Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren unterstützt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81233	2022	5.648.152	1.522.940	7.171.092
Familienbildung - Angebote im Sozialraum (Angebotsform 3)	2021	4.970.960	1.012.535	5.983.495

	2022	2021
Menge: Angebotsstunde	84.800	59.319
Kosten je ME in €	66,61	83,80
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,54	1,55
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	5.440.323,54	4.847.195,20
IST - Erträge in €	79.409,19	0,00
Kostendeckungsgrad in %	1,11	0,00

Familien können an vielfältigen gesamtstädtischen Angeboten der Familienförderung teilnehmen, die nicht in der Angebotsform 1, insbesondere in Familienzentren, erbracht werden. Zur Angebotsform im Sozialraum gehören z. B. Angebote in Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern, Arztpraxen und Geflüchtetenunterkünften. Die Angebote können an verschiedenen Orten stattfinden. Die Angebote werden vor Ort mit Partnern in den jeweiligen Sozialräumen konzipiert und/ oder durchgeführt.

Fachspezifische Informationen

Höhere Transferkosten in den Verwaltungskosten 2022 gegenüber 2021 ergaben sich aus höheren Zuwendungen an Berliner Beirat für Familienfragen, im Rahmen des Landesprogramms Stadtteilmütter und aufgrund von Tarifanpassungen.
Bei den Transfers handelt es sich um Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen (Kapitel 1042, Titel 67193). Damit werden Hilfsangebote für Eltern und Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren unterstützt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005125	2022	14.412.366	149.185.503	163.597.869
Operative Aufgaben im Rahmen von Adoption, Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft	2021	13.296.763	146.821.302	160.118.065

Der Produktgruppe ist u.a. das Produkt 79961 „Transferzahlungen der ZVK / UVK und Kostenträger für die entsprechenden Ausgleichszahlungen des Bundes“ zugeordnet, das der Abwicklung des Zahlungsverkehrs nach dem Unterhaltsvorschussgesetz dient. Die in der Produktgruppe ausgewiesenen Kosten sind überwiegend auf das Produkt 79961 zurückzuführen. Die Haushaltsmittel sind im Kapitel 1000 veranschlagt.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77152	2022	3.905.763	0	3.905.763
Vormundschaft / Pflegschaft / Beistandschaft	2021	3.685.906	0	3.685.906

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Amtsvormünder	105	105
Kosten je ME in €	37.197,74	35.103,87
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,84	0,95
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	3.809.886,12	3.594.138,50
IST - Erträge in €	58.471,63	126.930,17
Kostendeckungsgrad in %	1,50	3,44

Durchführung von Maßnahmen, die eine einheitliche Anwendung der gesetzlichen Vorschriften sicherstellen sollen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familienpolitik und Familienförderung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung V für Aufgaben der Familienpolitik und Familienförderung (§§ 16 ff SGB VIII).

Enthalten sind die Einnahmen und Ausgaben für Projekte und Maßnahmen für Familienerholung, Familienbildung, Erziehung in der Familie, Berliner Beirat für Familienfragen, Vormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften sowie für den Adoptions- und Pflegekinderdienst.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

B. Gender Budgeting

Es wird auf die Ausführungen in den allgemeinen Erläuterungen zum Kapitel 1040 verwiesen.

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
68409	Zuschüsse an Organisationen zur Durchführung von Erholungsreisen
68427	Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen
68435	Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familienpolitik und Familienförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	**290**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**210.000**	**210.000**	**210.000**	**310.099,70**

Rückzahlungen von Zuwendungen aus vergangenen Haushaltsjahren einschließlich Zinsen.

18210	**812**	**Tilgungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückflüsse aus Familiendarlehen.

		Gesamteinnahmen	**211.000**	**211.000**	**211.000**	**310.099,70**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
52601	**290**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**2.600**	**2.600**	**2.600**	**1.074,06**

Notariatsgebühren für Adoptivkinder sowie Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dolmetschern.

54010	**290**	**Dienstleistungen**	**950.000**	**950.000**	**690.000**	**919.366,20**

371.000,0 EUR wurden bislang bei 68406 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**1.800.000**	**75.000**	
Davon fällig 2025	**600.000**		
Davon fällig 2026	**600.000**	**75.000**	
Davon fällig 2027	**600.000**	**—**	

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
VE Plan 2023	300.000	300.000	0

	2024	2025
1. Erarbeitung von Instrumenten zur Umsetzung des Familienfördergesetzes (100.000 €)	150.000 €	150.000 €
2. Servicestelle Berliner Familienzentren (219.000 €)	219.000 €	219.000 €
3. Familienportal (371.000 €)	471.000 €	471.000 €
4. Umsetzung Landesprogramm Stadtteilmütter (0 €)	110.000 €	110.000 €
Gesamt	950.000 €	950.000 €

Zu 1. Mehr wegen Durchführung einer wissenschaftlichen Untersuchung sowie fortgesetzte Begleitung des Einführungsprozesses in 2024/2025 zur Fortsetzung des Qualitätsprozesses.
Zu 3. Umsetzung des entsprechend veranschlagten Anteils von Kapitel 1041, Titel 68406, Teilansatz 1 in Höhe von 371 T€ sowie Anpassung an den Bedarf für das Familienportal (Modernisierung und Fortentwicklung).
Zu 4. Mehr für Dienstleistung zur Umsetzung des Landesprogramms Stadtteilmütter.

54079	**290**	**Verschiedene Ausgaben**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**28.224,05**

Ausgaben für die Unterstützung der Arbeit der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut, insbesondere im Hinblick auf die Prozessbegleitung in den Bezirken sowie die Intensivierung der Kooperationen, Beteiligungen und der Netzwerkarbeit.

63207	**290**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**201.000**	**201.000**	**191.000**	**194.088,92**

Ausgaben (Berliner Anteil) für die gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg in Potsdam. Die Zentrale Adoptionsstelle hat koordinierende Aufgaben.
Kostenbeitrag des Landes Berlin gemäß Art. 5 des Staatsvertrages vom 13.01.1994.

Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familienpolitik und Familienförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68406	**290**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**1.178.000**	**1.237.000**	**650.000**	**394.918,61**

371.000,0 EUR werden künftig bei 54010 nachgewiesen.

	2024	2025
1. Zuschüsse für Berliner Beirat für Familienfragen (300.000 €)	270.000 €	270.000 €
2. Zuschüsse an die Stiftung Hilfe für die Familie – Stiftung des Landes Berlin – (350.000 €)	900.000 €	950.000 €
3. Verstetigung Tarifanpassung (0 €)	7.840 €	16.859 €
Gesamt	1.177.840 €	1.236.859 €
rd.	1.178.000 €	1.237.000 €

Zu 1. Umsetzung Familienportal zu Kapitel 1041, Titel 54010, Teilansatz 3 (Überführung in die Verantwortung der SenBJF).
Zu 2. Mehr wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf für die Betriebskosten; u. a. aufgrund rückläufiger Erträge des Stiftungskapitals sowie steigender Anforderungen des Bundesrechnungshofes.
Zu 3. Mehr wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022-2025.

Angaben zum Gender Budget:

Der Berliner Beirat für Familienfragen setzt sich mit einer Vielzahl von Themen auseinander, die sowohl Kinder als auch Elternteile beiderlei Geschlechts betreffen. Im Gremium selbst sind in der 18. Wahlperiode rund 1/3 männliche und 2/3 weibliche Mitglieder. Diese werden überwiegend künftig durch FamFöG lt. § 24 AG KJHG von den vertretenen Organisationen benannt und von dem für Familie zuständigen Mitglied des Senats berufen.

68409	**263**	**Zuschüsse an Organisationen zur Durchführung von Erholungsreisen**	**1.019.000**	**1.039.000**	**849.000**	**658.506,30**

Zuschüsse für Maßnahmen der Familienerholung für Familien mit besonderen Belastungen.

Mehr in Anpassung an den gestiegenen Bedarf und wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022-2025.

Angaben zum Gender Budget:

Die Angebote zur Familienerholung richten sich überwiegend gleichermaßen an Mütter und Väter. Es wird aber auch gezielt geschlechterdifferenzierte Elternarbeit umgesetzt. So werden z.B. im Zusammenhang mit der armutspräventiven Wirkung Alleinerziehende angesprochen, über 90% von ihnen sind Frauen. Sie werden durch die Angebote der Familienerholung in Kombination mit Familienbildungsmaßnahmen gestärkt und unterstützt. Zur Stärkung der Rolle von Vätern in der Erziehung und damit einer Entwicklung zu mehr partnerschaftlicher Erziehung in den Familien sind Maßnahmen, wie z.B. Wochenendreisen für Väter mit ihren Kindern etabliert worden.

68422	**265**	**Zuschüsse für Familienberatungsstellen**	**370.000**	**375.000**	**365.000**	**259.098,00**

Zuschuss an den Adoptions- und Pflegekinderdienst der Caritas/Diakonie unter Berücksichtigung der Verstetigung der Tarifanpassung 2022-2025.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familienpolitik und Familienförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68427	**263**	**Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen**	**18.742.000**	**20.823.000**	**14.365.000**	**12.073.476,04**

		2024	2025
1.	Zuschüsse für Projekte der Familienbildung, insbesondere zur Beratung in Fragen der Erziehung, Partner- und Elternschaft. Darunter sind auch Themen zur Schwangerschaft, Geburt und frühkindlichen Entwicklung von Bedeutung. Hierunter fallen auch Angebote der Beratung, Vernetzung und Gruppenangebote für Allein- und Getrennterziehende sowie Angebote für Väter. Schwerpunkt ist die Kompetenzstärkung der Eltern bei der Versorgung und Erziehung von Kindern. Dies gilt auch für Familien mit Migrationshintergrund und für sog. bildungsferne Familien. (1.478.350 €)	1.478.350 €	1.478.350 €
2.	Aufsuchende Elternhilfe im Rahmen des Konzepts für ein Netzwerk Kinderschutz. Die „Aufsuchenden Elternhilfe" richtet sich insbesondere an die Zielgruppe der werdenden Eltern, die aus Mangel an Erfahrungen, Kenntnissen oder Motivation bzw. aus Überforderung nicht in der Lage ist, sich die notwendige Unterstützung zu organisieren. (155.000 €)	155.000 €	155.000 €
3.	Aufbau und Koordinierung ehrenamtlicher Unterstützungsangebote (312.550 €)	96.550 €	96.550 €
4.	Landesprogramm Berliner Familienzentren (4.573.910 €)	4.073.910 €	4.073.910 €
5.	Lokale Bündnisse für Familien (31.390 €)	31.390 €	31.390 €
6.	Landesprogramm Stadtteilmütter (7.057.000 €)	9.623.369 €	11.330.153 €
7.	Beratungs- und Familienarbeit der Serbisch-Orthodoxen Gemeinde Berlin (100.000 €)	100.000 €	100.000 €
8.	Modellprojekt Familienzentrum (Armutssensibilität) (83.000 €)	83.000 €	83.000 €
9.	Verstetigung der Tarifanpassung 2021 (113.130 €)	414.382 €	788.258 €
10.	Koordinierungsstelle Rucksack und Griffbereit (160.000 €)	160.000 €	160.000 €
11.	Känguru hilft und begleitet (300.000 €)	0 €	0 €
12.	Landesprogramm Stadteilmütter (0 €)	226.000 €	226.000 €
13.	Zusatzqualifizierung Stadtteilmütter (0 €)	100.000 €	100.000 €
14.	Ausbau Väter- und Männerarbeit (0 €)	200.000 €	200.000 €
15.	Familienzentren an Grundschulen (0 €)	2.000.000 €	2.000.000 €
	Gesamt	18.741.951 €	20.822.611 €
		rd. 18.742.000 €	rd. 20.823.000 €

Zu 3. Weniger wegen Verlagerung von Projekten an die Bezirke.
Zu 4. Weniger wegen Abzuges von Sondermitteln.
Zu 6. Mehr wegen Aufwuchs der Anzahl der Stadteilmütter im Rahmen des Landesprogramms Stadtteilmütter (inklusive der Ergebnisse des Gipfels zur Prävention von Jugendgewalt) sowie aufgrund von Kostensteigerungen.
Zu 9. Mehr wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022-2025.
Zu 12 Mehr wegen des Ergebnisses des Gipfels zur Prävention von Jugendgewalt.
Zu 13. Mehr wegen des Ergebnisses des Gipfels zur Prävention von Jugendgewalt.
Zu 14. Mehr wegen des Ergebnisses des Gipfels zur Prävention von Jugendgewalt.
Zu 15. Mehr wegen des Ergebnisses des Gipfels zur Prävention von Jugendgewalt.

Angaben zum Gender Budget:

Zu 1. und 4. Die Erziehungskompetenzorientierte Unterstützung, wie auch die Beziehungskompetenzanregungen finden sich in den geschlechtersensiblen Angebotsstrukturen für Mütter und Väter wieder. Bei nahezu allen Trägern finden auch geschlechterdifferenzierte Angebote statt, nachvollziehbar insbesondere am Beispiel des Väterzentrums Berlin e. V. oder des VAMV e. V. Die gegenwärtige Inanspruchnahme von Angeboten der Familienbildung erfolgt im Allgemeinen im Verhältnis 80:20 (Mütter:Väter). Durch gezielte Maßnahmen der Begleitung bei der Weiterentwicklung von Konzepten und Zugängen soll die Nutzung von Angeboten der Familienbildung/Familienzentren durch Väter mit ihren Kindern erhöht werden.
Zu 3. Das ehrenamtliche Unterstützungsangebot richtet sich an Familien mit Kindern kurz nach der Geburt (0-1J.). Ziel ist es, die für Betreuung hauptsächlich zuständige Person in der Familie zu entlasten und über weitere Unterstützungsangebote zu informieren. Bei Kindern dieser Altersgruppe ist das i. d. R. überwiegend die Mutter. Es werden von den Müttern mit Bedarf nach Entlastung fast ausschließlich weibliche Ehrenamtliche nachgefragt, da der Hilfebedarf sich zumeist um Fragen und Themen rund um die Geburt handelt (Stillen etc.).
Zu 6. Im Rahmen des Landesprogramms Stadtteilmütter werden Frauen mit Migrationshintergrund sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Sie werden durch eine Qualifizierung so gestärkt, dass sie im Rahmen eines Peer-to-Peer-Ansatzes andere Mütter mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen können. Für die Frauen, die als Stadtteilmutter qualifiziert werden, ergeben sich nicht nur neue Optionen der beruflichen Qualifizierung, sondern auch eine sichere Integration in den ersten Arbeitsmarkt, ein eigenes Einkommen und insbesondere Anerkennung für ihre Tätigkeit. In der Qualifizierung werden unter anderem Geschlechterrollen und Kinderrechte thematisiert. In der Folge profitieren Mütter und ihre Kinder von Informationen zu Geschlechterrollen, geschlechtergerechter Pädagogik und gesellschaftlichen Normenvorstellungen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familienpolitik und Familienförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68435	**263**	**Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe**	**5.297.000**	**5.392.000**	**4.404.500**	**4.986.130,98**

5.500,0 EUR wurden bislang bei 1010/68569 nachgewiesen.

		2024	2025
1.	Zuschüsse für sozialpädagogische Medien, Lern- und Beratungsangebote, die sich an Eltern und andere Erwachsene mit Erziehungsverantwortung richten. Zielgruppe sind insbesondere Familien in belasteten Lebenssituationen sowie in Übergangsphasen (434.630 €)	434.630 €	434.630 €
2.	Zuschuss an die zentrale Betreuung und Führung von Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften für ausländische Minderjährige (3.608.660 €)	4.708.660 €	4.708.660 €
3.	Zuschuss für ehrenamtliche Patenschaften (47.080 €)	47.080 €	47.080 €
4.	Verstetigung der Tarifanpassung 2021 (14.110 €)	106.051 €	201.064 €
5.	Ehrenamtliche Vormundschaften (300.000 €)	0 €	0 €
	Gesamt	5.296.421 €	5.391.434 €
	rd.	5.297.000 €	5.392.000 €

Zu 1. Verlagerung von Kapitel 1010, Titel 68569.
Zu 2. Mehr wegen Verstetigung des Netzwerks Vormundschaften (inklusive ehrenamtliche Vormundschaften; vormals Teilansatz 5) zur Gewährleistung des gesetzlichen Auftrags.
Zu 4. Mehr wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022-2025.
Zu 5. Siehe Teilansatz 2.

Angaben zum Gender Budget:

Teilansatz 1: Schwerpunkt der Förderung ist die Erarbeitung von Elternbriefen. Alle Eltern erhalten bei der Erstgeburt eines Kindes Elternbriefe.

	Gesamtausgaben	**28.259.600**	**30.519.600**	**22.017.100**	**19.514.883,16**
	Prozentuale Veränderung	**28,4 %**	**8,0 %**		

Abschluss Kapitel 1041

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**211.000**	**211.000**	**211.000**	**310.099,70**
	Gesamteinnahmen	**211.000**	**211.000**	**211.000**	**310.099,70**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.452.600**	**1.452.600**	**1.192.600**	**948.664,31**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**26.807.000**	**29.067.000**	**20.824.500**	**18.566.218,85**
	Gesamtausgaben	**28.259.600**	**30.519.600**	**22.017.100**	**19.514.883,16**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-28.048.600**	**-30.308.600**	**-21.806.100**	**-19.204.783,46**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familienpolitik und Familienförderung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001091 Jugend und Familie, Landesjugendamt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	12	Personalkosten	26.643.938	25.775.058	+3,37
Kostenträger	64	Sachkosten	17.259.641	8.478.286	+103,57
davon		Transferkosten	125.963.904	97.586.069	+29,08
Produkte	49	Verrechnungskosten	548.506	359.250	+52,68
MGF	15	kalkulatorische Kosten	2.227.527	2.176.182	+2,36
Projekte	0	Gemeinkosten	20.996.590	20.188.472	+4,00
		Summe Verwaltungskosten	193.640.106	154.563.317	+25,28
		Transfers	271.386.748	231.543.778	+17,21
		Gesamtsumme	465.026.853	386.107.095	+20,44

Die Übersicht enthält die Kostenträger der Abteilung III (Jugend und Kinderschutz) und der Abteilung V (Familie und frühkindliche Bildung).

Höhere Sachkosten 2022 entstanden insbesondere im Zusammenhang mit den Ausgaben für Corona-Schnelltests für Kindertageseinrichtungen und stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe. Der Anstieg der Transferkosten in 2022 gegenüber 2021 ist vor allem zurückzuführen auf höhere Unterbringungskosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie die Sicherstellung der Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen einschließlich der Aufwendungen für das mobile Kinderschutzteam am Hauptbahnhof. Außerdem entstanden höhere Transferkosten in Verbindung mit Ausgaben zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Berliner Kindertagesstätten, mehr Zuwendungen an die Kinder- und Jugendambulanzen, Auszahlungen im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Temporäre Familienhilfen“, einmaligen Zahlungen für die stationäre Eingliederungshilfe aufgrund der Corona-Pandemie und höheren Kosten für das Mittagessen in Kindertagesstätten im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes. Höhere Verrechnungskosten in 2022 gegenüber 2021 entstanden im Zusammenhang mit dem IT-Fachverfahren für die Erfassung, Verwaltung und Auswertung von Informationen zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Gestiegene Transfers hängen insbesondere zusammen mit höheren Zuschüssen an Träger zum Ausbau und Erhalt von Kitaplätzen, der Zahlung von „Brennpunktzulagen“ an Kitaträger, mehr Zuschüssen für Projekte der Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit und Jugendfreit – u. a. im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ sowie höheren Zuschüssen für Familienberatungsstellen und für die Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005124	2022	14.860.053	3.912.708	18.772.761
Operative Aufgaben im Rahmen der Beratung / Betreuung von Familien	2021	14.536.089	2.843.719	17.379.808

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familienpolitik und Familienförderung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81231	2022	5.894.386	0	5.894.386
Familienbildung - Einrichtungsgebundene Angebote (Angebotsform 1: Familienzentren, Familientreffpunkte u.ä.)	2021	5.797.058	0	5.797.058

	2022	2021
Menge: Angebotsstunde	64.844	60.034
Kosten je ME in €	90,90	96,56
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,27	1,50
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	5.429.699,03	5.408.297,04
IST - Erträge in €	88.386,65	74.409,10
Kostendeckungsgrad in %	1,50	1,28

Familien suchen Einrichtungen der Familienförderung auf, die als wichtige Anlaufpunkte für Familien in Wohnortnähe verlässlich adressierbar sind und eine Vielfalt von Angeboten der Familienförderung vorhalten.
Dazu zählen insbesondere Angebote von Familienzentren.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81232	2022	2.276.485	1.731.262	4.007.746
Familienbildung - Angebote im häuslichen Kontext (Angebotsform 2)	2021	3.001.073	1.232.518	4.233.591

	2022	2021
Menge: Angebotsstunde	44.632	44.781
Kosten je ME in €	51,01	67,02
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,86	1,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.862.020,86	2.654.947,83
IST - Erträge in €	43.528,86	0,00
Kostendeckungsgrad in %	1,09	0,00

Familien werden in ihrem häuslichen Umfeld aufgesucht und in belastenden Familiensituationen unterstützt.
Das können z.B. folgende Angebote sein:
- Stadteilmütter
- Familienhebammen
- Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Erziehungsberechtigten und Bildungswegbegleitung

Fachspezifische Informationen

Geringere Transferkosten in den Verwaltungskosten in 2022 gegenüber 2021 stehen im Zusammenhang mit der Verlagerung der Projekte der Aufsuchenden Elternhilfe an die Bezirke.
Bei den Transfers handelt es sich um Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen (Kapitel 1042, Titel 67193). Damit werden Hilfsangebote für Eltern und Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren unterstützt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familienpolitik und Familienförderung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81233	2022	5.648.152	1.522.940	7.171.092
Familienbildung - Angebote im Sozialraum (Angebotsform 3)	2021	4.970.960	1.012.535	5.983.495

	2022	2021
Menge: Angebotsstunde	84.800	59.319
Kosten je ME in €	66,61	83,80
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,54	1,55
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	5.440.323,54	4.847.195,20
IST - Erträge in €	79.409,19	0,00
Kostendeckungsgrad in %	1,11	0,00

Familien können an vielfältigen gesamtstädtischen Angeboten der Familienförderung teilnehmen, die nicht in der Angebotsform 1, insbesondere in Familienzentren, erbracht werden. Zur Angebotsform im Sozialraum gehören z.B. Angebote in Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern, Arztpraxen und Geflüchtetenunterkünften. Die Angebote können an verschiedenen Orten stattfinden. Die Angebote werden vor Ort mit Partnern in den jeweiligen Sozialräumen konzipiert und/ oder durchgeführt.

Fachspezifische Informationen
Höhere Transferkosten in den Verwaltungskosten 2022 gegenüber 2021 ergaben sich aus höheren Zuwendungen an Berliner Beirat für Familienfragen, im Rahmen des Landesprogramms Stadtteilmütter und aufgrund von Tarifanpassungen.
Bei den Transfers handelt es sich um Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen (Kapitel 1042, Titel 67193). Damit werden Hilfsangebote für Eltern und Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren unterstützt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005125	2022	14.412.366	149.185.503	163.597.869
Operative Aufgaben im Rahmen von Adoption, Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft	2021	13.296.763	146.821.302	160.118.065

Der Produktgruppe ist u.a. das Produkt 79961 „Transferzahlungen der ZVK / UVK und Kostenträger für die entsprechenden Ausgleichszahlungen des Bundes“ zugeordnet, das der Abwicklung des Zahlungsverkehrs nach dem Unterhaltsvorschussgesetz dient. Die in der Produktgruppe ausgewiesenen Kosten sind überwiegend auf das Produkt 79961 zurückzuführen. Die Haushaltsmittel sind im Kapitel 1000 veranschlagt.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77152	2022	3.905.763	0	3.905.763
Vormundschaft / Pflegschaft / Beistandschaft	2021	3.685.906	0	3.685.906

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familienpolitik und Familienförderung -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Amtsvormünder	105	105
Kosten je ME in €	37.197,74	35.103,87
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,84	0,95
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	3.809.886,12	3.594.138,50
IST - Erträge in €	58.471,63	126.930,17
Kostendeckungsgrad in %	1,50	3,44

Durchführung von Maßnahmen, die eine einheitliche Anwendung der gesetzlichen Vorschriften sicherstellen sollen.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung III für Aufgaben der obersten Landesjugendbehörde und des Landesjugendamtes (Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sowie des Kinderschutzes).

Jugendarbeit:
Enthalten sind die Einnahmen und Ausgaben für Projekte und Maßnahmen gemäß § 11 und 12 SGB VIII in Verbindung mit den §§ 6 und 7 AG KJHG. Im Schwerpunkt sind es Zuwendungen aus den Zuschüssen der DKLB-Stiftung. Die Förderstruktur enthält die aus den Erläuterungen zu Titel 68490 ersichtlichen Teilprogramme. Weiterhin sind in dem Kapitel die Zuschüsse für das Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide - Landesmusikakademie - gBmbH aufgeführt.
Im Kapitel sind auch zweckgebundene Einnahmen und Ausgaben der EU aus dem ESF und des Bundes aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen nachgewiesen.

Aufgabe der Jugendarbeit ist die allgemeine Förderung junger Menschen. Die vielfältigen Angebote der Jugendarbeit richten sich an alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 6 bis unter 27 Jahren jeden Geschlechts, unabhängig von ihrer individuellen Bedürftigkeit und ihrer sozialen, ethnischen und kulturellen Zugehörigkeit. Sie zielen auf eine ganzheitliche Entfaltung der Persönlichkeit junger Menschen, ihrer sozialen Bezüge und ihrer Handlungsfähigkeit in einem demokratischen Gemeinwesen. Hierzu geht die Jugendarbeit von den unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen der verschiedenen Geschlechter aus. Aufgrund der verschiedenen Altersgruppen und Differenzierungen innerhalb der Zielgruppen umfasst das Arbeitsfeld eine Vielfalt von Einrichtungen und Angeboten. Grundprinzip der Jugendverbandsarbeit ist die Selbstorganisation junger Menschen und die Ausrichtung an und in demokratischen und partizipatorischen Strukturen. Vom Organisationsprinzip der Verbände her kann ihre Arbeit nicht durch „öffentliche“ oder andere Träger ersetzt werden. Die Arbeit zielt auf Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und Entwicklung gesellschaftlicher Mitbestimmung.

Jugendsozialarbeit:
Enthalten sind auch die Einnahmen und Ausgaben für Maßnahmen gemäß § 13 SGB VIII – Jugendsozialarbeit. Aufgabe der Jugendsozialarbeit ist es, jungen Menschen, die aufgrund individueller und/oder sozialer Benachteiligungen oder Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sozialpädagogische Hilfen anzubieten. Die Hilfen sollen ihre schulische und berufliche Ausbildung (Schulsozialarbeit), Eingliederung in die Arbeitswelt (Jugendberufshilfe) und ihre soziale Integration (aufsuchende Jugendsozialarbeit und Streetwork) fördern.

Kinderschutz:
Enthalten sind Einnahmen und Ausgaben für den präventiven und reaktiven Kinderschutz gemäß §§ 8 a und 8 b SGB VIII und der Frühen Hilfen gemäß § 3 Abs. 4 Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG).

Aufgabe des Kinderschutzes ist, Kindeswohlgefährdungen mit präventiven Maßnahmen vorzubeugen, sie rechtszeitig zu erkennen sowie den Personensorgeberechtigten im Fall einer vorliegenden Kindeswohlgefährdung Hilfen, Unterstützung und Beratung anzubieten um die Kindeswohlgefährdung abzuwenden. Schwerpunkt der Finanzierung ist die Förderung von präventiven Maßnahmen insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen; die Unterstützung bei der fachlichen und medizinischen Erkennung von Kindeswohlgefährdungen; die Beratung, Unterstützung und Therapie von Kindern und Jugendlichen, die von Gewalt betroffen sind, sowie die Beratung von Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern oder Jugendlichen stehen. Die Beratung von Personen, die beruflich mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt stehen, bezieht sich auf die Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung im Einzelfall durch eine insoweit erfahrene Fachkraft.

Das Kapitel enthält auch die fachübergreifenden Einnahmen und Ausgaben des Kapitels 1045.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

B. Gender Budgeting

Um die Umsetzung der geschlechterrelevanten rechtlichen Vorgaben des Abgeordnetenhauses und des Senats (Druck-sachen 15/190, 15/397, 15/1503, 15/415 und 15/601) zu fördern, hat der Landesjugendhilfeausschuss „Leitlinien zur Verankerung geschlechtsbewusster Ansätze in der pädagogischen Arbeit mit Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe“ verabschiedet. Die Leitlinien formulieren grundlegende pädagogische und strukturelle Standards für eine geschlechtsbewusste Ausgestaltung der Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft hat in einem „Jugend-Rundschreiben“ (Nr. 37/2006) den Geschäftsbereichen Jugend der Bezirksämter von Berlin die Umsetzung dieser „Leitlinien“ empfohlen. Die Standards sollen als Anregungen zur Gestaltung und Weiterentwicklung geschlechtergerechter Angebotsstrukturen für Mädchen und junge Frauen sowie Jungen und jungen Männer dienen.

Des Weiteren hat die Landesarbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII „geschlechterdifferenzierte Arbeit mit Mädchen und Jungen in der Jugendhilfe“ im Auftrag des LJHA einen Bericht zum Stand der Entwicklung des Gender Budgeting in der Berliner Jugendhilfe vorgelegt, in dem ausdrücklich erwähnt wird, dass Gender Budgeting nicht einfach eine Verteilung der Haushaltsmittel von 50/50 bedeuten kann, sondern differenziert nach Handlungsfeldern und Zielgruppen zu betrachten ist. Diesen Vorstellungen folgend, wird in den einzelnen Feldern der Jugendhilfe untersucht, wie die Mittel für Mädchen und Jungen eingesetzt werden und ob diese Mittelverteilung so gewünscht und sinnvoll oder eventuell eine Umsteuerung notwendig ist. Ergeben sich aus der qualitativen Auswertung der Daten ggf. signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Beteiligung der Geschlechter und der finanziellen Ressourcenverteilung, werden die Ergebnisse mit qualitativen Fragestellungen für Umsteuerungsentscheidungen verbunden. Hierdurch soll langfristig eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter und mehr Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe sichergestellt werden.

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

67101 Ersatz von Ausgaben
68424 Zuschüsse für Eingliederungsmaßnahmen
68425 Zuschüsse für freie Jugendarbeit
68435 Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe
68490 Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen
68569 Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			12	7	12	6
Relativer Anteil			63	37	67	33
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	92	34	82	26	78	31
Relativer Anteil	73	27	76	24	72	28

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen
getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 6.168 €, Mitarbeitende: 4.731 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: 6.767 €, Mitarbeitende: 4.168 €

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist zwar Unterrepräsentanzen in den oberen Einkommensgruppen von weiblichen Führungskräften, jedoch keine Unterrepräsentanzen für weibliche Mitarbeitende auf. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	**261**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**530.000**	**530.000**	**530.000**	**793.746,51**

Rückzahlungen von Zuwendungen aus vergangenen Haushaltsjahren einschließlich Zinsen.

11979	**261**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**30,18**
23190	**261**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**4.755.502,06**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790, 42890, 51190, 67193.

Einnahmen des Bundes aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

27292	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**1.439.000**	**1.452.000**	**885.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68692.

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF+) erhält das Land Berlin nach dem Operationellen Programm für die Förderperiode 2021-2027 für Maßnahmen im Bildungs- und Jugendbereich Mittel von insgesamt rd. 41,0 Mio. €.

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.
(vgl. Erläuterungen zu Titel 68692).

27295	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**2.200.000**	**2.100.589,73**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

28290	**261**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**16.132.000**	**16.132.000**	**16.132.000**	**15.156.726,99**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68490.

Satzungsgemäße Zweckabgabe der Stiftung Deutsche Klassenlotterie wird erwartet für Projekte der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und der übrigen Jugendhilfe.

		Gesamteinnahmen	**18.106.000**	**18.119.000**	**19.752.000**	**22.806.595,47**
		Prozentuale Veränderung	**-8,3 %**	**0,1 %**		
		Ausgaben				
41201	**011**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**3.000**	**3.000**	**1.000**	**2.920,00**

Entschädigung der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses und dessen Unterausschüsse nach Maßgabe der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen.

42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.901.000**	**3.017.000**	**3.078.000**	**2.713.536,80**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**65.700**	**65.700**	**65.700**	**51.817,35**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Bewährungshilfe	38.000	38.000	38.000
2	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinderschutz	6.000	6.000	6.000
3	Rechtsberatung junger Menschen	4.000	4.000	4.000
4	Jugendpolitische Zusammenarbeit	10.600	10.600	10.600
5	Zentrale Jugendgerichtshilfe (ZJGH)	7.100	7.100	7.100
Summe		**65.700**	**65.700**	**65.700**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42790	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**227.987,62**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.280.000**	**7.503.000**	**5.072.000**	**5.030.030,61**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**36.100**	**412.028,55**
42890	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.077.467,05**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**168.000**	**173.000**	**166.000**	**158.096,87**
51101	**261**	**Geschäftsbedarf**	**3.200**	**3.200**	**3.200**	**1.867,11**

Geschäftsbedarf im Bereich Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinderschutz.

51190	**290**	**Geschäftsbedarf, Geräte, Gebrauchsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**140.395,58**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**2.200**	**2.200**	**2.200**	**823,50**

Ausgaben für Mitarbeiter/innen für die Teilnahme an Fachtagungen/Veranstaltungen.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**9.100**	**9.100**	**9.100**	**4.405,96**

Aufwendungen für dienstlich notwendige Reisen.

54010	**263**	**Dienstleistungen**	**476.000**	**376.000**	**151.000**	**93.839,35**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Dienstleistungen im Zusammenhang mit Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Kinderschutz	103.000	103.000	151.000
2	Startprogramm Platzausbau Hilfen zur Erziehung (HzE)	150.000	150.000	0
3	Berichtswesen Flexibudget	48.000	48.000	0
4	Prävention von Jugendgewalt	175.000	75.000	0
Summe		**476.000**	**376.000**	**151.000**

Zu 1. Weniger, da das Projekt „Gesamtstädtische Qualitätsentwicklung Pflegekinderdienste“ begrenzt ist.
Zu 2. Mehr für Umsetzung des Platzausbauprogramm für Plätze in der stationären Jugendhilfe, bedingt durch die steigenden Zahlen der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, rückläufige Gruppenangebote durch einen akuten Fachkräftemangel und zunehmende Bedarfe für besondere Zielgruppen.
Zu 3. Mehr aufgrund der Umsetzung der Mittel für das Berichtswesen Flexibudget, die bisher beim Kapitel 2710, Titel 68435 nachgewiesen wurden.
Zu 4. Maßnahme aus dem Gipfel zur Prävention von Jugendgewalt: Konzeptionierung einer Jugendwohnagentur, die insbesondere sozial benachteiligte junge Menschen, die in beengten Wohnverhältnissen leben, bei der Vermittlung von Wohnraum unterstützt sowie Unterstützung bei der Projektsteuerung sowie Evaluation und Monitoring.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**261**	**Veranstaltungen**	**87.000**	**87.000**	**87.000**	**102.603,95**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Internationale Begegnungen - jugendpolitische Zusammenarbeit	37.800	37.800	37.800
2	Veranstaltungen zu Erziehungshilfen	2.200	2.200	2.200
3	Veranstaltungen zur außerschulischen Bildung junger Menschen	47.000	47.000	47.000
Summe		**87.000**	**87.000**	**87.000**

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.800**	**1.800**	**1.800**	**286,65**
63201	**011**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**63.100**	**63.100**	**63.100**	**78.881,09**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Ersatz von Ausgaben im Bereich des gesetzlichen Kinder- und Jugendschutzes	44.580	44.580	44.580
2	Umlage für Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter	450	450	450
3	Ausgaben für die pädagogische Arbeit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz	4.870	4.870	4.870
4	Erziehungs- und Familienberatung im Internet – virtuelle Beratungsstelle	13.200	13.200	13.200
Summe		**63.100**	**63.100**	**63.100**

67101	**261**	**Ersatz von Ausgaben**	**839.000**	**839.000**	**939.000**	**1.002.283,56**

230.000,0 EUR werden künftig bei 68425 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**1.200.000**	**—**
Davon fällig 2025	**300.000**	
Davon fällig 2026	**300.000**	**—**
Davon fällig 2027	**300.000**	**—**
Davon fällig 2028	**300.000**	**—**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

In €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	300.000	300.000	300.000

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Pauschalierter Ausgabenersatz an Organisationen der Jugendhilfe zur Durchführung von Gedenkstättenfahrten in ehemalige Konzentrationslager (insbesondere Auschwitz	50.000	50.000	150.000
2	Einrichtung von Kinderschutzambulanzen	300.000	300.000	300.000
3	Leistungen der Berliner Beratungsstelle für Betroffene sexueller Gewalt zum EHS (ergänzendes Hilfesystem)	195.000	195.000	195.000
4	Mobiles Schulungsteam Kinderschutz	294.000	294.000	294.000
Summe		**839.000**	**839.000**	**939.000**

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
TA 2	W	M	W	M	W	M
Absolut	317	259	476	388	576	428
Relativ	55 %	45 %	55 %	45 %	57 %	43 %
Ressourcen (in Tsd. €)	110	90	165	135	171	129

Zielgruppe	Junge Menschen im Alter von 0-21 Jahren
Zielsetzung	Gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung möglich

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67193	**263**	**Ersatz von Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen Bundesstiftung Frühe Hilfen -öffentliche Jugendhilfe-**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**3.254.201,98**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

68406	**290**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**3.875.000**	**1.883.000**	**317.000**	**326.181,16**

41.000,0 EUR wurden bislang bei 68424 nachgewiesen.

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Zuschüsse an den Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e. V. und an den Verein zum Erhalt der Kultur Dt. Sinti und Roma e.V. (VEK Dt. Sinti und Roma)	317.000	317.000	317.000
2	Startprogramm Platzausbau Hilfen zur Erziehung (HzE)	3.550.000	1.550.000	0
3	Verstetigung der Tarifanpassung	7.101	15.381	0
Summe		3.874.101	1.882.381	317.000
rund		**3.875.000**	**1.883.000**	**317.000**

Zu 2. Mehr für ein Platzausbauprogramm für Plätze in der stationären Jugendhilfe, bedingt durch die steigenden Zahlen der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, rückläufige Gruppenangebote durch einen akuten Fachkräftemangel und zunehmende Bedarfe für besondere Zielgruppen.
Zu 3. Mehr wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022 bis 2025.

68424	**262**	**Zuschüsse für Eingliederungsmaßnahmen**	**709.000**	**725.000**	**823.000**	**459.357,78**

41.000,0 EUR werden künftig bei 68406 nachgewiesen.
160.000,0 EUR werden künftig bei 1045/68435 nachgewiesen.

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Zuschüsse zur Förderung der Resozialisierung Jugendlicher sowie für ein Projekt der Straßensozialarbeit	546.440	546.440	522.700
2	Projekt „berliner jungs“ des Trägers HILFE FÜR JUNGS e.V.	147.260	147.260	147.300
3	Verstetigung der Tarifanpassung	15.300	31.300	153.000
Summe		**709.000**	**725.000**	**823.000**

Zu 3. Weniger für Verstetigung der Tarifanpassung 2022 bis 2025.

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	W	M	W	M	W	M
Teilansatz 1						
Absolut	31	85	32	87	32	87
Relativ	27 %	73 %	27 %	73 %	27 %	73 %
Ressourcen (in Tsd. €)	178	480	182	491	182	491

Zielgruppe	Junge Menschen (z. T. mit gravierender delinquenter Vorerfahrung – auch nach der Haftentlassung)
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung möglich

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68425	**261**	**Zuschüsse für freie Jugendarbeit**	**29.998.000**	**31.050.000**	**22.912.000**	**13.104.037,95**

150.000,0 EUR werden künftig bei 1043/68435 nachgewiesen.
100.000,0 EUR werden künftig bei 1045/68435 nachgewiesen.
628.000,0 EUR wurden bislang bei 1010/68569 nachgewiesen.
835.000,0 EUR werden künftig bei 1010/68419 nachgewiesen.
Wurde bislang bei 1012/68406 nachgewiesen.
230.000,0 EUR wurden bislang bei 67101 nachgewiesen.

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Zuschüsse für die Verstärkung und Unterstützung hinausreichender Jugendarbeit (insbesondere Angebote für junge Menschen außerhalb von Einrichtungen der Jugendarbeit, die Hilfe und Unterstützung zum Ausgleich von Benachteiligung benötigen)	2.908.640	2.908.640	3.010.990
2	Zuschüsse für die Jugendverbandsarbeit	708.730	708.730	744.470
3	Zuschüsse für die Umsetzung der Freikartenregelung im Rahmen der Besucherförderung	0	0	108.590
4	Zuschuss für die Kooperation im Bereich der technischen und sozialpädagogischen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	501.980	501.980	480.300
5	Zuschüsse für die Umsetzung des Kinder- und Jugendschutzes nach dem Bundeskinderschutzgesetz (BKiSchG)	3.080.930	3.580.930	1.175.780
6	Zuschüsse für außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche aus Roma-Familien	527.020	527.020	165.050
7	Zuschüsse für die Streetworkarbeit	491.460	491.460	250.310
8	Zuschüsse für die musikpädagogische Arbeit	54.300	54.300	54.300
9	Zuschüsse für die Qualifizierung von sozialpädagogischen Fachkräften im Medienbereich	525.080	525.080	323.600
10	Zuschüsse für innovative Projekte der sportorientierten Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	642.570	642.570	886.320
11	Zuschüsse für die Förderung von Migrantenjugendselbstorganisationen zur Einbindung in die Struktur der Jugendverbandsarbeit (MJSO)	81.440	81.440	81.440
12	Zuschuss für den offenen, pädagogisch betreuten Spielplatz „Kinderbauernhof Pinke-Panke“	272.650	272.650	271.460
13	Zuschüsse zur Förderung von Projekten der Jugendarbeit –interkulturelle, integrative, internationale und queere Jugendarbeit	1.345.180	1.345.180	1.292.906
14	Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Verbindung mit Flüchtlingsunterkünften inkl. Zirkuspädagogische Angebote	1.247.500	1.247.500	1.457.200
15	Zuschuss für die Umsetzung des Landeskonzepts Antisemitismus, Antidiskriminierung	0	0	150.000
16	Zuschüsse für die Umsetzung Jugendfördergesetzes – Angebote der Jugendarbeit in den Bezirken	5.000.000	5.000.000	5.000.000
17	Zuschuss für Empowerment für Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen in Berlin	150.000	150.000	150.000
18	Zuschüsse für die Prävention von sexuellem Missbrauch an Mädchen	100.000	100.000	100.000
19	Zuschuss zur Verstetigung der Landeskoordinierung zum präventiven Kinderschutz	50.000	50.000	50.000
20	Zuschuss für S27 Kunst und Bildung „Kreative Stadtwerke für Berlin“	60.000	60.000	60.000
21	Zuschuss zur Unterstützung der Arbeit des Landesverbandes Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe in Berlin	25.000	25.000	25.000
22	Zuschuss zur Unterstützung für die aufsuchende Jugendarbeit von Staakkato Kinder und Jugend e.V.	0	0	100.000
23	KinderKulturMonat	0	0	250.000
24	Deutsch-Jüdisches-Theater	86.000	86.000	86.000

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
25	Jugendfreiwilligendienst	5.280.000	5.280.000	5.780.000
26	Verstetigung der Tarifanpassung	469.460	1.020.790	139.000
27	BoxGirls	90.000	90.000	90.000
28	Zuschüsse für kulturelle Bildung durch die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung	0	0	429.224
29	Zuschuss der aufsuchenden Jugendsozialarbeit (Streetwork) mit Jugendlichen auf dem Alexanderplatz Gangway e.V.	80.000	80.000	100.000
30	Zuschuss des Jugend-Projekts JARA Moabiter Ratschlag e.V.	80.000	80.000	100.000
31	Jugendstrategie	50.000	50.000	0
32	Jugend-Check	50.000	50.000	0
33	Prävention von Jugendgewalt	6.040.000	6.040.000	0
Summe		29.997.940	31.049.270	22.911.940
rund		**29.998.000**	**31.050.000**	**22.912.000**

Zu 3. Fällt weg, da die Finanzierung des Gesamtprojekts aus den Titeln 68435, 68569 und 68490 erfolgt.
Zu 5. Mehr aufgrund des Projektes Childhood-Haus, das bisher beim Titel 67101 nachgewiesen wurde sowie für mehr neue gesamtstädtische Plätze für Kinder und Jugendliche mit komplexem Hilfebedarf.
Zu 6. Mehr in Anpassung an die Ist-Ausgaben und der Verlagerung von Mitteln aus dem Teilansatz 14.
Zu 7. Mehr in Anpassung an die Ist-Ausgaben.
Zu 9. Mehr aufgrund der Fortführung eines bisher aus ESF-Mitteln finanzierten Projektes für die Qualifizierung von sozialpädagogischen Fachkräften im Medienbereich.
Zu 10. Weniger aufgrund der Umsetzung des Kooperationsprojektes „Schule und Verein“ zum Kapitel 1010, Titel 68419.
Zu 13. Mehr in Anpassung an die Ist-Ausgaben und aufgrund der Umsetzung eines Projektes zur Förderung und außerschulischen Betreuung von gehörlosen Kindern und Jugendlichen vom Kapitel 1012, Titel 68406.
Zu 14. Weniger aufgrund der Verlagerung von Mitteln zum Teilansatz 6.
Zu 22. Fällt weg, da das Projekt ab 2022 nicht fortgesetzt wurde.
Zu 26. Mehr wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022 bis 2025.
Zu 31. Mehr für das Projekt Jugendstrategie.
Zu 32. Mehr für die Umsetzung des Jugend-Check.
Zu 33. Maßnahmen aus dem Gipfel zur Prävention von Jugendgewalt: Streetwork-Teams, Ausbau außerschulischer Bildungsangebote für junge Menschen, Ausweitung eines innovativen Ansatzes der Kombination von Jugendsozialarbeit und Sport und Verlängerung der Öffnungszeiten von Jugendeinrichtungen am Abend und am Wochenende.

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	W	M	W	M	W	M
Teilansatz 1						
Absolut	39.075	79.333	43.506	88.329	44.811	90.979
Relativ	33 %	67 %	33 %	67 %	33 %	67 %
Ressourcen (in T €)	874	1.744	973	1.976	994	2.017
Teilansatz 2						
Absolut	128.917	139.661	200.796	217.528	204.812	221.879
Relativ	48 %	52 %	48 %	52 %	48 %	52 %
Ressourcen (in T €)	225	244	351	380	357	387

Zielgruppe	Junge Menschen
Zielsetzung	Teilansatz 2: Gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung erforderlich

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68435	**262**	**Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe**	**6.329.000**	**7.160.000**	**5.701.000**	**6.254.973,33**

Teil-ansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Zuschüsse für die berufliche Qualifizierung sozial benachteiligter Jugendlicher	0	0	312.060
2	Ausgleich für geringere Einnahmen beim Titel 28290	500.000	500.000	500.000
3	Tarifanpassung	4.981.240	5.111.810	4.606.380
4	Regionale Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder sowie Beratung ehemaliger Heimkinder	260.000	260.000	201.620
5	Zuschuss an Landesmusikrat (LMR) für die Umsetzung des Projektes „Regional- und Landeswettbewerb Jugend musiziert“	87.760	87.760	80.000
6	Aufsuchende Berufsberatung	500.000	1.200.000	0
Summe		6.329.000	7.159.570	5.700.060
rund		**6.329.000**	**7.160.000**	**5.701.000**

Zu 1. Weniger, da das Projekt auf Kostensatzfinanzierung umgestellt wurde.
Zu 3. Mehr wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022 bis 2025.
Zu 4. Mehr in Anpassung an die Ist-Ausgaben.
Zu 5. Mehr in Anpassung an die Ist-Ausgaben.
Zu 6. Mehr für die Stärkung der Jugendberufsagenturen.

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	W	M	W	M	W	M
Teilansatz 1						
Absolut	220	239	225	244	115	124
Relativ	48 %	52 %	48 %	52 %	48 %	52 %
Ressourcen (in Tsd. €)	242	263	248	268	125	136

Zielgruppe	Junge Menschen
Zielsetzung	Gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung möglich

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68490	**261**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**16.132.000**	**16.132.000**	**16.132.000**	**15.749.010,87**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290.
Ausgaben dürfen unabhängig von der Höhe der Einnahmen in Höhe des Ansatzes geleistet werden, sofern die Differenz zwischen den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben aus dem Einzelplan 10 ausgeglichen wird (verbindliche Erläuterung).

Teil-ansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Jugendarbeit an Schulen	1.124.170	1.124.170	1.124.170
2	Allgemeine Jugendarbeit	1.806.340	1.806.340	1.165.660
3	Außerschulische Jugendbildung	3.138.500	3.138.500	3.120.500
4	Sportorientierte Jugendarbeit	2.779.680	2.779.680	3.379.680
5	Jugendverbandsarbeit	2.206.290	2.206.290	2.223.560
6	Integration behinderter junger Menschen und junger Menschen nichtdeutscher Herkunft	598.310	598.310	634.000
7	aufsuchende Jugendarbeit [Förderung von Streetwork für eine Zielgruppe, die weder von den Einrichtungen der Jugendarbeit noch der Jugendsozialarbeit erreicht wird und deren Aufenthaltsort sich im öffentlichen Raum befindet (Straße, U-Bahn, Einkaufszentren,...)]	1.426.280	1.426.280	1.426.280
8	Die Familien für Kinder gGmbH (einschl. Tagespflegeberatungsstelle) und für Einrichtungen, die bei Gewaltsituationen in der Familie Schutz im Interesse von Kindern und Jugendlichen gewähren	3.052.430	3.052.430	3.058.000
Summe		16.132.000	16.132.000	16.131.850
rund		**16.132.000**	**16.132.000**	**16.132.000**

Zu 2. Mehr aufgrund der Umsetzung des Landesprogramms jugendnetz-berlin 2.0.
Zu 4. Weniger aufgrund der Umsetzung des Kooperationsprojektes „Schule und Verein“.

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	W	M	W	M	W	M
Teilansätze 1-6						
Absolut	1.241.616	1.345.084	1.241.616	1.345.084	1.241.616	1.345.084
Relativ	48 %	52 %	48 %	52 %	48 %	52 %
Ressourcen (in Tsd. €)	5.543	6.004	5.543	6.004	5.543	6.004
Teilansatz 7						
Absolut	27.750	47.250	27.750	47.250	27.750	47.250
Relativ	37 %	63 %	37 %	63 %	37 %	63 %
Ressourcen (in Tsd. €)	528	898	528	898	528	898
Teilansatz 8						
Absolut	11.576	6.233	11.576	6.233	11.576	6.233
Relativ	65 %	35 %	65 %	35 %	65 %	35 %
Ressourcen (in Tsd. €)	1.988	1.070	1.988	1.070	1.988	1.070

Zielgruppe	Junge Menschen
Zielsetzung	Gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter (Teilansätze 1-7)
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung erforderlich

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**261**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**8.895.000**	**9.095.000**	**9.765.000**	**9.700.709,00**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Zuschuss an die Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide – Landesmusikakademie – gemeinnützige Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung (FEZ)	6.753.100	6.753.100	7.504.800
2	Zuschuss an die JugendKulturService gGmbH (JKS)	774.000	774.000	914.000
3	Förderung der Partizipation und des demokratischen Handelns bei Kindern und Jugendlichen (Jugend-Demokratiefonds)	900.900	900.900	1.074.200
4	Betrieb des Berliner Jugendportals jup! Berlin	272.000	272.000	272.000
5	Verstetigung der Tarifanpassung	194.880	394.128	0
Summe		8.894.880	9.094.128	9.765.000
rund		**8.895.000**	**9.095.000**	**9.765.000**

Zu 5. Mehr wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022 bis 2025.

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	w	m	w	m	w	m
Teilansatz 1						
Absolut	504.000	413.000	538.000	440.000	548.760	448.800
Relativ	55 %	45 %	55 %	45 %	55 %	45 %
Ressourcen (in Tsd. €)	3.395	2.777	3.622	2.963	3.702	3.028
Teilansatz 2						
Absolut	7.700	7.700	9.280	9.280	9.373	9.373
Relativ	50 %	50 %	50 %	50 %	50 %	50 %
Ressourcen (in Tsd. €)	370	370	446	446	454	454
Teilansatz 3						
Absolut	7.210	6.930	9.210	8.850	9.302	8.939
Relativ	51 %	49 %	51 %	49 %	51 %	49 %
Ressourcen (in Tsd. €)	402	386	513	493	522	502

Zielgruppe	Junge Menschen
Zielsetzung	Gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung erforderlich

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**011**	**Mitgliedsbeiträge**	**20.600**	**20.600**	**20.600**	**20.710,57**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)	3.230	3.230	3.230
2	Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe (AFET) e.V.	1.750	1.750	1.750
3	Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Berlin e.V.	15.340	15.340	15.340
4	Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen u.a.	250	250	250
Summe		20.570	20.570	20.570
rund		20.600	20.600	20.600

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2025	Ist (Rest/R) 2022
68644	**262**	**Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"**	**1.030.000**	**7.935.818,76**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68692	**253**	**Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**1.439.000**	**1.452.000**	**885.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.558.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**2.109.000**			
		Davon fällig 2026	**2.120.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.329.000**	**—**		

Deckungsvermerk:
Die ESF+-Ausgaben sind mit anderen ESF+-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den ESF+ mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den ESF+ der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
VE Plan 2023	2.109.000	2.120.000	1.329.000

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF+ dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Laut indikativer Finanzplanung des Operationellen Programms der ESF+-Förderung (Förderperiode 2021-2027) sind für Maßnahmen im Bildungs- und Jugendbereich Mittel von insgesamt rd. 41,0 Mio. € bereitgestellt.

Im Bereich Jugend werden folgende Förderinstrumente (FI) durchgeführt:

Förderinstrument Brücken bauen (FI 7): Aufsuchende Beratung für schwer zu erreichende junge Menschen.
7.500.000 €

Die notwendige nationale Kofinanzierung (60%) der ESF+-Mittel wird durch Mittel der an der Förderung beteiligten Jobcenter nach § 16h SGB II finanziert.

Förderinstrument Jugendfreiwilligendienste (FI 12): Durchführung von Jugendfreiwilligendiensten im Bereich Jugendverbandsarbeit. 1.499.000 €

Die notwendige nationale Kofinanzierung (60%) der ESF+-Mittel wird durch Bundes-, Landes- und Eigenmittel sichergestellt.

68695	**253**	**Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**2.200.000**	**2.417.835,30**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
		Gesamtausgaben	**78.301.700**	**79.665.700**	**69.464.800**	**70.322.108,30**
		Prozentuale Veränderung	**12,7 %**	**1,7 %**		

Abschluss Kapitel 1042

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**531.000**	**531.000**	**531.000**	**793.776,69**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**17.575.000**	**17.588.000**	**19.221.000**	**22.012.818,78**
	Gesamteinnahmen	**18.106.000**	**18.119.000**	**19.752.000**	**22.806.595,47**
411-462	**Personalausgaben**	**9.420.700**	**10.764.700**	**8.420.800**	**9.673.884,85**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**580.300**	**480.300**	**255.300**	**344.222,10**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**68.300.700**	**68.420.700**	**60.788.700**	**60.304.001,35**
	Gesamtausgaben	**78.301.700**	**79.665.700**	**69.464.800**	**70.322.108,30**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-60.195.700**	**-61.546.700**	**-49.712.800**	**-47.515.512,83**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001091 Jugend und Familie, Landesjugendamt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	12	Personalkosten	26.643.938	25.775.058	+3,37
Kostenträger	64	Sachkosten	17.259.641	8.478.286	+103,57
davon		Transferkosten	125.963.904	97.586.069	+29,08
Produkte	49	Verrechnungskosten	548.506	359.250	+52,68
MGF	15	kalkulatorische Kosten	2.227.527	2.176.182	+2,36
Projekte	0	Gemeinkosten	20.996.590	20.188.472	+4,00
		Summe Verwaltungskosten	193.640.106	154.563.317	+25,28
		Transfers	271.386.748	231.543.778	+17,21
		Gesamtsumme	465.026.853	386.107.095	+20,44

Die Übersicht enthält die Kostenträger der Abteilung III (Jugend und Kinderschutz) und der Abteilung V (Familie und frühkindliche Bildung).

Höhere Sachkosten 2022 entstanden insbesondere im Zusammenhang mit den Ausgaben für Corona-Schnelltests für Kindertageseinrichtungen und stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe. Der Anstieg der Transferkosten in 2022 gegenüber 2021 ist vor allem zurückzuführen auf höhere Unterbringungskosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie die Sicherstellung der Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen einschließlich der Aufwendungen für das mobile Kinderschutzteam am Hauptbahnhof. Außerdem entstanden höhere Transferkosten in Verbindung mit Ausgaben zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Berliner Kindertagesstätten, mehr Zuwendungen an die Kinder- und Jugendambulanzen, Auszahlungen im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Temporäre Familienhilfen“, einmaligen Zahlungen für die stationäre Eingliederungshilfe aufgrund der Corona-Pandemie und höheren Kosten für das Mittagessen in Kindertagesstätten im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes. Höhere Verrechnungskosten in 2022 gegenüber 2021 entstanden im Zusammenhang mit dem IT-Fachverfahren für die Erfassung, Verwaltung und Auswertung von Informationen zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Gestiegene Transfers hängen insbesondere zusammen mit höheren Zuschüssen an Träger zum Ausbau und Erhalt von Kitaplätzen, der Zahlung von „Brennpunktzulagen“ an Kitaträger, mehr Zuschüssen für Projekte der Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit und Jugendfreit – u. a. im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ sowie höheren Zuschüssen für Familienberatungsstellen und für die Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005119	2022	43.806.965	33.508.762	77.315.727
Operative Aufgaben im Rahmen der Jugendarbeit, Kinderschutz und Prävention	2021	39.127.949	27.064.364	66.192.313

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77137	2022	11.132.435	9.711.732	20.844.168
Förderung der Jugendsozialarbeit	2021	10.832.895	6.766.891	17.599.786

	2022	2021
Menge: Zahl der Einrichtungen und Dienste	42	40
Kosten je ME in €	265.057,99	270.822,37
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,48	4,56
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	10.776.515,70	10.452.698,75
IST - Erträge in €	440.990,09	123.725,15
Kostendeckungsgrad in %	2,12	0,70

Förder- und Integrationsmaßnahmen für junge Menschen zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen und Förder- und Integrationsmaßnahmen für junge Menschen mit präventiver Wirkung

Fachspezifische Informationen
Höhere Transfers 2022 gegenüber 2021 stehen insbesondere im Zusammenhang mit den Ausgaben im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“. Höhere IST-Erträge entstanden durch Rückzahlungen von Zuwendungen im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77138	2022	6.303.191	2.915.375	9.218.566
Förderung des gesetzlichen und erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes	2021	2.834.808	2.928.733	5.763.541

	2022	2021
Menge: Zahl der Einrichtungen und Dienste	26	14
Kosten je ME in €	242.430,41	202.486,30
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,98	1,49
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	6.163.387,67	2.510.180,62
IST - Erträge in €	35.526,35	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,39	0,00

Maßnahmen und Angebote, die junge Menschen befähigen, sich vor Gefahren zu schützen und/oder Erziehungsberechtigte, bzw. Multiplikatoren zum Schutz von Kindern und Jugendlichen befähigen.

Fachspezifische Informationen
Die Transferkosten in den Verwaltungskosten enthalten in 2022 zusätzlich Aufwendungen für die Sicherstellung der Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge (Kapitel 1045, Titel 67147) und die Kosten für das mobile Team Kinderschutz in der Ankunftseinrichtung am Berliner Hauptbahnhof.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77139	2022	3.747.743	2.080.430	5.828.173
Förderung der Jugendarbeit (außerschulische Jugendbildung, Jugenderholung, internationale Jugendarbeit, Integrationsreisen)	2021	4.179.187	2.202.843	6.382.030

	2022	2021
Menge: Teilnehmertage	117.138	130.562
Kosten je ME in €	31,99	32,01
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,25	1,65
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	2.022.309,65	2.417.743,77
IST - Erträge in €	43.365,24	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,74	0,00

Förderung von Jugendbildungsstätten, von Maßnahmen der außerschulischen Bildung, von internationaler Jugendarbeit, der Integration behinderter Kinder und Jugendlicher sowie zur Jugenderholung.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77140	2022	9.805.343	13.416.946	23.222.289
Förderung der Jugendarbeit (Jugendfreizeit)	2021	9.816.377	11.151.473	20.967.851

	2022	2021
Menge: Angebotsstunden	68.503	57.196
Kosten je ME in €	143,14	171,63
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,99	5,43
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	3.093.128,72	2.872.385,93
IST - Erträge in €	198.535,34	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,85	0,00

Förderangebote für alle Berliner Kinder und Jugendlichen in der Freizeit

Fachspezifische Informationen
Höhere Transfers in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf höhere Zuschüsse an das Freizeit- und Erholungszentrum Wuhlheide, die Finanzierung des Projektes „Super-Ferien-Pass“ und diverser Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77141	2022	1.490.743	2.788.806	4.279.549
Förderung der Jugendverbände	2021	1.456.528	2.251.976	3.708.504

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Verbandsmitglieder	516.625	560.715
Kosten je ME in €	2,89	2,60
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,92	0,96
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.490.743,22	1.456.528,00
IST - Erträge in €	29.345,63	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,69	0,00

Förderung der Zentralstellen von Jugendverbänden, Förderung der ehrenamtlichen Arbeit in der außerschulischen Jugendarbeit

Fachspezifische Informationen

Höhere Transfers in 2022 gegenüber 2021 sind zurückzuführen auf höhere Zuschüsse für diverse Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berliner Notdienst Kinderschutz -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben einschließlich Personalausgaben für den Berliner Notdienst Kinderschutz, bestehend aus dem Kindernotdienst und der Hotline Kinderschutz, Gitschiner Straße 48/49, 10969 Berlin, dem Jugend- und Mädchennotdienst, Mindener Straße 14, 10589 Berlin sowie der Kontakt- und Beratungsstelle (KuB) und dem Sleep In, Müllenhoffstraße 17, 10967 Berlin.

Der Notdienst bietet berlinweit Beratung, Hilfe und kurzfristige Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII für gefährdete Kinder und Jugendliche an.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

B. Gender Budgeting

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel Titel Bezeichnung
1043 53101 Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Es wird auf die Ausführungen in den allgemeinen Erläuterungen zum Kapitel 1042 verwiesen.
Steuerungsmaßnahmen zur Aufteilung eines Gender Budgeting bezogen auf die Zielgruppe ist nicht möglich, da es sich um Interventionsmaßnahmen im Rahmen des Kinderschutzes handelt.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			1	2	1	2
Relativer Anteil			33	67	33	67
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	91	42	88	39	91	38
Relativer Anteil	68	32	69	31	71	29

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen
getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: ** , Mitarbeitende: 4.583 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: ** , Mitarbeitende: 4.168 €

** Aus datenschutzrechtlichen Gründen kann keine Angabe veröffentlicht werden.

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist zwar Unterrepräsentanzen in den oberen Einkommensgruppen für weibliche Führungskräfte, jedoch keine Unterrepräsentanzen für weibliche Mitarbeitende auf. Der Abbau der benannten Unterrepräsentanzen wird angestrebt.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berliner Notdienst Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11921	265	Rückzahlungen von Zuwendungen	1.000	1.000	1.000	4.571,01
11979	011	Verschiedene Einnahmen	1.000	1.000	1.000	—
23302	265	Ersatz von Jugendhilfe von anderen Jugendhilfeträgern	401.000	401.000	401.000	287.736,17
28290	265	Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke	12.000	12.000	12.000	41.268,12
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42790, 51190, 51490, 53190 und 54690.				
		Gesamteinnahmen	415.000	415.000	415.000	333.575,30
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
42201	011	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	75.800	78.800	209.000	72.317,52
42701	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	21.000	21.000	21.000	19.046,50
42790	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen	3.000	3.000	3.000	3.108,95 R 25.466,80
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	9.271.000	9.642.000	7.874.000	6.611.375,97
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	120.000	124.000	1.000	1.206.237,44
44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	3.400	3.500	11.800	3.128,91
51101	265	Geschäftsbedarf	8.800	8.800	8.800	7.966,31
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
51131	265	Bekleidung, Wäsche	3.600	3.600	3.600	844,97
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
51140	265	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	25.200	25.200	25.200	14.265,20
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
51190	011	Geschäftsbedarf, Geräte, Gebrauchsgegenstände aus zweckgebundenen Einnahmen	1.000	1.000	1.000	4.481,80 R 13.339,53
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
51403	265	Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen	9.000	9.000	9.000	12.244,33
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berliner Notdienst Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51420	**265**	**Beköstigung**	**257.000**	**207.000**	**80.000**	**113.441,32**

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Mehr wegen Planung eines vierten Standortes des BNK zur intensivpädagogischen Kurzbetreuung für junge Menschen bzw. Zugrundelegung des pauschalen Tagessatzes für Beköstigung im Bereich der HzE (lt. BRVJUG).

51426	**265**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**6.100**	**6.100**	**6.100**	**2.960,08**

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

51479	**265**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**7.600**	**7.600**	**7.600**	**17.456,57**

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

51490	**011**	**Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.656,66 R 4.216,80**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

51701	**265**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**375.000**	**375.000**	**275.000**	**432.776,13**

Mehr wegen Planung eines vierten Standortes des BNK zur intensivpädagogischen Kurzbetreuung für junge Menschen bzw. aufgrund von Kostensteigerungen im Bereich von Energie- und Inflationskosten.

51801 (neu)	**265**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**50.000**	**50.000**		

Mehr wegen Planung eines vierten Standortes des BNK zur intensivpädagogischen Kurzbetreuung für junge Menschen ab 10 Jahren, die aufgrund des komplexen Hilfebedarfes an der Schnittstelle zur Psychiatrie nicht oder nur sehr schwer im Gruppenkontext zu versorgen und zu betreuen sind. Hierfür ist die Anmietung von Räumen mit mindestens 200 m² erforderlich.

51900	**265**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**38.000**	**38.000**	**38.000**	**1.056,12**

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

51910	**265**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**1.129,50**

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

52501	**265**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**956,70**

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

52703	**265**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
53101	**265**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.600**	**1.600**	**1.600**	**—**

Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

Angaben zum Genderbudget:

	2023		2024		2025	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	*-	*-	*-	*-	*-	*-
Relativ	50%	50%	50%	50%	50%	50%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	0,8T	0,8T	0,8T	0,8T	0,8T	0,8T
* eine genaue Reichweitenangabe ist nicht möglich						

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berliner Notdienst Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53190	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.209,93 R 2.155,12**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
54002	**265**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**2.600**	**2.600**	**2.600**	**2.010,50**
54010	**265**	**Dienstleistungen**	**6.400**	**6.400**	**6.400**	**3.522,60**
54019	**265**	**Belehrung, Unterhaltung**	**4.100**	**4.100**	**4.100**	**6.327,70**
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
54053	**265**	**Veranstaltungen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
54079	**265**	**Verschiedene Ausgaben**	**3.600**	**3.600**	**3.600**	**5.223,44**
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
54690	**011**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**14.260,69 R 74.039,18**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
68111	**265**	**Arbeitsbelohnungen, Taschengelder, Festtagsgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**501,50**
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
68150	**265**	**Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**7.269,50**
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
68153	**265**	**Sonstige einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**4.824,50**
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
68157	**265**	**Weihnachtsbeihilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**397,77**
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
68168	**265**	**Fahrgelder für Pfleglinge**	**115.000**	**115.000**	**115.000**	**110.927,80**
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				
68177	**265**	**Bekleidung und Wäsche nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz**	**5.500**	**5.500**	**5.500**	**4.952,03**
		Die Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berliner Notdienst Kinderschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68435	265	Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe	554.000	567.000	545.000	304.778,03

150.000,0 EUR wurden bislang bei 1042/68425 nachgewiesen.

Zuschüsse für Kindernotdienst und Jugendnotdienst (Anlaufstelle Mädchennotdienst). Mehr wegen haushaltsneutraler Umsetzung von Zuwendungen für tagesstrukturierende Maßnahmen im KND und wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022 bis 2025.

	Gesamtausgaben	10.997.800	11.338.900	9.287.400	8.992.656,97
	Prozentuale Veränderung	18,4 %	3,1 %		

Abschluss Kapitel 1043

111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2.000	2.000	2.000	4.571,01
211-299	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	413.000	413.000	413.000	329.004,29
	Gesamteinnahmen	415.000	415.000	415.000	333.575,30
411-462	Personalausgaben	9.494.200	9.872.300	8.119.800	7.915.215,29
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	818.100	768.100	491.100	643.790,55
611-699	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	685.500	698.500	676.500	433.651,13
	Gesamtausgaben	10.997.800	11.338.900	9.287.400	8.992.656,97
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-10.582.800	-10.923.900	-8.872.400	-8.659.081,67

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berliner Notdienst Kinderschutz -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001091 Jugend und Familie, Landesjugendamt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	12	Personalkosten	26.643.938	25.775.058	+3,37
Kostenträger	64	Sachkosten	17.259.641	8.478.286	+103,57
davon		Transferkosten	125.963.904	97.586.069	+29,08
Produkte	49	Verrechnungskosten	548.506	359.250	+52,68
MGF	15	kalkulatorische Kosten	2.227.527	2.176.182	+2,36
Projekte	0	Gemeinkosten	20.996.590	20.188.472	+4,00
		Summe Verwaltungskosten	193.640.106	154.563.317	+25,28
		Transfers	271.386.748	231.543.778	+17,21
		Gesamtsumme	465.026.853	386.107.095	+20,44

Die Übersicht enthält die Kostenträger der Abteilung III (Jugend und Kinderschutz) und der Abteilung V (Familie und frühkindliche Bildung).

Höhere Sachkosten 2022 entstanden insbesondere im Zusammenhang mit den Ausgaben für Corona-Schnelltests für Kindertageseinrichtungen und stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe. Der Anstieg der Transferkosten in 2022 gegenüber 2021 ist vor allem zurückzuführen auf höhere Unterbringungskosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie die Sicherstellung der Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen einschließlich der Aufwendungen für das mobile Kinderschutzteam am Hauptbahnhof. Außerdem entstanden höhere Transferkosten in Verbindung mit Ausgaben zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Berliner Kindertagesstätten, mehr Zuwendungen an die Kinder- und Jugendambulanzen, Auszahlungen im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Temporäre Familienhilfen“, einmaligen Zahlungen für die stationäre Eingliederungshilfe aufgrund der Corona-Pandemie und höheren Kosten für das Mittagessen in Kindertagesstätten im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes. Höhere Verrechnungskosten in 2022 gegenüber 2021 entstanden im Zusammenhang mit dem IT-Fachverfahren für die Erfassung, Verwaltung und Auswertung von Informationen zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Gestiegene Transfers hängen insbesondere zusammen mit höheren Zuschüssen an Träger zum Ausbau und Erhalt von Kitaplätzen, der Zahlung von „Brennpunktzulagen“ an Kitaträger, mehr Zuschüssen für Projekte der Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit und Jugendfreit – u. a. im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ sowie höheren Zuschüssen für Familienberatungsstellen und für die Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005119	2022	43.806.965	33.508.762	77.315.727
Operative Aufgaben im Rahmen der Jugendarbeit, Kinderschutz und Prävention	2021	39.127.949	27.064.364	66.192.313

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berliner Notdienst Kinderschutz -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80889	2022	8.798.582	121.455	8.920.037
Berliner Notdienst Kinderschutz (BNK) - Inobhutnahme	2021	8.640.907	117.586	8.758.493

	2022	2021
Menge: Anzahl der Belegungstage	11.767	8.576
Kosten je ME in €	747,73	1.007,57
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,92	2,27
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	501,50	932,63
IST - Erträge in €	287.736,17	290.150,82
Kostendeckungsgrad in %	3,23	3,31

Inobhutnahme - Zentrale Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendnotdienst, Kontakt und Beratungsstelle -KuB -, Mädchennotdienst, Lotsen geschlossene Unterbringung)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Finanzierung freier Träger (gemäß §§ 27, 35 a und 41 SGB VIII), die Kinder und Jugendliche in Not- und Krisensituationen beraten und betreuen. Darüber hinaus sind hier die Zuschüsse für die Erziehungs- und Familienberatungsstellen nachgewiesen und auch Aufgaben nach dem SGB VIII, die nicht in den bereits dargelegten Feldern enthalten sind.
Es enthält auch die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, die auf einer anderen gesetzlichen Grundlage als dem SGB VIII beruhen. Dies sind insbesondere Jugendgerichtsgesetz (JGG), Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) und Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbIG).

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

B. Gender Budgeting

Es wird auf die Ausführungen in den allgemeinen Erläuterungen zum Kapitel 1042 verwiesen.

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

67147	Heimerziehung für alleinstehende minderjährige Asylbewerber/innen nach dem KJHG
67176	Krankenhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz
68184	Leistungen nach dem SGB VIII für Deutsche im Ausland
68422	Zuschüsse für Familienberatungsstellen
68435	Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	**265**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**48.169,75**

Rückzahlung von Zuwendungen aus vergangenen Haushaltsjahren einschließlich Zinsen.

11937	**266**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge aus Jugendhilfeleistungen**	**30.000**	**30.000**	**45.000**	**27.569,36**

Rückzahlungen überzahlter Beträge aus Jugendhilfeleistungen. Weniger in Anpassung an die Ist-Einnahmen.

23302	**266**	**Ersatz von Jugendhilfe von anderen Jugendhilfeträgern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gem. § 89 d SGB VIII für sog. Altfälle (endete zum 30.06.2017).

28101	**219**	**Ersatz von Ausgaben**	**9.800**	**9.800**	**9.800**	**13.220,75**

Ersatz von Ausgaben für die Geschäftsstelle der Gremien nach § 78 e Abs. 3 SGB VIII (Vertragskommission) und § 78 g SGB VIII (Schiedsstelle), die sich Berlin und die Vertreter der Leistungserbringer (Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und die Vereinigung sonstiger Leistungserbringer) je zur Hälfte teilen.
Die Ausgaben sind beim Titel 52602 veranschlagt.

28111 (neu)	**266**	**Ersatz von Jugendhilfe durch andere**	**1.000**	**1.000**		
28290	**265**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68190.

Bußgelder und Spenden für die Bewährungshilfe.

	Gesamteinnahmen	**162.800**	**162.800**	**176.800**	**88.959,86**
	Prozentuale Veränderung	**-7,9 %**	**—**		
	Ausgaben				
51101	**290**	**Geschäftsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Zentrale Jugendgerichtshilfe (ZJGH).

52501	**290**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Zentrale Jugendgerichtshilfe (ZJGH).

52602	**219**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**9.800**	**9.800**	**9.800**	**307,06**

Ausgaben für die Geschäftsstelle der Gremien nach § 78 e Abs. 3 SGB VIII (Vertragskommission) und § 78 g SGB VIII (Schiedsstelle). Die Aktivitäten der Gremien sind nicht in jedem Jahr gleich.
Die Einnahmen sind beim Titel 28101 veranschlagt.

52703	**290**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**310,20**

Ausgaben für die Zentrale Jugendgerichtshilfe (ZJGH).

54010	**290**	**Dienstleistungen**	**10.000**	**10.000**	**15.200**	**6.580,00**

Drogenkontrolluntersuchungen bei Probandinnen und Probanden der Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende. Weniger in Anpassung an die Ist-Ausgaben.

54019	**290**	**Belehrung, Unterhaltung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**130,29**

Ausgaben für die Gruppenarbeit mit Probandinnen und Probanden der Bewährungshilfe.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54615	**290**	**Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen**	**4.300**	**4.300**	**4.300**	**4.280,00**

Leistungen an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg für die Bewährungshilfestatistik.

63302	**266**	**Ersatz von Ausgaben an Jugendhilfeträger**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.310,28**

Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gem. § 89 d SGB VIII für sog. Altfälle (endete zum 30.06.2017).

67101	**266**	**Ersatz von Ausgaben**	**70.000**	**70.000**	**160.000**	**366.725,32**

530.000,0 EUR werden künftig bei 68435 nachgewiesen.

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Modellprojekt Koordinierungsstelle komplexe Hilfebedarfe	35.000	35.000	125.000
2	Ambulante Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz	35.000	35.000	35.000
Summe		**70.000**	**70.000**	**160.000**

Zu 1. Weniger in Anpassung an den Bedarf.

Die Ausgaben für die Ombudsstellen in der Berliner Jugendhilfe werden künftig im Titel 68435 nachgewiesen.

67102	**290**	**Ersatz von Barauslagen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**154,65**

Auslagen der Bewährungshelfer.

67147	**266**	**Heimerziehung für alleinstehende minderjährige Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz**	**10.000.000**	**10.000.000**	**4.000.000**	**24.239.552,71**

Ausgaben nach dem SGB VIII an freie Träger zur Deckung der grundsätzlichen Aufwendungen der auf Kosten des Landesjugendamtes in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachten alleinstehenden minderjährigen Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Flüchtlinge.

Mehr wegen Anpassung entsprechend der Zugangszahlen des Jahres 2022.

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	116	646	75	469	98	601
Relativ	15 %	85 %	14 %	86 %	14 %	86 %
Ressourcen (in Tsd. €)	1.234	6.876	814	5.093	989	6.078

Zielgruppe	Kinder und Jugendliche
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung möglich

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67176	**266**	**Krankenhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz**	**100.000**	**100.000**	**50.000**	**92.082,27**

Ausgaben nach dem SGB VIII für ambulante und stationäre Krankenbehandlungskosten während der Verpflichtung für alleinstehende minderjährige Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Flüchtlinge in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen.

Mehr in Anpassung an die Ist-Ausgaben.

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	116	646	75	469	98	601
Relativ	15 %	85 %	14 %	86 %	14 %	86 %
Ressourcen (in Tsd. €)	3,9	22,2	3,0	18,5	8,5	52,5

Zielgruppe	Kinder und Jugendliche
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung möglich

68174	**290**	**Leistungen außerhalb der Sozialhilfe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**91,97**

Sonderaufwendungen im Rahmen der Sozialarbeit und Bewährungshilfe.

Angaben zum Gender Budget:
Geschlechtssensitive Daten schwanken, da hier Einzelfälle vorliegen.

68184	**266**	**Leistungen nach dem SGB VIII für Deutsche im Ausland**	**110.000**	**110.000**	**10.000**	**8.133,24**

Gewährung von Jugendhilfeleistungen für im Ausland lebende deutsche junge Menschen gemäß der Zuständigkeitsregelung nach § 88 Abs. 1 SGB VIII.

Mehr aufgrund der Gewährung stationärer Eingliederungshilfe.

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	1	0	1	0	1	0
Relativ	100 %	0 %	100 %	0 %	100 %	0 %
Ressourcen (in Tsd. €)	7,6	0	7,6	0	8,2	0

Zielgruppe	Kinder und Jugendliche
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung möglich

68190	**290**	**Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**— R 2.044,05**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Bußgelder von Gerichten und sonstige Spenden für Maßnahmen im Rahmen der Bewährungshilfe.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68422	**265**	**Zuschüsse für Familienberatungs-stellen**	**13.563.000**	**13.844.000**	**7.512.000**	**5.658.996,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**41.532.000**	**—**
Davon fällig 2025	**13.844.000**	
Davon fällig 2026	**13.844.000**	**—**
Davon fällig 2027	**13.844.000**	**—**

Mehr nach Umstellung des Finanzierungssystems auf eine transparente gesamtstädtische Zuwendungsfinanzierung. Der Ansatz umfasst die kostenneutrale Aufschichtung der bisherigen Fallpauschalen der Bezirke einschließlich der Anpassung an den tatsächlichen Bedarf sowie die Verstetigung der Tarifanpassung 2022 bis 2025.

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	2.120	2.206	2.120	2.206	2.162	2.250
Relativ	49 %	51 %	49 %	51 %	49 %	51 %
Ressourcen (in Tsd. €)	2.030	2.113	2.150	2.238	2.198	2.287

Zielgruppe	Kinder und Jugendliche
Zielsetzung	Gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung erforderlich

68435	**266**	**Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe**	**9.752.000**	**10.636.000**	**7.310.000**	**5.119.241,04**

160.000,0 EUR wurden bislang bei 1042/68424 nachgewiesen.
530.000,0 EUR wurden bislang bei 67101 nachgewiesen.
100.000,0 EUR wurden bislang bei 1042/68425 nachgewiesen.

Zuschüsse an freie Träger der Jugendhilfe und an andere Organisationen zur Förderung der Jugendhilfe:

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Zentrale Betreuung ausländischer Minderjähriger/Maßnahmen für alleinstehende minderjährige Asylbewerber/innen	701.100	701.100	301.100
2	Ambulante Maßnahmen für junge Straffällige in Berlin, Sicherheits- und Präventionskonzept	2.704.600	2.704.600	2.864.600
3	Verstetigung der Tarifanpassung	116.200	200.200	34.000
4	Stärkung der psychosozialen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen	3.500.000	3.500.000	3.480.000
5	Ombudsstellen in der Berliner Jugendhilfe	630.000	630.000	630.000
6	Prävention von Jugendgewalt	2.100.000	2.100.000	0
7	Kurzzeitwohnen	0	800.000	0
Summe		9.751.900	10.635.900	7.309.700
gerundet		**9.752.000**	**10.636.000**	**7.310.000**

Zu 1. Mehr für tagesstrukturierender Maßnahmen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Erstaufnahmeeinrichtungen und Stärkung des Projekts „Flucht nach vorn“.
Zu 3. Mehr wegen Verstetigung der Tarifanpassung 2022 bis 2025.
Zu 5. Ausgaben für Ombudsstellen wurden bisher in Titel 67101 und Kapitel 1042, Titel 68425 nachgewiesen
Zu 6. Maßnahmen aus dem Gipfel zur Prävention von Jugendgewalt: Ausbau und Entwicklung von gesamtstädtischen Projekten (z.B. ambulante Angebote für junge Geflüchtete, Kooperationsangebote mit der Polizei, digitale Angebote, Beschulungsmaßnahmen in den Erstaufnahmeeinrichtungen für junge Menschen mit Fluchthintergrund).
Zu 7. Mehr für das Projekt Kurzzeitwohnen für Kinder und Jugendliche in besonderer Lage.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Angaben zum Gender Budget:

	2019		2020		2021	
	w	m	w	m	w	m
Teilansatz 2						
Absolut	405	3.645	415	3.735	423	3.810
Relativ	10 %	90 %	10 %	90 %	10 %	90 %
Ressourcen (in Tsd. €)	258	2.325	264	2.380	270	2.434

Zielgruppe	Junge Menschen im Alter von 0-21 Jahren
Zielsetzung	Gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter
Steuerungsmaßnahmen	Keine Steuerung möglich

Gesamtausgaben	**33.627.100**	**34.792.100**	**19.079.300**	**35.498.895,03**
Prozentuale Veränderung	**76,2 %**	**3,5 %**		

Abschluss Kapitel 1045

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**150.000**	**150.000**	**165.000**	**75.739,11**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**12.800**	**12.800**	**11.800**	**13.220,75**
	Gesamteinnahmen	**162.800**	**162.800**	**176.800**	**88.959,86**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**28.100**	**28.100**	**33.300**	**11.607,55**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**33.599.000**	**34.764.000**	**19.046.000**	**35.487.287,48**
	Gesamtausgaben	**33.627.100**	**34.792.100**	**19.079.300**	**35.498.895,03**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-33.464.300**	**-34.629.300**	**-18.902.500**	**-35.409.935,17**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001091 Jugend und Familie, Landesjugendamt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	12	Personalkosten	26.643.938	25.775.058	+3,37
Kostenträger	64	Sachkosten	17.259.641	8.478.286	+103,57
davon		Transferkosten	125.963.904	97.586.069	+29,08
Produkte	49	Verrechnungskosten	548.506	359.250	+52,68
MGF	15	kalkulatorische Kosten	2.227.527	2.176.182	+2,36
Projekte	0	Gemeinkosten	20.996.590	20.188.472	+4,00
		Summe Verwaltungskosten	193.640.106	154.563.317	+25,28
		Transfers	271.386.748	231.543.778	+17,21
		Gesamtsumme	465.026.853	386.107.095	+20,44

Die Übersicht enthält die Kostenträger der Abteilung III (Jugend und Kinderschutz) und der Abteilung V (Familie und frühkindliche Bildung).

Höhere Sachkosten 2022 entstanden insbesondere im Zusammenhang mit den Ausgaben für Corona-Schnelltests für Kindertageseinrichtungen und stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe. Der Anstieg der Transferkosten in 2022 gegenüber 2021 ist vor allem zurückzuführen auf höhere Unterbringungskosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie die Sicherstellung der Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen einschließlich der Aufwendungen für das mobile Kinderschutzteam am Hauptbahnhof. Außerdem entstanden höhere Transferkosten in Verbindung mit Ausgaben zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Berliner Kindertagesstätten, mehr Zuwendungen an die Kinder- und Jugendambulanzen, Auszahlungen im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Temporäre Familienhilfen“, einmaligen Zahlungen für die stationäre Eingliederungshilfe aufgrund der Corona-Pandemie und höheren Kosten für das Mittagessen in Kindertagesstätten im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes. Höhere Verrechnungskosten in 2022 gegenüber 2021 entstanden im Zusammenhang mit dem IT-Fachverfahren für die Erfassung, Verwaltung und Auswertung von Informationen zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Gestiegene Transfers hängen insbesondere zusammen mit höheren Zuschüssen an Träger zum Ausbau und Erhalt von Kitaplätzen, der Zahlung von „Brennpunktzulagen“ an Kitaträger, mehr Zuschüssen für Projekte der Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit und Jugendfreit – u. a. im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ sowie höheren Zuschüssen für Familienberatungsstellen und für die Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005118	2022	27.170.043	5.771.945	32.941.987
Operative Aufgaben im Rahmen der Hilfen zur Erziehung	2021	11.127.420	4.743.915	15.871.335

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77148	2022	239.251	5.658.996	5.898.247
Förderung von Erziehungs- und Familienberatung	2021	132.008	4.464.015	4.596.023

	2022	2021
Menge: Anzahl der Beratungsstellen	13	13
Kosten je ME in €	18.403,93	10.154,44
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,27	1,19
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	135.402,37	16.994,10
IST - Erträge in €	29.972,29	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,51	0,00

Förderung von Angeboten der Erziehungs- und Familienberatung als spezifisches interdisziplinäres Beratungsangebot, das Eltern, Kinder und Jugendliche bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme durch psychologisch-therapeutische und sozialpädagogische Beratung oder Therapie unterstützt und Hilfen für eine das Wohl des Kindes gewährleistende Erziehung bereitstellt.

Fachspezifische Informationen

Bei den Kosten je Mengeneinheit handelt es sich um die Verwaltungskosten zur Durchführung des Finanzierungsverfahrens für freie Träger, Maßnahmen zur Steuerung der Erziehungs-und Familienberatung und andere Verwaltungstätigkeiten. Höhere Transferkosten in den Verwaltungskosten hängen mit Tarifanpassungen zusammen. Die Zuschüsse an die Erziehungs- und Familienberatungsstellen sind den ausgewiesenen Transfers zu entnehmen. Die Transfers 2022 sind gegenüber 2021 gestiegen, da mehr Mittel beim Kapitel 1045, Titel 68422 zur Verfügung standen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77156	2022	23.591.821	0	23.591.821
Erstaufnahme/Inobhutnahme von und Hilfen für alleinstehende ausländische Minderjährige, einschließlich Asylsuchende	2021	8.959.588	0	8.959.588

	2022	2021
Menge: Anzahl der Inobhutnahmen	2.369	827
Kosten je ME in €	9.958,56	10.833,84
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,07	2,32
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	21.556.193,40	7.128.786,49
IST - Erträge in €	27.569,36	48.251,41
Kostendeckungsgrad in %	0,12	0,54

Erstinobhutnahme unbegleitet eingereister ausländischer Minderjähriger, einschließlich Asylsuchende, die sich tatsächlich in Berlin aufhalten nach Einreise für max. 3 Monate incl. nachfolgender Bearbeitung.

Fachspezifische Informationen

In Folge der Aufhebung der coronabedingten Reiseeinschränkungen und insbesondere durch die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stiegen die Erstinobhutnahmezahlen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) im Land Berlin. Die Unterbringungskapazitäten wurden 2022 von 100 Plätzen im Regelsystem auf inzwischen 1.150 erhöht. Durch die Entwicklung der Zugangszahlen und bei Betrachtung der Situation in den aktuellen Herkunftsländern der UMF, ist davon auszugehen, dass es sich nicht nur um eine vorübergehende Krise handelt, sondern längerfristig mit Zugangszahlen von 8-10 UMF/Tag zu rechnen ist.
Die in der Zuständigkeit der SenBJF befindlichen jungen Menschen sind in der Erstaufnahme- und Clearingstelle (EAC) und bei zahlreichen weiteren freien Trägern der Jugendhilfe untergebracht, wo sie sozialpädagogisch betreut werden.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005120	2022	5.133.028	0	5.133.028
Operative Aufgaben im Rahmen von Jugenddelinquenz und Jugenddelinquenzprävention	2021	5.011.313	0	5.011.313

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77142	2022	3.898.132	0	3.898.132
Betreuungs- und Aufsichtsmaßnahmen insbesondere im Rahmen der Bewährungshilfe einschl. Fördermaßnahmen für straffällig gewordene junge Menschen	2021	3.809.891	0	3.809.891

	2022	2021
Menge: Gesamtanzahl der Probanden am Beginn des Berichtsmonats (Durchschnitt im Monat)	784	854
Kosten je ME in €	4.972,11	4.461,23
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,84	0,99
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	4.078,31	3.005,97
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Betreuungs- und Aufsichtsmaßnahmen im Rahmen der Bewährungshilfe für Jugendliche und Heranwachsende

Fachspezifische Informationen
Auch bedingt durch die Pandemie sind die Anzahl der verurteilten jungen Menschen zu Jugendstrafe mit Bewährungsauflagen gemäß § 24 JGG zurückgegangen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist für 2022 einen starken Anstieg der Jugendkriminalität von 35 % aus. Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl der verurteilten jungen Menschen zu Jugendstrafe mit Bewährungsauflagen gemäß § 24 JGG, wieder steigen wird.

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB).

Die sozialpädagogische Fortbildung der Länder Berlin und Brandenburg wendet sich in Erfüllung des gesetzlichen Auftrages lt. § 72 Abs. 3 in Verbindung mit § 85 Abs. 2 Nr. 8 SGB VIII (KJHG) und des Staatsvertrages zwischen beiden Ländern an ca. 85.600 Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe aus Behörden und Einrichtungen (Kindertagesstätten, Jugendfreizeitstätten, stationäre Erziehungsheime, ambulante Dienste) sowie an ehren- und nebenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Insgesamt dient die Fortbildung der Sicherung und Förderung fachlicher Standards der Fachkräfte bei öffentlichen und freien Trägern. Darüber hinaus werden Dozentinnen/ Dozenten und Multiplikatorinnen/ Multiplikatoren im Bereich sozialpädagogischer Fortbildung qualifiziert. Die Fortbildungen werden überwiegend im Jagdschloss Glienicke, aber auch „inhouse“ beim Träger, veranstaltet. Liegenschaft und Jagdschlosspark befinden sich im Ensemble des UNESCO Welterbes und werden entsprechend genutzt und unterhalten.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben für das SFBB sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigen die Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert.

B. Gender Budgeting

Geschlechtsspezifische Daten liegen vor (beim Titel erläutern):

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1051	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
1051	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen

Genderpolitische Analyse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Ausgaben im Kapitel 1051 dienen - mit Ausnahme der Ausgaben für die Erhaltung des Weltkulturerbes - dem Zweck der Fortbildung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen des SFBB. Die Bezugsgröße für die „Genderbudgetierung“ ist die Zahl der teilgenommenen Fachkräfte aufgeschlüsselt nach Geschlecht. Die Teilnahmen repräsentieren die Beschäftigtenstruktur.

Maßnahme:	Nutzer:	Weiblich	Männlich	Divers/keine Angabe
Fortbildungsveranstaltungen	Fachkräfte der Jugendhilfe 2021: 25.210 2022: 25.832	17.665 (70,1 %) 19.868 (76,9 %)	3.965 (15,7 %) 4.411 (17,1 %)	3.580 (14,2 %) 1.553 (6,0 %)

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020*		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil			8	2	8	1
Relativer Anteil			80	20	87	13
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	40	16	35	15	34	14
Relativer Anteil	71	29	70	30	71	29

* Für das Jahr 2020 liegen keine validen Daten zur Auswertung der „Führungskräfte“ vor. Deshalb wurden beide Kategorien unter „Mitarbeitende“ zusammengefasst.

Die Angaben zum Geschlechtsmerkmal „divers“ sind – falls vorhanden - aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht enthalten.

Anhand des Jahreseinkommens des Jahres 2022 wurde das durchschnittliche Monatseinkommen getrennt nach weiblichen und männlichen Beschäftigten wie folgt ermittelt:

Monatliches Durchschnittseinkommen weiblich: Führungskräfte: 5.478 €, Mitarbeitende: 4.065 €

Monatliches Durchschnittseinkommen männlich: Führungskräfte: ** , Mitarbeitende: 3.495 €

** Aus datenschutzrechtlichen Gründen kann keine Angabe veröffentlicht werden.

Die Beschäftigtenstruktur der o.g. Abteilung weist keine Unterrepräsentanzen von weiblichen Beschäftigten in den oberen Einkommensgruppen auf.

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11112	**266**	**Entgelte für Beköstigung, Betreuung und Unterkunft**	**400.000**	**400.000**	**400.000**	**255.691,42**

Entgelte von Lehrgangsteilnehmerinnen/-teilnehmern und bei Veranstaltungen für Unterkunft und Beköstigung einschließlich eines Verwaltungskostenzuschlages (bei umsatzsteuerpflichtigen Einnahmen zuzüglich des jeweiligen MwSt-Anteils).
Weniger aufgrund pandemiebedingt reduzierter Auslastungsmöglichkeit.

11121	**266**	**Kostenbeiträge für Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 53104.

Beiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Begegnungen in Berlin und für Veranstaltungen, die in Eigeninitiative des Fortbildungsinstituts durchgeführt werden sowie Eigenleistungen für die Teilnahme an Bildungskursen und internationalen Begegnungen im Ausland.

11901	**266**	**Veröffentlichungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**27,10**

Schutzgebühren für Dokumentationen, Einnahmen aus dem Verkauf von Erfahrungsberichten und sonstigen Veröffentlichungen.

11903	**266**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen von Verzugszinsen.

11906	**266**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11961	**266**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Steuererstattungen im Zusammenhang mit dem Betrieb gewerblicher Art.

11979	**266**	**Verschiedene Einnahmen**	**10.000**	**10.000**	**15.000**	**374,00**

Insbesondere Ersatz von Stromkosten, Abführung von Überschüssen aus Automatenverkauf und Erstattung von Sachleistungen u. ä. sowie Kostenbeiträge für Verbrauchsmaterialien und Sonderleistungen bei Veranstaltungen. Weniger in Anpassung an die Ist-Einnahmen.

12401	**266**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**336,00**

Einnahmen aus Fremdvermietungen.

12531	**266**	**Beteiligung des Personals an Kosten für Beköstigung, Unterkunft und andere Leistungen**	**15.000**	**15.000**	**14.000**	**17.713,00**
23111	**266**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ersatz von Ausgaben beim Titel 42731 durch den Bund nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz.

23211	**266**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**1.654.000**	**1.693.000**	**1.312.000**	**1.302.010,00**

Anteil des Landes Brandenburg an den Ausgaben der gemeinsamen Fortbildungseinrichtung.
Mehr in Anpassung an den erhöhten Bedarf und den Sonderbedarf des Landes Bandenburg, vgl. Titel 42830.

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
28290	**266**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**200.000**	**200.000**	**85.000**	**219.352,00**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 42790 i. H. v. 140.000 EUR und Titel 54690 i. H. v. 60.000 EUR.				

Es werden insbesondere Einnahmen für das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ erwartet.

Mehr aufgrund der Ausweitung des Programms.

		Gesamteinnahmen	**2.305.000**	**2.344.000**	**1.853.000**	**1.795.503,52**
		Prozentuale Veränderung	**24,4 %**	**1,7 %**		
		Ausgaben				
42201	**266**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**280.000**	**291.000**	**321.000**	**281.353,53**
42701	**266**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.243.000**	**1.243.000**	**1.043.000**	**823.242,60**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 42701 und 54010 sind gegenseitig im Übrigen gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 1 und 2 LHO deckungsfähig.

Aufwendungen für freie Mitarbeiter/innen werden insbesondere für folgende Leistungen erbracht:

1. Honorare für Gastdozenten/-dozentinnen und andere Fachkräfte im Rahmen des Fortbildungsauftrages,
2. spezifische Fortbildungsangebote für Mitarbeiter/innen der Notdienste, für Vollzeit- und Tagespflegepersonen,
3. Einsatz nebenberuflicher Lehrkräfte für Referate/ Einzelvorträge,
4. Teamer- und Moderatorentätigkeit,
5. Dozentinnen-/ Dozentenfortbildung/ Train the Trainer,
6. Ausgaben für Helfertätigkeiten (z. B. für Gruppen- und Veranstaltungsbetreuung),
7. Frauen-, Gender-, Migrations- und Gleichstellungsthematik,
8. Förderung der Handlungskompetenz in Bezug auf Organisation und Leitung,
9. Spezifische Fortbildungsangebote im Zusammenhang mit Flüchtlingsthemen,
10. Fortbildungsangebote im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG).

Mehr aufgrund neuer und erweiterter Themenfelder.

42731	**266**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Fremdfinanzierung)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Aufwendungen nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (Fremdfinanzierung); vgl. Einnahme beim Titel 23111.

42790	**266**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter aus zweckgebundenen Einnahmen**	**140.000**	**140.000**	**45.000**	**119.275,00 R 103.340,21**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
42801	**266**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.119.000**	**3.244.000**	**3.236.000**	**2.916.576,52**
42811	**266**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**237.679,44**
42830 (neu)	**266**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)**	**237.000**	**246.000**		

Aufwendungen für Sonderaufgaben des Landes Brandenburgs (Fremdfinanzierung), vgl. Einnahme bei Titel 23211.

44100	**266**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**20.800**	**21.400**	**23.500**	**19.584,76**
51101	**266**	**Geschäftsbedarf**	**31.200**	**31.200**	**31.200**	**10.799,79**

Auch für Bücher, Zeitschriften, Zustellungsgebühren und Rundfunkbeiträge.

51131	**266**	**Bekleidung, Wäsche**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**266**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**31.200**	**31.200**	**56.200**	**21.655,23**

Ergänzung und Unterhaltung des Mobiliars und der Geräte der Übernachtungs-, Freizeit- und Seminarräume einschließlich audiovisueller Ausstattung sowie der Einrichtungen der Küche, der Turnhalle und der Parkanlage.

51168	**266**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**266**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**266**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**736,33**

Betriebsmittel und Wartungskosten insbesondere für den Kleintraktor einschließlich der Zusatzgeräte.

51408	**266**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.308,31**

Dienst- und Schutzkleidung für Tarifbeschäftigte in der Hauswirtschaft sowie Haus- und Hofarbeit.

51420	**266**	**Beköstigung**	**170.000**	**170.000**	**170.000**	**104.554,86**

Beköstigung der Lehrgangsteilnehmer/innen und der sonstigen Nutzer/innen des Fortbildungsinstituts.

51432	**266**	**Film- und Fotomaterial, Ton- und Videobänder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51479	**266**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**5.200**	**5.200**	**5.200**	**7.240,09**
51701	**266**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**449.000**	**458.000**	**440.000**	**486.687,49**

Bewirtschaftungsausgaben der Einrichtung, z. B. für Brennstoffe, Strom, Be- und Entwässerung, Müllabfuhr, Hausreinigung, Desinfektion, Steuern und Versicherungen sowie sonstige Bewirtschaftungskosten wie Leuchtmittel, Schneebeseitigung, Dachrinnenreinigung, Kehrgebühren.
Mehr aufgrund steigender Bewirtschaftungskosten, insbesondere bei Brennstoffen, Wasser, Strom und Reinigungsleistungen.

51801	**266**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**39.183,26**

Insbesondere Anmietung von Räumen zur Ausweitung der Fortbildungsveranstaltungen.

51802	**266**	**Mieten für Fahrzeuge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51803	**266**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**10.400**	**10.400**	**10.400**	**2.779,84**
51903	**266**	**Unterhaltung der Gartenanlagen**	**122.000**	**122.000**	**122.000**	**180.987,92**

Ausgaben für gartenerhaltende und -denkmalpflegerische Maßnahmen. Aufgrund des UNESCO Weltkulturerbestatus des Parks des Jagdschloss Glienicke bestehen hohe qualitative Ansprüche an den Unterhalt, wegen des Denkmalwertes und der gartenhistorischen Bedeutung.

51910	**266**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**248,34**

Insbesondere zum Ersatz von Schlüsseln und Glasscheiben sowie für Material für kleinere Renovierungsarbeiten durch eigenes Personal.

52501	**266**	**Aus- und Fortbildung**	**8.300**	**8.300**	**8.300**	**4.031,81**

Gebühren und andere Ausgaben für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus dienstlichem Interesse an Tagungen und Fortbildungen teilnehmen.

52509	**266**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**179.000**	**179.000**	**179.000**	**23.727,21**

Auch Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterialien für die digitale Lehre.

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	**266**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703	**266**	**Dienstreisen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**256,00**
53101	**266**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**27.200**	**27.200**	**27.200**	**19.350,48**

Herstellung von Veranstaltungsprogrammen, Herausgabe von Dokumentationen und Erfahrungsberichten über Seminarveranstaltungen sowie damit im Zusammenhang stehende Vorarbeiten.

Angaben zum Gender Budget:

	2023		2024		2025	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	*	*	*	*	*	*
Relativ	50%	50%	50%	50%	50%	50%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	13,6T	13,6T	13,6T	13,6T	13,6T	13,6T
* eine genaue Reichweitenangabe ist nicht möglich						

53104	**266**	**Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 11121. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben für die aus Kostenbeiträgen der Teilnehmer/innen zu finanzierenden Restkosten bei Auslandsbegegnungen.

53111	**266**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**7.855,19**

Insbesondere für Ausschreibungskosten.

Angaben zum Gender Budget:

	2023		2024		2025	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	*	*	*	*	*	*
Relativ	50%	50%	50%	50%	50%	50%
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	0,5T	0,5T	0,5T	0,5T	0,5T	0,5T
* eine genaue Reichweitenangabe ist nicht möglich						

54003	**266**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**2.600,00**
54010	**266**	**Dienstleistungen**	**710.000**	**910.000**	**444.000**	**234.826,39**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 42701 und 54010 sind gegenseitig im Übrigen gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 1 und 2 LHO deckungsfähig.

		2024	2025
1.	Steuerberatung im Zusammenhang mit dem Betrieb gewerblicher Art (umsatzsteuerpflichtige Einnahmen) (10.000 €)	10.000 €	10.000 €
2.	Personaldienstleistungen (100.000 €)	100.000 €	100.000 €
3.	Personalentwicklung (60.000 €)	60.000 €	60.000 €
4.	Dienstleistungen für die digitale Strategie (274.000 €)	374.000 €	574.000 €
5.	Pflegeelternschule (0 €)	166.000 €	166.000 €
	Gesamt	710.000 €	910.000 €

Zu 4. Mehr aufgrund Ausbau digitaler Angebote/Fachverfahren.

54053	**266**	**Veranstaltungen**	**12.300**	**12.300**	**12.300**	**4.062,16**

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54077	**266**	**Steuern, Abgaben**	**12.500**	**12.500**	**12.500**	**314,91**

Insbesondere Umsatzsteuer im Zusammenhang mit dem Betrieb gewerblicher Art.

Mehrausgaben dürfen in Höhe von Mehreinnahmen bei 11112 im Zusammenhang mit dem Betrieb gewerblicher Art (umsatzsteuerpflichtige Einnahmen) geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

54079	**266**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**432,78**

Insbesondere Ausschmückung von Räumen, Aufwendungen für die Bewirtung bei besonderen Anlässen sowie Sachausgaben im Zusammenhang mit Veranstaltungen, Übersetzungskosten für Schulungsmaterial, Kauf von Theater- und Konzertkarten sowie BVG-Karten für auswärtige Lehrgangsteilnehmer/innen in Einzelfällen, Versicherungsleistungen für ausländische Teilnehmer/innen aufgrund internationaler Vereinbarungen, Abgeltung für das Kopieren urheberrechtlich geschützter Werke an die Verwertungsgesellschaft WORT.

54690	**266**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**60.000**	**60.000**	**40.000**	**11.033,85 R 95.627,07**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Es handelt sich vor allem um Ausgaben für das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“. Mehr aufgrund der Ausweitung des Programms.

68579	**266**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**250,00**

Insbesondere für die Arbeitskreise Deutscher Bildungsstätten e. V. und Berliner Bildungsstätten e. V.

81259	**266**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81279	**266**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**8.405,06**

Standardanpassung der Ausstattung auch nach Abschreibung und Verschleiß.

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

In dieser Maßnahmegruppe werden Ausgaben der verfahrensabhängigen IKT-Infrastruktur für das SFBB – insbesondere für die vorhandenen IT-Verfahren – veranschlagt.

51168	**266**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ersatzbeschaffung, Wartung und Reparatur für die verfahrensabhängige IKT.

51185	**266**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**168.000**	**168.000**	**168.000**	**53.623,16**

	2024	2025
1. Pflege-, Updatekosten und Anpassungsmodule der Bildungs-Management-Software (BMS) sowie Quadriga (Inventarprogramm) (32.470 €).....	32.500 €	32.500 €
2. Webanbindung BMS mit virtuellem Server und lfd. Betrieb (27.000 €)	27.000 €	27.000 €
3. Webanbindung (Fortschreibung Siko-/Notfallkonzept) (3.000 €).....	3.000 €	3.000 €
4. Verfahrensservice ITDZ u.a. IPV, NBR (5.000 €).....	5.000 €	5.000 €
5. Entwicklung/Realisierung einer digitalen Strategie (Teilnehmenden und Dozenten Kommunikation) (100.000 €).....	100.000 €	100.000 €
Gesamt	**167.500 €**	**167.500 €**
rd.	**168.000 €**	**168.000 €**

52536	**266**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**379,61**

Schulungsmaßnahmen im Rahmen der vorhandenen IT-Verfahren insbesondere der Bildungs-Management-Software (BMS).

81259	**266**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Insbesondere Beschaffung von SQL - Servern inklusive Zubehör (USV) und Dienstleistungen des ITDZ für die Einbindung.

		Summe Maßnahmegruppe 32	**182.500**	**182.500**	**182.500**	**54.002,77**
		Gesamtausgaben	**7.135.600**	**7.490.200**	**6.494.300**	**5.625.041,92**
		Prozentuale Veränderung	**9,9 %**	**5,0 %**		

Abschluss Kapitel 1051

111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**450.000**	**450.000**	**455.000**	**274.141,52**
211-299		**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.855.000**	**1.894.000**	**1.398.000**	**1.521.362,00**
		Gesamteinnahmen	**2.305.000**	**2.344.000**	**1.853.000**	**1.795.503,52**
411-462		**Personalausgaben**	**5.041.800**	**5.187.400**	**4.670.500**	**4.397.711,85**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**2.062.800**	**2.271.800**	**1.792.800**	**1.218.675,01**
611-699		**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**250,00**
811-899		**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**8.405,06**
		Gesamtausgaben	**7.135.600**	**7.490.200**	**6.494.300**	**5.625.041,92**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-4.830.600**	**-5.146.200**	**-4.641.300**	**-3.829.538,40**

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001091 Jugend und Familie, Landesjugendamt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	12	Personalkosten	26.643.938	25.775.058	+3,37
Kostenträger	64	Sachkosten	17.259.641	8.478.286	+103,57
davon		Transferkosten	125.963.904	97.586.069	+29,08
Produkte	49	Verrechnungskosten	548.506	359.250	+52,68
MGF	15	kalkulatorische Kosten	2.227.527	2.176.182	+2,36
Projekte	0	Gemeinkosten	20.996.590	20.188.472	+4,00
		Summe Verwaltungskosten	193.640.106	154.563.317	+25,28
		Transfers	271.386.748	231.543.778	+17,21
		Gesamtsumme	465.026.853	386.107.095	+20,44

Die Übersicht enthält die Kostenträger der Abteilung III (Jugend und Kinderschutz) und der Abteilung V (Familie und frühkindliche Bildung).

Höhere Sachkosten 2022 entstanden insbesondere im Zusammenhang mit den Ausgaben für Corona-Schnelltests für Kindertageseinrichtungen und stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe. Der Anstieg der Transferkosten in 2022 gegenüber 2021 ist vor allem zurückzuführen auf höhere Unterbringungskosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie die Sicherstellung der Unterbringung von ukrainischen Flüchtlingen einschließlich der Aufwendungen für das mobile Kinderschutzteam am Hauptbahnhof. Außerdem entstanden höhere Transferkosten in Verbindung mit Ausgaben zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in den Berliner Kindertagesstätten, mehr Zuwendungen an die Kinder- und Jugendambulanzen, Auszahlungen im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Temporäre Familienhilfen“, einmaligen Zahlungen für die stationäre Eingliederungshilfe aufgrund der Corona-Pandemie und höheren Kosten für das Mittagessen in Kindertagesstätten im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes. Höhere Verrechnungskosten in 2022 gegenüber 2021 entstanden im Zusammenhang mit dem IT-Fachverfahren für die Erfassung, Verwaltung und Auswertung von Informationen zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Gestiegene Transfers hängen insbesondere zusammen mit höheren Zuschüssen an Träger zum Ausbau und Erhalt von Kitaplätzen, der Zahlung von „Brennpunktzulagen“ an Kitaträger, mehr Zuschüssen für Projekte der Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit und Jugendfreit – u. a. im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ sowie höheren Zuschüssen für Familienberatungsstellen und für die Umsetzung der Bundesmittel aus der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

Von den in der Übersicht genannten Kostenträgern wird nachfolgend eine Auswahl von finanzrelevanten Kostenträgern dargestellt. Auf die Darstellung von Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil am Bereich/ Strategischen Ziel wurde verzichtet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005126	2022	6.648.151	0	6.648.151
Operative Aufgaben im Rahmen der sozialpädagogischen Fortbildung	2021	6.297.221	0	6.297.221

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78512	2022	5.299.650	0	5.299.650
Fortbildung für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe	2021	5.074.474	0	5.074.474

	2022	2021
Menge: Anzahl der Teilnehmerkursstunden	250.476	224.439
Kosten je ME in €	21,16	22,61
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,14	1,31
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	250,00	750,22
IST - Erträge in €	16.858,10	14.810,00
Kostendeckungsgrad in %	0,32	0,29

Fortbildungen unterschiedlicher Formate, Dauer, Themen- und Veranstaltungsstruktur zur Erfüllung des Leistungsauftrages des SGB VIII in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien, für die Länder Berlin und Brandenburg.

Fachspezifische Informationen
Die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB) stand auch in den Jahren 2021 und 2022 unter dem Einfluss der pandemischen Ausnahmesituation (Covid 19), so dass die Anzahl der Teilnehmerkursstunden geringer war als noch im Jahr 2019.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe.

B. Gender Budgeting

Das Kapitel 1061 wird erst mit Beginn des Jahres 2024 eingerichtet, so dass noch keine Daten der genderpolitischen Beschäftigtenstruktur vorliegen. Die Beschäftigtendaten sind bisher im Kapitel 1012 enthalten.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105 (neu)	**111**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**		
11979 (neu)	**111**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**		
		Gesamteinnahmen	**2.000**	**2.000**	**—**	
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201 (neu)	**111**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**853.000**	**888.000**	**624.000**	**591.009,10**
		624.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/42201 nachgewiesen.				
42701 (neu)	**111**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**50.000**	**50.000**	**33.000**	**10.685,33**
		33.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/42701 nachgewiesen.				

Mittel für die Beratung und Unterstützung für Beteiligungsprojekte auf Schulhöfen der Berliner Schulen. Durch die Vielzahl der Förderprogramme (z.B. Bonus-Programm, Verfügungsfonds) sowie die Baumaßnahmen der modularen Ergänzungsbauten und Neubaumaßnahmen wächst der Bedarf der Schulen, Schulhofprojekte zur Qualitätsverbesserung partizipativ mit den Schülerinnen und Schülern durchzuführen.

42801 (neu)	**111**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.190.000**	**2.278.000**	**2.133.000**	**1.872.593,52**
		2.133.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/42801 nachgewiesen.				
42811 (neu)	**111**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**963.000**	**1.002.000**	**963.000**	**668.794,30**
		963.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/42811 nachgewiesen.				
44100 (neu)	**111**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**27.000**	**27.900**	**27.000**	**31.921,89**
		27.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/44100 nachgewiesen.				
51101 (neu)	**129**	**Geschäftsbedarf**	**39.500**	**39.500**	**39.500**	**5.180,21**
		Wurde bislang bei 1012/68406 nachgewiesen. 37.500,0 EUR wurden bislang bei 1012/54010 nachgewiesen.				

Geschäftsbedarf der Abteilung.

51140 (neu)	**111**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**1.000**	**1.000**	**1.200**	**1.427,71**
		1.200,0 EUR wurden bislang bei 1012/51140 nachgewiesen.				

Ausstattung für die Abteilung und für die leidensgerechte Arbeitsplatzausstattung.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51900 (neu)	**129**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**611.000**	**611.000**		

Bauliche Maßnahmen an Schwerpunktschulen, insbesondere Schaffung von Barrierefreiheit zur Umsetzung des Gesamtkonzepts „Inklusive Schule“ gemäß der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Die für Bildung zuständige Senatsverwaltung finanziert seit dem Jahr 2013 Bau- und Planungsleistungen
- zur Einrichtung inklusiver Schwerpunktschulen
- für Maßnahmen der Herstellung von Barrierefreiheit
- zur Einrichtung von schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ).

Als Übergangssystem zum inklusiven Schulsystem ist geplant, dass bis zu 36 Schulen die Möglichkeit erhalten werden, sich als Inklusive Schwerpunktschulen zu profilieren. Das eingeführte System der schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) ist eine wichtige Bedingung, dass Inklusion vor Ort gelingt. Zudem werden mit Beginn des Jahres 2014 Maßnahmen für die leidensgerechte Arbeitsplatzausstattung von schwerbehinderten Dienstkräften nur noch zu 2/3 vom LAGeSo übernommen. Gem. § 81 Abs. 4 Nr. 4 SGB IX haben schwerbehinderte Menschen einen Anspruch gegenüber ihren Arbeitgebern auf behinderungsgerechte Einrichtung und Unterhaltung der Arbeitsstätten einschließlich der Betriebsanlagen, Maschinen und Geräte sowie der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsumfeldes, der Arbeitsorganisation und der Arbeitszeit, unter besonderer Berücksichtigung der Unfallgefahr. Der Arbeitgeber ist somit verpflichtet 1/3 der Kosten zu übernehmen.

51903 (neu)	**129**	**Unterhaltung der Gartenanlagen**	**334.000**	**334.000**	**334.000**	**283.114,20**

Wurde bislang bei 1012/51903 nachgewiesen.

Ausgaben für das Programm “Grün macht Schule“.
Die Nachfrage nach Beratung und Unterstützung für Beteiligungsprojekte auf Schulhöfen der Berliner Schulen ist, nicht erst seit der Ganztagsbetreuung, stetig vorhanden. Durch verschiedene Förderprogramme (Bonus-Programm, Verfügungsfonds) sowie die Baumaßnahmen der modularen Ergänzungsbauten und Neubaumaßnahmen steigt der Bedarf der Schulen, Schulhofprojekte zur Qualitätsverbesserung partizipativ mit den Schülerinnen und Schülern durchzuführen, weiter an. Die Projekte von "Grün macht Schule" basieren darauf, die Eigeninitiative von Schülerinnen und Schülern und ihre Identifikation mit der Schule zu fördern, sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Klimaschutz in der Berliner Schule zu verankern.

52501 (neu)	**111**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**111,27**

1.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/52501 nachgewiesen.

Aus- und Fortbildung für Dienstkräfte der Abteilung.

52602 (neu)	**111**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**111,27**

1.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/52501 nachgewiesen.

Aufwandsentschädigung Leitung Landesbeirat Schulbau.

52609 (neu)	**111**	**Thematische Untersuchungen**	**90.000**	**90.000**	**90.000**	**56.151,35**

Wurde bislang bei 1012/52609 nachgewiesen.

Durchführung von strukturierten Partizipationsverfahren bei Schulbaumaßnahmen im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive (Task Force Beschluss 1/2018), Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Aneignung, Weiterentwicklung und Evaluation der neuen Compartmentschulen (Phase 10). Die Mittel dienen der Beauftragung von externen Dienstleistern.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703 (neu)	**111**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.260,00**

1.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/52703 nachgewiesen.

Dienstreisekosten und Wegstreckenentschädigungen der Beschäftigten der Abteilung VI.

54010 (neu)	**111**	**Dienstleistungen**	**414.000**	**294.000**	**261.000**	**22.400,28**

161.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/54010 nachgewiesen.
100.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/54010 nachgewiesen.

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Beratungsleistungen und Gutachten im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive	100.000	100.000	100.000
2	Schulentwicklungsplanung	96.700	96.700	43.750
3	Schulbauplanung	96.700	96.700	43.750
4	Planungskosten ÖPP/ ÖÖP	120.000	0	0
Summe		413.400	293.400	187.500
Summe gerundet		**414.000**	**294.000**	**188.000**

TA 1 Beratungsleistungen und Gutachten im Rahmen der Schulbauoffensive
Zur Klärung der im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive auftretenden Fragestellungen und Arbeitsaufträge bedarf es regelmäßig der Einbeziehung externen Sachverstandes und der Hinzuziehung externer Arbeitsressourcen. Die Mittel dienen der Beauftragung externer Dienstleister und damit der Umsetzung der Berliner Schulbauoffensive.

TA 2 Schulentwicklungsplanung
Zur Umsetzung der Berliner Schulbauoffensive soll die für Bildung zuständige Senatsverwaltung auf externe Kapazitäten zurückgreifen. In diesem Zusammenhang sind die Entwicklung eines neuen gesamtstädtischen Prognosemodells und die Erarbeitung sowie Umsetzung eines Verfahrens zur landesweiten Planung der Schulstandortentwicklung im Bereich der weiterführenden Schulen geplant. Dabei handelt es sich um ein zwingend notwendiges Instrument der Schulnetzplanung, die die Grundlage für den Schulbau darstellt.

TA 3 Schulbauplanung
In der Umsetzung der Berliner Schulbauoffensive soll die für Bildung zuständige Senatsverwaltung auf externe Kapazitäten zurückgreifen. Hierfür sind die Prüfung von Bauunterlagen, die Erstellung von Machbarkeitsstudien, die Erarbeitung von Schulbaustandards und für die Einrichtung eines temporären Mustercompartments mit flankierenden Maßnahmen zur Präsentation und Wissensvermittlung sowie die Erstellung von Veröffentlichungsmaterial externe Dienstleister zu beauftragen.

TA 4 Planungskosten ÖPP/ ÖÖP
Die Mittel dienen der Beauftragung eines externen Dienstleisters zur Erstellung eines Konzepts für ein PPP-Modell (Public-Private-Partnership). Ziel ist es, bereits bestehende Modelle zu ergänzen, um ein bedarfsgerechtes und regional ausgewogenes Schulplatzangebot sicherzustellen.

54053 (neu)	**129**	**Veranstaltungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**606,43**

1.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/54053 nachgewiesen.

Zur Umsetzung der jährlich stattfindenden zwölf Monitoringverfahren sowie der vier Planungskonferenzen zur gesamtstädtischen Steuerung der Schulentwicklungsplanung.

Gesamtausgaben	**5.576.500**	**5.619.400**	**4.509.700**	**3.545.366,86**
Prozentuale Veränderung	**23,7 %**	**0,8 %**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1061				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2.000	2.000	—	—
		Gesamteinnahmen	2.000	2.000	—	
411-462		Personalausgaben	4.083.000	4.245.900	3.780.000	3.175.004,14
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.493.500	1.373.500	729.700	370.362,72
		Gesamtausgaben	5.576.500	5.619.400	4.509.700	3.545.366,86
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-5.574.500	-5.617.400	-4.509.700	-3.545.366,86

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Allgemeine Erläuterungen

Allgemeines sowie haushaltspolitische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für Schule in der digitalen Welt.

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben sind die Haushaltsmittel zur Ausgabenerfüllung gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die Veranschlagungshöhe.

B. Gender Budgeting

Eine Erhebung geschlechtssensitiver Daten scheidet aus:

Kapitel	Titel	Bezeichnung
1080	68574	Zuschüsse aus dem DigitalPakt Schule an Schulen in freier Trägerschaft

Das Kapitel 1080 wird erst mit Beginn des Jahres 2024 eingerichtet, so dass noch keine Daten der genderpolitischen Beschäftigtenstruktur vorliegen. Die Beschäftigtendaten sind bisher im Kapitel 1012 enthalten.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105 (neu)	**111**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**		
11921 (neu)	**111**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**		
11979 (neu)	**111**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**		
23112 (neu)	**129**	**Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
33401 (neu)	**129**	**Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 05 (neu)		**Digitalpakt Schule**				

Die Einnahmen stammen aus dem Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ des Bundes.
Im Rahmen des DigitalPakts Schule gewährt der Bund den Ländern auf Grundlage von Artikel 104c des Grundgesetzes Finanzhilfen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur.
Gemäß Verwaltungsvereinbarung (VV) **„DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“** vom 16.05.2019 stehen dem Land Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel für investive Maßnahmen gemäß § 3 der VV insgesamt 256.877.000 Euro (5,13754 % von 5 Mrd. Euro) über eine Laufzeit von fünf Jahren beginnend ab 17.05.2019 zur Verfügung. Einnahme bei 1080-33401
Zusatz I:
Einnahmen in 2020/21 aus dem 500 Mio. Euro-Sofortausstattungsprogramm des Bundes für Schulen sowie Schülerinnen und Schüler zum Ausbau des digitalen Unterrichts zu Hause. Die Mittel werden den Ländern auf der Grundlage einer der Zusatzvereinbarung (ZV) zum DigitalPakt Schule "Sofortausstattungsprogramm" nach dem Königsteiner Schlüssel (5,13754 %) bereitgestellt. Der Anteil Berlins beträgt danach 25.687.700 Euro. Abgerechnet wurde bis zum Ende 2021.
Zusatz II:
Gemäß zweiter Zusatz-Verwaltungsvereinbarung "Administration" zum DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 vom 03.11.2020 (ZV-Admin) stehen dem Land Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel für Ausbildung und Finanzierung von IT-Administratorinnen und Administratoren, welche in unmittelbarer Verbindung mit den Investitionen im DigitalPakt Schule sowie weiteren Zusatzvereinbarungen stehen, gemäß § 8 der ZV-Admin insgesamt 25.687.700 Euro (5,13754 % von 500 Mio. Euro) bis zum Ende des Förderzeitraums des DigitalPakts Schule gemäß VV zur Verfügung. Einnahme bei 1080-23112
Zusatz III:
Einnahmen bis zum Ende der Laufzeit des DigitalPakts Schule aus dem 500 Mio. Euro-Programm des Bundes für die Ausstattung von Lehrkräften mit dienstlichen, mobilen Endgeräten an deutschen Schulen. Die Mittel werden den Ländern auf Grundlage der Zusatzverwaltungsvereinbarung "Leihgeräte für Lehrkräfte" zwischen Bund und Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel bereitgestellt. Der Anteil Berlins beträgt demnach bis zum Ende des Förderzeitraums des DigitalPakts Schule 25.687.700 Euro (5,13754 %). Einnahme bei 1080-33401

23112 (neu)	**129**	**Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke**	**15.342.000**	**350.000**	**9.996.000**	

Wurde bislang bei 1012/23112 MG 05 nachgewiesen.

Vgl. Erläuterungen zu MG 05

33401 (neu)	**129**	**Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes**	**55.000.000**	**5.941.000**	**51.376.000**	**43.155.813,31**

Wurde bislang bei 1012/33401 MG 05 nachgewiesen.

Vgl. Erläuterungen zu MG 05

		Summe Maßnahmegruppe 05	**70.342.000**	**6.291.000**	**61.372.000**	**43.155.813,31**
		Gesamteinnahmen	**70.345.000**	**6.294.000**	**61.372.000**	**43.155.813,31**
		Prozentuale Veränderung	**14,6 %**	**-91,1 %**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201 (neu)	**111**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.645.000**	**1.711.000**	**1.347.000**	**1.275.784,07**
		1.347.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/42201 nachgewiesen.				
42701 (neu)	**111**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**		
42784 (neu)	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter für IT-Administration aus dem DigitalPakt Schule**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
42801 (neu)	**111**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.893.000**	**3.009.000**	**2.893.000**	**2.539.809,22**
		2.893.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/42801 nachgewiesen.				
42811 (neu)	**111**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**		
44100 (neu)	**111**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**56.000**	**57.700**	**56.000**	**66.208,38**
		56.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/44100 nachgewiesen.				
51101 (neu)	**111**	**Geschäftsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**3.200**	**1.928,39**
		3.200,0 EUR wurden bislang bei 1012/51101 nachgewiesen.				
51140 (neu)	**111**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.500.000**		

Ausgaben für die Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen Endgeräten für pädagogische Beschäftigte im öffentlichen Dienst

51160 (neu)	**111**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51169 (neu)	**129**	**Konzeptualisierung und Übergang der Schul-IKT zum ITDZ**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51184 (neu)	**129**	**IT-Administration an Schulen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
51185 (neu)	**185**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52501 (neu)	**111**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**111,27**
		1.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/52501 nachgewiesen.				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52509 (neu)	**129**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**32.181.000**	**43.941.000**	**42.100.000**	**13.617.734,33**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Wurde bislang bei 1012/54062 nachgewiesen.
40.600.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/52509 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**62.316.000**	**32.916.000**
Davon fällig 2025	**20.157.000**	
Davon fällig 2026	**18.657.000**	**10.357.000**
Davon fällig 2027	**18.657.000**	**8.857.000**
Davon fällig 2028	**4.845.000**	**8.857.000**
Davon fällig 2029	**—**	**4.845.000**

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	22.100.000 €	21.000.000 €	60.500.000 €

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2022 €
1	Lernmanagementsysteme Lernraum Berlin / Itslearning	1.500.000	1.500.000	1.500.000
2	IT-Infrastruktur / IT-Experten	18.000.000	25.000.000	14.050.000
3	Softwarelizenz im Bereich Mathematik	2.000.000	2.000.000	925.000
4	mobile Endgeräte	6.481.000	11.241.000	9.500.000
5	zentrales Mobile-Device-Management System	1.000.000	1.000.000	470.000
6	Berliner Schulportal	2.000.000	2.000.000	2.000.000
7	Videokonferenzen, Dateiablage, Online-Office	1.200.000	1.200.000	600.000
Summe		**32.181.000**	**43.941.000**	**43.941.000**

TA 1 Lernmanagementsysteme Lernraum und itslearning
1.500,0 EUR wurden bislang bei 1012/54062 nachgewiesen
Digitale Angebote zur Vorbereitung und Durchführung des interaktiven Lernens im Unterricht, zur Unterstützung in der Schulorganisation und zur Kommunikation. Den Schulen werden die Lernmanagementsysteme „Lernraum Berlin“ und „itslearning“ zur Verfügung gestellt und werden weiterentwickelt.

TA 2 IT-Infrastruktur / IT-Experten
Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der IT-Infrastruktur in den allgemeinbildenden Schulen. Mehr aufgrund des starken Zuwachses an Endgeräten in den Schulen sowie der Ausbau von LAN und WLAN und die damit verbundene stärkere Nutzung ist ein Ausbau IT Wartung notwendig. Ausbau der bestehenden IT-Wartung unabhängig von der Zusatzvereinbarung „Administration“ zum DigitalPakt, die sich nur an die durch den DigitalPakt Schule geförderte IT richtet.

TA 3 Softwarelizenzen insb. für Prüfungsfächer MSA
Bereitstellung von Content (digitalen Bildungsmedien) mit einer Landeslizenz zur Förderung im Bereich Mathematik sowie Mehrbedarf aufgrund der Berücksichtigung weiterer Prüfungsfächer vom MSA (hier sowohl schriftliche Prüfung, als auch Präsentationsprüfung). Lern-Software und eine weitere Lernapp unter anderem für die Bereiche Deutsch, Mathematik, Englisch. Bereitstellung der Software-Lösungen über das Schulportal.

TA 4 mobile Endgeräte
Bereitstellung von mobilen Endgeräten zur Ausleihe für Schülerinnen und Schüler sowie Ersatzgeräte für das digital gestützte Lernen.

TA 5 zentrales Mobile-Device-Management System
Zur Konfiguration, Steuerung, Administration und Betrieb der mobilen Endgeräte dient ein zentrales Mobile-Device-Management System, welches Service, Support und Wartung der Geräte ermöglicht.

TA 6 Berliner Schulportal
Entwicklungs- und Anpassungskosten für Ausbau des Berliner Schulportals. Das Berliner Schulportal ermöglicht mit einer einmaligen Anmeldung – Single-Sign-On – einen personalisierten, strukturierten und prozessorientierten Zugang zu digitalen Werkzeugen (bspw. Die Videokonferenz BigBlueButton), digitalen Fachverfahren (bspw. Lernraum Berlin und itslearning), digitalen Bildungsmedien und Serviceangeboten (Anleitungen und weitere Informationen), die von den Schulen, den Schülerinnen und Schülern, den Erziehungsberechtigten sowie von außerschulischen Kooperationspartnern für pädagogische und administrative Aufgaben genutzt werden. Das Schulportal ist nur der Zugang zu den Diensten und nicht identisch mit dem Lernraum usw.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
TA 7 Videokonferenzen, Dateiablage, Online-Office						
Für das digital gestützte Lernen sind der Betrieb eines Videokonferenzsystems sowie Online-Office (zum Beispiel Textverarbeitungs-, Tabellenkalkulations-, Präsentationsprogramm) und Dateiablage unerlässlich. Lizenzkosten inkl. 2nd und 3rd Level Support						
52536 (neu)	**111**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52584 (neu)	**129**	**Aus- und Fortbildung für IT-Administration aus dem DigitalPakt Schule**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
52703 (neu)	**111**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.260,00**
		1.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/52703 nachgewiesen.				
54010 (neu)	**111**	**Dienstleistungen**	**256.000**	**256.000**		
Für die europaweite Ausschreibung von unterschiedlichen Verfahren der "Schule in der digitalen Welt" wird eine Kanzlei zur Unterstützung der Vergaben benötigt.						
54053 (neu)	**129**	**Veranstaltungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**606,43**
		1.000,0 EUR wurden bislang bei 1012/54053 nachgewiesen.				
54062 (neu)	**129**	**Maßnahmen im Rahmen des eEducation Masterplans**	**3.404.000**	**3.404.000**	**3.404.000**	**3.934.421,12**
		Wurde bislang bei 1012/54062 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**6.000.000**	**4.800.000**		
		Davon fällig 2025	**1.200.000**			
		Davon fällig 2026	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2027	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2028	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2029	**1.200.000**	**1.200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	210.000 €	0 €	0 €

Der Digital Hub / eEducation Berlin Masterplan ermöglicht die Durchführung von Leitprojekten (eTwinning, OpenRoberta-Calliope/RoboCup, MakerWerkstatt, Qualitätssiegel exzellente digitale Schule, zentrale Bildungsserver, eSport) sowie die Finanzierung von Testungen in Schulen (WLAN-Pilotprojekt, Serversoftware, edukative digitale Lösungen in Schule). Zurverfügungstellung und Koordination der pädagogischen IT-Betreuung in Schule (ITRB/ITB).
229.000 € jährlich stehen für die Konzeptentwicklung und erste Ausbaustufe eines landesweiten Medienkompetenzzentrums zur Verfügung.

63207 (neu)	**129**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**6.934,93**
		Wurde bislang bei 1012/54062 nachgewiesen.				

Anteil des Landes Berlins an den gemeinsamen Ausgaben der Länder (KMK) für die Umsetzung bildungspolitischer Innovationen

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68574 (neu)	**129**	**Zuschüsse aus dem DigitalPakt Schule an Schulen in freier Trägerschaft**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81211 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Mitte**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81212 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81213 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Pankow**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81214 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81215 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Spandau**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81216 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Steglitz-Zehlendorf**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81217 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81218 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Neukölln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81219 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Treptow-Köpenick**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81220 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Marzahn-Hellersdorf**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81221 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Lichtenberg**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81222 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Reinickendorf**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81223 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der zentral verwalteten Schulen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81224 (neu)	**127**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der berufsbildenden Schulen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81225 (neu)	**113**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der Schulen in freier Trägerschaft**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81226 (neu)	**155**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der Einrichtungen der Lehrkräftebildung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81227 (neu)	**129**	**Länderübergreifende Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
81228 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 05 (neu)		**Digitalpakt Schule**				

Hier sind die dem Land Berlin zur Verfügung stehenden Bundesmittel aus dem Digitalpakt Schule sowie dem Zusatzprogramm II „IT-Administration“ veranschlagt (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerke zu den Titeln 1080-23112 und 1080-33401). Mit den Ausgaben soll die digitale kommunale Bildungsinfrastruktur gestärkt (DigitalPakt Schule) sowie die Administration der IKT in den Schulen sichergestellt werden. Die erforderliche Kofinanzierung erfolgt aus den in den Bezirken und dem Einzelplan 10 für die Digitalisierung veranschlagten Ausgaben.

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 42784, 51184, 52584 und 68574 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben der Titel 42784, 51184, 52584 und 68574 sind darüber hinaus deckungsberechtigt gegenüber den übrigen Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 8 im Einzelplan 10. Die Verpflichtungsermächtigungen (VE) der Titel 51184, 52584 und 68574 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben der Titel 81211 bis 81228 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben der Titel 81211 bis 81227 sind darüber hinaus deckungsberechtigt gegenüber den übrigen Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 8 im Einzelplan 10. Die Verpflichtungsermächtigungen (VE) der Titel 81211 bis 81228 sind gegenseitig deckungsfähig.

42784 (neu)	**129**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter für IT-Administration aus dem DigitalPakt Schule**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
		Wurde bislang bei 1012/42784 MG 05 nachgewiesen.				
51184 (neu)	**129**	**IT-Administration an Schulen**	**15.339.000**	**347.000**	**9.993.000**	
		Wurde bislang bei 1012/51184 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**347.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**347.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	2.000.000 €	0 €	0 €

52584 (neu)	**129**	**Aus- und Fortbildung für IT-Administration aus dem DigitalPakt Schule**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
		Wurde bislang bei 1012/52584 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
68574 (neu)	**129**	**Zuschüsse aus dem DigitalPakt Schule an Schulen in freier Trägerschaft**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
		Wurde bislang bei 1012/68574 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81211 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Mitte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.029.428,25**
		Wurde bislang bei 1012/81211 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

81212 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.509.285,13**
		Wurde bislang bei 1012/81212 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

81213 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Pankow**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.754.171,37**
		Wurde bislang bei 1012/81213 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	1.050.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

81214 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.096.704,13**
		Wurde bislang bei 1012/81214 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81215 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Spandau**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.447.190,60**
		Wurde bislang bei 1012/81215 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	2.326.894,42 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81216 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Steglitz-Zehlendorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.868.373,78**
		Wurde bislang bei 1012/81216 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	105.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81217 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.393.699,97**
		Wurde bislang bei 1012/81217 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81218 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Neukölln**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**874.039,08**
		Wurde bislang bei 1012/81218 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81219 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Treptow-Köpenick**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.779.727,82**
		Wurde bislang bei 1012/81219 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	375.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81220 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Marzahn-Hellersdorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.110.062,25**
		Wurde bislang bei 1012/81220 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	346.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81221 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Lichtenberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.735.211,23**
		Wurde bislang bei 1012/81221 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2022	Für 2023	Ab 2024
Bis 31.12.2021 eingegangene Verpflichtungen	1.000.000 €	-	-

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81222 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der allgemeinbildenden Schulen des Bezirks Reinickendorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**698.281,01**
		Wurde bislang bei 1012/81222 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81223 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der zentral verwalteten Schulen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**597.976,73**
		Wurde bislang bei 1012/81223 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

81224 (neu)	**127**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der berufsbildenden Schulen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**6.026.818,47**
		Wurde bislang bei 1012/81224 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.000 €	0 €	0 €

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

81225 (neu)	**113**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der Schulen in freier Trägerschaft**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**8.232.191,70**
		Wurde bislang bei 1012/81225 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
81226 (neu)	**155**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur der Einrichtungen der Lehrkräftebildung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
		Wurde bislang bei 1012/81226 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81227 (neu)	**129**	**Länderübergreifende Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**193.315,74**
		Wurde bislang bei 1012/81227 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	114.000 €	114.000	

Der Titel wird im Wege der Deckungsfähigkeit verstärkt (vgl. Erläuterung zu MG 05).

81228 (neu)	**129**	**Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur**	**54.983.000**	**5.924.000**	**51.359.000**	**5.825.517,92 R 2.587.796,96**
		Wurde bislang bei 1012/81228 MG 05 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**5.924.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**5.924.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		
		Summe Maßnahmegruppe 05	**70.342.000**	**6.291.000**	**61.372.000**	**45.171.995,18**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31 (neu)		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51160 (neu)	**111**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.758.000**	**1.758.000**	**1.758.000**	**1.735.020,00**
		Wurde bislang bei 1012/51160 MG 31 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**7.032.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.758.000**			
		Davon fällig 2026	**1.758.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.758.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**1.758.000**	**—**		

Dienstmail inklusive Groupware für die digitale Kommunikation der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals im öffentlichen Dienst.

51169 (neu)	**129**	**Konzeptualisierung und Übergang der Schul-IKT zum ITDZ**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	
		Wurde bislang bei 1012/51169 MG 31 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**1.000.000**		

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	0 €	91.272 €	0 €

Gemäß eGoV Gesetz Berlin muss die schulische IT ins ITDZ migrieren. Die Lehrkräfte und das pädagogische Personal sind nicht im Berliner Landesnetz. Die PaaS (Plattform as a Service) im ITDZ ermöglicht den Zugriff auf die Lehrkräfte-Unterrichts-Schul-Datenbank (LUSD) und weitere Dienste, ohne sich im Berliner Landesnetz zu befinden.

Summe Maßnahmegruppe 31	**2.758.000**	**2.758.000**	**2.758.000**	**1.735.020,00**

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32 (neu)		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185 (neu)	**185**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**20.187.000**	**20.187.000**	**19.187.000**	**7.537.637,02**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Wurde bislang bei 1012/51185 MG 32 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**28.800.000**	**29.800.000**		
		Davon fällig 2025	**7.700.000**			
		Davon fällig 2026	**7.700.000**	**8.700.000**		
		Davon fällig 2027	**6.700.000**	**7.700.000**		
		Davon fällig 2028	**6.700.000**	**6.700.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**6.700.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	17.187.000 €	17.187.000 €	17.187.000 €

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Breitband	17.187.000	17.187.000	19.187.000
2	IT-Dienstleistungen zu Prozessen, Service, Betrieb (neu)	2.000.000	2.000.000	0
3	W-LAN Monitoring (neu)	1.000.000	1.000.000	0
Summe		**20.187.000**	**20.187.000**	**19.187.000**

TA1 Breitband
Breitbandausbau inkl. der notwendigen Begleitmaßnahmen der allgemeinbildenden öffentlichen Berliner Schulen in bezirklicher Trägerschaft. Grundvoraussetzung für digital unterstütztes Lernen ist der Anschluss jeder Berliner Schule an das 1GBit-Netz (Glasfaser). 62 Standorte sind als "Quick Win" Variante angeschlossen. Die Kosten betreffen laufende Kosten je Anschluss/Standort sowie das Programmmanagement zum Breitbandausbau. Ein Vor-Ort-Management an den Schulen wird außerdem benötigt. Als schnelle Übergangs-bzw. Interimslösung kommen Internet Cubes als Plug-in Varianten zum Einsatz.

TA 2 IT-Dienstleistungen zu Prozessen, Service, Betrieb (neu)
Mit der Bereitstellung von Dienstgeräten und zentralen online Diensten fallen Service- und Betriebsprozesse an.
Joiner: Eine neue Person geht in die Schule und erhält ein Dienstgerät sowie Zugang zum Portal.
Leaver: Eine Person verlässt die Schule, Löschen und Zurücksetzen der Dienste sowie der Geräte.
Tausch: Während des Betriebs werden die Geräte beschädigt. Zugänge und Lizenzen müssen gelöst werden.
Prozesse zum Rollout und Betrieb sind anzupassen. Aktualisierungen der Software sowie Administration des Managements-/Betriebssystem. Konzeptentwicklung und Begleitung beim Beteiligungsvorgang der Beschäftigtenvertretungen. Barrierefreiheit und usability sind zu beachten und weiter zu entwickeln. Prozessentwicklung der weiteren verfahrensabhängigen IKT.

TA 3 W-LAN Monitoring (neu)
Für Aufbau bzw. Ertüchtigung von WLAN-Netzen steht seit 2022 ein Rahmenvertrag vom ITDZ zur Verfügung. Die angebotene zukunftsfähige WLAN-Lösung beinhaltet auch einen Betriebskostenanteil (Managed Service). Dieser ist nicht durch Bundesprogramme förderfähig. Übernahme der Finanzierung der Betriebskosten, damit das W-LAN in den Schulen umgesetzt werden kann. Dies ist notwendig, um digital gestützten Unterricht zu ermöglichen. Laufzeit des Manages Service jeweils zwei Jahre nach Baufertigstellung.

52536 (neu)	**111**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**96.930,87**
		Wurde bislang bei 1012/52536 MG 32 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**1.000.000**		

Für die Durchführung von Unterricht inklusive Vor- und Nachbereitung durch die Lehrkräfte sowie die digitale Kommunikation werden Lehrkräften und pädagogischem Personal mobile Endgeräte zur Verfügung gestellt. Mit der Einführung der Endgeräte hat eine Schulung in der technischen Nutzung sowie dem 1rd Level Support zu erfolgen. Kosten für die Fortbildung bei Einführung der Geräte und laufende Schulungen für neue Dienstkräfte.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Summe Maßnahmegruppe 32	**21.187.000**	**21.187.000**	**20.187.000**	**7.634.567,89**
		Gesamtausgaben	**136.234.000**	**84.126.700**	**134.129.200**	**75.986.381,21**
		Prozentuale Veränderung	**1,6 %**	**-38,2 %**		
		Abschluss Kapitel 1080				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	3.000	3.000	—	—
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	15.342.000	350.000	9.996.000	—
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	55.000.000	5.941.000	51.376.000	43.155.813,31
		Gesamteinnahmen	**70.345.000**	**6.294.000**	**61.372.000**	**43.155.813,31**
411-462		Personalausgaben	4.597.000	4.780.700	4.297.000	3.881.801,67
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	76.630.000	73.398.000	78.449.200	26.925.649,43
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.000	7.000	7.000	6.934,93
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	55.000.000	5.941.000	51.376.000	45.171.995,18
		Gesamtausgaben	**136.234.000**	**84.126.700**	**134.129.200**	**75.986.381,21**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-65.889.000**	**-77.832.700**	**-72.757.200**	**-32.830.567,90**

Bildung, Jugend und Familie

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -,
Kapitel 1051 – Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Die in den vorgenannten Kapiteln im Titel 42801 unter der Zwischenüberschrift „Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs“ ausgewiesenen Stellen dürfen ausschließlich mit ehemaligen Auszubildenden oder ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten besetzt werden, die dauerhaft in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden und zum Zeitpunkt ihrer Einstellung nicht sofort auf freien Stellen untergebracht werden können. Die unter dieser Zwischenüberschrift etatisierten Stellen entfallen bei Unterbringung der Dienstkräfte auf freie Stellen.

Kapitel 1009 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Personalüberhang -

Alle Stellen des Kapitels tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 1061 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -

Das Kapitel enthält Einnahmen und Ausgaben für Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen. Mit der Gründung des neuen Kapitels erfolgt die Trennung zwischen den inneren und äußeren Schulangelegenheiten innerhalb der für Bildung zuständigen Senatsverwaltung.

Kapitel 1080 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie - Schule in der digitalen Welt -

Das Kapitel enthält Einnahmen und Ausgaben für Schule in der digitalen Welt und bündelt die vielfältigen Digitalisierungsvorhaben an Berliner Schulen hinsichtlich integrativer Konzeption, Abstimmung und Steuerung.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Senator/in	SEN1	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0605 Amtsgehalt in Höhe von 100 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	3,000		3,000		2,000	
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Oberschulrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		1,000	
Studiendirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		15,000		15,000		14,000	
Service Finanzen, KLR, Zuwendungs-/Zuschussprüfung							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	B2	0,000		0,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		5,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	10,000		10,000		8,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,500		0,500		0,000	
Amtsinspektor/in	A9S	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		27,500		27,500		23,000	
Service Personalstelle							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	B2	0,000		0,000		1,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A, Service Personalstelle							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	6,000		6,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	5,000		5,000		9,000	
Amtsrätin/-rat	A12	22,000		22,000		23,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	30,750		30,750		30,750	
Regierungsoberinspektor/in	A10	91,720		91,720		91,720	
Regierungsinspektor/in	A9	10,871		10,871		10,871	
Amtsinspektor/in	A9S	7,000		7,000		7,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	47,750		47,750		46,750	
Regierungsobersekretär/in	A7	0,750		0,750		0,750	
Zwischensumme:		224,841		224,841		225,841	
Service Recht							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	0,000		0,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	5,400		5,400		5,400	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,000		4,000		4,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,750		0,750		0,750	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		14,150		14,150		14,150	
Service Zentrale Dienste							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,500		0,500		0,000	
Zwischensumme:		3,500		3,500		4,000	
Service Informationstechnik							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Service Information, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit							
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		4,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Service Personal- und Geschäftsprozessmanagement							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		3,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		8,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		4,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		302,991		302,991		299,991	
Summe:		302,991		302,991		299,991	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		13,000		13,000		16,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Service Finanzen, KLR, Zuwendungs-/Zuschussprüfung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,996	
Zwischensumme:		3,000		3,000		4,996	
Service Personalstelle							
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	42,550		42,550		42,550	
Tarifbeschäftigte/r	E8	45,370		45,370		45,370	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,500		1,500		1,500	
Zwischensumme:		102,420		102,420		102,420	
Service Recht							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,750		0,750		0,750	
Zwischensumme:		1,750		1,750		1,750	
Service Zentrale Dienste							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E4	1,000		1,000		1,000	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Botin/Bote)	E3	4,000		4,000		4,000	
Zwischensumme:		11,000		11,000		10,000	
Service Informationstechnik							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Service Information, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		13,000		13,000		11,000	
Service Personal- und Geschäftsprozessmanagement							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	20,000		20,000		20,000	
Zwischensumme:		20,000		20,000		20,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		10,000		10,000		10,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		183,170		183,170		185,166	
Teilplan B							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	5,000		5,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,000		5,000		0,000	
Zwischensumme:		14,000		14,000		5,000	
Service Finanzen, KLR, Zuwendungs-/Zuschussprüfung							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Service Recht							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Service Zentrale Dienste							
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Botin/Bote)	E3	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		13,000		13,000		13,000	
Service Informationstechnik							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		4,000	
Service Information, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,650		3,650		3,650	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		10,650		10,650		10,650	
Service Personal- und Geschäftsprozessmanagement							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		6,000		6,000		5,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E9B-E12	10,000		10,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	7,000		7,000		7,000	
Zwischensumme:		17,000		17,000		11,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		8,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	3,550		3,550		3,550	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		11,550		11,550		11,550	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000	3,000 *(0132)*	3,000	3,000 *(0132)*	3,000	3,000 *(0132)*
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan B):		95,200		95,200		80,200	
Summe:		278,370		278,370		265,366	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Stellenvermerke							
0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Service Personalstelle							
Tarifbeschäftigte/r	E11	5,000	5,000 *(0119)*	5,000	5,000 *(0119)*	5,000	5,000 *(0119)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	5,000	5,000 *(0119)*	5,000	5,000 *(0119)*	5,000	5,000 *(0119)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	24,000	24,000 *(0119)*	24,000	24,000 *(0119)*	24,000	24,000 *(0119)*
Zwischensumme:		34,000		34,000		34,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		37,000		37,000		37,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		2,000	2,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		3,000	
Service Finanzen, KLR, Zuwendungs-/Zuschussprüfung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan B							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan B):		5,000		5,000		8,000	
Summe:		42,000		42,000		45,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		4,000	
Summe:		3,000		3,000		4,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,191		1,191		1,191	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E3	0,000		0,000		1,000	
Pförtner/in	E2	0,000		0,000		0,779	
Zwischensumme:		5,191		5,191		6,970	
Teilsumme (Teilplan A):		5,191		5,191		6,970	
Teilplan B							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,534		0,534		0,534	
Hausmeister/in	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Küchenarbeit)	E3	1,000		1,000		1,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		6,534		5,534		6,534	
Teilsumme (Teilplan B):		6,534		5,534		6,534	
Summe:		11,725		10,725		13,504	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens, allgemeinbildende Schulen, Lehrkräftebildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B2	4,000		5,000		4,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Oberschulrätin/-rat	A16	17,000		17,000		17,000	
Oberstudiendirektor/in	A16	2,000	1,000 *(0538)*	2,000	1,000 *(0538)*	1,000	1,000 *(0538)*
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Oberschulrätin/-rat	A15	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0320)*
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Schulrätin/-rat	A15	19,000		19,000		19,000	
Studiendirektor/in	A15	1,000	1,000 *(0538)*	1,000	1,000 *(0538)*	0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,210		4,210		4,410	
Rektor/in, Sonderschulrektor/in	A14	4,000		4,000		4,000	
Volkshochschuloberrätin/-rat	A14	0,000		0,000		0,800	
Regierungsrätin/-rat	A13	6,000		6,000		9,000	
Studienrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	6,500		6,500		5,500	
Amtsrätin/-rat	A12	5,750		5,750		6,750	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	10,000		10,000		11,000	
Bibliotheksoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		4,000	
Regierungsinspektor/in	A9	2,000		2,000		1,000	
Zwischensumme:		91,460		92,460		96,460	
Vorbereitungsdienst							
Oberschulrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Oberstudiendirektor/in	A16	32,000		32,000		32,000	
Seminardirektor/in	A15	17,000		17,000		17,000	
Studiendirektor/in	A15	7,150		7,150		7,150	
Rektor/in, Sonderschulrektor/in	A14	6,000		6,000		0,000	
Rektor/in	A14GD	0,000		0,000		6,000	
Zwischensumme:		63,150		63,150		63,150	
Teilsumme (Teilplan A):		154,610		155,610		159,610	
Summe:		154,610		155,610		159,610	

Stellenvermerke

0320 Amtszulage nach Fußnote 2 zur BesGr. A 15 LBesO A

0538 Stelle für Qualifizierungsmaßnahme in der Führungskräfteakademie

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens, allgemeinbildende Schulen, Lehrkräftebildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	11,750	2,000 *(0538)*	11,750	2,000 *(0538)*	10,750	2,000 *(0538)*
Tarifbeschäftigte/r	E9A	6,400		6,400		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (in der Bücherei)	E9A	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,779		4,779		4,714	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		1,129	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S18	1,000		1,000		1,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S12	1,000	1,000 *(0128)*	1,000	1,000 *(0128)*	1,000	1,000 *(0128)*
Zwischensumme:		41,929		41,929		41,593	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		2,000	
Vorbereitungsdienst							
Lehrkraft	AT1	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0375)*
Lehrkraft	E14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0377)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	23,000		23,000		22,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens, allgemeinbildende Schulen, Lehrkräftebildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Vorbereitungsdienst							
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,286	
Zwischensumme:		25,000		25,000		27,286	
Teilsumme (Teilplan A):		67,929		67,929		70,879	
Teilplan B							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,500		4,500		2,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	13,000	1,000 *(2128)*	13,000	1,000 *(2128)*	10,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,750		2,750		3,750	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	6,000		6,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	7,000		7,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	9,000		9,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		50,250		50,250		42,250	
Vorbereitungsdienst							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	8,500		8,500		9,532	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		11,500		11,500		11,532	
Teilsumme (Teilplan B):		61,750		61,750		53,782	
Summe:		129,679		129,679		124,661	

Stellenvermerke

0128 Stelle ist bei Freiwerden gesperrt. Die Personalmittel werden nach Freiwerden in Sachmittel für Schulsozialarbeit umgewandelt.

0375 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 2 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 15

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens, allgemeinbildende Schulen, Lehrkräftebildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42801

Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0538 Stelle für Qualifizierungsmaßnahme in der Führungskräfteakademie

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A

Vorbereitungsdienst

Lehrkraft	AT1	1,000	1,000 *(0375)*	1,000	1,000 *(0375)*	0,000
Lehrkraft	E14	1,000	1,000 *(0377)*	1,000	1,000 *(0377)*	0,000
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		0,000
Summe:		2,000		2,000		0,000

Stellenvermerke

0375 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 2 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 15 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens, allgemeinbildende Schulen, Lehrkräftebildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan B):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Stellenvermerke

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentralverwalteten Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B3	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B2	3,000		3,000		4,000	
Oberschulrätin/-rat	A16	6,000		6,000		9,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Oberschulrätin/-rat	A15	6,000	6,000 *(0320)*	6,000	6,000 *(0320)*	6,000	6,000 *(0320)*
Schulrätin/-rat	A15	3,000		3,000		4,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		2,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	10,000		10,000		8,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	0,000		0,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	3,881		3,881		4,881	
Zwischensumme:		43,881		43,881		47,881	
Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren							
Schulpsychologiedirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Schulpsychologieoberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Vorbereitungsdienst							
Oberschulrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Oberstudiendirektor/in	A16	2,000		2,000		2,000	
Seminardirektor/in	A15	3,000		3,000		5,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		8,000	
Teilsumme (Teilplan A):		52,881		52,881		57,881	
Summe:		52,881		52,881		57,881	

Stellenvermerke

0320 Amtszulage nach Fußnote 2 zur BesGr. A 15 LBesO A

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentralverwalteten Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	3,000		3,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,750		1,750		1,750	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S18	3,000		3,000		3,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	12,000		12,000		11,000	
Zwischensumme:		34,750		34,750		33,750	
Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,741		4,741		5,741	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		8,741		8,741		8,741	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentralverwalteten Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Vorbereitungsdienst							
Lehrkraft	E15	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0376)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,500		2,500		2,500	
Zwischensumme:		3,500		3,500		3,500	
Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		48,991		48,991		47,991	
Teilplan B							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		2,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S18	0,000		0,000		1,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	10,000		16,000		10,000	
Zwischensumme:		28,000		35,000		27,000	
Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan B):		30,000		37,000		29,000	
Summe:		78,991		85,991		76,991	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentralverwalteten Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42801

Stellenvermerke

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A

Vorbereitungsdienst

Lehrkraft	E15	1,000	1,000 *(0376)*	1,000	1,000 *(0376)*	0,000
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		0,000
Summe:		1,000		1,000		0,000

Stellenvermerke

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B2	1,000		1,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	B2	0,000		0,000		1,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Oberschulrätin/-rat	A16	16,000		16,000		16,000	
Oberstudiendirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	
Oberschulrätin/-rat	A15	11,000	11,000 *(0320)*	11,000	11,000 *(0320)*	10,000	10,000 *(0320)*
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Schulrätin/-rat	A15	37,000		37,000		40,000	
Seminardirektor/in	A15	4,000		4,000		4,000	
Studiendirektor/in	A15	0,000		0,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,000		4,000		3,000	
Oberstudienrätin/-rat	A14	3,000		3,000		4,000	
Baurätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Lehrer/in	A13	1,000	1,000 *(0416)*	1,000	1,000 *(0416)*	3,000	3,000 *(0416)*
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		6,000	
Schulpsychologierätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Studienrätin/-rat	A13	5,000	5,000 *(0416)*	5,000	5,000 *(0416)*	9,000	9,000 *(0416)*
Oberamtsrätin/-rat	A13S	7,000		7,000		9,000	
Amtsrätin/-rat	A12	25,000		25,000		23,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	21,500		21,500		29,500	
Regierungsoberinspektor/in	A10	12,000		12,000		13,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	8,000		8,000		5,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	31,000		31,000		32,000	
Zwischensumme:		195,500		195,500		217,500	
Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren							
Schulpsychologiedirektor/in	A15	13,000		13,000		13,000	
Rektor/in, Sonderschulrektor/in	A14	12,000		12,000		12,000	
Schulpsychologieoberrätin/-rat	A14	11,000		11,000		11,000	
Schulpsychologierätin/-rat	A13	15,259		15,259		15,259	
Zwischensumme:		51,259		51,259		51,259	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		2,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Vorbereitungsdienst							
Oberstudiendirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		248,759		248,759		271,759	
Summe:		248,759		248,759		271,759	

Stellenvermerke

0320 Amtszulage nach Fußnote 2 zur BesGr. A 15 LBesO A

0416 Stelle darf nur mit einer Lehrkraft besetzt werden. Die Finanzierung erfolgt aus den Kapiteln 1015 bis 1024, Titel 42201.

42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter

Teilplan A

Vorbereitungsdienst							
Anwärter/in für das Lehramt an Grundschulen	V13	400,000		400,000		400,000	
Studienreferendar/in für das Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien	V13	2.000,000		2.000,000		2.000,000	
Studienreferendar/in für das Lehramt an beruflichen Schulen	V13	250,000		250,000		250,000	
Teilnehmer/in Anpassungslehrgang an Beruflichen Schulen	REF14	10,000		10,000		10,000	
Teilnehmer/in Anpassungslehrgang an ISS/Gymnasien	REF14	20,000		20,000		20,000	
Teilnehmer/in Anpassungslehrgang an Grundschulen	REF13	20,000		20,000		20,000	
Zwischensumme:		2.700,000		2.700,000		2.700,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2.700,000		2.700,000		2.700,000	
Summe:		2.700,000		2.700,000		2.700,000	

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		1,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	5,000		5,000		11,000	1,800 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	9,000		9,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	24,750		24,750		30,520	
Tarifbeschäftigte/r	E6	19,387		19,387		19,387	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S18	6,000		6,000		6,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	9,000		13,000		11,000	
Zwischensumme:		82,137		86,137		112,907	
Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		47,000	3,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Psychologin/Psychologe)	E13	46,000	3,000 *(2128)*	50,000	3,000 *(2128)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	19,000		19,000		19,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S12	12,000		12,000		12,000	
Zwischensumme:		80,000		84,000		81,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		3,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		6,000	
Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	15,250		15,250		15,250	
Zwischensumme:		15,250		15,250		15,250	
Teilsumme (Teilplan A):		178,387		186,387		215,157	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	8,000		8,000		13,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	9,000		9,000		9,750	3,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,800		3,800		3,800	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,212		4,212		14,900	
Tarifbeschäftigte/r	E6	11,750		11,750		11,750	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S18	5,000		5,000		5,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	11,000		11,000		8,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S12	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		60,762		60,762		85,200	
Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		27,000	9,519 *(2128)*

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B, Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren							
Tarifbeschäftigte/r (Psychologin/Psychologe)	E13	30,000	3,000 *(2128)*	30,000	3,000 *(2128)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,890		4,890		4,890	
Zwischensumme:		34,890		34,890		31,890	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	14,500		14,500		14,500	
Zwischensumme:		14,500		14,500		14,500	
Teilsumme (Teilplan B):		111,152		111,152		132,590	
Summe:		289,539		297,539		347,747	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		13,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		13,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		13,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0106)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		10,000	9,000 *(0106)* 1,000 *(0120)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		11,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan B							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		13,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		13,000	
Teilsumme (Teilplan B):		0,000		0,000		24,000	
Summe:		0,000		0,000		37,000	

Stellenvermerke

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	0,000		0,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		2,000	
Summe:		1,000		1,000		2,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		1,000	
Zwischensumme:		14,000		14,000		11,000	
Teilsumme (Teilplan A):		14,000		14,000		11,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		0,110	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,110	
Teilsumme (Teilplan B):		0,000		0,000		1,110	
Summe:		14,000		14,000		12,110	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Rektor/in	A15GD	287,000	10,000 *(0142)*	287,000	10,000 *(0142)*	269,000	10,000 *(0142)*
Konrektor/in	A14	309,000	10,000 *(0142)*	309,000	10,000 *(0142)*	289,000	10,000 *(0142)*
			309,000 *(0368)*		309,000 *(0368)*		289,000 *(0368)*
Rektor/in	A14GD	57,000	7,000 *(0332)*	61,000	7,000 *(0332)*	63,000	7,000 *(0332)*
			50,000 *(0333)*		54,000 *(0333)*		56,000 *(0333)*
					4,000 *(0417)*		
Lehrer/in	A13	6.217,875	5,958 *(0101)*	6.217,875	5,958 *(0101)*	6.217,875	5,958 *(0101)*
Konrektor/in	A13GD-A14GD	56,000	56,000 *(0369)*	60,000	60,000 *(0369)*	66,000	65,000 *(0369)*
					4,000 *(0417)*		1,000 *(1716)*
Zweite(r) Konrektor/in	A13GD-A14GD	97,000	97,000 *(0370)*	97,000	97,000 *(0370)*	79,000	79,000 *(0370)*
Zweite(r) Konrektor/in	A13GD	369,000	59,000 *(0333)*	738,000	118,000 *(0333)*	0,000	
			310,000 *(0334)*		620,000 *(0334)*		
Lehrer/in	A12-A13GD	2.125,077		1.864,417		2.327,546	
Lehrer/in an Sonderschulen/ für Sonderpädagogik, Lehrer/in	A12-A13GD	113,000	113,000 *(0331)*	113,000	113,000 *(0331)*	113,000	113,000 *(0331)*
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A12	4,000		4,000		4,000	
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A10-A12	44,000		44,000		44,000	
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A10-A11	6,000		6,000		6,000	
Zwischensumme:		9.684,952		9.801,292		9.478,421	
Nichtpädagogisches Personal							
Regierungsobersekretär/in	A7	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		9.689,952		9.806,292		9.483,421	
Summe:		9.689,952		9.806,292		9.483,421	

Stellenvermerke

0101 Stelle/Beschäftigungsposition ist gesperrt.

0142 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen besetzt werden (Sperrvermerk).

0331 Stelle A 13 mit Amtszulage

0332 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit bis zu 180 Schülerinnen/Schülern

0333 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern

0334 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0368 Stelle A14 / A14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern.

0369 Stelle A13 mit Amtszulage / A14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern.

0370 Stelle A13 mit Amtszulage / A14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 540 Schülerinnen/Schülern.

0417 Funktionsstelle als Reserve für Schulneugründungen. Inanspruchnahme ansonsten nur im Eingangsamt.

1716 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle Lehrer/in der BesGr. A 12 / A 13.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S17	22,000		22,000		28,000	
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S15	87,000		87,000		81,000	
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S9	24,000		24,000		27,000	
Erzieher/in	S8B	874,610	382,000 *(0522)*	882,110	389,500 *(0522)*	833,659	434,000 *(0522)*
Erzieher/in	S8A	1.402,336		1.447,336		1.540,566	
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	54,500		60,000		55,615	
Zwischensumme:		2.464,446		2.522,446		2.565,840	
Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	288,770	14,000 *(0144)*	288,770	14,000 *(0144)*	274,770	
Zwischensumme:		288,770		288,770		274,770	
Teilsumme (Teilplan A):		2.753,216		2.811,216		2.840,610	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S17	14,000		14,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S15	92,000		92,000		96,000	
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S9	19,000		19,000		10,000	
Erzieher/in	S8B	412,141	382,000 *(0522)*	419,641	389,500 *(0522)*	482,227	434,000 *(0522)*
Erzieher/in	S8A	1.688,806		1.733,806		1.626,776	
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	29,000		34,500		34,015	
Zwischensumme:		2.254,947		2.312,947		2.261,018	
Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	200,350	13,000 *(0144)*	200,350	13,000 *(0144)*	187,350	
Zwischensumme:		200,350		200,350		187,350	
Teilsumme (Teilplan B):		2.455,297		2.513,297		2.448,368	
Summe:		5.208,513		5.324,513		5.288,978	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42801

Stellenvermerke

0144 Stelle ist gesperrt. Besetzung auf Antrag bei Nachweis einer Schulneugründung.

0522 In Integrationsgruppen

42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A

Lehrkraft	E15	33,000	33,000 *(0376)*	33,000	33,000 *(0376)*	32,000	32,000 *(0376)*
Lehrkraft	E14-E15	15,000	15,000 *(0142)*	15,000	15,000 *(0142)*	15,000	15,000 *(0142)*
			15,000 *(0376)*		15,000 *(0376)*		15,000 *(0376)*
			15,000 *(0377)*		15,000 *(0377)*		15,000 *(0377)*
Lehrkraft	E14	21,000	1,000 *(0332)*	21,000	1,000 *(0332)*	23,000	1,000 *(0332)*
			9,000 *(0333)*		9,000 *(0333)*		10,000 *(0333)*
			11,000 *(0368)*		11,000 *(0368)*		12,000 *(0368)*
			21,000 *(0377)*		21,000 *(0377)*		23,000 *(0377)*
Lehrkraft	E13-E14	23,000	15,000 *(0142)*	23,000	15,000 *(0142)*	21,000	15,000 *(0142)*
			3,000 *(0369)*		3,000 *(0369)*		1,000 *(0369)*
			5,000 *(0370)*		5,000 *(0370)*		5,000 *(0370)*
			23,000 *(0377)*		23,000 *(0377)*		21,000 *(0377)*
			23,000 *(0378)*		23,000 *(0378)*		21,000 *(0378)*
Lehrkraft	E11-E13	852,000	852,000 *(0378)*	852,000	852,000 *(0378)*	852,000	852,000 *(0378)*
			852,000 *(0379)*		852,000 *(0379)*		852,000 *(0379)*
			852,000 *(0380)*		852,000 *(0380)*		852,000 *(0380)*
Pädagogische Unterrichtshilfe	E10	8,000		8,000		8,000	
Pädagogische Unterrichtshilfe	E9A-E9B	109,464		115,464		110,100	
Zwischensumme:		1.061,464		1.067,464		1.061,100	
Teilsumme (Teilplan A):		1.061,464		1.067,464		1.061,100	

Teilplan B

Lehrkraft	E11-E13	852,000	852,000 *(0378)*	852,000	852,000 *(0378)*	852,000	852,000 *(0378)*
			852,000 *(0379)*		852,000 *(0379)*		852,000 *(0379)*
			852,000 *(0380)*		852,000 *(0380)*		852,000 *(0380)*
Pädagogische Unterrichtshilfe	E10	1,000		1,000		1,000	
Pädagogische Unterrichtshilfe	E9A-E9B	90,636		96,636		96,000	
Zwischensumme:		943,636		949,636		949,000	
Teilsumme (Teilplan B):		943,636		949,636		949,000	
Summe:		2.005,100		2.017,100		2.010,100	

Stellenvermerke

0142 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen besetzt werden (Sperrvermerk).

0332 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit bis zu 180 Schülerinnen/Schülern

0333 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern

0368 Stelle A14 / A14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42805

0369 Stelle A13 mit Amtszulage / A14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern.

0370 Stelle A13 mit Amtszulage / A14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 540 Schülerinnen/Schülern.

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0378 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 9 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 22 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0379 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 12, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

0380 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 11, Fußnote 6 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Gesamtpersonalratsmitglieder

Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S15	0,000	0,000	0,244
Erzieher/in	S8A	0,386	0,386	1,000
Zwischensumme:		0,386	0,386	1,244

Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats

Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S15	0,464	0,464	1,000
Erzieher/in	S8B	0,203	0,203	0,464
Erzieher/in	S8A	2,355	2,355	0,482
Zwischensumme:		3,022	3,022	1,946

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S15	0,000		0,000		1,000	
Erzieher/in	S8A	0,571		0,571		0,571	
Zwischensumme:		0,571		0,571		1,571	
Ersatzkraft für freigestellte Gesamtvertrauensperson der Schwerbehinderten							
Erzieher/in	S8A	0,287		0,287		0,429	
Zwischensumme:		0,287		0,287		0,429	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S9	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,266		5,266		5,190	
Teilplan B							
Ersatzkräfte für freigestellte Gesamtpersonalratsmitglieder							
Erzieher/in	S8B	0,800		0,800		0,000	
Erzieher/in	S8A	0,000		0,000		0,193	
Zwischensumme:		0,800		0,800		0,193	
Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats							
Erzieher/in	S8B	1,200		1,200		0,772	
Zwischensumme:		1,200		1,200		0,772	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Erzieher/in	S8A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan B):		3,000		3,000		1,965	
Summe:		8,266		8,266		7,155	
42815 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte							
Teilplan A							
Lehrkraft	E11-E13	19,060		19,060		22,294	
Lehrkraft	E11	22,000		22,000		22,000	
Zwischensumme:		41,060		41,060		44,294	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Grundschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42815, Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Hauptpersonalratsmitglieder							
Lehrkraft	E11-E13	0,967		0,967		4,728	
Zwischensumme:		0,967		0,967		4,728	
Ersatzkräfte für freigestellte Gesamtpersonalratsmitglieder							
Lehrkraft	E11-E13	10,126		10,126		8,213	
Zwischensumme:		10,126		10,126		8,213	
Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats							
Lehrkraft	E11-E13	60,796		60,796		57,524	
Zwischensumme:		60,796		60,796		57,524	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Lehrkraft	E11-E13	12,467		12,467		11,192	
Zwischensumme:		12,467		12,467		11,192	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Lehrkraft	E11-E13	11,584		11,584		11,049	
Zwischensumme:		11,584		11,584		11,049	
Teilsumme (Teilplan A):		137,000		137,000		137,000	
Summe:		137,000		137,000		137,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Studiendirektor/in	A15	20,000		20,000		19,000	
Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Oberstudiendirektor/in	A15GD-A16	17,000	17,000 *(0363)*	17,000	17,000 *(0363)*	17,000	17,000 *(0363)*
Stellvertretende/r Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Studiendirektor/in	A15GD-A15	18,000	18,000 *(0365)*	18,000	18,000 *(0365)*	18,000	18,000 *(0365)*
Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule	A15GD	6,000		7,000	1,000 *(0417)*	5,000	
Rektor/in	A15GD	10,000		10,000		9,000	
Sekundarschulrektor/in	A15GD	16,000		16,000		17,000	1,000 *(0003)*
Konrektor/in	A14	12,000	12,000 *(0373)*	12,000	12,000 *(0373)*	11,000	11,000 *(0373)*
Sekundarschulrektor/in, Studiendirektor/in	A14GD-A15	88,000		88,000		82,000	
Stellvertretende/r Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Studiendirektor/in	A14GD-A15	7,000	7,000 *(0364)*	8,000	8,000 *(0364)* 1,000 *(0417)*	5,000	5,000 *(0364)*
Rektor/in	A14GD	13,000	1,000 *(0371)* 12,000 *(0372)*	13,000	1,000 *(0371)* 12,000 *(0372)*	13,000	1,000 *(0371)* 12,000 *(0372)*
Konrektor/in	A13-A14	11,000	11,000 *(0374)*	11,000	11,000 *(0374)*	11,000	11,000 *(0374)*
Studienrätin/-rat	A13	1.363,789		1.361,789		1.382,789	
Sekundarschulrektor/in / Oberstudienrätin/-rat	A13GD-A14	130,000	130,000 *(0366)*	130,000	130,000 *(0366)*	119,000	119,000 *(0366)*
Zweite(r) Konrektor/in	A13GD	24,000	12,000 *(0333)* 12,000 *(0334)*	48,000	24,000 *(0333)* 24,000 *(0334)*	0,000	
Lehrer/in	A12-A13GD	31,762		27,152		28,115	
Zwischensumme:		1.767,551		1.786,941		1.736,904	
Nichtpädagogisches Personal							
Amtsinspektor/in	A9S	20,500	20,500 *(0541)*	20,500	20,500 *(0541)*	20,500	20,500 *(0541)*
Zwischensumme:		20,500		20,500		20,500	
Teilsumme (Teilplan A):		1.788,051		1.807,441		1.757,404	
Summe:		1.788,051		1.807,441		1.757,404	

Stellenvermerke

0003 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 13

0333 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern

0334 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0363 Stelle A 15 mit Amtszulage für Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen mit Oberstufe.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42201

0364 Stelle A 14 mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen ohne Oberstufe.

0365 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen mit Oberstufe.

0366 Stelle A 13 mit Amtszulage für Sekundarschulrektor/in

0371 Stelle A 14 mit Amtszulage an Schulen mit bis zu 180 Schülerinnen/Schülern im Grundschulteil

0372 Stelle A 14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern im Grundschulteil

0373 Stelle A 14 / A 14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern im Gundschulteil

0374 Stelle A 13 mit Amtszulage / A 14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern im Grundschulteil

0417 Funktionsstelle als Reserve für Schulneugründungen. Inanspruchnahme ansonsten nur im Eingangsamt.

0541 Verwaltungsleitung an Schulen

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A				
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	4,000	4,000	4,000
Erzieher/in	S8B	132,600	132,600	136,200
Zwischensumme:		136,600	136,600	140,200
Nichtpädagogisches Personal				
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	9,000	9,000	9,000
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	20,000	20,000	20,000
Zwischensumme:		29,000	29,000	29,000
Teilsumme (Teilplan A):		165,600	165,600	169,200
Teilplan B				
Erzieher/in	S8B	166,200	166,200	164,900
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	1,300	1,300	1,000
Zwischensumme:		167,500	167,500	165,900
Nichtpädagogisches Personal				
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	19,730	19,730	19,730
Zwischensumme:		19,730	19,730	19,730
Teilsumme (Teilplan B):		187,230	187,230	185,630
Summe:		352,830	352,830	354,830

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte							
Teilplan A							
Lehrkraft	AT1	1,000	1,000 *(0375)*	1,000	1,000 *(0375)*	1,000	1,000 *(0375)*
Lehrkraft	E15	7,000	7,000 *(0376)*	7,000	7,000 *(0376)*	7,000	7,000 *(0376)*
Lehrkraft	E14-E15	2,000	2,000 *(0376)*	2,000	2,000 *(0376)*	3,000	1,000 *(0364)*
			2,000 *(0377)*		2,000 *(0377)*		3,000 *(0376)*
							3,000 *(0377)*
Lehrkraft	E13-E14	3,000	2,000 *(0366)*	3,000	2,000 *(0366)*	3,000	2,000 *(0366)*
			1,000 *(0374)*		1,000 *(0374)*		1,000 *(0374)*
			3,000 *(0377)*		3,000 *(0377)*		3,000 *(0377)*
			3,000 *(0378)*		3,000 *(0378)*		3,000 *(0378)*
Lehrkraft	E11-E13	107,000	107,000 *(0378)*	107,000	107,000 *(0378)*	107,000	107,000 *(0378)*
			107,000 *(0379)*		107,000 *(0379)*		107,000 *(0379)*
			107,000 *(0380)*		107,000 *(0380)*		107,000 *(0380)*
Pädagogische Unterrichtshilfe	E10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		121,000		121,000		122,000	
Teilsumme (Teilplan A):		121,000		121,000		122,000	
Teilplan B							
Lehrkraft	E11-E13	107,000	107,000 *(0378)*	107,000	107,000 *(0378)*	107,000	107,000 *(0378)*
			107,000 *(0379)*		107,000 *(0379)*		107,000 *(0379)*
			107,000 *(0380)*		107,000 *(0380)*		107,000 *(0380)*
Zwischensumme:		107,000		107,000		107,000	
Teilsumme (Teilplan B):		107,000		107,000		107,000	
Summe:		228,000		228,000		229,000	

Stellenvermerke

0364 Stelle A 14 mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen ohne Oberstufe.

0366 Stelle A 13 mit Amtszulage für Sekundarschulrektor/in

0374 Stelle A 13 mit Amtszulage / A 14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern im Grundschulteil

0375 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 2 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 15 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gemeinschaftsschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42805

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0378 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 9 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 22 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0379 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 12, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

0380 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 11, Fußnote 6 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats

Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S15	1,000	1,000	1,000
Zwischensumme:		1,000	1,000	1,000

Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten

Erzieher/in	S8A	0,325	0,325	0,500
Zwischensumme:		0,325	0,325	0,500
Teilsumme (Teilplan A):		1,325	1,325	1,500

Teilplan B

Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats

Erzieher/in	S8B	0,693	0,693	0,703
Zwischensumme:		0,693	0,693	0,703

Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten

Erzieher/in	S8B	1,000	1,000	0,000
Zwischensumme:		1,000	1,000	0,000
Teilsumme (Teilplan B):		1,693	1,693	0,703
Summe:		3,018	3,018	2,203

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberstudiendirektor/in	A16	94,000	2,000 *(0142)*	94,000	2,000 *(0142)*	92,000	1,000 *(0538)*
Studiendirektor/in	A15	627,000	8,000 *(0142)*	629,000	8,000 *(0142)*	593,000	10,000 *(0142)*
			2,000 *(0347)*		3,000 *(0347)*		1,000 *(0350)*
			1,000 *(0350)*		1,000 *(0350)*		5,000 *(0354)*
			4,000 *(0354)*		4,000 *(0354)*		86,000 *(0355)*
			87,000 *(0355)*		87,000 *(0355)*		1,000 *(0538)*
			1,000 *(0381)*		1,000 *(0381)*		
					2,000 *(0417)*		
Oberstudienrätin/-rat	A14	675,000	10,000 *(0142)*	675,000	10,000 *(0142)*	649,000	10,000 *(0142)*
Studienrätin/-rat	A13	4.115,341		4.201,981		4.076,693	
Lehrer/in	A12-A13GD	157,000		157,000		157,000	
Zwischensumme:		5.668,341		5.756,981		5.567,693	
Nichtpädagogisches Personal							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000	1,000 *(0098)*	1,000	1,000 *(0098)*	1,000	1,000 *(0098)*
Amtsinspektor/in	A9S	73,500	73,500 *(0541)*	73,500	73,500 *(0541)*	73,500	73,500 *(0541)*
Regierungsobersekretär/in	A7	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		77,500		77,500		77,500	
Teilsumme (Teilplan A):		5.745,841		5.834,481		5.645,193	
Summe:		5.745,841		5.834,481		5.645,193	

Stellenvermerke

0098 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle für Tarifbeschäftigte der E 12.

0142 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen besetzt werden (Sperrvermerk).

0347 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen voll ausgebauter Gymnasien mit bis zu 360 Schülerinnen/Schülern

0350 Stelle mit Amtszulage für d. ständige Vertreter/in der/des Leiterin/s des Berlin-Kollegs

0354 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Oberstufengymnasien mit mindestens zwei Schultypen

0355 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen voll ausgebauter Gymnasien mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0381 Stelle mit Amtszulage für Leiter/in eines voll ausgebauten Oberstufengymnasiums.

0417 Funktionsstelle als Reserve für Schulneugründungen. Inanspruchnahme ansonsten nur im Eingangsamt.

0538 Stelle für Qualifizierungsmaßnahme in der Führungskräfteakademie

0541 Verwaltungsleitung an Schulen

42213 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten im Rahmen der Personalkostenbudgetierung				
Teilplan A				
Oberstudienrätin/-rat	A14	4,000	4,000	4,000
Zwischensumme:		4,000	4,000	4,000
Teilsumme (Teilplan A):		4,000	4,000	4,000
Summe:		4,000	4,000	4,000

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	5,000		5,000		5,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	28,000		28,000		29,000	
Erzieher/in	S8B	0,200		0,200		0,100	
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	1,500		1,500		0,300	
Zwischensumme:		34,700		34,700		34,400	
Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	160,000	14,000 *(0144)* 160,000 *(0541)*	160,000	14,000 *(0144)* 160,000 *(0541)*	146,000	146,000 *(0541)*
Fremdsprachenassistent/in	E7	0,000		0,000		0,560	0,560 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	90,210		90,210		90,210	
Zwischensumme:		250,210		250,210		236,770	
Teilsumme (Teilplan A):		284,910		284,910		271,170	
Teilplan B							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	2,000		2,000		2,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	15,000		15,000		15,800	
Erzieher/in	S8B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		18,000		18,000		19,800	
Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	158,000	13,000 *(0144)* 158,000 *(0541)*	158,000	13,000 *(0144)* 158,000 *(0541)*	145,000	145,000 *(0541)*
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	45,230		45,230		45,230	
Zwischensumme:		203,230		203,230		190,230	
Teilsumme (Teilplan B):		221,230		221,230		210,030	
Summe:		506,140		506,140		481,200	

Stellenvermerke

0144 *Stelle ist gesperrt. Besetzung auf Antrag bei Nachweis einer Schulneugründung.*

0541 Verwaltungsleitung an Schulen

2128 *Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.*

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte							
Teilplan A							
Lehrkraft	AT1	4,000	2,000 *(0142)* 4,000 *(0375)*	4,000	2,000 *(0142)* 4,000 *(0375)*	3,000	3,000 *(0375)*
Lehrkraft	E15	16,000	4,000 *(0355)* 16,000 *(0376)*	16,000	4,000 *(0355)* 16,000 *(0376)*	16,000	4,000 *(0355)* 16,000 *(0376)*
Lehrkraft	E14-E15	13,000	13,000 *(0142)* 13,000 *(0376)* 13,000 *(0377)*	13,000	13,000 *(0142)* 13,000 *(0376)* 13,000 *(0377)*	15,000	15,000 *(0142)* 15,000 *(0376)* 15,000 *(0377)*
Lehrkraft	E14	36,000	36,000 *(0377)*	36,000	36,000 *(0377)*	36,000	36,000 *(0377)*
Lehrkraft	E13-E14	15,000	15,000 *(0142)* 15,000 *(0377)* 15,000 *(0378)*	15,000	15,000 *(0142)* 15,000 *(0377)* 15,000 *(0378)*	15,000	15,000 *(0142)* 15,000 *(0377)* 15,000 *(0378)*
Lehrkraft	E13	153,000	153,000 *(0378)*	153,000	153,000 *(0378)*	153,000	153,000 *(0378)*
Pädagogische Unterrichtshilfe	E9A-E9B	4,600		4,600		3,100	
Zwischensumme:		241,600		241,600		241,100	
Teilsumme (Teilplan A):		241,600		241,600		241,100	
Teilplan B							
Lehrkraft	E13	153,000	153,000 *(0378)*	153,000	153,000 *(0378)*	153,000	153,000 *(0378)*
Zwischensumme:		153,000		153,000		153,000	
Teilsumme (Teilplan B):		153,000		153,000		153,000	
Summe:		394,600		394,600		394,100	

Stellenvermerke

0142 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen besetzt werden (Sperrvermerk).

0355 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen voll ausgebauter Gymnasien mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0375 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 2 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 15 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Gymnasien -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42805

0378 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 9 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 22 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats

Erzieher/in	S8B	0,693	0,693	0,886
Zwischensumme:		0,693	0,693	0,886
Teilsumme (Teilplan A):		0,693	0,693	0,886
Summe:		0,693	0,693	0,886

42815 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A

Lehrkraft	E13	29,500	29,500	29,500
Lehrkraft	E11-E13	2,000	2,000	2,000
Zwischensumme:		31,500	31,500	31,500
Teilsumme (Teilplan A):		31,500	31,500	31,500
Summe:		31,500	31,500	31,500

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Studiendirektor/in	A15	54,000		54,000		54,000	
Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Oberstudiendirektor/in	A15GD-A16	36,000	36,000 *(0363)*	36,000	36,000 *(0363)*	36,000	36,000 *(0363)*
Stellvertretende/r Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Studiendirektor/in	A15GD-A15	35,000	35,000 *(0365)*	35,000	35,000 *(0365)*	35,000	35,000 *(0365)*
Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule	A15GD	59,000		62,000	3,000 *(0417)*	57,000	
Rektor/in	A15GD	1,000		1,000		0,000	
Sekundarschulrektor/in	A15GD	35,000		35,000		32,000	1,000 *(0003)*
Konrektor/in	A14	1,000	1,000 *(0373)*	1,000	1,000 *(0373)*	0,000	
Sekundarschulrektor/in, Studiendirektor/in	A14GD-A15	315,000		315,000		299,000	
Stellvertretende/r Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Studiendirektor/in	A14GD-A15	62,000	62,000 *(0364)*	65,000	65,000 *(0364)* 3,000 *(0417)*	59,000	59,000 *(0364)*
Rektor/in	A14GD	1,000	1,000 *(0371)*	1,000	1,000 *(0371)*	2,000	1,000 *(0371)* 1,000 *(0372)*
Konrektor/in	A13-A14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0374)*
Lehrer/in	A13	651,000		651,000		651,000	573,400 *(0415)*
Studienrätin/-rat	A13	1.660,021		1.654,021		1.703,021	
Sekundarschulrektor/in / Oberstudienrätin/-rat	A13GD-A14	483,000	483,000 *(0366)*	483,000	483,000 *(0366)*	460,000	460,000 *(0366)*
Zweite(r) Konrektor/in	A13GD	1,000	1,000 *(0334)*	2,000	2,000 *(0334)*	0,000	
Lehrer/in	A12-A13GD	1.162,092		1.208,182		1.078,385	
Lehrer/in an Sonderschulen/ für Sonderpädagogik, Lehrer/in	A12-A13GD	3,000	3,000 *(0331)*	3,000	3,000 *(0331)*	3,000	3,000 *(0331)*
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A12	1,000		1,000		1,000	
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A10-A12	30,000		30,000		30,000	
Zwischensumme:		4.590,113		4.637,203		4.501,406	
Einrichtungen des zweiten Bildungswegs							
Rektor/in	A14GD	5,000		5,000		6,000	
Zweite(r) Konrektor/in	A12-A13GD	1,000	1,000 *(0359)*	1,000	1,000 *(0359)*	1,000	1,000 *(0359)*
Zwischensumme:		6,000		6,000		7,000	
Nichtpädagogisches Personal							
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4.597,113		4.644,203		4.509,406	
Summe:		4.597,113		4.644,203		4.509,406	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42201

Stellenvermerke

0003 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 13

0331 Stelle A 13 mit Amtszulage

0334 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0359 Stelle A 12 mit Amtszulage / A 13 mit Amtszulage für Leiter/in von Lehrgängen mit mehr als 90 Hörer/innen

0363 Stelle A 15 mit Amtszulage für Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen mit Oberstufe.

0364 Stelle A 14 mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen ohne Oberstufe.

0365 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen mit Oberstufe.

0366 Stelle A 13 mit Amtszulage für Sekundarschulrektor/in

0371 Stelle A 14 mit Amtszulage an Schulen mit bis zu 180 Schülerinnen/Schülern im Grundschulteil

0372 Stelle A 14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern im Grundschulteil

0373 Stelle A 14 / A 14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern im Gundschulteil

0374 Stelle A 13 mit Amtszulage / A 14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern im Grundschulteil

0415 Bis zur Vorlage eines Anerkennungs-/Qualifikationskonzeptes dürfen die Stellen nur bis A 12 besetzt werden.

0417 Funktionsstelle als Reserve für Schulneugründungen. Inanspruchnahme ansonsten nur im Eingangsamt.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	11,400		11,400		14,500	
Erzieher/in	S8B	66,600		66,600		88,700	
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	7,700		7,700		4,900	
Zwischensumme:		85,700		85,700		108,100	
Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r	E13	3,000	1,000 *(0144)*	3,000	1,000 *(0144)*	2,000	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	36,000	2,000 *(0144)*	36,000	2,000 *(0144)*	34,000	
Fremdsprachenassistent/in	E7	0,000		0,000		3,550	1,000 *(2128)*
Fotograf/in	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	86,230		86,230		86,230	
Fotograf/in	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	16,500		16,500		16,500	
Wirtschafter/in	E5	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		144,730		144,730		145,280	
Teilsumme (Teilplan A):		230,430		230,430		253,380	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Teilplan B							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	6,200		6,200		6,000	
Erzieher/in	S8B	11,000		11,000		19,600	
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		20,200		20,200		28,600	
Nichtpädagogisches Personal							
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	20,000	3,000 *(0144)*	20,000	3,000 *(0144)*	17,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	36,500		36,500		36,500	
Tarifbeschäftigte/r (Handwerker/in)	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Handwerker/in)	E4	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		59,500		59,500		56,500	
Teilsumme (Teilplan B):		79,700		79,700		85,100	
Summe:		310,130		310,130		338,480	

Stellenvermerke

0144 Stelle ist gesperrt. Besetzung auf Antrag bei Nachweis einer Schulneugründung.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A							
Lehrkraft	AT1	2,000	2,000 *(0375)*	2,000	2,000 *(0375)*	2,000	2,000 *(0375)*
Lehrkraft	E15	10,000	3,000 *(0365)*	10,000	3,000 *(0365)*	10,000	3,000 *(0365)*
			10,000 *(0376)*		10,000 *(0376)*		10,000 *(0376)*
Lehrkraft	E14-E15	16,000	1,000 *(0364)*	16,000	1,000 *(0364)*	18,000	1,000 *(0364)*
			16,000 *(0376)*		16,000 *(0376)*		18,000 *(0376)*
			16,000 *(0377)*		16,000 *(0377)*		18,000 *(0377)*
Lehrkraft	E14	1,000	1,000 *(0377)*	1,000	1,000 *(0377)*	0,000	
Lehrkraft	E13-E14	27,000	27,000 *(0366)*	27,000	27,000 *(0366)*	29,000	29,000 *(0366)*
			27,000 *(0377)*		27,000 *(0377)*		29,000 *(0377)*
			27,000 *(0378)*		27,000 *(0378)*		29,000 *(0378)*
Lehrkraft	E11-E13	327,000	327,000 *(0378)*	327,000	327,000 *(0378)*	327,000	327,000 *(0378)*
			327,000 *(0379)*		327,000 *(0379)*		327,000 *(0379)*
			327,000 *(0380)*		327,000 *(0380)*		327,000 *(0380)*
Pädagogische Unterrichtshilfe	E10	1,000		1,000		1,000	
Pädagogische Unterrichtshilfe	E9A-E9B	10,200		10,200		6,300	
Zwischensumme:		394,200		394,200		393,300	
Teilsumme (Teilplan A):		394,200		394,200		393,300	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42805							
Teilplan B							
Lehrkraft	E11-E13	326,000	326,000 *(0378)* 326,000 *(0379)* 326,000 *(0380)*	326,000	326,000 *(0378)* 326,000 *(0379)* 326,000 *(0380)*	326,000	326,000 *(0378)* 326,000 *(0379)* 326,000 *(0380)*
Pädagogische Unterrichtshilfe	E9A-E9B	5,600		5,600		5,500	
Zwischensumme:		331,600		331,600		331,500	
Teilsumme (Teilplan B):		331,600		331,600		331,500	
Summe:		725,800		725,800		724,800	

Stellenvermerke

0364 Stelle A 14 mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen ohne Oberstufe.

0365 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen mit Oberstufe.

0366 Stelle A 13 mit Amtszulage für Sekundarschulrektor/in

0375 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 2 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 15 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0378 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 9 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 22 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0379 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 12, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

0380 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 11, Fußnote 6 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Integrierte Sekundarschulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats							
Erzieher/in	S8B	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		0,500		0,500		0,500	
Summe:		0,500		0,500		0,500	
42815 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte							
Teilplan A							
Lehrkraft	E11-E13	43,000		43,000		43,000	
Lehrkraft	E10	1,000	1,000 *(0527)*	1,000	1,000 *(0527)*	1,000	1,000 *(0527)*
Zwischensumme:		44,000		44,000		44,000	
Teilsumme (Teilplan A):		44,000		44,000		44,000	
Summe:		44,000		44,000		44,000	

Stellenvermerke

0527 Stelle für eine Ortskraft

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Rektor/in, Sonderschulrektor/in	A15	8,000		8,000		8,000	
Studiendirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Sonderschulrektor/in	A15GD	39,000		39,000		38,000	
Oberstudienrätin/-rat	A14	4,000		4,000		4,000	
Sonderschulkonrektor/in	A14GD	43,000	1,000 *(0336)* 32,000 *(0338)* 7,000 *(0339)* 1,000 *(1702)*	44,000	1,000 *(0336)* 32,000 *(0338)* 7,000 *(0339)* 1,000 *(0417)* 1,000 *(1702)*	42,000	2,000 *(0336)* 31,000 *(0338)* 7,000 *(0339)*
Sonderschulrektor/in	A14GD	4,000	1,000 *(0335)* 3,000 *(0337)*	5,000	1,000 *(0335)* 4,000 *(0337)* 1,000 *(0417)*	3,000	1,000 *(0335)* 2,000 *(0337)*
Zweite(r) Sonderschul-konrektor/in	A14GD	24,000		24,000		21,000	
Konrektor/in, Sonderschul-konrektor/in	A13-A14	8,000	8,000 *(0318)*	8,000	8,000 *(0318)*	8,000	8,000 *(0318)*
Zweite(r) Konrektor/in, Zweite(r) Sonderschulkonrektor/in	A13-A14	8,000	8,000 *(0318)*	8,000	8,000 *(0318)*	8,000	8,000 *(0318)*
Studienrätin/-rat	A13	49,986		49,986		49,986	
Zweite(r) Konrektor/in	A13GD	7,000	1,000 *(0333)* 6,000 *(0334)*	14,000	2,000 *(0333)* 12,000 *(0334)*	0,000	
Blindenoberlehrer/in, Lehrer/in	A12-A13GD	17,000	17,000 *(0331)*	17,000	17,000 *(0331)*	17,000	17,000 *(0331)*
Lehrer/in	A12-A13GD	38,000		38,000		38,000	
Lehrer/in an Sonderschulen/ für Sonderpädagogik, Lehrer/in	A12-A13GD	1.604,000	1.604,000 *(0331)*	1.600,540	1.600,540 *(0331)*	1.616,000	1.616,000 *(0331)*
Taubstummenoberlehrer/in, Lehrer/in	A12-A13GD	21,000	21,000 *(0331)*	21,000	21,000 *(0331)*	21,000	21,000 *(0331)*
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A10-A13	5,000		5,000		5,000	
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A10-A12	12,000		12,000		12,000	
Fachlehrer/in	A10-A11	1,000		1,000		1,000	
Fachlehrer/in	A10	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		1.896,986		1.902,526		1.895,986	
Teilsumme (Teilplan A):		1.896,986		1.902,526		1.895,986	
Summe:		1.896,986		1.902,526		1.895,986	

Stellenvermerke

0318 Amtszulage gem. Schülerzahlberechnung nach Nr. 16 der Vorbemerkung zur LBesOA

0331 Stelle A 13 mit Amtszulage

0333 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern

0334 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0335 Stelle mit Amtszulage an Sonderschulen für Lernbehinderte mit mehr als 90 bis zu 180 Schülerinnen/Schülern

0336 Stelle mit Amtszulage an Sonderschulen für Lernbehinderte mit mehr als 180 Schülerinnen/Schülern

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201							
0337 Stelle mit Amtszulage an Sonderschulen für sonstige Behinderte mit mehr als 45 bis zu 90 Schülerinnen/Schülern							
0338 Stelle mit Amtszulage an Sonderschulen für sonstige Behinderte mit mehr als 90 Schülerinnen/Schülern							
0339 Stelle mit Amtszulage an Sonderschulen mit angegliederten Berufsschulklassen							
0417 Funktionsstelle als Reserve für Schulneugründungen. Inanspruchnahme ansonsten nur im Eingangsamt.							
1702 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 14							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S17	6,000		6,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S15	6,000		6,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S9	4,000		4,000		2,000	
Erzieher/in	S8B	96,470		96,470		110,700	
Erzieher/in	S8A	0,330		0,330		0,328	
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	292,700	292,700 *(0521)*	292,700	292,700 *(0521)*	287,035	287,035 *(0521)*
Zwischensumme:		405,500		405,500		413,063	
Nichtpädagogisches Personal							
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,090		1,090		1,090	
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	28,440		28,440		28,440	
Fachangestellte/r für Bäderbetriebe	E5	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		32,030		32,030		32,030	
Teilsumme (Teilplan A):		437,530		437,530		445,093	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000	1,000 *(0531)*	1,000	1,000 *(0531)*	1,000	1,000 *(0531)*
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S17	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S15	6,000		6,000		6,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	1,400		1,400		1,100	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S9	2,000		2,000		2,000	
Erzieher/in	S8B	126,399	6,000 *(0531)*	126,399	6,000 *(0531)*	123,200	6,000 *(0531)*
Erzieher/in	S8A	0,101		0,101		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	227,300	227,300 *(0521)*	227,300	227,300 *(0521)*	204,135	204,135 *(0521)*
Zwischensumme:		371,200		371,200		345,435	
Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	22,150		22,150		22,150	
Fachangestellte/r für Bäderbetriebe	E5	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		24,150		24,150		24,150	
Teilsumme (Teilplan B):		395,350		395,350		369,585	
Summe:		832,880		832,880		814,678	

Stellenvermerke

0521 In Klassen für behinderte Kinder.

0531 Stelle wird im Internat verwendet.

42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A							
Lehrkraft	E15	2,000	2,000 *(0376)*	2,000	2,000 *(0376)*	3,000	3,000 *(0376)*
Lehrkraft	E14	5,000	2,000 *(0338)*	5,000	2,000 *(0338)*	5,000	2,000 *(0338)*
			5,000 *(0377)*		5,000 *(0377)*		5,000 *(0377)*
Lehrkraft an Sonderschulen	E11-E13	109,000	109,000 *(0378)*	109,000	109,000 *(0378)*	109,000	109,000 *(0378)*
			109,000 *(0379)*		109,000 *(0379)*		109,000 *(0379)*
			109,000 *(0380)*		109,000 *(0380)*		109,000 *(0380)*
Pädagogische Unterrichtshilfe	E10	41,000		41,000		41,000	
Pädagogische Unterrichtshilfe	E9A-E9B	284,850		284,850		252,900	
Zwischensumme:		441,850		441,850		410,900	
Teilsumme (Teilplan A):		441,850		441,850		410,900	
Teilplan B							
Lehrkraft an Sonderschulen	E11-E13	108,000	108,000 *(0378)*	108,000	108,000 *(0378)*	108,000	108,000 *(0378)*
			108,000 *(0379)*		108,000 *(0379)*		108,000 *(0379)*
			108,000 *(0380)*		108,000 *(0380)*		108,000 *(0380)*
Pädagogische Unterrichtshilfe	E10	25,000		25,000		25,000	
Pädagogische Unterrichtshilfe	E9A-E9B	207,950		207,950		188,000	
Zwischensumme:		340,950		340,950		321,000	
Teilsumme (Teilplan B):		340,950		340,950		321,000	
Summe:		782,800		782,800		731,900	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42805

Stellenvermerke

0338 Stelle mit Amtszulage an Sonderschulen für sonstige Behinderte mit mehr als 90 Schülerinnen/Schülern

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0378 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 9 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 22 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0379 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 12, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

0380 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 11, Fußnote 6 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats

Erzieher/in	S8B	0,512	0,512	0,000
Tarifbeschäftigte/r (Betreuer/in)	S8A	1,000	1,000	1,000
Zwischensumme:		1,512	1,512	1,000

Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten

Erzieher/in	S8B	1,000	1,000	1,000
Zwischensumme:		1,000	1,000	1,000
Teilsumme (Teilplan A):		2,512	2,512	2,000
Summe:		2,512	2,512	2,000

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Sonderpädagogische Förderzentren -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42815 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte							
Teilplan A							
Lehrkraft	E11-E13	31,000		31,000		31,000	
Zwischensumme:		31,000		31,000		31,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats							
Pädagogische Unterrichtshilfe	E10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		32,000		32,000		32,000	
Teilplan B							
Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats							
Pädagogische Unterrichtshilfe	E9A-E9B	0,000		0,000		0,100	
Zwischensumme:		0,000		0,000		0,100	
Teilsumme (Teilplan B):		0,000		0,000		0,100	
Summe:		32,000		32,000		32,100	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberstudiendirektor/in	A16	37,000	1,000 *(1701)*	37,000	1,000 *(1701)*	37,000	
Studiendirektor/in	A15	404,000	2,000 *(0345)*	404,000	2,000 *(0345)*	400,000	2,000 *(0345)*
			61,000 *(0348)*		61,000 *(0348)*		62,000 *(0348)*
			14,000 *(0349)*		14,000 *(0349)*		14,000 *(0349)*
			36,000 *(0351)*		36,000 *(0351)*		36,000 *(0351)*
			3,000 *(0362)*		3,000 *(0362)*		4,000 *(0362)*
Studiendirektor/in Fachschule, Studiendirektor/in	A15	3,000	1,000 *(0346)*	3,000	1,000 *(0346)*	3,000	1,000 *(0346)*
Oberstudienrätin/-rat	A14	421,000		421,000		415,000	
Oberstudienrätin/-rat Fachschule, Oberstudienrätin/-rat	A14	9,000		9,000		9,000	
Studienrätin/-rat	A13	2.321,007		2.321,007		2.321,007	
Studienrätin/-rat Fachschule, Studienrätin/-rat	A13	15,000		15,000		15,000	
Fachlehrer/in	A12	1,000		1,000		1,000	
Fachlehrer/in	A10-A11	8,000		8,000		8,000	
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A10-A11	25,000		25,000		25,000	
Fachlehrer/in	A10	7,000		7,000		7,000	
Lehrer/in für Fachpraxis	A9-A10	313,000		313,000		313,000	
Zwischensumme:		3.564,007		3.564,007		3.554,007	
Nichtpädagogisches Personal							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	19,000	19,000 *(0541)*	19,000	19,000 *(0541)*	19,000	19,000 *(0541)*
Zwischensumme:		21,000		21,000		21,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3.585,007		3.585,007		3.575,007	
Summe:		3.585,007		3.585,007		3.575,007	

Stellenvermerke

0345 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen von beruflichen Schulen mit mehr als 80 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern

0346 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen von Fachschulen mit mehr als 80 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern

0348 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen von Abteilungen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0349 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen von Abteilungen, die einem zweizügig vollausgebauten Oberstufengymnasium oder einem Oberstufengymnasium mit mindestens zwei Schultypen entspricht.

0351 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen beruflicher Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0362 Amtszulage fällt bei Freiwerden weg.

0541 Verwaltungsleitung an Schulen

1701 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 15 (ohne Übernahmeverpflichtung).

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	14,000		14,000		14,000	
Zwischensumme:		14,000		14,000		14,000	
Nichtpädagogisches Personal							
Baumaschinenvorarbeiter/in	AT	4,000		4,000		4,000	
Beschäftigte/r für Spezialfacharbeiten	AT	9,000		9,000		9,000	
Fachwerker/in	AT	10,000		10,000		10,000	
Vorarbeiter/in	AT	10,000		10,000		10,000	
Werkpolier/in	AT	2,000		2,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	3,000		3,000		3,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	17,000		17,000		17,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	18,000		18,000		18,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	13,000	13,000 *(0541)*	13,000	13,000 *(0541)*	13,000	13,000 *(0541)*
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E8	75,530		75,530		75,530	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Laborant/in	E7	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Elektriker/in)	E7	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Metallhandwerker/in)	E7	1,000		1,000		1,000	
Hauswirtschaftsleiter/in	E6	1,000		1,000		1,000	
Laborant/in	E6	12,910		12,910		12,910	
Tarifbeschäftigte/r	E6	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (Gärtner/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	99,470		99,470		99,470	
Zeichner/in	E6	0,500		0,500		0,500	
Schulhausmeister/in	E5	33,000	18,000 *(2128)*	33,000	18,000 *(2128)*	33,000	18,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Gärtner/in)	E5	2,500		2,500		2,500	
Tarifbeschäftigte/r (Magazin-/Lagervorsteher/in)	E5	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Fahrer/in	E4	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulhauswart/in)	E3-E4	7,000	1,000 *(2128)*	7,000	1,000 *(2128)*	7,000	1,000 *(2128)*
Gartenarbeiter/in	E3	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	2,250	2,000 *(2128)*	2,250	2,000 *(2128)*	2,250	2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Küchenwirtschaft)	E3	3,500		3,500		3,500	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Nichtpädagogisches Personal							
Tierwärter/in	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		344,660		344,660		344,660	
Teilsumme (Teilplan A):		358,660		358,660		358,660	
Teilplan B							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	7,000		7,000		7,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		7,000	
Nichtpädagogisches Personal							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	13,000	13,000 *(0541)*	13,000	13,000 *(0541)*	13,000	13,000 *(0541)*
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E8	18,000		18,000		18,000	
Laborant/in	E7	2,000	2,000 *(2128)*	2,000	2,000 *(2128)*	2,000	2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Köchin/Koch)	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	50,450		50,450		50,450	
Schulhausmeister/in	E5	36,410	20,000 *(2128)*	36,410	20,000 *(2128)*	36,410	20,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Gärtner/in)	E5	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (Hallenwärter/in)	E4-E5	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulhauswart/in)	E3-E4	12,000		12,000		12,000	
Gartenarbeiter/in	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Küchenarbeit)	E3	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Küchenwirtschaft)	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		148,860		148,860		148,860	
Teilsumme (Teilplan B):		155,860		155,860		155,860	
Summe:		514,520		514,520		514,520	

Stellenvermerke

0541 Verwaltungsleitung an Schulen

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte							
Teilplan A							
Lehrkraft	AT1	3,000	3,000 *(0375)*	3,000	3,000 *(0375)*	3,000	3,000 *(0375)*
Lehrkraft	E15	55,000	1,000 *(0345)*	55,000	1,000 *(0345)*	59,000	2,000 *(0345)*
			6,000 *(0348)*		6,000 *(0348)*		6,000 *(0348)*
			2,000 *(0349)*		2,000 *(0349)*		2,000 *(0349)*
			4,000 *(0351)*		4,000 *(0351)*		4,000 *(0351)*
			55,000 *(0376)*		55,000 *(0376)*		59,000 *(0376)*
Lehrkraft	E14	52,000	52,000 *(0377)*	52,000	52,000 *(0377)*	58,000	58,000 *(0377)*
Lehrkraft	E13	257,000	257,000 *(0378)*	257,000	257,000 *(0378)*	257,000	257,000 *(0378)*
Zwischensumme:		367,000		367,000		377,000	
Teilsumme (Teilplan A):		367,000		367,000		377,000	
Teilplan B							
Lehrkraft	E13	256,000	256,000 *(0378)*	256,000	256,000 *(0378)*	256,000	256,000 *(0378)*
Pädagogische Unterrichtshilfe	E9A-E9B	6,000		6,000		6,000	
Zwischensumme:		262,000		262,000		262,000	
Teilsumme (Teilplan B):		262,000		262,000		262,000	
Summe:		629,000		629,000		639,000	

Stellenvermerke

0345 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen von beruflichen Schulen mit mehr als 80 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern

0348 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen von Abteilungen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0349 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen von Abteilungen, die einem zweizügig vollausgebauten Oberstufengymnasium oder einem Oberstufengymnasium mit mindestens zwei Schultypen entspricht.

0351 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen beruflicher Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0375 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 2 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 16, Fußnote 15 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berufsbildende Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42805							
0378 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 9 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 22 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.							
42815 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte							
Teilplan A							
Lehrkraft	E13	69,000		69,000		69,000	
Lehrkraft für Fachpraxis	E8-E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		70,000		70,000		70,000	
Teilsumme (Teilplan A):		70,000		70,000		70,000	
Summe:		70,000		70,000		70,000	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Berufsfachschüler/in	AUSBEG-4	32,300		32,300		32,300	
Berufsfachschüler/in	AUSBEG-3	113,770		113,770		113,770	
Berufsfachschüler/in	AUSBEG-2	155,330		155,330		155,330	
Berufsfachschüler/in	AUSBEG-1	168,000		168,000		168,000	
Zwischensumme:		469,400		469,400		469,400	
Teilsumme (Teilplan A):		469,400		469,400		469,400	
Summe:		469,400		469,400		469,400	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Technikerschule -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberstudiendirektor/in Fachschule, Oberstudiendirektor/in	A16	1,000	1,000 *(1701)*	1,000	1,000 *(1701)*	1,000	
Studiendirektor/in Fachschule, Studiendirektor/in	A15	4,000		4,000		5,000	
Oberstudienrätin/-rat Fachschule, Oberstudienrätin/-rat	A14	7,000		7,000		7,000	
Studienrätin/-rat Fachschule, Studienrätin/-rat	A13	23,000		23,000		23,000	
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A10-A12	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		38,000		38,000		39,000	
Teilsumme (Teilplan A):		38,000		38,000		39,000	
Summe:		38,000		38,000		39,000	

Stellenvermerke

1701 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle der BesGr. A 15 (ohne Übernahmeverpflichtung).

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Nichtpädagogisches Personal							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E8	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	3,000		3,000		3,000	
Schulhausmeister/in	E5	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		11,000		11,000		11,000	
Teilsumme (Teilplan A):		11,000		11,000		11,000	
Teilplan B							
Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r (Schulhauswart/in)	E3-E4	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan B):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		12,000		12,000		12,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Technikerschule -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte							
Teilplan A							
Lehrkraft	E15	3,000	1,000 *(0352)* 1,000 *(0362)* 3,000 *(0376)*	3,000	1,000 *(0352)* 1,000 *(0362)* 3,000 *(0376)*	2,000	1,000 *(0352)* 2,000 *(0376)*
Lehrkraft	E14	1,000	1,000 *(0377)*	1,000	1,000 *(0377)*	1,000	1,000 *(0377)*
Lehrkraft	E13	9,000	9,000 *(0378)*	9,000	9,000 *(0378)*	9,000	9,000 *(0378)*
Zwischensumme:		13,000		13,000		12,000	
Teilsumme (Teilplan A):		13,000		13,000		12,000	
Teilplan B							
Lehrkraft	E13	9,000	9,000 *(0378)*	9,000	9,000 *(0378)*	9,000	9,000 *(0378)*
Zwischensumme:		9,000		9,000		9,000	
Teilsumme (Teilplan B):		9,000		9,000		9,000	
Summe:		22,000		22,000		21,000	

Stellenvermerke

0352 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Fachschulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern

0362 Amtszulage fällt bei Freiwerden weg.

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0378 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 9 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 22 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

42815 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte							
Teilplan A							
Lehrkraft	E13	18,430		18,430		18,430	
Lehrkraft	E9B-E10	3,020		3,020		3,020	
Zwischensumme:		21,450		21,450		21,450	
Teilsumme (Teilplan A):		21,450		21,450		21,450	
Summe:		21,450		21,450		21,450	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Studiendirektor/in	A15	5,000		5,000		5,000	
Oberstudienrätin/-rat	A14	5,000		5,000		5,000	
Studienrätin/-rat	A13	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		15,000		15,000		15,000	
Teilsumme (Teilplan A):		15,000		15,000		15,000	
Summe:		15,000		15,000		15,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Nichtpädagogisches Personal							
Schulhausmeister/in	E5	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E3	0,500	0,500 *(2128)*	0,500	0,500 *(2128)*	0,500	0,500 *(2128)*
Zwischensumme:		1,500		1,500		1,500	
Teilsumme (Teilplan A):		1,500		1,500		1,500	
Teilplan B							
Erzieher/in	S8B	2,380		2,380		2,060	
Erzieher/in	S8A	2,600		2,600		4,000	
Zwischensumme:		4,980		4,980		6,060	
Internatserzieher							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Erzieher/in	S8A	7,920		7,920		10,940	
Zwischensumme:		8,920		8,920		11,940	
Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	13,000		13,000		13,000	
Physiotherapeut/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	2,000		2,000		2,000	
Gewandmeister/in	E8	1,000		1,000		1,000	
Physiotherapeut/in	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,530		2,530		2,530	
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Fahrer/in	E4	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E4	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B, Nichtpädagogisches Personal							
Pförtner/in	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,500	1,500 *(2128)*	1,500	1,500 *(2128)*	1,500	1,500 *(2128)*
Zwischensumme:		27,030		27,030		27,030	
Teilsumme (Teilplan B):		40,930		40,930		45,030	
Summe:		42,430		42,430		46,530	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A							
Lehrkraft	E15	1,000	1,000 *(0345)*	1,000	1,000 *(0345)*	1,000	1,000 *(0345)*
			1,000 *(0376)*		1,000 *(0376)*		1,000 *(0376)*
Lehrkraft	E14	1,000	1,000 *(0377)*	1,000	1,000 *(0377)*	1,000	1,000 *(0377)*
Lehrkraft	E13	9,000	9,000 *(0378)*	9,000	9,000 *(0378)*	9,000	9,000 *(0378)*
Lehrkraft	E11-E13	4,000	4,000 *(0378)*	4,000	4,000 *(0378)*	4,000	4,000 *(0378)*
			4,000 *(0379)*		4,000 *(0379)*		4,000 *(0379)*
			4,000 *(0380)*		4,000 *(0380)*		4,000 *(0380)*
Zwischensumme:		15,000		15,000		15,000	
Teilsumme (Teilplan A):		15,000		15,000		15,000	
Teilplan B							
Ballettpädagogin/-pädagoge	E15	1,000	1,000 *(0528)*	1,000	1,000 *(0528)*	1,000	1,000 *(0528)*
Ballettpädagogin/-pädagoge	E14	2,000	1,000 *(0530)*	2,000	1,000 *(0530)*	2,000	1,000 *(0530)*
Lehrkraft	E13-E14	1,000	1,000 *(0095)*	1,000	1,000 *(0095)*	1,000	1,000 *(0095)*
			1,000 *(0529)*		1,000 *(0529)*		1,000 *(0529)*
Ballettpädagogin/-pädagoge	E13	2,000		2,000		2,000	
Lehrkraft	E11-E13	2,000	2,000 *(0378)*	2,000	2,000 *(0378)*	2,000	2,000 *(0378)*
			2,000 *(0379)*		2,000 *(0379)*		2,000 *(0379)*
			2,000 *(0380)*		2,000 *(0380)*		2,000 *(0380)*
Ballettpädagogin/-pädagoge	E11	20,000		20,000		20,000	
Lehrkraft	E9B-E11	10,000	10,000 *(0380)*	10,000	10,000 *(0380)*	10,000	10,000 *(0380)*
Zwischensumme:		38,000		38,000		38,000	
Teilsumme (Teilplan B):		38,000		38,000		38,000	
Summe:		53,000		53,000		53,000	

Stellenvermerke

0095 Stelle/Beschäftigungsposition wird bei Freiwerden zu einer Stelle/Beschäftigungsposition für Tarifbeschäftigte der Entgeltgruppe E12.

0345 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen von beruflichen Schulen mit mehr als 80 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Staatliche Ballett- und Artistikschule Berlin -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42805

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0378 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 9 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 22 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0379 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 12, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

0380 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 11, Fußnote 6 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

0528 Stelle für den/die Künstlerische/n Leiter/in Bühnentanz

0529 Stelle für den/die Künstlerische/n Leiter/in Artistik

0530 Stelle für den/die stellvertretende/n Leiter/in Bühnentanz

42815 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A

Dienstkräfte auf Zeit - Beschäftigung von Stundenlehrkräften

Lehrkraft	E9B-E11	1,000	1,000	1,000
Zwischensumme:		1,000	1,000	1,000
Teilsumme (Teilplan A):		1,000	1,000	1,000

Teilplan B

Dienstkräfte auf Zeit - Beschäftigung von Stundenlehrkräften

Lehrkraft	E9B-E11	2,170	2,170	2,170
Zwischensumme:		2,170	2,170	2,170
Teilsumme (Teilplan B):		2,170	2,170	2,170
Summe:		3,170	3,170	3,170

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberstudiendirektor/in	A16	2,000		2,000		3,000	
Studiendirektor/in	A15	25,000	1,000 *(0347)* 3,000 *(0355)* 1,000 *(0381)*	25,000	1,000 *(0347)* 3,000 *(0355)* 1,000 *(0381)*	23,000	1,000 *(0347)* 1,000 *(0354)* 3,000 *(0355)*
Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Oberstudiendirektor/in	A15GD-A16	5,000	5,000 *(0363)*	5,000	5,000 *(0363)*	5,000	5,000 *(0363)*
Stellvertretende/r Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Studiendirektor/in	A15GD-A15	4,000	4,000 *(0365)*	4,000	4,000 *(0365)*	4,000	4,000 *(0365)*
Sekundarschulrektor/in	A15GD	3,000		3,000		3,000	
Konrektor/in	A14	1,000	1,000 *(0373)*	1,000	1,000 *(0373)*	1,000	1,000 *(0373)*
Oberstudienrätin/-rat	A14	19,000		19,000		18,000	
Sekundarschulrektor/in, Studiendirektor/in	A14GD-A15	22,000		22,000		22,000	
Rektor/in	A14GD	2,000	1,000 *(0371)* 1,000 *(0372)*	2,000	1,000 *(0371)* 1,000 *(0372)*	2,000	2,000 *(0332)*
Lehrer/in	A13	4,000		4,000		4,000	4,000 *(0415)*
Studienrätin/-rat	A13	279,000		279,000		279,000	
Sekundarschulrektor/in / Oberstudienrätin/-rat	A13GD-A14	22,000	22,000 *(0366)*	22,000	22,000 *(0366)*	21,000	21,000 *(0366)*
Zweite(r) Konrektor/in	A13GD	3,000	1,000 *(0333)* 2,000 *(0334)*	6,000	2,000 *(0333)* 4,000 *(0334)*	0,000	
Lehrer/in	A12-A13GD	95,000		92,000		98,000	
Zwischensumme:		486,000		486,000		483,000	
John-F.-Kennedy-Schule							
Studiendirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Oberstudiendirektor/in	A15GD-A16	1,000	1,000 *(0363)*	1,000	1,000 *(0363)*	1,000	1,000 *(0363)*
Stellvertretende/r Direktor/in einer Integrierten Sekundarschule, Studiendirektor/in	A15GD-A15	1,000	1,000 *(0365)*	1,000	1,000 *(0365)*	1,000	1,000 *(0365)*
Sekundarschulrektor/in	A15GD	2,000		2,000		2,000	
Konrektor/in	A14	1,000	1,000 *(0373)*	1,000	1,000 *(0373)*	1,000	1,000 *(0373)*
Sekundarschulrektor/in, Studiendirektor/in	A14GD-A15	6,000		6,000		6,000	
Lehrer/in	A13	13,000		13,000		13,000	
Studienrätin/-rat	A13	30,000		30,000		30,000	
Sekundarschulrektor/in / Oberstudienrätin/-rat	A13GD-A14	7,000	7,000 *(0366)*	7,000	7,000 *(0366)*	7,000	7,000 *(0366)*
Lehrer/in	A12-A13	21,000		21,000		21,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A, John-F.-Kennedy-Schule							
Fachlehrer/in, Lehrer/in	A10-A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		85,000		85,000		85,000	
Nichtpädagogisches Personal							
Amtsinspektor/in	A9S	2,000	2,000 *(0541)*	2,000	2,000 *(0541)*	2,000	2,000 *(0541)*
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		573,000		573,000		570,000	
Summe:		573,000		573,000		570,000	

Stellenvermerke

0332 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit bis zu 180 Schülerinnen/Schülern
0333 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern
0334 Stelle mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern
0347 Stelle mit Amtszulage für Leiter/innen voll ausgebauter Gymnasien mit bis zu 360 Schülerinnen/Schülern
0354 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Oberstufengymnasien mit mindestens zwei Schultypen
0355 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen voll ausgebauter Gymnasien mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern
0363 Stelle A 15 mit Amtszulage für Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen mit Oberstufe.
0365 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen mit Oberstufe.
0366 Stelle A 13 mit Amtszulage für Sekundarschulrektor/in
0371 Stelle A 14 mit Amtszulage an Schulen mit bis zu 180 Schülerinnen/Schülern im Grundschulteil
0372 Stelle A 14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen/Schülern im Grundschulteil
0373 Stelle A 14 / A 14 mit Amtszulage an Schulen mit mehr als 360 Schülerinnen/Schülern im Gundschulteil
0381 Stelle mit Amtszulage für Leiter/in eines voll ausgebauten Oberstufengymnasiums.
0415 Bis zur Vorlage eines Anerkennungs-/Qualifikationskonzeptes dürfen die Stellen nur bis A 12 besetzt werden.
0541 Verwaltungsleitung an Schulen

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Poelchau-Schule							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	0,000		0,000		1,700	
Erzieher/in	S8B	3,200		3,200		2,100	
Erzieher/in	S8A	0,400		0,400		0,000	
Zwischensumme:		3,600		3,600		3,800	
John-F.-Kennedy-Schule							
Pädagogische/r Mitarbeiter/in	E5-E8	4,000		4,000		4,000	
Erzieher/in	S8A	1,800		1,800		3,500	
Zwischensumme:		5,800		5,800		7,500	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Nelson-Mandela-Schule							
Tarifbeschäftigte/r Fachkoordination im Erziehungsdienst	S17	1,000		1,000		1,000	
Erzieher/in	S8B	5,500		5,500		4,900	
Erzieher/in	S8A	0,800		0,800		1,600	
Zwischensumme:		7,300		7,300		7,500	
Nichtpädagogisches Personal							
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	3,000		3,000		3,000	
Fremdsprachenassistent/in	E7	4,110	0,560 *(2128)*	4,110	0,560 *(2128)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	8,228	0,500 *(2115)*	8,228	0,500 *(2115)*	8,228	0,500 *(2115)*
Schulhausmeister/in	E5	8,000	2,000 *(2128)*	8,000	2,000 *(2128)*	8,000	2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulhauswart/in)	E3-E4	2,000	2,000 *(2128)*	2,000	2,000 *(2128)*	2,000	2,000 *(2128)*
Gartenarbeiter/in	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Küchenarbeit)	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E2	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		34,338		34,338		30,228	
Teilsumme (Teilplan A):		51,038		51,038		49,028	
Teilplan B							
Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Schule							
Erzieher/in	S8B	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Flatow-Oberschule							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	0,000		0,000		1,300	
Erzieher/in	S8B	2,200		2,200		1,300	
Erzieher/in	S8A	5,100		5,100		1,400	
Zwischensumme:		7,300		7,300		4,000	
Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9A	2,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B, Nichtpädagogisches Personal							
Tarifbeschäftigte/r (Elektriker/in)	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulsekretär/in)	E6	6,000		6,000		6,000	
Schulhausmeister/in	E5	5,000	3,000 *(2128)*	5,000	3,000 *(2128)*	5,000	3,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,440		0,440		0,440	
Tarifbeschäftigte/r (Handwerker/in)	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schulhauswart/in)	E3-E4	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E3	3,000	3,000 *(2128)*	3,000	3,000 *(2128)*	3,000	3,000 *(2128)*
Zwischensumme:		23,440		23,440		23,440	
Schul- und Leistungssportzentrum Berlin (Sportforum)							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	2,000		2,000		3,600	
Erzieher/in	S8B	7,200		7,200		3,600	
Zwischensumme:		9,200		9,200		7,200	
Erzieher/innen im Wohnheim							
Erzieher/in	S8A	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Internatserzieher/innen im Haus der Athleten							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Erzieher/in	S8A	13,900		13,900		16,900	
Zwischensumme:		14,900		14,900		17,900	
Teilsumme (Teilplan B):		58,840		58,840		56,540	
Summe:		109,878		109,878		105,568	

Stellenvermerke

2115 Stelleninhaber/in erhält E 8.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42805 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A							
Lehrkraft	E15	3,000	1,000 *(0365)*	3,000	1,000 *(0365)*	4,000	1,000 *(0365)*
			3,000 *(0376)*		3,000 *(0376)*		4,000 *(0376)*
Lehrkraft	E14-E15	1,000	1,000 *(0376)*	1,000	1,000 *(0376)*	1,000	1,000 *(0376)*
			1,000 *(0377)*		1,000 *(0377)*		1,000 *(0377)*
Lehrkraft	E14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0377)*

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42805, Teilplan A							
Lehrkraft	E13-E14	4,000	4,000 *(0366)* 4,000 *(0377)* 4,000 *(0378)*	4,000	4,000 *(0366)* 4,000 *(0377)* 4,000 *(0378)*	5,000	5,000 *(0366)* 5,000 *(0377)* 5,000 *(0378)*
Lehrkraft	E11-E13	40,000	40,000 *(0378)* 40,000 *(0379)* 40,000 *(0380)*	40,000	40,000 *(0378)* 40,000 *(0379)* 40,000 *(0380)*	40,000	40,000 *(0378)* 40,000 *(0379)* 40,000 *(0380)*
Zwischensumme:		48,000		48,000		51,000	
John-F.-Kennedy-Schule							
Lehrkraft	AT	1,000	1,000 *(0523)*	1,000	1,000 *(0523)*	1,000	1,000 *(0523)*
Lehrkraft	E15	5,000	1,000 *(0524)* 1,000 *(0525)*	5,000	1,000 *(0524)* 1,000 *(0525)*	5,000	1,000 *(0524)* 1,000 *(0525)*
Lehrkraft	E13-E14	4,000	1,000 *(0526)*	4,000	1,000 *(0526)*	4,000	1,000 *(0526)*
Zwischensumme:		10,000		10,000		10,000	
Teilsumme (Teilplan A):		58,000		58,000		61,000	
Teilplan B							
Lehrkraft	E11-E13	39,000	39,000 *(0378)* 39,000 *(0379)* 39,000 *(0380)*	39,000	39,000 *(0378)* 39,000 *(0379)* 39,000 *(0380)*	39,000	39,000 *(0378)* 39,000 *(0379)* 39,000 *(0380)*
Zwischensumme:		39,000		39,000		39,000	
Teilsumme (Teilplan B):		39,000		39,000		39,000	
Summe:		97,000		97,000		100,000	

Stellenvermerke

0365 Stelle mit Amtszulage für ständige Vertreter/innen der Leiter/innen von Integrierten Sekundarschulen mit Oberstufe.

0366 Stelle A 13 mit Amtszulage für Sekundarschulrektor/in

0376 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 15, Fußnote 12 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0377 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 4 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 14, Fußnote 10 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

0378 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 9 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG oder nach Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), Besoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 13, Fußnote 22 Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE) nach Maßgabe der für Berlin jeweils geltenden Beträge der Anlage IX BBesG BE.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Zentral verwaltete Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42805

0379 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 12, Fußnote 8 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

0380 Stelleninhaber/in, die / der die laufbahnrechtliche Voraussetzung für eine Verbeamtung erfüllt und nicht verbeamtet wird, erhält eine Zulage nach Anlage I (Landesbesoldungsordnungen A und B), Landesbesoldungsordnung A, Besoldungsgruppe A 11, Fußnote 6 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) nach Maßgabe der jeweils geltenden Beträge der Anlage II LBesG.

0523 Stelle für Schulleiter/in Oberstufe an der JFK

0524 Stelle für ständige Vertretung des Co-Principel/ Oberschule an der JFK

0525 Stelle für den/die Schulleiter/in Grundschule an der JFK

0526 Stelle für Konrektor/in an der JFK

42815 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten-Lehrkräfte

Teilplan A

John-F.-Kennedy-Schule

Lehrkraft	E15	5,000		5,000		5,000	
Lehrkraft	E14-E15	4,000		4,000		4,000	
Lehrkraft	E14	4,000		4,000		4,000	
Lehrkraft	E13-E14	8,000		8,000		8,000	
Lehrkraft	E13	11,050		11,050		11,050	
Lehrkraft	E11-E13	2,880		2,880		2,880	
Zwischensumme:		34,930		34,930		34,930	
Teilsumme (Teilplan A):		34,930		34,930		34,930	
Summe:		34,930		34,930		34,930	

42861 Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE)

Teilplan A

Nichtpädagogisches Personal

Tarifbeschäftigte/r	E3	8,000	8,000 *(0001)*	8,000	8,000 *(0001)*	9,000	9,000 *(0001)*
Zwischensumme:		8,000		8,000		9,000	
Teilsumme (Teilplan A):		8,000		8,000		9,000	
Summe:		8,000		8,000		9,000	

Stellenvermerke

0001 Stelle fällt bei Freiwerden weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	0,000		0,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	B2	0,000		0,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		1,000	
Sozialdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		3,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	5,616		5,616		6,616	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		5,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	8,000		8,000		3,242	
Sozialamtfrau/-mann	A11	8,000		8,000		13,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,710		3,710		5,710	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		1,000	
Zwischensumme:		42,326		42,326		48,568	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		5,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		2,000	
Regierungsinspektor/in	A9	0,000		0,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		11,000	
Teilsumme (Teilplan A):		50,326		50,326		59,568	
Summe:		50,326		50,326		59,568	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,500		1,500		1,500	1,500 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	6,000		6,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	1,820		1,820		1,820	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		30,320		30,320		31,320	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	5,000		5,000		5,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		12,000		12,000		12,000	
Teilsumme (Teilplan A):		42,320		42,320		43,320	
Teilplan B							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT5	1,000		1,000		0,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	14,000		15,000		12,000	4,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,000		5,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Familie und frühkindliche Bildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,000		4,000		4,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S18	2,000		2,000		4,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	23,750		23,750		20,258	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	2,000		2,000		3,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S12	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		76,750		77,750		70,258	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	7,000		7,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		11,000		11,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan B):		87,750		88,750		73,258	
Summe:		130,070		131,070		116,578	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan B

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000	2,000 *(0106)*	0,000		0,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	2,000	2,000 *(0106)*	0,000		0,000	
Zwischensumme:		4,000		0,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		4,000		0,000		0,000	
Summe:		4,000		0,000		0,000	

Stellenvermerke

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Sozialdirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Sozialdirektor/in	A15	2,000		2,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,000		4,000		5,000	
Obersozialrätin/rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	3,000		3,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		1,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		5,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		8,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		1,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	12,000		12,000		16,000	
Regierungsinspektor/in	A9	2,000		2,000		2,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		45,000		45,000		47,000	
Zentrale Jugendgerichtshilfe							
Sozialamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		48,000		48,000		50,000	
Summe:		48,000		48,000		50,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		0,800	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		0,750	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		0,769	
Tarifbeschäftigte/r	E4	0,000		0,000		2,000	2,000 *(2128)*
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S18	0,000		0,000		3,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	1,000		1,000		6,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	17,000		17,000		21,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S14	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		22,000		22,000		47,319	
Zentrale Jugendgerichtshilfe							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	9,000		9,000		8,060	
Zwischensumme:		9,000		9,000		8,060	
Teilsumme (Teilplan A):		31,000		31,000		55,379	
Teilplan B							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT5	1,000		1,000		1,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	7,000		7,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	12,000		15,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		5,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,800		3,800		2,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S18	3,000		3,000		0,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	7,000		7,000		2,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Jugend und Kinderschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	9,000		9,000		4,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S14	5,000		11,000		3,000	
Zwischensumme:		61,800		75,800		33,000	
Teilsumme (Teilplan B):		61,800		75,800		33,000	
Summe:		92,800		106,800		88,379	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berliner Notdienst Kinderschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		2,000	
Sozialamtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Sozialoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		4,000	
Summe:		2,000		2,000		4,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (Psychologin/Psychologe)	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,500		0,500		0,500	
Hauswirtschaftsleiter/in	E6	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schreibdienst)	E5	1,000		1,000		1,000	
Hausmeister/in	E4-E5	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Küchenwirtschaft)	E3	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Wäscheausbesserin/ -ausbesserer)	E3	2,000		2,000		2,000	
Gesundheits- und Krankenpfleger/in	KR7	2,000		2,000		2,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S18	3,000		3,000		0,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	0,000		0,000		2,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	5,000		5,000		5,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S14	87,690		87,690		80,690	
Erzieher/in	S8B	10,000		10,000		3,000	
Zwischensumme:		122,190		122,190		106,190	
Teilsumme (Teilplan A):		122,190		122,190		106,190	
Summe:		122,190		122,190		106,190	

1043
2024/2025

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Berliner Notdienst Kinderschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Tätigkeit von Erzieherinnen/Erziehern	S4	2,130	2,130 *(0070)*	2,130	2,130 *(0070)*	0,000	
Zwischensumme:		2,130		2,130		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,130		2,130		0,000	
Summe:		2,130		2,130		0,000	

Stellenvermerke

0070 Stelle/Beschäftigungsposition fällt nach Beendigung der berufsbegleitenden Ausbildung weg.

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		5,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		5,000		5,000		5,000	
Summe:		5,000		5,000		5,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	12,000	2,000 *(2128)*	12,000	2,000 *(2128)*	13,000	7,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	11,000		11,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r (Köchin/Koch)	E6	3,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Köchin/Koch)	E5	0,000		0,000		3,000	3,000 *(2128)*
Reiniger/in	E2	0,000		0,000		1,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E2	4,000		4,000		3,202	0,202 *(2107)* 3,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r (Haus- und Hofarbeit)	E2	2,000		2,000		2,000	2,000 *(2128)*
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	0,000		0,000		6,000	
Zwischensumme:		46,000		46,000		52,202	

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		49,000		49,000		56,202	
Summe:		49,000		49,000		56,202	

Stellenvermerke

2107 Stelleninhaber/in erhält E 6 (ohne Übernahmeverpflichtung).

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42830 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000		3,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		0,000	
Summe:		3,000		3,000		0,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		0,000	
Baurätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000		4,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		11,000		11,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		11,000		11,000		0,000	
Summe:		11,000		11,000		0,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	5,000		5,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		13,000		13,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		13,000		13,000		0,000	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,750		0,750		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schulentwicklungsplanung und Schulbau für öffentliche allgemeinbildende Schulen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		10,750		10,750		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		10,750		10,750		0,000	
Summe:		23,750		23,750		0,000	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0106)*	0,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	10,000	9,000 *(0106)* 1,000 *(0120)*	1,000	1,000 *(0120)*	0,000	
Zwischensumme:		11,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		11,000		1,000		0,000	
Summe:		11,000		1,000		0,000	

Stellenvermerke

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

0120 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B5	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Oberschulrätin/-rat	B2	2,000		2,000		0,000	
Oberschulrätin/-rat	A16	1,000		1,000		0,000	
Schulrätin/-rat	A15	1,000		1,000		0,000	
Lehrer/in	A13	2,000	2,000 *(0416)*	2,000	2,000 *(0416)*	0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		0,000	
Studienrätin/-rat	A13	4,000	4,000 *(0416)*	4,000	4,000 *(0416)*	0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		0,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		21,000		21,000		0,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		22,000		22,000		0,000	
Summe:		22,000		22,000		0,000	

Stellenvermerke

0416 Stelle darf nur mit einer Lehrkraft besetzt werden. Die Finanzierung erfolgt aus den Kapiteln 1015 bis 1024, Titel 42201.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		8,000		8,000		0,000	

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Schule in der digitalen Welt -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	7,000		7,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	9,000		9,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	10,000		10,000		0,000	
Zwischensumme:		29,000		29,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan B):		29,000		29,000		0,000	
Summe:		37,000		37,000		0,000	

Bildung, Jugend und Familie

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B3**	**B2**	**Teilsumme**
1000	2025	3,000	1,000	2,000	2,000	8,000
	2024	3,000	1,000	2,000	2,000	8,000
	2023	2,000	1,000	1,000	3,000	7,000
1009	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1010	2025	-	1,000	2,000	6,000	9,000
	2024	-	1,000	2,000	5,000	8,000
	2023	-	1,000	2,000	5,000	8,000
1011	2025	-	1,000	1,000	3,000	5,000
	2024	-	1,000	1,000	3,000	5,000
	2023	-	1,000	-	4,000	5,000
1012	2025	-	1,000	1,000	1,000	3,000
	2024	-	1,000	1,000	1,000	3,000
	2023	-	1,000	1,000	3,000	5,000
1014	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1015	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1016	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1018	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1019	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1020	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1021	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1022	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1023	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1024	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1040	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	1,000	-	1,000	2,000
1042	2025	-	-	1,000	1,000	2,000
	2024	-	-	1,000	1,000	2,000
	2023	-	-	1,000	1,000	2,000
1043	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 10**
B7	**B5**	**B3**	**B2**	**Teilsumme**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**1051**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	1,000	-	2,000	3,000	2025	**1061**
-	1,000	-	2,000	3,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	1,000	-	2,000	3,000	2025	**1080**
-	1,000	-	2,000	3,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
3,000	6,000	8,000	17,000	34,000	2025	**Summe**
3,000	6,000	8,000	16,000	33,000	2024	
2,000	5,000	5,000	17,000	29,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A16	**A15**	**A15GD**	**A14**	**A14GD**
1000	2025	5,000	11,400	-	16,000	-
	2024	5,000	11,400	-	16,000	-
	2023	4,000	12,400	-	11,000	-
1009	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1010	2025	53,000	45,150	-	14,210	-
	2024	53,000	45,150	-	14,210	-
	2023	52,000	45,150	-	9,210	6,000
1011	2025	10,000	13,000	-	2,000	-
	2024	10,000	13,000	-	2,000	-
	2023	13,000	16,000	-	1,000	-
1012	2025	19,000	66,000	-	30,000	-
	2024	19,000	66,000	-	30,000	-
	2023	18,000	70,000	-	30,000	-
1014	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-
1015	2025	-	-	287,000	309,000	61,000
	2024	-	-	287,000	309,000	57,000
	2023	-	-	269,000	289,000	63,000
1016	2025	-	20,000	68,000	12,000	109,000
	2024	-	20,000	67,000	12,000	108,000
	2023	-	19,000	66,000	11,000	100,000
1018	2025	94,000	629,000	-	675,000	-
	2024	94,000	627,000	-	675,000	-
	2023	92,000	593,000	-	649,000	-
1019	2025	-	54,000	169,000	1,000	386,000
	2024	-	54,000	166,000	1,000	383,000
	2023	-	54,000	160,000	-	366,000
1020	2025	-	9,000	39,000	4,000	73,000
	2024	-	9,000	39,000	4,000	71,000
	2023	-	9,000	38,000	4,000	66,000
1021	2025	37,000	407,000	-	430,000	-
	2024	37,000	407,000	-	430,000	-
	2023	37,000	403,000	-	424,000	-
1022	2025	1,000	4,000	-	7,000	-
	2024	1,000	4,000	-	7,000	-
	2023	1,000	5,000	-	7,000	-
1023	2025	-	5,000	-	5,000	-
	2024	-	5,000	-	5,000	-
	2023	-	5,000	-	5,000	-
1024	2025	2,000	27,000	16,000	21,000	30,000
	2024	2,000	27,000	16,000	21,000	30,000
	2023	3,000	25,000	16,000	20,000	30,000
1040	2025	-	2,000	-	3,000	-
	2024	-	2,000	-	3,000	-
	2023	-	2,000	-	3,000	-
1042	2025	1,000	3,000	-	4,000	-
	2024	1,000	3,000	-	4,000	-
	2023	-	2,000	-	6,000	-
1043	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 10**
A16	**A15**	**A15GD**	**A14**	**A14GD**	jahr	
-	1,000	-	-	-	2025	**1051**
-	1,000	-	-	-	2024	
-	1,000	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1061**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	1,000	-	-	-	2025	**1080**
1,000	1,000	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
223,000	1.297,550	579,000	1.533,210	659,000	2025	**Summe**
223,000	1.295,550	575,000	1.533,210	649,000	2024	
221,000	1.261,550	549,000	1.469,210	631,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A13	**A13GD**	**A13S**	**A12**	**A11**
1000	2025	-	-	14,750	35,000	47,750
	2024	-	-	14,750	35,000	47,750
	2023	2,000	-	17,750	37,000	45,750
1009	2025	-	-	-	-	2,000
	2024	-	-	-	-	2,000
	2023	-	-	-	-	2,000
1010	2025	7,000	-	6,500	5,750	10,000
	2024	7,000	-	6,500	5,750	10,000
	2023	10,000	-	5,500	6,750	11,000
1011	2025	1,000	-	2,000	2,000	3,000
	2024	1,000	-	2,000	2,000	3,000
	2023	2,000	-	2,000	2,000	2,000
1012	2025	24,259	-	7,000	26,000	21,500
	2024	24,259	-	7,000	26,000	21,500
	2023	34,259	-	9,000	25,000	29,500
1014	2025	1,000	-	-	-	-
	2024	1,000	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-
1015	2025	6.217,875	895,000	-	1.981,417	-
	2024	6.217,875	522,000	-	2.242,077	-
	2023	6.217,875	145,000	-	2.444,546	-
1016	2025	1.372,789	178,000	-	27,152	-
	2024	1.374,789	154,000	-	31,762	-
	2023	1.393,789	119,000	-	28,115	-
1018	2025	4.201,981	-	-	158,000	-
	2024	4.115,341	-	-	158,000	-
	2023	4.076,693	-	-	158,000	-
1019	2025	2.305,021	485,000	-	1.213,182	-
	2024	2.311,021	484,000	-	1.167,092	-
	2023	2.355,021	460,000	-	1.083,385	-
1020	2025	65,986	14,000	-	1.676,540	-
	2024	65,986	7,000	-	1.680,000	-
	2023	65,986	-	-	1.692,000	-
1021	2025	2.336,007	-	-	2,000	-
	2024	2.336,007	-	-	2,000	-
	2023	2.336,007	-	-	2,000	-
1022	2025	23,000	-	-	-	-
	2024	23,000	-	-	-	-
	2023	23,000	-	-	-	-
1023	2025	5,000	-	-	-	-
	2024	5,000	-	-	-	-
	2023	5,000	-	-	-	-
1024	2025	326,000	35,000	-	113,000	-
	2024	326,000	32,000	-	116,000	-
	2023	326,000	28,000	-	119,000	-
1040	2025	2,000	-	5,000	8,616	20,000
	2024	2,000	-	5,000	8,616	20,000
	2023	2,000	-	5,000	12,616	21,242
1042	2025	3,000	-	3,000	13,000	16,000
	2024	3,000	-	3,000	13,000	16,000
	2023	2,000	-	3,000	14,000	19,000
1043	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	2,000	1,000	-

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus-halts-	**Einzelplan 10**
A13	**A13GD**	**A13S**	**A12**	**A11**	jahr	
-	-	2,000	1,000	1,000	2025	**1051**
-	-	2,000	1,000	1,000	2024	
-	-	2,000	1,000	-	2023	
5,000	-	1,000	-	2,000	2025	**1061**
5,000	-	1,000	-	2,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
8,000	-	-	3,000	4,000	2025	**1080**
8,000	-	-	3,000	4,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
16.904,918	1.607,000	42,250	5.265,657	127,250	2025	**Summe**
16.826,278	1.199,000	42,250	5.491,297	127,250	2024	
16.852,630	752,000	46,250	5.626,412	130,492	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A10	**A9**	**A9S**	**A8**	**A7**
1000	2025	95,720	10,871	10,000	47,750	0,750
	2024	95,720	10,871	10,000	47,750	0,750
	2023	94,720	10,871	10,000	46,750	0,750
1009	2025	-	1,000	-	-	-
	2024	-	1,000	-	-	-
	2023	-	1,000	1,000	-	-
1010	2025	3,000	2,000	-	-	-
	2024	3,000	2,000	-	-	-
	2023	5,000	1,000	-	-	-
1011	2025	10,000	1,000	-	3,881	-
	2024	10,000	1,000	-	3,881	-
	2023	8,000	1,000	1,000	4,881	-
1012	2025	12,000	1,000	8,000	31,000	-
	2024	12,000	1,000	8,000	31,000	-
	2023	13,000	1,000	5,000	32,000	-
1014	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1015	2025	50,000	-	-	-	5,000
	2024	50,000	-	-	-	5,000
	2023	50,000	-	-	-	5,000
1016	2025	-	-	20,500	-	-
	2024	-	-	20,500	-	-
	2023	-	-	20,500	-	-
1018	2025	-	-	73,500	-	3,000
	2024	-	-	73,500	-	3,000
	2023	-	-	73,500	-	3,000
1019	2025	30,000	-	-	-	1,000
	2024	30,000	-	-	-	1,000
	2023	30,000	-	-	-	1,000
1020	2025	21,000	-	-	-	-
	2024	21,000	-	-	-	-
	2023	21,000	-	-	-	-
1021	2025	40,000	314,000	19,000	-	-
	2024	40,000	314,000	19,000	-	-
	2023	40,000	314,000	19,000	-	-
1022	2025	3,000	-	-	-	-
	2024	3,000	-	-	-	-
	2023	3,000	-	-	-	-
1023	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1024	2025	1,000	-	2,000	-	-
	2024	1,000	-	2,000	-	-
	2023	1,000	-	2,000	-	-
1040	2025	4,710	-	1,000	3,000	-
	2024	4,710	-	1,000	3,000	-
	2023	7,710	1,000	1,000	2,000	-
1042	2025	-	2,000	1,000	-	-
	2024	-	2,000	1,000	-	-
	2023	-	2,000	-	-	-
1043	2025	1,000	-	-	-	-
	2024	1,000	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 10**
A10	**A9**	**A9S**	**A8**	**A7**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**1051**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	1,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1061**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	-	-	1,000	-	2025	**1080**
1,000	-	-	1,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
272,430	331,871	135,000	86,631	9,750	2025	**Summe**
272,430	331,871	135,000	86,631	9,750	2024	
274,430	331,871	134,000	85,631	9,750	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A Teilsumme				
1000	2025	294,991				
	2024	294,991				
	2023	292,991				
1009	2025	3,000				
	2024	3,000				
	2023	4,000				
1010	2025	146,610				
	2024	146,610				
	2023	151,610				
1011	2025	47,881				
	2024	47,881				
	2023	52,881				
1012	2025	245,759				
	2024	245,759				
	2023	266,759				
1014	2025	1,000				
	2024	1,000				
	2023	2,000				
1015	2025	9.806,292				
	2024	9.689,952				
	2023	9.483,421				
1016	2025	1.807,441				
	2024	1.788,051				
	2023	1.757,404				
1018	2025	5.834,481				
	2024	5.745,841				
	2023	5.645,193				
1019	2025	4.644,203				
	2024	4.597,113				
	2023	4.509,406				
1020	2025	1.902,526				
	2024	1.896,986				
	2023	1.895,986				
1021	2025	3.585,007				
	2024	3.585,007				
	2023	3.575,007				
1022	2025	38,000				
	2024	38,000				
	2023	39,000				
1023	2025	15,000				
	2024	15,000				
	2023	15,000				
1024	2025	573,000				
	2024	573,000				
	2023	570,000				
1040	2025	49,326				
	2024	49,326				
	2023	57,568				
1042	2025	46,000				
	2024	46,000				
	2023	48,000				
1043	2025	2,000				
	2024	2,000				
	2023	4,000				

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 10**
Teilsumme					jahr	
5,000					2025	**1051**
5,000					2024	
5,000					2023	
8,000					2025	**1061**
8,000					2024	
-					2023	
19,000					2025	**1080**
19,000					2024	
-					2023	
29.074,517					2025	**Summe**
28.797,517					2024	
28.375,226					2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
1000	2025	5,000	17,000	6,000	11,000	32,650
	2024	5,000	17,000	6,000	11,000	32,650
	2023	8,000	13,000	5,000	12,000	31,650
1009	2025	-	1,000	-	-	-
	2024	-	1,000	-	-	1,000
	2023	-	1,000	-	-	1,000
1010	2025	2,000	8,500	15,000	2,000	5,000
	2024	2,000	8,500	15,000	2,000	5,000
	2023	2,000	6,500	12,000	2,000	5,000
1011	2025	7,000	5,000	10,491	2,000	4,000
	2024	7,000	5,000	9,491	2,000	4,000
	2023	3,000	6,000	9,491	-	4,000
1012	2025	2,000	10,000	94,000	4,000	2,000
	2024	2,000	10,000	90,000	4,000	2,000
	2023	6,000	21,000	95,750	10,000	11,000
1014	2025	-	4,000	3,000	-	1,000
	2024	-	4,000	3,000	-	1,000
	2023	-	3,110	4,000	-	1,000
1015	2025	33,000	36,000	23,000	-	1.704,000
	2024	33,000	36,000	23,000	-	1.704,000
	2023	32,000	38,000	21,000	-	1.704,000
1016	2025	7,000	2,000	3,000	-	214,000
	2024	7,000	2,000	3,000	-	214,000
	2023	7,000	3,000	3,000	-	214,000
1018	2025	16,000	49,000	321,000	-	-
	2024	16,000	49,000	321,000	-	-
	2023	16,000	51,000	321,000	-	-
1019	2025	10,000	17,000	30,000	-	653,000
	2024	10,000	17,000	30,000	-	653,000
	2023	10,000	18,000	31,000	-	653,000
1020	2025	2,000	5,000	-	-	217,000
	2024	2,000	5,000	-	-	217,000
	2023	3,000	5,000	-	-	217,000
1021	2025	55,000	52,000	516,000	-	-
	2024	55,000	52,000	516,000	-	-
	2023	59,000	58,000	516,000	-	-
1022	2025	3,000	1,000	18,000	-	-
	2024	3,000	1,000	18,000	-	-
	2023	2,000	1,000	18,000	-	-
1023	2025	2,000	3,000	12,000	-	27,000
	2024	2,000	3,000	12,000	-	27,000
	2023	2,000	3,000	12,000	-	27,000
1024	2025	8,000	1,000	8,000	-	80,000
	2024	8,000	1,000	8,000	-	80,000
	2023	9,000	2,000	9,000	-	80,000
1040	2025	3,000	8,000	16,500	3,000	10,000
	2024	3,000	8,000	15,500	3,000	10,000
	2023	3,000	8,000	13,500	3,000	9,000
1042	2025	1,000	7,000	15,000	2,000	-
	2024	1,000	7,000	12,000	2,000	-
	2023	2,000	6,000	10,000	1,800	-
1043	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 10
E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**	jahr	
-	4,000	12,000	-	2,000	2025	**1051**
-	4,000	12,000	-	2,000	2024	
-	4,000	13,000	1,000	1,000	2023	
4,000	6,000	5,750	4,000	-	2025	**1061**
4,000	6,000	5,750	4,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	7,000	1,000	3,000	9,000	2025	**1080**
1,000	7,000	1,000	3,000	9,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
161,000	243,500	1.110,741	31,000	2.960,650	2025	**Summe**
161,000	243,500	1.101,741	31,000	2.961,650	2024	
164,000	247,610	1.093,741	29,800	2.958,650	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**
1000	2025	17,550	69,550	10,000	55,120	-
	2024	17,550	69,550	10,000	55,120	-
	2023	15,550	62,546	11,000	54,120	-
1009	2025	-	1,000	1,000	1,534	-
	2024	-	1,000	1,000	1,534	-
	2023	-	1,000	1,000	1,534	-
1010	2025	7,750	18,750	16,400	45,500	-
	2024	7,750	18,750	16,400	45,500	-
	2023	9,750	15,750	12,000	47,532	-
1011	2025	4,000	-	4,000	7,000	-
	2024	4,000	-	4,000	7,000	-
	2023	5,000	2,000	3,000	8,000	-
1012	2025	4,000	6,800	10,000	29,962	-
	2024	4,000	6,800	10,000	29,962	-
	2023	6,000	7,800	13,000	48,420	-
1014	2025	1,000	2,000	-	-	-
	2024	1,000	2,000	-	-	-
	2023	1,000	2,000	-	-	-
1015	2025	9,000	-	212,100	-	-
	2024	9,000	-	200,100	-	-
	2023	9,000	-	206,100	-	-
1016	2025	1,000	-	9,000	-	-
	2024	1,000	-	9,000	-	-
	2023	1,000	-	9,000	-	-
1018	2025	-	-	322,600	-	-
	2024	-	-	322,600	-	-
	2023	-	-	294,100	-	0,560
1019	2025	1,000	-	72,800	-	-
	2024	1,000	-	72,800	-	-
	2023	1,000	-	63,800	-	3,550
1020	2025	67,000	-	493,300	-	-
	2024	67,000	-	493,300	-	-
	2023	67,000	-	441,400	-	-
1021	2025	18,000	3,000	54,000	94,530	5,000
	2024	18,000	3,000	54,000	94,530	5,000
	2023	18,000	3,000	54,000	94,530	5,000
1022	2025	-	2,000	1,000	4,000	-
	2024	-	2,000	1,000	4,000	-
	2023	-	2,000	1,000	4,000	-
1023	2025	-	23,000	3,000	2,000	-
	2024	-	23,000	3,000	2,000	-
	2023	-	23,000	3,000	2,000	-
1024	2025	-	3,000	5,000	-	4,110
	2024	-	3,000	5,000	-	4,110
	2023	-	3,000	5,000	-	-
1040	2025	14,000	18,000	3,000	13,000	-
	2024	14,000	18,000	3,000	13,000	-
	2023	7,000	14,000	3,000	14,000	-
1042	2025	4,000	5,000	2,000	4,000	-
	2024	4,000	1,000	2,000	3,000	-
	2023	2,750	2,000	2,000	3,000	-
1043	2025	-	-	0,500	-	-
	2024	-	-	0,500	-	-
	2023	-	-	0,500	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 10
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**	jahr	
3,000	2,000	3,000	1,000	-	2025	**1051**
3,000	2,000	3,000	1,000	-	2024	
3,000	1,000	-	5,000	-	2023	
-	-	1,000	2,000	-	2025	**1061**
-	-	1,000	2,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	1,000	-	15,000	-	2025	**1080**
-	1,000	-	15,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
151,300	155,100	1.223,700	274,646	9,110	2025	**Summe**
151,300	151,100	1.211,700	273,646	9,110	2024	
146,050	139,096	1.122,900	282,136	9,110	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**
1000	2025	11,000	30,500	2,000	7,000	-
	2024	11,000	30,500	2,000	7,000	-
	2023	10,000	30,500	1,000	8,000	-
1009	2025	1,191	2,000	-	2,000	-
	2024	1,191	2,000	-	2,000	-
	2023	1,191	2,000	-	3,000	0,779
1010	2025	6,779	-	-	-	-
	2024	6,779	-	-	-	-
	2023	8,000	1,129	-	-	-
1011	2025	9,500	-	-	-	-
	2024	9,500	-	-	-	-
	2023	9,500	-	-	-	-
1012	2025	84,777	-	-	-	-
	2024	84,777	-	-	-	-
	2023	84,777	-	-	-	-
1014	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	1,000	-	-	-	-
1015	2025	489,120	-	-	-	-
	2024	489,120	-	-	-	-
	2023	462,120	-	-	-	-
1016	2025	39,730	-	-	-	-
	2024	39,730	-	-	-	-
	2023	39,730	-	-	-	-
1018	2025	135,440	-	-	-	-
	2024	135,440	-	-	-	-
	2023	135,440	-	-	-	-
1019	2025	123,730	19,500	1,000	-	-
	2024	123,730	19,500	1,000	-	-
	2023	123,730	19,500	1,000	-	-
1020	2025	51,680	4,000	-	-	-
	2024	51,680	4,000	-	-	-
	2023	51,680	4,000	-	-	-
1021	2025	172,330	76,910	5,000	32,750	-
	2024	172,330	76,910	5,000	32,750	-
	2023	172,330	76,910	5,000	32,750	-
1022	2025	3,000	1,000	-	1,000	-
	2024	3,000	1,000	-	1,000	-
	2023	3,000	1,000	-	1,000	-
1023	2025	3,530	1,000	3,000	3,000	-
	2024	3,530	1,000	3,000	3,000	-
	2023	3,530	1,000	3,000	3,000	-
1024	2025	17,228	21,440	1,000	9,000	1,000
	2024	17,228	21,440	1,000	9,000	1,000
	2023	17,228	21,440	1,000	9,000	1,000
1040	2025	6,000	-	-	-	-
	2024	6,000	-	-	-	-
	2023	6,000	-	-	-	-
1042	2025	7,800	-	-	-	-
	2024	7,800	-	-	-	-
	2023	6,000	0,769	2,000	-	-
1043	2025	3,000	4,000	2,000	4,000	-
	2024	3,000	4,000	2,000	4,000	-
	2023	3,000	4,000	2,000	4,000	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 10
E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**	jahr	
14,000	1,000	-	-	6,000	2025	**1051**
14,000	1,000	-	-	6,000	2024	
10,000	5,000	-	-	6,202	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1061**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1080**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1.181,835	161,350	14,000	58,750	7,000	2025	**Summe**
1.181,835	161,350	14,000	58,750	7,000	2024	
1.148,256	167,248	15,000	60,750	7,981	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		Teilsumme	**KR7**	**Teilsumme**	**S18**	**S17**
1000	2025	274,370	-	-	-	-
	2024	274,370	-	-	-	-
	2023	262,366	-	-	-	-
1009	2025	9,725	-	-	-	-
	2024	10,725	-	-	-	-
	2023	12,504	-	-	-	-
1010	2025	127,679	-	-	1,000	-
	2024	127,679	-	-	1,000	-
	2023	121,661	-	-	1,000	-
1011	2025	52,991	-	-	3,000	28,000
	2024	51,991	-	-	3,000	22,000
	2023	49,991	-	-	4,000	21,000
1012	2025	247,539	-	-	11,000	24,000
	2024	243,539	-	-	11,000	20,000
	2023	303,747	-	-	11,000	19,000
1014	2025	13,000	-	-	-	-
	2024	13,000	-	-	-	-
	2023	12,110	-	-	-	-
1015	2025	2.506,220	-	-	-	36,000
	2024	2.494,220	-	-	-	36,000
	2023	2.472,220	-	-	-	40,000
1016	2025	275,730	-	-	-	-
	2024	275,730	-	-	-	-
	2023	276,730	-	-	-	-
1018	2025	844,040	-	-	-	-
	2024	844,040	-	-	-	-
	2023	818,100	-	-	-	-
1019	2025	928,030	-	-	-	-
	2024	928,030	-	-	-	-
	2023	924,580	-	-	-	-
1020	2025	839,980	-	-	-	13,000
	2024	839,980	-	-	-	13,000
	2023	789,080	-	-	-	12,000
1021	2025	1.084,520	-	-	-	21,000
	2024	1.084,520	-	-	-	21,000
	2023	1.094,520	-	-	-	21,000
1022	2025	34,000	-	-	-	-
	2024	34,000	-	-	-	-
	2023	33,000	-	-	-	-
1023	2025	82,530	-	-	-	-
	2024	82,530	-	-	-	-
	2023	82,530	-	-	-	-
1024	2025	158,778	-	-	-	1,000
	2024	158,778	-	-	-	1,000
	2023	157,668	-	-	-	1,000
1040	2025	94,500	-	-	2,000	26,570
	2024	93,500	-	-	2,000	26,570
	2023	80,500	-	-	4,000	23,078
1042	2025	47,800	-	-	3,000	8,000
	2024	39,800	-	-	3,000	8,000
	2023	38,319	-	-	3,000	8,000
1043	2025	14,500	2,000	2,000	3,000	-
	2024	14,500	2,000	2,000	3,000	-
	2023	13,500	2,000	2,000	-	2,000

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 10
Teilsumme	**KR7**	**Teilsumme**	**S18**	**S17**	jahr	
48,000	-	-	-	-	2025	**1051**
48,000	-	-	-	-	2024	
49,202	-	-	-	-	2023	
22,750	-	-	-	-	2025	**1061**
22,750	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
37,000	-	-	-	-	2025	**1080**
37,000	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
7.743,682	2,000	2,000	23,000	157,570	2025	**Summe**
7.718,682	2,000	2,000	23,000	147,570	2024	
7.592,328	2,000	2,000	23,000	147,078	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		S15	**S14**	**S12**	**S11B**	**S9**
1000	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1009	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
1010	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
1011	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
1012	2025	-	-	14,000	-	-
	2024	-	-	14,000	-	-
	2023	-	-	12,000	-	-
1014	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1015	2025	179,000	-	-	-	43,000
	2024	179,000	-	-	-	43,000
	2023	177,000	-	-	-	37,000
1016	2025	-	-	-	4,000	-
	2024	-	-	-	4,000	-
	2023	-	-	-	4,000	-
1018	2025	7,000	-	-	43,000	-
	2024	7,000	-	-	43,000	-
	2023	7,000	-	-	44,800	-
1019	2025	-	-	-	17,600	-
	2024	-	-	-	17,600	-
	2023	-	-	-	20,500	-
1020	2025	12,000	-	-	1,400	6,000
	2024	12,000	-	-	1,400	6,000
	2023	14,000	-	-	1,100	4,000
1021	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1022	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1023	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1024	2025	-	-	-	2,000	-
	2024	-	-	-	2,000	-
	2023	-	-	-	6,600	-
1040	2025	4,000	-	-	-	-
	2024	4,000	-	-	-	-
	2023	5,000	-	1,000	-	-
1042	2025	35,000	11,000	-	-	-
	2024	35,000	5,000	-	-	-
	2023	33,060	4,000	-	-	-
1043	2025	5,000	87,690	-	-	-
	2024	5,000	87,690	-	-	-
	2023	5,000	80,690	-	-	-

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 10**
S15	**S14**	**S12**	**S11B**	**S9**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**1051**
-	-	-	-	-	2024	
6,000	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1061**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1080**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
242,000	98,690	16,000	69,000	49,000	2025	**Summe**
242,000	92,690	16,000	69,000	49,000	2024	
247,060	84,690	15,000	78,000	41,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		S8B	S8A	Teilsumme	AT5	AT2
1000	2025	-	-	-	-	3,000
	2024	-	-	-	-	3,000
	2023	-	-	-	-	2,000
1009	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
1010	2025	-	-	2,000	-	-
	2024	-	-	2,000	-	-
	2023	-	-	2,000	-	-
1011	2025	-	-	32,000	-	1,000
	2024	-	-	26,000	-	1,000
	2023	-	-	26,000	-	-
1012	2025	-	-	49,000	-	1,000
	2024	-	-	45,000	-	1,000
	2023	-	-	42,000	-	1,000
1014	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1015	2025	1.301,751	3.275,642	4.835,393	-	-
	2024	1.286,751	3.174,642	4.719,393	-	-
	2023	1.315,886	3.256,972	4.826,858	-	-
1016	2025	298,800	1,300	304,100	-	-
	2024	298,800	1,300	304,100	-	-
	2023	301,100	1,000	306,100	-	-
1018	2025	1,200	1,500	52,700	-	-
	2024	1,200	1,500	52,700	-	-
	2023	1,100	1,300	54,200	-	-
1019	2025	77,600	10,700	105,900	-	-
	2024	77,600	10,700	105,900	-	-
	2023	108,300	7,900	136,700	-	-
1020	2025	222,869	520,431	775,700	-	-
	2024	222,869	520,431	775,700	-	-
	2023	233,900	492,498	757,498	-	-
1021	2025	-	-	21,000	-	-
	2024	-	-	21,000	-	-
	2023	-	-	21,000	-	-
1022	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1023	2025	2,380	10,520	12,900	-	-
	2024	2,380	10,520	12,900	-	-
	2023	2,060	14,940	17,000	-	-
1024	2025	20,100	24,000	47,100	-	-
	2024	20,100	24,000	47,100	-	-
	2023	13,900	25,400	46,900	-	-
1040	2025	-	-	32,570	1,000	1,000
	2024	-	-	32,570	1,000	1,000
	2023	-	-	33,078	-	1,000
1042	2025	-	-	57,000	1,000	1,000
	2024	-	-	51,000	1,000	1,000
	2023	-	-	48,060	1,000	1,000
1043	2025	10,000	-	105,690	-	-
	2024	10,000	-	105,690	-	-
	2023	3,000	-	90,690	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 10**
S8B	**S8A**	**Teilsumme**	**AT5**	**AT2**	jahr	
-	-	-	-	-	2025	**1051**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	6,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1061**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1080**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1.934,700	3.844,093	6.434,053	2,000	7,000	2025	**Summe**
1.919,700	3.743,093	6.302,053	2,000	7,000	2024	
1.979,246	3.800,010	6.415,084	1,000	5,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen AT1	AT	Teilsumme		
1000	2025	1,000	-	4,000		
	2024	1,000	-	4,000		
	2023	1,000	-	3,000		
1009	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
1010	2025	2,000	-	2,000		
	2024	2,000	-	2,000		
	2023	1,000	-	1,000		
1011	2025	1,000	-	2,000		
	2024	1,000	-	2,000		
	2023	1,000	-	1,000		
1012	2025	-	-	1,000		
	2024	-	-	1,000		
	2023	1,000	-	2,000		
1014	2025	1,000	-	1,000		
	2024	1,000	-	1,000		
	2023	-	-	-		
1015	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
1016	2025	1,000	-	1,000		
	2024	1,000	-	1,000		
	2023	1,000	-	1,000		
1018	2025	4,000	-	4,000		
	2024	4,000	-	4,000		
	2023	3,000	-	3,000		
1019	2025	2,000	-	2,000		
	2024	2,000	-	2,000		
	2023	2,000	-	2,000		
1020	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
1021	2025	3,000	35,000	38,000		
	2024	3,000	35,000	38,000		
	2023	3,000	35,000	38,000		
1022	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
1023	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		
1024	2025	-	1,000	1,000		
	2024	-	1,000	1,000		
	2023	-	1,000	1,000		
1040	2025	2,000	-	4,000		
	2024	2,000	-	4,000		
	2023	2,000	-	3,000		
1042	2025	-	-	2,000		
	2024	-	-	2,000		
	2023	-	-	2,000		
1043	2025	-	-	-		
	2024	-	-	-		
	2023	-	-	-		

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 10
AT1	**AT**	**Teilsumme**			jahr	
1,000	-	1,000			2025	**1051**
1,000	-	1,000			2024	
1,000	-	1,000			2023	
1,000	-	1,000			2025	**1061**
1,000	-	1,000			2024	
-	-	-			2023	
-	-	-			2025	**1080**
-	-	-			2024	
-	-	-			2023	
19,000	36,000	64,000			2025	**Summe**
19,000	36,000	64,000			2024	
16,000	36,000	58,000			2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 10	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbeschäftigte	Insgesamt		
1000	2025	302,991	278,370	581,361		
	2024	302,991	278,370	581,361		
	2023	299,991	265,366	565,357		
1009	2025	3,000	10,725	13,725		
	2024	3,000	11,725	14,725		
	2023	4,000	13,504	17,504		
1010	2025	155,610	131,679	287,289		
	2024	154,610	131,679	286,289		
	2023	159,610	124,661	284,271		
1011	2025	52,881	86,991	139,872		
	2024	52,881	79,991	132,872		
	2023	57,881	76,991	134,872		
1012	2025	248,759	297,539	546,298		
	2024	248,759	289,539	538,298		
	2023	271,759	347,747	619,506		
1014	2025	1,000	14,000	15,000		
	2024	1,000	14,000	15,000		
	2023	2,000	12,110	14,110		
1015	2025	9.806,292	7.341,613	17.147,905		
	2024	9.689,952	7.213,613	16.903,565		
	2023	9.483,421	7.299,078	16.782,499		
1016	2025	1.807,441	580,830	2.388,271		
	2024	1.788,051	580,830	2.368,881		
	2023	1.757,404	583,830	2.341,234		
1018	2025	5.834,481	900,740	6.735,221		
	2024	5.745,841	900,740	6.646,581		
	2023	5.645,193	875,300	6.520,493		
1019	2025	4.644,203	1.035,930	5.680,133		
	2024	4.597,113	1.035,930	5.633,043		
	2023	4.509,406	1.063,280	5.572,686		
1020	2025	1.902,526	1.615,680	3.518,206		
	2024	1.896,986	1.615,680	3.512,666		
	2023	1.895,986	1.546,578	3.442,564		
1021	2025	3.585,007	1.143,520	4.728,527		
	2024	3.585,007	1.143,520	4.728,527		
	2023	3.575,007	1.153,520	4.728,527		
1022	2025	38,000	34,000	72,000		
	2024	38,000	34,000	72,000		
	2023	39,000	33,000	72,000		
1023	2025	15,000	95,430	110,430		
	2024	15,000	95,430	110,430		
	2023	15,000	99,530	114,530		
1024	2025	573,000	206,878	779,878		
	2024	573,000	206,878	779,878		
	2023	570,000	205,568	775,568		
1040	2025	50,326	131,070	181,396		
	2024	50,326	130,070	180,396		
	2023	59,568	116,578	176,146		
1042	2025	48,000	106,800	154,800		
	2024	48,000	92,800	140,800		
	2023	50,000	88,379	138,379		
1043	2025	2,000	122,190	124,190		
	2024	2,000	122,190	124,190		
	2023	4,000	106,190	110,190		

Stellenübersicht 2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe- schäftigte	Insgesamt			Haus- halts- jahr	Einzelplan 10
5,000	49,000	54,000			2025	**1051**
5,000	49,000	54,000			2024	
5,000	56,202	61,202			2023	
11,000	23,750	34,750			2025	**1061**
11,000	23,750	34,750			2024	
-	-	-			2023	
22,000	37,000	59,000			2025	**1080**
22,000	37,000	59,000			2024	
-	-	-			2023	
29.108,517	14.243,735	43.352,252			2025	**Summe**
28.830,517	14.086,735	42.917,252			2024	
28.404,226	14.067,412	42.471,638			2023	

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 11

Einzelplan 11

Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11 - 5
Kapitel 1100 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	11 - 17
Kapitel 1109 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Personalüberhang -	11 - 29
Kapitel 1120 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -	11 - 33
Produktdarstellung	11 - 45
Kapitel 1130 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -	11 - 49
Produktdarstellung	11 - 57
Kapitel 1140 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -	11 - 59
Produktdarstellung	11 - 87
Kapitel 1141 Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg	11 - 93
Produktdarstellung	11 - 101
Kapitel 1142 Arbeitsgericht	11 - 103
Produktdarstellung	11 - 111
Kapitel 1145 Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit	11 - 113
Produktdarstellung	11 - 121
Kapitel 1150 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales -	11 - 125
Produktdarstellung	11 - 149
Kapitel 1160 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Leitung der Behörde und Service -	11 - 155

	Band/Seite
Kapitel 1162 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Gesundheits- und Verbraucherschutz -	11 - 169
Produktdarstellung	11 - 183
Kapitel 1164 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Versorgung -	11 - 185
Produktdarstellung	11 - 201
Kapitel 1166 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Soziales -	11 - 205
Produktdarstellung	11 - 233
Kapitel 1167 Landesamt für Gesundheit und Soziales - Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -	11 - 237
Kapitel 1170 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Leitung der Behörde und Service -	11 - 249
Kapitel 1171 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -	11 - 259
Produktdarstellung	11 - 267
Kapitel 1172 Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Berliner Unterbringungsleitstelle -	11 - 269
Kapitel 1180 Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung -	11 - 277
Produktdarstellung	11 - 285
Kapitel 1192 Sozialleistungen (Kriegsopferfürsorge) mit einem Bundesanteil von 80 v. H.	11 - 291
Stellenplan	11 - 295
Stellenübersicht	11 - 343

Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	4
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	14

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gliedert sich wie folgt:

Politisch-Administrativer Bereich

Senatorenbüro
Büro der StS
Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Kabinetts-, Bundes- und Europaangelegenheiten
Landesbeauftragte/r für Menschen mit Behinderungen

Zentraler Service

Finanzen (ZS A)
Personal (ZS B)
Justiziariat, Datenschutz und Innenrevision (ZS C)
Digitalisierung und IT (ZS D)

Abteilung I (Integration und Migration)

Abteilung II (Arbeit und Berufliche Bildung)

Abteilung III (Soziales)

Abteilung IV (Antidiskriminierung und Vielfalt)

Abteilung V (Frauen und Gleichstellung)

Nachgeordnete Behörden/Sonderbehörden:

Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo)
Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi)
Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF)

Gerichte:

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg
Arbeitsgericht Berlin

Juristische Personen des öffentlichen Rechts:

Körperschaften des öffentlichen Rechts:

Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg
Unfallkasse Berlin

Stiftungen des öffentlichen Rechts:

Hospitäler zum Heiligen Geist und St. Georg
St. Gertraudt-Stiftung
Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 11, mit Ausnahme der Obergruppe 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Zusammenfassung der wichtigsten Einnahmen und Ausgaben

Bezeichnung (Kapitel/Titel bzw. Maßnahmegruppe)	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
Integration und Migration				
Ausgaben				
Sprachförderung (1120/68406 Teilansatz 5)	3.200.000	3.200.000	3.185.000	4.622.018,14
Integrationslotsinnen und Integrationslotsen (1120/68406 Teilansatz 1)	8.936.000	9.168.000	7.702.000	7.097.530,90
Umsetzung des Aktionsplans ROMA (1120/68406 Teilansätze 2, 3, 4)	1.287.000	1.287.000	1.287.000	1.409.551,64
Partizipations- und Integrationsprogramm (1120/68410 Teilansatz 1)	3.723.000	3.722.000	3.723.000	2.981.351,55
Arbeit und Berufliche Bildung				
Ausgaben				
Zuschüsse nach dem Aufstiegsfortbildungsgesetz (Aufstiegs-BAföG) (1140/68132)	10.000.000	10.200.000	9.400.000	9.432.639,83
Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung (1140/68333)	19.200.000	21.800.000	27.255.000	23.320.221,82
Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (1140/68351)	7.516.000	7.516.000	7.516.000	7.793.389,62
Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung (1140/68355)	11.000.000	9.911.000	15.575.000	15.060.396,68
Landeszuschüsse für Beschäftigung (1140/68356)	31.150.000	31.150.000	32.780.000	31.111.864,23
Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik (1140/68453)	35.314.000	18.444.000	34.504.000	28.349.225,55
Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung (1140/68476)	13.121.000	12.910.000	11.500.000	13.481.719,91
Soziales				
1. Einnahmen				
Ersatz von Ausgaben durch den Bund (1164/23101)	12.995.000	4.941.000	3.054.000	2.556.863,18
Anteil des Bundes an den Entschädigungsleistungen an Opfer von SED-Unrecht (1164/23129)	18.907.000	20.639.000	22.272.000	17.942.305,98
Ausgleichsabgaben nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch (1166/11198/MG 01)	58.000.000	58.000.000	37.800.000	57.848.160,74
Teilhabefachdienst (1166/23133 und 23602/MG 02)	22.093.000	22.093.000	17.063.000	22.091.865,65
Ersatz von Ausgaben (für die Unterbringung von im Leistungsbezug in Jobcentern und Bezirksämtern stehenden Personen) (1172/28101)	55.930.000	63.627.000	122.000.000	53.433.004,89

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Bezeichnung (Kapitel/Titel bzw. Maßnahmegruppe)	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €	Ist 2022 €
2. Ausgaben				
Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR (1150/63115)	178.500.000	183.000.000	174.500.000	166.255.111,26
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen (1150/68406)	16.957.000	17.616.000	11.311.000	3.998.985,88
Zuschüsse für Integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden (1150/68431)	34.090.000	35.007.000	29.775.000	27.620.461,23
Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren (1150/68455)	16.901.000	20.198.000	13.614.000	9.583.185,77
Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten (1164/68133)	44.623.000	34.121.000	27.500.000	24.695.461,85
Geldleistungen an Opfer von SED-Unrecht (1164/68145)	29.122.000	31.832.000	34.577.000	27.664.197,01
Leistungen/Leistungserbringung insb. im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetztes (Kapitel 1171 und 1172, ohne Personal)	475.114.000	500.405.700	443.293.000	460.204.442,92
Ausgleichsabgabe (SGB IX) (1166/MG 01)*	61.669.000	61.669.000	45.923.000	62.661.266,59
Teilhabefachdienst (1166/ MG02)	293.864.500	318.438.500	262.944.800	266.358.471,68

* höhere Ist-Ausgaben aufgrund der Bruttoveranschlagung der Rücklage

Antidiskriminierung und Vielfalt

Ausgaben

Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen (1130/68406)	24.108.000	24.824.000	19.995.000	15.347.448,71

Frauen und Gleichstellung

Ausgaben

Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen (1180/68406)	33.573.000	38.518.000	25.051.000	23.802.252,11
Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung (1180/68418)	8.149.000	8.331.000	7.692.000	8.099.080,48
Förderung der Frauen in Forschung und Lehre (1180/68500)	1.023.000	1.023.000	1.023.000	1.023.000

Nach titel- und maßnahmescharfer Prüfung ist jede im Einzelplan veranschlagte Ausgabe sowie Verpflichtungsermächtigung zur Erfüllung der vom Ressort wahrzunehmenden Aufgaben gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigen die jeweilige Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

Im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sind für den Doppelhaushalt 2024/25 in den Titeln der Obergruppen 68 und 89 jeweils Ausgaben mit einem Volumen von rd. 798 Mio. € für 2024 und rd. 780 Mio. € für 2025 veranschlagt. Das sind rd. 35 Prozent und rd. 36 Prozent der Gesamtausgaben des Einzelplans für die Haushaltsjahre 2024 und 2025.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Die Details finden sich bei den jeweiligen Kapiteln.

	2024		2025	
Kapitel	**Ogr. 68**	**Ogr. 89**	**Ogr. 68**	**Ogr. 89**
1120	28.924.000	0	28.996.000	0
1130	25.553.200	0	26.264.200	0
1140	137.479.000	1.327.000	122.302.000	1.222.000
1150	156.843.000	0	165.606.000	0
1160	414.900	0	415.200	0
1162	3.700	0	3.700	0
1164	98.960.000	0	79.304.000	0
1166	161.789.000	1.465.000	168.725.000	1.465.000
1170	2.000	4.768.000	2.000	1.000
1171	112.802.700	0	116.176.800	0
1172	900.000	22.001.000	900.000	18.001.000
1180	45.115.000	0	50.264.000	0
1192	0	0	0	0
Zwischensumme	768.786.500	29.561.000	758.958.900	20.689.000
Gesamt Ogr. 68 und 89	**798.347.500**		**779.647.900**	

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**82.543.500**	**82.443.500**	**59.447.200**	**88.774.873,46**
11	Verwaltungseinnahmen	81.258.000	81.158.000	58.180.800	87.199.224,44
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	94.400	94.400	134.400	94.740,75
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	1.000	1.000	1.000	---
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	5.000	5.000	5.000	201.990,02
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	1.185.100	1.185.100	1.126.000	1.278.918,25
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**160.760.400**	**158.662.200**	**219.288.400**	**146.958.415,93**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	90.533.200	78.967.000	67.838.300	74.130.964,40
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	14.400	14.400	7.000	256.550,09
27	Zuschüsse von der EU	9.520.000	11.286.000	24.850.000	13.400.598,60
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	60.690.800	68.392.800	126.591.100	59.066.991,29
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	2.000	2.000	2.000	103.311,55
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**42.000**	**3.019.000**	**5.637.000**	**982.541,07**
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	1.000	2.978.000	---	---
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.000	1.000	5.597.000	960.590,37
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	40.000	40.000	40.000	21.950,70
Σ	**Summe Einnahmen**	**243.345.900**	**244.124.700**	**284.372.600**	**236.715.830,46**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Gruppierungsübersicht

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**169.518.600**	**178.704.800**	**157.361.200**	**147.603.588,31**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	805.100	805.100	764.400	746.852,38
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	166.201.200	175.308.600	154.127.900	144.218.186,75
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	2.230.300	2.309.100	2.218.600	2.037.102,63
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	282.000	282.000	250.300	601.446,55
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**371.036.500**	**356.380.200**	**303.022.600**	**381.872.306,57**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	371.036.500	356.380.200	303.022.600	381.872.306,57
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.353.166.100**	**1.337.728.800**	**1.220.300.100**	**1.098.095.028,71**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	238.726.300	217.194.300	211.473.100	197.099.589,95
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	324.853.300	336.477.600	289.678.700	297.146.697,40
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	764.486.500	758.956.900	703.748.300	579.069.865,16
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	25.100.000	25.100.000	15.400.000	24.778.876,20
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**40.027.000**	**29.202.000**	**46.530.000**	**35.035.914,70**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	7.536.000	2.083.000	2.501.000	7.520.763,37
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	1.000	1.000	1.000	---
86	Darlehen an sonstige Bereiche	1.429.000	1.429.000	1.540.000	1.049.493,80
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	---	---	---	3.650.000,00
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	31.061.000	25.689.000	42.488.000	22.815.657,53
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**330.017.000**	**230.071.000**	**4.000**	**10.564.485,03**
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	3.978.000	5.488.000	3.000	10.564.485,03
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	326.039.000	224.583.000	1.000	---
Σ	**Summe Ausgaben**	**2.263.765.200**	**2.132.086.800**	**1.727.217.900**	**1.673.171.323,32**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**8.241.400**	**8.048.900**	**4.373.200**	**9.022.540,33**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	4.086.000	3.891.000	17.000	4.629.968,47
05	Rechtsschutz	4.155.400	4.157.900	4.356.200	4.392.571,86
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**8.102.000**	**8.258.000**	**7.532.000**	**7.614.740,43**
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	8.102.000	8.258.000	7.532.000	7.614.740,43
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**221.304.700**	**222.120.000**	**262.290.100**	**214.085.267,87**
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	5.858.800	5.861.300	6.298.600	5.421.721,10
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	57.397.400	67.971.400	123.067.400	55.255.112,16
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	20.004.900	21.736.900	26.151.900	21.714.181,11
25	Arbeitsmarktpolitik	18.501.000	20.267.000	35.368.000	23.571.068,68
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX	30.595.900	30.597.900	23.521.900	36.024.600,95
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	88.946.700	75.685.500	47.882.300	72.098.583,87
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**5.654.800**	**5.654.800**	**4.537.300**	**5.009.562,22**
31	Gesundheitswesen	5.533.800	5.533.800	4.417.300	4.907.973,59
33	Umwelt- und Naturschutz	121.000	121.000	120.000	101.588,63
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**2.000**	**2.000**	**3.000**	**1.178,54**
52	Landwirtschaft und Ernährung	2.000	2.000	3.000	1.178,54
8	**Finanzwirtschaft**	**41.000**	**41.000**	**5.637.000**	**982.541,07**
85	Rücklagen	1.000	1.000	5.597.000	960.590,37
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	40.000	40.000	40.000	21.950,70
∑	**Summe Einnahmen**	**243.345.900**	**244.124.700**	**284.372.600**	**236.715.830,46**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**80.767.800**	**83.419.800**	**79.294.800**	**64.684.266,87**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	58.519.500	60.702.100	57.387.800	45.086.697,39
05	Rechtsschutz	22.248.300	22.717.700	21.907.000	19.597.569,48
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**11.608.000**	**11.808.000**	**10.953.000**	**10.874.651,17**
13	Hochschulen	1.023.000	1.023.000	1.023.000	1.023.000,00
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	10.585.000	10.785.000	9.930.000	9.851.651,17
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**1.740.238.300**	**1.705.180.000**	**1.532.081.500**	**1.576.229.730,26**
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	161.154.200	158.408.400	162.936.600	267.343.822,90
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	178.500.000	183.000.000	174.500.000	166.255.111,26
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	402.765.200	408.447.300	317.829.200	237.413.108,32
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	74.549.300	43.029.300	43.080.700	36.117.814,71
25	Arbeitsmarktpolitik	153.730.100	142.190.100	178.937.100	166.656.736,74
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX	526.687.800	547.874.100	480.326.600	497.281.413,22
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	242.851.700	222.230.800	174.471.300	205.161.723,11
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**14.784.200**	**15.241.200**	**12.645.600**	**10.190.910,25**
31	Gesundheitswesen	14.783.200	15.240.200	12.645.600	10.190.910,25
33	Umwelt- und Naturschutz	1.000	1.000	---	---
5	**Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**	**3.700**	**3.700**	**2.000**	**2.704,00**
52	Landwirtschaft und Ernährung	3.700	3.700	2.000	2.704,00
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**86.000.000**	**86.000.000**	**91.900.000**	**355.259,11**
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	86.000.000	86.000.000	91.900.000	355.259,11
8	**Finanzwirtschaft**	**330.363.200**	**230.434.100**	**341.000**	**10.833.801,66**
85	Rücklagen	3.978.000	5.488.000	3.000	10.564.485,03
86	Sonstiges	346.200	363.100	337.000	269.316,63
88	Globalposten	326.039.000	224.583.000	1.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**2.263.765.200**	**2.132.086.800**	**1.727.217.900**	**1.673.171.323,32**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Kapitel	Maßnahmegruppe	Bezeichnung
1100	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1130	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1140	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1141	31	Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT
1141	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1142	31	Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT
1142	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1145	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1150	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1160	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1162	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1164	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1166	01	Ausgleichsabgabe (SGB IX)
1166	02	Ausgaben nach dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) - Teilhabefachdienst
1166	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1167	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1170	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1180	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT

D. Gender Budgeting

Mit unvermindertem Ressourceneinsatz stellt sich die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) den aktuellen Herausforderungen einer gleichstellungsorientierten Haushaltssteuerung. Dabei nutzt sie die Instrumente des Gender Budgeting, um verlässliche Daten als solides Fundament für gleichstellungspolitische Entscheidungen zu generieren.
Im Kern geht es darum, dem Ziel der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern immer näher zu kommen. Dabei fokussiert die SenASGIVA insbesondere jene Wirkungen auf die Geschlechter, die nicht auf den ersten Blick ersichtlich sind. Auf diesem Weg kann die SenASGIVA auf deutliche Erfolge zurückblicken, wenn auch noch manche Hürden zu nehmen sind. Zu den Erfolgen gehört es, dass am Stichtag 30.06.2022 59 % aller Führungskräfte der ehem. SenIAS (Stamm) weiblich waren, ebenso 3 von 4 Abteilungsleitungen. Der Frauenanteil bei den Beförderungen bzw. Höhergruppierungen lag im Durchschnitt aller Laufbahnen bei 60,5 % und auch im Höheren Dienst mit 58,6 % deutlich höher als noch 2020 (41,2 %). Frauen erhielten in absoluten Zahlen wesentlich häufiger als ihre männlichen Kollegen Leistungsanreize jeder Art. Deutlich mehr Frauen als Männer nahmen an Fortbildungen teil. Daraus lässt sich schließen, dass das Geschlechterverhältnis in der SenASGIVA unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel in weiten Teilen gleichstellungspolitisch ausgewogen ist, gleichzeitig ergibt sich jedoch insbesondere mit Blick auf das LAGetSi und auf die noch zu erreichenden Ziele ein klarer Steuerungsbedarf. So bestehen weiterhin Unterrepräsentanzen in der EG 14 und der BesGr. A 15. Der Anteil weiblicher Führungskräfte innerhalb des LAGetSi war außerordentlich gering. Vergleiche hierzu die Erläuterung zu Kapitel 1145.
Den allgemeinen Steuerungsbedarfen wird mit folgenden Maßnahmen begegnet:

- Aktive Förderung geeigneter Frauen durch qualifizierende Fortbildungen (auch zu weichen Themen wie Rhetorik, Resilienz etc.).
- Instrumente der Personalentwicklung, z.B. Hospitation, Rotation
- Coaching/Mentoring
- Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf
- Ermöglichung von Führung im Tandem
- Nutzung von Teilzeitbeschäftigung, Telearbeit und flexiblen Arbeitszeitmodellen
- Erhöhung der Chancen von Frauen auf Leistungsanreize, Beförderungen und Höhergruppierungen
- Stringente Umsetzung weiterer im jeweils aktuellen Frauenförderplan festgelegten Maßnahmen

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Ausweis geschlechtsdifferenzierter Daten im Haushaltsplan 2024/25 der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung **im Überblick**

Geschlechtssensitive Daten liegen vor (beim Titel erläutert):

Kapitel	Titel	Verbale Bezeichnung
1120	68410	Partizipationsmaßnahmen
	68411	Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege
	68412	Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen
	68495	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014 - 2020)
1130	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
1140	68132	Zuschüsse nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (Aufstiegs-BAföG)
	68333	Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung
	68351	Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
	68355	Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung
	68356	Landeszuschüsse für Beschäftigung
	68453	Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik
	68476	Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung
1150	63115	Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR
	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
	68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden
	68455	Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren
1180	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
	68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung
	68447	Weiterförderung besonderer sozialer Projekte
	68459	Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen
	68500	Förderung der Frauen in Forschung und Lehre

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Einzelplan 11 gesamt (ohne Kapitel 1130 und 1180)

Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende:

EP 11 Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	166	124	0	177	111	0
Differenz in %	57,2%	42,7%	0,0%	61,5%	38,5%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	1270	508	0	1288	558	0
Differenz in %	71,4%	28,5%	0,0%	69,8%	30,2%	0,0%

EP 11 Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	185	118	0
Differenz in %	61,1	38,9%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	1284	587	0
Differenz in %	68,6%	31,3%	0,0%

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

EP 11 Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	77.572,43 €	82.203,52 €	0,00 €
Differenz in %	-5,6%		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	58.875,32 €	62.990,01 €	0,00 €
Differenz in %	-6,5%		

Erläuterungen zu den Differenzen beim Jahresdurchschnittsgehalt 2022 zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten

Obwohl auch die Beschäftigten der SenASGIVA wie alle Bediensteten des Landes Berlin nach einheitlichen tarif- bzw. besoldungsrechtlichen Bestimmungen bezahlt werden, kann ein unterschiedlich hoher Anteil von Beamtinnen/Beamten und Tarifbeschäftigten innerhalb der Geschlechter aufgrund des vergleichsweise geringeren Brutto-Gehaltes (nicht zu zahlende Arbeitgeber-SV-und Zusatzversorgungs-Anteile bei verbeamteten Dienstkräften) im Haushaltsbrutto zu Unterschieden in den Jahresdurchschnittsgehältern führen, die in keiner Weise mit einer Benachteiligung von Frauen in Zusammenhang stehen.

Nach wie vor unterbrechen oder reduzieren weibliche Beschäftigte ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger familienbedingt als Männer und erlangen daher in der Regel erst später höhere Einkommensstufen, insbesondere wenn es sich um unbezahlte Beurlaubungen handelt. Die einzelnen Faktoren wirken in den verschiedenen Kapiteln unterschiedlich stark und in verschiedenen Kombinationen, so dass die Auswirkungen auf das Jahresdurchschnittsgehalt 2022 nicht einheitlich sind. So liegt im Kapitel 1140 das verglichene Durchschnittsgehalt bei weiblichen Führungskräften um 14,5 % höher als bei männlichen Führungskräften während es in anderen Kapiteln um bis zu 13,4 % geringer ausfällt.

Die SenASGIVA arbeitet weiterhin konsequent daran, den Anteil weiblicher Führungskräfte auch durch die zukünftig vermehrt zu erwartenden Wechsel aufgrund von altersbedingtem Ausscheiden beizubehalten und tendenziell zu erhöhen. Hierbei muss jedoch realistisch betrachtet werden, dass aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels und der aktuell geringen Attraktivität des Öffentlichen Dienstes die Bewerberlage manchmal wenig Auswahl zulässt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

E. - Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
1120; 1130; 1140; 1141; 1142; 1145; 1150; 1162; 1164; 1166; 1171; 1180

Zusammenfassende Übersicht 59 - SenASGIVA

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	15	Personalkosten	92.739.927	84.415.440	+9,86
Kostenträgergruppen	39	Sachkosten	31.738.394	30.951.122	+2,54
Kostenträger	173	Transferkosten	364.792.673	372.914.850	-2,96
davon		Verrechnungskosten	158.189.941	172.490.535	-8,29
Produkte	150	kalkulatorische Kosten	9.803.859	9.439.347	+3,86
MGF	18	Gemeinkosten	190.476.961	95.608.215	+99,23
Projekte	5	**Summe Verwaltungskosten**	847.741.756	768.819.509	+10,27
		Transfers	700.660.664	659.073.273	+6,31
		Gesamtsumme	1.548.402.419	1.427.892.782	+8,44

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für den Politisch-Administrativen Bereich, für die Abteilung Zentraler Service und für die Beschäftigtenvertretungen der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Der Politisch-Administrative Bereich gliedert sich in die Bereiche:
Senatorenbüro
Büro der StS
Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Kabinetts-, Bundes- und Europaangelegenheiten
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen

Die Abteilung Zentraler Service gliedert sich in die Abteilungsleitung und Verbindungsstelle sowie die Referate ZS A – Finanzen, ZS B – Personal, ZS C – Justiziariat, Datenschutz und Innenrevision und ZS D – Digitalisierung und IT.

Das Referat ZS A gliedert sich in die Bereiche:
Haushalt
Zuwendungsprüfung nach LHO
Grundsatz, Controlling und Zentrale Vergabestelle
Tarifzahlungen bei Zuwendungsempfangenden

Das Referat ZS B gliedert sich in die Bereiche:
Büroleitung, Personalleitstelle und Laufbahnordnungsbehörde
Personalmanagement und Personalwirtschaft
Innere Dienste
Organisations- und Personalentwicklung, Change Management

Das Referat ZS C gliedert sich in die Bereiche
Justiziariat
Innenrevision und Anti-Korruption
Datenschutz

Das Referat ZS D gliedert sich in die Bereiche
Controlling
IKT-Leitstelle
Geschäftsprozessmanagement, E-Akte
Digitalisierung

Die IKT-Infrastrukturbetreuung, Beratung und Abwicklung hinsichtlich IKT-Beschaffungen erfolgt im Rahmen einer Servicevereinbarung durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

B. Gender Budgeting

Die geschlechtssensitiven Daten werden in den Allgemeinen Erläuterungen des Einzelplanes dargestellt.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1100 - Politisch-Administrativer Bereich und Service

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	6	10	0	6	10	0
Differenz in %	37,5%	62,5%	0,0%	37,5%	62,5%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	54	26	0	54	29	0
Differenz in %	67,5%	32,5%	0,0%	65,1%	34,9%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	9	14	0
Differenz in %	61,1	38,9%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	59	31	0
Differenz in %	65,6%	34,4%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	85.618,07 €	88.882,11 €	0,00 €
Differenz in %	-3,7%		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	64.399,91 €	65.457,02 €	0,00 €
Differenz in %	-1,6%		

In diesem Kapitel fällt die Differenz zwischen dem Jahresdurchschnittsgehalt 2022 von weiblichen und männlichen Führungskräften bzw. Mitarbeitenden mit -3,7 % bzw. -1,6 % deutlich geringer aus als in anderen Kapiteln.

Zu den Gründen und Steuerungsbedarfen wird auf die allgemeinen Erläuterungen verwiesen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11902	**011**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ablieferung der Vergütungen für die Mitgliedschaft im Vorstand, im Aufsichtsrat oder sonstigen Organen eines Unternehmens im Auftrag des Senats bzw. für Tätigkeiten im Landesdienst, soweit sie den Satz der entsprechenden Personalaufwandsentschädigungen für unmittelbare Landesbeamte übersteigen (§ 7 Nebentätigkeitsverordnung, § 7 Senatorengesetz).

11903	**011**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus Dienst- und Amtspflichtverletzungen der Beschäftigten sowie Schadensersatz- und Vertragsstrafenansprüchen gegenüber Dritten.

11915	**011**	**Rückzahlungen von Stipendien**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückforderungen der aus Titel 42735 ausgezahlten Stipendien für Studierende.

11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**245,95**

Sonstige, nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen mit erwarteten Beträgen bis zu 1.000 € im Einzelfall, insbesondere Entgelte für die private Nutzung von Dienstfernsprechern und Rückzahlungen von Gerichtskosten.

		Gesamteinnahmen	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**245,95**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
41210	**011**	**Aufwendungen für Beiräte**	**3.300**	**3.300**	**1.900**	**1.380,00**

Ausgaben für Sitzungsgelder für Mitglieder des Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen. Die Sitzungsgelder werden nach Maßgabe des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen gezahlt.

42100	**011**	**Amtsbezüge**	**229.000**	**239.000**	**177.000**	**214.126,44**
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**4.232.000**	**4.606.000**	**3.557.000**	**2.932.109,73**
42260	**011**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**20.000**	**20.000**	**7.600**	**39.108,63**

Zahlungen aufgrund eines Dienstvertrages oder einer ähnlichen Vereinbarung mit Einzelpersonen für selbstständige Arbeiten, z.B. Honorare für Gebärdensprachdolmetscher im Zusammenhang mit Aufgaben nach dem Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG).

42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**80.000**	**80.000**	**40.000**	**46.141,13**

Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Praktikantinnen und Praktikanten.

42735	**011**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42760	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**5.410.000**	**5.632.000**	**4.397.000**	**4.325.194,50**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**169.000**	**176.000**	**491.000**	**164.176,08**
42860	**011**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**89.200**	**91.900**	**92.600**	**84.064,74**
44301	**011**	**Unterstützungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44304	**011**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**362.000**	**381.000**	**317.000**	**308.192,83**
44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.600**	**-1.276,67**

Insbesondere für betriebsärztliche Leistungen, ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften (z. B. nach Dienstunfällen) und für notwendige Hilfsmittel (z. B. Kostenerstattung für Bildschirmarbeitsbrillen) für Dienstkräfte im Rahmen der Fürsorgepflicht.

45201	**011**	**Nachversicherungen**	**85.500**	**85.500**	**1.000**	**85.410,47**
45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**4.600**	**4.600**	**1.000**	**4.535,34**
45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**33.300**	**33.300**	**33.300**	**78.328,62**

Zahlungen von Leistungsprämien an Beamtinnen/Beamte und Tarifbeschäftigte sowie Prämien für Verbesserungsvorschläge.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**115.000**	**115.000**	**141.000**	**114.463,95**

Ausgaben zur Deckung des Geschäftsbedarfs, der zentral bewirtschaftet wird:

		2024	2025
1.	Entgelte für Postdienstleistungen (2023: 18.800 €)	8.800 €	8.800 €
2.	Allgemeiner Geschäftsbedarf (inkl. Papier), Vordrucke (2023: 57.300 €)	41.300 €	41.300 €
3.	Rundfunkbeitrag – GEZ (2023: 2.300 €)	2.300 €	2.300 €
4.	Bücher, Zeitschriften, Loseblattsammlungen (2023: 62.600 €)	62.600 €	62.600 €
		115.000 €	115.000 €

Berücksichtigt werden Ausgaben für den Politisch-Administrativen Bereich, die Abteilung ZS (Zentraler Service) sowie die Abteilungen Arbeit und Soziales. Die entsprechenden Ausgaben der Abteilungen Integration sowie Antidiskriminierung und Vielfalt werden in den jeweiligen Fachkapiteln veranschlagt.

51114 (neu)	**011**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**129.000**	**60.000**	**60.000**	**63.499,08**

Ausgaben für die Beschaffung von Büromöbeln und -technik, ergonomischen Arbeitsplatzausstattungen und für zentrale Aufgaben (z.B. Gesundheitsmanagement, Sicherheitsaufgaben und Erste-Hilfe-Ausstattung etc.).

Berücksichtigt werden Ausgaben für den Politisch-Administrativen Bereich, die Abteilung ZS (Zentraler Service) sowie die Abteilungen Arbeit und Soziales. Die entsprechenden Ausgaben der Abteilungen Integration sowie Antidiskriminierung und Vielfalt werden in den jeweiligen Fachkapiteln veranschlagt.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Dachgeschosses im Dienstgebäude Oranienstr. 106 fallen für die Ausstattung von neuen Arbeitsplätzen einmalig in 2024 zusätzliche Kosten an.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**703.000**	**717.000**	**689.000**	**810.608,71**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Nebenkostenpauschale (insbesondere für Strom, Gebäudereinigung, Pförtnerleistungen, Managementgebühren und sonstige Aufwendungen zur Gebäudebewirtschaftung) zur Zahlung an die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) basierend auf den Berechnungen der BIM für das Dienstgebäude Oranienstr. 106 und die Räumlichkeiten in der Parochialstr. 1-3.

Mehr in Folge der Anpassung der Flächenaufteilung im gemeinsam mit der SenWGPG genutztem Dienstgebäude Oranienstr. 106 unter Berücksichtigung der Anmietung zusätzlicher Flächen im Dachgeschoss.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**4.800**	**4.800**	**4.800**	**4.716,50**

Ausgaben für die Anmietung einzelner (Dienst-)Räume, insbesondere für die jährliche Durchführung der Personal- und Frauen-vollversammlung.

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**65.000**	**65.000**	**65.600**	**63.666,52**

Ausgaben für die Anmietung der zentral bewirtschaften Hochleistungskopiersysteme und Multifunktionsgeräte im Dienstgebäude Oranienstr. 106.

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.812.000**	**1.812.000**	**2.038.000**	**1.922.961,60**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben zur Zahlung der Miete an die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) basierend auf den Berechnungen der BIM für das Dienstgebäude Oranienstr. 106 und die Räume in der Parochialstr. 1-3.
Weniger in Folge der Anpassung der Flächenaufteilung im gemeinsam mit der SenWGPG genutztem Dienstgebäude Oranienstr. 106 unter Berücksichtigung der Anmietung zusätzlicher Flächen im Dachgeschoss.

51921 (neu)	**011**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	**—**

Ausgaben im Rahmen der laufenden Unterhaltung des am Standort Oranienstr. 106 angemieteten Dienstgebäudes (u. a. notwendige Installationen, Elektroarbeiten, Reparaturen jeglicher Art, Bodenbelagsarbeiten) sowie für die Ergänzung, Wartung und Reparatur nutzerspezifischer Anlagen.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**18.500**	**18.500**	**10.400**	**7.298,97**

Ausgaben für kostenpflichtige Maßnahmen der dienstlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung (Seminare, Arbeitstagungen, InHouse-Schulungen, Erfahrungsaustausche), insbesondere für zentral organisierte Veranstaltungen im Rahmen der Personalentwicklung, einschließlich der Fortbildung der Mitglieder der Beschäftigtenvertretungen sowie für Führungs- und Nachwuchskräfte.

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**5.000**	**5.000**	**8.900**	**—**

Gerichts-, Anwalts- und ähnliche Kosten (u.a. für Maßnahmen zur Beweissicherung in Verwaltungsstreit-, Arbeitsgerichts-, Straf- und Bußgeldverfahren und im Zusammenhang mit Normenkontroll-, Planfeststellungs- sowie Enteignungsverfahren sowie für Verfahren vor den Zivil-, Arbeits-, Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichten) des Politisch-Administrativen Bereichs sowie der Abteilung ZS (Zentraler Service).

52610	**011**	**Gutachten**	**77.300**	**70.000**	**77.300**	**74.631,52**

Ausgaben gemäß Arbeitsschutzgesetz für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung und der Unfallvorsorge, für die Untersuchungen der Augen und des Sehvermögens nach der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge i. V. m. § 6 des TV Infotechnik und (alle 24 Monate) für die Überprüfung nicht ortsfester elektrischer Anlagen gem. GUV-VA3 und GUV-18524.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**11.000**	**11.000**	**11.000**	**12.365,53**

Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts (inkl. Immissionsschutzabgabe) des Politisch-Administrativen Bereiches, der Mitglieder des Personalrates, der Schwerbehinderten- und der Frauenvertretung und der Abteilung ZS (Zentraler Service) sowie für Umweltmarken, Fahrscheine und Wegstreckenentschädigungen.

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**866,20**

Ausgaben für Repräsentationsaufwendungen der Hausleitung.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**23.000**	**23.000**	**13.000**	**4.778,66**

Ausgaben für allgemeine, abteilungsübergreifende Veröffentlichungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sowie für die Öffentlichkeitsarbeit des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen und der Schlichtungsstelle nach § 33 LGBG.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**10.000**	**10.000**	**1.400**	**6.860,35**

Ausgaben für Ausschreibungen, Stellenausschreibungen und amtliche Bekanntmachungen des Politisch-Administrativen Bereiches und der Abteilung ZS (Zentraler Service).

Mehr aufgrund der künftigen Veröffentlichung von Stellenausschreibungen über externe Jobportale zur Optimierung des Personalrecrutings.

54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**40.000**	**40.000**	**55.400**	**30.105,70**

Ausgaben für Maßnahmen des Personal-, des Betrieblichen Gesundheits- und des Organisationsmanagements, dem Angebot eines Familien- und Pflegeservices sowie für die Inanspruchnahme der Sozialberatung der Berliner Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz.

Die Einnahmen aus der Inanspruchnahme der Sozialberatung der Berliner Justiz werden beim Kapitel 0600 (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -), Titel 28101 (Ersatz von Ausgaben) nachgewiesen.

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**265.000**	**265.000**	**534.000**	**133.108,61**

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz.

Deckungsvermerk: Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 51135 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

54010	**011**	**Dienstleistungen**	**211.000**	**211.000**	**235.000**	**59.129,03**

100.000,0 EUR wurden bislang bei 1150/54010 nachgewiesen.

		2024	2025
1	Allgemeine abteilungsübergreifende Dienstleistungen (2023: 6.000 €)	6.000 €	6.000 €
2	Beratungsdienstleistungen für externe Vergabeberatung (2023: 40.000 €)	30.000 €	30.000 €
3	Maßnahmen zur Umsetzung des LGBG Schlichtungsstelle, Kommunikationsassistenz, Gutachten zur Umsetzung des BTHG soweit in Zuständigkeit der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen (2023: 39.000 €)	130.000 €	130.000 €
4	Dienstleistungen zur Erhöhung der IT-Sicherheit (2023: 50.000 €)	35.000 €	35.000 €
5	Steuerberatung im Zusammenhang mit Umsatzsteuerneuregelung gem. § 2b UStG (2023: 0 €)	10.000 €	10.000 €
	insgesamt	211.000 €	211.000 €

Zu 3.:
Mehr aufgrund einer Umsetzung von Mitteln aus dem Kapitel 1150, Titel 54010 Erl.Nr. 26 – Maßnahmen zur Umsetzung des LGBG: Schlichtungsstelle. Nach § 33 Abs. 1 LGBG ist bei der oder dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen eine Schlichtungsstelle zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten einzurichten.

Zu 5.:
Ausgaben für die zentrale Inanspruchnahme von Beratungsdienstleistungen/Rechtsberatung im Zusammenhang mit Umsatzsteuerneuregelung (§ 2b UStG) für das Ressort SenASGIVA einschließlich nachgeordneter Behörden.

54025	**011**	**Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche**	**16.000**	**16.000**	**14.000**	**16.403,12**

Ausgaben für die Pressespiegelvergütung gegenüber der Verwertungsgesellschaft WORT entsprechend bestehender vertraglicher Verpflichtungen. Der Pressespiegel wird aus urheberrechtlich geschützten Presseerzeugnissen erstellt und dient der Tagesinformation.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**011**	**Veranstaltungen**	**13.000**	**13.000**	**203.000**	**22.035,17**

Ausgaben für abteilungsübergreifende Veranstaltungen des Politisch-Administrativen Bereichs und des Landesbeirats für Menschen mit Behinderung.

Weniger da in 2023 einmalige Ausgaben i.H.v. 200.000 € für die Ausrichtung der 100. Arbeits- und Sozialminister-konferenz (ASMK) anfielen.

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**1.437,75**

Sonstige, nicht anderen Titeln zuzuordnende Ausgaben von bis zu 1.000 EUR im Einzelfall, insbesondere für allgemeine Verbrauchsmittel, Erste-Hilfe-Materialien, Nachrufe, Entschädigungs- und Ersatzleistungen in geringem Umfang, auswärtige Städteverbindungen und für die Tätigkeit der Beschäftigtenvertretungen.

54606	**011**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanagern und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine in den Fachkapiteln, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten.

Die Verstärkungsmittel sind zentral bei Kapitel 2931 Titel 97110 veranschlagt und können von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung nach Maßgabe des § 50 LHO als Verstärkungsmittel zu Kapitel 1100 Titel 97110 umgesetzt werden. Anschließend kann die für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung zuständige Senatsverwaltung die Ansätze der sachlich in Betracht kommenden Titel in den Fachkapiteln nach Maßgabe des § 37 Absatz 6 LHO verstärken, um dort höhere Ausgaben zu leisten (verbindliche Erläuterung).

97114 (neu)	**880**	**Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**	**1.610.000**	**2.460.000**		

Veranschlagung der Mittel für die gesamtstädtische Zielvereinbarung „Soziale Wohnhilfe“. Die Mittel können entweder im Wege der Deckungsfähigkeit in den für das jeweilige Zielvereinbarungsthema fachlich in Betracht kommenden Titel im Fachkapitel der Senatsfachverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung oder an die Bezirke im Wege der Basiskorrektur, versehen mit der Zweckbindung gesamtstädtische Zielvereinbarung nach § 6a AZG, übertragen werden.

97203 (neu)	**880**	**Pauschale Minderausgaben**	**-2.571.000**	**-1.877.000**		

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51114 (neu)	**011**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
51921 (neu)	**011**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			

Ausgaben zur Finanzierung von Maßnahmen für die Anpassung der Gebäudeinfrastruktur, welche für einen Betrieb der IKT-Infrastruktur durch das ITDZ Berlin notwendig sind. Die Ausgaben sind zur Herstellung der Migrationsreadiness im Dienstgebäude Potsdamer Straße 61-65 vorgesehen. Für das Dienstgebäude Oranienstr. 106 erfolgt die Veranschlagung aufgrund der Servicevereinbarung zur IKT-Infrastrukturbetreuung im Einzelplan 09 der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege.

Summe Maßnahmegruppe 31	**2.000**	**2.000**	**—**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**130.000**	**130.000**	**416.000**	**50.370,08**

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz (EGovG Bln).

Deckungsvermerk: Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 54003 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**3.700**	**3.700**	**3.100**	**1.610,52**

Ausgaben für IT-Verbrauchsmittel, insbesondere Druckerzubehör, Toner und Patronen für Drucker, Laseretiketten, Folien, Spezialpapier für Farbdrucker und Plotter.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**31.000**	**31.000**	**32.600**	**27.937,49**

Wartung und Reparatur sowie Ersatz und Ergänzung von Geräten und Ausstattungsgegenständen für die verfahrensabhängige Informationstechnik.

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**406.000**	**396.000**	**566.000**	**185.866,44**

		2024	2025
1	Softwareservice und Lizenzen für IntraSurf (2023: 44.300 €)	22.000 €	22.000 €
2	Lizenzen für Idgard (2023: 21.600 €)	21.600 €	21.600 €
3	Juristische Datenbanken (2023: 50.000 €)	52.000 €	52.000 €
4	OpenData Fachverfahren (2023: 30.100 €)	40.000 €	30.000 €
5	Prüfung bestehender und neuer Fachverfahren/Internet auf Barrierefreiheit (2023: 200.000 €)	84.000 €	84.000 €
6	Hosting und Betrieb zentraler Fachverfahren (2023: 170.000 €)	90.000 €	90.000 €
7	Hosting der Digitalisierungsplattform Intrexx durch das ITDZ (2023: 0 €)	96.000 €	96.000 €
	insgesamt	405.600 €	395.600 €

Die bisherige Erläuterungsnummer 6 „Veränderungsmanagement und begleitende Formate im Zusammenhang mit der Einführung der E-Akte“ (Ansatz 2023: 50.000 €) entfällt.

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**12.000**	**12.000**	**20.000**	**11.424,10**

Ausgaben für Administratoren- und User-Schulungen gemäß § 2 Abs. 4 E-Government-Gesetz Berlin (EGovG Bln), die nicht durch die VAK abgedeckt werden und Schulungen zur Barrierefreiheit für computergestützte Technologien nach dem Barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnik Gesetz Berlin (BIKTG Bln).

Summe Maßnahmegruppe 32	**582.700**	**572.700**	**1.037.700**	**277.208,63**
Gesamtausgaben	**13.884.700**	**15.991.100**	**14.341.000**	**11.907.637,44**
Prozentuale Veränderung	**-3,2 %**	**15,2 %**		

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1100				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	4.000	4.000	4.000	245,95
		Gesamteinnahmen	4.000	4.000	4.000	245,95
411-462		Personalausgaben	10.724.900	11.359.600	9.123.000	8.281.491,84
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.120.800	4.048.500	5.217.000	3.626.145,60
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	-961.000	583.000	1.000	—
		Gesamtausgaben	13.884.700	15.991.100	14.341.000	11.907.637,44
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-13.880.700	-15.987.100	-14.337.000	-11.907.391,49

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte dieses Einzelplans veranschlagt. Es handelt sich dabei um

- bereits vor Auflösung des ZeP vorhandene Überhangkräfte, die nicht zum bisherigen Kapitel 2809 –Zentrales Personalüberhangmanagement – versetzt werden mussten (Ausnahmen von der Versetzungspflicht),
- um Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement – EZeP – in die Dienststelle versetzt worden sind
- Dienstkräfte, die nach Auflösung des ZeP in diesem Personalwirtschaftsbereich neu dem Personalüberhang zugeordnet worden sind.

Die Unterscheidung der drei unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Für alle Stellen des Kapitels gilt der Stellenvermerk "Stelle fällt bei Freiwerden weg". Auf eine Einzelanweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merksatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften VV Prämie, VV Teilausgleiche, VV Rente und VV Besitzstand. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

B. Gender Budgeting

Die geschlechtssensitiven Daten werden in den Allgemeinen Erläuterungen des Einzelplans dargestellt.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1109 - Personalüberhang -

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte Absoluter Anteil Differenz in %	Im Kapitel 1109 sind ausschließlich Stellen mit Wegfallvermerk für Personalüberhangkräfte veranschlagt. Deshalb entfällt die Ausweisung von Führungskräften.					
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	7	4	0	4	3	0
Differenz in %	63,6%	36,4%	0,0%	57,1%	42,9%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte Absoluter Anteil Differenz in %			
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	4	2	0
Differenz in %	66,7%	33,3%	0,0%

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Personalüberhang -

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte Absoluter Anteil Differenz in %	Im Kapitel 1109 sind ausschließlich Stellen mit Wegfallvermerk für Personalüberhangkräfte veranschlagt. Deshalb entfällt die Ausweisung von Führungskräften.		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	54.701,91 €	53.319,89 €	0,00 €
Differenz in %	2,6%		

Aus diesem Kapitel werden nur Mitarbeiter/innen finanziert, die zum Personalüberhang gehören. Aktive Einflussnahme durch Stellenbesetzungen und Personalentwicklung sind in diesem Kapitel nicht möglich, daher ist eine Angabe im Rahmen des Gender-Budgets nicht aussagefähig über die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Frauenförderung und entfällt für dieses Kapitel.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	43.700	45.500	119.000	81.066,31
42801	860	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	301.000	316.000	216.000	186.873,03
42850	860	**Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente**			1.000	—
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
44100	860	**Beihilfen für Dienstkräfte**	1.500	1.600	1.000	1.377,29
		Gesamtausgaben	346.200	363.100	337.000	269.316,63
		Prozentuale Veränderung	2,7 %	4,9 %		
		Abschluss Kapitel 1109				
411-462		**Personalausgaben**	346.200	363.100	337.000	269.316,63
		Gesamtausgaben	346.200	363.100	337.000	269.316,63
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-346.200	-363.100	-337.000	-269.316,63

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Fachabteilung I „Beauftragte des Senats von Berlin für Partizipation, Integration und Migration“.

Die Abteilung I gliedert sich in folgende Bereiche:

Grundsatzangelegenheiten der Integrations- und Migrationspolitik
Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft des Landes Berlin (Partizipationsgesetz - PartMigG) vom 17.06.2021
Migrationsgesellschaftliche Ausrichtung und Interkulturelle Öffnung
Das Willkommenszentrum
Etablierung einer Willkommenskultur
Landesprogramme und Kooperationen zur Partizipation und Integration im Rahmen von Zuwendungen und Drittmittelprojekten
Parlaments-, Bundesrats-, Senats- und EU-Angelegenheiten
Migrations- und Flüchtlingsrecht
Flüchtlingspolitik
Konzeption und Umsetzung flüchtlingspolitischer Konzepte des Senats
Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Migrantenorganisationen
Geschäftsstelle des Landesbeirats für Partizipation
Islamforum
Stab Presse-und Öffentlichkeitsarbeit

Darüber hinaus werden folgende Aufgaben wahrgenommen:

Regionales Integrationsnetzwerk Berlin (RIN) Berliner Netzwerk für Bleiberecht (bridge)
Federführung bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma
Geschäftsführung der Konferenz mit den Integrationsbeauftragten der Bezirke
Fachliche Begleitung der Migrationssozialdienste
Entwicklung und Steuerung des Integrationsmonitorings zur Umsetzung der Integrationskonzepte des Senats
Berliner Koordinierungsstelle des Europäischen Asyl-und Migrationsfonds (AMIF) und des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)
Koordination des Landesrahmenprogramms Integrationslotsinnen und -lotsen
Fachstelle Landes-ESF – Europäischer Sozialfonds
Landesfinanzierte Deutschkurse für Geflüchtete

Die Beauftragte für Integration und Migration ist Mitglied des Landesbeirats für Partizipation, entwickelt Konzepte, Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft des Landes Berlin (Partizipationsgesetz - PartMigG) vom 17.06.2021 und kann Maßnahmen gegenüber anderen Senatsverwaltungen anregen. Sie ist Ansprechpartnerin für Menschen mit Migrationsgeschichte und unterstützt sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Die Beauftragte des Senats für Integration und Migration wirkt ressortübergreifend und in der Öffentlichkeit für die Integration, Partizipation und die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Migrantinnen und Migranten. Sie gestaltet die Grundsatzfragen der Migrations-, Partizipations- und Integrationspolitik des Senats von Berlin und stimmt diese mit den anderen Verwaltungen im Land Berlin ab. Sie analysiert die Integrationshemmnisse im rechtlichen, administrativen und sozialen Bereich und entwickelt Maßnahmen zu ihrem Abbau wie z. B. zur interkulturellen Öffnung und migrationsgesellschaftlichen Ausrichtung der Verwaltung. Dabei regt sie Senatsverwaltungen zu Maßnahmen an, arbeitet eng mit den bezirklichen Partizipations- und Integrationsbeauftragten, den Vertretungen von Migranten/innen, Verbänden, Organisationen und Initiativen zusammen und bietet Fördermittel für Integrations- und Partizipationsprojekte mit berlinweiter Relevanz oder Modellcharakter. Ihre Beratungsstelle bietet Hilfen in Problem- und Notsituationen. Besonders schwierige Einzelfälle können der Härtefallkommission vorgetragen werden, der die Beauftragte angehört. Zudem hat die Beauftragte ein eigenes Presserecht und betreibt strategische Öffentlichkeitsarbeit für alle Aktivitäten, initiiert Kampagnen und bewirbt die Arbeit der eigenen Beratungsstelle, des Willkommenszentrums. Dazu gehören auch eigene Social Media-Kanäle.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

B. Gender Budgeting

a) Geschlechtssensitive Daten liegen bei folgenden Titeln vor (jeweils beim Titel erläutert):

Titel	Verbale Bezeichnung
68410	Partizipationsmaßnahmen
68411	Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der Wohlfahrtshilfe (Zuwendungen an Träger der freien Wohlfahrtspflege für Projekte zur Integration von Zuwanderern)
68412	Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen
68495	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020+3)

b) Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1120 - Beauftragte/Beauftragter für Integration und Migration

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	6	2	0	6	1	0
Differenz in %	75,0%	25,0%	0,0%	85,7%	14,3%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	28	9	0	22	9	0
Differenz in %	75,7%	24,3%	0,0%	71,0%	29,0%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	7	0	0
Differenz in %	100,0%	0,0%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	31	15	0
Differenz in %	67,4%	32,6%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	85.878,94 €	0,00 €	0,00 €
Differenz in %	0,0%		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	68.065,24 €	75.968,07 €	0,00 €
Differenz in %	-10,4%		

In diesem Bereich mit 53 Beschäftigten gibt es ausschließlich weibliche Führungskräfte. Bei den Mitarbeitenden fällt das Jahresdurchschnittsgehalt weiblicher Beschäftigter mit -10,4 % deutlich geringer aus als das der männlichen Beschäftigten.

Zu den Gründen und Steuerungsbedarfen wird auf die allgemeinen Erläuterungen verwiesen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11901	**011**	**Veröffentlichungen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**79,00**

Einnahmen aus dem Verkauf diverser Informationsmaterialien.

11921	**236**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**500.000**	**400.000**	**300.000**	**521.373,48**

Rückzahlungen von Zuwendungen nebst Zinsen gemäß § 23 i.V.m. § 44 LHO aus den verschiedenen Förderprogrammen der Abteilung Integration. Es werden wesentlich mehr Zuwendungen bewilligt, wodurch sich auch höhere Rückzahlungen der Träger ergeben.

11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen mit erwarteten Beträgen bis zu 1.000 €.

23190	**011**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**4.076.000**	**3.881.000**	**2.000**	**4.629.643,52**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 42890 und 68590.

Einnahmen zur Finanzierung von Projekten, die aus Bundesprogrammen und aus vom Bund kofinanzierten ESF-Mitteln finanziert werden. Hier werden die Mittel für das Berliner Netzwerk für Bleiberecht (bridge) und das Bundesprojekt Regionales Integrationsnetzwerk Berlin (RIN) ehemals Integration durch Qualifizierung (IQNW) vereinnahmt.
Die Förderperiode für bridge erstreckt sich vom 01.10.2022 bis zum 30.09.2026 und die von RIN vom 01.01.2023 bis 31.12.2025.

27292	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**571.000**	**588.000**	**256.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68492.

Es werden Zuschüsse vom Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2021 – 2027 erwartet. (vgl. Erläuterungen zum Titel 68492).

27295	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**	**—**	**—**	**600.000**	**1.314.132,31**
		Gesamteinnahmen	**5.153.000**	**4.875.000**	**1.164.000**	**6.465.228,31**
		Prozentuale Veränderung	**342,7 %**	**-5,4 %**		
		Ausgaben				
41210	**011**	**Aufwendungen für Beiräte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Landesbeirat für Partizipation.

42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**937.000**	**975.000**	**990.000**	**386.775,89**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**88.500**	**91.000**	**55.200**	**42.973,08**

Die zur Verfügung stehenden Honorare werden für die Sprachmittlung im Beratungsbereich und für Übersetzungen (fremdsprachiges Informationsangebot – Printerzeugnisse und Internet) eingesetzt. Mehr wegen Ausbau des Beratungsbereiches.

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.069.000**	**3.276.000**	**2.699.000**	**2.690.788,14**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**78.400**	**80.656,09**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42890	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**619.000**	**625.000**	**1.000**	**700.002,81 R 33.999,71**

Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
(vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk bei Titel 23190).

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**18.500**	**19.100**	**22.500**	**17.347,22**
44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**15.000**	**15.000**	**30.700**	**8.263,60**

Allgemeiner Geschäftsbedarf, soweit die Ausgaben nicht dem Kapitel 2511 zuzuordnen sind.

	2024	2025
1. Allgemeiner Geschäftsbedarf: Bücher, Zeitschriften, Rundfunkbeitrag, Reparatur- und Wartungskosten (2023: 27.200 €)	13.500 €	13.500 €
2. Postgebühren (2023: 3.500 €)	1.500 €	1.500 €
	15.000 €	15.000 €

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**17.000**	**77.000**	**92.000**	**22.122,00**

Ersatz- und Neubeschaffungen von Büromöbel. Durch die zusätzliche Anmietung von Räumen (ehemaligen Galerie) im Erdgeschoss des Dienstgebäudes Potsdamer Str. 61-65, zur Erschließung neuer Büroflächen, wird im Hj. 2025 die Ausstattung für 20 Arbeitsplätze benötigt.

51185 (neu)	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**208.000**	**212.000**	**204.000**	**204.083,33**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements für das Dienstgebäude Potsdamer Str. 61-65.

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**15.000**	**15.000**	**9.700**	**13.169,00**

Mietkosten für Multifunktionsgeräte inklusive Wartungsservice.

Mehr wegen des Austauschs vorhandener Geräte und der Beschaffung zusätzlicher Geräte z. B. im Willkommenszentrum. Des Weiteren ergeben sich aufgrund der Schließung der zentralen Vervielfältigungsstelle höhere Ausgaben durch Kopien, die nicht mehr im Mietvertrag enthalten sind.

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**164.000**	**171.000**	**163.000**	**136.067,40**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietausgaben für das Dienstgebäude Potsdamer Str. 61-65 für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility-Management.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**4.500**	**54.500**	**584.000**	**5.410,94**

Nutzerspezifischen Ausgaben der Abteilung.
Im Hj. 2025 mehr wegen des Umbaus der Konferenzräume im DG Potsdamer Str. 61-65

52501 (neu)	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**10.000**	**10.000**		

Ausgaben für kostenpflichtige Maßnahmen der dienstlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung (u.a. Seminare, Arbeitstagungen, Erfahrungsaustausche und Maßnahmen, die nicht über die VAK angeboten werden).

52610	**011**	**Gutachten**			**100.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**7.800**	**7.800**	**7.800**	**2.889,60**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für allgemeine Zwecke und Vorstellungsreisen sowie Dienstreisen im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung außerhalb Berlins auf der Grundlage des Bundesreisekostengesetzes. Wegstreckenentschädigung innerhalb Berlins.

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**2.400**	**2.400**	**2.100**	**2.036,67**

Ausgaben für Fachveranstaltungen, Arbeits- und Netzwerktreffen, Besucherbetreuung, Workshops, Erfahrungsaustauschen, Empfängen und bei Veranstaltungen zur Verleihung von Preisen.

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**144.000**	**120.000**	**170.000**	**126.894,82**

Sächliche Kosten für die Herstellung, den Ankauf und die Verbreitung von Informationsmaterial u. ä.

Neben kontinuierlichen Informationen zu rechtlichen Fragen (wie Aufenthalt, Bleiberecht, Eheschließung mit Nichtdeutschen, Staatsangehörigkeitsrecht) müssen für interessierte Ratsuchende, Verwaltungen, Beratungsstellen und die Presse jeweils aktuelle Informationen zu neuen integrationspolitischen Themen und Schwerpunkten veröffentlicht werden. Neu ist die Entwicklung, Pflege und regelmäßige Aktualisierung einer digitalen Informationsplattform in Form einer mehrsprachigen APP für Berliner Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsgeschichte. Einmaliger Bedarf im Hj. 2024 für eine Veranstaltung im Rahmen des europäischen Projektes „Cities4refugees“, dem Berlin im Dezember 2022 beigetreten ist.

Aus dem Titel stehen bis zu 10.000 € dem Landesbeirat für Partizipation für dessen Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**750.000**	**650.000**	**2.003.000**	**606.512,80**
		Verpflichtungsermächtigung	**857.000**	**314.000**		
		Davon fällig 2025	**554.000**			
		Davon fällig 2026	**303.000**	**283.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**31.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	437.000 €	0 €	0 €
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	101.000 €	32.000 €	0

		2024	2025
1.	Interkulturelle Öffnung und Umsetzung des Partizipationsgesetzes – PartMigG (2023: 300.000 €)	300.000 €	200.000 €
2.	Umsetzung des Partizipations- und Integrationsprogramms (2023: 51.700 €)	51.700 €	51.700 €
3.	Dienstleister für das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen (2023: 661.000 €)	303.000 €	303.000 €
4.	Geschäftsbesorgungsvertrag mit einem Dienstleister (Zentraleinheit) zur Umsetzung von ESF-geförderten Projekten / Maßnahmen (2023: 209.000 €)	0 €	0 €
5.	Moderierter Programmdialog im Rahmen der Weiterentwicklung des Berliner Aktionsplanes zur Einbeziehung ausländischer Roma (2023: 31.700 €)	31.700 €	31.700 €
6.	Wissenschaftliche Begleitung des Gesamtkonzeptes Integration Geflüchteter (2023: 69.300 €)	63.300 €	63.300 €
7.	Nachbarschaftsdialoge (2023: 30.000 €)	0 €	0 €
8.	Landesprogramm Video- und Audiodolmetschen (2023: 500.000 €)	0 €	0 €
9.	Weiterentwicklung zur Errichtung einer Unterstützungsstruktur für Wohnmietberatung – externe Evaluation (2023: 150.000 €)	0 €	0 €
		749.700 €	649.700 €
		rd. 750.000 €	rd. 650.000 €

Zu 3. Weniger, da eine im Haushaltsjahr 2023 zusätzlich zur Basisdienstleistung beauftragte Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung des Programms zum Berufsbild entfällt.
Zu 4. Teilansatz fällt weg, da die ESF-Förderperiode 2014-2020 zum 31.12.2023 endet.
Zu 8. Teilansatz fällt weg, da das Landesprogramm nach Durchführung des Gutachtens im Hj. 2023 direkt im LAF und in den Bezirken umgesetzt werden soll.
Zu 9. Teilansatz fällt weg, da die Mittel einmalig in 2023 veranschlagt wurden.

54077 (neu)	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**1.271,00**

Verschiedene Ausgaben u. a. für die Miete von Fahrzeugen, Gerichts- und ähnliche Kosten, Ausschreibungen, Bekanntmachungen und Gutachten aufgrund rechtlicher Verpflichtungen.

68118	**253**	**Leistungen zur Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikation**	**3.000**		**93.000**	**42.763,21**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Der Härtefallfonds/Landesförderprogramm zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse von Bund bzw. Land Berlin (BQFG, BQFG Berlin) ist zum 31.12.2021 eingestellt worden. Es können noch Anträge auf Erstattungen z. B. für Wiederholungssprachprüfungen gestellt werden.

68123	**011**	**Ehrungen, Preise**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Mit dem neuen Preis für Partizipation und Vielfalt, ehemals "Interkulturelle Tulpe", werden Menschen, Projekte, Initiativen und Kollektive in Berlin mit einem Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro ausgezeichnet. Der Preis wird gemeinsam mit dem Landesbeirat für Partizipation vergeben.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68406	**235**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**14.658.000**	**14.890.000**	**13.239.000**	**14.300.747,14**
		Verpflichtungsermächtigung	**9.200.000**	**9.200.000**		
		Davon fällig 2025	**9.200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**9.200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	7.180.000 €	0 €	0 €

		2024	2025
1.	Landesrahmenprogramm für Integrationslotsinnen und -lotsen (2023: 7.702.000 €)	8.936.000 €	9.168.000 €
2.	Bezirksorientierter Einsatz von Kultur- und Sprachmittlern insbesondere zwischen den Regeldiensten und Roma-Familien (Maßnahme des Aktionsplans Roma) (2023: 597.000 €)	597.000 €	597.000 €
3.	Mobile Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter sowie Roma (Maßnahme des Aktionsplans Roma) (2023: 269.000 €)	269.000 €	269.000 €
4.	Vorübergehende Unterkunft für Familie mit Kindern (Maßnahme des Aktionsplans Roma) (2023: 421.000 €)	421.000 €	421.000 €
5.	Deutschkurse für Geflüchtete (Basis- sowie Aufbausprachförderung) (2023: 3.185.000 €)	3.200.000 €	3.200.000 €
6.	Einrichtung Unterstützungsstruktur für Wohnungssuchende (2023: 303.000 €)	0 €	0 €
7.	Aufbau einer Geschäftsstelle zur Unterstützung des zukünftigen Roma- und Sinti-Beirates (2023: 70.000 €)	0 €	0 €
8.	Projekt „Neu in Berlin“ (Aufsuchende Informations- und Beratungsarbeit für Neuzugewanderte in sozialen Medien) (2023: 185.000 €)	195.000 €	195.000 €
9.	Projekt Ehrenamtsnetzwerk und Initiativprojekte (2023: 240.000 €)	590.000 €	590.000 €
10.	Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. Beratungsforum Engagement für Geflüchtete (2023: 170.000 €)	170.000 €	170.000 €
11.	Bundesfreiwilligendienst (BFD) in der Geflüchtetenhilfe Berlins (2023: 0 €)	140.000 €	140.000 €
12.	Islamforum (2023: 0 €)	140.000 €	140.000 €
		14.658.000 €	14.890.000 €

Zu 1. Mehr aufgrund deutlich gestiegener Zuzugszahl von Geflüchteten.
Zu 6. Ab dem Hj. 2024 wird das Projekt in der Abteilung Soziales veranschlagt.
Zu 7. Ab dem Hj. 2024 werden die Mittel für das Projekt bei der Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (LADS) veranschlagt.
Zu 9. Mehr wegen gestiegener Zuzugszahlen von Geflüchteten.
Zu 11. Bisher wurden die Mittel für das Projekt im Kapitel 1170, Titel 68406 mit einem Ansatz i. H. v. 153.000 € in 2022/23 veranschlagt.
Zu 12. Das Projekt wurde im Doppelhaushalt 2022/23 im Einzelplan 08 der Senatsverwaltung für Kultur und Europa bei Kapitel 0820, Titel 68406 mit einem Ansatz i. H. v. 70.000 € in 2022 und 140.000 € in 2023 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68410	**235**	**Partizipationsmaßnahmen**	**5.975.000**	**6.002.000**	**5.115.000**	**4.525.902,98**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.068.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2025	**5.068.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	486.000 €	0 €	0 €
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	2.617.000 €	883.000 €	0 €

		2024	2025
1.	Partizipations- und Integrationsprogramm (2023: 3.723.000 €)	3.723.000 €	3.722.000 €
2.	Spezifische Förderung von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten (2023: 784.000 €)	857.000 €	883.000 €
3.	Asyl-, Migrations-, Integrationsfonds (AMIF) (2023: 486.000 €)	952.000 €	952.000 €
4.	Berliner Netzwerk für Bleiberecht bridge (2023: 104.000 €)	154.000 €	154.000 €
5.	Ko-Finanzierung für das Regionale Integrationsnetzwerk Berlin (RIN Berlin) alt IQNW (2023:0 €)	200.000 €	200.000 €
6.	Ko-Finanzierung der Anerkennungsberatung beim Bund (2023: 0 €)	89.000 €	90.000 €
7.	Strukturfonds (2023: 0 €)	0 €	1.000 €
		5.975.000 €	6.002.000 €

Zu 2. Die Mittel sind als Ko-Finanzierung zu ESF-Mitteln veranschlagt (siehe Titel 68492). Mit der neuen ESF-Förderperiode 2021-2027 ändert sich der Interventionssatz. Der ESF-Interventionssatz beträgt 40 %; 60 % der Maßnahmekosten werden als Kofinanzierungsmittel aufgebracht.

Zu 3. Mehr wegen gestiegener Zuzugszahlen von Geflüchteten.

Zu 4. Das aus Bundes-ESF-Mitteln finanzierte Projekt „bridge – Berliner Netzwerk für Bleiberecht“ unterstützt die berufliche Integration von Geflüchteten in Berlin. Es bedarf einer Ko-Finanzierung in Höhe von bis zu 10 % der Gesamtausgaben für den Netzwerkverbund.

Zu 5. Die neue Förderung 2023-2025 für das Regionale Integrationsnetzwerk Berlin (RIN Berlin) ehemals IQNW wird aus dem ESF Plus des Bundesprogramms zu 90 % gefördert. Der Eigenanteil beträgt 10 % und ist als Ko-Finanzierung hier veranschlagt.

Zu 6. Das ESF Plus Bundesprogramm „Integration durch Qualifikation – IQ“ fördert die Anerkennungsberatung im Land Berlin. Der Eigenanteil beträgt 10 % und ist als Ko-Finanzierung hier veranschlagt.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):
Zu 1. Partizipations- und Integrationsprogramm.

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Nutzerinnen/Nutzer (Ist)						
Absolut	12.057	11.021	39.683	32.305	36.243	26.536
Relativ	52%	48%	55%	45%	58%	42%
rechnerische Ressourcen-verteilung	1.409.270.	1.300.864	1.693.975	1.379.025	20.923	11.216

Zielgruppe:	Migrantinnen und Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund.
Zielsetzung:	Der Anteil der Nutzerinnen soll auf dem bestehenden Niveau gehalten werden. Folgendes Geschlechterverhältnisses wird als angemessen angestrebt: Für 2024: mindestens 50% Nutzerinnen Für 2025: mindestens 50% Nutzerinnen
Steuerungsmaßnahmen:	keine

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68411	**236**	**Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege**	**500.000**	**500.000**	**667.000**	**545.668,19**
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**250.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**250.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	500.000 €	0 €	0 €

Aus den veranschlagten Mitteln werden bei verschiedenen Wohlfahrtsverbänden angesiedelte migrationsbezogene und mehrsprachige Sozialberatungsstellen bezuschusst.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Nutzerinnen/Nutzer (Ist)						
Absolut	2.262	1.611	10.429	5.847	4.335	2.985
Relativ	58%	42%	64%	36%	59%	41%
rechnerische Ressourcenverteilung	315.462	228.438	351.777	197.223	325.125	223.875

Zielgruppe:	Migranten und Migrantinnen
Zielsetzung:	Förderung der Chancengleichheit / gleichberechtigte Teilhabe Gleichberechtigte Aktivierung und Partizipation von Frauen und Männern und Mädchen und Jungen unter Berücksichtigung besonderer Förderbedarfe Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt Für 2024: 50 % weiblich, 50 % männlich Für 2025: 50 % weiblich, 50 % männlich
Steuerungsmaßnahmen:	Veränderung bei den Projektzielen vereinbaren: durch Öffentlichkeitsarbeit mehr Migranten ansprechen

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68412	**246**	**Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen**	**3.750.000**	**3.750.000**	**3.631.000**	**3.593.635,34**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.733.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**3.733.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	2.500.000 €	0 €	0 €

		2024	2025
1.	Förderung von Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen nach § 7 BVFG (2023: 75.000 €)	77.300 €	77.300 €
2.	Förderung sonstiger Verbände zur Erfüllung kultureller Aufgaben nach § 96 BVFG (2023: 15.600 €)	15.600 €	15.600 €
3.	Zuschuss für den Betrieb der Beratungsstelle „Xenion“ (2023: 531.000 €)	691.000 €	691.000 €
4.	Zuschuss an Zentrum Überleben gGmbH (2023: 270.000 €)	356.000 €	356.000 €
5.	Zuschuss an die Mitglieder der Härtefallkommission (2023: 85.000 €)	92.500 €	92.500 €
6.	Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung im Land Berlin, inklusive der Beratung und Betreuung von besonders Schutzbedürftigen, Rechts- u. Verfahrensberatung für Geflüchtete (2023: 765.000 €)	995.000 €	995.000 €
7.	Förderprogramm Migrationsrechts- und Flüchtlingsberatung im Land Berlin, inklusive der Beratung und Betreuung von besonders Schutzbedürftigen: Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (2023: 1.863.000 €)	1.522.000 €	1.522.000 €
		3.749.400 €	3.749.400 €
		rd.3.750.000 €	rd.3.750.000 €

Zu 3. Mehr wegen gestiegener Zugangszahlen von Geflüchteten

Zu 4. Mehr wegen gestiegener Zugangszahlen von Geflüchteten

Zu 6. Mehr wegen eines umfassenden, niedrigschwelligen Beratungsangebots bestehend aus Rechts- und Sozialberatung sowie aufsuchende Sozialarbeit für Drittstaatsangehörige mit Roma-Hintergrund.

Zu 7. Weniger wegen teilweiser Überschneidung mit neuer Bundesförderung

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
Nutzerinnen/Nutzer (Ist)						
Absolut	3.000	2.806	6.429	7.999	8.508	10.746
Relativ	52%	48%	45%	55%	44%	56%
rechnerische Ressourcenverteilung	1.682.011	1.552.625	1.563.136	1.944.864	1.605.800	2.028.200

Zielgruppe:	Geflüchtete Menschen, Vertriebene sowie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.
Zielsetzung:	Gleichberechtigte Partizipation und Nutzung der Angebote durch Frauen und Männern sowie die besondere Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Bedarfe bei Flüchtlinge. Folgendes Geschlechterverhältnis wird als angemessen angestrebt: Für 2024: mindestens 50 % weiblich Für 2025: mindestens 50 % weiblich
Steuerungsmaßnahme:	Veränderung bei den Projektzielen vereinbaren: durch Öffentlichkeitsarbeit mehr Männer und Jungen ansprechen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68492	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**571.000**	**588.000**	**256.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**1.232.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**607.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**625.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	571.000 €	588.000 €	0 €

Deckungsvermerk:
Die ESF-Ausgaben sind mit anderen ESF-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den ESF mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den ESF der Förderperiode 2021-2027 einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27292).

Die Mittel sind vorgesehen für das Förderinstrument (FI) 11: Spezifische Förderung von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten (Folgeprojekt zum FI 19 A: Berufliche Qualifizierung junger Migrantinnen und Migranten). Mittel zur Ko-Finanzierung sind vorgesehen bei Titel 68410, Teilansatz 2.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden aufgrund jahresübergreifender Förderung benötigt.

68495	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**—**	**—**	**600.000**	**1.177.504,12**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27295. Ausgaben zu Lasten der Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, sofern die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

68590	**235**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**3.457.000**	**3.256.000**	**1.000**	**3.659.207,74 R 549.439,83**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titel 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für laufende Bundesprogramme. Die veranschlagten Mittel sind für das Berliner Netzwerk für Bleiberecht (bridge) und das Regionale Integrationsnetzwerk Berlin (RIN Berlin) ehemals Integration durch Qualifikation (IQNW) Berlin vorgesehen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32 (neu)		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185 (neu)	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**		

Umsetzung des Projektes „digitales Willkommenszentrum“

	Summe Maßnahmegruppe 32	**1.000**	**1.000**	**—**	
	Gesamtausgaben	**35.001.200**	**35.324.300**	**30.828.900**	**32.892.693,11**
	Prozentuale Veränderung	**13,5 %**	**0,9 %**		

Abschluss Kapitel 1120

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**506.000**	**406.000**	**306.000**	**521.452,48**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**4.647.000**	**4.469.000**	**858.000**	**5.943.775,83**
	Gesamteinnahmen	**5.153.000**	**4.875.000**	**1.164.000**	**6.465.228,31**
411-462	**Personalausgaben**	**4.736.000**	**4.990.100**	**3.849.100**	**3.918.543,23**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.341.200**	**1.338.200**	**3.367.800**	**1.128.721,16**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**28.924.000**	**28.996.000**	**23.612.000**	**27.845.428,72**
	Gesamtausgaben	**35.001.200**	**35.324.300**	**30.828.900**	**32.892.693,11**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-29.848.200**	**-30.449.300**	**-29.664.900**	**-26.427.464,80**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001006 Weiterentwicklung Berlins zu einer internationalen weltoffenen Stadt

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	3.278.746	2.658.865	+23,31
Kostenträger	6	Sachkosten	740.905	995.945	-25,61
davon		Transferkosten	15.195.910	15.251.995	-0,37
Produkte	5	Verrechnungskosten	937.998	487.123	+92,56
MGF	1	kalkulatorische Kosten	118.876	97.168	+22,34
Projekte	0	Gemeinkosten	2.220.945	2.012.182	+10,37
		Summe Verwaltungskosten	22.493.381	21.503.278	+4,60
		Transfers	13.019.013	13.542.092	-3,86
		Gesamtsumme	35.512.394	35.045.370	+1,33

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004768	2022	4.308.361	3.813.208	8.121.569
Aufbau und Ausbau integrationsfördernder Strukturen und interkultureller Orientierung in Verwaltung und Gesellschaft	2021	3.444.181	4.350.407	7.794.588

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78115	2022	762.893	0	762.893
Ressortübergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Herausgabe von Broschüren und Periodika / Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, Vorträgen und Reden	2021	956.400	0	956.400

	2022	2021
Menge: Absatz von Informations- und Werbematerial (in Stück)	89	24
Kosten je ME in €	8.571,83	39.850,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,15	2,73
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	79,00	519,50
Kostendeckungsgrad in %	0,01	0,05

Erarbeitung zentraler Werbe-/Informationskampagnen; flankierende Maßnahmen aller Art zur Integrationsförderung; umfangreiche Veröffentlichungen, z.B. zu rechtlichen und sozialen Fragen, zu einzelnen Minderheitengruppen; Herausgabe von Periodika, Herausgabe von Publikationen zu aktuellen Themen; Presse- und Informationsarbeit für Medien und Multiplikatoren; Zusammenstellung von Informationen; Darstellung der Berliner Integrationspolitik; Hinweise zu sachdienlicher Literatur; Vermittlung von Kontakten; Informationen zu kulturspezifischen Hintergründen; Akquise von Sponsoren

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Verkauf informationsfördernder Produkte; Vorbereitung, Organisation und Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen aller Art; Vermittlung von Informationen zur Berliner Integrations- und Minderheitenpolitik; Druckreife und veröffentlichungsfähige Vorträge, Aufsätze und Reden über alle integrationspolitisch relevanten, politischen, sozialen und kulturellen Themen; Pflege von Webseiten.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78116	2022	1.633.874	3.813.208	5.447.081
Internationale, überregionale und regionale Netzwerkarbeit, Kooperationen	2021	1.052.696	4.350.407	5.403.103

	2022	2021
Menge: Anzahl der Kooperationsbezüge	285	150
Kosten je ME in €	5.732,89	7.017,97
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	15,34	15,42
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Initiierung und Pflege eines fachlichen Austausches auf regionaler, überregionaler und internationaler Ebene mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zur Kooperation und Festigung partizipativer Strukturen in Verwaltung und Gesellschaft (z.B. bridge, IQ Netzwerk; Kooperation mit der "Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", dem "Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt", dem "Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit Berlin-Brandenburg" und der "Landeskommission Berlin gegen Gewalt", Eurocities; Bündnis sicherer Häfen, Cities of save Harbours), Fachaustausch mit bezirklichen Integrationsbeauftragten; Europäische Kooperationen im Rahmen transnationaler Projekte; Beantragung und Bearbeitung von Drittmittelprojekten.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78142	2022	1.911.595	0	1.911.595
Ressortübergreifende Grundsatzangelegenheiten - Politikformulierung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.435.086	0	1.435.086

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,38	4,09
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Vermittlung von Informationen zur Berliner Integrations- und Minderheitenpolitik; Beratung von Organisationen, Fachleuten und Multiplikatoren in allen Problemen und Fragestellungen, die für die Integration der ethnischen Minderheiten bedeutsam sind; fachliche Stellungnahmen gegenüber öffentlichen Stellen und private Organisationen zu allen Vorhaben und Programmen zugunsten der ethnischen Minderheiten und der interkulturellen Verständigung; Koordinationsstelle des Landes Berlin für den EHAP und AMIF.
Ausschreibung, Vergabe und Auswertung von Umfragen/Gutachten und Werkverträgen; Bearbeitung und Auswertung von Analysen, Konzepten und Berichten zu allen aktuellen oder grundsätzlichen integrationspolitisch relevanten Themen für politische und administrative Stellen, Fach- und allgemeine Öffentlichkeit, z.B. Erstellen von Integrationsberichten, inkl. Recherche, Koordination der diversen Textbeiträge, Erarbeitung eigener Texte und redaktionelle Aufbereitung der Texte. Abstimmung und Koordination mit den betroffenen Verwaltungen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Maßnahmen zur Lösung von ad hoc-Problemstellungen im integrationspolitischen Bereich; Anhörung von Migrantenorganisationen zu Gesetzesentwürfen und sonstigen Maßnahmen von besonderer Bedeutung für die in Berlin lebenden Migranten; Einbeziehung von Minderheitenvertretern aus Vereinen in konzeptionelle Prozesse.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004769	2022	5.566.580	638	5.567.218
Analyse und Abbau von Diskriminierungen; Prävention und Intervention	2021	5.461.686	8.605	5.470.291

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78117	2022	5.566.580	638	5.567.218
Abbau von strukturellen Integrationshindernissen, Beratung, Fallklärung und Vermittlung in Konflikt- und Diskriminierungsfällen; Konflikt- und Gewaltprävention;	2021	5.461.686	8.605	5.470.291

	2022	2021
Menge: Zahl der Interventionen	8.985	4.800
Kosten je ME in €	619,54	1.137,85
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	15,68	15,61
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	4.220.912,70	4.324.033,64
IST - Erträge in €	0,00	1.604,67
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,03

Herstellung und Aufrechterhaltung eines umfassenden Einblicks in Konfliktfelder bei der Geltendmachung von Rechten durch Menschen mit Migrationsgeschichte, insbesondere in das Verhältnis von eingewanderter Person und Behörden mit Hilfe eigener Migrationsberatung; Ermittlung rechtlicher und struktureller (institutioneller) Integrations- und Partizipationshindernisse; Erarbeitung von Strategien zum Abbau von Integrationshindernissen (insbesondere Revision von Behördenentscheidungen und Entscheidungsregeln); Abbau von Informationsdefiziten bei Behörden und Öffentlichkeit; Recherche und Dokumentation von potentiellen akuten Krisen und Konflikten in den Bereichen ethnischer und religiöser Beziehungen von Diskriminierungen und Rassismus; Konfliktmanagement und Clearing, Beratung und Mediation von Konfliktfällen (Einzelfälle und Gruppen); Konfliktprävention;
Rechtliche und soziale Beratung einschließlich Erstorientierungsberatung und Härtefallberatung von Eingewanderten; vergleichende Beratung über die Lebenssituation sowohl im Herkunftsland als auch in Deutschland (inkl. Sprachmittlung); Beratung zu Maßnahmen und finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten bei der Rückkehr.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004772	2022	12.618.440	9.205.168	21.823.607
Unterstützung der Minderheits- wie der Mehrheitsbevölkerung im Prozess einer kooperativen Ausgestaltung der Berliner Integrationspolitik	2021	12.597.411	9.183.080	21.780.491

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78123	2022	11.962.360	7.236.754	19.199.114
Zuwendungen nach §§ 23, 44 LHO (IntMig)	2021	12.048.422	7.300.418	19.348.840

	2022	2021
Menge: Zahl der Bescheide	284	558
Kosten je ME in €	42.120,99	21.592,15
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	54,06	55,21
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	10.588.402,09	10.637.127,66
IST - Erträge in €	521.373,48	708.534,83
Kostendeckungsgrad in %	2,72	3,66

Das Produkt umfasst alle administrativen Aufgaben im Zusammenhang mit der Erstellung von Zuwendungsbescheiden im Rahmen der §§ 23, 44 LHO

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78172	2022	656.080	1.968.413	2.624.493
Ausbildungs- und Berufsvorbereitungsförderung	2021	548.989	1.882.662	2.431.651

	2022	2021
Menge: Anzahl geförderter Maßnahmen	63	42
Kosten je ME in €	10.413,97	13.071,17
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,39	6,94
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	386.594,96	290.833,23
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Alle administrativen Aufgaben im Zusammenhang mit der Erstellung von Zuwendungsbescheiden aus ESF-Mitteln: Konzeptionierung, finanzielle Förderung und Beratung von Projekten, einschließlich der Erarbeitung der konzeptionellen Grundlagen der Projektförderung..

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung Antidiskriminierung (Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung | Landesantidiskriminierungsstelle | LADS).

Die Abteilung Antidiskriminierung nimmt vielfältige Aufgaben wahr, die sich insbesondere an Akteurinnen und Akteure sowie Betroffene aus Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik richten. Übergeordnete Ziele sind hierbei:

- Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt
- Diskriminierung verhindern und abbauen, Chancengleichheit voranbringen
- Diversity- und Demokratiekompetenzen stärken
- Ideologiegestützte Menschenverachtung bekämpfen und Rechtsextremismus abwehren

Die Aufgaben der LADS beinhalten die folgenden Schwerpunkte:

Weiterentwicklung des rechtlichen Diskriminierungsschutzes und der Antidiskriminierungsberatung:

- LADG-Ombudsstelle
- Implementierung und Weiterentwicklung des LADG
- Weiterentwicklung und Begleitung des verwaltungsbezogenen AGG-Beschwerdemanagements
- Geschäftsstelle der Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung
- Steuerung merkmalsübergreifender Landesprojekte, wie z. B. Fachstelle Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt; Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung und chronische Erkrankung.

Entwicklung und Implementierung von Strategien zum Abbau struktureller Diskriminierung:

- Initiierung von und Mitwirkung an Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Verordnungen
- Durchführung und Begleitung von ressortübergreifenden Initiativen, Aktionsplänen, Projekten und Gremien (Europa, Bund, Land, Bezirke)
- Fachliche Stellungnahmen, Gutachten, Berichte
- Vertretung Berlins in Fachgremien (Europa, Bund, Land, Bezirke)

Umsetzung von Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen in Gesellschaft, Verwaltung und Politik:

- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (Kampagnen, Publikationen, Infostände)
- Konzipierung und Durchführung von Fachveranstaltungen
- Initiierung und Begleitung gesellschaftlicher Bündnisse gegen Diskriminierung
- Förderung von Sensibilisierungsmaßnahmen

Umsetzung der ministeriellen LSBTI Politik:

- Handlungsfeldbezogene Angelegenheiten von LSBTI Personen
- Steuerung der Maßnahmen zur Emanzipation, Empowerment, Antidiskriminierung und Akzeptanzförderung von LSBTI
- Internationale Kooperationen sowie Rainbow Cities Netzwerk
- Koordination und Weiterentwicklung der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ und des Berliner LSBTI-Aktionsplans
- Umsetzung und Weiterentwicklung handlungsfeldbezogener Programme und Maßnahmen, wie z. B. Geschichtsaufarbeitung, Dokumentation und Forschung, Antigewalt, Trans- und Intergeschlechtlichkeit, Internationales Engagement sowie LSBTI Geflüchtete

Umsetzung des Berliner Diversity-Landesprogramms und der LADS Akademie:

- Koordination und Weiterentwicklung des Diversity-Landesprogramms
- Begleitung und Beratung von Diversity-Prozessen in der Verwaltung
- Koordination von Diversity-Netzwerken auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene
- Konzeption und Angebot von Diversity-Trainings und Schulungen für Verwaltung und Zivilgesellschaft
- Angebot und Weiterentwicklung von Bildungs- und Sensibilisierungsangeboten für Verwaltung und Zivilgesellschaft

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und Stärkung der demokratischen Alltagskultur:

- Koordination der Landeskonzeption „Demokratie. Vielfalt. Respekt“ sowie sämtlicher ressortübergreifender Handlungsstrategien zur Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- Koordination des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
- Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), insbesondere Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus und anti-Schwarzer Rassismus
- Stärkung der demokratischen Alltagskultur in Bildungseinrichtungen und Sozialräumen
- Unterstützung für Betroffene von Diskriminierung und Gewalt
- Koordination des „Landesdemokratiezentrums für Vielfalt und Respekt “
- Projekt „Wir im Rechtsstaat“ als Rechtbildungsangebot für Menschen mit und ohne Fluchterfahrung.
- Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1130 – Antidiskriminierung und Vielfalt

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	3	2	0	3	2	0
Differenz in %	60%	40%	0,0%	60%	40%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	17	6	0	17	7	0
Differenz in %	74%	26%	0,0%	71%	9%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	2	2	0
Differenz in %	50	50%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	18	8	0
Differenz in %	69%	31%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	107.315,00 €	95.165,00 €	0,00 €
Differenz in %			
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	82.452,22 €	81.151,25 €	0,00 €
Differenz in %			

Erläuterungen zu den Differenzen beim Jahresdurchschnittsgehalt 2022 zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten

Die Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen ergibt sich durch einen höheren Anteil weiblicher Beschäftigter in der Laufbahngruppe 2.2 Einstiegsamt (ehem. höherer Dienst) und vergleichbarer Entgeltgruppen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wurde bislang bei Kapitel 0601 nachgewiesen.				
		Einnahmen				
11921	**290**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**535.277,65**
		Es handelt sich um Rückzahlungen einschließlich Zinsen aus Zuwendungsmitteln der vergangenen Haushaltsjahre.				
11979	**290**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**670,15**
23190	**290**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**1.436.000**	**1.436.000**	**930.000**	**1.420.508,54**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890 und 68690.				
		Einnahmen zur Finanzierung von Drittmittelprojekten. Es handelt sich um Bundesmittel.				
27290	**290**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890 und 68790.				
		Einnahmen zur Finanzierung von Drittmittelprojekten. Die Höhe möglicher Einnahmen für Projekte aus EU-geförderten Programmen ist noch nicht absehbar.				
		Gesamteinnahmen	**1.539.000**	**1.539.000**	**1.032.000**	**1.956.456,34**
		Prozentuale Veränderung	**49,1 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**321.000**	**334.000**	**473.000**	**187.091,80**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**19.416,97**
		Honorare zur Durchführung von Diversity-Trainings, Schulungen und weiteren Veranstaltungen im Zusammenhang mit Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung.				
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.317.000**	**2.494.000**	**2.074.000**	**1.959.745,30**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**213.000**	**222.000**	**194.000**	**59.956,48**
42890	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**143.727,99**
		Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190 und 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**5.800**	**894,94**
44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**290**	**Geschäftsbedarf**	**7.700**	**7.700**	**7.700**	**5.903,48**
		Ausgaben für den allgemeinen Geschäftsbedarf, Fachliteratur und Postgebühren.				
51140	**290**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**1.596,24**
		Neu- und Ersatzbeschaffung, Wartung und Instandsetzung von Geräten, technischen Einrichtungen und Ausstattungen (Büromöbel, Ausstattungsgegenstände).				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715 (neu)	**290**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**48.000**	**49.000**	**48.000**	

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
Wurde bislang bei 51801 nachgewiesen.

Bewirtschaftungsausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Alt-Moabit 59-61 für die LADG-Ombudsstelle zur Stärkung des verwaltungsbezogenen Antidiskriminierungs-Beschwerdemanagements.

51820 (neu)	**290**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**80.000**	**80.000**	**72.000**	

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.
Wurde bislang bei 51801 nachgewiesen.

Mietausgaben für das landeseigene Dienstgebäude Alt-Moabit 59-61 für die LADG-Ombudsstelle zur Stärkung des verwaltungsbezogenen Antidiskriminierungs-Beschwerdemanagements.

52501	**290**	**Aus- und Fortbildung**	**1.100**	**1.100**	**1.000**	**—**
52703	**290**	**Dienstreisen**	**7.600**	**7.700**	**7.400**	**3.935,03**

Dienstreisen zu Fachkongressen, Fachveranstaltungen, Netzwerk-Treffen, Ländertreffen

53101	**290**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**55.000**	**55.000**	**55.000**	**31.759,20**

Ausgaben für Druckerzeugnisse, Online-Dokumentationen, Video-Spots und Informationskampagnen.

54010	**290**	**Dienstleistungen**	**800.000**	**800.000**	**1.524.000**	**726.029,55**

230.000,0 EUR werden künftig bei 0602/54010 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**750.000**
Davon fällig 2025	**200.000**	
Davon fällig 2026	**200.000**	**250.000**
Davon fällig 2027	**200.000**	**250.000**
Davon fällig 2028	**—**	**250.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	180.000	180.000	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	0	0	0

Maßnahmen im Zusammenhang mit der merkmalsübergreifenden Antidiskriminierungsarbeit, der Demokratieförderung und Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, der Stärkung des landesrechtlichen Diskriminierungsschutzes sowie dem Diversity-Landesprogramm, der Initiative zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, dem Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter sowie dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit einem Dienstleister zur Durchführung der Verwendungsnachweisprüfung der Förderprojekte.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Verträge zu den oben genannten Ansätzen sowie für einen neuen Geschäftsbesorgungsvertrag zur Verwendungsnachweisprüfung vorgesehen.

54053	**290**	**Veranstaltungen**	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**70.000,00**

Ausgaben für Veranstaltungen der LADS. Neben merkmalsbezogenen und -übergreifenden Veranstaltungen werden auch Veranstaltungen zum AGG und zum LADG, zur Fortbildung des Beratungsnetzwerks und zur verstärkten Diversity-Implementierung in der Berliner Verwaltung durchgeführt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68123	**290**	**Ehrungen, Preise**	**5.000**		**—**	**5.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Preis „Lesbische Sichtbarkeit“ (in 2024)

68406	**290**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**24.108.000**	**24.824.000**	**19.995.000**	**15.347.448,71**
		Verpflichtungsermächtigung	**20.000.000**	**12.000.000**		
		Davon fällig 2025	**20.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**12.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	0	0	0

		2024	2025	2023
1.	Zuschüsse an Projekte für LSBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen) sowie Projekte im Rahmen der IGSV.....	10.108.000 €	10.300.000 €	7.114.278 €
2.	Zuschüsse an Projekte der merkmalsübergreifenden Antidiskriminierungs- und Diversityarbeit und zur Beratung in Fällen von Diskriminierung.....	1.600.000 €	1.750.000 €	1.389.216 €
3.	Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt	12.400.000 €	12.774.000 €	11.291.506 €
4.	Unabhängige Beschwerdestelle Antidiskriminierung (Bildung).....	0 €	0 €	200.000 €
		24.108.000 €	24.824.000 €	19.995.000 €

Die Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für die überjährige Projektförderung.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):
Zu 1. und 2.: Zuschüsse an Projekte für LSBTI und AD Projekte

	2020			2021			2022		
	W	M	T	W	M	T	cisweibl.	cismännl.	divers/trans/inter/nicht-binär
NutzerInnen (Ist)									
Absolut	19.134	27.979	12.962	21.559	26.317	25.674	23.290	26.711	17.659
Relativ	30 %	44 %	20 %	29%	35%	34%	34 %	40%	26%
rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	1.543	2.263	1.028	1.702	2.054	1.995	763	880	528

	2023			2024			2025		
	W	M	T	W	M	T	W	M	T
angestrebtes „Angemessenes Geschlechterverhältnis“ (Soll)									
Relativ	43 %	43 %	14 %	43 %	43 %	14 %	43%	43%	14%

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe	Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen
Zielsetzung:	Gleichberechtigte und bedarfsgerechte Adressierung und Akzeptanzförderung bezogen auf die Geschlechter (weiblich, männlich, divers sowie transgeschlechtlich)
Steuerungsbedarf unter Berücksichtigung des Soll/Ist-Vergleichs 2022:	Schwankungen in der dargestellten Geschlechterverteilung sind auf weiterentwickelte Kategorien zurückzuführen sowie darauf, dass Grundlage für die geschlechtliche Zuordnung der nutzenden Personen nur qualifizierte Schätzungen sein können. Der Soll/Ist-Vergleich zeigt, dass es gelungen ist, die Zielgruppen in einem nahezu ausgeglichenen Geschlechterverhältnis zu adressieren. Ein zusätzlicher Steuerungsbedarf ergibt sich daher nicht. Der leichte Rückgang der Gesamtnutzendenzahlen gegenüber 2021 ist mit eingeschränktem Angebot unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft im ersten Halbjahr 2022 zu erklären.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):
Zu 3: Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus/ Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt

	2020			2021			2022		
	W	M	T	W	M	T	W	M	T
NutzerInnen (Ist)									
Absolut	10.338	7.102	1.702	29.807	20.516	1.721	26.925	21.159	1.138
Relativ	44 %	31 %	7 %	55%	39%	3%	55%	43%	2%
rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	3.750	2.642	596	4.609	3.128	246	5.456	3.702	292

	2023			2024			2025		
	W	M	T	W	M	T	W	M	T
angestrebtes „Angemessenes Geschlechterverhältnis“ (Soll)									
Relativ	46,5 %	46,5 %	7 %	46,5 %	46,5 %	7 %	46,5%	46,5%	7%

Zielgruppe	Schülerinnen und Schüler, Jugendliche, junge Erwachsene, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Bildungsarbeit, engagierte Zivilgesellschaft, von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und Diskriminierung Betroffene
Zielsetzung:	Im Rahmen der Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung wird eine gleichberechtigte und bedarfsgerechte Adressierung und Akzeptanzförderung bezogen auf die Geschlechter (weiblich, männlich, divers sowie transgeschlechtlich) angestrebt.
Steuerungsbedarf unter Berücksichtigung des Soll/Ist-Vergleichs 2022:	Der Soll/Ist Vergleich zeigt, dass in 2022 weiterhin ein Ungleichgewicht zugunsten weiblicher Teilnehmenden bestand, dieses sich jedoch verringert hat. Nach Angaben der Projekte ergibt sich dies aus dem Geschlechterverhältnis der Zielgruppe der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Bildungsarbeit. Hier gibt es insbesondere im frühkindlichen Bereich ein Ungleichgewicht zugunsten weiblicher Fachkräfte. Dies spiegelt sich in den Nutzendenzahlen wider. Jedoch wird eine Erhöhung des Anteils von männlichen Nutzenden bei einzelnen Maßnahmen als sinnvolles Ziel betrachtet und angestrebt. Der Einbruch der Nutzendenzahl bei transidenten Teilnehmenden wird als steuerungsbedürftig gesehen. Insbesondere in Anbetracht des intersektioanlen Anspruchs Landesprogramms ist es Ziel, die Zahl der sich selbst als trans* identifizierenden Teilnehmenden zu erhöhen.

68579	**290**	**Mitgliedsbeiträge**	**3.200**	**3.200**	**3.200**	**3.200,00**

Mittel u. a. für die Mitgliedschaft im Rainbow Cities Network

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68690	**290**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.436.000**	**1.436.000**	**930.000**	**1.274.362,36**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 23190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für laufende Drittmittelprojekte. Zuwendungen aus Mitteln des Bundesprogramms.

68790	**290**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Ausland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 27290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Ausgaben für Zuwendungen für potentiell aus EU-Mitteln geförderte Projekte.

88401	**290**	**Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**			**—**	**3.650.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Zuführung an das Sondervermögen zur Finanzierung des Schwarzen Community Zentrums

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.300**	**1.300**	**1.200**	**1.152,00**

Die Mittel sind vorgesehen für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der verfahrensabhängigen IKT in der LADS.

Summe Maßnahmegruppe 32	**1.300**	**1.300**	**1.200**	**1.152,00**
Gesamtausgaben	**29.512.900**	**30.424.000**	**25.499.300**	**23.491.220,05**
Prozentuale Veränderung	**15,7 %**	**3,1 %**		

Abschluss Kapitel 1130

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**101.000**	**101.000**	**100.000**	**535.947,80**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.438.000**	**1.438.000**	**932.000**	**1.420.508,54**
	Gesamteinnahmen	**1.539.000**	**1.539.000**	**1.032.000**	**1.956.456,34**
411-462	**Personalausgaben**	**2.874.000**	**3.073.000**	**2.768.800**	**2.370.833,48**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.085.700**	**1.086.800**	**1.801.300**	**840.375,50**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**25.553.200**	**26.264.200**	**20.929.200**	**16.630.011,07**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**—**	**—**	**—**	**3.650.000,00**
	Gesamtausgaben	**29.512.900**	**30.424.000**	**25.499.300**	**23.491.220,05**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-27.973.900**	**-28.885.000**	**-24.467.300**	**-21.534.763,71**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004769	2022	9.854.589	0	9.854.589
Analyse und Abbau von Diskriminierungen; Prävention und Intervention	2021	9.022.328	0	9.022.328

In dieser Kostenträgergruppe existieren ein Produkt und ein Ministerielles Geschäftsfeld.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/ Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79769	2022	6.662.413	0	6.662.413
Maßnahmen des Fachbereiches für die Belange von LSBTI sowie der Initiative "Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt"	2021	6.512.728	0	6.512.728

	2022	2021
Menge: Anzahl der geförderten Projekte	419	563
Kosten je ME in €	15.900,75	11.567,90
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	25,55	30,98
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	5.376.644,12	5.224.481,59
IST - Erträge in €	174.287,96	198.596,14
Kostendeckungsgrad in %	2,62	3,05

Entwicklung von Konzepten, inhaltliche Bewertung und fachliche Begleitung von Maßnahmen und Projekten, Fertigung fachlicher Stellungnahmen, Zusammenarbeit mit einschlägigen Nichtregierungsorganisationen, Regierungsorganisationen und Institutionen, Vertretung des Landes Berlin in überregionalen und internationalen Fachgremien

Förderung von Projekten im Bereich LSBTI und im Rahmen der Initiative "Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt", Förderung von Projekten, die Beratung in Diskriminierungsfällen durchführen sowie von Projekten, die die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen vertreten

Die Projekte beinhalten Unterstützungsmaßnahmen wie Beratung, Förderung von Selbsthilfe und Bildungsangebote. Ferner werden im Rahmen der Initiative "Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt" Aktivitäten unterstützt, die die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz von LSBTI Menschen stärken, Förderung zusätzlicher Projekte im Zusammenhang der Weiterentwicklung der Initiative Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004770	2022	10.422.778	4.961.027	15.383.805
Konzepte und Maßnahmen für eine Stadt ohne Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus	2021	9.933.645	1.177.445	11.111.090

In dieser Kostenträgergruppe existieren zwei Produkte.

Bei Kostenträgern mit einem geringen Kostenanteil wurde teils auf eine Darstellung verzichtet. Hinsichtlich der finanziellen Relevanz gilt die von SenFin vorgegebene Richtgröße: Die finanziell relevantesten Kostenträger eines Strategischen Ziels/ Bereiches sollten aufsummiert höchstens 80% der Gesamtkosten des jeweiligen Strategischen Ziels/ Bereiches betragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78118	2022	10.281.011	4.961.027	15.242.038
Maßnahmen der Demokratieförderung und Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	2021	9.770.844	1.177.445	10.948.288

	2022	2021
Menge: Anzahl der geförderten Projekte	1.140	1.049
Kosten je ME in €	9.018,43	9.314,44
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	58,44	52,09
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	8.995.367,30	8.365.293,57
IST - Erträge in €	356.733,99	227.157,94
Kostendeckungsgrad in %	2,34	2,07

Entwicklung von Konzepten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; inhaltliche Bewertung und fachliche Begleitung von Maßnahmen und Projekten; Fertigung fachlicher Stellungnahmen; fachliche Koordinierung des "Berliner Beratungsnetzwerkgegen Rechtsextremismus" und des "Berliner Ratschlag für Demokratie"; Zusammenarbeit mit einschlägigen Nichtregierungsorganisationen, Regierungsorganisationen und Institutionen; Vertretung des Landes Berlin in überregionalen Fachgremien.

Förderung von Projekten im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, z.B. mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Opferberatung; Kooperation mit Bundesstellen z. B. mit dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Kofinanzierung von Modellprojekten und im Zusammenhang mit der Antragstellung des Landes Berlin im Rahmen von Bundesprogrammen (derzeit: "Demokratie leben!") im Programmbereich "Förderung von Demokratiezentren zur landesweiten Koordinierung und Vernetzung sowie von Mobiler, Opfer- und Ausstiegsberatung".

Aus diesen Mitteln wurden zusätzliche Projekte gefördert.
Die Projektförderung erfolgt in drei Handlungsfeldern:
1. "Stärkung von Demokratie und Menschenrechten";
2. "Bildung und Jugend für Demokratie";
3. "Demokratie im Gemeinwesen und im Sozialraum

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Arbeit und Berufliche Bildung –.

Die Abteilung „Arbeit und Berufliche Bildung“ gliedert sich wie folgt:

Abteilung II (Arbeit und Berufliche Bildung)

Arbeitspolitik und ordnungspolitische Fragen der beruflichen Bildung
SGB II-Koordination und Arbeitsförderung
Berufliche Qualifizierung und Berufsbildungspolitik
Arbeitsrecht, Angelegenheiten der Arbeitsgerichtsbarkeit, Bekämpfung von Schwarzarbeit, Gemeinsames Tarifregister Berlin-Brandenburg
Arbeitsschutz und technische Sicherheit

Entsprechend der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Berliner Senats und den damit verbundenen Clustern ergibt sich folgende Struktur:

1. Berliner Jobcoaching und begleitende Qualifizierung (Titel 68355/68392)
2. Landeszuschüsse für Beschäftigung (Titel 68356/68392)
3. Berufliche Weiterbildung (Titel 68351)
4. Landeszuschüsse für ein Solidarisches Grundeinkommen (Titel 68453)
5. Maßnahmen der Berufsorientierung (68476)
6. Maßnahmen der Berufsvorbereitung (68476/68492)
7. Ausbildungsplatzförderung (Titel 68333/ 68392)

B. Gender Budgeting

a) Geschlechtssensitive Daten liegen bei folgenden Titeln vor (beim Titel erläutert):

Titel	Verbale Bezeichnung
68132	Zuschüsse nach dem AFBG
68333	Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung
68351	Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
68355	Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung
68356	Landeszuschüsse für Beschäftigung
68453	Landeszuschüsse für ein Solidarisches Grundeinkommen
68476	Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung

Anzahl der Titel Hgr. 6 mit Gendererläuterungen			
Mit erhobenem Geschlechterverhältnis	Mit Zielsetzung und Steuerung	Ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht erforderlich)	Ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich)
68132 68333 68351 68355 68356 68453 68476		68355 68476	68132 68333 68351 68356 68453

Es wird ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Teilnehmenden in den aus diesem Kapitel geförderten Maßnahmen angestrebt. In den vergangenen Jahren entsprachen die Anteile von Frauen und Männern in den Bereichen der Arbeitsförderung und Beruflichen Bildung etwa denen der gemeldeten Arbeitslosen. Bei einigen Förderinstrumenten gibt es davon abweichende Anteile, die durch die inhaltliche Ausrichtung der Maßnahme begründet sind. Siehe Erläuterungen bei den einzelnen Titeln. Die aufgewendeten Zuschüsse entsprechen in Abhängigkeit der jeweiligen Tätigkeitsmerkmale grundsätzlich der Geschlechterverteilung.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Im Bereich Arbeit werden viele Projekte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert. Hier werden die Träger im Rahmen des Antragsverfahrens verpflichtet, zu (dann verbindlichen) Maßnahmen des Gender Mainstreaming (GM) in ihren Einrichtungen bzw. bei der Projektdurchführung Auskunft zu geben. Dazu gehören Angaben wie beispielsweise jene, ob die geförderte Maßnahme dazu beiträgt, die Arbeitsmarktsegregation von Frauen zu vermeiden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird. Dem GM kommt als Querschnittsziel bei der ESF-Förderung eine zentrale Bedeutung zu. Die Einhaltung der Auflagen bei der Projektdurchführung wird von den treuhänderisch tätigen arbeitsmarktlichen Dienstleistern kontrolliert.

Für die Förderung von Projekten im Rahmen der Programme „Lokales Soziales Kapital“ und „Partnerschaft – Entwicklung – Beschäftigung“ ist die Berücksichtigung des Gender Budgeting-Ansatzes eine Fördervoraussetzung. Die Projektträger sind verpflichtet sowohl geschlechtsspezifische Daten anzugeben, als auch den Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter darzustellen.

a) Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1140 - Arbeit und Berufliche Bildung

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	17	9	0	19	10	0
Differenz in %	65,4%	34,6%	0,0%	65,5%	34,5%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	54	24	0	55	24	0
Differenz in %	69,2%	30,8%	0,0%	69,6%	30,4%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	20	10	0
Differenz in %	66,7%	33,3%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	51	21	0
Differenz in %	70,8%	29,2%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	94.751,03 €	82.720,18 €	0,00 €
Differenz in %	14,5%		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	65.957,11 €	75.129,31 €	0,00 €
Differenz in %	-12,2%		

Auch in diesem Bereich gibt es deutlich mehr weibliche Führungskräfte (20) als männliche Führungskräfte (10). Mit +14,5 % fällt ihr höheres Jahresdurchschnittsgehalt höher aus als das höchste Plus des Gehalts männlicher Beschäftigter im gesamten Titel. Bei den Mitarbeitenden (51 weibliche gegenüber 21 männlichen) fällt dagegen das Minus der weiblichen Personen mit -12,2 % hoch aus.

Zu den Gründen und Steuerungsbedarfen wird auf die allgemeinen Erläuterungen verwiesen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**253**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**73.000**	**73.000**	**73.000**	**65.406,63**

Gebühren der
- Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse
- Zwischen-, Abschluss- und Meisterprüfungen
- Ersatzurkunden und -bescheinigungen
- Anerkennung als Ausbildungsstätte nach dem Berufsbildungsgesetz
- Zuerkennung der fachlichen Eignung nach dem Berufsbildungsgesetz
- Erteilung einer Bescheinigung zum steuerlichen Nachweis der ordnungsgemäßen Vorbereitung auf einen Beruf oder auf eine vor einer juristischen Person des öffentlichen Rechts abzulegenden Prüfung
- Ausstellung von Bescheinigungen über Gleichstellungen nach dem Einigungsvertrag

11201	**253**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere Geldbußen nach dem Betriebsverfassungsgesetz (§ 121 BetrVG), dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksverordnung.

11903	**253**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11921	**253**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**2.700.000**	**2.700.000**	**3.500.000**	**3.077.046,95**

Rückzahlungen von Zuwendungen aus vergangenen Haushaltsjahren einschließlich Zinsen.

Weniger wegen einem verbesserten Controlling zur Vermeidung von Rückforderungen.

11934	**253**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**200.000**	**200.000**	**180.000**	**164.369,73**

Rückzahlungen von
- überzahlten Mitteln aus Vertragsleistungen
- Ersatzleistungen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (AFBG-Darlehen)

Mehr wegen erhöhter Realisierung von Rückforderungen.

11941 (neu)	**144**	**Rückzahlungen überzahlter Leistungen nach dem Heizkostenzuschussgesetz Bund**	**1.000**	**1.000**		

Die Rückzahlungen von Heizkostenzuschüssen nach dem Heizkostenzuschussgesetz (HeizkZuschG) von Zuschussempfängern/innen im Bereich des Aufstiegsfortbildungsgesetzes (AFBG) werden künftig im neu eingerichteten Titel 11941 vereinnahmt. Die vereinnahmten Beträge werden vom Land Berlin an den Bund zurückgezahlt bzw. ggf. mit Ansprüchen des Landes gegenüber dem Bund auf Erstattung von ausgezahlten Heizkostenzuschüssen verrechnet.

11958	**144**	**Rückzahlung überzahlter Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)**	**300.000**	**300.000**	**200.000**	**257.281,37**

Rückzahlungen von Zuschüssen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG).
Die Einnahmen werden in Höhe von 78 v. H. an den Bund abgeführt; die entsprechenden Ausgaben werden beim Titel 63117 nachgewiesen.

Die Bewirtschaftung der Einnahmen darf den Bezirksämtern Charlottenburg-Wilmersdorf und Lichtenberg übertragen werden.

Mehr wegen der erhöhten Zahl von realisierten Forderungen durch die Ämter für Ausbildungsförderung.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23147 (neu)	**144**	**Anteil des Bundes an den Zuschüssen nach dem Heizkostenzuschussgesetz Bund**	**1.000**	**1.000**		

Das Heizkostenzuschussgesetz (HeizkZuschG) sieht eine Beteiligung des Bundes an den Kosten des Heizkostenzuschusses für Berechtigte im Anwendungsbereich des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) in Höhe von 100 v. H. vor.
Die Zuschüsse nach dem Heizkostenzuschussgesetz werden beim Titel 68161 nachgewiesen

23148	**144**	**Anteil des Bundes an den Zuschüssen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz**	**7.800.000**	**7.956.000**	**7.332.000**	**7.357.459,06**

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sieht eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Aufstiegsfortbildungsförderung in Höhe von 78 v. H. vor.
Die Zuschüsse nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz werden beim Titel 68132 nachgewiesen.

Mehr wegen Ausweitung des Gefördertenkreises.

23190	**253**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**213.900,00**

Förderung von Auszubildenden der zuständigen Stelle für die Landwirtschaft durch die Vergabe von Weiterbildungsstipendien der Stiftung Begabtenförderung. Die Ausgaben werden beim Titel 68190 nachgewiesen.

23590	**253**	**Zweckgebundene Einnahmen von Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit für konsumtive Zwecke**	**4.530.000**	**4.530.000**	**4.200.000**	**4.973.436,50**

Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit an den Projekten „Komm auf Tour“ (830.000 €) und „Berliner vertiefte Berufsorientierung (BVBO)“ (3.700.000 €).
Die Ausgaben werden bei Titel 68490 nachgewiesen.

27290	**253**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**—**	**—**	**—**	**23.814,42**

27292	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**5.640.000**	**5.833.000**	**5.557.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk:
Die Einnahmen der Europäischen Union sind zweckgebunden für Ausgaben bei folgenden Titeln (vgl. verbindliche Erläuterungen bei den Ausgabentiteln): 68392, 68492
Mehr wegen angepasster ESF+-Planung aufgrund der Verschiebung des Beginns der Umsetzung der Förderinstrumente.
Mittelzuweisung der EU für die ESF-Förderperiode 2021–2027/29.
Zahlungen erfolgen bis zu dreimal jährlich auf Abforderung nach Feststellung der Ist-Auszahlungen. Die Mittel werden durch die EU aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet. Die Veranschlagung erfolgt entsprechend der mit der EU-Kommission abgestimmten EU-Finanzplanung.

	2024	2025
68392	3.433.000 €	3.433.000 €
68492	2.207.000 €	2.400.000 €
	5.640.000 €	5.833.000 €

27295	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**7.500.000**	**3.088.649,74**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

28101	**253**	**Ersatz von Ausgaben**	**—**	**—**	**20.000**	**2.225,00**

Die Umlage der Prüfungskosten entfällt künftig.

Gesamteinnahmen	**21.250.000**	**21.599.000**	**28.567.000**	**19.223.589,40**
Prozentuale Veränderung	**-25,6 %**	**1,6 %**		

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
41201	**253**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**28.100**	**28.100**	**22.600**	**28.080,58**

Sitzungsgelder für Mitglieder von Ausschüssen und sonstige Kosten für ehrenamtlich Tätige für:

1. Heimarbeitsausschüsse auf Überlandesebene gemäß §§ 4, 5 des Heimarbeitsgesetzes
2. Tarifausschuss nach § 5 des Tarifvertragsgesetzes
3. Landesausschuss für Berufsbildung und dessen Unterausschüsse (nach Berufsbildungsgesetz BBiG)
4. Ausschüsse der Zuständigen Stelle für die Berufsbildung in der Landwirtschaft:
   - Berufsbildungsausschuss Landwirtschaft (BBiG)
   - Schlichtungsausschuss Landwirtschaft (BBiG)
   - Prüfungsausschüsse Landwirtschaft (BBiG)
5. Erstellung von Prüfungsaufgaben und Prüfungsabnahme im Bereich der Zuständigen Stellen

Die Ausgaben werden aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen geleistet.

Mehr wegen erhöhter Aufwendungen (Prüfungsausschüsse) bei der Zuständigen Stelle für Berufsbildung in der Landwirtschaft.

42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.138.000**	**3.405.000**	**3.188.000**	**2.692.254,51**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.707.000**	**4.896.000**	**4.255.000**	**4.398.399,13**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**69.800**	**1.300,00**
42861	**253**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Solidarischen Grundeinkommens (SGE)**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 68453 und 42861 sind gem. § 20 Abs. 2 LHO einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**139.000**	**144.000**	**85.200**	**130.205,52**
51185	**253**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51801	**253**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**5.200**	**5.200**	**5.200**	**999,60**

Es werden Mittel veranschlagt für die Anmietung von Räumen zur Durchführung von Prüfungen der beruflichen Bildung. Die Prüfungen werden aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen durchgeführt.

52501	**253**	**Aus- und Fortbildung**	**2.800**	**2.800**	**2.800**	**2.779,30**

Fortbildung der Dienstkräfte einschließlich der Berufsrichter der Arbeitsgerichtsbarkeit sowie Erstattung von Teilnahmegebühren im Rahmen dienstlicher Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**253**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**22.000**	**22.000**	**58.000**	**11.110,98**

Gerichts- und Anwaltskosten sowie Maßnahmen zur Beweissicherung in Verwaltungsstreit-, Straf- und Bußgeldverfahren.

52703	**253**	**Dienstreisen**	**10.000**	**10.000**	**20.000**	**12.734,36**

Dienstreisen für allgemeine Zwecke im Sinne des Reisekostenrechts, Aufwandsvergütungen nach §17 BRKG, auch Dienstreisen für Aus- und Fortbildung.

53101	**253**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**200.000**	**200.000**	**266.000**	**155.726,64**
		Verpflichtungsermächtigung	**303.000**	**3.000**		
		Davon fällig 2025	**103.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000**	**3.000**		
		Davon fällig 2027	**100.000**	**—**		

Deckungsvermerk:
Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht.

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	40.000	0	0

Die Mittel werden insbesondere für die landesweite Öffentlichkeitsarbeit der Jugendberufsagentur Berlin genutzt.
Darüber hinaus Informationen über EU- und Landes-Förderprogramme, Herausgabe von Förderrichtlinien und Handlungsleitfäden, Broschüren, Reader, Merkblättern sowie Druck des einmal jährlich durchgeführten Berliner Betriebspanels. Außerdem Jahresbericht der Berliner Arbeitsschutzbehörden als gesetzlicher Auftrag (Rechtsgrundlage: § 23 Absatz 4 ArbSchG), Informationsmaterial und Druckschriften, die der Aufklärung und Belehrung auf den Gebieten des Arbeitsschutzes, der technischen Sicherheit und des Immissionsschutzes dienen, je nach unvorhersehbarem Ereignis (Rechtsgrundlage: § 21 Absatz 1 ArbSchG).

Die Verpflichtungsermächtigungen sind als Jahresbeträge 2025 bis 2027 vorgesehen.
Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich aufgrund von haushaltsjahrübergreifenden Verträgen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere der Jugendberufsagentur.

Weniger, wegen geringerer Aufwendungen in der Beruflichen Bildung.

53105	**314**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**5.000**	**5.000**	**3.000**	**683,55**

Teilnahme an Fachmessen ((A+A), „Arbeitsschutz sicher“), Infoveranstaltungen, Vorträgen, Kongressen und Ausstellungen mit Bezug zum Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und Sicherheit bei der Arbeit. Teilnahme an Jobmessen mit eigenem Messestand.

Weitere Messen und Ausstellungen werden über die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) finanziert.
Organisation und Durchführung des Länder-Erfahrungsaustausches zum Thema Bau.

Mehr wegen erhöhter Anzahl an Fachmessen und Veranstaltungen.

53111	**253**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**7.000**	**7.000**	**2.500**	**6.842,50**

Für Stellenausschreibungen, Ausschreibungen von Lieferungen und Leistungen und Bekanntmachungen.

Mehr wegen erhöhter Kostensätze für das Publizieren von Stellungsausschreibungen in Fachzeitschriften.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**253**	**Dienstleistungen**	**9.800.000**	**9.655.000**	**8.800.000**	**9.125.238,15**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.319.000**	**4.394.000**		
		Davon fällig 2025	**978.000**			
		Davon fällig 2026	**993.000**	**1.729.000**		
		Davon fällig 2027	**918.000**	**1.495.000**		
		Davon fällig 2028	**235.000**	**1.170.000**		
		Davon fällig 2029	**195.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.882.785	1.570.000	100.000
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	6.915.000	6.596.000	6.253.000

Die Jahrescheibe der VE 2023 für das Hhj. 2026 umfasst aufgrund langjähriger Verträge auch die Jahresscheiben der Hhj. bis 2030.

Die Mittel sind vorgesehen für Dienstleistungen der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik.

Darstellung der Gesamtfinanzierung:

		2024	2025
1.	Ausgaben für ein Assessmentcenter (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
2.	Firma Datagroup/Zahlbarmachung AFBG-Zuschüsse (2023: 142.000 €)	72.100 €	73.500 €
3.	Transport Prüfungsunterlagen ZST (2023: 2.700 €)	3.000 €	3.000 €
4.	Ausbildungsberatung gemäß § 76 BBIG (2023: 2.000 €)	2.000 €	2.000 €
5.	Sonstige Dienstleister (2023: 559.000 €)	625.000 €	630.000 €
5a.	Expertisen, Wirkungsanalysen und fachpolitisches Controlling (2023: 130.000 €)	180.000 €	180.000 €
5b.	Expertisen (2023: 109.000 €)	115.000 €	120.000 €
5c.	Europaagentur (2023: 320.000 €)	330.000 €	330.000 €
6.	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Umsetzung arbeitsmarktlicher Förderungen (Jobcoaching, Qualifizierung, Beschäftigung) (2023: 3.334.000 €)	3.606.900 €	3.653.500 €
7.	Geschäftsbesorger für Prüfdienstleistungen (2023: 275.000 €)	688.000 €	688.000 €
8.	Geschäftsbesorger für Archivierungsdienstleistungen (2023: 30.000 €)	30.000 €	30.000 €
9.	Geschäftsbesorgungsvertrag zur Umsetzung arbeitsmarktlicher Förderungen (Berufliche Aus- und Weiterbildung) (2023: 1.768.000 €)	2.142.000 €	2.331.000 €
10.	Handwerkskammer (Betriebliche Ausbildungsplatzförderung) (2023: 291.000 €)	297.000 €	303.000 €
11.	Betriebspanel Berlin (2023: 166.000 €)	170.000 €	190.000 €
12.	Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen an aus der EU entsandte Beschäftigte, freizügigkeitsberechtigte Beschäftigte, Migrantinnen und Migranten und von Ausbeutung Betroffene, arbeitsrechtliche Schulungen für Geflüchtete sowie Multiplikatoren in der Flüchtlingsarbeit (2023: 1.100.000 €)	1.350.000 €	1.350.000 €
13.	Koordinierende Stelle „Komm auf Tour“ (2023: 215.000 €)	0 €	0 €
14.	Umsetzungsdienstleistungen für das Solidarische Grundeinkommen (SGE) (2023: 914.000 €)	813.000 €	400.000 €
		9.800.000 €	9.655.000 €

Zu Nr. 12: Zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird seit 2009 ein Beratungsbüro finanziert, das von ausländischen Unternehmen zu einer Tätigkeit in Deutschland entsandte Beschäftigte, ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter die EU-Freizügigkeitsregelungen fallen und Selbstständige mit unklarem Arbeitsstatus (insb. sogenannte Scheinselbstständige) berät. Hinzu kommt bei Titel 54010 seit 2018 die Aufgabe der Migrationsberatungsstelle. Beide Leistungen werden gemäß den Vorgaben aus den Richtlinien der Regierungspolitik sowie dem vom Senat beschlossenen Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter zu Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen, für Geflüchtete, für in der Flüchtlingsarbeit tätige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie für von Arbeitsausbeutung Betroffene inhaltlich erweitert. Hinzu kommt die Beratung von Geflüchteten aus der Ukraine.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zu Nr. 13: Seit 2010 wird das Instrument „Komm auf Tour - meine Stärken, meine Zukunft“ im Land Berlin im Auftrag der Senatsverwaltung für Arbeit in Kooperation mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, sowie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung umgesetzt. In dem Ansatz werden bislang die anteiligen Landesmittel dargestellt, die zur Finanzierung der koordinierenden Stelle (Regiestelle) für „komm auf Tour“ dienen. Künftig werden diese Mittel aber bei Titel 684 76 nachgewiesen.

Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten folgende Jahresbeträge:

	Jahresbetrag	Sonstige Dienstleister	Arbeitsmarktlicher Dienstleister (einschl. Prüf- und Archivierungsdienstleistungen)	Handwerkskammer (betriebliche Ausbildungsförderung)	Betriebspanel Berlin	Koordinierende Stelle “kaT“/ Beratungs- und Unterstützungsleistungen an aus der EU entsandte Beschäftigte	Unterbringung und weitere Unterstützung für von Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung oder von Zwangsarbeit Betroffene	Gesamt
		€	€	€	€	€		€
VE 2024								
	2025	70.000	718.000	0	190.000	0	0	978.000
	2026	80.000	718.000	0	195.000	0	0	993.000
	2027	0	718.000	0	200.000	0	0	918.000
	2028	0	30.000	0	205.000	0	0	235.000
	2029	0	30.000	0	105.000	0	0	135.000
	2030	0	30.000	0	0	0	0	30.000
	2031	0	30.000	0	0	0	0	30.000
	Gesamt	150.000	2.274.000	0	895.000	0	0	3.319.000
VE 2025								
	2026	70.000	0	309.000	0	1.350.000	0	1.729.000
	2027	10.000	0	315.000	0	1.170.000	0	1.495.000
	2028	0	0	0	0	1.170.000	0	1.170.000
	Gesamt	80.000	0	624.000	0	3.690.000	0	4.394.000

Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich aufgrund von mehrjährigen Leistungsverträgen für Prüf- und Archivierungsdienstleistungen, Expertisen bzw. Evaluierung und Beratungs- und Unterstützungsleistungen an aus der EU entsandte Beschäftigte, Migrantinnen und Migranten, Geflüchtete, u.a.

Mehr wegen steigender Kosten bei weiterhin bestehenden bzw. erforderlicher neuer Dienstleistungen.

54053	**253**	**Veranstaltungen**	**228.000**	**100.000**	**95.000**	**75.117,19**
		Verpflichtungsermächtigung	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**50.000**		

Deckungsvermerk:
Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen, außer Titel 54010, sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht.

Die Mittel sind vorgesehen für die Durchführung von arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Fachkonferenzen zu ausgewählten Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit der europapolitischen und internationalen Einbindung Berlins, mit der Beschäftigungsförderung im lokalen Kontext sowie für die Teilnahme an und Durchführung von Veranstaltungen mit Bezug zu Gesundheitsschutz und Sicherheit bei der Arbeit.
Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich aufgrund von haushaltsjahrübergreifenden Verträgen im Rahmen von Veranstaltungen.

Mehr wegen allgemeiner Kostensteigerungen sowie gestiegener Anforderungen in den Standards zur Barrierefreiheit sowie Vorhaben im Zusammenhang mit dem Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion, Finanzierung von landesweiten Austausch- und Qualifizierungsmaßnahmen der Jugendberufsagentur Berlin und insbesondere das geplante Event in 2024 „150 Jahre staatlicher Arbeitsschutz“.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54077 (neu)	**253**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		
54079	**253**	**Verschiedene Ausgaben**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**254,25**

Insbesondere Mittel für die Förderung des Leistungswettbewerbs im Handwerk durch Gewährung von Buchprämien und die Prämierung guter Prüfungsleistungen im Rahmen der Berufsförderung.

63117	**144**	**Anteil des Bundes an den Einnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz**	**234.000**	**234.000**	**170.000**	**198.162,01**

Anteil des Bundes an den Einnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG).
Die Einnahmen aus Rückforderungen gegenüber Geförderten sind dem Bund anteilig zu erstatten (in Höhe von 78 v. H).
Die Einnahmen werden beim Titel 11958 nachgewiesen.

Mehr wegen erhöhter kontinuierlicher Realisierung von Rückforderungen.

63201	**311**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**141.000**	**141.000**	**93.000**	**63.289,21**

Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder

		2024	2025
1./2	Anteil des Landes Berlin an der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) sowie Anteil des Landes Berlin bei der Errichtung und dem Betreiben einer gemeinsamen Länderstelle zur Koordinierung der bundesweiten Marktüberwachung gemäß dem Produktsicherheitsgesetz an der Zentralstelle für Sicherheitstechnik der Länder (ZLS-M). Staatsvertrag vom 16./17.12.1993, zuletzt geändert durch das Abkommen vom 30.05.2016, Ansatz 2023: 44.000 €	83.000 €	83.000 €
3.	Anteil des Landes Berlin an den Kosten der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) gemäß dem Beschluss 8.1 und 8.2 der 85. ASMK, Vereinbarung vom 12.10.2009 (Königsteiner Schlüssel, Ansatz 2023: 20.000€	25.000 €	25.000 €
4.	Anteil des Landes Berlin an der ständigen Fachstelle der Länder zur Koordinierung und Optimierung im Bereich des Arbeitsschutzes / Verwaltungsvereinbarung in Vorbereitung (Königsteiner Schlüssel, Ansatz 2023: 29.000€	33.000 €	33.000 €
		141.000 €	141.000 €

Mehr wegen voraussichtlicher Änderung der Berechnungsgrundlage (Königsteiner Schlüssel).

63621	**253**	**Beiträge an die Unfallkasse**	**69.000**	**69.000**	**69.000**	**65.000,00**

Versicherungsbeiträge an die Unfallkasse Berlin für ehemalige Beschäftigte in Arbeitsmarktinstrumenten in Landesregie.

67101	**253**	**Ersatz von Ausgaben**	**75.000**	**75.000**	**35.000**	**75.226,83**

Erstattung von Kosten, die Dritten durch Bereitstellung von Materialien für Prüfungen im Bereich der zuständigen Stelle für die Berufsausbildung in der Landwirtschaft entstehen.
Die Kosten werden teilweise durch die Ausbildungsstätten erstattet.

Die Ausgaben werden aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen geleistet (Berufsbildungsgesetz).

Die Erstattungen sind beim Titel 28101 veranschlagt.

Mehr wegen Neukalkulation der Prüfungskosten im Jahr 2022, um die Qualität der Prüfungsdurchführung an allen Prüfungsorten anzugleichen und insgesamt zu verbessern. Die erhöhten Sätze wurden durch den (paritätisch besetzten) Berufsbildungsausschuss der zuständigen Stelle für die Berufsbildung in der Landwirtschaft beschlossen.

67106	**144**	**Ersatz von Ausgaben an die Kreditanstalt für Wiederaufbau**	**350.000**	**350.000**	**360.000**	**220.849,33**

Ein Teil der Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wird als zinsgünstiges Bankdarlehen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgereicht. Dieses Darlehen ist während der Fortbildung und einer anschließenden Karenzzeit von zwei Jahren zins- und tilgungsfrei. An den in dieser Zeit anfallenden Zinsen sowie an weiteren Ausfallrisiken beteiligt sich das Land Berlin in Höhe von 22 v. H.

Mehr wegen kostenwirksamer Leistungsverbesserungen, Anhebung des Darlehnserlasses bei Prüfungserfolg und Ausweitung des Gefördertenkreises.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68132	**144**	**Zuschüsse nach dem Aufstiegs-fortbildungsförderungsgesetz (Aufstiegs-BAföG)**	**10.000.000**	**10.200.000**	**9.400.000**	**9.432.639,83**

Zuschüsse nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG).
Der Bund beteiligt sich an den Ausgaben mit 78 v. H.; die entsprechenden Einnahmen werden beim Titel 23148 nachgewiesen.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben darf den Bezirksämtern Charlottenburg-Wilmersdorf und Lichtenberg übertragen werden.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
NutzerInnen (Ist)						
Absolut	842	1.335	996	1.521	1.094	1.499
Relativ	39 %	61 %	40 %	60 %	42 %	58 %
rechnerische Ressourcen-verteilung (inT €)	2.093	3.319	3.665	5.597	3.980	5.453

	2024		2025		2026	
	W	M	W	M	W	M
angestrebtes „Angemessenes Geschlechterverhältnis“ (Soll) (soweit quantifizierbar):						
Relativ	43 %	57 %	43 %	57 %	43 %	57 %

Zielgruppe	Fortbildungswillige Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung.
Zielsetzung:	Ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Teilnehmenden in den aus diesem Titel geförderten Maßnahmen ist erstrebenswert, aber nicht steuerbar. Der Anteil von Männern und Frauen stellt sich in den letzten Jahren relativ gleichbleibend dar und entspricht in etwa den Verhältnissen in den vertretenen Berufsgruppen.
Steuerungsbedarf unter Berücksichtigung des Soll/Ist-Vergleichs 2022:	Eine unmittelbare Steuerung sieht das AFBG (Bundesgesetz) nicht vor. Ein Förderanspruch besteht unabhängig von Geschlecht und Alter. Nur eine mittelbare Steuerung im Rahmen der Begleitung der Weiterentwicklung und Umsetzung des Leistungsrechts (Bund-Länder-Prozess) und in der Öffentlichkeitsarbeit ist möglich. Letzteres erfolgt über Werbung für die Inanspruchnahme des Leistungsgesetzes unter Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Verteilung auf Berufe und Tätigkeiten.
Hinweis zur statistischen Erfassung durch den Bund:	Die Positionen "Divers" und/oder "Ohne Angabe" nach dem Personenstandsgesetz werden per Zufall auf "Männlich" und "Weiblich" verteilt.

Mehr, wegen kostenwirksamer Leistungsverbesserungen.

68161 (neu)	**144**	**Zuschüsse nach dem Heizkosten-zuschussgesetz Bund**	**1.000**	**1.000**

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Heizkostenzuschussgesetz (HeizkZuschG) vom 29. April 2022, geändert durch Gesetz vom 9. November 2022, einen Rechtsanspruch auf einen ersten und einen zweiten sowie Heizkostenzuschuss für bestimmte Personengruppen geschaffen. Die Ausgaben des Landes Berlin für Heizkostenzuschüsse an Berechtigte im Bereich Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) werden künftig aus dem neu eingerichteten Titel 68161 geleistet.

Das Heizkostenzuschussgesetz (HeizkZuschG) sieht eine Beteiligung des Bundes an den Kosten des Heizkostenzuschusses für Berechtigte im Anwendungsbereich des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) in Höhe von 100 v. H. vor.

Die Zuschüsse nach dem Heizkostenzuschussgesetz werden beim Titel 23147 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68190	**253**	**Unterstützungen, Entschädigungen und sonstige Geldleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**212.980,00 R 920,00**

Die im Titel veranschlagten Ausgaben umfassen die Bundesmittel der Stiftung Begabtenförderung.

Die Einnahmen werden bei Titel 23190 nachgewiesen.

68313	**253**	**Förderung von Personaltransfer-Maßnahmen**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68333	**253**	**Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung**	**19.200.000**	**21.800.000**	**27.255.000**	**23.320.221,82**
		Verpflichtungsermächtigung	**18.600.000**	**23.050.000**		
		Davon fällig 2025	**6.050.000**			
		Davon fällig 2026	**5.150.000**	**8.350.000**		
		Davon fällig 2027	**4.350.000**	**8.050.000**		
		Davon fällig 2028	**3.050.000**	**4.050.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**2.600.000**		

Deckungsvermerk:
Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen, außer Titel 54010, sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht.

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.753.045	1.174.779	100.000
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	10.200.000	7.200.000	4.500.000

Es werden Zuschüsse für folgende Fördermaßnahmen gewährt:

		2024	2025
1.	Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung im Land Berlin (2023 : 5.255.000 €)	4.700.000 €	4.700.000 €
2.	Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP) (2023: 18.100.000 €)	10.500.000 €	13.100.000 €
3.	Mentoring (2023 : 1.000.000€)	1.000.000 €	1.000.000 €
4.	Begleitprojekte der Berufsausbildung (2023: 500.000 €)	600.000 €	600.000 €
5.	Jugendberufsagentur Berlin (ESF - Projekt: Vorzeitige Vertragslösungen in der Ausbildung) (2023: 2.400.000 €)	2.400.000 €	2.400.000 €
		19.200.000 €	21.800.000 €

Zu 1.:
Das Förderprogramm „Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Berufsausbildung im Land Berlin“ soll einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen leisten und folglich einen Beitrag zur Erhöhung von Ausbildungsplätzen für Fachkräfte sichern. Die Ausgaben dienen der Förderung betrieblicher Ausbildungsplätze. Es soll erreicht werden, dass durch die Betriebe zusätzliche Ausbildungsplätze auf dem Ausbildungsmarkt angeboten werden. Einen besonderen Schwerpunkt stellt der weitere Ausbau der Verbundausbildung dar. Im Rahmen einer Neufassung des Förderprogramms im Jahr 2021 wurden die Zugangsvoraussetzungen zur Verbundausbildung erleichtert.

Darüber hinaus sollen bestimmte Personengruppen durch das Förderprogramm einen besseren Zugang zum Ausbildungsmarkt erhalten. Dies gilt insbesondere für benachteiligte Jugendliche, Alleinerziehende und Frauen in frauenatypischen Berufen. Weiterhin führten die Überarbeitung der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungen (ÜLU) und der Bedarf an neuen Kursen für die einzelnen Gewerke im Handwerk in den vergangenen Jahren zu einem Anstieg des Fördermittelbedarfs. Die Kostensätze der ÜLU-Kurse wurden durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund von Strukturveränderungen ab dem 01.08.2022 erhöht, insbesondere sei hier die Reform der Elektroberufe genannt. Als Folge dessen entstanden neue Berufe im Elektrogewerk, wodurch es zu einem Anstieg der angebotenen ÜLU Kurse gekommen ist. Eine zusätzliche Zahl von Kursen korrespondiert mit einem entsprechenden Anstieg der Fördermittel. Die Anmeldungen für die HHJ 2024 und 2025 wurden entsprechend angepasst und entsprechen somit der veränderten Bedarfslage.

Anders als in den vergangenen Jahren muss nach Beendigung der Corona Pandemie im Rahmen der Richtlinienförderung insbesondere der ÜLU sowie bei der Förderung der Berufsausbildung im Land Berlin (FBB) künftig wieder mit steigenden Ausbildungszahlen gerechnet werden, so dass auch diesem Umstand Rechnung getragen werden muss.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Zu 2.:
Auch in den Jahren 2024 und 2025 sollen jeweils 500 zusätzlich geförderte Ausbildungsplätze für marktbenachteiligte Jugendliche angeboten werden. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich daraus, dass die Anzahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern um einen Ausbildungsplatz immer noch recht hoch ist. Dies ist so auch den Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit zum Berliner Ausbildungsmarkt zu entnehmen. So standen gemäß der Statistik der Bundesagentur für Arbeit Stand September 2022 für das Berichtsjahr 2021/22 insgesamt 3.135 noch unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern nur 209 unbesetzte betriebliche Ausbildungsstellen gegenüber.

Zu 3.:
Betreuung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf sowie während der Berufsausbildung, um eine effiziente Berufswahlentscheidung zu ermöglichen und Ausbildungsabbrüche zu reduzieren.

Zu 4.:
Ausweisung von Projekten, die bereits in der Vergangenheit als Modell- und Pilotprojekte umgesetzt wurden (z. B. die Verbundberatung), die aber nunmehr aufgrund ihres Erfolges als Regelinstrumente fortgesetzt werden sollen.

Nr. 5.:
Das Projekt „Jugendberufsagentur Berlin (JBA Berlin) - Vorzeitige Vertragslösungen in der dualen Ausbildung“ ist ein Bestandteil des Förderinstrumentes „Jugendberufsagentur Berlin (JBA Berlin)“ in der ESF-Förderperiode 2021-2027. Der ESF-Interventionssatz beträgt 40 %, 60 % der Maßnahmekosten werden als nationale Kofinanzierungsmittel aufgebracht.
Vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der hohen Zahl vorzeitiger Vertragslösungen von Ausbildungsverträgen, sollen mit dem Förderinstrument Jugendliche zum einen durch nichtmaterielle Anreize so stabilisiert werden, dass sie die Ausbildung mit Berufsabschluss beenden. Zum anderen sollen Jugendliche, die den Ausbildungsvertrag gelöst haben und keinen Anschluss finden, so unterstützt werden, dass sie dennoch einen Berufsabschluss erreichen können.

Bei den Fördermaßnahmen der Erl.-Nr. 5 liegt eine Drittmittelbeteiligung von mindestens 40 v. H. an den Gesamtkosten vor (im Kapitel 1140 veranschlagte EU-Strukturfondsmittel).
Die Mittel der Europäischen Strukturfonds aus der Förderperioden 2021-2027 werden einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen beim Titel 683 92 nachgewiesen.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):

Zu 1. und 2.:

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
NutzerInnen (Ist)						
Absolut	1.405	8.294	1.854	12.084	1.930	11.466
Relativ	14 %	86 %	13%	87%	15 %	85 %
rechnerische Ressourcenverteilung (in T€)	1.292	7.321	1.914	12.811	2.596	14.711

	2024		2025		2022	
	W	M	W	M	W	M
angestrebtes „Angemessenes Geschlechterverhältnis“ (Soll)						
Relativ	25 %	75 %	25 %	75 %	25 %	75 %

Zielgruppe	Ausbildende Betriebe; Jugendliche am Übergang Schule - Beruf
Zielsetzung:	Ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Teilnehmenden in den aus diesem Titel geförderten Maßnahmen ist erstrebenswert, aber durch die bestehende Berufswahl von Frauen und Männern, ins. im gewerblich-technischen Bereich, nur mittelbar steuerbar. Der Anteil von Männern und Frauen stellt sich in den letzten Jahren relativ gleichbleibend dar und entspricht in etwa den Verhältnissen in den vertretenen Berufsgruppen.
Steuerungsbedarf unter Berücksichtigung des Soll/Ist-Vergleichs 2020:	Das Soll entspricht nicht dem Ist. Im BBiG und vergleichbaren gesetzlichen Regelungen des Bundes fehlen explizite geschlechterpolitische Zielvorgaben wie sie im SGB II (§ 2) und III (§ 8) integriert wurden. Es ist nur im Zusammenwirken mit allen Wirtschafts- und Sozialpartnern eine mittelbare Veränderung im Sinne von größerer Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. Hinzu kommt, dass die Berufswahlentscheidung häufig immer noch geschlechterbezogen erfolgt, wobei eine Reihe von Berufen, insbesondere im Erziehungs- und Gesundheitsbereich bevorzugt von Frauen gewählt werden. Hierbei handelt es sich aber i.d.R. um eine schulische Ausbildung und keine Ausbildung nach dem BBiG bzw. der HWO.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten folgende Jahresbeträge:

	Jahres-betrag	Förderung der Berufsaus-bildung im Land Berlin €	Berliner Ausbil-dungsplatz-programm (BAPP) €	Mentoring €	Begleitprojekte der Berufsaus-bildung €	JBA Berlin €	Gesamt €
VE 2024	2025		3.000.000	500.000	600.000	1.950.000	6.050.000
	2026		3.000.000	500.000		1.650.000	5.150.000
	2027		3.000.000			1.350.000	4.350.000
	2028		2.000.000			1.050.000	3.050.000
	Gesamt		11.000.000	1.000.000	600.000	6.000.000	18.600.000
VE 2025	2026	4.000.000	3.000.000	0	600.000	750.000	8.350.000
	2027	4.000.000	3.000.000	0		1.050.000	8.050.000
	2028		3.000.000			1.050.000	4.050.000
	2029		2.000.000			600.000	2.600.000
	Gesamt	8.000.000	11.000.000	0	600.000	3.450.000	23.050.000

Weniger wegen geringerer Teilnehmerzahlen bzw. Förderanträge in den Ausbildungsprogrammen.

68351	**253**	**Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung**	**7.516.000**	**7.516.000**	**7.516.000**	**7.793.389,62**
		Verpflichtungsermächtigung	**7.245.000**	**7.002.000**		
		Davon fällig 2025	**7.245.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**7.002.000**		

Deckungsvermerk:
Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen, außer Titel 54010, sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht.

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.314.000	271.000	175.000
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	6.750.000	0	0

Zuschüsse für eine zielgruppen- und unternehmensorientierte Weiterbildungsberatung zu Bildung und Beruf einschließlich der Entwicklung und Erprobung von innovativen Weiterbildungskonzepten. Darüber hinaus werden Zuschüsse für den Betrieb der Weiterbildungsdatenbank gewährt.

Darstellung der Gesamtfinanzierung:

Lfd. Nr.	Zweck		Landesmittel zur EU-Mittel-Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Ohne Ko finanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	EU-Mittel Zielgebiet 2 a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Weiterbildungsberatungsstellen und Weiterbildungsdatenbank	a)	0	6.491.000	6.491.000	0	6.491.000
		b)	0	5.502.000	5.502.000	0	5.502.000
		c)	0	5.502.000	5.502.000	0	5.502.000
2.	Modell- und Pilotprojekte	a)	0	1.025.000	1.025.000	0	1.025.000
		b)	0	2.014.000	2.014.000	0	2.014.000
		c)	0	2.014.000	2.014.000	0	2.014.000
	Summe 2023		0	7.516.000	7.516.000	0	7.516.000
	Summe 2024		0	7.516.000	7.516.000	0	7.516.000
	Summe 2025		0	7.516.000	7.516.000	0	7.516.000

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
NutzerInnen (Ist)						
Absolut	6.463	2.629	5.761	2.303	6.636	2.846
Relativ	61%	39%	71%	29%	70%	30%
rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	4.647	2.971	5.593	2.397	5.455	2.338

	2024		2025		2022	
	W	M	W	M	W	M
angestrebtes „Angemessenes Geschlechterverhältnis“ (Soll)						
Relativ	65%	35%	64%	36%	58%	42%

Zielgruppe	Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte
Zielsetzung:	Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit von Männern und Frauen durch Beratung zu Bildung und Beruf und zu Aus- und Weiterbildung, die Frauen und Männer befähigt, für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen und eine eigene soziale Sicherung aufzubauen. Gleichzeitig sollen die beruflichen Qualifikationen und Kompetenzen von Frauen Männern gleichermaßen geschätzt und entgolten werden und durch Bildungsmaßnahmen auch nach der beruflichen Erstausbildung sowohl an die arbeitsmarktlichen Erfordernisse wie die individuellen Wünsche und Bedarfe angepasst und verändert werden.
Steuerungsbedarf unter Berücksichtigung des Soll/Ist-Vergleichs 2022:	Das Soll entspricht dem Ist. Es nehmen erfahrungsgemäß mehr Frauen als Männer an den Maßnahmen teil. Dies ist nicht steuerbar, da die Teilnahme freiwillig ist. Im Zuge der Corona-Pandemie 20221 /22 haben sich deutlich mehr Frauen als Männer beraten lassen. 2023 sollen wieder mehr Männer beraten werden. Gestaltung des Angebotes in einer den unterschiedlichen Wünschen und Zugängen entsprechenden Vielfalt, die so aufeinander abgestimmt sind, dass in der Summe aller vorhandenen Angebote Frauen und Männer entsprechend ihrer beruflichen Entwicklung und arbeitsmarktlichen Position adäquate Angebote in angemessener Zahl und differenzierten Form sowie örtlichen Verfügbarkeit vorfinden.

Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten folgende Jahresbeträge:

	Jahres-betrag	WB Beratung/ WB Datenbank €	Modell-/ Pilotprojekte €	Gesamt €
VE 2024	2025	5.502.000	1.743.000	7.245.000
VE 2025	2026	5.502.000	1.500.000	7.002.000

Die Verpflichtungsermächtigungen sind aufgrund jahresübergreifender Förderungen erforderlich.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68355	**253**	**Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung**	**11.000.000**	**9.911.000**	**15.575.000**	**15.060.396,68**
		Verpflichtungsermächtigung	**12.911.000**	**291.000**		
		Davon fällig 2025	**3.911.000**			
		Davon fällig 2026	**9.000.000**	**291.000**		

Deckungsvermerk:
Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.821.653	0	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	4.000.000	6.000.000	0

Entsprechend den Handlungsfeldern der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden sämtliche Ausgaben zum Maßnahmebereich Jobcoaching und Qualifizierung gebündelt bei einem Titel nachgewiesen. Die Mittel sind ergänzend zu den Leistungen der Arbeitsagenturen sowie Jobcenter für die Finanzierung von Coaching- und Qualifizierungsmaßnahmen vorgesehen. Diese Förderung stellt als „Berliner Jobcoaching“ den Schwerpunkt der Beschäftigungsförderung in der aktiven Arbeitsmarktpolitik dar und wird ergänzt durch finanzielle Beteiligung an der Förderung des Bundes zur Schaffung von Beschäftigung (Lohnkosten, Sachkosten) aus Titel 68356.

Im Bereich der Maßnahmen gemeinwohlorientierter öffentlich geförderter Beschäftigung und Qualifizierung (z.B. § 16 i SGB II, AGH, QvB, Bundesprogramme) soll ebenfalls Maßnahmeteilnehmenden ein Coachingangebot mit der Möglichkeit begleitender Qualifizierung unterbreitet werden. Dieses Coachingangebot steht auch sonstigen interessierten Arbeitslosen zur Verbesserung der Integrationschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Die Verausgabung von ESF-Mitteln für die ergänzende Qualifizierung vor Beschäftigung über Titel 68395 (ESF-Förderperiode 2014-2020) endet aufgrund des n+3-Prinzips im Haushaltsjahr 2023. Das Förderinstrument QvB wird nach Ablauf der EU-Förderperiode 2014-2020 in dieser Form nicht weitergeführt.

Die Landesmittel zur Kofinanzierung eines weiterentwickelten ESF-Instruments Fachkräftesichernde Qualifizierung zum Nachholen des Mittleren Schulabschlusses (FQ MSA) in der neuen ESF-Förderperiode 2021-2027 werden künftig bei Titel 684 76 nachgewiesen.

Die Mittel der Europäischen Strukturfonds aus der Förderperiode 2021-2027 werden einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen beim Titel 683 92 nachgewiesen.

Darstellung der Gesamtfinanzierung:

Lfd. Nr.	Programm/ Maßnahme		Landesmittel zur EU-Mittel-Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Ohne Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	EU-Mittel Zielgebiet 2 a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Berliner Jobcoaching in öffentlich geförderter Beschäftigung	a)	0	10.103.000	10.103.000	0	10.103.000
		b)	0	10.419.000	10.419.000	0	10.419.000
		c)	0	9.330.000	9.330.000	0	9.330.000
2.	Qualifizierung vor Beschäftigung	a)	1.581.000	0	1.581.000	5.500.000	7.081.000
		b)	0	0	0	0	0
		c)	0	0	0	0	0
3.	Qualifizierung für Beschäftigung	a)	0	311.000	311.000	0	311.000
		b)	0	311.000	311.000	0	311.000
		c)	0	311.000	311.000	0	311.000

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Lfd. Nr.	Programm/ Maßnahme	Landesmittel			EU-Mittel	Summe der EU- und Landesmittel
		zur EU-Mittel-Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Ohne Ko finanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Zielgebiet 2 a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
4.	Vorgründungscoaching	a) 0 b) 0 c) 0	270.000 270.000 270.000	270.000 270.000 270.000	0 0 0	270.000 270.000 270.000
5.	FQ MSA	a) 3.310.000 b) 0 c) 0	0 0 0	3.310.000 0 0	2.207.000 0 0	5.517.000 0 0
	Summe 2023	4.891.000	10.684.000	15.575.000	7.707.000	23.282.000
	Summe 2024	0	11.000.000	11.000.000	0	11.000.000
	Summe 2025	0	9.911.000	9.911.000	0	9.911.000

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
NutzerInnen (Ist)						
Absolut	2.420	3.009	2.400	2.899	2.679	2.593
Relativ	45 %	55 %	45 %	55 %	51 %	49 %
rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	5.903	7.340	7.477	9.031	7.653	7.407

	2024		2025		2022	
	W	M	W	M	W	M
angestrebtes „Angemessenes Geschlechterverhältnis“ (Soll)						
Relativ	44 %	56 %	44 %	56 %	44 %	56 %

Zielgruppe	Arbeitslose
Zielsetzung:	Die Zielsetzung besteht in einer möglichst ausgeglichenen Förderarchitektur, die gleichsam allen Geschlechtern zu Gute kommt. Dabei handelt es sich um Maßnahmen im Bereich Qualifizierung und Coaching. Diese stehen grundsätzlich allen Geschlechtern offen. Die inhaltliche Ausrichtung orientiert sich vor allem an einer Verbesserung der Integrationschancen der Maßnahmeteinehmenden in Abstimmung mit den Bedarfen der Wirtschaft. Die Teilhabe der Geschlechter an den Förderungen sollte aber ausgewogen sein. Aus diesem Titel werden zahlreiche Qualifizierungsprojekte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert. Dem Gender Mainstreaming kommt als Querschnittsziel bei der ESF-Förderung eine zentrale Bedeutung zu. Frauen und Männer sollen gleichberechtigt und ihren jeweiligen Unterstützungsbedarfen entsprechend mit dem ESF gefördert werden. Zugleich sollen Frauen durch zielgruppenspezifische Maßnahmen im Rahmen der Investitionspriorität a.iv) zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen Gebieten unterstützt werden. Mit der Zugrundelegung der Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen gemäß Bericht der Bundesagentur für Arbeit für 2022 (mit einem durchschnittlichen Anteil der Frauen an den Arbeitslosen von rd. 44 % bzw. der Männer von 56 %) für die Zielwerte für 2024 f. wird die höhere Arbeitslosigkeit von Männern berücksichtigt. Dies stellt einen groben Richtwert für die Zielerreichung dar.
Steuerungsbedarf unter Berücksichtigung des Soll/Ist-Vergleichs 2022:	Die oben genannten FF-Zahlen (Ist) sowie die eingesetzten Budgets beziehen sich auf die 2020-2022 geförderten Instrumente. Zu erkennen ist eine höhere Nachfrage nach den geförderten Maßnahmen durch männliche TN entsprechend der höheren Arbeitslosigkeit bis 2021. Im Jahr 2022 glichen sich jedoch die Niveaus der Nachfrage durch beide Geschlechter an, wobei die Frauen eine leichte höhere Teilnahmequote aufwiesen. Das Ziel wurde in diesem Jahr verfehlt. Die Nachfrage hängt nicht zuletzt aber auch von Zuweisungen bzw. dem Einverständnis der Jobcenter zur Maßnahmeteilnahme ab. Traditionell ist der Frauenanteil bei den Qualifizierungsmaßnahmen grundsätzlich höher. Mit Beratung, z. B. durch die Jobcoaches, wird aber auch versucht, bei Männern ein größeres Interesse an zusätzlicher beruflicher Weiterbildung zu wecken.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten folgende Jahresbeträge:

Jahresbetrag		Berliner Jobcoaching in Öffentlich geförderter Beschäftigung €	Qualifizierung für Beschäftigung €	Vorgründungs-coaching €		Gesamt €
VE 2024	2025	3.620.000	156.000	135.000		3.911.000
	2026	9.000.000	0	0		9.000.000
	gesamt	12.620.000	156.000	135.000		12.911.000
VE 2025	2026	0	156.000	135.000		291.000
	2027	0	0	0		0
	gesamt	0	156.000	135.000		291.000

Die Verpflichtungsermächtigungen werden aufgrund jahresübergreifender Förderung benötigt.

Weniger wegen künftiger Veranschlagung der Landeskofinanzierungsmittel zu FQ MSA bei Titel 68476.

68356	**253**	**Landeszuschüsse für Beschäftigung**	**31.150.000**	**31.150.000**	**32.780.000**	**31.111.864,23**
		Verpflichtungsermächtigung	**56.637.000**	**12.940.000**		
		Davon fällig 2025	**14.972.000**			
		Davon fällig 2026	**16.013.000**	**7.558.000**		
		Davon fällig 2027	**17.652.000**	**4.447.000**		
		Davon fällig 2028	**8.000.000**	**935.000**		

Deckungsvermerk:
Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	16.405.471	3.500	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	7.106.000	2.595.000	185.000

Die Mittel sind für Beschäftigungsförderung von Zielgruppen des Arbeitsmarktes vorgesehen. Die nachfolgende Gesamtübersicht zeigt die Finanzierung der einzelnen Programme bzw. Förderinstrumente:

Lfd. Nr.	Zweck		Landesmittel zur EU-Mittel-Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Ohne Ko finanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	EU-Mittel Zielgebiet 2 a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Zuschüsse zur Freien Förderung nach § 16 f SGB II und sonstige Projektförderungen	a)	0	4.088.000	4.088.000	0	4.088.000
		b)	0	4.088.000	4.088.000	0	4.088.000
		c)	0	4.088.000	4.088.000	0	4.088.000
2.	Innovative Lokale Modellprojekte (PEB)	a)	500.000	0	500.000	1.000.000	1.500.000
		b)	0	0	0	0	0
		c)	0	0	0	0	0
3.	Öffentlich geförderte Beschäftigung (Zuschüsse zu Maßnahmen nach §§ 16 e und i SGB II und sonstigen Beschäftigungsprogrammen) und Landeszuschüsse für KMU (LKMU) sowie Lohnkostenzuschüsse für Ältere	a)	0	25.018.000	25.018.000	0	25.018.000
		b)	0	24.062.000	24.062.000	0	24.062.000
		c)	0	24.062.000	24.062.000	0	24.062.000

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Lfd. Nr.	Zweck		Landesmittel zur EU-Mittel-Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Ohne Ko finanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	EU-Mittel Zielgebiet 2 a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
4.	Lokales Soziales Kapital	a)	250.000	0	250.000	250.000	500.000
		b)	0	0	0	0	0
		c)	0	0	0	0	0
5.	Besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik	a)	0	300.000	300.000	0	300.000
		b)	0	250.000	250.000	0	250.000
		c)	0	250.000	250.000	0	250.000
6.	Lokal-Sozial-Innovativ (LSI)	a)	2.624.000	0	2.624.000	1.750.000	4.374.000
		b)	2.750.000	0	2.750.000	1.833.000	4.583.000
		c)	2.750.000	0	2.750.000	1.833.000	4.583.000
	Summe 2023	a)	3.374.000	29.406.000	32.780.000	3.000.000	35.780.000
	Summe 2024	b)	2.750.000	28.400.000	31.150.000	1.833.000	32.983.000
	Summe 2025	c)	2.750.000	28.400.000	31.150.000	1.833.000	32.983.000

Zu 1.:
Im Rahmen dieser Förderung werden u.a. die JobPoints einschl. mobiler Jobberatung für Geflüchtete gefördert sowie das Projekt BALZ. Des Weiteren sollen Projekte, die Jobcenter im Rahmen der freien Förderung finanzieren, landesseitig kofinanziert werden, soweit das Land Berlin ein besonderes Interesse besitzt.

Zu 2.:
Die Verausgabung von ESF-Mitteln für innovative lokale Modellprojekte (PEB) über Titel 68395 (ESF-Förderperiode 2014-2020) endet aufgrund des n+3-Prinzips im Haushaltsjahr 2023. Das Förderinstrument PEB wird nach Ablauf der EU-Förderperiode 2014-2020 in dieser Form nicht weitergeführt. Die Landesmittel zur Kofinanzierung eines weiterentwickelten ESF-Instruments in der neuen ESF-Förderperiode 2021-2027 werden bei Titel 683 56 unter der Erläuterungsnummer 6 (Lokal-Sozial-Innovativ – Lokale Förderung sozialer Integration und Innovation) nachgewiesen.

Zu 3.:
Aus diesem Teilansatz werden Beschäftigungszuschüsse einschließlich Landeszuschüsse für KMU finanziert. Dies erfolgt überwiegend in Ergänzung von Bundesförderungen (z. B. § 16 i SGB II oder Eingliederungszuschüsse nach § 88 SGB III sowie Bundesprogrammen).

Zu 4.:
Die Verausgabung von ESF-Mitteln für Mikroprojekte Lokales Soziales Kapital (LSK) über Titel 68395 (ESF-Förderperiode 2014-2020) endet aufgrund des n+3-Prinzips im Haushaltsjahr 2023. Das Förderinstrument LSK wird nach Ablauf der EU-Förderperiode 2014-2020 in dieser Form nicht weitergeführt. Die Landesmittel zur Kofinanzierung eines weiterentwickelten ESF-Instruments in der neuen ESF-Förderperiode 2021-2027 werden bei Titel 683 56 unter der Erläuterungsnummer 6 (Lokal-Sozial-Innovativ – Lokale Förderung sozialer Integration und Innovation) nachgewiesen.

Zu 5.:
Die Mittel werden für Projekte zur Identifizierung und Erprobung neuer Ansätze zur Verbesserung von Vermittlung, Beschäftigung und Integration in Beschäftigung eingesetzt.

Zu 6: Im Rahmen der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit wird in der neuen ESF-FP 2021-27 ein weiterentwickeltes Förderinstument LSI mit Mikro-, Entwicklungs- und Modellprojekten zur Förderung sozialer Integration von besonders benachteiligten Personen und sozialen Innovationen im lokalen Kontext umgesetzt.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
NutzerInnen (Ist)						
Absolut	1.629	2.376	1.320	1.868	1.154	1.614
Relativ	41 %	59 %	41 %	59 %	42 %	58 %
rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	15.264	22.264	15.649	22.145	12.970	18.141

	2024		2025		2022	
	W	M	W	M	W	M
angestrebtes „Angemessenes Geschlechterverhältnis“ (Soll)						
Relativ	44 %	56 %	44 %	56 %	44 %	56 %

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Zielgruppe	Arbeitslose
Zielsetzung:	Es wird ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Teilnehmer/innen (TN) in den aus diesem Titel geförderten Maßnahmen angestrebt. Im langjährigen Mittel entsprach das Verhältnis von Männern und Frauen in den Maßnahmen etwa dem der gemeldeten Arbeitslosen. Aus diesem Titel werden zahlreiche Projekte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert. Dem Gender Mainstreaming kommt als Querschnittsziel bei der ESF-Förderung eine zentrale Bedeutung zu. Frauen und Männer sollen gleichberechtigt und ihren jeweiligen Unterstützungsbedarfen entsprechend mit dem ESF gefördert werden. Zugleich sollen Frauen durch zielgruppenspezifische Maßnahmen im Rahmen der Investitionspriorität a.iv) zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen Gebieten unterstützt werden. Die Berichte der Bundesagentur für Arbeit wiesen für das Land Berlin 2022 durchschnittlich einen Anteil der Frauen an den Arbeitslosen von rd. 44 % bzw. der Männer von 56 % auf. Als Richtwert für die Folgejahre wurde daher dieses Verhältnis festgelegt.
Steuerungsbedarf unter Berücksichtigung des Soll/Ist-Vergleichs 2022:	Im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung sowie der LKZ-Förderungen wiesen die Förderungen in den vergangenen Jahren entsprechend der Struktur der schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen einen höheren Anteil an männlichen TN auf. Der Zielwert wurde 2022 nur leicht verfehlt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Jobcenter die Maßnahmeteilnehmenden nach eigenen Maßstäben zuweisen. Soweit durch eine stärkere Abweichung von dem Zielwert in der Zukunft ein Steuerungserfordernis bestünde, wäre für eine Korrektur die Abstimmung mit den Jobcentern erforderlich.

Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten folgende Jahresbeträge:

Jahresbetrag in €		Zuschüsse zur Freien Förderung nach § 16 f SGB II und sonstige Projektförderungen	Öffentlich geförderte Beschäftigung (Zuschüsse zu Maßnahmen nach §§ 16 e und i SGB II und sonstige Beschäftigungsprogramme) und Landeszuschüsse für KMU sowie Lohnkostenzuschüsse für Ältere	Lokal-Sozial-Innovativ (LSI)	Besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik	Gesamt
VE 2024	2025	4.088.000	9.034.000	1.650.000	200.000	14.972.000
	2026	1.557.000	13.256.000	1.200.000	0	16.013.000
	2027	0	16.902.000	750.000	0	17.652.000
	2028	0	8.000.000	0	0	8.000.000
	gesamt	5.645.000	47.192.000	3.600.000	200.000	56.637.000
VE 2025	2026	1.066.000	4.942.000	1.350.000	200.000	7.558.000
	2027		3.097.000	1.350.000	0	4.447.000
	2028		185.000	750.000		935.000
	gesamt	1.066.000	8.224.000	3.450.000	200.000	12.940.000

Die Verpflichtungsermächtigungen werden aufgrund jahresübergreifender Förderung benötigt.

Bei den Fördermaßnahmen liegt eine Drittmittelbeteiligung von mindestens 50 v. H. an den Gesamtkosten vor (Bundesmittel einschließlich Mittel der Bundesagentur für Arbeit und/oder im Kapitel 1140 veranschlagte EU-Strukturfondsmittel).

Die Mittel der Europäischen Strukturfonds aus der Förderperiode 2021-2027 werden einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen beim Titel 683 92 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68392	**253**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**3.433.000**	**3.433.000**	**5.557.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.400.000**	**4.600.000**		
		Davon fällig 2025	**2.400.000**			
		Davon fällig 2026	**1.900.000**	**1.400.000**		
		Davon fällig 2027	**1.400.000**	**1.600.000**		
		Davon fällig 2028	**700.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**400.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind im Rahmen einer Steuerung durch die Fondsverwaltung bei der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung mit anderen ESF-Ausgaben einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	400.000	0	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	2.533.000	467.000	0

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Die Mittel sind vorgesehen für die Förderung der Projekte der Jugendberufsagentur Berlin (ESF - Projekt) zur „Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen“ sowie für die Lokale Förderung sozialer Innovation von Mikro-, Entwicklungs- und Modellprojekten (Kofinanzierung von Ausgaben bei den Titeln 68333 und 68356). Die Mittel für die Fachkräftesichernde Qualifizierung zum Nachholen des Mittleren Schulabschlusses (FQ-MSA) werden künftig bei Titel 68492, die Landeskofinanzierung, bis 2023 im Titel 68355, wird zukünftig bei Titel 68476 nachgewiesen.

Darstellung der Gesamtfinanzierung:

Lfd. Nr.	Programm/ Maßnahme		Landesmittel zur EU-Mittel-Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Ohne Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	EU-Mittel Zielgebiet 2 a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
	68355						
1.	Fachkräftesichernde Qualifizierung zum Nachholen des MSA (FQ MSA)	a) b) c)	3.310.000 0 0	0 0 0	3.310.000 0 0	2.207.000 0 0	5.517.000 0 0
	68356						
2.	Lokal-Sozial-Innovativ (LSI) – Lokale Förderung sozialer Integration und Innovation	a) b) c)	2.624.000 2.750.000 2.750.000	0 0 0	2.624.000 2.750.000 2.750.000	1.750.000 1.833.000 1.833.000	4.374.000 4.583.000 4.583.000
	68333						
3.	JBA-Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen	a) b) c)	2.400.000 2.400.000 2.400.000	0 0 0	2.400.000 2.400.000 2.400.000	1.600.000 1.600.000 1.600.000	4.000.000 4.000.000 4.000.000
	Summe 2023		8.334.000	0	8.334.000	5.557.000	13.891.000
	Summe 2024		5.150.000	0	5.150.000	3.433.000	8.583.000
	Summe 2025		5.150.000	0	5.150.000	3.433.000	8.583.000

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27292).

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten folgende Jahresbeträge

Jahresbetrag		zu Titel 68333 €	zu Titel 68356 €	Gesamt €
VE 2024	2025	1.300.000	1.100.000	2.400.000
	2026	1.100.000	800.000	1.900.000
	2027	900.000	500.000	1.400.000
	2028	700.000		700.000
	gesamt	4.000.000	2.400.000	6.400.000
VE 2025	2026	500.000	900.000	1.400.000
	2027	700.000	900.000	1.600.000
	2028	700.000	500.000	1.200.000
	2029	400.000		400.000
	gesamt	2.300.000	2.300.000	4.600.000

Die Verpflichtungsermächtigungen werden aufgrund jahresübergreifender Förderung benötigt.

Weniger wegen künftigem Nachweis der Mittel zu FQ MSA bei Titel 68492.

68395	**253**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**6.750.000**	**5.915.845,21**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68453	**253**	**Zuschüsse für besondere Projekte der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik**	**35.314.000**	**18.444.000**	**34.504.000**	**28.349.225,55**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 68453 und 42861 sind gem. § 20 Abs. 2 LHO einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	35.314.000	18.444.000	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	0	0	0

Die Mittel sind für das Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen vorgesehen. Das Pilotprojekt richtet sich an 1.000 Personen, die insbesondere nach Übergang in das Arbeitslosengeld II mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von 1 bis max. 3 Jahren einen Arbeitsvertrag bei Landesbetrieben, Bezirken, Hauptverwaltung bzw. gemeinwohlorientierten Trägern mit einer vollen 5-Jahres-Förderung erhalten.

Die Ausgaben umfassen auch Aufwendungen für Coaching, Qualifizierung und ggfs. ergänzend zu gewährende Sachkostenpauschalen. In den o.g. jährlichen Summen der eingegangenen Verpflichtungen sind nicht die Kosten der SGE-Stellen in der Berliner Verwaltung enthalten, die jeweils bei Titel 42861 nachgewiesen werden, insgesamt rd. 1,5 Mio. € p.a. (keine Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen bei Titeln der Hauptgruppe 4).
Die Umsetzung hat im Haushaltsjahr 2019 begonnen.

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):

	2020			2021			2022		
	W	D	M	W	D	M	W	D	M
NutzerInnen (Ist)									
Absolut	381	3	442	462	3	535	406	3	464
Relativ	46 %	0 %	54 %	46 %	0 %	54 %	47 %	0 %	53 %
rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	5.547	44	6.435	14.540	93	16.681	13.184	97	15.068

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	2024		2025		2022	
	W	M	W	M	W	M
angestrebtes „Angemessenes Geschlechterverhältnis“ (Soll)						
Relativ	44	56	44	56	44 %	56 %

Zielgruppe	Arbeitslose
Zielsetzung:	Es wird ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis bei den Teilneh- mer/innen (TN) in den aus diesem Titel geförderten Maßnahmen angestrebt. Im Mittel soll das Verhältnis von Männern und Frauen in den Maßnahmen etwa dem der gemeldeten Arbeitslosen entsprechen. Die Teilnehmenden können flexibel zwischen Teil- und Vollzeit wechseln, sodass der Grundsatz der Guten Arbeit sowie der Gender-Aspekt familienfreundlich miteinander verbunden wurden. Die Berichte der Bundesagentur für Arbeit wiesen für das Land Berlin 2020 durchschnittlich einen Anteil der Frauen an den Arbeitslosen von rd. 44 % bzw. der Männer von 56 % auf. Als Richtwert für die Folgejahre wurde daher dieses Verhältnis festgelegt. Da mit Ablauf des Jahres 2020 die Stellenbesetzungsphase endete, werden die Richtwerte für alle darauffolgenden Jahre fortgeschrieben. Für die Kategorie divers lässt sich mangels Berücksichtigung kein Richtwert bestimmen.
Steuerungsbedarf unter Berücksichtigung des Soll/Ist-Vergleichs 2020:	Im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung weisen die Förderungen in der Regel entsprechend der Struktur der schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen einen höheren Anteil an männlichen TN auf (s. Titel 683 56). Dies schlägt sich im Zielwert auch bei diesem Titel nieder. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Jobcenter die Maßnahmeteilnehmenden nach eigenen Maßstäben zuweisen. Mit Ende der Stellenbesetzungsphase stellt sich ein Verhältnis von 46% Frauen und 54% Männer im SGE dar. Damit ist der Anteil der Frauen im Programm leicht höher als der Anteil unter den Arbeitslosen insgesamt. Die Zielstellung eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses bei den teilnehmenden konnte damit aber grundsätzlich erreicht werden.

Weniger wegen sukzessivem Auslaufen des Programms.

68476	**253**	**Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung**	**13.121.000**	**12.910.000**	**11.500.000**	**13.481.719,91**
		Verpflichtungsermächtigung	**10.928.000**	**11.940.000**		
		Davon fällig 2025	**9.928.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**7.980.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**3.960.000**		

Deckungsvermerk:
Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen, außer Titel 54010, sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger Zusammenhang besteht.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.806.425	0	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	5.350.000	1.350.000	

Die Mittel sind für die nachfolgend genannten Projekte der Berufsausbildung vorgesehen:

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Lfd. Nr.	Programm/ Maßnahme		Landesmittel zur EU-Mittel-Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Ohne Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	EU-Mittel Zielgebiet 2 a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Förderung der Ausbildungs-fähigkeit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Ausbildung in Sicht)	a)	750.000	0	750.000	750.000	1.500.000
		b)	0	0	0	0	0
		c)	0	0	0	0	0
2.	Komm auf Tour	a)	0	500.000	500.000	0	500.000
		b)	0	960.000	960.000	0	960.000
		c)	0	960.000	960.000	0	960.000
3.	Berliner Programm „Vertiefte Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler (BVBO)“	a)	0	3.500.000	3.500.000	0	3.500.000
		b)	0	3.700.000	3.700.000	0	3.700.000
		c)	0	3.700.000	3.700.000	0	3.700.000
4.	Netzwerk regionale Ver-bünde/ neu: regionale Berufsorientierung	a)	0	200.000	200.000	0	200.000
		b)	0	600.000	600.000	0	600.000
		c)	0	600.000	600.000	0	600.000
5.a	Modell- und Pilotprojekte	a)	0	2.000.000	2.000.000	0	2.000.000
		b)	0	1.100.000	1.100.000	0	1.100.000
		c)	0	600.000	600.000	0	600.000
5.b	Modell- und Pilotprojekte/ Clearingstellen Jugend-berufsagentur	a)	0	1.200.000	1.200.000	0	1.200.000
		b)	0	0	0	0	0
		c)	0	0	0	0	0
6.	ARRIVO	a)	0	2.300.000	2.300.000	0	2.300.000
		b)	0	2.300.000	2.300.000	0	2.300.000
		c)	0	2.300.000	2.300.000	0	2.300.000
7.	#sei Dual	a)	0	900.000	900.000	0	900.000
		b)	0	0	0	0	0
		c)	0	0	0	0	0
8.	Evaluation Berufsorientierung	a)	0	150.000	150.000	0	150.000
		b)	0	150.000	150.000	0	150.000
		c)	0	150.000	150.000	0	150.000
9.	Berufsorientierung Klima Berufe	a)	0	0	0	0	0
		b)		1.000.000	1.000.000	0	1.000.000
		c)		1.000.000	1.000.000	0	1.000.000
10.	Fachkräftesichernde Qualifi-zierung zum Nachholen des MSA (FQ MSA)	a)	0	0	0	0	0
		b)	3.311.000	0	3.311.000	2.207.000	5.518.000
		c)	3.600.000	0	3.600.000	2.400.000	6.000.000
	Summe 2023		750.000	10.750.000	11.500.000	750.000	12.250.000
	Summe 2024		3.311.000	10.710.000	13.121.000	2.207.000	15.328.000
	Summe 2025		3.600.000	10.710.000	12.910.000	2.400.000	15.310.000

Zu 1.:
Aufgrund rückläufiger Teilnehmerzahlen wird das Instrument ab dem Haushaltsjahr 2023 nicht weiter fortgeführt. Die in 2023 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden weiterhin für die Berufsorientierung genutzt (siehe Erl. Nr. 2).

Zu 2 u. 3.:
Mehr wegen steigender Schüler/innenzahlen (teils bedingt durch den Ukrainekrieg) und der hohen Nachfrage nach BVBO 4 You Maßnahmen. Darüber hinaus erfolgte in 2021 die Anpassung der Kostensätze. Die Bundesagentur für Arbeit hat als kofinanzierende Stelle signalisiert, die Prüfung der Erhöhung des Kontingents zu veranlassen. Mit der Erhöhung der Haushaltsansätze wird landesseitig entsprechend Vorsorge getroffen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Zu 4.:
Das ursprüngliche Instrument Netzwerk Regionale Ausbildungsverbünde (NRAV) wird nicht weiter fortgeführt. Es sind andere Förderstrukturen entstanden, die ganz oder teilweise die Aufgaben des NRAV wahrnehmen konnten.
Die dadurch nicht mehr benötigten Haushaltsmittel werden für das „neue“ Instrument Unterstützung der regionalen Berufsorientierung verwendet.
So sollen bewährte Strukturen in den Bezirken, die zur Verbesserung der Ausbildungssituation, der Berufsorientierung und Vernetzung der wichtigen Akteure auf diesem Feld beitragen, zukunftsorientiert ausgebaut werden und die neuen Herausforderungen des Ausbildungsmarktes (insb. Corona Pandemie, Ukrainekrieg, Energiekrise) bewältigen. Die Richtlinien der Regierungspolitik 2021-2026 sehen die Stärkung der Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen, auch an Gymnasien und Oberstufenzentren vor. Sie ist in die Gesamtförderstrategie der Berufsorientierung und Fachkräftesicherung des Landes Berlin eingebettet.
Ziel der Förderung ist, regionale Aktivitäten und Netzwerkstrukturen im Land dort zu fördern, wo besonders innovative Ansätze verfolgt und mit den bewährten funktionierenden Strukturen verzahnt werden. Die Förderkriterien wurden bereits in 2023 in Abstimmung mit den Bezirken erarbeitet. Letztere reichen die Haushaltsmittel im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung an die Projektträger weiter.

Zu 5.:
Mit der Verabschiedung des Landeskonzepts Berufs- und Studienorientierung im Jahr 2015 hat die Berufsorientierung eine deutlich größere Verbindlichkeit erfahren. Die meisten Schulen müssen nunmehr Berufsorientierungskonzepte entwickeln und diese umsetzen. Insbesondere im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen ist es von besonderer Bedeutung, diese Zielgruppe, die die Möglichkeiten des Arbeitsmarktes nur unzureichend kennt, entsprechend zu orientieren, um ihre Berufswahlkompetenz zu entwickeln.

Da aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen in der Regel nicht auf bekannte Instrumente zurückgegriffen werden kann, sind neue Ansätze im Rahmen von Modell- und Pilotprojekten erforderlich. Ähnliches gilt auch für Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche oder für inklusive Maßnahmen.
Das Modellprojekt zur Umsetzung von (Erst)Beratungen zu den sozialintegrativen Leistungen nach § 16 a SGB II in den regionalen Standorten der Jugendberufsagentur Berlin wird Ende 2023 auslaufen. Nach der ersten Umsetzungsphase in den Jahren 2020-2021, die dem Aufbau der neuen Beratungsstruktur diente, hat die zweite Finanzierungsphase in den Jahren 2022-2023 das Ziel, das Modellprojekt in dieser Zeit so weit zu etablieren, dass es ab dem Jahr 2024 über die reguläre bezirkliche Budgetierung abgerechnet werden kann. Die Entwicklung der Beratungszahlen und der kontinuierliche fachliche Austausch zu dem Beratungsangebot belegen den Bedarf und die Geeignetheit der Beratungsstruktur innerhalb der JBA Berlin. Die Pilotierung wird als erfolgreich bewertet.
Die (Erst)Beratung zu den sozialintegrativen Leistungen nach § 16 a SGB II ist gem. § 5 Abs 3 der in 2022 neu gefassten Vereinbarung zur Zusammenarbeit der Partner im Rahmen der JBA Berlin eine Leistung, die in den regionalen Standorten für die Zielgruppe der JBA Berlin durch die Bezirke angeboten wird.

Zu 7.:
Das Projekt #seiDual wurde im Jahr 2022 beendet und wird nicht weiter fortgeführt.

Der Ansatz 2023 i.H.v.900.000 Euro wird anteilig für die Projekte der Berufsorientierung in den Bezirken (600.000 Euro) sowie der Berufsorientierung in Klimaberufen (300.000 Euro) innerhalb des Titels 684 76 genutzt.

Zu 8:
Aufgrund des Ausfalls des regelmäßigen Präsenzschulunterrichts durch coronabedingte Schulschließungen konnte die Evaluierung trotz der vorbereiteten vergaberechtlichen Ausschreibung des wissenschaftlichen Dienstleisters nicht wie geplant in 2022 starten. Die tatsächliche Teilnahme an den Maßnahmen (und somit am Schulunterricht) ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeitsanalyse.

Zu Beginn des Schuljahres 2023/2024 soll die Befragung der Schüler/innen erstmalig nachgeholt und in dem darauffolgenden Schuljahr 2024/25 fortgesetzt werden, um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten. Aufgrund der Komplexität und Vielfalt der Maßnahmen der Berufsorientierung und der Auswirkung der Coronapandemie auf den schulischen Alltag ist davon auszugehen, dass die repräsentative Befragung der Schüler/innen über mehrere Schuljahre erfolgen muss, um ein wissenschaftlich fundiertes Ergebnis zu bekommen. Um hier Vorsorge zu treffen, soll auch für das Schuljahr 2024/25 entsprechende finanzielle Vorsorge getroffen werden, um die Befragung zu wiederholen.

Zu 9:
Die Sonderkommission Ausbildungsplatzsituation und Fachkräftesicherung hat auf ihrer Sitzung am 29. Juni 2022 beschlossen, einen Runden Tisch für Energie- und Klimaberufe einzurichten, der Maßnahmen erarbeiten soll, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Dem Fachkräftemangel in den entsprechenden Energie- und Klimaberufen soll so durch Aus- und Fortbildungen entgegengewirkt werden, um den Wandel hin zur klimaneutralen Gestaltung Berlins voranzubringen.

Zu 10:
Die Mittel für das ESF-Förderinstrument FQ MSA (Fachkräftesichernde Qualifizierung zum Nachholen des Mittleren Schulabschlusses) sind neu bei diesem Titel veranschlagt. Es handelt sich um die Landesmittel zur Kofinanzierung in der neuen ESF-Förderperiode 2021-2027. Die Mittel wurden bislang bei Titel 68355 nachgewiesen.
Die Mittel der Europäischen Strukturfonds aus der Förderperiode 2021-2027 werden einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen beim Titel 684 92 nachgewiesen, bislang bei Titel 68392.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Ausweis von geschlechtssensitiven Daten (Gender Budget):

Zielgruppe	Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Schülerinnen und Schüler

	2020		2021		2022	
	W	M	W	M	W	M
NutzerInnen (Ist)						
Absolut	17.382	18.495	27.391	29.915	42.747	42.411
Relativ	48 %	52 %	48 %	52 %	50%	50 %
rechnerische Ressourcen-verteilung (inT €)	2.311	2.503	2.841	3.078	3.743	3.743

	2024		2025		2022	
	W	M	W	M	W	M
angestrebtes „Angemessenes Geschlechterverhältnis“ (Soll)						
Relativ	50 %	50 %	50 %	50 %	50 %	50 %

GB Zielsetzung:	Durch ein vielfältiges Angebot zur Berufsorientierung sollen bestehende Berufswahlentscheidungen auf einer verbesserten Entscheidungsgrundlage getroffen werden und so junge Frauen und Männer auch dabei unterstützen, ihre vorhandenen Neigungen und Fähigkeiten zu erkennen und in eine fundierte Berufswahl münden zu lassen. Frauen und Männer reproduzieren mit ihrer Berufs- und Studienfachwahl weiterhin mehrheitlich Segregationslinien entlang der Geschlechterdifferenz. Die Ursachen für die geschlechterstereotypen Präferenzen sind vielschichtig, wobei institutionelle und kulturelle Aspekte ineinandergreifen (vgl. www.gleichstellungsbericht.de).
Steuerungsbedarf unter Berücksichtigung des Soll/Ist-Vergleichs 2016	Der Geschlechteranteil entspricht in etwa dem der bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen auf eine Berufsausbildungsstelle. Durch ein Angebot von Berufsorientierungsangeboten in allen Schultypen, die unterschiedlich von jungen Frauen und Männern besucht werden, und die in ihrer Summe über das ganze Programm die bestehenden Berufswahlentscheidungen von Frauen und Männern berücksichtigen, ist eine mittelbare Steuerung möglich, die aber auch durch die Entscheidung der Schulen, sich am Programm zu beteiligen, und die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel beeinflusst wird.

Die Verpflichtungsermächtigungen enthalten folgende Jahresbeträge:

	Jahres-betrag	BVBO	Modell- und Pilot-Projekte	ARRIVO	Evaluation Berufsorien-tierung	BO Klima-Berufe	Fachkräfte-sichernde Qualifizie-rung zum Nachholen des MSA	Komm auf Tour	Gesamt
		€	€	€	€	€	€	€	€
VE 2024	2025	3.700.000	0	2.300.000	150.000	500.000	2.318.000	960.000	9.928.000
	2026	0	500.000	0	0	500.000	0	0	1.000.000
	gesamt	3.700.000	500.000	2.300.000	150.000	1.000.000	2.318.000	960.000	10.928.000
VE 2025	2026	2.000.000	0	2.500.000	0	0	2.520.000	960.000	7.980.000
	2027	0	500.000	2.500.000	0	0	0	960.000	3.960.000
	gesamt	2.000.000	500.000	5.000.000	0	0	2.520.000	1.920.000	11.940.000

Die Verpflichtungsermächtigungen sind aufgrund jahresübergreifender Förderungen erforderlich.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68490	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**4.530.000**	**4.530.000**	**4.200.000**	**4.973.436,50**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.530.000**	**4.530.000**		
		Davon fällig 2025	**4.530.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**4.530.000**		

Deckungsvermerk:
Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen, außer Titel 54010, sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger Zusammenhang besteht.

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	4.200.000	0	0

Die im Titel veranschlagten Ausgaben umfassen Mittel der Bundesagentur für Arbeit für eine Beteiligung an den Programmen BVBO (3.700.000 €) und Komm auf Tour (830.000 €). Die korrespondierenden Landesmittel werden im Titel 68476 nachgewiesen.

Mehr wegen steigender Schüler/innenzahlen (teils bedingt durch den Ukrainekrieg) und der hohen Nachfrage nach BVBO 4 You Maßnahmen. Darüber hinaus erfolgte in 2021 die Anpassung der Kostensätze. Die Bundesagentur für Arbeit hat als kofinanzierende Stelle signalisiert, die Prüfung der Erhöhung des Kontingents zu veranlassen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind als Jahresbetrag 2025 bzw. 2026 vorgesehen.

68492 (neu)	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**2.207.000**	**2.400.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.545.000**	**1.680.000**		
		Davon fällig 2025	**1.545.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.680.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind im Rahmen einer Steuerung durch die Fondsverwaltung bei der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung mit anderen ESF-Ausgaben einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten des Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	1.512.000	0	0

Die Mittel für das ESF-Förderinstrument FQ MSA (Fachkräftesichernde Qualifizierung zum Nachholen des Mittleren Schulabschlusses) sind neu bei diesem Titel veranschlagt. Es handelt sich um die korrespondierenden ESF-Mittel der neuen ESF-Förderperiode 2021-2027. Die Mittel wurden bislang bei Titel 68392 nachgewiesen

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27292).

Die Verpflichtungsermächtigungen werden aufgrund jahresübergreifender Förderung benötigt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68495	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**750.000**	**1.344.202,90**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68569	**253**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**2.000**	**2.000**	**10.000**	**2.145,00**

Zuschüsse an Verbände zur Schulung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter.

68579	**253**	**Mitgliedsbeiträge**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.688,67**

Beiträge im Rahmen von Mitgliedschaften

1. Deutschen Arbeitsgerichtsverband e. V.
2. Deutschen Institut für Normung e. V. (DIN)
3. Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit e. V. (BASI)

89380	**253**	**Zuschüsse für die Errichtung, Erweiterung und Ausstattung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten**	**1.327.000**	**1.222.000**	**390.000**	**395.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.276.000**	**1.145.000**		
		Davon fällig 2025	**976.000**			
		Davon fällig 2026	**1.200.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.100.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.145.000**		

Deckungsvermerk:

Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen, außer Titel 54010, sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger Zusammenhang besteht.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	350.000	246.000	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	390.000	0	0

Die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und/oder dem Bundesminister für Wirtschaft für die Errichtung Erweiterung oder Ausstattung einer überbetrieblichen Berufsausbildungsstätte in Berlin nach den hierfür geltenden Förderrichtlinien in derzeit geltenden Fassung gewährten Zuschüsse können um bis zu 15 v. H. der anerkannten Gesamtkosten aufgestockt werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind aufgrund jahresübergreifender Förderungen erforderlich.

Mehr, wegen erhöhter Anzahl von Fördervorhaben.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**253**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**363.000**	**250.000**	**221.000**	**33.314,52**
		Verpflichtungsermächtigung	**140.000**	**140.000**		
		Davon fällig 2025	**140.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**140.000**		

Deckungsvermerk:
Die im Kapitel 1140 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind gemäß § 20 Absatz 2 LHO gegenseitig deckungsfähig, da zwischen ihnen ein verwaltungsmäßiger Zusammenhang besteht.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	44.000	24.000	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	40.000	40.000	0

Die Ausgaben werden für sechs Einzelverfahren eingesetzt:

1. Berechnung und Zahlbarmachung von Fördermitteln nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
2. Digitaler Antragsassistent für die Beantragung von AFBG-Leistungen (AFBG Digital)
3. Automatisierung des Gemeinsamen Tarifregisters Berlin und Brandenburg („Digitales Tarifregister“)
4. Anerkennung von Bildungsveranstaltungen nach dem Berliner Bildungszeitgesetz; Pflege und Weiterentwicklung einer webbasierten Datenbank
5. Ausbildungsmanagement der zuständigen Stelle für die Landwirtschaft (BBiG)
6. Anerkennung von Betriebsräteschulungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) (Erweiterung des bestehenden Fachverfahrens BiOn)

Mehr, wegen erforderlicher Ausgaben für IT-Dienstleistungen, um die Digitalisierung der Berliner Verwaltung voranzubringen und gesetzliche Vorgaben (Berliner E-Goverment-Gesetz und Onlinezugangsgesetz des Bundes) umzusetzen.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**363.000**	**250.000**	**221.000**	**33.314,52**
	Gesamtausgaben	**158.337.100**	**143.130.100**	**174.020.100**	**158.692.324,08**
	Prozentuale Veränderung	**-9,0 %**	**-9,6 %**		

Abschluss Kapitel 1140

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**3.276.000**	**3.276.000**	**3.955.000**	**3.564.104,68**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**17.974.000**	**18.323.000**	**24.612.000**	**15.659.484,72**
	Gesamteinnahmen	**21.250.000**	**21.599.000**	**28.567.000**	**19.223.589,40**
411-462	**Personalausgaben**	**8.014.100**	**8.475.100**	**7.622.600**	**7.250.239,74**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**10.648.000**	**10.262.000**	**9.477.500**	**9.424.801,04**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**138.348.000**	**123.171.000**	**156.530.000**	**141.622.283,30**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.327.000**	**1.222.000**	**390.000**	**395.000,00**
	Gesamtausgaben	**158.337.100**	**143.130.100**	**174.020.100**	**158.692.324,08**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-137.087.100**	**-121.531.100**	**-145.453.100**	**-139.468.734,68**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001094 Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	1.810.804	1.794.389	+0,91
Kostenträger	8	Sachkosten	6.375.727	7.115.410	-10,40
davon		Transferkosten	0	-0	-100,00
Produkte	8	Verrechnungskosten	60.839	64.219	-5,26
MGF	0	kalkulatorische Kosten	185.337	173.050	+7,10
Projekte	0	Gemeinkosten	1.697.068	1.692.607	+0,26
		Summe Verwaltungskosten	10.129.776	10.839.675	-6,55
		Transfers	143.465.029	148.288.905	-3,25
		Gesamtsumme	153.594.805	159.128.580	-3,48

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005131	2022	5.110.786	77.645.670	82.756.456
Zielgruppenbezogene Beschäftigungsförderung (Marktersatz)	2021	5.590.669	83.943.920	89.534.589

In diesem Operativen Ziel mit seinen zwei Kostenträgern werden die Kosten der Beschäftigungsförderung des Landes Berlin bei freien Trägern und in kleinem Umfang auch bei privaten Unternehmen in Ergänzung zur Förderung der Bundesagentur für Arbeit sowie die Kosten der die Instrumente umsetzenden Treuhänder erfasst. Zum einen werden hier die Kosten der Steuerung und der Transferkosten der vom Land Berlin (mit-)finanzierten Beschäftigungsmaßnahmen und von Coachingangeboten verbucht. Mit diesen Maßnahmen soll im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des Landes Berlin eine Arbeitsmarktentlastung erreicht und die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, vor allem durch das Berliner Jobcoaching, erreicht werden (Produkt 78959). Darüber hinaus wird mit dem Produkt 78969 die Förderung regionaler Projekte im Rahmen der ESF-Programme „Lokales Soziales Kapital“ (LSK) und „Partnerschaft - Entwicklung – Beschäftigung“ (PEB) abgebildet, die noch bis einschließlich 2023 laufen. Mit dem Instrument Lokal-Sozial-Innovativ (LSI) gibt es ein Nachfolgeinstrument, das ebenfalls aus Mitteln des ESF finanziert wird.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78959	2022	4.142.280	74.630.672	78.772.952
Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei freien Trägern	2021	4.449.709	78.828.456	83.278.165

	2022	2021
Menge: Anzahl der Maßnahmen	9.543	10.271
Kosten je ME in €	434,06	433,23
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	51,29	52,33
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	-0,00
IST - Erträge in €	980.581,83	755.565,78
Kostendeckungsgrad in %	1,24	0,91

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Entwicklung, Finanzierung, begleitendes Controlling des Dienstleisters bei der Umsetzung von landesfinanzierten Coaching- und Beschäftigungsmaßnahmen (Berliner Jobcoaching in öffentlich geförderter Beschäftigung, Kofinanzierung von Maßnahmen nach § 16 i SGB II u.a.) bei freien Trägern

Fachspezifische Informationen

Hinweis: Die monatlich erfasste Zahl der Maßnahmen wird systembedingt addiert. Die jahresdurchschnittliche Förderung ergibt sich durch die Division durch 12, d.h. 2021 wurden 856 Maßnahmen mit 4.159 Teilnehmenden jahresdurchschnittlich und 2022 wurden 795 Maßnahmen mit 3.675 Teilnehmenden jahresdurchschnittlich gefördert (rd. 42% bzw. 45% Frauen).

Dieses Produkt umfasst Beschäftigungszuschüsse für Maßnahmen in der öffentlich geförderten Beschäftigung einschließlich Sachkostenzuschüsse und das Berliner Jobcoaching in der öffentlich geförderten Beschäftigung sowie für die Förderung von Lohnkostenzuschüssen an kleine und mittlere Unternehmen. Es enthält auch die Kosten des Pilotprojektes Solidarisches Grundeinkommen, das seit 2019 mit bis zu 1.000 Beschäftigten bei freien Trägern, kommunalen Unternehmen (z.B. der BVG) sowie in der Berliner Verwaltung läuft. Die Teilnehmenden werden bis zu fünf Jahren gefördert, das Programm läuft bis 2025.

Die Verwaltungskosten haben sich parallel zu den Transferkosten, bedingt durch geringere Maßnahmeumfänge, rückläufig entwickelt. Neben den direkten Personal- und Sachkosten der Verwaltung sind die Kosten der für die Umsetzung beauftragten Dienstleister in den Verwaltungskosten enthalten.

Die Transferkosten korrespondieren mit den entsprechenden Teilansätzen bei Kapitel 1140 Titel 68355, 68356 und 68453.

Hinweis: Die Ist-Erträge geben die Rückflüsse nicht verbrauchter Fördermittel bei dem Kostenträger wieder

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005132	2022	5.018.990	65.819.359	70.838.349
Förderung der Beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung	2021	5.249.006	64.344.985	69.593.991

In diesem Operativen Ziel mit seinen sechs Kostenträgern werden die Kosten der Beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung des Landes Berlin bei freien Trägern dargestellt, zum Teil in Ergänzung zur Förderung der Bundesagentur für Arbeit. Im Rahmen der hier verorteten Instrumente sollen zielgerichtete Angebote und Fördermaßnahmen an Jugendliche und junge Erwachsene gerichtet werden um ihnen den Zugang zu einer guten Ausbildung zu ermöglichen und den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern. Spezielle Förderprojekte richten sich auch an Migrantinnen und Migranten oder an junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen gefunden haben, und begleiten sie zu einem qualifizierten Berufsabschluss.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78948	2022	1.371.725	23.664.937	25.036.662
Förderung der beruflichen Erstausbildung (zusätzliche Ausbildungsplätze)	2021	1.205.752	21.102.317	22.308.069

	2022	2021
Menge: Anzahl der Maßnahmen	13.651	14.538
Kosten je ME in €	100,49	82,94
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	16,30	14,02
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	927.119,26	362.808,39
Kostendeckungsgrad in %	3,70	1,63

Entwicklung u. Durchführung mischfinanzierter Förderprogramme zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für nicht vermittelte Bewerber/innen, Förderung zusätzlich eingerichteter Ausbildungsplätze;

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Fachspezifische Informationen

Hinweis: Die monatlich erfasste Zahl der Maßnahmen wird systembedingt addiert. Die jahresdurchschnittliche Förderung ergibt sich durch die Division durch 12, d.h. 2021 wurden jahresdurchschnittlich 1212 Maßnahmen und 2022 1138 Maßnahmen gefördert. Im Ergebnis wurden 2022 nachfragebedingt weniger Maßnahmen, jedoch mit einem insgesamt höheren Mittelvolumen im Maßnahmenmix gefördert.

Im Rahmen dieses Produktes werden die Kosten der Ausbildungsplatzprogramme mit 400 FF (2021 / 2022) im Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP) sowie im Richtlinienprogramm mit 12.970 FF (2021) und 12.593 FF (2022) erfasst.

Die Transferkosten korrespondieren mit den entsprechenden Teilansätzen bei Kapitel 1140 Titel 68333, 68495 und 89380.

Hinweis: Zu den Geschlechteranteilen wird auf die Genderinformationen beim Haushaltstiteln 683 33 hingewiesen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78950	2022	1.282.334	18.251.920	19.534.254
Förderung vorbereitender Maßnahmen zur beruflichen Erstausbildung	2021	1.386.272	19.675.896	21.062.168

	2022	2021
Menge: Anzahl der beschlossenen Maßnahmen	231	243
Kosten je ME in €	5.551,23	5.704,82
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	12,72	13,24
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	820.159,29	676.536,98
Kostendeckungsgrad in %	4,20	3,21

Entwicklung und Durchführung zusätzlicher Maßnahmen der Beruflichen Bildung (Projekte, Programme, Modelle u. a.) zur Schaffung von Ausbildungsplätzen einschließlich der Fertigung entsprechender Rechtsgrundlagen (Verwaltungsvorschriften, Verträge u. a.)

Fachspezifische Informationen

Hinweis: Die monatlich erfasste Zahl der Maßnahmen wird systembedingt addiert. Die jahresdurchschnittliche Förderung ergibt sich durch die Division durch 12, d.h. 2021 wurden jahresdurchschnittlich 20 Maßnahmen und 2022 19 Maßnahmen gefördert. Im Rahmen dieses Produktes werden die Kosten der Instrumente im Bereich der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, Ausbildung in Sicht, Berliner Programm zur vertieften Berufsorientierung (BVBO), Komm auf Tour und die ARRIVO Teilprojekte erfasst (insgesamt 69.590 TN in 2020 und 72.362 TN in 2021).

Die Transferkosten korrespondieren mit den entsprechenden Teilansätzen bei Kapitel 1140 Titel 68476, 68490 und 68495.

Hinweis: Zu den Geschlechteranteilen wird auf die Genderinformationen beim Haushaltstitel 684 76 hingewiesen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78951	2022	694.412	5.777.849	6.472.261
Zielgruppenorientierte Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	2021	959.628	5.899.434	6.859.062

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Maßnahmen	1.161	1.611
Kosten je ME in €	598,12	595,67
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,21	4,31
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Initiierung, Vergabe, Steuerung und Betreuung von zielgruppenorientierten Weiterbildungsmaßnahmen

Fachspezifische Informationen

Hinweis: Die monatlich erfasste Zahl der Maßnahmen wird systembedingt addiert. Die jahresdurchschnittliche Förderung ergibt sich durch die Division durch 12, d.h. 2021 wurden jahresdurchschnittlich 134 Maßnahmen mit 918 Teilnehmenden (59% Frauen) und 2022 jahresdurchschnittlich 97 Maßnahmen mit 753 Teilnehmenden (57% Frauen) gefördert. Im Jahresvergleich wurden 2022 weniger Projekte mit weniger Teilnehmenden gefördert. Der Rückgang ist auch durch die Restriktionen in Folge der Corona-Pandemie bedingt.

Im Rahmen dieses Produktes werden die Kosten der Förderinstrumente Qualifizierung vor Beschäftigung und Vorgründungscoaching gebucht.

Die Reduzierung der Verwaltungskosten geht einher mit dem Rückgang der Transferkosten entsprechend der geringeren Nachfrage nach Qualifizierungsmaßnahmen aus Landesmitteln.

Die Transferkosten korrespondieren mit dem entsprechenden Teilansatz bei Kapitel 1140 Titel 68355 und 68395

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001096 Schaffung und Sicherung beschäftigungs-und berufsbildungspolitischer Rahmenbedingungen

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	2.327.401	2.046.953	+13,70
Kostenträger	2	Sachkosten	567.636	422.705	+34,29
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	0	Verrechnungskosten	718	758	-5,26
MGF	2	kalkulatorische Kosten	320.289	255.429	+25,39
Projekte	0	Gemeinkosten	1.862.723	1.866.832	-0,22
		Summe Verwaltungskosten	5.078.767	4.592.677	+10,58
		Transfers	2.015	0	
		Gesamtsumme	5.080.782	4.592.677	+10,63

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005137	2022	5.078.767	2.015	5.080.782
Entwicklung und Umsetzung beschäftigungspolitischer Rechtsgrundlagen und Leitlinien	2021	4.592.677	0	4.592.677

Unter dieses Operative Ziel fallen die beiden Kostenträger Ministerielle Aufgaben der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik sowie Angelegenheiten des Berufsanerkennungsrechts mit einem kleinen Anteil von rd. 5% an den entstandenen Kosten.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80729	2022	4.782.160	2.015	4.784.175
Ministerielle Aufgaben der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	4.351.719	0	4.351.719

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	94,16	94,75
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Grundsatzangelegenheiten der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik

Fachspezifische Informationen
Hier werden die Kosten der ministeriellen Arbeit der Abt. II – Arbeit und Berufliche Bildung – abgebildet. Die reinen Personalkosten lagen in beiden Jahren bei einem geringfügig gestiegenen Beschäftigtenstand bei ca. 2 Mio. €. In den Verwaltungskosten (Sachkosten) sind unter anderem die Ausgaben für die Europaagentur enthalten. Des Weiteren umfassen die Sachkosten die Mittel für die Evaluation des Pilotprojektes „Solidarisches Grundeinkommen“ (SGE). Die Evaluation ist programmbegleitend angelegt und endet im Jahr 2026.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001170 Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und technische Sicherheit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	6.865.720	6.790.586	+1,11
Kostenträger	20	Sachkosten	71.017	47.799	+48,57
davon		Transferkosten	64.109	60.518	+5,93
Produkte	19	Verrechnungskosten	121	79.549	-99,85
MGF	1	kalkulatorische Kosten	1.964.962	1.984.735	-1,00
Projekte	0	Gemeinkosten	6.256.599	6.023.042	+3,88
		Summe Verwaltungskosten	15.222.528	14.986.228	+1,58
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	15.222.528	14.986.228	+1,58

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005490	2022	15.222.528	0	15.222.528
Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und technische Sicherheit	2021	14.986.228	0	14.986.228

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79122	2022	2.281.062	0	2.281.062
Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.308.602	0	2.308.602

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	14,98	15,40
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	64.109,21	60.517,55
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Allgemeiner, sozialer, technischer und medizinischer Arbeitsschutz:

Grundsatzfragen des Arbeitsschutzes; Schutz der Beschäftigten vor Überlastungen auf Grund arbeitszeitlicher Anforderungen, Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe, Ladenöffnung, Schutz von werdenden und stillenden Müttern und des ungeborenen Lebens sowie von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren in der Arbeitswelt, Beschäftigungspolitische Rahmenbedingungen bei der Unfallverhütung, Sichere Verwendung von Arbeitsmitteln, Beschäftigungsbedingungen auf Baustellen, Sichere und menschengerechte Gestaltung von Arbeitsstätten/-plätzen, Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren einschließlich Maßnahmen zur menschengerechten Gestaltung der Arbeit; psychische Belastungen am Arbeitsplatz;

Grundsatzfragen der Technischen Sicherheit einschl. Anlagensicherheit / Immissionsschutz; Schutz der Beschäftigten/Dritter und der Umwelt vor Gefahren und vor Immissionen; Produktsicherheit; RAPEX-Koordinationsstelle für das Land Berlin; Störfallrecht; Katastrophenschutz; Schutz vor elektromagnetischen Feldern; Schutz vor nicht ionisierender Strahlung;

Sicherheit bei der Lagerung, Herstellung und Verwendung von Sprengstoffen;

Chemikalien / Gefahr- und Biostoffe: Grundsatzfragen von Chemikalien einschl. Gefahrstoffe und Biostoffe, Sicherheit beim Inverkehrbringen, beim Umgang und bei der Arbeit mit Chemikalien / Gefahrstoffen, Sicherheit beim Umgang mit Biostoffen und gentechnisch verändertem Material; Chemikalienklimaschutz

Innere Sicherheit bzgl. des Inverkehrbringens von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe

Fachinformationen zum Arbeitsschutz: Redaktion, Herausgabe des Jahresberichts der Berliner Arbeitsschutzbehörden

Fachspezifische Informationen

Die Kostenentwicklung bei diesem Kostenträger war relativ konstant. Die Aufgaben in diesem Bereich wurden mit einem gleichbleibenden Personalkörper bei weiterhin hoher Arbeitsbelastung erledigt, unter anderem durch die Umsetzung des neuen Arbeitsschutzkontrollgesetzes und diversen Regelungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Arbeitsschutz und im Kontext der Coronapandemie.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg ist zuständig für Entscheidungen über Streitfälle aus dem Arbeitsrecht. Es ist die Rechtsmittelinstanz für die Arbeitsrechtsstreitigkeiten der Arbeitsgerichte in Berlin, Brandenburg a. d. Havel, Cottbus, Frankfurt(Oder) und Neuruppin.
Die Aufgaben der Arbeitsgerichte sind durch das Arbeitsgerichtsgesetz geregelt.

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg und das Arbeitsgericht Berlin (Kapitel 1142) befinden sich in einem Gebäude mit gemeinsamen Verwaltungseinrichtungen.

Die Aufteilung der Ansätze erfolgt unter Berücksichtigung der Ist-Zahlen 2022 im Einvernehmen mit dem Land Brandenburg nach folgenden Schlüsselwerten für die Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben.

Aufteilungs-schlüssel	für die Einnahmen und Ausgaben des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg			
	Ist 2022	Plan 2023	2024	2025
Personal	25 %	25 %	25 %	25 %
Geschäftsanfälle	10 %	10 %	10 %	10 %
	Anteil Brandenburgs an den Einnahmen/Ausgaben des LArbG			
	Ist 2022	2023	2024	2025
Geschäftsanfälle	31 %	31 %	31 %	31 %

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1141 – Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	6	3	0	6	3	0
Differenz in %	66,7%	33,3%	0,0%	66,7%	33,3%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	27	15	0	27	17	0
Differenz in %	64,3%	35,7%	0,0%	61,4%	38,6%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	6	3	0
Differenz in %	66,7%	33,3%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	25	15	0
Differenz in %	62,5%	37,5%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	81.200,89 €	100.497,10 €	0,00 €
Differenz in %	-19,2%		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	72.667,37 €	87.179,86 €	0,00 €
Differenz in %	-16,6%		

In der Gesamtbetrachtung liegt das Jahresdurchschnittsgehalt der weiblichen Führungskräfte 19,20 % unter dem ihrer männlichen Kollegen. Dennoch liegt im Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg keine Unterrepräsentierung von Frauen innerhalb der Führungskräfte (Anteil liegt bei 66,7 %) vor.
Im höheren Dienst ist der Anteil der Führungskräfte ausgeglichen. Männer und Frauen besetzen hier jeweils 50 %. Das Jahresdurchschnittsgehalt der weiblichen Führungskräfte liegt im Durchschnitt mit 2,6 % über dem der Männer.
In Summe betrachtet entfallen 50 % der Stellen für Führungskräfte auf den gehobenen Dienst, hier liegt der Frauenanteil bei 83,3 % und der Männeranteil bei 16,7 %. Frauen verdienen auch hier durchschnittlich 2,76 % mehr als Männer. Die Führungskräfte des einfachen Dienstes, werden zu 100 % durch Frauen besetzt.
Die hohe Frauenquote im einfachen Dienst bringt die ansonsten ausgewogene geschlechtergerechte Besetzung innerhalb der Führungspositionen zugunsten von Frauen in ein Ungleichgewicht.

Betrachtet man die Ebene der Mitarbeitenden in ihrer Gesamtheit liegt das Jahresdurchschnittseinkommen der Frauen auch hier durchschnittlich 16,65 % unter dem der Männer. Mit einem Anteil von 62,5 % liegt auch hier keine Unterrepräsentierung von Frauen vor. Genau wie bei den Führungskräften beträgt der Frauenanteil im höheren Dienst 50 % und die Gehälter liegen dicht beieinander. Weibliche Führungskräfte verdienen in Summe durchschnittlich 0,77 % mehr als ihre männlichen Kollegen.
Im gehobenen Dienst verdienen Frauen im Durchschnitt 19,62 % weniger als die Männer. Dies liegt darin begründet, dass hier die männlichen Kollegen monatliche Fachzulagen (IT) erhalten. Diese Umstände minimieren das Jahresdurchschnittseinkommen der Frauen deutlich, ohne eine finanzielle Benachteiligung darzustellen.
Der Männeranteil beträgt im mittleren Dienst lediglich 21 %. Der Frauenanteil ist in dieser Ebene entsprechend überproportional hoch. Ihr Verdienst ist um 6,18 % höher als der der Männer.
Da der Frauenanteil im mittleren Dienst überproportional hoch ist und hier der Großteil des Frauenanteils wiederum auf die unteren Entgeltstufen entfällt, erklärt sich die Gehaltsdifferenz von durchschnittlich 16,65 % in der Gesamtbetrachtung.
Zudem hat die Gewährung von Familienzuschlägen bzw. Entgeltstufen Einfluss auf das Jahresdurchschnittsgehalt, steht aber nicht in direkten Zusammenhang mit genderpolitischen Aspekten.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11109	**051**	**Gerichtskosten**	**700.000**	**700.000**	**750.000**	**681.736,36**

Erhebung von Prozessgebühren und Auslagen nach dem Gerichtskostengesetz.

Weniger, weil keine Verfahrenszuwächse zu verzeichnen waren. Die Einnahmen sind nicht steuerbar.

11201	**051**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ordnungsstrafen gegen Parteien, ehrenamtliche Richter, Zeugen und Sachverständige nach den §§ 9 und 51 des Arbeitsgerichtsgesetzes.
Die mit Ordnungsstrafen zusammenhängenden Gebühren, Gerichts- und Verwaltungskosten werden ebenfalls bei diesem Titel vereinnahmt.

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere Ersatz von Dienstbezügen und Vergütungen von Anderen bei Schadenersatzpflicht aus Unfällen von Dienstkräften.

11906	**051**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Entgelte für die private Benutzung der Dienstfernsprecher.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-204,00**

Gemäß §§ 114 ff. ZPO wird einkommensschwachen Personen finanzielle Unterstützung bei der Prozessführung gewährt, wenn sie nicht in der Lage sind die Anwalts- und Gerichtskosten des Prozesses aufzubringen.
Die Einnahmen ergeben sich durch Wiedereinziehung dieser Kosten nach dem Gesetz über die Prozesskostenhilfe beigeordneter Rechtsanwälte, gemäß Rechtsanwaltsvergütungsgesetz – RVG.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**4.000**	**4.000**	**1.000**	**4.071,36**

Insbesondere Rückzahlungen von überzahlten Entschädigungen.
Mehr, weil höhere Rückzahlungen erfolgt sind. Die Einnahmen sind nicht steuerbar.

23101	**051**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erstattung von Dienstbezügen und Vergütungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die zu Bundesministerien oder zum Bundesarbeitsgericht abgeordnet werden.

23211	**051**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**1.100.000**	**1.100.000**	**1.100.000**	**1.184.461,82**

Kostenerstattung durch das Land Brandenburg gemäß Staatsvertrag für das gemeinsame Landesarbeitsgericht.

28107	**051**	**Ersatz von Personalausgaben**	**62.400**	**64.900**	**73.200**	**64.852,09**

Kostenerstattung durch das Land Brandenburg für Aufgaben des Landes Brandenburg, die beim Landesarbeitsgericht erledigt werden (siehe Titel 42231).

		Gesamteinnahmen	**1.871.400**	**1.873.900**	**1.929.200**	**1.934.917,63**
		Prozentuale Veränderung	**-3,0 %**	**0,1 %**		
		Ausgaben				
41201	**051**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**49.500**	**49.500**	**45.500**	**49.427,60**

Entschädigungen für die ehrenamtlichen Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - (JVEG).

42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**500.000**	**520.000**	**490.000**	**437.129,05**
42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**2.767.000**	**2.878.000**	**2.651.000**	**2.142.293,16**

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42231	**051**	**Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)**	**62.400**	**64.900**	**73.200**	**59.820,98**
42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.477.000**	**1.537.000**	**1.216.000**	**1.262.930,24**
44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**96.500**	**99.400**	**126.000**	**90.915,81**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**8.600**	**8.600**	**9.100**	**7.585,15**

Arbeitsschutzrechtliche Maßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Betreuungsumfangs gemäß DGUV Vorschrift 2 sowie sonstige Leistungen im Rahmen der Fürsorge.

45201 (neu)	**051**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.000**		
45300	**051**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45902 (neu)	**051**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**051**	**Prämien für besondere Leistungen**	**17.200**	**17.200**	**1.000**	**17.192,37**
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**52.000**	**52.000**	**52.000**	**43.556,44**

		2024	2025
a)	Allgemeiner Geschäftsbedarf (Büromaterial, Aktenvernichtung) (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
b)	Portokosten (2023: 41.000 €)	41.000 €	41.000 €
c)	Telefongesprächsgebühren (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
		52.000 €	52.000 €

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**2.426,60**

Ausgaben für den Kauf von Büromöbeln, Geräten einschließlich deren Wartung und Reparatur, sowie Ausgaben für die Ausstattung der Sitzungssäle.

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**183.000**	**187.000**	**179.000**	**160.144,38**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben zur Deckung der Nebenkosten im Rahmen der Anmietung von Diensträumen (Magdeburger Platz 1) durch die BIM.

51802	**051**	**Mieten für Fahrzeuge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.076,39**

Ausgaben für Anlieferung und Abholung der Post gemäß Vereinbarungen mit den Zustelldiensten, sowie dienstliche Fahrten mit Mietwagen.

51803	**051**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**3.637,71**

Kosten für Multifunktionsgeräte und Wasserspender.

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**383.000**	**383.000**	**383.000**	**313.714,20**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietausgaben aufgrund vertraglicher Verpflichtungen gegenüber der BIM- GmbH für das Dienstgebäude Magdeburger Platz 1.

51920	**051**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

IKT-Wartungskosten für das Dienstgebäude Magdeburger Platz 1.

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**96.500**	**50.000**	**25.000**	**63.894,46**

Ausgaben zur stufenweisen Umsetzung des Sicherheitskonzepts für die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden in Berlin vom 17.10.2018. Diese entsprechen den geplanten Umbaumaßnahmen und anzuschaffenden Geräten zur permanenten Absicherung der Einlass- und Gepäckkontrollen bei den Berliner Arbeitsgerichten.

Mehr, wegen Verzögerungen des Projekts im Jahr 2022.

52501	**051**	**Aus- und Fortbildung**	**2.100**	**2.100**	**2.100**	**2.539,34**

Ausgaben für kostenpflichtige Fortbildungen der Berufsrichter/innen, der Dienst- und Führungskräfte sowie für Fortbildungen zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben (Ersthelfer, Brandschutzbeauftragte, Schulung der Personalgremien).

52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**120.000**	**120.000**	**180.000**	**259.966,97**

Zeugen- und Sachverständigengebühren nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – JVEG, Einrückungskosten im Bundesanzeiger bei öffentlichen Zustellungen nach § 185 ZPO. Ausgaben für die nach dem Gesetz über die Prozesskostenhilfe beigeordneten Rechtsanwälte nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz - RVG.
Gemäß §§ 114 ff. ZPO wird einkommensschwachen Personen finanzielle Unterstützung bei der Prozessführung gewährt, wenn sie nicht in der Lage sind die Anwalts- und Gerichtskosten des Prozesses aufzubringen.
Bei Wiedereinziehung werden die Rechtsanwaltskosten beim Titel 11109 und Rückzahlungen von PKH beim Titel 11912 vereinnahmt.
Weniger da die Verfahrenseingänge beim Landesarbeitsgericht rückläufig sind.

52610	**051**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für technische und ergonomische Gutachten.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**051**	**Dienstreisen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**2.747,90**

Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG). Dienstreisen insbesondere für die Teilnahme an länderübergreifenden Arbeitstagungen auch für IT-Projekte sowie notwendige Dienstreisen in allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten, Rechtssachen und die Teilnahme an Tagungen.

53108	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**2.100**	**5.600**	**2.100**	**273,72**

Ausgaben für Besucherbetreuungen, Erfahrungsaustauschen und Empfängen von Delegationen, Sozialpartnern, Gewerkschaften und Verbänden.

In 2027 wird das 100-jährige Jubiläum des Inkrafttretens des Arbeitsgerichtsgesetzes und der Gründung der Arbeitsgerichtsbarkeit gefeiert. Aus diesem Anlass ist beabsichtigt zu einem Festakt eine Festschrift herauszugeben. Die Ausgaben dafür fallen bereits in 2025 an.

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**3.600**	**3.600**	**3.600**	**249,67**

	2024	2025
Ausgaben für die Beteiligung an der Sozialberatung bei SenJustVA (2023: 1.400 €)	1.400 €	1.400 €
Ausgaben für Personal- und Organisationsmanagement (Coaching für Team- und Führungskräfteentwicklung, sowie Geschäftsprozessoptimierung) (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
Betriebliches Gesundheitsmanagement (2023: 1.200 €)	1.200 €	1.200 €
	3.600 €	3.600 €

Die Einnahmen aus der Inanspruchnahme der Sozialberatung der Berliner Justiz i. H. v. 1.400 € werden beim Kapitel 0600; Titel 28101 nachgewiesen.

54010	**051**	**Dienstleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für ein Assessmentcenter.

54077 (neu)	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**267,33**

Ausgaben für Dienstkleidung und allgemeine Verbrauchsmittel.

81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Anzahl 2024	Anzahl 2025	Istausgaben MG 31/2022 in €	Max. Veranschlagungswert 2024 in €	Max. Veranschlagungswert 2025 in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4	5 = 1 x 2	6 = 1 x 3	7	8
Eigenleistung IT	1.140	104	104	27.174	118.560	118.560	114.500	117.000
Fremdleistung TK ITDZ	280	73	73	10.425	20.440	20.440	20.000	20.000
Insgesamt	1.420	177	177	37.599	139.000	139.000	134.500	137.000

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**3.709,38**

Verbrauchsmittel IKT-Arbeitsplätze (Druckerpatronen, Reinigungsmittel), datenschutzgerechte Vernichtung von Datenträgern.

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**82.500**	**85.000**	**77.000**	**14.170,71**

Ausgaben für erforderliche Ersatzbeschaffung, Wartung und Reparatur für vorhandene Hardwareausstattung und Multifunktionsgeräte, sowie Gegenstände für die ergonomiegerechte Ausstattung von Bildschirmarbeitsplätzen.

Neben den erforderlichen Ersatzbeschaffungen werden in diesem Titel auch die Ausgaben für die Ausstattung der Verhandlungssäle mit Videokonferenztechnik veranschlagt.

	2024	2025
Beschaffung Monitore (2023: 0 €)	----------	40.000 €
Beschaffung Drucker (2023: 0 €)	22.500 €	--------
Beschaffung Rechner (2023: 35.000 €)	60.000 €	--------
Ausstattung der Verhandlungssäle mit Videokonferenztechnik (2023: 42.000 €)	---------	45.000 €
	82.500 €	85.000 €

Mehr, wegen notwendigen turnusmäßigen Beschaffungen und Neuausstattungen.

51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**14.000**	**14.000**	**14.000**	**5.777,64**

Ausgaben für den Anschluss an das Landesnetz und das Internet über das ITDZ.

51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**13.861,79**

Ausgaben für verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur, Kosten der Telefonanlage und für externe Beratung bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten.

52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**13.000**	**13.000**	**13.000**	**80,27**

Schulung der IT-Administratoren, des IT-Sicherheitsbeauftragten und der Anwendungsbetreuer.

		Summe Maßnahmegruppe 31	**134.500**	**137.000**	**129.000**	**37.599,79**

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**30.049,77**

Ausgaben für Fachanwendungen zur Gewährleistung einer effizienten Rechtsgewährung.

	2024	2025
Anwendungen:		
Beck-online (2023: 10.500 €)	10.500 €	10.500 €
AR-digital (2023: 3.000 €)	3.000 €	3.000 €
Servicevereinbarung mit dem Amt für Statistik (2023: 2.000 €)	2.000 €	2.000 €
Datenbankpflege, Anpassung der Gerichtssoftware (2023: 16.000 €)	6.000 €	6.000 €
Leistungen der Juris-GmbH (2023: 2.900 €)	2.900 €	2.900 €
laufende Kosten der elektronischen Gerichtsakte (2023: 28.100 €)	30.000 €	30.000 €
Kosten der elektronischen Verwaltungssakte (EVA-LAG) (2023: 9.000 €)	3.000 €	3.000 €
Kosten der elektronischen Personalakte (2023: 0 €)	11.000 €	11.000 €
IT-Sicherheitskonzept der elektr. Verwaltungssakte (EVA-LAG) (2023: 900 €)	1.600 €	1.600 €
IT-Sicherheitskonzept der elektr. Gerichtssakte (2023: 2.600 €)	5.000 €	5.000 €
	75.000 €	75.000 €

Verschiebung der Mittel innerhalb der Teilansätze, weil die Kostenstrukturen sich geändert haben.

81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**75.000**	**75.000**	**226.000**	**38.000,00**

Projekt zur Einführung der elektronischen Gerichtsakte -e-justice-

	Summe Maßnahmegruppe 32	**150.000**	**150.000**	**301.000**	**68.049,77**
	Gesamtausgaben	**6.127.000**	**6.286.900**	**5.887.600**	**5.027.439,03**
	Prozentuale Veränderung	**4,1 %**	**2,6 %**		

Abschluss Kapitel 1141

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**708.000**	**708.000**	**755.000**	**685.603,72**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.163.400**	**1.165.900**	**1.174.200**	**1.249.313,91**
	Gesamteinnahmen	**1.871.400**	**1.873.900**	**1.929.200**	**1.934.917,63**
411-462	**Personalausgaben**	**4.981.200**	**5.177.600**	**4.612.800**	**4.067.294,36**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.070.800**	**1.034.300**	**1.048.800**	**922.144,67**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**75.000**	**75.000**	**226.000**	**38.000,00**
	Gesamtausgaben	**6.127.000**	**6.286.900**	**5.887.600**	**5.027.439,03**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-4.255.600**	**-4.413.000**	**-3.958.400**	**-3.092.521,40**

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001095 Ordnungsrechtliche Aufgaben des Arbeitsrechts und der Beruflichen Bildung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	13.096.875	12.850.814	+1,91
Kostenträger	16	Sachkosten	3.160.166	2.208.580	+43,09
davon		Transferkosten	75.227	44.778	+68,00
Produkte	15	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	1	kalkulatorische Kosten	3.216.041	3.221.644	-0,17
Projekte	0	Gemeinkosten	9.915.954	8.813.841	+12,50
		Summe Verwaltungskosten	29.464.263	27.139.658	+8,57
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	29.464.263	27.139.658	+8,57

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005134	2022	27.622.991	0	27.622.991
Schaffung und Durchsetzung der rechtlichen Grundlagen von Arbeitsbeziehungen	2021	25.274.289	0	25.274.289

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79699	2022	5.081.932	0	5.081.932
Berufungen	2021	4.687.064	0	4.687.064

	2022	2021
Menge: Anzahl der Verfahren	1.053	1.216
Kosten je ME in €	4.826,15	3.854,49
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	17,25	17,27
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	714.313,54	982.994,89
Kostendeckungsgrad in %	14,06	20,97

Berufungsverfahren nach Arbeitsgerichtsgesetz i.V.m. Zivilprozessordnung

Fachspezifische Informationen

Die Berufung ist das Rechtsmittel im Urteilsverfahren, das gegen gerichtliche Entscheidungen der I. Instanz (Arbeitsgericht) eingelegt werden kann. Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg entscheidet als gemeinsames Obergericht auch über Berufungen gegen arbeitsgerichtliche Entscheidungen der Brandenburger Arbeitsgerichte.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Der Kostenträger enthält alle Aufgaben der Rechtspflege und der Geschäftsstellen im Berufungsverfahren nach dem Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) i.V.m. der ZPO.
Erfasst werden alle Tätigkeiten vom Eingang beim Landesarbeitsgericht bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens einschließlich der Kostenabschlüsse. Das Produkt enthält somit Leistungen der Beschäftigten der Rechtsantragsstelle, der Briefannahmestelle, der Eingangsregistratur, der Richter/innen, der Rechtspfleger/innen sowie der Beschäftigten in den Geschäftsstellen. Gegen Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts ist bei Rechtsstreitigkeiten die Revision vor dem Bundesarbeitsgericht möglich, wenn sie vom Landesarbeitsgericht selbst (etwa wegen grundsätzlicher Bedeutung der Sache) zugelassen worden ist oder das Bundesarbeitsgericht einer Nichtzulassungsbeschwerde stattgegeben hat.

Arbeitsgericht

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Arbeitsgericht Berlin ist zuständig für Entscheidungen über Streitfälle aus dem Arbeitsrecht.
Die Aufgaben der Arbeitsgerichte sind durch das Arbeitsgerichtsgesetz geregelt.

Das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg (Kapitel 1141) befinden sich in einem Gebäude mit gemeinsamen Verwaltungseinrichtungen.
Die Aufteilung der Ansätze erfolgt unter Berücksichtigung der Ist-Zahlen 2022 im Einvernehmen mit dem Land Brandenburg nach folgenden Schlüsselwerten für die Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben.

Aufteilungs-schlüssel	für die Einnahmen/Ausgaben des Arbeitsgerichts			
	Ist 2022	Plan 2023	2024	2025
Personal	75 %	75 %	75 %	75 %
Geschäftsanfälle	90 %	90 %	90 %	90 %

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1142 – Arbeitsgericht

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	15	8	0	14	6	0
Differenz in %	65,2%	34,7%	0,0%	70,0%	30,0	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	114	43	0	114	44	0
Differenz in %	72,6%	27,4	0,0%	72,2%	27,8%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	16	7	0
Differenz in %	69,6%	30,4%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	108	41	0
Differenz in %	72,5%	27,5%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	61.499,76 €	69.767,82 €	0,00 €
Differenz in %	-11,9%		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	56.899,97 €	67.824,47 €	0,00 €
Differenz in %	-16,1%		

In der Gesamtbetrachtung beträgt das Jahresdurchschnittsgehalt von weiblichen Führungskräften im Arbeitsgericht Berlin 88,15 % des entsprechenden Gehalts der männlichen Führungskräfte. Der Frauenanteil in der Führungsebene liegt hingegen bei 69,6 %.

Arbeitsgericht

Da im höheren Dienst das Spitzenamt durch eine Frau besetzt ist, liegt im Durchschnitt das Jahresgehalt der Frauen in diesem Bereich um 14,69 % höher als das der Männer. Dies ist ein Beispiel dafür, dass eine gendergerechte Verwendung öffentlicher Mittel innerhalb der Arbeitsgerichtsbarkeit bereits Fuß gefasst hat.
Obwohl die Frauenquote im gehobenen Dienst 84,12 % beträgt, liegt das Jahresdurchschnittsgehalt 17,52% unter dem der männlichen Kollegen. Eine Ursache dafür ist, dass 2/3 der Männer in einer hohen Entgelt-/Besoldungsstufe eingruppiert sind, außerdem sind 1/3 der Männer im technischen Dienst (IT) tätig und erhalten eine monatliche Fachzulage. Bei den Frauen hingegen liegt der Anteil der hohen Entgelt-/Besoldungsgruppen bei 31,25 %, 43,75 % bekleiden ein Amt der mittleren Besoldungs-/Entgeltgruppen und 25 % der unteren Besoldungs-/Entgeltgruppen innerhalb dieser Ebene. Somit ergibt sich hier ein Ungleichgewicht zugunsten des Durchschnittsgehalts der weiblichen Führungskräfte.
Auf Ebene des einfachen Dienstes werden die Führungskräfte zu 100 % durch Männer besetzt, dies ist allerdings auch der einzige Bereich innerhalb der Arbeitsgerichtsbarkeit, in dem die Frauen unterrepräsentiert sind

Der Frauenanteil im höheren Dienst liegt bei den Mitarbeitenden bei 46,34%. Durchschnittlich verdienen Frauen auf dieser Ebene 5,95 % weniger als Männer. Als Besonderheit ist in diesem Bereich der hohe Anteil älterer männlicher Beschäftigter zu nennen und diese somit höhere Entgeltstufen erreicht haben können. Zudem kam es zu Neueinstellungen von jungen Kolleginnen, die u.U. noch keine Familienzuschläge erhalten. All das schlägt sich auf das Jahresdurchschnitts- gehalt der Frauen nieder, ohne eine Benachteiligung von Frauen darzustellen.
Im mittleren Dienst ist der Frauenanteil mit 84,76 % überproportional hoch. Die sukzessive Nachbesetzungen durch junge Kollegen/innen tragen zu einer Anpassung des Altersdurchschnitts zwischen Frauen und Männern bei. Die Jahresdurchschnittsgehälter liegen nah beieinander (Frauen + 3,12 %).
Auch im einfachen Dienst ist der Frauenanteil mit 55,56 % höher als der der Männer. Frauen verdienen durchschnittlich 6,26 % mehr. Auch hier zeigt sich wieder, dass Frauen mehr verdienen können, als ihre männlichen Kollegen.
Eine nicht unbedeutende Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männer und Frauen sind nach wie vor die beruflichen Unterbrechungen, die hauptsächlich von Frauen, in der Familienphase wahrgenommen werden. Auch Teilzeitbeschäftigungen, können einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Erreichen von Besoldungs-/Erfahrungsstufen haben. Immerhin arbeiten 24,22 % aller im Arbeitsgericht Beschäftigten in Teilzeit. Davon sind jedoch 83,87 % Frauen. Wie im Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg auch, hat die Gewährung von Familienzuschlägen bzw. Entgeltstufen Einfluss auf das Jahresdurchschnittsgehalt, steht aber nicht in direkten Zusammenhang mit genderpolitischen Aspekten.
In Summe betrachtet liegt das Durchschnittseinkommen der Frauen zwar unter dem der Männer, eine Unterrepräsentation/Minderbezahlung liegt dennoch nicht vor.

Arbeitsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11109	**051**	**Gerichtskosten**	**1.600.000**	**1.600.000**	**1.600.000**	**1.731.144,90**

Erhebung von Prozessgebühren und Auslagen nach dem Gerichtskostengesetz.
Einnahmen der Rückzahlungen von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe werden beim Titel 11912 nachgewiesen.

11201	**051**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**50.000**	**50.000**	**20.000**	**92.833,35**

Ordnungsstrafen gegen Parteien, ehrenamtliche Richter, Zeugen und Sachverständige nach den §§ 9 und 51 des Arbeitsgerichtsgesetzes.
Die mit Ordnungsstrafen zusammenhängenden Gebühren, Gerichts- und Verwaltungskosten werden ebenfalls bei diesem Titel vereinnahmt.

Mehr, weil höhere Einzahlungen erfolgt sind. Die Einnahmen sind nicht steuerbar.

11903	**051**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere Ersatz von Dienstbezügen und Vergütungen von anderen bei Schadenersatzpflicht aus Unfällen von Dienstkräften.

11906	**051**	**Ersatz von Fernmeldegebühren**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**5,57**

Entgelte für die private Benutzung der Dienstfernsprecher.

11912	**051**	**Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe**	**630.000**	**630.000**	**800.000**	**633.670,41**

Gemäß §§ 114 ff. ZPO wird einkommensschwachen Personen finanzielle Unterstützung bei der Prozessführung gewährt, wenn sie nicht in der Lage sind die Anwalts- und Gerichtskosten des Prozesses aufzubringen.
Die Einnahmen ergeben sich durch Wiedereinziehung dieser Kosten nach dem Gesetz über die Prozesskostenhilfe beigeordneten Rechtsanwälte, gemäß Rechtsanwaltsvergütungsgesetz – RVG.
Weniger, weil die Verfahrenseingänge und somit auch die Rückzahlungen rückläufig waren.

11979	**051**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**4.000**	**—**

Insbesondere Rückzahlungen von überzahlten Entschädigungen.

Weniger, weil geringere Rückzahlungen erfolgt sind. Die Einnahmen sind nicht steuerbar.

23101	**051**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erstattung von Dienstbezügen und Vergütungen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die zu Bundesministerien oder zum Bundesarbeitsgericht abgeordnet werden.

		Gesamteinnahmen	**2.284.000**	**2.284.000**	**2.427.000**	**2.457.654,23**
		Prozentuale Veränderung	**-5,9 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201	**051**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**121.000**	**121.000**	**105.000**	**120.474,76**

Entschädigungen für die ehrenamtlichen Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – (JVEG).

42201	**051**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.139.000**	**2.225.000**	**2.140.000**	**2.059.638,01**
42202	**051**	**Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen**	**3.464.000**	**3.603.000**	**3.579.000**	**3.302.328,19**

Arbeitsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42260 (neu)	**051**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**		

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42801	**051**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.911.000**	**5.108.000**	**4.299.000**	**4.312.632,34**
42860 (neu)	**051**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**		

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

44100	**051**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**305.000**	**315.000**	**274.000**	**286.918,85**
44379	**051**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**25.700**	**25.700**	**26.200**	**21.919,70**

Arbeitsschutzrechtliche Maßnahmen für Dienstkräfte im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Betreuungsumfangs gemäß DGUV Vorschrift 2 sowie sonstige Leistungen im Rahmen der Fürsorge.

45201 (neu)	**051**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.000**		
45300	**051**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45902 (neu)	**051**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**051**	**Prämien für besondere Leistungen**	**25.400**	**25.400**	**1.000**	**25.347,75**
51101	**051**	**Geschäftsbedarf**	**344.000**	**344.000**	**344.000**	**323.274,87**

		2024	2025
a)	Allgemeiner Geschäftsbedarf (Büromaterial, Aktenvernichtung) (2023: 64.000 €)	64.000 €	64.000 €
b)	Bibliothek der Gerichte für Arbeitssachen (2023: 80.000 €)	80.000 €	80.000 €
c)	Portokosten (2023: 196.000 €)	196.000 €	196.000 €
d)	Telefongesprächsgebühren (2023: 4.000 €)	4.000 €	4.000 €
		344.000 €	344.000 €

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51140	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**20.000**	**20.000**	**31.000**	**16.986,45**

In diesem Titel sind Ausgaben für den Kauf von Büromöbeln, Geräten, deren Wartung und Reparatur, sowie Ausgaben für die Ausstattung der Sitzungssäle veranschlagt.

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				

Arbeitsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**051**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**547.000**	**558.000**	**536.000**	**446.880,83**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen der Anmietung von Diensträumen (Magdeburger Platz 1) durch die BIM.

51802	**051**	**Mieten für Fahrzeuge**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**7.535,07**

Ausgaben für Anlieferung und Abholung der Post gemäß Vereinbarungen mit den Zustelldiensten, sowie dienstliche Fahrten mit Mietwagen.

51803	**051**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**19.806,92**

Ausgaben für Multifunktionsgeräte und Wasserspender.

51820	**051**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.148.000**	**1.148.000**	**1.148.000**	**1.146.000,40**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietausgaben aufgrund vertraglicher Verpflichtungen der BIM-GmbH für das Dienstgebäude Magdeburger Platz 1.

51920	**051**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

IKT-Wartungskosten für das Dienstgebäude Magdeburger Platz 1.

51925	**051**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**289.000**	**150.000**	**75.000**	**190.968,84**

Mittel zur stufenweisen Umsetzung des Sicherheitskonzepts für die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden in Berlin vom 17.10.2018. Diese entsprechen den geplanten Umbaumaßnahmen und anzuschaffenden Geräten zur permanenten Absicherung der Einlass- und Gepäckkontrollen bei den Berliner Arbeitsgerichten.

Mehr, wegen Verzögerungen des Projekts im Jahr 2022.

52501	**051**	**Aus- und Fortbildung**	**5.200**	**5.200**	**5.200**	**3.892,67**

Ausgaben für kostenpflichtige Fortbildungen der Berufsrichter/innen, der Dienst- und Führungskräfte sowie für Fortbildungen zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben (Ersthelfer, Brandschutzbeauftragte, Schulung der Personalgremien).

52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				

Arbeitsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**051**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.900.000**	**1.900.000**	**2.200.000**	**1.847.456,52**

Zeugen- und Sachverständigengebühren nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz – JVEG, Einrückungskosten im Bundesanzeiger bei öffentlichen Zustellungen nach § 185 ZPO. Ausgaben für die nach dem Gesetz über die Prozesskostenhilfe beigeordneten Rechtsanwälte nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz - RVG. Gemäß §§ 114 ff. ZPO wird einkommensschwachen Personen finanzielle Unterstützung bei der Prozessführung gewährt, wenn sie nicht in der Lage sind die Anwalts- und Gerichtskosten des Prozesses aufzubringen.

Bei Wiedereinziehung werden Rechtsanwaltskosten beim Titel 11109 und Rückzahlungen von PKH beim Titel 11912 vereinnahmt.

Weniger, da die Verfahrenseingänge beim Arbeitsgericht rückläufig sind.

52610	**051**	**Gutachten**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Ausgaben für technische und ergonomische Gutachten.

52703	**051**	**Dienstreisen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**5.894,57**

Dienstreisen im Sinne des Bundesreisekostengesetzes (BRKG). Dienstreisen insbesondere für die Teilnahme an länderübergreifenden Arbeitstagungen auch für IT-Projekte, sowie notwendige Dienstreisen in allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten, Rechtssachen und die Teilnahme an Tagungen.

53108	**051**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**2.000**	**5.500**	**2.000**	**10,75**

Ausgaben für Besucherbetreuungen, Erfahrungsaustauschen und Empfängen von Delegationen, Sozialpartnern, Gewerkschaften und Verbänden.
In 2027 wird das 100-jährige Jubiläum des Inkrafttretens des Arbeitsgerichtsgesetzes und der Gründung der Arbeitsgerichtsbarkeit gefeiert. Aus diesem Anlass ist beabsichtigt zu einem Festakt eine Festschrift herauszugeben. Die Ausgaben dafür fallen bereits in 2025 an.

54002	**051**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**6.974,99**

	2024	2025
Kosten für die Beteiligung an der Sozialberatung bei SenJust (2023: 5.000 €)	5.000 €	5.000 €
Ausgaben für Personal- und Organisationsmanagement (Coaching für Team- und Führungskräfteentwicklung, sowie Geschäftsprozessoptimierung) (2023: 4.400 €)	4.400 €	4.400 €
Betriebliches Gesundheitsmanagement (2023: 2.600 €)	2.600 €	2.600 €
	12.000 €	12.000 €

Die Einnahmen aus der Inanspruchnahme der Sozialberatung der Berliner Justiz i. H. v. 5.000 € werden beim Kapitel 0600; Titel 28101 nachgewiesen.

54010	**051**	**Dienstleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kosten für Assessmentcenter.

54077 (neu)	**051**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

54079	**051**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**841,43**

Ausgaben für Dienstkleidung und allgemeine Verbrauchsmittel.

81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Arbeitsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Art	Preis in €	Anzahl 2024	Anzahl 2025	Istausgaben MG 31/2022 in €	Max. Veranschlagungswert 2024 in €	Max. Veranschlagungswert 2025 in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Spalten-Nr.	1	2	3	4	5 = 1 x 2	6 = 1 x 3	7	8
Eigenleistung IT	1.140	269	269	143.004	306.660	306.660	305.000	307.000
Fremdleistung TK ITDZ	280	219	219	72.979	61.320	61.320	60.000	60.000
Insgesamt	1.420	488	488	215.983	367.980	367.980	365.000	367.000

51111	**051**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**27.000**	**27.000**	**27.000**	**25.966,87**

Verbrauchsmittel IKT-Arbeitsplätze (Druckerpatronen, Reinigungsmittel), datenschutzgerechte Vernichtung von Datenträgern.

51143	**051**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**183.000**	**185.000**	**149.000**	**99.195,36**

Erforderliche Ersatzbeschaffung, Wartung und Reparatur für vorhandene Hardwareausstattung sowie Gegenstände für die ergonomiegerechte Ausstattung von Bildschirmarbeitsplätzen. Neben den erforderlichen Ersatzbeschaffungen werden aus diesem Titel auch die Ausstattung der Verhandlungssäle mit Videokonferenztechnik finanziert.

	2024	2025
Beschaffung Monitore (2023: 0 €)	---------	100.000 €
Beschaffung Drucker (2023: 0 €)	67.500 €	--------
Beschaffung Rechner (2023: 118.000 €)	115.000 €	--------
Ausstattung der Verhandlungssäle mit Videokonferenztechnik (2023: 31.000 €)	---------	85.000 €
	182.500 €	185.000 €

Mehr, wegen notwendigen turnusmäßigen Beschaffungen und Neuausstattungen.

51145	**051**	**Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT**	**90.000**	**90.000**	**54.000**	**40.443,70**

Anschluss an das Landesnetz und das Internet über das ITDZ.

Die Ausgaben erhöhen sich im Zuge der Bereitstellung weiterer VPN-Verbindungen über das ITDZ für die Schaffung von Heimarbeitsplätzen, welche durch die Digitalisierung der Justiz- und Verwaltungsakte umfangreicher notwendig werden.

51160	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**49.815,60**

Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur, Kosten für die Telefonanlage und für die externe Beratung bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten.

52511	**051**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensunabhängige IKT**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**561,98**

Schulung der IT-Administratoren, des IT-Sicherheitsbeauftragten und der Anwendungsbetreuer.

		Summe Maßnahmegruppe 31	**365.000**	**367.000**	**295.000**	**215.983,51**

Arbeitsgericht

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**051**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**232.000**	**232.000**	**232.000**	**85.526,34**

Beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg bestehen 2024 und 2025 die nachfolgend aufgeführten Fachanwendungen zur Gewährleistung einer effizienten Rechtsgewährung, für die laufende Kosten entstehen.

	2024	2025
Anwendungen:		
Beck-online (2023: 31.500 €)	31.500 €	31.500 €
AR-digital (2023: 9.000 €)	9.000 €	9.000 €
Servicevereinbarung mit dem Amt für Statistik (2023: 6.000 €)	6.000 €	6.000 €
Datenbankpflege, Anpassung der Gerichtssoftware (2023: 54.000 €)	20.000 €	20.000 €
Leistungen der Juris-GmbH (2023: 7.400 €)	7.400 €	7.400 €
laufende Kosten der elektronischen Gerichtsakte (2023: 85.800 €)	100.000 €	100.000 €
Kosten der elektronischen Personalakte (2023: 0 €)	31.000 €	31.000 €
Kosten der elektronischen Verwaltungssakte (EVA-LAG) (2023: 26.000 €)	9.000 €	9.000 €
IT-Sicherheitskonzept der elektr. Verwaltungssakte (EVA-LAG) (2023: 2.700 €)	2.700 €	2.700 €
IT-Sicherheitskonzept der elektr. Gerichtssakte (2023: 9.580 €)	15.000 €	15.000 €
	231.600 €	231.600 €

Verschiebung der Mittel innerhalb der Teilansätze, weil die Kostenstrukturen sich geändert haben.

81259	**051**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**225.000**	**225.000**	**679.000**	**122.836,69**

Projekt zur Einführung der elektronischen Gerichtsakte -e-justice-

	Summe Maßnahmegruppe 32	**457.000**	**457.000**	**911.000**	**208.363,03**
	Gesamtausgaben	**16.121.300**	**16.430.800**	**16.019.400**	**14.570.130,45**
	Prozentuale Veränderung	**0,6 %**	**1,9 %**		

Abschluss Kapitel 1142

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**2.283.000**	**2.283.000**	**2.426.000**	**2.457.654,23**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**2.284.000**	**2.284.000**	**2.427.000**	**2.457.654,23**
411-462	**Personalausgaben**	**10.996.100**	**11.428.100**	**10.425.200**	**10.129.259,60**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**4.900.200**	**4.777.700**	**4.915.200**	**4.318.034,16**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**225.000**	**225.000**	**679.000**	**122.836,69**
	Gesamtausgaben	**16.121.300**	**16.430.800**	**16.019.400**	**14.570.130,45**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-13.837.300**	**-14.146.800**	**-13.592.400**	**-12.112.476,22**

Arbeitsgericht

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001095 Ordnungsrechtliche Aufgaben des Arbeitsrechts und der Beruflichen Bildung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	13.096.875	12.850.814	+1,91
Kostenträger	16	Sachkosten	3.160.166	2.208.580	+43,09
davon		Transferkosten	75.227	44.778	+68,00
Produkte	15	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	1	kalkulatorische Kosten	3.216.041	3.221.644	-0,17
Projekte	0	Gemeinkosten	9.915.954	8.813.841	+12,50
		Summe Verwaltungskosten	29.464.263	27.139.658	+8,57
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	29.464.263	27.139.658	+8,57

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005134	2022	27.622.991	0	27.622.991
Schaffung und Durchsetzung der rechtlichen Grundlagen von Arbeitsbeziehungen	2021	25.274.289	0	25.274.289

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79700	2022	17.148.174	0	17.148.174
Klageverfahren (Ca)	2021	16.408.866	0	16.408.866

	2022	2021
Menge: Anzahl der Verfahren	12.902	14.270
Kosten je ME in €	1.329,11	1.149,89
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	58,20	60,46
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	2.621.606,24	2.764.991,64
Kostendeckungsgrad in %	15,29	16,85

Urteilsverfahren nach ArbGG i.V.m. ZPO. Diesem Produkt unterfallen auch die Ha- und AR-Verfahren.

Fachspezifische Informationen

Das Produkt enthält alle Aufgaben der Rechtspflege und der Geschäftsstelle im Urteilsverfahren nach dem ArbGG i. V. m. der ZPO. Erfasst werden sämtliche Tätigkeiten vom Eingang bis zum Abschluss des Klageverfahrens einschließlich der Kostenabschlüsse.
Diesem Produkt unterfallen auch die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen der ZVK (Zentrale Versorgungskammer) und den Arbeitgeber/innen.

Arbeitsgericht

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79707	2022	1.477.575	0	1.477.575
Beschlussverfahren (Bv)	2021	1.347.295	0	1.347.295

	2022	2021
Menge: Anzahl der Verfahren	349	431
Kosten je ME in €	4.233,74	3.125,98
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,01	4,96
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Beschlussverfahren nach dem Arbeitsgerichtsgesetz i.V.m. Zivilprozessordnung

Fachspezifische Informationen

In Beschlussverfahren entscheidet das Arbeitsgericht über Streitigkeiten, die sich aus den Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsgesetzen (z.B. zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber) ergeben.

Der Kostenträger enthält alle Aufgaben der Rechtspflege und der Geschäftsstelle im Beschlussverfahren nach dem ArbGG i.V.m. der ZPO. Erfasst werden sämtliche Tätigkeiten vom Eingang bis zum Abschluss des Verfahrens. Das Produkt enthält somit Leistungen der Beschäftigten der Rechtsantragsstelle, der Briefannahmestelle, der Eingangsregistratur, der Richter/innen, der Rechtspfleger/innen sowie der Beschäftigten in den Geschäftsstellen.

Im Beschlussverfahren gibt es keine Klageschrift, sondern lediglich einen Antrag. Das Verfahren wird durch einen gerichtlichen Beschluss beendet und nicht durch ein Urteil. Gegen diesen Beschluss gibt es das Rechtsmittel der Beschwerde, der beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt werden muss.
Gerichtsgebühren und Kosten für Auslagen werden in Beschlussverfahren nicht erhoben (§ 2 Abs. 2 GKG – Gerichtskostengesetz).

Beschlussverfahren vor dem Arbeitsgericht erhalten gem. § 2 Abs. 3 a) der Aktenordnung für die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit (AktO-ArbG) das Registerzeichen „ BV“.

Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden insbesondere die Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, die bei der Durchführung der Aufsichtsaufgaben nach

dem Arbeitsschutzgesetz,
dem Arbeitssicherheitsgesetz,
dem Arbeitszeitgesetz,
dem Atomgesetz,
dem Berliner Ladenöffnungsgesetz,
dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz,
dem Bundesimmissionsschutzgesetz,
dem Chemikaliengesetz,
dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz,
dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz,
dem Fahrpersonalgesetz,
dem Gesetz zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen,
dem Heimarbeitsgesetz,
dem Jugendarbeitsschutzgesetz,
dem Mutterschutzgesetz,
dem Pflegezeitgesetz,
dem Produktsicherheitsgesetz,
dem Sprengstoffgesetz,
dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz,
dem Katastrophenschutzgesetz Berlin
und den aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen
sowie nach der Berufskrankheitenverordnung.

entstehen.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1145 – LAGetSi

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	4	8	0	2	9	0
Differenz in %	33,3%	66,6%	0,0%	18,2%	81,8%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	80	50	0	79	44	0
Differenz in %	61,5%	38,5%	0,0%	64,2%	35,8%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	2	10	0
Differenz in %	16,7%	83,3%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	76	45	0
Differenz in %	62,8%	37,2%	0,0%

Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	76.092,42 €	87.904,94 €	0,00 €
Differenz in %	-13,4%		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	58.427,69 €	62.134,30 €	0,00 €
Differenz in %	-6,0%		

In diesem stark technisch geprägten Aufsichtsbereich, in dem vorrangig Absolvent*innen ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge für die Arbeitsschutzfachlaufbahn benötigt und - im Vorbereitungsdienst, als Trainees oder als Quereinsteigende - eingestellt werden, ist das Minus bei weiblichen Führungskräften auch eine Folge der allgemein noch geringeren Prävalenz von Frauen in MINT-Berufen. Neben den bisher benannten Steuerungsbedarfen werden bei den laufenden Stellenbesetzungsoffensiven vorrangig technisch interessierte bzw. ausgebildete Frauen angesprochen, und im Rahmen der Personalentwicklung wird die Führungskräfte-Qualifizierung von Frauen gezielt forciert.

Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11102 (neu)	**332**	**Ersatzvornahmen**	**1.000**	**1.000**		

Einnahmen aus Forderungen für Ersatzvornahmen bei ordnungsbehördlichen Einsätzen und Gefahr im Verzug nach dem Sprengstoffrecht, dem Chemikalienrecht, dem Gefahrstoffrecht und anderen dem LAGetSi zur übertragenen Rechtsvorschriften und Überwachungsaufgaben.

11105	**313**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**68,69**

Gebühren, z. B. für Fotokopien, Auszüge, Amtshandlungen nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz.

11113	**313**	**Gebühren nach der Kostenverordnung zum Sprengstoffrecht**	**90.000**	**90.000**	**77.000**	**94.094,58**

Gebühren für Genehmigungen, Erlaubnisse und Sachkundeprüfungen nach dem Sprengstoffgesetz.

Aufgrund von Verkürzungen der erteilen Laufzeit bestimmter Genehmigungen sind häufiger Folgeanträge und damit gebührenpflichtige Folgegenehmigungen zu erwarten, die einnahmeerhöhend wirken.

11149	**332**	**Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**101.588,63**

Gebühren für Maßnahmen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG), wie z. B. Genehmigungen, Anzeigeverfahren und Überwachungsmaßnahmen.

11150	**311**	**Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Arbeits- und gesundheitlichen Verbraucherschutz**	**350.000**	**350.000**	**400.000**	**304.773,15**

Gebühren, z. B. für Anordnungen, Genehmigungen, Zulassungen und Bescheinigungen u. a. nach dem Strahlenschutz- und Gefahrstoffrecht, für die Ermächtigung von Ärzten zur Durchführung arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen.

Niedrigere Einnahmeerwartung aufgrund geringerer hochgebührenpflichtiger Genehmigungsverfahren.

11201	**313**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**220.000**	**220.000**	**200.000**	**199.471,35**

Geldbußen zur Ahndung von Verstößen, z. B. gegen Sozialvorschriften im Straßenverkehr, arbeitsschutzrechtliche Bestimmungen oder dem Atomgesetz.

11903	**313**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere Ersatz von Dienstbezügen und Vergütungen durch Andere bei Schadenersatzpflicht aus Unfällen von Dienstkräften.

11979	**313**	**Verschiedene Einnahmen**	**3.800**	**3.800**	**3.800**	**5.587,41**

Sonstige, nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen.

		Gesamteinnahmen	**786.800**	**786.800**	**802.800**	**705.583,81**
		Prozentuale Veränderung	**-2,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**313**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**5.477.000**	**5.697.000**	**6.524.000**	**5.181.465,83**
42221	**313**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**641.000**	**660.000**	**1.073.000**	**242.404,68**

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42701	**313**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**—**

Honorare für Dozentinnen und Dozenten im Rahmen von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Dienstkräfte des LAGetSi.

42722	**313**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**175.000**	**181.000**	**128.000**	**1.186,67**

Ausbildungsentgelte für zwei Ärztinnen/Ärzte zur Weiterbildung.

42801	**313**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.025.000**	**3.146.000**	**2.960.000**	**2.887.182,97**
42811 (neu)	**313**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.380.000**	**3.482.000**		
44100	**313**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**269.000**	**278.000**	**276.000**	**253.084,92**
44379	**313**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**32.100**	**32.100**	**4.500**	**15.488,53**

Ausgaben für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung der Beschäftigten, für ärztliche Untersuchungen von Dienstkräften und für notwendige Hilfsmittel im Rahmen der Fürsorgepflicht.

51101	**313**	**Geschäftsbedarf**	**45.000**	**45.000**	**56.000**	**42.744,95**

	2024	2025
Schreib- und Bürobedarf, Ausgaben für Vordrucke (2023: 13.500 €)	9.700 €	9.700 €
Beschaffung von Büchern und Zeitschriften, EU-Gesetzgebung, DIN, Nutzung von Online-Verlagsdatenbanken (2023: 28.200 €)	25.000 €	25.000 €
Rundfunk- und Fernsehgebühren (2023: 300 €)	300 €	300 €
Ausgaben für externe Postdienstleister (2023: 14.000 €)	10.000 €	10.000 €
	45.000 €	45.000 €

51140	**313**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**25.000**	**25.000**	**35.000**	**22.467,08**

	2024	2025
Reparatur- und Wartungskosten vorhandener Geräte (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten u. Möbeln (2023: 34.000)	24.000 €	24.000 €
	25.000 €	25.000 €

51170	**313**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**313**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51408	**313**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**11.000**	**11.000**	**11.000**	**2.389,48**

Ausgaben für Schutzkleidung für die im Aufsichtsdienst tätigen Dienstkräfte.

51715	**313**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**487.000**	**487.000**	**487.000**	**486.875,28**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten aus der Anmietung der Häuser E und L sowie Kellerräume auf dem Dienstgelände Turmstr. 21.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**313**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**5.230,34**

Ausgaben für die Anmietung von Räumen (z. B. auf dem Dienstgelände Turmstr. 21) für interne Fortbildungsveranstaltungen sowie für Besprechungen und sonstige Veranstaltungen.

51803	**313**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**25.000**	**25.000**	**31.000**	**14.933,35**

Ausgaben für die Anmietung von 12 Multifunktionsgeräten.

Weniger aufgrund eines günstigeren Vertragsabschlusses in 2022.

51820	**313**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**503.000**	**503.000**	**503.000**	**502.172,28**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für die Häuser E und L sowie für Kellerräume auf dem Dienstgelände Turmstr. 21.

51925	**313**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**46.600**	**46.600**	**11.600**	**2.905,98**

Ausgaben für die Wartung nutzerspezifischer Anlagen sowie für sonstige nutzerspezifische Maßnahmen für die Häuser E und L sowie der Kellerräume auf dem Dienstgelände Turmstr. 21.

Mehr in 2024/2025 wegen Umbaumaßnahmen zur Herstellung eines Stabsraumes samt Nebenflächen für die Wahrnehmung von Aufgaben als Katastrophenschutzbehörde (für Strahlenschutz, Chemikaliensicherheit, Anlagensicherheit, Gefahrstoffrecht u.a.).

52501	**313**	**Aus- und Fortbildung**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**12.325,55**

Ausgaben für die Teilnahme von Dienstkräften an kostenpflichtigen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, sowie für die Ausbildung von Arbeitsschutzoberinspektoranwärterinnen und -anwärter sowie Trainees.

52536	**313**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**313**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ersatz von Aufwendungen nach § 80 Verwaltungsverfahrensgesetz durch den Rechtsträger an denjenigen, der gegen den erlassenen Verwaltungsakt erfolgreich Widerspruch erhoben hat, für Gerichtskosten gem. §§ 154 ff. VwGO sowie Kostenerstattungen an Zeugen. Anwaltskosten im Rahmen der Abwehr unberechtigter Ansprüche gegen Dienstkräfte des LAGetSi.

52610	**313**	**Gutachten**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**—**

Ausgaben für technische Gutachten. Diese sind abhängig von Genehmigungsanträgen auf dem Gebiet des Bundesimmissionsschutzgesetzt (BimSchG).

52703	**313**	**Dienstreisen**	**20.000**	**20.000**	**34.000**	**8.993,08**

	2024	2025
Ausgaben für Dienstreisen (z.B. für Gremientätigkeit) und für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungslehrgängen in anderen Bundesländern (2023: 20.000 €)	15.000 €	15.000 €
Ausgaben für Fahrkarten des ÖPNV für Dienstfahrten und für Wegstreckenentschädigungen im Rahmen der Nutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten (gesetzlicher Anspruch) (2023: 14.000€).....	5.000 €	5.000 €
	20.000 €	20.000 €

Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**313**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Veröffentlichungen.

53111	**313**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**15.000**	**15.000**	**3.000**	**11.775,05**

Ausgaben für amtliche Bekanntmachungen, z. B. in der Tagespresse oder auf Online-Portalen sowie im Bundesanzeiger und in Fachzeitschriften.

Mehr durch Stellen-Ausschreibungen in kostenpflichtigen Bewerbungsportalen, in nationalen und regionalen Karriereplattformen und in Publikationen der Fachpresse im Rahmen der Stellenbesetzungsoffensive.

54002	**313**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**1.067,50**

Ausgaben für das Betriebliche Gesundheitsmanagement

54010	**313**	**Dienstleistungen**	**20.000**	**20.000**	**47.000**	**231,54**

	2024	2025
Entsorgungskosten (Altakten, Sperrmüll) (2023: 3.500 €)	3.000 €	3.000 €
Ausgaben für behördlich veranlasste Messungen, z. B. nach dem Chemikalienrecht (2023: 3.000 €)	2.000 €	2.000 €
Ausgaben für Untersuchungen von Verbraucherprodukte (2023: 33.500 €)	15.000 €	12.000 €
Ausgaben für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Geräte (2023: 6.000 €)	0 €	3.000 €
	20.000 €	20.000 €

54012 (neu)	**332**	**Ersatzvornahmen**	**1.000**	**1.000**		

Ersatzvornahmen bei ordnungsbehördlichen Einsätzen und Gefahr im Verzug nach dem Sprengstoffrecht, dem Chemikalienrecht, dem Gefahrstoffrecht und anderen dem LAGetSi zur übertragenen Rechtsvorschriften und Überwachungsaufgaben.

54036	**313**	**Entnahme von Proben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**25,24**

Ausgaben im Zusammenhang mit der Entnahme von Proben im Rahmen der arbeitsschutzrechtlichen und chemikalienrechtlichen Überwachung.

54053	**313**	**Veranstaltungen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**6.953,22**

Ausgaben für die Durchführung von Fach- und Fortbildungsveranstaltungen

54077 (neu)	**313**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

54079	**313**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.246,26**

Sonstige, nicht in anderen Titeln aufgeführte Ausgaben, wie z. B. Verbrauchsmaterialien für Überprüfungszwecke, Verbandsstoffe, Batterien, Aufwendungen für die Beteiligung an Messen und Ausstellungen, Kosten für die Durchführung von Ersatzvornahmen aufgrund des VwVG, Kränze und Nachrufe.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51170	**313**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**2.000**	**1.816,00**

Ausgaben für die Datenfernübertragung im Rahmen der Nutzung des zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters (ZStV).

Mehr aufgrund der Implementierung einer geplanten OSiP- Schnittstelle für Registerabfragen.

51185	**313**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**225.000**	**205.000**	**100.000**	**93.863,93**

Pflegeverträge und andere Dienstleistungen für Fachverfahren. IFAS Fachverfahren inkl. Preiserhöhung. Umsetzung OZG: Implementierung von EfA- Leistungen einschließlich Schnittstellenerschließung zum Fachverfahren.

	2024	2025
IFAS Pflege (Bestand) – inkl. Preissteigerung (2023: 52.900 €)	80.000 €	90.000 €
IFAS-Module – Neuanschaffung, Erweiterung (2023: 19.700 €)	80.000 €	40.000 €
Datafactory Street Code (2023:4.500 €).....	4.500 €	4.500 €
SCHEK (2023: 4.900 €).....	4.900 €	4.900 €
Digitale Ausbildung für die Laufbahn/ Implementierung von Lernmodulen (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
EfA-Leistungen/OZG (2023: 0 €).....	40.000 €	50.000 €
IntraSurf (2023: 5.000 €)	5.000 €	5.000 €
	224.400 €	204.400 €
	rd. 225.000 €	rd. 205.000 €

Aufgrund der geplanten Implementierung von EfA-Leistungen (OZG-Umsetzung) und der daraus resultierenden Anbindung an das Fachverfahren, ist die Anschaffung weiterer IFAS-Module nötig. Ferner fallen Kosten für die Implementierung der EfA-Leistung und dessen Nutzung an, sodass auch für die Folgejahre Nutzungskosten entstehen.

Für 2023 wurde eine Preissteigerung für das Fachverfahren - IFAS – angekündigt, die entsprechend in den Ansätzen abgebildet wird. Im Zuge der Digitalisierung soll ferner eine mobile Variante des Fachverfahrens eingeführt werden.
Anlässlich des Personalaufwuchses werden im Rahmen der fachrechtlichen Ausbildung digitale Lernformate angestrebt.

52536	**313**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**8.000**	**8.000**	**3.000**	**—**

Ausgaben für Administratoren- und User-Schulungen für Fachsoftware, die nicht durch das Angebot der VAK abgedeckt werden.
Aufgrund des weiteren Aufbaus von Fachmodulen, welche neu für jeden Fachbereich im LAGetSi eingerichtet werden, ist mit einem stärkeren Fortbildungsbedarf zu rechnen. Durch die Umsetzung des OZG (einschl. EfA-Leistungen) und die Einbindung in das Fachverfahren ist ebenfalls mit einem erhöhten Fortbildungsbedarf zu rechnen.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**238.000**	**218.000**	**105.000**	**95.679,93**
	Gesamtausgaben	**14.491.200**	**14.948.200**	**12.343.600**	**9.798.829,71**
	Prozentuale Veränderung	**17,4 %**	**3,2 %**		

Abschluss Kapitel 1145

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**786.800**	**786.800**	**802.800**	**705.583,81**
	Gesamteinnahmen	**786.800**	**786.800**	**802.800**	**705.583,81**
411-462	**Personalausgaben**	**13.003.600**	**13.480.600**	**10.970.000**	**8.580.813,60**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.487.600**	**1.467.600**	**1.373.600**	**1.218.016,11**
	Gesamtausgaben	**14.491.200**	**14.948.200**	**12.343.600**	**9.798.829,71**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-13.704.400**	**-14.161.400**	**-11.540.800**	**-9.093.245,90**

Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001170 Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und technische Sicherheit

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	6.865.720	6.790.586	+1,11
Kostenträger	20	Sachkosten	71.017	47.799	+48,57
davon		Transferkosten	64.109	60.518	+5,93
Produkte	19	Verrechnungskosten	121	79.549	-99,85
MGF	1	kalkulatorische Kosten	1.964.962	1.984.735	-1,00
Projekte	0	Gemeinkosten	6.256.599	6.023.042	+3,88
		Summe Verwaltungskosten	15.222.528	14.986.228	+1,58
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	15.222.528	14.986.228	+1,58

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005490	2022	15.222.528	0	15.222.528
Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und technische Sicherheit	2021	14.986.228	0	14.986.228

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79122	2022	2.281.062	0	2.281.062
Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.308.602	0	2.308.602

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	14,98	15,40
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	64.109,21	60.517,55
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Allgemeiner, sozialer, technischer und medizinischer Arbeitsschutz:
Grundsatzfragen des Arbeitsschutzes; Schutz der Beschäftigten vor Überlastungen auf Grund arbeitszeitlicher Anforderungen, Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe, Ladenöffnung, Schutz von werdenden und stillenden Müttern und des ungeborenen Lebens sowie von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren in der Arbeitswelt, Beschäftigungspolitische Rahmenbedingungen bei der Unfallverhütung, Sichere Verwendung von Arbeitsmitteln, Beschäftigungsbedingungen auf Baustellen, Sichere und menschengerechte Gestaltung von Arbeitsstätten/-plätzen, Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren einschließlich Maßnahmen zur menschengerechten Gestaltung der Arbeit; psychische Belastungen am Arbeitsplatz;

Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Grundsatzfragen der Technischen Sicherheit einschl. Anlagensicherheit / Immissionsschutz; Schutz der Beschäftigten/Dritter und der Umwelt vor Gefahren und vor Immissionen; Produktsicherheit; RAPEX-Koordinationsstelle für das Land Berlin; Störfallrecht; Katastrophenschutz; Schutz vor elektromagnetischen Feldern; Schutz vor nicht ionisierender Strahlung;
Sicherheit bei der Lagerung, Herstellung und Verwendung von Sprengstoffen;
Chemikalien / Gefahr- und Biostoffe: Grundsatzfragen von Chemikalien einschl. Gefahrstoffe und Biostoffe, Sicherheit beim Inverkehrbringen, beim Umgang und bei der Arbeit mit Chemikalien / Gefahrstoffen, Sicherheit beim Umgang mit Biostoffen und gentechnisch verändertem Material; Chemikalienklimaschutz
Innere Sicherheit bzgl. des Inverkehrbringens von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe
Fachinformationen zum Arbeitsschutz: Redaktion, Herausgabe des Jahresberichts der Berliner Arbeitsschutzbehörden

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80266	2022	2.302.177	0	2.302.177
Arbeitsschutz: Antragsverfahren	2021	1.945.056	0	1.945.056

	2022	2021
Menge: Anzahl bearbeiteter Vorgänge	4.242	4.185
Kosten je ME in €	542,71	464,77
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	15,12	12,98
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	247.750,86	227.874,16
Kostendeckungsgrad in %	10,76	11,72

Durchführung von Antragsverfahren (Genehmigungsverfahren, Erlaubnisverfahren, Zulassungen, Ausnahmen, Ermächtigungen, Stellungnahmen im BK-Verfahren) einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen

Fachspezifische Informationen
Die Anzahl der bearbeiteten Vorgänge ergibt sich aus den Fallzahlen der produktorientierten Darstellung der Tätigkeiten nach Tabelle 4 der Jahresberichterstattung der Arbeitsschutzbehörde, erfasst durch dies Dienstkräfte im IFAS Programm (Software für die Arbeitsschutzverwaltung).
Die Menge der zu bearbeitenden Anträge kann je nach Eingängen in den einzelnen Berichtsjahren unterschiedlich sein. Diese Zahl ist von den Dienstkräften nicht beeinflussbar. Die Schwankung der Kosten je ME ergibt sich in diesem Zusammenhang aufgrund der Personalkosten (siehe auch dazu Produkt 80267).

Die geringfügige Mengensteigerung im Berichtszeitraum korreliert mit dem Wiedererstarken der wirtschaftlichen Aktivitäten nach den coronabedingten Einschränkungen und betrifft insbesondere die Rechtsgebiete des Gefahrstoffrechts (hier insbes. Bausektor/Tätigkeiten mit Asbest), Arbeitszeit, explosionsgefährliche Stoffe.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80267	2022	3.286.892	0	3.286.892
Arbeitsschutz: Anlassbezogene Überwachung und Arbeitsprogramme	2021	3.248.063	0	3.248.063

	2022	2021
Menge: Anzahl bearbeiteter Vorgänge	4.506	8.288
Kosten je ME in €	729,45	391,90
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	21,59	21,67
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	55.334,01	56.468,50
Kostendeckungsgrad in %	1,68	1,74

Überwachung der Einhaltung von Arbeitsschutzvorschriften und Beratung der Rechtsverpflichteten auf Anlass (z.B. Anzeige, Beschwerde, Schadensereignis, Hinweis etc.) sowie auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen einschließlich konzeptioneller Vorarbeiten, ordnungsbehördlichem Verwaltungshandeln und Berichtswesen

Fachspezifische Informationen

Die Anzahl der bearbeiteten Vorgänge ergibt sich aus den Fallzahlen der produktorientierten Darstellung der Tätigkeiten nach Tabelle 4 der Jahresberichterstattung der Arbeitsschutzbehörde, erfasst durch dies Dienstkräfte im IFAS Programm (Software für die Arbeitsschutzverwaltung).
Die signifikante Reduktion der Menge begründet sich im Wesentlichen aus dem Auslaufen der Schwerpunktaufsichtsprogramme zur Überwachung der coronabedingten Arbeitsschutzmaßnahmen, während die bundesweit abgestimmte Kontrolltätigkeit im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie erst sukzessive im laufenden Jahr aufgenommen wurde.
Bei weitgehend konstanten Personalkosten resultiert auf Grund der Mengenreduktion der Anstieg der Kosten je ME.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Es werden in diesem Kapitel die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung III nachgewiesen.

Die Aufgaben der Abteilung erstrecken sich auf folgende Bereiche:

- Ministerielle Aufgaben im Rahmen der Sozialpolitik (Politikberatung, Bearbeitung parlamentarischer Anfragen und Initiativen einschließlich bundespolitische Aktivitäten, Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Bezirken unter Beachtung landesrechtlicher Zuständigkeitsregelungen)
- Sozialhilfe (SGB XII) - im Zuge der Neuressortierung des Berliner Senats kam es zur Herauslösung des Bereichs Pflege aus der Abteilung Soziales -, Soziales Entschädigungsrecht, Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz, Häftlingshilfegesetz, SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Kriegsgefangenen- Entschädigungsgesetz, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) einschließlich Abrechnung der Bundesbeteiligung gemäß § 46 a SGB XII sowie Erstattung des Barbetrages gemäß §§ 136 / 136a SGB XII; Grundsicherung für Arbeitssuchende hinsichtlich der Aufgaben des Kommunalen Trägers nach SGB II einschließlich der Ausführungsvorschriften zur Ermittlung angemessener Kosten der Unterkunft (AV Wohnen), Abrechnung der Kosten der Unterkunft (SGB II) mit dem Bund; IT-Fachsoftwaresystem im Sozialwesen für die Bezirke und zentrale Stelle für die Systemanwendung; Umsetzung von Maßnahmen mit finanzieller Beteiligung der EU (ESF, EFRE); „berlinpass“; Asylbewerberleistungsgesetz
- Betreuungsvereine; Zivildienstgesetz; Unterhaltsicherungsgesetz
- Politik für Menschen mit Behinderungen; Gesetz zu Artikel 11 der Verfassung von Berlin und dessen Umsetzung; Leitlinien zum Ausbau Berlins als behindertengerechte Stadt; berufliche und soziale Integration von Menschen mit Behinderungen; SGB IX; Schwerbehindertengesetz (SchwbG)
- Sozialplanung; Solidarische Stadtgesellschaft; maßnahmenbezogene Berücksichtigung von Aspekten der interkulturellen Öffnung, der Sozialraumorientierung und des Gender Mainstreaming
- Sozialpolitik und Grundsatzangelegenheiten für bestimmte Zielgruppen (ehrenamtlich Tätige, Senioren, Wohnungslose, Überschuldete); Planung und Steuerung in Ausführung des Rahmenfördervertrages mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände für soziale Projekte einschließlich Stadtteilzentren; Nachbarschaftsförderung; Stiftungsvermögen (Ost); Verträge im Zuwendungsbereich soweit Soziales; Sonderfinanzierungsformen
- Verträge für Einrichtungen des Sozialwesens, Vertragsangelegenheiten des Sozialhilfeträgers nach dem SGB XII und des Eingliederungshilfeträgers nach SGB IX
- Soziale Sicherung; Sozialgesetzbuch (SGB)/Renten-, und Unfallversicherung; Haftpflicht- und Unfallversicherung ehrenamtlich Tätiger; Seniorenmitwirkungsgesetz; Benchmarking für ausgewählte SGB XII-Leistungen mit vergleichbaren Stadtstaaten und Ballungsräumen
- fachliche Begleitung bei der Steuerung bezirklicher Sozialhilfeausgaben entsprechend den Zuständigkeitsregelungen; Fallmanagement im Rahmen der Gewährung von Eingliederungshilfe für Behinderte; Grundsatzangelegenheiten und Begleitung der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
- Sozialstatistik
- Fachaufsicht über das LAGeSo insoweit Soziales betroffen ist
- Fachaufsicht über das LAF

Die Einnahmen und Ausgaben im Bereich des Landesbeauftragten für Behinderte sind dem Kapitel 1100 zugeordnet.

Die EU-Mittelveranschlagung beruht auf einem von max. 50 % (alte Förderperiode) bzw. max. 40 % (Förderperiode 2021-2027) der jeweiligen Projektkosten.

Die Umsetzung der Aufgaben aus dem Rahmenfördervertrag mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände (Antragsprüfung, Bewilligung und Auszahlung von Zuwendungen) erfolgt im LAGeSo (Auftragsweise Bewirtschaftung). Die Verwaltungsausgaben dafür werden im Kapitel 1160 nachgewiesen. Die Aufgaben der Zuwendungsprüfung werden von der Senatsverwaltung (Abt. ZS) wahrgenommen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales -

B. Gender Budgeting

a) Geschlechtssensitive Daten liegen bei den folgenden Titeln vor (jeweils beim Titel erläutert):

63115	Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR
68406	I. Betreuungsvereine
68431	Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden
68455	Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren

Der Ersatz von Ausgaben für Rentenleistungen aus Ansprüchen in der ehemaligen DDR (Titel 63115) ist eine gesetzliche Aufgabe. Genderdaten können allein von der Deutschen Rentenversicherung aufgeliefert und dargestellt werden. Ein unmittelbarer Einfluss durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales unter dem Gesichtspunkt der Genderrelevanz besteht nicht.

Der Zuwendungsbereich wird im Wesentlichen von dem Rahmenfördervertrag mit der LIGA der freien Wohlfahrtsverbände für soziale Projekte sowie für den Bereich der Stadtteilzentren (Titel 68431, 68455) bestimmt. In beiden Bereichen werden geschlechtersensitive Daten erhoben, deren Veröffentlichung in den jeweiligen Jahresberichten dem Parlament zur Verfügung gestellt wird. Um den zusätzlichen Aufwand sowohl bei den Vertragspartnern als auch bei den Projekten zu minimieren und damit höhere Verwaltungskosten bei den Betroffenen weitestgehend vermieden werden, werden die Datenauflieferungen zum Genderaspekt in das übrige Verwaltungsverfahren der Zuwendungsgewährung/-prüfung eingepasst. Somit stehen entsprechende Daten grundsätzlich erst zeitverzögert zur Verfügung.

b) Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1150 – Abteilung Soziales

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	7	11	0	11	10	0
Differenz in %	38,9%	61,1%	0,0%	52,4%	47,6%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	68	35	0	73	46	0
Differenz in %	66,0%	34,0%	0,0%	61,3%	38,7%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	12	10	0
Differenz in %	54,5%	45,4%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	64	57	0
Differenz in %	52,9%	47,1%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	83.356,57 €	89.220,54 €	0,00 €
Differenz in %	-6,6%		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	64.472,09 €	71.559,07 €	0,00 €
Differenz in %	-9,9%		

In diesem großen Bereich gibt es sowohl bei weiblichen Führungskräften wie auch bei Mitarbeiterinnen ein deutliches Minus im Jahresdurchschnittsgehalt gegenüber ihren männlichen Kollegen. Hier arbeiten mit 30,7% prozentual am meisten Beschäftigte in Teilzeit.
Zu den Gründen und Steuerungsbedarfen wird auf die allgemeinen Erläuterungen verwiesen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**219**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11152	**219**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**9.300,00**

Einnahmen aus der Gebührenerstattung für Schiedsstellenverfahren nach § 80 Sozialgesetzbuch-Zwölftes Buch - gemäß § 13 Abs. 2 und 4 der Schiedsstellenverordnung. Das Sitzungsgeld des Schiedsstellenvorsitzenden ist beim Titel 41201 veranschlagt.

11921	**253**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**862.351,02**

Erstattung von in Vorjahren gewährten Zuwendungen nebst Zinsen.

11934	**253**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**481.143,78**
11977	**219**	**Andere Rückzahlungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11979	**219**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**250,00**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen mit erwarteten Beträgen bis zu 1.000 €.

16210	**219**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**53,17**

Zinsen für Darlehen, die karitativen Verbänden in den Jahren 1956 bis 1960 für Bauvorhaben und Beschaffungen gewährt worden sind.

18210	**219**	**Tilgungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**764,91**

Tilgung der im Titel 16210 genannten Darlehen.

23105	**252**	**Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach SGB II**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Nach § 46 Abs. 5 SGB II ersetzt der Bund ab 2005 einen prozentualen Anteil an den Kosten der Unterkunft. Die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft sind in den Bezirksplänen bei Kapitel 3960 veranschlagt. Die Erstattungsbeträge werden zunächst bei Kapitel 1150 vereinnahmt und zum Ende des Haushaltsjahres auf die Bezirkspläne Kapitel 3960 verteilt. Die voraussichtliche Einnahmeerwartung wird in den Bezirksplänen ausgewiesen.

In 2021 wurden insgesamt 1.004.271.116,13 € als Einnahmen verbucht. In 2022 wurden insgesamt 887.657.098,58 € als Einnahmen verbucht.

23133	**282**	**Anteil des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ab dem Jahr 2014 erstattet der Bund 100 % der Nettoausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.
Die Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind in den Bezirksplänen bei Kapitel 3911, 3912 und 3915 und seit 2020 auch im LAGeSo bei Kapitel 1166 veranschlagt. Die Erstattungsbeträge werden zunächst bei Kapitel 1150 vereinnahmt und am Jahresende auf die Bezirkspläne Kapitel 3911 und seit 2020 auch auf Kapitel 1166 verteilt. Die voraussichtliche Einnahmeerwartung wird entsprechend ausgewiesen.

In 2021 wurden insgesamt 628.383.826,82 € als Einnahmen verbucht; im Jahr 2022 belief sich die Erstattung auf 680.475.003,76 €.

23134	**281**	**Anteil des Bundes für Barbetrag nach dem SGB XII**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Seit 2020 erstattet der Bund nach § 136a SGB XII für Leistungsberechtigte nach dem Vierten Kapitel des SGB XII, die in einer Einrichtung leben, pro Monat einen prozentualen Anteil der Regelbedarfsstufe 1. Die Erstattungsbeträge werden zunächst bei Kapitel 1150 vereinnahmt und am Jahresende auf die Bezirkspläne Kapitel 3911 und das LAGeSo (Kapitel 1166) verteilt.

Die Erstattung in 2021 (hier noch nach § 136 SGB XII) belief sich auf 867.315,36 €, im Jahr 2022 auf 844.055,00 €.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23611 (neu)	**259**	**Erstattung von Verwaltungskosten durch die Jobcenter**	**1.800.000**	**1.800.000**	**1.800.000**	**2.236.374,10**

Wurde bislang bei 2729/23611 nachgewiesen.

Einnahmen aus Abrechnungen der Verwaltungskosten für Bildung und Teilhabe mit den Jobcentern.

26108	**011**	**Kostenersatz für die Wahlen zu den Organen der gesetzlichen Sozialversicherung**	**—**	**—**	**5.000**	**—**

Im Haushaltsjahr 2023 wurden Sozialversicherungswahlen durchgeführt. Die Kosten für die Tätigkeit des Landesbeschwerdewahlausschusses (§ 8 Abs. 5 Wahlordnung für die Sozialversicherung - SVWO) sind gem. § 87 Abs. 2 SVWO von den der Aufsicht des Landes unterstehenden Versicherungsträgern zu erstatten. Sozialversicherungswahlen finden nur alle sechs Jahre statt.

27292	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**200.000**	**1.756.000**	**188.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68492.

Zuweisungen für das ESF-Instrument „Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement“ (Förderperiode 2021 - 2027).

Die verausgabten ESF-Mittel werden vom Land Berlin vorfinanziert. Im Rahmen eines Erstattungsverfahrens seitens der EU-KOM werden diese Mittel dem Land Berlin nach Einreichung von Zahlungsanträgen zurückerstattet.

Der ESF-Interventionssatz beträgt 40 %. Die notwendige nationale Kofinanzierung i. H. v. 60 % ist bei dem Titel 68432 veranschlagt.

27295	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**8.098.000**	**3.501.083,74**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

27296	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**—**	**923.609,19**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

27297	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**900.000**	**900.000**	**900.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68497.

Zuweisungen für die EFRE Förderung der Stadtteilzentren (Förderperiode 2021 - 2027).

Der EFRE-Interventionssatz beträgt 40 %. Die notwendige nationale Kofinanzierung i. H. v. 60 % ist bei dem Titel 68432 veranschlagt.

28101	**219**	**Ersatz von Ausgaben**	**18.000**	**18.000**	**8.000**	**—**

Anteil der LIGA an den Kosten der Geschäftsstelle der Entgeltkommission.

28290	**253**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**291.000**	**252.267,47**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68490.

Zweckbindungsvermerk: Zweckgebundene Einnahme für besondere soziale Zwecke für Ausgaben bei Titel 54690.

29899	**219**	**Erbschaften für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**101.311,55**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68499.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
38190	**890**	**Verrechnungen für zweckgebundene Ausgaben**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**21.950,70**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68490.

Verwendung von zweckgebundenen Stiftungsmitteln aus den Erträgnissen der Sammelstiftung Kreuzberg für besondere Zwecke auf dem Gebiet der sozialen Angelegenheiten und der vom Bezirksamt Spandau verwalteten nichtrechtsfähigen „Kurt-Nietsch-Stiftung“, über deren Verwendung die für Soziales zuständige Senatsverwaltung unter Beteiligung des Bezirkes entscheidet (entsprechende Ausgaben bei Titel 68490).
Die Erträgnisse der „Kurt-Nietsch-Stiftung“ sind zugunsten von Angeboten und Maßnahmen zu verwenden, die geeignet sind, die Mobilität und Verselbständigung Blinder zu steigern.

Die Einnahmen sind abhängig von Erträgnissen der Stiftungen.

		Gesamteinnahmen	**3.419.000**	**4.975.000**	**11.790.000**	**8.390.459,63**
		Prozentuale Veränderung	**-71,0 %**	**45,5 %**		
		Ausgaben				
41201	**011**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**1.900**	**1.900**	**1.000**	**1.860,14**

Ausgaben für Sitzungsgelder des Vorsitzenden der Schiedsstelle nach § 80 SGB XII. Die Gebühren für Schiedsstellenverfahren gemäß § 13 Abs. 2 und 4 der Schiedsstellenverordnung werden beim Titel 11152 veranschlagt.
Die Gebühren für die Schiedsstelle nach § 133 SGB IX sind in der diesbezüglichen VO in § 14 Abs. 2 und 4 geregelt.

41210	**011**	**Aufwendungen für Beiräte**	**2.300**	**2.300**	**1.000**	**2.220,00**

Sitzungsgelder werden für die Mitglieder des Landesseniorenbeirates Berlin nach Maßgabe der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen in Verbindung mit der Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlungen, der Bürgerdeputierten und sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen gezahlt.

Aufwendungen nach dem Seniorenmitwirkungsgesetz.

42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**4.529.000**	**4.790.000**	**5.302.000**	**3.693.492,26**
42701	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**9.200**	**9.200**	**9.200**	**12.188,58**

Honorare für Gebärdensprachdolmetscher und für freie Mitarbeiter/innen.

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.246.000**	**6.581.000**	**4.640.000**	**5.561.913,38**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**174.000**	**180.000**	**239.000**	**163.879,55**
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**306.000**	**306.000**	**356.000**	**57,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**563.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**250.000**			
		Davon fällig 2026	**250.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**63.000**	**—**		

	2024	2025
1. Sonstige Fortbildungen	6.000 €	6.000 €
2. Fachliche Fortbildungsreihe im Rahmen des Umsetzungskonzeptes GStU	300.000 €	300.000 €
	306.000 €	306.000 €

Erstattung von Teilnehmergebühren im Rahmen dienstlicher Aus-, Fort- und Weiterbildung innerhalb Berlins und Schulung von Ersthelfern sowie Dienstreisen im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung außerhalb Berlins auf der Grundlage des Bundesreisekostengesetzes.

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**13.706,76**

	2024	2025
1. Schiedsstellenverfahren gem. § 75 SGB XII, § 80 Abs. 1 SGB XII und § 126 und § 133 Abs. 1 SGB IX	25.000 €	25.000 €
2. Prozessvertretung Eingliederungshilfe in Fällen von grundsätzlicher Bedeutung	25.000 €	25.000 €
	50.000 €	50.000 €

52610	**011**	**Gutachten**	**155.000**	**125.000**	**195.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**155.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**5.000**			
		Davon fällig 2026	**80.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**70.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen			
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	145.000	120.000	

Kosten der Gutachten von Instituten oder des Einsatzes von einzelnen Sachverständigen soweit ein Werkvertrag vorliegt.

	2024	2025
1. Sonstige externe Gutachten (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
2. Wissenschaftliche Evaluation der Umsetzung der Eingliederungshilfe-Reform/ des Bundesteilhabegesetzes für die landesspezifisch geschaffenen Organisationsstrukturen, Prozessabläufe und Wirkungen im Land Berlin (2023: 115.000 €)	145.000 €	115.000 €
	155.000 €	125.000 €

52703	**011**	**Dienstreisen**	**10.000**	**10.000**	**14.600**	**5.738,22**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für allgemeine Zwecke und Vorstellungsreisen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**41.000**	**40.700**	**50.000**	**10.735,98**

		2024	2025
1.	Informationsflyer zum „berlinpass“ (2023: 10.000 €)	5.000 €	5.000 €
2.	Informationsflyer zum Berliner „FreiwilligenPass“ (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
3.	Beschaffung von „berlinpass-BuT“ – Formularen (2023: 5.000 €)	10.000 €	10.000 €
4.	Infokampagne zur Wahl der Seniorenvertretung (2023: 5.000 €)	2.500 €	2.500 €
5.	Broschüre über die Leistungen der Bildung und Teilhabe (2023: 0 €)	10.000 €	10.000 €
6.	Informationsblatt für die Berliner Mobilitätshilfedienste (2023: 700 €)	1.000 €	700 €
7.	Erstellung von Informationsmaterialien über die Seniorenmitwirkungsgremien (2023: 20.000 €)	2.500 €	2.500 €
8.	Broschüren Betreuungsrecht (2023: 7.000 €)	7.000 €	7.000 €
9.	Infoflyer Sammelversicherung Bürgerschaftlich Engagierte (2023: 1.300 €)	2.000 €	2.000 €
		41.000 €	40.700 €

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**4.200**	**—**

Für die Ausschreibung von Lieferungen und Leistungen sowie amtliche Bekanntmachungen.

54010	**236**	**Dienstleistungen**	**5.781.000**	**6.415.000**	**6.805.000**	**3.025.524,39**

100.000,0 EUR werden künftig bei 1100/54010 nachgewiesen.

Verpflichtungsermächtigung	**6.188.000**	**8.174.000**
Davon fällig 2025	**1.648.000**	
Davon fällig 2026	**1.870.000**	**4.031.000**
Davon fällig 2027	**1.870.000**	**4.143.000**
Davon fällig 2028	**800.000**	**—**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.745.000	2.395.000	
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	1.630.000	1.780.000	

		2024	2025
1.	Kennzahlenvergleiche zu Leistungen des überörtlichen und örtlichen Sozialhilfeträgers (2023: 4.000 €)	4.000 €	4.000 €
2.	Steuerung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem 6. Kapitel und der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel des SGB XII (2023: 541.200 €)	520.000 €	520.000 €
3.	Evaluationen im Integrierten Sozialprogramm – Ziel- und Wirkungsorientierung (2023: 180.000 €)	50.000 €	50.000 €
4.	Evaluationen im Infrastrukturförderprogramm (IFP) Stadtteilzentren – Ziel- und Wirkungsorientierung (2023: 50.000 €)	50.000 €	50.000 €
5.	Weiterentwicklung der Vorschriftensammlung zum Berliner Sozialrecht (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
6.	Aktualisierung der Angebotsdatenbank zum „berlinpass“ (2023: 3.000 €)	3.000 €	3.000 €
7.	Aktualisierung der Datenbank „Freiwilligenpass“ (2023: 1.500 €)	1.000 €	1.000 €
8.	Baufachliche Beratung – Umsetzung Wohnteilhabe-Bauverordnung (WTG BauV) (2023: 30.000 €)	30.000 €	30.000 €
9.	Weiterentwicklung der Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik (2023: 70.000 €)	10.000 €	70.000 €
10.	Begleitende Umsetzung der Eingliederungshilfereform/ des Bundesteilhabegesetzes im Land Berlin (2023: 220.000 €)	218.700 €	224.500 €
11.	Beratungsleistungen im Rahmen von Entgeltverhandlungen (2023: 56.300 €)	56.300 €	58.000 €
12.	Beauftragung von Dienstleistungen für die Erstellung von Dokumentationen Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe im ISP (2023: 106.000 €)	115.000 €	115.000 €
13.	Humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders Schutzbedürftige und Binnenvertriebene (2023: 1.500.000 €)	1.200.000 €	1.200.000 €

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

		2024	2025
14.	Vergabe einer Kundenbefragung Mobilitätshilfedienste (2023: 15.000 €)	50.000 €	0 €
15.	Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS) (2023: 1.580.000 €)	1.685.000 €	1.740.000 €
16.	Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Integrierten Armuts- und Sozialberichterstattung (2023: 75.000 €)	70.000 €	25.000 €
17.	Teilhabebericht nach § 20 Abs 1 LGBG (2023: 200.000 €)	35.000 €	200.000 €
18.	Strategiekonferenzen Inklusion und Eingliederungshilfe (2023: 125.000 €)	150.000 €	70.000 €
19.	Landesfachstelle für Barrierefreiheit nach § 31 LGBG (2023: 1.400.000 €)	400.000 €	1.000.000 €
20.	Maßnahmen zur Umsetzung des LGBG: Partizipationsfonds (2023: 250.000 €)	350.000 €	350.000 €
21.	Flexibilisierung der Leistungstypen nach §67 ff SGB XII (2023: 100.000 €)	150.000 €	100.000 €
22.	Dokumentationen und Datenerhebung nach WohnBG (2023: 3.000 €)	3.000 €	3.100 €
23.	Evaluierung des Modellprojekts der erweiterten Unterstützung gemäß 11 BtOG	50.000 €	20.000 €
24.	Dienstleistungen für barrierefreie Web-Veröffentlichungen-neu	50.000 €	50.000 €
25.	Beauftragung von Dienstleistungen für die Erstellung von Dokumentationen und Jahresberichten Berliner Mobilitätshilfedienste im Integrierten Sozialprogramm (ISP)-neu	45.000 €	46.400 €
26.	Rat für Obdachlosenhilfe (Strategiekonferenz Wohnungslosigkeit)	100.000 €	100.000 €
27.	Berliner Seniorenwoche	50.000 €	50.000 €
28.	Finanzierung einer BuT Beratungsstelle (2023: 200.000 €)	325.000 €	325.000 €
		5.781.000 €	6.415.000 €

Zu 2.:
Prozessbegleitung für Maßnahmen und Vorhaben zur Steuerung des Trägers der Eingliederungshilfe nach §§ 2 und 7 AG SBG IX einschließlich Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebotes fachlicher Fortbildung für die Fachkräfte der Teilhabefachdienste Soziales gemäß § 2 Abs. 4 AG SGB IX.

Zu den allgemeinen Steuerungsaufgaben gehören die Sicherstellung von fachlichen Mindeststandards wie der Sozialraumorientierung einschließlich der Implementierung eines hohen standardisierten Qualitätsniveaus, insbesondere in Gewährleistung eines einheitlichen Verwaltungsverfahrens, zweckmäßiger Geschäftsprozesse, gleichwertiger Fallbearbeitung und -steuerung, eines Fach- und Finanzcontrollings und Berichtswesens sowie die Weiterentwicklung und Steuerung einer Angebotsstruktur von landesweit hoher Qualität. Die Fachkräftequalifizierung umfasst die Erstqualifizierung für die Tätigkeit im Teilhabefachdienst sowie die Sicherstellung eines kontinuierlichen Angebots zur fachlichen Fortbildung für die Fachkräfte der Teilhabefachdienste.

Zu 3.:
Analyse und Implementation von ziel- und wirkungsorientierten Ansätzen im Integrierten Sozialprogramm (ISP).
Mit Fortsetzung des Rahmenfördervertrages soll die Förderpraxis im ISP in stärkerem Maße unter den Gesichtspunkten einer Ziel- und Wirkungssteuerung betrachtet werden. Eine entsprechende Erprobung haben die Vertragspartner in § 1 Abs. 3 der Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung des Integrierten Sozialprogramms als Ziel benannt.

Zu 4.:
Mit Fortsetzung des Rahmenfördervertrages ist es vorgesehen, die Förderpraxis im Rahmenförderprogramm Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren in stärkerem Maße zu evaluieren und die Umsetzbarkeit einer Ziel- und Wirkungssteuerung zu prüfen. Hierzu sollen vorrangig bestehende Ansätze den Gegebenheiten in den geförderten Einrichtungen, die häufig nur über geringe Ressourcen verfügen, angepasst und modellhaft in ausgewählten Bereichen erprobt werden.

Zu 6. + 7.:
Aktualisierung und Anpassung der Datenbanken an zu verändernde Regularien des “Berlinpasses“ und des Berliner FreiwilligenPasses/ Schüler-FreiwilligenPasses durch die betreuende Firma „berlin-online“.

Zu 10.:
Prozessbegleitung der Umsetzung der neuen Leistungs- und Vergütungsstruktur im Land Berlin zum Berliner Rahmenvertrag SGB IX einschließlich Analyse der Auswirkungen des Systemwechsels sowie die Durchführung von Fach- und Informationsveranstaltungen mit allen Beteiligten.

Begleitung der Entwicklung einer landesweiten einheitlichen Systematik der Leistungserbringung der im Rahmen der Eingliederungshilfe beauftragten Fahrdienste unter Beachtung des neue Leistungs- und Vergütungssystems.

Gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen im Rahmen des am 7. Oktober 2021 in Kraft getretenen Gesetzes zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Landesgleichberechtigungsgesetz): Landesfachstelle für Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen als zentrale Anlaufstelle für die öffentlichen Stellen (§ 31 LGBG), Partizipationsfonds zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten (§ 34 LGBG), Berliner Teilhabebericht über die Lebenslagen und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (§ 20 Abs. 1 LGBG).

Zu 18.:
Ausgehend davon, dass im Jahr 2023 mit der 1. Strategiekonferenz ein Strategieprozess auf dem Politikfeld „Inklusion, Selbstbestimmung und Eingliederungshilfe“ gestartet wird, ergibt sich für die Folgejahre 2024 und 2025 ein Finanzbedarf zur Durchführung von Folgeveranstaltungen und ggf. weiteren Partizipationsformaten.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54020	**011**	**Versicherungen in besonderen Fällen**	**39.000**	**39.000**	**40.900**	**37.746,80**

Haftpflicht- und Unfallsammelversicherung für bürgerschaftlich Engagierte insbesondere in rechtlich unselbständigen Strukturen. Die Prämienberechnung beruht bei der Haftpflichtversicherung auf 125.000 Versicherten und bei der Unfallversicherung auf 418.000 Versicherten.

54046	**011**	**Wahlen zu den Organen der gesetzlichen Sozialversicherung**	**—**	**—**	**5.000**	**300,00**

Kosten der/des Landeswahlbeauftragten sowie der/des stellvertretenden Landeswahlbeauftragten zur Vorbereitung und Durchführung der Sozialversicherungswahlen des Jahres 2023. Die nächste Wahl findet 2029 statt.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**27.000**	**27.000**	**153.000**	**95.947,72**

	2024	2025
1. Verleihung der Berliner Ehrennadel für besonderes soziales Engagement (2023: 8.600 €)	15.000 €	17.000 €
2. Berliner Freiwilligen Pass und Berliner Schüler-Freiwilligen Pass (2023: 7.000 €)	7.500 €	10.000 €
3. Tagung der zuständigen Referentinnen und Referenten der Länder für die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen-neu	4.500 €	0 €
	27.000 €	27.000 €

54077 (neu)	**219**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**17.405,88**

Diverse als auch kleinere Ausgaben für die Geschäftsstelle der Landesseniorengremien LSBB und LSV sowie sonstige und nicht in anderen Titeln aufgeführte Ausgaben bis zu 1.000 € im Einzelfall.

54602	**253**	**Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU**	**330.000**	**565.000**	**101.000**	**50.415,85**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**1.591.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**330.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**330.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**330.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**330.000**		
		Davon fällig 2030		**271.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	329.400	565.000	
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)			

54690	**253**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**1.282,22 R 2.406,71**

Sächliche Verwaltungsausgaben, die für besondere Zwecke auf dem Gebiet der sozialen Angelegenheiten bestimmt sind. (vgl. Zweckbindungsvermerk zu Titel 28290).

Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63115	**229**	**Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR**	**178.500.000**	**183.000.000**	**174.500.000**	**166.255.111,26**

Mit der Rentenüberleitung wurden die in der früheren DDR aus den 27 Zusatzversorgungssystemen erworbenen Ansprüche auf Rentenleistung wegen Invalidität, Alters und Todes nach den Normen des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) in die gesetzliche Rentenversicherung überführt. Soweit Rentenanteile der Berechtigten auf diesen Ansprüchen beruhen, sind diese Rentenanteile sowie die Verwaltungskosten zentral der Deutschen Rentenversicherung Bund vom Bund zu erstatten. Berlin und die Ost-Länder haben dem Bund Aufwendungen für 22 Zusatzversorgungssysteme sowie die anteiligen Verwaltungskosten zu erstatten. Die Erstattungsbeträge innerhalb der Ost-Länder und Berlin werden entsprechen der Bevölkerungszahlen ermittelt.

Die Erstattungszahlungen werden gemäß Zahlungsaufforderung des Bundesversicherungsamtes, dem die technische Durchführung und die Abrechnung obliegen, monatlich zu den Rentenzahlterminen als Abschlag geleistet.

Mit dem Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder vom 06.10.2020 wird der Erstattungsanteil der Länder auf 50% ab dem 1.1.2021 abgesenkt.

Die Höhe der zu erwartenden Erstattungen kann jedoch nicht verlässlich eingeschätzt werden. Es handelt sich um nicht steuerbare, unabweisbare Ausgaben aufgrund Bundesgesetzgebung. Zum 1.7.2023 beträgt die Rentenanpassung für die neuen Länder 5,86%. Mit der Anpassung zum 1. Juli 2023 erfolgt die letzte Stufe der Angleichung, somit gibt es dann einen einheitlichen Rentenwert für Ost und West.

Nach den letzten Schätzungen der Bundesregierung werden die Rentensteigerungen bis zum Jahr 2036 im Durchschnitt 2,6 % betragen (Rentenversicherungsbericht 2022, Veröffentlichung des BMAS, S. 10)

Gender Budget:

Die Erstattungszahlungen der neuen Bundesländer an den Bund werden pauschal geleistet. Ein eigenständiger Gender-Bezug ist daher nicht herstellbar.

63124 (neu)	**249**	**Zuführung an die Stiftung Härtefallfonds Rente**	**27.000.000**	**—**		

Gemäß Verwaltungsvereinbarung zwischen Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Land Berlin wird die Entrichtung des Landesbeitrags gemäß Beschluss des Bundeskabinetts über die Errichtung der Stiftung vom 18. November 2022 Artikel 5 Absatz 4 zzgl. eines Verwaltungskostensatzes von 10% spätestens im Jahr 2024 fällig.

63621	**219**	**Beiträge an die Unfallkasse**	**2.226.000**	**2.348.000**	**2.757.000**	**2.403.869,48**

Aufwendungen für die bei der Unfallkasse Berlin (UKB) nach § 128 Abs. 1 Nr. 5 - 9 i. V. m. § 2 SGB VII versicherten Personengruppen (z. B. Helfende bei Unglücksfällen, Helfende bei der Verfolgung oder Festnahme von einer Straftat verdächtigen Personen, bei Hilfeleistungsunternehmen Tätige, wie Beschäftigte tätige Strafgefangene), die gemäß § 185 Abs. 2 SGB VII i. V. m. § 7 Abs. 3 UKBVO vom Land Berlin zu tragen sind. Die Aufwendungen entsprechen der objektiv entstandenen Unfalllast, die sich aus der Unfallhäufigkeit und der Schwere der einzelnen Unfälle ergibt.

Gender Budget:
Der gesetzliche Unfallversicherungsschutz gilt gleichermaßen für Frauen und Männer. Geschlechter-differenzierten Unfallhäufigkeiten wäre grundsätzlich durch eine entsprechende Präventionsarbeit entgegenzuwirken. Bei dem versicherten Personenkreis, der sich überwiegend aus spontan Hilfeleistenden in diversen Lebenslagen zusammensetzt, ist dies in gezielter Form wenig erfolgversprechend.

UNFALLKASSE BERLIN Besondere Versicherte	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Unfälle mit Aufwendungen insges.	327	306	306	334	350	381	394	378	359	443
davon neu gemeldete Unfälle	163	289	128	140	169	162	186	172	160	222
davon Rentenfälle	82	84	84	84	88	87	86	87	88	91

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**219**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**853.055,02**

Ersatz von Ausgaben für die Leistungen aus dem Härtefallfonds Energieschulden durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales nach § 53 LHO Bln.

67121	**219**	**Rückzahlung zu Unrecht vereinnahmter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Für die Rückzahlung von Beträgen, die in Vorjahren zu Unrecht vereinnahmt wurden.

68102	**219**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**30.000**	**30.000**	**55.000**	**5.977,33**

In der Verordnung über die Vorhaltung eines besonderen Fahrdienstes vom 31. Juli 2001 (GVBl. S. 322), zuletzt geändert mit Verordnung vom 16. September 2015 (GVBl. S. 349 vom 29. September 2015) ist im § 13 (10) festgelegt, dass für Härtefälle und ehrenamtlich Aktive ein gedeckelter Härtefonds eingerichtet wird.

68123	**219**	**Ehrungen, Preise**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68213	**741**	**Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter**	**86.000.000**	**86.000.000**	**91.900.000**	**355.259,11**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 3.650.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 8.650.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 8.650.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 17.300.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**86.000.000**	**172.000.000**
Davon fällig 2025	**86.000.000**	
Davon fällig 2026	**—**	**86.000.000**
Davon fällig 2027	**—**	**86.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	45.800.000		
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)			

Aufwendungen für das Berlin Ticket S.

68406	**236**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**16.957.000**	**17.616.000**	**11.311.000**	**3.998.985,88**

Verpflichtungsermächtigung	**—**	**20.360.000**
Davon fällig 2026	**—**	**10.180.000**
Davon fällig 2027	**—**	**10.180.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.739.000	2.802.000	
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)			

	2024	2025
1. Betreuungsvereine (2023: 2.693.000 €)	2.739.000 €	2.802.000 €
2. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (2023: 1.900 €)	1.900 €	1.900 €
3. Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements (2023: 50.900 €)	45.100 €	46.100 €
4. Förderung einer Monitoringstelle zur Absicherung des Umsetzungsprozesses der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Berlin (2023: 229.200 €)	270.000 €	270.000 €
5. Beratungen in ASOG (2023: 1.006.000 €), insbesondere ausländische Obdachlose	425.000 €	820.000 €
6. Beratungsstrukturen in Wohnraum - neu	1.500.000 €	1.500.000 €
7. Projekte für wohnungslose Menschen inkl. Housing First und Projekt Schnittstelle Eingliederungshilfe (2023: 5.525.000 €)	4.376.000 €	4.576.000 €
8. Bereitstellung Notunterkünfte 24/7 – neu, mit Schwerpunkt auf die Zielgruppe wohnungslose Menschen mit psychosozialen Problemen	4.600.000 €	4.600.000 €
9. Landesprogramm „Mobile Stadtteilarbeit“ - neu	3.000.000 €	3.000.000 €
	16.957.000 €	17.616.000 €

Zu 1.:
Am 01.01.2023 trat das Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) in Kraft. Neben der Ausweitung der gesetzlichen Aufgaben anerkannter Betreuungsvereine wird mit dem BtOG auch ein Anspruch auf eine bedarfsgerechte Finanzierung anerkannter Betreuungsvereine normiert.
Diesem Umstand wurde durch den Haushaltsgesetzgeber bereits im DH 2022/23 mit deutlich erhöhten Ansätzen sowie einer Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2023 bis 2025 Rechnung getragen, um auch eine ggf. mehrjährige Förderentscheidung zu ermöglichen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Auf Landesebene wird ein Ausführungsgesetz (AG BtOG Bln) in Kraft treten. Auf der Basis dieses Ausführungsgesetzes wird eine Förderrichtlinie die weiteren Modalitäten festlegen. Dabei handelt es sich insbesondere um bezirkliche Stellenobergrenzen (bedarfsgerechte Förderung), Aufgaben und Angebotsinhalte sowie die Auswahlkriterien anhand derer ggf. eine Förderauswahl zu treffen ist.

Zu 9. Das Ziel der Verbesserung der eigenen sozialen Lage und einer Teilhabe am öffentlichen Leben wird demnach durch die Umsetzung dauerhaft angelegter Projekt unterstützt. Darüber hinaus ist ein steter Abgleich mit anderen Geh-Strukturen erforderlich, z. B. den Stadtteilmüttern oder bis zu einem gewissen Grad auch den Integrationslotsen*innen. Vielfach werden entsprechende Strukturen bereits in oder durch gesamtstädtischen Stadtteilzentren umgesetzt. Schon jetzt besteht eine umfassende Vernetzung hierzu, die auch weitere Strukturen, wie z. B. besondere Projekte der Quartierarbeit berücksichtigt und somit keine Doppelstruktur aufbaut.

Damit fortgesetzt eine verlässliche Umsetzungsgrundlage besteht und damit auch in kommenden Haushaltsjahren entsprechende finanzielle Untersetzung sichergestellt sind, wird eine Verpflichtungsermächtigung benötigt.

Aus diesem Grund ist eine längerfristige vertragliche Bindung oder Kooperation in Zusammenarbeit mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände vorgesehen. Denkbar ist die Ergänzung des künftigen Rahmenfördervertrags 2026-2030 (Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren) um Förderinhalte der Mobilen Stadtteilarbeit und/oder der Abschluss eines gesonderten, ebenso langfristig angelegten Umsetzungsvertrages, der auch die Bezirke einbezieht. In beiden Fällen ist im Jahr 2025 eine Verpflichtungsermächtigung erforderlich, die den Förderumfang über einen längeren Zeitraum sichert.
Stadtteilzentren werden derzeit verstärkt sozialräumlich ausgerichtet. Neben einer sozialen Infrastruktur vor Ort (Komm-Struktur), werden Angebote der Gemeinwesenarbeit durch die Mobile Stadtteilarbeit (Geh-Struktur) aufgebaut. Das bisher hierfür bereitgestellte ReactEU – Instrument 37 (Fördervolumen von Mitte 2021 bis Ende 2023 rd. 9,3 Mio. €) steht nicht mehr zur Verfügung. Die zur Begegnung der Vereinsamung und Unterstützung der Bürger*innen in 37 ausgewählten Berliner Kiezen umgesetzten Projekte werden zu voraussichtlich 12 Teams der Mobilen Stadtteilarbeit (ein Team pro Bezirk) im Rahmen des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren (Kapitel 1150, Titel 68455) verstetigt. Für weitere Projekte ist eine Verstetigung durch ein entsprechendes Landesprogramm Mobile Stadtteilarbeit geplant, welches mit dem Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren verknüpft werden soll.
Menschen, die von sozialer Ausgrenzung betroffen sind bzw. die bei der Lösung ihrer gravierenden sozialen Probleme auf besondere Unterstützung angewiesen sind, leiden in starkem Maße unter den allgemeinen Krisen, z.B. den Folgen der COVID-19-Pandemie oder den Auswirkungen des Ukrainekrieges (Energiekosten, Inflation etc.). Zudem sind sie verstärkt von sozialer Isolation und Vereinsamung betroffen.

Gender Budget
Es werden Daten für die von den Vereinen begleiteten Personen (Betreuerstamm) sowie für die (Einzel-) Beratungstätigkeit dargestellt.

	2020 Relative Anteile			2021 Relative Anteile		
	w	m	k.A.	w	m	k.A.
Betreuerstamm	55,77%	43,36%	0,86%	68,58%	30,5%	0,92%
Beratung	61,21%	37,6%	1,19%	71,36%	28,35%	0,29%

Zielgruppe:	Volljährige Bürgerinnen und Bürger / ehrenamtlich Betreuerinnen und Betreuer
Zielsetzung:	Die Geschlechtsverteilung ist bei der gesetzlichen Betreuung nach §§ 1896 ff BGB (a.F.) bzw. §§ 1814 ff BGB (n.F.) nicht steuerbar. Über die Bestellung eines Betreuers / einer Betreuerin entscheidet das Gericht nach Maßgabe des individuellen Betreuungsbedarfs einer volljährigen Person. Über die Auswahl eines Betreuers / einer Betreuerin entscheidet das Gericht aufgrund der persönlichen Eignung einer Person. Eine geschlechtsspezifische Steuerungsmöglichkeit besteht nicht und wäre auch nicht sinnvoll.
Steuerungsmaßnahmen:	Werbung / Öffentlichkeitsarbeit

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68431	**236**	**Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden**	**34.090.000**	**35.007.000**	**29.775.000**	**27.620.461,23**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 26.190.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**5.822.000**	**175.035.000**		
		Davon fällig 2025	**5.822.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**35.007.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**35.007.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**35.007.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**35.007.000**		
		Davon fällig 2030		**35.007.000**		

Die Verpflichtungsermächtigung in 2025 ist in der den aktuellen Rahmenfördervertrag (RFV) überschreitenden Höhe (bezogen auf den Jahresbetrag 2025) gesperrt, der konkrete Abschluss einen RFV ab 01.01.2026 bleibt abzuwarten.

Verpflichtungen aus Vorjahren

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	29.747.000	29.769.000	
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)			

		2024	2025
I.	Rahmenfördervertrag (2023: 27.731.000 €)	29.747.000 €	29.769.000 €
	Gewährung von Zuwendungen im Integrierten Sozialprogramm (ISP) als eines der drei im Rahmenfördervertrag mit der LIGA der Wohlfahrtspflege geregelten Förderprogramme	4.343.000 €	5.238.000 €
		34.090.000 €	35.007.000 €

Zu I.:
Das Land Berlin fördert eine große Anzahl gesamtstädtisch ausgerichteter sozialer, gesundheitlicher und pflegerischer Angebote durch staatliche Zuwendungen. Am 07.12.2020 wurde von den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege in Berlin und dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung der nunmehr dritte Rahmenfördervertrag für die Laufzeit von 2021 bis 2025 abgeschlossen. Das gesamtstädtisch ausgerichtete Integrierte Sozialprogramm ist eines der drei Förderprogramme im Rahmenfördervertrag.

Der bestehende Rahmenfördervertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2025. Zum Abschluss dieses neuen Rahmenfördervertrages für den Zeitraum 2021 bis 2025 wurde für das Integrierte Sozialprogramm eine Verpflichtungsermächtigung in 2020 für 2021 bis 2025 in Höhe von 136.814.000 € und ergänzend in 2022 für 2023-2025 in Höhe von 6.084.000 € in Anspruch genommen (Mehrbedarfe gegenüber der bisher veranschlagten Verpflichtungsermächtigung).
Nach Ablauf des 3. Rahmenfördervertrages ist beabsichtigt, mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege in Berlin für die Laufzeit 2026 bis 2030 den 4. Rahmenfördervertrag abzuschließen. Hierfür wird in 2025 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 175.035.000 € (Jahresbetrag 2026: 35.007.000 €, Jahresbetrag 2027: 35.007.000 €, Jahresbetrag 2028: 35.007.000 €, Jahresbetrag 2029: 35.007.000 €, Jahresbetrag 2030: 35.007.000 €) benötigt.
Zum Abschluss eines Ergänzungsvertrages ist eine Verpflichtungsermächtigung in 2024 für 2025 in Höhe von 5.822.000 € vorgesehen (Mehrbedarf gegenüber der bisher veranschlagten Verpflichtungsermächtigung).

Die Steuerung, Weiterentwicklung und Umsetzung des Rahmenfördervertrages mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände und des Integrierten Sozialprogramms (ISP) obliegt gesamtverantwortlich der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung. Die fachliche Zuständigkeit im ISP obliegt der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung für die Angebotsbereiche Besuchs- und Begleitdienste, Angebote für Menschen mit Behinderung, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe, übergreifende Aufgaben der Schuldnerberatung sowie Spitzenverbandsverbandsförderung. Die fachliche Zuständigkeit für den Angebotsbereich Migrationssozialdienste obliegt der für Integration zuständigen Senatsverwaltung.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Im Rahmen des ISP werden gesamtstädtische Projekte der sozialen Versorgung in den genannten Angebotsbereichen in 2023 voraussichtlich mit folgenden Teilbeträgen zuwendungsfinanziert:

Angebotsbereich	Anzahl Projekte	Geplante Förderung 2023
Besuchs- und Begleitdienste	35	9.644.000 €
Migrationssozialdienste	5	1.269.000 €
Angebote für Menschen mit Behinderung	32	2.078.000 €
Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe einschl. übergreifende Aufgaben der Schuldnerberatung	32	12.114.000 €
Spitzenverbandsförderung	7	4.184.000 €
Gesamt	111	29.289.000 €
Hinweis: Die Differenz zum Ansatz entspricht Mitteln zur Finanzierung von Tarifanpassungen, die erst nach Prüfung aller eingereichten projektbezogenen Stellenpläne projektscharf zugeordnet werden können.		

Gender Budget

Angebotsbereiche - ISP	2018 Relative Anteile			2019 Relative Anteile			2020 Relative Anteile			2021 Relative Anteile		
	w	m	div	w	m	div	w	m	div.	w	m	div.
Mobilitätshilfedienste	79 %	21 %	--	79 %	21 %	--	78 %	22 %	--	78 %	22 %	--
Ehrenamtliche Besuchsdienste und sonstige Begleitdienste	65 %	35 %	--	65 %	35 %	--	71 %	28 %	1 %	70 %	26 %	5 %
Angebote für Menschen mit Behinderung	55 %	45 %	<1 %	55 %	45 %	<1 %	54 %	46 %	<1 %	57 %	43 %	< 1 %
Wohnungslosenhilfe	29 %	71 %	--	28 %	72 %	<1 %	29 %	70,7%	0,3%	31 %	68,4 %	0,5%
Straffälligenhilfe	15 %	85 %	--	14 %	86 %	--	12,6 %	87,4%	--	13,2 %	86,8 %	--
Migrationssozialdienste	58 %	42 %	--	59 %	41 %	--	57 %	42 %	0,1 %	57 %	42 %	0,4 %

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68432	**253**	**Zuschüsse für besondere soziale Projekte**	**1.650.000**	**3.983.000**	**1.632.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**16.091.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**3.983.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**3.983.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**3.983.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**4.142.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen			
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	1.632.000	3.984.000	

		2024	2025
1.	Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement (Landesmittel Kofinanzierung ESF) (2023: 282.000 €)	300.000 €	2.633.000 €
2.	Ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative (Landesmittel Kofinanzierung EFRE) (2023: 1.350.000 €)	1.350.000 €	1.350.000 €
		1.650.000 €	3.983.000 €

Zu 1.:

Mit dem Projekt „Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement“ will das Land Berlin die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Sozialraum verbessern und damit die inklusive Gesellschaft als ihr Leitbild fördern. Wichtiger Anlaufpunkt für die Berlinerinnen und Berliner im Sozialraum sind die durch den Senat finanzierten gesamtstädtischen Stadtteilzentren (Nachbarschaftszentren, Nachbarschaftshäuser, soziale Treffpunkte). Dort knüpft das Instrument an, indem vor Ort Teilhabeorientierte Sozialraummanagerinnen und –manager (TS-Manager*innen) eingesetzt werden. Mit einem personenbezogenen und einem strukturellen Ansatz unterstützen sie die Menschen mit Behinderungen bei der Nutzung ihres Sozialraums und fördern gezielt den Abbau von Teilhabebeschränkungen und Barrieren.

Um eine möglichst hohe Effizienz und Qualität des Förderinstrumentes zu erreichen, beginnt das Vorhaben mit einer zweijährigen Pilotierung in drei ähnlich strukturierten Stadtteilen in Berlin.

Die Mittel bilden den Kofinanzierungsbedarf i. H. v. 60% ab, die für die unter Titel 68492 aufgeführten ESF-Mittel (Interventionssatz 40%) vom Land Berlin eingebracht werden.

Die Mittel sind zweckgebunden für die Kofinanzierung des ESF-Instrumentes „Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement“ einzusetzen.

Zu 2.:

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist neben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie einer der federführenden Partner der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative. Diese setzt sich u.a. für die bessere Abstimmung landeseigener Förderprogramme ein.

Die aufgeführten Mittel werden für die im Rahmen der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative festgelegten 13 sozial benachteiligten Quartiere verwendet. Ziel ist die Sicherung einer leistungsfähigen Infrastruktur sowie nachhaltiger öffentlicher Dienstleistungen (Aufbau von Nachbarschaftseinrichtungen) und die Stärkung sozio-integrativer Angebote.

Die Mittel bilden den Kofinanzierungsbedarf i.H.v. 60% ab, die für die unter Titel 68497 aufgeführten EFRE-Mittel (Interventionssatz 40%) vom Land Berlin eingebracht werden.

Die Mittel sind zweckgebunden für die Kofinanzierung des EFRE-Instrumentes „Zukunftsinitiative im Stadtteil III – Teilprogramm Stadtteilzentren III“ einzusetzen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68455	**236**	**Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren**	**16.901.000**	**20.198.000**	**13.614.000**	**9.583.185,77**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 26.190.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**—**	**100.990.000**
Davon fällig 2026	**—**	**20.198.000**
Davon fällig 2027	**—**	**20.198.000**
Davon fällig 2028	**—**	**20.198.000**
Davon fällig 2029	**—**	**20.198.000**
Davon fällig 2030		**20.198.000**

Die Verpflichtungsermächtigung in 2025 ist in der den aktuellen Rahmenfördervertrag (RFV) überschreitenden Höhe (bezogen auf den Jahresbetrag 2025) gesperrt, der konkrete Abschluss einen RFV ab 01.01.2026 bleibt abzuwarten.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	14.480.000	14.960.000	
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)			

		2024	2025
I.	Rahmenfördervertrag (2023: 13.614.000 €)	14.480.000 €	14.960.000 €
	Stärkung und inklusive Entwicklung von Stadtteilzentren im Infrastrukturprogramm Stadtteilzentren als eines der drei im Rahmenfördervertrag mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände geregelten Förderprogramme	2.421.000 €	5.238.000 €
		16.901.000 €	20.198.000 €

Das Land Berlin fördert eine große Anzahl gesamtstädtisch ausgerichteter sozialer, gesundheitlicher und pflegerischer Angebote durch staatliche Zuwendungen. Am 07.12.2020 wurde von den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege in Berlin und dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung der nunmehr dritte Rahmenfördervertrag für die Laufzeit von 2021 bis 2025 abgeschlossen. Das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren ist eines der drei Förderprogramme im Rahmenfördervertrag.

Der bestehende Rahmenfördervertrag hat eine Laufzeit bis 31.12.2025. Zum Abschluss dieses Rahmenfördervertrages wurde im Haushaltsjahr 2020 eine Verpflichtungsermächtigung für 2021 bis 2025 in Höhe von 47.307.000 € in Anspruch genommen und ergänzend in 2022 für 2023-2025 in 13.265.000 € (Mehrbedarfe gegenüber der bisher veranschlagten Verpflichtungsermächtigung).
Nach Ablauf des 3. Rahmenfördervertrages ist beabsichtigt, mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege in Berlin für die Laufzeit 2026 bis 2030 den 4. Rahmenfördervertrag abzuschließen. Hierfür wird in 2025 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.990.000 € (Jahresbetrag 2026: 20.198.000 €, Jahresbetrag 2027: 20.198.000 €, Jahresbetrag 2028: 20.198.000 €, Jahresbetrag 2029: 20.198.000 €, Jahresbetrag 2030: 20.198.000 €) benötigt.

Die Steuerung, Weiterentwicklung und Umsetzung des Rahmenfördervertrages mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände und des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren (IFP STZ) obliegt gesamtverantwortlich der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales ist beauftragte Bewilligungsstelle.

Im Rahmen des IFP STZ wurden im Jahr 2023 gesamtstädtische Projekte der sozialen Infrastruktur mit folgenden Teilbeträgen zuwendungsfinanziert:

Angebotsbereich	Anzahl Projekte	Geplante Förderung im Jahr 2023	Erläuterung
Stadtteilzentren	55	10.458.000 €	48 Stadtteilzentren/-verbünde 12 Soziale Treffpunkte 12 Mobile Stadtteilteams
Selbsthilfekontaktstellen	13	2.060.000 €	13 Selbsthilfekontaktstellen 4 SHK-Außenstellen
Gesamtstädtische Projekte	5	1.096.000 €	5 Übergreifende Projekte
Gesamt	73	13.614.000 €	

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Die Planungen für die Jahre 2023 und 2024 umfassen die Sicherung der sich aus dem Rahmenfördervertrag ergebenden Verpflichtungen für die Angebotsbereiche Stadtteilzentren (Nachbarschaftshäuser), Selbsthilfekontaktstellen und übergreifende Projekte. Sie enthalten neben der über Startphase hinausgehende fortgesetzte Finanzierung von zehn neuen Stadtteilzentren, Stärkungen für die bestehenden Einrichtungen und Projekte und berücksichtigen mehrere Querschnittsthemen, wie z.B. Willkommenskultur und Lebendige Nachbarschaft. Der Mehrbedarf umfasst 5.859.000 € (2024: 1.821.000 €, 2025: 4.038.000 €).

Das IFP STZ trägt landesweit dazu bei, dass zivilgesellschaftliches Engagement gefördert und unterstützt wird. Der Leitspruch „Stadtteilzentren - offen für alle“ bildet hierbei auch den Anspruch, an dem sich die geförderten Einrichtungen messen lassen müssen. Nachfolgend wird auf einzelne hervorzuhebende inhaltliche Themenbereiche eingegangen.

Ausbau von Stadtteilzentren
Die Förderung und Unterstützung von Bürgerschaftlichem Engagement im Rahmen der Nachbarschafts- und Selbsthilfearbeit ist prioritäre Aufgabenstellung der Stadtteilzentren. Stadtteilzentren reagieren insbesondere im Bereich der Nachbarschaftsarbeit flexibel auf aktuelle Anforderungen, die den sich rasant verändernden Anforderungen des demografischen Wandels und einer wachsenden Stadt entsprechen.

Im Jahr 2023 erfolgt die Aufnahme von mindestens zehn neuen gesamtstädtischen Stadtteilzentren in das IFP STZ. Grundlage für die Auswahl sind die von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Abstimmung mit Fach- und Wohlfahrtsverbänden erarbeiteten „Rahmenbedingungen für die Gestaltung und Ausrichtung gesamtstädtisch geförderter Stadtteilzentren“. Hierbei werden insbesondere Prognoseräume berücksichtigt, die noch kein gesamtstädtisch gefördertes Stadtteilzentrum aufweisen.

Die Planung für 2024/2025 beinhaltet die Förderung von zwei weiteren neuen gesamtstädtischen Standorten sowie die Fortentwicklung der im Jahr 2023 neu geschaffenen Standorte, zudem soll ein Projekt aus dem Kapitel/Titel 1150/68406 überführt werden (s. DHH 2023, Erl.-Nr. VII. Nr. 1, Schaffung eines Stadtteilladens in der Leipziger Straße). Ziel ist die Bereitstellung einer Grundfinanzierung für insgesamt 50 Stadtteilzentren, mindestens 12 sozialen Treffpunkten und 12 Teams der Mobilen Stadtteilarbeit.

Stärkung von Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen
Das Aufgabenspektrum der Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen erweiterte sich in den letzten Jahren einhergehend mit gestiegenen Verwaltungsaufwänden wesentlich. Zu nennen sind hier z.B. die Teilhabe von Menschen mit Einschränkungen, die digitale Fortentwicklung, verstärkte migrationsbezogene Arbeit, gestiegene Beratungsnachfrage und die Demokratieförderung. Insbesondere Einrichtungen mit wenig hauptamtlichen Personal, die umfassend ehrenamtliche Mitarbeit nutzen, können diese zusätzlichen Anforderungen nicht mehr bewältigen.

Im Rahmen der Stärkung von Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen sollen in ausgewählten Einrichtungen sukzessive die hauptamtlichen Strukturen gestärkt werden, so dass eine adäquate Finanzierung hauptamtlicher Geschäftsführung bzw. Projektleitung, Projektmitarbeit, Verwaltung inkl. Akquise sowie Unterstützungsbereiche möglich ist. Im Bereich der Selbsthilfekontaktstellen ist eine Erweiterung bestehender Außenstellen und migrationsbezogener Angebote vorgesehen. Ergänzend soll die qualitätsorientierte Begleitung im Rahmen übergreifender Projekte gestärkt werden.

Inklusive Entwicklung der Stadtteilzentren (Nachbarschafts- und Selbsthilfearbeit)
Die inklusive mehrsprachige und kultursensible Entwicklung von Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen wird regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt. Bis Ende 2023 erfolgt die Sicherstellung der Evaluierung aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin. Ab dem Jahr 2024 ist eine sukzessive Verstetigung dieser Maßnahmen im Landeshaushalt als Daueraufgabe vorgesehen. Hierdurch soll u.a. eine stetige Angebotsanpassung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden, aber auch die Unterstützung der Umsetzung der vom Land Berlin vorgesehenen Einbindung der Stadtteilzentren in eine Strategie der sozialraumorientierten Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe, gewährleistet werden.

Mobile Stadtteilarbeit
Stadtteilzentren werden derzeit verstärkt sozialräumlich ausgerichtet. Neben einer sozialen Infrastruktur vor Ort (Komm-Struktur), werden Angebote der Gemeinwesenarbeit durch die Mobile Stadtteilarbeit (Geh-Struktur) aufgebaut. Das bisher hierfür bereitgestellte ReactEU – Instrument 37 (Fördervolumen von Mitte 2021 bis Ende 2023 rd. 9,3 Mio. €) steht nicht mehr zur Verfügung. Die zur Begegnung der Vereinsamung und Unterstützung der Bürger*innen in 37 ausgewählten Berliner Kiezen umgesetzten Projekte werden zu voraussichtlich 12 Teams der Mobilen Stadtteilarbeit (ein Team pro Bezirk) im Rahmen des Infrastrukturförderprogramms Stadtteilzentren verstetigt. Für weitere Projekte ist eine Verstetigung durch ein entsprechendes Landesprogramm geplant (etatisiert im Titel 68406, Nr. 9), welches mit dem Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren verknüpft werden soll.

Gender Budget

IFP STZ	2018		2019		2020		2021	
Besucher*innen	w	m	w	m	w	m	W	m
Absoluter Anteil	1.088.814	683.824	1.168.421	728.348	573.847	327.044	553.393	326.018
Relativer Anteil	61%	39%	62%	38%	64%	36%	63%	37%
Gesamt	1.772.638		1.896.769		900.891		879.412	

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Der deutliche Rückgang in den Jahren 2020 und 2021 erklärt sich durch die mit der Corona-Pandemie einhergehenden Lockdown-Maßnahmen, die den Publikumsverkehr maßgeblich einschränkten. Stadtteilzentren und auch Selbsthilfekontaktstellen übernahmen in diesem Zeitraum umfassende Unterstützungs- und Beratungsaufgaben im Rahmen der Koordinierungsstelle für freiwilliges Engagement in Corona-Zeiten.

IFP STZ	2018		2019		2020		2021	
Ehrenamtliche	W	m	W	M	w	m	w	m
Absoluter Anteil	1.215	469	1.151	564	-	-	-	-
Relativer Anteil	72%	28%	67%	33%	-	-	-	-
Gesamt	1.684		1.713		2.790		2.450	

Es ist davon auszugehen, dass die geförderten Träger über umgesetzte Projekte anderer Förderkulissen noch weitere Ehrenamtliche akquiriert haben. Ab dem Jahr 2020 wurde die Berichterstattung insoweit verändert, dass Ehrenamtliche Mitarbeitende nicht mehr nach Geschlecht erfasst wurden.

68484	**219**	**Zuschüsse nach der Werkstätten - Mitwirkungsverordnung (WMVO)**	**36.000**	**36.000**	**15.000**	**14.735,21**

Nach § 39 Abs. 4 Satz 1 Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) verpflichtet den Träger der Eingliederungshilfe die Kosten zu tragen, die durch die Interessenvertretung der Werkstatträte auf Bundesebene entstehen. Der in § 39 Abs. 4 Satz 2 WMVO geregelte Überweisungsbetrag ist dynamisiert; er erhöht sich, wenn sich die Ausgleichsabgabe gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 bis 3 SGB IX erhöht. Die letzte Dynamisierung trat am 01.01.2021 in Kraft (Erhöhung des Betrages von 1,60 Euro auf 1,81 Euro durch die Bekanntmachung des BMAS vom 19.11.2020, BAnz AT 30.11.2020 B1). Das Land Berlin hat als Träger der Eingliederungshilfe diesen Betrag für aktuell ca. 8.400 Werkstattbeschäftigte jedes Jahr an die Interessenvertretung der Werkstatträte auf Bundesebene „Werkstatträte Deutschland e.V." (WRD e.V.) zu überweisen.

Nach § 39a Abs. 5 Satz 5 WMVO gilt § 39 WMVO für die Frauenbeauftragte und die Stellvertreterinnen entsprechend. Die Interessen der Frauenbeauftragten in den Werkstätten für behinderte Menschen werden auf Bundesebene durch Starke.Frauen.Machen. e.V. gebündelt. Mit Auslaufen der bisherigen Projektförderung durch das BMAS ab 2023 soll die Finanzierung neu durch den Träger der Eingliederungshilfe erfolgen. Das Verfahren ist identisch mit der Finanzierung von Werkstatträte Deutschland e. V. Das Verfahren wird erstmalig ab 2023 umgesetzt.

68490	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**40.000**	**40.000**	**329.000**	**303.602,77 R 50.630,36**

Die Erträgnisse der Stiftung sind für besondere Zwecke auf dem Gebiet der sozialen Angelegenheiten bzw. zugunsten Blinder bestimmt (vgl. Erläuterung zum Zweckbindungsvermerk zu Titel 38190).
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

68492	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**200.000**	**1.756.000**	**188.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**7.024.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**1.756.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.756.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.756.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**1.756.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen			
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	188.000	1.756.000	

Deckungsvermerk:
Die ESF-Ausgaben sind mit anderen ESF-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den ESF mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den ESF der Förderperiode 2021-2027 einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021 - 2027):

Programm/ Maßnahme	Landesmittel zur Kofinanzierung Summe a) 2024 b) 2025 €	EU-Mittel Summe a) 2024 b) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2024 b) 2025 €
„Teilhabeorientiertes Sozialraummanagement“	a) 300.000 b) 2.633.000	a) 200.000 b) 1.756.000	a) 500.000 b) 4.389.000

Erläuterungen zu den Landesmitteln zur Kofinanzierung siehe Titel 27292 und Titel 68432.

68495	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**8.098.000**	**11.815.914,72**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68496 (neu)	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**—**	**—**		**358.268,10**
68497	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**900.000**	**900.000**	**900.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**3.600.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**900.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**900.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**900.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**900.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen			
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	900.000	900.000	

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021-2027 einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021 - 2027):

Programm/ Maßnahme	Landesmittel zur Kofinanzierung Summe a) 2024 b) 2025 €	EU-Mittel Summe a) 2024 b) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2024 b) 2025 €
Teilprogramm Stadtteilzentren III im Rahmen des Berliner Programms Zukunftsinitiative im Stadtteil III	a) 1.350.000 b) 1.350.000	a) 900.000 b) 900.000	a) 2.250.000 b) 2.250.000

Erläuterungen zu den Landesmitteln zur Kofinanzierung siehe Titel 27297 und Titel 68432.

68499	**219**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus Erbschaften**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**101.043,55** **R 429.663,71**

vgl. Zweckbindungsvermerk zu Titel 29899
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

68504	**290**	**Zuschuss an die Stiftung Anerkennung und Hilfe für ehemalige Kinder und Jugendliche in Heimen der Behindertenhilfe und stationären psychiatrischen Einrichtungen**			**18.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

68579	**236**	**Mitgliedsbeiträge**	**37.000**	**38.000**	**33.000**	**15.421,00**

	2024	2025
1. Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (2023: 17.500 €)	18.500 €	19.000 €
2. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2023: 15.500 €)	18.500 €	19.000 €
	37.000 €	38.000 €

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51170	**011**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**35.026,44**

Wartung und Pflege der Software zur Übermittlung der Zahlungsverkehrsdaten via DFÜ.

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**10.400.000**	**10.400.000**	**8.785.000**	**5.758.086,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.444.000**	**17.774.000**		
		Davon fällig 2025	**3.253.000**			
		Davon fällig 2026	**774.000**	**9.137.000**		
		Davon fällig 2027	**417.000**	**8.637.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	7.281.000	7.147.000	
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)			

	2024	2025
1. TOPqw web – Pflegevertrag und Anpassungsarbeiten – Web-Fachverfahren für Verträge nach § 75 Abs. 3 SGB XII und SGB IX (2023: 25.000 €)	25.000 €	25.000 €
2. TOPqw Pflegevertrag und Anpassungsarbeiten – Fachverfahren zum Vertragsmanagement von Verträgen/Vereinbarungen gemäß § 75 SGB XII und §§ 82, 85, 89 SGB IX (2023: 145.000 €)	150.000 €	154.000 €
3. Softwareleistungen für das IT-Verfahren zur Berechnung und Zahlbarmachung von Sozialhilfeleistungen in den Bezirken (2023: 1.434.000 €)	1.434.000 €	1.434.000 €
4. Datenbankpflege, Softwareanpassungen und Dienstleistungsvertrag mit dem ITDZ für das IT-Fachverfahren Soziales (2023: 1.906.000 €)	1.906.000 €	1.906.000 €
5. Betriebs- und Pflegekosten des Ticketsystems für die berlinweite Verfahrensbetreuung (2023: 91.000 €)	91.000 €	91.000 €
6. IT-Sicherheit gemäß BSI-Grundschutz und ISO 27001 (2023: 70.000 €)	70.000 €	70.000 €
7. IT-Verfahrensbetrieb TOPqw/TOPqw web – Fachverfahren zum Vertrags- und Qualitätsmanagement von Verträgen/Vereinbarungen gemäß § 75 SGB XII und §§ 82, 85, 89 SGB IX (2023: 140.000 €)	145.000 €	177.000 €
8. Sozialhilfeportal Regelbetrieb (2023: 1.488.000 €)	2.230.000 €	1.932.000 €
9. GSTU 1 (ASU Entwicklung und Betrieb) (2023: 1.811.000 €)	2.060.000 €	1.630.000 €
10. eAbrechnung mit der Sozialwirtschaft im IT-Fachverfahren Soziales (2023: 1.300.000 €)	1.621.000 €	1.854.000 €
11. Elektronische Unterstützung der Geschäftsprozesse in den Berliner Sozialämtern ("Sozialhilfeportal") - Weiterentwicklung (2023: 200.000 €)	230.000 €	232.000 €
12. Absicherung von gesetzlichen Bundesstatistiken und von Auswertungserfordernissen durch Aufbau einer Business-Intelligence-Lösung auf das IT-Fachverfahren Soziales (BASIS-BI)	0 €	295.000 €
13. DSFA „eAkte-Einsatz in den Sozialämtern mit den zentralen IT-Fachverfahren im Politikfeld Soziales“	49.000 €	0 €
14. Schnittstelle eAkte zur Fachsoftware Soziales	380.000 €	100.000 €
15. Datenbankmigration und Ablösung Oracle DBMS	9.000 €	500.000 €
	10.400.000 €	10.400.000 €

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.245.000**	**1.245.000**	**2.212.000**	**297.016,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.745.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**750.000**			
		Davon fällig 2026	**750.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.245.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	480.000	480.000	480.000
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)			

	2024	2025
1. Aus- und Fortbildung für das bestehende IKT-Fachverfahren Soziales (Basis), insbesondere OPEN/PROSOZ (2023: 150.000 €)	217.000 €	239.000 €
2. Aus- und Fortbildung für das bestehende IKT-Fachverfahren Sozialhilfeportal gem. eGovG Bln (2023: 1.100.000 €)	310.000 €	360.000 €
3. Sachmittel für die Aus- und Fortbildung für die IKT-Fachverfahren Soziales (OPEN/ PROSOZ, Sozialhilfeportal ggf. weitere Umsetzung eGovG Bln (2023: 217.000 €)	88.000 €	16.000 €
4. Schulungen Fachverfahren GSTU - Blended Learning (2023: 630.000 €)	630.000 €	630.000 €
	1.245.000 €	1.245.000 €

Verfahrensspezifische Aus- und Fortbildung der 2.200 Anwenderinnen und Anwender, der über 100 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und des zentralen Managements des IT-Fachverfahrens Soziales, insbesondere der Rechtsänderungen und bei Personalfluktuation sowie Aus- und Fortbildung für Dienstkräfte der Einsatzdienststellen des gem. eGovernment-Gesetz Berlin zwingend erforderlichen neuen IKT-Fachverfahrens Sozialhilfeportal.

Im Zuge der bereits jetzt eintretenden Folgen des demografischen Wandels in der Berliner Verwaltung als auch tatsächlich veränderter Anforderungen an die "Methodik des Lernens" müssen die Qualifizierungen für IKT-Fachverfahren im Politikfeld Soziales (BASIS mit OPEN/PROSOZ, Sozialhilfeportal (SHP), Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung [GStU]) zeitnah verstärkt digital im Blended Learning Format und mit eLearning-Angeboten erfolgen.

Summe Maßnahmegruppe 32	**11.685.000**	**11.685.000**	**11.037.000**	**6.090.129,43**
Gesamtausgaben	**393.991.400**	**381.817.100**	**364.165.900**	**242.469.434,59**
Prozentuale Veränderung	**8,2 %**	**-3,1 %**		

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1150				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	456.000	456.000	456.000	1.353.862,88
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.923.000	4.479.000	11.294.000	7.014.646,05
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	40.000	40.000	40.000	21.950,70
		Gesamteinnahmen	3.419.000	4.975.000	11.790.000	8.390.459,63
411-462		Personalausgaben	10.963.400	11.565.400	10.193.200	9.435.553,91
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	18.457.000	19.295.700	18.843.700	9.348.990,25
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	364.571.000	350.956.000	335.129.000	223.684.890,43
		Gesamtausgaben	393.991.400	381.817.100	364.165.900	242.469.434,59
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-390.572.400	-376.842.100	-352.375.900	-234.078.974,96

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000943 Zielgruppenorientierte Sozialpolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	8	Personalkosten	36.833.722	33.824.119	+8,90
Kostenträger	55	Sachkosten	16.625.405	15.641.685	+6,29
davon		Transferkosten	35.648.473	46.480.654	-23,30
Produkte	48	Verrechnungskosten	154.684.521	170.264.068	-9,15
MGF	7	kalkulatorische Kosten	1.533.384	1.499.719	+2,24
Projekte	0	Gemeinkosten	143.173.118	56.942.363	+151,44
		Summe Verwaltungskosten	388.498.623	324.652.609	+19,67
		Transfers	327.235.326	287.974.924	+13,63
		Gesamtsumme	715.733.949	612.627.533	+16,83

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004469	2022	15.615.589	53.543.700	69.159.288
Förderung und Sicherstellung der Teilhabe für Menschen mit Behinderung	2021	13.443.972	42.118.175	55.562.147

Die Herstellung von gleichwertigen Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung in Berlin ist gleichermaßen Ziel und Pflicht des Berliner Senats. Die Sozialverwaltung ist in besonderem Maße gefordert, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung zu verbessern, bestehende Barrieren abzubauen und eine gleichberechtigte Teilhabe im beruflichen wie im sozialen Bereich zu sichern. Dies betrifft z. B. das Wohnen, das Arbeiten, die Mobilität, die gesellschaftliche Teilhabe an den Angeboten der Stadt sowie die Sicherstellung der erforderlichen Hilfen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79213	2022	1.339.032	1.715.425	3.054.457
Förderung und Sicherstellung der Angebote für Menschen mit Behinderung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.002.185	1.504.432	2.506.616

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,43	0,41
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	221.475,21	95.065,10
IST - Erträge in €	9.300,00	12.241,20
Kostendeckungsgrad in %	0,30	0,49

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

· Gesetz zu Art. 11 VvB, Behinderten- und Verbandspolitik
· Angebote im Bereich Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen
· Konzeptionen und Planungen im Bereich Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen
· Einrichtungen und Angebote zur sozialen Integration von Menschen mit Behinderungen
· Konzeptionen und Planungen im Bereich soziale Integration von Menschen mit Behinderungen
· Sonderfahrdienst für Behinderte
· Bundesrechtliche Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung
· Landespflegegeldgesetz

Fachspezifische Informationen

Bei den Transferkosten handelt es sich um Maßnahmen / Projekte des Europäischen Sozialfonds (ESF) für Angebote im Bereich Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Behinderung, deren Kofinanzierung nicht aus dem Landeshaushalt erfolgt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004474	2022	5.496.160	3.011.291	8.507.451
Förderung und Sicherstellung der Angebote für Wohnungslose	2021	10.173.786	7.000	10.180.786

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79221	2022	5.496.160	3.011.291	8.507.451
Förderung und Sicherstellung der Angebote für Wohnungslose (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	10.173.786	7.000	10.180.786

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,19	1,66
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	4.773.268,15	9.377.404,85
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

· Grundsatzangelegenheiten der Wohnungslosenhilfe und -politik
· Fachliche Vereinbarungen und Prüfungen von Vergütungsvereinbarungen
· Entwicklung der Infrastruktur im Bereich Wohnungslosenhilfe

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004989	2022	326.091.155	205.437.420	531.528.575
Sicherung der Lebensgrundlagen für Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge sowie Aufnahme von Statusberechtigten	2021	261.377.285	179.727.248	441.104.533

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79219	2022	1.897.664	0	1.897.664
Sicherung der Lebensgrundlagen für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge sowie Aufnahme von Statusberechtigten (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.632.678	0	1.632.678

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,27	0,27
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Rechtliche Vorgaben und Fortentwicklung des Asylbewerberleistungsgesetzes, BVFG und der Angelegenheiten der Aufnahme Jüdischer Zuwanderer; Programme zur Förderung der freiwilligen Rückkehr und Weiterwanderung; Unterbringungsangelegenheiten
Grundsatzfragen im Zusammenhang mit anderen Rechtsgebieten, die Auswirkungen auf das Status- und Leistungsrecht haben

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000944 Strukturorientierte Sozialpolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	1.953.276	2.008.354	-2,74
Kostenträger	8	Sachkosten	3.065.963	2.657.817	+15,36
davon		Transferkosten	33.207.455	37.166.882	-10,65
Produkte	3	Verrechnungskosten	1.747.499	1.048.376	+66,69
MGF	3	kalkulatorische Kosten	365.335	400.568	-8,80
Projekte	2	Gemeinkosten	4.304.951	2.017.836	+113,34
		Summe Verwaltungskosten	44.644.479	45.299.833	-1,45
		Transfers	184.219.781	178.214.917	+3,37
		Gesamtsumme	228.864.260	223.514.750	+2,39

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004990	2022	6.187.795	166.255.111	172.442.907
Entwicklung und Umsetzung von sozialpolitischen Rechtsgrundlagen, Leitlinien und Rahmenbedingungen; Sicherung und Ausgestaltung landespolitischer Belange in der sozialversicherungsrechtlichen Sozialpolitik	2021	6.367.473	164.104.743	170.472.216

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28328	2022	2.085.493	0	2.085.493
Projekt: Sozialhilfeportal - Projekt zur Digitalisierung der Geschäftsprozesse in den Berliner Sozialämtern	2021	1.526.703	0	1.526.703

	2022	2021
Menge: Keine (da Projekt)	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,91	0,68
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das Sozialhilfeportal soll künftig die mit den Vorgaben des E-Government-Gesetzes Berlin konforme technische Basis bilden, mit der Geschäftsprozesse der Berliner Sozialämter elektronisch unterstützt werden können, soweit diese nicht im bestehenden IT-Fachverfahren BASIS abgebildet werden können. Dies betrifft insbesondere Onlineangebote für Hilfebedürftige und die Sozialwirtschaft sowie Erhebungs- und Prüfungsprozesse in der Sozialverwaltung. Die zuständigen Fachressorts auf Bezirks- und Senatsebene werden nach und nach die Geschäftsprozessanalysen durchführen und diese dem Projekt Sozialhilfeportal übergeben. Innerhalb des Projekts sind dies die Prozesse „ambulante Hilfe zur Pflege“ und „Eingliederungshilfe nach dem Bundesteilhabegesetz“.
Die Umsetzung erfolgt im Interesse eines wirtschaftlichen und zügigen Vorgehens und in Umsetzung der IKT-Architekturvorgaben primär unter Nutzung der verfügbaren IKT-Basisdienste – insbes. „Digitaler Antrag“ und „Service Konto Berlin“ – und Nachnutzung der für den Digitalen Antrag und andere schon bestehende IT-Fachverfahren eingesetzte Standardsoftware.
Nach Projektende wird der laufende Betrieb des Sozialhilfeportals zentral bei SenASGIVA in der gleichen Organisationseinheit angesiedelt, die auch schon das IT-Fachverfahren BASIS betreibt, da beide IT-Fachverfahren nebeneinander existieren werden. Dieser Betrieb wird dann auch die Digitalisierungsunterstützung weiterer Geschäftsprozesse der Sozialämter anbieten und umsetzen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79218	2022	2.739.114	166.255.111	168.994.226
Entwicklung, Umsetzung von sozialpol. Rechtsgrundlagen, Leitlinien und Rahmenbedingungen, Sicherung und Ausgestaltung landespol. Belange in den Leistungen nach dem SGB und der europ. Sozialpolitik (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	3.200.583	164.104.743	167.305.326

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	73,84	74,85
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	2.403.869,48	2.857.191,82
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales -

· Soziale Stadtentwicklung/ Sozialberichterstattung
· Sozialgesetzbuch VI / Gesetzliche Rentenversicherung
· Sozialgesetzbuch VII/ Gesetzliche Unfallversicherung
· Sozialgesetzbuch XI / Gesetzliche Pflegeversicherung
· Grundsatzangelegenheiten des Heimgesetzes
· Zweigübergreifende Angelegenheiten der Sozialversicherung (SGB I, IV, X)
· Strategische Koordinierung von EU-Angelegenheiten

Fachspezifische Informationen

Bei den Transferkosten handelt es sich um Erstattungsleistungen des Berliner Anteils an die Deutsche Rentenversicherung für die Zusatzversorgungssysteme der früheren DDR. Bei dem Anteil der Transferkosten an den Verwaltungskosten handelt es sich um die nach SGB VII vom Land Berlin zu tragenden Aufwendungen für gesetzlich Versicherte bei der Unfallkasse Berlin.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo) wurde aufgrund des Gesetzes über die Neuorganisation der Gesundheits-, Sozial- und Arbeitsschutzverwaltung vom 12.11.1997 (GVBl. S. 596) zu Beginn des Jahres 1998 errichtet. Es nimmt Aufgaben wahr, die zuvor vom Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben Berlin - Landesversorgungsamt - einschließlich der diesem nachgeordneten Sonderbehörden und dem Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe Berlin ausgeführt wurden, sowie Aufgaben, die seinerzeit aus der ehemaligen Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales als nichtministerielle, gesamtstädtische Aufgaben in das neue Amt verlagert wurden. In 2006 wurden Aufgaben des Landesamts für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGetSi) in das LAGeSo verlagert. Darüber hinaus ist das Landesamt seit 2007 zuständig für den Betrieb der Zentralen Medizinischen Gutachtenstelle (ZMGA), seit 2019 für Aufgaben im Zusammenhang mit dem neuen Pflegeberufegesetz (PflBG) und ab 2020 für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz.

Diese Aufgaben werden in den Erläuterungen zu den folgenden Kapiteln im Einzelnen beschrieben.

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales gliedert sich wie folgt:

Leitung der Behörde (Kapitel 1160)
Turmstraße 21, 10559 Berlin

Zentraler Service (Kapitel 1160)
Turmstraße 21, 10559 Berlin/Sächsische Straße 28, 10707 Berlin

Abteilung I – Gesundheits- und Verbraucherschutz – (Kapitel 1162)
Turmstraße 21, 10559 Berlin

Abteilung II – Soziales – (Kapitel 1166)
Turmstraße 21, 10559 Berlin, Darwinstraße 13-17, 10589 Berlin, Ringstraße 66, 12105 Berlin

Abteilung III – Versorgung – (Kapitel 1164)
Sächsische Straße 28, 10707 Berlin/Ringstraße 66, 12105 Berlin/Turmstraße 21, 10559 Berlin

Abteilung IV – Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen – (Kapitel 1167)
Turmstraße 21, 10559 Berlin

Das Kapitel 1192 ist mit der Einführung des Sozialgesetzbuches Buch XIV – Soziale Entschädigung (SGB XIV) zum 01.01.2024 weggefallen. Leistungen an Kriegsopfer werden im Kapitel 1164 ausgewiesen.

Im Kapitel 1160 werden diejenigen Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die unmittelbar dem Leitungsbereich des LAGeSo und dem Zentralen Service zuzurechnen sind:

1. Leitung der Behörde im engeren Sinne:
   Zentralreferat (Steuerungsdienst, Zentrales Beschwerde- u. Qualitätsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Revision, Internationale kontakte)

2. Zentraler Service:
   - Datenschutz und Zuständigkeit für Ordnungswidrigkeiten nach § 112 SGB XI
   - Servicebereich Recht
   - Servicebereich Informationstechnik
   - Servicebereich Finanzen und Personal
   - Servicebereich Organisation und Zentrale Dienste
   - Zuwendungsangelegenheiten im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich

Ferner sind in diesem Kapitel die Aufwendungen für den Personalrat, die Vertretung der Schwerbehinderten und die Frauenbeauftragte veranschlagt.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1160 bis 1166 – LAGeSo

In der Gesamtbetrachtung stellt sich die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur im LAGeSo wie folgt dar:

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	67	41	0	73	40	0
Differenz in %	62,0%	38,0%	0,0%	64,6%	35,4%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	567	166	0	582	188	0
Differenz in %	77,4%	22,6%	0,0%	75,6%	24,4%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	75	37	0
Differenz in %	67,0%	33,0%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	596	208	0
Differenz in %	74,1%	25,9%	0,0%

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass der Frauenanteil im LAGeSo sowohl bei den Führungskräften als auch bei den Mitarbeitenden überrepräsentiert ist. Dem LAGeSo ist es gelungen, die Stärkung der Frauenquote stabil zu halten bzw. sogar zu verstärken.

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	76.060,68 €	80.628,48 €	0,00 €
Differenz in %	-5,7%		
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	57.250,44 €	58.316,16 €	0,00 €
Differenz in %	-1,8%		

Obgleich der Frauenanteil in Führungspositionen als auch bei den Mitarbeitenden im LAGeSo keine Unterrepräsentanz aufzeigt, ist beim exemplarisch Durchschnittseinkommen eine Differenz, insbesondere bei den Führungspositionen feststellbar. Grundsätzlich werden beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Demzufolge wird bei der Bezahlung kein Unterschied gemacht.
Jedoch hat die Gewährung von Familienzuschlägen bzw. Entgeltstufen Einfluss auf das Jahresdurchschnittsgehalt. Frauen unterbrechen oder reduzieren ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger familienbedingt als Männer und erlangen daher in der Regel erst später höhere Einkommensstufen.
Auch kann ein niedrigeres Durchschnittsalter der weiblichen Beschäftigten die Höhe des Durchschnittsgehaltes beeinflussen. Einzelne Faktoren wirken unterschiedlich stark und in verschiedensten Kombinationen, sodass die Auswirkungen auf das durchschnittliche Einkommen nicht einheitlich sind und eine Feststellung, dass Frauen weniger verdienen als Männer auch nicht wirklich gegeben ist.
Das in Teilen ermittelte geringe durchschnittliche Brutto-Gehalt bei den weiblichen Beschäftigten kann in keiner Weise mit einer von uns beeinflussbaren Benachteiligung von Frauen in Zusammenhang gebracht werden.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Kapitel 1160 – LAGeSo - Leitung der Behörde und Service -

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	15	10	0	16	8	0
Differenz in %	60,0%	40,0%	0,0%	66,7%	33,3%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	101	52	0	101	56	0
Differenz in %	66,0%	34,0%	0,0%	64,3%	35,7%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	14	8	0
Differenz in %	63,6%	36,3%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	72	55	0
Differenz in %	56,7%	43,3%	0,0%

Begründungen für die Differenz in der Vergütung siehe Erläuterungen zum LAGeSo gesamt.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11150	**314**	**Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Arbeits- und gesundheitlichen Verbraucherschutz**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**4.710,33**

Vorwiegend gebührenpflichtige Widerspruchsbescheide nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Gesundheitswesen

Mehr in Anpassung an die durchschnittliche Einnahmeentwicklung der Jahre 2019 bis 2022.

11201	**219**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**113.296,04**

Geldbußen wegen Zuwiderhandlungen gegen § 121 SGB XI (Pflegeversicherung)

Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit dem Nichtnachkommen der Verpflichtung zum Abschluss oder zur Aufrechterhaltung des privaten Pflegeversicherungsvertrages sowie aufgrund von Prämienverzügen

11903	**219**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11915	**219**	**Rückzahlungen von Stipendien**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückforderungen der aus Titel 42735 ausgezahlten Stipendien.

11934	**219**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**29.151,09**

Rückzahlungen zu Rechnungsanweisungen aus Vorjahren.

11979	**219**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**3.526,43**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

28107	**219**	**Ersatz von Personalausgaben**	**87.300**	**89.800**	**—**	**79.290,00**

	2024	2025
Personalkostenerstattung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Sen BJF) für den Betrieb und die Weiterentwicklung des IT-Fachverfahren FAZIT Berlin / FAZIT Berlin Online ……	84.120 €	86.640 €
Verwaltungskostenpauschale (Personalkosten) für die Verwaltung der Mittel für das Projekt "Hart am Limit (HaLT) - Frühintervention für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit riskantem Substanzkonsum" ……	3.150 €	3.150 €
	87.270 €	89.790 €
rd.	87.300 €	89.800 €

	Gesamteinnahmen	**213.300**	**215.800**	**125.000**	**229.973,89**
	Prozentuale Veränderung	**70,6 %**	**1,2 %**		
	Ausgaben				
41201	**314**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Entschädigungen der Mitglieder der Ethik-Kommission nach Maßgabe der Verordnung über die Ethik-Kommission des Landes Berlin werden künftig bei Kapitel 1162 Titel 41201 veranschlagt.

42201	**219**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.610.000**	**2.715.000**	**3.596.000**	**2.384.588,54**
42260	**219**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42701	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Honorare für Dozenten/Dozentinnen zur Durchführung von internen Fortbildungsveranstaltungen.

42722	**219**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**42.406,67**

Zahlung einer Aufwandsentschädigung in Höhe von 400 € im Monat für Praktikantinnen und Praktikanten.

42735	**219**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückforderungen der aus Titel 42735 ausgezahlten Stipendien

42760	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42801	**219**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**8.056.000**	**8.503.000**	**8.561.000**	**7.171.888,53**
42811	**219**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**224.000**	**233.000**	**225.000**	**211.793,98**
42860	**219**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

44100	**219**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**173.000**	**179.000**	**216.000**	**162.229,44**
44379	**219**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**32.000**	**118,00**

Fürsorgeleistungen aufgrund der EU-Richtlinien für Bildschirmarbeitsplätze.

45201	**219**	**Nachversicherungen**	**74.300**	**74.300**	**185.000**	**74.250,42**
45300	**219**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45902 (neu)	**219**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**219**	**Prämien für besondere Leistungen**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**114.510,18**

Zahlungen von Leistungsprämien an Beamtinnen/Beamte und Tarifbeschäftigte sowie Prämien für Verbesserungsvorschläge.

51101	**219**	**Geschäftsbedarf**	**832.000**	**902.000**	**832.000**	**722.892,34**

Portokosten, Schreib- und Bürobedarf, allgemeiner Geschäftsbedarf, Kopierpapier, Fachliteratur, GEZ-Gebühren und persönliche Schutzausstattung.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Erläuterungen 2024

Portokosten (2023: 670.400 €)..... 637.000 €
Schreib- und Bürobedarf sowie Kopierpapier für das gesamte LAGeSo (2023: 65.000 €)..... 92.000 €
Fachliteratur (Leitung/Service/Zentrale Angebote) (2023: 62.600 €)..... 61.100 €
Allgemeiner Geschäftsbedarf (Leitung/Service) (2023: 30.000 €)..... 13.600 €
GEZ-Gebühren (2023: 4.000 €)..... 8.000 €
Persönliche Schutzausstattung (2023: 0 €)..... 20.000 €
831.700 €
rd. 832.000 €

Erläuterungen 2025

Portokosten..... 700.000 €
Schreib- und Bürobedarf sowie Kopierpapier für das gesamte LAGeSo ..... 95.000 €
Fachliteratur (Leitung/Service/Zentrale Angebote)..... 63.000 €
Allgemeiner Geschäftsbedarf (Leitung/Service)..... 14.100 €
GEZ-Gebühren..... 8.000 €
Persönliche Schutzausstattung..... 21.000 €
901.100 €
rd. 902.000 €

Mehr in Erwartung höherer Ausgaben für Postdienstleistungen aufgrund von Preisanpassungen, höhere Ausgaben für Schreib- und Bürobedarf sowie Kopierpapier aufgrund neu geschaffener Stellen und neuer Aufgabenbereiche im LAGeSo, gestiegener GEZ-Gebühren und Ausgaben für die persönliche Schutzausstattung.

51114 (neu)	**219**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 31				
51136	**219**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**175.000**	**175.000**	**147.000**	**212.358,13**

Beschaffung von Büromöbeln und -maschinen sowie TÜV-, Wartungs- und Reparaturkosten

Ersatzbeschaffungen:
50 ePC-Arbeitstische à 715 €, 50 Bürodrehstühle à 240 €, 50 PC-Leuchten à 115 €, 50 Rollcontainer à 240 €, 50 Aktenschränke à 390 €, 10 Garderobenschränke (1teilig) à 180 €, 40 Garderobenschränke (2teilig) à 260 €, 50 Beistellschränke à 165 €, 50 Aktenregale à 165 €, 50 Pinnwände/Whiteboards à 220 € (2023: 70.700 €) ..... 124.700 €
Neu- und Ersatzbeschaffung von sonstigen Ausstattungsgegenständen für gemeinsam bzw. allgemein genutzte Räumlichkeiten (z. B. Garderobenständer, Archivregale, Besprechungsraumausstattungen, Moderationszubehör) (2023: 20.000 €) ..... 20.000 €
Neu- und Ersatzbeschaffung von gemeinsam bzw. allgemein genutzten Büromaschinen und Geräten (z. B. Faxgeräte, Evakuierungsstühle und Defibrillatoren(AED) pro Jahr) (2023: 10.000 €)..... 10.000 €
Neu- und Ersatzbeschaffung von Büromaschinen und Geräten/Sonderbedarf Zentraler Service und Leitung (z. B. Schneidemaschine, Brieföffner, Postwagen) (2023: 10.000 €) ..... 10.000 €
Wartungs-, Prüf- und Reparaturkosten (2023: 7.000 €)..... 10.000 €
174.700 €
rd. 175.000 €

Mehr aufgrund höherer Ausgaben für Ersatzbeschaffungen und gestiegener Ausgaben für Wartungs-, Prüf- und Reparaturkosten.

51168	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	
		Siehe Maßnahmegruppe 32	
51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	
		Siehe Maßnahmegruppe 32	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**219**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**3.018.000**	**3.079.000**	**2.959.000**	**2.963.360,04**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten für folgende Dienstgebäude:

	2024	2025
angemietete Objekte:		
Ringstr. 44-66: Halle 3 und 14 (2023: 277.130 €)	357.300 €	294.200 €
Darwinstr. 13-17 (2023: 227.470 €)	508.500 €	498.300 €
Darwinstr. 13-17 (zusätzliche Stellplätze) (2023: 600 €)	100 €	100 €
landeseigene Objekte:		
Sächsische Str. 28-30 (2023: 607.080 €)	742.200 €	825.800 €
Turmstr. 21, Haus A, M, R, Archive (2023: 1.846.260 €)	1.409.800 €	1.460.400 €
	3.017.900 €	3.078.800 €
rd.	3.018.000 €	3.079.000 €

2024
Mehr aufgrund der Anpassung der laufenden Mietverträge

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**219**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**8.000**	**8.000**	**7.000**	**2.921,45**

Anmietung von Räumlichkeiten für die jährliche Personalversammlung und die Frauenversammlung sowie für dienstliche Sitzungen, für die die zur Verfügung stehenden Raumkapazitäten am Standort Turmstraße 21 nicht ausreichen.

Mehr aufgrund steigender Mietkosten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51803	**219**	**Mieten für Maschinen und Geräte**			**109.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51820	**219**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**3.845.000**	**3.757.000**	**3.718.000**	**3.658.942,20**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management.

	2024	2025
angemietete Objekte:		
Ringstr. 44-66: Halle 3 und 14 (2023: 342.280 €)	354.390 €	306.350 €
Darwinstr. 13-17 (2023: 357.380 €)	472.800 €	433.400 €
Darwinstr. 13-17 (zusätzliche Stellplätze) (2023: 6.840 €)	6.480 €	5.940 €
landeseigene Objekte:		
Sächsische Str. 28-30 (2023: 1.419.570 €)	1.418.980 €	1.418.980 €
Turmstr. 21, Haus A, M, R, Archive (2023: 1.591.370 €)	1.591.370 €	1.591.370 €
	3.844.020 €	3.756.040 €
rd.	3.845.000 €	3.757.000 €

2024
Mehr aufgrund der Anpassung der laufenden Mietverträge

2025
Weniger aufgrund der auslaufenden Mietverträge für die Dienstgebäude Ringstr. (Halle 3) und Darwinstr.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51910	**219**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**5.000**	**—**

Für kurzfristig notwendige kleinere bauliche Maßnahmen in den Dienstgebäuden (wie z. B. Maler- u. Lackierarbeiten).

Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

51921 (neu)	**219**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51925	**219**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**190.000**	**183.000**	**92.000**	**53.727,79**

Wartung und Instandsetzung nutzerspezifischer Anlagen, funktionsbedingte Umbauten in den Dienstgebäuden.

	2024	2025
Wartungsausgaben für alle Standorte (2023: 31.820 €)……	35.950 €	40.230 €
Erweiterung und Wartung der digitalen Schließanlage an allen Standorten des LAGeSo (2023: 10.000 €)……	10.000 €	10.000 €
Herrichtungs- und Umbaumaßnahmen im DG Sächsische Str.28 zur Einrichtung einer zentralen Scanstelle (2023: 0 €)……....	100.000 €	0 €
Nutzerspezifische Herrichtungs- und Umbaumaßnahmen zur Flächenoptimierung (Standorte Turmstr. 21, Sächsische Str. 28/30) (2023: 0 €)……..	0 €	100.000 €
Nutzerspezifische Maler- und Instandsetzungsarbeiten (Standort Turmstr. 21) (2023: 5.000 €)…	5.000 €	3.000 €
Montage- und Umbauarbeiten alle Standorte (2023: 8.000 €)……..	5.000 €	3.000 €
Miete für Wasserautomaten der BWB für alle Standorte (2023: 30.000 €)…….....	20.000 €	20.000 €
Ersatzbeschaffung/Neuinstallation/Wartung nutzerspezifischer Klimatechnik an allen Standorten (2023: 6.000 €)……..	12.500 €	5.000 €
Miete und Wartung von LAGeSo-Hinweisschildern auf drei U-Bahnhöfen der BVG (2023: 600 €)……..	1.000 €	1.000 €
	189.450 €	182.230 €
rd.	190.000 €	183.000 €

Mehr aufgrund der Herrichtungs- und Umbaumaßnahmen zur Einrichtung einer zentralen Scanstelle und zur Flächenoptimierung an den Standorte Turmstr. 21 und Sächsische Str. 28/30

52501	**219**	**Aus- und Fortbildung**	**25.100**	**25.100**	**18.000**	**13.533,35**

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einschließlich gegebenenfalls anfallender Reisekosten (z. B. Erste-Hilfe-Kurse und fachspezifische Fortbildungsprogramme)

Mehr aufgrund bedarfsgerechter Ausweitung des Angebots, steigender Nachfrage und Preissteigerungen

52536	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**219**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**500.000**	**425.476,97**

Für außergerichtliche Kosten in Verfahren vor ordentlichen, vor Sozial- und vor Verwaltungsgerichten sowie für die Erstattung der Kosten im Vorverfahren, soweit der Widerspruch erfolgreich ist

Weniger, da die außergerichtlichen Kosten nicht mehr zentral veranschlagt werden

52602	**219**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**11.714,95**

Kosten der Tätigkeit der Beschäftigtenvertretungen (§ 40 Abs. 1 Satz 1 PersVG); diese Ausgaben (außer Schulungsbedarf) dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

52610	**219**	**Gutachten**			**108.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**219**	**Dienstreisen**	**7.000**	**7.000**	**8.300**	**3.402,50**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für allgemeine Zwecke und für die Personalvertretung sowie Fahrkosten aus dienstlichem Anlass (einschließlich Entschädigungen für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten)

Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung

53101	**219**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**39.000**	**39.000**	**39.000**	**23.550,88**

Folgende Veröffentlichungen sind u. a. vorgesehen:

1. Jahresbericht des LAGeSo (Titel mit Braille-Schrift)
2. Informations-Flyer und weitere Publikationen zu Heimaufsicht/WTG, Infektionsschutz, Schwerbehindertenrecht, „Geschütztes Marktsegment“, Versicherungsamt, Opferentschädigungsgesetz, Inklusionstaxi etc.
3. Flyer, Webseiten, Anträge in „leichter Sprache“/barrierefreie PDFs
4. Ratgeber für Menschen mit Behinderung in leichter Sprache (Titel mit Braille-Schrift)
5. Gebärdensprachenvideos
6. Badegewässer-Karte
7. Informationskampagnen im gesundheitlichen und sozialen Bereich (auch Social Media)

53108	**219**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**994,88**

Für die Bewirtung von Gästen/Verhandlungspartnern und ausländischen Delegationen

Mehr, da die Anzahl der Veranstaltungen gestiegen ist

53111	**219**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**45.000**	**45.000**	**60.000**	**28.836,71**

Kosten für Stellen- und sonstige Ausschreibungen, insbesondere kostenintensive Ausschreibungen für zu besetzende Stellen im Bereich des Ärztlichen Dienstes, strategischer Aufbau einer Arbeitgebermarke (Aufbau und Pflege des Employer Branding bspw. Arbeitgebervideos), Messen und Stände für Mangelberufe (Fachkräfte bspw. Ärzte) und Personalmarketing (Youtube Ads, Google Ads) & Active Sourcing in Social-Media-Kanälen

53118	**219**	**Auswärtige Städteverbindungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.302,50**

Empfang ausländischer Delegationen von Regierungs-, wie auch Nichtregierungsorganisationen. Förderung des internationalen fachlichen Austausches auf dem Gebiet Soziales.

54002	**219**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**98.600**	**98.600**	**89.300**	**47.502,83**

Im Rahmen der Personalentwicklung (u. a. Supervision) und des Gesundheitsmanagements (u. a. Fachvorträge, Grippeschutzimpfung) ist die Inanspruchnahme von externen Dienstleistern geplant.

Gesundheitsfördernde Maßnahmen, 1.000 Mitarbeitende je 25 € (2023: 18.210 €)….....	25.000 €
Ausstattung für Betriebssport (2023: 1.000 €)……..	1.000 €
Grippeschutz (2023: 2.500 €)……..	2.500 €
2 Fachvorträge (2023: 400 €)……..	400 €
Supervision (2023: 30.850 €)……..	30.850 €
Startgebühr Firmenlauf (2023: 400 €)……	400 €
Startgebühr B2Run (2023: 200 €)……..	200 €
Sozialberatung durch PolPräs (2023: 35.740 €)……..	38.215 €
	98.565 €
rd.	98.600 €

Mehr, da höhere Ausgaben für gesundheitsfördernde Maßnahmen anfallen aufgrund steigender Anzahl an Dienstkräften im LAGeSo und höhere Kosten für die Sozialberatung durch PolPräs.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**219**	**Dienstleistungen**	**275.000**	**275.000**	**253.000**	**274.595,64**

Dienstpostaustausch, Kurier- und Transportdienstleistungen Post- und Scandienstleistungen, Entsorgungsleistungen, Arbeitsmedizinische - und sicherheitstechnische Betreuung; Regiekosten Firmenticket, Überprüfung der ortsveränderlichen elektrischen Betriebsmittel.

Ausgaben für Postdienste, Kurier- und Transportdienstleistungen:

Tägliche Posttouren (Dienstpostaustausch) (2023: 71.600 €)…….	70.000 €
Ärztetour (2023: 63.000 €)……	40.000 €
Sonstige Kurierdienstleistungen sowie Sondertransporte, z.B. Mobiliar, IT-Ausstattung, Belieferung von Apotheken (2023: 3.150 €)…….	4.000 €
Postdienstleistungen (Postbearbeitung & Posttransporte durch ein externes Dienstleistungsunternehmen), Scandienstleistungen (2023: 113.400 €)……...	90.000 €
Arbeitsmedizinische - und sicherheitstechnische Betreuung (2023: 107.840 €)……..	58.000 €
BVG Servicegebühren für die Firmentickets (2023: 0 €)……...	1.000 €
Durchführung von Auswahlverfahren durch ext. Moderatoren (2023: 0 €)……	1.000 €
Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel (alle 2 Jahre) (2023: 0 €).	10.000 €
Entsorgungsdienstleistungen (2023: 1.050 €)…….	1.000 €
	275.000 €

54077 (neu)	**219**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		
54079	**219**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.463,42**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Ausgaben von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

54606	**219**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

68406	**219**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**400.000**	**400.000**	**400.000**	**400.000,00**

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) ist eine Stiftung mit Sitz in Berlin, die soziale und karitative Nichtregierungsorganisationen in Deutschland seit 1991 auf die Verwendung ihrer Spendengelder prüft. Das DZI wurde 1893 durch die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur e. V. als rechtlich unselbstständige Abteilung gegründet. 1906 wurde sie mit dem Namen Zentrale für private Fürsorge e. V. als eingetragener Verein selbstständig; seit 1957 ist sie eine Stiftung bürgerlichen Rechts mit Namen Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI).

Größte finanzielle Unterstützer der Stiftung sind das Land Berlin, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, der Deutsche Städtetag und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Finanzierung des Anteils des Landes Berlins erfolgt seit 2004 eines sog. Sitzlandanteils (2023: 400.000 €).

68579	**219**	**Mitgliedsbeiträge**	**14.900**	**15.200**	**9.700**	**14.162,64**

Mitgliedsbeiträge für den Weißen Ring, für den Verein Gesundheit Berlin e.V., für den Verein Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V., für den Arbeitskreis medizinischer Ethik-Kommissionen, Deutscher Sozialgerichtstag e.V., Mitgliedsbeitrag für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) sowie Mitgliedsbeitrag für die BIH der SER Träger.

Mehr aufgrund gestiegener Mitgliedsbeiträge

81259	**219**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				
51114 (neu)	**219**	**Migrationsreadiness Systemtechnik**	**1.000**	**1.000**		

Herstellung der gebäudeseitigen Migrationsreadiness.

Gemäß Nummer 3.8.5.1 des Aufstellungsrundschreibens 2024/2025 (AR 24/25) ist zur fristgemäßen Umsetzung des Programms Zentralisierung IKT-Betrieb nach Senatsbeschluss vom 30.08.2022 die bauliche Infrastruktur gemäß E-Government-Gesetz Berlin durch die zuständigen Behörden und Verwaltungseinheiten zu ertüchtigen. Für die hierfür erforderlichen Baumaßnahmen oder baulichen Unterhaltungsmaßnahmen haben die Senatsverwaltungen und die Senatskanzlei – unter Beachtung der Vorgaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – die notwendige Vorsorge zu treffen.

Unterstützt wird dieser Prozess, indem die Berliner Immobilienmanagement (BIM) auf Veranlassung der Senatsverwaltung für Finanzen die Herstellung der gebäudeseitigen Migration zentral zu einem Schwerpunkt ihrer Maßnahmenplanungen macht.

Eine durch die IKT-Strg/das ITDZ beauftrage Untersuchung der Netzwerke des LAGeSo ergab Mitte 2019 für die bauliche Netzerneuerung am Standort Sächsische Straße ein Investitionsvolumen von rd. 3.041.000 € zur Herstellung der Migrationsreadiness.

Nach einer Überprüfung gem. Textziffer „gebäudeseitige und allgemeine Migrationsreadiness“ im Allgemeine IKT-Aufstellungsrundschreiben der SenInn DS zum Doppelhaushalt 2024/2025 sowie Prüfschema „Baumaßnahme oder Migrationsreadiness“ (Anlage 4 des IKT-AR) ist die erforderlichen Maßnahmen als Erneuerung der kompletten Verkabelung zu bewerten und daher im Behördeneinzelplan zu veranschlagen. Die entsprechenden Planungen und baulichen Begleitungen müssen durch die BIM erfolgen. Das LAGeSo hat keinen Einfluss auf die Termine. Daher wird lediglich ein Merkansatz angemeldet.

51921 (neu)	**219**	**Migrationsreadiness Gebäudeinfrastruktur**	**1.000**	**1.000**		

Herstellung der gebäudeseitigen Migrationsreadiness.

Siehe Erläuterung zu 1160/51114

Summe Maßnahmegruppe 31	**2.000**	**2.000**	**—**	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**219**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**16.600**	**16.600**	**16.600**	**14.067,46**

Ausgaben für IT-Verbrauchsmittel, insbesondere für Datensicherungsmedien, Tonerkartuschen für die IT-Fachverfahren im LAGeSo.

1. Toner für 416 Einzelplatzdrucker à 35 € inkl. MwSt. (2023: 14.560 €)…….. 14.560 €
2. Kosten für spezielles Verbrauchsmaterial wie Toner für Netzwerkdrucker, Streamer-Sicherungsbänder und Datenträger für die IT-Fachverfahren im LAGeSo. Datensicherungs-(Streamer)-Bänder unterliegen datensicherheitsbedingt einer systematischen Rotation und einem ständigen Austausch (2023: 2.000 €) 2.000 €

16.560 €
rd. 16.600 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51168	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**11.400**	**11.400**	**11.400**	**308,71**

Wartung, Reparatur und Ersatzbeschaffungen zum Erhalt bestehender IT-Fachverfahren.

1. Reparatur, Ersatzbeschaffung und Aufrüstung/Umrüstung von Servern/SAN/USV (2023: 4.000 €) ..…… 4.000 €
2. 5 Barcode-Handscanner à 250 € inkl. MwSt. (2023: 1.250 €)…….. 1.250 €
3. Reparatur und Ersatz der Aufrufanlage (2023: 6.080 €)……... 6.080 €

11.330 €
rd. 11.400 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.080.000**	**880.000**	**880.000**	**823.242,84**

Erläuterungen 2024

1. Dienstleistungen für die IT-Sicherheit
   Aufgrund der besonderen Sensibilität der im LAGeSo auf den Systemen verwalteten Sozialdaten sind die vom Datenschützer geforderten Absicherungsmaßnahmen nur durch Nutzung und Betreuung von Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Firewall, E-Mail-Filter, Internet-Filter) möglich (2023: 24.000 €)…… 24.000 €
2. Wartung Server einschließlich Datensicherungssystem (2023: 67.200 €)…….. 67.200 €
3. Datenbanken (2023: 45.600 €)…….. 45.600 €
4. externe Kosten für die Unterstützung beim Betrieb des Formularservers (2023: 7.400 €)…… 7.400 €
5. Wartungsvertrag für Spracherkennungssoftware (2023: 12.500 €)…… 12.500 €
6. Software-Wartungskosten BALVI (2023: 1.950 €)…….. 1.950 €
7. Externe Erstellung weiterer Formulare für die Einstellung im Formular-Managementsystem (FMS) im Rahmen des weiteren Ausbaus von E-Government-Anwendungen im LAGeSo (2023: 19.000 €)…….. 19.000 €
8. Sonstige Dienste im Zusammenhang mit E-Government-Anwendungen (Teamroom, FMS, TSM, Fax, elektronisches Behördenpostfach; Servicevereinbarungen 50002700, 50002910, 50001280, 50002054, 50003445) und DMS (VIS-kompakt) (2023: 27.100 €)…… 27.100 €
9. Druck und Versand von Formularen und Schreiben im Rahmen von D115 (2023: 25.000 €)…….. 25.000 €
10. Kosten für den Druck und Versand der Wertmarken (2023: 46.500 €)…… 46.500 €
11. Druck und Kuvertierung für OSAVweb (2023: 189.000 €)…….. 189.000 €
12. Datenspeicherung Magnetplatte, Kunden-Infrastrukturserver (2023: 8.000 €)……... 8.000 €
13. Anbindung externer Gutachter für den Ärztlichen Dienst (2023: 19.900 €)…….. 19.900 €
14. IT-Verfahren für die Zuwendungsbearbeitung (FAZIT):
    a) Dienstleistungen für den laufenden Betrieb des Verfahrens inkl. Wartungsvertrag (2023: 150.000 €)…… 150.000 €
    b) Weiterentwicklung inkl. Betreuung (2023: 80.000 €)…….. 80.000 €
    c) Umsetzung Barrierefreiheit (Oracle Forms auf APEX) (2023: 0 €)…… 40.000 €
    d) Anpassung von FAZIT an den E-Governmentstandard des Landes Berlin – Herstellung der „Migrationsreadiness“ inkl. Konzepte (ITDZ) (2023: 0 €)…… 180.000 €
15. Umsetzung von Fachanwendungen auf webbasierte Basis, 80 Programmiertage à 1.000 € inkl. MwSt.(2023: 100.000 €)…….. 80.000 €
16. Server-Lizenzen für Windows-Server, Virenscanner etc. (2023: 11.840 €)…… 11.840 €
17. Administratoren-Tools für die Betreuung der Server, der Infrastruktur und des SAN (2023: 19.440 €)... 19.440 €
18. Wartung Software für das Beschwerdemanagement (AMS-LABO) (2023: 25.000 €)…… 25.000 €

1.079.430 €
rd. 1.080.000 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Mehr wegen der Umsetzung Barrierefreiheit (Oracle Forms auf APEX) und der Anpassung von FAZIT an den E-Government-standard des Landes Berlin – Herstellung der „Migrationsreadiness“ inkl. Konzepte (ITDZ) für das IT-Verfahren für die Zuwendungsbearbeitung (FAZIT)

Erläuterungen 2025

1.	Dienstleistungen für die IT-Sicherheit Insbesondere Umsetzung der EU-Richtlinie NIS2. Sie ist der europäische Rahmen für Cyber Security bei Betreibern Kritischer Infrastrukturen. NIS2 legt Mindeststandards in der EU für die Regulierung Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) fest und erweitert Betroffenheit und Pflichten deutlich. NIS 2 löst die bisherige NIS-Direktive ab und wurde im November 2022 vom Parlament und Rat der EU angenommen. EU-Staaten müssen NIS2 innerhalb von 21 Monaten in nationales Recht überführen. Demzufolge sind die Maßnahmen im Herbst 2024 umzusetzen (unter anderem: Beschaffung von Schulungssoftware Notfallübungen ("Stresstest"), "IT-SibeTools. Dazu ergänzend weitere Sicherheitsmaßnahmen. Aufgrund der besonderen Sensibilität der im LAGeSo auf den Systemen verwalteten Sozialdaten sind die vom Datenschützer geforderten Absicherungsmaßnahmen nur durch Nutzung, den Ausbau und die Betreuung von Sicherheitssystemen (z. B. Firewall, E-Mail-Filter, Internet-Filter) möglich ……	60.000 €
2.	Wartung Server einschließlich Datensicherungssystem……..……..	67.200 €
3.	Datenbanken……....	45.600 €
4.	externe Kosten für die Unterstützung beim Betrieb des Formularservers……	7.400 €
5.	Wartungsvertrag für Spracherkennungssoftware……...	12.500 €
6.	Software-Wartungskosten BALVI……..	1.950 €
7.	Externe Erstellung weiterer Formulare für die Einstellung im Formular-Managementsystem (FMS) im Rahmen des weiteren Ausbaus von E-Government-Anwendungen im LAGeSo……	19.000 €
8.	Sonstige Dienste im Zusammenhang mit E-Government-Anwendungen (Teamroom, FMS, TSM, Fax, elektronisches Behördenpostfach; Servicevereinbarungen 50002700, 50002910, 50001280, 50002054, 50003445) und DMS (VIS-kompakt)……..	27.100 €
9.	Druck und Versand von Formularen und Schreiben im Rahmen von D115…….....	25.000 €
10.	Kosten für den Druck und Versand der Wertmarken……...	46.500 €
11.	Druck und Kuvertierung für OSAVweb……..	179.000 €
12.	Datenspeicherung Magnetplatte, Kunden-Infrastrukturserver…….....	8.000 €
13.	Anbindung externer Gutachter für den Ärztlichen Dienst……	19.900 €
14.	IT-Verfahren für die Zuwendungsbearbeitung (FAZIT): a) Dienstleistungen für den laufenden Betrieb des Verfahrens inkl. Wartungsvertrag……..	134.000 €
	b) Weiterentwicklung inkl. Betreuung……	70.000 €
15.	Umsetzung von Fachanwendungen auf webbasierte Basis, 100 Programmiertage à 1.000 € inkl. MwSt…….....	100.000 €
16.	Server-Lizenzen für Windows-Server, Virenscanner etc. (2023: 11.840 €)……	11.840 €
17.	Administratoren-Tools für die Betreuung der Server, der Infrastruktur und des SAN (2023: 19.440 €)...	19.440 €
18.	Wartung Software für das Beschwerdemanagement (AMS-LABO) (2023: 25.000 €)……	25.000 €
		879.430 €
	rd.	880.000 €

Weniger wegen der abgeschlossenen Umsetzung Barrierefreiheit (Oracle Forms auf APEX) und der Anpassung von FAZIT an den E-Governmentstandard des Landes Berlin – Herstellung der „Migrationsreadiness“ inkl. Konzepte (ITDZ) für das IT-Verfahren für die Zuwendungsbearbeitung (FAZIT)

52536	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**4.174,40**

Ausbildungskosten für Mitarbeiter/innen mit DV-Tätigkeiten gem. § 7 des IuK-Tarifvertrages

Aufgrund technologischer Erneuerung von IT-Fachverfahren (u. a. Fachverfahren für die Zuwendungsbearbeitung - FAZIT) besteht ein höherer Schulungsbedarf für die Mitarbeiter/innen der Fachverfahrensbetreuung

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81259	219	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT	36.000	36.000	36.000	—

Die Hardware der vorhandenen VM-Cluster muss regelmäßig erneuert werden. Pro Jahr müssen 2 Server ersetzt werden um einen vierjährigen Austauschzyklus zu gewährleisten.

	Summe Maßnahmegruppe 32	1.156.000	956.000	956.000	841.793,41
	Gesamtausgaben	21.392.400	21.795.700	23.244.800	19.873.318,39
	Prozentuale Veränderung	-8,0 %	1,9 %		

Abschluss Kapitel 1160

111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	126.000	126.000	125.000	150.683,89
211-299	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	87.300	89.800	—	79.290,00
	Gesamteinnahmen	213.300	215.800	125.000	229.973,89
411-462	Personalausgaben	11.228.800	11.795.800	12.904.500	10.161.785,76
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	9.712.700	9.548.700	9.894.600	9.297.369,99
611-699	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	414.900	415.200	409.700	414.162,64
811-899	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	36.000	36.000	36.000	—
	Gesamtausgaben	21.392.400	21.795.700	23.244.800	19.873.318,39
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-21.179.100	-21.579.900	-23.119.800	-19.643.344,50

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung IV (Gesundheits- und Verbraucherschutz) des Landesamtes für Gesundheit und Soziales.
Die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung I (Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen) werden ab dem Haushaltsjahr 2024 im Kapitel 1167 nachgewiesen.

Folgende Aufgaben werden in der Abteilung IV wahrgenommen:

- Angelegenheiten der Krankenhausaufsicht
- Angelegenheiten der Reproduktionsmedizin
- Erlaubnisangelegenheiten (Ausbildung) der Berufe im Gesundheitswesen einschließlich ordnungsbehördlicher Aufgaben mit
    - Erteilung der Approbation
    - Erteilung der Erlaubnis zur Führung einer Berufsbezeichnung
    - Zulassung von Ausbildungsstätten für Psychotherapeuten
- Erlaubnisangelegenheiten (Weiterbildung) der Berufe im Gesundheitswesen, Erlaubnisangelegenheiten und staatliche Anerkennung für Berufe im Sozialwesen; Lehranstalten; Meldewesen einschließlich Zulassung von Ausbildungsstätten
- Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe mit:
    - Vorbereitung und Durchführung von Prüfungen für Studenten/innen der Medizin, Pharmazie, Zahnmedizin, Veterinärmedizin und der Lebensmittelchemie
    - Vorbereitung und Durchführung von staatlichen Prüfungen in den Medizinalfachberufen
- Gesamtstädtische Grundsatzangelegenheiten der Gentechnik, Humangenetik, Genomanalyse, Gentherapie, Biotechnologie, Risikobewertung und Sicherheitseinstufung, Ökokontrolle
- Gesamtstädtische tierärztliche Grundsatzangelegenheiten des Veterinär- und Lebensmittelwesens (Tierschutz und Tierseuchenentschädigung)
- Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln einschließlich der Erteilung aller arzneimittelrechtlichen Herstellungs- und Handelserlaubnisse und -genehmigungen
- Überwachung der Apotheken einschließlich der Erteilung der für den Betrieb erforderlichen apothekenrechtlichen Erlaubnisse und Genehmigungen
- Überwachung des Betäubungsmittelverkehrs und der Einhaltung des Heilmittelwerbegesetzes
- Aufsichtsaufgaben nach dem Medizinproduktegesetz
- Angelegenheiten des Pflegeberufegesetzes (Pflegeausbildungsfonds)
- Geschäftsstelle der Ethik-Kommission des Landes Berlin

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1162 – LAGeSo - Gesundheit -

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	29	11	0	33	13	0
Differenz in %	72,5%	27,5%	0,0%	71,7%	28,2%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	219	45	0	225	57	0
Differenz in %	83,0%	17,0%	0,0%	79,8%	20,2%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	31	10	0
Differenz in %	75,6%	24,3%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	238	66	0
Differenz in %	78,3%	21,7%	0,0%

Begründungen für die Differenz in der Vergütung siehe Erläuterungen zum LAGeSo gesamt.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**219**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.378,32**

Gebühren für Abschriften, Auszüge und Fotokopien, die nach der Verwaltungsgebührenordnung erhoben werden

11150	**314**	**Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Arbeits- und gesundheitlichen Verbraucherschutz**	**2.538.000**	**2.538.000**	**2.105.600**	**2.208.077,47**

134.400,0 EUR werden künftig bei 1167/11150 nachgewiesen.

Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Gesundheitswesen und Sozialwesen für

1.	Approbationen, Berufserlaubnisse (und Verlängerungen), Zweitschriften für akademische Berufe, Bescheinigungen nach den Richtlinien der EU sowie für die Bearbeitung von Anträgen auf Zulassung zu einer Staatsprüfung oder Prüfungswiederholung bei akademischen Berufen (Ist 2022: 773.726,38 €)	850.000 €
2.	Berufsbezeichnungserlaubnisse für Medizinalfachpersonal, Ersatzbescheinigungen, Zweitschriften und Befähigungsnachweise, Bescheinigungen nach den Richtlinien der EU sowie für die Bearbeitung von Anträgen auf Zulassung zu einer staatlichen Prüfung oder Prüfungswiederholung bei den nichtakademischen Berufen im Gesundheitswesen/ Medizinalfachberufen (Ist 2022: 507.332,45 €)	660.000 €
3.	Kenntnisstandprüfungen bei Zahnärzten auf der Grundlage des § 2 Abs. 2 ZHG, für Humanmediziner auf der Grundlage des § 3 BÄO, für Apotheker gemäß § 4 BapO, für Psychotherapeuten gemäß § 2 PsychThG, für Tierärzte gemäß § 4 BTO sowie für Gutachten der länderübergreifenden Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) (Ist 2022: 202.737,56 €)	290.000 €
4.	Anrechnung von Ausbildungs- und Studienzeiten nach den Approbationsordnungen für akademische und nichtakademische Gesundheitsberufe sowie Zulassungen von Schulen und Weiterbildungsstätten und Umsatzsteuerbescheinigungen (Ist 2022: 40.429,75 €)	39.000 €
5.	Erlaubnisse zum Betrieb von Apotheken, Erlaubnisse für die Herstellung/ Gewinnung/ Einfuhr/ Prüfung/ den Vertrieb von Arzneimitteln, Wirkstoffen und Ausgangsstoffen menschlicher Herkunft; Zertifikate/Bescheinigungen; Registrierung von Wirkstoffherstellern sowie Einnahmen aus Inspektionen/Besichtigungen z. B. in Apotheken, in pharmazeutischen Unternehmen, Großhandelsbetrieben, Einrichtungen der klinischen Prüfung nach dem Arzneimittelgesetz (AMG) (Ist 2022: 604.877,88 €)	590.000 €
6.	Amtshandlungen nach dem Gesetz zur Regelung der Gentechnik – GenTG (Ist 2022: 37.206,77 €)	37.000 €
7.	Zulassung nach dem Tier-Arzneimittelgesetz (TAMG) und Tierschutzgesetz (TierschG) (z. B. Genehmigungen für Vornahmen von Versuchen an lebenden Tieren) und Gebühren für Listung und Überprüfung von Trinkwasseruntersuchungsstellen gem. § 15 Abs. 4 und 5 TrinkwV 2001 (Ist 2021: 409 €, Ist 2022: 0 €)	500 €
8.	Gebühren für die Erteilung einer Konzession gem. § 30 Gewerbeordnung (GewO) (Krankenhausaufsicht) (Ist 2022: 25.945 €)	26.000 €
9.	Gebühren für Genehmigungen nach § 121a SGB V Sozialgesetzbuch - Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung - (assistierte Reproduktion) i.V.m. Verordnung zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PIDV) u.a. (Ist 2022: 2.400 €)	24.00 €
10.	Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Gesundheits- und Pflegewesen für Amtshandlungen nach dem Medizinproduktrecht	42.700 €
		2.537.600 €
	Rd.	2.538.000 €

Mehr insbesondere wegen höherer Einnahmen für Approbationen, Berufserlaubnisse für akademische Berufe, Gutachten der länderübergreifenden Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB), Erlaubnisse zum Betrieb von Apotheken für die Herstellung von Arzneimitteln, Exportzertifikate sowie für Amtshandlungen nach dem Gesetz zur Regelung der Gentechnik

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
11152	**314**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**1.550.000**	**1.550.000**	**1.385.000**	**1.304.276,44**

Gebühren für Amtshandlungen der Ethik-Kommission nach der Verordnung über die Ethik-Kommission des Landes Berlin
Der Gebührenrahmen für Amtshandlungen der Ethik-Kommission beträgt 10 € bis 4.000 € für fünf unterschiedliche Prüfungsarten und jeweils 1.500 € für die Bewertung von Spenderimmunisierungsprogrammen und der Vorbehandlung von Blutstammzellspendern.
Dazu gehören Anträge auf Bewertung klinischer Prüfungen mit Humanarzneimitteln, Anträge auf Bewertung klinischer oder sonstiger klinischer Prüfungen mit Medizinprodukten sowie Leistungs-(bewertungs-)studien von In-vitro-Diagnostika, Anträge zur Bewertung von Spenderimmunisierungsprogrammen, Anträge zur Vorbehandlung von Blutstammzellspendern sowie Anträge auf Durchführung einer Präimplantationsdiagnostik. Viele der klinischen Prüfungen erstrecken sich über mehrere Jahre, und nachträgliche Änderungen und Nachmeldungen von Prüfstellen bewirken u. a. wiederum gebührenpflichtige Amtshandlungen der Ethik-Kommission.
Mehr auf Grund der Annahme der Erhöhung der Anzahl von Anträgen zur Bewertung von Medizinprodukten.

11191	**523**	**Beiträge zur Tierseuchenentschädigung**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk:
Die Einnahmen dieses Titels und die Einnahmen bei Titel 16291 sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68191 und 91991.

Beiträge der Besitzer/innen von Rindern, Schweinen und Schafen zur teilweisen Deckung der Entschädigungszahlungen nach den §§ 15 bis 22 des Tiergesundheitsgesetzes (TierGesG) und nach § 11 iVm §§ 6 – 10 des Gesetzes zur Ausführung des Viehseuchengesetzes (AG-ViehSG).

11201	**314**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**92.000**	**92.000**	**84.000**	**76.414,69**

Geldbußen zur Ahndung von Verstößen, z. B. gegen das Tierschutzgesetz (TierSchG), Gentechnikgesetz (GenTG), das Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz – AMG), das Betäubungsmittelgesetz (BtMG), gegen die Verordnung über den Betrieb von Apotheken (Apothekenbetriebsverordnung – ApBetrO), das Heilmittelwerbegesetz (HWG), das Medizinprodukterecht-Durchführungsgesetz (MPDG), die Medizinprodukte-Betreiberverordnung (MPBetreibV) sowie Vorgaben der EU-Ökoverordnung (EU-ÖkoVO).

1.	Geldbußen zur Ahndung von Verstößen gegen das AMG, BtMG und die ApBetrO (Ist 2022: 11.404,50 €)	12.000 €
2.	Geldbußen zur Ahndung von Verstößen gegen das TierSchG (Ist 2022:10.366,19 €) …	11.000 €
3.	Geldbußen zur Ahndung von Verstößen gegen HWG (Medizinprodukte betreffend), MPDG sowie MPBetreibV (Ist 2022: 54.639,00 €)	55.000 €
4.	Sonstige Einnahmen, z.B. Geldbußen zur Ahndung von Verstößen gegen Vorgaben der EU-Ökoverordnung (Ist 2022: 12.700 €)	14.000 €
		92.000 €

Mehr insbesondere aufgrund von Einnahmen aus Geldbußen zur Ahndung von Verstößen gegen die EU-Ökoverordnung (EU-ÖkoVO) sowie aufgrund von Verstößen gegen das Arzneimittelgesetz (AMG), Betäubungsmittelgesetz (BtMG), Medizinprodukterecht und die Medizinprodukte betreiberverordnung (MPBetreibV)

11979	**219**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.000,00**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

16291	**523**	**Erträge aus der Anlage von Geldbeständen der Rücklage für Tierseuchenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.178,54**

Zinsen für die vorübergehende Anlage von Beträgen aus der Rücklage für Entschädigungszahlungen nach den §§ 15 bis 22 des Tiergesundheitsgesetzes (TierGesG) und nach dem Gesetz zur Ausführung des Viehseuchengesetzes (AG-ViehSG)
Die Erträge sind abhängig von der Höhe der Rücklage und vom Zinssatz für Festgeldanlagen.

(Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11191)

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23401	**219**	**Abführung aus dem Ausgleichsfonds gem. § 32 Abs. 2 Pflegeberufereformgesetz (Verwaltungskostenpauschale)**	**1.290.000**	**1.290.000**	**1.000.000**	**948.515,28**

Ersatz von Verwaltungskosten für die Verwaltung und Organisation des Pflegeausbildungsfonds
Seit dem Jahr 2022 erfolgen die Pflegeausbildungen (Berufe der Alten- und Krankenpflege) nach dem Pflegeberufegesetz. Finanziert wird die Ausbildung durch Einzahlungen (Umlagebetrag) in einen Ausgleichsfonds, der auf Landesebene als Sondervermögen verwaltet wird. In den Fonds zahlen das jeweilige Land, die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, die zugelassenen Krankenhäuser und die Pflegeversicherung nach unterschiedlichen Anteilen ein.
Die Verwaltung und Organisation des Fonds wurde im Land Berlin dem Landesamt für Gesundheit und Soziales übertragen. Neben den laufenden Kosten der Ausbildung einschließlich einer Liquiditätsreserve wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 0,6 % des gesamten Ausbildungsbudgets als Ausgleich für die Verwaltungskosten der zuständigen Stelle, der als Einnahme bei diesem Titel nachzuweisen ist, aus den Mitteln des Ausgleichsfonds getragen.
Basis ist grundsätzlich die jeweils im Vorjahr ermittelte Summe des (Gesamt-)Ausbildungsbudgets des Landes nach den §§ 30 und 31 PflBRefG.
Mehr, da ab 2023 erstmalig drei volle Ausbildungsjahrgänge unter den neuen Bedingungen finanziert werden.

28101	**314**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.147,87**

Erstattung der Kosten für Gutachten und Bekanntmachungen nach dem Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gen-technikgesetz – GenTG) durch die Betreiber der Anlagen
Die Ausgaben sind bei Titel 52610 nachgewiesen.

28107	**314**	**Ersatz von Personalausgaben**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Titel fällt weg

Gesamteinnahmen	**5.475.000**	**5.475.000**	**4.581.600**	**4.541.988,61**
Prozentuale Veränderung	**19,5 %**	**—**		

Ausgaben

41201	**219**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**553.000**	**553.000**	**553.000**	**515.813,30**

Entschädigungen für Pharmazieräte/innen (Ehrenbeamte/innen), die Apothekenbesichtigungen nach dem Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz – AMG) durchführen.
Mehr aufgrund der zusätzlichen Veranschlagung für bisher bei 1160/41201 veranschlagten Entschädigungen der Mitglieder der Ethik-Kommission nach Maßgabe der Verordnung über die Ethik-Kommission des Landes Berlin.

41210	**219**	**Aufwendungen für Beiräte**	**40.000**	**40.000**	**29.800**	**26.840,00**

Entschädigungen für die Mitglieder der Tierversuchskommission nach § 15 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes (TierSchG).

42201	**219**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.041.000**	**3.227.000**	**4.168.000**	**3.381.126,58**
42701	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.400.000**	**1.400.000**	**760.000**	**1.284.865,59**

Entgelte für Mitglieder der staatlichen Prüfungsausschüsse für Zahn- bzw. Tierärztinnen/-ärzte, Psychotherapeuten/innen und Lebensmittelchemiker/innen einschließlich Kenntnisstandprüfungen, Entgelte für die mündliche Prüfung im ersten und zweiten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung einschließlich Kenntnisstandprüfungen sowie für die mündliche Prüfung im zweiten und dritten Abschnitt der Pharmazeutischen Prüfung einschließlich Kenntnisstandprüfungen sowie Entgelte für Mitglieder der staatlichen Prüfungsausschüsse für Medizinalfachberufe.

42722	**219**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**510.000**	**526.000**	**572.000**	**305.496,43**

Entgelt für
- 2 Tierärztinnen/Tierärzte zur Weiterbildung
- 3 Apotheker/innen zur Weiterbildung

42801	**219**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**11.798.000**	**12.495.000**	**19.756.000**	**18.009.105,60**

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42811	**219**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**61.700**	**61.700**	**54.200**	**20.929,94**
44100	**219**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**135.000**	**140.000**	**151.000**	**156.694,32**
44379	**219**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**11.700**	**847,52**

Fürsorgeleistungen aufgrund der EU-Richtlinien für Bildschirmarbeitsplätze.

45300	**219**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**14.300**	**14.300**	**6.600**	**14.209,97**
51101	**219**	**Geschäftsbedarf**	**39.000**	**39.000**	**33.200**	**27.042,67**

38.800,0 EUR werden künftig bei 1167/51101 nachgewiesen.

Schreib- und Bürobedarf, Vordruckmaterial, Fachliteratur, Zeitschriften sowie Loseblattsammlungen/Ergänzungslieferungen (Gesetzeskommentare)

Allgemeiner Geschäftsbedarf (Ansatz 2021: 31.300 €).....	15.200 €
Fachliteratur, Loseblattsammlungen, etc. (Ansatz 2021: 56.200 €).	23.700 €
	38.900 €

Weniger, da nur noch für eine Abteilung

51131	**219**	**Bekleidung, Wäsche**	**1.000**	**1.000**	**1.200**	**56,94**

37.100,0 EUR werden künftig bei 1167/51131 nachgewiesen.

Ausgaben für Mitarbeitende des Referates Ökokontrollen (Wäsche von Arztkitteln, Handtüchern etc.)

51140	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**3.600**	**3.600**	**18.600**	**11.444,77**

18.500,0 EUR werden künftig bei 1167/51140 nachgewiesen.

Ersatz von Büromaschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Beschaffung und Instandhaltung

Neu- und Ersatzbeschaffung von 6 mobilen Druckern à 250 € für mobile Laptops zum Ausdruck festgestellter Mängel auf Inspektionen zur unmittelbaren Übergabe an die inspizierte Einrichtung vor Ort für Arzneimittelwesen	1.500 €
Neu- und Ersatzbeschaffung von 5 Mobiltelefonen für Außendienst, insbesondere für Drittlandinspektionen im Arzneimittelwesen	2.100 €
	3.600 €

Weniger, da nur noch für eine Abteilung.

51168	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51408	**219**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**455,87**

Schutzkleidung für Ärzte/Ärztinnen und medizinisch-technisches Personal

51426	**314**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**			**100.000**	**166.574,10**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Kosten für Schutzimpfungen für nicht krankenversicherte mittellose Personen
Die Ausgaben werden ab 2024 durch die zuständige Senatsverwaltung für Gesundheit geplant.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51479	**219**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**203,65**

9.500,0 EUR werden künftig bei 1167/51479 nachgewiesen.

Verbrauchsmittel für Mitarbeitende in Bereichen Veterinärwesen, Lebensmittelwesen, Gentechnik, Ökokontrolle sowie Medizinprodukte.

51801	**219**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**135.000**	**135.000**	**90.300**	**63.914,95**

14.700,0 EUR werden künftig bei 1167/51801 nachgewiesen.

Kosten für die Anmietung von Prüfungsräumen:

2 Prüfungen (April und Oktober) à 25.000 €	50.000 €
4 Prüfungen (März, Juni, August und November) à 12.500 €	50.000 €
2 Prüfungen (März und September) a 10.000 €	20.000 €
zusätzliche Anmietung von Prüfungsräumen	15.000 €
	135.000 €

Mehr Ausgaben wegen der Anmietung von Räumen für 4 zusätzliche Prüfungen (Psychotherapie und Zahnmedizin)

52501	**219**	**Aus- und Fortbildung**	**40.000**	**40.000**	**52.600**	**21.026,93**

36.400,0 EUR werden künftig bei 1167/52501 nachgewiesen.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einschließlich gegebenenfalls anfallender Reisekosten (z. B. Erste-Hilfe-Kurse, fachspezifische Fortbildungsprogramme)
Fortbildungsbedarf für Gutachter/innen, für Mitarbeiter/innen in den Bereichen Medizinprodukte und Infektionsschutz/Infektionsepidemiologie und im Pharmazeutischen Inspektorat (Arzneimittelwesen), u.a. auch auf Grund von Neueinstellungen, Nachbesetzungen

52536	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**219**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**24.500**	**24.500**	**3.000**	**2.533,63**

3.000,0 EUR werden künftig bei 1167/52601 nachgewiesen.

Außergerichtliche Kosten insbesondere in Verfahren vor Verwaltungsgerichten gegen Entscheidungen des Landesprüfungsamtes für Gesundheitsberufe (LPAGes) sowie im Bereich Ökokontrollen

Mehr, da die Kosten im Widerspruchs- und Klageverfahren ab 2022 in den Fachkapiteln der Abteilungen und nicht mehr in 1160 nachgewiesen werden.

52610	**219**	**Gutachten**	**80.000**	**80.000**	**90.500**	**79.232,41**

2.925.500,0 EUR werden künftig bei 1167/52610 nachgewiesen.

Gutachten aufgrund rechtlicher Verpflichtungen nach dem Gentechnikgesetz (GenTG, im Rahmen der Überwachung nach Medizinprodukterecht, Sachverständige der Ethikkommission und für Gutachten der länderübergreifenden Gutachtenstelle (GfG) bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) zur Feststellung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen

1.	Gutachtertätigkeiten im Rahmen der Überwachung nach Medizinprodukterecht (Ist 2022: 0,00 €)	3.000 €
2.	Gutachten nach § 4 (6) Gentechnikgesetz (GenTG) (Ist 2022: 3.983,00 €)	4.000 €
3.	Gebühren/Kosten für die Erstattung von Gutachten durch die länderübergreifende Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) zur Feststellung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen. (Ist 2022: 15.417,60 €)	70.000 €
4.	Vergütung für, im Rahmen der Bewertung von Anträgen durch die Ethik-Kommission des Landes Berlin beigezogene externe Sachverständige oder Gutachter nach Justizvergütungs- und –entschädigungs-gesetz (JVEG) (Ist 2022: 0,00 €)	3.000 €
		80.000 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**219**	**Dienstreisen**	**36.900**	**36.900**	**11.100**	**8.062,78**

11.100,0 EUR werden künftig bei 1167/52703 nachgewiesen.

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für allgemeine Zwecke, Fahrkosten für Fahrten aus dienstlichem Anlass (einschließlich Entschädigungen für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten)

Mehr aufgrund der Erweiterung des Aufgabenspektrums und der Zuständigkeit des LAGeSo, u. a. im Bereich Medizinprodukte, des Umweltschutzes und der Ökokontrollen.

53108	**219**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.900**	**1.900**	**1.000**	**364,94**

1.000,0 EUR werden künftig bei 1167/53108 nachgewiesen.

Insbesondere für die Bewirtung der ehrenamtlichen Pharmazieräte/-rätinnen, der Mitglieder der Tierversuchskommissionen, der externen Gutachter/innen, der Teilnehmer/innen am Symposium zu Alternativen zu Tierversuchen sowie für die Bewirtung der ehrenamtlichen Ausschussmitglieder in den Ausschüssen der Ethik-Kommission
Mehr auf Grund von Kostensteigerungen

54010	**219**	**Dienstleistungen**	**22.000**	**22.000**	**247.500**	**20.563,92**

257.500,0 EUR werden künftig bei 1167/54010 nachgewiesen.

Es sind Kosten veranschlagt für:
- Kurierdienstleistungen
- Transport des Prüfungsgutes
- die Fremdvergabe des Scannens von Prüfungsakten
- externe Dienstleistungsunternehmen (Bewachung des Prüfungsgutes und teilweise Übernahme der Prüfungsaufsicht außerhalb von Prüfungsräumen)
- Dienstleistungen für den Bereich der Medizinprodukte

54038	**219**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**670,23**

Gebühren für Rücklastschriften von Geld- und Kreditinstituten

54079	**219**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Ausgaben von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

54690	**219**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**39.999,99 R 0,01**

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**314**	**Ersatz von Ausgaben**	**131.000**	**131.000**	**89.300**	**148.610,99**

7.700,0 EUR werden künftig bei 1167/67101 nachgewiesen.

Ersatz von Ausgaben an die Apothekerkammer für begleitende Unterrichtsveranstaltungen nach § 4 Abs. 4 der Approbationsordnung, Sachkosten im Rahmen von Kenntnisstandprüfungen in der Zahnmedizin sowie Ersatz von Ausgaben (Kostenerstattungen für Sach- und Personalausgaben) zur Anschub- bzw. Ausgleichsfinanzierung der länderübergreifenden Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) zur Feststellung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen

1.	Ersatz von Ausgaben an die Apothekerkammer für begleitende Unterrichtsveranstaltungen nach § 4 Abs. 4 der Approbationsordnung für Apotheker/Apothekerinnen als Auslagenersatz, 254 Doppelstunden x 66 € = 16.764 €	17.000 €
2.	Ersatz von Ausgaben für Sachkosten im Rahmen von Kenntnisstandprüfungen in der Zahnmedizin (hier: Zahnklinik Charité Centrum für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) (Ist 2022 rd. 31.000 €)	32.000 €
3.	Fehlbedarfsfinanzierung der länderübergreifenden Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) zur Feststellung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen, Anteil Berlins gem. Königsteiner Schlüssel (Ist 2022 rd. 95.000 €)	80.000 €
4.	Kosten für Sachverständigenanfragen bei der Bundesoberbehörde nach dem Arzneimittelgesetz (AMG) (Ist 2022 = 304,11 €)	2.000 €
		131.000 €

68102	**523**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**2.700**	**2.700**	**1.000**	**2.704,00**

Entschädigungszahlungen nach den §§ 15 bis 22 des Tiergesundheitsgesetzes (TierGesG) und nach dem Gesetz zur Ausführung des Viehseuchengesetzes (AG-ViehSG) sowie Mittel für die Begleichung von Transport- und Schlachtkosten, für die Auszahlung von Fleischerlösen und für Beihilfen an Tierbesitzer
Entschädigungszahlungen fallen nur im Seuchenfall an.
Mehr in Anpassung an Ist (Bienenseuche).

68191	**523**	**Verwendung der Beiträge zur Tierseuchenentschädigung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Entschädigungszahlungen nach den §§ 15 bis 22 des Tiergesundheitsgesetzes (TierGesG) und nach dem Gesetz zur Ausführung des Viehseuchengesetzes (AG-ViehSG) sowie Kosten der Impfungen aus Beiträgen der Tierbesitzer/innen (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11191)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).
Entschädigungszahlungen fallen nur im Seuchenfall an.

91991	**850**	**Zuführung an die Rücklage für Tierseuchenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**1.178,54**

Die tatsächliche Zuführung richtet sich nach den Einnahmen bei den Titeln 11191 und 16291, die für die Ausgaben beim Titel 68191 nicht verbraucht wurden (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11191).
Verbindliche Erläuterung wie zu Titel 68191

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**27.200**	**18.900**	**39.400**	**9.850,24**

39.400,0 EUR werden künftig bei 1167/51168 nachgewiesen.

Reparatur und Ersatzbeschaffungen zum Erhalt bestehender IT-Verfahren

Erläuterungen 2024

a)	Neu- und Ersatzbeschaffung von Zubehör, wie Headsets, Yubikeys, Adapter, Aktenrolleys usw.	3.650 €
b)	Wartung und Reparatur	1.500 €
c)	Neu- und Ersatzbeschaffung von 8 Tablets (tragbare, flache Computer in besonders leichter Ausführung mit einem Touchscreen, ohne ausklappbarer mechanischer Tastatur) für Außendienst-/Begehungstätigkeiten	2.400 €
d)	Ersatz- und Neubeschaffung von 20 G/on-fähige* Laptops (tragbare Computer mit Batteriebetrieb, Akkus) für die Inspektor*innen des Referats Arzneimittelwesen (3 AGs) zur Dokumentation von Dienstaufgaben im Außendienst, z. B. während Inspektionen, Arbeit in Bund-Länder-Sitzungen, Firmenterminen, Expertenfachgruppensitzungen, Fortbildungsveranstaltungen sowie für die Apotheker*innen des Referats Apotheken- und Betäubungsmittelwesen zur Dokumentation von Dienstaufgaben im Außendienst, z. B. während Besichtigungen, Arbeit in Bund-Länder-Sitzungen, Expertenfachgruppensitzungen, Fortbildungsveranstaltungen	10.000 €
e)	8 Microsoft Surface-Laptops für den Außendienst mit SIM-Karte und weiterem Zubehör	5.600 €
f)	Neubeschaffung von 5 Smartphones	1.500 €
g)	Neubeschaffung von 3 vom Landesnetz unabhängigen WLAN-fähigen Endgeräten (Notebooks oder Tablets) zur regelmäßigen Teilnahme an und Organisation von Videokonferenzen (Konsolidierung mit Bundesoberbehörden, Sitzungen der Ethik-Kommission, Tagungen und Konferenzen der Ethik-Kommissionen)	2.500 €
		27.150 €
	rd.	27.200 €

Erläuterungen 2025

a)	Neu- und Ersatzbeschaffung von Zubehör, wie Headsets, Yubikeys, Adapter, Aktenrolleys usw.	3.150 €
b)	Wartung und Reparatur	1.500 €
c)	Neu- und Ersatzbeschaffung von 8 Tablets (tragbare, flache Computer in besonders leichter Ausführung mit einem Touchscreen, ohne ausklappbarer mechanischer Tastatur) für Außendienst-/Begehungstätigkeiten	2.400 €
d)	Ersatz- und Neubeschaffung von 20 G/on-fähige* Laptops (tragbare Computer mit Batteriebetrieb, Akkus) für die Inspektor*innen des Referats Arzneimittelwesen (3 AGs) zur Dokumentation von Dienstaufgaben im Außendienst, z. B. während Inspektionen, Arbeit in Bund-Länder-Sitzungen, Firmenterminen, Expertenfachgruppensitzungen, Fortbildungsveranstaltungen sowie für die Apotheker*innen des Referats Apotheken- und Betäubungsmittelwesen zur Dokumentation von Dienstaufgaben im Außendienst, z. B. während Besichtigungen, Arbeit in Bund-Länder-Sitzungen, Expertenfachgruppensitzungen, Fortbildungsveranstaltungen	5.000 €
e)	4 Microsoft Surface-Laptops für den Außendienst mit SIM-Karte und weiterem Zubehör	2.800 €
f)	Neubeschaffung von 5 Smartphones	1.500 €
g)	Neubeschaffung von 3 vom Landesnetz unabhängigen WLAN-fähigen Endgeräten (Notebooks oder Tablets) zur regelmäßigen Teilnahme an und Organisation von Videokonferenzen (Konsolidierung mit Bundesoberbehörden, Sitzungen der Ethik-Kommission, Tagungen und Konferenzen der Ethik-Kommissionen)	2.500 €
		18.850 €
	rd.	18.900 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**895.000**	**470.000**	**481.500**	**136.212,50**

481.500,0 EUR werden künftig bei 1167/51185 nachgewiesen.

Programmierleistungen externer Firmen, Beschaffung von Software und Software-Updates/Upgrades im Rahmen von Landeslizenzen, Pflege- und Wartungsverträgen

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Unbedingt notwendig ist der weitere Einkauf von Unterstützungs- und Programmierleistungen von externen Dienstleistern, um die Funktions- und Einsatzfähigkeit eingesetzter verfahrensabhängiger Fachverfahren sicherzustellen sowie aufgrund der Verlagerung der Ausgaben für die laufenden Kosten für die Nutzung des Fachverfahrens Fondsverwaltung Pflegeberufegesetz von Kapitel 1160 zu Kapitel 1162

	Erläuterungen	2024	2025
1	Krankenhausdatenbank / Umstellung auf ein neues Fachverfahren (z. B. Smart-Q)	150.000 €	
	Pflege- und Wartungsvertrag für die Krankenhausdatenbank (KHDB-neu) inkl. erweitertem administrativen Support und „Hotline“	10.000 €	10.000 €
2	Externe Unterstützung bei der Analyse und Beschreibung der sogenannten „Migrationsreadiness“ (hier: Migration in eine neue Betriebssystemumgebung) des Fachverfahrens Krankenhausdatenbank (KHDB-neu) (Ansatz 2021: 0 €)	43.000 €	26.000 €
3	Pflege- und Wartungsvertrag für SUPRA (Softwaresystem zur Unterstützung der Prüfungsabläufe in medizinischen Heilberufen) (Ansatz 2021: 24.200 €)	28.000 €	
	Programmierung SUPRAnG eines datenschutzkonformen Modul für den Bereich Überwachung von Einrichtungen der praktischen Ausbildung	75.000 €	
	Programmierung SUPRAnG eines datenschutzkonformen Moduls für den Bereich Überwachung von Gesundheits- und Pflegeschulen	75.000 €	50.000 €
	zusätzliche 10 Programmiertage à 1.100 € für externe Unterstützungsleistungen für die Prüfungsvorbereitung und – durchführung (Ansatz 2021: 9.900 €)	11.000 €	11.000 €
	Beschaffung des länderübergreifend verwendeten neuen webbasierten IT-Fachverfahrens SUPRAnG für die Organisation und Durchführung der Prüfungs- und Erlaubnisverfahren für 30 Gesundheitsberufe	1.000 €	
	Anpassung der Software SUPRA (SUPRA-Gate) für die Online-Anmeldung für die Prüfungen sowie die Anträge auf Erteilung von Approbationen, Berufserlaubnissen und Erlaubnissen zum Führen der Berufsbezeichnung	15.000 €	15.000 €
4	Externe Unterstützung bei der Analyse und Beschreibung der sogenannten „Migrationsreadiness“ (hier: Migration in eine neue Betriebssystemumgebung) des Fachverfahrens SUPRAnG	1.000 €	1.000 €
	Erweiterung des Fachverfahrens Scopeland (Fachverfahren ÜvE) zur Überwachung von Einrichtungen; Arzneimittelwesen, Apothekenwesen) um das Modul Apothekenaufsicht (Ansatz 2021: 0 €)	15.000 €	15.000 €
	Anpassung und Änderung der bereits aus BB übernommenen Software-Module des Fachverfahrens Scopeland (Datenbankanwendungen/-entwicklung) "ÜvE" und „GCP“ (good clinical practice - Gute klinische Praxis) nach Übernahme der Datenbank (DB) aus Brandenburg (Ansatz 2021: 0 €)	50.000 €	
	Pflege- und Wartungsvertrag Scopeland ÜvE (Fachverfahren zur Überwachung von Einrichtungen; Arzneimittelwesen: Modul ÜvE und ergänzend neu: 2.Modul GCP sowie ergänzend und neu im Apothekenwesen: 1 Modul Apothekenaufsicht) (Ansatz 2021: 20.000 € für ÜvE Arzneimittelwesen 1 Modul)	40.000 €	40.000 €
	zusätzliche 10 Programmiertage à 1.100 € für externe Unterstützungsleistungen (Ansatz 2021: 0 €)	11.000 €	11.000 €
6	Externe Unterstützung bei der Analyse und Beschreibung der sogenannten „Migrationsreadiness“ (hier: Migration in eine neue Betriebssystemumgebung) des Fachverfahrens ÜvE (2021: 0 €)		100.000 €
7	Pflege- und Wartungsvertrag BALVI (Tierarzneimittelüberwachung) (Ansatz 2021: 6.500 €)	6.500 €	6.500 €
	Erweiterung der Software BALVI iP um das Modul „SW-Überlassung TA Mobil (Ansatz 2021: 0 €)	20.000 €	
	6 Client-Lizenzen für BALVI iP mobil XT à 500 € (Ansatz 2021: 0 €)	3.000 €	3.000 €
8	Pflege- und Wartungsvertrag BALVI (Ökokontrollen) (Ansatz 2021: 0 €)	6.500 €	6.500 €
	zusätzliche 5 Programmiertage à 1.100 € für externe Unterstützungsleistungen (Ansatz 2021: 0 €)	5.500 €	5.500 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

	Erläuterungen	2024	2025
9	Pflege- und Wartungsvertrag IFAS (Softwaresystem zur Unterstützung von Verfahrensabläufen im Medizinproduktebereich) (Ansatz 2021: 12.000 €)	12.000 €	12.000 €
	zusätzliche 5 Programmiertage à 1.100 € für externe Unterstützungsleistungen (Ansatz 2021: 0 €)	5.500 €	5.500 €
10	Nutzungsgebühr FirstClassInternetService (FCIS) – Umweltmedizinisches Informationsforum (Ansatz 2021: 800 €)	900 €	900 €
11	Nutzungsgebühr für Arzneimittelinfosystem (DIMDI) (Ansatz 2021: 6.500 €)	6.500 €	6.500 €
12	Kauf der datenschutzkonformen Datenbank Fis-GT (Fachinformationssystem Gentechnik) für den Bereich Gentechnik (Ansatz 2021: 0 €)	15.000 €	
	Pflege- und Wartungsvertrag für die datenschutzkonforme Datenbank Fis-GT für den Bereich Gentechnik (Ansatz 2021: 5.000 €)	5.000 €	10.000 €
	zusätzliche 5 Programmiertage à 1.100 € für externe Unterstützungsleistungen (Ansatz 2021: 0 €)	5.500 €	5.500 €
13	Pflegeausbildungsfond Umstellung auf ein neues Fachverfahren (z.B. Scopeland), 2025 laufende Kosten	160.000 €	40.000 €
	Pflege- und Wartungsvertrag Fachverfahren neues Fachverfahren (siehe Nr. 11)	15.000 €	15.000 €
	zusätzliche 25 Programmiertage à 1.100 € für externe Unterstützungsleistungen für die Integrationsvorbereitung Prüfungsvorbereitung und – durchführung (Ansatz 2021: 0 €)	27.500 €	27.500 €
14	Externe Unterstützung bei der Analyse und Beschreibung der sogenannten „Migrationsreadiness“ (hier: Migration in eine neue Betriebssystemumgebung) des Fachverfahrens Pflegeausbildungsfond)		1.000 €
15	Pflege- und Wartungsvertrag Fachverfahren Ethikpool (Referate C/E)	15.000 €	20.000 €
	Ergänzungsmodul Fachverfahren Ethikpool als (hier: Antragsanwendungssystem der Fachgruppe Veterinärwesen Tierschutz, AG IV C 1 zur Einreichung von Anträgen nach Tierschutzgesetz (TierSchG)	15.000 €	
	zusätzliche 5 Programmiertage à 1.100 € für externe Unterstützungsleistungen (Ansatz 2021: 0 €)	5.500 €	
	Anschaffung der Fachanwendung Ethikpool als Antragsanwendungssystem der Fachgruppe Gentechnik zur Einreichung von Anträgen nach Gentechnikgesetz (GenTG)	15.000 €	
	zusätzliche 5 Programmiertage à 1.100 € für externe Unterstützungsleistungen (Ansatz 2021: 0 €)	5.500 €	5.500 €
	5 zusätzliche Programmiertage für individuelle Anpassungsbedarfe des Fachverfahrens ethikPool im Rahmen des Customizing	5.000 €	5.000 €
	Wartung und Aktualisierung der ethikPool Software, Linux Server	6.000 €	6.000 €
16	Externe Unterstützung bei der Analyse und Beschreibung der sogenannten „Migrationsreadiness“ (hier: Migration in eine neue Betriebssystemumgebung) des Fachverfahrens Ethikpool 2021: 0 €)		1.000 €
17	Firmenlizenz für GMP-Wissensportal/GMP-Berater (GMP=good manufacturing practice/Gute Herstellungspraxis) des GMP-Verlags Peither AG im Arzneimittelwesen	5.000 €	5.000 €
18	Externe Unterstützung bei der Analyse und Beschreibung der sogenannten „Migrationsreadiness“ (hier: Migration in eine neue Betriebssystemumgebung) für diverse Access (Datenbanksoftware)- und SQL-Datenbanken (elektronische Speicher- und Verwaltungssysteme, welche auf der Datenbankprogrammiersprache Structured Query Language (SQL) basieren) für die Fachverfahren FirstClassInfo, ISY_GEN_DB, File_maker_DB jeweils à 50.000 € (Ansatz 2021: 0 €) EKV2	1.000 €	1.000 €
19	4 Lizenzen für Acrobat Pro für die Bereiche Veterinär-und Lebensmittelwesen, Gentechnik und Ökokontrolle à 450 € inkl. MwSt. (Ansatz 2021: 0 €)	1.800 €	1.800 €
	Gesamt	894.200 €	469.700 €
	rd.	895.000 €	470.000 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**43.000**	**43.000**	**30.400**	**12.890,68**

30.300,0 EUR werden künftig bei 1167/52536 nachgewiesen.

Ausbildungskosten für Mitarbeiter/innen mit DV-Tätigkeiten gemäß § 7 des IuK-Tarifvertrages

1	SUPRA (Software-System zur Unterstützung der Prüfungsabläufe in medizinischen Heilberufen)-Workshop, IT (Informationstechnik)-MA; Gebühr à 700 € pro Person (1 MA)		700 €
2	Schulung SUPRA-Fachverfahren (alle Module) à 1.250 € / (1 Tag)		1.250 €
3	Weiterbildung Dokumentenerstellung für regelmäßige Veröffentlichungen; z.B. Publisher (Desktop-Publishing-Software zur Erstellung /Bearbeitung von Layouts von Druckpublikationen, E-Mail-Headlines (Betreffzeilen) und Produktpräsentationen) à 750 € (1 MA)		750 €
4	Fortbildung/Workshop Fachverfahren SUPRA/LPA (Landesprüfungsamt) à 1.250 € (1 MA)		1.250 €
5	Fortbildung/Workshop Fachverfahren IFAS (Informationsprogramm für den Arbeitsschutz) à 1.250 € (1 MA)		1.250 €
6	Fortbildung/Workshop Fachverfahren BALVI_IP (Softwaresystem zur behördlichen Überwachung im Veterinär- und Lebensmittelbereich) à 1.250 € (2 MA)		2.500 €
7	Fortbildung/Workshop Fachverfahren ÜvE (Fachverfahren zur Überwachung von Einrichtungen; Arzneimittelwesen sowie Modul Apotheken, Medizinprodukte) à 1.250 € (4 MA)		5.000 €
8	Fortbildung/Workshop Fachverfahren Ethik-Pool (geplantes Antragsanwendungssystem der Fachgruppe Gentechnik zur Einreichung von Anträgen nach Gentechnikgesetz (GenTG) (1 MA)		1.250 €
9	Fortbildung/Workshop Fachverfahren Ethik-Pool (Antragsanwendungssystem der Ethikkommission Berlin zur Einreichung von Anträgen nach Arzneimittelgesetz (AMG)) à 1.250 € (1 MA)		1.250 €
10	Fortbildung/Workshop Fachverfahren KH-DB (neu) (Verwaltung von Betten-Kapazitäten in Krankenhäusern) à 1.250 € (4 MA)		5.000 €
11	Schulung Adobe InDesign à 1.000 € (2 MA)		2.000 €
12	Weiterbildung Dokumentenerstellung für regelmäßige Veröffentlichungen; z. B. Publisher à 750 € (1 MA)		750 €
13	Fachverfahren ÜvE (überwachung von Einrichtungen) Schulung Scopeland (Datenbankanwendung und Datenbankentwicklungs-werkzeug): Modul „Arzneimittel- und Apothekenwesen“ (mehrere MA)		10.000 €
14	Fachverfahren BALVI_IP (VET (Veterinärüberwachung) - und Ökokontrollen) Schulung (mehrere MA)		5.000 €
15	Fachverfahren Centipede (Pflegeausbildungsfonds) Schulung (4 MA á 1.250 €)		5.000 €
	insgesamt		42.950 €
		rd.	43.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 32	**965.200**	**531.900**	**551.300**	**158.953,42**
	Gesamtausgaben	**19.042.800**	**19.513.500**	**27.359.900**	**24.469.523,98**
	Prozentuale Veränderung	**-30,4 %**	**2,5 %**		

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1162				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	4.184.000	4.184.000	3.579.600	3.592.325,46
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.291.000	1.291.000	1.002.000	949.663,15
		Gesamteinnahmen	5.475.000	5.475.000	4.581.600	4.541.988,61
411-462		Personalausgaben	17.554.000	18.458.000	26.062.300	23.715.929,25
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.353.100	919.800	1.204.300	601.101,20
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	134.700	134.700	91.300	151.314,99
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	1.000	1.000	2.000	1.178,54
		Gesamtausgaben	19.042.800	19.513.500	27.359.900	24.469.523,98
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-13.567.800	-14.038.500	-22.778.300	-19.927.535,37

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001009 Gewährleistung eines effektiven und effizienten gesundheitlichen Verbraucherschutzes und eines fairen Wettbewerbs

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	9.248.761	8.261.795	+11,95
Kostenträger	26	Sachkosten	87.602	83.028	+5,51
davon		Transferkosten	304	0	
Produkte	26	Verrechnungskosten	13.163	17.914	-26,52
MGF	0	kalkulatorische Kosten	532.299	563.641	-5,56
Projekte	0	Gemeinkosten	4.152.013	3.938.669	+5,42
		Summe Verwaltungskosten	14.034.142	12.865.047	+9,09
		Transfers	2.704	0	
		Gesamtsumme	14.036.846	12.865.047	+9,11

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004776	2022	5.756.049	0	5.756.049
Gewährleistung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes	2021	5.628.230	0	5.628.230

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
75674	2022	408.910	0	408.910
Überwachung im Apothekenwesen	2021	352.707	0	352.707

	2022	2021
Menge: Anzahl der Maßnahmen	964	738
Kosten je ME in €	424,18	477,92
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,91	2,74
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	60.722,54	26.379,65
Kostendeckungsgrad in %	14,85	7,48

Überwachungsmaßnahmen in Apotheken bei Mehrbesitz von Apotheken, bei Nebentätigkeit oder Vertretung der Apothekenleitung; Maßnahmen zur Überprüfung der Qualität der Arzneimittel in Apotheken, zur Änderung der Betriebsräume; Listenführung

Fachspezifische Informationen

	per 12/2021	per 12/2022	Abw. 22/21
Anzahl Regelbesichtigungen in Apotheken	99	175	+76,8%
Anzahl Proben	14	46	+228,6%

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung III (Versorgung) des Landesamtes für Gesundheit und Soziales.

Folgende Aufgaben werden in dieser Abteilung wahrgenommen:

Sicherstellung der Sozialen Entschädigungsleistungen der Berechtigten nach dem Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch – Soziale Entschädigung (SGB XIV) oder nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des SGB XIV vorsehen.

- gem. SGB XIV an Opfer von Gewalttaten, an Opfer von Kriegsauswirkungen beider Weltkriege, an Geschädigte durch Ereignisse mit der Ableistung des Zivildienstes sowie an Geschädigte durch Schutzimpfungen oder andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe
- gem. Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz – HHG, Artikel 9 des Gesetzes zur Regelung der Sozialen Entschädigung
- gem. Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG), Artikel 12 des Gesetzes zur Regelung der Sozialen Entschädigung
- gem. Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG), Artikel 13 des Gesetzes zur Regelung der Sozialen Entschädigung
- gem. § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG), besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente),
- gem. Gesetz über den Abschluss von Unterstützungen der Bürger der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bei Gesundheitsschäden infolge medizinischer Maßnahmen (UntAbschlG), Artikel 5 des Gesetzes zur Regelung der Sozialen Entschädigung
- gem. Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-DHG), Artikel 48 des Gesetzes zur Regelung der Sozialen Entschädigung.

Alle Leistungen des sozialen Entschädigungsrechts werden aus Landesmitteln geleistet. Mittel aus dem Bundeshaushalt werden nicht mehr bereitgestellt. Der Bund beteiligt sich gem. §§ 134 und 155 SGB XIV bzw. der spezialgesetzlichen Normen im HHG, StrRehaG, VwRehaG an den Ausgaben.

Aufgaben, die aus der Durchführung der §§ 2 und 145 ff Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – einschließlich des Ausweis- und Vergünstigungswesens für behinderte Menschen entstehen.

Aufgaben (Abrechnung, Qualitätsmanagement) im Zusammenhang mit der Durchführung des Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderungen

Aufgaben des Versicherungsamtes

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1164 – LAGeSo - Versorgung -

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	16	12	0	14	11	0
Differenz in %	57,1%	42,8%	0,0%	56,0%	44,0%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	170	32	0	169	35	0
Differenz in %	84,2%	15,8%	0,0%	82,8%	17,2%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	18	12	0
Differenz in %	60,0%	40,0%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	191	43	0
Differenz in %	81,6%	18,4%	0,0%

Begründungen für die Differenz in der Vergütung siehe Erläuterungen zum LAGeSo gesamt.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**219**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**15.000**	**15.000**	**15.500**	**13.924,51**

Gebühren für Abschriften, Auszüge und Fotokopien, die nach der Verwaltungsgebührenordnung erhoben werden

11134	**219**	**Wertmarken für die Beförderung von behinderten Menschen**	**4.300.000**	**4.300.000**	**5.016.000**	**4.060.510,74**

Zahlungen für Wertmarken (Eigenbeteiligung), die zur Inanspruchnahme von Fahrgeldbefreiung auf öffentlichen Nahverkehrsmitteln gemäß § 228 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) berechtigen
Der Anteil des Bundes an den Einnahmen ist bei Titel 63114 nachgewiesen.

Weniger in Anpassung an das Ist.

11174	**235**	**Entgelte für die Inanspruchnahme des besonderen Fahrdienstes**	**320.000**	**320.000**	**320.000**	**212.927,26**

Einnahmen aus der Eigenbeteiligung der Nutzer/Nutzerinnen bei Inanspruchnahme des Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderungen
Die Erhebung der Eigenbeteiligung ist geregelt in § 13 der am 1. Juli 2005 in Kraft getretenen Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Vorhaltung eines besonderen Fahrdienstes vom 31. Juli 2001 (zuletzt geändert durch die Verordnung vom 16. September 2015).
Die Ausgaben für die Durchführung des Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderungen werden bei Titel 54010 nachgewiesen.

11911	**290**	**Rückzahlungen von Entschädigungsleistungen**	**6.000**	**6.000**	**4.700**	**621,72**

Rückflüsse von Entschädigungen an Opfer von Impfschäden (IfSG) sowie von Kriegsauswirkungen beider Weltkriege, nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) und dem Zivildienstgesetz (ZDG)

Bis 31.12.2023 wurden die Leistungen der Kriegsopferfürsorge aus dem Landeshaushalt (Kapitel 1192) gezahlt und zu 80% durch den Bund erstattet. Zahlungen für Rente, Heil- und Krankenbehandlung, Leistungen der Orthopädischen Versorgungsstelle erfolgten direkt aus dem Bundeshaushalt.

Mit Inkrafttreten des SGB XIV werden alle Leistungen aus dem Landeshaushalt gezahlt.

Im Bereich der Rechtskreise Kriegsopfer und HHG erstattet der Bund 100% der Ausgaben bei Neufällen und 94,5% bei Bestandsfällen.

Die Ausgaben des ZDG werden bei Neu- und Bestandsfällen zu 100% erstattet. Der an den Bund abzuführende Anteil an den Rückflüssen ist für alle drei Rechtskreise bei Titel 63108 nachgewiesen, die Ausgaben bei Titel 68182 (Kriegsopfer), 68116 (Berechtigte nach HHG) und 68106 (Berechtigte nach ZDG).

Durch eine entsprechende Unterkontenstruktur wird sichergestellt, dass Einnahmen, die auf zu 100% erstatteten Ausgaben beruhen, getrennt von denen erfasst werden, die zu 94,5% erstattet werden.

An den Zahlungen an Opfer von Impfschäden besteht keine Beteiligung des Bundes.

11916	**290**	**Rückflüsse auf Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten**	**544.000**	**544.000**	**444.000**	**524.547,22**

Rückflüsse auf geleistete Entschädigungszahlungen nach dem Sozialgesetzbuch Vierzehntes Kapitel - SGB XIV
(Vgl. Erläuterung zu Titel 68133)

Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung

11918	**249**	**Rückflüsse auf Entschädigungen an Opfer aus SED-Unrecht**	**56.900**	**56.900**	**68.900**	**41.246,65**

Rückflüsse auf geleistete Entschädigungszahlungen an Opfer von SED-Unrecht nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) und nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
(Vgl. Erläuterung zu Titel 68145)

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
11922 (neu)	**219**	**Rückzahlungen von Garantieleistungen**	**1.000**	**1.000**		

Rückflüsse nach dem SGB XIV

11934	**290**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**3.000**	**22.496,91**

2.000,0 EUR wurden bislang bei 1192/11934 nachgewiesen.

Rückzahlungen von Zuschüssen im Zusammenhang mit der Prüfung des nachträglichen Erstattungsanspruchs des Trägers der Eingliederungshilfe des Landes Berlins gem. § 4 des Sozialdienstleister-Einsatzgesetz – SodEG an die Prüfbehörde.

(Vgl. Erläuterung zu Titel 68102)

11979	**219**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**467,98**

1.000,0 EUR wurden bislang bei 1192/11979 nachgewiesen.

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

18210	**290**	**Tilgungen**	**7.100**	**7.100**	**17.800**	**6.225,74**

4.000,0 EUR wurden bislang bei 1192/18210 nachgewiesen.

Tilgung von Darlehen, die Opfern von SED-Unrecht, Opfer beider Weltkriege, Impfgeschädigten und Opfern von Gewalttaten gewährt worden sind
Der Bundesanteil für Tilgungen aller Rechtskreise mit Ausnahme der Impfgeschädigten (kein Bundesanteil) wird über den Titel 63112 an den Bund abgeführt.

23101	**290**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**12.995.000**	**4.941.000**	**60.500**	**24.404,00**

59.500,0 EUR wurden bislang bei 1192/23101 nachgewiesen.

Ab 01.01.2024 werden in diesem Titel die Erstattungen des Bundes an den Leistungen für Opfer von Kriegsauswirkungen beider Weltkriege und nach dem HHG sowie dem ZDG ausgewiesen.

Mit Inkrafttreten des SGB XIV ist der Anteil des Bundes 100 v. H. an den Ausgaben für Entschädigungen für Kriegsopfer und nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) gemäß § 134 Abs. 2 SGB XIV in Neufällen und ins neue Recht wechselnden Bestandsfällen (Rente bis 31.12.2023).
Für nicht ins neue Recht wechselnde Bestandsfälle gilt eine pauschale Erstattung der Kosten in Höhe von 94,5 v.H. (§ 155 Abs. 1 Nr. 1).
Die Ausgaben werden bei Titel 68182 und 68116 nachgewiesen.

Alle Ausgaben des ehemaligen Zivildienstgesetzes (ZDG) werden ab 01.01.2024 aus dem Landeshaushalt gezahlt, der Bund erstattet 100% der Ausgaben bei Neufällen und Bestandsfällen (§134 Abs.2 bzw. § 155 Abs. 1 Nr. 2 SGB XIV).
Die Ausgaben werden bei Titel 68106 nachgewiesen.

Mehr in Anpassung an die Änderung des Ausgabenkreises

23123	**290**	**Anteil des Bundes an den Leistungen wegen Impfschäden**	**190.000**	**198.000**	**147.000**	**131.616,00**

Anteil des Bundes nach § 10 Abs. 3 Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-DHG) i. H. v. 50 v. H. an den Ausgaben für Leistungen nach § 3 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 und §§ 4 und 13 Abs. 1 Anti-DHG
(vgl. auch Erläuterung zu Titel 68126)

Mehr in Anpassung an die Ausgaben

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
23125	**290**	**Anteil des Bundes an den Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten**	**11.157.000**	**5.940.000**	**5.807.000**	**5.283.994,24**

Ab dem 01.01.2024 mit Inkrafttreten des SGB XIV beträgt der Anteil des Bundes 40 v. H. an den Geldleistungen für Entschädigungen für Opfer von Gewalttaten gemäß § 133 Abs. 1 SGB XIV in Neufällen und ins neue Recht wechselnden Bestandsfällen (Rente bis 31.12.2023).
Für nicht ins neue Recht wechselnde Bestandsfälle gilt weiterhin eine pauschale Erstattung der Kosten (Geld-und Sachleistungen) in Höhe von 22% (§ 155 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. § 156 Abs. 1 Nr. 1 SGB XIV).

Die Ausgaben werden bei den Titeln 68133 und 86324 nachgewiesen.

Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

23129	**249**	**Anteil des Bundes an den Entschädigungsleistungen an Opfer von SED-Unrecht**	**18.907.000**	**20.639.000**	**22.272.000**	**17.942.305,98**

Mit Inkrafttreten des SGB XIV bleibt der Anteil des Bundes in Höhe von 65 v. H. an den Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)

Im Bereich des VerwRehaG werden bei Bestandsfällen 57 % der Gesamtausgaben (§ 155 Abs. 1 Nr. 6 i.V.m. § 156 Abs. 1 Nr. 2 SGB XIV) und bei Neufällen 60 % der Geldleistungen, Aufhebung der Pauschalregelung gem. § 17 Satz 3 und 4 Verwaltungsrehabilitationsgesetz (VerwRehaG) durch Art 13 Textziffer 7 Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts.

Für die Fälle nach 17a Strafrechtliches Rehabilitationsgesetz (StrRehaG) (Opferrente) gibt es keine Änderung, der Bund erstattet 65 % der Ausgaben.

Weniger in Anpassung an die Ausgaben, siehe Erläuterungen zu Titel 68145

23220	**290**	**Anteil der Länder an den Leistungen wegen Impfschäden**	**47.200**	**49.000**	**36.300**	**29.889,22**

Anteil der alten Bundesländer nach § 10 Abs. 3 Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-DHG) in Höhe von 12,4 v. H. an den Ausgaben für Leistungen nach § 3 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 und §§ 4 und 13 Abs. 1 Anti-DHG
(vgl. Erläuterung zu Titel 68126)

Mehr in Anpassung der Ausgaben

26101	**290**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**7.300**	**7.300**	**—**	**7.325,88**

Erstattung von Kosten für den Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher/innen für Mitarbeitende
(vgl. Erläuterungen zu 1164/54010).

29899	**290**	**Erbschaften für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.000,00**

Zweckbindungsvermerk:
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 68199.

Gesamteinnahmen	**48.556.500**	**37.027.300**	**34.215.700**	**28.304.504,05**
Prozentuale Veränderung	**41,9 %**	**-23,7 %**		

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**219**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.900.000**	**3.016.000**	**2.427.000**	**2.770.431,07**
42701	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**3.944,02**

Aufwendungen insbesondere für die Beiziehung von Gebärdendolmetschern bei Antragsverfahren nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) und im Sozialen Entschädigungsrecht (SER) - Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Durch die Einführung des § 9 Abs. 1 S. 2 Sozialgesetzbuch - Zehntes Buch - (SGB X) besteht die Verpflichtung, die Aufwendungen des hörbehinderten Menschen für Gebärdendolmetscher zu übernehmen. Der Stundensatz dieser Dolmetscher beträgt nach den Regelungen des Bundesgleichstellungsgesetzes (BGG) und der Kommunikationshilfenverordnung (KHV) in Anwendung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen z. Z. 85,00 €. Nach § 12 Landesgleichberechtigungsgesetz haben darüber hinaus hörbehinderte Menschen (Gehörlose, Ertaubte und Schwerhörige) und sprachbehinderte Menschen das Recht, mit öffentlichen Stellen in deutscher Gebärdensprache, mit lautsprachbegleitenden Gebärden oder über andere Kommunikationshilfen zu kommunizieren, soweit dies die Wahrnehmung eigener Rechte im Verwaltungsverfahren erforderlich macht.

42801	**219**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**11.230.000**	**11.889.000**	**9.740.000**	**10.614.364,05**
42811	**219**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**57.341,19**
44100	**219**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**147.000**	**152.000**	**122.000**	**137.655,35**
44379	**219**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.500**	**1.500**	**1.000**	**1.402,45**

Fürsorgeleistungen aufgrund der EU-Richtlinien für Bildschirmarbeitsplätze.

45300	**219**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**219**	**Geschäftsbedarf**	**109.000**	**109.000**	**99.000**	**88.147,39**

Schreib- und Bürobedarf, Vordruckmaterial, Fachliteratur, Zeitschriften sowie Loseblattsammlungen/Ergänzungslieferungen (Gesetzeskommentare)

Mehr in Anpassung an gestiegene Preise

51140	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**2.300**	**2.300**	**13.400**	**1.879,02**

Ersatz von Büromaschinen sowie Wartungs- und Reparaturkosten

Weniger in Anpassung an den Bedarf

51168	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52501	**219**	**Aus- und Fortbildung**	**5.000**	**5.000**	**20.000**	**782,00**

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einschließlich gegebenenfalls anfallender Reisekosten (z. B. Erste-Hilfe-Kurse, fachspezifische Fortbildungsprogramme)
Insbesondere ergibt sich durch die Reformierung des Sozialen Entschädigungsrechts (SER) und dem neuen SGB XIV und den damit einhergehenden Gesetzesänderungen ein Fortbildungsbedarf.

52536	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**219**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**500.000**	**500.000**	**123.000**	**107.766,99**

Für außergerichtliche Kosten in Verfahren vor ordentlichen, vor Sozial- und vor Verwaltungsgerichten sowie für die Erstattung der Kosten im Vor- bzw. Zwischenverfahren, soweit der Wider- bzw. Einspruch erfolgreich ist

Mehr, da die Kosten im Klageverfahren seit dem 01.01.2023 in den Fachkapiteln und nicht mehr im Kapitel 1160 nachgewiesen werden.

52610	**219**	**Gutachten**	**3.500.000**	**3.500.000**	**3.457.000**	**3.487.476,29**

Nachgewiesen werden nur die Kosten für Hausarztauskünfte aus Antragsverfahren nach dem
- Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX)
- Sozialen Entschädigungsrecht (SER) – Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden (HHG)

Die Ausgaben für sachverhaltsaufklärende Sitzungen zur psychischen Einschätzung des Heilungsbedarfs von traumatisierten Antragstellern/Antragstellerinnen werden im Titel 68133 nachgewiesen.

52703	**219**	**Dienstreisen**	**17.900**	**17.900**	**14.400**	**3.512,73**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für allgemeine Zwecke, Fahrkosten für Fahrten aus dienstlichem Anlass (einschließlich Entschädigungen für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten)

Mehr, da wieder mehr Präsenzveranstaltungen stattfinden.

54010	**235**	**Dienstleistungen**	**8.476.000**	**8.793.000**	**8.025.000**	**7.345.111,93**
		Verpflichtungsermächtigung	**17.586.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**8.793.000**			
		Davon fällig 2026	**8.793.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	4.038.000		
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	4.038.000		

Kosten für die Nutzung mehrerer Dolmetscherdienste durch den Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher/innen.
Die Erstattung erfolgt durch das Inklusionsamt (vgl. 1164/26101)

Leistungen für die Durchführung des Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderung (Regie- und Beförderungsleistungen, Rufbereitschaft).

Die Einnahmen aus der Eigenbeteiligung der Nutzungsberechtigten des Sonderfahrdienstes werden bei Titel 11174 nachgewiesen.

Zum 01.10.2021 wurde ein Vertrag mit einer Laufzeit von 36 Monaten zuzüglich einer Verlängerungsoption von zwei Jahren abgeschlossen.
Bei der Bildung des Haushaltsansatzes für das Jahr 2025 wurde die Veränderung des Mindestlohnes und ein Inflationsausgleich mit 7 % bei den Regiekosten veranschlagt.

Es wird davon ausgegangen, dass die avisierte Verlängerungsoption zum 01.10.2024 realisiert wird.

	2024	2025
a) Regiekosten incl Rufbereitschaft (incl MwSt)	3.870.000 €	4.840.000 €
b) Beförderungskosten	3.601.700 €	3.924.510 €
c) Sachkosten	21.000 €	21.000 €
d) Dolmetscherdienste	7.300 €	7.300 €
insgesamt	7.500.000 €	8.792.810 €
gerundet	7.500.000 €	8.793.000 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54038	**219**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**13.500**	**13.500**	**13.500**	**10.515,99**

Auszahlungs- und Weiterleitungskosten für Zahlungen der besonderen Zuwendung für Haftopfer gemäß § 17 a (Opferrente) des Gesetzes über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG) in fremde Wirtschaftsgebiete

54079	**219**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**60,40**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Ausgaben von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

63108	**290**	**Anteil des Bundes an den Rückflüssen auf Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten**			**24.000**	**30.829,75**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

63112	**249**	**Abführung von Einnahmen an den Bund**	**92.600**	**92.600**	**44.800**	**25.211,03**

Die sonstigen Rückflüsse von Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten (Überzahlungen) sind mit 40 v. H. an den Bund abzuführen. Die Einnahmen werden bei Titel 11916 nachgewiesen.

Mit Inkrafttreten des SGB XIV zum 01.01.2024 ändert sich die Kostenteilung, es muss zwischen Bestandsfällen (Rente bis 31.12.2023) und Neufällen nach SGB XIV unterschieden werden.
Im StrRehaG (§ 20) trägt der Bund 65% der Geldleistungen bei Bestandsfällen und 65 % der Ausgaben bei Neufällen, für § 17a gibt es keine Änderungen.
Im VerwRehaG (§ 17) trägt der Bund 57% der Ausgaben bei Bestandsfällen und 60% der Geldleistungen bei Neufällen.
Die Einnahmen werden bei Titel 11918 nachgewiesen.

Im Bereich der Rechtskreise Kriegsopfer und HHG erstattet der Bund 100% der Ausgaben gem. § 134 Abs. 2 SGB XIV bei Neufällen und 94,5% gem. § 155 Abs. 1 Nr. 1 bei Bestandsfällen.
Die Einnahmen werden bei Titel 11911 nachgewiesen.

Mehr in Anpassung der Erweiterung der Einnahmen aus Titel 11911 und 11916.

63114	**219**	**Anteil des Bundes an den Einnahmen für Wertmarken**	**1.161.000**	**1.161.000**	**1.355.000**	**1.121.213,16**

Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Wertmarken
Der Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Wertmarken ergibt sich aus § 235 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX). Die seit dem 01.01.2013 festgesetzte Abführungsquote beträgt 27 v. H.
(vgl. Erläuterung zu Titel 11134)

Weniger wegen niedriger Einnahmen (siehe Titel 11134)

63601	**219**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger**	**1.928.000**	**1.878.000**	**198.000**	**164.267,04**

Die Länder tragen die Verwaltungskosten der Krankenkassen und der Unfallkassen für die Durchführung der Heil- und Krankenbehandlung und der medizinischen Rehabilitation nach dem SGB XIV sowie nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG)
Durch das Inkrafttreten des SGB XIV werden alle Leistungen der medizinischen Leistungen der Rehabilitation (vorher nur Heil- und Krankenbehandlung) durch andere Leistungsträger erbracht, die diesen zu erstatten sind. Von den Behandlungskosten werden halbjährlich zusätzlich 5% als Verwaltungskosten erstattet (§ 60 Abs 2, § 61 Abs 2 SGB XIV).

Mehr in Anpassung der gesetzlichen Änderungen

68102	**290**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Nachzahlungen von Zuschüssen im Zusammenhang mit der Prüfung des nachträglichen Erstattungsanspruchs des Trägers der Eingliederungshilfe des Landes Berlins gem. § 4 des Sozialdienstleister-Einsatzgesetz – SodEG.

Mit dem am 25.September 2021 in Kraft getretenem Gesetz über die Prüfbehörde nach dem SodEG nimmt diese Aufgabe das Landesamt für Gesundheit und Soziales wahr.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Das SodEG regelt die Voraussetzungen für die Gewährung von Zuschüssen für Einrichtungen und soziale Dienste zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Krise. Zuschüsse nach diesem Gesetz sind nur dann zu gewähren, wenn die sozialen Dienstleister mit dem Antrag die Erklärung abgeben, dass sie unter Ausschöpfung aller nach den Umständen zumutbaren Möglichkeiten unter Berücksichtigung rechtlicher Rahmenbedingungen (z. B. arbeitsrechtliche Bestimmungen) Arbeitskräfte, Räumlichkeiten und Sachmittel in Bereichen zur Verfügung stellen, die für die Bewältigung von Auswirkungen der Pandemie in Deutschland einsetzbar sind, insbesondere in der Pflege und in sonstigen gesellschaftlichen und sozialen Bereichen (z. B. die Unterstützung bei Einkäufen, Begleitung bei Arztbesuchen, telefonische Beratung in Alltagsangelegenheiten).
(Vgl. Erläuterung zu Titel 11934)

68106	**290**	**Leistungen nach dem Zivildienstgesetz**	**24.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gemäß § 103 SGB XIV erhält bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 23 Absatz 1 SGB XIV (bis 31.12.2023 nach § 47 Zivildienstgesetz - ZDG) Leistungen der Sozialen Entschädigung, wer im Zusammenhang mit der Ableistung eines Zivildienstes eine gesundheitliche Schädigung durch eine Tätigkeit, einen Unfall, einen Angriff auf seine Person oder in sonstiger Weise erlitten hat (Zivildienstgeschädigter).
Bisher waren nur Leistungen der Kriegsopferfürsorge aus 68106 vorgesehen und zu 100% durch den Bund zu erstatten.
Zahlungen für die bisherige Rente und für Heil- und Krankenbehandlung sowie Leistungen der Orthopädischen Versorgungsstelle erfolgten direkt aus dem Bundeshaushalt.
Mit Inkrafttreten des SGB XIV werden alle Leistungen aus dem Landeshaushalt gezahlt. Die Ausgaben werden zu 100% durch den Bund erstattet, Bestandsfälle gem. § 155 Abs. 1 Nr. 2 und Neufälle (incl. ins neue Recht Wechselnde) gem. § 134 Abs. 2 SGB XIV.

Geschädigte können sich für fünf Jahre vorab die „monatliche Entschädigung“ auszahlen lassen. Der Berufsschadensausgleich (BSA) wird monatlich weitergezahlt, nach fünf Jahren besteht wieder ein Anspruch auf monatliche Zahlung oder eine erneute Abfindung. Die Höhe der Abfindung ist abhängig vom Grad der Schädigung und beträgt zwischen 24.000 und 120.000 €. Witwen/Witwer können einmalig die 10fache Jahressumme (126.600 €) erhalten, damit sind alle Ansprüche für die Zukunft abgegolten. Waisen und Eltern haben keinen Anspruch auf eine Abfindung.
Der Antrag ist innerhalb des ersten Jahres nach Bewilligung der Entschädigungszahlung zu stellen.

Die Erstattungen des Bundes werden im Titel 23101 nachgewiesen.

Mehr wegen Auszahlung der Leistungen nach dem SGB XIV durch das Land Berlin

68116 (neu)	**241**	**Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG)**	**1.627.000**	**764.000**		

Das Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch – Soziale Entschädigung (SGB XIV) wurde als Art. 1 des Gesetzes zur Regelung des sozialen Entschädigungsrechts erlassen ersetzt ab dem 1. Januar 2024 das Bundesversorgungsgesetz.

Gemäß Artikel 9 des SGB XIV wird das Häftlingshilfegesetz (HHG) dahingehend geändert, dass ein nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 Berechtigter, der infolge des Gewahrsams eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Leistungen der Sozialen Entschädigung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch erhält.

Bis zum 31.12.2023 wurden die Rentenleistungen und Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt (Kapitel 1103 Titel 636311 und 681317).

Leistungen der Fürsorge und Pflege wurden gemeinsam mit den Ausgaben für das Bundesversorgungsgesetz (BVG) in Kapitel 1192 erfasst und zu 80% durch den Bund erstattet.

Mit Inkrafttreten des SGB XIV werden alle Leistungen aus dem Landeshaushalt gezahlt.

Als Entschädigung werden Entschädigungsleistungen und Leistungen der med. Rehabilitation und sozialen Teilhabe gemäß den Regelungen des SGB XIV sowie Beitragsentrichtungen zur Arbeitsförderung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Alterssicherung an Rentenversicherungsträger, die Bundesagentur für Arbeit und weitere Träger für die Dauer des Bezugs von Krankengeld der Sozialen Entschädigung gemäß § 52 SGB XIV gewährt.

Geschädigte können sich für fünf Jahre vorab die „monatliche Entschädigung“ auszahlen lassen. Der Berufsschadensausgleich (BSA) wird monatlich weitergezahlt, nach fünf Jahren besteht wieder ein Anspruch auf monatliche Zahlung oder eine erneute Abfindung. Die Höhe der Abfindung ist abhängig vom Grad der Schädigung und beträgt zwischen 24.000 und 120.000 €. Witwen/Witwer können einmalig die 10fache Jahressumme (126.600 €) erhalten, damit sind alle Ansprüche für die Zukunft abgegolten. Waisen und Eltern haben keinen Anspruch auf eine Abfindung. Der Antrag ist innerhalb des ersten Jahres nach Bewilligung der Entschädigungszahlung zu stellen.

Die Kostenerstattung durch den Bund entspricht der der bisherigen BVG-Fälle (bis 2023 im Kapitel 1192). Ausgaben für Neufälle (incl. ins neue Recht wechselnde Personen) werden gem. Artikel 9 Textziffer 5 des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts bzw. gem. § 13 HHG in der ab 01.01.2024 geltenden Fassung i.v.m. § 134 SGB XIV zu 94,5% durch den Bund ersetzt, Bestandsfälle gem. §134 Abs 2 zu 100%.

Die Einnahmen werden im Titel 23101 nachgewiesen (vgl. auch Erläuterung zu Titel 23101).

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68126	**290**	**Leistungen wegen Impfschäden**	**7.392.000**	**7.076.000**	**6.742.000**	**6.949.786,31**

Geschädigte durch Schutzimpfungen oder andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe haben gem. § 24 SGB XIV Anspruch auf Leistungen der sozialen Entschädigung.
Als Entschädigung werden Entschädigungsleistungen und Leistungen der med. Rehabilitation und sozialen Teilhabe sowie Beitragsentrichtung zur Arbeitsförderung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Alterssicherung an Rentenversicherungsträger, die Bundesagentur für Arbeit und weitere Träger für die Dauer des Bezugs von Krankengeld der Sozialen Entschädigung gemäß den Regelungen des SGB XIV gewährt.

Nach § 1 Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-DHG) erhalten Frauen in der ehemaligen DDR, die in den Jahren 1978 und 1979 aufgrund der durchgeführten Anti-D-Immunprophylaxe mit Hepatitis-C infiziert wurden, sowie Kontaktpersonen, die von ihnen mit großer Wahrscheinlichkeit mit Hepatitis infiziert wurden, aus humanitären und sozialen Gründen Heilbehandlungen und eine finanzielle Hilfe.
Der Bund beteiligt sich mit 50 v. H. und die alten Bundesländer beteiligen sich mit 12,4 v. H. an den Ausgaben nach dem Anti-DHG.
(vgl. Erläuterung zu Titel 23123 und 23220)

Geschädigte können sich gem. § 84 SGB XIV für fünf Jahre die „monatliche Entschädigung“ auszahlen lassen. Nach fünf Jahren besteht wieder ein Anspruch auf monatliche Zahlung oder eine erneute Abfindung. Die Höhe der Abfindung ist abhängig vom Grad der Schädigung und beträgt zwischen 24.000 und 120.000 €. Witwen/Witwer können einmalig die 10fache Jahressumme (126.600 €) erhalten, damit sind alle Ansprüche für die Zukunft abgegolten. Waisen und Eltern haben keinen Anspruch auf eine Abfindung. Der Antrag ist innerhalb des ersten Jahres nach Bewilligung der Entschädigungszahlung zu stellen.

Mehr in Anpassung der gestiegenen Ausgaben u.a. für Entschädigungszahlungen, Heil- und Krankenbehandlung sowie für Leistungen der Teilhabe (Fürsorgeleistungen).

68133	**290**	**Entschädigungen an Opfer von Gewalttaten**	**44.623.000**	**34.121.000**	**27.500.000**	**24.695.461,85**

Gemäß § 13 und 14 SGB XIV (ehemals Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten - OEG) haben Personen Anspruch auf Entschädigungen wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen, die sie im Geltungsbereich des Gesetzes infolge eines vorsätzlichen rechtswidrigen tätlichen Angriffs gegen ihre oder eine andere Person oder durch dessen rechtmäßige Abwehr erlitten haben. Als Entschädigung werden Entschädigungsleistungen und Leistungen der med. Rehabilitation und sozialen Teilhabe gemäß den Regelungen des SGB XIV gewährt.
Berechtigte haben einen gesetzlichen Anspruch auf Leistungen der Trauma-Ambulanzen – „psychotherapeutische Frühintervention“ – gemäß §§ 2 und 31 ff. SGB XIV. Ausgaben für sachverhaltsaufklärende Sitzungen zur psychischen Einschätzung des Heilungsbedarfs von traumatisierten Antragstellern/Antragstellerinnen werden hier nachgewiesen.

Der Bund beteiligt sich an den Geld- und Sachleistungen.
(vgl. Erläuterung zu Titel 23125)

Geschädigte können sich gem. § 84 SGB XIV für fünf Jahre die „monatliche Entschädigung“ auszahlen lassen. Der Berufsschadensausagleich (BSA) wird weiterhin monatlich gezahlt. Nach fünf Jahren besteht wieder ein Anspruch auf monatliche Zahlung oder eine erneute Abfindung. Die Höhe der Abfindung ist abhängig vom Grad der Schädigung und beträgt zwischen 24.000 und 120.000 €. Witwen/Witwer können einmalig die 10fache Jahressumme (126.600 €) erhalten, damit sind alle Ansprüche für die Zukunft abgegolten. Waisen und Eltern haben keinen Anspruch auf eine Abfindung.
Der Antrag ist innerhalb des ersten Jahres nach Bewilligung der Entschädigungszahlung zu stellen.

Mehr wegen steigender Fallzahlen, höherer Versorgungsleistungen aufgrund von Rentenerhöhungen, der Kostensteigerung im Gesundheitswesen, höherer Fürsorgeleistungen und der stärkeren Inanspruchnahme der Leistungen der Trauma-Ambulanzen.
Steigende Fallzahlen auf Grund der Erweiterung des Berechtigtenkreises gem. SGB XIV durch Anerkennung neuer Tatbestände (z.B. Stalking, erheblich vernachlässigte Kinder, Kinderpornografie, Menschenhandel, psychische Gewalttaten).

68140	**290**	**Leistungen bei Gesundheitsschäden aus medizinischen Maßnahmen**	**81.000**	**84.000**	**179.000**	**74.442,00**

Ausgaben gem. der Anordnung vom 28. Januar 1987 über eine erweiterte materielle Unterstützung – EMU – für Bürger bei Gesundheitsschäden infolge medizinischer Maßnahmen; Versorgungsbezüge und Einmalzahlungen gem. Unterstützungsabschlussgesetz (UntAbschlG) vom 6. Mai 1994 (dynamisiertes Nachfolgegesetz der Anordnung über eine erweiterte materielle Unterstützung vom 28. Januar 1987)

Weniger wegen eines Rückgangs der Fallzahlen

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68145	**249**	**Geldleistungen an Opfer von SED-Unrecht**	**29.122.000**	**31.832.000**	**34.577.000**	**27.664.197,01**

Besondere Zuwendung für Haftopfer gemäß § 17 a (Opferrente) sowie Versorgungs- und Fürsorgeleistungen gemäß § 20 des Gesetzes über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG) für in der Haft erlittene Gesundheitsstörungen
Versorgungs- und Fürsorgeleistungen nach dem Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG)
Der Bund beteiligt sich an den Ausgaben, vgl. Erläuterung zu Titel 23129

Bei den Leistungen der Opferrente gem. § 17a StrRehaG bleibt es bei den monatlichen Zahlungen unter der Antragsvoraussetzung von mindestens 90 Tagen Haft. Mögliche Erhöhung der monatlichen Entschädigung ab 2025 und Fallentwicklungen sind in den jährlichen Ansätzen berücksichtigt.
Geschädigte können sich gem. § 84 SGB XIV für fünf Jahre die „monatliche Entschädigung“ auszahlen lassen. Der Berufsschadensausagleich (BSA) wird weiterhin monatlich gezahlt. Nach fünf Jahren besteht wieder ein Anspruch auf monatliche Zahlung oder eine erneute Abfindung. Die Höhe der Abfindung ist abhängig vom Grad der Schädigung und beträgt zwischen 24.000 und 120.000 €. Witwen/Witwer können einmalig die 10fache Jahressumme (126.600 €) erhalten, damit sind alle Ansprüche für die Zukunft abgegolten. Waisen und Eltern haben keinen Anspruch auf eine Abfindung.
Der Antrag ist innerhalb des ersten Jahres nach Bewilligung der Entschädigungszahlung zu stellen.

Weniger in Anpassung der laufenden Fallzahlen, den prognostizierten Entschädigungsleistungen unter Berücksichtigung der kalkulierten Neuanträge

68174	**290**	**Leistungen außerhalb der Sozialhilfe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kostenersatz für Sozialaufwendungen der Sozialarbeiter/innen

68182 (neu)	**241**	**Leistungen für Opfer von Kriegsauswirkungen beider Weltkriege**	**11.339.000**	**4.972.000**		

Wurde bislang bei 68163 nachgewiesen.

Das Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch – Soziale Entschädigung (SGB XIV) wurde als Art. 1 des Gesetzes zur Regelung des sozialen Entschädigungsrechts erlassen. Das SGB XIV regelt ab dem 1. Januar 2024 die soziale Entschädigung neu und ersetzt das Bundesversorgungsgesetz.

Gemäß § 21 SGB XIV hat Anspruch auf Leistungen der Sozialen Entschädigung, wer im Inland durch Auswirkungen kriegerischer Vorgänge im Zusammenhang mit einem der beiden Weltkriege, die einen kriegseigentümlichen Gefahrenbereich hinterlassen haben, eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat.

Bisher wurden die Leistungen der Kriegsopferfürsorge aus dem Landeshaushalt (Kapitel 1192) gezahlt, zu 80% durch den Bund erstattet. Zahlungen für Rente, Heil- und Krankenbehandlung, Leistungen der Orthopädischen Versorgungsstelle erfolgten direkt aus dem Bundeshaushalt.

Mit Inkrafttreten des SGB XIV werden alle Leistungen aus dem Landeshaushalt gezahlt.
Als Entschädigung werden Entschädigungsleistungen und Leistungen der med. Rehabilitation und sozialen Teilhabe gemäß den Regelungen des SGB XIV sowie Beitragsentrichtungen zur Arbeitsförderung, zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Alterssicherung an Rentenversicherungsträger, die Bundesagentur für Arbeit und weitere Träger für die Dauer des Bezugs von Krankengeld der Sozialen Entschädigung gemäß § 52 SGB XIV gewährt.
Geschädigte können sich gem. § 84 SGB XIV für fünf Jahre die „monatliche Entschädigung“ auszahlen lassen. Der Berufsschadensausagleich (BSA) wird weiterhin monatlich gezahlt. Nach fünf Jahren besteht wieder ein Anspruch auf monatliche Zahlung oder eine erneute Abfindung. Die Höhe der Abfindung ist abhängig vom Grad der Schädigung und beträgt zwischen 24.000 und 120.000 €. Witwen/Witwer können einmalig die 10fache Jahressumme (126.600 €) erhalten, damit sind alle Ansprüche für die Zukunft abgegolten. Waisen und Eltern haben keinen Anspruch auf eine Abfindung. Der Antrag innerhalb des ersten Jahres nach Bewilligung der Entschädigungszahlung zu stellen.

Bei der Ansatzbildung wurde von sinkenden Fallzahlen, Rentenerhöhungen, steigenden Kosten für Pflegeleistungen und von höheren Pauschalbeträgen für die Erstattung an die Kranken-, Pflege- und Unfallkassen ausgegangen.

Ausgaben für Bestandsfälle werden gem. § 155 Abs. 1 Nr.1 SGB XIV zu 94,5% durch den Bund ersetzt, Neufälle (incl. ins neue Recht Wechselnde) gem. §134 Abs. 2 zu 100%.
Die Erstattungen des Bundes werden im Titel 23101 nachgewiesen.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68199	**290**	**Unterstützungen und sonstige Geldleistungen aus Erbschaften**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.000,00 R 0,02**

(Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 29899)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

68474	**235**	**Taxikostenerstattung im Rahmen des besonderen Fahrdienstes**	**451.000**	**451.000**	**451.000**	**376.112,57**

Inanspruchnahme des Taxikontosystems im Rahmen des Sonderfahrdienstes für Menschen mit Behinderungen

Nutzungsberechtigte können Taxen nach ihrer Wahl zur Beförderung nutzen (Taxikonto). Die von ihnen verauslagten Kosten für die Taxifahrten werden ihnen monatlich bei Einreichung der entsprechenden Taxiquittungen unter Abzug einer Eigenbeteiligung erstattet.

86303 (neu)	**249**	**Darlehen an Opfer von SED-Unrecht**	**1.000**	**1.000**		

Die Darlehen werden z. B. zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen, zur Beschaffung und Erhaltung von Wohnraum, zur Beschaffung von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen sowie zur Finanzierung von Heimkosten gewährt, wenn zurzeit nicht liquides Vermögen einzusetzen ist.
(vgl. auch Erläuterung zu Titel 68145)

86312 (neu)	**241**	**Darlehen an Opfer von Kriegsauswirkungen beider Weltkriege und an Opfer nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG)**	**1.000**	**1.000**	**4.000**	

Wurde bislang bei 1192/86311 nachgewiesen.

Die Darlehen werden z. B. zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen, zur Beschaffung und Erhaltung von Wohnraum, zur Beschaffung von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen sowie zur Finanzierung von Heimkosten gewährt, wenn zurzeit nicht liquides Vermögen einzusetzen ist.
(vgl. auch Erläuterung zu Titel 68182)

86323	**290**	**Darlehen an Impfgeschädigte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Den Impfgeschädigten werden die Darlehen z. B. zur Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit, zur Beschaffung und Erhaltung von Wohnraum sowie zur Beschaffung von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen gewährt.
Darlehen fallen nur noch in Ausnahmefällen an.

(vgl. auch Erläuterung zu Titel 68126)

86324	**290**	**Darlehen an Opfer von Gewalttaten**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**5.985,38**

Den Opfern von Gewalttaten werden die Darlehen z. B. zur Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit, zur Beschaffung und Erhaltung von Wohnraum sowie zur Beschaffung von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen gewährt.
(vgl. auch Erläuterung zu Titel 68133)

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**24.000**	**23.100**	**14.900**	**15.943,42**

Reparatur und Ersatzbeschaffungen zum Erhalt bestehender IT-Verfahren

		2024	2025
1.	Ersatzbeschaffung von Faxgeräten, Webcams, Scannern, Headsets	3.000 €	2.100 €
2.	Reparatur von Hardware für die Ausstellung neuer SB-Ausweise im Scheckkartenformat gem. SGB XIV	3.000 €	3.000 €
3.	Ersatzbeschaffung von Kartendruckern für die Ausstellung von SB-Ausweiskarten	18.000 €	18.000 €
		24.000 €	23.100 €

51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**420.000**	**420.000**	**420.000**	**311.379,14**

Programmierleistungen externer Firmen, Beschaffung von Software und Software-Updates/Upgrades auch im Rahmen von Landeslizenzen, u.a. die Weiterentwicklung des Fachverfahrens OSAVweb, ein IT-Fachverfahren gem. SER-Reform ab 01.01.2024 sowie zur Umsetzung/Einführung der digitalen Akte im Schwerbehindertenrecht

Erläuterungen 2024

a)	Wartungsvertrag OSAVweb (2023: 81.000 €) *modernisiertes Schwerbehindertenfachverfahren/Erst- und Neu- feststellungsverfahren nach dem zwölften Buch des Sozialgesetzbuches – Sozialhilfe – (SGB XII) webbasierend (über das Internet weltweit abrufbar))	106.000 €
	25 Programmiertage à 1.160 € (inkl. MwSt.) für Weiter-entwicklung der Software OSAVweb (2023: 24.000 €)	29.000 €
b)	Kosten Scandienstleistungen DIM/DIP für E-Akte im Schwerbehindertenrecht (2023: 0 €)	1.000 €
c)	Kosten für Schnittstellenentwicklung Dokumenteninput aus einem Dokumenteninputmanagement-System (DIM/DIP)	1.000 €
d)	Kosten für E-Akte-Funktionalitäten mit digitalen Postfächern, Maskenanpassungen, digitaler Aktenansicht	1.000 €
e)	Kosten für revisionssichere Datenhaltung der digitalen Akte bei einem Dienstleister (DMS)	1.000 €
f)	Kosten für Schnittstellenentwicklung an das Berliner Datenmanagementsystem (DMS) und Datentransfer zum ITDZ	30.000 €
g)	Betriebskosten für den lokalen Weiterbetrieb der IT-Fachverfahren PROSID und OBIS (2023: 60.000 €)	10.000 €
h)	Beschaffung von Software außerhalb der angebotenen Standardsoftware (2023: 1.000 €)	1.000 €
i)	Weiterbetrieb der Anwendung PROSOZ/K für die Fachanwendung der Kriegsopferfürsorge (2023: 37.700 €)	5.000 €
j)	Pflege und Wartung Archivdatenbank (2023: 1.000 €)	1.000 €
k)	Neuprogrammierung eines automatisierten Datenabgleichs zwischen OSAVweb und dem LABO	7.500 €
l)	Wartungsvertrag für 10 Kartendrucker für SB-Ausweise und Magnetkarten (2023: 2.750 € für 8 Drucker)	3.000 €
m)	Wartungsvertrag & Support Dynamic Web Twain Plugin (2023: 350 €)	500 €
n)	Neubeschaffung einer Fachanwendung für das Soziale Entschädigungsrecht (SER) auf Grund der Einführung des SGB XIV (Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch – Soziale Entschädigung –) zum 01.01.2024, Rechnung für IV. Quartal 2023 und Schlussrechnung (2023: 231.500 €)	103.100 €
o)	Anpassungsbedarf Fachanwendung SGB XIV nach Einführung	20.000 €
p)	Kosten für Datenmigration aus Altverfahren in das neue IT-Fachverfahren nach dem SGB XIV	20.000 €
q)	Wartungsvertrag Fachanwendung SGB XIV	1.000 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Erläuterungen 2024

r) Externe Unterstützung bei Analyse und Beschreibung der notwendigen Änderungen von IT-Fachanwendungen (hier: OSAVweb/SoFaweb, Fachverfahren nach dem SGB XIV, Versicherungsamt) zur Anpassung an die landesweiten IKT-Standards und Vorgaben (gem. E-Government*-Gesetz Berlin (EGovG Bln); 10 x pro Verfahren à 1.200 €; (2023: 44.000 €) sowie Fortsetzung der externen Unterstützung zur Einführung der Digitalen Akte im Bereich Schwerbehindertenrecht — 78.000€

insgesamt 419.100 €

rd. 420.000 €

Erläuterungen 2025

a) Wartungsvertrag OSAVweb (2024: 106.000 €) — 113.900 €

25 Programmiertage à 1.160 € (inkl. MwSt.) für die Weiterentwicklung der Software OSAVweb (2024: 29.000 €) — 29.000 €

b) Kosten Scandiensleister DIM/DIP für E-Akte im Schwerbehindertenrecht (2024: 600.000 €) — 1.000 €

c) Entwicklung einer IT-gestützten bi-direktionalen Plattform (Webportal) zur Übermittlung von Befundanfragen an niedergelassene Ärzte und deren Beantwortung — 1.000 €

d) Kosten für revisionssichere Datenhaltung der digitalen Akte bei einem Dienstleister (DMS) — 120.000 €

e) Wartungsvertrag Fachanwendung SGB XIV — 78.000 €

f) Anpassungsbedarf Fachanwendung nach dem SGB XIV — 20.000 €

g) Betriebskosten für den lokalen Weiterbetrieb der IT-Fachverfahren PROSID und OBIS (2024: 10.000 €) — 10.000 €

h) Beschaffung von Software außerhalb der angebotenen Standardsoftware (2024: 1.00 0€) — 1.000 €

i) Weiterbetrieb der Anwendung PROSOZ/K für die Fachanwendung der Kriegsopferfürsorge (2024: 5.000 €) — 5.000 €

j) Pflege und Wartung Archivdatenbank (2024: 1.000 €) — 1.000 €

k) Wartungsvertrag für 10 Kartendrucker für SB-Ausweise und Magnetkarten (2024: 3.000 €) — 3.000 €

l) Wartungsvertrag & Support Dynamic Web Twain Plugin — 500 €

m) Externe Unterstützung bei Analyse und Beschreibung der notwendigen Änderungen von IT-Fachanwendungen (hier: OSAVweb/SoFaweb, Fachverfahren nach dem SGB XIV, Versicherungsamt) zur Anpassung an die landesweiten IKT-Standards und Vorgaben (gem. EGovG Bln); 10 x pro Verfahren à 1.200 €; (2024: 36.000 €) — 36.000 €

insgesamt 419.400 €

rd. 420.000 €

52536	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**10.500**	**10.500**	**10.500**		**—**

Ausbildungskosten 7 Mitarbeiter/innen (IT-Beko/Ansy) à 1.500 € mit DV-Tätigkeiten gemäß § 7 des IuK-Tarifvertrages

Summe Maßnahmegruppe 32	**454.500**	**453.600**	**445.400**	**327.322,56**
Gesamtausgaben	**125.216.800**	**110.904.900**	**95.594.000**	**86.067.219,53**
Prozentuale Veränderung	**31,0 %**	**-11,4 %**		

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1164				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	5.252.000	5.252.000	5.891.900	4.882.968,73
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	43.304.500	31.775.300	28.323.800	23.421.535,32
		Gesamteinnahmen	48.556.500	37.027.300	34.215.700	28.304.504,05
411-462		Personalausgaben	14.285.000	15.065.000	12.296.500	13.585.138,13
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	13.079.200	13.395.300	12.211.700	11.372.575,30
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	97.843.600	82.435.600	71.074.800	61.103.520,72
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	9.000	9.000	11.000	5.985,38
		Gesamtausgaben	125.216.800	110.904.900	95.594.000	86.067.219,53
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-76.660.300	-73.877.600	-61.378.300	-57.762.715,48

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000943 Zielgruppenorientierte Sozialpolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	8	Personalkosten	36.833.722	33.824.119	+8,90
Kostenträger	55	Sachkosten	16.625.405	15.641.685	+6,29
davon		Transferkosten	35.648.473	46.480.654	-23,30
Produkte	48	Verrechnungskosten	154.684.521	170.264.068	-9,15
MGF	7	kalkulatorische Kosten	1.533.384	1.499.719	+2,24
Projekte	0	Gemeinkosten	143.173.118	56.942.363	+151,44
		Summe Verwaltungskosten	388.498.623	324.652.609	+19,67
		Transfers	327.235.326	287.974.924	+13,63
		Gesamtsumme	715.733.949	612.627.533	+16,83

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004468	2022	35.434.119	65.228.695	100.662.814
Sicherung der Lebensgrundlagen für Leistungsberechtigte nach anderen sozialen Leistungsgesetzen	2021	34.382.750	66.114.711	100.497.461

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
68874	2022	10.497.150	0	10.497.150
Erstfeststellungsbescheid	2021	10.240.189	0	10.240.189

	2022	2021
Menge: Anzahl der Bescheide	29.013	27.127
Kosten je ME in €	361,81	377,49
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,47	1,67
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	7.320,46	7.332,92
Kostendeckungsgrad in %	0,07	0,07

Feststellung des Grades der Behinderung (GdB) sowie von Merkzeichen auf Antrag nach § 152 SGB IX

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Fachspezifische Informationen

	2022	2021
Durchschnittliche Bearbeitungszeit vom Eingang des Antrages bis zur Bescheiderteilung in Tagen	131	135
Anzahl Beschwerden		
Beschwerden im Verhältnis zu Bescheiden	12.185	10.868
Widerspruchseingänge		

Widersprüche werden nicht nach Erstfeststellungen und Neufeststellungen unterschieden; die Erledigungen der Widersprüche werden unter dem Kostenträger 66032 (Widerspruch Sb) erfasst.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
68875	2022	12.737.686	0	12.737.686
Neufeststellungsbescheid	2021	12.448.494	0	12.448.494

	2022	2021
Menge: Anzahl der Bescheide	36.086	33.723
Kosten je ME in €	352,98	369,14
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,78	2,03
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	7.320,52	7.245,12
Kostendeckungsgrad in %	0,06	0,06

Neufeststellung des Grades der Behinderung (GdB) sowie von Merkzeichen auf Grund eines Neufeststellungsantrages bzw. von Amts wegen

Fachspezifische Informationen

	2022	2021
Durchschnittliche Bearbeitungszeit vom Eingang des Antrages bis zur Bescheiderteilung in Tagen	160	164
Anzahl Beschwerden		
Beschwerden im Verhältnis zu Bescheiden	12.185	10.868
Widerspruchseingänge		

Widersprüche werden nicht nach Erstfeststellungen und Neufeststellungen unterschieden; die Erledigungen der Widersprüche werden unter dem Kostenträger 66032 (Widerspruch Sb) erfasst.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79543	2022	2.472.962	745.918	3.218.879
Antragsbearbeitung Opferentschädigungsgesetz - Vollzug der gesetzlichen Aufgaben	2021	2.057.780	496.621	2.554.400

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

	2022	2021
Menge: Zahl der Antragserledigungen	1.145	1.176
Kosten je ME in €	2.159,79	1.749,81
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,45	0,42
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Prüfung der Grundtatbestände bis zur positiven oder negativen Grundentscheidung bzw. bis zur sonstigen Erledigung; Feststellung der Schädigungsfolgen, der GdS, Berechnung der Leistungen und Zahlbarmachung (laufende Zahlung und Nachzahlung), Einmalzahlungen bei Auslandstaten

Fachspezifische Informationen

	2022	2021
Anzahl der Antragseingänge	1.370	1.241
Anzahl der Anträge in Bearbeitung	2.598	2.363
Anzahl der Antragserledigungen/positiv	278	315
Anzahl der Antragserledigungen/abschlägig	625	674
Anzahl der Antragserledigungen/sonstige	132	187
Dauer der Bearbeitung in Kalendertagen	376	359

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79958	2022	239.968	5.941.515	6.181.482
Infektionsschutzgesetz; Anti-D-Hilfegesetz; Unterstützungsabschlußgesetz - Vollzug der gesetzlichen Aufgaben	2021	110.356	5.661.366	5.771.722

	2022	2021
Menge: Zahl der Leistungsempfänger	1.828	1.857
Kosten je ME in €	131,27	59,43
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,86	0,94
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	4.283,97	0,00
IST - Erträge in €	162.121,50	170.287,38
Kostendeckungsgrad in %	2,62	2,95

Feststellung der Schädigungsfolgen, der GdS, Berechnung der Leistungen und Zahlbarmachung (laufende Zahlung und Nachzahlung einschl. Verzinsung)

Fachspezifische Informationen

In 2022 stiegen die Antragszahlen aufgrund der Corona-Impfung deutlich an (Antragseingänge: IFSG 2021=84, 2022=428). Auch bei einer niedrigen Anerkennungsquote von ca.8 % werden die Versorgungsleistungen (Geldleistungen) in 2023, 2024 und 2025 steigen und damit auch die Zahl der Leistungsempfänger.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004469	2022	15.615.589	53.543.700	69.159.288
Förderung und Sicherstellung der Teilhabe für Menschen mit Behinderung	2021	13.443.972	42.118.175	55.562.147

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79536	2022	8.230.647	0	8.230.647
Berliner Sonderfahrdienst für Menschen mit Behinderungen	2021	6.064.875	0	6.064.875

	2022	2021
Menge: Anzahl der abgerechneten Fahrten (Taxi und Bus)	105.468	87.145
Kosten je ME in €	78,04	69,60
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,15	0,99
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	376.357,97	373.039,40
IST - Erträge in €	225.389,87	147.835,14
Kostendeckungsgrad in %	2,74	2,44

Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren für den Berliner Sonderfahrdienst für Menschen mit Behinderung, Abrechnung Taxikonto-System
Qualitäts- und Beschwerdemanagement Sonderfahrdienst, Berichtswesen

Fachspezifische Informationen

	2022	2021
Anzahl der Sonderfahrdienstberechtigten	18.836	19.712
Anzahl der Nutzer des Fahrdienstes (im Dezember)	2.002	1.732
Anzahl der Taxifahrten (im Dezember)	1.040	1.665
Anzahl der Taxifahrten (kumuliert)	12.806	17.660
Ausschöpfungsgrad – Titel 540 10 (Sachkosten)	92,71%	71,56%
Ausschöpfungsgrad – Titel 684 74 (Transferkosten)	83,40%	46,47%
Anzahl der Bearbeitungstage (Taxi) vom Eingang der Rechnung bis zur Begleichung	13	13

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung II (Soziales) des Landesamtes für Gesundheit und Soziales.

Folgende Aufgaben werden in dieser Abteilung wahrgenommen:

1. Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe, begleitende Hilfe im Arbeitsleben, Kündigungsschutz gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - Maßnahmengruppe 01 (MG 01):

   Die Ausgleichsabgabe hat eine doppelte Funktion. Sie soll einerseits einen Ausgleich der Kosten herbeiführen zwischen Arbeitgebern, die ihre Pflicht zur Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen erfüllen und dadurch zusätzliche Kosten zu tragen haben (z. B. durch den gesetzlichen Zusatzurlaub oder die behinderungsgerechte Einrichtung des Arbeitsplatzes) und denjenigen Arbeitgebern, die schwerbehinderte Menschen nicht in der vorgeschriebenen Zahl beschäftigen.

   Neben dieser Ausgleichsfunktion kommt der Ausgleichsabgabe andererseits auch eine gewisse Antriebsfunktion zu, indem sie Arbeitgeber zur Erfüllung ihrer Beschäftigungspflicht anhalten soll.

   Nach den Bestimmungen des § 160 (5) SGB IX dürfen die Mittel nur für besondere Leistungen zur Förderung schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich begleitender Hilfe im Arbeitsleben (§ 185 Abs. 3 Nr. 3) verwendet werden, soweit Mittel für denselben Zweck nicht von anderer Seite zu leisten sind oder geleistet werden (Zweckbindung).

2. Gewährung von Leistungen nach §§ 6, 17 ff. des Gesetzes über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) und Ausgleichsleistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz – BerRehaG). An den Ausgaben nach dem StrRehaG und dem BerRehaG beteiligt sich der Bund.

3. Unterbringung und Betreuung jüdischer Zuwanderer und Spätaussiedler/innen im Rahmen des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) und des Aussiedleraufnahmegesetzes (AAG).

4. Betrieb der Zentralen Koordinierungsstelle (ZeKo) des Geschützten Marktsegments (GMS), die im Auftrag der Bezirke und in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen die Vermittlung von Wohnungen an Wohnungslose bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen über die Bezirke organisiert. Im Rahmen des bestehenden Kooperationsvertrages zwischen den Wohnungsunternehmen, den Bezirken und dem LAGeSo sollen jährlich bis zu 2.500 Wohnungen vergeben werden.

5. Heimaufsicht

   Diese Einrichtung hat als gesetzliche Ordnungsbehörde nach dem Wohnteilhabegesetz (WTG) die Aufgabe, die insgesamt 590 (Stand 2021) teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen wie Wohnstätten und Wohngruppen für behinderte volljährige Menschen durch wiederkehrende angemeldete oder unangemeldete Prüfungen in Abstimmung mit anderen Institutionen zu überwachen. Die Heimaufsicht informiert und berät unter anderem Bewohner/innen, Angehörige, Heimbeiräte/Heimfürsprecher und Träger von Heimen, sowie Nutzer/innen von Pflege- und Betreuungsleistungen in Pflegewohngemeinschaften.

6. Anerkennung von Betreuungsvereinen

7. Leistungen nach dem SGB IX gem. Bundesteilhabegesetz (BTHG) – Maßnahmengruppe 02 (MG 02)

   Seit dem 01.01.2020 ist das LAGeSo zuständig für Leistungen nach dem SGB IX für Leistungsberechtigte, die Leistungen des Trägers der Eingliederungshilfe sowie Hilfe zur Pflege in stationären Einrichtungen außerhalb des Landes Berlin erhalten sowie für Leistungen in Form der persönlichen Assistenz für Menschen mit schwerer Körperbehinderung und besonderem Pflegbedarf.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1166 – LAGeSo - Soziales -

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	7	8	0	10	8	0
Differenz in %	46,7%	53,3%	0,0%	55,6%	44,4%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	77	37	0	87	40	0
Differenz in %	67,5%	32,5%	0,0%	68,5%	31,5%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	12	7	0
Differenz in %	63,2%	36,8%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	95	44	0
Differenz in %	68,3%	31,7%	0,0%

Begründungen für die Differenz in der Vergütung siehe Erläuterungen zum LAGeSo gesamt.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11150	**314**	**Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Arbeits- und gesundheitlichen Verbraucherschutz**	**529.000**	**529.000**	**22.500**	**528.410,50**

a) Gebühren für die Bestellung von Heimfürsprechern nach § 9 Abs. 8 Wohnteilhabegesetz (WTG) i. V. m. § 23 Abs. 2 WTG-MitwirkV (Tarifstelle 52310 der GesPflGebO)
b) Aufhebung der Bestellung eines Heimfürsprechers nach § 9 Abs. 8 WTG i. V. m. § 24 Absatz 2 oder 3 WTG-MitwirkV (Tarifstelle 52311 der GesPflGebO)
c) Zwangsgeld, Bußgeld nach § 31 WTG und § 11 VwVG
d) Ausnahmegenehmigung nach dem WTG 12 Abs. 3 WTG 12 Abs. 3 WTG (Tarifstelle 52010 der GesPflGebO)
e) Aufforderung zur Mitwirkung und Erteilung einer Auskunft nach § 17 Abs. 10, 18 Satz 3 und 4 oder § 19 Satz 2 WTG (Tarifstelle 52022 der GesPflGebO)
f) Ausnahmegenehmigungen nach dem WTG-PersV nach § 3 Abs. 5 oder § 5 Satz 2 i. V. m. § 3 Absatz 5 WTG-PersV, Tarifstelle 52210 der GesPflGebO

Mehr in Anpassung an das IST 2022

11198	**290**	**Ausgleichsabgaben nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
11903	**219**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**—**	**—**	**—**	**7.792,28**
11934	**219**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**10.100**	**—**

Rückzahlung überzahlter Beträge aus Vorjahren

Weniger in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

11936	**287**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge aus Sozialhilfeleistungen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
11961	**290**	**Erstattung von Steuerbeträgen**			**1.000**	**920,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
11979	**219**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.808,57**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

11998	**290**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge und sonstiger Leistungen aus der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
12403	**219**	**Mieten für Maschinen, Geräte und Ausstattungsgegenstände**			**40.000**	**335,07**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
13298	**290**	**Verkauf von ausgesonderten Investitionsgütern aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
16210	**285**	**Zinsen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
16212	**285**	**Erträge aus Darlehen nach dem SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
16298	**290**	**Erträge der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
18212	**287**	**Rückflüsse von Darlehen nach dem SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
18215	**283**	**Rückflüsse von Darlehen nach dem SGB IX**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
18298	**290**	**Tilgungen aus der Verwendung der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
23128	**249**	**Ersatz von Leistungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungs-gesetz durch den Bund**	**716.000**	**716.000**	**202.000**	**684.638,95**

Der Bund beteiligt sich an den Ausgaben für Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) zu 65% (vgl. Erläuterung zu Titel 68138 und 68145)

Mehr aufgrund höherer Ausgaben für Leistungen nach dem StrRehaG

23129	**249**	**Anteil des Bundes an den Entschä-digungsleistungen an Opfer von SED-Unrecht**	**300.000**	**300.000**	**240.000**	**229.565,46**

Der Bund beteiligt sich an den Ausgaben für Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VWRehaG) zu 60% (vgl. Erläuterung zu Titel 68145).

Mehr aufgrund höherer Ausgaben für Leistungen nach dem BerRehaG und VWRehaG

23133	**282**	**Anteil des Bundes an der Grundsi-cherung im Alter und bei Erwerbs-minderung nach dem SGB XII**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
23134	**281**	**Anteil des Bundes für Barbetrag nach dem SGB XII**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
23301	**287**	**Ersatz von Sozialhilfe von anderen Sozialhilfeträgern**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
23602	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch Sozial-versicherungsträger**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
23698	**290**	**Erstattungen von Sozialversiche-rungsträgern nach dem Sozialge-setzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
26101	**290**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**6.100**	**6.100**	**1.000**	**249.224,21**

Inanspruchnahme von Personal- und Sachmitteln des LAGeSo durch die Stiftung "Arbeit für Behinderte"	960 €
Erstattung von Kosten für die Nutzung eines Dolmetschdienstes für den Einsatz von Gebärdensprachdolmet-scher/innen (vgl. 1166/54010)	5.100 €
	6.060 €
rd.	6.100 €

Mehr aufgrund der Erstattungen der Kosten für den Dolmetschdienst

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
28101	**249**	**Ersatz von Ausgaben**	**25.000**	**25.000**	**24.000**	**28.610,63**

Rückzahlung von zu Unrecht erhaltenen Leistungen nach dem HHG und nach dem StrRehaG
Die Einnahmen sind schwer kalkulierbar, da in den meisten Fällen Klageverfahren anhängig sind und der Ausgang dieser Verfahren ungewiss ist. Im Falle von Rückzahlungen erfolgen diese in der Regel in Ratenzahlungen.

Mehr in Anpassung auf die Einnahmeentwicklung

28107	**219**	**Ersatz von Personalausgaben**	**1.000**	**1.000**	**—**	**2.517,66**

Personalkostenerstattungen für Dienstkräfte der Abteilung II - Soziales - (z. B. Eingliederungszuschuss).

28112	**287**	**Ersatz von Sozialhilfe durch Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger, Erbinnen und Erben**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28113	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch Unterhaltspflichtige**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28114	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch andere**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28117	**283**	**Ersatz von Teilhabeleistungen nach SGB IX durch andere Rehabilitationsträger**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28120	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch andere Sozialleistungsträger**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28122	**287**	**Aufwendungsersatz und Kostenbeiträge bei Sozialleistungen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28123	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch Arbeitgeberinnen, Arbeitgeber und Schadenersatzpflichtige**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28125	**285**	**Ersatz von Wohngeld für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28135	**285**	**Ersatz von Sozialleistungen durch die Träger der Pflegeversicherung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
28298	**290**	**Ausgleich zwischen den Integrationsämtern nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
35998	**850**	**Entnahme aus der Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 01		**Ausgleichsabgabe (SGB IX)**				
11198	**290**	**Ausgleichsabgaben nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**58.000.000**	**58.000.000**	**37.800.000**	**57.848.160,74**

Arbeitgeber, die die für ihren Betrieb vorgeschriebene Zahl von schwerbehinderten Menschen nicht beschäftigen, haben nach § 160 Abs. 1 und 2 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) eine gestaffelte Ausgleichsabgabe für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz zu zahlen. Die Ausgleichsabgabe darf nur für die in § 160 Abs. 5 und 6 SGB IX vorgesehenen Zwecke verwendet werden.

Das reine Aufkommen an Ausgleichsabgabe in Berlin wird jeweils auf 58.000.000 € in 2024 und 2025 geschätzt. Von dem Aufkommen an Ausgleichsabgabe in Berlin sind 18 % (10.440.000 € in 2024 und 2025) über den Titel 69198 an den beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestehenden Ausgleichsfonds abzuführen. Zusätzlich werden Säumniszuschläge vereinnahmt, die in der Vergangenheit jedoch keine wesentliche Höhe aufweisen. Hiervon ist kein Anteil an den Ausgleichsfonds abzuführen.

Insgesamt besteht nach wie vor eine Abhängigkeit zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und speziell des Arbeitsmarktes und somit zu Komponenten, die in ihrer mittelfristigen Entwicklung nur schwer einschätzbar sind.

Zweckbindungsvermerk:
Die Einnahmen dieses Titels und die Einnahmen bei den Titeln 11998, 13298, 16298, 18298, 23698, 28298 und 35998 sind zweckgebunden für Ausgaben bei

Titel		2024	2025
42798	in Höhe von……..	37.000 €	27.000 €
54098	in Höhe von……..	200.000 €	200.000 €
63698	in Höhe von……..	572.000 €	622.000 €
67198	in Höhe von……..	5.200.000 €	5.200.000 €
68198	in Höhe von……..	9.545.000 €	9.965.000 €
68298	in Höhe von……..	2.952.000 €	382.000 €
68398	in Höhe von……..	12.620.000 €	13.220.000 €
69198	in Höhe von……..	25.100.000 €	25.100.000 €
86398	in Höhe von……..	1.000 €	1.000 €
89198	in Höhe von……..	110.000 €	110.000 €
89298	in Höhe von……..	1.170.000 €	1.170.000 €
89398	in Höhe von……..	185.000 €	185.000 €
91998	in Höhe von……..	3.977.000 €	5.487.000 €

11998	**290**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge und sonstiger Leistungen aus der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX**	**1.400.000**	**1.400.000**	**650.000**	**1.380.201,09**

Rückzahlungen überzahlter Beträge aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- aus Vorjahren und zu viel gezahlter Abschlagszahlungen.

Mehr in Anpassung an das IST 2022

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)

13298	**290**	**Verkauf von ausgesonderten Investitionsgütern aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einnahmen aus dem Verkauf von an das Inklusionsamt zurückgegebenen Investitionsgütern, die aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) beschafft worden sind.

Die Einnahmeentwicklung ist nicht präzise planbar, da nur aufgrund von Rückforderungen Einnahmen erzielt werden können, diese aber einzelfallabhängig sind.

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
16298	**290**	**Erträge der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**199.498,92**

Zinsen für die vorübergehende Anlage von Beträgen aus der Rücklage der Ausgleichsabgabe und für die aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) gewährten Darlehen sowie für die Zinserhebung bei gewährter Ratenzahlung der erhobenen Ausgleichsabgabe.

Die Erträge sind abhängig von der Höhe der Rücklage und vom Zinssatz für Festgeldanlagen.

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198).

18298	**290**	**Tilgungen aus der Verwendung der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**290.000**	**290.000**	**673.000**	**288.656,36**

Tilgung der aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) gewährten Beschaffungs- und Wohnungsbaudarlehen.

Weniger in Anpassung an das IST 2022.

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)

23698	**290**	**Erstattungen von Sozialversicherungsträgern nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.975.000**	**1.975.000**	**1.200.000**	**1.974.159,11**

Gemäß § 49 Abs. 8 Satz 3 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) und § 185 Abs. 6 in Verbindung mit § 14 Abs. 4 SGB IX sind die Aufwendungen für eine Arbeitsassistenz dem Inklusions-/Integrationsamt vom zuständigen Rehabilitationsträger zu erstatten.

Mehr in Anpassung an das IST 2022

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)

28298	**290**	**Ausgleich zwischen den Integrationsämtern nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**10.000,00**

Ausgleich zwischen den Integrationsämtern gemäß § 77 Abs. 6 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) und Zuweisungen des Bundes aus Mitteln der Ausgleichsabgabe

Zwischen den Integrationsämtern wird ein Ausgleich herbeigeführt. Der auf das einzelne Inklusions-/Integrationsamt entfallende Anteil am Aufkommen an Ausgleichsabgabe bemisst sich nach dem Mittelwert aus dem Verhältnis der Wohnbevölkerung im Zuständigkeitsbereich des Inklusions-/Integrationsamtes zur Wohnbevölkerung im Geltungsbereich des SGB IX und dem Verhältnis der Zahl der im Zuständigkeitsbereich des Inklusions-/Integrationsamtes in den Betrieben und Dienststellen beschäftigungspflichtiger Arbeitgeber auf Arbeitsplätzen im Sinne des § 73 SGB IX Beschäftigten und der bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldeten schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen zur entsprechenden Anzahl der schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen im Geltungsbereich dieses Gesetzbuchs (§ 77 Abs. 6 Satz 2 SGB IX). Mittels dieses Schlüssels wird der entsprechende Anteil für Berlin vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales ermittelt. Die Höhe des auf das Land Berlin entfallenden Anteils am Ausgleich zwischen den Integrationsämtern ist seit 2012 konstant gesunken. Seit 2014 erzielte Berlin keinerlei Einnahmen auf dieser Grundlage mehr, sondern wurde zum „Geberland“ (vgl. auch Erläuterung zu Titel 69198).

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)

35998	**850**	**Entnahme aus der Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.000**	**1.000**	**5.597.000**	**960.590,37**

Die tatsächliche Entnahme richtet sich nach den Ausgaben bei den Titeln 42798, 54098, 63698, 67198, 68198, 68298, 68398, 69198, 86398, 89198, 89298 und 89398, die durch Einnahmen bei den Titeln 11198, 11998, 13298, 16298, 18298, 23698 und 28298 nicht gedeckt werden.

Auf Grundlage der geplanten Einnahmen und Ausgaben wird mit einer Zuführung an die Rücklage gerechnet, da die erwarteten Einnahmen die geplanten Ausgaben übersteigen.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Das Rechnungsergebnis ist darauf zurückzuführen, dass ein bruttobezogener Nachweis ggf. aller (unterjährigen) Entnahmen aus und Abführungen an die Rücklage zu führen ist. Das bedeutet, dass alle Entnahmen aus der Rücklage über den Titel 35998 und alle Abführungen über den Titel 91998 erfolgen müssen. Die tatsächliche Entnahme aus der Rücklage bzw. Abführung an die Rücklage ergibt sich aus dem Saldo der Ergebnisse beider Titel (in 2022: 10.563.306,49 € Abführung).

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)

		Summe Maßnahmegruppe 01	**61.669.000**	**61.669.000**	**45.923.000**	**62.661.266,59**

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Leistungen zur Teilhabe für Menschen mit Behinderung**				
11936	**287**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge aus Sozialhilfeleistungen**	**1.428.000**	**1.428.000**	**308.000**	**1.427.077,10**

Rückzahlungen überzahlter Beträge aus Sozialhilfeleistungen aus Vorjahren.
Mehr in Anpassung an das IST 2022

16210	**285**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.028,60**

Erträge aus Darlehen nach dem SGB XII (Zinsen aus Darlehen). Zinseinnahmen z. B. durch verspätete Schuldentilgung.

16212	**285**	**Erträge aus Darlehen nach dem SGB XII und AsylbLG**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**230,79**

Erträge aus Darlehen nach §§ 36, 37 und 91 SGB XII, z. B. für Zinseinnahmen aus darlehensweise gewährten Mietkautionen, die vom Vermieter zinsbringend anzulegen sind.

18212	**287**	**Rückflüsse von Darlehen nach dem SGB XII und AsylbLG**	**286.000**	**286.000**	**83.200**	**285.861,95**

Tilgungsbeiträge für Darlehen nach §§ 34, 36, 37 und 91 SGB XII.
Mehr in Anpassung an das IST 2022

18215	**283**	**Rückflüsse von Darlehen nach dem SGB IX**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Tilgungsbeiträge für Darlehen nach § 140 Abs. 2 SGB IX (vgl. Erläuterung zu Titel 86320)

23133	**282**	**Anteil des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII**	**21.910.000**	**21.910.000**	**16.513.000**	**21.909.511,80**

Erstattung des Bundes für die mit der Durchführung der Grundsicherung verbundenen Ausgaben gem. § 46 a SGB XII. Der Bund beteiligt sich an den Leistungen der Grundsicherung nach dem 4. Kapitel des SGB XII zu 100% an den Nettoausgaben der zuständigen Träger.
Mehr in Anpassung an das IST 2022

23134	**281**	**Anteil des Bundes für Barbetrag nach dem SGB XII**	**109.000**	**111.000**	**1.000**	**86.925,40**

Erstattung durch den Bund für den Barbetrag nach § 136 a SGB XII.
Mehr aufgrund steigender Fallzahlen und Kostensätze

23301	**287**	**Ersatz von Sozialhilfe von anderen Sozialhilfeträgern**	**1.000**	**1.000**	**1.187.000**	**—**

Kostenerstattung durch andere Sozialhilfeträger nach §§ 106 ff SGB XII.
Es handelt sich um Einnahmen für Vorgänge, bei denen das Land Berlin originär nicht zuständig ist und in Vorleistung gegangen ist. Das dann zuständige Bundesland erstattet in diesen Fällen die angefallenen Kosten. Die Einnahmen sind schwer kalkulierbar.
Weniger in Anpassung an das IST 2022

23602	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch Sozialversicherungsträger**	**183.000**	**183.000**	**550.000**	**182.353,85**

Erstattungen nach §§ 102 ff. SGB X und 114 SGB XII, z. B. der gesetzlichen Rentenversicherung und der Krankenkassen, bei denen das Land Berlin in Vorleistung gegangen ist
Weniger in Anpassung an das IST 2022

28112	**287**	**Ersatz von Sozialhilfe durch Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger, Erbinnen und Erben**	**26.500**	**26.500**	**11.100**	**55.615,57**

Kostenersatz bei schuldhaftem Verhalten der Hilfeempfänger/innen und durch Erben nach § 102 ff SGB XII.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
28113	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch Unterhaltspflichtige**	**46.300**	**46.300**	**44.700**	**46.279,60**

Kostenersatz aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen, insbesondere von Unterhaltspflichtigen 1. Grades und bei Verletzungen der Unterhaltspflicht nach §§ 93 und 94 SGB XII und § 48 SGB I.
Mehr in Anpassung an das IST 2022

28114	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch andere**	**2.600**	**2.600**	**34.100**	**2.534,21**

Kostenersatz aus übergeleiteten Ansprüchen auf betriebliche Altersruhegelder (Firmenrenten), Versorgungsbezüge, Leistungen des Entschädigungsamtes etc. nach § 93 SGB XII.
Weniger in Anpassung an das IST 2022

28117	**283**	**Ersatz von Teilhabeleistungen nach SGB IX durch andere Rehabilitationsträger**	**60.700**	**60.700**	**2.800**	**60.661,93**

Erstattungen von Teilhabeleistungen gemäß § 16 SGB IX durch andere Rehabilitationsträger, bei denen der Eingliederungshilfeträger originär nicht zuständig ist und Ausgaben in Vorleistung getätigt hat. Die Ausgaben werden aus 1166/67135 geleistet (vgl. Erläuterung zu 1166/67135).
Mehr in Anpassung an das IST 2022

28120	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch andere Sozialleistungsträger**	**211.000**	**211.000**	**183.000**	**210.659,21**

Kostenerstattung der Unterhaltsvorschusskassen, Ausbildungsförderungsämter, Arbeitsagenturen sowie der Kindergeldkassen.
Mehr in Anpassung an das IST 2022

28122	**287**	**Aufwendungsersatz und Kostenbeiträge bei Sozialleistungen**	**13.700**	**13.700**	**52.600**	**13.657,28**

Aufwendungsersatz und Kostenbeiträge bei Sozialleistungen nach §§ 19 und 92 SGB XII bei Personen, denen aufgrund ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse die Aufbringung der Mittel teilweise zuzumuten ist.
Weniger in Anpassung an das IST 2022

28123	**285**	**Ersatz von Sozialhilfe durch Arbeitgeberinnen, Arbeitgeber und Schadenersatzpflichtige**	**2.500**	**2.500**	**1.000**	**394.202,87**

Ersatz von Sozialhilfe durch Arbeitgeber und Schadenersatzpflichtige nach § 115 SGB X und § 116 SGB X. Es handelt sich hierbei um Einzelfälle. Die Einnahmen sind abhängig vom jeweiligen Einzelfall und schwer kalkulierbar.
Mehr in Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

28125	**285**	**Ersatz von Wohngeld für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG**	**3.800**	**3.800**	**4.600**	**3.726,68**

Ersatz von Wohngeld für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG, z. B. Aufrechnungen von Wohngeldzahlungen mit entsprechender Erstattungsleistung.
Weniger in Anpassung an das IST 2022

28135	**285**	**Ersatz von Sozialleistungen durch die Träger der Pflegeversicherung**	**3.590.000**	**3.590.000**	**3.396.000**	**3.589.061,45**

Erstattungen gemäß § 43 a SGB XII. Ausgaben, bei denen der Sozialhilfeträger in Vorleistung tritt, werden von der Pflegeversicherung erstattet.
Mehr in Anpassung an das IST 2022

		Summe Maßnahmegruppe 02	**27.877.100**	**27.879.100**	**22.375.100**	**28.269.388,29**
		Gesamteinnahmen	**91.125.200**	**91.127.200**	**68.839.700**	**92.664.478,21**
		Prozentuale Veränderung	**32,4 %**	**0,0 %**		

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
41201	**219**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**756,00**
41210	**219**	**Aufwendungen für Beiräte**	**1.000**	**1.000**	**1.600**	**—**
42201	**219**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.409.000**	**2.562.000**	**2.634.000**	**1.678.746,61**
42701	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**9.500**	**9.500**	**9.500**	**1.310,97**

Honorare für Fremdsprachen- und Gebärdensprachdolmetscher/innen im Widerspruchsverfahren und im Kündigungsschutz nach § 17 Abs. 2 Sozialgesetzbuch – Erstes Buch – (SGB I) und § 82 Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX). Es besteht die Verpflichtung des Inklusions-/Integrationsamtes, die Aufwendungen des hörbehinderten Menschen für Gebärdendolmetscher zu übernehmen durch die Einführung des § 19 Abs. 1 S. 2 Sozialgesetzbuch – Zehntes Buch – (SGB X).

42798	**290**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-** Siehe Maßnahmegruppe 01				
42801	**219**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**10.155.000**	**11.086.000**	**8.135.000**	**7.706.590,50**
42811	**219**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**73.700**	**73.700**	**289.000**	**250.727,72**
44100	**219**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**69.600**	**71.700**	**71.100**	**65.578,78**
44379	**219**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**2.300**	**140,00**

Fürsorgeleistungen aufgrund der EU-Richtlinien für Bildschirmarbeitsplätze.

45300	**219**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51101	**219**	**Geschäftsbedarf**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**5.463,07**

Büromaterial, abteilungsspezifische Bedarfe, Vordrucke, Fachliteratur einschl. Onlinezugänge/Lizenzen für Fachinformationssysteme, Zeitschriften und Datenbanken.

Allgemeiner Geschäftsbedarf (2023: 7.000 €).....	7.000 €
Fachliteratur, Onlinezugänge/Lizenzen (2023: 5.000 €).....	5.000 €
	12.000 €

51140	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**5.500**	**5.500**	**5.500**	**3.550,82**

Büroausstattungen, Büromaschinen und Bürogeräte (abteilungsspezifische Bedarfe) Ersatzanschaffungen sowie Wartungs- und Reparaturkosten.

51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52501	**219**	**Aus- und Fortbildung**	**12.500**	**12.500**	**10.500**	**6.501,20**

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einschließlich gegebenenfalls anfallender Reisekosten (z.B. fachspezifische Fortbildungsprogramme).

Mehr aufgrund bedarfsgerechter Ausweitung des Angebots, steigender Nachfrage und Preissteigerungen

52536	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**219**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**25.000**	**25.000**	**5.000**	**5.006,70**

Kosten im Widerspruch- und Klageverfahren. Erstattung der Kosten im Vorverfahren und für außergerichtliche Kosten in Verfahren vor Verwaltungsgerichten gegen Entscheidungen des Inklusionsamtes und gegen Entscheidungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Mehr, da erstmals die Kosten im Klageverfahren veranschlagt werden, die vorher aus 1160/52601 geleistet wurden

52610	**219**	**Gutachten**			**2.600**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

52703	**219**	**Dienstreisen**	**6.000**	**6.000**	**8.500**	**2.541,80**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für allgemeine Zwecke, Fahrkosten für Fahrten aus dienstlichem Anlass (einschließlich Entschädigungen für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten)

Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung

54010	**290**	**Dienstleistungen**	**5.100**	**5.100**	**2.000**	**2.216,11**

Kosten für die Nutzung eines Einsatzes von Gebärdensprachdolmetscher/innen.
Die Kosten werden vom Inklusionsamt vollständig erstattet. Die Einnahmen werden bei 1166/26101 erzielt (vgl. 1166/26101)

Mehr, da erstmals die Kosten für Nutzung von Gebärdensprachdolmetscher/innen anfallen

54079	**219**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**371,35**

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Ausgaben von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

54098	**290**	**Schulungs-, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
63105	**249**	**Abführung von Einnahmen nach dem HHG und StrRehaG an den Bund**	**17.700**	**17.700**	**15.400**	**11.796,16**

Die Einnahmen für Leistungen nach dem HHG müssen zu 100% und nach dem StrRehaG zu 65% an den Bund abgeführt werden (vgl. auch Erläuterung zu Titel 28101).

Mehr aufgrund höherer Einnahmen für Leistungen nach dem HHG und StrRehaG

63301	**287**	**Kostenerstattung an Sozialleistungsträger und Träger des AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
63601	**219**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
63615	**285**	**Nichtstationäre Krankenhilfe**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
63625	**285**	**Stationäre Krankenhilfe**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
63635	**285**	**Sonstige Krankenhilfeleistungen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
63655	**285**	**Hilfe bei Schwanger- und Mutterschaft**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
63665	**285**	**Medizinische Gutachten**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63698	**290**	**Leistungen an Sozialversicherungsträger aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
67101	**219**	**Ersatz von Ausgaben**	**—**	**—**	**364.000**	**124.127,70**

Die Mittel für die Artothek der sozialen Künstlerförderung sind bei der für Kultur zuständigen Senatsverwaltung veranschlagt.

67113	**287**	**Krankentransporte nach dem SGB XII**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67114	**285**	**Vorbeugende Gesundheitshilfe nach dem SGB XII**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67116	**287**	**Stationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67117	**285**	**Hilfe zur Weiterführung des Haushalts nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67122	**219**	**Ersatz von Ausgaben an Wohnungsbaugesellschaften**	**168.000**	**168.000**	**118.000**	**52.701,96**

Ersatz von Ausgaben an die Kooperationspartner der Wohnungswirtschaft im Rahmen des Kooperationsvertrages "Geschütztes Marktsegment"(GMS) zwischen den Städtischen Wohnungsunternehmen, privaten Wohnungsanbietern, den Bezirksämtern von Berlin und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales

Die vertraglich vereinbarte maximal zu leistende Regulierungssumme beträgt 192.000 €.
Der kassenmäßige Bedarf wird geschätzt auf 118.000 €..... 118.000 €

Ersatz von Ausgaben im Rahmen des Kooperationsvertrages mit sechs Städtischen Wohnungsbaugesellschaften „Wohnungen für Flüchtlinge" (KoopV WfF)..... 50.000 €
168.000 €

Mehr aufgrund der Kosten für „Wohnungen für Geflüchtete"

67124	**287**	**Nichtstationäre Krankenhilfe nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67126	**287**	**Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67133	**283**	**Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67135	**283**	**Teilhabeleistungen gem. SGB IX anstelle anderer Rehabilitationsträger**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67137	**281**	**Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67150	**287**	**Bestattungen nach dem SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67157	**287**	**Stationäre Krankenhilfe nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67172	**287**	**Teilstationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67174	**285**	**Ergänzende hauswirtschaftliche und pflegerische Versorgung unterhalb des Pflegegrades 2 nach dem 7. Kapitel SGB XII**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67198	**290**	**Kostenersatz aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
68105	**282**	**Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII für Personen, die die Altersgrenze noch nicht erreicht haben**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68107	**287**	**Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68115	**282**	**Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII für Personen, die die Altersgrenze erreicht haben**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68128	**287**	**Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68131	**281**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - persönlicher Schulbedarf**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68134	**287**	**Barleistungen in Einrichtungen nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68135	**287**	**Sonstige einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68136	**287**	**Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach SGB XII und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68138	**249**	**Kapitalentschädigungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungs-gesetz**	**1.100.000**	**1.100.000**	**310.000**	**1.079.179,74**

Entschädigungsleistungen gemäß §§ 17 und 19 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG). Der Bund beteiligt sich an den Ausgaben zu 65% (vgl. Erläuterung zu Titel 23128).

Die Antragsfrist für Kapitalentschädigungen nach dem StrRehaG ist mit Gesetz vom 22.11.2019 entfallen. Die Gesetzesänderung, die neben der Entfristung auch eine Ausweitung des berechtigten Personenkreises (erleichterte Bedingungen für die Anerkennung von Heimkindern) mit sich brachte, führte zu einem Anstieg der Antragszahlen. Unter Berücksichtigung der Bearbeitungszeiten der Rehabilitierungsanträge beim Landgericht Berlin ist allenfalls mit einem langsamen Rückgang der Bewilligungszahlen zu rechnen.

Der Mittelbedarf ist schwer zu kalkulieren, weil er wesentlich von Art und Umfang der vom Landgericht Berlin zu treffenden Rehabilitierungsentscheidungen abhängt.

Nachzahlungsanträge: 6 Fälle mit durchschnittlichen Entschädigungsleistungen von 2.000 €
(2023: 10.000 €)…….. 12.000 €
Erstanträge: 160 Fälle (politische Häftlinge, Heimkinder, Jugendwerkhof) mit durchschnittlichen Entschädigungsleistungen in Höhe von 6.800 € (2023: 300.000 €)..... 1.088.000 €
1.100.000 €

Mehr aufgrund steigender Fallzahlen und höherer Entschädigungsleistungen

68139	**285**	**Blindenhilfe nach dem SGB XII**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68145	**249**	**Geldleistungen an Opfer von SED-Unrecht**	**499.000**	**499.000**	**400.000**	**396.367,21**

Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz – BerRehaG), Erstattung von Verfahrenskosten, notwendigen Auslagen und Geldstrafen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) und für die Gewährung einer Einmalleistung wegen Zersetzungsmaßnahmen nach 1a Abs. 2 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)

Der Bund beteiligt sich an den Ausgaben gem. §§ 6,7 und 8 BerRehaG zu 60 % und an den Ausgaben gemäß § 6 StrRehaG und § 1 a Abs. 2 VwRehaG zu 65% (vgl. Erläuterung zu Titel 23128 und 23129).

Die Ausgaben gemäß § 8 BerRehaG dürfen den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

a) Leistungen nach § 8 BerRehaG (Ausgleichsleistungen in Höhe von bis zu 240 € oder 180 € monatlich an ca. 180 Leistungsberechtigte) (2023: 390.000 €)…… 380.000 €
b) Leistungen nach §§ 6,7 BerRehaG Unterhaltsgeld als Zuschuss sowie Erstattung von Kosten bei beruflicher Fortbildung und Umschulung (2023: 5.000 €)…… 100.000 €
c) Leistungen nach § 6 StrRehaG (Erstattung von Verfahrenskosten, Auslagen, Geldstrafen) (2021: 450 €)…… 450 €
d) Leistungen nach § 1 a Abs. 2 VwRehaG (Einmalleistungen Zersetzungsmaßnahmen) (2023: 4.500 €)…… 18.000 €
498.450 €
rd. 499.000 €

Mehr aufgrund höherer Ausgaben für Leistungen nach §§ 6,7 BerRehaG und § 1 a Abs. 2 VwRehaG

68149	**287**	**Bekleidung und Wäsche nach SGB XII und AsylbLG**	
		Siehe Maßnahmegruppe 02	
68162	**287**	**Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach SGB XII und AsylbLG**	
		Siehe Maßnahmegruppe 02	
68164	**281**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - Schülerbeförderung**	
		Siehe Maßnahmegruppe 02	
68172	**281**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - mehrtägige Fahrten Schule**	
		Siehe Maßnahmegruppe 02	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68198	**290**	**Leistungen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
68298	**290**	**Leistungen an öffentliche Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
68398	**290**	**Leistungen an private Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
68468	**253**	**Arbeitsförderungsgeld für Werkstätten für behinderte Menschen nach § 43 SGB IX**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
68490	**235**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**502.328,10**
69198	**290**	**Abführung an den Ausgleichsfonds nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
86320	**283**	**Darlehen nach dem SGB IX**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
86321	**282**	**Darlehen nach dem 4. Kapitel SGB XII**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
86322	**287**	**Darlehen nach dem SGB XII (ohne 4. Kapitel) und AsylbLG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
86398	**290**	**Darlehen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
89198	**290**	**Leistungen für Investitionen an öffentliche Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
89298	**290**	**Leistungen an private Unternehmen für Investitionen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
89398	**290**	**Leistungen an schwerbehinderte Menschen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				
91998	**850**	**Zuführung an die Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch-**				
		Siehe Maßnahmegruppe 01				

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 01		**Ausgleichsabgabe (SGB IX)**				
42798	**290**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch-**	**37.000**	**27.000**	**22.000**	**—**

Honorare an Referenten für Schulungs- und Bildungsmaßnahmen, die vom Inklusionsamt gemäß § 102 Abs. 2 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) durchzuführen sind.

	2024	2025
44 Veranstaltungen mit insgesamt 264 Doppelstunden à durchschnittlich rund 100 €, die u. a. von freien Mitarbeitern mit abgeschlossenem Hochschulstudium durchgeführt werden.....	27.000 €	27.000 €
1 externe Mitarbeiter*innenschulung (im 2-jährigen Rhythmus, beginnend 2024).....	10.000 €	0 €
	37.000 €	27.000 €

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

54098	**290**	**Schulungs-, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**200.000**	**200.000**	**357.000**	**195.467,66**

Kosten für Schulungs- und Bildungsmaßnahmen, die vom Inklusionsamt gemäß § 185 Abs. 2 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) durchzuführen sind, soweit nicht bei Titel 42798 nachgewiesen, Kosten für die Verleihung des Berliner Inklusionspreises sowie Kosten für spezifische Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiter/innen gem. § 185 Abs. 1 SGB IX i. V. m. § 29 Abs. 2 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV)

Ferner Aufklärungsmaßnahmen – Broschüren, Zeitschriften, Informationsmappen usw.

Weniger aufgrund einer geringeren Nachfrage an Schulungs-, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen.

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

63698	**290**	**Leistungen an Sozialversicherungsträger aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**572.000**	**622.000**	**498.000**	**488.627,38**

Konsumtive Leistungen nach § 185 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX i. V. m. § 185 Abs. 3 SGB IX für die behinderungsgerechte Einrichtung (§ 26 Schwerbehindertenausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV)) von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen, für die Finanzierung von Prämien und Zuschüssen für die Berufsausbildung, zum betrieblichen Eingliederungsmanagement (§§ 26 a – c SchwbAV) sowie für außergewöhnliche Belastungen, die mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verbunden sind (§ 27 (SchwbAV)

Leistungen für Investitionen sind bei Titel 89198 nachgewiesen.

Mehr aufgrund der Erhöhung der Zuschüsse nach § 27 SchwbAV und steigender Fallzahlen

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

67198	**290**	**Kostenersatz aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**5.200.000**	**5.200.000**	**4.000.000**	**4.188.843,50**

Leistungen zur Finanzierung von Integrationsfachdiensten (IFD) im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben an schwerbehinderte Menschen gem. § 185 Abs. 2 Satz 5 und Abs. 3 Nr. 3 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) sowie im Rahmen der Übernahme der Strukturverantwortung nach §§ 192 ff. SGB IX

Die im Rahmen der begleitenden Hilfe vom Inklusionsamt beauftragten Träger von Integrationsfachdiensten (IFD) werden nach § 185 Abs. 3 Nr. 3 SGB IX finanziert zur berufsbegleitenden psychosozialen Betreuung schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben sowie zur Erstellung von fachdienstlichen Stellungnahmen gem. § 193 Abs. 2 SGB IX.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zum 1.1.2005 übernahm das Inklusionsamt zusätzlich die Strukturverantwortung für die Integrationsfachdienste (IFD) gemäß §§ 192 ff SGB IX. Das Inklusionsamt wird auch zukünftig seiner Strukturverantwortung nachkommen.

a) Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung wurden die Leistungen für 4 Jahre von 2023 bis 2026 mit zweijähriger Verlängerungsoption für den Auftraggeber für die Jahre 2027 und 2028 vergeben.

Die Angebotspreise sind erheblich gestiegen. Die Beratungskosten werden fallbezogen abgerechnet. Dadurch muss ausgehend von gleichbleibenden Fallzahlen mit einer deutlichen Kostensteigerung gerechnet werden.

Die Kosten belaufen sich auf 4.200.000 €.

b) Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung wurden die Leistungen der Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber für den Zeitraum vom 01.12.2022 bis 31.12.2025 mit einjähriger Verlängerungsoption vergeben.

Die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber informieren, beraten und unterstützen Arbeitgeber/innen bei der Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen.

Die Kosten belaufen sich auf 800.000 €.

c) Kosten für den Betrieb und die Weiterentwicklung der Software für die Klientenverwaltung in Höhe von 200.000 €.

Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198).
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

68198	**290**	**Leistungen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**9.545.000**	**9.965.000**	**9.187.000**	**8.740.337,26**

Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben an schwerbehinderte Menschen gemäß § 185 Abs. 3 Nr. 1 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) sowie Rechtsanspruch von schwerbehinderten Menschen auf Übernahme der Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenz nach § 185 Abs. 4 SGB IX. Hierzu gehören u. a. Zuschüsse zur Beschaffung von technischen Arbeitshilfen, Hilfen zur Erreichung des Arbeitsplatzes, Hilfen zur wirtschaftlichen Selbständigkeit, Hilfen zur Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung, Hilfen zur Teilnahme an Maßnahmen zur Erhaltung und Erweiterung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten, Hilfen in besonderen Lebenslagen und Zuschüsse zu behinderungsbedingt notwendigen Arbeitsassistenzen. Die Leistungen zur Finanzierung notwendiger Arbeitsassistenz sind gemäß der Rechtsprechung des OVG Berlin-Brandenburg ohne Einschränkung zu erstatten.

	2024	2025
Leistungen zur sonstigen begleitenden Hilfe (2023: 855.000 €)	895.000 €	915.000 €
Leistungen für notwendige Arbeitsassistenz (2023: 7.332.000 €)	8.650.000 €	9.050.000 €
	9.545.000 €	9.965.000 €

Mehr, weil aufgrund der bisherigen Entwicklung mit wachsender Inanspruchnahme der Leistungen gerechnet wird

68298	**290**	**Leistungen an öffentliche Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**2.952.000**	**382.000**	**1.860.000**	**1.793.376,50**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.600.000	0	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	0	0	0

Zuweisungen an die Regionaldirektion bzw. die Arbeitsagenturen für die Durchführung von Arbeitsmarktprogrammen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen.

Die im Jahr 2020 initiierten Arbeitsmarktprogramme zur Verbesserung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Berlin wurden für die Jahre 2023 und 2024 verlängert. Hierfür wurde in 2022 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5.200.000 € eingestellt. (2024: 2.600.000 €)

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Konsumtive Leistungen nach § 185 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX i. V. m. § 185 Abs. 3 SGB IX für die behinderungsgerechte Einrichtung (§ 26 Schwerbehindertenausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV)) von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen sowie für außergewöhnliche Belastungen, die mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verbunden sind (§ 27 (SchwbAV). Außerdem können Zuschüsse zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur behindertengerechten Einrichtung von Arbeitsplätzen, zu Gebühren bei der Berufsausbildung und Prämien für das Eingliederungsmanagement beantragt werden (2024: 352.000 € / 2025: 382.000 €).

Leistungen für Investitionen an öffentliche Unternehmen werden bei Titel 89198 nachgewiesen.

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

68398	**290**	**Leistungen an private Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**12.620.000**	**13.220.000**	**11.995.000**	**9.987.434,84**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	42.000	0	0
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	0	0	0

Für das Modellvorhaben „Berlin als Leuchtturm für Inklusive Startups“ wurden Leistungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 4 SchwbAV gewährt. Für den Zeitraum vom 01.04.2021 bis 31.03.2024 fallen für das Vorhaben Ausgaben in Höhe von 550.000 € an. Hierfür wurde in 2021 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 413.000 € eingestellt (2022: 196.000 €, 2023: 175.000 €, 2024: 42.000 €).

Konsumtive Leistungen gemäß § 185 Abs. 3 Nr. 2 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) zur Schaffung (§ 15 SchwbAV) und zur behinderungsgerechten Einrichtung (§ 26 SchwbAV) von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen sowie für außergewöhnliche Belastungen, die mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verbunden sind (§ 27 SchwbAV) und für die Finanzierung von Inklusionsbetrieben nach § 217 SGB IX.

Leistungen für Investitionen an private Unternehmen werden bei Titel 89298 nachgewiesen.

Mehr aufgrund der Erhöhung der Zuschüsse nach § 27 SchwbAV und steigender Fallzahlen

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

69198	**290**	**Abführung an den Ausgleichsfonds nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**25.100.000**	**25.100.000**	**15.400.000**	**24.778.876,20**

Gemäß § 36 SchwbAV haben die Inklusions-/Integrationsämter 18 % des Aufkommens an Ausgleichsabgabe an den beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestehenden Ausgleichsfonds weiterzuleiten ohne die Berücksichtigung der Einnahmen aus Investitionszulagen und Säumniszuschlägen sowie der Ausgaben für Rückzahlungen aus Vorjahren (Rückzahlungen an Arbeitgeber oder Weiterleitungen an andere Bundesländer, weil die Ausgleichsabgabe im Einzelfall ganz oder teilweise zu Unrecht im vorhergehenden Haushaltsjahr vereinnahmt wurde).

Zwischen den Inklusions-/Integrationsämtern wird ein Ausgleich herbeigeführt. Der auf das einzelne Inklusions-/Integrationsamt entfallende Anteil am Aufkommen an Ausgleichsabgabe bemisst sich nach dem Mittelwert aus dem Verhältnis der Wohnbevölkerung im Zuständigkeitsbereich des Inklusions-/Integrationsamtes zur Wohnbevölkerung im Zuständigkeitsbereich des SGB IX und dem Verhältnis der Zahl der im Zuständigkeitsbereich des Inklusions-/Integrationsamtes in den Betrieben und Dienststellen beschäftigungspflichtiger Arbeitgeber auf Arbeitsplätzen im Sinne des § 156 SGB IX beschäftigten und der bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldeten schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen zur entsprechenden Anzahl der schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen im Geltungsbereich des SGB IX (s. hierzu § 160 Abs. 6 Satz 2 SGB IX). Mittels dieses Schlüssels wird der entsprechende Anteil für Berlin vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales ermittelt. Berlin hat seit dem Haushaltsjahr 2014 aus dem Ausgleich keine Einnahmen erzielt und ist zum Geberland geworden.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Geplante Einnahmen bei Titel 11198 (ohne Rückzahlungen u. Säumniszuschläge):
2024 und 2025: 58.000.000 € davon 18 % = 10.440.000 €

Geplante Ausgaben für den Ausgleich zwischen den Ländern:
Die Ausgabe in 2022 betrug 14.642.828,22 €. Für 2024/2025 werden etwa gleichbleibende Ausgaben erwartet.

Das ergibt Gesamtausgaben von rund 25.100.000 €.

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

86398	**290**	**Darlehen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.000**	**1.000**	**22.000**	**—**

Die Darlehen sind vorgesehen für Maßnahmen der Teilhabe am Arbeitsleben einschließlich Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben für schwerbehinderte Menschen gemäß § 185 Abs. 3 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX)
Hierzu gehören u. a. Darlehen zur Schaffung von Arbeitsplätzen an Arbeitgeber, zur wirtschaftlichen Selbständigkeit an schwerbehinderte Menschen, zur behinderungsgerechten Einrichtung von Arbeitsplätzen an Arbeitgeber und zur Förderung von Inklusionsbetrieben.

Weniger in Anpassung an das IST 2022

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

89198	**290**	**Leistungen für Investitionen an öffentliche Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**110.000**	**110.000**	**80.000**	**109.577,55**

Investive Leistungen an Arbeitgeber des Bundes, des Landes Berlin, Träger der Sozialversicherungen und an öffentliche Unternehmen aus der Ausgleichsabgabe gemäß § 185 Abs. 3 Nr. 2 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX). Hierzu gehören u. a. Zuschüsse zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur behinderungsgerechten Einrichtung von Arbeitsplätzen, Projektförderung nach § 30 SchwbAV.

Mehr in Anpassungen an das IST 2022

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

89298	**290**	**Leistungen an private Unternehmen für Investitionen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.170.000**	**1.170.000**	**2.248.000**	**1.630.759,46**

Investive Leistungen an private Unternehmen zur Schaffung und behindertengerechten Einrichtung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte Menschen gem. § 185 Abs. 3 SGB IX.

Investive Leistungen an förderungsfähige Einrichtungen (Werk- u. Wohnstätten für behinderte Menschen) nach § 160 Abs. 5 SGB IX i. V. m. § 30 (SchwbAV).

Finanzierung von Inklusionsbetrieben nach § 217 SGB IX – Aufbau und Ausstattung von Arbeitsplätzen sowie Modernisierung und Erweiterung.

Leistungen für konsumtive Aufwendungen werden bei Titel 68398 nachgewiesen.

Weniger aufgrund einer geringeren Nachfrage

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89398	**290**	**Leistungen an schwerbehinderte Menschen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**185.000**	**185.000**	**253.000**	**184.836,85**

Investive Leistungen nach § 160 Abs. 5 Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX) i. V. m. § 30 SchwbAV

Hierzu gehören u. a. Zuschüsse zur Beschaffung von technischen Arbeitshilfen, Hilfen zur Erreichung des Arbeitsplatzes, zur wirtschaftlichen Selbständigkeit, Hilfen zur Beschaffung, Ausstattung und Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung, Hilfen zur Teilnahme an Maßnahmen zur Erhaltung und Erweiterung beruflicher Kenntnisse und Fertigkeiten, Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Vorgesehen sind folgende Leistungen ab 5.000 € im Einzelfall:

Maßnahmen der begleitenden Hilfe an schwerbehinderte Menschen
§ 19 SchwbAV – technische Hilfen
§ 20 SchwbAV – i. V. m. Kraftfahrzeughilfe-Verordnung (KfzHV)
§ 21 SchwbAV – Hilfen zur selbständigen Existenz
§ 22 SchwbAV – Wohnungshilfen
§ 25 SchwbAV – Hilfen in besonderen Lebenslagen

Weniger aufgrund einer geringeren Nachfrage

(vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 11198)
Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

91998	**850**	**Zuführung an die Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**3.977.000**	**5.487.000**	**1.000**	**10.563.306,49**

Aus der derzeitigen Planung der Einnahmen und Ausgaben resultiert eine Zuführung an die Rücklage.

Das Rechnungsergebnis ist darauf zurückzuführen, dass ein bruttobezogener Nachweis ggf. aller (unterjährigen) Entnahmen aus und Abführungen an die Rücklage zu führen ist. Das bedeutet, dass alle Entnahmen aus der Rücklage über den Titel 35998 und alle Abführungen über den Titel 91998 erfolgen müssen. Die tatsächliche Entnahme aus der Rücklage bzw. Abführung an die Rücklage ergibt sich aus dem Saldo der Ergebnisse beider Titel (in 2022: 10.563.306,49 € Abführung).

Summe Maßnahmegruppe 01	**61.669.000**	**61.669.000**	**45.923.000**	**62.661.443,69**

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Leistungen zur Teilhabe für Menschen mit Behinderung**				
63301	**287**	**Kostenerstattung an Sozialleistungsträger und Träger des AsylbLG**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erstattungen nach §§ 106 ff SGB XII, insbesondere bei Zuständigkeitswechsel nach Umzug

63601	**219**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger**	**115.000**	**121.000**	**66.900**	**105.085,76**

Leistungen im Rahmen der Versorgung nicht versicherter Leistungsempfänger/innen nach § 264 Abs. 2 bis 5 SGB V (Verwaltungskosten)
Mehr aufgrund steigender Kosten für die Leistungen der nichtstationären Krankenhilfe, stationären Krankenhilfe und sonstigen Krankenhilfe

63615	**285**	**Nichtstationäre Krankenhilfe**	**1.071.000**	**1.122.000**	**904.000**	**975.244,70**

Leistungen im Rahmen der Versorgung nicht versicherter Leistungsempfänger/innen nach § 264 Abs. 2 bis 5 SGB V (nichtstationäre Hilfen, z.B. für ärztliche und zahnärztliche Behandlungen, sowie Ausgaben für Zahnersatz und Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel)
Mehr aufgrund steigender Kosten für die Leistungen der nichtstationären Krankenhilfe

63625	**285**	**Stationäre Krankenhilfe**	**818.000**	**857.000**	**522.000**	**744.828,39**

Leistungen im Rahmen der Versorgung nicht versicherter Leistungsempfänger/innen nach § 264 Abs. 2 bis 5 SGB V (stationäre Hilfen)
Mehr aufgrund steigender Kosten für die Leistungen der stationären Krankenhilfe

63635	**285**	**Sonstige Krankenhilfeleistungen**	**403.000**	**422.000**	**111.000**	**366.687,41**

Leistungen im Rahmen der Versorgung nicht versicherter Leistungsempfänger/innen nach § 264 Abs. 2 bis 5 SGB V (sonstige Leistungen z.B. für Krankentransporte, Physiotherapie und Haushaltshilfen sowie für häusliche Krankenpflege und vorbeugende Maßnahmen)
Mehr aufgrund steigender Kosten für die sonstigen Krankenhilfeleistungen

63655	**285**	**Hilfe bei Schwanger- und Mutterschaft**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen im Rahmen der Versorgung nicht versicherter Leistungsempfänger/innen nach § 264 Abs. 2 bis 5 SGB V (Hilfen bei Schwanger- und Mutterschaft).

63665	**285**	**Medizinische Gutachten**	**3.000**	**3.000**	**1.000**	**2.107,50**

Leistungen im Rahmen der Versorgung nicht versicherter Leistungsempfänger/innen nach § 264 Abs. 2 bis 5 SGB V (Medizinische Gutachten)
Mehr in Anpassung an die Ausgabeentwicklung

67113	**287**	**Krankentransporte nach dem SGB XII**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern, werden Leistungen zur Krankenbehandlung nach § 48 SGB XII (Hilfe bei Krankheit) für nicht versicherte Personen erbracht.

67114	**285**	**Vorbeugende Gesundheitshilfe nach dem SGB XII**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zur Verhütung und Früherkennung von Krankheiten werden die medizinischen Vorsorgeleistungen und Untersuchungen nach § 47 SGB XII (Vorbeugende Gesundheitshilfe) für nicht versicherter Personen erbracht.

67116	**287**	**Stationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG**	**10.091.000**	**10.524.000**	**10.936.000**	**8.421.488,06**

Leistungen nach §§ 61 ff SGB XII für Personen, die infolge von Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, dass sie nicht ohne Betreuung und Pflege bleiben können.

2024
Weniger, da zum 01.01.2022 das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) in Kraft trat und daraus eine Ausgabenminderung resultierte

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67117	**285**	**Hilfe zur Weiterführung des Haushalts nach SGB XII und AsylbLG**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen nach § 70 SGB XII für Hilfe zur Weiterführung des Haushalts. Personen ist eine Hilfe zu gewähren, sofern sie oder andere Familienmitglieder nicht in der Lage sind, den Haushalt aus eigener Kraft zu führen (z. B. Säubern der Wohnung und Einkaufen).

67124	**287**	**Nichtstationäre Krankenhilfe nach SGB XII und AsylbLG**	**3.500**	**3.500**	**5.200**	**3.432,93**

Leistungen nach § 48 SGB XII für nicht versicherte Personen, z. B. für häusliche Krankenpflege, Zahnersatz und Attestgebühren
Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung

67126	**287**	**Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach SGB XII und AsylbLG**	**89.000**	**89.000**	**3.029.000**	**89.033,53**

Ausgaben für Therapien, Beförderungskosten und Leistungen für betreute Wohnformen sowie die Betreuung in Werkstätten für behinderte Menschen nach §§ 53 ff SGB XII für den Leistungszeitraum bis 2019
Weniger in Anpassung an das IST 2022

67133	**283**	**Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen**	**145.390.000**	**160.930.000**	**136.017.000**	**141.352.714,31**

Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen, Leistungen im Zusammenhang mit Eingliederungshilfe nach dem 2. Teil SGB IX
Mehr aufgrund von Entgeltsteigerungen und steigender Fallzahlen

67135	**283**	**Teilhabeleistungen gem. SGB IX anstelle anderer Rehabilitationsträger**	**342.000**	**342.000**	**426.000**	**310.691,30**

Erstattungen von Teilhabeleistungen gemäß § 16 SGB IX durch andere Rehabilitationsträger, bei denen der Eingliederungshilfeträger originär nicht zuständig ist und Ausgaben in Vorleistung getätigt hat. Einnahmen für angefallene Kosten, die von den zuständigen Rehabilitationsträgern erstatten werden müssen, werden beim Titel 28117 erzielt (vgl. 1166/28117).

Die Ausgaben sind nur schwer kalkulierbar, da sowohl die Anzahl der Erstattungsfälle, als auch die Höhe der zu erbringenden Vorleistungen im Vorfeld nicht genau zu beziffern sind.

Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung

67137	**281**	**Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen nach SGB XII und AsylbLG**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen nach §§ 34 und 36 SGB XII, insbesondere für die Übernahme von Mietrückständen, besondere Kosten bei der Anmietung von Wohnraum, Gas- und Stromkostenrückständen, soweit nicht als Darlehen bei Titel 86322 gewährte Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen

67150	**287**	**Bestattungen nach dem SGB XII und AsylbLG**	**15.000**	**15.000**	**22.500**	**7.460,69**

Bestattungen nach § 74 SGB XII, soweit den Verpflichteten nicht zugemutet werden kann diese zu übernehmen.
Weniger in Anpassung an die Ausgabeentwicklung

67157	**287**	**Stationäre Krankenhilfe nach SGB XII und AsylbLG**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen nach § 48 SGB XII für Hilfen bei Krankheit. Um Krankheiten zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern, werden Leistungen zur Krankenbehandlung für nicht versicherte Personen erbracht (z. B. Operations- und Behandlungskosten in Krankenhäusern).

67172	**287**	**Teilstationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen nach §§ 61 ff SGB XII für den Personenkreis der ambulanten Hilfe zur Pflege, insbesondere Tagesbetreuungsleistungen

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67174	**285**	**Ergänzende hauswirtschaftliche und pflegerische Versorgung unterhalb des Pflegegrades 2 nach dem 7. Kapitel SGB XII**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**22.342,63**

Leistungen nach §§ 70 für Hilfe zur Weiterführung des Haushalts und 73 SGB XII für Hilfe in sonstigen Lebenslagen in der Hilfe zur Pflege

68105	**282**	**Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII für Personen, die die Altersgrenze noch nicht erreicht haben**	**21.396.000**	**22.466.000**	**22.065.000**	**19.114.308,30**

Zahlung von Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsminderung gemäß §§ 41 ff SGB XII

2024
Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

2025
Mehr aufgrund von Entgelterhöhungen und steigender Fallzahlen

68107	**287**	**Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG**	**2.759.000**	**2.897.000**	**2.369.000**	**2.463.950,41**

Leistungen nach §§ 27 ff SGB XII zur Absicherung des notwendigen Lebensunterhaltes, insbesondere für Unterkunft, Ernährung, Heizung, Kleidung und Körperpflegemittel für Personen, die vorübergehend erwerbsgemindert sind und Leistungen nach § 27 b Abs. 1 SGB XII für den notwendigen Lebensunterhalt in Einrichtungen

Mehr aufgrund von Entgelterhöhungen und steigender Fallzahlen

68115	**282**	**Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII für Personen, die die Altersgrenze erreicht haben**	**3.591.000**	**3.771.000**	**3.623.000**	**3.207.569,96**

Zahlung von Leistungen der Grundsicherung im Alter gemäß §§ 41 ff SGB XII

2024
Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

2025
Mehr aufgrund von Entgelterhöhungen und steigender Fallzahlen

68128	**287**	**Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG**	**105.626.000**	**112.662.000**	**80.814.000**	**87.281.131,75**

Ausgaben nach §§ 61 ff SGB XII für Personen, die grundsätzlich Hilfebedarf für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens auf Dauer benötigen (insbesondere für Hilfsmittel, häusliche Pflege und teilstationäre Pflege) und Leistungen der persönlichen Assistenz gemäß § 78 i. v. m. § 113 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX. Die Persönliche Assistenz wird als Persönliches Budget (PB)/Arbeitgebermodell (AGM) oder in Form der Betreuung durch einen Assistenzdienst bewilligt.

Mehr aufgrund von Entgelterhöhungen und steigender Fallzahlen bei den Assistenzdiensten sowie Tariferhöhungen und steigender Fallzahlen beim Persönlichen Budget (PB)/Arbeitgebermodell (AGM)

68131	**281**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - persönlicher Schulbedarf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**415,00**

Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) gemäß § 34 Abs. 3 SGB XII, Bedarfe für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf

68134	**287**	**Barleistungen in Einrichtungen nach SGB XII und AsylbLG**	**652.000**	**692.000**	**582.000**	**530.250,23**

Barbeträge (Taschengelder) zur persönlichen Verwendung nach § 27 b Abs. 2 SGB XII. Der Barbetrag steht für die Abdeckung von Bedarfen des notwendigen Lebensunterhalts nach § 27a Absatz 1 SGB XII zur Verfügung, soweit diese nicht von der stationären Einrichtung gedeckt werden. Die Höhe des Barbetrages beträgt für Leistungsberechtigte nach diesem Kapitel, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, mindestens 27 Prozent der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 SGB XII.

Mehr aufgrund von Entgeltsteigerungen und steigender Fallzahlen.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68135	**287**	**Sonstige einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG**	**75.000**	**77.000**	**18.200**	**71.363,25**

Leistungen nach § 31 SGB XII zur Deckung eines Bedarfs, der üblicherweise nur einmalig auftritt, z. B. Erstattung von Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten, Ausweisgebühren, Sonderbedarf für die Teilnahme an therapeutischen Gruppen
Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

68136	**287**	**Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach SGB XII und AsylbLG**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**720,00**

Leistungen nach § 73 SGB XII für Hilfe in sonstigen Lebenslagen. Ausgaben werden aufgrund von Einzelentscheidungen getroffen, wenn sie den Einsatz öffentlich-rechtlicher Mittel rechtfertigen, z. B. Förderung des Umgangsrechts von Eltern und Kindern, wenn diese mit dem anderen Elternteil an einem anderen Ort wohnen. Die Geldleistungen können als Beihilfe oder als Darlehen erbracht werden.

68139	**285**	**Blindenhilfe nach dem SGB XII**	**320.000**	**333.000**	**430.000**	**296.324,40**

Ausgleich nach § 72 SGB XII für die durch Blindheit bedingten Mehraufwendungen (z. B. Vorlesekraft)
Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

68149	**287**	**Bekleidung und Wäsche nach SGB XII und AsylbLG**	**137.000**	**144.000**	**147.000**	**122.826,97**

Einmalige Leistungen nach § 31 SGB XII für die Erstausstattung z. B. bei Gesamtverlust durch Wohnungsbrand oder unzureichende Bekleidungsausstattung nach einer Haft oder bei Wohnungslosigkeit sowie Leistungen nach § 27 b Abs. 2 SGB XII zur Deckung des notwendigen Bedarfs bei Heimbewohnern
Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

68162	**287**	**Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach SGB XII und AsylbLG**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen nach §§ 67 ff SGB XII, Hilfe für Personen, deren Lebensverhältnisse zu sozialen Schwierigkeiten führen, so dass eine Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft nicht möglich oder erheblich beeinträchtigt ist und die diese Schwierigkeiten aus eigenen Kräften und Mitteln nicht überwinden können.

68164	**281**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - Schülerbeförderung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) gemäß § 34 Abs. 4 SGB XII, Aufwendungen für Schülerbeförderung

68172	**281**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - mehrtägige Fahrten Schule**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**150,00**

Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) gemäß § 34 Abs. 2 Nr. 2 SGB XII, Bedarfe für mehrtägige Klassenfahrten Schule

68468	**253**	**Arbeitsförderungsgeld für Werkstätten für behinderte Menschen nach § 43 SGB IX**	**511.000**	**511.000**	**511.000**	**494.334,03**

Arbeitsförderungsgeld für Werkstätten für behinderte Menschen nach § 43 SGB IX für die Beschäftigung in Werkstätten für Behinderte.

Das Arbeitsförderungsgeld beträgt monatlich 52 € für jeden im Arbeitsbereich beschäftigten behinderten Menschen, dessen Arbeitsentgelt zusammen mit dem Arbeitsförderungsgeld den Betrag von 351 € nicht übersteigt. Ist das Arbeitsentgelt höher als 299 € beträgt das Arbeitsförderungsgeld monatlich den Unterschiedsbetrag zwischen dem Arbeitsentgelt und 351 €.

Die Ausgaben sind abhängig von den von den Werkstätten für behinderte Menschen geltend gemachten Forderungen.

86320	**283**	**Darlehen nach dem SGB IX**	**37.000**	**37.000**	**1.000**	**14.853,24**

Leistungsgewährung auf Darlehensbasis gemäß § 140 Abs. 2 SGB IX

Die Rückflüsse zu den Darlehen nach SGB IX werden beim Titel 18215 vereinnahmt (vgl. 1166/18215)

Mehr aufgrund einer steigenden Anzahl an Fällen, bei denen Darlehen nach § 140 Abs. 2 SGB IX gewährt werden

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
86321	**282**	**Darlehen nach dem 4. Kapitel SGB XII**	**42.000**	**42.000**	**31.000**	**41.363,23**

Die Gewährung von Darlehen kann für Bedarfe nach dem 4. Kapitel SGB XII im Rahmen der Grundsicherung im Alter und Erwerbsunfähigkeit erfolgen, wenn diese den Einsatz öffentlich-rechtlicher Mittel rechtfertigt und zum Aufbau oder zur Sicherung des Lebensunterhaltes dient.

Die Ausgaben sind schwer zu kalkulieren, da die Umstände (z.B. Zahlung einer Mietkaution aufgrund erforderlichem Wohnungswechsels) nicht im Vorhinein planbar sind.

Mehr in Anpassung an das IST 2022

86322	**287**	**Darlehen nach dem SGB XII (ohne 4. Kapitel) und AsylbLG**	**340.000**	**340.000**	**275.000**	**317.793,70**

Die Gewährung von Darlehen kann für Bedarfe nach dem 3. Kapitel SGB XII im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt erfolgen, wenn diese den Einsatz öffentlich-rechtlicher Mittel rechtfertigt und zum Aufbau oder zur Sicherung des Lebensunterhaltes dient.

Die Ausgaben sind schwer zu kalkulieren, da die Umstände (z.B. Zahlung einer Mietkaution aufgrund erforderlichem Wohnungswechsels) nicht im Vorhinein planbar sind.

Mehr in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

	Summe Maßnahmegruppe 02	**293.864.500**	**318.438.500**	**262.944.800**	**266.358.471,68**

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**537.000**	**437.000**	**437.000**	**310.414,24**

Programmierleistungen externer Firmen, Beschaffung von Software und Software-Updates/Upgrades auch im Rahmen von Landeslizenzen, u.a. für die Umstellung der Fachverfahren GMS und WfF in eine Gesamtlösung GSTU Wohnen und für die Weiterentwicklung der WTG-DB und UnBerG

	2024	2025
a) Pflege- und Wartungsvertrag für die Wohn-Teilhabe-Gesetz-Datenbank (WTG-DB) in der Heimaufsicht zur Betreuung und Weiterentwicklung der IT-Fachanwendung unter Berücksichtigung sich ändernder rechtlicher Rahmenbedingungen und der WG`s (Wohngemeinschaften-neu ab 2023) (2023: 30.000 €)	66.000 €	35.000 €
b) Pflege- und Wartungsvertrag für die Datenbank im Fachbereich des „Geschützten Marktsegments“ (GMS) und für die Datenbank SED-UnberG		
Umstellung GMS auf webbasierte IKT-konforme Lösung (Migrationsreadiness) in eine Gesamtlösung GSTU Wohnen (2023: 70.000 €)	1.000 €	1.000 €
Umstellung WfF (Wohnungen für Flüchtlinge) in eine Gesamtlösung GSTU Wohnen (2023: 0 €)	100.000 €	100.000 €
Wartung/Betreuung UnBerG. Geplant ist Access-Frontend auf eine webbasierte, browserunabhängige Plattform umziehen zu lassen (2023: 37.000 €)	70.000 €	35.000 €
c) Pflege- und Wartungsvertrag für die Fachverfahren Online-Anwender-System im Schwerbehindertenrecht (OASIS) und Erhebung der Ausgleichsabgabe im Schwerbehindertenrecht (EDAS) sowie Kosten für die Umstellung von OASIS und EDAS		
Umstellung OASIS/EDAS auf neues System bundesweit InaNet (2023: 150.000 €)	150.000 €	116.000 €
d) Pflege- und Wartungsvertrag für das Fachverfahren Klientenverwaltung Integrationsfachdienste (KLIFD), Kosten für den Berliner Beitrag an den Gesamtkosten der BIH-Clearingstelle (Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen sowie Umstellung auf 3in) Hosting und Weiterentwicklungskosten 3in (2023: 150.000 €)	150.000 €	150.000 €
	537.000 €	437.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**2.237,20**

Ausbildungskosten für Mitarbeiter mit DV-Tätigkeiten gem. § 7 des IuK-Vertrages.

Summe Maßnahmegruppe 32	**549.000**	**449.000**	**449.000**	**312.651,44**
Gesamtausgaben	**370.655.100**	**396.215.200**	**321.715.800**	**341.228.569,31**
Prozentuale Veränderung	**15,2 %**	**6,9 %**		

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1166				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	61.940.000	61.940.000	39.593.800	61.969.981,97
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	29.184.200	29.186.200	23.648.900	29.733.905,87
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	1.000	1.000	5.597.000	960.590,37
		Gesamteinnahmen	91.125.200	91.127.200	68.839.700	92.664.478,21
411-462		Personalausgaben	12.757.800	13.833.900	11.166.500	9.703.850,58
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	816.100	716.100	853.100	533.770,15
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	351.219.200	374.293.200	306.785.200	318.128.458,06
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	1.885.000	1.885.000	2.910.000	2.299.184,03
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	3.977.000	5.487.000	1.000	10.563.306,49
		Gesamtausgaben	370.655.100	396.215.200	321.715.800	341.228.569,31
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-279.529.900	-305.088.000	-252.876.100	-248.564.091,10

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000943 Zielgruppenorientierte Sozialpolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	8	Personalkosten	36.833.722	33.824.119	+8,90
Kostenträger	55	Sachkosten	16.625.405	15.641.685	+6,29
davon		Transferkosten	35.648.473	46.480.654	-23,30
Produkte	48	Verrechnungskosten	154.684.521	170.264.068	-9,15
MGF	7	kalkulatorische Kosten	1.533.384	1.499.719	+2,24
Projekte	0	Gemeinkosten	143.173.118	56.942.363	+151,44
		Summe Verwaltungskosten	388.498.623	324.652.609	+19,67
		Transfers	327.235.326	287.974.924	+13,63
		Gesamtsumme	715.733.949	612.627.533	+16,83

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004464	2022	4.480.862	0	4.480.862
Förderung und Sicherstellung der Angebote für volljährige Pflegebedürftige und volljährige Menschen mit Behinderung und gesetzlich Betreute	2021	3.872.328	0	3.872.328

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79856	2022	1.711.846	0	1.711.846
Überwachung von betreuten gemeinschaftlichen Wohnformen: Pflegeeinrichtungen, besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe, Pflege-/Intensivpflege-Wohngemeinschaften, Wohngemeinschaften f. Menschen mit Behinderungen sowie betreute Wohngemeinschaften	2021	1.655.814	0	1.655.814

	2022	2021
Menge: Anzahl der Prüfungen* (siehe Erläuterungen)	204	355
Kosten je ME in €	8.391,40	4.664,26
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,24	0,27
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	528.163,50	27.400,00
Kostendeckungsgrad in %	30,85	1,65

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Sicherstellung der Leistungen zu Gunsten bzw. zum Wohle der BewohnerInnen sowie NutzerInnen in betreuten gemeinschaftlichen Wohnformen durch
a) Überwachung von Pflegeeinrichtungen, besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe, Pflege-Wohngemeinschaften, Intensivpflege-Wohngemeinschaften und Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen,
b) Überprüfung des Leistungsangebots und der Einhaltung vorgegebener Standards und Anforderungen an die Leistungserbringung sowie
c) die Durchführung von aufsichts- und ordnungsrechtlichen Maßnahmen nach dem Wohnteilhabegesetz und den dazugehörenden Rechtsverordnungen Wohnteilhabe-Personalverordnung, Wohnteilhabe-Mitwirkungsverordnung, Wohnteilhabe-Bauverordnung

Fachspezifische Informationen

Nach § 23 Abs. 3 WTG prüft die Heimaufsicht stationäre Pflegeeinrichtungen und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe regelmäßig im Abstand von höchstens einem Jahr anlasslos (Regelprüfung). Kurzzeitpflegeeinrichtungen, Tages- und/oder Nachtpflegeeinrichtungen, Hospizeinrichtungen und Wohneinrichtungen mit Pflegeergänzungen werden regelmäßig im Abstand von höchstens drei Jahren geprüft. Darüber hinaus kann die Heimaufsicht nach § 23 Abs. 5 WTG Pflegeeinrichtungen und besondere Wohnformen der Eingliederungshilfe prüfen, wenn Hinweise auf Mängel vorliegen oder wenn festgestellt werden soll, ob Maßnahmen nach den §§ 27 bis 32 WTG beachtet werden (anlassbezogene Prüfungen).

Die Regelprüfungen wurden auf Erlass der Senatsverwaltungen SenWGPG und SenIAS zu Beginn der SARS-CoV-Pandemie im Jahr 2020 zunächst ausgesetzt und fanden seit April 2021 aufgrund der Berücksichtigung der aktuellen pandemischen Situation durch die erlassene Flexibilisierung der Prüfrichtlinien nicht in gleichem Umfang wie vor der Pandemie statt.

Betreute Pflege-Wohngemeinschaften, Intensivpflege-Wohngemeinschaften und Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen wurden im Berichtszeitraum nicht regelmäßig, sondern fast ausschließlich anlassbezogen geprüft. In Folge der Novellierung des WTG sind Regelprüfungen gem. § 26 Abs. 2 und 3 WTG nur für die seit dem 01. 12. 2021 in Betrieb gegangenen anbieterverantworteten Pflege-Wohngemeinschaften möglich.

Erfasst wurden nur Prüfungen der betreuten Wohnformen vor Ort, nicht jedoch vorab durchgeführte Recherchen am Arbeitsplatz der PrüferInnen. Beratungen im Zusammenhang mit oder im Anschluss an Prüfungen, Auswertungen von Unterlagen etc. mit zeitlichem und inhaltlichem Zusammenhang zur ersten Prüfung vor Ort wurden nicht gesondert gezählt. Prüfungen vor Ort, die sich über zwei oder mehrere Tage erstrecken und in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, zählen nur als eine Prüfung.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79857	2022	967.129	0	967.129
Beratungen zum Wohnteilhabegesetz (WTG)	2021	757.667	0	757.667

	2022	2021
Menge: Anzahl der Beratungen (siehe Erläuterungen)	11.001	4.709
Kosten je ME in €	87,91	160,90
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,14	0,12
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	222,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,02	0,00

Sicherstellung der Anforderungen nach dem WTG - auf Grundlage von § 5 WTG 2010 und § 9 WTG 2021 - und den dazugehörenden Rechtsverordnungen zum Wohle der BewohnerInnen sowie NutzerInnen durch Beratung von: siehe 2. Leistungsumfang.

Fachspezifische Informationen

Die Heimaufsicht Berlin führt drei Formen von Beratungen durch:
- allgemeine Information und Beratung nach § 9 WTG
- Pflichtberatung vor Inbetriebnahme einer Pflege-Wohngemeinschaft nach § 24 WTG
- Beratung zur Mängelbeseitigung nach § 28 WTG

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Die Heimaufsicht informiert und berät Personen, die ein berechtigtes Interesse haben. Zum berechtigten Personenkreis gehören u. a. BewohnerInnen bzw. NutzerInnen, deren An- und Zugehörige bzw. gesetzlichen VertreterInnen und, Bewohnerbeiräte sowie Leistungsanbieter und deren Beschäftigte, ebenso Behörden und Institutionen.

Zu den Beratungen zählen auch die zielgerichteten Informationen im Rahmen eines SARS-CoV-2-Ausbruchsgeschehens in den Pflegeeinrichtungen und besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe, die die SachbearbeiterInnen der Heimaufsicht im Kontext der Coronapandemie erledigten. In Folge erhöht sich die Anzahl der durchgeführten Beratungen im Vergleich zu den Vorjahren. Die Beratungsschwerpunkte betrafen im Jahr 2022 den Umgang mit Besuchsregelungen und die Umsetzung der Corona-bedingten Rechtsvorschriften.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79858	2022	497.906	0	497.906
Bearbeitung von Beschwerden und Eingaben über betreute gemeinschaftliche Wohnformen nach dem Wohnteilhabegesetz (WTG)	2021	386.086	0	386.086

	2022	2021
Menge: Anzahl der Beschwerden (siehe Erläuterungen)	474	493
Kosten je ME in €	1.050,43	783,14
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,07	0,06
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Sicherstellung der Leistungen zu Gunsten der BewohnerInnen sowie NutzerInnen und die Erfüllung der Anforderungen des WTG (2010 und 2021) und der dazugehörenden Rechtsverordnungen
durch Bearbeitung von Beschwerden von
- BewohnerInnen von Pflegeeinrichtungen und besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe, NutzerInnen von Pflege-Wohngemeinschaften, Intensivpflege-Wohngemeinschaften und Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen sowie der Bestandswohngemeinschaften nach § 4 Abs. 1 WTG 2021 bis 31.05.2023,
- Angehörigen gesetzlichen Vertretungspersonen der BewohnerInnen sowie NutzerInnen (bestellte BetreuerInnen , Vorsorgebevollmächtigte)
- Mitwirkungsgremien aller betreuten gemeinschaftlichen Wohnformen
- Mitarbeitende der Leistungsanbieter,
- BürgerInnen
- Behörden und weiteren Institutionen (z. B. Pflegekassen, Pflege in Not)

Fachspezifische Informationen

Trotz Information, Beratung und Prüfung durch die Heimaufsicht sowie andere Prüfinstanzen kann es in betreuten gemeinschaftlichen Wohnformen zu Beeinträchtigungen oder Gefährdungen der BewohnerInnen bzw. NutzerInnen kommen. Die Heimaufsicht geht Hinweisen oder Beschwerden konsequent nach und betreibt zielgerichtet die notwendige Sachverhaltsaufklärung. Sie klärt, ob WTG-relevante Sachverhalte betroffen und inwieweit weitere Schritte erforderlich sind.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung I (Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen) des Landesamtes für Gesundheit und Soziales, die bis zum 31.12.2023 im Kapitel 1162 nachgewiesen wurden.

Folgende Aufgaben werden in der Abteilung I wahrgenommen:

- Ärztliche Begutachtungen (Ärztlicher Dienst)
- Zentrale Medizinische Gutachtenstelle (ZMGA)
- Verwaltung der Begutachtungsreferate
- Gesamtstädtische Grundsatzangelegenheiten des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes und des Infektionsschutzes
- Gesamtstädtische Grundsatz- und Einzelangelegenheiten der Bereiche Trinkwasserversorgung und Abwasserhygiene sowie ordnungsbehördliche Überwachung der zentralen Trinkwasserverordnung und der Badegewässer
- IT-Gesundheit – Geschäftsstelle IT-Ges/ IT-Verfahrensbetriebsreferat ÖDG

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105 (neu)	**219**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**		

Gebühren für Abschriften, Auszüge und Fotokopien, die nach der Verwaltungsgebührenordnung erhoben werden.

11150 (neu)	**314**	**Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Arbeits- und gesundheitlichen Verbraucherschutz**	**155.000**	**155.000**	**134.400**	**140.941,11**

134.400,0 EUR wurden bislang bei 1162/11150 nachgewiesen.

Gebühren nach der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Gesundheits- und Pflegewesen (Gesundheits- und Pflegewesengebührenordnung – GesPflGebO)

Gebühren für amtsärztliche Zeugnisse der der Zentralen Medizinischen Gutachtenstelle (ZMGA)

11905 (neu)	**219**	**Entgelte für nichtdienstliche Inanspruchnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**601,75**

Wurde bislang bei 1162/11905 nachgewiesen.

Entgelte von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen Berlins, wenn sie im Rahmen von Nebentätigkeiten landeseigene Räume, Material oder Personal nutzen.

11975 (neu)	**219**	**Einnahmen aus Gutachten**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**3.922,96**

Wurde bislang bei 1162/11975 nachgewiesen.

Gutachten, die vom Ärztlichen Dienst und der Zentralen Medizinischen Gutachtenstelle (ZMGA) erstellt werden und gemäß § 14 Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz (JVEG) von den beauftragenden Einrichtungen (z. B. Gerichte) dem Landesamt zu erstatten sind.

11979 (neu)	**219**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**		

Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

23190 (neu)	**314**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**		**40.000,00**

Wurde bislang bei 1162/23190 nachgewiesen.

		Gesamteinnahmen	**161.500**	**161.500**	**137.900**	**185.465,82**
		Prozentuale Veränderung	**17,1 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201 (neu)	**219**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**1.000**	**1.000**		
41210 (neu)	**219**	**Aufwendungen für Beiräte**	**1.000**	**1.000**		
42201 (neu)	**219**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**792.000**	**824.000**		
42701 (neu)	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**5.000**	**5.000**		

Dolmetscherkosten für die Begutachtung im Referat Ärztliche Begutachtung und in der ZMGA sowie bei im Auftrag des LAGeSo tätigen externen Gutachter/innen.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42722 (neu)	**219**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**85.000**	**87.600**		

Entgelt für 1 Ärztin/Arzt zur Weiterbildung

42801 (neu)	**219**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**9.670.000**	**10.154.000**		
42811 (neu)	**219**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**		
44100 (neu)	**219**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**31.600**	**32.600**		
44379 (neu)	**219**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**		

Fürsorgeleistungen aufgrund der EU-Richtlinien für Bildschirmarbeitsplätze.

45300 (neu)	**219**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**		
51101 (neu)	**219**	**Geschäftsbedarf**	**39.000**	**39.000**	**38.800**	**31.745,73**

38.800,0 EUR wurden bislang bei 1162/51101 nachgewiesen.

Schreib- und Bürobedarf, Vordruckmaterial, Fachliteratur, Zeitschriften sowie Loseblattsammlungen/Ergänzungslieferungen (Gesetzeskommentare)

Allgemeiner Geschäftsbedarf (Ist: 2022: 6.419,90 €).....	11.100 €
Fachliteratur, Loseblattsammlungen, etc. (Ist: 2022 21.458,36 €).	27.900 €
	39.000 €

Mehr wegen allgemeiner Preissteigerungen

51131 (neu)	**219**	**Bekleidung, Wäsche**	**3.500**	**3.500**	**37.100**	**1.840,82**

37.100,0 EUR wurden bislang bei 1162/51131 nachgewiesen.

Ausgaben für den Ärztlichen Dienst und die ZMGA (Wäsche von Arztkitteln).

Weniger in Anpassung an die tatsächliche Ausgabensituation unter Berücksichtigung der Energiepreissteigerung.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140 (neu)	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**51.700**	**35.800**	**18.500**	**11.444,77**

18.500,0 EUR wurden bislang bei 1162/51140 nachgewiesen.

Ersatz von Büromaschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Beschaffung und Instandhaltung medizinischer Geräte des Ärztlichen Dienstes und der ZMGA sowie sicherheits- und messtechnische Kontrollen.

Erläuterungen 2024

Wartungs- und Reparaturkosten, Durchführung von sicherheits- und messtechnischen Kontrollen bei medizinischen Geräten	7.000 €
Neu- und Ersatzbeschaffungen	
4 Luftreinigungsgerät á 2.500 €	10.000 €
4 Clax Mobile á 250 €	1.000 €
1 Videoendoskop (HNO-Bereich)	6.000 €
10 Hängeregistraturschränke à 250 €	2.500 €
10 doppelläufige Stethoskope	200 €
4 extrabreite Untersuchungsliegen à 1.400 €	5.600 €
5 digitale Waagen (inklusive Schnittstellen) á 2000 €	10.000 €
25 Interface Module Anbindung vorhandener Waagen an die Fachsoftware (in Vorbereitung an die E-Akte)	4.000 €
2 Medi net Vielzwecktische	750 €
4 Paravents	1.000 €
5 elektronische Blutdruckmessgeräte mit Netzteilen (3 x Neubeschaffung für weitere Gutachter und 2 x Ersatz) oder andere Blutdruckmessgeräte à 80 €	400 €
Neu- und Ersatzbeschaffung diverser medizinischer Geräte und Ausstattungsgegenstände (u. a. Diagnostiklampen, Reflexhämmer, Otoskope, Winkelmesser, Ohrthermometer, Rollmessbänder, Instrumentenwannen, Schuhlöffel, Nasenklemmen, Fußmatten für die Liegeauflagen, Stimmgabeln)	3.180 €
	51.630 €
rd.	51.700 €

Mehr, da die Ausgaben für Neubeschaffungen von medizinischen Geräten für die Ausstattung neuer Arbeitsplätze sowie deren Ersatzbeschaffungen und der neuen Gefährdungsbeurteilung gestiegen sind.

Erläuterungen 2025

Wartungs- und Reparaturkosten, Durchführung von sicherheits- und messtechnischen Kontrollen bei medizinischen Geräten	7.000 €
Neu- und Ersatzbeschaffungen	
2 Luftreinigungsgerät á 2.500 €	5.000 €
1 digitale Kamera zur unterstützenden Dokumentation	200 €
4 Clax Mobile á 250 €	1.250 €
10 Hängeregistraturschränke à 250 €	2.500 €
10 doppelläufige Stethoskope	200 €
4 extrabreite Untersuchungsliegen à 1.400 €	7.000 €
4 digitale Waagen (inklusive Schnittstellen) á 2000 €	8.000 €
4 Paravents	1.000 €
5 elektronische Blutdruckmessgeräte mit Netzteilen (3 x Neubeschaffung für weitere Gutachter und 2 x Ersatz) oder andere Blutdruckmessgeräte à 80 €	400 €
Neu- und Ersatzbeschaffung diverser medizinischer Geräte und Ausstattungsgegenstände (u. a. Diagnostiklampen, Reflexhämmer, Otoskope, Winkelmesser, Ohrthermometer, Rollmessbänder, Instrumentenwannen, Schuhlöffel, Nasenklemmen, Fußmatten für die Liegeauflagen, Stimmgabeln)	3.180 €
	35.730 €
rd.	35.800 €

Weniger, da ein Teil der Neu- und Ersatzbeschaffungen von medizinischen Geräten für die Ausstattung neuer Arbeitsplätze bereits in 2024 umgesetzt wird.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51168 (neu)	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185 (neu)	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51408 (neu)	**219**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**2.000**	**2.000**		

Schutzkleidung für Ärzte/Ärztinnen und medizinisch-technisches Personal

51479 (neu)	**219**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**9.500**	**9.500**	**9.500**	**2.059,07**
		9.500,0 EUR wurden bislang bei 1162/51479 nachgewiesen.				

Verbrauchsmittel für den Ärztlichen Dienst, die ZMGA (EKG, EEG)

51801 (neu)	**219**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**15.000**	**15.000**	**14.700**	**10.404,75**
		14.700,0 EUR wurden bislang bei 1162/51801 nachgewiesen.				

Die ZMGA führt halbjährlich Treffen mit den wichtigsten Auftraggebern des Landes Berlin und des Bundes durch. Auf dem Gelände Turmstraße stehen keine geeigneten Konferenzräume zur Verfügung, diese müssen angemietet werden.

52501 (neu)	**219**	**Aus- und Fortbildung**	**36.700**	**36.700**	**36.400**	**14.611,92**
		36.400,0 EUR wurden bislang bei 1162/52501 nachgewiesen.				

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einschließlich gegebenenfalls anfallender Reisekosten (z. B. Erste-Hilfe-Kurse, fachspezifische Fortbildungsprogramme)

Mehr insbesondere aufgrund eines höheren Fortbildungsbedarfs für die spezifischen fachlichen Themen und der Teilnahmen an Fachtagungen.

52536 (neu)	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601 (neu)	**219**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**5.000**	**5.000**	**3.000**	**2.533,63**
		3.000,0 EUR wurden bislang bei 1162/52601 nachgewiesen.				

Für außergerichtliche Kosten in Verfahren vor ordentlichen, Sozial- und Verwaltungsgerichten sowie für die Erstattung der Kosten im Vorverfahren, soweit der Widerspruch erfolgreich ist.

Mehr, da die Kosten im Widerspruchs- und Klageverfahren ab 2022 in den Fachkapiteln der Abteilungen und nicht mehr in 1160 nachgewiesen werden.

52602 (neu)	**219**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**19.600**	**19.600**	**21.000**	**9.222,04**
		Wurde bislang bei 1162/52602 nachgewiesen.				

Gemäß § 65 a Sozialgesetzbuch – Erstes Buch – (SGB I) sind Verdienstausfall und Fahrgeld den Betroffenen zu erstatten, wenn sie zur Untersuchung oder Rücksprache vorgeladen werden.

Weniger in Anpassung an die Ausgabenentwicklung

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610 (neu)	**219**	**Gutachten**	**2.800.000**	**2.800.000**	**2.925.500**	**2.561.847,65**

2.925.500,0 EUR wurden bislang bei 1162/52610 nachgewiesen.

Ärztliche Begutachtungen aus Antragsverfahren nach dem Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch (SGB IX), dem Sozialen Entschädigungsrecht , Gesetz über Hilfemaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) in Gewahrsam genommen wurden (HHG), Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG), Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen – Infektionsschutzgesetz (IfSG) - und dem Landespflegegeldgesetz (LPflGG)
Amts- und Vertrauensärztliche Begutachtungen für die Zentrale Medizinische Gutachtenstelle (ZMGA)

Es könnten wegen der Erweiterung des Berechtigtenkreises gem. SGB XIV durch Anerkennung neuer Tatbestände (z.B. Stalking, erheblich vernachlässigte Kinder, Kinderpornografie, Menschenhandel, psychische Gewalttaten) sowie bei den amts- und vertrauensärztliche Begutachtungen für die ZMGA höhere Ausgaben entstehen.

52703 (neu)	**219**	**Dienstreisen**	**9.400**	**9.400**	**11.100**	**8.062,78**

11.100,0 EUR wurden bislang bei 1162/52703 nachgewiesen.

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für allgemeine Zwecke, Fahrkosten für Fahrten aus dienstlichem Anlass (einschließlich Entschädigungen für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten)

Die fachliche Spezifikation des Ärztlichen Dienstes, der Zentralen Medizinischen Gutachtenstelle (ZMGA), der Bereiche Infektionsschutz, Trinkwasserversorgung macht die Teilnahme an länderübergreifenden Veranstaltungen und die Teilnahme an fachspezifischen Veranstaltungen notwendig. Dieses ist für eine qualitätsorientierte Sicherung des Dienstbetriebes zwingend erforderlich.

53108 (neu)	**219**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**364,94**

1.000,0 EUR wurden bislang bei 1162/53108 nachgewiesen.

Bewirtung von Gästen auf Konferenzen und Gutachtertagungen

54004 (neu)	**314**	**Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	

Wurde bislang bei 1162/54004 nachgewiesen.

Ausgaben für Aus- und Fortbildungsveranstaltungen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung im Katastrophenfall gemäß Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung 2001 – TrinkwV 2001) und gemäß § 3 i. V. m. § 4 Katastrophenschutzgesetz (KatSG)

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010 (neu)	**219**	**Dienstleistungen**	**1.315.000**	**1.305.000**	**257.500**	**21.403,26**
		257.500,0 EUR wurden bislang bei 1162/54010 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**475.000**	**475.000**		
		Davon fällig 2025	**475.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**475.000**		

Es sind Kosten veranschlagt für:

- die Aktualisierung und Neuerstellung von Badegewässerprofilen
- Betrieb, Weiterentwicklung, Kalibrierung und Validierung eines Frühwarnsystems für die Badegewässerqualität an Badestellen
- Bereitstellung von Geodaten in Umsetzung der Inspire Richtlinie
- anlassbezogene infektionsepidemiologische Studien und Sentineluntersuchungen u.a. nach §§ 13, 14 Infektionsschutzgesetz (IfSG)
- die Aktualisierung und Erstellung von sachbezogenen Karten im Badegewässer-Informationssystem
- die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Trinkwassernotversorgung
- Monitoring des Abwassers auf SARS-CoV 2
- Vektormonitoring (Monitoring von Stechmücken)
- Hitzeschutz/Hitzevorsorge
- Digitalisierung der Akten im Bereich der Zentralen
- Medizinischen Gutachtenstelle (ZMGA

Die deutliche Ausgabensteigerung ist zurückzuführen auf die Kosten für die Digitalisierung des Aktenbestandes der Zentralen Medizinischen Gutachtenstelle (ZMGA) i.H.v. 215.000 € pro Jahr, dem Monitoring des Abwassers aus SARS-CoV2 (450.000 €/475.000 €), dem Vektormonitoring (183.000 €/201.000 €) und den Maßnahmen zum Hitzeschutz bzw. der Hitzevorsorge (349.000 € /315.000 €).

54038 (neu)	**219**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**1.000**	**1.000**		
54079 (neu)	**219**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**		

Sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Ausgaben von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund

54690 (neu)	**219**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**		
67101 (neu)	**314**	**Ersatz von Ausgaben**	**7.000**	**7.000**	**7.700**	**12.922,69**
		7.700,0 EUR wurden bislang bei 1162/67101 nachgewiesen.				

Ausgaben für die Durchführung von Übungen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung im Katastrophenfall gem. Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung 2001 – TrinkwV 2001) und § 3 des Katastrophenschutzgesetzes – KatSG

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32 (neu)		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168 (neu)	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**71.900**	**67.100**	**39.400**	**9.850,23**

39.400,0 EUR wurden bislang bei 1162/51168 MG 32 nachgewiesen.

Neu- und Ersatzbeschaffungen sowie Reparatur zum Erhalt und Weiterentwicklung der Informationstechnik

		2024	2025
a)	Neu- und Ersatzbeschaffung von 60 Einzelplatzscannern à 800 € (inkl. MwSt.) (SenInnDS-Rahmenvereinbarung für die Digitale mit dem ITDZ) für die 3 Referate I B, I D und I E. im Zusammenhang mit den Erfordernissen der Digitalisierung des Archivs	48.000 €	48.000 €
b)	Neu-und Ersatzbeschaffung von 15 digitalen Diktiergeräten à 295 € (inkl. MwSt.) für die ZMGA und Ärztlichen Begutachtung	4.430 €	4.430 €
c)	Ersatzbeschaffung Laserdruckern zum Etikettendruck für die ZMGA und Ärztlichen Begutachtung, Beschaffung von Universal Serial Bus (USB)*-Headsets, Yubikeys	2.150 €	2.150 €
d)	Neu- und Ersatzbeschaffung von 25 Barcodescannern (Handscanner) à 250 € (inkl. MwSt.) für die ZMGA und Ärztlichen Begutachtung	6.250 €	6.250 €
f)	Wartung und Reparatur pauschal	1.500 €	1.500 €
i)	Ersatzbeschaffung Fujitsu Display P39-9 ITDZ Warenkorb	9.500 €	4.750 €
	insgesamt	71.830 €	67.080 €
	rd.	71.900 €	67.100 €

51185 (neu)	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**486.000**	**287.000**	**481.500**	**136.212,49**

481.500,0 EUR wurden bislang bei 1162/51185 MG 32 nachgewiesen.

Programmierleistungen externer Firmen, Beschaffung von Software und Software-Updates/Upgrades im Rahmen von Landeslizenzen

Erläuterungen 2024

1	Pflege- und Wartungsvertrag MedGAM/OctowareTN (Medizinisches Gutachtenmanagement für die ZMGA und den Ärztlichen Dienst) inkl. erweitertem administrativen Support und „Hotline“	19.000 €
2	Erweiterung der Software MedGAM/OctowareTN um das Modul „weitere Vorgangsarten“	5.000 €
3	Erweiterung der Software MedGAM/OctowareTN um das Modul „Ausgabe-ProFiskal“ Schnittstellen-Anpassung	15.000 €
4	Erweiterung der Software MedGAM/OctowareTN aufgrund der neuen Datenschutzgrundverordnung um das Modul „jährliche automatisierte Datenvernichtung“	18.000 €
5	Maintenance (75 User) der Spracherkennungssoftware Dragon im Bereich der ZMGA	17.500 €
6	Analyse und Beschreibung der sogenannten „Migrationsreadiness“ (hier: Migration in eine neue Betriebssystemumgebung) des Fachverfahrens Med/GAM	120.000 €
7	DNS Confort Net 5 (Server – 75 User) der Spracherkennungssoftware Dragon	10.660 €
8	Lizenzen Fachvokabular SozMed (70 User)	7.420 €
9	3 Medical Maintenance Lizenzen à 1.500 € inkl. MwSt.	4.500 €
10	Weiterentwicklung und Aktualisierung der Fachdatenbank NIS (Noxen-Informationssystem) - Kooperation (VKoopUIS) der Bundesländer mit dem LANUV NRW –	5.000 €
11	Wartung und ggf. Lizenzverlängerung/Software-Upgrade von Statistik- und GIS Programmen z.B. STATA und Regiograph	10.000 €
12	Modul „Berichtsformat/EU-Vorgabe“zur schnittstellengerechten Berichterstattung der Trinkwasserdaten an das UBA/EU (Bund-Länder-Informationsforum WasserBLIck)	9.500 €
13	Schnittstellen zur Übermittlung der neuen TrinkWVO, der Badegewässerdaten aus OctowareTN an Badegewässer – GIS und an die für die Wasserwirtschaft zuständige Senatsverwaltung (Wasserwirtschaftliches Informationssystem Berlin/WISKI)	15.000 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Erläuterungen 2024

14	Affinity V2 Universallizenz (10x), für die Erstellung des Wochenberichts für Infektionskrankheiten	2000 €
15	Bootstrap Studio (5x permanente Lizenz), für die Erstellung und Pflege responsiver (Lageberichts-)Webseiten, s. öffentlicher COVID-19-Lagebericht	600 €
16	Schnittstellen zur Übermittlung an Demis (IFSG §11 Übermittlung an die zuständige Landesbehörde und das RKI)	15.000 €
17	Hardware für die Testumgebung im Rahmen des Changemanagement der landesweiten IT-Fachanwendungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Windows-Server / SQL Server 6 Arbeitsstationen / 2 Notebooks	18.000 €
	Ausgaben für gemeinsam mit den Bezirken IT-Ges	
a	Pflege- und Wartungsvertrag OctoWare®TN	36.220 €
b	zusätzliche 19 Programmiertage à 1.100 € für die Anpassung/Erweiterung der Software OctoWare®TN z.B. „KLR (Kosten-Leistungs-Rechnung)-Daten“	21.070 €
c	zusätzliche 30 Programmiertage à 1.100 € für die Anpassungs- und Ergänzungsprogrammierung für das in den Bezirken geplante und durch das Referats IT-Ges betreute IT-Verfahren OctoWare®TN)	33.000 €
d	Kosten für die Datenmigration nach IKT Architekturvorgaben Legacy-System OctoWare®TN in eine Zentrale Betriebsstruktur	48.000 €
e	Kosten für die Datenmigration aus Legacy-System im OctoWare®TN-Modul Infektionsschutz Technisches Betriebsumgebung	15.500 €
g	Pflege- und Wartungsvertrag für das IT-Verfahren Sozialpsychiatrische Dienste Informationssystem (SpDI)	7.750 €
h	Pflege- und Wartungsvertrag für das IT-Verfahren Behinderten Beratungsstellen Informationssystem (BfBI)	7.430 €
i	Pflege- und Wartungsvertrag für das IT-Verfahren Kinderpsychologische Dienste Informationssystem (KipSI)	7.110 €
j	Anpassungen in den Fachverfahren der ÖGD-Dienste (Öffentlicher Gesundheitsdienst) für die Ergänzung fehlender Erhebungsmerkmale und notwendiger Veränderungen der Systemumgebung (hier: IT-Ges, Nachfolgeeinrichtung KoBIT)	9.500 €
m	Verschiedene Lizenzen (Server, Microsoft, Adobe Acrobat Pro)	7.690 €
	Gesamt:	485.450 €
	rd.	486.000 €

Erläuterungen 2025

1	Pflege- und Wartungsvertrag MedGAM/OctowareTN (Medizinisches Gutachtenmanagement für die ZMGA und den Ärztlichen Dienst) inkl. erweitertem administrativen Support und „Hotline“	19.500 €
2	Erweiterung der Software MedGAM/OctowareTN um das Modul „weitere Vorgangsarten“	5.000 €
3	Erweiterung der Software MedGAM/OctowareTN um das Modul „Ausgabe-ProFiskal“	4.000 €
4	Erweiterung der Software MedGAM/OctowareTN um das Modul „Pflegebegutachtung analog SGB XI (Sozialgesetzbuch - Elftes Buch - Soziale Pflegeversicherung)“	6.000 €
5	Erweiterung der Software MedGAM/OctowareTN aufgrund weiterer Anpassung zur Datenschutzgrundverordnung um das Modul „jährliche automatisierte Datenvernichtung“	10.000 €
6	Analyse und Beschreibung der sogenannten „Migrationsreadiness“ (hier: Migration in eine neue Betriebssystemumgebung) des Fachverfahrens Med/GAM	60.000 €
7	Maintenance (75 User) der Spracherkennungssoftware Dragon im Bereich der ZMGA	17.500 €
8	DNS Confort Net 5 (Server – 75 User) der Spracherkennungssoftware Dragon	10.660 €
9	Lizenzen Fachvokabular SozMed (70 User)	7.420 €
10	3 Medical Maintenance Lizenzen à 1.500 € inkl. MwSt.	4.500 €
11	Weiterentwicklung und Aktualisierung der Fachdatenbank NIS (Noxen-Informationssystem) - Kooperation (VKoopUIS) der Bundesländer mit dem LANUV NRW –	5.000 €
12	Wartung und ggf. Lizenzverlängerung/Software-Upgrade von Statistik- und GIS Programmen z.B. STATA und Regiograph	10.000 €
13	Modul „Berichtsformat/EU-Vorgabe“zur schnittstellengerechten Berichterstattung der Trinkwasserdaten an das UBA/EU (Bund-Länder-Informationsforum WasserBLIck)	5.500 €
14	Schnittstellen zur Übermittlung der neuen TrinkWVO, der Badegewässerdaten aus OctowareTN an Badegewässer – GIS und an die für die Wasserwirtschaft zuständige Senatsverwaltung (Wasserwirtschaftliches Informationssystem Berlin/WISKI)	15.000 €
15	Reperatur und Ersatzbeschaffungen zum Erhalt bestehender IT-Fachverfahren, sowie für die Testumgebung	5.000 €
	Ausgaben für gemeinsam mit den Bezirken genutzte IIT	
a	Pflege- und Wartungsvertrag OctoWare®TN	36.220 €
b	Schnittstellenanpassungen (LABO/DEMIS) für das von den Bezirken genutzte IT-Verfahren OctoWare®TN	21.070 €
c	Kosten für die Datenmigration aus Legacy-System in OctoWare®TN	8.000 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Erläuterungen 2025

d	Pflege- und Wartungsvertrag für das IT-Verfahren Sozialpsychiatrische Dienste Informationssystem (SpDI)		7.750 €
e	Pflege- und Wartungsvertrag für das IT-Verfahren Behinderten Beratungsstellen Informationssystem		7.430 €
f	Pflege- und Wartungsvertrag für das IT-Verfahren Kinderpsychologische Dienste Informationssystem (KipSI)		7.110 €
g	Anpassungen in den Fachverfahren der ÖGD-Dienste (Öffentlicher Gesundheitsdienst) für die Ergänzung fehlender Erhebungsmerkmale und notwendiger Veränderungen der Systemumgebung (hier: IT-Ges, Nachfolgeeinrichtung KoBIT)		9.500 €
h	8 Adobe Acrobat Pro* Lizenzen und Microsoft Visio Pro		4.400 €
		Gesamt:	286.560 €
		rd.	287.000 €

Weniger aufgrund geringerer Kosten für Softwareerweiterungen und die Umsetzung der Migrationsreadiness Prozesse

52536 (neu)	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**13.000**	**13.000**	**30.300**	**12.890,67**

30.300,0 EUR wurden bislang bei 1162/52536 MG 32 nachgewiesen.

Nach Erfordernis und Priorität sind Schulungen für fachspezifische Themen, insbesondere in den Fachverfahren Survnet, OctoWare®TN, Statistik-Programm STATA, Dragon, Geodateninformationssystem nach den Ausbildungskosten für Mitarbeiter/innen mit DV-Tätigkeiten gemäß § 7 des IuK-Tarifvertrages vorgesehen:

1 Fortbildung/Workshop Fachverfahren OctowareTN (zur Übermittlung von Labormeldungen bezüglich des Infektionsschutzes/COVID-19) à 1.250 € (5 Mitarbeiter*innen (MA))
2 Fortbildung 2 Mitarbeiter/in (IT-Management) à 1.250 € (2 Tage)
3 Fortbildung Statistik-Programm (STATA) à 1.000 € (3 MA)
4 Fortbildung Geodateninformationssystem à 1.000 € (2 MA) vgl. FB
5 Schulung Adobe InDesign (Programm für Layout und Design zur Gestaltung von Dokumenten für Print (Poster, Bücher …) und digitale Medien (digitale Magazine, eBooks oder interaktive PDF-Dateien) à 1.000 € (2 MA)
6 Arbeitsplatzcoaching /Schulung / Fortbildung (Dragonupgrade) (höherwertige Konfiguration oder Version des Spracherkennungsprogramms)) à 390 € (17 MA)
7 Schulungen zu den mit den Bezirken gemeinsam genutzten IT-Fachverfahren OctoWare®TN Fachbereich 1
8 Schulungen zu den mit den Bezirken gemeinsam genutzten IT-Fachverfahren OctoWare®TN Fachbereich 2
9 Schulungen zu den mit den Bezirken gemeinsam genutzten IT-Fachverfahren OctoWare®TN Fachbereich 3
10 Schulung Administrierung des IT-Verfahrens SpDI32 a 550 € (2 MA)
11 Schulung Administrierung des IT-Verfahrens BFBI32 a 550 € (2 MA)
12 Schulung Administrierung des IT-Verfahrens KiPsI32 a 550 € (2 MA)
13 Schulung Affinity (Programm für Layout und Design zur Gestaltung von Dokumenten für Print (Poster, Bücher …) und digitale Medien (digitale Magazine, eBooks oder interaktive PDF-Dateien) à 1.000 € (2 MA)
Fortbildung/Workshop Fachverfahren OctowareTN (zur Schulung bezüglich des UGS/Trinkwasser) à 1.250 € (2 MA)

Summe Maßnahmegruppe 32	**570.900**	**367.100**	**551.200**	**158.953,39**
Gesamtausgaben	**15.485.900**	**15.775.800**	**3.941.000**	**2.847.417,44**
Prozentuale Veränderung	**292,9 %**	**1,9 %**		

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1167				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	160.500	160.500	137.900	145.465,82
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.000	1.000	—	40.000,00
		Gesamteinnahmen	161.500	161.500	137.900	185.465,82
411-462		Personalausgaben	10.588.600	11.108.200	—	—
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.890.300	4.660.600	3.933.300	2.834.494,75
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.000	7.000	7.700	12.922,69
		Gesamtausgaben	15.485.900	15.775.800	3.941.000	2.847.417,44
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-15.324.400	-15.614.300	-3.803.100	-2.661.951,62

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) wurde aufgrund des Gesetzes zur Errichtung eines Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten und zur Anpassung betroffener Gesetze vom 14. März 2016 (GVBl. 72. Jahrgang Nr. 8 vom 24. März 2016) zum 1. August 2016 errichtet. Es nimmt Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Asylbegehrenden wahr. Diese Aufgaben werden in den Erläuterungen zu den folgenden Kapiteln im Einzelnen beschrieben.

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten gliedert sich wie folgt:

- Leitung der Behörde und Service (Kapitel 1170)
  Darwinstr. 14-18, 10589 Berlin
- Abt. I – Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerber/innen (Kapitel 1171)
  Oranienburger Str. 285, 13437 Berlin, Darwinstr. 14-18, 10589 Berlin
- Abt. II – Berliner Unterbringungsleitstelle (Kapitel 1172)
  Bundesallee 171, 10715 Berlin

Das Kapitel 1170 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Behördenleitung und der Abteilung ZS - Zentraler Service.

Die Behördenleitung gliedert sich wie folgt:

- Geschäftszimmer, Öffentlichkeitsarbeit und Referent(in)
- Interne Revision

Die Abteilung ZS - Zentraler Service - gliedert sich wie folgt:

- Justiziariat einschließlich Vergabe und Datenschutz
- Personal
- Infrastruktur (Facility Management, IT und Digitalisierung)
- Haushalt, Berichtswesen und Controlling
- New Work

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur
Kapitel 1170 bis 1172 – LAF

In der Gesamtbetrachtung liegt das Jahresdurchschnittsgehalt 2022 der weiblichen Führungskräfte 7,40 % unter dem ihrer männlichen Kollegen. Dennoch liegt im LAF keine Unterrepräsentierung von Frauen innerhalb der Führungskräfte vor. Der Anteil der Frauen an den Führungskräften beträgt 58%.

In den Ebenen Abteilungs- und Referatsleitungen (höherer Dienst) ist der Anteil ausgeglichen. In der Ebene Gruppen- u. Sachgebietsleitungen (gehobener Dienst) lag der Frauenanteil bei 63%. Dass das Jahresdurchschnittsgehalt der Frauen in Führungspositionen trotzdem ca. 7% geringer ausfällt, liegt an wie Faktoren wie Familienzuschlägen und Entgeltstufen.

In der Gesamtbetrachtung der Ebene der Mitarbeitenden liegt das Jahresdurchschnittseinkommen der Frauen 6,7% unter dem der Männer. Mit einem Anteil von 64% insgesamt bei den Mitarbeitenden liegt auch hier keine Unterrepräsentierung von Frauen vor. Auffällig ist, dass der Anteil der Frauen in den Gehalts- und Besoldungsgruppen vergleichbar mittlerer Dienst (E4-E9A und A6-A9S) bei 64% liegt, was ausschlaggebend für das geringere Jahresdurchschnittseinkommen der Frauen auf der Ebene Mitarbeitende sein dürfte.

Planmäßige Beschäftigte	Jahresdurchschnittsgehalt 2022		
	w	m	d
Führungskräfte	38	27	0
Absoluter Anteil	72.513,56	78.247,34 €	0,00 €
Differenz in %	-7,4%		
Mitarbeitende	274	154	0
Absoluter Anteil	57.836,32 €	62.007.40 €	0,00 €
Differenz in %	-6,7%		

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Planmäßige Beschäftigte	durchschnittliches Jahresgehalt 2022					
	1170		1171		1172	
	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte	11	7	13	11	14	9
Absoluter Anteil	74.208,27	80.609,74	66.997,23	66.315,07	76.335,20	87.817,22
Relativer Anteil	-8,00%		1,01%		-13,10%	
Mitarbeitende	52	37	166	91	56	26
Absoluter Anteil	57.819,22	63.191,58	56.249,01	55.444,23	59.440,72	67.386,38
	-8,60%		1,01%		-11,80%	

Kapitel 1170 – LAF - Leitung der Behörde und Service -

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	8	11	0	11	6	0
Differenz in %	42,1%	57,8%	0,0%	64,7%	35,2%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	52	29	0	50	36	0
Differenz in %	64,2%	35,8%	0,0%	58,1%	41,9%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	11	7	0
Differenz in %	61,1%	38,8%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	52	37	0
Differenz in %	58,4%	41,6%	0,0%

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11915	**219**	**Rückzahlungen von Stipendien**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Rückforderungen der aus Titel 42735 ausgezahlten Stipendien.				
11921	**219**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**37.118,28**
		Rückzahlung von Zuwendungen nebst Zinsen.				
11979	**219**	**Verschiedene Einnahmen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**3.268,51**
		Gebühren für Abschriften, Auszüge und Fotokopien, die nach der Verwaltungsgebührenordnung erhoben werden sowie Ersatz von Fernmeldegebühren, Gebühren nach dem IFG und Leistungen aus Schadenersatz bei Unfällen von Dienstkräften.				
23111	**219**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz**			**60.500**	**1.616,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
26109	**235**	**Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Sofern im Ausnahmefall Haushaltsmittel für die Bauvorbereitung in Anspruch genommen wurden, sind die Bauvorbereitungsmittel aus dem Ansatz der Baumaßnahme (1170/89120 und 1172/89121) zu erstatten.				
		Gesamteinnahmen	**5.000**	**5.000**	**65.500**	**42.002,79**
		Prozentuale Veränderung	**-92,4 %**			
		Ausgaben				
42201	**219**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.163.000**	**1.210.000**	**1.444.000**	**1.113.928,15**
42260	**219**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42701	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**18.100**	**18.100**	**18.100**	**96.120,11**
		Insbesondere Honorare für Übersetzungen im Zusammenhang mit Einstellungsverfahren und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.				
42722	**219**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**14.400**	**14.400**	**38.000**	**4.292,57**
42731	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Fremdfinanzierung)**			**75.600**	**993,03**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
42735	**219**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42760	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**219**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.691.000**	**7.097.000**	**5.790.000**	**5.262.725,44**
42811	**219**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**85.100**	**856.105,32**
42860	**219**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44100	**219**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**30.500**	**31.500**	**48.700**	**28.720,53**

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
44379	**219**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**118,00**
45201	**219**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45300	**219**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45902 (neu)	**219**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**219**	**Prämien für besondere Leistungen**	**6.900**	**6.900**	**6.900**	**187.661,43**

Zahlungen von Leistungsprämien an Beamtinnen/Beamte und Tarifbeschäftigte sowie Prämien für Verbesserungsvorschläge.

51101	**219**	**Geschäftsbedarf**	**250.000**	**250.000**	**200.000**	**259.865,05**

Portokosten, Schreib- und Bürobedarf, Vordruckmaterial, Fachliteratur, Rundfunkbeitrag und Zeitschriften sowie Loseblattsammlungen/Ergänzungslieferungen (Gesetzeskommentare).

2024/2025		€
1.	Portokosten	60.000
2.	Allgemeiner Geschäftsbedarf und allg. Bürobedarf für LAF gesamt	100.000
3.	Kopierpapier LAF gesamt	50.000
4.	Fachliteratur, Loseblattsammlungen, Juris, Beck-Online etc.	20.000
5.	Fälschungssichere Klebesiegel der Kostenübernahmen für Asylsuchende	12.000
6.	Rundfunkbeitrag	5.000
7.	Lfd. Kosten Wartung und Pflege Leit- und Beschilderungssystem für alle Dienstgebäude	3.000
	Gesamt:	250.000

51140	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**595.000**	**455.000**	**437.000**	**816.731,03**

Ausstattung der Büroräume mit Büromöbeln und -maschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, einschließlich der Ersatzbeschaffung von technischen Geräten sowie deren Wartung.

51168	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51426	**219**	**Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Maßnahmen nach dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG).

51453	**219**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51479	**219**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.804,04**

Insbesondere für die Beschaffung von Desinfektions- und Reinigungsmitteln sowie den Betrieb der Wasserspender (Kohlendioxid-Kartuschen).

51701	**219**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**—**	**27.115.163,75**

Betriebs- und Nebenkosten für von Dritten angemietete Objekte. Die hohen IST-Ausgaben 2022 basieren auf dem Betrieb des Ukraine-Ankunftszentrum im ehemaligen Flughafen Tegel.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**219**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**10.620.000**	**10.833.000**	**10.412.000**	**7.017.233,24**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements.

Betriebs- und Nebenkosten für folgende Dienstgebäude:	2024	2025
a) Bundesallee 171	4.345.000 €	4.432.000 €
b) Darwinstr. 13-17	230.000 €	235.000 €
c) Darwinstr. 14-18	6.045.000 €	6.166.000 €
Gesamt:	10.620.000 €	10.833.000 €

Die Beträge basieren auf den mit der BIM GmbH abgestimmten Daten.

51801	**219**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**10.000**	**10.000**	**5.100**	**6.254.061,28**

Nettokaltmieten für von Dritten angemietete Objekte. Die hohen IST-Ausgaben 2022 basieren auf dem Betrieb des Ukraine-Ankunftszentrum im ehemaligen Flughafen Tegel.

51803	**219**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**22.000**	**22.000**	**11.300**	**31.129,45**

Mietkosten für Wasserspender in den Dienstgebäuden.

51820	**219**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**6.634.000**	**6.743.000**	**5.820.000**	**6.532.667,13**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management.

Angemietete Objekte:	2024	2025
a) Bundesallee 171	2.805.000 €	2.805.000 €
b) Darwinstr. 13-17	303.000 €	278.000 €
c) Darwinstr. 14-18	3.526.000 €	3.660.000 €
Gesamt:	6.634.000 €	6.743.000 €

Die Beträge basieren auf den mit der BIM GmbH abgestimmten Daten.

51910	**219**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Für kurzfristig notwendige kleinere bauliche Maßnahmen in den Dienstgebäuden wie z. B. Maler-, Schlosser- oder Tischlerarbeiten.

51925	**219**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.000**	**1.000**	**13.100**	**70.288,03**

Wartung und Instandsetzung nutzerspezifischer Anlagen, funktionsbedingte Umbauten in den Dienstgebäuden. Die Beträge basieren auf den mit der BIM GmbH abgestimmten Daten.

52501	**219**	**Aus- und Fortbildung**	**140.000**	**140.000**	**40.000**	**15.670,00**

Ausgaben für kostenpflichtige, insbesondere fachspezifische Fortbildungsveranstaltungen über die VAK oder andere Bildungsträger.

52536	**219**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**219**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**158.833,56**

Für außergerichtliche Kosten in Verfahren vor ordentlichen, vor Sozial- und vor Verwaltungsgerichten, vor der Vergabekammer sowie für die Erstattung der Kosten im Vorverfahren.

52602	**219**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kosten für die Tätigkeit des Personalrats (§ 40 Abs. 1 PersVG) und der Frauenbeauftragten (§ 16 LGG). Diese Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

52610	**219**	**Gutachten**	**139.000**	**139.000**	**150.000**	**78.666,10**

Ausgaben für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung gemäß dem Arbeitssicherheits- und Arbeitsschutzgesetz sowie für die Suchtprävention und Sozialberatung.

52703	**219**	**Dienstreisen**	**11.000**	**11.000**	**11.000**	**7.394,85**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts für allgemeine Zwecke und im Rahmen der Aus- und Fortbildung sowie für die Kosten von Fahrten aus dienstlichem Anlass und Wegstreckenentschädigungen für die Benutzung privater Fahrzeuge für Dienstfahrten.

53101	**219**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**5.019,73**

Insbesondere für die Erstellung des Jahresberichtes sowie anderer Informationsschriften des LAF.

53108	**219**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**250,00**

Besucherbewirtung durch die Präsidentin/den Präsidenten des LAF bei offiziellen Anlässen. Diese Ausgaben dürfen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen werden.

53111	**219**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.575,56**

Kosten für Stellen- und sonstige Ausschreibungen.

54002	**219**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**12.729,33**

Ausgaben für Maßnahmen des Personalmanagements wie Team- oder Führungskräfteentwicklung, des Betrieblichen Gesundheitsmanagements, für das Führungscoaching, zum gesunden Führen oder zur Supervision sowie des Organisationsmanagements für Projektbegleitungen und Geschäftsprozessanalysen bzw. -optimierungen.

54010	**219**	**Dienstleistungen**	**2.100.000**	**2.100.000**	**500.000**	**86.946.601,63**
		Verpflichtungsermächtigung	**750.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**250.000**			
		Davon fällig 2026	**250.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**250.000**	**—**		

Ausgaben für Rechts- und andere Beratungsdienstleistungen, Überlassung von Zeitarbeitskräften über einen Personaldienstleister, Kurierdienstleistungen, Transportdienstleistungen außerhalb des Rahmenvertrages mit der BIM, Aktentransport, Postbearbeitung durch einen externen Dienstleister, Altgeräteentsorgung und Aktenvernichtung. Die hohen IST-Ausgaben 2022 basieren auf dem Betrieb des Ukraine-Ankunftszentrum im ehemaligen Flughafen Tegel.

54077 (neu)	**219**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		
54079	**219**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**130,04**

Ausgaben unter 1.000 € je Entstehungsgrund, z.B. Arbeitsschutzkleidung.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54606	**219**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanagern und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

68262	**235**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB**	**1.000**	**1.000**	**100.000**	**—**

Finanzierung von Ausgaben des SILB zur Vorbereitung von Baumaßnahmen (1170/89120 und 1172/89121), für die Bauplanungsunterlagen aufgestellt werden dürfen und für die Baumittelzuweisungen im jeweiligen Haushaltsjahr nicht bereitstehen.

Die für die einzelnen Baumaßnahmen tatsächlich verauslagten Bauvorbereitungsmittel sind aus den entsprechenden Zuweisungsmittelansätzen an den Titel 26109 – Erstattung von Bauvorbereitungsmitteln – zu erstatten, sobald die Zuweisungsmittel verfügbar sind.

68406	**290**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**1.000**	**1.000**	**599.000**	**728.457,64**
89120	**219**	**Zuschuss an das SILB für die Herrichtung von Dienstgebäuden**	**4.768.000**	**1.000**	**13.549.000**	**14.350.000,00**

Ausgaben für die Herrichtung des Dienstgebäudes Bundesallee 171 zur Herstellung des genehmigungsfähigen Zustandes für die Nutzung als Verwaltungsstandort sowie der mittel- bis langfristig anstehenden Instandsetzung von Dach und Fach (u.a. Brandschutz- und Schadstoffsanierung, Schaffung neuer Fluchtwege, Sicherheitsschleusen, Grundrissänderungen, bauliche Ertüchtigung des Daches, Strangsanierung, energetische Fassadensanierung). Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 25.05.2022 über 38.160.000 Euro liegen vor. Die Beträge basieren auf den mit der BIM GmbH abgestimmten Daten.

97101 (neu)	**880**	**Pauschale Mehrausgaben**	**327.000.000**	**224.000.000**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.		
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.		
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000.000**	**100.000.000**
		Davon fällig 2025	**200.000.000**	
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000.000**

Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben im Zusammenhang mit Fluchtbewegungen, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar sowohl auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel als auch hinsichtlich möglicher notwendiger Verpflichtungsermächtigungen aufgeteilt werden konnten. Hierzu gehören u.a. Ausgaben für die Ankunftsstrukturen wie auch für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**406.000**	**210.000**	**84.000**	**4.206,64**

Ausgaben für den Betrieb der IKT-Fachverfahren sowie deren Migration in die virtuelle Umgebung des ITDZ:

	2024	2025
Ersatz/Neubeschaffung von PIK-Stationen AsylG gem. Auslauf Rahmenvertrag Bundesdruckerei (30 Stück)	315.000 €	80.000 €
Ersatz/Neubeschaffung von PIK-Stationen AsylbLG (1 Stück)	11.000 €	0 €
Wartungsverträge PIK-Stationen	62.000 €	62.000 €
Ersatz/Neubeschaffung von Kassenautomaten	0 €	50.000 €
Wartungsvertrag Kassenautomaten	10.000 €	10.000 €
Laufende Ersatzbeschaffung von Hardware für Kundensteuerung und Videodolmetschen	8.000 €	8.000 €
Gesamt	406.000 €	210.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51185	**219**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.935.000**	**1.000.000**	**2.197.000**	**478.529,34**

Ausgaben für den Betrieb der IKT-Fachverfahren sowie deren Migration in die virtuelle Umgebung ITDZ:

	2024	2025
IT-Beratung für die Einführung neuer IT-Fachverfahren und Optimierung von IT-Fachverfahren inkl. Datenschutz- und Sicherheitskonzepte	50.000 €	50.000 €
IT-Lizenzen, u.a. Intrexx, ava-sign etc.	85.000 €	85.000 €
Software-Paketierung – Bereitstellungskosten auf dem virtualisierten Desktop des BerlinPC	15.000 €	1.000 €
IT-Dienstleistungen ITDZ Berlin und externe Dienstleister für vaIKT, u.a. Immobema-Datenbank, INES-Datenbank etc.	50.000 €	50.000 €
Kleinstanwendungen (SQL-Datenbanken/ITDZ Berlin) – Hosting, Betrieb, Pflege und Wartung, Anpassungs- und Entwicklungsleistungen, Schnittstellen zu anderen Fachverfahren, Lizenzkosten, sonstige Kosten	250.000 €	80.000 €
HESS Kassensystem – Hosting, Betrieb, Pflege und Wartung, Anpassungs- und Entwicklungsleistungen, Schnittstellen zu anderen Fachverfahren, Lizenzkosten, sonstige Kosten	160.000 €	160.000 €
Ticketsystem – Hosting, Betrieb, Pflege und Wartung, Anpassungs- und Entwicklungsleistungen, Schnittstellen zu anderen Fachverfahren, Lizenzkosten, sonstige Kosten	150.000 €	29.000 €
Transpondersystem – Hosting, Betrieb, Pflege und Wartung, Anpassungs- und Entwicklungsleistungen, Schnittstellen zu anderen Fachverfahren, Lizenzkosten, sonstige Kosten	15.000 €	15.000 €
Hosting/Betrieb externe Dienstleister, u.a. DeZIM etc.	60.000 €	50.000 €
Asyl/RuW – Hosting, Betrieb, Pflege und Wartung, Anpassungs- und Entwicklungsleistungen, Schnittstellen zu anderen Fachverfahren, Lizenzkosten, sonstige Kosten	400.000 €	160.000 €
CRM-System – Hosting, Betrieb, Pflege und Wartung, Anpassungs- und Entwicklungsleistungen, Schnittstellen zu anderen Fachverfahren, Lizenzkosten, sonstige Kosten	500.000 €	200.000 €
PIK-System – Hosting, Betrieb, Pflege und Wartung, Anpassungs- und Entwicklungsleistungen, Schnittstellen zu anderen Fachverfahren, Lizenzkosten, sonstige Kosten	200.000 €	120.000 €
Gesamt	1.935.000 €	1.000.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51453	**219**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**3.009,39**

Ausgaben für die Verbrauchsmittel der Fachverfahren, insbesondere für die Personalisierungs-Infrastrukturkomponente (PIK).

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536	219	Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT	10.000	10.000	20.000	6.902,00

Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IuK-Technik.

	Summe Maßnahmegruppe 32	2.371.000	1.240.000	2.321.000	492.647,37
	Gesamtausgaben	362.741.900	254.479.900	41.825.900	158.447.583,39
	Prozentuale Veränderung	767,3 %	-29,8 %		

Abschluss Kapitel 1170

111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	4.000	4.000	4.000	40.386,79
211-299	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.000	1.000	61.500	1.616,00
	Gesamteinnahmen	5.000	5.000	65.500	42.002,79
411-462	Personalausgaben	7.932.900	8.386.900	7.513.400	7.550.664,58
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	23.039.000	22.090.000	20.064.500	135.818.461,17
611-699	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.000	2.000	699.000	728.457,64
811-899	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	4.768.000	1.000	13.549.000	14.350.000,00
911-989	Besondere Finanzierungsausgaben	327.000.000	224.000.000	—	—
	Gesamtausgaben	362.741.900	254.479.900	41.825.900	158.447.583,39
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-362.736.900	-254.474.900	-41.760.400	-158.405.580,60

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1171 enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung I – Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen und Asylbewerber – des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten. Folgende Aufgaben werden von dieser Abteilung wahrgenommen:

- Registrierung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
- Leistungsgewährung nach AsylbLG
- Soziale Dienste
- Rückkehrberatung
- Medizinische Versorgung
- Sprachmittlung
- Unterhalt und Kostenfestsetzung
- Gemeinnützige zusätzliche Arbeit (gzA)
- Belegungssteuerung

Die Abteilung I – Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen und Asylbewerber – gliedert sich in folgende Referate:

- Registrierung und Sprachmittlung
- Leistungsgewährung
- Sozialdienste, Medizinische Versorgung, Beschäftigung
- Belegungssteuerung

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

Kapitel 1171 – LAF - Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	16	11	0	16	9	0
Differenz in %	59,3%	40,7%	0,0%	64,0%	36,0%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	166	89	0	172	94	0
Differenz in %	65,1%	34,9%	0,0%	64,7%	35,3%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	13	11	0
Differenz in %	54,2%	45,8%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	166	91	0
Differenz in %	64,6%	35,4%	0,0%

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11934	**287**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**2.800**	**2.800**	**2.800**	**22.698,40**

Insbesondere Rückzahlungen von Rückkehrhilfen aus Vorjahren.

11936	**287**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge aus Sozialhilfeleistungen**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**26.958,09**

Rückläufe von Sozialhilfeleistungen aus vergangenen Haushaltsjahren, soweit es sich nicht um öffentlich-rechtliche Ersatzansprüche handelt. Die Einnahmen (einzelfallbezogen) sind schwer kalkulierbar.

11956	**287**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge aus Leistungen nach AsylbLG**	**1.500.000**	**1.500.000**	**500.000**	**6.313.139,03**

Rückzahlung von nicht verausgabten Vorschüssen für Krankenhilfe an Leistungsempfangende nach § 2 AsylbLG gemäß Rahmenvereinbarung vom 01.01.2004 zur Umsetzung der Leistungserbringung nach § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V.

Hinzu kommen Einnahmen aus überzahlten Beträgen aus Vorjahren an Betreiber vertragsgebundener Einrichtungen zur Unterbringung von Asylbegehrenden.

11979	**287**	**Verschiedene Einnahmen**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**20.458,84**

Erträge aus Darlehen; Verzugs- und Stundungszinsen; Gebühren für Abschriften, Auszüge und Fotokopien, die nach der Verwaltungsgebührenordnung erhoben werden.

18212	**287**	**Rückflüsse von Darlehen nach dem SGB XII und AsylbLG**	**600.000**	**600.000**	**350.000**	**697.409,29**

Rückflüsse von Darlehen (insbesondere für die darlehensweise Übernahme von Mietkautionen), die nach § 2 AsylbLG entsprechend § 34 SGB XII gewährt wurden.

Mehr aufgrund der Zunahme von Mietkautionen beim erstmaligen Bezug einer Wohnung.

23301	**287**	**Ersatz von Sozialhilfe von anderen Sozialhilfeträgern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**501,18**

Kostenerstattung anderer Sozialhilfeträger gemäß § 9 AsylbLG i. V. m. § 105 SGB X.

27102	**290**	**Ersatz von Ausgaben durch die EU**	**778.000**	**778.000**	**1.000**	**2.158.186,17**

Die den Bezirken zuzuordnenden Einnahmen werden ab dem Haushaltsjahr 2024 im Titel 2711/27102 nachgewiesen.

Insbesondere für Einnahmen aus der Kooperationsvereinbarung zur Soforthilfe aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF). Die Einnahmen sind abhängig von der Prüfung der EU Mittel und Weitergabe durch IOM. Die Höhe der Einnahmen ist schwer kalkulierbar, da nicht bekannt ist, wann Rückzahlungen der Raten der zurückliegenden Haushaltsjahre erfolgen werden.

28112	**287**	**Ersatz von Sozialhilfe durch Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger, Erbinnen und Erben**	**300.000**	**300.000**	**30.000**	**338.823,18**

Einnahmen nach §§ 102 ff SGB XII und § 9 Abs. 3 AsylbLG sowie Einnahmen nach den Grundsätzen des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch (Rückforderungen gemäß § 45 SGB X).

28115	**287**	**Ersatz von Leistungen nach AsylbLG durch andere Sozialleistungsträger**	**300.000**	**300.000**	**250.000**	**330.022,15**

Ersatz von nachträglich bewilligten anrechenbaren Sozialleistungen, insbesondere Kindergeld.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
28116	**287**	**Ersatz von Leistungen nach AsylbLG durch Unterhaltspflichtige**	**5.000**	**5.000**	**4.000**	**5.082,50**

Ersatz von Leistungen nach den §§ 2, 3 AsylbLG von übergegangenen, übergeleiteten oder abgetretenen Ansprüchen durch Unterhaltspflichtige ab 01.11.1993.

28122	**287**	**Aufwendungsersatz und Kostenbeiträge bei Sozialleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Aufwendungsersatz nach §§ 7, 7a AsylbLG und entsprechend gemäß § 27 SGB XII sowie bei Anspruchsübergang nach § 7 Abs. 3 AsylbLG und entsprechend gemäß § 93 SGB XII.

28130	**287**	**Ersatz von Leistungen nach AsylbLG durch Arbeitgeber und Schadenersatzpflichtige**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**120,00**

Einnahmen aufgrund von Ansprüchen, die gemäß § 7 Abs. 3 AsylbLG und entsprechend § 93 SGB XII in Verbindung mit § 116 SGB X übergeleitet wurden.

		Gesamteinnahmen	**3.494.800**	**3.494.800**	**1.145.800**	**9.913.398,83**
		Prozentuale Veränderung	**205,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**219**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**387.000**	**403.000**	**567.000**	**373.737,13**
42701	**219**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**750.000**	**750.000**	**750.000**	**1.419.852,94**

Honorare für Sprachmittlerinnen und Sprachmittler, die in den Bereichen Registrierung, Leistungsgewährung, Sozialdienst sowie Rückkehr- und Weiterwanderungsberatung eingesetzt werden. Weniger aufgrund der Ausweitung der externen Sprachmittlung.

42801	**219**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**16.360.000**	**17.015.000**	**15.830.000**	**14.144.970,94**
42811	**219**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**283.000**	**2.640.528,93**
44100	**219**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**28.300**	**29.200**	**16.400**	**26.673,38**
44379	**219**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**295,00**
45300	**219**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45903	**219**	**Prämien für besondere Leistungen**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
52610	**219**	**Gutachten**	**3.800**	**3.900**	**—**	**3.141,60**

Gutachten zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit für entsprechende Leistungen nach dem AsylbLG.

54010	**290**	**Dienstleistungen**	**4.500.000**	**4.500.000**	**5.800.000**	**4.208.032,89**

Ausgaben für die medizinische Versorgung von Geflüchteten (u.a. Erstuntersuchungen, Impfungen, Vorscreening, Sanitätsdienste am Standort AKuZ, Hebammenversorgung, psychosoziale Erstdiagnostik- und Verweisberatung, Röntgenbus für Tuberkuloseuntersuchungen etc.), Ausgaben für die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten (250.000 € pro Jahr), Ausgaben für die Gewaltprävention in Unterkünften, Ausgaben für Kontingentflüchtlinge, Beförderung (BVG) von Asylbegehrenden in eine Unterkunft, Ausgaben für Personalgestellungen gem. BWB-Kooperationsvereinbarung sowie Ausgaben für die unabhängige externe Asylverfahrensberatung und die externe Sprachmittlung (Videodolmetschen).

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63601	**219**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger**	**1.138.000**	**1.172.000**	**1.400.000**	**1.137.679,84**

Nichtstationäre Krankenhilfe für Leistungsempfangende nach § 2 AsylbLG gemäß Rahmenvereinbarung vom 01.01.2004 zur Umsetzung der Leistungserbringung nach § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung vom 14.11.2003 (BGBl. I, 2190 vom 30.08.2004). Es handelt sich hier um die Verwaltungsausgaben in Höhe von 5 % (siehe Titel 63615; 63625; 63635; 63655 und 63665).

Nichtstationäre Krankenhilfe (Ärztliche Behandlung, Zahnärztliche Behandlung, Zahnersatz und Arznei-, Verbands-, Heil- und Hilfsmittel, auch: orth. Hilfsmittel, Seh- und Hörhilfen, Sachleistungen bei Dialyse, Leistungen von med. Badebetrieben, Masseuren, Krankengymnasten, sonstigen Heilpersonen sowie gesondert abgerechneter Sprechstundenbedarf).

63615	**287**	**Nichtstationäre Krankenhilfe**	**14.275.000**	**14.703.000**	**15.885.000**	**14.185.646,11**

Nichtstationäre Krankenhilfe für Leistungsempfangende nach § 2 AsylbLG gemäß Rahmenvereinbarung vom 01.01.2004 zur Umsetzung der Leistungserbringung nach § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung vom 14.11.2003 (BGBl. I, 2190 vom 30.08.2004).

Nichtstationäre Krankenhilfe (Ärztliche Behandlung, Zahnärztliche Behandlung, Zahnersatz und Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel, auch: orth. Hilfsmittel, Seh- und Hörhilfen, Sachleistungen bei Dialyse, Leistungen von med. Badebetrieben, Masseuren, Krankengymnasten, sonstigen Heilpersonen sowie gesondert abgerechneter Sprechstundenbedarf).

63625	**287**	**Stationäre Krankenhilfe**	**6.899.000**	**7.106.000**	**9.970.000**	**6.570.449,63**

Stationäre Krankenhilfe für Leistungsempfangende nach § 2 AsylbLG gemäß Rahmenvereinbarung vom 01.01.2004 zur Umsetzung der Leistungserbringung nach § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung vom 14.11.2003 (BGBl. I, 2190 vom 30.08.2004).

63635	**287**	**Sonstige Krankenhilfeleistungen**	**1.989.000**	**2.049.000**	**2.500.000**	**1.930.305,95**

Sonstige Krankenhilfeleistungen für Leistungsempfangende nach § 2 AsylbLG gemäß Rahmenvereinbarung vom 01.01.2004 zur Umsetzung der Leistungserbringung nach § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung vom 14.11.2003 (BGBl. I, 2190 vom 30.08.2004).

63655	**287**	**Hilfe bei Schwanger- und Mutterschaft**	**71.000**	**73.000**	**100.000**	**68.839,09**

Hilfen bei Schwanger- und Mutterschaft an Leistungsempfängerinnen nach § 2 AsylbLG gemäß Rahmenvereinbarung vom 01.01.2004 zur Umsetzung der Leistungserbringung nach § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung vom 14.11.2003.

63665	**287**	**Medizinische Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Medizinische Gutachten für Leistungsempfangende nach § 2 AsylbLG gemäß Rahmenvereinbarung vom 01.01.2004 zur Umsetzung der Leistungserbringung nach § 264 Abs. 2 bis 7 SGB V in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung vom 14.11.2003 (BGBl. I, 2190 vom 30.08.2004).

67113	**287**	**Krankentransporte nach dem SGB XII**	**29.000**	**30.000**	**5.200**	**18.190,39**

Transportkosten im Rahmen der ambulanten Krankenhilfe für Leistungsempfangende nach § 3 AsylbLG und § 2 AsylbLG analog SGB XII.

67116	**287**	**Stationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG**	**150.000**	**155.000**	**190.000**	**127.963,93**

Stationäre und teilstationäre Hilfe zur Pflege für Leistungsempfangende nach § 2 AsylbLG analog SGB XII, Kosten der Betreuung in Pflegeheimen, Hospizen und für REHA-Maßnahmen.

67122	**235**	**Ersatz von Ausgaben an Wohnungsbaugesellschaften**	**3.200**	**3.300**	**50.000**	**3.082,96**

Ersatz von Ausgaben im Rahmen des Kooperationsvertrages mit sechs Städtischen Wohnungsbaugesellschaften „Wohnungen für Flüchtlinge (KoopV WfF)“.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67124	**287**	**Nichtstationäre Krankenhilfe nach SGB XII und AsylbLG**	**124.000**	**128.000**	**43.000**	**112.525,04**

Nichtstationäre Krankenhilfe für Leistungsempfangende nach § 3 AsylbLG und § 2 AsylbLG analog SGB XII (wenn Leistungen nach § 2 unter 4 Wochen) und Leistungen, die nicht gesetzliche Kassenleistungen nach SGB V sind.

67126	**287**	**Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach SGB XII und AsylbLG**			**1.000**	**2.920,41**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

67133	**287**	**Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen**	**2.412.000**	**2.484.000**	**2.300.000**	**2.341.639,97**

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach § 2 AsylbLG analog SGB IX. Die Zahl der zu betreuenden Personen ist schwer kalkulierbar (einzelfallbezogene Leistungen).

67150	**287**	**Bestattungen nach dem SGB XII und AsylbLG**	**5.600**	**5.800**	**12.300**	**5.388,68**

Leistungen nach § 6 AsylbLG sowie nach § 2 AsylbLG entsprechend § 74 SGB XII.

67157	**287**	**Stationäre Krankenhilfe nach SGB XII und AsylbLG**	**34.000**	**35.000**	**136.000**	**33.574,17**

Stationäre Krankenhilfe für Leistungsempfangende nach § 3 AsylbLG und § 2 AsylbLG analog SGB XII im Einzelfall, soweit nicht durch eGK G 3 + 2 abgedeckt.

67159	**287**	**Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG**	**94.544.000**	**87.023.000**	**83.555.000**	**102.647.733,26**
		Verpflichtungsermächtigung	**94.544.000**	**87.020.000**		
		Davon fällig 2025	**23.636.000**			
		Davon fällig 2026	**23.636.000**	**21.755.000**		
		Davon fällig 2027	**23.636.000**	**21.755.000**		
		Davon fällig 2028	**23.636.000**	**21.755.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**21.755.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	941.733	941.733	-
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	20.889.000	20.889.000	41.778.000

Unterbringung Asylbegehrender (Neuzugänge) in Erstaufnahmeeinrichtungen, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 3 AsylbLG sowie nach § 2 AsylbLG entsprechend § 27 SGB XII, Unterbringung von Personen gemäß § 15 a AufenthG.

68107	**287**	**Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG**	**78.741.000**	**81.104.000**	**85.000.000**	**76.446.539,88**

Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 3 Abs. 2 sowie Barleistungen nach § 5 Abs. 2 AsylbLG und laufende Leistungen als Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 2 AsylbLG analog § 27 SGB XII.

68130	**290**	**Rückkehrförderung**	**400.000**	**400.000**	**417.000**	**228.311,60**

Ausgaben zur Förderung der freiwilligen Rückkehr (z.B. im Rahmen der Programme REAG/GARP) in das Herkunftsland oder Weiterwanderung in einen aufnahmebereiten Drittstaat von in Berlin aufhältigen Ausländerinnen und Ausländern einschließlich (ehemaliger) Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Personen aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten sowie EWR-Staaten.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68131	**287**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - persönlicher Schulbedarf**	**500.000**	**515.000**	**484.000**	**484.695,96**

Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II/ § 34 SGB XII.

Persönlicher Schulbedarf nach § 2 AsylbLG i. V. m. § 34 Abs. 3 SGB XII sowie ab 01.03.2015 nach § 3 Abs. 3 AsylbLG i. V. m. § 34 Abs. 3 SGB XII.

68134	**287**	**Barleistungen in Einrichtungen nach SGB XII und AsylbLG**	**21.270.000**	**21.908.000**	**9.767.000**	**17.082.230,47**

Barleistungen zum Lebensunterhalt (sog. Taschengeld) nach § 3 Abs. 1 Satz 4 AsylbLG sowie nach § 2 AsylbLG entsprechend § 35 SGB XII (Leistungen an Asylbegehrende einschließlich Erstaufnahme und Personen im Abschiebegewahrsam).

68135	**287**	**Sonstige einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG**	**4.587.000**	**4.725.000**	**4.200.000**	**4.453.315,13**

Sonstige einmalige Leistungen zum Lebensunterhalt nach §§ 3 und 6 AsylbLG sowie nach § 2 AsylbLG entsprechend § 31 SGB XII; Erstausstattung für Wohnungen für Leistungsberechtigte nach §§ 2 und 3 AsylbLG; Rück- und Weiterreisekosten für Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG.

68136	**287**	**Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach SGB XII und AsylbLG**	**1.023.000**	**1.054.000**	**1.044.000**	**993.437,36**

Sonstige Leistungen an Personen mit Anspruch nach § 3 AsylbLG, Leistungen nach §§ 4, 6 AsylbLG sowie sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen, stationäre und teilstationäre Hilfe zur Pflege für Leistungsempfangende nach § 3 AsylbLG, Hilfen zur Weiterführung des Haushalts, Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung, Bestattungen, ambulante Hilfe zur Pflege.

68149	**287**	**Bekleidung und Wäsche nach SGB XII und AsylbLG**	**5.656.000**	**5.826.000**	**1.500.000**	**3.213.453,07**

Einmalige, regelmäßig unbar abzurechnende Leistungen für Bekleidung, Wäsche und Schuhe bei Bedarf nach §§ 3 und 6 AsylbLG sowie nach § 31 SGB XII.

Ausgaben für die Erstausstattung mit Bekleidung für Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen, Bekleidung in der Abschiebehaft sowie Schwangerschaftsbekleidung.

68164	**287**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - Schülerbeförderung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-28,23**

Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II/ § 34 SGB XII.

Schülerbeförderung nach § 2 AsylbLG i. V. m. § 34 Abs. 4 SGB XII sowie nach § 3 AsylbLG i. V. m. § 6 AsylbLG.

68172	**287**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - mehrtägige Fahrten Schule**	**100.000**	**103.000**	**20.000**	**97.379,19**

Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II/ § 34 SGB XII.

Mehrtägige Klassenfahrten nach § 2 AsylbLG i. V. m. § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XII sowie nach § 3 AsylbLG i. V. m. § 6 AsylbLG.

68174	**290**	**Leistungen außerhalb der Sozialhilfe**	**486.000**	**501.000**	**600.000**	**471.964,88**

Weiterleitung von Asylbegehrenden und Personen gemäß § 15 AufenthG.

68178	**287**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - mehrtägige Fahrten Kita**	**2.700**	**2.800**	**13.000**	**2.537,47**

Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II/ § 34 SGB XII.

Mehrtägige Kita-Fahrten nach § 2 AsylbLG i. V. m. § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XII sowie nach § 3 AsylbLG i. V. m. § 6 AsylbLG.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68183	**287**	**Leistungen für Bildung und Teilhabe - soziale und kulturelle Teilhabe**	**35.000**	**36.000**	**31.200**	**33.683,65**

Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II/ §§ 34, 34a, 34b SGB XII.

Soziale und kulturelle Teilhabe nach § 2 AsylbLG i. V. m. § 34 Abs. 7 SGB XII sowie nach § 3 AsylbLG als freiwillige Landesleistung.

68186	**287**	**BuT-Teilhabe Ausrüstung u. A. nach Absatz 7 Satz 2 (§ 28 SGB II bzw. § 34 SGB XII)**			**1.000**	**442,50**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
86322	**287**	**Darlehen nach dem SGB XII (ohne 4. Kapitel) und AsylbLG**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.200.000**	**669.498,25**

Übernahme von Darlehen nach §§ 29, 37, 38, 42, 73 und 91 SGB XII (zur Abdeckung sonstiger Bedarfe wie Waschmaschinen, Mietkautionen, Mietrückstände etc.).

Hierzu gehören die darlehensweise Übernahme von Mietvorauszahlungen als Sicherheitsleistungen an Vermieter, wenn der Erwerb eigenen Wohnraums davon abhängig ist, sowie ergänzende Darlehen, sofern ein von den Regelsätzen umfasster und nach den Umständen unabweisbarer Bedarf auf keine andere Weise gedeckt werden kann.

	Gesamtausgaben	**257.508.600**	**254.848.000**	**243.676.100**	**256.180.633,42**
	Prozentuale Veränderung	**5,7 %**	**-1,0 %**		

Abschluss Kapitel 1171

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**2.108.800**	**2.108.800**	**857.800**	**7.080.663,65**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.386.000**	**1.386.000**	**288.000**	**2.832.735,18**
	Gesamteinnahmen	**3.494.800**	**3.494.800**	**1.145.800**	**9.913.398,83**
411-462	**Personalausgaben**	**17.528.300**	**18.200.200**	**17.449.400**	**18.606.058,32**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**4.503.800**	**4.503.900**	**5.800.000**	**4.211.174,49**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**234.476.500**	**231.143.900**	**219.226.700**	**232.693.902,36**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.200.000**	**669.498,25**
	Gesamtausgaben	**257.508.600**	**254.848.000**	**243.676.100**	**256.180.633,42**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-254.013.800**	**-251.353.200**	**-242.530.300**	**-246.267.234,59**

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004989	2022	326.091.155	205.437.420	531.528.575
Sicherung der Lebensgrundlagen für Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge sowie Aufnahme von Statusberechtigten	2021	261.377.285	179.727.248	441.104.533

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77521	2022	274.390.947	204.823.347	479.214.294
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	2021	236.289.544	179.102.560	415.392.104

	2022	2021
Menge: gewichtete Fallzahl * (siehe Erläuterungen)	163.164	163.164
Kosten je ME in €	1.681,69	1.448,17
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	66,95	67,81
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	28.143.543,57	34.489.500,73
IST - Erträge in €	5.252.277,32	3.571.437,00
Kostendeckungsgrad in %	1,10	0,86

Leistungen an Leistungsberechtigte gem. § 1 AsylbLG, die im Besitz einer Aufenthaltsgestattung nach dem Asylgesetz sind. Leistungen als Vorauszahlung an Ausländer nach bestands- o. rechtskräftig abgeschlossenen Asylverfahren bei Wechsel der Zuständigkeit für die Gewährung von Leistungen. Das Produkt beinhaltet auch die Gewährung von Leistungen (Taschengeld und Bekleidung) an Abschiebehäftlinge am jeweiligen Gewahrsamsort sowie die vor- und nachbereitenden Tätigkeiten der Dienststelle, Leistungen nach dem AsylbLG an Opfer von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung, Sachbearbeitung für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie SGB XII an Personen in der Erstaufnahmeeinrichtung/erste Leistungsgewährung, Leistungen an unbegleitete minderj. Asylsuchende nach dem AsylbLG, Leistungen an nach dem SGB XII anspruchsberechtigte Kinder, deren sorgeberechtigter Elternteil beim LAF im Leistungsbezug steht. Umsetzung Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (§ 5a AsylbLG in Verbindung mit Integrationsgesetz)

Fachspezifische Informationen

	per 12/2020	per 12/2021	per 12/2022*
Fälle/Stichtag (31.12.)	10.481	11.531	13.075
Leistungsberechtigte / Stichtag (31.12.)	17.969	20.971	22.934
Leistungsberechtigte / Fall (Familiengröße)	1,71	1,81	1,75

*vorläufig (Stand 27.04.23)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77522	2022	18.645.610	0	18.645.610
Aufnahme und Verteilung von Asylbewerbern, unerlaubt eingereisten Ausländern und Ausländern im Falle eines Massenzustroms	2021	15.153.111	0	15.153.111

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Antragsteller	17.960	12.894
Kosten je ME in €	1.038,17	1.175,21
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,61	2,47
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	315.000,75	154.629,95
IST - Erträge in €	3.648,28	17.566,15
Kostendeckungsgrad in %	0,02	0,12

Ausländer, die sich in Berlin asylsuchend melden, unerlaubt eingereiste Ausländer, die unter § 15a AufenthG fallen sowie Ausländer, die unter § 24 AufenthG fallen und eine Verteilentscheidung für Berlin bzw. für andere Bundesländer erhalten sowie Asylsuchende, unerlaubt eingereiste Ausländer nach § 15a AufenthG und Ausländer nach § 24 AufenthG, die aus anderen Bundesländern nach Berlin aufgrund Verteilentscheidung zugewiesen werden, erhalten eine Anlaufbescheinigung oder einen Ankunftsnachweis über die Meldung als Asylsuchende bzw. einen Bescheid über die Verteilentscheidung gem. §§ 15a und 24 AufenthG und werden der Erstaufnahmeeinrichtung zugewiesen. Spezifische Beratung zum Asylverfahren und zur Verteilung gem. §§ 15a und 24 AufenthG. Ordnungsbehördliche Aufgaben. Steuerung der Antragsteller über den Infopoint beim Betreiber, Zuführung zur Erstuntersuchung nach § 62 AsylG Bearbeitung von Anträgen auf Umverteilung von Asylbewerbern und Ausländern, die unter §§ 15a und 24 AufenthG fallen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Bundesland nehmen wollen.

Fachspezifische Informationen

	per 12/2020	per 12/2021	per 12/2022
Zugang Bund	89.904	149.402	240.432
Gesamtzugang Berlin	4.589	7.762	12.474
Erstmeldungen in Berlin	7.142	12.175	18.717*

*vorläufig (Stand 27.04.23)

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1172 – Berliner Unterbringungsleitstelle – enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungs-ermächtigungen der Abteilung II – Unterkünfte – des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten. Folgende Aufgaben werden von dieser Abteilung wahrgenommen:

- Projekt- und Objektentwicklung
- Gesamtstädtische Planung und Steuerung von Unterkünften für Geflüchtete und andere Zielgruppen in Amtshilfe
- Akquise von neuen Objekten zur Unterbringung von Geflüchteten
- Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Qualitätsmanagement in Zusammenarbeit mit der Qualitätssicherung
- Vertragsmanagement sowie die Bearbeitung von Grundsatzangelegenheiten
- Management der Betreiber, die im Auftrag des LAF Unterkünfte für Geflüchtete betreiben
- Verwaltung der hierfür angemieteten Objekte
- Kommunikation mit den Bezirken, Betreibern und Ehrenamtlichen

Die Abteilung II – Unterkünfte – gliedert sich in folgende Referate:

- II A – Unterkunftsmanagement
- II B – Qualitätssicherung Unterbringung
- II C – Vertragsmanagement und Querschnittsangelegenheiten
- II E – Planen & Bauen

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

Kapitel 1172 – LAF - Berliner Unterbringungsleitstelle -

Planmäßige Beschäftigte	2020			2021		
Führungskräfte	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	14	10	0	13	7	0
Differenz in %	58,3%	41,6%	0,0%	65,0%	35,0%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d	w	m	d
Absoluter Anteil	60	22	0	60	27	0
Differenz in %	73,2%	26,8%	0,0%	69,0%	31,0%	0,0%

Planmäßige Beschäftigte	2022		
Führungskräfte	w	m	d
Absoluter Anteil	14	9	0
Differenz in %	60,9%	39,1%	0,0%
Mitarbeitende	w	m	d
Absoluter Anteil	56	26	0
Differenz in %	68,3%	31,7%	0,0%

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11934	**235**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**200.000**	**200.000**	**1.000**	**225.405,17**
11981	**219**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**1.000**	**1.000**	**5.000**	**—**

Insbesondere Veräußerungen von gebrauchten Einrichtungsgegenständen über die Zoll-Auktion.

28101 (neu)	**235**	**Ersatz von Ausgaben**	**55.930.000**	**63.627.000**	**122.000.000**	**53.433.004,89**

Wurde bislang bei 1171/28101 nachgewiesen.

Erstattung von Leistungen für die Unterbringung von nicht im Leistungsbezug des LAF stehenden Personen, insbesondere durch die Jobcenter und Bezirksämter, sowie von Leistungen für die Unterbringung in den Einrichtungen des LAF von Personen, die im Arbeitsverhältnis stehen und eigenes Einkommen erhalten sowie Studenten, die Leistungen nach dem BAföG beziehen und Auszubildende, die eine Ausbildungsvergütung erhalten. Erstattungsfähige Ausgaben entstehen bei Kapitel 1172, Titel 51140, 51701, 51715, 51801, 51820, 51900, 51925, 54010, 67101, 68261, 81279, 89121 und 89321.

Zusätzlich werden ab 2024 Erstattungen der Ausgaben für die Unterbringung unfreiwillig wohnungsloser Personen gemäß §17 ASOG Berlin veranschlagt (Erweiterung im Rahmen GStU).

33121 (neu)	**235**	**Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen**	**1.000**	**2.978.000**		

Zuschuss der BImA für die Herrichtung der Flüchtlingsunterkunft Groß-Berliner-Damm 59. Die Herrichtung wurde in den Jahren 2022/2023 über den Titel 89321 finanziert. Die Zahlung des Zuschusses erfolgt auf Antrag nach Abschluss der Baumaßnahme.

		Gesamteinnahmen	**56.132.000**	**66.806.000**	**122.006.000**	**53.658.410,06**
		Prozentuale Veränderung	**-54,0 %**	**19,0 %**		
		Ausgaben				
42201	**219**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**870.000**	**905.000**	**734.000**	**832.526,48**
42801	**219**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.668.000**	**7.435.000**	**5.750.000**	**5.616.273,48**
42811	**219**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**276.000**	**652.915,79**
44100	**219**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**35.600**	**36.700**	**47.300**	**33.552,78**
44379	**219**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**22,00**
45300	**219**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45903	**219**	**Prämien für besondere Leistungen**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

51140	**219**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**1.500.000**	**1.500.000**	**2.826.000**	**1.477.159,32**

Insbesondere Ersatzbeschaffungen von Haushaltsgeräten und Einrichtungsgegenständen für Flüchtlingsunterkünfte im laufenden Betrieb, die einen Einzelwert i. H. v. 5 Tsd. € nicht übersteigen.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51701	**235**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**12.026.000**	**12.457.000**	**6.059.000**	**4.505.646,99**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 3.623.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 4.556.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**14.166.000**	**10.864.000**
Davon fällig 2025	**6.500.000**	
Davon fällig 2026	**2.100.000**	**4.000.000**
Davon fällig 2027	**2.100.000**	**2.966.000**
Davon fällig 2028	**1.733.000**	**2.966.000**
Davon fällig 2029	**1.733.000**	**466.000**
Davon fällig 2030		**466.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	3.175.973	2.034.669	1.128.541
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	2.019.000	2.019.000	2.019.000

Bewirtschaftungsausgaben für von Dritten angemietete Objekte, in denen Asylbegehrende sowie andere Personen untergebracht sind (Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**235**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**53.333.000**	**53.749.000**	**47.389.000**	**22.608.127,74**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungsermächtigung	**53.331.000**	**53.748.000**
Davon fällig 2025	**17.777.000**	
Davon fällig 2026	**17.777.000**	**17.916.000**
Davon fällig 2027	**17.777.000**	**17.916.000**
Davon fällig 2028	**—**	**17.916.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	7.483.902	4.417.027	409.945
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	15.797.000	15.797.000	15.795.000

Betriebs- und Nebenkosten sowie Managementgebühren im Rahmen des Facility Managements für von der BIM GmbH angemietete Objekte, in denen Asylbegehrende sowie andere Personen untergebracht sind (Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte) sowie von der BIM GmbH angemietete Lager.

Die Beträge basieren auf den mit der BIM GmbH abgestimmten Daten.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**235**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**26.283.000**	**28.413.000**	**17.226.000**	**12.710.451,56**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 10.241.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 12.693.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**46.048.000**	**26.033.000**	
Davon fällig 2025	**14.316.000**		
Davon fällig 2026	**11.388.000**	**9.549.000**	
Davon fällig 2027	**11.388.000**	**6.621.000**	
Davon fällig 2028	**4.478.000**	**6.621.000**	
Davon fällig 2029	**4.478.000**	**1.621.000**	
Davon fällig 2030		**1.621.000**	

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.578.092	3.286.874	1.951.696
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	5.742.000	5.742.000	5.742.000

Nettokaltmieten für von Dritten angemietete Objekte zur Unterbringung von Asylbegehrenden sowie anderer Personen (Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte).

51820	**235**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**71.058.000**	**65.785.000**	**56.634.000**	**47.764.833,86**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungsermächtigung	**71.058.000**	**65.784.000**
Davon fällig 2025	**23.686.000**	
Davon fällig 2026	**23.686.000**	**21.928.000**
Davon fällig 2027	**23.686.000**	**21.928.000**
Davon fällig 2028	**—**	**21.928.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.652.793	5.998.661	695.715
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	18.878.000	18.878.000	18.878.000

Nettokaltmieten für von der BIM GmbH angemietete Objekte zur Unterbringung von Asylbegehrenden sowie anderer Personen (Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte) sowie von der BIM GmbH angemietete Lager.

Die Beträge basieren auf den mit der BIM GmbH abgestimmten Daten.

51900	**235**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**174.000**	**174.000**	**1.000**	**173.556,87**

Verpflichtungsermächtigung	**174.000**	**174.000**
Davon fällig 2025	**174.000**	
Davon fällig 2026	**—**	**174.000**

Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in von Dritten angemieteten Objekten, die zur Unterbringung von Asylbegehrenden sowie anderer Personen genutzt werden.

51925	**235**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**39.876,18**

Wartung und Instandsetzung nutzerspezifischer Anlagen sowie funktionsbedingte Umbauten in von der BIM GmbH angemieteten Objekten zur Unterbringung von Asylbegehrenden sowie anderer Personen (Merkansatz).

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**290**	**Dienstleistungen**	**101.000.000**	**92.000.000**	**63.928.000**	**94.546.862,93**
		Verpflichtungsermächtigung	**101.000.000**	**92.000.000**		
		Davon fällig 2025	**25.250.000**			
		Davon fällig 2026	**25.250.000**	**23.000.000**		
		Davon fällig 2027	**25.250.000**	**23.000.000**		
		Davon fällig 2028	**25.250.000**	**23.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**23.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	31.773.361	10.629.894	135.482
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	15.982.000	15.982.000	31.964.000

Sicherheitsdienstleistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, die nicht über die Betreiberverträge abgerechnet werden, sowie Catering, Entrümpelung, Beräumung nach Freizug und sonstige Dienstleistungen.

54028	**219**	**Abräumung von Grundstücken**	**4.000.000**	**2.000.000**	**6.000.000**	**1.797.287,83**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	6.000.000	-	-

Ausgaben für fachgerechte Abräummaßnahmen (z.B. Abbau und Abtransport, Entsorgung) von Wohncontainern, die zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt wurden, sowie sonstige Versorgungsmodule auf Grundstücken, die sich im Portfolio der BIM befinden.

67101 (neu)	**235**	**Ersatz von Ausgaben**	**65.657.000**	**68.746.000**	**45.686.000**	**33.970.895,20**
		Wurde bislang bei 1171/67101 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**65.656.000**	**68.744.000**		
		Davon fällig 2025	**16.414.000**			
		Davon fällig 2026	**16.414.000**	**17.186.000**		
		Davon fällig 2027	**16.414.000**	**17.186.000**		
		Davon fällig 2028	**16.414.000**	**17.186.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**17.186.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	11.422.000	11.422.000	22.842.000

Ausgaben für die Unterbringung von nicht im Leistungsbezug des LAF stehenden Personen, insbesondere durch die Jobcenter und Bezirksämter, sowie für die Unterbringung in den Einrichtungen des LAF von Personen, die im Arbeitsverhältnis stehen und eigenes Einkommen erhalten sowie Studenten, die Leistungen nach dem BAföG beziehen und Auszubildende, die eine Ausbildungsvergütung erhalten.

Zusätzlich werden ab 2024 Ausgaben für die Unterbringung unfreiwillig obdachloser Personen gemäß §17 ASOG Berlin veranschlagt (Erweiterung im Rahmen GStU).

Die korrespondierenden Einnahmen werden bei Kapitel 1172, Titel 28101 erwartet.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68261	**235**	**Zuschüsse an die BIM für Bauunterhaltungsmaßnahmen**	**900.000**	**900.000**	**900.000**	**1.462.914,38**
		Verpflichtungsermächtigung	**450.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2025	**450.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**450.000**		

Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in von der BIM GmbH angemieteten Objekten, die zur Unterbringung von Asylbegehrenden sowie anderer Personen genutzt werden.

81279	**235**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**7.200.000**	**1.747.000**	**1.560.000**	**7.359.926,68**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.900.000**	**580.000**		
		Davon fällig 2025	**1.700.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000**	**380.000**		
		Davon fällig 2027	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**100.000**		

Insbesondere für Ausgaben für die Erstausstattung von Flüchtlingsunterkünften, die einen Wert von 5 Tsd. € je Einzelfall übersteigen (vgl. Erläuterungen zum Titel 51140) sowie für die Ausstattung der Unterkünfte mit WLAN.

82164	**235**	**Kauf von bebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für den Ankauf von Grundstücken, auf denen Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbegehrende und andere Personen errichtet bzw. hergerichtet werden sollen (Merkansatz).

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89121	**235**	**Zuschuss an das SILB für die Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften**	**23.500.000**	**23.000.000**	**23.494.000**	**4.298.215,71**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 20.238.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 6.182.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 6.789.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**27.661.000**	**4.000.000**
Davon fällig 2025	**11.789.000**	
Davon fällig 2026	**7.923.000**	**2.000.000**
Davon fällig 2027	**7.949.000**	**2.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	14.818.000	11.211.000	-
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	-	-	-

Baumaßnahmen in Objekten, die zur Unterbringung von Asylbegehrenden sowie anderer Personen genutzt werden (SILB-Objekte).

Es handelt sich um Baumaßnahmen in folgenden Objekten:

	Gesamtkosten	2024	2025	2026	2027
a) Storkower Straße 133.....	17.208.416 €	6.784.000 €	0 €	0 €	0 €
b) Zum Heckeshorn, Haus D…..	12.856.000 €	2.500.000 €	5.000.000 €	2.422.160 €	0 €
c) Eschenallee……...	35.904.409 €	8.034.000 €	11.211.000 €	0 €	0 €
d) Marienfelder Allee…….	20.000.000 €	2.000.000 €	2.000.000 €	1.500.000 €	2.500.000 €
e) Oranienburger Str. 285 (AkuZ), Haus 6.....	11.650.000 €	3.065.000 €	2.789.000 €	2.000.000 €	3.796.000 €
f) Storkower Str. 139..……	14.500.000 €	1.117.000 €	2.000.000 €	2.000.000 €	1.652.100 €
Gesamt		23.500.000 €	23.000.000 €	7.922.160 €	7.948.100 €

Die Beträge basieren auf den mit der BIM GmbH abgestimmten Daten.

Zu a: Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 09.08.2021 über 17.208.416 Euro liegen vor.

Zu b: Der Hauptausschuss hat den Verzicht auf eine nachträgliche Erstellung von Bauplanungsunterlagen in der Sitzung vom 14. April 2021 (RN 2737 AI) zur Kenntnis genommen.

Zu c: Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 16.07.2021 über 35.904.409 Euro liegen vor.

Zu d, e, f: Es liegen noch keine Bauplanungsunterlagen vor.

89321	**235**	**Zuschüsse zur Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften**	**1.000**	**1.000**	**2.474.000**	**1.847.267,96**

Baumaßnahmen in von Dritten angemieteten Objekten, die zur Unterbringung von Asylbegehrenden und anderen Personen genutzt werden (Merkansatz). Die Baumaßnahme Groß-Berliner-Damm 59 wurde in den Jahren 2022/2023 ausfinanziert, weitere Maßnahmen sind nach aktuellem Stand nicht in Planung. Die Erstattung des BImA-Anteils für den Groß-Berliner-Damm 59 erfolgt nach Beendigung der Maßnahme, voraussichtlich im Jahr 2025 (siehe Titel 33101).

Gesamtausgaben	**374.210.600**	**358.853.700**	**280.989.300**	**241.698.313,74**
Prozentuale Veränderung	**33,2 %**	**-4,1 %**		

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1172				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	201.000	201.000	6.000	225.405,17
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	55.930.000	63.627.000	122.000.000	53.433.004,89
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	1.000	2.978.000	—	—
		Gesamteinnahmen	56.132.000	66.806.000	122.006.000	53.658.410,06
411-462		Personalausgaben	7.576.600	8.379.700	6.810.300	7.135.290,53
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	269.375.000	256.079.000	200.064.000	185.623.803,28
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	66.557.000	69.646.000	46.586.000	35.433.809,58
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	30.702.000	24.749.000	27.529.000	13.505.410,35
		Gesamtausgaben	374.210.600	358.853.700	280.989.300	241.698.313,74
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-318.078.600	-292.047.700	-158.983.300	-188.039.903,68

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Dieses Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zur Erfüllung der der Abteilung V – Frauen und Gleichstellung - der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung obliegenden Aufgaben, sofern diese nicht zentral bei Kapitel 1100 nachgewiesen werden.

Die Abteilung V – Frauen und Gleichstellung - gliedert sich wie folgt:

Rechts- und Grundsatzangelegenheiten der Frauen- und Gleichstellungspolitik
Frauen in der Arbeits- und Wirtschaftswelt, Strukturpolitik
Anti-Gewalt-Arbeit; Frauen in einer gesunden und sozialen Stadt
Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm (GPR); Öffentlichkeit; Digitalisierung

B. Gender Budgeting

Die für Frauen zuständige Fachabteilung setzt ausschließlich frauenspezifische Förderprogramme um. Die Erhebung der Daten wird den Zuwendungsempfangenden als Auflage im Zuwendungsbescheid aufgegeben bzw. ergibt sich bei den ESF-geförderten Projekten auch aus den lt. Förderbedingungen notwendigen Angaben im IT-Begleitsystem.

a) Geschlechtssensitive Daten liegen bei folgenden Titeln vor (jeweils beim Titel erläutert):

Titel	Verbale Bezeichnung
68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
68418	Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung
68447	Weiterförderung besonderer sozialer Projekte
68459	Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen
68500	Förderung der Frauen in Forschung und Lehre

b) Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
Absoluter Anteil	6	0	6	0	6	0
Relativer Anteil (in %)	100	0	100	0	100	0
Mitarbeitende						
Absoluter Anteil	38	0	32	0	34	0
Relativer Anteil (in %)	100	0	100	0	100	0

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Führungskräfte			
nach VZÄ weiblich:	71.902,52 €	Differenz	-71.902,52 €
nach VZÄ männlich:	0,00 €		

Exemplarisches durchschnittliches Jahreseinkommen 2022			
Mitarbeitende			
nach VZÄ weiblich:	62.341,41 €	Differenz	-62.341,41 €
nach VZÄ männlich:	0,00 €		

In der Abteilung Frauen sind im Jahr 2022 ausschließlich weibliche Dienstkräfte beschäftigt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wurde bislang bei Kapitel 0950 nachgewiesen.				
		Einnahmen				
11921	**235**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**350.000**	**350.000**	**350.000**	**767.995,68**
		Rückzahlungen einschließlich Zinsen aus nicht verbrauchten Zuwendungsmitteln, die im Zusammenhang mit den Titeln 68406, 68418, 68447, 68459 und 68492 stehen.				
11934	**253**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**135,07**
		Zinsen aus nichtverbrauchten ESF-Mitteln.				
11979	**235**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Einnahmen von weniger als 1.000 € je Entstehungsgrund.				
12401	**235**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**94.400**	**94.400**	**94.400**	**94.405,68**
		Erwartete Mieteinnahmen vom Verein „BORA e. V.“				
27292	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**1.429.000**	**1.429.000**	**1.429.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben beim Titel 68492.				
		Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) erhält Berlin Mittel nach dem Operationellen Programm der Förderperiode 2021-2027 (2029). Die Mittel werden von der EU aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.				
27295	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**319.000**	**2.391.123,03**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
		Gesamteinnahmen	**1.875.400**	**1.875.400**	**2.194.400**	**3.253.659,46**
		Prozentuale Veränderung	**-14,5 %**			
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**670.000**	**697.000**	**582.000**	**450.475,64**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.271.000**	**2.362.000**	**2.072.000**	**1.927.813,55**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**441.000**	**459.000**	**590.000**	**420.778,88**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**45.100**	**46.500**	**12.600**	**42.456,70**
52501	**235**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**	**1.100**	**25,00**
		Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeitenden der Abteilung Frauen und Gleichstellung, z. B. zum Datenschutz oder zur Barrierefreiheit.				
52703	**235**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**4.700**	**2.543,96**
		Notwendige Dienstreisen vor allem für Teilnahmen an Konferenzen und Fachtagungen nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes.				

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52906	**235**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**1.000**	**1.000**	**1.200**	**—**

Für Repräsentationsverpflichtungen (Arbeits- und Netzwerktreffen, Empfang von Delegationen).

53101	**235**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**5.000**	**5.000**	**328.000**	**6.045,69**

Herstellung, Ankauf und Verbreitung von analogen und digitalen Informationsmaterialien, Broschüren u. ä. zu frauenpolitisch aktuellen Themen unter Berücksichtigung des Gesetzes über die barrierefreie Informations- und Kommunikationstechnik Berlin (BIKTG Bln).

Öffentlichkeits- und Sensibilisierungskampagne zur Istanbul-Konvention/Anti-Gewalt-Kampagne sowie Öffentlichkeitsarbeit zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, welcher jährlich am 25. November stattfindet.

54010	**235**	**Dienstleistungen**	**1.072.000**	**1.072.000**	**1.087.000**	**682.931,47**
		Verpflichtungsermächtigung	**230.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**230.000**			

Nr.	Maßnahme	Ansatz 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2023 €
1	Assessment-Center im Rahmen von Stellenbesetzungsverfahren	1.000	1.000	1.000
2	Geschäftsbesorgungsvertrag mit einem Dienstleister (Zentraleinheit) zur Umsetzung der Förderprogramme - Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und Beratung von Frauen - Beratung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen, Existenzgründungskurse - Fraueninfrastrukturstellen - Hinführung von Mädchen und jungen Frauen zu MINT-Berufen - Landesprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur für Alleinerziehende	631.000	421.000	578.000
3	Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm (GPR): Durchführung von Studien, Erhebungen und Veranstaltungen, Weiterentwicklung der Kampagne „Leitbild Gleichstellung“ im Land Berlin einschließlich Dienstleistungsaufträgen im Rahmen des Gender Mainstreaming	150.000	150.000	75.000
4	Geschäftsbesorgungsvertrag mit einem Dienstleister für Prüfdienstleistungen	50.000	50.000	50.000
5	Dienstleistungsvertrag zur computergestützten Datenerfassung im Anti-Gewalt-Bereich	10.000	10.000	143.000
6	Umsetzung der Reservierungsquote bei landeseigenen Unternehmen	50.000	50.000	50.000
7	Beauftragung von Forschungsaufträgen/Monitoring und Evaluationen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und des Berliner Landesaktionsplans	180.000	390.000	190.000
	Summe	1.072.000	1.072.000	1.087.000

54053	**235**	**Veranstaltungen**	**75.000**	**75.000**	**100.000**	**60.636,84**

Durchführung von Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zu frauenpolitisch relevanten Themen, z.B. Frauenförderung in der Privatwirtschaft, Frauen im Handwerk, geschlechtergerechte Bezahlung (Equal Pay Day), Anti-Gewalt-Arbeit, Girls‘ Day und Boys‘ Day, Berliner Frauenpreis sowie Veranstaltungsformate zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

54079	**235**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.200**	**144,79**

Ausgaben z. B. für Gerichts- und ähnliche Kosten, Sitzungsgelder/Entschädigungen, Ausschreibungen/Bekanntmachungen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54692	**253**	**Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**			**1.429.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68123	**235**	**Ehrungen, Preise**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000,00**

Jährliche Verleihung des Frauenpreises an eine verdienstvolle Berliner Frau zum 8. März.

68406	**235**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**33.573.000**	**38.518.000**	**25.051.000**	**23.802.252,11**
		Verpflichtungsermächtigung	**35.000.000**	**25.000.000**		
		Davon fällig 2025	**35.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**25.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	23.381.000	-	-
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	-	-	-

	2024	2025
1) Schutzunterkünfte und spezialisierte Beratungs-, Interventions- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder und Koordinierungsstellen……	19.419.000 €	22.156.000 €
2) Niedrigschwellige Angebote für Frauen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte	2.400.000 €	2.400.000 €
3) Fachberatung und Schutzunterkünfte für von Menschenhandel betroffene Frauen……	743.000 €	743.000 €
4) Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Sexarbeitenden.....	579.000 €	579.000 €
5) Frauenzentren mit besonderer Zielsetzung, Frauenverbände, Empowerment-Projekte……...	3.407.000 €	3.407.000 €
6) Umsetzung Maßnahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention……...	4.825.000 €	6.963.000 €
7) Förderung von Koordinierungs- und Beratungsstellen im Rahmen des Landesprogramms zur Verbesserung der Infrastruktur für Alleinerziehende in allen Bezirken einschließlich jeweils übergeordneter Koordination	2.200.000 €	2.270.000 €
Gesamt:	**33.573.000 €**	**38.518.000 €**

Angaben zum Gender Budget

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	26.898	213	276.501	1167	358.218	778
Relativ	99 %	1 %	99,58 %	0,42 %	99,8 %	0,2 %
Ressourcen (in Tsd. €)	16.872,0		21.481,82	90,67	21.525,65	43,14

Zielgruppe:	Von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder, Frauen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, von Menschenhandel betroffene Frauen, Sexarbeitende, Frauen in anderen schwierigen Lebenssituationen
Zielsetzung:	Gewährung von Schutz, Unterstützung und Beratung und Empowerment
Steuerungsmaßnahmen:	Keine Steuerung erforderlich

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68418	**253**	**Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung**	**8.149.000**	**8.331.000**	**7.692.000**	**8.099.080,48**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.000.000	-	-
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	2.000.000	2.000.000	8.000.000

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für die Zuwendungsbescheide der ESF-kofinanzierten Projekte benötigt.

	2024	2025
1) Förderung der Beratung von Frauen zu Beruf, Bildung und Beschäftigung sowie der Fachstelle zur Beratung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mobile Bildungsberatung für geflüchtete Frauen.....	2.673.000 €	2.736.000 €
2) Förderung von Frauen unter spezifischen Aspekten, z.B. wegen besonderer Benachteiligungen am Arbeitsmarkt, auch durch Mehrfachdiskriminierung, Stärkung in bestimmten Berufsfeldern und bei der Art der Erwerbstätigkeit (insb. Selbstständigkeit), Förderung von Projekten aus dem ehemaligen Programm zur Stärkung der Fraueninfrastruktur (sog. FIS-Stellen)…….	3.476.000 €	3.595.000 €
3) Landesmittelanteil zur Finanzierung von ESF-Projekten des Instruments 1 (ESF-Kofinanzierung i.H.v. 40 % für die Förderperiode 2021-2027(2029)……..	2.000.000 €	2.000.000 €
Gesamt:	8.149.000 €	8.331.000 €

Die ESF-Mittel werden beim Titel 68492 (Förderperiode 2021-2027(2029)) nachgewiesen.

Angaben zum Gender Budget

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	37.416	0	24.546	929	21.077	2.482
Relativ	100 %	0 %	96,4 %	3,6 %	89,5 %	10,5 %
Ressourcen (in Tsd. €)	6.982,8	0	6.245,7	260,3	7.311,3	903,7

Zielgruppe:	Frauen mit Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt
Zielsetzung:	Verbesserung der Qualifikation und Erschließung neuer Berufs- und Beschäftigungsfelder, Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
Steuerungsmaßnahmen:	Keine Steuerung erforderlich

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68447	**235**	**Weiterförderung besonderer sozialer Projekte**	**610.000**	**624.000**	**639.000**	**610.075,45**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.248.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**624.000**			
		Davon fällig 2026	**624.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	599.000 €	-	-
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	-	-	-

Zuschüsse zur Weiterfinanzierung von Frauenselbsthilfeprojekten.

Angaben zum Gender Budget:

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	20.800	202	42.934	0	39.015	0
Relativ	99 %	1 %	100 %	0 %	100 %	0 %
Ressourcen (in Tsd. €)	377,6		570,82		578,46	

Zielgruppe:	Frauenselbsthilfeprojekte mit besonderer Zielrichtung
Zielsetzung:	Selbsthilfe, Unterstützung des Ehrenamts
Steuerungsmaßnahmen:	Keine Steuerung erforderlich

68459	**253**	**Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen**	**326.000**	**334.000**	**392.000**	**308.095,10**
		Verpflichtungsermächtigung	**60.000**	**60.000**		
		Davon fällig 2025	**60.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**60.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen werden benötigt, um für die Maßnahme „Girls Day Akademien“ schuljahresübergreifende Bescheide zu erlassen.

Orientierungsangebote für Mädchen für technische Berufe, insb. Jobwerkstatt Mädchen, Projekt Enter Technik, Girls`Day-Akademien sowie Koordinierungsstelle zum Girls`Day- und Boys`Day-Aktionstag.

Angaben zum Gender Budget:

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	3.810	0	6.468	1932	5.732	1.537
Relativ	100 %	0 %	77 %	23 %	78,9 %	21,1 %
Ressourcen (in Tsd. €)	279,1	0	231,0	69,0	309,7	82,3

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler, junge Frauen vor dem Berufseintritt
Zielsetzung:	Ermöglichung einer Berufswahl jenseits von Geschlechterklischees für Mädchen und Jungen, insb. Orientierungsangebote, die junge Frauen MINT-Berufe näherbringen
Steuerungsmaßnahmen:	Keine Steuerung erforderlich

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68492 (neu)	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**1.429.000**	**1.429.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.429.000**	**1.429.000**		
		Davon fällig 2025	**1.429.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.429.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	-	-	-
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)	1.429.000	1.429.000	5.716.000

Deckungsvermerk:
Die ESF-Ausgaben sind mit anderen ESF-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den ESF mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den ESF der Förderperiode 2021 – 2027 (2029) innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF dürfen nur geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen.

Hier werden ausschließlich die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) Förderperiode 2021- 2027 (2029) veranschlagt.

Zu den Ausführungen zum Gender Budget siehe Titel 68418.

68495	**253**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**319.000**	**2.450.935,15**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68500	**133**	**Förderung der Frauen in Forschung und Lehre**	**1.023.000**	**1.023.000**	**1.023.000**	**1.023.000,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.023.000	1.023.000	1.023.000
VE 2023 lt. DHH 22/23 (Jahresscheibe)			

Bereitstellung der Kofinanzierung für das „Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“.

Finanzierung des Programms:

Jährlicher Gesamtetat = 3.798.000 €, davon
Landesmittel der für Frauen und Gleichstellung zuständigen Senatsverwaltung ..... 1.023.000 €
Landesmittel der für Wissenschaft zuständigen Senatsverwaltung
(Kapitel 0910, Titel 68521) ..... 1.900.000 €
Beteiligung der Hochschulen ..... 875.000 €

Angaben zum Gender Budget:

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	W	M	W	M	W	M
Absolut	228	0	63	0	44	0
Relativ	100 %	0 %	100 %	0 %	100 %	0 %
Ressourcen (in T €)	1.023,0	0	1.023,0	0	1.023,0	0

Zielgruppe:	Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen an Berliner Hochschulen
Zielsetzung:	Erhöhung des Frauenanteils an den Professuren und Führungspositionen in den Hochschulen, Verankerung von Gender in Forschung und Lehre
Steuerungsmaßnahmen:	Keine Steuerung erforderlich

Gesamtausgaben	**49.698.100**	**54.984.500**	**41.329.800**	**39.892.290,81**
Prozentuale Veränderung	**20,2 %**	**10,6 %**		

Abschluss Kapitel 1180

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**446.400**	**446.400**	**446.400**	**862.536,43**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.429.000**	**1.429.000**	**1.748.000**	**2.391.123,03**
	Gesamteinnahmen	**1.875.400**	**1.875.400**	**2.194.400**	**3.253.659,46**
411-462	**Personalausgaben**	**3.427.100**	**3.564.500**	**3.256.600**	**2.841.524,77**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.156.000**	**1.156.000**	**2.952.200**	**752.327,75**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**45.115.000**	**50.264.000**	**35.121.000**	**36.298.438,29**
	Gesamtausgaben	**49.698.100**	**54.984.500**	**41.329.800**	**39.892.290,81**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-47.822.700**	**-53.109.100**	**-39.135.400**	**-36.638.631,35**

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000984 Politikfeldbezogene Frauen- und Gleichstellungspolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	1.398.518	1.454.629	-3,86
Kostenträger	8	Sachkosten	100.393	541.866	-81,47
davon		Transferkosten	25.408.653	28.974.861	-12,31
Produkte	4	Verrechnungskosten	8.637	9.117	-5,26
MGF	4	kalkulatorische Kosten	62.583	57.990	+7,92
Projekte	0	Gemeinkosten	8.819.869	3.886.523	+126,93
		Summe Verwaltungskosten	35.798.654	34.924.987	+2,50
		Transfers	1.440.474	3.616.572	-60,17
		Gesamtsumme	37.239.128	38.541.559	-3,38

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004664	2022	18.660.745	11.880	18.672.626
Erhöhung der Integrität, Sicherheit und Mobilität von Frauen in der öffentlichen Sphäre und im sozialen Nahraum	2021	18.180.751	5.985	18.186.737

Mit dem Beitritt zur Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt) und deren Ratifizierung am 12.10.2017 ist Deutschland die Verpflichtung zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt eingegangen. Das Land Berlin ist damit gefordert, das bestehende Hilfesystem für von Gewalt und häuslicher Gewalt betroffener Frauen zu analysieren und zu überprüfen, ob die Anforderungen der Konvention erfüllt werden. Ziel muss es sein, bedarfsgerechte Angebote für alle von Gewalt und häuslicher Gewalt betroffene Frauen im Sinn der Istanbul Konvention vorzuhalten.

Mit Stichtag vom 19.04.2023 werden 7 Frauenhäuser mit insgesamt 422 Plätzen für rund 165 Frauen und rund 257 Kinder über Zuwendungsmittel gefördert. In 2022 wurde ein Frauenhaus mit rund 32 neuen Schutzplätzen in Betrieb genommen.

Bedingt durch die Corona Pandemie wurden zusätzliche, teilweise temporäre Schutzplätze eingerichtet inkl. der dafür notwendigen Personalressourcen und Sachkosten sowie die Beratungs- und Interventionsstellen und die 24/7 Hotline verstärkt. Bei nahezu allen Beratungsprojekten wurde in 2021 die Onlineberatung ausgebaut.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77946	2022	17.752.306	11.880	17.764.186
Förderprogramme im Anti-Gewalt-Bereich	2021	16.063.266	5.985	16.069.252

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Nutzerinnen	3.312	3.318
Kosten je ME in €	5.360,00	4.841,25
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	47,70	41,69
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	17.420.949,38	14.864.048,24
IST - Erträge in €	94.415,56	97.981,39
Kostendeckungsgrad in %	0,53	0,61

Förder- und Schutzmaßnahmen für die Gewalt und Menschenhandel betroffene und bedrohte Frauen

Fachspezifische Informationen

Förder- und Schutzmaßnahmen für von Gewalt und Menschenhandel betroffene Frauen und deren Kinder
Der Kostenträger beinhaltet Zuwendungen (Transfers) für Projekte z. B.

- Frauenhäuser
- Zufluchtswohnungen
- Zweite-Stufe-Wohnungen (Wohnen nach dem Frauenhaus)
- Wohnungsvermittlung für Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder
- Interventions- und Fachberatungsstellen mit besonderer Zielsetzung im Anti-Gewalt-Bereich
- 24/7 Hotline
- besondere Schutz- und Beratungsangebote für Frauen mit Flucht- und Migrationserfahrungen

Die Nutzerinnen werden grundsätzlich von den Trägern/Projekten erfasst und der Fachverwaltung im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung jährlich mitgeteilt.

Aufgrund der in der Pandemie geltenden Abstands- und Hygieneregeln mussten die Beratungsleistungen der Projekte teilweise eingeschränkt und die Belegungszahlen in einzelnen Frauenhäusern reduziert werden.
Die Kosten korrespondieren mit Teilansätzen beim Kapitel 0950, Titel 68406 A und B

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004666	2022	7.395.159	0	7.395.159
Verbesserung der Situation von Frauen in besonderen Konflikt- und Lebenslagen	2021	7.092.142	0	7.092.142

Zielgruppe: Frauen in besonders schwierigen Konflikt- und Lebenslagen (z.B. bei Trennung/Scheidung, Behinderung, sexuelle Orientierung, Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund, -, ältere Frauen und weitere vulnerable Gruppen)).
Über Projektförderungen bei unterschiedlichen Trägern erhalten Frauen Informationen, Beratung (auch muttersprachlich) und Unterstützung in unterschiedlichen Lebensbereichen z. B. Wohnen, materielle Sicherheit, Alter, Gesundheit, Kultur und weiteres.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77954	2022	7.121.244	0	7.121.244
Sozialkulturelle Förderprogramme	2021	6.484.497	0	6.484.497

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Nutzerinnen	23.088	23.124
Kosten je ME in €	308,44	280,42
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	19,12	16,82
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	6.991.378,18	6.178.232,19
IST - Erträge in €	8.761,71	9.208,75
Kostendeckungsgrad in %	0,12	0,14

Soziokulturelle Förderprogramme zur Verbesserung der Situation von Frauen in besonderen Konflikt- und Lebenslagen.

Fachspezifische Informationen

Bei den Verwaltungskosten handelt es sich überwiegend um Kostenerstattungen an Träger bzw. deren Projekte.
Der Kostenträger beinhaltet Zuwendungen (Transferkosten) für besondere Beratungs- und Programmangebote.
Geförderte Projekte sind u. a.:

- Frauenzentren und Frauenläden wie Paula Panke e. V., TIO e. V. und das Frauenzentrum Kreuzberg e. V.
- Beraberce e. V.
- Xochicuicatl e. V.
- Netzwerk behinderter Frauen e. V.
- Alpha Nova weibliche Visionen in Kultur, Politik und Kunst e. V.

Die Anzahl der Nutzerinnen wird von den Trägern / Projekten erfasst und der Fachverwaltung im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung jährlich mitgeteilt.
Die Kosten korrespondieren mit Teilansätzen beim Kapitel 0950, Titel 68406 A und C sowie dem Ansatz des Titel 68447.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001038 Politikfeldübergreifende Frauen-und Gleichstellungspolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	870.875	814.627	+6,90
Kostenträger	6	Sachkosten	31.042	140.412	-77,89
davon		Transferkosten	0	2.700	-100,00
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	6	kalkulatorische Kosten	99.440	65.466	+51,90
Projekte	0	Gemeinkosten	712.620	1.005.431	-29,12
		Summe Verwaltungskosten	1.713.977	2.028.636	-15,51
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	1.713.977	2.028.636	-15,51

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005186	2022	1.713.977	0	1.713.977
Weiterentwicklung und Koordinierung der Gleichstellungspolitik im Land Berlin	2021	2.028.636	0	2.028.636

Sicherung und Weiterentwicklung der Chancengleichheit in allen Rechtsgebieten und Lebensbereichen. Es werden vor allem gleichstellungsrechtliche Grundsatzpositionen erarbeitet und auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene abgestimmt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77934	2022	235.123	0	235.123
Politikfeldübergreifende Informations- und Aufklärungsarbeit (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	316.513	0	316.513

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	13,72	15,60
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	2.700,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Allgemeine Aufklärungs- und Informationsschriften, Durchführung von Veranstaltungen, Kongressen, Aktionen und Beteiligung an den Aktivitäten Dritter

Fachspezifische Informationen

Hier werden die Kosten z. B. für die Vergabe des Frauenpreises, den LGG-Jahrestag, der im Jahr 2021 digital stattfand, die Durchführung des Girls Day / Boys Day, Veranstaltungen zum Internationalen Anti-Gewalt Tag (jährlich am 25.11.) sowie die Kampagne „Gleichstellung gewinnt“, die ab Ende 2021 als Unternehmensnetzwerk weitergeführt wurde, abgebildet.

Die Kosten korrespondieren mit Teilansätzen beim Kapitel 0950, Titel 53101, 54010, 54053 und 68123.

Die für das Jahr 2021 angegebenen Transferkosten in den Verwaltungskosten beruhen auf einer falschen Auswahl der Kostenart, der Kostenträger ist richtig. Die Summe hätte in die Sachkosten gebucht werden müssen. Die tatsächlichen Transferkosten in den Verwaltungskosten betragen bei diesem Kostenträger in den Jahren 2021 u. 2022 jeweils 0 Euro.
An den Kosten auf dem Kostenträger ändert sich nichts.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77937	2022	408.470	0	408.470
Landesgleichstellungsgesetz und LGG-Bericht (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	401.388	0	401.388

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	23,83	19,79
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Beratungen und Beanstandungen gemäß § 18, Abs. 2 LGG, Erstellen des LGG-Berichts, Erarbeitung frauen- und gleichstellungspolitischer Grundsatzpositionen, Bearbeitung von Anfragen Dritter, Leitungsvorbereitungen, Erarbeitung von Konzeptionen für Veranstaltungen und Veröffentlichungen und Teilnahme an Veranstaltungen Dritter

Fachspezifische Informationen

Arbeitsschwerpunkte waren die Evaluierung der Umsetzung der Ausführungsvorschriften zum Landesgleichstellungsgesetz und die Erarbeitung des 15. Berichts zum Landesgleichstellungsgesetz einschließlich Gremienbericht und Ausführungen zur Umsetzung der Leistungsgewährungsverordnung sowie Zuarbeiten zum Gleichstellungsatlas des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Frauen und Gleichstellung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77940	2022	660.464	0	660.464
Sicherung und Weiterentwicklung der allgemeinen und rechtlichen Grundlagen der Chancengleichheit (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	766.446	0	766.446

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	38,53	37,78
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Erarbeitung frauen- und gleichstellungspolitischer Grundsatzpositionen, Bearbeitung von Beanstandungen, Bearbeitung von Anfragen Dritter, Leitungsvorbereitungen, Information und Beratung, Erarbeitung von Konzeptionen für Veranstaltungen und Veröffentlichungen und Teilnahme an Veranstaltungen Dritter

Fachspezifische Informationen

Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Erarbeitung von Anträgen und Voten für die jährlich stattfindende Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz (GFMK).

Sozialleistungen (Kriegsopferfürsorge) mit einem Bundesanteil von 80 v. H.

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Bisher wurden die Leistungen der Kriegsopferfürsorge (Bundesversorgungsgesetz) im Kapitel 1192 etatisiert und abgebildet. Mit Inkrafttreten des SGB XIV zum 01.01.2024 regelt dieses die soziale Entschädigung neu und ersetzt das Bundesversorgungsgesetz. Das SGB XIV wird ab dem Doppelhaushalt 2024/2025 im Kapitel 1164 abgebildet und die Mittel sind dort zukünftig etatisiert. Aus diesem Grund fällt ab dem Doppelhaushalt 2024/2025 das Kapitel 1192 weg.

Sozialleistungen (Kriegsopferfürsorge) mit einem Bundesanteil von 80 v. H.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
23124	**241**	**Anteil des Bundes an den Ausgaben für die Kriegsopferfürsorge**			**3.054.000**	**2.556.863,18**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
23601	**241**	**Ersatz von Ausgaben durch Sozialversicherungsträger**			**135.000**	**88.321,21**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
28128	**241**	**Ersatz von Kriegsopferfürsorge**			**156.000**	**142.629,05**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
		Gesamteinnahmen			**3.345.000**	**2.787.813,44**
		Prozentuale Veränderung	**-100,0 %**			
		Ausgaben				
63104	**241**	**Anteil des Bundes an den Einnahmen (Kriegsopferfürsorge)**			**286.000**	**185.339,09**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67128	**241**	**Nichtstationäre Krankenhilfe nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**5.500**	**6.171,77**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67163	**241**	**Erholungsfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**12.800**	**5.454,06**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67164	**241**	**Stationäre Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**96.100**	**63.369,67**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67165	**241**	**Stationäre Krankenhilfe nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67166	**241**	**Eingliederungshilfe in Einrichtungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**1.916.000**	**1.601.219,89**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67167	**241**	**Eingliederungshilfe außerhalb von Einrichtungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**149.000**	**182.081,23**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67170	**241**	**Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**13.500**	**69.596,28**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67171	**241**	**Hilfe zur Weiterführung des Haushalts nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**3.600**	**1.136,15**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
67175	**241**	**Altenhilfe nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**60.000**	**70.252,87**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				

Sozialleistungen (Kriegsopferfürsorge) mit einem Bundesanteil von 80 v. H.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68155	**241**	**Sonstige laufende Beihilfen nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**319.000**	**431.201,85**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68160	**241**	**Sonstige einmalige Beihilfen nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**18.000**	**7.724,40**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68166	**241**	**Blindenhilfe nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**21.000**	**15.692,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68468	**241**	**Arbeitsförderungsgeld für Werkstätten für behinderte Menschen nach § 43 SGB IX**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68632	**241**	**Zuschüsse zur häuslichen Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**368.000**	**269.850,66**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68633	**241**	**Zuschüsse zur stationären Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz**			**828.000**	**438.338,30**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
		Gesamtausgaben			**4.098.500**	**3.347.428,22**
		Prozentuale Veränderung	**-100,0 %**			

Abschluss Kapitel 1192

211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**			**3.345.000**	**2.787.813,44**
	Gesamteinnahmen			**3.345.000**	**2.787.813,44**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**			**4.098.500**	**3.347.428,22**
	Gesamtausgaben			**4.098.500**	**3.347.428,22**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)			**-753.500**	**-559.614,78**

**Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung**

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -,
Kapitel 1160 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Leitung der Behörde und Service -,
Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - Leitung der Behörde und Service -

Die in den vorgenannten Kapiteln im Titel 42801 unter der Zwischenüberschrift „Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs“ ausgewiesenen Stellen dürfen ausschließlich mit ehemaligen Auszubildenden oder ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten besetzt werden, die dauerhaft in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden und zum Zeitpunkt ihrer Einstellung nicht sofort auf freien Stellen untergebracht werden können. Die unter dieser Zwischenüberschrift etatisierten Stellen entfallen bei Unterbringung der Dienstkräfte auf freie Stellen.

Kapitel 1109 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Personalüberhang -

Alle Stellen des Kapitels tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Das Kapitel wurde infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung neu eingerichtet. In ihm werden die bislang im Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung - (Landesantidiskriminierungsstelle) - geführten Stellen nachgewiesen. Eine Ausnahme hiervon bilden die fremdfinanzierten Stellen, die erstmalig im Stellenplan ausgewiesen werden (Titel 42890 – Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen).

Kapitel 1167 – Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Das Kapitel wurde aufgrund der Teilung der Abteilung I - Gesundheit - (Kapitel 1162) in die Abteilung I - Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen - (neu Kapitel 1167) und Abteilung IV - Gesundheits- und Verbraucherschutz - (weiterhin Kapitel 1162) neu eingerichtet. Die Notwendigkeit der Aufteilung des Kapitels 1162 hat sich aufgrund von organisatorischen Änderungen und der Erweiterung von Aufgaben ergeben beziehungsweise um Synergieeffekte im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe zu optimieren. Die Bereiche der nichtakademischen Gesundheitsfachberufe und des Pflegeausbildungsfonds im Landesamt für Gesundheit und Soziales wurden zusammengeführt und die Geschäftsstelle der Ethik-Kommission des Landes Berlin ebenfalls in die Abteilung IV verlagert.

Kapitel 1180 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung -

Das Kapitel wurde infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung neu eingerichtet. In ihm werden die bislang im Kapitel 0950 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Frauen und Gleichstellung - geführten Stellen nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Senator/in	SEN1	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0605 Amtsgehalt in Höhe von 100 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	3,000		3,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		10,000		10,000		7,000	
Service							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	0,000		0,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	2,000		2,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,650		2,650		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	9,000		9,000		7,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	17,000		17,000		16,000	
Amtsrätin/-rat	A12	20,500		21,500		17,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	17,000		19,000		13,750	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		1,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,200		1,200		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	0,250		0,250		0,000	
Zwischensumme:		78,600		81,600		66,750	

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,800		0,800		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,900		0,900		0,900	
Zwischensumme:		2,700		2,700		1,900	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsdirektor/in	A15	0,350		0,350		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,200		0,200		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,100		0,100		0,100	
Zwischensumme:		0,650		0,650		0,100	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,750		0,750		0,000	
Zwischensumme:		0,750		0,750		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		92,700		95,700		75,750	
Summe:		92,700		95,700		75,750	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Landesbeauftragte/r	AT1	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	5,000		5,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000	1,000 *(2128)*	3,000	1,000 *(2128)*	4,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,500	1,500 *(0540)*	2,500	1,500 *(0540)*	2,500	1,500 *(0540)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	9,000		9,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		5,000	
Zwischensumme:		24,500		24,500		19,500	
Service							
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,100		1,100		3,000	

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Service							
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,500		0,500		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,750		0,750		0,750	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		2,500	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E2	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		16,350		16,350		18,250	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,900		0,900		1,900	
Zwischensumme:		0,900		0,900		1,900	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,100		0,100		0,100	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,100		1,100		1,100	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		0,500	
Zwischensumme:		0,000		0,000		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		46,850		46,850		45,250	
Summe:		46,850		46,850		45,250	

Stellenvermerke

0540 Stelle ist für die Geschäftsstelle des Landesbeirates für Menschen mit Behinderung vorgesehen.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		0,500	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,500	

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		3,500		3,500		3,000	
Summe:		3,500		3,500		3,000	

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		2,000	
Summe:		1,000		1,000		2,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E2	1,000		1,000		1,000	
Altenpfleger/in	KR7	1,000		1,000		1,000	
Erzieher/in	S8A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		4,500		4,500		8,500	
Teilsumme (Teilplan A):		5,500		5,500		8,500	
Summe:		5,500		5,500		8,500	

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	3,000		3,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	5,000		5,000		5,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000		4,000		3,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	5,000		5,000		4,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		23,000		23,000		20,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		24,000		24,000		21,000	
Summe:		24,000		24,000		21,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	17,750		18,750		16,750	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		32,750		33,750		35,750	
Teilsumme (Teilplan A):		32,750		33,750		35,750	
Summe:		32,750		33,750		35,750	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		1,000	
Summe:		0,000		0,000		1,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

42890 Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk (ohne Übernahmeverpflichtung)

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0072)*	1,000	1,000 *(0072)*	1,000	1,000 *(0072)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000	3,000 *(0072)*	3,000	3,000 *(0072)*	3,000	3,000 *(0072)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		4,000	4,000 *(0072)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000	3,000 *(0072)*	3,000	3,000 *(0072)*	2,000	2,000 *(0072)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000	2,000 *(0072)*	2,000	2,000 *(0072)*	2,000	2,000 *(0072)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0072)*
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0072)*
Zwischensumme:		9,000		9,000		14,000	
Teilsumme (Teilplan A):		9,000		9,000		14,000	
Summe:		9,000		9,000		14,000	

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke

noch Titel 42890

Stellenvermerke

0072 Stelle fällt mit Beendigung der Fremdfinanzierung weg.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	3,000		3,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	3,000	2,000 *(2106)*	3,000	2,000 *(2106)*	0,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		7,000		0,000	
Summe:		7,000		7,000		0,000	

Stellenvermerke

2106 Stelle darf auch mit einer Dienstkraft der Laufbahnen "Rechtspfleger" oder "gehobener Verwaltungsdienst an Vollzugsanstalten" besetzt werden.

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	16,000	1,000 *(2128)*	17,000	1,000 *(2128)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		27,000		28,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		27,000		28,000		0,000	
Summe:		27,000		28,000		0,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

1130
2024/2025

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		0,000	
Summe:		3,000		3,000		0,000	
42890 Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk (ohne Übernahmeverpflichtung)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0072)*	1,000	1,000 *(0072)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000	1,000 *(0072)*	1,000	1,000 *(0072)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000	1,000 *(0072)*	1,000	1,000 *(0072)*	0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		0,000	
Summe:		3,000		3,000		0,000	

Stellenvermerke

0072 Stelle fällt mit Beendigung der Fremdfinanzierung weg.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Arbeit und Berufliche Bildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		1,000	
Leitende(r) Arbeitsschutzdirektor/in	A16	2,000		2,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	A16	2,000		2,000		3,000	
Arbeitsschutzdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Medizinaldirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Pharmaziedirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	7,000		7,000		5,000	
Oberarbeitsschutzrätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	14,000		14,000		15,000	
Arbeitsschutzrätin/-rat	A13	1,900		1,900		0,900	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Arbeitsschutzoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	6,000		7,000		4,000	
Arbeitsschutzamtsrätin/-rat	A12	3,000		4,000		2,000	
Arbeitsschutzamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		3,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		3,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	6,000		6,000		7,000	
Amtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		64,900		66,900		62,900	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Arbeitsschutzrätin/-rat	A13	0,100		0,100		0,100	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,100		1,100		1,100	
Teilsumme (Teilplan A):		66,000		68,000		64,000	
Summe:		66,000		68,000		64,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	6,000	2,000 *(0539)*	6,000	2,000 *(0539)*	6,000	2,000 *(0539)*

1140
2024/2025

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Arbeit und Berufliche Bildung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	7,000	1,000 *(0539)* 1,000 *(2128)*	7,000	1,000 *(0539)* 1,000 *(2128)*	5,000	1,000 *(0539)* 1,000 *(2128)*
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	9,000	2,000 *(0539)*	9,000	2,000 *(0539)*	8,000	2,000 *(0539)*
Tarifbeschäftigte/r	E10	6,000	2,000 *(0539)*	6,000	2,000 *(0539)*	5,000	2,000 *(0539)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,950		2,950		5,950	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		44,950		44,950		44,950	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,050		0,050		0,050	
Zwischensumme:		0,050		0,050		0,050	
Teilsumme (Teilplan A):		45,000		45,000		45,000	
Summe:		45,000		45,000		45,000	

Stellenvermerke

0539 Stelle ist für die Umsetzung des Solidarischen Grundeinkommens (SGE) vorgesehen.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizoberrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		3,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	5,000		5,000		4,000	
Justizoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		2,000	
Justizamtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	7,000		7,000		7,000	
Justizobersekretär/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	1,000	1,000 *(0327)*	1,000	1,000 *(0327)*	1,000	1,000 *(0327)*
Zwischensumme:		21,000		21,000		20,000	
Teilsumme (Teilplan A):		21,000		21,000		20,000	
Summe:		21,000		21,000		20,000	

Stellenvermerke

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Landesarbeitsgerichts	R8	1,000		1,000		1,000	
Vizepräsident/in des Landesarbeitsgerichts	R4	1,000		1,000		1,000	
Vorsitzende(r) Richter/in am Landesarbeitsgericht	R3	22,000		22,000		23,000	
Zwischensumme:		24,000		24,000		25,000	
Teilsumme (Teilplan A):		24,000		24,000		25,000	
Summe:		24,000		24,000		25,000	
42231 Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)							
Teilplan A							
Justizamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	16,000		16,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		14,000	
Zwischensumme:		21,000		21,000		20,000	
Teilsumme (Teilplan A):		21,000		21,000		20,000	
Summe:		21,000		21,000		20,000	

Arbeitsgericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Justizoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Justizamtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		3,000	
Justizamtfrau/-mann	A11	6,000		6,000		5,000	
Justizoberinspektor/in	A10	7,000		7,000		7,000	
Justizinspektor/in	A9	4,000		4,000		4,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Justizamtsinspektor/in	A9S	6,000		6,000		5,000	
Justizhauptsekretär/in	A8	5,000		5,000		5,000	
Justizobersekretär/in	A7	19,000		19,000		19,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	2,000		2,000		2,000	
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A6S	2,000	2,000 *(0327)*	2,000	2,000 *(0327)*	2,000	2,000 *(0327)*
Erste(r) Justizhauptwacht-meister/in	A5	5,000	5,000 *(0328)*	5,000	5,000 *(0328)*	5,000	5,000 *(0328)*
Zwischensumme:		62,000		62,000		60,000	
Teilsumme (Teilplan A):		62,000		62,000		60,000	
Summe:		62,000		62,000		60,000	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0327 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 6 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0328 Amtszulage nach Fußnote 6 zur BesGr. A 5 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

42202 Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen							
Teilplan A							
Präsident/in des Arbeitsgerichts	R4	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Arbeitsgericht	R2	3,000	3,000 *(0520)*	3,000	3,000 *(0520)*	3,000	3,000 *(0520)*
Vizepräsident/in des Arbeitsgerichts	R2	1,000		1,000		1,000	
Richter/in am Arbeitsgericht	R1	42,000		42,000		44,000	
Zwischensumme:		47,000		47,000		49,000	
Teilsumme (Teilplan A):		47,000		47,000		49,000	
Summe:		47,000		47,000		49,000	

Stellenvermerke

0520 Als weitere(r) aufsichtführende(r) Richter/in

Arbeitsgericht

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		0,350	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	59,000		59,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000	1,000 *(2128)*	3,000	1,000 *(2128)*	8,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		54,500	
Tarifbeschäftigte/r	E5	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,500		1,500		2,000	
Zwischensumme:		74,500		74,500		74,850	
Teilsumme (Teilplan A):		74,500		74,500		74,850	
Summe:		74,500		74,500		74,850	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesamt für Arbeitschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Direktor/in des Landesamtes für Arbeits-/Gesundheitsschutz	B2	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Arbeitsschutzdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Arbeitsschutzdirektor/in	A15	5,000		5,000		5,000	
Medizinaldirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberarbeitsschutzrätin/-rat	A14	13,000	2,000 *(0708)*	13,000	2,000 *(0708)*	13,000	2,000 *(0708)*
Obermedizinalrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Arbeitsschutzrätin/-rat	A13	11,000	1,000 *(0511)*	11,000	1,000 *(0511)*	10,000	1,000 *(0511)*
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Arbeitsschutzoberamtsrätin/rat mit Amtszulage	A13Z	2,000	2,000 *(0323)*	2,000	2,000 *(0323)*	2,000	2,000 *(0323)*
Arbeitsschutzoberamtsrätin/-rat	A13S	10,000	2,000 *(0708)*	10,000	2,000 *(0708)*	10,900	2,000 *(0708)*
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	6,000	1,000 *(0708)*	6,000	1,000 *(0708)*	3,000	
Arbeitsschutzamtsrätin/-rat	A12	33,000	1,000 *(0511)* 2,000 *(0708)*	33,000	1,000 *(0511)* 2,000 *(0708)*	38,000	1,000 *(0511)* 3,000 *(0708)*
Arbeitsschutzamtfrau/-mann	A11	34,000	1,000 *(0511)* 2,000 *(0708)*	34,000	1,000 *(0511)* 2,000 *(0708)*	34,000	1,000 *(0511)* 3,000 *(0708)*
Regierungsamtfrau/-mann	A11	6,000	1,000 *(0708)*	6,000	1,000 *(0708)*	6,100	
Arbeitsschutzoberinspektor/in	A10	15,500	1,500 *(0511)* 2,000 *(0708)*	15,500	1,500 *(0511)* 2,000 *(0708)*	15,500	1,500 *(0511)* 2,000 *(0708)*
Regierungsoberinspektor/in	A10	11,000		11,000		9,000	
Regierungsinspektor/in	A9	0,000		0,000		3,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		159,500		159,500		161,500	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,900		1,900		1,900	
Arbeitsschutzoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,900		2,900		2,900	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Arbeitsschutzoberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		0,100	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,100		0,100		0,000	
Zwischensumme:		0,100		0,100		0,100	

Landesamt für Arbeitschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Arbeitsschutzamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		164,500		164,500		165,500	
Summe:		164,500		164,500		165,500	

Stellenvermerke

0323 Amtszulage nach Fußnote 11 zur BesGr. A 13 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

0511 Stelle ist für die Wahrnehmung der Aufgaben der Marktüberwachung nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) sowie dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG) vorgesehen.

0708 Stelle ohne Betrag, bis zur Besetzung im Rahmen des neuen Arbeitsschutzkontrollgesetzes.

42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter

Teilplan A							
Arbeitsschutzreferendar/in	V13	8,000		8,000		15,000	3,000 *(0708)*
Arbeitsschutzoberinspektor-anwärter/in	V10	18,000		18,000		58,000	25,000 *(0708)*
Zwischensumme:		26,000		26,000		73,000	
Teilsumme (Teilplan A):		26,000		26,000		73,000	
Summe:		26,000		26,000		73,000	

Stellenvermerke

0708 Stelle ohne Betrag, bis zur Besetzung im Rahmen des neuen Arbeitsschutzkontrollgesetzes.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Fachärztin/Facharzt	E15	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	14,100		14,100		14,100	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,900	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		36,100		36,100		37,000	

Landesamt für Arbeitschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,400		0,400		0,400	
Zwischensumme:		0,400		0,400		0,400	
Teilsumme (Teilplan A):		37,000		37,000		37,900	
Summe:		37,000		37,000		37,900	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Entgelte der Trainees							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	7,000		7,000		0,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	40,000		40,000		0,000	
Zwischensumme:		47,000		47,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		47,000		47,000		0,000	
Summe:		47,000		47,000		0,000	

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
- Soziales -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	4,000		4,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	5,000		5,000		9,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	15,800		16,800		10,800	
Regierungsrätin/-rat	A13	12,000		12,000		13,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	13,000		13,000		14,000	
Amtsrätin/-rat	A12	11,750		11,750		11,750	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	11,000		11,000		10,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,500		3,500		3,500	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		80,050		81,050		78,050	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		6,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	13,000		13,000		13,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		2,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		27,000		27,000		27,000	
Teilsumme (Teilplan A):		107,050		108,050		105,050	
Summe:		107,050		108,050		105,050	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	7,000		7,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	8,000		9,000		4,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	12,450		12,450		13,450	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		1,000	

1150
2024/2025

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Soziales -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E11	10,300		10,300		10,300	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,300		2,300		2,300	
Zwischensumme:		46,050		47,050		44,050	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,500		3,500		3,500	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		8,500		8,500		8,500	
Teilsumme (Teilplan A):		54,550		55,550		52,550	
Summe:		54,550		55,550		52,550	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Präsident/in des LAGeSo	B4	1,000		1,000		1,000	1,000 *(1733)*
Oberveterinärrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		6,000		6,000		6,000	
Service							
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		1,000	
Medizinaldirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,500		2,500		3,500	
Oberfachverwaltungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,750		2,750		3,750	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	14,000		14,000		16,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	17,810		17,810		18,810	
Regierungsoberinspektor/in	A10	7,500		7,500		15,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		56,560		56,560		69,060	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		63,560		63,560		76,060	
Summe:		63,560		63,560		76,060	

Stellenvermerke

1733 Die Wertigkeit der Stelle richtet sich nach der Anlage I zum Landesbesoldungsgesetz.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		7,000	
Service							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Ärztin/Arzt	E14	0,500	0,500 *(0101)*	0,500	0,500 *(0101)*	0,500	0,500 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	8,000		8,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	19,250	2,500 *(0101)*	19,250	2,500 *(0101)*	25,250	2,500 *(0101)*
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	3,000		3,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	18,250		19,250		16,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,750		5,750		16,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		2,750	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E4	14,800	2,000 *(2128)*	15,800	2,000 *(2128)*	7,550	2,750 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E3	0,000		0,000		11,000	
Zwischensumme:		80,550		82,550		97,050	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	4,000		4,000		4,000	
Zwischensumme:		6,000		6,000		6,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Leitung der Behörde und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		96,550		98,550		112,050	
Summe:		96,550		98,550		112,050	

Stellenvermerke

0101 Stelle/Beschäftigungsposition ist gesperrt.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Geschäftsstelle der Beschäftigtenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		3,000	
Summe:		3,000		3,000		3,000	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		2,000	
Leitende(r) Medizinaldirektor/in	A16	0,000		0,000		2,000	
Leitende(r) Pharmaziedirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	0,000		0,000		1,000	
Medizinaldirektor/in	A15	1,000		1,000		4,000	
Pharmaziedirektor/in	A15	4,000		4,000		4,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Veterinärdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberarbeitsschutzrätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Oberfachverwaltungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		2,000	
Obermedizinalrätin/-rat	A14	0,000		0,000		0,500	
Oberpharmazierätin/-rat	A14	21,500		21,500		21,500	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000	1,000 *(0537)*	1,000	1,000 *(0537)*	1,000	1,000 *(0537)*
Oberveterinärrätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	5,000		5,000		5,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	3,000	1,000 *(0537)*	3,000	1,000 *(0537)*	3,000	1,000 *(0537)*
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	7,000	1,000 *(0537)*	7,000	1,000 *(0537)*	6,000	1,000 *(0537)*
Arbeitsschutzamtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	14,000	3,000 *(0537)* 1,000 *(0543)*	15,000	3,000 *(0537)* 2,000 *(0543)*	14,000	3,000 *(0537)*
Arbeitsschutzoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		3,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	7,000		7,000		6,000	
Regierungsinspektor/in	A9	4,000		4,000		4,000	
Amtsinspektor/in	A9S	2,000		2,000		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		2,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		86,500		87,500		95,000	
Zentrale Medizinische Gutachtenstelle (ZMGA)							
Medizinaldirektor/in	A15	0,000		0,000		2,000	
Obermedizinalrätin/-rat	A14	0,000		0,000		5,500	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		9,500	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		86,500		87,500		106,500	
Summe:		86,500		87,500		106,500	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201							
Stellenvermerke							
0537 Stelle darf nur für Aufgaben der Öko-Kontrolle verwendet werden.							
0543 Stelle darf nur für Aufgaben der Anerkennung ausländischer Ausbildungen verwendet werden.							
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	2,000		2,000		2,000	
Fachärztin/Facharzt	E15	2,000		2,000		22,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		7,000	
Apothekerin/Apotheker	E14	7,000		7,000		7,000	
Ärztin/Arzt	E14	2,500		2,500		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	12,000	3,000 *(0536)* 2,000 *(0544)*	12,000	3,000 *(0536)* 2,000 *(0544)*	16,000	3,000 *(0536)*
Tierärztin/Tierarzt	E14	7,000	4,000 *(0535)*	7,000	4,000 *(0535)*	7,000	4,000 *(0535)*
Zahnärztin/Zahnarzt	E14	0,000		0,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		5,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	4,000		4,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	21,000	1,000 *(0543)*	24,000	2,000 *(0543)* 2,000 *(0544)*	23,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	0,000		0,000		6,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		6,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	18,000		18,000		21,750	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	0,000		0,000		1,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	22,000		22,000		22,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E8	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000	1,000 *(0542)*	4,000	1,000 *(0542)*	8,000	1,000 *(0542)*
Medizinische/r Fachangestellte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		15,400	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	0,750 *(2128)*
Zwischensumme:		122,500		125,500		194,650	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Gesundheits- und Verbraucherschutz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Zentrale Medizinische Gutachtenstelle (ZMGA)							
Fachärztin/Facharzt	E15	0,000		0,000		19,750	
Ärztin/Arzt	E14	0,000		0,000		5,250	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		3,000	
Medizinische/r Fachangestellte/r	E6	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		25,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		55,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	0,000		0,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		10,000	
Teilsumme (Teilplan A):		123,500		126,500		259,650	
Summe:		123,500		126,500		259,650	

Stellenvermerke

0535 Stelle darf nur für Aufgaben im Bereich der Überwachung von Tierversuchen und der Versuchstierhaltung verwendet werden.

0536 Stelle darf nur für Aufgaben im Bereich der Kontrolle gentechnischer Anlagen verwendet werden.

0542 Stelle darf nur für Aufgaben im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung verwendet werden.

0543 Stelle darf nur für Aufgaben der Anerkennung ausländischer Ausbildungen verwendet werden.

0544 Stelle darf nur für Aufgaben der Schulen und Weiterbildungsstätten des Gesundheitswesens (Pflege- und Gesundheitsfachberufe) verwendet werden.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		0,000	
Summe:		1,000		1,000		0,000	

Stellenvermerke

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	3,000		3,000		3,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	10,000		10,000		6,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	11,500		11,500		9,000	
Sozialamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	22,500		22,500		17,000	
Regierungsinspektor/in	A9	7,000		7,000		7,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	12,000		12,000		12,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	11,000		11,000		11,500	
Regierungssekretär/in	A6	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		88,000		88,000		75,500	
Teilsumme (Teilplan A):		88,000		88,000		75,500	
Summe:		88,000		88,000		75,500	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Fachärztin/Facharzt	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		2,750	
Tarifbeschäftigte/r	E11	7,000		8,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	55,000		56,000		47,000	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	25,000		25,000		26,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	47,000		47,000		47,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	30,000		30,000		29,500	
Tarifbeschäftigte/r	E5	4,000	3,000 *(2128)*	4,000	3,000 *(2128)*	6,000	5,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E4	15,000	4,000 *(2128)*	15,000	4,000 *(2128)*	14,000	2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E3	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		193,000		196,000		177,250	
Teilsumme (Teilplan A):		193,000		196,000		177,250	
Summe:		193,000		196,000		177,250	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		5,000	
Bauamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	21,500		21,500		22,500	
Sozialamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	34,000		35,000		33,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		2,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		73,500		74,500		73,500	
Teilsumme (Teilplan A):		73,500		74,500		73,500	
Summe:		73,500		74,500		73,500	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Ärztin/Arzt	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	15,000		16,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	34,500		40,500		31,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	7,000		7,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	36,350		36,350		32,060	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	0,770	0,500 *(2128)*	0,770	0,500 *(2128)*	0,500	0,500 *(2128)*
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	1,000		1,000		1,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S12	14,000		14,000		14,000	
Zwischensumme:		122,620		129,620		105,560	
Teilsumme (Teilplan A):		122,620		129,620		105,560	
Summe:		122,620		129,620		105,560	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Soziales -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801							
Stellenvermerke							
2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.							
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	0,500	0,500 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,500	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,500	
Summe:		1,000		1,000		1,500	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		0,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	
Medizinaldirektor/in	A15	2,000		2,000		0,000	
Oberfachverwaltungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Obermedizinalrätin/-rat	A14	2,500		2,500		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		0,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		11,500		11,500		0,000	
Zentrale Medizinische Gutachtenstelle (ZMGA)							
Leitende(r) Medizinaldirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	
Medizinaldirektor/in	A15	3,000		3,000		0,000	
Obermedizinalrätin/-rat	A14	3,500		3,500		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		0,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		9,500		9,500		0,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		23,000		23,000		0,000	
Summe:		23,000		23,000		0,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Fachärztin/Facharzt	E15	20,000		20,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		0,000	
Ärztin/Arzt	E14	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	8,000		8,000		0,000	
Zahnärztin/Zahnarzt	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		0,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		0,000	

Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Öffentlicher Gesundheitsdienst und ärztliche Begutachtungen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	6,000		6,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		0,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,750		3,750		0,000	
Handwerks-, Industrie-, Meister/in	E9A	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Medizinisch-technische/r Assistent/in	E8	1,000		1,000		0,000	
Medizinische/r Fachangestellte/r	E6	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	18,500		18,500		0,000	
Zwischensumme:		75,250		75,250		0,000	
Zentrale Medizinische Gutachtenstelle (ZMGA)							
Fachärztin/Facharzt	E15	27,250		28,250		0,000	
Ärztin/Arzt	E14	3,750		3,750		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		0,000	
Medizinische/r Fachangestellte/r	E6	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	21,000		21,000		0,000	
Zwischensumme:		61,000		62,000		0,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	5,000		5,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		144,250		145,250		0,000	
Summe:		144,250		145,250		0,000	

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Präsident/in des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten	B4	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	2,000		2,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	6,000		6,000		6,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	7,000		7,000		7,000	
Amtsrätin/-rat	A12	12,500		12,500		9,500	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	6,000		6,000		7,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		9,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	4,000		4,000		4,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		46,500		46,500		50,500	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		47,500		47,500		51,500	
Summe:		47,500		47,500		51,500	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	4,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	12,750		12,750		14,750	
Tarifbeschäftigte/r	E10	11,000		11,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		5,000		7,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,750		3,750		3,750	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		2,000	

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Leitung der Behörde und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		51,500		53,500		55,000	
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	6,000		6,000		6,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		8,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		63,500		65,500		67,000	
Summe:		63,500		65,500		67,000	

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		1,000	
Summe:		0,000		0,000		1,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,100	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	10,000		10,000		13,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		4,325	
Regierungsoberinspektor/in	A10	16,500		16,500		9,500	
Regierungsinspektor/in	A9	4,500		4,500		3,500	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	4,000		4,000		4,000	
Regierungssekretär/in	A6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		46,000		46,000		40,425	
Teilsumme (Teilplan A):		46,000		46,000		40,425	
Summe:		46,000		46,000		40,425	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	12,000		12,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	19,000		19,000		19,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	120,000		120,000		121,520	
Fremdsprachenassistent/in	E9A	2,750		2,750		2,750	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	29,250		29,250		28,250	
Tarifbeschäftigte/r	E6	48,000		48,000		51,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,500		1,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r	E4	12,000		12,000		12,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S17	3,000		3,000		3,000	
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S15	1,000		1,000		1,000	

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Sozialarbeiter/in / Sozialpädagogin/-pädagoge	S11B	8,000		8,000		8,000	
Zwischensumme:		272,500		272,500		269,020	
Teilsumme (Teilplan A):		272,500		272,500		269,020	
Summe:		272,500		272,500		269,020	

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		6,000	6,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		6,000	
Summe:		0,000		0,000		6,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		3,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	0,000		0,000		1,000	
Sozialoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		5,000	
Bauamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		2,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	20,000		20,000		21,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		2,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		36,000		36,000		38,000	
Teilsumme (Teilplan A):		36,000		36,000		38,000	
Summe:		36,000		36,000		38,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	10,000		10,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	7,000		7,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	18,000		18,000		19,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	6,000		6,000		6,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	11,000		19,000		10,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		4,000	
Zwischensumme:		63,000		71,000		63,500	
Teilsumme (Teilplan A):		63,000		71,000		63,500	
Summe:		63,000		71,000		63,500	

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
- Berliner Unterbringungsleitstelle -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		2,000	2,000 *(0105)*
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9B	0,000		0,000		2,000	2,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		7,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		7,000	
Summe:		0,000		0,000		7,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	2,000		2,000		0,000	
Sozialdirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		0,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		0,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		0,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		18,000		18,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		18,000		18,000		0,000	
Summe:		18,000		18,000		0,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	6,000		6,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000	1,000 *(2128)*	4,000	1,000 *(2128)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		20,000		20,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		20,000		20,000		0,000	
Summe:		20,000		20,000		0,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

1180
2024/2025

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - Frauen und Gleichstellung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		7,000		0,000	
Summe:		7,000		7,000		0,000	

Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**
1100	2025	3,000	1,000	-	1,000	2,000
	2024	3,000	1,000	-	1,000	2,000
	2023	2,000	-	1,000	1,000	1,000
1109	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1120	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1130	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	-	1,000	-	1,000	2,000
	2024	-	1,000	-	1,000	2,000
	2023	-	1,000	-	1,000	1,000
1141	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1142	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1145	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
1150	2025	-	1,000	-	1,000	-
	2024	-	1,000	-	1,000	-
	2023	-	1,000	-	1,000	-
1160	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	1,000	-	1,000
1162	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	2,000
1164	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
1166	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
1167	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
1171	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
1172	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1180	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**	jahr	
3,000	3,000	3,000	3,000	11,000	2025	**Summe**
3,000	3,000	3,000	3,000	11,000	2024	
2,000	2,000	3,000	3,000	9,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		Teilsumme	**A16**	**A15**	**A14**	**A13**
1100	2025	7,000	2,000	4,000	10,000	2,000
	2024	7,000	2,000	4,000	10,000	2,000
	2023	5,000	2,000	4,000	7,000	2,000
1109	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1120	2025	-	1,000	3,000	5,000	4,000
	2024	-	1,000	3,000	5,000	4,000
	2023	-	1,000	2,000	5,000	3,000
1130	2025	-	1,000	-	-	3,000
	2024	-	1,000	-	-	3,000
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	4,000	4,000	10,000	17,000	4,000
	2024	4,000	4,000	10,000	17,000	4,000
	2023	3,000	5,000	8,000	18,000	3,000
1141	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	-
1142	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1145	2025	1,000	2,000	8,000	16,000	12,000
	2024	1,000	2,000	8,000	16,000	12,000
	2023	1,000	2,000	8,000	16,000	11,000
1150	2025	2,000	5,000	5,000	17,800	14,000
	2024	2,000	5,000	5,000	16,800	14,000
	2023	2,000	3,000	9,000	11,800	15,000
1160	2025	2,000	-	3,500	4,750	2,000
	2024	2,000	-	3,500	4,750	2,000
	2023	2,000	-	4,500	5,750	2,000
1162	2025	1,000	1,000	7,000	29,500	5,000
	2024	1,000	1,000	7,000	29,500	5,000
	2023	2,000	3,000	13,000	36,500	5,000
1164	2025	1,000	1,000	2,000	1,000	3,000
	2024	1,000	1,000	2,000	1,000	3,000
	2023	1,000	1,000	1,000	-	3,000
1166	2025	1,000	-	2,000	2,000	1,000
	2024	1,000	-	2,000	2,000	1,000
	2023	1,000	-	2,000	2,000	1,000
1167	2025	1,000	2,000	6,000	7,000	-
	2024	1,000	2,000	6,000	7,000	-
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	1,000	2,000	2,000	6,000	1,000
	2024	1,000	2,000	2,000	6,000	1,000
	2023	1,000	2,000	2,000	6,000	-
1171	2025	1,000	-	1,000	1,000	-
	2024	1,000	-	1,000	1,000	-
	2023	1,000	-	1,000	0,100	-
1172	2025	-	1,000	1,000	2,000	-
	2024	-	1,000	1,000	2,000	-
	2023	-	1,000	1,000	3,000	1,000
1180	2025	1,000	2,000	1,000	3,000	2,000
	2024	1,000	2,000	1,000	3,000	2,000
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
Teilsumme	**A16**	**A15**	**A14**	**A13**	jahr	
23,000	24,000	55,500	123,050	53,000	2025	**Summe**
23,000	24,000	55,500	122,050	53,000	2024	
19,000	20,000	55,500	112,150	46,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A13Z	**A13S**	**A12**	**A11**	**A10**
1100	2025	-	18,000	23,500	19,750	6,000
	2024	-	18,000	22,500	17,750	6,000
	2023	-	16,000	19,000	13,750	4,000
1109	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1120	2025	-	2,000	2,000	5,000	1,000
	2024	-	2,000	2,000	5,000	1,000
	2023	-	2,000	1,000	5,000	1,000
1130	2025	-	-	-	3,000	-
	2024	-	-	-	3,000	-
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	-	5,000	11,000	5,000	6,000
	2024	-	5,000	9,000	5,000	6,000
	2023	-	5,000	6,000	7,000	7,000
1141	2025	-	-	3,000	5,000	2,000
	2024	-	-	3,000	5,000	2,000
	2023	-	-	3,000	4,000	2,000
1142	2025	-	2,000	3,000	6,000	7,000
	2024	-	2,000	3,000	6,000	7,000
	2023	-	2,000	3,000	5,000	7,000
1145	2025	2,000	12,000	41,000	42,000	27,500
	2024	2,000	12,000	41,000	42,000	27,500
	2023	2,000	12,000	42,000	42,000	25,500
1150	2025	-	14,000	17,750	24,000	5,500
	2024	-	14,000	17,750	24,000	5,500
	2023	-	15,000	17,750	23,000	5,500
1160	2025	-	4,000	17,000	18,810	7,500
	2024	-	4,000	17,000	18,810	7,500
	2023	-	4,000	19,000	19,810	15,000
1162	2025	-	4,000	9,000	15,000	8,000
	2024	-	4,000	9,000	14,000	8,000
	2023	-	4,000	9,000	15,000	9,000
1164	2025	-	1,000	10,000	13,500	22,500
	2024	-	1,000	10,000	13,500	22,500
	2023	-	1,000	6,000	11,000	17,000
1166	2025	-	2,000	4,000	23,500	35,000
	2024	-	2,000	4,000	23,500	34,000
	2023	-	1,000	5,000	24,500	33,000
1167	2025	-	-	1,000	3,000	1,000
	2024	-	-	1,000	3,000	1,000
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	-	7,000	12,500	6,000	4,000
	2024	-	7,000	12,500	6,000	4,000
	2023	-	7,000	9,500	7,000	10,000
1171	2025	-	1,000	10,000	4,000	16,500
	2024	-	1,000	10,000	4,000	16,500
	2023	-	1,000	13,000	4,325	9,500
1172	2025	-	1,000	5,000	4,000	20,000
	2024	-	1,000	5,000	4,000	20,000
	2023	-	1,000	5,000	3,000	21,000
1180	2025	-	1,000	2,000	1,000	2,000
	2024	-	1,000	2,000	1,000	2,000
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
A13Z	**A13S**	**A12**	**A11**	**A10**	jahr	
2,000	74,000	171,750	198,560	171,500	2025	**Summe**
2,000	74,000	168,750	195,560	170,500	2024	
2,000	71,000	158,250	184,385	166,500	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A A9	A9Z	A9S	A8	A7
1100	2025	1,000	-	1,200	1,000	0,250
	2024	1,000	-	1,200	1,000	0,250
	2023	1,000	-	1,000	1,000	-
1109	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	-	-	-	1,000	1,000
1120	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
1130	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	-	-	2,000	-	-
	2024	-	-	2,000	-	-
	2023	-	-	2,000	-	-
1141	2025	-	-	1,000	7,000	1,000
	2024	-	-	1,000	7,000	1,000
	2023	-	-	1,000	7,000	1,000
1142	2025	4,000	1,000	6,000	5,000	21,000
	2024	4,000	1,000	6,000	5,000	21,000
	2023	4,000	1,000	5,000	5,000	21,000
1145	2025	-	-	-	1,000	-
	2024	-	-	-	1,000	-
	2023	3,000	-	-	1,000	-
1150	2025	2,000	-	-	1,000	-
	2024	2,000	-	-	1,000	-
	2023	2,000	-	-	1,000	-
1160	2025	1,000	-	2,000	1,000	-
	2024	1,000	-	2,000	1,000	-
	2023	1,000	-	2,000	1,000	-
1162	2025	4,000	-	2,000	2,000	-
	2024	4,000	-	2,000	2,000	-
	2023	4,000	-	2,000	2,000	2,000
1164	2025	7,000	1,000	1,000	12,000	11,000
	2024	7,000	1,000	1,000	12,000	11,000
	2023	7,000	1,000	1,000	12,000	11,500
1166	2025	1,000	-	-	2,000	1,000
	2024	1,000	-	-	2,000	1,000
	2023	1,000	-	-	2,000	1,000
1167	2025	-	-	-	-	2,000
	2024	-	-	-	-	2,000
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	1,000	-	4,000	-	1,000
	2024	1,000	-	4,000	-	1,000
	2023	1,000	-	4,000	-	2,000
1171	2025	4,500	-	1,000	1,000	4,000
	2024	4,500	-	1,000	1,000	4,000
	2023	3,500	-	1,000	1,000	4,000
1172	2025	1,000	-	-	-	1,000
	2024	1,000	-	-	-	1,000
	2023	2,000	-	-	-	-
1180	2025	-	-	1,000	1,000	1,000
	2024	-	-	1,000	1,000	1,000
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
A9	**A9Z**	**A9S**	**A8**	**A7**	jahr	
26,500	2,000	22,200	35,000	43,250	2025	**Summe**
26,500	2,000	22,200	35,000	43,250	2024	
29,500	2,000	20,000	34,000	43,500	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A A6	A6S	A5	Teilsumme
1100	2025	-	-	-	88,700
	2024	-	-	-	85,700
	2023	-	-	-	70,750
1109	2025	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	2,000
1120	2025	-	-	-	24,000
	2024	-	-	-	24,000
	2023	-	-	-	21,000
1130	2025	-	-	-	7,000
	2024	-	-	-	7,000
	2023	-	-	-	-
1140	2025	-	-	-	64,000
	2024	-	-	-	62,000
	2023	-	-	-	61,000
1141	2025	-	1,000	-	21,000
	2024	-	1,000	-	21,000
	2023	-	1,000	-	20,000
1142	2025	-	2,000	5,000	62,000
	2024	-	2,000	5,000	62,000
	2023	-	2,000	5,000	60,000
1145	2025	-	-	-	163,500
	2024	-	-	-	163,500
	2023	-	-	-	164,500
1150	2025	-	-	-	106,050
	2024	-	-	-	105,050
	2023	-	-	-	103,050
1160	2025	-	-	-	61,560
	2024	-	-	-	61,560
	2023	-	-	-	74,060
1162	2025	-	-	-	86,500
	2024	-	-	-	85,500
	2023	-	-	-	104,500
1164	2025	1,000	-	-	87,000
	2024	1,000	-	-	87,000
	2023	2,000	-	-	74,500
1166	2025	-	-	-	73,500
	2024	-	-	-	72,500
	2023	-	-	-	72,500
1167	2025	-	-	-	22,000
	2024	-	-	-	22,000
	2023	-	-	-	-
1170	2025	-	-	-	46,500
	2024	-	-	-	46,500
	2023	-	-	-	50,500
1171	2025	1,000	-	-	45,000
	2024	1,000	-	-	45,000
	2023	1,000	-	-	39,425
1172	2025	-	-	-	36,000
	2024	-	-	-	36,000
	2023	-	-	-	38,000
1180	2025	-	-	-	17,000
	2024	-	-	-	17,000
	2023	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
A6	**A6S**	**A5**	**Teilsumme**		jahr	
2,000	3,000	5,000	1.012,310		2025	**Summe**
2,000	3,000	5,000	1.004,310		2024	
3,000	3,000	5,000	955,785		2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R				
		R8	**R4**	**R3**	**R2**	**R1**
1100	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1109	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1120	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1130	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1141	2025	1,000	1,000	22,000	-	-
	2024	1,000	1,000	22,000	-	-
	2023	1,000	1,000	23,000	-	-
1142	2025	-	1,000	-	4,000	42,000
	2024	-	1,000	-	4,000	42,000
	2023	-	1,000	-	4,000	44,000
1145	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1150	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1160	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1162	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1164	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1166	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1167	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1171	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1172	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1180	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
R8	**R4**	**R3**	**R2**	**R1**	jahr	
1,000	2,000	22,000	4,000	42,000	2025	**Summe**
1,000	2,000	22,000	4,000	42,000	2024	
1,000	2,000	23,000	4,000	44,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R Teilsumme				
1100	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1109	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1120	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1130	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1140	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1141	2025	24,000				
	2024	24,000				
	2023	25,000				
1142	2025	47,000				
	2024	47,000				
	2023	49,000				
1145	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1150	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1160	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1162	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1164	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1166	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1167	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1170	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1171	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1172	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				
1180	2025	-				
	2024	-				
	2023	-				

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen und Richter/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung R					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
Teilsumme					jahr	
71,000					2025	**Summe**
71,000					2024	
74,000					2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
1100	2025	1,000	5,000	3,000	3,500	4,100
	2024	1,000	5,000	3,000	3,500	4,100
	2023	2,000	3,000	4,000	5,500	4,500
1109	2025	1,000	1,000	-	-	-
	2024	1,000	1,000	-	-	-
	2023	-	1,000	-	-	-
1120	2025	-	1,000	18,750	1,000	3,000
	2024	-	1,000	17,750	1,000	3,000
	2023	1,000	1,000	16,750	2,000	6,000
1130	2025	4,000	2,000	17,000	-	2,000
	2024	4,000	2,000	16,000	-	2,000
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	5,000	6,000	7,000	3,000	9,000
	2024	5,000	6,000	7,000	3,000	9,000
	2023	5,000	6,000	6,000	3,000	8,000
1141	2025	-	-	-	-	2,000
	2024	-	-	-	-	2,000
	2023	-	-	-	-	1,000
1142	2025	-	-	1,000	-	3,000
	2024	-	-	1,000	-	3,000
	2023	-	-	-	1,000	3,000
1145	2025	2,000	1,000	-	2,000	-
	2024	2,000	1,000	-	2,000	-
	2023	3,000	1,000	-	2,000	-
1150	2025	-	7,000	10,000	14,450	13,800
	2024	-	7,000	9,000	14,450	13,800
	2023	-	8,000	5,000	15,450	13,800
1160	2025	2,000	0,500	1,000	9,000	25,250
	2024	2,000	0,500	1,000	9,000	25,250
	2023	1,000	0,500	1,000	8,000	30,250
1162	2025	6,000	28,500	4,000	6,000	28,000
	2024	6,000	28,500	4,000	6,000	25,000
	2023	49,250	40,250	5,000	11,000	40,000
1164	2025	2,000	1,000	-	3,000	8,000
	2024	2,000	1,000	-	3,000	7,000
	2023	2,000	1,000	-	2,750	2,000
1166	2025	1,000	1,000	1,000	16,000	43,500
	2024	1,000	1,000	1,000	15,000	37,500
	2023	1,000	1,000	-	9,000	34,000
1167	2025	50,250	14,750	1,000	4,000	14,000
	2024	49,250	14,750	1,000	4,000	14,000
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	1,000	4,000	-	7,000	13,750
	2024	1,000	4,000	-	6,000	13,750
	2023	1,000	2,000	1,000	7,000	15,750
1171	2025	-	1,000	3,000	3,000	12,000
	2024	-	1,000	3,000	3,000	12,000
	2023	-	1,000	2,000	2,000	7,000
1172	2025	2,000	2,000	10,000	7,000	18,000
	2024	2,000	2,000	10,000	7,000	18,000
	2023	2,000	2,000	10,000	5,000	19,000
1180	2025	-	6,000	4,000	-	4,000
	2024	-	6,000	4,000	-	4,000
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**	jahr	
77,250	81,750	80,750	78,950	203,400	2025	**Summe**
76,250	81,750	77,750	76,950	193,400	2024	
67,250	67,750	50,750	73,700	184,300	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haushaltsjahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E6**
1100	2025	0,500	15,000	4,000	0,750	3,000
	2024	0,500	15,000	4,000	0,750	3,000
	2023	-	8,000	8,000	0,750	2,500
1109	2025	-	-	1,000	-	0,500
	2024	-	-	1,000	-	0,500
	2023	-	-	2,000	-	0,500
1120	2025	2,000	-	1,000	3,000	-
	2024	2,000	-	1,000	3,000	-
	2023	2,000	-	-	2,000	1,000
1130	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	6,000	3,000	3,000	3,000	-
	2024	6,000	3,000	3,000	3,000	-
	2023	5,000	6,000	3,000	3,000	-
1141	2025	-	2,000	16,000	1,000	-
	2024	-	2,000	16,000	1,000	-
	2023	-	2,000	-	3,000	14,000
1142	2025	1,000	2,000	60,000	3,000	-
	2024	1,000	2,000	60,000	3,000	-
	2023	0,350	2,000	1,000	8,000	54,500
1145	2025	1,000	2,000	3,000	9,000	15,000
	2024	1,000	2,000	3,000	9,000	15,000
	2023	1,000	2,000	3,000	9,000	15,000
1150	2025	7,000	1,000	-	2,300	-
	2024	7,000	1,000	-	2,300	-
	2023	6,000	2,000	-	2,300	-
1160	2025	20,250	9,750	4,000	1,000	5,000
	2024	19,250	9,750	4,000	1,000	5,000
	2023	17,000	20,000	4,000	2,000	3,000
1162	2025	4,000	19,000	22,000	4,000	1,000
	2024	4,000	19,000	22,000	4,000	1,000
	2023	7,000	26,750	24,000	9,000	43,400
1164	2025	3,000	56,000	25,000	47,000	30,000
	2024	2,000	55,000	25,000	47,000	30,000
	2023	-	47,000	26,000	47,000	29,500
1166	2025	7,000	36,350	5,000	-	3,000
	2024	7,000	36,350	5,000	-	3,000
	2023	6,000	32,060	5,000	-	2,000
1167	2025	4,000	7,750	2,000	5,000	42,500
	2024	4,000	7,750	2,000	5,000	42,500
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	11,000	8,000	3,750	3,000	3,000
	2024	11,000	7,000	3,750	3,000	3,000
	2023	12,000	10,500	3,750	2,000	1,000
1171	2025	19,000	120,000	11,750	29,250	48,000
	2024	19,000	120,000	11,750	29,250	48,000
	2023	19,000	121,520	11,750	28,250	51,000
1172	2025	8,000	19,000	3,000	2,000	-
	2024	8,000	11,000	3,000	2,000	-
	2023	8,000	10,500	3,000	4,000	-
1180	2025	2,000	1,000	-	1,000	-
	2024	2,000	1,000	-	1,000	-
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E6**	jahr	
97,750	301,850	164,500	114,300	151,000	2025	**Summe**
95,750	291,850	164,500	114,300	151,000	2024	
83,350	290,330	94,500	120,300	217,400	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E5	**E4**	**E3**	**E2**	**Teilsumme**
1100	2025	3,000	3,000	-	-	45,850
	2024	3,000	3,000	-	-	45,850
	2023	3,000	2,000	-	1,000	44,250
1109	2025	-	-	-	1,000	4,500
	2024	-	-	-	1,000	4,500
	2023	2,000	-	-	1,000	6,500
1120	2025	-	-	-	-	29,750
	2024	-	-	-	-	28,750
	2023	-	-	-	-	31,750
1130	2025	-	-	-	-	27,000
	2024	-	-	-	-	26,000
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	-	-	-	-	45,000
	2024	-	-	-	-	45,000
	2023	-	-	-	-	45,000
1141	2025	-	-	-	-	21,000
	2024	-	-	-	-	21,000
	2023	-	-	-	-	20,000
1142	2025	3,000	-	1,500	-	74,500
	2024	3,000	-	1,500	-	74,500
	2023	3,000	-	2,000	-	74,850
1145	2025	1,000	-	1,000	-	37,000
	2024	1,000	-	1,000	-	37,000
	2023	1,900	-	-	-	37,900
1150	2025	-	-	-	-	55,550
	2024	-	-	-	-	54,550
	2023	-	-	-	-	52,550
1160	2025	5,000	15,800	-	-	98,550
	2024	5,000	14,800	-	-	96,550
	2023	6,750	7,550	11,000	-	112,050
1162	2025	1,000	1,000	-	-	124,500
	2024	1,000	1,000	-	-	121,500
	2023	1,000	1,000	-	-	257,650
1164	2025	4,000	15,000	2,000	-	196,000
	2024	4,000	15,000	2,000	-	193,000
	2023	6,000	14,000	-	-	177,250
1166	2025	-	0,770	-	-	114,620
	2024	-	0,770	-	-	107,620
	2023	-	0,500	-	-	90,560
1167	2025	-	-	-	-	145,250
	2024	-	-	-	-	144,250
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	11,000	-	-	-	65,500
	2024	11,000	-	-	-	63,500
	2023	11,000	-	-	-	67,000
1171	2025	1,500	12,000	-	-	260,500
	2024	1,500	12,000	-	-	260,500
	2023	1,500	12,000	-	-	257,020
1172	2025	-	-	-	-	71,000
	2024	-	-	-	-	63,000
	2023	-	-	-	-	63,500
1180	2025	-	-	-	-	18,000
	2024	-	-	-	-	18,000
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht 2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 11
E5	**E4**	**E3**	**E2**	**Teilsumme**	jahr	
29,500	47,570	4,500	1,000	1.434,070	2025	**Summe**
29,500	46,570	4,500	1,000	1.405,070	2024	
36,150	37,050	13,000	2,000	1.337,830	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		KR7	Teilsumme	S17	S15	S12
1100	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1109	2025	1,000	1,000	-	-	-
	2024	1,000	1,000	-	-	-
	2023	1,000	1,000	-	-	-
1120	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1130	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1141	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1142	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1145	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1150	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1160	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1162	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1164	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1166	2025	-	-	1,000	-	14,000
	2024	-	-	1,000	-	14,000
	2023	-	-	1,000	-	14,000
1167	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1171	2025	-	-	3,000	1,000	-
	2024	-	-	3,000	1,000	-
	2023	-	-	3,000	1,000	-
1172	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1180	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
KR7	**Teilsumme**	**S17**	**S15**	**S12**	jahr	
1,000	1,000	4,000	1,000	14,000	2025	**Summe**
1,000	1,000	4,000	1,000	14,000	2024	
1,000	1,000	4,000	1,000	14,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haushaltsjahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		S11B	S8A	Teilsumme	AT5	AT2
1100	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1109	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	1,000	1,000	-	-
1120	2025	3,000	-	3,000	1,000	-
	2024	3,000	-	3,000	1,000	-
	2023	3,000	-	3,000	1,000	-
1130	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
1140	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1141	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1142	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1145	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1150	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1160	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1162	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1164	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1166	2025	-	-	15,000	-	-
	2024	-	-	15,000	-	-
	2023	-	-	15,000	-	-
1167	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1170	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1171	2025	8,000	-	12,000	-	-
	2024	8,000	-	12,000	-	-
	2023	8,000	-	12,000	-	-
1172	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1180	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
S11B	**S8A**	**Teilsumme**	**AT5**	**AT2**	jahr	
11,000	-	30,000	1,000	1,000	2025	**Summe**
11,000	-	30,000	1,000	1,000	2024	
11,000	1,000	31,000	1,000	-	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		AT1	**Teilsumme**			
1100	2025	1,000	1,000			
	2024	1,000	1,000			
	2023	1,000	1,000			
1109	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1120	2025	-	1,000			
	2024	-	1,000			
	2023	-	1,000			
1130	2025	-	1,000			
	2024	-	1,000			
	2023	-	-			
1140	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1141	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1142	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1145	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1150	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1160	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1162	2025	2,000	2,000			
	2024	2,000	2,000			
	2023	2,000	2,000			
1164	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1166	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1167	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1170	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1171	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1172	2025	-	-			
	2024	-	-			
	2023	-	-			
1180	2025	2,000	2,000			
	2024	2,000	2,000			
	2023	-	-			

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 11**
AT1	**Teilsumme**				jahr	
5,000	7,000				2025	**Summe**
5,000	7,000				2024	
3,000	4,000				2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 11	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbeschäftigte	Insgesamt		
1100	2025	95,700	46,850	142,550		
	2024	92,700	46,850	139,550		
	2023	75,750	45,250	121,000		
1109	2025	1,000	5,500	6,500		
	2024	1,000	5,500	6,500		
	2023	2,000	8,500	10,500		
1120	2025	24,000	33,750	57,750		
	2024	24,000	32,750	56,750		
	2023	21,000	35,750	56,750		
1130	2025	7,000	28,000	35,000		
	2024	7,000	27,000	34,000		
	2023	-	-	-		
1140	2025	68,000	45,000	113,000		
	2024	66,000	45,000	111,000		
	2023	64,000	45,000	109,000		
1141	2025	45,000	21,000	66,000		
	2024	45,000	21,000	66,000		
	2023	45,000	20,000	65,000		
1142	2025	109,000	74,500	183,500		
	2024	109,000	74,500	183,500		
	2023	109,000	74,850	183,850		
1145	2025	164,500	37,000	201,500		
	2024	164,500	37,000	201,500		
	2023	165,500	37,900	203,400		
1150	2025	108,050	55,550	163,600		
	2024	107,050	54,550	161,600		
	2023	105,050	52,550	157,600		
1160	2025	63,560	98,550	162,110		
	2024	63,560	96,550	160,110		
	2023	76,060	112,050	188,110		
1162	2025	87,500	126,500	214,000		
	2024	86,500	123,500	210,000		
	2023	106,500	259,650	366,150		
1164	2025	88,000	196,000	284,000		
	2024	88,000	193,000	281,000		
	2023	75,500	177,250	252,750		
1166	2025	74,500	129,620	204,120		
	2024	73,500	122,620	196,120		
	2023	73,500	105,560	179,060		
1167	2025	23,000	145,250	168,250		
	2024	23,000	144,250	167,250		
	2023	-	-	-		
1170	2025	47,500	65,500	113,000		
	2024	47,500	63,500	111,000		
	2023	51,500	67,000	118,500		
1171	2025	46,000	272,500	318,500		
	2024	46,000	272,500	318,500		
	2023	40,425	269,020	309,445		
1172	2025	36,000	71,000	107,000		
	2024	36,000	63,000	99,000		
	2023	38,000	63,500	101,500		
1180	2025	18,000	20,000	38,000		
	2024	18,000	20,000	38,000		
	2023	-	-	-		

Stellenübersicht 2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt			Haus-halts-jahr	Einzelplan 11
1.106,310	1.472,070	2.578,380			2025	**Summe**
1.098,310	1.443,070	2.541,380			2024	
1.048,785	1.373,830	2.422,615			2023	

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 12

Einzelplan 12

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12 - 5
Kapitel 1200 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	12 - 19
Kapitel 1209 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Personalüberhang -	12 - 35
Kapitel 1210 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Stadtplanung -	12 - 37
Produktdarstellung	12 - 45
Kapitel 1214 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Gemeinsame Landesplanung -	12 - 51
Kapitel 1220 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Städtebau und Projekte -	12 - 53
Produktdarstellung	12 - 81
Kapitel 1230 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Geoinformation -	12 - 87
Produktdarstellung	12 - 95
Kapitel 1240 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung	12 - 99
Produktdarstellung	12 - 127
Kapitel 1250 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -	12 - 131
Produktdarstellung	12 - 187
Kapitel 1260 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -	12 - 189
Produktdarstellung	12 - 197
Kapitel 1270 Denkmalschutz und Denkmalpflege	12 - 205
Produktdarstellung	12 - 211
Kapitel 1271 Landesdenkmalamt	12 - 213
Produktdarstellung	12 - 227
Kapitel 1295 Förderung des Wohnungsbaus	12 - 231
Übersicht über den Haushaltsplan für das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)	12 - 242

	Band/Seite
Stellenplan	12 - 247
Stellenübersicht	12 - 275

Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe 13

Einzelplan 15 Finanzen 14

Einzelplan 20 Rechnungshof 2

Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit 2

Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin 2

Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments 4

Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke 14

Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten 14

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Der **Einzelplan 12** enthält alle Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der **Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen**.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) gliedert sich wie folgt**:**

Politisch-Administrativer Bereich
(Kapitel 1200)
Büro des Senators und Presseangelegenheiten sowie Wohnungsbauleitstelle

Abteilung Z Zentrales
(Kapitel 1200)
Haushalt einschließlich der Funktion des Beauftragten für den Haushalt, Finanz- und Investitionsplanung, Vermögensverwaltung und Rechnungshofangelegenheiten der Senatsverwaltung; Aufgaben der Korruptionsbekämpfung; Kosten- und Leistungsrechnung; Informationstechnik; Öffentliches Dienst- und Arbeitsrecht inklusive Prozessführung; Personalmanagement (Personalwirtschaft, Personalplanung, Personalverwaltung und Personalentwicklung) sowie Organisation, Facility Management, Öffentlichkeitsarbeit und Internationales

Abteilung I Stadtplanung
(Kapitel 1210)
Stadtentwicklungsplanung, gesamtstädtische und nachhaltige Entwicklungsstrategien, stadtplanerische Konzepte und Prognosen sowie Flächennutzungsplanung; Koordination stadtentwicklungspolitischer Belange bei Grundstücksangelegenheiten Berlins

Abteilung GL Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg
(Kapitel 1214)
Teil der für die Raumordnung und Landesplanung zuständigen Senatsverwaltung des Landes Berlin und des für die Raumordnung und Landesplanung zuständigen Ministeriums des Landes Brandenburg

Abteilung II Städtebau und Projekte
(Kapitel 1220)
Städtebauliche Projekte und Investitionsvorhaben der Entwicklungsmaßnahme „Hauptstadt Berlin“; Transformationsorte Flughäfen Tempelhof und Tegel und Berliner Mitte; Bauplanungsrecht, verbindliche Bauleitplanung und planungsrechtliche Einzelangelegenheiten; Entwicklung neuer Stadtquartiere und sonstiger bedeutsamer Wohnungsbauvorhaben (Entwicklungsbereiche)

Abteilung III Geoinformation
(Kapitel 1230)
Grundsatzangelegenheiten des Geoinformations- und Vermessungswesens, Geodätischen Referenzsysteme und Geobasisinformationssysteme; Geschäftsstelle des Gutachterausschusses; Ermittlung von Immobilienwerten und der Höhe von Entschädigungen

Abteilung IV Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung und
Abteilung VII Quartiersentwicklung
(Kapitel 1240)
Ministerielle und gesamtstädtische Aufgaben der Wohnungspolitik, der Stadterneuerung einschließlich des Stadtumbaus bzw. Nachfolgeprogramm Nachhaltige Erneuerung, des Städtebaulichen Denkmalschutzes und der Förderung Aktiver Zentren bzw. Nachfolgeprogramm Lebendige Zentren und Quartiere, der Zukunftsinitiative Stadtteil bzw. Nachfolgeprogramm Sozialer Zusammenhalt, der Förderung von Standorten „BENN - Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften“, der Förderung von Investitionspakten sowie integrierter Quartiersentwicklung
Ferner werden im Kapitel 1240 die Sachmittel für die Wohnungsbauleitstelle nachgewiesen.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Abteilung V Hochbau
(Kapitel 1250)
Vorbereitung und Durchführung der Hochbaumaßnahmen der Hauptverwaltung, soweit die Abteilung V als Baudienststelle zuständig ist; allgemeine Angelegenheiten des Bau-, Vergabe- und Vertragswesens, Angelegenheiten der Bauwirtschaft, Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis zur Vergabe von Bauaufträgen in Berlin und Brandenburg, Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Hauptverwaltung (Ausnahme: Objekte des SILB) sowie denkmalpflegerische Restaurierungsarbeiten an landeseigenen Gebäuden und Denkmalen, die wegen ihrer Eigenart und Bedeutung von der Hauptverwaltung ausgeführt werden.
Ferner ist die Abteilung V im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive u. a. für den Neubau und die Sanierung von Schulen in Amtshilfe zuständig (Kapitel 2712).

Abteilung VI Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht
(Kapitel 1260)
Rechtsangelegenheiten von übergeordneter und besonderer Bedeutung, Justitiariat, Gesetzgebung, Eingriffsrecht, Staatsaufsichten und Fachplanungsangelegenheiten, Enteignungsbehörde, Feststellungsbehörde für Planungsschäden, Festsetzungsbehörde nach dem Wertausgleichsgesetz, Festsetzungs- und Aufsichtsbehörde nach dem Schutzbereichsgesetz, Festsetzungsbehörde nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (Erstattungsbehörde Fluglärm); Bundesrats- und Bundestagsangelegenheiten sowie Baustadträtekonferenzen, Senats- und Abgeordnetenhausangelegenheiten; ministerielle baufachliche Grundsatzangelegenheiten des Hochbaus, der Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke und deren Prüfung und Genehmigung; Aufgaben und Regelungen der Bautechnik, des Brandschutzes, des Bauproduktenrechts sowie Bautechnisches Prüfamt; Baugenehmigungsverfahren; oberste Bau- und Wohnungsaufsichtsbehörde

Oberste Denkmalschutzbehörde/UNESCO Welterbe
(Kapitel 1270)
Ministerielle Aufgaben und Grundsatzangelegenheiten des Denkmal- und Welterbeschutzes; nachgeordnet ist das Landesdenkmalamt Berlin.

Landesdenkmalamt
(Kapitel 1271)
Denkmalfachbehörde für die Belange der Bau-, Kunst-, Garten- und städtebaulichen Denkmalpflege sowie der Archäologie

Förderung des Wohnungsbaus
(Kapitel 1295)
Die im Rahmen des Kapitels 1295 ebenfalls von der Abteilung IV wahrgenommenen Aufgaben betreffen die kassenmäßige Abwicklung von in Vorjahren eingegangenen Verpflichtungen, die Förderung des Erwerbs von Wohneigentum, des Wohnungsneubaus und von Genossenschaften, der dauerhaften Mietpreis- und Belegungsbindung, von klimagerechtem Bauen sowie die Förderung von Junges Wohnen.

Der Aufsicht der **Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen** untersteht die folgende **nicht rechtsfähige Anstalt**:
Wohnraumversorgung Berlin AöR

Der Aufsicht der **Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen** unterstehen ferner die folgenden **juristischen Personen des öffentlichen Rechts:**

Körperschaften des öffentlichen Rechts:
Architektenkammer Berlin
Baukammer Berlin

Anstalten des öffentlichen Rechts:
Investitionsbank Berlin
Deutsches Institut für Bautechnik

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Schwerpunktthemen im Einzelplan 12

Sachverhalt	Kapitel	Titel / MG
Bürgerbeteiligung an Planungen	1210 1220 1260	53121
Nachnutzung Tegel	1220	54047, 82164, 83111, 89365
Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof	1220	54082, 89364
Dienstleistungen für die Städtebauförderung	1240	54010, 54021
Städtebauförderungsprogramme, soziale Infrastrukturmaßnahmen	1240	89361, 89362, 89363, 89367, 89368, 89369, 89371, 89372, 89373, 89374, 89375, 89380, 89383
Vorbereitung und Entwicklung von Wohnungsbauprojekten	1220 1240	54005, 68240, 89382, 89384, 89385
Schuldendiensthilfen für die Eigentumsförderung	1295	66106
Begrenzung der Mieten im sozialen Wohnungsbau	1295	68127
Eigentumsförderung für Familien	1295	86344
Zuführungen an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) zur Wohnungsneubauförderung und zur Förderung von Genossenschaften, zur Förderung von dauerhafter Mietpreis- und Belegungsbindung, zur Förderung des klimagerechten Bauens und zur Förderung von Junges Wohnen	1295	88402, 88405, 88408, 88409, 88410
Hochbaumaßnahmen der Hauptverwaltung	1250	MG 05, 06, 08, 09, 10, 11, 12

Nach titel- und maßnahmenscharfer Prüfung ist jede im Einzelplan veranschlagte Ausgabe sowie Verpflichtungsermächtigung zur Erfüllung der vom Ressort wahrzunehmenden Aufgaben gemäß § 6 LHO notwendig. Die Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale gemäß § 7 LHO rechtfertigt die jeweilige Veranschlagungshöhe. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten werden realisiert; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

Deckungsvermerk:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 12, mit Ausnahme der Obergruppen 83 und 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**117.761.000**	**93.006.000**	**145.187.000**	**175.236.951,18**
11	Verwaltungseinnahmen	3.211.000	3.148.000	2.807.000	8.145.534,21
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	150.000	150.000	5.000	---
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	3.000	3.000	3.000	---
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	7.715.000	7.973.000	10.002.000	5.934.821,68
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	106.682.000	81.732.000	132.370.000	161.156.595,29
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**8.827.000**	**11.827.000**	**6.063.000**	**7.590.614,48**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	1.775.000	1.775.000	872.000	942.584,19
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	7.000.000	10.000.000	5.000.000	2.694.073,77
27	Zuschüsse von der EU	1.000	1.000	140.000	2.061.229,78
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	51.000	51.000	51.000	1.892.726,74
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**164.005.000**	**176.838.000**	**128.906.000**	**112.241.461,84**
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	159.079.000	167.862.000	118.580.000	76.471.431,09
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	4.925.000	8.975.000	10.325.000	35.770.030,75
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	1.000	1.000	1.000	---
Σ	**Summe Einnahmen**	**290.593.000**	**281.671.000**	**280.156.000**	**295.069.027,50**
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**84.896.400**	**87.919.300**	**80.853.600**	**77.266.913,18**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	39.700	39.700	39.700	48.922,64
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	83.620.700	86.621.700	79.602.200	76.118.806,39
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	907.400	929.300	883.000	810.029,00
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	328.600	328.600	328.700	289.155,15

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**150.562.300**	**151.582.300**	**144.018.600**	**127.873.845,79**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	137.157.300	138.186.300	128.748.600	112.431.070,17
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	81.000	72.000	149.000	89.717,67
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	13.324.000	13.324.000	15.121.000	15.353.057,95
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**33.359.000**	**35.693.600**	**33.820.900**	**24.906.559,18**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	1.368.300	1.391.700	1.249.000	938.870,27
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	7.840.000	10.458.000	8.541.000	10.111.683,84
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	1.860.100	1.860.300	723.300	352.713,65
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	22.290.600	21.983.600	23.307.600	13.503.291,42
7	**Baumaßnahmen**	**253.584.000**	**299.370.000**	**155.175.000**	**134.199.763,88**
70	Baumaßnahmen des Hochbaus, Architektenhonorare	211.800.000	255.864.000	137.165.000	126.676.353,83
71	Baumaßnahmen des Hochbaus, Architektenhonorare	41.784.000	43.506.000	18.010.000	7.523.410,05
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**698.643.000**	**781.068.000**	**563.646.000**	**756.842.016,76**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	7.055.000	6.420.000	5.460.000	3.973.506,80
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	8.100.000	6.700.000	6.900.000	30.500,69
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	40.000.000	40.000.000	43.750.000	328.612.276,71
86	Darlehen an sonstige Bereiche	3.433.000	3.414.000	278.000	140.173,68
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	432.635.000	516.561.000	390.400.000	272.348.894,11
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	207.420.000	207.973.000	116.858.000	151.736.664,77
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**---**	**---**	**2.451.000**	**---**
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	---	---	2.451.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**1.221.044.700**	**1.355.633.200**	**979.965.100**	**1.121.089.098,79**

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**7.575.000**	**10.517.000**	**10.961.000**	**22.610.675,56**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	7.575.000	10.517.000	10.961.000	22.610.675,56
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**10.369.000**	**10.369.000**	**10.417.000**	**2.765.183,24**
19	Kultur und Religion	10.369.000	10.369.000	10.417.000	2.765.183,24
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-105,85**
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	1.000	1.000	1.000	-105,85
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**37.500,00**
33	Umwelt- und Naturschutz	50.000	50.000	50.000	37.500,00
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**272.597.000**	**260.733.000**	**258.726.000**	**269.655.774,55**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	207.183.000	198.149.000	192.689.000	188.335.215,22
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	65.414.000	62.584.000	66.037.000	81.320.559,33
8	**Finanzwirtschaft**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**---**
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	1.000	1.000	1.000	---
Σ	**Summe Einnahmen**	**290.593.000**	**281.671.000**	**280.156.000**	**295.069.027,50**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**175.073.100**	**189.389.300**	**151.016.300**	**133.426.268,59**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	133.653.100	135.604.300	118.491.300	115.606.612,97
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	41.150.000	50.550.000	32.361.000	17.274.458,75
05	Rechtsschutz	270.000	3.235.000	164.000	545.196,87
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**196.566.200**	**209.597.500**	**121.660.300**	**118.778.039,14**
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	50.000	50.000	10.000	-4,13
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	6.040.000	5.527.000	3.859.000	682.181,57
13	Hochschulen	107.875.000	120.870.000	57.763.000	81.994.723,75
18	Kultur und Religion	62.053.000	62.384.000	39.968.000	21.679.470,00
19	Kultur und Religion	20.548.200	20.766.500	20.060.300	14.421.667,95
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**956.000**	**846.000**	**883.000**	**1.312.858,17**
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	3.000	3.000	1.000	181.758,50

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	953.000	843.000	882.000	1.131.099,67
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**18.321.000**	**34.043.000**	**9.161.000**	**10.486.549,69**
32	Sport und Erholung	18.070.000	33.792.000	9.160.000	10.486.099,69
33	Umwelt- und Naturschutz	251.000	251.000	1.000	450,00
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**822.606.400**	**914.885.400**	**793.452.700**	**836.116.696,78**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	490.716.100	577.214.300	439.164.800	304.965.595,80
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	331.890.300	337.671.100	354.287.900	531.151.100,98
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**744.000**	**839.000**	**532.000**	**430.050,00**
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	744.000	839.000	532.000	430.050,00
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**10.000**	**6.000**	**57.000**	**50.000,00**
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	10.000	6.000	57.000	50.000,00
8	**Finanzwirtschaft**	**6.768.000**	**6.027.000**	**-96.797.200**	**20.488.636,42**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1.001.000	1.000	1.000.000	4.739.000,00
83	Schulden	13.405.000	13.396.000	15.270.000	15.442.775,62
86	Sonstiges	362.000	330.000	481.800	306.860,80
88	Globalposten	-8.000.000	-7.700.000	-113.549.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**1.221.044.700**	**1.355.633.200**	**979.965.100**	**1.121.089.098,79**

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans 12 enthaltenen Maßnahmengruppen

Kapitel	Maßnahmengruppe	Bezeichnung
1200	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1250	05	Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport
1250	06	Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
1250	08	Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
1250	09	Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
1250	10	Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
1250	11	Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
1250	12	Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
1270	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1271	32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

D. Gender Budgeting

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen stellt im Rahmen des Gender Budgets die Ausgaben für das Themenfeld Soziale Stadt, für die Ausbildungsförderung von Frauen durch die Baufachfrau e. V. und für die Ehrung durch die Schinkelmedaillen dar. Die Gender-Erläuterungen zu den Kapiteln 1220 und 1240 zeigen die Schwerpunkte des erhobenen Datenmaterials. Diese Daten unterliegen einem kontinuierlichen Prozess, um eine qualifizierte Weiterentwicklung der gleichstellungspolitischen Wirkungen zu erreichen.

Eine titelbezogene Auswertung der Kapitel 1220 und 1240 hat Folgendes ergeben:

Anzahl der Titel Hgr. 6 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht erforderlich) *	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich) **	
2		1	1	Für Ehrungen und Preise ist keine gendergerechte Differenzierung möglich und für die Baufachfrau e.V. ist sie nicht erforderlich, weil es sich nur um die Förderung von Frauen handelt.

Anzahl der Titel Hgr. 8 mit Gendererläuterungen				Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht erforderlich) *	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich) **	
9			9	Bei der Umsetzung der Städtebauförderung ist keine gendergerechte Differenzierung möglich.

* Das im jeweiligen Bereich fachpolitisch angestrebte Geschlechterverhältnis ist bereits vorhanden bzw. erreicht worden oder entspricht nahezu dem Geschlechterverhältnis einer Referenzebene.
** Hier sind auch die Titel berücksichtigt worden, bei denen eine Zielsetzung genannt wird, aber keine Steuerbarkeit gesehen wird.

Bei folgenden Kapiteln und Titeln sind Gender-Informationen gesondert dargestellt:

Kapitel	Titel
1200	52610, 53101, 53111
1210	53111
1220	53111, 68123
1240	53111, 68569, 89362, 89363, 89367, 89368, 89371, 89372, 89373, 89374, 89375, 89379, 89380
1260	53111

Nachfolgend werden die Ausgaben für die Beschäftigten der Senatsverwaltung, für ihre Aus- und Fortbildung und für Dienstreisen dargestellt:

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Titel mit Gender-Erläuterungen					Anmerkungen
mit erhobenem Geschlechter-verhältnis		mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung, (nicht erforderlich)	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich)	
Kapitel; Titel					
alle Kapitel; Hgr. 4	sämtliche Personalausgaben	auf Grundlage des Frauenförderplans			planmäßige Beschäftigte
alle Kapitel; 52501 52703	Ausgaben für Aus- und Fortbildung, Dienstreisen	siehe das Gender Budget auf der folgenden Seite			Aus- und Fortbildung, Dienstreisen

In den Allgemeinen Erläuterungen zu den einzelnen Kapiteln werden darüber hinaus Aussagen zu den Personalmitteln in Form einer tabellarischen bzw. verbalen Kurzdarstellung der Beschäftigtenstruktur getroffen.

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur im Einzelplan 12:

Kapitel 12 Beamte und Tarif	2020*		2021*		2022*	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte**	**912**		**922**		**949**	
absolut	**553**	**359**	**551**	**371**	**561**	**388**
Relativ %	60,6%	39,4%	59,8%	40,2%	59,1%	40,9%
davon Mitarbeitende						
Absolut	477	275	475	290	489	309
Relativ %	63,3%	36,7%	62,1%	37,9%	61,3%	38,7%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	71.208 €	72.564 €	73.317 €	74.807 €	74.118 €	75.511 €
davon Führungskräfte						
Absolut	76	84	76	81	72	79
Relativ %	48,1%	51,9%	48,4%	51,6%	47,7%	52,3%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	86.799 €	89.704 €	90.593 €	91.993 €	91.209 €	93.508 €

* Stichtag 30.6. des entsprechenden Jahres

** Planmäßige Beschäftigte

Das durchschnittliche Jahresgehalt wurde zugrunde gelegt. Die Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende (in zwei Summenbeträgen) wurde vorgenommen.

Das für das durchschnittliche Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt je Vollzeitäquivalent ermittelte geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen beträgt für die planmäßigen Beschäftigten (ohne Auszubildende):

Weibliche Mitarbeitende	Männliche Mitarbeitende
6.073,42 €	6.191,17 €
Weibliche Führungskraft	**Männliche Führungskraft**
7.461,14 €	7.644,58 €

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen. Diese Unterschiede treten zumeist zu Gunsten von Männern auf.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Fortbildung und Dienstreisen

Die Ausgaben im Einzelplan 12 für Aus- und Fortbildungen sowie für Dienstreisen in einem Haushaltsjahr ergeben sich aus der nachfolgenden Darstellung. Es handelt sich um das Jahr 2022, das als Referenz genommen wurde, da pandemiebedingt die Ausgaben des Jahres 2021 immer noch sehr untypisch waren:

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Kapitel	Titel	Bezeichnung des Titels	Betrag in €
Einzelplan 12	52501	Aus- und Fortbildung davon im Referendariat (Ausbildung-und Fortbildung, Lehrgänge) davon im Referendariat (Dienstreisen)	159.544,29 € 54.045,72 € 13.548,95 €

	Männer	Frauen	Gesamt	Frauenanteil an der Gesamtzahl
Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Sprachkursen Inhouse (Stand Dez. 2022)	45	80	125	64,00 %
Teilnahmen* an sonstigen Fachfortbildungen (ohne VAk)	80	95	175	54,29 %
Ausbildung durch Referendariat	13	9	22	41,00 %

Kapitel	Titel	Bezeichnung des Titels	Betrag in €
Einzelplan 12	52703	Dienstreisen	56.384,47 €

Durchführung von Dienstreisen durch	Männer	Frauen	Gesamt	Frauenanteil an der Gesamtzahl
	70	43	113	38,05 %

Zum 31.12.2022 lag der Frauenanteil bei den Beschäftigten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) bei gut 58 %. Daraus ergibt sich, dass Frauen leicht überproportional von den für Sprachkurse ausgegebenen Haushaltsmitteln profitieren (64 %).

2022 haben deutlich mehr Frauen, als noch in den Vorjahren, von der Teilnahme an sonstigen Fortbildungen, die in der Regel der Erhöhung der spezifischen Fachkompetenz dienen, profitiert. Hier liegt der Anteil der Teilnahmen von Frauen mit gut 54,3 % deutlich über dem Frauenanteil des Jahres 2019 (45,20 %). Auch die Teilnahme von Frauen an Dienstreisen hat sich gegenüber der letzten Auswertung deutlich erhöht, von 18,50 % in 2019 auf 38 % in 2022.

Im Jahr 2022 wurden 22 Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für das technische Referendariat ausgebildet, wobei etwa zwei Fünftel davon Frauen waren.

Die Anzahl der Teilnahmen an Fortbildungskursen der Verwaltungsakademie und der Führungsakademie, die nicht aus dem Haushalt der SenStadt bezahlt wurden, zeigt im Verhältnis zum Frauenanteil an den Beschäftigten (58 %) einen leichten Überhang an Fortbildungsteilnahmen durch Frauen:

	Gesamt	Frauen	Männer	Prozentualer Frauenanteil an der Gesamtzahl
Teilnahmen* an der Verwaltungsakademie insgesamt	758	464	294	61,21 %
Darunter Teilnahmen* in der Führungsakademie der Verwaltungsakademie insgesamt	25	9	16	36,00 %

*“Teilnahmen“ bedeutet, dass mehrfache Teilnahmen derselben Person auch mehrfach gezählt werden.

E. Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
1210; 1220; 1230; 1240; 1250; 1260; 1270; 1271

Zusammenfassende Übersicht 62 - SenSBW

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	8	Personalkosten	51.203.340	53.276.043	-3,89
Kostenträgergruppen	23	Sachkosten	73.087.968	65.813.328	+11,05
Kostenträger	165	Transferkosten	6.827.704	6.031.282	+13,20
davon		Verrechnungskosten	7.768.305	7.752.835	+0,20
Produkte	27	kalkulatorische Kosten	3.989.145	3.769.254	+5,83
MGF	30	Gemeinkosten	58.168.692	55.932.218	+4,00
Projekte	108	**Summe Verwaltungskosten**	201.045.154	192.574.961	+4,40
		Transfers	436.669.443	400.431.724	+9,05
		Gesamtsumme	637.714.597	593.006.684	+7,54

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

F. Klimagerechte Maßnahmen

Daten zum klimagerechten Haushalten wurden für Maßnahmen bei Kapitel 1240, 1250 und 1295 erhoben.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1200 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für den Leitungsbereich und die Abteilung Zentrales: hierzu gehören das Finanzmanagement, die Geschäftsstelle für Rechnungshofangelegenheiten, Katastrophenschutzbeauftragte/r, Personalmanagement und Zentrale Dienstleistungen, die Informationstechnik, Öffentlichkeitsarbeit, EU-Angelegenheiten und Internationales, Ausgaben der Beschäftigtenvertretungen und der Stabsstelle für Antikorruption.

B. Gender Budgeting

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Kapitel 1200 Beamte und Tarif	2020*		2021*		2022*	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte**	**195**		**202**		**176**	
absolut	**128**	**67**	**129**	**73**	**111**	**65**
Relativ %	65,6%	34,4%	63,9%	36,1%	63,1%	36,9%
davon Mitarbeitende	**167**		**174**		**160**	
Absolut	111	56	111	63	100	60
Relativ %	66,5%	33,5%	63,8%	36,2%	62,5%	37,5%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	70.583 €	71.051 €	71.941 €	74.981 €	69.036 €	74.843 €
davon Führungskräfte	**28**		**28**		**16**	
Absolut	17	11	18	10	11	5
Relativ %	60,7%	39,3%	64,3%	35,7%	68,8%	31,3%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	87.858 €	92.789 €	87.820 €	91.488 €	85.684 €	92.983 €

* Stichtag 30.06. des entsprechenden Jahres

** Planmäßige Beschäftigte

Die Ende 2021 in Kraft gesetzte Organisationsveränderung und der damit veränderte Zuschnitt dieser Abteilung findet bei den Gender-Budget-Berechnungen für das Jahr 2021 und den darauffolgenden Jahren Berücksichtigung.

Das durchschnittliche Jahresgehalt wurde zugrunde gelegt. Die Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende (in zwei Summenbeträgen) wurde vorgenommen.

Das für das durchschnittliche Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt 2022 je Vollzeitäquivalent ermittelte geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen beträgt für die planmäßigen Beschäftigten (ohne Auszubildende):

Weibliche Mitarbeitende	Männliche Mitarbeitende
5.753,00 €	6.236,92 €

Weibliche Führungskraft	Männliche Führungskraft
7.140,33 €	7.748,58 €

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen. Diese Unterschiede treten zumeist zu Gunsten von Männern auf.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11902	**011**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.992,55**

Ablieferung der Vergütungen für die Mitgliedschaft im Vorstand, im Aufsichtsrat oder in sonstigen Organen eines Unternehmens im Auftrage des Senats, soweit sie den Satz des entsprechenden Pauschbetrages für unmittelbare Landesbeamte übersteigen (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtstellung der Mitglieder des Senats); Ablieferung von Vergütungen für Nebentätigkeiten (§ 6 Abs. 2 der Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten).

11903	**011**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**8.500**	**8.500**	**8.500**	**—**

Insbesondere Schadenersatzleistungen für den Ausfall von Dienstkräften infolge von drittverschuldeten Unfällen.

In diesem Kapitel werden sämtliche Ersatzleistungen der Senatsverwaltung nachgewiesen.

11934	**011**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**142,56**

Insbesondere Rückzahlung überzahlter Personalbezüge (u.a. aufgrund nachträglicher Bewilligung einer Erwerbsunfähigkeitsrente) und Reisekostenerstattungen

11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**27,35**

Insbesondere Kostenersatz für die private Nutzung von BVG-Umweltkarten und sonstige nicht in anderen Titeln aufgeführte Einnahmen bis zu 1.000 Euro im Einzelfall

27201	**011**	**Zuschüsse der EU für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**—**	**9.840,00**

Fördermittel der EU für Projekte des Referats für EU-Angelegenheiten und Internationales, Veranstaltungen.

Die Ausgaben werden im Titel 54610 nachgewiesen.

		Gesamteinnahmen	**25.000**	**25.000**	**24.000**	**21.002,46**
		Prozentuale Veränderung	**4,2 %**	**—**		
		Ausgaben				
42100	**011**	**Amtsbezüge**	**127.000**	**132.000**	**153.000**	**118.329,82**
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**4.245.000**	**4.480.000**	**3.929.000**	**3.089.905,18**
42221	**011**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**981.000**	**1.020.000**	**920.000**	**579.205,85**
42260	**011**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanagern und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleitern, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Honorare für Dozentinnen und Dozenten.

42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**112.000**	**112.000**	**134.000**	**20.282,14**
42735	**011**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**102.000**	**102.000**	**153.000**	**—**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42760	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Siehe Erläuterung zu Titel 42260

42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**9.422.000**	**9.799.000**	**9.330.000**	**8.977.693,48**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**175.000**	**182.000**	**295.000**	**166.156,44**
42821	**011**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**137.000**	**142.000**	**187.000**	**51.273,00**
42860	**011**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-0,01**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanagerinnen/Wissensmanager und Dialogbegleiterinnen/Dialogbegleiter, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**173.000**	**179.000**	**252.000**	**163.065,42**
44301	**011**	**Unterstützungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44304	**011**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**227.000**	**227.000**	**206.000**	**170.782,45**
44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**13.800**	**13.800**	**10.000**	**13.714,96**
45201	**011**	**Nachversicherungen**	**30.600**	**30.600**	**18.800**	**30.550,48**
45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**13.900**	**—**
45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**296.000**	**296.000**	**296.000**	**258.604,67**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**197.000**	**197.000**	**212.000**	**105.725,42**

Postgebühren, Kopierpapier, Porto- und Überweisungsgebühren, kostenpflichtige Telefonbucheinträge für die gesamte Senatsverwaltung, Rundfunkbeiträge, Zeitungen und Zeitschriften für die Pressearbeit und Fachbücher, Fachpublikationen und Loseblattsammlungen, zentrale Materialausgabe sowie allgemeiner Geschäftsbedarf für die Leitung, die Abteilung Zentrales und die angegliederten Stabstellen.

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**162.000**	**162.000**	**54.000**	**42.021,14**

Ausgaben für die Beschaffung von Büromöbeln und -maschinen, ergonomischen Arbeitsplatzausstattungen und für zentrale Aufgaben (z. B. Gesundheitsmanagement, Eltern-Kind-Zimmer, Sicherheitsaufgaben und Erste-Hilfe-Ausstattung etc.)

Mehr, weil die bisherige dezentrale Büromöbelbeschaffung ab dem Haushaltsjahr 2024 zentral im Kapitel 1200 veranschlagt ist.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**011**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**589,58**

Für den Betrieb und die Unterhaltung des Dienstfahrzeuges in der Abteilung Z

51408	**011**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**15.356,05**

Schutzkleidung für Brandschutzkräfte, Sicherheitsschuhe und Schutzkleidung aufgrund vorliegender Gefährdungsbeurteilungen für Transsportarbeiten und Baustellenbegehungen der Beschäftigten der Abteilung Z und der Hausleitung.

51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**2.866.000**	**2.923.000**	**2.809.000**	**2.925.500,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	26.679	26.679	37.796
VE Plan 2023	0	0	0

Nebenkostenpauschale (insbesondere für Strom, Gebäudereinigung, Sicherheits- und Pförtnerdienstleistungen, behördeninterne Hausmeisterdienstleistungen, Managementgebühren der BIM GmbH und sonstige Gebäudebewirtschaftung) basierend auf den Berechnungen der BIM und zur Zahlung an die Berliner Immobilienmanagement GmbH für folgende Dienstgebäude bzw. Diensträume:

	2024	2025
Standort Fehrbelliner Platz (Fehrbelliner Platz 1, 2 und interimsweise Fehrbelliner Platz 4 sowie Württembergische Straße 6)	4.680.000 €	4.992.000 €
Alt-Friedrichsfelde 60 (Archiv und Lager)	51.600 €	57.600 €
Karl-Liebknecht-Straße 11	69.600 €	74.400 €
	4.801.200 €	5.124.000 €
rd.	4.802.000 €	

Mehrausgaben aufgrund von Energiepreissteigerungen werden zentral von der Senatsverwaltung für Finanzen veranschlagt.

51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**5.930,08**

Insbesondere für die Anmietung von Räumen für die jährlich durchzuführende Personalversammlung und Frauenversammlung sowie von Tagungsräumen für die gesamte Senatsverwaltung

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51802	**011**	**Mieten für Fahrzeuge**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.300,00**

Insbesondere Ausgaben für die Anmietung von Bussen für thematische Rundfahrten und Exkursionen mit internationalen Delegationen

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**97.000**	**97.000**	**72.000**	**71.334,03**

Miete für Geräte der Vervielfältigungsstelle und für die im Rahmen des Gesundheitsmanagements angeschafften Wasserspender für die Senatsverwaltung.

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**6.245.000**	**6.245.000**	**6.302.000**	**6.245.100,76**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	76.727	76.727	108.697
VE Plan 2023	0	0	0

Mietausgaben zur Zahlung an die BIM GmbH für folgende Standorte:

Standort Fehrbelliner Platz (Fehrbelliner Platz 1, 2 und interimsweise Fehrbelliner Platz 4 sowie Württembergische Straße 6)	6.099.710 €
Alt-Friedrichsfelde 60 (Lager)	47.370 €
Karl-Liebknecht-Str.11	97.190 €
Insgesamt:	6.244.270 €
rd.	6.245.000 €

Weniger, weil der Mietvertrag für das Mietobjekt Torstr. beendet ist und weniger Lagerflächen im Objekt Alt-Friedrichsfelde benötigt werden.

51910	**011**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**25.000**	**25.000**	**2.000**	**—**

Kleiner Unterhaltungsbedarf für die Dienstgebäude der Senatsverwaltung

Mehr aufgrund entstehender Kleinstreparaturen und Ausbesserungsarbeiten im Wege der Umzüge bezüglich der „Drehscheibe Fehrbelliner Platz und Württembergische Str.6“

51920	**011**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**3.974,60**

Unterhaltung des vorhandenen Datennetzes in Außenstandorten und innerhalb von Technikräumen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt einschließlich der Sonderbehörden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**477.000**	**357.000**	**180.000**	**465.008,13**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

	2024	2025
1. Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten, Ausgaben für die Wartung nutzerspezifischer Anlagen		
Standort Fehrbelliner Platz	32.000 €	32000 €
Alt-Friedrichsfelde 60 (Lager und Archiv)	1.000 €	1.000 €
Karl-Liebknecht-Straße 11	500 €	500 €
Summe 1.:	33.500 €	33.500 €
2.		
Auslagerung und Reinigung von Akten und Materialien Keller Fehrbelliner Platz 1, Schadstoffsanierung	120.000 €	0 €
Begleitende Maßnahmen zur Fenstersanierung am Fehrbelliner Platz 1	50.000 €	50.000 €
Maßnahmen zum Blendschutz im DG Fehrbelliner Platz 4	25.000 €	25.000 €
Ausgaben für Umzugsleistungen	50.000 €	50.000 €
Pflege und Wartung der Außenanlagen für Wand - und Dachbegrünung Württembergische Str. 6	96.000 €	96.000 €
Erhöhte Reinigungspauschale wegen ortsunabhängigem Arbeiten (Desk Sharing)	50.000 €	50.000 €
Lizenzgebühren webbasiertes Wegeleitsystem jährlich	7.500 €	7.500 €
Begleitende Maßnahmen zur Pflege der Vertikowand und der Musterfläche der Dachbegrünung des Dienstgebäudes Fehrbelliner Platz 4	20.000 €	20.000 €
Sonstige Umbauten, d .h. bauliche Anpassungen und technische Maßnahmen im Rahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen	25.000 €	25.000 €
Summe 2.:	443.500 €	323.500 €
Gesamtsumme (1. und 2.):	477.000 €	357.000 €

Mehr aufgrund anderer anstehender Maßnahmen für die Haushaltsjahre 2024 und 2025

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**106.986,29**

Aus- und Fortbildungskosten inklusive Ausgaben für Reisen im Zusammenhang mit der Aus- und Fortbildung von Bediensteten und Fremdsprachenunterricht.

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Tätigkeit des Personalrates, der Frauen- und der Schwerbehindertenvertretung.

52610	**011**	**Gutachten**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**62.947,07**

Insbesondere arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung der Dienstkräfte der Senatsverwaltung auf Grundlage des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG), des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) sowie berufsgenossenschaftlicher Regelungen.

Mehr in 2024 und 2025 aufgrund aufgestauter Augenuntersuchungen der Mitarbeitenden der Senatsverwaltung und verpflichtender Begehungen des arbeitsmedizinischen Dienstes wegen der Umzüge im Rahmen der Drehscheibe Fehrbelliner Platz

Angaben zum Gender Budget:

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten ist nicht vorgesehen. Aus Datenschutzgründen enthalten Abrechnungen keine personenbezogenen Daten.

52703	**011**	**Dienstreisen**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**20.306,79**

Ausgaben für Dienstreisen und für Dienstgeschäfte im Sinne des Reisekostenrechts des Politisch-Administrativen Bereiches, der Abteilung Zentrales, der Mitglieder des Personalrates, der Schwerbehinderten- und der Frauenvertretung sowie für den Kauf von Dienstfahrscheinen und Entschädigungen bei Nutzung privater Kraftfahrzeuge für dienstliche Belange, einschließlich Immissionsschutzabgabe.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**159,69**

Ausgaben für die Bewirtung von Gästen des Senators.

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**350.000**	**350.000**	**580.000**	**147.799,25**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	200.000	100.000	125.000

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für:

1.	Betrieb und Weiterentwicklung des Internet-Auftritts der SenStadt	30.000 €
2.	Pflege und Ausbau der digitalen Kommunikationskanäle (insbesondere Social Media)....	20.000 €
3.	Herausgabe von Publikationen, Broschüren, Flyer etc. zu Themen der SenStadt (Offline und Online-Formate) inklusive Rahmenverträge für Foto- und Filmarbeiten	50.000 €
4.	Kommunikationsmaßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz von Wohnungsbauprojekten (unter anderem zeitgemäße Bürgerinformationen, Baustellenkommunikation)	250.000 €
		350.000 €

Die Ausgaben betreffen die gesamte Senatsverwaltung.

Angaben zum Gender Budget:

Teilhabe in der Öffentlichkeitsarbeit ist hier vor allem dahingehend zu verstehen, dass alle Zielgruppen (m/w/d) gleichermaßen, unabhängig von ihrem Geschlecht, Zugang zu den für sie relevanten Informationen erlangen. Dafür werden die verschiedenen Geschlechterperspektiven bei allen Maßnahmen berücksichtigt und die Geschlechtergleichstellung entsprechend aktiv gefördert.

53105	**422**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**360.000**	**360.000**	**360.000**	**336.849,78**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	110.000	50.000	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

1.	Beteiligung am Gemeinschaftsstand Berlins auf der internationalen Immobilienmesse „MIPIM“ in Cannes.....	100.000 €
2.	Beteiligung am Gemeinschaftsstand Berlin-Brandenburg auf der „Expo Real“ in München.....	100.000 €
3.	Beteiligung an der Architekturbiennale in Seoul 2025	60.000 €
4.	Ausstellungen in Verbindung mit den zentralen Ausstellungsorten der Senatsverwaltung.....	100.000 €
		360.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**3.000**	**3.000**	**2.500**	**2.314,66**

Betreuung von Besucherinnen und Besucher aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen sowie im Zusammenhang mit der Betreuung von Delegationen und im Rahmen der Zusammenarbeit mit Partnerstädten Berlins und internationalen Kooperationspartnern.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**15.000**	**15.000**	**7.500**	**10.844,04**

Ausgaben für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten für Auswahlverfahren und amtliche Bekanntmachungen.

Angaben zum Gender Budget:

Zu diesem Titel gibt es keine genderrelevanten Bezüge. Ausschreibungen erfolgen sachbezogen.

53301	**011**	**Kränze, Blumenspenden, Nachrufe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**70,00**

Die Ausgaben betreffen die gesamte Senatsverwaltung.

54001	**011**	**Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**2.277,76**

Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltungsmodernisierung. Für Vorhaben und Maßnahmen im Zusammenhang mit Veränderungsprozessen in sämtlichen Politikfeldern der Senatsverwaltung. Dabei sind herausgehobene Anforderungen durch Vorgaben zur Implementierung von Diversity, betreffend die Umsetzung zum Maßnahmenplan Diversity (die Stärkung der Diversity-Kompetenz und Umsetzung bei Vorgaben zu Diversity) und dem Maßnahmenplan aus dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm, im vollumfänglichen Verständnis zu erfüllen. Dabei geht es in der Regel um Qualitätskriterien, die Aspekte von Inklusion bei der Bearbeitung von Fachthemen verankern.
Mittel werden u.a. auch aufgewandt, um in den Fachbereichen Fortbildungsbedarfe zu erheben, um Vorgaben auf EU-, Bundes- und Landesebene zu den Querschnittsthematiken Gender und Diversity / Inklusion gerecht zu werden und in der laufenden Arbeit der Fachressorts zu implementieren. Hierzu können Seminare und Klausurtagungen organisiert werden.

Die Ausgaben betreffen die gesamte Senatsverwaltung.

54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**72.000**	**72.000**	**72.000**	**35.700,69**

Insbesondere für externe Beratung der Bereiche bei Team- und Organisationsentwicklungsprozessen inkl. Prozessen des betrieblichen Gesundheitsmanagements (Analyse, Maßnahmenplanung und -durchführung, Evaluation), für externe Unterstützung insbesondere angehender und neuer Führungskräfte, bei Organisationsanalysen und -optimierungen sowie für projektorientiertes Arbeiten; Organisation von Workshops und Klausurtagungen, Finanzierung externer Unterstützung bei hochwertigen oder außergewöhnlichen Stellenbesetzungsverfahren sowie sonstige Ausgaben des Betrieblichen Gesundheitsmanagements. Des Weiteren für die Begleitung von Mitarbeitendenbefragungen, die landesweite Zertifizierung um das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ (Vereinbarkeit Familie, Pflege und Beruf) für die SenStadt und strukturierte Auswahlverfahren im Rahmen der technischen Laufbahn und Ausgaben für verschiedene Maßnahmen des Personalmarketings und –recruitings (z. B. Jobmessen, Präsenz in Social-Media-Kanälen, sonstige Arbeitgeberkampagnen.

Der Kontext wird wesentlich bestimmt durch die Umsetzung der RDV Personalmanagement auf Landesebene, die demografische Entwicklung bei der SenStadt sowie des hauseigenen Personalentwicklungskonzeptes.

Die Ausgaben betreffen die gesamte Senatsverwaltung.

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**315.000**	**315.000**	**745.000**	**585.177,47**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 51135 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**403.000**	**403.000**	**446.000**	**326.978,82**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	75.000	75.000	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

1.	Unterstützung bei der Planung des Rückumzuges in das Stammhaus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – aus dem Fehrbelliner Platz 4 in die Württembergische Str. 6 und der Umzüge aus dem Fehrbelliner Platz 1 und 2 in das Dienstgebäude Fehrbelliner Platz 4	58.000 €
2.	Sozialberatung der Beschäftigten der Senatsverwaltung	40.000 €
3.	Erstellung eines elektronischen Pressespiegels	35.000 €
4.	Betreuung europapolitischer und internationaler Kooperationen, sowie Dienstleistungen durch Dritte	70.000 €
5.	Prüfung ortsveränderlicher elektronischer Betriebsmittel §§ 3 und 10 Betriebssicherheitsverordnung	60.000 €
6.	Wartung der Evakuierungsstühle und Defibrillatoren, Reparaturen der Multifunktionsgeräte, Wasseranalyse und Kartuschentausch für Wasserspendergeräte, Aktenvernichtung durch Dritte, Integration des FAMOS-Systems mit weiteren Modulen	40.000 €
7.	Inanspruchnahme externer Dienstleister bei Noteinsätzen innerhalb der Poststelle und für eilige Botenfahrten aufgrund gesetzlicher Fristen	30.000 €
8.	Betreuungskosten der Dauerausstellung „Berliner Stadtmodelle“	70.000 €
	Summe	403.000 €

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**165.234,28**

Die Ausgaben sind vorgesehen für Veranstaltungen:

1.	zur Stärkung der Kooperation und des Wissenstransfers mit prioritären Städtepartnern wie Wien, Paris, Incheon, etc. gemäß Kooperationsstrategie der SenStadt auf Fach-und Leitungsebene	120.000 €
2.	zum Ausbau der Partnerschaft mit Städten in der Ukraine auf dem Gebiet der nachhaltigen,integrierten Stadtentwicklung – erste Initiativen starten 2023	40.000 €
3.	zum Erfahrungsaustausch in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik auf Bundes- und EU-Ebene	30.000 €
4.	zur Abgabe für künstlerische/publizistische Tätigkeiten an die Künstlersozialkasse für die SenStadt	10.000 €
		200.000 €

54064	**011**	**Abdeckung von Geldverlusten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Für die Abdeckung von Geldverlusten im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung

54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Abführung von Umsatzsteuer aufgrund der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (Einführung des § 2b UStG)

54078	**011**	**Ausgleichsabgabe für nicht besetzte Pflichtplätze nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch-**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Höhe der Ausgaben richtet sich nach dem von der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport auf der Grundlage der Schwerbehindertenquote des vorletzten Jahres festgelegten Betrages.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**500,00**

Sonstige nicht anderen Titeln zuzuordnende Ausgaben von bis zu 1.000 Euro im Einzelfall, insbesondere für allgemeine Verbrauchsmittel, Ersatzleistungen z. B. Erste Hilfe Ausstattungen sowie der Beteiligung am Gemeinschaftsfond des Kuratoriums des gemeinschaftlichen Oberprüfungsamtes deutscher Länder und Verwaltungen für das technische Referendariat

54610	**011**	**Sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen im Rahmen europäischer Netzwerke**	**1.000**	**1.000**	**—**	**9.840,00**

Fördermittel der EU für Projekte des Referats für EU-Angelegenheiten und Internationales, Veranstaltungen.

Die Einnahmen werden im Titel 27201 nachgewiesen.

68569	**016**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**15.000**	**15.000**	**100.000**	**—**

Ausgaben für Zuwendungen an externe Ausrichter von relevanten Fachveranstaltungen im Kontext des Themenspektrums der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vorgesehen. Hierbei werden Mittel zur Förderung der öffentlichen Debatte im Sinne der Demokratie- und Engagementförderung bereitgestellt.

81240	**011**	**Investitionen für die verfahrensabhängige IKT-Technik**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
86379	**011**	**Darlehen für Rechtsverteidigung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Darlehen für die Rechtsverteidigung im Rahmen der Gewährung von Rechtsschutz in Strafsachen für Dienstkräfte

88401	**813**	**Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**	**1.000**	**1.000**	**—**	**533.000,00**

Ausgaben, die eine Zuführung an das SIWA erfordern.

89122	**811**	**Zuschuss an das SILB für nutzerspezifische Kosten zur Sanierung des Bürodienstgebäudes Württembergische Str. 6**	**1.000.000**		**1.000.000**	**4.206.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt im 2. Planjahr weg.

Zuführung an das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) für nutzerspezifische Kosten im Zusammenhang mit der Sanierung des Bürodienstgebäudes Württembergische Str. 6

89301	**880**	**Einzelplanbezogene Minderausgaben für Investitionen**	**-8.000.000**	**-7.700.000**	**-116.000.000**	**—**

Zur Auflösung der pauschalen Minderausgabe werden Sperren im gleichen Umfang im Einzelplan angebracht.

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**			**-1.250.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**130.000**	**130.000**	**373.000**	**13.621,78**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 54003 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Die Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz

51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**28.000**	**28.000**	**32.000**	**9.073,85**

Plotterzubehör (Papier, Farbkartuschen) für den Druck von Karten und Plänen, Datenträger für den Austausch mit externen Projektpartnern und zur Veröffentlichung von Planungsergebnissen

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**71.813,78**

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für die Reparatur sowie Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen (Betrieb von Verfahrensservern, Workstations, Plottern)

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**6.700.000**	**6.700.000**	**6.700.000**	**5.767.488,02**

Verpflichtungsermächtigung	**3.250.000**	**1.320.000**
Davon fällig 2025	**1.900.000**	
Davon fällig 2026	**1.350.000**	**680.000**
Davon fällig 2027	**—**	**310.000**
Davon fällig 2028	**—**	**110.000**
Davon fällig 2029	**—**	**110.000**
Davon fällig 2030		**110.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.098.870	1.075.760	0
VE Plan 2023	350.000	350.000	350.000

Bezeichnung	2024	2025
1. Landesweite Projekte/Verfahren, die von der Senatsverwaltung zentral gesteuert und finanziert werden:		
Betrieb und Wartung des Elektronischen Bau- und Genehmigungsverfahrens (eBG): Betrieb, Wartung und Optimierung des Fachverfahrens „elektronisches Bau- und Genehmigungsverfahren (eBG)“ inkl. Fortschreibung der erforderlichen eBG-Konzeptionen, Verbesserung der Gebrauchstauglichkeit/Ergonomie und Barrierefreiheit, der Performance und des Fehlermanagements des Fachverfahrens, Sicherstellung von Schulungen/Fortbildungsangeboten für Nutzende (insbes. für neue Mitarbeitende). Ansatz 2023: 850.000 €	950.000 €	950.000 €
Anpassung und Betrieb des Elektronischen Denkmalschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens (eDG); Der Regelbetrieb in Form des Probeechtbetriebes der Objektakte des eDG (Stufe 1) wurde 2018 umgesetzt. Zugleich wurden die ersten Verfahren der Stufe 2 im Probeechtbetrieb 2020 sowie als erste Behörde des Landes Berlin die Umsetzung der ersten Anträge im Basisdienst digitaler Antrag (BDA) mit Einbindung in das Fachverfahren eDG erreicht. Für die Einführung weiterer Verfahrensbestandteile und deren Pilotierung, Tests und Schulungen der Mitarbeitenden sind in 2024/25 Dienstleistungen erforderlich. Darüber hinaus ist der Regelbetrieb durch Dienstleistungen zu sichern. Ansatz 2023: 140.000 €	140.000 €	140.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	2024	2025
Abteilung Geoinformation Liegenschaftswesen Verfahrensbetreuung Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS) inkl. 3D-Gebäudedaten und Karte von Berlin 1:5.000, Amtliches Topografisch-Kartografisches Informationssystem (ATKIS), Amtliches Festpunkt-Informationssystem (AFIS) und Auskunfts- und Präsentationskomponente für Verfahren AAA, Anpassungsarbeiten und Entwicklungsarbeiten der Verfahren, Qualitätsverbesserung, Weiterentwicklung der Datenbestände, Fehlerbehebung, Umsetzung der AdV Beschlüsse, Anpassung an die IKT-Architektur, Pflege von Spezialsoftware für ATKIS-Produkte der Geotopographie; 1.750.000 € Verfahrensbetreuung Kuno (Katasterunterlagen online) und elektronisches Geschäftsbuch (eGB) für die bezirklichen Vermessungsstellen und SenStadt: sowie Dienstleistungen für den Fachbereich Geoinformation; 100.000 € Verfahrensbetreuung Automatisierte Kaufpreissammlung (AKS Intra, AKS Online), Gutachterausschuss: Verfahrensbetreuung GAA online und des Internetgestützten Bodenrichtwertsystems (Boris Berlin), inkl. Internet Service Providing (Providerkosten, Wartung und Pflege); 300.000 € Pflege- und Wartungsvertrag für das Integrierte Prozess- und Objektmanagement für Vermessung (geodätisches Rechenprogramm IPOS); 30.000 € Ersatzbeschaffung von Software (DIG-CAD 6.0) für die Bereitstellung der Festpunktinformationen und Pflege und Wartung von Software (CARD/1, Scene,DIG-CAD, AutoCAD Civil3D, L3Harris SARScape) für Planungen und Prüfungen im Hoch- und Tiefbau und bei städtebaulichen Maßnahmen, für die Bearbeitung und Analyse von Radarinterferometriedaten sowie für die Bereitstellung der Festpunktinformationen; 20.000 € Ansatz 2023: 2.200.000,00 €	2.200.000 €	2.200.000 €
Vermessungswesen Informationssystem Stadt und Umwelt (ISU): Datenaktualisierung, -aufbereitung und -organisation, Pflege und Aufbau und Betrieb einer Kartenpräsentation; 200.000 €; Unterstützende Dienstleistungen beim Betrieb und der Weiterentwicklung des Geoportals unter Berücksichtigung von INSPIRE; 100.000 € Entwicklung der Funktionalität von Yade-GIS; 20.000 € Wartung und Pflege der Landeslizenz Yade-GIS; 230.000 € Ansatz 2023: 550.000 €	550.000 €	550.000 €
Abt. Wohnungswesen: ITDZ-Rechenzentrumsleistungen, Druckaufkommen inkl. Portokosten für das IT-Verfahren Integriertes Wohnungswesen/Digitalisiertes Wohnungswesen (InWo/DiWo) einschließlich der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets, Oberflächenmodernisierung. Das ITDZ hat seine Preise im Dez. 2022 erheblich erhöht, dadurch erhöhen sich die lfd. Kosten. Ansatz 2023: 370.000 €	500.000 €	500.000 €
Abteilung Hochbau Betrieb der landesweiten Vergabe-Plattform im Rahmen der Fachverantwortung für die Dienststellen der unmittelbaren Landesverwaltung. (Nutzungspflicht der Vergabeplattform für die unmittelbaren Landesverwaltungen (Nr. 8.3 AV zu § 55 LHO; Gemeinsames Rundschreiben SenStadt V M /SenWiEnBe II D Nr. 02/2020 - Öffentliches Auftragswesen Verbindliche Anwendung der Elektronischen Vergabe (eVergabe) im Land Berlin. 466.000 € (2024), 463.000 € (2025) Pflege und Anpassung des Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV);10.000 € (2024), 11.000 € (2025) Pflege des Fachverfahrens „HHV Bau“, mit dem Bauvorhaben nicht nur haushaltstechnisch, sondern auch aus bautechnischer Sicht kontrolliert werden können; 24.000 € (2024), 26.000 € (2025) Ansatz 2023: 500.000 €	500.000 €	500.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	2024	2025
Hosting des Elektronischen Bebauungsplanverfahrens (DiPlan)	100.000 €	100.000 €
Teilsumme zu 1.:	**4.940.000 €**	**4.940.000 €**
2. Interne Projekte und Verfahren der Senatsverwaltung		
Abteilung Stadt- und Freiraumplanung Entwicklung und Fortschreibung von Fachverfahren, Monitoring- und Informationssystemen, Datenanalysen und Digitalisierungsarbeiten. Weiterentwicklung des FNP-Verfahrens. Entwicklung digitale Plattformen Bereichsentwicklungsplanung und Koordinierungsplanung. Weiterentwicklung E-B-Plan-Verfahren, Digitalisierung B-Pläne (XPlan-konform) und B-Plan-Akten sowie „Generalia“. Informationstechnische Unterstützung bei der Erstellung / Fortschreibung von sozialen Infrastrukturkonzepten (SoFIS). Weiterentwicklung Gewerbeinformationssystem (GeFIS) sowie des Integrierten räumlichen Informationssystems Stadtentwicklungsplanung (IRIS). Weiterentwicklung Dokumentenmanagement und Geschäftsprozessoptimierung sowie Einführung E-Akte. Pflegevertrag Straßenbeitragserschließung Ansatz 2023: 530.000 €	390.000 €	390.000 €
Abteilung Städtebau und Projekte Bewertung und Visualisierung von Einzelprojekten im Stadtraum, Pflege des Datenbestands im Bereich II A; 60.000 € Migration von Access-Datenbanken im Bereich II D;10.000 €) Ansatz 2023: 70.000 €	60.000 €	60.000 €
Wohnungsbauleitstelle Vertragsmanagement für städtebauliche Verträge Laufende Betriebskosten	0 €	30.000 €
Abteilung Z Famos neue Module, Projektunterstützung, Lizenzpflege SenStadtOnline (Internet) Fachspezifische Informations- und Datenbereitstellung und Administration der Web-Server für die SenStadt Ansatz 2023: 200.000 € Abteilungsübergreifend Lizenzausgaben für Verfahren und Systeme Mehr im Jahr 2024 (250.000 €) weil der Vertrag für die Datacore SANsymphony-V (Storagevirtualisierungssoftware) erneuert werden muss Ansatz 2023: 470.000 € Externe Unterstützungsleistungen bei der Betreuung von IT-Verfahren, bei der Systemadministration sowie Ausgaben für ITDZ-Leistungen Mehr im Jahr 2024, weil im Zusammenhang mit dem Umzug der Server- und Systemtechnik der SenStadt zurück in das Bürodienstgebäude Württembergische Str.6 externe Unterstützung (u.a. Aufbau, Abbau, Inbetriebnahme) benötigt wird Ansatz 2023: 540.000 €	30.000 € 200.000 € 540.000 € 540.000 €	30.000 € 200.000 € 540.000 € 510.000 €
Teilsumme zu 2.:	**1.760.000 €**	**1.760.000 €**
insgesamt	**6.700.000 €**	**6.700.000 €**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 (3.250.000 €) sind jeweils bestimmt für:
Abt. I, Weiterentwicklungs- und Wartungsverträge (250.000 €)
Z IT, Lizenzverträge und Dienstleistungen (410.000 €)
Abt. III, Pflege- und Wartungsverträge im Liegenschaftswesen (2.130.000 €)
Abt. IV, Fachverfahren Städtebauförderung, Hostingvertrag (110.000 €
OD, Wartung des Elektronischen Denkmalschutzverfahrens – eDG- (100.000 €)
Abt. VI, für die Elektronische Baugenehmigung (eBG) und das Verfahren DiPlan (250.000 €),

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025 (1.320.000 €) sind jeweils bestimmt für:
Abt. I, Weiterentwicklungs- und Wartungsverträge (270.000 €)
Z IT, Lizenzverträge und Dienstleistungen (400.000 €)
Abt. IV, Fachverfahren Städtebauförderung, Pflege- und Wartung (550.000 €
OD, Wartung des Elektronischen Denkmalschutzverfahrens – eDG- (100.000 €)

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**53.344,73**

Schulungen für den Einsatz der Fachverfahren der Senatsverwaltung (z. B. Geoinformationssysteme, Datenbankverfahren, CAD-Software) sowie für den Einsatz von eGovernment-Komponenten (z. B. Formularserver, Projekträume Bilddatenbank) im Zusammenhang mit Fachverfahren

81240	**011**	**Investitionen für die verfahrensabhängige IKT-Technik**	**6.635.000**	**6.000.000**	**5.000.000**	**3.798.949,14**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.220.000**	**1.550.000**		
		Davon fällig 2025	**2.750.000**			
		Davon fällig 2026	**2.470.000**	**550.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.930.000	1.950.000	0
VE Plan 2023	500.000	250.000	250.000

Bezeichnung	2024	2025

1. Berlineinheitliche Projekte/Verfahren, die von der Senatsverwaltung zentral gesteuert und finanziert werden:

Liegenschaftswesen
Investitionen für das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS) inkl. 3D-Gebäudemodell und Karte von Berlin 1:5.000 (K5), Amtliches Topografisch-Kartografisches Informationssystem (ATKIS), Amtliches Festpunkt-Informationssystem (AFIS) und die Auskunfts- und Präsentationskomponente (AAA-APK) für die Senatsverwaltung und die 12 bezirklichen Vermessungsstellen, Administration, Soft- und Hardwarebeschaffungen, Anpassungen an IKT-Architekturvorgaben, Projektleistungen.
Ansatz 2023: 1.850.000 € 2.100.000 € 2.400.000 €

Fachübergreifendes Informationssystem (FIS)
Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes durch Erneuerung von Hardware, Software, Updates und Lizenzen; Weiterentwicklung des Geoportals Berlin (FIS-Broker) unter Berücksichtigung der Anforderungen aus der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) und der INSPIRE-Richtlinie der EU (Infrastructure for Spatial Information in Europe) zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft; höherer Bedarf im Jahr 2025 wegen der Erneuerung der Benutzeroberfläche des Geoportals Berlin sowie der Erweiterung der Geodatenbereitstellung um Standards für Sensordaten und Einführung der Standards aus der OGC-API-Familie.
Ansatz 2023: 500.000 € 500.000 € 600.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	2024	2025
Integriertes Wohnungswesen (InWo) Weiterentwicklung des Verfahrens aufgrund gesetzlicher Regelungen, programmtechnische Anpassungen, Erweiterungen aufgrund von Anforderungen der Verfahrensnutzer sowie die sukzessive technische Modernisierung der einzelnen Teilverfahren, hin zu offenen Standards; die Modernisierung des jeweiligen Fachverfahrens ist notwendige Voraussetzung für die Umsetzung des OZG (Online Zugangsgesetz). Höherer Bedarf im Jahr 2024 wegen der notwendigen Erneuerung der Hardware Ansatz 2023: 720.000 €	1.090.000 €	700.000 €
Elektronisches Baugenehmigungsverfahren für Berlin (eBG) Umstellung der letzten bauaufsichtlichen Formulare auf interaktive Assistenten zur elektronischen Antragstellung und Kommunikation und Umstieg auf Berliner Basisdienst Digitaler Antrag (BDA) sowie Umsetzung des XBau-Standard für den Datenaustausch (Schnittstelle), Unterstützung eines einheitlichen, zügigen und effizienten Verwaltungshandels (Fachcontrolling) mittels eBG Ansatz 2023: 60.000 €	40.000 €	40.000 €
Elektronisches Denkmalschutzgenehmigungsverfahren (eDG) Elektronisches denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren (eDG) Umstellung von analogen Verfahren und analogen Formularen auf interaktive Assistenten zur elektronischen Antragstellung und Bearbeitung, Ergänzung von Vorgangstypen im Fachverfahren eDG und der eAkte, Umsetzung der analogen Arbeit in den digitalen Prozess; Ansatz 2023: 50.000 €	55.000 €	55.000 €
Elektronisches Bebauungsplanverfahren (DiPlan) Das IT-Fachverfahren DiPlan setzt die stadtplanungsrechtlichen Geschäftsprozesse zur digitalen Erstellung und Änderung von Bebauungsplänen um. Das Projekt wird im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung VDiPB mindestens mit dem Land Hamburg gemeinsam realisiert. Die IT-Fachverfahrens-Module müssen an die IT-Struktur des Landes Berlin angepasst und weiterentwickelt werden.	1.230.000 €	820.000 €
Wohnungsbauleitstelle -Aufbau eines einheitlichen IT-gestützten Controlling- und Reportingsystems für städtebauliche Verträge: Der Rechnungshof von Berlin sowie der Ausschuss für Stadtentwicklung fordern zur Standardisierung der Abschlüsse und des Controllings städtebaulicher Verträge im Rahmen von Bebauungsplanverfahren im Land Berlin die Beschaffung und Inbetriebnahme eines verwaltungsübergreifenden IT-Verfahrens. Die berlinweite Geschäftsprozessoptimierung sowie der Aufbau eines IT-gestützten Vertragsmanagementsystems erfolgt auf Grundlage des § 10 EGovBln. Städtebauliche Verträge dienen der Erfüllung städtebaulicher Aufgaben gemäß §§ 11, 12 Baugesetzbuch (BauGB). Ihre Zahl und Bedeutung hat in der Berliner Planungspraxis in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Städtebauliche Verträge dienen der Übernahme von Kosten oder sonstigen Aufwendungen, die der Gemeinde für städtebauliche Maßnahmen entstehen oder entstanden sind und die Voraussetzung oder Folge des geplanten Vorhabens sind. Die Erfüllung der Verpflichtungen aus den städtebaulichen Verträgen soll durch ein IT-gestütztes Vertragsmanagementsystem sichergestellt werden. Die Vorarbeiten wurden aus dem Titel 540 03 finanziert.	300.000 €	150.000 €
Teilsumme zu 1.	**5.315.000 €**	**4.765.000 €**
2. Interne Projekte und Verfahren der Senatsverwaltung		
Hochbau Weiterentwicklung der Verfahren Baukostencontrolling (HHV-Bau), eVergabe und Vertragsmanagement (u.a. für e-Rechnung, e-Akte); Ansatz 2023: 200.000 €	150.000 €	200.000 €
Hardwareersatzbeschaffungen für Fachverfahren der Senatsverwaltung, zentrale Veranschlagung von verfahrensabhängiger Infrastruktur für die Standorte Fehrbelliner Platz und Am Köllnischen Park für die Fachverfahren der SenStadt und SenMVKU; mehr in den Jahren 2024 und 2025, weil der Speicher- und Serverbedarf zur Schaffung technischer Voraussetzungen für die Digitalisierung und den Betrieb von eGovernment-/IT-Verfahren für SenStadt und SenMVKU seit 2020 stetig ansteigt Ansatz 2023: 900.000 €	1.170.000 €	1.035.000 €
Teilsumme zu 2.:	**1.320.000 €**	**1.235.000 €**
Insgesamt:	**6.635.000 €**	**6.000.000 €**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Verpflichtungsermächtigungen 2024 sind bestimmt für:
Elektronische Bebauungsplanverfahren (DiPlan) (500.000 €)
Liegenschaftswesens und der Geodateninfrastruktur (3.870.000 €),
Elektronische Denkmalschutzgenehmigungsverfahren (50.000 €)
Hardwareersatzbeschaffungsmaßnahmen für die Fachverfahren der SenStadt und SenMVKU (800.000 €).

Die Verpflichtungsermächtigungen 2025 sind bestimmt für:
Elektronische Bebauungsplanverfahren (DiPlan) (500.000 €)
Elektronische Denkmalschutzgenehmigungsverfahren (50.000 €)
Hardwareersatzbeschaffungsmaßnahmen für die Fachverfahren der SenStadt und SenMVKU (500.000 €).
Sonstige Fachverfahren (500.000 €).

Mehr insbesondere wegen der hohen Kosten für die IT-Maßnahme Elektronisches Bebauungsplanverfahren (DiPlan) und wegen der notwendigen Hardwareerneuerungen für das Integrierte Wohnungswesen sowie die sonstigen Fachverfahren der SenStadt und anteilig der SenMVKU im Zusammenhang mit Virtualisierung.

81259	**011**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**140.000**	**19.256,29**

Erneuerung des Gerätebestands

Abteilung I Stadt- und Freiraumplanung
Ersatzbeschaffung von Verfahrensservern und Grafik-Arbeitsplätzen für die Verfahren: Wohnflächeninformationssystem (WoFIS), Planungsraumbezogenes Informationssystem für Monitoring und Analyse (PRISMA), Gewerbeflächeninformationssystem (GeFIS), GIS-Plattform Bereichsentwicklungsplanung, Digitale Plattform Koordinierungsplanung, IT-Unterstützungssystem Soziale Infrastrukturkonzepte (SoFiS) und Integriertes räumliches Informationssystem (IRIS) ..... 33.000 €

Ersatz von Hardware für die Abteilung III Geoinformation
Ersatzbeschaffung von Grafik-PCs inkl. Monitor und Software für das Liegenschaftswesen sowie Grafische Arbeitsplätze für Ingenieurgeodäsie und integrierten geodätischen Raumbezug ..... 45.000 €
Ersatzbeschaffung von Plottern ..... 22.000 €
insgesamt 100.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 32	**13.768.000**	**13.133.000**	**12.420.000**	**9.733.547,59**
	Gesamtausgaben	**35.035.400**	**34.311.400**	**-75.367.300**	**39.807.937,85**
	Prozentuale Veränderung	**-146,5 %**	**-2,1 %**		

Abschluss Kapitel 1200

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**24.000**	**24.000**	**24.000**	**11.162,46**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**9.840,00**
	Gesamteinnahmen	**25.000**	**25.000**	**24.000**	**21.002,46**
411-462	**Personalausgaben**	**16.048.400**	**16.722.400**	**15.902.700**	**13.639.563,88**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**19.235.000**	**19.172.000**	**19.738.000**	**17.611.168,54**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**15.000**	**15.000**	**100.000**	**—**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**-263.000**	**-1.598.000**	**-109.859.000**	**8.557.205,43**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**—**	**—**	**-1.249.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**35.035.400**	**34.311.400**	**-75.367.300**	**39.807.937,85**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-35.010.400**	**-34.286.400**	**75.391.300**	**-39.786.935,39**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte dieses Einzelplans veranschlagt. Es handelt sich dabei um

- bereits vor Auflösung des ZeP vorhandene Überhangkräfte, die nicht zum bisherigen Kapitel 2809 –Zentrales Personalüberhangmanagement – versetzt werden mussten (Ausnahmen von der Versetzungspflicht),

- um Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement – EZeP – in die Dienststelle versetzt worden sind

- Dienstkräfte, die nach Auflösung des ZeP in diesem Personalwirtschaftsbereich neu dem Personalüberhang zugeordnet worden sind.

Die Unterscheidung der drei unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merksatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften VV Prämie, VV Teilausgleiche, VV Rente und VV Besitzstand. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.000	1.000	124.000	11.670,76
42801	860	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	358.000	326.000	347.000	295.190,04
42811	860	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	1.000	1.000	1.000	—
42850	860	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000	1.000	—
44100	860	Beihilfen für Dienstkräfte	1.000	1.000	8.800	—
		Gesamtausgaben	362.000	330.000	481.800	306.860,80
		Prozentuale Veränderung	-24,9 %	-8,8 %		
		Abschluss Kapitel 1209				
411-462		Personalausgaben	362.000	330.000	481.800	306.860,80
		Gesamtausgaben	362.000	330.000	481.800	306.860,80
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-362.000	-330.000	-481.800	-306.860,80

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1210 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung I – Stadtplanung.

Die Abteilung ist zuständig für Stadtentwicklungsplanung, gesamtstädtische und nachhaltige Entwicklungsstrategien, stadtplanerische Konzepte und Prognosen, Flächennutzungsplanung sowie Koordination stadtentwicklungspolitischer Belange bei Grundstücksangelegenheiten Berlins.

Neben den originären Verwaltungsaufgaben nimmt die Abteilung gesamtstädtische Leitungsaufgaben (Planung, Grundsatzangelegenheiten, Steuerung und Aufsicht) wahr, die von besonderer politischer Gestaltungsrelevanz sind. Die Abteilung I ist der zentrale Bereich für strategische Planungs-, Entwicklungs- und Gestaltungsaufgaben. Sie steuert und koordiniert die räumliche, funktionale und bauliche Entwicklung der Gesamtstadt und schafft die Grundlagen für private und öffentliche Investitionen. Dabei ist sie Ideengeber für die Zukunftsthemen einer dynamischen, sozial gerechten Stadt-entwicklung und die Gestaltung der zentralen öffentlichen Räume der lebenswerten Metropole.

Überdies übernimmt die Abteilung I strategische und koordinierende Aufgaben für die Öffentlichkeitsarbeit des Hauses und das Thema Bürgerbeteiligung, wobei einzelne Maßnahmen von abteilungsübergreifender Bedeutung auch von der Abteilung selbst umgesetzt werden.

B. Gender Budgeting

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Kapitel 1210 Beamte und Tarif	2020*		2021*		2022*	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte**	**65**		**77**		**104**	
absolut	**35**	**30**	**43**	**34**	**56**	**48**
Relativ %	53,8%	46,2%	55,8%	44,2%	53,8%	46,2%
davon Mitarbeitende	**54**		**65**		**90**	
Absolut	31	23	38	27	50	40
Relativ %	57,4%	42,6%	58,5%	41,5%	55,6%	44,4%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	74.944 €	74.499 €	75.332 €	78.709 €	75.709 €	77.035 €
davon Führungskräfte	**11**		**12**		**14**	
Absolut	4	7	5	7	6	8
Relativ %	36,4%	63,6%	41,7%	58,3%	42,9%	57,1%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	99.344 €	93.043 €	102.103 €	97.223 €	97.188 €	97.826 €

* Stichtag 30.06. des entsprechenden Jahres

** Planmäßige Beschäftigte

Die Ende 2021 in Kraft gesetzte Organisationsveränderung und der damit veränderte Zuschnitt dieser Abteilung findet bei den Gender-Budget-Berechnungen für das Jahr 2021 und den darauffolgenden Jahren Berücksichtigung.

Das durchschnittliche Jahresgehalt wurde zugrunde gelegt. Die Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende (in zwei Summenbeträgen) wurde vorgenommen.

Das für das durchschnittliche Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt 2022 je Vollzeitäquivalent ermittelte geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen beträgt für die planmäßigen Beschäftigten (ohne Auszubildende):

Weibliche Mitarbeitende	Männliche Mitarbeitende
6.309,08 €	6.419,58 €
Weibliche Führungskraft	**Männliche Führungskraft**
8.099,00 €	8.152,17 €

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen. Diese Unterschiede treten zumeist zu Gunsten von Männern auf.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	422	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	1.000	1.000	1.000	35.430,45
		Rückzahlungen aus nicht verwendeten Zuwendungen				
11979	422	**Verschiedene Einnahmen**	1.000	1.000	1.000	8.115,04
		Einnahmen insbesondere aus Gebühren für Beglaubigungen sowie die Erstellung und Fotokopien				
23190	422	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	—	—	—	73.125,13
28101	332	**Ersatz von Ausgaben**	50.000	50.000	50.000	37.500,00
		Anteil der Berliner Wirtschaft an den Ausgaben für die Zentren-Initiative „MittendrIn Berlin!“ (vgl. Erläuterungen zu Titel 54010, Nr. 7)				
		Gesamteinnahmen	52.000	52.000	52.000	154.170,62
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
42201	011	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	1.253.000	1.369.000	1.013.000	1.020.182,09
42701	011	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	1.000	1.000	1.000	—
42801	011	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	6.927.000	7.356.000	6.134.000	6.408.788,67
42811	011	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	1.000	1.000	1.000	—
44100	011	**Beihilfen für Dienstkräfte**	29.300	30.200	16.600	27.572,54
51101	011	**Geschäftsbedarf**	12.000	12.000	10.000	6.561,58
		Allgemeiner Bürobedarf, Pläne, Karten, Zeichenmaterial, Aufbereitung von Erhebungen, Fachbücher, Fachzeitschriften und Loseblattsammlungen mit Ergänzungslieferungen, Rundfunkbeitrag				
51140	011	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	3.000	3.000	13.000	2.658,48
		Für Wartung und Reparaturen sowie Ersatz und Ergänzung von Büroinventar und -maschinen einschließlich Ersatzteile				
		Weniger, weil die bisherige dezentrale Büromöbelbeschaffung ab dem Haushaltsjahr 2024 zentral im Kapitel 1200 veranschlagt ist.				
52501	011	**Aus- und Fortbildung**	12.000	12.000	4.800	10.105,00
		Für die Fortbildung der Dienstkräfte				
52602	422	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	2.100	2.100	2.100	1.865,40
		Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitglieder des Beteiligungsbeirats				

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52609	**422**	**Thematische Untersuchungen**	**625.000**	**875.000**	**625.000**	**498.411,40**
		Verpflichtungsermächtigung	**400.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**100.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	100.000	0	0

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für

	2024	2025
1. die Erarbeitung, Aktualisierung und Umsetzung von Stadtentwicklungsplanungen unter Berücksichtigung von Folgen der Pandemie, des städtischen Wachstums und des demografischen, wirtschaftlichen und klimatischen Wandels.	335.000 €	335.000 €
2. die Erarbeitung von Konzepten und Strategien für übergeordnete Entwicklungsvorhaben, wie Umnutzung und Aktivierung von Flächenpotenzialen für Wohnungsbau, Gewerbenutzungen und Infrastruktur sowie in Wasserlagen, Um- bzw. Nachnutzung von großen Stadtbrachen sowie die Fortschreibung gesamtstädtischer Konzepte	190.000 €	190.000 €
3. die Erstellung des Umweltberichts in 2024 und 2025 zu FNP-Änderungen; sowie in 2025 auch für das Thema Step Kultur	100.000 €	350.000 €
	625.000 €	875.000 €

52703	**011**	**Dienstreisen**	**11.000**	**11.000**	**5.000**	**3.346,49**

Für Dienstreisen sowie für Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts und für Vorstellungsreisen

53107	**421**	**Druck der Landeskartenwerke**	**50.000**	**50.000**	**15.000**	**—**

Erstellung und Aktualisierung von Kartenwerken für die Stadtentwicklungsplanung und das Monitoring Soziale Stadtentwicklung.

Für die Weiterentwicklung des Flächennutzungsplans sind Grundlagenkarten über Siedlungs-, Nutzungsstrukturen, -veränderungen und -planungen sowie Erläuterungs- und Themenpläne zu erstellen.

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen

53111	**422**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**3.000**	**3.000**	**2.000**	**—**

Für Stellenausschreibungen einschließlich der Kosten von Auswahlverfahren und amtliche Bekanntmachungen

Angaben zum Gender Budget:

Zu diesem Titel gibt es keine genderrelevanten Bezüge. Ausschreibungen erfolgen sachbezogen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53121	**422**	**Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen**	**2.748.000**	**2.748.000**	**3.910.000**	**2.449.848,18**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.700.000**	**6.700.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**740.000**		
		Davon fällig 2027	**2.000.000**	**740.000**		
		Davon fällig 2028	**450.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2029	**250.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2030		**1.220.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	470.305	300.000	95.000
VE Plan 2023	1.600.000	900.000	1.500.000

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für

		2024	2025
1.	Beteiligung der Öffentlichkeitsarbeit an der Bauleitplanung nach § 3 BauGB	750.000 €	750.000 €
2.	Betreiben der Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung in der SenStadt.....	400.000 €	400.000 €
3.	Betreiben der Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung in den Bezirke……..	1.598.000 €	1598.000 €
		2.748.000 €	2.748.000 €

Zu 1:
Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 des Baugesetzbuchs muss durch Darlegung, Anhörung oder Auslegung gewährleistet werden; Ähnliches gilt für Stadtentwicklungsplanungen gemäß § 4 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Baugesetz Berlin. Die Ausgaben entstehen insbesondere für Karten und Pläne, Inserate, Postwurfsendungen, Online-Foren, Web-Auftritte, Informationsbroschüren, Ausstellungen, Mieten und Versicherungen für Räume und Geräte im Rahmen von Veranstaltungen (Projektoren und Stelltafeln u. ä.) sowie Organisationsaufgaben.

Aus wirtschaftlichen Gründen werden die zu erbringenden Leistungen in Form eines Fünfjahresvertrages vergeben.

Zu 2. und 3:
Die Mittel dienen zum Betrieb von Anlaufstellen für Bürgerbeteiligung in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und in den Bezirken. Sie sind gemäß den Leitlinien für Bürgerbeteiligung zu verausgaben. Die Ausgaben zu 3. sind gleichmäßig über die Bezirke zu verausgaben.

Die Anlaufstellen sollen
- Projektträger und Verwaltungen bei der Durchführung von Maßnahmen der Beteiligung beraten,
- eigene Maßnahmen der Beteiligung sowie
- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchführen und
- mitwirkungsbereite Initiativen aus der Bürgerschaft unterstützen (gemäß den Leitlinien für Bürgerbeteiligung)

Beteiligungsverfahren sind grundsätzlich durch den Projektträger zu finanzieren.

Die Mittel für die aktiven und sich im Aufbau befindlichen Anlaufstellen für Bürgerbeteiligung in den Bezirken sollen im Wege der auftragsweisen Bewirtschaftung durch die Bezirke (Kalkulationsgrundlage pro Bezirk und Jahr: ca. 133.000 €) verausgabt werden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**422**	**Dienstleistungen**	**1.570.000**	**1.570.000**	**2.570.000**	**1.453.334,28**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**700.000**			
		Davon fällig 2026	**150.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2027	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**150.000**		

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Arbeiten zu Einzelthemen der räumlichen Planung angesichts von pandemiebedingten Folgen, sozio-ökonomischem Wandel und Klimawandel, Wärme-/Energiewende, insb. zur Flächenvorsorge, effizienten Flächennutzung, Flächenaktivierung, Zentrenentwicklung, für das Monitoring Soziale Stadtentwicklung und Smart City	200.000 €	200.000 €
2.	Dienstleistungsaufträge im Zusammenhang mit räumlichen Stadtentwicklungskonzepten	80.000 €	80.000 €
3.	Gewerbeflächenmonitoring: Geschäftsstelle Gewerbeflächen-Informationssystem (GeFIS), Dienstleistungsaufträge zur Beobachtung des Gewerbeflächenangebots sowie Unterstützung der Bezirke (bezirkliche Wirtschaftsflächen-Konzepte)	120.000 €	120.000 €
4.	Dienstleistungsaufträge zum Monitoring Stadtentwicklungsplanung Wohnen, zur Weiterentwicklung des Wohnflächen-Informationssystems sowie zum Aufbau und zur Implementierung eines integrierten räumlichen Informationssystems	80.000 €	80.000 €
5.	Dienstleistungsaufträge zur Unterstützung der Planung der sozialen Infrastruktur (SIKo-Prozessbegleitung, gesamtstädtische Infrastrukturkoordination, Geschäftsstelle Mehrfachnutzung)	150.000 €	150.000 €
6.	Unterstützung der bezirklichen Infrastrukturkoordinationen im Rahmen auftragsweiser Bewirtschaftung (u.a. Aktualisierung/fachliche Vertiefungen der Soziale Infrastruktur-Konzepte (SIKo), Beiträge für das Flächeninformationssystem Soziale Infrastruktur (SoFIS), Standortkonzepte u.a. zur Beförderung von Mehrfachnutzung)	300.000 €	300.000 €
7.	Dienstleistungsaufträge im Rahmen der Durchführung der Zentren-Initiative „MittendrIn Berlin!“ (vgl. Erläuterung Titel 28101)	190.000 €	190.000 €
8.	Dienstleistungsaufträge für Analysen und Untersuchungen zu stadtentwicklungspolitischen Aspekten der Liegenschaftspolitik, insbes. strategischem Flächenankauf	50.000 €	50.000 €
9.	Dienstleistungsaufträge zur Koordination des Runden Tisches Liegenschaftspolitik sowie zur Koordination des zivilgesellschaftlichen Beirates zum Steuerungsausschuss Konzeptverfahren	60.000 €	60.000 €
10.	Dienstleistungsaufträge im Zusammenhang mit der Koordinierungsplanung und dem Management für die Entwicklungsräume	100.000 €	100.000 €
11.	Abstimmung der Flächennutzungsplanung mit Nachbargemeinden Berlins gemäß § 2 Abs. 2 BauGB	10.000 €	10.000 €
12.	Kompensationsmanagement (Flächenagentur)	80.000 €	80.000 €
13.	Unterstützung der der Erarbeitung von bezirklichen Innenentwicklungskonzepten zur Aktivierung insb. von Wohnungsbaupotenzialen, im Rahmen auftragsweiser Bewirtschaftung	100.000 €	100.000 €
14.	Dienstleistungsaufträge zu Fach- und Rechtsfragen von Bebauungsplänen, planungsrechtlichen Einzelfallentscheidungen und Grundsatzangelegenheiten	20.000 €	20.000 €
15.	Fortschreibungsbedarf „Handbuch Verbindliche Bauleitplanung“ und „Leitfaden Lärmschutz in der verbindlichen Bauleitplanung“	30.000 €	30.000 €
		1.570.000 €	1.570.000 €

Weniger weil die Ausgaben zum Nachbarschaftsforum e.V. (250.000 €) künftig bei Titel 68579 nachgewiesen werden.

54048	**423**	**Maßnahmen zur Umsetzung der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**257.417,91**

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Umsetzung der Sozialraumorientierung:

- Planungsraumbezogenes Informationssystem für Monitoring und Analyse – PRISMA (Geschäftsstelle)
- spezifische Unterstützung der Bezirke zur Stärkung des sozialraumorientierten Handelns

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**422**	**Veranstaltungen**	**240.000**	**240.000**	**60.000**	**57.030,71**

Die Ausgaben sind jeweils in 2024 und 2025 vorgesehen für die Vorbereitung und Durchführung von Stadtforen sowie die Weiterentwicklung des Formats.

54077 (neu)	**422**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

Abführung von Umsatzsteuer aufgrund der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (Einführung des § 2b UStG)

54079	**422**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Besichtigungsfahrten in Angelegenheiten der Abteilung Stadt- und Freiraumplanung

54690	**422**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**50.523,93 R 22.601,20**
68524	**423**	**Zuschüsse an städtebauliche Institutionen**	**206.000**	**210.000**	**202.000**	**139.990,00**

Die Ausgaben sind jeweils vorgesehen für Zuwendungen an:

		2024	2025
1.	Institut für Städtebau, Berlin (2022: 147.000 €)	147.000 €	147.000 €
2.	Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Berlin-Brandenburg (2022: 5.000 €)	5.000 €	5.000 €
3.	Sonstige Zuwendungen für städtebaulichen Maßnahmen	54.000 €	58.000 €
		206.000 €	**210.000 €**

Zu 1.:
Das für Bauwesen zuständige Bundesministerium gewährt einen Zuschuss in mindestens gleicher Höhe. Träger des Instituts ist die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung Köln. Das Institut hat die Aufgabe, auf dem Gebiet des Städtebaus Fachleute aus- und weiterzubilden und Forschungsarbeiten zu betreiben.

Zu 2.:
Die Akademie arbeitet bei der Vorbereitung von Planungsgesetzen mit und wertet Forschungsaufträge aus. Ferner nimmt sie die Interessen Berlins bei den Sitzungen des Präsidiums der Akademie mit der Bundesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und Fachorganisationen wahr.

Übersicht über den Entwurf Wirtschaftsplan 2024 des Instituts für Städtebau:
(Das Institut für Städtebau bewirtschaftet Einnahmen und Ausgaben nach den Regeln der Kameralistik.)

	Ansatz 2024 €	Ansatz 2023 €	Rechnung 2022 €
Ausgaben			
Personalausgaben	956.000	916.000	926.163
Sächliche Verwaltungsausgaben	418.000	413.000	408.098
	1.374.000	1.329.000	1.334.261
Finanzierung der Ausgaben			
Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	1.080.000	1.035.000	1.194.682
Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	147.000	147.000	115.000
Zuwendungen Berlins	147.000	147.000	115.000
	1.374.000	1.329.000	1.424.682

Angaben zum Gender Budget

Zu diesem Titel gibt es keine genderrelevanten Bezüge. Zuwendungen erfolgen sachbezogen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**332**	**Mitgliedsbeiträge**	**251.000**	**251.000**	**1.000**	**450,00**

Die Mittel sind jeweils in 2024 und 2025 vorgesehen für die Mitgliedsbeiträge:

1. Kommunales Nachbarschaftsforum e.V., in dem die kommunale Zusammenarbeit mit den angrenzenden Kreisen und Gemeinden im Stadt-Umland-Raum Berlin-Potsdam stattfindet ..... 250.000 €
2. urbanicom e.V. ..... 450 €

250.450 €
rd. 251.000 €

Mehr, weil der Teilansatz zu 1. bislang bei Titel 54010 veranschlagt war.

	Gesamtausgaben	**14.447.400**	**15.247.300**	**15.087.500**	**12.388.086,66**
	Prozentuale Veränderung	**-4,2 %**	**5,5 %**		

Abschluss Kapitel 1210

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**43.545,49**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**110.625,13**
	Gesamteinnahmen	**52.000**	**52.000**	**52.000**	**154.170,62**
411-462	**Personalausgaben**	**8.211.300**	**8.757.200**	**7.165.600**	**7.456.543,30**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**5.779.100**	**6.029.100**	**7.718.900**	**4.791.103,36**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**457.000**	**461.000**	**203.000**	**140.440,00**
	Gesamtausgaben	**14.447.400**	**15.247.300**	**15.087.500**	**12.388.086,66**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-14.395.400**	**-15.195.300**	**-15.035.500**	**-12.233.916,04**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001065 Sicherung einer nachhaltigen Stadtentwicklung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	3.683.964	3.305.342	+11,45
Kostenträger	5	Sachkosten	2.509.843	2.731.513	-8,12
davon		Transferkosten	450	220	+104,55
Produkte	0	Verrechnungskosten	146.814	116.468	+26,06
MGF	4	kalkulatorische Kosten	179.756	162.814	+10,41
Projekte	1	Gemeinkosten	3.044.632	3.644.107	-16,45
		Summe Verwaltungskosten	9.565.460	9.960.465	-3,97
		Transfers	121.692	331.613	-63,30
		Gesamtsumme	9.687.152	10.292.077	-5,88

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
002497	2022	5.073.247	1.966	5.075.213
LuV I - Erarbeitung von Konzepten zur gesamtstädtischen Entwicklung	2021	5.479.571	174.600	5.654.171

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65704	2022	449.173	0	449.173
Planungsgrundlagen/Monitoring/Prognosen/ Berichte zur Stadtentwicklung (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	748.166	0	748.166

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,64	7,27
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

- Erarbeitung und Bereitstellung von Grundlagen, Analysen und Prognosen zu Bevölkerungsentwicklung, Alters- und Sozialstruktur, Arbeitsplatzverteilung, Versorgung mit Einzelhandelsflächen etc.
- Monitoring sektoraler Flächenentwicklungen und Umsetzung der daraus resultierenden Schlussfolgerungen in Stadtentwicklungsberichte, z.B. Büroflächen, Soziale Stadtentwicklung, Bevölkerung
- Bereitstellung von Grundlagen und Steuerungsinformation für die vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung
- Verdeutlichung von Trends und Entwicklungslinien für die räumliche Planung als Orientierungsrahmen für gesamtstädtische Entwicklungsplanung, für stadtplanerische Entscheidungen, Fachplanungen sowie bezirkliche Planungen

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Fachspezifische Informationen

Schwerpunktmäßig wurden im Berichtszeitraum folgende Leistungen erbracht:
- Grundlagen und Analysen für die Fortschreibung der Bevölkerungsprognose 2018-2030;
- Aktualisierung Monitoring Soziale Stadtentwicklung (Weiterentwicklung, Fortschreibung, Umsetzung);
- Aktualisierung der Grunddaten und Darstellung der Versorgungssituation mit sozialer Infrastruktur;
- Arbeiten zur Aktualisierung der Planungsannahmen für Infrastrukturbedarfe bei Wohnungsneubau;
- Grundlagenarbeiten für das Monitoring Aufwertung und Verdrängung;
- Anpassung der Indikatorenblätter für Bezirksregionenprofile;
- Wohnbauflächen-Informationssystem WoFIS (Weiterentwicklung; Aktualisierung, Implementierung);
- Gewerbeflächen-Informationssystem GeFIS (Überführung der Flächenpotenziale, Grundlagen für die Weiterentwicklung, Evaluation Erhebungshandbuch, Aktualisierung Potenzialflächenerhebung und erstmalige Erhebung Bestandsflächen);
- Aktualisierung Einzelhandelsflächen-Informationssystem (EIS);
- PRISMA-Geschäftsstelle sowie bezirkliche Datenkoordination Sozialraumorientierung (SRO).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77202	2022	4.284.508	1.966	4.286.474
Stadtentwicklungsplanung, Entwicklungsstrategien für die gesamte Stadt (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	4.549.773	174.600	4.724.373

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	44,25	45,90
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	450,00	220,00
IST - Erträge in €	37.500,00	130,48
Kostendeckungsgrad in %	0,87	0,00

- Stadtentwicklungspläne bezogen auf die Gesamtstadt - integrativ oder sektoral (Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel, Soziale Stadt etc.); problembezogene Aussagen zu Teilräumen, übergeordneten Standorten sowie zu Schwerpunkten des Bedarfs, Maßnahmen, Zeitstufen, Prioritäten; durch Senatsbeschluss für nachfolgende Planungsebenen verbindlich;
- Stadtentwicklungsstrategien/-konzepte bezogen auf die Gesamtstadt, Leitbilder/-linien und Handlungsstrategien bezüglich sektoraler oder Teilaspekte (Büroflächen, Einzelhandel, Soziale Infrastruktur);
- Präsentation des Standorts Berlin unter räumlichen und regionalwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Stadt-/Standortmarketing;
- Einbringen von stadtentwicklungsplanerischen Belangen in die Investitions- und Liegenschaftspolitik, Erstellung und Fortschreibung grundsätzlicher bodenwirtschaftlicher Strategien, Bereitstellung bodenwirtschaftlich relevanter Informationen zur Unterstützung des kommunalen Flächenmanagements;
- Einbringen von stadtentwicklungsplanerischen Belangen in die Koordinierungsplanung Entwicklungsräume und Task Force Neue Stadtquartiere.

<u>Ziele</u>
- Sicherung gesamtstädtischer Belange - integrativ und bei sektoralen Entwicklungen (Abbau von Disparitäten etc);
- Berücksichtigung von Fachplanungen und Marktentwicklung, Vermeidung von nachhaltigen Fehlentwicklungen;
- Planerische Grundlage für nachfolgende Planungsebenen;
- Positive Außendarstellung Berlins als attraktiver Wohn- und Arbeitsort und als Investitionsstandort;
- Sicherung der Ziele der Stadtentwicklungsplanung bei der Bodenpolitik (Veräußerung landeseigener Flächen, Ankaufspolitik etc);

(Verursachungsgerechte, vollständige Kostenerfassung in den ministeriellen Kernbereichen der Senatsverwaltungen, deren Handeln nicht in quantifizierbaren Produkten abgebildet werden kann)

Fachspezifische Informationen

Schwerpunktmäßig wurden im Berichtszeitraum folgende Leistungen erbracht:
- Umsetzung /Vorbereitung Fortschreibung StEP Wirtschaft 2030 (u. a. Initiierung und Begleitung bezirklicher Wirtschaftsflächenkonzepte (WIKo), Dichte-Potenzial-Analyse, Datenkranz Büroflächen, Fortschreibung EpB);
- Strategie Fern- und Nahwärme im Rahmen des BEK;

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

- Umsetzung StEP Zentren 2030 und begleitende Arbeiten zur Zentren- und Einzelhandelsentwicklung (u. a. Aktualisierung Einzelhandelserhebung, multifunktionale Geschäftsgebäude, BIG-Evaluation, Transformation von Magistralen / Radialen, Auswertung Kaufkraftdaten);
- Umsetzung / Vorbereitung Fortschreibung StEP Wohnen 2030 und begleitende Planungen (u. a. Bedarfsprognose / wohnungswirtschaftliche Expertise, Prozesssteuerung, Aktivierung landeseigener Grundstücke, Beschäftigtenwohnen, Verdichtungspotenziale in Nachkriegssiedlungen, Neubaupotenzialtypologien, Städtevergleichsstudie);
- Aktualisierung StEP Klima und begleitende Ansätze (u. a. Klimaprojektion, KidS - Klima in der Stadtentwicklung, Kommunikation Klima-Dichte);
- MittendrIn Berlin – Vorbereitung, Weiterentwicklung und Verfahrensdurchführung 2022/2023;
- Erdgeschossmanagement im Rahmen des Bundesforschungsprogramms zur Post-Corona-Stadt (u. a. Gesamtsteuerung, Flächenpooling);
- Stadtentwicklungsplanerische Belange in der Investitions- und Liegenschaftspolitik, insb. hinsichtlich der neuen Liegenschaftspolitik (u. a. Konzeptverfahren, Aufbau einer Grundstücksreserve, Runder Tisch Liegenschaftspolitik, Expertise Gewerbeflächen, Vorarbeiten Baulandbericht);
- Unterstützungsarbeiten zur Smart City Strategie;
- Update und Steuerungsbedarfe Büroflächen und Dienstleistungswirtschaft;
- Umsetzungsbausteine für öffentliche Einrichtungen der sozialen Infrastruktur in der wachsenden Stadt (Mehrfachnutzung), Vertiefung Handlungsstrategien und Geschäftsstelle;
- Implementierung bezirklicher Soziale Infrastruktur-Konzepte (SIKo) sowie Evaluation SIKo-Prozessbegleitung;
- Vorbereitung und Durchführung von Stadtforen;

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005015	2022	4.492.213	119.726	4.611.939
LuV I - Optimierung der Flächen- und Raumnutzung	2021	4.480.894	157.013	4.637.907

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77201	2022	1.765.014	0	1.765.014
Stadtplanerische Konzepte und Einzelplanungen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.634.392	0	1.634.392

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	18,22	15,88
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Im MGF "Stadtplanerische Konzepte und Einzelplanungen" werden strategische und konzeptionelle Ansätze der Stadtentwicklungspolitik für gesamtstädtisch bedeutsame Räume, Achsen und Einzelstandorte sowie beispielhaft Lösungen für aktuelle und neue, für die Gesamtstadt wichtige stadtplanerische Probleme erarbeitet. Dabei werden in einer integrativen Herangehensweise Leitbilder erstellt, die für bestimmte Teilräume wie städtische Großräume mit besonderer Entwicklungs- und Umstrukturierungsdynamik sowie im Zuge der planerischen Vorbereitung von Einzelprojekten einen Orientierungsrahmen aus gesamtstädtischer Sicht geben. Dieser dient dem stadtplanerischen Handeln der Bezirke als Vorgabe und ist zugleich eine wichtige Orientierungshilfe für private Investitionen.
Die Erarbeitung stadtplanerischer Konzepte für Umstrukturierungs- und Entwicklungsräume gewährleistet zugleich eine ständige Überprüfung und Aktualisierung des Nutzungskonzeptes des Flächennutzungsplans unter Berücksichtigung sich ändernder Rahmenbedingungen sowie eine nutzungsstrukturelle und ggf. morphologische Rahmensetzung für Einzeländerungen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Ziele I. Teil:
Verursachungsgerechte, vollständige Kostenerfassung in den ministeriellen Kernbereichen der Senatsverwaltungen, deren Handeln nicht in quantifizierbaren Produkten abgebildet werden kann.

Ziele 2. Teil (Erster Vorschlag der Qualitätsziele):
Erarbeitung fachlich abgestimmter Leitbilder und Konzeptplanungen für städtische Teilräume und Einzelstandorte zur Gewährleistung des Abgleichs gesamtstädtischer Entwicklungsvorgaben und -ziele mit den relevanten teilräumlichen Zielen und Erfordernissen.

Gewährleistung fachlich abgestimmter und verfahrensmäßig korrekter Standortplanungen und Konzepte als Grundlage

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77203	2022	2.727.199	119.726	2.846.925
Flächennutzungsplanung; Entwurf und Verfahren; Koordination Planungszusammenarbeit (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	2.846.502	157.013	3.003.514

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	29,39	29,18
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	35.430,45	47.649,73
Kostendeckungsgrad in %	1,24	1,59

Die Flächennutzungsplanung bereitet als bundesrechtlich geregelte Aufgabe die Rechtssetzung hinsichtlich der zukünftigen Art, Verteilung und Dichte der Bodennutzung bezogen auf das gesamte Gemeindegebiet vor. Als parlamentarisch legitimiertes integrales Planungsinstrument schafft sie die räumlichen Voraussetzungen für die langfristige Daseinsvorsorge der Stadt. Die Darstellungen des FNP formulieren die Grundzüge des Gesamtinteresses Berlins an der zukünftigen städtebaulichen Entwicklung, bilden die planungsrechtliche Vorgaben für die nachfolgenden Planungsebenen und sind - soweit regionalplanerische Festlegungen - gleichzeitig die Bezugsebene für die Nachbarregionen.

Vor dem Hintergrund sich ändernder Rahmenbedingungen erfolgt durch die Erarbeitung stadtplanerischer Konzepte wie Planwerke und Strukturkonzepte und unter Einbeziehung der Stadtentwicklungspläne eine ständige Überprüfung des FNP-Nutzungskonzeptes insgesamt. Darüber hinaus werden so integrale, strategische Leitbilder (Stufenplanung, Prioritäten, Maßnahmen) für Großräume des Stadtgebietes mit ausgeprägten Umstrukturierungs- und Entwicklungspotenzialen, sowie beispielhafte Lösungen für aktuelle, für die Gesamtstadt wichtige stadtplanerische Fragestellungen erarbeitet. Sie dienen auch als informelle gesamtstädtische Vorgaben für das stadtplanerische Handeln der Bezirke, als Orientierungshilfe für private Investoren und dem Stadtmarketing. Gleichzeitig werden damit Einzel-Änderungen des FNP in den Zusammenhang grundsätzlicher Nutzungsstrukturen gesetzt und darüber hinausreichende Ansätze für Änderungen hinsichtlich geänderter stadtentwicklungsplanerischer und -politischer Schwerpunkte entwickelt.

Im Rahmen der Flächennutzungsplanung erfolgt dann die Abwägung

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005358	2022	3.256.931	0	3.256.931
LuV I - Gewährleistung städtebaurechtlicher Mindeststandards für Berlin	2021	3.146.574	0	3.146.574

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
64015	2022	1.088.264	0	1.088.264
Verbindliche Bauleitplanung - Rechtsetzung/Rechtskontrolle	2021	1.052.586	0	1.052.586

	2022	2021
Menge: Anzahl der planungsrechtlichen Vorgänge	21	23
Kosten je ME in €	51.822,09	45.764,59
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,03	1,07
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	133,45
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,01

In einem Rechtsetzungsverfahren unter Abwägung aller privaten und öffentlichen Belange schaffen Bebauungspläne verbindliche Festsetzungen für die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
64024	2022	1.276.231	0	1.276.231
Städtebauliche/Planungsrechtliche Stellungnahmen, Normenkontrollverfahren sowie weitere gerichtliche Verfahren von grundsätzlicher Bedeutung	2021	1.183.773	0	1.183.773

	2022	2021
Menge: Anzahl der Stellungnahmen, Anfragen und Vorgänge	1.484	1.367
Kosten je ME in €	859,99	865,96
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,21	1,20
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Planungsrechtliche Fragen sind wichtige äußere Bedingungen im Städtebau und in der räumlichen Planung; Stellungnahmen erfolgen im Einzelfall sowie für Programmplanungen und haben die Zielsetzung eine einheitliche Rechtsauffassung für alle Berliner Bezirke sowie die Hauptverwaltung zu gewährleisten. Darüber hinaus führt das Referat I C Normenkontrollverfahren bei Hausplänen und weitere Gerichtsverfahren (z. T. übernommen von den Bezirken), wenn der Rechtsstreit eine grundsätzliche Bedeutung aufweist.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Gemeinsame Landesplanung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg ist Teil der für die Raumordnung und Landesplanung zuständigen Senatsverwaltung des Landes Berlin und des für die Raumordnung und Landesplanung zuständigen Ministeriums des Landes Brandenburg.

Das Kapitel enthält die Personalausgaben für die Berliner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie den an das Land Brandenburg zu leistenden Ersatz von Verwaltungsausgaben.

B. Gender Budgeting

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur – Anteil Land Berlin: Kapitel 1214

Kapitel 1214 Beamte und Tarif	2020*		2021*		2022*	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte**	**10**		**13**		**12**	
absolut	**6**	**4**	**7**	**6**	**6**	**6**
Relativ %	60,0%	40,0%	53,8%	46,2%	50,0%	50,0%
davon Mitarbeitende	**7**		**9**		**8**	
Absolut	5	2***	5	4	4	4
Relativ %	71,4%	28,6%	55,6%	44,4%	50,0%	50,0%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	75.224 €		80.192 €	78.153 €	80.575 €	79.368 €
davon Führungskräfte	**3**		4		4	
Absolut	1***	2***	2***	2***	2***	2***
Relativ %	33,3%	66,7%	50,0%	50,0%	50,0%	50,0%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent						

* Stichtag 30.06. des entsprechenden Jahres

** Planmäßige Beschäftigte

*** Aus Datenschutzgründen werden Gehaltsinformationen (niedrige Fallzahl) nicht abgebildet.

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen.
Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Gemeinsame Landesplanung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	422	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	337.000	351.000	454.000	241.460,25
42801	422	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	623.000	724.000	612.000	673.070,27
42811	422	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	1.000	1.000	1.000	—
44100	422	Beihilfen für Dienstkräfte	13.300	13.700	4.700	12.503,89
63201	422	Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder	996.000	996.000	996.000	636.741,77

Ausgabenersatz an das Land Brandenburg aufgrund eines Beschlusses der Planungskonferenz und der Verwaltungsvereinbarung über Organisation, Verfahren und Finanzierung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg vom 6. April 1995. Das Land Berlin ist zur Erstattung von 50 v.H. der Sachausgaben verpflichtet.

Gesamtausgaben	**1.970.300**	**2.085.700**	**2.067.700**	**1.563.776,18**
Prozentuale Veränderung	**-4,7 %**	**5,9 %**		

Abschluss Kapitel 1214

411-462	Personalausgaben	974.300	1.089.700	1.071.700	927.034,41
611-699	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	996.000	996.000	996.000	636.741,77
	Gesamtausgaben	1.970.300	2.085.700	2.067.700	1.563.776,18
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-1.970.300	-2.085.700	-2.067.700	-1.563.776,18

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1220 enthält die Einnahmen und Ausgaben der Abteilung II – Städtebau und Projekte –.

Aufgaben der Abteilung II: Management von Projekten von gesamtstädtischer Bedeutung mit bedarfsorientierten Instrumenten von der Betreuung informeller Netzwerke bis hin zur verbindlichen Bauleitplanung (Bebauungspläne). Schwerpunkte bilden bezirksübergreifende städtebauliche Koordinierungsaufgaben (Planwerk Innere Stadt) sowie die Betreuung von großflächigen Langzeitprojekten (Entwicklungsmaßnahme „Hauptstadt Berlin“, Transformationsorte Flughafen Tempelhof, Tegel und Berliner Mitte). Ministerielle Aufgaben im Bereich des Planungsrechts, des Projektmanagements und der Bauleitplanung für gesamtstädtisch bedeutsame Wohnungsbauvorhaben, der Steuerung neuer städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen und des Wohnungsbaus, Förderung der Baukultur durch die Organisation von Wettbewerbsverfahren in den Bereichen Städtebau, Landschaftsarchitektur sowie Hoch- und Tiefbau.

Die Einnahmen und Ausgaben für die Abwicklung und Ausfinanzierung der Infrastrukturmaßnahmen in den ehemaligen Entwicklungsbereichen Wasserstadt Berlin-Oberhavel, Rummelsburger Bucht, Eldenaer Straße/ Alter Schlachthof und Johannisthal/ Adlershof wurden bislang im Kapitel 1240 nachgewiesen.

B. Gender Budgeting

Kapitel 1220 Beamte und Tarif	2020**		2021**		2022**	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte	**128**		**139**		**122**	
absolut	**75**	**53**	**79**	**60**	**67**	**55**
Relativ %	58,6%	41,4%	56,8%	43,2%	54,9%	45,1%
davon Mitarbeitende	**106**		**116**		**103**	
Absolut	66	40	69	47	59	44
Relativ %	62,3%	37,7%	59,5%	40,5%	57,3%	42,7%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	71.971 €	74.448 €	75.431 €	74.921 €	74.904 €	75.053 €
davon Führungskräfte	**22**		**23**		**19**	
Absolut	9	13	10	13	8	11
Relativ %	40,9%	59,1%	43,5%	56,5%	42,1%	57,9%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	85.479 €	90.001 €	85.608 €	93.747 €	88.227 €	100.448 €

* Stichtag 30.06. des entsprechenden Jahres

** Planmäßige Beschäftigte

Die Ende 2021 in Kraft gesetzte Organisationsveränderung und der damit veränderte Zuschnitt dieser Abteilung findet bei den Gender-Budget-Berechnungen für das Jahr 2021 und den darauffolgenden Jahren Berücksichtigung.

Das durchschnittliche Jahresgehalt wurde zugrunde gelegt. Die Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende (in zwei Summenbeträgen) wurde vorgenommen.

Das für das durchschnittliche Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt 2022 je Vollzeitäquivalent ermittelte geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen beträgt für die planmäßigen Beschäftigten (ohne Auszubildende):

Weibliche Mitarbeitende	Männliche Mitarbeitende
6.242,00 €	6.2054,42 €
Weibliche Führungskraft	**Männliche Führungskraft**
7.352,25 €	8.370,67 €

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen. Diese Unterschiede treten zumeist zu Gunsten von Männern auf.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Ehrungen und Preise

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vergibt und fördert verschiedene Preise, die zur Stärkung der Baukultur verstanden werden.

Best Practice-Beispiele zeigen einerseits, wie hoch der Standard ist und andererseits, was möglich und machbar ist.

Der Berlin Award wird alle drei Jahre vergeben.
Der Holzbaupreis wurde erstmals 2019 vergeben.
Zuschüsse erhalten der Architekturpreis Berlin und der Schinkelpreis.

Eingereicht werden Projekte durch Planungsteams, die sich organisationsabhängig aus Frauen und Männern zusammensetzen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen hat auf die Zusammensetzung der Teams keinen Einfluss.

Die Jury bewertet die Arbeiten inhaltlich und muss die Bewerbenden hierbei gleichbehandeln.

Die Ausgaben für die Ehrungen und Preise sind beim Titel 68123 veranschlagt.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**423**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**309,60**

Insbesondere Gebühren im Zusammenhang mit der Akteneinsicht nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz

11907	**423**	**Kostenanteile für Dienstfahrkarten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kostenersatz für die private Nutzung von BVG-Umweltkarten

11913 (neu)	**423**	**Abführungen nach Aufhebung des Entwicklungsrechts**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000,00**

Wurde bislang bei 1240/11913 nachgewiesen.

Die Treuhandvermögen sind nach Beendigung der Tätigkeit der treuhänderischen Entwicklungsträger abzurechnen und an Berlin zu übertragen (im Einzelnen vgl. § 160 Abs. 3 und 6 BauGB).

Die Abführungen beinhalten Ausgleichsbeträge (§ 154 BauGB), Rückflüsse aus Treuhandvermögen ohne weitere Ausgabeverpflichtungen Berlins sowie Einnahmen aus Abwendungsvereinbarungen und Grundstückskaufverträgen, in denen teilweise von den treuhänderischen Entwicklungsträgern Zahlungstermine vereinbart wurden, die erst nach Ende ihrer Tätigkeit fällig werden, aber ebenfalls keine weiteren Ausgabeverpflichtungen Berlins zur Folge haben.

11921	**011**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlungen von nicht verwendeten Zuwendungen

11934	**011**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**—**	**2.888.710,61**

Rückzahlung überzahlter Beträge

11979	**423**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**250,00**

Einnahmen insbesondere aus Gebühren für Beglaubigungen und Fotokopien sowie Entgelten für die private Nutzung von Kopiergeräten

12401	**411**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**150.000**	**150.000**	**5.000**	**—**

Im Bereich von geplanten Entwicklungsmaßnahmen erwirbt das Land Berlin Grundstücke vor Inkrafttreten der geplanten Entwicklungsmaßnahme.

Sofern es laufende Miet- und/oder Pachtverträge gibt, mit Einnahmen für das Land Berlin, sind diese hier zu vereinnahmen. Nach vertraglicher Bindung eines Treuhänders, fließen die Einnahmen in das jeweilige Treuhandvermögen und werden im Wirtschaftsplan ausgewiesen.

Die Einnahmen sind geschätzt.

28101	**423**	**Ersatz von Ausgaben**	**—**	**—**	**—**	**875.746,53**
28290	**011**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**—**	**—**	**—**	**979.480,21**
33122	**423**	**Zuweisungen des Bundes für sonstige Investitionen**	**592.000**	**482.000**	**1.822.000**	**894.468,88**

Anteiliger Finanzierungsbeitrag des Bundes in Höhe von 64 v. H. an der Entwicklungsmaßnahme „Parlaments- und Regierungsviertel“ (vgl. Erläuterung Titel 89443)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
34193 (neu)	**423**	**Zweckgebundene Abführungen nach Aufhebung des Entwicklungsrechts**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**3.850.000,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 89474.
Wurde bislang bei 1240/34193 nachgewiesen.

Die treuhänderischen Entwicklungsträger haben sowohl Abwendungsvereinbarungen als auch Grundstückskaufverträge geschlossen, in denen Zahlungstermine und ergänzende Leistungen vereinbart wurden, die erst nach Ende ihrer Tätigkeit fällig werden. Diese Abführungen beinhalten Rückflüsse mit Ausgabenverpflichtungen Berlins. Darüber hinaus sind Rückflüsse aus den Treuhandvermögen in Höhe von noch zu finanzierenden Verbindlichkeiten veranschlagt.

Die Einnahmen sind zur Finanzierung entsprechender Abschlussmaßnahmen einzusetzen (vgl. Erläuterung zu Titel 89474).

		Gesamteinnahmen	**1.847.000**	**1.737.000**	**2.931.000**	**10.488.965,83**
		Prozentuale Veränderung	**-37,0 %**	**-6,0 %**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.656.000**	**1.788.000**	**1.710.000**	**1.413.368,63**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**7.664.000**	**8.054.000**	**7.917.000**	**7.372.752,92**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**66.800**	**68.900**	**87.000**	**63.018,60**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**18.000**	**18.000**	**18.000**	**6.477,74**

Allgemeiner Bürobedarf, Fachliteratur, Fachvordrucke und sonstige Druckarbeiten

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**3.000**	**3.000**	**15.000**	**3.218,60**

Ersatz und Ergänzung von Büromöbeln und -maschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Unterhaltung, Beschaffung und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten und Ersatzteilen

Weniger, weil die bisherige dezentrale Büromöbelbeschaffung ab dem Haushaltsjahr 2024 zentral im Kapitel 1200 veranschlagt ist.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**9.783,00**

Für die Teilnahme von Dienstkräften an Fachseminaren und baufachlichen Veranstaltungen

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52609	**423**	**Thematische Untersuchungen**	**450.000**	**300.000**	**650.000**	**154.423,88**
		Verpflichtungsermächtigung	**400.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**200.000**		

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

Thematische Untersuchungen, städtebauliche Rahmenplanungen, Konzepte für gesamtstädtisch bedeutsame Standorte und neue Stadtquartiere einschließlich grundstücksbezogener Plausibilitätsprüfungen in der Inneren Stadt sowie Machbarkeitsstudien zur Vorbereitung der erforderlichen Bauleitpläne:

		2024	2025
1.	Nachverdichtungsszenarien unter Berücksichtigung nachhaltiger Mobilitäts- und Freiraumkonzepte und gestiegener Anforderungen an Klimaresilienz, Regenwassermanagement und Lärmschutz in innerstädtischen Stadtquartieren	75.000 €	75.000 €
2.	Unterstützung der Umsetzung des Hochhausleitbildes, auch bezüglich stadtklimatischer Auswirkungen und Windkomfort, Qualität und Mehrwert für die Allgemeinheit	75.000 €	50.000 €
3.	Unterstützung der Umsetzung des Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen, insbesondere bei Qualitätsentwicklungen, Einrichtung von Standortmanagements, Aktivierung von Erdgeschosszonen, Entwicklung von Angeboten zur räumlichen Teilhabe und gemeinwohlorientierten Nutzung (z. B. ergänzende Kiezbausteine)	25.000 €	25.000 €
4.	Planerische Vorbereitung von Wohnungsbaupotenzialen und Entwicklung von Transformationsstrategien für pandemiebedingte Umnutzungen in der Inneren Stadt	75.000 €	50.000 €
5.	Erstellung eines Masterplans Berliner Mitte	150.000 €	50.000 €
6.	Machbarkeitsstudie zur Klima- und Hitzeresilienz, Wasser und Grün auf dem Humboldtforum (u.a. Begrünung Umgebung Humboldtforum, Schlossbrunnen)	50.000 €	50.000 €
		450.000 €	300.000 €

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss mehrjähriger Verträge notwendig.

52611	**423**	**Städtebauliche Wettbewerbe**	**1.200.000**	**1.750.000**	**1.000.000**	**723.017,23**

Städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerbe einschließlich Vorplanungen, Untersuchungen, Werkstattverfahren und andere zur städtebaulichen Vorklärung für Vorhaben im öffentlichen Raum, von Infrastruktur- und Wohnungsbauprojekten.

Die Mittel sind für folgende Verfahren vorgesehen:

		2024	2025
1.	Europaplatz Nord Hauptbahnhof	200.000 €	0 €
2.	Erinnerungsort Checkpoint Charlie	100.000 €	200.000 €
3.	Jahnsportpark 3. Bauabschnitt	200.000 €	200.000 €
4.	Städtebauliche Qualifizierungsverfahren für innerstädtische Transformationsräume (z. B. Hertzallee, Ostbahnhof, Alt-Friedrichsfelde)	200.000 €	200.000 €
5.	Planungsverfahren zur Qualifizierung des Radverkehrs	100.000 €	50.000 €
6.	Planungsverfahren zur Qualifizierung der historischen Mitte, auch Anpassung an klimarelevante Themenstellungen	200.000 €	100.000 €
7.	Städtebaulicher Wettbewerb „Randbebauung Tempelhof“	200.000 €	1.000.000 €
		1.200.000 €	1.750.000 €

52690	**419**	**Sachverständigen-, Gutachten-, Gerichts- und ähnliche Kosten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**— R 65.108,57**
52703	**011**	**Dienstreisen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**13.773,85**

Für Dienstreisen sowie für Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts und für Vorstellungsreisen

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen, insbesondere im Rahmen der Zusammenarbeit mit Partnerstädten Berlins und internationalen Kooperationspartnern

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**3.605,70**

Für Stellenausschreibungen einschließlich der Kosten von Auswahlverfahren und amtlichen Bekanntmachungen

Angaben zum Gender Budget:
Zu diesem Titel gibt es keine genderrelevanten Bezüge. Ausschreibungen erfolgen sachbezogen.

53121	**422**	**Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen**	**170.000**	**170.000**	**220.000**	**21.281,06**

Projektbezogene Ausgaben für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen öffentlicher Planungsvorhaben gemäß den Leitlinien der Bürgerbeteiligung, insbesondere für die Durchführung von analogen und digitalen Beteiligungsformaten, die über die im Baugesetzbuch geregelten Beteiligungsschritte hinausgehen.

Dazu gehören beispielsweise die Entwicklung von Partizipationskonzepten und die Durchführung partizipativer Formate für Projekte in der City West, der Berliner Mitte, in der Siemensstadt Square und für Projekte für Standorte der Gesundheitsvorsorge, der Wissenschaft, der Bildung und der Kultur in der Inneren Stadt.

Der Beteiligungsort Stadtwerkstatt soll durch Zusammenführung mit dem Raum für Beteiligung und durch eine leistungsfähige Infrastruktur für die Durchführung von digitalen Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt werden.

53314	**423**	**Baukollegium**	**160.000**	**160.000**	**160.000**	**127.919,22**

Aus diesem Titel werden die Ausgaben des als operatives Gremium (Gestaltungsbeirat) eingeführten Baukollegiums finanziert. Die Ausgaben sind für die Vorbereitung und Durchführung von etwa neun Sitzungen pro Jahr vorgesehen.

53320 (neu)	**011**	**Beirat für frauenspezifische Belange**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	

Wurde bislang bei 1200/53320 nachgewiesen.

Ausgaben des Beirats für frauenspezifische Belange – Fachfrauenbeirat gemäß § 12 Geschäftsordnung des Beirats für frauenspezifische Belange – bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (Sitzungsgelder, Honorare, Mieten, Transportkosten, Ausstattung, Arbeitsmittel u. a.).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54005	**423**	**Vorbereitung, Steuerung und Kontrolle von Wohnungsbauprojekten**	**2.500.000**	**2.500.000**	**4.680.000**	**1.288.858,25**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.850.000**	**2.850.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**350.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**350.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	139.387	0	0
VE Plan 2023	1.500.000	500.000	850.000

Der Wohnungsneubau bleibt aufgrund des anhaltenden Bevölkerungswachstums in Verbindung mit einem stark angespannten Wohnungsmarkt, insbesondere für bezahlbaren Wohnraum, Schwerpunktthema der nächsten Jahre. Darüber hinaus fördert die Gewährleistung einer sozialen Wohnraumversorgung entscheidend den sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung.

Angesichts des weiterhin angespannten Wohnungsmarktes und der im Dezember 2022 veröffentlichen, aktuellen prognostizierten Bevölkerungsentwicklung von 2021 bis 2040, die von einer Zunahme der Bevölkerung von 3,5% bis 2030 bzw. 5% bis 2040 ausgeht, besteht für Berlin unverändert die Herausforderung, der Nachfrage nach Wohnungen zu begegnen und den Wohnungsneubau voranzubringen.

Ein wichtiges Element ist hierbei weiterhin die Steigerung des Wohnungsneubaus. Die in den letzten Jahren begonnene planerische Vorbereitung und Entwicklung von neuen Stadtquartieren ist in diesem Sinne fortzuführen. Zugleich gilt es weiterhin, die Wohnbaupotentiale im Bestand zu aktivieren und die planerische Vorbereitung und Entwicklung von Vorhaben mit gesamtstädtischer Bedeutung zügig voranzubringen.

Parallel sind Maßnahmen und Strategien zur Aktivierung des erforderlichen Wohnungsneubaus zu erarbeiten und zu überprüfen sowie die Entwicklung der neuen Stadtquartiere und sonstiger bedeutsamer Wohnungsbauvorhaben in der Öffentlichkeit gezielter zu kommunizieren, um die Akzeptanz für die Entwicklung neuer Stadtquartiere und gesamtstädtischer bedeutsamer Wohnbauvorhaben in der Bevölkerung zu verbessern.

Für die planerische Vorbereitung und Durchführung von Bebauungsplanverfahren einschließlich erforderlicher (Fach-) Untersuchungen sowohl für die neuen Stadtquartiere als auch für andere Wohnungsbauprojekte im Stadtgebiet, den erforderlichen Kommunikationsaufgaben sowie die begleitenden Beratungserfordernisse sind in 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 2.500.000 € veranschlagt. Ferner sind in 2024 und 2025 Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 2.850.000 € veranschlagt.

Die Ausgaben für Investitionen, z.B. Erschließungsmaßnahmen, sind im Titel 89382 veranschlagt.

In den Ausgaben sind Altverpflichtungen enthalten.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54007	**423**	**Vorarbeiten im Rahmen von Bauleitplanungsverfahren**	**870.000**	**870.000**	**870.000**	**602.410,69**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	33.755	0	0
VE Plan 2023	300.000	200.000	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für die planerische Vorbereitung und Steuerung der Bebauung von Gebieten, die von außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung sind oder im Rahmen des Eingriffsrechts in die Zuständigkeit der Hauptverwaltung fallen. Dies gilt auch für Bundesbaumaßnahmen außerhalb der Entwicklungsmaßnahme Hauptstadt. Insbesondere sind Ausgaben für die Erstellung von Master- und Rahmenplänen als Grundlage von Bebauungsplänen, die Durchführung von Bebauungsplanverfahren, die Beauftragung von bebauungsplanbegleitende Untersuchungen u. a. zum Umweltrecht, zur Verkehrsplanung, zu Bodenkontaminationen, zu Klimaresilienz und Regenwassermanagement, zu Mobilitätskonzepten und immobilienwirtschaftlichen Expertisen.

Die Ausgaben sind insbesondere für folgende Verfahren vorgesehen:
- Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark
- City West
- Europacity und angrenzende Areale
- Block westlich des Hauptbahnhofs (ULAP-Quartier)
- Alexanderplatz (Weiterführung verschiedener Bebauungsplanverfahren)
- Haus der Statistik
- Messe Berlin (Wiederaufnahme von Bebauungsplanverfahren im Bereich Messe Nord und Stadteingang West)
- Planungsrechtliche Sicherung von Standorten der Bundesregierung und nachgeordneter Behörden außerhalb der Entwicklungsmaßnahme
- Siemensstadt Square
- Planungsrechtliche Sicherung von Vorhaben für Gewerbeansiedlungen, zur Flüchtlingsunterbringung und kulturelle bzw. sportliche Nutzungen von gesamtstädtischer Bedeutung
- Zentrale Landesbibliothek
- Buchholz Nord
- Campus für Demokratie

Weitere Bebauungsplanverfahren können sich nach den §§ 7, 8 und 9 Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AG-BauGB) ergeben, vor allem durch Wohnungsbauinitiativen im Innenstadtbereich und aufgrund von erwarteten Bebauungsplananpassungen im Zusammenhang mit vorhabenbezogenen Projekten. Auch für die Anpassung von Bebauungsplänen an veränderte Rahmenbedingungen und Anforderungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss mehrjähriger Verträge notwendig.

54010	**423**	**Dienstleistungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**50.280,09**

Die Ausgaben sind jeweils in 2024 und 2025 vorgesehen für die Wartung, Ergänzung und Projektdokumentation der Berliner Stadtmodelle

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54047	**422**	**Maßnahmen zur Sicherung und Nachnutzung des Flughafens Tegel**	**17.400.000**	**17.100.000**	**15.200.000**	**14.320.203,38**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 50.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 50.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**66.000.000**	**85.000.000**		
		Davon fällig 2025	**10.000.000**			
		Davon fällig 2026	**14.000.000**	**13.000.000**		
		Davon fällig 2027	**13.000.000**	**14.000.000**		
		Davon fällig 2028	**19.000.000**	**18.000.000**		
		Davon fällig 2029	**10.000.000**	**20.000.000**		
		Davon fällig 2030		**20.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels sind deckungsfähig mit denen des Titels 89365. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.000.000	10.000.000	0
VE Plan 2023	10.000.000	10.000.000	20.000.000

*) Die Verpflichtungsermächtigung 2023 werden zu Lasten 2024 voraussichtlich bis zu 7,4 Mio. € und zu Lasten 2025 voraussichtlich bis zu 7,1 Mio. € in Anspruch genommen.

A. Handlungskulisse Tegel Projekt GmbH Schumacher Quartier

Die Tegel Projekt GmbH tritt gemäß vertraglicher Grundlage als Immobilienbesitzer, Entwickler, Betreiber und Geschäftsbesorger für das Land Berlin auf. Aufgabe der Tegel Projekt GmbH ist neben der Entwicklung der Flächen der UTR und des Landschaftsparks die Leistungserbringung für das Land Berlin zur Entwicklung des Schumacher Quartiers.

Die Leistungserbringung an das Land Berlin zur Entwicklung des Schumacher Quartiers sowie Sonstiges beinhaltet unter anderem die Begleitung von Konzeptverfahren, die Begleitung der Vergaben an die Wohnungsbaugesellschaften, die Planung und Herstellung der Erschließung des Schumacher Quartiers, Freiraumplanung und Umsetzung sowie weitere Projekte im Interesse des Landes wie z.B. KSP oder Cité Pasteur. Die Finanzierung der Geschäftsbesorgung durch die Tegel Projekt GmbH erfolgt über eine pauschale Vergütung. Die pauschale Vergütung beinhaltet Personalkosten, Sachmittelkosten, übergeordnete Kosten für Kommunikation, Marketing, Standortentwicklung, übergeordnete Projektsteuerung, etc. und wird aus den übergeordneten Kosten des Projekts Tegel ermittelt und auf Basis eines Kostenschlüssels verteilt.

Des Weiteren werden die Ausgaben zur Bewirtschaftung des Geländes für den Bereich des Schumacher Quartiers eingesetzt. Mit der Flächenübergabe im August 2021 wurden Aufgaben der Sicherung und Bewirtschaftung eines Teils der Flächen des ehemaligen Flughafens Berlin Tegel an die Tegel Projekt GmbH übertragen.

Die geplanten Ausgaben für die genannten Maßnahmen belaufen sich auf 14,15 Mio. € im Jahr 2024 und 15,85 Mio. € im Jahr 2025.

B. Bauleitplanung SenStadt

Die Bauleitplanung wird durch die SenStadt auf dem gesamten Gelände des Flughafens Tegel bestehend aus den Teilprojekten Urban Tech Republic (UTR), Landschaftsraum und Landschaftspark, Schumacher Quartier und Tegel Nord sowie der Cité Pasteur umgesetzt und in diesem Titel im Umfang von 1.250.000 € p.a. nachgewiesen. Für die noch ausstehenden Kompensationsmaßnahmen der 2.Tranche für die Feldlerchen in Tegel werden im Haushaltsjahr 2024 2.000.000 € benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss mehrjähriger Verträge notwendig.

Darüber hinaus wird die Möglichkeit einer ergänzenden Fremdkapitalfinanzierung geprüft. Dafür ist eine weitere Verpflichtungsermächtigung von 50.000.000 € p.a. notwendig. Diese Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt veranschlagt. Bei der Festsetzung der Verpflichtungsermächtigung wurde eine Laufzeit von 5 Jahren unterstellt. Die tatsächliche Höhe der Jahresscheiben ist von der konkreten Finanzierungsvereinbarung abhängig.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**423**	**Veranstaltungen**	**500.000**	**1.050.000**	**1.200.000**	**8.255,63**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	500.000	1.000.000	1.000.000

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Gestaltungsbeiräte in den Bezirksämtern initiieren und unterstützen	100.000 €	100.000 €
2.	Veranstaltungen zur Baukultur und zur gestalterischen Qualifizierung der Quartiere im Kontext des Bündnis Wohnungsneubau	100.000 €	50.000 €
3.	Vorbereitung und Durchführung einer Bauausstellung	300.000 €	900.000 €
		500.000 €	1.050.000 €

In den Ausgaben sind Altverpflichtungen enthalten.

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere für jahresübergreifende Maßnahmen zur Vorbereitung einer Bauausstellung vorgesehen.

54065	**422**	**Vorbereitung von größeren Beschaffungen oder größeren Entwicklungsvorhaben**	**900.000**	**900.000**	**800.000**	**561.963,25**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.050.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			
		Davon fällig 2026	**350.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2027	**350.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**400.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	350.000	300.000	0
VE Plan 2023	350.000	350.000	0

Die Ausgaben sind jeweils in 2024 und 2025 vorgesehen für:

1.	Stadteingang West/AD Funkturm: Durchführung von vorbereitenden Untersuchungen	100.000 €
2.	Molkenmarkt: Fortführung des Entwicklungsvorhabens	400.000 €
3.	Berliner Mitte: Integriertes Stadtentwicklungskonzept zur Vorbereitung einer Förderkulisse	160.000 €
4.	Hertzallee Nord / Hertzallee Süd: Durchführung der Bebauungsplanverfahren	60.000 €
5.	Neues Stadtquartier Siemensstadt Square: Machbarkeitsstudien für teilräumliche Areale und Infrastrukturprojekte	100.000 €
6.	Europaplatz Nord	80.000 €
		900.000 €

In den Ausgaben sind Altverpflichtungen enthalten.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss mehrjähriger Verträge notwendig.

54077 (neu)	**423**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**

Abführung von Umsatzsteuer aufgrund der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (Einführung des § 2b UStG)

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54079	**423**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Insbesondere Ausgaben für Transporte, fotografische Bestandsaufnahmen im Rahmen der planungsrechtlichen Prüfung von Einzelvorhaben und der Aufstellung vorhabenbezogener Bebauungspläne

54082	**423**	**Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof (Tempelhof Projekt GmbH)**	**26.500.000**	**26.500.000**	**21.863.000**	**25.050.000,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 10.000.000,0 EUR gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**40.000.000**	**35.000.000**
	Davon fällig 2025	**15.000.000**	
	Davon fällig 2026	**5.000.000**	**10.000.000**
	Davon fällig 2027	**10.000.000**	**10.000.000**
	Davon fällig 2028	**5.000.000**	**5.000.000**
	Davon fällig 2029	**5.000.000**	**5.000.000**
	Davon fällig 2030		**5.000.000**

Deckungsvermerk:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels sind in beiden Planjahren deckungsfähig mit denen des Titels 89364. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.733.300	5.746.000	7.506.700
VE Plan 2023	10.000.000	10.000.000	20.000.000

Zur Bewirtschaftung und Entwicklung des Tempelhofer Feldes einschließlich des Flughafengebäudes hat Berlin die Tempelhof Projekt GmbH gegründet. Alle im Zusammenhang mit der Verwaltung und Entwicklung des Gebäudes sowie mit der geplanten Entwicklung der Baufelder stehenden delegierbaren Aufgaben wurden an die Gesellschaft übertragen.

Aufgrund des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld konzentriert sich die Arbeit der Gesellschaft auf die Entwicklung und Bewirtschaftung des denkmalgeschützten Gebäudes mit dem Ziel der Konversion von einem ehemaligen Flughafen zu einer neuen, zeitgemäßen Nutzung unter Berücksichtigung der stadtentwicklungs-, kultur- und wirtschaftspolitischen Ziele des Landes Berlin. Die anstehenden Aufgaben umfassen Managementleistungen der Tempelhof Projekt GmbH, die Bewirtschaftung des Gebäudes, laufende Instandhaltungen, die Vorhaltung einer Betriebsfeuerwehr, die Programmgestaltung und den Betrieb der Öffnungsprojekte sowie Maßnahmen der Partizipation und Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus wurde mit Wirkung zum 01.01.2021 ein Pachtvertrag mit der Berlin Energie Netz- und Service GmbH über die Stromverteilungsanlagen am Standort abgeschlossen.

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Vergütung Tempelhof Projekt GmbH	12.400.000 €	12.800.000 €
2.	Nicht durch Einnahmen aus der Vermietung gedeckte Bewirtschaftungskosten (EnergieG, Grundsteuer, Versicherungen, Gebühren, Dienstleistungen Facility-Management)	4.503.000 €	3.682.000 €
3.	Laufende Instandhaltung, Bauunterhalt	2.979.000 €	3.398.000 €
4.	Netzbudget Berlin Energie gem. Pachtvertrag	2.498.000 €	2.500.000 €
5.	Betriebsfeuerwehr	3.120.000 €	3.120.000 €
6.	Programmgestaltung Öffnungsprojekte, Ausstellungen	300.000 €	300.000 €
7.	Betriebs- und Sachmittel Öffnungsprojekte Besucherzentrum und Tower	250.000 €	250.000 €
8.	Öffentlichkeitarbeit, Kommunikation, Partizipation, Beirat	450.000 €	450.000 €
		26.500.000 €	26.500.000 €

Soweit die Ausgaben der Tempelhof Projekt GmbH nicht durch eigene Einnahmen gedeckt werden, erhält die Gesellschaft eine Vergütung. Ausgaben für Investitionen in das Gebäude werden beim Titel 89364 nachgewiesen.

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere für jahresübergreifende Maßnahmen zur Bewirtschaftung und Entwicklung des Gebäudes erforderlich, soweit es sich nicht um investive Maßnahmen handelt.

54690	**011**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**729.426,98 R 652.831,60**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68123	**423**	**Ehrungen, Preise**	**100.000**	**100.000**	**75.000**	**45.275,00**

In den Ausgaben sind neben den Preisgeldern auch Sachausgaben und Dienstleistungen im Rahmen der jährlichen Koordination enthalten.

Die Ausgaben sind jeweils für 2024 und 2025 vorgesehen für:

1. Anteil des Landes Berlins an den Preisgeldern im Rahmen des Schinkelwettbewerbs für junge Architekten und Ingenieure, u.a. in den Fachsparten Städtebau, Architektur, Bauingenieur- und Verkehrswesen. Bei dem Preis handelt es sich um den einzigen Förderpreis für Nachwuchsfachleute im deutschsprachigen Raum ..... 25.000 €
2. Holzbaupreis des Landes Berlin ..... 55.000 €
3. Zuschuss des Landes Berlin zum „Architekturpreis Berlin e.V.“ ..... 20.000 €

100.000 €

Angaben zum Gender Budget:

Preise und Ehrungen werden von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vergeben, um Referenzen für gelungene Stadtentwicklungsprojekte in den Fokus der Öffentlichkeit zu bringen. Eine ausgewählte Jury entscheidet hierbei, warum ein Projekt den ausgeschriebenen Qualitätsstandards entspricht. Die Jury soll nicht nur fachlich qualifiziert sein, sondern auch die unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen nach dem Genderprinzip vertreten. Dies garantiert, dass genderspezifische Aspekte der Stadtentwicklung zukünftig dauerhaft implementiert werden.

68203	**422**	**Zuschuss an die Grün Berlin GmbH**			**3.400.000**	**1.300.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Die Ausgaben werden ab 2024 im Kapitel 0750, Titel 68203 nachgewiesen.

68262	**195**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB**			**500.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

68341	**195**	**Zuschüsse für die Vorbereitung eines Besucherzentrums "Archäologisches Haus am Petriplatz"**	**150.000**	**150.000**	**250.000**	**100.000,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	75.000	75.000	0

Zur öffentlichkeitswirksamen Präsentation von Grabungsfunden aus den historischen Siedlungsbereichen Alt-Berlins und Alt-Cöllns einschließlich Unterbringung des Museums für Früh- und Vorgeschichte wird bis voraussichtlich bis Ende 2023 ein archäologisches Besucherzentrum über den Grundmauern der ehemaligen Lateinschule am Petriplatz errichtet. Die Baumaßnahme wird als Vorhaben zur Stärkung der touristischen Infrastruktur im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)“ gefördert (vgl. Erläuterung zu Kapitel 1250, Titel 70181).

Die Ausgaben dienen der anteiligen Mitfinanzierung des Betriebs des archäologischen Hauses am Petriplatz (AHP) in der Eröffnungsphase aufgrund der gemeinsamen Bedarfsträgerschaft der SenStadt und dem Landesdenkmalamt (LDA). Die inhaltliche Bespielung des Besucherzentrums wird durch das LDA erfolgen; das Gebäude einschließlich Platzfläche soll in das SILB übertragen und die Bewirtschaftung von der BIM GmbH übernommen werden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**423**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**800.000**	**450.000**	**1.000**	**376.600,00**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Maßnahmen im öffentlich zugänglichem Raum zur Stärkung des stadtgesellschaftlichen Zusammenhalts (Urbane Praxis)	300.000 €	300.000 €
2.	Modellprojekt Haus der Statistik	500.000 €	150.000 €
		800.000 €	450.000 €

Zu 1.
Ausgaben für Maßnahmen im öffentlich zugänglichem Raum zur Stärkung des stadtgesellschaftlichen Zusammenhalts durch temporäre, projektbegleitende Installationen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Bildung, Soziales, Umwelt und Integration anhand von Gestaltungsaufgaben in der Schnittstelle zu Stadtentwicklung und Architektur inklusive Vorbereitungen planerischer und konzeptioneller Art. Ausgaben für Zuschüsse insbesondere an ressortübergreifend begleitete Projektfonds für die Erfüllung qualitativer anspruchsvoller, nutzungs- und standortspezifischer Anforderungen an durch Bürgerinnen und Bürger initiierter Projekte und Aktionen (Urbane Praxis).

Zu 2.
Die Fortführung des Modellvorhabens erfordert nach abgeschlossener Planungsphase die weiterhin kooperative Beteiligung aller Partner an den gemeinsam etablierten Finanzierungsvereinbarungen.

68579	**423**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**650,00**

Mitgliedsbeitrag an den Förderverein Bundesstiftung Baukultur e.V.

82164	**422**	**Kauf von bebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen**	**8.100.000**	**6.700.000**	**6.900.000**	**30.500,69** **R 34.969.499,31**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 1.000,0 EUR gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**12.501.000**	**12.001.000**
	Davon fällig 2025	**6.700.000**	
	Davon fällig 2026	**1.000**	**1.000**
	Davon fällig 2027	**5.800.000**	**12.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	850.000	0	0

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen dienen dem Ankauf privater Flächen zur Entwicklung des Schumacher Quartiers.

Es besteht ein Ankaufserfordernis, mit dem Ziel der städtebaulichen Neuordnung des ehemaligen Flughafens Tegel entsprechend dem Masterplan, dem erarbeiteten Bebauungsplan und im Hinblick auf das bestehende Wettbewerbsergebnis zum Städtebau des Schumacher Quartiers. Der Masterplanbeschluss beinhaltet die Konkretisierung des Projektgebietes und Benennung der für die Entwicklung zu erwerbenden Grundstücke.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
83111	**422**	**Kapitalzuführung an die Tegel Projekt GmbH**	**40.000.000**	**40.000.000**	**43.750.000**	**328.612.276,71**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei Kapitel 0750, Titel 83112.				
		Verpflichtungsermächtigung	**55.000.000**	**40.000.000**		
		Davon fällig 2025	**15.000.000**			
		Davon fällig 2026	**15.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2027	**15.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2028	**10.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**10.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	259.334 €	236.727 €	126.547 €
VE Plan 2023	30.000.000 €	30.000.000 €	60.000.000 €

Die Tegel Projekt GmbH tritt zukünftig als Immobilienbesitzer, Entwickler, Betreiber und Geschäftsbesorger für das Land Berlin auf. Aufgabe der Tegel Projekt GmbH ist die Entwicklung der UTR, des Landschaftsparks sowie von TXL Nord (Ost). Die Aufgaben umfassen unter anderem die Planung und Herstellung der Erschließung der UTR, die Nachnutzung und Zwischennutzung der Bestandsgebäude, die Freiraumplanung und Umsetzung sowie Baulogistikdienstleistungen. Die Ausgaben stellen alle Kosten dar, die für die Projektentwicklung notwendig sind.
Die Ausgaben dienen der Entwicklung des Eigentums der Tegel Projekt GmbH über Kapitalrücklagen für den investiven und konsumtiven Mittelbedarf der Tegel Projekt GmbH. Des Weiteren wird die Möglichkeit einer ergänzenden Fremdkapitalfinanzierung geprüft.

Handlungskulisse Tegel Projekt GmbH:

Die Ausgaben in Höhe von 40.000.000 € jährlich in 2024 und 2025 dienen der Realisierung von Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Berlin TXL auf dem ehemaligen Flughafenareal von Berlin Tegel.

Die Einzelmaßnahmen lassen sich folgenden Themengruppen zuordnen:

a. Entwicklung Urban Tech Republic (UTR)
b. Hochbaumaßnahmen Bestandsgebäude
c. Technische Infrastruktur
d. Bewirtschaftung des Geländes
e. TXL Nord
f. Weitere Projekte

Bei genehmigten GRW-Förderungen der nachfolgenden Maßnahmen wird nur der Eigenanteil abgebildet.

a) Entwicklung Urban Tech Republic (UTR)

Die Mittel werden unter anderem für Grundlagenermittlung, Bauvorbereitung sowie Baukosten für einzelne Projekte eingesetzt. Durch die Realisierung der Maßnahmen im Bereich der Urban Tech Republic werden die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen geschaffen. Insbesondere folgende Maßnahmen sollen umgesetzt werden:

1. TXL 1. Bauabschnitt Verkehrsanlagen West

Erschließung Fläche Berlin TXL zur Realisierung der Urban Tech Republic.

Bauplanungsunterlagen vom 21. Juli 2022 mit geschätzten Gesamtkosten über 24.073.424 € sind zur Prüfung bei SenStadt eingereicht.

Die Maßnahme wird auf Basis der vorliegenden vorläufigen Förderzusage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 50,63 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Der Eigenanteil beträgt 49,37 v.H.

2. TXL 1. Bauabschnitt Verkehrsanlagen Mitte

Erschließung Fläche Berlin TXL zur Realisierung der Urban Tech Republic.

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 09. Juni 2016 liegen vor. Die Gesamtkosten wurden auf 9.654.000 € festgesetzt.

Für die Maßnahme wurde eine Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) beantragt.

3. TXL 1. Bauabschnitt Verkehrsanlagen Ost

Erschließung Fläche Berlin TXL zur Realisierung der Urban Tech Republic.

Eingereichte Bauplanungsunterlagen vom 04. August 2020 liegen vor. Die Gesamtkosten wurden auf 7.000.000 € festgesetzt.

Die Maßnahme wird auf Basis der vorliegenden vorläufigen Förderzusage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 72,75 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Der Eigenanteil beträgt 27,25 v.H.

4. TXL 1. Bauabschnitt Verkehrsanlagen Eingang Ost

Erschließung Fläche Berlin TXL zur Realisierung der Urban Tech Republic.

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 09. Juni 2016 liegen vor. Die Gesamtkosten wurden auf 2.061.000 € festge-setzt. Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht aufgestellt.

5. Mobility Hubs / Stadtmöblierung

Urbanisierung Berlin TXL. Ziel ist die Konzentration der verschiedenen Mobilitätsangebote auf Mobilitätsknoten (Hubs).

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 28.04.2021 liegen vor. Die Gesamtkosten wurden auf 9.116.000 € festgesetzt. Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht aufgestellt.

6. TXL 1. Bauabschnitt Verkehrsanlagen Baustraßen

Die Ausgaben dienen der Herstellung von Provisorien, wie z.B. Baustraßen und Baustellenzufahrten, die für die Realisierung der endgültigen Verkehrs- und Freianlagen notwendig sind.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26. Januar 2022 mit festgesetzten Gesamtkosten von 3.000.000 € liegen vor.

Die Maßnahme wird auf Basis der vorliegenden vorläufigen Förderzusage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 58,83 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Der Eigenanteil beträgt 41,17 v.H.

7. TXL 1. Bauabschnitt öffentliche Freianlagen UTR- Teilbereiche Campusplatz Nord und Loop-Park (inkl. Regenwasserbewirtschaftung RWA Ost)

Die Ausgaben dienen der Herstellung der Freianlagen des künftigen Loop-Parks mit Ausgestaltung eines naturnahen Regenwasserrückhaltebeckens im Kernbereich der Urban Tech Republic.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 29. April 2022 mit festgesetzten Gesamtkosten über 15.828.000 € liegen vor.

8. Freianlagen / Landschaftsfugen UTR

Die Ausgaben dienen der Herstellung der Landschaftsfugen UTR als gliedernde Zwischenräume des Industriebandes in der Funktion verbindender, unterschiedlich geweiteter und gestalteter Grünachsen zwischen zentralem Bereich UTR und dem Landschaftsraum der Tegeler Stadtheide.

b) <u>Hochbaumaßnahmen Bestandsgebäude</u>

Die Mittel werden unter anderem für Grundlagenermittlung, Bauvorbereitung sowie Baukosten für einzelne Projekte eingesetzt. Die Ausgaben dienen ferner den Aufgaben des Facilitymanagements, wie Bauunterhaltungsmaßnahmen unsanierter Bestandsgebäude im Stillstandsbetrieb (Tower K) sowie unsanierter Bestandsgebäude in Teilvermietung (E2, Fuhrpark E3, Frachthalle H). Durch die Realisierung der Maßnahmen im Bereich des Hochbaus werden die Voraussetzungen für eine Weiternutzung der bestehenden Gebäude geschaffen.

1. Gebäude A1 (Terminal D)

Die Ausgaben dienen der Instandsetzung und dem Umbau des Bestandsgebäudes A1 und damit der Zuführung zur geplanten Nachnutzung als Innovations-/ Laborzentrum für kleine und mittelständische Unternehmen mit forschungs- und entwicklungsintensiven Tätigkeiten.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 24. November 2016 liegt vor. Die Gesamtkosten wurden auf 13.800.000 € festgesetzt. Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht aufgestellt.

2. Gebäude E1 (Energiezentrale)

Die Mittel werden zur Instandsetzung und Sanierung des Bestandsgebäudes E1 und damit der Zuführung zur geplanten Nachnutzung als Energiezentrale eingesetzt. Sanierung und Umbau erfolgen während des laufenden Betriebs.

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 13. Dezember 2021 liegen vor. Die Gesamtkosten wurden auf 27.000.000 € festgesetzt.

3. Gebäude Leichtbauhalle (Teil der Feuerwache L)

Die Ausgaben dienen der Planung und Errichtung einer Leichtbauhalle für die Feuerwache.

4. Parkhaus P2

Die Ausgaben dienen der Generalsanierung des denkmalgeschützten Parkhauses P2. Das Erfordernis der Generalsanierung ergibt sich aufgrund nutzungsbedingter Vorschäden an den Betonfertigteilen sowie den Betondecken.

5. Bauteil Loop

Die Mittel werden für den Umbau des Bauteils Loop eingesetzt. Der Loop dient der Erschließung des beim Titel 83965 veranschlagten Projektes Terminal B. Das Teilprojekt wird in zeitlicher Abhängigkeit mit dem unmittelbar angrenzenden Teilprojekt Terminal B realisiert.

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 21. Juli 2021 liegen vor. Die Gesamtkosten wurden auf 8.560.183 € festgesetzt. Bauplanungsunterlagen werden bedarfsgerecht aufgestellt.

c) <u>Technische Infrastruktur</u>

1. Rückbau Verkehrs- und Freianlagen UTR 1. Bauabschnitt Rückbau West und Mitte

Die Ausgaben werden für übergreifende Abbrucharbeiten sowie die Baufeldfreimachung eingesetzt, die für die Erschließung der Fläche Berlin TXL West und Mitte erforderlich sind.

Eingereichte Bauplanungsunterlagen vom 22. Dezember 2020 liegen vor. Die Gesamtkosten werden auf 19.762.000 € geschätzt.

Die Maßnahme wird auf Basis der vorliegenden vorläufigen Förderzusage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 67,89 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Der Eigenanteil beträgt 32,11 v.H.

2. Rückbau Verkehrs- und Freianlagen UTR 1. Bauabschnitt Rückbau Ost

Die Ausgaben werden für übergreifende Abbrucharbeiten sowie die Baufeldfreimachung eingesetzt, die für die Erschließung der Fläche Berlin TXL im Bereich Ost erforderlich sind.

Eingereichte Bauplanungsunterlagen vom 22. Dezember 2020 liegen vor. Die Gesamtkosten werden auf 1.368.000 € geschätzt.

Die Maßnahme wird auf Basis der vorliegenden vorläufigen Förderzusage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 71,92 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Der Eigenanteil beträgt 28,08 v.H.

3. Baugrund / Altlasten/Kampfmittel UTR und Landschaftspark

Die Mittel werden für Baugrund-, Boden- und Grundwasseruntersuchungen, die Konzeption und Aufbau eines Grundwasser-Modells sowie Altlastenuntersuchungen im gesamten Projektgebiet Berlin TXL eingesetzt. Die Ausgaben dienen ferner der Altlastenentsorgung und Kampfmittelberäumung in der UTR sowie im Landschaftspark.

4. Weitere Projekte Technische Infrastruktur

Die Ausgaben dienen ferner dem Aufbau einer standortbezogenen Geodateninfrastruktur inklusive der Erstellung einer Datenplattform und deren öffentlichkeitswirksame Darstellung für Besucher und Experten in einem Showroom und werden für die allgemeinen Aufgaben der Gesamtprojektsteuerung Urban Tech Republic, Landschaftspark und TXL Nord, wie für Steuerungs- und Beratungskosten im Zusammenhang mit Bauvorhaben Dritter (u.a. technische Erschließung mit Gas, Wärme- und Stromenergie sowie Smart Grid und Informations- und Kommunikationstechnologie) eingesetzt.

d) Freianlagen / Landschaftspark

Die Mittel werden für die Herstellung des Landschaftsparks (öffentliche Grünfläche) angrenzend zum Schumacher Quartier eingesetzt.
Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 29. Juni 2021 mit festgesetzten Gesamtkosten von 21.298.000 € liegen vor.

e) Bewirtschaftung des Geländes

Die Ausgaben werden für die Bewirtschaftung des Geländes eingesetzt. Mit der Flächenübergabe im August 2021 wurden Aufgaben der Sicherung und Bewirtschaftung eines Teils der Flächen des ehemaligen Flughafens Berlin Tegel an die Tegel Projekt GmbH übertragen.

f) TXL Nord

Die Ausgaben dienen der Grundlagenermittlung zur Analyse des Ist-Zustandes und die Ausarbeitung eines Nutzungskonzepts sowie der Durchführung diskursiver Gutachtenverfahren bzw. städtebaulicher und freiraumbezogener Wettbewerbe für die Realisierung TXL Nord als neues Stadtquartier.

g) Weitere Projekte

Übergeordnete Kosten sowie Kosten für weitere vorbereitende Maßnahmen, die nicht direkt den Einzelmaßnahmen zugeordnet werden können. Die Ausgaben beinhalten auch Personal- und Sachkosten sowie Kosten für Dienstleistungen. Neben der Vergütung der Mitarbeiter, sind die Ausgaben vorgesehen für Kosten des Standortmanagements, sonstige Dienstleistungen, Baumanagement und übergeordnete Projektmanagementleistungen sowie für Gebühren und Lasten, Entgelte und Energiekosten.

Ausgaben für die Tätigkeit der Tegel Projekt GmbH als Leistungserbringer für das Land Berlin zur Entwicklung des Schumacher Quartiers sind beim Titel 54047 veranschlagt. Hierzu gehören u.a. Sachkosten und Dienstleistungsaufträge sowie die planerische Grundlagenerarbeitung und die Schaffung von Planungsrecht.
Ferner sind Ausgaben für investive Maßnahmen für die UTR im Rahmen des Innovationsförderfonds und für das Schumacher Quartier bei Titel 89365 veranschlagt.

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere für jahresübergreifende Maßnahmen erforderlich, die der Entwicklung des Projektgebietes Berlin TXL dienen, auf denen die Urban Tech Republic, der Landschaftspark und TXL Nord realisiert werden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89111	**423**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen**	**1.500.000**	**1.500.000**	**3.100.000**	**58.765,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.600.000**	**3.600.000**		
		Davon fällig 2025	**1.200.000**			
		Davon fällig 2026	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2027	**1.200.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.200.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.500.000	1.500.000	0

Ausgaben für bauliche Maßnahmen im öffentlichen Raum im Rahmen der Neuordnung und Qualifizierung der Berliner Mitte (historisches Zentrum), die nicht der Grün- und Freiflächengestaltung zuzuordnen sind, inklusive Vorbereitungen planerischer und konzeptioneller Art.
Ausgaben für Zuschüsse insbesondere an städtische Wohnungsbaugesellschaften für die Erfüllung besonderer qualitativer Anforderungen (bspw. an die Einbeziehung archäologischer Funde, an die Fassadengestaltung, ökologische Standards, gemeinwohlorientierte Angebote) in den innerstädtischen Entwicklungsquartieren, den neuen Stadtquartieren und ökologischen Modellprojekten (bspw. Breite Str., Molkenmarkt, Haus der Statistik).

89364	**423**	**Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof**	**12.000.000**	**12.000.000**	**10.600.000**	**10.504.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 8.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**16.000.000**	**17.000.000**		
		Davon fällig 2025	**3.000.000**			
		Davon fällig 2026	**4.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2027	**4.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2028	**5.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**5.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels sind in beiden Planjahren mit denen des Titels 54082 sowie der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 12, mit Ausnahme der Obergruppen 83 und 86, untereinander deckungsfähig. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.034.000	1.049.000	0
VE Plan 2023	8.000.000	8.000.000	16.000.000

Zur Bewirtschaftung und Entwicklung des Tempelhofer Feldes einschließlich des Flughafengebäudes hat Berlin die Tempelhof Projekt GmbH gegründet. Alle im Zusammenhang mit der Verwaltung und Entwicklung des Gebäudes sowie mit der geplanten Entwicklung der Baufelder stehenden delegierbaren Aufgaben wurden an die Gesellschaft übertragen.
Aufgrund des Volksentscheides zum Tempelhofer Feld konzentriert sich die Arbeit der Gesellschaft auf die Entwicklung und Bewirtschaftung des denkmalgeschützten Gebäudes mit dem Ziel der Konversion von einem ehemaligen Flughafen zu einer neuen, zeitgemäßen Nutzung unter Berücksichtigung der stadtentwicklungs-, kultur- und wirtschaftspolitischen Ziele des Landes Berlin.
Der Flughafen Tempelhof hat einen hohen Sanierungsrückstau. Die Nutzung des überwiegenden Teils der vermieteten Flächen, insbesondere die von der Polizei und von der Verkehrslenkungsbehörde genutzten Flächen, ist nur aufgrund einer baurechtlichen Duldung möglich, mit der Auflage der umgehenden Generalsanierung. Voraussetzung dafür ist auch die Erneuerung der technischen Infrastruktur TI 2030.
Folgende Ausgaben sind zur Sanierung der Infrastruktur THF und zur Erfüllung der Betriebs- und Verkehrssicherungspflicht vorgesehen und erforderlich:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

1. Infrastruktur THF - Grundlagen

Am Standort ist externe Unterstützung für die strategische Weiterentwicklung des Flughafens und für die Entwicklung von Leitbild und Profil erforderlich. Bedarf gibt es ferner für Vorbereitung und Umsetzung der Digitalisierung des historischen Archivs sowie die Weiterentwicklung eines Denkmalkonzeptes. Grundlegenden Bedarf gibt es auch für Gutachten zu Themen des Brandschutzes. Ferner sind Mittel regelmäßig erforderlich für Gutachten und Studien sowie für Rechtsberatung, hier handelt es sich um pauschale Ansätze, zu denen sich Konkretisierungen im Zeitablauf ergeben.

2. Infrastruktur THF - Masterplan Gesamtprojekt THF / Grundlagenprojekte und Denkmalschutz

Erarbeitung eines planerischen übergeordneten Gesamtkonzepts für die Liegenschaft, welches auch alle bisher erarbeiteten Konzepte, Grundlagenermittlungen und Einzelplanungen erfassen, bewerten und in eine gesamthafte Konzeption soweit wie möglich eingliedern und planerisch koordinieren und berücksichtigen soll. Zu betrachten sind u.a. die Themen Denkmalschutz, Statik, Nutzung, Dächer, Außenanlagen, Schadstoffe.

Zur Vorbereitung des erforderlichen Wettbewerbs sind erste Mittel eingeplant.

3. Infrastruktur THF - Vorbereitende Maßnahmen TI 2030

Die Bauunterhaltungsmaßnahmen sind Voraussetzung für die Umsetzung der Erneuerung der technischen Infrastruktur (TI 2030) und damit auch für die Sanierung von Büroflächen (inkl. Polizei). Dazu gehören:

a) Neuverlegung Trinkwasserhauptleitung
Zurzeit gibt es keine gesetzeskonforme Bestandsanlage. Derzeit wird über kostenintensive Spülpläne die Trinkwasserqualität gesichert.

Die Planung ist abgeschlossen. Die Umsetzung ist ab 2025 vorgesehen.

b) Sanierung Löschwassernetz
Das Projekt dient der Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft sowie dem gesetzeskonformen Betrieb der ortsfesten Feuerlöschanlage, der Hydranten sowie der Herstellung einer zentralen Löschwasserversorgung aus dem Wasserwerk für Sprinkler und Schaumlöschanlagen. Zur Sicherstellung des Betriebes müssen das Löschwassernetz und das am Standort befindliche Wasserwerk (ein technisches Denkmal) instandgesetzt werden.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt seit 2018 und soll bis 2025 abgeschlossen sein.

c) Demontage Medienkanäle, Vorbereitung Technikzentralen
Beabsichtigt ist die Demontage der nicht mehr benötigten Kabel, Leitungen und Rohre im Elektro- und Rohrkanal, sowie in alten Technikzentralen der gesamten Liegenschaft. Damit wird Platz für künftige Montagen im Rahmen des Projektes TI 2030 geschaffen.
Die Maßnahme soll 2025 abgeschlossen sein.

4. Infrastruktur THF - Technische Infrastruktur 2030 (TI 2030) / Voraussetzung für die weitere Flächensanierung am Standort

Die technische Infrastruktur für die Wasser-, Abwasser-, Wärme-, Raumluft- und Stromversorgungstechnik stammt zu Teilen noch aus der Bauzeit des Gebäudes und ist weder betriebssicher, noch wirtschaftlich und ökologisch.
Die zukünftige Nutzung und die Erfüllung der Klimaschutzziele des Landes Berlin erfordern ganzheitlich allgemeine und energetische Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen für alle Anlagengruppen der Technischen Ausrüstung, welche die aktuellen Anforderungen an die medientechnischen Erschließungen sowie die Klimaschutzziele implizieren.
Besonderheiten im Projekt sind zahlreiche bauteil- und gewerkeübergreifende Schnittstellen zu laufenden Instandsetzungen.
Die Planung der Technischen Infrastruktur 2030 muss die Erreichung der Ziele der Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030) beinhalten und ebenso den denkmalschutzrechtlichen Anforderungen genügen.

Die ungeprüfte Vorplanungsunterlage weißt Projektgesamtkosten von 220 Mio. € aus.

5. Infrastruktur THF - Geschichtsgalerie 1. Bauabschnitt

Geplant ist die Öffnung des überdachten Laubengangs auf dem Dach des Flughafengebäudes und dessen Umgestaltung zu einer öffentlichen Besucherpromenade mit einer großen Ausstellungsplattform vor dem Bauteil B, die als Geschichtsgalerie (GGT) Teil des Besucherprogramms wird. Hierzu muss der Laubengang auf 1,3 km vom Kopfbau West (KbW) bis Kopfbau Ost (KbO) saniert und hergerichtet werden. Der 1. Bauabschnitt umfasst Kopfbau West bis einschließlich Treppenturm 07.
Das GRW-Förderprojekt Geschichtsgalerie umfasst die Herrichtung des Laubenganges (bis zum Treppenturm 07) und des Ausstellungstreppenturmes 04. Die Maßnahme wird aus Mitteln der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in Höhe von bis zu 90% finanziert (in Aussicht gestellt sind bis zu 18.450.000 €). Die Kofinanzierung (Eigenanteil) von 10 % ist aus Haushaltsmitteln zu finanzieren.

Geprüfte Vorplanungsunterlagen des GRW-Förderprojektes Geschichtsgalerie (1. Bauabschnitt) vom 8. September 2020 über 20.500.000 € liegt vor. Es wird erwartet, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen im 4. Quartal 2023 vorliegen werden.

Darüber hinaus sind in diesem Zusammenhang einzelne Treppentürme (TT 01, 06 und 07) als ein für das Gebäude wesentliches Erschließungsprojekt herzurichten. Diese Grundinstandsetzungsmaßnahmen sind Bestandteil der geprüften VPU mit Gesamtkosten von 17.700.000 € und werden vollständig aus SIWA IV-Mitteln finanziert.

Weitere Maßnahmen zur Geschichtsgalerie (2. und 3. Bauabschnitt; Kopfbau Ost, zentrale Plattform) sind zurückgestellt.

6. Infrastruktur THF - Sanierung Mietflächen / Ausbau Mietflächen

a) Sanierung Büroflächen
Die Maßnahme soll die polizeilich genutzten Bürobauteile in einen bauaufsichtlich genehmigungsfähigen Zustand versetzen. Dafür ist eine umfassende Grundsanierung erforderlich.
Die Sanierung erfolgt in mehreren zeitlich gestaffelten Losen. Während der Sanierungsarbeiten müssen den jeweils betroffenen Nutzern Mietflächen in sog. Drehscheiben-Bauteilen bereitgestellt werden. Diese Drehscheiben-Bauteile sind dafür als vorauslaufender Teil des Projektes zu sanieren.

Die Projektgesamtkosten in Höhe von 950.000.000 € wurden in einer groben ersten Kosteneinschätzung 2019 ermittelt.

Für das Gesamtprojekt und das Bauteil A1, für das schon erste Planungsunterlagen vorliegen, sind Mittel in geringem Umfang zur weiteren Vorbereitung der Planung enthalten.

b) Ausbau Büroflächen
Für die Tempelhof Projekt GmbH werden Flächen im KBW für die Büronutzung ausgebaut. Das Projekt befindet sich in der Vorbereitung. Die derzeit von der Tempelhof Projekt GmbH genutzten Flächen im Bauteil A 2, Ebene 01 werden bis 2025 denkmalgerecht zurückgebaut.

7. Infrastruktur THF - Weitere Sanierungen / Maßnahmen

2024 sind neue Flächen für die Betriebsfeuerwehr zu sanieren. Ursachen sind u.a. Anforderungen der Berliner Feuerwehr zur Lage am Standort und der Wegfall der Nutzungsmöglichkeit des bisherigen Standortes wegen anstehender Baumaßnahmen.

8. Betriebs- und Verkehrssicherungspflicht - Diverse

Diese Maßnahmen sind wesentlich für die Aufrechterhaltung des Betriebs. Dazu zählen Maßnahmen zum Blitz- und Brandschutz, Aufzugsanlagen, Regen- und Abwasserleitungen, die Planung zum Austausch der 110 KV Trafos sowie weitere Maßnahmen für den Netzbetrieb.

Die Ausgaben für die Bewirtschaftung des Gebäudes werden beim Titel 54082 nachgewiesen.

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere für jahresübergreifende bauliche Maßnahmen zur Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes erforderlich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89365	**422**	**Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel**	**14.150.000**	**13.850.000**	**35.110.000**	**8.987.411,48**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 17.500.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 13.300.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**62.500.000**	**50.000.000**		
		Davon fällig 2025	**12.500.000**			
		Davon fällig 2026	**12.500.000**	**12.500.000**		
		Davon fällig 2027	**12.500.000**	**12.500.000**		
		Davon fällig 2028	**12.500.000**	**12.500.000**		
		Davon fällig 2029	**12.500.000**	**12.500.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels sind bis zur Höhe des nicht aus dem Innovationsförderfonds finanzierten Anteils mit denen der Titel 54047 und 68203 sowie der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 12, mit Ausnahme der Obergruppen 83 und 86, untereinander deckungsfähig. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.393.218,06 €	884.190,90 €	38.570,00 €
VE Plan 2023	10.000.000,00 €	5.000.000,00 €	0 €

Die Tegel Projekt GmbH tritt gemäß vertraglicher Grundlage als Geschäftsbesorger für das Land Berlin auf. Neben der Entwicklung der Urban Tech Republic entwickelt die Tegel Projekt GmbH im Auftrag des Landes Berlin das Schumacher Quartier.

Die Ausgaben der Tegel Projekt GmbH für das Projektgebiet der UTR beschränken sich in diesem Titel auf die bereitgestellten Mittel aus dem Innovationsförderfonds (vgl. Kapitel 2910, Titel 35601 – Entnahme aus dem Innovationsförderfonds –). Ausgaben und Mehrausgaben für diese Maßnahmen dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung). Im Detail dazu Abschnitt A.
Die in dem Titel veranschlagten Ausgabemittel i.H.v. 14.150.000 € in 2024 und 13.300.000 € in 2025 für IFF-Projekte sind gesperrt veranschlagt.

Die Ausgaben in diesem Titel dienen im Weiteren der Entwicklung des Zukunftsstandorts Berlin TXL auf dem ehemaligen Flughafenareal von Berlin Tegel für den Bereich des Schumacher Quartiers. Durch die Realisierung der Maßnahmen des Schumacher Quartiers werden die Voraussetzungen für neuen Wohnraum geschaffen. Die Leistungserbringung an das Land Berlin zur Entwicklung des Schumacher Quartiers sowie Sonstiges beinhaltet unter anderem die Begleitung von Konzeptverfahren sowie der Vergaben an die Wohnungsbaugesellschaften, die Planung und Herstellung der verkehrlichen und technischen Erschließung des Schumacher Quartiers, die Freiraumplanung und Umsetzung sowie weitere Projekte im Interesse des Landes. Neben den Kosten für die Einzelmaßnahmen enthält die Anmeldung Kosten für weitere Projekte, übergeordnete Kosten sowie Kosten für weitere vorbereitende Maßnahmen, die nicht direkt den Einzelmaßnahmen zugeordnet werden können. Im Detail dazu Abschnitt B.

Bei genehmigten GRW-Förderungen der nachfolgenden Maßnahmen wird nur der Landesanteil abgebildet.

A. Projektgebiet der Urban Tech Republic (UTR)

1. Terminalgebäude B (UTR)

Die Ausgaben dienen der Instandsetzung und dem Umbau des Bestandsgebäudes Terminal B und damit der Zuführung zur geplanten Nachnutzung als Gründungs- und Innovationszentrum. Das Gebäude wird zur Schaffung einer modernen Arbeitsumgebung für Startups sowie Gründerinnen und Gründer modernisiert (Vollsanierung).

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 11. November 2021 liegen vor. Die Gesamtkosten wurden auf 118.609.000 € festgesetzt.

2. Regenwasseranlagen UTR 1. Bauabschnitt - Regenwasseranlagen West

Die Ausgaben dienen der Herstellung der Regenwasseranlagen zur Erschließung der Fläche Berlin TXL für die Entsorgung und Reinigung von Regenwasser im Westen der UTR.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 20. April 2021 mit festgesetzten Gesamtkosten über 36.872.884 € liegen vor.

Die Maßnahme wird auf Basis der vorliegenden vorläufigen Förderzusage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 47,43 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Der Eigenanteil beträgt 52,57 v.H.

3. Regenwasseranlagen UTR 1. Bauabschnitt - Regenwasseranlagen Mitte

Die Ausgaben dienen der Herstellung der Regenwasseranlagen zur Erschließung der Fläche Berlin TXL für die Entsorgung und Reinigung von Regenwasser im Zentrum der UTR.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 20. April 2021 mit festgesetzten Gesamtkosten über 2.096.054 € liegen vor.

Die Maßnahme wird auf Basis der vorliegenden vorläufigen Förderzusage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 15,57 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Der Eigenanteil beträgt 84,43 v.H.

4. Regenwasseranlagen UTR 1. Bauabschnitt - Regenwasseranlagen Ost

Die Ausgaben dienen der Herstellung der Regenwasseranlagen zur Erschließung der Fläche Berlin TXL für die Entsorgung und Reinigung von Regenwasser im Osten der UTR.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 20. April 2021 mit festgesetzten Gesamtkosten über 12.838.118 € liegen vor.

Die Maßnahme wird auf Basis der vorliegenden vorläufigen Förderzusage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 75,87 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Der Eigenanteil beträgt 24,13 v.H.

5. Regenwasseranlagen UTR 1. Bauabschnitt - vorgezogene Maßnahmen

Die Ausgaben dienen der Herstellung der Regenwasseranlagen zur Erschließung der Fläche Berlin TXL für die Entsorgung und Reinigung von Regenwasser im Süden der UTR.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 20. April 2021 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 01.03.2023 über insgesamt 7.117.584 € liegen vor.

Die Maßnahme wird auf Basis der vorliegenden vorläufigen Förderzusage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit 53,28 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307). Der Eigenanteil beträgt 46,72 v.H.

6. Kosten Bauhütte

Die Mittel werden für den Aufbau einer Bauhütte 4.0 (eines FUTR HUT) eingesetzt. Mit der FUTR HUT entsteht ein modularer Gebäudekomplex vor dem Hintergrund der Verwendung nachwachsender Rohstoffe. Es soll ein Ort für Veranstaltungen, als Präsentationsfläche, zum Forschen und als Bürofläche profilkonformer Firmen errichtet werden. Die Themen ‚innovative Baumaterialien', 'Nachhaltiges Bauen‘ und ‚Bauen mit regionalen Wertschöpfungsketten und regionalen Ressourcen‘ soll damit öffentlichkeitswirksam vorangetrieben werden.

B. Projektgebiet Schumacher Quartier (SQ)

Die Mittel werden unter anderem für Grundlagenermittlung, Bauvorbereitung sowie Baukosten für einzelne Projekte sowie deren Umsetzung eingesetzt. Durch die Realisierung der Maßnahmen des Schumacher Quartiers werden die Voraussetzungen für neuen Wohnraum geschaffen.

1. Verkehrsanlagen Innere Erschließung 1. BA

Die Ausgaben dienen der Herstellung der Verkehrsanlagen inkl. der Regenwasseranlagen für die innere Erschließung des 1. Bauabschnittes des Wohnquartiers.
Bauplanungsunterlagen vom 29. Juni 2022 mit geschätzten Gesamtkosten über 18.908.842,91€ sind zur Prüfung bei SenStadt eingereicht.

2. Öffentliche Grünflächen Schumacher Quartier

Die Ausgaben dienen der Herstellung der Freianlagen und öffentlichen Grünflächen im Schumacher Quartier.
Bauplanungsunterlagen vom 19. August 2022 sind zur Prüfung bei SenStadt eingereicht. Die Gesamtkosten werden auf 23.500.000 € geschätzt.

3. Verkehrsanlagen äußere Erschließung

Die Ausgaben dienen der Herstellung der Verkehrsanlagen inkl. der Regenwasseranlagen für die äußere Erschließung des Wohnquartiers.
Es liegt eine geprüfte Vorplanungsunterlage vom 19. Mai 2022 vor. Die Gesamtkosten wurden auf 43.000.000 € festgesetzt.

4. Altlasten

Die Mittel werden für die Altlastenbeseitigung innerhalb des Schumacher Quartiers, in den Jahren 2024 ff insb. für den Bildungscampus, die öffentliche Grünfläche des Quartiersparks und den 2. Bauabschnitt eingesetzt. Auf Grundlage der Bodengrunduntersuchung wird von Gesamtkosten von 72 Mio. € ausgegangen.

5. Kampfmittel

Die Ausgaben dienen der Kampfmittelbeseitigung innerhalb des Schumacher Quartiers, in den Jahren 2024 ff insb. für den Bildungscampus, die öffentliche Grünfläche des Quartiersparks und den 2. Bauabschnitt. Auf Grundlage des Räumkonzeptes von Gesamtkosten von ca. 44 Mio. € ausgegangen.

6. Baugrund/Altlasten/Kampfmittel äußere Erschließung

Die Mittel werden für die Kampfmittel- und Altlastenbeseitigung im Bereich der äußeren Erschließung des Wohnquartiers eingesetzt. Auf Grundlage von Bodengrunduntersuchung und Räumkonzeption wird von Gesamtkosten von 9,8 Mio. € ausgegangen.

7. Weitere Projekte

Die Mittel werden für übergeordnete Kosten sowie Kosten für weitere vorbereitende Maßnahmen, die nicht direkt den Einzelmaßnahmen zugeordnet werden können eingesetzt. Die Ausgaben dienen ferner dem Aufbau einer standortbezogenen Geodateninfrastruktur inklusive der Erstellung einer Datenplattform und deren öffentlichkeitswirksame Darstellung für Besucher und Experten in einem Showroom und werden für die allgemeinen Aufgaben der Gesamtprojektsteuerung Schumacher Quartier, wie für Steuerungs- und Beratungskosten im Zusammenhang mit Bauvorhaben Dritter (u.a. technische Erschließung mit Wärme- und Stromenergie sowie Smart Grid und Informations- und Kommunikationstechnologie) eingesetzt.

Eine noch vorzunehmende Auswahl der vorgenannten Projekte kann auch über das SIWA finanziert werden.

Ausgaben für die Tätigkeit der Tegel Projekt GmbH, für dessen Sachkosten und Dienstleistungsaufträge sowie für die planerische Grundlagenerarbeitung und die Schaffung von Planungsrecht sind beim Titel 54047 veranschlagt. Kosten zum Kauf von Grundstücken für das Verwaltungs- und Stiftungsvermögen für das Schumacher Quartier sind bei Kapitel 1220, Titel 82164 nachgewiesen.
Darüber hinaus gehende Ausgaben für Investitionsmaßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Berlin TXL werden bei Kapitel 1220, Titel 83111 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89382	**411**	**Vorbereitung und Durchführung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten**	**2.000.000**	**2.000.000**	**2.900.000**	**4.131.277,87**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2029	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2030		**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	830.000	605.000	0
VE Plan 2023	1.250.000	1.000.000	750.000

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere zur Schaffung der Realisierungsvoraussetzungen für die Umsetzung von gesamtstädtisch bedeutsamen Wohnungsneubauvorhaben und sonstigen städtebaulichen Maßnahmen bestimmt (z.B. Durchführung von Ordnungs-, Erschließungs- und Baumaßnahmen, Entschädigungsverfahren, Betriebsverlagerungen sowie Erwerb von Grundstücken z.B. für ökologische oder soziale Infrastrukturmaßnahmen).

In Gebieten mit vorbereitenden Untersuchungen können sie zur Finanzierung der Grunderwerbskosten verwendet werden, wenn eine Vorkaufsrechtsverordnung für dieses VU-Gebiet gilt.

Sie können auch zur teilweisen Vor- bzw. Mitfinanzierung von Maßnahmen verwendet werden, die notwendig für städtebauliche Integration in die bestehenden Nachbarschaften sind und somit zwingende Voraussetzung für die nachfolgende Wohnbebauung (z.B. Einrichtungen der sozialen Infrastruktur oder sonstige Maßnahmen zur Anbindung an das ÖPNV-Netz).

Der Ansatz enthält auch die Ausgaben der für diese Maßnahmen erforderlichen Planungsleistungen.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind auch bestimmt zur Finanzierung eines Treuhänders sowie der Kosten für die laufende Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken, die zur Umsetzung von Wohnungsneubauvorhaben durch das Land in Ausübung von Vorkaufsrechten und den Ankauf von Grundstücken entstehen.

Die Ausgaben für die planerische Grundlagenermittlung und die Schaffung von Planungsrecht sind beim Titel 54005 veranschlagt.

In den Ausgaben sind Altverpflichtungen enthalten.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89384	**411**	**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für das neue Stadtquartier "Blankenburger Süden"**	**4.000.000**	**4.000.000**	**800.000**	**1.111.831,03**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**4.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.500.000	1.500.000	6.500.000

Um der steigenden Nachfrage nach Wohnraum zu begegnen und das bereits vorhandene Defizit an sozialen Infrastruktureinrichtungen zu beheben, besteht ein dringendes öffentliches Interesse, den Bereich „Blankenburger Süden“ im Bezirk Pankow zu einem nachhaltigen und urbanen Stadtquartier zu entwickeln. Die Umsetzung wird angesichts der Größe sowie Maßnahmen- und Entwicklungsstruktur mehrere Jahre in Anspruch nehmen und soll über die Festsetzung als städtebauliche Entwicklungsmaßnahme erfolgen.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere bestimmt zur Finanzierung von städtebaulichen Untersuchungen und Wettbewerben, der Aufstellung von Bebauungsplänen, der Beauftragung eines Entwicklungsträgers, der Durchführung von Ordnungs-, Erschließungs- und Baumaßnahmen, zur Refinanzierung der damit verbundenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im bauleitplanerischen Ökokonto und des Erwerbs von Grundstücken. Sie können auch zur teilweisen Vor- und Mitfinanzierung von Maßnahmen erforderlicher externer verkehrlicher und technischer Erschließung, sozialer Infrastruktur oder sonstiger Maßnahmen zur Anbindung an das ÖPNV-Netz verwendet werden.

In den Ausgaben sind auch Altverpflichtungen enthalten.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89385	**411**	**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick**	**20.000.000**	**20.000.000**	**15.600.000**	**5.180.180,25**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 10.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**25.000.000**	**23.500.000**		
		Davon fällig 2025	**15.000.000**			
		Davon fällig 2026	**10.000.000**	**13.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**10.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.041.000	75.000	0
VE Plan 2023	8.000.000	8.000.000	79.500.000

Um der steigenden Nachfrage nach Wohnraum zu begegnen und das bereits vorhandene Defizit an sozialen Infrastruktureinrichtungen zu beheben, hat sich das Land Berlin mit Beschluss über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs ehemaliger Güterbahnhof Köpenick zur Durchführung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick entschieden. Das Areal soll zu einem nachhaltigen und urbanen Stadtquartier entwickelt werden. Die Umsetzung wird voraussichtlich 10 bis 15 Jahre in Anspruch nehmen.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere bestimmt zur Finanzierung von städtebaulichen Untersuchungen und Wettbewerben, der Aufstellung von Bebauungsplänen, für Beratungsleistungen, der Beauftragung eines Entwicklungsträgers und eines Planungsdienstleisters, der Öffentlichkeitsbeteiligung einschließlich der damit verbundenen Sachkosten, der Durchführung von Ordnungs-, Erschließungs- und Baumaßnahmen, zur Refinanzierung der damit verbundenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im bauleitplanerischen Ökokonto und des Erwerbs von Grundstücken.
Sie können auch zur teilweisen Vor- und Mitfinanzierung von Maßnahmen erforderlicher externer verkehrlicher und technischer Erschließung, sozialer Infrastruktur oder sonstiger Maßnahmen zur Anbindung an das ÖPNV-Netz verwendet werden.

In den Ausgaben sind Altverpflichtungen enthalten.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89443	**423**	**Entwicklungsmaßnahme Parlaments- und Regierungsviertel**	**924.000**	**753.000**	**2.847.000**	**1.397.607,63**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.704.000**	**1.709.000**		
		Davon fällig 2025	**753.000**			
		Davon fällig 2026	**951.000**	**540.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.169.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen *)	1.953.000 €	0 €	0 €
VE Plan 2023 **)	1.953.000 €	1.175.000 €	0 €

*) Die bis Ende 2022 eingegangen Verpflichtungen zu Lasten 2024 werden in Anpassung an den Baufortschritt voraussichtlich nur in Höhe von 924.000 € in Anspruch genommen.

**) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 werden zu Lasten 2024 voraussichtlich nicht in Anspruch genommen und zu Lasten 2025 voraussichtlich bis zu einer Höhe von 753.000 € in Anspruch genommen.

Zur Vorbereitung und Realisierung der geplanten städtebaulichen Maßnahmen wurde gemeinsam vom Land Berlin und vom Bund ein treuhänderischer Entwicklungsträger eingesetzt. Die Mittel werden insbesondere für Planungsarbeiten, Grunderwerb und Ordnungsmaßnahmen, den Bau von Erschließungsanlagen und Einrichtungen des Gemeinbedarfs benötigt.

Die Gesamtkosten für die Entwicklungsmaßnahme sind auf 579.818.000 € festgelegt. Bis Ende des Jahres 2021 sind aus dem Treuhandvermögen Ausgaben für die Entwicklungsmaßnahme in Höhe von insgesamt ca. 568.489.000 € geleistet worden. Den Gesamtkosten stehen bis Ende 2021 bereits realisierte Einnahmen in Höhe von 262.553.000 € gegenüber.

Der aus Haushaltsmitteln zu deckende Saldo beträgt voraussichtlich insgesamt 376.069.000 €.

Die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel dienen dem laufenden Saldenausgleich des Treuhandvermögens.

Finanzierung (Zuschuss aus dem Landeshaushalt):

bis einschließlich 2022	366.140.000 €
2023 *)	5.507.000 €
2024	924.000 €
2025	753.000 €
2026	1.491.000 €
ab 2027	1.254.000 €
	376.069.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 2.847.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit voraussichtlich um 2.660.000 € auf 5.507.000 € verstärkt.

An der Finanzierung dieser Ausgaben beteiligt sich der Bund mit 64 v. H. (vgl. Erläuterung zu Titel 33122).

Die Entwicklungsmaßnahme ist gegenwärtig bis 31.12.2023 befristet. Die Unterarbeitsgruppe Entwicklungsmaßnahme des Gemeinsamen Ausschusses (UAG) empfiehlt vorbehaltlich einer gesicherten Finanzierung die Verlängerung der Entwicklungsmaßnahme bis 2027, um insbesondere die Ziele im Bereich Luisenblock Ost im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme umsetzen zu können. Die Kosten nach 2027 sind für Leistungen des Treuhänders zur Dokumentation vorgesehen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89474 (neu)	411	**Infrastrukturmaßnahmen in den ehemaligen städtebaulichen Entwicklungsbereichen**	100.000	100.000	100.000	3.700.896,23 R 4.135.786,23

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 34193. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung). Wurde bislang bei 1240/89474 nachgewiesen.

Verwendung der zweckgebundenen Abführungen nach Aufhebung des Entwicklungsrechts in den Entwicklungsbereichen Wasserstadt Berlin-Oberhavel, Rummelsburger Bucht, Eldenaer Straße/ Alter Schlachthof und Johannisthal/ Adlershof für noch nicht beendete bzw. für noch erforderlich werdende Infrastruktur- und Ordnungsmaßnahmen (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 34193).

Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Aus dem Ansatz können auch Planungsleistungen, Rechtsberatungen in laufenden Verfahren, notwendige Grundstücksbewirtschaftungen und sonstige für die Durchführung der oben genannten Maßnahmen anfallende konsumtive Ausgaben finanziert werden.

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

	Gesamtausgaben	**164.025.800**	**162.978.900**	**182.466.000**	**418.061.310,59**
	Prozentuale Veränderung	**-10,1 %**	**-0,6 %**		

Abschluss Kapitel 1220

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.155.000**	**1.155.000**	**1.009.000**	**3.889.270,21**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**1.855.226,74**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**692.000**	**582.000**	**1.922.000**	**4.744.468,88**
	Gesamteinnahmen	**1.847.000**	**1.737.000**	**2.931.000**	**10.488.965,83**
411-462	**Personalausgaben**	**9.387.800**	**9.911.900**	**9.715.000**	**8.849.140,15**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**50.813.000**	**51.463.000**	**46.817.000**	**43.674.898,55**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.051.000**	**701.000**	**4.227.000**	**1.822.525,00**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**102.774.000**	**100.903.000**	**121.707.000**	**363.714.746,89**
	Gesamtausgaben	**164.025.800**	**162.978.900**	**182.466.000**	**418.061.310,59**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-162.178.800**	**-161.241.900**	**-179.535.000**	**-407.572.344,76**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001068 Städtebau und Baukultur

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	5	Personalkosten	9.336.857	8.047.370	+16,02
Kostenträger	30	Sachkosten	43.363.919	33.356.181	+30,00
davon		Transferkosten	1.448.709	149.246	+870,68
Produkte	12	Verrechnungskosten	821.749	877.015	-6,30
MGF	8	kalkulatorische Kosten	766.752	782.534	-2,02
Projekte	10	Gemeinkosten	24.522.887	21.666.259	+13,18
		Summe Verwaltungskosten	80.260.873	64.878.605	+23,71
		Transfers	25.004.754	33.896.073	-26,23
		Gesamtsumme	105.265.627	98.774.678	+6,57

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005359	2022	66.972.628	24.066.335	91.038.963
LuV II - Finanzierung, Präzisierung, Sicherung und Erreichung städtebaulicher Ziele	2021	52.738.679	32.948.793	85.687.472

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28037	2022	39.431.630	10.504.000	49.935.630
Nachnutzung THF (LuV II)	2021	34.525.204	4.100.000	38.625.204

	2022	2021
Menge:	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	47,44	39,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	2.500.294,07	234.727,33
Kostendeckungsgrad in %	5,01	0,61

Fachspezifische Informationen

Die Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof ist eine langfristig bedeutende Entwicklung in der inneren Stadt. Zum 01.01.2011 nahm die Tempelhof Projekt GmbH mit der Durchführung bzw. Koordination der Gesamtmaßnahme ihre Tätigkeit auf. Seit dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld-Gesetz im Mai 2014 konzentriert sich die Aktivität der Tempelhof Projekt GmbH auf das operative Geschäft der Gebäudebewirtschaftung, der Gebäudesanierung und Entwicklung des ehemaligen Flughafengebäudes Tempelhof. Die Bewirtschaftung des Gebäudes führt zu Transferzahlungen, die insbesondere in Zuschüsse zu den Betriebskosten, Baumaßnahmen, Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen fließen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Die fachliche Steuerung, die Kontrolle über die Tätigkeit der Tempelhof Projekt GmbH sowie die alleinige Koordination und Abstimmung der Meinungsbildung und der Entscheidungen innerhalb der Verwaltung Berlins obliegen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Die Abteilung II übernimmt in diesem Zusammenhang eine steuernde und koordinierende Rolle, ist jedoch auch dort inhaltlich tätig, wo einzelne Aufgaben nicht an den Träger übertragen werden. Weitere Aufgaben betreffen politische Dienstleistungen, die Kommunikation, insbesondere mit den betreffenden Bezirken, und die Öffentlichkeitsarbeit zum Projekt. Der Senat von Berlin hat am 11.08.2020 ein strategisches Entwicklungskonzept für die künftige Nutzung des Flughafengebäudes in Form der Vision 2030+ beschlossen. Danach soll das Flughafengebäude durch die Tempelhof Projekt GmbH denkmalgerecht saniert und schrittweise ein Ort für Kunst, Kultur, Kreativwirtschaft und für die öffentliche Verwaltung werden. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat bereits 2018 dafür den Einsatz von Mitteln aus dem SIWA im Umfang von 116,9 Mio. € beschlossen. Die Sanierung und Nachnutzung des Flughafengebäudes mit einer Bruttogeschossfläche von 300.000 m2 ist als Generationenaufgabe zu verstehen und umfasst damit einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28332	2022	16.613.535	8.871.614	25.485.149
Nachnutzung Flughafen Tegel	2021	8.215.690	25.046.073	33.261.764

	2022	2021
Menge:	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	24,21	33,67
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.300.000,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Fachspezifische Informationen

Nachdem der Flughafen Tegel am 8. November 2020 den Verkehrsflugbetrieb eingestellt hat und zum Ablauf des 4. Mai 2021 die Genehmigung und Planfeststellung als Verkehrsflughafen erloschen ist, ist die Übernahme des Areals und der Baubeginn ab August 2021 geplant. Das Budget dient u.a. der Entwicklung des Forschungs- und Technologieparks ,,The Urban Tech Republic" mit etwa 150 ha Baufeldern, der Entwicklung des ,,Schumacher Quartiers" mit ca. 5.000 Wohneinheiten für ca. 10.000 Bewohner und eines ca. 220 ha großen Landschaftsparks. Nach der Rückgabe der Grundstücke des Flughafens Tegel an das Land Berlin Anfang August 2021 sollen zeitnah die ersten Bau- und Erschließungsmaßnahmen erfolgen. Grundlage für alle unmittelbar nach Übernahme geplanten baulichen Maßnahmen ist ein Maßnahmenpaket für alle vorbereitenden Leistungen auf dem Flughafengelände zur Vorbereitung und Umsetzung der geplanten baulichen Entwicklung im Rahmen der Nachnutzung des Flughafens Tegel. Hierzu zählen beispielsweise aufeinander abgestimmte Maßnahmen für nachhaltige Abbruch- und Recyclingleistungen, Wertstoffzwischenlagerungs- und Wiedernutzungskonzepte sowie Altlasten- und Kampfmittelbeseitigungen. Die internationale Profilierung, die thematische Vernetzung im Smart-City-Kontext und der öffentliche Dialog rund um Berlin TXL - The Urban Tech Republic und dem Schumacher Quartier als ökologisches Modellquartier müssen weiter ausgebaut sowie der Vertrieb und Betrieb der Bestandsgebäude als StartUp- und Konferenzcenter und als neuer Standort der Berliner Hochschule für Technik vorbereitet werden. Zur Einhaltung des übergeordneten Projektzieles Baubeginn 2021 müssen die Planungen zielgerichtet und effizient fortgeführt werden. Hierzu ist ein intensiver Einsatz von internen und externen Ressourcen notwendig.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76959	2022	213.265	0	213.265
Fachliche Beratung von Investoren, anderen Privaten und Dienststellen des Landes Berlins in Bezug auf qualifizierende Planungsverfahren (V11/2007: PNrn. 76959, 74810)	2021	178.010	0	178.010

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Beratungen	11	48
Kosten je ME in €	19.387,75	3.708,55
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,20	0,18
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Information und Erörterung von passgenauen Planungsverfahren für Investoren, Private und Dienststellen des Landes Berlin. Vorschläge für Jurymitglieder und Verfahrensteilnehmer. Checklisten für die Durchführung dieser Planungsverfahren.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78006	2022	307.358	0	307.358
Politische Dienstleistungen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	267.550	0	267.550

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,29	0,27
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Stellungnahmen, Vorlagen, Sprechzettel, Begleitung zu Terminen, Voten sowie ministerielle Koordinierungstätigkeiten und politische Sonderaufträge.
Fachliche Beratung und Teilnahme an abteilungsexternen Sitzungen fallen ebenso in diesen Bereich. Allerdings sind hier nicht abteilungsinterne Besprechungen gemeint. Empfänger darf nicht Mitarbeiter der gleichen Abteilung sein.
Alle abteilungsinternen Tätigkeiten sind Gemeinkosten der jeweiligen Abteilung.
Grundsätzliche Voraussetzung ist, dass die Leistung nicht integrativer Bestandteil eines Produktes oder Projektes ist.
Es fallen nur Leistungen in diesen Bereich, die nicht von einem anderen, spezielleren Produkt erfasst werden.
Ordnungsgemäße Beantwortung von Großen, Kleinen bzw. Mündlichen Anfragen einschließlich der Recherchearbeiten, die zur Beantwortung erforderlich sind. Hierzu gehören auch die Mitzeichnung von Beantwortungen sowie die Koordinierungstätigkeiten der Senatskanzlei bzw. der Verbindungsstellen in den jeweiligen Häusern.
Bearbeitung bzw. Weiterleitung von Anträgen und Eingaben durch das Abgeordnetenhaus.
Hierunter fällt die Beantwortung aller Anträge aus der Mitte des Abgeordnetenhauses gemäß § 43 Gemeinsame Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung Besonderer Teil (GGO II).
Alle Leistungen, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung dieser Anfragen stehen, wie z.B. Mitzeichnung durch die Verwaltungen sowie die Koordinierungstätigkeiten der Senatskanzlei bzw. der Verbindungsstellen in den jeweiligen Häusern gehören zu diesem Produkt des politisch-administrativen Bereichs.
Sämtliche Tätigkeiten, die die Erstellung von Senatsvorlagen betreffen, einschließlich ggf. vorangehender Recherchearbeit und Mitzeichnungen der Senatsvorlagen. Betroffen sind Themen, über

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79834	2022	3.927.684	0	3.927.684
Städtebauliche Projekte (Zielfindung, Bebauungsplanung, Abschluss städtebaulicher Verträge, Umsetzung, Monitoring, Evaluierung)	2021	4.034.339	120.000	4.154.339

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

	2022	2021
Menge: Anzahl abgeschlossener Projekte	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,73	4,21
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	20.650,00	69.974,10
IST - Erträge in €	2.821.860,21	0,00
Kostendeckungsgrad in %	71,85	0,00

Steuerung komplexer städtebaulicher Projekte, Steuerung politisch administrativer Prozesse, verbindliche Bauleitplanung, Gutachterverfahren, städtebauliche Wettbewerbe, Rahmenplanung, quartiersbezogene Konzepte zu Klima, Energie, Mobilität, Wasser, fiskalische und privatwirtschaftliche städtebauliche Kalkulation, Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Grundlagenermittlung, städtebauliche Verträge, Controlling der Vertragsleistungen in der Durchführung, Evaluation und Dokumentation, Ankauf von Grundstücken sowie Durchführung und Finanzierung von begleitenden Maßnahmen zur Sicherung der Umsetzung von bedeutsamen Wohnungsbauvorhaben

Fachspezifische Informationen

Auf diesem Sammelkostenträger werden alle Projekte abgebildet, bei denen weder das Kostenvolumen, noch die Bedeutung des Projektes eine Einzeldarstellung erfordert bzw. sinnvoll machbar ist.
Die grundsätzliche Erforderlichkeit besteht darin, fixierte gesamtstädtische Ziele und Aspekte in die Stadtentwicklung einzubringen und einseitige / unangemessene Interessenvertretung angemessen zu korrigieren. Städtebauliche Kalkulationen sind Voraussetzung für die Betrachtung der wirtschaftlichen Folgen bzw. Voraussetzung bestimmter Projekte oder Vorgänge und von Verträgen. Der Abschluss städtebaulicher Verträge sichert in geeigneten Fällen die finanzielle Beteiligung der Privaten an Folgekosten. Aufstellung und Festsetzung von Bebauungsplänen der Hauptverwaltung. Projektmanagement im Zusammenhang mit städtebaulichen Verträgen bei Planung und Vorhaben von gesamtstädtischem Interesse. Rechtliche Begleitung, fachliche Unterstützung und Rechtsetzung von Bebauungsplänen der Hauptverwaltung, soweit es sich um Bebauungspläne handelt, die als Teil von Projekten bearbeitet werden.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81081	2022	46.261	3.134.349	3.180.610
Fachbezogene Steuerung in Entwicklungsgebieten, (MGF)	2021	0	0	0

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,02	0,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Konzeption und Durchführung von Planungen in Entwicklungsgebieten,
Steuerung von Entwicklungsmaßnahmen

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005360	2022	3.928.736	0	3.928.736
LuV II - Pflege und Weiterentwicklung der Bau- und Vergabekultur	2021	3.683.847	30.000	3.713.847

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79835	2022	3.664.711	0	3.664.711
Wettbewerbe nach RPW 2013, Wettbewerbliche Dialoge nach VgV, Gutachter- und Werkstattverfahren oder Ähnliches	2021	3.516.546	30.000	3.546.546

	2022	2021
Menge: Anzahl der abgeschlossenen Verfahren	4	12
Kosten je ME in €	916.177,65	293.045,47
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,48	3,59
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	25.275,00	5.675,90
IST - Erträge in €	250,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,01	0,00

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wettbewerben, Wettbewerblichen Dialogen und anderer Planungsverfahren zur Vergabe von Planungsleistungen auf den Gebieten des Hoch- und Tiefbaus, des Städtebaus und der Freiraumplanung. Durchführung von Gutachter- und Werkstattverfahren um Planungsalternativen zu erlangen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1230 enthält die Einnahmen und Ausgaben der Abt. III – Geoinformation –.

Die Abteilung III ist verantwortlich für die Gewährleistung einer staatlichen Grundversorgung mit amtlichen Geoinformations- und Vermessungsleistungen. Die Aufgaben der Abteilung III sind in EU-Richtlinien sowie in Bundes- und Landesgesetzen als öffentliche Aufgaben definiert.

Die Aufgaben der Abteilung III sind:

- Grundsatzangelegenheiten des öffentlichen Geoinformations- und Vermessungswesen sowie der Bodenordnung und der Immobilienbewertung
- Gewährleistung eines einheitlichen geodätischen Raumbezugs mit dem Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung (SAPOS) und dem Amtlichen Festpunkt-Informationssystem (AFIS),
- Erfassung und Darstellung der Erdoberfläche im Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS)
- Verfahrensverantwortung für die IT-Verfahren zur Führung des Liegenschaftskatasters (Amtliches Liegenschaftskataster Informationssystem (ALKIS) und Katasterunterlagen online (Kuno))
- Verfahrensverantwortung für das IT-Verfahren Geobasisdaten online zur Erteilung von Auskünften aus dem Liegenschaftskataster und den amtlichen Festpunkten
- Gewährleistung von Markttransparenz über den Immobilienmarkt sowie die Beschaffung und Bereitstellung unabhängiger Marktinformationen
- Koordinierung der Geodateninfrastruktur Berlin (GDI-BE) und Bereitstellung des Geoportals Berlin einschließlich des Umweltatlas
- Koordinierungsaufgaben zur Umsetzung der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) und der EU-Richtlinie INSPIRE
- Bestellung von Vermessungsingenieurinnen bzw. Vermessungsingenieuren für öffentliche Aufgaben und Wahrnehmung der Berufsaufsicht für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen bzw. Vermessungsingenieure (ÖbVI)
- Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Berlin
- Geschäftsstelle des Zentralen Umlegungsausschusses Berlin

B. Gender Budgeting

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Kapitel 1230 Beamte und Tarif	2020**		2021**		2022**	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte	**107**		**118**		**119**	
absolut	**53**	**54**	**58**	**60**	**58**	**61**
Relativ %	49,5%	50,5%	49,2%	50,8%	48,7%	51,3%
davon Mitarbeitende	**88**		**100**		**101**	
Absolut	47	41	52	48	52	49
Relativ %	53,4%	46,6%	52,0%	48,0%	51,5%	48,5%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	65.463 €	72.843 €	68.306 €	71.574 €	70.643 €	71.307 €
davon Führungskräfte	**19**		**18**		**18**	
Absolut	6	13	6	12	6	12
Relativ %	31,6%	68,4%	33,3%	66,7%	33,3%	66,7%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	84.205 €	91.783 €	89.037 €	90.596 €	89.092 €	90.483 €

* Stichtag 30.06. des entsprechenden Jahres
** Planmäßige Beschäftigte

Das durchschnittliche Jahresgehalt wurde zugrunde gelegt. Die Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende (in zwei Summenbeträgen) wurde vorgenommen.

Das für das durchschnittliche Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt 2022 je Vollzeitäquivalent ermittelte geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen beträgt für die planmäßigen Beschäftigten (ohne Auszubildende):

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Weibliche Mitarbeitende	Männliche Mitarbeitende
5.886,92 €	5.942,25 €

Weibliche Führungskraft	Männliche Führungskraft
7.424,33 €	7.540,25 €

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen. Diese Unterschiede treten zumeist zu Gunsten von Männern auf.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**421**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**26,45**
Insbesondere Gebühren aus den Bereichen digitaler Luftbildnachweise und Rasterdaten						
11159	**421**	**Gebühren nach der Vermessungsgebührenordnung**	**80.000**	**80.000**	**50.000**	**139.418,37**
Gebühren nach der Vermessungsgebührenordnung						
11201	**421**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
Geldbußen nach § 3 Abs. 5 des Gesetzes über das Vermessungswesen für ein schuldhaftes Verhalten eines öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs/einer öffentlich bestellten Vermessungsingenieurin						
11901	**421**	**Veröffentlichungen**	**130.000**	**130.000**	**200.000**	**132.417,30**
Einnahmen aus Erlösen der zentralen Stellen des LA Geobasis (siehe auch Titel 63207)						
11979	**421**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
Insbesondere für Rückzahlungen aus Vorjahren						
13203	**421**	**Verkauf von beweglichem Vermögen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**
Insbesondere Entgelte für den Verkauf von Dienstfahrzeugen						
		Gesamteinnahmen	**216.000**	**216.000**	**256.000**	**271.862,12**
		Prozentuale Veränderung	**-15,6 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201	**011**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**35.000**	**35.000**	**35.000**	**44.321,00**
Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlich im Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Berlin tätigen Mitglieder						
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.985.000**	**2.065.000**	**2.011.000**	**1.898.345,92**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
Honorare für Dozenten/Dozentinnen zur Durchführung von Lehrgängen.						
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.826.000**	**7.099.000**	**6.490.000**	**6.423.876,88**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**50.000**	**3.819,88**
42821	**011**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**275.000**	**275.000**	**275.000**	**211.977,57**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**120.000**	**124.000**	**71.900**	**113.150,20**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**29.000**	**29.000**	**29.000**	**18.413,14**

Die Ausgaben sind jeweils in 2024 und 2025 vorgesehen für:

Allgemeiner Bürobedarf und Fachliteratur	9.000 €
Fernmeldegebühren für den Betrieb und die Rufbereitschaft des amtlichen DGNSS (Differentiale Globale Navigationssysteme)-Dienstes SAPOS (Satellitenpositionierungsdienst)	20.000 €
	29.000 €

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**7.000**	**7.000**	**35.000**	**4.120,15**

Ersatz und Ergänzung von Büromöbeln und -maschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Unterhaltung, Beschaffung und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten und Ersatzteilen

Weniger, weil die bisherige dezentrale Büromöbelbeschaffung ab dem Haushaltsjahr 2024 zentral im Kapitel 1200 veranschlagt ist.

51403	**421**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**12.500**	**12.500**	**12.500**	**7.606,31**

Betriebsstoffe für 4 Mess-Kombiwagen	4.000 €
Steuern und laufender Unterhalt für 4 Mess-Kombiwagen	8.500 €
	12.500 €

51408	**011**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**1.100**	**1.100**	**1.100**	**—**

Ergänzung und Instandsetzung der Dienst- oder Schutzkleidung (insbesondere der Mitarbeitenden im integrierten geodätischen Raumbezug und in der Ingenieurgeodäsie)

51802	**421**	**Mieten für Fahrzeuge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Anmietung von Fahrdiensten für Fahrten des Gutachterausschusses

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**2.793,31**

Teilnahme von Dienstkräften an Geoinformations-, Vermessungs- und Wertermittlungsseminaren und Veranstaltungen

52703	**011**	**Dienstreisen**	**40.600**	**40.600**	**40.600**	**9.308,30**

Für Dienstreisen sowie für Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts, auch für Aus- und Fortbildung

53105	**421**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**—**	**—**	**20.000**	**—**

53107	**421**	**Druck der Landeskartenwerke**	**50.000**	**50.000**	**136.000**	**17.499,42**

Die Ausgaben sind jeweils in 2024 und 2025 vorgesehen für:

1.	Bearbeitung der topographischen Landeskartenwerke durch das Landesvermessungsamt Brandenburg (inkl. Gebäudegeneralisierung für mittlere Maßstäbe)	10.000 €
2.	Druck der Digitalen Topographischen Karten für ZGeoBw	5.000 €
3.	Bundeseinheitliches AdV-Projekt ATKIS-Generalisierung	5.000 €
4.	Bereitstellung von webfähigen Basiskarten	30.000 €
		50.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53108	**421**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**114,45**

Betreuung im Rahmen von Fachgesprächen aus dienstlichem Anlass mit externer Beteiligung

54010	**421**	**Dienstleistungen**	**891.000**	**891.000**	**3.445.000**	**641.191,89**
		Verpflichtungsermächtigung	**335.000**	**335.000**		
		Davon fällig 2025	**335.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**335.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	2.000.000	2.000.000	4.000.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 und 2025 werden voraussichtlich bis zu einer Höhe von 891.000 € in Anspruch genommen.

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Erfassung von Daten für die Bereitstellung und Vereinheitlichung der geodätischen Bezugsgrundlagen des Landes Berlin (2022: 100.000 €)	100.000 €	100.000 €
2.	Verkehrswertermittlungen gemäß § 64 LHO im Rahmen von Grundstücksangelegenheiten Berlins einschl. ggf. erforderlicher Folgekostenermittlungen nach § 96 BauGB (2022: 40.000 €)	40.000 €	40.000 €
3.	Unterstützung durch externe Sachverständige bei der Erstellung von Gutachtenvorlagen für den Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Berlin (2022: 40.000 €)	40.000 €	40.000 €
4.	Aktualisierung und Fortschreibung des Umweltatlas einschließlich der raumbezogenen Daten des Informationssystems Stadt und Umwelt (ISU) (2022: 125.000 €)	175.000 €	175.000 €
5.	Digitaler Messbildflug (Frühjahrsbefliegung) zur Erfassung von 4-Kanal Luftbildern (RGBI) und der Ableitung von 4-Kanal True-Orthophotos für die Aktualisierung der Geobasisinformationen der Geotopographie (2022: 80.000 €)	80.000 €	80.000 €
6.	Vervollständigung von digitalen Gebrauchsarchiven im Rahmen der EGov-Strategie Berlins (Modernisierung bzw. Umstellung des Luftbildarchivs für die Integration in das Geoportal Berlin, Dienstleistungen für die Vervollständigung des digitalen Gebrauchsarchives KUNO (Katasterunterlagen online) (2022 : 35.000 €)	90.000 €	90.000 €
7.	Vergabe von Planerstellungen und Grundstücksbewertungen für die Durchführung von Umlegungen nach BauGB (2022: 25.000 €).....	25.000 €	25.000 €
8.	Beschaffung der attributierten Adressdaten als offener, einheitlicher und zentral bereitgestellter Datenbestand (2022: 0 €).....	335.000 €	335.000 €
9.	Durchführung – Dozent und Organisation - der Schulung „Geodateninfrastruktur“ an der VAk Berlin	6.000 €	6.000 €
		891.000 €	891.000 €

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere für jahresübergreifende Maßnahmen des Amts für Statistik vorgesehen.

54053	**421**	**Veranstaltungen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Ausrichtung und Betreuung von Veranstaltungen (Kongresse und Workshops) im Rahmen des Geoinformations- und Vermessungswesens

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54077	**421**	**Steuern, Abgaben**	**7.500**	**7.500**	**1.000**	**7.408,48**

Abführung von Umsatzsteuer durch die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Berlin im Rahmen der Tätigkeit als Betrieb gewerblicher Art

54079	**421**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**—**

Insbesondere für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten von Auswahlverfahren und amtlichen Bekanntmachungen

63101	**421**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an den Bund**	**95.300**	**97.700**	**92.000**	**90.634,41**

Bund und Länder finanzieren gemeinsam auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung den Aufbau und Betrieb der Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) sowie die Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (Richtlinie 2007/2/EG INSPIRE). Die Ausgaben werden von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen, wobei der Anteil der Länder nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt wird. Die veranschlagten Ausgaben beziehen sich auf den danach an das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie zu leistenden Anteil Berlins.

63207	**421**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**276.000**	**297.000**	**160.000**	**211.494,09**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Anteil Berlins „Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV)“ (2023: 21.000 €)	27.000 €	27.000 €
2.	LA Geobasis (2023 100.000 €)	230.000 €	250.000 €
3.	Ländervereinbarung Immobilienmarktbericht Deutschland, vBoris Deutschland (2023: 11.000 €)	13.000 €	13.000 €
4.	Beteiligung der Implementierungspartnerschaft „Masterportal“ zur gemeinsamen Entwicklung einschließlich fachlichem Austausch über die Open-Source Software-Lösung als technische Komponente in der Geodateninfrastruktur Berlin (2023: 5.000 €)	6.000 €	7.000 €
		276.000 €	297.000 €

81215	**421**	**Beschaffungen für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Referenzsystems SAPOS (Satellitenpositionierungs- dienst der deutschen Landesvermessung)**	**145.000**	**145.000**	**145.000**	**140.956,27**

Für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Referenzstationssystems des Satellitenpositionierungsdienstes der deutschen Landvermessung (SAPOS) sind Ersatzbeschaffungen und Anpassungen an den Stand der Technik notwendig.

81279	**421**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**14.345,10**

Ersatzbeschaffungen, Updates und Nachrüstungen von Vermessungsgeräten für die Qualitätssicherung im Geoinformations- und Vermessungswesen

Die Ausgaben sollen wie folgt verwendet werden:

	2024	2025
1.Ersatzbeschaffung eines Tachymeters.....	35.000 €	0 €
2. Ersatzbeschaffung eines GNSS-Roversystems	0 €	35.000 €
3. Geräte-Updates und Nachrüstungen von Vermessungsgeräten	15.000 €	15.000 €
	50.000 €	50.000 €

Gesamtausgaben	**10.869.500**	**11.249.900**	**13.122.600**	**9.861.376,77**
Prozentuale Veränderung	**-17,2 %**	**3,5 %**		

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1230				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	216.000	216.000	256.000	271.862,12
		Gesamteinnahmen	216.000	216.000	256.000	271.862,12
411-462		Personalausgaben	9.243.000	9.600.000	8.933.900	8.695.491,45
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.060.200	1.060.200	3.741.700	708.455,45
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	371.300	394.700	252.000	302.128,50
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	195.000	195.000	195.000	155.301,37
		Gesamtausgaben	10.869.500	11.249.900	13.122.600	9.861.376,77
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-10.653.500	-11.033.900	-12.866.600	-9.589.514,65

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001070 Gewährleistung eines effizienten amtlichen Geoinformationswesens

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	6	Personalkosten	7.752.915	7.581.441	+2,26
Kostenträger	6	Sachkosten	3.146.287	2.969.966	+5,94
davon		Transferkosten	281.501	87.531	+221,60
Produkte	0	Verrechnungskosten	3.418.133	3.694.541	-7,48
MGF	6	kalkulatorische Kosten	898.166	901.931	-0,42
Projekte	0	Gemeinkosten	5.689.350	6.088.277	-6,55
		Summe Verwaltungskosten	21.186.353	21.323.687	-0,64
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	21.186.353	21.323.687	-0,64

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005023	2022	3.722.429	0	3.722.429
LuV III - Landesvermessung	2021	3.707.821	0	3.707.821

Die Landesvermessung stellt die amtlichen geodätischen Referenzsysteme für Lage, Höhe, Schwere und 3-DRaumbezug bereit, bietet den amtlichen "Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung (SAPOS)" an und hält die Festpunktinformationen im bundeseinheitlichen Amtlichen Festpunktinformationssystem AFIS® vor. Ferner wird mit dem "Amtlichen Topographisch-Kartographischen-Informationssystem (ATKIS)" die Topographie des Landes in "Digitalen Landschaftsmodellen (DLM)", "Digitalen Geländemodellen (DGM)" und "Digitalen Orthophotos (DOP)" erfasst, bereitgestellt und in "Digitalen Topographischen Karten (DTK)" präsentiert und bereitgestellt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005024	2022	5.405.204	0	5.405.204
LuV III - Liegenschaftskataster	2021	5.497.618	0	5.497.618

Das Liegenschaftskataster umfasst die landesweite Erfassung, Fortführung und Bereitstellung der Grenzen von Flurstücken und, des Gebäudebestandes, die ergänzende Topographie sowie andere Rechte an Grund und Boden und dessen Nutzung. Das Liegenschaftskataster ist "amtliches Verzeichnis der Grundstücke" im Sinne der Grundbuchordnung und damit wesentlicher Bestandteil des Eigentumsnachweises und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung des Eigentums an Grund und Boden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Zum Liegenschaftskataster gehört insbesondere die Wahrnehmung der Verfahrensverantwortung und -betreuung für die IT-Verfahren „Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS®)“ zur Führung des Liegenschaftskatasters, Katasterunterlagen online (Kuno) als digitales Gebrauchsarchiv für die Vermessungsunterlagen sowie „Geobasisdaten online“ für die landesweite Bereitstellung, Auskunftserteilung, Abruf und Abgabe der Daten des Liegenschaftskatasters und des geodätischen Raumbezuges.
Das MGF Liegenschaftskataster umfasst insgesamt Entwicklung und Pflege der landesweiten AAA-IT-Verfahren. AAA steht für Amtliches Festpunkt-Informationssystem (AFIS®), Amtliches Liegenschaftskataster Informationssystem (ALKIS®) und Amtliche Topographisch Kartographische Informationssystem (ATKIS®).
Zum Liegenschaftskataster gehört auch die Wahrnehmung der Verfahrensverantwortung und -betreuung sowie Entwicklung und Pflege des bundesweit einheitlichen 3D-Gebäudemodells.
Ferner gehört dazu auch die Wahrnehmung der Verfahrensverantwortung und -betreuung sowie die Entwicklung und Pflege eines Automatisierten Geschäftsbuches.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005025	2022	851.137	0	851.137
LuV III - Raumplanerische und städtebauliche Aufgaben	2021	842.282	0	842.282

Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten für öffentliche Bauvorhaben: Die ingenieurgeodätischen Daten werden für den Nutzer in analoger und digitaler Form erstellt und vorgehalten.
Bereitstellung von Daten zur Bauwerkserhaltung: Aus geodätischen und physikalischen Messungen werden Daten erhoben, aus denen Verschiebungen, Setzungen, Kippungen und sonstige Deformationen ermittelt werden, um so frühzeitig Schäden und Gefährdungen des Bauwerks ableiten zu können.
Bereitstellung von ingenieurgeodätischen Bestandsdaten nach Fertigstellung öffentlicher Verkehrswege- und Ingenieurbauten:
Es handelt sich dabei um maßstäbliche und nichtmaßstäbliche Abbildungen, Dateien und Verzeichnisse über bauwerkspezifische Beschreibungen.

Bereitstellung von Geobasisdaten für öffentliche Festsetzungen

Abwicklung und Schlussfeststellung von Verfahren nach dem Investitionsvorranggesetz

Verkehrswertermittlungen für städtebauliche oder fiskalische Aufgaben der Hauptverwaltung

Zentrale Stelle für Umlegungen nach §§ 45 BauGBff, zentraler Umlegungsausschuss

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005026	2022	4.532.491	0	4.532.491
LuV III - Gutachterausschuss für Grundstückswerte	2021	4.690.969	0	4.690.969

Einrichtung und Aufgaben des Gutachterausschusses für Grundstückswerte beruhen auf bundesgesetzlichen Grundlagen (Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. der Verordnung zur Durchführung des BauGB). Seine Aufgaben umfassen die Führung der Automatisierten Kaufpreissammlung, die Ermittlung und Veröffentlichung von Bodenrichtwerten sowie weiterer notwendiger Daten zur Verkehrswertermittlung nach BauGB, die Erstellung und Veröffentlichung von Grundstücksmarktberichten und die einzelfallbezogene Erstellung von Verkehrswertgutachten zum Vollzug des BauGB.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005027	2022	3.204.568	0	3.204.568
LuV III - Ministerielle, übergeordnete und Service-aufgaben	2021	3.407.211	0	3.407.211

Diese Aufgaben beinhalten die grundsätzlichen Angelegenheiten der Abteilung und die Ausbildung von Vermessungstechnikern, Geomatikern und Vermessungsreferendaren.
Die Geschäftsprozesse und Verfahrensabläufe sind eindeutig und klar festzulegen, damit Qualitätsmerkmale, wie Aktualität, Vollständigkeit, Zuverlässigkeit, Homogenität und Redundanzfreiheit gewährleistet sind. Dazu ist die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Vorschriften und Gesetzen sowie die Koordinierung von Grundsatzangelegenheiten des Geoinformations- und Vermessungswesens erforderlich.
Die Mitarbeit in Gremien des Bundes, der Länder und der Städte/Gemeinden (z.B. Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland, Lenkungsgremium der Geodateninfrastruktur Deutschland, Arbeitskreis Wertermittlung im Deutschen Städtetag, Arbeitskreis Vermessung im Arbeitsausschuss Verdingungswesen im Straßen- und Brückenbau) dient einerseits dazu, die Interessen des Landes Berlin aktiv einzubringen und zu vertreten, andererseits bei Regelungen in Landeskompetenz eine weitest gehende Einheitlichkeit zu erreichen und gleichzeitig die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse anderer Bundesländer zu nutzen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005498	2022	3.470.524	0	3.470.524
LuV III - Geodateninfrastruktur	2021	3.177.785	0	3.177.785

Bei der Geodateninfrastruktur handelt es sich um die Entwicklung und den Betrieb verschiedener Instrumente für die Recherche, Präsentation und das Management von Daten (insbesondere Geodaten) der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und weiterer Landesverwaltungen. Sie sind fachübergreifend angelegt, wichtiger Bestandteil des E-Governments und der Umsetzung des OZG und werden sowohl im Intranet als auch im Internet angeboten.
Dazu gehören vor allem das Geoportal Berlin mit dem FIS-Broker und dem Geoportal light für einen einheitlichen Zugang zu Karten und anderen raumbezogenen Daten, Diensten und Anwendungen im Land, dem Umweltatlas als Mittel der Umweltberichterstattung und als Planungsgrundlage sowie der Geodatensuche für die Recherche nach Metadaten.
Mit dem Geoportal Berlin können dezentral vorliegende, heterogene Geodatenbestände aus Geoinformationssystemen oder Fachdatenbanken der Berliner Verwaltung über eine einheitliche Oberfläche gefunden, präsentiert, erläutert, miteinander in Beziehung gesetzt und über Dienste auch abgegeben werden. Kern ist ein Metainformationssystem mit den inhaltlichen und den für den Zugriff notwendigen technischen Beschreibungen. Es bietet den Geodatenanbietern der Berliner Verwaltung die Möglichkeit, ihre Daten und Dienste bereitzustellen und damit einheitlich im Internet und im Intranet zugänglich zu machen.
Die Geodateninfrastruktur Berlin ist mit dem Geodatenzugangsgesetz vom 13.12.2009 in das Vorhaben „Geodateninfrastruktur Deutschland“ von Bund, Ländern und Kommunen eingebunden und Teil der europäischen Geodateninfrastruktur, die als Umsetzung der INSPIRE – Richtlinie der EU (VO 2007/2/EC vom 14. März 2007) aufgebaut und dauerhaft betrieben wird.

Fachspezifische Informationen
Die höheren Verwaltungskosten im Jahr 2022 sind u.a. darauf zurückzuführen, dass die zentrale Bereitstellung von landesweit, offenen, einheitlichen und sehr aktuellen Adressdaten des Landes Berlin mit dem Amt für Statistik vertraglich vereinbart wurde.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1240 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung IV – Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung – und die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Abteilung VII - Quartiersentwicklung (ehemals Abteilung MQ – Mieterschutz und Quartiersmanagement). Die Abteilungen erfüllen ministerielle und gesamtstädtische Aufgaben der Mieten- und Wohnungspolitik, des Quartiersmanagements (QM) in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, der Stadterneuerung einschließlich des Stadtumbaus, des Städtebaulichen Denkmalschutzes und der Förderung Aktiver Zentren, der Förderung von Standorten „BENN - Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften“, Maßnahmen der „Sozialen Integration im Quartier“ sowie der neuen Programme des sozialen Zusammenhalts, der Nachhaltigen Erneuerung, der lebendigen Zentren und Quartiere und des Investitionspaktes zur Förderung von Sportstätten.

Bund und Länder messen der Städtebauförderung große wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung bei. Sie sehen in ihr eine wichtige Aufgabe im Sinne eines Leitprogramms und ein zentrales Instrument der Stadtentwicklungspolitik.
Es geht um attraktive Standortbedingungen und um Wohn- und Lebensqualität in den Berliner Bezirken.

Berlin beteiligt sich daher an allen Bund-Länderprogrammen der Städtebauförderung

- zur Stärkung von Innenstädten und Ortsteilzentren in ihrer städtebaulichen Funktion (städtebauliche Sanierungsmaßnahmen),
- des städtebaulichen Denkmalschutzes,
- an Maßnahmen der Sozialen Stadt,
- des Stadtumbaus Ost und West,
- des Programms Aktive Stadtzentren
- der Programme Zukunft Stadtgrün und Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“

Diese Programme werden im Kapitel 1240 ausfinanziert.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Städtebauförderung hat der Bund die bisherige Programmstruktur vereinfacht und die Aufgaben ab 2020 in folgenden drei neuen Programmen gebündelt:

- Lebendige Zentren und Quartiere
- Sozialer Zusammenhalt
- Wachstum und nachhaltige Erneuerung

Diese Programme werden ab 2022 in neuer Struktur und über neue Titel finanziert.

Eine hohe Fördereffizienz kann für die aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierten Maßnahmen in den Fördergebieten sichergestellt werden. Auch hier erfolgt die Finanzierung ab 2022 über eine neue Struktur und einen neuen Titel, bei dem alle EFRE-geförderten Maßnahmen gebündelt sind. Das Einbeziehen der Bundesmittel in die nationale Kofinanzierung der EFRE-Mittel reduziert den Landesanteil Berlins bei öffentlichen Infrastrukturvorhaben.

Die zweckgebundenen Einnahmen und Rückflüsse der Städtebauförderung tragen zusätzlich zur Förderung der Erneuerung und Qualifizierung von Vorhaben der öffentlichen Infrastruktur in den Sanierungsgebieten bei.

Die Ausgaben für die Steuerung des Wohnungsneubaus durch die Wohnungsbauleitstelle (WBL) werden ab 2024 im Kapitel 1240 und 2712 veranschlagt.

Die Einnahmen und Ausgaben für die Abwicklung und Ausfinanzierung der Infrastrukturmaßnahmen in den ehemaligen Entwicklungsbereichen Wasserstadt Berlin-Oberhavel, Rummelsburger Bucht, Eldenaer Straße/ Alter Schlachthof und Johannisthal/ Adlershof werden ab 2024 im Kapitel 1220 nachgewiesen.

Die Maßnahmen der Förderung des Wohnungsbaus (Abwicklung von Altprogrammen, Förderung von Wohnungsneubau mit zinslosen Baudarlehen, Ankauf von Belegungsrechten, Unterstützung von Genossenschaftsgründungen, Modellprojekt zur Schaffung langfristiger Bindungen von Sozialmietwohnungen, Modernisierungsprogramm zum klimagerechten Bauen und Eigenkapitalersatzdarlehen für Mieterhaushalte) sind im Kapitel 1295 sowie im Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) enthalten.

Den veranschlagten Zuschüssen (Kassenmittel) für die Stadterneuerungsprogramme liegen überwiegend Altverpflichtungen zugrunde, die auch über die jeweiligen Titel ausfinanziert werden.

Im Rahmen von Neubewilligungen sollen folgende Programme (neue Programmstruktur) mit Programmvolumen 2024 und 2025 finanziert werden, an denen sich der Bund und die EU zwischen 33 und 75 v.H. beteiligen

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

	2024	2025
Sozialer Zusammenhalt	28,0 Mio. €	28,0 Mio. €
Nachhaltige Erneuerung	45,0 Mio. €	45,0 Mio. €
Lebendige Zentren und Quartiere	45,0 Mio. €	45,0 Mio. €
Sanierung	10,0 Mio. €	10,0 Mio. €
Europa im Quartier (mit EFRE-Anteil Förderperiode 2021 – 2027)	35,44 Mio. €	33,75 Mio. €

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 54010; 54021, 89361, 89362, 89363, 89367, 89368, 89369, 89371, 89372, 89373, 89374, 89375, 89379, 89380, 89381 und 89383 sind gegenseitig deckungsfähig. Zudem sind sie mit den Ausgaben des Kapitels 1295 gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

Die Verpflichtungsermächtigungen der vorgenannten Titel der Städtebauförderung sind untereinander deckungsfähig.

B. Gender Budgeting

Gender Budget in der Städtebauförderung:

Übergeordnetes Ziel der Städtebauförderung ist die Teilhabe und den Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Die Umsetzung der Städtebauförderung soll durch die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger, auch von Kindern und Jugendlichen und schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen erfolgen. Es ist ein unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept zu erstellen, in dem Ziele und Maßnahmen für das Fördergebiet dargestellt sind. Durch die Umsetzung der Städtebauförderung in einem festgelegten Fördergebiet kommen die Haushaltsmittel der gesamten Quartiersbevölkerung zugute.

Geförderte Einrichtungen (z. B. Schulen, Bibliotheken, Stadtteilzentren) bzw. öffentliche Räume (Parks, Spielplätze, Sportanlagen) können in der Regel von allen Menschen unabhängig ihres Geschlechtes genutzt werden.

In Berlin gibt es aktuell rund 70 Fördergebiete, in denen eine Vielzahl von einzelnen Maßnahmen umgesetzt wurden und werden. Die Anzahl der einzelnen Maßnahmen kann je nach Umsetzungsdauer bis im dreistelligen Bereich liegen.
Eine Datenerhebung auf Gebietsebene schließt sich aus, da die gesamte Quartiersbevölkerung mit der Städtebauförderung angesprochen wird. Eine maßnahmen- bzw. projektscharfe Datenerhebung ist nicht möglich, da keine (systematische) Erhebung von Nutzer*innen- und Teilnehmer*innenzahlen durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen erfolgt.

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Kapitel 1240 Beamte und Tarif	2020**		2021**		2022**	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte**	**216**		**188**		**129**	
absolut	**137**	**79**	**123**	**65**	**88**	**41**
Relativ %	63,4%	36,6%	65,4%	34,6%	68,2%	31,8%
davon Mitarbeitende	**194**		**164**		**111**	
Absolut	125	69	110	54	78	33
Relativ %	64,4%	35,6%	67,1%	32,9%	70,3%	29,7%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	74.727 €	75.469 €	76.380 €	77.713 €	79.246 €	79.359 €
davon Führungskräfte	**22**		**24**		**18**	
Absolut	12	10	13	11	10	8
Relativ %	54,5%	45,5%	54,2%	45,8%	55,6%	44,4%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	94.819 €	95.671 €	97.419 €	97.920 €	96.147 €	96.697 €

* Stichtag 30.06. des entsprechenden Jahres
** Planmäßige Beschäftigte

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Die Ende 2021 in Kraft gesetzte Organisationsveränderung und der damit veränderte Zuschnitt dieser Abteilung findet bei den Gender-Budget-Berechnungen für das Jahr 2021 und den darauffolgenden Jahren Berücksichtigung.

Das durchschnittliche Jahresgehalt wurde zugrunde gelegt. Die Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende (in zwei Summenbeträgen) wurde vorgenommen.

Das für das durchschnittliche Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt 2022 je Vollzeitäquivalent ermittelte geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen beträgt für die planmäßigen Beschäftigten (ohne Auszubildende):

Weibliche Mitarbeitende	Männliche Mitarbeitende
6.603,83 €	6.613,25 €

Weibliche Führungskraft	Männliche Führungskraft
8.012,25 €	8.058,08 €

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen. Diese Unterschiede treten zumeist zu Gunsten von Männern auf.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**411**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**—**	**—**	**—**	**585,33**
11934	**423**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**500.000**	**500.000**	**250.000**	**1.134.562,28**

Rückzahlungen nicht verbrauchter Mittel der Fonds in QM- und BENN-Gebieten bzw. nach Schlussrechnungen aus in Vorjahren geförderten Projekten der Programme der Städtebauförderung, der Freiwilligenarbeit, der Programme Nationale Projekte, zivilgesellschaftliches Engagement in Großsiedlungen und Investitionspakt.

11979	**423**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**276,80**

Kostenersatz und verschiedene Einnahmen

16210	**411**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**423.980,47**

Zinsen aus gewährten Zuwendungen, für die der Verwendungsnachweis vom Zuwendungsempfänger nicht rechtzeitig erbracht wurde

18203	**411**	**Rückflüsse von Darlehen**	**—**	**—**	**—**	**1.040.699,70**
18241	**411**	**Rückflüsse von Darlehen an private Unternehmen der Wohnungswirtschaft**	**10.000**	**—**	**10.000**	**22.274,86**

Schuldendienstleistungen aus Darlehen an private Unternehmen der Wohnungswirtschaft (soweit nicht zins- und tilgungsfrei):

Mit dem Jahr 2023 werden die letzten planmäßigen Tilgungsraten der Eigenkapitalersatzdarlehen (EKD) im Zusammenhang mit Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes in den östlichen Bezirken gezahlt. In 2024 könnten Zahlungen nach Abschluss anhängiger Gerichtsverfahren erfolgen.

Eigenkapitalersatzdarlehen im Zusammenhang mit Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes in den östlichen Bezirken		2024	2025
Höhe der Forderung			
a) ursprünglich	8.207.030 €		
b) am 1.1.2024	10.000 €	10.000 €	
c) am 1.1.2025	0 €		0 €

18291	**423**	**Rückflüsse von Baudarlehen des städtebaulichen Denkmalschutzes**	**724.000**	**736.000**	**1.460.000**	**858.826,52**

Tilgungsleistungen von Bauförderdarlehen im Zusammenhang mit Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes. Die Einnahmen sind im Einvernehmen mit dem Bund revolvierend zur Finanzierung von Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes (vgl. Erläuterung zu Titel 89380).

23130	**233**	**Anteil des Bundes an den Miet- und Lastenzuschüssen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**-105,85**

Im Rahmen der Durchführung des Wohngeldgesetzes erstattet der Bund 50 v. H. der Wohngeldaufwendungen der Länder. Mit der Umsetzung sind die Bezirke beauftragt und erhalten die 50 v. H. Erstattung des Bundes entsprechend ihrem Aufkommen an Wohngeldleistungen.

Die Zuweisungen des Bundes zum Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger im Rahmen des Bundes-Entlastungspakets werden berücksichtigt. Mit der Umsetzung sind die Bezirke beauftragt und erhalten die 100 v. H. Erstattung des Bundes entsprechend ihrem Aufkommen an Heizkostenzuschüssen. Die Erstattungsbeträge werden zunächst in diesem Titel vereinnahmt und zum Ende des Haushaltsjahres an die Wohngeldämter der Bezirke ausgezahlt.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27201	**423**	**Zuschüsse der EU für konsumtive Zwecke**			**52.000**	**94.623,50**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Berlin hat sich im Rahmen des EU-Förderprogramms „Horizon 2020“ an dem Forschungsprojekt Edible-Cities-Network (Edi-CitNet) zum Thema essbare Stadtlandschaften beteiligt. Die Teilnahme Berlins endete im Jahr 2023.

Die Ausgaben waren bis Ende 2023 bei Kapitel 1240, Titel 54610 veranschlagt.

27296	**423**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**	**—**	**—**	**88.000**	**1.956.766,28**

Berlin erhielt im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) Mittel der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 für Dienstleistungen, sonstige sächliche Verwaltungsaufgaben und Personalaufwendungen für Projekte und die Programmsteuerung im Zusammenhang mit der Zukunftsinitiative Stadtteil II.

Das Programm endet im Jahr 2020, letzte Auszahlungen zur Förderperiode erfolgten bis Ende 2023.

33102	**423**	**Zuweisungen des Bundes für Investitionen**	**6.530.000**	**2.185.000**	**4.000.000**	**3.741.207,50**

Im Rahmen des Bundesprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus“ werden seit 2014 investive sowie konzeptionelle Projekte mit besonderer nationaler Wahrnehmbarkeit und Qualität, mit überdurchschnittlichem Investitionsvolumen und hohem Innovationspotential, gefördert.

Da der Bund in 2023 keinen neuen Projektaufruf mehr geplant hat, werden nur noch bis Ende 2025 Einnahmen (Ausfinanzierung der laufenden Maßnahmen) aus Bundesmitteln erwartet.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wird im Programmjahr 2018 ein Projekt gefördert, das mit Bundesmitteln bis zum Jahr 2024 und 2025 veranschlagt ist.

Die Einnahmen sind für die anteilige Finanzierung der Ausgaben bei dem Titel 89361 bestimmt.

33130	**423**	**Zuweisungen des Bundes für den Investitionspakt**	**7.256.000**	**4.974.000**	**10.118.000**	**3.300.000,00**

Der Bund gewährte den Ländern 2017-2020 auf der Grundlage der jährlich geschlossenen Verwaltungsvereinbarungen „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ Finanzhilfen zur Förderung integrationsdienlicher Investitionen sowie investitionsvorbereitender bzw. -begleitender Maßnahmen.

In Ergänzung zur Städtebauförderung gewährt der Bund den Ländern 2020-2022 auf der Grundlage der jährlich zu schließenden Verwaltungsvereinbarungen „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ Finanzhilfen für die bauliche Sanierung und den Ausbau von Sportstätten sowie deren typische bauliche Bestandteile und zweckdienliche Folgeeinrichtungen.

Die Einnahmen sind für die anteilige Finanzierung der Ausgaben bei dem Titel 89383 bestimmt.

Weniger, weil die Programme vom Bund nicht fortgeführt werden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
33131	**423**	**Zuweisungen des Bundes für städtebauliche Gesamtmaßnahmen**	**41.491.000**	**41.336.000**	**41.039.000**	**45.432.951,28**

Der Bund gewährt den Ländern gemäß §§ 164a, b Baugesetzbuch auf der Grundlage der zu schließenden Verwaltungsvereinbarungen „Städtebauförderung“ Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen.

Bis 2019 wurden die Programme Städtebaulicher Denkmalschutz, Soziale Stadt, Stadtumbau, Aktive Zentren sowie Zukunft Stadtgrün gefördert. Die haushaltsmäßige Abwicklung dieser Programme erstreckt sich mit Kassenraten bis 2023.

Ab 2020 wurden die Bundesfinanzhilfen der Städtebauförderung in drei Programmen gebündelt: Sozialer Zusammenhalt, Nachhaltige Erneuerung sowie Lebendige Zentren. Diese Anpassung wird mit der Veranschlagung der Ausgaben ab dem Programmjahr 2022 in den Titeln 89367, 89373 und 89374 umgesetzt, so dass auch Kassenraten aus diesen Programmen hinzukommen.

Die Einnahmen sind für die anteilige Finanzierung der Ausgaben bei den Titeln 54010, 54021, 89362, 89363, 89367, 89368, 89371, 89372, 89373, 89374, 89380 und bei Kapitel 4200 (Bezirke), Titel 89331, sowie für bei anderen Titeln nachzuweisende sanierungsbedingte Ausgaben (insbesondere Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen) bestimmt. Da die Ausgabetitel für die drei neuen Programme der Städtebauförderung erst im Doppelhaushalt 2022/2023 eingerichtet wurden, werden die Ausgaben der Programmjahre 2020 und 2021 mit ihren fünf Haushaltsjahren noch in den Titeln der Altprogramme abgewickelt.

34192	**423**	**Zweckgebundene Rückführungen von Sanierungsfördermitteln sowie Abführungen von Finanzierungsbeiträgen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**507.986,30**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 88305.

Rückführung von als Vorauszahlung eingesetzten Sanierungsfördermitteln sowie Abführungen von Finanzierungsbeiträgen In den Rückflüssen ist ein Bundesanteil von einem Drittel enthalten.

Die Einnahmen sind im Einvernehmen mit dem Bund revolvierend zur Finanzierung von Stadterneuerungsmaßnahmen einzusetzen (vgl. Erläuterung zu Titel 88305).

Die Einnahmen sind geschätzt.

34696	**423**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen (Förderperiode 2014-2020)**	**—**	**—**	**—**	**15.882.144,45**

Die Förderperiode 2014 bis 2020 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) endet mit letzten Einnahmen voraussichtlich in 2023.

34697	**423**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für Investitionen (Förderperiode 2021-2027)**	**4.725.000**	**8.775.000**	**4.725.000**	**—**

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) erhält Berlin 2024 und 2025 Mittel für die Förderperiode 2021 bis 2027 für Europa im Quartier (vgl. Erläuterung Titel 89375).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
38103	890	Verrechnungen von kommunalen Anteilen an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung	1.000	1.000	1.000	—

Eigenanteile (nationale Kofinanzierung) der Bezirke und anderer Senatsverwaltungen für Maßnahmen im Rahmen des Programms „Europa im Quartier“ (vgl. Erläuterung zu Titel 89375)

Da die Bezirke bzw. andere Senatsverwaltungen kurzfristig ausgewählt werden, können die jeweiligen Dienststellen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans noch keine Ansätze für ihre kommunalen Eigenanteile bilden. Deshalb wird für eine ausgeglichene Veranschlagung der internen Verrechnungen in Höhe der erwarteten Eigenanteile im Kapitel 2729 ein zentraler Ansatz bei Titel 98103 gebildet. Unabhängig davon sind die Eigenanteile nach erfolgter Auswahl der Maßnahmen im Rahmen der Ausführung des Haushaltsplans bei den jeweiligen Dienststellen gegen Ausgleich innerhalb des Bezirksplans bei Titel 98103 auszuweisen.

Aufgrund der kurzfristigen Auswahl der Bezirke, wird mit der neuen EFRE-Förderperiode 2021 bis 2027 ab dem Haushaltsjahr 2022 nur noch ein Merkansatz veranschlagt.

		Gesamteinnahmen	**61.340.000**	**58.610.000**	**61.846.000**	**74.396.779,42**
		Prozentuale Veränderung	**-0,8 %**	**-4,5 %**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.752.000**	**2.017.000**	**888.000**	**1.390.929,05**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**8.727.000**	**9.192.000**	**9.166.000**	**8.158.638,88**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.410.000**	**309.000**	**25.700**	**1.395.361,84**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**52.800**	**54.300**	**71.200**	**49.724,24**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**18.000**	**18.000**	**18.000**	**6.385,00**

Allgemeiner Bürobedarf, Dienstblätter, Loseblattsammlungen und für Druckaufträge

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**6.000**	**6.000**	**40.000**	**926,45**

Ausstattung der Büroräume mit Büromöbeln und -maschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Unterhaltung, Beschaffung und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten und Ersatzteilen, Ausrüstungsgegenstände im Rahmen des Arbeitsschutzes

Weniger, weil die bisherige dezentrale Büromöbelbeschaffung ab dem Haushaltsjahr 2024 zentral im Kapitel 1200 veranschlagt ist.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**13.000**	**13.000**	**13.000**	**720,00**

Teilnahme von Dienstkräften an Fachseminaren, fachlichen Veranstaltungen für Fortbildungszwecke und Qualifizierungen

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52609	**419**	**Thematische Untersuchungen**	**930.000**	**930.000**	**930.000**	**1.761,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**300.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	200.000	350.000	200.000
VE Plan 2023*	400.000	600.000	0

*Die VE Plan 2023 wird nicht in Anspruch genommen.

1. Qualifizierte Mietspiegel 2024 und 2026:

Die nächsten beiden qualifizierten Mietspiegel wurden zusammen ausgeschrieben und vergeben. Aufgrund des Nachprüfungsverfahrens zur Ausschreibung verzögert sich die Erstellung der beiden Mietspiegel jeweils um ca. 1 Jahr. Der nächste qualifizierte Mietspiegel 2024 wird 2023 begonnen und soll 2024 veröffentlicht werden; der qualifizierte Mietspiegel 2026 dann analog 2025 und 2026. Die Mietspiegel beinhalten jeweils die Erstellung und Veröffentlichung der Mietspiegel, einschließlich Aktualisierung der Wohnlageneinstufung sowie Datenerhebung/ -auswertung für den Mietspiegel und die Betriebskostenübersicht.

Für die qualifizierten Mietspiegel 2024 und 2026 sind die nachfolgenden Ausgaben vorgesehen. Dabei beziehen sich die Ausgaben in 2024 auf das 2. Jahr des Mietspiegels 2024, die Ausgaben in 2025 beziehen sich auf das erste Jahr des Mietspiegels 2026. Im ersten Jahr eines Mietspiegels fallen anteilig höhere Kosten an als im 2. Jahr:

	2024	2025
Erhebung, Auswertung und Präsentation der Mietspiegeldaten, einschl. Betriebskostenübersicht, Beschaffenheit und Zusatzerhebungen	100.000 €	300.000 €
Aktualisierung der Wohnlageneinstufung	30.000 €	50.000 €
Veröffentlichung	70.000 €	0 €
	200.000 €	350.000 €

2. Wohnraumbedarfsbericht:

Der Wohnraumbedarfsbericht soll den voraussichtlichen Bedarf an Wohnraumversorgung ermitteln und dabei insbesondere die Kriterien Leistbarkeit, Angemessenheit, Haushaltsgrößen, Wohnflächenbedarf und Barrierefreiheit berücksichtigen. Darüber hinaus soll der Wohnraumbedarfsbericht als Grundlage für alle Planungen und Maßnahmen zur sozialen Wohnraumversorgung dienen, einschl. Wohnungslosen- und Räumungsstatistik. Der letzte Wohnraumbedarfsbericht wurde 2019 veröffentlicht. Die Fortschreibung des Wohnraumbedarfsbericht 2019 erfolgt im Frühjahr 2023 als verkürzte Version mit einem Fokus auf die Personen mit spezifischen Wohnbedarf (z.B. Menschen mit Behinderung, Studierende, Wohnungslose etc.). Da im Frühjahr 2023 noch keine Ergebnisse des Zensus 2022 sowie der Zusatzerhebung Wohnen 2022 vorliegen und die Erhebung des Mietspiegel 2023 ebenfalls erst 2024 vorliegen, soll ein umfangreicher Wohnraumbedarfsbericht 2024 bzw. 2025 vorgelegt werden. Die 2024 vorliegenden Daten werden für den Hauptteil zur Sozialen Wohnraumversorgung benötigt. Für 2025 werden zusätzliche Haushaltsmittel für das Layout und eine kleine Druckcharge benötigt.

	2024	2025
Aktualisierung Wohnraumbedarfsbericht	50.000 €	50.000 €
Umsetzung Layout Grafikagentur und Druck	0 €	10.000 €
	50.000 €	60.000 €

3. Wohnkataster:

Für den Aufbau eines Wohnungs- und Mietenkatasters, wird ein voraussichtlicher Kostenansatz berücksichtigt. Der Meinungsbildungsprozess zur genauen Ausgestaltung ist Ende 2022 nicht abgeschlossen. Der Bund arbeitet parallel an einem bundesweiten Register und die Ergebnisse sollten zur Vermeidung von Doppelarbeit abgewartet werden.
Es werden bei Bedarf weitere externe Studien bzw. rechtliche Gutachten beauftragt.

	2024	2025
Aufbau Wohnungs- und Mietkataster	680.000 €	520.000 €

In den Ausgaben zu den Nrn. 1, 2 und 3 sind die Altverpflichtungen enthalten.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**011**	**Dienstreisen**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**10.322,77**

Für Dienstreisen sowie für Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts und Vorstellungsreisen

53108	**011**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**251,29**

Besucher/innen-Betreuung aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen

53111	**423**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**—**

Für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten von strukturierten Auswahlverfahren und amtliche Bekanntmachungen

Angaben zum Gender Budget:

Zielgruppe sind potentielle Bewerbende, die das Anforderungsprofil einer Stellenausschreibung erfüllen. Die Zielsetzung ist, eine gleiche Verteilung von Frauen und Männern in allen Besoldungs- und Entgeltgruppen. Im Hinblick auf mögliche Steuerungsmaßnahmen sei grundsätzlich auf Art. 33 GG (Bestenauslese) hingewiesen.

In den Stellenausschreibungen werden um die vorgenannte Zielsetzung zu erreichen, in den Besoldungs- und Entgeltgruppen, in denen eine Unterrepräsentanz von Frauen besteht, insbes. in den höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen, Frauen direkt angesprochen, sich zu bewerben.

In Besoldungs- und Entgeltgruppen, in den eine Unterrepräsentanz von Frauen herrscht, werden diese somit besonders angesprochen und erhalten bei gleicher Eignung den Vorzug.

(Bewerbungen dürfen nur ein Jahr aufgehoben werden. Es wurden bislang keine Statistiken darüber geführt, wieviel Frauen und Männer sich auf Stellenausschreibungen beworben haben).

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54005	**411**	**Vorbereitung, Steuerung und Kontrolle von Wohnungsbauprojekten**	**1.460.000**	**1.460.000**	**1.560.000**	**616.113,97**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Wurde bislang bei 1210/54005 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**800.000**	**800.000**		
		Davon fällig 2025	**800.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**800.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	400.000	400.000	0

Der Wohnungsneubau bleibt aufgrund des Bevölkerungswachstums in Verbindung mit einem stark angespannten Wohnungsmarkt, insbesondere für bezahlbaren Wohnraum, Schwerpunktthema der nächsten Jahre. Darüber hinaus fördert die Gewährleistung einer sozialen Wohnraumversorgung entscheidend den sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung.

1. Die Wohnungsbauleitstelle (WBL) steuert die ganzheitliche Strategie „Wohnungsneubau“, insbesondere die Aktivierung der Planungs- und Bauaktivitäten für den Wohnungsbau. Als Stabsstelle steht die WBL mit nahezu allen Akteuren des Wohnungsneubaus in Kontakt. Sie ist Anlaufstelle für Investoren, die 12 Bezirke und weitere Akteure des Wohnungsmarktes. Sie fördert Projektentwicklungen, beschleunigt Abstimmungen zwischen Behörden und hilft, Flächenpotenziale zu aktivieren. Darüber hinaus berät die WBL Akteure und moderiert Prozesse, die im Interesse des Gemeinwohls gesamtstädtische Ziele verfolgen.

   Als Clearingstelle des Berliner Senats vermittelt die WBL bei Konflikten und Hemmnissen ressortübergreifend zwischen Vorhabenträgern, Bezirken und Senatsverwaltungen.

   Die Wohnungsbauleitstelle ist Geschäftsstelle für die Senatskommission Wohnungsbau, die mit ihrem mehrstufigen Abstimmungs- und Entscheidungssystem zur Beschleunigung wichtiger Wohnungsbauvorhaben sowie zur Verbesserung grundlegender Rahmenbedingungen des Neubaus beiträgt.

   Zur Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung betreut die Wohnungsbauleitstelle die Fortschreibung des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung und begleitet seine Anwendung auf Bezirks- und Senatsebene.

   Um die komplexen, vielseitigen und gesamtstädtisch bedeutsamen Aufgaben der Wohnungsbauleitstelle weiterhin zügig bewältigen zu können, müssen Planungs- und Dienstleistungen, juristische Beratungen und Untersuchungen beauftragt werden.

   Für die Wohnungsbauleitstelle sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 400.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 250.000 € veranschlagt.

2. Um die transparente Vergabe landeseigener Grundstücke im Sinne einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung zu fördern, setzt das Land Berlin vermehrt auf Konzeptverfahren. Die Wohnungsbauleitstelle begleitet diese Vergaben im Steuerungsausschuss Konzeptverfahren und hat zudem mit einem externen Dienstleister die „Koordinierungsstelle Konzeptverfahren“ installiert. Diese soll als unabhängige Stelle alle Interessierten informieren und beraten sowie regelmäßige Evaluationen der Vergabeverfahren durchführen.

   2024 und 2025 sind jeweils Ausgaben von 100.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 100.000 € veranschlagt.

3. Zur Beschleunigung von Verfahren zur Vorbereitung von Wohnungsbauprojekten sind Sachmittel veranschlagt, die u. a. zur Finanzierung von Untersuchungen und Studien – im Zusammenhang mit der Wohnungsbau-Task-Force – den Bezirken zur Verfügung gestellt werden sollen.

   2024 und 2025 sind jeweils Ausgaben von 960.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 450.000 € veranschlagt.

In den Nr.1. bis 3.sind die Altverpflichtungen enthalten.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**423**	**Dienstleistungen**	**17.135.000**	**17.335.000**	**17.380.000**	**14.496.770,45**
		Verpflichtungsermächtigung	**16.710.000**	**17.640.000**		
		Davon fällig 2025	**16.710.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**17.225.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**415.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	15.625.000	460.000	200.000

1. Die in den Quartiersmanagement-Gebieten tätigen Beauftragten (sog. QM-Teams) erhalten eine Vergütung, die ihre Personal- und Sachkosten sowie den Fonds für Öffentlichkeitsmaßnahmen abdeckt. Ausgehend von den Verträgen werden 2024 hierfür Ausgaben von 8.450.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 8.550.000 € veranschlagt. 2025 sind Ausgaben von 8.550.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 8.650.000 € veranschlagt.

   An den Ausgaben beteiligt sich der Bund gemäß der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung mit bis zu einem Drittel (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

2. Die vom Dienstleister STATTBAU seit 2008 mit einem laufenden Vertrag bis Ende 2023 betriebene „Netzwerkagentur Generationen Wohnen“ bietet Einzelinteressenten, Wohngruppen, Baugemeinschaften, Vermietern und Investoren eine kostenlose Erstberatung in rechtlichen, technischen, finanziellen, räumlichen und organisatorischen Angelegenheiten des generationsübergreifenden Wohnens zur Miete und im Eigentum. Auf der Grundlage einer erneuten turnusgemäßen Ausschreibung soll das Beratungsangebot in den Jahren 2024 bis 2025 fortgeführt werden. Hierfür sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 285.000 € und 2025 Verpflichtungsermächtigungen von 630.000 € veranschlagt.

3. Die in „BENN - Berlin entwickelt neue Nachbarschaften“ Standorten tätigen Beauftragten (sog. BENN-Teams) erhalten eine Vergütung, die ihre Personal- und Sachkosten abdeckt. Für 23 Standorte werden 2024 Ausgaben von 6.500.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 6.600.000 € und 2025 Ausgaben von 6.600.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 6.700.000 € veranschlagt.

4. Für Dienstleistungen der Wohnraumförderung sind 2024 und 2025 Ausgaben von 120.000 € veranschlagt.

5. Für die Beauftragung bezirklicher Beratungen für Mietende sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 1.560.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 1.560.000 € veranschlagt.

6. Für Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Wohnungsbündnis sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 200.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 100.000 € in 2025 veranschlagt.

7. Für Dienstleistungen für ein wohnungswirtschaftliches Fachcontrolling und zur Steuerung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 20.000 € veranschlagt.

In den Ausgaben zu den Nrn. 1, 2, 3, 5 und 6 sind die Altverpflichtungen enthalten.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54021	**423**	**Dienstleistungen für die Förderprogramme der Städtebauförderung**	**3.500.000**	**3.500.000**	**2.711.000**	**2.662.498,87**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.397.000**	**4.439.000**		
		Davon fällig 2025	**3.147.000**			
		Davon fällig 2026	**250.000**	**2.589.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**450.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**700.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**700.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.146.757	677.729	329.111
VE Plan 2023	1.178.080	380.080	1.598.080

Für die Durchführung und Abwicklung von Förderprogrammen sind folgende begleitende Dienstleistungen erforderlich:

1. Für ergänzende Dienstleistungen zur Durchführung des Programms „Europa im Quartier (EQ)“ und die Öffentlichkeitsarbeit (insbesondere für fachbezogene Publikationen sowie Veranstaltungen, Schulungen und sonstige Materialien der Öffentlichkeitsarbeit) sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 1.150.000 € und Verpflichtungsermächtigung in 2024 von 758.000 € und in 2025 von 820.000 € veranschlagt.

2. Für ergänzende Dienstleistungen zur Durchführung des Programms „Nachhaltige Erneuerung“ und die Öffentlichkeitsarbeit (insbesondere für die Betreuung des Internet-Dachportals und fachbezogene Publikationen sowie Veranstaltungen) sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 130.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 410.000 € veranschlagt.

3. Für ergänzende Dienstleistungen zur Durchführung des Programms „Sozialer Zusammenhalt“ und die Öffentlichkeitsarbeit (insbesondere für die Betreuung des Internet-Dachportals und fachbezogene Publikationen sowie Veranstaltungen, Schulungen und sonstige Materialien der Öffentlichkeitsarbeit) sind 2024 Ausgaben von 1.125.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 1.420.000 € veranschlagt. 2025 sind Ausgaben von 1.270.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 1.100.000 € veranschlagt.

4. Für ergänzende Dienstleistungen zur Durchführung des Integrationsprogramms „BENN - Berlin entwickelt neue Nachbarschaften“ und die Öffentlichkeitsarbeit (insbesondere für fachbezogene Publikationen sowie Veranstaltungen, Schulungen und sonstige Materialien der Öffentlichkeitsarbeit) sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 100.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 50.000 € veranschlagt.

5. Für ergänzende Dienstleistungen zur Durchführung des Programms „Lebendige Zentren und Quartiere“ (vgl. Erläuterungen zu Titel 89374) sind 2024 Ausgaben von 495.000 € und in 2025 von 417.000 € veranschlagt. In 2024 sind Verpflichtungsermächtigungen von 550.000 € und in 2025 sind weitere Verpflichtungsermächtigungen von 1.250.000 € veranschlagt

6. Für ergänzende Dienstleistungen zur Durchführung des Förderprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus“ (vgl. Erläuterungen zu Titel 89361) sind 2024 Ausgaben von 121.700 € und 2025 Ausgaben in Höhe von 63.700 € veranschlagt.

7. Für ergänzende Dienstleistungen zur Durchführung der Förderprogramme „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ und Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten sind externe Dienstleister beauftragt. Dafür sind in 2024 Ausgaben von 169.300 € und in 2025 Ausgaben von 159.300 € veranschlagt.

8. Mit der Durchführung der programmübergreifenden Rahmenkommunikation Städtebauförderung entsprechend Art. 24 der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung, insbesondere dem Tag der Städtebauförderung, wird eine Agentur beauftragt. Dafür sind in 2024 Ausgaben von 200.000 € und eine Verpflichtungsermächtigung von 200.000 € veranschlagt. In 2025 sind Ausgaben von 200.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 800.000 € veranschlagt.

9. Die Bundesländer haben das Urban-Netzwerk als Plattform für die Begleitung der EU-Fördermaßnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung geschaffen. Für die Beteiligung Berlins sind 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 10.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 9.000 € veranschlagt.

Für die Dienstleistungen zur Umsetzung der Städtebauförderprogramme sowie ergänzender Förderprogramme wären eigentlich für das Programm 2024 Ausgaben von 4.661.000 € und 2025 von 4.743.000 € erforderlich. Tatsächlich sind aufgrund eines derzeit geringer eingeschätzten Mittelabflusses für die bis 2023 eingegangenen Verpflichtungen in 2024 sowie 2025 jeweils Ausgaben von 3.500.000 € veranschlagt.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Für die nicht mehr veranschlagten Ausgaben soll durch eine erweiterte finanzielle Steuerung der Projekte innerhalb der Programme der Städtebauförderung und auch zwischen den Programmen untereinander eine hohe Ausschöpfung erreicht werden.

In den Ausgaben sind Altverpflichtungen enthalten.

An den Ausgaben beteiligt sich der Bund gemäß der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung mit bis zu 40 v.H. (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

54077 (neu)	**423**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

Abführung von Umsatzsteuer aufgrund der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (Einführung des § 2b UStG)

54610	**423**	**Sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen im Rahmen europäischer Netzwerke**			**63.000**	**42.672,13**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Berlin hat sich im Rahmen des EU-Förderprogramms „Horizon 2020“ an dem Forschungsprojekt Edible-Cities-Network (Edi-CitNet) zum Thema essbare Stadtlandschaften beteiligt. Die Teilnahme Berlins endete 2023. (vgl. auch Erläuterungen zu den Einnahmen bei Titel 27201).

54696	**423**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**—**	**—**	**88.000**	**162.499,02**
63112	**411**	**Abführung von Einnahmen an den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sofern die aus laufenden Widerspruchs- und Klageverfahren sowie aus Stundungsvereinbarungen herrührenden Einnahmen nach dem Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (vgl. Erläuterung zu Kapitel 1295, Titel 11141) Wohnungen betreffen, die mit Wohnungsfürsorgemitteln des Bundes errichtet wurden, sind sie an den Bund abzuführen.

67101	**411**	**Ersatz von Ausgaben**	**5.100**	**5.300**	**4.800**	**4.958,14**

Ersatz von Aufwendungen an die Zentrale Landesstelle der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung für den automatisierten Datenabgleich zur Vermeidung einer missbräuchlichen Inanspruchnahme von Wohngeld

67112	**419**	**Ersatz von Personalaufwendungen**	**250.000**	**250.000**	**166.000**	**194.803,58**

Finanzierung von kaufmännischen Ausbildungsplätzen im Rahmen des sogenannten solidarischen Finanzausgleichs bei städtischen Wohnungsunternehmen

Mehr aufgrund von höheren Ausbildungskosten

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68240	**419**	**Zuschuss an die Wohnraumversorgung Berlin**	**840.000**	**840.000**	**1.070.000**	**252.204,24**
		200.000,0 EUR wurden bislang bei 1510/68240 nachgewiesen.				
		Verpflichtungsermächtigung	**115.000**	**115.000**		
		Davon fällig 2025	**115.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**115.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0 €	0 €	0 €
VE 2023	150.000 €	150.000 €	0 €

Gemäß Artikel 3 Wohnraumversorgungsgesetz Berlin wurde die Wohnraumversorgung Berlin - Anstalt öffentlichen Rechts – (WVB) gegründet. Aufgabe der Anstalt ist, politische Leitlinien in Bezug auf die Wahrnehmung des Versorgungs- und Wohnungsmarktauftrages durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) zu entwickeln, zu evaluieren und fortzuschreiben. Auch sind die Unterstützung, Beratung und Vernetzung der Mieterräte und Mieterbeiräte und Vermittlung zwischen Mieterschaft und LWU bei Konflikten in der Mietermitwirkung gesetzliche Aufgaben der Anstalt. Außerdem hat die Wohnraumversorgung Berlin durch Parlamentsbeschluss den Auftrag eine Ombudsstelle für Beschwerden der Mieterinnen und Mieter der LWU einzurichten. Hierfür soll die WVB 2024 und 2025 einen Zuschuss erhalten.

Mehr, weil die Ausgaben der WVB ab 2024 in einer Haushaltsstelle veranschlagt werden. Bis 2023 wurden die Ausgaben bei der Senatsverwaltung für Finanzen im Kapitel 1510, Titel 54010 und Titel 68240 sowie im Kapitel 1240, Titel 68240 nachgewiesen.

Auszug Wirtschaftsplan: (*wird nach Beschluss des Verwaltungsrates eingefügt)*

Aufgrund der geänderten Veranschlagung muss der Wirtschaftsplan angepasst werden und kann deswegen erst zu einem späteren Zeitpunkt beigefügt werden.

68544	**419**	**Projekte der Freiwilligenarbeit**	**6.500.000**	**6.500.000**	**6.700.000**	**3.546.828,98**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.300.000**	**5.300.000**		
		Davon fällig 2025	**4.300.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**4.300.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.800.000	500.000	0
VE Plan 2023	1.200.000	300.000	0

Für Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern zur Verbesserung öffentlicher Infrastruktur und für kleinteilige Maßnahmen, die den integrierten Ansatz der Quartiersverfahren aufgreifen und zur Stabilisierung von Nachbarschaften auch außerhalb der förmlich festgelegten Gebiete der Sozialen Stadt geeignet sind, sollen erforderliche Sachmittel bereitgestellt werden.

Dafür sind in 2024 und 2025 Ausgaben von jeweils 1.900.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 1.200.000 € veranschlagt.

Zusätzlich werden Mittel zur Stärkung Berliner Großsiedlungen bereitgestellt. Hierfür werden in 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 3.100.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 3.100.000 € bereitgestellt.

Für Sauberkeit und Sicherheitsempfinden in Großsiedlungen werden darüber hinaus in 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 1.500.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 1.000.000 € bereitgestellt.

Die Mittel werden zur Förderung von Vorhaben der Bezirke durch Erteilung auftragsweiser Bewirtschaftung eingesetzt.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**419**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**337.000**	**308.000**	**540.000**	**364.976,00**

1. Gemäß Art. 10 Abs. 3 VvB sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten - dies ist in der Baubranche der Fall - sind Maßnahmen zur Förderung notwendig.

   Um dem verfassungsmäßigen Anspruch der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gerecht zu werden, ist eine Förderung zur Schaffung zukunftsorientierter beruflicher Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze sowie die Vermittlung bauhandwerklicher Qualifikationen für Frauen unerlässlich.

   Für den Zuschuss an den Baufachfrau Berlin e.V. (BFF) sind in 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 90.000 € veranschlagt.

2. Für den Betrieb des Projektbüros und die Umsetzung des Projektes Flussbad sind in 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 53.000 € veranschlagt.

3. Für die Zuwendung an Häuser Bewegen GIMA Berlin-Brandenburg eG sind zur Umsetzung des Projektes „Entwicklung und Aufbau nachhaltiger Organisations-Strukturen zur Vermittlung von Wohnimmobilien an gemeinwohlorientierte Immobilienbewirtschafter*innen in Berlin“ in 2024 Ausgaben von 29.000 € veranschlagt.

4. Um der herausragenden Bedeutung und Dynamik des Wohnungswesens Rechnung zu tragen, sind Maßnahmen zur Vernetzung zwischen Politik, Verwaltung, organisierter Zivilgesellschaft und städtebaulichen Bewegungen notwendig. 2024 und 2025 sind jeweils Ausgaben von 165.000 Euro veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

Der eingetragene Verein BFF (s. zu 1.) ist ein anerkannter Berufs- und Bildungsträger für Frauen in Bau- und Baunebenberufen, der Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte im Rahmen der Arbeitsförderungs- und Bildungspolitik anbietet. Der Verein qualifiziert Frauen in Bau- und Baunebenberufen und räumt Frauen ein Vorrecht für die Ausbildung zur Tischlerin ein.

68579	**423**	**Mitgliedsbeiträge**	**4.100**	**4.100**	**3.100**	**4.100,00**

Mitgliedsbeiträge 2024 und 2025 an den

1. Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung e. V. (2022: 1.500 €)	1.500 €
2. Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (2022: 600 €)	600 €
3. Kompetenzzentrum Großsiedlungen e. V. (2022: 2.000 €)	2.000 €
	4.100 €

88305	**423**	**Infrastrukturmaßnahmen in Stadterneuerungsgebieten**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**3.015.894,11 R 6.026.820,90**

Verwendung der zweckgebundenen Rückflüsse aus Sanierungsfördermitteln und Abführungen aus Finanzierungsbeiträgen (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 34192).

Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Die Ausgaben sind bestimmt für Stadterneuerungsmaßnahmen, insbesondere an Schulen in Stadterneuerungsgebieten und Aufwertungsmaßnahmen im öffentlichen Raum. Die Ausgaben werden den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89361	**423**	**Zuschüsse zur Förderung von Nationalen Projekten des Städtebaus**	**10.965.000**	**7.312.000**	**9.334.000**	**5.304.466,26**

Verpflichtungen aus den Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	8.405.000	5.712.000	700.000
VE Plan 2023	2.560.000	1.600.000	1.740.000

Im Rahmen des Bundesprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus“ werden seit 2014 investive sowie konzeptionelle Projekte mit besonderer nationaler Wahrnehmbarkeit und Qualität, mit überdurchschnittlichem Investitionsvolumen und hohem Innovationspotenzial, gefördert. Die endgültige Auswahl der für eine Förderung angemeldeten Projekte erfolgt durch eine Expertenjury des Bundes.

Der öffentliche Raum auf der Spree-Insel wird im Rahmen des Nationalen Projektes des Städtebaus durch die Freitreppe und umliegende Anlagen am Flussbad verbessert.

In 2024 und 2025 wird kein neues Programmvolumen angemeldet, da der Bund derzeit keinen neuen Projektaufruf mehr geplant hat.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen des Programms „Nationale Projekte des Städtebaus“ bis 2023 sind in 2024 Ausgaben von 10.965.000 € und 2025 von 7.312.000 € veranschlagt.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wird im Programmjahr 2018 ein Projekt gefördert. Dafür sind in 2024 Ausgaben von 2.389.000 € (Bundesmittelanteil) veranschlagt.

Die Bundesmittel werden bei dem Titel 33102 nachgewiesen.

89362	**423**	**Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost**	**2.001.000**	**750.000**	**10.621.000**	**16.323.475,92**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	2.001.000 €	750.000 €	0 €

Im Rahmen des alten Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“ (ab 2020 gemeinsam mit Stadtumbau West: Nachhaltige Erneuerung) werden im Ostteil der Stadt die Umnutzung sowie die Rückführung städtischer Infrastruktur und die Aufwertung von Stadtquartieren gefördert.

Bis zum Programmjahr 2020 waren in den Ausgaben Mittel der Europäische Union im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Förderperiode 2014-2020 enthalten.

Der Bund beteiligt sich mit bis zu einem Drittel an der nationalen Kofinanzierung (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

Ab 2022 ist kein Programmvolumen mehr vorgesehen, da der Bund die Städtebauförderung neu ausgerichtet hat und die Ausgaben des Folgeprogramms beim Titel 89373 veranschlagt sind.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus den Programmen bis 2021 sind 2024 Ausgaben von 2.001.000€ und 2025 von 750.000 € erforderlich.

Angaben zum Gender Budget:

Übergeordnetes Ziel der Städtebauförderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte zur Definition von Zielen und Maßnahmen für das Fördergebiet sowie an der Planung und Umsetzung konkreter Projekte werden alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen. Geförderte Einrichtungen bzw. öffentlichen Räume können in der Regel von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89363	**423**	**Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms Stadtumbau West**	**1.600.000**	**600.000**	**8.010.000**	**9.523.723,43**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.600.000 €	600.000 €	0 €

Im Rahmen des alten Bund-Länder-Programms „Stadtumbau West – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen“ (ab 2020 gemeinsam mit Stadtumbau Ost: Nachhaltige Erneuerung) werden im Westteil der Stadt folgende Maßnahmen gefördert:

– Anpassung der Stadtstruktur an die Anforderungen des wirtschaftlichen und demografischen Wandels,
– Reaktivierung von (teilungsbedingten) Brachen,
– Stabilisierung von Randlagensituationen und Umstrukturierungsgebieten,
– städtebauliche Qualifizierung von Wohnsiedlungen zur Förderung von sozial, ethnisch und demografisch integrativen städtischen Strukturen,
– Verbesserung des öffentlichen Raums und der öffentlichen Infrastruktur sowie
– Unterstützung von Wirtschaft und Gewerbe.

Bis zum Programmjahr 2019 waren in den Ausgaben Mittel der Europäische Union im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Förderperiode 2014-2020 enthalten.

Der Bund beteiligt sich mit bis zu einem Drittel an der nationalen Kofinanzierung (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

Ab 2022 ist kein Programmvolumen mehr vorgesehen, da der Bund die Städtebauförderung neu ausgerichtet hat und die Ausgaben des Folgeprogramms beim Titel 89373 veranschlagt sind.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus den Programmen bis 2021 sind 2024 Ausgaben von 1.600.000 € und 2025 von 600.000 € erforderlich.

Angaben zum Gender Budget:

Übergeordnetes Ziel der Städtebauförderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte zur Definition von Zielen und Maßnahmen für das Fördergebiet sowie an der Planung und Umsetzung konkreter Projekte werden alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen. Geförderte Einrichtungen bzw. öffentlichen Räume können in der Regel von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89367	**423**	**Städtebauförderung "Sozialer Zusammenhalt"**	**20.000.000**	**23.000.000**	**20.200.000**	**7.816.146,61**
		Verpflichtungsermächtigung	**25.200.000**	**25.200.000**		
		Davon fällig 2025	**7.000.000**			
		Davon fällig 2026	**8.400.000**	**7.000.000**		
		Davon fällig 2027	**7.000.000**	**8.400.000**		
		Davon fällig 2028	**2.800.000**	**7.000.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**2.800.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	13.460.000	10.500.000	2.800.000
VE Plan 2023	7.000.000	8.400.000	9.800.000

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind bestimmt zur Förderung von investiven und sozio-integrativen Projekten (auch im Bereich der Gewaltprävention in der Kinder- und Jugendarbeit) im Rahmen des Bund-Länder-Programms Sozialer Zusammenhalt.

Das Programmvolumen 2024 und 2025 beträgt jeweils 28.000.000 €. Davon jeweils Ausgaben von 2.800.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 25.200.000 €.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen (*) aus den Programmjahren bis 2023 sind 2024 Ausgaben von 20.460.000 € und 2025 von 18.900.000 € erforderlich. 2025 sind weitere 7.000.000 € für die im Jahr 2024 einzugehenden Verpflichtungen erforderlich. Somit ergibt sich 2025 ein tatsächlicher Ansatz aus Verpflichtungen aus Vorjahren von insgesamt 25.900.000 €. Tatsächlich sind aufgrund eines derzeit geringer eingeschätzten Mittelabflusses für die bis 2023 eingegangenen Verpflichtungen in 2024 Ausgaben von 20.000.000 € und in 2025 von 23.000.000 € veranschlagt.
Für die nicht mehr veranschlagten Ausgaben soll durch eine erweiterte finanzielle Steuerung der Projekte innerhalb der Programme der Städtebauförderung und auch zwischen den Programmen untereinander eine hohe Ausschöpfung erreicht werden.

Der Bund beteiligt sich mit bis zu einem Drittel an der Finanzierung (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

Die Mittel werden in Form von Zuwendungen an Dritte ausgereicht und zur Förderung von Vorhaben der Bezirke durch Erteilung auftragsweiser Bewirtschaftung eingesetzt.

Angaben zum Gender Budget:

Das Programm Sozialer Zusammenhalt dient der nachhaltigen Stabilisierung und Entwicklung von Potenzialen in Stadtteilen, in denen die gebietsbezogene Überlagerung von Problemen die gesellschaftliche Integration der dort lebenden Menschen stark beeinträchtigt. Um dies zu erreichen, werden zunächst die lokalen Handlungsschwerpunkte gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und Akteuren vor Ort ermittelt und im nächsten Schritt mit Hilfe aufeinander abgestimmter investiver und sozio-integrativer Maßnahmen bearbeitet. Zielgruppen dieser Maßnahmen können sowohl alle Bewohnerinnen und Bewohnern eines Quartiers als auch einzelne Bewohnergruppen (z. B. Schüler, Jugendliche, Senioren) sein. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89368	**423**	**Zuschüsse für die Zukunftsinitiative Stadtteil 2**	**2.200.000**	**—**	**6.460.000**	**18.242.620,46**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen *	2.200.000 €	0 €	0 €

Die Ausgaben sind bestimmt zur Förderung von Projekten der Zukunftsinitiative Stadtteil II (ZIS 2) in den Teilprogrammen

a) Soziale Stadt und
b) Bildung im Quartier (BiQ)

Die Programmjahre ab 2021 sind im eingerichteten Titel 89367 – Städtebauförderung „Sozialer Zusammenhalt“ - dargestellt.

Bis zum Programmjahr 2020 waren in den Ausgaben Mittel der Europäische Union im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Förderperiode 2014-2020 enthalten.

Der Bund beteiligt sich mit bis zu einem Drittel an der Finanzierung (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus den Programmen bis 2021 sind 2024 Ausgaben von 2.200.000 € erforderlich.

Die Mittel werden in Form von Zuwendungen an Dritte ausgereicht und zur Förderung von Vorhaben der Bezirke durch Erteilung auftragsweiser Bewirtschaftung eingesetzt.

Angaben zum Gender Budget:

Das Programm Sozialer Zusammenhalt dient der nachhaltigen Stabilisierung und Entwicklung von Potenzialen in Stadtteilen, in denen die gebietsbezogene Überlagerung von Problemen die gesellschaftliche Integration der dort lebenden Menschen stark beeinträchtigt. Um dies zu erreichen, werden zunächst die lokalen Handlungsschwerpunkte gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und Akteuren vor Ort ermittelt und im nächsten Schritt mit Hilfe aufeinander abgestimmter investiver und sozio-integrativer Maßnahmen bearbeitet. Zielgruppen dieser Maßnahmen können sowohl alle Bewohnerinnen und Bewohnern eines Quartiers als auch einzelne Bewohnergruppen (z. B. Schüler, Jugendliche, Senioren) sein. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

89369	**423**	**Soziale Infrastrukturmaßnahmen in Quartieren auch außerhalb von Städtebaufördergebieten**	**8.000.000**	**8.000.000**	**10.000.000**	**2.213.240,81**
		Verpflichtungsermächtigung	**8.000.000**	**8.000.000**		
		Davon fällig 2025	**4.000.000**			
		Davon fällig 2026	**4.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**4.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	7.500.000	0	0

Die Ausgaben sind bestimmt zur Förderung von Sozialen Infrastrukturmaßnahmen (wie ergänzende soziokulturelle Einrichtungen bei Kiezschulen im Rahmen der Ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung sozial benachteiligter Quartiere) auch außerhalb von Städtebaufördergebieten.

Das Programmvolumen beträgt in den Jahren 2024 und 2025 jeweils 8.000.000 €. Dafür sind in 2024 und 2025 jeweils Verpflichtungsermächtigungen von 8.000.000 € veranschlagt.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Programmjahr 2021 und der zur Weiterführung dieser Maßnahmen in 2023 noch notwendigen Verpflichtungen (2024: 500.000 € und 2025: 4.000.000 €) sind in 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 8.000.000 € erforderlich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89371	**423**	**Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen**	**8.000.000**	**8.000.000**	**9.525.000**	**9.967.405,66**
		Verpflichtungsermächtigung	**9.500.000**	**9.500.000**		
		Davon fällig 2025	**2.500.000**			
		Davon fällig 2026	**3.000.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2027	**2.500.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2028	**1.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**1.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren *:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	7.000.000	4.000.000	1.500.000
VE Plan 2023	2.500.000	3.000.000	4.000.000

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind für die Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen gemäß Baugesetzbuch bestimmt und zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Abwicklung des Städtebauförderprogramms Zukunft Stadtgrün, um die Anpassung Berlins an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen.

An der Finanzierung der Maßnahmen ist der Bund entsprechend der Verwaltungsvereinbarung „Städtebauförderung“ beteiligt (vgl. Titel 33131).

Das Programmvolumen beträgt in den Jahren 2024 und 2025 jeweils 10.000.000 €. Dafür sind jeweils Ausgaben in Höhe von 500.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 9.500.000 € veranschlagt.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen (*) aus den Programmjahren bis 2022 sind 2024 Ausgaben von 9.500.000 € und 2025 von 7.000.000 € erforderlich. 2025 sind weitere 2.500.000 € für die im Jahr 2024 einzugehenden Verpflichtungen erforderlich. Somit ergibt sich 2025 ein tatsächlicher Ansatz aus Verpflichtungen aus Vorjahren von insgesamt 9.500.000 €. Tatsächlich sind aufgrund eines derzeit geringer eingeschätzten Mittelabflusses für die bis 2023 eingegangenen Verpflichtungen in 2024 und 2025 Ausgaben von jeweils 8.000.000 € veranschlagt.
Für die nicht mehr veranschlagten Ausgaben soll durch eine erweiterte finanzielle Steuerung der Projekte innerhalb der Programme der Städtebauförderung und auch zwischen den Programmen untereinander eine hohe Ausschöpfung erreicht werden.

Angaben zum Gender Budget:

Übergeordnetes Ziel der Städtebauförderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte zur Definition von Zielen und Maßnahmen für das Fördergebiet sowie an der Planung und Umsetzung konkreter Projekte werden alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen. Geförderte Einrichtungen bzw. öffentlichen Räume können in der Regel von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89372	**423**	**Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms aktive Stadtzentren**	**10.000.000**	**3.750.000**	**15.450.000**	**11.441.104,53**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.000.000 €	3.750.000 €	0 €

Es sollen Zuschüsse zur Stärkung von zentralen Versorgungsbereichen, die durch Funktionsverluste, insbesondere gewerblichen Leerstand, bedroht oder betroffen sind, geleistet werden. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind für die Vorbereitung und Durchführung von Gesamtmaßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung dieser Bereiche als Standorte für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben bestimmt.

An der Finanzierung der Maßnahmen ist der Bund entsprechend der Verwaltungsvereinbarung „Städtebauförderung“ mit einem Drittel beteiligt (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

Ab 2022 ist kein Programmvolumen mehr vorgesehen, da der Bund die Städtebauförderung neu ausgerichtet hat und die Ausgaben des Folgeprogramms beim Titel 89374 veranschlagt sind.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus den Programmen bis 2021 sind 2024 Ausgaben von 10.000.000 € und 2025 von 3.750.000 € erforderlich.

Angaben zum Gender Budget:

Übergeordnetes Ziel der Städtebauförderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte zur Definition von Zielen und Maßnahmen für das Fördergebiet sowie an der Planung und Umsetzung konkreter Projekte werden alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen. Geförderte Einrichtungen bzw. öffentlichen Räume können in der Regel von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89373	**423**	**Städtebauförderung Nachhaltige Erneuerung**	**33.000.000**	**35.000.000**	**21.400.000**	**3.581.886,53**
		Verpflichtungsermächtigung	**39.600.000**	**39.600.000**		
		Davon fällig 2025	**18.000.000**			
		Davon fällig 2026	**18.000.000**	**18.000.000**		
		Davon fällig 2027	**2.250.000**	**18.000.000**		
		Davon fällig 2028	**1.350.000**	**2.250.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**1.350.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	18.000.000	2.250.000	1.350.000
VE Plan 2023	18.000.000	18.000.000	3.600.000

Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ wird städtebaulichen Missständen gezielt durch den Einsatz von Fördermitteln begegnet. Übergeordnetes Ziel für alle Fördergebiete ist deren strukturelle Verbesserung und langfristige Stabilisierung durch bauliche Anpassungen an demografische, ökonomische, soziale und klimatische Änderungen.

Schwerpunkte des Mitteleinsatzes sind:

- die Verbesserung und Erweiterung der sozialen Infrastruktur zur Anpassung an den sich verändernden Bedarf,
- die Aufwertung, ggf. Erweiterung von öffentlichen Freiflächen, Plätzen und Wegenetzen,
- die Aufwertung und Qualifizierung von Grünflächen und Parkanlagen,
- Finanzierung von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung.

Das Programmvolumen beträgt 2024 und 2025 jeweils 45.000.000 €. Dafür sind in 2024 und 2025 jeweils Ausgaben in Höhe von 5.400.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 39.600.000 € veranschlagt.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen (*) aus den Programmjahren bis 2023 sind 2024 Ausgaben von 36.000.000 € und 2025 von 20.250.000 € erforderlich. 2025 sind weitere 18.000.000 € für die im Jahr 2024 einzugehenden Verpflichtungen erforderlich. Somit ergibt sich 2025 ein tatsächlicher Ansatz aus Verpflichtungen aus Vorjahren von insgesamt 38.250.000 €. Tatsächlich sind aufgrund eines derzeit geringer eingeschätzten Mittelabflusses für die bis 2023 eingegangenen Verpflichtungen in 2024 Ausgaben von 33.000.000 € und in 2025 von 35.000.000 € veranschlagt.
Für die nicht mehr veranschlagten Ausgaben soll durch eine erweiterte finanzielle Steuerung der Projekte innerhalb der Programme der Städtebauförderung und auch zwischen den Programmen untereinander eine hohe Ausschöpfung erreicht werden.

Der Bund beteiligt sich mit bis zu einem Drittel an der nationalen Kofinanzierung (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

Angaben zum Gender Budget:

Übergeordnetes Ziel der Städtebauförderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte zur Definition von Zielen und Maßnahmen für das Fördergebiet sowie an der Planung und Umsetzung konkreter Projekte werden alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen. Geförderte Einrichtungen bzw. öffentlichen Räume können in der Regel von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89374	**423**	**Städtebauförderung Lebendige Zentren und Quartiere**	**22.000.000**	**31.000.000**	**12.500.000**	**1.334.379,70**
		Verpflichtungsermächtigung	**42.750.000**	**42.750.000**		
		Davon fällig 2025	**11.250.000**			
		Davon fällig 2026	**13.500.000**	**11.250.000**		
		Davon fällig 2027	**11.250.000**	**13.500.000**		
		Davon fällig 2028	**6.750.000**	**11.250.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**6.750.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren*:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	13.500.000	11.250.000	6.750.000
VE Plan 2023	11.250.000	13.500.000	18.000.000

Es sollen Zuschüsse zur Anpassung, Stärkung, Revitalisierung und Erhalt von Quartieren und Zentren (auch Ortskernen) geleistet werden. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind für die Vorbereitung und Durchführung von städtebaulichen Gesamtmaßnahmen zur Profilierung und Standortaufwertung sowie zur Förderung der Nutzungsvielfalt dieser Bereiche als Standorte für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Kultur bestimmt.

An der Finanzierung der Maßnahmen ist der Bund entsprechend der Verwaltungsvereinbarung „Städtebauförderung“ mit einem Drittel bzw. 40 % beteiligt (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

Das Programmvolumen beträgt 2024 und 2025 jeweils 45.000.000 €. Dafür sind Ausgaben in Höhe von 2.250.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 42.750.000 € vorgesehen.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen (*) aus den Programmjahren bis 2023 sind 2024 Ausgaben von 24.750.000 € und 2025 von ebenfalls 24.750.000 € erforderlich. 2025 sind weitere 11.250.000 € für die im Jahr 2024 einzugehenden Verpflichtungen erforderlich. Somit ergibt sich 2025 ein tatsächlicher Ansatz aus Verpflichtungen aus Vorjahren von insgesamt 36.000.000 €.
Tatsächlich sind aufgrund eines derzeit geringer eingeschätzten Mittelabflusses für die bis 2023 eingegangenen Verpflichtungen in 2024 Ausgaben von 22.000.000 € und in 2025 von 31.000.000 € veranschlagt.
Für die nicht mehr veranschlagten Ausgaben soll durch eine erweiterte finanzielle Steuerung der Projekte innerhalb der Programme der Städtebauförderung und auch zwischen den Programmen untereinander eine hohe Ausschöpfung erreicht werden.

Angaben zum Gender Budget:

Übergeordnetes Ziel der Städtebauförderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte zur Definition von Zielen und Maßnahmen für das Fördergebiet sowie an der Planung und Umsetzung konkreter Projekte werden alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen. Geförderte Einrichtungen bzw. öffentlichen Räume können in der Regel von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89375	**423**	**Europa im Quartier**	**18.000.000**	**27.000.000**	**4.725.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**32.063.000**	**28.688.000**		
		Davon fällig 2025	**10.125.000**			
		Davon fällig 2026	**10.125.000**	**8.437.000**		
		Davon fällig 2027	**8.438.000**	**10.125.000**		
		Davon fällig 2028	**3.375.000**	**8.438.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**1.688.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren*:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis zum 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.125.000	8.438.000	5.063.000
davon EFRE	4.050.000	3.375.000	2.025.000
VE Plan 2023	8.437.000	10.125.000	11.813.000
davon EFRE	3.375.000	4.050.000	4.725.000

Das Programmvolumen beträgt 2024 gesamt 35.439.000 € (14.175.000 € EFRE) und 2025 gesamt 33.750.000 € (13.500.000 € EFRE). Dafür sind in 2024 Ausgaben von 3.376.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 32.063.000 € sowie in 2025 Ausgaben von 5.062.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 28.688.000 € veranschlagt.

Die Fördermittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu den Titeln 34697 und 38103). Ausgaben zu Lasten der Europäischen Strukturfonds dürfen nur geleistet und Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der Europäischen Strukturfonds nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen (*) aus den Programmjahren bis 2023 sind 2024 Gesamtausgaben von 18.562.000 € und 2025 von 18.563.000 € erforderlich. 2025 sind weitere 10.125.000 € für die im Jahr 2024 einzugehenden Gesamtverpflichtungen erforderlich. Somit ergibt sich 2025 ein tatsächlicher Ansatz aus Verpflichtungen aus Vorjahren von insgesamt 28.688.000 €.

Tatsächlich sind für die bis 2023 eingegangenen Verpflichtungen in 2024 Ausgaben von 18.000.000 € und in 2025 von 27.000.000 € veranschlagt.

Die erforderliche Kofinanzierung erfolgt durch Dritte bzw. durch Bereitstellung von Mitteln aus dem Landeshaushalt (Bezirke, andere Verwaltungen, Städtebauförderung; vgl. Erläuterung zu Titel 38103).

Die Fördermittel werden in Form von Zuwendungen an Dritte oder zur Förderung von Vorhaben der Bezirke oder anderen Verwaltungen durch Erteilung auftragsweiser Bewirtschaftung ausgereicht.

Angaben zum Gender Budget:

Übergeordnetes Ziel der Förderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte zur Definition von Zielen und Maßnahmen für das Fördergebiet sowie an der Planung und Umsetzung konkreter Projekte werden alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen. Geförderte Einrichtungen bzw. öffentlichen Räume können in der Regel von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89379	**423**	**Städtebauliche Einzelmaßnahmen**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**182.004,70**
		Verpflichtungsermächtigung	**700.000**	**700.000**		
		Davon fällig 2025	**450.000**			
		Davon fällig 2026	**250.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**250.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	250.000	0	0
VE Plan 2023	450.000	250.000	0

Aufgaben zur Anwendung des Sozialen Erhaltungsrechts nach Baugesetzbuch sowie Vorbereitung und Durchführung von Städtebaulichen Einzelmaßnahmen außerhalb von festgesetzten Sanierungsgebieten nach den Grundsätzen des Baugesetzbuches.

Das Programmvolumen 2024 und 2025 beträgt jeweils 1.000.000 €. Dafür sind in 2024 und 2025 jeweils Ausgaben von 300.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 700.000 € veranschlagt.

Aufgrund eingegangener Verpflichtungen der Programme bis 2023 sind Ausgaben in 2024 in Höhe von 700.000 € und in 2025 in Höhe von 250.000 € veranschlagt.

2025 sind weitere Ausgaben von 450.000 € für die im Jahr 2024 einzugehenden Verpflichtungen veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

Übergeordnetes Ziel der Förderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte zur Definition von Zielen und Maßnahmen für das Fördergebiet sowie an der Planung und Umsetzung konkreter Projekte werden alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen. Geförderte Einrichtungen bzw. öffentlichen Räume können in der Regel von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89380	**423**	**Zuschüsse zur Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne**	**6.800.000**	**2.550.000**	**12.350.000**	**17.078.324,57 R 593.463,82**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	6.800.000	2.550.000	0

Zuschüsse für die Sicherung, Modernisierung und Instandsetzung sowie den Aus- und Umbau erhaltenswerter Gebäude, Ensembles oder sonstiger baulicher Anlagen, von Straßen- und Platzräumen von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung in Erhaltungsgebieten und Sanierungsgebieten."

Aus dem Ansatz können auch Erhebungen über erhaltenswerte bauliche Anlagen finanziert werden.

An der Finanzierung ist der Bund gemäß der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung beim „städtebaulichen Denkmalschutz Ost" zu 40 v. H. und beim „städtebaulichen Denkmalschutz West" zu einem Drittel beteiligt (vgl. Erläuterung zu Titel 33131).

Ferner werden bei diesem Titel die zweckgebundenen Einnahmen aus Tilgungsleistungen von Bauförderdarlehen im Zusammenhang mit Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes verausgabt (vgl. Erläuterung zu Titel 18291).

Ab 2022 ist kein Programmvolumen mehr vorgesehen, da der Bund die Städtebauförderung neu ausgerichtet hat und die Ausgaben des Folgeprogramms beim Titel 89374 veranschlagt sind.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus früheren Programmen sind Ausgaben in 2024 in Höhe von 6.800.000 € und in 2025 von 2.550.000 € veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

Übergeordnetes Ziel der Städtebauförderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte zur Definition von Zielen und Maßnahmen für das Fördergebiet sowie an der Planung und Umsetzung konkreter Projekte werden alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen. Geförderte Einrichtungen bzw. öffentlichen Räume können in der Regel von allen Menschen unabhängig vom Geschlecht genutzt werden. Eine geschlechterspezifische Datenerhebung ist nicht möglich.

89381	**411**	**Zuschüsse für Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden**	**42.000**	**7.000**	**20.000**	**447.777,20**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	42.000	7.000	0

Berlin hat Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden über den Träger „Kombinierte Energiespar- und Beschäftigungsprojekte aus Berlin" (KEBAB) gefördert. Seit 1988 wurden Arbeitslose mit Unterstützung der Arbeitsämter (Vergabe-ABM) an Wärmedämmmaßnahmen für Wohngebäude qualifiziert und beschäftigt. In diesem Rahmen werden für Wärmedämmmaßnahmen Baukostenzuschüsse in Höhe von 30 € bzw. 40 € je m^2 Wärmedämmung gewährt.

Ab 2018 ist kein Programmvolumen mehr vorgesehen, da die Modernisierungsförderung in Berlin neu ausgerichtet wurde.

Seit 2006 werden Altbausanierungen sowie städtebaulich oder wohnungspolitisch besonders bedeutsame Einzelvorhaben nicht mehr gefördert.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus früheren Programmen sind 2024 Ausgaben in Höhe von 42.000 € und 2025 von 7.000 € veranschlagt.

Die Mittel werden der Investitionsbank Berlin zur Auszahlung zugewiesen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89383	**423**	**Zuschüsse für den Investitionspakt**	**11.038.000**	**8.401.000**	**12.706.000**	**5.352.316,64**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	9.614.000	6.693.000	1.854.000
VE Plan 2023	1.424.000	1.708.000	2.277.000

Bund und Land förderten 2017-2020 im Rahmen des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“ mit einem jährlichen Programmvolumen von rund 13.500.000 € integrationsdienliche investive (z. B. Sanierung, Ausbau/Erweiterungsbau, Ersatzneubau) sowie investitionsvorbereitende bzw. –begleitende (z. B. Integrationsmanager) Maßnahmen. Die Mittel konnten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Städtebauförderkulisse eingesetzt werden.

In Ergänzung zur Städtebauförderung förderten Bund und Land 2020-2022 im Rahmen des „Investitionspakts zur Förderung von Sportstätten“ die bauliche Sanierung und den Ausbau von Sportstätten sowie deren typische bauliche Bestandteile und zweckdienliche Folgeeinrichtungen. Das Programmvolumen betrug 2020 10.400.000 €, 2021 7.591.000 € und 2022 11.532.000 €.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus den Programmjahren bis 2023 sind 2024 Ausgaben in Höhe von 11.038.000 € und in 2025 Ausgaben in Höhe von 8.401.000 € veranschlagt.

An der Finanzierung der Maßnahmen ist der Bund entsprechend der Verwaltungsvereinbarung „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ mit 75 v.H. und entsprechend der Verwaltungsvereinbarung „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ mit 50 v.H. beteiligt. Die Bundesmittel werden beim Titel 33130 nachgewiesen.

	Gesamtausgaben	**197.734.000**	**199.259.700**	**195.885.800**	**145.188.213,07**
	Prozentuale Veränderung	**0,9 %**	**0,8 %**		

Abschluss Kapitel 1240

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.236.000**	**1.238.000**	**1.722.000**	**3.481.205,96**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**141.000**	**2.051.283,93**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**60.102.000**	**57.370.000**	**59.982.000**	**68.864.289,53**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**61.340.000**	**58.610.000**	**61.846.000**	**74.396.779,42**
411-462	**Personalausgaben**	**11.941.800**	**11.572.300**	**10.150.900**	**10.994.654,01**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**23.109.000**	**23.309.000**	**22.849.000**	**18.000.920,99**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**7.937.200**	**7.908.400**	**8.484.900**	**4.367.870,94**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**154.746.000**	**156.470.000**	**154.401.000**	**111.824.767,13**
	Gesamtausgaben	**197.734.000**	**199.259.700**	**195.885.800**	**145.188.213,07**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-136.394.000**	**-140.649.700**	**-134.039.800**	**-70.791.433,65**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001066 Wohnen, Stadterneuerung und Quartiersentwicklung

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	14.132.694	18.614.881	-24,08
Kostenträger	6	Sachkosten	19.088.446	22.021.706	-13,32
davon		Transferkosten	4.944.541	5.674.528	-12,86
Produkte	0	Verrechnungskosten	2.733.826	2.357.596	+15,96
MGF	6	kalkulatorische Kosten	566.698	418.975	+35,26
Projekte	0	Gemeinkosten	8.200.151	7.892.297	+3,90
		Summe Verwaltungskosten	49.666.356	56.979.983	-12,84
		Transfers	407.231.011	361.976.038	+12,50
		Gesamtsumme	456.897.367	418.956.021	+9,06

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005016	2022	23.529.290	116.568.161	140.097.451
LuV IV und MQ - Verbesserung der Stadtteil- und Quartiersentwicklung	2021	24.849.227	121.740.268	146.589.495

Die Ziele der Verbesserung der Stadtteil- und Quartiersentwicklung orientieren sich vorrangig an den Zielen der Städtebauförderung des Bundes, der EU-Strukturpolitik (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und der Wohnungsneubauförderung des Bundes.

Die Finanzmittel Berlins werden zur Kofinanzierung folgender Drittmittel eingesetzt:
1. Bundesfinanzhilfen der Städtebauförderung
   a) Lebendige Zentren und Quartiere (19 Gebiete)
   b) Nachhaltige Erneuerung (16 Gebiete)
   c) Sozialer Zusammenhalt (34 Gebiete)
2. Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
3. Bundesfinanzhilfen für Nationale Projekte des Städtebaus
4. Bundesfinanzhilfen für den Investitionspakt Soziale Integration im Quartier und Investitionspakt Sportstätten
5. Mittel des Bundes für die soziale Wohnraumförderung und die Neubauförderung.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80289	2022	23.338.082	112.507.047	135.845.130
Städtebauförderung (Ministerielles Geschäftsfeld) (Produktkatalog V14 2010: 79836,79837)	2021	24.488.380	118.235.789	142.724.169

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	29,73	34,07
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	2.000,00	11.583,00
IST - Erträge in €	53.105.341,34	43.857.768,39
Kostendeckungsgrad in %	39,09	30,73

Ministerielle Aufgaben der Städtebauförderung und anderer Förderprogramme – z.B. Investitionspakte, Nationale Projekte des Städtebaus und Europa im Quartier (EQ)(Vorbereitung, Gesamtsteuerung und Abschluss von Städtebauförderungsmaßnahmen; Sicherung eines zielgerechten, wirtschaftlichen, sparsamen und zügigen Einsatzes und Abrechnung von Fördermitteln des Bundes (Verwaltungsvereinbarungen VV), des Landes und der EU.

Fachspezifische Informationen

Erarbeitung von Strategiekonzepten zur Entwicklung neuer Förderschwerpunkte, Durchführung der förmlichen Verfahren / Rechtsverfahren (Fördermittelbewilligungen, Widerspruchsbescheide, Übernahmeverlangen, Vorbereitung Rechtsverordnungen, Ausführungsvorschriften, Richtlinien, Erlasse, Vorgaben, Klageverfahren, Fortschreibung und Umsetzung der Bund-Länderprogramme für die Programmbereiche der Verwaltungsvereinbarungen mit dem Bund und Aufstellung jährlicher Kosten- und Finanzierungsübersichten.
Wesentliche Ziele:
städtebauliche und sozial verträgliche Aufwertung von Stadtquartieren; Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse; Flankierung von Wohnungsneubau; Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimaanpassung; zügige Umsetzung der Investitionsmaßnahmen; schnelle Bewilligung und Abrechnung von Fördermitteln; Effektivität und Effizienz des Mitteleinsatzes.

Der Rückgang der Transfers begründet sich darin, dass durch Verzögerungen im Bauablauf einiger großer Projekte die investiven Ansätze nicht in vollem Umfang zu Zahlungen geführt haben.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005017	2022	25.251.666	287.048.571	312.300.237
LuV IV und MQ - Gesichertes Wohnen und Mieterschutz	2021	30.904.991	239.121.203	270.026.194

Ministerielle Angelegenheiten des Wohnungswesens. Wahrnehmung der Fachaufsicht über die Investitionsbank Berlin, Rechtsaufsicht über die Bezirke in Angelegenheiten des Wohnungswesens und Fachcontrolling über die städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Erstellung des Berliner Mietspiegels. Mitwirken bei der Gesetzgebung im Wohnungs- und Mietrecht auf Landes- und Bundesebene. Erlass von Regelungen zum Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum.
Erarbeiten von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften für den Sozialen Wohnungsbau; Erarbeitung von Verwaltungsvorschriften für die Genossenschaftsförderung, „Junges Wohnen“ und das klimagerechte Bauen sowie Umsetzung dieser Maßnahmen; Erarbeiten von Förderregelungen in Grundsatzfragen und Einzelangelegenheiten. Entscheiden über wirtschaftliche Sanierungen von Objekten und Unternehmen im geförderten Wohnungsbau. Vorsitz im Bewilligungsausschuss für den Wohnungsbau. Bestandsverwaltung der bewilligten Fördermittel. Erarbeitung von Regelungen für Mietzuschuss zur Unterstützung von Mietern im Sozialen Wohnungsbau; Erarbeiten von Konzeptionen und Verwaltungsvorschriften für die Wohnungsneubauförderung; Vorbereitung von Entscheidungen für die Förderung von Wohnungsneubauvorhaben.
Erarbeitung von neuen Produkten, die von der Investitionsbank Berlin durchgeführt werden.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77211	2022	6.227.297	279.659.633	285.886.930
Wohnungsbauförderungsprogramme (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	7.334.350	229.613.979	236.948.328

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	62,57	56,56
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	4.197.048,45	4.762.977,12
IST - Erträge in €	27.580.321,43	18.448.234,76
Kostendeckungsgrad in %	9,65	7,79

Umsetzungssteuerung, Entscheidungen zu Einzelprojekten, Klärung von Grundsatzfragen zur Durchführung

Fachspezifische Informationen
Hierzu werden Konzepte und Regelungen zu Förderprogrammen der Wohnungsneubauförderung, des Miet- und Härteausgleichs für Mieter im Sozialen Wohnungsbau sowie Regelungen zum Mietzuschuss im sozialen Wohnungsbau, zweckgebundene Zuschüsse und sonstige Zuweisungen erarbeitet.
Die Zunahme der Transferkosten begründet sich im Wesentlichen durch eine Erhöhung der Neubauförderung.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77213	2022	18.648.085	7.388.939	26.037.023
Wohnungswesen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	22.727.000	9.507.225	32.234.225

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,70	7,69
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	745.492,63	899.967,94
IST - Erträge in €	979.818,37	-3.959.897,98
Kostendeckungsgrad in %	3,76	-12,28

Ministerielle Aufgaben einschließlich des Eingriffsrechtes gem. § 13 a AZG; Erstellung von Mietspiegeln

Fachspezifische Informationen
Der Rückgang der Verwaltungskosten und der Transfers ergibt sich im Wesentlichen durch Umstrukturierungen in der SenSBW durch Verlagerung der Wohnungsbauleitstelle und des Referats mit den Aufgaben zur Vorbereitung und Durchführung von Wohnungsbauprojekten sowie der Vorbereitung, Steuerung und Kontrolle von Wohnungsbaustandorten nach LuV I bzw. LuV II.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005018	2022	885.401	3.614.278	4.499.679
LuV IV - Städtebau	2021	1.225.766	1.114.567	2.340.332

Ab 2024 angesiedelt im LuV II/ Kap. 1220

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
66586	2022	885.401	3.614.278	4.499.679
Abschluss der städtebaulichen Entwicklungsbereiche und Abwicklung städtebaulicher Verträge (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.225.766	1.114.567	2.340.332

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,98	0,56
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	-0,00
IST - Erträge in €	1.000.000,00	1.000.000,00
Kostendeckungsgrad in %	22,22	42,73

Abschluss der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen Wasserstadt Berlin-Oberhavel, Rummelsburger Bucht und Johannisthal/Adlershof; Steuerung der Entwicklungsmaßnahme Johannisthal/Adlershof; Steuerungs- und Abwicklungsaufgaben der Gebiete nach Aufhebung des Entwicklungsrechts; Abwicklung und Controlling städtebaulicher Verträge

Fachspezifische Informationen

Die Aufgabe wird ab 2024 in LuV II bei Kapitel 1220 weitergeführt.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1250 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung V – Hochbau –.

Die Abteilung V ist zuständig für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Hauptverwaltung (Ausnahme: Objekte des SILB) sowie für denkmalpflegerische Restaurierungsarbeiten an landeseigenen Gebäuden und Denkmalen, die wegen ihrer Eigenart und Bedeutung von der Hauptverwaltung ausgeführt werden sollen.

Sie ist zuständig für die allgemeinen Angelegenheiten des Bau-, Vergabe- und Vertragswesens und die Angelegenheiten der Bauwirtschaft. Die Abteilung führt das Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für die Vergabe von Bauaufträgen in Berlin und Brandenburg.

Das Kapitel enthält ferner im Rahmen der zentralen Veranschlagung die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Vorbereitung und Durchführung der Hochbaumaßnahmen, soweit die Abteilung V als Baudienststelle hierfür zuständig ist.

Die Baumaßnahmen werden aus Gründen der Übersichtlichkeit ressort- bzw. politikfeldbezogen in folgenden Maßnahmengruppen (MG) getrennt nachgewiesen:

MG 05 - Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport
MG 06 - Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz
MG 08 - Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
MG 09 - Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
MG 10 - Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
MG 11 - Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung
MG 12 - Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 7 und 8, mit Ausnahme der Ogr. 86, der Kapitel 1250, 2710 und 2712 sind untereinander deckungsfähig; zudem sind die Ausgaben der Hauptgruppe 7 für die Landesanteile von GRW-Finanzierungen deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1330, Titel 88307; die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

B. Gender Budgeting

Kapitel 1250 Beamte und Tarif	2020*		2021*		2022*	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte**	**147**		**144**		**151**	
absolut	**91**	**56**	**86**	**58**	**92**	**59**
Relativ %	61,9%	38,1%	59,7%	40,3%	60,9%	39,1%
davon Mitarbeitende	**103**		**105**		**111**	
Absolut	71	32	69	36	74	37
Relativ %	68,9%	31,1%	65,7%	34,3%	66,7%	33,3%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	72.504 €	69.617 €	74.896 €	74.119 €	74.987 €	74.295 €
davon Führungskräfte	**44**		**39**		**40**	
Absolut	20	24	17	22	18	22
Relativ %	45,5%	54,5%	43,6%	56,4%	45,0%	55,0%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	80.430 €	82.323 €	85.921 €	85.898 €	88.587 €	87.935 €

* Stichtag 30.06. des entsprechenden Jahres
** Planmäßige Beschäftigte

Das durchschnittliche Jahresgehalt wurde zugrunde gelegt. Die Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende (in zwei Summenbeträgen) wurde vorgenommen.

Das für das durchschnittliche Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt 2022 je Vollzeitäquivalent ermittelte geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen beträgt für die planmäßigen Beschäftigten (ohne Auszubildende):

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Weibliche Mitarbeitende	Männliche Mitarbeitende
6.248,92 €	6.191,25 €

Weibliche Führungskraft	Männliche Führungskraft
7.382,25 €	7.327,92 €

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen. Diese Unterschiede treten zumeist zu Gunsten von Männern auf.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105 (neu)	**016**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**		

Insbesondere Gebühren im Zusammenhang mit der Akteneinsicht nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz

11133	**011**	**Sonstige Entgelte**	**500.000**	**450.000**	**500.000**	**415.397,21**

Entgelte für die Eintragung in das Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für öffentliche Aufträge (ULV) - VOB und VOL – und deren Verlängerung (vgl. Erläuterung zu Titel 42831).

Die Einnahmen sind geschätzt, weil die Anzahl der eingetragenen Unternehmen variiert.

11934	**016**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**5.000**	**367,10**

Rückzahlungen überzahlter Beträge (z.B. bei abgerechneten Baumaßnahmen)

11979	**016**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere für Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Sachen

26109	**016**	**Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln**	**7.000.000**	**10.000.000**	**5.000.000**	**2.694.073,77**

Ersatz der in vergangenen Haushaltsjahren aus dem Titel 54040 verausgabten Bauvorbereitungsmittel für Baumaßnahmen im Bereich Hochbau, für die im laufenden Haushaltsjahr erstmalig Baumittel bereitstehen.

28107	**011**	**Ersatz von Personalausgaben**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
33121	**195**	**Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen** Siehe Maßnahmegruppe 08				
34201	**016**	**Zuschüsse für Investitionen**			**5.400.000**	**15.529.900,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 08		**Hochbaumaßnahmen der SV für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**				
33121	**195**	**Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen**	**10.000.000**	**10.000.000**	**10.000.000**	**2.133.760,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 70122.

Auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung vom 8. Juni 2015 beteiligt sich der Bund an den Gesamtkosten zur Sanierung und Erweiterung des Bauhaus-Archivs / Museum für Gestaltung mit bis zu 43.380.000 € (vgl. auch Erläuterung zu Titel 70122). Die Jahrestranchen der Einnahmen aus Bundesmitteln sollen die Hälfte der im Jahr zuvor bei Titel 70122 geleisteten Ausgaben betragen. Auf der Grundlage der bei Titel 70122 gebildeten Ansätze und Folgeraten werden folgende Einnahmen erwartet:

bis 2022	9.633.000 €
2023	10.000.000 €
2024	10.000.000 €
2025	10.000.000 €
2026	3.000.000 €
2027	747.000 €
ab 2028	0 €
	43.380.000 €

Summe Maßnahmegruppe 08	**10.000.000**	**10.000.000**	**10.000.000**	**2.133.760,00**
Gesamteinnahmen	**17.503.000**	**20.453.000**	**20.907.000**	**20.773.498,08**
Prozentuale Veränderung	**-16,3 %**	**16,9 %**		

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.512.000**	**2.613.000**	**2.663.000**	**2.380.649,09**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**9.123.000**	**9.487.000**	**9.133.000**	**8.685.478,12**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42831	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung / Zweckbindung / Ausgleichsabgabe)**	**416.000**	**433.000**	**480.000**	**376.622,50**

Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen beim Titel 11133 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich und tatsächlich gesichert ist.

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**85.000**	**87.500**	**87.800**	**80.138,61**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**12.689,32**

Ausgaben für allgemeinen Bürobedarf

51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**5.000**	**5.000**	**25.000**	**39.278,55**

Ersatz und Ergänzung der Büromöbel und -maschinen, Wartungs- und Reparaturkosten, Unterhaltung, Beschaffung und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten und Ersatzteilen.

Weniger, weil die bisherige dezentrale Büromöbelbeschaffung ab dem Haushaltsjahr zentral im Kapitel 1200 veranschlagt ist.

51710	**016**	**Mobile und sonstige behelfsmäßige Unterkünfte**	**300.000**	**150.000**	**300.000**	**5.774,89**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	150.000	0	0

Für die zentrale Vorhaltung von mobilen und sonstigen Bauleitungsunterkünften sind jeweils für 2024 und 2025 vorgesehen:

1. Strom (2023: 45.000 €)	5.000 €
2. Reinigung sowie Schnee- und Eisbeseitigung (2023: 30.000 €)	30.000 €
3. Müllabfuhr und Straßenreinigung (2023: 10.000 €)	10.000 €
4. Be- und Entwässerung (2023: 15.000 €)	15.000 €
5. Bauliche Unterhaltung der Bauleitungsunterkünfte und Rückbauverpflichtungen (2023: 240.000 €)	240.000 €
	300.000 €

51801	**016**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Mieten für Baubüros, Büroräume und Container für Bauleitungszwecke

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51900	**016**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**5.500.000**	**5.500.000**	**5.500.000**	**4.253.788,80**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**5.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**5.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	5.500.000	0	0

Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Hauptverwaltung **mit Ausnahme** der Kapitel

0100 – Abgeordnetenhaus –
0511 – Olympiapark Berlin –
0512 – Sportforum Berlin –
0391 – Sekretariat der Kultusministerkonferenz –
1169 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Deutsche Dienststelle (WASt) –
1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Politisch-Administrativer Bereich und Service -
2000 – Rechnungshof –

sowie der in das Portfolio ‚Sonderimmobilien des Landes Berlin' (SILB) übertragenen und durch die Berliner Immobilien Management GmbH (BIM) verwalteten Liegenschaften und Objekte der Hauptverwaltung

Die Ausgaben werden eingesetzt zur Ausfinanzierung begonnener Maßnahmen, für Maßnahmen zur Beseitigung gravierender Substanzschäden mit der Gefahr von Gesamt-/Teilnutzungsausschlüssen und für Reparaturen und Wartungsarbeiten sowie für sonstige erforderliche kleinere Instandsetzungsmaßnahmen einschließlich der Beauftragung freischaffender Architekten und Ingenieure.

Die Ausgaben für denkmalpflegerische Restaurierungsarbeiten an landeseigenen Gebäuden und Denkmalen, die wegen ihrer Bedeutung oder Eigenart von der Hauptverwaltung durchgeführt werden sollen, werden beim Titel 52113 nachgewiesen.

52113	**195**	**Unterhaltung der Denkmale**	**650.000**	**650.000**	**750.000**	**574.252,62**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**1.200.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2027	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2028	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**300.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	750.000	0	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich bis zu 650.000 € in Anspruch genommen.

Die Ausgaben sind bestimmt für denkmalpflegerische Restaurierungsarbeiten an landeseigenen Gebäuden und Denkmalen, die wegen ihrer Bedeutung oder Eigenart von der Hauptverwaltung durchgeführt werden sollen.

Aus den Ansätzen können auch im geringen Maße Betriebskosten finanziert werden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben sollen für folgende Maßnahmen verwendet werden:

Unterhaltungsmaßnahme	2024 €	2025 €
1. Unvorhergesehenes für kurzfristige Maßnahmen an Denkmälern und Skulpturen	5.000	5.000
2. Unterhaltung landeseigener Mauerstücke und Bodenzeugnisse der „Berliner Mauer“	50.000	50.000
3. Restaurierung des Ernst-Thälmann-Denkmals	45.000	0
4. Erstellung von Hausteinkopien für die Marmorskulpturen Bülow und von Scharnhorst	150.000	75.000
5. Einfriedung Städtischer Friedhof Dahlem	150.000	150.000
6. Sanierung Penthesilea-Skulptur an der Levetzowschule	50.000	0
7. Planung Restaurierung Nickelmann-Brunnen am Nollendorfplatz	40.000	0
8. Altes Rathaus Marzahn, Helene-Weigel-Platz 8	0	90.000
9. Charlottenburg Rathaus – Bibliothekssaal	70.000	0
10. Rudolph-Wilde-Park, Terrassenmauer und Treppenanlagen mit Vasen	30.000	100.000
11. Spandau, Verwalterhaus Gutspark	10.000	180.000
12. Dahlem, Dreipfuhlpark Treppenanlage	50.000	0
	650.000	650.000

52501	**016**	**Aus- und Fortbildung**	**45.000**	**45.000**	**45.000**	**24.957,74**

Teilnahme von Dienstkräften an Fortbildungen und baufachlichen Veranstaltungen

52703	**011**	**Dienstreisen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**18.521,45**

Für Dienstreisen sowie für Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts, auch für Vorstellungsreisen

53108	**016**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**682,12**

Betreuung der teilnehmenden Externen im Rahmen von Fachgesprächen aus dienstlichem Anlass

54010	**016**	**Dienstleistungen**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**103.354,07**

Die Ausgaben sind jeweils in 2024 und 2025 vorgesehen für:

1. Beauftragung Dritter zum Erstellen und zur Aktualisierung von Leitfäden und Formularen (ABau)	30.000 €
2. Externe Unterstützung bei Stellenbesetzungsverfahren	10.000 €
3. Unterstützung durch Externe bei der Leistungserfüllung	120.000 €
4. Beauftragung Dritter bei der Auswertung von VgV-Verfahren	20.000 €
5. Aktenarchivierung	10.000 €
6. Aufarbeitung von Unterlagen für Rechtsstreitigkeiten	10.000 €
	200.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54040	**016**	**Bauvorbereitungsmittel**	**20.000.000**	**20.000.000**	**10.600.000**	**16.135.776,59**
		Verpflichtungsermächtigung	**12.000.000**	**18.000.000**		
		Davon fällig 2025	**12.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**12.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**6.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels 54040 sind gegenüber den Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 7 und der Ogr. 89 der Kapitel 1250 und 2712 deckungsberechtigt; die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels 54040 der Kapitel 1250 und 2712 sind untereinander deckungsfähig; die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	10.000.000	5.000.000	0

Ausgaben zur Vorbereitung von Baumaßnahmen, für die Bauplanungsunterlagen aufgestellt werden dürfen und für die Baumittel im laufenden Haushaltsjahr nicht bereitstehen. Aus dem Titel können auch Ausgaben zur Erstellung der Bedarfsprogramme geleistet werden.

Zu den vorbereitenden Maßnahmen gehören insbesondere

- die Heranziehung freischaffender Architekten und Ingenieure,
- die Durchführung von Wettbewerben,
- die Durchführung von Baugrunduntersuchungen,
- die Zahlung von Räumungsentschädigungen sowie
- der Erwerb und die Abräumung von Grundstücken

u. a. für den Umbau des Flughafenterminals A für den Campus Tegel der Berliner Hochschule für Technik, die vorgezogenen Maßnahmen und den Neubau der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie (BFRA) auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel, den Erweiterungsbau der Sicherungsverwahrung der JVA Tegel und die Sanierung und Grundinstandsetzung der Komischen Oper Berlin sowie für Maßnahmen der Polizei Berlin, der Berliner Feuerwehr, der Berliner Forsten und des Botanischen Gartens

Die für die einzelnen Baumaßnahmen tatsächlich verauslagten Bauvorbereitungsmittel sind aus den entsprechenden Baumittelansätzen an den Titel 26109 zu erstatten, sobald die Baumittel verfügbar sind.

Veränderungen entsprechend des Bauprogramms

54077 (neu)	**016**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

Abführung von Umsatzsteuer aufgrund der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (Einführung des § 2b UStG)

54079	**016**	**Verschiedene Ausgaben**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**957,98**

Insbesondere für die Ergänzung und Instandsetzung der Dienst- und Schutzkleidung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bauleitungen, für die Ergänzung von Hausapotheken und Erste-Hilfe-Stellen, für die Inanspruchnahme von Fahrdienstleistungen sowie für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten für Auswahlverfahren und amtliche Bekanntmachungen

67101	**016**	**Ersatz von Ausgaben**	**24.000**	**24.000**	**21.500**	**17.071,74**

Ersatz von Personalausgaben für die Inanspruchnahme von Serviceleistungen der BVG

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68579	**016**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**642,60**

Mitgliedsbeiträge an

1. TÜV Rheinland Berlin e.V. (2023: 50 €). ..... 50 €
2. Creditreform Berlin Wolfram KG (2023: 811 €). ..... 811 €

861 €

70100 322 Sanierung und Modernisierung des Olympiaparks
Siehe Maßnahmegruppe 05

70105 (neu) 181 Komische Oper, Sanierung und Grundinstandsetzung
Siehe Maßnahmegruppe 08

70106 195 Sanierung Gedenkstätte Hohenschönhausen
Siehe Maßnahmegruppe 08

70108 181 Sanierung und Grundinstandsetzung Staatsoper
Siehe Maßnahmegruppe 08

70113 133 FU, Forschungsneubau, Tiermedizinisches Zentrum für Resistenzforschung, Robert-von-Ostertag-Straße
Siehe Maßnahmegruppe 09

70115 133 FU, Grundsanierung des Instituts für Chemie, 1. Bauabschnitt
Siehe Maßnahmegruppe 09

70116 133 HfS, Bauliche Maßnahmen für die Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" Berlin
Siehe Maßnahmegruppe 09

70118 133 FU, Forschungsneubau, Forschung an Biogrenzflächen, auf dem Gelände Takustr.
Siehe Maßnahmegruppe 09

70119 133 FU, Neubau Institutsgebäude für Lebensmittelsicherheit und -hygiene
Siehe Maßnahmegruppe 09

70120 133 FU, Grundsanierung des Instituts für Chemie, 2. Bauabschnitt
Siehe Maßnahmegruppe 09

70121 183 Neubau der Akademie der Künste am Pariser Platz
Siehe Maßnahmegruppe 08

70122 183 Bauhausarchiv, Erweiterungsbau sowie Sanierung und Funktionsanpassung Bestandsgebäude
Siehe Maßnahmegruppe 08

70123 181 Deutsches Theater, Errichtung eines Probebühnenzentrums, 2. BA Neubau
Siehe Maßnahmegruppe 08

70127 044 Neubau Feuerwache Pankow
Siehe Maßnahmegruppe 05

70128 056 Neubau einer Anstalt des geschlossenen Männervollzuges
Siehe Maßnahmegruppe 06

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70140	**181**	**Sanierung und Grundinstandsetzung des Theaters an der Parkaue, 1. Bauabschnitt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				
70141	**322**	**Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, - 1. Bauabschnitt - (Abriss oder Teilabriss des alten Stadions und Herrichtung von Sportanlagen)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70143	**322**	**Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung - 2. Bauabschnitt - (Neubau oder Umbau des Stadions)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70160	**042**	**Polizei und Feuerwehr; Neubau einer Kooperativen Leitstelle auf dem Gelände Gallwitzallee; Feuerwehrleitstelle Nikolaus- Groß-Weg, Errichtung eines Erweiterungsbaus und Sanierung des Bestandsgebäudes**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70166	**044**	**Berliner Feuerwehr, Errichtung einer Fahrzeughalle auf dem Gelände der Freiwilligen Feuerwehr Staaken**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70167	**044**	**Neubau Rettungswache und Freiwillige Feuerwehr Altglienicke**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70169	**044**	**Neubau Berufsfeuerwache Hohenschönhausen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70176	**056**	**JVA Tegel, Teilanstalt I, Schaffung verfassungsgemäßer und rechtskonformer Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Männervollzug, 1. Bauabschnitt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 06				
70177 (neu)	**056**	**JVA Tegel, Teilanstalt I, Schaffung verfassungsgemäßer und rechtskonformer Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Männervollzug, 2. Bauabschnitt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 06				
70178	**056**	**JVA Plötzensee, Schaffung einer unmittelbaren baulichen Verbindung zwischen den Liegenschaften JVA Charlottenburg und JVA Plötzensee**				
		Siehe Maßnahmegruppe 06				
70181	**195**	**Errichtung eines Besucherzentrums "Archäologisches Haus am Petriplatz"**				
		Siehe Maßnahmegruppe 12				
70182	**235**	**Modulare Gebäude zur Unterbringung von Asylbegehrenden**				
		Siehe Maßnahmegruppe 11				

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70184	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Masterplan, 1. Bauabschnitt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				
70185	**181**	**Sanierung und Grundinstandsetzung des Theaters an der Parkaue, 2. Bauabschnitt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				
70187	**181**	**Sanierung und Grundinstandsetzung des Theaters an der Parkaue, 3. Bauabschnitt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				
70233	**133**	**TU, Forschungsneubau, Simulation Mathematik (IMoS), auf dem Gelände Fasanenstr. 80-84**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70234	**133**	**TU, Neubau Mathematikgebäude**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70401	**133**	**HU, Umbau des Gebäudes Invalidenstraße 110 für die Philologischen Institute und die Zentraleinrichtung Sprachenzentrum**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70403 (neu)	**133**	**HU, Forschungsneubau "Optobiologie", Hannoversche Str. 22-26**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70408	**133**	**HU, Umbau und Erweiterung für Forschungsbau Hybridsysteme**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70414	**133**	**Neubau eines Forschungs- und Laborgebäudes für Lebenswissenschaften (HU)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70415	**133**	**HU, Grundinstandsetzung des Hauptgebäudes am Standort Unter den Linden 6, 1. Bauabschnitt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70416	**133**	**HU, Umbau und Erweiterung der Mensa Süd**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70420	**133**	**HU, Sanierung und Umbau Haus 20, Philippstraße, Theoretische Biologie**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70508	**322**	**Sportforum Berlin, Neubau einer Typensporthalle als Ersatzbau für eine Traglufthalle**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70509	**322**	**Sportanlage Paul-Heyse-Straße, Neubau einer Typensporthalle**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70510	**322**	**Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung - 3. Bauabschnitt - (Ertüchtigung des übrigen Geländes)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70516 (neu)	**322**	**Olympiapark, Waldbühne, Sanierung der Treppenanlagen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70517 (neu)	**322**	**Olympiapark, Errichtung von Dauerausstellungsflächen für das Sportmuseum Berlin**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70518 (neu)	**322**	**Olympiapark, Neubau eines Betriebshofes, 1. Bauabschnitt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70519 (neu)	**322**	**Olympiapark, Abdichtung des nördlichen, südlichen und westlichen Gebäudeteils der Maifeldtribüne**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70520 (neu)	**322**	**Olympiapark, Neubau einer Typensporthalle, 2. Bauabschnitt**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
70700	**133**	**BHT, Asbestsanierung des Hauses Bauwesen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
70701	**133**	**BHT, Neubau eines Laborgebäudes am Campus Mitte, WAL (Wedding advanced Laboratories)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
71001	**127**	**04B05, Anna-Freud-Schule - OSZ Sozialwesen, 1. BA, Abriss und Leitungsumverlegung; 13627, Halemweg 24**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71002	**127**	**04B03, OSZ KfZ-Technik; Neubau Elektromobilität; 10585, Gierkeplatz 1-3**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71003	**127**	**03B06,Konrad-Zuse-Schule; Neu- und Ausbau Werkstatttrakt; 13156,Hermann-Hesse-Str. 34-37**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71005	**127**	**04B05, Anna-Freud-Schule - OSZ Sozialwesen: 2. Bauabschnitt (Neubau); 13627, Halemweg 24**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71012	**127**	**08B02, Lise-Meitner-Schule - OSZ Chemie/Physik/Biologie: Neubau; 12351, Lipschitzallee**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71013	**127**	**03B10, Max-Bill-Schule - OSZ Planen, Bauen, Gestalten: 1. Bauabschnitt Grundsanierung und Umbau; 10439, Driesener Str. 22**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71304	**114**	**04A08, Poelchau-Oberschule - Sportschule im Olympiapark; Umbau und Sanierung des Hauses des Deutschen Sports; 14053, Prinz-Friedrich-Karl-Weg**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71305	**114**	**11A07, Werner-Seelenbinder-Schule: Neubau einer Sporthalle sowie Um- und Erweiterungsbau zu einem Schul- und Leistungssportzentrum; 13053, Fritz-Lesch-Str. 35**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71400	**322**	**Sportforum Berlin, Dachsanierung und Standsicherheit Trainingshallenkomplex**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
71402 (neu)	**044**	**Berliner Feuerwehr, Neubau Berliner Feuerwehr- und Rettungsakademie (BFRA) - Abriss und Schadstoffsanierung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 05				
71404	**422**	**BHT, TXL, Vorgezogene Maßnahmen (Rückbau und Schadstoffbeseitigung)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 12				
71430 (neu)	**181**	**Sanierung und Grundinstandsetzung Komische Oper, vorgezogene Maßnahmen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				
71431	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Dachinstandsetzung inklusive Ertüchtigung der Wärmedämmung sowie Gefahrstoffsanierung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				
71432	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Erneuerung Drehscheibenwagen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				
71433	**133**	**BHT, Innensanierung Haus Bauwesen**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
71434	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Sanierung Orchestergraben mit Orchesterhubpodien und Erneuerung Lastenaufzug**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				
71446	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Strangsanierung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				
71448 (neu)	**133**	**HfM, Ertüchtigung Fundamente und Sanierung der Fassade, Schlossplatz 7**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
71449	**133**	**TU, Fassadenerneuerung des Gebäudes Technische Chemie**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
71461	**322**	**FEZ, Sanierung des Daches der Schwimm- und Sporthalle einschließlich der Regenwasserleitungen im Gebäude**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71462	**731**	**Jagdschloss Glienicke, Sanierung der Ufermauer einschließlich Erneuerung der angrenzenden Uferbefestigung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71464	**266**	**Jagdschloss Glienicke, Sanierung des Gebäudes Marstall (Fassade und Dach)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71465	**266**	**Jagdschloss Glienicke, Sanierung des Kavaliersgebäudes (Fassade und Dach)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71466	**266**	**Jagdschloss Glienicke, Grundinstandsetzung des Wohnhauses, des Garagengebäudes mit Trafostation, des Kurfürstentores mit dem Pavillon und der Einfriedungsmauer**				
		Siehe Maßnahmegruppe 10				
71479	**184**	**Botanischer Garten, Grundsanierung des Mittelmeerhauses**				
		Siehe Maßnahmegruppe 09				
89375	**199**	**Zuschuss an jüdische Einrichtungen für investive Zwecke**				
		Siehe Maßnahmegruppe 08				

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 05		**Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport**				
70100	**322**	**Sanierung und Modernisierung des Olympiaparks**	**—**	**—**	**6.000.000**	**8.382.349,79**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	6.000.000	2.000.000	0

Die Sanierung und Modernisierung des Olympiaparks Berlin (ohne Olympiastadion), die bislang im Sammeltitel 70100 veranschlagt war, wird projektbezogen bei folgenden Titeln weitergeführt:

Maßnahme	Veranschlagung bis 2022/2023	Veranschlagung ab 2024/2025
Waldbühne, Sanierung der Treppenanlagen	Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 104	Kapitel 1250, Titel 70516
Errichtung von Dauerausstellungsflächen für das Sportmuseum Berlin	Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 105	Kapitel 1250, Titel 70517
Neubau eines Betriebshofes, 1. Bauabschnitt	Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 108	Kapitel 1250, Titel 70518
Abdichtung des nördlichen, südlichen und westlichen Gebäudeteils der Maifeldtribüne	Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 110	Kapitel 1250, Titel 70519
Neubau einer Typensporthalle, 2. Bauabschnitt	Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 112	Kapitel 1250, Titel 70520

70127	**044**	**Neubau Feuerwache Pankow**	**150.000**	**50.000**	**160.000**	**80.971,33**
		Verpflichtungsermächtigung	**50.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	6.000	0	0

Die Baumaßnahme soll für die ausstehenden Leistungen des Straßenbaus weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 3. Juni 2011 über 6.600.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	6.212.000 €
2023	160.000 €
2024	150.000 €
2025	50.000 €
2026	1.000 €
2027	1.000 €
ab 2028	26.000 €
	6.600.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	
70141	**322**	**Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, - 1. Bauabschnitt - (Abriss oder Teilabriss des alten Stadions und Herrichtung von Sportanlagen)**	**5.000.000**	**3.950.000**	**2.000.000**	**2.084.608,30**	
		Verpflichtungsermächtigung	**3.984.000**	**34.000**			
		Davon fällig 2025	**3.950.000**				
		Davon fällig 2026	**34.000**	**34.000**			

Der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark ist eine Sport- und Veranstaltungsstätte von regionaler, überregionaler und internationaler Bedeutung. Für den gesamten Sportpark wurde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ein Nutzungs- und Entwicklungskonzept erstellt. Ziel der Sanierung und Modernisierung des Sportparks ist eine langfristige Entwicklung des Gesamtgeländes zu einer inklusiven Sportanlage. Hierzu gehören der Neubau des großen Stadions und die Errichtung weiterer gedeckter und ungedeckter Sportanlagen sowie die Schaffung von Büro- und Parkflächen.

Das große Stadion entspricht nicht den aktuellen Bauvorschriften und weist Mängel in Bezug auf Sicherheitsanforderungen und Funktionalität auf. Im Rahmen des 1. Bauabschnitts erfolgt der Abriss oder Teilabriss des alten Stadions sowie die Herrichtung von Sportanlagen zwecks temporärer Mitnutzung als Ausweichsportstätte. Im Anschluss an den 1. Bauabschnitt wird im 2. Bauabschnitt der Neubau errichtet oder es erfolgt der Umbau des Stadions. Die Gesamtkosten für den 2. Bauabschnitt betragen voraussichtlich 97.000.000 € (vgl. Titel 70143). Im 3. Bauabschnitt wird das übrige Gelände ertüchtigt. Die Gesamtkosten für den 3. Bauabschnitt werden auf 119.000.000 € geschätzt.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 4. September 2019 liegt vor.

Die Gesamtkosten für den 1. Bauabschnitt werden auf 14.000.000 € geschätzt.

Für die Herrichtung von Sportanlagen zwecks temporärer Mitnutzung als Ausweichsportstätten liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12. Februar 2021 in Höhe von 2.225.000 € und vom 15. März 2021 in Höhe von 1.054.000 € sowie für die Schadstoffsanierung des Tribünengebäudes vom 26. Oktober 2022 über 884.000 € vor.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für den Abriss des alten Stadions sind im Hinblick auf die erheblichen baulichen Mängel nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Bauplanungsunterlagen werden auf der Grundlage der Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs bedarfsgerecht erstellt.

Finanzierung:

bis 2022	3.016.000 €
2023	2.000.000 €
2024	5.000.000 €
2025	3.950.000 €
2026	34.000 €
ab 2027	0 €
	14.000.000 €

Die Ermittlung von baupreisindexbedingten Gesamtkosten ist aufgrund des noch nicht feststehenden Fertigstellungstermins nicht möglich.

70143	**322**	**Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung - 2. Bauabschnitt - (Neubau oder Umbau des Stadions)**	**1.000.000**	**20.000.000**	**1.000.000**		**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.					
		Verpflichtungsermächtigung	**95.000.000**	**75.000.000**			
		Davon fällig 2025	**20.000.000**				
		Davon fällig 2026	**43.000.000**	**43.000.000**			
		Davon fällig 2027	**30.000.000**	**30.000.000**			
		Davon fällig 2028	**2.000.000**	**2.000.000**			

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023*)	10.000.000	5.000.000	5.000.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 bis 2026 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark ist eine Sport- und Veranstaltungsstätte von regionaler, überregionaler und internationaler Bedeutung. Für den gesamten Sportpark wurde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ein Nutzungs- und Entwicklungskonzept erstellt. Ziel der Sanierung und Modernisierung des Sportparks ist eine langfristige Entwicklung des Gesamtgeländes zu einer inklusiven Sportanlage. Hierzu gehören der Neubau oder Umbau des großen Stadions und die Errichtung weiterer gedeckter und ungedeckter Sportanlagen sowie die Schaffung von Büro- und Parkflächen.

Das große Stadion entspricht nicht den aktuellen Bauvorschriften und weist Mängel in Bezug auf Sicherheitsanforderungen und Funktionalität auf. Im Rahmen des 1. Bauabschnitts erfolgt der Abriss oder Teilabriss des alten Stadions sowie die Herrichtung von Sportanlagen zwecks temporärer Mitnutzung als Ausweichsportstätte mit geschätzten Gesamtkosten von 14.000.000 € (vgl. Titel 70141). Im Anschluss an den 1. Bauabschnitt wird im 2. Bauabschnitt der Neubau des Stadions errichtet oder es erfolgt der Umbau des Stadions. Im 3. Bauabschnitt wird das übrige Gelände ertüchtigt. Die Gesamtkosten für den 3. Bauabschnitt werden auf 119.000.000 € geschätzt (vgl. Titel 70510).

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 2. Mai 2019 liegt vor.

Die Gesamtkosten für den 2. Bauabschnitt werden auf 97.000.000 € geschätzt.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für den Stadionneubau sind im Hinblick auf die dringend erforderlichen sportlichen und inklusiven Bedarfe nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Bauplanungsunterlagen werden auf Grundlage der Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs bedarfsgerecht erstellt.

Finanzierung:

bis 2022	0 €
2023	1.000.000 €
2024	1.000.000 €
2025	20.000.000 €
2026	43.000.000 €
2027	30.000.000 €
ab 2028	2.000.000 €
	97.000.000 €

Die Ermittlung von baupreisindexbedingten Gesamtkosten ist aufgrund des noch nicht feststehenden Fertigstellungstermins nicht möglich.

70160	**042**	**Polizei und Feuerwehr; Neubau einer Kooperativen Leitstelle auf dem Gelände Gallwitzallee; Feuerwehrleitstelle Nikolaus- Groß-Weg, Errichtung eines Erweiterungsbaus und Sanierung des Bestandsgebäudes**	**35.000.000**	**45.000.000**	**25.000.000**	**14.505.580,68**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 80.000.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**125.500.000**	**91.500.000**
	Davon fällig 2025	**35.000.000**	
	Davon fällig 2026	**45.000.000**	**45.000.000**
	Davon fällig 2027	**22.000.000**	**22.000.000**
	Davon fällig 2028	**22.000.000**	**22.000.000**
	Davon fällig 2029	**1.500.000**	**1.500.000**
	Davon fällig 2030		**1.000.000**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen *)	20.000.000 €	45.000.000 €	0 €
VE Plan 2023*)	25.000.000 €	45.000.000 €	32.000.000 €

*) Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen wird im Rahmen der Haushaltswirtschaft gesteuert.

Errichtung eines Neubaus für die Leitstelle der Polizei auf dem Gelände Gallwitzallee sowie Sanierung der Feuerwehrleitstelle auf dem Gelände am Nikolaus-Groß-Weg einschließlich Realisierung eines Einsatzleitsystems für die kooperative Leitstelle.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 13. April 2022 über 297.422.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	38.177.000 €
2023	25.000.000 €
2024	35.000.000 €
2025	45.000.000 €
2026	45.000.000 €
2027	22.000.000 €
ab 2028	87.245.000 €
	297.422.000 €

Die Fertigstellung ist für 2029 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 441.970.000 € betragen.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten betragen nach Fertigstellung der Maßnahme voraussichtlich 10.722.000 € bei einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren.

70166	**044**	**Berliner Feuerwehr, Errichtung einer Fahrzeughalle auf dem Gelände der Freiwilligen Feuerwehr Staaken**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
70167	**044**	**Neubau Rettungswache und Freiwillige Feuerwehr Altglienicke**	**2.500.000**	**2.000.000**	**2.200.000**	**616.798,85**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.900.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2025	**1.900.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**50.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**50.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	500.000	10.000	12.000

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 6. September 2019 über 8.379.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	1.574.000 €
2023	2.200.000 €
2024	2.500.000 €
2025	2.000.000 €
2026	50.000 €
2027	50.000 €
ab 2028	5.000 €
	8.379.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70169	**044**	**Neubau Berufsfeuerwache Hohenschönhausen**	**3.500.000**	**2.500.000**	**5.000.000**	**2.071.107,89**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.500.000**	**30.000**		
		Davon fällig 2025	**2.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**10.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**20.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	763.000	0	0
VE Plan 2023 *)	3.000.000	0	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten 2024 werden voraussichtlich bis zu 2.700.000 € in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 27. Mai 2020 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 22. März 2023 über insgesamt 19.210.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	3.770.000 €
2023 *)	6.000.000 €
2024	3.500.000 €
2025	2.500.000 €
2026	10.000 €
2027	20.000 €
ab 2028	3.410.000 €
	19.210.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 5.000.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit voraussichtlich um 1.000.000 € auf 6.000.000 € verstärkt.

70508	**322**	**Sportforum Berlin, Neubau einer Typensporthalle als Ersatzbau für eine Traglufthalle**	**—**	**1.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**10.499.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**8.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.499.000**		

Die Sportanlage Traglufthalle im Sportforum Berlin wird durch den Schul- und Vereinssport sowie durch den Leistungssport intensiv genutzt und ist durch eine Typensporthalle (TSH – kompakt) zu ersetzen, um die bedarfsgerechte Versorgung für den Trainings- und Wettkampfbetrieb zu erfüllen.

Für die Typensporthalle mit Dreifachteilung mit Galerie für 60 Personen (TSH – kompakt) liegen geprüfte erweiterte Vorplanungsunterlagen (EVU) vom 20. Dezember 2019 vor. Standortspezifische Bauplanungsunterlagen werden aufgestellt.

Die Gesamtkosten werden auf 10.500.000 € geschätzt.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	1.000 €
2026	8.000.000 €
2027	2.499.000 €
ab 2028	0 €
	10.500.000 €

Die Fertigstellung ist für 2027 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 17.304.000 € betragen.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten betragen nach Fertigstellung der Maßnahme voraussichtlich 83.100 € bei einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70509	**322**	**Sportanlage Paul-Heyse-Straße, Neubau einer Typensporthalle**	**—**	**1.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**10.499.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**8.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.499.000**		

Das Standortkonzept des Sportkomplexes Berlin (PHS) als zentral verwaltete Sportanlage sieht die Errichtung einer gedeckten Sportanlage für den Trainings- und Wettkampfbetrieb vor, um die bedarfsgerechte Versorgung zu erfüllen.

Für die Typensporthalle mit Dreifachteilung mit Galerie für 60 Personen (TSH – kompakt) liegen geprüfte erweiterte Vorplanungsunterlagen (EVU) vom 20. Dezember 2019 vor. Standortspezifische Bauplanungsunterlagen werden aufgestellt.

Die Gesamtkosten werden auf 10.500.000 € geschätzt.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	1.000 €
2026	8.000.000 €
2027	2.499.000 €
ab 2028	0 €
	10.500.000 €

Die Fertigstellung ist für 2027 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 17.304.000 € betragen.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten betragen nach Fertigstellung der Maßnahme voraussichtlich 83.100 € bei einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren.

70510	**322**	**Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung - 3. Bauabschnitt - (Ertüchtigung des übrigen Geländes)**	**—**	**—**	**100.000**	**—**
70516 (neu)	**322**	**Olympiapark, Waldbühne, Sanierung der Treppenanlagen**	**500.000**	**500.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000**		

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26. Mai 2011 liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	341.000 €
2023	150.000 €
2024	500.000 €
2025	500.000 €
2026	100.000 €
2027	9.000 €
ab 2028	0 €
	1.600.000 €

Die Baumaßnahme wurde bislang bei Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 104 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70517 (neu)	**322**	**Olympiapark, Errichtung von Dauerausstellungsflächen für das Sportmuseum Berlin**	**3.000.000**	**2.800.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**2.800.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**2.800.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**100.000**		

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 17. Dezember 2014 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 8. April 2021 / 11. Mai 2022 über 12.414.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	4.304.000 €
2023	2.000.000 €
2024	3.000.000 €
2025	2.800.000 €
2026	200.000 €
2027	100.000 €
ab 2028	10.000 €
	12.414.000 €

An den Ausgaben für das Sportmuseum beteiligt sich die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) mit rd. 1.820.000 € an den Gesamtkosten. Die Einnahme erfolgt entsprechend dem Baufortschritt bei Kapitel 1250, Titel 34201. Darüber hinaus wurde die Maßnahme bis 2015 von der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit 300.000 € gefördert (Titel 34697).

Die Baumaßnahme wurde bislang bei Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 105 nachgewiesen.

70518 (neu)	**322**	**Olympiapark, Neubau eines Betriebshofes, 1. Bauabschnitt**	**40.000**	**10.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**10.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**10.000**			

Die Baumaßnahme ist beendet.

Zur Finanzierung des im Rahmens der Objektbetreuung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen sind Mittel in Folgejahren erforderlich.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 11. März 2015 über 4.500.000 € liegen vor.

Durch Einsparungen in der Baudurchführung verringern sich die Gesamtkosten voraussichtlich um 230.000 € auf 4.270.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	4.183.000 €
2023	36.000 €
2024	40.000 €
2025	10.000 €
2026	0 €
2027	0 €
ab 2028	1.000 €
	4.270.000 €

Die Baumaßnahme wurde bislang bei Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 108 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70519 (neu)	**322**	**Olympiapark, Abdichtung des nördlichen, südlichen und westlichen Gebäudeteils der Maifeldtribüne**	**6.500.000**	**5.800.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**5.800.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**5.800.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 21.Oktober 2016 und ergänzende Unterlagen vom 5. April 2017 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 8. April 2021/ 11. Mai 2022 über insgesamt 27.486.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	10.831.000 €
2023	3.000.000 €
2024	6.500.000 €
2025	5.800.000 €
2026	1.000.000 €
2027	250.000 €
ab 2028	105.000 €
	27.486.000 €

Die Baumaßnahme wurde bislang bei Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 110 nachgewiesen.

70520 (neu)	**322**	**Olympiapark, Neubau einer Typensporthalle, 2. Bauabschnitt**	**2.000.000**	**700.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**700.000**	**9.000**		
		Davon fällig 2025	**700.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**4.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**4.000**		

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Die Baumaßnahme wurde zunächst vollständig im SIWA, Titel 70098, finanziert.
Aufgrund von Mehrkosten wurde die Baumaßnahme in zwei Bauabschnitte aufgeteilt. Der 1. Bauabschnitt wird weiterhin im SIWA, Titel 70098, der 2. Bauabschnitt im Kapitel 1250, Titel 70520 finanziert.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 10. April 2019 sowie vom 12. Juli 2022 über insgesamt 7.485.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	3.276.000 €
2023 *)	1.500.000 €
2024	2.000.000 €
2025	700.000 €
2026	4.000 €
2027	1.000 €
ab 2028	4.000 €
	7.485.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 814.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit um 686.000 € auf 1.500.000 € verstärkt.

Die Baumaßnahme wurde bislang bei Kapitel 1250, Titel 70100, Unterkonto 112 nachgewiesen.

71400	**322**	**Sportforum Berlin, Dachsanierung und Standsicherheit Trainingshallenkomplex**	**—**	**—**	**—**	**19.141,60**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71402 (neu)	**044**	**Berliner Feuerwehr, Neubau Berliner Feuerwehr- und Rettungsakademie (BFRA) - Abriss und Schadstoffsanierung**		**1.000.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**14.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**9.000.000**		

Die der Berliner Feuerwehr- und Rettungsakademie (BFRA) derzeitig zur Verfügung stehenden Flächen sind weder ausreichend noch in einem zeitgemäßen Zustand. Die BFRA soll daher auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel einen neuen Standort erhalten.
Die Bestandserfassung und -bewertung, der Rückbau eines Bürogebäudes und der technischen Anlagen sowie die Schadstoffsanierung sollen als vorgezogene Maßnahme zügig in Angriff genommen werden, um die Voraussetzungen für einen möglichst störungsfreien Neubau zu schaffen.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 19. August 2021 liegt vor.

Die Gesamtkosten werden auf 15.000.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen im IV. Quartal 2024 vorliegen werden.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	1.000.000 €
2026	5.000.000 €
2027	9.000.000 €
ab 2028	0 €
	15.000.000 €

Die Ermittlung von baupreisindexbedingten Gesamtkosten ist aufgrund des noch nicht feststehenden Fertigungstermin nicht möglich.

Summe Maßnahmegruppe 05	**59.190.000**	**84.312.000**	**41.461.000**	**27.760.558,44**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 06		**Hochbaumaßnahmen der SV für Justiz und Verbraucherschutz**				
70128	**056**	**Neubau einer Anstalt des geschlossenen Männervollzuges**	**200.000**	**200.000**	**107.000**	**36.722,90**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			

Die Baumaßnahme ist beendet.

Die Ausgaben sind zur Finanzierung des im Rahmen der Objektbetreuung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen erforderlich.

Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen vom 5. November 2008 und 23. April 2009 über insgesamt 117.900.000 € liegen vor.

Durch Einsparungen in der Baudurchführung verringern sich die Gesamtkosten voraussichtlich um 1.330.000 € auf 116.570.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	115.968.000 €
2023	107.000 €
2024	200.000 €
2025	200.000 €
2026	0 €
2027	0 €
ab 2028	95.000 €
	116.570.000 €

70176	**056**	**JVA Tegel, Teilanstalt I, Schaffung verfassungsgemäßer und rechtskonformer Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Männervollzug, 1. Bauabschnitt**	**—**	**—**	**7.000**	**15.775,38**
70177 (neu)	**056**	**JVA Tegel, Teilanstalt I, Schaffung verfassungsgemäßer und rechtskonformer Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Männervollzug, 2. Bauabschnitt**	**—**	**3.000.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**32.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**16.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**16.000.000**		

Die Schaffung verfassungsgemäßer und rechtskonformer Einzelunterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Männervollzug gehört zu den vordringlichen Aufgaben im Berliner Justizvollzug.

Im Rahmen des 1. Bauabschnitts erfolgte die Errichtung einer Sicherheitsmauer für die Abtrennung der Baumaßnahme vom regulären Haftvollzug und der Rückbau der TA I (Titel 70176). Im 2. Bauabschnitt wird der Ersatzbau errichtet.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 28. Juli 2016 über 24.937.000 € liegen vor. Ergänzungsunterlagen sind in Vorbereitung.

Zwischenzeitlich werden die Gesamtkosten auf 36.400.000 € geschätzt.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	3.000.000 €
2026	16.000.000 €
2027	16.000.000 €
ab 2028	1.400.000 €
	36.400.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70178	**056**	**JVA Plötzensee, Schaffung einer unmittelbaren baulichen Verbindung zwischen den Liegenschaften JVA Charlottenburg und JVA Plötzensee**	**70.000**	**35.000**	**50.000**	**492.698,59**
		Verpflichtungsermächtigung	**30.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**30.000**			

Die Fertigstellung ist für 2027 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 47.700.000 € betragen.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten betragen nach Fertigstellung der Maßnahme voraussichtlich 320.300 € bei einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	70.000	30.000	0

Die Baumaßnahme ist beendet.

Die Ausgaben sind zur Finanzierung des im Rahmen der Objektsteuerung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen erforderlich.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 11. Mai 2017 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 24. Mai 2018, vom 24. Februar 2020 und vom 22. Januar 2021 über insgesamt 6.245.000 € liegen vor.

Durch Einsparungen bei der Baudurchführung verringern sich die Gesamtkosten voraussichtlich um 673.000 € auf 5.572.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	5.417.000 €
2023	50.000 €
2024	70.000 €
2025	35.000 €
ab 2026	0 €
	5.572.000 €

Summe Maßnahmegruppe 06	**270.000**	**3.235.000**	**164.000**	**545.196,87**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 08		**Hochbaumaßnahmen der SV für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt**				
70105 (neu)	**181**	**Komische Oper, Sanierung und Grundinstandsetzung**		**10.000.000**		
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**100.000.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**50.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**50.000.000**		

Die Baumaßnahme beinhaltet die Sanierung und Grundinstandsetzung des baulichen, denkmalgeschützten Bestands der Komischen Oper sowie die Errichtung eines ergänzenden Funktionsneubaus entlang der Glinkastraße. Hierdurch können die Funktionsabläufe des gesamten Opernbetriebs verbessert, einzelne Funktionen überhaupt erstmalig vor Ort übernommen und Fremdanmietungen von Probenräumen vermieden werden. Im Funktionsneubau sollen neben der Verwaltung, den Orchester-, Chor- und Szenischen Probesälen auch die Technikzentralen aus dem Altbau untergebracht werden, die durch aktuelle technische Anforderungen nach einer Grundsanierung mehr Platz benötigen.

Es ist vorgesehen, dass nach dem Auszug der Komischen Oper Berlin im Sommer 2023 im Zuge der Bauvorbereitung vertiefte Befunduntersuchungen (Tragwerk, Leitungsnetz, Schadstoffe) und nichtkonstruktive Rückbauten erfolgen, die gesondert veranschlagt werden (vorgezogene Maßnahmen: Titel 71430).

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 19. September 2022 über insgesamt 477.870.000 € liegen vor.

Davon sind 448.891.000 € für die Sanierung der Grundinstandsetzung der Komischen Oper Berlin (Titel 70105) und 28.979.000 € für vorgezogene Maßnahmen (Titel 71430) vorgesehen.

Es wird erwartet, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen im I. Quartal 2025 vorliegen werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den baulichen Zustand sowie der Notwendigkeit der zeitnahen ganzheitlichen Durchführung und zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	10.000.000 €
2026	57.000.000 €
2027	57.000.000 €
ab 2028	324.891.000 €
	448.891.000 €

Die Fertigstellung ist voraussichtlich für 2032 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 847.600.000 € betragen.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten betragen nach Fertigstellung der Maßnahme voraussichtlich 6.500.000 € bei einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren.

70106	**195**	**Sanierung Gedenkstätte Hohenschönhausen**	**10.000**	**10.000**	**900.000**	**174.779,21**
		Verpflichtungsermächtigung	**10.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2025	**10.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**50.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	30.000	35.000	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2025 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen für den 1. Bauabschnitt vom 27. Oktober 2010 über 12.520.000 € und vom 8. Mai 2012 (Interimsunterbringung) über 590.000 € liegen vor. Die Kosten der Interimsunterbringung gehen zu 420.000 € in die Gesamtkosten ein. Die darüber hinaus gehenden 170.000 € werden von der Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen getragen.

Für den 2. Bauabschnitt liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 21. Oktober 2016 über 8.750.000 € vor.

Durch Einsparungen in der Baudurchführung verringern sich die Gesamtkosten voraussichtlich um 1.990.000 € auf 19.700.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	19.159.000 €
2023 *)	470.000 €
2024	10.000 €
2025	10.000 €
2026	50.000 €
2027	0 €
ab 2028	1.000 €
	19.700.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 900.000 € voraussichtlich nur in Höhe von 470.000 € in Anspruch genommen.

70108	**181**	**Sanierung und Grundinstandsetzung Staatsoper**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000**	**838.563,17**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	700.000	800.000	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2025 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme wird abgerechnet.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen (Teil-Bauplanungsunterlagen vom 1. April 2010, 22. Juni 2010, 16. Februar 2011 und 29. August 2011) sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 10. Januar 2013, vom 18. Dezember 2014 und vom 9. Februar 2018 über insgesamt 439.400.000 € liegen vor. Hierin enthalten sind Kosten in Höhe von 3.000.000 € zur Herrichtung des Apollosaals, die vom Verein der Freunde und Förderer der Staatsoper getragen wurden. Der Eingang erfolgte in den Jahren 2011 bis 2012 bei Kapitel 1250, Titel 34293.

Der Bund beteiligt sich entsprechend des Hauptstadtvertrages mit bis zu 200.000.000 € an der Sanierung und Grundinstandsetzung der Staatsoper. Die Einnahme erfolgte bis 2017 bei Kapitel 1250, Titel 33190.

Finanzierung:

bis 2022	430.413.000 €
2023	1.500.000 €
2024	1.500.000 €
2025	1.500.000 €
2026	1.500.000 €
2027	1.500.000 €
ab 2028	1.487.000 €
	439.400.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70121	**183**	**Neubau der Akademie der Künste am Pariser Platz**	**250.000**	**3.000**	**260.000**	**418.480,72**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	1.000	0

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 2. Mai 2012, 24. Juli 2013, 24. Oktober 2014, 15. Dezember 2015, 15. Dezember 2016 und 16. Dezember 2020 über insgesamt 45.396.000 € liegen vor.

Darin enthalten sind die auf Veranlassung der Akademie der Künste (AdK) durchzuführenden Funktionsanpassungen. Die AdK beteiligt sich mit 1.112.000 €. Die Mittel wurden bis 2020 vereinnahmt bei Kapitel 1250, Titel 34201.

Die Gesamtkosten betragen 77.689.000 €, die sich wie folgt zusammensetzen:

1)	Sonderfinanzierung (Angebot des ehemaligen Generalunternehmers zur schlüsselfertigen Errichtung)	38.350.000 €
2)	die Sonderfinanzierung übersteigende Ausgaben, die vom Land Berlin übernommen wurden, um die Fertigstellung des Neubaus bis zum Jahr 2005 finanziell abzusichern	17.669.000 €
3)	Kosten der Mängelbeseitigung an der Klimaanlage (14.569.000 €) sowie Beseitigung diverser Kleinmängel (3.908.000 €) und Funktionsanpassungen (1.282.000 €)	19.759.000 €
		75.778.000 €
nachrichtlich	Ausgaben für Fremdleistungen aus zweckgebundenen Einnahmen: Errichtung einer Baugrube für den Nachbarn sowie Schadensbeseitigungen aus Versicherungsleistungen	1.911.000 €
		77.689.000 €

Folgende Kosten sind Bestandteil der Landesbaumaßnahme:

1)	Leistungen aus Restmitteln der Bank aus der Sonderfinanzierung	7.968.000 €
2)	die Sonderfinanzierung übersteigende Ausgaben, die vom Land Berlin übernommen wurden, um die Fertigstellung des Neubaus bis zum Jahr 2005 finanziell abzusichern	17.669.000 €
3)	Kosten der Mängelbeseitigung an der Klimaanlage (14.569.000 €) sowie Beseitigung diverser Kleinmängel (3.908.000 €) und Funktionsanpassungen (1.282.000 €)	19.759.000 €
		45.396.000 €

Finanzierung:

bis 2022	44.883.000 €
2023	260.000 €
2024	250.000 €
2025	3.000 €
ab 2026	0 €
	45.396.000 €

70122	**183**	**Bauhausarchiv, Erweiterungsbau sowie Sanierung und Funktionsanpassung Bestandsgebäude**	**20.000.000**	**17.000.000**	**20.000.000**	**9.868.879,10**
		Verpflichtungsermächtigung	**14.400.000**	**2.400.000**		
		Davon fällig 2025	**12.000.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2028	**300.000**	**300.000**		

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.357.000	1.360.000	0
VE Plan 2023	13.000.000	3.000.000	400.000

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 24. Mai 2018 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 21. September 2021 über insgesamt 91.000.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	31.509.000 €
2023	20.000.000 €
2024	20.000.000 €
2025	17.000.000 €
2026	2.000.000 €
2027	100.000 €
ab 2028	391.000 €
	91.000.000 €

Der Bund beteiligt sich entsprechend der geschlossenen Vereinbarung mit bis zu 43.380.000 € an den Gesamtkosten der Maßnahme (vgl. Erläuterung zu Titel 33121).

70123	**181**	**Deutsches Theater, Errichtung eines Probebühnenzentrums, 2. BA Neubau**	**202.000**	**80.000**	**110.000**	**192.064,96**
		Verpflichtungsermächtigung	**80.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2025	**80.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**50.000**		

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 20. September 2011 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 16. Februar 2021 über insgesamt 13.600.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	13.096.000 €
2023	110.000 €
2024	202.000 €
2025	80.000 €
2026	58.000 €
2027	50.000 €
ab 2028	4.000 €
	13.600.000 €

70140	**181**	**Sanierung und Grundinstandsetzung des Theaters an der Parkaue, 1. Bauabschnitt**	**150.000**	**150.000**	**200.000**	**7.243,43**
		Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**50.000**		

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 21. August 2012 und 23. April 2013 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 20. Juli 2016 über insgesamt 16.613.000 € liegen vor.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Finanzierung:				
		bis 2022			16.060.000 €	
		2023			200.000 €	
		2024			150.000 €	
		2025			150.000 €	
		2026			50.000 €	
		2027			3.000 €	
		ab 2028			0 €	
					16.613.000 €	
70184	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Masterplan, 1. Bauabschnitt**	**10.400.000**	**12.300.000**	**6.000.000**	**1.495.178,71**
		Verpflichtungsermächtigung	**8.500.000**	**8.200.000**		
		Davon fällig 2025	**4.300.000**			
		Davon fällig 2026	**4.200.000**	**4.200.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**4.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	6.000.000	8.000.000	4.000.000

Die Baumaßnahme beinhaltet die Grundsanierung von Teilbereichen der Oper mit erheblichem Sanierungsstau (Masterplan, Priorität 1).

Die Maßnahmen der Priorität 1 werden in drei Realisierungsabschnitten A bis C durchgeführt. Für jeden Realisierungsabschnitt werden Teil-Bauplanungsunterlagen aufgestellt.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 15. März 2019 liegt vor.

Die Gesamtkosten der drei Realisierungsabschnitte werden auf insgesamt 78.000.000 € geschätzt.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den baulichen Zustand sowie der Notwendigkeit der zeitnahen ganzheitlichen Durchführung und zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen für den Realisierungsabschnitt A vom 31. August 2021 über 17.357.000 € liegen vor. Ergänzungsunterlagen sind in Vorbereitung.

Die Gesamtkostenerhöhen sich voraussichtlich um 1.763.000 € auf 19.120.000 €.

Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen für den Realisierungsabschnitt B vom 3. Januar 2023 über 23.960.000 € liegen vor.

Die Teil-Bauplanungsunterlagen für den Realisierungsabschnitt C werden bedarfsgerecht aufgestellt und werden voraussichtlich im IV. Quartal 2024 geprüft vorliegen.

Finanzierung:

bis 2022	1.495.000 €
2023	6.000.000 €
2024	10.400.000 €
2025	12.300.000 €
2026	8.200.000 €
2027	4.500.000 €
ab 2028	35.105.000 €
	78.000.000 €

Die Fertigstellung des letzten Realisierungsabschnitts ist für 2028 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkos ten baupreisindexbedingt 103.000.000 € betragen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70185	**181**	**Sanierung und Grundinstandsetzung des Theaters an der Parkaue, 2. Bauabschnitt**	**5.500.000**	**4.500.000**	**9.000.000**	**6.841.699,97**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.500.000**	**2.400.000**		
		Davon fällig 2025	**3.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**900.000**		

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten betragen nach Fertigstellung der Maßnahme voraussichtlich 548.831 €.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	1.371.000	0	0
VE Plan 2023 *)	6.000.000	260.000	140.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich bis zu 4.100.000 € in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 16. Oktober 2019 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 8.Juli 2021 über insgesamt 36.041.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	14.514.000 €
2023	9.000.000 €
2024	5.500.000 €
2025	4.500.000 €
2026	1.500.000 €
2027	900.000 €
ab 2028	127.000 €
	36.041.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70187	**181**	**Sanierung und Grundinstandsetzung des Theaters an der Parkaue, 3. Bauabschnitt**	**8.700.000**	**5.000.000**	**2.500.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.300.000**	**1.300.000**		
		Davon fällig 2025	**5.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.300.000**	**1.300.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	7.000.000	5.000.000	3.000.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2025 und 2026 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 11. Dezember 2020 über 17.566.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	0 €
2023	2.500.000 €
2024	8.700.000 €
2025	5.000.000 €
2026	1.300.000 €
2027	1.000 €
ab 2028	65.000 €
	17.566.000 €

71430 (neu)	**181**	**Sanierung und Grundinstandsetzung Komische Oper, vorgezogene Maßnahmen**	**15.000.000**	**11.100.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**11.100.000**	**2.800.000**		
		Davon fällig 2025	**11.100.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.800.000**		

Nach dem Auszug der Komischen Oper Berlin im Sommer 2023 bis zum geplanten Baubeginn der Sanierung und Grundinstandsetzung (Hauptmaßnahme) sollen vorgelagerte Maßnahmen in Form von vertieften Befunduntersuchungen (Tragwerk, Leitungsnetz, Schadstoffe) und nichtkonstruktive Rückbauten durchgeführt werden. Der vertiefte Erkenntnisgewinn über die Gebäudesubstanz dient einer risikominimierten Planung der Hauptmaßnahme (vgl. Titel 70105).

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 2. Juni 2023 über 28.979.000 € liegen vor.

Finanzierung:

2024	15.000.000 €
2025	11.100.000 €
2026	2.800.000 €
2027	79.000 €
ab 2028	0 €
	28.979.000 €

Die Fertigstellung ist für 2024 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 31.600.000 € betragen.

71431	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Dachinstandsetzung inklusive Ertüchtigung der Wärmedämmung sowie Gefahrstoffsanierung**	**1.000**	**1.000**	**10.000**	**13.126,24**

Die Baumaßnahme ist beendet.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26. April 2013 über 3.850.000 € liegen vor.

Durch Einsparungen bei der Baudurchführung verringern sich die Gesamtkosten voraussichtlich um 360.000 € auf 3.490.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	3.421.000 €
2023 *)	67.000 €
2024	1.000 €
2025	1.000 €
ab 2026	0 €
	3.490.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 10.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit voraussichtlich um 57.000 € auf 67.000 € verstärkt.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71432	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Erneuerung Drehscheibenwagen**	**—**	**—**	**10.000**	**1.785,99**
71434	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Sanierung Orchestergraben mit Orchesterhubpodien und Erneuerung Lastenaufzug**	**350.000**	**250.000**	**360.000**	**1.988.064,65**
		Verpflichtungsermächtigung	**250.000**	**110.000**		
		Davon fällig 2025	**250.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**60.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**50.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	0	5.000	5.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2025 und 2026 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 27. Juli 2020 über 5.406.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	4.035.000 €
2023 *)	660.000 €
2024	350.000 €
2025	250.000 €
2026	60.000 €
2027	50.000 €
ab 2028	1.000 €
	5.406.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wurde der Ansatz 2023 von 360.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit voraussichtlich um 300.000 € auf 660.000 € verstärkt.

71446	**181**	**Deutsche Oper Berlin, Strangsanierung**	**—**	**—**	**18.000**	**14.383,06**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89375	**199**	**Zuschuss an jüdische Einrichtungen für investive Zwecke**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000**	**848.072,41**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.500.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.500.000	0	0

Die Sondermaßnahmen an jüdischen Einrichtungen sollen weitergeführt werden.

Geprüfte Planungs- sowie Ergänzungsunterlagen vom 31. Oktober 1996, 13. Mai 1997, 05. November 2001, 6. Dezember 2002, 28. November 2004, 07. November 2007 und 29. Juli 2020 über insgesamt 33.657.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	21.587.000 €
2023	1.500.000 €
2024	1.500.000 €
2025	1.500.000 €
2026	1.500.000 €
2027	1.500.000 €
ab 2028	4.570.000 €
	33.657.000 €

Summe Maßnahmegruppe 08	**63.563.000**	**63.394.000**	**42.368.000**	**22.702.321,62**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 09		**Hochbaumaßnahmen der SV für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege**				
70113	**133**	**FU, Forschungsneubau, Tiermedizinisches Zentrum für Resistenzforschung, Robert-von-Ostertag-Straße**	**600.000**	**600.000**	**115.000**	**6.381.963,48**
		Verpflichtungsermächtigung	**600.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2025	**600.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**150.000**		

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Es liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 30. Mai 2017 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 9. März 2021 und vom 20. Dezember 2021 über insgesamt 60.300.000 € vor.

Der Bund beteiligt sich an den Gesamtkosten nach dem Reglement der Mitfinanzierung von Forschungsbauten an Hochschulen (Art. 91 b Abs. 1 Nr. 3 Grundgesetz) mit bis zu 14.193.000 €. Alle bis zum 31. Dezember 2021 erbrachten Leistungen können in die Bundesbeteiligung einbezogen werden. Leistungen ab 2022 erhalten keine Bundesbeteiligung mehr. Die Fördermittel (Förderzeitraum 2015 bis 2021) werden in Pauschalraten bis zur Endabrechnung wie folgt zur Verfügung gestellt:

2015	10 % des Bundesanteils	1.419.300 €
2016	20 % des Bundesanteils	2.838.600 €
2017	30 % des Bundesanteils	4.257.900 €
2018	25 % des Bundesanteils	3.548.300 €
2019	15 % des Bundesanteils	2.128.900 €
	insgesamt bis zu	14.193.000 €

Die Einnahme erfolgte bei Kapitel 0330, Titel 33112.

Die FU Berlin beteiligt sich mit bis zu 1.135.000 € an den Gesamtkosten. Die Einnahme erfolgte in 2018 bei Titel 34201.

Finanzierung:

bis 2022	57.668.000 €
2023 *)	1.100.000 €
2024	600.000 €
2025	600.000 €
2026	150.000 €
ab 2027	182.000 €
	60.300.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 115.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit voraussichtlich um 985.000 € auf 1.100.000 € verstärkt.

70115	**133**	**FU, Grundsanierung des Instituts für Chemie, 1. Bauabschnitt**	**800.000**	**500.000**	**200.000**	**380.220,48**
		Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**70.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**70.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	886.000	0	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich bis zu 800.000 € in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26. September 2013 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 9. November 2017 und vom 21. September 2018 über insgesamt 41.380.000 € liegen vor.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Finanzierung:				
		bis 2022			39.775.000 €	
		2023			200.000 €	
		2024			800.000 €	
		2025			500.000 €	
		2026			77.000 €	
		2027			1.000 €	
		ab 2028			27.000 €	
					41.380.000 €	
70116	**133**	**HfS, Bauliche Maßnahmen für die Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" Berlin**	**200.000**	**200.000**	**1.000**	**261.453,09**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**270.000**	**70.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**70.000**	**70.000**		

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 17. Juli 2013 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 26. Juli 2016 und vom 26. Januar 2018 über insgesamt 44.650.000 € liegen vor.

Hierin sind Kosten in Höhe von 850.000 € zur Herrichtung einer Mensa enthalten, die vom Bund getragen und voraussichtlich ab 2023 zur Verfügung gestellt werden. Die Einnahme erfolgt bei Kapitel 1250, Titel 34201.

		Finanzierung:				
		bis 2022 *)			43.976.000 €	
		2023 **)			200.000 €	
		2024			200.000 €	
		2025			200.000 €	
		2026			72.000 €	
		ab 2027			2.000 €	
					44.650.000 €	

*) davon 1.347.000 €, die für Planungsleistungen bei Titel 70102 finanziert wurden und auf die Gesamtkosten anzurechnen sind.

**) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 1.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit voraussichtlich um 199.000 € auf 200.000 € verstärkt.

70118	**133**	**FU, Forschungsneubau, Forschung an Biogrenzflächen, auf dem Gelände Takustr.**	**1.000.000**	**800.000**	**600.000**	**2.420.210,55**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**1.100.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**800.000**			
		Davon fällig 2026	**300.000**	**300.000**		

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 24. Juli 2017 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 3. März 2021 über insgesamt 48.050.000 € liegen vor.

Der Bund beteiligt sich an den Gesamtkosten nach dem Reglement der Mitfinanzierung von Forschungsbauten an Hochschulen (Art. 91 b Abs. 1 Nr. 3 Grundgesetz) mit bis zu 18.789.000 €. Alle bis zum 31. Dezember 2021 erbrachten Leistungen können in die Bundesbeteiligung einbezogen werden. Leistungen ab 2022 erhalten keine Bundesbeteiligung mehr. Die Fördermittel (Förderzeitraum 2016 bis 2021) werden in Pauschalraten bis zur Endabrechnung wie folgt zur Verfügung gestellt:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

2016	10 % des Bundesanteils	1.879.000 €
2017	20 % des Bundesanteils	3.758.000 €
2018	30 % des Bundesanteils	5.636.500 €
2019	25 % des Bundesanteils	4.697.500 €
2020	15 % des Bundesanteils	2.818.000 €
	insgesamt bis zu	18.789.000 €

Die Einnahme erfolgte bei Kapitel 0910, Titel 33112.

Finanzierung:

bis 2022	45.259.000 €
2023	600.000 €
2024	1.000.000 €
2025	800.000 €
2026	300.000 €
2027	11.000 €
ab 2028	80.000 €
	48.050.000 €

70119	**133**	**FU, Neubau Institutsgebäude für Lebensmittelsicherheit und -hygiene**	**12.000.000**	**7.000.000**	**5.000.000**	**2.837.696,76**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 2.000.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**2.700.000**	**700.000**
Davon fällig 2025	**2.000.000**	
Davon fällig 2026	**700.000**	**700.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	6.000.000	7.970.000	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2025 werden voraussichtlich bis zu 5.000.000 € in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 27. November 2020 über 27.540.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	2.837.000 €
2023	5.000.000 €
2024	12.000.000 €
2025	7.000.000 €
2026	700.000 €
2027	3.000 €
ab 2028	0 €
	27.540.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70120	**133**	**FU, Grundsanierung des Instituts für Chemie, 2. Bauabschnitt**	**17.500.000**	**17.500.000**	**8.000.000**	**13.714.739,04**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**28.000.000**	**28.000.000**		
		Davon fällig 2026	**10.500.000**	**10.500.000**		
		Davon fällig 2027	**17.500.000**	**17.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	16.995.000	17.500.000	0
VE Plan 2023 *)	10.000.000	10.000.000	7.000.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 und 2025 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 22. März 2018/4. Mai 2018 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 19. September 2022 über insgesamt 148.600.000 € liegen vor.

An den Gesamtkosten beteiligt sich die FU Berlin mit rd. 1.382.000 €. Die Einnahme erfolgte in 2022 bei Kapitel 1250, Titel 34201.

Finanzierung:

bis 2022	43.520.000 €
2023	8.000.000 €
2024	17.500.000 €
2025	17.500.000 €
2026	17.500.000 €
2027	17.500.000 €
ab 2028	27.080.000 €
	148.600.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70233	**133**	**TU, Forschungsneubau, Simulation Mathematik (IMoS), auf dem Gelände Fasanenstr. 80-84**	**8.000.000**	**2.700.000**	**8.000.000**	**18.382.336,47**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 1.302.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.700.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2025	**2.700.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**100.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	8.000.000	6.066.000	0

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2025 werden voraussichtlich nicht in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Erweiterte Vorplanungsunterlagen vom 09. Januar 2019 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 7. März 2022 über insgesamt 61.920.000 € liegen vor.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Der Bund beteiligt sich an den Gesamtkosten nach dem Reglement der Mitfinanzierung von Forschungsbauten an Hochschulen (Art. 91 b Abs. 1 Nr. 3 Grundgesetz) mit bis zu 17.264.500 €. Alle bis zum 31. Dezember 2021 erbrachten Leistungen können in die Bundesbeteiligung einbezogen werden. Leistungen ab 2022 erhalten keine Bundesbeteiligung mehr. Die Fördermittel (Förderzeitraum 2017 bis 2021) werden in Pauschalraten bis zur Endabrechnung wie folgt zur Verfügung gestellt:

2017	10 % des Bundesanteils	1.726.500 €
2018	20 % des Bundesanteils	3.453.000 €
2019	30 % des Bundesanteils	5.179.500 €
2020	25 % des Bundesanteils	4.316.000 €
2021	15 % des Bundesanteils	2.589.500 €
	insgesamt bis zu	17.264.500 €

Die Einnahme erfolgte bei Kapitel 0910, Titel 33112.

Die TU Berlin beteiligt sich mit bis zu 22.361.000 € an den Gesamtkosten. Die Einnahme erfolgte bis 2022 bei Kapitel 1250, Titel 34201.

Finanzierung:

bis 2022	42.970.000 €
2023	8.000.000 €
2024	8.000.000 €
2025	2.700.000 €
2026	100.000 €
2027	100.000 €
ab 2028	50.000 €
	61.920.000 €

70234	**133**	**TU, Neubau Mathematikgebäude**	**22.000.000**	**22.000.000**	**15.000.000**	**17.522.534,96**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**44.000.000**	**22.000.000**		
		Davon fällig 2025	**22.000.000**			
		Davon fällig 2026	**18.000.000**	**18.000.000**		
		Davon fällig 2027	**4.000.000**	**4.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.274.000	0	0
VE Plan 2023	16.000.000	0	550.000

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Erweiterte Vorplanungsunterlagen vom 28. Dezember 2018 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 8. Dezember 2022 über insgesamt 130.445.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	48.929.000 €
2023	15.000.000 €
2024	22.000.000 €
2025	22.000.000 €
2026	18.000.000 €
2027	4.000.000 €
ab 2028	516.000 €
	130.445.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70401	**133**	**HU, Umbau des Gebäudes Invalidenstraße 110 für die Philologischen Institute und die Zentraleinrichtung Sprachenzentrum**	**10.000.000**	**20.000.000**	**—**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 20.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**95.000.000**	**75.000.000**		
		Davon fällig 2025	**20.000.000**			
		Davon fällig 2026	**30.000.000**	**30.000.000**		
		Davon fällig 2027	**30.000.000**	**30.000.000**		
		Davon fällig 2028	**15.000.000**	**15.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	10.000.000	20.000.000	0

Das 1981 errichtete Gebäude, Invalidenstraße 110 in Berlin-Mitte, solle für die Philologischen Institute und die Zentraleinrichtung Sprachenzentrum saniert und umgebaut werden.
Das ursprünglich als Laborgebäude errichtete Institutsgebäude befindet sich insgesamt in einem sehr schlechten Zustand und bedarf dringend einer Grundinstandsetzung. Des Weiteren ist eine Aufstockung der Gebäudeteile von bis zu drei Geschossen geplant, um eine effektive Ausnutzung des Grundstücks zu erreichen.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 28. Dezember 2021 über 110.585.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	0 €
2023	0 €
2024	10.000.000 €
2025	20.000.000 €
2026	30.000.000 €
2027	30.000.000 €
ab 2028	20.585.000 €
	110.585.000 €

Die Fertigstellung ist für 2026 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 140.445.000 € betragen.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten betragen nach Fertigstellung der Maßnahme voraussichtlich 1.484.000 € bei einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70403 (neu)	**133**	**HU, Forschungsneubau "Optobiologie", Hannoversche Str. 22-26**	**4.000.000**	**17.500.000**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**53.500.000**	**36.000.000**		
		Davon fällig 2025	**17.500.000**			
		Davon fällig 2026	**18.000.000**	**18.000.000**		
		Davon fällig 2027	**18.000.000**	**18.000.000**		

Mit der Baumaßnahme wird ein Neubau auf dem Campus Nord der Humboldt-Universität zu Berlin (HU Berlin) für das Forschungsfeld Optobiologie errichtet, in dem das Institut für Biologie der HU Berlin und die Bereiche Photobiologie und optischer Neurobiologie der Charité Universitätsmedizin (Charité) zusammenarbeiten.

Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 15. September 2020 liegt vor.

Die Gesamtkosten werden auf 61.400.000 € geschätzt.

Es handelt sich um einen Forschungsbau nach Art. 91 b Grundgesetz, der zu 50 v. H. mit Bundesmitteln gefördert wird. Die förderfähigen Gesamtkosten der Baumaßnahme wurden vom Bund auf 67.697.000 € festgesetzt.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen werden nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt, um die Fördermittel dem Förderzeitraum (2023 bis 2027) entsprechend in Anspruch nehmen zu können.

Es wird erwartet, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen im IV. Quartal 2023 vorliegen werden.

Der Bund beteiligt sich an den Gesamtkosten nach dem Reglement der Mitfinanzierung von Forschungsbauten an Hochschulen (Art. 91 b Abs. 1 Nr. 3 Grundgesetz) mit bis zu 33.848.500 €. Alle bis zum 31. Dezember 2027 erbrachten Leistungen können in die Bundesbeteiligung einbezogen werden. Leistungen ab 2028 erhalten keine Bundesbeteiligung mehr. Die Fördermittel (Förderzeitraum 2023 bis 2027) werden in Pauschalraten bis zur Endabrechnung wie folgt zur Verfügung gestellt:

2023	5 % des Bundesanteils	1.692.425 €
2024	10 % des Bundesanteils	3.384.850 €
2025	30 % des Bundesanteils	10.154.550 €
2026	35 % des Bundesanteils	11.846.975 €
2027	20 % des Bundesanteils	6.769.700 €
	insgesamt bis zu	33.848.500 €

Die Einnahme erfolgt bei Kapitel 0910, Titel 33112.

Finanzierung:

2024	4.000.000 €
2025	17.500.000 €
2026	18.000.000 €
2027	18.000.000 €
ab 2028	10.197.000 €
	67.697.000 €

Die Fertigstellung ist für 2027 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 88.717.000 € betragen.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen, ebenso die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70408	**133**	**HU, Umbau und Erweiterung für Forschungsbau Hybridsysteme**	**500.000**	**450.000**	**185.000**	**586.173,63**
		Verpflichtungsermächtigung	**450.000**	**60.000**		
		Davon fällig 2025	**450.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**60.000**		

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 14. Juli 2015 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 26. Oktober 2018 und vom 27. April 2022 über insgesamt 56.110.000 € liegen vor.

Der Bund beteiligt sich an den Gesamtkosten nach dem Reglement der Mitfinanzierung von Forschungsbauten an Hochschulen (Art. 91 b Abs. 1 Nr. 3 Grundgesetz) mit bis zu 18.709.000 €. Alle bis zum 31. Dezember 2020 erbrachten Leistungen können in die Bundesbeteiligung einbezogen werden. Leistungen ab 2021 erhalten keine Bundesbeteiligung mehr. Die Fördermittel (Förderzeitraum 2014 bis 2020) werden in Pauschalraten bis zur Endabrechnung wie folgt zur Verfügung gestellt:

2014	10 % des Bundesanteils	1.871.000 €
2015	20 % des Bundesanteils	3.742.000 €
2016	30 % des Bundesanteils	5.613.000 €
2017	25 % des Bundesanteils	4.677.000 €
2018	15 % des Bundesanteils	2.806.000 €
	insgesamt bis zu	18.709.000 €

Die Einnahme erfolgte bei Kapitel 0330, Titel 33112.

Die HU Berlin beteiligt sich mit bis zu 2.154.000 € an den Gesamtkosten. Mittel in Höhe von insgesamt 2.086.900 € wurden bis 2022 vereinnahmt. Weitere Zahlungen werden ab 2023 erwartet. Die Einnahme erfolgt bei Kapitel 1250, Titel 34201.

Finanzierung:

bis 2022	54.286.000 €
2023 *)	785.000 €
2024	500.000 €
2025	450.000 €
2026	60.000 €
2027	29.000 €
ab 2028	0 €
	56.110.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 185.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit voraussichtlich um 600.000 € auf 785.000 € verstärkt.

70414	**133**	**Neubau eines Forschungs- und Laborgebäudes für Lebenswissenschaften (HU)**	**200.000**	**200.000**	**182.000**	**14.995,15**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**45.000**		
		Davon fällig 2025	**200.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**45.000**		

Die Baumaßnahme wird abgerechnet.

Die Ausgaben sind zur Finanzierung des im Rahmen der Objektsteuerung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen sowie für Restleistungen erforderlich.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 30. Juli 2012 über 33.800.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	33.170.000 €
2023	182.000 €
2024	200.000 €
2025	200.000 €
2026	45.000 €
2027	0 €
ab 2028	3.000 €
	33.800.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70415	**133**	**HU, Grundinstandsetzung des Hauptgebäudes am Standort Unter den Linden 6, 1. Bauabschnitt**	**10.000.000**	**13.000.000**	**5.500.000**	**7.014.052,63**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**11.638.000**	**638.000**		
		Davon fällig 2025	**11.000.000**			
		Davon fällig 2026	**638.000**	**638.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	6.000.000	2.000.000	0

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 5. Februar 2015 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 8. November 2018 und vom 29. November 2021 über insgesamt 73.848.000 € liegen vor.

Die HU Berlin beteiligt sich an den Gesamtkosten (für den Ausbau des Menzeldaches) mit 3.000.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	40.816.000 €
2023	5.500.000 €
2024	10.000.000 €
2025	13.000.000 €
2026	638.000 €
ab 2027	3.894.000 €
	73.848.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70416	**133**	**HU, Umbau und Erweiterung der Mensa Süd**	**335.000**	**1.000**	**175.000**	**14.196,62**

Die Baumaßnahme ist beendet.

Die Ausgaben sind zur Finanzierung des im Rahmen der Objektbetreuung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen erforderlich.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 18. Mai 2010 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 19. Dezember 2013 über insgesamt 21.423.000 € liegen vor.

Hierin enthalten sind Kosten in Höhe von 3.800.000 €, die von der Humboldt-Universität getragen wurden. Dieser Betrag umfasst Kosten für die Beräumung des Kellergeschosses und die Trockenlegung der vorhandenen Bausubstanz, welche unabhängig von der Nutzung als Mensa erforderlich waren, sowie für die Küchentechnik. Der Eingang dieser Mittel erfolgte in den Jahren 2012, 2013 und 2014 bei Kapitel 1250, Titel 34201.

Finanzierung:

bis 2022	20.910.000 €
2023	175.000 €
2024	335.000 €
2025	1.000 €
2026	1.000 €
2027	1.000 €
ab 2028	0 €
	21.423.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70420	**133**	**HU, Sanierung und Umbau Haus 20, Philippstraße, Theoretische Biologie**	**50.000**	**50.000**	**1.000**	**152.660,43**
		Verpflichtungsermächtigung	**49.000**	**5.000**		
		Davon fällig 2025	**49.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**5.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	1.000	0

Die Baumaßnahme ist beendet.

Die Ausgaben sind zur Finanzierung des im Rahmen der Objektbetreuung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen erforderlich.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 29. Januar 2018 über 4.900.000 € liegen vor.

Die Gesamtkosten erhöhen sich voraussichtlich um 200.000 € auf 5.100.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	4.945.000 €
2023 *)	50.000 €
2024	50.000 €
2025	50.000 €
2026	5.000 €
ab 2027	0 €
	5.100.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 1.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit voraussichtlich um 49.000 € auf 50.000 € verstärkt.

70700	**133**	**BHT, Asbestsanierung des Hauses Bauwesen**	**340.000**	**50.000**	**60.000**	**58.805,68**

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 29. November 2012 über 13.500.000 € liegen vor.

Durch Einsparungen in der Baudurchführung verringern sich die Gesamtkosten voraussichtlich um 356.000 € auf 13.144.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	12.685.000 €
2023	60.000 €
2024	340.000 €
2025	50.000 €
2026	9.000 €
ab 2027	0 €
	13.144.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70701	**133**	**BHT, Neubau eines Laborgebäudes am Campus Mitte, WAL (Wedding advanced Laboratories)**	**18.000.000**	**16.120.000**	**12.000.000**	**8.629.053,38**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**16.120.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**11.120.000**			
		Davon fällig 2026	**5.000.000**	**5.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	6.928.000	0	0
VE Plan 2023 *)	10.000.000	5.000.000	400.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden voraussichtlich bis zu 9.200.000 € in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Erweiterte Vorplanungsunterlagen vom 6. September 2019 über 81.830.000 € liegen vor.

An den Gesamtkosten beteiligt sich die BHT mit 1.600.000 €. Die Einnahme erfolgte in 2022 bei Kapitel 1250, Titel 34201.

Finanzierung:

bis 2022	26.339.000 €
2023	12.000.000 €
2024	18.000.000 €
2025	16.120.000 €
2026	5.000.000 €
2027	3.980.000 €
ab 2028	391.000 €
	81.830.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71433	**133**	**BHT, Innensanierung Haus Bauwesen**	**1.700.000**	**49.000**	**200.000**	**792.898,86**
		Verpflichtungsermächtigung	**49.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**49.000**			

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 14. Januar 2015 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 13. Dezember 2017 über insgesamt 13.700.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	11.742.000 €
2023	200.000 €
2024	1.700.000 €
2025	49.000 €
ab 2026	9.000 €
	13.700.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71448 (neu)	**133**	**HfM, Ertüchtigung Fundamente und Sanierung der Fassade, Schlossplatz 7**	**500.000**	**2.000.000**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 3.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.000.000**		

Aufbauend auf der erfolgten Sanierung und Stabilisierung eines vertikal durchgehenden Risses in der Mauerwerkswand der Nordfassade der Hochschule für Musik und vereinzelter Risse im Innenbereich sollen nun die Gründung des Gebäudes und die denkmalgeschützte Fassade instandgesetzt werden. Gleichzeitig sollen die Kelleraußenwände abgedichtet werden. Im Sanierungsgutachten der Berliner Hochschulen sind die Bauschäden im Marstall als akuter Instandsetzungsbedarf und die Abdichtung der Kellerwände als kurzfristiger Instandsetzungsbedarf definiert. Im Zuge der Untersuchung der Risse wurde festgestellt, dass auch die Gründung saniert werden muss.

Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vom November 2020 liegt vor.

Die Gesamtkosten werden auf 7.500.000 € geschätzt.

Es wird erwartet, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen im IV. Quartal 2024 vorliegen werden.

Finanzierung:

2023 *)	500.000 €
2024	500.000 €
2025	2.000.000 €
2026	3.000.000 €
2027	1.500.000 €
ab 2028	0 €
	7.500.000 €

*) Die Maßnahme wurde bislang bei Kapitel 0910, Titel 89446 veranschlagt.

Die Ermittlung von baupreisindexbedingten Gesamtkosten ist aufgrund des noch nicht feststehenden Fertigstellungstermins nicht möglich.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen, ebenso die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten.

71449	**133**	**TU, Fassadenerneuerung des Gebäudes Technische Chemie**	**150.000**	**150.000**	**2.544.000**	**2.830.732,54**

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 11. April 2019 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 6. Januar 2021 über insgesamt 19.710.000 € liegen vor.

Durch Einsparungen bei der Baudurchführung verringern sich die Gesamtkosten voraussichtlich um 3.000.000 € auf 16.710.000 €.

An den Gesamtkosten beteiligt sich die TU Berlin mit 1.326.100 €. Die Einnahme wird in 2023 bei Kapitel 1250, Titel 34201 erwartet.

Finanzierung:

bis 2022	13.809.000 €
2023	2.544.000 €
2024	150.000 €
2025	150.000 €
2026	21.000 €
2027	20.000 €
ab 2028	16.000 €
	16.710.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71479	**184**	**Botanischer Garten, Grundsanierung des Mittelmeerhauses**	**—**	**500.000**	**—**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**12.500.000**	**12.000.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**5.500.000**	**5.500.000**		
		Davon fällig 2027	**6.500.000**	**6.500.000**		

Der Gebäudebestand im Botanischen Garten weist insgesamt einen großen Sanierungsbedarf auf. Dies gilt auch für das Mittelmeerhaus. Insbesondere die Stahlrahmenkonstruktion der Fassade ist in höchstem Maße korrodiert. Die Standsicherheit muss gesichert werden. Zudem befinden sich die Lüftungsfenster des Mittelschiffs in einem schlechten baulichen Zustand und aus energetischer Sicht ist die Einscheibenverglasung zu erneuern.

Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 10. Oktober 2022 liegen vor.

Die Gesamtkosten werden auf 24.100.000 € geschätzt.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

Es wird erwartet, dass geprüfte Bauplanungsunterlagen im III. Quartal 2023 vorliegen werden.

Finanzierung:

2024	0 €
2025	500.000 €
2026	5.500.000 €
2027	6.500.000 €
ab 2028	11.600.000 €
	24.100.000 €

Die Fertigstellung ist für 2027 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt könnten die Gesamtkosten baupreisindexbedingt 34.000.000 € betragen.

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahme lassen sich derzeit nicht auf Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen, ebenso die zu erwartenden jährlichen Nutzungskosten.

Summe Maßnahmegruppe 09	**107.875.000**	**121.370.000**	**57.763.000**	**81.994.723,75**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 10		**Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie**				
71001	**127**	**04B05, Anna-Freud-Schule - OSZ Sozialwesen, 1. BA, Abriss und Leitungsumverlegung; 13627, Halemweg 24**	**110.000**	**110.000**	**6.000**	**—**

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 11. Juni 2018 und Ergänzungsunterlagen vom 02. Februar 2022 über insgesamt 13.210.000 € liegen vor.
Die Baumaßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) mit 90 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Eigenanteils in Höhe von 1.319.000 € (10 v.H. der förderfähigen Gesamtkosten) sowie der Ausgaben zur Finanzierung des im Rahmen der Objektsteuerung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen in Höhe von 17.000 €, welche nach Ablauf des Förderzeitraums zu 100 v.H. aus Landesmitteln erbracht werden. Diese Ausgaben sind in den Gesamtkosten enthalten.

Finanzierung des Eigenanteils:

bis 2022	1.079.000 €
2023	6.000 €
2024	110.000 €
2025	110.000 €
2026	31.000 €
ab 2027	0 €
	1.336.000 €

Kapazitätserweiterung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71002	**127**	**04B03, OSZ KfZ-Technik; Neubau Elektromobilität; 10585, Gierkeplatz 1-3**	**75.000**	**52.000**	**2.000**	**—**

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 31. Juli 2018 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 21. April 2020 und vom 19. Oktober 2022 über insgesamt 10.974.000 € liegen vor.

Die Baumaßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) mit 90 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Eigenanteils in Höhe von 1.093.000 € (10 v.H. der förderfähigen Gesamtkosten) sowie der Ausgaben zur Finanzierung des im Rahmen der Objektbetreuung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen in Höhe von 43.000 €, welche nach Ablauf des Förderzeitraums zu 100 v.H. aus Landesmitteln erbracht werden. Diese Ausgaben sind in den Gesamtkosten enthalten.

Finanzierung des Eigenanteils:

bis 2022	1.007.000 €
2023	2.000 €
2024	75.000 €
2025	52.000 €
ab 2026	0 €
	1.136.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71003	**127**	**03B06,Konrad-Zuse-Schule; Neu- und Ausbau Werkstatttrakt; 13156,Hermann-Hesse-Str. 34-37**	**5.000**	**15.000**	**40.000**	**—**

Die Baumaßnahme soll beendet werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 18. Dezember 2018 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 15. Dezember 2020 über insgesamt 7.117.000 € liegen vor.

Die Baumaßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) mit 90 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Eigenanteils in Höhe von 709.000 € (10 v. H. der förderfähigen Gesamtkosten) sowie der Ausgaben zur Finanzierung des im Rahmen der Objektbetreuung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen in Höhe von 25.000 €, welche nach Ablauf des Förderzeitraums zu 100 v.H. aus Landesmitteln erbracht werden. Diese Ausgaben sind in den Gesamtkosten enthalten.

Finanzierung des Eigenanteils:

bis 2022	670.000 €
2023	40.000 €
2024	5.000 €
2025	15.000 €
2026	5.000 €
ab 2027	0 €
	735.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71005	**127**	**04B05, Anna-Freud-Schule - OSZ Sozialwesen: 2. Bauabschnitt (Neubau); 13627, Halemweg 24**	**5.500.000**	**5.000.000**	**3.600.000**	**—**

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 17. Juni 2019 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 22. November 2022 über insgesamt 69.045.000 € liegen vor.

Die Baumaßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit bis zu 45.000.000 € (65,2 v.H.) gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Finanzierung des Eigenanteils:

bis 2022	9.200.000 €
2023	3.600.000 €
2024	5.500.000 €
2025	5.000.000 €
2026	400.000 €
2027	300.000 €
ab 2028	45.000 €
	24.045.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71012	**127**	**08B02, Lise-Meitner-Schule - OSZ Chemie/Physik/Biologie: Neubau; 12351, Lipschitzallee**	**200.000**	**200.000**	**200.000**	**—**

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Teil-Bauplanungsunterlagen für den Neubau des Gesamtgebäudes und die Ausstattung vom 23. Juni 2014 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 29. März 2021 über insgesamt 56.756.052 € liegen vor.

Die Baumaßnahme wird im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) mit 90 v.H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Eigenanteils in Höhe von 5.641.000 € (10 v.H. der förderfähigen Gesamtkosten) sowie der Ausgaben zur Finanzierung des im Rahmen der Objektbetreuung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen in Höhe von 350.000 €, welche nach Ablauf des Förderzeitraums zu 100 v. H. aus Landesmitteln erbracht werden. Diese Ausgaben sind in den Gesamtkosten enthalten.

Finanzierung des Eigenanteils:

bis 2022	5.157.000 €
2023	200.000 €
2024	200.000 €
2025	200.000 €
2026	234.000 €
ab 2027	0 €
	5.991.000 €

Es entstehen 300 zusätzliche Schulplätze; Kapazitätserweiterung.

71013	**127**	**03B10, Max-Bill-Schule - OSZ Planen, Bauen, Gestalten: 1. Bauabschnitt Grundsanierung und Umbau; 10439, Driesener Str. 22**	**150.000**	**150.000**	**11.000**	**682.181,57**
		Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**10.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**10.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	10.000	10.000	0

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 24. Mai 2011 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 27. Juni 2019 sowie vom 27. November 2020 über insgesamt 7.630.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	6.807.000 €
2023 *)	501.000 €
2024	150.000 €
2025	150.000 €
2026	10.000 €
2027	12.000 €
ab 2028	0 €
	7.630.000 €

*) In Anpassung an den Baufortschritt wird der Ansatz 2023 von 11.000 € im Wege der Deckungsfähigkeit voraussichtlich um 490.000 € auf 501.000 € verstärkt.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71304	**114**	**04A08, Poelchau-Oberschule - Sportschule im Olympiapark; Umbau und Sanierung des Hauses des Deutschen Sports; 14053, Prinz-Friedrich-Karl-Weg**	**—**	**—**	**9.000**	**—**
71305	**114**	**11A07, Werner-Seelenbinder-Schule: Neubau einer Sporthalle sowie Um- und Erweiterungsbau zu einem Schul- und Leistungssportzentrum; 13053, Fritz-Lesch-Str. 35**	**50.000**	**50.000**	**1.000**	**-4,13**
		Verpflichtungsermächtigung	**50.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			

Die Baumaßnahme ist beendet.

Die Ausgaben sind zur Finanzierung des im Rahmen der Objektsteuerung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen erforderlich.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26. Mai 2010 über 35.600.000 € liegen vor.

Die Gesamtkosten von 35.600.000 € vermindern sich durch die Reduzierung des Umfangs der Baumaßnahme auf 28.000.000 €. Geprüfte Ergänzungsunterlagen hierüber vom 21. Juli 2011 liegen vor.

Durch Einsparungen bei der Baudurchführung verringern sich die Gesamtkosten voraussichtlich um 3.387.000 € auf 24.613.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	24.512.000 €
2023	1.000 €
2024	50.000 €
2025	50.000 €
ab 2026	0 €
	24.613.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71461	**322**	**FEZ, Sanierung des Daches der Schwimm- und Sporthalle einschließlich der Regenwasserleitungen im Gebäude**	**30.000**	**30.000**	**60.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**30.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**30.000**			

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	1.000	0

Die Baumaßnahme ist beendet.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 1. Oktober 2014 über 3.300.000 € liegen vor.

Die Gesamtkosten erhöhen sich voraussichtlich um 230.000 € auf 3.530.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	3.401.000 €
2023	60.000 €
2024	30.000 €
2025	30.000 €
2026	0 €
2027	0 €
ab 2028	9.000 €
	3.530.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71462	**731**	**Jagdschloss Glienicke, Sanierung der Ufermauer einschließlich Erneuerung der angrenzenden Uferbefestigung**	**10.000**	**6.000**	**57.000**	**50.000,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	3.000	3.000	0

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 25. April 2016 über 2.910.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	2.837.000 €
2023	57.000 €
2024	10.000 €
2025	6.000 €
ab 2026	0 €
	2.910.000 €

71464	**266**	**Jagdschloss Glienicke, Sanierung des Gebäudes Marstall (Fassade und Dach)**	**13.000**	**13.000**	**22.000**	**10.128,32**
		Verpflichtungsermächtigung	**13.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**13.000**			

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	8.000	2.000	0

Die Baumaßnahme ist beendet.

Die Ausgaben sind zur Finanzierung des im Rahmen der Objektbetreuung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen erforderlich.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26. April 2016 über 2.250.000 € liegen vor.

Durch Einsparungen bei der Baudurchführung verringern sich die Gesamtkosten voraussichtlich um 250.000 € auf 2.000.000 €.

Finanzierung:

bis 2022	1.952.000 €
2023	22.000 €
2024	13.000 €
2025	13.000 €
ab 2026	0 €
	2.000.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
71465	**266**	**Jagdschloss Glienicke, Sanierung des Kavaliersgebäudes (Fassade und Dach)**	**40.000**	**30.000**	**360.000**	**1.046.209,86**
		Verpflichtungsermächtigung	**30.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**30.000**			

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *)	2.000	3.000	10.000

*) Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2026 werden voraussichtlich bis zu 2.000 € in Anspruch genommen.

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 31. August 2016 über 2.400.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	1.968.000 €
2023	360.000 €
2024	40.000 €
2025	30.000 €
2026	2.000 €
ab 2027	0 €
	2.400.000 €

71466	**266**	**Jagdschloss Glienicke, Grundinstandsetzung des Wohnhauses, des Garagengebäudes mit Trafostation, des Kurfürstentores mit dem Pavillon und der Einfriedungsmauer**	**900.000**	**800.000**	**500.000**	**74.761,49**
		Verpflichtungsermächtigung	**800.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2025	**800.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**120.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	3.000	3.000	10.000

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 26. September 2018 und 1. Oktober 2018 über insgesamt 2.500.000 € liegen vor.

Finanzierung:

bis 2022	142.000 €
2023	500.000 €
2024	900.000 €
2025	800.000 €
2026	125.000 €
2027	33.000 €
ab 2028	0 €
	2.500.000 €

Summe Maßnahmegruppe 10	**7.083.000**	**6.456.000**	**4.868.000**	**1.863.277,11**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 11		**Hochbaumaßnahmen SV ArbSoz, Gleichstellung, Integration, Vielfalt u. Antidiskriminierung**				
70182	**235**	**Modulare Gebäude zur Unterbringung von Asylbegehrenden**	**3.000**	**3.000**	**1.000**	**181.758,50**

Zur Deckung des gesamtstädtischen Unterbringungsbedarfes werden Modulare Unterkünfte (MUF 2.0) durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen errichtet.

Standortspezifische Bauplanungsunterlagen werden nach der Entscheidung über den jeweils in Betracht kommenden Standort aufgestellt.

Die Baumaßnahmen sind beendet.

Die Ausgaben sind zur Finanzierung des im Rahmen der Objektsteuerung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen erforderlich.

Summe Maßnahmegruppe 11	**3.000**	**3.000**	**1.000**	**181.758,50**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 12		**Hochbaumaßnahmen der SV für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen**				
70181	**195**	**Errichtung eines Besucherzentrums "Archäologisches Haus am Petriplatz"**	**100.000**	**100.000**	**50.000**	**—**

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 13. Februar 2018 sowie geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 17. Juni 2019, vom 11./13. Januar 2021 und vom 18. Januar 2022 über insgesamt 34.868.000 € liegen vor.

Die Gesamtkosten gliedern sich auf in einen nach GRW förderfähigen Gebäudeanteil in Höhe von 31.693.000 € und einen Anteil für den 1. Bauabschnitt der Außenanlagen in Höhe von 3.175.000 €. Die Planung und Realisierung der Außenanlagen erfolgt aus Mitteln der Entwicklungsmaßnahme „Hauptstadt Berlin – Parlaments- und Regierungsviertel“ (Kapitel 1220, Titel 89443).

Die Errichtung des Besucherzentrums wird als Vorhaben zur Stärkung der touristischen Infrastruktur im Rahmen der "Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) mit 90 v. H. gefördert (vgl. Kapitel 1330, Titel 88307).

Veranschlagung des Eigenanteils in Höhe von 3.158.000 € (10 v. H. der förderfähigen Gesamtkosten) sowie der Ausgaben zur Finanzierung des im Rahmen der Objektbetreuung anfallenden Honorars für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen in Höhe von 110.000 €, welche nach Ablauf des Förderzeitraums zu 100 v. H. aus Landesmitteln erbracht werden. Diese Ausgaben sind in den Gesamtkosten enthalten.

Finanzierung des Landeseigenanteils von 10 v.H.

bis 2022	2.920.000 €
2023	50.000 €
2024	100.000 €
2025	100.000 €
2026	50.000 €
2027	48.000 €
ab 2028	0 €
	3.268.000 €

71404	**422**	**BHT, TXL, Vorgezogene Maßnahmen (Rückbau und Schadstoffbeseitigung)**	**17.000.000**	**22.000.000**	**10.000.000**	**—**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 5.000.000,0 EUR gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**32.000.000**	**11.000.000**
	Davon fällig 2025	**22.000.000**	
	Davon fällig 2026	**10.000.000**	**10.000.000**
	Davon fällig 2027	**—**	**1.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	16.500.000	0	0

Die Baumaßnahme soll weitergeführt werden.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 28. März 2022 über 65.697.000 € liegen vor.

Finanzierung:

2022	0 €
2023	10.000.000 €
2024	17.000.000 €
2025	22.000.000 €
2026	15.000.000 €
2027	1.697.000 €
ab 2028	0 €
	65.697.000 €

	Summe Maßnahmegruppe 12	**17.100.000**	**22.100.000**	**10.050.000**	
	Gesamtausgaben	**293.995.000**	**340.115.500**	**186.530.300**	**167.758.473,08**
	Prozentuale Veränderung	**57,6 %**	**15,7 %**		

Abschluss Kapitel 1250

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**503.000**	**453.000**	**506.000**	**415.764,31**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**7.000.000**	**10.000.000**	**5.001.000**	**2.694.073,77**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**10.000.000**	**10.000.000**	**15.400.000**	**17.663.660,00**
	Gesamteinnahmen	**17.503.000**	**20.453.000**	**20.907.000**	**20.773.498,08**
411-462	**Personalausgaben**	**12.137.000**	**12.621.500**	**12.364.800**	**11.522.888,32**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**26.749.000**	**26.599.000**	**17.468.000**	**21.170.034,13**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**25.000**	**25.000**	**22.500**	**17.714,34**
700-739	**Investitionsausgaben für bauliche Zwecke**	**253.584.000**	**299.370.000**	**155.175.000**	**134.199.763,88**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.500.000**	**1.500.000**	**1.500.000**	**848.072,41**
	Gesamtausgaben	**293.995.000**	**340.115.500**	**186.530.300**	**167.758.473,08**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-276.492.000**	**-319.662.500**	**-165.623.300**	**-146.984.975,00**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001069 Effizienter Hochbau

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	6.061.201	6.068.398	-0,12
Kostenträger	106	Sachkosten	0	6.367	-100,00
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	11	Verrechnungskosten	644.518	700.876	-8,04
MGF	3	kalkulatorische Kosten	466.836	504.699	-7,50
Projekte	92	Gemeinkosten	10.767.458	9.995.030	+7,73
		Summe Verwaltungskosten	17.940.013	17.275.369	+3,85
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	17.940.013	17.275.369	+3,85

Die Aufgaben des Hochbaus sind integriert in die politischen Handlungsfelder einer sozialen und lebenswerten Stadt. Ziel ist es, in der Bauherrenfunktion die erforderliche umweltschonende und bedarfsgerechte Infrastruktur des Landes Berlin bei wirtschaftlicher Verwendung der vorhandenen Ressourcen und besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte im Rahmen einer Lebenszyklusbetrachtung von Anlagen und Gebäuden nachhaltig zu bewahren bzw. zu schaffen und gleichzeitig ein Garant für die Baukultur zu sein.
Dies erfolgt unter Beachtung der qualitativen Standards des öffentlichen Hochbaus sowie unter Einhaltung der vom Gesetzgeber festgelegten Verfahrensregelungen.
Im Zuge des Reorganisationsprozesses SenStadtWohn 2016 wurde, mit Wirkung vom 01.01.2014, der Bereich Grundsatzangelegenheiten des öffentlichen Bauens (u.a. Anweisung Bau (ABau), Regelungen zum Vergabe- und Vertragsrecht, Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV)) in die Hochbauabteilung integriert. Dazu gehört auch die Wahrnehmung der Aufgaben für die elektronische Vergabe mit dem Ziel, die Prozesse rechtssicher und digital weiter zu entwickeln und einheitlich im Land Berlin einzuführen.
Darüber hinaus liegt in der Abteilung Hochbau die Bauherrenschaft für weitere Liegenschaften der Hauptverwaltung, die den Bezirken im Rahmen des 2. Verwaltungsreformgesetzes übertragen worden sind.
Die Kostenrechnung weist die eingesetzten Ressourcen der Abteilung Hochbau (ohne die Baumittel) bezogen auf Produkte oder Projekte (inkl. der Geschäftsbesorgungen und Amtshilfen) aus.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004888	2022	14.904.715	0	14.904.715
LuV V - Projektmanagement im Hochbau	2021	13.808.497	0	13.808.497

Das Projektmanagement führt nichtdelegierbare Bauherrenleistungen für die investiven Baumaßnahmen (§ 24 LHO) und Maßnahmen der baulichen Unterhaltung im Rahmen ihrer Zuständigkeit unter Beachtung von Kosten- und Terminvorgaben sowie Qualitätsstandards durch (Projektleitung). Es handelt sich bei den investiven Baumaßnahmen um Maßnahmen für die Bedarfsträger der Hauptverwaltung, wie z.B. landeseigene Theater, Museen, Bibliotheken, Schulen (Oberstufenzentren, sportbetonte Schulen) und Justizvollzugsanstalten, sowie Sportbauten und ausgewählte Gebäude für die Wissenschaft. Darüber hinaus ist das Projektmanagement zuständig für die baulichen Sicherungsmaßnahmen der jüdischen Gemeinden, für die Instandsetzung der sowjetischen Ehrenmäler und weiterer ausgewählter Denkmäler sowie die Realisierung der Projekte „Kunst im Stadtraum“. Die Erstellung der Bedarfsprogramme für Baumaßnahmen nach § 24 LHO wird seit 2012 im Bereich des Projektmanagements durchgeführt.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Im Rahmen der „Berliner Schulbauoffensive“ führt die Hochbauabteilung der SenStadtBauWohn in der Bauherrenfunktion inkl. der Funktion der Baudienststelle Baumaßnahmen für Schulen, Kindertagesstätten, Schulsporthallen und Sportfunktionsgebäude in Amtshilfe für die Bezirke durch.

Im Mittel der letzten drei Jahre sind durch das Projektmanagement Ausgaben für Investitionen von rd. 447 Mio. € pro Jahr umgesetzt worden. Für Projektmaßnahmen der baulichen Unterhaltung sind in den Haushaltsjahren jährlich rd. 5 Mio. € umgesetzt worden. Daraus ergibt sich für Investitionen und für Projektmaßnahmen der baulichen Unterhaltung ein Gesamtvolumen von rd. 452 Mio. € im Jahr.

Das Volumen der Ausgaben wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren durch die bereits geplanten bzw. vorbereiteten Investitionen und Sanierungen in die Infrastruktur weiter erhöhen.

Die Realisierung von Baumaßnahmen erfolgt gegenwertig teilweise standardisiert bzw. mit modularen und vorgefertigten Baukörpern. Dies ermöglicht, bei reduzierter Komplexität der Planungs- und Bauprozesse einen geringeren Einsatz an Personalressourcen verbunden mit einem höheren Umsatz pro Projektmanager/in und eine Verkürzung der Bauzeiten.

Der durchschnittliche Umsatz pro Projektmanager/in liegt bei rd. 5,5 Mio. € für investive Baumaßnahmen und für Baumaßnahmen der baulichen Unterhaltung. Da es sich im Projektmanagement um Mischarbeitsgebiete handelt, ist die differenzierte Abbildung von investiven oder konsumtiven Umsatzzahlen nicht möglich. Die Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren ist größtenteils auf detlich höhere Baukosten sowie die oben beschriebenen optimierten Planungs- und Bauprozesse zurückzuführen.

Besondere Projekte

Als Verfahrensverantwortliche hat die Abt. V die Elektronische Vergabe (eVergabe) bezogen auf den Bereich der Bauleistungen (VOB) seit 2004 für das Land Berlin eingeführt. Das Fachverfahren wird von der Hochbauabteilung betreut und kontinuierlich weiterentwickelt.

Mit Einführung der neuen Anweisung Bau (ABau) im Jahr 2014 wurde dieses Verfahren für alle Baudienststellen Berlins verbindlich.

Der Bund hat mit dem Anfang 2016 beschlossenen Vergaberechtsmodernisierungsgesetz und der entsprechenden Verordnung die Vorgaben der EU-Kommission umgesetzt, dass spätestens bis zum 18.10.2018 alle Vergabeverfahren ab Erreichung des EU-Schwellenwertes mittels eVergabe durchzuführen sind.

In der Folge wurde mit dem Senatsbeschluss Nr. S-1118/2016 die verbindliche Anwendung der Berliner Vergabeplattform für alle Vergabestellen der unmittelbaren Landesverwaltung des Landes Berlins festgelegt und die damit verbundene Verfahrensverantwortung für alle Vergabeverfahren wurde der Abt. V übertragen.

Nach Abstimmung mit dem IT-Lenkungsrat und Zustimmung der zuständigen Gremien (HPR und HVP) zu der hierzu notwendigen Beteiligungsvorlage für den sog. Probeechtbetrieb erfolgt die umfängliche Einführung für die Vergabestellen der unmittelbaren Landesverwaltung des Landes Berlins. Geplant ist, 2024 den Echtbetrieb aufzunehmen.

Ziel der eVergabe ist die IT-gestützte Modernisierung der Verfahrensabläufe zwischen den Vergabestellen und den Bieterfirmen im Sinne des eGovernment. Hierbei wird die gesamte Kommunikation in einem Vergabeverfahren elektronisch abgebildet, d.h. Vergabeverfahren werden durch die Vergabestellen über eine Bekanntmachungs- und Vergabeplattform im Internet veröffentlicht, Vergabeunterlagen elektronisch für die Bieter zur Verfügung gestellt („Download“) sowie die elektronische Angebotsabgabe („Upload“) und Zuschlagserteilung ermöglicht.

Leistungen in diesem Zusammenhang sind die Vertragsgestaltung und -abwicklung mit dem vom Land Berlin beauftragten privaten Betreiber der Bekanntmachungs- und Vergabeplattform zur Sicherstellung des Betriebes, die Veranlassung von Formularanpassungen infolge rechtlicher Änderungen, die Veranlassung von Weiterentwicklungen der Software entsprechend sich ändernder technischer und rechtlicher Anforderungen sowie die Verbesserung der Funktionalitäten des Verfahrens. Hierzu werden die Vergabestellen der unmittelbaren Landesverwaltung des Landes Berlins als Nutzer (Mandanten) eingebunden, was mit einem entsprechenden Koordinierungsaufwand verbunden ist.

Die Kennzahlen zur eVergabe sind bezogen auf das Jahr 2022:

- rd. 100 Nutzende Vergabestellen der unmittelbaren Landesverwaltung
- rd. 11.000 Nutzende in den Vergabestellen der unmittelbaren Landesverwaltung
- rd. 39.000 Nutzende Firmen zur Erstellung eines digitalen Angebotes

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1260 enthält die Einnahmen und Ausgaben der Abteilung VI – Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht –.
Die Abteilung VI ist befasst mit strategischen und grundsätzlichen Themen des Bauens sowie Aufgaben der Prüfung und Genehmigung von Baumaßnahmen. Damit entfalten die Arbeitsbereiche der Abteilung eine Regelungs- und Kontrollwirkung in Bauangelegenheiten des Landes, in klarer Trennung von den durchführenden Baubereichen in Hauptverwaltung, Bezirken, Universitäten und landeseigenen Gesellschaften.
Im Einzelnen gehören zu diesem Kapitel insbesondere die folgenden Fachaufgaben:

- Ministerielle baufachliche Grundsatzangelegenheiten des Hochbaus, der Verkehrsanlagen und Ingenieurbauwerke und deren Prüfung und Genehmigung
- Konformitätsprüfungsstelle für die nach BNB (Bewertungs- und Zertifizierungssystem des Bundes für nachhaltiges Bauen) geplanten und erstellten Baumaßnahmen des Landes
- Grundsatzangelegenheiten des Bauordnungsrechts und des Wohnungsaufsichtsrechts
- Bauaufsichtliche Genehmigungsverfahren für Vorhaben besonderer Bedeutung sowie Widerspruchverfahren zu Baugenehmigungen oder Versagungen der Bezirke
- bautechnische Fragestellungen des Hochbaus (Standsicherheit, Brandschutz, Schadstoffe, Gebäudetechnik, Barrierefreiheit) und Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte
- elektronische Fachverfahren und das Fachcontrolling Planungs- und Bauordnungsrecht
- Anhörungsbehörde für die gesetzlichen Pflichtaufgaben in Planfeststellungsverfahren
- Enteignungsbehörde mit der Feststellungsbehörde für Planungsschäden, der Festsetzungsbehörde nach dem Wertausgleichsgesetz, der Festsetzungsbehörde und der Aufsichtsbehörde nach dem Schutzbereichgesetz und der Festsetzungsbehörde nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm
- Justiziariat als Querschnittsbereich für die grundsätzlichen rechtlichen Vorgänge der Senatsverwaltung
- Staatsaufsicht über die Architektenkammer Berlin, die Baukammer Berlin und das Deutsche Institut für Bautechnik.

Darüber hinaus sind der Abteilung VI die Verbindungsstelle, Organisationsaufgaben im Zusammenhang mit dem Bundesrat und der Bauministerkonferenz sowie die Datenschutzbeauftragte zugeordnet.

B. Gender Budgeting

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Kapitel 1260 Beamte und Tarif	2022**	
	w	m
Beschäftigte**	**129**	
absolut	**78**	**51**
Relativ %	60,5%	39,5%
davon Mitarbeitende	**107**	
Absolut	67	40
Relativ %	62,6%	37,4%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	77.912 €	78.909 €
davon Führungskräfte	**22**	
Absolut	11	11
Relativ %	50,0%	50,0%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	91.224 €	95.438 €

* Stichtag 30.06. des entsprechenden Jahres
** Planmäßige Beschäftigte

Da die Abteilung VI erst Ende 2021 neu gebildet wurde, kann keine Gender Analyse der Jahre 2021 bis 2020 für das Kapite 1260 erstellt werden. Die Beschäftigten sind in den Gender Analysen der Kapitel 1200und 1220 enthalten.

In künftigen Auswertungen (Stichtag ab 1.1.2022) wird der neue Abteilungszuschnitt berücksichtigt.

Das durchschnittliche Jahresgehalt wurde zugrunde gelegt. Die Unterteilung in Führungskräfte und Mitarbeitende (in zwei Summenbeträgen) wurde vorgenommen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Das für das durchschnittliche Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt 2022 je Vollzeitäquivalent ermittelte geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen beträgt für die planmäßigen Beschäftigten (ohne Auszubildende):

Weibliche Mitarbeitende	Männliche Mitarbeitende
6.492,67 €	6.575,75 €

Weibliche Führungskraft	Männliche Führungskraft
7.602,00 €	7.953,17 €

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen. Diese Unterschiede treten zumeist zu Gunsten von Männern auf.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**011**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**15.000**	**15.000**	**10.000**	**50.401,52**

Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung im Zusammenhang mit Enteignungsverfahren sowie Widerspruchsverfahren nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

11109	**011**	**Gerichtskosten**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**2.842,20**

Erstattung verauslagter Gerichts- und ähnlicher Kosten

11148	**423**	**Erhebung von Gebühren im Bauwesen**	**400.000**	**400.000**	**150.000**	**532.341,76**

Gebühren werden jeweils in 2024 und 2025 in folgender Höhe erwartet:

Bereich gebührenpflichtige Widerspruchsbescheide (2023:40.000)	40.000 €
Bereich Baugenehmigungen (2023: 129.000)	354.000 €
Bereich Anerkennung von Personen und Institutionen (2023:5.000)	5.000 €
Bereich Marktüberwachung (2023:1.000)	1.000 €
	400.000 €

Die Einnahmen sind antragsabhängig.

11921	**011**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**9.000**	**1.000**	**9.000**	**7.349,85**

Rückzahlungen von nicht verwendeten Zuwendungen, z. B. des Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung (DIN e.V.), hier verbleibender Anteil Berlins.

11934	**011**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**10.000**	**10.000**	**—**	**20.979,18**

Rückzahlungen überzahlter Beträge von der Baukammer Berlin

11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**171,45**

Insbesondere Mahngebühren

23211	**422**	**Ersatz von Ausgaben durch die Länder**	**1.774.000**	**1.774.000**	**871.000**	**869.564,91**

Anteiliger Finanzierungsbeitrag der übrigen Bundesländer an den Ausgaben für den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung nach dem Königsteiner Schlüssel (vgl. Erläuterungen zu Titel 68569)

Mehr, da die Finanzierung ab 01.01.2024 der Zuwendung von Fehlbedarfs- auf Festbetragsfinanzierung umgestellt wird.

		Gesamteinnahmen	**2.219.000**	**2.211.000**	**1.050.000**	**1.483.650,87**
		Prozentuale Veränderung	**111,3 %**	**-0,4 %**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**4.159.000**	**4.325.000**	**3.601.000**	**3.316.231,88**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.604.000**	**6.930.000**	**5.983.000**	**6.388.253,20**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	1.000	1.000	92.400	—
44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	97.200	101.000	30.700	91.640,69
51101	011	Geschäftsbedarf	105.000	105.000	90.000	102.517,70

Ausgaben für den allgemeinen Bürobedarf und die juristische Bibliothek und Online-Rechtsdatenbanken der SenStadt

51140	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	3.000	3.000	15.000	3.798,82

Für Wartung und Reparatur sowie Ersatz und Ergänzung von Büromöbeln und -maschinen sowie sonstigen technischen Geräten einschließlich Ersatzteile

Weniger, weil die bisherige dezentrale Büromöbelbeschaffung ab dem Haushaltsjahr 2024 zentral im Kapitel 1200 veranschlagt ist.

51801	011	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.000	1.000	1.000	—

Ausgaben für die Anmietung gesicherter Räumlichkeiten für die Lagerung von Produktproben im Zusammenhang mit der aufgrund der EU-Verordnung 765/2008 wahrzunehmenden Pflichtaufgabe „Marktüberwachung von Bauprodukten“

51802	011	Mieten für Fahrzeuge	1.000	1.000	1.000	—

Ausgaben für die Anmietung von Fahrzeugen für den Transport von Produktproben im Zusammenhang mit der EU-Verordnung 765/2008 wahrzunehmenden Pflichtaufgabe „Marktüberwachung von Bauprodukten“

52501	011	Aus- und Fortbildung	19.000	19.000	19.000	4.198,95

Insbesondere für die Teilnahme von Dienstkräften an Fachseminaren und sonstigen fachlichen Veranstaltungen

52601	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	610.000	610.000	610.000	386.480,95

Gerichts-, Anwalts- und ähnliche Kosten sowie Kosten von Vergleichen zur Abwehr und Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten und für Maßnahmen zur Beweissicherung in Verwaltungsstreit-, Zivilprozess-, Arbeitsgerichts-, Straf- und Bußgeldverfahren und im Zusammenhang mit Vergabe-, Normenkontroll-, Planfeststellungs- sowie Enteignungsverfahren

Die Ausgaben betreffen die gesamte Senatsverwaltung.

52703	011	Dienstreisen	7.000	7.000	7.000	4.421,29

Für Dienstreisen und für Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts sowie für Vorstellungsreisen

53108	011	Betreuung von Besucherinnen und Besuchern	1.000	1.000	1.000	404,35

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen

53111	011	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	5.000	5.000	5.000	—

Für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten für Auswahlverfahren und amtliche Bekanntmachungen

Angaben zum Gender Budget:

Zu diesem Titel gibt es keine genderrelevanten Bezüge. Ausschreibungen erfolgen sachbezogen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53121	**422**	**Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**9.899,53**

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planfeststellungs-, Planergänzungs- und Planänderungsverfahren durch Auslegung der Pläne, Bekanntmachung von öffentlichen Auslegungen von Planunterlagen und von Erörterungsterminen, Organisation und Durchführung von Erörterungsterminen; Wahrnehmung der Gemeindefunktion nach § 73 VwVfG (ortsübliche Bekanntmachung der Auslegung und Auslegung der Planunterlagen) in nicht landeseigenen Planfeststellungsverfahren (z.B. Verfahren nach Bundesfernstraßengesetz, Allgemeinem Eisenbahngesetz oder Bundeswasserstraßengesetz); Auslegung der Planunterlagen in Raumordnungsverfahren Betreuung der öffentlichen Auslegung der Planfeststellungsunterlagen bedeutender Verkehrsbaumaßnahmen durch Fachpersonal mit dem Ziel, die Transparenz für die Bürger/-innen zu erhöhen und diese umfassend über die Auswirkungen der Vorhaben zu informieren.

54010	**422**	**Dienstleistungen**	**200.000**	**200.000**	**542.000**	**130.890,17**
		Verpflichtungsermächtigung	**120.000**	**120.000**		
		Davon fällig 2025	**40.000**			
		Davon fällig 2026	**40.000**	**40.000**		
		Davon fällig 2027	**40.000**	**40.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**40.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	100.000	100.000	100.000

Die Ausgaben sind jeweils 2024 und 2025 vorgesehen für:

1.	Durchführung von Anhörungsverfahren im Rahmen von Planfeststellungsverfahren für Verkehrsprojekte nach Bundesfernstraßengesetz oder Berliner Straßengesetz (einschl. Bearbeitung von Einwendungen und Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange und Umweltverträglichkeitsprüfungen)	80.000 €
2.	Unterstützung durch externe Sachverständige in Verfahren der Erstattung von Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FluLärmG) .	30.000 €
3.	Dienstleistungen im Rahmen der unabhängigen Kontrolle von Energieausweisen und Inspektionsberichten nach § 99 Gebäudeenergiegesetz (GEG), u.a. Auswertung der Prüfergebnisse, Fortschreibung von Prüfgrundlagen	6.000 €
4.	Laufender Betrieb einer „Beratungsstelle Barrierefreiheit“ zur unabhängigen Beratung von Planenden zum Thema „barrierefreies Wohnen“; Öffentlichkeitsarbeit, Erstellen, Übersetzen und Druck barrierefreier Informationen in Deutsch und Englisch; Aktualisierung Handbücher „Berlin design for all“; Kooperation mit der Technischen Universität Berlin; Reinigung und Wartung des sprechenden Stadtmodells für blinde und sehbehinderte Menschen	40.000 €
5.	Dienstleistungen für Untersuchungen zur Umsetzung von bautechnischen und bauordnungsrechtlichen Anforderungen u.a. an den Brandschutz im Holzbau, bei Asbest in Gebäuden, an die Nachhaltigkeit von Gebäuden (z.B. Dach- bzw. Gebäudebegrünung); Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Öffentlichkeitsarbeit	20.000 €
6.	Entwicklung wirtschaftlicher Standards und Handlungsanweisungen für Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung im Hochbau.....	20.000 €
7.	Externe Unterstützung zur Aktualisierung der Internetseiten der elektronischen Fachverfahren und bei der Gestaltung, Ausschreibung und Beschaffung von Publikationen	4.000 €
		200.000 €

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54069	**016**	**Beteiligung Dritter zur Erhöhung der Kostensicherheit von Hochbaumaßnahmen**	**1.000**	**1.000**	**60.000**	**—**

Externe Unterstützung bei der Erarbeitung von Grundlagen für die weitere Projektvorbereitung von Hochbaumaßnahmen mit Gesamtkosten ab 5.000.000 € zur Erhöhung ihrer Kostensicherheit (frühe Kostensicherheit)
Das Verfahren der Frühen Kostensicherheit ist Bestandteil der vorgegebenen Systematik der Haushaltsplanung und Haushaltsaufstellung. Mit dem abschließenden baufachlichen Testat besteht die Grundlage für die Aufnahme neuer Baumaßnahmen in die Finanzplanung des Landes.

Die Mittel sollen eingesetzt werden für Untersuchungen zu alternativen Standorten / Standortsuche, zum Grundstück, zu Bestandsgebäuden, zu technischen Anlagen/ Konzepten sowie bei der baufachlichen Kostenbewertung von Einzelaspekten.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken oder anderen Verwaltungsstellen übertragen werden.
Weniger in Anpassung an den Bedarf

54077 (neu)	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		

Abführung von Umsatzsteuer aufgrund der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (Einführung des § 2b UStG)

67101	**423**	**Ersatz von Ausgaben**	**125.000**	**125.000**	**125.000**	**102.783,50**

Die Ausgaben sind jeweils für 2024 und 2025 vorgesehen für:

1. Ersatz von Aufwendungen des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) für die Erteilung von Zustimmungen im Einzelfall gemäß §§ 20, 21 der Bauordnung für Berlin ..... 50.000 €
2. Ersatz von Aufwendungen für die Finanzierung der Kontrollstellen zur Durchführung der unabhängigen Stichprobenkontrollen von Energieausweisen und Inspektionsberichten ..... 75.000 €

125.000 €

68102	**011**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Insbesondere Entschädigungen für wirtschaftliche Nachteile aufgrund von Planungseingriffen in private Rechte nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB), der Fachplanungsgesetze und enteignungsrechtlichen Vorschriften, ebenso Entschädigungen möglicher Entschädigungs- oder Übernahmeansprüche durch Anpassung von Bebauungsplänen an veränderte Rahmenbedingungen und Anforderungen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68541	**680**	**Zuschuss an das Deutsche Institut für Bautechnik**	**744.000**	**839.000**	**532.000**	**430.050,00**

Das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) dient der einheitlichen Erfüllung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts.

Nach einem Abkommen zwischen Bund und Ländern wird der durch eigene Einnahmen nicht gedeckte Finanzbedarf von Bund und Ländern finanziert.
Das Abkommen über das DIBt bindet die Vertragspartner, Bund und Länder an die dort niedergelegten Konditionen. Dieses Abkommen wurde vollständig in das Gesetz über das DIBt übernommen und gilt für Berlin mit Gesetzeskraft. Der Bund erstattet danach die Kosten, die dem DIBt durch die Wahrnehmung von Aufgaben im Auftrag des Bundes entstehen. Der anderweitig nicht gedeckte Finanzbedarf für die Einrichtung und Unterhaltung des DIBt wird zwischen den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt.

Stand: 30.11.2022

	Ansatz 2025 EURO	Ansatz 2024 EURO	Ansatz 2023 EURO	Rechnung 2021 EURO
Ausgaben:				
Personalausgaben	25.658.000	24.554.000	22.885.000	20.344.263
Sachausgaben (ohne Überschuss Vorjahr)	4.486.200	4.446.200	3.690.200	5.929.298
Ausgaben für IKT-Technik	2.909.000	2.840.000	2.337.000	2.783.792
Ausgaben für IS-ARGEBAU	439.500	420.500	225.500	128.473
Bes. Finanzierungsangelegenheiten	1.627.000	1.627.000	1.027.000	3.812.823
Ausgabereste				2.154.343,34
Übertrag Überschuss Vorjahr				3.251.954,16
Übertrag Überschuss lfd. Jahr				1.604.336,60
	35.119.700	33.887.700	30.164.700	40.0009.282,79
Finanzierung der Ausgaben:				
Sonstige eigene Mittel und Mittel nichtöffentlicher Stellen	17.391.000	17.390.000	17.882.000	16.423.640
Überschuss des vorletzten Haushaltsjahres	0	600.000	1.600.000	3.964.669
Übertrag Überschuss des Vorjahres	0	0	0	3.251.954
Ausgabereste des Vorjahres	0	0	0	3.820.202
Besondere Finanzierungseinnahmen	27.000	27.000	27.000	40.231
Kostenanteile anderer öffentlicher Kostenträger	16.863.280	15.126.840	10.181.110	6.818.486
Kostenanteile des Landes Berlin	838.420	743.860	474.590	283.803,00
	35.119.700	33.887.700	30.164.700	34.602.985,29

Mehr, da gegenwärtig nicht von einem hohen Überschuss des Jahres 2022, der 2024 einfließt, bzw. kein zu erwartender Überschuss im HHJ 2023 der in das HHJ 2025 einfließen wird.

Mehr aufgrund der prognostizierten Besoldungs- bzw. Tariferhöhungen von 4 % und aufgrund von zusätzlichem Personalbedarf. Aus dem geplanten Personalaufwuchs ergibt sich die Notwendigkeit für die Erhöhung der Sachmittel.

Mehr auch aufgrund notwendiger Sanierungsarbeiten der Kantine und erforderlicher Anpassungen, Aktualisierungen und Fortentwicklung der verfahrensunabhängigen IKT-Technik.

Mehr für IS-ARGEBAU, aufgrund von höheren Personalkosten und aufgrund von Mietkosten für die Standard-Software für den Betrieb im DIBt-Rechenzentrum.

Mehr aufgrund der Erhöhung des Ansatzes für Forschungsvorhaben zum Klima- und Ressourcenschutz (BMK-Beschluss) sowie für Prüfungsausgaben für den Hochbau

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**011**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**1.955.000**	**1.966.000**	**996.000**	**990.168,37**

Anteil Berlins nach dem Königsteiner Schlüssel an den Kosten für:

		2024	2025
1.	Zuschuss an den Normenausschuss Bauwesen im DIN e.V.....	1.871.000 €	1.871.000 €
2.	Zuschuss für die Leitstelle XPlanung und XBau von Bund und Länder..	25.000 €	25.000 €
3.	Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz - ARGEBAU -	9.000 €	9.000 €
4.	Informationsstelle für Wirtschaftliches Bauen (IWB).....	50.000 €	61.000 €
		1.955.000 €	1.966.000 €

Zu 1.
Der Anteil des Landes Berlin beträgt im Jahr 2024: 97.104 €
Der Anteil des Landes Berlin beträgt im Jahr 2025: 97.104 €

Die Anteile der Länder zum Zuschuss an den Normenausschuss Bauwesen werden bei Titel 23211 vereinnahmt.

68579 (neu)	**011**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**		

Mitgliedsbeitrag an Bundesverband GebäudeGrün e.V.

	Gesamtausgaben	**14.702.200**	**15.304.000**	**12.773.100**	**11.961.739,40**
	Prozentuale Veränderung	**15,1 %**	**4,1 %**		

Abschluss Kapitel 1260

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**445.000**	**437.000**	**179.000**	**614.085,96**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.774.000**	**1.774.000**	**871.000**	**869.564,91**
	Gesamteinnahmen	**2.219.000**	**2.211.000**	**1.050.000**	**1.483.650,87**
411-462	**Personalausgaben**	**10.862.200**	**11.358.000**	**9.708.100**	**9.796.125,77**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.014.000**	**1.014.000**	**1.411.000**	**642.611,76**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**2.826.000**	**2.932.000**	**1.654.000**	**1.523.001,87**
	Gesamtausgaben	**14.702.200**	**15.304.000**	**12.773.100**	**11.961.739,40**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-12.483.200**	**-13.093.000**	**-11.723.100**	**-10.478.088,53**

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000599 Rechts- und übergeordnete Angelegenheiten

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	2.182.179	1.964.893	+11,06
Kostenträger	2	Sachkosten	517.463	857.961	-39,69
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	939	-100,00
MGF	2	kalkulatorische Kosten	685.005	603.240	+13,55
Projekte	0	Gemeinkosten	2.416.701	1.437.464	+68,12
		Summe Verwaltungskosten	5.801.349	4.864.497	+19,26
		Transfers	423.002	293.015	+44,36
		Gesamtsumme	6.224.351	5.157.512	+20,69

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005294	2022	5.801.349	423.002	6.224.351
Ministerielle Angelegenheiten	2021	4.864.497	293.015	5.157.512

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80604	2022	5.161.753	423.002	5.584.755
Ministerielle Angelegenheiten Bund, Land, Grundsatzangelegenheiten und Recht Politische Koordinierung auf Landesebene (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	4.328.218	293.015	4.621.233

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	89,72	89,60
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	53.243,72	30.388,63
Kostendeckungsgrad in %	0,95	0,66

Politische Koordinierung auf Landesebene: Konzeptionelle, koordinierende und inhaltliche Vor- und Nachbereitung von Sitzungen des Abgeordnetenhauses und seiner Ausschüsse, des Senats und der Staatssekretärskonferenz sowie des Rats der Bürgermeister; Geschäftsstelle der Bezirksstadträtesitzungen für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Bearbeitung von parlamentarischen Anfragen, Petitionen, Anträgen, Vorlagen und Schreiben vom und an das Abgeordnetenhaus; Bearbeitung von Senatsvorlagen, Bearbeiten von Vorlagen an den Hauptausschuss und seine Unterausschüsse, Mitgestaltung/Erstellung von Rechtsvorschriften (Gesetze, Rechtsverordnungen) und von Verwaltungsvorschriften. Überwachung der Umsetzung vereinbarter politischer Vorhaben und Planungen. Informationsaufbereitung für die und von der Hausleitung.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Politische Koordinierung auf Bundesebene: Angelegenheiten von Bundesrat, Bundestag, Fachministerkonferenzen, Bund/Länder-Gremien und Deutschen Städtetag

Anhörungs-, Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren: Ordnungsgemäße Durchführung von Planfeststellungsverfahren durch Beteiligung (Anhörung) der Betroffenen, Träger öffentlicher Belange und sonstigen Beteiligten. Zusammenstellen des für die Erstellung der Planfeststellungsbeschlüsse notwendigen Abwägungsmaterials, abschließende Entscheidung über die zusammenfassende Stellungnahme zum Anhörungsverfahren und über die Empfehlungen für den Planfeststellungsbeschluss. Koordination von Stellungnahmen in Fachplanungsverfahren als Träger öffentlicher Belange. Wahrnehmung der Gemeindefunktion nach § 73 VwVfG in nicht landeseigenen Planfeststellungsverfahren für Infrastrukturvorhaben.

Angelegenheiten der Enteignungsbehörde: Enteignungsbehörde, Feststellungsbehörde für Planungsschäden, Festsetzungsbehörde nach dem Wertausgleichsgesetz, Festsetzungs- und Aufsichtsbehörde nach dem Schutzbereichgesetz, Festsetzungsbehörde nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm.

Finanzierungsangelegenheiten und Staatsaufsicht über juristische Personen öffentlichen Rechts: Ausübung des Informations-, Prüfungs-, Aufhebungs-, Anweisungs-, Ersatzbeschlussfassungs- und sonstigen Aufsichtsrechts gegenüber der Architektenkammer Berlin, Baukammer Berlin und dem Deutschen Institut für Bautechnik, Ersatzvornahmen, Bestellung von Beauftragten. Bearbeitung des Berliner Finanzierungsanteils am Deutschen Institut für Bautechnik und der Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz.

Datenschutzbeauftragte/r: Aufgaben der/s Datenschutzbeauftragten der SenSBW. Koordinierung der Stellungnahme des Senats zum jährlichen Tätigkeitsbericht der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit für SenSBW sowie zentrale Aufgaben nach DSGVO (Koordination und Dokumentation ausgeübter Betroffenenrechte, zum Verarbeitungsverzeichnis und zur Meldung von Datenschutzverletzungen).

Personalausbildung und Praxisanleitung: Einführung, Ausbildung, Anleitung und Beurteilung der Auszubildenden sowie Gespräche mit den Auszubildenden, Referendaren und anderen Verantwortlichen. Im Rahmen des Ausbildungszieles für den Verwaltungsnachwuchs sollen die berufspraktischen Studien bei den Ausbildungsbehörden dazu dienen, einen unmittelbaren Einblick in die Aufgaben, Arbeitsweisen und Zusammenhänge der Verwaltung zu gewinnen sowie die Umsetzung der in den Lehrveranstaltungen der Verwaltungsakademie oder anderen Ausbildungsinstitutionen erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in der Praxis zu erlernen.

Rechtsangelegenheiten: Rechtsberatung und Rechtsvertretung, Rechtskontrolle, Prozessführung, Vertragsverhandlungen, Eingriffsrecht, Widerspruchsbescheide nach IFG.

Fachspezifische Informationen

- Bei den Sachkosten hat sich eine Verringerung ergeben, da im HHJ 2022 niedrigere Rechtskosten angefallen sind.
- Die Differenz zwischen den IST-Erträgen 2021 und 2022 erklärt sich darin, dass im HHJ 2022 unerwartet hohe Einnahmen aus Verwaltungsgebühren bei der Enteignungsbehörde angefallen sind.
- Die Steigerung der Personalkosten im HHJ 2022 begründet sich u.a. durch die Besetzung von freien Stellen; dadurch kam es zu Personalzuwachs, was u.a. zu erhöhten Personalausgaben führte.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

LUV VI

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	5	Personalkosten	9.336.857	8.047.370	+16,02
Kostenträger	30	Sachkosten	43.363.919	33.356.181	+30,00
davon		Transferkosten	1.448.709	149.246	+870,68
Produkte	12	Verrechnungskosten	821.749	877.015	-6,30
MGF	8	kalkulatorische Kosten	766.752	782.534	-2,02
Projekte	10	Gemeinkosten	24.522.887	21.666.259	+13,18
		Summe Verwaltungskosten	80.260.873	64.878.605	+23,71
		Transfers	25.004.754	33.896.073	-26,23
		Gesamtsumme	105.265.627	98.774.678	+6,57

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004321	2022	4.298.126	917.488	5.215.614
LUV VI- Entwickeln eines kompetenten und schlanken Bau- und Wohnungsaufsichtswesens - Oberste Bauaufsicht	2021	5.309.504	917.280	6.226.784

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77235	2022	1.810.751	917.280	2.728.031
Ministerielles Geschäftsfeld der Bau- und Wohnungsaufsicht (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.747.183	917.280	2.664.463

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,59	2,70
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	733.853,02	646.426,57
Kostendeckungsgrad in %	26,90	24,26

Erarbeitung von Gesetzesvorlagen zur BauO Bln und zum WoAufG Bln;
Erarbeiten von Rechts- und Ausführungsvorschriften des Landes Berlin auf den Gebieten des Bauordnungs-, Bauprodukten-, Energieeinspar-, Wohnungsaufsichts- und Baugebührenrechts;
Sicherstellung einheitlichen Verwaltungshandelns auf v.g. Rechtsgebieten durch Bereitstellung von Informationsmaterialien und Durchführung von Informationsveranstaltungen;
Berichtspflichten ggü. Abghs, Senat, RdB, Hausleitung;Gremienarbeit der BMK, Normausschüsse, DIBt

Zu dem ministeriellen Geschäftsfeld gehören insbesondere die Teilnahme an baulichen bzw. technisch orientierten Länderarbeitsgemeinschaften, der Informationsaustausch mit den einzelnen Bundesländern, mit der Industrie, mit den Universitäten und Hochschulen sowie anderer Forschungseinrichtungen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78591	2022	974.783	0	974.783
Genehmigungsverfahren nach der BauO Bln	2021	1.051.851	0	1.051.851

	2022	2021
Menge: Anzahl	173	170
Kosten je ME in €	5.634,58	6.187,36
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,93	1,06
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	483.443,16	601.387,23
Kostendeckungsgrad in %	49,59	57,17

Bearbeitung bauaufsichtlicher Anträge und Erteilung bauaufsichtlicher Bescheide für Hochbauvorhaben, soweit die Hauptverwaltung zuständig ist

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80107	2022	569.163	0	569.163
Widerspruchsverfahren	2021	327.175	0	327.175

	2022	2021
Menge: Anzahl der Vorgänge	59	165
Kosten je ME in €	9.646,82	1.982,88
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,54	0,33
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	32.290,92	79.225,38
Kostendeckungsgrad in %	5,67	24,21

Bearbeitung bauaufsichtlicher Widerspruchsverfahren, soweit die Hauptverwaltung zuständig ist

Fachspezifische Informationen

Wegen Rückgang der Anzahl der Vorgänge sind die Kosten je ME gestiegen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80108	2022	470.898	208	471.105
Bautechnik	2021	448.554	0	448.554

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Zustimmungen	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,45	0,45
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	102.783,50	73.596,40
IST - Erträge in €	165.288,92	19.623,63
Kostendeckungsgrad in %	35,09	4,37

Erarbeitung, Bekanntmachung und Auslegung von (Rechts)Vorschriften und bautechnischen Standards auf dem Gebiet der Bauwerkssicherheit, Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit, Marktüberwachung und der Personenanerkennung, Bauaufsichtliche Zustimmungen im Einzelfall für Bauprodukte und Bauarten, Normenausschüsse, DIBt

Fachspezifische Informationen

Ministerielle Angelegenheiten der Bautechnik

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80554	2022	297.974	0	297.974
Marktüberwachung	2021	284.964	0	284.964

	2022	2021
Menge: Marktüberwachungsvorgänge	46	26
Kosten je ME in €	6.477,70	10.960,14
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,28	0,29
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte

Fachspezifische Informationen

Wegen Anstieg der Anzahl der Vorgänge sind die Kosten je ME gesunken.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005575	2022	1.804.452	20.931	1.825.383
LuV II - elektronische Fachverfahren der Abt. II => jetzt in Abt/LUV VI unter 81260	2021	0	0	0

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81260	2022	1.804.452	20.931	1.825.383
Elektronische Fachverfahren und Fachcontrolling (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	0	0	0

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,73	0,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Koordination Projekt und Betrieb elektronischer Fachverfahren und Fachcontolling Planungs- und Bauordnungsrecht; einheitliche Umsetzung von stadtplanerischen, bauaufsichtlichen, denkmalschutzrechtlichen und tlw. wohnungsaufsichtlichen Rechtsgrundlagen in elektronischen Fachverfahren zur Anwendung in allen Stadtentwicklungsämtern und der SenSBW

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001174 Sonstiger Service

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	3.644.952	3.632.269	+0,35
Kostenträger	5	Sachkosten	72.594	34.821	+108,48
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	4	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	1	kalkulatorische Kosten	328.947	281.997	+16,65
Projekte	0	Gemeinkosten	1.587.792	2.872.783	-44,73
		Summe Verwaltungskosten	5.634.284	6.821.870	-17,41
		Transfers	43.669	19.600	+122,80
		Gesamtsumme	5.677.953	6.841.470	-17,01

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004319	2022	5.634.284	43.669	5.677.953
LUV VI - Prüfen und Genehmigen von Baumaßnahmen zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit	2021	6.821.870	19.600	6.841.470

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77233	2022	988.527	43.669	1.032.196
Ministerielles Geschäftsfeld der technisch/wirtschaftlichen Prüfung und Genehmigung von Baumaßnahmen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	1.302.826	19.600	1.322.426

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	18,18	19,33
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Erlass von Ausführungsvorschriften und Herausgabe von Rundschreiben;
Konformitätsprüfungsstelle Nachhaltiges Bauen
Erarbeitung von Standardvorgaben für das öffentliche Bauen;
Ermittlung von Kostenrichtwerten für öffentliche Baumaßnahmen;
Auswertung und Überprüfung der Anwendbarkeit wissenschaftlicher Forschungsergebnisse;
Auswertung und Umsetzung neuester Erkenntnisse in den Bereichen des Hochbaus, Ingenieurbaus und der Verkehrsanlagen und der Technischen Ausrüstung;
Optimierung von Geschäftsprozessen;
Entwicklung und Anwendung von Verfahren zur Kostensteuerung (Risiko-Management)

Zu dem ministeriellen Geschäftsfeld gehören insbesondere die Teilnahme an baulichen bzw. technisch orientierten Länderarbeitsgemeinschaften, der Informationsaustausch mit den einzelnen Bundesländern, mit der Industrie, mit den Universitäten und Hochschulen sowie anderer Forschungseinrichtungen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78588	2022	544.388	0	544.388
Projektvorbereitung für Baumaßnahmen	2021	701.427	0	701.427

	2022	2021
Menge: Anzahl der begleiteten Projekte	42	22
Kosten je ME in €	12.961,61	31.883,04
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	9,59	10,25
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Mitwirkung bei städtebaulichen Rahmenplänen, Bebauungsplänen, I-Planungen (AV § 31 LHO - frühe Kostensicherheit beim Hochbau);
Beratung zu Verfahrensabläufen;
Durchführung von bzw. Teilnahme an planungs- und baubegleitenden Ausschüssen;
Mitwirkung bei der Bedarfs- und Standortfindung;
Erschließungsverträge und Erschließungsvereinbarungen

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78589	2022	3.615.891	0	3.615.891
Prüfung und Genehmigung von Baumaßnahmen	2021	4.192.315	0	4.192.315

	2022	2021
Menge: Anzahl der Planungsunterlagen	300	433
Kosten je ME in €	12.052,97	9.682,02
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	63,68	61,28
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Prüfung und Genehmigung von Bedarfsprogrammen, Rahmenanträgen, Vorplanungsunterlagen, Bauplanungsunterlagen, Ergänzungsunterlagen und Unterlagen für Erschließungsanlagen

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1270 enthält die Sachausgaben der Obersten Denkmalschutzbehörde. Die Oberste Denkmalschutzbehörde ist die ministerielle Ebene der Denkmalschutzbehörden, angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Auch die ministeriellen Angelegenheiten des UNESCO-Welterbeschutzes werden von der Obersten Denkmalschutzbehörde wahrgenommen.

Die Oberste Denkmalschutzbehörde übernimmt in den Fachgremien des Bundes und der Länder die Vertretung des Landes Berlin. Zu ihren Aufgaben gehören die Klärung von Grundsatzfragen und Entscheidungsvorlagen zu Denkmalschutz und Denkmalpflege, die Mitwirkung bei Gesetzesinitiativen, Verwaltungsvereinbarungen und Vollzugsbestimmungen sowie die Behandlung von Anfragen und Petitionen.

Die Oberste Denkmalschutzbehörde übt die Fachaufsicht über das Landesdenkmalamt Berlin aus und ist die Geschäftsstelle des Landesdenkmalrats Berlin. Zudem entscheidet die oberste Denkmalschutzbehörde in Genehmigungsverfahren bei Dissens nach § 6 Absatz 5 Denkmalschutzgesetz Berlin (DSchG Bln) zwischen unterer Denkmalschutzbehörde und Denkmalfachbehörde. Ihr obliegt die Sensibilisierung für Denkmalrelevanz in Stadtentwicklungsprozessen und -projekten sowie die Information der Denkmalbehörden in Berlin zu aktuellen strategischen Fragestellungen.

Ein Tätigkeitsschwerpunkt der Obersten Denkmalschutzbehörde ist die Digitalisierung der Verfahren der Berliner Denkmalbehörden. So können bereits seit Mai 2020 über den berlinweiten Basisdienst Digitaler Antrag drei Antragstypen im Sinne des Onlinezugangsgesetzes digital von den Antragstellenden genutzt werden. Weitere Antragsmöglichkeiten werden folgen.

Haushaltsplanerische Schwerpunkte der Obersten Denkmalschutzbehörde sind zudem die Förderung des Berliner Zentrums Industriekultur (bzi) sowie der Internationalen Jugendbauhütte Berlin. Letztere benötigt für ihre Etablierung eine ergänzende Förderung für eine eigene Werkstatt (Bauhof). Hierdurch kann das Projekt für Jugendliche weiter qualifiziert und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

B. Gender Budgeting

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Kapitel 1270 (Beamte und Tarif)	2020*		2021*		2022*	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte**	**6**		**6**		**7**	
absolut	**4**	**2**	**4**	**2**	**5**	**2**
Relativ %	66,7%	33,3%	66,7%	33,3%	71,4%	28,6%
davon Mitarbeitende	**5**		**5**		**6**	
Absolut	3	2	3	2	4	2
Relativ %	60,0%	40,0%	60,0%	40,0%	66,7%	33,3%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	**	**	**	**	**	**
davon Führungskräfte	**1**		**1**		**1**	
Absolut	1	0	1	0	1	0
Relativ %	100,0%	0,0%	100,0%	0,0%	100,0%	0,0%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	**		**		**	

* Daten von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Serviceeinheit Finanzen/SE 1 Ge, zur Verfügung gestellt

** Aus Datenschutzgründen wird wegen der geringen Beschäftigtenzahl auf den Ausweis des durchschnittlichen Bruttoeinkommens verzichtet.

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Wurde bislang bei Kapitel 0840 nachgewiesen.				
		Einnahmen				
11109	**195**	**Gerichtskosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11921	**195**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**2.067,84**
11934	**195**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11979	**195**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
28290	**195**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
		Gesamteinnahmen	**6.000**	**6.000**	**4.000**	**2.067,84**
		Prozentuale Veränderung	**50,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**174.000**	**181.000**	**159.000**	**165.425,89**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**416.000**	**433.000**	**438.000**	**384.202,79**
44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**15.900**	**16.300**	**14.300**	**14.904,30**
51101	**195**	**Geschäftsbedarf**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**332,97**
		Allgemeiner Bürobedarf, Fachbücher, Fachzeitschriften und Loseblattsammlungen mit Ergänzungslieferungen				
51140	**195**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**2.300**	**2.300**	**2.300**	**—**
		Ausgaben für Wartung und Reparatur sowie Ersatz und Ergänzung von Büromöbeln und –maschinen sowie sonstigen technischen Geräten einschließlich Ersatzteilen				
51185	**195**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**195**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				
51820	**195**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.				
51925	**195**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**2.900**	**2.900**	**2.900**	**—**
52501	**195**	**Aus- und Fortbildung**	**12.500**	**12.500**	**12.500**	**350,00**
52601	**195**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**
52602	**195**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**9.805,18**

Finanzierung von Ausgaben des als operativen Gremium tagenden Landesdenkmalrates. Die Mittel werden für die Vorbereitung und Durchführung sowie zur Kostenentschädigung benötigt.

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52609	**195**	**Thematische Untersuchungen**	**70.000**	**70.000**	**70.000**	**—**

Ausgaben für thematische Untersuchungen mit verschiedenen Aufgaben und Verpflichtungen, die sich aus dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) ergeben. Dazu zählen Untersuchungen und Strategiemaßnahmen zum Einfluss des Klimaschutzes auf die Baukultur und die Denkmalsubstanz.

52703	**195**	**Dienstreisen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**1.145,95**
53108	**195**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen

53111	**195**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Für Stellenausschreibungen einschließlich Kosten von Auswahlverfahren und amtliche Bekanntmachungen

Angaben zum Gender Budget:

Zu diesem Titel gibt es keine genderrelevanten Bezüge. Ausschreibungen erfolgen sachbezogen.

53316	**195**	**Veranstaltungen, Projekt demografischer Wandel, Stadtforum**	**26.000**	**26.000**	**26.000**	**—**

Ausgaben für Veranstaltungen und vergleichbare Formate zur Vermittlung des Denkmalgedankens (z.B. Tag des offenen Denkmals oder Welterbetag)

54002	**195**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**
54010	**195**	**Dienstleistungen**	**790.000**	**790.000**	**790.000**	**157.213,21**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.350.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**550.000**			
		Davon fällig 2026	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2028	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2029	**1.200.000**	**1.400.000**		

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Management- und Monitoringaufgaben für die UNESCO-Welterbestätten in Berlin, Tentativverfahren	200.000 €	200.000 €
2.	Öffentlichkeitsarbeit, Internet und Intranetauftritt sowie Layout und Druck von Publikationen	80.000 €	80.000 €
3.	Erhaltung baukultureller Substanz im Stadtraum	100.000 €	100.000 €
4.	Städtebaulicher Denkmalschutz	5.000 €	5.000 €
5.	Externe Unterstützung zur Betreuung und Koordinierung des Landesdenkmalrates	55.000 €	55.000 €
6.	Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 an bestehenden digitalen Datenbeständen der Denkmalbehörden zur barrierefreien Zugänglichkeit und automatisierten und möglichst barrierefreien Lesbarkeit mittels künstlicher Intelligenz	350.000 €	350.000 €
		790.000 €	790.000 €

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind für Management- und Monitoringaufgaben für die UNESCO-Welterbestätten in Berlin (Tentativverfahren) sowie für die Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 vorgesehen.

54079	**195**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**209,00**

Insbesondere Ausgaben für Kränze, Blumenspenden und Nachrufe sowie Ausgaben im Zusammenhang mit der Betreuung von Besuchergruppen im Rahmen der Denkmalpflege.

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54690	**195**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—** **R 23.082,86**
68569	**195**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**1.594.000**	**1.594.000**	**1.594.000**	**866.148,28**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**9.700.000**	**8.400.000**		
		Davon fällig 2025	**1.100.000**			
		Davon fällig 2026	**1.100.000**	**1.100.000**		
		Davon fällig 2027	**1.100.000**	**1.100.000**		
		Davon fällig 2028	**1.100.000**	**1.100.000**		
		Davon fällig 2029	**5.300.000**	**5.100.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	480.000	480.000	1.920.000
VE Plan 2023	0	0	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Zuschuss für das Berliner Zentrum Industriekultur	480.000 €	480.000 €
2.	Förderung praxisbezogener Forschungen zum Erhalt der Berliner Kastenfenster	230.000 €	230.000 €
3.	Zuschuss in Höhe des Anteils Berlins nach dem Königsteiner Schlüssel an den Kosten des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz	12.000 €	12.000 €
4.	Zuschuss Berlins zu den Kosten des deutschen Spiegelausschusses zum Technischen Komitee „Erhaltung des kulturellen Erbes“ CEN/TC 346 im Europäischen Komitee für Normung	2.000 €	2.000 €
5.	Förderung der Internationalen Jugendbauhütte Berlin	370.000 €	370.000 €
6.	Förderung einer Werkstatt für die Internationale Jugendbauhütte Berlin	500.000 €	500.000 €
		1.594.000 €	1.594.000 €

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss mehrjähriger Verträge erforderlich.

68702	**195**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Ausland**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Art. 61 des UNESCO-Übereinkommens verpflichtet die Vertragsstaaten das Erbe der Menschheit zu erhalten. Diese Verpflichtung umfasst auch Stätten außerhalb der Grenzen des jeweiligen Vertragsstaates. Deshalb hat die Kultusministerkonferenz (KMK) in einem Beschluss anlässlich einer Bund-Länder-Besprechung zum Welterbe am 10.05.2017 die Bundesländer auch aufgefordert, Beiträge für die Nominierung und Erhaltung von Stätten in auf der Welterbeliste unterrepräsentierte Länder zu leisten. Berlin unterstützt diese Aufforderung.

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		Ausgaben für verfahrensabhängige IKT				
51185	195	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	1.000	1.000	1.000	—
		Summe Maßnahmegruppe 32	1.000	1.000	1.000	
		Gesamtausgaben	3.165.600	3.190.000	3.170.000	1.599.737,57
		Prozentuale Veränderung	-0,1 %	0,8 %		
		Abschluss Kapitel 1270				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	5.000	5.000	4.000	2.067,84
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.000	1.000	—	—
		Gesamteinnahmen	6.000	6.000	4.000	2.067,84
411-462		Personalausgaben	605.900	630.300	611.300	564.532,98
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	962.700	962.700	961.700	169.056,31
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.597.000	1.597.000	1.597.000	866.148,28
		Gesamtausgaben	3.165.600	3.190.000	3.170.000	1.599.737,57
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-3.159.600	-3.184.000	-3.166.000	-1.597.669,73

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80744	2022	823.625	866.148	1.689.773
Denkmalschutz - UNESCO Welterbe (Ministerielles Geschäftsfeld)	2021	965.484	909.879	1.875.363

	2022	2021
Menge: Ministerielles Geschäftsfeld	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	12,54	13,65
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	280,00	7.084,95
Kostendeckungsgrad in %	0,02	0,38

Die Oberste Denkmalschutzbehörde ist die ministerielle Ebene der Denkmalschutzbehörden und wird mit der Haushaltsplanaufstellung 2024/2025 bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen angesiedelt (vormals Senatsverwaltung für Kultur und Europa). -> Denkmalschutz und UNESCO Welterbe".

Zu ihren Aufgaben gehören die Klärung von Grundsatzfragen und Entscheidungsvorlagen zu Denkmalschutz und Denkmalpflege, die Mitwirkung bei Gesetzesinitiativen, Verwaltungsvereinbarungen und Vollzugsbestimmungen sowie die Behandlung von Anfragen und Petitionen. Auch die ministeriellen Angelegenheiten des UNESCO-Welterbeschutzes werden von der Obersten Denkmalschutzbehörde wahrgenommen. Zum Aufgabenbereich gehören die Klärung von Zielsetzungen, die Vermittlung in Denkmalkonflikten sowie die Entscheidung im Dissensfall nach § 6, Abs. 5 bei fehlendem Einvernehmen zwischen Landesdenkmalamt und Unterer Denkmalschutzbehörde.

Die Geschäftsstelle des Landesdenkmalrates wird hier wahrgenommen.

Landesdenkmalamt

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Landesdenkmalamt Berlin nimmt als Denkmalfachbehörde auf der Grundlage konservatorischer Gesichtspunkte die Belange der Denkmalerhaltung (Baudenkmale, Denkmalbereiche, Gartendenkmale und Bodendenkmale) wahr. Die Aufgaben erstrecken sich von der Mitwirkung beim Vollzug des Denkmalschutzgesetzes sowie der fachlichen Beratung und Unterstützung der Verfügungs- und Nutzungsberechtigten über die Erteilung des denkmalfachlichen Einvernehmens in Genehmigungsverfahren, die Vergabe von Fördermitteln, die Inventarisierung der Denkmale, die Erstellung der Denkmaltopographie, die nachrichtliche Führung der Denkmalliste, die wissenschaftliche Erforschung von Denkmalen und die Unterhaltung denkmalfachlicher Sammlungen als Beitrag zur Landesgeschichte, bis hin zur Verbreitung des Denkmalgedankens und des Wissens über Denkmale.

Schwerpunkte in beiden Haushaltsjahren sind die Fortsetzung der Großgrabungen am Molkenmarkt inklusive die Finanzierung von Projektstellen zur Restaurierung der Funde der Grabung Molkenmarkt im MVF, die Fortsetzung der erfolgreichen Förderung von einzelnen Sanierungsmaßnahmen an Denkmalen (Baudenkmale und Gartendenkmale), ebenso wie die Fortsetzung der stark nachgefragten Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, die Durchführung bzw. Entwicklung von Formaten zum Thema Klimawandel, Ressourcenökonomie und Denkmalschutz, die Fortsetzung der Fachformate rund um den Welterbevorschlag „Karl-Marx-Allee und Interbau 1957. Architektur und Städtebau der Nachkriegsmoderne“ inklusive zugehöriger Koordinierungsaufgaben wie auch des Erweiterungsvorschlags „Waldsiedlung Zehlendorf“ zu bestehenden UNESCO-Welterbe „Siedlung der Berliner Moderne“ sowie die Fortsetzung der Modernisierungen der Fachdatenbanken des Landesdenkmalamtes.

B. Gender Budgeting

Gender-Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Kapitel 1271 (Beamte und Tarif)	2020*		2021*		2022*	
	w	m	w	m	w	m
Beschäftigte*	**58**		**62**		**62**	
absolut	**36**	**22**	**40**	**22**	**40**	**22**
Relativ %	62,1%	37,9%	64,5%	35,5%	64,5%	35,5%
davon Mitarbeitende	**54**		**57**		**57**	
Absolut	33	21	36	21	36	21
Relativ %	61,1%	38,9%	63,2%	36,8%	63,2%	36,8%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	58.639 €	62.586 €	61.070 €	69.853 €	65.577 €	67.632 €
davon Führungskräfte	**4**		**5**		**5**	
Absolut	3	1	4	1	4	1
Relativ %	75,0%	25,0%	80,0%	20,0%	80,0%	20,0%
Durchschnittliches Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt in € je Vollzeitäquivalent	93.712 €	**	86.737 €	**	89.876 €	**

* Daten von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Serviceeinheit Finanzen/SE 1 Ge, zur Verfügung gestellt

** Aus Datenschutzgründen wird wegen der geringen Beschäftigtenzahl auf den Ausweis des durchschnittlichen Bruttoeinkommens verzichtet.

Das durchschnittliche Jahresgehalt wurde zugrunde gelegt. Die Unterteilung in Mitarbeitende (in zwei Summenbeträgen) wurde vorgenommen.

Das für das durchschnittliche Arbeitgeber-Bruttojahresgehalt 2022 je Vollzeitäquivalent ermittelte geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen beträgt für die planmäßigen Beschäftigten (ohne Auszubildende):

Weibliche Mitarbeitende	Männliche Mitarbeitende
5.464,75 €	5.636,00 €

Beim Land Berlin beschäftigte Frauen und Männer werden jeweils nach denselben beamten- und tarifrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Daher wird hinsichtlich der Bezahlung kein Unterschied gemacht. Unterschiede können sich ergeben durch höhere Besoldungs- und Entgeltgruppen.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Weitere Erläuterungen siehe *Allgemeine Erläuterungen* des Einzelplans Teil D

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Wurde bislang bei Kapitel 0841 nachgewiesen.				
		Einnahmen				
11102	**195**	**Ersatzvornahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Rückflüsse aus Ersatzvornahmen aufgrund des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes und Kosten des unmittelbaren Zwanges nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz.				
		Es wird erwartet, dass den Ausgaben bei Titel 54012 gleich hohe Einnahmen gegenüberstehen.				
11105	**195**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**350.000**	**350.000**	**400.000**	**308.964,78**
		Insbesondere Gebühren für die Erteilung von Steuerbescheinigungen für die Abschreibung von denkmalbezogenen Erhaltungsinvestitionen.				
11133	**195**	**Sonstige Entgelte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Sonstige Entgelte				
11921	**195**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**59.605,43**
		Rückzahlungen von nicht verwendeten Zuwendungen für Projektförderungen				
11979	**195**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**260.785,19**
		Insbesondere Entgelte für die private Nutzung von Dienstfernsprechern				
		Gesamteinnahmen	**363.000**	**363.000**	**413.000**	**629.355,40**
		Prozentuale Veränderung	**-12,1 %**	**—**		
		Ausgaben				
41201	**195**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**4.700**	**4.700**	**4.700**	**4.601,64**
		Aufwandsentschädigung für den nebenamtlich tätigen Landesarchäologen.				
42201	**195**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**177.000**	**184.000**	**81.400**	**170.660,34**
42701	**195**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**44.700**	**44.700**	**44.700**	**30.062,19**
		Hinzuziehung wissenschaftlicher und anderer Honorarkräfte zur Erarbeitung bzw. Aufarbeitung von fachlichen Grundlagen bzw. für Untersuchungen zur Lösung denkmalpflegerischer Einzelprobleme, ferner Redaktions- und Lektoratsleistungen für Veröffentlichungen.				
42722	**195**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**215.000**	**224.000**	**171.000**	**156.411,69**
		Unterhaltszuschuss (nichttarifliches Entgelt) für die sechs wissenschaftlichen Volontärspositionen im Landesdenkmalamt.				
42801	**195**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.694.000**	**3.842.000**	**3.462.000**	**3.209.157,16**
42811	**195**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**975.000**	**1.014.000**	**962.000**	**933.371,99**

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42831	**195**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung / Zweckbindung / Ausgleichsabgabe)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Leistung dieser Ausgaben ist nur zulässig, soweit entsprechende Einnahmen beim Titel 11105 eingegangen sind oder deren Eingang rechtlich oder tatsächlich gesichert ist.

44100	**195**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**10.300**	**10.600**	**20.000**	**9.695,10**
44379	**195**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**118,00**
51101	**195**	**Geschäftsbedarf**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**15.546,64**

Allgemeiner Bürobedarf, Fachbücher, Fachzeitschriften und Loseblattsammlungen mit Ergänzungslieferungen, Postwertzeichen und Zustellgebühren

51136	**195**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**195**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**28.000**	**28.000**	**28.000**	**15.753,35**

Für Wartung und Reparatur sowie Ersatz und Ergänzung von Büromöbeln und -maschinen sowie sonstigen technischen Geräten einschließlich Ersatzteile.

51168	**195**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**195**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**195**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**5.300**	**5.300**	**5.300**	**1.894,10**

Betriebsstoffe sowie Steuern und laufender Unterhalt für zwei Kleinbusse

51453	**195**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51479	**195**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Verbrauchsmaterialien für die Bauforschung sowie für Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten

51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**482.000**	**534.000**	**432.000**	**43.399,21**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

	2024	2025
Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH-Lagerräume	80.000 €	84.000 €
Archäologisches Haus am Petriplatz	402.000 €	450.000 €
	482.000 €	534.000 €

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**195**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**325.000**	**331.000**	**318.000**	**114.658,59**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Nebenkostenpauschale (insbesondere für Strom, Gebäudereinigung und sonstige Gebäudebewirtschaftung) zur Zahlung an Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) für folgende Dienstgebäude bzw. Diensträume:

	2024	2025
Klosterstraße 47 (Landesdenkmalamt)	241.000 €	246.000 €
Alt-Friedrichsfelde 60	84.000 €	85.000 €
	325.000 €	331.000 €

Die Mietkosten werden nachgewiesen bei dem Titel 51820, die nutzerspezifischen Nebenkosten bei dem Titel 51925.

51801	**195**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**508.000**	**517.000**	**605.000**	**230.952,89**

Sämtliche eingangsbearbeitete Funde Berliner Grabungen werden dem Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen zu Berlin Preußischer Kulturbesitz zur treuhänderischen Verwahrung übergeben.
Aufgrund des Anstiegs des Fundanfalls der Grabungen der letzten Jahrzehnte wurden für die Einlagerung der Funde bis zum 31.12.2026 Räumlichkeiten im Gelände des Westhafens im 2. Obergeschoss des Zollspeichers bei der Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH (BEHALA) angemietet. Die Verpflichtung zur räumlichen Unterbringung der Fundstücke verbleibt über das Jahr 2026 hinaus (§ 4 der Vereinbarung zwischen dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, vertreten durch den Präsidenten vom 05.07.2016).

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

	2024	2025
BEHALA-Lagerräume	272.000 €	281.000 €
Archäologisches Haus am Petriplatz	236.000 €	236.000 €
	508.000 €	517.000 €

51802	**195**	**Mieten für Fahrzeuge**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Anmietung von Bussen für Informationsfahrten in Angelegenheiten der Denkmalpflege

51803	**195**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**14.000**	**14.000**	**14.000**	**4.222,93**

Mieten für Fax- und Kopiergeräte sowie für Baumaschinen der Bodendenkmalpflege

51820	**195**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**578.000**	**578.000**	**578.000**	**572.984,64**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

	2024	2025
Klosterstraße 47 (Landesdenkmalamt)	517.000 €	517.000 €
Alt Friedrichsfelde	61.000 €	61.000 €
	578.000 €	578.000 €

Die Nebenkostenpauschale wird nachgewiesen bei Titel 51715, die nutzerspezifischen Nebenkosten bei Titel 51925.

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51910	**195**	**Kleiner Unterhaltungsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**10.000**	**—**

Nutzerspezifischen Nebenkosten für das Haus am Petriplatz

51925	**195**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**4.500**	**4.500**	**4.500**	**—**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

	2024	2025
Klosterstraße 47 (Landesdenkmalamt)	3.300 €	3.300 €
Alt Friedrichsfelde 60	1.200 €	1.200 €
	4.500 €	4.500 €

Die Nebenkostenpauschale wird nachgewiesen bei Titel 51715, die Mietkosten bei Titel 51820.

52116	**195**	**Denkmalpflegerische Maßnahmen in Grünanlagen**	**490.000**	**490.000**	**490.000**	**268.541,44**
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**50.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2027	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2028	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2029	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2030		**50.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	100.000	0	0

Maßnahmen nach dem Gesetz zum Schutz von Denkmalen in Berlin für die denkmalgerechte Instandsetzung der baulichen und vegetativen Teile der denkmalwerten Parkanlagen, Stadtplätze sowie Friedhöfe einschließlich Vorbereitung und Nachbereitung der Maßnahmen.

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Berliner Teil des Weltkulturerbes (Bereich Klein Glienicke Böttcherberg, Loggia Alexandra)	10.000 €	10.000 €
2.	Welterbe-Siedlungen mit Pufferzonen (Freiräume), z. B.: Hufeisensiedlung, Wohnstadt Carl Legien	40.000 €	40.000 €
3.	Parkanlagen (Instandsetzung, Restaurierung, Gartendenkmalpflegerische Detailkonzepte), z. B.: Großer Tiergarten, Dreipfuhlpark, Landschaftspark Glienicke, Heinrich-von-Kleist-Park	50.000 €	50.000 €
4.	Stadtplätze (Instandsetzung, Restaurierung, Gartendenkmalpflegerische Detailkonzepte), z. B.: Brixplatz, Hansaplatz, Strausberger Platz, Ernst-Reuter-Platz	60.000 €	60.000 €
5.	Pflegewerke (auch Fortschreibung) und Monitoring für Parkanlagen und Siedlungen - Monitoring: u. a. Botanischer Garten, Großer Tiergarten, Reiherwerder, Lietzenseepark, Volkspark Jungfernheide. - Pflegewerke: u.a. Volkspark Rehberge, Parkring Neu-Tempelhof, Hansaviertel, Kurpark Friedrichshagen	120.000 €	120.000 €
6.	Fertigung, Aufstellung und Reparatur von Infotafeln in Gartendenkmalen	40.000 €	40.000 €
7.	Botanischer Garten (Instandsetzung Italienischer Garten und Rosengarten)	20.000 €	20.000 €
8.	Friedhöfe: Alter Garnisonfriedhof (Grabmale), Invalidenfriedhof (Grabanlagen), Städtischer Friedhof Dahlem (Einfriedungsmauer), Friedhof in den Kisseln	150.000 €	150.000 €
		490.000 €	490.000 €

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52190	**195**	**Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**—** **R 41.364,68**
52306	**195**	**Archive und Sammlungen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**15.441,86**

Beschaffung von Literatur, historischen Plänen und Ansichten, Ankauf denkmalpflegerischer Sammlungen, Aufmaße, Ausgaben für Fotomaterialien und -arbeiten, Diapositive und Mikroverfilmungen

52501	**195**	**Aus- und Fortbildung**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**2.907,66**

Ausgaben für die Fortbildung der Dienstkräfte unter Berücksichtigung des demografischen Wandels und Schulungen für untere Denkmalschutzbehörden

52536	**195**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**195**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**1.366,35**

Gerichts- und ähnliche Kosten in Zusammenhang mit den gesetzlichen Aufgaben des Landesdenkmalamtes

52610	**195**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Einzelgutachten in Angelegenheiten der Denkmalpflege

52703	**195**	**Dienstreisen**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**17.497,52**

Ausgaben für Dienstreisen sowie für Dienstgeschäfte in Berlin im Sinne des Reisekostenrechts, auch für Aus- und Fortbildung

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**3.774,05**

Verschiedene Druckformate und zeitgemäße Medien für Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit (Flyer „Erkennen und Erhalten“, Einladungsflyer für Veranstaltungen des Landesdenkmalamts, Postkartenserie zur Vermittlung neuer Denkmale)

53105	**011**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**291,55**

Ausgaben für Denkmalmesse Leipzig, Bautec, ITB, Antikon, Erarbeiten von eigenen Ausstellungen

53106	**195**	**Präventivmaßnahmen zum Gesundheitsschutz**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
53108	**195**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**51,35**

Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dienstlichem Anlass in besonderen Fällen

53111	**195**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Für Stellenausschreibungen einschließlich der Kosten von Auswahlverfahren und amtlichen Bekanntmachungen

54002 (neu)	**195**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**1.000**	**1.000**		

Besondere Aufgaben des Personal- und Organisationsmanagements

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**195**	**Dienstleistungen**	**310.000**	**310.000**	**310.000**	**162.994,60**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			
		Davon fällig 2026	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2027	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2028	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**50.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	25.000	0	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

	2024 in €	2025 in €
Welterbevorschläge:		
1. Fortsetzung der Maßnahmen des Community Involvement (u.a. Bürgerwerkstätten)	30.000	30.000
2. Wissenschaftliche Begleitforschung zur Erstellung des Outstanding Universal Value (OUV) und einer Attributkartierung.....	85.000	85.000
Alle Welterbestätten:		
3. Aufgaben des LDA in Bezug auf alle Welterbestätten zur Erstellung von Konzepten und Strategien zur Welterbepflege und –vermittlung ...	35.000	35.000
4. Erweiterung des Welterbe-Monitorings nach UNESCO-Vorgaben sowie die Weiterverfolgung von Vorschlägen zu Welterben.	100.000	100.000
Sonstiges/ nicht welterbebezogener Bedarf:		
5. Beauftragung von sogenannten Kontaktarchitekten zur denkmalpflegerischen Betreuung der Parlaments- und Regierungsbauten und diplomatischen Vertretungen.....	15.000	15.000
6. Untersuchungen zur Vorbereitung von Restaurierungsmaßnahmen, zur Dokumentation von Untersuchungsergebnissen und zur Denkmalerfassung und –vermittlung.....	45.000	45.000
Summe:	**310.000**	**310.000**

54012	**195**	**Ersatzvornahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Ersatzvornahmen aufgrund des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes sowie Kosten des unmittelbaren Zwanges nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz.

Es wird erwartet, dass den Ausgaben grundsätzlich gleich hohe Einnahmen bei Titel 11102 gegenüberstehen.

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54052	**195**	**Bodendenkmalpflege**	**2.103.000**	**2.103.000**	**2.103.000**	**2.354.156,92**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.103.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.103.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	2.103.000	1.100.000	0

Archäologische Voruntersuchungen, Bergungen und Auswertungen von Bodenfunden, Geräte- und Transportkosten, Strom- und Heizkosten im unmittelbaren Zusammenhang mit archäologischen Grabungen, insbesondere für die archäologischen Grabungen im Bereich des B-Plans Molkenmarkt in Berlin-Mitte (Festsetzung des B-Plans vom 12.06.2016, beinhaltet archäologische Fenster und archäologische Grabungen).

		2024 €	2025 €
1.	Fortsetzung der archäologischen Grabungen im Bereich des Molkenmarktes: Fortsetzung und Abschluss in zugänglichen Teilflächen in den Bereichen A,B und C. Sicherstellung sämtlicher Genehmigungen, Erlaubnisse und damit verbundener Auflagen und Bedingungen, Gewinnung zusätzlichen Personals bei Bedarf durch Personaldienstleister, Sicherstellung der mit den Grabungen verbundenen Planungen, Projektsteuerungen und Baudurchführungen	2.003.000	2.003.000
2.	Auswertung bereits durchgeführter Großgrabungen (Petriplatz, Schlossplatz, U-Bahngrabung Rathaus, Breite Straße, Burgwall Spandau, Biesdorf-Süd), für deren Veröffentlichung und Ausstellung der Funde der Grabungen	100.000	100.000
	Summe:	**2.103.000**	**2.103.000**

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere für die Grabungen am Molkenmarkt mit überjähriger Projektzeitlautzeit bestimmt.

54053	**195**	**Veranstaltungen**	**220.000**	**220.000**	**220.000**	**228.945,85**
		Verpflichtungsermächtigung	**30.000**	**30.000**		
		Davon fällig 2025	**30.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**30.000**		

Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen der Denkmalpflege und Archäologie, insbesondere Denkmaltag, Archäologentag, Tag des offenen Denkmals (Koordinierung und Abschlussveranstaltung), Welterbetag, Fachveranstaltungen (Tagungen, Workshops, etc.) und Denkmaldialoge.

54079	**195**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**69,70**

Insbesondere Ausgaben für Kränze, Blumenspenden und Nachrufe sowie Ausgaben im Zusammenhang mit der Betreuung von Besuchergruppen im Rahmen der Denkmalpflege.

54690	**195**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**30.809,10** **R 282.885,64**

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**195**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.456.000**	**1.456.000**	**406.000**	**33.096,69**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**17.672.000**	**16.216.000**		
		Davon fällig 2025	**1.456.000**			
		Davon fällig 2026	**1.456.000**	**1.456.000**		
		Davon fällig 2027	**1.230.000**	**1.230.000**		
		Davon fällig 2028	**1.230.000**	**1.230.000**		
		Davon fällig 2029	**12.300.000**	**1.230.000**		
		Davon fällig 2030		**11.070.000**		

1.
Das Archäologische Haus am Petriplatz, Scharrenstraße 10 in 10178 Berlin, wird Mitte 2024 bezugsfertig sein und Ende 2024 eröffnet werden. Das Haus wird in das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) überführt. Betreiber der öffentlichen Flächen soll das Landesdenkmalamt werden, das hierfür in etwa die Hälfte des Hauses bei der BIM GmbH anmietet. Ferner werden durch das Landesdenkmalamt kleinere Flächen als Projektraum für Aufgaben der Bodendenkmalpflege angemietet. Die Staatlichen Museen zu Berlin/Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SMB/SPK), zu der das Museum für Vor- und Frühgeschichte (MVF) gehört, mietet bei der BIM GmbH die andere Hälfte des Hauses an, in die das MVF mit Werkstätten, Depotflächen und Arbeitsplätzen einzieht. Mit den Mieteinahmen übernimmt die BIM GmbH das Facility Management des Hauses.

Der inhaltliche Betrieb des Hauses wurde dem Landesdenkmalamt übertragen. Zur Ermittlung der Kosten wurde im Auftrag der ehemaligen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sowie des Landesdenkmalamtes eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Betrieb erstellt; diese umfasst Personalkosten, Betriebsmittel und Sachkosten.

Die Zweckgebundenheit des Hauses (Betrieb als Archäologisches Haus) erstreckt sich gemäß Förderrichtlinien der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW-Mittel), die zur Finanzierung der Errichtung des Hauses genutzt wurden, über einen Zeitraum von 15 Jahren. Dementsprechend sind Verpflichtungsermächtigungen zu veranschlagen.

Die Umsetzung des Betriebs erfolgt in einer Kooperation mit dem Berliner Landesarchäologen. Hierzu wurde eine Vereinbarung zwischen dem Land Berlin, vertreten durch den Senator für Kultur und Europa und den Direktor des Landesdenkmalamtes, und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, vertreten durch den Präsidenten und den Direktor des Museum für Vor- und Frühgeschichte, am 20.01.2023 abgeschlossen. Auf Basis der Wirtschaftlichkeitsberechnung werden die damit verbundenen Ausgaben der SPK/SMB ersetzt.

	2024	2025
Betrieb Archäologisches Haus am Petriplatz	1.050.000 €	1.050.000 €
Verpflichtungsermächtigungen von jährlich 1.050.000 € bis 2038.		

2.
Das Landesdenkmalamt wird im Archäologischen Haus Petriplatz (siehe oben) mit einem Projektraum für Aufgaben der Bodendenkmalpflege vertreten sein. Dabei sollen aktuelle und länger zurückliegende Berliner Grabungen und deren Funde mit Beteiligung von Besucherinnen und Besuchern des Hauses durch Archäologinnen und Archäologen, die projektweise unter Vertrag genommen werden, bearbeitet werden (z.B. Grabungen Tempelhofer Feld, Bauakademie, Biesdorf, Lichterfelde-Süd etc.).

	2024	2025
Projektmittel Aufarbeitung Archäologische Grabungen	180.000 €	180.000 €
Verpflichtungsermächtigungen von jährlich 180.000 € bis 2038.		

3.
Das Museum für Vor- und Frühgeschichte (MVF) ist für die Restaurierung der Funde zuständig. Das Land Berlin gewährt für die Restaurierung der im MVF neu eingegangenen und verwahrten Berliner Bodenfunde einen jährlichen Zuschuss auf Nachweis in Höhe der Wertigkeit einer Stelle Entgeltgruppe E 11 TVöD gemäß der o.g. Vereinbarung vom 05.07.2016. Um den stetigen Zuwachs an archäologischen Funden auf Grund der Ausgrabung Molkenmarkt (Verdreifachung zur regulären Betrieb) weiter erfassen, konservieren und restaurieren zu können, ist zudem dringend eine temporäre Aufstockung der personellen Ressourcen im Bereich Restaurierung nötig. Daher wird der Zuschuss über einen Zeitraum von 2 Jahren für die Einrichtung zweier weiterer Stellen Entgeltgruppe E 11 TVöD ergänzt.

	2024	2025
Durchschnittssatz für Neueinstellungen Entgeltgruppe E11, Stufe1	226.000 €	226.000 €
Verpflichtungsermächtigungen von jährlich 76.000 € bis 2026.		

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67190	**195**	**Ersatz von Aufwendungen aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**—** **R 10.131,64**
68123	**195**	**Ehrungen, Preise**	**13.500**	**13.500**	**13.500**	**14.520,86**

Auszeichnung mit der Ferdinand-von-Quast-Medaille für vorbildliche denkmalpflegerische Leistungen wie auch Studienpreis des Landesdenkmalamtes Berlin.

68302	**195**	**Zuschüsse für Veröffentlichungen und Dokumentationen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**55.717,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**100.000**		
		Davon fällig 2025	**25.000**			
		Davon fällig 2026	**25.000**	**25.000**		
		Davon fällig 2027	**25.000**	**25.000**		
		Davon fällig 2028	**25.000**	**25.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**25.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	25.000	0	0

Zuschüsse an Verlage zur Herausgabe von Publikationen (Beihefte der Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland/Berlin, Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin, Arbeitshefte zur Denkmalpflege in Berlin und Brandenburg, Archäologisches Jahrbuch, Monographien über archäologische Grabungen).

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind insbesondere für einzelne Publikationsvorhaben mit überjähriger Projektlaufzeit vorgesehen.

68390	**195**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus zweckgebundenen Einnahmen**			**—**	**—** **R 9.851,58**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68463	**195**	**Zuschüsse zur Durchführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**20.850,00**

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Jugendbauhütte Berlin ist das Landesdenkmalamt Berlin Einsatzstelle für das Freiwillige Jahr in der Denkmalpflege (FJD) nach dem Gesetz zur Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres. Die Jugendbauhütten in Deutschland sind ein Projekt der Deutschen Stiftung Denkmalschutz in Trägerschaft der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste sowie zugleich ein Programm der Europäischen Union (European Voluntary Service) für Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren aus den EU-Mitgliedsstaaten.

Die Zahl der eingesetzten Freiwilligen soll bis zu fünf Personen betragen, die im Rahmen des Freiwilligen Jahres in der Denkmalpflege vorrangig Einsätze auf archäologischen Grabungen absolvieren.

Für jeden Teilnehmenden ist durch die Einsatzstelle ein Eigenanteil von 300 €/Monat an den gemeinnützigen Träger (ijgd – Internationale Jugendgemeinschaftsdienste Landesverein Berlin e.V.) zu zahlen.

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**195**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**1.235.000**	**1.235.000**	**135.000**	**100.011,57**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 1.100.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.100.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.290.000**	**1.220.000**		
		Davon fällig 2025	**1.100.000**			
		Davon fällig 2026	**1.100.000**	**1.100.000**		
		Davon fällig 2027	**30.000**	**30.000**		
		Davon fällig 2028	**30.000**	**30.000**		
		Davon fällig 2029	**30.000**	**30.000**		
		Davon fällig 2030		**30.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	30.000	0	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für

		2024	2025
1.	Veranlasser von Grabungen, wenn die Zumutbarkeit der Kostenübernahme gemäß § 8 i.V.m. § 11 Abs. 4 DSchG Bln vom 24.04.1995 überschritten wird	25.000 €	25.000 €
2.	Garten Forum Glienicke	10.000 €	10.000 €
3.	Förderung von Aktivitäten von bürgerschaftlichen Vereinen (Geschichts- und Heimatvereinen, Geschichtswerkstätten, Welterbeinitiativen etc.), die sich u. a. an Denkmaldialogen und der Stadtdebatte beteiligen. Um die öffentliche Meinung zum Denkmalschutz und der Denkmalpflege in der wachsenden Stadt rechtzeitig in Planungs- und Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen, ist es erforderlich, das ehrenamtliche Denkmalengagement zu stärken, die Beteiligungskultur an Denkmalschutz und Denkmalpflege auszubauen und Partizipationsmaßnahmen zu ermöglichen	100.000 €	100.000 €
4.	Projekte aus dem Innovationsförderfonds	1.100.000 €	1.100.000 €
		1.235.000 €	1.235.000 €

Zu 4.:
Die Ausgaben sind jeweils in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 gesperrt veranschlagt.
Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

68579	**195**	**Mitgliedsbeiträge**	**14.000**	**14.000**	**14.000**	**18.637,45**

Mitgliedsbeiträge jeweils in 2024 und 2025 für:

1.	Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in Deutschland	3.830 €
2.	Verband der Landesarchäologen	150 €
3.	Mittel- und ostdeutschen Verband für Altertumsforschung e.V.	60 €
4.	Europae Archaelogiae Consilium (EAC)	340 €
5.	Deutsches Nationalkomitee von ICOMOS	350 €
6.	Organisation of World Heritage Cities – OHWC	9.210 €
7.	DOCOMO Deutschland e.V.	60 €
		14.000 €

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	
81279	**195**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**125.000**	**125.000**	**125.000**		**—**

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Erneuerung der Ausstattung und Flächenoptimierung, Anschaffungen von feuersicheren Aufbewahrungsmöbeln (Planarchivschränke) für Archiv und Depot des Landesdenkmalamts. Sicherheitsleitern und Hubgeräte für die den Anforderungen des Arbeitsschutzes entsprechende Bedienung des Depots	15.000 €	15.000 €
2.	Vervollständigung der Ausstattung mit Geräten und technischen Einrichtungen sowie Ersatzbeschaffungen für Grabungen und archäologisches Eingangsmagazin BEHALA-Westhafen und Klosterstraße 47	10.000 €	10.000 €
3.	Vermessungs- und Fototechnik für die Grabungen im Bereich Molkenmarkt für den täglichen Gebrauch	5.000 €	5.000 €
4.	Nicht baugebundene Erstausstattung der im Archäologischen Haus am Petriplatz für das Landesdenkmalamt vorgesehenen Räumlichkeiten und deren Nutzung als Projekträume mit Geräten, technischer Ausstattung und Mobiliar	95.000 €	95.000 €
		125.000 €	125.000 €

89360	**195**	**Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes**	**2.600.000**	**2.600.000**	**3.000.000**	**2.801.749,85**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

	Verpflichtungsermächtigung	**7.900.000**	**5.300.000**
	Davon fällig 2025	**2.300.000**	
	Davon fällig 2026	**1.600.000**	**1.000.000**
	Davon fällig 2027	**2.000.000**	**1.300.000**
	Davon fällig 2028	**1.000.000**	**1.000.000**
	Davon fällig 2029	**1.000.000**	**1.000.000**
	Davon fällig 2030		**1.000.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	500.000	250.000	100.000

Nach dem Gesetz zum Schutz von Denkmalen in Berlin kann das Landesdenkmalamt zur Erhaltung, Unterhaltung und Wiederherstellung von Bau-, Garten- und Bodendenkmalen sowie sonstigen Anlagen von denkmalpflegerischem Interesse Zuschüsse gewähren.

Aus dem Ansatz kann auch die Erfassung und Bestandsaufnahme der unter Denkmalschutz stehenden oder zu stellenden Objekte finanziert werden.

Das Land Berlin beabsichtigt, im Rahmen des Sonderprogramms Denkmalschutz des Bundes wie in den Vorjahren Zuweisungen für denkmalpflegerische Maßnahmen zu erhalten.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für den Abschluss mehrjähriger Verträge bestimmt.

97101	**880**	**Pauschale Mehrausgaben**			**3.700.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**195**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Druckerzubehör sowie Fachliteratur und Speichermedien

51168	**195**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**21,99**

Reparatur sowie Ersatz und Ergänzung von Geräten und Ausstattungsgegenständen

51185	**195**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**210.000**	**210.000**	**210.000**	**91.790,11**
		Verpflichtungsermächtigung	**200.000**	**200.000**		
		Davon fällig 2025	**50.000**			
		Davon fällig 2026	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2027	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2028	**50.000**	**50.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**50.000**		

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Datenerfassung, Digitalisierungen sowie Softwareentwicklung und Softwareanpassung	40.000 €	40.000 €
2.	Modernisierung und Weiterentwicklung der Fachdatenbanken (inkl. Archäologische Fachdatenbanken)	90.000 €	90.000 €
3.	Einführung des elektronischen denkmalrechtlichen Genehmigungs-verfahrens in den Denkmalbehörden	15.000 €	15.000 €
4.	Projektmittel LDA Fach IT Management	45.000 €	45.000 €
5.	Internetredaktion	20.000 €	20.000 €
		210.000 €	210.000 €

51453	**195**	**Verbrauchsmittel für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**90,00**

Plotter- und sonstiges Spezialpapier sowie Folien

52536	**195**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**—**

IKT-Fortbildung der Dienstkräfte

	Summe Maßnahmegruppe 32	**219.500**	**219.500**	**219.500**	**91.902,10**
	Gesamtausgaben	**16.081.500**	**16.351.800**	**17.704.600**	**11.736.823,93**
	Prozentuale Veränderung	**-9,2 %**	**1,7 %**		

Landesdenkmalamt

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1271				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	363.000	363.000	413.000	629.355,40
		Gesamteinnahmen	363.000	363.000	413.000	629.355,40
411-462		Personalausgaben	5.122.700	5.326.000	4.747.800	4.514.078,11
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.395.300	5.462.300	5.443.300	4.178.162,40
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.838.500	2.838.500	688.500	242.833,57
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	2.725.000	2.725.000	3.125.000	2.801.749,85
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	3.700.000	—
		Gesamtausgaben	16.081.500	16.351.800	17.704.600	11.736.823,93
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-15.718.500	-15.988.800	-17.291.600	-11.107.468,53

Landesdenkmalamt

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001112 Sicherstellung einer wirksamen Denkmalpflege und eines wirksamen Denkmalschutzes

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	10	Personalkosten	4.218.274	3.981.801	+5,94
Kostenträger	15	Sachkosten	3.350.417	3.275.676	+2,28
davon		Transferkosten	152.503	119.757	+27,34
Produkte	14	Verrechnungskosten	3.264	5.400	-39,56
MGF	1	kalkulatorische Kosten	95.775	113.063	-15,29
Projekte	0	Gemeinkosten	1.828.524	2.336.002	-21,72
		Summe Verwaltungskosten	9.648.757	9.831.700	-1,86
		Transfers	3.823.627	3.907.186	-2,14
		Gesamtsumme	13.472.384	13.738.885	-1,94

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005178	2022	6.225.626	2.501.507	8.727.133
LDA - Erhaltung von ausgewiesenen Denkmalen, die wertvolle historische Substanz und denkmalwerte Zeugnisse bewahren und in die Stadtentwicklung integrieren	2021	5.992.584	2.675.319	8.667.903

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79224	2022	5.351.572	131.527	5.483.100
Denkmalbetreuung (ohne Zuwendungen, ohne Steuerbescheide)	2021	4.951.033	94.843	5.045.876

	2022	2021
Menge: Anzahl der Schlussprotokolle, Stellungnahmen, Berichte, Verträge	1.550	1.578
Kosten je ME in €	3.452,63	3.137,54
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	40,70	36,73
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	132.982,08	109.493,64
IST - Erträge in €	258.155,58	0,00
Kostendeckungsgrad in %	4,71	0,00

KP Förderprojekte / Betreuungsobjekte: Beratung und ggf. Entscheidungen in allen Fragen des Umgangs mit einem Denkmal im Falle seiner Veränderung.
Durchführung Landesdenkmalamt: Bereich Baudenkmalpflege, Gartendenkmalpflege, Bodendenkmalpflege

Landesdenkmalamt

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79237	2022	203.550	2.369.980	2.573.529
Zuwendungen nach §§ 23, 44 LHO	2021	192.386	2.580.476	2.772.862

	2022	2021
Menge: Anzahl der Maßnahmen nach Schluss-Verwendungsnachweis	80	91
Kosten je ME in €	2.544,37	2.114,14
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	19,10	20,18
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	2.685,52	1.986,88
Kostendeckungsgrad in %	0,10	0,07

Gewährung finanzieller Zuwendungen an Dritte (Titel 89300)
Durchführung: Landesdenkmalamt Referat Baudenkmalpflege, Gartendenkmalpflege, Bodendenkmalpflege

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005179	2022	1.078.338	74.805	1.153.143
LDA - Denkmalbewusstsein schaffen - Sicherstellung einer wirksamen Denkmalkunde	2021	1.131.817	58.077	1.189.893

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005184	2022	529.743	157.513	687.257
LDA - Umfassende, aktuelle und nachfragegerechte Bereitstellung des Denkmalwissens	2021	581.946	229.068	811.013

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79233	2022	529.743	157.513	687.257
Wissensmanagement	2021	581.946	229.068	811.013

Landesdenkmalamt

	2022	2021
Menge: Anzahl der bearbeiteten Datensätze (Neueinträge und Änderungen)	112.969	29.846
Kosten je ME in €	4,69	19,50
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,10	5,90
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	1.003,93
IST - Erträge in €	366,00	1.200,00
Kostendeckungsgrad in %	0,05	0,15

KP Wissensmanagement:
1. Aufbau und Pflege eines denkmalbezogenen Informations- und Auskunftssystems als Wissenspool
2. Schaffung einer Sachdatenplattform im Intranet und Internet

Sicherung, Erfassung, Erschließung, Auswertung und Vermittlung des amtinternen Wissens der Bau-, Boden- und Gartendenkmalpflege. Die Auskunftsfähigkeit des Wissenspools beruht auf der Grundlage folgender Bestände: Gutachten und Dokumentationen, Fotos, Karten, Pläne und Zeichnungen, Nachlässe, Literatur, Denkmalakten, gegenständliche Sachzeugen, archäologische Funde, Denkmalkartei, Denkmaldatenbank, Denkmalkarte etc.

Durchführung Landesdenkmalamt: Bereich Baudenkmalpflege, Gartendenkmalpflege, Bodendenkmalpflege

Förderung des Wohnungsbaus

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel 1295 enthält die Einnahmen und Ausgaben der Förderung des Wohnungsbaus. Die Einnahmen resultieren insbesondere aus Rückflüssen (Zins- und Tilgungsleistungen) von Darlehen, die Berlin für den Wohnungsbau geleistet hat, sowie aus der Bereitstellung von Mitteln des Bundes aus den jährlichen Verwaltungsvereinbarungen Sozialer Wohnungsbau.

Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 wurde ein Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) eingerichtet, dem Mittel aus dem Landeshaushalt zugeführt werden. Mit den Mitteln des Sondervermögens Wohnraumförderfonds Berlin wird die Vergabe zinsloser Baudarlehen im Wohnungsneubau in Berlin gefördert. Bis 2017 erfolgte auch die Möglichkeit der Gewährung ergänzender einkommensorientierter Zuschüsse im Wohnungsneubau. Ab 2020 werden auch Mittel zur Förderung des Ankaufes von Belegungsbindungen im Bestand und zur Unterstützung von Genossenschaftsgründungen im Bestand und im Neubau dem Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zugeführt. Die Förderung zum Ankauf von Belegungsbindungen wird ab 2022 nicht weiterverfolgt. Ab 2022 werden Mittel zur Förderung von klimagerechtem Bauen sowie für die dauerhafte Mietpreis- und Belegungsbindung dem Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zugeführt.

Ab 2023 fördert der Bund über eine Verwaltungsvereinbarung studentisches Wohnen und Wohnen für Auszubildende als Teilbereich des sozialen Wohnungsbaus zur Schaffung neuer Wohnheimplätze durch Neu-, Aus- oder Umbau. Die veranschlagten Mittel für dieses Programm werden dem Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zugeführt.

Für den Erwerb von in Eigentumswohnungen umgewandelter Mietwohnungen werden Mieterhaushalten über ein neues Programm Darlehen zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus werden die Altverpflichtungen für die Wohnungsbauförderung bis 2005 nachgewiesen.

Weiterhin wird für Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus bei sehr hohen Mietbelastungen ein Mietzuschuss gewährt.

Die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Programme der Städtebauförderung werden im Kapitel 1240 nachgewiesen.

Deckungsvermerk:

Die Ausgaben der Titel des Kapitels 1295 sind gegenseitig deckungsfähig. Sie sind auch gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 1240, Titel 54010, 54021, 89361, 89362, 89363, 89367, 89368, 89369, 89371, 89372, 89373, 89374, 89375 89379, 89380, 89381 und 89383; gegenüber Ausgaben anderer Kapitel des Einzelplans 12 sind sie deckungsberechtigt. Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11102	**411**	**Ersatzvornahmen**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Da Aufwendungen für die Einsetzung eines Treuhänders nach dem Zweckentfremdungsverbotgesetz und für Ersatzvornahmen im Rahmen der Wohnungs- und Bauaufsicht zur Wiederherstellung der Wohnung zu Wohnzwecken nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz oder der Bauordnung Berlin ausschließlich in den fachlich zuständigen Bezirken anfallen, gegebenenfalls im Rahmen der Basiskorrektur, werden Ausgaben und Einnahmen hierfür im Einzelplan 12 nicht veranschlagt (vgl. auch Titel 54012).

11141	**411**	**Ausgleichszahlungen zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen**	**50.000**	**45.000**	**70.000**	**32.559,22**

Die Fehlbelegungsabgabe wird seit dem 01.09.2002 nicht mehr erhoben.

Bei den Einnahmen handelt es sich um Restzahlungen aufgrund laufender Widerspruchs- und Klageverfahren sowie Stundungsvereinbarungen.

Sofern die Einnahmen die mit Wohnungsfürsorgemitteln des Bundes errichteten Wohnungen betreffen, sind sie an den Bund zurückzuzahlen.

Die Einnahmen sind geschätzt.

11934	**411**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**1.100.436,79**

Die Einnahmen sind geschätzt.

16141	**411**	**Erträge aus Wohnungsbauförderdarlehen**	**7.713.000**	**7.971.000**	**10.000.000**	**5.510.736,28**

Zinsleistungen der Investitionsbank Berlin aus Darlehen für die Förderung des Wohnungsbaus

Im Wesentlichen sind die zu erwartenden planmäßigen Zinsleistungen veranschlagt.

16210	**411**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**104,93**

Zinsen aus den im Rahmen der Förderung zum Wohnungsbau gewährten Zuwendungen, für die der Verwendungsnachweis vom Zuwendungsnehmer nicht rechtzeitig erbracht wurde.

18141	**411**	**Rückflüsse von Wohnungsbauförderdarlehen**	**105.000.000**	**80.000.000**	**130.000.000**	**157.444.877,97**

Tilgungsleistungen der Investitionsbank Berlin aus Darlehen für die Förderung des Wohnungsbaus. Veranschlagt werden die zu erwartenden planmäßigen Tilgungen sowie ein Anteil außerplanmäßiger Rückflüsse.

Ausgaben, die im Zusammenhang mit Sondertilgungen/Rückzahlungen zu leisten sind, dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr von den Einnahmen abgesetzt werden.

18142	**411**	**Rückflüsse aus dem Wohnungsbaufonds (Preußische Hauszinssteuer)**	**900.000**	**900.000**	**900.000**	**1.789.916,24**

Rückführungen aus dem Wohnungsbaufonds der Investitionsbank Berlin (ehemalige preußische Hauszinssteuer)

Entsprechend der ursprünglichen Zweckbindung werden die Rückflüsse zur anteiligen Finanzierung des Wohnungsneubaufonds verwendet (vgl. Titel 88402).

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
18143 (neu)	**411**	**Rückflüsse aus Eigenkapitalersatzdarlehen für Mieterhaushalte umgewandelter Wohnungen**	**48.000**	**96.000**		

Tilgungsleistungen der Investitionsbank Berlin aus Darlehen für die Förderung von Mieterhaushalte umgewandelter Wohnungen. Die Tilgung setzt spätestens fünf Jahre nach Abschluss des Darlehensvertrags ein. Ab Tilgungsbeginn beträgt die Tilgung im Jahr mindestens 2 Prozent des Darlehensbetrags (vgl. Titel 86344).

Aufgrund der flexiblen Bestimmungen zum Zeitpunkt und zur genauen Höhe der Tilgung beruhen die Angaben auf Schätzungen.

33102	**411**	**Zuweisungen des Bundes für Investitionen**	**93.210.000**	**108.885.000**	**51.601.000**	**20.969.043,43**

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei der Förderung des Neubaus von Wohnungen sowie der Ausweitung des Bestandes an Sozialwohnungen, bei der Einhaltung der Klimaschutzziele Berlins mit der Förderung der energetischen Modernisierung von Wohnungsbeständen sowie der Förderung des studentischen Wohnens und Wohnen für Auszubildende durch Schaffung neuer Wohnheimplätze durch Neu-, Aus- oder Umbau, einschließlich des erstmaligen Erwerbs von Wohnheimplätze durch die Bereitstellung von Bundesmitteln im Rahmen der jährlich abzuschließenden Verwaltungs-vereinbarungen (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 1295; Titel 88402, 88409 und 88410).

An den Ausgaben beteiligt sich der Bund gemäß Verwaltungsvereinbarung mit bis zu 76,92 v.H.

Mehr aufgrund des neuen Programm zur Förderung von Junges Wohnen.

		Gesamteinnahmen	**207.022.000**	**197.998.000**	**192.673.000**	**186.847.674,86**
		Prozentuale Veränderung	**7,4 %**	**-4,4 %**		
		Ausgaben				
54010	**411**	**Dienstleistungen**	**3.040.000**	**3.115.000**	**2.250.000**	**1.484.658,68**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			

1. Mietzuschuss nach § 2 WoG Bln:
   Für die Berechnung und Zahlbarmachung des nach § 2 Wohnraumgesetz Berlin zu gewährenden Mietzuschusses an Mieterhaushalte im Sozialen Wohnungsbau (vgl. Erläuterungen zum Titel 68127) sind Bearbeitungsentgelte zu leisten. Hierfür sind 2024 Ausgaben von 1.800.000 € und für 2025 von 1.900.000 € veranschlagt.

2. Für die Unterstützung des Genossenschaftswesens soll von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen eine oder ein Genossenschaftsbeauftragte bzw. -beauftragter berufen werden. Hierfür sind 2024 und 2025 Ausgaben von jährlich 100.000 € veranschlagt, in 2024 ist eine Verpflichtungsermächtigung von 100.000 € veranschlagt.

3. Die IBB ist mit der Umsetzung der Genossenschaftsförderung beauftragt. Dafür entstehen Bearbeitungs- und Umsetzungskosten. Hierfür sind in 2024 und 2025 Ausgaben von jeweils 200.000 € veranschlagt.

4. Die IBB ist mit der Umsetzung der Wohnungsmodernisierungsbestimmungen beauftragt. Dafür entstehen Bearbeitungs- und Umsetzungskosten. Hierfür sind Ausgaben für 2024 und 2025 von jeweils 540.000 € veranschlagt.

5. Die IBB soll mit der Durchführung der Miethöhenprüfung der durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen seit 2013 abgeschlossen Projektverträge über Grundstückseinbringungen in die städtischen Wohnungsbaugesellschaften beauftragt werden. Für die Erstattung von Prozessimplementierungs- und Bearbeitungskosten der IBB sind Ausgaben in 2024 von 100.000 € sowie in 2025 von 75.000 € veranschlagt.

6. Für die technische Umsetzung neuer Maßnahmen sollen der IBB die Kosten erstattet werden. Hierfür wurden Ausgaben für 2024 und 2025 von jeweils 100.000 € veranschlagt.

7. Zur Prüfung von Reformansätzen der Wohnraumförderung oder wohnungspolitischer Bedarfsbewertungen ist die IBB mit Auswertungen, Erhebungen und Prüfungen von Sachständen zu beauftragen, die nicht Leistungen im Rahmen der Aufgabe als Förder- und Mietpreisstelle und deren Abgeltungen durch Verwaltungskostenbeiträge (VKB) sind (z.B. Mietenerhebung/Vermieterbefragung Sozialer Wohnungsbau). Hierfür sind Ausgaben für 2024 und 2025 von jeweils 200.000 € veranschlagt.

Mehr u.a. wegen höherer Bearbeitungskosten für den Mietzuschuss nach § 2WoG Bln, für die Bearbeitung der Genossenschaftsförderung sowie für das neue Förderprogramm Wohnungsmodernisierungsbestimmungen.

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54012	**411**	**Ersatzvornahmen**			**350.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Da Aufwendungen für die Einsetzung eines Treuhänders nach dem Zweckentfremdungsverbotgesetz und für Ersatzvornahmen im Rahmen der Wohnungs- und Bauaufsicht zur Wiederherstellung der Wohnung zu Wohnzwecken nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz oder der Bauordnung Berlin ausschließlich in den fachlich zuständigen Bezirken anfallen, gegebenenfalls im Rahmen der Basiskorrektur, werden Ausgaben und Einnahmen im Einzelplan 12 nicht veranschlagt (vgl. auch Titel 11102).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
56101	**830**	**Zinsen für Darlehen des Bundes für den Wohnungsbau**	**81.000**	**72.000**	**149.000**	**89.717,67**

Erläuterungen 2024

	Zinsen €
Darlehen des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	
Restkapital per 31.12.2022 233.754.954 €	59.640
Darlehen des Bundesministers der Finanzen (Bundesdarlehen)	
Restkapital am 31.12.2022 350.958.805 €	21.070
	80.710
	rd. 81.000

Erläuterungen 2025

	Zinsen €
Darlehen des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	
Restkapital per 31.12.2023 221.559.744 €	52.210
Darlehen des Bundesministers der Finanzen (Bundesdarlehen)	
Restkapital am 31.12.2023 348.033.665 €	18.810
	71.020
	rd. 72.000

Weniger insbesondere aufgrund hoher außerplanmäßiger Tilgungen in den Vorjahren

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
58101	**830**	**Tilgung von Darlehen des Bundes für den Wohnungsbau**	**13.324.000**	**13.324.000**	**15.121.000**	**15.353.057,95**

Erläuterungen 2024

	Tilgungen €
Darlehen des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	
Restkapital per 31.12.2022 233.754.954 €	9.480.260
Darlehen des Bundesministers der Finanzen (Bundesdarlehen)	
Restkapital am 31.12.2022 350.958.805 €	3.843.620
	13.323.880
	rd. 13.324.000

Erläuterungen 2025

	Tilgungen €
Darlehen des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	
Restkapital per 31.12.2023 221.559.744 €	9.477.290
Darlehen des Bundesministers der Finanzen (Bundesdarlehen)	
Restkapital am 31.12.2023 348.033.665 €	3.846.280
	13.323.570
	13.324.000

Weniger insbesondere aufgrund hoher außerplanmäßiger Tilgungen in den Vorjahren

66106	**411**	**Schuldendiensthilfen für die Eigentumsförderung**	**7.000.000**	**10.000.000**	**7.619.000**	**7.635.383,84**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**79.758.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**3.686.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**3.686.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**3.686.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**68.700.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	6.820.000	6.320.000	24.434.000
VE Plan 2023	180.000	180.000	3.060.000

Zur Vermeidung von förderungsbedingten Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau um jeweils 0,1278 €/m² Wfl. mtl. werden Mietenkonzepte durchgeführt. Neben der Ausfinanzierung bereits bewilligter Mietenkonzepte sollen auch für das Jahr 2025 förderungsbedingte Mieterhöhungen durch ein Mietkonzept ausgesetzt werden. Gleichzeitig ist die Ausfinanzierung eines Mietenkonzepts 2023 veranschlagt. In Umsetzung einer gerichtlichen Entscheidung werden den Eigentümern der betroffenen Objekte an Stelle von bisherigen Verzichten der Verzinsung von Aufwendungsdarlehen nunmehr Zuschüsse als Ausgleich für den Mietverzicht in den überwiegenden Objekten gewährt. Bei mit Baudarlehen geförderten Objekten erfolgt keine Anpassung der Konditionen der Bedienung der Darlehen. Diese Umstellung auf Zuschussgewährung wird auch in den Mietenkonzepten der Vorjahre für den noch bis zum Ende der Förderung vorhandenen Zeitraum fortgeführt.

Dafür sind in 2024 Ausgaben von 7.000.000 € veranschlagt. In 2025 sind Ausgaben von 10.000.000 € und Verpflichtungsermächtigungen von 79.758.000 € veranschlagt.

Die Mittel werden der Investitionsbank Berlin zur Auszahlung zugewiesen.

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
66311	**411**	**Aufwendungszuschüsse für den sozialen Wohnungsbau (1.Förderungsweg) im Anschluss an die Förderungsphase I**	**9.000**	**8.000**	**10.000**	**9.000,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	9.000	8.000	0

Für im 1. Förderungsweg von 1972 an geförderte Mietwohnungen schließt sich nach 15 Förderungsjahren (Förderungsphase I) eine Anschlussförderung für weitere 15 Jahre (Förderungsphase II) an. Bis 1997 wurden die Fördermittel als reine Aufwendungszuschüsse gewährt. Für Bewilligungen von Mietwohnungen vom Wohnungsbauprogramm 1982 an werden die erforderlichen Mittel zu zwei Dritteln als Aufwendungszuschüsse (Titel 66311) und zu einem Drittel als Aufwendungsdarlehen (Titel 86335) geleistet. Seit 2003 wird eine Anschlussförderung nicht mehr gewährt.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus früheren Programmen wird mit folgenden Ausgaben gerechnet:

	2024	2025
Aufwendungszuschüsse (Titel 66311)	9.000 €	8.000 €
Aufwendungsdarlehen (Titel 86335)	0 €	0 €

Die Mittel werden der Investitionsbank Berlin zur Auszahlung zugewiesen.

Weniger wegen Auslaufen des Programms

66321	**411**	**Aufwendungszuschüsse für Modernisierung und Instandsetzung von in Plattenbauweise errichteten Wohngebäuden**	**27.000**	**13.000**	**120.000**	**137.000,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	für 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	27.000	13.000	2.000

Berlin förderte bis 2001 nach den „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Instandsetzung und Modernisierung von industriell gefertigten Wohngebäuden im Ostteil der Stadt (InstModRL 1999 – industrielle Bauweisen)“ bauliche Maßnahmen zur Instandsetzung und Modernisierung von Wohnungen in industriell gefertigten Wohngebäuden mit degressiven Aufwendungszuschüssen. Die Förderung wurde ab 1999 auf Gebäude mit Vermietungsproblemen in den Großsiedlungen konzentriert.

Die Förderung wurde 2001 auf die Gewährung von Baukostenzuschüssen umgestellt.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus den Programmen bis 2001 wird 2024 mit Ausgaben von 27.000 € und 2025 von 13.000 € gerechnet.

Die Mittel werden der Investitionsbank Berlin zur Auszahlung zugewiesen.

Weniger wegen Auslaufen der Förderung

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
66325	**411**	**Aufwendungszuschüsse für die Förderung des Wohnungsbaues außerhalb des 1. Förderungswegs**	**124.000**	**67.000**	**92.000**	**622.000,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	124.000	67.000	48.000

Seit 2002 wird im Rahmen einer „Vereinbarten Förderung“ die Errichtung von Mietwohnungen nicht mehr gefördert.
Die Ausgaben beziehen sich auf die Abwicklung der aus den Programmen bis 2001 eingegangenen Verpflichtungen.

Die Mittel werden der Investitionsbank Berlin zur Auszahlung zugewiesen.

Weniger wegen Auslaufen der Förderung

66356	**411**	**Zinszuschüsse für die Modernisierung und Instandsetzung von Wohngebäuden**	**680.000**	**370.000**	**700.000**	**1.708.300,00**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	680.000	370.000	640.000

Seit 2002 fördert Berlin Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an Wohngebäuden nur noch mit Baukostenzuschüsse.

Aufgrund der eingegangenen Verpflichtungen aus den Programmen bis 2001 wird 2024 mit Ausgaben für Zinszuschüsse von 680.000 € und 2025 von 370.000 € gerechnet.

Die Mittel werden der Investitionsbank Berlin zur Auszahlung zugewiesen.

Weniger wegen Auslaufen der Förderung

68127	**411**	**Zuschüsse zur Begrenzung der Mieten im sozialen Wohnungsbau**	**7.180.000**	**7.180.000**	**6.500.000**	**4.574.370,59**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.000.000**	**6.180.000**		
		Davon fällig 2025	**6.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**6.180.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	4.584.000	0	0

Auf der Grundlage des § 2 Wohnraumgesetz Berlin (WoG Bln) wird ab dem Haushaltsjahr 2016 für Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus bei sehr hoher Mietbelastung ein Mietzuschuss gewährt.

Seit 2020 kann die IBB Mietzuschuss grundsätzlich für bis zu 24 Monate bewilligen

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68143	**411**	**Maßnahmen für die vom Wegfall der Anschlussförderung im Wohnungsbau Betroffenen**	**223.000**	**185.000**	**554.000**	**301.100,48**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	223.000	185.000	0

Durch den Wegfall der Anschlussförderung sind Ausgaben vorgesehen

- für die Finanzierung eines allgemeinen einkommensabhängigen Mietausgleichs, der degressiv abgebaut wird,
- für pauschale Umzugskostenhilfen für von Mieterhöhungen betroffene Mieterinnen und Mieter,
- für Selbstnutzer von Wohneigentum in Härtefällen und
- für die Sicherung der Bewirtschaftung bei Stiftungen und Genossenschaften in Härtefällen.

Die veranschlagten Mittel sind Verpflichtungen aus bereits erteilten Bewilligungen.

Die Mittel werden der Investitionsbank Berlin zur Auszahlung zugewiesen.

Weniger wegen Auslaufen der Förderung

68205	**411**	**Ausgabenersatz an die IBB für Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

In bestimmten Fällen, in denen Fördernehmer Klagen gegen Entscheidungen des Landes Berlin zu Änderungen der Wohnungsbauförderung erheben, nimmt die Investitionsbank Berlin (mit Zustimmung Berlins) die Unterstützung durch externe Anwälte in Anspruch. Die dadurch entstehenden Kosten, soweit sie das im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages mit dem Land Berlin zumutbare Maß übersteigen, sowie die in den Klageverfahren anfallenden Ausgaben (z. B. Gerichtskosten) werden der Investitionsbank Berlin erstattet.

68255 (neu)	**411**	**Zuschuss im Zusammenhang mit Energiekostensteigerungen**	**1.000**	**1.000**		

Mit Senatsbeschluss S-1001/2022 wurden die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und die Berlinovo zu einem umfassenden Mietenstopp für die Zeit vom 1.11.2022 bis 31.12.2023 verpflichtet. Dieser Mietenstopp entfaltet auch in den nachfolgenden Jahren negative, wirtschaftliche Auswirkungen auf die Mieteinnahmen der Gesellschaften. Die Mittel dienen der Abfederung der negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gesellschaften.

In diesem Titel wurde ein Merkansatz veranschlagt, da die notwendigen Mittel aus dem Kapitel 2910, Titel 91923 – Zuführung an die Rücklage zur Vorsorge im Zusammenhang mit Energiekostensteigerungen im öffentlichen und privatem Bereich – diesem Titel zugeführt werden.

86343	**411**	**Maßnahmen für die vom Wegfall der Anschlussförderung im Wohnungsbau Betroffenen (Darlehen)**	**112.000**	**93.000**	**277.000**	**140.173,68**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	112.000	93.000	0

Zur Vermeidung von Härten durch den Wegfall der Anschlussförderung werden Stiftungen und Genossenschaften Aufwendungshilfen teilweise in Form von Darlehen gewährt (vgl. auch Erläuterung zu Titel 68143). Die Ausgaben beziehen sich auf die Abwicklung der bis 2010 eingegangenen Verpflichtungen.

Die Mittel werden der Investitionsbank Berlin zur Auszahlung zugewiesen.

Weniger wegen Auslaufen der Förderung

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
86344 (neu)	**411**	**Eigenkapitalersatzdarlehen für Mieterhaushalte umgewandelter Wohnungen**	**3.320.000**	**3.320.000**		

Zur Stabilisierung der Quartiere sollen Mieterhaushalte mit mittlerem Einkommen die Möglichkeit gegeben werden, das gesetzliche Vorkaufsrecht des Mieters bei umgewandelten Wohnungen nach § 577 BGB wahrzunehmen.

Die Eigentumsförderung für Familien soll durch eine eigenständige Verwaltungsvorschrift in Anlehnung für die ggf. angekündigte Bundesförderung umgesetzt werden. Zielgruppe sollen Schwellenhaushalte mit einem zu definierenden maximalen Haushaltsjahreseinkommen sein. Förderobjekte sollen ausschließlich Neubauten zur dauerhaften Eigen- und Wohnnutzung sein.

Die Tilgungen der zinslosen Darlehen sind beim Titel 18143 veranschlagt.

88402	**411**	**Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)**	**350.000.000**	**410.000.000**	**350.000.000**	**233.000.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.500.000.000**	**1.500.000.000**		
		Davon fällig 2025	**75.000.000**			
		Davon fällig 2026	**225.000.000**	**75.000.000**		
		Davon fällig 2027	**525.000.000**	**225.000.000**		
		Davon fällig 2028	**450.000.000**	**525.000.000**		
		Davon fällig 2029	**225.000.000**	**450.000.000**		
		Davon fällig 2030		**225.000.000**		

Die Ausgaben sind für die Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) für die Wohnungs-neubauförderung bestimmt. Eine Übersicht über den Haushaltsplan des Sondervermögens ist in der Anlage der Erläuterungen des Kapitels 1295 dargestellt.

In den Ausgaben sind für die noch zu konzipierende Förderung von Mitarbeiter- und Trägerwohnungen Mittel berücksichtigt.

Der Bund stellt den Ländern für den Wohnungsbau im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung soziale Wohnraumförderung Bundesmittel zur Verfügung (vgl. Kapitel 1295, Titel 33102). Diese Mittel werden für die Wohnungsneubauförderung eingesetzt.

88405	**411**	**Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Genossenschaften**	**25.000.000**	**25.000.000**	**25.300.000**	**32.800.000,00**

Die Ausgaben dienen der Förderung genossenschaftlicher Vorhaben im Neubau und Bestandserwerb sowie der Förderung des Erwerbs von Geschäftsanteilen durch private Haushalte.

Die Ausgaben sind für die Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) bestimmt (siehe Haushaltsplan - Anlage der Erläuterungen des Kapitels 1295).

88408	**411**	**Zuführung an das SWB zur Förderung von dauerhafter Mietpreis- und Belegungsbindung**	**—**	**2.500.000**	**—**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**6.000.000**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.500.000**			
		Davon fällig 2026	**1.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2027	**2.000.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**1.000.000**		

Mit den Mitteln soll ein Modellprojekt „Dauerhafte Bindungen“ umgesetzt werden, bei dem für ausgewählte Neubauvorhaben neben den Mietpreis- und Belegungsbindungen aus der Neubauförderung ergänzend langfristige Bindungen für Sozia-mietwohnungen aufgrund von Erbbaurechtsvereinbarungen gefördert werden sollen. Der förderbedingte Bindungszeitraum wird damit von 30 auf 45 Jahre verlängert.

Die Ausgaben sind für die Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) bestimmt (siehe Haushaltsplan - Anlage der Erläuterungen des Kapitels 1295).

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
88409	**411**	**Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von klimagerechtem Bauen**	**44.038.000**	**58.717.000**	**15.000.000**	**3.000.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**62.386.000**	**62.386.000**		
		Davon fällig 2025	**18.349.000**			
		Davon fällig 2026	**14.679.000**	**18.349.000**		
		Davon fällig 2027	**14.679.000**	**14.679.000**		
		Davon fällig 2028	**14.679.000**	**14.679.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**14.679.000**		

Zur Einhaltung der Klimaschutzziele Berlins tritt 2023 ein Programm zur Förderung der energetischen Modernisierung von Wohnungsbeständen in Kraft. Durch Sicherung bzw. Neuschaffung von Bindungen wird dem Abschmelzen des Sozialwohnungsbestands entgegengewirkt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Förderung ist die Erreichung eines energetischen Mindeststandards (Effizienzhaus 85); das Gesamtziel kann durch kumulative energetische Einzelmaßnahmen, wie Dämmung von Fassaden und Dächern, energetische Sanierung von Fenstern/Holzkastendoppelfenstern, Austausch von Anlagen zur Wärmeerzeugung etc., erfolgen Das Modernisierungs-Programm der sozialen Wohnraumförderung besteht komplementär zu allgemeinen Programmen (ohne Bindungen).

An den Ausgaben beteiligt sich der Bund gemäß Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen mit bis zu 70 v.H. (vgl. Erläuterung zu Titel 33102).

Die Ausgaben sind für die Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) bestimmt (siehe Haushaltsplan - Anlage der Erläuterungen des Kapitels 1295).

88410 (neu)	**411**	**Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Junges Wohnen**	**13.496.000**	**20.243.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**28.676.000**	**28.676.000**		
		Davon fällig 2025	**8.435.000**			
		Davon fällig 2026	**6.747.000**	**8.435.000**		
		Davon fällig 2027	**6.747.000**	**6.747.000**		
		Davon fällig 2028	**6.747.000**	**6.747.000**		
		Davon fällig 2029	**—**	**6.747.000**		

Die Ausgaben dienen der Förderung des studentischen Wohnens und Wohnen für Auszubildende als Teilbereich des sozialen Wohnungsbaus zur Schaffung neuer Wohnheimplätze durch Neu-, Aus- oder Umbau, einschließlich des erstmaligen Erwerbs von Wohnheimplätzen innerhalb von zwei Jahren nach Fertigstellung (Ersterwerb), und Modernisierung von Wohnheimplätzen.

An den Ausgaben beteiligt sich der Bund gemäß Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen mit bis zu 76,92 v.H. (vgl. Erläuterung zu Titel 33102).

Die Ausgaben sind für die Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) bestimmt (siehe Haushaltsplan - Anlage der Erläuterungen des Kapitels 1295).

89360	**423**	**Zuführungen an Unternehmen für Nachbarschaftsaktivitäten**	**1.000.000**	**1.000.000**	**2.000.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie weiteren Unternehmen im Landesbesitz und Genossenschaften werden Mittel zur Finanzierung von Wohnumfeldmaßnahmen oder Aufwertungsmaßnahmen, die v.a. der Klimafolgenbewältigung im und am Bedarf der Großsiedlungen der Nachkriegszeit dienen, zur Verfügung gestellt.

Gesamtausgaben	**468.656.000**	**555.209.000**	**426.043.000**	**300.854.762,89**
Prozentuale Veränderung	**10,0 %**	**18,5 %**		

Förderung des Wohnungsbaus

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1295				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	113.812.000	89.113.000	141.072.000	165.878.631,43
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	93.210.000	108.885.000	51.601.000	20.969.043,43
		Gesamteinnahmen	207.022.000	197.998.000	192.673.000	186.847.674,86
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.040.000	3.115.000	2.600.000	1.484.658,68
561-596		Ausgaben für den Schuldendienst	13.405.000	13.396.000	15.270.000	15.442.775,62
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	15.245.000	17.825.000	15.596.000	14.987.154,91
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	436.966.000	520.873.000	392.577.000	268.940.173,68
		Gesamtausgaben	468.656.000	555.209.000	426.043.000	300.854.762,89
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-261.634.000	-357.211.000	-233.370.000	-114.007.088,03

Förderung des Wohnungsbaus

Übersicht über den Haushaltsplan für das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)

1. Allgemein:

Nach dem Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin (Berliner Wohnraumver-sorgungs-gesetz - WoVG Bln) wurde ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen geschaffen, in das die ab dem Haushaltsjahr 2014 bereitgestellten bzw. in künftigen Haushaltsjahren bereitzustellenden Mittel zur Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und Instandsetzung sowie Zins- und Tilgungsleistungen für Finanzierungen fließen, die aus dem Sondervermögen geleistet werden (revolvierender Fonds).

Das Sondervermögen dient der Finanzierung von Förderprogrammen

1. zum Wohnungsbau, einschließlich des erstmaligen Erwerbs des Wohnraums,
2. zur Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum,
3. zum Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum sowie
4. zum Erwerb von bestehendem Wohnraum.

Die Finanzierung erfolgt nur für solche Förderprogramme, die der Unterstützung von Haushalten bei der Versorgung mit Mietwohnraum durch Begründung von Miet- und Belegungsbindungen oder bei der Bildung von selbstgenutzten Wohneigentum erfolgt.

Entnahmen aus dem Sondervermögen sind unzulässig.

Das Sondervermögen wird von der Investitionsbank Berlin treuhänderisch verwaltet. Einzelheiten hierzu regelt ein Treuhandvertrag.

2. Finanzierung im Doppelhaushalt 2024/2025

Im Doppelhaushalt 2024/2025 erfolgen Zuführungen an das Sondervermögen über folgende Haushaltstitel bei Kapitel 1295 - Förderung des Wohnungsbaus -:

a. 88402: Zuführungen an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)
b. 88405: Zuführungen an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) zur Förderung von Genossenschaften
c. 88408 Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) zur Förderung von dauerhafter Mietpreis- und Belegungsbindung
d. 88409: Zuführungen an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) zur Förderung von klimagerechtem Bauen
e. 88410: Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) zur Förderung von Junges Wohnen

a). Kapitel 1295, Titel 88402	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Einnahmen		
Zuführungen aus dem Landeshaushalt	350.000.000	410.000.000
Ausgaben		
	350.000.000	410.000.000
Verpflichtungsermächtigungen	1.500.000.000	1.500.000.000
davon:		
2025	75.000.000	
2026	225.000.000	75.000.000
2027	525.000.000	225.000.000
2028	450.000.000	525.000.000
2028	225.000.000	450.000.000
2029		225.000.000

Förderung des Wohnungsbaus

Die Ausgaben für die Wohnungsneubauförderung sind im Haushaltsplan bei Kapitel 1295, Titel 88402 – Zuführungen an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) - veranschlagt. In den Jahren 2024 und 2025 sollen auf der Grundlage der WFB 2023 jährlich jeweils 5.000 Neubauwohnungen gefördert werden. Dafür ist jeweils ein Programmvolumen von 1,5 Mrd. EUR vorgesehen, welches in voller Höhe als Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt ist.

Zur Begründung von Belegungs- und Mietbindungen im öffentlich geförderten Wohnungsneubau erfolgt die Förderung im Wesentlichen durch die Vergabe von zinslosen Baudarlehen, Baukostenzuschüssen sowie einmaligen Zuschüssen. Die Auszahlung der Baudarlehen ist über sechs Jahre nach Bewilligung veranschlagt. Im Jahr der Bewilligung sind keine Auszahlungen vorgesehen.
Zur Diversifizierung der Inanspruchnahme der Förderung werden nach den geltenden WFB 2023 vier Fördermodelle angeboten. Mit den WFB 2023 werden fünf Zuschusskomponenten angeboten. Diese einmaligen Zuschüsse werden grundsätzlich bei vollständiger Abrechnung der Fördermittel nach Feststellung der mittleren Bezugsfertigkeit in einer Summe ausgezahlt.

b). Kapitel 1295, Titel 88405	**Ansatz 2024 in €**	**Ansatz 2025 in €**
Einnahmen		
Zuführungen aus dem Landeshaushalt	25.000.000	25.000.000
Ausgaben		
	25.000.000	25.000.000
Verpflichtungsermächtigungen	0	0

Die Ausgaben dienen der Förderung genossenschaftlicher Vorhaben im Neubau und Bestandserwerb sowie der Förderung des Erwerbs von Geschäftsanteilen durch private Haushalte.

c). Kapitel 1295, Titel 88408	**Ansatz 2024 in €**	**Ansatz 2025 in €**
Einnahmen		
Zuführungen aus dem Landeshaushalt	0	2.500.000
Ausgaben		
	0	2.500.000
Verpflichtungsermächtigungen	6.000.000	6.000.000
davon:		
2025	2.500.000	
2026	1.500.000	2.500.000
2027	2.000.000	2.500.000
2028		1.000.000

Mit den Ausgaben soll ein Modellprojekt „Dauerhafte Bindungen“ umgesetzt werden, bei dem für ausgewählte Neubauvorhaben neben den Mietpreis- und Belegungsbindungen aus der Neubauförderung ergänzend langfristige Bindungen für Sozialmietwohnungen aufgrund von Erbbaurechtsvereinbarungen gefördert werden sollen.

Förderung des Wohnungsbaus

d). Kapitel 1295, Titel 88409	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Einnahmen		
Zuführungen aus dem Landeshaushalt	44.038.000	58.717.000
Ausgaben		
	44.038.000	58.717.000
Verpflichtungsermächtigungen	62.386.000	62.386.000
davon:		
2025	18.349.000	
2026	14.679.000	18.349.000
2027	14.679.000	14.679.000
2028	14.679.000	14.679.000
2028 ff		14.679.000

Die Ausgaben sind für ein Programm zur Förderung der energetischen Modernisierung von Wohnungsbeständen vorgesehen, mit dem die Klimaschutzziele Berlins umgesetzt werden sollen.

e). Kapitel 1295, Titel 88410	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
Einnahmen		
Zuführungen aus dem Landeshaushalt	13.496.000	20.243.000
Ausgaben		
	13.496.000	20.243.000
Verpflichtungsermächtigungen	28.676.000	28.676.000
davon:		
2025	8.435.000	
2026	6.747.000	8.435.000
2027	6.747.000	6.747.000
2028	6.747.000	6.747.000
2028 ff		6.747.000

Die Ausgaben dienen der Förderung des studentischen Wohnens und Wohnen für Auszubildende als Teilbereich des sozialen Wohnungsbaus zur Schaffung neuer Wohnheimplätze durch Neu-, Aus- oder Umbau, einschließlich des erstmaligen Erwerbs von Wohnheimplätzen innerhalb von zwei Jahren nach Fertigstellung (Ersterwerb) und der Modernisierung von Wohnheimplätzen.

Förderung des Wohnungsbaus

Zusammenfassung

Einnahmen		Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
aus 1295/88402		350.000.000	410.000.000
aus 1295/88405		25.000.000	25.000.000
aus 1295/88408		0	2.500.000
aus 1295/88409		44.038.000	58.717.000
aus 1295/88410		13.496.000	20.243.000

Ausgaben		Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €
aus 1295/88402		350.000.000	410.000.000
aus 1295/88405		25.000.000	25.000.000
aus 1295/88408		0	2.500.000
aus 1295/88409		44.038.000	58.717.000
aus 1295/88410		13.496.000	20.243.000

Verpflichtungsermächtigungen

VE 2024 in €	aus 1295/88402	aus 1295/88405	aus 1295/88408	aus 1295/ 88409	aus 1295/88410	Gesamt in SWB
2025	75.000.000	0	2.500.000	18.349.000	8.435.000	104.284.000
2026	225.000.000	0	1.500.000	14.679.000	6.747.000	247.926.000
2027	525.000.000	0	2.000.000	14.679.000	6.747.000	548.426.000
2028	450.000.000	0	0	14.679.000	6.747.000	471.426.000
2029	225.000.000	0	0	0	0	225.000.000
Gesamt	**1.500.000.000**	**0**	**6.000.000**	**62.386.000**	**28.676.000**	**1.597.062.000**

VE 2025 in €	aus 1295/88402	aus 1295/88405	aus 1295/88408	aus 1295/88409	aus 1295/88410	Gesamt in SWB
2026	75.000.000	0	2.500.000	18.349.000	8.435.000	104.284.000
2027	225.000.000	0	2.500.000	14.679.000	6.747.000	248.926.000
2028	525.000.000	0	1.000.000	14.679.000	6.747.000	547.426.000
2029	450.000.000	0	0	14.679.000	6.747.000	471.426.000
2030	225.000.000	0	0	0	0	225.000.000
Gesamt	**1.500.000.000**	**0**	**6.000.000**	**62.386.000**	**28.676.000**	**1.597.062.000**

3. Nachrichtlich:

Aus dem Berlin Beitrag der IBB erfolgt eine Förderung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in Höhe von jährlich mindestens 3.500.000 €

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 1209 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Personalüberhang -

Alle Stellen des Kapitels tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 1270 – Denkmalschutz und Denkmalpflege
Kapitel 1271 – Landesdenkmalamt

Infolge der aus der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin resultierenden Neubildung des Berliner Senats und der damit verbundenen Ressortumbildung wurde die Zuständigkeit für die Oberste Denkmalschutzbehörde und das Landesdenkmalamt Berlin dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zugeordnet. In den vorgenannten Kapiteln werden ab dem Jahr 2024 die bislang in den Kapiteln 0840 – Denkmalschutz und Denkmalpflege sowie 0841 – Landesdenkmalamt geführten Stellen und Beschäftigungspositionen nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Senator/in	SEN1	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*	1,000	1,000 *(0605)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0605 Amtsgehalt in Höhe von 100 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	3,000		3,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	5,000		5,000		3,000	
Zwischensumme:		9,000		9,000		6,000	
Service Finanzen, Personal und Kommunikation							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	2,000		2,000		2,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	4,000		4,000		3,000	
Baudirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	7,000		7,000		7,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	7,000		7,000		7,000	
Baurätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	6,000		6,000		5,000	
Amtsrätin/-rat	A12	12,000		12,000		11,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	8,000		8,000		8,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		4,500	
Regierungsinspektor/in	A9	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		56,000		56,000		51,500	
Service Informationstechnik							
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Senatsrätin/-rat	A16	0,000		0,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Wohnungsbauleitstelle							
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Baurätin/-rat	A13	2,000		3,000		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		7,000		8,000		8,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Bauoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*	1,000	1,000 *(0132)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		83,000		84,000		76,500	
Summe:		83,000		84,000		76,500	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter

Teilplan A

Service Finanzen, Personal und Kommunikation							
Referendar/in in der Laufbahnfachrichtung technische Dienste	V14	30,000		30,000		30,000	
Zwischensumme:		30,000		30,000		30,000	
Teilsumme (Teilplan A):		30,000		30,000		30,000	
Summe:		30,000		30,000		30,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	8,000		8,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		12,000		12,000		13,000	
Service Finanzen, Personal und Kommunikation							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	15,400		15,400		14,900	
Tarifbeschäftigte/r	E12	6,000		6,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	10,000		10,000		7,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	7,000		7,000		3,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	0,750		0,750		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	7,000		7,000		6,500	
Tarifbeschäftigte/r	E8	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Botin/Bote)	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		70,150		70,150		63,400	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Service Informationstechnik							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Wohnungsbauleitstelle							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	9,000		9,000		8,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		14,000		14,000		13,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	7,000		7,000		7,000	2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		0,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		3,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,830		0,830		1,630	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,800		1,800		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,850	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		22,630		22,630		25,480	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		12,000		12,000		12,000	
Teilsumme (Teilplan A):		135,780		135,780		131,880	
Summe:		135,780		135,780		131,880	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Entgelte der Trainees

Vermessungstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,800		0,800		0,800	
Zwischensumme:		0,800		0,800		0,800	
Teilsumme (Teilplan A):		6,800		6,800		6,800	
Summe:		6,800		6,800		6,800	
42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)							
Teilplan A							
Service Finanzen, Personal und Kommunikation							
Azubi Bauingenieurwesen	STUDENT	6,000		6,000		10,000	
Zwischensumme:		6,000		6,000		10,000	
Teilsumme (Teilplan A):		6,000		6,000		10,000	
Summe:		6,000		6,000		10,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Bauamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		1,000	
Summe:		0,000		0,000		1,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die auch während der Gültigkeit des Stellenpoolgesetzes dezentral veranschlagt wurden							
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Vermessungstechniker/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Botin/Bote)	E3	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Küchenarbeit)	E3	0,000		0,000		1,000	
Reiniger/in	E2	1,500		0,500		1,500	
Erzieher/in	S8A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		6,500		5,500		7,500	
Teilsumme (Teilplan A):		7,500		6,500		8,500	
Summe:		7,500		6,500		8,500	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		1,000	
Leitende(r) Baudirektor/in	A16	1,000		1,000		2,000	
Baudirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	8,000		8,000		7,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Baurätin/-rat	A13	1,000		2,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	3,000		3,000		3,000	
Bauoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	1,000	1,000 *(0323)*	1,000	1,000 *(0323)*	1,000	1,000 *(0323)*
Bauoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Bauamtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		24,000		25,000		23,000	
Teilsumme (Teilplan A):		24,000		25,000		23,000	
Summe:		24,000		25,000		23,000	

Stellenvermerke

0323 Amtszulage nach Fußnote 11 zur BesGr. A 13 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	26,400		26,400		26,400	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	30,330	1,830 *(2128)*	30,330	1,830 *(2128)*	24,330	2,830 *(2128)*
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	0,000		0,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	4,300		6,300		7,300	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,750		1,750		1,750	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Stadtplanung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Staatlich geprüfte/r Techniker/in	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Geomatiker/in	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		75,780		77,780		73,780	
Teilsumme (Teilplan A):		75,780		77,780		73,780	
Summe:		75,780		77,780		73,780	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Gemeinsame Landesplanung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Baudirektor/in	A16	3,000		3,000		3,000	
Baudirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		2,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		10,000		10,000		9,000	
Teilsumme (Teilplan A):		10,000		10,000		9,000	
Summe:		10,000		10,000		9,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		4,000		4,000	
Summe:		3,000		4,000		4,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Baudirektor/in	A16	2,000		2,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Baudirektor/in	A15	3,000		3,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	3,000		3,000		2,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	6,000		6,000		7,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		4,000	
Baurätin/-rat	A13	3,000		4,000		1,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	3,000		3,000		2,000	
Bauoberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		5,000	
Bauamtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		36,000		37,000		33,000	
Teilsumme (Teilplan A):		36,000		37,000		33,000	
Summe:		36,000		37,000		33,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	30,000		30,000		30,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	34,000		35,000		33,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,000		0,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Städtebau und Projekte -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E8	5,000		5,000		5,120	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		92,000		93,000		93,120	
Teilsumme (Teilplan A):		92,000		93,000		93,120	
Summe:		92,000		93,000		93,120	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Vermessungs-direktor/in	A16	4,000		4,000		4,000	
Vermessungsdirektor/in	A15	5,000		5,000		5,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Obervermessungsrätin/-rat	A14	7,000		7,000		7,000	
Vermessungsrätin/-rat	A13	5,000		5,000		5,000	
Vermessungsoberamtsrätin/-rat	A13S	4,000		4,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Vermessungsamtsrätin/-rat	A12	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		34,000		34,000		34,000	
Teilsumme (Teilplan A):		34,000		34,000		34,000	
Summe:		34,000		34,000		34,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	10,000	2,000 *(2128)*	10,000	2,000 *(2128)*	10,000	1,800 *(2128)*
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	1,000		1,000		1,000	
Vermessungstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	4,000		4,000		3,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Vermessungstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	14,000		14,000		14,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		3,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Vermessungstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	17,000		17,000		14,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		2,000	
Vermessungstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	7,000		7,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Geoinformation -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Vermessungstechniker/in	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	5,000		5,000		5,000	
Vermessungstechniker/in	E8	4,000		4,000		4,000	
Geomatiker/in	E6	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,000	
Vermessungstechniker/in	E6	3,000		3,000		5,000	
Messgehilfin/-gehilfe	E5	1,000		1,000		1,000	
Reproduktionstechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		85,000		85,000		84,000	
Teilsumme (Teilplan A):		85,000		85,000		84,000	
Summe:		85,000		85,000		84,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)

Teilplan A

Azubi Geomatiker/in	AUSBEG-1-AUSBEG-3	4,000		4,000		4,000	
Azubi Vermessungstechniker/in	AUSBEG-1-AUSBEG-3	11,000		11,000		11,000	
Zwischensumme:		15,000		15,000		15,000	
Teilsumme (Teilplan A):		15,000		15,000		15,000	
Summe:		15,000		15,000		15,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		1,000	
Leitende(r) Baudirektor/in	A16	1,000		1,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	A16	3,000		3,000		3,000	
Baudirektor/in	A15	2,000		2,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		3,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	3,000		3,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	13,000		14,000		11,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		3,000		1,000	
Bauoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	5,880		5,880		3,880	
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		38,880		40,880		35,880	
Teilsumme (Teilplan A):		38,880		40,880		35,880	
Summe:		38,880		40,880		35,880	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	28,000		27,000		30,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	8,850	0,850 *(2128)*	8,850	0,850 *(2128)*	8,850	2,000 *(2128)*
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	5,000		5,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	16,000		18,000		17,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	5,000		6,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,200		2,200		1,380	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		87,050		89,050		89,230	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Wohnraumversorgung Berlin (AöR)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		7,000	
Teilsumme (Teilplan A):		94,050		96,050		96,230	
Summe:		94,050		96,050		96,230	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk

Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0105)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		0,000		1,000	
Summe:		0,000		0,000		1,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	6,000		6,000		6,000	
Leitende(r) Baudirektor/in	A16	1,000		1,000		1,000	
Baudirektor/in	A15	9,000		9,000		9,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	12,000		12,000		12,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Baurätin/-rat	A13	6,000		6,000		7,000	
Bauoberamtsrätin/-rat mit Amtszulage	A13Z	4,000	4,000 *(0323)*	4,000	4,000 *(0323)*	3,000	3,000 *(0323)*
Bauoberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		6,000	
Bauamtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		3,000	
Bauamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		54,000		54,000		54,000	
Teilsumme (Teilplan A):		54,000		54,000		54,000	
Summe:		54,000		54,000		54,000	

Stellenvermerke

0323 Amtszulage nach Fußnote 11 zur BesGr. A 13 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	13,000		13,000		13,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	25,000		25,000		25,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	34,000		34,000		35,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		4,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	40,000		40,000		43,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	12,000		12,000		11,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,500		1,500		2,500	
Zwischensumme:		141,500		141,500		146,500	
Teilsumme (Teilplan A):		141,500		141,500		146,500	
Summe:		141,500		141,500		146,500	

42831 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		4,000	
Zwischensumme:		7,000		7,000		10,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		7,000		10,000	
Summe:		7,000		7,000		10,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	5,000		5,000		5,000	
Leitende(r) Baudirektor/in	A16	3,000		3,000		4,000	
Senatsrätin/-rat	A16	3,000		3,000		3,000	
Baudirektor/in	A15	5,000		5,000		4,000	
Regierungsdirektor/in	A15	5,000		5,000		4,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	8,000		8,000		7,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	7,000		7,000		7,000	
Baurätin/-rat	A13	3,000		3,000		3,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		2,000	
Bauoberamtsrätin/-rat	A13S	5,000		5,000		4,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	6,000		6,000		5,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		5,000	
Bauamtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		3,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		3,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	4,000		4,000		3,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		0,000	
Regierungssekretär/in	A6	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		69,000		69,000		63,000	
Teilsumme (Teilplan A):		69,000		69,000		63,000	
Summe:		69,000		69,000		63,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	6,000		6,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	15,500		15,500		15,500	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	10,000		10,000		9,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E13	21,000		21,000		23,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	6,000		6,000		6,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	11,000		11,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Ministerielle Angelegenheiten des Bauens, Grundsatz und Recht -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	5,350		5,350		2,850	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		2,000	
Zwischensumme:		79,850		80,850		83,350	
Teilsumme (Teilplan A):		79,850		80,850		83,350	
Summe:		79,850		80,850		83,350	

Denkmalschutz und Denkmalpflege

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberste Denkmalschutzbehörde							
Baudirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		0,000	
Summe:		3,000		3,000		0,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Oberste Denkmalschutzbehörde							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		0,000	
Summe:		4,000		4,000		0,000	

Landesdenkmalamt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Landeskonservator/in/Direktor/in des Landesdenkmalamtes	B2	1,000		1,000		0,000	
Hauptkonservator/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Baurätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		6,000		6,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		6,000		6,000		0,000	
Summe:		6,000		6,000		0,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	3,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	13,000		13,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	10,000	2,000 *(2128)*	10,000	2,000 *(2128)*	0,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	4,000		4,000		0,000	
Fotograf/in	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (Diplombibliothekar/in)	E9B	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r mit Restaurierungsarbeiten	E9B	0,575		0,575		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		40,575		40,575		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		40,575		40,575		0,000	
Summe:		40,575		40,575		0,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesdenkmalamt

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	5,000	5,000 *(0107)*	5,000	5,000 *(0107)*	0,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r mit Restaurierungsarbeiten	E9B	4,000	4,000 *(0107)*	4,000	4,000 *(0107)*	0,000	
Zeichner/in	E6	2,000	2,000 *(0107)*	2,000	2,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	4,000	4,000 *(0107)*	4,000	4,000 *(0107)*	0,000	
Zwischensumme:		16,000		16,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		16,000		16,000		0,000	
Summe:		16,000		16,000		0,000	

Stellenvermerke

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 12	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**
1200	2025	3,000	-	2,000	1,000	3,000
	2024	3,000	-	2,000	1,000	3,000
	2023	3,000	-	2,000	1,000	1,000
1209	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1210	2025	-	1,000	-	1,000	2,000
	2024	-	1,000	-	1,000	2,000
	2023	-	1,000	-	1,000	1,000
1214	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
1220	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	1,000	-	1,000
1230	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	1,000	-	-
1240	2025	-	1,000	-	1,000	2,000
	2024	-	1,000	-	1,000	2,000
	2023	-	1,000	-	1,000	1,000
1250	2025	-	1,000	-	1,000	6,000
	2024	-	1,000	-	1,000	6,000
	2023	-	1,000	-	1,000	6,000
1260	2025	-	-	1,000	-	5,000
	2024	-	-	1,000	-	5,000
	2023	-	-	1,000	-	5,000
1270	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1271	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	3,000	3,000	6,000	4,000	20,000
	2024	3,000	3,000	6,000	4,000	20,000
	2023	3,000	3,000	6,000	4,000	15,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus-halts-	**Einzelplan 12**
Teilsumme	**A16**	**A15**	**A14**	**A13**	jahr	
9,000	4,000	7,000	18,000	6,000	2025	**1200**
9,000	4,000	7,000	18,000	5,000	2024	
7,000	4,000	8,000	15,000	2,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1209**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
4,000	1,000	1,000	10,000	5,000	2025	**1210**
4,000	1,000	1,000	10,000	4,000	2024	
3,000	2,000	1,000	9,000	3,000	2023	
1,000	3,000	3,000	1,000	-	2025	**1214**
1,000	3,000	3,000	1,000	-	2024	
1,000	3,000	3,000	-	-	2023	
2,000	3,000	6,000	9,000	7,000	2025	**1220**
2,000	3,000	6,000	9,000	6,000	2024	
2,000	3,000	5,000	11,000	3,000	2023	
1,000	4,000	5,000	8,000	5,000	2025	**1230**
1,000	4,000	5,000	8,000	5,000	2024	
1,000	4,000	5,000	8,000	5,000	2023	
4,000	4,000	3,000	17,000	3,000	2025	**1240**
4,000	4,000	3,000	16,000	2,000	2024	
3,000	5,000	3,000	14,000	1,000	2023	
8,000	1,000	9,000	13,000	6,000	2025	**1250**
8,000	1,000	9,000	13,000	6,000	2024	
8,000	1,000	9,000	13,000	7,000	2023	
6,000	6,000	10,000	15,000	5,000	2025	**1260**
6,000	6,000	10,000	15,000	5,000	2024	
6,000	7,000	8,000	14,000	5,000	2023	
-	-	1,000	2,000	-	2025	**1270**
-	-	1,000	2,000	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	-	1,000	1,000	1,000	2025	**1271**
1,000	-	1,000	1,000	1,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
36,000	26,000	46,000	94,000	38,000	2025	**Summe**
36,000	26,000	46,000	93,000	34,000	2024	
31,000	29,000	42,000	84,000	26,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 12	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A13Z	**A13S**	**A12**	**A11**	**A10**
1200	2025	-	10,000	15,000	9,000	4,000
	2024	-	10,000	15,000	9,000	4,000
	2023	-	9,000	14,000	9,000	5,500
1209	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	1,000	-
1210	2025	1,000	1,000	1,000	1,000	-
	2024	1,000	1,000	1,000	1,000	-
	2023	1,000	2,000	1,000	1,000	-
1214	2025	-	1,000	-	-	1,000
	2024	-	1,000	-	-	1,000
	2023	-	1,000	-	-	1,000
1220	2025	-	1,000	7,000	1,000	1,000
	2024	-	1,000	7,000	1,000	1,000
	2023	-	1,000	7,000	-	1,000
1230	2025	-	4,000	7,000	-	-
	2024	-	4,000	7,000	-	-
	2023	-	4,000	7,000	-	-
1240	2025	-	6,880	2,000	-	-
	2024	-	6,880	2,000	-	-
	2023	-	5,880	2,000	1,000	-
1250	2025	4,000	2,000	9,000	1,000	1,000
	2024	4,000	2,000	9,000	1,000	1,000
	2023	3,000	2,000	9,000	1,000	1,000
1260	2025	-	11,000	7,000	3,000	4,000
	2024	-	11,000	7,000	3,000	4,000
	2023	-	9,000	8,000	3,000	3,000
1270	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1271	2025	-	-	1,000	-	1,000
	2024	-	-	1,000	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	5,000	36,880	49,000	15,000	12,000
	2024	5,000	36,880	49,000	15,000	12,000
	2023	4,000	33,880	48,000	16,000	11,500

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 12**
A9	**A8**	**A6**	**Teilsumme**		jahr	
2,000	-	-	75,000		2025	**1200**
2,000	-	-	74,000		2024	
2,000	1,000	-	69,500		2023	
-	-	-	-		2025	**1209**
-	-	-	-		2024	
-	-	-	1,000		2023	
-	-	-	21,000		2025	**1210**
-	-	-	20,000		2024	
-	-	-	20,000		2023	
-	-	-	9,000		2025	**1214**
-	-	-	9,000		2024	
-	-	-	8,000		2023	
-	-	-	35,000		2025	**1220**
-	-	-	34,000		2024	
-	-	-	31,000		2023	
-	-	-	33,000		2025	**1230**
-	-	-	33,000		2024	
-	-	-	33,000		2023	
1,000	-	-	36,880		2025	**1240**
1,000	-	-	34,880		2024	
1,000	-	-	32,880		2023	
-	-	-	46,000		2025	**1250**
-	-	-	46,000		2024	
-	-	-	46,000		2023	
1,000	-	1,000	63,000		2025	**1260**
1,000	-	1,000	63,000		2024	
-	-	-	57,000		2023	
-	-	-	3,000		2025	**1270**
-	-	-	3,000		2024	
-	-	-	-		2023	
-	-	-	5,000		2025	**1271**
-	-	-	5,000		2024	
-	-	-	-		2023	
4,000	-	1,000	326,880		2025	**Summe**
4,000	-	1,000	321,880		2024	
3,000	1,000	-	298,380		2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 12	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
1200	2025	6,000	11,000	31,400	11,000	26,000
	2024	6,000	11,000	31,400	11,000	26,000
	2023	8,000	11,000	29,900	10,000	24,000
1209	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1210	2025	2,000	26,400	30,330	6,300	3,000
	2024	2,000	26,400	30,330	4,300	3,000
	2023	2,000	26,400	25,330	7,300	3,000
1214	2025	2,000	-	-	2,000	-
	2024	2,000	-	-	1,000	-
	2023	2,000	1,000	-	1,000	-
1220	2025	4,000	30,000	36,000	3,000	6,000
	2024	4,000	30,000	35,000	3,000	6,000
	2023	4,000	30,000	34,000	4,000	7,000
1230	2025	1,000	5,000	15,000	15,000	18,000
	2024	1,000	5,000	15,000	15,000	18,000
	2023	1,000	5,000	14,000	15,000	18,000
1240	2025	9,000	30,000	15,850	22,000	6,000
	2024	9,000	31,000	15,850	20,000	5,000
	2023	9,000	33,000	16,850	21,000	3,000
1250	2025	5,000	13,000	26,000	36,000	44,000
	2024	5,000	13,000	26,000	36,000	44,000
	2023	5,000	13,000	27,000	37,000	47,000
1260	2025	6,000	15,500	31,000	17,000	3,000
	2024	6,000	15,500	31,000	17,000	3,000
	2023	8,000	15,500	32,000	18,000	3,000
1270	2025	1,000	1,000	-	-	1,000
	2024	1,000	1,000	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	-
1271	2025	3,000	13,000	10,000	1,000	4,000
	2024	3,000	13,000	10,000	1,000	4,000
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	39,000	144,900	195,580	113,300	111,000
	2024	39,000	145,900	194,580	108,300	110,000
	2023	39,000	134,900	179,080	113,300	105,000

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 12
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E6**	jahr	
10,380	14,000	14,000	7,000	-	2025	**1200**
10,380	14,000	14,000	7,000	-	2024	
7,630	15,000	14,350	7,000	-	2023	
1,000	-	1,000	-	-	2025	**1209**
1,000	-	1,000	-	-	2024	
1,000	-	1,000	-	-	2023	
1,750	1,000	2,000	2,000	3,000	2025	**1210**
1,750	1,000	2,000	2,000	3,000	2024	
1,750	1,000	2,000	2,000	3,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1214**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
3,000	2,000	2,000	5,000	2,000	2025	**1220**
3,000	2,000	2,000	5,000	2,000	2024	
3,000	2,000	2,000	5,120	2,000	2023	
8,000	-	6,000	9,000	6,000	2025	**1230**
8,000	-	6,000	9,000	6,000	2024	
8,000	-	6,000	9,000	6,000	2023	
4,000	1,000	3,000	2,200	3,000	2025	**1240**
4,000	1,000	3,000	2,200	3,000	2024	
5,000	1,000	3,000	1,380	3,000	2023	
3,000	-	12,000	1,000	1,500	2025	**1250**
3,000	-	12,000	1,000	1,500	2024	
1,000	-	11,000	3,000	2,500	2023	
-	2,000	5,350	-	1,000	2025	**1260**
-	1,000	5,350	-	1,000	2024	
-	2,000	2,850	-	2,000	2023	
-	-	1,000	-	-	2025	**1270**
-	-	1,000	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
4,000	3,575	-	1,000	1,000	2025	**1271**
4,000	3,575	-	1,000	1,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
35,130	23,575	46,350	27,200	17,500	2025	**Summe**
35,130	22,575	46,350	27,200	17,500	2024	
27,380	21,000	42,200	27,500	18,500	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 12	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E5	**E4**	**E3**	**E2**	**Teilsumme**
1200	2025	-	3,000	2,000	-	135,780
	2024	-	3,000	2,000	-	135,780
	2023	-	3,000	2,000	-	131,880
1209	2025	1,000	-	3,000	0,500	6,500
	2024	1,000	-	3,000	1,500	7,500
	2023	1,000	-	3,000	1,500	7,500
1210	2025	-	-	-	-	77,780
	2024	-	-	-	-	75,780
	2023	-	-	-	-	73,780
1214	2025	-	-	-	-	4,000
	2024	-	-	-	-	3,000
	2023	-	-	-	-	4,000
1220	2025	-	-	-	-	93,000
	2024	-	-	-	-	92,000
	2023	-	-	-	-	93,120
1230	2025	2,000	-	-	-	85,000
	2024	2,000	-	-	-	85,000
	2023	2,000	-	-	-	84,000
1240	2025	-	-	-	-	96,050
	2024	-	-	-	-	94,050
	2023	-	-	-	-	96,230
1250	2025	-	-	-	-	141,500
	2024	-	-	-	-	141,500
	2023	-	-	-	-	146,500
1260	2025	-	-	-	-	80,850
	2024	-	-	-	-	79,850
	2023	-	-	-	-	83,350
1270	2025	-	-	-	-	4,000
	2024	-	-	-	-	4,000
	2023	-	-	-	-	-
1271	2025	-	-	-	-	40,575
	2024	-	-	-	-	40,575
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	3,000	3,000	5,000	0,500	765,035
	2024	3,000	3,000	5,000	1,500	759,035
	2023	3,000	3,000	5,000	1,500	720,360

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 12**
S8A	**Teilsumme**				jahr	
-	-				2025	**1200**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1209**
-	-				2024	
1,000	1,000				2023	
-	-				2025	**1210**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1214**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1220**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1230**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1240**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1250**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1260**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1270**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1271**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**Summe**
-	-				2024	
1,000	1,000				2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 12	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbeschäftigte	Insgesamt		
1200	2025	84,000	135,780	219,780		
	2024	83,000	135,780	218,780		
	2023	76,500	131,880	208,380		
1209	2025	-	6,500	6,500		
	2024	-	7,500	7,500		
	2023	1,000	8,500	9,500		
1210	2025	25,000	77,780	102,780		
	2024	24,000	75,780	99,780		
	2023	23,000	73,780	96,780		
1214	2025	10,000	4,000	14,000		
	2024	10,000	3,000	13,000		
	2023	9,000	4,000	13,000		
1220	2025	37,000	93,000	130,000		
	2024	36,000	92,000	128,000		
	2023	33,000	93,120	126,120		
1230	2025	34,000	85,000	119,000		
	2024	34,000	85,000	119,000		
	2023	34,000	84,000	118,000		
1240	2025	40,880	96,050	136,930		
	2024	38,880	94,050	132,930		
	2023	35,880	96,230	132,110		
1250	2025	54,000	141,500	195,500		
	2024	54,000	141,500	195,500		
	2023	54,000	146,500	200,500		
1260	2025	69,000	80,850	149,850		
	2024	69,000	79,850	148,850		
	2023	63,000	83,350	146,350		
1270	2025	3,000	4,000	7,000		
	2024	3,000	4,000	7,000		
	2023	-	-	-		
1271	2025	6,000	40,575	46,575		
	2024	6,000	40,575	46,575		
	2023	-	-	-		
Summe	2025	362,880	765,035	1.127,915		
	2024	357,880	759,035	1.116,915		
	2023	329,380	721,360	1.050,740		

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 13

Einzelplan 13

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13 - 5
Kapitel 1300 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	13 - 17
Produktdarstellung	13 - 29
Kapitel 1309 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Personalüberhang -	13 - 33
Kapitel 1320 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -	13 - 35
Produktdarstellung	13 - 77
Kapitel 1330 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik -	13 - 91
Produktdarstellung	13 - 139
Kapitel 1350 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie, Digitalisierung und Innovation -	13 - 151
Produktdarstellung	13 - 181
Stellenplan	13 - 193
Stellenübersicht	13 - 209
Einzelplan 15 Finanzen	14
Einzelplan 20 Rechnungshof	2
Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	2
Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/ Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin	2
Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments	4
Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke	14
Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten	14

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gliedert sich wie folgt:

**Leitung und Zentralabteilung (Politisch-Administrativer Bereich und Zentralabteilung)
(Kapitel 1300)**

Geschäftsstelle Zentralabteilung
Referat Finanzwirtschaft
Referat IT, eGovernment, Innerer Dienst, Controlling, eVergabe
Referat Personal und Organisation
EU-Prüfbehörde Finanzkontrolle, Antikorruption, Innenrevision

**Abteilung II (Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung)
(Kapitel 1320)**

Grundsatzangelegenheiten der Wirtschaftspolitik
Unternehmensservice, Dienstleistung, Handwerk, Handel, Tourismus, Kreativ- und Medienwirtschaft
Staatsaufsicht Kammern und Finanzdienstleistungen, Justitiariat, Vergabekammer
Landeskartellbehörde, Preisprüfungen, Öffentliches Auftragswesen, Notfallvorsorge
E-Government für Wirtschaft, Einheitlicher Ansprechpartner, Gewerberecht, Geldwäscheaufsicht
Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit

**Abteilung III (Energie, Digitalisierung, Innovation)
(Kapitel 1350)**

Energie (inkl. Energiewirtschaftsstelle)
Digitalisierung, Mobilität, Gesundheitswirtschaft
Industrie und Innovation
Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg (LME) Außenstelle Berlin

**Abteilung IV (Betriebe und Strukturpolitik)
(Kapitel 1330)**

Liegenschaften, Zukunftsorte, Gewerbeflächenentwicklung
Unternehmensbeteiligungen, Anstalten öffentlichen Rechts
Europäische Strukturfondsförderung
Regionale Strukturpolitik, Wirtschaftsförderung

Der Aufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe unterstehen:

Sonderbehörden:

Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg Außenstelle Berlin

Körperschaften des öffentlichen Rechts:

Industrie- und Handelskammer zu Berlin
Handwerkskammer Berlin

Anstalten des öffentlichen Rechts:

Berliner Sparkasse (teilrechtsfähige Anstalt)
Investitionsbank Berlin
Börse Berlin (teilrechtsfähige Anstalt)
Tradegate Exchange (teilrechtsfähige Anstalt)
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
Berliner Wasserbetriebe (BWB)

Betriebe nach § 26 LHO

Landesbetrieb Berlin Energie

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Schwerpunktthemen im Einzelplan

Sachverhalt	Kapitel	Titel / MG
Zuschüsse der EU für die Förderperiode 2021-2027	1300, 1320, 1330, 1350	27295, 27297, 54692, 54697, 68392, 68397, 68697, 69897
Berlin-Marketing / Tourismus	1320	68316, 68629
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)	1330	MG 03
Anstalten öffentlichen Rechts (BSR, BVG, BWB)	1330	MG 04
Energie	1350	MG 03

Daten zum klimagerechten Haushalten wurden für Maßnahmen bei:

- Kapitel 1330, Titel 83103 für die Sanierung der Messehallen 12 und 17,
- Kapitel 1330, Titel 89360 für das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“
- Kapitel 1350, Titel 63207 für die Beschaffung von Fahrzeugen für das Landesamt für Mess- und Eichwesen,
- Kapitel 1350, Titel 68307 für das Förderprogramm „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“
- Kapitel 1350, Titel 89330 für das Förderprogramm „SolarPLUS“
- Kapitel 1350, Titel 89430 für das Förderprogramm „SolarReadiness“

erhoben.

Deckungsvermerk:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 8 des Einzelplans 13, mit der Ausnahme der Obergruppe 86, sind untereinander deckungsfähig, im Übrigen deckungsberechtigt gemäß § 20 Abs. 1 LHO.

Wirtschaft, Energie und Betriebe

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**133.217.200**	**109.322.700**	**149.694.100**	**221.883.706,37**
11	Verwaltungseinnahmen	10.873.200	13.738.700	5.059.100	101.070.051,03
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	108.491.000	81.691.000	144.190.000	120.595.762,36
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	260.000	260.000	260.000	67.775,79
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	70.000	110.000	76.000	---
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	13.522.000	13.522.000	108.000	126.972,62
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	23.144,57
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**82.202.000**	**68.944.000**	**76.259.000**	**1.005.856.018,95**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	3.969.000	3.975.000	3.935.000	922.526.496,58
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	---
27	Zuschüsse von der EU	78.231.000	64.967.000	72.322.000	83.329.522,37
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	---
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**100.001.000**	**100.001.000**	**87.502.000**	**104.531.968,00**
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	100.001.000	100.001.000	87.502.000	104.531.968,00
∑	**Summe Einnahmen**	**315.420.200**	**278.267.700**	**313.455.100**	**1.332.271.693,32**

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**34.367.300**	**36.049.300**	**33.370.800**	**29.293.493,77**
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	1.000	1.000	1.000	160,00
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	33.574.100	35.236.300	32.800.800	28.546.997,54
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	656.200	676.000	566.000	614.325,50
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	136.000	136.000	3.000	132.010,73
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**257.143.000**	**248.384.000**	**209.175.000**	**179.096.274,16**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	257.143.000	248.384.000	209.175.000	179.096.274,16
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**337.722.000**	**333.026.000**	**334.046.000**	**1.562.862.868,83**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	3.311.000	3.523.000	4.145.000	90.652.185,90
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	25.120.000	25.120.000	15.122.000	14.310.555,73
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	241.313.000	236.521.000	245.821.000	1.423.391.091,62
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	67.978.000	67.862.000	68.958.000	34.509.035,58
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**291.869.000**	**241.521.000**	**223.200.000**	**256.060.372,86**
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	28.001.000	27.001.000	20.000.000	23.173.617,34
86	Darlehen an sonstige Bereiche	1.000	1.000	---	10.000.000,00
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	700.000	1.100.000	1.000.000	---
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	91.940.000	91.918.000	67.500.000	86.255.223,47
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	171.227.000	121.501.000	134.700.000	136.631.532,05
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**1.794.000**	**1.795.000**	**333.801.000**	**---**
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	1.794.000	1.795.000	333.801.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**922.895.300**	**860.775.300**	**1.133.592.800**	**2.027.313.009,62**

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**1.568.000**	**1.496.000**	**1.004.000**	**919.880,99**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	1.568.000	1.496.000	1.004.000	919.880,99
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**4.184.000**	**4.148.000**	**4.127.000**	**2.230.393,11**
25	Arbeitsmarktpolitik	4.184.000	4.148.000	4.127.000	2.230.393,11
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**309.668.200**	**272.623.700**	**308.324.100**	**1.329.121.419,22**
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	3.760.000	3.760.000	3.739.000	5.773.485,67
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	107.300.000	80.500.000	143.000.000	117.334.663,57
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	98.608.200	88.363.700	74.085.100	184.981.301,98
69	Regionale Fördermaßnahmen	100.000.000	100.000.000	87.500.000	1.021.031.968,00
∑	**Summe Einnahmen**	**315.420.200**	**278.267.700**	**313.455.100**	**1.332.271.693,32**

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**63.328.300**	**63.945.300**	**57.201.800**	**40.259.175,15**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	56.272.300	56.815.300	51.165.100	35.763.831,35
02	Auswärtige Angelegenheiten	6.813.000	6.877.000	5.937.000	4.485.224,85
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	15.000	15.000	20.000	10.118,95
06	Finanzverwaltung	228.000	238.000	79.700	---
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**9.207.000**	**8.696.000**	**15.509.000**	**15.740.176,23**
25	Arbeitsmarktpolitik	9.207.000	8.696.000	15.509.000	15.740.176,23
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**25.278.000**	**7.041.000**	**11.566.000**	**4.830.964,91**
33	Umwelt- und Naturschutz	25.278.000	7.041.000	11.566.000	4.830.964,91
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**40.000.000**	**10.000.000**	**9.600.000**	**---**
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	40.000.000	10.000.000	9.600.000	---
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**738.589.000**	**725.736.000**	**651.433.000**	**1.887.104.776,67**
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen	4.477.000	4.701.000	4.174.000	1.883.531,37
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1.200.000	1.200.000	1.200.000	268.000,00
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	143.540.000	145.540.000	136.540.000	114.669.830,38
65	Handel und Tourismus	82.373.000	88.708.000	70.715.000	32.568.037,97
66	Geld- und Versicherungswesen	12.000.000	12.000.000	2.000.000	1.234.046,74
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	255.330.000	230.166.000	216.303.000	175.413.451,09
69	Regionale Fördermaßnahmen	239.669.000	243.421.000	220.501.000	1.561.067.879,12
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**44.593.000**	**43.451.000**	**54.369.000**	**79.279.334,90**
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	44.593.000	43.451.000	54.369.000	79.279.334,90
8	**Finanzwirtschaft**	**1.900.000**	**1.906.000**	**333.914.000**	**98.581,76**
86	Sonstiges	106.000	111.000	113.000	98.581,76
88	Globalposten	1.794.000	1.795.000	333.801.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**922.895.300**	**860.775.300**	**1.133.592.800**	**2.027.313.009,62**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Kapitel	MG	Sachverhalt
1300	MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1320	MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1330	MG 03	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
1330	MG 04	Anstalten des öffentlichen Rechts
1330	MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT
1350	MG 02	Mess- und Eichwesen
1350	MG 03	Energie
1350	MG 32	Ausgaben für verfahrensabhängige IKT

D. Gender Budgeting

Die Umsetzung von Gender Budgeting in Bezug auf den Einzelplan 13 orientiert sich an den Vorgaben der Arbeitsgruppe „Gender Budgeting – geschlechtergerechte Haushaltssteuerung“, die aufbauend auf den in den Bezirken und Senatsverwaltungen bisher gewonnenen Erkenntnissen und Erfahrungen stetig weiterentwickelt werden. Die Verpflichtung der Empfänger von Zuwendungen, in erheblichem Umfang Daten zu erheben, stellt mittlerweile einen kontinuierlichen Prozess dar, so dass die damit vorliegenden Zeitreihen eine qualifizierte Weiterentwicklung von der Nutzen- hin zu einer Wirkungsanalyse erlaubt. Die Gender-Erläuterungen zu den Kapiteln 1300, 1320, 1330 und 1350 zeigen Schwerpunkte des erhobenen Datenmaterials im Hinblick auf gleichstellungspolitische Wirkungen, aber auch Grenzen der Einflussmöglichkeiten auf.

Die Auflage A Nr. 10 Buchstabe b) zum Haushalt 2022/2023 sieht aufbauend auf der 2020/2021 erfolgten Novellierung des Gender Budgeting-Konzepts eine Ausweitung der Gender-Erläuterungen vor. Neben der Darstellung und konzeptionellen Weiterentwicklung der Gender-Informationen für alle Titel der Hauptgruppe 6 sollen nun auch alle genderrelevanten Titel der Hauptgruppe 5 in den Gender Budgeting-Prozess einbezogen werden. Über die erweiterten Vorgaben in der Auflage hinaus wurden auch alle anderen Titel der Hauptgruppe 5, 6 und 8 in die Prüfung einbezogen. Soweit Aussagen zum Gender Budgeting möglich und sinnvoll waren, wurden Ausführungen – im Idealfall mit Geschlechterverhältnis, Zielsetzung und -steuerung – bei den jeweiligen Titeln bzw. Erläuterungsnummern formuliert.

Die titelbezogene Auswertung der Kapitel 1300, 1320, 1330 und 1350 hat Folgendes ergeben (in den Klammerzusätzen ist die Anzahl der Erläuterungen im Haushaltsplan 2022/2023 zum Vergleich ersichtlich):

Anzahl der Titel Hgr. 5 mit Gendererläuterungen			
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung, (nicht erforderlich)*	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich)**
8 (8)	8 (8)	7 (7)	18 (15)

Anzahl der Titel Hgr. 6 mit Gendererläuterungen			
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung, (nicht erforderlich)*	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich)**
40 (40)	43 (43)	4 (3)	30 (34)

Anzahl der Titel Hgr. 8 mit Gendererläuterungen			
mit erhobenem Geschlechterverhältnis	mit Zielsetzung und Steuerung	ohne Zielsetzung und Steuerung, (nicht erforderlich)*	ohne Zielsetzung und Steuerung (nicht möglich)**
3 (3)	3 (3)	0 (0)	4 (4)

* Das im jeweiligen Bereich fachpolitisch angestrebte Geschlechterverhältnis ist bereits vorhanden bzw. erreicht worden oder entspricht nahezu dem Geschlechterverhältnis einer Referenzebene.

** Hier sind auch Titel berücksichtigt worden, bei denen eine Zielsetzung genannt wird, aber keine Steuerbarkeit gesehen wird.

Zwar konnten neue Gender Budget-Erläuterungen in dem vorliegenden Haushaltsplan aufgenommen werden, durch Wegfall der Titel der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 sowie von einigen sonstigen Maßnahmen, die bislang Gender Budget-Erläuterungen beinhalteten ist die Anzahl der Gender Budget-Erläuterung in etwa gleichgeblieben.

Über die Vorgaben der oben genannten Auflage sowie des Aufstellungsrundschreibens 2024/2025 hinausgehend werden nachfolgend Aussagen zu Dienstreisen und Fortbildungen aufgeführt.

Dienstreisen (Titel 52703):

Für den Einzelplan 13 ergibt sich für Dienstreisen folgendes Bild:

Teilnahme an Dienstreisen	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	13	14	12	10	53	41
Relativ	48 %	52 %	55,5 %	45,5 %	56,4 %	43,6 %
Ressourcen (in T €)	3,9	4,3	8,6	3,4	38,1	33,7

Das in der obigen Tabelle ausgewiesene Geschlechterverhältnis ist relativ ausgewogen. Ein genderspezifischer Steuerungsbedarf wird daher nicht gesehen.

Fortbildungen (Titel 52501):

Für den Einzelplan 13 stellt sich das Geschlechterverhältnis in Bezug auf die Ausgaben wie folgt dar:

- Für kostenpflichtige Fortbildungen

Anzahl Teilnahme an kostenpflichtigen Fortbildungen	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	14	12	20	8	16	7
Relativ	54 %	46 %	71 %	29 %	70 %	30 %
Ressourcen (in T €)	7,2	4,5	13	1,7	10,1	2,7

- Die nicht aus dem Einzelplan 13 finanzierten Fortbildungen (z.B. Verwaltungsakademie oder Schulungen durch eigene Dienstkräfte) verteilen sich wie folgt:

Anzahl Teilnahme an sonstigen Fortbildungen	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	153	79	246	100	316	111
Relativ	66 %	34 %	71 %	29 %	74 %	26 %

- Insgesamt betrachtet, ergibt sich folgendes Geschlechterverhältnis:

Gesamtanzahl Teilnahme an Fortbildungen	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	167	91	266	108	332	118
Relativ	65 %	35 %	71 %	29 %	74 %	26 %

Diese Betrachtungsweise stellt die absolvierten Fortbildungsteilnahmen insgesamt dar. Dienstkräfte, die mehrmals an Fortbildungen teilgenommen haben, werden daher auch mehrfach berücksichtigt.

Die personenbezogene Genderanalyse zeigt folgendes Bild:

Anzahl der Dienstkräfte in Fortbildung insgesamt	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	92	51	124	59	133	60
Relativ	64 %	36 %	68 %	32 %	69 %	31 %

Zum Abgleich werden die Daten mit den Anteilen weiblicher und männlicher Beschäftigter bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe in Verhältnis gesetzt.

Anzahl der Dienstkräfte bei SenWiEnBe	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	240	133	229	161	241	162
Relativ	64 %	36 %	59 %	41 %	60 %	40 %

Hieraus ergibt sich, dass Frauen insgesamt mehr an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Bei der Anzahl der Dienstkräfte, die an (mindestens) einer Fortbildung teilgenommen haben, liegt der Frauenanteil deutlich über dem Anteil weiblicher Beschäftigter bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft Energie und Betriebe. Ein genderspezifischer Steuerungsbedarf wird daher weiterhin nicht gesehen.

E – Produktdarstellung

Mit einer direkten kapitelbezogenen Produktdarstellung sollen die fachlichen Bezüge zwischen den Ansätzen im Haushaltsplan und den erbrachten Leistungen (Produkten) und deren Kosten stärker abgebildet werden. Die Produktdarstellung enthält die Kostendaten zu den Produktbereichen / strategischen Zielen oder Produktgruppen / operativen Zielen und den dazugehörigen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) oder sonstigen Ministeriellen Kostenträgern und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel zugeordnet werden konnten, und basiert auf den Istkosten der KLR-Jahresabschlüsse 2021 und 2022. Wenn einzelne Kostenträger, operative bzw. strategische Ziele Kapitel-übergreifend bebucht wurden, wird jeweils auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Ausgewiesen sind jedoch immer die jeweiligen Gesamtkosten je Ziel.

Berichtet wird i.d.R. nur über „große“ Kostenträger (KTR), d.h. solche, deren Ressourcenverbrauch in Summe rd. 80 % des jeweiligen strategischen Ziels erreicht. Eine Vollständigkeitskontrolle durch Abgleich von Summen auf Ziel-Ebene ist daher (und auf Grund der abteilungsübergreifenden Ziel-Darstellung) nicht möglich. „Kleinere“ Produkte werden dargestellt, wenn der jeweilige Fachbereich hier ein besonderes Informationsinteresse vermutet. Fachspezifische Informationen werden i.d.R. zu allen dargestellten Produkten formuliert, es sei denn, die jeweilige Produktbeschreibung (aus den Produktblättern) ist ausreichend.

In der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sind keine Kostenträger mit dem Merkmal „Ministerielles Geschäftsfeld (MGF)“ vorhanden.

Hinweise / Informationen zu operativen und strategischen Zielen finden sich i.d.R. bei solchen mit hohem Ressourcenverbrauch und insbesondere dann, wenn starke Unterschiede im Jahresverbrauch oder fachliche Gründe/Entwicklungen zu erläutern waren.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der Verwaltungskosten in den Produktberichten.

Die Abweichungen zwischen Ist**kosten** und Ist**ausgaben** sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlins werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Über die Umlagen der Gemeinkosten und die internen Verrechnungen fließen die Ausgaben der politisch-administrativen Bereiche, der Leitungsbereiche und die der Servicebereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein.

Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Erstattungen von Kosten an Dritte zugeordnet, wenn damit eine verwaltungsinterne oder fremde Leistungserstellung verbunden ist.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Verwaltungserträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-(KEA-)Plan definierten Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:

1300; 1320; 1330; 1350

In den Übersichten zum Produktbereich finden Sie auch Angaben zur Anzahl enthaltener Kostenträgergruppen und Kostenträger.

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Zusammenfassende Übersicht 63 - SenWiEnBe					
Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	10	Personalkosten	20.916.329	19.313.290	+8,30
Kostenträgergruppen	30	Sachkosten	164.669.676	163.837.057	+0,51
Kostenträger	113	Transferkosten	35.192.967	60.745.893	-42,07
davon		Verrechnungskosten	233.709	324.473	-27,97
Produkte	108	kalkulatorische Kosten	3.484.129	3.254.796	+7,05
MGF	0	Gemeinkosten	64.438.741	66.316.701	-2,83
Projekte	5	**Summe Verwaltungskosten**	288.935.550	313.792.210	-7,92
		Transfers	1.696.447.280	2.841.339.509	-40,29
		Gesamtsumme	1.985.382.830	3.155.131.719	-37,07

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben für den Politisch-Administrativen Bereich und den Zentralen Service der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe einschließlich EU-Prüfbehörde Finanzkontrolle, Antikorruption, Innenrevision.

Die „Zentralabteilung“ gliedert sich wie folgt:

Leitung und Zentralabteilung (Politisch-Administrativer Bereich und Service) - Kapitel 1300 -

Geschäftsstelle Zentralabteilung
Referat Finanzwirtschaft
Referat IT, eGovernment, Innerer Dienst, Controlling, eVergabe
Referat Personal und Organisation
EU-Prüfbehörde Finanzkontrolle, Antikorruption, Innenrevision

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Die nachfolgenden Daten wurden, um Verfälschungen des durchschnittlichen Haushaltsbruttos durch die Personalfluktuation zu vermeiden, um die Fälle bereinigt, bei denen wegen unterjährigen Ausscheidens oder Neueinstellung kein volles Jahreseinkommen gezahlt wurde.

Durchschnittseinkommen pro Jahr in €	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
VZÄ	9,7	9	9,4	6	8,4	4,9
Absoluter Anteil	10	9	10	6	9	5
Relativer Anteil	53 %	47 %	63 %	38 %	64 %	36 %
Haushaltsbrutto	806.367	734.593	838.442	526.328	699.711	416.597
Durchschnittliches Haushaltsbrutto	83.131	81.621	89.196	87.721	83.299	85.020
Mitarbeitende						
VZÄ	44	29,4	35,1	25,9	35,3	25,8
Absoluter Anteil	46	30	37	26	37	26
Relativer Anteil	61 %	39 %	59 %	41 %	59 %	41 %
Haushaltsbrutto	2.463.239	1.709.237	2.186.459	1.680.702	2.135.964	1.710.794
Durchschnittliches Haushaltsbrutto	55.983	58.137	62.292	64.892	60.509	66.310

Das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen weiblicher **Führungskräfte** ist im Vergleich zu 2020 um rd. 170 € nur geringfügig gestiegen, während es bei den männlichen Führungskräften um rd. 3.400 € zugenommen hat. Der 2020 vorhandene positive Einkommensabstand weiblicher Führungskräfte von rd. 1.510 € liegt jetzt mit rd. 1.720 € im Minus.
Dies beruht unter anderem darauf, dass nahezu die Hälfte der mit Frauen besetzten Führungspositionen zum gehobenen Dienst gehören, die mit Männern besetzten Führungspositionen sind mit einer Ausnahme dem höheren Dienst zugeordnet. Dadurch sind die Einkommenszuwächse bei prozentualen Einkommenserhöhungen geringer. Weiterhin befand sich eine weibliche Führungskraft im höheren Dienst in 2022 in Elternzeit.
Das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen weiblicher **Mitarbeitenden** hat sich im Vergleich zu 2020 um rd. 4.500 € erhöht, während es bei den männlichen Mitarbeitenden um rd. 8.0170 € gestiegen ist. Der Einkommensabstand weiblicher Mitarbeitenden im Vergleich zu 2020 hat sich damit von rd. 2.160 € auf rd. 5.800 € mehr als verdoppelt.
Der bestehende und sich weiter erhöhende Einkommensabstand resultiert daraus, dass sich unter den weiblichen Mitarbeitenden 50 % im einfachen bzw. mittleren Dienst und nur eine Mitarbeiterin im höheren Dienst befindet. Bei den männlichen Mitarbeitenden liegt der Anteil Beschäftigter im mittleren Dienst bei 28 % und ein Fünftel der männlichen Mitarbeitenden nimmt Arbeitsgebiete des höheren Dienstes wahr. Daher wirken sich prozentuale Einkommenssteigerungen bei den weiblichen Beschäftigten in deutlich geringerem Maß aus.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11902	**011**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**	**52.000**	**52.000**	**35.000**	**81.721,51**

Ablieferung der Vergütungen für die Mitgliedschaft im Vorstand, im Aufsichtsrat oder in sonstigen Organen eines Unternehmens im Auftrage des Senats, soweit sie den Satz der entsprechenden Pauschalaufwandsentschädigungen für unmittelbare Landesbeamte übersteigen (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder des Senats); Ablieferung von Vergütungen für Nebentätigkeiten (§ 7 Abs. 2 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 der Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten).

11934	**011**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**5.501,81**
11961	**011**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**3.101,06**
11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
11981	**011**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**			**1.000**	**697,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
12406	**011**	**Mieten für Stellplätze auf Dienstgrundstücken**			**—**	**3.600,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
23204	**011**	**Anteil der Länder an den Ausgaben**	**226.000**	**232.000**	**214.000**	**207.161,57**

Die Personalkosten für die Geschäftsstelle der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz werden im Haushalt Berlins nachgewiesen und gemeinsam von den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel getragen.

27292	**011**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**334.000**	**335.000**	**2.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42892 und 54692.				

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) erhält das Land Berlin für 2024 und 2025 folgende Mittel nach dem ESF Plus Programm für die Förderperiode 2021-2027:

Programm/Maßnahme		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
1		2	3	4
1.	Prüfungen zur ESF-Förderung durch externe Wirtschaftsprüfer gemäß den Vorschriften der EU-Kommission für die Prüfbehörde	a) 1.000 b) 300.000 c) 300.000	54692	54602
2.	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	a) 1.000 b) 33.400 c) 34.300	42892	42811
Summe 2023:		2.000		
Summe 2024: Summe rd.:		333.400 334.000		
Summe 2025: Summe rd.:		334.300 335.000		

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.
Zurückzuzahlende Beträge, die das Land von der Europäischen Union zu viel erhalten hat, werden aus der Einnahme geleistet.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27295	**011**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**244.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
27296	**011**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**504.000**	**618.098,04**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
27297	**011**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**953.000**	**874.000**	**2.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42897 und 54697.				

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erhält das Land Berlin für 2024 und 2025 folgende Mittel nach dem EFRE-Programm für die Förderperiode 2021-2027:

Programm/Maßnahme		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
1		2		3	4
1.	Prüfungen zur EFRE-Förderung durch externe Wirtschaftsprüfer gemäß den Vorschriften der EU-Kommission für die Prüfbehörde	a) b) c)	1.000 861.000 778.000	54697	54602
2.	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	a) b) c)	1.000 92.000 96.000	42897	42811
Summe 2023:			2.000		
Summe 2024:			953.000		
Summe 2025:			874.000		

		Gesamteinnahmen	**1.568.000**	**1.496.000**	**1.004.000**	**919.880,99**
		Prozentuale Veränderung	**56,2 %**	**-4,6 %**		
		Ausgaben				
42100	**011**	**Amtsbezüge**	**205.000**	**213.000**	**188.000**	**259.373,06**
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.468.000**	**2.632.000**	**2.374.000**	**1.962.575,64**
42260	**011**	**Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42722	**011**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**24.000**	**24.000**	**36.000**	**10.026,66**
42735	**011**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42760	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.184.000**	**4.691.000**	**3.722.000**	**3.624.009,47**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**543.000**	**566.000**	**279.000**	**200.806,00**
42860	**011**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42892	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**33.400**	**34.300**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die ESF-Ausgaben sind mit anderen ESF-Ausgaben der Förderperiode 2021-2027 (n+2-Regel) innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

42895	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**43.600**	**39.849,65**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
42896	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**113.000**	**101.042,13**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
42897	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**92.000**	**96.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben der Förderperiode 2021-2027 (n+2-Regel) innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**94.200**	**97.000**	**79.100**	**88.828,12**
44301	**011**	**Unterstützungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
44304	**011**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**63.000**	**65.000**	**53.100**	**61.000,00**

Beiträge an die Unfallkasse Berlin als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes Berlin.

In diesem Kapitel werden sämtliche Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung des Einzelplans 13 nachgewiesen.

44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**5.000**	**5.000**	**2.800**	**1.150,38**

Aufwendungen für sonstige Fürsorgeleistungen an Dienstkräfte, wie z. B. Kosten für Bildschirmarbeitsplatzbrillen, ergonomische Arbeitsplatzausstattungen oder für die Gewährung von Rechtsschutz.

45201	**011**	**Nachversicherungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45300	**011**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
45902 (neu)	**011**	**Personalgewinnungs- und Personalbindungsprämien**	**1.000**	**1.000**		

Prämien für Personalgewinnung und -bindung

In diesem Titel werden sämtliche Prämien des Einzelplans 13 nachgewiesen.

45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**133.000**	**133.000**	**1.000**	**132.010,73**

Prämien für Qualitätsvorschläge im Ideenmanagement gemäß der weiterhin gültigen Verwaltungsvorschrift für das Berliner Ideenmanagement II sowie Prämien für herausragende besondere Leistungen gemäß Leistungsprämien- und –zulagenVO bzw. gemäß Rundschreiben SenFin IV Nr. 17/2018.

In diesem Titel werden sämtliche Prämien des Einzelplans 13 nachgewiesen.

51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**220.000**	**220.000**	**230.000**	**238.656,65**

		2024	2025
1.	Büromaterial, Geschäftsbedarf, insbesondere Papier (2023: 28.000 €)	28.000 €	28.000 €
2.	Tageszeitungen, Bücher und Zeitschriften, Ergänzungslieferungen, Fachliteratur (auch elektronische Datenbanken) (2023: 130.000 €)	130.000 €	130.000 €
3.	Pressespiegel (Dienstleistungen, VG-Wort) (2023: 40.000 €)	40.000 €	40.000 €
4.	Rundfunk-, Fernseh- und Kabelanschlussgebühren (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
5.	Portokosten (2023: 5.000 €)	5.000 €	5.000 €
6.	Entschädigungen für die Benutzung privater Kraftfahrzeuge für Dienstfahrten in Berlin (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
7.	Fahrgelder für Fahrten innerhalb Berlins (2023: 23.000 €)	13.000 €	13.000 €
8.	Bücher usw. für den Betrieb gewerbl. Art (2023: 2.000 €)	2.000 €	2.000 €
	Summe:	220.000 €	220.000 €

Die Beträge umfassen die gesamten Ausgaben der Senatsverwaltung.

51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**88.454,46**

Wartung, Reparaturen und (Ersatz-) Beschaffungen von Maschinen, Büromöbeln usw. für die gesamte Senatsverwaltung. Im Zuge von Desk-Sharing sind weitere Umbaumaßnahmen (vgl. Titel 51925) erforderlich. So ist u.a. zu erwarten, dass die Bedarfe an kleineren Besprechungsmöglichkeiten steigen – hierfür und für Ersatzbedarf an Möbeln ist der gleichbleibende Betrag erforderlich.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**885.000**	**903.000**	**867.000**	**852.000,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten für das Dienstgebäude in der Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin.

51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Miete für die einmal jährlich durchzuführende Personalversammlung.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**37.000**	**37.000**	**37.000**	**24.104,38**

Miete und Service, insbesondere für die Etagen-/Netzkopierer und die Geräte im zentralen Kopierservice sowie Wasserspender.
Ansatz enthält die Ausgaben für die gesamte Senatsverwaltung.

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**1.448.000**	**1.448.000**	**1.448.000**	**1.448.818,32**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Miete für die Räume im Dienstgebäude Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin.

51920	**011**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**420.000**	**220.000**	**20.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**220.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**220.000**			

Erhöhung 2024 aufgrund Herstellung der „Migrationsreadiness der Wiring-Center (WiCe)“; Sanierung und Ertüchtigung der technischen Gebäudeausstattung in 14 Technikräumen gemäß den Anforderungen des „Planungsleitfaden für den Bau und den Betrieb von passiven Netzinfrastrukturen anwendungsneutraler Kommunikationsnetzwerke in der öffentlichen Verwaltung des Landes Berlin (PLAPANE)“.

Der Titel korrespondiert mit Kapitel 2513, Titel 51921 Migrationsreadiness.

51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**2.400.000**	**1.200.000**	**315.000**	**283.720,65**
		Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**70.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**70.000**		

Wartung und Reparaturen von Gebäudeanlagen, Renovierungen, Erweiterung bzw. Umbau von Büro- und Sitzungsräumen.

Mehr wegen außenliegender Hitzeschutzeinbauten, Umbaumaßnahmen zur Erweiterung bzw. Optimierung von Büroflächen, Einbau einer Notstrom-Versorgungsanlage und Aufdachung mit einer Photovoltaik-Anlage.

52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**46.000**	**63.000**	**33.000**	**8.537,80**

Fremdsprachliche Fortbildungen im Rahmen der EU-Qualifizierung der Berliner Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Aufgabenstellung und externe, kostenpflichtige Fortbildungen, die nicht von der VAk angeboten werden. Weiterhin sind externe, kostenpflichtige Fortbildungen für die Einarbeitung neuer Dienstkräfte bzw. die Einarbeitung von Dienstkräften des Landes Berlins in neue Aufgabengebiete dringend erforderlich, da das Angebot der VAk hinsichtlich der Kapazität aufgrund der hohen, landesweiten Einstellungszahlen nicht ausreicht.
Es bestehen darüber hinaus besondere Bedarfe im Hinblick auf die Schulung zur Verbesserung der IT-Kompetenz (e-Government), der Stärkung des Bewusstseins für Fragen der Datensicherheit sowie aufgrund rechtlicher Verpflichtungen zu Fortbildungen. Darüber hinaus werden gezielt auf die Bedarfe des Hauses zugeschnittene Fortbildungen in Form von Inhouse Veranstaltungen angeboten.

Außerdem werden aus diesem Titel fachspezifische Fortbildungen der Prüfbehörde EU-Finanzkontrolle, Antikorruption finanziert.

Angaben zum Gender Budget:

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Fortbildungen wird auf die Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan verwiesen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	2.000	2.000	2.000	—

Gerichts- und Anwaltskosten, insbesondere bei Streitigkeiten in beamten- und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten.

Angaben zum Gender Budget:

Es wird nur dann eine Anwältin oder ein Anwalt beauftragt, wenn es sich um eine besonders schwierige und spezielle Rechtsmaterie handelt, für die hausintern keine Expertise vorhanden ist. In diesen Fällen stehen auf dem freien Markt erfahrungsgemäß nur begrenzt Anwältinnen und Anwälte zur Verfügung, die über die passenden Spezialkenntnisse verfügen. Daher erfolgt die Auswahl für die Mandatierung von Prozessvertretungen vor Gericht nach der fachlichen Sachkenntnis.

52610	011	Gutachten	1.000	1.000	1.000	—
52703	011	Dienstreisen	24.000	24.000	24.000	8.380,55

Dienstreisekosten für allgemeine Zwecke auf der Grundlage des Reisekostenrechts, insbesondere Auslandsreisen der Leitung für Akquisitionszwecke zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft.

Angaben zum Gender Budget:

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Dienstreisen wird auf die Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan verwiesen.

52906	011	Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege	6.000	6.000	9.000	629,70

Mittel für Repräsentationsverpflichtungen in Wirtschaftskreisen.

53101	011	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	2.000	2.000	1.000	1.070,00
53111	011	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	17.000	17.000	15.000	18.610,66

Insbesondere für Stellenausschreibungen, öffentliche Ausschreibungen und Bekanntmachungen gemäß SGB IX und Landesgleichstellungsgesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Berliner Landesdienst (LGG).

In diesem Titel werden sämtliche Ausgaben der Senatsverwaltung für Ausschreibungen und Bekanntmachungen nachgewiesen.

54002	011	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	98.000	80.000	79.000	56.302,26

Betriebliches Gesundheitsmanagement: Durchführung Mitarbeitendenbefragung und Umsetzung von Maßnahmen daraus, Gesundheitstage und –vorträge, Sozial- und Konfliktberatung, Impfungen (Grippeschutz, Corona), Fahrradfreundlicher Arbeitgeber, Umsetzung Leadership Journey

Personalmanagement: Coachingmaßnahmen, gruppenbezogene Personalauswahlverfahren, Xing als aktives Recruitinginstrument, Strategie- bzw. Teambildungsworkshops, Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen von Diversitymanagement

Audit berufundfamilie: Zertifizierung familienfreundliche*r Arbeitgeber*in

54003	011	Geschäftsprozessoptimierung	100.000	100.000	169.000	18.881,93

Deckungsvermerk:
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 51135 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.
Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**110.000**	**80.000**	**160.000**	**34.846,46**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0

	2024	2025
1. Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Geräte (2023: 15.000 €)	30.000 €	0 €
2. Entsorgung von Mobiliar, Elektrogeräte und Aktenvernichtung nach dem Bundesdatenschutzgesetz (2023: 5.000 €)	5.000 €	5.000 €
3. Arbeitssicherheitstechnische und -medizinische Betreuung (2023: 25.000 €)	35.000 €	35.000 €
4. Umsetzung Maßnahmeplan CO^2-neutrale Verwaltung (2023: 15.000 €)	15.000 €	15.000 €
5. Durchführung von weiteren Maßnahmen im Kontext der Mitarbeitendenbefragung (2023: 50.000 €)	0 €	0 €
6. Begleitung von Vorhaben „Neues Arbeiten“ (2023: 50.000 €)	25.000 €	25.000 €
Summe:	110.000 €	80.000 €

Zu Nr. 5: Mittel werden ab 2024 beim Titel 54002 veranschlagt.

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**3.189,47**
54077	**011**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.425,00**
54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**2.000**	**2.000**	**6.000**	**1.943,37**

Insbesondere für Ergänzungen der Verbandskästen, für Kränze, Blumenspenden und Nachrufe, Unterstützung von Betriebssportveranstaltungen, Maßnahmen zur Förderung der Hauskultur zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Erstattung von Reisekosten externer Bewerberinnen und Bewerber sowie für die Tätigkeit der Beschäftigtenvertretungen.

54602	**011**	**Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU**	**3.363.000**	**2.744.000**	**2.677.000**	**904.002,09**

	Programm / Maßnahme	Landesmittel zur Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
	1	2	3	4
1.	Prüfungen zur EFRE-Förderung durch externe Wirtschaftsprüfer gemäß den Vorschriften der EU-Kommission für die Prüfbehörde	a) 1.821.000 b) 1.943.000 c) 1.572.000	a) 391.000 b) 861.000 c) 778.000	a) 2.212.000 b) 2.804.000 c) 2.350.000
2.	Prüfungen zur ESF-Förderung durch externe Wirtschaftsprüfer gemäß den Vorschriften der EU-Kommission für die Prüfbehörde	a) 856.000 b) 1.420.000 c) 1.172.000	a) 0 b) 300.000 c) 300.000	a) 856.000 b) 1.730.000 c) 1.472.000
Summen 2023:		2.677.000	391.000	3.068.000
Summen 2024:		3.363.000	1.161.000	4.534.000
Summen 2025:		2.744.000	1.078.000	3.822.000

Zu Nr. 1 sind die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Strukturfondsperiode 2014-2020 beim Titel 54696, zu Nr. 2 sind die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) der Strukturfondsperiode 2014-2020 beim Titel 54695 veranschlagt. Für die Förderperiode 2021-2027 sind die Mittel des EFRE zu Nr. 1 beim Titel 54697 und zu Nr. 2 sind die Mittel des ESF beim Titel 54692 veranschlagt.

54606	**011**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54692	**011**	**Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**300.000**	**300.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die ESF-Ausgaben sind mit anderen ESF-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den ESF mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den ESF der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Hier werden ausschließlich Mittel der Technischen Hilfe (TH-Mittel) des Europäischen Sozialfonds (ESF) aus der Förderperiode 2021-2027 veranschlagt.

	Programm/Maßnahme	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel veranschlagt beim Titel
1.	Prüfungen zur ESF-Förderung durch externe Wirtschaftsprüfer gemäß den Vorschriften der EU-Kommission für die Prüfbehörde	a) b) c)	1.000 300.000 300.000	54602
2.	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	a) b) c)	0 0 0	42811
Summe 2023:			1.000	
Summe 2024:			300.000	
Summe 2025:			300.000	

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27292).

54695	**011**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**200.000**	**200.000,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.		
54696	**011**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**391.000**	**362.639,83**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.		

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54697	**011**	**Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**861.000**	**778.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Hier werden ausschließlich Mittel der Technischen Hilfe (TH-Mittel) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus der Förderperiode 2021-2027 veranschlagt.

	Programm/Maßnahme	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel veranschlagt beim Titel
1.	Prüfungen zur EFRE-Förderung durch externe Wirtschaftsprüfer gemäß den Vorschriften der EU-Kommission für die Prüfbehörde	a) b) c)	1.000 861.000 778.000	54602
2.	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	a) b) c)	0 0 0	42811
Summe 2023:			1.000	
Summe 2024:			861.000	
Summe 2025:			778.000	

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**343.001.000**	**—**
97114 (neu)	**880**	**Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**	**-1.206.000**	**-1.205.000**	**-9.200.000**	**—**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51135	**011**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**5.000**	**5.000**	**85.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 54003 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**22.000**	**22.000**	**22.000**	**21.998,34**

		2024	2025
1.	Geräte, insbesondere für die Querschnittsverfahren Integrierte Personalverwaltung (IPV), Neues Berliner Rechnungswesen (NBR), Senatsinformations- und Dokumentationssystem (SIDOK) (2023: 3.000 €).....	3.000 €	3.000 €
2.	Geräte für den Betrieb der elektronischen Aktenhaltung und Vorgangsbearbeitung (eAkte), insbesondere mobile Geräte und Monitore (2023: 19.000 €).....	19.000 €	19.000 €
	Summe:	22.000 €	22.000 €

Die Beträge umfassen die gesamten Ausgaben der Senatsverwaltung.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**430.000**	**430.000**	**450.000**	**319.257,41**

		2024	2025
1.	Wartung für KLR-Vorsystem, Kollaborations- und Projektetools im Dienstkräfte-Portal sowie dezentrale Dienstleistungen für Querschnittsverfahren (2023: 40.000 €).....	20.000 €	20.000 €
2.	Betrieb des eAkte-Systems und Einrichtung von Schnittstellen zur digitalen Antragsbearbeitung (2023: 400.000 €)	400.000 €	400.000 €
3.	Unterstützung und Beratung bei der Erstellung von webbasierten Datenbanken (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
	Summe:	430.000 €	430.000 €

Die Beträge umfassen die gesamten Ausgaben der Senatsverwaltung.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**457.000**	**457.000**	**557.000**	**341.255,75**
	Gesamtausgaben	**20.574.600**	**19.172.300**	**348.073.600**	**11.378.141,17**
	Prozentuale Veränderung	**-94,1 %**	**-6,8 %**		

Abschluss Kapitel 1300

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**55.000**	**55.000**	**38.000**	**94.621,38**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.513.000**	**1.441.000**	**966.000**	**825.259,61**
	Gesamteinnahmen	**1.568.000**	**1.496.000**	**1.004.000**	**919.880,99**
411-462	**Personalausgaben**	**7.853.600**	**8.565.300**	**6.901.600**	**6.480.671,84**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**10.927.000**	**8.812.000**	**7.371.000**	**4.897.469,33**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**1.794.000**	**1.795.000**	**333.801.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**20.574.600**	**19.172.300**	**348.073.600**	**11.378.141,17**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-19.006.600**	**-17.676.300**	**-347.069.600**	**-10.458.260,18**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Allgemeine Erläuterung

Aus dem Kapitel 1300 wurden die Ausgaben

- des Politisch-Administrativen Bereichs,
- der Prüfbehörde EU-Finanzkontrolle, Antikorruption
- sowie der Zentral-Abteilung

bestritten.

Die Zentral-Abteilung gliedert sich wie folgt:

- Z P -Personal, Organisation
- Z F - Finanzwirtschaft
- Z I - IT, Innerer Dienst, Controlling, eGovernment, eVergabe, KatSchutz

In der produktorientierten Sicht bediente der „Politisch-Administrative Bereich und Service“ die Produktbereiche / strategischen Ziele

- 0000992 Strukturpolitik
- 0001030 Service SenWiEnBe (interne Produkte)
- 0001086 Informationstechnologien Vergleichsring IT – berlinweit (interne Produkte)
- 0001149 Landesweite Querschnittsaufgaben (interne Produkte)
- 0001171 Vergleichsring Personal – berlinweit (interne Produkte)

Wie in den Vorjahren wird der Ressourcenverbrauch der externen Produkte dargestellt; landesweit nicht dargestellt werden die internen Kostenträger.

In der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wurden keine Kostenträger mit dem (auswertbaren) Merkmal „Ministerielles Geschäftsfeld (MGF)“ gebildet. Stattdessen führen Kostenträger, die den ministeriellen Bereich, Grundsatzangelegenheiten u. ä. abbilden in der Kurzbezeichnung den Zusatz „m“, „M“ oder „ministeriell“, in Parenthese oder in Klammern. Sofern in den erläuternden Texten dennoch die Bezeichnung „MGF“ verwendet wird, sind darunter die derart bezeichneten Kostenträger zu verstehen

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000992 Strukturpolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	4.835.909	4.527.609	+6,81
Kostenträger	24	Sachkosten	35.166.988	30.240.212	+16,29
davon		Transferkosten	317.766	31.007	+924,82
Produkte	24	Verrechnungskosten	44.410	42.642	+4,15
MGF	0	kalkulatorische Kosten	627.833	646.776	-2,93
Projekte	0	Gemeinkosten	3.765.940	3.797.206	-0,82
		Summe Verwaltungskosten	44.758.847	39.285.452	+13,93
		Transfers	1.507.141.852	2.664.209.603	-43,43
		Gesamtsumme	1.551.900.699	2.703.495.055	-42,60

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004991	2022	10.099.025	0	10.099.025
Europäische Strukturfondsförderung	2021	8.336.405	8.732	8.345.137

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78517	2022	642.580	0	642.580
EFRE-Finanzkontrolle	2021	613.941	0	613.941

	2022	2021
Menge: Zusammengefasster Jahresbericht	1	1
Kosten je ME in €	642.579,69	613.940,83
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	6,36	7,36
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Vorbereitung, Durchführung, Auswertung und analytische Zusammenfassung von Finanzkontrollen EFRE- kofinanzierter Projekte und Maßnahmen

Fachspezifische Informationen

Planung, Durchführung und Analyse von Vorhabenskontrollen, Systemprüfungen und Prüfungen der jährlichen Rechnungslegung im Zusammenhang mit EFRE-geförderten Maßnahmen. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind im Kapitel 1300 beim Titel 54696 bzw. 546 97 „Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln“ veranschlagt. Die landesseitige Kofinanzierung erfolgt bei Titel 54602 „Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU“.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78629	2022	753.122	0	753.122
ESF-Finanzkontrolle	2021	663.305	0	663.305

	2022	2021
Menge: Zusammengefasster Jahresbericht	1	1
Kosten je ME in €	753.122,00	663.304,56
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,46	7,95
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Vorbereitung, Durchführung, Auswertung und analytische Zusammenfassung von Finanzkontrollen ESF- kofinanzierter Projekte und Maßnahmen.

Fachspezifische Informationen

Planung, Durchführung und Analyse von Vorhabenkontrollen, Systemprüfungen und Prüfungen der jährlichen Rechnungslegung im Zusammenhang mit ESF-geförderten Maßnahmen. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind im Kapitel 1300 beim Titel 54692 bzw. 54695 „Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln“ veranschlagt. Die landesseitige Kofinanzierung erfolgt bei Titel 54602 „Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU“.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben des Personalüberhanges des Einzelplans veranschlagt.

Es handelt sich dabei um Personalüberhang, welcher nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement - EZeP - in die Dienststelle versetzt wurde.
Bedingt durch den Abbau des Personalüberhangs ist ab dem Haushaltsjahr 2020 nur noch eine Stelle für eine Überhangkraft enthalten.

Für diese Stellen gilt der Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Ferner wird in diesem Kapitel für die Titel 42201 und 44100 ein Merkansatz vorgesehen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Personalüberhang -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.000	1.000	1.000	—
42801	860	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	104.000	109.000	111.000	98.581,76
44100	860	Beihilfen für Dienstkräfte	1.000	1.000	1.000	—
		Gesamtausgaben	106.000	111.000	113.000	98.581,76
		Prozentuale Veränderung	-6,2 %	4,7 %		
		Abschluss Kapitel 1309				
411-462		Personalausgaben	106.000	111.000	113.000	98.581,76
		Gesamtausgaben	106.000	111.000	113.000	98.581,76
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-106.000	-111.000	-113.000	-98.581,76

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung „Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung“ der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Die Abteilung „Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung“ gliedert sich wie folgt:

Abteilung II (Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung) (Kapitel 1320)

Grundsatzangelegenheiten der Wirtschaftspolitik
Unternehmensservice, Dienstleistung, Handwerk, Handel, Tourismus, Kreativ- und Medienwirtschaft
Staatsaufsicht Kammern und Finanzdienstleistungen, Justitiariat, Vergabekammer
Landeskartellbehörde, Preisprüfungen, Öffentliches Auftragswesen, Notfallvorsorge
E-Government für die Wirtschaft, Einheitlicher Ansprechpartner, Gewerberecht, Geldwäscheaufsicht
Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit

B. Gender Budgeting

Der Anteil der Titel bzw. Erläuterungsnummern im Kapitel 1320, die mit Ausführungen zum Gender Budgeting versehen sind, hat sich nochmals quantitativ als auch qualitativ im Vergleich zum Haushaltsplan 2022/2023 erhöht. Zu einigen Titeln, bei denen keine Daten erhoben bzw. keine Zielgruppen oder Zielsetzungen benannt werden können, sind auf den Einzelfall bezogen entsprechende Ausführungen in die jeweilige Gender-Budgeting-Erläuterung aufgenommen worden.

Aufgrund der Vielzahl der nun vorliegenden Gender Budgeting-Erläuterungen wird auf weitere Ausführungen zu einzelnen Titeln bzw. Teilansätzen an dieser Stelle verzichtet und auf die geschlechtsspezifischen Daten und Ausführungen bei den Erläuterungen der jeweiligen Titel und Teilansätze verwiesen.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Die nachfolgenden Daten wurden, um Verfälschungen des durchschnittlichen Haushaltsbruttos durch die Personalfluktuation zu vermeiden um die Fälle bereinigt, bei denen wegen unterjährigen Ausscheidens oder Neueinstellung kein volles Jahreseinkommen gezahlt wurde.

Durchschnittseinkommen pro Jahr in €	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
VZÄ	16,2	7,8	13,4	7	16,9	8,9
Absoluter Anteil	17	8	15	7	18	9
Relativer Anteil	68 %	32 %	68 %	32 %	67 %	33 %
Haushaltsbrutto	1.379.420	660.224	1.181.208	653.157	1.444.548	762.843
Durchschnittliches Haushaltsbrutto	85.149	84.644	88.150	93.308	85.476	85.713
Mitarbeitende						
VZÄ	46	22,7	41,9	22	58,8	27,2
Absoluter Anteil	50	23	45	23	67	29
Relativer Anteil	68 %	32 %	66 %	34 %	70 %	30 %
Haushaltsbrutto	2.458.366	1.277.955	2.543.924	1.360.833	3.546.325	1.818.715
Durchschnittliches Haushaltsbrutto	53.443	56.298	60.714	61.856	60.312	66.865

Das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen weiblicher **Führungskräfte** ist im Vergleich zu 2020 um rd. 330 € und bei den männlichen Führungskräften um rd. 1.070 € gestiegen. Der 2020 vorhandene Einkommensabstand weiblicher Führungskräfte von plus rd. 510 € liegt jetzt mit rd. 240 € geringfügig im Minus.

Grund hierfür sind zwei Langzeiterkrankungen bei den weiblichen Führungskräften.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen weiblicher **Mitarbeitenden** hat sich im Vergleich zu 2020 um rd. 6.870 € erhöht, während es bei den männlichen Mitarbeitenden um rd. 10.570 € gestiegen ist. Dadurch hat sich der Einkommensabstand weiblicher Mitarbeitender im Vergleich zu 2020 von rd. 2.860 € auf rund 6.550 € weiter erhöht.

Dies resultiert daraus, dass in diesem Bereich eine große Anzahl tarifbeschäftigter Frauen in den Eingangsämtern mit geringen Erfahrungsstufen und entsprechend geringeren Zuwächsen bei Tariferhöhungen eingestellt wurden. Weiterhin befanden sich von weiblichen Mitarbeitenden rd. 16 % in Elternzeit oder waren langzeiterkrankt.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**680**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**16.200**	**6.700**	**22.100**	**5.216,39**

Insbesondere Gebühren für Genehmigungen von Beschlüssen der berufsständischen Versorgungswerke, Gebühren für die Beglaubigung öffentlicher Urkunden für den Gebrauch im Ausland, für öffentliche Bestellungen von Versteigerern und Amtshandlungen nach dem Geldwäschegesetz (GwG) sowie Gebühren für die Erteilung bzw. Verlängerung einer Buchmacher- und Buchmachergehilfenerlaubnis bzw. einer Erlaubnis für eine Örtlichkeit nach dem Rennwett- und Lotteriegesetz (RennwLottG).

11153	**680**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**120.000**	**120.000**	**120.000**	**127.457,90**

Kostenerstattung für Amtshandlungen der Vergabekammer des Landes Berlin

11201	**680**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**22.000**	**22.000**	**27.000**	**27.604,50**

Einnahmen aus Ordnungswidrigkeitsverfahren nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz - GwG), dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), dem Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung (WoVermRG) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Mit den Geldbußen zusammenhängende Verfahrenskosten (Gebühren und Auslagen) werden ebenfalls bei diesem Titel vereinnahmt.

Weniger aufgrund der erhofften Wirkung der durch die 2020 erstmals mit Sachmitteln unterlegten Präventionsarbeit im Bereich der Geldwäsche.

11921	**680**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**600.000**	**700.000**	**150.000**	**1.013.003,54**

Rückzahlungen überzahlter Zuwendungen aufgrund von geprüften Verwendungsnachweisen.

Mehr ab 2024, weil sich das Zuwendungsvolumen im Kapitel 1320 in den beiden letzten Jahren erheblich erhöht hat und daher mit mehr Rückzahlungen gerechnet wird.

11934	**680**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**5.000**	**5.000**	**10.000**	**245,20**
11979	**680**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
16210	**680**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**91,47**

Zinsleistungen aufgrund verspäteter Rückzahlung von Zuwendungen

27102	**680**	**Ersatz von Ausgaben durch die EU**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

27290	**680**	**Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 42890 und 54690.

Die Mittel werden von der EU aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.

Zurückzuzahlende Beträge, die das Land von der EU zu viel erhalten hat, werden aus der Einnahme geleistet (vgl. auch Titel 54690).

27296	**680**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**7.549.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27297	**680**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**4.204.000**	**5.092.000**	**4.880.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42897, 54697, 68397, 68697, 69897..

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erhält Berlin für 2024 und 2025 folgende Mittel nach dem EFRE-Programm für die Förderperiode 2021-2027:

Programm / Maßnahme		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Ausgabe nachgewiesen bei Titel	Landesmittel nachgewiesen bei Titel
1		2	3	4
1.	Landesinitiative "Projekt Zukunft" einschließlich Projekt "Open-Data-Plattform", Management für das Cluster Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Medien, Kreativwirtschaft - Aufträge -	a) 320.000 b) 456.000 c) 576.000	54697	54010
2.	Zuführung an den VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin III	a) 2.560.000 b) 1.472.000 c) 2.208.000	69897	*)
3.	Landesinitiative „Projekt Zukunft“, Management für das Cluster Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Medien, Kreativwirtschaft - Zuwendungen -	a) 100.000 b) 228.000 c) 288.000	68397	68317
4.	Programm für Internationalisierung	a) 1.900.000 b) 1.900.000 c) 1.900.000	68397	68307
5.	Technische Hilfe für das "Programm für Internationalisierung"	a) 0 b) 52.000 c) 23.200	68397	68307
6.	Öffentlichkeitsarbeit für die Landesinitiative "Projekt Zukunft", Management für das Cluster Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Medien-, Kreativwirtschaft	a) 0 b) 96.000 c) 96.000	68397	68307
Summe 2023:		4.880.000		
Summe 2024:		4.204.000		
Summe 2025:		5.091.200		
Summe 2025 rd.:		5.092.000		

*) Kofinanzierungsmittel werden von der Investitionsbank Berlin bereitgestellt.

Die Mittel werden von der EU aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.
Zurückzuzahlende Beträge, die das Land von der EU zu viel erhalten hat, werden aus der Einnahme geleistet.

		Gesamteinnahmen	**4.989.200**	**5.967.700**	**12.781.100**	**1.173.619,00**
		Prozentuale Veränderung	**-61,0 %**	**19,6 %**		
		Ausgaben				
41201	**680**	**Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**160,00**

Den ehrenamtlichen Mitgliedern der Vergabekammer des Landes Berlin steht für ihre Mitwirkung an Sitzungen der Vergabekammer eine Entschädigung nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz zu.

42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.831.000**	**3.984.000**	**4.359.000**	**3.097.919,75**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**4.470.000**	**4.649.000**	**4.308.000**	**4.289.719,09**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**139.000**	**144.000**	**415.000**	**319.507,98**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind deckungsberechtigt gegenüber den Ausgaben bei Kapitel 1320, Titel 68629, im Übrigen deckungsfähig gegenüber den Ausgaben der Hauptgruppe 4.

42890	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**179.000**	**186.020,08** **R 5.359,01**

Die Ausgaben werden vom Bund und der EU erstattet (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27290).

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**178.000**	**184.000**	**177.000**	**167.896,22**
51101	**680**	**Geschäftsbedarf**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**8.395,41**

Insbesondere für die Unternehmensdatenbank MARKUS und die Reisegewerbekarten nach § 55 Abs. 2 der Gewerbeordnung

51140	**680**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erweiterungs- und Ersatzbeschaffungen von Büromaschinen, Büromöbeln und technischen Ausrüstungen

51185	**680**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52501	**680**	**Aus- und Fortbildung**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**7.528,29**

Für die Teilnahme an Seminaren, Vorträgen, Fachtagungen und Sonderlehrgängen.

Angaben zum Gender Budget:

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Fortbildungen wird auf die Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan verwiesen.

52601	**680**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**100.000**	**100.000**	**170.000**	**22.014,90**

Gerichts- und Anwaltskosten insbesondere im Zusammenhang mit Verwaltungsstreitverfahren aus den Bereichen gewerbliches Spielrecht sowie Rennwett- und Lotteriegesetz

Die Ausgaben unterliegen in Abhängigkeit von der Anzahl der anhängigen Verfahren sowie des im Zeitraum pro Verfahren konkret anfallenden Arbeitsaufwandes - erheblichen Schwankungen.

Angaben zum Gender Budget:

Es wird nur dann eine Anwältin oder ein Anwalt beauftragt, wenn es sich um eine besonders schwierige und spezielle Rechtsmaterie handelt, für die hausintern keine Expertise vorhanden ist. In diesen Fällen stehen auf dem freien Markt erfahrungsgemäß nur begrenzt Anwältinnen und Anwälte zur Verfügung, die über die passenden Spezialkenntnisse verfügen. Daher erfolgt die Auswahl für die Mandatierung von Prozessvertretungen vor Gericht nach der fachlichen Sachkenntnis.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52610	**680**	**Gutachten**	**85.000**	**—**	**65.000**	**14.494,28**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	40.000	0	0

	2024	2025
1. Evaluierung zur Erfassung der Wirkung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) (2023: 40.000 €)	60.000 €	0 €
2. Gutachten zu den Potenzialen und der Stärkung der sozialen bzw. solidarischen Ökonomie im Land Berlin (2023: 25.000 €)	25.000 €	0 €
Summe	85.000 €	0 €

Zu Nr. 1: Mehr 2024 wegen Umsetzung der Evaluierung (2023: vorwiegend Konzepterstellung).

Angaben zum Gender Budget:

Bei den Gutachtenaufträgen stehen grundsätzlich fachspezifische Fragestellungen im Vordergrund. Vor Erstellung der Leistungsbeschreibung für das jeweilige Gutachten wird u. a. auch geprüft, ob geeignete genderrelevante Aspekte von Belang sind und deshalb in das Gutachten einfließen sollten.

Explizite Fragestellungen im Sinne von Gender Mainstreaming wurden in den beiden unten genannten Gutachten nicht berücksichtigt.
Im Rahmen der Auftragsvergabe waren ausschlaggebende Kriterien insbesondere Fachexpertise, der Umfang und die Qualität der angebotenen Leistung und der Preis, genderpolitische Zielstellungen fanden keine Berücksichtigung.

Zu Nr. 1 – Evaluierung zur Erfassung der Wirkung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG)

Das BerlAVG hat nach umfangreicher Novellierung im Jahr 2020 komplexe neue soziale Vorgaben erhalten, deren Umsetzung und Auswirkungen u.a. auf die Wirtschaft in dem im Jahr 2024 vorzulegenden Vergabebericht umfänglich untersucht werden müssen. Auch die KoaV (S. 83) verweist darauf, dass das BerlAVG samt Verordnungen im Jahr 2024 evaluiert wird, womit als Evaluierungsauftrag eine umfassende Untersuchung gefordert wird.

Zu Nr. 2 - Gutachten zu den Potenzialen und der Stärkung der sozialen bzw. solidarischen Ökonomie im Land Berlin

In dem Gutachten werden verschiedene Definitionen der „Sozialen Ökonomie“ dargestellt und ihre operative Nutzbarkeit eingeschätzt, um damit eine Öffnung und Weiterentwicklung von Förderinstrumenten für die gesamte Branche der Sozialen Ökonomie zu unterstützen. Da das Gutachten zu einer tieferen Verankerung der Branche der „Sozialen Ökonomie“ in der klassischen Wirtschaftsförderung beitragen soll, wird hiermit auch langfristig ein Sektor unterstützt, in dem überdurchschnittliche viele Frauen, bezogen auf die Teilhabe am Wirtschaftsleben, vertreten sind.

52703	**680**	**Dienstreisen**	**27.000**	**27.000**	**27.000**	**25.251,95**

Dienstreisekosten für allgemeine Zwecke auf der Grundlage des Reisekostenrechts

Angaben zum Gender Budget:

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Dienstreisen wird auf die Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan verwiesen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52906	**680**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	**5.446,82**

Für Repräsentationsverpflichtungen der Abteilung

Angaben zum Gender Budget:

Bei der Einladung und Durchführung von Repräsentationsveranstaltungen wird darauf geachtet, dass kein Geschlecht bevorzugt oder benachteiligt wird.

53101	**680**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**455.000**	**455.000**	**260.000**	**188.567,17**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**120.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**60.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**60.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	50.000	0	0
VE-Plan 2023	55.000	155.000	155.000

	2024	2025
1. Wirtschafts- und Innovationsbericht einschließlich vier Konjunkturberichte zur wirtschaftlichen Lage Berlins (2023: 15.000 €)	15.000 €	15.000 €
2. Datenbeschaffung für Clustermonitoring (2023: 2.000 €)	2.000 €	2.000 €
3. Öffentlichkeitsarbeit für den im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Wirtschaft eingerichteten Einheitlichen Ansprechpartner und seinem Portal www.ea.berlin.de (2023: 75.000 €)	70.000 €	70.000 €
4. Koordinierung und Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit der Oder-Partnerschaft (2023: 100.000 €)	100.000 €	100.000 €
5. Erfüllung der Pflicht zur Bereitstellung regelmäßig aktualisierter Auslegungs- und Anwendungshinweise für Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz [GWG] (2023: 28.000 €)	28.000 €	28.000 €
6. Report zum Stand des Startup-Ökosystems in Berlin (2023: 30.000 €)	30.000 €	30.000 €
7. Entwicklungspolitische Publikationen zum Agenda-21-Prozess (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
8. Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht (2023: 0 €)	200.000 €	200.000€
Summe:	455.000 €	455.000 €

Angaben zum Gender Budget

zu Nr. 1. – Wirtschafts- und Innovationsbericht einschließlich vier Konjunkturberichte zur wirtschaftlichen Lage Berlins

Für eine Darstellung im Sinne des Gender Budgeting stehen im Rahmen der Konjunkturberichterstattung keine adäquaten genderrelevanten Bezugsgrößen zur Verfügung, weil diese auf wirtschaftliche Aspekte wie bspw. Umsatz- und BIP-Entwicklungen ausgerichtet ist und somit einen geschlechtsneutralen Bezug hat.

zu Nr. 2 - Datenbeschaffung für Clustermonitoring

Für eine Darstellung im Sinne des Gender Budgeting stehen im Rahmen der Berichterstattung zur ganzheitlichen Entwicklung der Cluster keine adäquaten genderrelevanten Bezugsgrößen zur Verfügung, weil diese clusterbezogen auf wirtschaftliche Aspekte wie bspw. Unternehmens- und Umsatzentwicklungen ausgerichtet ist und somit einen geschlechtsneutralen Bezug hat.

zu Nr. 3 - Öffentlichkeitsarbeit für den im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Wirtschaft eingerichteten Einheitlichen Ansprechpartner und seinem Portal www.ea.berlin.de

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit des Einheitlichen Ansprechpartners (EA Berlin) stehen keine genderrelevanten Bezugsgrößen zur Verfügung. Bei sämtlichen öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, wie z. B. bei der Gestaltung von Broschüren / Flyern und bei der Teilnahme an Messen wird darauf geachtet, eine geschlechterneutrale Sprache zu verwenden bzw. beide Geschlechter anzusprechen. In diesem Zusammenhang wird eine Überarbeitung des EA Portals bzgl. einer lückenlosen geschlechterneutralen Sprache erfolgen.

zu Nr. 4 - Koordinierung und Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit der Oder-Partnerschaft.

Die Oder-Partnerschaft ist ein informelles interregionales Netzwerk, unter dem Motto „Grenzen trennen – die Oder verbindet“ projektorientiert zusammenarbeiten. Mit der Öffentlichkeitsarbeit (u.a. grenzüberschreitende Veranstaltungen, Newsletter und zweisprachige Website) wird die Oder-Partnerschaft als ein europäisches, grenzüberschreitendes Modell der Multilevel Governance überregional wahrgenommen.

Die Zielgruppe der Öffentlichkeitsmaßnahmen sind Verbände, Kammern, Unternehmen und Verwaltungen. Damit alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen werden, wird in der Öffentlichkeitsarbeit stets auf eine gendergerechte Ansprache geachtet.

zu Nr. 5 - Erfüllung der Pflicht zur Bereitstellung regelmäßig aktualisierter Auslegungs- und Anwendungshinweise für Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz [GWG]

In den Veröffentlichungen wird darauf geachtet gendergerechte Sprache zu verwenden.

zu Nr. 6 - Report zum Stand des Startup-Ökosystems in Berlin

In dem Report wird darauf geachtet gendergerechte Sprache zu verwenden.

zu Nr. 7 - Entwicklungspolitische Publikationen zum Agenda-21-Prozess

Der Schwerpunkt der aus diesem Teilansatz finanzierten Maßnahmen liegt auf Öffentlichkeitsarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit vor dem Hintergrund der Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung). In den Publikationen wird darauf geachtet gendergerechte Sprache zu verwenden.

zu Nr. 8 - Kultur-, Kreativ- und Digitalwirtschaftsbericht

In dem Bericht wird darauf geachtet gendergerechte Sprache zu verwenden.

53108	**680**	**Betreuung von Besucherinnen und Besuchern**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**1.190,00**

Insbesondere Ausgaben für die Betreuung von Besucherinnen und Besuchern aus dem Globalen Süden.

53118	**023**	**Auswärtige Städteverbindungen**	**10.000**	**10.000**	**20.000**	**1.188,81**

	2024	2025
1. Aktivitäten des Landes Berlin im netzwerk Scale.Cities (2023: 10.000 €)	0 €	0 €
2. Ausbau der Städtepartnerschaften zu Warschau, Peking, Tokio, Istanbul, Paris und Jakarta (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
Summe:	10.000 €	10.000 €

Die aus wirtschaftlicher Sicht wichtigen Städtepartnerschaftsbeziehungen zu Warschau, Peking, Tokio, Istanbul, Paris und Jakarta sollen in den kommenden Jahren strategisch ausgebaut werden, um den politischen Rahmen für die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit insbesondere zwischen den Unternehmen und Wirtschaftseinrichtungen zu fördern. Ziel ist es, eine umfassende Unternehmenspflege sowie neue Wirtschaftskontakte zu entwickeln und auszubauen. Gleichzeitig werden Instrumente des Standortmarketings und der Anbahnung von Unternehmensansiedlungen sowie wirtschaftsbezogene Aktivitäten aller Berliner Städtepartnerschaften projektbezogen gefördert. Hauptinstrumente hierfür sind zwar das finanziell deutlich stärkere Programm für Internationalisierung und Wirtschaftspräsentationen im Ausland. Da beide Ansätze mit EFRE-Mitteln kofinanziert werden, sind flankierende Aktivitäten aus Landesmittel in relativ geringem Umfang erforderlich.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54004	**045**	**Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge**	**15.000**	**15.000**	**20.000**	**10.118,95**

Aufwendungen im Rahmen der Notfallvorsorge für ein Fachinformationssystem sowie für Öffentlichkeitsarbeit

Angaben zum Gender Budget:

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wird darauf geachtet, dass die Geschlechter gleichermaßen angesprochen werden.

54010	**680**	**Dienstleistungen**	**12.966.000**	**12.547.000**	**14.596.000**	**7.686.811,89**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 536.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 536.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**9.610.000**	**—**
Davon fällig 2025	**5.895.000**	
Davon fällig 2026	**2.045.000**	**—**
Davon fällig 2027	**1.670.000**	**—**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	412.567	400.000	0
VE-Plan 2023	0	430.000	30.000

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung		Landesmittel ohne Kofinanzierung		Landesmittel Summe		EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
1.	Gründungsnetzwerk	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	30.000 30.000 30.000	a) b) c)	30.000 30.000 30.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	30.000 30.000 30.000
2.	Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	225.000 225.000 325.000	a) b) c)	225.000 225.000 325.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	225.000 225.000 325.000
3.	Pflege und Erweiterung der datengestützten Website „Berlin Startup-Map“	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	60.000 100.000 100.000	a) b) c)	60.000 100.000 100.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	60.000 100.000 100.000
4.	Begleitende Dienstleistung im Zusammenhang mit der öffentlichen Auftragsvergabe	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	50.000 50.000 50.000	a) b) c)	50.000 50.000 50.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	50.000 50.000 50.000

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Programm / Maßnahme		Landesmittel						EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
		zur Kofinanzierung		ohne Kofinanzierung		Summe					
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
5.	Übersetzungsdienstleistungen für den im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Wirtschaft eingerichteten Einheitlichen Ansprechpartner und seinem Portal www.ea.berlin.de sowie dem Serviceportal www.berlin.de	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	5.000 5.000 5.000	a) b) c)	5.000 5.000 5.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	5.000 5.000 5.000
6.	Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Geldwäscheprävention	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	70.000 70.000 70.000	a) b) c)	70.000 70.000 70.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	70.000 70.000 70.000
7.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm Programm für Internationalisierung (PfI)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 1.120.000 1.120.000	a) b) c)	0 1.120.000 1.120.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 1.120.000 1.120.000
8.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm "Kongressfonds für Nachhaltiges Tagen" (bisher: Kongressfonds)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	900.000 1.035.000 285.000	a) b) c)	900.000 1.035.000 285.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	900.000 1.035.000 285.000
9.	Stärken der Kreativwirtschaft, Ausbau der Förderstrukturen	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 1.750.000 1.750.000	a) b) c)	0 1.750.000 1.750.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 1.750.000 1.750.000
10.	Aufträge: Stärken der Berliner Kunstmessen	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 1.250.000 1.250.000	a) b) c)	0 1.250.000 1.250.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 1.250.000 1.250.000
11.	Maßnahmen zum Neustart Kreativwirtschaft	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	3.000.000 0 0	a) b) c)	3.000.000 0 0	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	3.000.000 0 0
12.	Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Fonds "Ökologischer Tourismus"	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	500.000 850.000 900.000	a) b) c)	500.000 850.000 900.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	500.000 850.000 900.000
13.	Geschäftsbesorgung für das Programm "Gründerinnen-Förderung" - Chancenfonds	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	5.500.000 500.000 500.000	a) b) c)	5.500.000 500.000 500.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	5.500.000 500.000 500.000
14.	Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Fonds zur Förderung von Gründungen von Menschen mit Migrationsgeschichte	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	200.000 250.000 250.000	a) b) c)	200.000 250.000 250.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	200.000 250.000 250.000
15.	Landesinitiative "Projekt Zukunft": Unterstützung der IKT-, Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft - Aufträge -	a) b) c)	900.000 684.000 864.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	900.000 684.000 864.000	a) b) c)	400.000 456.000 576.000	a) b) c)	1.300.000 1.140.000 1.440.000
16.	Verwaltungskostenpauschale zur Durchführung von Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	240.000 356.000 357.000	a) b) c)	240.000 356.000 357.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	240.000 356.000 357.000
17.	Einrichtung von Wirtschaftsrepräsentanzen im Ausland	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	700.000 1.200.000 1.200.000	a) b) c)	700.000 1.200.000 1.200.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	700.000 1.200.000 1.200.000
18.	Geschäftsbesorgung für das Programm “Transfer Bonus Design“	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	95.000 95.000 95.000	a) b) c)	95.000 95.000 95.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	95.000 95.000 95.000

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Programm / Maßnahme		Landesmittel						EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
		zur Kofinanzierung		ohne Kofinanzierung		Summe					
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
19.	Leuchtturmveranstaltungen und Netzwerke der Kreativwirtschaft	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	536.000 536.000 536.000	a) b) c)	536.000 536.000 536.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	536.000 536.000 536.000
20.	Berlin Fashion Week	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.000.000 2.000.000 2.000.000	a) b) c)	1.000.000 2.000.000 2.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.000.000 2.000.000 2.000.000
21.	Betrieb der Außenwirtschaftsplattform	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	35.000 35.000 35.000	a) b) c)	35.000 35.000 35.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	35.000 35.000 35.000
22.	Geschäftsbesorgung für das Programm "Transfer Bonus Gamification & VR"	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	150.000 150.000 150.000	a) b) c)	150.000 150.000 150.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	150.000 150.000 150.000
23.	Fashion Hub	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	400.000 400.000 400.000	a) b) c)	400.000 400.000 400.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	400.000 400.000 400.000
24.	UNESCO City of Design - Aufträge -	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 200.000 200.000	a) b) c)	0 200.000 200.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 200.000 200.000
25.	House of Finance and Tech Geschäftsbesorgung	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 75.000 75.000	a) b) c)	0 75.000 75.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 75.000 75.000
Summen 2023:			900.000		13.696.000		14.596.000		400.000		14.996.000
Summen 2024:			684.000		12.282.000		12.966.000		456.000		13.422.000
Summen 2025:			864.000		11.683.000		12.547.000		576.000		13.123.000

Zu Nr. 2: Pro Jahr sind Mittel i.H.v. 125.000 € zur Finanzierung der Lotsenstelle für migrantische Gründerinnen und Gründer sowie Selbstständige veranschlagt. In 2025 sind zusätzlich Mittel in Höhe von 100.000 € für den alle zwei Jahre durchzuführenden Wettbewerb „Vielfalt unternimmt“ vorgesehen.
Mehr aufgrund der Reduzierung des Berlin-Beitrags der IBB.

Zu Nr. 7: Mehr aufgrund der Reduzierung des Berlin-Beitrags der IBB.

Zu Nr. 8: Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 8 ist eine Entnahme aus der Pandemierücklage vorgesehen.

Zu Nr. 10: Mit dem zum 1. Juni 2021 in Kraft getretenen Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glückspielwesens in Deutschland (Glückspielstaatsvertrag 2021 – GlüStV 2021) sind die Voraussetzungen für ein bundesweites spielformübergreifendes Sperrsystem für Spielbanken, Sportwettvermittlungsstellen, Spielhallen, Buchmacher und Gaststätten geschaffen worden. Somit entfällt die Verpflichtung zur Einführung eines landesweiten Sperrsystems für Spielhallen nach dem Spielhallengesetz Berlin (SpielhG Bln).

Zu Nr. 12: Die Ausgaben für das Förderprogramm sind beim Titel 68316, Nr. 10, veranschlagt.

Zu Nr. 13: Die Ausgaben für das Förderprogramm sind beim Titel 68307, Nr. 3, veranschlagt.

Zu Nr. 14: Die Ausgaben für das Förderprogramm sind beim Titel 68307, Nr. 4, veranschlagt.

Zu Nr. 15: Die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sind beim Titel 54697 veranschlagt.

Zu Nr. 19: Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).
Die Maßnahme wird in Höhe des Teilansatzes aus dem Innovationsförderfonds (IFF) finanziert und ist daher gesperrt veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Zu Nr. 24: Hier werden auch Ausgaben für die DesignWeek geleistet.

Zu Nr. 25: Die Ausgaben für das Förderprogramm sind beim Titel 68307, Nr. 10, veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 2 - Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft

a) Lotsenstelle
Das mehrsprachige Beratungsangebot der Lotsenstelle für migrantische Selbstständigkeit unterstützt Gründerinnen und Gründer sowie Selbstständige nicht deutscher Herkunft bei der Aktivierung ihres unternehmerischen Potenzials und der Teil habe am gesellschaftlich-wirtschaftlichen Leben in Berlin.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	226	149	242	164	226	118
Relativ	60 %	40 %	60 %	40 %	66 %	34 %
Ressourcen (in T €)	42,0	28,0	56,4	37,6	72,6	37,4

Zielgruppe:	Gründungswillige und Selbstständige mit Migrationshintergrund
Zielsetzung:	Der Anteil der Beratungen für Männer soll mindestens auf dem bestehenden absoluten Niveau gehalten werden.
Steuerungsmaßnahmen:	Das Geschlechterverhältnis kann nur bedingt gesteuert werden, da es sich um ein offenes Beratungsangebot handelt. Gegebenenfalls können zusätzliche Informationsveranstaltungen mit spezifischen Themenschwerpunkten durchgeführt werden. Es wird darauf geachtet bei der Zielgruppenansprache eine geschlechterneutrale Sprache zu verwenden und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit beide Geschlechter anzusprechen und darzustellen.

b) Wettbewerb „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen“
In diesem Wettbewerb werden seit 2019 alle zwei Jahre die unternehmerischen Leistungen und wirtschaftlichen Erfolge von Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationsgeschichte ausgezeichnet.

Das Geschlechterverhältnis kann nicht gesteuert werden, da es sich um einen offenen Wettbewerb handelt. Es wird darauf geachtet bei der Zielgruppenansprache eine geschlechterneutrale Sprache zu verwenden und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit beide Geschlechter anzusprechen und darzustellen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**680**	**Veranstaltungen**	**1.505.000**	**1.640.000**	**787.000**	**397.794,29**
		Verpflichtungsermächtigung	**300.000**	**396.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**198.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**198.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	298.000	198.000	198.000

Die Mittel sind vorgesehen für folgende Veranstaltungen:

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung	Landesmittel ohne Kofinanzierung	Landesmittel Summe	EU-Mittel	Summe der EU- und Landesmittel
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Deutsche Gründer- und Unternehmertage - deGUT	a) 0 b) 0 c) 0	a) 198.000 b) 383.000 c) 383.000	a) 198.000 b) 383.000 c) 383.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 198.000 b) 383.000 c) 383.000
2.	Bezirksübergreifende Dialogformate zur Steuerung der Zusammenarbeit im Bereich bezirkliche Wirtschaftsförderung gemeinsam für alle 12 Bezirke	a) 0 b) 0 c) 0	a) 20.000 b) 0 c) 0	a) 20.000 b) 0 c) 0	a) 0 b) 0 c) 0	a) 20.000 b) 0 c) 0
3.	Veranstaltungen für Unternehmerinnen	a) 0 b) 0 c) 0	a) 250.000 b) 105.000 c) 260.000	a) 250.000 b) 105.000 c) 260.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 250.000 b) 105.000 c) 260.000
4.	Netzwerk- und Informationsformate zur Stärkung der sozialen Ökonomie	a) 0 b) 0 c) 0	a) 200.000 b) 220.000 c) 200.000	a) 200.000 b) 220.000 c) 200.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 200.000 b) 220.000 c) 200.000
5.	Wirtschaftspräsentationen Berlins im Ausland	a) 80.000 b) 0 c) 0	a) 0 b) 80.000 c) 80.000	a) 80.000 b) 80.000 c) 80.000	a) 80.000 b) 0 c) 0	a) 160.000 b) 80.000 c) 80.000
6.	Öffentlichkeitswirksame entwicklungspolitische Veranstaltungen zum Agenda-21-Prozess	a) 0 b) 0 c) 0	a) 39.000 b) 39.000 c) 39.000	a) 39.000 b) 39.000 c) 39.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 39.000 b) 39.000 c) 39.000
7.	Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg (BPW)	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 378.000 c) 378.000	a) 0 b) 378.000 c) 378.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 378.000 c) 378.000
8.	Berliner Wirtschaftskonferenz	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 300.000 c) 300.000	a) 0 b) 300.000 c) 300.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 300.000 c) 300.000
Summen 2023:		80.000	707.000	787.000	80.000	867.000
Summen 2024:		0	1.505.000	1.505.000	0	1.505.000
Summen 2025:		0	1.640.000	1.640.000	0	1.640.000

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zu Nrn. 1, 7 und 8: Mehr aufgrund der Reduzierung des Berlin-Beitrags der IBB.

Zu Nr. 3: Seit 2022 werden pro Jahr Ausgaben in Höhe von 100.000 € für Veranstaltungen der „Berliner Unternehmerinnen-Akademie“ veranschlagt. In 2023 sind zusätzlich Ausgaben in Höhe von 150.000 € für die Durchführung des alle zwei Jahre stattfindenden Berliner Unternehmerinnentags (BUT) vorgesehen.

Zu Nr. 4: Der Wettbewerb zur Würdigung der Gruppierungen der Sozialen Ökonomien mit anschließender Preisverleihung wird, wie auch der BUT, alle zwei Jahre durchgeführt.

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1. - Deutsche Gründer- und Unternehmertage – deGUT

Die jährliche, zentrale Informationsveranstaltung bietet an zwei Tagen ein umfassendes Messe- und Seminarprogramm zu den Themen Existenzgründung und Unternehmensführung.Gerade weil Frauen bei der Anzahl der Gewerbegründenden noch unterrepräsentiert sind, wird in der Umsetzung der Veranstaltung stark auf Genderaspekte geachtet: Mit in Sprache und Motiven gendersensiblen Werbematerialien sowie einer ausgewogenen Auswahl von Best-Practice-Unternehmen, Referentinnen und Referenten sowie Keynotespeakerinnen werden Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen. Um Frauen noch weiter zu bestärken, den Weg zum eigenen Unternehmen einzuschlagen, gibt es im Seminarprogramm der deGUT regelmäßig Angebote, die sich ausschließlich an Frauen wenden. Die deGUT erreicht mit diesen Maßnahmen Besucherinnen und Besucher gleichermaßen und trägt damit mit dazu bei, verstärkt Frauen für die Themen Existenzgründung und Entrepreneurship zu begeistern.

zu Nr. 3 - Veranstaltungen für Unternehmerinnen

a) Berliner Unternehmerinnen Tag

Der Berliner Unternehmerinnen Tag (im folgenden BUT) hat explizit alle Frauen in der Wirtschaft, insbesondere aber die Unternehmerinnen als Zielgruppe. Dieser ist eine ganztägige Veranstaltung mit bis zu 1.000 Teilnehmenden. Der BUT findet alle zwei Jahre statt und beleuchtet neben allgemeinen gleichstellungsrelevanten Themen auch aktuelle und praxisnahe Themen. 2021 fand der 10. BUT zum ersten Mal durchgehend digital statt. Der Titel war „Nachhaltig wachsen, erfolgreich führen, Business machen“. Ziel ist es Unternehmerinnen, Gründerinnen und Interessentinnen in gleichstellungsbezogene Diskurse einzubeziehen, den Unternehmerinnen eine Stimme und öffentliche Plattform zu bieten und ihnen Gelegenheit zur Vernetzung zu geben. Da sich der BUT gezielt an Frauen richtet, findet eine gesonderte Erfassung des Geschlechtes nicht statt.

b) Unternehmerinnen-Akademie

Zur Unterstützung der Zielgruppe Unternehmerinnen / Frauen in der Wirtschaft findet seit 2019 die „Unternehmerinnen-Akademie“ statt. Dies ist ein kürzeres Format (ca. 2-4 h) als der ganztägige Berliner Unternehmerinnen Tag und dient dazu, auch kurzfristige und passgenaue Informations- und Netzwerk-Formate anzubieten. Ziel der Unternehmerinnen-Akademie ist es, aktuelle wirtschaftspolitische Themen einem heterogenen Publikum vorzustellen sowie die Möglichkeit zur breiten Vernetzung zwischen Unternehmerinnen sowie weiteren Wirtschaftsakteure zu geben. Da sich die Unternehmerinnen-Akademie gezielt an Frauen richtet, findet eine gesonderte Erhebung des Geschlechts nicht statt.

zu Nr. 4 - Netzwerk- und Informationsformate für soziale Ökonomie

siehe hierzu Titel 68569, Nr. 6

54079	**680**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**97,20**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54602	**680**	**Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU**	**258.000**	**215.000**	**181.000**	**117.871,14**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**288.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**144.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**144.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	240.000	240.000	0

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung		Landesmittel ohne Kofinanzierung		Landesmittel Summe		EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
1.	Technische Hilfe für das Programm „Internationalisierung“	a) b) c)	29.000 78.000 34.800	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	29.000 78.000 34.800	a) b) c)	29.000 52.000 23.200	a) b) c)	58.000 130.000 58.000
2.	Technische Hilfe für die Durchführung der Programme im Rahmen der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“: INTERREG EUROPE und INTERACT	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	12.000 16.000 16.000	a) b) c)	12.000 16.000 16.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	12.000 16.000 16.000
3.	Öffentlichkeitsarbeit für die Landesinitiative "Projekt Zukunft", Management für das Cluster Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Medien-, Kreativwirtschaft	a) b) c)	120.000 144.000 144.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	120.000 144.000 144.000	a) b) c)	120.000 96.000 96.000	a) b) c)	240.000 240.000 240.000
4.	Vorlauf- und Durchführungsmittel für drittmittelfinanzierte Projekte, insbesondere von EU-Programmen einschließlich INTERREG	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	20.000 20.000 20.000	a) b) c)	20.000 20.000 20.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	20.000 20.000 20.000
Summen 2023:			149.000		32.000		181.000		149.000		330.000
Summen 2024:			222.000		36.000		258.000		148.000		406.000
Summen 2025:			178.800		36.000		214.800		119.200		334.000
Summen 2025 rd.:			179.000		36.000		215.000		120.000		334.000

Die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu den Nrn. 1 und 3 sind bei den Titeln 54696 und 54697 veranschlagt.

Die Ausgaben zur Nr. 2 können anderen Dienststellen zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Die Ausgaben zur Nr. 2 werden anteilig von der EU erstattet (vgl. Titel 27290).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54690	**680**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**935.261,03 R 124.896,67**

Erstattungszahlungen der EU für Vorlauf- und Durchführungsmitteln von drittmittelfinanzierten Projekten (insbesondere von EU-Programmen einschließlich INTERREG; vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 27290).)

54696	**680**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**349.000**	**224.245,35**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
54697	**680**	**Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**604.000**	**696.000**	**320.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**392.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**296.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**96.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	210.000	90.000	0

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Programm / Maßnahme	EU-Mittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel nachgewiesen bei Titel
1. Landesinitiative "Projekt Zukunft" Unterstützung der IKT Medien Kreativ Digitalwirtschaft - Aufträge	a) b) c)	320.000 456.000 576.000	54010
2. Öffentlichkeitsarbeit für die Landesinitiative "Projekt Zukunft", Management für das Cluster Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Medien-, Kreativwirtschaft	a) b) c)	0 96.000 96.000	54010
3. Technische Hilfe für das "Programm für Internationalisierung"	a) b) c)	0 52.000 23.200	54010
Summe 2023:		320.000	
Summe 2024:		604.000	
Summe 2025:		695.200	
Summe 2025 rd.:		696.000	

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**680**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Auslagenersatz im Zusammenhang mit unentgeltlichen Beratungsleistungen durch auswärtige Fachleute in wirtschaftspolitischen Grundsatzangelegenheiten

68101	**253**	**Stipendien, Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen**	**1.000**	**1.000**	**500.000**	**—**

Die Ausgaben sind für die Vergabe von Stipendien an Menschen mit Migrationsgeschichte zur Förderung von Gründungen veranschlagt.

68123	**680**	**Ehrungen, Preise**	**30.000**	**70.000**	**30.000**	**64.000,00**

Die Preisgelder 2025 sind für die Wettbewerbe „Berliner Unternehmerinnen des Jahres“ und „Vielfalt unternimmt – Berlin würdigt migrantische Unternehmen" vorgesehen sowie 2024 für den Wettbewerb „Würdigung der Gruppierungen der Sozialen Ökonomien“.

Angaben zum Gender Budget:

Die im Rahmen der Veranstaltung „Berliner Unternehmerinnen des Jahres“ verliehenen Preise richten sich ausschließlich an Frauen. Daher wird auf eine Darstellung der geschlechterspezifischen Verteilung verzichtet.

68244	**680**	**Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH**	**15.045.000**	**15.352.000**	**14.616.000**	**14.207.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**15.352.000**	**15.666.000**		
		Davon fällig 2025	**15.352.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**15.666.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	14.947.000	0	0

Neben der institutionellen Finanzierung der Daueraufgaben akquiriert Berlin Partner regelmäßig weitere Einnahmen – entweder aus Mitteln des Landes Berlin oder von anderen Drittmittelgebern zur Umsetzung bestimmter, i.d.R. zeitlich befristeter Projekte. Die geplanten Einnahmen aus diesen Projekten sind im Wirtschaftsplan aufgeführt. Beim Titel 68244 sind die Ausgaben für die institutionelle Förderung veranschlagt, die Ausgaben für die Förderung der Projekte sind, wie im Wirtschaftsplan dargestellt, bei den jeweiligen Projekttiteln nachgewiesen.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	116	81	113	75	117	74
Relativ	59 %	41 %	60 %	40 %	61 %	39 %
Ressourcen in T€	5.379,0	3.738,0	5.700,0	3.800,0	8.867,6	5.669,4

Zielgruppe:	Beschäftigte bei der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (Berlin Partner)
Zielsetzung:	Mit der Selbstverpflichtung zum Berlin Partner Corporate Governance Kodex per Beschluss des Aufsichtsrates hat Berlin Partner das Thema Gleichstellung im Unternehmensregelwerk nachhaltig verankert. In diesem Zusammenhang verpflichten sich Aufsichtsrat und Geschäftsführung, Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen umzusetzen, um den Abbau von Benachteiligungen zu fördern. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird in einem jährlichen Gleichstellungsbericht dokumentiert, der auch die o.g. Personalentwicklung beinhaltet und vom Aufsichtsrat genehmigt wird.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
Steuerungsmaßnahmen:		Gemäß Gleichstellungsbericht 2022 besteht bereits seit Jahren ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Frauen und Männern bei der Besetzung der Fach- und Führungspositionen (bis 3. Führungsebene). Im Rahmen der innerbetrieblichen Personalentwicklung wird darauf geachtet, dass Frauen an Aufstiegsmöglichkeiten verstärkt partizipieren können. Darüber hinaus werden die Beschäftigten bei der Familienarbeit unterstützt. Durch den Mantel- und Entgelttarifvertrag für die Beschäftigten von Berlin Partner wird seit 2018 eine einheitliche und transparente Entgeltregelung garantiert. Eine Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in vergleichbaren Positionen ist ausgeschlossen.				
68307	**651**	**Wirtschaftsförderung**	**34.423.000**	**36.153.000**	**11.760.000**	**7.018.379,13**
		Verpflichtungsermächtigung	**12.240.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**11.240.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	3.000.000	0	0

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung		Landesmittel ohne Kofinanzierung		Landesmittel Summe		EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
1.	Aufbau Berlin Finance Initiative	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	40.000 0 0	a) b) c)	40.000 0 0	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	40.000 0 0
2.	Unterstützung für die Transformation hin zur Nachhaltigen Wirtschaft	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.000.000 1.000.000 750.000	a) b) c)	1.000.000 1.000.000 750.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.000.000 1.000.000 750.000
3.	Gründerinnen-Förderung - Chancenfonds	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.750.000 3.500.000 3.500.000	a) b) c)	1.750.000 3.500.000 3.500.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.750.000 3.500.000 3.500.000
4.	Förderung von Gründungen durch Menschen mit Migrationsgeschichte im Rahmen eines Fonds	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	800.000 900.000 900.000	a) b) c)	800.000 900.000 900.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	800.000 900.000 900.000
5.	Programm für Internationalisierung	a) b) c)	3.360.000 3.360.000 3.360.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	3.360.000 3.360.000 3.360.000	a) b) c)	1.900.000 1.900.000 1.900.000	a) b) c)	5.260.000 5.260.000 5.260.000

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Programm / Maßnahme		Landesmittel						EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
		zur Kofinanzierung		ohne Kofinanzierung		Summe					
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
6.	Visual Effects Förderung	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	4.000.000 4.000.000 4.000.000	a) b) c)	4.000.000 4.000.000 4.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	4.000.000 4.000.000 4.000.000
7.	Landesmittel für das Programm "Transfer Bonus Design" für die Förderung von Sozialunternehmen sowie Unternehmen außerhalb des GRW-Fördergebietes	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	210.000 210.000 210.000	a) b) c)	210.000 210.000 210.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	210.000 210.000 210.000
8.	"Transfer Bonus Gamification & VR" Landesmittel für Unternehmen der solidarischen und genossen-schaftlichen Ökonomie und Unternehmen außerhalb des GRW-Fördergebietes	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	600.000 525.000 525.000	a) b) c)	600.000 525.000 525.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	600.000 525.000 525.000
9.	House of Finance and Tech	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 928.000 2.908.000	a) b) c)	0 928.000 2.908.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 928.000 2.908.000
10.	Maßnahmen des Neustart-Programms	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 20.000.000 20.000.000	a) b) c)	0 20.000.000 20.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 20.000.000 20.000.000
Summen 2023:			3.360.000		8.400.000		11.760.000		1.900.000		13.660.000
Summen 2024:			3.360.000		31.063.000		34.423.000		1.900.000		36.323.000
Summen 2025:			3.360.000		32.793.000		36.153.000		1.900.000		38.053.000

Die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Nr. 5 sind bei den Titeln 68396 sowie 68397 veranschlagt. Seit 2012 erfolgt eine anteilige Kofinanzierung durch private Mittel.

Zu Nr. 3: Mehr ab 2024, da die Fördermaßnahmen zur Unterstützung von Gründerinnen aus dem Chancenfonds in 2023 zum Teil noch in der Konzeptionsphase waren. Zusätzlich zu den 2023 umgesetzten Maßnahmen „Gründerinnenzentrale“ und dem ersten Pilotprojekt Gründerinnenförderung sollen ab 2024 noch die Förderrichtlinien GründerinnenBONUS und die Regelförderung Gründerinnenstipendium umgesetzt werden.

Zu Nr. 5: Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Zu Nr. 6: Die Ausgaben werden teilweise durch die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH bewirtschaftet.

Zu Nr. 9: Berlin hat sich zu einem der führenden Finanz- und Tech-Standorte Europas entwickelt. Um diesen Wettbewerbsvorteil weiter auszubauen, soll eine zentrale Anlaufstelle aufgebaut werden, die über die Komponenten Wissenstransfer, Vernetzung, Austausch und Standortmarketing das Ökosystem stärkt und weiterhin Fachkräfte aus dem In- und Ausland anzieht.

Zu Nr. 10: Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 10 ist eine Entnahme aus der Pandemierücklage vorgesehen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 5 - Programm für Internationalisierung

Das Programm unterstützt Berliner KMU´s bei der Erschließung neuer Märkte. Ziel des Programms für Internationalisierung ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Berliner KMU zu stärken. Es wird ein gleichberechtigter Zugang zum Programm und somit eine paritätische Förderung angestrebt.

zu Nr. 6 - Visual Effects

Die Antragstellung auf Förderung bei der Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH ist freiwillig und diskriminierungsfrei, sofern die Firmen eine Expertise in der Erstellung von digitalen Spezialeffekten für Film- und Serienprojekte haben. Eine Abfrage des Geschlechts erfolgt bei Antragstellung nicht. Genderspezifische Daten können daher nicht aufgezeigt werden.

68316	**652**	**Förderung des Berlin-Marketing**	**27.400.000**	**28.155.000**	**33.380.000**	**21.670.924,42**
		Verpflichtungsermächtigung	**22.575.000**	**15.000.000**		
		Davon fällig 2025	**22.575.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**15.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	9.000.000	0	0

	2024	2025
1. Partner für Berlin Holding-Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH (PfB) (2023: 2.400.000 €)	2.446.000 €	2.451.000 €
2. Berlin Tourismus & Kongress GmbH (BTK) (2023 9.120.000 €)	16.124.000 €	16.124.000 €
3. Bezirkliche Tourismusförderung (2023: 850.000 €)	920.000 €	920.000 €
4. Industriesalon Oberschöneweide (2023: 160.000 €)	160.000 €	160.000 €
5. Maßnahmen zum Neustart der Einzelhandelsbranche (2023: 850.000 €)	0 €	0 €
6. Maßnahmen zum Neustart der Gastronomiebranche (2023: 500.000 €)	0 €	0 €
7. Maßnahmen zum Neustart der Tourismusbranche (2023: 3.000.000 €)	0 €	0 €
8. Maßnahmen zum Neustart der Kongress- und Veranstaltungsbranche (2023: 3.000.000 €)	0 €	0 €
9. Förderprogramm "Kongressfonds für Nachhaltiges Tagen" (2023: 10.000.000 €)	2.000.000 €	2.000.000 €
10. Fonds "Ökologischer Tourismus" (2023: 3.000.000 €)	5.500.000 €	6.000.000 €
11. Aufbau, Inbetriebnahme und Testphase eines touristischen Datenhubs (2023: 500.000 €)	0 €	0 €
12. Kampagne Startup-Hauptstadt Berlin (2023: 0 €)	250.000 €	500.000 €
Summe:	27.400.000 €	28.155.000 €

Mehr bei Nr. 2 ab 2024, da eine Erweiterung des Gesellschaftszwecks um die Aufgabe des Destinationsmanagements stattgefunden hat und sich daraus neue Aufgaben für das Unternehmen ergeben. Außerdem werden hier jetzt auch die Mittel für den Aufbau, Inbetriebnahme und Testphase eines touristischen Datenhubs mit veranschlagt.
Hier werden die Ausgaben für visitBerlin geleistet.

Die Mittel zu Nr. 3 sind für die Förderung des Bezirksprojektes (800.000 €) und des Bürgerbeirates (120.000 €) vorgesehen. Die Schwerpunkte der Tourismusförderung - räumliche Differenzierung und die Partizipation der Stadtbevölkerung - sollen mit dieser Maßnahme fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Die Mittel zu Nr. 4 sind zur Finanzierung des Industriesalons Oberschöneweide vorgesehen, der der touristischen, kulturellen und Image-Entwicklung von Schöneweide dient.

Die Mittel zu Nrn. 5 bis 8 sind dafür vorgesehen, die einzelnen Branchen nach dem Abklingen der Pandemie schnell und bedarfsgerecht unterstützen zu können. Es sollen unterschiedliche Maßnahmen, die im Rahmen eines Neustartprogrammes mit den jeweiligen Branchen gemeinsam entwickelt werden, umgesetzt werden.
Zu Nrn. 5 bis 8: Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Die Mittel zu Nr. 9 sind zur Fortsetzung und Weiterentwicklung des Förderprogramms "Kongressfonds Berlin" vorgesehen. Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 9 ist eine Entnahme aus der Pandemierücklage vorgesehen.

Die Mittel zu Nr. 11 werden ab 2024 mit bei der Erl.-Nr. 2 (BTK) veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - Partner für Berlin Holding-Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH

Im Bereich der Förderung des Berlin-Marketings stehen kaum genderrelevante Bezugsgrößen zur Verfügung, weil Marketingkampagnen einen geschlechterneutralen Standortbezug aufweisen. Partner für Berlin achtet bei den von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe beauftragten Marketingmaßnahmen darauf, eine geschlechterneutrale Sprache zu verwenden sowie bei der Gestaltung von Broschüren beide Geschlechter anzusprechen und darzustellen.

zu Nr. 2 - Berlin Tourismus & Kongress GmbH (BTK)

Im Gastgewerbe werden auf der Grundlage des Beherbergungsstatistikgesetzes des Bundes keine geschlechterspezifischen Angaben erfasst. Hierzu wäre über den Bundesrat eine entsprechende Initiative erforderlich. Seitens des Landes Berlin wurde diese Fragestellung im Bund Länder-Ausschuss „Tourismus“ bereits zur Diskussion gestellt, mit dem Ergebnis der einhelligen Ablehnung durch die übrigen Bundesländer. Aus diesen Gründen wird Bezug auf die Beschäftigten im geförderten Unternehmen (BTK) genommen.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	143	63	127	55	133	63
Relativ	69 %	31 %	70 %	30 %	68 %	32 %
Ressourcen (in Tsd. €)	8.554	3.843	6.080	2.633	6.314	2.991

Zielgruppe:	Beschäftigte bei der Berlin Tourismus & Kongress GmbH (BTK)
Zielsetzung:	Als Unterzeichnerin der „Charta der Vielfalt“ verpflichtet sich visitBerlin dazu, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzung ist. Es soll eine offene Unternehmenskultur etabliert werden, die auf Einbeziehung und gegenseitigem Respekt basiert. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Die Zahl der männlichen Beschäftigten soll in den bisher unterrepräsentierten Beschäftigungs- und Entgeltgruppen nach Möglichkeit erhöht werden. Im Tourismussektor ist jedoch der Anteil der Frauen unter den Beschäftigten generell und über die gesamte Wertschöpfungskette höher. Dies spiegelt sich aktuell auch in der Beschäftigtenstruktur der Berlin Tourismus & Kongress GmbH wider.
Steuerungsmaßnahmen:	Bei Neueinstellungen sind die Organisationsbereiche und die Personalabteilung sensibilisiert, darauf zu achten, dass der prozentuale Anteil an Männern in den bisher unterrepräsentierten Entgeltgruppen nach Möglichkeit erhöht werden soll, sofern dies unter Beachtung der Prinzipien der Bestenauslese und der eingehenden Bewerbungen möglich ist. In Führungspositionen sind Frauen und Männer zu gleichen Anteilen repräsentiert und es bestehen keine Unterschiede in der Entgelthöhe bei gleicher (Führungs-)Verantwortung.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68317	**680**	**Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben**	**6.576.000**	**6.666.000**	**1.284.000**	**2.891.936,79**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 3.234.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 3.234.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**3.500.000**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2025	**3.500.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**3.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	150.000	0	0

Programm / Maßnahme		Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1		2	3	4
1.	Landesinitiative „Projekt Zukunft“ Unterstützung der IKT Medien Kreativ Digitalwirtschaft - Zuwendungen -	a) 550.000 b) 342.000 c) 432.000	a) 200.000 b) 228.000 c) 288.000	a) 750.000 b) 570.000 c) 720.000
2.	Zuwendungen: Leuchtturmveranstaltungen und Netzwerke der Kreativwirtschaft	a) 734.000 b) 734.000 c) 734.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 734.000 b) 734.000 c) 734.000
3.	Stärken der Kreativwirtschaft, Ausbau der Förderstrukturen	a) 0 b) 1.750.000 c) 1.750.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 1.750.000 c) 1.750.000
4.	Zuwendungen: Stärken der Berliner Kunstmessen	a) 0 b) 1.250.000 c) 1.250.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 1.250.000 c) 1.250.000
5.	Kreativfestival	a) 0 b) 2.500.000 c) 2.500.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 2.500.000 c) 2.500.000
Summen 2023:		1.284.000	200.000	1.484.000
Summen 2024:		6.576.000	228.000	6.804.000
Summen 2025:		6.666.000	288.000	6.954.000

Die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Nr. 1 sind beim Titel 68396 und Titel 68397 veranschlagt.

Zu Nr. 2 und Nr. 5: Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).
Die Maßnahmen werden in Höhe des jeweiligen Teilansatzes aus dem Innovationsförderfonds (IFF) finanziert und sind daher gesperrt veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - Landesinitiative „Projekt Zukunft“, Cluster Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Medien, Kreativwirtschaft -Zuwendungen-

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Das „Projekt Zukunft“ arbeitet seit seinem Start sehr erfolgreich als Netzwerkmanager und Dachorganisation im Cluster Kommunikation, Medien und Kreativwirtschaft. Im Rahmen dieses Projektes wird der Strukturwandel Berlins zur Informations- und Wissensgesellschaft unterstützt. Da es sich hier um die Förderung von Infrastrukturvor-haben handelt, werden grundsätzlich keine genderrelevanten Kriterien erfasst.

zu Nr. 2 - Zuwendungen: Leuchtturmveranstaltungen und Netzwerke der Kreativwirtschaft

Aus diesem Teilansatz werden wirtschaftsbezogene Infrastrukturvorhaben gefördert. Genderrelevante Kriterien werden daher nicht erfasst.

68396	**680**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**200.000**	**4.339.474,99**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68397	**680**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**2.128.000**	**2.188.000**	**2.000.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.050.000**	**2.050.000**		
		Davon fällig 2025	**2.050.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.050.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	1.975.000	75.000	0

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

	Programm / Maßnahme	EU-Mittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel Nachgewiesen bei Titel
1.	Programm für Internationalisierung	a)	1.900.000	
		b)	1.900.000	68307 *)
		c)	1.900.000	
2.	Landesinitiative „Projekt Zukunft“ Unterstützung der IKT Medien Kreativ Digitalwirtschaft - Zuwendungen -	a)	100.000	
		b)	228.000	68317
		c)	288.000	
Summe 2023:			2.000.000	
Summe 2024:			2.128.000	
Summe 2025:			2.188.000	

*) Kofinanzierung erfolgt zusätzlich durch Mittel der Projektpartner.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - Programm für Internationalisierung
Vgl. Ausführungen bei Titel 68307

zu Nr. 2 - Landesinitiative „Projekt Zukunft“ Unterstützung der IKT Medien Kreativ Digitalwirtschaft - Zuwendungen -
Vgl. Ausführungen bei Titel 68317

68542	**023**	**Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation**	**6.803.000**	**6.867.000**	**5.917.000**	**4.484.036,04**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.345.000**	**4.238.000**		
		Davon fällig 2025	**1.380.000**			
		Davon fällig 2026	**965.000**	**2.175.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**2.063.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	550.000	0	0
VE-Plan 2023	300.000	300.000	0

	2024	2025
1. Maßnahmen zur Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik (2023: 1.700.000 €)	2.000.000 €	2.000.000 €
2. Zuwendungen für Arbeits- und Studienaufenthalte in Entwicklungsländer (ASA-Programm) (2023: 50.000 €)	50.000 €	50.000 €
3. Zuwendung an das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ) (2023: 325.000 €)	333.000 €	338.000 €
4. Zuwendung an die Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH (BGZ) (2023: 491.000 €)	499.000 €	507.000 €
5. Zuwendung an die Technische Universität Berlin für die Finanzierung der Nachkontaktprogramme (2023: 31.000 €)	31.000 €	31.000 €
6. Zuwendung an die Humboldt Universität Berlin für die Finanzierung des Seminars für ländliche Entwicklung (2023: 556.000 €)	566.000 €	578.000 €
7. Zuwendung zur Finanzierung des Promotorinnen-/Promotorenprogramms in Berlin (2023: 275.000 €)	281.000 €	287.000 €
8. Zuwendung an den Berlin Global Village gGmbH (2023: 713.000 €)	713.000 €	713.000 €
9. Zuwendung an SINGA gUG zur Durchführung des "Berlin Newcomer Awards" (2023: 70.000 €)	70.000 €	70.000 €
10. Zuwendung an die Hochschule für Wirtschaft und Recht für den Studiengang "Global Labour Policies and Globalisation" (2023: 106.000 €)	106.000 €	106.000 €
11. Bezirksfonds zur Durchführung entwicklungspolitischer Projekte (auftragsweise Bewirtschaftung) (2023: 100.000 €)	0 €	0 €
12. Zuwendung für den Aufbau nachhaltiger Kooperationen und Austauschprogrammen zwischen Berliner Start Ups und Ökosystem-Akteuren und Partner/innen aus dem globalen Süden (2023: 214.000 €)	217.000 €	220.000 €
13. Kompetenzstelle Faire Vergabe (2023: 180.000 €)	220.000 €	224.000 €
14. Koordinierungsstelle Decolonize Berlin (2023: 351.000 €)	355.000 €	359.000 €
15. Aktionsbündnis Fairer Handel (2023: 355.000 €)	655.000 €	661.000 €
16. Klimabündnis (2023: 100.000 €)	102.000 €	103.000 €
17. Zuwendung an den Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag e.V. (BER) (2023: 300.000 €)	305.000 €	310.000 €
18. Berliner entwicklungspolitisches Bildungsprogramm - benbi (2023: 0 €)	300.000 €	310.000 €
Summe:	6.803.000 €	6.867.000 €

Zu Nr. 11: Da es sich hier um die Förderung von entwicklungspolitische Projekten der Berliner Bezirke handelt, werden die für diesen Zweck vorgesehenen Mittel ab 2024 beim Kapitel 2713 - Aufwendungen der Bezirke - Wirtschaft, Energie und Betriebe – veranschlagt. Die Übersicht über die Wirtschaftspläne der Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH Berlin (BGZ) und des Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationszentrums (EPIZ) befindet sich am Ende des Kapitels.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Für Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit sind mit Ausnahme der Studienplatzkosten für Studentinnen und Studenten aus Entwicklungsländern die nachstehend aufgeführten Ausgaben veranschlagt:

Kapitel / Titel	Bezeichnung	Betrag 2024	Betrag 2025
1011 / 52509, 52510, 54079	Sächliche Verwaltungsausgaben für den Unterricht in der Landesstelle für gewerbliche Berufsförderung in den Entwicklungsländern	8.900 €	9.000 €
1011 / 67101	Spezialkurse der Landesstelle für gewerbliche Berufsförderung in den Entwicklungsländern	2.000 €	2.000 €
1320 / 53101	Entwicklungspolitische Publikationen zum Agenda–21–Prozess	10.000 €	10.000 €
1320 / 54010	Verwaltungskostenpauschale zur Durchführung von Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit	356.000 €	357.000 €
1320 / 53108	Betreuung von Besuchern aus Entwicklungsländern	5.000 €	5.000 €
1320 / 54053	Öffentlichkeitswirksame entwicklungspolitische Veranstaltungen zum Agenda -21-Prozess	39.000 €	39.000 €
1320 / 68638	Förderung des Stipendienprogramms „Fellowship Programm: Protecting Journalism in the Digital Field“ des Reporters ohne Grenzen Berlin e.V.	300.000 €	300.000 €
1320 / 68542	Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation	6.803.000 €	6.867.000 €
	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit insgesamt	7.523.900 €	7.589.000 €

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - Maßnahmen zur Förderung von Projekten, Bildungs- und Informationsarbeit in der Entwicklungspolitik

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022*	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	73.510	68.934	82.709	67.746	41.421	37.650
Relativ	52 %	48 %	55 %	45 %	52 %	48 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	788,8	728,2	849,8	695,3	681,2	682,8

Zielgruppe:	Personen, die an Seminaren, Veranstaltungen, Kampagnen oder anderen Informations- und Bildungsaktivitäten zu entwicklungspolitischen Themen teilnehmen. Ebenso in geringerem Maße Personen im globalen Süden, die über Auslandsprojekte erreicht werden.
Zielsetzung:	Förderung von Aktivitäten nichtstaatlicher Träger und ein ausgewogenes Verhältnis an weiblichen und männlichen Teilnehmenden
Steuerungsmaßnahmen:	Die Anzahl der erreichten Teilnehmenden hängt von den konkreten Maßnahmen der geförderten Nichtregierungsorganisationen ab. Die Teilnehmendenzahlen können daher recht unterschiedlich ausfallen. Bei der Mehrzahl der geförderten Maßnahmen handelt es sich um Maßnahmen der außerschulischen Bildung, diese Projekte weisen in der Regel einen ausgeglichenen Teilnehmendenschlüssel auf. In den letzten Jahren hat sich, abgesehen von geringfügigen Schwankungen, ein relativ ausgewogenes Verhältnis entwickelt. Somit sind vorerst keine Steuerungsmaßnahmen notwendig. Trotz einer deutlichen Erhöhung der Mittel in 2020 sind die Zahlen der direkt erreichten Personen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich niedriger. Dies ist auf die Corona-Pandemie zurückzuführen. Die direkte Erreichbarkeit der Zielgruppen war und ist stark eingeschränkt und viele Aktivitäten wurden in dem Bereich der Materialentwicklung und der Ansprache indirekter Zielgruppen verlegt. Steuerungsmaßnahmen erscheinen aufgrund der Ausnahmesituation nicht erforderlich, da mit einer Normalisierung sowohl in den Schulen als auch im außerschulischen Bildungsbereich ab dem nächsten Schuljahr gerechnet werden kann.

*) Vorläufige Zahlen, da noch nicht alle Verwendungsnachweise vorliegen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

zu Nr. 2 - Zuwendungen für Arbeits- und Studienaufenthalte in Entwicklungsländern (ASA-Programm)

	Ist 2020*		Ist 2021**		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	-	-	162	47	180	71
Relativ	-	-	77,5 %	22,5 %	71,7 %	28,3 %
Ressourcen (in T €)	-	-	38,7	11,3	35,8	14,2

Zielgruppe:	Junge Studierende und Berufstätige mit nichtakademischer Ausbildung zwischen 21 und 30 Jahren. Für Teilnehmende aus den Partnerländern gilt die Altersgrenze bis 35 Jahren.
Zielsetzung:	Seit 2013 wird im Rahmen des ASA-Programms das Ziel verfolgt, den Anteil der männlichen Bewerber zu erhöhen. Bei einer Erfolgsanalyse ist allerdings gleichzeitig zu berücksichtigen, dass das ASA-Programm seit 2015 auch das Ziel verfolgt, sich stärker für gesellschaftlich depriviligierte und im Programm minder repräsentierte Gruppen zu öffnen (z. B. Teilnehmende mit Migrationsbiographie oder Behinderung, Nicht-Akademikerinnen und junge Fachkräfte) zu engagieren. Die Stärkung der Frauen besonders unter depreviligierten gesellschaftlichen Gruppen spielt für das ASA-Programm eine bedeutende Rolle. Vor diesem Hintergrund wird ein unausgewogenes Geschlechterverhältnis mit einer Aufteilung – 70 % w und 30 % m - als angemessen angesehen. Ziel wird es sein, diese genderspezifische Aufteilung zu verstetigen.
Steuerungsmaßnahmen:	Um den Anteil der männlichen Bewerber zu erhöhen, kommen folgende Maßnahmen zum Einsatz: Das ASA-Programm stellt sich auf Messen und Veranstaltungen von Universitäten und Hochschulen vor, die Ingenieurswissenschaften, Naturwissenschaften und Mathematik als Studienschwerpunkte vorweisen, um gezielt männliche Teilnehmende anzusprechen. Diese Vorstellung findet meist im Rahmen einer Jobmesse, einem „Internationalen Tag“ oder einem „Tag der offenen Tür“ statt. Jährlich werden hierfür neue Veranstaltungen recherchiert, um den Bekanntheitsgrad des ASA-Programms zu erhöhen. Programmpolitisch wurde ASApreneurs als Angebot des ASA-Programms an Studierende mit einem stärker wirtschaftswissenschaftlichen Profil ausgebaut. Ebenso werden die Potenziale für eine strategischere Zusammenarbeit mit Hochschulen im Rahmen von ASA-Hochschule ausgebaut, um den Anteil der männlichen Teilnehmenden zu erhöhen.

* in 2020 wurde coronabedingt kein Programm durchgeführt
* in 2021 wurde coronabedingt das Programm digital durchgeführt

zu Nr. 3 - Zuwendung an das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum (EPIZ)

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von EPIZ erfolgt vorrangig durch schulische Bildungsarbeit als einen Schwerpunkt der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes. Lehrerinnen und Lehrer werden durch Fortbildungen, Schulveranstaltungen, eine internetbasierte Mediothek, Unterrichtsmaterialien, das Internetportal Globales Lernen in Berlin und ein E-Learning Center unterstützt.
Die absoluten und relativen Zahlen beziehen sich auf die erfasste Anzahl von Nutzenden des EPIZ-Angebotes, welches u. a. aus Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Projekten besteht.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	1.829	1.156	1.264	876	2.880	2.173
Relativ	61,3 %	38,7 %	59 %	41 %	57 %	43 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	174,7	110,3	187,6	130,3	236,2	178,2

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
Zielsetzung:	Ziel ist ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in den verschiedenen Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Projekten des EPIZ zu erreichen.
Steuerungsmaßnahmen:	Der tendenziell vorhandene höhere Anteil an weiblichen Teilnehmerinnen ist auf die Zusammensetzung der teilnehmenden Personen im Rahmen der Erwachsenbildung zurückzuführen, die Zusammensetzung der Klassen ist dagegen in der Regel relativ ausgewogen. Pandemiebedingt sind die Teilnehmendenzahlen in 2020 und 2021 geringer ausgefallen. Außerdem ist ein größerer Frauenanteil als in den Jahren davor zu beobachten. Das liegt daran, dass im Jahr 2020 wegen der Schulschließungen bzw. Beschränkungen weniger Schulveranstaltungen stattfinden konnten. Bei den Fortbildungen für Multiplikator/innen ist der Frauenanteil im Allgemeinen höher. Somit lassen sich keine Steuerungsmaßnahmen definieren.

zu Nr. 4 - Zuwendung an die BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH

Die BGZ ist eine Berliner Gemeinschaftseinrichtung der Berliner Wirtschaft und des Landes Berlin zur Umsetzung von Projekten der internationalen Zusammenarbeit.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Entwicklungszusammenarbeit und internationaler Kooperation – vor allem mit der Türkei, den Ländern Mittel- und Osteuropas und den Partnerstädten Berlins – durch:

- Konzeption und Durchführung von Projekten in Berlin und im Ausland, die der Völkerverständigung, der Bildung und der Unterstützung der wirtschaftlichen Selbsthilfeinitiativen dienen;
- Förderung der Kooperation zwischen hierzu befähigten Bildungs- und Sozialeinrichtungen, einschließlich Verwaltungen, Unternehmen und deren Selbstverwaltungseinrichtungen im In- und Ausland;
- Entwicklung und Verbreitung von Methoden zur Integration von benachteiligten Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft.

	Ist 2020		Ist 2019		Ist 2020	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	328	642	242	497	704	1.148
Relativ	34 %	66 %	33 %	67 %	38 %	62 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	150,6	292,4	172,3	349,7	179,7	293,3

Zielgruppe:	Akteur/innen aus Verwaltung, Schule und Zivilgesellschaft, Kinder und Jugendliche, Multiplikator/innen, Migrant/innen, Flüchtende sowie Vertreter/innen von KMU's aus Berlin
Zielsetzung:	In den letzten Jahren hat sich ein relativ ausgewogenes Geschlechterverhältnis entwickelt. Ab dem Jahr 2016 haben sich die Anteile etwas verschoben, da erstmalig Projekte zur beruflichen Integration von Flüchtlingen vorrangig für Bauberufe durchgeführt wurden. Da wesentlich mehr männliche Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind und das Berufsfeld eher Männer anspricht, schlägt sich das auch in den Teilnehmendenzahlen nieder. Das Ziel, Kompetenzen von Männern und Frauen gleichermaßen durch Informations-, Bildungs- und Beratungsmaßnahmen zu stärken, wird weiterverfolgt.
Steuerungsmaßnahmen:	Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

zu Nr. 5 - Zuwendung an die Technische Universität Berlin für die Finanzierung der Nachkontaktprogramme

Das Alumni-Programm der TU Berlin, Programmteil für internationale Alumni, ist ein Netzwerk mit rund 7500 Alumni in 139 Ländern der Welt (Stand Dezember 2020). Alle Mitglieder haben eine Ausbildung an der TU Berlin absolviert. Sie werden bei ihrem Berufseinstieg und der berufsbezogenen Weiterbildung in ihren Herkunftsländern unterstützt.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	170	314	285	375	233	288
Relativ	35 %	65 %	43 %	56 %	45 %	55 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	8,0	15,0	13,3	17,4	14,0	17,0

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Zielgruppe:	Alumni der TU Berlin aus Ländern des Globalen Südens
Zielsetzung:	Das internationale Alumni-Programm strebt einen hohen Anteil an Teilnehmerinnen in seinen Seminaren und Workshops in Berlin und im Ausland an. Das Programm zielt insgesamt auf eine Förderung der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen sowie entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Alumni aus Ländern des Globalen Südens sowie die Nutzung der Brücken- und Multiplikator/innen-Funktion der Alumni für Berlin und die Berliner Wirtschaft und Wissenschaft.
Steuerungsmaßnahmen:	Weibliche Bewerberinnen werden bei Seminaren und Workshops im Ausland und in Berlin bevorzugt zugelassen.

zu Nr. 6 - Zuwendung an die Humboldt Universität Berlin für die Finanzierung des Seminars für ländliche Entwicklung

Das Seminar für ländliche Entwicklung (SLE) ist mit seinem Postgraduiertenstudium für Absolvierende grüner (d.h. agrar- und Umweltwissenschaften sowie Geographie), wirtschafts-, politik- und sozialwissenschaftlicher Studiengänge sowie Ingenieurswissenschaftlicher Studiengänge im Bereich der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Ergänzung des international ausgerichteten Studienangebots und der schulischen und außerschulischen globalen Bildungsarbeit in Berlin.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	9	11	12	8		
Relativ	45 %	55 %	60 %	40 %		
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	172,3	210,6	258,1	172,1		

Zielgruppe:	Postgraduierte und ihre Arbeitgeber/innen
Zielsetzung:	Zielsetzung des SLE ist es, genderbezogen ausbalancierte Lehrgänge zusammenzustellen. Es hat sich gezeigt, dass in gemischten Teams die besten Leistungen erzielt werden.
Steuerungsmaßnahmen:	Aufgrund des ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses sind Steuerungsmaßnahmen nicht erforderlich.

zu Nr. 7 - Zuwendung an den Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag für die Finanzierung des Promotorenprogramms in Berlin

Das Promotor*innenprogramm Berlin trägt zur Erreichung der globalen Entwicklungsziele und zur notwendigen globalen Transformation im Sinne einer gerechteren Welt bei. Mit diesem Programm sollen Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsschichten durch die Auseinandersetzung mit Themen der „Einen Welt“ ihr Verständnis für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt/Diversity erweitern und dadurch das gesellschaftliche Miteinander stärken.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	13.931	9.937	15.449	13.884	12.202	11.027
Relativ	58 %	42 %	53 %	47 %	53 %	47 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	146,0	104,0	132,5	117,5	145,8	129,2

Zielgruppe:	Potenziell entwicklungspolitisch interessierte Bürger/innen breiter Bevölkerungsschichten in Berlin. Darüber hinaus: – Schüler/innen und Lehrer/innen unterschiedlicher Schultypen. – Mitarbeiter/innen kleiner ehrenamtlich arbeitender Vereine, Initiativen und Gruppen. – Multiplikator/innen der schulischen/außerschulischen Bildungsarbeit, Multiplikator/innen der migrantischen Beratung, Rückkehrer/innen, – Mitarbeiter/innen der kommunalen Verwaltungen, Engagierte in lokalen Bündnissen, – Politische Entscheidungsträger/innen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene – staatliche auf legislativer und exekutiver Ebene, nichtstaatliche in Verbänden, Parteien und Jugendorganisationen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Zielsetzung:	Seit Beginn der Förderung ist ein relativ ausgewogenes Geschlechterverhältnis erkennbar. Insofern ist das Ziel, Frauen und Männer gleichermaßen für die Themen der „Einen Welt“ zu sensibilisieren, erreicht worden.
Steuerungsmaßnahmen:	Aufgrund des ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses sind Steuerungsmaßnahmen nicht erforderlich.

zu Nr. 8 - Zuwendungen an die Berlin Global Village gGmbH

Berlin Global Village baut als Trägerverein mit seiner gGmbH seit 2016 das Berliner Eine-Welt-Zentrum in Neukölln auf. Es wird der zentrale Ort in Berlin für entwicklungspolitische und migrantisch-diasporische NRO in der Eine-Welt-Arbeit.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	490	460	534	486	769	694
Relativ	52 %	48 %	51 %	49 %	52 %	48 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	123,2	113,8	123,4	118,6	166,7	123,4

Zielgruppe:	Bürger/innen aller Altersgruppen, die potentiell an entwicklungspolitischen Themen interessiert sind. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf: - Multiplikator/innen aus Berlin - entwicklungspolitischen Akteur/innen aus Berlin - Entscheidungsträger/innen aus Politik und Verwaltung auf der Ebene von Bezirk, Land und Bund - Vertreter/innen von migrantisch-diasporischen Organisationen - Menschen aus dem angrenzenden Kiez - ausgewählten entwicklungspolitischen Akteur/innen der Bundesebene - relevanten Akteur/innen aus angrenzenden Politikfeldern
Zielsetzung:	Grundsätzlich wird ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis angestrebt. Dies konnte in den ersten drei Jahren der Förderung jeweils erreicht werden.
Steuerungsmaßnahmen:	Aufgrund des ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses sind Steuerungsmaßnahmen nicht erforderlich.

zu Nr. 9 - Zuwendungen an SINGA gUG zur Durchführung des "Berliner Newcomer Awards

Der Berlin Newcomer StartUp Award zeichnet herausragende Geschäftsideen von Gründer/innen in Berlin, die die Staatsangehörigkeit eines Schwellen- und Entwicklungslandes (laut OECD-Liste) besitzen, aus. Aufgeführt sind die Anteile derjenigen, die in die engere Auswahl kamen.

	Ist 2020*		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	-	-	16	20	12	24
Relativ	-	-	44,4 %	55,6 %	33,3 %	66,7 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	-	-	27,3	39,2	23,1	46,9

Zielgruppe:	Gründer/innen und Unternehmer/innen in Berlin, mit Staatsangehörigkeit eines Entwicklungs- und Schwellenlandes (gemäß OECD)
Zielsetzung:	Ziel ist es Frauen und Männer gleichermaßen für die Bewerbung des Awards zu motivieren.
Steuerungsmaßnahmen:	Es erfolgt ein Pitch- und Präsentations-Training für alle Teilnehmenden, um gegebenenfalls strukturelle Ungleichheiten auszugleichen. Wir achten in der Bildsprache sowie in der textlichen Kommunikation des Awards und beim Aufruf zu Bewerbungen auf die gleichwertige Darstellung von Frauen und Männern.

*Corona-bedingt konnte die Veranstaltung im Jahr 2020 nicht durchgeführt werden.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

zu Nr. 10 - Zuwendungen an die Hochschule für Wirtschaft und Recht für den Studiengang "Global Labour Policies and Globalisation

Der Master „Labour Policies and Globalisation“ ist das deutsche Masterprogramm der Global Labour University (GLU). Das Programm wird seit 2004 als Kooperationsstudiengang zwischen der Universität Kassel und der HWR Berlin durchgeführt. Die GLU ist eine einmalige internationale Kooperation zwischen Universitäten, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und der internationalen Arbeitsorganisation.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	7	8	12	12	6	13
Relativ	46,7 %	53,3 %	50 %	50 %	31,5 %	68,5 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	3,5	4,0	28,5	28,5	18,0	39,0

Zielgruppe:	Teilnehmende aus Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen, sowie junge Expert/innen insbesondere aus Ländern nachholender Entwicklung
Zielsetzung:	Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis wird durch das Auswahlgremium angestrebt.
Steuerungsmaßnahmen:	Es gibt insgesamt weniger weibliche Bewerberinnen als männliche. Der Schritt, sich auf ein einjähriges wissenschaftliches Programm in Deutschland zu bewerben ist für Frauen i.d.R. schwieriger zu leisten, insbesondere, wenn sie verheiratet sind und/oder Kinder haben. Die Auswahl der Studierenden erfolgt durch ein gemeinsames Auswahlgremium der HWR Berlin und der Universität Kassel. Wenn die formalen Kriterien erfüllt sind, haben weibliche Bewerberinnen Vorrang, um das Ziel eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses zu erreichen.

zu Nr. 12 - Zuwendung für den Aufbau nachhaltiger Kooperationen und Austauschprogrammen zwischen Berliner Startups und Ökosystem-Akteuren und Partner/innen aus dem globalen Süden

Die Initiative AsiaBerlin verfolgt das übergeordnete Ziel, die Internationalisierung Berliner Startups (innovativer meist technologieorientierter Jungunternehmen) in Richtung Asien zu fördern und umgekehrt asiatische Startups nach Berlin zu bringen.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	501	654	1.103	2.433	2.741	3.732
Relativ	43 %	57 %	31 %	69 %	42 %	58 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	46,4	61,6	63,6	141,4	87,8	121,2

Zielgruppe:	Systemrelevante Akteur/innen, Unternehmer/innen aus Startups und Investor/innen in Berlin mit einem Fokus Richtung Asien sowie aus asiatischen Ländern mit einem Interesse an der Geschäftsanbahnung in Berlin.
Zielsetzung:	Ziel ist ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in den verschiedenen Veranstaltungsformaten zu erzielen.
Steuerungsmaßnahmen:	Das Startup Umfeld ist leider stark männlich dominiert. Durch Veranstaltungen zum Thema Frauen und Entrepreneurship/Unternehmertum wird versucht auf dieses Ungleichgewicht aufmerksam zu machen. Verschiedene Veranstaltungen wurden thematisch speziell auf das Thema Frauenbeteiligung und Diversität ausgerichtet.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

zu Nr. 13 - Kompetenzstelle Faire Vergabe

Die Mitte Oktober 2020 eingerichtete Kompetenzstelle verfolgt das Ziel, eine strukturelle Stärkung der Fairen Beschaffung zu bewirken. Im Fokus steht die Förderung der systematischen und zielführenden Anwendung der in Gesetzen und Beschlüssen gefassten Fairen Kriterien.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	15	8	163	82	128	89
Relativ	65,2 %	34,8 %	66,5 %	33,5 %	59,0 %	41,0 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	11,2	6,3	99,8	50,2	88,5	61,5

Zielgruppe:	Die Zielgruppe setzt sich zusammen aus Akteuren, die direkt aber auch mittelbar über die Kompetenzstelle erreicht werden sollen. Zur direkten Zielgruppe zählen: - Berliner Vergabestellen auf allen Ebenen (Senats-, Landes- und Bezirksebene) - Verwaltungsmitarbeitende aus Fachbereichen mit Beschaffungsaufgaben - weitere relevante Akteur/innen im Kontext des Beschaffungswesens (etwa Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, Kämmerei, Personalrat, Verwaltungsangestellte mit Arbeitsinhalten der Einen Welt Politik etc.) - Landes-/Bezirksverwaltung und –politik Zur mittelbaren Zielgruppe zählen: - Verwaltungsmitarbeitende anderer Kommunen - Zivilgesellschaftliche Akteur/innen im Kontext Fairer Handel/ Fairer Beschaffung - Unternehmen
Zielsetzung:	Ziel ist die Berliner Bezirke und das Land Berlin bei der Umsetzung eines sozial verantwortlichen Einkaufs zu unterstützen sowie die sozial verantwortliche Beschaffung strukturell in der Berliner Verwaltung zu verankern. Unser steht Frauen und Männern gleichermaßen zur Verfügung. Das Ziel, Kompetenzen von Mitarbeitenden der o.g. Zielgruppe gleichermaßen durch Schulungs- und Beratungsangebot zu stärken, wird verfolgt.
Steuerungsmaßnahmen:	Die Anzahl der erreichten Teilnehmenden hängt von den konkret durchgeführten Maßnahmen ab. Die Teilnehmendenzahlen können unterschiedlich ausfallen und setzen sich größten Teils aus der personellen Aufstellung der Verwaltungsstellen zusammen. Steuerungsmaßnahmen sind daher nicht möglich. Die Kompetenzstelle ist paritätisch besetzt (Projektleitung: w, Projektkoordination: m).

zu Nr. 14 - Koordinierungsstelle Decolonize Berlin

Die Koordinierungsstelle entwickelt in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verwaltung und Politik ein Konzept für eine umfassende gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit und deren Auswirkungen auf die heutige Gesellschaft.

	Ist 2020			Ist 2021			Ist 2022		
	w	m	d	w	m	d	w	m	d
Absolut	162	122	7	182	96	4	132	63	33
Relativ	55,6 %	42,0 %	2,4 %	64,5 %	34,1 %	1,4 %	57,9 %	27,6 %	14,5 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	139,0	105,0	6,0	161,2	85,3	3,5	200,3	95,5	50,2

Zielgruppe:	Akteur/innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, insbesondere aus Schwarzen, afrodiasporischen und postkolonialen Gruppen
Zielsetzung:	Zielsetzung ist die Einbeziehung von Betroffenen aus den ehemaligen Kolonien und ihre Perspektiven hinsichtlich einer kritischen Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit. Um ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu haben und Schwarze queer-feministische Stimmen sichtbarer zu machen.
Steuerungsmaßnahmen:	Panels, Referent/innen und Moderator/innen etc. werden paritätisch besetzt und darüber hinaus für die unterschiedliche Repräsentation der Geschlechter zu sensibilisieren.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

zu Nr. 15 - Aktionsbündnis Fairer Handel Berlin

Das Aktionsbündnis Fairer Handel Berlin wurde 2020 gegründet und ist das zentrale Netzwerk für Akteure, die sich in Berlin für den Fairen Handel engagieren. Es führt öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Projekte durch und vernetzt und schult die engagierten Akteure im Bündnis.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022*	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	69.589	59.579	8.332.823	5.523.750	2.020.525	1.609.441
Relativ	53,8 %	46,2 %	60,1 %	39,9 %	55,7 %	44,3 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	57,2	48,8	78,6	52,4	185,4	145,6

Zielgruppe:	Berliner Bürgerinnen und Bürger, Fair-Handels-Aktive (Non-Profit-Organisationen und Einzelengagierte), Vertreterinnen und Vertreter aus Senats- und Bezirksverwaltungen, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, Kinder und Jugendliche
Zielsetzung:	Entlang der diversen Projektmaßnahmen wurde ein breite Teilhabe gleichermaßen von Frauen und Männern ermöglicht. Die Auswertung der Genderstatistik zeigt jedoch, dass bei fast allen Aktivitäten Frauen deutlich in der Mehrzahl waren. Bei der Besetzung von Referentinnen und Referenten im Rahmen von Veranstaltungen oder der Vergabe von Honorarverträgen wurde auf ein ausgeglichenes Verhältnis geachtet.
Steuerungsmaßnahmen:	Im Sinne der Gleichberechtigung von Frauen und Männern haben wir bei allen Aktivitäten auf eine sensible Auseinandersetzung mit Genderthemen geachtet und damit der Verfestigung von Machtkonstellationen und Gewaltstrukturen entgegengewirkt. So ist etwa sämtlicher Schriftverkehr konsequent in geschlechtergerechter Sprache verfasst.

* seit 2022 hat das Aktionsbündnis einen eigenen Teilansatz. Davor wurde das Bündnis durch andere Programme gefördert

Zu Nr. 16 - Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag
Der Teilansatz wurde 2022 über die Stiftung Nord-Süd-Brücken verwaltet. Die Gender-Angaben sind daher in Nr. 1 enthalten.

Zu Nr. 17 - Klima-Bündnis

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022*	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	-	-	-	-	891	593
Relativ	-	-	-	-	60,0 %	40,0 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	-	-	-	-	60,0	40,0

Zielgruppe:	Inlandskomponente Berliner Bürgerinnen und Bürger, Nichtregierungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertreter aus Senats- und Bezirksverwaltungen, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger
Zielsetzung:	Ziel ist, dass Frauen und Männer den gleichen Zugang und die gleichen Teilhabemöglichkeiten zu den Projektaktivitäten und Veranstaltungen haben.
Steuerungsmaßnahmen:	Es wird konsequent auf gendergerechte Sprache geachtet. Bei der Besetzung von Panels und anderen Veranstaltungsformaten wird auf eine gleiche Anzahl von Frauen und Männern geachtet.

* Mit der Datenerhebung wurde erst in 2022 begonnen.

Zu Nr. 18 - Berliner entwicklungspolitisches Bildungsprogramm – benbi
Mit der Förderung wird erst in 2024 begonnen. Genderdaten liegen daher noch nicht vor.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68569	**680**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**1.768.000**	**1.880.000**	**1.752.000**	**1.401.374,95**
		Verpflichtungsermächtigung	**790.000**	**840.000**		
		Davon fällig 2025	**790.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**790.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**50.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	1.058.000	0	0

	2024	2025
1. Betriebsberatungsstelle der Handwerkskammer Berlin (2023: 100.000 €)	103.000 €	106.000 €
2. Deutsches Handwerksinstitut (DHI) (2023: 39.000 €)	40.000 €	41.000 €
3. Institut der Deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW) für das Schülerprojekt JUNIOR (2023: 60.000 €)	100.000 €	200.000 €
4. Zuwendung zu einem Aktionsprogramm der Handwerkskammer Berlin (2023: 75.000 €)	80.000 €	80.000 €
5. Zuwendungen zur Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft (2023: 150.000 €)	153.000 €	153.000 €
6. Zuwendungen an das Soziale Ökonomie Netzwerk (2023: 200.000 €)	200.000 €	200.000 €
7. Zuwendung für das Projekt "Schuldnerinnen und Schuldner- sowie Insolvenzberatung für Selbstständige" (2023: 250.000 €)	262.000 €	267.000 €
8. Unterstützung Meisterausbildung von Frauen und weiterer unterrepräsentierter Gruppen (2023: 320.000 €)	0 €	0 €
9. Umsetzung von Maßnahmen für Unternehmen, die den Frauenanteil in Führungspositionen nachhaltig fördern (2023: 150.000 €)	100.000 €	100.000 €
10. Zuwendungen an das Asien-Pazifik-Forum Berlin e. V. für den AsiaBerlin Summit (2023: 158.000 €)	230.000 €	233.000 €
11. Förderung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Clubszene (2023: 250.000 €)	500.000 €	500.000 €
Summe:	1.768.000 €	1.880.000 €

zu Nr. 1: Es handelt sich hierbei um eine Gemeinschaftsfinanzierung mit dem Bund. Derzeit werden durch das Land Berlin neun Betriebsberatende bei der Handwerkskammer Berlin gefördert.

zu Nr. 2: Das DHI ist der Forschungsverbund des Handwerks in Deutschland. Das Projekt ist eine Gemeinschaftsfinanzierung von Bund, Ländern und Handwerk zur Deckung des institutionellen Fehlbedarfs nach vereinbartem Finanzierungsschlüssel 38,1 % Bund, 38,1 % Länder und 23,8 % Deutscher Handwerkskammertag. Auf Berlin entfällt ein Anteil, der sich nach der aktuellen Zahl der Betriebe richtet.

zu Nr. 3: Die Finanzierung erfolgt im Verhältnis von etwa 2:1 durch die beteiligten Länder und das IW. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf Bundesebene unterstützt. Mit diesem Programm werden folgende Ziele verfolgt: Hinführung zu mehr wirtschaftsbezogenem und unternehmerischen Denken durch am Markt tätige Schüler- und Schülerinnenunternehmen mit betriebswirtschaftlicher Begleitung; Förderung von Selbstständigkeit, Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein, Kommunikations- und Teamfähigkeit für mehr Chancen auf dem Ausbildungsmarkt und für mehr Existenzgründungen. Alle zwei Jahre findet zusätzlich die "Internationale Schülerfirmenmesse" statt. Hier werden auch Ausgaben für das Projekt Schule und Wirtschaft (Schüler:innenfirmen) geleistet.

zu Nr. 4: Die Schwerpunkte der der Maßnahme liegt in den Bereichen Fachkräftesicherung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit sowie Energie. Im Fokus der Förderung stehen die Bedarfe der überwiegend kleinen und mittleren Handwerksbetriebe.

zu Nr. 5: Die Zuwendung soll aus wirtschafts- wie aus gesellschaftspolitischer Sicht die Förderung, Ermutigung, Beratung und auch Anerkennung und Sichtbarmachung des wirtschaftlichen Engagements von Personen mit Migrationshintergrund unterstützen. Diese Aktivitäten sollen dazu beitragen, die vorhandenen Gründungspotenziale zu optimieren und den Zugang zu Beratungs- und Förderstrukturen zu verbessern.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

zu Nr. 6: Im Fokus der Förderung steht u. a. die kostenlose Vor-Gründungs- und Gründungsberatung für alle Unternehmen der Sozialen Ökonomie. Darüber hinaus soll mit einer Netzwerkstelle und niedrigschwelligen Veranstaltungen sowie einer Konferenz die Vernetzung der verschiedenen Ausrichtungen der Sozialen Ökonomie unterstützt. Darunter fallen soziale-solidarische Kollektivbetriebe, Sozialunternehmen sowie Social Entrepreneurs und Social bzw. Impact Start-Ups.

zu Nr. 7: Zielgruppe dieses Förderprogramms sind Selbstständige und Kleinstunternehmerinnen und –unternehmer in Krisensituationen. Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Berliner Stadtmission berät verschuldete Soloselbstständige und Kleinstunternehmen in wirtschaftlichen Krisensituationen zu Fragen der Schuldenregulierung.

zu Nr. 8: Der AsiaBerlin Summit (ABS) ist ein Markenzeichen für die besondere Rolle Berlins bei der Entwicklung der Beziehungen zu den Wachstumsregionen in Asien-Pazifik. Der ABS bietet eine ideale Plattform für Erfahrungsaustausch, Kontakte und die Anbahnung internationaler Partnerschaften und Projekte.

zu Nr. 11: Ziel dieses Förderprogramms ist es, durch bauliche oder technische Lärmschutzmaßnahmen an und in Berliner Clubs die Verträglichkeit von Wohnraum und Clubbetrieb in direkter Nachbarschaft mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Betroffenen nachhaltig zu gewährleisten sowie die Clubs vor Schließung und Verdrängung zu schützen.
Hier werden auch Ausgaben zur Aufstockung des Lärmschutzfonds geleistet.

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr.1 - Betriebsberatungsstelle der Handwerkskammer

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	360	916	288	744	331	761
Relativ	28 %	72 %	28 %	72 %	30 %	70 %
Ressourcen (in T €)	26,9	69,1	19,4	49,8	18,7	43,6

Zielgruppe:	Beratungssuchende
Zielsetzung:	In den 30.349 Betrieben (Stand 31.12.2022), die in der Handwerksrolle der Handwerkskammer Berlin verzeichnet sind, befinden sich rund 6.397 Frauen in verantwortlicher Position. Sie sind beispielsweise als Inhaberinnen, Gesellschafterinnen oder Geschäftsführerinnen tätig. Von den rund 21.100 Inhabenden eines Einzelunternehmens oder einer Einzelfirma mit Handelsregistereintrag im Berliner Handwerk sind 23,1 % weiblich. Bezogen auf einen Zeitraum von 2016 bis 2021 ergibt sich im Durchschnitt ein weiblicher Anteil von ca. 25,6%. Im Vergleich dazu liegt der Frauenanteil bei den Betriebsberatungen mit durchschnittlich 30,3 % in 2022 deutlich höher. Ziel wird es sein, auch zukünftig den überdurchschnittlichen Frauenanteil auf diesem Niveau zu halten. In 2022 gab es aufgrund der Corona-Pandemie eine starke Zunahme von telefonischen bzw. Videoberatungen. Der stark gestiegene Anteil an beratenen Frauen ist auf den erheblichen Beratungsbedarf der Gesundheitshandwerke zurückzuführen, weil in dieser Branche traditionell ein hoher Frauenanteil vorhanden ist.
Steuerungsmaßnahmen:	Die Handwerkskammer Berlin setzt sich dafür ein, dass Frauen in besonderer Weise gefördert und in ihrer beruflichen Weiterentwicklung unterstützt werden. So gab es in den letzten Jahren besondere Unterstützungsleistungen für Frauen aus dem Berliner Handwerk in Form von Workshops und dem jährlich stattfindenden Netzwerktreffen. Darüber hinaus erfolgt eine intensive Werbung für eine Selbstständigkeit von Frauen im Handwerk, z. B. auf dem Berliner Unternehmerinnentag und in den Meistervorbereitungslehrgängen. Die Handwerkskammer Berlin setzt sich dafür ein, dass Geschlechtergerechtigkeit auch auf familienpolitischer Ebene verfolgt wird, so dass Frauen und Männern in Handwerksberufen gleichermaßen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt. Des Weiteren strebt die Handwerkskammer Berlin an, in der gesamten Kommunikation auf Webseiten, Newslettern gendersensible Sprache zu verwenden, um beide Geschlechter für die Beratungsleistungen zu sensibilisieren und positiv auf das Geschlechterverhältnis bei der Inanspruchnahme unser Beratungsleistungen hinzuwirken.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

zu Nr.2 - Deutsches Handwerksinstitut (DHI)

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	24	15	19	18	18	17
Relativ	62 %	38 %	51 %	49 %	51 %	49 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	19,7	12,1	16,5	15,5	18,9	18,1

Zielgruppe:	Beschäftigte des Deutschen Handwerksinstituts (DHI)
Zielsetzung:	Es soll im Rahmen der Förderung auf folgende genderrelevanten Aspekte Einfluss genommen werden: Erreichen einer adäquaten Frauenquote in Handwerksberufen, Kammern und Innungen und weiteren Organisationen des Handwerks, in denen Frauen unterrepräsentiert sind.
Steuerungsmaßnahmen:	Das Geschlechterverhältnis kann nicht beeinflusst werden, da die Stellenbesetzungsverfahren beim DHI ohne behördliche Eingriffsmöglichkeiten erfolgen. Über den Bund-Länder-Ausschuss – Handwerks- und Gewerbeförderung – sowie über das Kuratorium des DHI wirkt das Land Berlin im Rahmen seiner Möglichkeiten auf das DHI ein, Ziele der Gleichstellung in seiner Arbeit, Organisation und insbesondere bei Forschungsprojekten zu berücksichtigen. Allerdings sind einer Einflussnahme dadurch Grenzen gesetzt, das der Förderanteil des Landes Berlin gemessen an der Gesamtförderung des DHI durch den Bund und die anderen Länder unter 3 % liegt.

zu Nr. 3 - Institut der Deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW) für das Schülerprojekt JUNIOR

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	234	242	289	276	294	312
Relativ	49 %	51 %	51 %	49 %	49 %	51 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	29,4	30,6	29,7	28,5	31,8	33,1

Zielgruppe:	Schülerinnen und Schüler, die am Projekt teilnehmen
Zielsetzung:	Das Geschlechterverhältnis ist bereits seit vielen Jahren, abgesehen von geringfügigen Schwankungen, ausgewogen. Dazu beigetragen hat eine direkte Ansprache von den Lehrkräften, um die Motivation von Schülerinnen zur Teilnahme am Projekt zu steigern.
Steuerungsmaßnahmen:	Um das erreichte Niveau zu halten, werden die Aktivitäten seitens der Lehrerschaft fortgesetzt, durch Werbung insbesondere Schülerinnen für das Projekt zu gewinnen.

zu Nr. 4 - Zuwendung zu einem Aktionsprogramm der Handwerkskammer Berlin

Im Fokus der Projektförderung im Rahmen des Aktionsprogramms Handwerk steht die Unterstützung von Handwerksbetrieben in verschiedenen Bereichen (z. B. Digitalisierung, Innovation und Nachhaltigkeit). Ziel ist es, diese inhaltliche Schwerpunktsetzung bei geeigneten Projekten mit einer Förderung von Frauen im Handwerk zu verknüpfen, die in vielen handwerklichen Gewerken noch unterrepräsentiert sind. Die Handwerkskammer ist gehalten, einen angemessenen Anteil der zur Verfügung stehenden Zuwendungsmittel für Projekte einzusetzen, die diesen Genderaspekt berücksichtigen.

Alle geförderten Maßnahmen des Aktionsprogramms 2018-2020 wurden hinsichtlich der Eignung für die Erhebung von Genderdaten analysiert. Nachfolgend werden nur Maßnahmen aufgeführt, die kontinuierlich gefördert werden. Auf eine Darstellung des Gender Budgets für einmalig geförderte Aktivitäten der Handwerkskammer wird wegen fehlender jahresbezogener Vergleichbarkeit der Genderdaten verzichtet.

Maßnahme Handwerk 4.0: Digitale Kompetenz des Handwerks stärken

Ziel des offenen Workshop-Format (Praxiswerkstatt) ist es, die Teilnehmenden in die modernen Methoden der Produktentwicklung einzuführen sowie neue Technologien, z. B. additive Verfahren kennenzulernen, zu testen und anzuwenden.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

	2020*		2021		2022*	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	-	-	39	43	-	-
Relativ	-	-	48 %	52 %	-	-
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	-	-	9,6	10,4	-	-

*) In 2020 konnte diese Maßnahme aufgrund der Corona-Pandemie nicht umgesetzt werden. In 2022 flossen keine Mittel in diese Maßnahme.

Zielgruppe:	Beschäftigte in Handwerksbetrieben
Zielsetzung:	Ziel ist es, in Gewerken, in denen ein Geschlecht unterrepräsentiert ist, dessen Anteil zu erhöhen. Ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis ist dabei nicht immer möglich, da das Geschlechterverhältnis davon abhängig ist, auf welche Gewerke das Workshop-Format jeweils fokussiert ist.
Steuerungsmaßnahmen:	Das Angebot der Workshop-Formate wird am Bedarf der Handwerksbetriebe ausgerichtet. Das Geschlechterverhältnis ist davon abhängig, auf welche Gewerke das Workshop-Format jeweils fokussiert ist. Es gibt Gewerke, die durch eine ausgeprägte männliche Dominanz charakterisiert sind (z. B. die Bauhandwerke), bei anderen Gewerken ist der Frauenanteil sehr hoch (z. B. Handwerke in der Schönheitsbranche) und in manchen Gewerken ist ein relativ ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu verzeichnen. Da die Herausforderung des CO2-Fußabdruckes v.a. in den technischen Gewerken angesiedelt ist, gab es eine Überrepräsentanz männlicher Teilnehmer. Die Relevanz für frauentypische Gewerke wird kommunikationsseitig adressiert

Maßnahme Unterstützung der Innovationsfähigkeit von Klein- und Kleinstbetrieben - Ideenwerkstatt

Die Ideenwerkstatt „Handwerk trifft Startup“ ist ein Ideen-Entwicklungsprogramm, bei dem Handwerksbetriebe gemeinsam mit Startups an neuen Produkten, Dienstleistungen und Geschäftsmodellen arbeiten.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	12	75	6	10	12	22
Relativ	14 %	86 %	38 %	62 %	35 %	65 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	5,6	34,3	2,2	3,7	2,6	4,9

Zielgruppe:	Beschäftigte in Handwerksbetrieben
Zielsetzung:	Es wird für die Zukunft eine noch engere Zusammenarbeit mit Startups, in denen ein wachsender Anteil von Gründerinnen zu verzeichnen ist, angestrebt.
Steuerungsmaßnahmen:	Zukünftig sollen noch mehr Startups mit weiblicher Geschäftsführung zur Teilnahme an dem Ideen-Entwicklungsprogramm motiviert werden.

Maßnahme Informations- und Vernetzungsangebot für Unternehmerinnen im Handwerk

Das Netzwerk von Frauen im Handwerk unterstützt Handwerkerinnen im Rahmen ihrer selbstständigen Tätigkeit. Ein gegenseitiger Austausch im Rahmen des Netzwerkes ermöglicht es, geschäftliche und fachliche Ideen voranzubringen und synergetische Partnerschaften zu entwickeln. Auch Teilnehmerinnen, die bereits über mehrere Jahre Berufserfahrung verfügen, erhalten durch Fachvorträge und Podiumsdiskussionen im Rahmen des Netzwerktreffens neue Impulse. Da sich das Netzwerk gezielt an Frauen richtet, wird auf eine Darstellung der Geschlechteranteile verzichtet.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Maßnahme Kunsthandwerk und Design stärken

Mit den Europäischen Tagen des Kunsthandwerks (ETAK) hat die Handwerkskammer 2014 ein europaweit stattfindendes Event in Berlin etabliert. Ziel ist es, die Öffentlichkeit für Kreativität und Leistungsfähigkeit von Kunsthandwerk und Design zu sensibilisieren und zum weiteren Wachstum dieses Wirtschaftsbereiches beizutragen.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m		
Absolut	3	2				
Relativ	60 %	40 %				
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	7,1	4,8				
Zusätzliche Angaben	Es wurde ein Film produziert, der insgesamt fünf Betriebe porträtiert, davon drei Betriebe, mit einer weiblichen Geschäftsführung.					

Zielgruppe:	Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerker
Zielsetzung:	Ein Großteil der Betriebe des Kunsthandwerks wird von Frauen geführt. Dies spiegelt sich auch im Geschlechterverhältnis wider.
Steuerungsmaßnahmen:	Bei der Maßnahme steht die Rolle der weiblichen Geschäftsführung im besonderen Fokus.

zu Nr. 5 - Flankierung des wirtschaftlichen Engagements von Personen nichtdeutscher Herkunft

Das Projekt „NEUSTART – Gründungsbegleitung für Geflüchtete“ ermöglicht Geflüchteten und Neuankommenden aus Drittstaaten eine zielgruppen-spezifische Beratung, Qualifizierung und Begleitung, mit dem Ziel, dass diese Zielgruppe erfolgreiche und nachhaltige Gründungen schaffen und sich wirtschaftlich und sozial integrieren.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	19	53	26	61	11	33
Relativ	26 %	74 %	30 %	70 %	25 %	75 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	31,5	89,5	53,7	125,3	37,5	112,5

Zielgruppe:	Geflüchtete und Neuankommende aus Drittstaaten
Zielsetzung:	Durch gezielte Maßnahmen soll der Anteil der weiblichen Zielgruppe erhöht werden. Der Anteil soll dabei auf dem bestehenden absoluten Niveau mindestens gehalten werden.
Steuerungsmaßnahmen:	Bei Bedarf werden Workshops nur für Frauen durchgeführt. Die Coachings können gegebenenfalls von weiblichen Coaches begleitet werden. Es wird darauf geachtet bei der Zielgruppenansprache eine geschlechterneutrale Sprache zu verwenden und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit beide Geschlechter anzusprechen und darzustellen.

zu Nr. 6 - Zuwendungen an das Soziale Ökonomie Netzwerk

	2020/21		2022	
	w	m	w	m
Absolut	54	23		
Relativ	70 %	30 %		
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	286,0	123,0		

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Zielgruppe:	Beratungssuchende aus Unternehmen der Sozialen Ökonomie
Zielsetzung:	Der vergleichsweise hohe Anteil von Frauen soll auf einem ähnlichen Niveau gehalten werden.
Steuerungsmaßnahmen:	Die erhobenen Genderdaten zeigen, dass die Angebote des Netzwerks mehrheitlich von Frauen in Anspruch genommen wurden.

zu Nr. 7 - Zuwendung für das Projekt Berliner Stadtmission für das Projekt „Schuldner- und Insolvenzberatung für Selbständige“

Die Beratungsstelle hat zum 01.12.2020 ihr Angebot aufgenommen.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	21	24	156	334	219	474
Relativ	47 %	53 %	32 %	68 %	32 %	68 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	13,7	15,5	80	170	80	170

Zielgruppe:	Kleinstunternehmen und Selbständige mit Beratungsbedarf zur Schuldenregulierung
Zielsetzung:	Frauen sollen entsprechend ihres Anteils im Bereich der gewerblichen Existenzgründungen von Einzelunternehmen unterstützt werden. Dieses Ziel wird erreicht (Frauenanteil am Gründungsgeschehen 2022: 33%)
Steuerungsmaßnahmen:	Um Frauen und Männer gleichermaßen anzusprechen, wird im Rahmen des Projekts und in allen Marketingmaterialien auf eine geschlechtersensible Ansprache geachtet. Um besonders auch Frauen auf das Angebot aufmerksam zu machen, findet auch eine Vernetzung mit frauenspezifischen Anlaufstellen für Gründerinnen und Unternehmerinnen statt.

zu Nr. 9 -Umsetzung von Maßnahmen für Unternehmen, die den Frauenanteil in Führungspositionen nachhaltig fördern

Es ist ein Ziel der Koalition, Frauen als Gründerinnen, Unternehmerinnen, aber auch in Führungspositionen zu stärken. Hierfür sind Maßnahmen vorgesehen, die auf einen gleichstellungsorientierten Wandel der Unternehmenskultur in der Berliner Privatwirtschaft hinwirken. Dabei sollen Unternehmen für die gleichstellungs-, aber auch wirtschaftspolitische Bedeutung gemischter Führungsteams als Erfolgsfaktor sensibilisiert und bei der Weiterentwicklung einer an Gleichstellung und Vielfalt orientierten Führungskultur unter Einsatz geeigneter Instrumente im Unternehmen unterstützt werden.

zu Nr. 10 - Zuwendungen an das Asien-Pazifik-Forum Berlin e. V. für den AsiaBerlin Summit

	2020*		2021*		2022*	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	615	885	1.161	1.539	1.388	1.767
Relativ	41 %	59 %	43 %	57 %	44 %	56 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	70,0	100,0	88,0	117,0	101,0	128,0

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Startups und ihre Ökosystem-Partner, aus der Wirtschaft, Wissenschaft & Forschung, Politik, NGO´s und Kultur, die aus Berlin/Deutschland und Asien kommen.
Zielsetzung:	Ziel ist den Anteil von Frauen beim ASB zu erhöhen und ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu erreichen.
Steuerungsmaßnahmen:	Bei Einladungen zu Informationsveranstaltungen und Bewerbung des Programms werden gezielt Firmen von Frauen angesprochen. Hierbei werden die Verteiler der Kompetenzfelder, IHK, IBB und Berlin Partner GmbH und asiatischer Partner genutzt. Bei der Auswahl von Referent/innen wird auf den Anteil von Frauen geachtet. Außerdem spielen Gründerinnen, die in allen Startup-Ökosystemen unterrepräsentiert sind, eine wichtige Rolle im Programm des ABS. Einen wichtigen Baustein stellt das Programm „Female Entrepreneurship in Berlin and India“ dar.

*) Schätzungen aufgrund von hybriden Formaten.

zu Nr. 11 - Förderung von Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Clubszene

Genderspezifische Daten werden nicht erhoben.

68579	**680**	**Mitgliedsbeiträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
68606	**680**	**Zuschuss an Rennvereine gemäß Rennwett- und Lotteriegesetz**	**350.000**	**350.000**	**347.000**	**323.289,58**

Bei dem Zuschuss (Zuweisung) an die Rennvereine gemäß Rennwett- und Lotteriegesetz (RennwLottG) handelt es sich um den Vollzug von Bundesrecht durch die Länder. Dieses gesetzliche Beihilfeverfahren wurde von der Bundesrepublik bei der EU-Kommission notifiziert und von der KOM gebilligt.

Ausgaben dürfen nur geleistet werden, um dem Berliner Trabrenn-Verein e.V. (BTV e.V.) und dem Pferdesportpark Berlin-Karlshorst e.V. (PSP e.V.) für die gesetzlich bestimmten Zwecke 96 % des Rennwettsteueraufkommens zu erstatten (vgl. auch Erläuterungen zu Kapitel 2900, Titel 05500). Es handelt sich um einen Schätzwert. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Angaben zum Gender Budget:

Zielgruppe des Zuschusses ist der BTV e. V. und der PSP e. V. als Betreiber der Trabrennbahnen in Mariendorf und Karlshorst. Verwendungszweck der Zuweisung ist gem. § 7 Abs. 1 RennwLottG die Durchführung von öffentlichen Leistungsprüfungen.

Ein Nachteilsausgleich zugunsten von Geschlechtergerechtigkeit kann mit dem Gesetzeszweck mangels Steuerungsmöglichkeiten weder haushalts- noch genderpolitisch bewirkt und somit keine Gender Budgetingrelevanten Daten erhoben werden.

68629	**652**	**Zuschüsse für besondere touristische Projekte**	**4.100.000**	**4.100.000**	**4.050.000**	**2.412.537,61** **R 4.445.344,91**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind in Höhe von bis zu 10 % des Ansatzes deckungspflichtig gegenüber den Ausgaben bei Kapitel 1320, Titel 42811, im Übrigen deckungsfähig mit den anderen konsumtiven Sachausgaben des Einzelplans.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	2.000.000	0	0

Hier werden auch Ausgaben zur Unterstützung queerer Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum sowie für das Wassertourismuskonzept geleistet.

Ausgaben zur Förderung von besonderen Projekten des Tourismus.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen können anderen Dienststellen zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Jedem Bezirk werden für bezirkseigene Projekte sowie zur Unterstützung der Tourismusvereine und touristischen Arbeitsgemeinschaften der 12 Bezirke zu ihrer strukturellen Stärkung sowie sonstigen tourismuspolitischen Kiezinitiativen und Projekten im Sinne des Tourismuskonzeptes mindestens 150.000 € zur Verfügung gestellt.

Werden die Mittel für bezirkseigene Projekte bis zum 01.09. des jeweiligen Haushaltsjahres nicht mit konkreten Projekten belegt, stehen sie für andere touristische Projekte zur Verfügung.

68638	**680**	**Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit**	**550.000**	**550.000**	**550.000**	**618.494,00**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig nur mit den Ausgaben bei Kapitel 0910,Titel 68510, Teilansatz Nr. 3 und bei Kapitel 0810, Titel 68638.

	Verpflichtungsermächtigung	**250.000**	**850.000**
	Davon fällig 2025	**250.000**	
	Davon fällig 2026	**—**	**550.000**
	Davon fällig 2027	**—**	**300.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	250.000	0	0

	2024	2025
1. Unterstützung von Personen in Ländern, in denen berufliche Kreativität und unternehmerische Entfaltung durch politische Rahmenbedingungen erschwert werden (2023: 250.000 €)	250.000 €	250.000 €
2. Förderung des Stipendienprogramms „Fellowship Programm: Protecting Journalism in the Digital Field“ des Reporter ohne Grenzen Berlin e.V. (2023: 300.000 €)	300.000 €	300.000 €
Summe:	550.000 €	550.000 €

Angaben zum Gender Budget:

Zu Nr. 1:

Zielgruppe sind Unternehmerinnen und Unternehmer, Investorinnen und Investoren mit Umsiedlungsinteresse, Gründerinnen und Gründer sowie hochqualifizierte Fachkräfte und Kreative aus Ländern, in denen berufliche Kreativität und Entfaltung durch politische Rahmenbedingungen erschwert oder behindert werden sowie die freie Ausübung einer privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit oder berufliche Vorhaben nicht gewährleistet oder bedroht werden. Hier können auch LGBTQI-Aspekte Berücksichtigung finden.
Das Geschlechterverhältnis kann nicht eindeutig ermittelt werden, da die Zielgruppenansprache sensibel und kulturspezifisch erfolgt und zum Schutz vor politischer Verfolgung persönliche Angaben, wie z.B. das Geschlecht, freiwillig sind. Es wird darauf geachtet eine geschlechterneutrale Sprache zu verwenden und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit beide Geschlechter anzusprechen und darzustellen. Es können auch rein genderspezifische bzw. diversity relevante Inhalte vermittelt werden.

Zu Nr. 2:

Jährlich lädt der Reporter ohne Grenzen e.V. acht Stipendiat/innen nach Berlin für das Auszeitstipendium mit umfangreichem Weiterbildungsprogramm in allen für die Arbeit der Stipendiat/innen relevanten Fragen digitaler Sicherheit ein. Es wird streng darauf geachtet, dass die Stipendiat/innen geschlechterparitätisch ausgewählt werden. Reporter ohne Grenzen diskutiert derzeit, ob und wie Plätze mit LGBTQI-Identität vergeben werden können.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	4	4	3	2	9	3
Relativ	50 %	50 %	60 %	40 %	75 %	25 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	17,2	17,2	62,0	41,5	133,2	44,4

Zielgruppe:	Journalistinnen und Journalisten aus Krisenregionen, die Bedrohungen aus dem digitalen Raum ausgesetzt sind, sich fortbilden und später als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für digitale Selbstverteidigung tätig werden möchten.
Zielsetzung:	Mindestens 50 % der Stipendiatinnen und Stipendiaten sind Frauen, bei Veranstaltungen, Workshop etc. sollen ebenfalls mindestens 50 % Frauen sein.
Steuerungsmaßnahmen:	- Bei der Auswahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten wird darauf geachtet, dass mindestens 50 % der Plätze an Frauen vergeben werden. - Im Trainingsprogramm zur digitalen Sicherheit werden geschlechtspezifische Gefahren/Bedrohungen gesondert inhaltlich behandelt (gender-based online violence) - gendergerechte Sprache

68696	**680**	**Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**7.000.000**		**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.					
69896	**680**	**Zuführung an Fonds aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**—**		**5.000.000,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.					
69897	**680**	**Zuführung an Fonds aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**1.472.000**	**2.208.000**	**2.560.000**		**—**

Deckungsvermerk:

Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

	2024	2025
Zuführung an den VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin III (2023: 2.560.000 €)	1.472.000 €	2.208.000 €

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

89311	**680**	**Zuschüsse an Organisationen im Inland für Investitionen**	**—**	**—**	**—**		**904.629,18**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**680**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**3.221.000**	**1.722.000**	**1.509.000**	**905.901,53**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.800.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2025	**300.000**			
		Davon fällig 2026	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2027	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2028	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2029	**600.000**	**600.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	10.412	0	0
VE-Plan 2023	1.924.000	422.000	1.688.000

	2024	2025
1. Betrieb und Weiterentwicklung des IT-Fachverfahrens "Gewerbe" (Gewerbedatenbank und EU-DLR) (2023: 1.506.000 €).....	3.218.000 €	1.719.000 €
2. Für die unterstützenden Dienstleistungen zur Umsetzung und den Einsatz des Binnenmarktinformationssystems (IMI) im Land Berlin (2023: 3.000 €).....	3.000 €	3.000 €
Summe:	3.221.000 €	1.722.000 €

Zu Nr. 1: Mehr 2024, weil im IT-Fachverfahren Gewerbe eine dringend erforderliche neue Verfahrenssoftware in Betrieb genommen werden soll.

Summe Maßnahmegruppe 32	**3.221.000**	**1.722.000**	**1.509.000**	**905.901,53**
Gesamtausgaben	**128.577.000**	**130.995.000**	**113.754.000**	**83.949.478,82**
Prozentuale Veränderung	**13,0 %**	**1,9 %**		

Abschluss Kapitel 1320

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**765.200**	**855.700**	**331.100**	**1.173.619,00**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**4.224.000**	**5.112.000**	**12.450.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**4.989.200**	**5.967.700**	**12.781.100**	**1.173.619,00**
411-462	**Personalausgaben**	**8.621.000**	**8.964.000**	**9.440.000**	**8.061.223,12**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**19.308.000**	**17.489.000**	**18.366.000**	**10.552.179,01**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**100.648.000**	**104.542.000**	**85.948.000**	**64.431.447,51**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**—**	**—**	**—**	**904.629,18**
	Gesamtausgaben	**128.577.000**	**130.995.000**	**113.754.000**	**83.949.478,82**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-123.587.800**	**-125.027.300**	**-100.972.900**	**-82.775.859,82**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Allgemeine Erläuterung

Aus dem Kapitel 1320 wurden die Ausgaben der Abteilung II – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung – mit folgenden Aufgabengebieten bestritten:

- Grundsatzangelegenheiten der Wirtschaftspolitik
- Unternehmensservice, Dienstleistungen, Handwerk, Handel, Tourismus, Kreativwirtschaft
- Staatsaufsicht Kammern und Finanzdienstleistungen, Gewerberecht, Einheitlicher Ansprechpartner

In der produktorientierten Sicht verfolgte die Abteilung folgende

Strategischen Ziele:

000994	Innovations- und Technologiepolitik
000995	Internationalisierung stärken
001001	Wettbewerb sichern
001019	Politische Rahmenbedingungen gestalten - wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen und erhalten

In der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wurden keine Kostenträger mit dem (auswertbaren) Merkmal „Ministerielles Geschäftsfeld (MGF)“ gebildet. Stattdessen führen Kostenträger, die den ministeriellen Bereich, Grundsatzangelegenheiten u. ä. abbilden in der Kurzbezeichnung den Zusatz „m“, „M“ oder „ministeriell“, in Parenthese oder in Klammern. Sofern in den erläuternden Texten dennoch die Bezeichnung „MGF“ verwendet wird, sind darunter die derart bezeichneten Kostenträger zu verstehen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000994 Innovations- und Technologiepolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	5	Personalkosten	3.014.137	2.669.283	+12,92
Kostenträger	12	Sachkosten	9.732.400	10.896.213	-10,68
davon		Transferkosten	6.545.197	33.189.006	-80,28
Produkte	12	Verrechnungskosten	108.637	124.688	-12,87
MGF	0	kalkulatorische Kosten	497.899	523.122	-4,82
Projekte	0	Gemeinkosten	3.052.826	2.563.590	+19,08
		Summe Verwaltungskosten	22.951.095	49.965.902	-54,07
		Transfers	66.435.476	56.386.951	+17,82
		Gesamtsumme	89.386.571	106.352.852	-15,95

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004729	2022	14.232.524	11.158.604	25.391.127
Medienwirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Kreativwirtschaft	2021	40.358.342	6.816.752	47.175.093

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76222	2022	7.710.622	10.625.604	18.336.226
Landesinitiative Projekt Zukunft "Berlin in der Informationsgesellschaft"	2021	34.143.311	6.336.752	40.480.063

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	5.187	5.316
Kosten je ME in €	1.486,53	6.422,74
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	20,57	38,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	160.346,76	26.773.800,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Förderung der Digital-, Medien- und Kreativwirtschaft in Berlin. Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie des nachhaltigen Wachstums der Startups und Unternehmen.

Fachspezifische Informationen

Die Anforderungen an die Unterstützung steigen mit zunehmender Segmentierung der Teilmärkte, der digitalisierungsbezogenen Veränderung der Wertschöpfungsketten, der stärkeren Ausrichtung auf Aspekte der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit, den zunehmenden Schnittstellen zu anderen Clustern sowie dem notwendigen Heben der branchenübergreifenden Innovations- und Wertschöpfungspotentiale.
Aufgrund des hohen Digitalisierungstempos müssen die Rahmenbedingungen fortlaufend verbessert werden. Zur Umsetzung der Strategie gehört das Weiterentwickeln der Förderinstrumente, das Initiieren und Fördern von Netzwerken, Konferenzen, Weiterbildungsformaten und Plattformen, das Erstellen von Brancheninformationen (u.a. Kurzinfos, Auswertung der Clusterzahlen, Bedarfsanalysen), das Umsetzen/ Fördern von Wettbewerben und Awards sowie das Organisieren des Austauschs der Unternehmen (u.a. Matchmakingformate). Die Kosten wurden und werden sowohl aus den Kapitel 1320 als auch 1350 anteilig generiert.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000995 Internationalisierung stärken

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	1.699.964	1.151.849	+47,59
Kostenträger	13	Sachkosten	1.106.533	1.108.882	-0,21
davon		Transferkosten	1.989.379	1.129.712	+76,10
Produkte	12	Verrechnungskosten	5.821	7.681	-24,21
MGF	0	kalkulatorische Kosten	180.466	130.456	+38,33
Projekte	1	Gemeinkosten	1.373.300	1.159.619	+18,43
		Summe Verwaltungskosten	6.355.463	4.688.200	+35,56
		Transfers	10.165.837	6.896.787	+47,40
		Gesamtsumme	16.521.300	11.584.987	+42,61

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004732	2022	1.222.230	5.753.637	6.975.867
Entwicklungspolitik	2021	1.052.870	5.172.412	6.225.282

Entwicklungspolitik hat zum Ziel die globale Gerechtigkeit im Rahmen der Entwicklungspollitischen Leitlinien des Landes Berlin (Senatsbeschluss) zu fördern. Schwerpunkt ist die entwicklungspolitische Inlandsarbeit, die im Rahmen von Städte- und Bezirks- sowie Schulpartnerschaften und im Rahmen der projektbezogenen Zusammenarbeit auch mit Aktivitäten im Ausland verknüpft wird.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76218	2022	218.509	4.212.498	4.431.007
Zuwendungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit	2021	100.037	3.044.101	3.144.138

	2022	2021
Menge: Anzahl der bearbeiteten Projektanträge	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	27,94	27,94
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	509,71	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,01	0,00

Förderung von Entwicklungsprojekten nicht-staatlicher Organisationen für Inlands- und Auslandsprojekte

Fachspezifische Informationen

Bewusstseinsbildung hinsichtlich globaler Zusammenhänge der Berliner Bevölkerung, u.a. an Berliner Bildungseinrichtungen. Die Projektförderung wird auf Maßnahmen der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit sowie auf Auslandsprojekte im Rahmen der Städtepartnerschaften des Landes, der Bezirke und im Rahmen von Schulpartnerschaften konzentriert.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76219	2022	86.501	1.541.139	1.627.640
Förderung von Institutionen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit	2021	230.456	2.128.311	2.358.767

	2022	2021
Menge: Anzahl der betreuten Institutionen	0	13
Kosten je ME in €	0,00	17.727,42
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	10,26	20,96
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Unterstützung von entwicklungspolitischen Institutionen durch (Ko-)Finanzierung der institutionellen Ausgaben u. von Programmen (Zuwendungen, Verwendungsnachweise) sowie Beratung in Fragen von Organisation und Weiterentwicklung des Nord-Süd-Standortes

Fachspezifische Informationen
Unterstützung von entwicklungspolitischen Institutionen durch (Ko-)Finanzierung der institutionellen Ausgaben (EPIZ, BGZ) und von Projekten/Programmen (Zuwendungen, Verwendungsnachweise) innerhalb von Universitäten (SLE/HU, Alumniprogramm/TU) und anderen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (ASA Programm/Engagement Global gGmbH) sowie Beratung in Fragen von Organisation und Weiterentwicklung.
Unterstützung der oben Genannten im Rahmen der vom Senat am 6. Juni 2012 beschlossenen „Entwicklungspolitischen Leitlinien“.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004734	2022	4.468.223	4.412.200	8.880.423
Außenwirtschaftspolitik	2021	3.301.995	1.724.375	5.026.370

Mitwirkung an der Gestaltung der Außenwirtschafts- und Handelspolitik des Bundes und der EU

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
67545	2022	2.978.750	4.183.100	7.161.850
Umsetzung des Programms für Internationalisierung (Außenwirtschaftsförderung)	2021	1.426.008	1.500.000	2.926.008

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	0	3.679
Kosten je ME in €	0,00	387,61
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	45,17	26,01
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	2.689.379,13	1.129.711,85
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Umsetzung des Außenwirtschaftsförderprogramms "Programm für Internationalisierung", Unterstützung von Berliner KMU beim Aufbau von internationalen Kooperationen

Fachspezifische Informationen

Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft und Unterstützung, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen, bei der Erschließung neuer Märkte im Ausland. Dabei sollen insbesondere die Internationalisierung sowie die Anbahnung überregionaler und grenzüberschreitender Kooperationen vorangetrieben werden, was das Wachstumspotential der Unternehmen steigert und hohe Beschäftigungseffekte mit sich bringt.
Mit den einzelnen Programmelementen Einzelmaßnahmen (KMU-Projekte), Gemeinschaftsprojekte sowie Projekte zur Netzwerkbildung International findet eine modular abgestimmte Unterstützung u.a. bei Messe- und Konferenzbesuchen, der Einstellung von Außenwirtschaftsassistenten, Teilnahmen an Gemeinschaftsständen und Delegationsreisen sowie beim Ausbau internationaler Netzwerke statt. Jede Förderung ist einzeln zu beantragen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76439	2022	366.033	229.100	595.133
Asia-Pacific Week Berlin	2021	405.314	175.000	580.314

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	0	2.304
Kosten je ME in €	0,00	175,92
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,75	5,16
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Unterjährig wird 2023 das Fach Produkt AsienPazifik-Wochen i.R.d Produktänderungsverfahrens der SenFin in AsiaBerlin umbenannt werden.

Die aus den Asien-Pazifik-Wochen (APW) hervorgegangene Plattform „AsiaBerlin“ dient mit den Aktionssträngen „AsiaBerlin Events“, „AsiaBerlin Delegation Trips“, „AsiaBerlin Landing Pad“ und „AsiaBerlin Summit“ dem Ziel, den Dialog der Hauptstadt Berlin und ihrer Akteure mit Partnern in der asiatisch-pazifischen Region zu aktuellen Innovationsthemen (Digitalisierung, Smart Cities, Start-ups und ihre Ökosysteme, Open Innovation u.a.) zu vertiefen. Der Schwerpunkt liegt auf Startups und der Kooperation zwischen Berliner und asiatischen Unternehmer*innen. Investor*innen, politischen Entscheidungsträger*innen und anderen Akteuren aus den jeweiligen Ökosystemen.

Fachspezifische Informationen

Die Maßnahmen dienen der Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft und Unterstützung vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte im Ausland. Der Schwerpunkt liegt auf Startups und ihren Ökosystemen. Dabei sollen insbesondere die Internationalisierung sowie die Anbahnung überregionaler und grenzüberschreitender Kooperationen vorangetrieben werden, was das Wachstumspotential der Unternehmen und Startups steigert und hohe Beschäftigungseffekte schafft. Der AsiaBerlin Summit (ABS) bringt die internationalen Kooperationspartner der Berliner Startups in die Stadt, denn die Veranstaltungen des AsiaBerlin Summit bilden ein starkes Argument für einen Berlin-Besuch internationaler Delegationen, insbesondere aus Fernost, da sich hier Chancen bieten, innovative Konzepte zu präsentieren, Lösungen zu diskutieren, Kontakte zu knüpfen und Kooperationen zu starten sowie Berliner Referenzprojekte zu positionieren. Berliner Startups treffen asiatische Partner im Rahmen innovativer Veranstaltungsformate, auch innovativer Hybridformate.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001001 Wettbewerb sichern

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	5	Personalkosten	2.545.494	2.418.165	+5,27
Kostenträger	15	Sachkosten	304.306	631.383	-51,80
davon		Transferkosten	0	0	+0,0
Produkte	15	Verrechnungskosten	42.839	111.240	-61,49
MGF	0	kalkulatorische Kosten	542.745	459.408	+18,14
Projekte	0	Gemeinkosten	2.427.080	2.278.952	+6,50
		Summe Verwaltungskosten	5.862.464	5.899.148	-0,62
		Transfers	323.290	289.707	+11,59
		Gesamtsumme	6.185.753	6.188.855	-0,05

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004748	2022	1.956.761	0	1.956.761
Angelegenheiten der öffentlichen Auftragsvergabe	2021	1.734.260	0	1.734.260

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004749	2022	2.679.794	323.290	3.003.084
Gewerberecht, EU-Recht	2021	2.956.648	289.707	3.246.355

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79242	2022	1.173.084	0	1.173.084
Grundsatzangelegenheiten des Gewerberechts, Koordinierung des Verwaltungsvollzuges, Serviceleistungen für den Bürger (Gewerberecht)	2021	1.183.922	0	1.183.922

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	14.248	8.720
Kosten je ME in €	82,33	135,77
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	23,65	23,77
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	328,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,03	0,00

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Grundsatzfragen des Gewerberechts einschließlich des Spielhallengesetzes Berlins und des Ordnungswidrigkeitenrechts, fachliche Erarbeitung landesrechtlicher Vorschriften/ Mitwirkung an Rechtsetzungsvorhaben auf Bundesebene im Bereich des Gewerberechts (inklusive gewerberechtlicher Sonderbereiche), Erarbeitung von Kriterien für einen einheitlichen Vollzug des Gewerberechts in den Bezirken, fachliche Stellungnahmen und Bearbeitung von Anfragen und Beschwerden im Bereich des Gewerberechts, öffentliche Bestellung und Vereidigung von Versteigerern

Fachspezifische Informationen
Erörterung von Rechtsfragen und grundsätzlichen Vollzugsfragen mit den Bezirken, Ansprechpartner für grundsätzliche Zweifelsfragen zwischen den beteiligten Behörden (Bezirke, LABO, Polizei). Fachaufsicht über das LKA als Sonderbehörde, sofern Aufgaben des Gewerbeaußendienstes betroffen sind.

Die Erhöhung der Bearbeitungsstunden im Jahr 2022 ist auf Folgendes zurückzuführen:
- Besetzung von 2 TZÄ sowie Unterstützung durch eine Regierungsrätin auf Probe
- Initialisierung eines Projektes zur Neuordnung der Gewerbeüberwachung im Land Berlin auf der Grundlage einer Organisationsuntersuchung der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.
- Mitarbeit am Projekt „Zukunftsfähige Ordnungsämter“
- Entwicklung einer berlinweit einheitlichen Strategie zum Umgang mit sog. „Café Casinos“

Bei den IST-Erträgen handelt es sich um Verwaltungsgebühren für die Öffentliche Bestellung von Versteigerern.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80244	2022	1.125.352	323.290	1.448.641
Aufgaben nach dem Rennwett- und Lotteriegesetz, Aufgaben nach dem GwG	2021	1.127.069	289.707	1.416.776

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	17.198	14.732
Kosten je ME in €	65,44	76,50
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	29,21	28,45
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	25.666,00	15.404,69
Kostendeckungsgrad in %	1,77	1,09

Aufgaben nach dem Rennwett- und Lotteriegesetz (RennwLottG), Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz (GwG)

Fachspezifische Informationen
Die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung ist im Land Berlin Ordnungsbehörde für den Vollzug von Bundesrecht, hier des Rennwett- und Lotteriegesetzes soweit dies zum einen die Aktivitäten der Buchmacher und zum anderen der Rennvereine als Totalisatorbetreiber betrifft. Die IST-Erträge sind antragsabhängig und generieren sich aus Verwaltungsgebühren. Unter den Transfers wird die gesetzlich garantierte Zuweisung an die Rennvereine (§ 7 RennwLottG) abgebildet; siehe auch entsprechender Haushaltstitel 68606 bei Kapitel 1320.
Zugleich ist die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung Aufsichtsbehörde im Rahmen des Geldwäschegesetzes (GwG) für große Teile des Nichtfinanzsektors. In diesem Rahmen ist sie für die Überwachung der Pflichten nach dem GwG und die Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren zuständig. Die Aufstockung der Organisationseinheit um 1 TZÄ (Werkstudentin mit 19,7 WoStd.) im Jahr 2022 und die Erhöhung der Wochenstunden einer TZÄ führten zu einem Anstieg der Bearbeitungsstunden. Bedingt durch die Versetzung und Nichtnachbesetzung 1 VZÄ zum 1.12.2022 verringerten sich die Verwaltungskosten in 2022 im Vergleich zu 2021 geringfügig. Die IST-Erträge sind antragsabhängig und generieren sich aus Verwaltungsgebühren und Bußgeldern.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81024	2022	381.358	0	381.358
Gewerbedatenbank / e-Auskunft	2021	645.657	0	645.657

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	1.529	1.468
Kosten je ME in €	249,42	439,82
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,69	12,96
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (SenWEB) ist Verfahrensträger des Fachverfahrens zur Bearbeitung von gewerberechtlichen Verwaltungsverfahren (Gewerbedatenbank), welches von allen Berliner Gewerbebehörden (Ordnungsämter der Bezirke und Landeskriminalamt) verwendet wird. Damit ist SenWEB zuständig für die Betreuung und Fortentwicklung der Verfahrenssoftware.

Fachspezifische Informationen
Ein Modul der Gewerbedatenbank ist die elektronische Gewerbeauskunft (eAuskunft), mit welcher online nach gewerblich angemeldeten Betrieben gesucht und insbesondere Gewerbeauskünfte von Externen (Bürgerinnen und Bürger, Betrieben) angefordert werden können. Hierfür stellt die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung die fachliche und technische Basis zur Verfügung.
Die in 2021 ggü. 2022 höheren Verwaltungskosten resultieren aus den anteilig höheren Sachkosten beim Titel 51185 – v.a IKT-Kosten für den Betrieb des IT-Fachverfahrens Gewerbedatenbank. Sachkosten generieren keine Bearbeitungsstunden.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001019 Politische Rahmenbedingungen gestalten - wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen und erhalten

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	4.332.816	4.031.995	+7,46
Kostenträger	22	Sachkosten	3.943.946	3.211.515	+22,81
davon		Transferkosten	24.671.277	25.543.306	-3,41
Produkte	21	Verrechnungskosten	18.075	17.182	+5,20
MGF	0	kalkulatorische Kosten	733.464	595.972	+23,07
Projekte	1	Gemeinkosten	3.811.831	4.295.249	-11,25
		Summe Verwaltungskosten	37.511.408	37.695.218	-0,49
		Transfers	19.162.900	13.712.524	+39,75
		Gesamtsumme	56.674.308	51.407.742	+10,24

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004828	2022	29.488.045	16.737.038	46.225.083
Wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen und erhalten / Regionale Strukturpolitik	2021	30.806.791	11.600.844	42.407.635

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77575	2022	2.811.851	14.207.000	17.018.851
Angelegenheiten der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH inkl. Business Location Center und der Partner für Berlin Gesellschaft für Standortmarketing mbH	2021	2.815.009	9.444.000	12.259.009

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	2.827	3.157
Kosten je ME in €	994,64	891,67
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	33,18	25,65
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	2.408.092,97	2.412.000,35
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung von Angelegenheiten des Unternehmens, insbesondere der Gremien sowie institutionelle Förderung. Unterstützung des BLC's bei der Aktualisierung von wirtschaftsbezogenen Informationen sowie der Weiterentwicklung der technischen Systeme und Vorrichtungen. Abstimmung und Controlling der Vermarktungsaktivitäten des Standortes Berlin.

Fachspezifische Informationen

Die bewilligte Zuwendung im Rahmen der institutionellen Förderung wurde im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 9.444.000 EUR abgerufen, im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 14.207 EUR (Transferkosten). In den Verwaltungskosten wird u.a. das Budget für das Hauptstadtmarketing (~ 2.400.000 EUR/Jahr) veranschlagt

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80101	2022	649.615	0	649.615
Einheitlicher Ansprechpartner Berlin	2021	601.535	0	601.535

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	8.019	6.670
Kosten je ME in €	81,01	90,19
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,27	1,26
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Informations- und Verfahrensbegleitung für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen bei Aufnahme und Ausübung von wirtschafts- und unternehmensbezogenen Vorhaben. Abwicklung von Verwaltungsverfahren über eine einheitliche Stelle i.S.d. §§ 71a-e VwVfG, Annahme von Anträgen, Koordination aller notwendigen Verfahren mit den zuständigen Behörden, Hilfestellung bei der Online-Abwicklung, Beratungs- und Informationsgeber im Bereich Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in reglementierten Berufen.

Fachspezifische Informationen

Bereits seit 2009 unterstützt der Einheitliche Ansprechpartner (EA) Berlin in- und ausländische Unternehmen sowie Gründer*innen erfolgreich bei der Aufnahme und Ausübung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten in Berlin. Mit seinem umfangreichen Onlineverfahrensangebot ermöglicht der EA den Dienstleister*innen zahlreiche Verwaltungsleistungen medienbruchfrei auf elektronischem Wege aus der Ferne zu erledigen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Den Dienstleister*innen bleibt der Gang zu und die Wartezeit bei den zuständigen Behörden erspart. Die zuständigen Stellen können die online eingereichten Vorgänge medienbruchfrei elektronisch in wesentlich kürzerer Zeit bearbeiten. Im elektronischen Antragsverfahren sind die einzelnen Verfahrensschritte mit englischen Hilfetexten versehen, was eine große Erleichterung für ausländische Unternehmen bei ihrer Ansiedlung in Berlin bedeutet.
Das Informationsportal des EA Berlin wird in 5 Sprachen angeboten. Durch die Nutzung des ePayment-Basisdienstes werden insbesondere die entsprechenden Gewerbemeldeverfahren wesentlich beschleunigt.
Seit 2016 ist der EA auch Anlaufstelle für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in reglementierten Berufen. Über das Portal können Antrage online gestellt werden, der EA übernimmt die Koordination des Verfahrens gemeinsam mit den zuständigen Anerkennungsbehörden. Über einen zentralen Online-Zugang besteht für viele Berufsgruppen somit die Möglichkeit, den bestehenden Service des EA für die Begleitung von Verfahren zur Anerkennung von Berufsqualifikationen zu nutzen.

Die Kosten für das IT-Fachverfahren werden erfasst auf dem Kostenträger. 80243 "Grundsatzangelegenheiten der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Land Berlin -M“

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80103	2022	1.923.895	208.210	2.132.105
Grundsatzangelegenheiten der Branchenpolitik	2021	2.195.766	203.620	2.399.386

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	21.099	20.244
Kosten je ME in €	91,18	108,47
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,16	5,02
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	114.666,67	515.000,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Wirtschafts- und betriebepolitische, branchenbezogene Grundsatzfragen

Fachspezifische Informationen
Behandlung/Lösung grundsätzlicher, struktureller Fragestellungen. Analyse der wirtschaftlichen Situation der Branchen, Entwicklung und Umsetzung von Strategien zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Berlins, Wahrnehmung Berliner Interessen gegenüber Bund und Ländern. Dialog mit den Stakeholdern.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80104	2022	20.351.964	2.301.828	22.653.792
Branchenberatung und Betreuung	2021	20.465.799	1.953.224	22.419.023

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	2.100	3.972
Kosten je ME in €	9.691,41	5.152,52
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	44,16	46,90
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	19.160.164,78	19.230.345,05
IST - Erträge in €	0,00	3.576,35
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,02

Beratung und Betreuung, umfassende Förderung, Erteilung von Zuwendungsbescheiden, Beteiligung an Planungsprozessen

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Fachspezifische Informationen

Ministerielle Aufgaben im Bereich der Branchenpolitik u.a. Förderung der Branchen, Sicherung der wirtschaftspolitischen Ziele des Senats. Beispielsweise werden auf diesem Kostenträger ein Großteil der Zuwendungen aus Titel 68316 "Förderung des Berlin-Marketing" sowie die Bewirtschaftung des Titels 68629 "Zuschüsse für besondere touristische Projekte" abgewickelt, u.a. um die Umsetzung des „Tourismuskonzeptes 2018+“ zu flankieren und zu gewährleisten.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80105	2022	423.606	20.000	443.606
Begleitung und Betreuung von Unternehmen im Rahmen des Programms Unternehmensservice in Berlin	2021	775.847	0	775.847

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	4.236	5.292
Kosten je ME in €	100,00	146,61
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,86	1,62
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	256.740,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen für Unternehmen, insbesondere für Unternehmen von landespolitischer Bedeutung und Unternehmen im Key-Account-Management von Berlin Partner

Fachspezifische Informationen

Der Unternehmensservice (US) bündelt die Wirtschaftsförderangebote des Landes Berlin (u.a. Standortberatung, Wissens- und Technologietransfer, Förderung/Finanzierung, Suche nach Fachkräften, Behörden – und Genehmigungsmanagement). Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe koordiniert den US und die Zusammenarbeit mit den Bezirken im US. Im Rahmen des US werden Unternehmensbesuche und ausgewählte weitere Unternehmenstermine der Leitung sowie Veranstaltungen vorbereitet. Weitere Aufgaben sind auch Steuerung des US und Vorbereitung der Leitung bei parlamentarischen Anfragen oder deren Beantwortung im Rahmen des US.
Der US hat in der Pandemie sein Beratungs- und Unterstützungsangebot um die wirtschaftsrelevanten Corona-Themen angepasst und erweitert

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004839	2022	3.316.786	1.753.662	5.070.448
Grundsatzangelegenheiten der Wirtschaftspolitik und des Mittelstandes	2021	3.745.534	1.644.145	5.389.679

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78286	2022	546.214	0	546.214
Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik	2021	534.740	0	534.740

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	4.099	4.027
Kosten je ME in €	133,26	132,79
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,06	1,12
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Erarbeitung und Begleitung von Themenfeldern von grundsätzlicher Bedeutung für die Ausrichtung und Steuerung der Wirtschaftspolitik; Beratungen und Stellungnahmen zu Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung auf Bundes- und Landesebene

Fachspezifische Informationen
Beratungen und Stellungnahmen zu Wirtschaftsentwicklung, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung; Mitwirkung und Koordinierung in Angelegenheiten der Raumordnung, Landesplanung und Stadtentwicklung; Konzeption und Beratung im Bereich Frauen und Wirtschaft; Mitwirkung und Abstimmung der Wirtschaftspolitik mit der Steuer- und Finanzpolitik; Berufliche Bildung; Selbstständige nichtdeutscher Herkunft; Mitwirkung und Abstimmung der Wirtschaftspolitik mit der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik; Mitwirkung im Themenfeld „Fachkräftesicherung für Berlin“, Konzeption und Umsetzung von Projekten „Nachhaltige Wirtschaft“

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79238	2022	1.031.852	1.038.247	2.070.099
Mittelstands- und Existenzgründungspolitik	2021	1.269.920	933.334	2.203.254

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	6.225	6.700
Kosten je ME in €	165,76	189,54
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,04	4,61
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	34.462,50
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Grundsatzangelegenheiten der Mittelstands-, Startup- und Existenzgründungspolitik, Existenzgründungsveranstaltungen, Existenzgründungsinformation, Flankierung besonderer Zielgruppen (Unternehmerinnen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Soziale Ökonomie), Schülerfirmen

Fachspezifische Informationen
Existenzgründungspolitik; Konzeptionen und Analysen; Vertretung des Landes im Bund-Länder-Ausschuss „Mittelstand“; Existenzgründungsveranstaltungen (z.B. deGUT; Seminarreihe für nicht-deutsche Gründerinnen und Gründer; Begleitung des Businessplan-Wettbewerbs Berlin-Brandenburg); Pflege des Gründungsportals www.gruenden-in-berlin.de; Projektförderung und Betreuung des Schülerfirmen-Projekts "JUNIOR" sowie der „Internationalen Schülerfirmenmesse“; Projekte im Bereich „Soziale Ökonomie“; Pflege und Weiterentwicklung des Startup-Portals www.startup-map.berlin; Informationen zu Startups und zum Startup Ökosystem in Berlin im Internet; Vergabe von Untersuchungen zum Startup Ökosystem in Berlin; Förderung und Unterstützung des wirtschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationsgeschichte (z.B. Lotsenstelle für migrantische Selbstständigkeit, Berliner Unternehmenspreis „Vielfalt unternimmt“, Gründungsbegleitung für Geflüchtete)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80243	2022	1.303.686	0	1.303.686
Grundsatzangelegenheiten der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Land Berlin	2021	1.484.649	0	1.484.649

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	6.820	6.668
Kosten je ME in €	191,16	222,65
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,54	3,11
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung von grundsätzlichen Angelegenheiten der am 28.12.2006 in Kraft getretenen "Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt" (EU-Dienstleistungsrichtlinie - EU- DLR) sowie der Richtlinie 2005/36/EG, geänd. d. Richtlinie 2013/55/EU (Berufsanerkennungsrichtlinie - BQRL)

Fachspezifische Informationen

Die Qualität und das Angebot der Onlineverfahrensabwicklungen über das Portal des EA Berlin konnte sowohl für die wirtschafts- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie, als auch für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Rahmen der Berufsanerkennungsrichtlinie in den Jahren 2021/22 Jahr erfolgreich konsolidiert und weiter ausgebaut werden.
Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen aus Berlin, aber auch aus dem In- und Ausland können über das Portal des EA Berlin ein breites Spektrum an Verwaltungsdienstleistungen medienbruchfrei online aus der Ferne abwickeln. Von „einfachen“ Gewerbemeldungen über verschiedene gewerberechtliche Erlaubnisse (z.B. für Immobilienmakler, Gaststätten) bei den Berliner Ordnungsämtern bis hin zu Anträgen auf allgemeine Beeidigungen von Dolmetschern und Ermächtigungen von Übersetzern beim Landgericht Berlin, ist die Antragstellung und Verfahrensabwicklung von inzwischen mehr als 65 Verfahren vollständig online möglich. Auch im Bereich der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen können Anträge für viele reglementierte Berufe, wie bspw. Ärzte, Gesundheitsberufe, Lehrer, Erzieher und Rechtsanwälte online beantragt werden. Im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bzw. der Single-Digital-Gateway Verordnung (Verordnung (EU) 2018/1724 über Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors (SDG-Verordnung) fungiert der EA Berlin als wichtiges Bindeglied zur Realisierung der europäischen Dienstleistungsfreiheit und steht als Hilfs- und Problemlösungsdienst für eine wirtschafts- und unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik in Berlin jedermann offen.
Auch aufgrund einer konsequenten Öffentlichkeitsarbeit mit umfangreichen Werbemaßnahmen, Anzeigenschaltungen sowie Messeteilnahmen blieb die kontinuierlich hohe Inanspruchnahme des EA weiterhin bestehen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung “Betriebe und Strukturpolitik” der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Die Abteilung „Betriebe und Strukturpolitik“ gliedert sich wie folgt:

Abteilung IV (Betriebe und Strukturpolitik) (Kapitel 1330)

Liegenschaften, Zukunftsorte, Gewerbeflächenentwicklung
Unternehmensbeteiligungen, Anstalten öffentlichen Rechts
Europäische Strukturfondsförderung
Regionale Strukturpolitik, Wirtschaftsförderung

B. Gender Budgeting

Der Anteil der Titel bzw. Erläuterungsnummern im Kapitel 1330, die mit Ausführungen zum Gender Budgeting versehen sind, ist mit 26 Ausführungen auf dem Stand des Haushaltsplans 2022/2023 geblieben. Die Vorgaben des Aufstellungsrundschreibens 2024/2025 wurden beachtet. Zu einigen Titeln, bei denen keine Daten erhoben bzw. keine Zielgruppen oder Zielsetzungen benannt werden können, sind auf den Einzelfall bezogen entsprechende Ausführungen in die jeweilige Gender-Budgeting-Erläuterung aufgenommen worden.

Aufgrund der Vielzahl der nun vorliegenden Gender Budgeting-Erläuterungen wird auf weitere Ausführungen zu einzelnen Titeln bzw. Teilansätzen an dieser Stelle verzichtet und auf die geschlechtsspezifischen Daten und Ausführungen bei den Erläuterungen der jeweiligen Titel und Teilansätze verwiesen.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Die nachfolgenden Daten wurden, um Verfälschungen des durchschnittlichen Haushaltsbruttos durch die Personalfluktuation zu vermeiden, um die Fälle bereinigt, bei denen wegen unterjährigen Ausscheidens oder Neueinstellung kein volles Jahreseinkommen gezahlt wurde.

Durchschnittseinkommen pro Jahr in €	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
VZÄ	7,8	9,9	7,8	9,9	7,5	8,9
Absoluter Anteil	8	10	8	10	8	9
Relativer Anteil	44 %	56 %	44 %	56 %	47 %	53 %
Haushaltsbrutto	745.152	892.458	756.271	919.613	749.085	830.582
Durchschnittliches Haushaltsbrutto	95.532	90.147	96.958	92.890	99.878	93.324
Mitarbeitende						
VZÄ	49,7	21	45,8	17,5	50,8	18,7
Absoluter Anteil	53	21	50	18	55	19
Relativer Anteil	72 %	28 %	74 %	26 %	74 %	26 %
Haushaltsbrutto	2.877.680	1.220.462	2.885.409	1.186.100	3.320.917	1.187.736
Durchschnittliches Haushaltsbrutto	57.901	58.117	63.000	67.777	65.372	63.515

Das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen weiblicher **Führungskräfte** ist im Vergleich zu 2020 um rd. 4.350 € und bei den männlichen Führungskräften um rd. 3.180 € gestiegen. Der Einkommensvorsprung weiblicher Führungskräfte lag 2020 bei rund 5.390 € und hat sich in 2022 weiter auf 6.550 € erhöht.

Der um rd. 1.170 € höhere Einkommenszuwachs und damit gestiegene Einkommensabstand bei den weiblichen Führungskräften beruht darauf, dass die Abteilungs- und nahezu alle Referatsleitungen mit Frauen besetzt sind.

Das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen der weiblichen **Mitarbeitenden** hat sich im Vergleich zu 2020 um rd. 7.480 € erhöht, während es bei den männlichen Mitarbeitenden um rd. 5.400 € gestiegen ist. In 2020 hatten die weiblichen Beschäftigten noch ein um rund 220 € geringeres Durchschnittseinkommen als die männlichen Beschäftigten. Dies hat sich durch den höheren Einkommenszuwachs soweit verändert, dass das Durchschnittseinkommen der weiblichen Mitarbeitenden nun rd. 1.900 € über dem der männlichen Beschäftigten liegt.

Diese Veränderungen ergeben sich daraus, dass viele jüngere weibliche Mitarbeitende in 2021 und 2022 die nächste Erfahrungsstufe erreicht haben und die jährlichen Leistungsprämien in 2022 mit einer Ausnahme weiblichen Beschäftigten gezahlt wurden.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**680**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**73,45**

Verwaltungsgebühren nach dem Gebührengesetz für das Land Berlin in Verbindung mit der Verwaltungsgebührenordnung.

11201	**680**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**			**—**	**1.600,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

11921	**680**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**2.000.000**	**2.000.000**	**2.000.000**	**1.652.895,01**

Rückzahlungen von Zuwendungen aus vergangenen Haushaltsjahren einschließlich Zinsen aufgrund von geprüften Verwendungsnachweisen, insbesondere im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und für Maßnahmen der betrieblichen Qualifizierung, sowie für die Programme „Berliner Startup Stipendium“ und GründungsBONUS – „Unterstützung der Aufbauphase von Existenzgründungen und Startups“.

11934	**680**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**259.000**	**259.000**	**261.000**	**92.778.231,36**

Rückzahlungen	2024	2025
1. von Meistergründungsprämien (2023: 60.000 €)	58.000 €	58.000 €
2. von Landesmitteln aus GRW-Maßnahmen (2023: 200.000 €)	200.000 €	200.000 €
3. aus dem Programm Soforthilfe II (2023: 1.000 €)	1.000 €	1.000 €
Summe:	259.000 €	259.000 €

11961	**680**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**7.125.000**	**9.900.000**	**1.700.000**	**—**

Grundstücke und Gebäude des Landes Berlin werden im Rahmen eines Betriebes gewerblicher Art an die Messe Berlin verpachtet. Aufgrund der daraus resultierenden Umsatzsteuerpflicht entstehen angesichts der die Einnahmen übersteigenden Ausgaben Vorsteuerguthaben.

Mehr aufgrund der geplanten Ausgaben insbesondere im Rahmen des Masterplans Messe.

12126	**644**	**Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts** Siehe Maßnahmegruppe 04				
12410	**680**	**Pachtzahlungen der Messe Berlin**	**1.190.000**	**1.190.000**	**1.190.000**	**3.257.498,79**

Für die verpachteten Grundstücke und baulichen Anlagen entrichtet die Messe Berlin entsprechend dem mit ihr geschlossenen Pachtvertrag einen Pachtzins, dessen Höhe nach den Besonderheiten des Pachtobjekts und dem Gesamtinteresse Berlins ausnahmsweise unter Wert vereinbart ist.

12411 (neu)	**680**	**Pachtzahlungen Buchholz Nord**	**1.000**	**1.000**		

Mit der geplanten Zusammenführung landeseigener Flächen innerhalb des Gewerbegebietes Buchholz im Vermögen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe ab 2024 sind auch die bestehenden Pachtverträge zu übernehmen. Es wird nur ein Merkansatz vorgesehen, da die Höhe des Pachtzinses derzeit noch nicht prognostiziert werden kann (vgl. Titel 51701).

13402	**680**	**Einnahmen aus der Auflösung des Fonds zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Der Fonds zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen ist aufgelöst worden. Rückflüsse aus ausgereichten Darlehen und Beteiligungen werden bei diesem Titel vereinnahmt.

13403	**680**	**Einnahmen im Zusammenhang mit dem Liquiditätsfonds**	**250.000**	**250.000**	**250.000**	**67.775,79**

Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten notleidender Engagements (vgl. Titel 67140).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
14101	**680**	**Bürgschaftsentgelte**			**75.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Es sind im Rahmen der Durchführung des Programms „Bürgschaftsförderprogramm für Sozialunternehmen“ keine Bürgschaftsentgelte zu erwarten (vgl. Titel 87106).

14102	**680**	**Rückzahlungen nach Bürgschaftsinanspruchnahmen**	**70.000**	**110.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlung von Beträgen in Fällen, in denen Berlin aus übernommenen Bürgschaften in Anspruch genommen worden ist (vgl. Erläuterung zum Titel 87106).

Mehr, weil nach dem Start des Programms im Juni 2022 sukzessiv mit mehr Einnahmen aus Rückzahlungen in den kommenden Jahren zu rechnen ist.

16210	**680**	**Zinsen**	**13.520.000**	**13.520.000**	**106.000**	**121.207,96**

Zinsleistungen	2024	2025
1. aus der Zinsmarge beim Liquiditätsfonds II (2023: 100.000 €)	13.500.000 €	13.500.000 €
2. die im Zusammenhang mit Rückzahlungen von nicht verbrauchten Mitteln und Rückforderungen im Ergebnis von Verwendungsnachweisprüfungen bei kommunalen Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ stehen (2023: 6.000 €)	20.000 €	20.000 €
Summe:	13.520.000 €	13.520.000 €

Zu 1.: Mehr, weil seit 2022 hier auch Einnahmen aus den Darlehen der Corona-Soforthilfe I (Liquiditätshilfe) nachgewiesen werden (vgl. Titel 67140, Nr. 2).

Zu 2.: Mehr unter Berücksichtigung der Einnahmen

18210	**680**	**Tilgungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**23.144,57**

Erwartete Tilgungsrückflüsse aus Existenzgründungsdarlehen aufgrund geschlossener Darlehensverträge.

23107	**692**	**Zuweisungen des Bundes zur Soforthilfe**			**—**	**916.500.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

26109	**680**	**Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Sofern im Ausnahmefall Haushaltsmittel für die Bauvorbereitung in Anspruch genommen werden, sind die Bauvorbereitungsmittel aus dem Ansatz der Baumaßnahme (hier: Sanierung des ICC, Kapitel 1330, Titel 89123) zu erstatten.

27102	**680**	**Ersatz von Ausgaben durch die EU**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Bei diesem Titel werden Erstattungen der EU, die mit abgelaufenen Förderperioden zusammenhängen, nachgewiesen. Zurückzuzahlende Beträge, die das Land Berlin von der EU zu viel erhalten hat, werden aus der Einnahme geleistet.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27292	**253**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**4.184.000**	**4.148.000**	**4.127.000**	**2.230.393,11**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42892, 54692 und 68392..

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF+) erhält das Land Berlin für 2024 und 2025 folgende Mittel nach dem Operationellen Programm für die Förderperiode 2021-2027 (n+2-Regel):

	Programm/Maßnahme		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
	1		2	3	4
1.	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus ESF-Mitteln	a) b) c)	1.000 91.200 95.000	42892	42811
2.	Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung der Förderung durch den ESF+	a) b) c)	40.000 64.000 44.000	54692	54602
3.	Dienstreisen	a) b) c)	1.800 1.333 1.333	54692	52703
4.	Informationen über EU- und Landesförderprogramme (PR-Arbeit) für den ESF+	a) b) c)	0 26.800 26.800	54692	53101
5.	Aus-, Fortbildung und Schulungen, Bewirtungskosten, Begleitausschüsse, Projekte der Steuerungsrunde der TH, Europa-Austausch, sonstige Projekte und Veranstaltungen des ESF+	a) b) c)	800 3.800 3.800	54692	52501, 54053
6.	IT- gestütztes Begleitsystem für den ESF+	a) b) c)	273.200 250.500 230.900	54692	51185
7.	Zentrales Fördermanagement für den ESF+	a) b) c)	557.900 0 0	54692	54602
8.	Programmpartnerschaft für den ESF+	a) b) c)	2.000 2.000 2.000	54692	54602
9.	Zuschüsse Berliner Startup Stipendium	a) b) c)	2.500.000 3.000.000 3.000.000	68392	68368
10.	Vorschusszahlungen für die Förderperiode 2021 - 2027 (ESF+)	a) b) c)	750.000 743.500 743.500	-	-
Summe 2023: Summe 2023 rd.:			4.126.700 4.127.000		
Summe 2024: Summe 2024 rd.:			4.183.133 4.184.000		
Summe 2025: Summe 2025 rd.:			4.147.533 4.148.000		

Die Mittel werden von der EU aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.
Zurückzuzahlende Beträge, die das Land Berlin von der EU zu viel erhalten hat, werden aus der Einnahme geleistet.

Auf der Grundlage der ESF - Förderprogrammatik sind in den nachstehenden Kapiteln Einnahmen (Erstattung) und Ausgaben veranschlagt:

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Einnahmen

		2024	2025
Kapitel 0710	Titel 27292	2.000.000 €	2.000.000 €
Kapitel 0810	Titel 27292	1.105.000 €	1.110.000 €
Kapitel 0920	Titel 27292	1.800.000 €	1.800.000 €
Kapitel 1010	Titel 27292	1.666.000 €	1.666.000 €
Kapitel 1011	Titel 27292	4.507.000 €	4.507.000 €
Kapitel 1042	Titel 27292	1.439.000 €	1.452.000 €
Kapitel 1120	Titel 27292	571.000 €	588.000 €
Kapitel 1140	Titel 27292	5.640.000 €	5.833.000 €
Kapitel 1150	Titel 27292	200.000 €	1.756.000 €
Kapitel 1180	Titel 27292	1.429.000 €	1.429.000 €
Kapitel 1300	Titel 27292	334.000 €	335.000 €
Kapitel 1330	Titel 27292	4.184.000 €	4.148.000 €
	Summe:	24.875.000 €	26.624.000 €

Ausgaben

			2024	2025
Kapitel 0710	Titel 68492	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	2.000.000 €	2.000.000 €
Kapitel 0810	Titel 68692	Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	1.105.000 €	1.110.000 €
Kapitel 0920	Titel 68492	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	1.800.000 €	1.800.000 €
Kapitel 1010	Titel 68692	Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	1.666.000 €	1.666.000 €
Kapitel 1011	Titel 68692	Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	4.507.000 €	4.507.000 €
Kapitel 1042	Titel 68692	Sonstige Zuschüsse aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	1.439.000 €	1.452.000 €
Kapitel 1120	Titel 68492	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	571.000 €	588.000 €
Kapitel 1140	Titel 68392	Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	2.207.000 €	2.400.000 €
Kapitel 1140	Titel 68492	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	3.433.000 €	3.433.000 €
Kapitel 1150	Titel 68492	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	200.000 €	1.756.000 €
Kapitel 1180	Titel 684992	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	1.429.000 €	1.429.000 €
Kapitel 1300	Titel 42892	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	33.400 €	34.300 €
Kapitel 1300	Titel 54692	Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	300.000 €	300.000 €
Kapitel 1330	Titel 42892	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	91.200 €	95.000 €
Kapitel 1330	Titel 54692	Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	349.000 €	309.000 €
Kapitel 1330	Titel 68392	Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	3.000.000 €	3.000.000 €
		Summe:	24.130.600 €	25.879.300 €
		Summe rd.:	24.131.000 €	25.880.000 €

Den Einnahmen stehen keinen direkten Ausgaben gegenüber, da die Mittel zentral im Land Berlin im Wege der Haushaltswirtschaft verrechnet werden

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27295	**680**	**Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**6.257.000**	**10.241.878,11**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Auslaufen der Strukturfondsperiode 2014 - 2020 werden bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt. Die ESF-Mittel der neuen Strukturfondsperiode 2021 - 2027 werden bei dem Titel 27292 nachgewiesen.

27296	**680**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**			**1.455.000**	**26.653.096,95**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Auslaufen der Strukturfondsperiode 2014 - 2020 werden bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt. Die EFRE-Mittel der neuen Strukturfondsperiode 2021 - 2027 werden bei dem Titel 27297 nachgewiesen.

27297	**680**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**22.993.000**	**23.009.000**	**12.196.000**	**6.800.385,92**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42897, 54697, 68397, 68697 und 69897.

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erhält das Land Berlin für 2024 und 2025 folgende Mittel nach dem Operationellen Programm für die Förderperiode 2021-2027 (n+2-Regel):

	Programm/Maßnahme		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
	1		2	3	4
1.	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitten	a) b) c)	1.000 346.000 374.000	42897	42811
2.	Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung der Förderung durch den EFRE	a) b) c)	95.000 144.000 122.000	54697	54602
3.	Dienstreisen	a) b) c)	800 1.533 1.533	54697	52703
4.	Aus-, Fortbildung und Schulungen, Bewirtungskosten, Begleitausschüsse, Projekte der Steuerungsrunde der TH, Europa-Austausch, sonstige Projekte und Veranstaltungen des EFRE	a) b) c)	800 12.800 12.800	54697	52501, 54053
5.	IT- gestütztes Begleitsystem für den EFRE	a) b) c)	238.000 368.000 278.000	54697	51185
6.	Informationen über EU-und Landesförderprogramme (PR-Arbeit) für den EFRE	a) b) c)	0 34.000 34.000	54697	53101
7.	Kontrollen der Verwaltungsbehörde	a) b) c)	0 20.000 20.000	54697	54602
8.	Programmpartnerschaft für den EFRE	a) b) c)	0 12.000 12.000	54697	54602

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Programm/Maßnahme		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
1			2	3	4
9.	Meistergründungsprämie	a) b) c)	480.000 480.000 480.000	68397	68350
10.	WdM - „Wirtschaftsdienliche Maßnahmen im Rahmen bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit“ –Durchführung des Programms-	a) b) c)	250.000 650.000 750.000	68697	*)
11.	KMU-Fonds IV	a) b) c)	8.130.000 16.000.000 16.000.000	69897	**)
12.	WdM - „Wirtschaftsdienliche Maßnahmen im Rahmen bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit“ - Begleitende Prüfungen bei der Umsetzung der WDM durch einen externen Dienstleister	a) b) c)	0 4.000 4.000	54697	54010
13.	Fonds für innovative Geschäftsmodelle (MBG)	a) b) c)	0 1.520.000 1.520.000	69897	***)
14.	Vorschusszahlungen für die Förderperiode 2021 - 2027 (EFRE)	a) b) c)	3.000.000 3.400.200 3.400.200	-	-
Summe 2023: Summe 2023 rd.:			12.195.600 12.196.000		
Summe 2024: Summe 2024 rd.:			22.992.533 22.993.000		
Summe 2025: Summe 2025 rd.:			23.008.533 23.009.000		

*) Die Landesmittel für das Programm sind in den jeweiligen Bezirksplänen bzw. Einzelplänen der Hauptverwaltung veranschlagt. In Abhängigkeit von den Projektinhalten ist auch eine Förderung im Rahmen des GRW-Förderprogramms - Regionalbudget - möglich. Zur Kofinanzierung der EFRE-Mittel werden für eine Vielzahl von Projekten neben öffentlichen Mitteln zusätzlich private Mittel eingesetzt.

**) Die Kofinanzierung erfolgt durch die Investitionsbank Berlin.

***) Die Kofinanzierung erfolgt aus dem Kapital der Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG).

Die Mittel werden von der EU aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.
Zurückzuzahlende Beträge, die das Land Berlin von der EU zu viel erhalten hat, werden aus der Einnahme geleistet.

Auf der Grundlage der EFRE - Förderprogrammatik sind in den nachstehenden Kapiteln Einnahmen (Erstattung) und Ausgaben veranschlagt:

Einnahmen

		2024	2025
Kapitel 0710	Titel 27297	769.000 €	925.000 €
Kapitel 0710	Titel 34697	28.840.000 €	30.900.000 €
Kapitel 0810	Titel 27297	7.042.000 €	7.042.000 €
Kapitel 0940	Titel 27297	3.400.000 €	4.800.000 €
Kapitel 1150	Titel 27297	900.000 €	900.000 €
Kapitel 1240	Titel 34697	4.725.000 €	8.775.000 €
Kapitel 1300	Titel 27297	953.000 €	874.000 €
Kapitel 1320	Titel 27297	4.204.000 €	5.092.000 €
Kapitel 1330	Titel 27297	22.993.000 €	23.009.000 €
Kapitel 1350	Titel 27297	22.242.000 €	28.888.000 €
	Summe:	96.068.000 €	111.205.000 €

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Ausgaben

			2024	2025
Kapitel 0710	Titel 54697	Sonstige Verwaltungsausgaben aus dem EFRE (Förderperiode 2021-2027)	769.000 €	925.000 €
Kapitel 0710	Titel 88304	Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung – BENE -	12.258.000 €	13.133.000 €
Kapitel 0710	Titel 89219	Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung – BENE -I	12.257.000 €	13.133.000 €
Kapitel 0810	Titel 42897	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	142.000 €	142.000 €
Kapitel 0810	Titel 54697	Sonstige Verwaltungsausgaben aus dem EFRE (Förderperiode 2021-2027)	2.000 €	2.000 €
Kapitel 0810	Titel 68697	Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	6.900.000 €	6.900.000 €
Kapitel 0940	Titel 68597	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	3.400.000 €	4.800.000 €
Kapitel 1150	Titel 68497	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus EFRE-Mitteln	900.000 €	900.000 €
Kapitel 1240	Titel 89375	Europa im Quartier	4.725.000 €	8.775.000 €
Kapitel 1300	Titel 42897	Entgelte der Tarifbeschäftigen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	92.000 €	96.000 €
Kapitel 1300	Titel 54697	Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	861.000 €	778.000 €
Kapitel 1320	Titel 54697	Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	604.000 €	696.000 €
Kapitel 1320	Titel 68397	Zuschüsse an private Unternehmen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	2.128.000 €	2.188.000 €
Kapitel 1320	Titel 69897	Zuführung an Fonds aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	1.472.000 €	2.208.000 €
Kapitel 1330	Titel 42897	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	346.000 €	374.000 €
Kapitel 1330	Titel 54697	Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	597.000 €	485.000 €
Kapitel 1330	Titel 68397	Zuschüsse an private Unternehmen aus dem EFRE	480.000 €	480.000 €
Kapitel 1330	Titel 68697	Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	650.000 €	750.000 €
Kapitel 1330	Titel 69897	Zuführung an Fonds aus EFRE-Mittel (Förderperiode 2021-2027)	17.520.000 €	17.520.000 €
Kapitel 1350	Titel 54697	Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	296.000 €	276.000 €
Kapitel 1350	Titel 68397	Zuschüsse an private Unternehmen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)	18.476.000 €	23.684.000 €
Kapitel 1350	Titel 69897	Zuführung an Fonds aus EFRE-Mittel (Förderperiode 2021-2027)	3.470.000 €	4.928.000 €
		Summe:	88.336.000 €	103.173.000 €

Den Einnahmen stehen keine direkten Ausgaben gegenüber, da die Mittel zentral im Land Berlin im Wege der Haushaltswirtschaft verrechnet werden.

33190	**680**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
33191	**692**	**Zuweisungen des Bundes zur Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**				

Siehe Maßnahmegruppe 03

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"**				

Der Bund wirkt nach Art. 91 a Grundgesetz (GG) bei der Erfüllung von Aufgaben der Länder mit, wenn diese Aufgaben für die Gesamtheit bedeutsam sind und die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist (Gemeinschaftsaufgaben). Hieraus ist die besondere Notwendigkeit der Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sowohl im Bereich der unternehmensbezogenen Investitionsförderung als auch auf dem Gebiet der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur abzuleiten.

Daneben ist es für Berlin zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen unerlässlich, weitere wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu finanzieren, die den Strukturwandel wirksam unterstützen. Schwerpunkte der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur sind die Errichtung und der Ausbau von Einrichtungen der beruflichen Bildung, die Erschließung, der Ausbau und die Revitalisierung von Industrie- und Gewerbegelände, die Anbindung von Gewerbebetrieben an das überregionale Netz durch die Errichtung und den Ausbau von Verkehrsverbindungen und die Errichtung oder den Ausbau von Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen, die Errichtung oder der Ausbau von Gewerbezentren sowie die Errichtung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen des Tourismus und Geländeerschließung für den Tourismus.

33191	**692**	**Zuweisungen des Bundes zur Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**	**100.000.000**	**100.000.000**	**87.500.000**	**104.531.968,00**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 88306, 88307, 89231 und 89232 sowie bei Titel 42890..

		2024	2025
1330/42890	(Personalausgaben der GRW-kofinanzierten Aufgabengebiete)	280.000 €	291.000 €
1330/88306	(Infrastrukturmaßnahmen der Bezirke im Rahmen der GRW)	5.000.000 €	5.000.000 €
1330/88307	(Infrastrukturmaßnahmen der Hauptverwaltungen im Rahmen der GRW) .	40.970.000 €	40.959.000 €
1330/89231	(Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft)	43.750.000 €	43.750.000 €
1330/89232	(Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur - private Träger)	10.000.000 €	10.000.000 €
	Summe:	100.000.000 €	100.000.000 €

Nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) beteiligt sich der Bund mit 50 v. H. an den Ausgaben der nach dem Koordinierungsrahmen der GRW geförderten Vorhaben (Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur) (vgl. auch Erläuterungen zu den Titeln 88306, 88307, 89231 und 89232).

Nach dem Koordinierungsrahmen der GRW sind für Berlin Bundesmittel jeweils in Höhe von 100.000.000 € für die Jahre 2024 und 2025 vorgesehen.

Summe Maßnahmegruppe 03	**100.000.000**	**100.000.000**	**87.500.000**	**104.531.968,00**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 04		**Anstalten des öffentlichen Rechts**				

In dieser Maßnahmegruppe sind die von den Berliner Wasserbetrieben vorgesehenen Gewinnabführungen an das Land Berlin veranschlagt.

12126	**644**	**Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts**	**107.300.000**	**80.500.000**	**143.000.000**	**117.334.663,57**

Gewinnablieferungen der Berliner Wasserbetriebe (BWB). Gemäß § 3 Abs. 2 Berliner Betriebe-Gesetz (BerlBG) sind die Anstalten verpflichtet, ihren Bilanzgewinn an das Land Berlin abzuführen.

Summe Maßnahmegruppe 04	**107.300.000**	**80.500.000**	**143.000.000**	**117.334.663,57**
Gesamteinnahmen	**258.906.000**	**234.901.000**	**260.133.000**	**1.282.194.812,59**
Prozentuale Veränderung	**-0,5 %**	**-9,3 %**		

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.823.000**	**1.896.000**	**1.789.000**	**1.588.474,15**
42701	**011**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**011**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.141.000**	**3.266.000**	**3.873.000**	**2.902.155,21**
42811	**011**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.057.000**	**2.156.000**	**971.000**	**1.160.084,69**

Die Finanzierung von Personalausgaben der GRW-konfinanzierten Aufgabengebiete erfolgt zu 90 % aus GRW-Mitteln (50 % Landesmittel und 50% Bundesmittel). Dementsprechend werden beim Titel 42811 neben dem zehnprozentigen Eigenmittelanteil auch die anteiligen GRW-Landesmittel nachgewiesen (vgl. Titel 42890).

Die im Ansatz anteilig enthaltenen Personalausgaben der GRW-finanzierten Aufgabengebiete sind mit den Ausgaben beim Titel 88307 gegenseitig deckungsfähig. Die übrigen Personalausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben der Hauptgruppe 4.

42890	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**280.000**	**291.000**	**531.000**	**472.560,15**

Die Finanzierung von Personalausgaben der GRW-kofinanzierten Aufgabengebiete erfolgt zu 90 % aus GRW-Mitteln (50 % Landesmittel und 50% Bundesmittel). Dementsprechend werden beim Titel 42890 die anteiligen GRW-Bundesmittel nachgewiesen (vgl. Titel 42811).

42892	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**91.200**	**95.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die ESF-Ausgaben sind mit anderen ESF-Ausgaben der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

42895	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**98.700**	**128.919,71**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Auslaufen der Strukturfondsperiode 2014 - 2020 werden bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt. Die ESF-Mittel der neuen Strukturfondsperiode 2021 - 2027 werden bei dem Titel 42892 nachgewiesen.

42896	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**441.000**	**425.521,50**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Auslaufen der Strukturfondsperiode 2014 - 2020 werden bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt. Die EFRE-Mittel der neuen Strukturfondsperiode 2021 - 2027 werden bei dem Titel 42897 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42897	**011**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**346.000**	**374.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben der Förderperiode 2021 - 2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**181.000**	**186.000**	**118.000**	**170.073,71**
51101	**680**	**Geschäftsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51140	**680**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erweiterungs- und Ersatzbeschaffungen von Büromaschinen, Büromöbeln und technischen Ausrüstungen.

51185	**680**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**680**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**5.500.000**	**5.500.000**	**5.000.000**	**4.998.600,23**

Ausgaben für

	2024	2025
1. Bewirtschaftungsausgaben der Messe Berlin GmbH (2023: 5.000.000 €)	5.000.000 €	5.000.000 €
2. Bewirtschaftungsausgaben der WISTA GmbH für das Gewerbegebiet Buchholz Nord (2023: 0 €)	500.000 €	500.000 €
Summe:	5.500.000 €	5.500.000 €

Zu 1.: Grundsteuer für die im Rahmen eines Betriebes gewerblicher Art verwalteten Grundstücke und Gebäude des Berliner Messegeländes.

Zu 2.: Mit der geplanten Zusammenführung landeseigener Flächen innerhalb des Gewerbegebietes Buchholz Nord im Vermögen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sind Bewirtschaftungsausgaben (wie z. B. Straßenreinigung, Grundsteuer und Winterdienst) verbunden. Die Bewirtschaftung soll die WISTA Management GmbH auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages übernehmen (vgl. Titel 54010, Nr. 11).

52136	**649**	**Anteil an der Straßenreinigung** Siehe Maßnahmegruppe 04	

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**680**	**Aus- und Fortbildung**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**388,40**

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung		Landesmittel ohne Kofinanzierung		Landesmittel Summe		EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
1.	Für die Teilnahme an Seminaren, Vorträgen, Fachtagungen und Sonderlehrgängen	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	600 600 600	a) b) c)	600 600 600	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	600 600 600
2.	Für Fortbildungen zur qualifizierten Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Finanzkontrolle durch die Bescheinigungsbehörde	a) b) c)	2.400 2.400 2.400	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	2.400 2.400 2.400	a) b) c)	2.400 1.600 1.600	a) b) c)	4.800 4.000 4.000
Summen 2023:			2.400		600		3.000		2.400		5.400
Summen 2024:			2.400		600		3.000		1.600		4.600
Summen 2025:			2.400		600		3.000		1.600		4.600

Die EU-Mittel zur Nr. 2 setzen sich hälftig aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF+) zusammen. Für die Förderperiode 2021-2027 werden ab 2024 die EFRE- Mittel beim Titel 54697 und die ESF-Mittel beim Titel 54692 veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Fortbildungen wird auf die Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan verwiesen.

52601	**680**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Gerichts- und Anwaltskosten in Verwaltungsstreitverfahren.

Angaben zum Gender Budget:

Es wird nur dann eine Anwältin oder ein Anwalt beauftragt, wenn es sich um eine besonders schwierige und spezielle Rechtsmaterie handelt, für die hausintern keine Expertise vorhanden ist. In diesen Fällen stehen auf dem freien Markt erfahrungsgemäß nur begrenzt Anwältinnen und Anwälte zur Verfügung, die über die passenden Spezialkenntnisse verfügen. Daher erfolgt die Auswahl für die Mandatierung von Prozessvertretungen vor Gericht nach der fachlichen Sachkenntnis.

52609	**680**	**Thematische Untersuchungen**	**150.000**	**150.000**	**150.000**	**18.110,26**

Die Ausgaben sind für die Erarbeitung von Konzepten und Machbarkeitsstudien sowie Bestandsaufnahmen und Beauftragungen von Expertisen zur Entwicklung von Gewerbeflächen im Land Berlin vorgesehen.

52610	**680**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben im Zusammenhang mit Gutachten.

Angaben zum Gender Budget:

Bei Gutachtenaufträgen stehen grundsätzlich fachspezifische Fragestellungen im Vordergrund. Vor Erstellung der Leistungsbeschreibung für das jeweilige Gutachten wird u. a. auch geprüft, ob geeignete genderrelevante Aspekte von Belang sind und deshalb in das Gutachten einfließen sollten.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**680**	**Dienstreisen**	**7.000**	**7.000**	**10.000**	**819,12**

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung	Landesmittel ohne Kofinanzierung	Landesmittel Summe	EU-Mittel	Summe der EU- und Landesmittel
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Dienstreisekosten für allgemeine Zwecke auf der Grundlage des Reise-kostenrechts	a) 0 b) 0 c) 0	a) 2.000 b) 2.500 c) 2.500	a) 2.000 b) 2.500 c) 2.500	a) 0 b) 0 c) 0	a) 2.000 b) 2.500 c) 2.500
2.	Dienstreisekosten der Bescheinigungsbehörde sowie der ESF und EFRE - Verwaltungsbehörden	a) 8.000 b) 3.800 c) 3.800	a) 0 b) 0 c) 0	a) 8.000 b) 3.800 c) 3.800	a) 5.600 b) 2.866 c) 2.866	a) 13.600 b) 6.666 c) 6.666
Summen 2023:		8.000	2.000	10.000	5.600	15.600
Summen 2024: Summen 2024 rd.:		3.800 4.000	2.500 3.000	6.300 7.000	2.866 3.000	9.166 10.000
Summen 2025: Summen 2025 rd.:		3.800 4.000	2.500 3.000	6.300 7.000	2.866 3.000	9.166 10.000

Die EU-Mittel zur Nr. 2 setzen sich hälftig aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF+) zusammen. Für die Förderperiode 2021 - 2027 werden ab 2024 die EFRE- Mittel beim Titel 54697 und die ESF-Mittel beim Titel 54692 veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Dienstreisen wird auf die Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan verwiesen.

52906	**680**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**3.000**	**3.000**	**4.000**	**275,60**

Für Repräsentationsverpflichtungen der Abteilung.

53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**92.000**	**92.000**	**78.000**	**83.992,18**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE-Plan 2023	50.000	50.000	200.000

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung Zielgebiet 2	EU-Mittel Zielgebiet 2	Summe der EU- und Landesmittel
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Informationen über EU- und Landesförderprogramme (PR- Arbeit, EFRE-Kofinanzierung)	a) 45.000 b) 51.000 c) 51.000	a) 45.000 b) 34.000 c) 34.000	a) 80.000 b) 85.000 c) 85.000
2.	Informationen über EU- und Landesförderprogramme (PR- Arbeit, ESF-Kofinanzierung)	a) 33.000 b) 40.200 c) 40.200	a) 31.000 b) 26.800 c) 26.800	a) 64.000 b) 67.000 c) 67.000
Summen 2023:		78.000	76.000	154.000
Summen 2024: Summen 2024 rd.:		91.200 92.000	60.800 61.000	152.000 152.000
Summen 2025: Summen 2025 rd.:		91.200 92.000	60.800 61.000	152.000 152.000

Die EU-Mittel werden im Rahmen der Förderperiode 2021 - 2027 für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Nr. 1 beim Titel 54697 und für den Europäischen Sozialfonds (ESF+) zur Nr. 2 beim Titel 54692 veranschlagt.

54010	**680**	**Dienstleistungen**	**54.888.000**	**47.465.000**	**17.223.000**	**28.155.430,00**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 409.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 200.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**1.630.000**	**800.000**
Davon fällig 2025	**1.295.000**	
Davon fällig 2026	**145.000**	**800.000**
Davon fällig 2027	**145.000**	**—**
Davon fällig 2028	**45.000**	**—**

Programm/Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung	Landesmittel Ohne Kofinanzierung	Landesmittel Summe	EU-Mittel	Summe der EU- und Landesmittel
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Prüfung der BSR – Stadtabrechnung nach § 7 Straßenreinigungsgesetz (StrReinG)	a) 0 b) 0 c) 0	a) 60.000 b) 60.000 c) 60.000	a) 60.000 b) 60.000 c) 60.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 60.000 b) 60.000 c) 60.000
2.	WdM - "Wirtschaftsdienliche Maßnahmen im Rahmen bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit" - Begleitende Prüfungen bei der Umsetzung der WDM durch einen externen Dienstleister	a) 15.000 b) 6.000 c) 6.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 15.000 b) 6.000 c) 6.000	a) 15.000 b) 4.000 c) 4.000	a) 30.000 b) 10.000 c) 10.000
3.	Begleitende Prüfungen bei der Umsetzung der GRW durch einen externen Dienstleister	a) 0 b) 0 c) 0	a) 45.000 b) 45.000 c) 45.000	a) 45.000 b) 45.000 c) 45.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 45.000 b) 45.000 c) 45.000

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

	Programm/Maßnahme	Landesmittel						EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
		zur Kofinanzierung		Ohne Kofinanzierung		Summe					
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
4.	Bericht über die Ermittlung des Zinssatzes zur kalkulatorischen Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) und der Berliner Wasserbetriebe (BWB) gemäß § 16 Abs. 9 BerlBG	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	8.000 8.000 8.000	a) b) c)	8.000 8.000 8.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	8.000 8.000 8.000
5.	Dienstleistungen im Rahmen von Maßnahmen der betrieblichen Qualifizierung, Berliner Startup Stipendium (siehe Titel 68368/68392)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	20.000 20.000 20.000	a) b) c)	20.000 20.000 20.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	20.000 20.000 20.000
6.	Durchführungskosten für das Förderprogramms „GründungsBONUS“ (siehe Titel 89233)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	850.000 9.000 0	a) b) c)	850.000 9.000 0	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	850.000 9.000 0
7.	Dienstleistungsaufträge an das Amt für Statistik im Zusammenhang mit der GRW)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	5.000 5.000 5.000	a) b) c)	5.000 5.000 5.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	5.000 5.000 5.000
8.	Bezirkliche Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen von Gewerbebetrieben	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	720.000 720.000 720.000	a) b) c)	720.000 720.000 720.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	720.000 720.000 720.000
9.	Durchführungskosten für die Bearbeitung der Anträge der Soforthilfeprogramme	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	10.700.000 42.000.000 40.000.000	a) b) c)	10.700.000 42.000.000 40.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	10.700.000 42.000.000 40.000.000
10.	Durchführungskosten für das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“ (siehe Titel 89360)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.500.000 4.000.000 1.000.000	a) b) c)	1.500.000 4.000.000 1.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	11.500.000 4.000.000 1.000.000
11.	Gewerbeflächenentwicklung Buchholz Nord	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.800.000 2.000.000 2.000.000	a) b) c)	1.800.000 2.000.000 2.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.800.000 2.000.000 2.000.000
12.	Durchführungskosten für das Investitionsprogramm "Berliner InvestitionsBONUS" (siehe Titel 68311)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.000.000 1.000.000 1.500.000	a) b) c)	1.000.000 1.000.000 1.500.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.000.000 1.000.000 1.500.000
13.	Durchführungskosten für das Berliner Turn-Around-Programm (siehe Titel 83167)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	500.000 400.000 200.000	a) b) c)	500.000 400.000 200.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	500.000 400.000 200.000
14.	Durchführungskosten für Energiekostenhilfen (siehe Titel 68311)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 2.565.000 1.000	a) b) c)	0 2.565.000 1.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 2.565.000 1.000

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Programm/Maßnahme		Landesmittel						EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
		zur Kofinanzierung		Ohne Kofinanzierung		Summe					
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
15.	Durchführungskosten für Liquiditätshilfen inkl. Sofort-hilfe I-Darlehen (siehe Titel 67140)	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 1.400.000 1.400.000	a) b) c)	0 1.400.000 1.400.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 1.400.000 1.400.000
16.	Gutachter- und Rechtsanwaltskosten zur Neuregelung des Pachtverhältnisses zwischen Land Berlin und Messe Berlin GmbH	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 50.000 50.000	a) b) c)	0 50.000 50.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 50.000 50.000
17.	Durchführungskosten Liquiditätshilfen Energie (siehe Titel 67140)		0 0 0	a) b) c)	0 150.000 150.000	a) b) c)	0 150.000 150.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 150.000 150.000
18.	Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BIM zur Durchführung Konzeptverfahren ICC		0 0 0	a) b) c)	0 450.000 300.000	a) b) c)	0 450.000 300.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 450.000 300.000
Summen 2023:		15.000		17.208.000		17.223.000		15.000		17.238.000	
Summen 2024:		6.000		54.882.000		54.888.000		4.000		54.892.000	
Summen 2025:		6.000		47.459.000		47.465.000		4.000		47.469.000	

Die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Nr. 2 sind beim Titel 54697 veranschlagt.
Die Ausgaben zur Nr. 8 können anderen Dienststellen zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 9, 12 und 16 ist eine Entnahme aus der Pandemierücklage vorgesehen.

Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 10 und 14 ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen.

Zu den Nrn. 6 und 13:
Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. (verbindliche Erläuterung).
Die Maßnahmen werden in Höhe des jeweiligen Teilansatzes aus dem Innovationsförderfonds (IFF) finanziert und sind daher gesperrt veranschlagt.

Zu Nr. 10:
Das Programm wird mit den veranschlagten Ansätzen ausfinanziert. Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**610**	**Veranstaltungen**	**22.000**	**22.000**	**20.000**	**11.351,38**

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Aus-, Fortbildung und Schulungen, Bewirtungskosten, Begleitausschüsse, Projekte der Steuerungsrunde der TH, Europa-Austausch, sonstige Projekte und Veranstaltungen des EFRE	a) 15.000 b) 18.000 c) 18.000	a) 15.000 b) 12.800 c) 12.800	a) 30.000 b) 30.800 c) 30.800
2.	Aus-, Fortbildung und Schulungen, Bewirtungskosten, Begleitausschüsse, Projekte der Steuerungsrunde der TH, Europa-Austausch, sonstige Projekte und Veranstaltungen des ESF+	a) 5.000 b) 4.000 c) 4.000	a) 5.000 b) 3.800 c) 3.800	a) 10.000 b) 7.800 c) 7.800
Summen 2023:		20.000	20.000	40.000
Summen 2024: Summen 2024 rd.:		22.000 22.000	16.600 17.000	38.600 39.000
Summen 2025: Summen 2025 rd.:		22.000 22.000	16.600 17.000	38.600 39.000

Die EU-Mittel werden im Rahmen der Förderperiode 2021 - 2027 für Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Nr. 1 beim Titel 54697 und für den Europäischen Sozialfonds (ESF+) zur Nr. 2 beim Titel 54692 veranschlagt.

54079	**680**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**173,80**
54602	**680**	**Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU**	**5.380.000**	**5.297.000**	**6.915.000**	**4.140.925,53**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**387.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**194.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**193.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	4.922.000	4.922.000	4.922.000
VE-Plan 2023	0	0	0

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung	EU-Mittel	Summe der EU- und Landesmittel
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
1.	Kontrollen der Verwaltungsbehörde (EFRE) im Rahmen der Technischen Hilfe	a) 50.000 b) 30.000 c) 30.000	a) 50.000 b) 20.000 c) 20.000	a) 100.000 b) 50.000 c) 50.000
2.	Programmpartnerschaft für den EFRE	a) 13.000 b) 18.000 c) 18.000	a) 13.000 b) 12.000 c) 12.000	a) 26.000 b) 30.000 c) 30.000
3.	Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung der Förderung durch den EFRE	a) 200.000 b) 210.000 c) 182.000	a) 155.000 b) 144.000 c) 122.000	a) 355.000 b) 354.000 c) 304.000
4.	Programmpartnerschaft für den ESF+	a) 2.000 b) 3.000 c) 3.000	a) 4.000 b) 2.000 c) 2.000	a) 6.000 b) 5.000 c) 5.000
5.	Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung der Förderung durch den ESF+	a) 60.000 b) 196.600 c) 141.400	a) 80.000 b) 64.000 c) 44.000	a) 140.000 b) 260.600 c) 185.400
6.	Zentrales Fördermanagement für den ESF+	a) 5.749.600 b) 4.921.800 c) 4.921.800	a) 892.900 b) 0 c) 0	a) 6.642.500 b) 4.921.800 c) 4.921.800
7.	Mittel der Technischen Hilfe für das Programm REACT-EU (ESF)	a) 745.000 b) 0 c) 0	a) 745.000 b) 0 c) 0	a) 1.490.000 b) 0 c) 0
8.	Kontakt-und Beratungsstelle (KBS) für den ESF+	a) 95.000 b) 0 c) 0	a) 0 b) 0 c) 0	a) 95.000 b) 0 c) 0
Summen 2023: Summen 2023 rd.:		6.914.600 6.915.000	1.939.900 1.940.000	8.854.500 8.855.000
Summen 2024: Summen 2024 rd.:		5.379.400 5.380.000	242.000 242.000	5.621.400 5.622.000
Summen 2025: Summen 2025 rd.:		5.296.200 5.297.000	200.000 200.000	5.496.200 5.497.000

Die EU-Mittel werden im Rahmen der Förderperiode 2021 - 2027 für Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu den Nrn. 1 bis 3 beim Titel 54697 und für den Europäischen Sozialfonds (ESF+) zu den Nrn. 4 bis 8 beim Titel 54692 veranschlagt.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54692	**680**	**Sonstige Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**349.000**	**309.000**	**876.000**	**1.303.071,34**

Deckungsvermerk:
Die ESF-Ausgaben sind mit anderen ESF-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den ESF+ mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den ESF+ der Förderperiode 2021 - 2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Hier werden ausschließlich Mittel der Technischen Hilfe (TH-Mittel) des Europäischen Sozialfonds (ESF+) aus der Förderperiode 2021 - 2027 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Beträge in EURO Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Programm/Maßnahme		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel veranschlagt beim Titel
1.	Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung der Förderung durch den ESF+	a) b) c)	40.000 64.000 44.000	54602
2.	Dienstreisen	a) b) c)	1.800 1.333 1.333	52703
3.	Informationen über EU- und Landesförderprogramme (PR-Arbeit) für den ESF+	a) b) c)	0 26.800 26.800	53101
4.	Aus-, Fortbildung und Schulungen, Bewirtungskosten, Begleitausschüsse, Projekte der Steuerungsrunde der TH, Europa-Austausch, sonstige Projekte und Veranstaltungen des ESF+	a) b) c)	800 3.800 3.800	52501, 54053
5.	IT- gestütztes Begleitsystem für den ESF+	a) b) c)	273.200 250.500 230.900	51185
6.	Programmpartnerschaft für den ESF+	a) b) c)	2.000 2.000 2.000	54602
7.	Zentrales Fördermanagement für den ESF+	a) b) c)	557.900 0 0	54602
Summe 2023: Summe 2023 rd.:			875.700 876.000	
Summe 2024: Summe 2024 rd.:			348.433 349.000	
Summe 2025: Summe 2025 rd.:			308.833 309.000	

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27292).

54695	**680**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**1.158.000**	**1.460.561,93**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Auslaufen der Strukturfondsperiode 2014 - 2020 werden bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt. Die ESF-Mittel der neuen Strukturfondsperiode 2021 - 2027 werden bei dem Titel 54692 nachgewiesen.

54696	**680**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**514.000**	**351.950,80**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Auslaufen der Strukturfondsperiode 2014 - 2020 werden bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt. Die EFRE-Mittel der neuen Strukturfondsperiode 2021 - 2027 werden bei dem Titel 54697 nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54697	**680**	**Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**597.000**	**485.000**	**335.000**	**151.648,14**
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**257.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**130.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**127.000**		

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021 - 2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	135.000	106.000	96.000

Hier werden ausschließlich Mittel der Technischen Hilfe (TH-Mittel) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus der Förderperiode 2021 - 2027 veranschlagt.

	Programm / Maßnahme	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel veranschlagt beim Titel
1.	Wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung der Förderung durch den EFRE	a) b) c)	95.000 144.000 122.000	54602
2.	Dienstreisen	a) b) c)	800 1.533 1.533	52703
3.	Aus-, Fortbildung und Schulungen, Bewirtungskosten, Begleitausschüsse, Projekte der Steuerungsrunde der TH, Europa-Austausch, sonstige Projekte und Veranstaltungen des EFRE	a) b) c)	800 12.800 12.800	52501, 54053
4.	IT- gestütztes Begleitsystem für den EFRE	a) b) c)	238.000 368.000 278.000	51185
5.	Informationen über EU-und Landesförderprogramme (PR-Arbeit) für den EFRE	a) b) c)	0 34.000 34.000	53101
6.	Kontrollen der Verwaltungsbehörde	a) b) c)	0 20.000 20.000	54602

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Programm / Maßnahme		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel veranschlagt beim Titel
7.	Programmpartnerschaft für den EFRE	a) b) c)	0 12.000 12.000	54602
8.	Begleitung der Maßnahme WdM - "Wirtschaftsdienliche Maßnahmen im Rahmen bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit" - Geschäftsbesorgungsvertrag	a) b) c)	0 4.000 4.000	54010
Summe 2023: Summe 2023 rd.:			334.600 335.000	
Summe 2024: Summe 2024 rd.:			596.333 597.000	
Summe 2025: Summe 2025 rd.:			484.333 485.000	

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

63120	**692**	**Rückzahlung von Zuweisungen an den Bund**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**88.785.756,16**
67101	**680**	**Ersatz von Ausgaben**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
67112	**253**	**Ersatz von Personalaufwendungen**	**119.000**	**119.000**	**119.000**	**105.508,99**

Finanzierung folgender zusätzlicher Ausbildungsplätze im Rahmen des sog. solidarischen Finanzausgleichs bei der BEHALA GmbH: Ausbildung zur Fachkraft für Mechatronik, Fachkraft für Hafenlogistik sowie zu Kaufmann/-frau für Büromanagement

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	2	9	2	6	2	7
Relativ	18 %	82 %	25 %	75 %	22 %	78 %
Rein rechnerische Ressourcen-verteilung (in T €)	23,0	123,1	43,7	131,2	45,3	160,5

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Zielgruppe:	Frauen - gesicherte Arbeitsplätze für Frauen
Zielsetzung:	Die BEHALA verfolgt auch aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels eine neue Personalentwicklungspolitik mit deutlichem Fokus auf Recruiting und Ausbildung in den Bereichen gewerbliche, handwerkliche als auch für die kaufmännische Berufsausbildung. Die BEHALA unterstützt dabei den Entwurf einer Absichtserklärung von Berliner Landes- und Beteiligungsunternehmen zur Steigerung des Frauenanteils in technischen Ausbildungsberufen. In den Jahren 2024 und 2025 wird das Ziel weiterverfolgt, das Geschlechterverhältnis bei den Auszubildenden zugunsten der weiblichen Personen zu beeinflussen. Von einer konkreten Festlegung auf ein zu erreichendes prozentuales Geschlechterverhältnis wird abgesehen, weil eine Steuerung nur bedingt möglich ist. Im Jahr 2022 waren bei der BEHALA im Durchschnitt 34 Frauen und 92 Männer tätig. Neben der Geschäftsführerin waren im Jahr 2022 von insgesamt 7 Führungspositionen 3 Positionen durch Frauen besetzt. Ferner ist im Bereich der Arbeitssicherheit im Jahr 2022 und fortführend im Jahr 2023 die Position durch eine Frau als Fachkraft für Arbeitssicherheit besetzt. Zudem fungieren weiterhin als Explosionsschutzbeauftrage sowie, als Gefahrgutbeauftrage der BEHALA ebenfalls zwei Frauen. Auch der stellvertretende Vorsitz des Betriebsrates sowie ein Sitz der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat werden von einer Frau ausgefüllt. Die BEHALA verfolgt weiterhin das Ziel, neben den Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils auch möglichst viele und möglichst unterschiedliche Gruppen von Personen anzusprechen. Die Auszubildenden kommen daher aus verschiedenen Nationen, haben eine Zuwanderungsgeschichte oder haben verschiedenste Geschlechtspartner-schaftliche-Orientierungen. Fernerhin beschäftigt und unterstützt die BEHALA nicht nur im Ausbildungsbereich Menschen mit Behinderungen.
Steuerungsmaßnahmen:	Um mehr Frauen in technische Berufe zu bringen, muss vor allem den in der Gesellschaft vorherrschenden Bildern und Vorstellungen von typischen „Männer- oder Frauenberufen“ entgegengewirkt werden. Frauen sollen gezielt über die Möglichkeiten, technische Berufe zu erlernen, informiert und in ihrer Berufswahl bestärkt werden. Grundvoraussetzung ist daher ein offenes und diskriminierungsfreies Arbeitsklima, in dem sexueller Belästigung am Arbeitsplatz sowie Geschlechterstereotypen eine klare Absage erteilt wird, in dem Familienfreundlichkeit gelebt wird und in den Frauen eine angemessene Förderung erhalten, die eine berufliche Entwicklung ermöglicht. Die BEHALA sorgt für Transparenz bei der Ausschreibung und der Standardisierung von Rekrutierungsverfahren im Ausbildungsbereich, so dass bei der Einstellung von Beschäftigten nicht bewusst Gruppen von Menschen benachteiligt werden. Bei der Personalgewinnung und der Werbung wird Sorge getragen, dass das Unternehmen frei von diskriminierenden und sexistischen Inhalten ist und dass keine geschlechterstereotypen Aussagen transportiert oder befördert werden, insbesondere hinsichtlich der Berufsausübung. Zudem beteiligt sich die BEHALA an den bestehenden Angeboten (z.B. Girls’ Day, Enter-Technik, Patenprogramme für Schülerinnen) und neu zu entwickelnden Angeboten und Programmen zur Information und Gewinnung von Mädchen und Schülerinnen in technischen Berufen. Des Weiteren bietet die BEHALA verschiedenste Personalentwicklungsmaßnahmen sowohl für Young Professionals als auch für Frauen ab 40 Plus an, da die Erwerbsverläufe von Frauen in der Praxis oft von Berufsunterbrechungen gekennzeichnet sind. Um die Kompetenz im Gender & Diversity Management zu verbessern, wurden für vielfältige Führungs- und Personalentwicklungsseminare zu einem überwiegenden Anteil Trainerinnen engagiert. Die gemischt durchgeführten Seminare unter Leitung einer Trainerin erwiesen sich bei den Zielgruppen als ausgesprochen erfolgreich. Im Bereich der Organisationsentwicklung sorgt die BEHAL für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flexible Arbeitszeitmodelle sowie der Möglichkeit von mobilem Arbeiten.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67125	**680**	**Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin**	**13.000.000**	**13.000.000**	**13.000.000**	**12.971.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**13.000.000**	**13.000.000**		
		Davon fällig 2025	**13.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**13.000.000**		

Teilweiser Ersatz von Ausgaben der Messe Berlin, um die Hallen des Messegeländes in einen zeitgemäßen Zustand zu versetzen und die Funktionalität zu erhalten.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67140	**661**	**Ausgleich der IBB für Ausfälle im Rahmen von Förderprogrammen**	**12.000.000**	**12.000.000**	**2.000.000**	**1.234.046,74**

	2024	2025
1. Ausgleich von Ausfällen aus dem Liquiditätsfonds Berlin für KMU (2023: 1.000.000 €)	1.000.000 €	1.000.000 €
2. Ausgleich von Ausfällen aus der Soforthilfe I (2023: 1.000.000 €)	9.500.000 €	9.500.000 €
3. Ausgleich von Ausfällen aus dem Programm Liquiditätshilfen Energie (2023: 0 €)	1.500.000 €	1.500.000 €
Summe:	12.000.000 €	12.000.000 €

Zu Nr. 1: Dieser Fonds soll KMU in Schwierigkeiten helfen, kurzfristig auftretende Probleme zu überbrücken. Gelingt dies nicht, kommt es zum Ausfall, der der IBB zu erstatten ist.

Zu Nr. 2: Das Programm Soforthilfe I gehört zu den Coronahilfen des Bundes und Landes Berlin und ermöglichte bis 2022 die Gewährung zinsloser Kredite bis zu 800.000 €. Ausfälle müssen der IBB erstattet werden. Es ist bis 2025 mit einer Vielzahl von Ausfällen zu rechnen.

Zu Nr. 3: Das Programm steht Unternehmen aller Branchen offen (soweit nicht beihilferechtlich ausgeschlossen), die vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges sowie der steigenden Energiepreise in eine Krisenlage geraten sind, woraus vorübergehende Finanzierungslücken resultieren.

Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 3 ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen.

Angaben zum Gender Budget:

Zu Nr. 1 - Ausgleich der IBB für Ausfälle aus dem Liquiditätsfonds Berlin für KMU

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	0	2	0	1	1	1
Relativ	0	100 %	0	100 %	50 %	50 %
Ressourcen (in T €)	0	1.720	0	281,9	886,8	41,1

Zielgruppe:	Geschäftsführer/-innen und Gesellschafter/-innen der Unternehmen ausgefallener Darlehen aus dem Liquiditätsfonds Berlin für KMU
Zielsetzung:	Mit der Gewährung von Darlehen aus dem Liquiditätsfonds soll Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten geholfen werden, kurzfristig auftretende Probleme zu überbrücken.
Steuerungsmaßnahmen:	Ob die in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen von Frauen oder Männern geleitet werden, ist nicht steuerbar. Da in erster Linie das zu fördernde Unternehmen zu beurteilen ist, wird auch zukünftig die Förderentscheidung unabhängig vom Geschlecht der Unternehmensleitung getroffen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zu Nr. 2 - Ausgleich der IBB für Ausfälle aus der Soforthilfe I

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	-	-	0	5	0	3
Relativ	-	-	0	100 %	0	100 %
Ressourcen (in T €)	-	-	0	527,2	0	306,1

Zielgruppe:	Geschäftsführer/-innen und Gesellschafter/-innen der Unternehmen ausgefallener Darlehen aus der Soforthilfe I (Corona-Hilfen des Bundes und des Landes Berlin)
Zielsetzung:	Mit der Gewährung von Darlehen im Rahmen der Rettungsbeihilfen Corona (Soforthilfe I) soll Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten während der Corona-Pandemie geholfen werden, die auftretenden finanziellen Probleme zu überbrücken.
Steuerungsmaßnahmen:	Ob die in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen von Frauen oder Männern geleitet werden, ist nicht steuerbar. Da in erster Linie das zu fördernde Unternehmen zu beurteilen ist, wird auch zukünftig die Förderentscheidung unabhängig vom Geschlecht der Unternehmensleitung getroffen.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68102	**680**	**Entschädigungen, Ersatzleistungen**	**400.000**	**400.000**	**400.000**	**195.629,00**

Billigkeitsleistungen nach dem Sonderprogramm „Überbrückungshilfen für straßenbaugeschädigte Gewerbetreibende“

Die Hilfen sind vorgesehen für Gewerbetreibende, die aufgrund öffentlicher Straßenbaumaßnahmen, wie z.B. der BVG aufgrund von Abdichtungen der U-Bahn-Tunneldecke oder der Berliner Wasserbetriebe am Rohrleitungs- und Kanalnetz sowie bei unvorhersehbaren Rohrbrüchen existenzbedrohende Umsatzeinbußen zu verzeichnen haben.

Angaben zum Gender Budget

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	1	4	1	4	5	12
Relativ	20 %	80 %	20 %	80 %	30 %	70 %
Ressourcen (in T €)	5,2	54,7	11,5	48,7	22,9	171,5

Zielgruppe:	existenzgefährdete Gewerbetreibende
Zielsetzung:	Mit der Gewährung der Überbrückungshilfe soll von Baumaßnahmen betroffene Gewerbetreibende die Fortführung ihres Betriebes am Standort ermöglicht werden.
Steuerungsmaßnahmen:	Es ist nicht steuerbar, ob die in Existenznot geratenen Gewerbetreibenden Frauen oder Männer sind. Da in erster Linie bei der Beurteilung, ob eine Existenzbedrohung für die Antrag stellende Person vorliegt, die wirtschaftliche und finanzielle Situation des Gewerbebetriebes zu beurteilen ist, wird auch zukünftig die Entscheidung für die Gewährung einer Überbrückungshilfe unabhängig vom Geschlecht der Gewerbetreibenden getroffen.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68212	**741**	**Ersatz von Fahrgeldausfällen an die BVG**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68213	**741**	**Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter**				
		Siehe Maßnahmegruppe 04				
68262	**680**	**Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zuschuss an das SILB für Bauvorbereitungsmittel bei Übernahme von Baumaßnahmen durch die BIM GmbH als Baudienststelle; hier: Sanierung des ICC (vgl. Kapitel 1330, Titel 89123).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68307	**680**	**Wirtschaftsförderung**	**200.000**	**280.000**	**200.000**	**12.000,00**

Regionale Hilfsmaßnahmen

	2024	2025
1. Weiterentwicklung der Zukunftsorte (2023: 150.000 €)	150.000 €	150.000 €
2. Business Location Center (BLC) einschließlich Wirtschaftsatlas und 3D-Stadtmodell (2023: 50.000 €)	50.000 €	130.000 €
Summe:	200.000 €	280.000 €

Zu Nr. 2
Für den Wirtschaftsatlas erfolgt in der Regel in einem 2-Jahresturnus eine Befliegung, um Veränderungen im Stadtgebiet zu erfassen. Für die geplante Befliegung in 2025 sind zusätzliche Mittel vorgesehen.

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 – Weiterentwicklung der Zukunftsorte

Ein Ziel der Berliner Zukunftsorte ist der Aufbau einer wissenschaftsnahen Wirtschaft. Wir haben es hier mit technologieorientierten Unternehmenslandschaft zu tun, die nach wie vor eindeutig männlich dominiert ist. Ein Schwerpunkt in der Öffentlichkeitarbeit der Geschäftsstelle für die Berliner Zukunftsorte ist es daher, den Anteil der Frauen am Aufbau einer wissenschaftsnahen Wirtschaft adäquat herauszustellen.
Die Berliner Zukunftsorte sollen insbesondere für junge Talente attraktiv gehalten werden und vor allem auch Frauen entsprechende Perspektiven bieten. Auch hier werden gezielt finanzielle Mittel in der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt.

zu Nr. 2 - Business Location Center (BLC) einschließlich Wirtschaftsatlas und 3D-Stadtmodell

Beim BLC handelt es sich um Zuwendungen im Zusammenhang mit Daten für den Wirtschaftsatlas sowie für das 3-D-Stadtmodell. Diese stehen in keiner Beziehung zu einem Geschlecht. Es handelt sich um ein Open Data System, das für jeden Nutzer komplett gendergerecht (m/w/d) einsehbar und nutzbar ist und auch genutzt wird. Im Zusammenhang mit öffentlichen Ausschreibungen werden darüber hinaus vom BLC sämtliche Vergabevorschriften des Landes Berlins eingehalten und beachtet. Hierbei werden auch sämtliche Vorgaben zum Thema Gender berücksichtigt. Zum BLC können daher keine Gender Daten erhoben werden.

68311	**692**	**Zuschüsse zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft in Notlagen**	**10.001.000**	**15.001.000**	**25.000.000**	**73.926.379,28**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 10.000.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**25.000.000**	**10.000.000**
Davon fällig 2025	**15.000.000**	
Davon fällig 2026	**10.000.000**	**10.000.000**

	2024	2025
1. Investitionsprogramm „Berliner InvestitionsBONUS“ (2023:10.000.000 €).....	10.000.000 €	15.000.000 €
2. Energiekostenhilfe (2023: 0€).....	1.000 €	1.000 €
Summe:	10.001.000 €	15.001.000 €

Zu Nr. 1
Es handelt sich um ein zeitlich befristetes regionales Förderprogramm, mit welchem Anreize für kleine und mittlere Unternehmen geschaffen sowie Investitionen zum Erhalt oder der Schaffung von Arbeitsplätzen vorgenommen werden.

Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 1 ist eine Entnahme aus der Pandemierücklage vorgesehen.

Angaben zum Gender Budget:

Zu Nr. 1 Investitionsprogramm „Berliner InvestitionsBONUS“

Mit dem „Berliner InvestitionsBONUS“ werden sachkapitalkapitalbezogene Zuschüsse für die Errichtung, Erweiterung oder Diversifizierung einer Betriebsstätte in Berlin gewährt. Ziel ist es, Anreize für Investitionen und damit langfristig Arbeitsplätze für beide Geschlechter zu schaffen. Antragsberechtigt sind branchenübergreifende Unternehmen, Soloselbständige und Freiberufler, eine spezielle Förderung oder Regelung von Zuschüssen für Frauen existiert nach der Richtlinie nicht. Die Förderung erfolgt für beide Geschlechter zu gleichen Konditionen, da das Programm als allgemeine Konjunkturstütze dient. Angaben zu genderspezifischen Daten werden daher nicht gemacht.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68312	**692**	**Zuschüsse des Bundes an Unternehmen zur Soforthilfe**	**—**	**—**	**—**	**1.161.500.000,00**
68350	**635**	**Prämien an private Unternehmen für besondere wirtschafts- und arbeitsplatzfördernde Maßnahmen**	**720.000**	**720.000**	**720.000**	**268.000,00**

Programm / Maßnahme	Landesmittel zur Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
Meistergründungsprämie	a) b) c)	720.000 720.000 720.000	a) b) c)	480.000 480.000 480.000	a) b) c)	1.200.000 1.200.000 1.200.000

Die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus der Förderperiode 2021 - 2027 sind beim Titel 68397 veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	23	59	18	80	18	58
Relativ	28 %	72 %	18 %	82 %	24 %	76 %
Ressourcen (in T €)	160,0	400,9	123,0	546,3	123,0	413,0

Zielgruppe:	Meisterinnen und Meister, die die Meistergründungsprämie in Anspruch nehmen.
Zielsetzung:	Ein Rückblick auf die letzten 20 Jahre zeigt, dass der relative Anteil von Frauen bei der Bewilligung der Meistergründungsprämie bis auf wenige Ausnahmen stets höher als den bei abgelegten Meisterprüfungen war. Exemplarisch ist nachfolgend für die Jahre ab 2026 eine entsprechende Gegenüberstellung aufgeführt: 2016 - Meisterprüfung: Frauen 22,5 %, Prämienbewilligung: Frauen 33,0 %. 2017 - Meisterprüfung: Frauen 21,9 %, Prämienbewilligung: Frauen 27,3 %; 2018 - Meisterprüfung: Frauen 19,2 %, Prämienbewilligung: Frauen 17,5 %; 2019 - Meisterprüfung: Frauen 19,1 %, Prämienbewilligung: Frauen 27,6 %; 2020 - Meisterprüfung: Frauen 20,3 %, Prämienbewilligung: Frauen 28,1 %; 2021 - Meisterprüfung: Frauen 21,0 %, Prämienbewilligung: Frauen 18,4 %; 2022 - Meisterprüfung: Frauen 19,0 %, Prämienbewilligung: Frauen 23,7 %; Der durchschnittliche Frauenanteil bei der Meisterprüfung liegt im Zeitraum 2016-2022, bei 20,26 % und der Frauenanteil bei der Meistergründungsprämie liegt durchschnittlich bei 25,11 %. Insofern ist das augenscheinlich unausgewogene Geschlechterverhältnis positiv zu bewerten. Im Hinblick auf das Jahr 2024 sollte das Ziel sein, den Frauenanteil bei der Meisterprüfung auf dem erreichten Niveau der Vorjahre zu halten, d. h. der Anteil von Frauen bei der Bewilligung der Meistergründungsprämie soll um etwa 5 % über dem Anteil von Frauen bei den abgelegten Meisterprüfungen liegen. Für das Jahr 2025 wird diesbezüglich eine Steigerung auf 5,5 % bis 6 % angestrebt.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Steuerungsmaßnahmen:	Gezielte Werbemaßnahmen der Handwerkskammer (HWK) zur Förderung von Frauen im Handwerk sollen das Geschlechterverhältnis positiv beeinflussen (z. B. Beteiligung der HWK am Girls'Day; am Frauentag eine Info-Hotline zum Thema „Mädchen und Ausbildung im Handwerk") Seit 2018 werden gem. Förderrichtlinie durch die Meistergründungsprämie Frauengründungen sowie Ausbildungsplätze für Frauen verstärkt gefördert. Die zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene geänderte Richtlinie bietet noch bessere Fördermöglichkeiten. Im Falle der Existenzgründung durch eine Frau in einem frauenatypischen Handwerksberuf kann die Förderung in der 1. Stufe (Gründungsphase) von 10.000 € (Standartförderung) auf 15.000 € erhöht werden (50 % mehr). Im Falle der Schaffung und Besetzung eines Ausbildungsplatzes mit einer Frau in einem frauenatypischen Handwerksberuf kann die Förderung in der 2. Stufe von 7.500 € auf 10.000 € erhöht werden (rd. 35 % mehr).

68368	**253**	**Zuschüsse zur Steigerung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen**	**6.087.000**	**5.576.000**	**7.390.000**	**6.721.351,73**
		Verpflichtungsermächtigung	**650.000**	**8.250.000**		
		Davon fällig 2025	**650.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**5.250.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**3.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	5.390.000	4.000.000	0

Programm / Maßnahme	Landesmittel zur Kofinanzierung		EU-Mittel		Summe der EU- und Landesmittel	
	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
1. Zuschüsse zur Qualifizierung von Beschäftigten und Selbstständigen einschließlich Wissenstransfer Hochschule	a) b) c)	390.000 250.000 250.000	a) b) c)	350.000 0 0	a) b) c)	740.000 250.000 250.000
2. Berliner Startup Stipendium (BSS)	a) b) c)	6.860.000 5.677.000 5.176.000	a) b) c)	4.551.000 3.000.000 3.000.000	a) b) c)	11.411.000 8.677.000 8.176.000
3. Potenzialberatung für KMU	a) b) c)	140.000 160.000 150.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	140.000 160.000 150.000
Summen 2023:		7.390.000		4.901.000		12.291.000
Summen 2024:		6.087.000		3.000.000		9.087.000
Summen 2025:		5.576.000		3.000.000		8.576.000

Die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF+) sind für die Förderperiode 2021 - 2027 beim Titel 68392 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1: Zuschüsse zur Qualifizierung von Beschäftigten und Selbstständigen einschließlich Wissenstransfer Hochschule

Qualifizierung für aktuelle Anforderungen aufgrund der technologischen Entwicklung; Stärkung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen durch Wissenstransfer u.a. aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	42	73	44	74	67	125
Relativ	36,5 %	63,5 %	37,3 %	62,7 %	34,9 %	65,1 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	30,6	53,1	15,5	26,1	14,5	27,1

Zielgruppe:	Berliner Beschäftigte
Zielsetzung:	Aufgrund des vorwiegend technologiebezogenen Charakters der Förderungen ist ein traditionell eher geringerer Frauenanteil zu verzeichnen. Wie schon in den letzten Jahren wird kontinuierlich daran gearbeitet den Frauenanteil zu erhöhen.
Steuerungsmaßnahmen:	Im Antragsverfahren wird auf eine genderspezifische Ausrichtung der Vorhaben hingewirkt.

zu Nr. 2: Berliner Startup Stipendium (BSS)

Unterstützung von Gründerinnen und Gründern, die zur Weiterentwicklung ihrer Prototypen oder prototypenähnlichen Verfahren die Labore, Werkstätten und voll ausgestatteten Arbeitsplätze der Hochschulen, Startup Inkubatoren bzw. Unternehmen nutzen.

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	151	230	138	180	205	313
Relativ	39,6 %	60,4 %	43,4 %	56,6 %	39,6 %	60,4 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	2.324,9	3.546,1	1.838	2.397,4	2.598,8	3.976,9

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Personen in Gründungsvorhaben
Zielsetzung:	Aufgrund des vorwiegend technologiebezogenen Charakters der Förderungen ist ein traditionell geringerer Frauenanteil zu verzeichnen. Der Frauenanteil konnte insbesondere in 2021 gesteigert werden. Ausschlaggebend für den Frauenanteil ist die Art des Gründungsvorhabens, das zumeist einen hohen Technologiebezug aufweist. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, mit steigenden Lebenshaltungskosten und hohen Energiepreisen, ist es schwer Investoren zu finden und somit ein Unternehmen aufzubauen. Gerade für Frauen als Unternehmerinnen ist das eine Herausforderung. So ist der Anteil an Gründerinnen von 2021 zu 2022 von 43,4 % leicht auf 39,6 % gesunken. Es wird großer Wert daraufgelegt, Gründerinnen gezielt anzusprechen und zu fördern. Bei der Auswahl der Projekte wird daher besonders darauf geachtet, mit welchen Maßnahmen die Projekte gezielt Frauen fördern wollen. Projektanträge, die viele Frauenfördermaßnahmen anbieten erhalten höhere Bewertungspunkte und somit eine höhere Chance für die Förderung ausgewählt zu werden. So bieten Projektträger spezielle Coachings für Frauen an, um das sichere Auftreten vor Investoren zu üben und die Persönlichkeit zu stärken. Auch werden gezielt weibliche Coaches für das Coaching eingesetzt. Im Rahmen des BSS werden neben den Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils auch möglichst viele und möglichst unterschiedliche Gruppen von Personen angesprochen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen kommen daher aus den verschiedensten Nationen oder haben verschiedene geschlechtspartnerschaftliche Orientierungen. Grundlegend ist festzustellen, dass der Frauenanteil im BSS im Verhältnis zu Startups in der freien Wirtschaft fast doppelt so hoch ist. Daran ist deutlich zu erkennen, dass das BSS einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Frauen leistet. Folgendes Geschlechterverhältnis wird unter Berücksichtigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage als angemessen angestrebt: 2024: 41 % Frauen 2025: 42 % Frauen
Steuerungsmaßnahmen:	Im Antragsverfahren wird auf eine genderspezifische Ausrichtung der Vorhaben hingewirkt.

zu Nr. 3: Potentialberatung für KMU

Ob Unternehmen von Frauen oder Männern oder einem dritten Geschlecht geleitet werden, ist nicht steuerbar. Da in erster Linie das zu fördernde Unternehmen zu beurteilen ist, wird auch zukünftig die Förderentscheidung unabhängig vom Geschlecht der Unternehmensleitung getroffen.

68392	**253**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**3.000.000**	**3.000.000**	**2.500.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.750.000**	**5.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.750.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**3.500.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.500.000**		

Deckungsvermerk:
Die ESF-Ausgaben sind mit anderen ESF-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den ESF mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den ESF der Förderperiode 2021 - 2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem ESF dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	2.500.000	1.250.000	0

Hier werden ausschließlich die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF+) aus der Förderperiode 2021 - 2027 veranschlagt.

Programm/Maßnahme		EU-Mittel Zielgebiet 2 a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Berliner Startup Stipendium	a) b) c)	2.500.000 3.000.000 3.000.000	68368

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27292).

Angaben zum Gender Budget:

vgl. Ausführungen beim Titel 68368 Nr. 2

68395	**253**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**5.000.000**	**8.913.315,51**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Auslaufen der Strukturfondsperiode 2014 - 2020 werden bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt. Die ESF-Mittel der neuen Strukturfondsperiode 2021 - 2027 werden bei dem Titel 68392 nachgewiesen.

68396	**680**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**—**	**268.000,00**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Auslaufen der Strukturfondsperiode 2014 - 2020 werden bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt. Die EFRE-Mittel der neuen Strukturfondsperiode 2021 - 2027 werden bei dem Titel 68397 nachgewiesen.

68397	**635**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**480.000**	**480.000**	**480.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021 - 2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Hier werden ausschließlich die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus der Förderperiode 2021 – 2027 veranschlagt.

Programm/Maßnahme	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel veranschlagt beim Titel
Meistergründungsprämie	a) b) c)	480.000 480.000 480.000	68350

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

Angaben zum Gender Budget:

vgl. Ausführungen beim Titel 68350.

68569 (neu)	**680**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**1.200.000**	**2.200.000**		

Die veranschlagten Mittel sind für das neue Programm „Meister- und MeisterinnenBONUS“ vorgesehen. Die Förderung hat das Ziel, durch Schaffung von Anreizen die Anzahl der Meisterabschlüsse wieder zu erhöhen. Zielgruppe sind Handwerker und Handwerkerinnen mit Wohnsitz in Berlin, die ihre Meisterprüfung in einem Gewerbe der Handwerksordnung erfolgreich abgeschlossen haben. Im Rahmen dieses Programmes sollen Frauen im Handwerk insbesondere unterstützt werden, indem der Bonus für sie um 1.000 € höher ausfällt.
Darüber hinaus werden aus diesem Ansatz auch die Ausgaben für die Meister- und Meisterinnenausbildung geleistet.

Angaben zum Gender Budget:

Mit Beginn der Förderung werden genderspezifischen Daten erfasst.

68696	**680**	**Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**500.000**	**853.741,65**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Nach Auslaufen der Strukturfondsperiode 2014 - 2020 werden bei diesem Titel keine Mittel mehr veranschlagt. Die EFRE-Mittel der neuen Strukturfondsperiode 2021 - 2027 werden bei dem Titel 68697 nachgewiesen.

68697	**680**	**Sonstige Zuschüsse aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**650.000**	**750.000**	**250.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.600.000**	**1.400.000**		
		Davon fällig 2025	**400.000**			
		Davon fällig 2026	**400.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2027	**300.000**	**400.000**		
		Davon fällig 2028	**300.000**	**300.000**		
		Davon fällig 2029	**200.000**	**300.000**		

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021 - 2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	450.000	450.000	1.500.000

Hier werden ausschließlich die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus der Förderperiode 2021 – 2027 veranschlagt.

Programm/Maßnahme		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Mittel für die Durchführung des Programms WdM - "Wirtschaftsdienliche Maßnahmen im Rahmen bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit"	a) b) c)	250.000 650.000 750.000	*)

*) Die Landesmittel für das Programm sind in den jeweiligen Bezirksplänen bzw. Einzelplänen der Hauptverwaltung veranschlagt (vgl. auch Kapitel 2713, Titel 68626). In Abhängigkeit von den Projektinhalten ist auch eine Förderung im Rahmen des GRW-Förderprogramms - Regionalbudget - möglich. Zur Kofinanzierung der EFRE-Mittel werden für eine Vielzahl von Projekten neben öffentlichen Mitteln zusätzlich private Mittel eingesetzt.

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

Angaben zum Gender Budget:

Die Mittel für das Programm WdM werden im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung durch die Bezirke für dortige Projekte verwendet. Genderspezifische Daten können daher bei diesem Titel nicht aufgezeigt werden.

69897	**680**	**Zuführung an Fonds aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**17.520.000**	**17.520.000**	**8.130.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**50.000.000**	**40.000.000**		
		Davon fällig 2025	**10.000.000**			
		Davon fällig 2026	**10.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2027	**10.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2028	**10.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2029	**10.000.000**	**10.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021 - 2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	16.000.000	16.000.000	36.000.000

Hier werden ausschließlich die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus der Förderperiode 2021 – 2027 veranschlagt.

Programm/Maßnahme	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel veranschlagt beim Titel
1. Zuführung an KMU-Fonds IV	a)	8.130.000	*)
	b)	16.000.000	
	c)	16.000.000	
2. neu Fonds für innovative Geschäftsmodelle	a)	0	**)
	b)	1.520.000	
	c)	1.520.000	
Summe 2023:		8.130.000	
Summe 2024:		17.520.000	
Summe 2025:		17.520.000	

*) Die Kofinanzierung erfolgt durch die Investitionsbank Berlin.
**) Die Kofinanzierung erfolgt aus dem Kapital der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG).

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

Angaben zum Gender Budget:

Beim KMU-Fonds muss man zwei Ebenen betrachten: Die erste Ebene ist die Fonds-Ebene und die zweite Ebene ist die Projektebene. Der Titel bezieht sich auf die erste Ebene. Das bedeutet, dass der Begünstigte der Fonds an sich ist. Daher werden keine Gender-Daten erhoben.

83103	**692**	**Kapitalzuführung an die Messe Berlin GmbH**	**25.000.000**	**25.000.000**	**7.500.000**	**4.873.617,34**

Der Masterplan umfasst die Sanierung aller Hallen und Gebäude des Messegeländes ExpoCenter City, um deren Funktionalität zu erhalten und diese wieder in einen zeitgemäßen Zustand zu versetzen. Die Umsetzung des Masterplans soll überwiegend durch die Aufnahme von Fremdmitteln durch die Messe Berlin GmbH erfolgen. Es ist eine Stärkung des Eigenkapitals der Messe Berlin vorgesehen, um die Aufnahme der Fremdmittel durch die Messe Berlin GmbH am Kapitalmarkt zu erleichtern.

Mehr, da sich die geplante Umsetzung des Masterplans aufgrund der Corona-Pandemie verzögert hat und die für diesen Zweck veranschlagten Mittel zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit der Messe Berlin verwendet werden mussten.

83107	**680**	**Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH**	**1.000**	**1.000**	**7.500.000**	**13.300.000,00**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
83167	**680**	**Einrichtung eines Berliner Turn-Around-Programms (Sanierungsbeteiligungsgesellschaft) bei der IBB**	**3.000.000**	**2.000.000**	**5.000.000**	**5.000.000,00**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.

Das Land Berlin hat bei der Investitionsbank Berlin Unternehmensverbund (IBB UV) eine Sanierungsbeteiligungsgesellschaft (Berliner Turn-Around-Programm) geschaffen mit dem Ziel, Beteiligungskapital für sanierungsfähige Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Verfügung zu stellen und sie mit aktiver unternehmerischer Begleitung durch die Gesellschaft wieder in die Gewinnzone zurückzuführen. Damit soll für den in der Nach-Corona-Zeit erwarteten Anstieg an Insolvenzen, samt seinen negativen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und Steuereinnahmen, vorgesorgt werden.
Das Programm ging im Dezember 2022 mit Abschluss der Beteiligungs- und Akkreditierungsgrundsätze sowie der Finanzierungsvereinbarung an den Start.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. (verbindliche Erläuterung).

Die Maßnahme wird aus dem Innovationsförderfonds (IFF) finanziert und ist daher gesperrt veranschlagt.

86212	**692**	**Darlehen und andere Finanzinstrumente an Unternehmen zur Soforthilfe**	**1.000**	**1.000**	**—**	**10.000.000,00**
87106	**680**	**Inanspruchnahme aus Bürgschaften für Sozialunternehmen, Nicht-EU-Angehörige und Flüchtlinge**	**700.000**	**1.100.000**	**1.000.000**	**—**

Bürgschaftsförderprogramm für Sozialunternehmen, Nicht-EU-Angehörige sowie Geflüchtete welche bisher nicht von den Bürgschaftsinstrumenten des Landes Berlin für gewerbliche Unternehmen erfasst wurden. Das Programm dient der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Zielgruppen in Berlin und der Zukunftsfähigkeit eines sozialen, integrativen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsstandortes (vgl. Erläuterung zu dem Titel14102).

88306	**692**	**Infrastrukturmaßnahmen der Bezirke im Rahmen der GRW**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
88307	**692**	**Infrastrukturmaßnahmen der Hauptverwaltung im Rahmen der GRW**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89123	**680**	**Zuschüsse an das SILB zur Sanierung des Internationalen Congress Centrums Berlin (ICC)**	**1.000**	**1.000**	**100.000**	**—**

Die BIM GmbH soll auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Durchführung des Konzeptverfahrens zur Nachnutzung des ICC beauftragt werden. Dafür sind Mittel in Kapitel 1330, Titel 54010, Nr. 20 ab 2024 veranschlagt. Es ist beabsichtigt, die Vergabe auf der Grundlage eines plausiblen Betreiber- und Nutzungskonzepts inkl. geschlossener Finanzierung durchzuführen. In Kapitel 1330, Titel 89123 ist mit Blick auf mögliche andere Entwicklungen bzw. politische Entscheidungen ein Merkansatz veranschlagt.

89231	**691**	**Zuschüsse im Rahmen der GRW - Gewerbliche Wirtschaft -**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
89232	**692**	**Zuschüsse an private Träger im Rahmen der GRW - Infrastrukturmaßnahmen -**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89233	**692**	**Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms: GründungsBONUS**	**1.226.000**	**—**	**9.000.000**	**5.774.655,56**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	819.445	0	0
VE-Plan 2023	4.000.000	4.000.000	0

Im Rahmen des Förderprogramms „GründungsBONUS“ werden Gründungen und Startups u. a. aus den Berliner Clustern mit Investitions- und Personalkostenzuschüssen in den ersten zwei Jahren der Gründungsphase gefördert.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen. (verbindliche Erläuterung).
Die Maßnahme wird aus dem Innovationsförderfonds (IFF) finanziert und ist daher gesperrt veranschlagt.

Das Programm wird mit den veranschlagten Ansätzen ausfinanziert. Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) finanziert.

Angaben zum Gender Budget:

Mit dem Förderprogramm werden zwei genderpolitische Ziele verfolgt:

Ziel 1	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	12	14	207	256	22	31
Relativ	46 %	54 %	45%	55 %	42 %	58 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	3.037,2	3.543,4	4.061,4	5.015,5	2.071,8	2.898,6

Zielgruppe:	Frauen - geschaffene Arbeitsplätze für Frauen
Zielsetzung:	Der durchschnittliche Anteil der geschaffenen Arbeitsplätze für Frauen liegt seit der Einführung des Programms im Juli 2018 bei 40,3 %. Unter der Prämisse, dass die meisten durch das Programm geförderten Startups technologische und digitale Geschäftsmodelle betreiben, ist das Ergebnis relativ positiv zu bewerten, da in diesen Bereichen die mit Frauen besetzten Arbeitsplätze traditionell unterrepräsentiert sind.
Steuerungsmaßnahmen:	Das Programm entwickelt sich tendenziell in Richtung einer paritätischen Verteilung. An der Entwicklung weiterer geeigneter Maßnahmen, mehr Frauen für diese Bereiche zu gewinnen und damit eine ausgewogene Geschlechterverteilung zu erhalten, wird weitergearbeitet. Ein weiterer Anstieg der Frauenquote ist bspw. zu erwarten, wenn sich der Anteil der Hochschulabsolventinnen in den MINT Fächern erhöht.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022	

Ziel 2	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	48	306	37	265	33	139
Relativ	16 %	84 %	12%	88%	19%	81%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	1.121,6	5.459,1	1.112,1	7.964,8	953,6	4.016,8

Zielgruppe:	Frauen - Gründerinnen
Zielsetzung:	Der durchschnittliche Anteil der Gründerinnen liegt seit der Einführung des Programms im Juli 2018 bei 16,5 %. Rd. 10 % aller geförderten Gründungen finden in Form einer Einzelgründung statt. In diesem Segment liegt der durchschnittliche Frauenanteil sogar bei 32,1 %. Das ist relativ positiv zu bewerten, denn die Start-up-Welt ist mit einem Frauenanteil von 20 % laut dem „Deutschen Startup Monitor“ nach wie vor eine Männerdomäne.
Steuerungsmaßnahmen:	Die Verantwortlichen des Programms „GründungsBONUS“ versuchen sowohl im Rahmen der Angebotsstruktur als auch der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf das Geschlechterverhältnis positiv einzuwirken. Das Programm wird regelmäßig auf diversen Veranstaltungen vorgestellt. Die Investitionsbank Berlin als Kooperationspartner der Gründerinnenzentrale / Weiberwirtschaft eG informiert immer wieder über das Programm. Dabei soll ein Fokus auf Informationsangebote speziell für Gründerinnen gelegt werden.

89360	**411**	**Energetische Modernisierung von Wohngebäuden (Effiziente GebäudePLUS)**	**40.000.000**	**10.000.000**	**9.600.000**	**—**

Im Rahmen des Förderprogramms „Effiziente GebäudePLUS“ soll eine Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO2-Emissionen des Gebäudesektors erreicht werden und damit ein Beitrag zur Einhaltung der gesetzlichen Klimaschutzziele des Landes Berlin geleitet werden.

Auf den Gebäudesektor entfallen rund 50 % der Berliner CO2-Emissionen. Daher wurde der deutliche Ausbau der Gebäudesanierung als eine Maßnahme zur Begegnung der Klimanotlage identifiziert. Im Zuge der weltpolitischen Entwicklungen seit Februar 2022, welche massive Auswirkungen auf den Energiesektor in Deutschland haben, erfährt das Förderprogramm großen Zuspruch, so dass ein erheblicher Bedarf an Mitteln besteht.

Bei den Ausgaben ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen.

Angaben zum Gender Budget:

Bei dem Programm stehen die jeweiligen Bauvorhaben im Fokus. Bei wirtschaftlichen Unternehmen können sowohl Männer als auch Frauen in geschäftsführenden Positionen tätig sein. Bei der Zuteilung der Mittel und der Förderentscheidung wird kein Geschlecht priorisiert. Aus diesem Grunde werden keine Genderdaten erhoben.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"**				

Deckungsvermerk: Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind untereinander deckungsfähig.

Der Bund wirkt nach Art. 91 a Grundgesetz (GG) bei der Erfüllung von Aufgaben der Länder mit, wenn diese Aufgaben für die Gesamtheit bedeutsam sind und die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist (Gemeinschaftsaufgaben). Hieraus ist die besondere Notwendigkeit der Finanzierung von Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sowohl im Bereich der unternehmensbezogenen Investitionsförderung als auch auf dem Gebiet der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur abzuleiten.

In den nächsten Jahren stehen die regionale Strukturpolitik und damit die GRW insbesondere angesichts der erforderlichen Transformation zur Klimaneutralität, den Auswirkungen der Energiekrise sowie der demografischen Alterung vor enormen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wurde die gesamte Fördersystematik der GRW überprüft und durch Bund und Länder im Dezember 2022 eine Neuausrichtung der GRW beschlossen.
Die GRW wurde hierbei auf drei Hauptziele erweitert: Standortnachteile ausgleichen, Beschäftigung schaffen und sichern sowie Transformationsprozesse hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft beschleunigen.
Themen wie Innovationen, Digitalisierung, betriebliche Produktivitätssteigerungen und nachhaltige Investitionen rücken noch stärker in den Fokus der GRW-Förderung.

Neben der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen ist es daher auch für Berlin unerlässlich, wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu finanzieren, die den Strukturwandel und Transformationsprozesse hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft wirksam unterstützen. Schwerpunkte der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur sind der Ausbau und die Revitalisierung von Industrie- und Gewerbegelände, die Anbindung von Gewerbebetrieben an das überregionale Netz durch die Errichtung und den Ausbau von Verkehrsverbindungen und die Errichtung oder den Ausbau von Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen, die Errichtung oder der Ausbau von Gewerbezentren sowie die Errichtung und der Ausbau von Einrichtungen der beruflichen Bildung die Errichtung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen des Tourismus und Geländeerschließung für den Tourismus. Sofern nachweislich ein enger Wirtschaftsbezug gegeben ist, können seit 2023 in begrenztem Umfang auch Maßnahmen der wirtschaftsnahen regionalen Daseinsvorsorge gefördert werden.

Die Personalausgaben im Zusammenhang mit den förderfähigen Bauherrenleistungen im Rahmen der GRW-Infrastrukturmaßnahmen werden zu 90 % aus GRW-Mitteln finanziert.

88306	**692**	**Infrastrukturmaßnahmen der Bezirke im Rahmen der GRW**	**10.000.000**	**10.000.000**	**10.000.000**	**13.633.477,35**
		Verpflichtungsermächtigung	**10.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2025	**4.000.000**			
		Davon fällig 2026	**3.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2027	**3.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**3.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind deckungsberechtigt gegenüber den beim Kapitel 2713, Titel 88309 veranschlagten Eigenanteile der Bezirke als Teil der Finanzierung der bezirklichen GRW-Projekte.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a) Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	5.200.000	6.200.000	0
b) VE-Plan 2023	4.000.000	3.000.000	3.000.000

Nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und dem Koordinierungsrahmen der GRW sind in Berlin Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur in den Bezirken vorgesehen.

Vorgesehen sind insbesondere die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen sowie die Geländeerschließung für den Tourismus.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Nach dem Koordinierungsrahmen der GRW stehen für 2024 und für 2025 zur Förderung von Investitionen von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur in den Bezirken Ausgaben in Höhe von jeweils 10.000.000 € zur Verfügung. An den Ausgaben beteiligt sich der Bund mit 50 v. H. (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33191).

Die Mittel zur Förderung von Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft und von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur (Hauptverwaltung, private Träger) sind bei den Titeln 88307, 89231 sowie 89232 veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

Die Mittel werden im Rahmen der auftragsweisen Bewirtschaftung durch die Bezirke für dortige Projekte verwendet. Genderspezifische Daten können daher bei diesem Titel nicht aufgezeigt werden.

88307	**692**	**Infrastrukturmaßnahmen der Hauptverwaltung im Rahmen der GRW**	**81.940.000**	**81.918.000**	**57.500.000**	**72.621.746,12**
		Verpflichtungsermächtigung	**82.500.000**	**82.500.000**		
		Davon fällig 2025	**30.000.000**			
		Davon fällig 2026	**30.000.000**	**30.000.000**		
		Davon fällig 2027	**22.500.000**	**30.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**22.500.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind deckungsberechtigt gegenüber den Ausgaben bei den in den Einzelplänen der Fachverwaltungen veranschlagten Ausgaben für die Eigenmittel der GRW.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	61.000.000	43.800.000	0
b)	VE-Plan 2023	20.000.000	20.000.000	17.500.000

Nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und dem Koordinierungsrahmen der GRW sind in Berlin Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur in der Hauptverwaltung vorgesehen.

Vorgesehen sind insbesondere Förderungen für die Errichtung oder den Ausbau von Bildungseinrichtungen, Verkehrsverbindungen zur Anbindung von Gewerbebetrieben sowie für den Tourismus.

Nach dem Koordinierungsrahmen der GRW stehen zur Förderung von Investitionen von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur in der Hauptverwaltung Ausgaben in 2024 in Höhe von 81.940.000 € und in 2025 in Höhe von 81.918.000 € zur Verfügung. An den Ausgaben beteiligt sich der Bund mit 50 v. H. (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33191).

Die Mittel zur Förderung von Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft und von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur (Bezirke, private Träger) sind bei den Titeln 88306, 89231 sowie 89232 veranschlagt.

Die Personalausgaben im Zusammenhang mit den förderfähigen Bauherrenleistungen im Rahmen der GRW-Infrastrukturmaßnahmen werden zu 90 % aus GRW-Mitteln finanziert (vgl. Titel 42811 und 42890).

Mehr, weil für die anstehenden Baumaßnahmen (Brücken) aufgrund des Baufortschritts zukünftig mehr Mittel einzuplanen sind.

Angaben zum Gender Budget:

Die hier veranschlagten GRW-Mittel werden zur Finanzierung von wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt. Sie schaffen die Rahmenbedingungen für den Aufbau und die Sicherung wettbewerbsfähiger Produktions- und Dienstleistungsstandorte. Sie sind also Voraussetzung für betriebliche Standortentscheidungen. Die wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen kommen daher den Unternehmen als Ganzes zu Gute.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89231	**691**	**Zuschüsse im Rahmen der GRW - Gewerbliche Wirtschaft -**	**87.500.000**	**87.500.000**	**87.500.000**	**75.531.299,08 R 3.077.772,39**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 10.000.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 10.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**87.500.000**	**87.500.000**		
		Davon fällig 2025	**35.000.000**			
		Davon fällig 2026	**35.000.000**	**35.000.000**		
		Davon fällig 2027	**17.500.000**	**35.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**17.500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a) Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	51.000.000	48.125.000	0
b) VE-Plan 2023	35.000.000	35.000.000	17.500.000

Nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und dem Koordinierungsrahmen der GRW ist Berlin für Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft vorgesehen.

Nach dem Koordinierungsrahmen der GRW stehen Berlin für 2024 und für 2025 zur Förderung von Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft Ausgaben in Höhe von jeweils 87.500.000 € zur Verfügung.

Im Rahmen der ergänzenden Förderung von nichtinvestiven Unternehmenstätigkeiten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen können nach dem Koordinierungsrahmen der GRW in den Jahren 2024 und 2025 jeweils Mittel bis zur Höhe von 7.000.000 € zur Unterstützung von Fachprogrammen des Landes in Anspruch genommen werden (Programme Coaching BONUS, Innovationsassistent/in, Potenzialberatung, Transfer Bonus, Design Transfer Bonus und gemeinnützige außeruniversitäre wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen).

An den Ausgaben beteiligt sich der Bund (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33191).

Die Mittel zur Förderung von Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft und von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur (Bezirke, Hauptverwaltungen, private Träger) sind bei den Titeln 88306, 88307 sowie 89232 veranschlagt.

Zur Aufstockung der Landesmittel zur Kofinanzierung für bereits bewilligte GRW-Vorhaben werden 10.000.000 € aus dem Innovationsförderfonds (IFF) finanziert. Diese Mittel sind gesperrt veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	2.214	4.023	4.036	8.684	1.981	4.433
Relativ	35 %	65 %	32 %	68 %	31 %	69 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	19.508,8	36.230,6	20.679,5	43.943,9	23.414,7	52.116,6

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Frauen - geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze für Frauen
Zielsetzung:	Die GRW-Förderung ist verstärkt auf den Mittelstand ausgerichtet. Dabei findet die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen besondere Berücksichtigung im GRW-Fördersystem, indem frauenspezifische Förderschwerpunkte gesetzt werden dürfen. Der inzwischen erreichte Prozentsatz von rund einem Drittel der durch die GRW-Förderung geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze für Frauen konnte abgesehen von geringfügigen Schwankungen gehalten werden. Eine weitere Steigerung des Frauenanteils ist zwar beabsichtigt, aber trotz der vorhandenen Steuerungsmaßnahmen grundsätzlich schwer zu erreichen, da auch insbesondere Unternehmen aus Handwerk und Technik/Technologie eine Förderung beantragen/erhalten. In diesen Bereichen sind die mit Frauen besetzten Arbeitsplätze traditionell unterrepräsentiert. Ziel wird es daher sein, in den Jahren 2024 und 2025 mindestens das Niveau von rund einem Drittel zu halten.
Steuerungsmaßnahmen:	In der Richtlinie zur GRW-Förderung der gewerblichen Wirtschaft wird gemäß Ziffer 9 u.a. Investitionen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze für Frauen schaffen, ein besonderer Struktureffekt unterstellt. Die Erfüllung eines besonderen Struktureffektes ist Voraussetzung für die Erreichung des Förderhöchstsatzes eines Unternehmens. Bei der Besetzung von neu geschaffenen, hoch qualifizierten Dauerarbeitsplätzen mit Frauen kann außerdem ein besonderer Investitionszuschuss für jeden Frauenarbeitsplatz i. H. v. 5.000 € gezahlt werden. Des Weiteren werden Investitionen zur Schaffung von Telearbeitsplätzen gefördert, um damit die Berufstätigkeit von Frauen zu unterstützen. In 2022 wurden wesentlich weniger Arbeitsplätze gefördert. Der Rückgang ist eine Momentaufnahme, welcher auch im Zusammenhang mit der Corona Pandemie zu sehen ist. Die Zahl der bewilligten Vorhaben war in dieser Zeit insbesondere aufgrund der zurückhaltenden Investitionstätigkeit geringer als in den Vorjahren. Die Investitionskosten pro geschaffenem und gesichertem Arbeitsplatz sind im Vergleich zu den Vorjahren jedoch angestiegen.

89232	**692**	**Zuschüsse an private Träger im Rahmen der GRW - Infrastrukturmaßnahmen -**	**20.000.000**	**20.000.000**	**20.000.000**	**54.282.033,17**
		Verpflichtungsermächtigung	**20.000.000**	**20.000.000**		
		Davon fällig 2025	**7.500.000**			
		Davon fällig 2026	**7.500.000**	**7.500.000**		
		Davon fällig 2027	**5.000.000**	**7.500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**5.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	12.100.000	11.350.000	0
b)	VE-Plan 2023	7.500.000	7.500.000	5.000.000

Koordinierungsrahmen der GRW sind Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur für private Träger vorgesehen.

Nach dem Koordinierungsrahmen der GRW stehen für 2024 und 2025 zur Förderung von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur (private Träger) jeweils Ausgaben in Höhe von 20.000.000 € zur Verfügung.

An den Ausgaben beteiligt sich der Bund mit 50 v. H. (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33191).

Die Mittel zur Förderung von Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft und von Maßnahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur (Bezirke, Hauptverwaltung) sind bei den Titeln 89231, 88306 und 88307 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Angaben zum Gender Budget:

Die hier veranschlagten GRW-Mittel werden zur Finanzierung von wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt. Sie schaffen die Rahmenbedingungen für den Aufbau und die Sicherung wettbewerbsfähiger Produktions- und Dienstleistungsstandorte. Sie sind also Voraussetzung für betriebliche Standortentscheidungen. Die wirtschaftsnahen Infrastrukturmaßnahmen kommen daher den Unternehmen als Ganzes zu Gute.

	Summe Maßnahmegruppe 03	**199.440.000**	**199.418.000**	**175.000.000**	**216.068.555,72**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 04		**Anstalten des öffentlichen Rechts**				

In dieser Maßnahmegruppe sind die auf Grund gesetzlicher Vorschriften (Berliner Betriebe-Gesetz, Straßenreinigungsgesetz, Sozialgesetzbuch) und vertraglicher Verpflichtungen zu leistenden Zahlungen an die Anstalten des öffentlichen Rechts nach dem Berliner Betriebe-Gesetz zusammengefasst.

52136	**649**	**Anteil an der Straßenreinigung**	**138.000.000**	**140.000.000**	**129.600.000**	**114.004.830,38**

Es sind folgende Zahlungen an die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) vorgesehen:

	2024	2025
1. Kosten der Straßenreinigung, davon 25 v. H. für Kosten gem. § 7 Abs. 1 Straßenreinigungsgesetz (StrReinG) - Straßen mit Anliegern - sowie 100 v. H. für Kosten gem. § 7 Abs. 6 S. 2 StrReinG - Straßen ohne Anlieger - (2023: 74.400.000 €)	81.700.000 €	82.500.000 €
2. Kosten für den Winterdienst gem. § 7 Abs. 6 S.1 StrReinG einschließlich 7.000.000 € für den Winterdienst auf Fahrradstrecken (2023: 25.000.000 €) ..	27.300.000 €	27.300.000 €
3. Sonderreinigungen bzgl. der Aufwendungen für die Beseitigung von Verschmutzungen, die über das normale Maß hinausgehen und Kosten für die Beseitigung illegalen Mülls von öffentlichem Straßenland (2023: 8.500.000 €)	12.500.000 €	12.500.000 €
4. Kosten der Reinigung von Grün- und Erholungsanlagen sowie Waldflächen gem. §§ 1a und 7a StrReinG (2023: 17.700.000 €).....	16.500.000 €	17.700.000 €
5. Kosten für die Beseitigung illegalen Mülls von öffentlichem Straßenland (2023: 4.000.000 €)	0 €	0 €
Summe:	138.000.000 €	140.000.000 €

Zu Nr. 1: Mehr, insbesondere wegen der geplanten Änderung des StrReinG zum 01.01.2024. Das Land Berlin wird dann die bisher den Bezirken obliegenden Gebühren für die Straßenreinigungspflicht an öffentlichen Grünanlagen tragen. Die Abrechnung der BSR für diese Flächen erfolgt nicht mehr gegenüber den einzelnen Bezirken, sondern im Rahmen der Stadtabrechnung.

Zu Nr. 2: Mehr, insbesondere wegen der geplanten Änderung des StrReinG zum 01.01.2024. Die BSR wird dann zusätzlich auf den Gehwegen vor den Grundstücken der befreiten Grün- und Erholungsanlagen den Winterdienst übernehmen, sodass die Abrechnung der dafür entstehenden Kosten im Rahmen der Stadtabrechnung erfolgen wird.

Zu Nr. 3 und Nr. 5: Mehr, weil ab 2024 die Mittel für den unter Nr. 5 aufgeführten Sachverhalt hier mit veranschlagt werden.

Zu Nr. 4: Hier werden auch Ausgaben für die Ausweitung der BSR-Reinigung für Parks und Wälder geleistet.

68212	**741**	**Ersatz von Fahrgeldausfällen an die BVG**	**30.000.000**	**30.000.000**	**37.100.000**	**21.854.392,78**

Für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sind Erstattungen von Fahrgeldausfällen für die Beförderung schwerbehinderter Menschen mit Freifahrt nach § 228 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) vorgesehen.

Coronabedingt sind die Fahrgastzahlen insbesondere zu Beginn der Pandemie stark eingebrochen. Die Ansätze spiegeln eine einsetzende Normalisierung wider.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	187.157	158.741	184.180	155.695	184.180	155.695
Relativ	54,1 %	45,9 %	54, 2%	45,8 %	54,2 %	45,8 %
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	20.414,8	17.315,0	10.470,2	8.847,4	11.845,1	10.009,3

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Schwerbehinderte mit Freifahrt nach SGB IX
Zielsetzung:	Eine Zielsetzung, den Anteil eines Geschlechts in der Gruppe schwerbehinderter Menschen zu erhöhen, ist nicht an der Sache orientiert und kommt daher nicht in Betracht.
Steuerungsmaßnahmen:	Aufgrund der Ausführungen zur Zielsetzung können keine Steuerungsmaßnahmen formuliert werden.

Aus den Verkehrserhebungen, die im Auftrag des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) durchgeführt werden, ist kein Rückschluss auf die hier darzustellenden Genderdaten möglich. Die Datenerhebungen haben grundsätzlich die Ermittlung der Einnahmeentwicklung zwischen den beteiligten Unternehmen zum Ziel. Eine Unterscheidung zwischen Frauen und Männern erfolgt daher nicht.

Entsprechend der jüngsten diebsbezüglichen Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zum 31.12.2021 (Schwerbehinderte Menschen in Berlin 2021) wurde die Aufteilung nach Frauen und Männern vorgenommen und fortgeschrieben.

68213	**741**	**Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter**	**14.593.000**	**13.451.000**	**17.269.000**	**57.424.942,12**
		Verpflichtungsermächtigung	**90.208.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**14.355.000**			
		Davon fällig 2026	**12.944.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**11.579.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**10.274.000**	**—**		
		Davon fällig 2029	**41.056.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a) Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	14.593.000	13.451.000	42.503.000
b) VE-Plan 2023	0	0	0

Die Mittel sind für Aufwendungen gem. 2. Fortsetzungsvereinbarung über die Erstattung von Ruhegeldzahlungen veranschlagt.

Angaben zum Gender Budget:

	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	1.052	591	969	496	887	420
Relativ	64,0 %	36,0 %	66,1%	33,9%	67,9%	32,1%
Rein rechnerische Ressourcenverteilung (in T €)	13.669,8	7.679,5	13.362,1	6.852,9	11.288,3	5.336,6

Zielgruppe:	Ruhegeldempfänger/-innen
Zielsetzung/ Steuerungsmaßnahmen:	Eine Zielsetzung kommt infolge fehlender Steuerungsmöglichkeiten nicht in Betracht.

Es wird davon ausgegangen, dass die Anzahl der Ruhegeldempfängerinnen und -empfänger stetig sinkt. Dementsprechend werden auch die Aufwendungen für Ruhegeldzahlungen geringer sein.

Summe Maßnahmegruppe 04	**182.593.000**	**183.451.000**	**183.969.000**	**193.284.165,28**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**680**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.879.000**	**1.496.000**	**1.594.000**	**1.851.409,87**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	67.700	67.700	215.600
b)	VE-Plan 2023	166.000	122.000	0

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
1.	IT-gestütztes Begleitsystem für den ESF	a) b) c)	923.400 962.000 895.000	a) b) c)	273.200 250.500 230.900	a) b) c)	1.196.600 1.212.500 1.125.900
2.	IT-gestütztes Begleitsystem für den EFRE	a) b) c)	670.000 917.000 601.000	a) b) c)	551.000 368.000 278.000	a) b) c)	1.221.000 1.285.000 879.000
Summen 2023: Summen 2023 rd.:			1.593.400 1.594.000		824.200 825.000		2.417.600 2.418.000
Summen 2024: Summen 2024 rd.:			1.879.000 1.879.000		618.500 619.000		2.497.500 2.498.000
Summen 2025: Summen 2025 rd.:			1.496.000 1.496.000		508.900 509.000		2.004.900 2.005.000

Die EU-Mittel werden im Rahmen der Förderperiode 2021-2027 (n+2-Regel) für den Europäischen Sozialfonds (ESF+) zur Nr. 1 beim Titel 54692 und für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Nr. 2 beim Titel 54697 veranschlagt.

Summe Maßnahmegruppe 32	**1.879.000**	**1.496.000**	**1.594.000**	**1.851.409,87**
Gesamtausgaben	**594.136.200**	**561.119.000**	**506.070.700**	**1.853.432.220,66**
Prozentuale Veränderung	**17,4 %**	**-5,6 %**		

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1330				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	131.727.000	107.742.000	148.595.000	215.237.090,50
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	27.179.000	27.159.000	24.037.000	962.425.754,09
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	100.000.000	100.000.000	87.501.000	104.531.968,00
		Gesamteinnahmen	258.906.000	234.901.000	260.133.000	1.282.194.812,59
411-462		Personalausgaben	7.920.200	8.265.000	7.824.700	6.847.789,12
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	206.875.000	200.834.000	163.485.000	156.533.538,96
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	109.972.000	114.499.000	120.061.000	1.435.034.063,96
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	269.369.000	237.521.000	214.700.000	255.016.828,62
		Gesamtausgaben	594.136.200	561.119.000	506.070.700	1.853.432.220,66
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-335.230.200	-326.218.000	-245.937.700	-571.237.408,07

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Allgemeine Erläuterung

Aus dem Kapitel 1330 wurden die Ausgaben der Abteilung IV – Landesunternehmen und Strukturpolitik – mit folgenden Aufgabengebieten bestritten:

- Liegenschaften, Zukunftsorte, Gewerbeflächenentwicklung
- Unternehmensbeteiligungen, Anstalten des öffentlichen Rechts
- Europäische Strukturfondsförderung
- Regionale Strukturpolitik, Wirtschaftsförderung
- EU-Bescheinigungsbehörde des Landes Berlin für die EU-Strukturfonds

In der produktorientierten Sicht verfolgte die Abteilung folgende

Strategischen Ziele:

000616	Anstalten und Unternehmensbeteiligungen Berlins
000992	Strukturpolitik
001019	Politische Rahmenbedingungen gestalten – wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen und erhalten

In der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wurden keine Kostenträger mit dem (auswertbaren) Merkmal „Ministerielles Geschäftsfeld (MGF)“ gebildet. Stattdessen führen Kostenträger, die den ministeriellen Bereich, Grundsatzangelegenheiten u. ä. abbilden in der Kurzbezeichnung den Zusatz „m“, „M“ oder „ministeriell“, in Parenthese oder in Klammern. Sofern in den erläuternden Texten dennoch die Bezeichnung „MGF“ verwendet wird, sind darunter die derart bezeichneten Kostenträger zu verstehen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000616 Anstalten und Unternehmensbeteiligungen Berlins

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	1.142.380	1.198.602	-4,69
Kostenträger	14	Sachkosten	114.063.577	117.444.163	-2,88
davon		Transferkosten	105.509	184.212	-42,72
Produkte	14	Verrechnungskosten	0	0	+0,00
MGF	0	kalkulatorische Kosten	236.192	233.293	+1,24
Projekte	0	Gemeinkosten	48.792.038	50.875.338	-4,09
		Summe Verwaltungskosten	164.339.695	169.935.608	-3,29
		Transfers	92.915.335	99.616.766	-6,73
		Gesamtsumme	257.255.030	269.552.374	-4,56

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005128	2022	49.103.240	13.636.000	62.739.240
Steuerung der sonstigen Unternehmensbeteiligungen Berlins	2021	51.253.524	17.436.000	68.689.524

Bearbeitung unternehmensbezogener Vorgänge

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76190	2022	47.992.098	12.971.000	60.963.098
Verwaltung von Grundvermögen (Messegelände)	2021	50.102.798	12.971.000	63.073.798

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	647	381
Kosten je ME in €	74.176,35	131.503,41
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	23,70	23,40
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Geschäftsführung, Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Steuerangelegenheiten des BgA "Verwaltung von Grundvermögen".

Fachspezifische Informationen
Erzielung von Einnahmen zu Gunsten des Berliner Haushalts und Schaffung optimaler Betriebsvoraussetzungen für die Messe Berlin GmbH.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76192	2022	112.227	0	112.227
Angelegenheiten der Messe Berlin GmbH	2021	101.790	0	101.790

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	1.346	1.265
Kosten je ME in €	83,38	80,47
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,04	0,04
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	3.257.498,79	2.941.079,17
Kostendeckungsgrad in %	2.902,59	2.889,36

Bearbeitung unternehmensbezogener Vorgänge

Fachspezifische Informationen

Optimierung der Wirtschaftlichkeit und Organisation, Unterstützung der Unternehmenspolitik, Umsetzung der fachpolitischen Zielmarken (Zielbilder) und der wirtschaftspolitischen Ziele des Landes Berlin. Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Leistungsfähigkeit des Messe- und Kongressstandortes Berlin wird das Land Berlin die bauliche und technische Ertüchtigung des Expo Center City und den Ausbau der vorhandenen Hallenkapazitäten unterstützen.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005129	2022	115.236.456	79.279.335	194.515.791
Steuerung der Anstalten ö.R.	2021	118.682.084	82.180.766	200.862.850

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76196	2022	214.685	0	214.685
Angelegenheiten der BWB/BWH	2021	237.638	0	237.638

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	826	2.249
Kosten je ME in €	259,91	105,66
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,08	0,09
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	117.334.663,57	189.974.638,64
Kostendeckungsgrad in %	54.654,44	79.942,93

Bearbeitung anstalts- und holdingbezogener Vorgänge und Ausübung der Staats- und Rechtsaufsicht

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76197	2022	114.439.751	0	114.439.751
Angelegenheiten der BSR	2021	117.720.768	0	117.720.768

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	1.149	2.575
Kosten je ME in €	99.599,44	45.716,80
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	44,48	43,67
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung anstaltsbezogener Vorgänge und Ausübung der Staats- und Rechtsaufsicht

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76198	2022	291.909	79.279.335	79.571.244
Angelegenheiten der BVG	2021	306.218	82.180.766	82.486.984

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	1.495	3.104
Kosten je ME in €	195,26	98,65
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	30,93	30,60
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	73,45	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung anstaltsbezogener Vorgänge und Ausübung der Staats- und Rechtsaufsicht

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000992 Strukturpolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	4.835.909	4.527.609	+6,81
Kostenträger	24	Sachkosten	35.166.988	30.240.212	+16,29
davon		Transferkosten	317.766	31.007	+924,82
Produkte	24	Verrechnungskosten	44.410	42.642	+4,15
MGF	0	kalkulatorische Kosten	627.833	646.776	-2,93
Projekte	0	Gemeinkosten	3.765.940	3.797.206	-0,82
		Summe Verwaltungskosten	44.758.847	39.285.452	+13,93
		Transfers	1.507.141.852	2.664.209.603	-43,43
		Gesamtsumme	1.551.900.699	2.703.495.055	-42,60

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004829	2022	33.067.104	1.506.879.726	1.539.946.831
Monetäre Wirtschaftsförderung	2021	29.443.620	2.664.069.403	2.693.513.023

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
67138	2022	132.020	195.629	327.649
Gewährung von Überbrückungshilfen an straßenbaugeschädigte Gewerbetreibende	2021	143.133	60.200	203.333

	2022	2021
Menge: Anzahl der Bescheide	35	109
Kosten je ME in €	3.772,00	1.313,15
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,02	0,01
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	436.579.845,53	165.619.804,64
Kostendeckungsgrad in %	133.246,14	81.452,47

Gewährung von Hilfen an straßenbaugeschädigte Gewerbetreibende, Geschäftsstelle des Ausschusses für Räumungsbetroffene

Fachspezifische Informationen

Finanzielle Unterstützung von Betrieben, die durch Straßenbaumaßnahmen des Landes Berlin und zum Ausbau der Fernwärmeleitungen sowie der Netzgesellschaft NBB (Starkstrom- und Gasleitungen) in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind sowie Anträge auf Härteausgleich räumungsbetroffener Gewerbetreibender in Sanierungsgebieten der Berliner Bezirke.
In 2021 konnten fünf und in 2022 17 Unternehmen gefördert werden. In 2021 fiel die Anzahl der geförderten Unternehmen aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie geringer aus, da während dieser Zeit vornehmlich die Corona-Hilfen von den Gewerbetreibenden in Anspruch genommen wurden. In 2022 ist bei den Antragstellungen wieder eine größere Nachfrage spürbar. Insgesamt wurden hier 28 Anträge auf eine finanzielle Hilfe gestellt.
Die IST-Erträge in 2021/2022 resultieren aus den versehentlich kostenrechnerisch fehlerhaften Buchungen in 2021 der Soforthilfen - Landes- und Bundesmittel und in 2022 der SH Überbrückungshilfe III Plus sowie der Soforthilfen IV (Kultur) beim Kapitel 1330 Titel 11934 Rückzahlungen überzahlter Beträge und Titel 23107 Zuweisungen des Bundes für Soforthilfe Ertragsart 80102050. Zweckgebundene Zuschüsse und sonstige Zuweisungen (ohne Umsatzsteuertatbestand)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
67184	2022	142.211	536.000	678.211
Meistergründungsprämie	2021	147.570	680.200	827.770

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

	2022	2021
Menge: Zahl der bearbeiteten Anträge	83	141
Kosten je ME in €	1.713,39	1.046,60
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,04	0,03
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	5.580,77	9.965,56
Kostendeckungsgrad in %	0,82	1,20

Anreiz und Finanzierungshilfe für junge Handwerksmeister, sich selbständig zu machen

Fachspezifische Informationen

Die Prämie kann bis zu 25 T€ betragen und wird in einem zweistufigen Verfahren ausgezahlt.
- In der ersten Stufe (Gründungsphase) werden Betriebsgründungen mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 10 T€ gefördert. Es besteht die Möglichkeit zur Aufstockung in Höhe von 5 T€ auf 15 T€, bei Gründung durch Frauen in einem männertypischen Handwerksberuf (Frauenbonus).
- In der zweiten Stufe (drei Jahre nach der Gründung) wird eine weitere Förderung von bis zu 7,5 T€ gewährt, sofern mindestens für 12 Monate ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz oder ein Ausbildungsplatz geschaffen worden ist. Im Falle der Schaffung und Besetzung eines Ausbildungsplatzes mit einer Frau in einem frauenatypischen Handwerksberuf kann die Förderung in der 2. Stufe von 7,5 T€ auf 10 T€ erhöht werden (Frauenbonus).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
74466	2022	556.711	1.234.047	1.790.758
Fonds für Unternehmen in Krisensituationen (Liqui- und Konsi-Fonds) und Potenzialberatung	2021	322.087	4.509.063	4.831.150

	2022	2021
Menge: Anzahl der Antragsteller	1.249	392
Kosten je ME in €	445,73	821,65
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,12	0,18
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	76.623,92	325.206,75
Kostendeckungsgrad in %	4,28	6,73

Förderung von Umstrukturierungsmaßnahmen sowie Förderung von Unternehmen mit Liquiditätsschwierigkeiten

Fachspezifische Informationen

Ausgleich von Ausfällen der Investitionsbank Berlin (IBB) aus dem Liquiditätsfonds. Der Fonds unterstützt durch Vergabe von Darlehen Unternehmen in Schwierigkeiten mit grundsätzlich positiven Zukunftsaussichten, die Liquiditätsbedarf haben und sich umstrukturieren wollen. Die dafür bereitgestellten Mittel werden von der IBB am Kapitalmarkt aufgenommen. Nicht beglichenen Forderungen aus dem Darlehensverhältnis werden der IBB durch das Land Berlin erstattet.
Mit der Förderung von Potenzialberatungen können mittelständische Unternehmen bestimmter Branchen finanzielle Mittel für die Einholung externer Beratung erhalten

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76159	2022	965.008	23.930.945	24.895.953
GRW - Infrastruktur - kommunale Träger	2021	1.145.619	18.465.602	19.611.221

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	7.474	5.413
Kosten je ME in €	129,12	211,64
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,60	0,73
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	5.399,44	894,56
Kostendeckungsgrad in %	0,02	0,00

Vorbereitung und Erteilung von Bescheiden für GRW-Infrastrukturprojekte und Begleitung der Projektdurchführung (kommunale Träger)

Fachspezifische Informationen
Anzahl der geförderten Projekte: 89 in 2021 und 82 in 2022.
Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel werden zur Förderung in strukturpolitisch besonders wichtigen, zukunftsweisenden Feldern eingesetzt. Ziel der GRW ist es, neben der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen, Standortnachteile auszugleichen und Transformationsprozesse hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft zu beschleunigen. Durch die Förderung werden die Produktionsbedingungen für Wirtschaft und Ausbildung verbessert.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76212	2022	702.378	59.442.463	60.144.841
GRW-Infrastruktur - private Träger -	2021	961.402	29.888.579	30.849.981

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	6.029	6.316
Kosten je ME in €	116,50	152,22
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,88	1,14
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	54,10
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Vorbereitung und Erteilung von Bescheiden für GRW-Infrastrukturprojekte und Begleitung der Projektdurchführung (private Träger)

Fachspezifische Informationen
Anzahl der geförderten Projekte: 50 in 2021 und 49 in 2022.
Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel werden zur Förderung in strukturpolitisch besonders wichtigen, zukunftsweisenden Feldern eingesetzt. Ziel der GRW ist es, neben der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen, Standortnachteile auszugleichen und Transformationsprozesse hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft zu beschleunigen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78091	2022	768.853	1.342.099.394	1.342.868.247
GRW-Förderung von gewerblichen Unternehmen	2021	70.996	2.538.202.197	2.538.273.192

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

	2022	2021
Menge: Anzahl bearbeiteter Anträge/ Anzahl der Bescheide	151	265
Kosten je ME in €	5.091,74	267,91
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	86,53	93,89
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	21.640,00	0,00
IST - Erträge in €	506.529.897,45	2.590.137.766,10
Kostendeckungsgrad in %	37,72	102,04

Vergabe von Investitionszuschüssen für die gewerbliche Wirtschaft Berlins

Fachspezifische Informationen
Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel werden zur Förderung in strukturpolitisch besonders wichtigen, zukunftsweisenden Feldern eingesetzt. Ziel der GRW ist es, neben der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen, Standortnachteile auszugleichen und Transformationsprozesse hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft zu beschleunigen. In 2021 wurden 270 und 104 Bescheide wurden in 2022 erteilt.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78971	2022	27.134.726	57.411.239	84.545.965
Grundsatzangelegenheiten der regionalen Wirtschaftsstruktur, GRW, Haushaltsplanung- und steuerung, Evaluation, Berichtswesen	2021	24.151.017	51.037.537	75.188.554

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	6.232	5.174
Kosten je ME in €	4.354,10	4.667,77
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,45	2,78
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	6.247,50	-2.072,26
Kostendeckungsgrad in %	0,01	-0,00

Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen der regionalen Wirtschaftsstruktur, Haushaltsangelegenheiten

Fachspezifische Informationen
Anpassung der Förderinstrumente und –mittel an die wirtschafts- und strukturpolitischen Ziele Berlins. Sicherung der Fördermittel. Zusammenarbeit von Bund und Land. Grundsätzliche Bewertung von Projektideen. Bearbeitung der Grundsatzfragen im Rahmen der Durchführung. Erfüllung von Berichtspflichten. Steuerung der Mittel für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft über die IBB.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81042	2022	51.428	5.774.656	5.826.083
GründungsBONUS	2021	41.304	8.055.307	8.096.611

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

	2022	2021
Menge: Anzahl bearbeiteter Anträge/ Anzahl der Bescheide	287	384
Kosten je ME in €	179,19	107,56
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,38	0,30
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	19.382,46	8.995,35
Kostendeckungsgrad in %	0,33	0,11

Vergabe von Investitionszuschüssen für die gewerbliche Wirtschaft Berlins

Fachspezifische Informationen
Das im Juli 2018 gestartete Programm ist an Gründerinnen und Gründern mit besonders innovativen Geschäftsmodellen adressiert, die sich auf dem Markt und im Wettbewerb erst einmal etablieren müssen.
Der Gründungsbonus sieht einen einmaligen Zuschuss pro Startup i. H. v. max. 50.000 € vor. Die Transferkosten beinhalten die Durchführungskosten für die IBT, die das Programm für das Land durchführt.
Insgesamt betrug die Anzahl von Bescheiden in 2022 286 und in 2021 358

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81214	2022	112.390	15.521.519	15.633.909
ESF- und Landesförderungen im Bereich Anpassungsqualifizierung von Unternehmen und Existenzgründungen (V.23: 80719)	2021	89.674	12.411.059	12.500.732

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	2.828	5.415
Kosten je ME in €	39,74	16,56
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,01	0,46
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Umsetzung von Fördermaßnahmen in den Bereichen innovative Qualifizierung von Beschäftigten in technologiebezogenen Unternehmen, Sozialunternehmen sowie innovative Existenzgründungen, insb. in Kooperation mit Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Kammern.

Fachspezifische Informationen
Die Transferbezüge ergeben sich aus den ausgezahlten Fördermitteln für die beiden Förderprogramme „innovativen Qualifizierung“ und „innovative Gründungen“ (Berliner Startup Stipendium). Im Rahmen der innovativen Qualifizierung konnten im Jahr 2022 192 Teilnehmer/-innen gefördert werden, der Frauenanteil betrug 34,9%. Im Rahmen des Berliner Startup Stipendiums konnten für das Jahr 2022 518 Stipendien vergeben werden. Der Frauenanteil betrug dabei ca. 39,6 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004835	2022	1.592.718	262.126	1.854.843
Zukunftsorte / Liegenschaften / Gewerbeflächenentwicklung	2021	1.505.427	131.468	1.636.895

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80590	2022	632.540	262.126	894.665
Grundsatzangelegenheiten der Standortentwicklung / Zukunftsorte	2021	836.949	131.468	968.417

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	3.278	4.665
Kosten je ME in €	192,97	179,41
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,06	0,04
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	31.006,99
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Grundsatz- und Einzelangelegenheiten der Standortentwicklung / Zukunftsorte

Fachspezifische Informationen
Die Thematik Standortentwicklung hat mit dem Aufbau der Arbeitsgruppe Gewerbeflächenentwicklung Ende 2019 einen höheren Stellenwert eingenommen. Damit ist der betriebene Aufwand gestiegen und wird noch weiter steigen. Die Themen „Aktivierung von Gewerbeflächenstandorten“ und „Bau von landeseigenen Gewerbehöfen“ sind zentraler Bestandteil des neuen Aufgabengebietes, welches in einem eigenen Kostenträger abgebildet wird (81277).
Die zweite GRW-Förderperiode ist am 01.10.2020 gestartet und läuft noch bis zum 31.03.2024. Auch in der 3. Förderperiode werden die Aufgabenfelder Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, interne und externe Vernetzung, Gremienarbeit, Unterstützung von Verbundprojekten und Kooperation sowie Unterstützung bei der Entwicklung und Profilbildung und Internationalisierung mit den entsprechenden Maßnahmen unterlegt, um die Zukunftsorte weiterzuentwickeln und damit Berlin als Zentrum für moderne Industrien und Zukunftstechnologien besser sichtbar zu machen. Die Transferkosten bilden die Ko-Finanzierung der GRW-Förderung für das intraregionale Regionalmanagement als Geschäftsstelle Zukunftsorte ab.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004991	2022	10.099.025	0	10.099.025
Europäische Strukturfondsförderung	2021	8.336.405	8.732	8.345.137

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80595	2022	2.605.861	0	2.605.861
Planung und Durchführung von EFRE-Programmen	2021	2.176.040	8.732	2.184.772

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

	2022	2021
Menge: Anzahl der EFRE-Programme	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,17	0,08
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Planung und Umsetzung von Programmen des EFRE, Erschließung von Fördermitteln der EU für Berlin

Fachspezifische Informationen

Das Produkt bildet die Verwaltungskosten der EFRE-Verwaltungsbehörde für die Planung und Umsetzung der Programme des EFRE ab. Die Umsetzung des Operationellen Programms der Förderperiode 2014-2020 wird voraussichtlich bis Anfang 2025 abgeschlossen sein. Das EFRE-Programm für die Förderperiode 2021-2027 wurde im Juni 2022 durch die Europäische Kommission angenommen. Die Umsetzung wird voraussichtlich den Zeitraum bis zum Jahr 2030 umfassen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81076	2022	5.933.222	0	5.933.222
Planung und Durchführung von ESF-Programmen	2021	4.725.507	0	4.725.507

	2022	2021
Menge: Anzahl der Programme	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,38	0,17
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Planung und Umsetzung von Programmen des ESF, Erschließung von Fördermitteln der EU für Berlin Strukturfondsverordnungen, Entscheidungen der Kommission, GO des Begleitausschusses, LHO, VvB, VwVfG, EGV, BGB

Fachspezifische Informationen

Das Produkt bildet die Verwaltungskosten der ESF-Verwaltungsbehörde für die Planung und Umsetzung der Programme des ESF ab. Die Umsetzung des Operationellen Programms der Förderperiode 2014-2020 wird voraussichtlich bis Anfang 2025 abgeschlossen sein. Das ESF-Programm für die Förderperiode 2021-2027 wurde im Juni 2022 durch die Europäische Kommission angenommen. Die Umsetzung wird voraussichtlich den Zeitraum bis zum Jahr 2030 umfassen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung „Energie, Digitalisierung, Innovation“ der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe.

Die Abteilung „Energie, Digitalisierung, Innovation“ gliedert sich wie folgt:

Abteilung III (Energie, Digitalisierung, Innovation) - Kapitel 1350 -

Energie (inkl. Energiewirtschaftsstelle)
Digitalisierung, Mobilität, Gesundheitswirtschaft
Industrie und Innovation

B. Gender Budgeting

Der Anteil der Titel bzw. Erläuterungsnummern im Kapitel 1350, die mit Ausführungen zum Gender Budgeting versehen sind, ist mit 28 Ausführungen auf dem Stand des Haushaltsplans 2022/2023 geblieben. Die Vorgaben des Aufstellungsrundschreibens 2024/2025 wurden beachtet. Zu einigen Titeln, bei denen keine Daten erhoben bzw. keine Zielgruppen oder Zielsetzungen benannt werden können, sind auf den Einzelfall bezogen entsprechende Ausführungen in die jeweilige Gender-Budgeting-Erläuterung aufgenommen worden.

Aufgrund der Vielzahl der nun vorliegenden Gender Budgeting-Erläuterungen wird auf weitere Ausführungen zu einzelnen Titeln bzw. Teilansätzen an dieser Stelle verzichtet und auf die geschlechtsspezifischen Daten und Ausführungen bei den Erläuterungen der jeweiligen Titel und Teilansätze verwiesen.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur:

Die nachfolgenden Daten wurden, um Verfälschungen des durchschnittlichen Haushaltsbruttos durch die Personalfluktuation zu vermeiden um die Fälle bereinigt, bei denen wegen unterjährigen Ausscheidens oder Neueinstellung kein volles Jahreseinkommen gezahlt wurde.

Durchschnittseinkommen pro Jahr in €	2020		2021		2022	
	w	m	w	m	w	m
Führungskräfte						
VZÄ	7,3	13,9	10,6	8,9	6,7	8,4
Absoluter Anteil	8	14	11	9	7	9
Relativer Anteil	36 %	62 %	55 %	45 %	44 %	56 %
Haushaltsbrutto	576.220	1.145.765	838.987	757.054	599.166	718.786
Durchschnittliches Haushaltsbrutto	78.934	82.429	79.150	85.062	89.428	85.570
Mitarbeitende						
VZÄ	53	62	45,8	55,6	36,2	52,9
Absoluter Anteil	60	63	52	57	39	54
Relativer Anteil	49 %	51 %	47 %	53 %	42 %	58 %
Haushaltsbrutto	3.118.303	3.322.848	3.046.104	3.486.368	2.312.990	3.354.502
Durchschnittliches Haushaltsbrutto	58.836	53.594	66.509	62.704	63.895	63.412

Das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen weiblicher **Führungskräfte** ist im Vergleich zu 2020 um rd. 10.490 € und bei den männlichen Führungskräften um rd. 3.140 € gestiegen. Während der Einkommensvorsprung männlicher Führungskräfte 2020 noch rd. 3.500 € betrug, haben 2022 nun die weiblichen Führungskräfte einen Einkommensvorsprung von rd. 3.860 €.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Dies resultiert aus dem Wechsel des Referats Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit mit vorwiegend männlichen Führungskräften in das Kapitel 1320, dem Ausscheiden einer hochdotierten männlichen Führungskraft sowie der mehrmonatigen Elternzeit einer männlichen Führungskraft.

Das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen weiblicher **Mitarbeitenden** hat sich im Vergleich zu 2020 um rd. 5.060 € erhöht, während es bei den männlichen Mitarbeitenden um rd. 9.820 € gestiegen ist. Der 2020 vorhandene hohe Einkommensvorsprung weiblicher Mitarbeitenden hat sich auf rd. 480 € reduziert.
Gründe hierfür sind der Wechsel des Referats Außenwirtschaft, Europäische Wirtschaftspolitik, Entwicklungszusammenarbeit mit vorwiegend weiblichen Mitarbeitenden in das Kapitel 1320 sowie mehrere Langzeiterkrankungen und mehrmonatige Pflegezeiten bei den weiblichen Mitarbeitenden.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**610**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**9.000**	**9.000**	**9.000**	**4.000,00**

Gebühren für Amtshandlungen nach dem Energiewirtschaftsgesetz

11152	**610**	**Gebühren nach verschiedenen landesrechtlichen Vorschriften**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**8.534,00**

Einnahmen nach der Verordnung über die Gebühren im Bergwesen

11921	**680**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**2.881.159,24**

Rückzahlungen überzahlter Zuwendungen aufgrund von geprüften Verwendungsnachweisen

11934	**680**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**2.290.265,41**
11961	**680**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**540.000**	**540.000**	**600.000**	**188.743,65**

Für die Erzeugung von Licht darf Erdgas nach § 25 Abs. 1 Energiesteuergesetz steuerfrei verwendet werden. Die Energiesteuer (Steuersatz 5,50 €/MWh) wird zunächst durch den Erdgaslieferanten (Steuerschuldner) auch für die öffentliche Gas-Straßenbeleuchtung gegenüber. dem Land Berlin monatlich abgerechnet. Das Land Berlin erhält nach Antragstellung gegenüber dem Hauptzollamt vierteljährlich eine Rückerstattung der Energiesteuer, Die Höhe der vom Hauptzollamt vollständig zurück erstatteten Energiesteuer belief sich im Jahr 2020 auf rd. 654.600 €/Jahr. Aufgrund der vereinbarten Umrüstung der Straßenbeleuchtung von Erdgas auf Strom reduziert sich der Erdgasverbrauch jährlich kontinuierlich.

16210	**680**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**5.673,19**
23190	**680**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**2.000**	**2.000**	**1.000**	**58.383,34**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890.

Es werden Zuschüsse des Bundes für verschiedene Projekte erwartet.

23232	**610**	**Einnahmen aus mess- und eichtechnischen Dienstleistungen**				

Siehe Maßnahmegruppe 02

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
27296	**680**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2014-2020)**	**23.300.000**	**2.600.000**	**20.045.000**	**36.785.670,24**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 68396.

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erhält Berlin für 2024 und 2025 folgende Mittel nach dem Operationellen Programm für die Förderperiode 2014-2020 (n+3-Regel):

Programm / Maßnahme	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Ausgabe nachgewiesen bei Titel	Landesmittel nachgewiesen bei Titel
1	2	3	4
Pro FIT	a) 19.700.000 b) 23.300.000 c) 2.600.000	68396	69806
Summe 2023:	19.700.000		
Summe 2024:	23.300.000		
Summe 2025:	2.600.000		

Die Mittel werden von der EU aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.

Zurückzuzahlende Beträge, die das Land von der EU zu viel erhalten hat, werden aus der Einnahme geleistet.

27297	**680**	**Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027)**	**22.242.000**	**28.888.000**	**15.039.000**	**—**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 54697, 68397, 69897.

Als Fördergebiet im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erhält Berlin für 2024 und 2025 folgende Mittel nach dem EFRE-Programm für die Förderperiode 2021-2027:

	Programm / Maßnahme	EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Ausgabe nachgewiesen bei Titel	Landesmittel nachgewiesen bei Titel
1		2	3	4
1.	Zuführung an den VC Fonds Impact Berlin III	a) 2.000.000 b) 1.630.000 c) 1.892.000	69897	*)
2.	Zuführung an den VC Fonds Technologie Berlin III	a) 3.200.000 b) 1.840.000 c) 3.036.000	69897	*)
3.	*Pro* FIT	a) 9.812.000 b) 18.476.000 c) 23.684.000	68397	69806
4.	Technische Hilfe für die Begleitung der regionalen Innovationsstrategie (RIS)	a) 27.000 b) 60.000 c) 40.000	54697	54602
5.	Technische Hilfe für die Begleitung des VC Fonds Technologie III, des VC Fonds Kreativwirtschaft III und des Impact VC Fonds	a) 0 b) 16.000 c) 16.000	54697	54602
6.	Beurteilung, Begleitung und Bewertung von Einzel- und Verbundprojekten im Rahmen des Programms Pro FIT	a) 0 b) 220.000 c) 220.000	54697	54602
Summe 2023:		15.039.000		
Summe 2024:		22.242.000		
Summe 2025:		28.888.000		

*) Kofinanzierungsmittel werden von der Investitionsbank Berlin bereitgestellt.

Die Mittel werden von der EU aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet.
Zurückzuzahlende Beträge, die das Land von der EU zu viel erhalten hat, werden aus der Einnahme geleistet.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
28290	**680**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890.				
33190	**680**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 42890.				

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Mess- und Eichwesen**				

Seit dem 01. Mai 2005 wird das Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin auf der Grundlage des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg über die Errichtung des Landesamtes für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg (LME) vom 11. März 2004 als Außenstelle des fusionierten Landesamtes mit Sitz in Kleinmachnow fortgeführt. Der Grundhaushalt des LME wird im Landeshaushalt des Landes Brandenburg ausgewiesen.

23232	**610**	**Einnahmen aus mess- und eichtechnischen Dienstleistungen**	**3.741.000**	**3.741.000**	**3.720.000**	**5.760.951,67**

Nach Art. 3 Abs. 2 des Staatsvertrages werden die Einnahmen zum 1. Januar 2019 im Verhältnis 56,4 v.H. zu 43,6 v.H. zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg aufgeteilt und im Brandenburger Haushalt veranschlagt. Der Berliner Anteil an den Einnahmen wird vierteljährlich vereinnahmt. Die Erhebung der Gebühren richtet sich nach der Mess- und Eichgebührenverordnung des Bundes.

Summe Maßnahmegruppe 02	**3.741.000**	**3.741.000**	**3.720.000**	**5.760.951,67**
Gesamteinnahmen	**49.957.000**	**35.903.000**	**39.537.000**	**47.983.380,74**
Prozentuale Veränderung	**26,4 %**	**-28,1 %**		

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**3.692.000**	**3.704.000**	**3.109.000**	**2.986.016,86**
		Die Beschäftigten des Landesamtes für das Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg bleiben Beamtinnen und Beamte bzw. Tarifbeschäftigte ihres bisherigen Dienstherrn bzw. Arbeitgebers. Gemäß Art. 6 Abs. 4 des Staatsvertrages trägt jedes Land die Ausgaben für das von ihm gestellte Personal (vgl. auch Erläuterung zu Titel 23232).				
42221	**011**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**33.500**	**26.000**	**46.800**	**1.355,44**
		Vgl. Erläuterung zu Titel 42201				
42701	**331**	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**331**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**5.778.000**	**6.037.000**	**5.681.000**	**4.610.133,92**
		Vgl. Erläuterung zu Titel 42201				
42811	**062**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**228.000**	**238.000**	**79.700**	**—**
42890	**680**	**Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**40.000**	**82.344,64** **R 1.681,84**
		Die Ausgaben werden vom Bund und der EU erstattet (vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190, 27290 und 33190).				
44100	**331**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**133.000**	**137.000**	**134.000**	**125.377,07**
		Vgl. Erläuterung zu Titel 42201				
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**1.000**	**1.000**	**3.000**	**—**
51140	**331**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51185	**680**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715 (neu)	**610**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**288.000**	**300.000**		
		Betriebs- und Nebenkosten für das Dienstgebäude der Außenstelle des Landesamtes für Mess- und Eichwesen Berlin Brandenburg in der Lentzeallee 100, 14195 Berlin.				
51820 (neu)	**610**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**678.000**	**678.000**		
		Miete für die Räume im Dienstgebäude der Außenstelle des Landesamtes für Mess- und Eichwesen Berlin Brandenburg in der Lentzeallee 100, 14195 Berlin.				
51925 (neu)	**610**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**170.000**	**170.000**		
		Nutzerspezifische Nebenkosten für das Dienstgebäude der Außenstelle des Landesamtes für Mess- und Eichwesen Berlin Brandenburg in der Lentzeallee 100, 14195 Berlin.				

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**331**	**Aus- und Fortbildung**	**20.000**	**20.000**	**5.000**	**12.604,61**

Für die Teilnahme an Seminaren, Vorträgen, Fachtagungen und Sonderlehrgängen.

Angaben zum Gender Budget:

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Fortbildungen wird auf die Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan verwiesen.

52601	**610**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**497,24**

Gerichts- und Anwaltskosten in Verwaltungsstreitverfahren

Angaben zum Gender Budget:

Es wird nur dann eine Anwältin oder ein Anwalt beauftragt, wenn es sich um eine besonders schwierige und spezielle Rechtsmaterie handelt, für die hausintern keine Expertise vorhanden ist. In diesen Fällen stehen auf dem freien Markt erfahrungsgemäß nur begrenzt Anwältinnen und Anwälte zur Verfügung, die über die passenden Spezialkenntnisse verfügen. Daher erfolgt die Auswahl für die Mandatierung von Prozessvertretungen vor Gericht nach der fachlichen Sachkenntnis.

52610	**332**	**Gutachten**	**270.000**	**270.000**	**499.000**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**160.000**	**160.000**		
		Davon fällig 2025	**160.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**160.000**		

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Gutachten zu rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Fragen im Bereich Infrastrukturunternehmen (2023: 120.000)	120.000 €	120.000 €
2.	Studie zur Identifikation von Flächen für Energiewende-Infrastruktur (2023: 179.000 €)	150.000 €	150.000 €
3.	Erstellung einer Machbarkeitsstudie für einen planbaren und sozialverträglichen Erdgasausstieg (2023: 200.000 €)	0 €	0 €
	Summe:	270.000 €	270.000 €

Zu Nr. 2: Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 2 ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen.

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - Gutachten zu rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Fragen im Bereich Infrastrukturunternehmen

Es ist beabsichtigt, Gutachten zu rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Fragen mit Bezug zu Infrastruktur- und Energieunternehmen zur Umsetzung der gesetzlichen Klimaschutzziele zu beauftragen. Hierbei stehen grundsätzlich fachspezifische Fragestellungen im Vordergrund. Vor Erstellung der Leistungsbeschreibung für das jeweilige Gutachten wird u. a. auch geprüft, ob geeignete genderrelevante Aspekte von Belang sind und deshalb in das Gutachten einfließen sollten.

zu Nr. 2 - Studie zur Identifikation von Flächen für Energiewende-Infrastruktur

Es ist beabsichtigt, eine Studie zur Identifikation von Flächen für Energiewende-Infrastruktur durchzuführen. Diese Studie beinhaltet keine Geschlechterbetrachtung. Hierbei stehen grundsätzlich fachspezifische Fragestellungen im Vordergrund. Vor Erstellung der Leistungsbeschreibung für das jeweilige Gutachten wird u. a. auch geprüft, ob geeignete genderrelevante Aspekte von Belang sind und deshalb in das Gutachten einfließen sollten.

52703	**331**	**Dienstreisen**	**10.000**	**10.000**	**20.000**	**5.147,55**

Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts

Angaben zum Gender Budget:

Hinsichtlich der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Dienstreisen wird auf die Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan verwiesen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52906	**331**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**1.614,35**

Für Repräsentationsverpflichtungen der Abteilung

53101	**332**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**560.000**	**560.000**	**720.000**	**76.087,41**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**510.000**	**510.000**
Davon fällig 2025	**260.000**	
Davon fällig 2026	**250.000**	**260.000**
Davon fällig 2027	**—**	**250.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	200.000	200.000	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Informationen zur Energiepolitik (2023: 20.000 €)	60.000 €	60.000 €
2.	Förderung und Vermarktung des Industriestandortes (insbesondere Zukunftsthemen der Industrie (Industrie 4.0 / Masterplan Industrie) (2023: 700.000 €)	500.000 €	500.000 €
	Summe:	560.000 €	560.000 €

Zu Nr. 1: Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 1 ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen.

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - Informationen zur Energiepolitik

Es ist geplant, Informationsangebote zu Rahmenbedingungen der dezentralen, nachhaltigen Energieversorgung in der Stadt zu veröffentlichen. Dabei wird auf eine adressatengerechte Ansprache geachtet und genderspezifischen Aspekte in der Öffentlichkeitsarbeit Rechnung getragen. Genderdaten können jedoch nicht erhoben werden, da die bereitgestellten Informationen den Stakeholdern genderneutral zur Verfügung gestellt werden.

Zu Nr. 2 - Förderung und Vermarktung des Industriestandortes (insbesondere Zukunftsthemen der Industrie (Industrie 4.0 / Masterplan Industrie)

Der Schwerpunkt der aus diesem Teilansatz finanzierten Maßnahmen liegt auf Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationsmaßnahmen in den Politikfeldern Industrie und Smart City. Die Zielgruppe der Kommunikationsmaßnahmen sind Verbände, Kammern, Unternehmen und Verwaltungen. Damit alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen werden, wird in der Öffentlichkeitsarbeit stets auf eine gendergerechte Ansprache geachtet.

53111	**610**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**

Insbesondere für öffentliche Bekanntmachungen im Verwaltungsverfahren gemäß § 43 Energiewirtschaftsgesetz

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**011**	**Dienstleistungen**	**17.133.000**	**18.387.000**	**16.392.000**	**6.405.473,46**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 2.315.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.705.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**21.100.000**	**6.000.000**
Davon fällig 2025	**11.000.000**	
Davon fällig 2026	**5.000.000**	**3.000.000**
Davon fällig 2027	**5.000.000**	**3.000.000**
Davon fällig 2028	**100.000**	**—**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	254.779	194.565	0
VE-Plan 2023	6.100.000	1.464.000	

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Erstellung der CO_2-Bilanz durch das Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2023: 40.000 €)	70.000 €	70.000 €
2.	Ausbau, Hosting und Pflege eines webbasierenden Informationssystems „Energieatlas“ sowie Datenerhebung von Wärme- bzw. Kältepotenzialen (2023: 200.000 €)	80.000 €	80.000 €
3.	Juristische, wirtschafts- und technisch-wissenschaftliche Beratung, Begleitung und Beurteilung zu energiepolitischen Themen und Maßnahmen (2023: 110.000 €)	110.000 €	110.000 €
4.	Rechtliche, wirtschaftliche und technische Beratung im Zusammenhang mit dem Erwerb energiewirtschaftlicher Beteiligungen (2023: 525.000 €)	525.000 €	525.000 €
5.	Rechtliche, wirtschaftliche und technische Beratung im Zusammenhang mit der Schaffung von Verbundstrukturen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur (2023: 450.000 €)	450.000 €	450.000 €
6.	Regulierung der Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur nach dem Gesetz zur Ausführung des Energiewirtschaftsgesetzes (2023: 10.000 €)	10.000 €	10.000 €
7.	Aufwendungen für die Marktüberwachung nach der Ökodesign-Richtlinie (2023: 30.000 €)	65.000 €	65.000 €
8.	Kosten für die zwischengeschaltete Stelle (ZGS) des EFRE (2023: 0 €)	495.000 €	601.000 €
9.	Wirtschaftspolitische Unterstützung der Berliner IKT- und Digitalwirtschaft (2023: 250.000 €)	250.000 €	250.000 €
10.	Clearingstelle "Energetische Modernisierung" (2023: 150.000 €)	0 €	0 €
11.	Masterplan Industrie (2023: 700.000 €)	500.000 €	500.000 €
12.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ WELMO (2023: 511.700 €)	652.000 €	512.000 €
13.	Pflege, Hosting und Ausbau der Webplattform Energiewende (2023: 50.000 €)	50.000 €	50.000 €
14.	Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen im Kontext der Digitalisierungsstrategie (2023: 3.000.000 €)	0 €	0 €
15.	Umsetzung der Open Data Verordnung bei SenWiEnBe (2023: 1.100.000 €)	100.000 €	100.000 €
16.	Begleitende Programm- und Projekt- Management Dienstleistungen für das Förderprogramm zum zukunfts- und leistungsfähigen Breitbandausbau im Land Berlin (Gigabitförderung) (2023: 1.350.000 €)	1.019.000 €	1.350.000 €
17.	Energiewendekompetenz für die bezirkliche Wirtschaftsförderung (2023: 0 €)	600.000 €	600.000 €
18.	Umsetzung der Gigabitstrategie (2023: 1.050.000 €)	1.150.000 €	1.150.000 €
19.	Koordinierungsstelle für Energieeffizienz und Klimaschutz im Betrieb (KEK) (2023: 900.000 €)	900.000 €	900.000 €
20.	Stakeholderbeteiligungsprozesse, Netzwerkbetreuung sowie begleitende Dienstleistung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Zuge der Energiewende/Energiewendekonferenz (2023: 300.000 €)	300.000 €	300.000 €
21.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm Digitalprämie Berlin (2023: 375.000 €)	700.000 €	700.000 €
22.	Begleitende Dienstleistungen/Geschäftsbesorgung Kofinanzierungsmittel für Bundesförderprogramme und Programme der Europäischen Kommission zur Unterstützung innovativer Informations- und Kommunikationstechnologien (5G, 6G, KI, Blockchain, etc.) (2023: 1.100.000 €)	0 €	0 €
23.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm Transfer BONUS (2023: 0 €)	199.000 €	242.000 €
24.	Geschäftsbesorgung Förderprogramm Abbiegeassistent (2023: 41.700 €)	150.000 €	46.000 €

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

		2024	2025
25.	Rechtliche, wirtschaftliche und technische Beratung im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Regulierungsbehörde für Fernwärme (2023: 450.000 €)	400.000 €	400.000 €
26.	Projekt Additive Manufacturing Berlin-Brandenburg (AMBER) (2023: 75.000 €)	115.000 €	30.000 €
27.	Dienstleistungen von Dritten für den Betrieb der Energiewirtschaftsstelle (bisher: Dienstleistung von Dritten zur betriebswirtschaftlichen sowie rechtlichen Betreuung der Energiewirtschaftsstelle) (2023: 459.000 €)	600.000 €	600.000 €
28.	Erhebung von Wärme- und Kältepotentialen i.V.m. dem Energieatlas/Wärmekataster (2023: 200.000 €)	240.000 €	240.000 €
29.	Wärmewende: Identifikation von Flächen für Energieinfrastrukturen (Infrastrukturplanung) (2023: 100.000 €)	100.000 €	100.000 €
30.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm SolarPLUS (2023: 1.140.000 €)	2.100.000 €	950.000 €
31.	Digitalstrategie SenWiEnBe (2023: 500.000 €)	400.000 €	400.000 €
32.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm ProNTI (2023: 380.000 €)	375.000 €	300.000 €
33.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm ProValid (2023: 410.000 €)	600.000 €	300.000 €
34.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm Ladeinfrastruktur (2023: 400.000 €)	0 €	0 €
35.	Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Initialisierung von Klimakosten (Studie) (2023: 35.000 €)	0 €	0 €
36.	Beratung zur technischen Sicherheit von Gashochdruckleitungen (2023: 0 €)	100.000 €	70.000 €
37.	Deep Tech Berlin Award und Kampagne (2023: 0 €)	300.000 €	300.000 €
38.	Geschäftsbesorgung für das Programm zur Förderung von wirtschaftsorientierten Reallaboren (2023: 0 €)	525.000 €	375.000 €
39.	Geschäftsbesorgung für TSB-Zuwendung (2023: 0 €)	177.000 €	215.000 €
40.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm Coaching BONUS (2023: 0 €)	526.000 €	639.000 €
41.	Geschäftsbesorgung für das Förderprogramm Berliner Innovationsfachkräfte (bisher: Förderprogramm Innovationsassistent/in) (2023: 0 €)	1.200.000 €	1.457.000 €
42.	DataHub (Digitaler Zwilling) (2023: 0 €)	1.000.000 €	3.400.000 €
	Summe:	17.133.000 €	18.387.000 €

Bei den Ausgaben zu den Erläuterungsnummern 1, 2, 3, 4, 17, 19, 20, 26, 29, 30, 31 und 37 ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen.

Zu Nr. 7: Die Mittel können anderen Dienststellen zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Zu Nr. 14: Mittel i.H.v. 2.908.500 € wurden 2023 zu 0300/54010 umgesetzt. Mittel i.H.v. 91.500 € wurden 2023 zu 2500/68869 umgesetzt.

Zu Nr. 15: 1.000.000 € wurden 2023 zu 2500/54010 umgesetzt.

Zu Nr. 21, 26, 32, 33 und 38: Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Zu Nrn. 8, 23, 39, 40 und 41: Mehr aufgrund der Reduzierung des Berlin-Beitrags der IBB.

Zu Nr. 18: Hier werden auch Ausgaben für den Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit Gigabit Kompetenz Team (GKT) geleistet.

Zu Nr. 22: Wegfall aufgrund ausbleibender Bundesförderung.

Zu Nr. 28: Hier werden auch Ausgaben für die Erweiterung des Energieatlas um Geothermie geleistet.

Zu Nrn. 21, 26, 32, 33, 38: Die Maßnahmen werden in Höhe des jeweiligen Teilansatzes aus dem Innovationsförderfonds (IFF) finanziert und sind daher gesperrt veranschlagt.

Zu Nr. 34: Das Programm wurde 2023 ausfinanziert. Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert.

Zu Nr. 35: Die Maßnahme wurde in 2023 beendet.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54053	**680**	**Veranstaltungen**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**67.496,81**
		Verpflichtungsermächtigung	**400.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**100.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**100.000**	**—**		

Die Mittel sind vorgesehen für folgende Veranstaltungen im Interesse der Berliner Wirtschaftspolitik:

	2024	2025
Durchführung des Innovationspreises Berlin/Brandenburg (2023: 100.000)	100.000 €	100.000 €

54059	**643**	**Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität**	**—**	**—**	**1.400.000**	**—**

Das Programm wurde 2023 ausfinanziert. Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert.

54079	**610**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
54602	**680**	**Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU**	**494.000**	**464.000**	**413.000**	**293.549,21**
		Verpflichtungsermächtigung	**476.000**	**494.000**		
		Davon fällig 2025	**260.000**			
		Davon fällig 2026	**168.000**	**248.000**		
		Davon fällig 2027	**48.000**	**198.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**48.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	260.000	210.000	48.000

	Programm / Maßnahme	Landesmittel zur Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel ohne Kofinanzierung a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
1.	Technische Hilfe für die Begleitung der Förderung clusterpolitischer Maßnahmen	a) b) c)	25.000 0 0	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	25.000 0 0	a) b) c)	25.000 0 0	a) b) c)	50.000 0 0
2.	Technische Hilfe für die Begleitung des VC Fonds Technologie Berlin II und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin II	a) b) c)	20.000 0 0	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	20.000 0 0	a) b) c)	20.000 0 0	a) b) c)	40.000 0 0
3.	Beurteilung, Begleitung und Bewertung von Einzel- und Verbundprojekten im Rahmen des Programms *Pro* FIT	a) b) c)	325.000 380.000 380.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	325.000 380.000 380.000	a) b) c)	300.000 220.000 220.000	a) b) c)	625.000 600.000 600.000

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Programm / Maßnahme		Landesmittel zur Kofinanzierung	Landesmittel ohne Kofinanzierung	Landesmittel Summe	EU-Mittel	Summe der EU- und Landesmittel
		a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	a) 2023 b) 2024 c) 2025 €
4.	Technische Hilfe für die Begleitung der regionalen Innovationsstrategie (RIS)	a) 43.000 b) 90.000 c) 60.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 43.000 b) 90.000 c) 60.000	a) 27.000 b) 60.000 c) 40.000	a) 70.000 b) 150.000 c) 100.000
5.	Technische Hilfe für die Begleitung des VC Fonds Technologie Berlin III, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin III und des Impact VC Fonds Berlin	a) 0 b) 24.000 c) 24.000	a) 0 b) 0 c) 0	a) 0 b) 24.000 c) 24.000	a) 0 b) 16.000 c) 16.000	a) 0 b) 40.000 c) 40.000
Summen 2023:		413.000	0	413.000	372.000	785.000
Summen 2024:		494.000	0	494.000	296.000	790.000
Summen 2025:		464.000	0	464.000	276.000	740.000

Die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu den Nrn. 3, 4 und 5 sind bei den Titeln 54696 und 54697 veranschlagt.

54690	**649**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**	**—**	**—**	**—**	**—** **R 100.000,00**
54696	**680**	**Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**345.000**	**250.616,22**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
54697	**680**	**Sonstige Verwaltungsausgaben aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**296.000**	**276.000**	**27.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**68.000**	**96.000**		
		Davon fällig 2025	**4.000**			
		Davon fällig 2026	**32.000**	**32.000**		
		Davon fällig 2027	**32.000**	**32.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**32.000**		

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.
Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Programm / Maßnahme		EU-Mittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel nachgewiesen bei Titel
1.	Technische Hilfe für die Begleitung der regionalen Innovationsstrategie (RIS)	a) 27.000 b) 60.000 c) 40.000	54602
2.	Technische Hilfe für die Begleitung des VC Fonds Technologie III, des VC Fonds Kreativwirtschaft III und des Impact VC Fonds	a) 0 b) 16.000 c) 16.000	54602
3.	Beurteilung, Begleitung und Bewertung von Einzel- und Verbundprojekten im Rahmen des Programms Pro FIT	a) 0 b) 220.000 c) 220.000	54602
Summe 2023:		27.000	
Summe 2024:		296.000	
Summe 2025:		276.000	

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweck-bindungsvermerk zum Titel 27297).

63201	**610**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**1.678.000**	**1.678.000**	**184.000**	**71.464,36**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**—**	**6.712.000**
Davon fällig 2026	**—**	**1.678.000**
Davon fällig 2027	**—**	**1.678.000**
Davon fällig 2028	**—**	**1.678.000**
Davon fällig 2029	**—**	**1.678.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	0	0	0

	2024	2025
Verwaltungskostenbeitrag sowie zu ersetzende Reisekosten für das Tätigwerden des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg in Berlin aufgrund des Staatsvertrags vom 17.03.2006 zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg (2023: 184.000 €).....	1.678.000 €	1.678.000 €

Mehr wegen Aufgabenerweiterung im Rahmen des neu abzuschließenden Staatsvertrages.

Angaben zum Gender Budget:

Aufgrund des Staatsvertrages werden diese Aufgaben durch das Land Brandenburg wahrgenommen. Daten konnten bzw. können nicht erhoben werden, weil das Land Berlin keinen Einfluss auf die geschlechtsneutrale Aufgabenverteilung im Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg ausüben kann.

63203	**610**	**Ersatz von Ausgaben an Länder**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
63207	**610**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**				
		Siehe Maßnahmegruppe 02				
67101	**610**	**Ersatz von Ausgaben**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68123	**680**	**Ehrungen, Preise**	**138.000**	**138.000**	**25.000**	**25.000,00**

Durchführung des Innovationspreises Berlin Brandenburg / Preisgelder für den Innovationspreis Berlin Brandenburg und ab 2024 Preisgeld für den Deep Tech Award.

Angaben zum Gender Budget:

Innovationspreis

Die Preisgelder werden an die Preisträger des Wettbewerbs um den Innovationspreis Berlin Brandenburg vergeben. An den Ausgaben für die jährliche Preisverleihung beteiligt sich das Land Brandenburg zur Hälfte. Ausgezeichnet werden Innovationen von Unternehmen der Region Berlin Brandenburg. Häufig kooperieren die Unternehmen mit wissenschaftlichen Einrichtungen oder Hochschulen, ggf. auch untereinander. Dementsprechend ist eine sinnvolle Aufteilung nach Genderaspekten auf Seiten der Prämierten nicht möglich. Es handelt sich bei den Wettbewerbsteilnehmenden um Unternehmen und Institutionen. Die Teilnahme an diesem Wettbewerb ist freiwillig und steht allen Interessierten nach Maßgabe der zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg einvernehmlich beschlossenen Ausschreibungskriterien offen.

Ungeachtet dieser Erwägungen ist es der direkten Einflussnahme der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe zu verdanken, dass bei der von den Ländern Berlin und Brandenburg gemeinsam zu besetzenden, unabhängigen Jury seit Jahren kontinuierlich und stringent auf eine geschlechtergerechte Besetzung geachtet wird.

Deep Tech Award

Das Geschlechterverhältnis kann nicht gesteuert werden, da es sich um einen offenen Wettbewerb handelt. Es wird darauf geachtet, bei der Zielgruppenansprache eine geschlechterneutrale Sprache zu verwenden und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit beide Geschlechter anzusprechen und darzustellen. In der den Wettbewerb unterstützenden Jury wird auf eine paritätische Besetzung der Jurymitglieder hingewirkt.

68201	**649**	**Zuschüsse an LHO-Betriebe**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68223	**649**	**Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Gas**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68224	**649**	**Zuschuss an den Eigenbetrieb Berlin Energie**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68231	**649**	**Zuschüsse an Berlin Energie Rekom GmbH**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68233	**649**	**Zuschüsse an Berlin Energie Netz und Service GmbH (VNB 1)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68237	**649**	**Zuschüsse an Berlin Energie Netz und Service GmbH (VNB 2)**				
		Siehe Maßnahmegruppe 03				
68251	**680**	**Zuschuss an die Digitalagentur GmbH**	**4.149.000**	**4.014.000**	**3.449.000**	**2.932.550,00**

Angaben zum Gender Budget:

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	8	7	10	10	9	10,5
Relativ	53 %	47 %	50 %	50 %	46 %	54 %
Ressourcen (in T €)	158,5	140,5	625,1	625,1	1.348,9	1.583,6

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Zielgruppe:	Beschäftigte der DAB Digitalagentur Berlin GmbH (DAB)
Zielsetzung:	Mit der Verpflichtung der Einhaltung des Berliner Corporate Governance Kodex orientiert sich die DAB beim Thema Gleichstellung an denen für die Geschäftsführung verankerten Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes Berlin (LGG). Eine annähernd hälftige Verteilung des Geschlechterverhältnisses konnte erreicht werden. Es wird angestrebt, dieses Verhältnis beizubehalten.
Steuerungsmaßnahmen:	Aus den gewählten Maßnahmen zur Erfüllung des § 14 LGG zur Förderung von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden insbesondere Angebote geschaffen, flexible und individuelle Bedürfnisse bei der entsprechenden Gestaltung der Arbeitszeit zu ermöglichen und werden regelmäßig überprüft. Weiterhin wird bei der Besetzung von neuen und offenen Stellen auf ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen geachtet. Durch die Bezahlung in Anlehnung an den TV L werden einheitliche Regelungen bei der Entgeltgestaltung angewendet.

68307	**651**	**Wirtschaftsförderung**	**16.450.000**	**20.300.000**	**21.525.000**	**1.466.196,81**

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 3.500.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 3.500.000,0 EUR gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**15.100.000**	**8.100.000**
Davon fällig 2025	**15.000.000**	
Davon fällig 2026	**100.000**	**8.000.000**
Davon fällig 2027	**—**	**100.000**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	956.453	0	0
VE-Plan 2023	6.650.000	5.000.000	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Förderprogramm "Wirtschaftsnahe Elektromobilität" (2023: 8.575.000 €)	5.000.000 €	5.000.000 €
2.	Förderprogramm "Abbiegeassistent" (2023: 500.000 €)	250.000 €	100.000 €
3.	Förderprogramm zum zukunfts- und leistungsfähigen Breitbandausbau im Land Berlin (Gigabitförderung) (2023: 5.750.000 €)	7.500.000 €	11.500.000 €
4.	Förderprogramm Digitalprämie Berlin (2023: 2.500.000 €)	3.500.000 €	3.500.000 €
5.	Kofinanzierungsmittel für Bundesförderprogramme und Programme der Europäischen Kommission zur Unterstützung innovativer Informations- und Kommunikationstechnologien (5G, 6G, KI, Blockchain, etc.) (2023: 2.000.000 €)	0 €	0 €
6.	Förderprogramm für smarte und grüne Gewerbegebiete (2023: 200.000 €)	200.000 €	200.000 €
7.	Förderprogramm Ladeinfrastruktur (2023: 2.000.000 €)	0 €	0 €
	Summe:	16.450.000 €	20.300.000 €

Zu Nr. 1: Hier werden auch Ausgaben für die Inklusionstaxis geleistet.
Das Programm wird mit den veranschlagten Ansätzen ausfinanziert. Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert.

Zu Nr. 2: Weniger, weil das Förderprogramm nur bis zur verbindlichen Einführung von Abbiegeassistenzsystemen auf Bundesebene (Juli 2024) fortgeführt wird.

Zu Nr. 3: Mehr, weil die Förderung ausgeweitet werden soll.

Zu Nr. 4: Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).
Die Maßnahme wird in Höhe des Teilansatzes aus dem Innovationsförderfonds (IFF) finanziert und ist daher gesperrt veranschlagt.
Zu Nr. 5: Wegfall aufgrund ausbleibender Bundesförderung.

Zu Nr. 7: Das Programm wird mit den veranschlagten Ansätzen ausfinanziert. Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - Förderprogramm "Wirtschaftsnahe Elektromobilität"

Ziel des Förderprogramms ist die Elektrifizierung des Wirtschaftsverkehrs. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Mobilitätswende und zum Klimaschutz geleistet. Die Förderung erfolgt sachbezogen und geschlechterunabhängig. Genderspezifische Daten können daher bei diesem Titel nicht aufgezeigt werden.

zu Nr. 2 - Förderprogramm "Abbiegeassistent"

Ziel des Förderprogramms ist die Ausstattung von LKW mit Abbiegeassistenzsystemen. Das Förderprogramm leistet damit einen wichtigen Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit in der Stadt. Die Förderung erfolgt sachbezogen und geschlechterunabhängig. Genderspezifische Daten können daher bei diesem Titel nicht aufgezeigt werden.

zu Nr. 3 - Förderprogramm zum zukunfts- und leistungsfähigen Breitbandausbau im Land Berlin (Gigabitförderung)

Die Haushaltsmittel sind zur Einzelfallförderung von Glasfaseranschlüssen von Immobilien (FTTB) im Hinblick auf die Versorgung von wirtschaftlich tätigen Unternehmen und zur Ko-Finanzierung der Bundes-Breitband-Förderung („Graue-Flecken-Förderung“) vorgesehen. Die Förderung erfolgt unternehmensbezogen und daher geschlechtsneutral. Dementsprechend ist keine geschlechterbezogene Erhebung möglich.

zu Nr. 4 - Förderprogramm Digitalprämie Berlin

Mit den Fördermitteln werden Berliner Soloselbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten aktiv bei der Digitalisierung unterstützt. Die Antragstellung ist freiwillig und steht allen Interessierten offen. Eine Abfrage des Geschlechts erfolgt bei Antragstellung nicht. Genderspezifische Daten können daher bei diesem Titel nicht aufgezeigt werden.

zu Nr. 6 - Förderprogramm für smarte und grüne Gewerbegebiete

Bei der Konzipierung des Förderprogramms sollen Aspekte zur Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt werden.

68317	**680**	**Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben**	**4.760.000**	**4.060.000**	**4.320.000**	**2.775.359,31**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**5.100.000**	**5.300.000**		
		Davon fällig 2025	**1.800.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**1.300.000**	**1.300.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**2.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	2.611.000	2.187.000	2.092.000

Die Ausgaben sind vorgesehen für:

		2024	2025
1.	Förderung von Projekten des Programms Coaching BONUS (2023: 480.000 €)	480.000 €	480.000 €
2.	Internationale Wasserkonferenz Blue Planet - Berlin Water Dialogues (2023: 80.000 €)	80.000 €	80.000 €
3.	Berliner Agentur für Elektromobilität (eMo2025) (2023: 1.960.000 €)	1.600.000 €	1.600.000 €
4.	Interessenvertretung Wasserstoff für Ostdeutschland (IWO) (2023: 0 €).....	100.000 €	100.000 €
5.	Förderung von Projekten des Programms Transfer BONUS (2023: 500.000 €).....	500.000 €	500.000 €
6.	Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) (2023: 1.300.000 €).....	2.000.000 €	1.300.000 €
	Summe:	4.760.000 €	4.060.000 €

Zu Nr. 4: Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 4 ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - Förderung von Projekten des Programms Coaching BONUS

Das Programm „Coaching BONUS“ verfolgt die Zielsetzung, Existenzgründerinnen und -gründer, sowie jungen und etablierten Unternehmen (KMU) mit ausgeprägtem Technologiebezug, der Kreativwirtschaft sowie der sozialen Ökonomie bei technischen und/oder betriebswirtschaftlichen Fragestellungen - von Gründungsmodalitäten über Finanzierungsprobleme bis hin zu Marketing- und Vertriebsstrategien - Unterstützung zu gewähren. Darüber hinaus werden Projekte in Unternehmen weiterer Gewerbe gefördert, wenn diese im Zusammenhang mit der Internationalisierung oder der Organisation der Unternehmensnachfolge stehen.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	95	281	102	218	78	167
Relativ	25 %	75 %	32 %	68 %	32 %	68 %
Ressourcen (in T €)	43,3	129,	38,8	82,7	70,4	149,5

Zielgruppe:	Beschäftigte in Unternehmen mit ausgeprägtem Technologiebezug und der Kreativwirtschaft. Zudem kann ein Coaching von KMU in Anspruch genommen werden, die ein Internationalisierungsvorhaben oder eine Unternehmensnachfolge realisieren möchten. Ab dem Jahre 2021 wurden KMU der sozialen Ökonomie ebenfalls in die Förderung aufgenommen.
Zielsetzung:	In der Regel sind Frauen in den Unternehmen mit ausgeprägtem Technologiebezug unterrepräsentiert. Aus diesem Grund ist erwartungsgemäß auch die Teilnahme von Frauen an Coachingmaßnahmen aus solchen Unternehmen geringer. Es soll durch geeignete Maßnahmen versucht werden, mehr Frauen aus diesen Branchen für Coachingmaßnahmen zu gewinnen. Durch vorgenannte Öffnung des Programms ist der Anstieg des Frauenanteils ab 2021 zu erklären. Das in 2021 erreichte Geschlechterverhältnis konnte gehalten werden und wird dem Technologiesektor geschuldet als angemessen betrachtet. Es wird angestrebt, dieses Verhältnis beizubehalten.
Steuerungsmaßnahmen:	Durch eine Erweiterung des Leistungsangebotes im Coaching sollen durch gendersensible Ansprache, insbesondere Frauen über das Leistungsangebot informiert und zur Inanspruchnahme der Förderung animiert werden. Die Verantwortlichen des Programms „Coaching BONUS“ versuchen sowohl im Rahmen der Angebotsstruktur als auch in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf das Geschlechterverhältnis positiv einzuwirken. Des Weiteren wird sich das Programmmanagement in Netzwerkarbeit durch Teilnahme an speziellen regionalen Aktivitäten und Unterbreitung eigenständiger Angebote intensiver einbinden.

zu Nr. 2 - Internationale Wasserkonferenz Blue Planet – Berlin Water Dialogues

BLUE PLANET Berlin Water Dialogues ist eine politisch ausgerichtete Veranstaltungsreihe mit dem Ziel, eine dauerhafte zentrale Plattform für die internationale Vernetzung sowie einen intensiven Dialog zwischen Vertretenden von Regierungen, NGOs, Forschung und Wissenschaft, Finanziers sowie Entscheidende der internationalen Wassernutzenden aus Industrie, Energie- und Landwirtschaft sowie Metropolen zu schaffen. Insbesondere der gezielte Wissenstransfer, der Austausch zu innovativen Lösungsansätzen und die Förderung von Kooperationen stehen im Fokus. Aufgrund des Finanzierungsformats ist eine formale Erfassung von Genderdaten nicht umsetzbar. Wo es möglich ist, werden Genderaspekte bei Planung und Durchführung der Blue Planet Veranstaltungsreihe berücksichtigt.

zu Nr. 3 - Zuwendung eMo2025

Beim Ansatz smart(e)Mobility handelt es sich um eine Projektförderung der Berliner Agentur für Elektromobilität. Ziel dieser Förderung ist es durch die Umsetzung von Innovationsprojekten sowie Skalierung von Projekten im Mobilitäts- und Logistikbereich die Mobilitätswende in der Stadt voranzutreiben und einen Beitrag zu mehr Klimaschutz zu leisten. Daher werden keine genderrelevanten Daten erfasst.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68396	**680**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**	**23.300.000**	**2.600.000**	**19.700.000**	**22.606.482,45**

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2014-2020 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE-Plan 2023	0	0	0

Programm / Maßnahme	EU-Mittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Landesmittel Nachgewiesen bei Titel
Pro FIT	a) b) c)	19.700.000 23.300.000 2.600.000	69806
Summe 2023:		19.700.000	
Summe 2024:		23.300.000	
Summe 2025:		2.600.000	

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27296).

Angaben zum Gender Budget:

Vgl. Ausführungen bei Titel 69806

68397	**680**	**Zuschüsse an private Unternehmen aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**18.476.000**	**23.684.000**	**9.812.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**18.476.000**	**22.984.000**		
		Davon fällig 2025	**12.000.000**			
		Davon fällig 2026	**6.476.000**	**15.300.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**7.684.000**		

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	9.198.000	2.149.000	396.000
VE-Plan 2023	12.318.000	6.158.000	0

Programm / Maßnahme	EU-Mittel Summe a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	Landesmittel Nachgewiesen bei Titel
Pro FIT	a) 9.812.000 b) 18.476.000 c) 23.684.000	69806
Summe 2023:	9.812.000	
Summe 2024:	18.476.000	
Summe 2025:	23.684.000	

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - *Pro* FIT
Vgl. Ausführungen bei Titel 69806

68569	**680**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**1.990.000**	**1.990.000**	**1.250.000**	**896.050,46**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.100.000**	**1.600.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**400.000**	**600.000**		
		Davon fällig 2027	**200.000**	**500.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	92.630	49.116	49.980
VE-Plan 2023	692.000	900.000	0

	2024	2025
1. Solarzentrum Berlin (2023: 700.000 €)	990.000 €	990.000 €
2. Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplans Industriestadt Berlin – Zuwendungen (2023: 250.000 €)	700.000 €	700.000 €
3. Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Solarhandwerks (2023: 100.000 €)	100.000 €	100.000 €
4. Klimawerkstatt Berlin (2023: 200.000 €)	200.000 €	200.000 €
Summe:	1.990.000 €	1.990.000 €

Zu Nr. 3: Bei den Ausgaben zur Erläuterungsnummer 3 ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen.

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - Solarzentrum Berlin

Ziel ist, dass das SolarZentrum Berlin allen am Thema Solarenergie Interessierten Beratung und Information anbietet. Dabei werden Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen. Genderspezifische Daten werden nicht erhoben.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		zu Nr. 2 - Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplans Industriestadt Berlin – Zuwendungen				
		Aus diesem Teilansatz werden wirtschaftsbezogene Infrastrukturvorhaben gefördert. Genderrelevante Kriterien werden daher nicht erfasst.				
68579	**610**	**Mitgliedsbeiträge**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**5.253,01**
68590	**680**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**650.000,00** **R 8.204.225,97**
69806	**680**	**Innovationsförderung**	**45.516.000**	**43.206.000**	**53.068.000**	**20.509.035,58**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 15.840.000,0 EUR gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 13.521.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**45.033.000**	**29.000.000**		
		Davon fällig 2025	**26.033.000**			
		Davon fällig 2026	**14.000.000**	**14.000.000**		
		Davon fällig 2027	**5.000.000**	**10.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**5.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	13.274.094	231.966	235.377
VE-Plan 2023	26.804.000	5.225.000	1.000.000

Programm / Maßnahme		Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
1		2		3		4	
1.	*Pro* FIT	a) b) c)	19.000.000 22.000.000 22.000.000	a) b) c)	19.700.000 18.476.000 23.684.000	a) b) c)	38.700.000 40.476.000 45.684.000
2.	Durchführung/ Umsetzung von Technologietransfer-Projekten der Transfer-Allianz	a) b) c)	60.000 60.000 60.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	60.000 60.000 60.000
3.	Zuwendung für den Business Angels Club Berlin-Brandenburg e.V.	a) b) c)	0 60.000 30.000	a) b) c	0 0 0	a) b) c)	0 60.000 30.000
4.	Durchführung des Programms Innovationsfachkräfte	a) b) c)	1.320.000 1.000.000 1.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.320.000 1.000.000 1.000.000
5.	Förderung der Technologiestiftung Berlin	a) b) c)	621.000 631.000 640.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	621.000 631.000 640.000
6.	Durchführung des Innovationsgipfels Berlin/Brandenburg	a) b) c)	30.000 0 30.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	30.000 0 30.000
7.	Unterstützung des Kongresses „World Health Summit“	a) b) c)	100.000 100.000 100.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	100.000 100.000 100.000
8.	Innovationen für die Mobilitätswende	a) b) c)	1.047.000 800.000 800.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.047.000 800.000 800.000

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Programm / Maßnahme		Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		EU-Mittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €		Summe der EU- und Landesmittel a) 2023 b) 2024 c) 2025 €	
1		2		3		4	
9.	Open Data Informationsstelle	a) b) c)	305.000 0 0	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	305.000 0 0
10.	Förderung der Berliner IKT- und Digitalwirtschaft (bisher: Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	a) b) c)	725.000 1.025.000 1.025.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	725.000 1.025.000 1.025.000
11.	Förderfonds für wirtschaftsorientierte Reallabore	a) b) c)	0 3.500.000 2.500.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 3.500.000 2.500.000
12.	Modellprojekte zur Umsetzung der innoBB 2025	a) b) c)	4.000.000 4.000.000 4.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	4.000.000 4.000.000 4.000.000
13.	Programm zur Förderung nicht-technischer Innovationen (ProNTI)	a) b) c)	3.820.000 2.500.000 2.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	3.820.000 2.500.000 2.000.000
14.	Programm zur Förderung der Validierung von Forschungsergebnissen (ProValid)	a) b) c)	4.090.000 4.000.000 2.000.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	4.090.000 4.000.000 2.000.000
15.	Projekt Additive Manufacturing Berlin-Brandenburg (AMBER)	a) b) c)	4.100.000 5.000.000 4.918.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	4.100.000 5.000.000 4.918.000
16.	Projekt „ AI-Testing and Experimentation Facilities - Health“ (bisher: Projekt „AI Testing-Hub")	a) b) c)	600.000 600.000 600.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	600.000 600.000 600.000
17.	Wasserstofftankstellen (bisher: Projekt H2@Marzahn)	a) b) c)	0 240.000 1.503.000	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	0 240.000 1.503.000
18.	Kofinanzierungsmittel für Maßnahmen im Zukunftsfeld Wasserstoff (bisher: Projekt H2@Marzahn)	a) b) c)	12.000.000 0 0	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	12.000.000 0 0
19.	Reallabor autonomes Fahren im "Nord-West-Raum"	a) b) c)	1.250.000 0 0	a) b) c)	0 0 0	a) b) c)	1.250.000 0 0
Summen 2023:			53.068.000		19.700.000		72.768.000
Summen 2024:			45.516.000		18.476.000		63.992.000
Summen 2025:			43.206.000		23.684.000		66.890.000

Zu der Nr. 1 sind die Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus der Förderperiode 2014-2020 (n+3) beim Titel 68396 veranschlagt und aus der Förderperiode 2021-2027 im Titel 68397.

Zu Nr. 3: Mehr aufgrund der Reduzierung des Berlin-Beitrags der IBB.

Zu Nr. 9: 305.000 € wurden 2023 zu 2500/69806 umgesetzt.

Zu Nr. 10: Hier werden auch Ausgaben für den KI-Hub geleistet.

Zu Nrn. 18 und 19: Die bisherigen Maßnahmen laufen aus und werden mit einem neuen Programm in das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation aufgenommen.

Zu Nrn. 11, 13 bis 17: Die Maßnahmen werden in Höhe des jeweiligen Teilansatzes aus dem Innovationsförderfonds (IFF) finanziert und sind daher gesperrt veranschlagt.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Zu den Nrn. 11, 13 bis 19: Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Angaben zum Gender Budget:

zu Nr. 1 - *Pro* FIT

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	73,82	152,44	174	257	55	146
Relativ	33 %	67 %	40 %	60 %	27 %	73 %
Ressourcen (in T €)*	15.010,7	30.992,1	13.094,1	19.641,1	11.147,9	30.140,6

Zielgruppe:	Unternehmen, die neue FuE-Arbeitsplätze schaffen bzw. bestehende FuE-Arbeitsplätze erhalten.
Zielsetzung:	Erhöhung des Frauenanteils bei den Arbeitsplätzen, die von *Pro* FIT gefördert werden. Die Zahlen zeigen, dass Frauen weniger Berufe mit technologischem Bezug ergreifen als Männer. Das Förderprogramm ist darauf ausgerichtet, technologieorientierte Unternehmen mit technologischen Innovationen zu fördern. Da es heutzutage schwierig genug ist, überhaupt Fachkräfte zu finden, bleibt es bei der Zielsetzung. Eine steuernde Einflussmöglichkeit besteht nicht.
Steuerungsmaßnahmen:	Keine Steuerung möglich.

*) Die Angaben zu den Ressourcen enthalten anteilig Ausgaben aus dem EFRE-Titel 68396

Es werden die nach Projektabschluss geschaffenen Arbeitsplätze geschlechtsspezifisch erfasst. Die Ressourcen ergeben sich aus dem Bewilligungsvolumen in dem entsprechenden Haushaltsjahr.

zu Nr. 2 - Durchführung/ Umsetzung von Technologietransfer-Projekten der Transfer-Allianz

Die in diesem Teilansatz veranschlagten Vorhaben dienen der Erfüllung der seitens des Masterplans Industriestadt Berlin vorgegebenen Zielstellung „Weiterentwicklung der Transfer-Allianz hin zu einer Strategie- und Austauschplattform zu Wissens- und Technologietransfer sowie deren Stärkung durch ein Technologietransfer-Referentennetzwerk der beteiligten Institutionen auf Arbeitsebene“. Vor diesem Hintergrund können keine Gender-Daten systematisch erhoben werden. Es wird allerdings bei dem Aufbau der Strategie- und Austauschplattform sowie bei der Zusammensetzung des Technologietransfer-Referentennetzwerks auf eine ausgewogene Gender-Repräsentation geachtet.

zu Nr. 4 - Durchführung des Programms Innovationsfachkräfte

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	43	89	50	87	36	63
Relativ	33 %	67 %	36 %	64 %	36 %	64 %
Ressourcen (in Tsd. €)	165,0	335,0	180,0	320,0	180,0	320,0

Zielgruppe:	Das Programm richtet sich an technologieorientierte KMU, die projektbezogen Hochschul-Absolvierende einstellen möchten, ohne die es nicht möglich wäre Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln und diese am Markt einzuführen.
Zielsetzung:	Schaffung von langfristigen Beschäftigungsverhältnissen für Alumni. Das in 2021 erreichte Geschlechterverhältnis konnte gehalten werden und wird dem Technologiesektor geschuldet als angemessen betrachtet. Es wird angestrebt, dieses Verhältnis beizubehalten.
Steuerungsmaßnahmen:	Um langfristige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, werden hier Personalkostenzuschüsse gewährt. Aufgrund der geschlechtsneutralen Bewerbung des Programms ist ein Anstieg der Frauenquote nur zu erwarten, wenn sich der Anteil der Absolventinnen in den MINT Fächern erhöhen wird.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

zu Nr. 5 - Förderung der Technologiestiftung Berlin

Die Technologiestiftung Berlin (TSB) konzentriert sich vorrangig auf Technologiescreening im Kontext der Umsetzung der Gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB 2025) sowie auf die Förderung des Technologietransfers insbesondere für Berliner KMU. Ziele der Arbeit sind die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Vernetzung der einschlägigen Akteure.

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	3,3	1,8	3,3	2,2	2,9	2,5
Relativ	65 %	35 %	60 %	40 %	54 %	46 %
Ressourcen in T €	388,2	211,8	374,4	249,6	327,2	278,7

Zielgruppe:	Mitarbeiter/innen, die im geförderten Projekt der Zuwendungsempfängerin beschäftigt sind
Zielsetzung:	Auf die Beschäftigtenstruktur der Zuwendungsempfängerin ist keine Einflussnahme möglich. Eine annähernd hälftige Verteilung des Geschlechterverhältnisses konnte erreicht werden. Es wird angestrebt, dieses Verhältnis beizubehalten.
Steuerungsmaßnahmen:	Eine Steuerungsmaßnahme ist daher nicht möglich.

zu Nr. 6 - Durchführung des Innovationsgipfels Berlin/Brandenburg

Es können keine Gender-Daten erhoben werden, weil die in diesem Teilansatz veranschlagten Veranstaltungen in Form teils wechselnder und damit nicht vergleichbarer Formate stattfinden. Aufgrund der besonderen inhaltlichen Fokussierung auf aktuelle Themen und Fortschritte in der gemeinsamen Clusterpolitik mit Brandenburg entfalten die Veranstaltungen zudem die größte Wirkung auf spezifische, vorwiegend externe Zielgruppen (z.B. Akteure in Reallaboren, Stakeholder) als auf die Teilnehmenden der Veranstaltung. Es wird allerdings bei der Zusammensetzung der Teilnehmenden für die Veranstaltungen auf eine ausgewogene Gender-Repräsentation, vor allem mit Blick auf die sich aktiv einbringenden Redenden und Diskutierenden, geachtet.

zu Nr. 7 - Unterstützung des Kongresses „World Health Summit“

Der „World Health Summit“ bringt Akteur/innen aus allen Bereichen des weltweiten Gesundheitswesens nach Berlin, um innovative Lösungsmodelle zu erarbeiten.

	Ist 2020*		Ist 2021**		Ist 2022**	
	w	m	w	m	w	m
Absolut	149	161	178	199	206	198
Relativ	48 %	52 %	47 %	53 %	51 %	49 %
Ressourcen (in T €)	48	52	47	53	51	49

Zielgruppe:	Teilnehmende aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft
Zielsetzung:	Das Geschlechterverhältnis ist annähernd ausgewogen. Es wird angestrebt, dieses Verhältnis beizubehalten.
Steuerungsmaßnahmen:	Aufgrund des ausgewogenen Geschlechterverhältnisses wird auf Steuerungsmaßnahmen verzichtet.

*Die Zahlen beziehen sich nur auf die Referent/innen, Teilnehmer/innen wurden bei der Corona-bedingt online durchgeführten Konferenz nicht erfasst.
**Die Zahlten beziehen sich nur auf die Referent/innen. Teilnehmer/innen wurden aufgrund des zwischenzeitlich hybrid stattfindenden Konferenzformats nicht erfasst.

zu Nr. 8 - Innovationen für die Mobilitätswende

Mit dem Ansatz wird das Ziel verfolgt, innovative Vorhaben im Mobilitätsbereich bspw. im Kontext bestehender Testfelder und Reallabore, neue Technologien und Ansätze auszuprobieren bzw. Start-ups und Mobilitätsunternehmen bei ihren Projekten zu unterstützen. Die Förderung erfolgt sachbezogen und geschlechterunabhängig. Dementsprechend ist keine geschlechterbezogene Erhebung möglich.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		zu Nr. 10 - Förderung der Berliner IKT- und Digitalwirtschaft (2021: Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)				
		Hierbei handelt es sich um einen technologieübergreifenden Ansatz mit unterschiedlichen Themen, Maßnahmen und Akteuren, um eine bedarfsgerechte und langfristige Förderung der Berliner IKT-Wirtschaft sicherzustellen. Von den Maßnahmen sollen sowohl Unternehmen und Institutionen profitieren als auch die Branche und das Land Berlin als Ganzes. Förderungen erfolgen sachbezogen und geschlechtsneutral. Dementsprechend ist keine geschlechterbezogene Erhebung möglich.				
		zu Nr. 12 - Modellprojekte zur Umsetzung der innoBB 2025				
		Die sachbezogen und geschlechtsneutral geförderten Modellprojekte sollen u.a. Erkenntnisse liefern, wie eine Förderung bestimmter Themen der innoBB 2025 (z.B. Reallabore, nicht-technische Innovationen, Technologietransfer im Rahmen einer Validierungsförderung) bedarfsgerecht ausgestaltet werden könnte. Mit Blick auf die Ausgestaltung möglicher Fördermaßnahmen sollen dabei auch Aspekte zur Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt werden.				
69896	**680**	**Zuführung an Fonds aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2014-2020)**			**—**	**7.000.000,00**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
69897	**680**	**Zuführung an Fonds aus EFRE-Mitteln (Förderperiode 2021-2027)**	**3.470.000**	**4.928.000**	**5.200.000**	**2.000.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.412.000**	**4.756.000**		
		Davon fällig 2025	**2.300.000**			
		Davon fällig 2026	**1.112.000**	**3.300.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**1.250.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**206.000**		

Deckungsvermerk:
Die EFRE-Ausgaben sind mit anderen EFRE-Ausgaben, die Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE mit anderen Verpflichtungsermächtigungen für den EFRE der Förderperiode 2021-2027 innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.

Ausgaben zu Lasten der EU-Strukturfonds dürfen nur geleistet, Verpflichtungsermächtigungen nur in Anspruch genommen werden, soweit die Einnahmen von der Europäischen Union rechtlich gesichert sind. Mehrausgaben aus dem EFRE dürfen geleistet werden, sofern die Erstattung der Ausgaben durch die Europäische Union rechtlich gesichert ist. Die von der Europäischen Kommission genehmigten Interventionssätze sind voll auszuschöpfen. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

		2024	2025
1.	VC Fonds Technologie Berlin III (2023: 3.200.000 €)	1.840.000 €	3.036.000 €
2.	Impact VC Fonds Berlin (2023: 2.000.000 €).....	1.630.000 €	1.892.000 €
	Summe:	3.470.000 €	4.928.000 €

Die Mittel werden durch die Europäische Union aufgrund geleisteter Ausgaben erstattet (vgl. Erläuterungen und Zweckbindungsvermerk zum Titel 27297).

89201	**692**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**— R 65.039,00**
89330	**332**	**Zuschüsse für Investitionen zur Unterstützung des Solarausbaus**	**18.500.000**	**—**	**4.500.000**	**—**
		Zuschüsse für Investitionen aus dem Förderprogramm SolarPLUS. Bei den Ausgaben ist eine Entnahme aus der Energiekostenrücklage vorgesehen. Das Programm wird mit dem veranschlagten Ansatz ausfinanziert. Ein Nachfolgeprogramm wird durch das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation finanziert.				
89430	**692**	**Investive Zuschüsse für die Installation von Solarenergieanlagen**	**4.000.000**	**4.000.000**	**4.000.000**	**138.915,06**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**2.000.000**		
		Die Mittel können anderen Dienststellen zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.				

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 02		**Mess- und Eichwesen**				

Seit dem 01. Mai 2005 wird das Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin auf der Grundlage des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg über die Errichtung des Landesamtes für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg (LME) vom 11. März 2004 als Außenstelle des fusionierten Landesamtes mit Sitz in Kleinmachnow fortgeführt. Der Grundhaushalt des LME wird im Landeshaushalt des Landes Brandenburg ausgewiesen.

63203	**610**	**Ersatz von Ausgaben an Länder**			**944.000**	**302.591,02**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

In diesem Titel wurden bislang die Ausgaben zur Bewirtschaftung des Grundstücks, der Gebäude und Räume für den Berliner Standort des LME (Lentzeallee 100, 14195 Berlin) veranschlagt.
Ab 2024 werden die Ausgaben in den Titeln 51715, 51820 und Titel 51925 veranschlagt.

63207	**610**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**1.632.000**	**1.844.000**	**3.016.000**	**1.492.374,36**

Sächliche Verwaltungsausgaben sowie Ausgaben für sonstige Investitionen, Zuweisungen und Zuschüsse für das Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin- Brandenburg (LME) zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen.

Mehr, insbesondere wegen Modernisierungsmaßnahmen im Kontext der Digitalisierung des Mess- und Eichwesens und der IT-Datenverarbeitung, Neubeschaffung und Ersatz im Bereich Prüfausrüstungen, Ersatzbeschaffung von Rollenprüfständen.

Summe Maßnahmegruppe 02	**1.632.000**	**1.844.000**	**3.960.000**	**1.794.965,38**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 03		**Energie**				

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind untereinander deckungsfähig und gegenüber anderen Titeln des Kapitels und anderen Kapiteln des Einzelplans 13 nur deckungsberechtigt.

In dieser Maßnahmegruppe werden alle Ausgaben nachgewiesen, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben zur Vorbereitung und Umsetzung von Rekommunalisierungen auf dem Gebiet der Energieinfrastruktur im Land Berlin im Rahmen der Neuvergabe der Gas- und Fernwärmekonzessionen stehen.

68201	**649**	**Zuschüsse an LHO-Betriebe**			**2.465.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
68223	**649**	**Zuschüsse zur Deckung von Betriebsverlusten des Verteilnetzbetreibers für Gas**	**2.000.000**	**2.000.000**	**2.000.000**	**—**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**6.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2027	**2.000.000**	**2.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a) Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b) VE-Plan 2023	2.000.000	2.000.000	0

Die Rekommunalisierung der Berliner Gasinfrastruktur ist noch nicht erfolgt. Nach erfolgreicher Beteiligung seitens der landesseitigen Bewerber/ identifizierten Übernahme- und Finanzierungsgesellschaften bei dem (Konzessions-) verfahren ist die Durchführung eines Übernahme- und Inbetriebnahmeprozesses erforderlich. Während der Übernahmephase stehen der Übernahmegesellschaft noch keine Netzentgelte oder sonstige Energie- und Netzerträge zu. Für die Aktivitäten zur personellen Ausgestaltung und wirtschaftlichen Geschäftsfähigkeit der Übernahme-gesellschaft und zur Absicherung der mittelbaren und unmittelbaren Vorbereitung für den Vollzug des Überganges wird ein Zuschuss benötigt.

68224	**649**	**Zuschuss an den Eigenbetrieb Berlin Energie**	**3.205.000**	**3.195.000**	**750.000**	**400.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.500.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**500.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a) Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	80.000	80.000	0
b) VE-Plan 2023	50.000	50.000	0

Der Zweck des Eigenbetriebes besteht in der Vorbereitung und gegebenenfalls Umsetzung von Rekommunalisierungen auf dem Gebiet der Energieinfrastruktur im Land Berlin. Der Eigenbetrieb soll die Abläufe bei der Übernahme der Netze beschleunigen. Bei Erfordernis rückt er oder eine seiner Tochter-/Enkelgesellschaften in die Bewerberstellung ein.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Der Eigenbetrieb hat aufgrund der Überleitung des Landesbetriebes Berlin Energie auf den Eigenbetrieb die Aufgaben des Landesbetriebes übernommen.

Aufgrund der Satzung des Eigenbetriebes kann dieser eigenständig Tochtergesellschaften gründen. Diese Tochtergesellschaften in der Rechtsform von Gesellschaften mit beschränkter Haftung dienen zur Umsetzung der Finanzierungskonzeptionen bei den Konzessionsangeboten sowie zum Betrieb von Verteilnetzen und landeseigenen Netzen.

Mehr ab 2024 aufgrund der Überleitung des Landesbetriebs Berlin Energie auf den Eigenbetrieb Berlin Energie zum 31.12.2022 (vgl. Titel 68201).

68231	**649**	**Zuschüsse an Berlin Energie Rekom GmbH**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**20.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**60.000**	**60.000**		
		Davon fällig 2025	**20.000**			
		Davon fällig 2026	**20.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2027	**20.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**20.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a) Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b) VE-Plan 2023	20.000	20.000	20.000

Es ist Aufgabe des Unternehmens, die Tätigkeit des Eigenbetriebs Berlin Energie als Bewerber im Rahmen der (Konzessions-)Verfahren zu unterstützen. Zu diesen Unterstützungs- und Betriebsprozessen gehört die Vorbereitung und Umsetzung der anforderungsgerechten Kapital- und Finanzausstattung sowie die Gründung von sowie das Halten und Verwalten von Beteiligungen. Soweit erforderlich rückt der Eigenbetrieb, bzw. hier die Berlin Energie Rekom GmbH als dessen Tochtergesellschaft dabei in die Bewerberstellung ein. In diesen Fällen erfolgt eine Unterstützung durch den Eigenbetrieb. Konkret ist die Teilnahme an (Bewerbungs-) Verfahren vorgesehen, insbesondere am Konzessionsverfahren für Gas.

68233	**649**	**Zuschüsse an Berlin Energie Netz und Service GmbH (VNB 1)**	**245.000**	**245.000**	**245.000**	**245.000,00**
		Verpflichtungsermächtigung	**460.000**	**90.000**		
		Davon fällig 2025	**30.000**			
		Davon fällig 2026	**215.000**	**30.000**		
		Davon fällig 2027	**215.000**	**30.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**30.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a) Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	30.000	100.000	100.000
b) VE-Plan 2023	30.000	30.000	30.000

Gegenstand des Unternehmens ist der Regelbetrieb im Land Berlin auf dem Gebiet der Energieinfrastrukturen durch Unterstützung von landeseigenen Beteiligungsunternehmen. Das Unternehmen agiert als operative Betriebsgesellschaft, insbesondere als Netzbetreiber zur Ausübung von Funktionen, Rechten und Aufgaben bei einem EnWG-konformen Betrieb von Netzen und relevanten/zugehörigen Infrastrukturen. Nach Konzessionserhalt soll die operative Geschäftstätigkeit durch Funktionen, Rechte und Aufgaben eines Netzbetreibers ergänzt werden.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68237	**649**	**Zuschüsse an Berlin Energie Netz und Service GmbH (VNB 2)**	**70.000**	**80.000**	**60.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**180.000**	**60.000**		
		Davon fällig 2025	**60.000**			
		Davon fällig 2026	**60.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2027	**60.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**20.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

		für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
a)	Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
b)	VE-Plan 2023	10.000	20.000	20.000

Eine Rekommunalisierung, z. B. von Gas kann mit den bereits bestehenden Unternehmen abgedeckt werden. Für den Fall, dass sowohl Gas, als auch Wärme rekommunalisiert werden, ist zur Leistungsbereithaltung die frühzeitige und präventive Gründung einer weiteren Betriebsgesellschaft bzw. einer weiteren Finanzierungsgesellschaft notwendig.
Gegenstand des neuzugründenden Unternehmens ist der Regelbetrieb im Land Berlin auf dem Gebiet der Energieinfrastrukturen durch Unterstützung von landeseigenen Beteiligungsunternehmen. Nach Konzessionserhalt soll die operative Geschäftstätigkeit durch Funktionen, Rechte und Aufgaben eines Netzbetreibers ergänzt werden.

Summe Maßnahmegruppe 03	**5.540.000**	**5.540.000**	**5.540.000**	**665.000,00**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Energie, Digitalisierung und Innovation -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**680**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**			**16.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Die Beträge umfassen die gesamten Ausgaben der Senatsverwaltung.

	Summe Maßnahmegruppe 32			**16.000**	
	Gesamtausgaben	**179.501.500**	**149.378.000**	**165.581.500**	**78.454.587,21**
	Prozentuale Veränderung	**8,4 %**	**-16,8 %**		

Abschluss Kapitel 1350

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**670.000**	**670.000**	**730.000**	**5.378.375,49**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**49.286.000**	**35.232.000**	**38.806.000**	**42.605.005,25**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**49.957.000**	**35.903.000**	**39.537.000**	**47.983.380,74**
411-462	**Personalausgaben**	**9.866.500**	**10.144.000**	**9.091.500**	**7.805.227,93**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**20.033.000**	**21.249.000**	**19.953.000**	**7.113.086,86**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**127.102.000**	**113.985.000**	**128.037.000**	**63.397.357,36**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**22.500.000**	**4.000.000**	**8.500.000**	**138.915,06**
	Gesamtausgaben	**179.501.500**	**149.378.000**	**165.581.500**	**78.454.587,21**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-129.544.500**	**-113.475.000**	**-126.044.500**	**-30.471.206,47**

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan

Allgemeine Erläuterung

Aus dem Kapitel 1350[1)] wurden die Ausgaben der Abteilung III (Energie, Digitalisierung und Innovation) mit folgenden Aufgabengebieten bestritten:

- Energie
- Energiewirtschaftsstelle
- Digitalisierung, Mobilität, Gesundheitswirtschaft
- Industrie und Innovation
- Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg (LME) Außenstelle
- sowie Ausgaben der Abteilung IV (Landesunternehmen und Strukturpolitik) Unternehmensbeteiligungen

In der produktorientierten Sicht verfolgte die Abteilung folgende

Strategischen Ziele:

000616	Anstalten und Unternehmensbeteiligungen Berlins
000994	Innovations- und Technologiepolitik
001000	Aufsichtsfunktionen
001001	Wettbewerb sichern
001019	Politische Rahmenbedingungen gestalten - wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen und erhalten

In der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wurden keine Kostenträger mit dem (auswertbaren) Merkmal „Ministerielles Geschäftsfeld (MGF)“ gebildet. Stattdessen führen Kostenträger, die den ministeriellen Bereich, Grundsatzangelegenheiten u. ä. abbilden in der Kurzbezeichnung den Zusatz „m“, „M“ oder „ministeriell“, in Parenthese oder in Klammern. Sofern in den erläuternden Texten dennoch die Bezeichnung „MGF“ verwendet wird, sind darunter die derart bezeichneten Kostenträger zu verstehen

[1)] Der Produktbereich 000995 Internationalisierung und die Produktgruppe 4729 - Medienwirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Kreativwirtschaft wurden nach der Ressortierung 2022 ausgaben- und kostenseitig im Kapitel 1320 umgesetzt.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000616 Anstalten und Unternehmensbeteiligungen Berlins

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	1.142.380	1.198.602	-4,69
Kostenträger	14	Sachkosten	114.063.577	117.444.163	-2,88
davon		Transferkosten	105.509	184.212	-42,72
Produkte	14	Verrechnungskosten	0	0	+0,0
MGF	0	kalkulatorische Kosten	236.192	233.293	+1,24
Projekte	0	Gemeinkosten	48.792.038	50.875.338	-4,09
		Summe Verwaltungskosten	164.339.695	169.935.608	-3,29
		Transfers	92.915.335	99.616.766	-6,73
		Gesamtsumme	257.255.030	269.552.374	-4,56

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005128	2022	49.103.240	13.636.000	62.739.240
Steuerung der sonstigen Unternehmensbeteiligungen Berlins	2021	51.253.524	17.436.000	68.689.524

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80885	2022	107.398	665.000	772.398
Angelegenheiten der Berlin Energie (Unternehmensgruppe)	2021	161.035	4.465.000	4.626.035

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	797	1.580
Kosten je ME in €	134,75	101,92
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,23	6,73
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung unternehmensbezogener Vorgänge

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000994 Innovations- und Technologiepolitik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	5	Personalkosten	3.014.137	2.669.283	+12,92
Kostenträger	12	Sachkosten	9.732.400	10.896.213	-10,68
davon		Transferkosten	6.545.197	33.189.006	-80,28
Produkte	12	Verrechnungskosten	108.637	124.688	-12,87
MGF	0	kalkulatorische Kosten	497.899	523.122	-4,82
Projekte	0	Gemeinkosten	3.052.826	2.563.590	+19,08
		Summe Verwaltungskosten	22.951.095	49.965.902	-54,07
		Transfers	66.435.476	56.386.951	+17,82
		Gesamtsumme	89.386.571	106.352.852	-15,95

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004726	2022	3.520.391	52.941.608	56.461.999
Innovations- und Technologiepolitik - Allgemeine Angelegenheiten	2021	2.614.285	47.321.875	49.936.160

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76172	2022	1.890.909	51.321.474	53.212.383
Innovationsfördermaßnahmen	2021	1.300.167	45.744.636	47.044.803

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	11.199	8.004
Kosten je ME in €	168,85	162,44
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	59,71	44,28
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Pro FIT: Gewährung von Zuschüssen sowie Darlehen zur Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die die technologische Neu- und Weiterentwicklung innovativer Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zum Gegenstand haben sowie zur Unterstützung des Unternehmensaufbaus in der Frühphase technologieorientierter Unternehmen mit dem Ziel, die Innovationsfähigkeit und -tätigkeit von Berliner Unternehmen zu stärken.
VC-Fonds Technologie/ VC Fonds Kreativwirtschaft/ VC-Fonds Impact: Finanzierung und fachaufsichtliche Begleitung von EFRE- kofinanzierten Risikokapitalfonds zur Bereitstellung von VC-Kapital für Unternehmen mit hohem Wachstumspotenzial in der seed- und start up-Phase, um den Zugang zu Finanzierungen zu verbessern und die Basis innovierender und kreativer Unternehmen in der Region zu verbreitern.
Transfer BONUS: Gewährung von Zuschüssen an KMU für Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in der angewandten Forschung und Entwicklung. Gefördert wird die Beauftragung externer wissenschaftlicher Leistungen von Berliner und Brandenburger Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen mit dem Ziel des Wissens- und Technologietransfers von der Wissenschaft in die Wirtschaft.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Coaching BONUS: Gewährung von Zuschüssen an KMU für die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen zu betriebswirtschaftlichen Fragen und Aufgabenstellungen sowie im Zusammenhang mit Internationalisierungsprojekten und Organisation der Unternehmensnachfolge.
Innovationsassistent/in: Gewährung von Zuschüssen zur Beschäftigung von Hoch- u. Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen in technologieorientierten KMU mit dem Ziel des Wissenstransfers.
Clusterförderung: Förderung der Cluster im Rahmen der länderübergreifenden innoBB 2025/ Finanzierung von Clustermaßnahmen.

Fachspezifische Informationen
Schwankungen beim Abfluss der EFRE-Mittel für das Programm Pro FIT sind durch das mit dem Rechnungshof abgestimmte Erstattungsverfahren gegenüber der IBB begründet. Die aus dem Pro FIT-Treuhandvermögen vorfinanzierten EFRE-Mittel werden der IBB demnach i.d.R. erst aus dem Haushalt erstattet, wenn die EU-Kommission die Zahlungsanträge des Landes Berlin bedient hat und die Mittel im Landeshaushalt vereinnahmt wurden.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
77583	2022	697.471	900.000	1.597.471
Allgemeine Angelegenheiten der Technologiepolitik	2021	646.596	600.000	1.246.596

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	5.532	3.012
Kosten je ME in €	126,08	214,67
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,79	1,17
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	25.000,00	10.000,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Konzepte und Initiativen zur Entwicklung und Stärkung des Technologie- und Innovationsstandorts Berlin; Innovationspolitische Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit

Fachspezifische Informationen
Entwicklung des Technologie- und Innovationsstandortes Berlin, Erarbeitung wirtschaftspolitischer Stellungnahmen zur Innovationspolitik, Durchführung des Wettbewerbs zum Innovationspreis Berlin Brandenburg.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81077	2022	932.011	720.134	1.652.145
Industriepolitik	2021	667.522	977.239	1.644.761

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	6.924	5.148
Kosten je ME in €	134,61	129,67
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,85	1,55
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Fachspezifische Informationen
Fortschreibung und Umsetzung der industriepolitischen Grundsatzstrategie; Fortschreibung und Umsetzung Masterplan Industriestadt Berlin (MPI), Öffentlichkeitsarbeit und Profilierung des Industriestandortes, Erarbeitung wirtschaftspolitischer Stellungnahmen zur Industriepolitik, Dialog mit Kammern und Verbänden, Zusammenarbeit mit dem Clustermanagement

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004727	2022	564.101	101.408	665.510
Gesundheitswirtschaft	2021	519.766	208.334	728.100

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
76187	2022	564.101	101.408	665.510
Angelegenheiten der Gesundheitswirtschaft	2021	519.766	208.334	728.100

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	1.140	6.540
Kosten je ME in €	494,83	79,47
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	0,75	0,69
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Strategieentwicklung zur Förderung der Innovationsbereitschaft im Bereich Gesundheitswirtschaft, Profilierung des Standortes Berlin für die Gesundheitswirtschaft, Öffentlichkeitsarbeit und Kontakte zur Förderung der Gesundheitswirtschaft; Erarbeitung wirtschaftspolitischer Stellungnahmen zur Gesundheitswirtschaft; Dialog mit betroffenen Wirtschaftskreisen; Akquisition, Förderung und Steuerung von Projekten einschl. Öffentlichkeitsarbeit, Koordination der senatsübergreifenden Zusammenarbeit, Zusammenarbeit mit dem Clustermanagement

Fachspezifische Informationen

Die Hauptstadtregion soll durch gezielte Unterstützung und Vernetzung von Unternehmen und FuE-Einrichtungen zum führenden deutschen Gesundheitsstandort entwickelt werden. Dafür sind aktuelle Trends in den Schwerpunkten der Forschung und strukturelle Veränderungen in der Gesundheitswirtschaft frühzeitig zu erkennen, innovative Lösungen zu entwickeln und neue Dienstleistungen für die Daseinsvorsorge bereitzustellen. Die Wertschöpfung (Investitionen und Arbeitsplätze) und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und die Gesundheit der Bevölkerung in Berlin sollen gestärkt bzw. verbessert werden.
Das Management für das Cluster Gesundheitswirtschaft obliegt federführend der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH. Das strategische Dokument des Clusters bildet der Masterplan Gesundheitsregion Berlin Brandenburg“ – Zukunft der Gesundheit“

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004728	2022	4.368.110	2.233.856	6.601.966
Verkehr-, Luft- und Raumfahrttechnologie	2021	6.361.914	2.039.991	8.401.905

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78288	2022	2.661.943	2.227.884	4.889.827
Wirtschaftspolitische Angelegenheiten, Verkehr, Mobilität und Logistik	2021	4.768.844	2.015.963	6.784.807

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	1.092	8.412
Kosten je ME in €	2.437,68	566,91
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,49	6,39
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.359.850,05	3.405.206,04
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Wirtschaftspolitische Angelegenheiten des Verkehrs (Straßen-, Schienen-. Luft- und Wasserstraßenverkehr); Steuerung und Grundsatzangelegenheiten des Clusters Verkehr, Mobilität, Logistik. Förderangelegenheiten Berlin-Brandenburger Finanzierungsmodell (BBFM). Wirtschaftspolitische Fragen der Elektromobilität; Steuerung von Projekten

Fachspezifische Informationen

Durch die gezielte Förderung und Vernetzung von Unternehmen und FuE-Einrichtungen sowie eine stetige Verbesserung der Rahmenbedingungen sollen neue Geschäftsmodelle und technologische Innovationen „Made in Berlin“ unterstützt werden, um die Wertschöpfung (Investitionen und Arbeitsplätze) und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu erhöhen. Ziel ist, die Elektrifizierung des öffentlichen, privaten und gewerblichen Verkehrs weiter voranzubringen sowie Berlin als Testfeld für intelligente und nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätskonzepte zu etablieren.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80886	2022	1.706.167	5.972	1.712.139
Digitalisierungsstrategie für Wirtschaft und Digitalagentur	2021	1.593.070	24.028	1.617.098

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	822	8.760
Kosten je ME in €	2.075,63	181,86
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,92	1,52
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Erarbeitung und Begleitung eines Prozesses zur Erstellung einer Digitalstrategie, konzeptionelle Erarbeitung und Umsetzung der Digitalagentur, Begleitung der Umsetzung der Digitalstrategie, Steuerung der Digitalagentur

Fachspezifische Informationen

Ziel der Digitalagentur ist die Unterstützung der Berliner Wirtschaft bei der Digitalisierung. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe unterstützt und begleitet die Digitalagentur inhaltlich und steuert diese gesellschaftsrechtlich. Wir befinden uns inmitten einer technologischen Revolution. Welche Auswirkungen der digitale Wandel haben wird, können wir nur erahnen, andere sind noch gar nicht sichtbar. Fest steht, dass wir heute handeln müssen: Chancen müssen erkannt und potentielle Risiken abgewogen werden. Um die Chancen und Risiken aktiv und tatkräftig angehen zu können, erarbeitet das Land Berlin eine Digitalisierungsstrategie.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001000 Aufsichtsfunktionen

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	3.166.743	3.033.487	+4,39
Kostenträger	9	Sachkosten	1.622	462	+251,02
davon		Transferkosten	1.563.839	668.650	+133,88
Produkte	9	Verrechnungskosten	13.927	21.042	-33,81
MGF	0	kalkulatorische Kosten	650.924	627.191	+3,78
Projekte	0	Gemeinkosten	1.044.920	1.171.955	-10,84
		Summe Verwaltungskosten	6.441.975	5.522.787	+16,64
		Transfers	302.591	227.171	+33,20
		Gesamtsumme	6.744.566	5.749.958	+17,30

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004746	2022	5.264.620	302.591	5.567.211
Mess- und Prüfwesen	2021	4.245.778	227.171	4.472.949

Fachaufsicht über das Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin- Brandenburg (LME BB) inkl. Umsetzung des Mess- und Eichwesen-Staatsvertrages sowie Angelegenheiten des Mess- und Eichwesens in Bezug auf die Rechtsgrundlagen, wie u.a. Mess- Eichgesetz, Mess- Eichverordnung und Eichgebührenverordnung, Verträge, EU- und nationale Richtlinien, Verwaltungsabkommen (Deutsche Akademie für Metrologie) sowie Berliner Haushalt des LME BB und Grundstücksangelegenheiten des Berliner Standortes.
Seit dem 01. Mai 2005 wird das Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin auf der Grundlage des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg über die Errichtung des Landesamtes für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg vom 11. März 2004 als Außenstelle Berlin des fusionierten Landesamtes fortgeführt.
Angelegenheiten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der Materialprüfung und Normung

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78281	2022	5.264.620	302.591	5.567.211
Angelegenheiten des Mess-, Eich- und Materialprüfungswesens sowie der Normung	2021	4.245.778	227.171	4.472.949

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	1.836	1.596
Kosten je ME in €	2.867,44	2.660,26
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	88,20	84,84
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.492.374,36	598.649,99
IST - Erträge in €	5.760.951,67	2.738.301,60
Kostendeckungsgrad in %	103,48	61,22

Regulierung aller Themenstellungen und sonstigen allgemeinen Fragen des Mess- und Eichwesens; Dienst- und Fachaufsicht über das Landesamt für Mess- u. Eichwesen Berlin-Brandenburg (LME-BB); Betreuung des Materialprüfungswesens

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Fachspezifische Informationen

In dem Produkt wird die fachliche Betreuung – Regulierung aller Themenstellungen - des Landesamtes für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg (LME BB) durch die zuständige oberste Landesbehörde dargestellt. Weiterhin werden hier alle Themenstellungen zur Physikalisch- Technischen Bundesanstalt, der Materialprüfung und Normung bearbeitet.
Bei den Transferkosten in den Verwaltungskosten handelt es sich um Ausgaben aus dem Titel 63207. Bei den Transfers handelt es sich um Ausgaben aus dem Titel 63203. Das LME BB bezieht einen jährlichen Ausgabenersatz für anteilige sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen -Transferkosten I (63207) sowie für die standortbezogenen Ausgaben für Bewirtschaftung, Unterhaltung und Baumaßnahmen - Transferkosten II (63203). Die anteiligen Einnahmen aus mess- und eichrechtlichen Dienstleistungen für das Land Berlin werden nach einem Kostenschlüssel zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg aufgeteilt und im Titel 23232 vereinnahmt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004837	2022	744.473	0	744.473
Börsen und Makler, Energieaufsicht	2021	799.004	0	799.004

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65650	2022	449.573	0	449.573
Energieaufsicht und Bergwesen	2021	443.951	0	443.951

	2022	2021
Menge: Verwaltungsvorgänge	2.640	2.424
Kosten je ME in €	170,29	183,15
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,12	8,42
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	71.464,36	70.000,00
IST - Erträge in €	8.534,00	17.267,90
Kostendeckungsgrad in %	1,90	3,89

Energieaufsicht im Sinne des EnWG bei der Errichtung und dem Betrieb von Energieversorgungsnetzen und Energieanlagen in Berlin zum Zwecke der Sicherstellung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Energieversorgung; Notfallvorsorge Energie; Zuständige Behörde nach der Gashochdruckleitungsverordnung (GasHDrlLtgV). Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg aufgrund des Staatsvertrages Berlin- Brandenburg über die Bergbehörden und energiewirtschaftliche Zuständigkeiten, Fachaufsicht über das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg

Fachspezifische Informationen

Für eine ordnungsgemäße und zügige Erfüllung des gesetzlichen Auftrages gem. EnWG und dem Staatsvertrag bedarf es der Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg und dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg.
Bei den Transferkosten in den Verwaltungskosten handelt es sich um Ausgaben aus dem Titel 63201. Gem. Art. 3 des Staatsvertrages erhält das Land Brandenburg für seine Aufgabenwahrnehmung jährlich einen Verwaltungsbeitrag. Für Genehmigungen zur Aufnahme des Betriebs von Stromversorgungsnetzen nach EnWG sowie für die Beanstandung bzw. Nichtbeanstandung anzeigepflichtiger Vorhaben nach der GasHDrLtgV und für Amtshandlungen und Leistungen nach dem BBergG wurden Antragstellern Gebühren gem. VGebO in Rechnung gestellt.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001001 Wettbewerb sichern

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	5	Personalkosten	2.545.494	2.418.165	+5,27
Kostenträger	15	Sachkosten	304.306	631.383	-51,80
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	15	Verrechnungskosten	42.839	111.240	-61,49
MGF	0	kalkulatorische Kosten	542.745	459.408	+18,14
Projekte	0	Gemeinkosten	2.427.080	2.278.952	+6,50
		Summe Verwaltungskosten	5.862.464	5.899.148	-0,62
		Transfers	323.290	289.707	+11,59
		Gesamtsumme	6.185.753	6.188.855	-0,05

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004747	2022	449.802	0	449.802
Wettbewerbsangelegenheiten	2021	483.436	0	483.436

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80453	2022	158.223	0	158.223
Marktüberwachung	2021	165.951	0	165.951

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	1.272	1.452
Kosten je ME in €	124,39	114,29
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,56	2,68
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Umsetzung der Ökodesignrichtlinie und der Rahmenverordnung zur Energieverbrauchskennzeichnung auf Landesebene; Fachaufsicht über d. LAGetSi durch SenWiEnBe für den Bereich Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001019 Politische Rahmenbedingungen gestalten - wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen und erhalten

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	4	Personalkosten	4.332.816	4.031.995	+7,46
Kostenträger	22	Sachkosten	3.943.946	3.211.515	+22,81
davon		Transferkosten	24.671.277	25.543.306	-3,41
Produkte	21	Verrechnungskosten	18.075	17.182	+5,20
MGF	0	kalkulatorische Kosten	733.464	595.972	+23,07
Projekte	1	Gemeinkosten	3.811.831	4.295.249	-11,25
		Summe Verwaltungskosten	37.511.408	37.695.218	-0,49
		Transfers	19.162.900	13.712.524	+39,75
		Gesamtsumme	56.674.308	51.407.742	+10,24

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005530	2022	4.154.787	672.200	4.826.987
Energiepolitik	2021	2.619.153	467.535	3.086.688

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65649	2022	382.718	0	382.718
Energiewirtschaft und Regulierung	2021	419.613	0	419.613

	2022	2021
Menge: Verwaltungsvorgänge	3.660	3.360
Kosten je ME in €	104,57	124,88
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,93	13,59
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	2.500,00	8.240,00
Kostendeckungsgrad in %	0,65	1,96

Fragen einer auf Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit ausgerichteten Energieversorgung im Elektrizitäts- und Gassektor vor dem Hintergrund der Sicherstellung der Energieversorgung; Fragen der Kohle- und Mineralölversorgung, Regulierung von Netzen

Fachspezifische Informationen

Die Tätigkeiten dienen der zukünftigen Gestaltung und Gewährleistung einer sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Energieversorgung. Grundlage hierfür sind die gesetzlichen Aufträge gem. EnWG, ARegV, EnSiG, und AGEnWG. Die politischen Zielvorgaben werden in der Umsetzung berücksichtigt. Berlin hat mit dem Bund Organleihe in Bezug auf die Regulierung der in die Berliner Zuständigkeit fallenden Netzbetreiber vereinbart. Der Umfang der Tätigkeiten variiert und kann nicht sicher vorhergesehen werden.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80100	2022	186.467	0	186.467
Energietechnik	2021	199.944	0	199.944

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	2.184	2.256
Kosten je ME in €	85,38	88,63
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,86	6,48
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Profilierung des Wirtschaftsstandortes Berlin auf dem Gebiet der Energietechnik und der Umwelttechnik. Stärkung der Innovationspotenziale.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80887	2022	1.160.701	533.285	1.693.986
Erneuerbare Energien	2021	707.648	446.835	1.154.482

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	5.784	2.268
Kosten je ME in €	200,67	312,01
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	35,09	37,40
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.125,00	1.125,00
IST - Erträge in €	0,00	60,70
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,01

Bearbeitung von Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten der Erneuerbaren Energien einschließlich Entwicklung von entsprechenden energiepolitischen Konzepten.

Fachspezifische Informationen

Ausbau der Erneuerbaren Energien in Berlin durch:

- Umsetzung des Masterplans Solarcity
- Begleitung Bund-Länderaustausch, Bundesrat und nationale Gesetzgebung
- Beurteilung juristischer und ökonomischer Aspekte in Bezug auf Erneuerbare Energien
- fachliche Stellungnahmen zu energiepolitischen Grundlagen, Fachgesetzen, politischen Anträgen und Anfragen bezogen auf Erneuerbare Energien
- Betreuung von Einzelprojekten
- Beantwortung von Bürgeranfragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80888	2022	2.082.457	138.915	2.221.372
Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Energiepolitik	2021	1.291.948	20.700	1.312.648

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	12.132	10.188
Kosten je ME in €	171,65	126,81
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	46,02	42,53
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	4.128,01	4.128,01
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Bearbeitung von Grundsatzangelegenheiten der Energiepolitik einschließlich Grundsatzfragen der energiepolitischen Planung und energiepolitischen Aspekten der Energieinfrastruktur insbesondere vor dem Hintergrund der Energiewende und des Berliner Klimaneutralitätsziels 2050.

Fachspezifische Informationen

Hier wurden in 2022 die abteilungsübergreifenden Aufwendungen des Krisenstabes Energienotfall gebucht.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81279	2022	342.444	0	342.444
Regulierung von allgemeinen Wärmeversorgungs-netzen	2021	0	0	0

	2022	2021
Menge: Zeit (Bearbeitungsstunden)	1.452	0
Kosten je ME in €	235,84	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,09	0,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Maßnahmen im Bereich der Regulierung von allgemeinen Wärmeversorgungsnetzen im Sinne von § 2 Nr. 19 des Berliner Energiewende- und Klimaschutzgesetzes

Fachspezifische Informationen

Die im Aufbau befindlichen Fernwärmeregulierung dient der Dekarbonisierung im Wärmesektor, indem sie Dekarbonisierungsfahrpläne der Fernwärmeversorger prüft, bei Unstimmigkeiten über Anschlussbegehren und Einspeisevergütung für die Einspeisung klimaschonender Wärme tätig wird und die Einhaltung von Transparenzpflichten überwacht.

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 1309 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe - Personalüberhang -

Alle Stellen des Kapitels tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Bürgermeister/in (zugleich Senator/in)	SEN2	1,000	1,000 *(0603)*	1,000	1,000 *(0603)*	1,000	1,000 *(0603)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0603 Amtsgehalt in Höhe von 107 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	2,000		2,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		5,000	
Service Zentrale Dienste							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	5,000	1,000 *(0506)*	5,000	1,000 *(0506)*	4,000	1,000 *(0506)*
Oberregierungsrätin/-rat	A14	5,000		5,000		2,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000		5,000		4,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000	1,000 *(0506)*	2,000	1,000 *(0506)*	2,000	1,000 *(0506)*
Amtsrätin/-rat	A12	8,000		8,000		8,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	7,500		7,500		7,500	
Regierungsoberinspektor/in	A10	7,000		7,000		7,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		1,800	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		0,750	
Zwischensumme:		46,500		47,500		42,050	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,450		1,450		0,450	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,450		1,450		1,450	

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A							
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	1,550		1,550		0,550	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		1,550		1,550		1,550	
Teilsumme (Teilplan A):		54,500		55,500		50,050	
Summe:		54,500		55,500		50,050	

Stellenvermerke

0506 Stelle ist für die Wahrnehmung der Aufgaben der Geschäftsführung der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz vorgesehen.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	6,000		6,000		6,000	
Zwischensumme:		12,000		12,000		9,000	
Service Zentrale Dienste							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	5,000		6,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000		6,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E11	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000	1,000 *(0506)*	2,000	1,000 *(0506)*	3,000	1,000 *(0506)*
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		2,750	

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, Service Zentrale Dienste							
Tarifbeschäftigte/r	E5	2,890		2,890		2,750	
Tarifbeschäftigte/r	E4	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,800		1,800		1,800	
Tarifbeschäftigte/r	E2	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		36,190		40,190		35,800	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,600		0,600		0,600	
Tarifbeschäftigte/r	E12	0,800		0,800		0,800	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	0,600		0,600		0,600	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,400		0,400		0,400	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,200		1,200		1,200	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	0,400		0,400		0,400	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,500	0,500 *(0132)*	0,500	0,500 *(0132)*	0,500	0,500 *(0132)*
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		52,690		56,690		49,300	
Summe:		52,690		56,690		49,300	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

0506 Stelle ist für die Wahrnehmung der Aufgaben der Geschäftsführung der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz vorgesehen.

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,500		4,500		1,500	
Summe:		4,500		4,500		1,500	

Stellenvermerke

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	5,000		5,000		5,000	
Regierungsdirektor/in	A15	11,000		11,000		9,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	15,000		15,000		14,900	
Regierungsrätin/-rat	A13	5,000		5,000		8,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	6,000		6,000		6,000	
Amtsrätin/-rat	A12	13,350		13,350		6,350	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	9,000		9,000		10,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	13,000		13,000		17,000	1,000 *(0129)*
Regierungsinspektor/in	A9	0,000		0,000		1,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		81,350		81,350		80,250	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	0,650		0,650		0,650	
Zwischensumme:		0,650		0,650		0,650	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		83,000		83,000		81,900	
Summe:		83,000		83,000		81,900	

Stellenvermerke

0129 Stelle wird bei Freiwerden zu einer Stelle für Tarifbeschäftigte der E 9.

42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	9,000		9,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	8,500		8,500		12,500	

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	7,000	1,000 *(2128)*	7,000	1,000 *(2128)*	6,000	2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	5,000		5,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,000		5,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,000		1,000		1,650	
Zwischensumme:		47,500		47,500		47,150	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		49,500		49,500		49,150	
Summe:		49,500		49,500		49,150	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A

Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		2,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		2,000	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		3,000	
Summe:		2,000		2,000		3,000	

Stellenvermerke

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	B2	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	3,000		3,000		3,000	
Oberbaurätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	3,000		3,000		6,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000		4,000		5,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		3,000	
Amtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		4,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	9,000		9,000		9,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		3,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		0,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		2,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	2,300		2,300		2,300	
Zwischensumme:		35,300		35,300		39,300	
Teilsumme (Teilplan A):		35,300		35,300		39,300	
Summe:		35,300		35,300		39,300	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT5	1,000		1,000		1,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	12,000		12,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000		4,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	4,000		4,000		4,750	
Tarifbeschäftigte/r	E11	12,250		12,250		10,250	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,750		1,750		1,750	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Zwischensumme:		49,000		49,000		44,750	
Teilsumme (Teilplan A):		49,000		49,000		44,750	
Summe:		49,000		49,000		44,750	

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Betriebe und Strukturpolitik -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000	1,000 *(0072)*	1,000	1,000 *(0072)*	1,000	1,000 *(0072)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	6,000	6,000 *(0119)*	6,000	6,000 *(0119)*	5,000	5,000 *(0119)*
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000	4,000 *(0119)*	4,000	4,000 *(0119)*	2,000	2,000 *(0119)*
Zwischensumme:		12,000		12,000		9,000	
Teilsumme (Teilplan A):		16,000		16,000		13,000	
Summe:		16,000		16,000		13,000	

Stellenvermerke

0072 Stelle fällt mit Beendigung der Fremdfinanzierung weg.

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	9,000		9,000		7,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	12,000		12,000		9,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	7,000		7,000		6,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	6,000		6,000		6,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		4,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Regierungsinspektor/in	A9	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		44,000		44,000		39,000	
Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Eichrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Eichoberamtsrätin/rat mit Amtszulage	A13Z	1,000		1,000		1,000	
Eichoberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		1,000	
Eichamtsrätin/-rat	A12	11,000		11,000		10,000	
Eichamtfrau/-mann	A11	9,000		9,000		8,000	
Eichoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		2,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		0,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		2,000	
Eichhauptsekretär/in	A8	5,000		5,000		5,000	
Eichobersekretär/in	A7	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		41,000		41,000		38,000	
Teilsumme (Teilplan A):		85,000		85,000		77,000	
Summe:		85,000		85,000		77,000	
42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter							
Teilplan A							
Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg							
Eichinspektoranwärter/in	V09	1,000		1,000		2,000	
Eichsekretäranwärter/in	V06	2,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		3,000		2,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		2,000		3,000	
Summe:		3,000		2,000		3,000	

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT4	1,000		1,000		1,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	4,000		4,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	10,500		10,500		14,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	9,000		9,000		11,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,750		1,750		1,750	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,750		5,750		4,750	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		36,000		36,000		42,500	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg							
Technische/r Tarifbeschäftigte/r im Eichdienst	E11	0,000		0,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r im Eichdienst	E9B	2,000		2,000		1,000	
Eichtechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E8	6,000		6,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		1,000	
Eichtechnische/r Tarifbeschäftigte/r	E6	10,000		10,500		9,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		21,000		21,500		21,500	
Teilsumme (Teilplan A):		58,000		58,500		65,000	
Summe:		58,000		58,500		65,000	

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Energie, Digitalisierung und Innovation -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Finanzierte (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerk							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0119)*	1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000	2,000 *(0119)*	2,000	2,000 *(0119)*	0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		1,000	
Summe:		3,000		3,000		1,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

Wirtschaft, Energie und Betriebe

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 13	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**
1300	2025	2,000	-	1,000	1,000	2,000
	2024	2,000	-	1,000	1,000	2,000
	2023	2,000	-	1,000	1,000	1,000
1309	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1320	2025	-	1,000	-	-	2,000
	2024	-	1,000	-	-	2,000
	2023	-	1,000	-	-	1,000
1330	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
1350	2025	-	-	-	-	2,000
	2024	-	-	-	-	2,000
	2023	-	-	-	-	2,000
Summe	2025	2,000	1,000	1,000	1,000	7,000
	2024	2,000	1,000	1,000	1,000	7,000
	2023	2,000	1,000	1,000	1,000	5,000

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 13
Teilsumme	**A16**	**A15**	**A14**	**A13**	jahr	
6,000	1,000	6,000	6,000	5,000	2025	**1300**
6,000	1,000	6,000	6,000	4,000	2024	
5,000	1,000	6,000	3,000	4,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1309**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
3,000	5,000	11,000	16,000	5,000	2025	**1320**
3,000	5,000	11,000	16,000	5,000	2024	
2,000	5,000	9,000	15,900	8,000	2023	
1,000	1,000	3,000	4,000	4,000	2025	**1330**
1,000	1,000	3,000	4,000	4,000	2024	
1,000	1,000	3,000	6,000	5,000	2023	
2,000	2,000	10,000	12,000	8,000	2025	**1350**
2,000	2,000	10,000	12,000	8,000	2024	
2,000	2,000	8,000	9,000	7,000	2023	
12,000	9,000	30,000	38,000	22,000	2025	**Summe**
12,000	9,000	30,000	38,000	21,000	2024	
10,000	9,000	26,000	33,900	24,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 13	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A13Z	**A13S**	**A12**	**A11**	**A10**
1300	2025	-	2,000	11,000	7,500	7,000
	2024	-	2,000	11,000	7,500	7,000
	2023	-	2,000	9,000	9,500	7,000
1309	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1320	2025	-	6,000	14,000	9,000	13,000
	2024	-	6,000	14,000	9,000	13,000
	2023	-	6,000	7,000	10,000	17,000
1330	2025	-	3,000	3,000	9,000	3,000
	2024	-	3,000	3,000	9,000	3,000
	2023	-	3,000	4,000	9,000	3,000
1350	2025	1,000	5,000	17,000	13,000	4,000
	2024	1,000	5,000	17,000	13,000	4,000
	2023	1,000	4,000	16,000	12,000	3,000
Summe	2025	1,000	16,000	45,000	38,500	27,000
	2024	1,000	16,000	45,000	38,500	27,000
	2023	1,000	15,000	36,000	40,500	30,000

Stellenübersicht
2024/2025

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	**Einzelplan 13**
A9	**A8**	**A7**	**Teilsumme**		jahr	
1,000	2,000	1,000	49,500		2025	**1300**
1,000	2,000	1,000	48,500		2024	
1,000	1,800	0,750	45,050		2023	
-	-	-	-		2025	**1309**
-	-	-	-		2024	
-	-	-	-		2023	
-	1,000	-	80,000		2025	**1320**
-	1,000	-	80,000		2024	
1,000	1,000	-	79,900		2023	
1,000	1,000	2,300	34,300		2025	**1330**
1,000	1,000	2,300	34,300		2024	
-	2,000	2,300	38,300		2023	
1,000	5,000	5,000	83,000		2025	**1350**
1,000	5,000	5,000	83,000		2024	
3,000	5,000	5,000	75,000		2023	
3,000	9,000	8,300	246,800		2025	**Summe**
3,000	9,000	8,300	245,800		2024	
5,000	9,800	8,050	238,250		2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 13	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**
1300	2025	2,000	11,000	6,000	2,500	9,500
	2024	2,000	10,000	3,000	2,500	9,500
	2023	3,000	7,000	3,000	2,500	7,500
1309	2025	-	1,000	-	-	-
	2024	-	1,000	-	-	-
	2023	-	1,000	-	-	-
1320	2025	9,000	10,500	7,000	3,000	5,000
	2024	9,000	10,500	7,000	3,000	5,000
	2023	5,000	14,500	6,000	3,000	4,000
1330	2025	6,000	12,000	4,000	4,000	12,250
	2024	6,000	12,000	4,000	4,000	12,250
	2023	6,000	8,000	5,000	4,750	10,250
1350	2025	4,000	10,500	9,000	2,000	1,750
	2024	4,000	10,500	9,000	2,000	1,750
	2023	6,000	14,000	11,000	2,000	2,750
Summe	2025	21,000	45,000	26,000	11,500	28,500
	2024	21,000	44,000	23,000	11,500	28,500
	2023	20,000	44,500	25,000	12,250	24,500

Stellenübersicht 2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus-halts-	Einzelplan 13
E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E6**	jahr	
-	9,000	3,000	2,000	3,000	2025	**1300**
-	9,000	3,000	2,000	3,000	2024	
1,000	8,000	4,000	3,000	2,750	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1309**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
2,000	5,000	3,000	4,000	1,000	2025	**1320**
2,000	5,000	3,000	4,000	1,000	2024	
1,000	6,000	2,000	5,000	1,650	2023	
-	1,750	-	3,000	3,000	2025	**1330**
-	1,750	-	3,000	3,000	2024	
-	1,750	-	3,000	3,000	2023	
1,000	7,750	-	8,000	12,500	2025	**1350**
1,000	7,750	-	8,000	12,000	2024	
1,000	5,750	-	9,000	11,500	2023	
3,000	23,500	6,000	17,000	19,500	2025	**Summe**
3,000	23,500	6,000	17,000	19,000	2024	
3,000	21,500	6,000	20,000	18,900	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 13	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E5	**E4**	**E3**	**E2**	**Teilsumme**
1300	2025	2,890	2,000	1,800	1,000	55,690
	2024	2,890	2,000	1,800	1,000	51,690
	2023	2,750	2,000	1,800	1,000	49,300
1309	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
1320	2025	-	-	-	-	49,500
	2024	-	-	-	-	49,500
	2023	-	-	-	-	48,150
1330	2025	-	-	-	-	46,000
	2024	-	-	-	-	46,000
	2023	-	-	-	-	41,750
1350	2025	-	-	-	-	56,500
	2024	-	-	-	-	56,000
	2023	-	-	-	-	63,000
Summe	2025	2,890	2,000	1,800	1,000	208,690
	2024	2,890	2,000	1,800	1,000	204,190
	2023	2,750	2,000	1,800	1,000	203,200

Stellenübersicht 2024/2025

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 13
AT5	**AT4**	**AT2**	**AT1**	**Teilsumme**	jahr	
-	-	-	1,000	1,000	2025	**1300**
-	-	-	1,000	1,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1309**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1320**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	1,000	-	1,000	2023	
1,000	-	2,000	-	3,000	2025	**1330**
1,000	-	2,000	-	3,000	2024	
1,000	-	2,000	-	3,000	2023	
-	1,000	-	1,000	2,000	2025	**1350**
-	1,000	-	1,000	2,000	2024	
-	1,000	-	1,000	2,000	2023	
1,000	1,000	2,000	2,000	6,000	2025	**Summe**
1,000	1,000	2,000	2,000	6,000	2024	
1,000	1,000	3,000	1,000	6,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 13	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbe-schäftigte	Insgesamt		
1300	2025	55,500	56,690	112,190		
	2024	54,500	52,690	107,190		
	2023	50,050	49,300	99,350		
1309	2025	-	1,000	1,000		
	2024	-	1,000	1,000		
	2023	-	1,000	1,000		
1320	2025	83,000	49,500	132,500		
	2024	83,000	49,500	132,500		
	2023	81,900	49,150	131,050		
1330	2025	35,300	49,000	84,300		
	2024	35,300	49,000	84,300		
	2023	39,300	44,750	84,050		
1350	2025	85,000	58,500	143,500		
	2024	85,000	58,000	143,000		
	2023	77,000	65,000	142,000		
Summe	2025	258,800	214,690	473,490		
	2024	257,800	210,190	467,990		
	2023	248,250	209,200	457,450		

2024/2025

BERLIN

Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2024/2025

Band 14
Einzelpläne 15, 27, 29

- Finanzen
- Zuweisungen an und Programme für die Bezirke
- Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

Vorabdruck zur Beratung im Abgeordnetenhaus

Herausgeberin: Senatsverwaltung für Finanzen
2023
Druck: docupoint GmbH, Otto-von-Guericke-Allee 14, 39179 Barleben

Inhaltsverzeichnis

	Band/Seite
Haushaltsgesetz	1
Gesamtplan	1
Anlagen zum Haushaltsplan	1
Einzelplan 01 Abgeordnetenhaus	2
Einzelplan 02 Verfassungsgerichtshof	2
Einzelplan 03 Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister	3
Einzelplan 05 Inneres und Sport	5
Einzelplan 06 Justiz und Verbraucherschutz	6
Einzelplan 07 Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt	7
Einzelplan 08 Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt	8
Einzelplan 09 Wissenschaft, Gesundheit und Pflege	9
Einzelplan 10 Bildung, Jugend und Familie	10
Einzelplan 11 Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	11
Einzelplan 12 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	12
Einzelplan 13 Wirtschaft, Energie und Betriebe	13
Einzelplan 15 Finanzen	14 - 7
Kapitel 1500 Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -	14 - 15
Produktdarstellung	14 - 27
Kapitel 1502 Senatsverwaltung für Finanzen - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -	14 - 37
Produktdarstellung	14 - 43
Kapitel 1509 Senatsverwaltung für Finanzen - Personalüberhang -	14 - 45
Kapitel 1510 Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen -	14 - 47
Wirtschaftsplan der Staatlichen Münze Berlin	14 - 56
Wirtschaftsplan der Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH	14 - 58
Produktdarstellung	14 - 61
Kapitel 1520 Senatsverwaltung für Finanzen - Haushalt -	14 - 73
Produktdarstellung	14 - 77
Kapitel 1521 Nebenforderungen Landesebene	14 - 83
Kapitel 1523 Landesfinanzservice	14 - 85
Produktdarstellung	14 - 93
Kapitel 1530 Senatsverwaltung für Finanzen - Steuern -	14 - 99
Produktdarstellung	14 - 105
Kapitel 1531 Finanzämter	14 - 107
Produktdarstellung	14 - 127
Kapitel 1532 Finanzamt Berlin International	14 - 137
Produktdarstellung	14 - 143

Kapitel 1540 Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal - ..... 14 - 145

Produktdarstellung ..... 14 - 153

Kapitel 1541 Landesverwaltungsamt
- Leitung und Zentraler Service - ..... 14 - 159

Produktdarstellung ..... 14 - 167

Kapitel 1542 Landesverwaltungsamt
- Logistikservice -..... 14 - 169

Produktdarstellung ..... 14 - 173

Kapitel 1543 Landesverwaltungsamt
- Personalservice -..... 14 - 177

Produktdarstellung ..... 14 - 181

Kapitel 1544 Landesverwaltungsamt
- Beihilfeservice - ..... 14 - 185

Produktdarstellung ..... 14 - 189

Kapitel 1545 Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung - ..... 14 - 191

Produktdarstellung ..... 14 - 195

Kapitel 1547 Zentrale Steuerung einer neuen
Integrierten Personalverwaltung ..... 14 - 199

Produktdarstellung ..... 14 - 203

Kapitel 1599 Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -
(ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement) ..... 14 - 205

Produktdarstellung ..... 14 - 207

Stellenplan ..... 14 - 209

Stellenübersicht ..... 14 - 257

Einzelplan 20 Rechnungshof 2

Einzelplan 21 Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit 2

**Einzelplan 22 Bürger- und Polizeibeauftragte/
Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin** 2

Einzelplan 25 Landesweite Maßnahmen des E-Governments 4

Einzelplan 27 Zuweisungen an und Programme für die Bezirke 14 - 269

Kapitel 2705 Aufwendungen der Bezirke
- Inneres und Sport -..... 14 - 275

Kapitel 2707 Aufwendungen der Bezirke
- Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt - ..... 14 - 279

Kapitel 2708 Aufwendungen der Bezirke
- Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt - ..... 14 - 287

Kapitel 2709 Aufwendungen der Bezirke
- Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - ..... 14 - 291

Kapitel 2710 Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie - ..... 14 - 295

Kapitel 2711 Aufwendungen der Bezirke
- Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung - ..... 14 - 305

Kapitel 2712 Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - ..... 14 - 309

Kapitel 2713 Aufwendungen der Bezirke
- Wirtschaft, Energie und Betriebe - ..... 14 - 327

Kapitel 2729 Zuweisungen an die Bezirke ..... 14 - 329

Kapitel 2730 Kalkulatorische Verrechnungen ..... 14 - 337

Einzelplan 29 Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten 14 - 341

Kapitel 2900 Steuern und Finanzausgleich ..... 14 - 347

Produktdarstellung ..... 14 - 351

Kapitel 2902 Darlehen und Schuldendienst ..... 14 - 353

Produktdarstellung ..... 14 - 357

Kapitel 2910 Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten ..... 14 - 359

Übersicht über den Haushaltsplan für das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) ..... 14 - 365

Produktdarstellung ..... 14 - 367

Kapitel 2920 Kommunalinvestitionsprogramm ..... 14 - 369

Produktdarstellung ..... 14 - 375

Kapitel 2931 Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung (Ukraine) ..... 14 - 377

Produktdarstellung ..... 14 - 381

Kapitel 2940 Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten ..... 14 - 383

Produktdarstellung ..... 14 - 391

Kapitel 2990 Vermögen ..... 14 - 393

Übersicht zum Wirtschaftsplan – 1. Entwurf Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung - Betriebsteil A Gebäudedienstleistungen ..... 14 - 400

Übersicht zum Wirtschaftsplan Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung - Betriebsteil B Betreiber von Flüchtlingsunterkünften ..... 14 - 402

Produktdarstellung ..... 14 - 405

Kapitel 2991 Immobilienbezogene Sondervermögen ..... 14 - 407

Übersicht zum Wirtschaftsplan – 1. Entwurf Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin ..... 14 - 410

Übersicht zum Wirtschaftsplan – 1. Entwurf Sondervermögen für Daseinsvorsorge und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin .. 14 - 412

Produktdarstellung ..... 14 - 415

Finanzen

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Senatsverwaltung für Finanzen gliedert sich wie folgt:

Leitung

Leitungsbereich
Gremienangelegenheiten
Pressestelle
Finanzreferent/Finanzreferentin und EU-Angelegenheiten

Abteilung ZS – Zentraler Service

Zentrale Personalangelegenheiten und Fortbildung
Innerer Dienst für die Dienstgebäude Klosterstraße 59, Klosterstraße 47 (Teil), Klosterstraße 71 (Teil), Parochialstraße 1-3 (Teil) und Franz-Jacob-Straße 4b (Teil)
Digitalisierung nach dem E-Government-Gesetz Berlin und Kommunikation, Geschäftsprozessmanagement
Haushaltsangelegenheiten, Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling, Zentraler Vergabeservice
Rechtsangelegenheiten, Innenrevision, Datenschutz
Selbstversicherung des Landes
Erbschaften (Fiskalerbschaften, testamentarische Erbschaften)

Abteilung I – Vermögen und Beteiligungen

Grundsatzangelegenheiten der Beteiligungspolitik
Beteiligungsmanagement und -controlling
Grundsatzangelegenheiten Liegenschaftswesen, Liegenschaftsfonds, Facility Management
Grundsatzangelegenheiten und Durchführung des Wiedervereinigungsrechts
Standortförderung, Bürgschaften, Finanzierungshilfen
Kreditmanagement

Abteilung II – Finanzpolitik und Haushalt

Grundsatzangelegenheiten der Finanzpolitik
Aufstellung des Haushaltsplans, Ausführung des Haushaltsplans, Haushaltscontrolling, Zentrale Zuwendungsdatenbank
Grundsatzangelegenheiten und Steuerung des Berliner Rechnungswesens
Haushaltsrecht, Gebühren- und Beitragsrecht
Angelegenheiten der Bezirke
Verbesserung des Controllings in den Transferbereichen der Bezirke (z.B. Hilfe zur Pflege, Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen)
Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen (ESD)
Zentrale Steuerung des Verfahrens zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
Fachaufsicht über den Landesfinanzservice Berlin

Abteilung III – Steuern

Gemeinschaftliche Bundes- und Landessteuern
Landessteuern
Gemeindesteuern
Controlling, Organisation und Automation der Steuerverwaltung
Lotterie- und Spielbankangelegenheiten

Abteilung IV – Landespersonal

Grundsatzangelegenheiten Personal, Personalpolitik
Tarif- und Arbeitsrecht
Landesweite Personalentwicklung
Landesweites Personalmarketing und -recruiting
Landesweites Demographiemanagement
Öffentliches Dienstrecht
Geschäftsstelle der Einigungsstelle für Personalvertretungssachen
Geschäftsstelle des Landespersonalausschusses
Statistikstelle Personal
Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung (IPV neu)

Finanzen

Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister

Sonderbehörden:

Landesfinanzservice Berlin
Finanzämter
Landesverwaltungsamt

Landesbetriebe:

Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung
Staatliche Münze Berlin

Anstalten des öffentlichen Rechts:

Verwaltungsakademie Berlin

Körperschaften des öffentlichen Rechts:

Steuerberaterkammer Berlin

Finanzen

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**236.471.000**	**236.236.000**	**248.008.000**	**262.014.575,14**
11	Verwaltungseinnahmen	83.333.000	83.318.000	67.663.000	87.805.808,01
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	138.120.000	138.900.000	168.330.000	150.691.926,51
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	15.003.000	14.003.000	12.003.000	23.499.807,60
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	15.000	15.000	12.000	17.033,02
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**20.569.000**	**20.619.000**	**20.233.000**	**20.394.856,56**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	1.421.000	1.471.000	1.301.000	975.091,12
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	16.848.000	16.848.000	15.279.000	17.630.855,43
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	300.000	300.000	653.000	257.741,69
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	2.000.000	2.000.000	3.000.000	1.531.168,32
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**20.000**	**20.000**	**16.000**	**20.535,45**
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	20.000	20.000	16.000	20.535,45
∑	**Summe Einnahmen**	**257.060.000**	**256.875.000**	**268.257.000**	**282.429.967,15**

Finanzen

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**501.841.000**	**521.779.500**	**500.398.300**	**453.018.928,03**
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	482.834.400	503.023.800	482.548.000	433.127.019,62
43	Versorgungsbezüge und dgl.	301.000	313.000	221.000	211.507,29
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	18.804.400	19.352.500	17.789.600	17.642.900,36
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	1.841.200	1.841.200	993.700	2.037.500,76
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	-1.940.000	-2.751.000	-1.154.000	---
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**148.238.600**	**152.886.900**	**155.199.500**	**125.027.919,60**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	148.238.600	152.886.900	155.199.500	125.027.919,60
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**34.361.200**	**35.405.200**	**34.449.200**	**43.275.213,96**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	18.673.000	19.715.000	19.595.000	16.846.110,81
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	28.000	28.000	26.000	12.608.501,41
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	15.660.200	15.662.200	14.828.200	13.820.601,74
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**20.571.000**	**20.072.000**	**18.167.000**	**17.028.448,73**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	14.371.000	12.872.000	11.558.000	10.224.663,52
86	Darlehen an sonstige Bereiche	---	---	1.000	---
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	5.000.000	5.000.000	5.500.000	1.650.409,31
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	1.200.000	2.200.000	1.108.000	5.153.375,90
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**242.000**	**242.000**	**242.000**	**532,18**
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	1.000	1.000	1.000	---
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	241.000	241.000	241.000	532,18
∑	**Summe Ausgaben**	**705.253.800**	**730.385.600**	**708.456.000**	**638.351.042,50**

Finanzen

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**102.217.000**	**102.252.000**	**85.188.000**	**106.975.813,88**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	4.066.000	4.066.000	4.329.000	3.969.329,61
06	Finanzverwaltung	98.151.000	98.186.000	80.859.000	103.006.484,27
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**152.823.000**	**152.603.000**	**180.053.000**	**173.902.449,50**
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	137.420.000	138.300.000	167.050.000	149.365.662,94
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	15.403.000	14.303.000	13.003.000	24.536.786,56
8	**Finanzwirtschaft**	**2.020.000**	**2.020.000**	**3.016.000**	**1.551.703,77**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2.000.000	2.000.000	3.000.000	1.531.168,32
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	20.000	20.000	16.000	20.535,45
∑	**Summe Einnahmen**	**257.060.000**	**256.875.000**	**268.257.000**	**282.429.967,15**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**693.462.400**	**718.407.600**	**694.850.800**	**624.213.811,90**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	164.190.800	170.634.200	171.549.500	139.308.166,03
06	Finanzverwaltung	529.271.600	547.773.400	523.301.300	484.905.645,87
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**7.813.000**	**8.797.000**	**7.635.000**	**11.365.700,68**
13	Hochschulen	198.000	177.000	---	---
18	Kultur und Religion	7.615.000	8.620.000	7.635.000	11.365.700,68
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**---**	**---**	**1.000**	**---**
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	---	---	1.000	---
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**150.000**	**150.000**	**---**	**---**
31	Gesundheitswesen	150.000	150.000	---	---
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**5.000.000**	**5.000.000**	**5.500.000**	**1.650.409,31**
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	5.000.000	5.000.000	5.500.000	1.650.409,31
8	**Finanzwirtschaft**	**-1.171.600**	**-1.969.000**	**469.200**	**1.121.120,61**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	171.000	171.000	870.000	777.077,26
82	Steuern und Finanzzuweisungen	1.200	1.200	1.200	994,36
86	Sonstiges	354.200	367.800	510.000	342.516,81
88	Globalposten	-1.939.000	-2.750.000	-1.153.000	---
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	241.000	241.000	241.000	532,18
∑	**Summe Ausgaben**	**705.253.800**	**730.385.600**	**708.456.000**	**638.351.042,50**

C. Übersicht zu den in den Kapiteln des Einzelplans enthaltenen Maßnahmegruppen

Im Einzelplan 15 wird die Maßnahmegruppe 32 – Ausgaben für verfahrensabhängige IKT – verwendet.

Die nachfolgende Tabelle weist die verfahrensabhängigen Ausgaben für IKT der einzelnen Abteilungen/Behörden aus.

Kapitel	Abteilung/Behörde	Ansatz / €	
		2024	2025
1500	Senatsverwaltung für Finanzen -Politisch-Administrativer Bereich und Service-	1.275.000	1.304.000
1502	Senatsverwaltung für Finanzen -Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -	17.000	18.000
1510	Senatsverwaltung für Finanzen -Vermögen-	1.005.000	1.005.000
1520	Senatsverwaltung für Finanzen -Haushalt-	501.000	501.000
1521	Nebenforderungen Landesebene	0	0
1523	Landesfinanzservice	20.122.000	21.047.000
1530	Senatsverwaltung für Finanzen -Steuern-	81.000	201.000
1531	Finanzämter	30.115.000	30.581.000
1532	Finanzamt Berlin International	374.00	380.000
1540	Senatsverwaltung für Finanzen - Landespersonal -	5.107.000	5.107.000
1541	Landesverwaltungsamt - Leitung und Zentraler Service-	0	0
1542	Landesverwaltungsamt - Logistikservice -	53.200	53.200
1543	Landesverwaltungsamt - Personalservice -	0	0
1544	Landesverwaltungsamt - Beihilfeservice -	0	0
1545	IT-Service und Integrierte Personalverwaltung	13.456.800	14.433.800
1547	Zentrale Steuerung einer neuen Integierten Personalverwaltung	3.500.000	5.000.000
Σ	**Summe**	**75.607.000**	**79.631.000**

Finanzen

D. Gender Budgeting

	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	4.720	2.534	4.767	2.587	4.702	2.605
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	4.442,9	2.498,3	4.504,2	2.551,7	4.436	2.567,1
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	64,0%	36,0%	63,8%	36,2%	63,3%	36,7%
Anzahl Führungskräfte	304	246	316	246	298	235
Führungskräfte / Absoluter Anteil (VZÄ)	285,8	242,3	298,8	242,1	279,8	230,4
Führungskräfte / Relativer Anteil (VZÄ)	54,1%	45,9%	55,2%	44,8%	54,8%	45,2%
Anzahl Mitarbeitende	4.416	2.288	4.451	2.341	4.404	2.370
Mitarbeitende / Absoluter Anteil (VZÄ)	4.157,1	2.256	4.205,4	2.309,6	4.156,2	2.336,7
Mitarbeitende / Relativer Anteil (VZÄ)	64,8%	35,2%	64,5%	35,5%	64,0%	36,0%

Das geschlechterdifferenzierte durchschnittliche Jahresseinkommen nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ) betrug 2022

	w	m
Gesamt	52.057,49 €	53.623,60 €
Führungskräfte	74.147,83 €	77.780,85 €
Mitarbeitende	50.561,74 €	51.234,64 €

Die Beschäftigten der Senatsverwaltung für Finanzen werden nach einheitlichen tarif- bzw. besoldungsrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Bei der Berechnung des geschlechterdifferenzierten Durchschnittseinkommens ist zu beachten, dass das Haushaltsbrutto zugrunde gelegt wird. In diesem sind bei tariflich Beschäftigten auch die Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgung enthalten.

Die Unterschiede bei den durchschnittlichen Bezügen ergeben sich daraus, dass mehr weibliche Dienstkräfte unbezahlte Beurlaubungen in Anspruch nehmen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen ist weiterhin bemüht, den Anteil von Frauen in Führungspositionen beizubehalten bzw. zu erhöhen.

Im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Finanzen wurden die Titel der Hauptgruppen 5, 6 und 8 hinsichtlich ihrer Gender- und Steuerungsrelevanz beurteilt. Dabei wurden Genderdaten beim Titel 52501 - Aus- und Fortbildung - für die Senatsverwaltung für Finanzen - Stamm und LHK - (Kapitel 1500, 1510, 1520, 1521, 1530 und 1540) - sowie für die Finanzämter (Kapitel 1531) und beim Titel 52703 - Dienstreisen - abteilungsweise erhoben.

Für eine Erhebung geschlechtssensitiver Daten ist als Primärempfänger von Zuschüssen die im Kapitel 1510 veranschlagten Ausgaben für die Deckung des Betriebsverlustes des Tierparks (Titel 68347) veranschlagten Ausgaben relevant. Aufgrund der Eigenart der Zuschussempfänger wird bei dem genannten Titel lediglich eine Aufteilung des jeweiligen Personals in weiblich und männlich nach Anzahl und Prozent vorgenommen. Des Weiteren wurden entsprechende Daten im Kapitel 1531 für die veranschlagten Ausgaben der Kostenerstattung für die Ausbildung und Prüfung der Berliner Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen Steuerverwaltungsdienstes an der Fachhochschule bzw. der Landesfinanzschule des Landes Brandenburg erhoben (Titel 63201).

Im Bereich der Steuerverwaltung (Kapitel 1530, 1531) existieren keine weiteren genderspezifischen Daten zu den Titeln der Hauptgruppen 6 und 8. Ersatzweise wird dort der Anteil von Frauen und Männern an den Beschäftigten ausgewiesen.

Finanzen

E. Produktdarstellung

Ziel der erweiterten Kameralistik ist es, neben den kameralen Haushaltsansätzen auch den inhaltlich-fachlichen Bezug zu den damit erbrachten Leistungen (Produkte) und deren Kosten herzustellen. Die Produktdarstellung enthält die Kosten- und soweit verfügbar Mengendaten bzw. Kennzahlen zu den Produktbereichen oder Produktgruppen und den dazugehörigen externen Produkten, Ministeriellen Geschäftsfeldern (MGF) und Projekten, die dem jeweiligen Kapitel direkt zugeordnet werden konnten. Es werden jeweils die Istkosten der Geschäftsjahre 2021 und 2022 dargestellt. Die Produktdarstellung erfolgt nur in ausgewählten, dafür geeigneten Kapiteln und in der Regel nur über Kostenträger mit erheblicher finanzieller Relevanz.

Auf den Ebenen der operativen oder strategischen Ziele (Produktgruppen oder -bereiche) sind die Verwaltungskosten, die Transfers und die Gesamtsummen entsprechend aggregiert. Auf der Ebene der Kostenträger werden zusätzlich die Mengen und die errechneten Stückkosten ausgewiesen. Die Verwaltungskosten setzen sich aus Sach- und Personalkosten, Erstattungen von Kosten an Dritte (Transferkosten), kalkulatorischen Kosten, Verrechnungskosten und Umlagen von Gemeinkosten zusammen und bilden die Summe der so genannten Verwaltungskosten.

Die Abweichungen zwischen den Istkosten und Istausgaben sind systembedingt. So finden die jahresbezogenen Investitionsausgaben ihre Entsprechung in den kalkulatorischen Kosten (als kalkulatorische Abschreibungen). Die in der Obergruppe 43 enthaltenen Versorgungsausgaben des Landes Berlin werden in der Kostenrechnung als kalkulatorische Pensionen am Ort ihrer Entstehung abgebildet. Die Zinsausgaben werden nicht direkt in der KLR abgebildet sondern finden ihre Entsprechung in den gebuchten kalkulatorischen Zinsen. Der kalkulatorische Zinssatz wird im Rahmen der Anlagenbuchhaltung auf Anlagegüter erhoben. Über die Umlagen der Gemeinkosten fließen die Kosten der politisch-administrativen Bereiche sowie der Leitungsbereiche in die externen Produkte, ministeriellen Geschäftsfelder (MGF) oder Projekte ein. Die Kosten der internen Servicebereiche werden über interne Produktverrechnungen dargestellt. Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 werden dann den Verwaltungskosten als Transferkosten zugeordnet, wenn die Leistungserstellung durch Dritte dem Grund nach auch von der Verwaltung selbst erbracht werden kann. In diesen Fällen werden - obwohl die Leistungserstellung außerhalb der unmittelbaren Landesverwaltung erbracht wird - zuordenbare Transferausgaben im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wie Kosten der Verwaltung behandelt und als Transferkosten bezeichnet.

Folgt die Zahlung aus der Hauptgruppe 6 einer zentralen politischen Schwerpunktsetzung zur Förderung bestimmter Bereiche oder handelt es sich dabei um Zahlungen an anspruchsberechtigte Personen in deren eigener Verfügungsgewalt, so werden diese neben den Verwaltungskosten als Transfers abgebildet. Transfers eignen sich insbesondere für eine Ergänzung um Kennziffern oder ziel- und wirkungsorientierte Steuerungsinformationen.

Die IST-Erträge umfassen den im Kosten- und Ertragsarten-Plan (KEA-Plan) definierten Ertragsartenbereich „801“ der zentral erwirtschafteten Erträge sowie den Ertragsartenbereich „802“ der dezentral erwirtschafteten Erträge.

In Umsetzung des E-Government-Gesetzes werden die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IKT-Infrastruktur im EPl 25 veranschlagt. Die detaillierten Ergebnisse der IT-Produkte pro Ressort und Bezirk können den Veröffentlichungen der Senatsverwaltung für Finanzen im Intranet entnommen werden.

Produktdarstellungen finden sich in den Kapiteln:
1500; 1502; 1510; 1520; 1523; 1530; 1531; 1532; 1540; 1541; 1542; 1543; 1544; 1545; 1547; 1599;
2900; 2902; 2910; 2931; 2940; 2990

Zusammenfassende Übersicht 65 - SenFin

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgerbereiche	13	Personalkosten	292.770.804	269.279.914	+8,72
Kostenträgergruppen	33	Sachkosten	39.908.490	55.887.776	-28,59
Kostenträger	107	Transferkosten	19.808.645	35.847.694	-44,74
davon		Verrechnungskosten	8.051.401	7.779.187	+3,50
Produkte	67	kalkulatorische Kosten	289.961.862	300.806.181	-3,61
MGF	25	Gemeinkosten	224.833.820	209.152.837	+7,50
Projekte	15	**Summe Verwaltungskosten**	875.335.021	878.753.590	-0,39
		Transfers	130.304.708	132.783.405	-1,87
		Gesamtsumme	1.005.639.729	1.011.536.996	-0,58

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben des Leitungsbereichs sowie der Zentralen Serviceabteilung der Senatsverwaltung für Finanzen – Zentraler Service (ZS). Zur Leitung gehören auch die Bereiche Gremienangelegenheiten, Pressestelle, Finanzreferent/Finanzreferentin und EU-Angelegenheiten. Ebenfalls abgebildet werden die Einnahmen und Ausgaben des Hauptpersonalrats, der Hauptschwerbehindertenvertretung sowie der Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Die Abteilung ZS ist zuständig für Querschnittsaufgaben des Geschäftsbereiches der Senatsverwaltung für Finanzen:

- zentrale Personalangelegenheiten, inklusive Aus- und Fortbildung und Wissensmanagement,
- Geschäftsprozessmanagement, E-Government und Kommunikation,
- Innere Dienste, zentrale Hausangelegenheiten und Bewirtschaftung der Dienstgebäude (soweit nicht vom Vermieter),
- zentrale Bewirtschaftungsangelegenheiten sowie Kosten- und Leistungsrechnung für das Ressort Finanzen,
- Angelegenheiten der Selbstversicherung sowie testamentarische- und Fiskalerbschaften des Landes Berlin,
- Rechtsangelegenheiten und Innenrevision.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	95	52	91	51	97	49
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	90,2	51	86,2	49,7	92,3	48,1
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	63,9%	36,1%	63,4%	36,6%	65,7%	34,3%
Anzahl Führungskräfte	14	8	14	11	12	10
Führungskräfte / Absoluter Anteil (VZÄ)	13	8	13,3	10,8	11,1	9,8
Führungskräfte / Relativer Anteil (VZÄ)	61,9%	38,1%	55,2%	44,8%	53,1%	46,9%
Anzahl Mitarbeitende	81	44	77	40	85	39
Mitarbeitende / Absoluter Anteil (VZÄ)	77,2	43	72,9	38,9	81,2	38,3
Mitarbeitende / Relativer Anteil (VZÄ)	64,2%	35,8%	65,2%	34,8%	67,9%	32,1%

Das geschlechterdifferenzierte durchschnittliche Jahreseinkommen nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ) betrug 2022

	w	m
Gesamt	52.057,49 €	53.623,60 €
Führungskräfte	74.147,83 €	77.780,85 €
Mitarbeitende	50.561,74 €	51.234,64 €

Die Beschäftigten der Senatsverwaltung für Finanzen werden nach einheitlichen tarif- bzw. besoldungsrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Bei der Berechnung des geschlechterdifferenzierten Durchschnittseinkommens ist zu beachten, dass das Haushaltsbrutto zugrunde gelegt wird. In diesem sind auch die Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgung enthalten.

Die Unterschiede bei den durchschnittlichen Bezügen ergeben sich daraus, dass mehr weibliche Dienstkräfte unbezahlte Beurlaubungen in Anspruch nehmen.

Die Senatsverwaltung für Finanzen ist weiterhin bemüht, den Anteil von Frauen in Führungspositionen beizubehalten bzw. zu erhöhen.

Hinweis
Aus Datenschutzgründen ist das Durchschnittseinkommen in den Kapitelerläuterungen zum Kapitel 1502 nicht aufgeführt. Es ist in den Werten des Kapitels 1500 enthalten.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11132	**011**	**Ersatz von Prozesskosten**	**452.000**	**452.000**	**452.000**	**227.830,70**

Ersatz von Kosten aufgrund Rechtsverfahren, die nach der Rechtsentscheidung an Berlin zu zahlen ist.

Nettotitel: Rückzahlungen dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr von der Einnahme abgesetzt werden. 2022: Einnahmen 277.243,19 €, Ausgaben 49.412,49 €.

11902	**011**	**Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**88.138,48**

Ablieferung der Vergütungen (Nebentätigkeit) für die Mitgliedschaft im Vorstand, im Aufsichtsrat oder in sonstigen Organen eines Unternehmens im Auftrag des Senats, soweit sie den Betrag der entsprechenden Pauschalaufwandsentschädigung für unmittelbare Landesbeamte und Landesbeamtinnen übersteigen (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder des Senats in Verbindung mit § 6 der Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten).

11915	**011**	**Rückzahlungen von Stipendien**	**1.000**	**1.000**	**—**	**933,33**
11979	**011**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**135,35**

Nachweis geringwertiger Einnahmen.

18210	**011**	**Tilgungen**	**15.000**	**15.000**	**12.000**	**17.033,02**

Landesanteil in Höhe von 20 vom Hundert der Tilgungsbeträge der vom Bundesausgleichsamt für die nach dem Flüchtlingshilfegesetz (1965) gewährten Darlehen zum Aufbau oder zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz und zur Beschaffung von Wohnraum.

28202	**011**	**Beiträge zur Selbstversicherung**	**200.000**	**200.000**	**180.000**	**212.253,00**

Nach den Haftpflicht- und Eigenschädengrundsätzen gewährt die Senatsverwaltung für Finanzen den Betrieben nach § 26 Abs. 1 und den Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO Deckungsschutz für Haftpflichtansprüche und für Eigenschäden an Kraftfahrzeugen sowie an beweglichen Sachen. Hierfür entrichten die Einrichtungen Beiträge.

29801	**812**	**Zuflüsse aus Nachlässen**	**2.000.000**	**2.000.000**	**3.000.000**	**1.531.168,32**

Einnahmen aus testamentarischen und Fiskalerbschaften und anderen Vermögen, die an das Land Berlin fallen. Einnahmen sind schwer prognostizierbar.

Nettotitel: Rückzahlungen von Einnahmen aus Nachlässen, für die nachträglich Erbberechtigte, Pflichtteilsberechtigte oder Vermächtnisnehmer aufgetreten sind, überzahlte Renten, Pachten, die dem Land Berlin nur anteilig zustehen, Herausgaben an Insolvenzverwalter bei Nachlassinsolvenzverfahren dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr von der Einnahme abgesetzt werden. 2022: Einnahmen 2.388.222,75 €, Ausgaben 857.054,43 €.

38101	**890**	**Allgemeine interne Verrechnungen**	**20.000**	**20.000**	**16.000**	**20.535,45**

Beiträge für die Inanspruchnahme von Leistungen der Selbstversicherung von Einrichtungen, an deren Finanzierung sich andere beteiligen. Entsprechende Ausgaben sind in den Kapiteln

- 0991 - Sekretariat der Kultusministerkonferenz und
- 1502 - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister

Bei diesen jeweils beim Titel 98101 veranschlagt.

		Gesamteinnahmen	**2.769.000**	**2.769.000**	**3.741.000**	**2.098.027,65**
		Prozentuale Veränderung	**-26,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42100	**011**	**Amtsbezüge**	**219.000**	**228.000**	**180.000**	**188.538,32**
42201	**011**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**6.749.000**	**7.230.000**	**6.015.000**	**5.041.229,29**

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42260	011	Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	1.300,00

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanager*innen und Dialogbegleiter*innen, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.
Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 15. Die finanzielle Vorsorge für den Gesamthaushalt wurde im Kapitel 1540 getroffen.

42701	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	30.000	30.000	30.000	4.801,65

Ausgaben für die externe Unterstützung bei Auswahlverfahren (gruppenbezogene Auswahlverfahren und Auswahlinterviews) sowie Moderationen und fachliche Unterstützung (bspw. Führungskräfteklausur, Organisationsmaßnahmen).

42722	011	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)	8.000	8.400	8.000	53.773,34
42735	011	Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen	1.000	1.000	1.000	-2.465,51
42760	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	—

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanager*innen und Dialogbegleiter*innen, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.
Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 15. Die finanzielle Vorsorge für den Gesamthaushalt wurde im Kapitel 1540 getroffen.

42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	3.858.000	4.013.000	4.058.000	4.046.218,97
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	2.027.000	1.351.000	2.784.000	2.254.140,60

Für die Bearbeitung der Anträge auf Entschädigungszahlungen wird aufgrund rückläufiger Fallzahlen die Anzahl der Beschäftigungspositionen (BPos) in 2024 auf 23 BPos und in 2025 auf 11 BPos reduziert.

42860	011	Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	1.000	1.000	1.000	3.900,00

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanager*innen und Dialogbegleiter*innen, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.
Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 15. Die finanzielle Vorsorge für den Gesamthaushalt wurde im Kapitel 1540 getroffen.

44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	266.000	274.000	166.000	250.515,51
44304	011	Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	350.000	350.000	351.000	295.026,14

Beiträge an die Unfallkasse für die Tarifbeschäftigten der Senatsverwaltung für Finanzen.

44379	011	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	17.000	17.000	17.000	-10.336,75

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
45903	**011**	**Prämien für besondere Leistungen**	**54.700**	**54.700**	**45.200**	**54.608,41**

Leistungsprämien und -zulagen nach der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung (LPZVO)

51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**270.000**	**270.000**	**260.000**	**210.269,54**

	2024	2025	2023
1. Allgemeiner Geschäftsbedarf /Bürobedarf	18.000	18.000	18.000
2. Bücher und Loseblattsammlungen (Fachliteratur, Ergänzungslieferungen und sonstige Druckerzeugnisse)	50.000	50.000	50.000
3. Online-Angebot für Rechtstexte (Datenbanken Beck-online, Juris)	120.000	120.000	120.000
4. Beitragsservice (Rundfunkgebühr)	6.000	6.000	4.000
5. Papier für die Kopiergeräte	18.000	18.000	20.000
6. Zeitschriften (Fachzeitschriften, Abonnements für die allgemeine Presse)	18.000	18.000	18.000
7. Postgebühren	30.000	30.000	30.000
8. Geschäftsbedarf der Hauptbeschäftigtenvertretungen	10.000	10.000	0
	270.000	270.000	260.000

51135	**012**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**80.000**	**80.000**	**80.000**	**113.527,02**

Ausgaben für die Beschaffung, Reparatur und Wartung von Büromöbeln, insbesondere für:
- den Bedarf an ergonomischen Büromöbeln, auch Barrierefreiheit und UN-Behindertenrechtskonvention
- Bedarfe des betrieblichen Arbeits- und Brandschutzes sowie des Gesundheitsmanagements
- Optimierung der Büroflächen, auch durch Digitalisierung und neue Arbeitswelten, auch aufgrund Aufgabenzuwächsen (bspw. Entschädigungszahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz).

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**011**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**210.000**	**179.098,05**

Die BIM GmbH nahm auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages im Auftrag des Landes Berlin die Beschaffung und den Vertragsabschluss der Gebäudefeuerversicherungen für Gebäude vor, die noch nicht dem Sondervermögen Immobilien Land Berlin (SILB) zugeordnet sind. Dieser soll bis zur Beschlussfassung zu diesem Haushaltsplan gekündigt werden.

51715	**011**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.938.000**	**1.980.000**	**1.900.000**	**1.858.717,11**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietnebenkosten der Dienstgebäude Klosterstraße 59, Klosterstraße 47 (Anteil), Klosterstraße 71 (Anteil), Parochialstraße 1-3 (Anteil) und Franz-Jakob-Straße 4b (Anteil). Die temporäre Anmietung des Dienstgebäudes Klosterstraße 71 für die Umsetzung „Digitale Arbeitsprozesse“ dient als „Drehscheibe“ für Umbaumaßnahmen im Dienstgebäude Klosterstraße 59 und deckt Bedarfe aufgrund Aufgabenzuwächsen.
Die Beträge bilden die festgesetzten Mittel, jedoch nicht die vom Vermieter veranschlagten Kosten ab.

Bürodienstgebäude:	2024	2025	2023
Klosterstraße 59	1.461.388	1.490.916	1.345.976
Klosterstraße 47 (HPR, HVP, HJAV, GSt LPA)	53.972	54.430	55.519
Klosterstraße 71	199.280	205.100	253.599
Parochialstraße 1-3	190.977	197.211	199.621
Franz-Jacob-Str. 4b	32.383	32.343	45.073
	1.938.000	1.980.000	1.899.789

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**1.000**	**1.000**	**4.500**	**—**

Ausgaben für die kurzzeitige Anmietung von Räumen, beispielsweise für die Personalvertretung.

51803	**011**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**100.000**	**100.000**	**90.000**	**91.562,68**

Ausgaben für Geräte der gemeinsam genutzten Dienstgebäudeausstattung, wie Großkopiergeräte (Etagendrucker), Wasserspender und Verpflegungsautomaten.

51820	**011**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**3.626.000**	**3.567.000**	**3.619.000**	**3.616.873,80**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietausgaben für die Dienstgebäude Klosterstraße 59, Klosterstraße 47 (Anteil), Klosterstraße 71 (Anteil), Parochialstraße 1-3 (Anteil) und Franz-Jakob-Straße 4b (Anteil). Die temporäre Anmietung des Dienstgebäudes Klosterstraße 71 für die Umsetzung „Digitale Arbeitsprozesse“ dient als „Drehscheibe“ für Umbaumaßnahmen im Dienstgebäude Klosterstraße 59 und deckt Bedarfe aufgrund Aufgabenzuwächsen.

Bürodienstgebäude:	2024	2025	2023
Klosterstraße 59	2.767.480	2.767.480	2.767.480
Klosterstraße 47 (HPR, HVP, HJAV, GSt LPA)	97.324	97.324	97.324
Klosterstraße 71	403.104	403.104	404.532
Parochialstraße 1-3	286.535	286.535	279.597
Franz-Jacob-Str. 4b	71.267	11.877	69.578
	3.625.710	3.566.320	3.618.510
rund	3.626.000	3.567.000	3.619.000

51925	**011**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**752.000**	**1.100.000**	**752.000**	**757.868,93**

Aufwendungen für die vom Nutzer geforderten Anlagen und funktionsbedingten Umbauten der Dienstgebäude sowie mögliche Folgekosten, wie erforderliche Sanierungen, Aktualisierung und Optimierung der begrenzten Gegebenheiten aufgrund sich ändernden Bedarfs.

	2024	2025	2023
Projekt „Arbeiten mal anders“ DG Klosterstraße 59 und Umbau & Herrichtung Flächen nach Auszug TFA	512.000	920.000	456.000
Maßnahmen zur Hallreduzierung DG Klosterstraße 59	10.000	10.000	30.000
Erneuerung der Schließanlage DG Klosterstraße 59	10.000	0	100.000
Ertüchtigung Klimatechnik in den Wiringcentern nach Auszug des TFA	100.000	100.000	0
Erweiterung der Netzersatzanlage	100.000	40.000	0
Allgemeine Wartung durch die BIM GmbH (Vermieter)	20.000	20.000	16.000
	752.000	1.100.000	752.000

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**132.000**	**131.000**	**60.700**	**20.542,20**

Fortbildungen zu den Themen Führung, referats- bzw. abteilungsübergreifende Kommunikation, Zusammenarbeit für Führungskräfte (auch Konfliktmoderation), Führungsnachwuchskräfte sowie Führungskräfte unterstützende Dienstkräfte, Seminare im Rahmen des Personalmanagements sowie abteilungsinterne und abteilungsübergreifende fachspezifische Fortbildungen.

	2024	2025	2023
Führungskräfteklausur Abteilung ZS	3.000	3.000	1.200
Führungskräfte-Seminare	15.000	15.000	12.000
Führungsnachwuchskräfte-Seminare	12.000	12.000	15.000
Teambildung und referats-/abteilungsübergreifende Kommunikation	5.000	5.000	5.500
Allgemeine Fortbildung und Coachings	72.000	72.000	24.300
Fortbildungen der Beschäftigtenvertretungen	15.000	15.000	
Veranstaltungen im Themenfeld Diversity	5.000	4.000	1.000
Brandschutzausbildung und Erste Hilfe-Schulungen	5.000	5.000	1.700
	132.000	131.000	60.700

Mehr aufgrund Aufholbedarf aus Vorjahren.

Ausweis von geschlechtsspezifischen Daten:

Senatsverwaltung für Finanzen - Stamm und Landesfinanzservice (LFS) 1500, 1510, 1520, 1523, 1530, 1540)

Zielgruppe:	Teilnehmende der SenFin Stamm und LFS an kostenpflichtigen Fortbildungen außerhalb der VAk Berlin
GB Zielsetzung:	Mittelaufwendungen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Fortbildungen entsprechend der Geschlechterquote
Steuerungsbedarf:	Verwendung der Ressourcen entsprechend der vorhandenen Geschlechterquote

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
absolut	201	100	149	60	198	98
relativ	67 %	33 %	71 %	29 %	66,9%	33,1%
Ressourcen	19.395,46 €	8.933,64 €	44.265,58 €	12.968,73 €	24.846,83 €	13.739,74 €

Die Frauenquote in der Senatsverwaltung für Finanzen (SenFin Stamm einschließlich. LFS) beträgt zum 31.12.2022 63 %.

Das Ziel konnte in 2022 erreicht werden, obgleich kostenpflichtige Fortbildungen eingeschränkt steuerbar sind. Diese haben überwiegend eine fachliche Ausrichtung, so dass die Entscheidung über eine Teilnahme vorrangig von dem Aufgabengebiet und dem Kompetenzerfordernis geprägt ist.

Insbesondere außerfachliche Fortbildungen werden über die VAk (kostenfrei) realisiert.

52506	**011**	**Mobilitäts- und Qualifizierungsoffensive für Personalüberhangkräfte**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Die Ausgaben sind für eine bedarfsorientierte Qualifizierung der landesweit vorhandenen Personalüberhangkräfte bestimmt, die möglichst zeitnah in finanzierten Aufgabengebieten unterzubringen sind. Die Senatsverwaltung für Finanzen übernimmt für diesen Personenkreis die zentrale Koordinierung des Qualifizierungsbedarfs und die Beauftragung der Fortbildungseinrichtungen, soweit der Qualifizierungsbedarf für einen landesweiten oder grundsätzlichen Bedarf besteht.

52536 011 Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT
Siehe Maßnahmegruppe 32

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**2.500.000**	**2.500.000**	**2.500.000**	**2.504.976,17**

Ausgaben für Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, die Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige sowie der Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner. Neben den Rechtsstreitigkeiten aus der Aufgabenerledigung der Senatsverwaltung für Finanzen, inklusive der Selbstversicherung des Landes Berlin, führt das Justitiariat nach den Grundsätzen für die Behandlung von Rechtsstreitigkeiten auch zentral die Zivilprozesse der Hauptverwaltungen ab der Zuständigkeit des Landgerichts durch. Eine Schätzung der tatsächlichen Prozesskosten ist lediglich anhand von aktuell laufenden Verfahren und Erfahrungswerten möglich.

52610	**011**	**Gutachten**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**23.569,67**

Bei dem Ansatz werden die Ausgaben nachgewiesen:
- der Selbstversicherung
  - o Beauftragung von Sachverständigen für die Erstellung von Gutachten in Schadensfällen,
  - o für die Erstellung von Gegengutachten und
  - o zur Überprüfung von Arztrechnungen in Haftpflichtfällen,
- des Erbschaftsbereichs
  - o insbesondere bei Erbschaften zu Unternehmen und Unternehmensanteilen und
- des Leitungsbereichs.

52638 (neu)	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703	**011**	**Dienstreisen**	**20.000**	**20.000**	**20.000**	**11.264,01**

Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts des Leitungsbereichs und der Abteilung ZS.

Ausweis von geschlechtsspezifischen Daten:

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
absolut	25	41	16	14	44	53
relativ	38 %	62 %	53 %	46 %	45 %	55 %

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**36.000**	**36.000**	**11.000**	**10.434,05**

25.000 EUR wurden bislang bei 1540 nachgewiesen

Ausgaben des Leitungsbereichs der Senatsverwaltung für Finanzen für Fachtreffen, die Unterrichtung von Presse und Medien.

Aufwendungen der Fachbereiche der Abteilung ZS im Zusammenhang bzw. aus Anlass dienstlicher Veranstaltungen, Sitzungen u. ä., einschließlich der Gestaltung des Rahmenprogramms sowie Ausgaben für die Betreuung von Besuchern in unumgänglichen Fällen. Im Jahr 2024 findet erstmalig die Vielfaltskonferenz der Senatsverwaltung für Finanzen statt.

Mehr (25.000 €) aufgrund Veranstaltungen (Konferenzen und Klausurtagungen) der Hauptbeschäftigtenvertretungen.

53103	**011**	**Empfänge, Feierlichkeiten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Aufwendungen für die turnusmäßig stattfindenden Treffen der Finanzstaatssekretäre der Länder sowie für weitere Veranstaltungen.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**10.000**	**—**

Ausgaben für Stellenausschreibungen in Stellenportalen (Internet) und regionalen und überregionalen Zeitungen und Zeitschriften in Fällen, bei denen die Nutzung des Stellenportal Berlins nicht geeignet ist.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53301	**011**	**Kränze, Blumenspenden, Nachrufe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**100,00**

Nachrufe und Kranzspenden für Sterbefälle der bis dahin aktiven Beschäftigten.

54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**122.000**	**102.000**	**50.000**	**241,04**

Ausgaben für Maßnahmen des Personal-, Organisations- und betrieblichen Gesundheitsmanagements:

	2024	2025	2023
Führungskräfte-Feedbacks	10.000	50.000	15.000
Weiterentwicklung des Leitbilds im Ressort Finanzen	10.000	10.000	2.000
Mitarbeiter|innen|befragung	30.000	0	26.000
Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements	5.000	5.000	5.000
Implementierung eines Diversity Managements	2.000	2.000	2.000
Personalgewinnungskampagne	15.000	15.000	
Entwicklung einer Arbeitgebermarke	50.000	20.000	
	122.000	102.000	50.000

54003	**011**	**Geschäftsprozessoptimierung**	**450.000**	**450.000**	**581.000**	**165.712,14** **R 3.600,61**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 51135 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Geschäftsprozessoptimierung nach dem Berliner E-Government-Gesetz. Schwerpunkt sind die Prozessmodellierungen in den Politikfeldern der Senatsverwaltung für Finanzen landesweit und die Begleitung von relevanten Projekten in der Finanz- und Personaldatenanalyse und digitale Arbeitswelten.

54010	**011**	**Dienstleistungen**	**200.000**	**140.000**	**115.000**	**122.576,71**

	2024	2025	2023
Arbeitsmedizin und arbeitssicherheitstechnische Betreuung der Beschäftigten nach §§ 2 und 5 Arbeitssicherheitsgesetz	73.000	73.000	54.000
Prüfung der Elektrogeräte	44.000	0	9.000
Sozialberatung	27.000	27.000	24.000
Servicedienstleistungen Firmenticket	3.000	2.000	10.000
Gebärdendolmetscher, Transporte, Dienstleistungen	18.000	18.000	18.000
Implementierung eines Arbeitsschutzmanagementsystems	35.000	20.000	18.000
	200.000	140.000	115.000

2024 mehr aufgrund der zweijährlich stattfindenden Prüfung der Elektrogeräte und Erstellung eines Arbeitsschutzmanagementsystems.

54034	**011**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**6.100.000**	**6.100.000**	**15.600.000**	**17.830.183,24**

Ausgaben für Leistungen der Selbstversicherung nach den Haftpflicht- und Eigenschädengrundsätzen (HEGr). Bagatellschäden werden von den einzelnen Verwaltungen selbst reguliert. Es dürfen auch Billigkeitsleistungen erbracht werden.

Für die Bearbeitung offener und weiterhin gestellter Anträge auf Entschädigungszahlungen aufgrund Quarantäneanordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) werden für 2024 8,4 Mio. Euro, für 2025 5,5 Mio. Euro prognostiziert, die durch Entnahme aus der „Pandemie-Rücklage“ finanziert werden.

Nettotitel: Erstattungen von Dritten aufgrund von Regressen in Zusammenhang mit Schadenersatzleistungen der Selbstversicherung (bspw. Regress des Fahrzeug-Kaskoschadens durch den Unfallverursacher) dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr bei dem Titel vereinnahmt werden. 2022 erfolgten Einnahmen bei 54034 in Höhe von 1.006.859,83 €.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54035	**812**	**Nachlassverbindlichkeiten**	**170.000**	**170.000**	**150.000**	**169.067,75**

Ausgaben zur Erfüllung von Nachlassverbindlichkeiten nach den Erbschaftsgrundsätzen Berlins, soweit es sich dabei nicht um Darlehensschulden oder um Ausgaben für Grundpfandrechte handelt. Ausgenommen davon sind Ablösebeträge nach dem Vermögensgesetz.

Bei den Ausgaben handelt es sich um die Begleichung von Nachlassverbindlichkeiten aufgrund gesetzlicher Verbindlichkeiten wie z.B.

- Bestattungskosten,
- Rückständige Mieten einschließlich Schönheitsreparaturen,
- Rückzahlung überbezahlter Renten,
- Ansprüche diverser Versorger wie Strom, Gas, Telefon usw.,
- Grundstückskosten wie Grundsteuer, Wasser, Abwasser, Verwaltungsgebühren.

54077	**012**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Jede Verwaltung ist eigenständiger Steuerschuldner gegenüber dem Finanzamt für Körperschaftssteuer. Zur Abbildung dieses Zahlungsstroms ist in jedem Kopfkapitel der Einzelpläne 01 bis 15 und 25 der Titel 54077 mit einem Merkansatz vorzusehen

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**710,64**

Ausgaben der Titel-Obergruppen 51 bis 54 von weniger als 1.000 Euro je Einzelzweck.

54606	**011**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, Beschäftigung und Qualifizierung von Wissensmanager*innen und Dialogbegleiter*innen, Honorare für Senior-Expertinnen/Experten.
Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 15. Die finanzielle Vorsorge für den Gesamthaushalt wurde im Kapitel 1540 getroffen.

63123	**011**	**Zuschuss an den Bund nach dem Lastenausgleichsgesetz**	**150.000**	**150.000**	**180.000**	**96.000,00**

Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz. Die Länder (mit Ausnahme der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt) leisten nach dem Verhältnis ihres Steueraufkommens im jeweils vorhergehenden Rechnungsjahr (§ 6 LAG) an den Bund einen jährlichen Zuschuss in Höhe von einem Drittel des Jahresaufwands. Weniger in Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

67101	**011**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**300,00**

Aufwandsbeitrag des Landes Berlin an den Kosten der Finanzministerkonferenz.

86308	**246**	**Darlehen nach dem Flüchtlingshilfegesetz**			**1.000**	**—**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung Ukraine in den Fachkapiteln, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten.

Die Verstärkungsmittel sind zentral bei Kapitel 2931 Titel 97110 veranschlagt und können von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung nach Maßgabe des § 50 LHO als Verstärkungsmittel zu Kapitel 1500 Titel 97110 umgesetzt werden. Anschließend kann die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung die Ansätze der sachlich in Betracht kommenden Titel in den Fachkapiteln nach Maßgabe des § 37 Absatz 6 LHO verstärken, um dort höhere Ausgaben zu leisten (verbindliche Erläuterung).

97114 (neu)	**880**	**Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**	**1.000**	**1.000**

Deckungsvermerk
Die Mittel können im Wege der Deckungsfähigkeit in den für das jeweilige Zielvereinbarungsthema fachlich in Betracht kommenden Titel im Fachkapitel der Senatsverwaltung für Finanzen übertragen werden.

Die Abteilung Landespersonal der Senatsverwaltung für Finanzen unterstützt die flächendeckende Einrichtung des Arbeitsgebiets Grundsatzsachbearbeitung Diversity im Personalmanagement in den Bezirksverwaltungen.

Mittel für gesamtstädtische Zielvereinbarungen nach § 6a AZG steht im Kopfkapitel des Einzelplans der Titel zur Verfügung.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51135	**012**	**Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln**	**170.000**	**170.000**	**291.000**	**200.846,10**

Deckungsvermerk
Der Titel ist nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen mit dem Titel 54003 gegenseitig deckungsfähig und sonst nur deckungsberechtigt.

Ausgaben für die Digitalisierung von optimierten Geschäftsprozessen nach dem Berliner E-Government-Gesetz.

51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000.000**	**1.029.000**	**944.000**	**1.065.546,04**

	2024	2025	2023
Verfahrensbetrieb E-Akte: Lizenzen, Datenspeicherung, Formatkonverter	400.000	341.000	470.000
KI automatisierte Bescheiderstellung Infektionsschutzgesetz	90.000	100.000	
Migration zum Basisdienst „Digitale Akte“	120.000	50.000	50.000
Beschäftigtenportal, Hosting, Applikationen	100.000	100.000	90.000
Eignungsdiagnostische Verfahren (E-Recruiting)	0	0	87.000
Onlinezugänge Pressestelle	38.000	38.000	38.000
Transformationsservice für Makros und Access-Anwendungen gemäß EGovG Berlin	100.000	210.000	60.000
Datenvisualisierung, Webhosting, Datenbank	62.000	100.000	0
Maßnahmen zur Barrierefreiheit	5.000	5.000	0
Java Support	85.000	85.000	60.000
	1.000.000	1.029.000	944.000

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**16.284,00**

Schulungen für Administrator*innen, Multiplikator*innen und Anwender*innen zur elektronischen Akte und dem Beschäftigtenportal.

52638 (neu)	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT**	**55.000**	**55.000**		

Die Ausgaben wurden bislang bei 1540 nachgewiesen.

Bei dem Ansatz werden die Ausgaben für die technische und betriebswirtschaftliche Beratung bei der Einführung von landesweiten Beschäftigtenportals für Kollaborations- und Wissensmanagement nachgewiesen.

Summe Maßnahmegruppe 32	**1.275.000**	**1.304.000**	**1.285.000**	**1.282.676,14**
Gesamtausgaben	**31.543.700**	**31.800.100**	**41.174.400**	**41.247.520,86**
Prozentuale Veränderung	**-23,4 %**	**0,8 %**		

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1500				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	549.000	549.000	545.000	334.070,88
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.200.000	2.200.000	3.180.000	1.743.421,32
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	20.000	20.000	16.000	20.535,45
		Gesamteinnahmen	2.769.000	2.769.000	3.741.000	2.098.027,65
411-462		Personalausgaben	13.582.700	13.560.100	13.658.200	12.181.249,97
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	17.809.000	18.088.000	27.333.200	28.969.970,89
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	151.000	151.000	181.000	96.300,00
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	—	—	1.000	—
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	1.000	1.000	1.000	—
		Gesamtausgaben	31.543.700	31.800.100	41.174.400	41.247.520,86
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-28.774.700	-29.031.100	-37.433.400	-39.149.493,21

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001072 Nachhaltige Haushaltstrategie des Landes Berlin

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	7	Personalkosten	22.576.347	20.200.402	+11,76
Kostenträger	35	Sachkosten	20.755.506	15.514.800	+33,78
davon		Transferkosten	18.924.780	26.230.262	-27,85
Produkte	21	Verrechnungskosten	4.071.523	4.014.316	+1,43
MGF	14	kalkulatorische Kosten	192.345.748	210.636.022	-8,68
Projekte	0	Gemeinkosten	8.213.494	7.823.958	+4,98
		Summe Verwaltungskosten	266.887.398	284.419.760	-6,16
		Transfers	66.681.065	107.047.625	-37,71
		Gesamtsumme	333.563.607	391.463.627	-14,79

Der Kostenanteil für den Politisch-Administrativen Bereich und Abteilung Zentraler Service am strategischen Ziel beträgt 8,64 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 77,23 % auf die Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510), zu 8,66 % auf die Abteilung Landespersonal (Kapitel 1540), zu 5,42 % auf die Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Kapitel 1520) sowie zu 0,05 % auf den Landesfinanzservice (Kapitel 1523).

Das strategische Ziel gliedert sich in sieben operative Ziele: 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ mit einem Anteil von 90,98 % an den Verwaltungskosten, 005233 „Statistikstelle Personal des Landes Berlin“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 0,74 %, 005239 „Liquiditätssicherung und Schuldenverwaltung“ mit einem Anteil von 1,51 % an den Verwaltungskosten, 005496 „Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen“ mit einem Anteil von 0,30 %, 005497 „Einheitliche und nachhaltige Personalpolitik“ mit einem Anteil von 6,12 %, 005519 „Investitionsplanung“ mit einem Anteil von 0,30 % sowie 005541 „Landespersonalausschuss“ mit einem Anteil von 0,05 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005053	2022	242.806.635	57.671.243	300.473.022
Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes	2021	261.175.103	92.189.312	353.360.657

Die Gesamtkosten des operativen Ziels 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ betragen rund 300,5 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1500 – Bereiche „Haftpflichtangelegenheiten“, „Nachlassangelegenheiten“ und „Entschädigungen nach Infektionsschutzgesetz“ – liegt bei 6,77 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten)**:**
1. Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Anteil von 71,64 % im Kapitel **1510**)
2. Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Anteil von 4,28 % im Kapitel **1520**, Anteil von 14,66 % im Kapitel **2940**)
3. Landesfinanzservice (Anteil von 0,04 % im Kapitel **1523**)
4. Abteilung Landespersonal (Anteil von 2,61 % im Kapitel **1540**).

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Selbstversicherungs- und Haftpflichtangelegenheiten
Die Selbstversicherung umfasst Entscheidungen über Schadenersatzansprüche auf rechtlicher Grundlage, insbesondere dem Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Straßenverkehrsgesetz, dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz, dem Infektionsschutzgesetz und aus Instituten der richterlichen Rechtsfortbildung (Aufopferung u. ä.), sowie über Zahlungen ohne Rechtspflicht (Billigkeitsentschädigungen). Es werden Forderungen reguliert, die gegen das Land Berlin einschließlich der Betriebe und Sondervermögen nach § 26 LHO sowie gegen juristische Personen, deren Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan von Berlin veranschlagt werden, gerichtet sind. Der Bereich beinhaltet darüber hinaus die Geltendmachung von Regressforderungen gegen Dritte einschließlich der Durchführung der Vollstreckungsverfahren gegen diese.

Dieser Bereich wird über vier Kostenträger abgebildet, wobei zwischen allgemeinen Haftpflicht- und Kfz-Haftpflicht-angelegenheiten unterschieden wird. Die Bezugsgröße orientiert sich an der Anzahl der Beschäftigten bzw. Anzahl der Kfz (je Bereich). Die Kosten, die sich auf das Land Berlin beziehen, werden auf internen Kostenträgern abgebildet. Regulierungen für § 26 LHO-Betriebe sowie andere juristische Personen des öffentlichen Rechts (auch Altfälle der BSR, BWB und BVG) werden auf externen Kostenträgern ausgewiesen.

Der größte Kostenblock entfällt auf die „internen Leistungen“. Daher werden die Produktkosten zusammenfassend dargestellt. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Gesamtkosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
78901 Allgemeine Haftpflichtangelegenheiten (extern)	102.771	376.962	307.780	224.998
78900 Allgemeine Haftpflichtangelegenheiten (intern)	1.514.835	1.565.385	1.101.158	1.137.829
Summe:	**1.617.606**	**1.942.346**	**1.408.938**	**1.362.827**
78903 Kraftfahrzeug-Haftpflichtangelegenheiten (extern)	55.742	94.549	87.062	79.234
78902 Kraftfahrzeug-Haftpflichtangelegenheiten (intern)	3.655.669	3.102.530	3.250.389	6.376.311
Summe:	**3.711.411**	**3.197.079**	**3.337.451**	**6.455.545**
Erstattungen von Dritten	**1.633.313**	**1.993.263**	**2.091.806**	**2.604.787**

Erstattungen von Dritten im Zusammenhang mit Schadenersatzleistungen der Selbstversicherung dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr beim Ausgabetitel vereinnahmt werden (Titelerläuterung 1500/54034). Sie werden als Kosten mit Minusbetrag ausgewiesen.

Erträge in €				
78901 Allgemeine Haftpflichtangelegenheiten (extern) 78903 Kraftfahrzeug-Haftpflichtangelegenheiten (extern)	198.595,10	197.883,86	200.919,91	192.725,61
Kostendeckungsgrad				
78901 Allgemeine Haftpflichtangelegenheiten (extern) 78903 Kraftfahrzeug-Haftpflichtangelegenheiten (extern)	125,29%	41,97%	51,54%	63,35%
Kosten je Beschäftigten bzw. Kfz in €				
78900 Allgemeine Haftpflichtangelegenheiten (intern)	14,31	14,78	10,40	10,74
78902 Kraftfahrzeug-Haftpflichtangelegenheiten (intern)	685,48	581,76	609,49	1.195,63

Fachspezifische Informationen

Allgemeine Haftpflichtangelegenheiten	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
Anzahl der bearbeiteten Fälle	1.489	1.604	1.300	1.524
Anzahl der erledigten Fälle	1.052	1.163	850	1.188
Anzahl der noch offenen Fälle	437	441	450	336

Kraftfahrzeug- Haftpflichtangelegenheiten				
Anzahl der bearbeiteten Fälle	5.487	4.924	4.159	4.373
Anzahl der erledigten Fälle	1.712	1.731	1.780	2.497
Anzahl der noch offenen Fälle	3.775	3.211	2.379	1.876
Kosten je erledigtem Fall in € (ohne Schadensregulierung)				
Allgemeine Haftpflichtangelegenheiten	708,31	919,93	625,26	480,71
Kraftfahrzeug-Haftpflichtangelegenheiten	467,78	165,52	239,82	199,03

Fiskalische und testamentarische Erbschaftsangelegenheiten
Der Kostenträger 04074 „Nachlassangelegenheiten u. ä." beinhaltet die Bearbeitung von Erbschaftsfällen aufgrund gesetzlichen oder testamentarischen Erbrechts.

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,38 % des Gesamtvolumens.

Fachspezifische Informationen

Einnahmen in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
Fiskalische Erbschaften (Neuzugänge)	2.388.223	2.228.842	2.412.789	2.890.620
./. **Herausgaben sowie Ausgaben für nicht abgeschlossene Fälle des lfd. HHJ** (Titel 298 01)	-857.054	-740.763	-1.549.734	-1.146.667
./. **Ausgaben für Erbschaften zurückliegender HHJ** (Titel 540 35)	-169.068	-156.162	-153.192	-100.880
Differenz (Zuflüsse aus Nachlässen, Kapitel 1500, Titel 298 01 und Titel 540 35)	**1.362.101**	**1.331.917**	**709.863**	**1.643.073**
Testamentarische Erbschaften (Einnahmen)	582.165	718.099	1.070.276	1.739.086
./. **Ausgaben**	-142.794	-447.149	-629.863	-1.060.568
Differenz (Zuflüsse aus Nachlässen, Kapitel 9315, Titel 100 10)	**439.371**	**270.950**	440.413	678.518
Gesamteinnahmen per Saldo	**1.801.472**	**1.602.867**	**1.150.276**	**2.321.591**

Fallzahlen	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
Fiskalische Erbschaften (Neuzugänge)	274	307	347	551
Herausgaben	11	13	19	15
Testamentarische Erbschaften (Neuzugänge) *	20	18	17	15
Summe Fallzahlen *	**305**	**338**	**383**	**581**

* 2020: korrigiert

Kosten je aktueller Fallbearbeitung in € *	**4.152,79**	**3.039,94**	**2.449,78**	**2.087,02**

* 2020: korrigiert

Entschädigungszahlungen nach Infektionsschutzgesetz
Der Kostenträger 81215 „EZI IfSG" wurde im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie definiert. Er beinhaltet die Bearbeitung von Entschädigungsansprüchen von Arbeitnehmern und Selbständigen sowie von Erstattungsanträgen von Arbeitgebern nach dem IfSG. Auf dem Kostenträger werden auch die tatsächlich geleisteten Entschädigungszahlungen abgebildet.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
81215- Entschädigungszahlungen nach Infektionsschutzgesetz (extern)	18.908.903	13.065.818	4.087.485	
Erledigte Fälle in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
81215- Entschädigungszahlungen nach Infektionsschutzgesetz (extern)	23.277	18.774	7.464	
Kosten je erledigtem Fall in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
81215- Entschädigungszahlungen nach Infektionsschutzgesetz (extern)	812,34	695,95	547,63	

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 5,67 % des Gesamtvolumens.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Fachspezifische Informationen

Die Gesamtzahl der eingegangenen Anträge liegt weitaus höher (2022: 25.467, 2021: 26.800, 2020: 14.105), von den 2022 erledigten Fällen sind 15.010 (2021: 9.797, 2020: 1.296) durch Zahlung einer Entschädigungsleistung erledigt worden. Diese beliefen sich 2022 auf rund 13,4 Mio. € (2021: rund 8,7 Mio. €, 2020: rund 1,7 Mio. €).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005497	2022	16.346.880	0	16.346.880
Einheitliche und nachhaltige Personalpolitik	2021	15.697.735	1.583.411	17.281.146

Die Gesamtkosten dieses operativen Ziels betragen rund 16,3 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1500 (Politisch-administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service) liegt bei 16,65 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel:
Abteilung Landespersonal (Anteil von 83,35 % im Kapitel **1540**).

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
80874 Personalüberhang des Landes Berlin (extern)	2.721.888	3.187.508	3.406.528	775.099

Auf dem Kostenträger erfolgt der Nachweis der sich sukzessive abbauenden Kosten für den landesweiten Personalüberhang des Landes Berlin. Bis 2019 sind ausschließlich die Personalkosten für den passiven, nicht mehr aktiven, Personalüberhang ausgewiesen. Seit 2020 werden aus Gründen der Vollständigkeit zusätzlich auch die Kosten für den aktiv im Einsatz befindlichen, der Senatsverwaltung für Finanzen zugeordneten Personalüberhang des Landes Berlin, abgebildet.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001074 Liegenschaftsangelegenheiten und Beteiligungen

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	4.797.781	4.512.825	+6,31
Kostenträger	7	Sachkosten	6.009.411	22.474.776	-73,26
davon		Transferkosten	873.213	9.600.162	-90,90
Produkte	2	Verrechnungskosten	758.563	457.162	+65,93
MGF	5	kalkulatorische Kosten	802.558	805.168	-0,32
Projekte	0	Gemeinkosten	2.153.949	2.521.066	-14,56
		Summe Verwaltungskosten	15.395.474	40.371.158	-61,87
		Transfers	63.526.718	25.500.000	+149,12
		Gesamtsumme	78.922.193	65.871.158	+19,81

Der Kostenanteil für den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service am strategischen Ziel beträgt 1,20 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 98,80 % auf die Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510).

Das strategische Ziel gliedert sich in zwei operative Ziele: 005237 „Optimale Bearbeitung von Grundstücksangelegenheiten“ mit einem Anteil von 60,36 % an den Verwaltungskosten und 005238 „Optimale Beteiligungs- und Vermögensverwaltung“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 39,64 %.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005237	2022	9.292.752	54.901.718	64.194.470
Optimale Bearbeitung von Grundstücksangelegenheiten	2021	12.999.639	0	12.999.639

Die Gesamtkosten des operativen Ziels 005237 „Optimale Bearbeitung von Grundstücksangelegenheiten“ betragen rund 64,2 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1500 - Bereich „Versicherungsprämien für Liegenschaften der Hauptverwaltung, die nicht im SILB sind“ - beträgt 0,29 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten):
Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Anteil von 99,71 % im Kapitel **1510**).

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
79905 - Zahlung von Versicherungsprämien für Liegenschaften der Hauptverwaltung, die nicht im SILB sind	185.468	153.650	362.192	141.177
Anzahl der versicherten Grundstücke	230	230	452*	452*

* Mengen für 2020 und 2019 außerhalb von ProFiskal korrigiert.

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,24 % des Gesamtvolumens.

Das Produkt umfasst sämtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Senatsbeschlusses Nr.3382/06. Er überträgt der Senatsverwaltung für Finanzen die Zuständigkeit für die haushaltstechnische Sicherstellung der Zentralisierung von Abschlüssen der Gebäudeversicherungen für Gebäude der Hauptverwaltung, soweit diese noch nicht der BIM zur Bewirtschaftung übertragen wurden. Gebäude der Bezirke sind hiervon ausgenommen, da der Rat der Bürgermeister seine Zustimmung hierzu verweigerte. Ziel der Zentralisierung ist die Nutzung einer stärkeren Marktstellung in Bezug auf gebäudebezogene Versicherungsleistungen. Die BIM GmbH nimmt auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages im Auftrag des Landes Berlin die Beschaffung und den Vertragsabschluss dieser Gebäudeversicherungen vor. Aus dem Kapitel 1500 erfolgen Zahlungen zentral an die BIM für die aufzuwendenden Versicherungsprämien, Provisionen und die entstehenden Regiekosten. Die Ermittlung der zu versichernden Risiken und die Abwicklung von Versicherungsschäden bleiben weiterhin in dezentraler Verantwortung der Hauptverwaltung.

Fachspezifische Informationen
Die versicherten Objekte weisen in Art, Umfang und entsprechend des zu versichernden Risikos sehr unterschiedliche Strukturen auf. So gehören zu den Objekten beispielsweise größere Verwaltungsobjekte und kulturelle Einrichtungen sowie kleine Bade- und Bootsanlagen, Oberstufenzentren und Justizvollzugsanstalten. Auf einen Stückkostenausweis wird daher verzichtet.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001086 Informations- und Kommunikationstechnik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	3.284.352	2.794.289	+17,54
Kostenträger	10	Sachkosten	11.517.982	16.108.946	-28,50
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	2	Verrechnungskosten	511.620	375.388	+36,29
MGF	0	kalkulatorische Kosten	601.384	504.429	+19,22
Projekte	8	Gemeinkosten	1.718.341	1.661.193	+3,44
		Summe Verwaltungskosten	17.633.679	21.444.245	-17,77
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	17.633.679	21.444.245	-17,77

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Der Kostenanteil für den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service am strategischen Ziel beträgt 8,00 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 49,31 % auf den Landesfinanzservice (Kapitel 1523), zu 29,34 % auf das Landesverwaltungsamt - Versorgung und Beihilfe (Kapitel 1544), zu 8,19 % auf zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung (Kapitel 1547), zu 3,78 % auf die Abteilung Landespersonal (Kapitel 1540) sowie zu 1,38 % auf das Landesverwaltungsamt - Personalservice (Kapitel 1543).

Das strategische Ziel gliedert sich in zwei operative Ziele: 005152 „Verfahren IPV“ mit einem Anteil von 1,38 % und 005478 „Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen“ mit einem Anteil von 98,62 % an den Verwaltungskosten.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005478	2022	17.390.314	0	17.390.314
Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen	2021	-21.212.491	0	21.212.491

Die Gesamtkosten dieses operativen Ziels betragen rund 17,4 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1500 beträgt 8,11 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten):
1.Landesfinanzservice (Anteil von 50,00 % im Kapitel **1523**)
2.Landespersonal (Anteil von 3,83 % im Kapitel **1540**).
3.Landesverwaltungsamt - Versorgung und Beihilfe (Anteil von 29,75 % im Kapitel **1544**)
4. Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung (Anteil von 8,31 % im Kapitel **1547**).

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28326 - IT-Projekt Geschäftsprozessmanagement	1.410.392	1.351.458	884.913	296.104

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 8,00 %.

Fachspezifische Informationen
Das Multiprojekt „Optimierung von Verwaltungsabläufen in den Politikfeldern Finanzen und Personal“ hat die Digitalisierung aller internen und externen Geschäftsprozesse auf Basis von landesweiten Standardisierungen gemäß EGovG Bln als Zielstellung. Es umfasst die Erhebung, Analyse und Optimierung der Geschäftsprozesse einschließlich der folgenden Digitalisierung. Transparenz über Abläufe wird über die landesweite Prozessplattform und Prozesslandkarten je Politikfeld gewährleistet. Es dient der Förderung der abteilungsübergreifenden Kommunikation und Zusammenarbeit. Als Arbeitsgrundlage dient das Multiprojekthandbuch der SenFin. Danach bilden sich inhaltlich und auch auf der Zeitschiene unterschiedliche, themenorientierte Projekte. Die landesweiten Gremien HPR, HVP und HJAV sind eingebunden. Partnerbezirk ist das BA Neukölln (Finanzen, Personal). Die Teilthemen des Facility Managements wie Liegenschaftsverwaltung und Flächenmanagement stellen ein gesondertes Projekt dar.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001087 Wiedergutmachung von DDR-Unrecht und Wiedervereinigungsrecht (offene Vermögensfragen)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	284.876	462.846	-38,45
Kostenträger	6	Sachkosten	0	20	-100,00
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	5	Verrechnungskosten	2.814	213.980	-98,68
MGF	1	kalkulatorische Kosten	28.494	29.992	-4,99
Projekte	0	Gemeinkosten	110.822	164.619	-32,68
		Summe Verwaltungskosten	427.006	871.456	-51,00
		Transfers	96.924	235.780	-58,89
		Gesamtsumme	523.930	1.107.236	-52,68

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Der Kostenanteil des Politisch-Administrativen Bereichs und der Abteilung Zentraler Service am strategischen Ziel beträgt 14,11 %. Die Kostenabbildung für die Erledigung von Restaufgaben des ehemaligen Lastenausgleichsamtes ist in der Abteilung Zentraler Service verblieben, während die Kosten für die Erledigung von Restaufgaben des ehemaligen Landesamtes für offene Vermögensfragen seit dem Jahr 2013 bei der Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510) nachgewiesen werden. Somit entfallen die übrigen Kostenanteile mit 85,89 % auf die Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510). Das strategische Ziel 001087 umfasst neben den Kapiteln 1500 und 1510 auch Anteile des Kapitels 2990 (Vermögen und Beteiligungen).

Das strategische Ziel gliedert sich in drei operative Ziele: 005102 „Effiziente Aufgabenerledigung / Lenkungsaufgaben LARoV“ mit einem Anteil von 2,12 %, 005103 „Effiziente Aufgabenerledigung des Vermögensrechts i. w. S.“ mit einem Anteil von 83,76 % und 005104 „Effiziente Aufgabenerledigung / Lastenausgleich“ mit einem Anteil von 14,12 % an den Verwaltungskosten.

Der Politisch-Administrative Bereich und die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500) ist nur an einem von drei operativen Zielen, hier dem operativen Ziel 005104 „Effiziente Aufgabenerledigung / Lastenausgleich“, beteiligt. Die Kosten für die Erledigung von Restaufgaben des ehemaligen Landesamtes für offene Vermögensfragen werden bei der Abteilung Vermögen und Beteiligungen ausgewiesen (Hinweis auf Darstellung zum Kapitel 1510)

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005104	2022	60.271	96.000	156.271
Effiziente Aufgabenerledigung /- Lastenausgleich	2021	60.747	108.000	168.747

Der Anteil des Politisch-Administrativen Bereichs und der Abteilung Zentraler Service (Kapitel **1500**) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
72106	2022	39.883	0	39.883
Bescheide und Entscheidungen über Rückforderungen von Hauptentschädigungen	2021	40.421	0	40.421

	2022	2021
Menge: Anzahl der Bescheide	29	7
Kosten je ME in €	1.375,29	5.774,41
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	7,61	3,65
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Der Kostenträger umfasst die Rückforderungen gewährter Lastenausgleichsleistungen aufgrund der Wiederverfügbarkeit ehemals weggenommener Vermögenswerte.

Der Kostenanteil am operativen Ziel liegt - bezogen auf die Gesamtkosten - bei 25,52 %.

Fachspezifische Informationen

Die Zustimmung des Bundesausgleichsamtes vorausgesetzt, wird die Arbeit des Landesausgleichsamtes bis zum Jahresende 2023 eingestellt. Das Bundesausgleichsamt hat die Bereitschaft signalisiert, im Anschluss daran ggf. offen gebliebene Restaufgaben zu übernehmen.

Erledigungsquoten	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
Rückforderungen	99,92%	99,91%	99,90 %	99,89 %

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
72110	2022	20.387	0	20.387
Einziehung/Vollstreckung/Stundung	2021	20.326	0	20.326

	2022	2021
Menge: Anzahl der Zahlungsvorgänge	232	216
Kosten je ME in €	87,88	94,10
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,89	1,84
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Zu diesem Produkt gehören die Überwachung der Zahlungsfristen, die Durchsetzung fälliger Forderungen durch Verwaltungsvollstreckungsersuchen, die Beantragung von Mahn- und Vollstreckungsbescheiden mit anschließender zwangsweiser Durchsetzung bei Inanspruchnahme von Bürgen sowie die Einziehung der mit Rückforderungs- / Leistungsbescheid festgesetzten Forderungen.

Der Kostenanteil am operativen Ziel liegt - bezogen auf die Gesamtkosten - bei 13,05 %.

Fachspezifische Informationen
Die bei diesem Produkt ausgewiesenen Kosten entstehen durch die Zahlungskontrolle der im Zusammenhang mit dem Produkt 72106 „Rückforderungen“ stehenden Forderungen.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80715	2022	0	96.000	96.000
Aufwendungen aller laufenden Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (Transferprodukt)	2021	0	108.000	108.000

	2022	2021
Menge: Anzahl der Empfänger	12	12
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	18,32	9,75
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Der Kostenträger umfasst die Zuschusszahlungen des Landes Berlin nach § 6 LAG n. F.

Der Kostenanteil am operativen Ziel liegt - bezogen auf die Gesamtkosten - bei 61,43 %.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel 001119 Service SenFin					
Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	207.533	218.690	-5,10
Kostenträger	1	Sachkosten	65.852	47.418	+38,88
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	33.517	40.868	-17,99
Projekte	1	Gemeinkosten	74.791	89.068	-16,03
		Summe Verwaltungskosten	381.693	396.044	-3,62
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	381.693	396.044	-3,62

Der Kostenanteil des Politisch-Administrativen Bereichs und der Abteilung Zentraler Service am strategischen Ziel beträgt 100 % und betrifft das Projekt 28390 „Arbeit mal anders – Stufe 2“.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005230	2022	381.693	0	381.693
Steuerungsunterstützung	2021	396.044	0	396.044

Der Anteil des Politisch-Administrativen Bereichs und der Abteilung Zentraler Service (Kapitel **1500**) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28390 - Projekt „Arbeit mal anders – zukunftsfähige Arbeitskultur in der SenFin – Stufe 2“	381.693	396.044	511.371*	231.157

* In den Kosten sind sowohl solche der Projektstufe 1 (Projekt-Kostenträger 28359 bis 06/2020) als auch der Projektstufe 2 (ab 07/2020) enthalten.
Ab 2021 werden die Kosten beim Kostenträger 28390 - Projekt „Arbeit mal anders – zukunftsfähige Arbeitskultur in der SenFin“ (Stufe 2) ausgewiesen.

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 100 %.

Fachspezifische Informationen
In dem Projekt erfolgt die Weiterentwicklung der bereits im Jahr 2019 begonnenen Realisierung von neuen, bedarfsgerechten Arbeitswelten. In den ersten beiden Projektstufen konnten in einem teaminternen Prototyp wie auch in der zweiten Stufe abteilungsübergreifend diese Arbeitswelten im Dienstgebäude Klosterstr. 71 umgesetzt werden. In den ersten beiden Stufen wurde das mobile Arbeiten somit zur Realität. Dabei konnte beispielsweise die Flächeneffizienz um 30 % verbessert werden. Nach einer umfangreichen Evaluation bis Mitte 2023 sollen die gewonnenen Erfahrungen nutzbar gemacht werden, um auch weiterhin Arbeitswelten zu schaffen, die den veränderten Anforderungen der Berliner Verwaltung entsprechen und somit auch mit den baulichen Ressourcen effizienter und bedarfsgereichter umzugehen. Im Fokus steht hier die Einbettung des Projektes in ein ganzheitliches Konzept für die Senatsverwaltung für Finanzen.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Zusatzinformationen zur internen Leistungserbringung des Politisch-Administrativen Bereichs und Service (Kapitel 1500)

	2022	2021	2020	2019
Personal - Gesamtkosten in €				
79697 - Beschäftigungsverhältnis*	7.866.906	7.255.920	7.881.342	7.395.251
79645 - Personalentwicklungsservice**	473.478	450.475	281.189	233.870

* Die Personaleinzelangelegenheiten werden gemeinsam mit dem LVwA wahrgenommen (Shared Service). Infolgedessen vorgenommene Verrechnungen machen rd. 71 % des Kostenvolumens aus.

**Kosten für die Kosten für die Personalentwicklung einschließlich der steuerfachlichen Fortbildung werden bei der Abteilung Steuern (Kapitel 1530) abgebildet.

Ausbildung* - Gesamtkosten in €				
76756 - Organisation der Ausbildung (nichttechnische Verwaltung)	80.001	54.967	75.847	79.819
76756 - Praktische Ausbildung und Anleitung (nichttechnische Verwaltung)	192.873	116.571	113.787	122.978

* Ausbildungskosten für die Steuer- und Finanzanwärter werden beim Kostenträger 78084 im Kapitel 1530 nachgewiesen.

77827 -Finanzen	330.969	325.608	346.167	360.751
79459 -IT-Verfahrensbetrieb NBR – lokal	459.496	667.852	577.249	557.847
Justitiariat - Gesamtkosten in €				
72361 - Rechtsstreitigkeiten	3.391.976	3.478.007	3.612.740	2.914.709
Innerer Dienst - Gesamtkosten in €				
77832 -Organisation	2.031.122	2.029.095	1.865.779	1.898.597

Senatsverwaltung für Finanzen
- Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Berlin betreut im Auftrag der Finanzministerien aller Bundesländer die Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL). Sie hat die Landesfinanzministerien durch die Sammlung und Aufbereitung finanzpolitisch bedeutsamer Daten zu beraten und damit die Arbeit der Finanzministerkonferenz zu unterstützen. Nach § 2 der Verwaltungsvereinbarung über die Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister vom 29.04.1971 nimmt Berlin die ZDL nach den Beschlüssen der Landesfinanzminister in seinen Haushalt auf. Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung sind die Vorschriften im Land Berlin maßgebend. Die Länder tragen den Finanzbedarf der ZDL gemeinsam. Sie ersetzen anteilig den rechnungsmäßigen Fehlbetrag. Analog werden Anteile der Geschäftsstelle der Finanzministerkonferenz (GFMK), Anteile des Sekretariats des Stabilitätsrates sowie Ausgaben für den unabhängigen Beirat des Stabilitätsrates nach § 7 StabiRatG ausgewiesen, soweit sie von den Ländern finanziert werden.

	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
	€	€	€	€
Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister				
Personalkosten	887.510	926.243	858.730	775.696
Sächliche Verwaltungsausgaben[1)]	62.500	63.500	61.500	56.679
Summe Ausgaben	**950.010**	**989.743**	**802.290**	**832.376**
Geschäftsstelle der Finanzministerkonferenz				
Personalkosten	248.540	259.582	173.060	145.644
Sächliche Verwaltungsausgaben[2)]	0	0	0	0
Summe Ausgaben	**248.540**	**259.582**	**173.060**	**145.644**
Sekretariat des Stabilitätsrates				
Personalkosten	164.650	172.175	152.410	150.209
Sächliche Verwaltungsausgaben[2)]	0	0	0	0
Sachausgaben an den unabhängigen Beirat[3)]	85.000	85.000	85.000	63.780
Summe Ausgaben	**249.650**	**257.175**	**237.410**	**213.989**

1) einschl. Besondere Finanzierungsausgaben
2) trägt die Verwaltung des Bundesrates
3) enthalten in den sächlichen Verwaltungsausgaben (511-549)

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	8	4	9	3	8	3
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	7,3	3,6	8,1	2,8	7,6	3
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	67,0%	33,0%	74,3%	25,7%	71,7%	28,3%

Aus Datenschutzgründen kann für die Kapitel 1502, 1521, 1522 und 1547 keine Unterteilung nach Führungskräften und Mitarbeitenden erfolgen, da nicht mindestens zwei Beschäftigte pro Geschlechtsmerkmal vorhanden sind, die der gleichen Entgelt-/Besoldungsgruppe angehören.

Hinweis
Aus Datenschutzgründen ist das Durchschnittseinkommen in den Kapitelerläuterungen zum Kapitel 1502 nicht aufgeführt. Es ist in den Werten des Kapitels 1500 enthalten.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
23204	**062**	**Anteil der Länder an den Ausgaben**	**1.390.000**	**1.440.000**	**1.261.000**	**915.367,05**

Nach § 2 Abs. 4 der Verwaltungsvereinbarung über die Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister wird der Finanzbedarf der Zentralen Datenstelle unter Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels von den Ländern getragen.

Zur Deckung des Fehlbetrages ersetzen die Länder die folgenden Anteilsbeträge in Euro:

	2024	2025
Baden-Württemberg	188.730	196.330
Bayern	225.200	234.270
Brandenburg	43.850	45.620
Bremen	13.810	14.360
Hamburg	37.680	39.200
Hessen	107.630	111.970
Mecklenburg-Vorpommern	28.670	29.820
Niedersachsen	135.970	141.450
Nordrhein-Westfalen	305.020	317.300
Rheinland-Pfalz	69.740	72.550
Saarland	17.350	18.040
Sachsen	72.110	75.010
Sachsen-Anhalt	39.020	40.600
Schleswig-Holstein	49.290	51.280
Thüringen	38.100	39.630
	1.372.100	1.427.370
rund	1.373.000	1.428.000
Auf Berlin entfällt ein Anteilsbetrag von	75.110	78.140

Der ausgewiesene Fehlbetrag des Kapitels ist nur deshalb geringfügig geringer als der Anteilsbetrag Berlins, weil der Ansatz der Einnahmen von den Ländern auf volle Tausend Euro aufzurunden ist.

26101	**062**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**215.691,38**
		Gesamteinnahmen	**1.391.000**	**1.441.000**	**1.262.000**	**1.131.058,43**
		Prozentuale Veränderung	**10,2 %**	**3,6 %**		
		Ausgaben				
42201	**062**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**76.000**	**79.000**	**171.000**	**165.432,54**
42722	**062**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
42801	**062**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**889.000**	**929.000**	**756.000**	**651.824,39**
43206	**068**	**Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten im Bereich der Finanzverwaltung**	**301.000**	**313.000**	**221.000**	**211.507,29**
44100	**062**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**3.000**	**3.100**	**4.500**	**6.747,27**
44304	**062**	**Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**2.500**	**2.500**	**2.000**	**1.921,16**
44606	**068**	**Beihilfen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Finanzverwaltung**	**44.200**	**46.400**	**28.700**	**34.116,30**
51101	**062**	**Geschäftsbedarf**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**2.080,85**

Senatsverwaltung für Finanzen
- Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51111	**062**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51140	**062**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**518,38**

Ersatzbeschaffungen von Möbeln und Einrichtungsgegenständen.

51143	**062**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51160	**062**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 31				
51185	**062**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**062**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**2.500**	**2.500**	**2.500**	**2.079,67**

Reinigungskosten für die Diensträume.

51801	**062**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**24.000**	**24.000**	**24.000**	**23.629,32**

Miete und Heizkosten für die Diensträume im Gebäude des Bundesrates Leipziger Straße 3 - 4.

52602	**062**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungsberechtigt nur gegenüber den Ausgaben bei 52603.

Die Länder tragen gemäß § 7 StabiRatG die für den unabhängigen Beirat des Stabilitätsrates entstehenden Kosten je zur Hälfte mit dem Bund. Zu erstatten sind die mit der Tätigkeit des Beirates verbundenen Reisekosten und Sitzungsgelder.

52603	**062**	**Ausgaben der Länder für den unabhängigen Beirat des Stabilitätsrates**	**75.000**	**75.000**	**75.000**	**63.779,88**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei 52602.

Die Länder tragen gemäß § 7 StabiRatG die für den unabhängigen Beirat des Stabilitätsrates entstehenden Kosten je zur Hälfte mit dem Bund. Bund und Länder stellen dem Beirat für seine Arbeit ein gedeckeltes Budget von jährlich 150.000 € zur Verfügung. Hiervon finanzieren die Länder 75.000 €.

52703	**062**	**Dienstreisen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**3.357,15**
54010	**062**	**Dienstleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**800,81**

Bei dem Ansatz werden die Ausgaben für die jährlich wiederkehrenden Aufträge zu statistischen Sonderauswertungen durch das Statistische Bundesamt nachgewiesen.

98101	**890**	**Allgemeine interne Verrechnungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**532,18**

Interne Verrechnungen für Verrechnungsprämien im Rahmen der Selbstversicherung des Landes Berlin. Die entsprechenden Einnahmen sind im Kapitel 1500, Titel 38101 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 31		**Ausgaben für verfahrensunabhängige IKT (einschl. Telekommunikation)**				

Die ZDL als finanzstatistische Einrichtung ist auf die Nutzung von IT-Technik und -Verfahren in besonderem Maße angewiesen. Sie verfügt über sieben IT-Arbeitsplätze zuzüglich der entsprechenden Netzwerkinfrastruktur, einen Datenbankserver und einen Backup-Server sowie drei mobilen Arbeitsmöglichkeit (Laptop). Aufgrund der Zusammenarbeit mit den Bundesländern und anderen Kooperationspartnern sind hohe Anforderungen an die technische Ausstattung der Einrichtung zu stellen.

Die Ausgaben für die verfahrensunabhängige IT-Infrastruktur werden in den Titeln 51111, 51143 und in 51160 nachgewiesen.

Art	Preis	Anzahl	Istausgaben MG 31 2020	Max. Veranschlagungswert	Ansatz 2022	Ansatz 2023
Eigenleistung	1.140 €	10	8.270,41 €	11.400 €	7.500 €	7.500 €
Fremdleistung		0	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	1.140 €	10	8.270,41 €	11.400 €	7.500 €	7.500 €

Nach dem Berliner E-Government-Gesetz (EGovG Bln) vom 30.05.2016 werden die verfahrensunabhängigen Haushaltsmittel für IuK-Technik im gesonderten Einzelplan 25 dargestellt. Dies trifft für die ZDL nicht zu. Nach einem Schreiben der Senatsverwaltung für Inneres und Sport vom 20.01.2017 unterliegt die ZDL nicht dem Geltungsbereich des EGovG Bln, da die ZDL zwar gemäß Verwaltungsvereinbarung der Länderfinanzminister im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin eingerichtet wurde, aber diese Aufgabe nicht gem. § 2 AZG Berlin zur öffentlich-rechtlichen Verwaltungstätigkeit der Berliner Verwaltung zählt.
Die Ausgaben in 2022 sind überdurchschnittlich ausgefallen, da z.B. aufgrund der Coronapandemie weitere mobile Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden mussten.

51111	**062**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT**	**2.500**	**2.500**	**3.500**	**1.629,57**
51143	**062**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT**	**3.500**	**3.500**	**2.500**	**5.485,23**
51160	**062**	**Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**1.155,61**
		Summe Maßnahmegruppe 31	**7.500**	**7.500**	**7.500**	**8.270,41**

Senatsverwaltung für Finanzen
- Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**062**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**17.000**	**18.000**	**16.000**	**15.410,50**

Mittel zur Pflege und Weiterentwicklung der Datenbank, des Internetauftrittes und des Webportals.

Summe Maßnahmegruppe 32	**17.000**	**18.000**	**16.000**	**15.410,50**
Gesamtausgaben	**1.464.200**	**1.522.500**	**1.330.700**	**1.192.008,10**
Prozentuale Veränderung	**10,0 %**	**4,0 %**		

Abschluss Kapitel 1502

211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.391.000**	**1.441.000**	**1.262.000**	**1.131.058,43**
	Gesamteinnahmen	**1.391.000**	**1.441.000**	**1.262.000**	**1.131.058,43**
411-462	**Personalausgaben**	**1.316.700**	**1.374.000**	**1.184.200**	**1.071.548,95**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**146.500**	**147.500**	**145.500**	**119.926,97**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**532,18**
	Gesamtausgaben	**1.464.200**	**1.522.500**	**1.330.700**	**1.192.008,10**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-73.200**	**-81.500**	**-68.700**	**-60.949,67**

Senatsverwaltung für Finanzen
- Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001173 Gemeinsame Einrichtungen der Länder und des Bundes

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	835.460	703.305	+18,79
Kostenträger	1	Sachkosten	66.662	74.611	-10,65
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	0	Verrechnungskosten	259.546	300.043	-13,50
MGF	1	kalkulatorische Kosten	74.385	72.263	+2,94
Projekte	0	Gemeinkosten	127.914	257.766	-50,38
		Summe Verwaltungskosten	1.363.968	1.407.989	-3,13
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	1.363.968	1.407.989	-3,13

Die Kostenanteile am strategischen Ziel entfallen zu 100 % auf die Zentrale Datenstelle der Länderfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005507	2022	1.363.968	0	1.363.968
Zentrale Datenstelle der Landesfinanzministerinnen und -minister (ZDL)	2021	1.407.989	0	1.407.989

Der Anteil des Kapitels 1502 (Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz) an den Kosten des operativen Zieles 005507 „Zentrale Datenstelle der Landesfinanzministerinnen und -minister“ beträgt 100 %. Diesem Ziel ist einzig der nachstehende Kostenträger zugeordnet.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
78696 - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzministerien (ZDL) (Ministerielles Geschäftsfeld)	1.363.968	1.407.989	1.383.893	1.334.075

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 100 %.

Die Kosten der ZDL werden aus Gründen der vollständigen Abbildung erfasst. Abweichungen der Verwaltungskosten zu den kameralen Daten (Ausgaben 2022: 1.192.008 €, 2021: 1.073.066 €; 2020: 1.119.233 €, 2019: 955.658 €) ergeben sich aufgrund der Kostenrechnungssystematik. Im Kostenrechnungsverfahren des Landes Berlin werden die den Personalkosten zu Grunde liegenden Durchschnittssätze berechnet, kalkulatorische Kostenzuschläge für Pensionslasten erhoben sowie interne Verrechnungen (informatorisch) ausgewiesen und des Weiteren Gemeinkosten (z. B. für die Beschäftigten- / Frauenvertretung etc.) anteilig verumlagt. Die Kostendeckung der ZDL ergibt sich im Wesentlichen durch Einnahmen aus anderen Bundesländern.

Fachspezifische Informationen
Die Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL) ist eine Einrichtung der Länder. Ihr Finanzbedarf wird von den Ländern gemeinsam getragen (Königsteiner Schlüssel). In der Kostenrechnung des Landes Berlin werden die Kosten der ZDL vollständig abgebildet.

	2022	**2021****	**2020**	**2019**
Erträge* insgesamt in €	1.131.058,43	1.062.936,46	1.100.250,69	926.138,44

* i. W. Beiträge der Länder nach Königsteiner Schlüssel
** Wert außerhalb von ProFiskal manuell korrigiert

Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personalausgaben der Überhangkräfte des Einzelplans 15 veranschlagt. Es handelt sich dabei um

- Bereits vor Auflösung des ZeP vorhandene Überhangkräfte, die nicht zum Zentrales Personalüberhangmanagement versetzt werden mussten (Ausnahmen von der Versetzungspflicht),
- um Überhangkräfte, die nach dem Stellenpoolauflösungsgesetz aus dem Ehemaligen Zentralen Personalüberhangmanagement - EzeP - in die Dienststelle versetzt wurden,
- Dienstkräfte, die nach Auflösung des ZeP in diesem Personalwirtschaftsbereich neu dem Personalüberhang zugeordnet wurden.

Die Unterscheidung der drei unterschiedlichen Gruppen des Überhangs erfolgt im Stellenplan durch unterschiedliche Bereichsüberschriften.

Ferner wird in diesem Kapitel ein Merksatz vorgesehen für die Gewährung von Zahlungen nach den Verwaltungsvorschriften (VV) VV Prämie, VV Teilausgleiche, VV Rente und VV Besitzstand. Der Merkansatz dient als haushaltstechnische Voraussetzung für die Zahlbarmachung der entsprechenden Ausgaben, die aus dem Kapitel 1540 erstattet werden.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	10	2	8	1	8	2
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	9	1,3	7,4	0,5	7,9	1,5
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	87,4%	12,6%	93,7%	6,3%	84,0%	16,0%

Bei den Kapiteln 1509 und 1599 erfolgt keine Unterteilung nach Führungskräften, da es sich hierbei um Personalüberhang handelt.

Das geschlechterdifferenzierte durchschnittliche Jahreseinkommen nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ) 2022 beträgt

	w	m
Gesamt	50.803,34 €	67.192,08 €
Führungskräfte	./.	./.
Mitarbeitende	./.	./.

Bei den Kapiteln 1509 und 1599 erfolgt keine Unterteilung nach Führungskräften, da es sich hierbei um Personalüberhang handelt.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	860	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	197.000	205.000	260.000	189.858,84
42801	860	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	137.000	142.000	239.000	134.586,31
42850	860	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000	1.000	—
44100	860	Beihilfen für Dienstkräfte	19.200	19.800	10.000	18.071,66
		Gesamtausgaben	354.200	367.800	510.000	342.516,81
		Prozentuale Veränderung	-30,5 %	3,8 %		
		Abschluss Kapitel 1509				
411-462		Personalausgaben	354.200	367.800	510.000	342.516,81
		Gesamtausgaben	354.200	367.800	510.000	342.516,81
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-354.200	-367.800	-510.000	-342.516,81

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Vermögensabteilung – Abteilung I – der Senatsverwaltung für Finanzen. Hierzu gehören vorrangig die Einnahmen aus Konzessionsabgaben, Zuschüsse an den Tierpark und die Ansätze im Zusammenhang mit der Übernahme von Bürgschaften.

Die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Beteiligungen und Grundstücksgeschäfte werden getrennt im Kapitel 2990 – Vermögen – und für das SILB und SODA im Kapitel 2991 – Immobilienbezogene Sondervermögen – nachgewiesen. Die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Aufnahme von Darlehen und der Beschaffung von Kreditmarktmitteln werden getrennt im Kapitel 2902 – Darlehen und Schuldendienst – nachgewiesen.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	50	49	52	50	52	50
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	46	48,6	48,3	49,5	48,8	49,6
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	0,486	51,4%	49,4%	50,6%	49,6%	50,4%
Anzahl Führungskräfte	10	10	11	10	11	11
Führungskräfte / Absoluter Anteil (VZÄ)	8,8	10	9,9	10	10	11
Führungskräfte / Relativer Anteil (VZÄ)	46,8%	53,2%	49,7%	50,3%	47,6%	52,4%
Anzahl Mitarbeitende	40	39	41	40	41	39
Mitarbeitende / Absoluter Anteil (VZÄ)	37,1	38,6	38,4	39,5	38,8	38,6
Mitarbeitende / Relativer Anteil (VZÄ)	49,0%	51,0%	49,3%	50,7%	50,1%	49,9%

Das geschlechterdifferenzierte durchschnittliche Jahreseinkommen nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ) betrug 2022

	w	m
Gesamt	78.308,35 €	77.271,18 €
Führungskräfte	95.235,80 €	94.355,53 €
Mitarbeitende	73.847,23 €	72.401,10 €

Die Beschäftigten der Senatsverwaltung für Finanzen werden nach einheitlichen tarif- bzw. besoldungsrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Bei der Berechnung des geschlechterdifferenzierten Durchschnittseinkommens ist zu beachten, dass das Haushaltsbrutto zugrunde gelegt wird. In diesem sind auch die Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgung enthalten.

Die Senatsverwaltung für Finanzen ist weiterhin bemüht, den Anteil von Frauen in Führungspositionen beizubehalten bzw. zu erhöhen.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**062**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**—**	**—**	**—**	**125,00**

Bei dem Ansatz werden die Einnahmen für die Genehmigungen nach § 9 der Grundstücksverkehrsordnung (GVO), Tarifstelle 9103 des Gebührenverzeichnisses der Verwaltungsgebührenordnung, nachgewiesen. Nach dem Wegfall der Genehmigungspflicht wird es zum Titel 11105 keine Einnahmen mehr geben.

11938	**062**	**Sonstige Kostenbeiträge**	**3.000**	**3.000**	**5.000**	**8.152,53**

Einnahmen aus Kostenerstattungen der Bezirke und Senatsverwaltungen im Zusammenhang mit dem IT-Verfahren Bestandsverzeichnis.

11961	**062**	**Erstattung von Steuerbeträgen**	**1.000**	**1.000**	**5.000**	**—**

Einnahmen aus Umsatzsteuerüberschüssen von Betrieben gewerblicher Art.

11979	**062**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.406,10**
12124	**680**	**Überschüsse der Staatlichen Münze Berlin**	**400.000**	**300.000**	**1.000.000**	**1.036.978,96**

Gewinnabführung der Staatlichen Münze

Die Stückzahlen der hoheitlichen Produktion von Umlauf- und Sammlermünzen sind derzeit auf keinem stabilen Niveau, da die benötigten Mengen rückläufig sind. Die hoheitliche Produktion bleibt dennoch der wichtigste Geschäftsbereich.

Im gewerblichen Bereich, vor allem bei der Medaillenproduktion und dem eigenen Onlineshop, wird von einer stabilen Auftragslage ausgegangen.

12201	**643**	**Entgelte für Sondernutzung des Straßenlands**	**600.000**	**600.000**	**550.000**	**564.787,95**

Die Zahlungen beruhen auf einem Wegenutzungsvertrag der Fa. 'BTB Blockheizkraftwerks-Träger und Betreibergesellschaft mbH Berlin' mit der Senatsverwaltung für Finanzen aus 1999, der der Gesellschaft den Betrieb aller der Versorgung mit elektrischer Energie dienenden Anlagen auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen gestattet - insbesondere in Adlershof und Schöneweide - und als Gegenleistung Zahlungen nach Maßgabe der Konzessionsabgabenverordnung für Strom und Gas (KAV) vorsieht.

Die Konzessionsabgabe entspricht der nach der Konzessionsabgabenverordnung (§ 2 KAV) maximalen Höhe. Sie beträgt nach § 11 Abs. 2 Konzessionsvertrag Strom

- für die Versorgung von Tarifkunden (außer Schwachlaststrom) 2,39 ct/kWh
- für die Versorgung von Tarifkunden mit Schwachlaststrom 0,61 ct/kWh
- für die Versorgung von Sondervertragskunden 0,11 ct/kW.

Weitere Erhöhungsmöglichkeiten bestehen weder aus dem Vertrag noch wäre nach der Verordnung eine Erhöhung zulässig. Die Höhe der Einnahme hängt damit ausschließlich vom Verbrauch ab.

Die Berechnung der Konzessionsabgabe wird hinsichtlich der Mengen und geleisteten Zahlungen jährlich durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft.

12202	**643**	**Konzessionsabgabe Strom**	**130.000.000**	**131.000.000**	**160.000.000**	**139.792.659,47**

Als Gegenleistung für die der Stromnetz Berlin GmbH nach dem Konzessionsvertrag vom 1.7.2021 mit Rückwirkung zum 1.1.2021 eingeräumten Rechte zur Nutzung des öffentlichen Straßenlandes erhält das Land Berlin nach der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) eine Konzessionsabgabe. Die Konzessionsabgabe entspricht der nach der KAV maximalen Höhe. Weitere Erhöhungsmöglichkeiten bestehen weder aus dem Vertrag noch ist nach der Verordnung eine Erhöhung zulässig. Die Höhe der Einnahme hängt ausschließlich vom Verbrauch ab.

Die Richtigkeit der Abrechnung der Konzessionsabgabe Strom wird jährlich durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses der Stromnetz Berlin testiert und dem Land Berlin zur Kenntnis gegeben.

Die Voranschläge zur Höhe der Konzessionsabgabe werden auf Basis der verbrauchten Strommengen der vorherigen Kalenderjahre ermittelt und berücksichtigen geänderte Absatzerwartungen.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
12206	649	Konzessionsabgabe Gas	6.820.000	6.700.000	6.500.000	9.008.215,52

Als Gegenleistung für die der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG nach dem Konzessionsvertrag vom 9.3.2021 mit Rückwirkung zum 1.1.2015 eingeräumten Rechte zur Nutzung des öffentlichen Straßenlandes erhält das Land Berlin nach der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) eine Konzessionsabgabe. Die Konzessionsabgabe entspricht der nach der KAV maximalen Höhe. Weitere Erhöhungsmöglichkeiten bestehen weder aus dem Vertrag noch ist nach der Verordnung eine Erhöhung zulässig. Die Höhe der Einnahme hängt ausschließlich vom Verbrauch ab.

Die Richtigkeit der Abrechnung der Konzessionsabgabe Gas wird jährlich durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses der NBB testiert und dem Land Berlin zur Kenntnis gegeben.

Die Voranschläge zur Höhe der Konzessionsabgabe werden auf der Basis der verbrauchten Gasmengen der vorherigen Kalenderjahre ermittelt und berücksichtigen geänderte Absatzerwartungen.

12401	062	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	300.000	300.000	280.000	289.284,61

Jährliche Nutzungsentgelte von Versorgern gemäß Vereinbarungen für die Benutzung landeseigener Grundstücke.

14101	680	Bürgschaftsentgelte	13.000.000	12.000.000	10.000.000	20.194.791,80

Entgelte aufgrund der Übernahme von Bürgschaften, die vom Darlehensnehmer des verbürgten Kredits zu zahlen sind, vor allem zur Herstellung der beihilferechtlichen Vereinbarkeit der staatlicherseits gewährten Bürgschaften.

Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Mandatarschaft zu Bürgschaften sowie deren Entgelte bestehen, dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr von der Einnahme abgesetzt werden.

14102	680	Rückzahlungen nach Bürgschaftsinanspruchnahmen	2.000.000	2.000.000	2.000.000	3.305.015,80

Rückzahlung von Beträgen in Fällen, in denen Berlin aus übernommenen Bürgschaften in Anspruch genommen worden ist (vgl. Erläuterung zu den Titeln 87101 bzw. 87102 bzw. 87103).

Ausgaben, die im Zusammenhang mit Rückzahlungen zu leisten sind, dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr von der Einnahme abgesetzt werden.

14103	680	Rückflüsse wegen Rückbürgschaften und Rückgarantien	3.000	3.000	3.000	—

Zahlungen des Bundes aus dessen Rückbürgschafts- und Rückgarantieverpflichtungen im Zusammenhang mit Wohnungsbaubürgschaften.

		Gesamteinnahmen	153.128.000	152.908.000	180.344.000	174.204.417,74
		Prozentuale Veränderung	-15,1 %	-0,1 %		
		Ausgaben				
42201	062	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	5.105.000	5.309.000	4.103.000	3.493.411,17
42801	062	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	3.254.000	3.384.000	3.642.000	3.867.558,15
42811	062	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	419.000	695.000	1.000	159.981,19
44100	062	Beihilfen für Dienstkräfte	287.000	296.000	369.000	270.703,46
44379	062	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	1.000	1.000	1.000	—
51101	062	Geschäftsbedarf	25.000	25.000	20.000	9.600,18

Beschaffung von Bürobedarf, Dienstvorschriften, Fachliteratur, Zeitschriften und Zeitungen sowie sonstigen Druckerzeugnissen.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51136	**062**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**062**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**23.000**	**23.000**	**23.000**	**21.364,78**

Beschaffungen, insbesondere Ersatz von aussonderungsreifem Mobiliar.

51185	**062**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52501	**062**	**Aus- und Fortbildung**	**19.000**	**19.000**	**19.000**	**10.712,20**

Abteilungsbezogene Aus- und Fortbildung in Sonderfachgebieten.

52536	**062**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**062**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**239,00**

Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten sowie Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige, Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner.

52610	**062**	**Gutachten**	**200.000**	**150.000**	**150.000**	**—**

Gutachten zu rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Fragen für die Konzessionierung, im Beteiligungsbereich, im Kreditbereich und im Zusammenhang mit dem Liegenschaftswesen.

52703	**062**	**Dienstreisen**	**15.000**	**15.000**	**15.000**	**2.707,24**

Dienstreisen, insbesondere zur Teilnahme an Besprechungen in anderen Bundesländern.

Geschlechtsspezifische Daten:

Ist 2021		Ist 2022	
w - absolut - relativ	**m** - absolut - relativ	**w** - absolut - relativ	**m** - absolut - relativ
2 40 %	3 60 %	2 17 %	10 83 %

52906	**062**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**224,91**

Aufwendungen im Zusammenhang bzw. aus Anlass dienstlicher Veranstaltungen, Sitzungen u. ä. einschließlich der Gestaltung des Rahmenprogramms sowie Ausgaben für die Betreuung von Besuchern in unumgänglichen Fällen.

53101	**062**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**2.827,22**

Herstellung des Berichtes über Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen des privaten Rechts.

53111	**062**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**—**

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
54010	**062**	**Dienstleistungen**	**1.570.000**	**1.450.000**	**3.970.000**	**894.394,40**
		Verpflichtungsermächtigung	**525.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**175.000**			
		Davon fällig 2026	**175.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**175.000**	**—**		

		2024	2025	2023
1.	Rechtliche, wirtschaftliche und sonstige Beratung im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung im Bereich der Daseinsvorsorge und dem Erwerb von Beteiligungen sowie ggf. der Umstrukturierung des Portfolios	300.000 €	250.000 €	3.250.000 €
2.	Rechtliche, wirtschaftliche und technische Beratung im Zusammenhang mit den im Berliner Straßenland befindlichen Energienetzen (Konzessionsverfahren)	750.000 €	750.000 €	500.000 €
3.	Dienstleistungsvertrag im Zusammenhang mit der AöR Wohnraumversorgung	---	---	130.000 €
4.	Wirtschaftliche und rechtliche Beratung in Spezialfragen des Liegenschaftswesens, insbesondere zu Fällen von besonderer Bedeutung	50.000 €	50.000 €	50.000 €
5.	Entgelte für die Nutzung von Informationssystemen über die aktuellen Gegebenheiten auf dem Geld- und Kapitalmarkt (Dienstleistungen)	160.000 €	170.000 €	145.000 €
6.	Rechtliche, wirtschaftliche und sonstige Beratung im Bereich der Beihilfe und Bürgschaften	25.000 €	25.000 €	25.000 €
7.	Rechtliche, wirtschaftliche und sonstige Beratung im Zusammenhang mit der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (§ 2b UStG)	110.000 €	30.000 €	---
8.	Dienstleistungsvertrag im Zusammenhang mit dem/der Gesundheitsstadtbeauftragten	175.000 €	175.000 €	---
		1.570.000 €	1.450.000 €	4.100.000 €

Inanspruchnahme von externen Dienstleistungen für die Konzessionierung, im Beteiligungsbereich, im Kreditbereich und im Zusammenhang mit dem Liegenschaftswesen.

54077	**062**	**Steuern, Abgaben**	**5.000**	**5.000**	**10.000**	**2.182,97**

Ausgaben für die Zahlung von Beiträgen (IHK-Beitrag) und Steuern für den BGA Berliner Marktverwaltungen. Dieser Titel korrespondiert mit dem Titel 11961 -Erstattung von Steuerbeträgen-, zu dem insbesondere die verrechnungspflichtigen Betriebe gewerblicher Art ihre anteiligen Steuerbeträge überweisen. Differenzen zu diesem Titel ergeben sich durch unterschiedliche Zeitpunkte von Einnahmen und Ausgaben aus steuergesetzlichen Gründen.

54079	**062**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für allgemeine Verbrauchsmittel.

67101	**062**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**—**	**12.580.000,00**

Erstattung von verauslagten Beträgen für die auftragsweise Beschaffung mobiler Luftreinigungsgeräte für Berliner Schulen an die BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68347	**184**	**Zuschuss an die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH**	**6.615.000**	**6.620.000**	**6.635.000**	**6.658.222,46**

Der Tierpark Berlin-Friedrichsfelde ist eine gemeinnützige GmbH im alleinigen Eigentum der Zoologischer Garten Berlin AG. Zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke ist das Unternehmen weiterhin auf die finanzielle Unterstützung des Landes Berlin angewiesen. Um dem Unternehmen Planungs- und Kalkulationssicherheit wurde auf der Grundlage der VE im HHPl. 2022/2023 eine Rahmenvereinbarung zur Zuwendungsgewährung für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2025 geschlossen. Die Zuwendungsgewährung steht im Einklang mit der Umsetzung der Ziel- und Entwicklungsplanung und der angestrebten Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Steigerung der Besucherzahlen.

Die Zuwendungen für 2024 und 2025 setzen sich daher wie folgt zusammen:

Zuwendung an die Tierpark GmbH	2024	2025	Ansatz 2023	Ist 2022
Festzuschuss	5.729.000 €	5.679.000 €	5.779.000 €	5.829.000,00 €
Schlossbewirtschaftung	191.000 €	191.000 €	191.000 €	191.000 €
Öffentlich-rechtliche Lasten	695.000 €	750.000 €	665.000 €	638.043,96 €
Ausgleich Einnahmeausfall*	0,00 €	0,00 €	0,00 €	178,50 €
Insgesamt	6.615.000 €	6.620.000 €	6.635.000 €	6.658.222,46 €

* Erstattung des Preisnachlasses für Berlinpass-Inhabern und Berlinpass-Inhaberinnen für 12/2021 - ab 2022 im Festzuschuss etatisiert und Bestandteil der Rahmenvereinbarung

Gender Budget

Im Rahmen von Besucherbefragungen der Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH wurden nachfolgende geschlechtsspezifische Daten erfasst, so dass auch im Planungszeitraum keine wesentlichen Änderungen erwartet werden:

	2009	2014	2015	2017
Besucherinnen	60,5 %	61 %	63 %	62%
Besucher	39,5 %	39 %	37 %	38%

Der Personalbestand der Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH setzt sich per 01.01.2022 wie folgt zusammen und wird sich im Planungszeitraum voraussichtlich nicht wesentlich ändern:

	2018	2019	2020	2021	2022
Beschäftigte	209	208	203	207	210
weiblich	41 %	43 %	41 %	39 %	41,1 %
männlich	59 %	57 %	59 %	61 %	58,9 %

Die Ausgaben für Investitionen zur Umsetzung des Ziel- und Entwicklungsplanes werden bei Titel 89201 nachgewiesen.

68547 (neu)	**314**	**Zuschuss an die Gesundheitsstadtbeauftragte/den Gesundheitsstadtbeauftragten**	**150.000**	**150.000**		
81259	**062**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
87101	**680**	**Inanspruchnahme aus Bürgschaften für die gewerbliche Wirtschaft**	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.000.000**	**1.648.824,46**

Haushaltsvermerk:
Deckungsfähig mit Titel 87102, 87103 und 89201.

Zahlungen aus der Inanspruchnahme Berlins aus übernommenen Bürgschaften zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Zurückgezahlte Bürgschaftsbeträge werden beim Titel 14102 veranschlagt.

87102	**680**	**Inanspruchnahme aus Bürgschaften für den Wohnungsbau**	**1.500.000**	**1.500.000**	**2.000.000**	**1.584,85**

Haushaltsvermerk:
Deckungsfähig mit Titel 87101, 87103 und 89201.

Zahlungen aus der Inanspruchnahme Berlins aus übernommenen Wohnungsbaubürgschaften. Zurückgezahlte Bürgschaftsbeträge werden beim Titel 14102 veranschlagt.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
87103	**680**	**Inanspruchnahme aus Bürgschaften im Zusammenhang mit dem Erwerb selbstgenutzten Arbeitsraums**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**—**

Haushaltsvermerk:
Deckungsfähig mit Titel 87101, 87102 und 89201.

Zahlungen aus der Inanspruchnahme Berlins aus übernommenen Bürgschaften für Kredite, die dem Erwerb von Atelierraum bzw. Arbeitsräumen selbstnutzender Künstlerinnen und Künstler dienen. Zurückgezahlte Bürgschaftsbeträge werden beim Titel 14102 veranschlagt.

89201	**184**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**	**1.000.000**	**2.000.000**	**1.000.000**	**4.707.478,22**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			

Haushaltsvermerk:
Deckungsfähig mit Titel 87101, 87102 und 87103.

Zuschuss an die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH zur Umsetzung von Projekten aus der Ziel- und Entwicklungsplanung.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Für die in der Abteilung I eingesetzten IT-Verfahren SDW (Schulden-, Derivat- und Wertpapierverwaltung), bbvl (Beteiligungsmanagementsystem), das Bestandsverzeichnis sowie fachspezifische Datenbanken entstehen Ausgaben bei den Titeln 51136, 51185 und 52536.

51136	**062**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

51185	**062**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.175.000**	**695.147,99**

	2024	2025	2023
1. Entgelte für die Betreuung, Weiterentwicklung und Pflege des länderübergreifenden IT-Verfahrens SDW (Schulden-, Derivat- und Wertpapierverwaltung)	245.000 €	100.000 €	85.000 €
2. Entgelte für die Nutzung und Pflege von Software-Programmen des Kreditreferates	5.000 €	5.000 €	5.000 €
3. Pflege, Wartung und Software-Updates für das Beteiligungsmanagementsystem	30.000 €	30.000 €	25.000 €
4. Bestandsverzeichnis	710.000 €	855.000 €	1.050.000 €
5. Sonstige (Bürgschaftsdatenbank, BCIA-Datenbank), sowie Sicherheitskonzepte	10.000 €	10.000 €	10.000 €
	1.000.000 €	1.000.000 €	1.175.000 €

Zu 1.: Programm zur Verwaltung und Abwicklung der Schuldverhältnisse, zur statistischen Auswertung des Schuldenportfolios und zur Aufbereitung des fälligkeitsgenauen Zahlungsdienstes.

Zu 2.: Programm zur Preisbestimmung bei Krediten und Derivaten sowie Erweiterung und Pflege des Portfolioprogramms zur Ergebnis- und Risikosteuerung der Zinsausgaben.

Zu 3.: Das Beteiligungsmanagementsystem dient der IT-technischen Unterstützung des Beteiligungsmanagements, wobei Datenbankfunktionen im Vordergrund stehen. Enthalten sind die Aufwendungen für Wartung und Pflege sowie für kostenpflichtige Erweiterungen und Updates.

Zu 4.: Das Bestandsverzeichnis soll den immobilienbewirtschaftenden Einrichtungen der Berliner Verwaltung, wie u. a. den Berliner Bezirken, als Basis dafür dienen, qualifizierte Entscheidungen über die Nutzung bzw. Verwertung des Berliner Immobilienbestandes zu treffen. Leistungen des ITDZ für das zentrale Hosting der Systemlandschaft für die Verfahrensteilnehmer, Wartung und Pflege sowie Software- und Schnittstellenanpassung, externe Beratungsleistungen (Schulungen etc.).

Zu 5.: Für die IT-Verfahren werden aktuelle Sicherheitskonzepte benötigt. Der Ansatz dient der Migration und Betreuung der Systeme (z. B. bei turnusmäßiger Erneuerung der Server für die Datenbanken).

52536	**062**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**3.435,35**

Fortbildungen für IT-Verfahren insbesondere im Kreditbereich.

81259	**062**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**—**	**3.154,34**

Ersatzbeschaffungen (insbes. Server) für die verfahrensabhängigen IT-Systeme.

Summe Maßnahmegruppe 32	**1.006.000**	**1.006.000**	**1.180.000**	**701.737,68**
Gesamtausgaben	**24.713.000**	**26.167.000**	**26.656.000**	**35.033.754,54**
Prozentuale Veränderung	**-7,3 %**	**5,9 %**		

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1510				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	153.128.000	152.908.000	180.344.000	174.204.417,74
		Gesamteinnahmen	153.128.000	152.908.000	180.344.000	174.204.417,74
411-462		Personalausgaben	9.066.000	9.685.000	8.116.000	7.791.653,97
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.880.000	2.710.000	5.405.000	1.642.836,24
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	6.766.000	6.771.000	6.635.000	19.238.222,46
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	6.001.000	7.001.000	6.500.000	6.361.041,87
		Gesamtausgaben	24.713.000	26.167.000	26.656.000	35.033.754,54
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	128.415.000	126.741.000	153.688.000	139.170.663,20

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Titel: 12124
Wirtschaftsplan der Staatlichen Münze Berlin

		Betrag/€		Ergebnis/€
		2024	2025	2022 vor WP
Bilanzpositionen				
Aktiva				
I.	Anlagevermögen (Summe)	**1.831.710**	**1.781.980**	**1.891.280**
I. a)	Sachanlagen	1.831.710	1.781.980	1.891.280
I. b)	Finanzanlagen			
II.	Umlaufvermögen (Summe)	**7.991.420**	**7.804.850**	**8.155.450**
II. a)	Vorräte / Material	3.628.200	3.460.410	3.829.810
II. b)	Fertigerzeugnisse	417.430	420.530	423.620
II. c)	Forderungen	239.800	285.050	330.300
II. d)	liquide Mittel	3.705.990	3.638.860	3.571.720
III.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			
Passiva				
I.	Eigenkapital (Summe)	**6.215.520**	**6.164.560**	**6.809.790**
I. a)	Grundkapital (gezeichnetes Kapital)	51.130	51.130	51.130
I. b)	Rücklagen	5.756.630	5.760.510	5.756.630
I. c)	Bilanzergebnis	407.760	352.920	1.002.030
I. ca)	Jahresergebnis	403.880	326.460	1.002.030
I. cb)	Ergebnisvortrag			
I. cc)	Rücklagenveränderungen	3.880	26.460	
II.	Sonderposten für Zuschüsse			
III.	Fremdkapital (Summe)	**3.607.610**	**3.422.270**	**3.236.940**
III. a)	Rückstellungen	467.170	485.750	504.330
III. b)	kurzfristige Verbindlichkeiten	3.140.440	2.936.520	2.732.610
III. c)	langfristige Verbindlichkeiten			
Erfolgsrechnung (GuV)				
Erträge (Summe)		**11.629.230**	**11.023.670**	**17.656.300**
I.	Betriebsertrag (Summe)	**11.629.230**	**11.023.670**	**17.656.300**
I. a)	Umsatzerlöse (auch Gebühren, Beiträge)	11.587.930	10.982.370	17.575.760
I. b)	Mieten und Pachten	1.300	1.300	11.400
I. c)	Verwaltungskostenerstattung			
I. d)	sonstige Betriebserträge	40.000	40.000	69.140
II.	Betriebsfremde Erträge (Summe)	**0**	**0**	**0**
II. a)	Zuwendungen des Bundes und von anderen Ländern			
II. b)	Zuwendungen Dritter			
II. c)	Zinserträge			
II. d)	sonstige betriebsfremde Erträge	0	0	0
III.	Zuschüsse des Landes Berlin (Titel .....)			
Aufwendungen (Summe)		**11.225.350**	**10.697.210**	**16.654.270**
I.	Personalaufwand	3.935.190	3.782.010	3.578.140
II.	Sachaufwand	5.406.210	5.096.520	10.130.630
III.	Abschreibungen	640.120	655.570	762.390
IV.	Sonstiger Aufwand (Summe)	1.243.830	1.163.110	2.183.110
IV. a)	Schuldendienst (Zinsaufwendungen/Tilgungen)			
IV. b)	Zuwendungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			
IV. c)	besondere Finanzierungs-			

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

	Betrag/€		Ergebnis/€
	2024	2025	2022 vor WP
ausgaben IV. d) sonstiger betrieblicher Aufwand	1.234.830	1.163.110	2.183.110
Jahresergebnis (Erträge abzgl. Aufwendungen)	**403.880**	**326.460**	**1.002.030**
nachrichtlich: investives Volumen Projektförderung	**743.040**	**657.260**	**445.210**

nachrichtlich:[1)]

Planstellen / Stellenübersicht						
	Anzahl					
BesGr. /EntGr.	**Stellen**		**Beschäftigungspositionen**		**Stellen/ Beschäftigungspositionen**	
	(unbefristete Beschäftigungen)		(befristete Beschäftigungen)		für drittmittelfinanzierte Dienstkräfte	
	2024	**2025**	**2024**	**2025**	**2024**	**2025**
Beamtinnen und Beamte						
W 3						
W 1						
B 4						
A 16						
A 14						
A 13						
A 13S						
A 12						
A 11						
A 10						
A 9						
A 9S						
A 8						
A 7						
A 6						
Summe						

	Anzahl					
BesGr. / VGr.	**Stellen**		**Beschäftigungspositionen**		**Stellen/ Beschäftigungspositionen**	
LGr. / EntGr.	(unbefristete Beschäftigungen)		(befristete Beschäftigungen)		für drittmittelfinanzierte Dienstkräfte	
	2024	**2025**	**2024**	**2025**	**2024**	**2025**
Tarifbeschäftigte/r						
15 Ü	1	1				
14	1	1				
13						
12	4	4				
11	3	3				
10	1	1	1	1		
9	7	7				
8	8	8				
7	15	15				
6	11	11				
5	12	12	2	2		
4	5	5	1	1		
3			3	3		
2 Ü						
Summe	68	68	7	7		

[1)] Die aufgeführten Besoldungs- und Entgeltgruppen sind nur beispielhaft aufgeführt und durch die tatsächlich vorhandenen Gruppen zu ersetzen.

Die Anzahl der Stellen mit Wegfall- und Umwandlungsvermerken ist zu benennen.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Titel: 68347
Wirtschaftsplan der Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH
(vorläufig und unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Aufsichtsrates)

Beträge in €			Plan 2025	Plan 2024	IST 2022[1)]
Bilanzpositionen					
Aktiva					
I.	Anlagevermögen (Summe)		80.163.052	69.363.052	45.096.179
I.	a)	Sachanlagen	80.161.932	69.361.932	45.096.170
I.	b)	Finanzanlagen[2)]	1.120	1.120	1.120
II.	Umlaufvermögen (Summe)		3.098.811	4.399.609	9.475.208
II.	a)	Vorräte / Material	0	0	0
II.	b)	Fertigerzeugnisse	0	0	0
II.	c)	Forderungen	1.580.000	1.580.000	1.059.673
II.	d)	liquide Mittel	1.518.811	2.819.609	8.415.534
Passiva					
I.	Eigenkapital (Summe)		7.240.552	7.011.886	8.859.386
I.	a)	Grundkapital (gezeichnetes Kapital)	409.100	409.100	409.100
I.	b)	Rücklagen	6.831.452	6.602.786	7.189.795
I.	c)	Bilanzergebnis	0	0	1.260.491
I.		ca) Jahresergebnis	0	0	1.260.491
I.		cb) Ergebnisvortrag	0	0	0
II.	Sonderposten für Zuschüsse[4)]		52.956.139	30.683.440	30.683.440
III.	Fremdkapital (Summe)		15.156.962	16.941.230	14.485.523
III.	a)	Rückstellungen	1.306.962	1.013.770	954.121
III.	b)	kurzfristige Verbindlichkeiten	8.050.000	10.127.460	11.109.851
III.	c)	langfristige Verbindlichkeiten[5)]	5.800.000	5.800.000	2.421.551
Erfolgsrechnung (GuV)[17)]					
Erträge (Summe)			**25.115.872**	**23.830.072**	**21.678.269**
I.	Betriebsertrag (Summe)		16.985.900	15.705.100	12.974.169
I.	a)	Umsatzerlöse (auch Gebühren, Beiträge)	15.001.100	13.787.700	11.202.385
	aa)	Mieten und Pachten	1.534.800	1.467.400	1.260.797
	ab)	Verwaltungskostenerstattung	0	0	0
	b)	sonstige Betriebserträge	450.000	450.000	510.987
II.	Betriebsfremde Erträge (Summe)		1.509.972	1.509.972	2.046.056
II.	a)	Zuwendungen des Bundes und von anderen Ländern	0	0	0
II.	b)	Zuwendungen Dritter	0	0	0
II.	c)	Zinserträge[6)]	-50.028	-50.028	-3.701
II.	d)	Erträge aus Spenden und Nachlässen (= sonst. betr.fremde Erträge)	1.560.000	1.560.000	2.049.757

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

	Plan 2025	Plan 2024	IST 2022
III. Zuschüsse des Landes Berlin[7) 8)]	6.620.000	6.615.000	6.658.044
III. a) Zuwendungen institutionell[7)]	5.679.000	5.729.000	5.829.000
III. b) Zuschüsse Unterhalt Schloss Friedrichsfelde[9)]	191.000	191.000	191.000
III. c) Zuschuss für ÖRL[10)]	750.000	695.000	638.044
Aufwendungen (Summe)	**24.887.206**	**24.260.806**	**20.417.779**
I. Personalaufwand	12.718.300	12.348.200	9.776.140
II. Sachaufwand	4.350.400	4.223.700	3.802.532
III. Abschreibungen	1.034.134	1.034.134	649.847
IV. Sonstiger Aufwand (Summe)	6.784.372	6.654.772	6.189.260
IV. a) Schuldendienst (Zinsaufwendungen/ Tilgungen)[11)]	9.972	9.972	9.972
IV. b) besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
IV. c) sonstiger betrieblicher Aufwand	6.774.400	6.644.800	6.179.288
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (Erträge abzgl. Aufwendungen)	**228.666**	**-430.734**	**1.260.491**
Deckung Verlust aus den Rücklagen/ Einstellung in die Rücklagen	**-228.666**	**430.734**	**0**
Jahresergebnis	**0**	**0**	**1.260.491**
nachrichtlich:			
investives Volumen[12)]	13.828.600	15.676.199	14.505.598
davon Projektförderung[13)]	13.000.000	13.253.738	12.192.923

nachrichtlich:[14) 15)]

Planstellen / Stellenübersicht						
BesGr. / VGr.	**Stellen**			**Beschäftigungspositionen**		
LGr. / EntGr.	(unbefristete Beschäftigungen)			(befristete Beschäftigungen)		
TV ab 2020	**2025**	**2024**	**2022**	**2024**	**2025**	**2022**
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer[16)]						
1	2	2	3			
2	9	9	8			2
3	4	4	4	1	1	2
4	2	2	3	1	1	2
5	104	104	103	20	20	19
6	8	8	7	1	1	1
7	15	15	14	2	2	1
8	13	13	14			1
9	1	1	1			
10	2	2	2	1	1	
11	1	1	1			1
12	3	3	3			
13	3	3	3			
14	4	4	4	1	1	
15	1	1	1	1	1	1
16	4	4	4			
17						
AT/ Minijob	8	8	10	14	14	11
Summe	**184**	**184**	**185**	**42**	**42**	**41**

* es gibt keine drittmittelfinanzierten Dienstkräfte, daher Spalten gelöscht

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Der Wirtschaftsplan wurde unter Beachtung der Regelungen des BilRUG aufgestellt.

1) lt. Jahresabschluss 2022

2) 10 Genossenschaftsanteile Berliner Volksbank (seit 2018) zzgl. Genossenschaftsanteil an der Wirtschaftsgenossenschaft Deutscher Tierärzte e.G. (seit 2017)

4) Einführung Sonderposten ab 2018

5) Gesellschafterdarlehen der Zoo Berlin AG, Sondertilgung vorgenommen in 2018
zzgl. 2. Gesellschafterdarlehen ab Jan 2023 zur Finanzierung GRW-Eigenmittelanteil

6) Zinserträge abzgl. Zinsaufwand für Aufzinsung der Pensionsrückstellungen
Zinsaufwand übersteigt den Zinsertrag, so dass hier ein Negativsaldo entsteht

7) Zuwendungen institutionell: 2022 IST und 2024-2025 gem. Zuwendungsrahmenvertrag

8) Zuwendungen für Einnahmeausfall BerlinPass-Tickets ab 2022 in III.a) enthalten.
Das bisherige vergünstigte Ticketangebot für BerlinPass-Inhaber wird auch zukünftig weiter beibehalten

9) Zuschüsse zum Unterhalt des Schlosses Friedrichsfelde gem. Finanzierungsvereinbarung; die Aufwendungen werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst

10) Zuwendungen für die Straßenreinigung, Winterdienst und Niederschlagswasser; sind in gleicher Höhe im Aufwand unter IV. c) enthalten, IST 2022, 2024 und 2025 gem. HH-Anmeldung

11) Zinsen für Gesellschafterdarlehen, ab 2024 beginnt die Tilgung, Zinsaufwand sinkt

12) 2022: lt. JA 2022 IST lt. Anlagenspiegel

2024 und 2025: lt. Investitionsplan 2023 (aktualisierte Fassung vom 30.03.2023)
enthält die Förderprojekte Krallenotter, Erlebniszone Afrika, Himalaya (Land Berlin), Dickhäuterhaus, flächenübergreifende Maßnahmen (GRW)

13) 2022 ff.: Landesmittel für o.g. Förderprojekte Land Berlin, Anteil GRW-Mittel, lt. Investitionsplan 2023 ff. (in der aktuellen Fassung vom 30.03.2023)

14) ohne Auszubildende und Saisonkräfte

15) seit 01.01.2008 eigener Haustarifvertrag für Zoo Berlin AG und Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH

16) Mitarbeitende 2022: Gesamt 226, dav. weibl.: 91, männl.: 135

Stand Auswertung Jahresabschluss 2022

In den befristeten Stellen sind Minijobber enthalten, die als Guides für die Tierpark-Schule arbeiten.

17) Erträge und Aufwand aus Sonderposten (lt. GuV) sind ergebnisneutral und daher hier nicht mit aufgeführt. Erträge aus der Auflösung Sonderposten wurden mit den Abschreibungen saldiert. (Pos. III.)

Hinweis: Aktiva und der Passiva ergeben keine ausgeglichene Bilanz, da die Rechnungsabgrenzungsposten nicht enthalten sind.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001068 Städtebau und Baukultur

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	16.174	23.771	-31,96
Kostenträger	1	Sachkosten	0	0	
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	4.705	8.016	-41,31
Projekte	1	Gemeinkosten	5.708	10.959	-47,91
		Summe Verwaltungskosten	26.587	42.746	-37,80
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	26.587	42.746	-37,80

Am strategischen Ziel ist die Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510) zu 100,00 % beteiligt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005359	2022	26.587	0	26.587
LuV II - Finanzierung, Präzisierung, Sicherung und Erreichung städtebaulicher Ziele	2021	42.746	0	42.746

Es handelt sich um ein operatives Ziel der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, dem seit 2010 einzig der Projektkostenträger 28037 („Nachnutzung THF, LUV II“) zugeordnet ist. Abgebildet werden die Kosten für die Bewirtschaftung des Flughafens Tempelhof.

Verwaltungskosten	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28037 - Nachnutzung Tempelhof (LuV II) (Projekt)	26.587	42.746	42.261	39.091

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 100,00 %.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001072 Nachhaltige Haushaltstrategie des Landes Berlin

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	7	Personalkosten	22.576.347	20.200.402	+11,76
Kostenträger	35	Sachkosten	20.755.506	15.514.800	+33,78
davon		Transferkosten	18.924.780	26.230.262	-27,85
Produkte	21	Verrechnungskosten	4.071.523	4.014.316	+1,43
MGF	14	kalkulatorische Kosten	192.345.748	210.636.022	-8,68
Projekte	0	Gemeinkosten	8.213.494	7.823.958	+4,98
		Summe Verwaltungskosten	266.887.398	284.419.760	-6,16
		Transfers	66.681.065	107.047.625	-37,71
		Gesamtsumme	333.563.607	391.463.627	-14,79

Der Kostenanteil der Abteilung Vermögen und Beteiligungen am strategischen Ziel beträgt 77,23 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 8,66 % auf die Abteilung Landespersonal (Kapitel 1540), zu 8,64 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500), zu 5,42 % auf die Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Kapitel 1520) sowie zu 0,05 % auf den Landesfinanzservice (Kapitel 1523).

Dem strategischen Ziel 001072 „Nachhaltige Haushaltstrategie des Landes Berlin“ ist weiterhin das Kapitel 2902 zugeordnet, auf eine zusätzliche Darstellung beim Kapitel 2902 wird verzichtet, weil die Verwaltungskosten im Kapitel 1510 abgebildet werden.

Das strategische Ziel gliedert sich in sieben operative Ziele: 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ mit einem Anteil von 90,98 % an den Verwaltungskosten, 005233 „Statistikstelle Personal des Landes Berlin“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 0,74 %, 005239 „Liquiditätssicherung und Schuldenverwaltung“ mit einem Anteil von 1,51 % an den Verwaltungskosten, 005496 „Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen“ mit einem Anteil von 0,30 %, 005497 „Einheitliche und nachhaltige Personalpolitik“ mit einem Anteil von 6,12 %, 005519 „Investitionsplanung“ mit einem Anteil von 0,30 % sowie 005541 „Landespersonalausschuss“ mit einem Anteil von 0,05 %

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005053	2022	242.806.635	57.671.243	300.473.022
Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes	2021	261.175.103	92.189.312	353.360.657

Die Gesamtkosten des operativen Ziels 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ betragen rund 300,5 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1510 beträgt 71,64 %. Aus dem Bereich Vermögen und Beteiligungen sind diesem Ziel das Ministerielle Geschäftsfeld 78893 „Grundsatzangelegenheiten und operative Aufgaben, Bürgschaften und andere Finanzinstrumente“ sowie das Transferprodukt 80265 „Zuwendungen an Einrichtungen, über die Sen Fin die Fachaufsicht ausübt“ zugeordnet. Zudem werden die Kosten für das gebundene Kapital in den Beteiligungen des Landes Berlin beim Kostenträger 81023 „Beteiligungen Land Berlin“ ausgewiesen.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis: Gesamtkosten):
1. Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service:
   (Anteil von 6,77 % im Kapitel **1500**)
2. Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Anteil von 4,28 % im Kapitel **1520**, Anteil von 14,66 % im Kapitel **2940**)
3. Landesfinanzservice (Anteil von 0,04 % im Kapitel **1523**)
4. Abteilung Landespersonal (Anteil von 2,61 % im Kapitel **1540**).

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Verwaltungskosten in €	2022	2021	2020	2019
78893 - Grundsatzangelegenheiten und operative Aufgaben, Bürgschaften und andere Finanzinstrumente (Ministerielles Geschäftsfeld)	2.811.088	2.811.088	4.469.402	3.252.366

Der Kostenanteil des MGF am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,84 %.

Der Kostenträger zeichnet sich in erster Linie durch Erträge in Höhe von 23.499.807 € (2021: 18.256.321 €) und Aufwendungen für Bürgschaften in Höhe von 1.650.409 € (2021: 1.138.905 €) aus. Die Erträge (Ertragsarten 80200040, 80200110, 80200930) und Aufwendungen (Kostenart 40510010) fallen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme aus Bürgschaften und deren Rückzahlung an (Wohnungsbau, gewerbliche Wirtschaft, Flughafen Berlin Brandenburg GmbH).

Fachspezifische Informationen

Das MGF 78893 „Grundsatzangelegenheiten und operative Aufgaben, Bürgschaften und andere Finanzinstrumente“ umfasst konzeptionelle Maßnahmen einschließlich Vorbereitung von Grundsatzentscheidungen und Herstellung rechtlicher Rahmenbedingungen für den Einsatz von Bürgschaften und anderer Finanzierungsinstrumente zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, des Sozialbereiches und des Wohnungsbaus. Es beinhaltet ferner Grundsatzfragen der Bürgschaftsgewährung, -inanspruchnahme und Forderungsabwicklung sowie die damit zusammenhängenden operativen Tätigkeiten. Die Finanzierungsinstrumente werden teilweise im Zusammenwirken mit dem Bund und mit anderen Bundesländern gewährt.

Verwaltungskosten in €	2022	2021	2020	2019
80265 - Zuwendungen an Einrichtungen, über die Sen Fin die Fachaufsicht ausübt (Transferprodukt) (Ministerielles Geschäftsfeld)	11.763.395*	19.041.553*	7.617	27.250

* Der Anstieg der Verwaltungskosten ist - pandemiebedingt - durch Übernahme der Kosten für Luftfilter in Schulen (2022: 11.746.921 €, 2021: 15.000.000 €) und - nur 2021 - auch durch Zahlungen an die Tegel Projekt GmbH (3.994.790 €) verursacht.

Auf dem Kostenträger 80265 „Zuwendungen an Einrichtungen, über die SenFin die Fachaufsicht ausübt“ werden Transfers, die keine Verwaltungskosten darstellen, für die Zuwendungen an den Tierpark Berlin (Kapitel 1510, Titel 68347 und 89201) sowie für andere Stellen außerhalb der Verwaltung Berlins nachgewiesen.

Transfers in €	2022	2021	2020	2019
80265 - Zuwendungen an Einrichtungen, über die Sen Fin die Fachaufsicht ausübt (Transferprodukt)	13.165.701*	21.376.746*	45.601.458**	9.586.796

* Es sind neben Transfers für den Tierpark Berlin (2022: 11.382.174 €; 2021: 10.976.637 €) auch solche für Bauvorbereitung am Palais am Festungsgraben enthalten (2022: 1.800.000 €) und für die Herrichtung des Robert-Koch-Forums (2021: 10.400.109 €) enthalten.

** Es sind neben Transfers für den Tierpark Berlin (9.063.571 €) auch solche für die Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH (pandemiebedingter Ausgleich, Kapitel 2990, Titel 68211) enthalten (36.549.475 €).

Der Kostenanteil des Transferprodukts am Bereich / Strategischen Ziel liegt bezogen auf die Gesamtkosten bei 7,47 %.

Fachspezifische Informationen

Der Kostenträger umfasst die Gewährung von Zuwendungen nach §§ 23, 44 LHO an Unternehmen, über die die Senatsverwaltung für Finanzen bezüglich der Mittelverwendung die Fachaufsicht ausübt. So erhält der Tierpark Berlin die Zuwendungen u. a. für die Herrichtung von Tiergehegen, die landschaftliche Umgestaltung, die Sanierung des Verwaltungsgebäudes.

Verwaltungskosten in €	2022	2021	2020	2019
81023 - Beteiligungen Land Berlin	187.520.013	206.201.518	208.401.920	239.569.741

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 56,21 %.

Fachspezifische Informationen

Auf dem Kostenträger 81023 „Beteiligungen Land Berlin“ werden in Umsetzung des Konzeptes zur „Behandlung des Finanzanlagevermögens in der Anlagenbuchhaltung der Berliner Verwaltung“ seit 2018 die Kosten für das gebundene Kapital in den Beteiligungen des Landes Berlin erfasst. Der Kostenausweis beruht auf den in den Beteiligungsberichten aufgeführten unmittelbaren Beteiligungen an Landesunternehmen (2022: 57, 2021: 57).

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005239	2022	4.023.928	0	4.023.928
Liquiditätssicherung und Schuldenverwaltung	2021	3.700.674	0	3.700.674

Der Anteil der Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitels 1510) an den Kosten dieses operativen Zieles beträgt 100 %.

Das operative Ziel wird zu 100 % über das Ministerielle Geschäftsfeld 77810 „Kreditmanagement, Versorgungsrücklagefonds“ abgebildet. Dieser Kostenträger umfasst unter anderem Leistungen im Zusammenhang mit der Kreditaufnahme für den Haushalt, dem Derivateinsatz und Schuldenverwaltung sowie im Zusammenhang mit Geldgeschäften zur Liquiditätssicherung der Landeshauptkasse Berlin.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
77810 - Kreditmanagement, Versorgungsrücklagefonds (Ministerielles Geschäftsfeld)	4.023.928	3.700.674	14.147.407	5.032.607

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 1,21 %.

Fachspezifische Informationen
Über das Ministerielle Geschäftsfeld 77810 „Kreditmanagement, Versorgungsrücklagefonds“ wird nicht die Höhe der Kreditverbindlichkeiten abgebildet, sondern der Verwaltungsaufwand für die Planung, Steuerung und Verwaltung der Kreditaufnahmen und daraus entstehender Verbindlichkeiten, die über das Kapitel 1510 der Abteilung Vermögen und Beteiligungen finanziert werden. Schwankungen sind durch die unterschiedlichen Sachkosten für das Kreditmanagement begründet.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001074 Liegenschaftsangelegenheiten und Beteiligungen

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	4.797.781	4.512.825	+6,31
Kostenträger	7	Sachkosten	6.009.411	22.474.776	-73,26
davon		Transferkosten	873.213	9.600.162	-90,90
Produkte	2	Verrechnungskosten	758.563	457.162	+65,93
MGF	5	kalkulatorische Kosten	802.558	805.168	-0,32
Projekte	0	Gemeinkosten	2.153.949	2.521.066	-14,56
		Summe Verwaltungskosten	15.395.474	40.371.158	-61,87
		Transfers	63.526.718	25.500.000	+149,12
		Gesamtsumme	78.922.193	65.871.158	+19,81

Der Kostenanteil der Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510) am strategischen Ziel beträgt 98,80 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen mit 1,20 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500).

Dem strategischen Ziel 001074 „Liegenschaftsangelegenheiten und Beteiligungen“ sind weiterhin die Kapitel 2990 und 2991 zugeordnet, auf eine zusätzliche Darstellung bei den Kapiteln 2990 und 2991 wird verzichtet, weil die Verwaltungskosten im Wesentlichen im Kapitel 1510 abgebildet werden.

Das strategische Ziel gliedert sich in zwei operative Ziele: 005237 „Optimale Bearbeitung von Grundstücksangelegenheiten“ mit einem Anteil von 60,36 % an den Verwaltungskosten und 005238 „Optimale Beteiligungs- und Vermögensverwaltung“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 39,64 %.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005237	2022	9.292.752	54.901.718	64.194.470
Optimale Bearbeitung von Grundstücksangelegenheiten	2021	12.999.639	0	12.999.639

Der Anteil des Kapitels 1510 an den Gesamtkosten beträgt 99,71 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten):
Politisch-administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service (Anteil von 0,29 % im Kapitel **1500**).

Zum operativen Ziel 005237 „Optimale Bearbeitung von Grundstücksangelegenheiten“ gehören drei die Abteilung Vermögen und Beteiligungen betreffende Kostenträger:

Verwaltungskosten* in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
77242 - Grundsatzangelegenheiten Liegenschaften (Ministerielles Geschäftsfeld)	7.082.838	10.633.959	1.443.959	3.853.479

2022 wurden auf dem Kostenträger auch Sachkosten in Höhe von 4.917.369 € für Managementvergütungen THV I und THV II an die BIM GmbH erfasst.

2021 wurden auf dem Kostenträger auch Transferkosten in Höhe von 9.595.000 € für Luftfilter in Schulen an die BIM GmbH erfasst.

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 8,97 %.

IST-Erträge in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
77242 - Grundsatzangelegenheiten Liegenschaften (Ministerielles Geschäftsfeld)	5.028.681,20	975.815,31	1.454.723,41	1.938.139,77

Fachspezifische Informationen
Das Ministerielle Geschäftsfeld 77242 „Grundsatzangelegenheiten Liegenschaften“ umfasst alle Maßnahmen, die zur grundsätzlichen Vorbereitung und Durchführung von Liegenschaftsangelegenheiten des Landes Berlin und zur Umsetzung von Rechtsvorschriften für diesen Bereich notwendig sind. Bei diesem Kostenträger werden Erträge aus Grundstücksverkäufen ausgewiesen (ausgenommen Verkäufe durch den Liegenschaftsfonds und die Bezirke).

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
78908 - Facility Management für betriebsnotwendige Grundstücke des Landes Berlin (SILB) (Ministerielles Geschäftsfeld)	1.197.398	1.123.214	1.094.097	921.298

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 7,78 %, bezogen auf die Gesamtkosten bei 64,87 %.

Transfers in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
78908 - Facility Management für betriebsnotwendige Grundstücke des Landes Berlin (SILB) (Ministerielles Geschäftsfeld)	50.000.000*	0	0	0

* Die ausgewiesenen Transfers in Höhe von 50 Mio. € betreffen die Zuführung an das SIWA.

IST-Erträge in € *	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
78908 - Facility Management für betriebsnotwendige Grundstücke des Landes Berlin (SILB) (Ministerielles Geschäftsfeld)	149.603.000	145.405.000	173.437.000	176.670.000

* Ertragsart 80102020 – Gewinne und Erlöse aus Unternehmen und Beteiligungen (Kapitel 2991, Titel 12121)

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Fachspezifische Informationen
Das Ministerielle Geschäftsfeld 78908 „Facility Management des Landes Berlin“ umfasst alle Angelegenheiten, die der Wahrnehmung der Interessen des Landes Berlin hinsichtlich der landeseigenen Grundstücke und Gebäude des Sondervermögens des Landes Berlin (SILB) dienen bzw. die Unterbringung von Landesdienststellen in von Dritten angemieteten Gebäuden betreffen. Grundlage ist der Abgeordnetenhausbeschluss vom 31.10.2002 (Gründungsbeschluss der BIM GmbH und des Landesbetriebes für Gebäudebewirtschaftung).
Das Portfolio des SILB hat sich seit 2005 kontinuierlich erweitert und umfasst derzeit neben dem Startportfolio Gerichtsgebäude, berufsbildende und zentral verwaltete Schulgebäude, Unterkünfte für Geflüchtete, Gebäude der Polizei, Feuerwehr und Justizvollzugsanstalten sowie von Kultureinrichtungen. Insgesamt werden von der BIM GmbH rund 4,5 Millionen m² Nettoraumfläche von 1.571 Gebäuden bewirtschaftet.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
81052 - Facility Management für nicht betriebsnotwendige Grundstücke des Landes Berlin (SODA) (Ministerielles Geschäftsfeld)	827.047*	1.088.817*	1.106.780*	8.613.323

* Die Managementvergütungen für die Verwaltung durch die BIM GmbH sind 2022 beim Kostenträger 77242 „Grundsatzangelegenheiten Liegenschaften (Ministerielles Geschäftsfeld)“, 2021 und 2020 beim Kostenträger 78909 „Beteiligungsmanagement und -controlling“ erfasst worden (Kapitel 2990, Titel 54010).

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 5,37 %, bezogen auf die Gesamtkosten bei 7,26 % .

IST-Erträge in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
81052 - Facility Management für nicht betriebsnotwendige Grundstücke des Landes Berlin (SODA) (Ministerielles Geschäftsfeld)	22.184.112,68	15.190.038,92	21.051.322	36.307.668

Fachspezifische Informationen
Das Ministerielle Geschäftsfeld 81052 „Facility Management für nicht betriebsnotwendige Grundstücke des Landes Berlin“ umfasst alle Angelegenheiten, die die BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH in Wahrnehmung der Interessen des Landes Berlin im Facility Management für die nicht betriebsnotwendigen landeseigenen Immobilien, insbesondere des Sondervermögens für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA) und seit 2019 ebenfalls des Treuhandvermögens Liegenschaftsfonds sowie die von der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH wahrgenommenen Geschäftsbesorgungen betreffen. Bei diesem Kostenträger werden sowohl Rückflüsse aus dem SODA (2022: 6,6 Mio. €, 2021: 25 T€) als auch Erträge aus Grundstücksverkäufen des Treuhandvermögens ausgewiesen (ausgenommen Verkäufe durch die Abteilung Vermögen und Beteiligungen und durch die Bezirke). Neben diesen Erlösabführungen des Liegenschaftsfonds an die Senatsverwaltung für Finanzen wurden 2022 noch 10,7 Mio. € (2021: 11,0 Mio. €) an andere Behörden der Hauptverwaltung und die Bezirke abgeführt.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005238	2022	6.102.722	8.625.000	14.727.722
Optimale Beteiligungs- und Vermögensverwaltung	2021	27.371.519	25.500.000	52.871.519

Die Gesamtkosten des operativen Ziels 005238 „Optimale Beteiligungs- und Vermögensverwaltung“ betragen rund 14,7 Mio. €. Der Anteil des Kapitels **1510** (Abteilung Vermögen und Beteiligungen) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Zu diesem operativen Ziel gehören die Ministeriellen Geschäftsfelder 78319 „Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen, Öffentlich-Private-Partnerschaften und Sonderfinanzierungsmaßnahmen“ und 78909 „Beteiligungsmanagement und -controlling“ sowie der Transfer-Kostenträger 80616 „Zuschüsse an den Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung“.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
78319 - Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen, Öffentlich-Private Partnerschaften und Sonderfinanzierungsmaßnahmen (Ministerielles Geschäftsfeld)	1.150.263	1.176.588	1.055.095	913.899

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 7,47 %, bezogen auf die Gesamtkosten bei 1,46 %..

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

IST-Erträge in €		2022	2021	2020	2019
78319 - Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen, Öffentlich-Private Partnerschaften und Sonderfinanzierungsmaßnahmen (Ministerielles Geschäftsfeld)		149.365.663	180.893.869	152.016.097	160.503.434

Fachspezifische Informationen

Das Ministerielle Geschäftsfeld 78319 „Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen, Öffentlich-Private Partnerschaften und Sonderfinanzierungsmaßnahmen“ beinhaltet die Analyse, Prüfung der Voraussetzungen und Entscheidungsvorbereitung für die Gründung von Landesunternehmen, das Eingehen oder die Veräußerung von Beteiligungen sowie die Liquidation von im Sinne des § 65 LHO nicht mehr erforderlicher Unternehmen. Bei diesem Kostenträger werden Verwaltungserträge im Wesentlichen für vereinnahmte Konzessionsabgaben im Bereich Strom und Gas erzielt.

Verwaltungskosten* in €	2022	2021**	2020	2019
78909 - Beteiligungsmanagement und -controlling (Ministerielles Geschäftsfeld)	4.952.459	26.194.931	23.457.453	24.175.133

* In den Verwaltungskosten sind Transferkosten (2020: 2,8 Mio. €, 2019: 3,8 Mio. €) und Sachkosten (Kostenart 40510010) für die Inanspruchnahme aus der Risikoabschirmung (2021: 11,0 Mio. €), aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften (2020: 7,0 Mio. €; 2019: 15,8 Mio. €) sowie für Managementvergütungen für die Verwaltung des Treuhandvermögens durch die BIM GmbH (2021: 9,0 Mio. €; 2020: 8,6 Mio. €) enthalten. In den übrigen Jahren sind diese Managementvergütungen bei den Kostenträgern 77242 „Grundsatzangelegenheiten Liegenschaften (Ministerielles Geschäftsfeld)“ (2022: 4,9 Mio. €) und 81052 „Facility Management für nicht betriebsnotwendige Grundstücke des Landes Berlin (SODA) (Ministerielles Geschäftsfeld)“ (2019: 7,6 Mio. €) nachgewiesen.

** 2021 sind zudem Transfers, die nicht Bestandteil der Verwaltungskosten sind, an die Zoologischer Garten Berlin AG in Höhe von 16,5 Mio. € gezahlt worden.

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 32,17 %, bezogen auf die Gesamtkosten bei 6,28 %.

Ist-Erträge* in €	2022	2021	2020	2019
78909 - Beteiligungsmanagement und -controlling (Ministerielles Geschäftsfeld)	15.140.713**	6.761.673	22.559.239**	6.759.703

* Ertragsart 80102020 – Gewinne und Erlöse aus Unternehmen und Beteiligungen

**Steigerung 2022 gegenüber 2021 durch außerplanmäßige Gewinnabführung des IT-Dienstleistungszentrum Berlin in Höhe von rund 8,5 Mio. €.

Steigerung 2020 gegenüber 2019 durch Gewinnerhöhung 2019 beim IT-Dienstleistungszentrum Berlin (rund 17,2 Mio. €), für die Kosten- und Leistungsrechnung der Periode 01/2020 zugewiesen.

Der Kostenträger zeichnet sich durch Erträge aus Unternehmensgewinnen aufgrund der Beteiligungen des Landes Berlin an der Berliner Großmarkt GmbH, der Berliner Stadtgüter GmbH, der Berliner Immobilienmanagement GmbH, des IT-Dienstleistungszentrum Berlin, der Investitionsbank Berlin und anderen in Höhe von 14.099.328 € (2021: 5.480.406 €) aus (Kapitel 2990, Titel 12111). Hinzu kommen die Überschüsse aus dem Geschäft der Staatlichen Münze Berlin in Höhe von 1.036.979 € (2021: 1.281.268 €) (Kapitel 1510, Titel 12124).

Fachspezifische Informationen

Über das Ministerielle Geschäftsfeld 78909 „Beteiligungsmanagement und -controlling“ werden alle Aktivitäten für ein strategisches und operatives Management für die Beteiligungen Berlins an privatrechtlichen Unternehmen und für bedeutende Anstalten öffentlichen Rechts sowie damit zusammenhängende Angelegenheiten des Haushalts abgebildet.

Transfers in €	2022	2021	2020	2019
80616 - Zahlung von Zuschüssen an den Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung	8.625.000	9.000.000	11.497.775	12.294.000

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel bezogen auf die Gesamtkosten liegt bei 10,93 %.

Fachspezifische Informationen

Auf dem Kostenträger 80616 „Zahlung von Zuschüssen an den Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung“ werden die Transfers für die Zuschüsse an den LfG (Kapitel 2990, Titel 68281) zur Deckung der Personal- und Sachkosten, nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel 001080 Finanzpolitik und Haushalt					
Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	275.832	266.909	+3,34
Kostenträger	2	Sachkosten	50	0	
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	30.528	29.279	+4,27
Projekte	2	Gemeinkosten	109.577	126.221	-13,19
		Summe Verwaltungskosten	415.987	422.408	-1,52
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	415.987	422.408	-1,52

Der Kostenanteil der Abteilung Vermögen und Beteiligungen am strategischen Ziel beträgt 60,13 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen mit 39,87 % auf die Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Kapitel 1520).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005106	2022	415.987	0	415.987
Interne Fachaufgaben der effizienten Aufgabenerledigung des Vermögensrechts i. w. S.	2021	422.408	0	422.408

Der Anteil des Kapitels 1510 beträgt 60,13 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel:
Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Anteil von 39,87 % im Kapitel **1520**).

Das operative Ziel 005106 „Interne Fachaufgaben der effizienten Aufgabenerledigung des Vermögensrechts i. w. S.“ wird in der Abteilung Vermögen und Beteiligungen über den Kostenträger 28346 „Projekt § 2b UStG“ charakterisiert.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28346 - Projekt Einführung von § 2 b Umsatzsteuergesetz in der Landesverwaltung Berlin	250.147	256.898	235.299	166.819

Das Projekt beinhaltet die personelle, technische und organisatorische Vorbereitung der Landesverwaltung Berlin auf die ab dem 01.01.2025 geltenden Umsatzsteuervorschriften durch einen eigenen Koordinationsbereich. Dieser dient der Erfüllung der umsatzsteuerlichen Pflichten des Landes Berlin als Abgabenschuldner gegenüber dem zuständigen Finanzamt für Körperschaften ab dem 01.01.2025 durch Information, Verfahrensregelungen und Unterstützung der Dienststellen und Einrichtungen des Landes Berlin.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001087 Wiedergutmachung von DDR-Unrecht und Wiedervereinigungsrecht (offene Vermögensfragen)

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	284.876	462.846	-38,45
Kostenträger	6	Sachkosten	0	20	-100,00
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	5	Verrechnungskosten	2.814	213.980	-98,68
MGF	1	kalkulatorische Kosten	28.494	29.992	-4,99
Projekte	0	Gemeinkosten	110.822	164.619	-32,68
		Summe Verwaltungskosten	427.006	871.456	-51,00
		Transfers	96.924	235.780	-58,89
		Gesamtsumme	523.930	1.107.236	-52,68

Der Kostenanteil der Abteilung Vermögen und Beteiligungen am strategischen Ziel beträgt 85,89 %. Die Kosten für die Erledigung von Restaufgaben des ehemaligen Landesamtes für offene Vermögensfragen werden seit dem Jahr 2013 bei der Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510) nachgewiesen, während die Kostenabbildung für die Erledigung von Restaufgaben des ehemaligen Lastenausgleichsamtes in der Abteilung Zentraler Service verblieben ist. Somit entfallen die übrigen Kostenanteile mit 14,11 % auf die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500). Das strategische Ziel 001087 umfasst neben den Kapiteln 1500 und 1510 auch Anteile des Kapitels 2990 (Vermögen und Beteiligungen).

Das strategische Ziel gliedert sich in drei operative Ziele: 005102 „Effiziente Aufgabenerledigung / Lenkungsaufgaben LARoV“ mit einem Anteil von 2,12 % an den Verwaltungskosten, 005103 „Effiziente Aufgabenerledigung des Vermögensrechts i. w. S.“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 83,76 % und 005104 „Effiziente Aufgabenerledigung / Lastenausgleich“ mit einem Anteil von 14,12 % an den Verwaltungskosten.

Die Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510) ist an den operativen Zielen 005102 „Effiziente Aufgabenerledigung / Lenkungsaufgaben LARoV“ und 005103 „Effiziente Aufgabenerledigung des Vermögensrechts i. w. S.“ jeweils zu 100 % beteiligt. Die Kosten für die Erledigung von Restaufgaben des ehemaligen Lastenausgleichsamtes werden bei der Abteilung Zentraler Service zu 100 % beim operativen Ziel 005104 „Effiziente Aufgabenerledigung / Lastenausgleich“ ausgewiesen (Hinweis auf Darstellung zum Kapitel 1500).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005102	2022	9.069	0	9.069
Effiziente Aufgabenerledigung / Ausgleichsverwaltung und offene Vermögensfragen	2021	377.512	0	377.512

Der Anteil der Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Zu diesem operativen Ziel gehört als einziger Kostenträger das Ministerielle Geschäftsfeld 77929 „Ministerielle Aufgaben auf dem Gebiet der Wiedergutmachung von DDR-Unrecht, des Wiedervereinigungsrechts und der Vermögenssicherung/-zuordnung“.

	2022	**2021**	**2020**	**2019**
Verwaltungskosten in €	9.069	377.512	425.582	154.386

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel bezogen auf die Gesamtkosten liegt bei 1,73 %.

Das Ministerielle Geschäftsfeld beinhaltet Strategiekonzeptionen für ein ordnungsgemäßes und effizientes Verwaltungshandeln auf dem Gebiet der offenen Vermögensfragen, der Entschädigungs- und Ausgleichsleistung, des Lastenausgleichs und der Vermögenssicherung sowie des DDR-ErfG und der Grundstücksverkehrssicherung (GVO).

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005103	2022	357.667	924	358.591
Effiziente Aufgabenerledigung des Vermögensrechts i. w. S.	2021	433.197	127.780	560.977

Der Anteil der Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Zu diesem operativen Ziel gehören die zwei nachstehend aufgeführten Kostenträger:

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
75091	2022	94.283	0	94.283
Entscheidungen nach der GVO	2021	134.006	0	134.006

	2022	2021
Menge: Anzahl der Bescheide	180	180
Kosten je ME in €	523,80	744,48
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	18,00	12,10
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	125,00	75,00
Kostendeckungsgrad in %	0,13	0,06

Der Kostenanteil am operativen Ziel liegt bei 26,36 %.

Der Kostenträger umfasst die Erteilung von Grundstücksverkehrsgenehmigungen. Nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) ist für Verkauf / Eigentumsübergang eines Grundstücks eine kostenpflichtige Grundstücksverkehrsgenehmigung erforderlich. Sie wird erteilt, wenn kein Rückübertragungsantrag vorliegt, ein solcher Antrag bestandskräftig abgelehnt oder zurückgenommen wurde (Negativattest).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80361	2022	263.384	924	264.308
Bescheide, Widerspruchsbescheide und Prozessführung nach dem Vermögensgesetz, Entschädigungsgesetz und Ausgleichsleistungsgesetz sowie Auskünfte zur Anmeldefreiheit von Vermögenswerten	2021	299.191	127.780	426.971

	2022	2021
Menge: Anzahl der Anträge / Fälle	36	36
Kosten je ME in €	7.316,21	8.310,86
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	50,45	38,56
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Der Kostenanteil am operativen Ziel liegt bei 73,64 %.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Der Kostenträger umfasst im Wesentlichen die Festsetzung bzw. Ablehnung der Entschädigung / Ausgleichsleistung für Immobilien, Unternehmen und bewegliches Vermögen.

Erledigungsquoten	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
Vermögensgesetz	100,00 %	100,00 %	100,00 %	99,99 %
Entschädigung / Ausgleichsleistung	99,81 %	99,81 %	99,81 %	99,73 %

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Haushaltsabteilung – Abteilung II – der Senatsverwaltung für Finanzen.

B. Gender Budgeting

Durch die Einbindung des Leiters der Haushaltsabteilung in die konzeptionellen Arbeiten der Arbeitsgruppe Gender Budget als deren Vorsitzender ist unmittelbar gewährleistet, dass der parlamentarische Wille zur Durchführung des Gender Budgets in konkrete Handlungsanweisungen für die Verwaltung umgesetzt wird. Zudem wurde 2022 die Leitstelle geschlechtergerechte Haushaltssteuerung (LGH) als Organisationseinheit in der Abteilung II angesiedelt, um den berlinweiten Prozess der geschlechtergerechten Haushaltssteuerung weiterzuentwickeln und zu steuern.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Absoluter Anteil	68	48	75	50	77	48
Relativer Anteil	58,1 %	41,9 %	59,7 %	40,3 %	60,7 %	39,3 %

Das geschlechterdifferenzierte monatliche Durchschnittseinkommen nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ) beträgt durchschnittlich pro Monat in 2022:

	Weiblich	Männlich
Gesamt	66.573,46 €	77306,42 €
Führungskräfte	77.850,06 €	98.544,14 €
Mitarbeitende	63.939,19 €	72.119,53 €

Die Beschäftigten der Senatsverwaltung für Finanzen werden nach einheitlichen tarif- bzw. besoldungsrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Bei der Berechnung des geschlechterdifferenzierten Durchschnittseinkommens ist zu beachten, dass das Monatsbrutto zugrunde gelegt wird. In diesem sind auch die Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgung enthalten.

Die Unterschiede bei den durchschnittlichen Bezügen ergibt sich insbesondere aus dem Aspekt, dass mehr weibliche Dienstkräfte unbezahlte Beurlaubungen in Anspruch nehmen.

Weitere Gründe ergeben sich insbesondere daraus, dass

- der Anteil der Frauen an den Nachwuchskräften hoch ist, die sich am Beginn ihrer Verwaltungslaufbahn befinden und daher in niedrigeren Besoldungs-/Entgeltgruppen eingruppiert sind. 70,0 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung II bis zur Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe 10 sind weiblich (2014: 71,4 %)
- rund 73 % der Unter-45-Jährigen in der Abteilung II weiblich und in niedrigeren Erfahrungsstufen eingruppiert sind (Tendenz derzeit steigend).
- 33,3 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab der Besoldungsgruppe A16 bzw. vergleichbar Frauen sind.

Die Abteilung II ist weiterhin bemüht, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Seit 2023 wird die Leitung der Abteilung von einer weiblichen Dienstkraft wahrgenommen.

Weitere Einzelheiten:

Für fachspezifische Schulungsmaßnahmen der Beschäftigten und für die kostenpflichtige Teilnahme an sonstigen Veranstaltungen zur Fortbildungen standen in den vergangenen Haushaltsjahren ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11901	011	Veröffentlichungen	1.000	1.000	1.000	—
11979	011	Verschiedene Einnahmen	1.000	1.000	1.000	—
		Gesamteinnahmen	2.000	2.000	2.000	
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
42201	011	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	7.324.000	7.842.000	5.068.000	4.800.824,52
42701	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	1.000	1.000	1.000	—
42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	2.605.000	2.710.000	3.636.000	3.845.636,62
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	438.000	614.000	363.000	256.062,38
44100	011	Beihilfen für Dienstkräfte	246.000	253.000	353.000	231.599,17
44379	011	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	1.000	1.000	1.000	-4.754,31
51101	011	Geschäftsbedarf	9.000	9.000	9.000	8.331,34
51102	011	Herstellung des Haushaltsplans und ähnlicher Druckerzeugnisse	60.000	60.000	60.000	54.781,28

Ausgaben u.a. für die Herstellung der Druckstücke des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan, der Haushalts- und Vermögensrechnung, der Finanz- und Investitionsplanung, des Fortschrittsberichts, des Finanzhilfenberichts, der Loseblattsammlung "Berliner Haushaltsrecht", sowie weiterer Veröffentlichungen.

51140	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	25.700	25.700	25.700	217.116,53

Ausgaben für die Ersatz- und Neubeschaffung von Büromobiliar inklusive Whiteboards einschließlich Reparaturkosten.

51185	011	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT Siehe Maßnahmegruppe 32				
52501	011	Aus- und Fortbildung	8.000	8.000	8.000	1.530,00

Ausgaben für fachspezifische Schulungsmaßnahmen und für die Teilnahme an sonstigen Veranstaltungen zum Erhalt und zur Optimierung der beruflichen Handlungsfähigkeit. Darunter fallen auch Teambildungsmaßnahmen, Klausurtagungen.

52536	011	Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT Siehe Maßnahmegruppe 32				
52610	011	Gutachten	25.000	20.000	10.000	—

Allgemeine Gutachten unter anderem für Beratung und Vertretung des Landes in Verfahren zur Klärung der rechtlichen Zulässigkeit bestimmter Verteilerschlüssel bei Programmen des Bundes.
Gutachten sowie sonstige Aufwendungen für die Prozessvertretung Berlins anlässlich gerichtlicher Klageverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**011**	**Dienstreisen**	**10.000**	**10.000**	**13.000**	**3.912,60**

Ausgaben für Dienstreisen im Rahmen des Reisekostenrechts. Insbesondere zur Teilnahme an Besprechungen in anderen Bundesländern.

Bereitstellung von Fahrausweisen der BVG für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie Erstattung von sonstigen Kosten für dienstlich notwendige Fahrten.

Die Beschäftigten der Haushaltsabteilung haben pandemiebedingt 2021 insgesamt 2 und 2022 insgesamt 13 Dienstreisen zur Erledigung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststätte durchgeführt.
Ausgehend von den Fallzahlen ergibt sich folgende genderrelevante Analyse:

	Dienstreisen 2021		Dienstreisen 2022	
	Teilnehmende (w)	Teilnehmende (m)	Teilnehmende (w)	Teilnehmende (m)
absolut	2	0	3	10
relativ (in %)	100	0	23	77

Im Rahmen der gegebenen fachlichen Qualifikationen und der Erforderlichkeit einer Dienstreise wird ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis angestrebt.

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**4.000**	**13.000**	**4.400**	**311,36**

Aufwendungen im Zusammenhang bzw. aus Anlass dienstlicher Veranstaltungen, Sitzungen u.ä., einschließlich der Gestaltung des Rahmenprogramms sowie Ausgaben für die Betreuung von externen Besuchern, die nicht Teil der unmittelbaren Landesverwaltung sind, in unumgänglichen Fällen.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**

Insbesondere Ausgaben für Stellenausschreibungen.

54010	**011**	**Dienstleistungen**	**220.000**	**220.000**	**100.000**	**1.920,00**

Insbesondere für Dienstleistungen im Zusammenhang mit Untersuchungen bzw. Vergleichen über Ausstattungsstandards in den Ländern und Gemeinden (Benchmarking).
Das Benchmarking findet einerseits informell durch den Austausch mit den beiden anderen Stadtstaaten statt; andererseits im Rahmen eines von der KGSt organisierten Vergleichsrings, an dem mehrere Großstädte beteiligt sind.

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

98101 (neu)	**890**	**Allgemeine interne Verrechnungen**	**240.000**	**240.000**	**240.000**	

Wurde bislang bei 2910/98101 nachgewiesen.

Die Ausgaben sind bestimmt für Einzelmaßnahmen im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens "Gender Budgeting" in den Senats- und Bezirksverwaltungen. Einnahmeseitig werden die Mittel in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 38101 nachgewiesen.
Jedes Wettbewerbsverfahren besteht aus zwei Phasen:
Einer vorgelagerten Bewerbungsphase, in der Konzepte eingereicht werden sollen, die unter anderem als wesentliches Kriterium beinhalten müssen, dass sie im Laufe eines Kalenderjahres in anderen Verwaltungseinheiten umsetzbar sind. Diese Konzepte werden durch eine Jury bewertet und ggf. prämiert.
Danach folgt eine Umsetzungsphase, in der die prämierten Konzepte in anderen Bereichen umgesetzt werden können. Diese zwei Phasen können jahresübergreifend bzw. jahresunabhängig gelagert sein.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**500.000**	**500.000**	**300.000**	**18.059,18**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.500.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**500.000**	**—**		
		Davon fällig 2029	**2.500.000**	**—**		

Ausgaben für den Aufbau, Nutzung und Pflege zentraler Informationssysteme (Datenbanken) sowie Softwareprogrammen zu einzelnen Aspekten des Haushaltswesens und für das Projekt zur Zusammenführung von Sozialdaten und Finanzdaten als Basis von strategischen Steuerungsmechanismen (SoFinData).

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Summe Maßnahmegruppe 32	**501.000**	**501.000**	**301.000**	**18.059,18**
		Gesamtausgaben	**11.720.700**	**12.530.700**	**10.196.100**	**9.435.330,67**
		Prozentuale Veränderung	**15,0 %**	**6,9 %**		

Abschluss Kapitel 1520

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**2.000**	**2.000**	**2.000**	
411-462	**Personalausgaben**	**10.615.000**	**11.421.000**	**9.422.000**	**9.129.368,38**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**865.700**	**869.700**	**534.100**	**305.962,29**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**240.000**	**240.000**	**240.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**11.720.700**	**12.530.700**	**10.196.100**	**9.435.330,67**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-11.718.700**	**-12.528.700**	**-10.194.100**	**-9.435.330,67**

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001072 Nachhaltige Haushaltstrategie des Landes Berlin

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	7	Personalkosten	22.576.347	20.200.402	+11,76
Kostenträger	35	Sachkosten	20.755.506	15.514.800	+33,78
davon		Transferkosten	18.924.780	26.230.262	-27,85
Produkte	21	Verrechnungskosten	4.071.523	4.014.316	+1,43
MGF	14	kalkulatorische Kosten	192.345.748	210.636.022	-8,68
Projekte	0	Gemeinkosten	8.213.494	7.823.958	+4,98
		Summe Verwaltungskosten	266.887.398	284.419.760	-6,16
		Transfers	66.681.065	107.047.625	-37,71
		Gesamtsumme	333.563.607	391.463.627	-14,79

Der Kostenanteil der Abteilung Finanzpolitik und Haushalt am strategischen Ziel beträgt 5,42 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 77,23 % auf die Abteilung Beteiligung und Vermögen (Kapitel 1510), zu 8,66 % auf die Abteilung Landespersonal (Kapitel 1540), zu 8,64 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500) sowie zu 0,05 % auf den Landesfinanzservice (Kapitel 1523)..

Das strategische Ziel gliedert sich in sieben operative Ziele: 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ mit einem Anteil von 90,98 % an den Verwaltungskosten, 005233 „Statistikstelle Personal des Landes Berlin“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 0,74 %, 005239 „Liquiditätssicherung und Schuldenverwaltung“ mit einem Anteil von 1,51 % an den Verwaltungskosten, 005496 „Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen“ mit einem Anteil von 0,30 %, 005497 „Einheitliche und nachhaltige Personalpolitik“ mit einem Anteil von 6,12 %, 005519 „Investitionsplanung“ mit einem Anteil von 0,30 % sowie 005541 „Landespersonalausschuss“ mit einem Anteil von 0,05 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005053	2022	242.806.635	57.671.243	300.473.022
Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes	2021	261.175.103	92.189.312	353.360.657

Die Gesamtkosten des operativen Ziels 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ betragen rund 300,5 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1520 beträgt 4,28 %, der des Kapitels 2940 liegt bei 14,66 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten):
1. Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service:
   (Anteil von 6,77 % im Kapitel **1500**)
2. Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Anteil von 71,64 % im Kapitel **1510**)
3. Landesfinanzservice (Anteil von 0,04 % im Kapitel **1523**)
4. Abteilung Landespersonal (Anteil von 2,61 % im Kapitel **1540**).

Zu diesem operativen Ziel gehört das folgende Ministerielle Geschäftsfeld.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
77807 - Allgemeine Haushalts- und Finanzangelegenheiten (Ministerielles Geschäftsfeld)	12.863.530	11.576.923	10.964.653	10.313.924

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 3,85 %.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Erträge* in €	2022	2021	2020	2019
77807- Allgemeine Haushalts- und Finanzangelegenheiten (Ministerielles Geschäftsfeld)	1.699.213.963	1.689.921.896	1.685.830.954	0

* Ertragsarten 80102080 – Allgemeine Finanzzuweisungen (öffentlicher Bereich), z. B. Finanzmittel vom Bund, 802000930 – Rückzahlungen Sonstiges

Der Kostenträger umfasst finanzpolitische Grundsatzfragen, Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Angelegenheiten des Gebühren- und Beitragswesens, die Erstellung des Gesamt-Haushaltsplanes (ggf. des Gesamt-Nachtragshaushaltsplanes), die Finanzplanung (einschl. Strategieentwicklung) sowie die Investitionsplanung. Darüber hinaus gehören auch die Globalsummenermittlung und -fortschreibung (HV und Bezirke), die Haushaltswirtschaft / -steuerung (HV und Bezirke), die Rechnungslegung inkl. der Haushalts- und Vermögensrechnung, Grundsatzangelegenheiten der Kosten- und Leistungsrechnung, das Querschnittscontrolling inklusive Berichtswesen, die Revisionstätigkeit sowie das Kassenwesen zu diesem Ministeriellen Geschäftsfeld.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005496	2022	790.221	0	790.221
Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen	2021	735.959	0	735.959

Der Anteil des Kapitels 1520 an den Kosten dieses operativen Zieles beträgt 100 %

Das operative Ziel wird zu 100 % durch den Kostenträger 80573 „Rahmenvertrags- und Entgeltverhandlungen für soziale Dienstleistungen im Land Berlin (Ministerielles Geschäftsfeld) abgebildet. Sein Kostenanteil am strategischen Ziel beträgt 0,24 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005519	2022	817.568	9.009.822	9.827.391
Investitionsplanung	2021	1.002.810	13.274.902	14.277.712

Der Anteil des Kapitels 1520 (Finanzpolitik und Haushalt) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Die Verwaltungskosten werden weitestgehend durch den Kostenträger 80814 „Investitionsplanung, Investitionsprogramme (Ministerielles Geschäftsfeld)“ bestimmt, der Leistungen zu übergreifenden Angelegenheiten und zum Erstellen der landesweiten Investitionsplanung im Rahmen der Finanzplanung des Landes Berlin und von Investitionsprogrammen, zum Investitionscontrolling sowie zur Wahrnehmung der Geschäftsstellenfunktion für Investitionsprogramme umfasst. Der Kostenanteil am strategischen Ziel beträgt lediglich 0,24 %.

Im Rahmen der Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) sind für die Maßnahmepakete I bis VIII
- Luftreinhaltung durch Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr (I)
- Barriereabbau an Bus- und Straßenbahnhaltestellen (II)
- Lärmminderung im Straßenland (III)
- Krankenhausinvestitionen (IV)
- Zuschüsse zur energetischen Sanierung öffentlicher Bäder und im Tierpark (V)
- Ausbau von Kindertagesstätten (VI)
- Ersatzbau von Sportanlagen (VII)
- Sanierung, Um-, Aus- und Neubau von Schulgebäuden (VIII)

jeweils separate Kostenträger gebildet worden.

Die entsprechenden Transfers und Investitionsausgaben sind im Kapitel 2920 veranschlagt. Auf eine Produktdarstellung beim Kapitel 2920 wird zugunsten einer integrierten Darstellung der Verwaltungskosten und Transfers bei Kapitel 1520 verzichtet.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Fachspezifische Informationen zu den Kostenträgern im Zusammenhang mit der Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes

Investitionen in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
80828 - KInvFG I – Luftreinhaltung	0	38.918	725.142	288.965
80829 - KInvFG II – Barriereabbau	16.025	330.646	1357257	959.267
80830 - KInvFG III – Lärmbekämpfung	6.614	125.224	813.046	158.703
80831 - KInvFG IV – Krankenhausinvestitionen	0	0	0	0
80832 - KInvFG V – Energetische Sanierung	0	0	0	0
80833 - KInvFG VI – Kita-Ausbau	0	0	0	0
81090 - KInvFG VII – Sportanlagen	-9.928	0	1.000.000	0
81213 - KInvFG VIII – Schulbau	0	0	0	0

Transfers in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
80828 - KInvFG I – Luftreinhaltung	0	0	0	0
80829 - KInvFG II – Barriereabbau	62.548	-69.872	590.000	830.000
80830 - KInvFG III – Lärmbekämpfung	0	0	0	0
80831 - KInvFG IV – Krankenhausinvestitionen	0	0	30.000.000	11.562.888
80832 - KInvFG V – Energetische Sanierung	1.627.607	3.527.104	2.420.216	3.306.619
80833 - KInvFG VI – Kita-Ausbau	176.817	3.691.266	10.233.382	10.351.615
81090 - KInvFG VII – Sportanlagen	0	0	0	
81213 - KInvFG VIII – Schulbau	2.781.550	4.448.070	913.751	

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81073	2022	0	4.361.299	4.361.299
Verwendung von Mitteln aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehem. DDR (Transferprodukt)	2021	0	1.678.335	1.678.335

	2022	2021
Menge: Zahl der PMO-Projekte	396	204
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,31	0,43
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Auf dem Kostenträger wird der Einsatz von Mitteln aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehem. DDR (etatisiert im Kapitel 2990, Titel 89201) für Projekte, die von den Trägern und in Abstimmung mit den beteiligten Bezirken und Senatsverwaltungen geplant, koordiniert und umgesetzt werden, abgebildet.

Fachspezifische Informationen

Aktuell umfasst das Programm 20 Projekte. Dabei folgt der Mitteleinsatz einem gesetzlich vorgegebenen Proporz für Maßnahmen der wirtschaftlichen Umstrukturierung (ca. 60 %), für soziale und kulturelle Zwecke bei staatlichen (ca. 25 %) und nichtstaatlichen (ca. 15 %) Trägern. Der Kostenträger ist durch den Ausweis von Investitionen und Transfers charakterisiert

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel 001080 Finanzpolitik und Haushalt					
Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	275.832	266.909	+3,34
Kostenträger	2	Sachkosten	50	0	
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	0	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	30.528	29.279	+4,27
Projekte	2	Gemeinkosten	109.577	126.221	-13,19
		Summe Verwaltungskosten	415.987	422.408	-1,52
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	415.987	422.408	-1,52

Der Kostenanteil der Abteilung Finanzpolitik und Haushalt am strategischen Ziel beträgt 39,87 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 60,13 % auf die Abteilung Beteiligung und Vermögen (Kapitel 1510),

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005106	2022	415.987	0	415.987
Interne Fachaufgaben der effizienten Aufgabenerledigung des Vermögensrechts i.w.S.	2021	422.408	0	422.408

Der Anteil des Kapitels 1520 an diesem operativen Ziel beträgt 39,87 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten):
Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Anteil von 60,13 % im Kapitel **1510**)

Das operative Ziel 005106 „Interne Fachaufgaben der effizienten Aufgabenerledigung des Vermögensrechts i. w. S." wird in der Abteilung Finanzpolitik und Haushalt über den Kostenträger 28343 „Projekt Nachhaltige Verbesserung der Einnahmen nach UVG / Landesweites Forderungsmanagement Unterhaltsvorschuss (LFU)" charakterisiert.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28343- Projekt LFU	165.840	165.510	40.681	39.941

Fachspezifische Informationen

Es wird dringender Handlungsbedarf bei der dauerhaften Verbesserung der Einnahmen der sogenannten Rückholquote aufgrund der Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes gesehen. Nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) ergibt sich ein Rechtsanspruch auf Unterhaltsvorschussleistungen (§ 1 UVG). Umfang und Dauer des Unterhaltsvorschusses sind ebenfalls gesetzlich geregelt (§§ 2 und 3 UVG). Eine Steuerung der Ausgaben ist somit kaum gegeben.
Um die sich durch die neue gesetzliche Regelung vergrößernde Deckungslücke zu mindern, kann nur über die Verbesserung der Einnahmeseite steuernd eingegriffen werden.
Die Federführung zur Umsetzung des Beschlusses liegt bei der Senatsverwaltung für Finanzen. Es wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, an der ergänzend Vertreter/innen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und aus den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Tempelhof-Schöneberg teilnehmen.
Der Projektkostenträger ist auf die Abbildung der Kosten der Organisationseinheit SenFin beschränkt, die als Leitung, Geschäftsstelle und Servicebereich für das Gesamtprojekt fungiert. Die Projekt-AG hatte beschlossen, dass kein gesonderter KLR-Projektkostenträger für die ressortübergreifende AG eingerichtet wird.
Neben dem Aufbau einer Projekt- und Arbeitsgruppenorganisation zur Analyse des Forderungsbestandes und der Vorbereitung einer zentralen Forderungsbearbeitung nach dem UVG erfolgt eine Analyse des Datenbestandes unter quantitativen und qualitativen Aspekten (regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem Abgeordnetenhaus (Auflage 103 zum Haushalt 2018/19)).

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel 999999 Besondere Kostenträger					
Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	420.766	169.353	+148,45
Kostenträger	2	Sachkosten	0	0	
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	0	Verrechnungskosten	988.271	960.619	+2,88
MGF	0	kalkulatorische Kosten	63.134	43.391	+45,50
Projekte	3	Gemeinkosten	64.802	71.642	-9,55
		Summe Verwaltungskosten	1.536.974	1.245.006	+23,45
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	1.541.830	1.248.764	+23,47

Die Kostenanteile am strategischen Ziel entfallen zu 100 % auf die Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Kapitel 1520).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
999999	2022	1.536.974	0	1.536.974
Besondere Kostenträger	2021	1.245.006	0	1.245.006

Der Anteil des Kapitels 1520 (Abteilung Finanzpolitik und Haushalt) beträgt 100 %.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
22222 - Sonder-Kostenträger				
Personalabordnungen an das LAF	294.258	11.403	43.865	105.700

Fachspezifische Informationen
Abgebildet sind ausschließlich die im Geschäftsbereich Finanzen entstandenen Kosten für abgeordnetes Personal an das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Die Kosten für abgeordnetes Personal anderer Verwaltungen an das LAF sind bei den jeweiligen Verwaltungen nachgewiesen. Zusätzliche Aufwendungen im Zusammenhang mit Leistungen an ukrainische Kriegsgeflüchtete werden als Sachkosten über den Kostenträger 22223 bei den jeweiligen Verwaltungen abgebildet.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28337 - Projekt Schulbau (BSO)	1.049.183	1.098.710	833.383	795.099

Fachspezifische Informationen
Um seine Schulen zeitgerecht in Schuss zu bringen und zu bauen hat Berlin sich für ein kooperatives Miteinander spezialisierter Akteure entschieden. 2017 wurde die Berliner Schulbauoffensive (BSO) gestartet – mit anspruchsvollen Aufgaben und Zielen für die nächsten 10 Jahre.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28391 - Projekt Verwaltungsmodernisierung	193.533	134.893		

Fachspezifische Informationen
Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung werden in diesem Kapitel die Kosten der Koordinierungsaktivitäten der Senatsverwaltung für Finanzen zur Vorbereitung und Einführung einer gesamtstädtischen Steuerung über fachliche und politische Zielvereinbarungen im Land Berlin abgebildet. Die adäquat in der Senatskanzlei anfallenden Koordinierungskosten werden in der Kosten- und Leistungsrechnung der Senatskanzlei nachgewiesen.

Nebenforderungen Landesebene

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Zum 01.01.2021 wurde der Landesfinanzservice (Kapitel 1523) organisatorisch eingerichtet. Unter dem Landesfinanzservice wurden die nachgeordnete Behörde Landeshauptkasse Berlin (bisher Kapitel 1521) und der bisher in der Abteilung II angesiedelte Organisationsbereich II HKR - IT-Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Landes Berlin (HKR neu) (bisher Kapitel 1522) organisatorisch zusammengeführt.

Die Einnahmen der Nebenforderungen bei öffentlich- rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen auf Landesebene werden aufgrund technischer Erfordernisse weiterhin beim Kapitel 1521 nachgewiesen.

Nebenforderungen Landesebene

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11972	**062**	**Nebenforderungen bei öffentlich-rechtlichen Forderungen**	**230.000**	**230.000**	**200.000**	**251.843,16**

Folgekosten (insbesondere Mahngebühren) bei nicht fristgemäßer bzw. unvollständiger Einzahlung aufgrund öffentlich-rechtlicher Forderungen (u.a. gem. § 19 Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz - VwVG).

11973	**062**	**Nebenforderungen bei privatrechtlichen Forderungen**	**25.000**	**10.000**	**6.000**	**137.292,98**

Folgekosten (insbesondere Mahngebühren, Verzugszinsen) bei nicht fristgemäßer bzw. unvollständiger Einzahlung aufgrund privatrechtlicher Schuldverhältnisse (u.a. gem. §§ 284 ff BGB).

	Gesamteinnahmen	**255.000**	**240.000**	**206.000**	**389.136,14**
	Prozentuale Veränderung	**23,8 %**	**-5,9 %**		

	Abschluss Kapitel 1521				
111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**255.000**	**240.000**	**206.000**	**389.136,14**
	Gesamteinnahmen	**255.000**	**240.000**	**206.000**	**389.136,14**
	Gesamtausgaben	**—**	**—**	**—**	
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**255.000**	**240.000**	**206.000**	**389.136,14**

Landesfinanzservice

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der neuen Sonderbehörde „Landesfinanzservice“ nachgewiesen, die eine nachgeordnete Einrichtung der Senatsverwaltung für Finanzen bildet.

Zum 01.01.2021 wurde der Landesfinanzservice (Kapitel 1523) organisatorisch eingerichtet. Unter dem Landesfinanzservice wurden die nachgeordnete Behörde Landeshauptkasse Berlin (bisher Kapitel 1521) und der bisher in der Abteilung II angesiedelte Organisationsbereich II HKR - IT-Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Landes Berlin (HKR neu) (bisher Kapitel 1522) organisatorisch zusammengeführt.

Die Landeshauptkasse Berlin ist zuständig für die Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne 01 bis 29. Sie sammelt die Geldbestände, versorgt die Kassen mit Kassenbestandsverstärkungen, ermittelt das Abschlussergebnis des Haushalts und nimmt Aufgaben als Hinterlegungskasse wahr.

Die Organisationseinheit HKR ist zuständig für die Betreuung und den Betrieb des IT-Bestandsverfahrens ProFiskal, dessen Ablösung und für die Einführung einer neuen Softwarelösung für das Berliner Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen. Es werden aus dem Kapitel insoweit alle Sach- und Personalausgaben sowohl im Hinblick auf das Bestandsverfahren, wie auch im Hinblick auf das laufende Projekt zur Beschaffung und Einführung eines neuen IT Verfahrens geleistet.

Die Landeshauptkasse Berlin und die Organisationseinheit HKR bilden unter dem Dach der Sonderbehörde „Landesfinanzservice“ jeweils eigene Bereiche.

Darüber hinaus werden ab 2022 (vormals 1522) Ausgaben für Dienstleistungen zur Sicherstellung der Annahmefähigkeit von E-Rechnungen gemäß des Berliner E-Rechnungsgesetz (BERG vom 4. März 2019 – GVBl. Seite 213 vom 14. März 2019) veranschlagt.

Aufgrund des verwaltungsmäßigen und sachlichen Zusammenhangs sind die Ausgaben des Kapitels 1523 kapitelübergreifend deckungsfähig mit den Ausgaben des Kapitels 1520 nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur des Landesfinanzservice

Kapitel 1523	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Insgesamt/Absoluter Anteil	-	-	66,4	29,2	65	29,7
Insgesamt/Relativer Anteil	-	-	69,5 %	30,5 %	68,6 %	31,4 %

Durchschnittliches Jahreseinkommen 2022:

Weiblich:	Männlich:
60.072,07 €	61.912,48 €

Die Beschäftigten der Senatsverwaltung für Finanzen werden nach einheitlichen tarif- bzw. besoldungsrechtlichen Bestimmungen bezahlt.

Bei der Berechnung des geschlechterdifferenzierten Durchschnittseinkommens ist zu beachten, dass das Haushaltsbrutto zugrunde gelegt wird. In diesem sind auch die Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgung enthalten.

Es gibt keine Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen.

Ausgehend von der obigen Beschäftigtenstruktur werden folgende Maßnahmen unterstützt:

- Förderung der Telearbeit
- Unterstützung beim Aufstiegsstudium in die Laufbahngruppe 2
- Ermöglichung von kostenpflichtigen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
-

Landesfinanzservice

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979	**062**	**Verschiedene Einnahmen**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**11.178,38**

Einnahmen für die der Grund der Einzahlung nicht festgestellt werden kann (Beträge bis 1.000 € je Einzelfall), Kassenüberschüsse, Verkauf von ausgesonderten Möbeln und Geräten der Informationstechnik (nur verfahrensabhängig). Ausgaben aus den Einnahmen, für die der Grund der Einzahlung nicht festgestellt werden kann, dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr von der Einnahme abgesetzt werden.

11980	**062**	**Verschiedene Einnahmen ohne nachweisbare Zweckbestimmung bei 1523**	**4.000**	**4.000**	**4.000**	**—**

Kassenüberschüsse; Einnahmen, für die der Grund der Einzahlung nicht festgestellt werden kann (Beträge über 1.000 € je Einzelfall).
Ausgaben aus den Einnahmen, für die der Grund der Einzahlung nicht festgestellt werden kann, dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr von der Einnahme abgesetzt werden.

26101	**062**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**13.000**	**13.000**	**13.000**	**13.437,17**

Aufwandsentschädigungen für die Ausführung von Kassengeschäften für Dritte und für die Inanspruchnahme des Prüfdienstes der Abteilung Landeshauptkasse des Landesfinanzservice für die Prüfung der Bezirkskasse und der Zahlstellen eines Bezirks auf Basis einer mit dem Bezirk abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung.

		Gesamteinnahmen	**29.000**	**29.000**	**29.000**	**24.615,55**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**062**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.661.000**	**2.848.000**	**2.938.000**	**2.225.741,05**
42801	**062**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**3.785.000**	**3.936.000**	**3.701.000**	**3.503.112,11**
42811	**062**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**46.300**	**48.100**	**1.000**	**43.237,04**
44100	**062**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**165.000**	**170.000**	**145.000**	**155.234,42**
44379	**062**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**168,00**

Insbesondere augenärztliche Untersuchungen sowie Ausgaben im Rahmen der Unfallfürsorge (Dienstunfall) nach dem Beamtenversorgungsgesetz.

51101	**062**	**Geschäftsbedarf**	**15.000**	**15.000**	**12.000**	**6.100,91**

Ausgaben für Büromaterialien und kleinere Ergonomieprodukte. Erwerb von Fachliteratur, Zeitschriften und sonstigen Druckerzeugnissen, Transport- und Frachtkosten, Rundfunkbeitrag (GEZ) und interne Umzugskosten.

51136	**062**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				

Landesfinanzservice

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140	**062**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**95.000**	**20.000**	**16.000**	**8.799,05**

Ausgaben für die Ersatz- und Neubeschaffung von Büromobiliar inklusive Whiteboards einschließlich Reparaturkosten.

In 2024 mehr, insbesondere wegen einmaliger Erstausstattung der Schulungsräume für die Schulung der Zentralen Verfahrensbetreuung, der Testpersonen der SenFin, der Mittelbewirtschaftenden des Pilotbezirks, der künftigen Dozierenden der externen Schulungsdienstleistenden (Train-the-Trainer) und VAk Dozierenden mit Tischen und Stühlen (156 Arbeitsplätze). Im Bedarfsfall angemessene Vorkehrungen gem. Art. 2 UN-Behindertenrechtskonvention.

51168	**062**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51701	**062**	**Bewirtschaftungsausgaben**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**—**

Ausgaben für die Entsorgung von Altakten, Büromöbeln, Büromaschinen und Geräten der Informationstechnik.

51715	**062**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**85.700**	**87.400**	**84.000**	**92.203,53**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Betriebs- und Nebenkosten für die angemieteten Räume in der Klosterstraße 47.

51801	**012**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**50.000**	**50.000**	**50.000**	**—**

Anmietung von Räumen für die Unterbringung von Beschäftigten der externen Dienstleistenden während der Projektphase sowie Anmietung von Schulungsräumen für die Schulungen von Mitarbeitenden des Pilotbezirks, der zentralen Verfahrenssystembetreuenden, des Testteams und der künftigen Dozierenden (Train-the-Trainer) und VAk.

51803	**062**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**3.422,44**

Anmietung von Kopierer und Wasserspender.

51820	**062**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**232.000**	**232.000**	**232.000**	**231.675,96**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Mietausgaben für die angemieteten Räume in der Klosterstraße 47.

51838	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51925	**062**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**3.300**	**3.300**	**3.300**	**—**

Nebenkosten:	2024/2025	2022/2023
Anteil nutzerspezifische Wartungskosten durch die BIM	1.300 €	1.300 €
Anteil für funktionsbedingte Um-und Einbauten	2.000 €	2.000 €
Gesamt	**3.300 €**	**3.300 €**

Landesfinanzservice

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**062**	**Aus- und Fortbildung**	**7.000**	**7.000**	**7.000**	**3.720,05**

Ausgaben für fachspezifische Schulungsmaßnahmen und für die Teilnahme an sonstigen Veranstaltungen zum Erhalt und zur Optimierung der beruflichen Handlungsfähigkeit, sowie Fortbildungsmaßnahmen für die Dienstkräfte außerhalb der VAk, Ausgaben für die gezielte Stärkung der Führungskräfte insbesondere in Sozial- und Methodenkompetenz, Arbeitsmaterialien für Auszubildende, Ausgaben für Erste-Hilfe- und Brandschutz-Schulungen, sowie Teambildungsmaßnahmen.

52536	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52610	**012**	**Gutachten**	**150.000**	**150.000**	**5.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**150.000**		

Aufwendungen für juristische und technische Gutachten im Rahmen der Einführung des neuen Verfahrens zum Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, insbesondere bei der Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen.

52703	**062**	**Dienstreisen**	**6.000**	**6.000**	**6.000**	**716,75**

Ausgaben für Dienstreisen im Rahmen des Reisekostenrechts. Insbesondere zur Teilnahme an Besprechungen in anderen Bundesländern. Bereitstellung von Fahrausweisen der BVG für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie Erstattung von sonstigen Kosten für dienstlich notwendige Fahrten.

Geschlechtsspezifische Daten:

Zielgruppe	Mitarbeitende des LFS, vornehmlich der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Referate Zahlungsverkehr, sowie der Kassen- und Zahlstellenprüfung der Abteilung LHK.
GB Zielsetzung	Gleichberechtigte Berücksichtigung von Männern und Frauen bei Auftragslagen, die eine Dienstreise erfordern.
Steuerungsmaßnahmen	Verwendung der Ressourcen entsprechend eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses.

	Ist 2021		Ist 2022	
	Teilnehmerinnen	Teilnehmer	Teilnehmerinnen	Teilnehmer
absolut	3	1	2	2
relativ (in%)	75%	25%	50%	50%

53110	**012**	**Programminformation und Werbung**	**10.000**	**10.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für Werbemittel im Rahmen des Akzeptanzmanagements bei der Einführung des neuen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens.

53111	**062**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
53201	**812**	**Entgelte für Einlagen mit negativer Verzinsung bei Banken**	**1.000**	**1.000**	**720.000**	**608.009,51**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind deckungsberechtigt gegenüber 2902/57500; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Negative Zinsen von Giroguthaben aufgrund eines Beschlusses des Rats der Europäischen Zentralbank.

54010	**062**	**Dienstleistungen**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**393,50**

	2024	2025	2022/2023
Gebärdensprachdolmetscher	2.000 €	2.000 €	2.000 €
sonstige Dienstleistungen.....	1.000 €	1.000 €	1.000 €
	3.000 €	3.000 €	3.000 €

Landesfinanzservice

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54038	**062**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**130.000**	**130.000**	**130.000**	**73.240,02**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben sind deckungspflichtig nur gegenüber den Ausgaben bei 53201.

Kosten für die Konten der Landeshauptkasse.

54064	**062**	**Abdeckung von Geldverlusten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Abdeckung von Kassenfehlbeträgen.

54079	**062**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**67,84**

Insbesondere Ausgaben infolge Kursschwankungen bei Zahlungen in fremder Währung.

Landesfinanzservice

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				

Im unbaren Zahlungsverkehr mit den Geldinstituten werden im Bereich des Zahlungsdienstes der Abteilung Landeshauptkasse des Landesfinanzservice diese Verfahren eingesetzt:
- PTS Currency und PTS EDNLNT als Kommunikationsplattform mit der Deutschen Bundesbank
- Postbank MultiWeb als Kommunikationsplattform mit den sonstigen Kreditinstituten

Für die Aufgabenerledigung als Hinterlegungskasse wird das Verfahren DEPOS@Justiz eingesetzt.

51136	**062**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**783,02**
51168	**062**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**90.000**	**15.000**	**9.000**	**13.533,82**

Mehr in 2024 aufgrund der Ausstattung von Schulungsräumen mit IKT Ausstattung für die kommenden Schulungen der neuen Software (Pilotbezirk, ZASB, Testteams, Train-the-Trainer, KHT und VAk Dozierenden).

51185	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**20.000.000**	**21.000.000**	**17.877.000**	**9.131.677,01**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**18.450.000**	**8.450.000**
Davon fällig 2025	**10.000.000**	
Davon fällig 2026	**5.450.000**	**3.000.000**
Davon fällig 2027	**3.000.000**	**2.450.000**
Davon fällig 2028	**—**	**3.000.000**

Ausgaben für den DEPOS Zugang sowie der Pflege- und den Serviceleistungen für den elektronischen Zahlungsverkehr mit den Geldinstituten. Ebenso die Leistungen des ITDZ zur Servicevereinbarung im Rahmen des Einziehungs- und Betreibungsverfahrens.
Ausgaben für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beschaffung eines neuen IT Verfahrens (Projekt HKR-neu) sowie mit dem laufenden IT-Verfahren für das Berliner Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (ProFiskal).

Ferner Ausgaben für Dienstleistungen zur Sicherstellung der Annahmefähigkeit von E-Rechnungen gemäß Berliner E-Rechnungsgesetz – BERG.

geplante Verpflichtungsermächtigungen für die Abteilung HKR:

	für 2024	für 2025
Gesamtplanung VE	18.450.000 €	8.450.000 €
Davon fällig in 2025	10.000.000 €	0,00 €
Davon fällig in 2026	5.450.000 €	3.000.000 €
Davon fällig in 2027	3.000.000 €	2.450.000 €
Davon fällig in 2028	0 €	3.000.000 €

	2024	2025	2023
1. Ausgaben für die Planung, Steuerung und Koordinierung des Projektes einschl. Erstellung eines Lastenheftes (BDO)	500.000 €	500.000 €	400.000 €
2. Ausgaben für Beratungsleistungen zur Durchführung des Vergabeverfahrens, dem Vertragsmanagement, der Durchführung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und für die Erstellung von erforderlichen Fachkonzepten (Rechtsberatungsgebühren)	150.000 €	150.000 €	200.000 €
3. Ausgaben für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen IT-Verfahrens im Land Berlin und mit dessen Anpassung an die Anforderungen der Berliner Verwaltung (Implementierungsfirma)	6.000.000 €	6.000.000 €	4.600.000 €
4. Ausgaben für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung und dem Betrieb von Datenbanken, dem Betrieb eines neuen HKR-IT-Verfahrens, dem Betrieb von Arbeitsplatzanwendungen, den Aufbau zentraler Informationssysteme (ITDZ f. HKR)	2.800.000 €	3.000.000 €	4.500.000 €

Landesfinanzservice

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

	2024	2025	2023
5. Entgelte für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Pflege, Wartung und Weiterentwicklung von Software (Implementierungsfirma)	200.000 €	1.000.000 €	0 €
6. Entgelte für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Einweisung und Schulung der Anwender des neuen IT-Verfahren (SDL).....	5.000.000 €	5.000.000 €	3.225.000 €
7. Ausgaben für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erstellung bzw. von zusätzlichen Konzeptionen und anderen Aufgaben im Rahmen der Implementierung	115.000 €	115.000 €	100.000 €
Summe Verfahren HKR-neu	**14.765.000 €**	**26.050.000 €**	**13.025.000 €**
8. Dienstleistungen des ITDZ für den Verfahrensbetrieb des Neuen Berlin Rechnungswesens (NBR).....	1.850.000 €	1.850.000 €	1.850.000 €
9. Dienstleistungen für die Pflege und Weiterentwicklung der Anwendungssoftware ProFikal (UNIT 4)	3.000.000 €	3.000.000 €	2.600.000 €
10. Dienstleistungen des ITDZ für den zentralen Betrieb von Arbeitsplatzanwendungen (DAV-Arbeitsplätzen).....	150.000 €	150.000 €	137.000 €
Summe Verfahren ProFiskal	**5.000.000 €**	**5.000.000 €**	**4.587.000 €**
11. Ausgaben für Dienstleistungen zur Sicherstellung der Annahmefähigkeit von E-Rechnungen	150.000 €	150.000 €	200.000 €
12. Ausgaben LHK	85.000 €	85.000 €	65.000 €
Summe Kapitel 1523 (ehemals 1522)	**20.000.000€**	**21.000.000 €**	**17.877.000 €**

Erklärung für LHK (TA 12):

	2024	2025	2022/2023
Zugang zu DEPOS@Justiz (Hinterlegungskasse)	500 €	500 €	500€
Pflege und Serviceleistungen für den elektronischen Zahlungsverkehr mit den Geldinstituten	19.500 €	19.500 €	19.500€
Servicevereinbarungen mit dem ITDZ im Rahmen des Einziehungs- und Betreibungsverfahren	65.000 €	65.000 €	45.000€
	85.000 €	**85.000 €**	**65.000€**

51838	**012**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Ausgaben für die Anmietung von IKT zur Ausstattung von Schulungsräumen für die Schulung der Zentralen Verfahrensbetreuung, der Testpersonen der SenFin, der Mittelbewirtschaftenden des Pilotbezirks, der künftigen Dozierenden der externen Schulungsdienstleistenden (Train-the-Trainer) und VAk Dozierenden.

52536	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**—**

Ausgaben für umfassende Schulungsmaßnahmen für die zentrale Verfahrens- und Infrastrukturbetreuung bei dem neu einzuführenden Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen und der auslaufenden Software ProFiskal.

	Summe Maßnahmegruppe 32	**20.122.000**	**21.047.000**	**17.918.000**	**9.145.993,85**
	Gesamtausgaben	**27.580.300**	**28.776.800**	**25.985.300**	**16.101.836,03**
	Prozentuale Veränderung	**6,1 %**	**4,3 %**		

Abschluss Kapitel 1523

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**16.000**	**16.000**	**16.000**	**11.178,38**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**13.000**	**13.000**	**13.000**	**13.437,17**
	Gesamteinnahmen	**29.000**	**29.000**	**29.000**	**24.615,55**
411-462	**Personalausgaben**	**6.658.300**	**7.003.100**	**6.786.000**	**5.927.492,62**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**20.922.000**	**21.773.700**	**19.199.300**	**10.174.343,41**
	Gesamtausgaben	**27.580.300**	**28.776.800**	**25.985.300**	**16.101.836,03**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-27.551.300**	**-28.747.800**	**-25.956.300**	**-16.077.220,48**

Landesfinanzservice

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001072 Nachhaltige Haushaltstrategie des Landes Berlin

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	7	Personalkosten	22.576.347	20.200.402	+11,76
Kostenträger	35	Sachkosten	20.755.506	15.514.800	+33,78
davon		Transferkosten	18.924.780	26.230.262	-27,85
Produkte	21	Verrechnungskosten	4.071.523	4.014.316	+1,43
MGF	14	kalkulatorische Kosten	192.345.748	210.636.022	-8,68
Projekte	0	Gemeinkosten	8.213.494	7.823.958	+4,98
		Summe Verwaltungskosten	266.887.398	284.419.760	-6,16
		Transfers	66.681.065	107.047.625	-37,71
		Gesamtsumme	333.563.607	391.463.627	-14,79

Der Kostenanteil des Landesfinanzservice am strategischen Ziel beträgt lediglich 0,05 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 77,23 % auf die Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Kapitel 1510), zu 8,66 % auf die Abteilung Landespersonal (Kapitel 1540), zu 5,42 % auf die Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Kapitel 1520) sowie zu 8,64 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500).

Das strategische Ziel gliedert sich in sieben operative Ziele: 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ mit einem Anteil von 90,98 % an den Verwaltungskosten, 005233 „Statistikstelle Personal des Landes Berlin“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 0,74 %, 005239 „Liquiditätssicherung und Schuldenverwaltung“ mit einem Anteil von 1,51 % an den Verwaltungskosten, 005496 „Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen“ mit einem Anteil von 0,30 %, 005497 „Einheitliche und nachhaltige Personalpolitik“ mit einem Anteil von 6,12 %, 005519 „Investitionsplanung“ mit einem Anteil von 0,30 % sowie 005541 „Landespersonalausschuss“ mit einem Anteil von 0,05 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005053	2022	242.806.635	57.671.243	300.473.022
Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes	2021	261.175.103	92.189.312	353.360.657

Die Gesamtkosten des operativen Ziels 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ betragen rund 300,5 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1523 an den Gesamtkosten des operativen Ziels 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ beträgt 0,04 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten)**:**
1. Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service:
   (Anteil von 6,77 % im Kapitel **1500**)
2. Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Anteil von 71,64 % im Kapitel **1510**
3. Finanzpolitik und Haushalt (Anteil von 4,28 % im Kapitel **1520**, Anteil von 14,66 % im Kapitel **2940**)
4. Abteilung Landespersonal (Anteil von 2,61 % im Kapitel **1540**)

Über die externen Kostenträger 80544 „Ausgaben“ und 80545 „Einnahmen“ erfolgt der Kosten- und Mengennachweis für Kapitel der Dienststellen des Landes Berlin, die nicht an der Produktverrechnung im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung teilnehmen (unter anderem: Abgeordnetenhaus, Rechnungshof).
In die Mengenermittlung sind auch Buchungen von Zahlungen in die Verwahrung einbezogen, welche einem Kapitel nicht eindeutig zugeordnet werden können.

Landesfinanzservice

Ein quantitativer Anstieg von in Verwahrung gebuchten Zahlungen resultiert aus einer Umstellung von Arbeitsprozessen im Rahmen der Digitalisierung. Die Zahlungseingänge auf dem Konto des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten werden vom Zahlungsdienst taggleich als Verwahrbuchungen eingelesen und anschließend von der Buchhaltung entsprechend zugeordnet.

Gesamtkosten in €		**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
80544 - Ausgaben	(extern)	25.166	28.034	23.490	18.181
80545 - Einnahmen	(extern)	18.579	17.030	51.874	42.819
Anzahl Ist-Buchungen					
80544 - Ausgaben	(extern)	42.750	43.192	38.472	27.982
80545 - Einnahmen	(extern)	29.986	31.287	27.023	14.256
Kosten je ME in €					
80544 - Ausgaben	(extern)	0,59	0,65	0,63	0,67
80545 - Einnahmen	(extern)	0,62	0,54	1,97	3,08

Fachspezifische Informationen

Im Landesfinanzservice / Abteilung Landeshauptkasse erfolgt die rechtzeitige und vollständige Leistung von Einnahmen und Auszahlungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr (einschließlich Verrechnungen und Buchausgleiche) und deren Verwaltung mittels Zeit- und Sachbuchführung; Tagesabschlussarbeiten; zentrale Aufbewahrung für abgeschlossene Haushaltsjahre gemäß den Aufbewahrungsfristen nach den AV LHO.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001086 Informations- und Kommunikationstechnik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	3.284.352	2.794.289	+17,54
Kostenträger	10	Sachkosten	11.517.982	16.108.946	-28,50
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	2	Verrechnungskosten	511.620	375.388	+36,29
MGF	0	kalkulatorische Kosten	601.384	504.429	+19,22
Projekte	8	Gemeinkosten	1.718.341	1.661.193	+3,44
		Summe Verwaltungskosten	17.633.679	21.444.245	-17,77
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	17.633.679	21.444.245	-17,77

Der Kostenanteil für den Landesfinanzservice am strategischen Ziel beträgt 49,31 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 29,34 % auf das Landesverwaltungsamt - Versorgung und Beihilfe (Kapitel 1544), zu 8,00 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500), zu 3,78 % auf die Abteilung Landespersonal (Kapitel 1540), zu 8,19 % auf die zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung (Kapitel 1547) sowie zu 1,38 % auf das Landesverwaltungsamt - Personalservice (Kapitel 1543).

Das strategische Ziel gliedert sich in zwei operative Ziele: 005152 „Verfahren IPV“ mit einem Anteil von 1,38 % und 005478 „Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen“ mit einem Anteil von 98,62 % an den Verwaltungskosten.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005478	2022	17.390.314	0	17.390.314
Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen	2021	21.212.491	0	21.212.491

Die Gesamtkosten dieses operativen Ziels betragen rund 17,4 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1523 beträgt 50,00 %.

Landesfinanzservice

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel:
1.Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service (Anteil von 8,11 % im Kapitel **1500**)
2.Landespersonal (Anteil von 3,83 % im Kapitel **1540**).
3. Landesverwaltungsamt - Versorgung und Beihilfe (Anteil von 29,75 % im Kapitel **1544**)
4. Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung (Anteil von 8,31 % im Kapitel **1547**).

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28187 - Projekt HKR neu	8.629.665	12.775.338	8.571.339	9.761.300

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 48,94 %.

Fachspezifische Informationen
Auslöser für das Beschaffungs- und Implementierungsprojekt HKR-neu war eine Upgrade-Ankündigung der UNIT4. Die Software ProFiskal, auf der das Berliner HKR-Verfahren NBR basiert, sollte künftig in eine neue Soft- und Hardwareumgebung integriert und dadurch massiv verändert bzw. mit zusätzlichen Funktionen ausgestattet werden. Dieses Upgrade konnte lt. eines Rechtsgutachtens nicht auf Basis laufender Verträge beauftragt werden, da es einen (europaweit) ausschreibungspflichtigen Tatbestand darstellt. Daher muss am Ende der jetzigen vertraglichen Laufzeit der ProFiskal-Pflege (2025) ein neues Verfahren zum Einsatz kommen.

Das Implementierungsprojekt HKR-neu ist mit der Ablösung des Bestandsverfahrens ProFiskal beauftragt, um die technologische Basis des Berliner Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens zu erneuern und zu modernisieren. Von dieser Modernisierung werden zukünftig alle zwölf Bezirksverwaltungen, die Senatsverwaltungen und deren nachgeordneten Einrichtungen sowie die Verwaltungen des Abgeordnetenhauses, der Verfassungsgerichtshof, der Rechnungshof und die Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und aktuell die landesweiten etwa 10.000 Nutzerinnen und Nutzer gewinnen.

Die Projektphasen des Beschaffungs- und Implementierungsvorhabens lassen sich wie folgt darstellen, wobei drei der insgesamt sieben Meilensteine bereits erfolgreich abgeschlossen wurden:
- Projektphase I: Vergabe externe Projektsteuerung
- Projektphase II: Feinplanung & Fachkonzeptionierung
- Projektphase III: Vergabe Software & Implementierung
- Projektphase IV: Pflichtenheft & Landesreferenzlösung
- Projektphase V: Pilotierung
- Projektphase VI: Rollout
- Projektphase VII: Schulung der Nutzer (Hinweis: Phase VII läuft parallel zu den Phasen V und VI).

Aktuell befindet sich das Projekt in der Realisierungsphase (Pflichtenheft & Landesreferenzlösung), welche folgende Bestandteile enthält:
- Pflichtenheft und Feinkonzepte des Implementierers / Softwareherstellers
- Technische Realisierung / Customizing der Landesreferenzlösung
- Funktionstests
- Wissenstransfer

Zusatzinformationen zur internen Leistungserbringung des Landesfinanzservice (Kapitel 1523)

Neben den vorgenannten externen Kostenträgern erbringt der Landesfinanzservice überwiegend Leistungen, die im Land Berlin intern verrechnet werden. Diese erstellten Kostenträger werden deshalb nicht über die operativen und strategischen Ziele in der Zielpyramide ausgewiesen.

Landesfinanzservice

Gruppe		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004919	2022	6.845.751	0	6.845.751
Aufgaben des Landesfinanzservice (Landeskasse)	2021	6.280.829	0	6.280.829

Zur Veranschaulichung der von der Landeshauptkasse erbrachten Leistungen werden im Folgenden die internen Fachprodukte der Produktgruppe 004919 „Aufgaben des Landesfinanzservice (Landeskasse)“ dargestellt.

Gesamtkosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
72169 - Einziehung und Beitreibung	2.755.909	2.545.443	2.533.325	2.683.535
77206 - Ausgaben	1.448.043	1.372.715	1.939.974	1.381.404
77207 - Einnahmen	2.160.467	2.084.128	2.082.642	1.877.512
77208 - Aufgaben Einheitskasse	278.337	378.542	338.516	295.751
80816 - Prüfung der Kassen und Zahlstellen der Bezirkskassen *	10.502	10.382	12.032	14.399
80817 - Prüfung der Zahl- sowie Geldannahme- und Geldausgabestellen der Hauptverwaltung (ohne Justiz) *	192.492	175.908	166.571	187.458

* Der Kostenausweis für Prüfungen erfolgt getrennt nach Bezirken und Hauptverwaltung (HV). .

Anzahl der Vollstreckungsersuchen				
72169 - Einziehung und Beitreibung	40.599	34.473	33.263	38.009
Kosten je Vollstreckungsersuchen in €				
72169 - Einziehung und Beitreibung	67,88	73,84	76,16	70,60
Anzahl Ist-Buchungen				
77206 - Ausgaben	1.263.186	1.234.618	1.220.880	1.285.888
77207 - Einnahmen	745.384	750.666	758.000	741.659
Kosten je Ist-Buchung in €				
77206 - Ausgaben	1,15	1,11	1,59	1,07
77207 - Einnahmen	2,90	2,78	2,75	2,53
Anzahl der Prüfungen*				
80816 - Prüfung der Kassen und Zahlstellen der Bezirkskassen	14	16	14	17
80817 - Prüfung der Zahl- sowie Geldannahme- und Geldausgabestellen der Hauptverwaltung (ohne Justiz)	219	195	123	116

* Die Zahl geprüfter Kassen sowie Zahl- / Geldannahme- und Geldausgabestellen wird getrennt nach Bezirken und HV ermittelt.

Kosten je Prüfung in €				
80816 - Prüfung der Kassen und Zahlstellen der Bezirkskassen	750,14	648,90	859,44	847,01
80817 - Prüfung der Zahl- sowie Geldannahme- und Geldausgabestellen der Hauptverwaltung (ohne Justiz)	878,96	902,09	1.354,24	1.616,02

Landesfinanzservice

Gruppe		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005153	2022	5.029.250	0	5.029.250
Verfahren NBR	2021	7.505.029	0	7.505.029

Beim Landesfinanzservice liegt die berlinweite Verantwortung für das noch laufende IT-Verfahren „Neues Berliner Rechnungswesen“, die Kosten für den zentralen Verfahrensbetrieb werden auf dem Kostenträger 79458 „IT-Verfahren NBR (Betrieb)“ ausgewiesen.

Gesamtkosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
79458 - IT-Verfahren NBR (Betrieb)	4.928.802	7.443.170*	7.229.603*	5.977.960

* Anstieg wegen der künftigen Umwandlung von ProFiskal zu einem Archivsystem nach Ablösung durch die MACH-Software

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Steuerabteilung – Abteilung III – der Senatsverwaltung für Finanzen.

Der Steuerabteilung als der obersten Landesfinanzbehörde obliegt die Leitung der Landesfinanzverwaltung (§ 3 Finanzverwaltungsgesetz).

Nach Überprüfung der im Kapitel veranschlagten Ausgaben sind die Haushaltsmittel zur Aufgabenerfüllung gemäß § 6 LHO zwingend notwendig. Alle Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitspotenziale sind gemäß § 7 LHO ausgeschöpft worden. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten wurden zu Grunde gelegt; darüber hinaus gehende Einnahmeverbesserungen sind derzeit nicht möglich.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

1530	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	78	56	79	62	70	63
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	73	55,9	75,3	62	66,3	62,8
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	56,6%	43,4%	54,8%	45,2%	51,4%	48,6%
Anzahl Führungskräfte	13	9	10	10	8	13
Führungskräfte / Absoluter Anteil (VZÄ)	12,8	9	10	10	8	12,8
Führungskräfte / Relativer Anteil (VZÄ)	58,7%	41,3%	50,0%	50,0%	38,5%	61,5%
Anzahl Mitarbeitende	65	47	69	52	62	50
Mitarbeitende / Absoluter Anteil (VZÄ)	60,3	46,9	65,3	52	58,3	50
Mitarbeitende / Relativer Anteil (VZÄ)	56,3%	43,8%	55,7%	44,3%	53,8%	46,2%

Das geschlechterdifferenzierte durchschnittliche Jahreseinkommen nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ) beträgt, ermittelt nach den Daten des Monats Januar 2022:

Durchschnittliches Jahreseinkommen 2022		
1530	w	m
Gesamt	63.614,65 €	65.571,16 €
Führungskräfte	92.263,93 €	76.647,99 €
Mitarbeitende	59.613,65 €	62.746,57 €

Die Beschäftigten der Senatsverwaltung für Finanzen werden nach einheitlichen tarif- bzw. besoldungsrechtlichen Bestimmungen bezahlt.
Bei der Berechnung des geschlechterdifferenzierten Durchschnittseinkommens ist zu beachten, dass das Haushaltsbrutto zu Grunde gelegt wird. In diesem sind auch die Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgung enthalten.

Die Unterschiede bei den durchschnittlichen Bezügen der weiblichen und männlichen Dienstkräfte ergeben sich aus folgenden Aspekten:

- mehr weibliche Dienstkräfte, die unbezahlte Beurlaubung in Anspruch nehmen

Die Senatsverwaltung für Finanzen ist weiterhin bemüht, den Anteil von Frauen in Führungspositionen beizubehalten bzw. zu erhöhen.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979	061	**Verschiedene Einnahmen**	1.000	1.000	1.000	476,26
26101	061	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	2.270.000	2.270.000	2.672.000	2.421.417,06

a)
Nach § 8 des Gesetzes über das Verfahren der Berliner Verwaltung vom 21. April 2016 sind landesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, die den Vollstreckungsbehörden des Landes Berlin Vollstreckungsanordnungen übermitteln, verpflichtet, für jede übermittelte Vollstreckungsanordnung einen Pauschalbetrag für den nicht durch vereinnahmte Gebühren und Auslagen gedeckten Verwaltungsaufwand (Vollstreckungspauschale) zu zahlen. Die Vollstreckungspauschale wird für ab dem 1. Januar 2016 übermittelte Vollstreckungsanordnungen erhoben.
Die Vollstreckungspauschale beträgt 41,00 €. Wird die Vollstreckungsanordnung elektronisch nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz übermittelt, ermäßigt sich die Vollstreckungspauschale um 10,00 €.
b)
Entschädigung für die Mitteilung von Gewerbesteuermessbeträgen an die Industrie- und Handelskammer zu Berlin und die Handwerkskammer Berlin zur Erhebung der Beiträge der Kammerzugehörigkeit von 0,13 € je mitgeteiltem Gewerbesteuermessbetrag und 31,00 € je Vollstreckungsersuchen.

		Gesamteinnahmen	2.271.000	2.271.000	2.673.000	2.421.893,32
		Prozentuale Veränderung	-15,0 %	—		
		Ausgaben				
42201	061	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	9.847.000	10.406.000	8.710.000	8.393.871,50

Stellenmehrbedarf zur Umsetzung der gestiegenen Aufgabenanforderungen in der Steuerabteilung, z.B. im Bereich der Personalentwicklung und Ausbildung.

42701	061	**Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter**	230.000	265.000	200.000	197.558,75

Bei dem Ansatz werden die Ausgaben für die externe Unterstützung bei Auswahlverfahren, Führungskräftefeedback sowie für die im Rahmen des Angebots der Finanzschule tätigen Dozenten nachgewiesen. Gem. Leitungsvorlage an den Senator sollen 2025 2 Klassen in der Finanzschule Berlin für die Laufbahn 1, 2. Einstiegsamt eröffnet werden.

	2024	2025	2023
1. strukturiertes Auswahlverfahren- FK-Pool	53.312 €	53.312 €	40.000 €
2. Führungskräftezirkel	15.654 €	15.654 €	20.000 €
3. FK-Pool, Lehrgänge FsB	11.044 €	11.044 €	10.000 €
4. Finanzschule Berlin	150.000 €	185.000 €	130.000 €
	230.000 €	265.000 €	200.000 €

42801	061	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	209.000	217.000	354.000	504.964,79
42811	061	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	1.000	1.000	4.000	—
44100	061	**Beihilfen für Dienstkräfte**	423.000	436.000	391.000	398.606,15
44379	061	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	3.000	3.000	4.000	1.122,30

Ausgaben für die ärztliche Untersuchung von Dienstkräften, die Abwicklung von Dienstunfällen und die notwendigen Kosten für Sehhilfen (Bildschirmarbeitsplätze).

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51101	**061**	**Geschäftsbedarf**	**45.000**	**45.000**	**43.000**	**45.429,22**

	2024/2025	2023
1. Geschäftsbedarf (Bürobedarf; Vordrucke, insbesondere Fachvordrucke, und sonstige Druckarbeiten, Verbrauchsmittel für die technischen Einrichtungen)	7.000 €	5.800 €
2. Bücher, Zeitschriften (Fachliteratur, Zeitschriften und Zeitungen sowie sonstige Druckerzeugnisse mit Ausnahme von Vordrucken)	37.800 €	37.000 €
3. GEZ-Gebühren Finanzschule	200 €	200 €
	45.000 €	43.000 €

51140	**061**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**60.000**	**60.000**	**60.000**	**52.899,59**

Beschaffung, Reparatur- und Wartungskosten für Büromöbel und –geräte der Abteilung III sowie der Finanzschule und des Gesamtpersonalrats.

Die Ansatzerhöhung in 2024/25 für die Erneuerung/Erweiterung des Mobiliars in den derzeit im Umbau/Modernisierung/digitale Ertüchtigung befindlichen Räumen (7 Schulungsräume, ein großer Saal und mehrere Büros) der Finanzschule im Dienstgebäude Bismarckstr. 48 (Finanzamt Charlottenburg) sowie der Ausstattung der neu von der BIM angemieteten und entsprechend umgebauten Räume (Schulungs-, Aufenthalts- und Rollenspielräume) im Dienstgebäude Potsdamer Str. 140 (FA Schöneberg) ist zwingend erforderlich. Die entstehenden Kosten in Höhe von 50.000 € wurden je zur Hälfte auf die Jahre 2024 und 2025 verteilt.

51168	**061**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**061**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51803	**061**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**6.000**	**8.000**	**8.000**	**4.525,30**

Mieten für Kopiergeräte und Wasserspender für die Finanzschule und die Gesamtpersonalvertretungen.

	2024	2025	2023
a. Miete für Kopierer	4.200 €	6.200 €	6.200 €
b. Miete für Wasserspender	1.800 €	1.800 €	1.800 €
	6.000 €	8.000 €	8.000 €

52501	**061**	**Aus- und Fortbildung**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**1.424,00**

Ersatz von Aufwendungen für die Teilnahme an Vorlesungen, Vorträgen, Fachtagungen und für die Besuche von Fachausstellungen; Aus- und Fortausbildung von Ersthelfern der Abt. III.
Durchführung von Teambildungsmaßnahmen in der Abteilung III.

52509	**061**	**Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT**	**10.000**	**20.000**	**3.000**	**5.024,24**

Ausgaben für die Beschaffung von Literatur für Unterrichtszwecke, von Gesetzestexten (BGB, StGB, HGB) für die Prüfungen sowie für Unterrichtsmaterialien der Finanzschule.
Die Ansatzsteigerung liegt an der Einstellung des Drucks durch das BMF. Für 2025 müssen die Handbücher auch für die dann an der Finanzschule vorhandenen Anwärter angeschafft werden.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52601	**061**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**5.000**	**5.000**	**8.000**	**—**

Gerichts-, Anwalts-, Notariats-, Gerichtsvollzieherkosten, Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige, Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner.

52703	**061**	**Dienstreisen**	**50.000**	**50.000**	**70.000**	**27.477,44**

Reisekosten für Dienstreisen zu Kongressen, Steuerrechtsfachtagungen und Steuerfortbildungsveranstaltungen der Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder außerhalb Berlins.

Geschlechtsspezifische Daten:

Zielgruppe:	Beschäftigte der Senatsverwaltung für Finanzen (Abteilung Steuern) an dienstlich bedingten Dienstreisen
GB Zielsetzung:	ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durch gleichberechtigte Berücksichtigung von Männern und Frauen bei den Dienstreisen
Steuerungsbedarf:	Verwendung der Ressourcen entsprechend eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses

	Ist 2021		Ist 2022	
	Teilnehmerinnen	Teilnehmer	Teilnehmerinnen	Teilnehmer
absolut	3	1	25	28
relativ (in %)	75%	25%	57%	43%

52906	**061**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**3.000**	**3.000**	**3.000**	**3.650,11**

Aufwendungen der Abteilung III, der Finanzschule und des GPR aus Anlass dienstlicher Veranstaltungen, Sitzungen, Bund-Länder-Treffen der Abteilungsleiter Steuern etc. einschließlich der Gestaltung des Rahmenprogramms.

54034	**061**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**17.000**	**17.000**	**18.000**	**15.561,97**

Die Ausgaben für die Regulierung von Schadenersatz- und Amtshaftungsansprüchen sind an die Ist-Ausgaben der vergangenen Jahre angepasst worden.

54079	**061**	**Verschiedene Ausgaben**	**5.000**	**5.000**	**2.000**	**2.165,96**

	2024/2025	2023
1. Ausschreibungen, Bekanntmachungen	900 €	900 €
2. Kränze, Blumenspenden, Nachrufe	200 €	200 €
3. Anmietung von Tagungsräumen in besonderen Fällen	900 €	900 €
4. Diverse Werbemaßnahmen	3.000 €	
	5.000 €	2.000 €

68704	**820**	**Anteil anderer am Biersteueraufkommen**	**1.200**	**1.200**	**1.200**	**994,36**

Das Zoll- und Verbrauchsteueraufkommen in der an das deutsche Zollgebiet angeschlossenen österreichischen Gemeinde Mittelberg (Kleines Walsertal) steht Österreich zu. Der dazugehörige Biersteueranteil in Höhe von rd. 50 000 € jährlich wird zur Hälfte vom Land Bayern und zur anderen Hälfte von den übrigen Ländern entsprechend ihrem Anteil am Gesamtaufkommen der Biersteuer getragen.
Auf Berlin entfällt ein Anteil von 4,37 v. H.
Der auf die Länder entfallende Biersteueranteil wird nach dem Königsteiner Schlüssel berechnet.

Gender Budget
Eine geschlechterspezifische Zuordnung des auf Berlin entfallenden Biersteueranteils kann nur auf der Basis des Anteils der weiblichen und männlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von Österreich vorgenommen werden.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168	**061**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**62.000**	**132.000**	**394.000**	**62.030,40**

Ersatzbeschaffung von Schulungsgeräten/-Hardware der Finanzschule sowie der Gesamtpersonalvertretungen (verfahrensabhängig).

	2024	2025	2023
1. PC, Monitore, Notebooks, Beamer (Ablauf der ND)	16.000 €	14.000 €	289.000 €
2. Neue Arbeitsplätze	1.500 €	5.500 €	--------- €
3. Klassensätze Laptops incl. Ladeschrank	37.500 €	75.000 €	105.000 €
4. Klassensatz Laptops für Anwärter incl. Ladeschrank	--------- €	37.500 €	---------- €
5. Klassensatz iPad`s für den Praxisaufstieg	7.000 €	----------€	---------- €
	62.000 €	132.000 €	394.000 €

Im Jahr 2023 wurden die iPad`s für die Anwärter im Kapitel 1530 Titel 51168 ausgewiesen. Im Doppelhaushalt 2024/2025 erfolgt die Anmeldung im Kapitel 1531 Titel 81244.
Die Schulungsräume der Finanzschule müssen digital ertüchtigt werden. Ab 2025 sollen gem. Leitungsvorlage an den Senator 2 Klassenräume in der Finanzschule für die Laufbahn 1, 2. Einstiegsamt eröffnet werden.
Für den Praxisaufstieg sollen analog zu den Anwärtern 20 iPad`s angeschafft werden, um Gesetzestexte und die zentrale Schulungsumgebung nutzen zu können.

51185	**061**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**19.000**	**69.000**	**47.000**	**284,40**

	2024	2025	2023
a. Dienstleistungen des ITDZ (Verschlüsselungszertifikate und JAVA-Support für die Abt.III; höherwertige Internetanbindung für die Finanzschule)	12.000 €	12.000 €	12.000 €
b. Softwarekosten für den Remotezugriff der Dozenten auf die Schulungs-PC für 7 Schulungsräume	7.000 €	7.000 €	35.000 €
c. Planungssoftware für die Stundensetzung in der Aus- und Fortbildung, Raumbuchung und Einsatz der Dozierenden	--------- €	50.000 €	---------- €
	19.000 €	69.000 €	47.000 €

Durch die Erneuerung/Erweiterung der IT-Ausstattung in den derzeit im Umbau/Modernisierung/digitale Ertüchtigung befindlichen Räumen (7 Schulungsräume, ein großer Saal und mehrere Büros) der Finanzschule im Dienstgebäude Bismarckstr. 48 (Finanzamt Charlottenburg) sowie der Ausstattung der neu von der BIM angemieteten und entsprechend umgebauten Räume (Schulungs-, Aufenthalts- und Rollenspielräume) im Dienstgebäude Potsdamer Str. 140 (FA Schöneberg) fallen entsprechend Aufwendungen für Software/-wartung und IT-Dienstleistungen des ITDZ an, die zwingend erforderlich sind. Die für den Remotezugriff erforderlichen Mittel für die Software in Höhe von 14.000 € wurden je zur Hälfte auf die Jahre 2024 und 2025 verteilt.
Bislang erfolgen die Planungen zur Aus- und Fortbildung an der Finanzschule mittels kursbezogener Excel-Tabellen und separater Raumplanung. Eine Verknüpfung in Bezug auf Einsatz der Dozierenden, Stundensetzung und Raumplanung erfolgt nicht.
Daher wird die Anschaffung einer Planungssoftware zur Sicherstellung einer einheitlichen Planung der Veranstaltungen und Kurse als notwendig erachtet.

Summe Maßnahmegruppe 32	**81.000**	**201.000**	**441.000**	**62.314,80**
Gesamtausgaben	**10.999.200**	**11.746.200**	**10.323.200**	**9.717.590,48**
Prozentuale Veränderung	**6,5 %**	**6,8 %**		

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1530				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	1.000	476,26
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.270.000	2.270.000	2.672.000	2.421.417,06
		Gesamteinnahmen	2.271.000	2.271.000	2.673.000	2.421.893,32
411-462		Personalausgaben	10.713.000	11.328.000	9.663.000	9.496.123,49
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	285.000	417.000	659.000	220.472,63
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.200	1.200	1.200	994,36
		Gesamtausgaben	10.999.200	11.746.200	10.323.200	9.717.590,48
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-8.728.200	-9.475.200	-7.650.200	-7.295.697,16

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001042 Effiziente Festsetzung und Erhebung von Steuern

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	8	Personalkosten	257.987.120	237.884.456	+8,45
Kostenträger	32	Sachkosten	1.124.123	1.340.449	-16,14
davon		Transferkosten	10.652	17.270	-38,32
Produkte	28	Verrechnungskosten	1.031.673	950.147	+8,58
MGF	4	kalkulatorische Kosten	95.798.974	88.460.949	+8,30
Projekte	0	Gemeinkosten	211.492.899	195.673.458	+8,08
		Summe Verwaltungskosten	567.445.440	524.326.729	+8,22
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	567.445.440	524.326.729	+8,22

Am strategischen Ziel ist die Abteilung Steuern (Kapitel 1530) mit 2,16 % beteiligt. Die übrigen Kostenanteile entfallen mit einem Kostenanteil von 97,84 % auf die Finanzämter (Kapitel 1531).

Das strategische Ziel gliedert sich in acht operative Ziele: 004970 „Leitung der Berliner Steuerverwaltung“ mit einem Anteil von 2,15 % an den Verwaltungskosten, 004972 „Service IT“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 0,05 %, 004975 „Ertragsteuern (Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbesteuer)“ mit einem Anteil von 54,23 %, 004977 „Gemeindesteuern (Bewertung/Grundsteuer und sonstige Gemeindesteuern (Hundesteuer, Zweitwohnungsteuer, Vergnügungsteuer, Übernachtungsteuer))“ mit einem Anteil von 6,98 %, 004978 „Landessteuern (Erbschaft- und Schenkungsteuer, Grunderwerbsteuer)“ mit einem Anteil von 1,51 %, 004979 „Erhebung“ mit einem Anteil von 10,71 %, 004981 „Fahndung und Strafsachen“ mit einem Anteil von 4,35 %, sowie 004982 „Prüfungsdienste“ mit einem Anteil von 20,02 % an den Verwaltungskosten.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004970	2022	12.273.743	0	12.273.743
Leitung der Berliner Steuerverwaltung	2021	11.522.305	0	11.522.305

Der Anteil des Kapitels 1530 (Steuern) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Das operative Ziel umfasst der Steuerabteilung obliegende ministerielle und gesamtstädtische Aufgaben wie die Vertretung in Bund-Länder-Gremien, die Mitarbeit an der Steuergesetzgebung sowie die Dienst- und Fachaufsicht über die Finanzämter und das Controlling des Steuervollzugs.

Nachstehend aufgeführte ministerielle Geschäftsfelder gehören zur Leitung der Berliner Steuerverwaltung:

Verwaltungskosten	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
77592 - Ertragsteuern, Zulagen (Ministerielles Geschäftsfeld)	2.635.169	2.684.664	2.522.190	2.353.492
77593 - Übrige Steuern, Glückspiel und Bewertung (Ministerielles Geschäftsfeld)	3.045.626	2.981.012	2.570.656	2.063.782
77594 - Controlling und Organisation der Finanzämter (Ministerielles Geschäftsfeld)	3.033.234	2.404.287	2.070.293	1.920.686
79450 - Verfahrensrecht (AO), Erhebung, Bp, BuStra / Steufa (Ministerielles Geschäftsfeld)	3.559.714	3.452.342	3.601.490	2.799.499

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Zusatzinformationen zur internen Leistungserbringung der Abteilung Steuern (Kapitel 1530)

Es werden neben den vorgenannten externen Fachkostenträgern vorrangig interne Serviceleistungen für die Finanzämter erbracht, die an die leistungsempfangenden Behörden innerhalb der Steuerverwaltung des Landes Berlin intern verrechnet werden. Diese intern erstellten Produkte werden nicht über die operativen und strategischen Ziele in der Zielpyramide der externen Kostenträger ausgewiesen, machen aber einen nicht unerheblichen Teil der Kosten in der Abteilung Steuern aus. Nachstehend aufgeführte interne Produkte gehören zu den Produktgruppen 005163 „Vergleichsring Personal“ und 004202 „Ausbildung“.

Personal - Gesamtkosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
79645 - Personalentwicklungsservice	2.756.990	2.448.419	2.625.353	1.881.981
Ausbildung - Gesamtkosten in €				
78084 - Organisation der Ausbildung* (Steuerverwaltung)	7.218.469	6.420.275	7.635.325	4.776.449

* Im Jahr 2022 waren durchschnittlich 808 Steuer- und Finanzanwärter/innen in Ausbildung (2021: 780, 2020:782. 2019: 758).

Finanzämter

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Berliner Finanzämter.

Von den 23 Finanzämtern sind 17 regional für die Besteuerung natürlicher Personen und Personengesellschaften und 4 Finanzämter für Körperschaften für die Besteuerung juristischer Personen zuständig. Das Finanzamt für Fahndung und Strafsachen nimmt die Aufgaben der Steuerfahndung wahr und ist zuständig für Straf- und Bußgeldverfahren wegen Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten. Das Technische Finanzamt (TFA) Berlin ist als Rechenzentrum der Landesfinanzverwaltung mit dem Einsatz automatischer Besteuerungsverfahren für die Berechnung von Steuern zuständig.

Zu den Aufgaben der Berliner Finanzämter gehört die Festsetzung und Erhebung von Steuern, teilweise im Rahmen der Auftragsverwaltung für den Bund (Art. 108 GG); die Festsetzung und Erhebung von Kirchensteuern; die Vollstreckung steuerlicher und nichtsteuerlicher Forderungen; die Durchführung von Außenprüfungen und die Mitteilung der Gewerbesteuermessbeträge an die Handelskammer Berlin und an die Industrie- und Handelskammer zu Berlin.
Zudem sind die Finanzämter in Berlin auch Vollstreckungsbehörde für nahezu alle Berliner Behörden.

Vor dem Hintergrund der in den Folgejahren steigenden Anzahl der Ausscheidenden ist ein erhöhter Ausbildungsbedarf im Bereich des mittleren und gehobenen Dienstes festgestellt worden. Die Ausgaben für die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 1 und 2 (ehemaliger mittlerer und gehobener Steuerverwaltungsdienst) sind entsprechend dem festgelegten Ausbildungskorridor angepasst und veranschlagt worden.

Mit dem Ziel einer effizienten Aufgabenerledigung arbeiten die Steuerverwaltungen der Länder bei der gemeinschaftlichen Entwicklung der Automationsverfahren sowie bei der Erledigung von IT-Aufgaben zusammen. Die sich aus der Beteiligung des Landes Berlin ergebenden Verpflichtungen werden im Haushalt angemeldet.

Die Ausgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) sind insbesondere auf

- die Verpflichtung aus dem Verwaltungsabkommen zu KONSENS einschl. des Ausbaus der ELSTER-Verfahren,
- das Abkommen zur Verteilung der Kosten für die Durchführung der zentralen Besteuerung beschränkt steuerpflichtiger Auslandsrentner im Finanzamt Neubrandenburg sowie
- die Unterbringung des von der Berliner Steuerverwaltung genutzten Hauptrechners, der Server und weiteren Systemtechnik im Data-Center des IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) Berlin

zurückzuführen.

Die Unterbringung des von der Berliner Steuerverwaltung genutzten Hauptrechners, der Server und weiteren Systemtechnik im Data-Center des ITDZ Berlin dient der notwendigen Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit entsprechend den aktuellen Sicherheitsstandards. Sie führen zu einer Erhöhung der Ansätze für Dienstleistungen des ITDZ Berlin.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

1531	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	4227	2239	4263	2290	4201	2312
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	3981,8	2210,8	4030,8	2261,5	3965,1	2280,4
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	64,3%	35,7%	64,1%	35,9%	63,5%	36,5%
Anzahl Führungskräfte	237	194	240	193	225	180
Führungskräfte / Absoluter Anteil (VZÄ)	221,5	191	225,5	189,4	209,7	175,9
Führungskräfte / Relativer Anteil (VZÄ)	53,7%	46,3%	54,4%	45,6%	54,4%	45,6%
Anzahl Mitarbeitende	3990	2045	4023	2097	3976	2132
Mitarbeitende / Absoluter Anteil (VZÄ)	3760,3	2019,8	3805,3	2072,1	3755,4	2104,5
Mitarbeitende / Relativer Anteil (VZÄ)	65,1%	34,9%	64,7%	35,3%	64,1%	35,9%

Das geschlechterdifferenzierte durchschnittliche Jahreseinkommen nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ) beträgt, ermittelt nach den Daten des Monats Januar 2022:

Durchschnittliches Jahreseinkommen 2022		
1531	w	m
Gesamt	50.553,63 €	51.602,28 €
Führungskräfte	70.682,70 €	74.229,21 €
Mitarbeitende	49.428,59 €	49.707,05 €

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11105	**061**	**Gebühren nach der Verwaltungsgebührenordnung**	**175.000**	**175.000**	**170.000**	**183.507,80**
11119	**061**	**Verspätungs- und Säumniszuschläge**	**70.000.000**	**70.000.000**	**55.500.000**	**73.574.522,28**

Nach § 152 der Abgabenordnung (AO) kann ein Verspätungszuschlag gegen denjenigen festgesetzt werden, der seiner Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung nicht oder nicht fristgemäß nachkommt. Nach § 240 der Abgabenordnung ist ein Säumniszuschlag verwirkt, wenn eine Steuer nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet wird. Die Verspätungs- und Säumniszuschläge fließen der Körperschaft zu, die die Steuer verwaltet.

11153	**061**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**6.200.000**	**6.200.000**	**5.400.000**	**6.823.385,82**

Gebühren, die nach der Abgabenordnung (Kosten der Vollstreckung (§ 337 AO)) und verschiedenen anderen Steuergesetzen erhoben werden.

11201	**061**	**Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder**	**6.000.000**	**6.000.000**	**5.500.000**	**6.386.403,61**

Geldbußen, Ordnungsgelder und Kosten nach der Abgabenordnung (AO) in Verbindung mit dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und der Strafprozessordnung; Zwangsgelder (§ 329 AO); Geldbußen und Kostenersatz in Disziplinarverfahren.

11903	**061**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**100.000**	**100.000**	**300.000**	**12.932,38**

Einnahmen aus Rückgriffansprüchen, insbesondere für Verdienstausfallschäden von Dienstkräften infolge von Unfällen und für Sachschäden sowie Rückzahlung von fehlerhaften Erstattungen.

11979	**061**	**Verschiedene Einnahmen**	**25.000**	**25.000**	**15.000**	**85.788,34**
11981	**061**	**Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen**	**2.000**	**2.000**	**3.000**	**5,00**

Verkauf von ausgesonderten IT-Geräten und Möbeln.

23102	**061**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben durch den Bund**	**1.000**	**1.000**	**10.000**	**40.250,00**

Kostenerstattung des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt) für die Fortbildungskosten der Steuerbeamtinnen und -beamten des Bundes zu Großkonzernprüfern. Für 2024/25 liegen derzeit keine Anmeldungen vor.

26101	**061**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**11.384.000**	**11.384.000**	**9.500.000**	**11.631.017,36**

	2024/25	2023
a) Anteiliger Verwaltungskostenbeitrag für die Verwaltung der Kirchensteuer ..	9.500.000 €	8.000.000 €
b) Personalkostenerstattung für Dozenten/Innen des Landes Berlin	1.884.000 €	1.500.000 €
	11.384.000 €	9.500.000 €

a) Anteiliger Verwaltungskostenbeitrag für die Verwaltung der Kirchensteuer.
Der Ansatz 2024/2025 ist in Anlehnung an das durchschnittliche Einnahmeaufkommen der letzten 5 Jahre gebildet worden.
b) Die ab 01.01.2020 in Kraft getretene Kooperations- und Abrechnungsvereinbarung mit Brandenburg über die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des Berliner Steuerverwaltungsdienstes im Ausbildungszentrum in Königs Wusterhausen sieht den Einsatz und die Abordnung von Dienstkräften der Berliner Steuerverwaltung als Dozentinnen und Dozenten an der Fachhochschule für Finanzen und der Landesfinanzschule vor. Die Personal-Ist-Kosten für die zum Einsatz gekommenen Dozentinnen und Dozenten werden vom Land Berlin gesondert in Rechnung gestellt und separat erstattet.

Gesamteinnahmen	**93.887.000**	**93.887.000**	**76.398.000**	**98.737.812,59**
Prozentuale Veränderung	**22,9 %**	**—**		

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**061**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**284.377.000**	**295.752.000**	**292.381.000**	**270.697.613,64**
42221	**061**	**Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter**	**20.206.000**	**21.497.000**	**20.129.000**	**14.687.199,10**
42801	**061**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**63.918.000**	**66.474.000**	**56.690.000**	**49.942.592,47**
42811	**061**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.825.000**	**7.098.000**	**10.380.000**	**6.134.092,74**
42821	**061**	**Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)**	**155.000**	**206.000**	**116.000**	**99.851,94**

Einrichtung von 2 Ausbildungsplätzen zum Fachinformatiker im Technischen Finanzamt zum 01.09.19 (Ausbildungsdauer: 3 Jahre). Die Titelansätze sind für 6 Auszubildende pro Haushaltsjahr kalkuliert (2 neue Auszubildende pro Jahr, 3 Ausbildungsjahre, max. 6 Auszubildende/Haushaltsjahr).

44100	**061**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**15.820.000**	**16.294.000**	**14.830.000**	**14.923.719,51**
44379	**061**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**123.000**	**123.000**	**123.000**	**89.436,51**

Ausgaben für die ärztliche Untersuchung von Dienstkräften, die Abwicklung von Dienstunfällen und die notwendigen Kosten für Sehhilfen (Bildschirmarbeitsplätze).

45201	**061**	**Nachversicherungen**	**1.663.000**	**1.663.000**	**836.000**	**1.662.886,59**
45300	**061**	**Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
45903	**061**	**Prämien für besondere Leistungen**	**115.000**	**115.000**	**104.000**	**114.750,00**

Leistungsprämien und -zulagen nach der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung (LPZVO) sowie Prämien für Qualitätsvorschläge im Rahmen des Berliner Ideenmanagement (BIM).

46201	**880**	**Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben**	**-1.940.000**	**-2.751.000**	**-1.154.000**	**—**
51101	**061**	**Geschäftsbedarf**	**5.594.000**	**5.594.000**	**5.217.000**	**6.068.729,89**

	2024/25	2023
1. Geschäftsbedarf (Bürobedarf, Vordrucke, insbesondere Fachvordrucke und sonstige Druckarbeiten, Verbrauchsmittel für die technischen Einrichtungen).....	850.000 €	810.000 €
2. Bücher, Zeitschriften (Fachliteratur und sonstige Druckerzeugnisse)	300.000 €	260.000 €
3. GEZ-Gebühren	44.000 €	47.000 €
4. Postgebühren	4.400.000 €	4.100.000 €
	5.594.000 €	5.217.000 €

Die Kosten für Zeitschriften und Loseblattausgaben sind durch die Abonnements gebundene feste Kosten. Die Kommentare und Fachliteratur müssen nach wie vor aktualisiert werden.
Die Berechnung der Postgebühren erfolgte auf Grundlage der IST-Zahlen der Sendungen in 2022 unter Ansatz der ab 01.01.2023 geltenden Preise.

51136	**061**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51140	**061**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**504.000**	**446.000**	**360.000**	**436.367,58**

	2024	2025	2023
1. Mobiliar ergonomisch (Aktenschränke, E-Tische, Stühle)	350.000 €	350.000 €	303.000 €
2. Ausstattung von Schwerbehindertenarbeitsplätzen (ein Drittel der Kosten)	20.000 €	20.000 €	--
3. Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Anlagen	70.000 €	70.000 €	57.000 €
4. CO2-Flaschen für Wasserspender	6.000 €	6.000 €	--
5. Umzug Finanzamt Mitte/Tiergarten	30.000 €	--	--
6. Umzug Technisches Finanzamt	28.000 €	--	--
	504.000 €	446.000 €	360.000 €

Beschaffungen, Reparatur- und Wartungskosten für Büromöbel und -geräte.
Ausstattung von Schwerbehindertenarbeitsplätzen in den Finanzämtern mit behindertengerechtem Mobiliar/Zubehör. Das Integrationsamt übernimmt nur zwei Drittel der Kosten.
Ausgaben zur Prüfung der ortsveränderlichen elektrischen Anlagen (GUV-V A3) in den Finanzämtern.
Im neuen Dienstgebäude des Finanzamts Mitte/Tiergarten müssen die Besprechungsräume mit Möbeln ausgestattet werden.
Durch den Umzug des Technischen Finanzamts Anfang 2024 werden Beschaffungen für die Ausstattung von Besprechungsräumen, des Amtsleiterzimmers, des Eingangsbereichs und zur Durchführung von Erste-Hilfe-Maßnahmen erforderlich (Defibrillatoren, Rettungsstühle, Erste-Hilfe-Liege).

51168	**061**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51170	**061**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**061**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**061**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**22.000**	**22.000**	**22.000**	**15.679,74**

	2024/25	2023
1. Treibstoffe und Öle für die Dienstfahrzeuge des Finanzamts für Fahndung und Strafsachen sowie des Technischen Finanzamts	12.600 €	13.500 €
2. Ausgaben für die Haltung der Dienstfahrzeuge des Finanzamts für Fahndung und Strafsachen sowie des Technischen Finanzamts (z.B. Reparaturen, Zubehör, Kraftfahrzeugsteuer)	9.400 €	8.500 €
	22.000 €	22.000 €

51408	**061**	**Dienst- und Schutzkleidung**	**11.500**	**11.500**	**15.000**	**9.530,03**

Kostenersatz von Dienstkleidung für die Dienstkräfte der Spielbankaufsicht, die im klassischen Spiel eingesetzt sind; Sicherheitsschuhe/-handschuhe für die Hausbetreuung und den Netzwerkbereich des Technischen Finanzamts.

Sicherheitsausstattung für die Dienstkräfte des Steuerfahndungsdienstes im Finanzamt für Fahndung- und Strafsachen. In den Jahren 2024/25 werden ca. je 9 Nachwuchskräfte im Bereich des Fahndungsdienstes ausgebildet und zum Einsatz kommen. Diese sind entsprechend mit Sicherheitskleidung auszustatten (schuss- und stichsichere Unterziehwesten, Sicherheitsschuhe, Sicherheitshandschuhe).

Der Austausch der im Jahr 2011 beschafften Schutzwesten der 1. Generation (10 Jahre Gewährleistung) wurde im Jahr 2022 durch entsprechende Ersatzbeschaffungen abgeschlossen. Die Gewährleistung für die neuen Westen beträgt 30 Jahre.

51479	**061**	**Allgemeine Verbrauchsmittel**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**298.371,84**

Ergänzung von Mitteln zur Ersten Hilfe in Dienstgebäuden.

Die stark erhöhten IST-Ausgaben 2022 resultieren aus der durch die Corona-Pandemie verursachten Aufwendungen für Schutzmasken, Desinfektionsmittel etc. für die Finanzämter.

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51715	**061**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**14.280.000**	**14.570.000**	**14.630.000**	**13.247.659,80**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verlängerung des Mietvertrages für das Dienstgebäude Allee der Kosmonauten 29 als Verwaltungsstandort für das Finanzamt Marzahn-Hellersdorf.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	4.081.044 €	4.302.233 €	21.190.593 €

In dem Ansatz sind Ausgaben enthalten für die Bürodienstgebäude:	2024	2025	2023
Bredtschneiderstr. 5 (GPR, GFV, GSV)	16.210 €	16.210 €	16.210 €
Bismarckstr. 48 (Finanzamt Charlottenburg)	718.120 €	718.120 €	718.120 €
Bismarckstr. 48 (Finanzschule)	104.610 €	104.610 €	104.610 €
Potsdamer Str. 140 (Finanzschule)	42.440 €	42.440 €	42.440 €
Mehringdamm 22 (Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg)	495.500 €	495.500 €	495.500 €
Mehringdamm 110 (Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg)	136.660 €	136.660 €	136.660 €
Thiemannstr. 1 (Finanzamt Neukölln)	630.170 €	630.170 €	630.170 €
Gradestr. 36 (Finanzamt Berlin International ab 01.12.2023)	185.980 €	185.980 €	185.980 €
Eichborndamm 208 (Finanzamt Reinickendorf)	658.730 €	658.730 €	658.730 €
Potsdamer Str. 140 (Finanzamt Schöneberg)	521.960 €	521.960 €	521.960 €
Sarrazinstr. 4 (Finanzamt Schöneberg)	306.950 €	306.950 €	306.950 €
Nonnendammallee 15-21 (Finanzamt Spandau)	577.090 €	577.090 €	577.090 €
Schloßstr. 58 (Finanzamt Steglitz)	388.400 €	388.400 €	388.400 €
Sarrazinstr. 4 (Finanzamt Steglitz)	84.790 €	84.790 €	84.790 €
Martin-Buber-Str. 20 (Finanzamt Steglitz, Archiv)	14.340 €	14.340 €	14.340 €
Tempelhofer Damm 234 (Finanzamt Tempelhof)	581.120 €	581.120 €	581.120 €
Osloer Str. 37 (Finanzamt Wedding)	549.200 €	549.200 €	549.200 €
Albrecht-Achilles-Str. 61-64 (Finanzamt Wilmersdorf	606.920 €	606.920 €	606.920 €
Martin-Buber-Str. 20 (Finanzamt Zehlendorf)	479.910 €	479.910 €	479.910 €
Bredtschneiderstr. 5 (Finanzamt für Körperschaften I)	661.150 €	661.150 €	661.150 €
Volkmarstr. 13 (Finanzamt für Körperschaften III)	602.550 €	602.550 €	602.550 €
Magdalenenstr. 25 (Finanzamt für Körperschaften IV)	433.610 €	433.610 €	433.610 €
Storkower Str. 134 (Finanzamt Prenzlauer Berg)	449.120 €	449.120 €	449.120 €
Alt-Friedrichsfelde 60 (Finanzamt Lichtenberg)	42.600 €	42.600 €	42.600 €
Josef-Orlopp-Str. 62 (Finanzamt Lichtenberg)	507.540 €	507.540 €	507.540 €
Allee der Kosmonauten 29 (Finanzamt Marzahn-Hellersdorf)	732.950 €	732.950 €	732.950 €
Neue Jakobstr. 6/7 (Finanzamt Mitte/Tiergarten)	738.810 €	738.810 €	738.810 €
Storkower Str. 134 (Finanzamt Pankow/Weißensee)	416.270 €	416.270 €	416.270 €
Seelenbinderstr. 99 (Finanzamt Treptow-Köpenick)	637.770 €	637.770 €	637.770 €
Josef-Orlopp-Str. 62 (Finanzamt für Körperschaften II)	100.840 €	100.840 €	100.840 €
Magdalenenstr. 25 (Finanzamt für Körperschaften II)	379.900 €	379.900 €	379.900 €
Colditzstr. 37,39,41 (Finanzamt f. Fahndung und Strafsachen)	700.530 €	700.530 €	700.530 €
Kniprodestr. 31 (Technisches Finanzamt)	776.730 €	1.066.730 €	1.126.730 €
	14.279.470 €	14.569.470 €	14.629.470 €
rd.	14.280.000 €	14.570.000 €	14.630.000 €

Anmietung eines Bürodienstgebäudes für das Technische Finanzamt (Kniprodestr./ehemals Conrad-Blenkle-Str.). Das Gebäude konnte nicht wie geplant in 2023 bezogen werden.
Herrichtung/Anmietung eines Bürodienstgebäudes für das Finanzamt Mitte/Tiergarten (Otto-Braun-Str. 70-72/ Haus der Statistik). Die Bezugsfertigkeit kann nicht - wie geplant- zum 01.04.2024 hergestellt werden. Daher ist die Verlängerung des Mietvertrages um ein Jahr für das Dienstgebäude Neue Jakobstr. 6/7 als Verwaltungsstandort für das Finanzamt Mitte/Tiergarten bis zur Fertigstellung des Gebäudes am neuen Standort erforderlich. Die Betriebs- und Nebenkosten für die Otto-Braun-Straße ab 2025 können von der BIM noch nicht beziffert werden. Diese werden über eine Hauptausschussvorlage zu gegebener Zeit übermittelt werden. Der Ansatz wurde daher für 2025 fortgeschrieben und wird nach tatsächlichem Bezug für den Standort Otto-Braun-Straße verwendet.

51802	**061**	**Mieten für Fahrzeuge**	**38.000**	**38.000**	**30.000**	**25.588,07**

Aufwendungen für die Dienstfahrzeuge des Technischen Finanzamts (TFA) und des Finanzamts für Fahndung und Strafsachen (FuSt) Berlin sowie für die Anmietung von Fremdfahrzeugen für Großdurchsuchungen.

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51803	**061**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**192.000**	**192.000**	**172.000**	**126.082,34**

Durch den Einsatz von Kartenlesegeräten im Vollstreckungsaußendienst werden zeitaufwändige Sachpfändungen einschl. deren Verwertung vermieden, Risiken bei der Annahme von Falschgeld minimiert und eine höhere Erfolgsquote bei der Einziehung von Steuerrückständen erzielt.
Einsatz eines Kartenlesegerätes in den Info-Zentralen der Finanzämter (Ausstellung von Bescheinigungen, Kopierkosten, etc.) durch die Abschaffung des Bargeldverkehrs in der Steuerverwaltung.

	2024/25	2023
a) Miete für Kopierer	100.000 €	110.000 €
b) Miete für Kartenlesegeräte im Vollstreckungs-Außendienst und den Info-Zentralen	34.000 €	62.000 €
c) Miete für Wasserspender für 26 Standorte	58.000 €	0 €
	192.000 €	172.000 €

51820	**061**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**25.181.000**	**25.419.000**	**24.312.000**	**21.850.290,85**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

Verpflichtungen aus Vorjahren

	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	7.838.420 €	7.978.262 €	48.126.058 €

In dem Ansatz sind Ausgaben enthalten für die Bürodienstgebäude:	2024	2025	2023
Bredtschneiderstr. 5 (GPR, GSV, GFV)	35.210 €	35.210 €	35.210 €
Bismarckstr. 48 (Finanzamt Charlottenburg)	1.852.390 €	1.852.390 €	1.852.390 €
Bismarckstr. 48 (Finanzschule)	288.180 €	288.180 €	288.180 €
Potsdamer Str. 140 (Finanzschule)	58.110 €	58.110 €	55.120 €
Mehringdamm 22 (Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg)	730.730 €	730.730 €	730.730 €
Mehringdamm 110 (Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg)	188.030 €	188.030 €	188.030 €
Thiemannstr. 1 (Finanzamt Neukölln	2.408.130 €	2.499.640 €	1.037.180 €
Gradestr. 36 (Finanzamt Neukölln)	--- €	--- €	503.340 €
Eichborndamm 208 (Finanzamt Reinickendorf)	1.119.630 €	1.119.630 €	1.119.630 €
Potsdamer Str. 140 (Finanzamt Schöneberg)	716.700 €	716.700 €	716.700 €
Sarrazinstr. 4 (Finanzamt Schöneberg)	387.520 €	387.520 €	387.520 €
Nonnendammallee 15-21 (Finanzamt Spandau)	883.210 €	883.210 €	883.210 €
Schloßstr. 58 (Finanzamt Steglitz)	469.000 €	469.000 €	469.000 €
Sarrazinstr. 4 (Finanzamt Steglitz)	117.280 €	117.280 €	117.280 €
Martin-Buber-Str. 20 (Finanzamt Steglitz, Archiv)	18.790 €	18.790 €	18.790 €
Tempelhofer Damm 234 (Finanzamt Tempelhof)	636.300 €	636.300 €	631.100 €
Osloer Str. 37 (Finanzamt Wedding)	623.270 €	623.270 €	623.270 €
Albrecht-Achilles-Str. 61-64 (Finanzamt Wilmersdorf)	1.059.410 €	1.059.410 €	1.059.410 €
Martin-Buber-Str. 20 (Finanzamt Zehlendorf)	719.660 €	719.660 €	719.660 €
Bredtschneiderstr. 5 (Finanzamt für Körperschaften I)	1.271.670 €	1.271.670 €	1.271.670 €
Volkmarstr. 13 (Finanzamt für Körperschaften III)	1.653.730 €	1.716.570 €	1.277.590 €
Magdalenenstr. 25 (Finanzamt für Körperschaften IV)	838.330 €	838.330 €	877.180 €
Storkower Str. 134 (Finanzamt Prenzlauer Berg)	754.460 €	754.460 €	754.460 €
Alt-Friedrichsfelde 60 (Finanzamt Lichtenberg)	16.310 €	16.310 €	20.000 €
Josef-Orlopp-Str. 62 (Finanzamt Lichtenberg)	745.050 €	745.050 €	904.670 €
Allee der Kosmonauten 29 (Marzahn-Hellersdorf)	755.130 €	783.820 €	1.437.040 €
Neue Jakobstr. 6/7 (Mitte/Tiergarten)	1.590.480 €	1.590.480 €	1.403.150 €
Storkower Str. 134 (Finanzamt Pankow/Weißensee)	697.940 €	697.940 €	697.940 €
Seelenbinderstr. 99 (Treptow-Köpenick)	510.770 €	510.770 €	528.530 €
Josef-Orlopp-Str. 62 (Finanzamt für Körperschaften II)	156.430 €	156.430 €	159.240 €
Magdalenenstr. 25 (Finanzamt für Körperschaften II)	758.380 €	758.380 €	758.380 €
Colditzstr. 41 (Finanzamt f. Fahndung und Strafsachen)	1.441.820 €	1.496.600 €	1.108.190 €
Kniprodestr. 31 (Technisches Finanzamt)	1.653.180 €	1.678.600 €	1.678.600 €
	25.180.650 €	25.418.470 €	24.312.390 €
rd.	25.181.000 €	25.419.000 €	24.312.000 €

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Anmietung eines Bürodienstgebäudes für das Technische Finanzamt (Kniprodestr./ehemals Conrad-Blenkle-Str.).; das Gebäude konnte nicht wie geplant in 2023 bezogen werden.

Herrichtung/Anmietung eines Bürodienstgebäudes für das Finanzamt Mitte/Tiergarten (Otto-Braun-Str. 70-72/ Haus der Statistik). Die Bezugsfertigkeit kann nicht - wie geplant- zum 01.04.2024 hergestellt werden. Daher ist die Verlängerung des Mietvertrages um ein Jahr für das Dienstgebäude Neue Jakobstr. 6/7 als Verwaltungsstandort für das Finanzamt Mitte/Tiergarten bis zur Fertigstellung des Gebäudes am neuen Standort erforderlich. Die Mietausgaben für die Otto-Braun-Straße ab 2025 können von der BIM noch nicht beziffert werden. Diese werden über eine Hauptausschussvorlage zu gegebener Zeit übermittelt werden. Die Mietausgaben wurden daher für 2025 fortgeschrieben und werden nach tatsächlichem Bezug für den Standort Otto-Braun-Straße verwendet.

51838	**061**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51920	**061**	**Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**209.817,28**

	2024/25	2023
1. Ausgaben für		
a) Verstärkung und Erweiterung der Daten- und Stromnetze	145.000 €	100.000 €
b) Wartung und Reparatur der Klimaanlagen in den Technikräumen sowie der unterbrechungsfreien Stromversorgung	60.000 €	35.000 €
2. Nutzerspezifische IT-Herrichtung für die Bürodienstgebäude der Berliner Finanzämter (ohne FA FuSt)	295.000 €	365.000 €
	500.000 €	500.000 €

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51925	**061**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**2.308.000**	**1.609.000**	**1.784.000**	**1.628.799,50**

Nutzerspezifische Herrichtung des Dienstgebäudes Otto-Braun-Str. 70-72 („Haus der Statistik“) vor Bezug (geplant 01.04.2024) als Verwaltungsstandort für das Finanzamt Mitte-Tiergarten.

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen sowie funktionsbedingte Umbauten.

In dem Ansatz sind Ausgaben enthalten für die Dienstgebäude	2024	2025	2023
Ausstattung der Finanzämter mit 3. Datenport, E-Ladesäulen und Ersatz von veralteten Aufrufanlagen	2.146.500 €	1.442.500 €	1.628.000 €
Bredtschneiderstr. 5 (GPR, GSV, GFV)	240 €	250 €	230 €
Bismarckstr. 48 (Finanzamt Charlottenburg)	9.720 €	10.060 €	9.390 €
Bismarckstr. 48 (Finanzschule)	1.440 €	1.490 €	1.390 €
Mehringdamm 22 (Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg)	5.520 €	5.720 €	5.330 €
Mehringdamm 110(Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg)	1.640 €	1.700 €	1.590 €
Thiemannstr. 1 (Finanzamt Neukölln)	6.200 €	6.200 €	6.190 €
Eichborndamm 208 (Finanzamt Reinickendorf)	7.800 €	8.080 €	7.540 €
Potsdamer Str. 140 (Finanzamt Schöneberg)	4.800 €	4.970 €	4.640 €
Sarrazinstr. 4 (Finanzamt Schöneberg)	2.760 €	2.860 €	2.670 €
Nonnendammallee 15-21 (Finanzamt Spandau)	6.360 €	6.580 €	6.150 €
Schloßstr. 58 (Finanzamt Steglitz)	3.600 €	3.730 €	3.480 €
Sarrazinstr. 4 (Finanzamt Steglitz)	720 €	750 €	700 €
Martin-Buber-Str. 20 (Finanzamt Steglitz, Archiv)	600 €	620 €	580 €
Tempelhofer Damm 234 (Finanzamt Tempelhof)	5.040 €	5.220 €	4.870 €
Osloer Str. 37 (Finanzamt Wedding)	5.160 €	5.340 €	4.990 €
Albrecht-Achilles-Str. 61-64 (Finanzamt Wilmersdorf)	10.300 €	10.660 €	9.950 €
Martin-Buber-Str. 20 (Finanzamt Zehlendorf)	5.040 €	5.220 €	4.870 €
Bredtschneiderstr. 5 (Finanzamt für Körperschaften I)	7.560 €	7.830 €	7.300 €
Volkmarstr. 13 (Finanzamt für Körperschaften III)	4.660 €	4.820 €	4.500 €
Magdalenenstr. 25 (Finanzamt für Körperschaften IV)	6.600 €	6.830 €	6.380 €
Storkower Str. 134 (Finanzamt Prenzlauer Berg)	6.000 €	6.210 €	5.800 €
Alt-Friedrichsfelde 60 (Finanzamt Lichtenberg)	0 €	0 €	0 €
Josef-Orlopp-Str. 62 (Finanzamt Lichtenberg)	5.440 €	5.630 €	5.260 €
Allee der Kosmonauten 29 (Finanzamt Marzahn-Hellersdorf)	4.680 €	4.850 €	4.520 €
Neue Jakobstr. 6/7 (FA Mitte-Tiergarten)	8.150 €	8.440 €	7.880 €
Storkower Str. 134 (Finanzamt Pankow/Weißensee)	5.400 €	5.590 €	5.220 €
Seelenbinderstr. 99 (Finanzamt Treptow-Köpenick)	6.780 €	7.020 €	6.550 €
Magdalenenstr. 25 (Finanzamt für Körperschaften II)	6.000 €	6.210 €	5.800 €
Colditzstr. 37,39,41 (Finanzamt f. Fahndung und Strafsachen)	5.050 €	5.230 €	4.880 €
Josef-Orlopp-Str. 62 (Finanzamt für Körperschaften II)	570 €	590 €	550 €
Kniprodestr. 31 (Technisches Finanzamt)	17.320 €	17.930 €	16.740 €
	2.307.650 €	1.609.130 €	1.783.940 €
rd.	2.308.000 €	1.609.000 €	1.784.000 €

Bei den Mehrausgaben handelt es sich um die Kosten für	2024	2025
Neuverkabelung mehrerer Finanzämter in Vorbereitung auf VoIP	1.453.000 €	1.230.000 €
Ausstattung der Standorte der Finanzämter mit E-Ladesäulen	50.000 €	175.000 €
Erneuerung veralteter Aufrufanlagen in einigen Finanzämtern	37.500 €	37.500 €
Nutzerspezifische Maßnahmen zur Herstellung der Bezugsfertigkeit des Bürodienstge-Gebäudes Otto-Braun-Str. für das Finanzamt Mitte/Tiergarten	556.000 €	-- €
Einzelmaßnahmen in den Finanzämtern -Zugangssicherung, Teeküchen, Umbaumaßn.	50.000 €	-- €
	2.146.500 €	1.442.500 €

Der IT-Gebäudestandard der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) sieht für die Berliner Verwaltung eine strukturierte Verkabelung mit 2 Datenports pro Arbeitsplatz vor. Das ITDZ Berlin plant für das Berliner Landesnetz den Wechsel von digitaler Telefonie zu Voice over IP (VoIP). Die Steuerverwaltung fordert aus Gründen der Datensicherheit hierfür einen dritten Port. Im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens soll in den Jahren 2024/25 in den Finanzämtern Charlottenburg, Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf sowie für Körperschaften I, II und IV die in 2020 begonnene Schaffung zusätzlicher Datenports pro Arbeitsplatz weitergeführt werden. In diesen Finanzämtern steht derzeit nur ein Datenport pro Arbeitsplatz zur Verfügung.

Die Standorte der Finanzämter sollen in den nächsten 4 Jahren sukzessive mit E-Ladesäulen ausgestattet werden.

Die Aufrufanlagen in den Infozentralen einiger Finanzämter sind veraltet und störanfällig und müssen ersetzt werden.

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501	**061**	**Aus- und Fortbildung**	**30.000**	**30.000**	**20.000**	**18.703,00**

Der Gesamtpersonalrat (GPR) der Berliner Finanzämter hat einen Schulungsbedarf (Personalvertretungsrecht, IT-Schulung) für Mitglieder anlässlich der im Frühjahr 2024 stattfindenden Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV/JAV) sowie der zum Jahresende 2024 stattfindenden Wahlen für die örtlichen Personalvertretungen (Beamtenrecht und tarifrechtliche Themen) in den Finanzämtern angemeldet.

Notwendige fachliche Fortbildungen, die nicht im Programm der VAK angeboten werden.

Aus- und Fortbildung von Ersthelfern/Brandschutzbeauftragten in den Finanzämtern.

Führungskräfteseminare; Teambildungsmaßnahmen der Finanzämter; Schulung Gesprächsführer/innen Auswahlverfahren; Konfliktmoderation/Ausbildung Konfliktmoderatoren/-innen; Coaching-Verfahren für Führungskräfte; Vorbereitungstraining Führungskräfte-Pool; Fortbildungsveranstaltungen Beförderungsqualifizierung.

Geschlechtsspezifische Daten:

Zielgruppe:	Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Berliner Finanzämter an kostenpflichtigen Fortbildungen außerhalb der VAk Berlin
GB Zielsetzung:	Mittelaufwendungen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Fortbildungen entsprechend der Geschlechterquote
Steuerungsbedarf:	Verwendung der Ressourcen entsprechend der vorhandenen Geschlechterquote

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	Teilnehmerinnen	Teilnehmer	Teilnehmerinnen	Teilnehmer	Teilnehmerinnen	Teilnehmer
absolut	29	20	44	21	103	76
relativ (in %)	59,18 %	40,82 %	67,69 %	32,31 %	57,54 %	42,46 %
Ressourcen Finanzämter	3.410,00 €	1.834,4 €	6.479,89 €	3.093,00 €	10.761,71 €	7.941,29 €

52536	**061**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**061**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**800.000**	**800.000**	**1.100.000**	**695.832,60**

Gerichts-, Anwalts-, Notariats-, Gerichtsvollzieherkosten, Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige, Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner.

52602	**061**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**8.000**	**8.000**	**8.000**	**2.459,75**

Kosten für die Tätigkeit der Beschäftigtenvertretungen.

52609 (neu)	**061**	**Thematische Untersuchungen**	**9.000**	**9.000**		

Erstattung von Kosten für Testkäufe im Rahmen von Außenprüfungen und Nachschauen der bargeldintensiven Branchen.

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52703	**061**	**Dienstreisen**	**706.000**	**639.000**	**624.000**	**320.690,53**

	2024	2025	2023
1. Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts			
a) Dienstkräfte des Technischen Finanzamts	55.000 €	55.000 €	70.000 €
b) Dienstkräfte der übrigen Finanzämter	134.500 €	134.500 €	80.000 €
2. Dienstreisen für die Ausbildung der Regierungsräte (RR)	180.000 €	119.000 €	20.000 €
3. Kinderbetreuungskosten für Kinder unter 12 Jahren	20.000 €	14.000 €	20.000 €
4. Dienstreisen zum Finanzgericht Berlin-Brandenburg	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5. Dienstreisen für Mitglieder der Personalvertretung	1.500 €	1.500 €	1.500 €
6. Wegstreckenentschädigungen, Pauschvergütungen, Fahrtkosten BVG	300.000 €	300.000 €	437.500 €
	706.000 €	639.000 €	624.000 €

Die wesentlichen Aufwendungen sind durch die A-D-Lehrgänge der RR*innen verursacht. Diese ergeben sich aus gesetzlichen Verpflichtungen, die die Einweisung der Nachwuchskräfte betreffen [§ 5 Steuerbeamtenausbildungsgesetz (StBAG) i. V. m. der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten (StBAPO)].

Geschlechtsspezifische Daten:

Zielgruppe:	Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Berliner Finanzämter an dienstlich bedingten Dienstreisen zu Fortbildungen der BFA Brühl/Berlin
GB Zielsetzung:	Mittelaufwendungen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Dienstreisen entsprechend der Geschlechterquote
Steuerungsbedarf:	Verwendung der Ressourcen entsprechend der vorhandenen Geschlechterquote

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	Teilnehmerinnen	Teilnehmer	Teilnehmerinnen	Teilnehmer	Teilnehmerinnen	Teilnehmer
absolut	49	46	2	2	26	31
relativ (in %)	51,58 %	48,42 %	50 %	50 %	45,61 %	54,39 %
Ressourcen Finanzämter	20.898,65 €	15.708,53 €	1.143,56 €	1.143,56 €	14.086,74 €	16.798,46 €

52906	**061**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**3.300**	**3.300**	**2.300**	**1.942,18**

Repräsentationsaufwendungen für die Amtsleitungen der Berliner Finanzämter sowie für Auswahlverfahren für Regierungsräte*Innen und Amtsleitungen.

53111	**061**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**400.000**	**400.000**	**346.000**	**427.990,26**

Bei dem Ansatz werden Ausgaben nachgewiesen für
- Stellenausschreibungen in regionalen und überregionalen Medien und Online-Portalen für Auszubildende sowie für die Regierungsräte*Innen der Steuerverwaltung.
- das Anwerben von Nachwuchskräften für die Steuerverwaltung, da dem steigenden Personalbedarf (wachsende Stadt, Altersstruktur der Beschäftigten) rückläufige Bewerberzahlen gegenüberstehen. Dazu sind umfangreiche Maßnahmen zur Werbung mittels „E-Recruiting“ (bisher „die-unbestechlichen.berlin.de“), Radiowerbung, Werbung auf öffentlichen Werbeflächen (U-Bahn, Litfaßsäulen etc.), in Schulen sowie die Teilnahme an Ausbildungsmessen erforderlich, weiterhin Veranstaltungen zur Bindung der Auszubildenden an die Steuerverwaltung.

53301	**061**	**Kränze, Blumenspenden, Nachrufe**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**390,31**

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54002	**061**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**250.000**	**20.000**	**60.000**	**4.960,34**

Ausgaben zur Durchführung eines Führungskräftefeedbacks der Steuerverwaltung (Finanzämter) gem.7.2.7 RDV Personalmanagement sowie zur Durchführung von Mitarbeitendenbefragungen in den Berliner Finanzämtern gem. 7.2.8. RDV Personalmanagement.

Kosten für die Fortschreibung des Frauenförderplans in 2024 gem. §4 (1) Landesgleichstellungsgesetz sowie für die jährlich gem. Frauenförderplan durchzuführende Gleichstellungskonferenz.

Finanzierung von Vorträgen und Veranstaltungen zur Steigerung des Wissens über gesundheitsförderliches Verhalten, gesundheitsorientiertes Führen und Zusammenarbeiten und Stressbewältigung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Finanzämter durch externe Vortragende. Unterstützung bei der Durchführung von Gesundheitstagen und ausgewählten Einzelprojekten im Rahmen des Gesundheitsmanagements.

Die geringen IST-Ausgaben 2022 erklären sich durch das nicht durchgeführte Führungskräftefeedback.

54010	**061**	**Dienstleistungen**	**433.000**	**433.000**	**362.000**	**397.768,75**

	2024/25	2022/23
1. Arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung der Beschäftigten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (§§ 2 und 5 ASiG)	260.000 €	190.000 €
2. Sozialberatung für die Beschäftigten der Finanzämter	140.000 €	140.000 €
3. BVG-Servicepauschale zur Abwicklung der Firmentickets für die Finanzämter ...	31.000 €	20.000 €
4. Behördeninterne Transport- und Ladeleistung	2.000 €	2.000 €
	433.000 €	**362.000 €**

Die Kosten für die arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung sind durch den Wechsel eines Großteils der Finanzämter zur Charité, die ein umfangreicheres und verlässlicheres Betreuungsangebot bietet, angestiegen.

Seit Oktober 2015 besteht eine Kooperationsvereinbarung zwischen der SenFin und der SenJust zur Nutzung der „Sozialberatung für Beschäftigte der Berliner Justiz“ (Rubensstraße 111, 12157 Berlin). In diesem Rahmen konnten bis 2020 13 Finanzämter (rd. 3.400 VZÄ) die Leistungen der Sozialberatung nutzen. Mit dem am 01.01.2021 begonnenen Rotationsmodell (Pilotphase III) wurden alle Finanzämter im Wechsel in die Sozialberatung einbezogen. Nach der ab 01.01.2023 gültigen Verwaltungsvereinbarung können nunmehr alle Finanzämter die Leistungen der Sozialberatung in Anspruch nehmen.
Die Ausgaben der Sozialberatung werden anteilig, entsprechend der VZÄ der beteiligten Verwaltungen, umgelegt. Es ergibt sich dadurch ein monatlicher Betrag in Höhe von 2,64 € je Mitarbeiter/in (VZÄ).

54023	**061**	**Fahndungsmaßnahmen**	**30.000**	**30.000**	**27.000**	**31.787,22**

Kosten- und Auslagenersatz im Zusammenhang mit Maßnahmen des Steuerfahndungsdienstes, Entschädigungen für Auskunftsersuchen nach § 93 der Abgabenordnung sowie für Zeugen und Sachverständige nach § 405 der Abgabenordnung.

54034	**061**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**597,25**
54038	**061**	**Dienstleistungen von Kreditinstituten**	**190.000**	**190.000**	**210.000**	**190.234,87**

Kosten für die Konten des zentralen Zahlungsverkehrs, Fremdspesen im Einzugsermächtigungsverfahren.

54064	**061**	**Abdeckung von Geldverlusten**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**55.253,94**

Ausgaben für Erstattungen an unberechtigte Zahlungsempfänger wegen unrichtiger Eingabe von Kontonummern oder Nichtbeachtung von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen bzw. Abtretungen.
Alle Fälle von fehlerhaften Erstattungen werden dem Rechnungshof von Berlin angezeigt.

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63201	**061**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder**	**6.772.000**	**7.165.000**	**7.165.000**	**6.375.480,02**

Nach der vom Land Berlin mit dem Land Brandenburg geschlossenen Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Ausbildung der Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 (ehem. gehobener Dienst) und 2 (ehem. mittlerer Dienst) des Steuerverwaltungsdienstes sowie über die Fortbildung der Beschäftigten der Steuerverwaltung erfolgt die fachtheoretische Ausbildung an der Fachhochschule bzw. Landesfinanzschule des Landes Brandenburg in Königs Wusterhausen. Dem Land Brandenburg sind die Kosten für die Ausbildung und Prüfung der Beamtinnen und Beamten beider Laufbahngruppen zu erstatten.
Die Ansätze orientieren sich an den aktuell bekannten Einstellungszahlen und an den vertraglich vereinbarten Ausbildungspauschalen für die Laufbahngruppen des Steuerverwaltungsdienstes.

Weiterhin werden hier die Kosten/Gebühren für die Bearbeitung von Amtshilfeersuchen durch die Kommunen im Freistaat Sachsen nachgewiesen, die seit 2018 von Sachsen erhoben werden.

Genderspezifische Daten:		2022		
		gesamt	w	m
Kosten	LG 1 *in %*	1.483.814 €	727.069 € *49*	756.745 € *51*
	LG 2 + Aufsteiger/innen *in %*	4.890.072 €	2.396.135 € *49*	2.493.937 € *51*
Einstellungen	LG 1 *in %*	204	89 *44*	115 *56*
	LG 2 + Aufsteiger/innen *in %*	278	136 *49*	142 *51*
Erfolgreich absolvierte Laufbahnprüfung	LG 1 *in %*	109	58 *53*	51 *47*
	LG 2 + Aufsteiger/innen *in %*	133	80 *60*	53 *40*

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
63207	**061**	**Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder**	**11.751.000**	**12.400.000**	**12.250.000**	**10.374.630,79**

	2024	2025	2023
1. Projekt zur Entwicklung einheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren (KONSENS einschl. ELSTER)	9.800.000 €	10.335.000 €	9.797.800 €
2. Durchführung der Besteuerung der beschränkt steuerpflichtigen Auslandsrentner	1.000.000 €	1.000.000 €	1.060.000 €
3. Pflege der Kirchensteuerdatenbank	160.000 €	160.000 €	155.000 €
4. Zentrale Schulungsumgebung KONSENS	550.000 €	600.000 €	545.000 €
5. Erweiterung der elektronischen Datenübern. in KONSENS – Replikationssoftware	25.600 €	25.600 €	50.000 €
6. Erweiterung der Nutzungsrechte IKT(Lizenzen)	33.300 €	47.300 €	12.000 €
7. Datenbank RoyaltyStat	0 €	0 €	3.500 €
8. Schwacke online	32.000 €	32.000 €	32.000 €
9. Software für TSE Daten („Fiskalkasse“)	100.000 €	100.000 €	100.000 €
10. Automation der Gemeindesteuern	50.000 €	100.000 €	50.000 €
	11.750.900 €	12.399.900 €	12.250.300 €
rd.	11.751.000 €	12.400.000 €	12.250.000 €

Die Erhöhung der Haushaltsansätze beim Projekt KONSENS wird mit den Beschlüssen der Finanzministerkonferenz vom 10.11.2022 begründet, wonach zur Beschleunigung der KONSENS-Entwicklung das Budget auf 252 Mio. € für 2024 und auf 272 Mio. € für 2025 angehoben wurde.

Die Ausgaben für die strategische Neuausrichtung bzw. Modernisierung des Besteuerungsverfahrens im Projekt KONSENS umfassen im Wesentlichen folgende Handlungsfelder:

- stärkere Serviceorientierung der Steuerverwaltung für die Steuerpflichtigen,
- stärkere Unterstützung der Arbeitsabläufe zur Gewährleistung einer gleichmäßigen, gerechten und effizienten Besteuerung zum 21. Jahrhundert hin,
- nachhaltige und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung der Steuerverwaltung durch strukturelle Verfahrensanpassung unter verfassungsrechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen,
- Sicherstellung der Betriebsstabilität,
- Betriebssicherung des Verfahrens zur elektronischen Abgabe der Grundsteuererklärungen

Nach § 19 Abs. 6 Abgabenordnung (AO) ist die Besteuerung der Auslandsrentner dem Finanzamt Neubrandenburg zuständigkeitshalber übertragen worden. Die Kosten des Besteuerungsverfahrens werden auf die Länder aufgeteilt. Die Mehrausgaben werden mit der Kostensteigerung im Bereich der Personalkosten und im IT-Bereich sowie der erstmalig anfallenden Kosten für die Archivierung der Akten begründet.

Für die Erhebung von Kirchensteuern auf Abgeltungssteuern ist ein Datenabrufverfahren eingeführt worden, mit dem Banken verpflichtet werden, durch Anfragen beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) bestimmte Kirchensteuerabzugsmerkmale zu ermitteln. Dieses Abrufverfahren wird auf nach dem 31. Dezember 2013 zufließende Kapitalerträge angewendet.
Nach dem festgelegten Kostenschlüssel (Verteilung nach dem Anteil am angemeldeten Aufkommen der Kirchensteuer auf Kapitalertragsteuer) entfällt auf das Land Berlin – unter Zugrundelegung des bisherigen Aufkommens – 2,15 % an den Gesamtkosten des Projekts.

Das Land Baden-Württemberg hat für den Einsatz in der Aus- und Fortbildung eine Zentrale Schulungsumgebung (ZSU) entwickelt, welche sie für die Länder sowie den Bund bereitstellt, betreibt und weiterentwickelt. Die ZSU ermöglicht eine umfassende Abdeckung des Aus- und Fortbildungsbedarfs für alle Berliner Dienstkräfte. Die Entwicklungs- und Investitionskosten werden zunächst über einen Zeitraum von fünf Jahren verteilt kalkuliert und müssen durch die Vertragspartner bereitgestellt werden. Die Kostenaufteilung erfolgt entsprechend dem Verhältnis der den Ländern jeweils zur Nutzung zur Verfügung gestellten Arbeitspakete. Im Februar 2023 wurde von Baden-Württemberg angekündigt, dass die bisherigen Pflegeverträge im November 2022 ausgelaufen sind und die Vertragsverlängerung mit einer deutlichen Preissteigerung verbunden ist, so dass sich die tatsächlichen Kosten für Berlin ab 2023 erhöhen werden.

In den Verfahren ELSTER und ELFE sind die vier Steuerarten Zweitwohnungs-, Hunde-, Übernachtungs-, und Vergnügungssteuer zu implementieren (Onlinezugangsgesetz).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67102	**061**	**Ersatz von Barauslagen**	**25.000**	**25.000**	**25.000**	**28.201,41**

Ersatz von Auslagen der Vollstreckungsbeamten bei Pfändungen.

Titel	Fkt	Bezeichnung
81241	**061**	**Erneuerung des Gerätebestands für die Datenverarbeitung**

Siehe Maßnahmegruppe 32

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81242	**061**	**Übernahme von einheitlichen Besteuerungsverfahren**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81244	**061**	**Erweiterung des Gerätebestands für die arbeitsplatzorientierte Datenverarbeitung**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81259	**061**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
81279	**061**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**12.000**	**12.000**	**18.000**	**—**

Erneuerung des nachfolgenden Gerätebestandes wegen Ablauf der Nutzungsdauer:

2/1 Risographen
0/1 Briefverschließmaschinen
1/0 Orientierungssystem

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**061**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**623.000**	**623.000**	**654.000**	**612.176,83**

	2024/2025	2023
1. Kostenerstattung für den zentralen KONSENS-Druck an das Technische Finanzamt Cottbus	250.000 €	310.000 €
2. Verbrauchsmaterialien der Finanzämter (o. TFA),		
a) Drucker- Verbrauchsmaterialien (Toner, Druckerpatronen)	330.000 €	292.000 €
b) Verbrauchsmaterialien des TFA Berlin Druckerverbrauchsmaterialien (Toner, Tintenpatronen)	10.000 €	20.000 €
3. Dezentraler Druck im Technischen Finanzamt Berlin (Papier, Umschläge, etc.)	30.000 €	30.000 €
4. ELSTER-CD und Faltblätter	3.000 €	2.000 €
	623.000 €	654.000 €

Gemäß Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg übernimmt das Technische Finanzamt Cottbus alle Leistungen im Bereich des zentralen KONSENS-Drucks (Steuerbescheide des Landes Berlin). Die damit verbundenen Kosten für die Verbrauchsmaterialien werden dem Land Berlin in Rechnung gestellt.

51168	**061**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**1.163.000**	**1.173.000**	**813.000**	**1.061.465,54**

	2024	2025	2023
1) Wartungskosten im zentralen Bereich			
a) Netzwerkkomponenten	337.000 €	487.000 €	280.000 €
b) Datensicherung SAN (Storage Area Network)	60.000 €	60.000 €	60.000 €
c) Server, Netztechnik, Speichersysteme	409.000 €	269.000 €	106.500 €
d) Scannerverfahren (SESAM/Steubel – KONSENS)	15.000 €	15.000 €	20.000 €
e) Zentraler Druck KONSENS	143.000 €	143.000 €	129.000 €
f) Dezentraler Druck KONSENS	58.000 €	58.000 €	59.000 €
g) ELSTER-Werbung	1.000 €	1.000 €	1.000 €
h) Entsorgungskosten Altgeräte	3.000 €	3.000 €	15.000 €
2) Wartung dezentraler Bereich			
a) Wartungskosten in den Finanzämtern	5.000 €	5.000 €	20.000 €
b) Beschaffung von Einzelgeräten/Zubehör	116.000 €	116.000 €	106.300 €
3) Beschaffungen von Geräten und Zubehör für das Finanzamt für Fahndung und Strafsachen (adhoc-Beschaffungen)	15.000 €	15.000 €	15.000 €
4) Verwaltungsübergreifende Verfahren (ProFISKAL, IPV, Abrufverfahren)	1.000 €	1.000 €	1.200 €
	1.163.000 €	1.173.000 €	813.000 €

Die Ausgaben stehen im Zusammenhang mit dem bundeseinheitlichen Besteuerungsverfahren. Die Wartungskosten für den dezentralen Druck sind der Ausdruckskonzeption des Besteuerungsverfahrens geschuldet.

Die Ansätze zu 1 e)-h) sowie 2)-4) wurden nach den Erfahrungswerten unter Beachtung der IST-Zahlen 2022 sowie Berücksichtigung bereits bekannter Kostensteigerungen ermittelt.

51170	**061**	**Datenfernübertragung für die verfahrensabhängige IKT**	**445.000**	**560.000**	**299.000**	**330.128,63**

	2024	2025	2023
Netze außerhalb des MAN des Landes Berlin (ITDZ)			
a) 2x je 1Gbit/s zum Technischen Finanzamt Cottbus (Verlagerung des Drucks)	276.000 €	276.000 €	277.000 €
b) DSL für das Finanzamt für Fahndung und Strafsachen	2.700 €	2.700 €	2.150 €
c) ITDZ Internet ADSL	15.000 €	15.000 €	12.100 €
d) Telekom Internet ADSL	800 €	800 €	2.950 €
e) Internetanbindung für FA Mitte/Tiergarten (neues Dienstgebäude)	20.000 €	20.000 €	1.150 €
f) Internetanbindung TFA Berlin (neues Dienstgebäude)	25.000 €	25.000 €	--- €
g) WLAN-Anbindung der Finanzämter	50.000 €	165.000 €	--- €
h) Sammelvertrag Internetanbindung weiterer Finanzämter	54.000 €	54.000 €	--- €
i) Zubehör	1.500 €	1.500 €	3.650 €
	445.000 €	560.000 €	299.000 €

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			

Mit der Verlagerung des zentralen Drucks zum Technischen Finanzamt Cottbus ist eine technische Anbindung erforderlich. Mit dem Einzug des FA Mitte/Tiergarten in das Haus der Statistik sowie dem Umzug des Technischen Finanzamts in das neue Dienstgebäude im Frühjahr 2024, werden ab diesem Zeitpunkt ausreichend skalierte sowie redundante Internetanschlüsse erforderlich.
Ab 2024 sollen die Berliner Finanzämter mit WLAN ausgestattet werden (u.a. in den Infozentralen). Hierfür entstehen neben den Investitionskosten zur Bereitstellung der Hardware auch laufende Kosten; für einige Finanzämter werden die Internetanbindungen mittels eines Sammelvertrags über externe Anbieter (COLT und Versatel) bereitgestellt.

51185	**061**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**13.225.000**	**14.526.000**	**12.526.000**	**11.393.875,14**

	2024	2025	2023
1. Dienstleistung durch den IT- Dienstleister des Landes Berlin – IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ):			
a) Software-Support (laufende Pflegegebühren für Virenschutz und Citrix-Umgebung)	400.000 €	450.000 €	345.000 €
b) Wartung des EOSS-Gesamtsystems	1.000.000 €	1.000.000 €	970.000 €
c) Netzdienstleistungsvertrag	900.000 €	900.000 €	1.500.000 €
d) Netzkomponentenwartung	174.000 €	174.000 €	174.000 €
e) Management-Backup	62.000 €	62.000 €	62.000 €
f) UMTS Verträge	360.000 €	443.000 €	443.000 €
g) Zertifikatmanagement	530.000 €	570.000 €	489.000 €
h) mobiler Zugang	15.000 €	15.000 €	12.500 €
i) Faxserverlösung	3.400 €	3.400 €	3.400 €
j) Druck und Papiernachbearbeitung (NBR-Druck)	5.600 €	5.600 €	5.600 €
	3.450.000 €	3.623.000 €	4.004.500 €
2. Softwarekosten			
a) für den zentralen Bereich (BS2000 und Server)	4.800.000 €	4.800.000 €	4.755.000 €
b) für den dezentralen Bereich (Server und Arbeitsplätze)	4.270.000 €	5.368.000 €	3.405.000 €
c) Finanzamt Fahndung und Strafsachen (Forensik)	470.000 €	500.000 €	280.000 €
	9.540.000 €	10.668.000 €	8.290.000 €
3. Sonstige Dienstleistungen			
a) Dienstleistungen im Bereich Security Management	50.000 €	50.000 €	46.500 €
b) Sonstiges	0 €	0 €	0 €
	50.000 €	50.000 €	46.500 €
4. Zusatz/Mehrung Outlook in den Finanzämtern			
a) Supportkosten MS-Exchange/Office	125.000 €	125.000 €	125.000 €
b) Sophos Virenschutz	60.000 €	60.000 €	60.000 €
	185.000 €	185.000 €	185.000 €
insgesamt	13.225.000 €	14.526.000 €	12.526.000 €

Der Anstieg der Ausgaben ist insbesondere auf Lizensierungskosten für alle genutzten Microsoft-Produkte (Office, Outlook etc.) zurückzuführen. In 2024 ist dafür ein Neuabschluss des Microsoft EA (Enterprise Agreement)-Vertrages mit einer Laufzeit von 12 Monaten erforderlich (gerätebasierte Lizensierung). Ab 2025 muss der Vertrag auf User (Pro-Kopf) -Lizensierung umgestellt werden, wodurch es zu einer weiteren erheblichen Kostensteigerung kommt.

Für das Finanzamt für Fahndung und Strafsachen entstehen durch gestiegene Anforderungen im Bereich der Auswertung von Smartphones und Tablets Kosten für notwendige softwarebasierte Auswertungstools. Die Verlängerung vorhandener Lizenzen führt unter Berücksichtigung geänderter Lizenzmodelle ebenfalls zu einem Mehrbedarf.

51838	**061**	**Mieten für Maschinen und Geräte für die verfahrensabhängige IKT**	**904.000**	**944.000**	**904.000**	**843.070,78**

	2024	2025	2023
Miete an das IT Dienstleistungszentrum (ITDZ)			
a) Klimatisierte Geräte- und Raumflächen	510.000 €	510.000 €	540.000 €
b) Nebenkosten Geräte- und Raumflächen (Strom)	394.000 €	434.000 €	364.000 €
	904.000 €	944.000 €	904.000 €

Die Kosten für die Miete wurden an den aktuellen Mietvertrag angepasst. Wegen der stark gestiegenen Energiekosten wurden die Vorauszahlungen für Nebenkosten entsprechend angepasst.

52536	**061**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**233.000**	**233.000**	**233.000**	**200.161,98**

IT-Fortbildung für Dienstkräfte der Berliner Finanzämter:

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
				Beträge in EURO		

	2024/25	2023
1) Allgemeine IT Aus- und Fortbildung	85.000 €	85.000 €
2) Grundausbildung neuer Kollegen	100.000 €	100.000 €
3) Schulungen für das Finanzamt für Fahndung- und Strafsachen	48.000 €	48.000 €
	233.000 €	233.000 €

Durch zahlreiche personelle Abgänge und damit verbundene Umstrukturierungen besteht weiterhin ein hoher Bedarf an allgemeiner IT Aus- und Fortbildung des Bestandspersonals.

Das Technische Finanzamt rechnet in den Jahren 2024/25 mit 10 Neuzugängen pro Jahr, die eine Grundausbildung erhalten müssen. Seit 2019 bildet das Technische Finanzamt Fachinformatiker im dualen System aus und ermöglicht berufsbegleitende Studiengänge; es entstehen Kosten für Semesterbeiträge und Prüfungsgebühren.

Im Finanzamt für Fahndung und Strafsachen sind Schulungen z. B. für die Forensiker-Ausbildung, NUIX, Oracle Datenbanken für die Steueraufsicht sowie weitere Grundschulungen erforderlich.

81241	**061**	**Erneuerung des Gerätebestands für die Datenverarbeitung**	**5.100.000**	**4.100.000**	**3.400.000**	**3.100.000,00**

	2024	2025	2023
a) Datenbanksoftware über Landeslizenz beim ITDZ	765.000 €	788.000 €	743.000 €
b) Endgeräte-Ersatzbeschaffung in den Finanzämtern	50.000 €	100.000 €	450.000 €
Monitor-Ersatzbeschaffung in den Finanzämtern	100.000 €	210.000 €	90.000 €
Drucker-Ersatzbeschaffung in den Finanzämtern	50.000 €	100.000 €	400.000 €
Notebook-Ersatzbeschaffung in den Finanzämter (VgSt/Kassenprüfer).	150.000 €	230.000 €	--- €
c) Zentrale Infrastruktur			
1. Ersatz von aktiven Netzwerkkomponenten in den Finanzämtern	485.000 €	2.100.000 €	1.717.000 €
2. Ersatzbeschaffung Servertechnik	3.500.000 €	--- €	--- €
3. Ersatz Kuvertiermaschine TFA Cottbus (dezentraler Druck)	--- €	572.000 €	--- €
	5.100.000 €	4.100.000 €	3.400.000 €

zu a)
Die veranschlagten Mittel für die Datenbanksoftware sind zwingend erforderlich.

zu b)
In den Jahren 2024 bzw. 2025 müssen 250 bzw. 525 Monitore, 125 bzw. 250 ThinClients und 100 bzw. 200 Drucker erneuert werden. Ein Ersatz von PC´s ist für die Jahre 2024/2025 nicht erforderlich.
In 2024 werden 75 Notebooks in der Vergnügungssteuerstelle (Finanzamt Wedding) getauscht. In 2025 folgen 115 Notebooks für die Kassenprüfer.
Wegen des Personalaufwuchses und dem damit einhergehenden Platzmangel in den Dienstgebäuden (Stichwort: Desk-Sharing) sowie zur Umsetzung der One-Device-Strategie der IKT-Steuerung (SenInn DS), insbesondere im Hinblick auf die eingesetzte Technik, sollen ab 2024 die Berliner Finanzämter schrittweise mit entsprechender Technik ausgestattet werden. Die dafür jährlich erforderlichen Haushaltsmittel für 400 Notebooks mit je 2 Dockingstationen werden im Titel 812 44 nachgewiesen; entsprechend wurden die Ersatzbeschaffungen reduziert.

zu c)
1. Angestrebt wird der Ersatz von jährlich 1/5 der aktiven LAN-Technik als turnusmäßiger Ersatz.
2. Bedingt durch End-of-Life des Technik-Supports im 2. Quartal 2024, müssen insgesamt 61 Hyperviser-Server (3,5 Mio. €) in 2024 für die Berliner Finanzämter ersatzbeschafft werden, wodurch die Kostensteigerung im Vergleich zu 2023 im Bereich der zentralen Infrastruktur zu erklären ist. Ein Übergang in Wartungsverlängerungen der Server ist nicht möglich.
3. Ersatzbeschaffung der Kuvertiermaschine im TFA Cottbus (dezentraler Druck für das Land Berlin). Die Beschaffung erfolgt durch das TFA Cottbus, die Finanzierung durch das Land Berlin.

81242	**061**	**Übernahme von einheitlichen Besteuerungsverfahren**	**3.480.000**	**3.480.000**	**3.480.000**	**3.480.000,00**

	2024/25	2023
Von den veranschlagten Ausgaben entfallen auf		
Hardware	696.000 €	696.000 €
Software	2.784.000 €	2.784.000 €
	3.480.000 €	3.480.000 €

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Berliner Besteuerungsverfahrens unter KONSENS werden Investitionsausgaben für die Übernahme von bundeseinheitlichen Produkten notwendig.

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
81244	**061**	**Erweiterung des Gerätebestands für die arbeitsplatzorientierte Datenverarbeitung**	**4.832.000**	**4.832.000**	**3.550.000**	**3.290.975,68**

	2024	2025	2023
1. Telearbeitsplätze	399.000 €	399.000 €	249.000 €
2. Zentrale Infrastruktur			
a) Hauptrechner (BS2000) - Ratenkauf/Refinanzierung	1.135.000 €	--- €	1.135.000 €
b) Zentrale Infrastruktur (IT im DataCenter)	718.000 €	718.000 €	718.000 €
c) Serverausbau für die KONSENS-Infrastruktur	550.000 €	600.000 €	534.500 €
d) Lizenzkosten für die Server	280.000 €	280.000 €	262.500 €
e) Hard- und Software für die Referenzumgebung	315.000 €	290.000 €	240.000 €
f) Implementierungsunterstützung zu b) – e)	380.000 €	380.000 €	151.000 €
g) Verfahren für FA FuSt/TFA	260.000 €	260.000 €	260.000 €
h) iPads für Anwärter	255.000 €	265.000 €	--- €
i) WLAN Finanzämter	200.000 €	350.000 €	--- €
j) Digitale Aktenführung	200.000 €	200.000 €	--- €
k) Moderner Arbeitsplatz in den Finanzämtern	--- €	1.090.000 €	--- €
l) Umzüge FA Mitte/Tiergarten und Technisches Finanzamt	140.000 €	--- €	--- €
	4.832.000 €	4.832.000 €	3.550.000 €

Für das Berliner Besteuerungsverfahren werden Investitionsausgaben für die Weiterentwicklung des automatisierten Besteuerungsverfahrens notwendig.

Auf Grund der Einführung neuer Verfahren werden Kapazitätsanpassungen (insbesondere im Bereich der Prozessoren) und auf der Serverebene (inklusive des Hauptrechners BS2000) erforderlich.

Ab 2024 sollen die Berliner Finanzämter mit WLAN ausgestattet werden (u.a. in den Infozentralen). Hierfür entstehen Investitionskosten zur Bereitstellung der Hardware.

Für den Ausbau der Digitalen Aktenführung (ehemals Scannen weiße Post) in den Poststellen der Finanzämter werden entsprechend leistungsfähige Scanner benötigt sowie weitere Hardware zum Betrieb des Scan-Arbeitsplatzes (pro Jahr 9 Finanzämter), so dass Ende 2025 alle Finanzämter die digitale Aktenführung nutzen können.

Wegen des Personalaufwuchses und dem damit einhergehenden Platzmangel in den Dienstgebäuden (Stichwort: Desk-Sharing) sowie zur Umsetzung der One-Device-Strategie der IKT-Steuerung (SenInn DS), insbesondere im Hinblick auf die eingesetzte Technik, sollen ab 2025 die Berliner Finanzämter schrittweise mit entsprechender Technik ausgestattet werden. Nach aktuellen Planungen sollen 2025 500 Beschäftigte mit Notebooks und je 2 Dockingstations sowie ca. 2.000 Beschäftigte mit Headsets ausgestattet werden, um somit ein flexibleres Arbeiten zu ermöglichen.

Dementsprechend wurden im Titel 81241 die Ersatzbeschaffungen von PC´s/Thin Clients reduziert.

Umzugsbedingte Kosten für die Umzüge des Finanzamts Mitte/Tiergarten und des Technischen Finanzamts in die neuen Bürodienstgebäude.

81259	**061**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**109.942,55**

	2024/25	2023
Netzwerktechnik	110.000 €	110.000 €

Summe Maßnahmegruppe 32	**30.115.000**	**30.581.000**	**25.969.000**	**24.421.797,13**
Gesamtausgaben	**491.436.800**	**507.627.800**	**489.673.300**	**445.617.779,77**
Prozentuale Veränderung	**0,4 %**	**3,3 %**		

Finanzämter

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1531				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	82.502.000	82.502.000	66.888.000	87.066.545,23
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	11.385.000	11.385.000	9.510.000	11.671.267,36
		Gesamteinnahmen	93.887.000	93.887.000	76.398.000	98.737.812,59
411-462		Personalausgaben	391.263.000	406.472.000	394.436.000	358.352.142,50
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	68.091.800	69.031.800	65.239.300	60.506.406,82
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	18.548.000	19.590.000	19.440.000	16.778.312,22
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	13.534.000	12.534.000	10.558.000	9.980.918,23
		Gesamtausgaben	491.436.800	507.627.800	489.673.300	445.617.779,77
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-397.549.800	-413.740.800	-413.275.300	-346.879.967,18

Finanzämter

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001042 Effiziente Festsetzung und Erhebung von Steuern

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	8	Personalkosten	257.987.120	237.884.456	+8,45
Kostenträger	32	Sachkosten	1.124.123	1.340.449	-16,14
davon		Transferkosten	10.652	17.270	-38,32
Produkte	28	Verrechnungskosten	1.031.673	950.147	+8,58
MGF	4	kalkulatorische Kosten	95.798.974	88.460.949	+8,30
Projekte	0	Gemeinkosten	211.492.899	195.673.458	+8,08
		Summe Verwaltungskosten	567.445.440	524.326.729	+8,22
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	567.445.440	524.326.729	+8,22

Am strategischen Ziel sind die Finanzämter (Kapitel 1531) zu 97,84 % beteiligt. Die übrigen Kostenanteile entfallen mit 2,16 % auf die Abteilung Steuern (Kapitel 1530).

Das strategische Ziel gliedert sich in acht operative Ziele: 004970 „Leitung der Berliner Steuerverwaltung“ mit einem Anteil von 2,15 % an den Verwaltungskosten, 004972 „Service IT“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 0,05 %, 004975 „Ertragsteuern (Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbesteuer)“ mit einem Anteil von 54,23 %, 004977 „Gemeindesteuern (Bewertung/Grundsteuer und sonstige Gemeindesteuern (Hundesteuer, Zweitwohnungsteuer, Vergnügungssteuer, Übernachtungsteuer))“ mit einem Anteil von 6,98 %, 004978 „Landessteuern (Erbschaft- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer)“ mit einem Anteil von 1,51 %, 004979 „Erhebung“ mit einem Anteil von 10,71 %, 004981 „Fahndung und Strafsachen“ mit einem Anteil von 4,35 %, sowie 004982 „Prüfungsdienste“ mit einem Anteil von 20,02 % an den Verwaltungskosten.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004972	2022	260.833	0	260.833
Service IT	2021	330.193	0	330.193

Der Anteil des Kapitels 1531 (Finanzämter) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Berlin ist bundesweit zentral zuständig für alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Auszahlung und/oder der Überprüfung von Zulagen und Prämien sowie der Entwicklung entsprechender IT-Programme und der Erteilung von Auskünften an Steuerbehörden und Geldinstitute. Die Kosten werden im Kostenträger 68650 „Bundeseinheitliche Verwaltung von Zulagen und Prämien“ abgebildet.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004975	2022	307.711.940	0	307.711.940
Ertragsteuern (Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbesteuer)	2021	285.257.946	0	285.257.946

Finanzämter

Der Anteil des Kapitels 1531 (Finanzämter) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Zu diesem operativen Ziel gehören die Besteuerung natürlicher Personen und Personengesellschaften sowie die Besteuerung juristischer Personen. Wesentliche Bestandteile dieses Zieles sind die Festsetzung der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer sowie die Feststellung der Besteuerungsgrundlagen für Personengesellschaften und das Lohnsteuerarbeitnehmeranmeldungsverfahren.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80338	2022	231.514.180	0	231.514.180
Besteuerung natürlicher Personen und Personengesellschaften	2021	213.078.153	0	213.078.153

	2022	2021
Menge: Zahl der Erstbescheide	1.593.341	1.518.817
Kosten je ME in €	145,30	140,29
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	40,80	40,64
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	-9.925.300.001,12	-9.529.081.521,75
Kostendeckungsgrad in %	-4.287,12	-4.472,11

Fachspezifische Informationen
Der Kostenträger umfasst die Fertigung aller Einkommensteuerbescheide mit der Festsetzung des Solidaritätszuschlags und ggf. der Festsetzung der Kirchensteuer natürlicher Personen. Des Weiteren umfasst der Kostenträger die Festsetzung der Umsatzsteuer und Gewerbesteuer bei gewerblicher und freiberuflicher Tätigkeit natürlicher Personen und Personengesellschaften. Die Feststellung der Besteuerungsgrundlagen für Personengesellschaften (ohne GmbH & Co. KG und atypisch stille Gesellschaften) ist ebenfalls Bestandteil des Kostenträgers. Ziel der Erstellung des Kostenträgers ist die gleichmäßige, zutreffende und zeitgerechte Festsetzung der Steuern nach geltendem Recht.

Auf den Kostenträger 80338 entfallen 75,24 % der Kosten des operativen Zieles.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80815	2022	61.759.699	0	61.759.699
Besteuerung von juristischen Personen und GmbH & Co.KG	2021	58.321.202	0	58.321.202

	2022	2021
Menge: Zahl der Erstbescheide	317.138	289.315
Kosten je ME in €	194,74	201,58
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	10,88	11,12
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Finanzämter

Fachspezifische Informationen

Der Kostenträger umfasst die Festsetzung der Körperschaftsteuer für Kapitalgesellschaften (incl. Komplementär GmbH), Banken, unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften ausländischen Rechts und Kapitalgesellschaften, die der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen. Die Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals gehört ebenfalls zum Leistungsumfang. Des Weiteren umfasst der Kostenträger die Festsetzung der Gewerbesteuer und Umsatzsteuer für Kapitalgesellschaften sowie die Feststellung der Besteuerungsgrundlagen bei Personengesellschaften in den Rechtsformen der GmbH & Co. KG, der Bauherren- und Verlustzuweisungsgesellschaften und der atypisch stillen Personengesellschaften. Ziel der Erstellung des Kostenträgers ist die gleichmäßige, zutreffende und zeitgerechte Festsetzung der Steuern nach geltendem Recht.

Auf den Kostenträger 80815 entfallen 20,07 % der Kosten des operativen Zieles.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81239	2022	8.713.237	0	8.713.237
Umsatzbesteuerung beschränkt Steuerpflichtiger (Onlinehandel)	2021	7.701.338	0	7.701.338

	2022	2021
Menge: Zahl der Erstbescheide	91.176	42.186
Kosten je ME in €	95,57	182,56
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,54	1,47
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Fachspezifische Informationen

	Veranlagungszeitraum 2021 zum 31.12.2022	Veranlagungszeitraum 2020 zum 31.12.2021	Veranlagungszeitraum 2019 zum 31.12.2020
Arbeitnehmerbesteuerungsverfahren			
Erklärungseingänge	504.402	500.859	491.941
Erledigungsquote Land	94,0 %	96,6 %	97,0 %
Erledigungsquote Bund	91,9 %	94,0 %	96,7 %
Einkommensteuer-Veranlagung			
Anzahl der Signale	694.597	686.413	667.696
Erledigungsquote Land	46,7 %	51,7 %	63,8 %
Erledigungsquote Bund	40,9 %	46,4 %	62,8 %
Feststellung für Personengesellschaften			
Anzahl der Signale	68.401	67.454	66.656
Erledigungsquote Land	26,7 %	32,8 %	44,0 %
Erledigungsquote Bund	28,7 %	34,9 %	45,1 %
Gewerbesteuer			
Anzahl der Signale	268.771	260.250	256.490
Erledigungsquote Land	26,3 %	31,0 %	42,8 %
Erledigungsquote Bund	23,8 %	29,5 %	39,2 %

Finanzämter

	Veranlagungszeitraum 2021 zum 31.12.2022	Veranlagungszeitraum 2020 zum 31.12.2021	Veranlagungszeitraum 2019 zum 31.12.2020
Körperschaftsteuer Veranlagung			
Anzahl der Signale	124.631	117.692	112.451
Erledigungsquote Land	29,9 %	33,6 %	44,6 %
Erledigungsquote Bund	28,7 %	34,5 %	43,7 %
Umsatzsteuer			
Anzahl der Signale	433.864	380.948*	433.479
Erledigungsquote Land	47,8 %	46,0 %	55,8 %
Erledigungsquote Bund	39,2 %	44,1 %	52,7 %

* geänderte Zählweise

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004977	2022	39.600.935	0	39.600.935
Gemeindesteuern (Bewertung/Grundsteuer und sonstige Gemeindesteuern (Hundesteuer, Zweitwohnungsteuer, Vergnügungsteuer, Übernachtungssteuer))	2021	31.551.322	0	31.551.322

Der Anteil des Kapitels 1531 (Finanzämter) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Das operative Ziel „Gemeindesteuern“ wird überwiegend durch die Festsetzung der Grundsteuer charakterisiert. Voraussetzung dafür ist die Feststellung eines Einheitswertes (EW), welcher neben der Bedarfsbewertung Bestandteil des Kostenträgers 80339 „Bewertung“ ist. Im Jahr 2022 wurden 95.236 EW-Feststellungen gefertigt (2021: 103.896).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80339	2022	30.036.794	0	30.036.794
Bewertung	2021	22.833.034	0	22.833.034

	2022	2021
Menge: Zahl der bearbeiteten Fälle	103.149	115.038
Kosten je ME in €	291,20	198,48
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,29	4,35
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	852.993.257,91	840.698.647,59
Kostendeckungsgrad in %	2.839,83	3.681,94

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 75,85 %.

Das operative Ziel „Gemeindesteuern“ umfasst des Weiteren den Kostenträger 65257 „Hundesteuerbescheid“. Im Jahr 2022 waren bei 130.073 Hunden für 120.706 Hundehalter Hundesteuerbescheide bzw. öffentliche Zahlungserinnerungen zu fertigen (2021: bei 123.915 Hunden für 116.484 Hundehalter).

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 7,47 %.

Weitere Kostenträger dieses operativen Ziels sind 65258 „Vergnügungssteuer“, 65263 „Anmeldung zur Spielbankabgabe“, 70434 „Zweitwohnungsteuer“ sowie der Kostenträger 80603 „Übernachtungsteuer“.

Finanzämter

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004978	2022	8.578.726	0	8.578.726
Landessteuern (Erbschaft- und Schenkungsteuer, Grunderwerbsteuer)	2021	8.335.503	0	8.335.503

Der Anteil des Kapitels 1531 (Finanzämter) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Zum operativen Ziel der „Landessteuern“ gehören die Kostenträger 65260 „Erbschaft- und Schenkungssteuerbescheid“ und 65261 „Grunderwerbsteuerbescheid“. Die wesentliche Aufgabe besteht hier in der Erstellung von Festsetzungsbescheiden und der Bearbeitung eingegangener Rechtsbehelfe. Die erbrachten Leistungen für 2022 waren 7.912 Erbschaft- und Schenkungssteuerbescheide (2021: 8.940) sowie 43.409 Grunderwerbsteuerbescheide (2021: 49.524).

Die Kosten des operativen Zieles verteilen sich wie folgt auf die Kostenträger:
65260 „Erbschaft- und Schenkungssteuerbescheid“ 51,23 %
65261 „Grunderwerbsteuerbescheid“ 48,77 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004979	2022	60.775.947	0	60.775.947
Erhebung	2021	57.272.363	0	57.272.363

Der Anteil des Kapitels 1531 (Finanzämter) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Das operative Ziel „Erhebung“ umfasst die Verarbeitung von Einzahlungen, Auszahlungen und Umbuchungen, die Beitreibung von rückständigen Steuern der Berliner Finanzämter sowie die Bearbeitung von Vollstreckungsersuchen anderer Behörden und Einrichtungen durch den Innen- und Außendienst der Vollstreckungsstelle. 2022 wurden 416.142 Rückstandsanzeigen ausgegeben (2021: 362.996) und 379.494 Vollstreckungsersuchen (Amtshilfeersuchen) anderer Einrichtungen und Behörden abschließend bearbeitet (2021: 355.907).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65269	2022	6.709.637	0	6.709.637
Erledigung eines Amtshilfeersuchens (extern)	2021	7.148.043	0	7.148.043

	2022	2021
Menge: Zahl der erledigten Amtshilfeersuchen	100.496	106.729
Kosten je ME in €	66,77	66,97
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,18	1,36
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	1.778,32	1.362,15
IST - Erträge in €	2.421.417,06	2.151.401,00
Kostendeckungsgrad in %	36,09	30,10

Finanzämter

Fachspezifische Informationen
Der Kostenträger umfasst die Beitreibung von rückständigen Beträgen auf Grund eines Amtshilfeersuchens einer Behörde eines anderen Bundeslandes oder des Bundes bzw. einer Berliner Behörde, die nicht an der internen Verrechnung der Berliner Verwaltung einbezogen ist, durch den Vollstreckungsinnen- bzw. Außendienstdienst. Die Erträge resultieren aus den Entgelten des RBB, der IHK Berlin, der HWK Berlin u. a.
Über den Kostenträger 65268 „Erledigung eines Amtshilfeersuchens (intern)“ wird die Erledigung derjenigen Amtshilfeersuchen abgebildet, die im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung intern an Berliner Behörden (Polizei, Landesfinanzservice, ...) verrechnet werden. Ihr Anteil an den insgesamt bearbeiteten Amtshilfeersuchen liegt bei ca.75 %.

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 11,04 %.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80126	2022	47.532.392	0	47.532.392
Beitreibung der Rückstände (eigenes Finanzamt)	2021	43.786.829	0	43.786.829

	2022	2021
Menge: Anzahl der Vollstreckungsfälle (Buchungstext 92 und 93)	1.109.177	1.031.222
Kosten je ME in €	42,85	42,46
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,38	8,35
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	6.572,18	12.747,10
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Abgebildet werden die Kosten, die für die Beitreibung von rückständigen Steuern und steuerlichen Nebenleistungen des eigenen Finanzamts durch den Vollstreckungsinnendienst bei Anwendung einer konsequenten Vollstreckung entstanden sind.

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 78,21 %.

Fachspezifische Informationen
Durch die vorgenommenen Vollstreckungsmaßnahmen ist erreicht worden, dass die berlinweite Rückstandsquote im Jahr 2022 bei 1,46 % liegt (2021: 1,44 %).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004981	2022	24.689.130	0	24.689.130
FuSt	2021	23.481.214	0	23.481.214

Der Anteil des Kapitels 1531 (Finanzämter) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Mit diesem operativen Ziel wird die Tätigkeit des Finanzamts für Fahndung und Strafsachen abgebildet. Neben der Einleitung und Durchführung von Bußgeld- und Strafverfahren werden Fahndungsprüfer auf eigene Veranlassung im Auftrag der Staatsanwaltschaft sowie auf Grund von Amtshilfe- oder Rechtshilfeersuchen in- und ausländischer Behörden tätig. 2022 wurden 4.126 Straf- und 569 Bußgeldverfahren (2021: 2.351 Straf- und 350 Bußgeldverfahren) sowie 3.407 Fahndungsprüfungen (2021: 2.055) abgeschlossen.

Finanzämter

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80340	2022	17.926.907	0	17.926.907
Strafrechtliches und steuerrechtliches Ermittlungsverfahren - Steufa -	2021	17.070.684	0	17.070.684

	2022	2021
Menge: Zahl der erledigten AB und EL Vorgänge	4.251	3.740
Kosten je ME in €	4.217,10	4.564,35
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,16	3,26
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Der Kostenträger umfasst die Durchführung von Ermittlungen im Straf- und Besteuerungsverfahren, insbesondere die Prüfungen im Rahmen sämtlicher Vorgänge des Eingangslistenbereiches (EL) und Auftragsbuchbereiches (AB).

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 72,61 %.

Fachspezifische Informationen
Ziele sind zum einen die zeitnahe Durchführung von Fahndungsprüfungen unter Beachtung des Legalitäts- und Opportunitätsprinzips zur Sicherung der Staatsfinanzen durch Steuereinnahmen und zur Einhaltung der Rechtsnormen und zum anderen die effiziente und zielgerichtete Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten. Ein wesentlicher Aspekt besteht zudem in der Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle unter strikter Einhaltung der Form- und Verfahrensvorschriften.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80341	2022	6.762.223	0	6.762.223
Steuerdelikte - BuStra-	2021	6.410.529	0	6.410.529

	2022	2021
Menge: Erledigte Verfahren	4.974	3.909
Kosten je ME in €	1.359,51	1.639,94
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,19	1,22
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Der Kostenträger umfasst die Bearbeitung aller Straf- und Bußgeldverfahren bis zum Verfahrensabschluss. Ziel ist, dass sämtliche Vorgänge vom Eingang im Sachgebiet bis zur Erledigung durch ihren Abschluss als Straf- bzw. Bußgeldverfahren unter Berücksichtigung des einschlägigen Verfahrensrechts zielgerichtet und zeitgerecht entschieden werden.

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 27,49 %.

Fachspezifische Informationen
Die Tätigkeit der Bußgeld- und Strafsachenstellen dient der Sicherung der Steuereinnahmen, ggf. auch durch Sanktionen.

Finanzämter

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004982	2022	113.554.185	0	113.554.185
Prüfungsdienste	2021	106.575.882	0	106.575.882

Der Anteil des Kapitels 1531 (Finanzämter) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Zu dem operativen Ziel „Prüfungsdienste“ gehören die Betriebsprüfung (Bp), die Umsatzsteuer-Sonderprüfung (UP) sowie die Lohnsteueraußenprüfung (LoAp). Da der Fokus auf dem Bereich der Bp liegt, entfallen 75,94 % der Kosten dieses operativen Ziels auf diesen Bereich. Auf die Bereiche UP und LoAp entfallen 15,99 % bzw. 8,07 % der Kosten.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65236	2022	21.790.751	0	21.790.751
Betriebsprüfung - Großbetriebe	2021	21.256.312	0	21.256.312

	2022	2021
Menge: Zahl der abgeschlossenen Prüfungen	1.251	1.232
Kosten je ME in €	17.418,67	17.253,50
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,84	4,05
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Über den Kostenträger wird die Durchführung von Betriebsprüfungen in einem Großbetrieb abgebildet. Er dient der Sicherung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, der Generalprävention und als Regulativ für die Festsetzung.

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 19,19 %.

Fachspezifische Informationen
Im Jahr 2022 lag der Prüfungsturnus bei 6,2 Jahren (2021: 6,3 Jahre). Das Mehrergebnis für diese Größenklasse betrug 138.571.212 € (2021: 1.213.547.049 €).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65237	2022	20.598.843	0	20.598.843
Betriebsprüfung - Mittelbetriebe	2021	19.892.834	0	19.892.834

	2022	2021
Menge: Zahl der abgeschlossenen Prüfungen	1.863	1.842
Kosten je ME in €	11.056,81	10.799,58
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,63	3,79
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Finanzämter

Über den Kostenträger wird die Durchführung von Betriebsprüfungen in einem Mittelbetrieb abgebildet. Er dient der Sicherung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, der Generalprävention und als Regulativ für die Festsetzung.

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 18,14 %.

Fachspezifische Informationen
Im Jahr 2022 lag der Prüfungsturnus bei 16.76 Jahren (2021: 16,98 Jahre). Das Mehrergebnis für diese Größenklasse betrug 76.754.853 € (2021: 81.55.813 €).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65238	2022	16.105.193	0	16.105.193
Betriebsprüfung - Kleinbetriebe	2021	15.461.761	0	15.461.761

	2022	2021
Menge: Zahl der abgeschlossenen Prüfungen	1.868	1.699
Kosten je ME in €	8.621,62	9.100,51
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,84	2,95
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Über den Kostenträger wird die Durchführung von Betriebsprüfungen in einem Kleinbetrieb abgebildet. Er dient der Sicherung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, der Generalprävention und als Regulativ für die Festsetzung.

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 14,18 %.

Fachspezifische Informationen
Im Jahr 2022 lag der Prüfungsturnus bei 35,24 Jahren (2021: 38,38 Jahre). Das Mehrergebnis für diese Größenklasse betrug 40.916.883 € (2021: 35.105.185 €).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
65240	2022	24.149.744	0	24.149.744
Betriebsprüfung - Kleinstbetriebe	2021	20.388.150	0	20.388.150

	2022	2021
Menge: Zahl der abgeschlossenen Prüfungen	3.283	3.078
Kosten je ME in €	7.356,00	6.623,83
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	4,26	3,89
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Über den Kostenträger wird die Durchführung von Betriebsprüfungen in einem Kleinstbetrieb abgebildet, selbige dienen der Sicherung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, der Generalprävention und als Regulativ für die Festsetzungsstellen.

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 21,26 %.

Fachspezifische Informationen
Im Jahr 2022 betrug das Mehrergebnis für diese Größenklasse 54.120.040 € (2021: 85.604.350 €).

Finanzämter

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80127	2022	9.158.608	0	9.158.608
Lohnsteueraußenprüfung bei Arbeitgebern	2021	8.733.503	0	8.733.503

	2022	2021
Menge: Zahl der abgeschlossenen Prüfungen	2.668	2.592
Kosten je ME in €	3.432,76	3.369,41
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,61	1,67
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Über den Kostenträger wird die Durchführung von Lohnsteuer-Außenprüfungen abgebildet. Er dient der Sicherung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, der Generalprävention und als Regulativ für die Festsetzung.

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 8,07 %.

Fachspezifische Informationen

Im Jahr 2022 betrug das Mehrergebnis 15.815.235 € (2021: 18.779.082 €).

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80128	2022	18.155.692	0	18.155.692
Umsatzsteuer-Sonderprüfung	2021	17.669.378	0	17.669.378

	2022	2021
Menge: Zahl der abgeschlossenen Prüfungen	4.468	4.534
Kosten je ME in €	4.063,49	3.897,08
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	3,20	3,37
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Über den Kostenträger wird die Durchführung von Umsatzsteuer-Sonderprüfungen bei Körperschaften, Personengesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co.KG sowie Arbeitsgemeinschaften und aller übrigen Umsatzsteuerpflichtigen abgebildet. Er dient der Sicherung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, der Generalprävention und als Regulativ für die Festsetzung.

Der Kostenanteil am operativen Ziel beläuft sich auf 15,99 %.

Fachspezifische Informationen

Im Jahr 2022 betrug das Mehrergebnis 112.729.570 € (2021: 105.298.152 €).

Finanzamt Berlin International

Allgemeine Erläuterung

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Finanzamts Berlin International (FA BI).

Das FA BI ist zuständig für die

- Besteuerung der beschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen,
- die Besteuerung von Unternehmen, die Bauleistungen im Sinne des § 48 Absatz 1 Satz 3 des Einkommensteuergesetzes erbringen, wenn der Unternehmer seinen Wohnsitz oder das Unternehmen seine Geschäftsleitung oder seinen Sitz außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes hat, soweit nach der Umsatzsteuerzuständigkeitsverordnung keine andere Finanzbehörde zuständig ist
- Verwaltung der Umsatzsteuer im Ausland ansässiger Unternehmer, die im Inland keine Betriebsstätte unterhalten, soweit nach der Umsatzsteuerzuständigkeitsverordnung keine andere Finanzbehörde zuständig ist.

Zu den Aufgaben des FA BI gehören die Festsetzung und Erhebung von Steuern, teilweise im Rahmen der Auftragsverwaltung für den Bund (Art. 108 GG) sowie die Vollstreckung steuerlicher und nichtsteuerlicher Forderungen.

Finanzamt Berlin International

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11119 (neu)	**061**	**Verspätungs- und Säumniszuschläge**	**10.000**	**10.000**		

Nach § 152 der Abgabenordnung (AO) kann ein Verspätungszuschlag gegen denjenigen festgesetzt werden, der seiner Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung nicht oder nicht fristgemäß nachkommt. Nach § 240 der Abgabenordnung ist ein Säumniszuschlag verwirkt, wenn eine Steuer nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet wird. Die Verspätungs- und Säumniszuschläge fließen der Körperschaft zu, die die Steuer verwaltet.

11153 (neu)	**061**	**Gebühren nach Bundesrecht**	**1.000**	**1.000**		

Gebühren, die nach der Abgabenordnung (Kosten der Vollstreckung (§ 337 AO)) und verschiedenen anderen Steuergesetzen erhoben werden.

11903 (neu)	**061**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**1.000**	**1.000**		

Einnahmen aus Rückgriffansprüchen, insbesondere Schadensersatzleistungen für Arbeitsausfall von Dienstkräften infolge von Unfällen und für Sachschäden sowie Rückzahlung von fehlerhaften Erstattungen.

26101 (neu)	**061**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**1.000**	**1.000**		

Anteilige Kostenerstattung anderer Bundesländer für die Übernahme der Besteuerung der Onlinehändler im Finanzamt Berlin International für Deutschland.
Es wurde bereits eine Arbeitsgruppe gegründet, die eine Einigung über die Abrechnungsmodalitäten erzielen soll. Die Kosten sollen nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer aufgeteilt und von diesen an Berlin erstattet werden. Wann mit der ersten Zahlung gerechnet werden kann, ist derzeit noch ungewiss.

		Gesamteinnahmen	**13.000**	**13.000**	**—**	
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201 (neu)	**061**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.000**	**1.000**		
42801 (neu)	**061**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**447.000**	**447.000**		
42811 (neu)	**061**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.000**	**1.000**		
44100 (neu)	**061**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**		
44379 (neu)	**061**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**		

Ausgaben für die ärztliche Untersuchung von Dienstkräften, die Abwicklung von Dienstunfällen und die notwendigen Kosten für Sehhilfen (Bildschirmarbeitsplätze).

51101 (neu)	**061**	**Geschäftsbedarf**	**102.000**	**102.000**		

	2024/25	2023
1. Geschäftsbedarf (Bürobedarf, Vordrucke, insbesondere Fachvordrucke und sonstige Druckarbeiten, Verbrauchsmittel für die technischen Einrichtungen)	15.000 €	--- €
2. Bücher, Zeitschriften (Fachliteratur und sonstige Druckerzeugnisse)	5.000 €	--- €
3. GEZ-Gebühren	2.000 €	--- €
4. Postgebühren	80.000 €	--- €
	102.000 €	--- €

51136 (neu)	**061**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Finanzamt Berlin International

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51140 (neu)	**061**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**150.000**	**64.000**		

	2024	2025	2023
1. Mobiliar (Aktenschränke, Garderobenschränke, Beistellschränke, Ausstattung Besprechungsräume)	149.000 €	63.000 €	--- €
2. Ausstattung von Schwerbehindertenarbeitsplätzen (ein Drittel der Kosten)	1.000 €	1.000 €	--- €
3. CO2-Flaschen für Wasserspender	300 €	300 €	--- €
	150.300 €	64.300 €	--- €
rd.	150.000 €	64.000 €	

51185 (neu)	**061**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715 (neu)	**061**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**930.000**	**980.000**		

In dem Ansatz sind Ausgaben enthalten für die Bürodienstgebäude:	2024	2025	2023
Thiemannstr. 1 (Anteil Finanzamt Berlin International)	653.490 €	691.650 €	--- €
Gradestr. 36 (Finanzamt Berlin International ab 01.12.2023)	276.000 €	288.000 €	--- €
	929.490 €	979.650 €	--- €
rd.	930.000 €	980.000 €	--- €

Erweiterung der Mietfläche in der Thiemannstr. 1 für das Finanzamt Berlin International (FA BI), Neugründung zum 01.12.2023. Die Betriebs- und Nebenkosten für FA BI wurden im Verhältnis der Nutzflächen auf die Finanzämter Neukölln und FA BI aufgeteilt.

51803 (neu)	**061**	**Mieten für Maschinen und Geräte**	**4.200**	**4.200**		

	2024/25	2023
a) Miete für Kopierer	2.000 €	--- €
b) Miete Wasserspender	2.200 €	--- €
	4.200 €	--- €

51820 (neu)	**061**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**2.105.000**	**2.184.000**		

In dem Ansatz sind Ausgaben enthalten für die Bürodienstgebäude:	2024	2025	2023
Thiemannstr. 1 (Anteil Finanzamt Berlin International)	1.588.770 €	1.649.140 €	--- €
Gradestr. 36 (Finanzamt Berlin International ab 01.12.2023)	516.530 €	534.600 €	--- €
	2.105.300 €	2.183.740 €	--- €
rd.	2.105.000 €	2.184.000 €	--- €

Erweiterung der Mietfläche in der Thiemannstr. 1 für das Finanzamt Berlin International (FA BI), Neugründung zum 01.12.2023. Die Mietausgaben für FA BI wurden im Verhältnis der Nutzflächen auf die Finanzämter Neukölln und FA BI aufgeteilt

51925 (neu)	**061**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**4.100**	**4.100**		

Nutzerspezifische Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartungskosten für nutzerspezifische Anlagen und funktionsbedingte Umbauten.

In dem Ansatz sind Ausgaben enthalten für die Dienstgebäude	2024/25	2023
Thiemannstr. 1 (Anteil Finanzamt Berlin International) und Gradestr. 36	4.100 €	--- €

Finanzamt Berlin International

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52501 (neu)	**061**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**		

Schulungen Personalvertretungen; Aus- und Fortbildung von Ersthelfern/Brandschutzbeauftragten; notwendige fachliche Fortbildungen, die nicht im Programm der VAK angeboten werden.

52601 (neu)	**061**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**		

Gerichts-, Anwalts-, Notariats-, Gerichtsvollzieherkosten, Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige, Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner.

52602 (neu)	**061**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**1.000**	**1.000**		

Kosten für die Tätigkeit der Beschäftigtenvertretungen.

52703 (neu)	**061**	**Dienstreisen**	**8.000**	**8.000**		

Ausgaben des Finanzamts Berlin International für:

1. Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts
2. Dienstreisen für die Ausbildung der Regierungsräte/-innen
3. Dienstreisen zum Finanzgericht Berlin-Brandenburg.
4. Dienstreisen für Mitglieder der Personalvertretung
5. Fahrtkosten BVG, Wegstreckenentschädigungen, Pauschvergütungen

52906 (neu)	**061**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**1.000**	**1.000**		

Repräsentationsaufwendungen für die Amtsleitung.

54002 (neu)	**061**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**1.000**	**1.000**		

Finanzierung von Vorträgen und Veranstaltungen zur Steigerung des Wissens über gesundheitsförderliches Verhalten, gesundheitsorientiertes Führen und Zusammenarbeiten und Stressbewältigung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch externe Vortragende. Unterstützung bei der Durchführung von Gesundheitstagen und ausgewählten Einzelprojekten im Rahmen des Gesundheitsmanagements.

54010 (neu)	**061**	**Dienstleistungen**	**10.000**	**10.000**		

	2024/25	2022/23
1. Arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung der Beschäftigten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (§§ 2 und 5 ASiG)	5.000 €	--- €
2. Sozialberatung für die Beschäftigten des Finanzamts	4.000 €	--- €
3. Behördeninterne Transport- und Ladeleistung	1.000 €	--- €
	10.000 €	--- €

Kosten für die arbeitsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung
Seit Oktober 2015 besteht eine Kooperationsvereinbarung zwischen der SenFin und der SenJust zur Nutzung der „Sozialberatung für Beschäftigte der Berliner Justiz“ (Rubensstraße 111, 12157 Berlin). In diesem Rahmen konnten bis 2020 13 Finanzämter (rd. 3.400 VZÄ) die Leistungen der Sozialberatung nutzen. Mit dem am 01.01.2021 begonnenen Rotationsmodell (Pilotphase III) wurden alle Finanzämter im Wechsel in die Sozialberatung einbezogen. Nach der ab 01.01.2023 gültigen Verwaltungsvereinbarung können nunmehr alle Finanzämter die Leistungen der Sozialberatung in Anspruch nehmen.
Die Ausgaben der Sozialberatung werden anteilig, entsprechend der VZÄ der beteiligten Verwaltungen, umgelegt. Es ergibt sich dadurch ein monatlicher Betrag in Höhe von 2,64 € je Mitarbeiter/in (VZÄ).

54023 (neu)	**061**	**Fahndungsmaßnahmen**	**1.000**	**1.000**		

Entschädigungen für Auskunftsersuchen nach § 93 der Abgabenordnung sowie für Zeugen und Sachverständige nach § 405 der Abgabenordnung.

Finanzamt Berlin International

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54034 (neu)	**061**	**Leistungen der Selbstversicherung**	**1.000**	**1.000**		

Regulierung von Haftpflichtansprüchen und Eigenschäden, in denen die Summe aller zu erwartenden Schadensersatzforderungen den Betrag von voraussichtlich 200 € nicht übersteigen.

54064 (neu)	**061**	**Abdeckung von Geldverlusten**	**1.000**	**1.000**		

Ausgaben für Erstattungen an unberechtigte Zahlungsempfänger wegen unrichtiger Eingabe von Kontonummern oder Nichtbeachtung von Pfändungs- und Überweisungsbeschlüssen bzw. Abtretungen.
Alle Fälle von fehlerhaften Erstattungen werden dem Rechnungshof von Berlin angezeigt.

67102 (neu)	**061**	**Ersatz von Barauslagen**	**1.000**	**1.000**		

Ersatz von Auslagen der Vollstreckungsbeamten bei Pfändungen.

81244 (neu)	**061**	**Erweiterung des Gerätebestandes für die arbeitsplatzorientierte Datenverarbeitung**				

Siehe Maßnahmegruppe 32

Finanzamt Berlin International

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32 (neu)		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136 (neu)	**061**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**10.000**	**10.000**		

Drucker-Verbrauchsmaterialien (Druckerpatronen, Toner)

51185 (neu)	**061**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**28.000**	**34.000**		

	2024	2025	2023
1) Dienstleistungen des ITDZ (Zertifikate)	7.500 €	13.500 €	--- €
2) Internetanbindung	19.000 €	19.000 €	--- €
3) Lizenzkosten	1.500 €	1.500 €	--- €
	28.000 €	34.000 €	--- €

81244 (neu)	**061**	**Erweiterung des Gerätebestandes für die arbeitsplatzorientierte Datenverarbeitung**	**336.000**	**336.000**		

	2024/25	2023
1. Notebooks	112.000 €	--- €
2. Monitore	83.200 €	--- €
3. Dockingstations	13.600 €	--- €
4. Drucker	16.200 €	--- €
5. ThinClients	8.000 €	--- €
6. Mäuse/Tastaturen	3.400 €	--- €
7. Ergo-Erstausstattung (E-Tisch, Container, Drehstuhl)	85.000 €	--- €
8. WLAN	15.000 €	--- €
	336.400 €	--- €
rd.	336.000 €	

Durch die Neugründung des Finanzamts International zum 01.12.2023 wird für den geplanten Personalzuwachs in den Jahren 2024 und 2025 zusätzliche Hardware und Ergonomie benötigt.

Summe Maßnahmegruppe 32	**374.000**	**380.000**	**—**	
Gesamtausgaben	**4.147.300**	**4.196.300**	**—**	
Prozentuale Veränderung	**—**	**1,2 %**		

Abschluss Kapitel 1532

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**12.000**	**12.000**	**—**	**—**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
	Gesamteinnahmen	**13.000**	**13.000**	**—**	
411-462	**Personalausgaben**	**451.000**	**451.000**	**—**	**—**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**3.359.300**	**3.408.300**	**—**	**—**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**336.000**	**336.000**	**—**	**—**
	Gesamtausgaben	**4.147.300**	**4.196.300**	**—**	
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-4.134.300**	**-4.183.300**	**—**	

Finanzamt Berlin International

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Das Kapitel wird für das neu gegründete Finanzamt Berlin International zum Haushaltsplan 2024/2025 neu eingerichtet. Das Finanzamt ist für ausländische Unternehmen zuständig, die in Deutschland Handel treiben und umsatzsteuerpflichtig sind, aber wie Onlinehändler keinen inländischen Firmensitz haben. In Abstimmung mit den anderen Bundesländern hat Berlin zentral Aufgaben für die Registrierung von Unternehmen aus rund 100 Ländern übernommen.
In den Vorjahren bereits angefallene Kosten sind in der produktorientierten Darstellung zum Kapitel 1531 abgebildet.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Abteilung IV – Landespersonal – der Senatsverwaltung für Finanzen.

Die Abteilung IV befasst sich mit den das Personal betreffenden Themen des unmittelbaren Landesdienstes.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	77	33	87	36	87	34
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	70,9	32,8	80	35,8	80,6	33,6
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	68,4%	31,6%	69,1%	30,9%	70,6%	29,4%
Anzahl Führungskräfte	11	6	12	6	13	6
Führungskräfte / Absoluter Anteil (VZÄ)	10,9	5,9	12	5,9	13	5,9
Führungskräfte / Relativer Anteil (VZÄ)	64,9%	35,1%	67,0%	33,0%	68,8%	31,2%
Anzahl Mitarbeitende	66	27	75	30	74	28
Mitarbeitende / Absoluter Anteil (VZÄ)	60	26,9	68	29,9	67,6	27,7
Mitarbeitende / Relativer Anteil (VZÄ)	69,0%	31,0%	69,5%	30,5%	70,9%	29,1%

Das geschlechterdifferenzierte durchschnittliche Jahreseinkommen nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ) betrug 2022:

	w	m
Gesamt	65.030,33 €	69.979,32 €
Führungskräfte	85.844.33 €	91.755.51 €
Mitarbeitende	60.972,45 €	65.498,78 €

Die Beschäftigten der Senatsverwaltung für Finanzen werden nach einheitlichen tarif- bzw. besoldungsrechtlichen Bestimmungen bezahlt. Bei der Berechnung des geschlechterdifferenzierten Durchschnittseinkommens ist zu beachten, dass das Haushaltsbrutto zugrunde gelegt wird. In diesem sind auch die Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgung enthalten.

Die Unterschiede bei den durchschnittlichen Bezügen ergeben sich aus folgenden Aspekten:
- mehr weibliche Dienstkräfte, die unbezahlte Beurlaubungen in Anspruch nehmen,
- im Vergleich zur eigenen Geschlechtergruppe gibt es bei Führungskräften mehr Männer in höheren Positionen,
- im Vergleich zur eigenen Geschlechtergruppe gibt es bei Mitarbeitenden mehr Männer in höheren Positionen.

Hinweis
Aus Datenschutzgründen ist das Durchschnittseinkommen in den Kapitelerläuterungen zum Kapitel 1547 nicht aufgeführt. Es ist in den Werten des Kapitels 1540 enthalten.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979	011	Verschiedene Einnahmen	1.000	1.000	1.000	1.188,45
23601	011	Ersatz von Ausgaben durch Sozialversicherungsträger	30.000	30.000	30.000	19.474,07

Hier wird der Eingliederungszuschuss der Deutschen Rentenversicherung für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung nachgewiesen.

		Gesamteinnahmen	31.000	31.000	31.000	20.662,52
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
42201	011	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	6.424.000	6.753.000	6.201.000	5.045.166,16
42260	011	Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	3.800.000	3.800.000	3.800.000	1.266.878,01

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u.a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Seniorcoaching, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, die Qualifizierung von Wissensmanagerinnen und Wissensmanagern sowie Dialogbegleiterinnen und Dialogbegleitern sowie die Finanzierung des Europäischen Hospitationsprogramms.

42701	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	1.000	1.000	1.000	—
42735	012	Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen	1.890.000	1.890.000	1.890.000	827.171,91

Ausgaben für die Vergabe von Stipendien an Studierende in Bedarfsberufen.

42760	011	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers	500.000	500.000	500.000	134.255,11

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u.a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Seniorcoaching, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, die Qualifizierung von Wissensmanagerinnen und Wissensmanagern sowie Dialogbegleiterinnen und Dialogbegleitern sowie die Finanzierung des Europäischen Hospitationsprogramms.

42801	011	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	2.040.000	2.122.000	2.152.000	2.687.199,89
42811	011	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	241.000	250.000	743.000	142.964,54

Mittel für befristete Beschäftigungspositionen der Senatsverwaltung für Finanzen.

42812 (neu)	011	Inklusionsmittel zur Finanzierung nichtplanmäßiger Tarifbeschäftigter in der Berliner Verwaltung	795.000	795.000		

Finanzierung der befristeten Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderungen und diesen gleichgestellten Menschen i.S.d. § 2 Absatz 2 und Absatz 3 SGB IX mit dem Ziel der Inklusion in der Berliner Verwaltung.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
42850	**011**	**Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**5.247,21**

Zur Realisierung haushaltswirksamer Personalkosteneinsparungen dürfen nach den genannten Verwaltungsvorschriften weiterhin finanzielle Anreize zur vorzeitigen Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen von schwer vermittelbaren Personalüberhangkräften sowie Ausgleichszahlungen zur teilweisen Kompensation eines im Falle einer dauerhaften Unterbringung einer Personalüberhangkraft auf ein niedriger bewertetes Aufgabengebiet entstehenden Einkommensverlustes gewährt werden. Die Verwaltungsvorschriften sind zum 31.12.2021 ausgelaufen. Die Finanzierung der bestehenden geringen Restfälle erfolgt zentral durch die Senatsverwaltung für Finanzen.

42860	**011**	**Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**2.900.000**	**2.900.000**	**2.900.000**	**2.240.530,07**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung, mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Dazu gehören u. a. die folgenden Maßnahmen: Stellendoppelbesetzungen, Seniorcoaching, Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und Sicherung des Wissens, die Qualifizierung von Wissensmanagerinnen und Wissensmanagern sowie Dialogbegleiterinnen und Dialogbegleitern sowie die Finanzierung des Europäischen Hospitationsprogramms.

44100	**011**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**270.000**	**278.000**	**236.000**	**254.448,12**
44379	**011**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**3.365,25**
51101	**011**	**Geschäftsbedarf**	**45.000**	**45.000**	**35.000**	**44.568,81**

Bei dem Ansatz werden die Ausgaben für Büromaterialien, Erwerb von Fachliteratur, elektronische Versionen von Kommentaren, Zeitschriften, amtlichen Veröffentlichungen und sonstigen Druckerzeugnissen sowie Transport- und Frachtkosten nachgewiesen.

51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51140	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**25.000**	**25.000**	**19.500**	**19.243,48**

Bei dem Ansatz werden die Ausgaben für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Reparatur- und Wartungskosten für Bürogeräte sowie den Ersatz von aussonderungsreifem Mobiliar nachgewiesen.

51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
51801	**011**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52501	**011**	**Aus- und Fortbildung**	**19.000**	**19.000**	**15.600**	**18.105,41**

Bei dem Ansatz werden die Ausgaben für fachspezifische Schulungsmaßnahmen und für die Teilnahme an sonstigen Veranstaltungen zur Fortbildung nachgewiesen.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52535	**012**	**Aufwendungen im Kontext dualer Studiengänge**	**2.039.000**	**2.100.000**	**2.200.000**	**1.134.671,69**
		Verpflichtungsermächtigung	**6.400.000**	**—**		
		Davon fällig 2026	**1.600.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.600.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**1.600.000**	**—**		
		Davon fällig 2029	**1.600.000**	**—**		

Die Ausgaben dienen der zentralen Förderung dualer Studiengänge in spezifischen Bedarfsgruppen. Hierbei werden zusätzliche Studienplatzkontingente bei Hochschulen erworben.

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52601	**011**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**50.000**	**50.000**	**30.000**	**23.490,02**

Bei dem Ansatz werden Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, die Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige sowie der Ersatz von Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner nachgewiesen. Ausgaben für die juristische Beratung durch Sachverständige und Gutachter sowie sonstige Aufwendungen für die Prozessvertretung Berlins anlässlich gerichtlicher Klageverfahren.

52602	**011**	**Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen**	**7.200**	**7.400**	**7.000**	**6.559,31**

Sitzungsgelder für die Vorsitzende/den Vorsitzenden und ihre/seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Einigungsstelle für Personalvertretungssachen, Kostenentschädigungen nach § 82 PersVG.

52610	**011**	**Gutachten**	**50.000**	**1.000**	**350.000**	**—**

Kosten für ein versicherungsmathematisches Gutachten zur Versorgungsrücklage.

52638	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703	**011**	**Dienstreisen**	**21.000**	**21.000**	**21.000**	**8.881,15**

Bei dem Ansatz werden die Ausgaben für Dienstreisen im Sinne des Reisekostenrechts nachgewiesen. Insbesondere werden Dienstreisen aufgrund der Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) erforderlich.

Geschlechtsspezifische Daten:

Zielgruppe:	Beschäftigte der Abteilung IV der Senatsverwaltung für Finanzen an dienstlich bedingten Dienstreisen
GB Zielsetzung:	ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durch gleichberechtigte Berücksichtigung von Männern und Frauen bei Dienstreisen
Steuerungsbedarf:	Verwendung der Ressourcen entsprechend eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses

	Ist 2020		Ist 2021		Ist 2022	
	w	m	w	m	w	m
Absoluter Anteil	17	12	11	5	19	10
Relativer Anteil	59 %	41 %	69 %	31 %	66 %	34 %

52906	**011**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**1.050,99**
53101	**011**	**Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**	**180.000**	**180.000**	**150.000**	**166.364,56**

Ausgaben zur Erhöhung der medialen Sichtbarkeit des Landes Berlin als attraktiver Arbeitgeber.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
53105	**011**	**Beteiligung an Messen und Ausstellungen**	**260.000**	**260.000**	**260.000**	**409.619,88**

Ausgaben für die behördenübergreifende Teilnahme des Landes Berlin an Karrieremessen und die Umsetzung von landesweiten Recruiting-Veranstaltungen.

53111	**011**	**Ausschreibungen, Bekanntmachungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**493,85**
54002	**011**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**572.000**	**610.000**	**530.000**	**36.405,38**

Personal- und Gesundheitsmanagement; zentrale Aufwendungen und Aufwendungen für die Förderung von dezentralen Projekten und Maßnahmen.

	2024	2025
1. Lebensphasenorientierter Arbeitgeber	140.000 €	140.000 €
2. Gesundheitsmanagement	230.000 €	230.000 €
3. Landesweite Mitarbeitendenbefragungen	200.000 €	200.000 €
4. Pride Champion	2.000 €	40.000 €
	572.000 €	610.000 €

54010	**012**	**Dienstleistungen**	**57.000**	**65.000**	**83.400**	**46.648,49**

	2024	2025	2023
1. Ausbildungsplatzstatistik	12.000 €	12.000 €	10.000 €
2. Sonderauswertung Versorgungsempfängerstatistik	0 €	8.000 €	3.400 €
3. Fortführung der Nutzungslizenz für die Bereitstellung und den Betrieb des Online-Resilienz-Coaches als Web-Anwendung sowie die Sicherstellung des technischen Supports und der technischen Funktionsfähigkeit der Website	40.000 €	40.000 €	40.000 €
4. Konzeption eines landesweiten Arbeitgeberleitbildes	0 €	0 €	30.000 €
5. Druck Standardbericht der Personalstatistikstelle zur Vorlage an den Hauptausschuss	5.000 €	5.000 €	0 €
	57.000 €	65.000 €	83.400 €

54053	**011**	**Veranstaltungen**	**125.000**	**150.000**	**140.000**	**51.423,42**

25 TEUR werden jetzt bei 1500/52906 nachgewiesen.

Ausgaben zur Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der Aufgaben des landesweiten Demografiemanagements sowie der Personal- und Führungskräfteentwicklung und des Diversitymanagements.

54079	**011**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.290,10**
54604	**012**	**Sächliche Ausgaben für zukunftsorientierte Entwicklungsmaßnahmen**	**150.000**	**150.000**	**100.000**	**14.132,74**

Ausgaben für zentral zu steuernde Maßnahmen und Unterstützungsleistungen zur Bewältigung des gesellschaftlichen, demografischen und technologischen Wandels im Berliner Landesdienst. Finanzierung von Analysen und Vergleichsstudien sowie von Maßnahmen des zukunftsorientierten Personalmanagements, z. B. zur Führungskräfteentwicklung.

Ausgaben für Maßnahmen zur Umsetzung des Diversity-Landesprogramms zur Förderung von Diversity-Kompetenz und Diversity-Management.

	2024	2025
New Work in der Berliner Verwaltung	100.000 €	100.000 €
Umsetzung Diversity-Landesprogramm	50.000 €	50.000 €

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54606	**011**	**Sächliche Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers**	**800.000**	**800.000**	**1.500.000**	**353.773,65**

Die Ausgaben dienen der strategischen und operativen Umsetzung des Wissensmanagements in der Berliner Verwaltung mit dem Ziel, die Wissenskompetenz der Dienststellen und ihrer Beschäftigten zu stärken und den Wissenstransfer zu sichern. Zu den sächlichen Ausgaben gehören IT-Maßnahmen, Europäische Hospitationen und sonstige Maßnahmen des Wissensmanagements, welche Unterstützungsleistungen zur Implementierung des Wissenstransfers und der Sicherung von Wissen darstellen.

54617	**011**	**Entwicklungsmaßnahmen für das landesweite Personalmarketing**	**1.000.000**	**1.000.000**	**500.000**	**5.950,00**

Ausgaben für zentral zu steuernde Maßnahmen und Unterstützungsleistungen des landesweiten Personalmarketings.

68508	**011**	**Zuschuss an die Verwaltungsakademie**	**8.492.000**	**8.503.000**	**7.992.000**	**6.963.320,12**

Bei diesem Titel wird der konsumtive Zuschuss des Landes Berlin an die AöR Verwaltungsakademie Berlin gemäß § 21 des Gesetzes über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten (LfbG) bzw. § 7 der Verordnung über die Ordnung der Verwaltungsakademie Berlin (VAkVO) nachgewiesen.

Angaben zum Gender Budget (GB):

Zielgruppe	Zielgruppe: HörerInnen und Beschäftigte der VAk EmpfängerInnen: VAk
GB Zielsetzung	Gleichberechtigte Teilhabe von männlichen und weiblichen Hörern an den Bildungsangeboten und Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Bedarfe für männliche und weibliche Beschäftigte.
Steuerungsmaßnahmen	Entfällt, da die VAk selbst gleichstellungspolitische Ziele definiert hat und deren Umsetzung verfolgt.

68520 (neu)	**133**	**Zuschüsse an Universitäten**	**198.000**	**177.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**177.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**177.000**			

Bei dem Ansatz werden die Ausgaben für Zuwendungen an Universitäten nachgewiesen. Dies betrifft das wissenschaftliche Projekt zur Aufarbeitung der infolge des Radikalenerlasses vom 28. Januar 1972 erteilten Berufsverbote in West-Berlin und deren Folgen für die Betroffenen.

68579	**011**	**Mitgliedsbeiträge**	**204.000**	**211.000**	**200.000**	**198.064,80**

Mitgliedsbeiträge für die TdL, für die DSAG e. V. sowie für die KGSt.

89419	**011**	**Zuschuss an die Verwaltungsakademie für Investitionen**	**200.000**	**200.000**	**108.000**	**445.897,68**

Bei diesem Titel wird der investive Zuschuss des Landes Berlin an die AöR Verwaltungsakademie Berlin gemäß § 21 des Gesetzes über die Laufbahnen der Beamtinnen und Beamten (LfbG) bzw. § 7 der Verordnung über die Ordnung der Verwaltungsakademie Berlin (VAkVO) nachgewiesen.

Finanziert werden der Ausbau und die Weiterentwicklung der digitalen Lehre, Ersatzbeschaffungen für Präsenzschulungen sowie die Neuausstattung der Hörsäle und der Internen Beratungseinheit für hybride oder digitale Angebote.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51136	**011**	**Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
51168	**011**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**161,24**
51185	**011**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000.000**	**5.000.000**	**5.138.000**	**2.063.468,85**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.020.000**	**—**		
		Davon fällig 2026	**1.840.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**1.840.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**340.000**	**—**		

55 TEUR werden jetzt bei 1500/52638 nachgewiesen.

		2024	2025	2023
1.	Ausgaben für die Weiterentwicklung und den lfd. Betrieb des Fachverfahrens PAB.HR			340.000 €
2.	Ausgaben für den lfd. Betrieb des Verfahrens OfficeNet als horizontales Portal (Behördenportallösungen)	entfällt	entfällt	121.000 €
3.	Ausgaben für den lfd. Betrieb des Verfahrens OfficeNet als vertikales Portal (Fachnetzwerke)	entfällt	entfällt	520.000 €
4.	Ausgaben für die Weiterentwicklung des Fachverfahrens (Beitrag für die Entwicklergemeinschaft, Releases, Customizing, Schnittstellen)	entfällt	entfällt	70.000 €
5.	Ausgaben für die Weiterentwicklung des Verfahrens IPV zur Abbildung eines Kennzahlensystems für die Personalentwicklung und zur Identifizierung unterrepräsentierter Beschäftigtengruppen	entfällt	entfällt	50.000 €
6.	Ausgaben für die datenschutzgerechte Bereinigung des IPV-Systems nach den Vorgaben des Sperr- und Löschkonzeptes			100.000 €
7.	Ausgaben für die flächendeckende Einführung eines zentralen, IKT-konformen Verfahrenszugriffes auf das Fachverfahren IPV im Rahmen der Lösung für „IPV in alternierender Telearbeit"			1.800.000 €
8.	Ausgaben für die Implementierung von Prüfreports zur Plausibilisierung von Daten im Fachverfahren IPV			0 €
9.	Ausgaben für die Einführung einer landesweit einheitlichen elektronischen Personalakte			200.000 €
10.	Ausgaben für die Implementierung eines Verfahrens im Zusammenhang mit dem Digitalisierungsprojekt „Dienstreisemanagement“			150.000 €
11.	Ausgaben für die Implementierung eines Verfahrens im Zusammenhang mit dem Digitalisierungsprojekt „Stellenbewertung“			300.000 €
12.	Weiterentwicklung/Support des zentralen E-Recruitingverfahrens (rexx)			550.000 €
13.	Weiterentwicklung/Support der zentralen Eignungsdiagnostik (Aon)			300.000 €
14.	Digitale Unterstützung von Personalentwicklungsmaßnahmen			0 €
15.	Fachliche Verfahrensunterstützung PuSta			275.000 €
16.	Softwarelizenzen (OBIEE, ODIO)			12.000 €
17.	Infrastruktur-/Verfahrensbetrieb ITDZ			330.000 €
18.	PseuDat-Verfahrenserneuerung	entfällt	entfällt	20.000 €
		5.000.000 €	5.000.000 €	5.138.000 €

Weiterentwicklung von digitalen Tools zur Personalgewinnung, Stellenbewertung und Personalsicherung (elektronische Personalakte; digitale Stellenbewertung, zentrale Eignungsdiagnostik)

Ausbau des mobilen Arbeitens für die Beschäftigten im Land Berlin (Schaffung von Schnittstellen zu den Fachverfahren; behördenübergreifendes Projektmanagement)

52536	**011**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**—**
52638	**011**	**Gutachten für die verfahrensabhängige IKT**	**100.000**	**100.000**	**50.000**	**—**

Einsatz eines standardisierten Datenaustauschverfahrens in der Statistikstelle Personal.

Summe Maßnahmegruppe 32	**5.107.000**	**5.107.000**	**5.195.000**	**2.063.630,09**

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Gesamtausgaben	**38.478.200**	**38.986.400**	**37.875.500**	**24.620.811,89**
		Prozentuale Veränderung	**1,6 %**	**1,3 %**		
		Abschluss Kapitel 1540				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	1.000	1.188,45
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	30.000	30.000	30.000	19.474,07
		Gesamteinnahmen	**31.000**	**31.000**	**31.000**	**20.662,52**
411-462		Personalausgaben	18.872.000	19.300.000	18.434.000	12.607.226,27
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	10.512.200	10.595.400	11.141.500	4.406.303,02
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.894.000	8.891.000	8.192.000	7.161.384,92
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	200.000	200.000	108.000	445.897,68
		Gesamtausgaben	**38.478.200**	**38.986.400**	**37.875.500**	**24.620.811,89**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-38.447.200**	**-38.955.400**	**-37.844.500**	**-24.600.149,37**

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001072 Nachhaltige Haushaltstrategie des Landes Berlin

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	7	Personalkosten	22.576.347	20.200.402	+11,76
Kostenträger	35	Sachkosten	20.755.506	15.514.800	+33,78
davon		Transferkosten	18.924.780	26.230.262	-27,85
Produkte	21	Verrechnungskosten	4.071.523	4.014.316	+1,43
MGF	14	kalkulatorische Kosten	192.345.748	210.636.022	-8,68
Projekte	0	Gemeinkosten	8.213.494	7.823.958	+4,98
		Summe Verwaltungskosten	266.887.398	284.419.760	-6,16
		Transfers	66.681.065	107.047.625	-37,71
		Gesamtsumme	333.563.607	391.463.627	-14,79

Der Kostenanteil der Abteilung Landespersonal am strategischen Ziel beträgt 8,66 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 77,23 % auf die Abteilung Beteiligung und Vermögen (Kapitel 1510), zu 8,64 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500), zu 5,42 % auf die Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Kapitel 1520) sowie zu 0,05 % auf den Landesfinanzservice (Kapitel 1523).

Das strategische Ziel gliedert sich in sieben operative Ziele: 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ mit einem Anteil von 90,98 % an den Verwaltungskosten, 005233 „Statistikstelle Personal des Landes Berlin“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 0,74 %, 005239 „Liquiditätssicherung und Schuldenverwaltung“ mit einem Anteil von 1,51 % an den Verwaltungskosten, 005496 „Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen“ mit einem Anteil von 0,30 %, 005497 „Einheitliche und nachhaltige Personalpolitik“ mit einem Anteil von 6,12 %, 005519 „Investitionsplanung“ mit einem Anteil von 0,30 % sowie 005541 „Landespersonalausschuss“ mit einem Anteil von 0,05 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005053	2022	242.806.635	57.671.243	300.473.022
Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes	2021	261.175.103	92.189.312	353.360.657

Die Gesamtkosten dieses operativen Ziels betragen rund 300,5 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1540 (Landespersonal) liegt bei 2,61 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten):
1. Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service:
   (Anteil von 6,77 % im Kapitel **1500**)
2. Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Anteil von 71,64 % im Kapitel **1510**)
3. Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Anteil von 4,28 % im Kapitel **1520**, Anteil von 14,66 % im Kapitel **2940**)
4. Landesfinanzservice (Anteil von 0,04 % im Kapitel **1523**)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80873	2022	7.388.145	445.898	7.834.043
Zahlung von Zuschüssen an die Verwaltungsakademie Berlin (Transferprodukt)	2021	7.353.305	601.170	7.954.475

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Zuschussempfänger	12	12
Kosten je ME in €	615.678,74	612.775,44
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	2,35	2,03
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	6.963.320,12	6.993.442,91
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Der Kostenträger umfasst die Bezuschussung der Verwaltungsakademie Berlin für Personal- und sächliche Verwaltungsausgaben sowie für investive Zwecke. Ebenso werden die Kostenerstattung an dienstleistende Behörden (z. B. LVwA, LAGeSo) haushalterisch abgebildet sowie Aufwände, die im Rahmen des Wissensmanagements oder aufgrund der Inanspruchnahme von Serviceleistungen durch interne Verrechnungen in der Kosten- und Leistungsrechnung entstehen.

Fachspezifische Informationen

Die Verwaltungskosten sind durch Zuschüsse für die Personal- und sächlichen Verwaltungsausgaben charakterisiert. Zuschüsse für Investitionen sowie zur Finanzierung der Standorterweiterung der Verwaltungsakademie sind als Transfers ausgewiesen.
Die Verwaltungsakademie Berlin ist als Anstalt des öffentlichen Rechts zentrale Fortbildungsstätte für die Beschäftigten der Berliner Veranstaltung und zugleich deren Ausbildungsstätte.

Fortbildung	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
Veranstaltungen gesamt	3.444	2.714	2.258	2.906
- finanziert über institutionellen Zuschuss	*2.113*	*1.534*	*1.279*	*1.700*
- separat finanziert	*1.331*	*1.180*	*979*	*1.206*
- „Programmveranstaltungen“ (behördenübergreifend)	*2.116*	*1.470*	*1.008*	*1.296*
- „Inhouseveranstaltungen“ (behördenbezogen)	*1.328*	*1.244*	*1.250*	*1.610*
Zulassungen gesamt	43.414	31.568	26.158	42.474
- Zulassungen (fach- und funktionsbezogene Fortbildung)	*33.490*	*22.743*	*18.423*	*29.419*
- Zulassungen (Führungskräftefortbildung)	*9.924*	*8.825*	*7.735*	*13.055*
Tage gesamt	5.274	4.264	3.651	4.702
- fach- und funktionsbezogene Fortbildung (ohne IT)	*2.188*	*1.842*	*1.483*	*2.017*
- IT-Fortbildung	*1.839*	*1.110*	*953*	*1.067*
- Führungskräftefortbildung	*1.247*	*1.312*	*1.215*	*1.619*

Ausbildung	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
Veranstaltungen gesamt	192	208	193	177
- finanziert über institutionellen Zuschuss	*186*	*198*	*180*	*160*
- separat finanziert	*6*	*10*	*13*	*17*
Zulassungen gesamt	3.365	3.411	3.035	3.172
- zu Ausbildungslehrgängen	*1.905*	*1.737*	*1.645*	*1.386*
- zu Verwaltungs- und vergleichbaren Lehrgängen	*1.460*	*1.674*	*1.390*	*1.786*
Tage gesamt	2.394	2.380	2.165	2.188
- in Ausbildungslehrgängen	*1.392*	*1.290*	*1.209*	*1.148*
- in Verwaltungs- und vergleichbaren Lehrgängen	*1.002*	*1.091*	*956*	*1.040*

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005233	2022	1.963.621	0	1.963.621
Statistikstelle Personal des Landes Berlin	2021	1.977.159	0	1.977.159

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Der Anteil des Kapitels **1540** (Landespersonal) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Diesem Ziel ist einzig das Ministerielle Geschäftsfeld 78697 „Zentrale Personalstrukturstatistik“ zugeordnet.

Verwaltungskosten	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
78697 - Zentrale Personalstrukturstatistik * (Ministerielles Geschäftsfeld)	1.963.621	1.977.159	1.672.618	1.580.980

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,59 %

Fachspezifische Informationen
Das Gesetz über die Statistik der Personalstruktur und der Personalkosten im unmittelbaren Landesdienst (Personalstrukturstatistikgesetz - PSSG) bildet die rechtliche Grundlage für die Einrichtung und den Betrieb einer zentralen Personalstrukturdatenbank / Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen.

Ressortübergreifend werden pseudonymisierte Personaldaten in tiefer fachlicher Gliederung zusammengeführt. Dies bildet die Basis für aktuelle, zuverlässige und aussagefähige statistische Ergebnisse zu Struktur und zu Kosten der Beschäftigten (inklusive Eigenbetriebe und Betriebe nach § 26 LHO), die wiederum Grundlage des Personalmanagements, insbesondere von Personalbedarfsplanungen sind.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005497	2022	16.346.880	0	16.346.880
Einheitliche und nachhaltige Personalpolitik	2021	15.697.735	1.583.411	17.281.146

Der Anteil des Kapitels 1540 (Landespersonal) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 83,35 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten):
Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service
(Anteil von 16,65 % im Kapitel **1500**)

Diesem Ziel sind sechs Ministerielle Geschäftsfelder zugeordnet: 80575 „Grundsatzangelegenheiten im Tarifbereich, zur Zusatzversorgung sowie zum Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht“, 80617 „Personalpolitik des Landes Berlin“, 80713 „Stellen- und Beratungsmanagement“, 80894 „Grundsatzangelegenheiten des Dienstrechts“ und 80895 „Personalentwicklung und Demografiemanagement“ und 81238 „Personalmarketing“. Hinzu kommt der Kostenträger 81242 „Zentrale Rekrutierungsmaßnahmen in Fachberufen“.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
80575 - Grundsatzangelegenheiten im Tarifbereich, zur Zusatzversorgung sowie zum Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht * (Ministerielles Geschäftsfeld)	1.713.043	1.557.699	1.359.552	1.559.307

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,51 %

Fachspezifische Informationen
Der Kostenträger umfasst im Rahmen der Personalpolitik des Landes Berlin die Bearbeitung sämtlicher Grundsatzangelegenheiten auf ministerieller Ebene zur Aushandlung und Anwendung der tarifrechtlichen Grundlagen für die Tarifbeschäftigten im unmittelbaren Landesdienst (Tarifverträge, Zusatzversorgung, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht). Darin eingeschlossen sind die landesweiten Aufgaben zur Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
80617 - Personalpolitik (Ministerielles Geschäftsfeld)	1.691.650	1.509.553	1.708.136	1.666.257

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,51 %.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Fachspezifische Informationen
Die Grundsatzangelegenheiten der Personalpolitik des Landes Berlin befassen sich mit Grundsatzentscheidungen und -regelungen sowie der Steuerung und dem Controlling der landesweiten Personalausgaben.

Verwaltungskosten in€	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
80894 - Grundsatzangelegenheiten des Dienstrechts * (Ministerielles Geschäftsfeld)	3.034.810	3.002.807	2.604.131	2.532.247

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,91 %.

Fachspezifische Informationen
Der Kostenträger umfasst die Bearbeitung von ministeriellen Grundsatzangelegenheiten in allen Rechtsgebieten des Öffentlichen Dienstrechts. Diese sind richtungsweisend für die Personal- und Finanzbereiche aller Verwaltungseinheiten des öffentlichen Dienstes des Landes Berlin und betreffen alle verbeamteten Beschäftigten des Landes Berlin. Es erfolgen sowohl strategische Vorgaben in Grundsatzangelegenheiten des Dienstrechts als auch in Einzelfällen sowie die Weiterentwicklung der einzelnen Rechtsgebiete des Dienstrechts einschließlich des finanziellen Dienstrechts.

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
80895 - Personalentwicklung und Demografiemanagement (Ministerielles Geschäftsfeld)	2.940.017	2.944.820	1.760.801	1.375.162

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,88 %.

Fachspezifische Informationen
Der Kostenträger umfasst die Konzeptionierung, Abstimmung, Förderung, Umsetzung und Evaluation landesweiter Maßnahmen der qualitativen Personalentwicklung einschließlich eines landesweiten Demografiemanagements, insbesondere durch Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität und zum Gesundheits- und Wissensmanagement sowie zu weiteren Themen der qualitativen Personal- und Führungskräfteentwicklung.
2021 sind außerdem 1.583.411 € für die Förderung der Berufsausbildung über den Titel 68450 finanziert worden und als Transfers erfasst worden.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005541	2022	138.545	0	138.545
Landespersonalausschuss	2021	130.321	0	130.321

Der Anteil des Kapitels 1540 (Landespersonal) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.
Diesem operativen Ziel gehört ein einziger Kostenträger an, der seit 2019 aus Gründen der vollständigen Kostenabbildung bebucht wird.

Verwaltungskosten	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
81018 - Landespersonalausschuss/ Einigungsstelle (Ministerielles Geschäftsfeld)	138.545	130.321	110.842	136.118

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,04 %.

Fachspezifische Informationen
Unter diesem Kostenträger werden zum einen die Tätigkeiten der Geschäftsstelle des Landespersonalausschusses (LPA) und zum anderen die Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Einigungsstelle nach dem Personalvertretungsgesetz Berlin (PersVG Berlin) anfallen und wahrzunehmen sind, abgebildet. Die Einigungsstelle für Personalvertretungssachen entscheidet personalvertretungsrechtliche Einigungsverfahren, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Personalvertretungen und Dienststellen zum Inhalt haben. Bei der Aufgabenerledigung bedient sie sich der bei der Senatsverwaltung für Finanzen eingerichteten Geschäftsstelle der Einigungsstelle für Personalvertretungssachen, die die Einigungsverfahren organisiert.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001086 Informations- und Kommunikationstechnik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	3.284.352	2.794.289	+17,54
Kostenträger	10	Sachkosten	11.517.982	16.108.946	-28,50
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	2	Verrechnungskosten	511.620	375.388	+36,29
MGF	0	kalkulatorische Kosten	601.384	504.429	+19,22
Projekte	8	Gemeinkosten	1.718.341	1.661.193	+3,44
		Summe Verwaltungskosten	17.633.679	21.444.245	-17,77
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	17.633.679	21.444.245	-17,77

Der Kostenanteil für die Abteilung Landespersonal am strategischen Ziel beträgt 3,78 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 49,31 % auf den Landesfinanzservice (Kapitel 1523), zu 29,34 % auf das Landesverwaltungsamt (Kapitel 1544), zu 8,19 % auf die zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung (Kapitel 1547), zu 8,00 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500)-sowie zu 1,38 % auf das Landesverwaltungsamt - Personalservice (Kapitel 1543).

Das strategische Ziel gliedert sich in zwei operative Ziele: 005152 „Verfahren IPV“ mit einem Anteil von 1,38 % und 005478 „Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen“ mit einem Anteil von 98,62 % an den Verwaltungskosten.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005478	2022	17.390.314	0	17.390.314
Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen	2021	21.212.491	0	21.212.491

Die Gesamtkosten dieses operativen Ziels betragen rund 17,4 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1540 beträgt 3,83 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten):
1. Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service:
   (Anteil von 8,11 % im Kapitel **1500**)
2. Landesfinanzservice (Anteil von 50,00 % im Kapitel **1523**)
3. Landesverwaltungsamt - Versorgung und Beihilfe (Anteil von 29,75 % im Kapitel **1544**)
4. Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung (Anteil von 8,31 % im Kapitel **1547**).

Verwaltungskosten in €	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28262 - IT-Projekt Automatisiertes landesweites Verfahren zur Personalausgabenplanung (PAB.HR)	135.243	231.754	127.245	128.540

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 0,77 %.

Das Projekt dient der Unterstützung der Personalausgabenplanung auf der Grundlage der IST-Ausgaben aus der IPV-Abrechnung, der unterjährigen Kontrolle, Steuerung und Prognose der Personalausgaben sowie der Erstellung von Hochrechnungen ebenso wie der Ansatzbildung für die Haushaltsplanaufstellung. Die Dauer des Projektes ist bis 2019 geplant, anschließend erfolgt voraussichtlich die Überführung in einen Regelbetrieb.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Verwaltungskosten in €	2022	2021	2020	2019
28335 - IT-Projekt Kollaborations- und Wissensmanagement (Online-Portal OfficeNet)	529.929	493.947	516.160	315.551

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 3,01 %.

In diesem Projekt wird der Einsatz eines Tools (OfficeNet) als Fachnetzwerkportal zur behördenübergreifenden Zusammenarbeit bzw. als Behördenportal für digital vereinheitliche behördeninterne Kommunikationsprozesse (z. B. Wissensmanagement) getestet und entwickelt. Die Projektlaufzeit ist bis zur Festlegung eines landesweiten Standards für Behördenportale, spätestens zum 31.12.2023 vorgesehen. Ab 01.01.2024 wechselt die Zuständigkeit zur Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport.

Landesverwaltungsamt
- Gesamt -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines und haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Landesverwaltungsamt Berlin erledigt als zentraler Dienstleister des Landes Berlin Verwaltungsaufgaben, die ihm übertragen oder durch Gesetz oder Rechtsverordnung zugewiesen werden. Es kann mit Zustimmung der Senatsverwaltungen für Finanzen sowie für Inneres und Sport Dienstleistungen für andere Behörden des Landes Berlin erbringen. Das Landesverwaltungsamt kann auch für juristische Personen des privaten Rechts, die Berlin oder dem Bund zuzuordnen sind, Angelegenheiten der Personalverwaltung erledigen. Das Landesverwaltungsamt weist die Einnahmen und Ausgaben in folgenden Kapiteln nach:

Kapitel
1541 Landesverwaltungsamt - Leitung und Zentraler Service-
1542 Landesverwaltungsamt - Logistikservice -
1543 Landesverwaltungsamt - Personalservice -
1544 Landesverwaltungsamt - Beihilfeservice -
1545 Landesverwaltungsamt - IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

Gesamtdarstellung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel 1541 bis 1545 - Landesverwaltungsamt

Hauptgruppe	Bezeichnung	Ansatz 2024 (€)	Ansatz 2025 (€)	Ansatz 2023 (€)
1	Verwaltungseinnahmen	5.000	5.000	5.000
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme von Investitionen	3.179.000	3.179.000	3.093.000
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahme, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, Besondere Finanzierungseinnahmen	---	---	---
	Summe der Einnahmen	**3.184.000**	**3.184.000**	**3.098.000**
4	Personalausgaben	36.784.800	38.591.500	35.227.900
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	19.852.100	20.830.500	21.027.600
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahmen von Investitionen	---	---	---
7	Investitionsausgaben für bauliche Zwecke	---	---	---
8	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderung	500.000	1.000	1.000.000
9	Besondere Finanzierungsausgaben	---	---	---
	Summe der Ausgaben	**57.136.900**	**59.423.000**	**57.255.500**
	Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)	-53.952.900	-56.239.000	-54.157.500

Landesverwaltungsamt
- Gesamt -

B. Gender Budgeting

Allgemein

Das Landesverwaltungsamt Berlin betrachtet Gender-Budgeting und damit die Frage nach einem geschlechtergerechten Umgang mit den finanziellen Ressourcen als wichtigen Teil der täglichen Arbeit. Als einem der zentralen Dienstleister für die Berliner Verwaltung sind jedoch nur wenige der Haushaltstitel diesbezüglich direkt durch das Landesverwaltungsamt steuerbar. Keine Aussagen oder nur Aussagen ohne Steuerungsrelevanz können so über Ausgaben gemacht werden, die Aufgrund der Inanspruchnahme bestimmter Leistungen durch die dezentralen Kunden entstehen. Dennoch bleibt es Ziel, vermehrt Titel unter gendersensitiven Aspekten im Haushaltsplan darzustellen. Daten für eine Darstellung des Merkmals „divers“ liegen nicht vor und sind somit nicht darstellbar.

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

Die nachstehenden Aussagen beziehen sich auf die Beschäftigtenstruktur des gesamten Landesverwaltungsamtes Berlin.
Das prozentuale Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Dienstkräften hat sich im Berichtszeitraum zugunsten des zuvor stetig gesunkenen Anteils männlicher Beschäftigter weiter leicht erhöht. Dennoch wird für den Planungszeitraum von einer Fortschreibung des hohen prozentualen Anteils der weiblichen Mitarbeiterinnen des Landesverwaltungsamtes Berlin ausgegangen. Seit 2006 wurde der Anteil der weiblichen Dienstkräfte von 60,8 % auf nunmehr über 68 % gesteigert. Der Anteil weiblicher Führungskräfte wurde gleichfalls ausgebaut: Die Abteilungsleitungen sind derzeit zwar nur zu 1/3, die Referatsleitungen zu 45,5% (gestiegen) weiblich besetzt. Bei den Gruppenleitungen überwiegen seit Jahren die weiblichen Führungskräfte (gestiegen auf 73,3%).

Die tatsächliche Ressourceninanspruchnahme (hier insbes. der Personalausgaben der OGr 42) der letzten Jahre unterscheidet sich aber, wenn auch deutlich sinkend, von diesem Verhältnis. Wenn zwar auch hier absolut betrachtet der Anteil der Frauen an der Ressourceninanspruchnahme deutlich über dem der Männer liegt (2022: 64,2 % zu 35,8 %), erreicht er dennoch noch nicht ganz den Wert gemäß dem Anteil an der Beschäftigung (68,4 %). Die rechnerische Angleichung ist aber seit dem letzten Berichtszeitraum deutlich fortgeschritten.
Dies ist weiterhin u. a. einem deutlich höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigung und der Wahrnehmung von Aufgaben des mittleren und gehobenen Dienstes geschuldet, während der Anteil männlicher Beschäftigter in den höheren Entgeltstufen des früheren Arbeiterbereichs trotz laufender Frauenfördermaßnahmen noch immer überwiegt.
Ziel des Landesverwaltungsamtes bleibt die Angleichung der Verhältnisse. Im höheren Dienst überwiegt aktuell der männliche Anteil (54,5 %).

	2020		2021		2022	
Planmäßige Beschäftigte [1)]	W	m	w	M	w	m
Absoluter Anteil	420	183	412	186	406	188
Relativer Anteil (in %)	69,7	30,3	68,9	31,1	68,4	31,6
Führungskräfte / Absoluter Anteil	26	16	27	16	28	17
Führungskräfte / Relativer Anteil (in %)	61,9	38,1	62,8	37,2	62,2	37,8
Mitarbeitende / Absoluter Anteil	394	167	385	170	378	171
Mitarbeitende / Relativer Anteil (in %)	70,2	29,84	69,4	30,6	68,9	31,1

1) seit 2011 Jahresmittel gem. Quartals-Auswertungen PStat bei SenFin

Geschlechterdifferenziertes durchschnittliches Jahreseinkommen 2022 nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ):

	w	m	Differenz
Führungskräfte	67.780,23 €	75.927,02 €	8.146,79 €
Mitarbeitende	56.720,34 €	62.107,50 €	5.387,16 €

Im Berichtszeitraum konnte zur letzten Auswertung das sog. Gender-PayGap, also die Differenz zwischen den exemplarischen Einkommen deutlich reduziert werden (um 50%). Im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik herrscht das „Equal-Pay“-Prinzip, dh. dass aufgrund der Tabellenentgelte Beschäftigte unabhängig vom Geschlecht das gleiche Gehalt beziehen.
Aktuell beträgt das Durchschnittsalter im Landesverwaltungsamt Berlin 47,38 Jahre – dies gilt derzeit für alle Geschlechter. Auch wenn der Anteil der weiblichen Führungskräfte wie auch der weiblichen Mitarbeitenden in den letzten Jahren kontinuierlich jeweils deutlich gesteigert werden konnte, sind die rechnerisch ermittelten durchschnittlichen Unterschiedsbeträge auch auf den Rechtsstatus des Großteils der Beschäftigten als Tarifbeschäftigte zurückzuführen: die weiblichen Beschäftigten sind, auch als Führungskräfte eher zu Teilzeitmodellen bereit, unterliegen ggf. Beurlaubungen oder anderen Aspekten, die zu geringeren Gehaltszahlungen führen, während sie weiterhin als Beschäftigte zu zählen sind.
Bei den Mitarbeitenden im Teilbereich der Kraftfahrer/innen mit vergleichbar höheren Gehältern herrscht weiterhin unverändert ein unausgewogenes Geschlechterverhältnis (7,7% w zu 92,3 % m), das weiterhin schrittweise anzugleichen ist.

Landesverwaltungsamt
- Gesamt -

Zusammengefasste Auswertung bestimmter Titel

Auch für die zurückliegenden Haushaltsplanjahre 2021 und 2022 wurden die Titel für Dienstreisen (52703) sowie für Aus- und Fortbildung (52501 und 52536) für die Beschäftigten des Landesverwaltungsamtes Berlin unter gendersensitiven Aspekten ausgewertet. Diese finden sich z. T. in allen bisherigen 4 Kapiteln, jedoch sind die Ansätze, die IST-Ausgaben sowie die Anzahl der betreffenden Dienstkräfte jeweils so gering, dass auf eine titelweise Darstellung in den Einzelkapiteln zugunsten einer aussagekräftigeren Zusammenfassung an dieser Stelle verzichtet wurde.

52703 – Dienstreisen (einschl. Dienstfahrscheine)

Kapitel	Ansatz 2022	IST 2022	davon für weibl. DK	Anteil weibl.DK an Reisen	Anz. Reisen	Ansatz 2021	IST 2021	davon für weibl. DK	Anteil weibl. DK an Reisen	Anz. Reisen
1541	1.000 €	371,28 €	73,1%	0,0%	0	1.000 €	352,60 €	76,9%	0,0%	0
1542	2.000 €	299,88 €	52,3%	0,0%	0	2.000 €	674,95 €	21,2%	0,0%	2
1543	5.700 €	1.797,52 €	84,9%	100,0%	1	7.600 €	1.389,16 €	82,8%	75,0%	4
1544	4.000 €	3.379,74 €	41,9%	28,6%	7	5.000 €	1.064,30 €	87,2%	0,0%	0
Summe	12.700 €	5.848,42 €	66,6%	37,5%	8	15.600 €	3.480,98 €	71,6%	50,0%	6

Die Teilhabe an Dienstreisen und die Inanspruchnahme der Dienstreiseressourcen erfolgte zuletzt 2019 kapitelübergreifend genderpolitisch noch annähernd gleichberechtigt. Pandemiebedingt fanden 2021 und 2022 wie schon 2020 fast keine Reisen statt. 2022 galt zudem für mehr als 6 Monate die vorläufige Haushaltswirtschaft. 2020 waren 3 (2021: 0) weibliche Führungskräfte sowie 0 (2021: 3) sonstige weibliche Beschäftigte auf Dienstreisen.
Die Auswertung der Nutzung der ebenfalls hier etatisierten Dienstfahrscheine ergab für 2022 eine Inanspruchnahme iHv. 50,0 % (2021: 11,4 %) durch weibliche Beschäftigte.

52501 – Aus- und Fortbildung

Kapitel	Ansatz 2022	IST 2022	davon für weibl. DK	Anteil weibl. DK an FoBi	Anz. FoBi	Ansatz 2021	IST 2021	davon für weibl. DK	Anteil weibl. DK an FoBi	Anz. FoBi
1541	10.600 €	7.615,00 €	60,0%	76,5%	17	3.500 €	370,88 €	38,8%	25,0%	4
1542	1.200 €	464,10 €	0,0%	0,0%	1	1.500 €	32,86 €	100,0%	100,0%	1
1543	3.100 €	1.826,30 €	100%	100,0%	3	5.000 €	1.320,35 €	99,2%	66,7%	3
1544	3.000 €	0,00 €	0,0%	0,0%	0	12.000 €	1.025,91 €	100,0%	100,0%	2
Summe	17.900 €	9.905,40 €	64,6%	76,2%	21	22.000 €	2.750,00 €	91,4%	60,0%	10

(Nicht Fortbildungen der VAK, die im Rahmen der KLR verrechnet werden. Ferner Inhouseschulungen und die bei 1541 enthaltenen jährlichen Aufwendungen für die Frauenversammlung werden nicht nach Nutzendenzahlen ausgewertet. Hier sind auch die kostenpflichtigen Fortbildungen der Beschäftigtenvertretungen nachgewiesen.)

Die Teilhabe an kostenpflichtigen Aus- und Fortbildungen und die Inanspruchnahme der entsprechenden Ressourcen erfolgte auch im Berichtszeitraum kapitelübergreifend überwiegend durch weibliche Beschäftigte. Die vergleichsweise sehr geringen Zahlen seit 2020 unterliegen den besonderen Einschränkungen durch die Pandemie und sind insofern wenig repräsentativ. Das prozentuale Gender-Verhältnis lag 2022 bei 60% zugunsten der weiblichen Führungskräfte sowie bei rd. 81,3% bei den weiblichen Mitarbeitenden (2021 ist dieses Verhältnis pandemiebedingt auf 0% bzw. 60% abgesunken).

Landesverwaltungsamt
- Gesamt -

52536 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT

Kapitel	Ansatz 2022	IST 2022	davon für weibl. DK	Anteil weibl DK an FoBi	Anz. FoBi	Ansatz 2021	IST 2021	davon für weibl. DK	Anteil weibl DK an FoBi	Anz. FoBi
1541	1.000 €	0,00 €	0,0%	0,0%	0					
1542										
1543	64.800 €	57.750,40 €	5,7%	16,7%	6	64.800 €	57.529,05 €	56,3%	50,0%	10
1544	1.000 €	827,25 €	66,7%	66,7%	3	1.000 €	16.065,00 €	66,7%	66,7%	3
Summe	66.800 €	58.577,65 €	9,6%	33,3%	9	65.800 €	73.594,04 €	69,1%	72,2%	18

(Nicht Fortbildungen der VAK, die im Rahmen der KLR verrechnet werden. Aus 1543 werden jährlich auch hohe Beträge (2022: 79,1% (2021: 60,6%) der og. Ausgaben an die VAK für die Durchführung der IPV-Schulungen überwiesen – die geschlechterspezifischen Teilnehmerdaten liegen hier nicht vor.)

Die Teilhabe an kostenpflichtigen Aus- und Fortbildungen und die Inanspruchnahme der entsprechenden Ressourcen erfolgte bislang überwiegend durch weibliche Beschäftigte, denen hierfür normalerweise auch prozentual mehr an den aufzuwendenden Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden – die Jahre seit 2020 sind pandemiebedingt nicht repräsentativ; über 6 Monate in 2022 waren zudem durch die vorläufige Haushaltswirtschaft eingeschränkt. Es handelt sich um kostenintensive Aus- und Fortbildungen hauptsächlich für das Fachverfahren IPV bzw. verwandte Anwendungen, die nicht nur bei der Fortbildung neuer Mitarbeiter/innen anfallen.

Landesverwaltungsamt
- Leitung und Zentraler Service -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Personal- und sächlichen Verwaltungsausgaben für den Leitungsbereich, den Zentralen Service und die Beschäftigtenvertretungen nachgewiesen.

Landesverwaltungsamt
- Leitung und Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11979	**012**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**354,00**
		Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**354,00**
		Prozentuale Veränderung	**-50,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**012**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**752.000**	**782.000**	**1.272.000**	**961.510,36**
42722	**012**	**Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)**	**2.300**	**2.300**	**1.000**	**2.213,33**
42735	**012**	**Stipendien für Studierende in spezifischen Bedarfsberufsgruppen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**3.129,53**
42801	**012**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**2.513.000**	**2.614.000**	**2.449.000**	**2.512.832,11**
42811	**012**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**260.000**	**270.000**	**244.000**	**246.421,50**
44100	**012**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**28.400**	**29.200**	**40.200**	**26.735,53**
44379	**012**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**3.900**	**3.900**	**5.000**	**3.862,69**
45903	**012**	**Prämien für besondere Leistungen**	**6.500**	**6.500**	**6.500**	**205.255,76**

Leistungsprämien und –zulagen nach der Leistungsprämien- und –zulagenverordnung (LPZVO)

51101	**012**	**Geschäftsbedarf**	**58.000**	**58.000**	**59.000**	**44.726,33**

16.600,0 EUR wurden bislang bei 1543/51101 nachgewiesen.
19.900,0 EUR wurden bislang bei 1544/51101 nachgewiesen.

	2024/2025	Ist 2022
1. Online-Angebot für Rechtstexte (Datenbanken Beck-online, Juris)	22.000 €	20.552,40 €
2. Allgemeiner Geschäftsbedarf	12.500 €	9.216,35 €
3. Kopierpapier	10.000 €	6.009,47 €
4. Literatur / Loseblattsammlungen	5.900 €	3.332,37 €
5. GEZ für Betriebsstätten	5.500 €	4.122,12 €
6. Postcard / Portogebühren	2.100 €	1.493,35 €
	58.000 €	44.726,33 €

51140	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**8.860,88**

2.000,0 EUR wurden bislang bei 1543/51140 nachgewiesen.

Beschaffungen im Bedarfsfall auch gem. Art 2 UN-Behindertenrechtskonvention.

51715	**012**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.285.000**	**1.285.000**	**1.285.000**	**1.260.991,32**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

	2024	2025	Ist 2022
DG Fehrbelliner Platz 1	1.284.745 €	1.284.745 €	1.260.991,32 €
	1.284.745 €	1.284.745 €	1.260.991,32 €
	rd. 1.285.000 €	rd.1.285.000 €	

Landesverwaltungsamt
- Leitung und Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51801	**012**	**Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**5.300**	**5.300**	**4.300**	**5.289,85**

Anmietung von Räumen für die Personalversammlung des Landesverwaltungsamtes.
Mehr aufgrund der Inanspruchnahme ausschließlich barrierefreier Objekte.

51820	**012**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**3.270.000**	**3.270.000**	**3.270.000**	**2.732.983,32**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

	2024	2025	Ist 2022
DG Fehrbelliner Platz 1	3.269.660 €	3.269.660 €	2.732.983,32 €
	3.269.660 €	3.269.660 €	2.732.983,32 €
	rd. 3.270.000 €	rd. 3.270.000 €	

51925	**012**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**35.600**	**35.600**	**35.600**	**31.280,15**

Objekt	2024 Wartungs- und Instandhaltungskosten	2024 Kosten für nutzerspezifische Maßnahmen	2025 Wartungs- und Instandhaltungskosten	2025 Kosten für nutzerspezifische Maßnahmen
Fehrbelliner Platz 1	13.315 €	22.200 €	13.582 €	22.000 €
Gesamt:	35.515 € rd. 35.600 €		35.582 € rd. 35.600 €	

52501	**012**	**Aus- und Fortbildung**	**10.600**	**10.600**	**10.600**	**7.615,00**

	2024 / 2025	Ist 2022
Schulungen Personalvertretungen	9.600 €	7.040,00 €
Schulungen sonstiges Personal	1.000 €	575,00 €
	10.600 €	7.615,00 €

52610	**012**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52703	**012**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**371,28**
52906	**012**	**Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege**	**3.000**	**3.000**	**5.000**	**99,53**
54002	**012**	**Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)**	**12.000**	**12.000**	**4.500**	**1.707,98**

In 2024/2025 erfolgt eine turnusmäßige Mitarbeiterbefragung.

54010	**012**	**Dienstleistungen**	**1.000**	**1.000**	**1.800**	**—**
54077 (neu)	**012**	**Steuern, Abgaben**	**1.000**	**1.000**		
54079	**012**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
81221	**012**	**Erneuerung der passiven Netzwerkinfrastruktur**	**500.000**	**1.000**	**1.000.000**	**240.590,95**

Herstellung der Migrationsreadiness durch Erneuerung der veralteten Tertiärverkabelung im DG Fehrbelliner Platz 1 auf den aktuellen Stand der Technik sowie Ertüchtigung der Wiringcenter.

Gesamtausgaben	**8.763.600**	**8.406.400**	**9.709.500**	**8.296.477,40**
Prozentuale Veränderung	**-9,7 %**	**-4,1 %**		

Landesverwaltungsamt
- Leitung und Zentraler Service -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Abschluss Kapitel 1541				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	2.000	354,00
		Gesamteinnahmen	1.000	1.000	2.000	354,00
411-462		Personalausgaben	3.567.100	3.708.900	4.018.700	3.961.960,81
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.696.500	4.696.500	4.690.800	4.093.925,64
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	500.000	1.000	1.000.000	240.590,95
		Gesamtausgaben	8.763.600	8.406.400	9.709.500	8.296.477,40
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-8.762.600	-8.405.400	-9.707.500	-8.296.123,40

Landesverwaltungsamt
- Leitung und Zentraler Service -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Das Landesverwaltungsamt Berlin (LVwA) ist zentraler interner Dienstleister, der seine Leistungen vornehmlich im Rahmen der internen Kosten- und Leistungsrechnung erbringt und verrechnet. Dies bedeutet, dass die Kosten bereits in allen Produkten der unmittelbaren Berliner Verwaltung, an denen die im LVwA betreuten Beschäftigten mitwirken, mit enthalten sind.

Das LVwA ist überwiegend interner Personaldienstleister (im Rahmen des sog. Shared Service) und hat als nachgeordnete Behörde der Senatsverwaltung für Finanzen keine eigenen politisch-strategischen Ziele.
Externe Produkte des LVwA haben eine nur sehr geringe finanzielle Relevanz und dienen lediglich dem Abbild der Leistungen gegenüber mittelbaren Dienststellen und Einrichtungen, die nicht an der Kosten- und Leistungsrechnung – KLR – teilnehmen.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000611 Sonstiger Service

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	51.847	56.037	-7,48
Kostenträger	1	Sachkosten	0	0	
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	1	Verrechnungskosten	0	0	
MGF	0	kalkulatorische Kosten	1.172	1.120	+4,62
Projekte	0	Gemeinkosten	26.572	29.701	-10,53
		Summe Verwaltungskosten	79.591	86.858	-8,37
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	79.591	86.858	-8,37

Die Kostenanteile am strategischen Ziel entfallen zu 100 % auf das Landesverwaltungsamt (Kapitel 1541).

Gruppe/Operatives Ziel		**Beträge in €**		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
002880	2022	79.591	0	79.591
Rechts- und Prozessangelegenheiten	2021	86.858	0	86.858

Der Anteil des Kapitels 1541 (Landesverwaltungsamt - Leitung) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
67291	2022	79.591	0	79.591
LVwA / Aufgaben der Zentralen Behörde zur Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen im Ausland	2021	86.858	0	86.858

Landesverwaltungsamt
- Leitung und Zentraler Service -

	2022	2021
Menge: Zahl der Ersuchen	2.350	1.915
Kosten je ME in €	33,87	45,36
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	100,00	100,00
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Der Kostenträger ist in seinem Leistungsumfang durch die Weiterleitung von Amts- und Rechtshilfeersuchen österreichischer Behörden an die zuständigen Stellen, die Zustellung von Schriftstücken ausländischer Behörden in Verwaltungssachen sowie die Erteilung von Auskünften in Verwaltungssachen ausländischer Behörden charakterisiert.

Fachspezifische Informationen

Das Landesverwaltungsamt Berlin ist gemäß der Aufgabenübertragung seitens der Bundesministerien des Inneren und der Justiz über die Senatskanzlei Berlin zentrale Stelle für die im Land gemeldeten Empfänger/innen. Jedes Bundesland hat hierfür eine zentrale Stelle einzurichten. Die Anzahl der Ersuchen ist nicht steuerbar.

Landesverwaltungsamt
- Logistikservice -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Bereich werden folgende Serviceleistungen für die Berliner Verwaltung wahrgenommen:
Bereitstellung der personengebundenen Fahrdienstleistungen für die Hauptverwaltung, das Abgeordnetenhaus und den Protokollbereich einschließlich der hierfür erforderlichen Fahrzeuge über Leasingverträge, Sammelbestellverfahren für unterschiedliche Warengruppen und Dienstleistungen, Postdienstleistungen (interner Postverkehr sowie allgemeine Postsendungen und besondere Zustellungen), Amtsblatt für Berlin (Herausgabe und Redaktion), Rundschreibendatenbank des Landes Berlin.

Landesverwaltungsamt
- Logistikservice -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11979	**012**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
42201	**012**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**285.000**	**297.000**	**326.000**	**260.676,06**
42801	**012**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**6.855.000**	**7.129.000**	**6.298.000**	**6.538.578,49**

a) Zuschlag für 6 Kraftfahrer/innen der Pauschalgruppe 7 zum Durchschnittssatz der E6.
b) Zuschlag für 6 Kraftfahrer/innen der Pauschalgruppe 6 zum Durchschnittssatz der E6.
c) Zuschlag für 2 Kraftfahrer/innen ohne Pauschalentgelt/-gruppe in E6.
d) Zuschlag für 30 Kraftfahrer/innen als ständige persönliche Fahrer zum Durchschnittssatz der E4.
e) Zuschlag für 21 Kraftfahrer/innen der Pauschalgruppe 4 zum Durchschnittssatz der E4.

44100	**012**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**24.600**	**25.300**	**12.700**	**23.163,10**
44379	**012**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**2.300**	**2.300**	**2.900**	**2.221,60**
51101	**012**	**Geschäftsbedarf**	**119.000**	**119.000**	**119.000**	**115.615,05**

	2024 / 2025	Ist 2022
1. Postgebühren (Porto, Paketentgelte etc.)	110.000 €	107.757,21 €
2. Allgemeiner Geschäftsbedarf	1.800 €	1.163,88 €
3. Online-Datenbanken	2.400 €	1.917,60 €
4. GEZ für Betriebsstätten	1.400 €	1.385,88 €
5. GEZ für Fahrzeuge	3.400 €	3.390,48 €
	119.000 €	115.615,05 €

51140	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**12.000**	**12.000**	**12.000**	**6.284,93**
51185	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51403	**012**	**Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen**	**240.000**	**240.000**	**290.000**	**236.992,66**

	2024/2025	Ist 2022
1. Treibstoffe	90.000 €	89.194,09 €
2. Fahrzeugwäsche	40.000 €	39.936,04 €
3. Reparaturen	45.000 €	43.751,32 €
4. Reifenlagerungen/-wechsel	18.000 €	17.950,81 €
5. Kfz-Steuern	2.000 €	1.923,73 €
6. Taxikosten	16.000 €	15.935,40 €
7. Autostrom	28.000 €	27.124,44 €
8. Sonstiges	1.000 €	983,83 €
	240.000 €	236.799,66 €

Landesverwaltungsamt
- Logistikservice -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
51715	**012**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**74.400**	**75.800**	**72.900**	**71.531,76**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

	2024	2025	Ist 2022
DG Tegeler Weg 17-20	74.400 €	75.800 €	71.531,76 €
	74.400 €	75.800 €	71.531,76 €

51802	**012**	**Mieten für Fahrzeuge**	**382.000**	**382.000**	**320.000**	**381.785,89**

Miet- und Leasingverträge für die Bereitstellung von Fahrzeugen für personengebundene Fahrdienstleistungen (Senatsmitglieder, Abgeordnetenhaus, Fraktionsvorsitzende).

Mehr aufgrund der nahezu ausschließlichen Anmietung von E-Autos bzw. Hybridmodellen.

51820	**012**	**Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management**	**82.400**	**82.400**	**82.400**	**82.361,28**

Deckungsvermerk: Die Ausgaben der Titel 51715 und 51820 sind einzelplanübergreifend und nur gegenseitig deckungsfähig; sie sind außerdem nach Maßgabe des § 20 Abs. 1 LHO deckungsberechtigt.

	2024	2025	Ist 2022
DG Tegeler Weg 17-20	82.361 €	82.361 €	82.361,28 €
	82.361 €	82.361 €	82.361,28 €
	rd.82.400 €	rd. 82.400 €	

51925	**012**	**Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Objekt	2024 Wartungs- und Instandhaltungskosten	2024 Kosten für nutzerspezifische Maßnahmen	2025 Wartungs- und Instandhaltungskosten	2025 Kosten für nutzerspezifische Maßnahmen
Tegeler Weg 17-20	0 €	1.000 €	0 €	1.000 €
Gesamt:	1.000 €		1.000 €	

52501	**012**	**Aus- und Fortbildung**	**4.000**	**4.000**	**1.200**	**464,10**

Mehr insbesondere aufgrund notwendiger Schulungen im Bereich Sammelbestellwesen (SBV).

52601	**012**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52610	**012**	**Gutachten**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
52703	**012**	**Dienstreisen**	**1.000**	**1.000**	**2.000**	**299,88**
54010	**012**	**Dienstleistungen**	**475.000**	**475.000**	**375.000**	**471.649,70**

Dienstposttransport extern / zentrale Posttouren
Mehr nach Preisanpassung im Rahmen der Vertragsverlängerung im Jahr 2022, u.A. aufgrund des neuen Entgelttarifvertrages.

54079	**012**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Landesverwaltungsamt
- Logistikservice -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**53.200**	**53.200**	**67.000**	**53.189,69**
		verfahrensabhängige IKT-Infrastruktur (inkl. Amtsblatt und Rundschreibendatenbank)				
		Summe Maßnahmegruppe 32	**53.200**	**53.200**	**67.000**	**53.189,69**
		Gesamtausgaben	**8.613.900**	**8.902.000**	**7.985.100**	**8.244.814,19**
		Prozentuale Veränderung	**7,9 %**	**3,3 %**		
		Abschluss Kapitel 1542				
111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
411-462		**Personalausgaben**	**7.166.900**	**7.453.600**	**6.639.600**	**6.824.639,25**
511-549		**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**1.447.000**	**1.448.400**	**1.345.500**	**1.420.174,94**
		Gesamtausgaben	**8.613.900**	**8.902.000**	**7.985.100**	**8.244.814,19**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-8.612.900**	**-8.901.000**	**-7.984.100**	**-8.244.814,19**

Landesverwaltungsamt
- Logistikservice -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001149 Landesweite Querschnittsaufgaben

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	1.775.969	1.712.497	+3,71
Kostenträger	6	Sachkosten	368.904	326.756	+12,90
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	6	Verrechnungskosten	295.562	358.248	-17,50
MGF	0	kalkulatorische Kosten	97.024	91.906	+5,57
Projekte	0	Gemeinkosten	583.590	569.999	+2,38
		Summe Verwaltungskosten	3.121.049	3.059.405	+2,01
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	3.121.049	3.059.405	+2,01

Die Kostenanteile am strategischen Ziel entfallen zu 54,66 % auf das Landesverwaltungsamt - Logistikservice (Kapitel 1542) und zu 45,34 % auf das Landesverwaltungsamt - Versorgung und Beihilfe (Kapitel 1544)

Das strategische Ziel gliedert sich in drei operative Ziele: 004868 „Personalmanagement (operativ)“ mit einem Anteil von 45,34 % an den Verwaltungskosten und 004884 „Facility Management (operativ)“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 46,40 % sowie 005362 „Organisationsmanagement/Recht (ministeriell)“ mit einem Anteil von 8,26 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004884	2022	1.448.430	0	1.448.430
Facility Management (operativ)	2021	1.353.665	0	1.353.665

Der Anteil des Kapitels 1542 (Landesverwaltungsamt - Logistikservice) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79006	2022	678.048	0	678.048
LVwA / Postdienstleistungen für Externe	2021	587.324	0	587.324

	2022	2021
Menge: monatliche Stopps (Anzahl)	32.750	34.224
Kosten je ME in €	20,70	17,16
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	21,73	19,20
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Landesverwaltungsamt
- Logistikservice -

Der Kostenträger umfasst die Organisation und Durchführung des Fach-Postverkehrs mit externen Postempfängern. Zur Zielgruppe gehören Empfänger, die nicht an der Kosten- und Leistungsrechnung des Landes Berlin teilnehmen.

Fachspezifische Informationen
Die externen Stopps im Rahmen der Posttouren entsprechen mehr als 1/3 des Gesamtaufkommens. Auf eine Kostenerstattung wird gegenseitig bzw. aufgrund Senatsentscheidung verzichtet (z. B. mit dem Bund).
(Stopps der Posttouren intern: 2022: 60.880, 2021: 58.863)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79774	2022	176.168	0	176.168
LVwA / Sammelbestellwesen für Externe	2021	149.702	0	149.702

	2022	2021
Menge: Anzahl der in Anspruch genommenen Rundschreiben bzw. Verträge	31.417	29.530
Kosten je ME in €	5,61	5,07
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	5,64	4,89
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Zu dem Kostenträger gehören alle Leistungen, die der Befriedigung gleichartigen Bedarfs an Waren- und Dienstleistungen (einschl. Beschaffung von Vordrucken) dienen. Zur Zielgruppe gehören Empfänger, die nicht an der Kosten- und Leistungsrechnung des Landes Berlin teilnehmen.

Fachspezifische Informationen
Darüber hinaus werden gleichartige Dienstleistungen an Empfänger, die an der Kosten- und Leistungsrechnung des Landes Berlin teilnehmen, erbracht. Die hierfür entstehenden Kosten werden auf dem Kostenträger 67302 Sammelbestellwesen für Interne ausgewiesen. Sie liegen bei rd. 70 % des für beide Kostenträger entstandenen Kostenvolumens.
Auf den Kostenträger 67302 Sammelbestellwesen für Interne entfielen 2022: 406.436 € (2021: 339.520 €).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005362	2022	257.653	0	257.653
Organisationsmanagement/Recht (ministeriell)	2021	247.138	0	247.138

Der Anteil des Kapitels 1542 (Landesverwaltungsamt - Logistikservice) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
81030	2022	257.653	0	257.653
LVwA / Amtsblatt	2021	247.138	0	247.138

Landesverwaltungsamt
- Logistikservice -

	2022	2021
Menge: Inanspruchnahmemenge (IAM)	12	12
Kosten je ME in €	21.471,10	20.594,87
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	8,26	8,08
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Über den Kostenträger wird die mit der Herstellung und Herausgabe des Amtsblattes für Berlin notwendige Leistungserbringung abgebildet.

Fachspezifische Informationen

Die Herstellung und Administration des digitalen Online-Amtsblattes sowie der Druck und Versand der Druckversion des Amtsblattes erfolgt gemäß Entscheidung der Fachaufsicht SenInnSport seit 2017 entgeltfrei für alle Nutzer. Das hierfür neu geschaffene externe Produkt wurde 2018 eingerichtet.

Landesverwaltungsamt
- Personalservice -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden folgende zentrale Serviceleistungen für die Berliner Verwaltung abgebildet:

Personalverwaltungsaufgaben:
Das Landesverwaltungsamt Berlin nimmt im Auftrag von Dienststellen des unmittelbaren und mittelbaren Landesdienstes die Personalakten der (aktiven) Beschäftigten (einschließlich Berechnung und Zahlbarmachung von Bezügen) wahr.

Versorgung:
Das Landesverwaltungsamt berechnet die Versorgungsbezüge nach beamtenrechtlichen Grundsätzen, nach der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter/innen des Landes Berlin (VVA) sowie dem Gesetz zu Artikel 131 GG. Derzeit werden rd. 68.500 Versorgungsempfänger/innen (Tendenz: steigend) betreut.

Landesverwaltungsamt
- Personalservice -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979	012	**Verschiedene Einnahmen**	1.000	1.000	1.000	6.932,48
26101	012	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	2.280.000	2.280.000	2.194.000	2.449.966,51
		234.000,0 EUR werden künftig bei 1545/26101 nachgewiesen. 800.000,0 EUR wurden bislang bei 1544/26101 nachgewiesen.				

Die korrespondierenden Personalausgabetitel 42231, 42830 und 42831 bilden einen Großteil der erwarteten Einnahme ab. Die übrigen Mittel dienen zur Deckung der Gemeinkosten-Aufwände für die Arbeitsplätze.

Geringeres IST erwartet nach Ausgliederung der Landesfamilienkasse zur Bundesanstalt für Arbeit zum 31.05.2023.

		Gesamteinnahmen	2.281.000	2.281.000	2.195.000	2.456.898,99
		Prozentuale Veränderung	3,9 %	—		
		Ausgaben				
42201	012	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	5.336.000	5.665.000	4.141.000	3.811.881,75
42231	012	**Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)**	437.000	454.000	314.000	313.977,85

Der korrespondierende Einnahmetitel 26101 bildet die zu erwartenden Einnahmen ab. Zusammen mit dem Titel 42830 wird ein Großteil der entsprechenden Personalmittel abgebildet. Vergleiche Erläuterung zum Titel 26101.

42801	012	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	7.013.000	7.293.000	4.225.000	4.750.006,70
42811	012	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	350.000	364.000	671.000	332.613,90
42830	012	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)**	928.000	965.000	617.000	580.872,87

Der korrespondierende Einnahmetitel 26101 bildet die zu erwartenden Einnahmen ab. Zusammen mit dem Titel 42231 wird ein Großteil der entsprechenden Personalmittel abgebildet. Vergleiche Erläuterung zum Titel 26101.

44100	012	**Beihilfen für Dienstkräfte**	396.000	408.000	312.000	290.145,06
44379	012	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	27.400	27.400	11.500	18.538,22
51101	012	**Geschäftsbedarf**	35.300	35.300	35.300	38.214,57
		16.600,0 EUR werden künftig bei 1541/51101 nachgewiesen. 9.600,0 EUR werden künftig bei 1545/51101 nachgewiesen. 16.000,0 EUR wurden bislang bei 1544/51101 nachgewiesen.				
51140	012	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	45.700	45.700	45.700	52.969,95
		18.000,0 EUR wurden bislang bei 1544/51140 nachgewiesen. 2.000,0 EUR werden künftig bei 1541/51140 nachgewiesen. 10.000,0 EUR werden künftig bei 1545/51140 nachgewiesen.				
52501	012	**Aus- und Fortbildung**	3.100	3.100	3.100	1.826,30
		1.000,0 EUR werden künftig bei 1545/52501 nachgewiesen. 1.000,0 EUR wurden bislang bei 1544/52501 nachgewiesen.				
52601	012	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	34.000	34.000	34.000	28.728,54
		25.000,0 EUR wurden bislang bei 1544/52601 nachgewiesen.				

Kostenerstattung für Rechtsanwälte im Zusammenhang mit Prozessen im Personalverwaltungsbereich.

Landesverwaltungsamt
- Personalservice -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
52703	012	Dienstreisen	2.600	2.600	5.300	2.580,89
		1.400,0 EUR werden künftig bei 1545/52703 nachgewiesen. 1.000,0 EUR wurden bislang bei 1544/52703 nachgewiesen.				
54079	012	Verschiedene Ausgaben	1.000	1.000	1.000	—
		Gesamtausgaben	14.609.100	15.298.100	10.415.900	10.222.356,60
		Prozentuale Veränderung	40,3 %	4,7 %		

Abschluss Kapitel 1543

111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	1.000	6.932,48
211-299	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.280.000	2.280.000	2.194.000	2.449.966,51
	Gesamteinnahmen	2.281.000	2.281.000	2.195.000	2.456.898,99
411-462	Personalausgaben	14.487.400	15.176.400	10.291.500	10.098.036,35
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	121.700	121.700	124.400	124.320,25
	Gesamtausgaben	14.609.100	15.298.100	10.415.900	10.222.356,60
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-12.328.100	-13.017.100	-8.220.900	-7.765.457,61

Landesverwaltungsamt
- Personalservice -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

000969 Blockservice LVwA

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	1	Personalkosten	256.748	280.084	-8,33
Kostenträger	2	Sachkosten	0	0	
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	2	Verrechnungskosten	131.828	149.285	-11,69
MGF	0	kalkulatorische Kosten	80.237	82.777	-3,07
Projekte	0	Gemeinkosten	151.361	153.189	-1,19
		Summe Verwaltungskosten	620.174	665.335	-6,79
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	620.174	665.335	-6,79

Die Kostenanteile am strategischen Ziel entfallen zu 100 % auf das Landesverwaltungsamt - Personalservice (Kapitel 1543).

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004604	2022	620.174	0	620.174
Personal (BSP)	2021	665.335	0	665.335

Der Anteil des Kapitels 1543 (Landesverwaltungsamt - Personalservice) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100 %.

Im operativen Ziel sind auch die Kosten für den Kostenträger 78079 „LVwA / Kindergeld -erstattungspflichtige Einrichtungen-“ enthalten. Ab 07/2023 entfallen diese, weil alle Kindergeldangelegenheiten dann von der Bundesanstalt für Arbeit wahrgenommen werden.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
78080	2022	420.649	0	420.649
LVwA / Beschäftigungsverhältnis - extern	2021	474.907	0	474.907

	2022	2021
Menge: Anzahl der zu betreuenden Personen *	31.058	30.495
Kosten je ME in € *	13,54	15,57
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	67,83	71,38
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	1.518.384,01	1.393.794,24
Kostendeckungsgrad in %	360,96	293,49

* Mengen und Stückkosten außerhalb von ProFiskal korrigiert.

Landesverwaltungsamt
- Personalservice -

Der Kostenträger umfasst die Bearbeitung aller Personalangelegenheiten für externe Kunden einschließlich der Berechnung und Zahlbarmachung der Bezüge sowie die Personalaktenangelegenheiten für ehemalige Beschäftigte. Der Leistungsumfang entspricht dem des internen Kostenträgers 79697 Beschäftigungsverhältnis.

Fachspezifische Informationen
Bei dem externen Kostenträger 78080 „LVwA / Beschäftigungsverhältnis - extern“ werden ebenfalls nur rund 12 % aller zu betreuenden Personen ausgewiesen. Zu 88 % werden gleichartige Dienstleistungen für Empfänger, die an der Kosten- und Leistungsrechnung des Landes Berlin teilnehmen, erbracht. Die hierfür entstehenden Kosten werden auf dem intern zu verrechnenden Kostenträger 79697 „Beschäftigungsverhältnis (intern)“ ausgewiesen, 2022 wurden hier 228.482 Personalakten gezählt (2021: 222.758).

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001149 Landesweite Querschnittsaufgaben

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	1.775.969	1.712.497	+3,71
Kostenträger	6	Sachkosten	368.904	326.756	+12,90
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	6	Verrechnungskosten	295.562	358.248	-17,50
MGF	0	kalkulatorische Kosten	97.024	91.906	+5,57
Projekte	0	Gemeinkosten	583.590	569.999	+2,38
		Summe Verwaltungskosten	3.121.049	3.059.405	+2,01
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	3.121.049	3.059.405	+2,01

Die Kostenanteile am strategischen Ziel entfallen zu 45,34 % auf das Landesverwaltungsamt – Personalservice einschl. Versorgung (Kapitel 1543) und Beihilfe (Kapitel 1544) und zu 54,66 % auf das Landesverwaltungsamt - Logistikservice (Kapitel 1542).

Das strategische Ziel gliedert sich in drei operative Ziele: 004868 „Personalmanagement (operativ)“ mit einem Anteil von 45,34 % an den Verwaltungskosten und 004884 „Facility Management (operativ)“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 46,40 % sowie 005362 „Organisationsmanagement/Recht (ministeriell)“ mit einem Anteil von 8,26 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004868	2022	1.414.965	0	1.414.965
Personalmanagement (operativ)	2021	1.458.602	0	1.458.602

Der Anteil des Kapitels 1543 (Landesverwaltungsamt – Personalservice einschl. Versorgung) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 59,61 %.

Landesverwaltungsamt
- Personalservice -

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
67292	2022	843.484	0	843.484
LVwA / Personalverwaltung Versorgungsempfänger/innen -erstattungspflichtige Einrichtungen-	2021	856.000	0	856.000

	2022	2021
Menge: Anzahl der Zahlfälle	97.290	97.127
Kosten je ME in €	8,67	8,81
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	27,03	27,98
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	782.138,52	585.994,14
Kostendeckungsgrad in %	92,73	68,46

Der Kostenträger umfasst die Festsetzung und Zahlbarmachung von Versorgungsbezügen (einschließlich Rückforderungen) mit Hilfe des DV-Verfahrens VADM bzw. manuell für Versorgungsempfänger/innen der erstattungspflichtigen Einrichtungen.

Auf den Kostenträger 67292 entfallen 59,61 % der Kosten des operativen Zieles.

Landesverwaltungsamt
- Beihilfeservice -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In der Zentralen Beihilfestelle des Landes Berlin werden Leistungen nach den Beihilfevorschriften für alle Landesbediensteten (Aktive und Versorgungsempfänger/innen) berechnet und angewiesen. Jährlich werden rd. 722.000 Anträge (Tendenz: steigend) bearbeitet.

Landesverwaltungsamt
- Beihilfeservice -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979	012	**Verschiedene Einnahmen**	1.000	1.000	1.000	275,58
26101	012	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	665.000	665.000	665.000	665.240,15
		800.000,0 EUR werden künftig bei 1543/26101 nachgewiesen.				

Die korrespondierenden Personalausgabetitel 42231 und 42830 bilden einen Großteil der erwarteten Einnahme ab. Die übrigen Mittel dienen zur Deckung der Gemeinkosten-Aufwände für die Arbeitsplätze.

		Gesamteinnahmen	666.000	666.000	666.000	665.515,73
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
42201	012	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	956.000	994.000	4.405.000	3.834.472,06
42231	012	**Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)**	97.800	102.000	297.000	314.686,71

Der korrespondierende Einnahmetitel 26101 bildet die zu erwartenden Einnahmen ab. Zusammen mit dem Titel 42830 wird ein Großteil der entsprechenden Personalmittel abgebildet. Vergleiche Erläuterung zum Titel 26101.

42801	012	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	6.661.000	7.086.000	8.835.000	8.295.543,66
42811 (neu)	012	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	1.000	1.000		
42830	012	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)**	261.000	271.000	427.000	447.485,24

Der korrespondierende Einnahmetitel 26101 bildet die zu erwartenden Einnahmen ab. Zusammen mit dem Titel 42231 wird ein Großteil der entsprechenden Personalmittel abgebildet. Vergleiche Erläuterung zum Titel 26101.

44100	012	**Beihilfen für Dienstkräfte**	123.000	126.000	299.000	295.824,32
44379	012	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	10.100	10.100	15.100	25.358,08
51101	012	**Geschäftsbedarf**	53.100	53.100	53.100	48.266,32
		19.900,0 EUR werden künftig bei 1541/51101 nachgewiesen. 16.000,0 EUR werden künftig bei 1543/51101 nachgewiesen. Wurde bislang bei 51185 nachgewiesen.				
51140	012	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	33.000	33.000	27.000	32.645,36
		18.000,0 EUR werden künftig bei 1543/51140 nachgewiesen.				
52501	012	**Aus- und Fortbildung**	2.000	2.000	2.000	—
		1.000,0 EUR werden künftig bei 1543/52501 nachgewiesen.				
52601	012	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	15.000	15.000	25.000	4.035,51
		25.000,0 EUR werden künftig bei 1543/52601 nachgewiesen.				
52703	012	**Dienstreisen**	3.000	3.000	3.000	2.296,49
		1.000,0 EUR werden künftig bei 1543/52703 nachgewiesen.				
54079	012	**Verschiedene Ausgaben**	1.000	1.000	1.000	—
		Gesamtausgaben	8.217.000	8.697.200	14.389.200	13.300.613,75
		Prozentuale Veränderung	-42,9 %	5,8 %		

Landesverwaltungsamt
- Beihilfeservice -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1544				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	1.000	275,58
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	665.000	665.000	665.000	665.240,15
		Gesamteinnahmen	666.000	666.000	666.000	665.515,73
411-462		Personalausgaben	8.109.900	8.590.100	14.278.100	13.213.370,07
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	107.100	107.100	111.100	87.243,68
		Gesamtausgaben	8.217.000	8.697.200	14.389.200	13.300.613,75
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-7.551.000	-8.031.200	-13.723.200	-12.635.098,02

Landesverwaltungsamt
- Beihilfeservice -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001149 Landesweite Querschnittsaufgaben

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	3	Personalkosten	1.775.969	1.712.497	+3,71
Kostenträger	6	Sachkosten	368.904	326.756	+12,90
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	6	Verrechnungskosten	295.562	358.248	-17,50
MGF	0	kalkulatorische Kosten	97.024	91.906	+5,57
Projekte	0	Gemeinkosten	583.590	569.999	+2,38
		Summe Verwaltungskosten	3.121.049	3.059.405	+2,01
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	3.121.049	3.059.405	+2,01

Die Kostenanteile am strategischen Ziel entfallen zu 18,31 % auf das Landesverwaltungsamt - Beihilfeservice (Kapitel 1544), zu 54,66 auf das Landesverwaltungsamt - Logistikservice (Kapitel 1542) und zu 27,03 % auf das Landesverwaltungsamt – Personalservice einschl. Versorgung (Kapitel 1543)

Das strategische Ziel gliedert sich in drei operative Ziele: 004868 „Personalmanagement (operativ)“ mit einem Anteil von 45,34 % an den Verwaltungskosten und 004884 „Facility Management (operativ)“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 46,40 % sowie 005362 „Organisationsmanagement/Recht (ministeriell)“ mit einem Anteil von 8,26 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
004868	2022	1.414.965	0	1.414.965
Personalmanagement (operativ)	2021	1.458.602	0	1.458.602

Der Anteil des Kapitels 1544 (Landesverwaltungsamt – Beihilfeservice) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 40,39 %.

Informatorischer Hinweis auf Kapitel:
Landesverwaltungsamt - Personalservice einschl. Versorgung (Anteil von 59,61 % im Kapitel **1543**)

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
79008	2022	571.481	0	571.481
LVwA / Berechnung und Zahlbarmachung von Beihilfen für erstattungspflichtige Einrichtungen	2021	602.602	0	602.602

Landesverwaltungsamt
- Beihilfeservice -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Antragsfälle	30.563	27.613
Kosten je ME in €	18,70	21,82
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	18,31	19,70
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	665.078,09	556.756,90
Kostendeckungsgrad in %	116,38	92,39

Der Kostenträger beinhaltet alle Aktivitäten, die der Berechnung und Zahlbarmachung von Beihilfen für aktive Beamte, Tarifbeschäftigte und Versorgungsempfänger der erstattungspflichtigen Einrichtungen dienen.

Auf den Kostenträger 79008 entfallen 40,39 % der Kosten des operativen Zieles.

Fachspezifische Informationen

Auf diesem externen Kostenträger werden nur ca. 4 % aller im LVwA bearbeiteten Beihilfeanträge ausgewiesen, der Großteil der Bearbeitung erfolgt intern für Empfänger, die an der Kosten- und Leistungsrechnung des Landes Berlin teilnehmen. 2022 sind insgesamt 723.081 Beihilfefälle bearbeitet worden (2021: 621.169).

Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden Einnahmen und Ausgaben für den internen zentralen IT-Service sowie den landesweit zuständigen Bereich Integrierte Personalverwaltung (IPV) abgebildet.

Integrierte Personalverwaltung:
Das IPV-Verfahren auf Basis der Standardsoftware SAP ERP Human Capital Management unterstützt die Geschäftsprozesse in der Personalverwaltung/Personalabrechnung (inkl. Folgeaktivitäten) der Berliner Verwaltung. Dem Landesverwaltungsamt obliegt die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung dieses landesweiten IKT-Verfahrens.

Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11979 (neu)	**012**	**Verschiedene Einnahmen**	**1.000**	**1.000**		
26101 (neu)	**012**	**Ersatz von Verwaltungsausgaben**	**234.000**	**234.000**	**234.000**	**234.085,80**
		234.000,0 EUR wurden bislang bei 1543/26101 nachgewiesen.				

Der korrespondierende Personalausgabetitel 42231 bildet einen Großteil der erwarteten Einnahme ab. Die übrigen Mittel dienen zur Deckung der Gemeinkosten-Aufwände für die Arbeitsplätze.

		Gesamteinnahmen	**235.000**	**235.000**	**234.000**	**234.085,80**
		Prozentuale Veränderung	**0,4 %**	**—**		
		Ausgaben				
42201 (neu)	**012**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.929.000**	**2.078.000**		
42231 (neu)	**012**	**Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)**	**120.000**	**125.000**		

Der korrespondierende Einnahmetitel 26101 bildet die zu erwartenden Einnahmen ab. Hier wird ein Großteil der entsprechenden Personalmittel abgebildet. Vergleiche Erläuterung zum Titel 26101.

42801 (neu)	**012**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**1.294.000**	**1.346.000**		
44100 (neu)	**012**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**104.000**	**107.000**		
44379 (neu)	**012**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**6.500**	**6.500**		
51101 (neu)	**012**	**Geschäftsbedarf**	**9.600**	**9.600**	**9.600**	**9.583,78**
		9.600,0 EUR wurden bislang bei 1543/51101 nachgewiesen.				
51140 (neu)	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**7.164,29**
		10.000,0 EUR wurden bislang bei 1543/51140 nachgewiesen.				
51168 (neu)	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51185 (neu)	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52501 (neu)	**012**	**Aus- und Fortbildung**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	
		1.000,0 EUR wurden bislang bei 1543/52501 nachgewiesen.				
52536 (neu)	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
52703 (neu)	**012**	**Dienstreisen**	**1.400**	**1.400**	**1.400**	**299,88**
		1.400,0 EUR wurden bislang bei 1543/52703 nachgewiesen.				
54079 (neu)	**012**	**Verschiedene Ausgaben**	**1.000**	**1.000**		

Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Beträge in EURO Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32 (neu)		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168 (neu)	**012**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**	**90.000**	**90.000**	**90.000**	**23.546,53**
		Wurde bislang bei 1544/51168 MG 32 nachgewiesen.				
51185 (neu)	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**13.300.000**	**14.277.000**	**14.577.000**	**12.113.777,64**
		Wurde bislang bei 1544/51185 nachgewiesen. Wurde bislang bei 1541/51185 MG 32 nachgewiesen. Wurde bislang bei 1543/51185 MG 32 nachgewiesen.				

		2024	2025	2023
1.	**LVwA gesamt: IKT-Dienstleistungen**			
a)	va IKT-Infrastruktur ITDZ (Software und TK)	279.000 €	279.000 €	266.000 €
b)	Betrieb/Weiterentwicklung selbstbetriebener Verfahren, Erstellung/Fortschreibung zugehöriger IKT Konzepte	85.000 €	85.000 €	85.000 €
c)	Vorbereitungsarbeiten zur Digitalisierung im LVwA / Umsetzung Onlinezugangsgesetz (OZG) / Einführung Portallösungen und digitale Kundenschnittstellen	0 €	0 €	800.000 €
d)	**neu:** Einführung E-Sachakte im LVwA inkl. Digitalisierung Bestandsakten	300.000 €	500.000 €	0 €
e)	Schaffung von 300 Home-Office-Plätzen im LVwA durch Ausbau der IT-Infrastruktur	0 €	0 €	500.000 €
2.	**IPV Integrierte Personalverwaltung**			
a)	Leistungen des ITDZ	3.323.000 €	3.350.000 €	3.307.550 €
b)	Wartungsverträge inkl. neu: Lizenznachkauf (SAP Nutzer und Mitarbeiterstammsätze Aktive/Versorgung)	2.400.000 €	2.450.000 €	2.052.450 €
c)	Systemupgrade IPV zur Verlängerung der Wartungszusage bis 2030	160.000 €	160.000 €	700.000 €
3.	**Personalservice inkl. Versorgung**			
a)	**neu:** Einführung E-Personalakte im LVwA (Shared Service) inkl. Digitalisierung Bestandsakten	300.000 €	500.000 €	0 €
b)	Rentenauskunftsverfahren (RAV) neue Plattform ab 2023	110.000 €	110.000 €	23.000 €
c)	Portal Versorgungsauskunft-berlin.de	10.000 €	10.000 €	10.000 €
4.	**Beihilfeservice**			
a)	Verfahrensbetrieb Beihilfeabrechnungssystem (BABSY) inkl. Betrugserkennung, Druckstraße und Porto	1.283.000 €	1.283.000 €	1.283.000 €
b)	Beihilfe online	650.000 €	650.000 €	650.000 €
c)	BeihilfeApp	2.100.000 €	2.100.000 €	2.100.000 €
5.	**eDokVB** / Digitale Vorgangsbearbeitung in Beihilfe und Versorgung inkl. Beihilfe Datenbankwechsel (BABSY@PaaS)	2.300.000 €	2.800.000 €	2.800.000 €
		13.300.000 €	**14.277.000 €**	**14.577.000 €**

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52536 (neu)	**012**	**Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT**	**66.800**	**66.800**	**66.800**	**58.577,65**
		Wurde bislang bei 1541/52536 MG 32 nachgewiesen. Wurde bislang bei 1543/52536 MG 32 nachgewiesen. Wurde bislang bei 1544/52536 MG 32 nachgewiesen.				
		Summe Maßnahmegruppe 32	**13.456.800**	**14.433.800**	**14.733.800**	**12.195.901,82**
		Gesamtausgaben	**16.933.300**	**18.119.300**	**14.755.800**	**12.212.949,77**
		Prozentuale Veränderung	**14,8 %**	**7,0 %**		

Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 1545				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	—	—
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	234.000	234.000	234.000	234.085,80
		Gesamteinnahmen	235.000	235.000	234.000	234.085,80
411-462		Personalausgaben	3.453.500	3.662.500	—	—
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	13.479.800	14.456.800	14.755.800	12.212.949,77
		Gesamtausgaben	16.933.300	18.119.300	14.755.800	12.212.949,77
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-16.698.300	-17.884.300	-14.521.800	-11.978.863,97

Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Das Kapitel wird für den Haushaltsplan 2024/2025 neu eingerichtet. In den Vorjahren sind die Kosten in der produktorientierten Darstellung zum Kapitel 1543 abgebildet worden.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001086 Informations- und Kommunikationstechnik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	3.284.352	2.794.289	+17,54
Kostenträger	10	Sachkosten	11.517.982	16.108.946	-28,50
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	2	Verrechnungskosten	511.620	375.388	+36,29
MGF	0	kalkulatorische Kosten	601.384	504.429	+19,22
Projekte	8	Gemeinkosten	1.718.341	1.661.193	+3,44
		Summe Verwaltungskosten	17.633.679	21.444.245	-17,77
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	17.633.679	21.444.245	-17,77

Der Kostenanteil des Landesverwaltungsamtes - IT-Service und Integrierte Personalverwaltung (Kapitel 1545, vormals in Kapiteln 1543 und 1544 nachgewiesen) am strategischen Ziel beträgt 30,72 %. Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 49,31 % auf den Landesfinanzservice (Kapitel 1523), zu 8,19 % auf die zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung (Kapitel 1547), zu 8,00 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500) sowie zu 3,78 % auf die Abteilung Landespersonal (Kapitel 1540).

Das strategische Ziel gliedert sich in zwei operative Ziele: 005152 „Verfahren IPV“ mit einem Anteil von 1,38 % und 005478 „Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen“ mit einem Anteil von 98,62 % an den Verwaltungskosten.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005152	2022	243.365	0	243.365
Verfahren IPV	2021	231.754	0	231.754

Der Anteil des Kapitels 1545 (Landesverwaltungsamt – IT-Service und Integrierte Personalverwaltung) an den Kosten des operativen Ziels beträgt 100,00 %.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
70835	2022	243.365	0	243.365
Konzeption, Realisierung und Verfahrensbetrieb IPV (LVwA) -erstattungspflichtige Einrichtungen-	2021	231.754	0	231.754

Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

	2022	2021
Menge: Anzahl der Personalfälle je Kostenstelle	63.698	62.758
Kosten je ME in €	3,82	3,69
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	1,38	1,08
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	220.704,90	217.066,20
Kostendeckungsgrad in %	90,69	93,66

Der Kostenträger umfasst die Entwicklung und / oder Einführung der Weiterentwicklung des IPV-Verfahrens. Hierzu zählen beispielsweise die technische Bedarfsplanung, Sicherheitsplanung, Marktbeobachtung sowie Durchführung der Beschaffung, Bereitstellung und Abnahme bzw. Entwicklung von Verfahren und Installation und Abnahme von verfahrensabhängiger IT-Infrastruktur. Darüber hinaus umfasst das Produkt die Bereitstellung, Pflege, Administration sowie die organisatorische und technische Betreuung des IPV-Verfahrens (einschließlich der verfahrensabhängigen Infrastruktur). Hierunter fallen auch Leistungen zur Fehlerbehebung der verfahrensabhängigen Infrastruktur. Bei IPV handelt es sich um ein Personalverwaltungs- und Abrechnungsverfahren für die Berliner Verwaltung auf Basis der Standardsoftware SAP R/3 HR (Human Resources).

Fachspezifische Informationen

Über den Kostenträger wird nur ein geringer Teil der für das IT-Fachverfahren insgesamt anfallenden Kosten abgebildet. Nahezu 98 % des gesamten Kostenvolumens in Höhe von rund 10,6 Mio. € entfielen 2022 auf die Kostenträger
- 79463 IT-Verfahren IPV (Konzeption und Realisierung intern) mit rund 0,6 Mio. €,
- 79464 IT-Verfahren IPV (Betrieb zentral) mit rund 9,5 Mio. € sowie
- 79465 IT-Verfahren IPV (Betrieb lokal) mit rund 0,3 Mio. €.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005478	2022	17.390.314	0	17.390.314
Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen	2021	21.212.491	0	21.212.491

Die Gesamtkosten dieses operativen Ziels betragen rund 17,4 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1545 (vormals 1544) beträgt 29,75 %.

Informatorischer Hinweis auf Kapitel:
1.Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service (Anteil von 8,11 % im Kapitel **1500**)
2.Landesfinanzservice (Anteil von 50,00 % im Kapitel **1523**)
3.Landespersonal (Anteil von 3,83 % im Kapitel **1540**)
4.Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung (Anteil von 8,31 % im Kapitel **1547**).

Der Anteil des Landesverwaltungsamtes – Versorgung (ab 2024 im Kapitel 1543) und Beihilfe (Kapitel 1544) beruht i. W. auf den entstandenen Kosten für zwei IT-Projekte. Das Projekt zur Beantragung der Beihilfe per mobiler Anwendung (BeihilfeApp) befindet sich seit 2022 im Echtbetrieb, ein Probeechtbetrieb fand seit 2020 statt. Die Implementierung einer E-Akte (Projekt eDokPro) ist in den Bereichen Versorgung und Beihilfe bereits abgeschlossen und wird für den Personalservice durch die Abteilung IT-Service (Kapitel 1545) fortgeführt.

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
28348	2022	3.060.589	0	3.060.589
Projekt: Implementierung einer E-Akte in Versorgung und Beihilfe (eDokPro)	2021	2.547.415	0	2.547.415

Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

	2022	2021
Menge: Keine, da Projekt	0	0
Kosten je ME in €	0,00	0,00
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	17,36	11,88
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	0,00	0,00
Kostendeckungsgrad in %	0,00	0,00

Das österreichische Bundeskanzleramt hat in den letzten Jahren ein fachliches und technisches Rahmenwerk geschaffen bzw. entwickelt, das eine effiziente Verwaltung von Personalakten und die Abwicklung von Personalgeschäftsprozessen mittels elektronischem Dokumentations- und Prozessmanagement (eDokPro) ermöglicht.
Das Landesverwaltungsamt Berlin beabsichtigt nach der bereits erfolgreichen Einführung von eDokPro in den Bereichen Versorgung und Beihilfe, dieses System nunmehr auch im Personalservice einzuführen. Hier wird von einem Projektzeitraum von mindestens weiteren zwei Jahren ausgegangen. Vor der Einführung werden der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit sowie die Beschäftigtenvertretungen beteiligt.

Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkten/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Konzeptionierung und Optimierung einer neuen Integrierten Personalverwaltung SPM (Serviceorientiertes Personalmanagement) nachgewiesen, mit der die Geschäftsprozesse in der Personalverwaltung / Personalabrechnung (inkl. Folgeaktivitäten) der Berliner Verwaltung zukunftssicher und effizient unterstützt werden sollen. Es sind die unmittelbar mit der Beschaffung und Entwicklung eines neuen Softwareprodukts notwendigen konsumtiven Sach- und Investitionsausgaben (Hauptgruppen 5 und 8) sowie die Ausgaben für das dafür eingesetzte Projektpersonal (Hauptgruppe 4) veranschlagt.

Sonstige Sachausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung des Projektes werden aus Kapitel 1540 geleistet. Die Ausgaben für den bisherigen, laufenden IPV-Verfahrensbetrieb werden aus Kapitel 1545 geleistet.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	2	1	2	1	6	1
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	2	1	2	1	6	1
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	66,7%	33,3%	66,7%	33,3%	85,7%	14,3%

Hinweis
Aus Datenschutzgründen ist das Durchschnittseinkommen in den Kapitelerläuterungen zum Kapitel 1547 nicht aufgeführt. Es ist in den Werten des Kapitels 1540 enthalten.

Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
42201	**012**	**Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**400.000**	**416.000**	**845.000**	**169.751,50**
42801	**012**	**Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten**	**283.000**	**295.000**	**213.000**	**265.973,83**
42811	**012**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**	**73.000**	**76.000**	**1.000**	**494,92**
44100	**012**	**Beihilfen für Dienstkräfte**	**2.900**	**3.000**	**1.000**	**2.722,95**
51185	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT** Siehe Maßnahmegruppe 32				

Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185	**012**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**	**3.500.000**	**5.000.000**	**4.500.000**	**739.827,05**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**261.500.000**	**256.500.000**		
		Davon fällig 2025	**5.000.000**			
		Davon fällig 2026	**9.400.000**	**9.400.000**		
		Davon fällig 2027	**12.400.000**	**12.400.000**		
		Davon fällig 2028	**234.700.000**	**234.700.000**		

Beschaffung und Einführung eines Serviceorientierten Personalmanagementsystems als Nachfolgesystem für IPV.

Summe Maßnahmegruppe 32	**3.500.000**	**5.000.000**	**4.500.000**	**739.827,05**
Gesamtausgaben	**4.258.900**	**5.790.000**	**5.560.000**	**1.178.770,25**
Prozentuale Veränderung	**-23,4 %**	**36,0 %**		

Abschluss Kapitel 1547

411-462	**Personalausgaben**	**758.900**	**790.000**	**1.060.000**	**438.943,20**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**3.500.000**	**5.000.000**	**4.500.000**	**739.827,05**
	Gesamtausgaben	**4.258.900**	**5.790.000**	**5.560.000**	**1.178.770,25**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-4.258.900**	**-5.790.000**	**-5.560.000**	**-1.178.770,25**

Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001086 Informations- und Kommunikationstechnik

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	2	Personalkosten	3.284.352	2.794.289	+17,54
Kostenträger	10	Sachkosten	11.517.982	16.108.946	-28,50
davon		Transferkosten	0	0	
Produkte	2	Verrechnungskosten	511.620	375.388	+36,29
MGF	0	kalkulatorische Kosten	601.384	504.429	+19,22
Projekte	8	Gemeinkosten	1.718.341	1.661.193	+3,44
		Summe Verwaltungskosten	17.633.679	21.444.245	-17,77
		Transfers	0	0	
		Gesamtsumme	17.633.679	21.444.245	-17,77

Der Kostenanteil für die zentrale Steuerung der neuen Integrierten Personalverwaltung am strategischen Ziel beträgt 8,19 % (Kapitel 1547). Die übrigen Kostenanteile entfallen zu 49,31 % auf den Landesfinanzservice (Kapitel 1523), zu 29,34 % auf das Landesverwaltungsamt (Kapitel 1544), zu 8,00 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service, zu 3,78 % auf die Abteilung Landespersonal (Kapitel 1540) sowie zu 1,38 % auf das Landesverwaltungsamt - Personalservice (Kapitel 1543).

Das strategische Ziel gliedert sich in zwei operative Ziele: 005152 „Verfahren IPV“ mit einem Anteil von 1,38 % und 005478 „Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen“ mit einem Anteil von 98,62 % an den Verwaltungskosten.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005478	2022	17.390.314	0	17.390.314
Verfahren der Senatsverwaltung für Finanzen	2021	21.212.491	0	21.212.491

Die Gesamtkosten dieses operativen Ziels betragen rund 17,4 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 1547 beträgt 8,31 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel:
1. Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service:
   (Anteil von 8,11 % im Kapitel **1500**)
2. Landesfinanzservice (Anteil von 50,00 % im Kapitel **1523**)
3. Landespersonal (Anteil von 3,83 % im Kapitel **1540**)
4. Landesverwaltungsamt - Versorgung und Beihilfe (Anteil von 29,75 % im Kapitel **1544**).

Verwaltungskosten	**2022**	**2021**	**2020**	**2019**
28378 - IT-Projekt Serviceorientiertes Personalmanagementsystem (SPM) – Phase 1	1.445.040	1.439.616	560.453	

Der Kostenanteil am Bereich / Strategischen Ziel liegt bei 8,19 %.

Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung

Fachspezifische Informationen

Mittels des IT-Projektes „Serviceorientiertes Personalmanagementsystem“ für die Berliner Landesverwaltung wird die Ablösung des IT-Verfahrens IPV vorbereitet. Es vereinheitlicht definierte Disziplinen des Personalmanagementsystems. Der Kostenträger wird seit 2020 bebucht und bildet das Vorprojekt, die Phase 1, ab.
Die Phase 1 umfasst die Arbeitsschritte

- Ermittlung der abzubildenden Personalmanagementdisziplinen,
- Auswahl des/r geeigneten System/s/e sowie
- Schaffung der Voraussetzungen für Phase 2.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -
(ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement)

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Ausgaben für die zentral zu betreuenden Personalüberhangkräfte sowie die durch ihren Einsatz erzielten Einnahmen nachgewiesen. Gemäß Stellenpoolauflösungsgesetz (StPAuflG) handelt es sich hierbei um nichtvermittelbare Dienstkräfte, die

- sich in der Freizeitphase der Altersteilzeit befinden,
- zu dem nach dem StPAuflG für die Versetzung maßgeblichen Stichtag infolge Langzeiterkrankung keine Einsatzdienststelle hatten bzw.
- sich in einer Gestellung oder Zuweisung befinden.

Der Nachweis der vorgenannten Beschäftigten in Kapitel 1599 erfolgt bis zu deren Ausscheiden aus dem Landesdienst bzw. Vermittlung auf dauerhaft finanzierte Arbeitsgebiete.

B. Gender Budgeting

Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur

	2020		2021		2022	
Panmäßige Beschäftigte	w	m	w	m	w	m
Anzahl Beschäftigte gesamt	37	20	31	13	27	12
Insgesamt / Absoluter Anteil (VZÄ)	33,7	17,9	28,3	11,6	24,3	10,6
Insgesamt / Relativer Anteil (VZÄ)	65,3%	34,7%	70,9%	29,1%	69,6%	30,4%

Das geschlechterdifferenzierte durchschnittliche Jahreseinkommen nach Vollzeitäquivalenten (VZÄ) betrug 2022

	w	m
Gesamt	49.712,01 €	55.676,45 €
Führungskräfte	./.	./.
Mitarbeitende	./.	./.

Bei den Kapiteln 1509 und 1599 erfolgt keine Unterteilung nach Führungskräften, da es sich hierbei um Personalüberhang handelt.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -
(ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
28107	012	Ersatz von Personalausgaben	100.000	100.000	473.000	45.488,69

Dienstkräften soll im Rahmen von Personalgestellungen eine Beschäftigung ermöglicht werden, die den Landeshaushalt durch entsprechende Einnahmen in der Größenordnung der anfallenden Personalkosten entlastet.

	Gesamteinnahmen	100.000	100.000	473.000	45.488,69
	Prozentuale Veränderung	-78,9 %	—		
	Ausgaben				
42201	012	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	366.000	354.000	558.000	579.305,34

Reduzierung des Ansatzes aufgrund des Abbaus der Überhänge durch Pensionierung, Verrentung und Vermittlung/Versetzung der Überhangkräfte in andere Behörden.

42801	012	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	1.007.000	1.048.000	1.285.000	968.731,11

Reduzierung des Ansatzes aufgrund des Abbaus der Überhänge durch Pensionierung, Verrentung und Vermittlung/Versetzung der Überhangkräfte in andere Behörden.

42850	012	Ausgaben für Leistungen an Tarifbeschäftigte nach den Verwaltungsvorschriften VV Teilausgleiche und VV Rente	1.000	1.000	1.000	—
44100	012	Beihilfen für Dienstkräfte	29.400	31.000	55.000	27.719,08
44379	012	Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte	1.000	1.000	1.000	6.899,86
45201	012	Nachversicherungen	1.000	1.000	1.000	—
54010	012	Dienstleistungen	3.000	3.000	3.000	784,21

Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Steuerberatung im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerpflicht bei Personalgestellungen an private Dritte.

54077	012	Steuern, Abgaben	12.000	12.000	12.000	2.471,79

Die Gestellung von Personal an private Dritte kann einen umsatzsteuerpflichtigen Betrieb gewerblicher Art begründen.

	Gesamtausgaben	1.420.400	1.451.000	1.916.000	1.585.911,39
	Prozentuale Veränderung	-25,9 %	2,2 %		

	Abschluss Kapitel 1599				
211-299	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	100.000	100.000	473.000	45.488,69
	Gesamteinnahmen	100.000	100.000	473.000	45.488,69
411-462	Personalausgaben	1.405.400	1.436.000	1.901.000	1.582.655,39
511-549	Sächliche Verwaltungsausgaben	15.000	15.000	15.000	3.256,00
	Gesamtausgaben	1.420.400	1.451.000	1.916.000	1.585.911,39
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-1.320.400	-1.351.000	-1.443.000	-1.540.422,70

Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -
(ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement)

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Die produktorientierte Darstellung dieses Kapitels befindet sich beim Kapitel 1500, weil beide Kapitel einem strategischen Ziel zugeordnet sind und die Verwaltungskosten im Wesentlichen im Kapitel 1500 abgebildet werden.

Finanzen

Stellenplan

Allgemeine Erläuterungen

Kapitel 1500 – Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -,
Kapitel 1510 – Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen -,
Kapitel 1541 – Landesverwaltungsamt - Leitung und Zentraler Service -

Die in dem vorgenannten Kapitel im Titel 42801 unter der Zwischenüberschrift „Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs“ ausgewiesenen Stellen dürfen ausschließlich mit ehemaligen Auszubildenden oder ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten besetzt werden, die dauerhaft in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden und zum Zeitpunkt ihrer Einstellung nicht sofort auf freien Stellen untergebracht werden können. Die unter dieser Zwischenüberschrift etatisierten Stellen entfallen bei Unterbringung der Dienstkräfte auf freie Stellen.

Kapitel 1509 – Senatsverwaltung für Finanzen - Personalüberhang -,
Kapitel 1599 – Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang - (ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement)

Alle Stellen der Kapitel tragen den Stellenvermerk „Stelle fällt bei Freiwerden weg“. Auf eine Einzelausweisung an den Stellenplangruppen wird daher aus Gründen der Vereinfachung verzichtet.

Kapitel 1532 – Finanzamt Berlin International

Das Finanzamt ist zentral zuständig für die bundesweite Verwaltung der Umsatzsteuer im Ausland ansässiger Unternehmen, die im Inland keine Betriebsstätten unterhalten.

Berlin ist aufgrund der Umsatzsteuer-Zuständigkeitsverordnung (UStZustV) für die Umsatzbesteuerung von Unternehmen zuständig, die in der Griechischen Republik, Malta, Zypern oder einem Drittland (Ausnahmen: Liechtenstein, Monaco, Norwegen, Russland, Schweiz, Türkei, USA, Ukraine, Vereinigtes Königreich und Weißrussland) ansässig sind. Hierzu gehören insbesondere in der VR China (incl. Hongkong, Macao und Taiwan) ansässige Online-Händler.

Kapitel 1545 – Landesverwaltungsamt - IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

Das Kapitel wurde neu eingerichtet, um die Fachbereiche von Querschnittsaufgaben des IT-Service und den anstehenden Digitalisierungsprojekten zu entlasten. Die Stellen wurden aus den Kapiteln 1541 bis 1544 im neuen Kapitel zusammengeführt.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42100 Amtsbezüge							
Teilplan A							
Bürgermeister/in (zugleich Senator/in)	SEN2	1,000	1,000 *(0603)*	1,000	1,000 *(0603)*	0,000	
Senator/in	SEN1	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0605)*
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		1,000	
Summe:		1,000		1,000		1,000	

Stellenvermerke

0603 Amtsgehalt in Höhe von 107 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

0605 Amtsgehalt in Höhe von 100 v.H. des Grundgehalts der BesGr. B 11

42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Staatssekretär/in	B7	2,000		2,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	B2	2,000		2,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		3,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	6,000		6,000		5,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		15,000		15,000		14,000	
Service							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	3,000		3,000		3,000	
Senatsrätin/-rat	A16	4,000		4,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	9,000		9,000		10,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	16,000		16,000		12,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	5,000		5,000		6,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	6,000		6,000		7,000	
Steueroberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	13,000		15,000		12,000	
Steueramtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	26,000		27,000		22,000	
Steueramtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	13,000		13,000		12,000	
Regierungsinspektor/in	A9	2,000		2,000		1,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A, Service							
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		0,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	3,000		3,000		2,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	2,000		2,000		3,000	
Regierungssekretär/in	A6	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		109,000		112,000		99,000	
Teilsumme (Teilplan A):		124,000		127,000		113,000	
Summe:		124,000		127,000		113,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	7,000		7,000		6,000	
Zwischensumme:		10,000		10,000		9,000	
Service							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	7,000	1,000 *(2128)*	7,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	8,000		8,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	13,000		13,000		14,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,500		2,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r	E4	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*	2,000	1,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	0,000	
Zwischensumme:		44,500		44,500		36,500	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	3,000		3,000		0,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		59,500		59,500		45,500	
Summe:		59,500		59,500		45,500	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0119)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Service							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		3,000		1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0107)*	1,000	1,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000	2,000 *(0107)*	2,000	2,000 *(0107)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	19,000	11,000 *(0106)* 9,000 *(0107)*	8,000	9,000 *(0107)*	30,000	30,000 *(0105)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	2,000	1,000 *(0106)*	1,000	1,000 *(0107)*	3,000	3,000 *(0105)*
Zwischensumme:		27,000		16,000		36,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		29,000		18,000		39,000	
Summe:		29,000		18,000		39,000	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

0119 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2026 weg.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	A16	2,000		2,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		4,000	
Summe:		4,000		4,000		4,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,560		1,560		1,560	
Zwischensumme:		6,560		6,560		6,560	
Teilsumme (Teilplan A):		6,560		6,560		6,560	
Summe:		6,560		6,560		6,560	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Stellen mit Wegfallvermerk ab 2012							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	5,000		5,000		5,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		3,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		11,000		11,000		11,000	
Teilsumme (Teilplan A):		12,000		12,000		12,000	
Summe:		12,000		12,000		12,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		1,000	
Stellen mit Wegfallvermerk ab 2012							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		3,000	
Teilplan B							
Stellen mit Wegfallvermerk, die nach Auflösung des Kapitels 2809 umgesetzt wurden. Externe Finanzierung							
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan B							
Stellen mit Wegfallvermerk ab 2012							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Zwischensumme:		3,000		3,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan B):		4,000		4,000		4,000	
Summe:		6,000		6,000		7,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	4,000		4,000		4,000	
Senatsrätin/-rat	A16	4,000		4,000		4,000	
Regierungsdirektor/in	A15	10,000		10,000		10,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	28,000		28,000		17,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	8,000		8,000		7,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		7,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		6,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	8,000		8,000		5,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		3,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		1,000	
Amtsinspektor/in	A9S	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		75,000		75,000		67,000	
Teilsumme (Teilplan A):		75,000		75,000		67,000	
Summe:		75,000		75,000		67,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	6,000		6,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	22,000		22,000		21,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		40,000		40,000		44,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Vermögen -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		42,000		42,000		44,000	
Summe:		42,000		42,000		44,000	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0121)*	3,000	1,000 *(0121)* 2,000 *(0124)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000	2,000 *(0121)*	5,000	2,000 *(0121)* 1,000 *(0124)*	2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		6,000		9,000		3,000	
Teilsumme (Teilplan A):		6,000		9,000		3,000	
Summe:		6,000		9,000		3,000	

Stellenvermerke

0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.

0124 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2029 weg.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	5,000		5,000		2,000	
Senatsrätin/-rat	A16	2,000		2,000		3,000	
Regierungsdirektor/in	A15	8,000		8,000		7,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	19,000		20,000		17,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	9,000		9,000		5,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	18,000		18,000		21,000	
Amtsrätin/-rat	A12	17,000		19,000		17,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	13,000		13,000		18,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		4,000	
Zwischensumme:		95,000		98,000		96,000	
Teilsumme (Teilplan A):		95,000		98,000		96,000	
Summe:		95,000		98,000		96,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT3	0,000		0,000		1,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	5,000		5,000		4,000	
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT1	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	3,000		3,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	11,000		11,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	7,000		7,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	5,000		5,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	9,000		9,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		4,000	
Zwischensumme:		46,000		46,000		40,000	
Teilsumme (Teilplan A):		46,000		46,000		40,000	
Summe:		46,000		46,000		40,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Haushalt -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000	2,000 *(0121)*	3,000	2,000 *(0121)* 1,000 *(0124)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	5,000		5,000		5,000	
Zwischensumme:		7,000		9,000		5,000	
Teilsumme (Teilplan A):		7,000		9,000		5,000	
Summe:		7,000		9,000		5,000	

Stellenvermerke

0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.

0124 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2029 weg.

Landesfinanzservice

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsrätin/-rat	A16	2,000		2,000		2,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	4,000		4,000		4,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	8,000		9,000		8,000	
Amtsrätin/-rat	A12	18,000		18,000		19,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	4,000		4,000		5,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	12,000		12,000		15,000	
Regierungsinspektor/in	A9	2,000		2,000		2,000	
Amtsinspektor/in	A9S	4,000		4,000		4,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	13,000		13,000		14,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	2,000		2,000		3,000	
Zwischensumme:		71,000		72,000		78,000	
Teilsumme (Teilplan A):		71,000		72,000		78,000	
Summe:		71,000		72,000		78,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit Sonderentgelt	AT2	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	20,000		20,000		19,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	7,000		7,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	13,000		13,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		50,000		50,000		43,000	
Teilsumme (Teilplan A):		50,000		50,000		43,000	
Summe:		50,000		50,000		43,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	4,000		4,000		4,000	
Senatsrätin/-rat	A16	7,000		7,000		5,000	
Regierungsdirektor/in	A15	6,000		7,000		6,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	17,000		17,000		13,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	4,000		4,000		1,000	
Steueroberamtsrätin/-rat	A13S	22,000		22,000		24,000	
Steueramtsrätin/-rat	A12	42,000		43,000		40,000	
Steueramtfrau/-mann	A11	27,500		27,500		30,500	
Steueroberinspektor/in	A10	20,000		20,000		19,000	
Steuerinspektor/in	A9	3,000		3,000		4,000	
Steueramtsinspektor/in	A9S	5,000		5,000		2,000	
Zwischensumme:		159,500		161,500		150,500	
Teilsumme (Teilplan A):		159,500		161,500		150,500	
Summe:		159,500		161,500		150,500	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9B	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9A	0,050		0,050		0,150	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		3,050		3,050		4,150	
Teilsumme (Teilplan A):		3,050		3,050		4,150	
Summe:		3,050		3,050		4,150	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E12	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Steuern -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	

Finanzämter

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in mit Amtszulage	A16Z	7,000	7,000 *(0319)*	7,000	7,000 *(0319)*	7,000	7,000 *(0319)*
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	16,000		16,000		16,000	
Regierungsdirektor/in	A15	69,000		69,000		69,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	114,000		114,000		114,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	70,000		70,000		70,000	
Steueroberamtsrätin/-rat	A13S	314,000		314,000		308,000	
Steueramtsrätin/-rat	A12	693,000		693,000		678,000	
Steueramtfrau/-mann	A11	1.193,000		1.193,000		1.093,000	
Steueroberinspektor/in	A10	838,000		838,000		989,000	
Steuerinspektor/in	A9	132,000		132,000		162,000	
Steueramtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	62,000	62,000 *(0325)*	62,000	62,000 *(0325)*	112,000	112,000 *(0325)*
Steueramtsinspektor/in	A9S	502,500		502,500		460,500	
Steuerhauptsekretär/in	A8	891,000		891,000		761,000	
Steuerobersekretär/in	A7	788,000		788,000		988,000	
Oberamtsmeister/in	A6S	17,000		17,000		22,000	
Oberamtsmeister/in	A5	9,000		9,000		22,000	
Zwischensumme:		5.715,500		5.715,500		5.871,500	
Teilsumme (Teilplan A):		5.715,500		5.715,500		5.871,500	
Summe:		5.715,500		5.715,500		5.871,500	

Stellenvermerke

0319 Amtszulage nach Vorbemerkung Nr. 21 zu BBesO A und B i.d. Überleitungsfassung Berlin

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

42221 Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter							
Teilplan A							
Finanzanwärter/in	V09	702,000		778,000		710,000	
Steueranwärter/in	V07	411,000		404,000		0,000	
Steueranwärter/in	V06	0,000		0,000		395,000	
Zwischensumme:		1.113,000		1.182,000		1.105,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1.113,000		1.182,000		1.105,000	
Summe:		1.113,000		1.182,000		1.105,000	

Finanzämter

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Beschäftigte/r mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulbildung	AT1	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Betriebsprüfer/in	E12	6,000		6,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E12	0,500		0,500		0,500	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	
Betriebsprüfer/in	E11	8,000		8,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	7,000		7,000		7,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	5,000		5,000		5,000	
Betriebsprüfer/in	E10	65,500		65,500		65,500	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	7,000		7,000		7,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E10	3,000		3,000		3,000	
Betriebsprüfer/in	E9B	9,000		9,000		9,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9B	84,000		84,000		104,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	8,500		8,500		8,500	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9A	57,500		57,500		57,500	
Tarifbeschäftigte/r	E8	8,500		8,500		8,500	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E8	197,500		197,500		157,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	5,000		5,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E6	188,500		188,500		98,500	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E5	17,000		17,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	10,000		10,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E4	48,000	16,000 *(2128)*	48,000	16,000 *(2128)*	23,000	16,000 *(2128)*

Finanzämter

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E3	93,000		93,000		93,000	
Zwischensumme:		842,500		842,500		690,500	
Teilsumme (Teilplan A):		842,500		842,500		690,500	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E12	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	1,000		1,000		1,000	
Technische/r Tarifbeschäftigte/r	E11	8,000		8,000		8,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E10	19,000		19,000		19,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9B	39,000		39,000		39,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9A	26,000		26,000		26,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E8	66,000		66,000		66,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E6	34,000		34,000		34,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	20,000		20,000		20,000	
Zwischensumme:		216,000		216,000		216,000	
Teilsumme (Teilplan B):		216,000		216,000		216,000	
Summe:		1.058,500		1.058,500		906,500	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E6	61,000	61,000 *(0107)*	61,000	61,000 *(0107)*	61,000	28,000 *(0105)* 33,000 *(0106)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	59,000	59,000 *(0107)*	59,000	59,000 *(0107)*	59,000	27,000 *(0105)* 32,000 *(0106)*
Zwischensumme:		120,000		120,000		120,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Hauptpersonalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E11	0,250		0,250		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E8	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		2,250		2,250		2,000	

Finanzämter

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A							
Ersatzkräfte für freigestellte Gesamtpersonalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E11	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E6	0,750		0,750		0,000	
Zwischensumme:		3,750		3,750		3,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Mitglieder eines örtlichen Personalrats oder des Gesamtpersonalrats							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E12	1,500		1,500		1,500	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E11	4,400		4,400		5,650	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E10	8,900		8,900		7,250	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9B	2,150		2,150		0,750	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9A	2,750		2,750		4,400	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E8	0,750		0,750		0,350	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		20,450		20,450		20,900	
Ersatzkraft für freigestellte Mitglieder der Jugend- und Auszubildendenvertretung							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9B	0,800		0,800		0,200	
Tarifbeschäftigte/r	E6	1,200		1,200		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,200	
Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E12	0,200		0,200		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E11	0,450		0,450		0,250	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E10	2,550		2,550		1,650	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9B	1,350		1,350		0,750	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9A	0,400		0,400		0,800	

Finanzämter

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42811, Teilplan A, Ersatzkraft für freigestellte Vertrauensperson der Schwerbehinderten							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E8	0,450		0,450		0,200	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E6	0,300		0,300		0,400	
Zwischensumme:		5,700		5,700		4,050	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E12	0,500		0,500		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E11	2,800		2,800		3,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E10	3,750		3,750		2,250	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9B	1,000		1,000		1,500	
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E9A	2,250		2,250		2,250	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,500		1,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,500		0,500		1,550	
Zwischensumme:		12,300		12,300		12,050	
Teilsumme (Teilplan A):		166,450		166,450		162,200	
Summe:		166,450		166,450		162,200	

Stellenvermerke

0105 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2023 weg.

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

0107 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2025 weg.

42821 Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
Teilplan A							
Azubi Fachinformatiker/in für Systemintegration	AUSBEG-1-AUSBEG-3	8,500		10,500		6,000	
Zwischensumme:		8,500		10,500		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		8,500		10,500		6,000	
Summe:		8,500		10,500		6,000	

Finanzamt Berlin International

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r in der Steuerverwaltung	E8	10,000		10,000		0,000	
Zwischensumme:		10,000		10,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		10,000		10,000		0,000	
Summe:		10,000		10,000		0,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Senatsdirigent/in	B5	1,000		1,000		1,000	
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	B2	4,000		4,000		4,000	
Senatsrätin/-rat	A16	6,000		6,000		4,000	
Regierungsdirektor/in	A15	9,000		9,000		7,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	20,000		20,000		17,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	2,000		2,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	25,000		25,000		27,000	
Amtsrätin/-rat	A12	20,000		21,000		18,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	18,000		18,000		18,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	5,000		5,000		5,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		3,000	
Zwischensumme:		111,000		112,000		105,000	
(Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen werden (nachrichtlich) ohne Betrag ausgewiesen - Verwaltungsakademie Berlin							
Direktor/in der Verwaltungsakademie	B3	1,000		1,000		1,000	
Senatsrätin/-rat	A16	4,000		4,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		2,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	9,000		9,000		10,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	3,000		3,000		3,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		2,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	6,000		6,000		4,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	5,000		6,000		6,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		33,000		35,000		29,000	
Interne Beratungseinheit - Verwaltungsakademie Berlin							
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		3,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	5,000		7,000		4,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		6,000		9,000		9,000	
Statistikstelle Personal des Landes Berlin							
Senatsrätin/-rat	A16	1,000		1,000		0,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	3,000		3,000		3,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42201, Teilplan A, Statistikstelle Personal des Landes Berlin							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		3,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		11,000		11,000		11,000	
Teilsumme (Teilplan A):		161,000		167,000		154,000	
Summe:		161,000		167,000		154,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	5,000		5,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		6,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	0,000		0,000		1,000	1,000 *(2128)*
Zwischensumme:		13,500		13,500		25,500	
(Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen werden (nachrichtlich) ohne Betrag ausgewiesen - Verwaltungsakademie Berlin							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	2,000		2,000		2,000	

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A, (Plan-)Stellen/Beschäftigungspositionen werden (nachrichtlich) ohne Betrag ausgewiesen - Verwaltungsakademie Berlin							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	7,000		7,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	11,000		11,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E9B	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	9,000		9,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	9,000		9,000		13,000	
Zwischensumme:		47,000		47,000		49,000	
Interne Beratungseinheit - Verwaltungsakademie Berlin							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		6,000		6,000		0,000	
Statistikstelle Personal des Landes Berlin							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		67,500		67,500		75,500	
Summe:		67,500		67,500		75,500	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Landespersonal -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000	1,000 *(0121)*	1,000	1,000 *(0121)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E13	1,000	1,000 *(0121)*	1,000	1,000 *(0121)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000 *(0121)*	1,000	1,000 *(0121)*	0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		1,000	1,000 *(0106)*
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		15,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		16,000	
Teilsumme (Teilplan A):		3,000		3,000		16,000	
Summe:		3,000		3,000		16,000	

Stellenvermerke

0106 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2024 weg.

0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.

Landesverwaltungsamt
- Leitung und Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Senatsrätin/-rat	B4	1,000		1,000		0,000	
Direktor/in des Landesverwaltungsamtes	B3	0,000		0,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		3,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		5,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		5,500	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		4,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		2,000	
Regierungsobersekretär/in	A7	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		18,000		18,000		23,500	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		0,200	
Zwischensumme:		0,000		0,000		0,200	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		0,300	
Zwischensumme:		0,000		0,000		0,300	
Teilsumme (Teilplan A):		18,000		18,000		24,000	
Summe:		18,000		18,000		24,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	12,000		12,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	2,000		2,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,000		3,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r (Botin/Bote)	E3	9,000		9,000		9,000	
Zwischensumme:		32,000		32,000		32,000	

Landesverwaltungsamt
- Leitung und Zentraler Service -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Nachwuchskräfte für Aufgabengebiete des Tarifbereichs							
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	5,000		5,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5-E9A	24,230		24,230		24,280	
Zwischensumme:		31,230		31,230		24,280	
Personalreserve zur Entlastung von Ausbildungspersonal (Ausbildungsplatzoffensive)							
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,500		0,500		0,500	0,500 *(0132)*
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		63,730		63,730		56,780	
Summe:		63,730		63,730		56,780	

Stellenvermerke

0132 Stelle darf nur mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen zur Entlastung von Ausbildungspersonal besetzt werden (Sperrvermerk).

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten

Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E12	3,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		0,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Personalratsmitglieder							
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Ersatzkräfte für freigestellte Frauenvertreterin							
Tarifbeschäftigte/r	E10	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		1,000	
Teilsumme (Teilplan A):		8,000		8,000		3,000	
Summe:		8,000		8,000		3,000	

Landesverwaltungsamt
- Logistikservice -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	3,000		3,000		5,000	
Zwischensumme:		4,000		4,000		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		4,000		4,000		6,000	
Summe:		4,000		4,000		6,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	4,000		4,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	3,000		3,000		2,000	
Fahrer/in	E4	65,000	14,000 *(2128)*	65,000	13,000 *(2128)*	65,000	14,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E4	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	18,000		18,000		17,000	
Zwischensumme:		97,000		97,000		95,000	
Teilsumme (Teilplan A):		97,000		97,000		95,000	
Summe:		97,000		97,000		95,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesverwaltungsamt
- Personalservice -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Abteilungsdirektor/in	B2	1,000		1,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	2,000		2,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	3,000		3,000		3,000	
Amtsrätin/-rat	A12	9,000		9,000		4,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	28,750		28,750		14,750	
Regierungsoberinspektor/in	A10	49,750		51,750		27,000	
Amtsinspektor/in	A9S	3,000		3,000		4,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	14,500		14,500		9,000	
Zwischensumme:		113,000		115,000		64,750	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		13,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		6,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		13,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		35,000	
Teilsumme (Teilplan A):		116,000		118,000		99,750	
Summe:		116,000		118,000		99,750	
42231 Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)							
Teilplan A							
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	5,000		5,000		2,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		8,000		8,000		4,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		8,000		8,000		6,000	
Summe:		8,000		8,000		6,000	

Landesverwaltungsamt
- Personalservice -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,000		4,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	6,000		6,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	62,000		62,000		29,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	7,000		7,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	23,000		23,000		12,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	8,000	1,000 *(2128)*	8,000	1,000 *(2128)*	2,000	
Zwischensumme:		110,000		110,000		53,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	3,000		3,000		4,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		4,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		11,000	
Teilsumme (Teilplan A):		113,000		113,000		64,000	
Summe:		113,000		113,000		64,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	10,000		10,000		10,500	0,500 *(0123)*
Zwischensumme:		11,000		11,000		11,500	
Teilsumme (Teilplan A):		11,000		11,000		11,500	
Summe:		11,000		11,000		11,500	

Stellenvermerke

0123 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 30.06.2023 weg.

Landesverwaltungsamt
- Personalservice -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42830 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	7,000		7,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	4,000		4,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E3	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*	1,000	1,000 *(2128)*
Zwischensumme:		13,000		13,000		10,000	
Teilsumme (Teilplan A):		13,000		13,000		10,000	
Summe:		13,000		13,000		10,000	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesverwaltungsamt
- Beihilfeservice -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	4,000		4,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		0,000	
Amtsinspektor/in	A9S	4,000		4,000		0,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	17,000		17,000		0,000	
Zwischensumme:		33,000		33,000		0,000	
Versorgung und Beihilfe							
Leitende(r) Regierungsdirektor/in	A16	0,000		0,000		1,000	
Regierungsdirektor/in	A15	0,000		0,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	0,000		0,000		3,000	
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		9,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	0,000		0,000		17,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		29,250	
Amtsinspektor/in	A9S	0,000		0,000		5,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		30,220	
Regierungsobersekretär/in	A7	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		97,470	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Amtsrätin/-rat	A12	2,000		2,000		4,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		4,000	
Teilsumme (Teilplan A):		35,000		35,000		101,470	
Summe:		35,000		35,000		101,470	
42231 Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)							
Teilplan A							
Regierungshauptsekretär/in	A8	2,000		2,000		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	

Landesverwaltungsamt
- Beihilfeservice -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42231, Teilplan A							
Versorgung und Beihilfe							
Amtsrätin/-rat	A12	0,000		0,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	0,000		0,000		3,000	
Regierungshauptsekretär/in	A8	0,000		0,000		2,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		6,000	
Summe:		2,000		2,000		6,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	10,000		11,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	12,000		13,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	89,000		89,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	3,000		3,000		0,000	
Zwischensumme:		115,000		117,000		0,000	
Versorgung und Beihilfe							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,000		0,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E10	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		29,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		94,130	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		10,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	0,000		0,000		8,000	2,000 *(2128)*
Tarifbeschäftigte/r	E4	0,000		0,000		1,000	1,000 *(2128)*
Zwischensumme:		0,000		0,000		155,130	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,000		2,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		5,000		5,000		6,000	
Teilsumme (Teilplan A):		120,000		122,000		161,130	
Summe:		120,000		122,000		161,130	

Stellenvermerke

2128 Stelleninhaber/in ist gemäß § 29a TVÜ-Länder höher eingruppiert.

Landesverwaltungsamt
- Beihilfeservice -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Versorgung und Beihilfe							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		6,000		0,000	
Zwischensumme:		0,000		6,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		0,000		6,000		0,000	
Summe:		0,000		6,000		0,000	
42830 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zuwendung)							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E9A	3,000		3,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Versorgung und Beihilfe							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	0,000		0,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		3,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	0,000		0,000		1,000	
Zwischensumme:		0,000		0,000		6,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,500		0,500		0,500	
Zwischensumme:		0,500		0,500		0,500	
Teilsumme (Teilplan A):		3,500		3,500		6,500	
Summe:		3,500		3,500		6,500	

Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	1,000		1,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		3,000		3,000		0,000	
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		0,000	
Regierungsrätin/-rat	A13	1,000		1,000		0,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		0,000	
Amtsrätin/-rat	A12	14,000		15,000		0,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	10,000		10,000		0,000	
Zwischensumme:		30,000		31,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		33,000		34,000		0,000	
Summe:		33,000		34,000		0,000	
42231 Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)							
Teilplan A							
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Regierungsamtfrau/-mann	A11	1,000		1,000		0,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		0,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		0,000	
Summe:		2,000		2,000		0,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E12	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	2,500		2,500		0,000	
Zwischensumme:		3,500		3,500		0,000	

Landesverwaltungsamt
- IT-Service und Integrierte Personalverwaltung -

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Verfahrensabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E13	1,000		1,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E12	3,000		3,000		0,000	
Tarifbeschäftigte/r	E11	4,200		4,200		0,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E10	7,000		7,000		0,000	
Zwischensumme:		15,200		15,200		0,000	
Verfahrensunabhängige Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)							
Tarifbeschäftigte/r	E11	0,300		0,300		0,000	
Zwischensumme:		0,300		0,300		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		19,000		19,000		0,000	
Summe:		19,000		19,000		0,000	

Zentrale Steuerung einer neuen Integrierten Personalverwaltung

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	2,000		2,000		2,000	
Oberamtsrätin/-rat	A13S	2,000		2,000		2,000	
Amtsrätin/-rat	A12	7,000		7,000		7,000	
Zwischensumme:		12,000		12,000		12,000	
Teilsumme (Teilplan A):		12,000		12,000		12,000	
Summe:		12,000		12,000		12,000	
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E10	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		2,000		2,000		2,000	
Teilsumme (Teilplan A):		2,000		2,000		2,000	
Summe:		2,000		2,000		2,000	
42811 Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E11	1,000	1,000 *(0121)*	1,000	1,000 *(0121)*	0,000	
Zwischensumme:		1,000		1,000		0,000	
Teilsumme (Teilplan A):		1,000		1,000		0,000	
Summe:		1,000		1,000		0,000	

Stellenvermerke

0121 Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2028 weg.

Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -
(ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement)

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42201 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten							
Teilplan A							
Regierungsdirektor/in	A15	1,000		1,000		1,000	
Obermagistratsrätin/-rat	A14	0,000		0,000		1,000	
Oberregierungsrätin/-rat	A14	1,000		1,000		1,000	
Amtsrätin/-rat	A12	1,000		1,000		1,000	
Regierungsamtfrau/-mann	A11	2,000		2,000		2,000	
Bauoberinspektor/in	A10	1,000		1,000		1,000	
Regierungsoberinspektor/in	A10	3,000		3,000		3,000	
Regierungsinspektor/in	A9	1,000		1,000		2,000	
Amtsinspektor/in mit Amtszulage	A9Z	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*	1,000	1,000 *(0325)*
Regierungshauptsekretär/in	A8	1,000		1,000		1,000	
Regierungssekretär/in	A6	2,000		2,000		2,000	
Zwischensumme:		14,000		14,000		16,000	
Teilsumme (Teilplan A):		14,000		14,000		16,000	
Summe:		14,000		14,000		16,000	

Stellenvermerke

0325 Amtszulage nach Fußnote 3 zur BesGr. A 9 BBesO i.d. Überleitungsfassung Berlin

Bezeichnung	Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
42801 Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten							
Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E15	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung)	E14	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	E11	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r mit Restaurierungsarbeiten	E10	0,500		0,500		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9B	3,000		3,000		4,000	
Ergotherapeut/in	E9A	0,500		0,000		0,500	
Tarifbeschäftigte/r	E9A	0,000		0,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	3,000		3,000		5,000	
Tarifbeschäftigte/r	E7	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E6	3,994		3,994		3,994	

1599
2024/2025

Senatsverwaltung für Finanzen
- Personalüberhang -
(ehemals Zentrales Personalüberhangmanagement)

Bezeichnung	Besoldungs-/ Entgelt-gruppe	Zahl der Stellen/Beschäftigungspositionen 2024	Vermerke	2025	Vermerke	2023	Vermerke
noch Titel 42801, Teilplan A							
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Schreibdienst)	E5	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r (Haus- und Hofarbeit)	E3	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r (Küchenwirtschaft)	E3	1,000		1,000		1,000	
Reiniger/in	E2	2,149		1,649		2,149	
Altenpfleger/in	KR7	1,000		1,000		1,000	
Zwischensumme:		21,143		20,143		28,143	
Teilsumme (Teilplan A):		21,143		20,143		28,143	
Teilplan B							
Tarifbeschäftigte/r	E9B	1,000		1,000		1,000	
Tarifbeschäftigte/r	E8	1,000		1,000		2,000	
Tarifbeschäftigte/r	E5	1,000		1,000		2,000	
Reiniger/in	E2	0,500		0,000		1,500	
Zwischensumme:		3,500		3,000		6,500	
Teilsumme (Teilplan B):		3,500		3,000		6,500	
Summe:		24,643		23,143		34,643	

Stellenübersicht

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 15	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		B7	**B5**	**B4**	**B3**	**B2**
1500	2025	2,000	1,000	-	1,000	5,000
	2024	2,000	1,000	-	1,000	5,000
	2023	2,000	1,000	-	1,000	4,000
1502	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1509	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1510	2025	-	1,000	-	1,000	4,000
	2024	-	1,000	-	1,000	4,000
	2023	-	1,000	-	1,000	4,000
1520	2025	-	1,000	-	1,000	5,000
	2024	-	1,000	-	1,000	5,000
	2023	-	1,000	-	1,000	2,000
1523	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1530	2025	-	1,000	-	1,000	4,000
	2024	-	1,000	-	1,000	4,000
	2023	-	1,000	-	1,000	4,000
1531	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1532	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1540	2025	-	1,000	-	2,000	4,000
	2024	-	1,000	-	2,000	4,000
	2023	-	1,000	-	2,000	4,000
1541	2025	-	-	1,000	-	-
	2024	-	-	1,000	-	-
	2023	-	-	-	1,000	-
1542	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1543	2025	-	-	-	-	1,000
	2024	-	-	-	-	1,000
	2023	-	-	-	-	1,000
1544	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1545	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1547	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1599	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
Summe	2025	2,000	5,000	1,000	6,000	23,000
	2024	2,000	5,000	1,000	6,000	23,000
	2023	2,000	5,000	-	7,000	19,000

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus- halts-	Einzelplan 15
Teilsumme	**A16Z**	**A16**	**A15**	**A14**	jahr	
9,000	-	4,000	11,000	22,000	2025	**1500**
9,000	-	4,000	11,000	22,000	2024	
8,000	-	3,000	13,000	17,000	2023	
-	-	2,000	1,000	-	2025	**1502**
-	-	2,000	1,000	-	2024	
-	-	2,000	1,000	-	2023	
-	-	-	-	5,000	2025	**1509**
-	-	-	-	5,000	2024	
-	-	-	-	5,000	2023	
6,000	-	4,000	10,000	28,000	2025	**1510**
6,000	-	4,000	10,000	28,000	2024	
6,000	-	4,000	10,000	17,000	2023	
7,000	-	2,000	8,000	20,000	2025	**1520**
7,000	-	2,000	8,000	19,000	2024	
4,000	-	3,000	7,000	17,000	2023	
-	-	2,000	1,000	4,000	2025	**1523**
-	-	2,000	1,000	4,000	2024	
-	-	2,000	1,000	4,000	2023	
6,000	-	7,000	7,000	17,000	2025	**1530**
6,000	-	7,000	6,000	17,000	2024	
6,000	-	5,000	6,000	13,000	2023	
-	7,000	16,000	69,000	114,000	2025	**1531**
-	7,000	16,000	69,000	114,000	2024	
-	7,000	16,000	69,000	114,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1532**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
7,000	-	11,000	9,000	31,000	2025	**1540**
7,000	-	11,000	9,000	31,000	2024	
7,000	-	5,000	11,000	31,000	2023	
1,000	-	-	1,000	2,000	2025	**1541**
1,000	-	-	1,000	2,000	2024	
1,000	-	-	1,000	3,000	2023	
-	-	-	-	1,000	2025	**1542**
-	-	-	-	1,000	2024	
-	-	-	-	1,000	2023	
1,000	-	-	2,000	2,000	2025	**1543**
1,000	-	-	2,000	2,000	2024	
1,000	-	-	1,000	2,000	2023	
-	-	1,000	-	-	2025	**1544**
-	-	1,000	-	-	2024	
-	-	1,000	2,000	-	2023	
-	-	-	1,000	1,000	2025	**1545**
-	-	-	1,000	1,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	1,000	2,000	2025	**1547**
-	-	-	1,000	2,000	2024	
-	-	-	1,000	2,000	2023	
-	-	-	1,000	1,000	2025	**1599**
-	-	-	1,000	1,000	2024	
-	-	-	1,000	2,000	2023	
37,000	7,000	49,000	122,000	250,000	2025	**Summe**
37,000	7,000	49,000	121,000	249,000	2024	
33,000	7,000	41,000	124,000	228,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 15	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A				
		A13	**A13S**	**A12**	**A11**	**A10**
1500	2025	5,000	8,000	17,000	28,000	14,000
	2024	5,000	8,000	15,000	27,000	14,000
	2023	6,000	9,000	13,000	23,000	13,000
1502	2025	-	1,000	-	-	-
	2024	-	1,000	-	-	-
	2023	-	1,000	-	-	-
1509	2025	-	1,000	4,000	1,000	-
	2024	-	1,000	4,000	1,000	-
	2023	-	1,000	4,000	1,000	-
1510	2025	8,000	3,000	4,000	8,000	2,000
	2024	8,000	3,000	4,000	8,000	2,000
	2023	7,000	7,000	6,000	5,000	3,000
1520	2025	9,000	18,000	19,000	13,000	2,000
	2024	9,000	18,000	17,000	13,000	2,000
	2023	5,000	21,000	17,000	18,000	4,000
1523	2025	1,000	9,000	18,000	4,000	12,000
	2024	1,000	8,000	18,000	4,000	12,000
	2023	1,000	8,000	19,000	5,000	15,000
1530	2025	4,000	22,000	43,000	27,500	20,000
	2024	4,000	22,000	42,000	27,500	20,000
	2023	1,000	24,000	40,000	30,500	19,000
1531	2025	70,000	314,000	693,000	1.193,000	838,000
	2024	70,000	314,000	693,000	1.193,000	838,000
	2023	70,000	308,000	678,000	1.093,000	989,000
1532	2025	-	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1540	2025	12,000	26,000	29,000	27,000	13,000
	2024	10,000	26,000	27,000	27,000	12,000
	2023	7,000	28,000	24,000	25,000	13,000
1541	2025	-	2,000	4,000	3,000	3,000
	2024	-	2,000	4,000	3,000	3,000
	2023	-	2,000	5,000	6,000	4,000
1542	2025	-	-	-	3,000	-
	2024	-	-	-	3,000	-
	2023	-	-	-	5,000	-
1543	2025	-	3,000	10,000	30,750	51,750
	2024	-	3,000	10,000	30,750	49,750
	2023	-	5,000	17,000	20,750	40,000
1544	2025	-	2,000	6,000	2,000	3,000
	2024	-	2,000	6,000	2,000	3,000
	2023	-	3,000	13,000	17,000	29,250
1545	2025	1,000	3,000	16,000	2,000	10,000
	2024	1,000	3,000	15,000	2,000	10,000
	2023	-	-	-	-	-
1547	2025	-	2,000	7,000	-	-
	2024	-	2,000	7,000	-	-
	2023	-	2,000	7,000	-	-
1599	2025	-	-	1,000	2,000	4,000
	2024	-	-	1,000	2,000	4,000
	2023	-	-	1,000	2,000	4,000
Summe	2025	110,000	414,000	871,000	1.344,250	972,750
	2024	108,000	413,000	863,000	1.343,250	969,750
	2023	97,000	419,000	844,000	1.251,250	1.133,250

Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A					Haus-halts-	**Einzelplan 15**
A9	**A9Z**	**A9S**	**A8**	**A7**	jahr	
2,000	-	1,000	3,000	2,000	2025	**1500**
2,000	-	1,000	3,000	2,000	2024	
1,000	-	1,000	2,000	3,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1502**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	1,000	-	-	2025	**1509**
-	-	1,000	-	-	2024	
-	-	1,000	-	-	2023	
1,000	-	1,000	-	-	2025	**1510**
1,000	-	1,000	-	-	2024	
1,000	-	1,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1520**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
2,000	-	4,000	13,000	2,000	2025	**1523**
2,000	-	4,000	13,000	2,000	2024	
2,000	-	4,000	14,000	3,000	2023	
3,000	-	5,000	-	-	2025	**1530**
3,000	-	5,000	-	-	2024	
4,000	-	2,000	-	-	2023	
132,000	62,000	502,500	891,000	788,000	2025	**1531**
132,000	62,000	502,500	891,000	788,000	2024	
162,000	112,000	460,500	761,000	988,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1532**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	2,000	-	2025	**1540**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	-	-	3,000	-	2023	
-	-	-	1,000	1,000	2025	**1541**
-	-	-	1,000	1,000	2024	
-	-	-	2,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1542**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	3,000	14,500	-	2025	**1543**
-	-	3,000	14,500	-	2024	
-	-	4,000	9,000	-	2023	
-	-	4,000	17,000	-	2025	**1544**
-	-	4,000	17,000	-	2024	
-	-	5,000	30,220	1,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1545**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1547**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	1,000	-	1,000	-	2025	**1599**
1,000	1,000	-	1,000	-	2024	
2,000	1,000	-	1,000	-	2023	
141,000	63,000	521,500	942,500	793,000	2025	**Summe**
141,000	63,000	521,500	941,500	793,000	2024	
172,000	113,000	478,500	822,220	995,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 15	Haus-halts-jahr	Planmäßige Beamte/innen Planstellen nach Gruppen der Besoldungsordnung B und A A6	A6S	A5	Teilsumme
1500	2025	1,000	-	-	118,000
	2024	1,000	-	-	115,000
	2023	1,000	-	-	105,000
1502	2025	-	-	-	4,000
	2024	-	-	-	4,000
	2023	-	-	-	4,000
1509	2025	-	-	-	12,000
	2024	-	-	-	12,000
	2023	-	-	-	12,000
1510	2025	-	-	-	69,000
	2024	-	-	-	69,000
	2023	-	-	-	61,000
1520	2025	-	-	-	91,000
	2024	-	-	-	88,000
	2023	-	-	-	92,000
1523	2025	-	-	-	72,000
	2024	-	-	-	71,000
	2023	-	-	-	78,000
1530	2025	-	-	-	155,500
	2024	-	-	-	153,500
	2023	-	-	-	144,500
1531	2025	-	17,000	9,000	5.715,500
	2024	-	17,000	9,000	5.715,500
	2023	-	22,000	22,000	5.871,500
1532	2025	-	-	-	-
	2024	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-
1540	2025	-	-	-	160,000
	2024	-	-	-	154,000
	2023	-	-	-	147,000
1541	2025	-	-	-	17,000
	2024	-	-	-	17,000
	2023	-	-	-	23,000
1542	2025	-	-	-	4,000
	2024	-	-	-	4,000
	2023	-	-	-	6,000
1543	2025	-	-	-	117,000
	2024	-	-	-	115,000
	2023	-	-	-	98,750
1544	2025	-	-	-	35,000
	2024	-	-	-	35,000
	2023	-	-	-	101,470
1545	2025	-	-	-	34,000
	2024	-	-	-	33,000
	2023	-	-	-	-
1547	2025	-	-	-	12,000
	2024	-	-	-	12,000
	2023	-	-	-	12,000
1599	2025	2,000	-	-	14,000
	2024	2,000	-	-	14,000
	2023	2,000	-	-	16,000
Summe	2025	3,000	17,000	9,000	6.630,000
	2024	3,000	17,000	9,000	6.612,000
	2023	3,000	22,000	22,000	6.772,220

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	Einzelplan 15
E15	**E14**	**E13**	**E12**	**E11**	jahr	
1,000	1,000	9,000	1,000	10,000	2025	**1500**
1,000	1,000	9,000	1,000	10,000	2024	
1,000	1,000	1,000	4,000	11,000	2023	
1,000	-	-	1,000	-	2025	**1502**
1,000	-	-	1,000	-	2024	
1,000	-	-	1,000	-	2023	
-	-	1,000	-	-	2025	**1509**
-	-	1,000	-	-	2024	
-	-	1,000	-	-	2023	
6,000	22,000	3,000	2,000	1,000	2025	**1510**
6,000	22,000	3,000	2,000	1,000	2024	
7,000	21,000	4,000	2,000	1,000	2023	
3,000	11,000	7,000	5,000	9,000	2025	**1520**
3,000	11,000	7,000	5,000	9,000	2024	
2,000	6,000	3,000	6,000	8,000	2023	
-	1,000	1,000	1,000	20,000	2025	**1523**
-	1,000	1,000	1,000	20,000	2024	
-	1,000	1,000	1,000	19,000	2023	
-	-	-	1,000	-	2025	**1530**
-	-	-	1,000	-	2024	
-	-	-	1,000	1,000	2023	
-	-	1,000	14,500	32,000	2025	**1531**
-	-	1,000	14,500	32,000	2024	
-	-	1,000	14,500	32,000	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1532**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	9,000	10,000	5,000	2,000	2025	**1540**
1,000	9,000	10,000	5,000	2,000	2024	
3,000	7,000	7,000	8,000	3,000	2023	
-	1,000	-	1,000	2,000	2025	**1541**
-	1,000	-	1,000	2,000	2024	
-	-	-	2,000	2,000	2023	
-	-	-	1,000	4,000	2025	**1542**
-	-	-	1,000	4,000	2024	
-	-	-	1,000	2,000	2023	
-	-	-	-	7,000	2025	**1543**
-	-	-	-	7,000	2024	
-	-	1,000	-	8,000	2023	
-	-	1,000	1,000	13,000	2025	**1544**
-	-	1,000	1,000	12,000	2024	
-	-	1,000	-	13,000	2023	
-	-	1,000	4,000	7,000	2025	**1545**
-	-	1,000	4,000	7,000	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1547**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
1,000	1,000	-	-	-	2025	**1599**
1,000	1,000	-	-	-	2024	
1,000	1,000	-	-	1,000	2023	
13,000	46,000	34,000	37,500	107,000	2025	**Summe**
13,000	46,000	34,000	37,500	106,000	2024	
15,000	37,000	20,000	40,500	101,000	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 15	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		E10	**E9B**	**E9A**	**E8**	**E7**
1500	2025	16,000	10,000	2,000	4,000	-
	2024	16,000	10,000	2,000	4,000	-
	2023	14,000	9,000	1,000	-	-
1502	2025	-	2,000	-	-	-
	2024	-	2,000	-	-	-
	2023	-	2,000	-	-	-
1509	2025	-	3,000	-	-	-
	2024	-	3,000	-	-	-
	2023	-	3,000	-	-	-
1510	2025	1,000	4,000	1,000	-	-
	2024	1,000	4,000	1,000	-	-
	2023	-	6,000	1,000	-	-
1520	2025	2,000	2,000	2,000	-	-
	2024	2,000	2,000	2,000	-	-
	2023	3,000	2,000	4,000	-	-
1523	2025	1,000	7,000	2,000	13,000	-
	2024	1,000	7,000	2,000	13,000	-
	2023	-	4,000	2,000	10,000	-
1530	2025	-	2,000	0,050	-	-
	2024	-	2,000	0,050	-	-
	2023	-	1,000	1,150	-	-
1531	2025	94,500	144,500	83,500	272,000	-
	2024	94,500	144,500	83,500	272,000	-
	2023	94,500	164,500	83,500	232,000	-
1532	2025	-	-	-	10,000	-
	2024	-	-	-	10,000	-
	2023	-	-	-	-	-
1540	2025	8,500	12,000	2,000	9,000	-
	2024	8,500	12,000	2,000	9,000	-
	2023	5,500	12,000	1,000	14,000	-
1541	2025	3,000	17,000	1,000	2,500	-
	2024	3,000	17,000	1,000	2,500	-
	2023	1,000	12,000	1,000	2,500	-
1542	2025	-	4,000	-	-	-
	2024	-	4,000	-	-	-
	2023	-	4,000	-	-	-
1543	2025	6,000	62,000	7,000	23,000	-
	2024	6,000	62,000	7,000	23,000	-
	2023	3,000	33,000	5,000	12,000	-
1544	2025	-	13,000	91,000	-	-
	2024	-	12,000	91,000	-	-
	2023	3,000	29,000	96,130	10,000	-
1545	2025	7,000	-	-	-	-
	2024	7,000	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1547	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	2,000	-	-	-	-
1599	2025	0,500	4,000	-	4,000	1,000
	2024	0,500	4,000	0,500	4,000	1,000
	2023	0,500	5,000	1,500	7,000	1,000
Summe	2025	141,500	286,500	191,550	337,500	1,000
	2024	141,500	285,500	192,050	337,500	1,000
	2023	126,500	286,500	197,280	287,500	1,000

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 15**
E6	**E5**	**E4**	**E3**	**E2**	jahr	
2,500	-	2,000	1,000	-	2025	**1500**
2,500	-	2,000	1,000	-	2024	
1,500	-	2,000	-	-	2023	
1,560	-	-	-	-	2025	**1502**
1,560	-	-	-	-	2024	
1,560	-	-	-	-	2023	
-	2,000	-	-	-	2025	**1509**
-	2,000	-	-	-	2024	
-	3,000	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1510**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1520**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
2,000	-	-	1,000	-	2025	**1523**
2,000	-	-	1,000	-	2024	
-	3,000	-	1,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1530**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
227,500	27,000	48,000	113,000	-	2025	**1531**
227,500	27,000	48,000	113,000	-	2024	
137,500	10,000	23,000	113,000	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1532**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
9,000	-	-	-	-	2025	**1540**
9,000	-	-	-	-	2024	
14,000	-	-	1,000	-	2023	
3,000	24,230	-	9,000	-	2025	**1541**
3,000	24,230	-	9,000	-	2024	
3,000	24,280	-	9,000	-	2023	
2,000	3,000	65,000	18,000	-	2025	**1542**
2,000	3,000	65,000	18,000	-	2024	
3,000	2,000	66,000	17,000	-	2023	
-	8,000	-	-	-	2025	**1543**
-	8,000	-	-	-	2024	
-	2,000	-	-	-	2023	
-	3,000	-	-	-	2025	**1544**
-	3,000	-	-	-	2024	
-	8,000	1,000	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1545**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
-	-	-	-	-	2025	**1547**
-	-	-	-	-	2024	
-	-	-	-	-	2023	
3,994	3,000	-	2,000	1,649	2025	**1599**
3,994	3,000	-	2,000	2,649	2024	
3,994	6,000	-	2,000	3,649	2023	
251,554	70,230	115,000	144,000	1,649	2025	**Summe**
251,554	70,230	115,000	144,000	2,649	2024	
164,554	58,280	92,000	143,000	3,649	2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 15	Haus-halts-jahr	Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen				
		Teilsumme	**KR7**	**Teilsumme**	**AT3**	**AT2**
1500	2025	59,500	-	-	-	-
	2024	59,500	-	-	-	-
	2023	45,500	-	-	-	-
1502	2025	5,560	-	-	1,000	-
	2024	5,560	-	-	1,000	-
	2023	5,560	-	-	1,000	-
1509	2025	6,000	-	-	-	-
	2024	6,000	-	-	-	-
	2023	7,000	-	-	-	-
1510	2025	40,000	-	-	-	2,000
	2024	40,000	-	-	-	2,000
	2023	42,000	-	-	-	2,000
1520	2025	41,000	-	-	-	5,000
	2024	41,000	-	-	-	5,000
	2023	34,000	-	-	1,000	4,000
1523	2025	49,000	-	-	-	1,000
	2024	49,000	-	-	-	1,000
	2023	42,000	-	-	-	1,000
1530	2025	3,050	-	-	-	-
	2024	3,050	-	-	-	-
	2023	4,150	-	-	-	-
1531	2025	1.057,500	-	-	-	-
	2024	1.057,500	-	-	-	-
	2023	905,500	-	-	-	-
1532	2025	10,000	-	-	-	-
	2024	10,000	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1540	2025	67,500	-	-	-	-
	2024	67,500	-	-	-	-
	2023	75,500	-	-	-	-
1541	2025	63,730	-	-	-	-
	2024	63,730	-	-	-	-
	2023	56,780	-	-	-	-
1542	2025	97,000	-	-	-	-
	2024	97,000	-	-	-	-
	2023	95,000	-	-	-	-
1543	2025	113,000	-	-	-	-
	2024	113,000	-	-	-	-
	2023	64,000	-	-	-	-
1544	2025	122,000	-	-	-	-
	2024	120,000	-	-	-	-
	2023	161,130	-	-	-	-
1545	2025	19,000	-	-	-	-
	2024	19,000	-	-	-	-
	2023	-	-	-	-	-
1547	2025	2,000	-	-	-	-
	2024	2,000	-	-	-	-
	2023	2,000	-	-	-	-
1599	2025	22,143	1,000	1,000	-	-
	2024	23,643	1,000	1,000	-	-
	2023	33,643	1,000	1,000	-	-
Summe	2025	1.777,983	1,000	1,000	1,000	8,000
	2024	1.777,483	1,000	1,000	1,000	8,000
	2023	1.573,763	1,000	1,000	2,000	7,000

Planmäßige Tarifbeschäftigte Stellen nach Entgeltgruppen					Haus- halts-	**Einzelplan 15**
AT1	**Teilsumme**				jahr	
-	-				2025	**1500**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	1,000				2025	**1502**
-	1,000				2024	
-	1,000				2023	
-	-				2025	**1509**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	2,000				2025	**1510**
-	2,000				2024	
-	2,000				2023	
-	5,000				2025	**1520**
-	5,000				2024	
1,000	6,000				2023	
-	1,000				2025	**1523**
-	1,000				2024	
-	1,000				2023	
-	-				2025	**1530**
-	-				2024	
-	-				2023	
1,000	1,000				2025	**1531**
1,000	1,000				2024	
1,000	1,000				2023	
-	-				2025	**1532**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1540**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1541**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1542**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1543**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1544**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1545**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1547**
-	-				2024	
-	-				2023	
-	-				2025	**1599**
-	-				2024	
-	-				2023	
1,000	10,000				2025	**Summe**
1,000	10,000				2024	
2,000	11,000				2023	

Stellenübersicht
2024/2025

Einzelplan 15	Haushaltsjahr	Planmäßige Beamte/innen Richter/innen	Planmäßige Tarifbeschäftigte	Insgesamt		
1500	2025	127,000	59,500	186,500		
	2024	124,000	59,500	183,500		
	2023	113,000	45,500	158,500		
1502	2025	4,000	6,560	10,560		
	2024	4,000	6,560	10,560		
	2023	4,000	6,560	10,560		
1509	2025	12,000	6,000	18,000		
	2024	12,000	6,000	18,000		
	2023	12,000	7,000	19,000		
1510	2025	75,000	42,000	117,000		
	2024	75,000	42,000	117,000		
	2023	67,000	44,000	111,000		
1520	2025	98,000	46,000	144,000		
	2024	95,000	46,000	141,000		
	2023	96,000	40,000	136,000		
1523	2025	72,000	50,000	122,000		
	2024	71,000	50,000	121,000		
	2023	78,000	43,000	121,000		
1530	2025	161,500	3,050	164,550		
	2024	159,500	3,050	162,550		
	2023	150,500	4,150	154,650		
1531	2025	5.715,500	1.058,500	6.774,000		
	2024	5.715,500	1.058,500	6.774,000		
	2023	5.871,500	906,500	6.778,000		
1532	2025	-	10,000	10,000		
	2024	-	10,000	10,000		
	2023	-	-	-		
1540	2025	167,000	67,500	234,500		
	2024	161,000	67,500	228,500		
	2023	154,000	75,500	229,500		
1541	2025	18,000	63,730	81,730		
	2024	18,000	63,730	81,730		
	2023	24,000	56,780	80,780		
1542	2025	4,000	97,000	101,000		
	2024	4,000	97,000	101,000		
	2023	6,000	95,000	101,000		
1543	2025	118,000	113,000	231,000		
	2024	116,000	113,000	229,000		
	2023	99,750	64,000	163,750		
1544	2025	35,000	122,000	157,000		
	2024	35,000	120,000	155,000		
	2023	101,470	161,130	262,600		
1545	2025	34,000	19,000	53,000		
	2024	33,000	19,000	52,000		
	2023	-	-	-		
1547	2025	12,000	2,000	14,000		
	2024	12,000	2,000	14,000		
	2023	12,000	2,000	14,000		
1599	2025	14,000	23,143	37,143		
	2024	14,000	24,643	38,643		
	2023	16,000	34,643	50,643		
Summe	2025	6.667,000	1.788,983	8.455,983		
	2024	6.649,000	1.788,483	8.437,483		
	2023	6.805,220	1.585,763	8.390,983		

Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Ab dem Haushaltsjahr 2016 werden im Einzelplan 27 die Zuweisungen an die Bezirke (bisher in Kapitel 2909) sowie die bislang in der Hauptverwaltung veranschlagten Sonderprogramme und die Einnahmen der kalkulatorischen Verrechnungen nachgewiesen. Dies dient der konzentrierten und umfassenden Darstellung aller den Bezirken zufließenden Haushaltsmittel.

Die Kapitelgliederung des Einzelplans folgt grundsätzlich der Struktur der Einzelpläne der Ressorts:

2705 Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport -
2706 Aufwendungen der Bezirke - Justiz und Verbraucherschutz-
2707 Aufwendungen der Bezirke - Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt -
2708 Aufwendungen der Bezirke - Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt -
2709 Aufwendungen der Bezirke - Wissenschaft, Gesundheit und Pflege -
2710 Aufwendungen der Bezirke - Bildung, Jugend und Familie -
2711 Aufwendungen der Bezirke - Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung -
2712 Aufwendungen der Bezirke - Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -
2713 Aufwendungen der Bezirke - Wirtschaft, Energie und Betriebe -
2715 Aufwendungen der Bezirke - Finanzen -
2729 Zuweisungen an die Bezirke
2730 Kalkulatorische Verrechnungen

Es erscheinen allerdings nur die Kapitel der Fachverwaltungen, die tatsächlich Mittel für die Bezirke enthalten.

Abweichend von § 9 LHO liegt die Zuständigkeit für die einzelnen Kapitel bei den jeweiligen Senatsverwaltungen.

Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**60.000**	**60.000**	**2.000**	**317.240,68**
11	Verwaltungseinnahmen	60.000	60.000	2.000	317.240,68
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**5.523.000**	**5.523.000**	**4.510.000**	**16.984.013,90**
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	4.501.000	4.501.000	3.510.000	16.814.208,22
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	1.000.000	1.000.000	1.000.000	147.805,68
27	Zuschüsse von der EU	22.000	22.000	---	22.000,00
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**-8.301.122.000**	**-8.393.583.000**	**-7.591.576.000**	**-7.897.554.044,22**
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	9.241.000	35.985.000	10.211.000	104.308,78
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	---	---	---	12.843.723,00
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	-8.310.363.000	-8.429.568.000	-7.601.787.000	-7.910.502.076,00
∑	**Summe Einnahmen**	**-8.295.539.000**	**-8.388.000.000**	**-7.587.064.000**	**-7.880.252.789,64**

Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2022	2023	2021	2020
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**---**	**---**	**1.000**	**18.669.952,19**
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	---	---	1.000	18.669.952,19
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**72.337.000**	**97.637.000**	**78.642.000**	**57.499.947,17**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	72.337.000	97.637.000	78.642.000	57.499.947,17
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**29.790.000**	**30.665.000**	**21.978.000**	**16.592.383,92**
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	1.000.000	1.000.000	1.000.000	---
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	28.790.000	29.665.000	20.978.000	16.592.383,92
7	**Baumaßnahmen**	**642.877.000**	**532.263.000**	**411.820.000**	**334.621.699,74**
70	Baumaßnahmen des Hochbaus, Architektenhonorare	620.377.000	509.763.000	374.342.000	332.832.293,36
71	Baumaßnahmen des Hochbaus, Architektenhonorare	20.000.000	20.000.000	32.828.000	---
72	Baumaßnahmen des Tiefbaus	2.500.000	2.500.000	4.650.000	1.789.406,38
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**26.901.000**	**65.256.000**	**17.288.000**	**1.643.016,37**
81	Erwerb von beweglichen Sachen	11.001.000	11.001.000	---	---
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	15.900.000	54.105.000	17.288.000	1.643.016,37
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	---	150.000	---	---
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**290.600.000**	**500.629.000**	**357.474.000**	**---**
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	283.389.000	492.903.000	349.023.000	---
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	7.211.000	7.726.000	8.451.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**1.062.505.000**	**1.226.450.000**	**887.203.000**	**429.026.999,39**

Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**10.250.000**	**36.994.000**	**11.212.000**	**13.107.137,41**
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	10.240.000	36.984.000	11.211.000	13.095.837,46
18	Kultur und Religion	10.000	10.000	1.000	11.299,95
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**72.000**	**72.000**	**1.000**	**320.948,09**
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	---	---	---	179.658,50
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	---	---	---	29.897,00
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	72.000	72.000	1.000	111.392,59
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**3.500.000**	**3.500.000**	**3.500.000**	**13.211.585,79**
31	Gesundheitswesen	---	---	---	13.211.585,79
32	Sport und Erholung	3.500.000	3.500.000	3.500.000	---
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**---**	**---**	**---**	**6.992,64**
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	---	---	---	6.992,64
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**1.002.000**	**1.002.000**	**10.000**	**3.602.622,43**
72	Straßen	1.002.000	1.002.000	10.000	3.602.622,43
8	**Finanzwirtschaft**	**-8.310.363.000**	**-8.429.568.000**	**-7.601.787.000**	**-7.910.502.076,00**
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	-8.310.363.000	-8.429.568.000	-7.601.787.000	-7.910.502.076,00
∑	**Summe Einnahmen**	**-8.295.539.000**	**-8.388.000.000**	**-7.587.064.000**	**-7.880.252.789,64**

Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**3.400.000**	**3.400.000**	**3.400.000**	**2.944.332,52**
02	Auswärtige Angelegenheiten	100.000	100.000	100.000	---
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3.300.000	3.300.000	3.300.000	2.944.332,52
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**668.872.000**	**622.477.000**	**397.350.000**	**339.434.017,74**
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	28.000.000	54.000.000	1.000.000	---
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	637.927.000	565.518.000	393.430.000	336.593.615,52
18	Kultur und Religion	2.945.000	2.959.000	2.920.000	2.840.402,22
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**41.095.000**	**39.856.000**	**31.708.000**	**26.191.040,18**
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	6.000.000	6.750.000	---	---
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	13.643.000	13.106.000	8.200.000	5.993.076,35
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	19.000.000	17.500.000	16.000.000	15.599.815,26
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	2.452.000	2.500.000	7.508.000	4.598.148,57
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**28.816.000**	**28.816.000**	**55.662.000**	**53.898.323,86**
31	Gesundheitswesen	---	---	1.000	20.482.698,61
32	Sport und Erholung	24.001.000	24.001.000	26.000.000	21.597.142,88
33	Umwelt- und Naturschutz	4.815.000	4.815.000	29.661.000	11.818.482,37
4	**Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste**	**621.000**	**921.000**	**1.121.000**	**415.943,54**
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste (ohne Straßenbeleuchtung, Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft)	621.000	921.000	1.121.000	415.943,54
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**3.000.000**	**3.000.000**	**3.000.000**	**299.976,11**
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	300.000	300.000	300.000	299.976,11
69	Regionale Fördermaßnahmen	2.700.000	2.700.000	2.700.000	---
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**6.101.000**	**7.351.000**	**4.660.000**	**5.843.365,44**
72	Straßen	6.101.000	7.351.000	4.660.000	5.843.365,44
8	**Finanzwirtschaft**	**310.600.000**	**520.629.000**	**390.302.000**	**---**
88	Globalposten	303.389.000	512.903.000	381.851.000	---
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	7.211.000	7.726.000	8.451.000	---
∑	**Summe Ausgaben**	**1.062.505.000**	**1.226.450.000**	**887.203.000**	**429.026.999,39**

Aufwendungen der Bezirke
- Inneres und Sport -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die fachliche Zuständigkeit für das Kapitel obliegt der für den Einzelplan 05 zuständigen Verwaltung.

Das Kapitel enthält die Ausgaben im Rahmen des Sportstättensanierungsprogramms. Aus diesem Programm werden ausschließlich bauliche Unterhaltungsmaßnahmen an den von den Sportämtern der Bezirke verwalteten Sportanlagen gefördert.

Von den Gesamtausgaben sind 30 % für Maßnahmen in sozial belasteten Stadtquartieren, für Energieeinsparmaßnahmen und für Maßnahmen mit politischer Schwerpunktsetzung vorgesehen. Anders als beim 70 %-Programmteil, für den grundsätzlich die Prioritätensetzung der Bezirke im Rahmen des Zumessungsbetrages ausschlaggebend ist, obliegt die Auswahl der Maßnahmen im Rahmen des 30 %-Programmteils ausschließlich der für den Sport zuständigen Senatsverwaltung.

B. Gender Budgeting

Hierzu liegen keine Angaben vor.

Aufwendungen der Bezirke
- Inneres und Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
23112	322	**Zuweisungen des Bundes für konsumtive Zwecke**	3.500.000	3.500.000	3.500.000	—
		Gesamteinnahmen	3.500.000	3.500.000	3.500.000	
		Prozentuale Veränderung	—	—		
		Ausgaben				
51915	322	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Schulsanierungsprogramm (SchulSP) und Sportanlagensanierungsprogramm (SportSP)-**	17.988.000	17.988.000	17.988.000	—

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Fortsetzung der dringend notwendigen Sanierungen von Sporteinrichtungen im Rahmen des vom Senat beschlossenen Sonderprogramms. Die Ausgaben fallen bezirksweise bei den Titeln 51931 bis 51942 an. Sie werden bedarfsbezogen bereitgestellt und von den Bezirken eigenverantwortlich im Wege der Auftragswirtschaft bewirtschaftet.

2022 geringere Ausgaben aufgrund geringerer Mittelabflüsse durch die vorläufige Haushaltswirtschaft nach Art. 89 VvB im ersten Halbjahr.

51931	322	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Mitte**	1.000	1.000	1.000	1.568.813,39

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

51932	322	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**	1.000	1.000	1.000	1.042.636,34

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

51933	322	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Pankow**	1.000	1.000	1.000	1.272.917,82

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

51934	322	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf**	1.000	1.000	1.000	2.714.000,00

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

Aufwendungen der Bezirke
- Inneres und Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51935	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Spandau**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**636.604,10**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

51936	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.443.168,34**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

51937	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.462.735,55**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

51938	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Neukölln**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**480.350,99**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

51939	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Treptow-Köpenick**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**898.275,25**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

51940	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**852.767,37**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

51941	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Lichtenberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.243.872,31**

Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung siehe Titel 51915.

Aufwendungen der Bezirke
- Inneres und Sport -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51942	**322**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (SchulSP/SportSP) für den Bezirk Reinickendorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.064.997,71**
		Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.				

Erläuterung siehe Titel 51915.

	Gesamtausgaben	**18.000.000**	**18.000.000**	**18.000.000**	**15.681.139,17**
	Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		

Abschluss Kapitel 2705

211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**3.500.000**	**3.500.000**	**3.500.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**3.500.000**	**3.500.000**	**3.500.000**	
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**18.000.000**	**18.000.000**	**18.000.000**	**15.681.139,17**
	Gesamtausgaben	**18.000.000**	**18.000.000**	**18.000.000**	**15.681.139,17**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-14.500.000**	**-14.500.000**	**-14.500.000**	**-15.681.139,17**

Aufwendungen der Bezirke
- Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die fachliche Zuständigkeit für das Kapitel obliegt der für den Einzelplan 07 zuständigen Verwaltung.

Das Kapitel enthält Ausgaben für die Bezirke für den Betrieb und Unterhaltung von Brunnen und für die Durchführung der Parkbetreuung sowie zur Förderung des Radverkehrs, die Entwicklung von Verkehrskonzepten und Begleituntersuchungen zu verkehrsrelevanten Themen und für die Vorbereitung von neuen Parkraumbewirtschaftungszonen.

Das Kapitel enthält außerdem Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen des Bundes aus dem Gesetz über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen, die auf den Bundesstraßen des Landes Berlin, welche in der Baulast der Bezirke liegen, anfallen und für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an diesen Bundesstraßen zweckgebunden eingesetzt werden können.

Aufwendungen der Bezirke
- Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
23190	**722**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**	**1.000.000**	**1.000.000**	**10.000**	**3.602.622,43**

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 52190.

Zweckgebundene Einnahme des Bundes für Abschnitte der Bundesstraßen, die in der Baulast der Kommunen liegen (innerstädtische Bundesstraßen).

Programm / Maßnahme	Bundesmittel / EU-Mittel a) 2023 b) 2024	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Einnahme des Bundes für Abschnitte der Bundesstraßen, die in der Baulast der Kommunen liegen (innerstädtische Bundesstraßen)	a) 1.000.000 € b) 1.000.000 €	52190	–

Nach § 11 Abs. 3 S. 1 Bundesfernstraßenmautgesetz (BFStrMG) steht den Trägern der Straßenbaulast einer mautpflichtigen Straße oder eines Abschnittes einer mautpflichtigen Straße das auf den in ihrer Baulast befindlichen Strecken angefallene Mautaufkommen zu. Die Mittelüberweisung erfolgt halbjährlich (erstmalig ab Mitte 2019), Die Höhe des anteiligen Mautaufkommens bestimmt sich gemäß § 3 Abs. 1 BFStrMG nach der auf den mautpflichtigen Straßen im Sinne des § 1 BFStrMG zurückgelegten Strecke des Fahrzeuges oder der Fahrzeugkombination und einem Mautsatz je Kilometer, der aus je einem Mautteilsatz für die Infrastrukturkosten, die verursachten Luftverschmutzungskosten und die verursachten Lärmbelastungskosten besteht.

23192 (neu)	**729**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke im Rahmen von Sonderprogrammen**	**1.000**	**1.000**		

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 52190.

Programm / Maßnahme	Bundesmittel a) 2024 b) 2025	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Zuwendungen des Bundes aus dem Sonderprogramm Stadt und Land	a) 1.000 € b) 1.000 €	52190	52108

Mit dem Sonderprogramm „Stadt und Land“ wird das Ziel verfolgt, den Ausbau von Radverkehrsinfrastruktur nachhaltig zu fördern. Dabei finden insbesondere die Aspekte Erhöhung der Verkehrssicherheit, Ausbau des Radverkehrsnetzes und nachhaltige Verkehrsverlagerung Berücksichtigung.

33193 (neu)	**729**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund im Rahmen von Sonderprogrammen für Investitionen**	**1.000**	**1.000**		

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 72016.

Programm / Maßnahme	Bundesmittel a) 2024 b) 2025	Ausgaben veranschlagt beim Titel	Landesmittel veranschlagt beim Titel
Zuwendungen des aus dem Sonderprogramm Stadt und Land	a) 1.000 € b) 1.000 €	72016	72016

Mit dem Sonderprogramm „Stadt und Land“ wird das Ziel verfolgt, den Ausbau von Radverkehrsinfrastruktur nachhaltig zu fördern. Dabei finden insbesondere die Aspekte Erhöhung der Verkehrssicherheit, Ausbau des Radverkehrsnetzes und nachhaltige Verkehrsverlagerung Berücksichtigung.

Gesamteinnahmen	**1.002.000**	**1.002.000**	**10.000**	**3.602.622,43**
Prozentuale Veränderung	**9 920,0 %**	**—**		

Aufwendungen der Bezirke
- Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
51900	**430**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**621.000**	**921.000**	**1.121.000**	**415.943,54**

Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen der Bezirke zur Verbesserung bzw. Erhaltung des baulichen Zustandes der Brunnen, die von den BWB bewirtschaftet werden.

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

52108 (neu)	**725**	**Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs**	**1.500.000**	**1.500.000**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**4.000.000**	**3.000.000**	
Davon fällig 2025	**1.500.000**		
Davon fällig 2026	**1.000.000**	**1.000.000**	
Davon fällig 2027	**1.000.000**	**1.000.000**	
Davon fällig 2028	**500.000**	**1.000.000**	

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 72016, bei Kapitel 0740 Titel 52108, 68228, 68229, 89115 und 89116 sowie bei Kapitel 0730 Titel 52108, 52609 und 72016.
Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Die Ausgaben dienen der Kofinanzierung von Bundesfördermitteln aus dem Sonderprogramm „Stadt und Land“. In diesem Sonderprogramm können Radverkehrsmaßnahmen angemeldet werden, die dem Ausbau von Radverkehrsinfrastruktur dienen. Dabei finden insbesondere die Aspekte Erhöhung der Verkehrssicherheit, Ausbau des Radverkehrsnetzes und nachhaltige Verkehrsverlagerung Berücksichtigung.

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

52121 (neu)	**725**	**Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit**	**1.000.000**	**1.500.000**

Verpflichtungsermächtigung	**500.000**	**500.000**
Davon fällig 2025	**250.000**	
Davon fällig 2026	**250.000**	**250.000**
Davon fällig 2027	**—**	**250.000**

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Auf Basis des Konzepts des Berliner Programms zum Mobilitätsmanagement an Schulen und Kitas (MMSK) wird das Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas ab 2024 gemäß § 17a MobG BE als Regelaufgabe im Land Berlin etabliert
Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Aufwendungen der Bezirke
- Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
52131	**332**	**Maßnahmen für die Stadtverschönerung**			**20.250.000**	**8.866.791,77**

Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben des Titels sind nur deckungsberechtigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	0	0	0

Die Ausgaben sind vorgesehen für Maßnahmen der Klimafolgenanpassung sowie der Stadtverschönerung im Rahmen von Straßenumbaumaßnahmen insbesondere zur Durchführung von Flächenentsiegelungsmaßnahmen und für die Beschaffung von Stadtmöbeln im Rahmen nicht investiver Straßenumbaumaßnahmen (verbindliche Erläuterung).

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

52132	**332**	**Unterhaltung von Brunnenanlagen**	**3.015.000**	**3.015.000**	**3.531.000**	**2.149.592,88**

Seit dem 01.01.2019 werden der Betrieb und die Unterhaltung der Brunnen sukzessive mit Auslaufen der jeweiligen bezirklichen sog. Kopplungs-Verträge von den BWB durchgeführt. Die Aufgabe umfasst die Inbetriebnahme, die laufende Unterhaltung, die technische Instandsetzung, die Außerbetriebnahme und die regelmäßige Kontrolle der baulichen und technischen Anlagen sowie die Objektverwaltung.

Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung SenUVK (neu MVKU)/BWB über die Bewirtschaftung der Brunnen im Land Berlin vom 06.03.2019 und der vom jeweiligen Bezirk mit den BWB geschlossenen Einzelvereinbarung werden dem Bezirk Ausgaben in Höhe des ermittelten Kosten- und Leistungsumfangs für die Durchführung der Brunnenbewirtschaftung übertragen.

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

52190	**722**	**Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens aus zweckgebundenen Einnahmen**	**1.001.000**	**1.001.000**	**10.000**	**4.053.959,06 R 8.252.646,64**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 23190 und 23192. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
1	Zweckgebundene Ausgaben aufgrund der Einnahmen aus dem LKW-Mautaufkommen für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur der Abschnitte der Bundesstraßen, die in der Baulast der Kommunen liegen (§ 11 Abs. 3 Bundesfernstraßenmautgesetz)	1.000.000	1.000.000	10.000	3.181.689
2	Die Ausgaben dienen außerdem der Kofinanzierung von Bundesfördermitteln aus dem Sonderprogramm „Stadt und Land“.	1.000	1.000	0	0
		1.001.000	1.001.000	10.000	3.181.689

Aufwendungen der Bezirke
- Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54010	**332**	**Dienstleistungen**	**1.800.000**	**1.800.000**	**5.880.000**	**802.097,72**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.800.000**	**1.800.000**		
		Davon fällig 2025	**900.000**			
		Davon fällig 2026	**900.000**	**900.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**900.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Nr.	Träger / Projekt	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist 2022
		€	€	€	€
1.	Vorbereitende Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und deren Digitalisierung	750.000	750.000	2.700.000	157.094,44
2.	Entwicklung von Verkehrskonzepten und Begleituntersuchungen in den Bezirken u.a. zu den Themen „Autoarme/Autofreie Kieze“, „Verkehrsberuhigung“, „Innovative Mobilität“	300.000	300.000	700.000	141.326,49
3.	Projekte zum Mobilitätsmanagement für Kitas und Schulen	200.000	150.000	500.000	408.596,15
4.	Temporäre Spielstraßen	50.000	50.000	50.000	95.080,64
5.	Einrichtung von Liefer- und Ladeverkehrsflächen	500.000	550.000	0	0,00
6.	Kleinbusprojekt Blankenburg	0	0	1.800.000	0,00
		1.800.000	**1.800.000**	**5.850.000**	**802.097,72**

Die Parkraumbewirtschaftung ist eine tragende Säule der Verkehrswende und kurz- bis mittelfristig gewinnbringend. Wichtig ist dabei durch die Digitalisierung von Parkberechtigungen und Kontrolle die Effizienz und Wirtschaftlichkeit in diesem Bereich zu verbessern. Die flächenhafte Bewirtschaftung des S-Bahnrings ist ein wichtiges Element (siehe Luftreinhalteplan, BEK und StEP MoVe). Darüber hinaus sind neue konzeptionelle Ansätze in Straßen des Nebennetzes zu erarbeiten.

Die Verbesserung der Schulwegsicherheit und die Entwicklung eines Mobilitätsmanagements für Schulen und Kitas sind zentrale Ziele des Berliner Senats.

Eine Stärkung des Landes Berlin als Lebensraum und Wirtschaftsstandort erfordert entsprechende verkehrliche Voraussetzungen für den Wirtschaftsverkehr, gerade im Bereich des Lieferns und Ladens. Erarbeitete Lösungen sind konsequent und bedarfsgerecht umzusetzen. Der Sachverhalt einer verstärkten Umsetzung von Liefer- und Ladezonen wird künftig als zusätzlicher Bedarf in diesem Titel veranschlagt.

Aufwendungen der Bezirke
- Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54106	**321**	**Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft**	**6.000.000**	**6.000.000**	**6.000.000**	**5.537.253,18**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**6.000.000**	**12.000.000**		
		Davon fällig 2025	**6.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**6.000.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE 2023	0	0	0

Die dauerhafte Installation einer Parkbetreuung ist ein wichtiger Bestandteil der Umsetzung des Handlungsprogramms der Charta für das Berliner Stadtgrün, um zusammen mit anderen Instrumenten das Stadtgrün zu stärken, Konflikte zu mindern und die Wertschätzung zu fördern. Schwerpunkt der Arbeit im Projekt Parkbetreuung ist die Förderung eines friedlichen Miteinanders unterschiedlicher Gruppen von Nutzenden, um so zur Lösung bestehender Konfliktsituationen und insgesamt zu einer Verbesserung der Lebensqualität beizutragen.

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

68569 (neu)	**725**	**Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**	**100.000**	**850.000**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**7.000.000**	**7.550.000**		
		Davon fällig 2025	**850.000**			
		Davon fällig 2026	**1.750.000**	**1.750.000**		
		Davon fällig 2027	**1.000.000**	**2.500.000**		
		Davon fällig 2028	**1.500.000**	**1.500.000**		
		Davon fällig 2029	**1.900.000**	**1.800.000**		

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Auf Basis des Konzepts des Berliner Programms zum Mobilitätsmanagement an Schulen und Kitas (MMSK) wird das Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas ab 2024 gemäß § 17a MobG BE als Regelaufgabe im Land Berlin etabliert.

Die Ausgaben für Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas waren bis 2021 bei Kapitel 0730, Titel 54010 nachgewiesen und im DHH 2022/23 in Kapitel 2707, Titel 54010. In 2024 endet die Phase der Programmerstellung sowie der Pilotprojekte und auf dieser Basis wird die Durchführung des Mobilitätsmanagements an Kitas und Schulen als Regelaufgabe im Land Berlin etabliert. Ab dem Jahr 2024 soll ein Projektträger die Bezirke und Schulen bei der Umsetzung von Projekten des Mobilitätsmanagements in Schulen und Kitas und zur Verbesserung der Schulwegsicherheit unterstützen.

70117	**321**	**Maßnahmen zur Ökologisierung der Grünflächenämter und Sanierung von Parkanlagen und Gartendenkmälern**			**2.000.000**	**378.750,53**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				

Aufwendungen der Bezirke
- Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72016 (neu)	**725**	**Verbesserung Infrastruktur Radverkehr**	**500.000**	**500.000**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 33193. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**3.000.000**		
		Davon fällig 2025	**500.000**			
		Davon fällig 2026	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2027	**500.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2028	**500.000**	**1.000.000**		

Deckungsvermerk: Die Ausgaben des Titels sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 52108, bei Kapitel 0740 Titel 52108, 68228, 68229, 89115 und 89116 sowie Kapitel 0730 Titel 52108, 52609 und 72016.
Die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Regelungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für die Absicherung überjähriger Maßnahmen erforderlich.

Die Ausgaben dienen der Kofinanzierung von Bundesfördermitteln aus dem Sonderprogramm „Stadt und Land“. In diesem Sonderprogramm können Radverkehrsmaßnahmen angemeldet werden, die dem Ausbau von Radverkehrsinfrastruktur dienen. Dabei finden insbesondere die Aspekte Erhöhung der Verkehrssicherheit, Ausbau des Radverkehrsnetzes und nachhaltige Verkehrsverlagerung Berücksichtigung.

Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

81279 (neu)	**321**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**1.000**	**1.000**		
		Gesamtausgaben	**15.538.000**	**17.088.000**	**38.792.000**	**22.204.388,68**
		Prozentuale Veränderung	**-59,9 %**	**10,0 %**		

Abschluss Kapitel 2707

211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.001.000**	**1.001.000**	**10.000**	**3.602.622,43**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
	Gesamteinnahmen	**1.002.000**	**1.002.000**	**10.000**	**3.602.622,43**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**14.937.000**	**15.737.000**	**36.792.000**	**21.825.638,15**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**100.000**	**850.000**	**—**	**—**
700-739	**Investitionsausgaben für bauliche Zwecke**	**500.000**	**500.000**	**2.000.000**	**378.750,53**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
	Gesamtausgaben	**15.538.000**	**17.088.000**	**38.792.000**	**22.204.388,68**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-14.536.000**	**-16.086.000**	**-38.782.000**	**-18.601.766,25**

Aufwendungen der Bezirke
- Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die fachliche Zuständigkeit für das Kapitel obliegt der für den Einzelplan 08 zuständigen Verwaltung.

Das Kapitel enthält Ausgaben der Hauptverwaltung, die für die Kulturarbeit mit Schwerpunkten in den Bezirken zur Verfügung gestellt werden.

B. Gender Budgeting

Hierzu liegen keine Angaben vor.

Aufwendungen der Bezirke
- Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	**187**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**10.000**	**10.000**	**1.000**	**11.299,95**
		Gesamteinnahmen	**10.000**	**10.000**	**1.000**	**11.299,95**
		Prozentuale Veränderung	**900,0 %**	**—**		
		Ausgaben				
68119	**187**	**Förderung von Künstlern/ Künstlerinnen**	**173.000**	**173.000**	**173.000**	**152.487,61**

Honorare für Lesungen in Schulen und Bibliotheken. Seit 2012 werden die Mittel im Wege der auftragsweisen Bewirtschaftung durch die Bezirke vergeben.

68417	**187**	**Zuschüsse im Rahmen des Projektfonds Kulturelle Bildung**	**540.000**	**540.000**	**540.000**	**530.148,35**
		Verpflichtungsermächtigung	**180.000**	**180.000**		
		Davon fällig 2025	**180.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**180.000**		

in €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	180.000	0	0

Mit dem Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung (BPKB) werden seit 2008 Mittel für kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche bereitgestellt. Dieses Angebot setzt einen Teil des Rahmenkonzepts Kulturelle Bildung in Berlin des Senats um. Der BPKB fördert Projekte und Maßnahmen, die ausschließlich im Tandem von Partnern aus Kulturinstitutionen oder mit freien Kunstschaffenden einerseits und Kitas, Schulen, Horten und anderen Bildungseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen andererseits konzipiert und durchgeführt werden.

Die Mittel der Fördersäulen:
- 1 (Förderung innovativer, einmaliger Kooperationsprojekte),
- 1 / Modul 1plus (Förderung von Akteuren*innen, die in der Förderpraxis unterrepräsentiert sind),
- 2 (Förderung von Strukturen bildenden, längerfristig angelegten Projekten und Projektformaten von stadtweiter Bedeutung) und
- 2 / Modul 2plus (Förderung zum Anschub dauerhafter Partnerschaftsprogramme zur Implementierung Kultureller Bildung in Kultur-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen)

sind weiterhin bei 0810/68417 etatisiert.

Aus den hier veranschlagten Mitteln der Fördersäule 3 des BPKB werden kleinere und kurzfristig zu realisierende Projekte mit bezirklichen Akteuren*innen des Kultur- und Bildungsbereiches gefördert. Die Mittel werden im Wege der auftragsweisen Bewirtschaftung durch die Bezirke ausgereicht.

68620	**187**	**Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten in den Bezirken**	**1.311.000**	**1.311.000**	**1.311.000**	**1.273.675,73**

Das Programm des Landes Berlin zur kulturellen Infrastrukturerhaltung und -entwicklung in den Bezirken (Bezirkskulturfonds - BKF) wurde im Haushaltsjahr 2000 eingerichtet. Die Mittel dienen der anteiligen finanziellen Absicherung der Schaffung und Entwicklung eines lebendigen, hochwertigen und wohnortnahen Kulturangebots in allen Stadtteilen Berlins mit dem Ziel einer umfassenden kulturellen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen. Vom Ansatz entfallen jährlich je 150.000 € auf die Förderung bezirklicher kolonialhistorischer Projekte nebst Projekten der Provenienzforschung in Kulturerbe bewahrenden Einrichtungen der Bezirke (insbesondere Regionalmuseen) sowie auf die Förderung von Projekten im Bereich Darstellende Kunst. Über die Verwendung der Mittel wird dem Abgeordnetenhaus im Rahmen der Berichte über die aktuelle Situation der bezirklichen Kulturarbeit regelmäßig Bericht erstattet.

Aufwendungen der Bezirke
- Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68621	**187**	**Zuschüsse für bezirksübergreifende kulturelle Aktivitäten**	**921.000**	**935.000**	**896.000**	**884.090,53**

1.Gedenkort SA-Gefängnis-Papestraße

Für den Betrieb des Lern- und Gedenkortes SA-Gefängnis-Papestraße (ehemalige Haftkeller der SA-Feldpolizei) im Gebäude Werner-Voß-Damm 54a, das von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet wird, stellen die Kulturverwaltung 43 % (15.000 €) und das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg 57 % (20.000 €) der Mittel bereit.

2.Haus am Waldsee

Das Haus am Waldsee befindet sich seit 2004 in Trägerschaft des Haus am Waldsee e. V. Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf übernimmt teilweise die Personal- und Betriebskosten.
Das Haus am Waldsee ist ein Ort internationaler Gegenwartskunst in Berlin. Jährlich werden bis zu fünf Ausstellungen sowie begleitende Symposien, Künstler*ingespräche, Kunstworkshops für Erwachsene und Kinder, öffentliche Führungen und Konzerte in der Kunst veranstaltet.

3.Friedhof der Märzgefallenen

Der Friedhof der Märzgefallenen wurde eigens für die 255 Opfer der Barrikadenkämpfe der Berliner Märzrevolution von 1848 im Volkspark Friedrichshain errichtet. Der Friedhof ist ein authentischer Ort der Erinnerung an die erste Revolution in der deutschen Hauptstadt und zu den Freiheitsbewegungen von 1848.

4.Ausstellungsfonds für die Kommunalen Galerien der Berliner Bezirke

Der Ausstellungsfonds fördert qualitätsvolle Ausstellungen professioneller, zeitgenössischer bildender Kunst insbesondere von und mit in Berlin lebenden und arbeitenden Künstler*innen. Unterstützt wird zudem eine einmal jährlich stattfindende, gemeinsame Aktion der Kommunalen Galerien aller 12 Bezirke.

5.Förderverein Gutshaus Mahlsdorf e. V.

Der Förderverein Gutshaus Mahlsdorf e. V. ist ein gemeinnütziger Verein. Gefördert wird das im Gutshaus Mahlsdorf beheimatete Gründerzeitmuseum Charlotte von Mahlsdorf.

lfd. Nr.		Ansatz			IST
		2024	2025	2023	2022
		€	€	€	€
1	Gedenkort SA-Gefängnis-Papestraße	15.000	15.000	15.000	9.003,19
2	Haus am Waldsee	378.920	378.920	368.320	368.320
3	Friedhof der Märzgefallenen	100.000	100.000	100.000	100.000
4	Ausstellungsfonds für die Berliner Bezirke	350.000	350.000	350.000	344.307,34
5	Gründerzeitmuseum Charlotte von Mahlsdorf	62.460	62.460	62.460	62.460,00
6	Tarifpauschale	13.800	27.900		
	Summe	920.180	934.280	895.780	884.090,53
	rd.	**921.000**	**935.000**	**896.000**	

Zu 2. Mehr in 2024 und 2025 i. H. v. jeweils 10.600 € aus Umsetzung Tarifmittel 2023 aus Einzelplan 2910, Titel 68406 - Fortschreibung des Tarifbedarfs

Zu 6. Zunächst Berücksichtigung einer Tarifpauschale 2024 mit 13.800 € und 2025 mit 27.900 €, die nach Vorlage des Tarifabschlusses durch die zentrale Vorsorge im Einzelplan 29 verstärkt wird.

Gesamtausgaben	**2.945.000**	**2.959.000**	**2.920.000**	**2.840.402,22**
Prozentuale Veränderung	**0,9 %**	**0,5 %**		

Aufwendungen der Bezirke
- Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2708				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	10.000	10.000	1.000	11.299,95
		Gesamteinnahmen	10.000	10.000	1.000	11.299,95
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.945.000	2.959.000	2.920.000	2.840.402,22
		Gesamtausgaben	2.945.000	2.959.000	2.920.000	2.840.402,22
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-2.935.000	-2.949.000	-2.919.000	-2.829.102,27

Aufwendungen der Bezirke
- Wissenschaft, Gesundheit und Pflege -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die fachliche Zuständigkeit für das Kapitel obliegt der für den Einzelplan 09 zuständigen Verwaltung.

Das Kapitel enthält Ausgaben der Hauptverwaltung, die für Projekte und Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Anti-Gewalt-Arbeit im Bezirk Tempelhof-Schöneberg zur Verfügung gestellt werden.

B. Gender Budgeting

Die für Frauen zuständige Fachabteilung setzt ausschließlich frauenspezifische Maßnahmen um, die der Gewährung von Schutz und Unterstützung dienen.

Es ist keine Steuerung erforderlich.

Aufwendungen der Bezirke
- Wissenschaft, Gesundheit und Pflege -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
23190	**314**	**Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**		**—**	**—**	**—**	**13.211.585,79**
		Gesamteinnahmen		**—**	**—**	**—**	**13.211.585,79**
		Prozentuale Veränderung		**—**	**—**		
		Ausgaben				
42811	**314**	**Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten**		**—**	**—**	**1.000**	**18.669.952,19**
51168	**314**	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT**					
		Siehe Maßnahmegruppe 32					
89360 (neu)	**235**	**Investive Zuschüsse an stationär Pflegebedürftige**			**150.000**		

Aufwendungen der Bezirke
- Wissenschaft, Gesundheit und Pflege -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51168	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT	—	—	—	1.812.746,42 R 15.511.247,06
		Summe Maßnahmegruppe 32	—	—	—	1.812.746,42
		Gesamtausgaben	—	150.000	1.000	20.482.698,61
		Prozentuale Veränderung	-100,0 %	—		
		Abschluss Kapitel 2709				
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	13.211.585,79
		Gesamteinnahmen	—	—	—	13.211.585,79
411-462		Personalausgaben	—	—	1.000	18.669.952,19
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	1.812.746,42
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	—	150.000	—	—
		Gesamtausgaben	—	150.000	1.000	20.482.698,61
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	—	-150.000	-1.000	-7.271.112,82

Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Ausgaben für das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP), für Investitionsmaßnahmen, die nach Kap. 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Kap. 2 (KInvFG) gefördert werden, Ausgaben aus dem Flexibudget für präventive Angebote im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung (HzE) sowie Ausgaben für das Investitionsprogramm Ganztagsausbau.

Die Mittel des KSSP dienen der baulich-technischen Wiederherstellung und Modernisierung von Kita-Standorten, die ohne Erhaltungsmaßnahmen in ihrem Bestand bedroht sind und für die von Seiten der Bezirke ansonsten keine ausreichenden Sanierungsmittel zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sind die Mittel für die Instandsetzung von Spielanlagen vorgesehen, die besonders stark - insbesondere auch durch Kitas ohne eigene Freiflächen - frequentiert werden.

Mit Mitteln des KInvFG sind Investitionen für die Sanierung, den Umbau, die Erweiterung und bei Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit ausnahmsweise den Ersatzbau von Schulgebäuden zu 90% durch Bundemittel förderfähig. Diese Maßnahmen müssen bis zum 31.12.2025 abgeschlossen sein und können bis spätestens 31.12.2026 gegenüber dem Bund abgerechnet werden. In diesem Kapitel sind die Maßnahmen der Berliner Bezirke veranschlagt. Investitionsmaßnahmen, die durch private und auf gemeinnütziger Grundlage arbeitende Schulträger durchgeführt werden, sind im Kapitel 2920 veranschlagt.

Regelung zur Deckungsfähigkeit:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 7 und 8, mit Ausnahme der Ogr. 86, der Kapitel 1250, 2710 und 2712 sind untereinander deckungsfähig; die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

B. Gender Budgeting

Das Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP) entspricht der nicht veränderbaren Quotelung von Jungen und Mädchen auf den betreffenden Spielplätzen und in den Kitas.

Das Kommunalinvestitionsprogramm (KInvFG-geförderte Maßnahmen) entspricht der nicht veränderbaren Quotelung von Jungen und Mädchen an den betreffenden Schulen.

Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	**263**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**—**	**—**	**—**	**179.658,50**
11934	**270**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**—**	**—**	**—**	**29.897,00**
33401	**129**	**Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes**	**9.240.000**	**35.984.000**	**10.211.000**	**104.308,78**
		Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 88310 - 88322.				
		Gesamteinnahmen	**9.240.000**	**35.984.000**	**10.211.000**	**313.864,28**
		Prozentuale Veränderung	**-9,5 %**	**289,4 %**		
		Ausgaben				
51950	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP)**	**18.988.000**	**17.488.000**	**15.988.000**	**—**
		Übertragbarkeitsvermerk: Die Ausgaben sind übertragbar.				

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben der Titel 51950-51962 (KSSP) sind gegenseitig deckungsfähig.

Die veranschlagten Ausgaben sind in Höhe von mindestens 6.000.000 € in den Jahren 2022 und 2023 für die Sanierung von Spielplätzen zu verwenden (verbindliche Erläuterung).

Fortsetzung des Kita- und Spielplatzsanierungsprogramm (KSSP) sowie für die Installation von Sportgeräten im Ergebnis des Gipfels zur Prävention von Jugendgewalt.

Jeweils 1.000 € sind als Merkansätze bei den jeweiligen Bezirkstiteln für die Umsetzung des KSSP veranschlagt.

51951	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Mitte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.122.601,61**
		Erläuterung siehe Titel 51950				
51952	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.337.820,43**
		Erläuterung siehe Titel 51950				
51953	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Pankow**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.096.146,00**
		Erläuterung siehe Titel 51950				
51954	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.294.769,04**
		Erläuterung siehe Titel 51950				
51955	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Spandau**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.054.013,12**
		Erläuterung siehe Titel 51950				

Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
51956	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.207.943,65**

Erläuterung siehe Titel 51950

51957	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.346.602,72**

Erläuterung siehe Titel 51950

51958	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Neukölln**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**953.557,90**

Erläuterung siehe Titel 51950

51959	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Treptow-Köpenick**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.167.220,25**

Erläuterung siehe Titel 51950

51960	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**560.274,04**

Erläuterung siehe Titel 51950

51961	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Lichtenberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.313.764,89**

Erläuterung siehe Titel 51950

51962	**270**	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen - KSSP - für den Bezirk Reinickendorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.145.101,61**

Erläuterung siehe Titel 51950

67180	**113**	**Zuschüsse zur Beköstigung von Kindern, Schülerinnen und Schülern**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**—**

Ausgaben für das kostenbeteiligungsfreie Mittagessen an Schulen in freier Trägerschaft, die nicht Teil der freien Schulrahmenvereinbarung (frSchRV) sind. Dies betrifft 9 grundständige Gymnasien sowie 8 Schulen mit gebundenem Ganztagsbetrieb (GGB-Schulen) ohne Trägervertrag in den Bezirken Mitte, Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick und Reinickendorf.

68435	**265**	**Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe**	**13.643.000**	**13.106.000**	**8.200.000**	**5.993.076,35**

Teilansatz	Maßnahme	2024 €	2025 €	2023 €
1	Flexibudget - präventive Angebote im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung.	7.313.000	7.476.000	8.200.000
2	Prävention von Jugendgewalt	6.330.000	5.630.000	0
Summe		**13.643.000**	**13.106.000**	**8.200.000**

Zu 2. Maßnahmen aus dem Gipfel zur Prävention von Jugendgewalt: Erweiterung Rahmenprogramm Flexibudget für den Ausbau offener Familienwohnungen in Großraumsiedlungen und den Ausbau von Community-Working (positive Rollenmodelle) und Arbeit mit Eltern gewaltbereiter älterer Jugendlicher, Präventionsangebote in Gebieten der Gemeinschaftsinitiative sowie bessere Vernetzung zwischen Polizei und Jugendhilfe im Strafverfahren.

Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70200	**129**	**Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau**	**11.459.000**	**1.800.000**	**9.533.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Ergänzend zur Regelung der Deckungsfähigkeit in den allgemeinen Erläuterungen sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel 70200, 70232, 70233, 70235 und 70238 bis 70242 (SchulSP) gegenseitig deckungsfähig.
Der Titel enthält nach dem Auslaufen des Schulsanierungsprogramms nur noch die Bundes- und Landesmittel des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes Kap. 2 (s.a. Allgemeine Erläuterung des Kapitels). Die Einnahmen werden im Kapitel 2920 nachgewiesen.

70232	**129**	**Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.046.390,45**

Erläuterung siehe Titel 70200

70233	**129**	**Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau im Bezirk Pankow**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erläuterung siehe Titel 70200

70235	**129**	**Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau im Bezirk Spandau**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**5.500.794,14**

Erläuterung siehe Titel 70200

70238	**129**	**Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau im Bezirk Neukölln**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**5.923.631,63**

Erläuterung siehe Titel 70200

70239	**129**	**Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau im Bezirk Treptow-Köpenick**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**999.221,30**

Erläuterung siehe Titel 70200

70240	**129**	**Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau im Bezirk Marzahn-Hellersdorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**3.597.910,90**

Erläuterung siehe Titel 70200

70241	**129**	**Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau im Bezirk Lichtenberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erläuterung siehe Titel 70200

70242	**129**	**Kommunalinvestitionsprogramm II, Schulbau im Bezirk Reinickendorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**2.832.858,98**

Erläuterung siehe Titel 70200

Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
88310	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern**	**13.188.000**	**51.393.000**	**14.576.000**	**—**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 56.965.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**91.098.000**	**70.153.000**		
		Davon fällig 2025	**51.393.000**			
		Davon fällig 2026	**25.539.000**	**35.084.000**		
		Davon fällig 2027	**14.166.000**	**35.069.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bei Kapitel 1010, Titel 89361, Kapitel 1024, Titel 81210, 89140 und 89150 und Kapitel 2710, Titel 88310 - 88322 sind gegenseitig deckungsfähig (Investitionsprogramm Ganztagsausbau).

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33401 und Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	9.158.000	0	0

Im Rahmen des Investitionsprogramms zum „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ (Investitionsprogramm Ganztagsausbau) auf Grundlage des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) und des Ganztagsfinanzhilfegesetzes (GaFinHG) stehen dem Land Berlin Finanzhilfen des Bundes für Investitionen in den quantitativen und qualitativen investiven Ausbau ganztägiger Bildung- und Betreuungsangebote für Grundschulkinder zur Verfügung. Der Bundesanteil an den finanzierten Maßnahmen beträgt höchstens 70 %.

Für den erforderlichen Kofinanzierungsanteil des Landes Berlin werden dem Innovationsförderfonds bisher nicht fest gebundene Mittel entnommen. Die Ausgabemittel für IFF-Projekte sind gesperrt. Die Aufhebung der Sperre ist bei der Senatsverwaltung für Finanzen zu beantragen.

88311	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Mitte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**612.940,21**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterungen siehe Titel 88310

Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
88312	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.605,31**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
88313	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Pankow**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**24.282,51**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
88314	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**792.050,31**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
88315	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Spandau**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**4.120,33**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

88316	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**7.188,39**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

88317	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**8.475,39**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
88318	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Neukölln**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
88319	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Treptow-Köpenick**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**99.532,08**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
88320	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**619,34**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

Aufwendungen der Bezirke
- Bildung, Jugend und Familie -

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
88321	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Lichtenberg**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**66.566,96**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

88322	**129**	**Investitionsmaßnahmen zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern für den Bezirk Reinickendorf**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**22.635,54**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000**	**1.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

	für 2024 €	für 2025 €	ab 2026 €
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000	0	0

Erläuterung siehe Titel 88310

	Gesamtausgaben	**58.310.000**	**84.819.000**	**49.329.000**	**43.136.715,38**
	Prozentuale Veränderung	**18,2 %**	**45,5 %**		

Abschluss Kapitel 2710

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**—**	**—**	**—**	**209.555,50**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**9.240.000**	**35.984.000**	**10.211.000**	**104.308,78**
	Gesamteinnahmen	**9.240.000**	**35.984.000**	**10.211.000**	**313.864,28**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**19.000.000**	**17.500.000**	**16.000.000**	**15.599.815,26**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**14.643.000**	**14.106.000**	**9.200.000**	**5.993.076,35**
700-739	**Investitionsausgaben für bauliche Zwecke**	**11.467.000**	**1.808.000**	**9.541.000**	**19.900.807,40**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**13.200.000**	**51.405.000**	**14.588.000**	**1.643.016,37**
	Gesamtausgaben	**58.310.000**	**84.819.000**	**49.329.000**	**43.136.715,38**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-49.070.000**	**-48.835.000**	**-39.118.000**	**-42.822.851,10**

Aufwendungen der Bezirke
- Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält Ausgaben der Hauptverwaltung, die für den Bereich Soziales sowie für den Bereich Gleichstellung in den Bezirken zur Verfügung gestellt werden.

Aufwendungen der Bezirke
- Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11921	**290**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**50.000**	**50.000**	**1.000**	**89.392,59**
27102 (neu)	**290**	**Ersatz von Ausgaben durch die EU**	**22.000**	**22.000**		**22.000,00**

Die Einnahmen wurden bis zum Haushaltsjahr 2024 im Titel 1171/27102 nachgewiesen.

Erstattungen der EU aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) für Ausgaben, die in den Bezirken angefallen sind. Die Einnahmen sind abhängig von der Prüfung der EU-Mittel und Weitergabe durch IOM. Die Höhe der Einnahmen ist schwer kalkulierbar, da nicht bekannt ist, wann Rückzahlungen der Raten für vergangene Haushaltsjahre erfolgen werden.

Gesamteinnahmen	**72.000**	**72.000**	**1.000**	**111.392,59**
Prozentuale Veränderung	**7 100,0 %**	**—**		
	Ausgaben			
54010	**290**	**Dienstleistungen**	**50.000**	**50.000**	**1.350.000**	**83.551,85**

Wurde bislang bei 2709/54010 nachgewiesen.

Maßnahmen aus dem Handlungskonzept des Runden Tisches Sexarbeit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeitenden, hier insbesondere Ersetzen der Verrichtungsboxen durch feste, sichere Sanitäranlagen im Kurfürstenkiez (Straßenstrich).

68404 (neu)	**235**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen der Berliner Kältehilfe**	**6.000.000**	**6.600.000**		

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind in Höhe von 1.323.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind in Höhe von 1.323.000,0 EUR gesperrt.

In 2024 sind Mittel in Höhe von 1.323.000 Euro bis zur Vorlage eines abgestimmten Kältehilfekonzeptes gesperrt.

In 2025 sind Mittel in Höhe von 1.323.000 Euro bis zur Vorlage eines abgestimmten Kältehilfekonzeptes gesperrt.

Die niedrigschwellige Notversorgung im Rahmen der Kältehilfe hat primär die Funktion, akute Folgen von Wohnungslosigkeit abzufedern und den Erfrierungstod zu verhindern. Sie bietet einen ersten Zugang zum Hilfesystem für obdachlose Menschen, die mit dem bisherigen Angebot ansonsten nicht erreicht werden. Im Sinne des Berliner Masterplans soll die Berliner Kältehilfe stärker als bisher zu einem Startpunkt für einen Weg in eine eigene Wohnung werden und das niedrigschwellige Unterbringungs- und Notversorgungssystem dahingehend weiterentwickelt werden.

Im Rahmen des Kältehilfegipfels wurde zwischen der Landesebene und den Bezirken eine gemeinsame Verantwortung für die Schaffung saisonaler Notübernachtungen im Rahmen der Kältehilfe vereinbart, flankiert von einer stärkeren zentralen Steuerung der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung. Dies wird seit dem 1. Januar 2023 umgesetzt.

Aufwendungen der Bezirke
- Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68406	**290**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**2.402.000**	**2.450.000**	**6.158.000**	**4.514.596,72**

Wurde bislang bei 2709/68406 nachgewiesen.

	2024	2025
1. Allgemeine unabhängige Sozialberatung in den Bezirken inkl. Schwerpunkt Beratung zur Altersarmutsprävention (2023: 1.358.000 €)	2.152.000 €	2.200.000 €
2. Maßnahmen aus dem Handlungskonzept des Runden Tisches Sexarbeit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeitenden (Projektförderungen)	250.000 €	250.000 €
	2.402.000 €	**2.450.000 €**

Die Mittel zu Nr. 2 wurden bislang bei 2709/68406 nachgewiesen.

Die bisherigen Erläuterungsnummern 3. „Quarantäneeinrichtungen“, 4. „Verstärkung des Integrationsfonds (Nachbarschaftsprogramme)“ und 5. „Mittel für ein Programm zur finanziellen Unterstützung lokaler Initiativen und Organisationen von Menschen mit Migrationsgeschichte“ entfallen. Die Mittel zur Verstärkung des Integrationsfonds (Nachbarschaftsprogramme) wurden einmalig in 2022/2023 in diesem Titel veranschlagt.

	Gesamtausgaben	**8.452.000**	**9.100.000**	**7.508.000**	**4.598.148,57**
	Prozentuale Veränderung	**12,6 %**	**7,7 %**		

Abschluss Kapitel 2711

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**50.000**	**50.000**	**1.000**	**89.392,59**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**22.000**	**22.000**	**—**	**22.000,00**
	Gesamteinnahmen	**72.000**	**72.000**	**1.000**	**111.392,59**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**50.000**	**50.000**	**1.350.000**	**83.551,85**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**8.402.000**	**9.050.000**	**6.158.000**	**4.514.596,72**
	Gesamtausgaben	**8.452.000**	**9.100.000**	**7.508.000**	**4.598.148,57**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-8.380.000**	**-9.028.000**	**-7.507.000**	**-4.486.755,98**

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bezüglich des Neubaus von Schulen und Schulsporthallen für die Bezirke und für die Umgestaltung von Stadtplätzen nachgewiesen.

B. Haushaltsvermerke

Deckungsvermerk:

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 7 und 8, mit Ausnahme der Ogr. 86, der Kapitel 1250, 2710 und 2712 sind untereinander deckungsfähig; die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs.1 LHO.

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
26109	**129**	**Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**147.805,68**

Ersatz der in vergangenen Haushaltsjahren aus dem Titel 54040 verausgabten Bauvorbereitungsmittel für Baumaßnahmen im Bereich Hochbau, für die im laufenden Haushaltsjahr erstmalig Baumittel bereitstehen.

34290	**129**	**Sonstige zweckgebundene Einnahmen für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**12.843.723,00**

Finanzierungsbeiträge privater Investoren im Zusammenhang mit Schulbaumaßnahmen der SenSBW aufgrund städtebaulicher Verträge. Zeitpunkt und Höhe sind abhängig von den jeweiligen, insbesondere durch die Bezirke zu schließenden städtebaulichen Verträgen.

		Gesamteinnahmen	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**12.991.528,68**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
54010	**129**	**Dienstleistungen**	**350.000**	**350.000**	**500.000**	**210.357,57**
		Verpflichtungsermächtigung	**350.000**	**350.000**		
		Davon fällig 2025	**350.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**350.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *	500.000	0	0

*Die Verpflichtungsermächtigung 2023 werden nur bis zu einer Höhe von 350.000 € in Anspruch genommen.

Unterstützung durch Externe bei der Leistungserfüllung, insbesondere im Rahmen des Modellvorhabens zur Beschleunigung von Schulbaumaßnahmen und des Neubaus von Schulsporthallen.

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
54040	**129**	**Bauvorbereitungsmittel**	**4.000.000**	**4.000.000**	**6.000.000**	**2.286.698,75**
		Verpflichtungsermächtigung	**4.000.000**	**4.000.000**		
		Davon fällig 2025	**4.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**4.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels 54040 sind gegenüber den Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppe 7 und der Ogr. 89 der Kapitel 1250 und 2712 deckungsberechtigt; die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels 54040 der Kapitel 1250 und 2712 sind untereinander deckungsfähig; die Ausgaben unterliegen außerdem der Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 1 LHO.

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023 *	8.000.000	2.000.000	0

*Die Verpflichtungsermächtigungen 2023 zu Lasten 2024 werden nur bis zu einer Höhe von 4.000.000 € in Anspruch genommen.

Ausgaben zur Vorbereitung von Baumaßnahmen, für die Bauplanungsunterlagen aufgestellt werden dürfen und für die Baumittel im laufenden Haushaltsjahr nicht bereitstehen.
Aus dem Titel können auch Ausgaben zur Erstellung der Bedarfsprogramme geleistet werden.

Zu den vorbereitenden Maßnahmen gehören insbesondere
- die Heranziehung freischaffender Architekten und Ingenieure,
- die Durchführung von Wettbewerben,
- die Durchführung von Baugrunduntersuchungen,
- die Zahlung von Räumungsentschädigungen sowie
- der Erwerb und die Abräumung von Grundstücken.

Die für die einzelnen Baumaßnahmen tatsächlich verauslagten Bauvorbereitungsmittel sind aus den entsprechenden Baumittelansätzen an den Titel 26109 zu erstatten, sobald die Baumittel verfügbar sind.

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70100	**129**	**Neue Schulen Programm**	**366.000.000**	**235.000.000**	**200.000.000**	**120.756.097,75**

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 38.000.000,0 EUR gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

Verpflichtungsermächtigung	**78.000.000**	**11.000.000**
Davon fällig 2025	**61.000.000**	
Davon fällig 2026	**14.000.000**	**11.000.000**
Davon fällig 2027	**2.000.000**	**—**
Davon fällig 2028	**1.000.000**	**—**

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	152.600.000	198.000.000	182.000.000

Aufgrund der Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler besteht ein weiterhin hoher Bedarf an Schulkapazitäten.

Für die 3 zügige Grundschule liegen geprüfte EVU vom 2.Juni 2020 vor.
Für die 4 zügige Grundschule liegen geprüfte EVU vom 18.März 2020 vor.

Planungsunterlagen werden nach der endgültigen Entscheidung über die jeweils in Betracht kommenden Standorte aufgestellt.

Folgende Maßnahmen sind geplant bzw. im Bau:

Bezirk	Maßnahme	Geschätzte Gesamtkosten in T€
Mi	01Gn01, Grundschule Adalbertstraße: Neubau 4-züg. Grundschule mit Sporthalle; 10179, Adalbertstr. 53 Geprüfte Erweiterte Vorplanungsunterlagen für den Typen (Typen-EVU) liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 11.März 2021 über 46.405 T€ liegt vor.	63.400
Mi	01Gn08, Grundschule Reinickendorfer Straße: Neubau 4-züg. Grundschule mit Sporthalle; 13405, Reinickendorfer Str. 60/61 Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 30. November 2018 über 40.756 T€ liegt vor.	75.300
FrKr	02K04, Lina-Morgenstern-Schule: Abriss ehem.Lenau-Grundschule, Ersatzneubau (4-züg) und Neubau Sporthalle; 10961, Nostizstr. 60 Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 28. November über 47.100 T€ liegt vor. Geprüfte Typen-EVU liegt vor.	69.100
FrKr	02Y03, Heinrich-Hertz-Gymnasium: Neubau einer Sporthalle mit 6 Hallenteilen (auch für weitere Schulen); 10243, Fredersdorfer Straße 28, Geprüfte Erweiterte Vorplanungsunterlagen für den Typen (Typen-EVU) liegt vor, Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 01.03.2021 (mit Bedarfsänderung von 9 auf 6 HT vom 18.01.2022) über 30.230 T€ liegt vor.	32.000
Pa	03G48, Grundschule Conrad-Blenkle-Straße: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 10407, Conrad-Blenkle-Str. 20 Geprüfte Standort-EVU vom 25.04.2022 über 50.330 T€ liegt vor.	46.400
Pa	03Gn03, Grundschule Heinersdorfer Straße: Neubau 4-züg. Grundschule mit Sporthalle und Großspielfeld; 13129, Heinersdorfer Str. 22 Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 17. Dezember 2020 über 46.405 T€ liegt vor. Geprüfte Typen-EVU liegt vor.	67.000

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Bezirk	Maßnahme	Geschätzte Gesamtkosten in T€
Pa	03G50, Grundschule Karower Chaussee: Neubau 4-züg. Grundschule mit Sporthalle; 13125, Karower Chaussee 97 Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Geprüfte Standort-EVU vom 28.02.2022 über 56.953 T€ liegt vor	50.700
Pa	03G49, Grundschule Rennbahnstraße: Neubau 4-züg. Grundschule mit Sporthalle; 13086, Rennbahnstr. 45 Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Geprüfte Standort-EVU vom 21. Oktober 2022 über 67.430 T€ liegt vor.	67.430
Pa	03G21, Grundschule unter den Bäumen: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 13129, Alt-Blankenburg 26 Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 3.Dezember 2018 über 32.283 T€ liegt vor.	49.400
Sp	05Gn04, Grundschule Wiesen- / Weidenweg: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 13591, Wiesen-/ Weidenweg Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 18.November 2020 über 35.300 T€ liegt vor.	48.500
Sp	05Gn06, Grundschule am Fehrbelliner Tor: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 13585, Hohenzollernring 64 Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 22. Februar 2021 über 35.785 T€ liegt vor.	48.700
StZe	06Gn01, Grundschule Lichterfelde: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 12207, Lichterfelde Süd Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 31.05.2022 über 40.100 T€ liegt vor.	47.800
Nk	08Gn01, Grundschule Koppelweg: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 12347, Koppelweg 32, 38, 50-54 Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 13. September 2018 über 30.100 T€ liegt vor.	69.800
TrKö	09Gn04, Grundschule Güterbahnhof Köpenick Nord: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 12555, Güterbahnhof Nord Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 28.10.2021 über 44.860 T€ liegt vor.	44.860
MaHe	10Gn01, Grundschule Elsenstraße: Neubau 4-züg. Grundschule mit Sporthalle; 12623, Elsenstr. 7-9 Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 31. März 2020 über 50.040 T€ liegt vor.	73.900
MaHe	10Gn03, Grundschule Naumburger Ring: Neubau 4-züg. Grundschule mit Sporthalle; 12627, Naumburger Ring 1, 3, 5 / Weißenfelser Str. Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 5.November 2018 über 35.900 T€ liegt vor.	53.100
Li	11Gn01, Grundschule Blockdammweg: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 10318, Blockdammweg 60-64 / Ehrlichstr. 79 Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 14. Oktober 2020 über 32.978 T€ liegt vor. Geprüfte Typen-EVU liegt vor.	45.300
Li	11Gn02, Grundschule Hauptstraße: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 10315, Hauptstr. 9 Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 19. Mai 2020 über 34.690 T€ liegt vor.	49.000
Li	11Gn04, Grundschule Schleizer Straße: Neubau 3-züg. Grundschule mit Sporthalle; 13055, Schleizer Straße 67 Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 17. August 2018 über 32.000 T€ liegt vor. Geprüfte Typen-EVU liegt vor.	46.400
Rd	12Gn06, Grundschule Rue Racine : Neubau 4-züg. Grundschule mit Sporthalle; 13469, Rue Racine 7, Avenue Charles de Gaulle 35, 35 A, Geprüfte Typen-EVU liegt vor. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 10.Dezember 2021 über 52.360 T€ liegt vor.	65.600

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Für den Neubau einer Schule wird von einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren ausgegangen.

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70101	**129**	**Schulsporthallen Neubau- Programm**	**50.000.000**	**30.000.000**	**15.000.000**	**28.529.325,14**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 20.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 20.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**30.000.000**	**30.000.000**		
		Davon fällig 2025	**20.000.000**			
		Davon fällig 2026	**10.000.000**	**20.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**10.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	30.000.000	30.000.000	25.000.000

Aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen wurde bereits eine Vielzahl von Schulerweiterungsbauten (MEB) in den Bezirken realisiert. Analog hierzu ist auch der Bedarf an gedeckten Sportflächen zu ergänzen.

Grundlage für die weiteren standortbezogenen Planungen ist ein Typenentwurf.

Für die Typensporthalle mit Dreifachteilung mit Galerie für 60 Personen (TSH 60) liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12. März 2018 über 6.105.000 € vor, die erforderlich gewordenen Ergänzungsunterlagen vom 10.04.2019 schlossen mit Gesamtkosten über 9.000.000 € ab.

Für die Typensporthalle mit Dreifachteilung mit Tribüne für 199 Personen (TSH 199) liegen geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12. Juli 2018 über 7.010.000 € vor, die erforderlich gewordenen Ergänzungsunterlagen vom 10.04.2019 schlossen mit Gesamtkosten über 9.800.000 € ab.

Für eine weitere (kompakte Bauweise) Typensporthalle mit Dreifachteilung mit Galerie für 60 Personen (TSH – kompakt) liegen geprüfte erweiterte Vorplanungsunterlagen (EVU) vom 20. Dezember 2019 über 10.229.000 € vor.

Folgende Maßnahmen sind geplant oder im Bau:

Bezirk	Bezeichnung	Geschätzte Gesamtkosten in T€
Pa	03G38, Grundschule im Blumenviertel: Neubau Sporthalle; 10407, Syringenplatz 30 Geprüfte EVU vom 07.03.2023 über 9.350 T€ liegen vor.	9.350
Pa	03G43, Grundschule Wilhelmsruh: Neubau Sporthalle; 13158, Lessingstr. 44	10.500
TeSch	07G06, Sternberg-Grundschule: Neubau einer Sporthalle; 12159; Otzenstr. 16/17	10.500
TeSch	07K04, Theodor-Haubach-Schule: Neubau Sporthalle; 12305, Lutherstr. 18	10.500
TrKö	09G03, Schule am Heidekampgraben: Neubau Sporthalle; 12437, Hänselstr. 14 Geprüfte EVU vom 19.Oktober 2020 über 10.265 T€ liegen vor. Sporthalle wurde im Januar 2023 übergeben.	10.265
TrKö	09G14, Schule am Buntzelberg: Neubau Sporthalle; 12526, Schulzendorfer Str. 112 Geprüfte EVU vom 08.Juni 2022 über 8.500 T€ liegen vor.	9.500
MaHe	10G04, Falken Grundschule/10G34 Schule Am Grünen Stadtrand: Neubau Sporthalle; 12689, Dessauer Straße 8 Geprüfte EVU vom 04.05.2023 über 10.250 T€ liegen vor.	10.250
MaHe	10G14, Grundschule unter dem Regenbogen: Neubau Sporthalle; 12681, Marzahner Chaussee 165 Geprüfte EVU vom 07.03.2023 über 8.100 T€ liegen vor.	9.100
MaHe	10G31, Franz-Carl-Achard-Grundschule: Neubau Sporthalle; 12621, Adolfstr. 25 Geprüfte EVU vom 17.Dezember 2020 über 11.202 T€ liegen vor. Sporthalle wurde im Januar 2023 übergeben.	11.202

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022

Bezirk	Bezeichnung	Geschätzte Gesamtkosten in T€
MaHe	10G33, Ulmen Grundschule: Neubau Sporthalle; 12621, Ulmenstr .79/ 85 Geprüfte EVU vom 05.April 2022 über 7.600 T€ liegen vor.	8.655
MaHe	10Y01, Tagore-Gymnasium: Neubau Sporthalle; 12679, Landsberger Allee 467 Geprüfte EVU vom 29.November 2022 über 8.250 T€ liegen vor.	9.050
MaHe	10Y02, Otto-Nagel-Gymnasium: Neubau Sporthalle; 12683, Waldbacher Weg 54 Geprüfte EVU vom 21.April 2022 über 7.850 T€ liegen vor.	8.850
Li	11G05, Schule auf dem lichten Berg: Neubau Sporthalle; 10365, Atzpodienstr. 19 Geprüfte EVU vom 13.November 2022 über 10.260 T€ liegen vor.	13.260
Li	11K10, Grüner Campus Malchow: Neubau Sporthalle; 13051, Malchower Chaussee 2 Geprüfte EVU vom 17. Dezember 2020 über 11.210 T€ liegen vor.	11.210
Rd	12G15, Hoffmann-von-Fallersleben-Grundschule: Neubau Sporthalle; 13509, Ziekowstr. 80-88	10.500
Rd	12G26, Märkische Grundschule: Neubau Sporthalle; 13439, Dannenwalder Weg 163-165 Geprüfte EVU vom 6.Oktober 2021 über 7.450 T€ liegen vor.	8.450

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Für den Neubau einer Sporthalle wird von einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren ausgegangen.

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70102	**129**	**Schulen, Typenentwurf und Standortplanung MEB**	**10.000**	**5.000**	**1.000**	**1.173.018,16**
		Verpflichtungsermächtigung	**5.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**5.000**			

Aufgrund der Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler besteht ein weiterhin hoher Bedarf an Schulkapazitäten. Zur Beschleunigung der Planungs- und Bauprozesse sollen Baumaßnahmen durch standardisierte modulare Bauformen realisiert werden.

Grundlage für die weiteren standortbezogenen Planungen ist ein Typenentwurf (vgl. HA – Sitzung am 27.Mai 2020- Rote Nummer 1401 D und am 28.Oktober 2020 –Rote Nummer 3186).

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70103	**129**	**Sporthallen, Typenentwurf**	**—**	**—**	**100.000**	**2.814,51**

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70104	**129**	**Errichtung von Schulergänzungs-bauten in Modulbauweise (MEB)**	**137.500.000**	**80.000.000**	**70.000.000**	**96.883.309,62**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000.000**	**80.000.000**		
		Davon fällig 2025	**70.000.000**			
		Davon fällig 2026	**30.000.000**	**50.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**30.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	70.000.000	10.000.000	0

Aufgrund der Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler besteht ein weiterhin hoher Bedarf an kurzfristig realisierbaren MEB.

Standortspezifische Bauplanungsunterlagen liegen vor bzw. werden aufgestellt.

Folgende Modularen Ergänzungsbauten (MEB) sind geplant:

Bezirk	Bezeichnung	Geschätzte Gesamtkosten in T€
Mi	01G38, Gustav-Falke-Grundschule: Errichtung eines MEB; 13355, Strelitzer Str. 42	13.000
Mi	01S07, Charlotte-Pfeffer-Schule: Errichtung MEB GE mit Mensa; 10178, Berolinastr. 8 Geprüfte EVU vom 12.Juli 2021 über 7.350 T€ liegen vor.	7.350
Pa	03G41, Trelleborg-Schule: Errichtung eines MEB; 13189, Eschengraben 40	7.700
Pa	03K05, Heinz-Brandt-Schule: Errichtung eines MEB; 13086, Langhansstr. 120	7.700
ChWi	04G11, Helmuth-James-von-Moltke-Grundschule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 13627, Heckerdamm 221	9.700
ChWi	04G22, Grunewald-Grundschule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 14193, Delbrückstr. 20a	9.700
ChWi	04G24, Carl-Orff-Grundschule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 14199, Berkaer Str. 9-10 Es liegen geprüfte EVU und EU vom 23. Mai 2022 über insgesamt 9.892.000 € vor. Der MEB wurde im Januar 2023 übergeben.	9.892
Sp	05G01, Ernst-Ludwig-Heim-Grundschule, Errichtung eines MEB mit Mensa; 13597, Grundwaldstr. 8	9.700
Sp	05G17, Astrid-Lindgren-Grundschule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 13591, Südekumzeile 5 Es liegen geprüfte EVU vom 10.05.2023 über 10.090.000 € vor.	10.090
Sp	05S03, Schule am Gartenfeld: Errichtung eines MEB mit Mensa, 13581, Seeckstr.2	7.000
StZe	06G20, Alt-Lankwitzer-Grundschule: Errichtung eines MEB GE mit Mensa; 12247, Schulstr. 17-21 Geprüfte EVU vom 7. August 2020 über 8.749 T€ liegen vor. Standort ist fertiggestellt und übergeben.	8.749

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Bezirk	Bezeichnung	Geschätzte Gesamtkosten in T€
TeSch	07G23, Schätzelberg-Grundschule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12109, Wolfsburger Weg 13-19	9.700
TeSch	07K04, Theodor-Haubach-Schule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12305, Grimmstr. 9-11 Geprüfte EVU und EU vom 23. Mai 2022 über insgesamt 9.561 T€ liegen vor. Standort ist fertiggestellt und übergeben.	9.561
Nk	08G11, Schliemann-Grundschule: Errichtung eines MEB; 12355, Groß-Ziethener-Chaussee 81 Geprüfte EVU vom 13.01.2023 über 9.941 T€ liegen vor.	9.941
Nk	08G15, Hermann-Sander-Grundschule: Errichtung eines MEB; 12051, Mariendorfer Weg 69	7.700
Nk	08G26, Christoph-Ruden-Schule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12349, An den Achterhöfen 13 Geprüfte EVU und EU vom 23. Mai 2022 über insgesamt 9.629.000 € liegen vor. Standort ist fertiggestellt und übergeben.	9.629
Nk	08G27, Oskar-Heinroth-Schule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12359, Rohrommelweg 1 Geprüfte EVU vom 13.01.2023 über 10.561 T€ liegen vor.	10.561
Nk	08G30, Schule am Sandsteinweg: Errichtung MEB; 12349, Hornblendeweg 2,	13.000
Nk	08S08, Schilling-Schule: Errichtung MEB GE mit Mensa (2 von 2); 12349, Fritz-Reuter-Allee 138 Ein erster MEB an diesem Standort wurde 2022 übergeben. Geprüfte EVU über 6.720 T€ liegen vor. Ergänzungsunterlagen sind in Vorbereitung.	8.000
Nk	08Y03, Albert-Einstein-Schule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12359, Parchimer Allee 109	9.700
TrKö	09G01, Bouché-Schule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12435, Bouchéstraße 5 Geprüfte EVU vom 13.01.2023 über 9.979 T€ liegen vor.	9.979
TrKö	09G18, Schule in der Köllnischen Vorstadt: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12557, Rudower Str. 201 Geprüfte EVU vom 07.04.2022 über 12.760 T€ liegen vor.	12.760
TrKö	09G20, Müggelheimer Grundschule: Errichtung eines MEB; 12559, Odernheimer Straße 28 Geprüfte EVU vom 22. September 2021 über 5.570 T€ und eine geprüfte EU über insgesamt 7.692 T€ liegen vor.	7.692
TrKö	09G24, Müggelsee-Schule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12587, Aßmannstr. 63 Geprüfte EVU vom 26. Juni 2021 über 8.174 T€ liegen vor. Standort ist fertiggestellt und übergeben.	8.174
MaHe	10G08, Wilhelm-Busch-Grundschule: Errichtung MEB GE; 12689, Parsteiner Ring 44 Geprüfte EVU vom 21.12.2021 über 6.940 T€ liegen vor. Ergänzungsunterlagen sind in Vorbereitung.	6.940
MaHe	10Gn06, Grundschule Marzahner Chaussee: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12681, Marzahner Chaussee 165 Geprüfte EVU vom 13.09.2022 über 13.965 liegen vor.	13.965
MaHe	10Gn09, Grundschule Klingenthaler Str.: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12619, Klingenthaler Str. 12	13.000
MaHe	10G11 Grundschule an der Mühle: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12685, Kienbergstr. 59 Geprüfte EVU vom 28.09.2022 über 10.625 T€ liegen vor.	10.625
MaHe	10G17, Beatrix-Potter-Grundschule: Errichtung eines MEB;12629, Ludwigfelder Str.7,	7.700
MaHe	10K02, Ernst-Haeckel Schule: Errichtung eines MEB; 12629, Luckenwalder Str. 53 Geprüfte EVU vom 27.05.2022 über 9.884 T€ liegen vor. Standort ist fertiggestellt und übergeben.	9.884
MaHe	10K03, Kerschensteiner-Schule: Errichtung eines MEB; 12689, Golliner Str. 2	9.700
MaHe	10K07, Caspar-David-Friedrich-Schule: Errichtung eines MEB; 12629, Alte Hellersdorfer Str. 7	9.700

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Bezirk	Bezeichnung	Geschätzte Gesamtkosten in T€
MaHe	10K08, Johann-Julius-Hecker-Grundschule: Errichtung eines MEB; 12689, Hohenwalder Str. 2 Geprüfte EVU vom 23.03.2023 über 9.400 T€ liegen vor	9.400
MaHe	10S08, Schule am Mummelsoll: Errichtung eines MEB GE mit Mensa; 12627, Eilenburger Str. 4 Geprüfte EVU vom 21. Januar 2021 über 6.985 T€ liegen vor. Standort ist fertiggestellt und übergeben.	6.985
MaHe	10Y01, Tagore Gymnasium: Errichtung eines MEB mit Mensa; 12679, Landsberger Allee 467 C Geprüfte EVU vom 22. Dezember 2022 über 14.490 T€ liegen vor.	14.490
Li	11G19, Obersee-Schule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 13053, Roedern-straße 69-72	9.700
Li	11G23, Friedrichsfelder Schule: Errichtung MEB 22 mit Mensa; 10315, Rummelsburger Str. 21	13.000
Li	11K10, Grüner Campus Malchow: Errichtung eines MEB mit Mensa; 13051, Doberaner Str. 55, Geprüfte EVU vom 17.Mai 2022 über 13.060 T€ liegen vor.	13.060
Li	11S05, Schule am Grünen Grund: Errichtung eines MEB GE mit Mensa; 10365, Herzbergstr. 79	7.000
Li	11Y09, Barnim-Gymnasium: Errichtung eines MEB mit Mensa; 13057, Ahrensfelder Chaussee 41 Geprüfte EVU vom 26. Januar 2022 über 12.730 T€ liegen vor.	12.730
Rd	12G15, Hoffmann-von-Fallersleben-Grundschule: Errichtung eins MEB 16 mit Mensa; 13509, Ziekowstr. 80-88 Geprüfte EVU vom 28. Juni 2021 über 8.594 T€ liegen vor. Standort ist fertiggestellt und übergeben.	8.594
Rd	12K03, Max-Beckmann-Schule: Errichtung eines MEB mit Mensa; 13403, Auguste-Viktoria- Allee 37 Geprüfte EVU vom 28.09.2022 über 10.126.000 € liegen vor.	10.126

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Für den Modularen Ergänzungsbau einer Schule wird von einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren ausgegangen.

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70105	**129**	**Neue Holzmodulschulen Programm**	**50.000.000**	**150.000.000**	**52.100.000**	**317.457,01**
		Verpflichtungsermächtigung	**250.000.000**	**70.000.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000.000**			
		Davon fällig 2026	**100.000.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**—**	**70.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	48.300.000	0	0

Errichtung von vier Holz-Compartmentschulen sowie bei Bedarf bis zu drei weitere Holz-Compartmentschulen im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive (BSO). Die Holz-Compartmentschulen gehören zu der BSO-Tranche Va. Eine weitere Holz-Compartmentschule ist im SIWA (Kapitel 9810, Titel 75001) etatisiert.

Geprüfte Bedarfsunterlagen (BU) vom 27. Juli 2020 liegen vor. Des Weiteren liegen geprüfte Typen-erweiterte Vorplanungsunterlagen (Typen-EVU) vom 31. Oktober 2022 für die Typenentwürfe Integrierte Sekundarschule, Grundschule und Sporthalle vor. Die genehmigten Typen-EVU weisen nur die Kosten der Gebäude ohne standortabhängige Kosten für die Freimachung, die Erschließung und die Herstellung der Freianlagen aus. Zur Ermittlung der hier angegebenen Gesamtbaukosten wurde die bewilligte Summe des jeweiligen Schultyps mit Sporthalle um die geschätzten standortspezifischen Kosten sowie die Honorare der Planungsbüros ergänzt.

Es werden Rahmenverträge zur Errichtung von mindestens fünf und höchstens zehn Holz-Compartmentschulen geschlossen.

Folgende Baumaßnahmen sind geplant:

Bezirk	Name Maßnahme	Geschätzte Gesamtkosten in T€
1.	**Mindestabnahmemenge gem. Generalunternehmervertrag**	
TrKö	09Kn06, Integrierte Sekundarschule Kalker Straße: Neubau einer ISS mit Sporthalle; 12524, Kalker Straße / Chorweilerstraße	62.000
MaHe	10Gn05, Grundschule Bruno-Baum-Straße: Neubau einer Grundschule mit Sporthalle und Außenanlagen; 12685, Bruno-Baum-Str.	41.000
MaHe	10Gn10, Grundschule Haltoner Straße: Neubau Grundschule mit Sporthalle; 12683, Haltoner Straße 22	41.000
Lich	11Kn12, Integrierte Sekundarschule Römerweg: Neubau einer ISS mit Sporthalle, 10318, Römerweg 39	62.415
2.	**Optionale Neubauten an bereits im Investitionsprogramm benannten Standorten**	
MaHe	10Gn09, Grundschule Carola-Neher-Straße/ Maxie-Wander-Straße: Abriss und Neubau einer Grundschule mit Sporthalle, 12619 Carola-Neher-Str.61-65/Maxie-Wander-Str.78	45.000
Pa	03Kn02, Integrierte Sekundarschule Falkenberger Straße: Abriss, Neubau ISS mit Sporthalle,; 13088, Falkenberger Str.31	61.000
Pa	03Kn04, Integrierte Sekundarschule Rosenthaler Weg: Neubau ISS mit Sporthalle; 13127, Rosenthaler Weg	61.000

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Für die Holz-Compartmentschulen wird von einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren ausgegangen.

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70107 (neu)	**129**	**Gestapelte Schule Programm (sog. 2-in -1-Schule)**		**—**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist in Höhe von 120.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung		**230.000.000**		
		Davon fällig 2026		**10.000.000**		
		Davon fällig 2027		**100.000.000**		
		Davon fällig 2028		**120.000.000**		

Die 2-in1-Schulen dienen der beschleunigten Bedarfsdeckung von Schulplatzkapazitäten im Rahmen der BSO durch kompakte 3-zügige Grundschulen mit integrierter 3-Feld-Sporthalle in den oberen Geschossen, die die funktionalen Anforderungen an eine Compartment-Schule erfüllen.

Zur Prozessbeschleunigung werden abweichend von den Ergänzenden Ausführungsvorschriften zu den AV § 24 LHO schulartspezifische und standortunabhängige Bedarfsunterlagen (BU), Typen-EVU und Typen-BPU sowie fortlaufend Standort-BPU, für die jeweiligen Standorte aufgestellt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind aufgrund fehlender Typen-BPU nach § 24 Abs.3 LHO veranschlagt.

Standortspezifische Bauplanungsunterlagen werden aufgestellt.

Folgende Baumaßnahmen sind geplant:

Bezirk	Maßnahme	Geschätzte Gesamtkosten in T€
Li	11Gn17, Grundschule Wollenberger Straße; Neubau einer Grundschule mit Sporthalle, 13053 Berlin, Wollenberger Straße	46.000
Li	11 Gn20, Grundschule Hohenschönhauser Straße; Neubau einer Grundschule mit Sporthalle, 10369 Berlin, Hohenschönhauser Straße	44.800

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70108 (neu)	**129**	**Schulsporthallen Neubauprogramm, Fortsetzung Programm TSH**		**—**		
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung		**70.000.000**		
		Davon fällig 2026		**10.000.000**		
		Davon fällig 2027		**60.000.000**		

Aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen wurden bereits eine Vielzahl von Schulen und Schulergänzungsbauten (MEB) in den Bezirken realisiert. Ergänzend besteht ein hoher Bedarf an gedeckten Sportflächen.

Grundlage für die weiteren standortbezogenen Planungen ist ein Typenentwurf.

Für die Typensporthalle mit Dreifachteilung mit Galerie für 60 Personen (TSH – kompakt) liegen geprüfte erweiterte Vorplanungsunterlagen (EVU) vom 20.Dezember 2019 über 10.229.000 € vor.

Folgende Baumaßnahmen sind geplant:

Bezirk	Maßnahme	Geschätzte Gesamtkosten in T€
Pa	03G13, Grundschule in Rosenthal: Neubau Sporthalle; 13158, Kastanienallee 59	10.500
Pa	03G37, Klecks-Grundschule: Neubau Sporthalle; 13187, Brixener Str. 40	10.500
Sp	05G06, Siegerland-Grundschule: Neubau Sporthalle; 13589, Darbystraße 2-60	10.500
StZe	06Y09, Fichtenberg-Oberschule: Neubau Sporthalle; 12164, Rothenburgstr. 18	10.500
TeSch	07K13, Schule am Berlinickeplatz: Neubau Sporthalle; 12103, Alt-Tempelhof 53-57	10.500
Rd	12G04, Till-Eulenspiegel-Grundschule: Neubau Sporthalle; 13407, Humboldtstraße 8-13	10.500

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Für den Neubau einer Sporthalle wird von einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren ausgegangen.

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70109 (neu)	**129**	**Errichtung von Schulergänzungs-bauten in Modulbauweise-flex**		**10.000.000**		
		Verpflichtungsermächtigung	**—**	**100.200.000**		
		Davon fällig 2026	**—**	**40.000.000**		
		Davon fällig 2027	**—**	**40.000.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**20.200.000**		

Aufgrund der Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler besteht weiterhin ein hoher Bedarf an kurzfristig realisierbaren MEB. Das Programm der Modularen Ergänzungsbauten soll zukünftig flexibler gestaltet werden, um gezielter auf die unterschiedlichen Bedarfe an den Schulstandorten reagieren zu können.

Typenentwürfe und standortspezifische Bauplanungsunterlagen müssen dazu neu aufgestellt werden. Es soll ein Rahmenvertrag für die Errichtung von mindestens 6 bis höchstens 12 HoMEB flex geschlossen werden.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind aufgrund fehlender Typen-BPU nach § 24 Abs.3 LHO veranschlagt.

Folgenden Standorte sind für die neue Tranche geplant:

Bezirk	Bezeichnung	Geschätzte Gesamtkosten in T€
ChWi	04G01, Eichendorff Grundschule: Errichtung MEB; 10625, Goethestr. 19-24	9.700
TeSch	07K13, Schule am Berlinickeplatz: Errichtung MEB GE mit Mensa; 12103, Alt-Tempelhof 53-57	7.000
Li	11G29, Matibi-Schule: Errichtung MEB mit Mensa; 13059, Straße 3 Nr. 21	9.700
Rd	12G27, Chamisso-Grundschule: Errichtung MEB GE mit Mensa; 13435 , Senftenberger Ring 27	7.000
Rd	12K09, Carl-Benz-Schule: Errichtung MEB-MINT; 13467, Heidenheimer Straße 53-54	10.000

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70201	**129**	**Großsanierung von Schulgebäuden (BSO VI)**	**1.000.000**	**1.000.000**	**100.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**1.000.000**	**1.000.000**		
		Davon fällig 2025	**1.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**1.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000.000	0	0

Grundsanierung von bezirklichen Schulgebäuden mit Gesamtkosten über 10 Mio. € im Einzelfall und höchster Priorität.

Bezirk	Maßnahme	Geschätzte Gesamtkosten in T€
Sp	05K03, Bertolt-Brecht-Oberschule (Integrierte Sekundarschule): Sanierung, Umbau, Standardanpassung,2. Bauabschnitt; 13595, Wilhelmstr. 10	66.500
Sp	05Y02, Kant-Gymnasium: Gesamtsanierung; 13585, Bismarckstraße 54	50.030
StZe	06G25, Clemens-Brentano-Grundschule: Gesamtsanierung; 12205, Kommandantenstraße 83-84	24.200
StZe	06K09, Gail-S.-Halvorsen-Integrierte Sekundarschule: Sanierung, Umbau, Standardanpassung:14195, Im Gehege 6	26.700
StZe	06Y02, Droste-Hülshoff-Gymnasium: Gesamtsanierung; 14165, Schönower Straße 8	32.500
StZe	06Y08, Hermann-Ehlers-Gymnasium: Gesamtsanierung; 12169, Elisenstraße 3-4 1	34.400
StZe	06Y10, Lilienthal-Gymnasium: Gesamtsanierung; 12203, Ringstraße 2-3	32.900
TeSch	07Y02, Rückert-Gymnasium: Gesamtsanierung sowie Neubau Sporthalle und Mensa; 10825, Mettestr. 8	55.300
TeSch	07K09, Gustav-Langenscheidt-Schule: Gesamtsanierung sowie Ersatzneubau Sporthalle und Neubau Mensa; 10823, Belziger Str. 43-51	38.400
TeSch	07Y06, Askanisches Gymnasium: Erweiterung, Abriss und Gesamtsanierung; 12103, Kaiserin-Augusta-Str. 19-20	50.210

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70600	**129**	**Modellvorhaben zur Beschleunigung von Schulneubauten (MOBS)**	**4.200.000**	**1.850.000**	**23.000.000**	**56.932.818,69**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist in Höhe von 1.000.000,0 EUR gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**2.062.000**	**—**		
		Davon fällig 2025	**1.850.000**			
		Davon fällig 2026	**135.000**	**—**		
		Davon fällig 2027	**57.000**	**—**		
		Davon fällig 2028	**20.000**	**—**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	1.000.000	1.000.000	

Aufgrund der Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler besteht ein weiterhin hoher Bedarf an Schulkapazitäten.

Folgende zehn Maßnahmen sind im Rahmen des Modellvorhabens zur Beschleunigung von Schulbaumaßnahmen geplant bzw. wurden umgesetzt:

Bezirk	Maßnahme	Gesamtkosten in T€
Mi	01G48, 48.Schule: Neubau einer Grundschule mit Sporthalle; 10115, Chausseestraße 82 / Boyenstraße; Geprüfte EVU vom 25.April 2018 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 17.April 2023 über insgesamt 30.200 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	30.200
FK	02Gn02, Grundschule Pufendorfstraße: Neubau einer Grundschule mit Sporthalle 2.BA; 10249, Pufendorfstr. 10; Geprüfte EVU vom 19. Oktober 2018 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 18. Dezember 2019 und vom 18.November 2020 über insgesamt 25.610T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	25.610
Pa	03G33, Jeanne-Barez-Schule; Erweiterung und Anbau einer Sporthalle; 13127, Hauptstraße 66 Geprüfte EVU vom 21.Dezember 2018 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 8. November 2020 über insgesamt 25.300 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	25.300
Pa	03S08, Panke-Schule; Abriss und Neubau einer Schule mit Förderschwerpunkt “Geistige Entwicklung“ und Neubau einer Sporthalle; 13187, Galenusstraße 64 Geprüfte EVU vom 21. Januar 2020 über 42.526 T€ liegen vor. Ergänzungsunterlagen sind in Vorbereitung. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	47.190
Sp	05Gn01, Grundschule Goltz-/ Mertensstraße: Neubau Grundschule mit Förderschwerpunkt “Geistige Entwicklung“ und Sporthalle; Geprüfte EVU vom 14.April 2020 über 41.173 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	41.173
Sp	05K04, Heinrich-Böll-Oberschule: Abriss und Ersatzbau; 13587, Am Forstacker 9/11 Geprüfte EVU vom 27. Juni 2019 über 43.795 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	43.795
Sp	05K06, Wolfgang-Borchert-Schule: Erweiterung; 13585, Blumenstraße 13 Geprüfte EVU vom 12. Dezember 2018 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 28. Februar 2021 über insgesamt 24.605 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	24.605

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Bezirk	Maßnahme	Gesamtkosten in T€
MaHe	10K13, 13. Schule (ISS Mahlsdorf): Neubau einer integrierten Sekundarschule (ISS) und Neubau einer Sporthalle;12623, An der Schule 41-59 *) Geprüfte EVU vom 29. September 2017 über 34.800 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	34.800
Li	11G34, Grundschule Konrad-Wolf-Str.: Neubau einer Grundschule mit Sporthalle; 10355, Konrad-Wolf-Str. 11 Geprüfte EVU vom 6. April 2018 über 25.940 T€ liegen vor. Im Zuge der Baudurchführung erhöhen sich die Gesamtkosten um 324 T€. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	26.264
Li	11G35, Grundschule Sewanstr.: Neubau einer Grundschule mit Sporthalle; 10319, Sewanstr. 43 Geprüfte EVU vom 26. April 2018 und geprüfte Ergänzungsunterlagen vom 21. Juli 2020 über insgesamt 27.410 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	27.410

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Für den Neubau einer Schule und / oder einer Sporthalle wird von einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren ausgegangen.

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
70601	**129**	**Schulsporthallen Schnellbau**	**200.000**	**100.000**	**2.500.000**	**7.957.894,55**
		Verpflichtungsermächtigung	**100.000**	**20.000**		
		Davon fällig 2025	**100.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**20.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	200.000	0	0

Aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen wurde bereits eine Vielzahl von Schulerweiterungsbauten (MEB) in den Bezirken realisiert. Analog hierzu ist auch der Bedarf an gedeckten Sportflächen zu ergänzen.

Grundlage für die weiteren standortbezogenen Planungen ist ein Typenentwurf.

Folgende fünf Maßnahmen sind im Rahmen der Beschleunigung des Neubaus von Schulsporthallen wurden umgesetzt:

Bezirk	Maßnahme	Gesamtkosten in T€
Mi	01G39, Vineta-Grundschule: Neubau einer Sporthalle (TSH 60); 13355, Demminer Straße 27 Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 13. Juli 2018 und Ergänzungsunterlagen vom 10. April 2019 und 23.Februar 2023 über insgesamt 9.650 T€ liegen vor Die Baumaßnahme wurde übergeben.	9.650
Sp	05Y05, Lily-Braun-Gymnasium: Neubau einer Sporthalle (TSH 60); 13597, Münsinger Straße 2 Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12. Juli 2018 und Ergänzungsunterlagen vom 7. September 2022 über insgesamt 9.500 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	9.500
Sp	05G13, Bernd-Ryke-Grundschule: Neubau einer Sporthalle (TSH 60); 13599, Daumstraße 12 Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12. Juli 2018 und Ergänzungsunterlagen vom 10. April 2019 und vom 21.Februar 2023 über 11.920 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	11.920
StZe	06G32, Grundschule am Stadtpark Steglitz: Neubau einer Sporthalle (TSH 60); 12167 Karl-Stieler-Straße 10-11 Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 13. Juli 2018 und Ergänzungsunterlagen vom 10. April 2019 und vom 21. Februar 2023 über insgesamt 9.900 T€ liegen vor. Die Baumaßnahme wurde übergeben.	9.900
Li	11G17, Brodowin-Schule; Neubau einer Sporthalle (TSH 60): 13055, Liebenwalder Str. 20-22 Geprüfte Bauplanungsunterlagen vom 12.Juli 2018 und Ergänzungsunterlagen vom 10. April 2019 und vom 24. Februar 2023 über insgesamt 12.750 T€ liegen vor.	12.750

Die theoretischen Folgekosten der Baumaßnahmen lassen sich derzeit nicht auf der Basis einer Lebenszyklusbetrachtung darstellen. Für den Neubau einer Sporthalle wird von einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren ausgegangen.

71903	**880**	**Pauschale Minderausgaben für Bauinvestitionen**	**—**	**—**	**-1.000**	**—**

Aufwendungen der Bezirke
- Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72004	**725**	**Umgestaltung von Stadtplätzen**	**2.000.000**	**2.000.000**	**4.650.000**	**1.789.406,38**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.000.000**	**2.000.000**		
		Davon fällig 2025	**2.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**2.000.000**		

Verpflichtungen aus Vorjahren:

in €	für 2024	für 2025	ab 2026
Bis 31.12.2022 eingegangene Verpflichtungen	0	0	0
VE Plan 2023	2.000.000	0	0

Zur Verbesserung der verkehrlichen und städtebaulichen Situation sowie der Aufenthaltsqualität sollen aufwertende Maßnahmen an Plätzen von zentraler und touristischer Bedeutung, wie zum Beispiel der Henriettenplatz am Kurfürstendamm, Lausitzer Platz, Gutspark Neukladow, Alice-Salomon-Platz und der Hegelplatz, durchgeführt werden.

Bauplanungsunterlagen werden kurzfristig erst nach Entscheidung über die Maßnahmen in Abstimmung mit den Anliegern und dem jeweiligen Bezirk aufgestellt.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

97109	**880**	**Mehrausgaben zur Beschleunigung des Wohnungsneubaus und für weitere wohnungspolitische Maßnahmen**	**6.300.000**	**6.900.000**	**6.300.000**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**3.150.000**	**3.150.000**		
		Davon fällig 2025	**3.150.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**3.150.000**		

Zur Unterstützung aller Bezirke bei der Beschleunigung des Wohnungsneubaus und für weitere Maßnahmen wie Bürgerbeteiligungen ist eine Zuweisung von Mittel vorgesehen. Hierfür werden mit den Bezirken neue Bündnisse für den Zeitraum der Legislaturperiode 2022 – 2025 geschlossen. Jedem Bezirk wird 2024 und 2025 bedarfsgerecht ein Sockelbetrag von jeweils 100.000 € zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die Mittel u. a. prozentual nach den Wohnbaupotenzialen an die Bezirke vergeben (verbindliche Erläuterung).

Die Bezirke erhalten die Mittel im Rahmen der Basiskorrektur als nachträglich erhöhte Zuweisung, die ihnen höhere Ausgaben ermöglicht. Als haushaltsmäßiger Ausgleich dienen die hier veranschlagten Ausgaben; eine Auszahlung aus dem Kapitel 2712 erfolgt nicht.

Gesamtausgaben	**621.560.000**	**521.205.000**	**380.250.000**	**316.839.198,13**
Prozentuale Veränderung	**63,5 %**	**-16,1 %**		

Abschluss Kapitel 2712

211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**147.805,68**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**12.843.723,00**
	Gesamteinnahmen	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**12.991.528,68**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**4.350.000**	**4.350.000**	**6.500.000**	**2.497.056,32**
700-739	**Investitionsausgaben für bauliche Zwecke**	**610.910.000**	**509.955.000**	**367.450.000**	**314.342.141,81**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**6.300.000**	**6.900.000**	**6.300.000**	**—**
	Gesamtausgaben	**621.560.000**	**521.205.000**	**380.250.000**	**316.839.198,13**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-620.560.000**	**-520.205.000**	**-379.250.000**	**-303.847.669,45**

Aufwendungen der Bezirke
- Wirtschaft, Energie und Betriebe -

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Ausgaben für die bezirklichen Eigenanteile an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der GRW und den bezirklichen Kofinanzierungsanteil zum Programm „Wirtschaftsdienliche Maßnahmen im Rahmen bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit“ sowie die Ausgaben für ein „Aktionsprogramm Sauberes Berlin" und für entwicklungspolitische Projekte der Berliner Bezirke nachgewiesen.

Aufwendungen der Bezirke
- Wirtschaft, Energie und Betriebe -

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
		Einnahmen				
11921	**680**	**Rückzahlungen von Zuwendungen**	**—**	**—**	**—**	**375,76**
11934	**680**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**—**	**—**	**—**	**6.616,88**
		Gesamteinnahmen	**—**	**—**	**—**	**6.992,64**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		
		Ausgaben				
68406	**043**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**3.300.000**	**3.300.000**	**3.300.000**	**2.944.332,52**

Die Ausgaben für ein „Aktionsprogramm Sauberes Berlin" können anderen Dienststellen zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden.

Hier werden auch Ausgaben für die Kieztage Sperrmüll geleistet.

68542	**023**	**Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**—**

Fonds zur Durchführung von entwicklungspolitischen Projekten der Berliner Bezirke.

68626	**680**	**Zuschüsse im Rahmen bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**299.976,11**
		Verpflichtungsermächtigung	**450.000**	**450.000**		
		Davon fällig 2025	**150.000**			
		Davon fällig 2026	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2027	**150.000**	**150.000**		
		Davon fällig 2028	**—**	**150.000**		

Bezirklicher Kofinanzierungsanteil für das Programm „Wirtschaftsdienliche Maßnahmen im Rahmen bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit“. Vgl. Kapitel 1330, Titel 68697

88309	**692**	**Ausgleich für bezirkliche Eigenanteile an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der GRW**	**2.700.000**	**2.700.000**	**2.700.000**	**—**

Eigenanteile der Bezirke als Teil der Finanzierung der bezirklichen GRW-Projekte. Vgl. Kapitel 1330, Titel 88306

		Gesamtausgaben	**6.400.000**	**6.400.000**	**6.400.000**	**3.244.308,63**
		Prozentuale Veränderung	**—**	**—**		

Abschluss Kapitel 2713

111-186		**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**—**	**—**	**—**	**6.992,64**
		Gesamteinnahmen	**—**	**—**	**—**	**6.992,64**
611-699		**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**3.700.000**	**3.700.000**	**3.700.000**	**3.244.308,63**
811-899		**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**2.700.000**	**2.700.000**	**2.700.000**	**—**
		Gesamtausgaben	**6.400.000**	**6.400.000**	**6.400.000**	**3.244.308,63**
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-6.400.000**	**-6.400.000**	**-6.400.000**	**-3.237.315,99**

Zuweisungen an die Bezirke

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Bezirke stellen eigene, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichene Bezirkshaushaltspläne als Teile des Landeshaushalts auf. Zur Deckung ihres auf andere Weise nicht auszugleichenden Haushaltsfehlbedarfs erhalten sie allgemeine Finanzzuweisungen (Globalsummen).

Die Zuweisungen an die Bezirke werden als Einnahmen mit negativen Ansätzen nachgewiesen und heben sich dadurch mit den korrespondierenden Einnahmeansätzen in den Bezirkshaushaltsplänen auf. Durch diese Art der Veranschlagung wird verhindert, dass sich das Einnahme- und Ausgabevolumen des Berliner Haushalts um die Summe der Zuweisungen aus dem Kapitel 2729 erhöht.

2024

Bezirke (Werte in T €)	Produkt-summenbudget	Sonstige Transfer-ausgaben	Vertikaler Finanz-ausgleich	Einnahme-vorgabe	Ansatz
Mitte	780.859	355.882	1.160	-290.164	847.737
Friedrichshain-Kreuzberg	585.602	234.766	990	-185.651	635.706
Pankow	903.403	212.373	0	-173.654	942.122
Charlottenburg-Wilmersdorf	572.625	255.081	0	-225.201	602.505
Spandau	577.315	222.038	972	-172.510	627.815
Steglitz-Zehlendorf	564.059	137.958	0	-123.395	578.622
Tempelhof-Schöneberg	667.051	252.606	837	-205.545	714.949
Neukölln	675.474	318.095	1.116	-244.378	750.306
Treptow-Köpenick	584.991	148.593	0	-121.216	612.368
Marzahn-Hellersdorf	659.841	192.122	972	-149.721	703.214
Lichtenberg	705.674	218.927	0	-176.559	748.042
Reinickendorf	557.909	198.914	855	-158.203	599.475
Summe	**7.834.803**	**2.747.355**	**6.900**	**-2.226.197**	**8.362.861**

2025

Bezirke (Werte in T €)	Produkt-summenbudget	Sonstige Transfer-ausgaben	Vertikaler Finanz-ausgleich	Einnahme-vorgabe	Ansatz
Mitte	789.119	360.352	1.160	-295.271	855.360
Friedrichshain-Kreuzberg	591.795	237.633	990	-188.968	641.449
Pankow	911.032	214.741	0	-176.239	949.534
Charlottenburg-Wilmersdorf	579.440	258.925	0	-229.832	608.533
Spandau	583.262	224.675	972	-175.444	633.465
Steglitz-Zehlendorf	570.717	140.174	0	-125.876	585.015
Tempelhof-Schöneberg	674.198	256.076	837	-209.782	721.329
Neukölln	682.429	322.004	1.116	-248.948	756.600
Treptow-Köpenick	591.041	150.070	0	-122.813	618.298
Marzahn-Hellersdorf	666.264	194.298	972	-152.052	709.482
Lichtenberg	712.578	221.206	0	-179.026	754.758
Reinickendorf	563.556	201.283	855	-160.902	604.792
Summe	**7.915.431**	**2.781.437**	**6.900**	**-2.265.153**	**8.438.615**

Zuweisungen an die Bezirke

Die Einnahmen und Ausgaben der Bezirkshaushaltspläne unterteilen sich folgendermaßen (in T €):

Haupt-/ Gruppe	Bezeichnung	2024 Zuweisung[1)]	2024 Ansatz	2025 Zuweisung[1)]	2025 Ansatz
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	577.312		581.555	
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.886.891		1.925.348	
3 (ohne 386 und 385)	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen (ohne Zuweisungen aus Kapitel 2729)	44.019		44.592	
	Summe eigene Einnahmen/Einnahmevorgabe	2.508.222		2.551.495	
386 und 385	Zuweisungen aus Kapitel 2729	8.362.861		8438.615	
		354.592		398.043	
	Summe Einnahmen	**11.225.675**		**11.388.153**	
4	Personalausgaben	1.637.405		1.696.925	
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	1.011.484		1.021.892	
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.760.731		7.814.339	
7	Investitionsausgaben für bauliche Zwecke	344.771		396.924	
8	Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	58.900		50.971	
9	Besondere Finanzierungsausgaben	412.384		407.102	
	Summe Ausgaben	**11.225.675**		**11.388.153**	

1) Die Zuweisung beinhaltet geschätzte eigene Einnahmen der Bezirke. Die Zuweisung gibt keine Rückschlüsse auf die Ansätze in den Bezirkshaushaltsplänen, da die Bezirke durch die Globalzuweisung in ihrer Veranschlagung die zugewiesenen Mittel anderweitig verwenden können.

Zuweisungen an die Bezirke

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
38531	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Mitte**	**-46.953.000**	**-56.116.000**	**-32.240.000**	**-16.665.560,00**

Die Zuweisungen decken den Finanzbedarf der Bezirke für Investitionen mit Ausnahme der Zuweisungen für die Titel der Obergruppen 81 - Erwerb von beweglichen Sachen, Entwicklungsvorhaben – sowie für die Titel 86318 – Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz -, 86319 – Darlehen an Leistungsberechtigte nach SGB II –, 86321 – Darlehen nach dem 4. Kapitel SGB XII - und 86322 – Darlehen nach dem SGB XII (ohne 4. Kapitel und AsylblG -, die in den Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen, Titel 38631 bis 38642) berücksichtigt sind, und der Kapitel, die sich in Einnahmen und Ausgaben ausgleichen müssen.

38532	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**	**-22.235.000**	**-30.302.000**	**-16.063.000**	**-11.044.953,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38533	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Pankow**	**-77.702.000**	**-78.237.000**	**-69.414.000**	**-86.046.297,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38534	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf**	**-21.884.000**	**-27.592.000**	**-21.801.000**	**-17.956.735,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38535	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Spandau**	**-9.244.000**	**-10.362.000**	**-7.891.000**	**-5.175.999,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38536	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Steglitz-Zehlendorf**	**-14.631.000**	**-11.114.000**	**-12.884.000**	**-11.858.323,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38537	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Tempelhof-Schöneberg**	**-34.125.000**	**-46.762.000**	**-28.700.000**	**-19.707.312,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38538	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Neukölln**	**-19.665.000**	**-13.889.000**	**-16.141.000**	**-25.810.304,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38539	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Treptow-Köpenick**	**-32.854.000**	**-32.571.000**	**-25.655.000**	**-16.306.646,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38540	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Marzahn-Hellersdorf**	**-20.281.000**	**-29.450.000**	**-12.443.000**	**-24.678.748,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38541	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Lichtenberg**	**-35.584.000**	**-48.344.000**	**-42.843.000**	**-31.253.001,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

38542	**890**	**Zuweisungen für Investitionen an den Bezirk Reinickendorf**	**-19.434.000**	**-13.304.000**	**-6.816.000**	**-6.625.218,00**

Erläuterung siehe Titel 38531

Zuweisungen an die Bezirke

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
38631	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Mitte**	**-847.737.000**	**-855.360.000**	**-807.793.000**	**-830.326.372,00**

Die Zuweisung für Ausgaben (ohne Investitionen) deckt den allgemeinen Finanzbedarf der Bezirke, soweit er nicht durch die bezirkseigenen Einnahmen und die besondere Zuweisung für Investitionsausgaben ausgeglichen wird.

38632	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**	**-635.706.000**	**-641.449.000**	**-597.315.000**	**-612.624.657,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38633	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Pankow**	**-942.122.000**	**-949.534.000**	**-849.030.000**	**-908.703.726,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38634	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf**	**-602.505.000**	**-608.533.000**	**-553.829.000**	**-576.438.417,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38635	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Spandau**	**-627.815.000**	**-633.465.000**	**-568.131.000**	**-602.268.472,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38636	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Steglitz-Zehlendorf**	**-578.622.000**	**-585.015.000**	**-527.989.000**	**-558.869.109,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38637	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Tempelhof-Schöneberg**	**-714.949.000**	**-721.329.000**	**-674.433.000**	**-685.765.207,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38638	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Neukölln**	**-750.306.000**	**-756.600.000**	**-724.117.000**	**-728.038.865,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38639	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Treptow-Köpenick**	**-612.368.000**	**-618.298.000**	**-551.972.000**	**-584.788.474,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38640	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Marzahn-Hellersdorf**	**-703.214.000**	**-709.482.000**	**-645.750.000**	**-671.631.606,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38641	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Lichtenberg**	**-748.042.000**	**-754.758.000**	**-677.261.000**	**-724.807.785,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

38642	**890**	**Zuweisungen für Ausgaben (ohne Investitionen) an den Bezirk Reinickendorf**	**-599.475.000**	**-604.792.000**	**-561.255.000**	**-583.071.173,00**

Erläuterung siehe Titel 38631

		Gesamteinnahmen	**-8.717.453.000**	**-8.836.658.000**	**-8.031.766.000**	**-8.340.462.959,00**
		Prozentuale Veränderung	**8,5 %**	**1,4 %**		

Zuweisungen an die Bezirke

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Ausgaben				
51846	**114**	**Mietaufwendungen für die Nutzung von Schulgebäuden der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH**	**16.000.000**	**42.000.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**2.500.000.000**	**3.000.000.000**		
		Davon fällig 2026	**31.000.000**	**31.000.000**		
		Davon fällig 2027	**42.000.000**	**42.000.000**		
		Davon fällig 2028	**78.000.000**	**38.000.000**		
		Davon fällig 2029	**2.349.000.000**	**89.000.000**		
		Davon fällig 2030		**2.800.000.000**		

Nach dem Rahmenvertrag zwischen dem Land Berlin und der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH sollen von der HOWOGE errichtete bzw. sanierte Schulgebäude angemietet werden. Die Ansätze dienen als Vorsorge für die Basiskorrektur der Mietzahlungen, die von den betroffenen Bezirken für HOWOGE-Schulgebäude geleistet werden, und die Verpflichtungsermächtigungen werden vor dem Abschluss von Mietverträgen nach Maßgabe des § 50 Abs. 1 LHO in die jeweils betroffenen Bezirkshaushaltspläne umgesetzt (verbindliche Erläuterung).

71902	**880**	**Pauschale Mehrausgaben für Bauinvestitionen**	**20.000.000**	**20.000.000**	**32.830.000**	**—**

a) Mittel in Höhe von 250.000 € stehen 2022 zur Verfügung für die Gartenarbeitsschule Pankow. Die Mittel werden in der Haushaltswirtschaft nach § 50 LHO zum Bezirk umgesetzt.
b) Mittel in Höhe von insgesamt 200.000 € (2022: 50.000 €, 2023: 150.000 €) stehen zur Verfügung für die gartengestalterische Sanierung und Instandsetzung des Gartendenkmals Goslarer Platz inklusive des Kinderspielplatzes (verbindliche Erläuterung). Die Mittel werden in der Haushaltswirtschaft nach § 50 LHO zum Bezirk umgesetzt.
c) Mittel in Höhe von 100.000 € stehen 2023 zur Verfügung für den Ausbau des Helmut Schleusener Stadions. Die Mittel werden in der Haushaltswirtschaft nach § 50 LHO zum Bezirk umgesetzt.
d) Mittel in Höhe von 250.000 € stehen 2022 zur Verfügung für den Kinderbauernhof Pinke-Panke. Die Mittel werden in der Haushaltswirtschaft nach § 50 LHO zum Bezirk umgesetzt.
e) Mittel in Höhe von 300.000 € stehen 2022 zur Verfügung für den Mellowpark e.V.. Die Mittel werden in der Haushaltswirtschaft nach § 50 LHO zum Bezirk umgesetzt.
f) Mittel in Höhe von 50.000 € (2022) und 150.000 € (2023) stehen zur Verfügung für den Abriss und die Neuerrichtung des Mitarbeiter-Gebäudes auf dem Gelände der „Erlebniswelt Tier und Natur“ im Volkspark Jungfernheide (verbindliche Erläuterung). Die Mittel werden in der Haushaltswirtschaft nach § 50 LHO zum Bezirk umgesetzt.
g) Mittel in Höhe von 25.000 € (2022) und 500.000 € (2023) stehen zur Verfügung für den Bau der Skateranlage Siemensstadt (verbindliche Erläuterung). Die Mittel werden in der Haushaltswirtschaft nach § 50 LHO zum Bezirk umgesetzt.
h) Mittel in Höhe von 500.000 € (2022) sowie 1.500.000 € (2023) stehen zur Verfügung für die bauliche Instandsetzung und Renovierung (inklusive des Anpassens an die heutigen Erfordernisse) der beiden Freilichtbühnen (große Bühne: Gustav-Böß-Freilichtbühne sowie kleine Bühne: im Zwischenbereich zwischen „Erlebniswelt Tier und Natur“ und „Kita Erlebniswald“) im Volkspark Jungfernheide (verbindliche Erläuterung).
i) Jeweils 20.000.000 € sind als Vorsorge für Maßnahmen der BSO vorgesehen, die die Bezirke über ihre pauschale Zuweisung hinaus veranschlagt haben. Die darüberhinausgehenden Beträge resultieren aus wegen fehlender Bauplanungsunterlagen in den Bezirkshaushalten in die Finanzplanungsjahre 2024 und 2025 geschobener Maßnahmen und können bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen zusätzlich verausgabt werden und aus Maßnahmen, die von 2022 auf 2023 verschoben sind.

71903	**880**	**Pauschale Minderausgaben für Bauinvestitionen**	**—**	**—**	**-1.000**	**—**
81279	**114**	**Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen**	**11.000.000**	**11.000.000**	**—**	**—**
		Verpflichtungsermächtigung	**11.000.000**	**6.000.000**		
		Davon fällig 2025	**11.000.000**			
		Davon fällig 2026	**—**	**6.000.000**		

Erstbeschaffung loser Erstausstattung für Schulgebäude, die die Bezirke von der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH anmieten werden.

Zuweisungen an die Bezirke

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
97101	**880**	**Pauschale Mehrausgaben**	**277.089.000**	**486.003.000**	**342.722.000**	**—**

Vorsorge insbesondere zur Finanzierung von Mehrbelastungen in den bezirklichen Transferbereichen.

Für die Ausweitung des Personalbestandes zur Umsetzung der Regierungspolitik, insbesondere für Bürgerdienstleistungen, um 100 VZÄ pro Jahr (inkl. Sachmittelpauschale) sind 6.500.000 € in 2024 und 13.000.000 € in 2025 vorgesehen (verbindliche Erläuterung).

Für die sonstige ausgabenseitige Umsetzung der Regierungspolitik sind für folgende Zwecke Mittel eingestellt:

a) für die Erprobung eines zusätzlichen digitalen Bürgeramtes 222.000 € in 2024 und 229.000 € in 2025,
b) für die stadtweite Stärkung und den Ausbau der Bibliotheken im Zusammenhang mit der gesamtstädtischen Zielvereinbarung in 2024 und 2025 jeweils 4.200.000 €,
c) für die Stärkung von psychosozialen Zentren in 2024 und 2025 jeweils 540.000 €,
d) für die verstärkte finanzielle Unterstützung von Pflegeeltern 2.000.000 € in 2024 und 4.000.000 € in 2025,
e) für die Stärkung der bezirklichen Freiwilligenagenturen im Zusammenhang mit dem Abschluss einer gesamtstädtischen Zielvereinbarung 600.000 € in 2024 und 650.000 € in 2025,
f) für die Anpassung des baulichen Unterhaltes in den Bezirken in 2024 und 2025 jeweils 6.000.000 €,
g) für die Einführung eines Pflegewohngeldes 10.000.000 € in 2025,
h) für die Einführung eines Kita-Chancenjahres 700.000 € in 2025
(verbindliche Erläuterung).

Als Vorsorge für die Stärkung des Familienfördergesetzes (inkl. Anreizmodell) sind jeweils 3.000.000 € in 2024 und 2025 vorgesehen (verbindliche Erläuterung).

Zur Kompensation von möglichen Einnahmeausfällen bei den Gebühren für die Sondernutzung des Straßenlandes ist in 2024 eine Vorsorge von bis zu 18.000.000 € eingestellt (verbindliche Erläuterung).

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**1.000**	**—**

Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine in den Fachkapiteln, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten.

Die Verstärkungsmittel sind zentral bei Kapitel 2931Titel 97110 veranschlagt und können von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung nach Maßgabe des § 50 LHO als Verstärkungsmittel zu Kapitel 2729 Titel 97110 umgesetzt werden und als Ausgleich für notwendige Basiskorrekturen der Globalsummenzuweisung der Bezirke herangezogen werden, um dort höhere Ausgaben zu leisten. (verbindliche Erläuterung)

98103	**890**	**Kommunaler Anteil an Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Förderung**	**7.211.000**	**7.726.000**	**8.451.000**	**—**

Kommunale Eigenanteile zur Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen

a) im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II – BENE II - (siehe Kapitel 0710, Titel 38103 und 88308)
   2024: 7.210.000 €, 2025: 7.725.000 €
b) im Rahmen des Programms Europa im Quartier (siehe Kapitel 1240, Titel 38103, 89368 und 89375)
   2024: 1.000 €, 2025: 1.000 €

Da die Begünstigten (Bezirke oder Fachverwaltungen) meist kurzfristig ausgewählt werden, können die jeweiligen Dienststellen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans noch keine Ansätze für ihre kommunalen Eigenanteile bilden. Deshalb wird für eine ausgeglichene Veranschlagung der internen Verrechnungen in Höhe der erwarteten Eigenanteile hier ein zentraler Ansatz bei dem Titel 98103 gebildet.

Unabhängig davon sind die Eigenanteile nach erfolgter Auswahl der Maßnahmen im Rahmen der Ausführung des Haushaltsplans bei den jeweiligen Dienststellen gegen Ausgleich innerhalb des Einzelplans/Bezirksplans bei dem Titel 98103 auszuweisen (sofern nicht ausnahmsweise andere Mittel als kommunaler Eigenanteil akzeptiert werden).

Gesamtausgaben	**331.300.000**	**566.729.000**	**384.003.000**
Prozentuale Veränderung	**-13,7 %**	**71,1 %**	

Zuweisungen an die Bezirke

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2729				
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	-8.717.453.000	-8.836.658.000	-8.031.766.000	-8.340.462.959,00
		Gesamteinnahmen	-8.717.453.000	-8.836.658.000	-8.031.766.000	-8.340.462.959,00
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	16.000.000	42.000.000	—	—
700-739		Investitionsausgaben für bauliche Zwecke	20.000.000	20.000.000	32.829.000	—
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	11.000.000	11.000.000	—	—
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	284.300.000	493.729.000	351.174.000	—
		Gesamtausgaben	331.300.000	566.729.000	384.003.000	
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-9.048.753.000	-9.403.387.000	-8.415.769.000	-8.340.462.959,00

Kalkulatorische Verrechnungen

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Bezirke sind verpflichtet, haushaltswirksame Zahlungen für kalkulatorische Kosten - getrennt nach Gebäuden, Pensionszuschlägen und Mobilien - zu leisten. Diese Kosten werden den Bezirken mit dem Produktsummenbudget zugewiesen. Grundlage sind die bezirksspezifischen Kosten des Jahres 2022.

Das Verfahren dient der Vereinfachung in der Budgetberechnung und der Transparenz, da die kalkulatorischen Kosten direkt im Haushalt abgebildet werden.

Die Abwicklung der Zahlungen erfolgt über haushaltstechnische Verrechnungen innerhalb des Haushalts.

Im Kapitel 2730 finden sich die zugehörigen Verrechnungseinnahmen:

für kalkulatorische Gebäudekosten (Titel 38401 - 38412),
für kalkulatorische Zinsen Mobilien (Titel 38421 - 38432),
für kalkulatorische Pensionen (Titel 38441 - 38452).

Die entsprechenden Ausgaben werden in gleicher Höhe in den Bezirksplänen (Einzelplan 45) veranschlagt:

Titel 98400 - Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten,
Titel 98420 - Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien,
Titel 98440 - Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen.

Kalkulatorische Verrechnungen

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
38401	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Mitte	25.341.000	25.341.000	27.797.000	27.796.566,00
38402	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg	23.274.000	23.274.000	25.003.000	25.002.316,00
38403	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Pankow	26.811.000	26.811.000	28.995.000	28.994.109,00
38404	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf	25.494.000	25.494.000	29.186.000	29.185.617,00
38405	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Spandau	21.100.000	21.100.000	20.524.000	20.523.097,00
38406	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Steglitz-Zehlendorf	25.184.000	25.184.000	27.494.000	27.493.706,00
38407	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Tempelhof-Schöneberg	24.334.000	24.334.000	28.193.000	28.192.022,00
38408	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Neukölln	28.131.000	28.131.000	30.889.000	30.888.261,00
38409	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Treptow-Köpenick	23.227.000	23.227.000	25.336.000	25.335.717,00
38410	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Marzahn-Hellersdorf	28.722.000	28.722.000	29.595.000	29.594.825,00
38411	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Lichtenberg	24.801.000	24.801.000	26.054.000	26.053.145,00
38412	890	Verrechnungen für kalkulatorische Gebäudekosten vom Bezirk Reinickendorf	22.224.000	22.224.000	24.242.000	24.241.924,00
38421	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Mitte	238.000	238.000	284.000	283.493,00
38422	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg	147.000	147.000	161.000	160.628,00
38423	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Pankow	311.000	311.000	386.000	385.452,00
38424	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf	133.000	133.000	152.000	151.834,00
38425	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Spandau	185.000	185.000	187.000	186.665,00
38426	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Steglitz-Zehlendorf	196.000	196.000	217.000	216.168,00
38427	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Tempelhof-Schöneberg	233.000	233.000	272.000	271.023,00

Kalkulatorische Verrechnungen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
38428	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Neukölln	262.000	262.000	313.000	312.251,00
38429	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Treptow-Köpenick	248.000	248.000	310.000	309.114,00
38430	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Marzahn-Hellersdorf	248.000	248.000	280.000	279.825,00
38431	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Lichtenberg	222.000	222.000	244.000	243.904,00
38432	890	Verrechnungen für kalkulatorische Zinsen Mobilien vom Bezirk Reinickendorf	147.000	147.000	144.000	143.861,00
38441	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Mitte	11.019.000	11.019.000	11.483.000	11.482.622,00
38442	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg	8.234.000	8.234.000	8.397.000	8.396.848,00
38443	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Pankow	7.804.000	7.804.000	7.663.000	7.662.291,00
38444	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf	10.357.000	10.357.000	10.008.000	10.007.108,00
38445	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Spandau	10.245.000	10.245.000	9.421.000	9.420.714,00
38446	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Steglitz-Zehlendorf	9.883.000	9.883.000	9.511.000	9.510.315,00
38447	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Tempelhof-Schöneberg	9.950.000	9.950.000	10.383.000	10.382.843,00
38448	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Neukölln	10.396.000	10.396.000	10.176.000	10.175.254,00
38449	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Treptow-Köpenick	6.537.000	6.537.000	5.756.000	5.755.631,00
38450	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Marzahn-Hellersdorf	5.716.000	5.716.000	5.358.000	5.357.613,00
38451	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Lichtenberg	6.171.000	6.171.000	6.332.000	6.331.264,00
38452	890	Verrechnungen für kalkulatorische Pensionen vom Bezirk Reinickendorf	9.565.000	9.565.000	9.233.000	9.232.857,00
		Gesamteinnahmen	407.090.000	407.090.000	429.979.000	429.960.883,00
		Prozentuale Veränderung	-5,3 %	—		

Kalkulatorische Verrechnungen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2730				
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	407.090.000	407.090.000	429.979.000	429.960.883,00
		Gesamteinnahmen	407.090.000	407.090.000	429.979.000	429.960.883,00
		Gesamtausgaben	—	—	—	
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	407.090.000	407.090.000	429.979.000	429.960.883,00

Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

Allgemeine Erläuterungen

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Im Einzelplan 29 werden die allgemeinen Finanzangelegenheiten mit den Kapiteln

2900 - Steuern und Finanzausgleich
2902 - Darlehen und Schuldendienst
2910 - Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten
2920 - Kommunalinvestitionsprogramm
2931 - Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung (Ukraine)
2940 - Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten
2990 - Vermögen
2991 - Immobilienbezogene Sondervermögen

nachgewiesen.

Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

Gruppierungsübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel**	**27.562.410.000**	**28.859.260.000**	**26.834.664.000**	**27.248.663.650,22**
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	19.276.450.000	20.140.200.000	18.793.900.000	18.667.716.848,05
05	Landessteuern	1.799.300.000	1.884.300.000	1.900.700.000	2.348.360.635,69
06	Landessteuern	13.000.000	13.000.000	13.000.000	13.253.341,61
07	Gemeindesteuern	6.321.660.000	6.667.760.000	5.980.064.000	6.076.706.020,31
08	Gemeindesteuern	124.000.000	126.000.000	124.000.000	114.108.335,23
09	Steuerähnliche Abgaben	28.000.000	28.000.000	23.000.000	28.518.469,33
1	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.**	**224.743.000**	**246.839.000**	**202.858.000**	**225.309.192,20**
11	Verwaltungseinnahmen	32.231.000	32.231.000	21.530.000	34.676.487,17
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	180.007.000	202.103.000	164.824.000	170.302.328,45
13	Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen, aus Kapitalrückzahlungen und dgl.	12.502.000	12.502.000	16.502.000	20.323.509,27
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	1.000	1.000	1.000	20,00
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	2.000	2.000	1.000	6.847,31
2	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**2.065.575.000**	**2.158.559.000**	**2.047.000.000**	**2.048.723.104,97**
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	2.030.225.000	2.123.225.000	2.005.225.000	1.910.778.041,58
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	32.363.000	32.363.000	37.714.000	135.086.568,57
26	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	1.257.000	1.241.000	1.461.000	1.132.898,71
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	1.730.000	1.730.000	2.600.000	1.725.596,11
3	**Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen**	**2.409.032.000**	**2.161.078.000**	**3.194.994.000**	**2.861.248.802,60**
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	381.000.000	381.000.000	102.520.000	-473.418.015,43
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	307.814.000	2.908.000	163.159.000	16.337.716,95
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	2.257.761.000	1.958.006.000	3.216.105.000	3.231.389.034,48
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	5.294.000	1.000	---	86.940.066,60
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	-544.000.000	-182.000.000	-287.196.000	---

Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	1.163.000	1.163.000	406.000	---
Σ	**Summe Einnahmen**	**32.261.760.000**	**33.425.736.000**	**32.279.516.000**	**32.383.944.749,99**
	Ausgaben				
4	**Personalausgaben**	**3.059.041.000**	**3.199.294.000**	**2.645.740.000**	**2.598.707.253,20**
42	Bezüge, Entgelte und Nebenleistungen	29.001.000	29.001.000	29.001.000	29.000.000,00
43	Versorgungsbezüge und dgl.	2.376.127.000	2.498.542.000	2.239.419.000	2.173.407.271,24
44	Beihilfen, Unterstützungen, Fürsorgeleistungen und dgl.	436.872.000	458.715.000	423.336.000	396.254.690,79
45	Sonstige personalbezogene Ausgaben	41.000	36.000	66.000	45.291,17
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	217.000.000	213.000.000	-46.082.000	---
5	**Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst**	**1.298.738.500**	**1.453.157.300**	**1.100.102.200**	**977.579.306,78**
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	112.973.000	118.973.000	17.008.000	8.102.853,01
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	119.500	92.300	161.200	223.743,47
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	1.179.800.000	1.329.836.000	1.079.690.000	965.285.441,11
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	2.746.000	1.156.000	3.243.000	3.967.269,19
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	3.100.000	3.100.000	---	---
6	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**253.245.000**	**256.834.000**	**268.043.000**	**54.497.197,17**
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	41.239.000	41.228.000	48.234.000	40.963.411,58
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	3.106.000	3.106.000	2.708.000	3.096.232,77
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	208.300.000	211.900.000	216.501.000	10.425.000,00
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	600.000	600.000	600.000	12.552,82
7	**Baumaßnahmen**	**-502.644.000**	**-576.029.000**	**4.000**	**12.711,35**
70	Baumaßnahmen des Hochbaus, Architektenhonorare	---	---	1.000	---
71	Baumaßnahmen des Hochbaus, Architektenhonorare	-502.647.000	-576.032.000	---	---
72	Baumaßnahmen des Tiefbaus	3.000	3.000	3.000	12.711,35
8	**Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**	**536.595.000**	**504.997.000**	**739.519.000**	**665.508.640,31**
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	1.000	1.000	78.000.000	3.770.256,45
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.	316.251.000	316.101.000	435.432.000	275.945.452,32
86	Darlehen an sonstige Bereiche	3.000	3.000	2.000	20.000.000,00

Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	1.000	1.000	4.000.000	---
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	120.001.000	120.001.000	134.725.000	351.539.970,71
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	100.338.000	68.890.000	87.360.000	14.252.960,83
9	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**-929.096.300**	**-899.296.000**	**1.612.763.400**	**3.424.969.207,80**
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	8.002.000	8.002.000	892.114.000	3.198.355.183,56
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	---	1.000	80.804.000	226.614.024,24
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	-937.099.100	-907.299.100	639.845.200	---
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	800	100	200	---
∑	**Summe Ausgaben**	**3.715.879.200**	**3.938.957.300**	**6.366.171.600**	**7.721.274.316,61**

Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

Funktionenübersicht

Kennzahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
	Einnahmen				
0	**Allgemeine Dienste**	**30.180.000**	**30.164.000**	**37.505.000**	**29.923.843,54**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	30.180.000	30.164.000	37.505.000	29.923.843,54
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**293.001.000**	**1.000**	**152.000.000**	**---**
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	1.000	1.000	---	---
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	293.000.000	---	152.000.000	---
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**7.300.000**	**7.300.000**	**6.700.000**	**110.075.802,35**
25	Arbeitsmarktpolitik	7.300.000	7.300.000	6.700.000	7.330.555,35
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	---	---	---	102.745.247,00
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**17.131.000**	**5.371.000**	**12.704.000**	**30.437.045,40**
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	2.317.000	2.463.000	1.545.000	14.099.328,45
69	Regionale Fördermaßnahmen	14.814.000	2.908.000	11.159.000	16.337.716,95
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**1.000**	**1.000**	**---**	**---**
75	Luftfahrt	1.000	1.000	---	---
8	**Finanzwirtschaft**	**31.914.147.000**	**33.382.899.000**	**32.070.607.000**	**32.213.508.058,70**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	190.293.000	212.243.000	179.882.000	182.272.439,83
82	Steuern und Finanzzuweisungen	29.622.635.000	31.012.485.000	28.858.889.000	29.186.324.513,22
83	Schulden	381.001.000	381.001.000	102.521.000	-473.417.995,43
85	Rücklagen	2.257.761.000	1.958.006.000	3.216.105.000	3.231.389.034,48
87	Abwicklung der Vorjahre	5.294.000	1.000	---	86.940.066,60
88	Globalposten	-544.000.000	-182.000.000	-287.196.000	---
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	1.163.000	1.163.000	406.000	---
∑	**Summe Einnahmen**	**32.261.760.000**	**33.425.736.000**	**32.279.516.000**	**32.383.944.749,99**
	Ausgaben				
0	**Allgemeine Dienste**	**1.736.810.000**	**1.820.097.000**	**1.658.846.000**	**1.594.912.846,04**
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	656.813.000	682.719.000	643.363.000	612.197.242,74
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	648.436.000	682.783.000	608.610.000	590.172.854,17
05	Rechtsschutz	270.056.000	283.542.000	257.282.000	247.438.505,86
06	Finanzverwaltung	161.505.000	171.053.000	149.591.000	145.104.243,27
1	**Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten**	**1.158.157.000**	**1.202.808.000**	**1.084.270.000**	**1.106.582.057,55**
11	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	1.126.156.000	1.182.959.000	1.059.768.000	1.041.680.339,08
12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	---	---	1.000	60.000.000,00

Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

Kenn-zahl	Bezeichnung	Ansatz / €			Ist / €
		2024	2025	2023	2022
13	Hochschulen	32.000.000	19.848.000	24.000.000	4.901.718,47
18	Kultur und Religion	1.000	1.000	501.000	---
2	**Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik**	**50.001.000**	**50.001.000**	**12.001.000**	**132.080,28**
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	1.000	1.000	1.000	132.080,28
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	50.000.000	50.000.000	12.000.000	---
3	**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung**	**150.004.000**	**154.104.000**	**93.205.000**	**1.634.221,69**
31	Gesundheitswesen	150.002.000	154.102.000	93.202.000	---
32	Sport und Erholung	1.000	1.000	2.000	1.627.607,00
33	Umwelt- und Naturschutz	1.000	1.000	1.000	6.614,69
6	**Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**	**149.453.000**	**148.803.000**	**255.837.000**	**141.842.369,03**
66	Geld- und Versicherungswesen	7.001.000	7.001.000	13.000.000	4.917.369,03
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	142.452.000	141.802.000	242.837.000	136.925.000,00
7	**Verkehrs- und Nachrichtenwesen**	**40.006.000**	**40.006.000**	**290.006.000**	**146.551.644,91**
72	Straßen	1.000	1.000	1.000	---
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	40.003.000	40.003.000	3.000	68.644,91
75	Luftfahrt	2.000	2.000	290.002.000	146.483.000,00
8	**Finanzwirtschaft**	**431.448.200**	**523.138.300**	**2.972.006.600**	**4.729.619.097,11**
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	328.475.000	313.331.000	287.180.000	303.095.631,01
83	Schulden	1.188.615.500	1.337.034.300	1.089.044.200	972.541.705,48
85	Rücklagen	37.103.000	37.103.000	921.215.000	3.227.367.736,38
86	Sonstiges	100.000.000	106.000.000	---	---
87	Abwicklung der Vorjahre	---	1.000	80.804.000	226.614.024,24
88	Globalposten	-1.222.746.100	-1.270.331.100	593.763.200	---
89	Haushaltstechnische Verrechnungen	800	100	200	---
∑	**Summe Ausgaben**	**3.715.879.200**	**3.938.957.300**	**6.366.171.600**	**7.721.274.316,61**

Steuern und Finanzausgleich

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Die Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden regelt Artikel 106 des Grundgesetzes. Das Berlin zustehende Steueraufkommen setzt sich aus dem Landes- und Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern, den Landessteuern und den Gemeindesteuern, vermindert um den Bundesanteil an der Gewerbesteuerumlage, zusammen. Es wird unter Berücksichtigung der im Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung aktuellen Ergebnisse des von Bund und Ländern gebildeten Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ geschätzt. Das Kapitel enthält auch die Einnahmen Berlins aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich auf der Grundlage des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der jeweils gültigen Fassung.

Steuern und Finanzausgleich

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
01100	**820**	**Lohnsteuer**	**5.193.500.000**	**5.571.750.000**	**5.151.000.000**	**4.568.081.964,92**

Das Aufkommen der Einkommensteuer in den Erhebungsformen der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer steht in Höhe von jeweils 42,5 v. H. dem Bund und den Ländern und in Höhe von 15 v. H. den Gemeinden zu. In den Ansätzen sind nur die Landesanteile berücksichtigt. Die Bundesanteile werden unmittelbar an den Bund abgeführt, die Gemeindeanteile bei Titel 07100 veranschlagt.

	2024	2025
Landesanteil an der Lohnsteuer	5.193.500.000 €	5.571.750.000 €
Landesanteil an der veranlagten Einkommensteuer	1.483.250.000 €	1.576.750.000 €

	2024	2025
Erwartetes Gesamtaufkommen aus der Lohnsteuer (100%)	12.220.000.000 €	13.110.000.000 €
Erwartetes Gesamtaufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer (100%)	3.490.000.000 €	3.710.000.000 €

01200	**820**	**Veranlagte Einkommensteuer**	**1.483.250.000**	**1.576.750.000**	**1.462.000.000**	**1.439.864.662,75**

Erläuterungen siehe Titel 01100

01300	**820**	**Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Gruppe 018)**	**455.000.000**	**465.000.000**	**420.000.000**	**467.917.515,90**

Die Aufkommen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Kapitalertragsteuer) und der Körperschaftsteuer stehen dem Bund und den Ländern je zur Hälfte zu. In den Ansätzen sind nur die Landesanteile berücksichtigt. Die Bundesanteile werden unmittelbar an den Bund abgeführt.

Verteilung des Aufkommens an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag nach Berücksichtigung der vom Bundeszentralamt für Steuern durchzuführenden Erstattungen, insbesondere an inländische befreite Körperschaften.

	2024	2025
Landesanteil an der nicht veranlagten Steuer vom Ertrag	455.000.000 €	465.000.000 €
Landesanteil an der Körperschaftsteuer	1.295.000.000 €	1.335.000.000 €

	2024	2025
Erwartetes Gesamtaufkommen aus der nicht veranlagten Steuer v. Ertrag (100%)	910.000.000 €	930.000.000 €
Erwartetes Gesamtaufkommen aus der Körperschaftsteuer (100%)	2.590.000.000 €	2.670.000.000 €

01400	**820**	**Körperschaftsteuer**	**1.295.000.000**	**1.335.000.000**	**1.140.000.000**	**1.268.539.513,01**

Erläuterungen siehe Titel 01300

01500	**820**	**Umsatzsteuer**	**8.698.000.000**	**8.953.000.000**	**8.619.000.000**	**8.751.670.087,29**

Das Aufkommen der Umsatzsteuer und der Einfuhrumsatzsteuer stehen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden gemeinsam zu. Die Steueranteile zwischen Bund und Ländern sind im Gesetz über den Finanzausgleich in der jeweils geltenden Fassung festgelegt. In den Ansätzen sind die Landesanteile berücksichtigt. Die Bundesanteile werden unmittelbar an den Bund abgeführt bzw. als Vorauszahlungen auf den Finanzkraftausgleich unter den Ländern einbehalten. Die Gemeindeanteile werden bei Titel 07600 veranschlagt.

Die Ansätze enthalten auch Änderungen der Umsatzsteuerverteilung aufgrund besonderer gesetzlicher Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern (Umsatzsteuerfestbeträge), z.B. die Zahlungen des Bundes an die Länder im Zusammenhang mit dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst.

01600	**820**	**Einfuhrumsatzsteuer**	**1.882.000.000**	**1.958.000.000**	**1.733.000.000**	**1.872.123.756,69**

Erläuterungen siehe Titel 01500

01700	**820**	**Gewerbesteuerumlage an das Land**	**148.700.000**	**157.500.000**	**132.500.000**	**169.856.354,17**

Erläuterungen siehe Titel 07700

Steuern und Finanzausgleich

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
01800	**820**	**Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge**	**121.000.000**	**123.200.000**	**136.400.000**	**129.662.993,32**

Das Aufkommen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge steht in Höhe von jeweils 44 v. H. dem Bund und den Ländern und in Höhe von 12 v. H. den Gemeinden zu. In dem Ansatz ist nur der Landesanteil berücksichtigt. Der Bundesanteil wird unmittelbar an den Bund abgeführt, der Gemeindeanteil bei Titel 07800 veranschlagt.

	2024	2025
Landesanteil an der Abgeltungsteuer	121.000.000 €	123.200.000 €

	2024	2025
Erwartetes Gesamtaufkommen aus der Abgeltungsteuer (100%)	275.000.000 €	280.000.000 €

05100	**820**	**Vermögensteuer**	**—**	**—**	**—**	**122,01**
05200	**820**	**Erbschaftsteuer**	**580.000.000**	**590.000.000**	**500.000.000**	**808.696.129,98**
05300	**820**	**Grunderwerbsteuer**	**1.100.000.000**	**1.175.000.000**	**1.280.000.000**	**1.416.235.982,84**
05500	**820**	**Totalisatorsteuer**	**1.300.000**	**1.300.000**	**700.000**	**1.331.882,65**

96 v. H. des Aufkommens an Totalisatorsteuer erhalten der Trabrenn-Verein Mariendorf e. V. sowie der Pferdesportpark Berlin-Karlshorst e.V. (vgl. Erläuterung zu Kapitel 1320, Titel 68606).

05700	**820**	**Lotteriesteuer**	**55.000.000**	**55.000.000**	**54.000.000**	**56.113.313,86**
05800	**820**	**Sportwettensteuer**	**20.000.000**	**20.000.000**	**21.000.000**	**19.094.787,52**
05801	**820**	**Virtuelle Automatensteuer**	**21.000.000**	**21.000.000**	**24.000.000**	**25.994.444,14**
05802	**820**	**Online-Pokersteuer**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.707.622,39**
05900	**820**	**Feuerschutzsteuer**	**21.000.000**	**21.000.000**	**20.000.000**	**19.186.350,30**
06100	**820**	**Biersteuer**	**13.000.000**	**13.000.000**	**13.000.000**	**13.253.341,61**
07100	**820**	**Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer**	**2.356.500.000**	**2.523.000.000**	**2.334.000.000**	**2.120.451.750,96**

(vgl. Erläuterungen zu den Titeln 01100 und 01200)

07200	**820**	**Grundsteuer A**	**60.000**	**60.000**	**64.000**	**—**
07300	**820**	**Grundsteuer B**	**870.000.000**	**880.000.000**	**860.000.000**	**852.993.257,91**
07500	**820**	**Gewerbesteuer**	**2.975.000.000**	**3.150.000.000**	**2.650.000.000**	**3.033.946.637,02**
07600	**820**	**Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer**	**341.000.000**	**350.000.000**	**325.000.000**	**323.950.393,34**

Erläuterungen siehe Titel 01500

07700	**820**	**Gewerbesteuerumlage**	**-253.900.000**	**-268.900.000**	**-226.200.000**	**-289.998.653,47**

Die Gewerbesteuerumlage wird nach dem Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) ermittelt, indem das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer (Titel 07500) durch den Hebesatz der Steuer (2024 und 2025: 410 v. H.) geteilt und mit dem Umlagesatz nach § 6 des Gemeindefinanzreformgesetzes vervielfältigt wird. Der Titel enthält die Gesamtumlage, d.h. sowohl die Umlage an den Bund als auch die Umlage an das Land. Die Landesumlage wird als Einnahme bei Titel 01700 veranschlagt.

07800	**820**	**Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge**	**33.000.000**	**33.600.000**	**37.200.000**	**35.362.634,55**

(vgl. Erläuterung zu Titel 01800).

08200	**820**	**Vergnügungsteuer**	**40.000.000**	**40.000.000**	**42.000.000**	**39.885.373,59**

Aufkommen der Vergnügungsteuer für Spielautomaten

08300	**820**	**Hundesteuer**	**12.000.000**	**12.000.000**	**12.000.000**	**13.048.325,95**

Steuern und Finanzausgleich

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
			Beträge in EURO			
08900	820	Zweitwohnungsteuer	15.000.000	15.000.000	15.000.000	14.513.099,24
08901	820	Übernachtungsteuer	57.000.000	59.000.000	55.000.000	46.661.536,45

Das Land Berlin erhebt eine Übernachtungsteuer in Höhe von 5 v. H. auf den Aufwand (netto) für entgeltliche Übernachtungen zu privaten Zwecken in einem Beherbergungsbetrieb.

09301	820	Spielbankabgabe	28.000.000	28.000.000	23.000.000	28.518.469,33

Die Höhe der Spielbankabgabe bemisst sich nach einer abgestuften Regelung in Abhängigkeit von der Höhe der Bruttospielerträge.

11950	820	Gewinnabgabe der Spielbanken	10.000.000	10.000.000	4.000.000	7.237.916,03

Die Gewinnabgabe bemisst sich in einer abgestuften Regelung in Abhängigkeit von der gesetzlich festgelegten Bemessungsgrundlage, die auf dem handelsrechtlichen Jahresergebnis – bereinigt um festgelegte Korrektivposten – basiert.

11951	820	Weitere Leistungen der Spielbanken	20.000.000	20.000.000	15.000.000	19.644.905,39

Die Höhe der weiteren Leistungen der Spielbanken bemisst sich mit 15% der Bruttospielerträge.

21102	820	Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Abs. 2 FAG	1.760.000.000	1.853.000.000	1.735.000.000	1.640.542.963,01

Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Die Berechnung erfolgt nach den Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes und deckt einen Teil des nicht durch den horizontalen Finanzausgleich ausgeglichenen Fehlbetrags (Differenz zwischen der eigenen Finanzkraft und derjenigen, die sich bei einer genau durchschnittlichen Finanzkraft je – gewertetem – Einwohner ergeben würde) ab.

21103	820	Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG	58.671.000	58.671.000	58.671.000	58.671.000,00

Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen aufgrund überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung

21105	820	Ausgleichszahlungen des Bundes für entgehende Kfz-Steuer	211.554.000	211.554.000	211.554.000	211.553.727,52

Die Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer wurde zum 1.7.2009 auf den Bund übertragen. Zum Ausgleich erhalten die Länder Zahlungen vom Bund.

37201	880	Pauschale Mindereinnahmen	-600.000.000	-310.000.000	-588.000.000	—

Ansatz 2024 und 2025: Erwartete Mindereinnahmen aufgrund des Ergebnisses des Zensus 2022. Ansatz 2023: Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 2023 (Steuerschätzung Okt. 2022) laufende Gesetzgebungsverfahren (Inflationsausgleichsgesetz, Jahressteuergesetz 2022).

Gesamteinnahmen	29.022.635.000	30.702.485.000	28.270.889.000	29.186.314.162,17
Prozentuale Veränderung	2,7 %	5,8 %		

Abschluss Kapitel 2900

011-099	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	27.562.410.000	28.859.260.000	26.834.664.000	27.248.663.650,22
111-186	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	30.000.000	30.000.000	19.000.000	26.882.821,42
211-299	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.030.225.000	2.123.225.000	2.005.225.000	1.910.767.690,53
351-389	Besondere Finanzierungseinnahmen	-600.000.000	-310.000.000	-588.000.000	—
	Gesamteinnahmen	29.022.635.000	30.702.485.000	28.270.889.000	29.186.314.162,17
	Gesamtausgaben	—	—	—	
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	29.022.635.000	30.702.485.000	28.270.889.000	29.186.314.162,17

Steuern und Finanzausgleich

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Die produktorientierte Darstellung dieses Kapitels befindet sich bezüglich des Finanzausgleichs beim Kapitel 1520 und bezüglich der Steuern beim Kapitel 1531, weil die Verwaltungskosten in den benannten Kapiteln abgebildet werden.

Darlehen und Schuldendienst

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält alle Einnahmen aus der Aufnahme von Darlehen, wobei die für die Tilgung von Kreditmarktmitteln entstehenden Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden.

Außerdem werden in diesem Kapitel die im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kreditmarktmitteln entstehenden Ausgaben nachgewiesen.

In diesem Kapitel sind auch die Einnahmen und Ausgaben für den Schuldendienst zusammengefasst.

Darlehen und Schuldendienst

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
16210	**830**	**Zinsen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**20,00**

Zinseinnahmen aus sonstigen Forderungen

32500	**830**	**Kreditmarktmittel**	**381.000.000**	**381.000.000**	**913.633.000**	**-330.619.851,79**

Einnahmen aus Kreditaufnahmen im laufenden Haushaltsjahr dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Außerdem dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zu Gunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden. Tilgungen von Krediten werden bei diesem Titel nach § 15 Abs. 1 LHO als Einnahmeabsetzung gebucht.

Die Tilgung der Kredite, die zur Bewältigung der „Coronakrise“ im Haushalt 2020 im Volumen von 7.300.000.000 € aufgenommen wurden, erfolgt erstmals ab 2023 aus dem Titel 32502, indem die jährliche Tilgungsrate aus dem Titel 32502 auf diesen Titel umgebucht wird. Die Kreditaufnahme am Kreditmarkt wird dadurch in entsprechender Höhe reduziert (Anrechnung auf die Kreditermächtigung).

32501	**830**	**Ausleihungen bei Sondervermögen**	**—**	**—**	**—**	**-142.798.163,64**

An Stelle von Kreditaufnahmen am sonstigen Kreditmarkt können nach § 2 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes Kredite beim Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt aufgenommen werden, solange die Mittel des Sondervermögens für seine Zwecke nicht benötigt werden. Die Kreditaufnahme ist Teil der Kreditermächtigung nach § 2 des Haushaltsgesetzes. Tilgungen von Krediten bei den Sondervermögen werden bei diesem Titel nach § 15 Abs. 1 LHO als Einnahmeabsetzung gebucht.

32502	**830**	**Kreditmarktmittel nach § 2 BerlSchuldenbremseG**	**—**	**—**	**-811.113.000**	**—**

Auf Basis des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 02.06.2020 über die Feststellung des Bestehens einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nach Art. 87 Abs. 2 Satz 2 2. Halbsatz VvB und einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 2 BerlSchuldenbremseG wurden im Jahr 2020 notfallbedingte Kredite in Höhe von 7,3 Mrd. Euro aufgenommen.

Erstmals ab 2023 bis einschließlich 2049 sind diese Kredite zu tilgen. Die jährliche Tilgungsrate beträgt 270,371 Mio. €. Im Jahr 2023 findet zusätzlich eine vorgezogene Tilgung in Höhe der beiden Jahresraten 2024 und 2025 (540,742 Mio. €) statt. Daher sind für 2024 und 2025 keine Ansätze vorgesehen. Die Tilgungsrate wird bei diesem Titel nach § 15 Abs. 1 LHO als Einnahmeabsetzung gebucht. Der Schuldenabbau erfolgt durch Umbuchung der Tilgungsrate an den Titel 32500 bei gleichzeitiger Anrechnung auf die Kreditermächtigung.

35931	**850**	**Inanspruchnahme von Rücklagen (innere Darlehen)**	**—**	**—**	**—**	**473.418.015,43**

An Stelle sonst notwendiger Kreditaufnahmen können nach § 2 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes Bestände von Rücklagen als innere Darlehen in Anspruch genommen werden, solange diese Rücklagenmittel für ihre Zwecke nicht benötigt werden. Die Inanspruchnahme ist auf die Kreditermächtigung nach § 2 des Haushaltsgesetzes und den Ansatz beim Titel 32500 anzurechnen. Rückzahlungen an die Rücklagen sind bei diesem Titel als Einnahmeabsetzung zu buchen (verbindliche Erläuterung).

		Gesamteinnahmen	**381.001.000**	**381.001.000**	**102.521.000**	**20,00**
		Prozentuale Veränderung	**271,6 %**	**—**		
		Ausgaben				
54601	**830**	**Geldbeschaffungskosten**	**5.950.000**	**5.950.000**	**5.950.000**	**3.065.251,71**

Bankenvergütung und sonstige Ausgaben im Zusammenhang mit Wertrechtsbegebungen und anderen Emissionsprogrammen.

Darlehen und Schuldendienst

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
56101	**830**	**Zinsen für Darlehen des Bundes für den Wohnungsbau**	**70.000**	**61.900**	**78.100**	**86.003,51**

Erläuterungen 2024

Höhe der Schuld am 31.12.2023 Darlehen des Bundesministeriums der Finanzen (Bundesdarlehen)	Zinsen €	Tilgung €
7.199.820 €	69.980	811.490
	rd. 70.000	rd. 812.000

Erläuterungen 2025

Höhe der Schuld am 31.12.2024 Darlehen des Bundesministeriums der Finanzen (Bundesdarlehen)	Zinsen €	Tilgung €
6.388.330 €	61.840	819.630
	rd. 61.900	rd. 820.000

56104	**830**	**Zinsen für Darlehen des Bundes für sonstige Zwecke**	**49.500**	**30.400**	**83.100**	**137.739,96**

Erläuterungen 2024

Höhe der Schuld am 31.12.2023 Darlehen des Bundesministeriums der Finanzen (Bundesdarlehen) 3.878.550 €.....	Zinsen €	Tilgung €
	49.480	879.140
	rd. 49.500	rd. 880.000

Erläuterungen 2025

Höhe der Schuld am 31.12.2024 Darlehen des Bundesministeriums der Finanzen (Bundesdarlehen) 2.999.410 €.....	Zinsen €	Tilgung €
	30.350	335.930
	rd. 30.400	rd. 336.000

57500	**830**	**Zinsen für sonstige Kreditmarkt-mittel**	**1.167.300.000**	**1.317.336.000**	**1.067.190.000**	**967.745.841,11**

Deckungsvermerk:
Der Titel ist deckungspflichtig gegenüber Kapitel 1523, Titel 53201.

Zinsen für Schulden aus der Aufnahme von Krediten am Kreditmarkt zur Haushaltsfinanzierung, für die Stellung von Barsicherheiten und für Geldmarktgeschäfte (Kassenverstärkungskredite und Anlage von Kassenmitteln), sowie Zahlungen aus Derivatgeschäften. Soweit in diesem Zusammenhang Einnahmen generiert werden, dürfen diese von der Ausgabe abgesetzt werden (verbindliche Erläuterung).

Aus diesem Titel werden auch höhere Ausgaben für Entgelte für Einlagen mit negativer Verzinsung bei Banken finanziert (siehe Deckungsvermerk bei Kapitel 1523, Titel 53201).

57504	**830**	**Auszahlungsabgelder**	**12.500.000**	**12.500.000**	**12.500.000**	**-2.460.400,00**

Auszahlungsabgelder (Disagio) sind die Differenz zwischen dem Nennwert des vereinbarten Darlehens (Kurs = 100 v. H.) und dem Auszahlungskurs. Wird ein Auszahlungskurs über 100 v.H. (Agio) vereinbart, darf die daraus resultierende Einnahme von der Ausgabe abgesetzt werden (verbindliche Erläuterung).

58101	**830**	**Tilgung von Darlehen des Bundes für den Wohnungsbau**	**812.000**	**820.000**	**804.000**	**795.463,65**

Erläuterungen siehe Titel 56101

58104	**830**	**Tilgung von Darlehen des Bundes für sonstige Zwecke**	**880.000**	**336.000**	**1.385.000**	**2.118.544,26**

Erläuterungen siehe Titel 56104

Darlehen und Schuldendienst

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
58401	**830**	**Tilgung von Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen**	**1.054.000**	**—**	**1.054.000**	**1.053.261,28**

Erläuterungen 2024

Höhe der Schuld am 31.12.2023	Zinsen €	Tilgung €
Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen 1.053.260 €	—	1.053.260
		rd. 1.054 000

Danach ist diese Schuld getilgt.

Gesamtausgaben	**1.188.615.500**	**1.337.034.300**	**1.089.044.200**	**972.541.705,48**
Prozentuale Veränderung	**9,1 %**	**12,5 %**		

Abschluss Kapitel 2902

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**20,00**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**381.000.000**	**381.000.000**	**102.520.000**	**-473.418.015,43**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**—**	**—**	**—**	**473.418.015,43**
	Gesamteinnahmen	**381.001.000**	**381.001.000**	**102.521.000**	**20,00**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**5.950.000**	**5.950.000**	**5.950.000**	**3.065.251,71**
561-596	**Ausgaben für den Schuldendienst**	**1.182.665.500**	**1.331.084.300**	**1.083.094.200**	**969.476.453,77**
	Gesamtausgaben	**1.188.615.500**	**1.337.034.300**	**1.089.044.200**	**972.541.705,48**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-807.614.500**	**-956.033.300**	**-986.523.200**	**-972.541.685,48**

Darlehen und Schuldendienst

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Die produktorientierte Darstellung dieses Kapitels befindet sich beim Kapitel 1510, weil beide Kapitel einem strategischen Ziel zugeordnet sind und die Verwaltungskosten im Kapitel 1510 abgebildet werden.

Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden insbesondere Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, die den anderen Einzelplänen sachlich nicht zugeordnet werden können.

Ferner werden hier die Ausgaben und Einnahmen, die der Abwicklung der Vorjahresergebnisse dienen, nachgewiesen.

Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
21401	820	Rückzahlungen aus Sondervermögen	—	—	—	10.351,05
33407	129	Zuweisungen für Investitionen vom Sondervermögen "Schulbaufinanzierungsfonds"	293.000.000	—	152.000.000	—

Die Errichtung des Sondervermögens Schulbaufinanzierungsfonds ist Bestandteil des Haushaltsbegleitgesetzes 2019 und 2020/2021. Es soll dem Landeshaushalt Mittel zur Finanzierung von Schulbaumaßnahmen bereitstellen und ihn so von strukturellen Ausgaben entlasten.

35501	850	Entnahme aus der Konjunkturausgleichsrücklage	130.360.000	108.450.000	—	—

In Höhe der im Ergebnis der Frühjahrsprognose 2023 der Bundesregierung ermittelten negativen ex ante Konjunkturkomponente werden der Konjunkturausgleichsrücklage Mittel entnommen.

35903	850	Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO	255.820.000	272.430.000	3.076.485.000	1.962.867.510,52

Die Entnahmen aus der Rücklage dienen der Finanzierung der Bekämpfung und der Bewältigung der immer noch andauernden Folgen der Pandemie in den Jahren 2024 und 2025.

35905	850	Entnahme aus der Haushaltsentlastungsrücklage	550.000.000	200.000.000	—	700.000.000,00
35907	850	Entnahme aus der Rücklage Innovationsförderfonds	153.388.000	276.122.000	139.616.000	34.025.342,22

Die Mittel dienen der Abbildung der Entnahme aus der „Rücklage für den Innovationsförderfonds“, die voraussichtlich erforderlich wird, um die dezentral in den Einzelplänen veranschlagten Programme zu finanzieren.

35913	850	Entnahme aus der Rücklage Modellversuch Verwaltungsreform	—	—	—	4.823,31
35923	850	Entnahme aus der Rücklage zur Vorsorge im Zusammenhang mit Energiekostensteigerungen im öffentlichen und privaten Bereich	300.000.000	300.000.000	1.000	41.073.343,00

Entnahmen aus der sowie an die Rücklage sind nur mit Zustimmung des Hauptausschusses im Abgeordnetenhaus von Berlin möglich (verbindliche Erläuterung). (vgl. auch zu Erläuterung Titel 91923)

35924	850	Entnahme aus der Rücklage zur Vorsorge von Baukostensteigerungen	226.000.000	326.000.000	1.000	—
35925 (neu)	850	Entnahme aus der Zensusrücklage	167.189.000	—		
35926 (neu)	850	Entnahme aus der Resilienzrücklage	375.000.000	375.000.000		
36010	870	Fehlbetrag des Vorjahres	—	—	—	86.940.066,60

Der Titel dient ausschließlich zur kassenmäßigen Durchbuchung des Ergebnisses des Vorjahres und weist das Ist des vorletzten Haushaltsjahres aus.

Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
36020	**870**	**Überschuss des vorletzten Haushaltsjahres**	**5.294.000**	**1.000**	**—**	**—**

Hier wird der Fehlbetrag des vorletzten Haushaltsjahres der Einzelpläne 01 bis 29 nachgewiesen.

Kassenmäßige Überschüsse der Bezirke werden beim Jahresabschluss den bezirkseigenen Ergebnisrücklagen zugeführt, so dass diese Bezirke das Haushaltsjahr mit einem Ergebnis von 0 Euro abschließen. Der Fehlbetrag der Bezirksverwaltungen ist Bestandteil der jeweiligen Bezirkspläne. Insgesamt stellt sich das Jahresergebnis Berlins 2022 folgendermaßen dar (Angaben in Euro):

	Ist 2022
Mitte	0,00 €
Friedrichshain-Kreuzberg	0,00 €
Pankow	0,00 €
Charlottenburg-Wilmersdorf	-4.677.152,18 €
Spandau	0,00 €
Steglitz-Zehlendorf	-119.326,94 €
Tempelhof-Schöneberg	0,00 €
Neukölln	0,00 €
Treptow-Köpenick	0,00 €
Marzahn-Hellersdorf	-497.932,22 €
Lichtenberg	0,00 €
Reinickendorf	0,00 €
Summe Bezirke	-5.294.411,34 €
Einzelpläne 01 bis 29	5.294.411,34 €
Berlin (Einzelpläne 01 bis 45)	0,00 €

37101	**880**	**Pauschale Mehreinnahmen**	**56.000.000**	**128.000.000**	**—**	**—**

Mehreinnahmen in den Jahren 2024 und 2025 in Höhe von 56 bzw. 38 Mio. Euro aus Kostenbeteiligungen des Bundes und anderen Erstattungen für Ausgaben für Geflüchtete; außerdem im Jahr 2025 in Höhe von 90 Mio. Euro aus der erwarteten Fortsetzung der Bundesbeteiligung an den Ausgaben nach dem Kita-Qualitätsgesetz über das Jahr 2024 hinaus (bis 2024 in den Einnahmen aus der Umsatzsteuer enthalten).

38100	**890**	**Saldoausgleich für interne Verrechnungen**	**1.162.000**	**1.162.000**	**405.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**2.513.213.000**	**1.987.165.000**	**3.368.508.000**	**2.824.921.436,70**
		Prozentuale Veränderung	**-25,4 %**	**-20,9 %**		

Ausgaben

51185 (neu)	**860**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**				
		Siehe Maßnahmegruppe 32				
51715 (neu)	**860**	**Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**	**100.000.000**	**100.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber dem Titel 51715 sowie gegenüber Titeln der Hauptgruppe 6, die entsprechende BIM/FM-Ausgaben enthalten.

Etatisierung zentraler Mittel für erhöhte Bewirtschaftungsausgaben aufgrund gestiegener Energiekosten der Gebäude im Bestand des Sondervermögens Infrastruktur des Landes Berlin (SILB).

53407	**013**	**Sachausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation im Rahmen des landesweiten Beteiligungshaushaltes**	**—**	**—**	**2.000.000**	**—**

Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
68406	**290**	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**	**50.000.000**	**50.000.000**	**12.000.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Titeln der Gruppen 682 bis 686.

Etatisierung zentraler Mittel für die durch die Bewilligungsbehörden im Rahmen ihrer Ermessensentscheidungen ausgereichten Mittel an Zuwendungsempfangende, um deren Beschäftigten eine Teilhabe an der Tarifentwicklung gemäß TV-L zu ermöglichen, und für Anpassungen infolge einer Erhöhung des Landesmindestlohns.

71903	**880**	**Pauschale Minderausgaben für Bauinvestitionen**	**-502.647.000**	**-576.032.000**	**—**	**—**

Anteilige pauschale Minderausgabe zur Abbildung des investiven Handlungsbedarfs.

88401	**813**	**Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**241.539.970,71**

Dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) können Haushaltsüberschüsse, die die Tilgungsverpflichtung für konjunkturbedingte Kredite übersteigen, zugeführt werden.

Für alle Projekte der SIWA-Bestückungsliste erfolgt eine Spitzabrechnung; nicht verbrauchte Mittel fließen zurück an das SIWA (verbindliche Erläuterung).

88407	**129**	**Zuweisungen an das Sondervermögen "Schulbaufinanzierungsfonds"**	**—**	**—**	**1.000**	**60.000.000,00**
88411 (neu)	**813**	**Zuführung an das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation**	**120.000.000**	**120.000.000**		

Zuführung an das Sondervermögen gemäß § 4 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Klimaschutz, Resilienz und Transformation

91501	**850**	**Zuführungen an die Konjunkturausgleichsrücklage**	**1.000**	**1.000**	**163.500.000**	**163.500.000,00**

Gemäß § 6 BerlSchuldenbremseG ist eine Konjunkturausgleichsrücklage zu errichten. Diese hat ein Zielvolumen von mindestens 1 Prozent der kumulierten bereinigten Einnahmen der vergangenen fünf Jahre.

Sofern der am Ende des Haushaltsjahres 2024 bzw. 2025 erwirtschaftete Haushaltsüberschuss größer als der planmäßige ist und die Tilgungsverpflichtung für konjunkturbedingte Kreditaufnahmen erfüllt wurde, dürfen Mehrausgaben geleistet werden. Die höheren Ausgaben sind keine Mehrausgaben im Sinne des § 37 LHO (verbindliche Erläuterung).

91903	**850**	**Zuführung an die Rücklage nach § 62 LHO**	**—**	**—**	**—**	**1.900.143,56**
91905	**850**	**Zuführung an die Haushaltsentlastungsrücklage**	**—**	**—**	**—**	**750.000.000,00**
91906	**850**	**Zuführung an die Rücklage zur Vorsorge für die Auswirkungen des Zensus 2022**	**—**	**—**	**17.189.000**	**150.000.000,00**
91907	**850**	**Zuführung an die Rücklage Innovationsförderfonds**	**—**	**—**	**200.000.000**	**101.336.040,00**

Von der Gesamtzuführung an den IFF von 300 Mio. € werden 150 Mio. € für Neustart- und Konjunkturmaßnahmen für die Transformation der Berliner Wirtschaft und die Stärkung des Technologiestandorts und 50 Mio. € für die Kultur- und Kreativwirtschaft, u.a. in den Bereichen Arbeitsräume und Digitalisierung, verwendet. Als zusätzliche Maßnahmen wird die Synagoge Fraenkelufer in Höhe von 14 Mio. € aus dem IFF finanziert. Die übrigen Mittel werden zur Deckung der bislang bestehenden Überbuchung, darunter die Kofinanzierung Urania, verwendet.

91908	**850**	**Zuführung an die Resilienzrücklage**	**—**	**—**	**—**	**750.000.000,00**

Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
91923	**850**	**Zuführung an die Rücklage zur Vorsorge im Zusammenhang mit Energiekostensteigerungen im öffentlichen und privaten Bereich**	**1.000**	**1.000**	**311.000.000**	**863.149.000,00**

Nicht benötigte Entnahmen aus der Rücklage zur Vorsorge für Energiekostensteigerungen werden der Rücklage wieder zugeführt.

91924	**850**	**Zuführung an die Rücklage zur Vorsorge für Baukostensteigerungen**	**—**	**—**	**192.425.000**	**410.470.000,00**
96020	**870**	**Fehlbetrag des vorletzten Haushaltsjahres**	**—**	**1.000**	**80.804.000**	**139.673.957,64**
96030	**870**	**Kassenmäßiger Fehlbetrag des Vorjahres**	**—**	**—**	**—**	**86.940.066,60**

Der Titel dient ausschließlich zur kassenmäßigen Durchbuchung des Ergebnisses des Vorjahres und weist das Ist des vorletzten Haushaltsjahres aus.

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**651.000**	**—**
97115	**880**	**Pauschale Mehrausgaben zum Ausgleich der Rundungsdifferenz**	**900**	**900**	**200**	**—**

Der Gesamthaushalt summiert sich nicht auf volle Tausend Euro. Der letztendliche Haushaltsausgleich erfordert aufgrund seiner Größe einen auf volle Tausend Euro gerundeten Betrag. Die Rundungsdifferenz wird bei diesem Titel ausgeglichen.

97118	**880**	**Pauschale Mehrausgaben für Coronafolgen und Resilienz**			**1.000**	**—**
		Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.				
97203	**880**	**Pauschale Minderausgaben**	**-937.100.000**	**-907.300.000**	**-5.635.000**	**—**
98100	**890**	**Saldoausgleich für interne Verrechnungen**	**800**	**100**	**200**	**—**

Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
MG 32 (neu)		**Ausgaben für verfahrensabhängige IKT**				
51185 (neu)	**860**	**Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**		**6.000.000**		

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben des Titels sind einzelplanübergreifend deckungspflichtig gegenüber Titeln der Maßnahmegruppe 32.

Aufgrund der ab 01.01.2025 entstehenden Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand können von öffentlichen Dritten bezogene Leistungen ab dann der Umsatzbesteuerung unterliegen. Hier wird Vorsorge getroffen für eine entstehende Umsatzsteuerpflicht bei IKT-Ausgaben für die Inanspruchnahme von Leistungen öffentlicher Dritter, die in den Einzelplänen 01 bis 29 bislang netto veranschlagt sind.

Summe Maßnahmegruppe 32	**—**	**6.000.000**	**—**	
Gesamtausgaben	**-1.169.742.300**	**-1.207.327.000**	**973.937.400**	**3.718.509.178,51**
Prozentuale Veränderung	**-220,1 %**	**3,2 %**		

Abschluss Kapitel 2910

211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**10.351,05**
311-347	**Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen**	**293.000.000**	**—**	**152.000.000**	**—**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**2.220.213.000**	**1.987.165.000**	**3.216.508.000**	**2.824.911.085,65**
	Gesamteinnahmen	**2.513.213.000**	**1.987.165.000**	**3.368.508.000**	**2.824.921.436,70**
511-549	**Sächliche Verwaltungsausgaben**	**100.000.000**	**106.000.000**	**2.000.000**	**—**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**50.000.000**	**50.000.000**	**12.000.000**	**—**
700-739	**Investitionsausgaben für bauliche Zwecke**	**-502.647.000**	**-576.032.000**	**—**	**—**
811-899	**Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung**	**120.001.000**	**120.001.000**	**2.000**	**301.539.970,71**
911-989	**Besondere Finanzierungsausgaben**	**-937.096.300**	**-907.296.000**	**959.935.400**	**3.416.969.207,80**
	Gesamtausgaben	**-1.169.742.300**	**-1.207.327.000**	**973.937.400**	**3.718.509.178,51**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**3.682.955.300**	**3.194.492.000**	**2.394.570.600**	**-893.587.741,81**

Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Titel: 88401
Übersicht über den Haushaltsplan für das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

Nach dem Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur Wachsende Stadt (SIWA ErrichtungsG) in der Fassung vom 25.11.2019 (GVBl. S. 742) sollen aus dem Sondervermögen Investitionen in die Infrastruktur des Landes Berlin im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt finanziert werden. Das von der Senatsverwaltung für Finanzen verwaltete Sondervermögen ist nicht rechtsfähig und verfügt über kein eigenes Personal. Gem. § 4 Abs. 1 des SIWA ErrichtungsG kann unter dort näher ausgeführten Voraussetzungen der Hauptausschuss auf Vorschlag des Senats dem SIWA Mittel aus einem Haushaltsüberschuss zuweisen.

Die Zuführung an das Sondervermögen wird durch Ausgaben beim Titel 88401 - Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) - an ein Kapitel außerhalb des Haushaltes geleistet (Kapitel 9810). Die vom Hauptausschuss auf Vorschlag des Senats genehmigten Maßnahmen werden in dem Kapitel 9810 auf eigenen investiven Ausgabetiteln geführt.

		Betrag 2023 - EURO -	Betrag 2024 - EURO -	Betrag 2025 - EURO -	Ist 2022 - EURO -
	Einnahmen				
1	Zuführungen aus dem Landeshaushalt einschließlich Sonderzuführungen [1)]	170.225.000,00	1.000,00	1.000,00	381.695.178,71
2	Übernahme Übertrag Vorjahr aus SIWA I- bis SIWA VII-Mitteln	1.930.155.862,60	1.592.146.021,62	1.200.185.910,82	1.831.414.055,53
		2.100.380.862,60	1.592.147.021,62	1.200.186.910,82	2.213.109.234,24
	Ausgaben				
1	Investive Baumaßnahmen aus SIWA I- bis VII-Mitteln	136.294.100,81	245.635.682,16	236.750.137,10	78.973.596,46
2	Ausgaben zur Investitionsförderung aus SIWA I- bis VII-Mitteln	371.899.769,83	146.325.428,64	236.650.513,59	202.337.757,54
3	Sächliche Verwaltungsausgaben aus SIWA I- bis VII-Mitteln	40.970,34	0,00	0,00	1.642.017,64
4	Übertrag ins Folgejahr aus SIWA I- bis SIWA VI-Mitteln	1.592.146.021,62	1.200.185.910,82	726.786.260,13	1.930.155.862,60
		2.100.380.862,60	1.592.147.021,62	1.200.186.910,82	2.213.109.234,24

[1)] Die Zuführungen im Jahr 2022 sowie im Jahr 2023 erfolgte über folgende Kapitel/Titel:

Kapitel	Titel	Ist 2022 [EUR]	Ansatz 2023 [EUR}
2910	88401	241.539.970,71	1.000,00
0500	88401	35.000.000,00	35.000.000,00
0565	88401	250.000,00	500.000,00
0601	88401	3.650.000,00	0,00
0700	88401	7.000.000,00	0,00
0810	88401	10.831.208,00	0,00
1200	88401	533.000,00	0,00
2991	88401	50.000.000,00	134.724.000,00
4500	88401	2.891.000,00	0,00
Summen		351.695.178,71	170.225.000,00

Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Die produktorientierte Darstellung dieses Kapitels befindet sich beim Kapitel 1520, weil beide Kapitel einem strategischen Ziel zugeordnet sind und die Verwaltungskosten im Kapitel 1520 abgebildet werden.

Kommunalinvestitionsprogramm

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Einnahmen und Ausgaben nach dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz – KInvFG, BGBl. I Nr. 24 vom 29. Juni 2015, zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ und zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wegen Starkregenfällen und Hochwassern im Juli 2021 sowie zur Änderung weiterer Gesetze (Aufbauhilfegesetz 2021 - AufbhG 2021) vom 10. September 2021, BGBl. I S. 4147) nachgewiesen.

Der Bund begegnet mit dem KInvFG der Verstetigung der Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen strukturstarken und strukturschwachen Kommunen und Regionen, indem dieser Entwicklung durch die Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen durch den Bund entgegengewirkt werden sollen. Der Bund hat hierzu ein Sondervermögen zunächst in Höhe von 3,5 Mrd. € aufgelegt, aus dem in den Jahren 2015 bis 2024 Investitionen finanzschwacher Kommunen mit einem Fördersatz von bis zu 90% gefördert werden.

Das Land Berlin partizipiert mit einem Prozentsatz von 3,9385% (absolut 137.847.500,00 €) an diesem Programm. Zusammen mit dem 10%igen Eigenanteil des Landes Berlin (= 15.316.388,89 EUR) stehen mithin bis 2024 insgesamt 153.163.888,89 € zur Verfügung.

Die nach Kapitel 1 KInvFG geförderten Maßnahmen müssen bis zum 31.12.2023 abgenommen und bis zum 31.12.2024 abgerechnet sein. Auszahlungen und Abrechnungen werden gegenüber dem Bund überwiegend im ursprünglichen Zeitrahmen des Programms bis zum 31.12.2021 erfolgen. Vorsorglich werden bei den entsprechenden Titeln Merkansätze veranschlagt, um im Bedarfsfall zulässige Auszahlungen auch noch im Jahr 2023 leisten zu können.

Durch Art. 1 des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016 des Bundes vom 31. März 2017 (BGBl. I S. 698) sind dem Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ einmalig weitere 3,5 Mrd. € zugeflossen. Das bisherige Programm wurde zu Kapitel 1, neu hinzugefügt wurde ein Kapitel 2: Durch dieses Kapitel 2 KInvFG stehen Berlin aus dem aufgestockten Kommunalinvestitionsförderungsfonds zusätzliche Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen nach Artikel 104c des Grundgesetzes in Höhe von 140.399.000 € zu. Diese werden ergänzt durch einen Landesanteil in Höhe von 15.599.889 €, sodass insgesamt 155.998.889 € für Investitionen für die Sanierung, den Umbau, die Erweiterung und bei Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit ausnahmsweise den Ersatzbau von Schulgebäuden aus diesem Bundesprogramm zur Verfügung stehen (vgl. Erläuterung zu Titel 33401). Die Mittel sind für Investitionen mit dem Schwerpunkt Infrastruktur und für Investitionen mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur zu verwenden. Dabei haben unter anderem energetische Sanierungen, Lärmbekämpfung und Barriereabbau einen besonderen Stellenwert.
Diese Investitionen müssen bis zum 31.12.2025 abgenommen und bis zum 31.12.2026 gegenüber dem Bund abgerechnet sein.

In diesem Kapitel werden beim Titel 89321 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft für Sanierung, Umbau, Erweiterung, und Ersatzbau von Schulgebäuden – lediglich die Ausgaben für Schulen in freier Trägerschaft nachgewiesen; die Ausgaben für staatliche Schulen sind im Kapitel 2710 – Aufwendungen der Bezirke - Bildung, Jugend und Familie – veranschlagt.

Die Einnahmen aus dem Sondervermögen des Bundes für beide Kapitel werden aber in diesem Kapitel im Titel 33401 – Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes – veranschlagt. Bei der Prüfung von Verwendungsnachweisen hat sich gezeigt, dass in Einzelfällen Mittel nicht zweckgerichtet verwendet wurden und zurückzufordern sind. Dafür wird der Titel Titel 11917 – Rückzahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft – neu aufgenommen und mit einem Merkansatz versehen.

B. Gender Budgeting

Aus dem Kommunalinvestitionsprogramm werden überwiegend genderneutrale Investitionsmaßnahmen gefördert, für die gendersensitive Daten nicht erhoben werden und auch nur mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand erhoben werden könnten. Beispielhaft seien hier die Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr (Titel 72016) genannt, die nicht nur der Berliner Bevölkerung, sondern z.B. auch Gästen in Berlin zu Gute kommen und von diesen genutzt werden.

Hinsichtlich der geschlechtssensitiven Daten zum Titel 89321 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft für Sanierung, Umbau, Erweiterung, und Ersatzbau von Schulgebäuden – wird auf die entsprechenden Angaben bei den Titeln 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft – im Einzelplan 10 verwiesen.

Kommunalinvestitionsprogramm

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11917 (neu)	113	Rückzahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft	1.000	1.000		
33401	692	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes	14.814.000	2.908.000	11.159.000	16.337.716,95

Zweckbindungsvermerk:
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben des Kommunalinvestitionsprogramms.

Die Ausgaben des Kommunalinvestitionsprogramms I (diverse Investitionsmaßnahmen) bei den Titeln des Kapitels 2920 dürfen nur in Höhe der Einnahmen geleistet werden, deren Eingang rechtlich gesichert ist.
Die Ausgaben des Kommunalinvestitionsprogramms II (Verbesserung der Schulinfrastruktur), die im Kapitel 2710 (staatliche Schulen) oder im Kapitel 2920 (Schulen in freier Trägerschaft) veranschlagt sind, dürfen nur in Höhe der Einnahmen geleistet werden, deren Eingang rechtlich gesichert ist.
Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterungen).

Der Titel enthält die Einnahmen des Berliner Landesanteils am Sondervermögen Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes (siehe auch Allgemeine Erläuterung). Berlin steht ein Anteil in Höhe von 137.847.500 € (3,9385% des Sondervermögens i.H.v. 3,5 Mrd. €) für Maßnahmen nach Kapitel 1 und ein Anteil in Höhe von 140.399.000 € (4,0114% des Sondervermögens i.H.v. 3,5 Mrd. €) für Maßnahmen nach Kapitel 2 am insgesamt 7 Mrd. € umfassenden Sondervermögen für den Förderzeitraum 2015 bis 2024 (Kapitel 1) bzw. 2017 bis 2026 (Kapitel 2) zu.

		Gesamteinnahmen	**14.815.000**	**2.909.000**	**11.159.000**	**16.337.716,95**
		Prozentuale Veränderung	**32,8 %**	**-80,4 %**		
		Ausgaben				
70110	322	Ersatzbau von Sportanlagen	—	—	1.000	—
72016	725	Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr	1.000	1.000	1.000	—

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen der Infrastruktur aus dem Sondervermögen "Kommunalinvestitionsförderungsfonds (KInvFF)“ sollen Abschnitte des übergeordneten Fahrradroutennetzes hergestellt, sowie neue Radwege, Radfahrstreifen und Schutzstreifen für den Radverkehr an Hauptverkehrsstraßen und zur Realisierung bezirklicher Fahrradrouten mit dem Ziel der Verbesserung von klimatischen und verkehrlichen Verhältnissen geschaffen werden.
Im Sinne von § 3 KInvFG dient die Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr der Verminderung des motorisierten Verkehrsaufkommens und damit der Luftreinhaltung und der Lärmbekämpfung auf Straßen.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

Siehe auch Erläuterungen bei Kapitel 0730, Titel 72016.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

72019	741	Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen	1.000	1.000	1.000	6.096,66

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen der Infrastruktur aus dem Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds (KInvFR)“ sollen zur barrierefreien Nutzung der öffentlichen Nahverkehrsangebote Bushaltestellen mit „Kasseler Borden" und Blindenleiteinrichtungen ausgerüstet sowie entsprechend ausgestattete Haltestellenkaps gebaut werden.
Im Sinne von § 3 KInvFG dient die Maßnahme dem Städtebau einschließlich dem altersgerechten Umbau sowie dem Barriereabbau.

Die Bewirtschaftung der Ausgaben kann den Bezirken übertragen werden.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

Kommunalinvestitionsprogramm

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
72021	**332**	**Maßnahmen zur Lärmminderung im Straßenland**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**6.614,69**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Realisierung von Maßnahmen zur Straßenraumgestaltung im Rahmen der Förderung von Maßnahmen der Infrastruktur aus dem Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds (KInvFF)“.
Im Sinne von § 3 KInvFG handelt es sich um Infrastrukturinvestitionen mit Schwerpunkt Lärmbekämpfung insbesondere bei Straßen.

Siehe auch Erläuterungen bei Kapitel 0710, Titel 52112.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

89102	**312**	**Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen der Infrastruktur aus dem Bundes-Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds (KInvFF)“ sollen Investitionen der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH finanziert werden.
Im Sinne von § 3 KInvFG handelt es sich um Infrastrukturinvestitionen für Krankenhäuser.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

89112	**741**	**Zuschuss an die BVG für den barrierefreien Ausbau von Straßenbahnhaltestellen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Im Sinne von § 3 KInvFG dient die Maßnahme dem Städtebau einschließlich dem altersgerechten Umbau sowie dem Barriereabbau.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

89113	**741**	**Zuschuss an die BVG für den barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**62.548,25**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Die Ausgaben dienen dem gleichen Zweck wie beim Titel 72019; und zwar in den Fällen, in denen die Ausbaumaßnahme auf eigenen Grundstücken der BVG erfolgen soll.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

89201	**322**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**1.627.607,00**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Zuschüsse an die Berliner Bäder-Betriebe AöR für Maßnahmen der energetischen Sanierung in den öffentlichen Bädern. Im Sinne von § 3 KInvFG handelt es sich um energetische Sanierungen sonstiger kommunaler Infrastruktureinrichtungen.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

Kommunalinvestitionsprogramm

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
89202	**184**	**Zuschuss an die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH für Investitionen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Zuschuss an die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde gGmbH für energetische Sanierungsmaßnahmen am Verwaltungsgebäude; insbesondere Dämmung der Fassaden, Einbau energetisch optimierter Fenstersysteme, Neugestaltung des Lüftungskonzepts und Erneuerung der Heiztechnik.
Im Sinne von § 3 KInvFG handelt es sich um energetische Sanierungen sonstiger kommunaler Infrastruktureinrichtungen.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

89218	**312**	**Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen der Infrastruktur aus dem Bundes-Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds (KInvFF)“ sollen Investitionen nichtöffentlicher Krankenhausträger finanziert werden.
Im Sinne von § 3 KInvFG handelt es sich um Infrastrukturinvestitionen für Krankenhäuser.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

89321	**113**	**Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft für Sanierung, Umbau, Erweiterung und Ersatzbau von Schulgebäuden**	**5.000.000**	**1.431.000**	**2.853.000**	**2.826.287,57**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kommunalinvestitionsprogrammes II, die im Kapitel 2710 (staatliche Schulen) veranschlagt sind.

Gem. § 12 Abs. 1 KInvFG werden die Fördermittel gem. Kap. 2 KInvFG trägerneutral gewährt. Dementsprechend wird ein Betrag in Höhe von insgesamt rd. 17 Mio. € für Investitionsmaßnahmen von Schulen in freier Trägerschaft bereitgestellt. Dieser betragliche Anteil entspricht dem Anteil an Berliner Schülerinnen und Schülern, die entsprechende Schulen besuchen.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

89370	**270**	**Kita-Ausbauprogramm**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**132.080,28**

Deckungsvermerk:
Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit allen anderen Ausgaben des Kapitels 2920.

Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen der Infrastruktur aus dem Bundes-Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfond (KInvFF)“ sollen neue vorschulische Betreuungsplätze in Kitas und der Tagespflege geschaffen werden.
Im Sinne von § 3 KInvFG handelt es sich um Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur in Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur.

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu Titel 33104

Gesamtausgaben	**5.010.000**	**1.441.000**	**2.864.000**	**4.661.234,45**
Prozentuale Veränderung	**74,9 %**	**-71,2 %**		

Kommunalinvestitionsprogramm

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2920				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.000	1.000	—	—
311-347		Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen für Investitionen	14.814.000	2.908.000	11.159.000	16.337.716,95
		Gesamteinnahmen	14.815.000	2.909.000	11.159.000	16.337.716,95
700-739		Investitionsausgaben für bauliche Zwecke	3.000	3.000	4.000	12.711,35
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	5.007.000	1.438.000	2.860.000	4.648.523,10
		Gesamtausgaben	5.010.000	1.441.000	2.864.000	4.661.234,45
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	9.805.000	1.468.000	8.295.000	11.676.482,50

Kommunalinvestitionsprogramm

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Die produktorientierte Darstellung dieses Kapitels befindet sich beim Kapitel 1520, weil beide Kapitel einem strategischen Ziel zugeordnet sind und die Verwaltungskosten im Kapitel 1520 abgebildet werden.

Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung (Ukraine)

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Im Kapitel 2931 werden die im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine erwarteten Ausgaben, die im Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten, zentral als pauschale Bewilligungsmittel veranschlagt. In der Haushaltswirtschaft können die Ausgaben den entsprechenden Fachkapiteln nach Maßgabe der jeweils verbindlichen Erläuterung zur Verfügung gestellt und bei den sachlich in Betracht kommenden Titeln der Fachkapitel verausgabt bzw. als Ausgleich für notwendige Basiskorrekturen der Globalsummenzuweisung der Bezirke herangezogen werden.

Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung (Ukraine)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
23101	**290**	**Ersatz von Ausgaben durch den Bund**	**—**	**—**	**—**	**102.745.247,00**
37101	**880**	**Pauschale Mehreinnahmen**	**—**	**—**	**300.804.000**	**—**

Erwartete Bundeserstattung zur Kompensation der Ausgaben für die kurzfristige Versorgung und Weiterleitung/ Verteilung der Geflüchteten (Drehkreuzfunktion - Ziffer 12 c des MPK-Beschlusses v. 07.04.2022), für die im Zeitpunkt der Planaufstellung der Finanzierungsweg noch nicht bekannt war sowie Bundeserstattung für Transferausgaben nach SGB.

Die für 2022 zugesagte Bundesbeteiligung an den Ausgaben für Geflüchtete von 110 Mio. € (Ziffer 12 b des MPK-Beschlusses v. 07.04.2022), die in der Steuerschätzung von Mai 2022 bereits enthalten waren, werden bei Kapitel 2900 Titel 37101 nachgewiesen.

Gesamteinnahmen	**—**	**—**	**300.804.000**	**102.745.247,00**
Prozentuale Veränderung	**-100,0 %**	**—**		

Ausgaben

97110	**880**	**Verstärkungsmittel**	**—**	**—**	**643.828.000**	**—**

Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung in der Hauptverwaltung und den Bezirksverwaltungen, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten:

		2022	2023
1.	rechtliche Verpflichtungen insb. nach SGB/ AsylbLG (ohne Betreuung Kita)	490.000.000 €	560.000.000 €
2.	Beschulung/ Betreuung Kita	50.000.000 €	65.000.000 €
3.	soziale/integrative Maßnahmen/Sonstiges	14.048.000 €	18.828.000 €
4.	Drehkreuz	100.000.000 €	0 €
		654.048.000 €	643.828.000 €

zu 1 und 2:
Ausgaben aufgrund rechtlicher Verpflichtungen inkl. der durch die Umsetzung der Maßnahmen zusätzlich anfallenden Personalmittel. Der Bedarf an rechtlich verpflichtenden Leistungen wurde auf Basis der Annahme, dass sich der Bestand an Personen auf ca. 42.500 Leistungsbeziehende im Laufe des Jahres stabilisiert, kalkuliert.

zu 3.:
Ausgaben für Integrationsmaßnahmen und damit in Zusammenhang entstehende sonstige Ausgaben.

zu 4.:
Ausgaben für das Drehkreuz (kurzfristige Versorgung und bundesweite Verteilung der Geflüchteten). Eine verlässliche Einschätzung zur Ausgabenhöhe war zum Zeitpunkt der Veranschlagung noch nicht möglich.

Die Verstärkungsmittel können von der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung nach Maßgabe des § 50 LHO als Verstärkungsmittel zum Kopfkapitel der Einzelpläne Titel 97110 bzw. zum Kapitel 2729 Titel 97110 umgesetzt werden. Anschließend können die fachlich zuständigen Senatsverwaltungen die Ansätze der sachlich in Betracht kommenden Titel in den Fachkapiteln nach Maßgabe des § 37 Absatz 6 LHO verstärken, um dort höhere Ausgaben zu leisten. Die Mittel bei Kapitel 2729 Titel 97110 können als Ausgleich für notwendige Basiskorrekturen der Globalsummenzuweisung der Bezirke für höhere Ausgaben dienen. (verbindliche Erläuterung)

97120	**880**	**Verfügungsmittel**	**—**	**—**	**1.000.000**	**—**

Vorsorge für neue Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten.

Die Verfügungsmittel können auf Antrag und nach Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung nach Maßgabe des § 37 Abs. 6 LHO bei den sachlich in Betracht kommenden Titeln in den Fachkapiteln zur Verfügung gestellt werden, um dort neue Ausgaben zu leisten (verbindliche Erläuterung).

Gesamtausgaben	**—**	**—**	**644.828.000**
Prozentuale Veränderung	**-100,0 %**	**—**	

Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung (Ukraine)

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2931				
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	102.745.247,00
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	—	—	300.804.000	—
		Gesamteinnahmen	—	—	300.804.000	102.745.247,00
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	644.828.000	—
		Gesamtausgaben	—	—	644.828.000	
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	—	—	-344.024.000	102.745.247,00

Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung (Ukraine)

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Die produktorientierte Darstellung dieses Kapitels befindet sich für den Geschäftsbereich Finanzen beim Kapitel 1520, weil beide Kapitel einem strategischen Ziel zugeordnet sind und diesbezügliche Verwaltungskosten im Kapitel 1520 abgebildet werden. Darüber hinaus entstehende Verwaltungskosten in anderen Verwaltungen werden bei den jeweiligen Verwaltungskapiteln abgebildet.

Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

In diesem Kapitel werden die Versorgungsausgaben für ehemalige Senatsmitglieder, Beamtinnen/Beamte, Richterinnen/Richter, Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer Berlins sowie für ihre Hinterbliebenen veranschlagt und für den Bereich der ehemaligen Richterinnen/Richter und Beamtinnen/Beamte nach einzelnen Politikfeldern ausgewiesen.

Die Kapitel, an deren Ausgaben andere beteiligt sind (0559, 1169, 1091 und 1502), haben die auf sie entfallenden Versorgungsausgaben zu erstatten. Die Vivantes GmbH, Betriebe nach § 26 LHO, Stiftungen und das Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin leisten Vorauszahlungen für künftige Versorgungsausgaben an derzeit noch aktive Dienstkräfte.

Hinweise zur Veranschlagung

Die Ausgaben für die Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter wurden unter Berücksichtigung der prognostizierten Fallzahlenentwicklung des aktuellen Versorgungsberichts fortgeschrieben. Bei den Versorgungsbezügen für die ehemaligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde der kontinuierliche Rückgang der Fallzahlen berücksichtigt.

Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11903	**018**	**Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen**	**530.000**	**530.000**	**830.000**	**429.927,50**

Schadenersatzleistungen von Versicherungen im Zusammenhang mit Forderungen aus Versorgung und Beihilfe.

11935	**018**	**Abwendung der Kürzung von Versorgungsansprüchen**	**1.700.000**	**1.700.000**	**1.700.000**	**1.624.655,00**

Zahlungen zur Abwendung der Kürzung von Versorgungsansprüchen nach § 58 BeamtVG
Zahlung von Versorgungszuschlägen bei Beurlaubungen ohne Dienstbezüge oder Abordnung
Einzahlungen zur Berücksichtigung von ruhegehaltfähigen Dienstzeiten

23104	**018**	**Ersatz von Personalausgaben durch den Bund**	**3.750.000**	**3.750.000**	**4.200.000**	**3.747.159,39**

Ersatz von Versorgungsausgaben nach § 42 Abs. 1 des Gesetzes zu Artikel 131 GG und nach Artikel I Abs. 5 des Dritten LBÄG in Verbindung mit § 149 LBG (alte Fassung) und § 42 in Verbindung mit § 62 Abs. 4 und § 63 des Gesetzes zu Artikel 131 GG; Ersatz von Zuschüssen zu den Versorgungsbezügen nach § 71e Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes zu Artikel 131 GG sowie Anteile an den Versorgungslasten nach den §§ 23 und 30 BWGöD sowie Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag.

23207	**018**	**Ersatz von Personalausgaben durch die Länder**	**12.000**	**12.000**	**11.000**	**11.923,43**

Ersatz von Versorgungsausgaben nach § 42 Abs.1 des Gesetzes zu Artikel 131 GG und nach Artikel I Abs. 5 des Dritten LBÄG in Verbindung mit § 149 LBG (alte Fassung) und § 42 in Verbindung mit § 62 Abs. 4 und § 63 des Gesetzes zu Artikel 131 GG; Ersatz von Zuschüssen zu den Versorgungsbezügen nach § 71 e Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes zu Artikel 131 GG, Anteile an den Versorgungslasten nach §§ 23 und 30 BWGöD.

23208	**018**	**Ersatz von Personalausgaben durch die Länder nach dem Beamtenversorgungsgesetz**	**21.300.000**	**21.300.000**	**26.800.000**	**21.251.683,40**

Ersatz von Versorgungslasten nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag sowie nach §§ 107b, 107c des Beamtenversorgungsgesetzes (für Altfälle).

23610	**018**	**Ersatz von Personalausgaben durch Sozialversicherungsträger**	**1.000**	**1.000**	**3.000**	**—**

Ersatz von Versorgungsausgaben nach § 42 Abs.1 des Gesetzes zu Artikel 131 GG und nach Artikel I Abs. 5 des Dritten LBÄG in Verbindung mit § 149 LBG (alte Fassung) und § 42 in Verbindung mit § 62 Abs. 4 und § 63 des Gesetzes zu Artikel 131 GG; Ersatz von Zuschüssen zu den Versorgungsbezügen nach § 71 e Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes zu Artikel 131 GG, Anteile an den Versorgungslasten nach §§ 23 und 30 BWGöD sowie Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag.

23612	**259**	**Leistungen für Versorgungsausgaben durch die Bundesagentur (SGB II)**	**7.300.000**	**7.300.000**	**6.700.000**	**7.330.555,35**

Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB II wird den Arbeitsgemeinschaften (ARGE) Personal von den Bezirken zur Verfügung gestellt, für das die Bundesagentur die Personalkosten erstattet. Die Personalkostenerstattungen enthalten auch Anteile für künftige Versorgungsausgaben des gestellten Personals.

26102	**018**	**Ersatz von Personalausgaben durch sonstige Dienstherren**	**100.000**	**100.000**	**123.000**	**104.209,89**

Erläuterung siehe Titel 23610

26110	**018**	**Leistungen für Versorgung durch die öffentlichen Krankenhäuser**	**1.000**	**1.000**	**—**	**11.637,55**

Vorauszahlungen für künftige Versorgungsausgaben an derzeit noch aktive Beamtinnen/Beamte der Vivantes GmbH. Die Ansätze sind unter Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklung geschätzt.
Weniger wegen Rückgangs der Fallzahlen.

Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
26114	**018**	**Ersatz von Versorgungsausgaben durch Betriebe nach § 26 LHO**	**284.000**	**291.000**	**330.000**	**244.821,62**

Vorauszahlungen für künftige Versorgungsausgaben an derzeit noch aktive Beamtinnen/Beamte von folgenden Betrieben:

	2024	2025
Berliner Philharmoniker	28.300 €	28.900 €
Landeslabor Berlin-Brandenburg	255.900 €	262.100 €
	284.200 €	291.000 €
	rd. 284.000 €	rd. 291.000 €

26115	**018**	**Ersatz von Versorgungsausgaben durch Stiftungen**	**748.000**	**748.000**	**870.000**	**748.088,65**

Vorauszahlungen für künftige Versorgungsausgaben an derzeit noch aktive Beamtinnen/Beamte von folgenden Stiftungen:

	2024	2025
Stadtmuseum	23.100 €	45.200 €
Zentral- und Landesbibliothek	501.900 €	521.000 €
Deutsches Technikmuseum	183.800 €	169.100 €
	708.800 €	735.300 €
	rd. 709.000 €	735.000 €

26117	**018**	**Leistungen für Versorgung durch sonstige Einrichtungen**	**24.000**	**1.000**	**38.000**	**24.141,00**

Vorauszahlungen für künftige Versorgungsausgaben an derzeit noch aktive Beamtinnen/Beamte des Konrad-Zuse-Zentrums für Informationstechnik Berlin – ZIB –
Weniger wg. voraussichtlichen Eintritts in den Ruhestand des letzten aktiven Beamten im August 2024

28119	**018**	**Rückerstattung von pharmazeutischen Unternehmen nach dem Gesetz über Rabatte für Arzneimittel**	**1.730.000**	**1.730.000**	**2.600.000**	**1.725.596,11**

Nach dem Gesetz über die Gewährung von Rabatten für Arzneimittel haben auch die Träger der Beihilfe gegenüber den pharmazeutischen Unternehmen einen Anspruch auf Gewährung von Arzneimittelrabatten.

38101	**890**	**Allgemeine interne Verrechnungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
		Gesamteinnahmen	**37.481.000**	**37.465.000**	**44.206.000**	**37.254.398,89**
		Prozentuale Veränderung	**-15,2 %**	**-0,0 %**		

Ausgaben

42400	**850**	**Zuführung an die Versorgungsrücklage -Besoldungsbereich-**	**29.000.000**	**29.000.000**	**29.000.000**	**29.000.000,00**

Zahlungen an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Berlin“ für die aktiven Beamtinnen und Beamten sowie und Richterinnen und Richter des landesunmittelbaren Bereichs.
Nachdem die Zuführung im Jahre 2021 ausgesetzt war, sind ab 2022 wieder Zahlungen in Höhe der Ist-Ausgaben 2017 vorgesehen.

42401	**850**	**Zuführung an die Versorgungsrücklage - Lehrkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Zahlungen an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Berlin“ im Zusammenhang mit der Verbeamtung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte

43100	**018**	**Versorgungsbezüge der Senatsmitglieder**	**2.878.000**	**2.994.000**	**2.431.000**	**2.699.288,07**

Versorgungsbezüge für ehemalige Senatsmitglieder und deren Hinterbliebene nach dem Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Senats einschließlich Sonderzuwendungen.

Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
43201	**018**	**Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten**	**473.423.000**	**496.260.000**	**453.163.000**	**436.241.073,35**

Versorgungsbezüge für ehemalige Landesbeamtinnen und Landesbeamte und Hinterbliebene nach dem Beamtenversorgungsgesetz einschließlich Sonderzuwendungen, soweit sie nicht in den Titeln 43204, 43205, 43206 oder 43211 veranschlagt werden.

Die Versorgungsbezüge sind anhand der prognostizierten Fallzahlensteigerungen aus dem aktuellen Versorgungsbericht ermittelt worden. Bereits gesetzlich festgelegte oder geplante lineare Versorgungsanpassungen wurden ebenfalls berücksichtigt.

43204	**048**	**Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**	**531.550.000**	**560.053.000**	**490.539.000**	**484.153.740,02**

Erläuterungen siehe Titel 43201

43205	**058**	**Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter im Bereich des Rechtsschutzes**	**224.687.000**	**235.905.000**	**213.108.000**	**206.287.149,67**

Erläuterungen siehe Titel 43201

43206	**068**	**Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten im Bereich der Finanzverwaltung**	**135.192.000**	**143.424.000**	**122.873.000**	**121.237.486,93**

Erläuterungen siehe Titel 43201

43211	**118**	**Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten im Bereich der Schule**	**952.518.000**	**1.004.458.000**	**900.705.000**	**865.895.630,36**

Erläuterungen siehe Titel 43201

43400	**018**	**Zuführung an die Versorgungsrücklage -Versorgungsbereich-**	**51.500.000**	**51.500.000**	**51.500.000**	**51.500.000,00**

Zahlungen an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Berlin“ für die ehemaligen Beamtinnen und Beamten sowie und Richterinnen und Richter des landesunmittelbaren Bereichs.
Nachdem die Zuführung in 2021 ausgesetzt war, sind ab 2022 wieder Zuführungen in Höhe der Ist-Ausgaben 2017 vorgesehen.

43701	**018**	**Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz**	**249.000**	**218.000**	**370.000**	**319.829,90**

Versorgungsbezüge für ehemalige Beamtinnen/ Beamte, Richterinnen und Richter und deren Hinterbliebene nach Kapitel II G 131 und dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes einschließlich Sonderzuwendungen

Weniger wegen Rückgangs der Zahl der Versorgungsfälle.

43702	**018**	**Versorgungsbezüge der Angestellten nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**28.279,61**

Versorgungsbezüge für ehemalige Angestellte und deren Hinterbliebene nach Kapitel II G 131 und dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes einschließlich Sonderzuwendungen.

Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
43801	**018**	**Versorgungsbezüge der ehemaligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**4.100.000**	**3.700.000**	**4.700.000**	**5.044.793,33**

Versorgungsbezüge für ehemalige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene nach der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) und der Vereinbarung über die Versetzung der Arbeitnehmer der Gebietskörperschaft Groß-Berlin in den Ruhestand und ihre Versorgung (VV) einschließlich Sonderzuwendungen.
Weniger wegen des Rückgangs der Zahl der Versorgungsfälle.

44379	**018**	**Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Kosten für die Feststellung der Berufsunfähigkeit im Rahmen der Durchführung des § 14 a BeamtVG a. F.

44601	**018**	**Beihilfen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger**	**79.666.000**	**83.649.000**	**78.162.000**	**72.259.042,96**

Beihilfen und Rentenversicherungsbeiträge für Pflegende für ehemalige Landesbeamtinnen und Landesbeamte und Hinterbliebene nach dem Beamtenversorgungsgesetz, soweit sie nicht einem der Titel 44604, 44605, 44606 oder 44611 zugeordnet werden können, sowie für ehemalige Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter und deren Hinterbliebene nach Kapitel II G131, dem Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes.

Mehr wegen steigender Kosten im Gesundheitswesen.

44604	**048**	**Beihilfen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**	**116.886.000**	**122.730.000**	**118.071.000**	**106.019.114,15**

Erläuterung siehe Titel 44601

44605	**058**	**Beihilfen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich des Rechtsschutzes**	**45.369.000**	**47.637.000**	**44.174.000**	**41.151.356,19**

Erläuterung siehe Titel 44601

44606	**068**	**Beihilfen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Finanzverwaltung**	**26.313.000**	**27.629.000**	**26.718.000**	**23.866.756,34**

Erläuterung siehe Titel 44601

44611	**118**	**Beihilfen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Schule**	**168.637.000**	**177.069.000**	**156.210.000**	**152.958.421,15**

Erläuterung siehe Titel 44601

45201	**018**	**Nachversicherungen**	**40.000**	**35.000**	**65.000**	**45.291,17**

Nach § 72 Abs. 11 G 131 erstattet das Land Berlin den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung im Versicherungsfall für die unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, die nach der in diesem Gesetz getroffenen Regelung keinen Anspruch oder keine Anwartschaft auf Alters- oder Hinterbliebenenversorgung haben, die auf die Zeiten versicherungsfreier Beschäftigungen vor Ablauf des 8. Mai 1945 entfallenden Leistungen.

45202	**018**	**Beteiligung an Personalausgaben für ehemalige Berliner Dienstkräfte bei Sozialversicherungsträgern nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Erläuterung siehe Titel 45201

Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
46101	**880**	**Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben**	**217.000.000**	**213.000.000**	**—**	**—**

Für die zu erwartenden Kosten des TdL-Tarifabschlusses sowie die Übertragung auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich war im Gesamtpersonalmittelansatz eine Vorsorge getroffen worden. Bei diesem Titel wird die Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten und der Vorsorge als Pauschalbetrag veranschlagt. Die Ausgaben im Jahr 2021 waren die Vorsorge für die seit dem 1. November 2020 für die Beschäftigten des Landes Berlin gewährte Hauptstadtzulage.

46201	**880**	**Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben**	**—**	**—**	**-46.082.000**	**—**

Durch die Veranschlagung zentraler pauschaler Mehr- oder Minderausgaben wird sichergestellt, dass das erwartete tatsächliche Volumen der Personalausgaben der gesamten Hauptgruppe 4 eingehalten wird. Pauschalen dienen haushaltssystematisch nicht dem Nachweis von Kassenvermögen und können daher nie einen Ist-Betrag aufweisen.

63109	**018**	**Beteiligung an Personalausgaben für ehemalige Berliner Dienstkräfte beim Bund nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz**	**18.000**	**17.000**	**39.000**	**20.070,89**

Beteiligung an der Versorgungslast nach § 42 G 131 für bei anderen Dienstherren wiederverwendete ehemalige Berliner Beamtinnen/Beamte bzw. Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter.
Gemäß § 42 Abs. 1 G 131 werden bei Eintritt eines Versorgungsfalles dem neuen Dienstherren die auf dem neuen Beamtenverhältnis beruhenden Versorgungsbezüge zu dem Teil, der dem Verhältnis der bis zum 8. Mai 1945 zurückgelegten ruhegehaltfähigen Dienstzeit zu der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit entspricht, erstattet.
Die Dienstherren im Land Berlin erstatten den nach § 42 Abs. 2 G 131 auf sie entfallenden Anteil an den Versorgungsbezügen dem nach Kapitel II G 131 zuständigen Träger der Versorgungslast mit Wirkung vom Eintritt des Versorgungsfalles, frühestens vom 1. Oktober 1951 an.
Die Anteile werden jährlich nachträglich erstattet. Auf Antrag sind Abschlagzahlungen zu gewähren.
Zuschüsse zu den Versorgungsbezügen nach § 71 e Abs. 3 Satz 1 und 2 G 131, Anteile an den Versorgungslasten nach §§ 23 und 30 BWGöD sowie nach Artikel 1 Abs. 5 des Dritten LBÄG i. V. mit § 62 Abs. 4 und § 63 G 131

63118	**018**	**Beteiligung an Personalausgaben für ehemalige Berliner Dienstkräfte beim Bund nach dem Beamtenversorgungsgesetz**	**13.000.000**	**13.000.000**	**15.500.000**	**12.982.302,51**

Beteiligung an den Versorgungslasten für von anderen Dienstherren übernommene ehemalige Berliner Beamtinnen/Beamte oder Richterinnen/Richter.

Der zum 1.1.2011 in Kraft getretene Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag regelt das Erstattungsverfahren bei Dienstherrenwechseln neu. Das bislang in den §§ 107b, 107C des Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) geregelte Erstattungsmodell wird durch ein pauschalierendes Abfindungsmodell ersetzt, wonach die Versorgungsanwartschaften zum Zeitpunkt des Dienstherrenwechsels abgegolten werden. Altfälle werden noch in Anlehnung an die vorherige Regelung behandelt.

Die Ansätze sind an den Ausgaben des Jahres 2020 orientiert.

63205	**018**	**Beteiligung an Personalausgaben für ehemalige Berliner Dienstkräfte bei Ländern nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz**	**110.000**	**100.000**	**160.000**	**137.828,76**

Erläuterung siehe Titel 63109
Weniger wegen Fallzahlenrückgangs

63206	**018**	**Beteiligung an Personalausgaben für ehemalige Berliner Dienstkräfte bei Ländern nach dem Beamtenversorgungsgesetz**	**27.000.000**	**27.000.000**	**30.000.000**	**26.710.477,88**

Erläuterung siehe Titel 63118

Mehr wegen Zunahme der Erstattungsfälle.

Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
63303	**018**	**Beteiligung an Personalausgaben für ehemalige Berliner Dienstkräfte bei Gemeinden nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz**	**11.000**	**11.000**	**35.000**	**11.418,00**
		Erläuterung siehe Titel 63109				
63304	**018**	**Beteiligung an Personalausgaben für ehemalige Berliner Dienstkräfte bei Gemeinden gemäß Beamtenversorgungsgesetz**	**1.100.000**	**1.100.000**	**2.500.000**	**1.101.313,54**
		Erläuterung siehe Titel 63118				
67110	**018**	**Beteiligung an Personalausgaben für ehemalige Berliner Dienstkräfte bei sonstigen Dienstherren nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz**	**3.000**	**3.000**	**6.000**	**2.450,37**
		Erläuterung siehe Titel 63109				
67111	**018**	**Beteiligung an Personalausgaben für ehemalige Berliner Dienstkräfte bei sonstigen Dienstherren nach dem Beamtenversorgungsgesetz**	**3.100.000**	**3.100.000**	**2.700.000**	**3.093.782,40**
		Erläuterung siehe Titel 63118				
		Gesamtausgaben	**3.103.383.000**	**3.243.625.000**	**2.696.680.000**	**2.642.766.897,55**
		Prozentuale Veränderung	**15,1 %**	**4,5 %**		

Abschluss Kapitel 2940

111-186	**Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen**	**2.230.000**	**2.230.000**	**2.530.000**	**2.054.582,50**
211-299	**Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen**	**35.250.000**	**35.234.000**	**41.675.000**	**35.199.816,39**
351-389	**Besondere Finanzierungseinnahmen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
	Gesamteinnahmen	**37.481.000**	**37.465.000**	**44.206.000**	**37.254.398,89**
411-462	**Personalausgaben**	**3.059.041.000**	**3.199.294.000**	**2.645.740.000**	**2.598.707.253,20**
611-699	**Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen**	**44.342.000**	**44.331.000**	**50.940.000**	**44.059.644,35**
	Gesamtausgaben	**3.103.383.000**	**3.243.625.000**	**2.696.680.000**	**2.642.766.897,55**
	Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	**-3.065.902.000**	**-3.206.160.000**	**-2.652.474.000**	**-2.605.512.498,66**

Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Übersicht Bereich/Strategisches Ziel

001072 Nachhaltige Haushaltstrategie des Landes Berlin

Anzahl der			2022 in €	2021 in €	Änderung in %
Kostenträgergruppen	7	Personalkosten	22.576.347	20.200.402	+11,76
Kostenträger	35	Sachkosten	20.755.506	15.514.800	+33,78
davon		Transferkosten	18.924.780	26.230.262	-27,85
Produkte	21	Verrechnungskosten	4.071.523	4.014.316	+1,43
MGF	14	kalkulatorische Kosten	192.345.748	210.636.022	-8,68
Projekte	0	Gemeinkosten	8.213.494	7.823.958	+4,98
		Summe Verwaltungskosten	266.887.398	284.419.760	-6,16
		Transfers	66.681.065	107.047.625	-37,71
		Gesamtsumme	333.563.607	391.463.627	-14,79

An den Verwaltungskosten hat das Kapitel 2940 keinen Anteil. Die Kostenanteile am strategischen Ziel entfallen zu 77,23 % auf die Abteilung Beteiligung und Vermögen (Kapitel 1510), zu 8,66 % auf die Abteilung Landespersonal, zu 8,64 % auf den Politisch-Administrativen Bereich und die Abteilung Zentraler Service (Kapitel 1500), zu 5,42 % auf die Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Kapitel 1520) sowie zu 0,05 % auf den Landesfinanzservice (Kapitel 1523).

Gemessen an den Gesamtkosten ist das Kapitel 2940 mit 13,20 % am strategischem Ziel 001072 „Nachhaltige Haushaltsstrategie des Landes Berlin“ beteiligt.

Das strategische Ziel gliedert sich in sieben operative Ziele: 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ mit einem Anteil von 90,98 % an den Verwaltungskosten, 005233 „Statistikstelle Personal des Landes Berlin“ mit einem Verwaltungskostenanteil von 0,74 %, 005239 „Liquiditätssicherung und Schuldenverwaltung“ mit einem Anteil von 1,51 % an den Verwaltungskosten, 005496 „Entgeltstelle Soziale Dienstleistungen“ mit einem Anteil von 0,30 %, 005497 „Einheitliche und nachhaltige Personalpolitik“ mit einem Anteil von 6,12 %, 005519 „Investitionsplanung“ mit einem Anteil von 0,30 % sowie 005541 „Landespersonalausschuss“ mit einem Anteil von 0,05 %.

Gruppe/Operatives Ziel		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
005053	2022	242.806.635	57.671.243	300.473.022
Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes	2021	261.175.103	92.189.312	353.360.657

Die Gesamtkosten des operativen Ziels 005053 „Aufstellung und Steuerung des Landeshaushaltes“ betragen rund 300,5 Mio. €. Der Anteil des Kapitels 2940 (Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten) liegt bei 14,66 %.

Informatorischer Hinweis auf andere Kapitel (Basis Gesamtkosten):
1. Politisch-Administrativer Bereich und Abteilung Zentraler Service (Anteil von 6,77 % im Kapitel **1500**)
2. Abteilung Vermögen und Beteiligungen (Anteil von 71,64 %.im Kapitel **1510**)
3. Abteilung Finanzpolitik und Haushalt (Anteil von 4,28 % im Kapitel **1520**)
4. Landesfinanzservice (Anteil von 0,04 % im Kapitel **1523**)
5. Abteilung Landespersonal (Anteil von 2,61 % im Kapitel **1540**).

Die Kostendarstellung zum Kapitel 2940 erfolgt über nachstehend abgebildeten Kostenträger 80657. Dieser wird wegen der vollständigen Abbildung aller Transfers und Erträge seit 2020 bebucht.

Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Kostenträger		Beträge in €		
		Verwaltungskosten	Transfers	Gesamt
80657	2022	0	44.059.644	44.059.644
Sammelkostenträger für die auftragsweise Bewirtschaftung des Kapitels 2940 hinsichtlich der Erstattung von Personalausgaben des Landes Berlin (Pensionsverpflichtungen) ggü. Bund, Ländern, Gemeinden u. a. Einrichtungen mit Dienstherrenfähigkeit	2021	0	60.513.967	60.513.967

	2022	2021
Menge: Erstattungsfälle pro Jahr *	10.560	13.500
Kosten je ME in € *	4.172,31	4.482,52
Kostenanteil am Bereich/Strategisches Ziel in %	13,20	15,45
Transferkosten in den Verwaltungskosten in €	0,00	0,00
IST - Erträge in €	37.169.898,10	48.505.487,83
Kostendeckungsgrad in %	84,36	80,16

* Mengen und Stückkosten außerhalb von ProFiskal korrigiert.

Der Kostenträger umfasst die Prüfung von Erstattungsansprüchen aus Versorgung mit anderen Bundesländern, Gemeinden, dem Bund und sonstigen Dienstherren im Zusammenhang mit Dienstherrenwechseln und Abordnungen sowie deren Zahlbarmachung bzw. Vereinnahmung.

Die Bewirtschaftung des Kapitels 2940 (Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten) erfolgt im Auftrag der Senatsverwaltung für Finanzen durch das Landesverwaltungsamt.

Fachspezifische Informationen
Im Jahresdurchschnitt 2022 sind monatlich 880 Versorgungsfälle bearbeitet worden (2021: 1.125).

Vermögen

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Vermögensabteilung – Abteilung I – der Senatsverwaltung für Finanzen im Zusammenhang mit den Beteiligungen des Landes Berlin sowie für Grundstücksgeschäfte (siehe auch Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 1510). Hierzu gehören vorrangig die Abführungen des Liegenschaftsfonds aus dem Treuhandvermögen sowie der Zuschuss an den Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung (s. Titel 68281).

Vermögen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
11934	**811**	**Rückzahlungen überzahlter Beträge**	**—**	**—**	**—**	**5.739.083,25**
12111	**680**	**Erträge aus Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen**	**1.535.000**	**1.535.000**	**1.545.000**	**14.099.328,45**

Die erwarteten Erträge aus Beteiligungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung des Unternehmens	Voraussichtliche Erträge in € 2024	2025
1. Berliner Stadtgüter GmbH	1.000.000	1.000.000
2. BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH	500.000	500.000
3. Berliner Energieagentur	35.000	35.000
	1.535.000	1.535.000

Es wurde von den Beteiligungsverhältnissen am 31. Dezember 2022 ausgegangen.

12120 (neu)	**680**	**Gewinnablieferungen von Betrieben nach § 26 LHO**	**782.000**	**928.000**		

Mit Wirkung zum 01.01.2017 sind im Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung (LfG) zwei Betriebsteile (A und B) gegründet worden. Der Betriebsteil A erbringt Leistungen des Facility Managements. Der Betriebsteil B betreibt Flüchtlingsunterkünfte.

Für den Betriebsteil B wird nach Abschluss der Aufbauphase die Rückführung von Anlaufkosten in Form einer Gewinnablieferung an den Haushalt erwartet.

Gender Budget
Personalbestand im LfG B im Jahr 2022

Beschäftigte insgesamt	weiblich	männlich
269	167	102
	(62,1 %)	(37,9%)

Für den Betriebsteil A ist ein Zuschuss erforderlich, der im Titel 68281 ausgewiesen ist.

13101	**811**	**Abführungen aus dem Liegenschaftsfonds**	**12.000.000**	**12.000.000**	**15.000.000**	**15.584.112,68**

Abführungen des Liegenschaftsfonds aus dem Treuhandvermögen unter Berücksichtigung der Grundstücksqualifizierung (Vermarktung) und des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Senatsverwaltung für Finanzen. Die Beträge verstehen sich ohne Abzug. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM GmbH) erbringt Managementleistungen im Treuhandvermögen. Dafür erhält sie eine Vergütung, die bei Kapitel 2990 Titel 54010 – Dienstleistungen - veranschlagt ist. Weitere Abführungen leistet der Liegenschaftsfonds direkt - insbesondere als Erlösbeteiligung - an die Bezirke, Hauptverwaltungen, Bäderbetriebe und Stadtgüter.

13102	**811**	**Verkauf von bebauten Grundstücken des Finanzvermögens**	**500.000**	**500.000**	**1.500.000**	**371.936,64**

Einnahmen aus den von den Bezirken und der Senatsverwaltung für Finanzen abgeschlossenen Alt-Verträgen über den Verkauf von Grundstücken des Finanzvermögens und aus Ablösungen von Rückauflassungsvormerkungen zu Gunsten Berlins.

Einnahmen aus Erlösauskehr im Zusammenhang mit Vermögenszuordnungsverfahren.

Ausgaben aufgrund dieser Verträge dürfen ohne Rücksicht auf das Haushaltsjahr von der Einnahme abgesetzt werden.

Nach § 63 Abs. 3 LHO dürfen landeseigene Grundstücke unter dem vollen Wert verkauft werden:
Um 75 v. H. unter dem Verkehrswert für zum Zwecke des Mauerbaus und zur Errichtung bzw. zum Ausbau für Sperranlagen nach § 10 Verteidigungsgesetz der DDR enteignete und in Volkseigentum überführte Mauer- und Grenzgrundstücke, die nach den Vorschriften der Gebietsaustauschvereinbarungen 1971/72 und 1988 bzw. nach dem Vermögenszuordnungsgesetz Landeseigentum geworden sind, wenn diese an die früheren Eigentümer verkauft werden sollen und die früheren Eigentümer den Kauf bis zum 31.01.1997 (in analoger Anwendung des Gesetzes über den Verkauf von Mauer- und Grenzgrundstücken an die früheren Eigentümer – MauerG) angemeldet haben.

Vermögen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
13106	**811**	**Verkauf von bebauten Grundstücken des Verwaltungs- und des Stiftungsvermögens**	**2.000**	**2.000**	**2.000**	**4.367.459,95**
18105	**750**	**Rückflüsse von Gesellschafterdarlehen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**

Rückzahlung niedrigverzinslicher Gesellschafterdarlehen. Siehe hierzu auch Titel 83149.

18210	**812**	**Tilgungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**6.847,31**

Tilgungen aus Grundpfandrechten.

35904	**850**	**Entnahme aus der Rücklage für die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB)**	**100.000.000**	**100.000.000**	**1.000**	**—**

Verwendung der Mittel für die Finanzierung von öffentlicher Verkehrsinfrastruktur im Einzelplan 07.

35906	**850**	**Entnahme aus der Rücklage für die Auskehr von Verkaufserlösen nach dem Investitionsvorranggesetz**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
35941	**850**	**Entnahme aus der Rücklage für den Erwerb von Grundstücken im Rahmen des Grundstücksankaufsfonds**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
35942	**850**	**Entnahme aus der Rücklage Gesellschafterdarlehen an die HOWOGE**	**1.000**	**1.000**	**—**	**20.000.000,00**
35943	**850**	**Entnahme aus der Rücklage für Kapitalzuführungen an Wohnungsbaugesellschaften**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
		Gesamteinnahmen	**114.825.000**	**114.971.000**	**18.050.000**	**60.168.768,28**
		Prozentuale Veränderung	**536,1 %**	**0,1 %**		

Ausgaben

52601	**811**	**Gerichts- und ähnliche Kosten**	**22.000**	**22.000**	**22.000**	**120.232,27**

Gerichts- und Notarkosten im Zusammenhang mit Liegenschaftsangelegenheiten und im Bereich der Beteiligungsverwaltung.

54010	**661**	**Dienstleistungen**	**7.000.000**	**7.000.000**	**9.000.000**	**4.917.369,03**

	2024	2025
1. Vergütung der BIM GmbH (Geschäftsbetrieb des Liegenschaftsfonds)..	6.800.000 €	6.800.000 €
2. Beraterleistungen in Konzeptverfahren.....	200.000 €	200.000 €
Summe:	7.000.000 €	7.000.000 €

Zu 1.: Im Zuge der Zusammenführung der Gesellschaften hat das Personal der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG in die BIM GmbH gewechselt. Die Aufgaben des Liegenschaftsfonds werden somit durch Personal der BIM GmbH wahrgenommen. Für die erbrachten Leistungen erhält die BIM GmbH auf der Grundlage einer Managementvereinbarung eine Vergütung. Die Managementvergütung ersetzt den früheren Aufwendungsersatz im Treuhandvermögen - insbesondere für Personal- und Sachkosten des Liegenschaftsfonds. Nach Art und Umfang der Leistungen wird eine pauschale Vergütung zuzüglich der jeweils geltenden Umsatzsteuer gezahlt.

Zu 2.: Zusätzliche Aufwendungen der BIM GmbH im Rahmen der Vergabe landeseigener Grundstücke im Zusammenhang mit Konzeptverfahren.

54076	**680**	**Steuern auf Erträge aus anderen Beteiligungen**	**1.000**	**1.000**	**36.000**	**—**

Körperschaftsteuerzahlungen aufgrund der Beteiligung an der Liegenschaftsfonds Berlin Projekt GmbH & Co. KG sowie Kapitalertragsteuer.

59101 (neu)	**811**	**Tilgung Immobilienkredite**	**3.100.000**	**3.100.000**		

Vermögen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
67101	**811**	**Ersatz von Ausgaben**	**1.000**	**1.000**	**—**	**—**
67121	**811**	**Rückzahlung zu Unrecht vereinnahmter Beträge**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlung zu Unrecht vereinnahmter Beträge im Zusammenhang mit dem Verkauf und der Übertragung von Grundstücken (nicht rechtswirksame Modrow-Verträge).

67185	**811**	**Rückzahlungen von Veräußerungserlösen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**

Rückzahlungen von Erlösen aus dem Verkauf von Grundstücken und der Veräußerung von Beteiligungsrechten.

68211	**750**	**Zuschuss an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH**	**—**	**—**	**1.000**	**—**
68256	**680**	**Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Deckung von Betriebsverlusten**	**—**	**—**	**100.000.000**	**—**

Vorsorge zur Deckung von pandemiebedingt entstehenden Betriebsverlusten öffentlicher Anstalten, Stiftungen, Körperschaften und sonstigen Unternehmen Berlins.

68281	**680**	**Zuschuss an den Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung**	**8.200.000**	**7.700.000**	**11.000.000**	**8.625.000,00**

Mit Wirkung zum 01.01.2017 sind im Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung zwei Betriebsteile (A und B) gegründet worden. Der Betriebsteil A ist für das allgemeine Facility Management zuständig.

Das Ziel des LfG A ist es, den Zuschuss durch altersbedingte Personalabgänge, Optimierungsmaßnahmen und Effizienzsteigerungen weiterhin zu verringern.

Gender Budget

voraussichtlicher Personalbestand im LfG A im Jahr 2024/2025 (jeweils Stand am Jahresende)

Beschäftigte insgesamt	2024	2025
Anzahl	288	278
weiblich	160	151
	55,6 %	54,3%
männlich	128	127
	44,4 %	45,7%

Für den LfG B wird eine Gewinnablieferung erwartet, die in Titel 12120 ausgewiesen ist.

68283	**312**	**Zuschuss an die Vivantes GmbH zum Ausgleich von Jahresfehlbeträgen**	**150.000.000**	**154.100.000**	**93.200.000**	**—**

Ausgleich von Jahresfehlbeträgen der Vivantes GmbH.

Vermögen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
69802	**850**	**Abführung an den Entschädigungsfonds**	**100.000**	**100.000**	**100.000**	**12.552,82**

Nach dem Entschädigungsgesetz (EntschG) sind an den Entschädigungsfonds folgende Beträge abzuführen:

a) Der 1,3-fache vor der Schädigung zuletzt festgestellte Einheitswert von 1935 für Grundstücke, die wegen der Zugehörigkeit zum Verwaltungsvermögen nach Art. 21 des Einigungsvertrages nach §§ 4 und 5 des Vermögensgesetzes nicht restituierbar sind oder die wegen der Wahl von Entschädigung nicht restituiert werden (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 EntschG).

b) Veräußerungserlöse aus dem Verkauf von ehemals volkseigenem Grund und Boden nach dem 27. Juli 1990 an die Inhaber dinglicher Nutzungsrechte für Eigenheime und Entgelte für die Nutzung ehemals volkseigenen Grund und Bodens durch die Inhaber dinglicher Nutzungsrechte für Eigenheime, wenn die Rückübertragung nach § 4 des Vermögensgesetzes ausgeschlossen oder wegen der Wahl von Entschädigung entfallen ist (§ 10 Abs. 1 Nr. 11 EntschG).

c) Das am 17.12.2003 in Kraft getretene Entschädigungsrechtsänderungsgesetz trifft in Artikel 4 mit dem DDR-Entschädigungserfüllungsgesetz eine Regelung zu den sogenannten steckengebliebenen Entschädigungen. Danach haben frühere Eigentümer oder ihre Rechtsnachfolger einen nachträglichen Anspruch auf Erfüllung eines Entschädigungsanspruches, der nach den gesetzlichen Bestimmungen der DDR zwar vorgesehen, aber nicht erfüllt wurde.

Der Ansatz beruht auf Schätzungen, da insbesondere die Abführungen von Bescheiden des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen/Landesausgleichsamt, des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen sowie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - BImA abhängen.

69804	**811**	**Auskehr von Verkaufserlösen nach dem Investitionsvorranggesetz**	**500.000**	**500.000**	**500.000**	**—**

Nach dem Investitionsvorranggesetz konnten Vermögenswerte (Grundstücke, Gebäude, Unternehmen), die Gegenstand von Rückübertragungsansprüchen waren oder sein konnten, für Investitionszwecke vorrangig an Dritte veräußert werden.
Ist die Rückübertragung des Vermögenswertes an den Berechtigten bzw. Eigentümer infolge seiner Veräußerung an Dritte nicht mehr möglich, hat dieser einen Anspruch auf Zahlung eines Geldbetrages in Höhe des vom Land Berlin vereinnahmten Verkaufserlöses bzw. des Verkehrswertes.

Der Ansatz beruht auf Schätzungen, da die Zahlungen von Bescheiden des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen/Landesausgleichsamt und des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen abhängen.

82164 (neu)	**811**	**Kauf von bebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen**	**1.000**	**1.000**	**78.000.000**	**3.770.256,45**

Ansatz für den Erwerb von Grundstücken für das Verwaltungs- und Stiftungsvermögen.

83106	**741**	**Kapitalzuführung an die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB)**	**40.000.000**	**40.000.000**	**—**	**—**

Die Kapitalzuführung dient dem Erwerb von Schienenfahrzeugen und von Werkstätten.

83108	**811**	**Kapitalzuführung an die BIM GmbH für die Berliner Bodenfonds GmbH**	**142.000.000**	**142.000.000**	**13.632.000**	**1.162.452,32**

In €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	10.264.000	10.264.000	354.208.000

Die Kapitalzuführung dient der Fortsetzung des Ankaufsprogramms der Berliner Bodenfonds GmbH.

83132	**680**	**Kapitalzuführung an die Vivantes GmbH**	**134.000.000**	**134.000.000**	**131.700.000**	**128.300.000,00**

Eigenkapitalzuführung zur Finanzierung von Baumaßnahmen und Investitionen für Medizin- und Informationstechnik.

In €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	134.000.000	134.000.000	56.000.000

Vermögen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
83149	**750**	**Kapitalzuführung an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH**	**1.000**	**1.000**	**290.000.000**	**146.483.000,00**
		Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.				
		Verpflichtungsermächtigung	**244.000.000**	**244.000.000**		
		Davon fällig 2026	**244.000.000**	**244.000.000**		

Berliner Gesellschafteranteil (37%) an den prognostizierten Finanzbedarfen der FBB zur Liquiditätssicherung sowie Teilentschuldung im Management-Szenario.

83166	**680**	**Erwerb von Beteiligungen an sonstigen Unternehmen**	**250.000**	**100.000**	**100.000**	**—**

Mittel für den Erwerb von Beteiligungen gemäß § 65 LHO und für die Erhöhung von Kapitalanteilen.

86101	**680**	**Darlehen an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
86142	**750**	**Eigenkapital ersetzendes Gesellschafterdarlehen an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH**	**1.000**	**1.000**	**1.000**	**—**
86146	**114**	**Gesellschafterdarlehen an die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH**	**1.000**	**1.000**	**—**	**20.000.000,00**
87130	**661**	**Inanspruchnahme aus der Risikoabschirmung**	**1.000**	**1.000**	**4.000.000**	**—**

Risikovorsorge für die ehem. BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (jetzt: Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH); Ausgaben können insbesondere aus der Abwicklung von Kreditgarantien aus laufenden Insolvenzverfahren resultieren.

89103	**811**	**Zuschuss an das SILB zur Sanierung Haus der Statistik (Teilabschnitt)**	**62.748.000**	**47.604.000**	**60.000.000**	**—**

In €	Für 2024	Für 2025	Ab 2026
Bis 31.12.2023 eingegangene Verpflichtungen	62.000.000	24.000.000	---

89201	**813**	**Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen**	**—**	**—**	**—**	**4.702.719,26** **R 17.108.622,18**

Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 33190. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden; die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO-Vermögen) werden von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) Mittel an Bundesländer im Beitrittsgebiet und Berlin zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke in dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet ausgereicht. Die Mittelverteilung wird dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis vorgelegt.

91941	**850**	**Zuführung an die Rücklage für Grundstücksankaufsfonds**	**8.000.000**	**8.000.000**	**8.000.000**	**8.000.000,00**
		Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt. Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.				
		Gesamtausgaben	**555.930.000**	**544.236.000**	**799.295.000**	**326.093.582,15**
		Prozentuale Veränderung	**-30,4 %**	**-2,1 %**		

Vermögen

Titel	Fkt	Bezeichnung	Beträge in EURO Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2990				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	14.821.000	14.967.000	18.048.000	40.168.768,28
351-389		Besondere Finanzierungseinnahmen	100.004.000	100.004.000	2.000	20.000.000,00
		Gesamteinnahmen	114.825.000	114.971.000	18.050.000	60.168.768,28
511-549		Sächliche Verwaltungsausgaben	7.023.000	7.023.000	9.058.000	5.037.601,30
561-596		Ausgaben für den Schuldendienst	3.100.000	3.100.000	—	—
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	158.803.000	162.403.000	204.803.000	8.637.552,82
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	379.004.000	363.710.000	577.434.000	304.418.428,03
911-989		Besondere Finanzierungsausgaben	8.000.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000,00
		Gesamtausgaben	555.930.000	544.236.000	799.295.000	326.093.582,15
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	-441.105.000	-429.265.000	-781.245.000	-265.924.813,87

Vermögen

Titel: 68281
Übersicht zum Wirtschaftsplan – 1. ENTWURF
Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung – Betriebsteil A Gebäudedienstleistungen

		Betrag/ T€			Ergebnis/ T€
		Plan 2024	Plan 2025	Plan 2023	V-Ist 2022
Bilanzpositionen					
Aktiva		**6.414**	**5.814**	**7.314**	**12.164**
I.	Anlagevermögen (Summe)	245	245	170	244
I. a)	Sachanlagen	245	245	170	244
I. b)	Finanzanlagen	0	0	0	0
II.	Umlaufvermögen (Summe)	6.169	5.569	7.144	11.920
II. a)	Vorräte/Material	0	0	0	0
II. b)	Fertigerzeugnisse	0	0	0	0
II. c)	Forderungen	100	100	100	778
II. d)	liquide Mittel	6.069	5.469	7.044	11.142
III.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0
Passiva		**6.414**	**5.814**	**7.314**	**12.164**
I.	Eigenkapital (Summe)	1.314	1.314	1.314	1.314
I. a)	Grundkapital (gezeichnetes Kapital)	0	0	0	0
I. b)	Rücklagen [1)]	1.314	1.314	1.314	1.314
I. c)	Bilanzergebnis	0	0	0	0
I. ca)	Jahresergebnis	0	0	0	0
I. cb)	Ergebnisvortrag	0	0	0	0
I. cc)	Rücklagenveränderungen	0	0	0	0
II.	Sonderposten für Zuschüsse	0	0	0	0
III.	Fremdkapital (Summe)	5.100	4.500	6.000	10.850
III. a)	Rückstellungen	1.500	1.400	1.600	1.200
III. b)	Kurzfristige Verbindlichkeiten	3.600	3.100	4.400	9.650
III. c)	Langfristige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Erfolgsrechnung (GuV)					
Erträge (Summe)		**15.002**	**14.088**	**18.854**	**17.336**
I.	Betriebsertrag (Summe)	6.802	6.388	7.854	8.444
I. a)	Umsatzerlöse (auch Gebühren, Beiträge)	6.802	6.388	7.854	8.444
I. aa)	Mieten und Pachten	0	0	0	0
I. ab)	Verwaltungskostenerstattung	0	0	0	0
I. b)	Sonstige Betriebserträge	0	0	0	
II.	Betriebsfremde Erträge (Summe)	0	0	11.000	8.892
II. a)	Zuwendungen des Bundes und von anderen Ländern	0	0	0	0
II. b)	Zuwendungen Dritter	0	0	0	0
II. c)	Zinserträge	0	0	0	0
II. d)	Sonstige betriebsfremde Erträge [2)]	0	0	0	267
III.	Zuschüsse des Landes Berlin (Titel 2990/68281)	8.200	7.700	11.000	8.625
	konsumtiv	8.200	7.700	11.000	8.625
	investiv	0	0	0	0
Aufwendungen (Summe)		**15.002**	**14.088**	**18.854**	**17.336**
I.	Personalaufwand	13.977	13.102	16.221	16.190
II.	Sachaufwand	955	921	1.059	1.049
III.	Abschreibungen	70	65	74	97
IV.	Sonstiger Aufwand (Summe)	0	0	1.500	0
IV. a)	Schuldendienst (Zinsaufwendungen/Tilgungen)	0	0	0	0
IV. b)	Zuwendungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0	0	0	0
IV. c)	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
IV. d)	Sonstiger betrieblicher Aufwand [2)]	0	0	1.500	0
Jahresergebnis (Erträge abzgl. Aufwendungen)		**0**	**0**	**0**	**0**
nachrichtlich:					
Investives Volumen		69	64	74	103
Projektförderung		0	0	0	0

Vermögen

nachrichtlich:

[1)] Rücklagen resultieren aus Neubewertung (Abzinsung) von Rückstellungen für Personalaufwand in Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).

[2)] Sonstiger betrieblicher Aufwand bzw. Ertrag: Hier ist die Differenz zwischen dem liquiditätswirksam gezahlten und dem ergebniswirksamen Zuschussbedarf ausgewiesen.

Planstellen / Stellenübersicht

	Anzahl					
	Stellen		**Beschäftigungspositionen**		**Stellen/ Beschäftigungspositionen**	
	(unbefristete Beschäftigungen)		(befristete Beschäftigungen)		für drittmittelfinanzierte Dienstkräfte	
	2024	**2025**	**2024**	**2025**	**2024**	**2025**
Beamtinnen und Beamte						
A 16	1	1				
A 14	0	0				
A 13	3	3				
A 12	1	1				
A 11	1	1				
A 10	3	2				
A 9	0	0				
A 8	2	2				
A 7	1	1				
A 6	2	2				
Summe	**14**	**13**				
Tarifbeschäftigte						
14	1	1				
13	2	2				
12	1	1				
11	4	4				
10	6	6				
9	22	22				
8	17	17				
7	20	20				
6	22	22				
5	13	13				
4	3	3				
3	88	82				
2 UE / 2	80	77				
Summe	**279**	**270**				
Gesamt	**293**	**283**				

Vermögen

Titel: 68281
Übersicht zum Wirtschaftsplan
Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung – Betriebsteil B Betreiber von Flüchtlingsunterkünften

		Betrag/T€			Ergebnis/T€
		Plan 2024	Plan 2025	Plan 2023 *	Ist 2022
Bilanzpositionen					
Aktiva		**4111**	**4789**	**4080**	**18.828**
I.	Anlagevermögen (Summe)	296	301	309	245
I. a)	Sachanlagen	296	301	309	245
I. b)	Finanzanlagen	0	0	0	0
II.	Umlaufvermögen (Summe)	4597	5416	3771	18.583
II. a)	Vorräte/Material	119	130	89	88
II. b)	Fertigerzeugnisse	0	0	0	0
II. c)	Forderungen	2094	2501	1848	5000
II. d)	liquide Mittel	1602	1857	1834	13.495
III.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0		0	0
Passiva		**4111**	**4789**	**4080**	**18.828**
I.	Eigenkapital (Summe)	0	0	0	0
I. a)	Grundkapital (gezeichnetes Kapital)	0	0	0	0
I. b)	Rücklagen	0	0	0	0
I. c)	Bilanzergebnis	0	0	0	0
I. ca)	Jahresergebnis	782	928	0	0
I. cb)	Ergebnisvortrag	0	0	0	0
I. cc)	Rücklagenveränderungen	0	0	0	0
I. cd)	Gewinnablieferung (2990/12120)	-782	-928	0	0
II.	Sonderposten für Zuschüsse	0	0	0	0
III.	Fremdkapital (Summe)	4111	4789	4080	18.298
III. a)	Rückstellungen	715	901	540	530
III. b)	Kurzfristige Verbindlichkeiten	3396	3888	3540	13.240
III. c)	Langfristige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Erfolgsrechnung (GuV)					
Erträge (Summe)		**26.879**	**31.887**	**22.185**	**17.341**
I.	Betriebsertrag (Summe)	26.879	31.887	22.060	16.867
I. a)	Umsatzerlöse (auch Gebühren, Beiträge)	26.879	31.887	22.060	16.867
I. aa)	Mieten und Pachten	0	0	0	0
I. ab)	Verwaltungskostenerstattung	26.879	31.887	22.060	16.867
I. b)	Sonstige Betriebserträge	0	0	0	0
II.	Betriebsfremde Erträge (Summe)	0	0	0	0
II. a)	Zuwendungen des Bundes und von anderen Ländern	0	0	0	0
II. b)	Zuwendungen Dritter	0	0	0	0
II. c)	Zinserträge	0	0	0	0
III.	Zuschüsse des Landes Berlin	0	0	125	237
	konsumtiv	0	0	0	0
	investiv (Liquiditätsausstattung)	0	0	0	-228
	investiv(Titel 2990/68281)	0	0	0	465
Aufwendungen (Summe)		**26.097**	**30.959**	**22.185**	**17.341**
I.	Personalaufwand	21.912	26.384	18.916	13.911
II.	Sachaufwand	3995	4356	3010	3275
III.	Abschreibungen	189	218	169	138
IV.	Sonstiger Aufwand (Summe)	0	0	0	0
IV. a)	Schuldendienst (Zinsaufwendungen/Tilgungen)	0	0	0	17
IV. b)	Zuwendungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0	0	0	0
IV. c)	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
IV. d)	Sonstiger betrieblicher Aufwand	0	0	0	0
Jahresergebnis (Erträge abzgl. Aufwendungen)		**782**	**928**	**0**	**0**
nachrichtlich:					
Investives Volumen		79	116	125	306
Projektförderung		0	0	0	0

Vermögen

Planstellen / Stellenübersicht						
	Anzahl					
	Stellen		Beschäftigungspositionen		Stellen/ Beschäftigungspositionen	
	(unbefristete Beschäftigungen)		(befristete Beschäftigungen)		für drittmittelfinanzierte Dienstkräfte	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024
Tarifbeschäftigte						
S17	-	-				
S15	10,5	13,0				
S11b	68,8	70,5				
S8a	19,2	19,4				
E14	-	1,0				
E13	6,0	5,0				
E12	-	2,0				
E11	26,0	29,0				
E10	1,0	4,0				
E9	24,0	24,7				
E8	39,3	43,9				
E7	-	-				
E6	50,1	58,1				
E5	19,0	25,0				
E4	-	-				
E3	28,5	28,2				
E2	-	-				
Summe	292,4	323,8				
AT	1,0	1,0				
Gesamt	293,4	324,8				

Planstellen / Stellenübersicht						
	Anzahl					
	Stellen		Beschäftigungspositionen		Stellen/ Beschäftigungspositionen	
	(unbefristete Beschäftigungen)		(befristete Beschäftigungen)		für drittmittelfinanzierte Dienstkräfte	
	2024	2025	2024	2025	2024	2025
Tarifbeschäftigte						
S17	-	-				
S15	13,0	14,5				
S11b	70,5	79,5				
S8a	19,4	23,9				
E14	1,0	1,0				
E13	5,0	5,0				
E12	2,0	2,0				
E11	29,0	32,0				
E10	4,0	4,0				
E9	24,7	26,5				
E8	43,9	52,9				
E7	-	-				
E6	58,1	67,1				
E5	25,0	28,0				
E4	-	-				
E3	28,2	37,2				
E2	-	-				
Summe	323,8	373,6				
AT	1,0	1,0				
Gesamt	324,8	374,6				

Vermögen

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Die produktorientierte Darstellung dieses Kapitels befindet sich beim Kapitel 1510, weil beide Kapitel einem strategischen Ziel zugeordnet sind und die Verwaltungskosten im Wesentlichen im Kapitel 1510 abgebildet werden.

Immobilienbezogene Sondervermögen

Allgemeine Erläuterung

A. Allgemeines sowie haushaltsplanerische Schwerpunkte/Prioritäten

Das Kapitel enthält die Einnahmen und Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) stehen. Das SILB wurde im Rahmen der Neuordnung des Facility Managements des Landes Berlin mit Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin (SILB ErrichtungsG) vom 4. Dezember 2002 zum 1. Januar 2003 gebildet. Kernaufgabe des SILB ist die Vermietung und Bewirtschaftung sowie der Abbau des Sanierungsstaus der dem Sondervermögen zugewiesenen landeseigenen Dienstgebäude. Das SILB wird durch die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM GmbH) als Geschäftsführerin verwaltet und bewirtschaftet.

Gemäß § 26 Abs. 2 LHO sind bei Sondervermögen lediglich die Zuführungen oder Ablieferungen im Haushaltsplan zu veranschlagen. Das SILB bilanziert nach dem HGB auf Basis der kaufmännischen Buchführung. Die Einnahmen des SILB resultieren im Wesentlichen aus den Mietzahlungen der Landesmieter aus dem Titel 51820. Aus den Mietzahlungen werden insbesondere der bauliche Unterhalt der SILB-Liegenschaften sowie Abschreibungen zum Abbau des Sanierungsstaus als auch die Geschäftstätigkeit der BIM GmbH finanziert. Ein etwaiger Überschuss wird an den Landeshaushalt ausgeschüttet (Titel 2991/12121). Neben den Mietausgaben sind in den jeweiligen Fachkapiteln der nutzenden Verwaltungen beim Titel 51715 die Betriebs- und Nebenkosten veranschlagt, die im SILB als durchlaufender Posten ertrags- und aufwandsseitig erfasst werden.

In dem Kapitel ist ferner das Sondervermögen für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA) abgebildet. Das SODA erfasst die Grundstücke, die für Zwecke der wachsenden Stadt und zur Daseinsvorsorge gehalten werden sowie Grundstücke, die mit Erbbaurechten belastet sind. Dem SODA obliegt die alleinige Bauherreneigenschaft für die ihm zugewiesenen Grundstücke. Die Geschäfte des SODA werden durch die BIM GmbH geführt. Das SODA finanziert sich insbesondere aus Erbbauzinsen sowie aus Miet- und Pachteinnahmen. Bewirtschaftungsüberschüsse werden nach Abzug der Managementvergütung für die BIM GmbH an den Landeshaushalt abgeführt (2991/12125). Die Wirtschaftsführung im SODA ist analog zum SILB zu betrachten.

Immobilienbezogene Sondervermögen

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Einnahmen				
12121	811	Rückfluss aus dem Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB)	173.190.000	195.340.000	154.679.000	149.603.000,00

Der Rückfluss aus dem Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) bildet nur bedingt die Einsparungen aus der Neuregelung des Facility Managements im Bereich der von der Berliner Verwaltung genutzten Immobilien ab; die wesentlichen Einsparungen werden durch Minderausgaben der Nutzer erzielt. Verkäufe finden grundsätzlich nicht mehr statt.

Das Sondervermögen wird durch die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM GmbH) als Geschäftsführerin verwaltet und bewirtschaftet. Für die hiermit verbundenen Pförtner-, Reinigungs- und Hausmeisterdienstleistungen wird das Personal des Landesbetriebes für Gebäudebewirtschaftung (LfG) -Betriebsteil A- eingesetzt (vgl. auch Kap. 2990 Titel 68281).

Die Festsetzung der Einnahme beruht auf dem Bruttoprinzip, d.h. im Ansatz sind die vom Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses genehmigten Rücklagen berücksichtigt. Die geplanten Rücklagenbildungen für Investitionen zum Abbau des Sanierungsstaus und zur Flächenoptimierung führen zu einer Minderung des Rückflusses.

12125	811	Rückfluss aus dem Sondervermögen für Daseinsvorsorgegrundstücke (SODA)	4.500.000	4.300.000	8.600.000	6.600.000,00

Bewirtschaftungsüberschüsse des Sondervermögens für Daseinsvorsorge- und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA) sind an den Landeshaushalt abzuführen. Aus den Bewirtschaftungsüberschüssen können mit Zustimmung der Senatsverwaltung für Finanzen Rücklagen für Baumaßnahmen im SODA gebildet werden. Ab einem Volumen von 1 Mio. € pro Einzelmaßnahme entscheidet der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses. Die geplanten Rücklagenbildungen mindern den Rückfluss in Höhe des genehmigten Betrages pro Jahr (analog Verfahren Rückfluss SILB Kapitel 2991 Titel 12121). Die Geschäftsführung des SODA obliegt der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM GmbH).

26109	813	Erstattungen von Bauvorbereitungsmitteln	100.000	100.000	100.000	—
		Gesamteinnahmen	177.790.000	199.740.000	163.379.000	156.203.000,00
		Prozentuale Veränderung	8,8 %	12,3 %		
		Ausgaben				
68263	813	Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SODA	100.000	100.000	300.000	1.800.000,00
88401	813	Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)	—	—	134.723.000	50.000.000,00
89105 (neu)	012	Zuschuss an das SILB für raumlufttechnische Anlagen	583.000	—		

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.

Vgl. auch Erläuterung zu Titel 35907 im Kapitel 2910. Ausgaben bzw. Mehrausgaben dürfen nur soweit geleistet werden, wie der Eingang der Einnahmen bzw. Mehreinnahmen rechtlich oder tatsächlich gesichert ist; die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung kann Ausnahmen zulassen (verbindliche Erläuterung).

Der volle Ansatz wird aus Mitteln des Innovationsförderfonds finanziert.

89171	134	Zuschuss an das SODA zur Gesamtsanierung und Herrichtung des Robert-Koch-Forums	32.000.000	19.848.000	24.000.000	4.901.718,47
89173	187	Zuschuss an das SILB für den Berliner Eigenanteil am Ausbau des Raumes unter der Freitreppe des Konzerthauses Berlin	—	—	500.000	—
		Gesamtausgaben	32.683.000	19.948.000	159.523.000	56.701.718,47
		Prozentuale Veränderung	-79,5 %	-39,0 %		

Immobilienbezogene Sondervermögen

Beträge in EURO

Titel	Fkt	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2023	Ist (Rest/R) 2022
		Abschluss Kapitel 2991				
111-186		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	177.690.000	199.640.000	163.279.000	156.203.000,00
211-299		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	100.000	100.000	100.000	—
		Gesamteinnahmen	177.790.000	199.740.000	163.379.000	156.203.000,00
611-699		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	100.000	100.000	300.000	1.800.000,00
811-899		Sonstige Investitionsausgaben und Ausgaben zur Investitionsförderung	32.583.000	19.848.000	159.223.000	54.901.718,47
		Gesamtausgaben	32.683.000	19.948.000	159.523.000	56.701.718,47
		Überschuss ( ) / Fehlbetrag (-)	145.107.000	179.792.000	3.856.000	99.501.281,53

Immobilienbezogene Sondervermögen

Titel: 12121
Übersicht zum Wirtschaftsplan – 1. Entwurf
Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin

		Betrag/ T€			Ergebnis/ T€
		Plan 2024	**Plan 2025**	**Plan 2023** (DHH 2022/2023)	**Ist 2022**
Bilanzpositionen					
Aktiva		**5.516.518**	**5.522.031**	**4.679.456**	**5.549.523**
I.	Anlagevermögen (Summe)	3.991.622	4.133.212	3.748.993	3.709.788
I. a)	Sachanlagen	3.991.622	4.133.212	3.748.993	3.709.788
I. b)	Finanzanlagen	0	0	0	0
II.	Umlaufvermögen (Summe)	1.524.896	1.388.819	930.463	1.839.735
II. a)	Vorräte/Material	0	0	0	0
II. b)	Fertigerzeugnisse	0	0	0	0
II. c)	Forderungen	452.000	452.000	281.000	489.449
II. d)	liquide Mittel [1)]	1.072.896	936.819	649.463	1.350.287
III.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0
Passiva		**5.516.518**	**5.522.031**	**4.679.456**	**5.549.523**
I.	Eigenkapital (Summe)	4.494.648	4.553.034	4.169.956	4.253.003
I. a)	Grundkapital (gezeichn. Kapital / Einbring. Immob.)	3.784.722	3.834.722	3.480.286	3.619.332
I. b)	Rücklagen	548.822	563.282	442.314	442.314
I. c)	Bilanzergebnis	161.104	155.030	247.357	191.357
I. ca)	Jahresergebnis	193.702	203.726	229.581	245.433
I. cb)	Ergebnisvortrag	177.202	161.104	231.773	154.846
I. cc)	Rücklagenveränderungen	-36.610	-14.460	-59.319	-59.319
I. cd)	Ausschüttungen (2991/121 21)	-173.190	-195.340	-154.679	-149.603
II.	Sonderposten für Zuschüsse [2)]	47.870	44.998	52.500	53.530
III.	Fremdkapital (Summe)	974.000	924.000	457.000	1.242.990
III. a)	Rückstellungen	70.000	70.000	50.000	99.094
III. b)	Kurzfristige Verbindlichkeiten	904.000	854.000	407.000	1.143.896
III. c)	Langfristige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Erfolgsrechnung (GuV)					
Erträge (Summe)		**997.526**	**1.068.971**	**861.818**	**821.040**
I.	Betriebsertrag (Summe)	997.526	1.068.971	861.818	821.040
I. a)	Umsatzerlöse (auch Gebühren, Beiträge)	519.328	533.946	522.332	506.219
I. aa)	Mieten und Pachten	519.328	533.946	522.332	506.219
I. ab)	Verwaltungskostenerstattung	0	0	0	0
I. b)	Sonstige Betriebserträge (einschl. Betriebsk.)	478.198	535.025	339.486	314.821
II.	Betriebsfremde Erträge (Summe)	0	0	0	0
II. a)	Zuwendungen des Bundes und von anderen Ländern	0	0	0	0
II. b)	Zuwendungen Dritter	0	0	0	0
II. c)	Zinserträge	0	0	0	0
III.	Zuschüsse des Landes Berlin (Titel .....)	0	0	0	0
	konsumtiv	0	0	0	0
	investiv	0	0	0	0
Aufwendungen (Summe)		**803.824**	**865.245**	**632.237**	**575.607**
I.	Personalaufwand	0	0	0	0
II.	Sachaufwand	6.250	6.250	5.460	5.757
III.	Abschreibungen	95.754	95.760	88.471	93.061
IV.	Sonstiger Aufwand (Summe)	701.820	763.235	538.306	476.788
IV. a)	Schuldendienst (Zinsaufwendungen/Tilgungen)	0	0	0	0
IV. b)	Zuwendungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0	0	0	0
IV. c)	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
IV. d)	Sonstiger betrieblicher Aufwand	701.820	763.235	538.306	476.788
IV. da)	davon umgelegte Betriebs-/Nebenkosten (Land Berlin / Dritte)	345.441	372.211	237.493	234.930
IV. db)	davon Bauunterhaltung (aufwandswirksam) [3)]	167.900	171.258	150.552	116.981
IV. dc)	davon Leerstandsk., Man.-Verg., mietersp. Leist., übriges	188.479	219.766	150.261	124.877
Jahresergebnis (Erträge abzgl. Aufwendungen)		**193.702**	**203.726**	**229.581**	**245.433**
nachrichtlich:					
Investives Volumen [3)]		206.110	187.350	174.053	148.750
Projektförderung		0	0	0	0

nachrichtlich:

Das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) verfügt nicht über eigene Mitarbeiter.

Immobilienbezogene Sondervermögen

[1)] Die liquiden Mittel werden im Rahmen eines Cash Pooling gemeinsam mit Mitteln der BIM GmbH und des treuhänderisch verwalteten angemieteten Immobilienbestands zwecks Zinsschonung bei der LHK gehalten, soweit diese nicht zur laufenden Zahlungsverpflichtung benötigt werden.

[2)] Passivierung von aktivierten Bauleistungen, die als Zuschuss hauptsächlich im Rahmen des Konjunkturpakets II dem SILB zugewiesen wurden. Der Sonderposten wird über Nutzungsdauer analog zur Abschreibung in Folgejahren aufgelöst.

[3)] Abbau Sanierungsstau: Die für bauliche Unterhaltung verfügbaren Mittel setzen sich aus einem werterhaltenden Anteil und einem den Sanierungsstau abbauenden Anteil (geplanter Bauunterhalt aus Mieten des SILB und Rücklagen von Effizienzprojekten) zusammen. Die Zuordnung zu beiden Anteilen hängt von den konkreten Baumaßnahmen ab.

Die Rücklagenbildung im SILB erfolgt durch beschlossene HA-Vorlagen sowie aus Verkäufen nicht ausgeschüttete Verkaufsgewinne

Jahr der Bildung		Bilanzbestand 01.01. des Jahres	gebildete Rücklage
2003		0	1.642
2004		1.642	10.000
2005		11.642	20.000
2006		31.642	20.000
2007		51.642	20.458
2008		72.100	15.861
2009		87.961	9.709
2010		97.670	5.739
2011		103.409	6.680
2012		110.089	1.500
2013		111.589	2.855
2014		114.444	10.834
	Nicht ausgeschüttete Verkaufserlöse		10.380
2015		135.658	10.185
	Nicht ausgeschüttete Verkaufserlöse		2.670
2016		148.513	19.217
2017		167.730	15.480
	Nicht ausgeschüttete Verkaufserlöse		21.000
2018		198.404	48.246
2019		246.650	34.802
2020		281.452	37.148
2021		382.995	64.395
2022		442.314	59.319
2023		512.212	69.898
2024		548.822	36.610
2025		563.282	14.460

Immobilienbezogene Sondervermögen

Titel: 12125
Übersicht zum Wirtschaftsplan – 1. Entwurf
Sondervermögen für Daseinsvorsorge und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin

		Betrag/T€			Ergebnis/T€
		Plan 2024	**Plan 2025**	**Plan 2023** (DHH 2022/2023)	**Ist 2022**
Bilanzpositionen					
Aktiva		**2.224.854**	**2.252.509**	**1.998.751**	**2.152.009**
I.	Anlagevermögen (Summe)	2.067.165	2.122.004	1.945.492	1.954.374
I. a)	Sachanlagen [2)]	2.067.165	2.122.004	1.945.492	1.954.374
I. b)	Finanzanlagen	0	0	0	0
II.	Umlaufvermögen (Summe)	157.690	130.505	53.259	197.636
II. a)	Vorräte/Material	17.000	17.000	0	12.457
II. b)	Fertigerzeugnisse	0	0	0	0
II. c)	Forderungen	137.055	109.055	50.003	154.728
II. d)	liquide Mittel [1)]	3.635	4.450	3.256	30.451
III.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0
Passiva		**2.224.854**	**2.252.509**	**1.998.751**	**2.152.009**
I.	Eigenkapital (Summe)	2.189.234	2.217.925	1.981.091	2.105.449
I. a)	Grundkapital (gezeichn. Kapital / Einbr. Immo.) [2)]	2.157.520	2.186.520	1.953.147	2.077.801
I. b)	Rücklagen	27.950	28.050	27.781	27.172
I. c)	Bilanzergebnis	3.765	3.356	163	476
I. ca)	Jahresergebnis	4.462	3.991	9.245	7.031
I. cb)	Ergebnisvortrag	3.903	3.765	165	-600
I. cc)	Rücklagenveränderungen (aus jeweils Rücklagenbildung im Vorjahr)	-100	-100	-647	645
I. cd)	Ausschüttungen (2991/121 25)	-4.500	-4.300	-8.600	-6.600
II.	Sonderposten für Zuschüsse	1.355	1.355	0	890
III.	Fremdkapital (Summe)	34.265	33.229	17.660	45.670
III. a)	Rückstellungen	7.500	7.500	4.000	7.004
III. b)	Kurzfristige Verbindlichkeiten	26.765	25.729	13.660	38.666
III. c)	Langfristige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Erfolgsrechnung (GuV)					
Erträge (Summe)		**50.889**	**50.040**	**71.132**	**49.500**
I.	Betriebsertrag (Summe)	50.889	50.040	71.132	49.500
I. a)	Umsatzerlöse (auch Gebühren, Beiträge)	37.949	37.915	35.420	36.271
I. aa)	Mieten und Pachten	37.949	37.915	35.420	36.271
I. ab)	Verwaltungskostenerstattung	0	0	0	0
I. b)	Sonstige Betriebserträge (einschl. Betriebsk.)	12.940	12.125	35.712	13.229
II.	Betriebsfremde Erträge (Summe)	0	0	0	0
II. a)	Zuwendungen des Bundes und von anderen Ländern	0	0	0	0
II. b)	Zuwendungen Dritter	0	0	0	0
II. c)	Zinserträge	0	0	0	0
III.	Zuschüsse des Landes Berlin (Titel .....)	0	0	0	0
	konsumtiv	0	0	0	0
	investiv	0	0	0	0
Aufwendungen (Summe)		**46.427**	**46.049**	**61.887**	**42.469**
I.	Personalaufwand	0	0	0	0
II.	Sachaufwand	1.581	1.565	1.349	1.038
III.	Abschreibungen	6.527	6.832	5.591	6.885

Immobilienbezogene Sondervermögen

		Betrag/T€			Ergebnis/T€
		Plan 2024	Plan 2025	Plan 2023 (DHH 2022/2023)	Ist 2022
IV.	Sonstiger Aufwand (Summe)	38.319	37.652	54.947	34.545
IV. a)	Schuldendienst (Zinsaufwendungen/Tilgungen)	0	0	0	0
IV. b)	Zuwendungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0	0	0	0
IV. c)	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
IV. d)	Sonstiger betrieblicher Aufwand	38.319	37.652	54.947	34.545
IV. da)	davon umgelegte Betriebs-/Nebenkosten (Land Berlin / Dritte)	16.170	16.494	11.545	13.181
IV. db)	davon Bauunterhaltung (aufwandswirksam) [3]	7.482	7.278	6.533	5.774
IV. dc)	davon Leerstandsk., Man.-Verg., mietersp. Leist., übriges	14.667	13.880	36.869	15.590
Jahresergebnis (Erträge abzgl. Aufwendungen)		**4.462**	**3.991**	**9.245**	**7.031**
nachrichtlich:					
Investives Volumen		29.623	32.671	12.383	10.767
Projektförderung		0	0	0	0

nachrichtlich:
Das Sondervermögen für Daseinsvorsorge und nicht betriebsnotwendige Bestandsgrundstücke des Landes Berlin (SODA) verfügt nicht über eigene Mitarbeiter.

[1] Die liquiden Mittel werden im Rahmen eines Cash Pooling gemeinsam mit Mitteln des SILB und des verwalteten angemieteten Immobilienbestands zwecks Zinsschonung bei der LHK gehalten, soweit diese nicht zu laufenden Zahlungsverpflichtungen benötigt werden.

[2] Gemäß SODAErrG erfolgt eine Bilanzierung der Immobilien im Anlagevermögen. Durch Unsicherheiten hinsichtlich Größe / Zustand / Nutzung der Gebäude kann der Gebäudewert und daraus folgend die Abschreibung bei neu eingebrachten Objekten nur geschätzt werden. Für mit Erbbaurechten belastete Immobilien fallen keine Abschreibungen an. Sobald die notwendigen Informationen genauer vorliegen, erfolgt eine bilanzielle Zweitbewertung und Änderungen werden ggf. ergebnisneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

[3] Mit dem SODA wird das Ziel verfolgt, Immobilien für perspektivische Landeszwecke zu halten und Mieteinnahmen zu erzielen. Dies entspricht der Zielsetzung der neuen Liegenschaftspolitik. Die Immobilien werden hauptsächlich aus dem Treuhandvermögen des Liegenschaftsfonds Berlin eingebracht. Aufgabenstellung der Treuhandvermögen des Liegenschaftsfonds Berlin ist die Veräußerung von Immobilien, so dass die Gebäude über lange Zeit nur notdürftig erhalten wurden und vielfach ungenutzt waren. Um nun die Ziele der neuen Liegenschaftspolitik umzusetzen, ist es erforderlich, den Wert der Immobilien zu erhalten und die Vermietbarkeit zu steigern. Daher ist es erforderlich, Mittel für diese Zwecke (u.a. Reinvestition von Abschreibungsgegenwerten) in die Gebäude zu investieren.

Immobilienbezogene Sondervermögen

Produktdarstellung

Hinweise zur Kostenermittlung befinden sich in Teil E der Allgemeinen Erläuterungen zum Einzelplan.

Die produktorientierte Darstellung dieses Kapitels befindet sich beim Kapitel 1510, weil beide Kapitel einem strategischen Ziel zugeordnet sind und die Verwaltungskosten im Wesentlichen im Kapitel 1510 abgebildet werden.